2° -1850,7/12

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. No. 1.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 156. Würzburg, Montag den 1. Juli. **1850.**

Bayerische Staatsbibliothek München

Thiers über das allgemeine Stimmrecht.

(Schluß.)

Aber, sagt man uns, Ihr fehlt gegen den Geist der Constitution; diese will ja das allgemeine Stimmrecht. Trauriges Spiel mit Worten! Was will das Wort „allgemein" sagen? Entweder es beweist zu viel, oder es beweist Nichts. Wenn es beweist, daß man alle Welt stimmen lassen soll, so frage ich, warum die Verfassung in Wirklichkeit nur 6 Millionen Individuen stimmen läßt. Ich weiß wohl, man wird mir einwenden, daß ja die Frauen ausgeschlossen sind, und warum sind sie Dieß? Weil ihnen die Kenntniß des Landes nicht zugetraut wird. Ferner bleiben 18 Millionen sind aber noch 9 andere Millionen ausgeschlossen, weil sie ihres Alters wegen eben so wenig die Interessen des Landes kennen. Es sind ja Kinder, werden Sie sagen. Allein, warum schließen Sie den emancipirten Jüngling von 18 Jahren aus? Warum? weil es Ihnen gefallen hat, das Alter von 21 Jahren zu wählen. Es bleiben 9 Millionen, aber auch von diesen sind 3 Millionen so einfältig, daß sie nicht wissen, daß das Gesetz sie zu Souveränen gemacht hat, oder so gleichgültig, daß sie der Gesellschaft nicht die Wohlthat erweisen, nach ihrer Ueberzeugung zu stimmen. So sind. Sie von 36 Millionen bis zu 6 Millionen herabgestiegen. Aus welchem Grund? Weil Sie in diesen 6 Millionen die Kenntniß der Interessen des Landes finden. Dieses ist das allgemeine Prinzip, dieses ist der Geist der Verfassung; er berechtigt uns nach dem Maße der Besähigung die guten oder schlimmen Besorderer des öffentlichen Wohls zu wählen. In diesem Sinne muß das Wort „allgemein" gedeutet werden, es bedeutet gar Nichts, wenn es Alles bedeuten soll.

Sie, meine Herren, nennen sich die aufrichtigen, begeisterten, ausschließlichen Anhänger des allgemeinen Stimmrechts; es ist aber Alles erhaben, ihm muß Alles gehorchen. Welche Fragen aber hat man in diesen letzten Tagen in den Wahlversammlungen aufgeworfen? Man hat gefragt, wenn zwischen der Republik und dem allgemeinen Stimmrecht zu wählen ist, wer muß da siegen? Wenn z. B. das allgemeine Stimmrecht die Republik befestigen wolle, wurde es Dieß im Stande sein? Was hat man geantwortet? Nein! die Republik steht über dem allgemeinen Stimmrecht. Was beweist Das? Daß das allgemeine Stimmrecht Euch weiter Nichts ist, als ein Sklave in Eurem Dienst, den Ihr achtet, wenn er Euch zu Willen ist, den Ihr nicht mehr achtet, wenn er anderer Meinung ist, als Ihr. Was sagte man, als die konstituirende Versammlung sich bildete? Daß, wenn sie nicht Eurer Meinung wäre, man sie in die Seine werfen würde. Und diese aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangene Versammlung, hat man nicht versucht, sie zu vernichten am 15 Mai? Hat man nicht ihre Entscheidungen angegriffen im Juni 1848? Nicht im Juni 1849 sie außer dem Gesetz erklären wollen? Frankreich weiß, daß diese angebliche Achtung vor dem allgemeinen Stimmrecht Nichts ist, als die Anbetung, die Ihr Euch selber widmet. So wie das allgemeine Stimmrecht Euch zuwider sein wird, so werdet Ihr Nichts mehr davon wissen wollen. Ihr nennt das allgemeine Stimmrecht, in Eurem Sinne verstanden, den öffentlichen Frieden. Wir verstehen Euch. Es ist der Friede, so lange es Euch gefällt, in der Gesellschaft zu bewilligen; es ist der Krieg an dem Tage, wo Ihr glaubt, daß er Euch nützlich sei. Keiner von uns ist naiv genug, um sich über diese Wahrheit zu täuschen.

Zum Schlusse erlauben Sie mir noch eine Betrachtung. Sie sagen, das Gesetz ist unwirksam, allein es ist eine Herausforderung. Gut! was verstehen Sie unter einer Herausforderung? Wenn Sie sagen wollen, eine Voranssicht, o ja! Gibt es doch Orte, wo man die Frage erörtert, ob man den gesetzlichen Gewalten den Krieg erklären soll oder nicht, ob eine Steuerverweigerung einer Kriegserklärung vorzuziehen sei? Angesichts dieser Thatsachen, die für die Gesellschaft die grausamste und die frechste Herausforderung sind, mußte die Regierung Vorkehrung treffen! Ja, die Armee, welcher diese Menschen die Schmach angethan hatten, Hoffnungen auf sie zu bauen, ist bereit, ihre Schuldigkeit zu thun; sie hat Ausdauer und Energie, voll Vaterlandsliebe, Verehrung und Hingebung für das Gesetz, und man weiß wohl, daß, wenn man nicht klug wäre, man es wahrscheinlich lernen würde, es zu werden. Angesichts der Vereinigung aller Kräfte der Gesellschaft. Wo ist die Herausforderung? Ich will es Ihnen sagen. Nicht allein von einer Maßregel der Voraussicht handelt es sich in dieser unglücklichen Gesellschaft, die jeden Tag neuen Aufregungen hingegeben ist, wo der Vater, der für seine Kinder ein Vermögen erworben hat, nicht weiß, ob er es erhalten kann, wo Derjenige, welcher arbeitet, um ein Vermögen zu gründen, in dem Augenblick, wo es ihm gelungen ist, seinen Kindern das Brod zu reichen, dieses Brod unter den stets erneuerten Drohungen eines Aufruhrs in seinen Händen zerrinnen sieht; ja in dieser so glanzenden Gesellschaft, welche durch Sie so unglücklich und so aufgeregt ist, ja da habe ich nicht selten das Gefühl der Verzweiflung in den Worten hervorbrechen sehen: Da wir nun einmal angegriffen werden sollen, da einmal unser Blut eines Tages vielleicht für die Vertheidigung der Gesetze fließen soll; in dieser Gesellschaft, sage ich, habe ich die Worte gehört: Wohlan, da wir einmal den Bürgerkrieg ausgelegt sein sollen, so möge er kommen je eher je lieber! Einen Schrei der Verzweiflung habe ich vernommen, Sie nehmen ihn für eine Herausforderung. Aber wer bringt sie hervor, diese Verzweiflung? Keine Herausforderung ist es; es ist die furchtbarste der Anklagen gegen Diejenigen, welche die Gesellschaft zu dieser Verzweiflung gebracht, zu diesem furchtbaren Ausrufe „je eher je lieber" hingetrieben haben. Nehmen Sie sich dieser Herausforderung nicht, denn sie klagt Sie an; sie klagt Diejenigen an, welche die Gesellschaft zur Verzweiflung gebracht haben und die unablässig über ihren Häupten die Drohung eines Blutbades schweben lassen. Diese furchtbare Anklage wird einst schwer in der Geschichte auf Ihnen lasten. Doch nein! ich habe Unrecht, zu sagen auf Ihnen. Ich will sagen auf Denen, zu deren Vertheidiger Sie sich aufwerfen; auf Denen, für welche Sie die Bürgschaft übernehmen: Diese sind es, welche die Gesellschaft in die Verzweiflung stürzen; Diese sind es, welche sie anklagt; sie sind es, welche der Gewicht dieser Anklage vor dem Lande und der Nachwelt ruhen wird. — (Nach diesen Worten verließ der Redner unter dem stürmischsten Beifall der Mehrheit der Versammlung die Tribüne.)

Landtagsverhandlungen.

München, 27. Juni. (CXXXVI. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Die Gallerien sind schwach besetzt. Am Ministertische Staatsminister v. Ringelmann, v. Zwehl v. Aschenbrenner und mehrere Ministerialräthe; später Staatsminister v. d. Pfordten. Der I. Präsident eröffnet um halb 5 Uhr die Sitzung. Nach Bekanntgabe des letzten Sitzungsprotokolls verliest Referent Hirschberger den Gesammtschluß über den Gesetzentwurf: die Einrichtung der die Kunstsrazen besahrenden Fuhrwerke. Hierauf erstattet der Referent im II. Ausschusse, v. Koch, Vortrag über Straßen-, Brücken-, Wasser-, dann über Landbauten pro 1845/46 und 1846/47, worauf der Präsident zur Fortsetzung der Berathung und Schlußfassung des Ausgaben-Budgets übergeht. — IV. Zuschüsse an die Universitäten. Die Regg. beantragt im ordentlichen Budget 112,760 fl. und im außerordentlichen Budget 10,000 fl. Der Ausschuß schlägt vor 103,760 fl. ins ordentliche und 29,000 fl. (10,000 fl. für München, 9000 fl. für Würzburg, 10,000 für Erlangen), ins außerordentliche Budget zu setzen. — Dr. Narr beantragt für einen Neubau der Universität Würzburg eine Summe von 20,000 fl. zur Unterstützung zu setzen. — Ruland empfiehlt diesen Antrag. — Dr. Bayer und Dr. Narr sprechen sich über die Leistungen der dortigen Universitäten aus. — Lassaulx weist nach, was Preußen für seine hohe Universitäten leistet, nämlich 800,000 fl., gerade soviel so viel wie Bayern. Er würde daher den Antrag recht sehr empfehlen, wenn nicht die dermalige Finanzlage eine solche wäre, welche nur die dringendsten Ausgaben erlaubt. Lerchenfeld spricht sich entschieden gegen den Antrag Narr's aus, indem der Ausschuß gewiß schon das Einzige gethan habe. — Bei erfolgter Abstimmung wird der Antrag Narr angenommen, der Antrag Narr's verworfen. Das III. Kapitel bezieht sich auf wissenschaftliche und praktische Ausbildung. Der einzige Posten dieser Abtheilung sind Stipendien der Candidaten der Medizin und Chirurgie mit 3000 fl., welche Summe von der Kammer bewilligt wird. Das IV. Kapitel beyweckt die Kunstausbildung. Für die Filialgemäldegallerie und Kunstschulen in Augsburg und Nürnberg bestimmt die Kammer die Summe von 3824. V. Kapitel. Besonderer Unterrichtsanstalten. Für die Hebammenschulen postulirt die Regierung 3497 fl., für die Veterinärschulen die Summe von 16,021 fl., für den historischen Verein in Würzburg 300 fl. Der Ausschuß streicht diesen letzten Posten, welchen jedoch Ruland wieder einzusetzen beantragt; derselbe wird

jedoch abgelehnt, das Uebrige bewilligt. Der Posten für „Kandige Bannogaben“ mit 4176 fl. erhält gleichfalls die Genehmigung. Es wird der Etat der Zuschüsse der Gemeindungen zu den Kreisfonds für die deutschen und ifosirten Lateinschulen berathen. Die Regierung schlägt die Summe von 371,105 fl. im ordentlichen und 121,496 fl. im außerordentlichen Budget vor. Der Ausschuß reduzirt diese Summe auf 343,494 fl. 26½ kr. im ordentlichen und 93,856 fl. 26½ kr. im außerordentlichen Budget. — Dr. Bayer beantragt künftig für jeden Lehrer auf dem Lande 250 fl. und in der Stadt 300 fl. als geringste Besoldung. — Hetterich stellt einen Antrag auf Aufbesserung der Schuldiener. — Verfasser bemerkt, daß die Summe von 250,000 fl. nicht hinreichen würde, sämmtliche Schuldienste auf mindestens 300 fl. zu stellen; es könne übrigens bald ein Schulgesetz zur Vorlage, daher solle man für dieses ohnehin nur auf 2 Jahre geltenden Budget, von dem jedoch schon ein Jahr verstrichen, diese Sache auf sich beruhen lassen. — Cremer erklärt sich für den Antrag Hetterich's. Wenn Manner das Budget einzubringen gehabt, wurde er den Militaretat für die Unterrichtsanstalten und den Etat für Unterrichtsanstalten für das Militär zugestellt haben. — Schwindl bemerkt, daß er recht gerne 300 fl. für den Lehrer auf dem Lande und 400 fl. für den Lehrer in der Stadt bewilligen würde, wenn herausgestellt wäre, wie viel die Gemeinde thun könne und was der Staat zuschießen müsse. Man solle diese Erhebung machen und dann werde er der erste sein, Zuwendung einer wenn auch sehr großen Summe sein. — Cremer stellt hierauf den Antrag, das kgl. Staatsministerium solle Recherchen einziehen, wie viele Schuldienste auf dem Lande die zuffion von 300 fl. und 400 in der Stadt nicht erreichen, und die Summe des Zuschusses, welche der Staatet in das nächste Budget setzen. — Heine glaubt, daß die Schullehrer in der Regel schwächliche und minder starke Leute seien. — Weipert stellt dies in Abrede. Die Beschaffung und der strenge Dienst, der dem Schullehrer obliege, verlange eine kräftige Körperconstitution, seine feinervenlosen Mann. Dagegen protestirt nun Heine, indem er sich dahin berichtet, daß der Bauer, wenn er einen aus seinen Kindern zum Schulmeister machen will, immer den Schwächsten dazu auserlese. Es wird endlich Schluß gerufen und nach den Aeußerungen des Referenten und des Ministerialkommissärs v. Bechtelsheim zur Abstimmung geschritten, nachdem jedoch Fürst v. Wallerstein noch eine durch den Referenten hervorgerufene faktische Erklärung bei seiner Amtsführung abgegeben hatte. Es wird nun der Antrag des Ausschusses und Cremers angenommen, alles Uebrige verworfen, und zuletzt noch einen eventuellen Antrag Hetterich's bei Feststellung der Congrua der Schullehrer, die Nebendienste als Organist, Gemeindeschreiber nicht einzurechnen, namentlich abgestimmt und derselbe mit 65 gegen 55 Stimmen angenommen. Hierauf wird die Sitzung um halb 8 Uhr geschlossen.

München, 28. Juni. (CXXXVII. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Die Gallerien sind schwach besetzt. Am Ministertische: Staatsminister v. Zwehl. v. Ringelmann, v. Lüder, v. d. Pfordten, v. Aschenbrenner und mehrere Ministerialräthe. Tr. I. Präsident eröffnet um halb 9 Uhr die Sitzung. Nach Bekanntgabe des letzten Sitzungsprotokolls erstattet Langguth Vortrag über das Militärbudget, worauf der Präsident zur Fortsetzung der Berathung und Schlußfassung über das Ausgabenbudget übergeht. Es wird der Etat des Cultus berathen. Derselbe theilt sich in zwei Abtheilungen. A. Katholischer Cultus. Für denselben schlägt die Regierung die Summe von 1,189,631 fl. vor und zwar 1) für die Reichnisse des Staats an die Domkapitel bis zur Auswirkung der somitchen Dotation 343,303 fl., 2) für Leistungen des Staates an organisirte Kloster-Pfarreien 440,318 fl., 3) für Leistungen des Staates an Säkular-Pfarreien 289,344 fl., 4) für fundationsmäßige Reichnisse von Cultusstiftungen für gestiftete Gottesdienste 96,611 fl., 5) Mehrleistungen der Seelsorgergeistlichkeit 86,298 fl., 6) Reichnisse an Stifte und Klöster 11,224 fl., 7) Dispositionsfond zur Deckung besonderer Bedürfnisse vormaliger Stifter- und Klosterkirchen 9000 fl. — B. Protestantischer Cultus. Für diesen wurde von der Regierung 355,831 fl. vorgeschlagen und zwar 1) für das Oberconsistorium 30,490 fl., 2) für Consistorien 30,490 fl., 3) für Leistungen des Staatsärars an protestantische Kirchen und Pfarrein 201,308 fl., 4) für Generalsynoden 7130 fl., 5) zur Dispositon für außerordentliche Bedürfnisse, ernstlich Verfügungen von Orgeln, Uhren, Glocken 1000 fl. 6) zu Unterstützungen 85,751 fl. — Der Ausschuß reduzirt die von der Regierung beantragten 9000 fl. (Nr. 7 des kathol. Cultus) auf 6000 fl., die aber Thinnes wieder einsetzen beantragt. — Kronberger erzählt hierauf der Kammer die großen Leiden und Martrationen seiner Kirche von Seite der Regierung, welche das Präsidium verantwortlich, drufelben auf die Sache zu verweisen. — In einer sehr weitläufigen Debatte, in welcher Reinhart und Ruland über Zehntenablösung in Streit geraten, werden verschiedene Mängel in dieser Beziehung gerügt. — Sonnleitner tehat sich jutzt dagegen auf, daß Reinhart schon mehreremal gesagt habe, die Majorität d. H. habe große Furchtstrat im Schandemachen. — Reinhart bemerkt, daß er Niemanden beleidigt, da er Niemanden genannt habe. — Dies ist durch mehrere Zwischenbemerkungen (Verscheid: „Unzogenheiten“, Fordrun „Schwachheiten“) ein Streit zu entwickeln in Aussicht stand, welch Schluß gerufen, einstimmig beschlossen und nach einigen Bemerkungen des Staatsministers v. Ringelmann werden die Regierungsvorschläge angenommen. Der nächste Etat ist der des Staatsministeriums des Handels u. der öffentl. Arbeiten. Für das Ministerium beantragt die Regg. 54,187 fl., u. einen Nachtrag von 9600 fl., für die oberste Bauhehörde 30,590 fl.: für häufige Bauvogaben 500 fl., für Unzugsgebühren 300 fl., für Pensionen der Staatsdiener 6000 fl. Zusammensetzen 101,377 fl. Der Ausschuß schlägt den Ministeretat zu 57,787 fl. an, läßt die übrigen Posten unverändert, reduzirt also die Gesammtsumme auf 94,777 fl., wie ihn auch die Kammer annimmt. Nun wird die Sitzung gegen 12 Uhr geschlossen.

München, 28. Juni. (CXXXVIII. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Die Gallerien sind besetzt. Am Ministertische: v. d. Pfordten, v. Ringelmann, v. Aschenbrenner und mehrere Ministerialräthe. Der I. Präsident eröffnet um halb 5 Uhr die Sitzung und geht nach Berlesung des letzten Sitzungsprotokolls sogleich zur Berathung des Ausgabenbudgets über. Der nun an die Berathung kommende Punkt ist der Etat für Ausgaben auf Industrie und Kultur. Do dieser Etat aus mehreren Abtheilungen besteht, scheidet der Präsident die Debatte über die einzelnen Punkte. Erste Abtheilung. A. Für die polytechnischen Schulen schlägt die Regierung vor, 35,185 fl. einzusetzen. Der Ausschuß erhöht diese Summe auf 39,934 fl. II. Den Beitrag zum polytechnischen Vereine auf 3000 fl. einzusetzen stimmten Ausschuß und Regierung überein. III. Für Prämien, Musterausschaffen, Consistreausstellung beantragt die Regierung 25,500 fl. Der Ausschuß schlägt vor, diese Ansätze auf den Fond von 1 Million zur Förderung der Industrie zu verweisen. — Nach einer langen Debatte wird I. im Ausschußvorschlag, II. und III. nach der Regierungsvorlage angenommen. Zweite Abtheilung. Zur Förderung des Handelsstarr beantragen Regierung und Ausschuß 20,000 fl.; als Beitrag zum landwirtschaftlichen Verein 4500 fl. Hiescheger schlägt vor noch 30,000 fl. zu den 20,000 fl. hinzuzulegen, wovon 18,000 fl. allein nur auf Kleebau und Viehzucht verwendet werden sollen. Dr. Langer beantragt, 50,000 fl. in Summa einzusetzen, von denen jedem Kreise 18,000 fl. sollen zu sonstigen landwirtschaftlichen Zwecken verwendet werden. Adam Mayer schlägt 40,000 fl. vor, die sollen schon gestellten 20,000 fl. vor, welche gleichheitlich in den Kreise zu vertheilen und zu landwirtschaftlichen Zwecken zu verwenden seien. Die Diskussion wird hierauf vertagt. Die Sitzung wird um 7 Uhr geschlossen und die nächste auf Montag anberaumt.

Deutschland.

München, 23. Juni. Die Sammlungen zweier protestantischen Gesellschaften aus der Pfalz sur das dort zu gründende Rettungshaus sind hier sehr ergiebig aufgefallen. Se. Maj. der König Ludwig hat 1000 fl., Ihre MM. die Königinnen Marie und Therese haben je 100 fl., die Minister und mehrere Reichsräthe 25—50 fl. gegeben. König Max war zur Zeit der Sammlung schon nach Aachen abgereist, wird aber seinen Beitrag nachträglich geben. (Bogsf.)

München, 28. Juni. Wir hatten Gelegenheit die erläuternden Vorbescheiten für die Abfassung der Sitten- und Fähigkeitszeugnissen der zur höheren Beförderung sich eignenden Unteroffizieren, Kadetten u. Soldaten zu lesen, welche vom Kriegsministerium für die Jahre 1857 und 1858 den verschiedenen Heeresabtheilungen abzuhaltenden Junker-Prüfungen an die Kommandostellen ergangen sind, und müssen gestehen, daß in denselben das, was man von den kunftigen Offizieren fordert und voraussetzt, mit vorzüglicher Klarheit und sobenswerther Genauigkeit festgestellt ist. Die Vorschriften haben gegen früher eine Ausdehnung dahin erhalten, daß zur näheren Ermittelung der Eigenschaften der Vorzuschlagenden diese eigenhändig die kurze Beschreibung ihres Lebens, des Anfangs, Fortgangs und die erreichte Stufe ihrer wissenschaftlichen Ausbildung, ihrer militärischen Kenntnisse und vorlegen müssen, und daß der Regimentes- oder Bataillonskommandant mit sämmtlichen am Besatzungsorte anwesenden Stabsoffizieren und Offizieren in gemeinschaftliche Versammlung auf Grund des Leumunds, des Inhalts der Straflisten und der militärischen Kenntnisse, so ihrer Pflicht und Ehre zu erklären haben, ob sie den Vorgeschlagenen so wohlgestiftet, gebildet und triegerischen Sinnes erachten, daß er unbedenklich in den Offizierstand überzutreten würdig sei. Auch über die natürlichen Fähigkeiten müssen die verstimmenden Stabsoffiziere und Offiziere gehört werden, und die Schul-, Sprach-, mathematischen und militärischen Kenntnisse, schriftlicher Vortrag und Zeichnen müssen aus den Ergebnissen der stattgefundenen Junkerprufungen, den Prüfungen im Cadettencorps ꝛc. nachgewiesen sein. Was die praktischen militärischen Kenntnisse und Befähigungen betrifft, so werden die Concurrenten über die Obliegenheiten des Gemeinen, des Gefreiten, des Bombardiers, der drei Unteroffiziers-Grade und des Unterlieutenants vor den versammelten, in der Garnison anwesenden Stabsoffizieren und Offizieren des Regiments oder Bataillons mündlich und praktisch geprüft, und es ist hiefur das erforderliche Maß für jede der einzelnen Waffengattungen genau und streng festgestellt. Wirft man einen Blick auf die bei einer ähnlichen Gelegenheit vor etwa 14, die zwei Jahren erlassenen Vorschriften für solche Offiziersprüfungen, so muß man es dem jetzigen Kriegsministerium Lob sprechen, daß er den Forderungen, welche er an künftige Offiziere stellt, eine Andehnung wieder gegeben hat, die unerläßlich ist zur Aufrechthaltung der Würde des Offizierstandes, und die zugleich die Garantie gewährt, daß die dem Offizier nothwendig obliegende große Verantwortlichkeit ihm auch wirklich zugemuthet werden kann. (A. Z.)

Ludwigshafen, 28. Juni. Nach zeit definitiv erfolgter Regulirung werden am 1. Juli die hiesigen Beschädigte ihre Partialobligationen in der Summe von 282,000 fl. und der Speyerer Kreiskasse aufgehandigt erhalten.

Speyer, 23. Juni. Se. Durchl. der Generalfeldmarschall Fürst v. Thurn und Taxis hat in

Folge des gestern Abend ihm gebrachten Fackelzugs folgendes Schreiben an den sunctionirenden Burgermeister ergehen lassen: „Euer Wohlgeboren! Bei dem gestern stattgehabten Fackelzug, der mir stets eine schmeichelhafte Erinnerung bleiben wird, hatte ich nur zu bedauern, daß nicht eine grossere Anzahl Burger der Stadt Speyer sowohl meinen Dank, als den Abstand meiner Gesinnungen hat vernehmen können! Als ein treuer Diener meines Herrn, meines geliebten Konigs, habe ich die mir dargebrachte ehrenvolle Auszeichnung lediglich als den Dank angesehen, welchen eine grose Anzahl achtbarer Burger der Stadt Sr. Maj. dem König bei Verkundung der Aufhebung des Kriegszustandes in der Pfalz hat offentlich aussprechen wollen. In dieser Gesinnung sehe ich die Burgschaft einer schonen Zukunft, denn zu all' den Segnungen, in deren Besitz die Pfalz ist und unter der gluerlichen Regierung unseres Konig angeschimmert erhalten wurde, gehort nichts, um ihr Glück dauernd zu begrunden, als ihr festes und inniger Anschluß an die milde und gerechte Regierung, der wir uns zu erfreuen haben. Auch ich ermahne zur Einigkeit, aber nicht im Sinne des Widerspruchs und der Abwehr gegen vermeintliche Angriffe von einer Seite, um an irgend einen Angriff denkt, — sondern im Sinne wollsinnemener Versohnung und innigen Anschlusses an unser gemeinsames Vaterland. Die Continuitat des Gebiets ist nur so lange ein frommer Wunsch, bis wir es verstehen, mit unsern Herzen eine Brucke die in die Hoshung nach Munchen zu schlagen. Von dort her kommt Glück und Segen und nicht von jenem ängstlichen Drängen und Treiben, das die Pfalz wieder zu jener abschussigen Bahn unvermerkt hinjieht, auf deren schwindelnder Hohe sie sich nicht zu erhalten wußte! — Sagen Sie Ihren verehrten Mitburgern, daß wenn wir so glucklich waren, einiges Vertrauen zu erwerben, ich auch damit das Recht erworben habe, meinen auf langjährige Erfahrung und vorurtheilsfreier Beurtheilung unserer Verhältnisse gegrundeten Rath in die Wagschaale der offentlichen Angelegenheiten der Pfalz zu legen. Halten Sie fest am Konig und an der Verfassung, und lassen Sie sich das Vertrauen nicht rauben, daß Sie das Wohl des Landes nur da zu suchen haben, und daß eine jede Umwälzung, sie mag Namen haben, welchen sie will, die Pfalz in das Verderben sturzen muß, ganz abgesehen davon, daß der Uebergang von einem Zustand in den andern solchen blutigen Zusammenstoß zur Folge haben wird, daß ein kleines Opfer der Eitelkeit und Selbstsucht Ihrer gegenwärtigen Parteiungen dagegen zu Nichts zusammenschrumpft! — Indem ich Euer Wohlgeboren, so wie die verehrt. Burgerschaft hochachtungsvoll grüße, habe ich die Ehre, zu bestehen Ihr ergebener Diener: (gez.) Karl Theodor Freyh v. Thurn u. Taxis, Oberst-Lieutenant. Speyer, 23. Juni 1850." — Bei Gelegenheit des Fackelzugs hielt St. Durchl. vom Fenster aus eine kurze, aber eindringliche Rede an die Versammelten, und schloß mit einem Hoch auf Sr. Maj. den König, welches von den Tausenden, die zugegen waren, in stürmischer Weise wiederholt wurde.

(N. M. Ztg.)

Frankfurt, 21. Juni. (Forts. der Deutschfrist des kaiserl. österreichischen Handelsministers ꝛc. ꝛc.)
Gerade diese wirthschaftliche, diese continentale und maritime Ergänzung und Abrundung, welche durch den Zusammenschluß der österreichischen, mitteldeutschen und norddeutschen Eisenbahnen gewonnen wird; sodann die Größe des dadurch zum freien Austausche aller eigenen oder einmal eingeführten Erzeugnisse erlangten Marktes, Beides wird die Handelspolitik dieses mächtigen Zollbundes vereinfachen und eine praktische Verständigung über das leitende Grundprincip derselben herbeiführen. Trotz des kurzen Bestehens des Zollvereins und seiner im Ganzen unzweifelhaft günstigen Wirkungen hatte sich doch bereits ein Zwiespalt der Ansichten über das Zollsystem von der größten Schärfe und Schroffheit in demselben festgestellt, und in der That wäre kaum abzusehen, wie dieser Widerspruch zur wahren Befriedigung beider Theile gelöst werden konnte, wenn der Zollverein auf seine jetzigen, oconomisch engen und ungenügenden Grenzen beschränkt bliebe, selbst wenn es ihm gelänge, sich einseitig nach der Nordsee auszudehnen. Der Süden und Westen würden sich in ihrer beengten Lage getrovt fühlen, immer entschiedener auf ein höheres Schutzsystem zu drängen; die norddeutschen Küstenländer würden immer abgeneigter werden, einem solchen Verlangen nachzugeben, weil beide Theile zur ihre vorwiegende Thätigkeit bei der sortdauernden Scheidewand gegen den gesammten Sudosten seinen genügenden Spielraum erlangten. Gegensätze aber, die nach einem Naturgesetze innerhalb enger Grenzen immer schroffer werden, und entweder zu neuer Spaltung oder zu Unterdrückung des einen Theils durch den andern führen, konnen durch Erweiterung der Grenzen überwunden und zu einem Höheren vermittelt werden. In dem vereinigten Konigreich der Niederlande waren die vielfach verwandten nordlichen und südlichen Theil zwar durch die gewichtigsten historischen Bande verknüpft, dennoch reichten diese innerhalb der engen Grenzen zur Vermittelung des in den Interessen vorhandenen Dualismus nicht aus, und dieser führte weiter und weiter bis zur vollendeten Spaltung. Gelegen hat es, die vielleicht nie erfolgt wäre, wenn das vereinigte Konigreich der Niederlande einem grösseren handelspolitischen Bunde angehört hatte, in dessen weiten Grenzen jene Gegensatze sich ausgeglichen und zu verschonen hinlanglich Raum gefunden hatten. Der Spietraum, den der Anschluß Oesterreichs an den deutschen Zollverein in Richtung der Ueberbezeugung und des Verkehrs nach Osten eroffnete; die volkswirthschaftliche und handelspolitische Erganzung, welche damit nothwendig verbunden wäre, wurde jenen bedenklichen Dualismus der Ansichten und Interessen thatsachlich sofort die Spitze abbrechen, und den Gewinnen breiten oconomischen Grundlage den ungehörten, der Wohlstand des Ganzen entsprechenden Aufban der einheitlichen Handelspolitik gestatten. Darum ist es wahrscheinlich, daß die Nordseestaaten unter den in beiden Fällen sonst gleichmäßigen Bedingungen sich eher einschließen werden, einen 20 Mill. Bewohner umfassenden deutsch-preußisch-deutschen Zollverbande mit vorhältnißmäßig wirksamen Schutzzollen für die Haupt-Zauptzweige, als dem Zollverein in seinem gegenwärtigen Bestande beizutreten. In der That, die unbefangenen Freunde der Handelsfreiheit mussen im mitteleuropaischen Zollverbande einen ungemein wichtigen Schritt zur wahren Verkehrsfreiheit erblicken, als in der bloßen Ausdehnung des Zollvereins über die Nordseestaaten, und gerade bei festbegründeter Ueberzeugung von der Wahrheit ihrer Ansichten mussen sie der wohlthatigen Wirkungen des freien Verkehrs auf einem so umfassenden Territorium so gewiß sein, daß sie auch einen Schritt zur weitere in gerader Richtung und endlich den Sieg ihrer Sache ableiten sollten. Andererseits mussen aber auch die Anhänger eines rationellen Schutzzoll- und Reciprocitatssystems jenem großen Handelsbund den Vorzug geben, nicht blos, weil hier bei so mannigfaltigen Productionen und umfassende, sondern auch weil dieser Handelskörper allein im Stande ist, jenes System zur vollständigen Durchführung zu bringen. Handelsfreiheit und Schutzzollsystem bilden nicht im Princip nothwendige Gegensätze, und der Kampf zwischen Schutzzoll und Freihandel kann durch die österreichisch-deutsche Zolleinigung auf verschiedene Weise gelöst werden. Durch diese Einigung wird dem einen wie dem andern Princip wesentlich Rechnung getragen, denn je kleiner das Land, desto bedenklicher wird der Schutzzoll, desto nothwendiger der Freihandel; je ausgedehnter dagegen der eigene Markt, desto größer der innere Mitbewerb; je größer dieser, desto unmöglicher das Monopol, desto niederer die Waarenpreise, desto größer auch die Fähigkeit zum Mitbewerb auf dem Weltmarkte. Auf einem engen Markte wird der Schutzzoll zum Vorrecht der Einzelnen und zur Bürde der Uebrigen; auf einem weiten Markte gleicht sich dies zum Vortheil des Ganzen bald aus, der jvornente Schutz erweckt die schlummernden Kräfte zur Thätigkeit, er versteht den nöthigen freien Spielraum zum Erstarken und gibt dem Auslande gegenüber die sesselnde Ebenbürtigkeit. Allerdings begegnet man, auf den Standpunkt der Sonderinteressen hinunterstiegend, noch manchen Besorchungen und Conflicten. Allein war es anders, als man in den dreißiger Jahren zum Abschlusse der Zollvereinsverträge schritt?

(Forts. folgt.)

Frankfurt, 28. Juni. Es hat mit der Union die eigenthumliche Bewandtniß, daß sie gewöhnlich dann am lebhaftesten Stadium sich befindet, wenn sie äußerlich in sehr glänzenden Verhältnissen hervortritt. Auch gegenwärtig, wo das Fürsten-Collegium eröffnet, Unions-Minister designirt und Herr v. Radowitz ernannt ist, dürfte nicht alles Gold sein, was in den gothischen Blattern leuchtet. Gerade in diesem Moment ist vielleicht die Sache der sogenannten preußischen Union schlechter als je bestellt. Preußen darf nach den letzten Vorgängen nicht mehr hoffnung haben, sich auf revolutionäre Kräfte zu stützen, es wogen diese sich im gothaischen oder im demokratischen Lager befinden. Die Union wird nur dann durchgreifen, wenn sie sich auf revolutionäre Elemente stützt; denn sie ist eine Frucht und Consequenz der Revolution. „Ja, es ist der Nachhall der Revolution vom vorigen Jahre," rief Herr Camphausen auf der Tribune zu Berlin aus. Es ist aber mehr als Nachhall der Revolution in der Union, es ist eine Revolution selbst in diesem Projekte, wo eine Verfassung für zur Zeindtschland einseitig hingestellt wird. Die „deutsche Union" dieser Name behandelt ein Prinzip, welches man nur als revolutionär bezeichnen kann. Nicht „preußische Union" nennt die preußische Regierung das von ihr gestiftete Bündniß, Deutschland, und ganz besonders Deutschland ohne Oesterreich, vielleicht zum Theile auch dieses, soll die Union umfassen, den deutschen Bund soll sie ersetzen, das ist doch wohl nur gegen den Willen der süddeutschen Regierungen möglich, man muß auf revolutionärem Wege dahin gelangen, gleichviel, ob sich die Regierungen in Contact mit der Revolution verwicklungen äußert. Dürfte aber die preußische Regierung jüngst den gegenwärtigen Vorgängen noch hoffen, die Revolution in die Hand nehmend, sie leiten zu konnen? Es ist eine alte Regel, daß die Revolution ihre eigenen Kinder frißt. Sollte die preußische Regierung, die sich mit solcher Vorliebe aller nicht nur revolutionären, sondern sogar liberaler Ansprüche benimmt, noch glauben konnen, diesen Löwen als Zugthund zu benützen? Schon das nächste Parlament zu Erfurt würde sie in eine Lage versetzen, aus der sie sich nur durch eine rettende That würde zieben konnen, und diese That würde bereits bei Gelaß gewesen haben, und zwar eines Gelaß, der nicht gerade zu seinem Vortheile war. Unsere Nachbarn an der Spree haben sich daran gewöhnt, stets von der Ehre zu sprechen; die Pariser gloire hat in Berlin ihren Doppelgänger gefunden. Bei einem Gelaß, der durchaus nothwendig organisirt ist, mußte auch dieser Hebel besonders in Anwendung kommen. Die politische Ehre aber soll Preußen nicht erlauben von seinem Wege umzukehren, so lange nicht alle Wege zum Ziele zu gelangen, erschopft sind, so lange es nicht an „die Grenze des Möglichen" gelangen ist. Irren wir jedoch nicht, so ist diese Grenze des Möglichen so weit nicht, auf ein „Anschweben des Phenums," wie es ein scharfsinniger Staatsmann nannte, nicht mehr zu setzen. Es ist jedenfalls klug von den Leitern des preußischen Staates, jene Persönlichkeit, welche diese Politik von Anfang an trug, auch die letzten Versuche, von denen zu vermuthen steht, sie wurden scheitern, machen und dann diese Persönlichkeit fallen zu lassen, damit das Cabinet um sein theures Haupt ärmer würde, aber die preußischen gothaischen Organe, die seit einigen Tagen wieder entzückt sind, thäten nach so manchen gemachten Erfahren doch gut, etwas weniger laut zu jubeln. Besonders ware dies der Deut-

Jeden Zeitung zu wünschen, damit man nicht sage, sie sei als Narrin aus der Welt gegangen. (Lt.)

Stuttgart, 28. Juni. Gestern Abend noch verbreitete sich hier das Gerücht, das Ministerium habe in Folge des gestrigen Kammerbeschlusses seine Entlassung eingereicht, doch horte man schon heute früh, daß dieselbe nicht angenommen worden sei, was sich auch, nachdem eben erst die Bildung eines Ministeriums gescheitert war, voraussehen ließ. Inzwischen sind der Versicherung der „Deutschen Chronik" zufolge von 2 Mitgliedern der äußersten Rechten, Kapff und Walter, Versuche gemacht worden, die Bildung des neuen Hofe sehr ungern gesehenen Landesversammlung dadurch in möglichst Bahde herbeizuführen, daß man die Mitglieder der Linken zum Austritt veranlaßte; es sind jedoch diese Versuche gescheitert. So wird denn die Versammlung noch beisammen bleiben, bis sie durch ein Votum gelegentlich der Budgetberathung ihre Auflösung herbeiführt, und es der Regierung unmöglich macht, länger mit ihr zu arbeiten. Vielleicht hat das heutige Votum in Betreff der Steuerverlängerung (s. d. Kammerbericht) eine Veranlassung gegeben. Vor dem Kassationshofe wurde heute die Nichtigkeitsklage des Redakteurs des „Eulenspiegel" Mieroff verhandelt gegen das Erkenntniß des Schwurgerichtshofs zu Eßlingen, was ihn wegen Majestätsbeleidigung zu 8 Monaten Festungshaft verurtheilte. Sein Gesuch ist verworfen, und er muß heute noch die Strafe antreten.

Tretow, 26. Juni. Mit dem Großherzog-Weimar ist ein Staatsvertrag über die Forderung der Rechtshpflege abgeschlossen. Die Gerichte leisten sich in Civil- und Strafsachen gegenseitige Rechtshilfe wie die Gerichte des eigenen Staats. Urtheile in Civilsachen werden in dem andern Staate vollstreckt und flüchtige Verbrecher ausgeliefert. Während die Regierung das Turnen in den Lehrplan der Schulen aufnimmt, tritt sie gegen die Turnvereine sehr entschieden auf; die beiden Turnvereine in Hohenstein und der Lausiger Turnerbund in Lobau sind aufgelöst, die andern werden folgen. (K. Z.)

Wien, 23. Juni. Die „Oesterr. Reichsztg." veröffentlicht heute die vom Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg an den diesseitigen Gesandten in London in Betreff der englischen Forderung an Toscana gerichteten Note. Es heißt in derselben gegen den Schluß: „Die erste Bedrechtigung jedes unabhängigen Staats bleibt immerhin jene, seine eigene Erhaltung durch alle ihm zu Gebot stehenden Mittel zu wahren. Sobald ein Souverän — bei Ausübung dieses Rechts — sich gezwungen sieht, die Waffengewalt zu Hilfe zu nehmen, um einen offenbaren Aufruhr zu dampfen, und wenn in dem Laufe dieses mit tiefendem Bedauern geführten Kampfes ihm die Landes angehörigen Fremden beschädigt wird, so ist dies meines Erachtens ein öffentliches Unglück, worun die Fremden ebenso gut, als die Einheimischen ihren Theil tragen müssen, und welche ihnen ebenso wenig ein Recht auf auskmahmsweise Entschädigung gewähren kann, als ein solches das andern, von dem menschlichen Willen unabhängigen Unglücksfallen beigeleitet werden könnte. So verhält sich, auf einen einfachen Gehalt zurückgeführt, der streitige Punkt in der Toscana gegenüber erhobenen Reclamation." Die Note ist zur abschriftlichen Mittheilung an Lord Palmerston bestimmt und vom 14. April datirt. — Frhr. v. Jellachich wurde am Tage vor seiner Abreise zur kaiserl. Familientafel geladen, bei welcher sämmtliche Glieder der kais. Familie und Prinz Albert von Sachsen anwesend waren. Nach derselben überreichte Se. Majestät der Kaiser dem Banus unter den schmeichelhaftesten Ausdrücken das Armeeverdienstkreuz. Am 21. wurde demselben das Diplom eines Ehrenbürgers von Wien durch eine Deputation des Gemeinderaths überreicht.

Berlin, 27. Juni. Heute ist die Ankunft des diesseitigen Gesandten am österreichischen Hofe, Grafen Bernstorff, erfolgt, der sofort mit dem Minister des Auswärtigen, Hrn. v. Schleinitz, in Berathung trat. Auch General v. Rabowitz soll von Erfurt hier eintreffen. Die Staatsregierung wünscht, wie die Reform meldet, die Ansichten beider Staatsmänner über die obschwebenden Schwierigkeiten in der deutschen Frage zu hören. Hr. v. Rabowitz übernimmt jetzt den Vorsitz im Fürstencollegium der Union. — Ein hiesiger Künstler, welcher vor geraumer Zeit nach Nordamerika ausgewandert war, weil die hiesigen Verhältnisse seiner demokratischen Gesinnung unerträglich waren, ist von dort mit der conservativsten Gesinnung zurückgekehrt. Auf Fürsprache bei Sr. Majestät dem König ist demselben hier künstlerische Beschäftigung zu Theil geworden. Hier angekommene Briefe aus Nordamerika deuten auf mehrere solcher Radikalkehren hin.

Italien.

Das „Univers" vom 24. Juni enthält einen Bericht des Hochw. Ant. Fiori Missionairs zu Rimini an den General der Congregation des kostbaren Blutes zu Rom über das wunderbare Ereignis zu Rimini. Da die Einzelheiten genau mit dem übereinstimmen, was wir seither schon mitgetheilt haben, so beschränken wir uns auf folgende Stelle dieses Schreibens: „Die eigentliche Bewegung besteht darin: Man sieht, daß das Bild häufig die Augen zum Himmel erhebe als ob es flehte, bisweilen bewegt es sie nach verschiedenen Seiten hin, oft senkt sie die Pupille wie ein Diamant. Mehrere Personen versichern selbst eine Bewegung der Lippen und eine gänzliche Veränderung der Gesichtszüge gesehen zu haben." — Aus diesem Briefe aus Neapel vom 18. d. erfahren wir, daß am 17. Juni ein Theil des großen Gebäudes Gerocglio, wo augenblicklich eine Anzahl von Truppen casernirte, zusammengestürzt ist. u. 4—500 Menschen unter den Trümmern begraben worden sind.

Neuestes.

München, 28. Juni. Ihre Maj. die Königin Marie, welche gestern der Königin Therese das Geleit bis Augsburg gab, ist Nachmittags 4 Uhr wieder in Nymphenburg eingetroffen. — Se. Maj. der König Ludwig hat seinen Badereisenplan dahin abgeändert, daß er sich nicht nach Beudenau, sondern am 4. Mit. nach Salzburg begeben wird; bereits ist das Quartier daselbst bestellt worden. — In Betreff der für den nächsten Monat anberaumten Prüfungen bezüglich der höheren Beförderung von Unteroffizieren und Soldaten, ist gestern ein kgl. Kriegsministerialreskript an alle Abtheilungen der Armee ergangen. Die Abprüfungen haben eine Einschränkung von 6. Lebensjahre angefangen einzutreten und hängt dann die Zulassung zur Hauptprüfung von einer vorherigen mündlichen Prüfung vor sämmtlichen Stabs- und Oberoffizieren ab. — Die hiesige Artillerie wird vom 1. k. Mts. angefangen auf einen Präsenzstand von 75 Mann per Kompagnie durch Beurlaubung reduzirt. — Ihre kais. Hoheit der Herzog von Leuchtenberg wird, wie ich höre, mehrere Wochen hier verweilen und abwechslungsweise auch sein Schloß Eichstädt besuchen.

(A. Ab.)

§ Rothenfels, 28. Juni. Abends 8 Uhr entlud sich auf den Gemarkungen Steinsels, Rohrbach und Stetten ein Gewitter, welches durch Hagelschlag auf der Steinfelder Markung allein 1200 Tagwerk Ackerland mit dem darauf befindlichen Früchten verwüstete, und einen Schaden von mehr als 10,000 fl. verursachte. Der den Gemeinden Rohrbach und Stetten zugegangene Schaden wird auch auf 5000 fl. taxirt.

Frankfurt, 29. Juni. Gestern gab Sr. kön. Hoheit der Kurfürst von Hessen in dem Schlosse Philippsruhe ein großes Diner, zu welchem die Mitglieder der Bundescentral-Commission und des hier anwesenden diplomatischen Corps ic. eingeladen waren.

Frankfurt, 30. Juni. Ueber die Entdeckung einer falschmünzergesellschaft erfahren wir aus guter Quelle folgendes Nähere: Auf das Gasthaus „zum Donnersberg", bekannt als Clubslokal der äußersten Linken, hatte schon seit langerer Zeit unsere Polizei ihre besondere Aufmerksamkeit gerichtet. Als nun vorgestern das Personen-Amt von Besitzen jener Gesellschaft genaue Kunde erhielt, daß selbe aber nach den Grundrechten für sich ohne richterlichen Spruch keine Hausuntersuchung vornehmen darf, so wurde noch spät Abends desselben Amt durch einen Beschluß des Appellationsgerichtes hiezu ermächtigt. Um 10 Uhr gestern Frah umzingelten plötzlich zwölf Gendarmen den Gasthof, und es gelang, die aus mehreren Personen bestehende Gesellschaft im Keller des Hauses auf frischer That zu ertappen. Es fand sich eine vollständige Einrichtung zum Falschmünzen vor; eine sehr starke ächte Stempelpresse, gewaltige Compositionsmetall, um Zwei-Guldenstücke zu prägen u. s. w, sowie auch eine große Anzahl gemünzter Guldenstücke, zu welchen das Frankfurter Gepräge angewendet war. In der Gesellschaft gehört namentlich die Eigenthümerin des Hauses, eine Wittwe, in deren Zimmern man eine Anzahl falscher Goldstücke vorfand und ihr Bräutigam, ein Herr Schneider, der, wie man hört, schon in Bayern wegen Falschmünzerei in Untersuchung stand, nebst einem Lithographen, welcher die Stempel gefertigt haben soll. Alle wurden zur Haft gebracht. Die Untersuchung und das Verhör im Hause des Kriminalamt dauerte den ganzen Tag über. Das Haus wird noch fortwährend von Gendarmen bewacht. (Fr. J.)

Kassel, 27. Juni. Heute ist ein Ausschreiben des Gesammtministeriume, die indirecten Abgaben und Weggelder betr., erschienen, wonach im Churfürstenthum Hessen mit dem 1. künftigen Monats die Forterhebung dieser Abgaben auch nach Ablauf der Finanzperiode verfügt wird. Diese Gelder sollen aber nicht verwendet, sondern bei der Hauptstaatskasse aufbewahrt werden.

Leipzig, 27. Juni. Eine in gestern Nachmittag berufene Actionärversammlung zum Behuf der Annahme einer Beifallsadresse an den akademischen Senat hat das entgegengesetzte Resultat gehabt. Es wurde beschlossen, keine Beifallsadresse zu überreichen. —

Prag, 25. Juni. Nicht nur in unserer böhmischen Hauptstadt, auch in 83 andern benachbarten Orten wüthet jetzt die Cholera.

C Paris, 28. Juni. Baron Augulf v. Wächter hat dem Präsidenten der Republik sein Beglaubigungsschreiben als würtemb. Ministerresident überreicht.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 28. Juni.
Weizen 12 fl. 28 kr. Korn 7 fl. 21 kr.
Gerste — fl. — kr. Haber 4 fl. 37 kr.

Bekanntmachung.

Bei der unterfertigten Kasse ist nunmehr eine Sendung von Obligationen zu porteur des neuen 3prozentigen Staatsanlehens eingetroffen, was den sich bereits hiezu Betheiligten Behufs der baldgefälligen Empfangnahme der treffenden derartigen Obligationen gegen Rückgabe der Hafftscheine hiermit bekannt gegeben wird.

Zugleich verbindet man damit die fernere Anzeige, daß fortwährend noch Einzahlungen auf das vorbemerkte Anlehen benehmt werden können.

Würzburg, 29. Juni 1850.

Königliche Kreiskasse von Unterfranken und Aschaffenburg.

Bocke, Berger,
k. Kreiskassier. k. Kreiskassacontroleur.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreibhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 157. Würzburg, Dinstag den 2. Juli. **1850.**

Die Nachtheile der Centralisation.

Man hat vielleicht die Erwartung oder Hoffnung ausgesprochen, daß bei einem etwaigen Sieg der Sozialisten in Paris die Departemente sich erheben würden gegen die Hauptstadt, um dem Fortschreiten der Barbarei Einhalt zu gebieten. Eitle Hoffnung! Man verlangt also von diesen Departementen eine selbstständige Handlung; man verlangt, daß sie, auch gegen den Willen der Centralstadt, handeln sollen! Wie kann man aber von Jemanden eine selbstständige Handlung verlangen, der an und für sich keine Selbstständigkeit besitzt? Aber sind nicht gerade diese Departemente eigens gemacht worden, wie sie jetzt sind, um alles selbstständige Leben der frühern Provinzen zu vernichten? Hat man nicht bei ihrer Gründung, unter Aufstörung des Grundes, die Grenzen derselben so gewählt, daß auch jedes geschichtliche Band zerrissen ward? Hat man nicht es ausgesprochen in jener unglücklichen Zeit der ersten französischen Revolution, daß man aus Frankreich eine leere Tafel machen wolle, um es dann nach Laune und Gutdünken in eine gewisse Anzahl Theile einzutheilen? Wann ist irgend eine selbständige Handlung von diesen Departementen ausgegangen? — Natürlich, sie sind nur zusammengewürfelte Haufen von Städten und Dörfern, ohne irgend ein lebendiges Band, regiert von der Zentralregierung, die den allmächtigen Präfekten mit seinem Heer von Schreibern anlegt und verfügt nach Gutdünken, und ein solcher vodter Körper kann kein selbständiges Leben besitzen. Das eben ist der Fluch, der auf Frankreich lastet, daß der ganze Staat nur eine Zusammenhäufung Einzelner ist, ohne irgend ein organische Band, ohne irgend eine organische Gliederung. Diese zusammengeschobene Masse ist darum auch gegen kein anderes Band gehalten, als durch die Zentralregierung, und sobald diese fällt, ist Alles aufgelöst, zerfällt Alles in seine Theile. Eben darum auch betrachtet man in Frankreich die Regierung als eine „zweite Vorsehung", oder vielleicht als die einzige, da man dort an die erste nicht mehr recht glaubt. Die Folge der Zentralisirung ist, daß Alles von der Regierung verlangt wird, Jeder von der Regierung Brod und Auskommen fordert, die Regierung für Arbeit und alles Mögliche sorgen soll. Das einzelne Band der Gesellschaft ist somit der Eigennutz. Und von einer solchen Gesellschaft verlangt man eine selbständige Handlung! — Wie ganz anders ist es z. B. in Oesterreich in dem Jahre des allgemeinen Aufruhrs, 1848, ergangen? In der Hauptstadt tobte die Empörung; kaum der Schule entwachsene, bartlose Menschen geboten als Herren, der Kaiser war geflüchtet, und dem Oesterreich nicht verlorene? Wie wäre es in solchem Falle in Frankreich gegangen? Bekanntlich ist es einer Beantwortung dieser Frage, wenn man sich des Juli 1830 und des Februar 1848 erinnert? Aber Oesterreich hatte die geschichtliche Selbständigkeit seiner Theile gewahrt und das war seine Rettung. Es wird verloren sein, sobald es dieselbe antastet. Warum steht England so fest inmitten aller Stürme? Weil es die altgermanische Einrichtung der Selbständigkeit der Theile bewahrt hat, die nicht nur unbeschadet der Staatseinigkeit bestehen kann, sondern bestehen muß, wenn der Staat selbst leben soll. England anerkennt die persönliche Selbständigkeit der Einzelnen, es anerkennt desgleichen die Selbständigkeit der Familie, der Gemeinde, und hat die Eigenthätigkeit der Grafschaften nicht gehindert. Und wer ist stärker, das zentralisirte Frankreich, oder das auf dem Prinzip der Selbständigkeit der Theile festruhende England? — In Deutschland hat sich manches Gute der alten Einrichtungen erhalten, manches Verderbliche der französischen Zentralisation eingenistet. Wir haben die Stammesselbständigkeit mit der Selbständigkeit der Stammeshaupter gewahrt, obwohl leider in dem Kampfe der Theile gegen das Ganze bei uns die Theile Herr geworden über das Ganze, und der Kaiser verschwand vor den einzelnen Fürsten, während in Frankreich der König alle Selbständigkeit der Stämme überwand. Immerhin aber ist es bei uns leichter, die lebenden Theile zu einem lebenden Ganzen wieder zu vereinigen, als in Frankreich die erlodeten Theile zu neuem Leben zu erwecken. Leider ist aber auch in den einzelnen Stämmen unseres Vaterlandes das selbständige Leben vielfach angegriffen worden. Die Bureaukratie ist häufig an dessen Stelle getreten und hat die frühern organischen Einrichtungen verdrängt. Das Heil eines Volkes liegt nicht darin, daß die Staatsregierung die gesammte Staatsgewalt senken kann, wie in einem Marionettentheater die Puppen gezogen werden, sondern darin, daß die einzelnen Theile des Staatsganzen innerhalb ihrer Grenzen ein selbstthätiges Leben äußern und selbstthätig mitwirken zur Erreichung des Staatszweckes, der freilich nicht im „Wortheil" sondern in der Verehrung der Menschheit in jeder Beziehung besteht. Andernfalls wird der Staat zu einer leblosen Maschine, und wenn je ein Geist in den einzelnen Theilen sich regt, so sucht er diese erlodende Hülle zu zerreißen, die jedes Leben unterbindet. Die Folgen solcher Zustände sehen wir wohl deutlich genug in Frankreich. — Wir begreifen recht wohl, warum der Radikalismus die Zentralisation, wie er sie heißt: die „Einheit", so sormend erstrebt. Einerseits ist es für Die, welche obenan stehen, wichtig, über die gesammte Staatsgewalt verfügen zu können, da der Radikalismus kein höheres Prinzip als den „Wortheil" kennt und die Selbstsucht sein Gott ist; andererseits stieß auf der von ihm angebeteten Lehre vom „Gesellschaftsvertrag" jene Zentralisation ganz von selbst, da dieselbe von einer Selbstständigkeit der Theile keinen Begriff hat, vielmehr die gesammte Masse des Volks nur als eine (freiwillig) zusammengetretene „Gesellschaft" ansieht, die eben nur zusammengetreten ist, um gemeinsig „Wortheile" zu erlangen, oder vielmehr sich gegenseitig zu übervortheilen, die sich also auch wieder auflosen könnte, wenn dieser „Wortheil" nicht erreicht wird, und deren einziges Band die „Regierung", als oberster Beamteter der Gesellschaft ist. Von einer innern, organischen Nothwendigkeit, von einem, mit andern Worten, göttlichen Gesetz, das die menschliche Gesellschaft unlosbar zusammen kettet, hat der Radikalismus, wie gesagt, keinen Begriff, ja der Gedanke daran ist ihm ein Greuel, denn sein Gott ist die Selbstsucht, und diese schließt alles Höhere aus. Die Selbstsucht aber ist der Böse in der Welt, und sie gebiert das Verderben der Völker. Wehe dem Staate, der ihr verfällt. Der Radikalismus, eben weil seine obersten Grundsätze jener zum Verderben führenden Lehre und Anschauung von der menschlichen Gesellschaft entnommen sind, ist darum nur fähig, zu zerstören; aufbauen, dauernd neu bauen kann er nie und nimmermehr, denn er weicht ab von dem Fundamente, das der Herr selbst der menschlichen Gesellschaft gelegt hat, und das Haus, das sein Fundament hat, stürzt zusammen und begräbt unter seinen Trümmern den tollen Baumeister.

(D. Z.)

Abraham a Santa Clara über Volksbewaffnung.

Zum Glück ist der laute Ruf nach Volksbewaffnung, der vor zwei Jahren so ungestüm erhoben wurde, längst wieder verschollen; Dank den angetrennten Bemühungen Derjenigen, die den Pudels Kern wohl erkannten und zum Heil des Vaterlandes nicht müde wurden, vor dem Abgrunde zu warnen, dem das deutsche Volk durch Auflösung der stehenden Heere und allgemeine Volksbewaffnung zugeeilt wäre. — Es scheint, als habe die Vernunft hier endlich einen Sieg erfochten — hoffentlich nicht den letzten! — wenn es ihr auch schwer genug wurde; denn die Weltgeschichte und ihre noch so deutlichen Lehren sind für uns ja nicht mehr vorhanden; wir müssen Alles selbst probiren! — Daß man aber schon vor langen Jahren in manchertei Beziehungen, besonders wo es auf gesunde Vernunft ankam, klüger war, als wir, ein Theil unserer auf der Höhe der Zeit stehenden Mitbürger Deutschlands, der noch für wohlfeile Volksheere schwärmt, zeigt uns der Aufspruch eines Mannes, dessen klarer Verstand hier wie überall den Nagel auf den Kopf trifft. — Der ehrliche Abraham a Santa Clara, also kein reaktionärer Militär, sondern ein Mann des Volks, wie ja Einer, der jene Leute kannte, zugleich aber auch die Erfahrungen, die man bei den allgemeinen Bewaffnungen gegen die Türken gemacht hatte, wo doch wahrhaftig Noth an Mann war, sagt in seiner Rede: „Auf, auf ihr Christen, und stützet euch dermaßen hauptsächlich auf Gott," folgendermaßen mit seinem derben Humor: „Ein Feierabend marschirt nicht von Spulen kommt, sollte morgen schon können mit der Picke ansprungen? Ein Schneider, welcher heute vom Schneidern herkommt, sollte morgen schon wissen dem Feinde den Vortheil abzuschneiden? Ein Schnurmacher, der erst heute vom Spinnrocken kommt, sollte morgen schon wissen dem Feinde die Spitze zu zeigen? Ein Müller, der erst heute den Sack ausgeschäuft, soll morgen schon wissen, wie man muß den Feind in den Sack schieben? Ein Haderlumper, der erst heute mit Fetzen umgegangen, der soll morgen schon wissen, wo drein zu schlagen, daß es Fetzen gibt? Ein Pfaffer, der erst heute einer Dame den Buchersack in die Kirche nachgetragen hat, soll morgen schon wissen, wie man muß die Fahne tragen? Alles das glaube ich heute nicht, auch vielleicht morgen nicht! Ein solcher unerfahrener Soldat

ist einer Armee mehr schädlich als nützlich. Denn es pflegt in allen und jeder Fechtschaft nicht sowohl die Menge oder das tollr ungrschickte Gefecht, als vielmehr Erfahrenheit und stete Kriegsübung den Sieg zu erhalten; denn die Kriegsübung macht einen beherzigten Mann, frisch daran zu gehen, hinrem sich Niemand Andrs einzig zu thun fürchtet, was er weiß, daß er wohl gelernt hat. — Sintemalen der Sieg im Krieg durch wenig Wohlgrabte leichter erhalten wird, da im Gegentheil rin ungeschickter und unangefuhter Haufe allegrit einbüßen und den Kürzern ziehen muß.[19] Ist das nicht so gut als die schönste Abhandlung.?

Deutschland.

München, 29. Juni. Heute früh nahm eine Polizeicommission in dem Lokal des hiesigen Arbeiter-Bildungs-Vereins in Anwesenheit zweier Buchdrucker in Beschlag. Nachdem dier die Haussuchung vollendet war, begab sich die Commission in die Privatwohnungen der Vorstände und einzelner Mitglieder des Vereins und nahm deren sämmtliche Papiere ebenfalls in Beschlag. (A. Ztg.)

Landau, 29. Juni. Der aus Ungarn gebürtige Soldat Joseph Schmadel vom 1. Inf.-Regiment, welcher im Mai vorigen Jahres durch die Aussicht auf unentgeltliche Verabreichung von Wein verführt, vom Speyerer Schützenfest aus unter dem Vorwande einer Patrouille mit rin Paar Kameraden nächtlicher Weile nach Rußheim gegangen ist und drei im Rausche den Schlagbulsen Göring erschossen hat, ist zu sechsjähriger Arbeitshausstrafe verurtheilt worden.

(Bogrfb.)

Frankfurt, 21. Juni. (Forts. der Deutschrift des Hauses, österreichischen Handelsminister ze. ir.) Unmöglich schien es, alle Anstrüche zu befriedigen, und doch sind die Bestrebungen — wenn damals auch noch so writläufig dornmentiert — zu Schanden geworden, weil das Unnatürliche der innern Zollschranken und der Trennung schwerer weg, als alle statistisch beigebrachten. Die nemlichen Erscheinungen wiederholten sich jetzt; wird aber der größere Zollverband nicht auch rin gleiches Ergebniß herbeiführen? Und wenn die innern Fortschritte des Zollvereins während der letzten Jahre seines Bestandes geringer waren, als während der ersten, zeigt sich darin nicht, daß das natürlich Bedürfniß noch unvollständig befriedigt, noch nicht alle Bedingungen der gewerblichen Entfaltung rrfüllt waren, so lange der Zollverein, eingeengt zwischen dem Nordwesten und Südostrn, getrennt von der Nordsee, wie von der südlichen Mittelsee, wrsentlich Binnenland blieb und in seinem Verkehr unterbunden war? Nur durch den Zusammenbau nach Innen, durch die harmonische Verbindung und Beschmelzung aller eigenthumlichen Organisöge gewinnen die Nationen allmählig die Fähigkeit und Kraft, auch den Freihandrl nach außen sich zu erringen. Je mannigfaltiger und vielseitiger jene Gegenstge nach allen Richtungen hin sind, desto nothwendiger erscheint die Einheit des Handelsgebiets, desto tiefer gerift der Schaden einer unnatürlichen materiellen Zerklüftung. Die Wissenschaft hat den scheinbaren Gegensatz von Handelsfreiheit und Schutzzoll überwunden, seitdem sie nicht mehr bei der Abstraction stehen geblieben, sondern zu den lebendigen Mächten und Völke fortgeschritten ist. Sie will die Handelsfreiheit, aber sie läßt auch Schutz- und Differentialzölle als Mittel dazu, zur industriellen Erziehung, zur Machtentwickelung und als Waffe zu. Als kommt nur darauf an, wir man diese Mittel zu handhaben und anzuwenden weiß, daß der Zweck sich so wenig der Handelsfreiheit, als der Schutzzoll; Beides sind nur Mittel für höhere menschliche und nationale Zwecke. Jedenfalls schreint eine lange Erfahrung dafür zu sprechen, daß wir durch eine die vaterländische Arbeit sorgsam schirmrnde, die Interessen verwandter Völkr eher zur Handelsfreiheit gelangen werden, als dadurch, daß wir auf diesem Gebiete nach Außen entwaffnet, nach Innen zerrissen bleiben. — Mit Ausnahme des hohrrn Nordens und des äußersten Swrns befindet sich Europa so ziemlich unter gleichen klimatischen Verhältnissen. Auch Fruchtbarkeit und Anbau der europäischen Länder sind im Großen und Ganzen wenig verschieden von einander, und wegen dieser ziemlich gleichartigen natürlichen Erzeugnisse ist der Handel mit Lebensmitteln zwischen benachbarten, abgrlegen von einzelnen Oertlichkeiten, von nur mäßiger Bedeutung im Vergleiche mit dem innrrn Verbrauche jedrs europäischen Landes an eigenen Erzeugnissen; hierin mit soll jedoch die volle Wichtigkeit des europäischen Verkehrs sich, wie z. B. zwischen den hochtgebildeten Völkern, nicht in Schatten gestellt werdrn. Fernrr ist zumal im Westen Europas, in den romanischen und germanischen Landern, der Grund und Boden längst vertheilt und durch Anbau oder doch als Weide vor Wald benützt; an ausgedehnten Landrn, die unbrrührt, der Arbeitslosen drshalb durchgangig mäßig und in Gegenden, wo es an Gewerbsbetrib fehlt, meistens sehr gering.

(Forts. folgt.)

Frankfurt. Wenn das hier tagrnde Plenum noch immer zögert, auf dem betretenen Wege vorzuangehen, so ist dies nicht etwa einem Mangel an gutem Willen zuzuschreiben, sondern vielmrhr den verschiedrnen Minister-Reisen in einigen Nachbarstaaten. Als noch ferner, jedoch mehr in zweiter Linie stehende Rücksichten, welche das Plenum zu zogern bestimmten, dursten wohl auch gewisse Schwankungen drzrichnet werden, welche die Haltung der Regierung in unserer Zeit in Berlin erfahren. Es ist kaum mehr zu zweifeln, daß sich die Wahlfahr in Berlin immer mehr zu Gunsten Oesterreichs neigt So versichern verschiedene übereinstimmende Berichte, an drrrn Glaubwürdigkeit zu zweifeln ich nicht drn mindesten Grund habe. Auch die Haltung jener Berliner Schwankungen dürften die grosrrntlichen Bevollmächtigten wohl noch abzuwarten gesonnen sein. Hätte es nicht den Anschein, daß derselbe rin der grosdeutschen Sache günstiger sein werde, dann hatte man wohl Grund, rin Zeitverlust zu bemerken, welchen dieß arme Gebrechen verursacht. Kommrn nun die Dinge wie immer, das ist gewiß, daß man der Versammlung nicht wird vorwerfen konnen, sie habe nicht ihr Möglichstes gethan, um eine Verständigung mit den Unionisten herbeizuführen. Man ist hier auf Alles gefaßt. Für alle Fälle sind Schritte mit der großen Uebrrstimmung vorbereitet. Kein Ereignis kann die Versammlung uberraschen und unvorbereitet treffen. (Lloyd.)

Ein Correspondent der Allgem. Ztg. schreibt aus Karlsruhe, 26. Juni. Die Verlegung der badischen Truppen hat bis jetzt auch meiner Hoffnung nicht erfahrrn, aus welchen man eine Wendung der badischen Politik prophrzrien mochte, wenn man nicht annehmen wüßte, daß das gegenwärtige Ministerium auch diese besitzen werde. Die Abneigung gegen die Verlegung der Truppen nach Preußen ist allgemein in ganzen Land, nicht etwa nur bei den Nothen, wie die Karlsr. Ztg. zu glauben vorgibt, sondern auch bei jenen Mannern, welche den Nothen fest und muthig entgegentrrten sind, als gewiß andrre Leute drnselbrn beschrdenrrthr Raum gaben. Waren die deutschen Angrrrzrgebirrten gesrrnet, hatte Baden seine natürlichen Vertheidiger nicht verloren, so wurden die besonnenen Männer die Verlegung der badischen Truppen ganz anders ansehen. Man rrzahlt, der General v. Wrangel habe den Prinzrn Friedrich mit den Worten begrüßt: „Das lasse ich mir gefallen, das Land ist ein Garten, der muß von Truppen besetzt sein.“ Ob es wahr, ist so hat der alte Kriegsmann, ohne es zu wollen, auf eine sehr naive Art ausgesprochen, was die Mehrzahl des Volkes als den Grundgedanken der preußischen Politik brtrachtet. Und doch ist die Meinung irrig. Es ist allerrings wahr, was man wünscht, das hofft man grrne, aber die preußischen Militars wissen recht gut, daß sie beim Eintritt großer Ereignisse keine Quadratmeile am Oberrhein halten konnen, sie werden das eben Diplomaten sagen, und diese werden am Ende auch zu der Einsicht kommen, daß ihre Künste nicht erwerben konnen, was die Gewalt ihrer Waffen nicht zu halten vermag.

Cassel Von der württembergischen Grenze, 29. Juni. Unsrer Landesversammlung hat also die immrrhrrr vor ihrer am 3. d. beschebenen Vertagung vom Verfassungsausschusse eingebrachte Minorität rrnlage zum Beschluß erhoben und zwar, wie es sich von dieser Versammlung kaum anders rrwarten ließ, mit großer Mehrheit. Was wird nun daraus folgen? wird dadurch die deutsche Einheit Frage verrinfacht, wird die deutsche Einheit dadurch rrstrrt werden? Die Hauptfrage war der Klage wird dadurch motivirt, daß die Minister, die bekanntlich die Aeußerungen des Ministers Wächter-Spittler zu den ihrigen gemacht haben, die Landesstanden nicht um Zustimmung zu den von ihnen eingegangenen Verpflichtungen und Verträgen in der bevorstehrnden Verfassungsangelegenheit angegangen hatten. Was wäre aber geschehen, wenn sie dies gethan hattrn? Hätte die Landesversammlung wohl ihre Zustimmung zur Münchener-Uebereinkunft gegrbrn? Jene Landesversammlung, die von nichts anderm wissen will, als von der Aechtrerhaltung der alten, die bisher praktisch durchgrführt worrrn konnen? Und wenn sie ihre Zustimmung nicht gegeben hätte, hätte sie denn etwas Besseres an die Stelle zu setzen gewußt? — Aber auch von einer andern Seite kann man die Sache ins Auge fassen. Die Ministerianklage wird nach der Verfassung vor den Staatsgerichtshof kommen. Dieser ist seiner großen Mehrzahl nach, wie die Landesversammlung wohl weiß, aus Mannern zusammrngesetzt, die ganz entgegengesetzter Ansicht als die Mehrheit der Landesversammlung sind. Eine Abweisung der Klage vor rine Zurrsprechung des Ministers wird also erfolgen. Was hat dann die Landesversammlung gewonnen, um wozu hat sie dann mit so viel Aufwand und Gymnastik das Mäuchen gemacht? Alles wahrscheinlich pour le roi de Prusse! Alles zur größern Ehre ihrer politischen Talente. Der wollen sie damit in ihrer Weise für die deutsche Einheit agitirrn, wollen sie den Planen der großdeutschen Regierungen um jeden Preis überall Hinderniße in den Weg trrrn, damit die deutsche Einheit nicht so, sondern auf ihre eigene Weise zu Stande kommen kann? Denn es ist kaum denkbar, daß es diese Vertreter des Volkes so ganz ernst nehmen mit der Gründlichkeit, da ja gerade sie früher nicht so so fernpulos waren in diesem Punkte. Aber wenn man agitirrn, intriguiren will, so muß man seiner Sache gewachsen sein. Denn sonst arbeitet man durch den endlichen eigenen Fall nur seinen Gegnern in die Hände. Wenn die großdeutschen Regierungen die Verträge, die auf die deutsche Frage Bezug haben, den Kammern vorgelegt hätten, glaubt wirklich Jrmand allen Ernstes, daß dann rine Einigung, ein Vertrag hatte zu Stande kommrn konnen? Die großern Fragen in Deutschland sind gegenwärtig, nach den Erfahrungen der letzten Jahre, und bei der Zerrissenheit und Verwirrung in allen Begriffen und Verhältnissen, Fragrn der Politik und nicht blos des strengen Rrchtes. Die Politik aber erbeischt in unsern Tagen wo möglich Einheit, im Handrln, um mit durch zu langes Sinnbrrschirppen der Angelegenheiten die Interessen zu vrrnachlässigen. Ob sie's bedenken werden? Sind doch selbst die verwrisesten Demokraten und Sozialisten zu der Ansicht gekommrn, es thate uns ein großer Diktator Noth, um rudlich aus der Zerrissenheit und Trostlosigkrit unserer Mittelmäßigkeit herauszukommen. Und in Frankrrich hat man sich doch wahrlich noch lange nicht um rine Diktatur!—

Wien, 25. Juni. Die ganze Wucht der deutschen Frage liegt riniig nur allein auf den Schultern des Fürsten Schwarzenberg und drs Hrrn. v. Bruck. Von der Thätigkeit, welche diese Manner entwickeln, konnen Sie sich einen Begriff machen, wenn ich Ihnen sage, daß während der letzten 14 Tage eine neue Denkschrift über die Zollvorschläge Preußens nach Berlin abgrzangen

Digitized by Google

ist, mehrere vertrauliche Botschaften zwischen dem dortigen und hiesigen Ministerium gewechselt wurden und jetzt eine Note über die Verlegung der badischen Truppen ihrer Absendung entgegensieht. Was diese letzte Angelegenheit betrifft, ist man entschlossen, die Souverainität des Großherzogs, welche, wenn die Truppen der preußischen Armee angereiht werden, zur Null herabsinken muß, auf das entschiedenste zu bewahren. — Die Armee erhält noch im Laufe dieses Jahres ein neues Infanterie- und ein Cavallerie-Regiment.

(Ges.-Z.)

‡ Wien, 26. Juni. In der deutschen Frage fängt jetzt auch unsere Oppositionspresse, wenigstens die „Oest-Deutsche Post" an, sich für die Politik unseres Ministeriums zu erklären. Es wäre dieß an und für sich weniger wichtig, wenn man nicht aus Erfahrung wüßte, daß dieser Schritt sich immer auf dem Stand der öffentlichen Meinung seiner Gesinnungsgenossen oben auf zu erhalten bestrebt wäre. Und so dürfen wir auch, abgesehen davon, versichern, daß die Sympathien, welche bei Vielen noch meist nur aus altem Haß gegen Alles was von unserer Regierung kommt, nicht für die „Union", sondern für ein neues Reichsverfassung lebendig waren, als unmögliche Wünsche bei Seite gesetzt und vergessen zu werden beginnen. Jenes Blatt weist übrigens in einem gut geschriebenen Leitartikel darauf hin, daß unsere Föderalisten bisher an der deutschen Angelegenheit unbetheiligt und Centralisten in der deutschen Frage Föderalisten sind. Es ist dieß vollkommen wahr, und liefert einen schlagenden Beweis, wie Unrecht diejenigen haben, welche in der Politik Alles aber einen Leisten schlagen wollen. Die Ursache dieser Erscheinung liegt darin, daß wir Anstalten über unsere jetzige theokratisch-büreaukratische Verfassungsform denjenigen über die allgemeine deutsche Angelegenheit ganz verschiedene Interessen zu Grunde liegen. Mit abstrakt allgemeinen Gründen würde man hier natürlich consequent bleiben und in denen Fragen entweder Centralist oder Föderalist sein müssen. Es ist hier wohl nicht der Ort, darüber des Weiteren sich zu verbreiten. Die Gründe dieser Erscheinung sind bei uns nach den verschiedenen Kronländern wieder verschiedene, und es ließe sich darüber ein großes Buchlein schreiben. — Nachrichten aus Frankfurt zu Folge wurde zwischen unserem und dem preußischen Ministerium wieder ein heftiges Einvernehmen hergestellt, — was man jedoch bei der Schaukelpolitik in Berlin nicht zu hoch anschlagen darf. Es hat dieß schon zu oft gehetzen, und hat sich schon zu oft in bloße Illusionen und patriotische Phantasien aufgelöst, als daß man, bevor man es nicht nur „schaut auf weiß Papier", fondern es thatsächlich durch wirkliche Erfolge weiß, darauf großes Gewicht legen dürfte. Nach den Drohungen unserer ministeriellen Presse jedoch mit einem „Anschieben Preußens ans Deutschland" und einem „Vorangehen des Plenums auf dem betretenen Wege" und da von dem letzteren bisher doch noch nichts verspürt wird, dürfte man doch berechtigt sein, anzunehmen, daß dieses Zögern des Plenums in Frankfurt einer jenen Nachrichten aus der Bundesstadt zu Grunde liegenden Thatsache zuzuschreiben ist. Hoffen wir unterdessen immer, so lange noch irgend etwas zu hoffen ist. Es bleibt einem in dieser traben Zeit ja noch nichts Grünes übrig als — zu hoffen! Uebrigens werden auch die Minister- und andere Krisen in einigen deutschen Staaten als Grund angeführt, warum man in Frankfurt „auf dem betretenen Wege vorangehen" zögere. — Es gehen hier fortwährende bittere Klagen über die Unsicherheit der untern Beamten in den verschiedenen Theilen der Monarchie, und daß dadurch die Reorganisationsarbeiten der verschiedenen Ministerien an vielen Orten auf mannigfaltige Hindernisse stoßen. So traurig diese Erscheinung ist, so wenig darf man sich darüber wundern, wenn man sich fragt, woher die große Zahl von guten Unterbeamten kommen sollte, da unter der Metternich'schen Herrschaft doch unmöglich sich solche heranbilden konnten, die für die total veränderte Civilstrichtung des neuen Oesterreichs passen. —

Wien, 26. Juni. In der zweiten Berathung der italienischen Vertrauensmänner unter dem Vorsitze des Hrn. Minister Bach hat man neuerdings prinzipielle Vorfragen diskutirt. Inzwischen ist man in dieser Sitzung zu einer gegenseitigen Verständigung gelangt, welche die erfreuliche Lösung der schwierigen Frage hoffen läßt. Hr. Minister Bach verfolgt gegenüber den Einwürfen der Vertrauensmänner, welche theilweise mit allem Feuer ihres südlichen Temperamentes vorbrachten, mit Ruhe und Takt. Die nächste Sitzung wird übermorgen stattfinden. Das Ministerium ist mit den Vertrauensmännern dahin übereingekommen, daß dieselben aus ihrer Mitte ein Comite, welches ihre Ansichten über die Verfassungsform der italienischen Provinzen in einem Entwurf darzustellen hat, wählen sollen. Dieser Gesetzentwurf wurde dann mit den ministeriellen Vorlagen vereinbart werden. Ueber die sanitären Hauptgrundzüge derselben hat sich Sr. Excellenz Ihnen folgendes mitzutheilen: Die Italiener wünschen vor allem die Errichtung des lombardischen und venetianischen Gebietes zu einem Kronlande, das auch in einem Landtage vertreten wurde. Dieser konnte im Einklange mit der Ansicht des Ministeriums aus zwei Kammern bestehen. Der Senat soll 60 Mitglieder zählen. Hievon wurde die Regierung die Ernennung von 30 auf Lebenszeit, den Gemeinden, den Universitäten und andern gelehrten Institutionen des Landes gewählt werden. Die Dauer der Wirksamkeit des Senats soll auf 10 Jahre festgesetzt werden; jeder der Austretenden kann wieder gewählt werden. Für die Bildung der Deputirtenkammer ist der Antrag auf Modifikation des Wahlgesetzes gestellt. (Die Vertrauensmänner halten die Einführung von drei Steuerklassen für unzweckmäßig.) Endlich ist auch der Wunsch ausgesprochen worden, daß dem italienischen Landtage ein weiterer legislativer Wirkungskreis eingeräumt werde. Als diese Punkte sind dem Hrn. Minister Bach bereits mitgetheilt worden; er versprach einige derselben bei Sr. Maj. dem Kaiser zu befürworten. Von Seite des Hrn. v. Bruck hoffen die italienischen Vertrauensmänner warme Unterstützung ihrer Interessen bei dem Monarchen zu finden. Die zurückgekehrten Sectionschefs in vielen Conferenzen bei Hrn. v. Schmerling beschäftigt. Man hofft daß die Organisation der Gerichte im ganzen Reiche zwei Instanzen und den Cassationshof für die formfrage (wie in Frankreich) feststellen werde. Bei einer derartigen Reform haben sich die Italiener selbst für die Verlegung des obersten Gerichtshofes von Venedig nach Wien ausgesprochen. (Z. Z.)

Prag, 23. Juni. Gestern Mittag langte der Kardinal-Erzbischof Fürst Schwarzenberg hier an und begab sich sogleich in schlichtem Civilkleide in die Domkirche zu St. Veit, wo er indessen bald erkannt und vom gesammten Domkapitel begrüßt wurde. Die feierliche Besitzung des Erzbischofs. Stuhls durfte erst im kommenden Herbst stattfinden. — Nachrichten aus Schemnitz zufolge ist dort der General Fürst Colloredo-Mannsfeld vom Schlage gerührt worden, befindet sich aber bereits wieder auf dem Wege der Besserung; es soll jedoch der Sprache noch nicht wieder mächtig geworden sein. (Presse. C. V. A.-Z.)

Prag, 25. Juni. Vorgestern traf der Herr Justizm., Ritter v. Schmerling, hier ein u. gestern ward durch ihn die feierliche Installation der neuen Justizämter im großen spanischen Saale der kaiserlichen Burg vor einer zahlreichen Versammlung der Repräsentanten der Civil- und Militärbehörden, der Geistlichkeit, der Nationalgarde ꝛc. begangen. Unter den Anwesenden bemerkte man auch viele Mitglieder, die zu diesem wichtigen Acte nach Prag gekommen. Der Herr Minister sprach in einer gehaltvollen Rede über die historische Bedeutsamkeit unseres Kronlandes, über die Gleichstellung der Nationalitäten, über die schwierige mitten in surmoolier Zeit durchgeführte Organisirung von Oesterreich, die Wichtigkeit der Staatsanwaltschaft ꝛc. Der Präsident des Oberlandesgerichts, Graf Mittrowsky, sprach erst in deutscher, dann in böhmischer Rede insbesondere über die segenbringende Stellung der neuen Gerichtsbehörden und über die Oeffentlichkeit im Strafprozesse, und leistete Namens der Behörden den Eid der eifrigen Pflichterfüllung. Auch der Generalprokurator Hilscher antwortete in beiden Landessprachen; er verbreitete sich namentlich über die Aufgabe der Staatsprokuratoren. Mit dem nächsten Monat tritt nun die neue Gerichtsorganisation in ganz Böhmen in volle Wirksamkeit.

Breslau, 25. Juni. Heute Morgen drei Uhr wurden die zu Festungsstrafe verurtheilten Maigefangenen, sämmtlich mit Ketten belastet, zu Wagen nach den verschiedenen Festungen abgeführt.

England.

Attentat gegen die Königin.

London, 28. Juni. Die Blätter enthalten folgende Beschreibung eines sinnlosen Angriffs, der gestern Abend auf die Königin gemacht worden ist. Nach 9 Uhr setzte Ihre Majestät, begleitet von dreien der königl. Kinder, Cambridge House (wo sie einen Besuch gemacht hatte, um sich nach der Gesundheit ihres Onkels, des Herzogs v. Cambridge, zu erkundigen), und war im Begriff, nach Buckingham Palace zurückzufahren. Ein Menschenhaufe hatte sich vor dem Thore des Hofes versammelt, um Zeuge von der Abfahrt J. M. zu sein. Der königl. Wagen war gerade durch das Thor gefahren, als ein anständig gekleideter Mensch sich ihm näherte und mit einem kleinen schwarzen Pfeifer einen heftigen Schlag gegen die Königin führte. Der Schlag traf den linken Arm der Majestät auf der rechten Seite und drückte den leichten Hut ein, hatte aber sonst für den Angenblick keine andere sichtbare Wirkung, als daß man sah, wie die Königin ihre Hand erhob und den Hut wieder zurecht rückte. Unter der sehr großen Anzahl von Personen, welche Zeugen des Vorgangs waren, erregte derselbe natürlich große Aufregung, und mehrere sprangen sogleich hinzu und ergriffen den Thäter. Einer derselben versetzte dem Angreifer in loyaler Entrüstung einen kräftigen Schlag in das Gesicht, so daß ihm die Nase heftig zu bluten anfing. Andere unter den Umstehenden zeigten große Lust, das Lynchgesetz anzuwenden, wurden aber durch zeitige Ankunft der Polizei, welche den Uebelthäter rettete und nach der Station in Vine-street brachte, daran verhindert. J. Maj. verrieth durchaus kein Zeichen von Bestürzung, und fuhr sogleich unter dem lauten Jubelrufe der anwesenden Volksmenge Piccadilly hinunter nach Buckingham Palace zurück. Als der Gefangene in der Polizeistation angekommen war ward er vor den Inspektor Wyall geführt, und dieser nahm die Anklage entgegen. Als der Gefangene nach seinem Namen gefragt wurde, sagte er ohne Zögern, er heiße Robert Pate, sei Lieutenant außer Dienst (vom 10. Husarenregiment) und wohne No. 27, Duke-street, St. James's. Nachdem die Aussagen verschiedener Zeugen entgegengenommen worden waren, welche die oben gegebenen Facta bekräftigten, wurde der Gefangene gefragt, was er in Betreff der Anklage zu erwidern habe. Er erklärte, es sei wahr, daß er Ihrer Maj. einen leichten Schlag mit einem kleinen Stock versetzt habe, sagte aber mit Nachdruck auf die Zeugen emphatisch hinzu: „Diese Männer können nicht beweisen, ob ich ihren Kopf oder ihren Hut getroffen habe." Hierauf ward der Gefangene zwei Polizeibeamten übergeben und in eine Zelle geführt.

Frankreich.

C Paris, 29. Juni. Binnen Kurzem werden die Wahlisten von Paris geschlossen sein. Die Wählerzahl dürfte ungefähr 9—10,000 betragen. Noch bloß Arbeiter, sondern auch bedeutende Persönlichkeiten der antidynastischen Partei haben ihr Stimmrecht verloren. So erhielt man, daß Hr. Duchâtel, ehemaliger Minister des In-

nern, nach den neuen Bestimmungen nicht in die Wählerliste aufgenommen werden konnte.

Italien.

Dem „Messagere de Modena“ wird aus Rimini geschrieben: „Ich bin am 4. Juni hier angekommen; ich begab mich sogleich mit meinen Reisegefährten zum Bilde der Madonna; bei diesem ersten Besuche habe ich das Wunder nicht bemerkt, wohrend meine Gefährten es sahen; es erfüllet sich das uns meine Kurzsichtigkeit, denn später habe ich es durch die Brille gesehen. Am Abend wurden wir in die Kirche eingelassen, als der Bischof durch Maler und Physiker in Gegenwart des Generalvikars, der Domherren, mehrerer Priester, einiger Beamten und anderer Laien und einiger Fremden das Bild bei verschlossenen Thoren untersuchen ließ. Nachdem der Bischof vor dem Bilde gebetet hatte, ließ er es auf einen Tisch legen. Der Maler untersuchte dasselbe ganz genau, und erklärte, daß unser Leinwand nichts Außergewöhnliches angebracht sei. Das Bild ward darauf umgewendet: die Leinwand war hinter mit drei Stücken von verschiedenem Stoff bedeckt: das größte darunter bedeckte den obern Theil, wo die Augen gemalt sind, es wurde sorgfältig weggenommen und Alles genau untersucht: wenn Jemand der Anwesenden noch Verdacht hegte, so ist er sicher entzweckt. — Das Gemälde ist 60—65 Centimeter hoch und 45 breit: es ist von dem Maler G. S. Carlo aus Rimini gemalt. Man hat mir gesagt, es sei eine von 4 im vorigen Jahrhundert angefertigten Copien eines Gemaldes, welches sich in der Cathedrale befand. (Nach einem Briefe im „Ami de la Religion“ ist das Original des Bildes von St. Domenichino.) Eine dieser Copien ist in S. Gieronimo, zwei in Privatbesitz; diese schenkte der Maler seiner Schwester, einer Clarissin, die im Rufe der größten Frömmigkeit im St. Clara-Kloster gestorben ist. Die Nonnen hatten das Bild im Chor aufgestellt; bei der Aufsehung des Klosters forderte es die Familie Soleri zurück und schenkte, ich weiß nicht wann, das Bild in S. zur heiligen Clara.“ — Dem „Echo“ von Florenz wird über denselben Gegenstand aus Forli geschrieben: „In diesem Antlitz spricht sich eine übermenschliche Grazie und eine himmlische Schönheit aus; man kann Stundenlang davor stehen, ohne sich satt zu sehen. Die Unempfindlichsten in Unglaubigkeit werden von dem Eindruck überwältigt, brechen in Thranen aus und bekehren sich. Zahllose Wunder finden fortwährend statt: langjährige und für unheilbar erklärte Krankheiten werden geheilt, Blinde erhalten das Gesicht, Stumme die Sprache, Lahme den Gebrauch der Glieder wieder. Ueber diese vor den Augen Vieler geschehenen Wunder leitet die kirchliche Behörde einen formlichen Prozeß und schon sind einige 1000 Zeugen verhört und verhört. Von andere Seite stellt man das Wunder in Abrede oder sucht Zweifel daran zu erregen; man muß aber zu den sonnenklichen Einwendungen seine Zuflucht nehmen. . . Sie fragen mich, ob das Wunder für Alle sichtbar ist. Wenn auch unter den Schaaren, welche von allen Seiten nach Rimini zusammenströmen, die immense Mehrheit erklärt, sie habe die Bewegung der Augen gesehen, so gibt es doch einige, welche sagen, sie seien nur durch die ungewöhnliche Schönheit des Bildes in Staunen gesetzt. Wenn ein menschlicher Kunstgriff die Bewegung bewirkte, so müßten Alle sie sehen; daß dieß nicht der Fall ist, beweist, daß die Bewegung die Wirkung einer höhern Macht ist. Es ist aber auch gar nicht auffallend, daß unter 15 Vielen Einzelne die Erscheinung nicht sehen, da das Bild nicht sehr groß ist und die Bewegung nicht ununterbrochen fortdauert, sondern nur in Zwischenraumen stattfindet. — Was bedeutet dieses Wunder? So fragt mancher. Die Einen betrachten es als ein Zeichen von drohenden Züchtigungen, Andere als ein Zeichen der göttlichen Barmherzigkeit, bestimmt, die Gottlosen zu bekehren und die Gläubigen zu befestigen. Gewiß ist der Unglaube, der in diesem Lande herrscht, so groß, daß Wunder nöthig sind, um ihn zu heilen.“

Belgien.

Brüssel, 28. Juni. Am 16. Mai des. Js. wurde zwischen der preußischen und belgischen Regierung ein Vertrag über die Verbindung durch die elektrischen Telegraphen geschlossen und die Ratifizirten betreffen am 20. Juni gegenseitig ausgewechselt. Die Linie geht von Berlin über Aachen nach Brüssel, Antwerpen und Ostende. Von Brüssel wird eine Verzweigung der Linie bis an die französisch-belgische Grenze fortgesetzt, wo sie sich mit der von Paris verbindet.

Neuestes.

* Würzburg, 1. Juli. Heute Abend kam S. k. Hoh. Herzog Max von Bayern hier an, und setzte nach einem kurzen Aufenthalt seine Reise fort.

Das „Frankfurter Journal“ berichtet über eine furchtbare Katastrophe in Benares, bei welcher über 1200 Personen theils das Leben eingebüßt haben, theils verwundet wurden. Eine Flotte von 30 Schiffen mit Pulvervorräthen (nicht weniger als 3000 Tonnen), die nach den oberen Provinzen bestimmt waren, war am 1. Mai zu Benares am Hanuman-Ghat gelegen, inmitten der Stadt, von Anker gegangen; bald darauf stieg aus einem dieser Schiffe eine blitzende Flamme auf, begleitet von einer schrecklichen Explosion, die auf zehn Meilen weit gehört wurde; die Explosion verbreitete rundumher eine entsetzliche Zerstörung; sämmtliche Pulverschiffe flogen auf; eine große Anzahl Häuser stürzte in Folge der Erschütterung ein; über 420 Personen wurden auf der Stelle getödtet und etwa 800 verwundet.

Aus Baden, 30. Juni. Aus Karlsruhe vernimmt man die betrübende Kunde, daß Markgraf Wilhelm an Brustleiden und Krämpfen so heftig darnieder krankt, daß man an seinem Aufkommen verzweifelt. Gestern war der Zustand Sr. Großherzogl. Hoheit fast ganz hoffnungslos.

Aus Württemberg, 29. Juni. Morgen über acht Tage, am 7. Juli, ezfolgt die feierliche Eröffnung der ganzen Eisenbahnlinie von Heidelberg bis Friedrichshafen.

Kassel, 29. Juni. Gestern ist eine Bekanntmachung erschienen, wonach vom 1. Juli ab alle nach diesem Datum fällig werdenden direkten Steuern nicht, dagegen alle bis dahin fällig gewordenen erhoben werden sollen.

Wien, 27. Juni. Die Errichtung eines fünften Bisthums in Böhmen wurde beschlossen und mit der Durchführung derselben der neue Fürst-Erzbischof von Prag, Fürst von Schwarzenberg, betraut.

Berlin, 28. Juni. Das „Corresp.-Blatt“ schreibt: Die hoffentlich nahe bevorstehende Lösung der dänischen Streitfrage hat einen vollständigen Congreß dänischer Wollmachtigten und Agenten hierher geführt. Man zählt deren 7, die den verschiedenen Parteien angehoren, und zwar der demokratisch-national-dänischen Partei ein Unterhändler und ein Attache 2, der Partei des Cassino-Ministeriums ebenfalls 2, der reaktionären Partei desgl. 2, Seitens des jetzigen Ministeriums 1.

Berlin, 29. Juni. In der heutigen Sitzung des Obertribunals ist der Prozeß des Grafen Reichenbach durch Beschluß wieder an das Geschworenengericht zu Breslau verwiesen worden.

Berlin, 29. Juni. Morgen verläßt der zum Bischof von Mainz gewählte bisherige Bischof von St. Hedwig, Hr. v. Ketteler, Berlin. Sein Nachfolger wird heute oder morgen erwartet. Es ist ein Erzpriester der Breslauer Diöcese, der Pfarrer Peldbram aus Warmbrunn, ein Mann, dem der Ruf priesterlicher Milde in seinem neuen Wirkungskreis vorangegangen ist. Hr. Peldbram soll morgen schon in sein Amt introduzirt werden und wird sich dann wieder nach wenigen Tagen, jedoch nur auf kurze Zeit, nach Warmbrunn zurückbegeben.

A London, 29. Juni, früh Morgens. Abstimmung über Roebucks Motion im englischen Unterhause: Stimmende 554, für 300, gegen 254. Majorität für Palmerston: 46 Stimmen.

C Paris, 29. Juni. Die Bischofe von Frankreich haben, dem neuen Unterrichtsgesetze entsprechend, Mitglieder des Episcopats zum obersten Unterrichtsrath ernannt. Die gewählten Mitglieder sind: Hr. Parisis, Bischof von Langres, Hr. Morlot, Erzbischof von Tours, Hr. Dupanloup, Bischof von Orleans, Hr. Gousset, Erzbischof von Rheims.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Deutsche Berichte.

Mainz, 28. Juni. Mit Getreide blieb es diese Woche ungeandert fest und bedauerten sich die Preise auf ihrem seitherigen Standpunkte, obschon die Ankunfte zum Verbrauche etwas nachgelassen haben; für schönen Nassauer Rothwaizen legte man heute 8¼—½ fl. per netto 100 Mil. an. — Roggen, welcher mehr vernachlässigt ist, kam man heute à 5¼ fl. willig kaufen per netto 100 Mil. — Gerste 5¼ fl. Hafer 3 fl. — Effect. Rabol wird auf Rthlr. 37½ per 280 Pf. l. G. mit Faß gehalten. — Reps und der neuen Erndte à 14½ fl. per Malter angeboten.

Frankfurter Cours.

Den 1. Juli 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1126	1131
„ 5% Metalliene	79½	79⅝
„ 4½ „	61¼	61⅝
„ 3% „	46½	47
„ 2½% „	43¼	43⅝
„ 4½% Bethmann	76¾	76⅞
„ 4% „	68½	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	93½	94
„ „ 500 „ 1834.	148	148½
Preußen 31½% Ct. Schuld Scheine.	86⅛	86⅞
„ 4 pCt. 50 Thalerien Scheine.	103⅜	—
Bayern 3½% Obligationen	—	83½
„ 4% „	88½	89
„ 5% „	100⅞	100⅝
Wurtemberg 3½% „	92½	92⅝
„ 4½ „	96⅞	97⅛
Baden 3½% „	80⅝	81¼
„ fl. 35 Loose	31½	31⅝
„ „ 50 „	52⅝	53⅛
Nassau à. 25 „	24½	24⅝
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	75¼	75⅝
„ „ 25 „	26½	27
Polen fl. 300 „	129½	—
Partinien Loo. 36	33¼	33½

Fremden-Anzeige.

Den 1. Juli 1850.

Adler: Weismüller, k. Kreis- u. Stuttgart-Director v. Erlangen. Kfte.: Mertenbon u. Reutschlob v. Fritz. Schairer v. Meran, Liebmann v. Mainz.

Kronprinz: Bar. v. Wünsiedel v. Fekit. Kögel, Part. v. Berlin. Schatzl. Part. v. England.

Nuss. Hof: Mad. Grammer-Klett m. Dienerschaft v. Mersch, Amtsrathsmut. Fabrikbes. v. Trimbelfingen. Kramer, Hofapoth. v. Donaueschingen. Matthies, Rent. v. Londen. Mayer, Hauptm. v. Lunevet. Klitz: Lehmayer v. Fekit. Kippert v. Ulm. Becher v. Gmünd.

Mitteldeutscher Hof: Kfm.: Tentler v. Amsterdam. Renner v. Nürnb., Frank v. Bremen.

Mittelmeergasthof: St. Ober. Rthr v. Staff-Wiesenheim m. 2 Frl. Techer v. Tätelsmühlen. v. Neverleihn, Part. v. Berlin. Kfte.: Lambert v. Mainz, Hennberg v. Prag, Gebauer v. Fekit.

Gestorbene:

Den 2. Juli.

Andreas Heinlein, Weldermeister, 74 J. alt. — Maria Franziska Hacker, Schmiedmeisters-Kind, 1¼ J. alt. — Lorenz Wetterich, Verwalter, 69 J. alt. — Ulrich, Marie Therefie, Silberdiener, 3 J. alt.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schreiberhof 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Stempel und Gebühr frei.

Nr. 158. Würzburg, Mittwoch den 2. Juli. **1850.**

Das französische Heer.

Man kann es sich nicht verhehlen, Frankreich liegt heutzutage ganz in den Händen der Militärmacht. Es ist also nothwendig, sich im Auge zu halten, was unter diesen Umständen möglich ist. Das französische Heer ist weder ein Heer wie das englische; noch ein Heer wie das preußische, österreichische, oder gar das russische. Es ist kein eigentlich königliches Heer, obwohl es auch keineswegs ein republikanisches Heer ist. Sein Hauptcharakter besteht darin, sich dem Lande nicht entfremden, das eigne Land nicht erobern zu wollen. In einem Cäsar oder Bonaparte gehören große auswärtige Kriege, und diese werden dem französischen Heere nicht geboten. Ein Bürgerkrieg wird von dem Heere allein niemals im jetzigen Frankreich aufgehen, das heißt, das Heer steht hier keineswegs auf der einen, die Nation auf der andern Seite. Kein Präsident, kein Kronprätendent kann auf die Armee bauen, um sie für dynastische Zwecke ohne Wissen und Wollen der Nation zu benutzen. Damit das Heer in einem bürgerlichen Kampfe der bestehenden Regierung gebiete, muß ein Theil wenigstens der Nationalgarde mit ihm gemeinschaftliche Sache machen. Die Bourbonen der ältern und der jüngern Linie sind gefallen, weil ihre Anhänger nicht selber als Parteigänger eines Bürgerkriegs im Kampf eines Theils der Nationalgarde gegen den andern aufgetreten sind. Das wissen die Regierung, und darin liegt eben, keineswegs aber in ihrer Masse, Fähigkeit und Tüchtigkeit, das Geheimniß ihrer Verwegenheit. Weil die Parteien entweder unfähig waren oder sich weigerten einen Bürgerkrieg anzufangen, ist die Armee neutral geblieben, besonders 1848, wo es gar keinen Widerstand unter den Orleanisten gab, und daher hat die jacobinische Partei wenigstens momentane Triumphe davongetragen. Die Prinzen des Hauses Orleans, besonders der Herzog von Aumouls, und jetzt auch Louis Bonaparte sind in einen großen, stets erneuerten Fehler verfallen. Sie glaubten, das Heer anders zu binden durch persönliche Gunst, Gnadenbezeugungen oder indem sie, wie Louis Bonaparte besonders, bei ihren Inspektionen, in den Kasernen ꝛc. Zeichen ihrer Freigebigkeit dem Soldaten hinterließen, der herzlich gern auf ihre Gesundheit trinkt, aber deßhalb keineswegs sich schoren will Leib und Leben aufopfert. Dadurch ermuntert man bei Musterungen und sonst die Soldaten zu rufen, gestern: Vive le Roi, wenn Ludwig Philipp Herrschaft hielt, heute: Vive le Président, oder auch vive Napoléon, wenn sie vor Louis Bonaparte vorüberzogen. Das ist alles Wind. Im genauesten Sinne hängt der Sold vat von seinen Offizieren ab, und wo die Offiziere kein Ansehen über die Soldaten haben, wo sie ihnen nicht moralisch imponiren, da ist alles vorbei. Man kann versichert sein, daß ein großer Theil der Garnisonen in den großen Städten aufs Aeußte bearbeitet wird von den Sozialisten und Communisten; so lange aber die Offiziere ihr Ansehen behalten, reißt es den Soldaten fort, und die Meute wird niedergemäht, wo sie sich zeigen möge. So stark ist die Ehre und die Disciplin. Das ist aber auch ihre Bedingung. Tüchtige Offiziere und geschickte Generale, sonst ist alles hin; hier hängt alles von der Persönlichkeit ab, und nichts von dem Abstrakten. Deßhalb ist Changarnier so stark in Paris, deßhalb wissen im vergangenen Jahr Gémeau und d'Arbouville wie auch Magnan die Garnison von Lyon mit sich fort, obwohl ein Theil derselben den Communisten schon gewonnen war. Es kommt also darauf an, welchen Generalen man das Commando in den großen Städten anvertraut, und welches Offizier-Corps man zu gestalten versteht. Alle Fehler in dieser Hinsicht rächen sich aufs Stärkste. Der Aufstand der Stadt Lyon in diesem und im vergangenen Jahre ist mir durch seinen Contrast aufgefallen. Im vorigen Jahre, im selben Monat Junius eine erbitterte, lurchtbare, aber niedergeschmetterte Meute, in diesem Jahr ein außerordentlich blühender Handel, ein gedeihendes Gewerbe. Und doch: im vorigen Jahr war das Zutrauen groß; der Soldat hing unbedingt an seinen Generalen, Gémeau und d'Arbouville besonders wußten ihn fortzureißen; allmälig impouirten diese auch den Massen, gewannen auch das Zutrauen der Bürger. Man kann dreist behaupten, daß die civilen und militärischen Gewalten im vorigen Jahr die Stadt moralisch beherrschten. Alles ward erneuert. Gémeau ist in Rom, d'Arbouville, der sehr beliebte und geachtete, ist in Bordeaux, Magnan ist in Straßburg; der General Castellane und der Präfekt de la Vosne haben auch die ministre Rutorität, trotz der herben Strenge des einen und der großen Bequemlichkeit des andern. Die Autorität ist eben das Geheimniß, und was kann aus der Stadt Lyon in den künftigen Verwicklungen politischer Behaltnisse werden ohne die Autorität? Die Autorität ist nicht der Posten, aber der Mann, nicht das Abstrakte, aber das Konkrete, dieses sollte man bedenken. Regieren ist nicht administriren, sondern Menschen kennen und Menschen wählen.

Landtagsverhandlungen.

München, 1. Juli. (CXXXIX. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Die Gallerien sind schwach besetzt. Am Ministertische: v. Abendbrenner, v. Ringelmann, v. Lüder, v. d. Pfordten und mehrere Ministerialräthe. Der I. Präsident eröffnet um halb 9 Uhr die Sitzung. Nach Verlesung des letzten Sitzungsprotokolls wird vom Referenten Frhrn. v. Lerchenfeld über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Gesetzentwurfes die Kapitalrenten- und Einkommensteuer betr. Vortrag erstattet. Die fragliche Stelle ist in Art. 8, nach welcher der Reichsrath sammer deutlich ist, die im Auslande angelegten Kapitalien nicht versteuern zu müssen. — Koch: In dem ganzen parlamentarischen Leben sei es Faktum, daß nur die Volkskammer die Steuerverhdlung beschließt. Die Kammer der Reichsräthe habe sich eine eigene Stellung gegeben. Sie gebe den Reichen eine Bevorzugung, denn den Reichen nur sei es möglich, seine Kapitalien in verschiedenen Ländern anzulegen. — Dr. Bayer erklärt, für das Gesetz und die Modifikation zu stimmen, da sonst das Gesetz fallen würde. — Reinhart: Man solle fest stehen bleiben auf dem Beschlusse. Immer und immer müsse der Mittelstand die Lasten des Staates tragen, der Reiche wolle nichts leisten. — Wolfersteln spricht für Stehenbleiben auf dem gefaßten Beschlusse. Es sei nachzuweisen noch nicht der letzte Termin, die erste Rammer solle sehen, wie viel der zweiten an ihrem Beschlusse liege. — Breitenbach räth zum Nachgehen. — Der Referent und Staatsminister v. Ichenbrenner wünschen in ihren Schlußäußerungen dasselbe. — Reinhart verlangt namentliche Abstimmung, welche mit allen gegen eine Stimme (Lassanz) angenommen wird. Die Modifikation wird sofort mit 88 gegen 39 Stimmen angenommen. Das Gesetz erwacht dadurch zum Gesammtbeschluß. Hierauf wird zur Festsetzung der Berathung der Antgabenbehörden geschritten und ehe noch zu der in der letzten Sitzung abgesprochenen Debatte geschritten werden konnte, werden noch drei Anträge gestellt. — Dr. Narr beantragt 15,000 fl. zur Hebung der Viehzucht ins Budget zu stellen. — Hafenbrädl schlägt vor, zur Errichtung von je zwei Musterstatuten auf jeden Kreis 50,000 fl. einzustellen, im nächsten Landtage sollten übrigens gesetzliche Vorlagen in diesem Betreffe gemacht werden. — Dr. Heine beantragt, daß in den zu errichtenden Ackerbauschulen 1 bis 2 Freiplätze für Schulamtskandidaten auf Staatskosten errichtet werden sollen. — Nach einer langen sehr weit greifenden Debatte, an welcher die Ministerialräthe Wolfgang, Wolfersteln, Hermann betheiligen, wird die Fortsetzung auf Mittwoch angeraumt u. die Sitzung um 12 Uhr geschlossen.

Deutschland.

München, 1. Juli. Heute Vormittags hat die Polizei das im vorigen Jahr im Buchhandel erschienene und von Julius Knorr verfaßte Tableau „Fürstenspiel" in allen Kaufläden konfiscirt. — Bei den einzelnen Abtheilungen der Garnison hat heute ein Urlaubsverkehr stattgefunden. — Dem Redakteur des „Gradaus" Hrn. Wechsel und andern Mitgliedern des Arbeiterbildungsvereins wurden heute ihre weggenommen Papiere wieder zurückgegeben, nachdem der Polizeidirektor in Gemeinschaft mit einem Stadtgerichtsbeamten sie durchgesehen und unschädlich gefunden hatte. Ein Arbeitermitglied des genannten Vereins wurde von der Polizei ausgewiesen. (K. Bibl.)

München, 1. Juli. Durch die heutige „Allg. Ztg." vernehmen wir in Beziehung auf die dänische Angelegenheit, daß die entschiedenen Memorialtionen des preuß. Gesandten in London Lord Palmerston bestimmt hatten, der Sache eine andere Wendung zu geben. Worin diese Wendung bestehe, wird nicht angegeben. Es heißt nur, daß an dem einfachen Friedensschlusse kaum noch zu zweifeln sei. Aber wie wird, oder vielmehr wie würde — denn es ist kaum anzunehmen, daß wir schon so nahe daran sind — ein Frieden formulirt werden? So viel ist gewiß, daß das gegenwärtig auch Nord und Süd, nach unten und oben zerrissene Deutschland keinen so würdigen Frieden abzuschließen im Stande sein wird, wie das Deutschland, von dem man bisher nur zu träumen gewußt hat: das einige, große Deutschland! Ein Berliner Blatt ist der An-

sicht, daß eine so folgenschwere Entfernung kaum glaublich und meint, daß es den Grundsätzen kaum hatte gelingen können, ein so wichtiges Protokoll hinter dem Rücken Preußens abzuschließen. Ich lege keinen Grund, warum nicht. Solche Protokolle, solche Verträge sind schon sehr häufig gemacht worden, ohne daß Dritmigen, gegen welche sie gerichtet waren, sich sofort erklärt hätten, als sie es zu spät war. Die Jahren von 1848 werden an dieser Weise Politik zu treiben, kaum etwas geändert haben. Nicht einmal die moderne franzöf. Republik dürfte im moralisch-politischen Reinigungsprozesse so weit fortgeschritten sein, nicht nach Umständen man wenn es was einträgt, ein Bischen im Teufel zu spielen. Lamartine vereint 1848 zu den Völkern Europas und proclamirte die Solidarität der Völker und eine Art von lantienischem ewigen Frieden. Wir sind aber noch lange nicht so weit mit der Humanität und es müßte, um so etwas glauben zu machen, erst vor dem eigenen Hause gekehrt werden; namentlich sollte die Metropole der Humanität, des Geistes und der Bildung dem eigenen Lande zunächst auch mit der Grundbedingung der Humanität vorangehen, mit einer sittlichen Bildung.

— Was Dänemark selbst betrifft, so erfährt man aus den obgleich dürftigen Relationen doch so viel, daß es in seinen Forderungen so unverschamt ist, wie je. Wie wünschenswerth wäre es, wenn Oesterreich sich der Sache lebhafter annähme, als es bis dahin gethan hat! Wir lesen in minifteriellen österreichischen Blättern, daß es Oesterreich zeigt obliege, sich an die Spitze der deutschen Staaten zu stellen, die sich der Noth von ganz Deutschland gegenüber den Ausschreitungen Eines deutschen Staates wahren wollen, und daß es seinen hohen Pflichten nicht ungetreu werden werde. Es handelt sich bei diesen Worten allerdings nur von den Aussöhnungen Preußens in der Unions-Angelegenheit. Wir möchten aber Oesterreich bei diesen patriotischen Versicherungen ja früher zu lieber bei dem Wort nehmen und wünschen, daß es sich noch mehr angelegen sein lassen möchte, die Rechte von ganz Deutschland auch gegenüber den Ausschreitungen eines Fremden von Deutschland zu wahren.

Frankfurt, 21. Juni. (Schrift. der Deutschl des kaiserl. österreichischen Handelsministeri se. se.) Die fortwährende Zunahme der Bevölkerung bewirkt hier nach Naturgesetzen eine immer größere Zerstückelung des Bodens und hat in manchen Gegenden, wie Schwaben, Franken, Elsaß, Rheinhessen, in der Rheinprovinz einen regelmäßigen Abfluß zu suchen. Aus dieser europäischen Gleichartigkeit der wirthschaftlichen Grundzustände fließt für die europäischen Staaten die doppelte materielle Nothwendigkeit — die auch sonst im sittlichen, politischen und sozialen Fortschritte begründet liegt — einmal jene eigenen Gewerbefleiß, den Handel und die Schiffahrt mit aller Sorgfalt zu hegen, und sodann neben dem europäischen Handel auch der Erweiterung des direkten Bedarfshandels mit den von Natur anders gestellten überseeischen Ländern im Osten wie Westen die höchste Fürsorge zuzuwenden. Gibt solches für alle europäischen Staaten, so müssen doch namentlich Oesterreich und Deutschland sich mehr als ein anderes Land dazu aufgefordert fühlen, einem blühenden Gewerbsfleiße und der Erlangung eines ihrer Größe und Bildung entsprechenden Antheils an dem Welthandel nachzustreben, um endlich auch reich und unabhängig, mächtig zu Lande und zur See dazustehen. So nur erlangt das ganze, von der Natur so reich begabte Mitteleuropa, gleich England, die sichere Gewähr der Continuität der inneren friedlichen Entfaltung, also die Gewähr dafür, daß es nicht wie im 16. und 17. Jahrhunderte, und wie während der napoleonischen Kriege, aus seiner eben beginnenden Entwickelung wieder in tief zerrüttete Verwirrung zurückgeschleudert werde, aus welcher es selbst nach den äußersten Anstrengungen und den glücklichsten Siegen nicht einmal seine alten Bestandtheile rettete. während Britannien, das daheim seinen Feind gesehen hatte, aus den jüngsten allgemeinen Friedensschlüssen in vier Welttheilen vergrößert hervorging, und an See- und Grundbesitz allen andern überlegener denn je dastand. Gegen eine solche politische Einsicht in der österreichisch-deutschen Handelspolitik scheuben sich im Grunde nur noch verrenkelte, wohl kaum genügend aufgeklärte Anlagen der Landwirthschaft. Diese sind von Bewerth war sich zu einer der Unmöglichkeit, in welcher sich die europäischen Völker befinden, ihren höheren Wohlstand auf die Ausfuhr von Lebensmitteln und andern landwirthschaftlichen Erzeugnissen sicher zu gründen. Alle europäischen Staaten sind bemüht, statt des ausländischen Absatzes das inländischen Erzeugnisse ihres Bodens einen inländischen Verbrauch zumal durch Beförderung des Gewerbsfleißes zu schaffen, und hierdurch eine zahlreiche und wohlhabende sowohl ländliche als stadtgewerbliche Bevölkerung zu erlangen, mit welcher eine entsprechende, in Handel, Schiffahrt und Gewerbe beschäftigte Bevölkerung sich vermingt. Aus dem Schutzbedürfnisse des heimischen Gewerbsfleißes gegen die überwältigende Concurrenz der weiter vorgeschrittenen Industrie des Auslandes folgt aber die möglichste Befreiung des Verkehrs mit landwirthschaftlichen Erzeugnissen, seien es Lebensmittel oder Stoffe für den Gewerbebetrieb. Was diese Befreiung noch hindert, muß beseitigt werden, wie nach ansen so nach innen. Auf einer solchen Grundlage der Volkswirthschaft stehen in Deutschland, besonders aber in Oesterreich, die bedeutsamsten Fortschritte bevor. Die eigentliche Tragfähigkeit des Bodens hat man darin darauf nirgends erreicht. Die Brachen und Wogden sind nicht ermessen werden können. Und welche Verluste, welch beträchtliche Summe von verschwendetem Boden- und Arbeitskräften erwuchsen daraus, daß die vielen Frohndienste und sonstigen Leistungen der Landleute den Verhältnissen nicht die Hälfte des Vorjetzt werth gewährten, welche sie den Verpflichteten zu stehen kamen. Alle diese agrarischen Hemmnisse und Vergeudungen haben nun aufgehört, der Boden ist frei, und damit eine Grundbedingung für die Herstellung eines naturgemäßen günstigen Zustandes der Volkswirthschaft ersteht. Insofern die europäischen Staaten in ihren Bedürfnissen in der Hauptsache einander beinahe unabhängig, in ihrem Gewerbsbetriebe dagegen in Mitbewerbung unter einander sind, und da jeder denselben Zweck in gleichlaufender Richtung mit dem andern verfolgt u. verfolgen muß, wenn er nicht in Wohlstand und Macht zurückbleiben will; so können diejenigen von ihnen, denen Nachbarschaft und gleiche Verhältnisse dazu auffordern, zur wirksamen Verfolgung des gemeinsamen handelspolitischen Zwecks sich nur zu Zoll-, Handels- und Schiffahrtsvereinen ganz zusammenschließen, und sich wechselseitig zu einem großen Handelskörper ergänzen und verbinden. Es hatte, um ein Beispiel anzuführen, der österreichisch-deutsche Handelsbund in Beziehung auf Italien, Holland, Belgien und Dänemark die Aufgabe, den völligen Anschluß dieser Länder an das diesseitige Handels- und Schiffahrtssystem zu bedeutendem Vortheile aus allen Kräften zu fordern. Diese Zoll- und Handelsvereine bei fortdauernder Getrenntheit der Gebiete sind dagegen eine gefahrliche Sache, weil die Erschütterungen auf dem Felde der Volkswirthschaft so wechselnder Art sind, daß keine menschliche Weisheit die Veränderungen, welche sich darin im Verlaufe weniger Jahre ergeben, berechnen und Erschütterungen an die Zollgesetzgebung, welche sich daraus entwickeln, im voraus zu beurtheilen vermag. Gegen gegenwärtige Lander darf sich der österreichisch-deutsche Handelsbund am wenigsten des Rechts begeben, den Zolltarif und die Handelsgesetzgebung zu jeder Zeit den Zeitumständen und zu verändern, wie es den eigenen Bedürfnissen und Interessen entspricht. Auf der gewerblichen Landbahn bleibt die Nation zurück, welche zuwarten muß, bis sie von andern überholt worden ist, und diese sich in allen Abfahrwegen festgelegt haben. Es ist daher von entschiedener Wichtigkeit für ihre gewerbliche Thätigkeit, daß ihre Gesetzgebung in der Lage sei und bleibe, mit ihren Wegregeln dem Laufe des Gewerbswesens und der Handels gleichmäßig frei und schnell ihren Vertragsgefährten folgen, daß sie abgesehen ihrem Gesetzgebungsrechte bezüglich der Einfuhrzölle von den Erzeugnissen anderer europäischer Staaten, im Hinblick auf die fortschreitende Entwickelung in ihren landwirthschaftlichen, gewerblichen und Handelsverhältnissen, immer auf der wandelbaren Maßregeln dritter Staaten, durch einen Handelsvertrag nichts vergebe. — Ganz anders stellt sich im Allgemeinen das Handelsverhältniß der europäischen zu den überseeischen Ländern. Hier zeigt sich eine durchgreifende, wesentliche Verschiedenheit des Klima-, der Bevölkerungen, der Erzeugung und des Verbrauchs. Jene wenigen zum regsten, vortheilhaftesten Austausche zwischen diesen beiden Theilen auffordert, und zwar so viel als thunlich im direkten wechselseitigen Bezuge. Jene Länder benöthigen der europäischen Erzeugnisse und wie bedürfen der übrigen. In Westindien, Brasilien, den La Platastaaten, in Chili, Peru u. s. w. wird fast gar nichts fabricirt. Nordamerika ist in ziemlichem Grade Gewerbestaat jedoch in der südlichen Hälfte aus klimatischen und aus Gründen des gesellschaftlichen Zustandes, namentlich so lange dort die Sclaverei besteht, an einen industriereichen Staat nicht zu denken; die riesenmäßig wachsende Verwerthung und Ausfuhr von Urstoffen für den Gewerbebetrieb und von Lebensmitteln nach den Tropenländern und nach Europa wird für das unermeßliche Land noch lange Zeit der Hauptverwerth sein, und das Einfuhrbedürfniß der verwandten Staaten an europäischen Fabrikaten wird bei der stark vorwiegenden Gewerbebetriebs in Neuengland, bei dem auf starken Verbrauch gehenden Volksgenußwerten, von erstaunlichem Umfange bleiben. Im Osten walten ähnliche, wenn auch in sich mehr verschiedenartige Verhältnisse wie im Westen ob, und dasselbe gilt von Australien und Neuseeland. — Allein diese für Europa so günstigen Verhältnisse sind bisher lediglich von England, Frankreich und Holland ausgebeutet worden, insbesondere werden die Gewerbserzeugnisse des ersteren Landes vorzugsweise von England und Frankreich geliefert. Oesterreich und Deutschland waren leider jener Theil fur sich nicht in der Lage, von dem riesigen wechselseitigen Bedarfsbaudel zwischen Europa und den übrigen Welttheilen den ihrer Größe und selbst ihrem Verbrauche von überseeischen Artikeln entsprechenden direkten Antheil zu gewinnen. Der deutsche Zollverein konnte nicht genügen, weil er nicht alle deutsche Staaten und die mit denselben durch natürliche und politische Bande verknüpften Länder umfaßt. Jeder Deutsche und Oesterreicher, vornemlich aber der Staatsmann, muß also den Blick auf jenen Tag richten, an welchem die deutschen Häfen der Nord- und Ostsee und die österreichischen im Süden als Stapelplätze eines großen Handelskörpers sich brüderlich die Hand reichen werden, weil durch diese enge Vereinigung die Wohlfahrt, die Macht, die Sicherheit Deutschlands und Oesterreichs sich auf früher unerhörter Grundlage erheben werden, als sie jemals in der Geschichte gehabt haben. Erst wenn der Handels- und Schiffahrtsbund zwischen Oesterreich und allen Staaten Deutschlands zu Stande gebracht sein wird, wenn jene weiten Gebiete, aber welche fast der gesammte überseeische Bezug der österreichischen und Mittelstaaten sich erstreckt, und ein bedeutendes handelspolitischen Gesetzgebung unterstehen werden, dann erst ist Raum, um eine österreichisch-deutsche Handelspolitik selbstständig und den Interessen der Gesammtheit entsprechend in allen Richtungen durchzuführen; dann erst wird es möglich, die wechselseitigen Bedürfnisse und den überseeischen Ländern abzuschließen und für Oesterreich und Deutschland den gebührenden direkten Antheil an dem großen Bedarfshandel zwischen Europa und den übrigen Erdtheilen zu erlangen. — Aus dieser Erörterung ergeben sich demnach folgende allgemeine Grundsätze, von denen eine österreichisch-deutsche Handelspolitik nach der An-

sicht des österreichischen Handelsministeriums ausgehen dürfte: 1) Sie ist aufzurichten, wo wenig auf der agrikolen und einseitig auf den ausschließenden Basis, als auf der gewerblich-produktionsmäßigen oder das Land einseitig absperrenden, sondern auf der wahrhaft national-ökonomischen, als Zweige der Volkswirthschaft ebenmäßig umfassenden Basis; ebenso behaft sie fortwährend den Zweck einer gleichmäßigen harmonischen Entfaltung aller dieser Zweige seit im Auge, erkennt dabei jedoch die sorgfältige Pflege, den wirksamsten Schutz für die Großzeichnung der heimischen gewerblichen Conenrrenzkraft sowohl auf dem eigenen als auf dem Weltmarkte nothwendig an, indem sie darin die Grundbedingung des Aufschwunges nicht bloß der Industrie, sondern auch der Landwirthschaft und des Handels, überhaupt auf die allgemeine Wohlfahrt gesichert und gewahrt sieht. — 2) Die gewerbliche Conenrrenzkraft wird sich wesentlich auf die möglichst ausgebrannte Urproduction, auf die Freiheit des Bodens und der Arbeit, auf die völlig freie Concurrenz im Innern, auf den möglichst wohlfeilen und unmittelbaren Bezug aller Noth- und Hilfsstoffe für die Industrie, endlich auf einen dem Schutzbedürfnisse möglichst genau entsprechenden Zolltarif, überhaupt auf eine angemessene Handels- und Schiffahrtsgesetzgebung stützen müssen. — 3) Vermöge der im Ganzen gleichmäßigen Wirthschaftsstufe unter den europäischen Länder, kann der Abschluß von eigentlichen Handelsverträgen (abgesehen von der Schiffahrt) nur mit wenigen derselben von wesentlichem Nutzen sein; dagegen erscheint ein solidiger Anschluß des ganzen österreichischen Handelsgebietes an den österreichisch-deutschen Handelsbund den Verhältnissen ganz entsprechend und als ein natürlicher Zuwachs an wirthschaftlicher und maritimer Kraft zur Erringung gemeinschaftlicher Ziele. — 4) Die ganze Verschiedenheit im Mitmaß, in der Erregung, in den gesellschaftlichen Zuständen von Europa und der übrigen Erdtheilen empfiehlt einer österreichisch-deutschen Handelspolitik die kräftigste Förderung des Austausches dieselben Natur- und Gewerbezeugnisse mit den überseeischen Erzeugnissen, und zwar am unmittelbaren Verkehre mit den Erzeugungsländern. Maßregeln zu diesem Zwecke erscheinen um so wirksamer, als der bedeutendste Theil der Zuflüssen an Colonialprodukten nach Deutschland und Oesterreich in den Händen fremder Staaten ist. Jedoch von einer verpönten Nachahmung der alten britischen Schiffahrtsakte oder des französischen Differenzialzollsystems ist nicht weiteres bei Rede, ein Anachronismus soll um so weniger begangen werden, als ja die deutsche Schiffahrt sich ebenso wie die österreichische Handelsmarine ohne allen Schutz, und und durch sich selbst unter den ungünstigsten Verhältnissen in achtungsgebietender Weise entwickelt hat.

(Forts. f.)

Stuttgart, 1. Juli. In der heutigen 34. Sitzung der verfassungsrevidirenden Landesversammlung stellt A. Seeger den dringlichen Antrag: Die Landesversammlung wolle im Weg der Initiative der Staatsregierung einen Gesetzesentwurf vorschlagen, durch welchen Art. 153 des Schwurgerichtsgesetzes, welcher dem Präsidenten des Schwurgerichts ein Recht zur Pflicht macht, aufgehoben und an seiner Stelle bestimmt werde: der Präsident habe bei der Fragestellung jedes Eingehens auf das Thatsächliche sich zu enthalten bei Strafe der Nichtigkeit. Die Dringlichkeitsfrage wurde mit großer Majorität bejaht. (D. B.)

Stuttgart, 1. Juli. Die Angaben in obiger Correspondenz bestätigend enthält der „Schwäb. Merkur" folgende Notizen: Seit gestern ist die schon öfters besprochene Ministerkrisis eingetreten. Wir hören, daß das gesammte Ministerium seine Entlassung erhalten habe, aber bis zur Ernennung eines neuen Ministeriums seine Funktionen fortsetzen wird. — Seit zwei Tagen befindet sich der Frankfurter beglaubigte königl. württembergische Bevollmächtigte v. Reinhardt in Stuttgart. — Die „Württemb. Ztg." aber will sogar wissen, das Ministerium habe seine Entlassung ohne Ansuchen erhalten und die Notifikation der Landesversammlung stehe nahe bevor; nun eine Nachricht desselben Blattes lautet: Das Gesammtministerium hat seine Entlassung genommen. Der bekannte Gesandte v. Reinhardt ist hier. Für die Grundvrthe soll seine günstige Stimmung vorhanden sein. — Endlich heißt es in der „Württemb. Correspondenz" nachschriftlich: Sorben hat man soeben zuverlässiger Quelle, daß ein neues Ministerium im Sinn der Hofpartei gebildet worden sei. Als Minister nennt man: Innerer, Frhr. von Linden, bisher Direktor des katholischen Kirchenrathes und Mitglied des Gemeinderathes; Finanzen, v. Knapp, bisher Direktor der Liquidationscommission; Krieg, Oberst v. Weiherpold, Adjutant Sr. Majestät des Königs und Oberst des Generalstabs; Aeußeres: v. Reinhardt, bisher württembergischer Bevollmächtigter beim Staatencongreß in Frankfurt; für die Justiz soll v. Haniein bleiben. Morgen wird man wohl in der Landesvertretersammlung, der alsbann wahrscheinlich aufgelöst wird, Bestimmteres erfahren. Da der Abgeordnete L. Seeger von Ulm noch immer wegen Antretung seiner 6wöchentlichen Festungsarreststrafe vom hiesigen Criminalsenate auf Requisition des Untersuchungsamts vorsorgt wurde, so begab er sich gestern selbst in Begleitung seines Bruders, des Abgeordneten Seeger und des Präsidenten Schober zum Criminalrichter, wobei letzterer erklärte, daß, wenn er L. Seeger während der Dauer der Sitzungen verhaften lasse, er wohl nach einer Bestimmung der Verfassung werde in Anklagestand versetzt werden. Der vorlegte Criminalrichter erklärte, vorher weitere Weisungen einzuholen.

Leipzig, 27. Juni. Die „Kreimathige Sachsenzeitung" besprecht in ihrer gestrigen Abendnummer abermals die Universität Leipzig. „Ich muß Ihnen bemerklich machen, sagt der Correspondent, daß Sie unsere Universität sehr tun würden, wenn Sie glauben konnten, daß sämmtliche Mitglieder des akademischen Senats an dem Beschlusse, den bewerstehenden Landtag nicht zu beschicken, theilgenommen hätten. Die 20 Stimmen bilden bloß eine beklagenswerthe Minderheit, und noch dazu eine solche, welche ihrem Lande, ihrem Vaterlande und ihrem Eide treu ist, auch im akademischen Senate sitzen, der gegenwärtig 41 Mitglieder zählt. Es ist eine ruhige Minderheit, die den Sieg errungen hat, und ihr gehören meist die aus der Fremde gekommenen Professoren an, wie Albrecht, dem der König in seiner Verfassungsschaft eine Heimath in Sachsen gegeben, Haupt, der sich schon im Deutschen Vereine bloßgestellt hat, Theile, von dem nicht zu vermuthen ist, wenn ihm jede Treue ein Aergernis ist, und die erst vor kurzem berufenen Roscher, Zahn und Hankel, welche von Mommsen angeschwärzt und mit diesem im Bunde vermißt sind, die alle Sachsenteene im Volke aufgerufen. Ihnen schließen sich nur wenige Sachsen an, um den guten Geist der Landesuniversität zu zerpflanzen und auf diese Weise der Regierung den schuldigen Dank abzustatten, vielleicht weil sie nach den preußischen Verfassungsverhältnissen, die sie kennen, viel sie unter einem Lodenberg ihr Licht heller leuchten lassen können als unter einem Harleß. Trägt doch selbst ein Großmann, der vor langer Zeit aus Preußen herübergekommen ist, die Anhänglichkeit an Preußen, die ihn schon ehedem zu einer der tadelnswerthen Aeußerungen auf dem Landtage hinriß, zur Schau! Wäre auch nur die mindeste Gewissenhaftigkeit unter diesen Männern zurückgeblieben, so müßten sie sich erinnern, daß die Befugniß, den Landtag aus ihrer Mitte zu beschicken, ein Recht ihrer Körperschaft ist, und daß es gegen ihren der Universität geleisteten Eid streitet, dieser Körperschaft ein so lostbares Recht zu vergeben; ja, es liegt gar nicht in ihrer Macht, darauf zu verzichten, und sie hatten vielmehr der Regierung Dank wissen sollen, wenn sie weiter davon Besitz nehmen konnten. Statt dessen brechen sie Eid und Treue und beschließen, wozu sie kein Recht haben und was billig zu einer Unterbrechung ihres Lehrens führen müßte, das Gegentheil."

Frankreich.

C Paris, 30. Juni. Trotz des neuen Preßgesetzentwurfes Abschnitt I. Von der Caution Art. 1. Die Eigenthümer der Journale oder periodische Schriften sind gehalten dem Staatsschatze eine Caution in klingender Münze einzuzahlen, deren Interessen nach dem Fuße der Caution selbst zu diesem Zinsfuß bezahlt werden. In den Departements Seine, Seine und Oise, Seine u. Marne, Rhone wird die Journalcaution festgesetzt wie folgt: Wenn das Journal oder die periodische Schrift öfter als dreimal in der Woche erscheint, gleichgiltig ob an bestimmten Tagen oder in unregelmäßigen Lieferungen, beträgt die Caution 12,000 Fr. Die Caution beträgt 18,000 Fr., wenn das Journal nur 1mal oder weniger allerdreimal wöchentlich oder in noch längeren Zwischenräumen erscheint. In den Departementen, welche Stadte von 50,000 Einwohnern und darüber haben, beträgt die Caution nur mehr als Zmal wöchentlich erscheinender Journale 6000 Fr. Sie beträgt 3600 Fr. in den andern Departements und resp. die Hälfte der beiden Summen für Journale oder periodische Schriften, die dreimal oder weniger die Woche erschienen. Art. 2. Den Eigenthümern der gegenwärtig bestehenden Journale oder periodischen Schriften wird zur Erfüllung vorgenannter Verpflichtungen eine Monatsfrist zugestanden. Art. 3. Wird der Gerant eines Journals oder einer periodischen Schrift vor den Assisenhof verwiesen, so ist, wenn eine neue Anklage in der Zwischenzeit erhoben wird, die Hälfte des Betrags der größten, möglicher Weise für das zweite Vergehen auszuführenden Strafe binnen drei Tagen zu hinterlegen, ganz abgesehen davon, ob Kassation nachgesucht worden. Art. 4 Drei Tage nach Fällung eines Urtheils in Preßvergehen hat der Gerant den Betrag der verwirkten Strafe einzuzahlen. Wird Neuras an den Kassationshof ergriffen, so ist in nemlicher Frist der Betrag zu deponiren. Art. 5. Die Zahlung oder Deponirung der Strafsumme wird durch eine vom Domaneneinmpfer pronoirt ausgestellte Quittung dargethan. Das eine Exemplar ist am 4ten Tage dem Staatsanwalt einzuhändigen, welcher den Empfang bestätigt. Art. 6. Kommt der verurtheilte Gerant zu den Bestimmungen nicht nach, unsere Universität niemals so tief gesunken sein, wenn sie nicht den öffentlichen Geister, vielleicht des Geistes überhaupt, so gänzlich entbehrte, daß nur noch der Geist der Petterschaften und der schmutzigsten Krieche rei der Einzelnen — noch ferben Viele, welche Zeuge gewesen sind, wenn dem vormaligen Kreisdirektor v. Falkenstein das Mauthaus mit den Worten gesprengen wurde — in ihr übrigbleiben ist. Daher mag es auch kommen, daß so wenig in den Versammlungen des Senates wie der sonstigen irgend eine gründliche parlamentarische Erörterung oder Durchsprechung, sondern nur eine Genehmigung der in der Clique vorbereiteten Beschlüsse zugelassen wird. Auch in diesem Falle scheint es sich nicht schwer fallen, die Quelle des Heteraumtes nachzuweisen, der die Professoren so plötzlich übereinnehmen hat und der schwerlich zum Durchbruche gekommen sein würde, wenn der verunthige Beschluß der Stadtverordneten vorher bekannt geworden wäre."

Wien, 26. Juni. Der „Lloyd" sagt folgendes sich die kathol. Bischöfe darüber geeinigt, daß die Verwaltung des Religionsfonds der Finanzverwaltung überlassen bleiben soll; den Bischofen soll aber, wie es ursprünglich der Fall gewesen, eine Einsicht in dem Stand der Rechnungen gewährt und jenseits der Vermögens- und Verwaltungs-Ausweis zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden. — Der Entschluß der Regierung, sich die Ernennung der theologischen Professoren an den Fakultäten vorzubehalten, hat zu neuen Verhandlungen unter den Bischofen geführt, um den daraus möglicherweise entstehenden Collisionen zwischen den von den Bischofen an ihren Lehranstalten ernannten Lehrern und den von der Regierung angestellten Professoren zu begegnen. Soviel als möglich soll getrachtet werden, daß eine und andere Lehramt zu vereinigen.

Frankreich.

C Paris, 30. Juni. Trotz des neuen Preßgesetzentwurfes Abschnitt I. Von der Caution Art. 1. Die Eigenthümer der Journale oder periodische Schriften sind gehalten dem Staatsschatze eine Caution in klingender Münze einzuzahlen, deren Interessen nach dem Fuße der Caution selbst zu diesem Zinsfuß bezahlt werden. In den Departements Seine, Seine und Oise, Seine u. Marne, Rhone wird die Journalcaution festgesetzt wie folgt: Wenn das Journal oder die periodische Schrift öfter als dreimal in der Woche erscheint, gleichgiltig ob an bestimmten Tagen oder in unregelmäßigen Lieferungen, beträgt die Caution 12,000 Fr. Die Caution beträgt 18,000 Fr., wenn das Journal nur 1mal oder weniger allerdreimal wöchentlich oder in noch längeren Zwischenräumen erscheint. In den Departementen, welche Stadte von 50,000 Einwohnern und darüber haben, beträgt die Caution nur mehr als Zmal wöchentlich erscheinender Journale 6000 Fr. Sie beträgt 3600 Fr. in den andern Departements und resp. die Hälfte der beiden Summen für Journale oder periodische Schriften, die dreimal oder weniger die Woche erschienen. Art. 2. Den Eigenthümern der gegenwärtig bestehenden Journale oder periodischen Schriften wird zur Erfüllung vorgenannter Verpflichtungen eine Monatsfrist zugestanden. Art. 3. Wird der Gerant eines Journals oder einer periodischen Schrift vor den Assisenhof verwiesen, so ist, wenn eine neue Anklage in der Zwischenzeit erhoben wird, die Hälfte des Betrags der größten, möglicher Weise für das zweite Vergehen auszuführenden Strafe binnen drei Tagen zu hinterlegen, ganz abgesehen davon, ob Kassation nachgesucht worden. Art. 4 Drei Tage nach Fällung eines Urtheils in Preßvergehen hat der Gerant den Betrag der verwirkten Strafe einzuzahlen. Wird Neuras an den Kassationshof ergriffen, so ist in nemlicher Frist der Betrag zu deponiren. Art. 5. Die Zahlung oder Deponirung der Strafsumme wird durch eine vom Domaneneinmpfer pronoirt ausgestellte Quittung dargethan. Das eine Exemplar ist am 4ten Tage dem Staatsanwalt einzuhändigen, welcher den Empfang bestätigt. Art. 6. Kommt der verurtheilte Gerant zu den Bestimmungen nicht nach,

so hat das Journal aufzuhören bei Strafe des Gesetzes gegen Journale ohne Kaution. Art. 7. Die Gehörsstrafen für Verfassungsverletzungen werden in einander gerechnet werden, sondern sind einzeln abzutragen, wenn die veranlassenden Ursachen erst nach der Verfolgung eingetreten sind. Art. 8. In den 10 Tagen vor der Wahl können Circulare und von den Candidaten unterzeichnete Glaubensbekenntnisse, nach vorlässiger Genehmigung des Präsidenten bei dem Wahlvorsteher, ohne Ermächtigung der Municipalbehörde angeklebt und verbreitet werden. Art. 9. Die dem Gegenwärtigen nicht zuwiderlaufenden Bestimmungen der Gesetze vom 9. Juni 1819 und 18. Juli 1848 bleiben in Kraft. Das Gesetz vom 9. August 1848 und 21. April 1849 sind abgeschafft.

Italien.

Eine Bekehrung in Rom.

Es ist verlaufft in den Berichten unserer Blatte aus Italien die Bekehrung der Frau eines französischen Offiziers zu Rom erwähnt, und dabei bemerkt worden, daß die näheren Umstände unwichtig an die wunderbare Bekehrung Ratisbonne's erinnerte. Wir geben in Folgendem die höchst interessante Geschichte des Vorfalls nach den Berichten des „Ami de la Religion": Frau G. war früher keineswegs gegen den katholischen Glauben eingenommen; sie erzog vielmehr ihre Kinder selbst in der Religion des Vaters; selbst zu dieser Religion überzutreten, sief ihr aber nicht ein, da sie dem weit verbreiteten Grundsatze huldigte, Jeder müsse in der Religion seiner Väter leben und sterben. Sie reiste, da sich der Aufenthalt der Franzosen in Rom verlangerte, mit ihren beiden Kindern ihrem Manne dorthin nach. In der Zeit, als man die Rückkehr des heiligen Vaters erwartete und den Vatikan bereits zu seinem Empfange einrichtete, äußerte sie auf einem Spaziergang mit ihrem Manne in der Nähe von St. Peter den Wunsch, die Gemächer des heiligen Vaters im Vatikan zu besehen. Als französischer Offizier wurde ihr Gemahl seiner Qualität in allen Sälen und Zimmern bereitwillig umhergeführt. Man kam auch zu der päpstlichen Hauskapelle, die schon ganz in Ordnung gebracht war: dem Altare gegenüber stand ein Betstuhl und Frau G. sief da zufällig ein, daß ihre sehr fromme Schwiegerin gewiß Freude daran haben werde, wenn sie bei ihrer Rückkehr nach Frankreich erzählen konnte, sie habe an demselben Orte gekniet, wo einige Tage später der heil. Vater sein Gebet verrichtet habe. Sie kniet also auf dem Betstuhl nieder und bedeckt einige Augenblicke ihr Gesicht mit den Händen. Als sie die Augen aufschlägt, erblickt sie über dem Altare ihre beiden Kinder und inmitten derselben die strahlende Gestalt einer weissgekleideten Frau, welche die beiden Kinder an der Hand hält; am Altare sieht sie den Papst steh'n, als wenn er zu ihr die Worte spräche: Der Herr sei mit die! Das Staunen der Dame löst sich eher sich eher begreifen als beschreiben; ihr Gatte glaubte, sie sei plötzlich unwohl geworden und führte sie nach Hause; sie sagte ihm nichts von dem, was sie gesehen. Bald nachher kehrte der Papst nach Rom zurück. In der Basilika des heil. Johannes von Lateran war für die französischen Damen eine Tribüne reservirt, und dort erwartete sie Frau G. das Erscheinen des heiligen Vaters. Sie erkennt in ihm, als er vorbeigeht, auf den ersten Blick den Mann wieder, den sie in der Kapelle am Altare gesehen hatte, und während sie den Pabst betrachtet, wie er auf dem Betstuhle kniet, erscheint ihr ihm auch wieder die Himmelskönigin mit ihren beiden Kindern an der Hand. Frau G. sinkt ohnmächtig zusammen und wird nach Hause geführt, sagt aber auch diesmal von der Erscheinung nichts. — Nach einigen Tagen wurden die Frauen der französ. Offiziere dem heil. Vater vorgestellt; Frau G. war mit ihren Kindern zugegen. Als die Reihe an sie kam, legte der Pabst freundlich den Kindern die Hand auf das Haupt, um sie zu segnen, und in demselben Augenblick sah die Mutter zum Drittenmal die wunderbare Erscheinung. Sie kämpfte noch Tage lang mit sich selbst, endlich weckte sie eines Morgens früh, nachdem sie die ganze Nacht schlaflos in dem heftigsten Kampfe zugebracht hatte, ihren Gatten, erzählte, was sie gesehen, und erklärte, sie wolle und müsse katholisch werden. — Nach einiger Zeit legte sie vor dem Kardinal Patrizi ihr Glaubensbekenntniß ab, und empfing aus seiner Hand gemeinschaftlich mit ihrem Gatten und ihren Kindern die h. Communion. Der glückliche Gatte nahm sein Ordenskreuz von der Brust, und hing es in der Kirche zu Ehren der Mutter Gottes auf. — Die Umständigen werden diese Erzählung suchen; nur unsere Leser mge nach die Bemerkung hergezogt werden, daß die geistliche Behörde die Sache untersucht und den Wunsch ausgesprochen hat, das Factum möge als eine Kundgebung der göttlichen Gnade bekannt gemacht werden.

Neuestes.

Zweibrücken, 30. Juni. Die seit 12 Monaten dahier gefangen gehaltenen rheinpfälzischen Freischärler sind heute in Freiheit gesetzt und oder die Stunge gebracht worden.

Frankfurt, 2. Juli. Aus glaubwürdiger Quelle sind wir in den Stand gesetzt, Ihnen noch Folgendes über die im Gasthause zum „Donnerberg" dahier aufgehobene Falschmünzerei mitzutheilen. Bereits seit Februar l. J. haben unsere Polizeibehörde Alten über diese Angelegenheit, und ihre strengen Ueberwachung ist es somit gelungen, nicht nur die Verbrecher zur Haft zu bringen, ohne daß es einem einzigen gelungen, zu entkommen, sondern sie auch in den Besitz aller zur Falschmünzen gebrauchten Werkzeuge gekommen. Die Presse, womit die falschen Guldenstücke gemacht worden, ist von großer Solidität und der Stempel sehr scharf. Die Guldenstücke sind, obgleich ganz werthlos, sehr täuschend u. tragen die Jahreszahl 1846 und 1848. Als die Polizei in's Haus trat, ward einer der entlarvten Verbrecher, im Bewußtsein seines Verbrechens, sogleich ohnmächtig; ein anderer trat der Behörde mit einer gewissen Effronterie entgegen, die aber bald, im Bewußtsein der fast überführten Schuld, untertauge. (Z. J.)

Aachen, 30. Juni. Der Hr. Erbzöllof von Köln ist gestern Abend hier eingetroffen. Wie wir vernehmen, wird er morgen Sr. Maj. dem König von Bayern in seiner Sufstofrche aufzuwarten Heiligthümer vorzeigen.

Hannover, 29. Juni. In der zweiten Kammer wiederholte heute der Abg. Elissen seine Frage: ob die Regierung im Einverständnisse mit den Ständen Schritte gegen den Verfassungsbruch in Sachsen zu thun gedenke, und als von Seiten des Ministeriums keine bejahende Antwort erfolgte, stellte er den formlichen Antrag, das Ersuchen an die Regierung zu richten, zum Schutze der verletzten Verfassung in Sachsen die geeigneten Schritte zu thun. Der Antrag wird demnächst auf die Tagesordnung kommen.

Schwerin, 28. Juni. Mecklenburg-Schwerin ist dem österreichisch-preußischen Postverein beigetreten.

Schleswig-Holstein, 28. Juni. Schleswig-Holstein hat sich dem deutsch-österreichischen Postverein angeschlossen.

Wien, 26. Juni. In der zweiten Berathung der italienischen Vertrauensmänner unter dem Vorsitze des Hrn. Minister Bach hat man neuerdings prinzipielle Verfragen diskutirt. Inzwischen ist man in dieser Sitzung zu einer gegenseitigen Verständigung gelangt, welche die erfreuliche Lösung der schwierigen Frage hoffen läßt. Hr. Minister Bach versuhr gegenüber den Einwürfen der Vertrauensmänner, welche dieselben mit allem Feuer ihrer südlichen Temperaments vorbrachten, mit Ruhe und Takt. Die nächste Sitzung wird übermorgen stattfinden. Das Ministerium ist mit den Vertrauensmännern dahin übereingekommen, daß dieselben aus ihrer Mitte ein Comite, welches ihre Ansichten über die Constituirung des italienischen Provinzen in einem Entwurf darzustellen hat, wählen soll. Dieser Gegenentwurf würde dann mit den ministeriellen Vorlagen vereinbart werden. Ueber diese künftigen Hauptgrundzüge derselben sind nun die Landen Ihren Folgendes mitzutheilen: Die Italiener wünschen vor allem die Vereinigung des lombardischen und venetianischen Gebietes zu einem Kronlande, das auch in einem Lande vertreten werde. Dieses könnte im Einklang mit der Ansicht des Ministeriums aus zwei Kammern bestehen. Der Senat soll sechzig Mitglieder zählen. Hiervon würde die Regierung 18 ernennen, die andern sollen von den Gemeinden, den Universitäten und andern gelehrten Institutionen des Landes gewählt werden. Die Dauer der Wirksamkeit des Senats soll auf zehn Jahre festgesetzt werden; jeder der Austretenden kann wieder gewählt werden. Für die Bildung der Deputirtenkammer ist der Antrag auf Modification des Wahlgesetzes gestellt. (Die Vertrauensmänner halten die Einführung von drei Steuerklassen für unzweckmäßig.) Endlich sift auch der Wunsch ausgesprochen worden, daß dem italienischen Landtage ein weiterer legislativer Wirkungskreis eingeräumt werde. Als diese Punkte sind vom Hrn. Minister Bach bereits entgegnet worden; einige derselben bei Sr. Majestät dem Kaiser zu befürworten. Von Seite des Herrn v. Bruck sollen die italienischen Vertrauensmänner warme Unterstützung ihrer Interessen bei dem Monarchen zu finden. Die juridische Section ist in vielen Gegenfragen bei Hrn. Schmerling beschäftigt. Man hofft, daß die Organisation der Gerichte im ganzen Reiche zwei Instanzen und den Cassationshof für die Formfrage (wie in Frankreich) festsetzen werde. Bei einer derartigen Reform haben sich die Italiener selbst für die Beibehaltung des obersten Gerichtshofes von Verona nach Wien erklärt.

Wien, 28. Juni. Leider mehren sich aus Galizien, Ungarn und jetzt auch aus Italien die Nachrichten über das Ausbrechen der ägyptischen Augenkrankheit unter den Truppen.

Berlin, 20. Juni. Der Antrag bei der Stadtverordneten, ein städtisches Irrenhaus anzulegen, ist mit Acclamation als Zeitdringlich angenommen worden. Wer kann Dem widersprechen!

London, 29. Juni. Sir Robert. Peel stürzte gestern vom Pferde, und zerbrach sich dabei das Schlüsselbein.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 2. Juli 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich. Banknoten	104	103¾
„ 5% Metalliken	79⅝	79⅞
„ 4% „	61⅞	61¾
„ 3% „	45½	45
„ 2½% „	43⅛	43¾
„ 4½% Bethmann	70½	70⅞
„ 1839	66½	—
„ 250 Loose v. J. 1839.	93½	94
„ 500 „ 1834.	148	148½
Preußen 3½% Sch. Sauft Scheine.	86¾	86⅞
„ 2 Thl. Präm. Scheine.	103¾	
Bayern 3½% Obligationen	83	83½
„ 4% „	89½	89
„ 4½% „	100½	100⅝
Würtemberg 3½% „	82¼	82⅝
„ 4% „	96⅞	97⅛
Baden „ 3½% „	80⅝	81⅛
„ fl. 35 Loose	31½	31⅝
„ „ 50 „	52⅜	53⅛
Nassau „ 25 „	24⅝	24¾
Hessen-Darmst. fl. 50 Loose	74½	75⅛
„ „ 25 „	26¾	27
Polen fl. 300	129⅝	
Sardinien Lire. 36	32½	33¼

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 52.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 159. Würzburg, Donnerstag den 4. Juli. **1850.**

Die dänischen Händel.

7 München, 30. Juni. Was wir schon lange immer gesagt haben, und was jeder der nur sehen wollte, schon längst sehen konnte, bestätigt sich jetzt vollkommen: die „guten Freunde" von Preußen und die Beförderer seiner Unionspolitik, wie die Gothaer Blätter sie nennen, England und Rußland, sowie auch Frankreich werfen jetzt die Maske ab, die sie auf kurze Zeit vorgenommen hatten, und zeigen sich als das was sie ihrer Natur nach und ihrer ganzen europäischen Stellung nach sind: als die eifersüchtigen Feinde Deutschlands und Preußens. Wir nehmen ihnen diese ihre Stellung gegen Deutschland im Geringsten nicht übel, sowenig als wir es je Deutschland übel genommen hatten, wenn es seine Stellung gegenüber dem übrigen Europa nicht nur in den Büchern und Zeitungsartikeln begriffen, sondern auch durch die That getrennt gemacht hatte. Das aber nehmen wir jenen Cabineten — nicht den Völkern — von England, Frankreich und Rußland übel, daß sie in ihrer Politik immer noch auf dem Standpunkte der elenden Intrigue (welches französische Wort vielleicht mit Betrügen besser wäre) stehen, statt mit offenem Visir aufzutreten. Wir vernehmen nemlich, was Sie bereits wissen werden, daß in London zwischen jenen Mächten ein Protokoll unterzeichnet worden, worin dieselben die Integrität der dänischen Gesammtmonarchie garantiren. Das also war der Grund, warum das kleine, heimtückische Dänemark stets unverschämter wurde in seinen Forderungen gegen Preußen. Es ließ sich dieß zwar längst vermuthen, aber nun wissen wir es gewiß. Nun es ist erfreulich, daß Preußen sogleich durch seinen Gesandten — denselben der kürzlich „aus Mißverständniß" mit Olmütchin nach Teschen und der Pairskammerlege aufgewiesen wurde — hat erklären lassen, daß es die Gelstendmachung jener Intentionen nicht anders denn als eine Kriegserklärung gegen Deutschland betrachten könnte. Die Geschichte, wie Deutschland gegenwärtig sich zu einer centraleuropäischen Großmacht emporzuschwingen strebe, und wie die übrigen Großmächte alles Mögliches thun, es zu sondern, ihm überall Fallen und Schlingen zu legen, erinnert mich immer an die lustige Oper „L'ar und Zimmermann", wo die Gesandten von Frankreich, England ꝛc. Peters des Großen auf den Schiffswerften von Sarbam hohnlacht zu werden suchen, der Vogel ihnen am Ende aber doch davon fliegt. Wenn wir nun auch, wie damals Rußland als Peter es von einer nur asiatischen zu einer europäischen Macht heranstyhob, einen X. den Großen hätten! Wir können uns vorläufig damit trösten, daß auch die andern Mächte keinen „Großen" besitzen, vor dem wir uns zu beugen wünschen — wenn werden nun die Unions-Organe zu dieser Wendung der Dinge sagen? Ist etwa jetzt auch wieder Oesterreich daran Schuld?! Wir erinnern übrigens bei dieser Gelegenheit daran, daß in Oesterreich lange davon die Rede war, Dänemark auf dem Wege diplomatischer Unterhandlungen in den deutschen Bundesstaat (nicht in den „deutschen Bund" bloß, worin es ohnehin schon wegen Schleswig eine Vertretung hat) eintreten zu lassen. Wir sind nicht in die Geheimnisse der Diplomatie eingeweiht, und wissen daher auch nicht, wie entfernt oder wie nahe man einer solchen Möglichkeit stand. Aber unbestreitbar ist es eine große, der hohen Politik Oesterreichs würdige Idee. Mit Dänemark hätte dann Deutschland eine Flotte und zugleich den Schlüssel zur Nord- und Ostsee. Ein schönes Quantum Staatsschulden wurde Deutschland freilich auch damit übernehmen. Aber was wäre dieß im Vergleich mit den überschwenglichen Vortheilen, die es in handelspolitischer und strategischer Hinsicht dadurch erlangen müßte. — Ueberlegens gehört dieß vorläufig noch in's Gebiet der Träume, und also — um so mehr in eine deutsche Zeitung. — Bayerns Politik in der dänischen Angelegenheit, so wie sie bisher die Sympathie der deutschen Stämme für sich hatte, verdientigt sich übrigens jetzt noch von der diplomatischen Seite. Bayern hatte sich schon beim dänischen Kriege am eifrigsten gezeigt, obschon es selbst kein nordisches Küstenland ist. Später hatte es fleh dem Dänen mißtraut uns so viel als möglich auf eine ehrenvolle Behandlung der Streitfragen hingewirkt, zuletzt aber gegen die Zusassung des dänischen Bevollmächtigten in Frankfurt feierlich protestirt. Mann kann jetzt vernünftiger nicht auch von Bayern sagen, daß es mit Andern vom interessirten Dänen sich habe prellen lassen.

Zur Frage der Wanderunterstützungs-Vereine.

Bamberg, 26. Juni. Von der linken Seite der Abgeordneten-Kammer wurde jüngst an das königl. Gesammt-Staatsministerium die Frage gestellt, ob man denn die Vereine zur Unterstützung der wandernden Handwerksgesellen dadurch, daß man sie für politische erkläre, zu vernichten gedenke. Die linke Seite des Hauses legt demnach ein großes Gewicht auf diese Vereine und es fragt sich daher, was denn in der That an diesen Vereinen ist. — In der jüngsten Bewegungsperiode sprachen sich die Wortführer der Radikalen unverhohlen dahin aus, daß mit einer Umänderung der Staatsverfassung nicht gedient sei, sondern daß vorderhand eine totale Umwälzung unserer sozialen Verhältnisse und damit der Sturz des Bürgerthums, welches jeder radikalen Reform im Wege stehe, herbeigeführt werden müsse. Zum Sturze des Bürgerthumes bedarf es aber einer nicht ungewöhnlichen Macht und diese suchten sie in der besitzlosen Klasse, der sie zur mehreren Verwirrung der Begriffe den Namen: „die arbeitende Klasse" beilegten. Mit welchen Mitteln auf die Klasse eingewirkt wurde, um sie in eine feindselige Stellung gegen den Besitzenden zu bringen, ist bekannt. Ein besonderes Augenmerk wurde hiebei den Gewerbsgesellen zugewandt. Das patriarchische Verhältniß zwischen den Gesellen u. Meistern zu zerreißen, und jene, als Arbeiter, gegen diese, welche von nun an nicht mehr zur arbeitenden Klasse gerechnet wurden, im Opposition zu bringen, war eine Aufgabe, die sie nicht ungeschickt zu lösen vermochten. — Dies lehrte sie zur Bildung der Arbeiter oder Gesellenvereine. Durch diese Vereine soll nun die Umwandlung allmälig zu Wege gebracht werden. Offen durften sie mit der Aufgabe der Vereine schon der Gesellen wegen nicht hervortreten, weil sich sonst Viele derselben nicht beigesellen hätten. Man sagte deßhalb in den Statuten, daß die Aufgabe dieser Vereine Bildung der Gesellen sei, und um sie den Gesellen recht anziehend und und plausibel zu machen, wurden Vereine zur Unterstützung von reisenden Handwerksgesellen mit in Verbindung gebracht. — Diese Unterstützungsvereine sind es, welche den Arbeitervereinen einen festeren Halt, eine größere Theilnahme und eine innigere Verbettung verleihen, und sind deßhalb gerade der gefährlichere Theil der Arbeitervereine. Nach den nun allenthalben umgeänderten Satzungen wären diese Vereine hoch schützenswerthe Erscheinungen, allein wer sich durch diese Satzungen gen nicht blenden läßt, kann das Verderbliche und für die Zukunft Gefahrvolle derselben nicht verkennen. Durch diese Satzungen gelockt, sind viele brave Gewerbsgesellen den Arbeitervereinen beigetreten, die gewiß wieder zurücktreten würden, wenn die eingewirkten Mitglieder derselben mit ihren wahren Absichten jemals hervorireten sollten. — Die königl. Staatsregierung kann daher die fraglichen Unterstützungsvereine eben so wenig fortbestehen lassen, als die Arbeitervereine, und es wird deßhalb der Abgeordnete Reinhart voraussichtlich eine ihm nicht zusagende Antwort auf seine deßfallige Interpellation erhalten. — Es ist aber nicht zu verkennen, daß das überhandgenommene Wettten der Handwerksgesellen eine große Kalamität ist, da es diesen Stand demoralisirt und die öffentliche Sicherheit gefährdet. — Es ist aber hier zu helfen, auch ohne die Arbeitervereine. So hat der Stadtmagistrat dahier diese Unterstützungsangelegenheit selbst in die Hände genommen, nachdem die Gewerbsinnungen dem hiesigen Arbeiter-Unterstützungsverein ihre Beihilfe versagten. Der Magistrat bildet nun einen Verein und dieser wird voraussichtlich die Aufgabe besser lösen, als es der Arbeiterunterstützungsverein, der größtentheils aus Gesellen besteht, die ihr Domizil häufig wechseln, jemals vermocht hätte. — Wird nach Auflösung der Arbeiterunterstützungsvereine in unseren Städten auch so verfahren, was die kgl. Staatsregierung leicht veranlassen kann, dann wäre das von dem Abgeordneten Reinhard wegen des in Anspruch stehenden Untergangs dieser Vereine erhobene Bedenken in einer Weise gehoben, die der fraglichen Sache wie dem Staate frommen würde. (N. M. Z.)

Landtagsverhandlungen.

München, 30. Juni. In dem den Ständen vorgelegten Mittlarbudget sind folgende Gage- u. Lohnungsverbesserungen aufgestellt: Täglich Lohnungsverbesserung für den Feldwebel 6 kr., für den Sergeanten 4 kr., für den Korporal 3 kr. und für den Gefreiten und Gemeinen 1½ kr.; ebenso bei der Cavallerie. Jahrliche Gage-Erhöhung für den Junker von 248 auf 360 fl., für den Unterlieutenant von 500 auf 600 fl.; für den Oberlieutenant von 600 auf 700 fl. und für den Hauptmann zweier Klasse von 900 auf 1000 fl.; dieselben Postulate sind auch für die diesen Chargen gleichgestellten Militärbeamten angesetzt. Ferner ist auch die Pferdegratisation

der berittenen Offiziere so wie das Stallgeld mit zwar je für ein Pferd, ersterm von 50 auf 72 fl., letzterm von 10 auf 24 fl. höher bezifert. Anderen sind nach im Budget für die im Stabsoffizierstande stehenden Militärbeamte, in ihrer Gage bisher kein Quartiergeld eingerechnet war, folgende Gehaltsverbesserungen beantragt, nemlich für den Hauptkriegskassier von 2500 auf 2700 fl., (einschließlich des Zahlgeldes), für die Oberstabsärzte, Oberkriegscommissäre 1. Klasse und Oberauditore von 2000 auf 2400 fl., für den Hauptkriegskassa-Controlleur und Oberregistrator von 1900 auf 1900 fl., für die Oberkriegscommissäre 2. Klasse von 1600 auf 1900 fl., dann für die Stabsärzte, Kriegscommissäre, Stabsauditore, geheime Secretäre und geheime Registratoren vom 1400 auf 1700 fl.; endlich wären auch den Kriegsbuchhaltungsassistenten jährlich 400 fl. als Functionszulage zugedacht. Summarisch wurden diese Erhöhungen betragen, n. zwar Lohnungsverhöhung 344,297 fl. tr., Verbesserung der Bezüge der Auditoriatsadjunkte 2427 fl. 15 kr., Erhöhung des Provorationsgelder für die Aeltern von 50 kr. auf 1 fl. 30 kr. gerechnet, 1,4351 fl., Quartiergeldverbesserung für Offiziere und Militärbeamte 212,414 fl., Erhöhung der Pferdegratification und des Stallgeldes 44,2424 fl., sohin gesammter Mehrauslag gegen die bisherigen Lohnungs- n. Quartiergeldsätze 612,923 fl. 43 kr. (Z. kr.)

München, 1. Juli. (CXL. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Die Galerien sind schwach besetzt. Am Ministertische: St.-Min. v. d. Pfordten, v. Ringelmann, v. Aichenbrenner und mehrere Ministerialräthe. Der Präs. eröffnet nach 4 Uhr die Sitzung. Nach Verlesung des letzten Sitzungsprotokolls verliest Abg. v. Verchenfeld den heute früh zu Stande gekommenen Gesammtbeschluß bezüglich des Gesetz-Entwurfs, die Kapital-, Renten- und Einkommensteuer betr. Hierauf geht der Präsident zur Fortsetzung der Berathung des Ausgabenbudgets über. Das Schlußwort hat Abg. v. Verchenfeld. Dieser vereinigt sämmtliche gestellten Anträge, und spricht sich in Anbetracht der finanziellen Umstände des Vaterlandes vorzüglich für den Ausschußantrag aus. — Min.-Commissär Wolfanger trit der Motivation Hirschbergers bei. Bei sofort erfolgter Abstimmung wurden der 1te Posten der Regierung, dann der Antrag Hirschberger's, der Antrag Lauer's auf Ausscheidung der Positionen der Ausgaben auf Gewerbe, Cultur und Industrie (einstimmig) angenommen, alles Uebrige wird abgeworfen. Die 3. Abtheil. dieses Etats sind die Ausgaben auf das Landgestüt. Die Regierung schlägt vor, für das allg. Landgestüt 135,000 fl., für das Bayerer Landgestüt der Pfalz 6000 fl. einzusetzen. Der Ausschuß reduzirt die Summe des ersteren auf 125,000 fl. Der Ausschußantrag wird angenommen. — Es wird hierauf das Specialreferat des Abg. Roth bezüglich der Ausgaben für den Unterhalt der Straßen-, Brücken- und Wasserbauten, so wie der hiebei vorkommenden Neubauten und über die Unterhaltung der Hochbauten, so wie der hiebei nöthigen Neubauten in Angriff genommen. Die Landbauten-Bedürfnisse können schon nicht sogleich berathen werden, da auch Nachtrage des Ministeriums von neuer Mehrat hierüber bearbeitet werden müssen. Die Baudominikationsfonds sind von der Regierung auf 178,4000 fl. veranschlagt; der Ausschuß beantragt 143,012 fl. 33 kr.; bei der Unterhalt der Straßen ist von der Regierung auf 1,407,450 fl., vom Ausschusse 1,322,220 fl.; bei der Unterhalt der Brücken die Regierung zu auf 90,520 fl., vom Ausschusse auf 67,386 fl. 42 kr.; der Unterhalt der Wasserbauten von der Regierung auf 316,570 fl., vom Ausschusse auf 174,886 fl. 41 kr. festgehelte. Die Neubauten der Straßen beantragt die Regierung zu 183,312 fl., der Ausschuß zu 128,788 fl., die Neubauten der Brücken die Regierung zu 213,240 fl., der Ausschuß zu 132,000 fl., die Neubauten der Wasserbauten die Regierung zu 586,670 fl., der Ausschuß zu 250,000 fl. — Degenhart beantragt, die Summe, die für die Straßen verwendet werden solle, nach dem Antrage der Regierung anzunehmen. Der für die in Staatsstraßen umgewandelten Distriktstraßen bestimmten 85,000 fl. sollten gleichfalls angenommen werden. — Burkhard beantragt, die von der Regierung gestellten Postulate für Wasserbauten ihrer angebrauen Dringlichkeit und Nothwendigkeit wollen anzunehmen. Eventuell beantragt Xera, noch wenigstens die runden Summen der Unterhalts- und Neubauten mit 300,000 fl., für Neubauten mit 500,000 fl. anzunehmen. — Wirdenhofer beantragt, man solle, wie auch Degenhart wünsche, für die von Distriktsstraßen in Staatsstraßen umzuwandelnde Straßen noch vorsichtens 35,000 fl. zu verwenden. — Kunstmann will für die Wasserbauten, Bauer für die bessere Unterhaltung der Landstraßen ans. An der fernern Debatte betheiligen sich Thinnes, Perchenfeld, Seraph. Mayr. — Degenhart stellt hierauf den Zusatzantrag zu seiner Motivation, der eine feine Unterstützung findet. — Thinnes beantragt hierauf, zum Titel 1 Summe, Ergebnis zum Straßenbaue wolle, auf die streife verhältnismäßig vertheilt werden möge. Hierauf vertagt der Präsident die Berathung um 7 Uhr auf morgen früh 8 Uhr.

München, 2. Juli. (CXLI. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Die Galerien sind schwach besetzt. Am Ministertische Staatsminister v. d. Pfordten, v. Ringelmann v. Aichenbrenner und mehrere Ministerialräthe. Der 1. Präsident eröffnet um 8½ Uhr die Sitzung und geht nach Verlesung des letzten Sitzungsprotokolls sogleich zur Fortsetzung der Berathung des Ausgaben-Budgets über. Abg. Thinnes, Berichterstatter, hat nun seine Motivation, die Kapital-, Renten- und Einkommensteuer betr. Hierauf geht der Präsident zur Fortsetzung der Berathung des Ausgaben-Budgets über. Das Schlußwort hat Abg. v. Verchenfeld. Dieser vereinigt sämmtliche gestellten Anträge, und spricht sich in Anbetracht der finanziellen Umstände des Vaterlandes vorzüglich für den Ausschußantrag aus. — Min.-Commissär Wolfanger tritt der Motivation Hirschbergers bei. Bei sofort erfolgter Abstimmung wurden der 1te Posten der Regierung, dann der Antrag Hirschberger's, der Antrag Lauer's auf Ausscheidung der Positionen der Ausgaben auf Gewerbe, Cultur und Industrie (einstimmig) angenommen, alles Uebrige wird abgeworfen. Die 3. Abtheil. dieses Etats sind die Ausgaben auf das Landgestüt. Die Regierung schlägt vor, für das allg. Landgestüt 135,000 fl., für das Bayerer Landgestüt der Pfalz 6000 fl. einzusetzen. Der Ausschuß reduzirt die Summe des ersteren auf 125,000 fl. Der Ausschußantrag wird angenommen. — Es wird hierauf das Specialreferat des Abg. Roth bezüglich der Ausgaben für den Unterhalt der Straßen-, Brücken- und Wasserbauten, so wie der hiebei vorkommenden Neubauten und über die Unterhaltung der Hochbauten, so wie der hiebei nöthigen Neubauten in Angriff genommen. Die Landbauten-Bedürfnisse können schon nicht sogleich berathen werden, da auch Nachtrage des Ministeriums von neuer Mehrat hierüber bearbeitet werden müssen. Die Baudominikationsfonds sind von der Regierung auf 178,4000 fl. veranschlagt; der Ausschuß beantragt 143,012 fl. 33 kr.; bei der Unterhalt der Straßen ist von der Regierung auf 1,407,450 fl., vom Ausschusse 1,322,220 fl.; bei der Unterhalt der Brücken die Regierung zu auf 90,520 fl., vom Ausschusse auf 67,386 fl. 42 kr.; der Unterhalt der Wasserbauten von der Regierung auf 316,570 fl., vom Ausschusse auf 174,886 fl. 41 kr. festgehelte. Die Neubauten der Straßen beantragt die Regierung zu 183,312 fl., der Ausschuß zu 128,788 fl., die Neubauten der Brücken die Regierung zu 213,240 fl., der Ausschuß zu 132,000 fl., die Neubauten der Wasserbauten die Regierung zu 586,670 fl., der Ausschuß zu 250,000 fl. — Degenhart beantragt, die Summe, die für die Straßen verwendet werden solle, nach dem Antrage der Regierung anzunehmen. Der für die in Staatsstraßen umgewandelten Distriktstraßen bestimmten 85,000 fl. sollten gleichfalls angenommen werden. — Burkhard beantragt, die von der Regierung gestellten Postulate für Wasserbauten ihrer angebrauen Dringlichkeit und Nothwendigkeit wollen anzunehmen. Eventuell beantragt Xera, noch wenigstens die runden Summen der Unterhalts- und Neubauten mit 300,000 fl., für Neubauten mit 500,000 fl. anzunehmen. — Wirdenhofer beantragt, man solle, wie auch Degenhart wünsche, für die von Distriktsstraßen in Staatsstraßen umzuwandelnde Straßen noch vorsichtens 35,000 fl. zu verwenden. — Kunstmann will für die Wasserbauten, Bauer für die bessere Unterhaltung der Landstraßen ans. An der fernern Debatte betheiligen sich Thinnes, Perchenfeld, Seraph. Mayr. — Degenhart stellt hierauf den Zusatzantrag zu seiner Motivation, der eine feine Unterstützung findet. — Thinnes beantragt hierauf, zum Titel 1 Summe, Ergebnis zum Straßenbaue wolle, auf die streife verhältnismäßig vertheilt werden möge. Hierauf vertagt der Präsident die Berathung um 7 Uhr auf morgen früh 8 Uhr.

München, 2. Juli. (CXLI. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Die Galerien sind schwach besetzt. Am Ministertische Staatsminister v. d. Pfordten, v. Ringelmann v. Aichenbrenner und mehrere Ministerialräthe. Der 1. Präsident eröffnet um 8½ Uhr die Sitzung und geht nach Verlesung des letzten Sitzungsprotokolls sogleich zur Fortsetzung der Berathung des Ausgaben-Budgets über. Abg. Thinnes, Berichterstatter, hat nun seine Motivation, die Kapital-, Renten- und Einkommensteuer betr. Hierauf geht der Präsident zur Fortsetzung der Berathung des Ausgaben-Budgets über. Das Schlußwort hat Abg. v. Verchenfeld. Dieser vereinigt sämmtliche gestellten Anträge, und spricht sich in Anbetracht der finanziellen Umstände des Vaterlandes vorzüglich für den Ausschußantrag aus. — Min.-Commissär Wolfanger tritt der Motivation Hirschbergers bei. Bei sofort erfolgter Abstimmung wurden der 1te Posten der Regierung, dann der Antrag Hirschberger's, der Antrag Lauer's auf Ausscheidung der Positionen der Ausgaben auf Gewerbe, Cultur und Industrie (einstimmig) angenommen, alles Uebrige wird abgeworfen. Die 3. Abtheil. dieses Etats sind die Ausgaben auf das Landgestüt. Die Regierung schlägt vor, für das allg. Landgestüt 135,000 fl., für das Bayerer Landgestüt der Pfalz 6000 fl. einzusetzen. Der Ausschuß reduzirt die Summe des ersteren auf 125,000 fl. Der Ausschußantrag wird angenommen. — Es wird hierauf das Specialreferat des Abg. Roth bezüglich der Ausgaben für den Unterhalt der Straßen-, Brücken- und Wasserbauten, so wie der hiebei vorkommenden Neubauten und über die Unterhaltung der Hochbauten, so wie der hiebei nöthigen Neubauten in Angriff genommen. Die Landbauten-Bedürfnisse können schon nicht sogleich berathen werden, da auch Nachtrage des Ministeriums von neuer Mehrat hierüber bearbeitet werden müssen. Die Baudominikationsfonds sind von der Regierung auf 178,4000 fl. veranschlagt; der Ausschuß beantragt 143,012 fl. 33 kr.; bei der Unterhalt der Straßen ist von der Regierung auf 1,407,450 fl., vom Ausschusse 1,322,220 fl.; bei der Unterhalt der Brücken die Regierung zu auf 90,520 fl., vom Ausschusse auf 67,386 fl. 42 kr.; der Unterhalt der Wasserbauten von der Regierung auf 316,570 fl., vom Ausschusse auf 174,886 fl. 41 kr. festgehelte. Die Neubauten der Straßen beantragt die Regierung zu 183,312 fl., der Ausschuß zu 128,788 fl., die Neubauten der Brücken die Regierung zu 213,240 fl., der Ausschuß zu 132,000 fl., die Neubauten der Wasserbauten die Regierung zu 586,670 fl., der Ausschuß zu 250,000 fl. — Degenhart beantragt, die Summe, die für die Straßen verwendet werden solle, nach dem Antrage der Regierung anzunehmen. Der für die in Staatsstraßen umgewandelten Distriktstraßen bestimmten 85,000 fl. sollten gleichfalls angenommen werden. — Burkhard beantragt, die von der Regierung gestellten Postulate für Wasserbauten ihrer angebrauen Dringlichkeit und Nothwendigkeit wollen anzunehmen. Eventuell beantragt Xera, noch wenigstens die runden Summen der Unterhalts- und Neubauten mit 300,000 fl., für Neubauten mit 500,000 fl. anzunehmen. — Wirdenhofer beantragt, man solle, wie auch Degenhart wünsche, für die von Distriktsstraßen in Staatsstraßen umzuwandelnde Straßen noch vorsichtens 35,000 fl. zu verwenden. — Kunstmann will für die Wasserbauten, Bauer für die bessere Unterhaltung der Landstraßen ans. An der fernern Debatte betheiligen sich Thinnes, Perchenfeld, Seraph. Mayr. — Degenhart stellt hierauf den Zusatzantrag zu seiner Motivation, der eine feine Unterstützung findet. — Thinnes beantragt hierauf, zum Titel 1 Summe, Ergebnis zum Straßenbaue wolle, auf die streife verhältnismäßig vertheilt werden möge. Hierauf vertagt der Präsident die Berathung um 7 Uhr auf morgen früh 8 Uhr.

Deutschland.

München, 2. Juli. Die Juryprüfungen finden dahier vom 1. bis 10. M. statt. Der Vorsitzende des k. Cabinetsrecorsrs Stark. Die durch die friedliche Gestaltung Deutschlands eingetretenen verminderten Aussichten auf Krieg, so wie die dadurch in Aussicht gestellte Reduction des Heeres, mögen die Ursachen sein, daß sich bisher erst wenige Abberufen zur Verbreitung an obigen Prüfungen gemeldet haben. Vom 1. Kreis- und Stadtgericht München wurde der Arbeiter Neiße, als Verfasser einer im Monat Februar v. J. erschienenen und gegen den König von Preußen gerichteten Flugschrift — wegen Beleidigung dieses Monarchen — zu einer dreitägigen Arrestbestrafe verurtheilt. Der Verurtheilte hat sich vor Erfahrung dieser Strafe bereits entfernt. — Der im letzten Kriegsrathe sich zum Kommandanten der Gendarmeriekorps ernannte Oberst, Frhr. v. Gumppenberg, hat heute obiges Kommando übernommen.

(Augsb. Abz.-Z.)

Frankfurt, 21. Juni. (Acten) der Deutschrift des kaiserl. österreichischen Ministeriums (s. n. Z.) An der That, breite Marinen stehen miteinander fähig gegen die Schiffahrt der deutschen Nationen da, und vereint werden sie auch in Zukunft kaum einen andern besondern Schutzes bedürfen, als einen solchen, welcher ihnen aus einer starken Kriegsmarine erwächst, die hinwieder auf ihnen selber ihre eigentliche Lebensahrung saugt. — Nach Aufstellung der allgemeinsten Grundsätze, welche sich der künftigen österreichisch-deutschen Handelspolitik als leitend empfehlen mochten, bleibt noch die muthmaßliche Wirkung derselben der folgenreicher Durchführung zuvorst auf den gemeinsamen Handelsbund, als auf die einzelnen Theile desselben, zumal in Betreff der Interessen der Küstenstaaten, in Betracht zu ziehen übrig. Was zunächst die Frage der Differenzialzölle betrifft, so gehen die Ansichten darüber noch auseinander. In den Zollvereinsstaaten haben sich schon früher die Handelskammern meistens verneigend sie bejahend ausgesprochen; ebenso die bei weitem größte Zahl der Handelskammern. Auch in Oesterreich stehen viele Industrielle und Gewerbsvereine diesem System das Wort. In den deutschen Küstenländern ist namentlich Bremen in Flug- und Druckschriften bemüht gewesen, der Vortheile der Vereinigung aller deutschen Staaten zu gemeinsamer Abwehr fremder Unbill, sowie zum Schutze und zur Emporhebung des direkten deutschen Handels anschaulich zu machen, wohrend in Hamburg und an der Ostsee, wie an der Nordsee, wie auch hier andere Meinungen laut wurden, sich die meisten Stimmen dagegen erklärten. Auch über Zweck und Bedeutung der Differenzialzölle sind die Ansichten abweichend. Die Einen wollen sie, wenn auch nicht als Schutz, so doch als Retorsion und Unterhandlungsmittel zum Zustande gegenüber setten lassen, wahrend die Andern sie als Mittel bekämpfen, welches nicht wirken, den direkten, die nationale Schiffahrt und den Absatz inländischer Fabrikate auf auswärtigen Märkten zu fördern. Die preußische Regierung entschloß sich im Jahre 1847 die „Vorschläge für die Errichtung eines deutschen Schiffahrts- und Handelsvereins" zu machen, die ganz und gar nicht das Prinzip der Handelsfreiheit zum Ausgangspunkte und zum Zielpunkte nahmen, sonst aber im Sinne einer nationalen Handelspolitik gehacht waren. Der

allgemeine Zweck war, in Schiffahrts- und Handelsangelegenheiten das Prinzip der nationalen Einheit Deutschlands in den Beziehungen zu andern Staaten zur Anerkennung zu bringen. Auch den Schiffen und Produkten fremder Staaten sollte die Gleichstellung bewilligt werden, unter dem Vorbehalte jedoch, daß, wenn sie ein gleich liberales System nicht ebenfalls befolgen wurden, gegen solche Staaten retorquirend auch in deutschen Häfen eine nachtheiligere Behandlung derselben eintreten könne. Die Schiffahrtsakte für den westlichen Nordseehafen gut aufgenommen, scheiterten wohl lediglich an der Märzbewegung des Jahres 1848, welche jene Frage ganz in den Hintergrund drängte. — Heute liegt uns die namhafte Frage wieder vor, und sie soll in einem noch größeren Umfange als damals gelöst werden. Die unzweifelhaften gewonnenen Erfahrungen werden bei Männern, welche gegen Benunstgrunde nicht verharret, bei Kaufleuten, die für Nachweise empfanglich sind, nicht ohne Frucht bleiben. Wer kann heute noch leugnen, daß in der Vereinigung aller selbstständigkeitsstaaten, Anfangs, noch in dem Gewinne eines großen, durch leinerlei Schranken verkümmerten Handelsgebietes eine Fülle von Kraft und eine Gewähr der Ordnung und Befriedigung gegeben wäre, wodurch die Verteilung des einen oder andern Sonderstheils weit alle aufgewogen würde? Wer ist es noch, wird, daß heute, wo auf den Weltmarkten die Nationen sich mit einander messen, auch die größte Tüchtigkeit der Einzelnen nicht mehr als Zusammenwirken des Ganzen, nicht die handelspolitische Größe der Nation ersetzen kann? Ist es nicht wahr, daß, wenn getrennte, aber nahe verwandte zusammengehörige Gebiete sich wirthschaftlich verbinden, sie ihre Kräfte nicht bloß vereinen, sondern steigern? Ist es nicht wahr, daß eine vom Gemeingefühle getragene, die Gesammtanlagen zusammenfassende, zur Ehre und Macht der Nation geeignete Politik alle schlummernden Kräfte zur Thatigkeit aufrust und alle Unternehmungstriebe in den Menschen weckt, während Zersplitterung jenen Kräften den Spielraum nimmt und diese Triebe abstumpft? Ja, die Zeit drängt, das Deutschland uns Oesterreich sich einigen möge. Gelingt's, daß sie als solches ihre wichtigen gemeinsamen Anliegen anerkennen und durch die That unterscheiden zwischen Freund und Feind. Sie sollen sich den neuen Zustand einer wirklichen österreichisch-deutschen Handelsfreiheit mit der Waffe der Unterscheidungsgabe erringen, sie sollen durch die wahre Gegenseitigkeit verwirklicht wird. Schon dieser Grundsatz, dieser energisch kundgegebene Wille wird nicht ohne Einfluß in der Gesetzgebung fremder Staaten oder bei den Verhandlungen mit ihnen bleiben; er wird wie eine herbe Ruthe wirken und die mannigfaltigen Schranken aufreben, welche den deutsch-österreichischen Handel noch einengen und oft sogar gegenüber bevorzugten dritten Nationen zurücksetzen.

(Fortsetzg. folgt.)

Frankfurt, 2. Juli. Bekanntlich beabsichtigt der Friedenscongreß am 23. August d. Js. und den nachstfolgenden Tagen in hiesiger Stadt zusammenzutreten. Bereits sind am vorigen Sonntag die Sekretäre des londoner Friedenscongreßausschusses, Pfarrer Richard aus London und Hr. Elihu Burrut aus Worcamerika, hier angekommen, um bei hohem Senat die Einladung zur Abhaltung des Congresses in hiesiger Stadt einzuholen.

Mainz, 29. Juni. Gestern Nachmittag um 4 Uhr wurden unsere so gefegneten Fluren von einem schrecklichen Hagelwetter heimgesucht, welches die Gemarken Kürzell, Ottenheim, Altenheim, Meisenheim, Schutterzell, Zehnheim, Dundenheim, Schutterwald, Langhurst, Walterswieer, Meier, Bahl, Griesheim und Bischofsheim mehr oder minder beschadigte. Der Hagel fiel in der Größe von Hühnereiern, so man kann sage Eistücke bis zu 1 Pfd. Gewicht! Mehrere Menschen und Vieh wurden beschadigt und die Aussicht auf eine reichliche Ernte vernichtet.

(Bad. L.-Z.)

⅄ Von der württembergischen Grenze, 30. Juni. In Stuttgart geht es bizig zu. Kaum hat die Landesversammlung den Minister des Auswartigen in Anklagestand versetzt, so geht es einen neuen Zank über die Steuerbewilligung. Man darf sich nicht mehr wundern, wenn den Ministern zuweilen die Gedult ausgeht; und ich würde mich auch nicht wundern, wenn sie ihnen am Ende ganz ausginge. Dabei nun das Merkwurdige, daß die Landesversammlung meint, die Minister hatten Dank, wenn sie sich satt werden, sich die Steuerverhebung nur immer auf 2 Monate gestatten zu lassen. Wie soll man ein Land regieren können, wenn man heute nicht weiß, ob man in zwei Monaten noch Geld hat, um dessen Verwaltung befreuten zu können? Wie soll einer der Neise sich sicher bewegen können, wenn er nicht weiß, ob er am Ende des zweiten Monats nicht unterwegs stecken bleiben muß — wegen Mangels an Geld? Die Regierung hatte der gereizten Stimmung der Versammlung von vornherein Rechnung getragen und nicht mehr als vierteljährliche Steuerbewilligung verlangt. Aber auch dieß war der Versammlung zu viel. Hatte die Regierung dieselbe nur auf 2 Monate beantragt, so wurde ohne Zweifel die Versammlung abermals die Hälfte abgeschnitten haben. Wenn man endlich der Finanzminister erklart, daß er in diesen Zeiten der gewaltsamen Verweigerung der Steuern eine Steuerverweigerung erblicke, so wird man ihm dieß kaum verargen können. Wenn es dieß buchstablich genommen nicht ist, so ist es dasselbe doch dem Geiste und der Absicht nach. Wer daben hier ein neues Beispiel, wie, wenn auf der einen Seite mit Recht ein Act des Gesetzes Mißbrauch getrieben wird, auf der andern Seite dadurch nothwendig an den Geist des Gesetzes appellirt werden muß. Ist es dabei in Fällen, die noch nie vorgekommen und daher in der Gesetzgebung auch noch nicht vorgesehen werden konnten, oft unvermeidlich, daß die Interpretation des Gesetzes dem Wortlaute treffeben nicht adaquat wird, wer hat dann Recht? Die Geschichte erst wird darüber ein vollgültiges Urtheil fallen können. In der nächsten Gegenwart entscheidet nur der Wille der Regierung und der Volks. Man sieht sich erinnern, daß bei wiederholten Berathungen der Landesversammlung gegenüber dem Ministerium in dem Streit über ein neues Wahlgesetz seinen vornehmsten Grund hat. Die Regierung will ein anderes Wahlgesetz als das bestehende mit directen Wahlen, während die Versammlung, die aus dem bestehenden hervorgegangen, natürlich an diesem um jeden Preis festhalten will. Die Landesversammlung, die sich für den Ausdruck des Willens der Mehrheit des württembergischen Volkes hält, glaubt nun durch das trotzgewesie Beweigen der Steuern der Regierung Zwang anthun zu können, sich nachzugeben. Man wird sich ferner erinnern, daß das vorangegangene gewaltsam radikale Ministerium Romer am Widerstande der Landesversammlung gegen seine Maßregeln gescheitert war, und daß, weil jener Versammlung dasselbe zu „reactionär" war, ein noch „reaktionaireres" an dessen Stelle trat. Die Mehrheit der gegenwärtigen Kammer gehort nicht sowohl einer Partei, als sozusagen einer Faktion an. Jedenfalls ist dieselbe nichts weniger als das, wofür sie sich hält, der Ausdruck des Gesammtwillens des Volks. Hierin liegt es sich daher wohl erklären können, wenn es die Regierung für ihre Pflicht hielte, die Versammlung endlich aufzulosen und ein vermuthlgeres Wahlgesetz zu „oktroyiren", durch welches nicht nur eine, sondern auch die Parteimeinungen im Volke zur Vertretung in der Landesversammlung gelangen. Die Wenigsten ist der Weg, den die gegenwärtige Kammer eingeschlagen hat, der sicherste, um zu dieser ultima ratio zu führen. —

Mainz, 2. Juli. Gestern Abend wurde nach langer Pause die Ruhe unserer Stadt durch larmender Auftritte wieder gestort. Es hatte sich vor dem Hause zum „römischen König", in dessen Saale der hiesige Pinderverein sich wochentlich einmal versammelt, schon vor Beginn der Sitzung eine große Volksmenge aufgehauft, in welcher besonders die Straßenjugend zahlreich vertreten war und die Vereinsglieder bei ihrer Ankunft mit Hohn verfolgte. Bald drangten sich einige dieser Straßenbube dicht an die Thur des Versammlungssaales und unterbrachen in roher Weise die Eroterungen. Die Entrustung, welche sich in Folge eines frechen Zurufs der Versammlung bemachtigte, veranlaßte die Hinausbeforderung der Unterbrecher. Nun sammelten sich vor dem Hause immer mehr Menschen, welche durch die Lebhaftigkeit der Beredsamkeit durch verstarkte Beschimpfungen zu rächen suchten. Nach dem Schlusse der Sitzung wurden die Mitglieder, besonders mehrere Geistliche, mit den rohesten Bezeichnungen empfangen und es fiel gerade sehr dadurch die Anregung auf beiden Seiten so hoch, daß die Hilfe der bewaffneten Macht werden mußte. Es wurden mehrere der Rubestorer auf die zunachst liegende preußische Hauptwache gefuhrt; dennoch erreichte der Tumult noch nicht sein Ende, und es sammelten sich immer neue Gruppen. Das kraftig einschreitende Militar verwochte nur mit Mühe gröberen Ruthausbrüche abzuwehren. Die an dem „römischen König" vorbeifuhrenden Straßen blieben bis nach 10 Uhr Abends von preußischen und österreichischen Truppen angefüllt. — Das Betlagenswerteste bei diesem Vorfall ist, abgesehen von dessen sittlicher Bedeutung, der sich hier wieder klar ergebende „politische Unverstand" der Menge, welche an diesem Abend neuerdings gezeigt hat, welche Begriffe sie von Freiheit und Vereinsrecht hat.

(F. O.-P.-Z.)

Die „Leipz. Ztg." bringt eine neue Gruppirung der deutschen Staaten zu einem Bundesystem im Sinne des Frankfurter Plenums, indem sie meint: „Den Oesterreich zu begegnen, als erbreten die mittleren Staaten eine Gegenmacht über die kleineren bei der neuzuschaffenden Bundesgestaltung, hat man in Berücksichtigung der deutschen Stamme folgende Gruppirung bei der Stimmenvertheilung vorgeschlagen: 1) Oesterreich u. Liechtenstein (österreichische Stimme); 2) Preußen (preußisch vermische Stimme); 3) Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen, Hamburg, Lübeck (sächsisch-niedersächsische Stämme); 5) Hannover, Braunschweig, Lippe, Schaumburg-Lippe (niedersächsische Stamme); 6) Sachsen u. Anhalt (obersächsische Stamme); 7) Weimar, Koburg-Gotha, Meiningen, Altenburg, Reuß ältere und jungere Linie, die beiden Schwarzburg (thüringische Stämme); 8) Nassau, Frankfurt (fränkische Stämme); 9) Bayern, Nurnberg, Lindau (bayerisch-fränkisch-überrheinische Stämme); 10) Baden (allemannisch-schwabische Stamme); 11) Württemberg (schwäbische Stamme). Das würden 11 Stimmen sein, die nach ihren Stammesähnlichkeiten, ihrer geographischen Lage, ihren sattlichen Dynastienverhältnissen, ihrem naturlichen und materiellen Interesse eine gewisse Verwandtschaft unter sich hatten."

Danzig, 26. Juni. Dowiat ist als Festungsgefangener in Wechselsmunde auf das Neue zur Untersuchung gezogen worden. Derselbe hatte vor zwei Jahren aus New-York an unsern König geschrieben und ihn dringendst gebeten, dem Lande eine zeitgemäße Constitution zu verleihen — wurde der König hiermit zogern, so stunde in Kurzem eine Revolution bevor, die ihm Thron und Leben gefahrden konne." — Dieser Brief kam ad acta, die Revolution zum Ausbruch, Dowiat zurück nach Curova und bald darauf in die Festung. Nun hatte Dowiat Urlaub erhalten, mit dem 1. Juni von 22. Mai in Verbindung und Dowiat soll eingestehen, woher er damals den nahen Ausbruch der Revolution gewußt habe und wer die Mitverschworenen sein. Dowiat erklart, von einer Ausstand der Revolution oder Verschwörung nicht das Mindeste zu wissen; den nahen Ausbruch einer Revolution damals habe ihm so gut wie jedem Andern, der die Lage des Staates mit offenen Augen anfah, sein Menschenverstand gesagt.

Digitized by Google

Italien.

Der Hochwürdige Erzbischof von Sassari, Msgr. Bareffi, befindet sich trotz der Erklärung der Gerichtsbehörden erster Instanz, es liege nichts gravirendes gegen ihn vor, noch immer im Gefängniß. — Einem Briefe in der „Assemblée Nationale“ aus Turin vom 22. Juni entnehmen wir Folgendes: Der Ministerpräsident und Chef der auswärtigen Angelegenheiten hat dem Staatssekretair des heil. Stuhles, Cardinal Antonelli, eine zweite Note zugefandt, welche sich hauptsächlich auf die Sicardi'schen Gesetze und das Verfahren gegen den Erzbischof von Turin bezieht. Man hatte glauben sollen, daß Herr Rzeglio, wie er zum zweiten Male die Feder ergreift, entscheidendere Argumente vorgebracht haben wurde, wie in der ersten Note; aber mit Nichten: Er ist noch weiter, weder erwiderte, noch verbesserte Ausgabe jener ersten vom 18. Mai, aus der sie aber bedeutend vermehrt worden ist. Cardinal Antonelli wies in seinem Schreiben vom 14. Mai auf die zwischen Rom und Piemont zu Recht bestehenden Verträge hin, vermeige denen die sardinische Regierung durchaus kein Recht hat, die Hand an die Kirchengesetze zu legen. — Massimo d'Azeglio leitete aber sein Recht, die Kirchengesetze auch ohne vorhergehende Unterhandlungen mit dem hl. Stuhle abzuändern, auch dieses Mal aus der constitutionellen Regierungsform her. (?) — Es erhellt hat von Gewaltthat und Willkühr, wenn die sardinische Deputirten Valerie in einem Schreiben angezeigt, daß er nach Amerika gehen und, auf einem Handelsschiffe als Capitain dienen werde. — Dem „Conservator“ von Florenz zufolge haben die auf der Provinzial-Synode zu St. Minato versammelten Hochw. Herren Bischöfe am 15. Juni an die Gläubigen ihrer Diöcesen einen Hirtenbrief gerichtet, aus welchem wir folgende Stelle hervorheben: Jenes arme Volk, besonders die große Mehrzahl der guten arbeitenden Klasse, deren materiellen Kräfte einer Fraktion von Menschen, die den guten Glauben verstehen ihre Sachen, und sie schmeicheln, ohne sie zu lieben, zu ihrem Vortheile benutzen möchten, um mit dem Schweiße, mit den Thränen und mit dem Blute derselben sich einen Weg zu bahnen, auf welchem sie ihre ehrgeizigen Pläne zu erreichen hoffen, dieses Volk und seine Kinder sind bedauernswerthe Gegenstände unserer Betrachtungen gewesen; damit in ihm vermittels einer religiösen und fortwährenden Bildung die Religion der Väter, dem einzig sicheren Wegweiser durch die traurigen Wechselfälle hienieden, dem einzigen Trost im Angesichte der furchterlichen Zukunft, ungeschmälert erhalten bleibe. Nach dem „Osservatore romano“ vom 17. Juni dauerte das wunderbare Ereignis zu Rimini am 10. d. noch fort; der Zutrang der Pilger aus allen Gegenden Italiens war ungebeuer. Einer Correspondenz im „Mm de la Religion“ zufolge ist die Bewegung der Augen des erwähnten Bildes zur Zeit der Andacht in der Kirche, und besonders wahrend der hl. Wandlung viel auffallender, wie gewohnlich, wo sie bisweilen kaum bemerkbar ist. Dasselbe berichten Mailander in dem „Amico cattolico“ die das Wunder selbst zugesehen und öffentlich Zeugniß abgegen. — De zur Zeit der republikanischen Regierung von Rom zu den Galeeren verurtheilten Soldaten, welche versucht hatten den General Zamboni zu befreien, sind in ihrer frühreren Gnade wieder eingesetzt worden. — In Sutri haben einige Unruhen stattgefunden; die Ordnung wurde jedoch mit Hülfe der aus Viterbo herbeieilenden Truppen bald wieder hergestellt. (D. Volksb.)

Neueste.

München, 2. Juli. Freiherr v. Frankenstein wurde nach nunmehr zurückgelegten 25. Lebensjahre als stimmberechtigter erblicher Reichsrath in die Kammer eingeführt.

München, 2. Juli. Wie wir eben mitgetheilt wurd, soll heute ein Courier von Aachen hier eingetroffen sein, welcher eine abermalige Verlangerung des gegenwärtigen Landtags bis zum 16. d. M. mitbrachte. (A. Ztg.)

Aschaffenburg, 30. Juni. Endlich scheint es mit dem Bezuge des Eisenbahnbaues von der kurhessischen Grenze bis zur hiesigen Staat Ernst werden zu wollen. Es sind in den letzten Tagen bei den betreffenden Behorden Restrupte eingetroffen, welche auf scheinungen Angriff des Kanonschiffes lassen. (Ob. Z.)

Frankfurt, 30. Juni. Aus zuverlassiger Quelle ist zu vernehmen, daß zwischen beiden Hessen eine besondere Uebereinkunft getroffen worden, sich wechselseitig im Falle von revolutionären Bewegungen im Innern beizustehen. Beide Staaten haben dem Vernehmen nach 6000 Mann zugesagt. Es war dieß der erste Schritt, um zum Bewußtsein der Entbehrlichkeit der preußischen Hülfe und beziehungsweise zum Selbstvertrauen zu gelangen, wovon denn das Bestreben nach Aufrechthaltung der Selbstständigkeit die nuancirbare Folge ist.

Frankfurt, 2. Juli. Noch zwei der bei der Ermordung Auerswalds und Lichnowsky's Betheiligten, Louis Zeh und August Eschenich, sind in London von der Polizei aufgefunden. Es soll aber noch in Zweifel sein, ob sie von der englischen Regierung ausgeliefert werden. (Ob. P. A.-Z.)

Stuttgart, 2. Juli. Die Gerüchte, welche bei seit mehreren Wochen in den obersten Regionen unserer Regierung bestand, ist endlich glucklich gelost. Sie war von Anfang an eine doppelte, insofern die Regierung sich nicht blos mit der Landesversammlung, sondern auch mit der Krone mit den Ministern selbst in einem hochst bedauernswerthen Conflict befand. — Die Landesversammlung war in ihrer radikalen Zusammensetzung unfahig, das Geringste für das Wohl des Landes zu Tage zu fordern; ihr Werk konnte nur auf das Zerfetzen alles Bestehenden ausgehen und sie blieb darin nicht mußig. Die Aufregung im Volke stieg mehr oder weniger das Verderbliche oder Ueberflüssige einer solchen Tagfahrt, dennoch verschoben die Minister immer von Neuem die Auflosung; ihre Schwache und Planlosigkeit der Versammlung gegenuber hatte diesen selbst alles öffentliche Zutrauen benommen, und ihre Entfernung vor der hochsten Staatsgewalt vollends in den Staub zu ziehen. Unter solchen Umstanden erfolgte von Seiten der radikalen Landesvertreter der ebenso abgeschmackte, als unschuldige Anklagerantrag gegen Hrn. v. Wachter, den ersten Referenten

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhaus 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 160. Würzburg, Freitag den 5. Juli. **1850.**

Ein socialistisches Manifest.

Das weiland Mitglied der provis. Regierung, Louis Blanc, der Erfinder der sog. „Organisation der Arbeit," befindet sich bekanntlich auf Flüchtling vor der Justiz seines Landes in London. Er gibt daselbst eine socialistische Monatsschrift heraus, welche den pompshaften Titel führt: „Die neue Welt." Durch und durch doctrinär, hat diese Revue einen sehr geringen Einfluß auf die Massen; Louis Blank ist abwesend, und die Abwesenden haben immer Unrecht; das Publikum vergißt sie, ihre Freunde werden kalt gegen sie. Die Pariser Demagogie hat sich von dem Joche ihrer ehemal. Führer frei gemacht, seitdem diese leben in der Verbannung leben, und sie kehrt es ab, die Rathschläge von Mannern zu befolgen, welche nicht mehr aus eigener Anschauung die Verhältnisse kennen, deren Blick durch Oxyd und Aerger getrübt wird. Louis Blanc ist aber diese höchst natürliche Erscheinung sehr erbittert, er begreift nicht, daß die Demagogen in Frankreich die Dinge anders ansehen, als er in seinem Boarding-house zu London; er steht nicht, daß ihre und seine Meinse stimmentweil von einander liegen, daß er sich sehnt, durch eine Revolution nach Frankreich zurückzukehren und die franzöl. Demagogen sich scheuen, durch eine Revolution in Londoner Boarding-houses getrieben zu werden. In der neuesten Numer seiner „Neuen Welt" kanzelt Louis Blanc daher seine Partei tüchtig ab, daß sie sich „unbekehrten Socialisten" anvertraue; er macht es Girardin und de Flotte zum bittern Vorwurf, daß sie vom Aufruhr abgemahnt haben; er sagt ihnen in das Gesicht, daß sie sich vor dem Sieg fürchten. Ganz gewiß: die klugen, die wahrhaft politischen Führer der socialistischen Partei wollen eine Schlacht nicht; denn geht sie verloren, so müssen sie zu Louis Blanc, wird sie gewonnen, so kommt Louis Blanc zu ihnen, um die Früchte des Sieges sich anzueignen. Dies ist die Auflösung des Räthsels jener Mäßigung, welche die Stimmführer der Pariser Demagogie bethätigt haben. Sie hatten in Louis Blanc's Organ die bedenkliche Warnung gelesen: „Wenn der Socialismus durch einen Bürgerkrieg zur Gewalt gelangt, so ist die Dictatur unvermeidlich." Nach dieser Dictatur Louis Blanc's sehnen sich die Herren von der Montagne nur mäßig. Louis Blanc sagt seiner Partei gegen die jetzigen Parteiführer eine Ueberschicht dessen hinzu, was er thun würde, wenn er der Dictator des siegenden Socialismus wäre. Aller Wahnsinn utopischer Fiebersträume ist in diesem Manifeste zusammengedrängt; der Socialismus hat noch nie so nackt, so bestimmt, so unbefangen sein letztes Wort ausgesprochen wie in Louis Blanc's Programm, welches — so verrückt, so unmöglich es sein mag — gleichwohl wie eine bestimmte Drohung über den Geschicken Frankreichs schwebt. Wir wollen nur kurz erwähnen, daß Louis Blanc die Präsidentschaft abschaffen, jährliche Parlamente einführen, den Geschworenen Tagegelder bezahlen, die Rechtspflege und den Unterricht unentgeltlich machen, die Todesstrafe abschaffen und den Strafvoder auf den Grundsatz basiren würde: „daß alle Uebelthäter Kranke sind." Das sind nur Kleinigkeiten. Er würde ferner durch die Erziehung die ersehnte Stunde beschleunigen, wo ein Jeder an der großen gesellschaftlichen Werkstatte anstatt nach den Zufallen der Geburt, „nach den Anzeigen seiner Natur" verwendet werden wird; er würde durch ein einzige Steuer die Verhältnißmäßigkeit der öffentlichen Lasten begründen; er würde durch Verlegung des Heers an die Grenzen „die Greuel brudermörderischer Straßenkämpfe" unmöglich machen und jede Verwendung der Truppen im Innern für ein Verbrechen erklären. Aus diesen ist erst ein Vorspiel zu Dauphsche kommt nun. Er würde die ungeheuren Benefizien, welche die Bank, die Eisenbahnen, die Bergwerke, die Versicherungen heutzutage unter wenig Bevorrechtigte vertheilen, in den Händen des Staats concentriren und daraus ein besonderes Budget bilden. Er würde soziale Bazare und Bazarwagen bilden, in denen Producte gegen Empfangschein zugelassen werden, welche Scheine durch Indossirung tranemissibel gemacht und als Papiergeld ausgegeben werden konnten. Er würde die Verwaltung des Kreditvereins den Individuen entziehen und dem Staate übergeben und so die Bahn zur Herrschaft der allgemeinen Association ebnen, welche gleichbedeutend ist mit der Unentgeltlichkeit des Kredits für Alle. Er würde ackerbauende und industrielle Associationen stiften, gegründet auf das Princip der Brüderlichkeit, nach dem Vorbilde der Familie, solidarisch für einander verantwortlich, und bestimmt, durch ihr Beispiel und ihre Anziehungskraft sich auszubilden zum allgemeinen System des Landes, dergestalt, daß ohne Ueberstürzung, ohne Gewaltsamkeit, ohne Plünderung, ohne Erschütterung, lediglich indem sie dem Abhange folgt, auf den wir sie stellen, die Gesellschaft nach einiger Zeit sich in einem neuen Welt befinden würde. Was die auswärtige Politik anbelangt, so würde der Socialismus den Wahlspruch annehmen: Eroberung nie, Propaganda immer! aus Grundsatz friedsertig, würde er friedsertig bleiben, so lange es in Europa noch Könige oder Aristokraten gibt." Dies ist noch wohl radicalste, kaltblütig aufgeschriebene Reformproject des gelehrten Socialismus, welches allerdings die Gesellschaft sehr bald in eine neue Welt befördern würde, nemlich in den Abgrund des tiefsten Elends, in die Welt des allgemeinen Hungers.

Aus einem Leitartikel (Rundschau im Juni 1850) in der N. Pr. Ztg. entnehmen wir folgende Stelle: Der Evangelischen Kirche Deutschlandes ist man im Begriff — ihrem innersten Wesen, ihren Grundlehren vom Priesterthum der Laien zuwider — die Schule und den Staat zu entziehen, weil das Wortthum, weil die Charte Wahrheit, weil die Parteien es so wollen und fordern, deren Verberrlichkeit auf dem politischen Gebiete längst außer Zweifel ist und die auf einem fluchtabtrischen Rückzuge vor der siegreichen Reaktion sich befinden. Die eigenen Kinder der Evangelischen Kirche muthen ihr zu, diese Secularisation, gegen welche alle früheren Secularisationen nichts sind, diesen Kirchenraub im größesten Stil anzuerkennen und zu sanctioniren. Und sie ist keines Widerstandes, oder doch nur eines schwachen vereinzelten Widerstandes in einigen ihrer zerstreuten Glieder, fähig. Ihre Bekenntnißsind erschüttert bis tief in die Fundamentallehren hinein. Ihre Autoritäten sind fast vernichtet. Die Organe ihres Regimente, die als ihre Glieder in ihr regierenden christlichen Obrigkeiten die Consistorien, die Superintendenten mögt man, das Uebermaß des Mißbrauchs zu Recht angedreht, für Staatsbehörden — im Gegensatz zu kirchlichen Behörden — anzugehen und somit der Evangelischen Kirche den Schandfleck anzuheften, daß sie bei Grundung ihrer Verfassung — unsren ihrem Haupte und im großen Widerspruch mit ihren eigenen Symbolen — ein unkirchliches Kirchenregiment eingesetzt und diesem monströsen Regimente während der drei Jahrhunderte ihres Bestehens freie sich unterworfen habe. Und diese ihre Organe selbst legen — mit wenigen Ausnahmen, — verbietet oder erschweren kein Zeugniß ab, keinen Protest ein gegen diese grundsätzenden Anzuisse, sondern stimmen ihrer eigenen Entwehung zu mit Wort und That. Die Consistorien und Superintendenten haben fast durchweg als Staatsdiener den Verfassungs-Eid geleistet. Aber noch schimpflicher als diese Knechtschaft ist die Freiheit, die man der evangelischen Kirche bereitet. Freiheit wovon? Freiheit von ihren eigenen Grundlehren, von ihrem wahren Grundcharakter. Freiheit von der Verfassung, die selbst aus dem unverdrängten Kern ihrer Eigenthumlichkeit heraus sich begeben, in der sie sei ihrem Bestehen gesetzt hat, die sie im unverbrüchlicher gewesen ist als jetzt, wo ihre geistlichen Landsmanne wollen und wo Alles was Autorität in ihr heißt schonheitshalb festgehalten werden müßte! Freiheit durch wen? Durch den revolutionären Staat, der sie 1848 im Uebermuthe territorialistischer Zwingherrschaft um Mainzisch umgeschaffen hat und von dem, nachdem er sich selbst für unsiftet gegen alle Religion und für unabhangig von Kommern ohne Religion erklärt hat, sich anmaßt, eine radikale Neugestaltung ihrer Verfassung einzuleiten und somit einen tiefer greifenden Act des Kirchen-Regimentes an ihr zu vollziehen, als je Papste Innocenz III. und die Kaiser ihrer Macht über die Kirche angeübt haben. Menschliche Augen können kaum ein anderes Ende dieser babylonischen Verwirrung absehen, als die gänzliche Zerrüttung der evangelischen Kirche, die Zertrümmerung ihrer Stiftungen und Besitzthümer und was viel schwerer wiegt, ihre schon jetzt begonnene Auflösung in Parteien und Secten. Und wo bliebe dann der preuß. Staat, der als Staat ohne Kirche und ohne Glauben, gleichsam blind unter lappen würde unter den großen nationalen Kirchen und nationalen Glauben ertenchten Religionen der Christenheit? — Wodurch so die evangelische Kirche die schwer errungenen Schätze der Reformation äußerlich vergeudet, erhebt die römisch-katholische, immer wieder siegreich hervorgehend aus jedem Konflikte mit der Revolution, ihr Haupt zu stets festerer und weiterer Herrschaft. Und, was charakteristisch ist für unsere Tage, die Evangelischen können wohl über ihre eigene Unentschiedenheit und Schwäche, aber nicht über die wachsende Macht der römisch-katholischen Kirche klagen. Denn sicherer als im Schooße des tief zerrütteten Protestantismus, wenigstens des deutschen Protestantismus sehen sie die der ganzen

Christenheit gewinnenden Klerikalismus, den Gladbenbs im Papstthum aufgehen. Die ist vom Papste von allen glaubigen Katholiken wuniger geboycott worden als, Ausschreitungen der Kirche deklarirende Revolution, dem jetzigen Papste, dem Papste, den das von ihm selbst angesachte italienische Revolutions-Feuer und Rom in den Verdammung getrieben hat. Dieser Papst — von der Februar-Republik — einer etwas wüsten Klique in Christo Filia — wieder eingesetzt in seine Hauptstadt, hatte seit dem jungen Kaiser seinen Dank ab für die Tilgung des bureaukratischen Despotismus und für die Wiederherstellung der Freiheiten der Kirche. Preußen, welches so wenig fragt nach den Rechten seiner eigenen Mutter, der evangelischen Kirche, hat wohlweislich verwerden mit dem ehrwürdigen Fürstbischof von Breslau in einen Streit über den unglücklichen Verfassungs-Eid sich einzulassen. In der Siege-Gewißheit des Glaubens sprach der greise Erzbischof von Chambery vor dem Senate in Turin: „Als ich auf meinem Wege durch die Straßen der Stadt meine bischöfliche Kleidung und meine weißen Haare anlegte sah, da bezeichnete mich mich, sondern die Zeichen und Vorgleichen gebuhlet wird." Die sardinische Regierung, ohnmächtig gegen die österreichischen Waffen, aber tapfer gegen wehrlose Geistliche, nimmt den Kampf auf gegen das Recht und die Macht der Kirche. Die Bischöfe wandern in der Apostel Petri und Pauius Fußstapfen, in die Gefängnisse, in die Statten, aus den sie so vielen Apostaten verdarten das Licht treuer Bekenner des Herrn die Kirche erleuchtet und erwärmt hat, und die glaubigen Katholiken beten, den Papst an ihrer Spitze, „pro episcopatu in carcere."

Landtagsverhandlungen.

München, 2. Juli. (CXLII. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Die Gallerien sind besetzt. Am Ministertische Staatsminister v. d. Pfordten, v. Lüder, v. Zwehl, v. Ringelmann, v. Fischenbrenner und mehrere Ministerialräthe. Zeel. Präsident eröffnet um halb 9 Uhr die Sitzung. Nach Verlesung des letzten Sitzungsprotokolls geht derselbe sogleich zur Fortsetzung der Berathung des Ausgaben-Budgets über. Es wird nun Berathung gepflogen über das Militärbudget. Dasselbe hat zum Abtheilungen, für welche folgende Posten von der Regierung vorgeschlagen werden: I. für die aktive Armee 10,429,102 fl.; für die Gendarmerie 800,000 fl.; III. für das topographische Bureau 50,000 fl.; IV. als Zuschuß an den Militär-Wittwen- und Waisen, dann Invalidenfond 92,000 fl.; V. für Militärpensionen und Mehrleistungen 800,000 fl. &c. Der Ausschuß beantragt für die aktive Armee 8,00,000 fl., für die Militärpensionen und Mehrleistungen, 600,000 fl., ist im Uebrigen übereinstimmend mit der Regierung. Ferner beantragt der Ausschuß: die Kammer wolle die Ausdehnung des Pensionsnormativs vom 4. Dezember 1922 auch auf die vor diesem Tage pensionirten Offizier des St. Maj. dem Könige beantragen, unter Ueberweisung des erforderlichen Betrages auf die Pensionsamortisations-Kassa. — Kolb beantragt 6,000,000 fl. für die aktive Armee wie in der sinsten Zusammenrede einsetzen. — Cremer-Fürth beantragt die Auflösung der Leibgarde (Harschierer), weil dadurch dem Staate 79,707 fl. erspart würden. — Ruland beantragt die Wiedereinführung der Garnisonsfahnen. Zuerst las Kriegsminister v. Lüder, dann Ministerialrath v. Habel einen längeren Vortrag ab, nach welchen für die verlangten Schlußsatzsummen als nothwendig bewiesen. — Reinhart bemerkt zuerst, der mit Beredtheit abgelesenen Rede des Hrn. Ministerialraths nicht zu folgen im Stande gewesen zu sein. Redner geht auf den Stand des Militärs über, bemerkt: daß Bayern nur 1 pCt. Mannschaft haben müsse. Die Nationalversammlung habe freilich das deutsche Heer auf 2 %, stellen wollen, allein man könne diesen Beschluß nicht anerkennen, weil andere Beschlüsse bezüglich der Reichsverfassung nicht angenommen wurden. Redner findet es gerade nicht nöthig, daß der Kriegsminister 12,900 fl. Gehalt habe; daß das Cadettencorps 54,000 fl. erhalte, sei nicht recht; ferner könne Redner nicht einsehen, daß man 6000 fl. in Pulver zu Salutationen verschießen dürfe, in einer Zeit, wo man nicht nothwendige brauche, als Geld und wieder Geld. Redner glaubt auch, daß man Bayern zu nichts machen könne, was es will werden könne, nemlich zu einer Großmacht. Alle gemachten Vorschläge hätten nichts gefruchtet und zu Unterhandlungen brauche man nicht so viele Bajonette. — Frhr. v. Lerchenfeld widerlegt seinen Vorredner, der daß Heer zu stark begreifen könne, wie denn ein solcher Ton sich in diese Verhandlungen eindrängen könne. Einen Redner, der — wie Vorredner — auf das Unglück seines Vaterlandes spottete, hätte man früher von der Rednerbühne herabgerissen (Zeichen des Mißfallens). Redner rügt die nieren Mangel bei dem bayer. Militärwesen, vorzüglich das Pensionswesen, die unverhältnißmäßig hohen Gagen der hohern Offiziere. Ferner spricht sich derselbe gegen den Antrag Kolb's aus; an den Antrag Langguth's habe er zwar weniger auszusetzen, dem man müsse doch den Militär und Kommunikationsgüter, wie bei Hrn. Kolb. — Allein dennoch sei es zu wenig für die gegenwärtigen Verhältnisse, indem man damit nicht einmal 25 Mann per Compagnie halten könne. Was den Antrag Cremer's betrifft, so habe er nur zu bedenken, daß es meist alle verdienstvolle Interessirter seien, die da in den Hafen der Ruhe einlaufen. Reinhart weiß hierauf die von Lerchenfeld gemachten Vorwürfe mit Berachtung von sich, worauf Lerchenfeld erklärt: nicht entgegnen zu wollen. — Langguth verandert seinen Antrag auf 7,580,000 fl. und Lerchenfeld stellt den Antrag auf 9,200,000 fl., worauf die Sitzung um 1 Uhr geschlossen wird.

München, 3. Juli. (CXLIII. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertische: St.-M. v. d. Pfordten, v. Lüder, v. Ringelmann, v. Zwehl, v. Aschenbrenner u. mehrere Ministerialräthe. Die Gallerien sind besetzt. Der 1te Präs. eröffnet um 9 Uhr die Sitzung. Nach Verlesung des letzten Sitzungsprotokolls erstattet Ref. v. Koch Vortrag über den Landau-Etat, in specie über die Neubauten im Landau-Etat. — Thiners trägt hierauf als Referent im 2ten Ausschusse den Bericht über den Gesetzes-Entwurf: „die Maximen der Kreisumlage für die 6. Finanzperiode betr.," vor. Sodann geht der Präsident zur Berathung des Militärbudgets über. — Cremer spricht sich entschieden für das Amendement Kolb's aus, nicht um Opposition zu machen, sondern weil er überzeugt sei, daß das Land nicht mehr tragen könne. — Ruland spricht hierauf für den Antrag Ruland's. — Heine beantragt, es sollten einige normgebende Vorschläge bezüglich der Umbildung der Militärschulen gemacht werden. Redner spricht sich zuletzt für den Antrag Ruland's aus. — Dr. Bayer will die Ausscheidung der Gebietsrechte, sondern nur die Zugängigkeit dieses Instituts für Söhne jenen Standes. — Dr. Jäger: Bayern sei daran, ein Militärstaat werden zu wollen, es sei daher Zeit ein Halt dagwischen zu rufen. Die Militärmacht müsse auf eine dem Lande entsprechende Größe reduzirt werden. Redner spricht sich für den Aufschlußantrag aus. Redner bittet, der nächsten Landtagssession einige Verbesserungsanträge in Bezug auf das Sanitätswesen zu stellen. — Rudner spricht sich in gleichem Sinne wie Vorredner aus. Nachdem noch Fischer, Jos, für die Festung Ingolstadt gesprochen hatte, wird Schluß gerufen, die Anträge v. Kolb's wird darauf hingegangen, die Debatte zu schließen. Nachdem noch Fürnbran sich für den Antrag Cremers ausgesprochen, ergreift Wallerstein das Wort und erklärt sich in einem halbstündigen Vortrage für die Motivation Kolb's und eventuell für die des Abg. Langguth. Den Antrag Rulands könne Redner nicht unterstützen. Es gebe in unserm Clerus ausgezeichnete Männer, bei diesen könne sich auch jeder Soldat Rath erholen. Die Finanzlage erlebe diese neuen Anstellungen nicht und pläzt daher man auf Militärschäfte beseitigen. Nach ganz kurzen Bemerkungen des Referenten, der sich gleichfalls gegen den Antrag Rulands ausspricht, empfiehlt Kriegsminister v. Lüder nochmals seine Positionen, stellt die Reorganisation des Militärwesens in baldige Aussicht. — Staatsm. v. d. Pfordten spricht in einem großern Vortrage die 4 die Positionen betr. Anträge ins Auge und spricht sich für die Regierungsvorlage aus, da nicht einmal mit der Summe des Ausschusses die zur Einübung der Truppen nöthige Mannschaft unterhalten werden kann. Eine Calamität für die Regierung wäre es, wenn auch diese Summe nicht angenommen würde. Es würden hierauf bei sämmtlichen Positionen die Anträge des Ausschusses, der Antrag Cremer's (73 bis 93) u. Heine's u. Ruland's angenommen, die übrigen verworfen. Die Sitzung hierauf um halb 1 Uhr geschlossen.

Deutschland.

München, 3. Juli. Wie verlautet, wird König Max die Mitte dieses Monats wieder hierher kommen und nach kurzem Aufenthalte im Schlosse Nymphenburg nach Hohenschwangau gehen. — St. f. Hoh. der regierende Herzog von Parma befindet sich gegenwärtig hier. — Die Beschwerde des hiesigen Arbeiterbildungsvereins gegen die k. Polizeidirektion und die Kreisregierung von Oberbayern, wegen gesetzlich nicht gerechtfertigten Verbietens, wurde vom Staatsministerium des Innern abgewiesen und somit der Verein auch von allerhöchster Stelle als ein politischer erklärt. Die Vorstände desselben wurden in obiger Ministerialentscheidung zugleich aufgefordert, ein Verzeichniß sämmtlicher Vereinsmitglieder mit Angabe des Berufs und Standes und Alters ungesäumt vorzulegen. — Von einem gewöhnlich Gutunterrichteten habe ich heute vernommen, daß das k. Kriegsministerium eine Verfügung zur Reduktion des gegenwärtigen Standes der Pferde in der Armee, durch Verkürzung der zunächst dienstpflichtigen Mannschaft, erlassen habe. — Im k. Justizministerium ist bereits die Ausarbeitung eines Gesetzes zur Einführung des Notariats in Angriff genommen worden. Dieses bewerth hinlänglich, daß die königl. Staatsregierung den in dieser Beziehung gefaßten Beschlüssen in den beiden Kammern auf anderweitige Einführung des „Notariats" schleunigst zu willfahren gewillt ist. — In den nächsten Tagen wird das Militärgericht über einen der Majestätsbeleidigung angeschuldigten Lieutenant, welcher sich seit 8 Monaten im hiesigen Arrest befindet, das Urtheil fällen. (A. Ztg.)

Landau, 2. Juli. Heute Vormittags 10 Uhr fand im königl. Landkommissariatssaale die feierliche Uebererziehung des k. Bayer. St. Michaelsordens an St. Hochw. den Hrn. Stadt- u. Garnisonsspfarrer Roth, durch Hrn. Landkommissär v. Freyberg, unter vorhergehender, die weltlichen Ehrenämter dieses hochgeachteten Seelsorgers hervorhebender Anrede statt. (Pf. J.)

Frankfurt, 21. Juni. (Zorn. der Deutschrift des kaiserl. österreichischen Handelsministers rc. rc.) Es ist ein sicherer Standpunkt, die wahren Interessen der Völker im Gegensatze zu denen der Höfe und Dynastien aufzusuchen; deßhalb dürfen auch die Maßregeln zu Gunsten der nationalen Schiffahrt nicht im wirklichen Widerspruche mit den Interessen des Handels stehen, wie es zum Beispiele der Ausschluß fremder Schiffe von der Frachtconcurrenz durch Verbote oder hohe Waarenbefreiungszölle thun würde. Etwas anderes ist es, die Retorsion durch höhere Zoggen- und Schifffahrtsgelder gegen solche Staaten auszuüben, welche unsere Flagge irgend benachtheiligen. Nicht nur wird eine solche Maßregel jetzt, nachdem England seine alte Schiffahrtsakte völlig beseitigt hat, sich doch noch gegen Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Spanien, Portugal und einige mittelländische Küstenstaaten zu kehren haben, sondern diesen Staaten auch ein bestimmtes, rasch wirkendes Motiv geben, die deutsche u. österreichische Flagge

der nationalen gleichzustellen, wo sie nicht vorziehen, dem englischen Beispiele folgend, auf jede privilegirte Bevorzugung der nationalen Flagge überhaupt zu verzichten. Aus jenen Relorsionen dürfte kaum vorübergehend eine Frachtwerthsteuerung hervorgehen, wohl aber erheblicher Vortheil für Handel und Schifffahrt, zumal wenn sie als ein energisches Umlandsanlagsmittel zum Abschlusse von Schiffahrtsverträgen benutzt werden. — Die Denkschrift vom 30. Dezember stellt zu Gunsten der niederdeutschen Handelsgruppe an der Nord- und Ostsee mit zusammen 3½ Millionen Einwohnern und den wichtigsten agrikol-commerciellen Interessen jede thunliche Berücksichtigung in Aussicht. Sie erwägt, daß die Ueberbürdung an fiskalischen Lasten mit dem heutigen Weltverkehr völlig unvereinbar erscheint, namentlich der Zoll-rung, daß wir uns nicht länger den Schwung unserer herrlichen Flüsse selber beschränken dürfen, es betreffe die Donau, den Rhein, die Elbe oder ihre Nebenflüsse, und daß den bisherigen Versagungen und Uebereinkünften eine andere Grundlage gegeben werden muß, als die der Verhandlungen des Wiener Congresses; dabei bleibt selbstverständen eine billige Entschädigung für die in ihren Einkünften allzusehr verkürzten nordwestlichen Uferstaaten. — Was den überseeischen Handel der Rheinlande betrifft, so wäre auch hier an Stelle der fremden Thätigkeit, in soll und muß gesagt zu sagen, zunächst also die Handelsmärkte von den holländischen und belgischen Häfen nach den Rheinplätzen selbst zu verlegen. In dem Ende brauchte man nur festzusetzen, daß außereuropäische Waaren direkt auf rheinischen Seeschiffen oder direkt über Antwerpen nach Köln gehen müßten, erst zu sagen, transito über Belgien und Holland mit gewissen, sonst nur den deutschen Schiffen zuzusichernden Begünstigungen eingeführt werden können. Holland wie Belgien wurden wohl zu einem Uebereinkommen zu bewegen sein, in welchem sie den einen oder andern Theil ihrer Zölle zu Gunsten der Rheinplätze stellten, während die Hansestädte und andere Plätze mit ihren Schiffen, ihren zahlosen Commanditen in allen Erdtheilen und ihrer genauen Kunde der Verhältnisse den Rheinländern zu Hilfe kamen. Vielleicht würden Holland und Belgien als vermittelndes Seegebiet Deutschland nach dem Westen es bald in ihrem Interesse finden, sich unter solchen Umständen in die völlige maritime Gemeinschaft zu begeben, wodurch alle dortigen Verhältnisse sich verreinfachten. Schon am 23. April 1844 hat der ausgezeichnete Staatsmann und damalige Minister, Graf Dubois, dasselbe im belgischen Repräsentantenhause klar ausgesprochen. „Nach den Verträgen Hannovers und der Hansestadte," sagte er, „wird der größte Theil des Zollvereines Seehäfen besitzen; dann erst wird er im Stande sein, die 200 Millionen, die er jährlich einführt, gegen die Erzeugnisse seiner eigenen Industrie einzutauschen. Deutschland ist Hauptmarkt für die Produkte der niederländischen Colonien, und man kann noch erleben, daß Niederland (und dann auch Belgien) selbst sich dem Zollvereine anschließt." — Endlich muß noch darauf hingewiesen werden, daß bei der jetzigen Ausdehnung und Verweiterung des direkten Verkehrsbandels mit den überseeischen Ländern nicht bloß ein maritimes, commercielles und industrielles Moment, sondern auch ein sehr wichtiges finanzielles in Betracht kommt indem es gerade die überseeischen Artikel sind, deren Verbrauch der Zollverein die größten Summen entnimmt. Dieser finanzielle Gesichtspunkt bei Förderung des direkten überseeischen Verkehrs, welche nur durch eine gemeinsame wirksame Handelspolitik dauernd im großen Maßstabe möglich ist, sollte bei den Nordseestaaten gegen jedes Bedenken den Ausschlag geben. Ueberhaupt scheint nichts gewisser, als daß im Großen und Ganzen kein Gebiet so viele u. so mächtige Vortheile durch die Zolleinigung erlangen wird, als gerade die Nordseestaaten, weil sie dann erst den vollsten Spielraum haben, alle Vortheile ihrer Lage zum offenen Centrum unseres Weltverkehrs, wie zum offenen Weltmeere geltend zu machen. Bei Beurtheilung einer so großen Frage dürfen nicht kleine Rücksichten und Nebendinge entscheiden, sondern die Totalität der Finanz-, Gewerbs-, Handels- und Seeinteressen. Man darf nicht auf den Blick verlieren, daß einerseits nur noch verzinnes Handwin ferzog sichert, daß anderseits die Eröffnung großer überseeischer Märkte zeitzuge eine Grundbedingung des Wohlstandes und der ökonomischen Entfaltung der Nationen aller Zonen ist, und daß ein Lon eine active Theilnahme am Weltverkehr, wenigstens die zum vollen Bedarfe seiner Colonialprodukte des Hauptbedarfs zu seinen Gebieten entbehrt. Was werden die deutschen Staaten einzeln in Verhergenlagegenheiten und auf der Weltbühne gelten? Beim Mangel einer einheitlichen Handelspolitik zum Behufe der gemeinsamen Zurückweisung von Verdrückungen durch fremde Staaten und zur endlichen Herstellung eines gleichberechtigten internationalen Verkehrs, werden Handel und Industrie nimmer jene Sicherheit gewinnen, die für sie und für den Einsatz großer Capitale ein Lebensbedürfniß ist, werden sie sich fortwährend allen allen Mühen nimmer aus engen Schranken hinaus können, nimmer eine Stellung erlangen, die uns endlich von der Abhängigkeit befreit, in der wir bisher uns bewegen mußten. Oder waren den norddeutschen Küstenstaaten eine achtungsvolle Behandlung, Flagge und Waaren, die erleichterte Abschleppung günstiger Handels- und Schifffahrtverträge, die Sicherheit ihres Handels, deren Mangel sie noch jüngst so bitter haben fühlen müssen, Vortheile ohne Werth? Und wenn sie Beweisen trugen, die eigenthümlichen Vorzüge ihrer Lage und ihrer Küsten vollkommen gegen die Vortheile aufzugeben, welche der Anschluß an den Zollverein ihnen ohne Zweifel zum Entgelt gebracht haben würde, können sie es jetzt noch, wo der Anschluß an ein Gebiet von 70 Mill. Bewohnern in Frage steht, an ein Gebiet, durch welches sie den europäischen Continent erreichen, so mit der Zeit des ganzen Weltverkehrs ziehen? Ihre günstigen Handelsbeziehungen zum Norden und Westen, namentlich zu England und Amerika, bleiben dabei nicht nur ganz ungeschmälert, sondern sie werden sich auch durch das Gewicht und die Anziehungskraft des ungeheuren Marktes, den sie hinter sich haben, noch unberechenbar vermehren. Nur ein solches umfassendes, im Inneren offenes Marktgebiet zwischen vier Meeren kann auch allein bieten, was man an der Seeküste erstrebt — Handelsfreiheit — und kein deutscher Seehafen wird seiner Anziehungskraft verlieren. Die Handelsfreiheit tritt in seinen solchen Seeplatzlosen Gebiete mit allen ihren günstigen Wirkungen ein, die Größe der mitbewerbenden inneren Kräfte und die zollfreie Einfuhr der Rohstoffe machen jedes Monopol, jede künstliche Erhebung der Preise zur Unmöglichkeit. Der Zollschutz nach außen wird allmälig ein blos nomineller, indem die Nationalindustrie bemselben rasch entwachsen und alsdann die reine Steuernatur der Zölle dem Wunsche der Seestaaten gemäß eintreten wird.

(Schluß folgt.)

Leipzig. Der Freimüthigen Sachsen-Zeitung werden von Ihrer Namen der Professoren mitgetheilt, welche für die Vornahme der Wahl eines Abgeordneten der Leipziger Universität zum nächsten Landtage gestimmt haben. Es sind die HH. Hr. Balau, Clarus, Jörg, Schwägrichen, Schilling, Großmann, Günther, Kuhn, Winer, Westermann, Marezall, Hänel, Tuch, Rödiger, Poppig und Klotz.

Berlin, 2. Juli. Gestern in einer Konferenz (von 7 bis 12 Uhr Abends) im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, — welcher beiwohnten der Minister Freiherr v. Schleinig, der englische Gesandte, Graf Westmorland, der übrigens alles vorangegangenen Verhandlungen als der Bevollmächtigte der vermittelnden Mächte beigewohnt hat, der dieselbige Kommissarius, Herr v. Ilsetow, und die dänischen Bevollmächtigten, die Herren v. Hedtsis, v. Rhedy und v. Dinade — wurde das Instrument abgefaßt und unterschrieben, welches den Frieden zwischen Preußen (Namens des deutschen Bundes) und Dänemark herstellt. — Se. Majestät der König von Sachsen sind mit dem Zug um ½ Uhr aus Dresden hier eingetroffen und logirte nach Schloß Sanssouci in seiner Wohnung. Zur Begleitung St. Maj. befindet sich nur 1 Offizier. (M. P. Z.)

Berlin, 2. Juli. In der wichtigen hier stattgehabten Berathung in Betreff der deutschen Angelegenheit ward beschlossen, die Union entschieden aufrecht zu erhalten, und in der innern Fortbildung derselben vorangeschritten. Dieser Beschluß dürfte Preußen zur entschiedensten Haltung, Oesterreich gegenüber, führen, da an ein Eingehen auf die österreichischen Ansprüche nicht zu denken ist. In Bezug auf die Union wird die Ausforderung an die sämmtlichen verbündeten Regierungen ergehen, sich offen und klar darüber auszusprechen, ob sie sich thatkräftig an der Fortbildung der Union betheiligen wollen. Die Aufforderung wird der Art sein, daß kein Weg zu Ausflüchten und halben Erklärungen offen gelassen wird. Die zweifelhaften Regierungen werden sich mithin einer entschiedenen Erklärung nicht entziehen können, da es sich gegenwärtig nicht um Worte, sondern um eifrigst Handeln zur praktischen Verwirklichung der Union handelt. Für die einstweilige Verlängerung des Provisoriums entschied sich die Mehrheit in der bekanntgewordenen Sitzung aus dem Grunde, weil man zuvor gern zu sehen pflegt, ob die Union definitiven Abschluß bei der Union zu Grunde liegende nationale Idee nicht abschwächen wollte. Wie gewichtig die Stimmen waren, welche sich für die sofortige Einführung des Definitivums aussprachen, so blieben sie doch in der Minderheit.

(F. D.-P.-Z.)

England.

London, 28. Juni. Das „Journal des Débats" sagt über die fünfstündige Rede des Lord Palmerston im Unterhause: „Wir haben nicht die Absicht, auf der langen Rechtfertigung, welche Lord Palmerston für seine Dazwischenkunft machte, von Neuem Subjekte hervorzuheben und zu besprechen, mit welchen das Publikum seiner Zeit genugsam ermüdet worden ist. Die HD. Hinlay, Puscito und Konsorten haben eine Notorität nach ihren Verdiensten erlangt. Lord Palmerston verschmähte es deshalb, sich durch Einlassen mit dem Müller von Sanssouci interessant zu machen, und wir möchten wissen, wie der alte Fritz den demokratischen Müller empfangen haben würde, wenn ihm dieser mit einer kleinen Apotheekerrechnung nach Art des Hrn. Pariset getommen wäre! Gehen wir übrigens über diese Dinge weg zu Lingen von größerer Tragweite, so müssen wir anerkennen, daß Lord Palmerston offen den eigentlichen Sinn seiner Politik gegen Griechenland dargelegt hat, und aus allen Ausführungen, die er gegeben hat, geht klar hervor, daß er eine Oppositionspolitik gegen den König und die griechische Regierung habe machen wollen und gemacht hat. Es ist dies das von ihm gegen beinahe alle europäischen Staaten beobachtete System, so handelte er zu Madrid, zu Lissabon, zu Neapel und, wir konnten hinzufügen, zu Paris . . . Der Umgebung des Königs Otto ist es vorzüglich Lord Palmerston gegen Griechenland ist der, daß König Otto nicht genug auf englische Weise regiert. Lord Palmerston nahm Partei für das griechische Volk gegen den Hof, und drdhalb schickte er eine furchtbare Flotte an den Pyraus zu bloßren, sieß die griechischen Schiffe wegnehmen und den griechischen Handel ruiniren, was allerdings eine sehr wirksame Weise ist, ein Volk zu schützen und den Hof zu strafen. Lord Palmerston will seinen in etwas melodramatischer Weise an Lord Russel gerichteten Worten nach weder russischer, noch österreichischer, noch französischer, sondern englischer Minister sein. Das mag allerdrdings sehr patriotisch klingen, allein wir fragen nur, ob dies die beste Art ist, den allgemeinen Frieden aufrecht zu erhalten, wie Hr. Rodeaz, vorgibt. Lord Palmerston glaubte Sir

James Graham zu verhaften, als er ihm sagte: „Sir, der Sie mich anklagen, waren zu einer andern Zeiten mein Amtsgenosse, und haben dergetragen mit mir das Königreich Belgien zu gründen und den Vertrag der Quadrupel-Allianz abzuschließen.“ Wir glauben, Sie James Graham wird nicht im Geringsten überrascht gewesen sein über die Komplizität, an welche ihn sein früherer Amtsgenosse erinnerte. Er hat sie nicht im Mindesten zu vertheidigen, daß er zu zwei Verschwörungen mitwirkte, welche gutheißt sind, Belgien und seine Nationalität wie seine Freiheit auf einmal zu begründen, Spanien wurde in dem konstitutionellen Systeme des Dezidents wieder befestigt. Wenn diese beiden großen Resultate erzielt worden sind, so geschah es ohne Zweifel deßhalb, weil Lord Palmerston hier noch die Karte allein im Spiele hatte, denn wo er allein handelnd auftreten wollte, hat er nur Unordnung und Verwirrung hervorgebracht. Die Agitationen, Revolten, Revolutionen, Bürgerkriege, ermuthigt und unterhalten in Italien, Deutschland und an andern Orten kann Lord Palmerston für seinen Theil ganz allein behalten, ohne zu fürchten, daß ihm hievon etwas hinwegdisputirt werde. Niemand wird hier eine Mitunterbrechsucht in Anspruch nehmen.

London, 30. Juni. Gestern Abend mit Sir Robert Peel wie gewöhnlich aus, sein Pferd wurde scheu, bäumte sich auf und warf ihn ab; er blieb bewußtlos liegen. Unfälligerweise befand sich der Arzt der Königin in der Nähe und leistete ihm die erste Hilfe. Nach dem ausgezogenen Bulletin ist er an einer Shutter stark verletzt und hat ein Hautabschürfen gehoben; indessen glaubt man nicht, daß sein Zustand bedenkliche Folgen haben werde.

Frankreich.

C Paris, 1. Juli. An allen Pariser Straßenecken prangt auf rosenfarbigem Papier die Ankündigung eines neuen rothen Journals: Le Proscrit, welches in monatlichen Heften erscheinen und von Lehru-Rollin, Lavedan, Delescluze, Peryzan, Dupont, Martin Bernard, Ribeyrolles, Mazzini und Mieroslaw zeichnet werden soll. Louis Blanc fehlt unter den Redakteurs. — Gegen das neue Preßgesetz sind bis jetzt folgende Redner eingeschrieben: Victor Hugo, Madier de Montjau, Savoye, Pelletier, Boysset, Labrousse, Dain, E. Arago, Th. Bac, Laurent (Arrèche), Detours. — Hr. v. Persigny soll von dieser Rednerliste in Berlin sich gestissert haben: „Ich habe zept Exemplare bereits, es ist durch und durch kaiserlich gesinnt.“

Schweiz.

Vom Genfer See, 28. Juni. Mazzini, der römische Triumvir, den der Pariser National illustrirt, d. h. Illustres nennt, ist nach einer furzen Rundreise durch seine Gebiete wieder an unsern Ufern angekommen, um bei den Französischen Verbindungen die er rechts und links hat, ist es ihm leicht seinen Zwickmühlenwandel aus einem Kanton in den andern da wieder anzufangen, wo er ihn vor einigen Wochen gelassen hat. Er hatte die Schweiz mit einem ganz regelmäßigen Pack unter fremdem Namen verlassen, reiste den Rhein hinauf durch Belgien nach London. Da blieb er nicht lange, aus Furcht vor einer etwas unfreien Gastfreundschaft nach New-York oder Kickwald. Es ist sehr wahrscheinlich, daß er bei seinem Aufenthalte in Belgien, um vielleicht selbst bei seiner Reise dahin, den Zweck hatte, der demokratischen Versammlung beizuwohnen, die vor ungefähr vierzehn Tagen in Belgien, nahe bei der französischen Grenze gehalten worden ist, und an der unter andern auch einige rothe Mitglieder der französischen Nationalversammlung theilgenommen haben. Mag nun Mazzini trot gewesen sein oder nicht, immer war dieser Congreß dadurch merkwürdig, daß er die gänzliche Desorganisation und Entmuthigung der äußersten Partei darthat.

(A. Z.)

Italien.

Bolonzna, 20. Juni. Von hier enthält ein Schreiben der Pariser Presse Folgendes: „Die Lage Italiens oder wenigstens einiger italienischen Staaten verschlechtert sich täglich mehr. Die demagogischen Ideen Mazzini's schlagen überall Wurzel. Die fruchtbarsten Elemente der Unordnung sind gegenwärtig in Genua angehäuft. Revolutionäre Ausschüsse sind in Turin, in den großen Städten der Lombardei und im Kirchenstaate thätig. In weniger als Monatsfrist sind mehrere tausend Exemplare der irreligiosesten und revolutionärsten Schriften in Umlauf gesetzt worden. Der Centralrevolutionsausschuß hat seinen Sitz in der kleinen Republik San Marino aufgeschlagen. In großer Zahl sind dort die demagogischen Häupter aus den papstlichen und andern Staaten versammelt. Die papstliche Regierung hat ihre Ansmerksamkeit verdoppelt, aber die Republik wird die Antwort schuldig. Herauf haben die Oesterreicher, die bis jetzt noch das Gebiet der Republik respectiren, die Ausweisung der Flüchtlinge verlangt. Die Lossuln von San Marino haben erwidert, daß die überwiegene Mehrzahl der Flüchtlinge das Gastrecht der Republik gemieße, und daß man sie nicht ausweisen, sondern höchstens nur ermahnen könne, ruhig zu bleiben. So stehen die Dinge jetzt.“

Turin. Die neu zu organisirende papstliche Armee wird nicht nur aus 8000 Mann bestehen, sondern viel stärker werden. Die Compagnien bestehen aus 140 bis 150 Mann, die Bataillone aus 1200, die Regimenter aus 3600. Die Infanterie wird allein 12,000 Mann zählen, die Gendarmerie 4500 bis 5000, die Cavallerie 600, die Artillerie 1200 bis 1400, im Ganzen also 18 bis 20,000. Die Offiziere sollen meist Schweizer oder Franzosen sein.

Neuestes.

* Wiezbaden, 5. Juli. Gestern Abend kam Se. Durchl. Hr. Generallieutenant Fürst v. Thurn und Taxis wieder hier an.

München, 3. Juli. Die Kammer der Abgeordneten in ihrer Vormittagssitzung das Ausschußprotokoll für den ganzen Militäretat mit 9,795,819 fl.; somit sind die Anträge von Rotz und Langguth gefallen. Der Antrag Cramer's auf Abschaffung der Harschiere wurde mit 73 gegen 63 Stimmen angenommen.

Frankfurt, 1. Juli. Der Ministerwechsel in Darmstadt hat die weitere Folge gehabt, daß nun auch in Kassel die Reaktionspartei eine entschiedenere Handelnsweise in der deutschen Frage tobhafter empfunden und v. Hassenpflug vermittelndes Auftreten erkannt wurde. Es haben hierüber Erörterungen zwischen dem Kurfürsten und seinem Minister stattgefunden, die, wie man und heute versichert, mit der Entlassung v. Hassenpflugs endigten. Ueber die Person seines Nachfolgers scheint jedoch bis jetzt noch kein Beschluß festzustehen, da die Zahl der deutschgesinnten Staatsmänner in Kurhessen leider keine allzugroße ist.

(M. Z.)

Frankfurt, 3. Juli. Der bekannte Admiral Tom-Pouce, vielleicht der kleinste der jetzt lebenden Menschen, denn er mißt nur 26½ Zoll, wird am 7. Juli seine Darstellungen auf der hiesigen Bühne eröffnen. — Der berühmte Diamant Nassak, nur (d. h. Berg des Glücks) aus dem Staatsschatze von Lahor — vielleicht der werthvollste Edelstein in der Welt (im Gewicht von 279 Karat, und im Werth von 2,000,000 Pfd. St.) — ist jetzt in London eingetroffen, nachdem die Königin Victoria die Annahme dieser Kleinigkeit nun doch mit ihrem Gewissen vereinbar gefunden hat.

Frankfurt, 4. Juni. Drei Räthe des früheren Reichsministeriums, die HH. v. Billers, Schmerling und Mettenius sind heute von der Central-Bundescommission aus ihren bisherigen Stellen gänzlich entlassen worden. Mit Ausnahme mehrerer Offiziere des Militärdepartements, sind nur noch drei von den ehemaligen Collegialmitgliedern der Reichsministerien (die HH. Jordan, Marckard und Dechetsbauer), nebst etwa 20 Secretariats- und Kanzleibeamten bei der Interims-Commission beschäftigt.

(Dtsch. Ztg.)

Frankfurt, 4. Juli. Gestern traf J. M. die Königin von Württemberg unter dem Namen einer Gräfin von Teck hier ein und nahm ihr Absteigquartier im römischen Kaiser. Se. f. Hoheit der Marschall Maximilian von Thurn und Taxis, mit der Familie und Se. Hoheit der Prinz Leopold von Sachsen-Koburg sind ebenfalls hier angekommen und im engl. Hofe abgestiegen.

Stuttgart, 3. Juli. Endlich ist die langersehnte Auflösung der Landes-Versammlung erfolgt. Auf dem Rathhause 10 Uhr war sie. Am 27. Sitzung der Landesversammlung angesagt, der Präsident verliest ein Schreiben des Herrn Staatsrathe v. Linden, in welchem dem Präsidium der Landes-Versammlung die Mittheilung gemacht wird, daß Se. Majestät der König ein neues Ministerium gebildet hat, welches in der heutigen Sitzung eine K. Verordnung zu eröffnen wünsche. Hierauf folgt die Verlesung eines Reskripts, enthaltend die Sanction der Steuerbewilligung bis 1. September, dann treten die neuen Minister, Fr. v. Linden, v. Pfeffen, Knapp und General Miller in den Saal. Letzterer v. Linden als Dep.-Chef des Innern verliest von der Tribune herunter mit großem Nachdruck das K. Auflösungsdekret. Nur Wahl des Ausschusses ist der Versammlung noch eine Sitzung gestattet. „Neue Wahlen werden nach dem Wahlgesetze vom 1. Juli 1849 angeordnet werden. Die Sitzung war um halb 10 Uhr auf zwei Stunden ausgesetzt, nach deren Ablauf die Wahl des Ausschusses wird vorgenommen werden. — Um 11 Uhr wird die Sitzung zum Zwecke der Wahl des Ausschusses wird vorgenommen werden. — Um 11 Uhr wird die Sitzung zum Zwecke der Wahl des Ausschusses wieder angenommen. Gewählt wurden: Rödinger, Schnitzer, Fetzer, Stockmayer, M. Mohl.

(Z. B.)

Schwerin, 1. Juli. Die Mecklenb. Zeitung bringt heute das großherzogl. Auflösungsdekret der vertagten Abgeordnetenkammer. Die Wahlen für die neuen Landesstände Kammer werden auf den 26. August anberaumt.

Berlin, 2. Juli. In sonst gut unterrichteten Kreisen glaubt man nicht an einen baldigen Zusammentritt des Reichstages in Erfurt.

(St. Anz.)

Konstantinopel, 19. Juni. Se. Maj. der König von Griechenland hat dem Großvezir Reschid Pascha, dem Minister des Aeußern, Aali Pascha, und dem Muschir des Großweseirs Fuad Efendi, das Großkreuz des Erlöserordens, und zwar dem zuerst genannten Großwürdenträger in Brillanten verliehen.

(Ce. K.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Kober.

Frankfurter Course.

Den 4. Juli 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1126	1131
„ 5% Metallique	79½	79⅝
„ 4½ „	61½	62
„ 4% „	56⅛	56½
„ 2½% „	43½	43¾
„ 4½% Verbrenn	76½	76⅝
„ 4% „	66⅝	—
„ f. 250 Loose	93⅝	94
„ f. 500 „	146¼	146¾
Preußen 3½% St. Schuld Scheine	86¼	87¼
„ Thl. 50 Prämien Scheine	103	—
Bayern 3½% Obligationen	83	83½
„ 4% „	88½	89
„ 5% „	100⅝	101⅛
Württemberg 3½% „	84	84½
„ 4% „	97½	97¾
Baden 3½% „	81¼	81⅝
„ f. 35 Loose	31¾	32
„ „ 50 „	53½	54
Nassau f. 25 „	24⅞	25⅛
Hessen Darmst. f. 50 Loose	74⅛	74½
„ „ 25 „	27⅜	27⅝
Polen f. 300 „	132	—
Sardinien fres. 36	32¾	33¼

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlig für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 535.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 161. Würzburg, Samstag den 6. Juli. **1850.**

Führt das allgemeine Stimmrecht zum Communismus?

Wir befinden uns, wie das „deutsche Volksblatt“ schreibt durch eine freundliche Mittheilung in der Lage, einen Beitrag zur Frage zu liefern. Von Hamburg[1] aus[2] wurde zur Zeit ein „Maueranschlagsmuster“, an die „Arbeiter“ gerichtet, verbreitet, welches die Grundsätze des Communismus nackt und ungeschenet predigt und von ihrer Verwirklichung allein die Linderung und Hebung des Elendes der Arbeiter in bekannter betrügischer Blendweise erwartet. Dieser Aufruf betrachtet die vermeintliche Staatsform als namentlich das allgemeine Stimmrecht als die nothwendige Uebergangsstufe zum Eldorado des socialistischen Staates, in welchem das Privateigenthum aufhören, alle Arbeiter und alle Genießende sein werden. Wir fassen den Aufruf selber reden. Er beschreibt die Gefahrleiten der „klassischen Gemeinschaft“ (verfaßt und den Betrügereien ihres Stifters Cabet), nachdem er die Leiden der Arbeiter geschildert, also: „In der klassischen Gemeinschaft, Brüder, sind alle Bürger die Besitzer des allgemeinen, gesellschaftlichen, nationalen und nicht zu theilenden Eigenthums; also ist Niemand unmöglich. Alle Bürger sind Associirte, brüderlich auf gleichem Fuß sich behandelnd, alle arbeitend, je nach Fähigkeiten. Alle Geschäfte gelten darin als öffentliche Aemter, und alle Aemter gelten als Geschäfte. In derselben habt Ihr eine gerechte Vertheilung der Produkte, wie zwischen Associirten. Keine Arbeitsknechtschaft, keine Concurrenz, sondern Arbeitsorganisation, feste, vernünftige Arbeitsregeln, nach Erfahrung, Klugheit, öffentlicher Meinung und Aufsicht der Mehrheit der Arbeiter selber. Die ganze Actekrab- und Industriearbeit wird in derselben nach großen Werkstätten ausgeübt; Niemand bleibt müßig, Niemand ist übermäßig beschäftigt. Die Werkstätten sind wechselnd, gesund, schön; die Maschinen nehmen viele, so die meiste Mühe dem Arbeiter ab. Jeder, so viel als möglich, erwählt selbst sich nach Geschmack und Lust eine Profession. Alle Associirführer sind wählbar und absetzbar; alle Einwohner sind wählbar und wählend. Keine Arbeitsoder Handwerksbücher; kein knechtischer Soldatendienst; keine Steuer (Arbeit ist die einzige Abgabe); Jeder gut behaust, bekleidet, genährt, unterrichtet, in Gesundheit erhalten durch die unablässige Sorgfalt der Regierung, d. h. der gesammten Nation; Jeder in der Möglichkeit versetzt, ein Weib zu nehmen, und ungetheilt Familienfreude zu genießen. Keine Vorrechte, keine Ungleichheiten. Reine, ganz reine Demokratie; Gleichheit nach Vernunft und Billigkeit, d. h. in Verhältniß und Proportion, stets nach den leiblich-geistigen Kräften für die Arbeit, und nach den Bedürfnissen für die Vertheilung. So erst sind Alle gleichmäßig beglückt. In der Gemeinschaft gibt es nichts als Arbeitende, die sich in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse erziehen, und auf diesem Pfade allein wird die Menschheit in Ordnung kommen.“ Dann fährt er fort: „Arbeiter! zaudert nicht, macht Euch bekannt mit Cabets „Communistischen Glaubensbekenntniß“, insbesondere mit seiner „Reise in Ikarien“, die über Politik, Staatshaushalt, Sitten, Gesetze, Ehe, Philosophie und Moral handelt und viele, lange, ausgedehnte und tiefe Studien erfordert haben. Dessen erster Theil zeigt: Eine große Nation im Zustande der Gütergemeinschaft beschrieben und dargestellt in ihrer Thätigkeit in allen verschiedenen Lagen; der zweite Theil zeigt, wie aus dem jetzigen Zustande einer Nation, so groß wie die deutsche, eine Gemeinschaft hervorgeht, die erste Einrichtung, die materielle Vorbereitung; und verkündet ein „Uebergangssystem“ als möglich, als nahe bevorstehend. Dieser wahre Communismus allein vereint sich mit den Ansichten einer liberalen Bürgerschaft. Das einzige Mittel für das Glück des Volkes ist die Demokratie, aber sie selber kann nur eine „Uebergangs-Staatsform“ sein, von dem aus man zur „definitiven Gütergemeinschaft“ gelangen muß. Preußen muß Ihr, Brüder, bis diese Uebergangs-Staatsform“ und damit das Prinzip der Gemeinschaft von den Regierungen, den Kammern, den Wahlherren, der gesammten deutschen Nation, die heute hierüber nicht aufgeklärt sind, angenommen worden ist, um zur definitiven Gütergemeinschaft zu gelangen.“ Noch deutlicher drückt er sich aus, wenn er sagt: „Wir wollen keine Unsicherheit, keine Umwälzung, aber wir wollen den Wählern und Kammern und den Ministern die Augen geöffnet wissen, auf daß sie endlich und überall dem Volke sein allgemeines Stimmrecht — versteht mich wohl — sein undurchgeregtes Stimmrecht, welches bekanntlich von keinem Gesetze verboten ist, gewähren.“

Deutsche Angelegenheiten.

C Paris, 2. Juli. Für Deutschland gibt es nur eine einzige Frage. Es handelt sich nicht um den Sieg Oesterreichs oder Preußens, nicht um einen Theil der Abgeordnetenschaften, nicht um den Verhältniß der Regierungen zur Volksvertretung. Dieß Alles ist nur eitel Mittel. Die Lebensfrage liegt darin, wer weit sich Deutschland dem „Russenreiche“ unterordnen werde. Möge Deutschland uns verzeihen, wenn wir ihm sagen: Die Bevorzugungen der zwei letzten Jahre haben Rußland einen Maßstab gegeben, wie weit es sich ein Recht über dasselbe anmaßen dürfe. Deutlich zeigte es sich, wie die überheimischen Verwickelungen nicht selbst zu ihrer Lösung führen können, wie Europa dieses monotonen unfruchtbaren Intriguenspiels überdrüssig ist, und wie die Mittler vor nothwendig sein Schutzherrschaft hat principlich so festen Fuß gefaßt, daß die Antwortsamkeit Europa's abermals in Anspruch genommen werde. Gegenwärtig gibt es nur eine schlagende Thatsache in Deutschland: „Die repressive Anstrebung der russischen Suprematie von der Wechsel die zum Rhein.“ Diese Thatsache findet die Kosaken- u. Bajchkirenbrüsen sachertich, gesteht aber unumwunden, daß es im russischen Czaren nicht, wie andere naive Publicisten, den rettenden Ritter der Ordnung und Civilisation erblicken könne, denn diesem Fantasiegebilde widerspreche die Petersburger Praxis. Es glaube aber, das russische Herrschersthum habe bis jetzt in einer Weise für seine Zukunft gesorgt, die seinen Nachbarn nichts weniger als erspreißlich war. „Die Geschicke der deutschen Parlamente, von Nationalversammlung zu Nationalversammlung, von Frankfurt bis Stuttgart, von Stuttgart bis Erfurt sind mehr und mehr der gewaltigen Faust in der moskowitischen Kanzlei verfallen. Diese war einst der Anfang vom Ende für die polnischen Freiheiten. Möchten wir nie ein solches Beispiel so nahe an unsern Grenzen haben.“ — So viel stehe fest, daß die Pentarchie von 1815 mehr und mehr in Verfall gerathe. Was Oesterreich, Frankreich und Preußen 1848 verloren haben, sei England und Rußland zu Gute gekommen. Eine Regierung, die ganz von Rußland und von jener Art, wie die russischen Truppen Oesterreich erwiesen, selbe den Vorspiegelungen mit schwer zu lösenden Banden. Doch habe es noch eine gefährlichere Knechtschaft, die der geheimen Intrigue. Die Belagerung, welche diese letzte gegen Preußen eröffnet, habe über reifende Fortschritte gemacht. Lie ungeführte Souveränität in Deutschland und der schleswig-holsteinische Krieg seien die beiden Stellen, an denen Rußland sich halte, um anwachsend gegen ganz Deutschland zu manövriren. Der Kaiser von Rußland besitze unter den Linden stets bereite Gemächer, sein Gesandter vort, ein sehr gewandter Diplomat, sei aus sein Quartiermacher. „Die hohen Orts herrschende bewegliche Laune und leicht erregte Fantasie, die Verstocktheit des Bauernadels, der kunstliche Fanatismus der Muckerpartei am Throne haben seine Gebieterwitte vor Hrn. v. Meyendorff. Er sei beim Könige von Preußen durch die Männer sehr entschieden vertreten, welche als Organ ihrer absolutistischen Utopien jene frömmelnde, heftige und bizarre Zeitung begründet haben, die man „Neue Preußische Zeitung“ nennt. — Sein einziger bedeutender Gegner sei Radowitz. Dieser Staatsschwieger Verhältnisse habe, der unter Hieronymus Napoleon mit Auszeichnung gedient und wegen seines ritterlichen Benehmens gegen die von ihrem Manne beleidigte Kurfürstin von Hessen nach Berlin zu gehen genöthigt ward, dieser Schongeist in der Politik sei der einzige Verbündete des russischen Einflusses auf den Berliner Hof. Und so stehe noch den letzten Ereignissen Deutschland am Vorabende des Tages, wo es seinen Protector finden werde.

Landtagsverhandlungen.

München, 4. Juli. (CXIV. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertische: v. Zwehl, v. d. Pfordten und mehrere Ministerialräthe. Der 1. Präs. eröffnet um 8¼ Uhr die Sitzung. Nach Verlesung des letzten Sitzungsprotokolls geht derselbe sogleich zur Berathung des Gesetzesentwurfs über die Unterstützung und Verpflegung dürftiger und erkrankter Personen über. In der hierüber eröffneten allgemeinen Debatte sprechen sich tr Schretar Nar für den Regierungsc. Fordran für den Ausschußantrag aus. Die spezielle Debatte war von sehr unwesentlicher Bedeutung, daß es hinreichen möchte, die Bestimmte dieses sehr wichtigen Gesetzes mitzutheilen: Art. 1. Die Heimath gewährt in der Gemeinde den Anspruch auf jede benöthigte Hilfe, nach Maßgabe des Gesetzes über die Heimath

vom 11. Nov. 1825 und der Verordnung über das Armenwesen vom 17. Nov. 1816. Art. 2. Diese Hilfe ist jedoch in allen Fällen angenblicklichen Beurtheilung, insbesondere bei vorübergehender Erkrankung und Arbeitsunfähigkeit, von der Gemeinde des Aufenthaltsorts auch den nicht sesshaftberechtigten Personen zu gewähren. Unter welchen Voraussetzungen die Heimathgemeinde den für diese Hilfe erwachsenen nothwendigen Aufwand zu ersetzen verbunden sei, bestimmen die nachfolgenden Artikel. Art. 3 für die Unterstützung, welche den Dienstboten, Gesellen, Fabrik-Arbeitern und Gewerbsgehilfen in der Eigenschaft ihrer Heimathgemeinde in Arbeit stehen, an dem Orte ihres Aufenthalts geleistet wird, kann ein Rückersatz von der Heimathgemeinde nicht gefordert werden. Art. 4. Tagegen ist jede Gemeinde berechtigt, von allen in Art. 3 bezeichneten Personen unter Haftung ihrer Dienstherren einen angemessenen Unterstützungs- und Krankenverpflegungsbeitrag bis zum Maximum von wöchentl. 3 fr. zu erheben. Art. 5. Für die Hilfe, welche an andere, als im Art. 3 begriffene, im Aufenthaltsort nicht heimathberechtigte Personen geleistet geleistet wird, ist die Heimathgemeinde zum Ersatze nur dann verpflichtet, wenn diese Personen zum Armenfond des Aufenthaltsorts keine Pflichtbeiträge entrichten. Art. 6. Wenn wegen verweigerter Hilfe in der Gemeinde des Orts, an welchem die Hilfsbedürftigkeit eintrat, die beweisliche Unterstützung an einem andern Orte gesucht werden musste, so ist für die hierdurch erwachsenen Kosten zunächst die Gemeinde haftbar, welche die Hilfeleistung verweigert hat. Die hilfsleistende Gemeinde hat jedoch im Falle einer subsidiarischen Gerichtspflicht der Heimathgemeinde die Wahl, ob sie die primäre Ersatzpflicht der hilfsverweigernden Gemeinde in Anspruch nehmen, oder unmittelbar von der Heimathgemeinde die Entschädigung für die gehabten Auslagen erholen will. Art. 7. Die Ansprüche an die Staats-, Kreis-, Bezirks- und Lokalfonde, dann an dritte wegen Haftung aus privatrechtlichem Titel, so wie an den Unterstützten, bleiben den Gemeinden des Aufenthalts in gleicher Weise wie den Heimathgemeinden vorbehalten. Die Gemeinde des Aufenthaltsorts ist jedoch, wenn die Heimathgemeinde nicht nach Art. 3 und 5 von jener Ersatzpflicht befreit ist, berechtigt, sich ohne Berücksichtigung dieser Ansprüche mit ihrer Ersatzforderung an die Heimathgemeinden zu halten, für welchen Fall die Heimathgemeinde unter Vorbehalt der nemlichen Ansprüche zuerst Ersatz zu leisten hat. Art. 8. Die Entscheidung über Streitigkeiten oder Weigerungen in Hinsicht auf zu leistende Hilfe, vorr rücksichtlich der hierdurch erwachsenen Kosten, kommt in 1r Instanz der Kreisregierung, K. d. J., desjenigen Kreises zu, in welchem die Hilfe geleistet worde oder angefordert wird. Für die Berufung gegen den Beschluss der 1. Instanz zur Ater gilt eine Präclusivfrist von 30 Tagen. Der Frankfurter Senat hat mit 122 gegen 4 Stimmen (Träger, Anschüer, Wiedenhofer, Feordran) angenommen, und die Sitzung um 1¼ Uhr geschlossen.

Deutschland.

München, 4. Juli. Sr. Maj. der König Ludwig ist heute früh nach Salzburg abgereist. Er wird, wie man vernimmt, bis Anfang August dort verbleiben und sich sodann nach Tyrol begeben, wohin sich auch die Königin Therese von Marienbad begibt. — Die Anzahl Pferde, welche aus dem gegenwärtigen Stand der Armee verkauft werden sollen, wurde vom königl. Kriegsministerium auf 1500 festgesetzt. Das allgemein verbreitete Gerücht, diese Redaktion sei eine Folge des Beschlusses der zweiten Kammer über das Militärbudget, bestätigt sich nicht; die Motive zu dieser Verfügung scheinen lediglich in der größern Ausdehnung der Ernte zu liegen. — Gestern Abends nach 11 Uhr kam es im Frühlingsgarten zu Exzessen, die an sich zwar von geringthaltiger Natur, doch deßhalb erwähnenswerth scheinen, weil in Folge davon sieben Personen verhaftet wurden. Ein seit mehreren Tagen hier befindlicher Münster aus Petersburg hatte im erwähnten Garten unter bengalischen Feuerkunsten eine musikalische Abendunterhaltung veranstaltet, indem er ein Musikchor à la Gungl hingerte. Eine Anzahl Gäste — junge Herren aus den sogenannten gebildeten Ständen demonstrirten bereits gegen ihn, als er Arndt's „Deutsches Vaterland“ spielen ließ; er wollten dieses lied wohl von einem Russen hören — wie sie sich ausdrückten — Später kam es ein Pochpeuvri zur Aufsührung, welches ein Motiv aus der „Marseillaise“ enthielt. Flugs tönten laute Rufe: „die Marseillaise, man soll die Marseillaise spielen.“ Vergebich waren die Vorstellungen des Dirigenten, daß er dieses Musikstück nicht zur Aufführung gebracht habe, Zischen, Pfeifen und schien auch wirklich dazu die Anstalten zu treffen, als eine Patrouille hinzukam und von den ergriffen Schreihälsen sieben in Beschlag nahm, welche auf der Polizei die Nacht hindurch Zeit hatten, über Variationen zu jenem Motiv nachzudenken. (A. Abdl.)

München, 4. Juli. Wie erhalten heute zwei telegraphische Depeschen, welche über den Gang und Charakter der preußischen und der österreichischen Politik die grellste Schlaglichter werfen. Ersteren bricht die Unterhandlungen mit Oesterreich über die russische Frage ab, während er mit Dänemark (unter was für Bedingungen?!) Frieden schließt, und Oesterreich rebucirt im selben Augenblick seine Armee um nicht weniger als 80,000 Mann. Zugleich soll auf der Donau, dem Inn und der Salzach Schiffstabotsfreiheit eingeführt werden. Auf Wien hat die preußische Wendung auf die Vorschläge Oesterreichs einzugehen, wird angegeben, daß „dieselben die Absicht einer abermaligen Verlängerung der deutschen Wirren ohne jede positive Lösung allzuoffen darlegen.“ Man sieht, was man selbst zu thun pflegt, das glaubt man auch von den Andern. Also Oesterreich soll es formlich beabsichtigen, die deutschen Wirren zu verlängern! Und die Bundesbeschlüsse auf Grundlage der Münchener Uebereinkunft sollte keine positive Lösung der deutschen Wirren darbieten. Hingegen die Sonderbundesbeschlüsse und die Nichtbeschickung der Versammlung in Frankfurt sollen die deutsche Einheit befördern. Das ist und bleibt eine Logik, die begreifen mag, wer kann. Erinnert man sich nun an die noch in frischem Gedächtniß stehenden ungeheuerlichen Rüstungen Preußens und die Warnung zunächst der ganzen Welt, sodann gelegenen Orts, so wird man begreifen, daß die österreichischen Herren um so wohlthuender. Der Forderung Oesterreichs an Preußen, die Union nur zu subsendiren, war gewiß sehr gemäßigt, und das was es dafür bot, die Anprache auf den Charakter von Frankfurter Versammlung, als bei den Bundes-Beschlüssen nur Zustimmelligkeit darin aufzugehen, waren mehr als man preußischerseits mit Recht verlangen konnte. Und doch wird Alles und Jedes abgewiesen. Wären die österreichischen Vorschläge angenommen worden, so hätte man in Frankfurt im Frieden berathen und die teutsche Sache hochgewichtig Fortschritte fordern und ordnen können, und die Union wäre dann wenn auch nicht unmöglich, doch in dem Charakter eines Bundes im Bunde, eines Sonderbundes oberstastig geworden, sie hätte denn zum Heil des Ganzen und der einzelnen Theile auf dasjenige Maß zurückgeführt werden können, das dem ganzen Deutschland nicht gefährdet und den Sonderbestrebungen kleinen norddeutschen Staaten ihre Bedeutsamkeit gewährleistet hätte. Aber eben das scheint Preußen nicht zu wollen. Es will mehr als was die kleinen Unionsstaaten verlangen, es will das, was Preußen auf Kosten des Ganzen vergrößert, und bedenket nicht, daß es dem Ganzen schadet, auch dem Einzelnen Unheil bringen und daß dieses Unheil zunächst auf seinen Urheber zurückfallen wird. Das ist eine kurzsichtige Politik. Die öffentliche Meinung von Deutschland wird darüber richten.

Die Pfälzer Zeitung berichtet aus Landau, 3. Juli über den Abschied des Turnfest. des Fürsten Taxis folgendes: Es war die ganze Garnison ausgerückt und in Parade aufgestellt. Nachdem der Fürst die Glieder passirt hatte, hielt er eine Anrede an die sammtlich hervorgetretenen Offiziere, sodann eine an die Unteroffiziere und Soldaten, die wir nur in kurzen Anzuge hier wieder geben wollen: „Unteroffiziere und Soldaten! Ich bin hier um von Euch Abschied zu nehmen; Sr. Maj. der König, unser allergnädigster Kriegsherr hat mir das Commando des zweiten Armeekorps wieder übertragen, ich bleibe aber nach wie vor unter meinen Befehlen. Ihr seid in einem festen Platz, in welchem Sr. Maj. der König für nothwendig befunden, andere, verlässigere Regimenter zu verlegen, als die waren; ich habe mich selbst von Eurem guten Geiste überzeugt, Ihr werdet fortfahren, ihn zu bewahren, mit Muth und Tapferkeit jeden Zoll breit Landes zu vertheidigen, und ihn nur mit Eurem Blute besprizt verlassen, im Falle die Ereignisse dies erfordern. Laßt Euch nicht verführen, wie viele Eurer Kameraden im J. 9. Regimentes, die sich anfangs glücklich und zufrieden mit einem guten Abschied nach Hause zu gehen, in die Zuchthäuser wandern mußten. Laßt Euch nicht verführen durch ein paar Schoppen Wein von Menschen, die es nicht gut mit Euch meinen, haltet fest an Eurem gerechten Großherzog, Euch den Tag und Nacht, in Stürmen und Gefahren als treuer Soldaten zu begegen, für Se. Maj. den König, Euren obersten Kriegsherrn wie für's Vaterland. Ich scheide im festesten Vertrauen auf Euren Muth und Anhaner. — Ein dreimaliges Hoch Sr. Maj. dem König!“ — Zum Schlusse wurde defilirt.

Frankfurt, 21. Juni. (Schluß d. Denkschrift des kaiserl. österreichischen Handelsministeriums ꝛc. ꝛc.) Ja wohl, je größer der Markt, die Massenabsatzfeld des inneren und äußeren Verkehrs, desto vortheilhafter auch der Ausfuhr, die natürliche Verschiedung aller Interessen, desto reger das Leben, die Rührigkeit; desto schwungreicher der Handel, desto größer die Macht. Mit ihrem Ausschlusse eröffnet sich den Nordseestaaten und ihrem Verkehr zugleich im Süden und Osten der weiteste, der freieste Spielraum, ein Gebiet, das über die ganze Mitte und den Hauptheil Europa's reicht, das im österreichischen Kaiserthum allein 38 Millionen Menschen auf allen volkswirthschaftlichen Bildungsstufen, vom einfachsten Ackerbau bis zum ausgebildetsten Fabrik- und Handelsleben hinauf zählt; erschließt sich ihnen zu Lande und zu Wasser, in vielen Strecken in Schienen, den Strom, Franken und weiterhin die reiche Blüthe verleiht, welchen Oesterreich auf einer Länge von 186 geographischen Meilen unmittelbar in seinen Handen hat, und der sich jetzt mit wunderbarer Kraft wieder belebt und großartiger als jemals gestaltet; erschließen sich ihnen die natürlichen Ufer des untern Donau und am schwarzen Meer, deren Waarenverkehr, deren Production, deren Einfuhr zumal Donau abwarts an deutschen und österreichischen Fabrikaten in rascher Progression von Jahr zu Jahr sich ausdehnt, erschließen sich ihnen endlich die Meere und das Mittelländische vor den Landelsverkehr der Völker sich von Neuem concurrirt und in seinen Verbindungen mit dem Osten seit Jahrhunderten verlassene Richtungen wieder einschlogt, und noch weit über diese Meere hinaus die Perspektive nach Indien und Orenien. Gewiß: Oesterreich, begünstigt durch seine geographische Lage und durch seine vielfachen Handelsverbindungen mit den Ländern des Orients, durch den natürlichen Reichthum seiner so mannigfaltig beschaffenen Gebietstheile, gebietend über 250 Meilen Seeküste voll Buchten und Inseln und eine ausgebildete, unübertroffen gefürchtete und bemannte Handelsflotte, der eine sich fortbildende Kriegsmarine Schutz verleiht; — es hat alle Mittel in Handen, dem Handel nach Osten eine unberechenbare Ausdehnung zu geben, zum wesentlichen Nutzen ihrer gesammten Ihrer. und deutschen Industrie. — Wohlan, so mögen sich alle Staa-

ten und Städte einander in dem, was Noth thut, die Hände reichen; es gilt das gemeinsame Heil, es gilt die Größe, die Wohlfahrt und den Ruhm von Oesterreich u. Deutschland. Ihr bisherriges Getrennt-sein in Zoll- und Handel ist der Stein des Anstoßes in allen Sachen nationaler Politik, ist der Hauptgrund unserer zerfahrenen Zustände. Die Gründe für die große Handelsverschmelzung sprechen nicht minder gültig und dringend im Norden wie Süden. Wer in dieser Hinsicht über die Tragweite des Gedankens selber sich noch nicht klar ist, der höre neben dem Urtheile einiger weitschauender auswärtiger Staatsmänner, die offenbar in dem Bestreben der bourgeoisch durch die weittragenden Entschlüsse Englands wesentliche Aenderungen bevorstehen, wo alle Völker nach gründlicher Verbesserung ihrer socialen und politischen Zustände streben, heute ist jeder verfaumte Tag ein unwiderbringlicher Verlust. Wir stehen vorn und können auch denen übrigen vorgeschrittenen Nationen, daß wir den Blick auf das Ganze und Große richten; wir sollen das Allgemeine nicht über dem Besondern, das Zukünftige nicht über dem Gegenwärtigen vergessen; und erinnern, wie Großbritannien seine Riesenmacht auf die bandelspolitische Einheit seiner 3 Königreich gegründet, und die vereinigten Staaten Nordamerika's ihre Union wesentlich auf dasselbe Prinzip stützen, wie Frankreich seine höhere Entfaltung von der handels-politischen Verschmelzung seiner südlich und nördlichen Provinzen herschreibt. Deßhalb muß auch der Strom des Verkehrs der norddeutschen Häfen mit dem Westen, vom Mittelmeer nach dem Best, vom Rhein nach der untern Donau oder umgekehrt sich frei ergießen, müssen die zollvereinten Staaten des mitteleuropäischen Continents nach Außen mit Einer Handelspolitik gerüstet dastehen, damit alle Verbindungen unabhängigen Wachsens und Fortschreitens dieser weiten Gebiete erfüllt, damit alle Hebel der Blüthe, der Macht und Größe für sie in Wirksamkeit gesetzt werden können. Wien, den 30. Mai 1850.

Frankfurt, 1. Juli. Obgleich sich über die zahlreichen Verhaftungen in diesiger Stadt und die gleichzeitige Schließung des berüchtigten Gasthofes zum „Donnerberg", der in der jüngsten Zeit der Schlupfwinkel aller Wühler, der Aufenthaltsort aller flüchtigen Demokraten und der Centralpunkt des „Arbeiter-Lesevereines" war, der dort sein Local hatte, nichts Genaueres mittheilen läßt, um der eingeleiteten Untersuchungsführung nicht vorzugreifen, so sind wir doch in den Stand gesetzt, Ihnen wenigstens mitzutheilen, daß im besagten Gasthofe sowohl falsche Gulden, als Thaler und Pfuigerosch von der dort aufgefundenen Falschmünzerbande gefertigt, daß die Pressen und Stempel, welche mit Beschlag belegt worden, von einer gewissen Fortgelet Berthe Kronberg rühren, daß man vieles halbfertige Geld noch vorgefunden, daß die Haupträdelsführer, die alle der ultrademokratischen Partei angehören, auf der That ergriffen und verhaftet worden und das Gasthaus verfiegelt und geschlossen ist. Unsere Rothen sind in großer Besturzung und in solcher sind die Gegner. Verhaftungen folgen auf Verhaftungen. [Wir man sieht, hat löblichst „Frankfurter Journal" nicht Alles gesagt, was es wußte!]

(Kurier. J.)

* Von der württembergischen Grenze, 3. Juli. Wieder ein Beispiel, wie weit man es bringt, wenn man seine Sachen den Advocaten anvertrauen muß! Es ist damit in der Politik nicht anders als im Privatleben. Das schwäbische Volk hatte nun einmal den Schwabenstreich gemacht, seine Interessen in die Hände einer Menge von Advocaten zu legen, und diese Leute verstehen es meisterlich, Confusenzen zu halten, wenn unter dem Gewicht ihrer Confusenzen auch um Ende das

zahlende, schwiegende und schmachtende Volk zehnmal dem Ersticken nahe kame. Die Advocaten verstehen sich auch gut auf's Redenhalten und Gutachtenschreiben, und warum sollten sie das nicht thun, — sie verdienen damit ja ein schon Stück Geld. Unter dem was man gebildeten Stand heißt, sind die Advocaten gewiß diejenigen-bei denen sich der logische oder legale Radikalismus am meisten heimisch fühlen muß. Haben doch beide das gemeinsam, daß ihnen das Reden über die Thatsachen wichtiger ist als die Thatsachen selber. „Mit Euch, Herr Doktor, zu spazieren ist ehrenvoll und wenige Personen dürfen sich dessen rühmen", das Recht kennen nicht nur am feiner selbst willen, sondern eben so sehr auch um es zum Nutzen und Frommen der leidenden Menschheit zu verwenden." Wie die Advocaten es mit dem Recht halten; so die Radikalen mit den Thatsachen. Wie das Recht stets mehr als eine Seite hat, so auch die Thatsachen. Die Radikalen pflegen von diesen nur diejenige zu beachten, die ihnen gerade in den Kram dient. Was darüber ist, ist ihnen vom Uebel. Die gewichtigste Thatsache ist den Radikalen die Doctrin. Eigentlich ist freilich eine Doctrin keine Thatsache, sondern eher das Gegentheil davon. Aber was thut's? Sie ist einmal jetzt in der Lage, darüber wenig Erklecklisches zu schreiben. Sie haben nemlich in ihrem kurzfaßlichen Leitfaden gefunden, daß der deutsche Bund nicht mehr existirt. Sie haben, weil ein Minister darüber anderer Ansicht war, denselben verklagt, obwohl sie wußten, daß sie verlorene Sache machen würden. Aber so ein Prozeß ist doch eine gar so schöne Sache, — und nun gar einer mit einem Minister! Sie haben eben so gut auch gewußt, daß sie dadurch ein neues Ministerium provociren würden, und zwar ein noch „reaktionaires" als das bisherige. Was thut's? Das ist doch auch ganz so was Herrliches — und nun gar eine, mit der man sich in ganz Deutschland ein Bischen berühmt machen kann! — Gegenüber dem ercentrischen Benehmen der Kammer ist es natürlich, daß bei Hof die Ansichten immer mehr gegen das andere Extrem sich hinneigen mußten. Man vermeinte jetzt, daß das bisherige Ministerium dem Könige in seinen letzten Transactionen mit der Landesversammlung zu wenig entschieden war, und zwar gerade in Bezug auf die deutsche Frage, wegen welcher es von der letzteren in Anklagezustand versetzt wurde. Die Folge davon war ein entschiedenerer Ministerium beim, das mit der Landesversammlung kürzeren Prozeß machen durfte, als die Langmuth des bisherigen. Wenn es also in Württemberg nachstens so weit kommt, wie kurzlich in Sachsen, worüber die Radikalen so selbstgenügsam sich gebärden, — wer traut dann die Schuld? Doch genug nicht die Landesversammlung muß sich in Ohnmacht, sogar eine auf dem Schooße ihrer eigenen Mehrheit unmöglich machte! O nein! sondern, so werden die wohlgeschulten Radikalen schreien, die Regierung, der man das Regieren auf jede Weise zu verleiden sucht! Wer aber muß vor allem den die Zeche bezahlen? Das Volk, das in Gastaufforderungen der „Schwäbische Merkur" nachstens nicht mehr genug Lettern und Papier wird aufzutreiben können. —

Mainz, 4. Juli. Ein Comite von 45 Personen, hat sich zum feierlichen Empfang des zum Bischofe der Diocese Mainz ernannten Frhrn. v. Ketteler gebildet und wird heute in einer Extrabeilage zum Mainzer Wochenblatt die Dieselben und sonstigen Verehrer des Ernannten zu freiwilligen Beiträgen auf, um seinen Plan verwirklichen zu können. Das Comite beabsichtigt: 1) den neuernannten Bischof durch eine Deputation von Mainzer Bürgern in Bingen auf einem eigens hiezu gemietheten Dampfboot nach Mainz abzuholen; 2) denselben bei seiner Hierankunft an der Landungsbrücke von den Bewohnern von Mainz empfangen zu lassen, in feierlichem Zuge in den Dom und nach seiner Wohnung zu geleiten und ihm am Tage seiner Ankunft sowohl, wie auch am Tage seiner Consecration von ihm selbst auf den Aposteltag Jakobi, 25. Juli, festgesetzt) einen solennen Fackelzug zu bringen. Hr. v. Ketteler ist als ein Mann von ausgezeichneter Bildung und hoher Weihe bekannt.

Aachen, 1. Juli. Heute Mittag gegen 1 Uhr begann in der uralten Krönungsstiche der feierliche Akt der Verpflichtung des neuen Polizeihauer, die beim Grabe Karl's des Großen niedergelegt sind, an Se. Maj. den König von Bayern durch den hochwürdigsten Hrn. Erzbischof von Köln. Der Hr. Oberbürgermeister, die Hrn. Bürgermeister und der gesammte Stadtrath hatten sich dabei eingefunden, um den Akt in ähnlicher Weise zu vollziehen. Am Eingange wurde Se. Maj. von dem Hrn. Erzbischof an der Spitze des Hochwürdigen Stiftscapitels mit einer sinnreichen Ansprache empfangen. „Wir begrüßen Ew. Majestat," so äußerte sich ungefähr der verehrsame hochwürdige Prolat, „an einer merkwürdigen Stelle, welche zu allerhöchst Ihrer Erlauchten Familie in vielfacher Beziehung steht. An dieser Stätte hat Karl der Große, der ruhmreichste der deutschen Herrscher, diesen Dom erbaut zu Gottes Ehre. An diesem geheiligten Mittelpunkte seines mächtigen Reiches hat er die festhaarten Schätze religiöser Erinnerungen hinterlegt. An dieser Weihestatte der Herrscher-Ahnen sind nun schon seit mehr als einem Jahrtausend die Gebete der Gläubigen zum Himmel gestiegen, um Segen für die Fürsten, Wohlfahrt für die Völker zu erflehen. Mit dieser Weihe hat bereinst hier auch unser den Ahnen Ew. Maj. Ludwig der Fromme Kaiserwürde und Herrlichkeit empfangen, und dieses alte ehrwürdige Krönungsstift haben sich Jahrhunderte hindurch vielfach des besonderen Schutzes der hohen Vorfahren des bayerischen Königshauses zu erfreuen gehabt. Wie in der alten Zeit in diesem Gotteshause innige Gebete für die hohen Ahnen Ew. Maj. dargebracht wurden, so kann auch wir heute an dieser Stelle mit Allerhöchstdiesselben so ehrfurchtsvoll wie freudig begrüßen, die innigsten Fürbitten und Segenswünsche zum Allmächtigen, daß er Ew. Maj. allzeit in seiner heiligen Obhut erhalte auf eine lange — lange Lebensdauer, und mit der reichen Fülle seines göttlichen Segens beglücken wolle zu Freude und zur Wohlfahrt Ihres treuen Volkes. Gott erhalte, Gott segne Ew. Maj. für u. für!" Sichtlich ergriffen erwiderte Se. Maj. diese Anrede mit lebhafter Dankesäußerung und empfahlen sich noch ausdrücklich der verheißenen Fürbitte, indem, wie Allerhöchstdieselben hinzusetzten, „der Herrscher in unserer Zeit ihrer bedürfen". Hierauf begaben sich Se. Königl. Maj. in die Sacristei der Stiftskirche, um daselbst den heiligen Schrein eröffnen zu sehen, welcher die großen Schätze birgt. Alles dieß geschah ganz genau der Vorschrift und dem altehrwürdigen Herkommen gemäß. Die heiligen Schätze wurden in dem hohen Chore geöffnet, den Ihnen gebührenden vorgezeigt, von Allen mit heiliger Andacht und frommer Rührung betrachtet und verehrt, dann wieder in die Sacristei zurückgetragen und nach Vorschrift verschlossen. Se. Erzbischof. Gnaden begleiteten Se. Majestät der gesammten Geistlichkeit die Königl. Maj. bis zum Hauptportale, traten alsdann in die Propstei zurück. Mittags speiste der Hochwürdigste Oberhirt bei Sr. Maj. dem Könige in den von Allerhöchstdenselben bezogenen Appartements des Hotels Nuellens, und traten alsdann unter Zujauchzen von Segenswünschen die Rückreise nach Köln wieder an. (Kachn. Z.)

Hildesheim, 30. Juni. Unser ermüdeter Bischof, Hr. Generalvicar Wedekin, reist morgen nach Osnabrück, wo der Bischof Lübke, den Unwohlsein am Pierherkommen verhindert, den Informativprozeß vornehmen wird. (Bv. Z.)

Wien, 1. Juli. Gestern Abend besuchte Se. Maj. der Kaiser in Begleitung Sr. I. Hoh-

des Prinzen Albrecht von Preußen das Burgtheater. Nach der Vorstellung machte der Prinz seine Abschiedsvisite bei Sr. kais. Hoheit dem Erzherzog Wilhelm, wo er bis gegen Mitternacht verweilte. Da einer der Pferde des k. k. Wagens eine Verletzung erhalten hatte, rief Se. Maj. einen zufällig vorüberfahrenden Fiaker (Nr. 111) mit der Aufrage, ob er nach Hause fahren wolle. Der Fiaker erkannte den Kaiser, und aufgesetzt: daß er sich außerordentlich gschickt schaze, Se. Maj. nach dem Lustschlosse bringen zu können. Dort angekommen, ritte er, nachdem Seine Majestät ausgestiegen war, im Du davon, ohne eine Belohnung abzuwarten. Se. Maj. sandte ihm aber eilends Ihren Prosoten nach; der Fiaker mußte zurückkommen, um seinen Fuhrlohn entgegenzunehmen. Es ist zufällig derselbe Fiaker, der im Jahre 1848 nach dem Einzuge der österreichischen Truppen das Bildniß Sr. Maj. unter Beleuchtung durch die Straßen führte, um auf diese Weise seine Freude über die Herstellung der Ruhe und Ordnung zu erkennen zu geben.

Berlin, 2. Juli. Sehr verdrießlich ist man über den definitiven Austritt des Großherzogthume Hessen aus der Union, wiewohl derselbe nicht unerwartet kam. Man erwartet jezt zunächst denselben Schritt von Nassau, und dann — was man so ungern sagt — selbst von Baden. So stark sich fortwährend die Bundesversammlung in Frankfurt in demselben Grade, in welchem die Union in sich zerfällt, und Oesterreich schließlich sich in derselben Verhältnisse befindet, wie Großbritannien, belebt die Sympathieen für das Kaiserhaus, in welchem die preuß. Kabinetspolitik fast in beiden Beziehungen immer mehr isolirt steht. Das ist demnach der Ausgang der Politik, welche die Panslehrde und Gotha uns aufgedrungen, und die dynastischerseits durch schleunige Prosperen vorbereitet war, daß Preußen mit die Letzten sein in die Lage gerathen, die man Oesterreich und der deutschen Bundesverfassung anfeinden wollte. „Wir sind zu weit gegangen," heißt es hier in vertraulichen, aber offenen Besprechungen; „und bedurch in die Verlegenheit gerathen, die für Andere bereitet war," denkt man auf der andern Seite mit Recht. Ueber den Stand der Bundestagsverhandlungen in Frankfurt ist man hier vielleicht besser unterrichtet, als unsere dortigen Bevollmächtigten, und die Entwicelung, welche zu Beschlüssen reift, fängt schon an, auch hier den vorhandenen Verdrossenen neue hinzuzufügen. (Zeitt. D. V. Bl.-Z.)

Berlin, 2. Juli. Es wird hier eine große Adresse an Se. Maj. den König in allen Stadtbezirken Berlins vorbereitet, welche die Gesinnungen der Bürgerschaft bekunden soll. Diese Adresse soll durch eine Deputation, in welcher jeder einzelne Stadtbezirk vertreten ist, dem König überreicht überbracht werden. Es werden mithin aber zwanzig Personen an den König abgeordnet werden. Die Anfrage, ob Se. Maj. eine solche zahlreiche Deputation auf der Mitte der Berliner Bürgerschaft empfangen werde, ist vom König bejaht worden. In dieser Weise wird sich auch die Berliner Bürger, unzufrieden mit dem Verhalten der Stadtverordneten, tatsächlich über Gesinnung Ausdruck geben. Das Ganze ist sonach eine Verdammung der Stadtverordneten. Die Kundgebung ist nicht minder gegen die thätigen conservativen Elemente dieser Versammlung, als gegen die demokratischen gerichtet.

Die „Fr. O.-P.-Z." merket aus Berlin vom 3. Juli. Die deutsche Sache antangend, kann man das Aufgeben der Union als das Wahrscheinlichste ansehen. Wenn auch noch einige Noten gewechselt werden und ein Hinausschieben stattindet, so ist doch in dem Herzen des Ministeriums das Urtheil schon gefprochen. Zwar Hr. v. Manteuffel hat opponirt, weil der König ist noch nicht ganz gewonnen, aber beides wird sich geben. Es warrn nur zwei Wege; da der einer handelnden Politik nicht einzuschlagen wurde, so kann nur ein Nachgehen, ein Aufgeben aller eingenommenen Hauptpositionen die Folge sein. — Durch eine königl. Verfügung ist nun die definitive Einsezung eines Oberconsistoriums beschlossen worden zur Ordnung der allgemeinen Angelegenheiten der protestantisch-unirten Kirche. Es ist diese Einrichtung von dem König in seiner Eigenschaft als Summus episcopus beschlossen worden, worin er durch die Trennung des Staats von der Kirche durchaus nicht behindert wird. Kammern und den verantwortlichen Ministern verfahren kann, nach dem ihm allein zustehenden Rechte. Synoden sind in Aussicht gestellt.

Dänemark.

Kopenhagen, 1. Juli. Die Ankunft der russischen Flotte in den dänischen Gewässern kann ich Ihnen heute als eine Thatsache melden. Gestern Nachmittag hat eine russische Fregatte hier auf der äußern Rhede Anker geworfen, und mehrere andere russische Flottenoffiziere sind ans Land gekommen; von diesen haben mehrere ihre Quartier genommen, um fur's erste hier zu bleiben, unter denselben befindet sich auch ein Adjutant des Kaisers von Rußland, Herr v. Glasenapp.

— Nach der Anzahl der hiesigen Offiziere ist die russische Flotte, bestehend aus 8 Ranglschiffen, mehreren Fregatten und Dampfschiffen direct nach Alsen gesegelt, wohin ihnen die hier liegende Fregatte nachfolgen wird.

Frankreich.

C Paris, 2. Juli. Wegen der vierten für Frankreich entfallenden Kardinalshüten haben Präsident und Ministerium sich für den Bischof von Besançon entschieden. Sein Verdienst ist die Stiftung katholischer Kollegien, fein Bansenfreund aber, dem er die Wahl verdankt, Hr. Montalembert. Es ist nicht richtig, daß dieser sich für den Erzbischof von Toulouse hätte erklären soll.

— Ueber diese letztere Angabe erzahlt man sich folgende Bemerkung Montalemberts gegen den Präsidenten: „Ihr Onkel hat Hrn. d'Astros ins Gefangniß geworfen, Ihr Vaium sei, ihn zum Kardinal zu machen. Ihr Onkel hat ja auch die weltliche Macht des Papstes gefürzt und Ihnen gebührt der Ruhm sie wieder aufzurichtet zu haben."

Neuestes.

* **Würzburg.** Sicherem Vernehmen nach werden sich an der künftigen Mainz bei der Aktiendirektion stattfindenden Prospektion die Gewerbe mit ihrer Zumftfahnen und auch einige Abtheilungen der Landwehr betheiligen. Um der Prozession eine größere Ausdehnung zu geben, nimmt sie in diesem Jahre ihren Weg auswahrswerse von der Neumünsterer Kirche durch die Domherrenwase in die Neubaugasse, von wo sie an der Neubaukirche vorüber in die Plattnersgasse einlenkt und dann in den Dom zurückkehrt.

D. T. Augsburg, 4. Juli. Der einfache Friede mit Dänemark unter gegenseitiger Abfahrung der Rechte ist heute unterzeichnet worden. Namens des Bundes, unter Vorbehalt der Genehmigung der einzelnen Bundesregierungen. Die Zumuthung Oesterreichs auf Suspension der Union wird zurückgewiesen; die Unterhandlungen sind abgebrochen. (K. Z.)

Bamberg, 5. Juli. Die vollendete Telegraphen-Linie von hier bis Hof, als Fortsezung der bereits dem Betriebe übergebenen Linie von Salzburg über München, Augsburg und Nürnberg hieher, ist von heute an der Benüzung des Publikums übergeben. (B. Z.)

Frankfurt, 5. Juli. Der k. württ. Bevollmächtigte dahier, Dr. v. Reinhard, ist gestern von Stuttgart wieder hier eingetroffen, und hat gestern vorgeyebt, daß derselbe in das neue württ. Ministerium nicht eingetreten ist. (Fränk. Z.)

Frankfurt, 5. Juli. Gleichzeitig trifft die Nachricht ein, daß Preußen die Herzogthümer Schleswig-Holstein ihrem Schicksal überlässt, und daß eine russische Flotte auf der schleswig'schen Küste steuert. (D. Z.)

Kassel, 4. Juli. Mit dem Datum „Philippsruh, 23. Juni 1850" ist nunmehr wirklich die langerwartete landesherrliche Verfügung des Kurfürsten erschienen, worin das von den Ständen dem ausgezeichnete Mißtrauen gegen das Ministerium Hassenpflug als grundlos, die Verfassung der landständischen Genehmigung für den Gesezeserlaß wirft zu sprechen, die Steuerverweigerung als eine Steuerverweigerung bezeichnet und die Auflösung der Stände als unbeschränktes Recht des Landesherrn erklärt wird. Offen spricht der Kurfürst in diesem Patent sein Abgehen von der preuß. Union und dem Grunde aus, weil auf dem bisher eingeschlagenen Wege in der deutschen Verfassungsfrage die Gefahr der Zwietracht herbeigeführt werde. Sodann wird das Volk ermahnt, besonnene, vom Geist ledensschaftlicher Parteisucht entfernte und die bestehende Verfassung ehrende Abgeordnete zum nächsten Landtag zu senden, auch erklärt, daß keinerlei Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte gebuldet werden würde. Schließlich wird das Vertrauen zu den Unterthanen ausgesprochen, daß sie ihre Leistungen, welche ihnen sonst gesetzlich obliegen, und freiem Willen ohne Unterbrechung entrichten werden; daß wenn aber wider Vermuthen Stockungen eintreten sollten, der Kurfürst vorschußweise Hilfe aus eigenen Mitteln eintreten lassen wolle. Diese letzte Erklärung ist groß genkrutt. (Fränk. Z.)

Dresden, 4. Juli. Se. Maj. der König sind gestern Abend 10 Uhr von Berlin wieder hier eingetroffen und haben Sich sogleich nach Pillnitz begeben.

Wien, 4. Juli. Der Herr wird am 80,000 Mann vermindert. Von Oesterreich und Bayern steht der Beschluß bevor, auf der Donau, dem Inn u. der Salzach Schiffahrtsfreiheit einzuführen.

Berlin, 3. Juli. Der gestern Abend unterzeichnete dänische Friede erwartet binnen drei Wochen die Ratifikation der deutschen Bundesregierungen. Die „Gefion" wird von preußischen Truppen besetzt werden. (K. Z.)

C Paris, 3. Juli. Sir Rob. Peel ist seinen Wunden erlegen. Diese Nachricht ist wegen der gegenwärtigen Verwicklungen in England von außerordentlicher Wichtigkeit. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, General Lahitte, hat dieselbe mehreren Abgeordneten mitgetheilt. Der im Schlosse Mouchy gefangen gehaltene Abgeordnete wird in Folge der mit ihm gepflogenen Ueberseinkunft auf Kosten der Regierung nach Alexandrien in Aegypten oder nach St. Jean d'Acre gebracht. — Der Sultan hat, nachdem er dem Präsidenten der Republik und dem Grn. Lupick den Orden Nischan-Iftihar verliehen, denselben nun auch dem General-Adjutanten, dem ersten Adjutanten des Präsidenten und dem Kanzleidirektor im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten verliehen. Die Decoration des Generals Changarnier soll einen Werth von 70,000 türkischen Piastern (etwa 14,000 G.-M.) haben.

Der König von Griechenland hat, den neuesten Nachrichten zufolge, das Recht Englands, für die bei der Beschießung von Messina und Catania beschädigten britischen Unterthanen Entschädigungen zu fordern, dem Principe und anerkannt, und es werden Commissäre ernannt werden, um sich über die Höhe der zu leistenden Entschädigungssumme zu vereinbaren. (D. Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Ender.

Fremden-Anzeige

Den 3. Juli 1850.

Ritter: Daniels, Rent. v. England. Bimmerbach, geb. Kalb v. Hannes, Schulg. Rent. v. Berlin. Kfte.: Petersen v. Stuttg., Pell u. Ernste v. Fulda, Sixt v. Bamberg.

Krongrinz: Frhr. v. Lamezan, k. Rittmstr., v. dsm. Frau v. Zwierlein m. Sohn v. Oberembach. v. Freiherr mit Fam. v. Helchberg, Mayer, Hüttenbesitzer v. Laufach. Med. Brauer v. Saarbrück. Binder, Kreisdirktr. v. München.

Mitterbacherhof: Teytell, Baumstr. v. Kassel und Winter, Baumstr v. Marburg. Schäfermann, Revierförster v. Ottmann. Seitz, Hg.-Assessor v. Rosbach. Hausschuh, k. k. Lieut. v. Bayreuth.

Druck von Joseph Stelz in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 53.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 162. Würzburg, Montag den 8. Juli. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 6. Juli. Das Gesetz, die Aufbringung des Bedarfs für den Eisenbahnbau in den Jahren 1849/50 und 1850/51 betreffend, lautet: „Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben ꝛc. ꝛc. Wir haben nach Vernehmung Unseres Staatsrathes, mit Beirath und Zustimmung der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten beschlossen und verordnen, was folgt: Art. 1. Der Bedarf für die Fortsetzung des Eisenbahnbaues in Folge der Gesetze vom 25. August 1843 und 23. Mai 1846 wird für die „zwölf Millionen und fünfmalhunderttausend Gulden" veranschlagt. Art. 2. Dieser Bedarf soll gedeckt werden: 1) mit 2,500,000 Gulden aus den verfügbaren Aktivbeständen der Eisenbahnbaubestandscasse bis zum Schlusse des Jahres 1850/51, und 2) mit 10,000,000 Gulden durch Aufnahme eines Anlehens. Art. 3. Zu diesem Behufe wird der Staatsminister der Finanzen ermächtigt, für Rechnung der Eisenbahnbaubestandscasse zum Zwecke der Eisenbahnbauführung ein auf die Eisenbahnen und die Bayerische zu verschreibendes zinsliches Anlehen von „Zehn Millionen Gulden" al pari aufzunehmen. Der Finanzminister wird ermächtigt, durch Verpfändung des Projekt einen Theil des Anlehens in der Art aufzubringen, daß der Aufwand für den baar einzuzahlenden Betrag in keinem Falle 5 Prozent übersteige. Art. 4. Die Heimzahlung dieses Anlehens hat im Wege der Verlosung vom 1. Oktober 1851 an beginnend, nach jährlichen zwei Drittel Prozent des Anlehenskapitals zu erfolgen. Art. 5. Die Mittel zur Deckung des im Art. 2 Ziffer 1 dieser Gesetzes festgestellten Bedarfes der Dotationskasse werden im Budget ausgewiesen. Art. 6. Unsere Staatsminister der Finanzen, dann des Handels und der öffentlichen Arbeiten sind mit dem Vollzuge gegenwärtigen Gesetzes beauftragt. Gegeben Nachen, den 30. Juni 1850. Max. v. d. Pfordten. v. Kleinschrod. Dr. v. Abshenbrenner. Dr. v. Ringelmann. v. Lüder. v. Zwehl. Nach dem Befehle Sr. Maj. des Königs: der geheime Sekretär des Staatsrathes, Rath Sieb. v. Kobell."

Die im kgl. „Regbl." enthaltene Bekanntmachung, den Vollzug des Gesetzes vom 28. Mai 1850 über die Kompetenzconflikte betreffend, lautet: „In Vollziehung des Gesetzes vom 28. Mai l. J. über die Kompetenzconflikte (Art. 1.) wird bekannt gemacht: 1. Se. Maj. der König haben geruht, durch allerhöchste Entschließung vom 19. d. M. die nachstehend genannten höheren Verwaltungsbeamten auf die Dauer von drei Jahren in den zur Entscheidung der Kompetenzconflikte zwischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden bestimmten Senat des obersten Gerichtshofes zu berufen: Als ständige Senatsmitglieder: 1) den Ministerialrath im Staatsministerium des kongl. Hauses und des Aeußern, Daniel Gustav v. Bezold; 2) den Ministerialrath im Staatsministerium der Justiz, Karl Burkart. Als Stellvertreter für Verhinderungsfalle: 1) den Ministerialrath im Staatsministerium der Finanzen, K. A. v. Friedrich; 2) den Ministerialrath im Staatsministerium des Innern für Kirchen- u. Schulangelegenheiten, Aug. Friedr. Hänlein; 3) den Ministerialrath im Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten, Benno Heinrich Pfeufer. II. Der oberste Gerichtshof hat bei der am 7. d. M. stattgehabten Plenarversammlung die nachgenannten kön. Ober-Appellations-Gerichtsräthe auf die Dauer von drei Jahren zu Mitgliedern des oben bezeichneten Senats gewählt: A. Für Competenz-Conflicte in den Landestheilen diesseits des Rheins. Als ständige Senatsmitglieder die Räthe: 1) Ignaz Eisenhart; 2) Ferd. Schwerdfeiner; 3) Dr. Konrad Cucumus. Als Stellvertreter für Verhinderungsfälle die Räthe: 1) Joseph Herrschmann; 2) Dr. Joh. Jak. Lauk; 3) Georg Friedr. Schauer. B. Für Competenz-Conflicte in der Pfalz. Als ständige Senatsmitglieder die Räthe: 1) Ludwig Philipp Ruppenthal; 2) August Petersen; 3) Friedrich Daniel Pistor. Als Stellvertreter für Verhinderungsfälle die Räthe: 1) Franz Xaver Dettenhofer; 2) Stephan Rinecker; 3) Karl Schrauth. München, 25. Juni 1850. — Königl. Staatsministerium der Justiz: v. Kleinschrod."

Das Uebel der Zeit.

Worin besteht das Hauptübel der Zeit? Darin, daß man das Volk über die Natur des Uebels, welches es erduldet, getäuscht hat. Man überredet es, daß Alles, was ihm zuklopft, dem Reichen aber nicht minder als ihm, und oft mehr als ihm, Krankheit, Ermüdung, Entbehrung, Verletzung seiner Wünsche, Unterdrückung nach neuen Befriedigung, Alter, Tod, daß alle diese Leiden ihm erspart werden könnten, daß dermalige Zustand der Gesellschaft sie verschuldet, daß dieser Zustand der Gesellschaft für die Reichen und durch die Reichen gemacht ist, daß man alles Uebel, was es geringen konnte, vorenthält, um den größeren Theil für sich selbst aufzubewahren. Da tritt zu dem Leiden der Zorn noch hinzu; es tödtet, tödtet sich tödten; es verzehrhaucht seine Leiden. Diese Reichen, die es gut mit ihm meinten, die seine Leiden mindern wollten, entstehen oder verbergen sich, bringen ihre Schätze auf die Seite, entziehen ihm den Verdienst, und es stirbt vor Hunger und Wuth an der Pforte dieser pulvern, verlassenen Paläste, die es für die Sitze der Glückseligkeit hält, und wo im Gegentheil nur die Trauer wohnt, der Schrecken, die Verzweiflung; denn gegenüber dem Armen, der sich unterdrückt glaubt, denkt der Reiche, der sich fortwährend unterdrückt fühlt, an seine Vertheidigung; nicht minder muthlos als der Arme, ist er bereit, Den zu tödten, der den Tod ihm bringen will. Furchtbare Verwirrung, ähnlich der, wo die Soldaten eines und desselben Heeres gestärkt durch die Nacht und einen angstlichen Feind, der in der Finsterniß sie gegen einander getrieb hat, sich unter einander selbst erwürgen! Die Nacht sind euere Sophismen, der angstliche Feind sind ihr, ihr, die ihr die Ordnung der Gesellschaft angreift, ohne sie zu begreifen! — Wohl gibt es Uebel und viele Uebel in der Welt, und man muß darauf denken, sie zu vermindern. Dieses schwere Beob soll in weisen verwandelt werden, diese mit ein wenig Speck betrüffelten Gemüse in Fleisch, diese Lumpen in eine gute Kleidung, diese schmutzige Hütte in ein ordentliches Haus, diese thierische Unwissenheit in ein mildes Wissen, diese brutale Begierde in aufrichtige Brüderlichkeit; aber Zeit muß man sich dazu nehmen und erprobte Mittel wahlen, die unmöglich auch neu sein können. Aber zugleich darf man diesem Volk nicht verhehlen, daß selbst, wenn alle jene Veranderungen bewerkstelligt sein werden, sein Herz vor wie nach Schmerzen, bisweilen nuerträgliche Schmerzen empfinden wird. Ist es jetzt nicht bundermal besser, als im Mittelalter, in unserer Zeit des Aufsatzes, der Kritik, der allgemeinen Unbehaglichkeit, bundermal besser als unter Ludwig XIV., Ludwig XVI., unter Napoleon? Wohl! Hörst diese Schmerzensrufe, die es ausstößt, horet sie! Unterdrückt sie sogar, und noch wird fort und fort ein langes, ununterbrochenes Seufzen an euer Ohr schlagen, das Seufzen des menschlichen Herzens. Durchforscht alle Jahrhunderte, alle Zeiten, alle Länder, alle Völker, die rohesten, wie die gebildesten, die glücklichsten wie die unglücklichsten, beobachtet mit einem Worte das Menschengeschlecht in seiner Allgemeinheit, horet alle Herzen: lauert nicht ein gemeinsamer Schmerz in dem Grunde eines Jeden? Unter so vielen, so verschiedenen Wesen, wer hat, was er begehrt? Wer hat Nichts zu beklagen, nicht irgend etwas zu furchten? Wer hat nicht um Laufe seines Lebens einen Vater, eine Mutter, ein Kind verloren? Wer hat nicht vor sich, sei es die Mühen eines Lebens, das sie zum Unterhalt nöthig, wie die sinkende Sonne zum Horizonte, eines Lebens, das mit Wünschen, die am Erloschen sind, die unbestimmte Furcht vor dem nahenden Ende verbindet, eine Furcht, die bitter ist bei dem beschränkten Wesen, nur traurig bei dem gebildeten Geiste, für diesen aber mit tausend andern Schmerzen vermischt, die das beschränkte Wesen nicht kennt. Wollt ihr euch davon überzeugen, so geht von dem frierenden, hungernden, durstenden Armen zu dem Reichen, den weder hungert noch friert, der auf Seide schlaft, und dessen Fuß auf den weichen Farbenschmelz wollener Teppiche tritt. Er friert nicht, er hungert nicht, es ist mehr. Er ist gesattigt, sei es. Aber seine Stirn ist sorgenvoll. Was ihr, was er thut? Er hat Wünsche, heiße Wünsche, heißere, als Derjenige, der nicht gegessen hat. Er hat schmerzliche Wünsche. Wonach? werdet ihr fragen. Nicht nach Brod, nicht nach sostlichen Gerichten, nicht nach fruchtbaren saftenden Fluren: all' Dies hat er zum Ueberfluß; jene Gerichte rührt er kaum an, diese Fluren sind ihm gleichgültig; aber er wünscht neue Schätze, Macht, die man ihm streitig macht; vielleicht die Ehre, die eine Beschimpfung ihm gerauht hat. Oder er hat all' Dies, und ist im Begriff, es zu verlieren. Ein Mundstoß hat sein Vermögen im Ozean begraben, eine falsche Spekulation hat es an der Borse vernichtet; die öffentliche Gunst hat ihn verlassen. Oder wollt ihr Kummer, der mehr Anspruch auf Theilnahme hat? Er hat eine geliebte Tochter, ein theures Weib verloren. Glaubt ihr, daß er weniger liebt, weil

er reich ist? Die Beobachtung der menschlichen Natur beweist im Gegentheil, daß er starker hilft; denn seine Empfindungen leiden weniger nach außen gerichtet sind, als wenn sie auf sie selbst gerichtet, auf die geistigen Empfindungen, deren Bewegung, deren Schmerz sie gänzlich hingegeben ist. Je weniger man körperlich leidet, desto mehr genießt. Werfe einen Blick auf die großen Männer unseres Landes, auf Ludwig XIV., auf Napoleon. Jener exclamirte, man sei selber nicht mehr glücklich sei; Dieser, der Sieger von hundert Schlachten, stirbt in St. Helena; er stirbt allein ohne eine Gattin, ohne einen Sohn, wie Prometheus an seinen Felsen gekettet. Und ihr, die ihr Karl X. und Ludwig Philipp half stürzen helfen, Dynastie auf Dynastie, Thron auf Thron, glaubt ihr denn, daß es keine Schmerzen gibt in der Höhe wie in der Tiefe, und mehr in der Höhe als in der Tiefe? Wozu, werdet ihr fragen, dieses Umschweifen auf dem Felde der allgemeinen Schmerzen? Ich spreche von den Schmerzen des Kriteils und des unbesiegt sie mit seinem Purpure. Kurzsichtige, die ihr nicht seht, daß dieser Purpur, dieser Kittel nur ein über die menschliche Seele gewobener Schleier ist, und daß unter dem blendenden Glanze des einen wie unter der unscheinbaren Farbe des andern eine furchtbare Gleichheit des Schmerzes verhüllt ist.

Gott hat in alle menschliche Wesen dieselbe Kraft der menschlichen Seele gelegt, welche, durch die Welt getragt, widerstieht, sich beugt, sich wieder aufrichtet, sich abermals beugt, und in allen diesen verschiedenen Bewegungen stufend zwar, aber dennoch zugleich die Mensch und immer eine sichtbare Prüfung hindurch zu einem unsichtbaren Ziele hinführt. Man wird mir sagen, ein Urheber von all Diesem ist ein Tyrann, und dieses Allen auferlegte Gebot ist die Gleichheit der Tyrannei. Mag man Jenen einen Tyrannen nennen, aber die Tyrannei ist jedenfalls eine gleiche, und wenn es einen Tyrannen gibt, so wollen wir, weit entfernt, unter seiner Tyrannei uns zu spalten, uns im Gegentheil vereinigen, um sie zu überwinden. Diese Tyrannei, wenn es eine solche gibt (ich bitte um Verzeihung wegen solcher Gotteslästerung), offenbart sich durch die Noth, die Arbeit, welche man bekämpfen, besiegen, und zu Bedürfnissen unterwerfen, für unser Wohl benutzen muß. Vereinigen wir uns also, um sie zu besiegen, anstatt uns auf einem Boden zu erwürgen. Auflöst diese Nemesen zu verbergen, und sie uns streitig zu machen, wollen wir uns vereinigen, um sie zu vertheidigen und den Besitz derselben Demjenigen zu sichern, der die Saat zu ihnen ausstreute. Verlangen wir von ihm den Antheil des Armen, ohne den Besitz Jenem zu entreißen.

(Schluß folgt.)

Landtagsverhandlungen.

München, 5. Juli. (CXLV. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Im Ministerium: Ministerialrath v. Manner. Der I. Präsident eröffnet um halb 9 Uhr die Sitzung. Nach der Verlesung des letzten Sitzungsprotokolls erstattet Neuffer über folgende Gegenstände Vortrag: 1) über den voranschlägigen Betrag der Einnahmen und Ausgaben bei der kgl. Generalzolladministration. 2) Ueber die Voranschläge der Einnahmen und Ausgaben der Donaudampfschifffahrt zu Regensburg für das Jahr der VI. Finanzperiode. 3) Ueber den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Rheinschiffahrts-Octroi-Gefälle für ein Jahr der VI. Finanzperiode. Dr. v. Hermann hätte mehrere Vorträge zu erstatten gehabt, und obwohl Fürst Wallerstein es für empfangen anmelden möchte, übernimmt dasß Hr. v. Verchenfeld dessen Rolle und erstattet Vortrag: 1) über den Voranschlag der Geldeinnahmen und Ausgaben bei der kgl. Generalbergwerks- und Salinenadministration bezüglich der Bergwerens für ein Jahr der VI. Finanzperiode. 2) Ueber die Einnahmen und Ausgaben der Porzellanmanufaktur. 3) der Glasmalerei, 4) des Postwesens, 5) der Eisenbahnen und 6) der Bergwerke der Pfalz. — Nachdem Abends 8 Uhr die Gesellschaftsabtheilung der Sitzung beendet worden war, hat gemäß gefaßten Beschlusses das Unterstützungsgesetz verlesen hatte, schließt der Präsident die Sitzung um halb 10 Uhr, auf Nachmittags 4 Uhr die nächste Sitzung anberaumend.

Deutschland.

Die „kais. D. P. A.-Ztg." meldet aus Frankfurt vom 4. Juli über ein Militärfest, welches heute Vormittag hier zu Ehren derjenigen königl. bayer. Krieger, die sich im vorigen Jahre in Baden ausgezeichnet hatten, begangen wurde. Das in hiesiger Stadt garnisonirende 3. bayer. Jägerbataillon rückte gegen 9 Uhr in größter Parade aus, und stellte sich auf dem Exercierplatze am Grindbrunnen auf. Gegen 10 Uhr erschien der Oberkommandant, der k. k. österr. F.-M.-Lieut. v. Schirnding, mit dem Generalstab und einer zahlreichen Begleitung von Offizieren aller hier liegenden Truppencorps. Nachdem die übliche Salutirung vorüber war, und der Kommandant des Jägerbataillons, Oberstlieutenant Heitel, die Truppen ein Quarre hatte bilden lassen, entwickelte General v. Schirnding in verschiedenen Reden an das Bataillon den Zweck der heutigen Parade, die dem ganzen Bataillon, namentlich aber den Braven der Braven gelte, welche sich in dem badischen Feldzuge vorzüglich hervorgethan, und daher jetzt noch der Verzierung Sr. Maj. des Königs von Bayern mit dem Militär-Verdienst-Orden theilhaftig geworden seien. Hierauf ging General v. Schirnding weitere eigenhändig jedem Einzelnen die Medaille an, während er gleichzeitig einen Jeden mit einer Dukate beschenkte, ihm auf das Freundlichste die Hand drückte und sodann dem König von Bayern ein dreifaches Hoch brachte. Das Bataillon stimmte in das Hochrufen ernsten, und mit der ganzen Generalität an der Spitze in die Stadt zurück, wo General v. Schirnding das Bataillon der eben auf dem Altan des englischen Hofes anwesenden Herzogin von Kent vorbeimarschiren ließ. Heute Mittag zogen 2 Uhr begann ein große Mittagsfest, die das bayerische Offizierscorps zu Ehren der Decorirten im Gasthof zum Landsberg veranstaltete, und wobei bunt durcheinander Offiziere und Soldaten sich betheiligten.

Frankfurt, 6. Juli. Der belgische Vertrag ist nunmehr doch gesichert. — Die preußische Regierung hatte vor Ablauf der Kündigungsfrist eine Additionalartikel aufgestellt, nach welchem das belgische Roheisen, welches bekanntlich zu 5 Sgr. der Zollcentner (also um die Hälfte des Zollsatzes auf andere ausländische Roheisen) in dem Zollverein eingeführt wird, künftig 7½ Sgr. zahlen sollte. Unter der Bedingung der Annahme dieses Additionalartikels von belgischer Seite, sollte die Verlängerung des Vertrags ausgesprochen sein. Belgien hat nun aber die Annahme seines Zusatzes verweigert, und der preußische Handelsminister hat aus diesem Grunde veranlaßt gesehen, die Kündigung auszuhprechen.

(Fr. Z.)

Karlsruhe, 3. Juli. Die große Industrieausstellung in London wird neben andern Erzeugnissen des badischen Gewerbefleißes unter andern auch eine elfenbeinerne Taschenuhr, verfertigt durch Michael Dorner aus Furtwangen, aufzuzeigen haben. Es ist dem andavernden Fleiße dieses Mannes gelungen, eine Taschenuhr mit Aufrechtgehement anzufertigen, welche mit Ausnahme der stählernen Zugfeder, Spitale und Schrauben und der Eisenstine zur die Zapfenlager ganz aus Elfenbein besteht; eine Arbeit, die einzig in ihrer Art dasteht. Es sind bereits mehrere Bestellungen solcher Uhren für Straßburg, London und Veracruz gemacht, und der Preis eines solchen Werkes ist 200 fl. Eine solche vollendete Arbeit hat der wackere Künstler Sr. königl. Hoheit dem Großherzog vorgelegt und Allerhöchstderselbe, stets bereit, Talent und Fleiß aufzumuntern und zu belohnen, hat demselben als Anerkennung dieser außerordentlichen Leistung und als Aufmunterung zur ferneren Vervollkommnung seiner erfinderischen Talente pro silberne Medaille für Kunst und Gewerbfleiß zu verleihen geruht.

Stuttgart, 5. Juli. Der größere Ausschuß der Landesversammlung hat sich am 3. Juli so fort, nachdem er gewählt war, constituirt und beschlossen, im Lokale versammelt zu bleiben und die beinahe vollendete Verfassungs-Urkunde für die nächste Versammlung zu Ende zu bringen. — Es soll ferner eine Eingabe an den Landtag gemacht werden, damit die Zeit, welche bis zum Zusammentritt der Stände haben das Volk zu vertreten. Zu noch mehr: sie haben die Begehren derer, durch die sie gewählt worden, zu vertreten. Nun waren aber die Mehrzahl der Wähler Radikale; also haben die radikale Begehren zu vertreten, u. weil es radikale Wesse d. h. rücksichtslos vertreten. Das ist Alles ganz „in der Ordnung", weil es verfassungsmäßig ist. Wird aber dadurch das Heil des Volkes und des Landes gefördert? Nein! Denn das Volk ist seiner bewußten Mehrheit nach nicht radikal. Woran liegt also der Fehler in der Verfassung, am Wahlgesetz. Hätte man eine

Wahlgesetzgebung, welche das Volk zwinge, nach seinen wirklichen Interessen und nicht nach dem alten Schema der künstlichen Parteinamen und Schlagworter von conservativ und radikal oder liberal seine Vertreter zu wahlen, dann wäre es anders. Dann konnten die Gewählten mit mehr Ruhen consequenter und energischer auftreten gegenüber jedem Ministerium, heiße es wie es wolle. Dann konnte sie in Wahrheit sagen: wir sind die Vertreter des Volkes und für seine Anliegen stehen wir da und weichen nicht vor noch von unserem Posten, die man uns gesetzlich abbertuft. Bei den gegenwärtigen Zuständen aber ist eine solche Consequenzmaßregel, so sogleich sie eine Minderheit in Kammer an praktischem Verband. Die stärksten Logiker sind hier die schwächsten Politiker, und wenn man die Verschwendung an geistreichen und getebrten Reden die gehalten werden, in Betracht zieht, so drängt sich einem die Frage auf, ob viele Manner die so geistreich sind, die wahren Bedürfnisse des Landes nicht kennen oder nicht kennen wollen? Die Fraktion Romer hat sich diesmal etwas politischer bewiesen, und es ist erfreulich, daß ihr Antrag (die Verhandlungen zu vertagen) diesmal die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt hat. — Erwartet man sich, welchen allgemeinen übeln Einfluß im Jahre 1848 ein projectlirtes Ministerium von Indien im ganzen Lande machte, so kann man damit die Tragweite des nächstdstofen Beschlusses der Landesoberversammlung ermessen, durch welches jetzt ein solches Ministerium zur absoluten Notwendigkeit geworden ist. —

Mainz, 5. Juli. Der Redacteur des „Mainzer Tagblattes" und beiden Berleger sind wegen Verofentlichung eines die Feier der Frankenthaler-processen besprechenden Artikels in eine Correctionsstrafe von drei Monaten verurtheilt worden.

Aachen, 1. Juli. Unser hochw. Hr. Erzbischof, welcher vorgestern Nachmittag hier angekommen ist und bei dem Stiftsprobst, Hrn. Dr. Grossmann, einkehrte, las gestern in der Hauptpfarrkirche zum heil. Peter die h. Messe, besuchte hiernach das neuerrichtete und sogenannte weiße Kloster vom armen Kinde Jesu zur Erziehung und Pflege armer und verlassener Mädchen, das im besten Rufe stehende Alexianerkloster und die herrlich ausblühende höhere Erziehungs- und Unterrichts-Anstalt zum heil. Bernhard, welche als Filiale von den Ursulinerinnen zu Bertrweiler geleitet wird. Nachmittags begaben sich Se. erzbischoft. Gnaden in das ebenfalls neu entstandene Kloster vom guten Hirten, das sich die Aufgabe gestellt hat, gefallene Mädchen auf den Weg des Heils zurückzuführen, bereits 32 Büßerinnen zählt und seines kirchlichen Zweckes wegen von einer immer größeren Theilnahme erregt zu genießt. Von dort begab sich der hohe Prälat zum Kloster der barmherzigen Schwestern, welchem die hilfsbedürftigen Altersschwachen und Waisenkinder anvertraut sind, und besuchte demnach das Elisabeth-Hospital, dessen Klosterfrauen die weiblichen Kranken mit Hingebung und Ausdauer liebevoll pflegen. In allen Anstalten wurde dem allverehrten Oberhirten mit Liebe und Verehrung gehuldigt, und überall sprach er Worte der Anerkennung und Belehrung, der Aufmunterung und väterlichen Liebe. Se. erzbischöflichen Gnaden standen dem Kloster vom guten Hirten zum bereits begonnenen Neubau einer Kirche, und dem Karlsverein zur Restauration des hiesigen Münsters bedeutende Geldbeiträge. Am Abend machten die Pfarrer der Stadt dem hochw. Herrn ihre Aufwartung, und nachdem hiernach die Zöglinge der höheren Bürgerschule ihm durch Aufführung passender Gesänge ihre Huldigung dargebracht hatten, begrüßte ihn der Direktor des Lehrercollegiums dieser Schule, welche durch ihren Sprecher, Hrn. Direktor Kribben, es offen aussprach, daß die Schule ihren hohen Beruf nur in der innigsten Verbindung mit der Kirche erfüllen könne. Heute empfing der hochw. Kirchenfürst noch mehrere Deputationen, namentlich vom Lovrinsverein und vom Pinsverein, u. flattete dem hochw. Hrn. Bischof Laurent von Luxemburg einen Besuch ab. (Disch. B.-H.)

Hannover, 1. Juli. Sämmtliche katholische Mitglieder der ersten Kammer haben in der Sitzung vom 29. v. Monats gegen die Beschlusse über Organisation des Schulwesen einen Protest eingereicht, welcher also lautet: „Wir unterzeichneten Mitglieder der ersten Kammer der allgemeinen Ständeversammlung erklären hiermit unsern Protest gegen die von der Majorität der Kammer angenommen Grundzüge, die Regelung des Volksschulwesens betreffend, indem durch die Aushebung der aufgestellten Grundzüge die Rechte der katholischen Kirche und des Volkscharakter des tiefste eingeschnitten, und die katholische Volksschule ihrem Wesen nach zu einer Staatsschule umgewandelt wird wir aber Regierung u. Stande nicht befugt halten, einseitig eine derartige Umwandlung vorzunehmen, beziehungsweise in das Wesen und den Charakter der katholischen Volksschule einseitig einzugreifen."

Hamburg, 3. Juli. Wie wir wir aus guter Quelle vernehmen, werden sämmtliche preußische Truppen zwischen dem 10. und 12. Juli das Herzogthum Schleswig verlassen und marschiren durch den westlichen Theil von Holstein die Hamburg.

Berlin, 4. Juli. Nach der preuß. Ratification verlassen die Preußen Schleswig, welches Se. dänische Majestät durch ihre Truppen bruhigen wird. Für Holsteins Pacification verwendet sich Preußen beim deutschen Lande, man wird die Besatzungen Holsteins, so Se. Majestät der König dem Herzogthum Holstein bieten oder anfertigen wird. — Ueber die jetzige Sitzung des provisor. Fürstencollegiums erfahren wir, daß darin die preuß. Mittheilungen in Bezug auf die Verhandlungen mit Oesterreich wegen des weitern Bundes und in Betreff auf den Zollverein mit Oldenburg erfolgt sind, so wie eine Vorlage wegen des Abkaufs des Provisoriums der Union gemacht worden ist. In der ersten Beziehung sollen die Unterhandlungen wegen eines neuen Interims ganzlich gefördert, dagegen Spezial-Einkreis in ein Definitivum von Seiten Preußens Vorschläge gemacht sein, über welche eine freie Verstandigung in Frankfurt mit Oesterreich und andern Betheiligten, jedoch nicht unter der Form des alten Bundesplenums, angestrebt werden soll. In Bezug auf die Union wird, nachdem auch das Großherzogthum Hessen sich von einer weiteren Betheiligung an der Unionsregierung gänzlich losgesagt hat, eine Verlängerung des Provisoriums auf möglichst kurze Frist anheimgestellt, jedoch so, daß dabei die Grundzüge der Union, gemeinsamer Schutz gegen jede Gefahr von Außen oder Innen und Festhalten der Thatsache, maßgebend bleiben. — Der großh. hess. Bevollmächtigte v. Lepel ist von dem neuen Ministerium in Darmstadt zwar nicht abberufen, aber beurlaubt worden. Herr v. Lepel hat übrigens Berlin bereits verlassen.

Berlin, 4. Juli. Nachdem im Ministerium die Ansicht, von der definitiven Constituirung der Union vorläufig abzustehen, durchgedrungen ist, erwartet man von Fürstencollegium, in dem diese Angelegenheit verhandelt werden wird, daßselbe. — Hr. v. Radowitz ist zur Zeit der Anhänger und Führer der vorsichtigen, abwartenden Politik und steht im Ganzen dem energischen Vorgehen sehr im Wege, das in Herrn v. Manteuffel seinen Vertheidiger findet. Nichtsdestoweniger ist es gerade Hr. v. Radowitz, der einen Verständigung mit Oesterreich nicht eben das Wort redet und der sich namentlich gegen die Bildung eines neuen Interims für den gesammten Bund ziemlich lebhaft ausgesprochen haben soll. Graf Bernstorff hat hier, so weit es in seinen Kräften stand, einen Verständigung mit Oesterreich gebrugt. Er kehrt in kurzer Zeit auf seinen Posten zurück, ohne bestimmte Aufträge zur Abschliessung einer Uebereinkunft. Unter solchen Umständen wird von mächtiger Seite die Meinung getheilt gemacht, daß eine Reise des Prinzen von Preußen das beste Mittel sei, um, wenn überhaupt eine Verständigung zu erzielen. (Fr. D.-P.-A.-Z.)

England.

Dublin, 29. Juni. Das heutige „Tablet" veröffentlicht die Einladung des Erzbischof-Primas Cullen an die Bischofe von Irland zu drm am 15. August zu Thurles beginnenden National-Concil, und das Breve des Papstes, worurch Cullen zum Apostolischen Delegaten für diese Synode ernannt wird. Außerdem hat ein Hirtenbrief Cullen's an seine Diocesanen mitgetheilt; es heißt darin über den Zweck der Nationalsynode: „Unsere Kirche erhebt sich aus einem Zustande des Leidens und der Verfolgung, in welchem manche Gewohnheiten und Uebungen nöthig waren, welche jetzt in Zeiten größerer Sicherheit und Sicherheit passen. Es ist nun von großer Bedeutung, daß diese Sachen geprüft werden und jede Verbesserung, die nützlich scheint, gemeinschaftlich eingeführt wird u. s. w." — Einiges Aufsehen erregt der Uebertritt der Lady Castlereagh, einer Tochter des Lord Roden, zur katholischen Kirche; man glaubt, daß ihr Gatte, der Lord Castlereagh, ältester Sohn des Marquis von Londonderry, bald ihrem Beispiele folgen wird.

Frankreich.

C **Paris**, 4. Juli. Gestegebende Versammlung. Den Vorsitz führt Leon Faucher. Das Scrutinium zur Wahl eines Prasidenten der National-versammlung wird begonnen. Daffelbe wird um 3 Uhr beendigt. Die Scrutatoren werden durch das Loos erwählt, die Huissiers bringen die Wahlurnen zur Stimmerzählung in den anstoßenden Saal. Sofort schreitet zu Benennung zum Scrutinium der 4 Vicepräsidenten und der Sekretäre. Um 4 Uhr verkündigt der Vicepräsident Leon Faucher das Resultat der Präsidentenwahl: Stimmende: 538; Absolute Majorität 270. Duvin 325, Michel (de Bourges) 102, Boreau Lajanadie 83, Lerlerc 31. 16. Duvin wird daher als Präsident der Versammlung proklamirt. — Die „Opinion" von Turin bringt folgendes offizielles Document, durch welches die neapolitanische Verfassung abgeschafft wird: Der Direktor des Innern an die öffentlichen Beamten des Königreichs. — Dank der göttlichen Gnade auf beiden Seiten des Faro wieder hergestellt ist, so ist es der feste Wille Sr. Maj. des Königs, unserer absoluten Herrn, daß alle Beamten einen neuen Eid nach dem Decret vom 1816 leisten sollen. Neapel 1. (gez.) Morena. — Ein anderes Circular des Kriegsministers, vom 6. Juni datirt, schreibt vor den Offizieren der Armee zu leistenden Eid vor. In demselben wird der Verfassung nicht erwähnt, sondern er legt denselben unbedingten Gehorsam auf.

Schweiz.

Bern, 1. Juli. Die Gefahr, welche dem unglücklichen Dorfe Felsberg droht, rückt mit bedenklichem Schritt täglich näher. Letztem Samstag sand eine sehr bedeutende Ablösung statt, die selbst von den bisher gleichgültig Gebliebenen als Vorbote eines nahen Sturzes von weit größerem Umfange betrachtet wird. Nachmittags ungefähr um 2½ Uhr hörte man in Ehur zuerst ein dumpfes Drohnen vom Calanda her, dann wirbelten ob Felsberg Staubwolken hoch auf, und endlich sah und horte man die losgerissenen Massen mit donnerähnlichem Getose in die Tiefe stürzen. Das Dorf blieb doch verschont, und nicht in der Nähe flog in eine Scheune, ohne größere Beschädigung anzurichten. Die übrigen Felsstücke, von denen eines 18—20,000 Kubikfuß mißt, verloren sich in den umliegenden Wiesen und Kartoffeläckern, welch letztere nicht geringen Schaden erlitten. Ein Glück für die Bewohner von Felsberg war es, daß dieser Sturz bei Tage, und nicht in der Nacht erfolgte, der Schrecken und die Verwirrung hatten schlimme Folgen haben können. Das Bedenkliche dieser letzten Ablösung liegt in der Art und Weise, wie dieselbe erfolgte: bei allen früheren überstürzten sich die Massen von oben, nachdem vorangehend eine Lockerung von Mutterfelsen eingetreten war. Der letzte Sturz begann

erfolgte unmittelbar vom Fuße des Huhnskopfes, so daß nun unbewiesen ist, daß die ganze Masse mit der Unterlage selbst im Weichen begriffen ist. Nach einer neuerlich wieder vorgenommenen Besichtigung durch obrigkeitliche Personen hat sich die Hauptkluft vom Ludwigsthopf seit 10 Tagen um 7 bis 10 Linien erweitert. Seit dem Frühling hat sich die Weichung verdoppelt, seine tiefste früher wöchentlich 2½, verwalten aber durchschnittlich fünf Linien betrug. Die Bewohner Felsbergs sind nun selbst aus ihrer Gleichgültigkeit erwacht; wer fliehen kann, flieht.

Vermischte Nachrichten.

Vor einigen Tagen ereignete sich zu Elberfeld in Folge von Trunkenheit weiter ein recht bedauernswerther Vorfall. Ein betrunkener Mann taumelte in einen Schuppen, in welchem große Branntweinfaßen standen, und legte sich dort schlafen. Nach einiger Zeit erwachte der Besinnungslose, wälzte sich an die Branntweinfaßen, warf eine derselben um und schüttet sich deren Inhalt aber den ganzen Oberkörper. Auf jammerlichste jammerte, die Augen geblendet, wurde er dann gefunden.

Von der hessischen Grenze, 29. Juni. In Freienheim fand gestern Abend ein Pferdefleischessen statt, welches die dort liegenden preußischen Ulhanen veranstalteten, aus Anlaß eines ihnen in Folge eines Beinbruches verunglückten Pferdes. Der Braten war delikat, zumal das geschlachtete Thier erst 6 Jahr alt war, und man kann versichert sein, daß es, unbemerkt, auch von der zartesten Dame mit größter Lust verspeist worden wäre. An dem Essen nahmen viele Offiziere Theil, und es ist nur schade, daß sie sich so früh entfernten, sonst hätten sie noch mit ansehen können, wie drei Nachzügler dem vorhandenen Braten auf ganz unbarmherzige Weise zu Leibe gestiegen sind. (H. J.)

(Ein Schauermoment.) Ein Kaufmann zu S. feierte den Hochzeitag seiner Tochter. Schon geputzte Mädchen umkreisten die Braut, und freudig blickte der Vater auf die bunten und frohlichen Gruppen. Als er darauf, um noch einige Anstalten zu treffen, durch einen langen Gang dahinschritt, begegnete ihm eine Magd, die erst kürzlich vom Lande angezogen war, mit einem brennenden Licht ohne Leuchter in der Hand. Er machte derselben Vorwürfe über eine solche Unsauberkeit und begab sich in die Küche, um rücksichtlich des Abwesenden mit seiner Frau noch einige Verabredungen zu treffen. Die Magd kehrte einen Augenblick darauf aus dem Keller zurud mit mehreren Weinflaschen im Arme, jedoch ohne Licht. Dem Kaufmann fiel es plötzlich ein, daß an demselben Tag einige Putzreifser in den Keller geschickt worden waren, und daß ein Gang daselbst eröffnet hatte, um für einen Kunden eine Probe herauszunehmen. „Wo ist das Licht?“ fragte er schnell. „Ich hatte die Hände voll Flaschen und konnte es nicht herausbringen,“ antwortete die Magd. „Wo hast Du es gelassen?“ „Ich habe es in ein Faß gesteckt, das mit schwarzem Sand gefüllt war.“ Der Kaufmann sprang hinab in den Keller; der Gang dahin war lang und finster. Seine Kniee schlotterten, sein Athem stockte, alle Glieder zitterten; es war ihm, als habe ihn und die Seinigen der Tod bereits ergriffen. Am äußersten Ende des Gangs — am offenstehenden Keller, gerade unter dem Gemach, in welchem das Brautpaar und die Hochzeitgäste sich befanden —, erblickte er das verhängnißvolle, fast bis zum Rand gefüllte Pulverfaß, in dessen dunkelnde Tiefe, in dessen röthlicher Flamme ein rothlicher, langer, abgebrannter Docht sichtbar war. Dieser Anblick machte ihn fast erstarren, und das frohe Gelachter der Gesellschaft oben ließ sein Blut gefrieren. Einige Momente stand er regungslos da, starrte hin auf das Licht, war aber außer Stand, weiter zu schreiten. Schon glaubte der Unglückliche zu schauen, daß das Licht sich bewege, daß es falle — von Verzweiflung ergriffen, stürzte er hinzu. Wie aber sollte er das Licht herausbringen? Die leiseste Berührung konnte den abgebrannten Docht in das Pulver fallen machen. Mit einer seltenen Geistesgegenwart umfaßte er das Licht mit beiden Händen, preßte die Flamme und den Docht zwischen seinen Fingern zusammen und löschte dies Weise das Letztere glücklich aus dem Faße; seine Hand war verbrannt, er achtete nicht darauf — die Seelenangst war zu groß gewesen — am Ende des Gangs sank er ohnmächtig zusammen.

Neuestes.

* Würzburg, 7. Juli. Gestern Abend um 5 Uhr brachten die Offiziere der beiden hiesigen Regimenter Sr. Durchl. dem Hrn. Generallieutenant Fürst v. Thurn und Taxis einen Fackelzug, wobei das Musikcorps des 9. Infanterie- und des 2. Artillerie-Regiments abwechselnd spielten.

* Würzburg, 9. Juli. Die Allianzfeier, alljährlich an dem heutigen Tage begangen, ist eine der schönsten und Volksthumlichsten, die in unserem Frankenlande vorkommen. Tausende von Landleuten wallen herbei und füllen schon am Vorabende dieses festlichen Tages die öffentlichen Plätze und Straßen der Stadt, wo viele verselben auch gleich ihre Nachtlager aufschlagen. Am frühesten Morgen zieht dann Alles den Kirchen zu und die weiten Raume unseres Domes sind gleichwohl nicht vermögend, alle die sonnengebräunten Andachtigen auf einmal zu fassen, welche die von der naererwerbte Verehrung für den Frankenapostel bisher gefüllt hat. Eine besondere Bevorzugung hat das Fest des hl. Kilian aber in diesem Jahre für das Frankenvolk gewonnen. Zum ersten Male werden nach mehr als sechzig Jahren wieder die hh. Reliquien des Bischofs Kilian und seiner Gefährten, Colonat und Teman, jener Martyrer, welche dieses Land, den Schauplatz des Glaubens, öffentlich zur Verehrung ausgesetzt und in der feierlichen Prozession, welche jedesmal am Morgen vor Beginn des Pontifikalamtes stattfindet, mitgetragen. Die Ursache, warum dieses bis jetzt unterlassen und jenen Heiligthümern scheinbar eine so geringe Achtung erwiesen worden, ist nach vollkommen sichern Erkundungen folgende: In den bedrängnißvollen Kriegszeiten der neunziger Jahre sah sich auch das Domstift zu großen Opfern vermuthigt. Es ließ nebst vielen andern silbernen Geräthschaften auch die silbernen Bildnisse der obengenannten Heiligen, sowie jenes des h. Apostels Andreas, welche bisher auf der Domstanken, verschmelzen und legte das gewonnene Silber auf den Altar des Vaterlandes nieder. Die vier vergoldeten Unterfüße, auf welchen die eben erwähnten Statuen gestanden hatten, und welche die Haupter der hel. Kilian, Colonat und Teman um einige Reliquien der hel. Andreas enthielten, wurden nun auch bei Seite gestoßt, d. h. einstweilen in die Ornatkammer gebracht, um dort so lange zu weilen, bis die Rückkehr besserer Zeiten die Aufstellung neuer Statuen und sonach auch die Zurückversetzung der die Heiligthümer enthaltenden Unterfüße gestatten würde. Die besseren Zeiten sind aber bekanntlich nicht sobald — am allerwenigsten für das Domstift gekommen. So wurde dieses vielmehr aufgelöst u. alsbald darauf in Folge der Säcularisation alle Schätze des Doms in Beschlag genommen worden, wurde in der Canalisirung, in der nach dem Aufforderen der alten Domgeistlichkeit und des Kirchenvorsteher-Personals Niemand mehr wußte, wohin die Heiligthümer gekommen seien, so daß selbst allmählig der Glauben bleibe, dieselben seien in jenen für das Domstift und die kirchlichen Stifte überhaupt so verhängnißvollen Zeiten gänzlich verloren gegangen. Gott fügte es aber, daß ein in hiesiger Stadt lebender Bramter eines ausmärtigen Staates, der, rühmlich bekannt durch seine archäologischen Forschungen, in Gemeinschaft mit einem hohren Geistlichen des Domstkamer mehrere Alterthümern suchte, den lange vermißten, sosfaben Schaß auffand und von seiner Verborgenheit hervorzog. Das alsbald versammelte hohe Domkapitel nahm Einsicht davon, stellte die vorgeschriebene Untersuchung an und sprach die Anerkennung der Aechtheit aus. Der Hochw. Hr. Bischof verordnete, daß das Heiligthum nicht mehr auf den Dachalter des Domes zurückversetzt und allsährlich bei der Prozession am Kilianssfeste mitherumgetragen werden sollte. Zu diesem Zwecke wurden nach einer Zeichnung des königl. Krcio-Ingenieur Mattlener sehr kunstvoll gearbeitete Köstchen, in welchen die drei hh. Häupter auf sammtenen Kissen ruhen, und ein Baldachin oder Traghimmel gefertigt, welcher letzterer dazu bestimmt ist, jene Gehäuse, wenn sie bei Gelegenheiten vom Altare abgenommen und in feierlicher Prozession herumgetragen werden sollen, aufzunehmen. — Der Ruf von der Wiederauffindung und Wiederaussetzung der so lange schmerzlich vermißten Reliquien verbreitete sich in Windeseile ganz Frankenland und wurde von dem frommen Volke, dem die irrischen Ueberreste seiner Apostel so hochtheuer sind, allenthalben mit Freude begrüßt. Große Scharen von Wallern waren schon gestern gegen Abend in hiesiger Stadt eingetroffen, um der heute stattfindenden Prozession, bei der die Heiligthümer seit langer Zeit wieder zum ersten Male erscheinen sollten, beizuwohnen und ihrer andächtig zu werden. Am Morgen des heutigen Tages selbst aber waren alle Kirchen, alle Straßen und Plätze gefüllt von, dem ehrsamen Landvolke, aus aus allen Gauen Frankens und zum Theile aus den benachbarten Orten Badens, die früher zu einem Frankenlande angehörten, herbeigekommen war, um an der seltenen Feier Theil zu nehmen, seine Verehrung für die ersten Prediger des christlichen Glaubens in diesen Gegenden an der Tag zu legen und Gott in seinen Heiligen zu loben. In allen Kirchen, besonders in den Klöstern, waren die Beichtväter schon viele Stunden thätig, als um 8 Uhr das feierliche Geläute aller Glocken des Doms die nahende Viertelstunde der beginnenden Prozession verkündete. Zahllos, in den verschiedenartigsten Gruppen, wogt die Menschenmenge dem Dome zu, wo bereits mehrere Abtheilungen unserer Landwehr aufgestellt sind, um die Prozession zu geleiten. Die Straßen, durch welche diese zieht, sind dicht mit Menschen besetzt, die alle das Andenken des Heiligthumes harren. Leider drängt der Schluß unserer Blatte und wir sind dadurch genöthigt, die Beschreibung der Prozession selbst auf morgen zu verschieben.

Aus Hannover wird gemeldet, daß Stüve sich nun für die Münchener Grundzüge ausgesprochen habe, und dafür an der Spitze der Geschäfte verbleibe. Somit hätte sich Hannover seinen früheren Bundesgenossen enger angeschlossen. (M. J.)

Berlin, 4. Juli. Wie wir hören, wird das Provisorium der Unionsregierung am 15. d. M. auf weitere 3 Monate verlängert werden. — Graf v. Brandenburg ist gestern wieder nach Wien zurückgereist.

London, 3. Juli. Morning Chronicle erschreint mit schwarzem Trauerrande und kündigt den Tod Robert Peel's an. Beide Häuser haben aus Achtung für den Verblichenen am Todestage sich vertagt.

Zürich, 24. Juli. Die Tagsatzungskommission hat heute den wichtigen Regierungsantrag zur Reorganisation der Abgaben auf Grund von Boden, so daß die Zehnten wegfallen würden, mit 109 gegen 9 St. angenommen.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Kober.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreiberhofe 2. Thür. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 163. Würzburg, Dienstag den 9. Juli. **1850.**

Das Uebel der Zeit.

(Schluß.)

Aber dieser angeblichte Tyrann, der allgemeine Urheber der Dinge, wer weiß, vielleicht habt Ihr ihn nicht begriffen. Dieser Schwerz, den er Allen auferlegt hat, vielleicht ist er eine Prüfung, eine unvermeidliche, nothwendige, und auf andere Weise hinreichend bedohte Prüfung. Verweilen wir einen Augenblick bei ihm, und wir werden vielleicht gerechter gegen ihn sein, wie wir gerechter sind gegen die sociale Ordnung, nachdem wir sie geprüft und begriffen haben. Zum Dreieck gehoren vier Winkel; dieser ist eben so nothwendig, als daß der Mann Andrehnung habe. Dieser Gott dürfte, scheint mir, weder ohnmächtig noch grausam sein, wenn er diese Bedingungen der Natur der Dinge geschaffen oder zugelassen hat. Wenn für ihn zweimal zwei vier ist, so ist er darum weniger mächtig, weniger gut? Wäre es denn nicht möglich, daß der Schmerz für die menschliche Seele eine ähnliche Bedingung wäre? Was ist denn das Wesen der Empfindung? Verhalten wir uns so gleichgültig, wie bei dem wechselnden Spiele der Farben, welches dem Anschauenden weder Schmerz noch Vergnügen erregt? In diesem Falle würde ich angeregt, aber nicht berührt bleiben. Ich sauge erst dann an, wirklich zu empfinden, wenn ich angenehm oder unangenehm berührt werde; hier stellt sich der Schmerz ein, aber auch das Vergnügen; dem Schmerz suche ich zu entgehen, das Vergnügen zu erreichen; hier ist Thatigkeit, hier ist Leben. Wäre es besser, nicht zu sein oder weniger zu sein wie z. B. von dem Viel empfindenden Menschen zu der Biene herabzusteigen, die nur empfindet nach Maßgabe der zu ihrem Leben nothwendigen Bedingung, von der Biene zu Polypen, zur Pflanze, zum Stein, zum Nichts? Man konnte Dieß, aber es wäre Selbstmord. Aber vielmehr wertet ihr sagen, daß man, anstatt herabzusteigen, sich bis dahin emporheben muß, wo man das Uebel nicht mehr fühlt, wo man im Schooße der Gottheit schmerzenlos ruht. Auch Dieß gebe ich zu. Trotzdem werde ich euch sagen, daß es zu frühe ist. Die Religion, welche weiter geht, als die Philosophie, welche für die Bestimmung der menschlichen Seele eine erhabene Achtung schopft, die ein Wunsch ist für Denjenigen, der nicht den vollen Glauben hat, eine Gewißheit für Denjenigen, der ihn hat; die Religion sagt euch: Duldet mit Demuth, Geduld und Hoffnung, indem ihr auf Gott blickt, der euer harrt und euch belohnen wird. So macht sie aus jenen Schmerz eine Uebergangsstufe der langen Reise, welche uns zur ewigen Glückseligkeit führen soll. Und davon ist der Schmerz nur eine der Mahlseligkeiten dieser unvermeidlichen Reise, und wenn er Leiden verursachte, so folgt ihm unmittelbar die tröstende Hoffnung.

Auch übt diese mächtige Religion, welche man Christenthum nennt, über die Welt eine ewige Herrschaft aus, und sie verbandt dieselbe unter Anderem einem Vortheil, den sie vor allen andern Religionen voraus hat. Wißt Ihr, welches dieser Vortheil ist? Es ist der, daß sie allein dem Schmerz eine Bedeutung gegeben hat. Der menschliche Geist hat mehr als einmal ihre Dogmen beanstandet, niemals ihre Moral und soweit es ihr Verständniß des menschlichen Herzens betrifft. Das Heidenthum konnte dem ersten Blick eines Sokrates oder eines Cicero nicht widerstehen; denn diese Religion, beseelend in fabelhaften Wahrheiten, viel mehr anmuthige Poesie als Religion, Geschichte der Leidenschaften, der Liebesthaten, der Freuden und der Schmerzen der Götter, war nur eine in den Himmel versetzte Gesellschte von Rohen. Als Geschichte war sie nur eine fabelhafte Chronik, als Moral ein Aergernig. Aber diejenige, welche kam und sagte: Es ist nur ein Gott, er hat selbst gelitten, gestorben für Euch; diejenige, welche ihn am Kreuze zeigte, war es, die die Menschen sich unterwarf, indem sie ihrer Vernunft entsprach durch die Idee der Einheit Gottes, indem sie ihr Herz rührte durch die Verklarung des Schmerzes. Und wie wunderbar, dieser leidende, den Menschen in den Qualen des Kreuzestodes gezeigte Gott ist tausendmal mehr von den Menschen angebetet worden, als der Jupiter des Phidias in seiner ruhigen Heiterkeit, in seiner majestätischen Schonheit. Die Künste haben ihm eine Erhabenheit verliehen, weit über alle Erhabenheit des Jupiters der Alten. Und dieses ist das ganze Geheimniß des Unterschied zwischen der alten und der neuen Kunst: die erste überlegen durch die Form, die zweite durch das Gefühl; die eine begabt mit einem Körper, die andere mit einer Seele. So dauert denn auch, wahrend das Heidenthum seinen Augenblick die Prüfung der menschlichen Vernunft ausdauern konnte, das Christenthum fort, auch nachdem Descartes die Grundlage der Gewißheit gelegt hat, auch nachdem Galilai die Bewegung der Erde entdeckt, Newton die Kraft der Anziehung entdeckt, Voltaire und Rousseau die Throne gestürzt haben. Und alle weisen Staatsmanner, ohne über die Dogmen zu richten, die nur einen Richter — den Glauben — haben, wünschen, daß es fortdaure. Sprecht also zu dem Volke, wie die Religion. Ohne in ihm das gerechte Gefühl seiner Rechte zu schwachen, ohne der Trägheit oder dem bosen Willen der Gewaltsher zu schmeicheln, saget ihm bei Alle dem, daß es für Alle unvermeidliche Schmerzen gibt, die in dem Wesen der menschlichen Seele selbst begründet sind, welche nicht der Reiche ihm verursacht hat, welche Gott allein in seine Seele legte, um es aus der Unthatigkeit in die Thatigkeit, welche das Leben ist, zu versetzen. Saget ihm dieses, wenn ihr nicht seinen Schmerz vertoppeln um in eine tudische Wuth verwandeln wollt, welche sich gegen es selbst wenden wird, wie eine Waffe in ungeschickter Hand sowohl Diejenigen vernichtet, welche sie trift, als Diejenigen, die sie führen. Nicht die Gleichgultigkeit gegen die Leiden des Volks rufe ich an, sondern die gerechte Wurdigung dieser Leiden und die Ueberzeugung, die Anwendung der wahren Heilmittel.

Thiers.

Landtagsverhandlungen.

München, 5. Juli. (CXLVI. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Die Gallerien sind schwach besetzt. Am Ministertische: v. d. Pfordten, v. Ringelmann und mehrere Ministerialrathe.

Der I. Präsident eröffnet um halb 5 Uhr die Sitzung. Nach Verlesung des letzten Sitzungsprotokolls betritt Staatsminister v. d. Pfordten die Rednerbuhne und macht der Kammer folgende Eroffnung: Da die hohe Kammer nicht sehr lange Zeit noch versammelt sein werde und durch die lange Dauerhaftigkeit schon erschopft sein möchte, so sehe sich das Ministerium veranlaßt, einen Gesetzentwurf einzubringen, nach welchem die Ausschusse ermachtigt sein sollen, folgende Gesetze einzeln zu berathen: 1) Strafprozeßordnung nebst dem Herre; 2) Notariatsordnung; 3) Gesetzentwurf für kaufmannische Anweisungen; (die 3 Gesetze durch die Gesetzgebungsausschusse) 4) Notariats-Tax-Wesen; 5) Forstunterstützte (diese letzteren durch den Finanzausschuß). Zu diesem Behufe sollten die Ausschusse mit 3 Mitgliedern verstarkt werden. — Protokolle und Beschlusse seien durch Druck zu veröffentlichen. — Folgende beide Gesetzentwurfe mußten jedoch noch vor Schluß des Vonstages erledigt werden: „Gesetzentwurf, die Moratorien betr.“ und zweitens „Gesetzentwurf, die Bestrafung des Jagdfrevels betr.“ Es wird hierauf zur Berathung des Etats der Landbauten geschritten. — Der Ausschuß beantragt a) für das Staatsministerium des Innern 59,000 fl., b) für Erziehung und Bildung 94,297 fl., c) für Cultus 110,320 fl., d) für Sicherheit u. resp. Gefängnißbauten 126,150 fl., in Summe 389,767 fl. Ferner wurden vom Ausschusse noch für den Reservefond 10,233 fl. bewilligt, demnach für den ganzen Neubauetat eine Verwendungssumme von 200,000 fl. für ein Jahr der VI. Finanzperiode bestimmt wurde. — Wiedenhofer beantragt weitere 10,000 fl. für Neubauten des Kreises Oberpfalz. — Neuffer beantragt 10,000 fl. zum Wiederaufbau des Theaters in Regensburg. — Rudhart wünscht im Falle der Nichtannahme des Neuffer'schen Antrages: es sei der Stadt Regensburg zum Zwecke des Wiederaufbaues der Bauplatz und das Brandassekuranzkapitalzu überlassen. Nach einer, sehr Erheiternug erregenden Erzahlung des Pfarrers Kronberger, seine ruinösen Pfarrgebäude betr., nachdem ferner noch mehrere andere Redner Bemerkungen gemacht hatten, vertritt Staatsminister v. d. Pfordten nochmals die von der Regierung vertangten hohern Postsatze. — Perchenfeld spricht wie auch Staatsminister v. d. Pfordten für den Antrag Rudhart's, ja sogar glaubt derselbe, daß der Staat keine bessere Spekulation machen konnte, als die derartigen Staatsgebäude herzustellen, denn die Baulaizen derselben machten bewelten größere Ausgaben, als die Zinsen des Werthkapitals betragen. Nach den letzten Bemerkungen des Referenten wird zur Abstimmung geschritten. Es wurde dem Antrage des Ausschusses hinsichtlich der Postsatze, dem Antrage Rudhart's und mehreren andern Antragen des Ausschusses; die Verstellung des Einkommens von Gebauren des Cultus und Unterrichts, dann der Communen, bei denen dem Staate die Baupflicht ganz oder theilweise obliegt, sei im Wege des Vertrages auf diese zu übertragen und sich hiebuch noch und nach der Baulast zu erledigen.“ „Die kgl. Staatsregierung möge sich unbeschadet allenfallsiger, von nicht besonderer Dringlichkeit sein Ausnahme erheischten, der Beamten-Wohnungen

ganz entlehnen, und zwar in den Fällen eines bereits erworbenen Rechtes durch Verabreichung einer Entschädigung in Geld, bei neuen Anstellungen aber durch Unterlassen der Zusicherung freier Wohnungen (sofern nöthig unter Gehaltsaufbesserungen, resp. Gehaltsschätzung für den Eintritt dieser Wohnungen). Ebenso wolle aber auch die kgl. Staatsregierung den Gemeinden, wo bestehen zwie in der Pfalz bezüglich der Landkommissäre) zur Stellung von Beamtenwohnungen verpflichtet sind, die gleiche Befreiung gewähren oder möglich machen, unbeschadet des unabgeänderten Fortbestandes der Verpflichtung zur Stellung von Amtslokalitäten und natürlich auch unbeschadet aller von den jetzigen Beamten bereits erworbenen Rechte;" dringlichst, ferner der Reservefond ohne Debatte auf 1,300,000 fl. festgestellt, hierauf die Sitzung um halb 8 Uhr geschlossen. (Montag Berathung des Einnahmenbudgets.)

München, 6. Juli. Heute hielt die Kammer der Reichsräthe ihre 56. Sitzung und hat sofernde von der Kammer der Abgeordneten bereits berathenen Gesetzentwürfe und Anträge, größtentheils nach den Beschlüssen der Schwesterkammer angenommen: 1) den Gesetzentwurf über die definitive Häusersteuer; 2) die Anträge und Petitionen in Bezug auf das Ablösungsgesetz; 3) die Anträge bezüglich der Verbesserung der Dienstverhältnisse der Gymnasialprofessoren und Gymnasiallehrer, und endlich 4) die Anträge um Wiederherstellung einer freien Konkurrenz nicht bayerischer Versicherungsgesellschaften.

Deutschland.

Der „Pfälzer Zeitung" wird aus **München** vom 3. Juli geschrieben: Dem Hrn. Abgeordneten Reinhard, welcher durch seine ungemessene Sprache schon öfter Scandal in der Kammer verursacht hat, steht eine unangenehme Ueberraschung bevor. In einer früheren Sitzung hatte er den königl. Landrichter Welsch der Abfassung falscher Protokolle beschuldigt. Nach Art. 107 der Geschäftsordnung ist jeder Abgeordnete, welcher in der öffentlichen Versammlung eingelne durch die Strafgesetze verbotene Handlungen der Staatsdiener anführt, für die Wahrheit seiner Angabe der Kammer verantwortlich, welche, wenn die angegebene Thatsache falsch befunden wird, den Urheber der Angabe mit Mißbilligung zur Ordnung verweiset, oder ihm die Wortführung auf einige Zeit untersagt, oder seine Ausschließung auf bestimmte Zeit verfügt. Auf jene öffentliche Anschuldigung bin, wofür Hr. Reinhard die angeblliche Beweisstücke auf den Tisch der Kammer niederlegte, wurde gegen den Landrichter Welsch eine strenge Untersuchung eingeleitet, welche dem Vernehmen nach dessen völlige Unschuld ergeben hat. Die Kammer wird nun wohl in wenigen Tagen gegen den Ankläger ihr Recht üben. Wie man hört ist übrigens Hr. Reinhard schon einmal wegen falscher Denunciation und einigen anderen Anschuldigungen in Untersuchung gewesen und hat früher auch in Folge eines Urtheils vor dem Bibunale St. Maj. Adel verloren.

München, 7. Juli. Das Gesammtstaatsministerium hat sich schon einigermal über die aus Berlin eingetroffenen Noten, bezüglich des Friedensschlusses zwischen Preußen und Dänemark berathen. Man hört, daß sich dasselbe entschieden für die Rechte der Herzogthümer ausgesprochen hat. — Das hart verbreitete Gerücht, daß in Debatte über das Militärbudget eine Differenz zwischen dem Kriegsminister und Ministerpräsident herbeigeführt habe, bestätigt sich, wie man aus guter Quelle vernimmt, nicht. Das Gesammtstaatsministerium hat sich schon vor obiger Debatte dahin schlüssig gemacht, sich im äußersten Falle mit den Anschußanträgen noch einverstanden, aber sich entschieden gegen jede weitere Reduktion der Budgetposition zu erklären. — Der Redakteur des „Gradaus" ist vor die nächste Schwurgerichtssitzung wegen eines Artikels in Nr. 100 des genannten Blattes verwiesen. (A. Ab.)

Speyer, 1. Juli. Dieser Tage verläßt uns Se. Durchlaucht Herr Furst v. Thurn u. Taxis, nachdem er als Commandirender des pfälzischen Truppenkorps etwas über ein Jahr in unserer Mitte verweilt hat. Durch sein streng rechtliches, mit der größten Freundlichkeit uns Humanität gepaartes Auftreten, wobei er auch bis zum Schlusse seiner Mission bemüht war, bewies, erwarb er sich die Herzen aller Parteien der Pfalz, und wem Gelegenheit wurde, ihn und seine lieben Angehörigen näher kennen zu lernen, den schmerzt wahrhaftig sein und der Seinigen Scheiden. — Die Armen werden dies vorzüglich empfinden. — Die Bürger der Residenzstadt hatten kaum vernommen, daß der Kriegsgustand aufgehoben sei, als sie auch schon am nämlichen Abende, in bedeutender Zahl, dem würdigsten Machtträger Sr. Majestät einen solennen Fackelzug brachten. Wie der Oefteriete diese Anerkennung aufnahm, bewiesel die an an Mitglied des Stadtrathes gerichtete Zuschrift, welche bereits eine Stelle in dem Frankfurter Journal gefunden hat. — Die Mehrzahl der Bürger, hocherfreut über die Beseitigung des, wenn auch kaum fuhlbaren Ausnahmezustandes, erfreut namentlich deßhalb, weil sie darin das wiedergekehrte Vertrauen ihres Königes zu den Bewohnern der Pfalz erblickte, beschloß, als Beweis wie sie dies erkenne, sowohl dem Herrn Fürsten wie dem Herrn Regierungs-Prasidenten ein Festessen zu geben, und es zeichnete eine bedeutende Anzahl der achtbarsten Burger. Die Königl. Beamten und Herren Offiziere betheiligten sich auf die an sie ergangene freundliche Einladung, und es kam mit Fug und Recht gesagt werden, daß in Speyer noch kein Mahl stattfand welches durch größere Herzlichkeit und Frohsinn gewurzet worden ware. — Der erste Toast wurde vom Adjunkten der Stadt auf Se. Majestat den König in folgenden Worten ausgebracht: „Meine Herren! Seine Königliche Majestät, unser Allergnädigster König und Herr, Maximilian II. „Er lebe hoch!" Den zweiten brachte ein Burger dem Fürsten wie folgt: „Meine Herren! Seine Durchlaucht der Hr. Fürst von Thurn und Taxis!

Was er beim Eintritt in die Pfalz versprochen,
Wie Er's begonnen,
So hat Er's gehalten,
So zu Ende gefuhrt!
Gerecht und milde,
Streng und human!

Ein Mann der That, der Pflicht!
Ein Sohn der Treue, der Liebe!"

Möge Er uns nicht vergessen, wie Er sort und sort leben wird im Herzen der Pfalz!"

„Er lebe hoch!"

Die Erwiderung des Fursten war etwa folgende: „Sie haben mich durch ihre gutige Einladung sehr erfreut, daß Sie mir hierdurch Gelegenheit verschaffen, vor nochmals öffentlich aussprechen zu konnen. Die alten Romer schlossen den Friedenstempel, wenn der Krieg begann; wir machen es umgekehrt: wir schließen den Kriegszustand, indem wir den Frieden eröffnen mit diesem Freudenmahle." Indem er nun noch in schönen Worten auf die bezüglichen Stellung der Pfalz und ihrer Bewohner, so wie auf die Vorzüge ihrer eigenthumlichen Gesetzgebung hinwies, schloß er mit einem begeisterten Hoch auf die schone grüne Pfalz. Hierauf richtete ein Bürger folgende Worte an den Regierungs-Präsidenten: „Meine Herren! Der Herr Regierungs-Präsident von Hohe!"

„Gesetz und Recht!"

„Damit hat er die Pfalz betreten!"

„Damit wird er unter uns heimisch werden!"

„Dafür burgt der Ruf, der ihm vorangegangen!"

„Möge er sich bald überzeugen, daß die Anerkennung der Burger von Speyer ihm schon wurde, und daß die überwiegende Mehrheit der Pfalzer Hand in Hand mit ihm gehen wird!"

„In Gesetz und Recht!"

„Er lebe hoch!"

und es entgegnete Dieser:

„Gesetz und Recht haben Sie mir zugerufen."

„Wohl meine Herren, Gesetz und Recht sei fortan unser Wahlspruch; aus ihm erblühe die Freiheit! Wohlverstanden, die wahre Freiheit, nicht die Freiheit des Raubgesindels, die Felder und Fluren vernichtet, sondern die Freiheit, die Ihren Wohlstand fordert, die Freiheit und Gesetzmäßigkeit, deren Panierträger unser allergnädigster Monarch ist, wohl, daß die Pfalz glucklich sei, daß Erwerb und Gewerbe blühen und gedeihen. Meine Herren! Gewohnt, mich stets auszusprechen, wie ich's eben denk' und fuhle, kann ich Ihnen nicht verhehlen, daß, ob ich gleich nicht bin ein Freund von Zirckeltanz und Lustbarkeiten, wie sie jetzt üblich, mir doch Ihre Einladung angenehm uberrascht hat, weil ich darin den Ausdruck eines Gefuhls erkannte, das ich hoch verehre, den Ausdruck des Dankes für die Gnade Sr. Maj. des Königs, die leuchtet wie die Sonne über Gute und Böse. Blicke ich um mich und sehe ich so viele tüchtige Männer in Einigkeit beisammen, so erfullt sich mir das Herz mit froher Hoffnungen, ja mit der Ueberzeugung, daß Sie an Qualität und Quantität stark genug sind, die Metropole dieser bayerischen Provinz, die Kreishauptstadt Speyer würdig zu vertreten, andern Stadten der Pfalz im Wort und That wurdig vorzuleuchten, wenn Sie nur immer einig sind. Darum einig, meine Herren, und vertrauen Sie mir, daß ich's ehrlich und gut mit Ihnen meine, und zum Zeichen dessen gestatten Sie mir, Ihnen einen Trinkspruch zu bringen nach meiner Weise, aber nicht in fremdem Brausewein, sondern in ächtem deutschen Landesgewachs:

(mit erhobenem Glase)
Was ist dies für ein Wein?
(nach Prüfung)
Geistreich und fein!
(nach wiederholter Prüfung)
Feurig und mild,
So ist des braven Pfälzers Bild;
Gibt Muth und Kraft
Dieser Rebensaft;
Drum Pfälzer Wein,
Muß dies sein!
O schone Pfalz,
Gott erhalt's
Treu und wahr,
Immerdar
Rein
Wie ihr Wein
Muß der Pfälzer Treue zum Haus
Wittelsbach sein,
Drum ist ihr Geschick
Immer nur Glück!

Dem Pfalzgrafen, der Pfalz und den Pfälzern, insbesondere aber allen gutgesinnten Bürgern der kgl. Kreishauptstadt Speyer ein

„dreimaliges Lebehoch!"

Mancher Trinkspruch wurde noch ausgebracht, und je schlichter dieses Redners, desto freundschaftlicher Aufnahme fand er bei den Gefeierten. — Auf die besagte Art entstand der Fackelzug, entstand und verlief das Festessen, und was anderes von hier aus dem Frankfurter Journal berichtet wurde, ist Umwahrheit und hat speziell der Artikel d. d. Speyer, 27. Juni, 2. Beilage zu Nr. 155 des Journals, gelinde gesagt, seinen Entstehungsgrund in gekränkter Eitelkeit und Gallsucht. Eine Wahrheit enthält der Artikel: Die sogenannten Weisen und Farbloſen suchten und suchen Verstohnung aller Parteien zum Wohle ihrer Stadt und der gesammten Pfalz und halten sich, um dies zu erzielen, zunächst für verpflichtet, dem Kgl. Regierungs-Präsidenten und der gesammten Kgl. Regierung mit Vertrauen entgegenzukommen, und werden sich, weder durch unzeitiges Wirthshausgehren, noch durch beispielsweise Zeitungsartikel, von diesem ihrem Streben abhalten lassen. (Pf. Z.)

Landau, 6. Juli. Heute Nacht ist es dem bekanntlich schon zum Tode verurtheilten Junker Fach gelungen, aus seinem Gefängniß in der Kaserne zu entfliehen. Als man ihm heute morgen das Frühstück bringen wollte, fand man die Stube geleert und das Gitter des Fensters durch-

gefeiert. — Diesen morgen ist Hr. Oberstlieutenant v. Eisenfopper am Schlaganfalle gestorben. — Der General Frhr. v. Zeege wurde von einer Militärkommission, welche sein Verhalten als Commandant der hiesigen Festung während des pfälzischen Aufstandes zu untersuchen hatte, einstimmig freigesprochen. (Pf. Z.)

Aus Thüringen, 4. Juli. Großes Aufsehen ist unter unsern Demokraten über den Koburger Angeordneten Reubert, der wegen eines politischen Vergehens verurtheilt, den Herzog um Gnade angegangen; sie nennen dies eine ganzliche Verläugnung von der Partei. — Ein Anderer jener Partei, der Redakteur des im Jahre 1848 bekannten „Freien deutschen Volksblattes", hat jetzt, wie das „Koburger Tagblatt" berichtet, der Meininger Regierung das Anerbieten gemacht, gegen ein gewisses Honorar alle Personen anzugeben, welche zur Zeit seines Aufenthalts in Hildburghausen mit ihm in politischer Verbindung gestanden.

Der Br. Ztg. wird aus Dresden von einem Vorfall berichtet, der sich unmittelbar vor der Auflösung Bakunins an Oesterreich ereignet haben und theilweise als Erklärung derselben gelten soll: „Als der in zwei Anklagen um Leib und Leben verurtheilte und dann im Gnadenwege mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe belegte ehemalige Polizeidirektor Rockel von dem Königstein nach Waldheim abgeführt worden war, machte er bei seiner Ankunft in Waldheim dem Direktor des Zuchthauses das Anerbieten, er wolle für den Fall, daß er von der sattigen Arbeit des Wollekämpelns befreie, der Untersuchungsbehörde ein wichtiges Geheimniß mittheilen. Da der Direktor des Zuchthauses es für angemessen hielt, von diesem Anerbieten Gebrauch zu machen, so hat Hr. Rockel sprudelte Aufschlüsse über einen Koffer, den er gen Koffer mit Briefschaften und Papieren aller Art gegeben, welcher an einem bestimmten Orte in der Antonsstadt-Dresden vergraben worden sei. Diese Angabe hat sich bewahrheitet und die Polizeibehörde hat bei einer in nächtlicher Weile veranstalteten Nachgrabung diesen Koffer wirklich aufgefunden. Ueber den Stand des von österreichischer Seite gegen Bakunin anhängig gemachten Prozesses erfährt man, daß derselbe allerdings für den ersten ehrlichen Anstand behaft thätig gewesen, indeß nicht so schwer gravirt zu sein scheine, als man nach den früheren Anklagen und Verfolgungen, die ihn wahrscheinlich für einen unter allen Umständen verlorenen Mann gehalten und demnach alle Schuld auf ihn gewälzt haben, anzunehmen geneigt war. Sollte die österreichische Behörde nicht in dem Falle sein, ein gleich hohes Strafmaß, wie das in Sachsen ausgesprochene, gegen ihn zu erkennen, so hegt man keinen Zweifel, daß den bestehenden Verträgen gemäß eine Rückfendung des Verbrechers nach Sachsen, keinenfalls aber eine Auslieferung an Rußland stattfinden werde."

Hannover, 5. Juli. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer stellte der Abgeordnete Lang II. folgende Interpellation in Betreff des danischen Friedens: Seit 3 Tagen ist durch die öffentlichen Blätter die Kunde von einem Frieden verbreitet, den Preußen im Namen von Deutschland mit Dänemark abzuschließen sich für befugt gehalten hat, und welchem beigetreten die deutschen Regierungen aufgefordert sein sollen. Ich frage nicht, ob unsere Regierung von dem Inhalte dieses Friedensschlusses Kenntniß erhalten hat, denn es kann der Regierung nicht unbekannt sein, was in allen öffentlichen Blättern steht, daß nemlich, trotz den Bundesbeschlüssen Schleswig Preis gegeben und auch die Berufung Holstein's, eines deutschen Landes, nach einigen Formalitäten dem Könige von Dänemark überlassen werden soll. Auch kann Deutschland das Urtheil über die treibereitsfreude preußische Regierung gern und mit Vertrauen dem Ehrgefühle des preußischen Volkes überlassen. An die Hrn. und der Regierung, und zwar speziell an den Hrn. Vorstand des Ministeriß des Innern erlaube ich mir aber eine Frage zu stellen: „Hat die preußische Regierung unserer Regierung wirklich zugemuthet, einen solchen Frieden im Namen des Königreichs Hannover, im Namen unseres im ganzen Vaterlande hochgeachteten Königs zu genehmigen?" Sollte die Frage bejaht werden, dann bedarf es für mich keiner weiteren Frage, denn ich bezweifle keinen Augenblick, daß das Land, dessen Rechte ich weder überschreite noch zu überschreiten wünsche, mit Vertrauen seine Ehre in die Hand der Regierung legen kann, die es sicher keinen Augenblick verkennen wird, daß Hannover bei dem zu fassenden Entschlusse an den Marken des Ruhmes oder der tiefsten Erniedrigung steht. — Stüve erklärt darauf, daß die zu diesem Augenblicke noch seine physische Mitwirkung eingelassen sei, worauf sich Lang vorbehielt, auf diesen Gegenstand später wieder zurückzukommen.

Wien, 3. Juli. Die „Oldenburger Post" enthält in ihrer Numer vom 2. d. eine Korrespondenz, wonach die Grenzarmee bei dem Landvolke verhaßt sein soll, wobei als Beweis angeführt wird, daß so eben zwei Gendarmen ermordet gefunden, und die Thäter bereits eingezogen worden sein. Auf telegraphische Anfrage hierüber langte auf demselben Wege so eben die Nachricht ein, daß jene Nachricht über den Todtschlag zweier Gendarmen in der Umgebung von Graz sich als eine Lüge darstellt. Uebrigens ist ebenso unrichtig, wie das Factum, auch die Notiz über die bereits wohlbekannte Stimmung des Landvolks. Ueberall wird die Grenzarmee, welche Strafen um Gesetze und Ruhe aufrecht, wie ihre ordnlichen Personen bewahrt, und eine bisher nicht gekannte Sicherheit der Personen und des Eigenthums herausstellt, gerade von dem Landvolk als eine wahre Wohlthat anerkannt.

Aus österreichisch Schlesien, Ende Juni. Der Jüdischen von Brünn, Melchior v. Diepenbrock wird in dem zu seinem Sprengel gehörigen österreichischen Antheile des Fürstenthums Neiße die Firmelung vornehmen. Da dieser kirchliche Akt hier schon seit undenklichen Jahren von seinem Bischofe selbst ausgeübt wurde, so soll derselbe auch diesmal nicht gefeiert werden. Meilenweit wird sich die Geistlichkeit an der Spitze von Processionen mit fliegenden Fahnen nach dem hoch im Wald gelegenen Wallfahrtsort Mariahilf in Bewegung setzen, wo das Sacrament gespendet werden soll. Auch von Seite der Regierung wird der Geistliche mit einer besonders Aufmerksamkeit empfangen werden; der Statthalter wird ihn persönlich an der Grenze begrüßen. Nach beendigter Feier geht Herr v. Diepenbrock nach seinem herrlichen Sommersitze Schloß Johannsberg.

— Wir entnehmen aus einem Korrespondenz-Artikel des „Lloyd," Berlin, 2. Juli, folgende Mittheilung: Die von dem k. k. Kabinet in Wien gemachten Vorschläge sind in diesem Augenblicke fast ausschließlich der Gegenstand aller Berathungen. Wenn in ihnen auch der Antrag einer augenblicklichen Abrüstung nicht enthalten ist, so ist eine solche, insoweit sie sich auf die Geschäfte in den äußeren Angelegenheiten derselben bezieht, bereits von selbst eingetreten; in den innern Angelegenheiten aber ist überall der provisor. Zustand anzuwunden angestrebt worden, da man bei jener Gelegenheit unwillkürlich auf die Idee vom nun an anerkannte Thatsache zurückkommt, daß sich die Geschicke Deutschlands durchaus nicht dessirüh, ohne eine Verringung der beiden Großmächte, gestalten lassen. Unter solchen Umständen brauchselt man hier, besonders in den diplomatischen Kreisen, es dem Land nicht, daß die erwähnten Propositionen des österr. Kabinets — wenn auch mit gewissen Verwahrungen — angenommen werden dürften, zu ein Theil derselben dürfte bereits nach der gestern hier in Berlin stattgefundenen Ministerial-Conferenz schon angenommen sein. Hr. v. Natowitz soll in Folge der nähren Rücksprache mit dem Hrn. König vollständig das Geeignete dazu beigetragen haben, die Berathungen in den richtigen Weg wieder einzulenken. In jenen Vorschlägen der österr. Regierung liegt übrigens auch eine vollständige Entfernung jener Punkte des Streites über die Frankfurter Versammlung und die Präsidial-Angelegenheit, welche hier von den Leuten, die einen Akt des Patriotismus in der Opposition gegen Oesterreich erblicken, sehr fanguinisch als ein Casus belli verkündet worden, obgleich die Besonnenen die Sache niemals von einer so ernsten Seite betrachtet haben.

Breslau, 4. Juli. Auf das Verlangen eines Studenten jüdischer Konfession, zum Examen für das jurisische Doktorat zugelassen zu werden, wandte sich die betreffende Fakultät mit der Anfrage an das Kultusministerium, ob sie diesem Verlangen nachkommen dürfe. Sie erhielt die Antwort, daß nach der Verfassung allerdings die staatsrechtliche Gleichstellung aller Konfessionen hergestellt sei, daß in diesem Falle es aber darauf ankomme, ob es mit den Statuten der Universität vereinbar sei, einen Juden zum Doktor zu promovieren. In der darauf von der Juristenfakultät gehaltenen Berathung kömmte nur Professor Wilda unbedingt dafür, die HH. Abegg und Gaupp nur insoweit, als ein Jude Dr. juris civilis, nicht aber utriusque werden könnte; die HH. Gützer (ssirig katholisch) und Huschke (altlutherisch) fanden die Ertheilung der jurisischen Doktorwürde an einen Nichtchristen als mit sich mit den Grundlagen des Staats und der Universität für unvereinbar, welche Ansicht als das Resultat der Berathung die Oberhand gewann. (D. A. Z.)

England.

Einer Correspondenz der „Independance belge" aus London vom 3. Juni entnehen wir über den Tod Sir Robert Peels Folgendes: „Sir Rob. Peel starb gestern Abend um 11 Uhr 3 Minuten; die den Tag über ausgebenen Bulletins bereiten den auf Jedermann auf dies betrübende Ereignis vor. Eine große Volksmenge drängte sich um die Wohnung des Sterbenden und vermehrte sich fortwährend; ein Constabler war aufgestellt, um die Ertheilung der Menge zu beantworten, da die Annäherung an das Gebäude untersagt war; nur Familienmitglieder der Eintritt in das Haus gestattet. Um 6½ Uhr Abends wurde folgendes Bulletin bekannt gemacht: „Sir Robert Peel ist sehr erschöpft und seine Lage weniger günstig als am Morgen." Es wurde endlich nur noch der Bischof von Gibraltar eingelassen, welchen Sir Robert Peel verlangt hatte, um die Sterbeceremonie aus seinen Händen zu empfangen. Der Bischof kam gegen 8 Uhr Abends, und blieb ungefähr eine Stunde. Gegen 9 Uhr wurde die ganze Familie eingeführt, um Abschied zu nehmen. Lady Peel war so angegriffen, daß man es nicht für gut hielt, sie von der Wahrheit zu unterrichten. Der noch einige Freundschaft mit Sir Robert Peel verbundene Viscomte Hardinge verließ ihn keinen Augenblick. Sir James Graham, sein politischer Freund, wurde ebenfalls gerufen, und hatte noch eine letzte lange Unterredung mit dem Sterbenden; welcher bis wenige Augenblicke vor seinem Tode an vollem Gebrauch seiner Sinne blieb. Einige Minuten vor 10 Uhr schnell das folgende Bulletin alle Hoffnung ab: „Der Zustand Sir Robert Peels hat sich seit 7 Uhr sehr rasch verschlimmert." Um 11 Uhr 3 Minuten brachte der große Staatsmann, in Gegenwart der meisten Mitglieder seiner Familie, von welchen er in der rührendsten Weise Abschied genommen, seine Seele aus. Er starb in dem Speisesaal seines Hauses, in welchen er nach seinem unglücklichen Fall gebracht worden war. Die Nachricht von diesem traurigen Ereignis wurde sogleich durch einen Eilboten nach dem Buckinghampalast und durch den Telegraphen den in der Provinz wohnenden Mitgliedern der Familie des Verstorbenen mitgetheilt.

Belgien.

Brüssel, 30. Juni. Die Debatte über den mittern Unterricht, verbunden mit dem Ausgang der letzten Wahlen und der bekannten Stelle in der päpstlichen Allocution, mußte nothwendig einen Conflikt der Parteien hervorrufen, wie er sich

langer Zeit nicht vorgekommen war. Wichtig ist daher ein Brief aus Rom, dem das Pariser Univers seine Spalten geöffnet hat. Der Correspondent legt darin dem belgischen Kabinet, dessen Hauptthrendy die Vernichtung des Katholicismus ist, mehrere weitaussehende Pläne unter, wovon die Säculasisation des Unterrichts und der öffentlichen Mildthätigkeit nur die Vorläufer seien. Als Gegenstände dieser Bestrebungen werden genannt: 1) die Einmischung der Regierung in der Ertheilung der Diöcesen; 2) die Aufhebung des Briefes Gregors XVI. an den unrechtlich constituirten; 3) Aufhebung des bürgerlichen Eidschwures auf die Bildung der Domcapitel und die Verwaltung des Seminarienfonds; 4) die Unwiderrufslichkeit der niedern Geistlichkeit; 5) indirekte Betheiligung der Regierung an der Ernennung der Bischöfe. Zwar, sagt der Correspondent, seien daraber noch keine förmlichen Vorschläge gemacht worden, indeß habe Minister d'Hoffschmidt den Boden untersuchen lassen. „Es war Zeit", schließt der Brief, „daß Pius IX. die Katholiken über die Gefahren der Religion in diesem Lande aufklärte; Gefahren, die sich in ihrem vollen Lichte nur denen boten erscheinen können, die mit dem Gange der Dinge das belgische Ministerium zu Werk zu setzen gekonnen ist, genauere Bekanntschaft gemacht haben."

Neueste s.

* Würzburg, 8. Juli. (Kilianofeier.) Schon am Sonntag Abend, als am östlichen Himmel ein drohendes Gewitter hinzog, waren Besorgnisse laut geworden, die auf heute beabsichtigte solenne Prozession möchte durch die Witterung eine Störung erfahren. Da nun heute Morgen wirklich Regenwetter eintrat, so war das Bedauern, die Feierlichkeit dadurch gehindert zu sehen, allgemein. Gleichwohl zog die Prozession um 8½ Uhr aus dem Portale des Doms, und nicht anders, als ob der Himmel selbst der schönen Feier seine Weihe schaffen wollte, zerstreuten sich plötzlich die Wolken, das Firmament klärte in seinem azurnen Blau freundlich sich auf, und das Erstarrte und der vorausgegangene Regen hatten nur dazu gedient, die drückende Hitze, die gestern geherrscht hatte, zu kühlen und den Staub zu löschen, der von der zusammengeströmten ungeheuern Menschenmasse nothwendig hatte aufgeregt werden müssen. Die Prozession, feierlich und in schöner Ordnung sich hinziehend, begab sich zunächst in die Kilianskruft in der Neumünsterkirche, wo nach Absingung eines Hymnus der h. Segen ertheilt wurde. Von da bewegte sich der unabsehbare Zug die Straßen entlang, wie wir sie bereits in unserem Blatte vom letzten Samstag bezeichnet haben. Eröffnet war derselbe von der männlichen Schuljugend des Doms, welcher die Schulseminaristen mit ihren Musikchor folgten. An diese schlossen sich die verschiedenen geistlichen Bruderschaften, ihre geistl. Vorstände an der Spitze, mit ihren Fahnen und Auszeichnungen an. An sie reihte der Regular-Clerus, das Alumnat und die Säculargeistlichkeit sich an. Nun folgte der Baldachin mit den drei Bischöfen, die drei h. Häupter enthaltend, und getragen von vier Alumnen im Lowenkrlide. Unmittelbar darnach schritt das hohe Domkapitel und nun kam unter dem gewöhnlichen Trauphimmel, geleitet von einer Abtheilung der Landwehr, das Allerheiligste, getragen von dem hochw. Hrn. Bischof. Unter dem hierauf nachziehenden, fast endlosen Gefolge von Andächtigen drderlei Geschlechts verdient vorzüglich die lange Reihe von wohlgekleideten Jungfrauen noch Erwähnung, die, geschmückt mit Myrthenkränzen und weiße Schleier in den Händen tragend, ein von ihrer ihrer Gefährtinnen getragenes Marienbild, das erhabene Symbol jungfräulicher Reinigkeit, geleiteten. Alle Straßen, durch welche die Prozession sich bewegte, waren dicht gedrängt von Menschenmassen, durch die jene sich hier nur mit Mühe durchwand. Die weiten Räume der Cathedrale faßte die Menge der Andachtigen lange nicht, die sich herbeigetrangt hatten, dem Pontifical-Amte beizuwohnen. Am Schlusse desselben ertheilte der hochw. Bischof den Anwesenen vermöge eigener, vom apostol. Stuhle ihm verliehenen Vollmacht, wie alljährlich an diesem Feste, den päbstl. Segen. In dem Augenblicke, wo wir dieses niederschreiben, ziehen viele Landgemeinden mit Musik und unter Absingung geistlicher Lieder wieder ihrer Heimath zu; Taufende aber weggen noch im Dome und ein, um das Heiligthum in nahen Augenscheln zu nehmen, das dasselbe acht Tage lang der Beschauung ausgesetzt sein wird.

Frankfurt, 8. Juli. Nach einem aus vorliegenden Schreiben von Frankfurt vom gestrigen Datum soll es nun keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die badischen Truppen nicht ausmarschiren. Des Großherzogs königl. Hoh. habe sich selbst gegen die Verlegung entschieden, das Ministerium hierauf seine Entlassung gefordert, dieselbe sei aber bis jetzt noch nicht angenommen. Uebrigens spreche man bereits in gewissen Kreisen von einem Ministerium Blittersdorff.

(Fr. D.-P.-A.)

Heidelberg, 6. Juli. Dem geheimen Rathe und Professor Dr. Ehelius u. resten Sohne, dem praktischen Arzte Dr. Ehelius, ist von dem Großherzoge von Hessen der Ludwigs-Orden verliehen worden, und zwar ersterem das Commandeurkreuz zweiter Klasse, letzterem das Ritterkreuz erster Klasse. — Dem vormaligen Privatdocenten Dr. Griesdänder ist seine Bitte, nach Amerika auswandern zu dürfen, huldvollst abgeschlagen und er bereits schon nach Bruchsal gebracht worden, um die ihm zuerkannte Strafe zu erleiden.

(Fr. J.)

Die heutige Nummer der „Nassauischen Allg. Zeitung" veröffentlicht unter der Ueberschrift: „Nassau und die Union" einen Artikel, der nicht nur vorerstlich geschrieben ist, sondern in welchem sich auch eine hocht ehrenwerthe politische Gesinnung ausspricht. Es wird darin unwiderleglich dargethan, daß, falls auch Nassau von der Union zurücktreten sollte, dies nur eine nothwendige Folge des Austritts der das Herzogthum umgebenden Staaten von der Union und der Verfolgung des preußischen Cabinets sei, welches der Art erscheine, daß in der bisher eingehaltenen Richtung wenig Aussicht sur das Zustandekommen der Union vorhanden sei, wohnd der Satz feststehe, auch Nassau sei für die Union, sondern vielmehr die Union sei für Nassau verloren.

Kassel, 6. Juli. Die Sitzungen der Kasseler Generalpolitonferenz haben heute am 6. Juli begonnen. Dieselben sind im Staatsministerialgebäude. Die betreffenden Vereinsstaaten werden wie folgt vertreten: 1) Preußen: Geh. Regierungsrath Delbrück. 2) Sachsen: Oberpostrath Meixner. 3) Württemberg: Oberzollinspektor Herzog. 4) Sachsen: Zoll- und Steuerdirektor von Zahn. 5) Baden: Ministerialrath Haut. 6) Kurhessen: Geh. Oberfinanzrath Duysing. (Mit der Protokollführung bei der Generalkonferenz beauftragt: Oberfinanzassessor Wille.) 7) Großherzogthum Hessen: Geh. Oberfinanzrath Bierfaß. 8) Die Staatrn der thüringischen Zoll- u. Handelsvereine: großh. sachs. Geh. Staatsrath Thon. 9) Braunschweig: Finanzdirektor v. Thielau. 10) Nassau: Oberstenrath Schott. 11) Die freie Stadt Frankfurt: Senator Leisler. Außerdem wohnt noch der bei der Oberzollbirektion bestehende accreditirte Zollvereinsbevollmächtigte, kgl. preuß. Geh. Regierungsrath Burdach, den Sitzungen bei. Den Vorsitz bei den Versammlungen und die Leitung des Geschäftsganges führt der genannte kurhessische Bevollmächtigte. (N. Hess. Z.)

Wien, 5. Juli. Sehr verwundert, daß alle flüchtig gewordenen und nicht sehr compromittirten Ungarn, welche sich gegenwartig im Auslande befinden, Pässe zur Heimkehr erhalten, wenn dieselben darum nachsuchen. (A. Z.)

Berlin, 6. Juli. Durch den Abschluß des Friedens mit Dänemark hat unsere Regierung nicht allein mit der Demokratie gebrochen, auch die Männer der sogenannten „deutschen Partei", die Gothaer, fangen an ihr unbeu zu werden, zu offenen Krieg zu erklären.

T. D. Berlin, 6. Juli. Das den Friedens-Vertrag begleitende Protokoll, durch welches die bisherige Waffenstillstands-Convention aufgehoben wird, ist bereits von Preußen und Dänemark unterschrieb. — In fünf Tagen beginnen die Preußen ihren Rückzug aus den Herzogthümern. Zu folge eingelaufener Nachrichten von dort rücken alsdald die schleswig-holsteinischen Truppen in Schleswig ein. (K. Z.)

△ London, 5. Juli. Lady Peel ist gefährlich krank. — Der berühmte Diamant Kohinor ist vom Prastenten und Vizepräsidenten der ostindischen Kompagnie der Königin Victoria überreicht worden.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Kaher.

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 6. Juli.
Weizen 12 fl. 21 kr. Korn 7 fl. 16 kr.
Gerste — fl. — kr. Haber 4 fl. 32 kr.

Kassel, 1. Juli. Bei der heute hier stattgehabten 10. Gewinnziehung der kurhessischen Rthlr. 40 Loose sind auf nachstehende Nummern die beigefügten Hauptpreise gefallen: Nr. 141,318 Rthlr. 32,000; Nr. 83,674 Rthlr. 8000; Nr. 186,147 Rthlr. 4000; 105,029 Rthlr. 2000; Nr. 132,338 und nun 150,002 jede Rthlr. 1500; Nr. 113,102, 132,006, 150,009 u. 21,948 jede Rthlr. 1000; Nr. 132,023, 141,315, 141,317 und 150,018 jede Rthlr. 400.

Handels-Berichte.

Mainz, 5. Juli. Mit Getraide blieb es im Laufe dieser Woche und an heutigem Markte im Großhandel bei schwachem Geschäfte unverändert, dagegen wurden in der Halle wegen schwacher Zufuhr etwas bessere Preise bewilligt; effectiver Rass. Rothweizen fl. 8½; effect. Roggen fl. 5½; Gerste effective fl. 5½ per netto 100 Kilo. Rüböl wird auf Rthlr. 37½ per 280 Pfd. l. G. gehalten. Mit dem Schneiden des Repsfeldes wird man dieser Tage allgemein beginnen und steht bei der günstigen Witterung eine gute und trockene Qualität zu erwarten. — Mohnöl geht immer mehr in Preise zurück und wird à fl. 24½ per 50 Kil. Netto angeboten. — Von Leinöl erhielten wir in der letzten Zeit mehrere Zufuhren, welche à Rthlr. 40 ½ — ½ per 280 Pfd. l. G. m. F. verkauft werden.

Frankfurter Cours.

Den 8. Juli 1850.

	Geld.	Waare.
Oesterreich Bankaktien	1126	1131
„ 5% Metalliques	79⅞	79⅝
„ 4% „	61½	62⅛
„ 3% „	48⅞	47⅝
„ 2½% „	43⅜	43⅛
„ 5% Bethmann	76⅝	76⅞
„ 4% „	66½	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839	91½	94
„ 500 „ 1834	146¼	146⅝
Preußen 3½% St. Schuld Scheine	86⅝	87¼
„ 5% Prämien Scheine	103	—
Bayern 3½% Obligationen	83	83½
„ 4% „	86½	89
„ 5% „	102	102⅝
Wurttemberg 3½% „	84	84½
„ 4½ „	97½	97¾
Baden 3½% „	81½	82
„ fl. 35 Loose	34½	32
„ 50 „	53½	54
Nassau à 25. 50 Thalerloose	24½	25¼
Dessen Darmst. fl. 50 Loose	24¾	24¾
„ „ „ 25 „	22⅞	23⅛
Polen fl. 300 „	—	—
Sardinien Loos. 36 „	32½	33½

Druck von Joseph Stelb in Wurzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Beitung.

Expedition: Im Schrallhofe 2. Distr. Nr. 833.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 164. Würzburg, Mittwoch den 10. Juli. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Die katholische Pfarrei Bieberehren, Landgerichts Aub, wurde von Sr. Majestät dem Könige dem Priester Georg Franz Renß, Capitan an der Julius-Hospital-Pfarrei in Würzburg übertragen.

Die deutsche Frage.

Paris. Wenn ich wie erlaube, von hier aus dieselbe zu beleuchten, so geschieht es darum, weil die französische Regierung dieser Frage eine größere Aufmerksamkeit schenkt, als man glaubt, aus Wien, Berlin und St. Petersburg diplomatischen Berichte in Paris münden, welche sehr geeignet sind, die specifisch preußischen Nachrichten zu controliren, u. letztere auf deren wahren Werth zurückzuführen. So haben vor Kurzem gewisse Blätter jenseits des Rheins in vollem Ernste behauptet, der Prinz von Preußen habe bei seinem Ausflug nach Warschau den Kaiser Nikolaus ganz zu Gunsten des preußischen Sonderbundes umgestimmt. In der diplomatischen Welt, welche den Hof von St. Petersburg wegen seines strengen Festhaltens an den einmal aufgestellten Prinzipien wohl kennt, erntete man sogleich den Spott, womit die Berliner-Presse über das Resultat der Reise des Prinzen von Preußen nach Warschau die öffentliche Meinung Deutschlands zu täuschen bestrebt. Ein amtlicher Bericht aus diplomatischer Feder, welcher kürzlich dem General Pahlte zukam, läßt keinem Zweifel Raum, daß die Stellung der deutschen Frage durch Warschau nicht im Geringsten geändert worden ist. Die Gesinnung des Kaisers Nikolaus gegenüber dem preußischen Sonderbunde ist für Oesterreich geblieben, wie sie stets gewesen, und wie sie auf Grundlage der geheimen Artikel des Vertrages von Kalisch, den Bestimmungen des Pariser-Friedens und der Wiener-Finalakte nicht anders sein kann. Diese offizielle Thatsache wird durch alle möglichen Künste und Manövers der preußischen Blätter nicht umgestoßen werden, das verbürge ich Ihnen. — Man wurde gewaltig irren, wenn man die bei Gelegenheit des Attentats gegen den König von Preußen geäußerten Gefühle des Kaisers als Privat-Maun für den Ausdruck der Politik seiner Regierung annehmen wollte, wie es die Berliner Blätter glauben machen wollten. Als vor einem Jahre der Hof von Madrid den General Zarco de la Valle nach St. Petersburg sandte, um die Anerkennung der Königin Isabelle zu erwirken, empfing der Czar den spanischen General als Privat-Mann mit der größten Auszeichnung, und lud ihn sogar ein, an der Seite Sr. Maj. mehreren Militärrevuen beizuwohnen. Dessenungeachtet wurde General Zarco de la Valle nicht mit amtlichem Charakter am Hofe von St. Petersburg zugelassen. Das Nämliche widerfuhr dem General Cesto, als er vom General Cavaignac die Mission erhielt, die Anerkennung der französischen Republik abseiten Rußlands zu erzielen. Nachdem der französische General mehrere Monate lang als Privatier mit allen möglichen Artigkeiten in St. Petersburg überhäuft worden war, mußte er unverrichteter Dinge nach Paris zurückkehren. Diese zwei Beispiele sind mehr als hinreichend, um darzuthun, welche strenge Grenzscheide in der russischen Diplomatie zwischen dem Benehmen des Kaisers im öffentlichen und in Privatleben gezogen zu werden pflegt. — Daß man übrigens in Paris über die geheimen Bestrebungen Preußens schon längst im Klaren ist, habe ich Ihnen schon öfter gemeldet. Ludwig Napoleon erkannte es laut, daß, während er mit Aufopferung der ganzen Popularität, mit Kraft und Strenge die seit der Februar-Revolution erschütterten Grundpfeiler der Gesellschaft zu befestigen unermüdet arbeitet, das monarchische Preußen die kleineren deutschen Staaten durch Aeußerung demoralisirender Axiomen und die mittleren durch die Kammerwühlerei lebensunfähig macht, um sie dann unter dem erheuchelten Prinzip der Conservationen in die Union hineinzuzwingen. Klug, in unseren höheren Regionen nimmt man es als ausgemacht, daß Preußen den nämlichen gefährlichen Weg verfolgt, wie Karl Albert. — Ich weiß wohl, daß man diese inferior Politik durch das Schlagwort: „Die preußische Ehre gebietet es," in Berlin zu rechtfertigen sucht. „Die deutsche Reform" hat als die Bevfechterin dieses Schlagwortes viele Lanzen gegen jene gebrochen, welche die preußische Politik in der deutschen Frage tadelte und im Interesse des gemeinsamen Vaterlandes bekämpfen. — Wenn die preußische Ehre darin besteht, Unrecht zu thun u. Unrecht aufrecht zu halten, so hat sie eben einen sehr kleinen und gewöhnlichen Maßstab. Weil der König mit der dreifarbigen Fahne durch die Straßen geritten und dem deutschen Volke im Interesse der preußischen Machterweiterung Versprechungen gemacht, zu denen das deutsche Volk ihn weder aufforderte, noch die es später annahm; das mag dem Eroberungsdünkel ein Ehrenpunkt scheinen, aber es muß auch denen, die ebenso gut als Preußen zur politischen Selbstständigkeit berechtigt und befähigt sind, erlaubt sein, in dieser Ehre viel Unehre zu sehen. (Lt.)

Ein Wort über die Clubs

Ein Hauptheel oder vielmehr die Basis der Revolutionen sind die Clubs. In diesen unheimlichen Gesellschaften, in diesen Erdstelle der entarteten Bohme wird das Material gesammelt und der Faden gesponnen, den hierauf die dienstbaren Geister, die Beliabdiener des feurigen Moloch um die verhörten Massen schlingen. Der revolutionäre Mann geht offen zu Werke; mit der Bösewicht, der Schurke sieht und sucht Schleichwege, gehrime, finstere Orte, weil diese am meisten der Hölle seines Gemüthes zusagen. — Ein braver Staatsbürger versammelt sich im constitutionellen Staate in dem vom Gesetze erlaubten und nach dem Gesetze gebildeten Vereine; hört und kennt die Beburfnisse seines Landes und Volkes, und die Mittel zur Abhilfe oder Verbesserung der allenfalls vorkommenden Uebelstände kennen und weiß vielleicht selbst seine Ansichten geltend zu machen; alles in freier offener Sprache, wie es dem freien Manne, dem Patrioten gezient.

Der Clubist kann, mit seinen verrufen Pisiren, windt sich wie die Schlange um den Ort, wo der Herenbesen des Verderbens abgefocht wird, mit scheuern Blicke rechts und links blinzelnd, damit ja kein uneingeweihtes Auge die Mysterien der Verschmorenen entdecke. — Mit dem Wesen der Schlange harmonirt auch der Zweck der Clubisten. — Wie Schlange aus hohem Grase unversehens den harmlosen Wanderer überfällt, erdrückt und dann mit ihrem Gefeer überzieht, um ihn desto leichter verschlingen zu können — so die Umstürzmänner. — Ohne Ahnung drechen sie aus ihrem Verstecke hervor, reißen den erstaunten Burger mit sich fort, begeifern ihn mit dem Gifte der Verläumdung, — beuteln den Verstand mit der Aussicht auf Herrschaft und Gütergemeinschaft, je nachdem das Opfer der vermöglichere oder der festsolere Klotz angehört — aber sie nun ihre Hellersplitter auf die Gedankenlosigkeit, auf die Masse des Proletariats, auf die Schächtheenheit der Gutgesinnten und die Bodheit der Unzufriedenen spekuliren, und verschlingen dann den Einen wie den Andern.

Dieses sind einige Lichtstreifen unserer Clubs, die sich von denen anderer Länder, wo sie seit langer Zeit schon gehörig ausgebildet dastehen, gute Muster zum Vorbilde genommen haben. — Clubs haben in Frankreich die erste Revolution bis zur letzten voebereitet und ausgeführt, Clubs haben Baden an den Rain gebracht, Clubs haben Italien verwüstet und Ungarn in namenloses Elend gestürzt, Clubs beingen die ofmaligen Aufruhen in Polen hervor, Clubs haben Deutschland in den Bürgerkrieg gestürzt, und Clubs trachteten vor einem Jahre am 13. Juni in Paris den Hoffnungsschimmer des Friedens gänzlich zu verdöschen, um die lange aufgesponnen Plane der Hochtigten socialen Umwälzung endlich ins Leben zu bringen. Ein gütiger Gott hat uns jedoch gerettet. — Dieß sind die Vortheile, die uns diese finstere Institut darbietet. Der unbefangene Leser wird sich selbst das Urtheil fällen konnen, ob dieselben zum Heile oder zum Verderben führen. (D. B.)

Landtagsverhandlungen.

München, 3. Juli. (CXLVII. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertische: v. Abschardenner, v. Ringelmann, später v. d. Pfordten und mehrere Ministerialräthe. — Der I. Präsident eröffnet um halb 10 Uhr die Sitzung. Das letzte Sitzungsprotokoll wird verlesen. — Referent v. Heemann verliest hierauf den Gesammtbeschluß über die Anträge und Petitionen: „das Gesetz vom 1. Juni 1848 über die Aufstehung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung u. Ablösung von Grundlasten betr." Bei Berathung und Schlußfassung über das Einnahmenbudget eröffnet der Präsident die allgemeine Debatte. — Staatsminister v. Abschardenner spricht einige wenige über die gegenwärtige Finanzlage. Es wurde nun sogleich zur speziellen Debatte übergegangen und der vorausschlägige Betrag der Einnahmen und Ausgaben bei der kgl. General-Zoll-Administration berathen. Die Gesammteinnahme ist auf 6,676,400 fl. angeschlagen, die Ausgaben jedoch auf 1,329,500 fl. festgestellt, was ein Aktivum von 346,900 fl. herausstellt. Die Anträge des Ausschusses lauten: „Die Staatsregierung wolle zur Zeit, im

Interesse der Landwirtschaft, einer Erhöhung Abgaben am Rohzucker entgegenzutreten, so sei weit dies die in Wien versammelten Volksvertreter gestatten. Die Kommer sei der Ansicht, daß, wenn eine erhebliche Herabsetzung des Zolles vom inländischen Zucker erfolge, jene Ersetzung der Rübenerzeugung-Industrie unbedingt zu unberechtigten sein dürfte. Diese Anträge werden angenommen. Es wird nun über den Verwaltungsbericht, über die Rechnungsabnahmen und Anschaffen bei der Generalbergwerks- und Salinen-Administration bezüglich des Bergwesens für ein Jahr der VI. Finanzperiode Berathung gepflogen. Der Reinertrag ist mit 2,400,000 fl. festgesetzt worden. Folgender Antrag rebidirt die Genehmigung: Die Staatsregierung möge vorgesehen darauf Bedacht nehmen, daß der bisherige Gebahrungsgang bei der Generalbergwerks- und Salinen-Administration vereinfacht und dadurch eine Verminderung des zahlreichen Personale herbeigeführt werde." Die Einlösung-Erträgnisse, über die hierauf Bericht wird, ergeben eine Einnahme von 800,000 fl. Gleichfalls angenommen wird die Einstellung der Summe von 417,482 fl. aus den Erträgnissen der Post in die Einnahme sowie dem Antrage des Ausschusses: Es seien die Kosten des Transportes der für den Postdienst bestimmten Wagen nach den für den Transport von Waaren bestehenden Frachtgrundsätzen sich ergebenden Durchschnittssätzen von Seite der Postverwaltung an die Eisenbahnverwaltung zu vergüten und beziehungsweise in Ausgabe und Einnahme zu verrechnen, folge gegeben. Die Erträgnisse der Donau-Dampfschiffahrt betragen sich auf 1,065 fl. Bei diesem Referate werden sämmtliche Spezialreferate durchberathen und es wurde nun zum Referate des Referenten Rebenack, die Gesammtstaatseinnahmen betreffend, übergegangen. Es folgen sämmtliche Staats-Einnahmen. A. Einnahmen des laufenden Jahres. Kap. I. Direkte Steuern: 1) Aus der Grundsteuer 4,623,556 fl.; 2) aus der Hauszinser 592,011 fl.; 3) aus der Dominikalsteuer 262,662 fl.; 4) aus der Gewerbesteuer 816,237 fl.; 5) aus der Kapitalsteuer 550,000 fl.; 6) aus der Einkommensteuer 750,000 fl.; 7) aus den Wittwen- und Waisenbeiträgen 31,853 fl. Kap. II. Indirekte Steuern: 1) Aus den Taxen 2,400,000 fl.; 2) aus den Stempelgefällen 1,020,622 fl.; 3) aus den Aufschlaggefällen 5,500,000 fl.; 4) aus den Zöllen (nach dem heutigen Beschlusse) 5,364,648 fl. Kap. III. Staatsregalien und Anstalten: (Nach heutigen Beschlüssen) 1) aus den Salinen und Bergwerken 2,400,000 fl.; aus den Tabakbauen 800,000 fl.; 3) aus der Postanstalt 417,482 fl.; 4) aus der Donau-Dampfschiffahrt 1065 fl.; 5) das Lotto wurde auf Antrag Ferdinand Hefelds mit 1,200,000 fl. in das außerordentliche Budget gesetzt, wobei Staatsminister v. Kübeck bemerkte, daß bis jetzt die auf die Finanzperiode treffende Einnahme noch nicht zur Hälfte gemacht sei; 6) aus dem Gesetz- und Regierungsblatt 16,000 fl.; 7) aus den übrigen Regalien 20,373 fl. Kap. IV. Staatsdomänen: 1) Aus Forsten, Jagden und Triften 2,600,000 fl.; 2) aus Oekonomien 227,342 fl.; 3) aus Bergen, gemischten, gemeinen- jagd- und jagdherrlichen Gefällen und Naturalien 4,441,744 fl.; 4) aus den Zinsen von Staatskapitalvabialien 193,798 fl., bei diesem Kapitel werden folgende drei Anträge des Ausschusses angenommen: 1) die königl. Staatsregierung sei zu ersuchen, mit dem nächsten Budget für 1851/52 und folgende Jahre ein Verzeichniß über unter die Rechnungsrubrik „Oekonomie und Gewerbe" fallende Realitäten der Kammer vorzulegen, welches für jedes einzelne Objekt a) den beiläufigen Kapitalwerth; b) die Benützungsart (Regie, Verpachtung, Verwiethung, Verwaltung als Dienstwohnung oder Dienstland); c) den dermaligen Brutto- und Reinertrag nachzuweisen hat. d) die Verhältnisse darzustellen hätte, welche gegen die Veräußerung des Objekte und dessen Fortterhaltung in Regie, resp. Verpachtung sc. sprechen. 2) Die kgl. Staatsregierung möge darauf Bedacht nehmen, daß diejenigen Kapitalsummen, welche von der Centralstaatskasse gegen Zins und nicht wie das Dotationsfondsgut um die Ablösungsgelder, von Staatsgrundrenten eine spezielle Bestimmung haben, zu dem Eisenbahnbau verwendet werden. 3) Der Park im Speffart solle sortan nicht mehr auf Staatskosten unterhalten werden. — Kapitel V. Besondere Abgaben 53,173 fl. Kapitel VI. Lediege Einnahmen. 1) Die Interessirenden und der Park im Neusiedl wurde nach der postulirten Summe von 40,000 fl., 2) die Entschädigung von der Krone Oesterreich ebenfalls auf 100,000 fl., 3) Erlös aus Mobiliarschaften 926 fl., 4) zufällige Einnahmen 4347 fl., einstimmig angenommen. B. Einnahmen aus dem Bestande der Vorjahre 600,000 fl. Die hierauf erfolgte Berathung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über den Gesetzentwurf, die definitive Häuserfrage betr., wurde der Andrang gestellten gestrichen; hierauf der Gesammtbeschluß über dies Gesetz verlesen, die Sitzung um halb 1 Uhr geschlossen und die nächste auf Mittwoch früh anberaumt.

Deutschland.

Kassel, 5. Juli. Die „Kr. D.-P.-Z." theilt die gestern hier vom Kurfürsten ausgegebene Verkündigung mit, welche die Offiziere auf den 10. Juni in Folge zu einem Wechsel des Ministeriums und vor einigen Wochen zur Auflösung der Ständeversammlung bewogen haben. Dieses sechs Folioseiten starke Aktenstück erinnert im Eingange daran, wie im März 1848 und später der Landesherr alle Wünsche des Landes bereitwillig entgegenkommen, und zwar sowohl denen, welche sich auf die inneren Zustände Kurhessens bezogen, wie denen, die eine neue Gestaltung der allgemeinen Verfassung Deutschlands betrafen. Die Bestrebungen, welche sich in der letzten Richtung hin geltend gemacht, hatten insbesondere seinen Erwartungen nicht entsprochen. Der Landesherr habe gezaudert, sein Ja! eine die gesammten Staaten des deutschen Bundes umschließende Staatsverfassung zu Stande kommen werde. Auf dem früher eingehaltenen Wege sei, wie immer klarer geworden, dieß Ziel nicht zu erreichen gewesen, und habe er deßhalb das frühere Minisserium entlassen. Es dann wird dargelegt, wie dem auf eine Thatsache sich gründenden Mißtrauen, welches die Stände dem jetzigen Ministerium gegenüber ausgesprochen, keine Folge hatte gegeben werden können, so wie dem Landesherrn allein reserwirt wäre, eine solche Aeußerung zu prüfen und darüber zu entscheiden. Endlich werden die Vorgänge geschildert, welche der Auflösung der Ständeversammlung nothwendig gemacht und daran die Versicherung geknüpft, daß man einen Eingriff weder in die landesherrlichen, noch in die verfassungsmäßigen Rechte der Stände wollen werde. — Der Landesherr spricht ferner die Ueberzeugung aus, daß das Volk zum nächsten Landtage besonnene, von dem Geiste leidenschaftlicher Parteisucht entfernte, und die Landesverfassung ehrende Männer als Abgeordnete wählen, und nicht in der kurzen Zeit bis zur Eröffnung der nächsten Ständeversammlung durch die sicherlich gerechtfertigte Auflösung neue Verbindlichkeiten die schwierige Lage des Vaterlandes noch verschlimmern werde. Sollten indeß wieder Verwarten Stockungen im Staatshaushalt eintreten, so werde er aus landesfürstlicher Huld u. Gnade durch seine eigenen Mittel diejenige einstweilige vorschussweise Aushilfe eintreten lassen, welche er für den ungetrennlichen Wohl seines fürstl. Hauses u. seines Landes für angemessen erachte. Das Aktenstück ist datirt Philippsruhe, 28. Juni 1850, u. Friedrich Wilhelm unterzeichnet. Hieran, sowie an die solenne Eingangsformel „von Gottes Gnaden" u. den Mangel der Contrasignatur knüpft ein hier erscheinendes Blatt, die „N. Hess. Ztg.," als Famulus des abgetretenen Ministeriums bekannt, die abenteuerliche Consequenz, daß jener, der das Schreistück als einen wirklichen landesherrlichen Erlaß verbreiten werde, sich damit einer gesetzwidrigen und strafbaren Handlung schuldig mache. Natürlich hält der Herausgeber jenes Blattes diese Ansicht selbst nicht für wahr, und ist im Grunde nur ein Versuch, durch diese Seiten, deren Aeußerlichkeit freilich sehr groß sein mußte, von dem gleich darauf folgenden Inhalte abzulenken. Denn, wenn gleich diese staatsrechtliche Natur ist, so bedarf doch nicht jede landesherrliche Aeußerung, der diese Eigenschaft zukommt, der Contrasignatur. Der §. 109 der Verfassungsurkunde schreibt eine solche nur vor bei Verordnungen, Verfügungen, welche in Bezug auf die Regierung u. Verwaltung des Staats vom Regenten ausgehen. Die Gegenzeichnung ist mithin nur da nothwendig, wo es sich um Rechte und Pflichten der Unterthanen handelt, nur in den Fällen, in welchen die Landesverfassung dieß bestimmt. Vorliegend ist jedoch weder etwas verfügt, noch etwas angeordnet, geschweige denn, daß irgendwie die Rechte irgend eines Unterthanen nur berührt worden waren. Daß das fragliche Aktenstück keiner Contrasignatur bedurfte, ergibt auch die Bestimmung der Verfassungsurkunde, daß nicht constitutionelle Anordnungen und Verfügungen nicht vollziehbar sein sollen, da offenbar hier gar nichts zu vollziehen ist. Der weitere Eindruck, den die Behauptung der „Neuen Hessischen Zeitung" erregt, je nachdem diese als ernstlich gemeint, oder als vorgeschoben angesehen wird, vermehrt sich aber noch, wenn man sieht, wie dieselbe, der Halbdrewtrabs noch von Ehrfurcht vor der Allerhöchsten Person des Landesherrn sprechen hört, dem sie nicht einmal zugestehen will, zu seinen Unterthanen von Landesangelegenheiten zu reden.

Wien, 4. Juli. Aus allen Kronländern, in denen sich noch Vertretungskörperschaften an dem für die geheilte Entwicklung Oesterreichs heilsam so denkwürdigen Tage des 1. Juli's das Leben traut, langen die befriedigsten Nachrichten über die hohe Theilnahme ein, womit die Installirung der Landes- und Bezirksgerichte Seitens der Bevölkerung begrüßt wird. Nicht blos das neue Organisationswerk der Gerichtsbarkeit in der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit ist es, was die Gemüther mit großartem Vertrauen in die Loyalität der Regierungsmaßregeln erfüllt; noch mehr ist es die nicht zu bezweifelnde Gewißheit, daß das Gouvernement auf seinen Reformwegen vor keinem Hinderniß zurückweicht, sondern mit unerschütterlicher Tiefer das ausgesetzte Ziel der Reorganisation Oesterreichs rastlos im Auge behält. Das sind die eigentlichen Faktoren, welche den Kern der Bevölkerungen in allen Theilen der Monarchie mit freier Zuversicht die Zukunft bewillkommnen lehren. Dieser durch und durch gesunde Kern, den eine traurige Vergangenheit angsamlen und verschrecken, schaart sich ein unüberwindlicher Phalanx um die Lenker der Geschicke Oesterreichs, mit richtiger Einsicht die Gründe würdigend, welche dieselben veranlaßten, von vermeerlicher Stagnation sich ebenso fern zu halten, als von zu hastiger Ueberstürzung. Nur auf dem Uebergangswege mit unerschütterlicher Recht wandelnd, sich als solches darzustellen, wer die Schwierigkeiten erwägt, die beseitigt werden mußten, um dem Princip, auf dem die Reform basirt, Geltung zu verschaffen; wer die Ansahne nicht unfreudig findet, daß früher der Schutt hinweggeräumt werden muß, ehe man den Neubau selbst beginnen kann, — der wird unbedenklich zur Ueberzeugung hingeleitet, daß die durch die Verfassung garantirten und nöthig geworbenen neuen Institutionen eben zur geeignetsten Zeit, nicht zu früh, nicht zu spät in das praktische Leben eingeführt werden. Nicht zu früh, weil der Gährungsprozeß, dem wir seit 1848 verfallen waren, sich allgemach abgeklärt hat, und das Vertrauen gegenseitig wieder zu erwachen beginnt; nicht zu spät, da leider noch nicht alle Theile der Monarchie in der Weise gekräftigt sind, um freie Institutionen zu ertragen, wie jene, in welcher die Juridictionen mit dem ersten Tage des Monats eine neue Aera begann. (Oest. Kfp.)

Wien, 4. Juli. Das Neigkeitsbureau berichtet: „Während eines in Frohdorf, der Residenz des Herzogs von Bordeaux, abgestatteten Besuches, bemerkten wir daselbst einen förmlichen Hofstaat, der sich mit Hingebung und Treue um

Digitized by Google

den legitimen König schaart. Der Prinz, sowie seine Gemahlin und die daselbst anwesende Dame versehen, die Herzogin von Angoulême, deren Aufmerksamkeit einen großen Einfluß auf diese Verstimmung der höchsten Aristokratie Frankreichs, unter welcher wir die bekannten Grafen Blacas, Latour-Dupin, de Bital, St. Ange, Due Mollé, Marquis de Monti, de Bibray, Vicomte de Bibray mit ihren Familien bemerkten. Täglich langen noch aus Frankreich und England Anhänger dieser Dynastie in Frohsdorf an, welche das Heil des Herzogs theilen und den Fall seines Hofstaats vergrößern. Die Herren Larochejacquelein, Jean von Linia, v. Tricot und Favort werden heute dort erwartet. Sowohl der Herzog von Bordeaux, als auch seine Gemahlin, werden von dieser Versammlung stets als König und Königin angesprochen. — Gestern wurden die Verhandlungen der Vertrauensmänner über das lombardisch-venetianische Statut wie einer Rede des Ministers des Innern geschlossen. Die Vertrauensmänner kehren sogleich in ihre Heimath zurück, werden jedoch vor mehrere Bitten dem Kaiser vortragen, und namentlich jene am Aufhebung des Belagerungszustandes.

Prag, 3. Juli. Die Missionen sind in Böhmen überaus thätig und wandern aus einem Kreise in den andern; von allen Seiten her strömen die Bauern scharenweise zu den martigen Kreuzen, deren Errichtungsorten Prozessionen, und wie gewöhnlich auch die meisten Blätter über diese Geistlichen wissen, haben diese eben nun einmal doch die größere Hälfte der Jubiläume für sich.

Berlin, 7. Juli. In Betreff der Ratification des Friedens mit Dänemark hat man, wie dieselbe hierher gemeldet worden, bis zur Stunde noch keine Nachricht. Dagegen soll ein unerwarteter Widerstand von Hannover gesetzt worden. Dasselbe weigert sich entschieden, zu ratificiren. Diese Thatsache, im Zusammenhang mit der Anwesenheit Bandissin's daselbst, läßt auf Eventualitäten schließen, die für Preußen ebenso demüthigend, als gefährlich wären. Man hält es für möglich, daß Hannover daran denke, ein nordeutsches Prinzipat sich in Schleswig zu erobern. (?) Die Session wird, wie man vernimmt, vom Schluß einer gewissen Neutralität umgeben werden, indem ihr eine Vertagung bleiben soll, die sie in den Wechselfällen des Krieges entzieht. — Der Schaden, den die Union durch die stets neuen Zögerungen erleidet, wird recht klar, wenn man sieht, wie selbst die Staaten, die zu den treuesten Anhängern derselben zu zählen waren, von der Zahl der Abfallen mit ergriffen werden. So erinnert sich nun auch Sachsen-Weimar, gestockt durch das neueste Gruppensystem, seiner hohen Bewandtschaft und hervorragenden Stellung unter den Thüringen und sangt daher an, schwierig zu werden.

England.

London, 2. Juli. Der Londoner Protokollantwurf über die Regelung der schleswig-holsteinischen Verhältnisse lautet: Gegenwärtig: die Bevollmächtigten von Oesterreich, Frankreich, Dänemark, Großbritannien, Preußen, Rußland, Schweden. Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich, die Regierung der französischen Republik, Ihre Maj. die Königin von Großbritannien, Se. Maj. der König von Preußen, Se. Maj. der Kaiser aller Reußen und Se. Maj. der König von Schweden und Norwegen haben — in der Erwägung, daß die Erhaltung der Integrität der dänischen Monarchie, verbunden mit den allgemeinen Interessen des europäischen Gleichgewichts, wie sie ist, von hoher Wichtigkeit für die Erhaltung des Friedens sei — beschlossen, auf die Einladung Se. Maj. des Königs von Dänemark die vollkommene Uebereinstimmung kundzugeben, welche zwischen ihren Kabinetten rücksichtlich der Aufrechthaltung dieses Princips besteht, und ermächtigten ihre in Konferenz vereinigten Bevollmächtigten nachstehende Erklärung in ihrem Namen abzugeben: 1. Es ist der einmüthige Wunsch genannter Mächte, daß der Bestand der vermalen unter der Krone Dänemark vereinigten Besitzungen in seiner Integrität erhalten werde. §. 2. Demgemäß erkennen sie die Weisheit der Absichten an, welche Se. Maj. dem König von Dänemark bestimmen, die Erbfolgeordnung in dem königl. Hause eventuell in der Weise zu regeln, daß die Anordnungen dadurch erleichtert werden, mittels deren die dänische Monarchie unverletzt bleiben wird. §. 3. Dieselben werden fortfahren, ihre Bemühungen dafür zu vereinigen, daß die zu Berlin, unter großbritannischer Vermittlung auf der Grundlage der zu Berlin festgestellten Präliminarien eröffneten Friedensunterhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß gelangen. §. 4. Nachdem dieses Ziel erreicht sein wird, behalten die genannten Mächte sich vor, sich untereinander darüber zu einigen, den Resultaten dieses Friedens durch die Zustimmung der obenerwähnten Mächte ein neues Unterstand des Bestandes zu geben. Man ist übereingekommen, daß diese Benachrichtigung in London stattfinden soll und die genannten Mächte ihre Vertreter diesem Behufe mit den erforderlichen Vollmachten versehen werden.

Frankreich.

C Paris, 7. Juli. Vorgestern Nachmittag um 2 Uhr, als Oberst Pauleye, Adjutant des Präsidenten der Republik, zu Wagen das Elysée verließ, stürzte ein junger Mensch, den die wachhabenden Soldaten um Paßzeugnissen schon sonst sehr ängstlich in der Nähe sich hatten aufhalten sehen, rasch auf den Wagen zu und sah scharf in das Innere, während er zugleich in der Seitentasche seines Rockes einen verborgenen Gegenstand zu suchen schien. Da er sah, es befinde sich der Präsident nicht im Wagen, so ließ er den Lauf der Begebenheiten vermuthet hatte, kehrte er rasch um und schlug den Weg nach der Straße Miromesnil ein. Ein Polizeiagent schien ihm den Weg versperren zu wollen, er trat aber freiwillig an ihn heran und sprach: „Sie haben den Dienst sehr schlecht versehen; ich habe bemerkt, daß ich mit Pistolen bewaffnet bin, und muß ein Ende nehmen. Ich kam hierher, um den Präsidenten zu ermorden. Seit Mittag warte ich bereits. Es scheint mir das Schicksal nicht günstig zu sein; denn als eben ein Wagen vorausfuhr, und ich mein Pistol mit vollster Energie auf ihn los, daß eine andere Person sich darin befand. Er sprach kurz, abstoßend, gereizt. Der Polizeiagent Lambert überzeugt, daß er es mit einem Narren zu thun habe, griff sofort nach der Seite des Malfaiteurs, wo der junge Mensch sein Pistol verborgen zu haben angab. Er bemächtigte sich dieser Waffe und fand sie geladen, die Kapsel aufgesetzt und den Hahn gespannt. Vor den Bezirkspolizei-Commissär geführt, erklärte der Verhaftete: er heiße Alfred Watter, sei 21 Jahre alt, ein Buchdrucker, wohne rue Cherubini 8 bei seinen Eltern. Befragt über die Beweggründe zu dem eben beabsichtigten Attentat, antwortete er mit großer Ruhe, daß er seit einiger Zeit viel darüber nachgedacht und Träume ihm verkündet hatten, es sei sein Schicksal bestimmt, dem Präsidenten nach dem Leben zu trachten. Er verschiedenen Gelegenheiten habe er indessen bemerkt, daß das Leben des Präsidenten von einem mächtigeren Schutzgeiste beschirmt wäre, als der seinige. Dies sei heute zweimal der Fall gewesen, wo er zwei Wagen nacheinander habe aus dem Elysée fahren sehen, in denen der Präsident sich nicht befunden habe. Er glaube also, sein Geschick soll sich nicht erfüllen und habe sich darum freiwillig verhaften lassen. Er erklärte, daß er am Tage vorher bei dem Waffenschmied Lefaucheux den Abend vorher habe scharf laden lassen. Also seine politischen Ansichten betreffe, so bemerkt er, daß er ein eifriger Besucher der Clubbs von Blanqui, Barbès und Billain gewesen. Seit der Zeit habe er die ertremsten Blätter gelesen. Er behauptet, Niemand sein Vorhaben mitgetheilt zu haben, welche Behauptung von seinen Mitarbeitern in der Buchdruckerei bestätigt worden ist. Man bemerkt, daß er oft ausblieb, daher stets nur geringen Lohn erhielt, daher aber immer Geld hatte und unnützliche Ausgaben machte. Die Autoredenten dieses jungen Mannes sind sehr unglücklich. Ein Sohn braver Eltern, verlebte er von früher Jugend mit Vogabunden und den gemeinsten Dirnen. Am 12. Febr. d. J wurde er zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er in der Passage Jouffroy dem Wächter von einem Polizei-Inspizienten mit einer Pistolen gedroht hatte. Vor diesem den Gerichten übergeben. Wir können die vollkommene Zurechnungsfähigkeit dieses jungen Mannes nicht anderängt behaupten. Nach seinem eigenen Verhör vor Gericht sind aber Zweifel erlaubt; denn er verabredete sich, um seine Ingst. Seit langer Zeit war ich der Spielball in meiner Phantasie, dies entsetzte mir das Leben und ich hatte zwei Pistolen gemiethet, mich zu erschießen. Im Augenblicke des Abendkens verließ mich der Muth; da man sich fortwährend aber mich listig machte, mich zu erschießen, so kaufte ich zwei Pistolen, betrank mich, um mir Muth zu machen und begab mich in ein Bordhaus, um meinen Vorsatz auszuführen. Da begieg ich in der Berauschung die Handlung, um welcher willen ich verhaftet bin." — Von allen Journalen bringen nur die „Debats" die Nachricht von diesem Attentat mit der Bemerkung: der Mißethäter sei der Bruder (dem Buchdrucker des gestern erschienenen Journals der Londoner Flüchtlinge, „le Proscrit,") in Diensten gestanden.

Schweiz.

Zürich, 1. Juli. Die Rotten schreinen ihre Sache nicht aufgeben zu wollen, vielmehr wieder auf einen Schlag sich vorzubereiten, zu welchem sie nur das Signal von Westen erwarten. Die hiesigen-Geschäfter, welche in unserer Stadt und deren Umgebung sich meinen, die freche Sprache, welche manche Flüchtlinge über die das Asylrecht ihnen gewährende Schweiz sich erlauben, die gefüllteren Borsen anerkannter Führer, die trotzigere Haltung untergeordneter Individuen, — Alle dies deutet auf eine nahebevorstehende Krise hin. Bald wird etwas im Werke sein muß. Die Beschlüsse der nördlichen Grenzkantone, die Flüchtlinge in das Innere der Schweiz zurückzuweisen, dürften ohnehin unsere Wahrnehmungen bestätigen. Nicht umsonst sehen wir anerkannte Führer der Rotten in Schnellen Touren nach Frankreich wandern, jedoch muß es uns um so auffallender erscheinen, wenn Abgeordnete südwestlicher Kammern (natürlich von der äußersten Linken) nur auf 20—36 Stunden nach Zürich und Bern kommen, um sich in großer Eilfertigkeit mit hervorragenderen Flüchtlingen in geheime Konferenzen einzulassen und Reden zu retour zu eilen. So waren auch vorgestern nur auf einen Tag die Abgg. Kranz und Pfäffli hier; — das eilige Zusammentreffen von vorzugsweise wirthende. Flüchtlingen, namentlich solcher von ausgesprägter sozialistischer Tendenz in ein hiesiges Café, und in besonderem Separatzimmer, durfte nicht nur gesellschaftliche Zwecke, sondern auch politische Bedeutung gehabt haben. Ein Hauptführer der Rotten, Buhl von Gmünd, war an jenem Abend ebenfalls gegenwärtig, ein Zusammentreffen, das man schwerlich zufällig nennen wird. Untergeordnete Subjekte, Maschinisten im Theater der Rotten, haben schon in geheimer Offentlichkeit verlauten lassen, daß man bald wieder etwas im schwabischen Oberlande auszuführen gedenkt, und wenn auch kein weiterer Erfolg erzielt werde, so habe der schweizerische Bundesrath allesamt einen preußischen Dictator." Auf Friedrichshafen fest es diesmal abgesehen.

(Dtsch. Kur.)

Bern, 7. Juli. Der Regierungspräsident Blösch hat in der heutigen Sitzung des Regierungsrathes die Mittheilung gemacht, daß der französische Gesandte in einem in den verbindlichsten Ausdrücken gefaßten Schreiben der Sympathien seiner Regierung für den Umschwung der Dinge im Kanton Bern erklärt habe. Da nun alle Regierungsmitglieder anwesend sind, so wurde eine neue Versicherung der Loyalität gegenüberungenommen. Es erhielt Blösch das Kirchenwesen, Fischer das Innere, Moschard das Erziehungswesen, Fueter

die Finanzen, Rothlingsberger das Militär, Elsäßer Justiz und Polizei, Dahlee das Bauwesen, Strand Forst und Domänen.

Vermischte Nachrichten.

Wenn man aus Erfurt die Wiege eines neuen deutschen Reichs hat machen wollen, so ist dies zum Theil wohlgelungen; man schickt nemlich nach den gehabten parlamentarischen Aufregungen in dieser Wiege Erfurt nun einen um so sichreren politischen Schlaf. Was sich von der hohen Parlamentsversammlung am Längsten in Erfurt hält, das sind bekanntlich einige Mitglieder der Journalstehändine, die man noch hier unbervonbelu sieht, unter ihnen einen früher bezeichneten orientalischen Literaten, der neulich wegen gar zu schöner Berichte ausgewiesen wurde und dadurch eine um so größere Anhänglichkeit an Erfurt zu empfinden scheint. — In einem kleinen Unionsstaate, wo das souverane Volk den Fürsten sein „von Gottes Gnaden" gestrichen hat, hat man diese Streichung in der Wirklichkeit praktisch so ausgeführt, daß man in den noch vorräthigen gedruckten Urkundenformularen diese Worte zweimal durchstreicht und diese durchstrichenen Urkunden dann von dem regierenden Fürsten vollziehen läßt. So ist doch die Schamlosigkeit auf das Höchste getrieben, einige gewendete Formeln höher anzuschlagen, als die Gnade Gottes, der will man dem Fürsten diesen Raub möglichst recht oft vor Augen halten?
(N. P. Z.)

Bern, 23. Juni. Nachstehend geben wir ein Verzeichniß eines Theiles der sich in Zürich gegenwärtig aufhaltenden politischen Flüchtlinge: Abt, Schriftsteller, Spieler, Mdg- und Schuhmacher; Aberle; v. Beust, Schuldenmacher; Anguß Braß; Banckier aus Wurttemberg, etablirt im rothen Zelt, handelt mit Wurst, Cigarren, Pomade ꝛc.; Bickel; Bolt, vrvol. Offizier, hat badische Pferde verkauft und lebt aus Kredit davon; Brickel, hat gleichfalls Pferde verkauft, das Geld aber bereits verbraucht; Buß, Bedienter; Backsisch, Kupferschmied; Gustav Diezel, Schriftsteller, Uebersetzer, Redakteur aus Nürnberg; Dieg, ehemaliger Civilkommissar, hat sich gesorgt, seit derzhalb auf großen Fuß; Damm, von der ehemaligen Landregierung Baden; Emmermann vom Rhein, läßt sich Oberfortmeister nennen; Ergelet, Schauspieler; Egenter, ehemaliger Redakteur der Konstanzer Seeblatter, leidet an politischem Wahnsinn; Fingerut, ehrerbietiger Jude; Fuchs, Advokatenschreiber; Frech, Jugen. Studirtab der provisorischen Regierung hat für sich zu sorgen gewußt; Freiberg und Grimm, beide vrvol. Offizier, die sich von verkauften badischen Pferden ernähren sollen; Gobler, vrvol. Offizier, wollte erst eine Kneipe pachten, hat sich aber sehr vom Banquier Schultheß in dessen Seidenstrumpf fabrik anstellen lassen; Gerber, Bruder Bummler; Haug, Schuhrenmacher; Held aus Stuttgart, Wirth im „Cosser Harmonie"; Herren aus Sachsen, reich; Hepp, ehemaliger Mitglied der provis. Regierung in der Pfalz, hat für sich gesorgt; Haug, vrvol. Offizier; Hostetter nebst Familie aus Baden, vrvol. Offizier; Hoffmann, vrvol. Offizier (Heidelberg) Theatermaler bei Direktor Reamer; Hildebrand; Dr. Kopfe, Wirth zur Meierei; Kunze I., vrvol. Offizier, lebt von badischen Pferden n. badischer Kriegskasse; Kunze II., Bruder des Vorigen, Bedienter; Kohler, ers. Oberst, hat sie sich gesorgt; Kaiser, vrvol. Offizier; Kupfermeier, der bekannte Kaufmann von Konstanz; Lemmert; Lüning, alter Flüchtling; de la Hoge, Prämer Zeugkaufsurmeze; die beiden Löwenthal; Mainzger, vrvol. Offizier; Motzer; Oswald, vrvol. Offizier; Diepophl; Ottenfoler; Oti, Schriftsteller und Kritiker der Revolution; Oppenheim, der bekannte Plan, Redakteur vom Eulenspiegel; Reutinger, vrvol. Offizier; Reymann, Apotheker von Offenburg; Romanoli, Interspeer; Sigel, Oberst, Bruder des General, Bummler; Senges, vrvol. Offizier; Schener vom Rheine, Spieler; Stein, der dicke; Seydel, Oberst, Mitglied des Flüchtlingskomité; Dr. Schilling, Civilkommissar; Schwarz, vrvol. Offizier; Stark, Soldat; Schmidt, Zeichnermeister; Seidl, Soldat; Sprenger, Bummler; Tzschirner; Tod; Umlschieden; Banolti, Advokat von Konstanz; Vogel, Lehrer, Civilkommissar; Weil von Biel; Walther v. Ravensburg, Stabsoffizier, jetzt Seifensabrikant; Wolff aus Breslau, Schriftsteller, Weiser von Stuttgart, Schriftsteller; Windwart; Weindel, ehemaliger Stabsoffizier, jetzter ers. Stabsoffizier; Weinel; Weißhaar von Leonstetten, reich; Willmann von Pforzen; Wermwag von Kenzingen; Wenzel, Student, Legionär; Wagner, Kapellmeister aus Dresden; Zöpfe, genannt Doktor, Bummler. — Die hier genannten Flüchtlinge haben, mit wenigen Ausnahmen, entweder eine Kaution oder eine Bürgschaft von 400 Schweizer Franken dem Polizeiratbe in Zürich gestellt. — Ferner von Heuneberg, vormals Chef der Sicherheitsbehörde in Wien, beschäftigte sich vor seiner Abreise von Zürich mit der Anfertigung von Pomade, Haarwuchsöl, Fleck- und Tintenwasser.

Neuestes.

München, 8. Juli. Die betreffenden Ausschüsse beider Kammern haben übereinstimmend beschlossen, daß die allgemeine deutsche Wechselordnung erst mit dem 1. Jan. 1851 in Kraft treten soll. — Nachdem 52 Jahr alt, hat ausgezeichnete von den jetzt lebenden Landschaftsmalern ist gestern gestorben.

Frankfurt, 5. Juli. Von Vorarlberg ist durch einen Offizier die Meldung hierher gebracht worden, daß das ganze Armeecorps marschfertig sei und zum Augenblick der Befehl zum Einmarsche nach Baden gewärtige. Nach Aussagen dieses Offiziers soll in dem Corps durchgängig diese Augenblick sehnlichst herbeigewünscht werden, und der Geist der Truppen überhaupt ein in jeder Hinsicht ausgezeichneter sein. Sonderbarer Weise sagen die hiesigen Soldaten die Ansicht, daß der Großherzog von Baden gefangen sei und daß sie bestimmt seien, ihn zu befreien.
(D. B.-Bl.)

Frankfurt, 8. Juli. Ihre k. Hoh. die Frau Herzogin von Kent wird ihren Aufenthalt in unserer Stadt um mehrere Wochen verlängern und hat bereits vorgestern das Gasthaus zum „Englischen Hof" verlassen und die ihr zur Verfügung gestellte und mit großem Luxusaufwande ausgestattete Gartenvilla Lord Cowley's, welcher mit Familie eine Badereise angetreten hat, bezogen.

— Die Wiener zum „Donnerwetter" wesche bekanntlich nach mindestens als Mißwörtern zu der Fürstlich in ihrem Hause entdecken Falschmünzergesellschaft gehört und seither noch in ihrer Behausung von Gendarmen bewacht wurde, hat dieser Tage ihre seitherige Wohnung mit dem Zuchthause vertauschen müssen. (F. J.)

Altenburg, 2. Juli. Auf den 15. Juli ist die Landschaft einberufen. Sie wird vor allen Dingen über eine Änderung der Wahlgesetzes zu berathen haben; es sind indirekte Wahlen und ein Census in Aussicht genommen.

Wien, 4. Juni. Graf Stephan Esterhazy, welcher in der Insurgentenarmee Rittmeister war, und bekanntlich zum Tode verurtheilt und begnadigt worden ist, zum Lieutenant der Württemberg-Husaren avanciert worden und in Pest eingetroffen.

Wien, 4. Juli. Der berühmte czerkistische General Cabecra traf gestern mit seiner jungen Frau, einer reichen engl. Erbin, hier ein.

Dem Fachol. Blatte „Natur und Offenbarung" wird von Wien geschrieben: Das Gerücht, welches den Dr. Prof. Döllinger als Nachfolger des Kardinals in Salzburg bezeichnet, gewinnt immer mehr an Sicherheit, und zwar um so mehr, da das wahlberechtigte Domkapitel von Salzburg in dieser Richtung bereits schon entschieden seinen Willen ausgesprochen haben soll.

Wien, 6. Juli. Die offizielle Gazette di Milano vom 1. d. meldet: „Man theilt uns aus Wien die erfreuliche Nachricht mit, daß am nächsten Geburtstage (18. August) Sr. Majestät des Kaisers im lombardisch-venetianischen Königreich eine General-Amnestie proklamirt werden soll. Wir freuen uns schon jetzt bei dem Gedanken, diese Hoffnung daß in Erfüllung gehen wird, so viele Flüchtlinge den Vaterlande und den Familien wiedergegeben zu sehen, welchen es ohne die kaiserliche Gnade nicht vergonnt sein würde, den heimathlichen Boden wieder zu betreten."

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

(Eingesandt.) Literaturfreunden, wie jedem Bücherkäufer überhaupt, möge die Nachricht willkommen sein, daß die öfters laut gewordenen Beschwerden über den Stand des Buchhandels in Würzburg durch das demnächst eröffnet werdende Buchhandlungs-Etablissement des Hrn. Paul Hahn beseitigt zu werden versprechen. Hr. Hahn, ein im Geschäfts- wie im Privatleben streng solider, junger Mann, hat durch sein seit zwei Jahren dahier ausgebutes Antiquariatsgeschäft bereits rühmliche Beweise seines unermüdlichen Eifers, seiner tüchtigen Geschäftskenntniß und seiner prompter Geschäftsführung geliefert, so daß auch seinem neuen ausgedehnteren Etablissement nur ein günstiges Prognostikon gestellt werden darf. Wir sehen der baldigen Eröffnung um so mehr entgegen, als schon seit längerer Zeit nur eine einzige Buchhandlung dahier besteht, und eine Concurrenz höchst wünschenswerth ist.

Frankfurter Cours.

Den 8. Juli 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	1126	1131
„ 5% Metalliques	79½	79⅝
„ 4% „	61½	62
„ 3% „	46⅝	47⅛
„ 2½% „	43½	43⅝
„ 2½% Bethmann	76⅞	76⅞
„ 4% „	86⅞	87
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	93½	94
„ „ 500 „ 1834.	148⅞	148⅝
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	86½	87⅛
Ztpl. 50 Prämien Scheine.	103	—
Bayern 5% Obligationen	83	83½
„ 4% „	88½	89
„ 3½% „	100⅞	101⅛
Würtemberg 3½% „	84	84½
„ 4% „	97½	97⅞
Baden 3½% „	81½	81⅝
„ fl. 35 Loose	34½	35
„ „ 50 „	33½	34
Nassau fl. 25 „	24⅝	25⅛
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	74⅝	75
„ „ 25 „	27¼	27½
Belgn. fl. 300	132	—
Sardinien Fcs. 36 „	32⅜	33⅛

Fremden-Anzeige.

Den 9. Juli 1850.

Adler: Becher, Brauereibesitzer v. Erlangen. Kfm.: Oppermann v. Barmen. Gebrüder v. Kissingen. Lux v. Hohenlimburg v. Pfersdorf. Mehler v. Saalfeld. Bauer v. Pforzheim. Reuter v. Offenbach. Stut v. Bamberg. Hoffmann v. Koburg. Lehmaier v. Barmen. Maindorf v. Grünfeld.

Deutscher Hof: Killan, Gutsbesitzer m. Gatt. v. Burgkemdorf. v. Waltmeck Reitz. Amtsrath v. München. Mayr, Student v. Erlangen. Kfm.: Müller v. Offenbach. Heisterer v. Augsburg.

Kronprinz: Waldgern, Dr. med. v. Stockheim. Dr. Erhart v. Amerdach. Dr. Schwarz v. Schwabmünchen v. Dresden. Kfm.: Matzen v. Bonnerdorf. Siegenberger v. München.

Rust. Hof: Biarowsky, Pfarrer v. Waizenhaag. Beg. Baumeister v. Wien. Kfm.: Greyfe v. Oberstein. Sterling v. Bamberg.

Schwan: Mayer, Müller v. Pforzheim. Kaufm.: Strand v. Frankfurt. Thielens v. Köln.

Mittelbahnhof: Sache mit Frau, Fabrikant v. Berlin. Kfm.: Westerhal v. Attlee v. Kirchfeld. Lambert v. Düsseldorf. Sooger v. Sulzbach. Schwarzmann v. Nürtingen.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Hierzu das Ergänzungsblatt Nr. 54.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schmalhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 165. Würzburg, Donnerstag den 11. Juli. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 9. Juli. Se. Maj. der König haben Sich bewogen gefunden, die kathol. Pfarrei Breberedorf, Lkgs. Arnstein, dem Priester Friedrich Konrad Jagenbrann, Pfarrverlar zu Wintershach, Lkgs. Rothenbuch, und die kathol. Pfarrei Oberwolfach, Lkgs. Wolfach, dem Priester Franz Joseph Hahn, Pfarrer zu Wolfurt, Lkgs. Bischofsheim; die kathol. Pfarrei Heustreu, Lkgs. Neustadt a. S. dem Priester Joseph Schaller, Kooperator zu Effeldern, Lkgs. Werneck, zu übertragen u. zu genehmigen, daß die kathol. Pfarrei St. Burkard, Lkgs. Aub, von dem Bischofe von Würzburg dem Priester Andreas Hauk, ernannten Pfarrer von Biedersehren, genannten Lkgs., verliehen werde.

Die Reorganisation des Adels und der Ersten Kammer.

☿ München, 6. Juli. Dieser Gegenstand ist seit einiger Zeit in einem Vereine angeregt worden, der bei Weiten als hyperconservativ und rücksichtsübermäßig verschrien ist. Es ist begreiflich interessant zu vernehmen, wie hier die Gegner des Vereins des Gegenstands überwiesen werden. Mit jenen wollen wir es hier freilich nicht zu thun haben, welche gar keine Erste Kammer und gar keinen Adel mehr haben möchten, denen den Vermöglichen und Gebildetern aber unter diesen sind wir überzeugt, daß auch sie einen Adel und eine Pairskammer nicht verschmähen würden, wenn diese ihre ursprüngliche und wahre Aufgabe erfüllt haben oder in Zukunft in den Stand gesetzt würden sie zu erfüllen. Wir finden es vernünftig ganz begreiflich, daß man zu jener ertremen Ansicht gelangt ist; denn was den Adel im Allgemeinen betrifft, so hält es schwer einzusehen wozu er bisher in neuerer Zeit gut war. Der Beron von dem wir reden, ist der constitutionell-monarchische in München. Er hat, vielleicht schon aus Anlaß des „Adelsbüchleins"*), vielleicht angeregt durch den Gesetzesvorschlag des Ministeriums an die bayerischen Kammern, den Professor Bluntschli als kundigen Gesetzgeber in der Schweiz und in Deutschland vielgenannten Rechtsgelehrten gebeten, einen Vortrag über obiges Thema zu halten. Am 5. d. ist nun letzteres geschehen, und die wahrhaft gediegene und liberal-conservative Rede wurde mit ungetheiltem, ja stürmischen Applaus aufgenommen. Die Rede wurde stenographirt und der Verein wird sie dem Drucke übergeben lassen. Da dieß jedoch noch einige Zeit anstehen konnte, so dürfte es Ihnen willkommen sein, einen nähern Bericht über dieselbe Ihren Lesern schon jetzt mittheilen zu können. Ich werde mich in Folgendem mehr an die Gedanken als an die Worte des Redners halten, und vermerke daher im Voraus auf die später im Druck erschienende Rede. Vorläufig bemerke ich auch, daß der Verein nicht nur aus Bürgern, sondern auch aus Reichsräthen, Adeligen und hohen Beamten besteht, und von diesen ihr Beifall eben so sehr kund gegeben wurde, als von jenen. — Als Einleitung schickte der Redner eine Erörterung über das Wesen des wahren Conservatismus voraus. Nicht Mumien einbalsamiren und aufzubewahren, sei die Aufgabe derselben, sondern nur das wirklich Lebensfähige und das Lebend Würdige vor den Stürmen einer unbestandigen und rücksichtslosen Zeit zu retten, damit es, diese überdauernd, dem nun sich Bildenden feste Anhaltspunkte und historische Wurzeln zu geben im Stande sei. Und so sei es denn auch die Aufgabe der constitutionell-monarchischen Vereins die constitutionelle Monarchie zu schützen und zu fordern, als die vollkommenste Staatsform, in der alle großen politischen Richtungen der Zeit als einen verhältnißmäßigen Körper organisch entwickelt seien. Dieser Richtungen sind drei: die monarchische, die demokratische und die aristokratische. Die monarchische sei in der constitutionellen Monarchie im Oberhaupt des Staates repräsentirt, die demokratische in der Volkskammer, und die aristokratische in der Reichsrathskammer. Die Grundlage der Volkskammer sei die gesammte Masse des Volkes, gleichsam die Quantität d. h. das Wesentliche der Quantität d. h. der Menge, während die Grundlage der ersten oder Pairskammer die reine Qualität, nur die Qualität, d. h. nur das wahrhaft Hervorragende und Ausgezeichnete sein solle: also eine wahre, nicht eine bloße Titel-Aristokratie. Die Aristokratie, der Adel habe die Aufgabe eine Mittelmacht zu sein zwischen Fürst u. Volk, zwischen monarchischem und demokratischem Prinzip. Dieß sei sie von Anfang an in England gewesen, während in Deutschland der Adel es sich habe angelegen sein lassen, das Volk zu beherrschen und ihm seine eigene Vertretung wo möglich zu verkümmern, und andererseits nach dem Muster des Systems Ludwig XIV. ein Hofadel gebildet worden sei, der mit leeren Titeln und Kavaliersehren bei Hofe sich habe abspeisen lassen. Die wahre Aristokratie, auf Grundbesitz oder sonstige ausgezeichnete Eigenschaften bei dem Staate wesentliche Dienste leistend, gesucht, habe die Aufgabe den Schwerpunkt für König und Volk zu bilden. Sei die Aristokratie dieß nicht — und so sei es gegenwärtig leider der Fall — so stehe der Staat fortwährend den Gefahren offen, bald von den Ueberstürzungen der Demokratie, bald von dem auf sich Mißtrauwerk getrauten monarchischen Absolutismus gestoßen zu werden. Ein trauriges Bild dieses uns jetzt stets bedrohenden Zustandes gewahre die Zeit der Kaiser des alten Roms, und ein noch naheliegenderes die Zustand des modernen Frankreichs. Es ergebe sich darauf die traurigste Nutzanwendung für diesen sich stets wiederholenden Gefahren durch eine durchgreifende Reform unserer deutschen Aristokratie abzuhelfen. Persönliche Rücksichten dürfen keine obwalten: auch der Wundarzt diese sich nicht durch die Schmerzen des Kranken abhalten lassen, das faule Fleisch wegzuschneiden, wenn es ihm Gefahr sei seinen Patienten von seinem Bette zu jagen. — Der Redner kam dann im zweiten Theile seines Vortrags auf die Charakteristik der wahren und der falschen Aristokratie zu sprechen. Auf einer interessanten Vergleichung mit Frankreich, das mit Deutschland in dieser Beziehung viele Aehnlichkeit hat, nur mit dem Unterschied, daß dort der Adel längst keine politischen Rechte mehr besitzt, besonders aber mit England, dem Lande der Blüthe der wahren, naturwüchsigen Aristokratie, zeigte sich, daß unser Adel im Allgemeinen eine Ruine ist, deren Schutt, so ehrwürdig sie in dieser oder jener Beziehung sein mag, doch vor allen Dingen weggeräumt werden muß, will man anders ein stattliches Gebäude zu Wege bringen. Hier müsse erst reorganisirt und reformirt werden, bevor man mit dauerndem Erfolg an eine Umbildung der Reichsraths- oder Pairskammer denken dürfe. Preußen liefere den Beweis, wie dürftig man auch dort noch einer zeitgemäßen Verbesserung der Ersten Kammer sei; es liefert aber zugleich den Beweis, wie vergeblich solche Versuche sind, legt man nicht die Art an die Wurzel und will man auf Ruinen neue Schlösser bauen. Was den hohen Adel im Besondern betrifft, so war die deutsche Reichsstandschaft ursprünglich wie in England anzusehen; aber bald schieg derselbe das Volk von den politischen Rechten aus, und brauchte seine Vorrechte zum Selbstverschen, auch da wo sein Raum noch Grund dazu vorhanden war. Durch die Mediatisirungen vermöge des deutschen Bundes wurde zwar dem Unwesen gesteuert, wonach die kleinen Fürsten und Reichsstände in jeder langen Zeitung der deutschen Stämme zu hinterstehen wußten. Es blieb aber doch noch Vieles übrig, was nicht hätte verschont werden sollen. Wir erinnern nur an Rendt, Schleip, Greig, Lobenstein. Bei einer Reorganisation des Adels müßte vor allen Dingen das Prinzip der Ebenbürtigkeit als politisches aufgehoben werden. Wir finden dieß auch nirgends mehr gültig als in Deutschland. Es ist längst schon zum Gelächter der Gebildeten, und zum Gegenstand des Spottes und Hasses der Menge geworden. Warum sollte ein hoher Reichsherr nicht eine niedere Adelige oder eine Bürgerliche heirathen dürfen, ohne daß die Kinder einer solchen Ehe nicht soviel werth wären und dieselben Rechte hätten wie sogenannte ebenbürtig erzeugte? Hören wir bei dieser Gelegenheit was das „Adelsbüchlein" hierüber sagt: „Auch mögen sich andere hohen Familien wohl noch heute mit aller Entrastung vor der plebejischen Erscheinung kreuzigen, daß der Begriff der Mißheirath und Ebenbürtigkeit niemals von den englischen Gesetzgebern oder von der englischen Aristokratie oder vom englischen Volke, vor dem ein englischer Staate anzugenommen und zu einem Regeanzusammen wurde, womit man arme Bettern, welche die Liebe zu ihres Unglücken ergenzte, umgarnte und von der Successsion in dem Stammeslande und Güter des Verschuldeten, oder von einem Reich, Reichsrecht und Mediatisirte, selbst der englische König, obwohl princeps nobilitatis, konnte bereitsp, ehe das Haus Hannover den deutschen Adelsbegriff zu seinem königlichen Hausgesetze erhob, eine Gemahlin heirathen und aus solcher Mißheirath konnte — es ist englandisch und doch steht es unfundlich fest, ein so königlicher König hervorgehen — als die große Elisabeth war." „Die Idee der Ebenbürtigkeit hat den deutschen Adel zu Grunde gerichtet, sie hat ihn vom Volke getrennt, sie hat ihn unpopulär ge-

*) Allgemeine Blätter für deutsche Politik. 1. Adelsbüchlein oder ungefährte Ideen eines Abgeordneten über die Pairie. Berlin 1850.

macht, sie hat ihm den politischen Begriff eines Volksstandes entzogen und mit Recht den Haß einer Kaste erworben, sie hat zuletzt soft den ganzen Begriff unseres Adels auf persönliche Vorzüge und Rechte gestellt." Aus derartig gezeichneten Zuständen — und Friedrich genau bezeichnete schon Friedrich der Große es sagte) den Weg des Elendes und der Verachtung! Und als endlich das gnädige Schicksal sie von ihrer Unart-Convorrechte befreit und die deutsche Bundesakte sie zu einem wirklichen hohen Landes-Adel machte, als einzelne Staaten Verfassungen gemacht hatte — da gewiß, da hätte man doch glauben sollen, sie würden gelernt haben, sich nun auch zu einem Volksadel umzugestalten, die nichtswürdige und zweifelhafte Standartigkeit durch ihre Familienstatuten beseitigen, die Peiteherdentenheit der jüngeren Söhne und ihrer Versorgung und vorlig zu begreifen, daß jede wahre Aristokratie nur aus der Zahl von Wenigen hervorragenden politischen Personen bestehen kann — aber nichts von alle Dem — kein Versuch, sich mit den deutschen Volksklassen zu verbinden, sich den Bedürfnissen der Zeit gemäß umzubilden, wohl aber sind heute tiefer Noth (die Faust in der Tasche!) gegen die glücklichen ihrer ehemaligen Standesgenossen, die regierenden Fürsten und diesweilen selbst ein schadenfrohes Liebäugeln mit den radikalsten Parteien des Tages. Niemals hat auch nur Einer von ihnen der Initiative gegriffen, um auf irgend einem Wege der Gesetzgebung zu der Bildung einer wahrhaften Partei zu bringen, deren Häupter sie hätten sein können." (Schluß folgt.)

Deutschland.

/ München, 7. Juli. Die Frage der Volksvertretung stellt sich immer mehr in den Vordergrund. Nach den Erfahrungen, welche nicht gerade in Deutschland die Runde machen zu wollen scheinen, und noch heute nur in Frankreich im großen Maßstab der politischen Verwirrung vor sich gehen sehen, scheint die erste und letzte Frage der politischen Gegenwart die nach einer Volksvertretung, wie sie bisher noch nicht da war. Die alle Arten haben sich jetzt der Reihe nach als unzulänglich und besonders für die neuen Verhältnisse geradezu unpassend erwiesen. Es will nicht erwähnen was in Preußen geschehen, nicht was Sachsen durchmachen muß. Ich verweise nur auf das Neueste, auf die Vorgänge in Württemberg. Zwei Mal ist dort bereits nach dem radikalen Wahlgesetz gewählt, zwei Mal ist die gewählte Landesversammlung aufgelöst worden. Es ist nun zum dritten Mal eine gewählt worden, und die König. Ansprache an das Volk weist darauf hin, daß die Regierung die Hoffnung hegt, das Volk und nicht die Partei werde diesmal wählen. Wir zweifeln, ob diese Hoffnung erfüllt werde. Diese Art von Volksvertretung wird, in der guten Zeit, wie sie kommen soll, nicht Maß bewirken, daß das Volk in seiner Masse unwissend ist, wenn es nach dem Schema von radikal oder conservativ, von demokratisch und constitutionell (?) wählen soll. Es wird dann diejenigen, die am besten zu schreien und zu schwatzen wissen, und das sind die extremen Parteien im Allgemeinen, in dort die Radikalen im Besonderen. Würde nach Ständen und practischen Interessen gewählt, so wäre das Volk nicht unwissend. Denn jeder Stand weiß was er bedarf, und die praktischen Interessen der verschiedenen Zweige des Volks- und Staatslebens verstehen sich für die Betreffenden von selbst. Ohnehin Abgeordneten haben da wenig Einfluß. Und so ist es auch mit den Verhältnissen der Ersten Kammer. Auch da will alles wanken und schwanken. In Preußen wurde sie bereits, obgleich unzulänglich, reorganisirt. In Württemberg hat sie sich selbst aufgelöst oder aufgegeben, und hinterher möchte sie sich jetzt doch wieder unter die Lebenden zählen. In Bayern liegt bereits ein Gesetzentwurf über die Umbildung der Kammer der Reichsräthe vor. Aber auch dieser leidet an den Mangeln, die alle Palliative haben in einem so schneidenden Wind, wie derjenige unserer Zeit ist. Die Sache verdient von allen Seiten besprochen zu werden. Ich möchte daher auf eine nächstens im Druck erscheinende Rede des Alt-Staatsrathes Dr. Professor Blumtschli zum voraus aufmerksam, welche derselbe kürzlich an Constitutionell-monarchischen Vereine für Gesetzlichkeit und Ordnung gehalten, und die von diesen conservativen Männern mit ungetheiltem Beifalle aufgenommen worden. Sie verbreitet sich über die Reorganisation der Adels und der Reichsrathskammer.

München, 10. Juli. Vorgestern ist der letzte fige Turnverein von der Polizei geschlossen worden. — Heute hat die Polizeidirektion folgende Bekanntmachung erlassen: „Die zunehmenden Störungen der nächtlichen Ruhe und die Wahrnehmung, daß bloße Verwarnungen und Mahnungen zu wenig Beachtung finden, erfordern Gebote, den sind, haben die Polizeibehörde in pflichtgemäßem Schutze der Einwohner gegen den Unfug trunkener oder erzessiver Individuen veranlaßt, die f. Stadtkommandantschaft zu requiriren, zur Aufrechthaltung der Nachtruhe Militärpatrouillen abzuordnen und anzuweisen, daß solche Excedenten ohne Unterschied des Standes zu verhaften. Nachdem die k. Stadtkommandantschaft diesem Ansuchen entsprechend die nöthigen Anordnungen getroffen, so wird Dieß mit dem Beifügen zur Kenntniß gebracht, daß alle derjenigen Personen, die die Nachtruhe in ungebührlicher Weise stören, und trotz wiederholten Mahnungen den und daß sie abgeordneten Patrouillen respektirt sind, gegen Widersetzlichkeit mit allem Ernste einzuschreiten."

Aus der Pfalz, 5. Juli. Als im vorigen Jahre die kirchlich revolutionäre Partei, nachdem die Weltchristusverfechter per ostasiatische revolutionäre gescheitert, die protestantische Kirche der Pfalz durch eine neue Verfassung nach ihren Theorien umzumodeln versuchte, so trat eine ansehnliche Zahl conservativer Männer geistlichen und weltlichen Standes zusammen, um an das Ufer der protestantisch-theologischen Fakultäten Deutschlands über diese gewaltsamen Neuerungsversuche zu appelliren. Es wurde an jede derselben ein Exemplar der erst dreißig Jahre alten Vereinigungsurkunde und des neuen Verfassungsentwurfes, um beide mit einander vergleichen zu können, abgesandt, mit der Bitte, sowie in ferneren Zügen die Lage der protestantischen Kirche der Pfalz dargestellt und um ein bestimmtes, wenn auch nur kurz motivirtes Gutachten nachgesucht war. 54 geistliche und 22 weltliche Bezirksvorsteher unterschrieben. Dieser nicht allein für die Pfalz, sondern für das ganze protestantische Deutschland wichtige Schritt ist nicht ohne Erfolg gethieben. Nur eine Fakultät, nämlich die doch als liberal bekannte zu Jena, hat ein Gutachten abgelehnt, und zwar aus Gründen, die wir um ihrer selbst willen lieber verschwiegen wollen. Die sind einander Strafe in vergangen Zeiten sind noch nicht eingelaufen. 12 aber sind bereits in den von Pfarrer Cassemann in Annweiler redigirten „evangelischen Kirchenboten für die Pfalz" mitgetheilt. Es sind die von Erlangen, Berlin, Rostock, Bonn, Greifswald, Halle, Leipzig, Breslau, Heidelberg, Göttingen, Tübingen und Marburg. Sie sind einander Strafe in vergangen Zeiten der Fakultät oder von sämmtlichen Gliedern derselben unterzeichnet, und verwerfen den neuen Verfassungsentwurf der Lichtfreunde ohne Annahme als ein Projekt, welches die vereinigte Kirche der Pfalz zur Selbstauflösung und zur Unterwerfung unter der evangelischen Gesammtkirche hinführen würde, und es ist dieses einstimmige Urtheil um so bedeutsamer, als es von den namhaftesten und berühmtesten Theologen sowohl der strenggläubigeren wie der sogenannten freisinnigeren Richtung aufgegangen ist. In dem Erlanger, das Dr. Thomasius verabfaßt und unterzeichnet hat, heißt es: „Sollen wir das Ergebniß noch zusammenfassen, so ist es dieses: daß der Entwurf sowohl sich selbst, als dem Begriff einer christlichen Kirche widerspricht, und, wenn er zur Verwirklichung käme, ein Gemeinwesen hervorrufen würde, dem der Charakter einer wahrhaft christlichen Confession abginge." Zugleich wurde mit diesen Gutachten den Wiederaufschluß der Pfälzer Kirche an das Oberconsistorium in München, weil dasselbe eine rein kirchliche Behörde sei. Das war Berlin erklärt, daß die pfälzische Landeskirche durch Annahme des fraglichen Entwurfs sich von der evangelischen Gesammtkirche mit von dem Stamme der Reformation ablösen würde. Das von Dr. Tuch unterzeichnete Leipziger Gutachten sagt treffend: „daß dieser Entwurf zuverlaufbar den Geist der auf politischem Gebiete wütenden Demokratie athme, und daß bei der pfälzischen Kirche durch Annahme desselben der Geist der neuen historischen Grunde und der geschichtlichen Entwicklung der protestantischen Gesammtkirche absondere und mit der deutschkatholischen Bekenntnisgesellschaft in gleiche Kategorie trete." Diese für die gegenwärtige Entwicklung der protestantischen Kirche Deutschlands äußerste bedeutungsvollen Aktenstücke werden mit Nächstem im Druck erscheinen und durch den Buchhandel verbreitet werden, die Verringungsurkunde und den Entwurf als erläuternde Beigabe führend. Indeß läßt sich kaum erwarten, daß unsere kirchenbe durch diese gewissenhaften Zeugnisse sich auf besser Wege bringen lassen. Sie besten Dreistigkeit ernst, mit einigen banalen Phrasen, an denen sie keinen Mangel haben, die ganze Sache von sich abzuwälzen, und wo es gilt, sich dem Sonnenlichte einer soliden Wissenschaft zu öffnen, da flattern sie wie die Nachteulen in die Spelunke ihrer Parteiagitationen, jeder wahren Aufklärung unzugänglich. So äußerte einer der Verfertiger des Entwurfs auf der vorjährigen Diözesansynode zu Neustadt mit Beziehung auf diese damals erst erbetenen Gutachten: die deutsche theologische Wissenschaft sei für Hofgeschäfte verworfen; sind die dürften sich wenn die Akademien oder Fakultäten nicht hindern lassen, ihren Weg fortzugehen. Daher darf es auch Niemand wundern, wenn Pf. Gebert von Landau in der Standekammer immer noch die längst erledigten Beschwerden gegen die Universität Erlangen abkürzt. Die herrliche Kirche der Pfalz hat in Professor Ebrard einen sehr tüchtigen Vertreter in Erlangen erhalten. Daß aus der Mitte der Lichtfreunde in der Pfalz keiner zu jenen Posten berufen werden konnte, haben sie einzig ihrer eigenen — Gesetzesmäßigkeit zuzuschreiben. (B. H.)

Zweibrücken, 6. Juli. Für die Aburtheilung der 333 vor das Specialgericht verwiesenen politischen Angeklagten ist durch Plenarbeschluß des königl. Appell-Gerichts vom Heutigen eine außerordentliche Session jenes Gerichtshofes und deren Eröffnung auf kommenden 30. Juni nächsten Monates worden. Als Präsident des Specialgerichts soll Hr. Appell-Gerichtsrath Käsner ernannt worden sein.

Baden, 8. Juli. Gestern wurde bei Sr. königl. Hoheit dem Großherzog in dem Schlosse daher Mittagstafel gehalten, zu welchem nun die Generale und des hab. Militärs nach den preuß. Staaten, wie solche schon früher von unseren Landsfürsten besprochen und begutachtet wurde, definitiv bestimmt worden sein soll. Der Abmarsch der Truppen dürfte demnach bald erfolgen, da die nöthigen Vorbereitungen dazu vorläufig längst getroffen worden. (B. K.-Z.)

Stuttgart, 8. Juli. Der neuernannte Kriegsminister v. Müller veröffentlicht diesen Abend im „Staatsanzeiger" folgenden Vorbescheid, der vom 6. Juli datirt ist: „Den Truppen ist bekannt, wie sehr jene Jahren eine — Ordnung und Ordnung untergrabende — Partei alle Mittel anwendet, um die Soldaten ihrer Pflicht und ihrem Eid untreu zu machen. Diese Partei, der bisher nicht gelungen, ihren Zweck zu erreichen, hat ein neues Mittel hiefür in Anwendung gebracht. Sie sucht das Fortkommen derjenigen dienstuntüchtigen Soldaten, welche gegen die Empörer der Jahre 1848 bis 1849 ihre Schuldigkeit gethan, zu hemmen und zu untergraben. So wurde in letzterer Zeit ein Reiter des 4. Reiterregiments durch eine Oehringer Schandpresse lügenhaft verfolgt, und, da deren Worte Eingang fanden, sah er sich bald ohne Brod und

gewaltsigt, bei seinem Regiment einzurücken! Seine Majestät der König haben seinem Reiter für seinen erlittenen Verlust ein Geschenk von 50 fl. gemacht und strengste Untersuchung des Vorfalls befohlen. Soldaten! indem ich dies bekannt mache, ermahne ich Euch mehr, festzuhalten an Euerer Pflicht — denn ich habe das vollste Vertrauen zu Euch — aber ich mache Euch zugleich auf das Treiben einer verbrecherischen Rotte, und zeige Euch, daß, ob unter der Fahne oder im Urlaub, Euere Vorgesetzten Euch schützen und vertreten. Es werde sich Jeder an mich, der angefochten wird, und wie ich das Wohl der Truppen stets beworworket, so wird meine kraftvollste Hilfe da nicht fehlen, wo es sich darum handelt, Treue und Eid zu wahren gegen Meineid und Verrath!

Stuttgart, 8. Juli. Die „Deutsche Kronik" von heute enthält folgendes Schreiben: „Die Auflösung der Ständeversammlung und der Wechsel des Ministeriums wäre ganz recht, wenn nur zugleich auch ein anderes Wahlgesetz erschienen wäre. Bei der conservativen Partei ist es auch nur eine Stimme, daß bei dem Wahlgesetz vom 1. Juli 1849 es ganz vergeblich sei, sich anzustrengen, um vernünftige Wahlen zu Stande zu bringen. Ueberall hort man deßwegen den neuen Bürger sagen, sie wahlen gar nicht mehr. Die demokratische Partei hat ein gewonnenes Spiel, wenn nach diesem Wahlgesetz noch einmal gewählt werden soll. Die conservative Partei sucht bloß Heil in einer Aenderung des Wahlsystheme. Unbegreiflich ist es, daß dies die Regierung nicht auch einsieht, daß sie nicht daher sorgt, daß sie nicht mehr, wie bisher immer nach dem Rechte trachtet, und den sie zwar für den Inntendiktt auch im Stande ist, zu überwinden, der aber den Kampf auf Leben und Tod immer fortsetzt, so lange ihm sein Schwert nicht aus der Hand genommen wird, — das diesem Degner dieses Schwert abnehmen. Dieses Schwert ist das allgemeine Wahlrecht. Solange dieses nicht aufgehoben wird — ist in einem constitutionell-monarchischen Staat kein Heil zu hoffen."

Stuttgart, 9. Juli. Durch königl. Entschließung ist der Departementschef des Innern, Freiherr v. Linden, interimistisch mit der Leitung des Departements des Auswärtigen und der Departementschef der Justiz, v. Pfeiffer, interimistisch mit der Leitung für das Kirchen- und Schulwesen betraut worden. Somit ist noch zu keiner Ernennung eines fünften Ministers nicht zu erwarten.

Mainz, 9. Juli. Gestern ist es abermals in der Gräbergasse, vor dem Hause zum römischen König — dem Versammlungslokal des hiesigen Pinoverein — zu lärmenden Auftritten und Excessen gekommen. Die Ruhe mußte förmlich erst durch preußische Streifwachten wiederhergestellt zu werden.

Aus dem Mecklenburg'schen. Zu Rothenmoor, dem Gute eines Baron von Maltzen, ist vor kurzem von 27 Theologen aus verschiedenen Theilen Deutschlands (unter anderen auch Prof. Delitzsch aus Rostock) eine Conferenz gehalten worden. An ersten Tage präsidirte Superintendent Calenbusen aus Ragebung, am zweiten der lutherische Prediger Lassau aus Berlin. Man suchte überall zu Resultaten zu kommen, was da Einigkeit im Principe vorhanden war, auch gelang wurde. Die Gespräche wurden schon Morgens früh in zwanglofer Weise in dem Parke geführt, in welchem das Haus liegt. Sodann, um 9 Uhr, versammelten sie sich Alle im großen Saale, wo mit Gesang und Gebet begonnen wurde. Um 5 Uhr folgte ein Mittagsmahl, nach welchem man noch 2 Stunden im Sessionszimmer beisammen blieb. Was den Inhalt der Hauptgespräche betrifft, so bezog sich derselbe auf 1) Einheit. (Darf von der Kirche nie anerkannt werden, weil sie nur aus Abfall von Gottes Wort entstanden ist; die Kirche darf sich dabei in seiner Art betheiligen und muß von allen ihren Gliedern die Schließung der kirchlichen Ehe als einer von Gott selbst eingesetzten Ordnung fordern.) 2) Privatbeichte. (Man müsse zwar das Bedürfniß nach Privatbeichte in den Gemeindeglidern zu wecken suchen, habe aber weder nach der Schrift noch nach den symbolischen Büchern ein Recht, Jemanden, der sich nicht zur Privatbeichte stelle, deßhalb vom Sacramente auszuschließen. 3) Wo ist die christliche Kirche und wer gehört ihr an? Die Diskussion über diese wichtige Frage nahm mehrere Stunden in Anspruch; man nahm endlich an: zur sichtbaren Kirche gehöre jeder durch die Taufe in die Kirche aufgenommene und ihre Gemeinschaft nicht verwerfende Mensch, obgleich die Minorität den Satz lieber dahin erweitert gewünscht hätte, daß zur Kirche jeder Getaufte gehöre, auch wenn er nachher sich nicht zum Glauben der Kirche bekenne. 4) Ueber den Irvingianismus; eine sehr interessante Besprechung über einen Brief Irvings an die Mutter des bekanntlich zu den Irvingianern übergetretenen bayerischen Theologen Thiersch. Am zweiten Tage: 5) Verhältniß der lutherischen zur reformirten, unirten und katholischen Kirche. Diese Diskussion nahm wenigstens 4 Stunden in Anspruch und wurde natürlich zu Bezug auf die unirte Kirche sehr gründlich geführt. 6) Verhalten der schleswig-holsteinischen Geistlichkeit im Aufstande gegen den König von Dänemark, veranlaßt durch die bekannte Broschüre von Nielsen. Allgemein hielt man dafür, daß sich in genannte Geistlichkeit in dieser Beziehung in einer traurigen Verblendung gefunden. 7) Ein Vortrag von Pfarrer Löhe aus Bayern über die norddeutsche (lutherische) Mission, an die sich Besprechungen und Beschlüsse über diese Mission knüpften. — Der Gastfreie lutherisch gesinnte Gastgeber ganz die Wahl der Thesen und verheißt sich ganz passio bei der Diskussion. (Leipz. Z.)

Wien, 6. Juli. Das Vatrl. Blatt will wissen, daß sich hier eine neue Religionssekte, „die Studentenreligion," Anhänger sammelt. Das Wiener Studentenblatt soll sich gegen diesen Unfug Bahn Brief gegründet. — Dem „Wanderer" wurde vor einiger Zeit aus Trieft berichtet, der dortige Bischof hatte einen Priester seines Sprengels nur aus dem Grunde in das Hospital für Irrsinnige gesteckt, weil dieser sich taufen ließ, die neuen katholischen Anschauungen aussprechen habe. Aus verlässlicher Quelle erfährt man, daß der ermähnte Priester wirklich geisteszerrüttet ist, sohin die Unterstellungen der ganzen Angabe rein erdichtet sind.

Prag, 6. Juli. Das neue, sunfte Bisthum in Böhmen, das nun in Leitmeritz errichtet werden soll, wird dem Vernehmen nach mit dem Vermögen der aufgehobenen drei Domkapitel „Bunzlau, Wyschrad und Allerheiligen" dotirt werden.

Aus Preußen, 7. Juli. Die Organisation der Justizpflege in den oberen Instanzen der Hohenzollerischen Fürstenthümer ist durch Verordnung vom 4. Juli erfolgt. Es gab dabei eigenthümliche Schwierigkeiten zu überwinden. Die Fürstentümer eines obersten Gerichtshofes dasselbst waren bekanntlich bisher von dem in Sigmaringen residirenden Appellgerichte. Diese Auflösungsband der falsifigen Staatsverträge innerhabt der partieten Fürsten hatte nicht stattgefunden, dagegen das königlich-württ. Obertribunal am 1. Mai d. J. den beiden Hohenzollerischen Fürstenhäusern die amtliche Erklärung zugehen lassen: daß es, im Einverständnisse mit dem württ. Justizministerium, durch die Abtretung der Hohenzollerischen Lande an Preußen jene Verträge für beendigt erachte und beschlossen habe, seine Verrichtungen eines Appell.-Gerichts für die Fürstenthümer einzustellen. Bei dem vermaligen Abgehörigsein des diplomatischen Verhältnisses Preußens mit der Krone Württemberge hält man diese Erklärung für hinreichend, um auch preußischer Seits jene Verträge als nicht mehr in Kraft bestehend zu behandeln. Allein für die Ausfüllung der hierdurch entstehenden, nach Art. 63 der Verf.-Urk. durch eine sofortige Verordnung zu beseitigenden Lücke boten theils die verschiedenen Justizsysteme der beiden Fürstenthümer, theils die territoriale Entfernung derselben von den bereits bestehenden Stellen höherer preuß. Gerichte Schwierigkeiten. In ersterer Hinsicht ist zu bemerken, daß in Fürstenthume Sigmaringen Justiz und Verwaltung in den oberen Landesstellen getrennt, das badische Straf- und Strafprozeßrecht, so wie das Geschworenen-Justitut eingeführt sind; wogegen in Hechingen das Appellationsgericht durch Mitglieder der Landesregierung gebildet wird, in Civil- und Strafsachen gemeinen Recht und gemeiner Prozeß gilt, so wie noch ein eximirter Gerichtsstand besteht. Es lag nun nahe, die bisher von dem königl. württemb. Obertribunal ausgeübten Functionen einem preußischen Appell.-Gerichte zu übertragen, und zwar für die Fürstenthümer, so wie für Ehescheidung der nach §. 294 der bad. Strafprozeßordnung gegen Urtheile des Hofgerichts zu Sigmaringen in Strafsachen zulässigen Nichtigkeitsbeschwerden dem Obertribunal zu Berlin zu überweisen. Gegen diese Uebertragung war das Wohl eines Gerichtshofs II. Instanz für die vor dem Appell.-Gericht zu Hechingen in I. Instanz verhandelnden Civilsachen zu unterstellen. Hier konnten der Justizfenat zu Ehrenbreitstein oder das Appellationsgericht zu Arnsberg in Betracht kommen, jener, weil in seinem Bezirk noch gegenwärtig das gemeine Recht gilt; dieses, weil dasselbe sich insofern bei ihm in praktischer Uebung erhalten hatte, als es seit einer Reihe von Jahren die Berufungs-Instanz für den Justizsenatsbezirk bildete. Die geringere Belegung der Justizsenate zu Ehrenbreitstein, Arnsberg und Münster, die häufigst freiwillig erhobenen Klagen, daß die Appell.-Gericht zu Arnsberg entsichörten. Was endlich die Recurse (Appellationen) - Instanz in Strafsachen anbelangt, so hat man, trotz der entgegenstehenden Ansicht des für die Fürstenthümer beteiligten Gemeinschaft, eine gesetzmäßige Substitution der beiden Rheinzollerischen Obergerichte für angemessen befunden, so daß das Appell.-Gericht zu Hechingen die Recurs-Instanz für das Hofgericht zu Sigmaringen bilden und umgekehrt. (Ldz. Ztg.)

Gerfurt, 6. Juli. Die hiesige Bisch.-katbol. Gemeinde hat sich jetzt an die jüdische mit dem Ersuchen gewendet, ihr die Synagoge zum gottesdienstlichen Gebrauche zu überlassen. Diese will auch darauf eingehen, und zugleich dem Magistrat die Erklärung zugehen lassen, daß es mit dem Gesetz der natürlichen Religion unvereinzigt gewesen, jenes Gesuch abzulehnen.

Berlin, 8. Juli. Der französische außerordentliche Bevollmächtigte am hiesigen Hofe Herr v. Persigny ist vorgestern von hier nach Paris hier eingetroffen. — Dem Vernehmen nach wird Persigny seine so Folge des bereits ausführten Protokolls seine Abschiedsaudienz zurückerbenden Truppen als Observationskorps auf mecklenburgischem Gebiet an der holsteinischen Grenze aufstellen.

Frankreich.

C Paris, 8. Juli. Das Lager bei Versailles wird nun doch ganz gewiß bezogen und zwar mit mehr als 12,000 Mann. Man behauptet für gewiß, Changarnier habe die Idee gegeben, die ganze Pariser Armee nach und nach durch dieß Lager passiren zu lassen, um so der Ansteckung des Socialismus, welche bei ihr anfänglich in hohem Grade vorgeschritten ist, wieder gereinigt werde. — Das Marsfeld bot gestern ein ebenso interessantes als unheimliches Schauspiel. Man muß die Sache gesehen haben, um sich einen Begriff davon machen zu können. Poitevin, der Luftreiser, ist ein Mann in den Dreißigerjahren und verwegener Luftschiffer. Um 1 Uhr begann die Füllung seines Ballons, der „Thierlein", der vierzig Meter Durchmesser hatte. Ein starker Südwind bewegte die Luft. Mehrere Male warf die Gewalt des Windes den Ballon zu Boden. Um 5½ Uhr endlich war die Füllung vollendet, die Stricke des Netzes wurden angezogen und ein Korb mit Ballast daran befestigt. Der Sturm wurde nun so heftig, daß nicht weniger als fünfzig Menschen den Ballon zu halten genöthigt waren. Die Zuschauer mußten Hand anlegen und man verzweifelte am Gelingen. Trotz der Gefahr bestand Herr Poitevin auf seinem Vorhaben. Darauf wurde ein wunderschönes weißes Pony, stark gebaut, mit französ. Sattel und Zaum vorgeführt. Der be-

lannte Stallmeister Pether hatte den Tragsattel angegeben. Unter dem Bauche hatte das Thier eine breite Unterlage von starker Leinwand, daran waren Riemen in einer Entfernung von 6", über dem Thier aber starke Gurten angebracht. Von den Gurten, vier an der Zahl, gingen 8 Reps aus, welche am Ballonnetze befestigt waren. Zwischen den Pferderücken und dem Ballastkorbe war eine Distanz von 8'. Eine Strickleiter vermittelte die Communication zwischen Reiter und Ballastkorb, welcher in seinem Boden eine Klappe hatte. Durch diese Klappe ging auch die Schnur zum Ventile. Poitevin — im Jockeyanzuge — gab das Signal, daß Alles zur Abfahrt bereit sei. Einige Augenblicke war der Zudrang des Publikums gegen den Ballon so groß, daß die aufgestellten Vincennes-Jäger das Bajonet aufpflanzen mußten. Endlich wurde Platz gemacht und das Kommando: „Alles los!" erscholl aus dem Munde Poitevin's. Das Pferd stürzte sich gegen das Aufsteigen, stampfte und schlug heftig aus, schien überhaupt sehr angegriffen. Sobald aber der Ballon im Gange war, wurde es unbeweglich, ließ die Beine hängen und schien wie gelähmt. Momentan hißten Ballon und Pferd einen rothen Wimpel und doch war der Reiter selbst auch nicht mit einem Faden befestigt. Die Angst der Zuschauer wurde namenlos, viele Frauen mußten ohnmächtig weggetragen werden. Der Reiter Poitevin grüßte jedoch mit Kappe und Reitpeitsche und schien so wohl zu sein, als ob er sich in den Cyanen Elysees befände. In vollkommen Uebermuthe stieg er nun vom Sattel auf der Strickleiter zum Ballastkorb, warf Ballast aus und kehrte wieder auf demselben Wege auf sein Pferd zurück. Es wehte Nordwest und lange blieb er in Sicht. Um 6 Uhr 10 Minuten war er aufgestiegen und um 6¾ Uhr sah man ihn noch in der Richtung von Seine, bald von Wolken verhüllt, bald durch dieselben brechend. Der Polizeipräfekt war bei'm Aufsteigen zugegen. Jedenfalls ist dieß die verwegenste Luftfahrt, welche seit je unternommen wurde. Trotz der angenehmsten Gefühlen verließ aber Hrn. Poitevin seine Kaltblütigkeit auch nicht einen Augenblick. — Poitevin ist von seinem verwegenen Luftritt gestern Abend glücklich zu Griss'im Departement der Seine und Marne zu Boden gekommen und auf seinem Pferd wohlgehalten nach Paris zurückgekehrt.

Straßburg, 8. Juli. Junker v. Foch, welcher vom Kriegsgericht in Landau zum Tode verurtheilt worden, weil er bei den revolutionären Truppen der Pfalz die Artillerie befehligte, hat letzten Samstag auf dem Gefängnisse von Landau zu entwichen vermocht und ist gestern hier angekommen. Heute Morgen hat sich derselbe auf den ersten Zuge der franzöf. Eisenbahn in die Schweiz begeben.

(Frkf. O.P.M.-Z.)

Neueste.

Erlangen, 10. Juli. Der bisherige Privatdocent an hiesiger Universität, Hr. Dr. A. Schnizlein, ist an Koch's Stelle zum außerordentlichen Professor der Botanik ernannt worden.

Vom Jura, 7. Juli ist dem Volksboten folgender Brief zur Veröffentlichung zugekommen: „Sehr theurer Herr Landtagsabgeordneter Kolb! Da wir aus Ihren kürzeren oder längeren Kammerreden sattsam erkennen, wie gut Sie es mit Altbayern und dadurch zu meinen gerathen, daß Sie uns so manche hier übrigens gar nicht bestehe, Pfälzer Einrichtungen zugebracht wissen wollen, so werden Sie uns in unserm bescheidenen Ansthale eine eindringliche Bitte nicht in Uebel nehmen. Wir hier zu Lande sind furchterlich geplagt durch die häufigen Besuche Ihrer von Ihnen so übergläcklich gepriesenen Landsleute aus der überrheinischen Pfalz. Wie wahre Zigeunerhorden überschwemmen nicht selten zahlreiche Familien derselben unsere Gegenden, deren jüngere Sprossen durch Betteleien aller Art uns quälen, und nicht die mindesten Spuren von Gesittung, Achtung vor fremdem Eigenthum, kurz, von irgend einer Erziehung oder irgend welchem Schulunterrichte an sich haben. Sie werden bei Ihrer anerkennenden Staatsweisheit leicht einsehen und recht wohl begreifen, daß dieser schon so lange lästig andauernde Zustand für uns eine arge Plage ist. Bei Ihrem allbekannten Glück dürfen wir uns unserm altbayerischen Glück dürfen wir mit aller Zuversicht erwarten, daß sie bei Ihrer Rückkehr in die paradiesisch-selige Pfalz, aber noch früher durch Ihre Speyerer Zeitung, Ihre Landsleute der hier begehrten Art gehörig in Kenntniß setzen wollen, daß sie uns mit ihren weitern Besuchen verschonen sollen, um so mehr, da uns den 7 Kreisen des Königreiches diesseits des Rheines in Ihrer Heimath durchaus solche landplagende Zugvögel nicht zu sehen sind, und wir uns schon selbst behaglichsten und befriedigendsten können, von dem Pfälzer Adel! aber gar nichts wissen, weil wir überhaupt keine Liebhaber von der rothen Farbe sind. Verstanden, theurer Herr Kolb?"

Frankfurt, 6. Juli. Gelegentlich des Nachtritts von Jaupp in Darmstadt erzählt man sich nach glaubhaften Berichten noch Folgendes in gut unterrichteten Kreisen: Der Jaupp wurde dortselbst hochst Orts an die Hand gegeben worden war, daß er zurückkehren möge, sonst sei man gezwungen, ihn zu entlassen, that er endlich den sur ihn sehr sauren Schritt unter einem Strom von Thränen. Das ihm bei der Entlassung gegebene hochst huldvolle Handschreiben in ihm einen Angenblick den Gedanken rege werden, vielleicht dann doch noch länger den Ministerpräsidenten spielen zu können. Eiligst begab er sich in das Schloß und erklärte sich bereit, auch grobpersönlich die Politik leiden zu wollen! Das wäre aber gehäuft! Nur Geduld, Minister werden, das ist das Sehnen der Herren. Hierin vorzüglich steckt der Patriotismus derselben. Hoffentlich wird auch die blindeste Regierung, der blindeste Fürst bald sehen! (D. Z.)

Karlsruhe, 9. Juli. Unterm Dentigen erläßt das Secretariat des großh. Kriegsministeriums in der „Karlsr. Ztg." eine Aufforderung an Spekulirende, um den im Laufe dieses Monats nach Preußen marschirenden großh. bad. Truppen eine große Quantität Montursticke und verschiedene andere Gegenstände in ihre Garnison-Orte Perlsberg, Freyburg, Konigsberg, Neumark, Wirsberg, Arnswalde und Cottbus nachzuliefern und den Transport dieser Gegenstände zu übernehmen.

Mainz, 10. Juli. Nicht allein der hiesige Pinsverein, sondern auch die seit Kurzem in den — in eine Kranken-Heilanstalt umgewandelten — Fürstenberger Hof eingezogenen darmherzigen Schwestern, die seit Neumond regen Antheil zu gegrünneten Beschwerden gegeben haben, sind auf die unwürdigste Weise von den hiesigen Gassendemokraten belediget worden. Vor der Behausung dieser Pflegerinnen armer Leidenden haben sich nächtlicher Weile Menschenhaufen versammelt, die von den rohesten Schimpfreden den verhängnißvollsten Uebermuth bekeelt, die Ruhe des Stadtviertels störten und die „goldene Luft" mit erbrechtem Muth- und Drohgeschrei erfüllten.

(Frkf. O.P.M.-Z.)

Köln, 8. Juli. Heute Nachmittag langte der Prinz von Preußen von London hier wieder an.

Kassel, 7. Juli. Dem Zollvereins-Congreß droht ein Scheitern. Die sicht. Regierung weist jede Tarifsänderung ab und verlangt das Eingehen auf die öster. Zollvereinsvorschläge. Behartt sie bei dieser Gestung, so wird der Congreß, da eine Einhelligkeit aller Vereinsregierungen nöthig ist, ohne Resultat auseinandergehen.

T. D. Kiel, 8. Juli. Die Staatsblätterschaft hat ein Proklamation erlassen. Sie sagt darin: Der Friedenvertrag enthält die Anerkennung der Rechte unseres Landes, überläßt aber den Herzogthümern selbst, diese Rechte zu schützen. Das hartbedrängte Schleswig wird unseres Schutzes nicht entbehren. Wer sich friedlicher Rückgleichung schleswig, unter welchem Vorwande es auch gesche, folgt ein Gewehrfeuer, dem wohlgerüstet steht unsere Armee da. Die Staatshalterschaft hält fest und treu am Rechte des Landes und seines angestammten Landesherrn. (F. Z.)

Wien, 9. Juli. General Haynau ist wegen Nichtbefolgung kaiserlicher Befehle seines Commando's seiner Vollmacht in Ungarn enthoben. (F. Z.)

Hildburghausen, 8. Juli. Aus zuverlässiger Quelle: Die Sachsen-Meiningische Regierung hat keine Militär-Convention mit Preußen abgeschlossen.

Berlin, 8. Juli. Neulich wurde von der Demokratie eines Ortes eine Vergnügungspartie nach einem benachbarten Dorfe gemacht und dabei natürlich allerlei Unfug getrieben, welches den Wirth, bei dem man sich eingnartiert hatte, veranlaßte, die ganze Gesellschaft zu ermittlern. Dieser Tage nun war der betreffende Wirth wegen einer anderen Angelegenheit vor die städtische Behörde citirt und wurde befragt, ob er die Führer jener Gesellschaft wohl gekannt habe und namhaft machen könne? „Das möcht', mag die Behörde „aber der Herr, der da sitzt (einer der Beamten), war auch dabei!" — Die Nachricht von einer Transvortirung Kinkel's von Spandau nach Torgau hat sich bis jetzt als sägenhaft Correspondirt gezeigt. (N. Pr. Z.)

Paris, 8. Juli. Walter ist von den Aerzten für wahnsinnig erklärt und nach Bicêtre (Irrenanstalt) gebracht worden. Meine Legitimisten gehen nach Ems. Die gestrigebende Versammlung hat jetzt mit 368 gegen 261 Stimmen für die Dringlichkeit des Preßgesetzes votirt.

(F. Z.)

Brüssel, 8. Juli. Gestern traf der Prinz von Preußen von London hier ein und stieg bei dem preuß. Gesandten, dem Grafen v. Seckendorf, ab. Um 1 Uhr erhielt er einen Besuch vom König.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Courd.

Den 10. Juli 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1136	1141
„ 5% Metalliques	80½	80½
„ 4% „	62	62½
„ 3% „	46⅝	47⅜
„ 2½% „	43⅝	43⅝
„ 4½% Bethmana	76½	76⅝
„ 4% „	66⅞	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	95½	96
„ „ 500 „ „ 1834.	150⅝	150⅝
Preußen 3½% Gl. Schuld Scheine.	86¼	87⅛
„ Ziml. 50 Prämien Scheine.	103½	—
Bayern 3½% Obligationen	83	83½
„ 4% „	88½	89½
„ 5% „	100½	101
Würtemberg 3½% „	84	84½
„ 4% „	97½	97⅝
Baden 3½% „	81⅝	81⅝
„ fl. 35 Loose	31¾	32
„ „ 50 „	53½	54
Nassau fl. 25 „	24½	25½
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	74½	74¾
„ „ 25 „	27½	27⅝
Polen fl. 300 „	123½	—
Sardinien fest. 36	33	33½

Fremden-Anzeige.

Den 10. Juli 1850.

Adler: Bitting m. Dog. v. Wertheim. Kfm.: Wiesgenthal a. Lahr. Stallmann v. Oftringen. Dirr v. Frankf.

Kronprinz: Kriegsrath Riemeyer v. Hannover. Dr. Weltmann, Bad.-Lieut v. München. Rad. Peller, Oberstleut. a. Oeftrn v. Berl m. Bed. v. München. Eigler und Mathäus, Arzt. v. Gemünden. Frl. Bürge v. Heidelberg.

Mittelbachers: Irland, Lehrer v. Zellingen. Dittel, Quartiermstr. v. Rast. Gl. Gohm. v. Pirch. Frl. Hemminger v. Wimbersheim. Schüllermann, Kreisrefer. v. Ottmann. Schüllermann, Forstgeh. v. Breitbacherhm.

Würtembergerhof: Frau Dorthmann v. Merk. Eisenstehen. Dechner, Gutsbes. v. Lipingen. Klin.: Drucker. m. Gel. v. Rhgn. Heise v. Ursprungen, Reichel v. Rhendorf.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Erscheinen: Am Schaffhofe 2. Thür Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gehaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 166. Würzburg, Freitag den 12. Juli. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 10. Juli. Erst gestern Abends ist das allerhöchste Reskript, die Verlängerung des Landtages bis 30. Juli in die Kammern gelangt und lautet wörtlich: „Maximilian re. Unsern Gruß zuvor, Liebe und Getreue! Nachdem Uns angezeigt worden ist, daß die verfassungsmäßige Erledigung der bis jetzt zur Berathung gebrachten Regierungsvorlagen bis zum 10. Juli l. J. nicht zu erwarten sein dürfte, so wollen Wir gestatten, daß die dermaligen Sitzungen des Landtages noch bis zum 30. Juli l. Js. verlängert werden. Wir geben Uns dabei der zuversichtlichen Erwartung hin, daß die endliche Berathung und Beschlußfassung über die bezeichneten Regierungsvorlagen, so weit es nur immer die Wichtigkeit der Gegenstände zuläßt, werde beschleunigt werden. Mit königl. Huld und Gnade verbleiben Wir unsern Lieben und Getreuen gewogen. Rachen 2. Juli. Maximilian re."

Würzburg, 11. Juli. Als Pfarrvikar nach Steinbach bei Lohr wurde der Kaplan Fick zu Hausen bei Hafenlohr, und als solcher in Frankenwinheim der vorige Cooperator Barthelmes bestimmt.

Die Reorganisation des Adels und der Ersten Kammer.

(Schluß.)

☿ **München**, 6. Juli. Sie sehen die Sprache des „Adelsbächleins" obwohl von einem Conservativen geschrieben, ist scharf. Thunschi's Rede war in einem ganz milden und objectiv gehaltenen Ton, und doch war deren Inhalt so wahr, daß ihm Niemand die Zustimmung verweigern konnte. Wer der Ebenbürtigkeit kann der Redner auf die Erblichkeit zu sprechen. Es ist männiglich bekannt, wie in Deutschland ein mediatisirter Fürst, Herzog, Graf re. ebenso mediatisirte Fürsten, Herzoge, Grafen re. zu zeugen im Stande ist, als ebenbürtiger Ehe gezeugte Söhne. Bekanntlich wird auch, daß wenn ein Graf 10 solche Söhne und von diesen jeder wiederum 10 Söhne hätte, das Land in Zeit von zwei Generationen mit 100 neuen Grafen re. gesegnet wurde. Und so ist es. Diese können aber nicht auch ihre Besitzungen ebenso vervielfältigen, wie ihre Sprößlinge, und die Folge davon ist jene Ueberschwemmung mit Freiherren, Baronen re., die nicht viel mehr besitzen als ihren — Titel. Und wem erwächst aus solchen Mißständen der meiste Schaden? Diesen Adeligen selbst ohne Zweifel. Denn daher ist es gekommen, daß man sich im Volke unter jenen Titeln nichts anderes mehr zu denken vermag, als eben den Titel, während doch Einige dieser Betitelten auch noch Besitzungen haben. Die Ansprüche aber auf größere Ehre, welche diese Adeligen aus ihrem bloßen Titel ableiten, haben im Volke nur Unwillen erzeugen müssen, und wenn auf diesem allen immer mehr und immer gehäufigere Mißstimmung hervorgeht, so darf sich nur derjenige darüber wundern, der die menschliche Natur gänzlich verkennt. Wir kommen jetzt zum niedern Adel. Von diesem gilt zum Theil schon das soeben Gesagte. Andererseits aber finden wir unter denselben einzelne begüterte und geschichtlich große Familien, denen nur der höhere Titel fehlt, um mit Fug und Recht zum höhern Adel gerechnet zu werden. Sie verdienten daher zur erblichen Pairie zu gehören. Der übrige Theil des niedern Kreis aber ist in seiner Masse desorganisirt, und bietet das Bild eines wild durcheinandergeworfenen Schutthaufens. Wir können es kaum mehr eine Ruine nennen; denn des Hervorragenden ist zu wenig. Die Quellen aus denen dieser Adel seine Nahrung schöpfte, sind vertrocknet. Sie bestanden zunächst im Ritterdienste oder was besselben war, im Reiterdienste, wenn das Staatsoberhaupt mit dem Heerbann in den Krieg zog. An die Stelle dieses mittelalterlichen Institutes aber ist seither das moderne Armeewesen getreten, wo jeder, welches Standes er sei, zu allen Stellen emporsteigen kann. Ferner ist jenen Adel auch das sog. Ministeriale oder Hofdienern entstanden. An seine Stelle trat seither der Staatsdienst. Endlich der pure Geldadel, von welchem zu sprechen der Redner für überflüssig gehalten hat, weil diese Kategorie ganz besonders sich in der öffentlichen Meinung selbst gerichtet hat. Haben wir doch sogar jüdische Herren Barone, denen es zwar gelungen sich vom gemeinen Bürgerstande, aber nicht von den politischen Einschränkungen ihrer Glaubensgenossenschaft zu — emanzipiren! Und sehen wir nicht in Wien und München die Höflichkeit (oder die Achtung vor dem Adelsstolz?) soweit gehieben, daß man sich kaum mehr bloß Herr und Frau anzureden getraut, sondern sich gegenseitig mit Herr von und Frau von erquicken zu müssen glaubt. Und es liegt daran eigentlich nur eine einfache Confequenz. . Politische Rechte hat der niedere Adel nie gehabt, und die Privatrechte die er sich allmälig zu erwerben und zwar in bunten Allerlei zu erwerben wußte, sind ihm längst wieder genommen. Worin besteht dieser Adel noch? Er ist zu einer Mauer geworden zwischen Fürst und Volk, und dadurch daß er selbst mit seinen leeren Prätensionen im Volke verhöhnt geworden, bringt er der Monarchie Gefahr, das er für sich ausbeuten wollte, in Gefahr ebenfalls verhaßt zu werden. Auch hier finden wir, wie schon erwähnt, eine wuchernde Anerkennung des Erdrechtes, während auf der andern Seite sich eine Anzahl von neuen Familien und Personen durch Standesadel, Künstler- und Wissenschaften und Besitzthümer thatsächlich dem Adel gleichgestellt haben. Finden wir dort nur leere Prätensionen, so sehen wir hier Berechtigungen, denen nichts abgeht als die politische Anerkennung, um zu einem gerechten Rechte zu werden. — Einer liegt alle nahe, wer sehr hier eine Reform Noth thut. Und welches Prinzip liegen? An die Stelle der erblichen Ausbreitung soll die individuelle Auszeichnung treten. Dieß Prinzip entspricht dem ursprünglichen und wahren Begriff des Adels, ist auch heute noch zeitgemäß und würde zugleich auch die wahren Gegnern der Demokratie befriedigen. Der Redner führte uns hier im Einzelnen aus, was aus diesem Prinzip für besondere Bestimmungen für die Berechtigung zum Adelsstand hervorgehen. Zunächst großer Grundbesitz, verbunden mit wahrer Bildung und Lebensart (im Gegensatz zum Brodzenthum). Dieser wäre für die erblichen Pairs das richtige Medium der Fortpflanzung der Pairswürde. Die erbliche Würde dürfte sich nur auf den einen Sohn fortpflanzen, welcher durch freie Bestimmung der Familie, sei es durch Fideikommisse oder anderswie das Erbe des Gutercomplexes übertragen würde. Es dürfte kein Zwang stattfinden, daß es gerade der älteste Sohn sein müsse, welcher dem Vater im Besitze der Würde und des Hauptvermögens nachfolgen müsse. Hingegen müsse gesetzlich bestimmt werden, daß sobald das Vermögen auf ein bestimmtes Minimum herabgesunken, die Erblichkeit der Pairswürde erlösche. Denn nur so konnte der Entstehung von neuen Rittern von Habenichts vorgebeugt werden. Die fernere Motive zur Erlangung der Adelswürde waren: hohe einflußreiche Staatsämter, militärische und kirchliche Würden. So würden z. B. die höchsten militärischen Stellen und die höchsten kirchlichen (z. B. die katholischen Bischöfe und Erzbischöfe, der Präsident der protestantischen obersten Kirchenbehörde, als solche, kraft ihrer Würde auf Lebenszeit einen Sitz in der Pairskammer einzunehmen haben. Es wäre ferner aufmerksam gemacht, daß, wenn der König ernennt, eo ipso lebenslänglich im Besitze der Würde bleibt, wenn nicht eine erbliche Würde verliehen wird; während andererseits die (von Wahlkorporationen) gewählten Mitglieder, wie sich von selbst versteht, nur auf Zeit ihre Würde zu tragen haben. Denn diese sind die Vertreter von Andern, sie sind nicht vermöge ihres individuellen Charakters in der Pairskammer. Während der individuelle Charakter mit dem Individuen stirbt und fällt, also nur mit dem Tode beseitigen aufhört, stirbt durch den Tod der Korporationen der Strom der Zeit mit seinem Wechsel von Bedürfnissen und Verhältnissen, und diesem muß durch periodische Wahl oder durch Wahl auf Zeit Rechnung getragen werden. Auch die Wissenschaft muß durch die sie pflegenden Korporationen vertreten werden, und gibt hier das soeben über die Ehrenklage. Endlich muß es dem Landesfürsten anheimgestellt bleiben, nach freiem Ermessen auch denjenigen Männern welche durch ausgezeichnete Verdienste um den Staat, sei es durch was immer für Leistungen, wenn sie nur auf das Staatsleben als solches Bezug haben, Pairs wenigstens auf Lebenszeit zu ernennen.

Und wie nun der Uebergang vom gegenwärtigen Zustand zum neuen? Der bisherige Adel würde seine Titel behalten auf Lebenszeit und die Jugend der neuen Generation würde, wie dieß bei den jüngeren Söhnen in England geschieht, in den Bürgerstand, in das Verhältniß neue Adel aber würde aus jedem Stand nach den oben angeführten Grundsätzen erblich, lebenslänglich und auf Zeit hervorgehen. Die Ehrenrechte dieses Adels würden hier nun sich von selbst verstehen, weil nur wirkliche Verdienste um den Staat den Adelstitel bedingen. Die politischen Rechte besselben aber bestehen eben darin, daß er Recht und Anwartschaft auf Sitz und Stimme in der Kammer der Pairs hat. — Was nun endlich die Bildung dieser Kammer selbst betrifft, so liegt das Meiste was hier zu

sagen ist, bereits in dem oben besprochenen Act. Der Eintritt in dieselbe ist auch bei den Katagonen von Erblichkeit, Lebenslänglichkeit und Patrimonialität bestimmt. Es bleibt dabei namentlich dem Könige vorbehalten, in einzelnen Fällen die ganz besonderen Verdienste um den Staat, solche Männer nicht nur lebenslänglich, sondern auch auf ihre Descendenten mit Staatsgütern zur Pairswürde zu erheben. Wir erinnern beiläufig an die Dotirung zweier verdienter Feldherren durch den Kaiser von Oesterreich — was übrigens mit der Pairswürde in keinem weitern Zusammenhang steht.) Die königliche Ernennung auf Zeit hingegen und besonders die Wahl durch Korporationen ist und bleibt nur eine Abordnung im Namen Anderer, aber Stellvertretung, und die Würde oder das Recht lebt nach Ablegung der Mission nur noch als Erinnerung fort. Auf Zeit würden so gewählt: Mitregentsbesitzer durch Wahlkörper von Ihresgleichen; Beamte des Richterstandes (jeder andere „Beamte" wäre, als stets von dem Regierungsbeamter an der Regierung genügend betheiligt, von der Wahl ausgeschlossen), jedoch mit Genehmigung des Königs höhere Militärchargen könnten durch den König ernannt werden, nicht aber gewählt, weil das Militär als solches nicht in die politischen Debatten und Parteiströmungen hineingezogen werden darf. Der wissenschaftliche Korporationen hingegen würden ihre Vertreter wählen, und ebenso endlich die Orden, die erst dadurch zu einer politischen wirklichen Existenz gebracht würden. — Der Redner schloß seinen Vortrag mit der Frage, soll die constitutionelle Monarchie eine Wahrheit sein, oder soll sie eine Unwahrheit sein? — Er sagte dieß davon ab, ob die erste Kammer die wahre Aristokratie vertritt, oder nicht, d. h. ob eine wahre, politisch berechtigte und wirksame Aristokratie aus dem Schutte der Zeit erwirt und aus Gegenwart u. Zukunft gegenwarten soll, oder nicht. Geschieht dieß, dann haben wir eine wahre Volksvertretung, und dann erst auch wird die constitutionelle Monarchie eine Wahrheit und ein Stolz des Landes sein. — Das „Aktenbüchlein" wurde in vielen Exemplaren unter die Mitglieder des constitutionell-monarchischen Vereins am nemlichen Abend vertheilt. —

Die Sophisten unserer Tage.

§ Die Rede, welche der berühmte Philologe und Professor, Dr. Herman, bei Gelegenheit der akademischen Preisvertheilung in Göttingen am 4. Juni v. J. gehalten hat, verdient wohl in den weitesten Kreisen bekannt und beachtet zu werden. Der gelehrte Redner suchte für den Hauptbehelf unserer Zustände das Analoge in der Geschichte des klassischen Alterthums und er fand es in den — Sophisten Griechenlands. Diese, „die sich in einer Selbstverherrlichung vor ihren Zeitgenossen als Lehrer der Weisheit und Tugend, als Meister der Rede, als Priester der Vernunft, als Wohlthäter der Menschheit blähten", waren am Ende zur schlimmsten aller Verdammnisse, zur Lächerlichkeit verurtheilt, und es entstieg ihnen selbst die Anerkennung der wirklichen Verderbniß. „Dadurch selbst schließt," sagt der Redner mit Anwendung auf unsere Zeit, „glauben Sie mir, hart auch der Sophisten unserer Tage, wenn sie taub und blind gegen die Lehrer der Geschichte, die Wogen einer stürmischen Zeit, die sie für einen Augenblick zu schwindender Höhe emporheben, für den ewigen Felsen der Wahrheit, daß Beides, die Elemente für die Sybarenmuskel der Geister halten, und vergessen, daß diese nemlichen Wogen ihnen das nahe Grab bereiten, diese nemlichen Elemente sich nach kurzer Emporung dem Strohe und seiner Wahrheit zu Füßen legen werden; — sie haben ihren Lohn dahin, und der Glückliche wird der sein, dessen Andenken die Nachwelt lieber gar nicht, als mit Hohn und Verachtung nennen wird." Dieser Augenwerdung folgt nun die mit großer Sach- und Zeitkenntniß durchgeführte Begründung der zwischen unserer Zeit und jener der Sophisten gezogenen Parallele; ganz vortrefflich ist nachstehende Stelle: „So hatte die Sophistik des Alterthums den Menschen auf den Thron der Welt gehoben, sucht nun dem Geiste seine wissenschaftliche Herrschaft über die Natur zu gewährleisten, sondern am jedem zufälligen Eindrucke die Berechtigung einer Thatsache beizulegen; hatte natürliches und gegebenes Recht geschieden, nicht am tegreres auf seine ewigen sittlichen Grundlagen zurückzuweisen, sondern an die rohe Gewalt des Stärkern, das schlimmer ist als das Uebergewicht schlauer Verführungskünste an die Stelle der Sittlichkeit zu setzen; hatte den Glauben des Volkes an seine religiösen Ueberlieferungen erschüttert, nicht um mit der tieferen Einsicht in das Wesen der Dinge auch die Bedeutung ihrer Urbedeutung zu steigern, sondern um den lebendigen Begriff der Gottheit durch todte Abstraktionen zu ersetzen; hatte den Menschen zum Nachdenken über sein Wissen und Thun angeregt, nicht um ihn zur Einsicht in die Gründe desselben anzuleiten, sondern um ihn von Formeln und Phrasen abhängig zu machen, die ihm willkürlich von Andern mitgebracht, als aus treuer und hingebender Anschauung derselben entnommen wurden; und die Hand aufs Herz, meine Herren, ist es in alle diesen Hinsichten uns so viel besser bei uns geworden, daß man und den Zwischenraum von zwei Jahrtausenden anmerke, ja sich nicht eine offene und erkannte Realität wäre, wenn alle Erungenschaften dieser zwei Jahrtausende zu entreißen, uns auf denselben Standpunkt der Unsittlichkeit und des Unglaubens, der Oberflächlichkeit und Selbstsucht zurückzuversetzen drohte, den schon Socrates und Plato an den Sophisten ihrer Tage bekämpft haben? Wenn der Mensch sich zum Maße für den Maßstab aller Dinge — wir erleben es, daß Männer für Philosophen gelten, weil sie den Menschen zu seinem eigenen Gotte stämpeln und alle Wahrheit zu einem Produkte seines Gehirns verunterstehen; zwei erkannten keine andere Schlußfolgerung, als die materialistische, daß nur das Sein, keine Begriffe gibt, und die ganze Mannigfaltigkeit der Erscheinung in die jetzige Kathegorie der Quantität aufgeht — wir müssen uns täglich in den verschiedensten Gestalten eine allgemeine Gleichheit predigen fassen, in welcher die Menschen nur als Ziffern gelten und alle Unterschiede, die aus der lebendigen Entwickelung der Geschichte und des gesellschaftlichen Bedürfnisses hervorgegangen sind, ignorirt oder mit Füßen getreten werden; jene despotischen mit dürren Worten das Recht als das Interesse der Stärkeren — wir können es gedruckt lesen, daß alles Recht nur auf der Gewalt beruhe und eine Regierung möglich sei, das Haupt der herrschenden Partei sei; jene läugneten jeden objektiven Unterschied zwischen Wahrheit und Unwahrheit — wir wissen es schon kaum anders, als daß Parteiwerke, ja bloß der Zweck angenehmer und pikanter Unterhaltung jede Lüge, Verleumdung, Entstellung, Fälschung rechtfertige; und auch wo das sittliche Gefühl noch stark genug ist, solchen Aeußerungen zu wehren, beruhigt sich der dämonische Einfluß der Sophistik in dunkelverkeil Ausdrücken der Pädagogik, der Politik, der Methodik in allen Wissenschaften, die, so unschuldig sie anfangen mögen, doch in ihrem Kerne auf dieselben Grundsätze zurückweisen, und gerade je anspruchsvoller sie sich als Anforderungen der Gegenwart aufdrängen, in desto weiterem Umfange den Satz bestätigen, daß unsere Gegenwart in allen ihren Richtungen der Sophistik verfallen und dienstbar geworden sei. (Schluß folgt.)

Deutschland.

München, 10. Juli. Im Kriegsministerium finden jetzt die Conferenzen zwischen dem Kriegsminister und den sechs ältesten Generalen über die schon früher gemeldete Reorganisation des Generalstabs statt. Für das Generalregiment ist die Einstellung der Uebungsarbeiten, sowie die Reduktion des activen Mannschaft durch Beurlaubung anbefohlen worden. — Der Sold und die Stange auf der Festherrenhalle, an der seit 1848 drei Festschriften die deutsche Fahne flatterte, sind gestern abgenommen und gänzlich entfernt worden. Die Juniexprüfungen haben bereits begonnen.

(A. Abdl.)

** Vom Main, 10. Juli. Schon seit vielen Jahren erhebt sich der Ruf nach einer Verbesserung der materiellen Verhältnisse der an Gymnasien und Lateinschulen angestellten öffentlichen Lehrer. Noch keine Stimme wagte es, die bedeutenden Lasten, die gerade der Stand, dem vor Allem die Erziehung und Bildung der künftigen Diener des Staats und der Kirche — eine gewiß nicht leichte Aufgabe — obliegt, bei Vergleichung mit anderen Klassen sich bietenden Verhältnissen behandelt sei. Die jetzt versammelte Kammer der bayerischen Abgeordneten erkannte dies gleichfalls, und setzte behufs eine bescheidenen Wunschen entsprechende Gehaltserhöhung der Lehrer an Gymnasien und Lateinschulen fest. Auch die Kammer der Reichsräthe stimmte dem gefaßten Beschlusse bei, aber mit folgendem einzigen Zusatze: „daß die jährlichen Schulinscriptions-Gelder der königl. Studien-Anstalten auf wenigstens 12 fl. für jeden zahlungsfähigen Schüler festgesetzen, und der Mehrbetrag gegen die gegenwärtigen Leistungen zur Verbesserung der Lehrergehalte zu verwenden seien." — Wenn nemlich auch nicht dem Korrespondenten des „Nürnb. Kur." beizustimmen ist, der in diesem Beschlusse der Reichsräthe eine Monopolisirung des höheren Unterrichts zur die Söhne wohlhabender Eltern erblickt, so ist doch soviel gewiß, daß — indem die Gehaltserhöhung den treffenden Lehrern auf den Schultern der Eltern, deren studirende Söhne obenein Kosten genug verursachen, erhoben werden soll —, zu Gehaltsgleichen gegen die Lehrer selbst Veranlassung gegeben wird. Schon der mögliche Ausspruch irgend eines Vaters: „ich bezahle den Lehrer," dient sicher nicht dazu, um die Letzteren so nothwendig Autorität zu erhöhen. Keine Gymnasial-Lehrer hat an sich Ursach sich zu grechter, als diese: daß den Klassen einer jeden die Mittel zur Ausbildung ihrer geistigen Kräfte vom Staate selbst geboten werden. Jeder Kundige weiß es, mit wie vielen Schwierigkeiten die Erhebung des Schulgeldes bei den Volksschulen oft verbunden ist, und in welchem gehässigen Lichte diese Abgabe sich meistens darstellt. Soll derselbe Mißstand auch auf die gelehrten Schulen übertragen werden? Wäre es nicht vielmehr wünschenswerth, daß an jenen Anstalten, wo reiche Stiftungen bestehen, das Schulgeld ganz aufgehoben würde? Und wir vertrauen der Einsicht der Kammer der Abgeordneten, daß sie diesen Beschlusse ihre Zustimmung versagen, und erwarten von der Billigkeit der Reichsräthe, daß sie nicht auf demselben bestehen werde.

Frankfurt, 10. Juli. St. Excellenz Herr Graf v. Buol-Schauenstein, wirklicher geheimer Rath Sr. k. k. österreichischen Majestät und dem Gesandter und bevollmächtigter Minister in Petersburg, ist, wenn das dort kommend, hier eingetroffen.

Stuttgart, 9. Juli. In dem Laboratorium der Bundesfestung Ulm erfolgte vorgestern eine Explosion mit etwa 10 Pfund Pulver, wobei eine kleine Thüre zerschmettert, Zimmerdecke beschädigt, doch die dort beschäftigten vier österreichischen Artilleristen wahrhaftwunderbar unbeschädigt, jedenfalls nicht lebensgefährlich verletzt wurden.

Stuttgart. Die Weser-Ztg. gibt folgende Charakteristik der neuen Minister: Der bedeutendste Verlesten ist der ehemalige Director des katholischen Kirchenrathes, Frhr. v. Linden, welcher in der Ständekammer vor 1848 die Rechte der Krone mit großem Talente gegen die Bänke der Opposition, namentlich gegen Romer, vertheidigte, nun aber durch die gemeinschaftliche Arbeit im Gesammtrathe, wie verschiedt auch den ehemaligen Oppositionschef freundlicher gegenüber steht. Er ist ein Mann von den feinsten Formen, ge-

riegenen Kenntnissen, reicher parlamentarischer Erfahrung und gar als einer der besten Köpfe, jedenfalls als der logischste Kopf der frühern Kammern. Er steht bis jetzt auf streng constitutionellem Boden mit seinem ganzen System, und nur die Königsnähe konnte ihn aus dieser Stellung verlocken, dem Staatssecretariate seine öffentlich ausgesprochenen Grundsätze und Systeme der augenwärtigen Machte opfern sollte. v. Miller, der Kriegsminister, ist das Ideal der Soldaten, streng und freundlich im Dienste, den Schreibereien abhold und gewandt im praktischen Dienste. Seine ernsten Dienste im schleswig-holsteinischen badischen Feldzuge haben seine Brust reich mit Orden beehrt. Er ist der Kommandant von Sinttgart, der am 18. Juni vorigen Jahres die militärischen Maßregeln bei der Aufhebung des Rumpfparlaments zu leiten hatte. v. Pfeffen ist ein Volksstaatsrath von ausgezeichneten Kenntnissen, die ihn weit über seinen Geschäftskreis hinausführen, und Liebe zur Wissenschaft im Allgemeinen, die ihn zum Polyhistor macht. Allgemein ist das Staunen, ihn aus der Behaglichkeit seiner Studierstube an den grünen Tisch und in seinen Pfuckereien treten zu sehen; doch ist das Justizministerium das am Mindesten beschwerliche. v. Knapp, der bisher sich dem unsteten Leben eines Eisenbahndirektors und den Annehmlichkeiten ständischer Spazierfahrten mit voller Lust hingab, steht sich jetzt wieder in die Strapazen der Tribune, und gerade heute ist die Eisenbahn dem Finanzministerium entrückt worden. Er ist der Gemäßigtste von allen Genannten und wird wohl nur in's Schlepptau genommen.

Leipzig, 3. Juli. Eine Adresse Biedermanns soll seit heute in der Fr. Z. in aller Stille circuliren, mit der Bitte an den König um Anschluß an die Union! „Diese Adresse", schreibt die genannte Zeitung, „scheint nichts als eine neue Auflage des alten Liedes, welches im Nibelungen-Epos Rüdiger der Frau Gudrun, als sie von Worms heraus zum Kampfe rufen will, aber wohl bereechnet in die Klemme bringt, aus welcher Braun mit geschundenem Gesicht und schwer verletzten Klauen kaum mit dem Leben davon kommt. Freilich weiß Reinecke immer wieder mit schönen Worten sich einzuschmeicheln, aber wenn Lug und aber so lange zu Wasser die er zerbricht. Daß er jetzt von vielen freudenzeit wird, die in der Rückbeschränkung des Landtags machen, dies werden wohl die alten Burschen am besten wissen, welche, wie in den Nibelungen, schwarze Visirorn tragen. Daß unter den constitutionellen Bewegungen Universitäten sind, wollen wir nicht bezweifeln, da wir von neuer Constituirung derselben hören. Es ist aber Sachen noch nicht verloren, wenn auch in Leipzig so Manche jetzt Sachsen heißen, welche von Dankel reden vor Ehren, aber als alten deutschen Bauer vorthin zusammengeflossen sind. Von diesen sind freilich auch manche Eingeborne angeflickt worden, Andere huldigen noch Chimären der alten Burschenzeit. Allein treffenugeachtet ist ein guter Kern von Sachsen auch in Leipzig, der wohl Zweifel, aber nicht Preußisch sein oder werden will. Der österreiche Popany wird von allen Verständigen belächelt, die gar wohl sehen, wohlbald solche österreichische Strohmänner auf die preußischen Bürschbäume gesteckt werden. Wenn man bevangelt, so essen die Preußen ihre Kirschen selber, und ihre Männer sind keine Vogelscheuchen, sondern eben nur Strohmänner. Von Professoren und der Zahl der 20r sind wir gewöhnt zu hören, daß sie als souveräne Unionisten nicht allein über das jetzige Ministerium, dem preußische Unionsgelüste nicht fremd sind, sondern auch über ihren Geister haben lassen. Sie gehen aber auch höher hinauf u. selbst bestimmte Herren, welche mit ihren Empfehlungen von Burschen bei ihren Denominationen nicht mehr durchkommen, entreissen sich zu sagen: „Sachsen sei nunmehr geworden!" Wir unsererseits wünschen, daß solche Redensarten auf dem Munde von Männern nicht mehr gehört werden können, welche vor allen die Zugend so zu kräftigen berufen sind: daß Sachsen im grunen Kranze seiner Raute blühe. Noch immer erinnern sich auch Leipzigs Bürger ihrer alten Bürgermeister, und haben noch nicht alle vergessen, daß der Bürgermeister Siegmann (1815) von Hardenberg brieflich aufgefordert wurde, die Stimme Leipzigs für sein Aufgehen in Preußen auf dem Wiener Congresse abzugeben, und der Verhängung einer Belohnung von 100,000 Thlrn. Er behielt den Brief bis 1828 in der Tasche. So daubette ein Leipziger Bürgermeister, als der König von Sachsen in preußischer Gefangenschaft war. Wie man in Sachsen jetzt polonisirt, wie man die Frankfurt-Gothaerische Constitution verhöhnt und Leipziger Handelsstand dabei mit Besorgnissen regen seines Handels einschüchtert und zu einer solchen Adresse bereden mag, dieß ist kein Geheimniß. Man kann sich aber nicht genug wundern, daß manche Handelsdeputirten Leipzigs nicht klüger geworden sind seit den Zollanschluß, wo Preußen eben so Antipathien hatte, als jetzt gemachte Sympathien. Was würde Leipzig unter Preußen werden? Wie willkommen würde die Universität sein mit ihren zwei Millionen, die man behalten würde, während man sie dagegen in Preußen nach Halle zu schicke. Der Buchhandel würde natürlich auch von Leipzig nach Berlin gelangen und die Preßschwindsucht anziehen. Was würde aus Leipzigs ständischen Handelsordnungen werden? Was Leipzig ist, das ist es in Sachsen durch seine Fürsten!"

Bonn, 1. Juli. Seitdem es zu Preußen in der deutschen Frage sind darum so unsicher und schwankend, weil die Feststellungen und Verabredungen zwischen den Ministern oft kurz vor dem definitiven Abschlusse durch einen hohern Einfluß getrennt werden. Herr v. Bernstorff, der Vertreter, der Ansichten, war zu seinem andern Zweck nach Berlin berufen worden, als um sich einmal ausführlich über hiesige Zustände und Personen auszusprechen. Fürst Schwarzenberg wollte das Gleiche bereits in Warschau gegenüber dem Prinzen von Preußen; allein derselbe wich augenscheinlich seiner Begegnung aus. Auch von der Reise Sr. Maj. des Königs von Sachsen nach Berlin hofft man hier Verständigung. Der schwierigste Punkt ruht weniger in der Frage über den Vorsitz im neuen Bundesrathe, als in der, ob Preußen mit Oesterreich mit den kleinen Staaten einseitig abgeschlossenen Militärkonventionen. Dieselben wurden die Wehrverfassung des neuen Bundes bedenklich modificiren und ganz besonders den Grundsatz aufheben, daß die kleinen Staaten mit ihren Contingenten in die Armeen der Großen treten. Bayern hat Oesterreich seine mit Toscana, Parma und Modena eingegangenen Militärtractate entgegengehalten. Allein der Vergleich paßt nicht, denn diese Staaten sind keine deutschen Bundesländer und der Vertrag präjudicirt nicht den wohlverworbenen Rechten Dritter. — Bei diesem Anlaß wollen wir des Zollvereins mit Parma und Modena gedenken, der im vorigen Jahre bei Gelegenheit der Friedensverhandlungen mit Piemont von Hrn. von Bruck angeregt wurde. Derselbe kam als abgeschlossen gelten, und die Reflexion ist nur darum noch nicht erfolgt, weil die Bestimmungen wegen einiger päpstlicher Enclaven noch nicht erledigt sind. Uebrigens wird die römische Curie diesmal keine Schwierigkeiten erheben; sie ist Oesterreich zu sehr verpflichtet und hat ihre ganze Zukunft auf die Siege seiner Bayonnette gestellt. Ueberhaupt war wohl zu seiner Zeit die Hegemonie Oesterreichs über Italien unbestritteuer als damals; selbst der Turiner Hof wird von dem Marschallstabe Radetzky's gehalten. — Die dermalige Anwesenheit des Großherzogs Leopold von Toscana ist ein Beleg des innigen Einvernehmens; denn wie der Großherzog von Baden den Prinzen, so hat er den Oesterreichern die Herstellung seines Thrones und dessen Wiederbefestigung zu danken. Uebrigens hat der Fürst so wenig als der Großherzog von Baden das breite Schiffkal verdient. Die vortrefflichsten Eigenschaften zeichnen ihn aus, ihm gebricht in vollem Maße das Prädicat des „Gütigen", und nur zu große Schwäche war sein Fehler. — Die Gewaltthreiche, welche in Neapel geschehen, haben hier entschiedene Mißbilligung hervorgerufen, und man hat das Recht der Verwandtschaft zu den dringendsten Vorstellungen benutzt. Leider ist bei der heftigen Gemüthsart König Ferdinand's nicht viel davon zu hoffen. — In den letzten Tagen ist die zweite Rate, der an Rußland für die ungarische Intervention zu zahlenden Entschädigung, die Summe von 1½ Mill. fl. abgetragen worden. Man hat dazu einen Theil der sardinischen Kriegs-Contribution benutzt. Die dritte und letzte Rate von gleicher Summe ist bis Ende dieses Jahres zugesagt. Also zusammen 4½ Mill. fl. sind die Entschädigung auf 4 Millionen fl.; hiernach sind die übertriebenen Gerüchte zu ermäßigen.

Wien, 7. Juli. Die drohenden Wolken, welche die nächste Zukunft verhüllen, werden sich zertheilen, und das Jahr 1850 bietet keinen Anlaß zu ernsten Besorgnissen. Denn sei der Zwiespalt im Herzen Deutschlands noch so groß, wir müßten an dem Verstande und dem guten Willen der Völker, wie der Regierungen verzweifeln, wenn wir nicht glauben, man werde endlich zu einer Einigung gelangen, welche so tief im Interesse der Dauer und der wohlthaften Entwickelung Deutschlands begründet ist. Noch glauben wir auf diese Hoffnung nicht verzichten zu müssen. Wenn auch Preußen vorsichert, daß es an der Bundesstaatsepistel festhalten wolle, und wenn selbst weitere und — wie wir glauben — unfruchtbare Versuche zur definitiven Constituirung der Union gemacht werden, so steht doch anderseits noch immer das Bestreben auch von preußischer Seite fest, mit Frankfurt zu einer Verständigung zu gelangen. Oesterreich zeigte sich jederzeit bereit, solche Verhandlungen einzugehen. Die Bundesversammlung zu Frankfurt konnte wohl nicht umhin, ihren Charakter festzustellen und muß deßhalb sein, ihn streng und gewissenhaft zu bewahren. Aber es kann unmöglich in ihrer Absicht liegen, durch ihr Verharren gegen Preußen zu Werke zu gehen. Man wird, wie bisher, auch noch während geraumer Zeit alle Rücksichten des Entgegenkommens und der Achtung beobachten. Es kommt freilich nur darauf an, was und wie viel Preußen auf dem Wege der Bundesverbindungen zu Frankfurt zu unternehmen gesonnen ist, und ob es den Begriff der freien Verabredung nicht so weit auszudehnen bemüht sein werde, daß darüber der Rechtsboden des Bundes verloren ginge. Hoffen wir, daß es zu den neuerdings bevorstehenden Berathungen aufrichtige Bereitwilligkeit mitbringe, sich friedlicher Gesinnung mitbringe. Das Gegentheil wäre ebenso unbegreiflich, als unheilvoll. Daß Preußen ungeachtet all' der bekannten Negationen nicht sagen könnte kann, die Ersteren des Bundes anzuerkennen, ist selbstverständlich, wofern sie dem Friedensabschlusse mit Dänemark eingeschaltet werden ist. Preußen räumt dem Bunde das Recht ein, bezüglich der Kriegsführung in Holstein zu entscheiden. Wenn nun, der ältesten preuß. Auffassung gemäß, lediglich der Ihor des Bundes ersiftirt, mit der Bundesverfassung aber jedes berechtigte Organ desselben unterzegangen wäre, so schiebe dieser Vorbehalt einen erkatanten Widerspruch in sich ein. Es ist aber die höchste Zeit, daß Deutschlands Geschick definitiv festgestellt, seine politische Bedeutung in Europa angemessen restaurirt und Widerstreben und Rathlosigkeit Aller Derjenigen, welche sich mit dieser Aufgabe beschäftigen, ernstlich angeschrieben werden.

(Oest. Krkp.)

Aus Pesth, 2. Juli. Vier Uhr Nachmittags. In diesem Augenblick wird das Todesgerichtliche Urtheil bekannt, welches auch am verflossenen Abend vorlaufig über dreißig Ex-Deputirte gefällt wurde. Von diesen wurden 26 ganz frei gesprochen, baranter Beszeredy und Patay. Joseph Madarasz wurde zu neunjähriger Schanzarbeit in Eisen, Rafoczy zu zwölfjähriger Schanzarbeit in Eisen, Kubinni und Olady zu fünfzehnjährigen Festungsarrest verurtheilt. Mit Ausnahme von Madarasz und Rafoczy wurde bei allen Uebrigen die Confiskation der Vermögens nachgesehen. (El.)

Frankreich.

C Paris, 9. Juli. Das Tagesprach bildet die gestrige Sitzung. Bekanntlich hatte der Justizminister die Februarrevolution eine traurige Katastrophe genannt. Darüber gab es einen vierstelstündigen Lärm, während dem von der Montagne heftig der Ordnungsruf gegen den Minister verlangt wurde. Pierre Lerroux forderte die Censur. Eine Menge Repräsentanten stürzten nach der Tribune, wo sie Hrn. Boucher heftig interpellirten. Der Präsident taggeln behauptete, nun ihm stehe das Recht zum Ordnungsruf zu und er werde ihn nicht aussprechen. Die Verwirrung ward nameloser, der Justizminister wollte wiederholt das Wort nehmen, der Präsident forderte auf, man möge Boucher seinen Ausdruck erklären lassen. Alles war vergebens, nirgends war der Ordnungsruf geforderte. Dahin erwiderte der Präsident: Ich hatte vielleicht Fuß gefaßt, ihn zu verhängen, Ihre Heftigkeit benimmt mir sie aber. — Der Justizminister schrie: Ich bin in einem Club — und verließ die Tribune. In diesem Wirrwarr ließ Dupin über den Schluß der allgemeinen Debatte den Presgesetzes abstimmen und die Majorität beschloß denselben. Der Lärm aber dauerte fort. Girardin heftig die Tribune und rief: Die ganze Opposition muß sich zurückziehen! Es lebe die Republik! Gehen wir fort! Die Opposition kann nicht bleiben! — Darüber ruft ihn der Präsident zur Ordnung. Girardin erhielt nun das Wort über den Ordnungsruf und erklärte er habe dem Minister entgegentreten müssen, welcher die Februarrevolution eine traurige Katastrophe genannt habe. (Jahrelche Stimmen rechts: Und wir mit ihm!) Er frage nun seine feine ehemaligen Collegen der Deputirtenkammer, ob ein Minister, welcher die Julirevolution so genannt haben würde, nicht zur Ordnung gerufen worden wäre. Der Minister Louis Napoleon müsse zur Ordnung gerufen werden, oder alle Mitglieder der Opposition werden aufhören, in diesem Saale zu erscheinen, er aber der Erste. Links große Verwirrung, worauf der Ruf: Ja! Ja! Die Rechte applaudirte höhnisch. Die Minister waren auf ihren Bänken geblieben, wurden aber heftig apostrophirt. Unter wahnsinnigem Lärmen endigte diese stürmische Sitzung. — Gestrige Bergammlung. Den Vorsitz führt Dupin. Bereits um Mittag sind die Tribunen der Zuhörer übersullt. Man ist neugierig auf das Benehmen der Montagne. Auch die Repräsentanten haben sich zahlreich eingefunden und unterhalten sich lebhaft. Endlich um 1 Uhr erscheinen die Mitglieder des Berges. Sie setzen sich ruhig nieder aus. Cavaignac Phlegma ist unerschütterlich kennen ihre Heiterkeit nicht verbergen. — Der Duoßor, General Pannat, sagt zu den Umstehenden: „Was ist das? Ich hatte die Demission dieser Herren im Ernste genommen und bereits den Kaiser Auftrag gegeben, von heute an die Vorstellung der 25 Francs einzustellen. — Wallutin, der von seiner Stichwunde hergestellt ist, erscheint zum ersten Male wieder in der Versammlung. — Girardin ist nicht erschienen. — Bouher unterhält sich mit dem Berichterstatter Chasselong-Lautrat. — Die Repräsentanten vom Berge unterzeichnen einen Protest gegen Vermeidet bei 1. Abtheilung unserer Truppen, welche nach Preußen verlegt werden, besteht in einem Artilleriergimente zu 560 Mann und 280 Pferden, 2 Dragonerregimentern (Bruchsal und Mannheim) zu 440 Mann und 2 Infanteriebataillonen zu 600 Mann, zusammen 2640 Mann mit 1160 Pferden. In zwölf 14 Tagen dürften denselben noch 2 Bataillone und nach weiteren 2 bis 3 Wochen abermals die gleiche Zahl Infanterie folgen. (B. L.)

Karlsruhe, 10. Juli. Die in mehreren Blättern verbreitete Nachricht, wonach bei Blankenloch ein Lager für preuß. Truppen hergerichtet würde, ist vollkommen unge gründet.

Leipzig, 8. Juli. Es sind nun die Mission zu dem für den 15. Juli einberufenen Landtag nem eine Masse von Akten abhanden gekommen ist. Nun ist es aufgekommen, wohin diese Akten gekommen sind. Das Tochterlein eines Ministerialboten hat nach und nach 15 Centner aus dem Archiv geschleppt und selbige an eine Obsterin in kleinen Portionen vertauft, um daraus ein Tischgeseß zu erzielen. Der Diebstahl wurde dadurch entdeckt, daß der Archivar des betreffenden Ministeriums auf einem Spaziergang durch die Anlagen einen Fetzen Papier fand mit der ihm wohlbekannten Schrift eines Schreibers im Ministerium. Bei der Obsterin fanden sich noch mehrere Tüten aus den betreffenden Akten gefertigt. Die Person ist verhaftet. (Allg. Z.)

München, 10. Juli. Se. Maj. der König haben die in dem königl. bayerischen Obermedicinalausschuß niedergelegte Stelle des Professors der Chirurgie zu hiesiger Hochschule Dr. Fr. Chr. Rothmund allergnädigst übertragen. Da der „Pinsterern" zu Regensburg als derzeitiger Vorort des „katholischen Vereins für Deutschland" laut seinem frühern Regierungsentschlusse für seine politischen Vereine erklärt und somit nach dem neuen Vereinsgesetz am 26. v. M. in seiner Thätigkeit bis zur Entscheidung über die vielfältig anhängige Berufung gehemmt ist, so gibt der „katholische Centralverein" im Bisthum Linz in bayerischen Blättern bekannt: daß zur Abhaltung der vierten Generalversammlung des katholischen Vereins Deutschlands der 24. bis 26. September 1850 nun bestimmt worden seien. (Allg. Z.)

München, 10. Juli. In der heutigen (Abend-) Sitzung d. K. d. Abgg. stellte Frhr. v. Lerchenfeld eine Interpellation über Schleswig-Holstein. Hr. v. Pfeufer erwiderte: Seine Mittag habe die Regierung vom preuß. Ministerium die Mittheilung des Friedensvertrags vom 2. Juli, nebst einer Denkschrift und der Einladung zum Beitritt erhalten. Die Regierung werde wohl erwägen, was zu thun sei. Uebrigens sei der in „Allg. Ztg." mitgetheilte Text ein ganz unrichtiger. (A. P.-Z.)

Nürnberg, 10. Juli. Gestern wurde einer der Vorstände des hier bestehenden Wander-Unterstützungsvereins auf den Wagistrat beschieden und ihm mitgetheilt, daß in Folge des jüngst erschienenen Regierungserlasses auch dieser Verein aufgelöst sei.

Karlsruhe, 10. Juli. Der Befehl zum Abmarsch unserer Truppen nach Preußen ist gegeben und werden demselben zufolge nächsten Sonntag, den 14. d. M., das 3. und den folgenden Tag das 5. Bataillon Infanterie, welche beide sich seit einigen Wochen in Lager bei Forchheim befinden, den Marsch antreten. Dieselben werden in Mannheim und Umgegend bis zur sofort erfolgenden Weiterreise mit Dampfschiff nach Köln einquartirt. Das 6. und 8. Bataillon werden die Abgangenen im Lager ersetzen und sodann das 2. und 10. einberufen. Die künftigen Garnisonorte unserer Truppen in Preußen sind Perleberg, Prenzlau, Königsberg in der Neumark, Wriezen, Arnswalde und Koltbud. In letztere Stadt wird die bemnächst abgehende Reiteren und Artillerie, welche den Weg zu Pferd, bezeichnungsweise zu Fuß zurücklegen hat, zu guter letzt kommen. Die

Karlsruhe, 10. Juli. Se. Maj. der König haben die in dem königl. bayerischen Obermedicinalausschuß niedergelegte Stelle des Professors der Chirurgie zu hiesiger Hochschule Dr. Fr. Chr. Rothmund allergnädigst übertragen. Da der „Pinsterern" zu Regensburg als derzeitiger Vorort des „katholischen Vereins für Deutschland" laut seinem frühern Regierungsentschlusse für seine politischen Vereine erklärt und somit nach dem neuen Vereinsgesetz am 26. v. M. in seiner Thätigkeit bis zur Entscheidung über die vielfältig anhängige Berufung gehemmt ist, so gibt der „katholische Centralverein" im Bisthum Linz in bayerischen Blättern bekannt: daß zur Abhaltung der vierten Generalversammlung des katholischen Vereins Deutschlands der 24. bis 26. September 1850 nun bestimmt worden seien. (Allg. Z.)

München, 10. Juli. In der heutigen (Abend-) Sitzung d. K. d. Abgg. stellte Frhr. v. Lerchenfeld eine Interpellation über Schleswig-Holstein. Hr. v. Pfeufer erwiderte: Seine Mittag habe die Regierung vom preuß. Ministerium die Mittheilung des Friedensvertrags vom 2. Juli, nebst einer Denkschrift und der Einladung zum Beitritt erhalten. Die Regierung werde wohl erwägen, was zu thun sei. Uebrigens sei der in „Allg. Ztg." mitgetheilte Text ein ganz unrichtiger. (A. P.-Z.)

Nürnberg, 10. Juli. Gestern wurde einer der Vorstände des hier bestehenden Wander-Unterstützungsvereins auf den Wagistrat beschieden und ihm mitgetheilt, daß in Folge des jüngst erschienenen Regierungserlasses auch dieser Verein aufgelöst sei.

Karlsruhe, 10. Juli. Der Befehl zum Abmarsch unserer Truppen nach Preußen ist gegeben und werden demselben zufolge nächsten Sonntag, den 14. d. M., das 3. und den folgenden Tag das 5. Bataillon Infanterie, welche beide sich seit einigen Wochen in Lager bei Forchheim befinden, den Marsch antreten. Dieselben werden in Mannheim und Umgegend bis zur sofort erfolgenden Weiterreise mit Dampfschiff nach Köln einquartirt. Das 6. und 8. Bataillon werden die Abgangenen im Lager ersetzen und sodann das 2. und 10. einberufen. Die künftigen Garnisonorte unserer Truppen in Preußen sind Perleberg, Prenzlau, Königsberg in der Neumark, Wriezen, Arnswalde und Koltbud. In letztere Stadt wird die bemnächst abgehende Reiteren und Artillerie, welche den Weg zu Pferd, bezeichnungsweise zu Fuß zurücklegen hat, zu guter letzt kommen. Die

Karlsruhe, 10. Juli. Die in mehreren Blättern verbreitete Nachricht, wonach bei Blankenloch ein Lager für preuß. Truppen hergerichtet würde, ist vollkommen unge gründet.

Leipzig, 8. Juli. Es sind nun die Mission zu dem für den 15. Juli einberufenen Landtag

Neuestes.

München, 9. Juli. Die Feier erinnern sich, daß voriges Jahr aus dem Ministerium des Innern

ausgefendet. Von Allem, was bisher über angebliche Verweigerung der Theilnahme gefabelt worden, steht nur der von den Gothaern im allgemeinen Senat herbeigeführte bekannte Beschluß und die verschmitzte Erklärung des Buchhandlers und Buchdruckers Brockhaus sei, nicht kommen zu wollen. Dieser wird dem Schicksale nicht entgehen, in der Rolle eines sächs. Franklin zur ergötzlichen Person im Lande zu werden. Bis jetzt steht er mit seiner Demonstration allein. Wie die Stimmung im Lande ist, ersehen wir Bestes daraus, daß die Organe der Radikalen und der Gothaer bereits wehklagen, daß der Landtag doch wohl zu Stande kommen werde. (N. M. Z.)

Leipzig, 9. Juli. Jetzt ist nun von den anderorventlichen Professoren eine größere Anzahl (16) zusammengetreten, um dagegen zu protestiren, daß die ordentlichen Professoren durch die Berufung eines Abgeordneten an den Landtag die Interessen, Rechte und Ehre der gesammten Universität als Stand vertreten sollen, gegen die Nichtbescheidung, durch welche die Reservation auch ihrer Freiheiten verloren gehen würde, bei ihm allenfallsigen Ernennung zum Abgeordneten eingelegt, welche zum mindesten ein moralisches Gewicht haben muß. (L. Z.)

Kiel, 8. Juli. Die Statthalterschaft hat eine Proklamation erlassen, deren wesentlicher Inhalt folgender ist: „Der Friedensvertrag enthält die Anerkennung der Rechte unseres Landes und achtet es den Herzogthümern selbst, diese Rechte ungehindert zu schützen. Das hart bedrängte Schleswig wird unseres Schutzes nicht entbehren. Wir sind der friedlichen Ausgleichung nicht entgegen; bei einem dänischen Einbruch in Schleswig, unter welchen Umständen auch gefchehe, folgt die Gegenwehr; denn wohlgerüstet steht unsere Armee. Die Statthalterschaft hält fest und treu am Rechte des Landes und seines angestammten Landesherrn."

Wien, 9. Juli. Der Großherzog von Toscana hat gestern mit seiner Familie die Reise nach seinem Staat angetreten.

T. D. Wien, 10. Juli. Feldzeugmeister Haynau ward pensionirt. Einhundertundneun verurtheilte Ungarn wurden amnestirt. (Allg. Z.)

T. D. Berlin, 8. Juli. Hr. Bunsen, offiziell angestellter Vertreter bei der Conferenz in London so bevollmächtigt, daß er das Beitreten, hatte dies verweigert. Der öfterr. Geschäftsträger war bei der Conferenz zugegen, hat aber aus Mangel an Instructionen das Protokoll nicht unterzeichnet. Preußen stellt an den Grenzen der Herzogthümer ein Beobachtungs-Corps auf, um die dänischen Schritte zu beobachten.

Berlin, 9. Juli. Aus sonst zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß Seitens der preußischen Regierung zwei Mittheilungen an die österreichische Regierung abgegangen sind. Die eine, vertraulicher, erklärt, daß, nachdem Oesterreich mit seinen Vorschlägen gestellten Bedingungen, unter welchen eine Herstellung des Interims möglich sei, sich nicht einverstanden erklärt habe, Preußen seiner Seits die desfallsigen vertraulich geführten Unterhandlungen für beendigt und geschlossen ansehe. — Die andere, offizielle, Mittheilung erklärt, daß, nachdem der Versuch, ein Interim zu Stande zu bringen, gescheitert, es nothwendig sei, sich über ein Definitivum zu verständigen. Damit aber die Schwierigkeit, die in der Form sich zeigen konnte, umgangen werde, schlägt Preußen für das Definitivum die Form vor, die Oesterreich selbst für das Interim aufgestellt habe; nämlich Oesterreich möge mit seinen Verbündeten in Frankfurt über ein Definitivum berathen und das Resultat dieser Berathungen Preußen und seinen Verbündeten vorschlagen. Die diesseitige Regierung wiederholt dabei, daß Preußen die in Frankfurt tagende Versammlung nicht als Plenum u. dgl. Beschlüsse nicht als im Namen des Bundes erlassen anerkenne. (N. Pr. Ztg.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Xaver.

Druck von Joseph Stolz in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrankhofe 3. Distr. Nr. 533.
Einschaltungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 167. Würzburg, Samstag den 13. Juli. **1850.**

Die Sophisten unserer Tage.

(Schluß.)

§ Die Sophistik erhebt jede einzelne Beobachtung sofort zur Regel — was ist es also anders als Sophistik, wenn jene Männer, die sich rühmlichst bewährt hat, frisch weg als die allein seligmachende ausgeboten, und immer das Neueste zugleich als das Zeitgemäßeste betrachtet wird? Die Sophistik nimmt jede zufällige Erscheinung einer Sache für ihr Wesen — was ist es also anders als Sophistik, wenn jeder Mißbrauch einer Einrichtung sofort zur Entwürdigung, jeder gehoffte Vortheil zur Empfehlung der Sache selbst benutzt, und die einfache Wahrheit verkannt wird, daß jedes Ding zwei Seiten habe, und nur sorgfältige Abwägung und Sachkenntniß das Uebergewicht der einen oder andern entscheiden könne? Die Sophistik weist alle Kathegorien durchmandter — wie sollte also der rein Sophist heißen, der jede Möglichkeit in eine Wirklichkeit verwandelt, jedes Recht zu einer Thatsache stempelt, und gleichwohl, während er für die höchsten Fragen der Religion, Moral, Kunst keinen andern Maßstab, als den des Rechts hat, zur Verwerfung wirklicher Rechtsbegriffe die heiligsten Namen zu mißbrauchen sich berufen trägt? Die Sophistik rechnet mit Worten, statt mit Begriffen — schließen — was wäre es also anders, wenn Hunderte es für unbreichen halten, über einen Gegenstand zu sprechen oder zu schreiben, um alsdann auch darüber urtheilen zu können, und im Besitze einiger philosophischer Fachterminen — auf alle Fragen die Befähigung erblicken, über jede Angelegenheit des bürgerlichen oder geistigen Lebens ihre vollgültige Stimme abzugeben? Wenn unsere Staatsweisheit aus Statenarmgröße und den konkreten Zuständen entsprechender Mittel nur wenige Recepte und abgekürzte Phrasen zu bieten hat; wenn unsere Ersindungskunst nach Theorie und Technik nur darauf angelegt scheint, der Jugend von Allem Etwas und im Ganzen Nichts beizubringen; wenn unsere Beurtheilung der Personen und Begebenheiten noch immer nicht über den Standpunkt des Doktor Bahrdt bei Goethe hinaus ist: „so thät' ich, wenn ich der Herr Christus wär'"; wenn wir sogar Kunst und Wissenschaft nur in so weit hoch schätzen und begünstigen, als sie selbst in das große Horn der Zeit blasen, statt uns von ihnen über die Barbarei der Gegenwart emporheben und für die bessere Zukunft weihen zu lassen — dann mögen wir uns noch so sehr mit unserer Mündigkeit und Gesinnungstüchtigkeit, mit unsern Weltanschauungen und mit unserm Rechtsboden, mit allen unsern Terminologien und Netzwarten brüsten; ich sage: wir sind Sophisten, und das wäre denjenigen Geschlecht ist von jeher zugleich das kameelvorstellendste gewesen." — An den Schluß der Rede tritt die vornehmlich an die Jugend gerichtete Mahnung, daß dadurch, daß man sich über die Sophistik unserer Zeit erhebe und sie überwinde, dem wahren Fortschritte der Geschichte zu dienen. Es wird auf das große Werk des Sokrates hingewiesen, von welchem alle ächte Wissenschaft ausgehe, daß nemlich der Wissende Der sei, der seine Unwissenheit kenne, „d. h., der stets das Bedürfniß empfinde, mehr zu lernen, der nie weise genug zu sein glaube und selbst Das, was er wisse, nicht höher schätze, als es wirklich verdiene; eben deßhalb aber in seinen Urtheilen nie den Thatsachen vorgreife, seinen Gesinnung anders als nach langer und allseitiger Beobachtung der Wirklichkeit aussprechе, und wo es dazu an Gelegenheit oder Stoff fehle, die Grenze seines Berufes und seiner Befähigt zu erkennen nicht verschmähe." Zuletzt wird getröstet die Gewißheit ausgesprochen, daß auch bei uns der Fortschritt über die Sophistik hinaus kommen werde, so gewiß, „so wahr ein Gott im Himmel lebt, der die Namen alles Dessen, was seit Anbeginn der Menschheit heilig war, nicht immer nanntlich fahren lassen wird. — Ja, wenn nicht alle Anzeigen täuschen, so ist er schon auf dem Wege; die Gipfel der Berge, die Höhen der Intelligenz, die selbst wie lange von den Dünsten der Tiefe umhüllert waren, rothen sich wieder im Sonnenschein der ewigen Wahrheit, und wenn auch die salzenden Nebel um so schwerer auf den Thälern liegen, so wird doch auch hier der Tag anbrechen, wo das arme bethörte Volk den Fluch, den die Sophisten gegen den allmächtigen Gott und sein heiliges Wort zu richten gelehrt haben, auf seine Verführer zurückschleudern und diesen zurufen wird: „wir haben auf euch gehofft und gebarrt, ihr habt uns getroppt, ihr habt uns genarrt!" — dann aber müssen auch wir uns insbesondere Sie, die Männer der Zukunft, mit dem Lobertaube bereit stehen, um Kräfte des Genesenden zu beleben und den Bedürftigen seine wiedererbrochen Gesundheit Rechnung zu tragen; und das wird nur Dem möglich sein, der selbst mit ernster und tüchtiger Wissenschaft gerüstet auch in jeder anderen Sphäre der Oberstachlichkeit und Selbstäuschung zu begegnen und die Erkenntniß zu fördern geeignet ist, von der schon Sokrates alles Glück und Gelingen abhängig gemacht hat."

Gottfried Kinkel.

Die „Zeitung für Norddeutschland" enthält eine Aufforderung an die Männer der deutschen Wissenschaft, im Namen der letztern ohne Rücksicht auf die politische Partei ihr Schweigen zu brechen, und den Gewaltthaten in Preußen, welche Kinkel in dunkler Zukunftsangelle verkommen lassen, zuzustehen: „Also ist der Genius der Erde, der es wagen darf, die Wissenschaft wie eine Sklavin in den Staub zu treten? Zeige ihr die schuldige Achtung in Gottfried Kinkel! Gib einen Raum seinem Genius! Oder fürchte den Fluch der Gebildeten des Jahrhunderts; fürchte den Sängers Fluch!" Die Redakteu der eben genannten, aber nicht besonders conservativen Zeitung hat den Takt gehabt, durch Stellung des Anfrufs unter die bezahlten Inserate die Verantwortlichkeit für denselben abzulehnen, und dieselbe dem Verfasser als solchem zu überlassen. Dennoch könnte es bei der heutigen allgemeinen Begriffsverwirrung und Phrasenperschaft seine Verwunderung erregen, wenn diese pathetische Anrede in der deutschen Presse einen Widerhall fände. Wir wollen daher gleich jetzt die Nichtigkeit des Raisonnements darlegen, welches im Namen der Wissenschaft eine sonst durch Nichts gerechtfertigte Bevgung des Gesetzes zu Gunsten Kinkel's fordert. Wohl mag es der Mann, der von frühester Jugend an mit Kunst und Wissenschaft sich beschäftigt hat, der nur an geistige Thätigkeit gewöhnt, dem selbst die Blüthe alles geistigen Lebens, die schöpferische Kraft der Dichtere in anerkennenswerthem Maße zu Theil geworden ist, härter empfinden, als alle seine Leidensgefährten, wenn er in Gesellschaft von verworfenen, gemeinen Verbrechern zu schweren, mechanischen Arbeiten genöthigt wird. Diesenigen aber, welche so gleichen Lärm über diese vermeintliche Barbarei erheben, vergessen, daß gerade sie es sind, welche immer und immer die Gleichheit vor dem Gesetze als erste Bedingung einer wahren Rechtszustandes hingestellt haben, und daß eine Beugung des Gesetzes ohne sonstigen zureichenden Grund zu Gunsten eines geistig hochbegabten Verbrechers ebenso wenig zugelassen werden darf, als die andern beiden unbemotivirten Momente der Gesellschaft, gläubige Gesamt an Reichthum, jetzt noch einen Aufruf auf eine solche, die Gerechtigkeit verletzende Gnaft gewähren können und dürfen. Es ist wahr, die gemeine Strafe trifft den geistig begabten und gebildeten Mann härter, unendlich härter, als den gemeinen Verbrecher, der vielleicht von früherer Kindheit an in den verpfesten Höhlen des Lasters aufgewachsen, ohne jegliche Entwickelung eines sittlichen Bewußtseins, nur von wilden, physischen Trieben beherrscht, das Eigenthum verletzt. In demselben Verhältnisse aber ist auch die Strafe unerträglicher eines Mannes, der unendlich mehr, als Jener, im Stande ist, Recht von Unrecht zu unterscheiden, größer, als die des zum Diebe erzogenen Verbrechers und den niedrigsten Schichten der Gesellschaft, und diese Verantwortung, welche darin liegt, wird durch die wirklichung, daß die formell gleiche Strafe den in viel höherem Grade schuldigen, geistig gebildeten Mann in viel härterer Weise berührt.

Und eben eine hohe, geistige Bildung und Begabung Kinkel's, welche ihn würdig in die Reihe jener genannten Koryphäen deutscher Kunst u. Wissenschaft hätte stellen können, ist ein Grund seine Gnade walten zu lassen gegen den Mann, welcher mit vollem Bewußtsein die eiserne Gerechtigkeit gegen sich herausgefordert, welcher die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft viel schwerer verletzt hat, als alle die übrigen gemeinen Verbrecher verurtheilten Classen seiner Gefangenschaft. Die Verbrechen des Raubers, des Diebes, des Mörders sind einzelne Verlegungen der bürgerlichen Gesellschaft, die Schilderhebungen der Demokratie aber stellen diese selbst völlig in Frage, leugnen das Prinzip, auf welchem sie beruht, erschüttern daher jegliches Rechtsbewußtsein, gefährden das Recht selbst in viel höherem Grade, als die gemeinen Verbrecher und nur der mathserzigen Feigheit und sittlichen Verworrenheit unserer Tage verdanken wir es, daß es diesen wilden Schaaren, und mehr noch ihren geistig begabten Führern so oft gelungen ist, unter dem Vorwande politischen Märtyrerthums die strafende Gewalt des Gesetzes zu entwaffnen. Strafdare Schwäche haben wäre es von Seiten der Staatsgewalt, wenn sie einen der ge-

fahrlichsten Führer der rothen Demokratie, dem verletzten Gesetz zum Hohne Trauridge, wenn sie dem Genius Kinkel's freien Raum gehen wollte zu neuer Entfaltung der rothen Fahne, wenn sie den Fluch eines Sängers fürchtete, gegen diese wilde Schaaren sie, diejenigen gesellschaftlichen Zustände vertheidigen mußte, welche allein der Kunst und Wissenschaft die Möglichkeit einer Existenz, einer Entwicklung gewähren. — Eben durch seine hohe geistige Begabung, durch die ihm geworbene Weihe der Wissenschaft und Kunst, hat Kinkel das Recht verwirkt, ein Führer der Demokratie zu sein. Wenn er es doch ist, wenn es ein seine eigene, Schuld, nicht die der Machthaber, wenn er zu gemeiner Beschäftigung in gemeiner Gesellschaft hinabsank. — Die angerufenen Männer der Kunst und Wissenschaft dürften schwerlich eine Veranlassung finden, für den abtrünnigen Jünger, für den Führer einer Partei in die Schranken zu treten, deren Sieg in Deutschland für immer jegliche Kunst, jegliche Wissenschaft unter den Fußtritten von Barbaren vernichtet hätte, die ein großer englischer Geschichtsschreiber für schlimmer hält, als die Hunnen und Vandalen der Völkerwanderung. (D. N.)

Landtagsverhandlungen.

München, 10. Juli. (CXL VIII. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertische: Staatsminister v. d. Pfordten, v. Lüxer, v. Abelkhrenner und mehrere Ministerialräthe. Der I. Präsident eröffnet um halb 5 Uhr die Sitzung und verliest nach Bekanntgabe des letzten Sitzungsprotokolls einen Allerhöchsten Erlaß, welchem zufolge die Sitzungen der Kammer bis 20. Juli vertagenet sind, mit der Hoffnung, daß bis dahin die Nammern mit den Berathungen der bedeutensten Gesetze fertig geworden. — Referent v. Breitenbach erstattet hierauf Vortrag über die allgemeine deutsche Wechselordnung, deren Berathung morgen stattfindet. — Frhr. v. Lerchenfeld trägt hierauf den Bericht über den Finanz-Gesetzentwurf vor. Der Ausschuß schlägt vor: Ein Steuersystem, der Vermehrung der Grundsteuer mehr zu erheben und 4 Millionen im Wege des Anlehens aufzunehmen, wobei dem Finanzministter möglichst freie Hand bleiben solle. — Dr. Hopf trägt das Referat über den Gesetzentwurf: das Staatsschuldenwesen betr., vor Diese beiden Punkte werden künftigen Freitag berathen werden. — Dr. v. Hermann erstattet nun Vortrag über die Rechnungsergebnisse bei den Aerarral-Bergwerken der Pfalz pro 1845/46 und 1846/47 betr. Da diese Rechnungen in dem Referate über das Bergwesen im tiefsitzenden Bayern nicht eingeschlossen war, wird dieser Theil des Bergwesens eigens berathen. Der Ausschuß schlägt vor: Die Rechnungen seien nicht zu beanstanden und die kgl. Staatsregierung sei zu ersuchen, bei künftiger Vorlage der Regierungsübersichten den Kammern auch immer eine Uebersicht der Resultate der Verwaltung der ärarialischen Bergwerke der Pfalz vorzulegen. — Diese Anträge werden ohne Debatte angenommen. Der hierauf von Breitenbach erstattete Vortrag über den Gesetzentwurf, die Aufhebung der Moratorien betr., bestand einfach darin, daß derselbe die unbedingte Annahme des Gesetzentwurfs empfahl. Dieser Vortrag wird heute in Berathung genommen und der einzige Art. desselben ohne Debatte einstimmig (mit 124 Stimmen) angenommen. Dieser Art. lautet: Die Vorschriften der Gerichtsordnung Kap. 18 §. 12 und der großherzoglich würzburgischen Verordnung vom 5. März 1810 über Moratorien sind aufgehoben. — Bei sofort erfolgter Berathung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Antrages des Abgeordneten Rödl: die Unterstützung der Gewerbe betr., wurden die geringen Modifikationen, die am Prinzipe nichts ändern, nach ganz kurzer Berathung angenommen. — Staatsminister v. Abelkhrenner legt hierauf der Kammer einen Gesetzentwurf vor, der die Anschreibung der schwebenden Schuld von der Staatsschuld beabsichtigt. Nachdem der letzte Punkt der Tagesordnung, die Berichterstattung, des Sekr. des V. Ausschusses über die geprüften und zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befundenen Beschwerden, erledigt war, gaben Ruland und Kolb folgende Erklärungen ab. Ersterer protestirt gegen die Interpellation der Majorität des V. Ausschusses, den Begriff „die konstitutionellen Rechte" betreffend. Letzterer verlangt die Rechtfertigungsschrift des Ministeriums, wegen Verhängung des Belagerungszustandes in der Pfalz. — Dieraus worten folgende Interpellationen beantwortet: Kolb: Ist es wahr, ob wenn die politischen Gefangenen noch nicht vor das Schwurgericht gestellt oder freigelassen werden sollen. — St.-Min. v. d. Pfordten: Das Staatsministerium werde wie bisher das Grundprincip im Auge behalten, alle Untersuchungen fremdem Einflusse zu entziehen, er gebe daher keine Antwort auf diese Interpellation. Im Allgemeinen, aber nur im Allgemeinen gebe er die Erklärung, daß alle Staatsanwälte beauftragt wurden, alle Untersuchungen möglichst zu beschleunigen. — Kolb interpellirt über die Ansetzungen des Militärs in der Pfalz, und ob Anordnungen dagegen getroffen seien. — Reichsrath v. Lerchenfeld: daß die Untersuchungen über diese Ruhestörungen eingeleitet und Anordnungen dagegen getroffen worden seien. — v. Lerchenfeld drückt zuerst sein Bedauern über die unsittliche Sage Schleswig-Holsteins aus, äußert sich höchstoft verwundert über den Frieden zwischen Preußen und Dänemark, besonders wenn derselbe wirklich so laute, wie er heute in der „Allg. Ztg." stehe. Er fragt, ob dem Ministerium diese Friedens-Akte schon offiziell mitgetheilt worden, und bittet und beschwört daselbe, die Politik, die Bayern bisher in dieser Frage eingehalten, ferner treu und fest zu befolgen mit den Worten: Wenn Deutschland auch unterginge, so soll es doch mit Ehren untergehen! (Mehrere Stimmen o ho! o ho!) — Staatsminister v. d. Pfordten bemerkt, daß ihm heute Mittag dieses Aktenstück mitgetheilt worden, daß das Ministerium noch keine Zeit zur Ueberlegung seines und hierbei seiner frühere Politik nicht außer Act lassen werde. — Nachdem Kirchgeßner einige allgemeine Aeußerungen über Schleswig-Holstein gemacht und Kolb seinen tiefsten Schmerz über die Schlußworte v. Lerchenfeld's ausgedrückt hatte, schließt der Präsident um 7 Uhr die Sitzung.

München, 11. Juli. (CXLIX. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertische: v. d. Pfordten, v. Ringelmann u. mehrere Ministerialräthe. Der I. Präsident eröffnet um halb 10 Uhr die Sitzung, worauf nach Verlesung des letzten Sitzungsprotokolls, des Gesetzentwurfes über den Adjutum, des Antrag, die Unterstützung der Gewerbe betreffend, und nach Verlesung des gestern gefaßten Beschlusses, die Moratorien betreffend, der Präsident zur definitiven Abstimmung über die im Ausschusse berathene Wechselordnung und Einführungsgesetz verlesen übergeht. Diese Gesetze werden mit 119 Stimmen angenommen. Eine allgemeine Berathung fand nicht statt. Nachdem Ruland über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über den Antrag von Narr und Thinnes Vortrag erstattet hatte, werden diese Modifikationen, die von ganz geringer Bedeutung sind, angenommen. Auch einem neuen Antrage der Kammer der Reichsräthe stimmte die Kammer bei. Derselbe lautet: Die königliche Staatsregierung wolle ihr Augenmerk darauf richten, auch die Besoldungen der Lyceatprofessoren verhältnißmäßig zu erhöhen, wobei es den Antrag auf Erhöhung des Gehaltes um 12 fl. verwarf, ward die Sitzung um 11½ Uhr geschlossen.

Deutschland.

Frankfurt, 7. Juli. Sie haben schon vernommen, daß Hofrath Hepp von hier verhaftet und ebenso Detmold, der, wenn Stüve gefürgt worden wäre, jedenfalls auch von hier abgeruten worden wäre. Beide Herren haben nachgegeben, die Beamtenpferd hort auf und die Mitglieder des Planums werden gemeinsam mit kräftigst vorschreiten. Es ist nunmehr ausgemacht, daß, wenn auch jetzt keine Verständigung zwischen Wien und Berlin wegen einer provisorischen Centralgewalt zu Stande kommen sollte, Oesterreich und das Plenum den provisorischen Entwurf zur provisorischen Centralgewalt fallen läßt und gerade zur Einsetzung des engeren Rathes schreitet. Es ist im Plenum nunmehr einstimmig der Grundsatz zur Geltung gekommen, daß, möchten die vorangemachte Berufung an alle Bundesfürsten geschehen ist, die sämmtlichen Regierungen sich nicht abhalten lassen dürfen, zum Kongreß zur die ihnen obliegende Verpflichtung bei Bund aufrechtzuhalten und ohne die nicht Erscheinenden den engeren Rath einzusetzen. — Mehrere ausländische Zeitungen und sogar sogar die hiesige D.P.-Z. wollen die Welt glauben machen, daß hier eine sehr gute Harmonie zwischen den preußischen und übrigen Truppen, namentlich zwischen den ersteren und den andern Offizierkorps herrsche. Es ist dieses eine grobe Unwahrheit und wahrscheinlich zu dem Zwecke erdichtet und ausposaunt, um den jetzen Augenblick zu erwartenden Dingen über die wahren Gesinnungen zu täuschen. Niemand hat hier eine aufgeregtere Stimmung gegen das preußische Offizierkorps gefunden. Es ist so weit gekommen, daß man preußischen Soldaten kaum mehr grüßt. Man weiß sehr wohl, daß unter dem preußischen Offizierkorps, namentlich unter den Subalternen eine sehr gute Gesinnungsweise und brave Männer sind, allein diese Ehrenmänner müssen wegen der Mißgriffe einiger Vorgesetzten leiden und werden für deren Versehen angesehen. Die nicht näher zu bezeichnenden Verstöße, die bei den jüngsten Paraden sich das preußische Offizierkorps hat zu Schulden kommen lassen und darum auch von Preußen anerkannten Oberbefehlshaber, den k. k. österreichischen F.-M.-L. v. Schirnding, zu Schulden kommen ließ und die so weit gingen, daß dieses Offizierkorps den General auf offener Parade gleichsam ignorirte und ihm nicht die ihm gebührende Ehrenbezeugung bewies, hat unter dem Publikum die größte Entrüstung hervorgerufen. Es ist kaum glaublich, daß es in Deutschland eine Truppe gibt, welche die ersten Regeln des militärischen Anstandes in offentter Weise verletzt und sich den Range gebührende Ehrenbezeugung auf offener Straße bei Seite setzt. Selbst im Feind muß man den Rang und die Charge ehren; wer dieses nicht thut, der setzt sich selbst herab! Unter dem österreichischen Offizierkorps herrscht die Ansicht, daß die österreichische Armee keinen zweiten General hat, der solche offene Verletzung militärischen Anstandes duldet. Das Militär beurtheilt allgemein den preußischen Oberstlieutenant v. Ordorg als denjenigen, auf dessen Veranlassung das preußische Offizierkorps dieses Benehmen einhält. Auch vermuthet man, daß Major Theo seine Hände mit im Spiele hat. Es wird vielseitig bedauert, daß keine preußische Corpskommandant, der Oberst Brandis, abgegangen ist. So lange dieser hier anwesend war, wurde wenigstens der offene Anstand bewahret! (D. B.)

Stuttgart, 6. Juli. Unter der Ueberschrift: „Der Abgeordnete Mainzmünzer," bringt heute die „Württemb. Ztg." einen ziemlich langen Artikel von Fr. Römer, in welchem folgender pikante Schluß sich findet: „Schließlich ergibt sich aus dem Vorstehenden, daß wir es Niemand recht gemacht haben. Was mich betrifft, so gerecht wir weniger das Gefühl, daß ich nach beiden Seiten hin Anerkennung gefunden habe, als vielmehr das Gefühl, daß ich mich um meine Feinde nicht bekümmere. Im Uebrigen mag in Württemberg der Teufel Minister sein."

Eßlingen, 7. Juli. In der vergangenen Woche wurde hier eine von dem Werkführer der Schiffszeug in der Maschinenfabrik eigens konstruirte und verfertigte Feuerleiter probirt, die als sehr gelungen betrachtet werden kann. Sie ist auf zwei Räder gesetzt, mittelst deren sie auf den

Brandplatz gebracht wird, und zeichnet sich hauptsächlich dadurch aus, daß in ganz kurzen Wendungen in die engsten Gäßchen gestuhrt und unter den dichtesten Volksdanzen mit leichtigkeit gewendet werden kann. Es ist dies dadurch ermöglicht, daß ihre ganze Länge, die zirka 50 Fuß beträgt, in etwa sechs Theile abgetheilt ist, die sich alle miteinander schieben und eben so leicht wieder auf ihre ganze Länge fast senkrecht in die Höhe ausziehen lassen. Dabei ist ein Eimer angebracht, durch welchen Menschen oder was sonst getragen werden sollen, sogar aus den obersten Stockwerken sicher herabgelassen werden können. Dadurch nun vollends, daß sich der oberste Theil derselben zur Hälfte umlegen läßt und an zwei Orten mit zwei Haken zum Einhaken versehen ist, läßt sich gar leicht, weil es sonst nirgends mehr möglich ist, durch die Dachfenden beispielsweise in den Dachstuhl selben alle Mögliche retten. Sie ist für Orte wie gerade die dortige Stadt mit engen Gassen und hohen Häusern ganz besonders geeignet. Wie man hört, ist der Verfertiger derselben erbötig, sie gegen Vergütung der Fertigungskosten an die Stadt abzutreten, und sind die hiesigen Behörden auch gesonnen, dieselbe für die Stadt zu erwerben.

(Schw. M.)

Tübingen, 7. Juli. Heute Nacht wurde die Frau des Traiteurs Kurz von vier Kindern, drei Knaben und einem Mädchen, worunter Zwillinge sind und zwei total zu Weiß kamen, glücklich entbunden. Die Mutter fühlt sich natürlich sehr schwach, und die beiden lebenden Kinder starben bald nach der Geburt.

Worms, 11. Juli. So eben erhalten wir aus dem Badischen die Mittheilung, daß Johann Ludwig Bleuler und dessen Ehefrau Elise, geb. Anne von hier, welche Beide sowohl bei uns, noch mehr aber im Badischen bei dem letzten Aufstand eine Rolle gespielt haben — wegen Theilnahme am Hochverrath, bewaffnetem Einfall in's Land, Widerstand ꝛc. — von dem großh. Hofgerichte des Mittelrheinkreises verurtheilt worden seien, und zwar Bleuler zu einer gemeinen Zuchthausstrafe von 30 Jahren und seine Frau zu gleicher Strafe von 15 Jahren, so wie Manns und Frau sammtverbindlich zur Tragung der Untersuchungs- und Verpflegungskosten und zum Ersatze des durch die verübten Verbrechen verursachten Schadens. Unser Andersen wird Bleuler für schuldig erklärt des auf dem großherzogl. Schlosse Eberstein unterm 28. Juni v. J. verübten bewaffneten Diebstahls, im Betrag von mehreren tausend Gulden, auf dem Kanzlhause bei Freiburg verübten bewaffneten Diebstahls zum Nachtheil des Frhrn. v. Turkheim daselbst, im Betrag von 1003 fl.; der an der Ehefrau des prakt. Arztes Kaiser zu Lörrach verübten gewaltsamen Abnöthigung eines Staatspapiers von 2500 fl. Bleuler's Frau wird für schuldig erklärt der Theilnahme an diesem letzten bewaffneten Diebstahl, so wie des am 29. Juni auf dem großherzl. Schlosse Eberstein bewaffneten Diebstahls, im Betrag von 2758 fl. (Frk. J.)

Aus Oberhessen, 9. Juli. In einem demokratischen Blatte Oberhessens liest man folgender Tag des Ministers, der — wenn wahr — allerdings sehr charakteristisch ist: „Seiner politischen Stellung nach schreibt Hr. v. Dalwigk ein Bureaukrat, aber ein Bureaukrat von jener rohheren, viehischen Sorte, die nicht mit Verachtung, sondern mit souveränster Geringschätzung auf das souverane Volk herabschaut. Als er bei Gelegenheit eines Aufstandes, der in den Märztagen gegen einen mißliebigen verabscheuten Marktmeister in Mainz stattfand, von einem aufgeregten Volkshaufen verfolgt wurde, worüber er sich pöbisch nach der aufgeregten Menge, die ihn unaufhörlich mit wenig schmeichelhaften Zurufen belehligte, herum, und sprach, den Hohn auf der gekrümmten Unterlippe und indem er seinen Hut tief abzog: „Ich mache dem souverainen Volk mein Kompliment!“

Aus Kurhessen, 9. Juli. Dem M. Journal werden unter vorstehendem Datum einige Mittheilungen darüber gemacht, welche Aufnahme die Proklamation des Kurfürsten im Volke gefunden hat. Jene Partei, die mit unermüdlicher Thätigkeit die chaotische Verwirrung hervorgebracht hat, worin sich unsere Zustände dermalen befinden, hat natürlich die Ansprache des Landesherrn mit dem größten Ingrimme, mit maßloser Erbitterung hingenommen, denn auf ihrem Schultern waltet die Deutschheit die Schuld der Landesalamität, ihre Pläne und Lustschlösser, worin der Ehrgeiz Befriedigung finden sollte, sind jetzt eitel Trug geworden. Wie aber ein Kranker sich und seine Leidensgefährten über den Zustand, worin er sich befindet, zu täuschen und in der Taufchung auf einige Stunden wenigstens Ruhe zu finden sucht, so machten es auch Herr Oetker und Comp, sie sprangten in der ersten Hitze aus, die Proklamation rühre nicht vom Kurfürsten her, sei verfälscht, ein Werkzeug der Reaktion habe sie verfaßt und sogar den Namen des Landesherrn mißbraucht. Solche Lügen waren der Partei recht, sie mit der „Renhrrschen“ nun verschmutzten „Kasseler Zeitung“, aufnutzchen. Aber schon am anderen Tage mußte bekannt und berichtet werden, daß die Proklamation von dem Ministerium des Innern und Verwaltungsdepartem zur Verbreitung überfendet worden sei. Nun mußte Aber, der Ministerial- und frühere Cabinetsrath, der ganzen Umwillen der Herren auf sich nehmen, die in ihm die „eingefleischte Reaktion“ sehen und ihn nicht schwul genug daran erinnern konnten, daß sie für diese Reaktion im März 1848 ganz ruhig hatten aus Kassel jagen lassen, wenn sie damals gewollt, so hätten sie . . . der Leser kann sich hier schon denken, was die christliche Nächstenliebe der Gothaer andeuten wollte. Indessen um all' dieses Geschrei, um all' das wüste Toben um die Proklamation, die sie aus der der früheren badischen Kammer auch zu uns überpflanzt worden sind, kümmerte sich Hassenpflug, dieser eiserne Charakter und seine Genossen nicht; das Blatt war ausgegeben, das Wort nahm es und ließ es. Es ist nun die Aufgabe der „Oebildeten“ und „politisch Aufgeklärten,“ mögen sie nun dem Beamtenstande oder der Bourgeoisie angehören, nicht zu erwarten und zu versagen, daß ein ruhiges, ernstes Wort, bei ihnen Eingang finde und daß „Arbeiter ist altern Jahren“ von den Wühlereien der Umsturz- und Revolverleute, den gierigen Berechtigkeitsfang für Alle“ nur einmal eingeräumt werde. Was von dem politischen Gegner kommt — man ist da ja der Landesherr bei diesen Leuten schon seiner Schuld nach — das ist verworfen und findet vor ihren Augen keine Gnade. Wie die Weisen im Volke, die ihr Licht leuchten lassen, wenn es gleich dem einer trüben Oellampe ähnlich ist. In dessen gab doch auch noch nüchterne und verständige Leute, Politiker und Nichtpolitiker, bei denen die Begriffsverwirrung unserer Tage die Sinne noch nicht ganz verdreht hatte, sie lasen die Proklamation und sagten: das ist die reine Wahrheit Der schlichte Sinn des Landmannes, der gesunde Verstand des einfachen Bürgers hat aber die landesherrliche Ansprache am Meisten gebilligt, nur wer auch aus diesen Ständen die rothe Hyperaufregung trägt, spricht sich ganz natürlich entschieden gegen das Manifest aus, war ja vielen schon der „souverane Landesgraf von Hessen“ an der Spitze des erwähnten Attentstaates ein Dorn im Auge und brachte das Blut in allen Adern in Bewegung. So ist Zorn, Haß, Feindschaft erhalten wird, damit die edle Entrüstung in freien Triumphzeichen sich Lust machen kann, denn „nur dem Mahle ist noch Freiheit.“ — Die Wirkung der Proklamation auf die bevorstehenden Landtagswahlen dürfte übrigens, war wir früher schon angedeutet haben, keine geringe sein, denn als Aspiranten in dieser Angelegenheit kann man es wohl betrachten, das Rinteln, welches für die nächste Kammer zuerst gewählt hat, Hrn. Friedrich Oetker als seinen Vertreter erkoren. Der Ausschwulst wird den Rintelnern, die sich sonst zum besseren Wiederhaude und der stillen Opposition neigen, nicht die Verlegenheit bereiten, wie Heinrich von Gagern, der mit Ablehnung seiner Wahl das deutsche Herz der Schaumburger tief verletzt hat. Wie es aber in Rinteln gegangen ist, so dürfte es auch anderwärts gehen und am Ende könnten jene „Eventualitäten“ eintreten und das Land fremde Gäste, vielleicht die Kämpfer von Hembach und Käserthal sehen.

Wien, 8. Juli. Die „Grätzer Zeitung“ von gestern enthält nachstehende Reklamation: Der „Wanderer“ scheint es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, den katholischen Klerus auf jede Weise zu bekämpfen. Fortwährend bringt er von den verschiedensten Orten die gehässigsten Notizen, und greift nebenbei die katholische Religion selbst an, ja er scheint es als seine erste und erste Aufgabe der Presse anzusehen, die üble Stimmung, die nach seinem Dafürhalten im Volke gegen die katholische Kirche herrscht, auf den höchsten Grad zu steigern und Mißtrauen und Haß zu säen. Nur so läßt sich der Umstand erklären, daß in seinem Blatte fortwährend die lügenhaftesten Berichte über religiöse Angelegenheiten zu lesen sind, deren unwürdiger und gehässiger Ton allein die Redaktion nicht in Zweifel lassen konnte, welchen Werth sie ihren beizulegen habe. So findet sich in dem „Wanderer“ vom Nom. 5. d. eine Correspondenz aus Gräz, die uns Dinge erzählt, von welchen hier Niemand etwas weiß. Wer obige Korrespondenz von dem bereits entbrannten Kampfe zwischen den Nonnlingen und Rongeanern, von dem fanatischen Verfahren des Klerus, von Ersessen des heiligen Geistes, von einem Pobel der den unlängst stattgefundenen Leichenzug eines Deutschkatholiken hieß, der muß die Unverschämtheit bewundern, mit der man die gehässigsten Lügen verbreitet. Schreiber dieß, mit ihm viele der ehrenwerthesten Männer, waren bei dem im „Wanderer“ erwähnten Leichenzuge zugegen; ein paar Taufend Menschen sahen, was vorging, und Alle können bezeugen, daß von „dem durch Priester aufgehetzten Pöbel“ die Ruhe und die Stille des Zuges durch nichts gestört wurde. Aberdings sprachen die Redner der Anwesenden, und einander verdrängen, mißfälligen aus, aber von Schimpfworten war nichts zu hören, denn gerade sie gehörten dem gebildeteren Theile der Publikums an. Waren Exzesse zu befürchten, und wie es die Pflicht der Sicherheitsbehörde ist, Vorkehrungen getroffen, um solche zu verhindern? Vorkehrungen von ganz anderer Seite herbeigeführt werden, die glücklicherweise unterbleiben. Gleicherweise verhält es sich mit der vor ungefähr 10 bis 12 Tagen vom „Wanderer“ gebrachten Nachricht, daß der Klerus im hiesigen Münzgraben die Unterschriften gegen eine Petition zur Wiedereinführung der Jesuiten durch einen ganz gemeinen Betrug erschlichen habe. Wir haben uns auf das Angelegentlichste um dieses Faktum bei den Bewohnern dieser Vorstadt selbst erkundigt, und Niemand gefunden, der von diesem Faktum etwas bekannt gewesen wäre. Wer übrigens die so ganz offen und unverhüllt ausgesprochene Gesinnung des Korrespondenten berücksichtigt — den kann nur einer wundern — wie nämlich die Redaktion der „Wanderers“ seinen Angaben auch nur einen Augenblick Glauben schenken konnte. Wir rathen ihr jedenfalls, wenn das Blatt hier zu Lande nicht allen Glauben verlieren soll, sich um Korrespondenten umzusehen, die wenigstens in solchen Dingen, die in Gegenwart Tausender geschehen, die Wahrheit sagen!

(D. R.)

Frankreich.

Paris, 9. Juli. Man ließt im Siecle: „Mitternacht. Die Repräsentanten-Versammlung der Linken, welche diesen Abend der Lemarelay Stadt fand, bot heute mit großer Majorität beschlossen, morgen bei Eröffnung der Sitzung dem Präsidenten die Protestation gegen die gestern vom Justizminister ausgesprochenen Worte zu übergeben. Das Bureau bestand aus den HD. Abdelwahrol, Greroy, Crewieux, Victor Hugo, Charras. Anwesend waren 200 Repräsentanten. Grevardon's Antrag auf Anklage in Masse, unterstützt von Michel (de Bourges) und Joly, wurde verworfen. Ein gleiches Schicksal hatten der Antrag auf Anklage des Ministeriums — jener Chavornaire's und Abdelwahrol's auf Enthalten von der Debatte. Man bemerkte, daß alle Stimmen

der Opposition, selbst der gemäßigsten, vertreten waren." — In der gestrigen Parteisitzung der Opposition soll Girardin seine Worte in der Legislative dahin erklärt haben, daß er gemeint habe, es müsse die Opposition während der Debatte des Preßgesetzes wegbleiben. Lagrange soll ihm vorgeworfen haben, daß er als Individuum eine ganze Partei verpflichten wolle. Die Majorität macht sich natürlich über den vom Berge angekündigte großartige Misserfolg, die in eine gewöhnliche Protestation ausliefe, lustig und bemerkt lächelnd, es sei schon die zehnte seit 18 Monaten. — Jedenfalls hat die Stellung des Berges durch diesen Wiederspruch einen bedeutenden, ja vielleicht den empfindlichsten Stoß erlitten. Man ist auch in weiteren Kreisen, als jenen der Majorität, geneigt, dieser Zaghaftigkeit eigennützige Motive zuzuschreiben.

Italien.

Rom, 29. Juni. St. Herl. Der Pabst begab sich gestern in der Mitte der Kardinäle, Patriarchen, Erzbischöfe, Bischöfe, der verschiedenen Collegien, der Prälaten, der Guardia Nobile und des Gerauds zur Feier der Virgilie von St. Peter und Paul'sfest in die päpstliche Basilika. Nachdem er erst in der Kapelle des Allerheiligsten und dann am Altare des Grabes des h. Petrus inbrünstig gebetet hatte, empfing er die Huldigung der Kardinäle. Er entwarte hierauf selbst die Vesper, ertheilte den anwesenden Tausenden den Segen und weihte schließlich die über dem Grabe des heil. Petrus aufzuhebewahrenden Pallia für die künftig zu promovirenden Erzbischöfe und Patriarchen. Die Kuppel der St. Peterskirche war gestern Abend auf das Prachtvollste erleuchtet. Heute Morgen gegen 10 Uhr begab sich der h. Vater wiederum in die Basilica der Apostelfürsten, wo er über der Confession am Hauptaltar, von vier Kardinälen und einem Prälaten assistirt, das Hochamt celebrirte. Außer einer sast zahllosen Menge aller Klassen waren die Collegien der Kardinäle und Prälaten, die Patriarchen, Erzbischöfe, Bischöfe und der römische Senat bei der Feier zugegen gegenwärtig. Während der Feier war die von unserem Landsmanne Hopfgarten aus Berlin in diesen Tagen gegossene colossale, stark gebaute Bronceblüste des h. Apostels Petrus zum Erstenmal auf dem Hauptaltar ausgestellt. Die Girandola auf der Engelsburg wird diesen Abend unsere Festfreuden schließen. — Das schon seit einiger Zeit verbreitete Gerücht, zwei oder drei Minister würden ihre Portefeuille niederlegen, gewinnt täglich an Wahrscheinlichkeit. Es konnte bei der augenblicklichen Schlage eine ministerielle Crisis von Pro-Staatssecretär Antonelli hervorrufen. Wenigsten gründlich, da die dermaligen Chefs der Staatsbehörden ausschließlich von ihm beseelt wurden. Ein sichterer Gewährsmann sagt mir, Kardinal Lambruschini dürfte leicht noch einmal an Antonelli's Stelle das Staatsruder in die Hände nehmen. Die schweren, trübseligen Zeiten fordern allerdings mit gebieterischer Nothwendigkeit, das den Erfahrensten, Umsichtigsten und Weisesten im heil. Collegium die oberste Führung der Staatsangelegenheiten ohne weitere Vermittelung übergeben werde. — Auch in Ravaletta, so wie auf anderen Punkten der Insel Malta macht die in diesen Tagen angekommene Cholera gräßliche Fortschritte. Die neapolitanische Regierung hat bereits strenge Quarantaine gegen Malta angeordnet, und auch hier denkt man schon daran.

(D. B.-H.)

Vermischte Nachrichten.

Aus Ohio in den Vereinigten Staaten wird von einem Frauenconvent berichtet, welcher folgende Resolutionen sasste: 1) Die Frauen wünschen ihren Theil an der Gesetzgebung zu haben, durch die sie regiert werden sollen; 2) sie wünschen dieselben Rechte, Gesetze und Nachsichten für das weibliche Geschlecht wie für das männliche; 3) die feroile Unterordnung, in der die Frauen Amerika's in Folge unbilliger und drückender Gesetze leben, ist die Frucht von Entartung und Unwissenheit; 4) ihre Wohlfahrt und die höchste Glückseligkeit der weiblichen Geschlechts erfordert, daß diesem das Wahlrecht gesichert werde; 5) die Gesetze, die alle zu Gunsten des Mannes abgefasst sind, und diesem die Controle über die Person und das Eigenthum der Frau geben, sind nur ein modificirter Codex der Sclaven-Pfianzungen, daher rührt die Sympathie der Frauen mit den Leiden der Sclaven; 6) alle Unterschiede zwischen Männern und Frauen in socialer, literarischer, pecuniärer, religiöser und politischer Beziehung, die auf Unterscheidung des Geschlechts basirt sind, müssen baldigst abgeschafft werden: 7) die Praxis, daß man an die Frauen einen andern Maßstab der Moralität und Schicklichkeit lege, ist unbillig und führt sehr wahrscheinlich zur häuslichen Heiterkeit und Glückseligkeit; 8) da einer Frau nicht gestattet ist, ein Amt zu bekleiden, noch irgend eine Stimme in der Regierung zu haben, so darf sie nicht gezwungen werden, von ihrem kargliehen Lohn Steuern zum Unterhalt von Männern zu bezahlen, welche 5 Dollars des Tages für ihre Anwesung erhalten, sie sich und die Frauen Gesetze zu geben.

Neuestes.

München, 10. Juli. Wie das Konst. Bl. a. B. meldet, wird der Lehrstuhl der Geburtshilfe an der Universität Würzburg abermals mit einem Prageregelrechten besetzt werden; Dr. Scanzoni hat nämlich den Ruf an Kiwisch v. Rotterau's Stelle, der nach Prag zurückkehrt, erhalten und angenommen.

München, 11. Juli. Eine Deputation von Schleswig-Holstein ist hier angekommen, um bei unserer Regierung Schritte in der Sache der Herzogthümer zu thun. (A. Abdl.)

* Holzkirchner, 9. d., früh gegen 3 Uhr, wurden zwei Kinder von hier in einem zur Marktung der Gemeinde Aemlingen gehörigen Schlage, wohin sie von ihren Eltern zum Grasen mitgenommen wurden, durch einen Schrotschuß nicht unbedeutend verwundet. Da der Vater dieser Kinder als Wildschütze bekannt ist, so glaubt man allgemein, daß er seine eigenen Kinder — dieselben in der Dämmerung und Entfernung für Wild haltend — selbst geschossen habe.

Am 9. d., Mittags, hat sich der Maljanschlage-Praktikant G. Leibner von Pfarrweihach, Ldg.-Ger. Obern, durch einen Sprung in den Donaustrom zwischen Lohr und Kreidorf das Leben genommen.

Frankfurt, 9. Juli. Der Feldberg, Altkönig ꝛc. war gestern von einem Bataillon Homburger Jäger, sowie von zwei Bataillonen Nassauer Infanterie nebst vielen Gendarmen besetzt, um die Rotten der Umgegend von der boshaften Contrebande-Praktiken abzuhalten, was auch gelang. Nur sehr wenige „Bummler" in Trauerzwirch waren erschienen; einige, die sich gegen das Militär frech benahmen, wurden arretirt, und auf ihr jämmerliches Flehen um Freilassung ließ man sie ziehen; eine Tracht Prügel hätte ihnen gehört, aber man ließ Gnade für Recht ergehen.

Frankfurt, 12. Juli. Dr. med. Behagel, bekannt als mehrjähriger Präsident des hiesigen „Montagskränchens", wurde heute morgen, an einem Schlagflusse verschieden, todt in seinem Bette gefunden. Er war 45 Jahre alt.

Karlsruhe, 11. Juli. Nach Beschluß der Bundesskommission werden die Verluste an den Werken und dem Bundeseigenthum in der Bundesfestung Rastatt, gleichviel ob sie durch die Ausstandsleben oder durch die sie belagernden preußischen Truppen erfolgt sind, von der Bundesfasse getragen werden.

Mannheim, 11. Juli. Heute Morgen wurde der hiesige Wirth Blind, Vater des bekannten Karl Blind, daher verhaftet.

Hannover, 10. Juli. Im Königreich Hannover sind alle Reserven inclusive bis zum 30. Juhre einbernfen worden.

Wien, 9. Juli. Ueber die Entfernung des Feldzeugmeisters v. Hopman von seiner doppelten Stellung als Armeecommandant und Statthalter in Ungarn erhielt die „Allg. Ztg." folgenden Aufschluß: Er hat sich in letzterer Zeit Uebergriffe zu Schulden kommen lassen, welche selbst in manchen Hinsicht den Beschlagen Sr. Maj. entzogen handelten. (So sagt man z. B. an, daß Hopman Commissionen, Deputationen auf unbedächtlichen Befehl Sr. Maj. freigelassen wann, und Feldzeugmeister Hayman ihnen die Amnestie als von ihm aufgehend verkündigen ließ.) Im Publikum hat diese Maßregel des Ministeriums große Sensation erregt. Allgemein sieht man darin den ersten Schritt zur Unterordnung der Militärgewalt unter die Civilregierung, um die sichere Garantie für die Festigkeit und Dauer des Ministeriums, welches alle Freunde des vernünftigen in Reformen bestehenden Fortschritts zu seinen Anhängern zählt.

London, 9. Juli. Der Herzog von Cambridge, der Königin Victoria Oheim, welcher seit einiger Zeit leidend gewesen, ist gestern Abend um 10 Uhr verschieden. Sein Tod erfolgte rasch und sanft.

T. D. Paris, 9. Juli. Die vier ersten Paragraphen des Preßgesetzes wurden nach stürmischer Debatte angenommen.

C'Paris, 10. Juli. Der National erzählt, es sei nach der vorgestrigen Sitzung zwischen Dupin, Bouher und Barroche das Uebereinkommen getroffen worden, daß der Justizminister am Beginn der gestrigen Sitzung Erklärungen festlegen und seine Worte über die Pairs-Revolutionen widerrufen werde. Man habe daher gestern erwartet, daß Herr Bouher zu diesem Behufe das Wort verlangen werde. Allein der „Justiz-Commis", wie dieses Blatt stets Hrn. Bouher nennt, hatte vom Präsidenten der Republik den Wink erhalten, die beabsichtigte Milderung seiner Worte zu unterlassen. Ein Exzpatzen der Gendarmerie barb kürzlich in Paris, ohne das Mindeste zu hinterlassen. B. Lefranc, Mitglied der Linken, welcher gegen die Dotation gestimmt hatte, begehrte und erhielt von Präsidenten 200 Frcs. für die Leichenkosten. Die äußerste Linke hat in einer heutigen Sitzung den Beschluß gefaßt und Girardin mittheilen lassen, daß er nie mehr in ihrem Namen sprechen solle.

Nachrichten aus der Lombardei zufolge wird dort eine große Truppenconcentrirung vorgenommen, behufs welcher aus den verschiedenen Hauptcorps Bataillone und Regimenter gegen Como hin zusammenrücken.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 12. Juli 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	113⅜	114⅛
„ 5% Metalliaue	86½	87⅛
„ 4½	77	78
„ 3%	46⅛	47⅛
„ 2½%	43⅜	43⅞
„ 4¼% Bethmann	75⅛	76⅛
„ 4%	66⅛	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	95¼	96
„ „ „ „ 1834.	150⅛	150⅝
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	86⅜	87⅛
Ziehl. 50 Preußen Scheine.	103½	—
Bayern 3½% Obligationen.	83	83½
„ 4%	88½	89¼
„ 5%	100½	101
Württemberg 3½% „	84	84½
„ 4½ „	97½	97⅝
Baden 3½% „	81⅛	81⅝
„ fl. 35 Loose	31⅝	32
„ „ 50 „	53½	54
Nassau fl. 25 „	24½	25½
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	74⅛	74⅝
„ „ 25 „	27½	27⅝
Polen „ 300 „	132½	—
Sardinien Frc. 36	33	33½

Druck von Joseph Stoib in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 8 fl.
Halbjährig 4 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlig für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrafhofe 2. Dchr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 168. Würzburg, Montag den 15. Juli. **1850.**

Die Stellung Deutschlands zu Rußland.

* Das „Journal des Debats" hat in einer der jüngsten Nummern einen Artikel gebracht, an welchem sich die regierungsfreundlichen Blätter unsig erfreuen mögen. Es wird darin ausgeführt, daß die Hauptfrage für Deutschland jetzt nicht mehr das Verhältniß zwischen Preußen und Oesterreich, nicht mehr zwischen den Fürsten und den Versammlungen sei, sondern die Frage: wie weit sich Deutschland vor Rußland drängen werde? Die Bewegungen der jüngsten zwei Jahre haben Rußland den Maßstab seiner Rechte gegeben, welche es aber Deutschland auszuüben vermöge. Es sei ein Vermittler nöthig gewesen, und derselbe habe sich plötzlich mit so großem Ansehen festgesetzt, er habe so sichtlich sein erhabenes Schutzamt, daß Europa nachgerade darauf aufmerksam werden muß. Die unbestreitbarste Thatsache sei jetzt in Deutschland die von der Weichsel bis zum Rhein sich erstreckende russische Suprematie. Das „Journal des Debats" fährt fort, daß es eine Illusion sei, bei dem Czaren nur an die Sorge für Ruhe und Ordnung zu glauben; das russische Kaiserhaus, wie die russ. Nation, seien von ihrer großen Zukunft durchdrungen und arbeiten daran, dieselbe zu erreichen. „Wir sehnen uns nicht darnach, heißt es dann, daß die russ. Nachbarschaft bis an unsere Grenzen heranrücke; denn wir haben eine sehr geringe Zuversicht, daß wir ihr besser widerstehen würden, als Andere, und doch sehen wir mit schmerzlicher Gewißheit dieselbe immer näher kommen." Die Ereignisse der zwei verflossenen Jahre haben, wie das französische Blatt sodann ausführt, drei Mächte der früheren europäischen Pentarchie um ihren Einfluß gebracht; in demselben Verhältnisse dagegen haben England und Rußland, und das letztere mehr, als das erstere — ihre Macht wachsen gesehen. Die Noten Nesselrode's, auch England gegenüber, seien ein Beweis, daß der Kaiser die Rolle einer obersten Schutzmacht in Europa in Anspruch nehme. Nach dieser allgemeinen Expectation tritt das französ. Blatt zu den besondern Verhältnisse des russ. Kabinets zu den deutschen Fragen näher, und findet, daß der russische Einfluß die preuß. Diplomatie allmählig in einen wahrhaften Belagerungszustand gebracht habe. Preußen sei dieser moralischen Gewalt verfallen, weil es die polnische Souverainität in Deutschland für sich in Anspruch genommen habe, — Rußland habe die besten Handhaben zur Beherrschung Preußens in dessen beiden Hausfunden gefunden. Die eine Sunde sei gewesen, daß Preußen den Patriotismus der Unitarier mit leidhaftigem Ehrgeiz nur zur eigenen Vergrößerung habe ausbeuten wollen; die andere, daß es jenen „gefierten" Patriotismus auf die Bahn revolutionären Unrechts geführt, indem es nach der Märzrevolte den schleswig'schen Krieg unternommen habe. Mittelst der Union und der schleswig'schen Frage werde es jetzt von Rußland in Schach gehalten. Zur weiteren Ausführung dieser Anschauung geht nun das „Journal des Debats" auf die Nachrichten vom Warschauer Congreß zurück, in welchen allerdings der größte Theil unserer Presse dem Kaiser eine unmittelbare Schiedsrichter-Rolle in der deutschen Frage zuschreibt, so wie auf Betrachtungen über die Einstaße, welche nach derselben Art Korrespondenzen das Kabinet von Potsdam beherrschen sollen. Der Schluß dieses Artikels des „Journal des Debats" ist, wie immer, die Aufforderung an die beiden deutschen Hauptmächte, die Protection der kleineren Staaten anzuziehen und denselben sich als ein besonderes Mittelteutschland constituiren zu helfen. Sonst sei ganz Deutschland auf dem Punkte, seinen Protector gefunden zu haben. Daß die Auffassung dieses in Kürze analysirten Artikels in vielen Punkten die Wahrheit treffe, wäre schwer zu läugnen. Ja wohl, Rußlands Einfluß in Europa ist in einem Maße gestiegen, wie man es vor wenigen Jahren kaum für möglich gehalten hatte; die russische Zuversicht auf eine dereinstige europäische Herrschaft muß einen gewaltigen Zuwachs an Kraft gewonnen haben. Aber daß die erlangte Uebermacht eine europäische ist, daß sie sich allen Staaten gegenüber, selbst England nicht ausgenommen, in gleichem Verhältnisse geltend macht, darüber gleitet der französische Publizist zu leichtfertig hin. Rußlands Macht ist nicht allein durch Preußens Sünden gehoben, sie verdankt auch ihre heutige hohe Bedeutung der europäischen Sünde: der Revolution; und Frankreich am Wenigsten hätte ein Recht, sich darüber zu beklagen, wenn ihm die unbequeme „Nachbarschaft" etwa näher rückte; denn Frankreich vorzugsweise hat derselben die Wege gebahnt. Ja wohl, die Mächte der europäischen Pentarchie sind zum Theil in ihrer Kraft sehr gelähmt; sie sind es in demselben Verhältniß und Maß, in welchem die Revolution sie betroffen hat.

Landtagsverhandlungen.

München, 10. Juli. Die Kammer der Reichsräthe nahm heute in kurzer Sitzung die von der Kammer der Abgeordneten gefaßten Beschlüsse bezüglich der Anträge auf Aufhebung oder Revision des Bierzolls, dann über das Verhältniß der Brauer zu den Wirthen, — und die Anträge bezüglich der Gesuche und Vorstellungen um Ausscheidung aus der allgemeinen Immobiliar- und Feuerversicherungs-Anstalt und beziehungsweise Abänderung des Gesetzes vom 1. Juni 1834, die allgemeine Brandversicherungs-Ordnung betreffend, ohne Abänderung einstimmig an. (Augs. Abz.)

München, 11. Juli. (Cl. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertische: Ministerialrath v. Kilian. Der I. Präsident eröffnet um halb 5 Uhr die Sitzung. Nach Verlesung des letzten Sitzungsprotokolls erstattet Baur als Referent im I. und III. Ausschusse Vortrag über den jüngst eingebrachten Gesetzentwurf, „die Behandlung der Gesetzentwürfe während der Vertagung des Landtages betreffend," worauf der Präsident um $^3/_4$ auf 6 Uhr die Sitzung schließt.

München, 12. Juli. (Cl.) Sitzung der Kammer der Abgeordneten. Am Ministertische: Staatsminister v. d. Pfordten, v. Aschenbrenner, v. Zwehl, v. Ringelmann, v. Lüder und mehrere Ministerialräthe. Der I. Präsident eröffnet um halb 9 Uhr die Sitzung. Nach Bekanntgabe des letzten Sitzungsprotokolls verliest Dr. Ruland den gestern gefaßten Beschluß über den Antrag von Nar und Thinnes, die Gehaltserhöhungen der Professoren betr. Hierauf geht der Präsident zur allgemeinen Diskussion über das Ausgabenbudget über, und verbindet damit der Vereinfachung wegen zugleich die Diskussion über das Einnahmegesetz. — Kolb beantragt, um sowohl die Grund- und Dominikalsteuer nicht erhöhen zu müssen, als auch kein Anlehen machen zu dürfen, 1) die Zuspanage des Königs Otto von Griechenland mit 80,000 fl. abzustreichen, 2) den Etat für Gesandtschaften um 100,000 fl. zu vermindern, 3) die Repräsentationsgelder der Regierungspräsidenten mit 8000 fl., 4) die Zuschüsse zu den Erziehungs-Instituten mit 25,200 fl., 5) die Zuschüsse zum Oktoberfest mit 9000 fl. zu streichen, 6) den Etat für Landwirthschaft auf den Antrag des Ausschusses zurückzuführen, wornach 235,000 fl. erspart wurden, 7) ebenso bei den Brücken- und Wasserbauten 1,006,8000 fl. abzustreichen, 8) bei den Pensionen eine Minderung von 20,000 fl., 9) bei dem Armeebudget eine Minderung von 2 Millionen eintreten zu lassen. — Langguth beantragt, den Etat der Wasserbauten auf 250,000 fl., der Brücken u. s. w. Neubauten auf 174,000 fl. u. den Etat der Gesandtschaften auf 200,000 fl. festzustellen. — Cremer beantragt die Minderung der Residenten der Abgeordneten, indem denselben Reisefreiene für Eisenbahnen und Eilwägen gegeben werden sollten; Cremer stellen künftig die Abgeordneten, die Prinzen besitzen oder Staatsämter bekleiden, ihre Amtsstellvertreter selbst bezahlen, wie es auch den übrigen Abgeordneten zukomme. Eine Verminderung der Taggelder könne er nicht beantragen, jeder der die bis an das Fabelhafte grenzende Betrieb, mit der die Abgeordneten beschäftigt werden, kenne, werde das einsehen. — Arnheim beantragt die Emittirung von 5,000,000 fl. Banknoten, weil einerseits die Steuererhöhung etwas sehr Gehässiges sei, andererseits es zum Vortheile des Verkehres wäre, Banknoten in Umlauf zu setzen. Diese Banknoten sollen jedoch nicht mehr auf 100 fl. und nicht weniger als 2 fl. betragen. — Langguth beantragt die Verweigerung der Steuererhöhung. — Thinnes wünscht lieber eine Anleihe von 5,000,000, anstatt des Antrages des Ausschusses. — Dr. v. Hermann will gleichfalls die Einsetzung auf 25 Jahre erhöhen. — Lerchenfeld spricht sich nach Motivirung seiner Anträge im Allgemeinen gegen die Anträge Kolb's und Langguth's aus, denn, weil man einmal Hoffnung gemacht, solle man sie nicht mehr zerstören. Was den Antrag Cremer's betreffe, so sei derselbe impossirt, hier müsse ein Antrag auf die Initiative vorangehen. Mit dem Antrage Hermanns auf die Erhöhung der Steuer erklärt sich Referent einverstanden. — Cremer erklärt sich durchaus einverstanden mit dem Antrage Kolb's. Entscheiden wolle er gegen jede Steuererhöhung, gegen jedes neue Anlehen und gegen das Papiergeld stimmen. Mit den beträchtens Polizeigefällen mit 24 oder gar 27 Millionen Schulden und noch dazu mit einer Steuererhöhung wolle er wenigstens nicht vor seine Wähler treten. — Abgeordneter Reuffer bemerkt, daß ihm noch ver-

Deutschland.

München, 9. Juli. Wie zu erwarten war, hat Preußen seiner Politik durch die es sich, wie sich schon oft bewährt hat, eine Popularität in Deutschland errungen hat, durch die Friedensgarantie mit Dänemark neue Kraft verliehen. Indem es sich dadurch an den letzten Akt seiner Thaten, das in unserer Zeit mehr als irgend einer andern den Regierungen so unentbehrlich ist. Oesterreich hingegen fährt fort in dieser Angelegenheit die schonste Gelegenheit sich bei seinjenigen in Deutschland popular zu machen, die etwas Anschauliches, zu Uebersehen vor sich haben müssen, um eine Sache zu begreifen. Wie schon bemerkt, ist es verwundert, daß Oesterreich jetzt schnell Dänemark den Krieg erklären solle. Das ginge überhaupt nicht leicht an, und zweitens würde es ganz und gar nicht in die österreichische Politik die heute eine bedächtige und zu wartende war, passen. Hingegen konnte es ein solches, sehr ernstes Wort in Dänemark sprechen, und wenn dieß denn nichts fruchten wurde, als deutsche Präsidialmacht mit Deutschland zum Schwerte greifen. Wenn Oesterreich ernstlich will, so braucht es kaum zum Kriege zu kommen. Denn dann würde Dänemark sich wohl zehnmal besinnen, ehe es Holstein einnehmen, wie es dem kleinmuthigen Benehmen Preußens gegenüber so wagt. Es würde denn auch kaum einen so willigen Halt an England, Frankreich u. Rußland finden. Denn vor dem wirklichen Ausbruch eines dann europäischen Krieges würde auch diese Mächte sich erst noch recht friedlichen Gesinnungen umsehen. Wenn wir lesen so in den Zeitungen, daß auch der österreichische Gesandte bei den Conferenzen in London, wo das famöse Protokoll entworfen wurde, mit thätig war! Auch Oesterreich also will das Deutschthum in Schleswig mit hinworden lassen. Wir glauben kaum, daß hier der Fall ist. Wir glauben es, weil wir es hoffen, weil wir es uns nicht denken können, daß Oesterreich, das Deutschland ebenfalls bedarf, und ebenerwegen seine Popularität in Deutschland nicht auf's Spiel setzen darf, so was thun könnte. Wir glauben vielmehr die Schrift: zu diesem Protokoll, daß Oesterreich sich von seinem ursprünglichen, schon lange gehegten Plan nicht abstehe: ganz Dänemark durch engere Bande, zunächst merkantilischer, kann aber auch politische an den Bund der deutschen Staaten zu fesseln. Dieß wäre die schönste Lösung der verwickelten Schleswig-Holsteinischen Frage, und die Schleswig-Holsteiner selbst würden kaum gewiß auch zufrieden, sie hätten dann keinen Grund mehr, sich gegen Dänemark aufzulehnen. Denn Dänemark wäre dann ein deutsches Bundesland. Nur so können wir es uns erklären, daß Oesterreich jetzt fortwährend mit Dänemark in einem sonst unmöglich zu rechtfertigenden freundlichen Verhältniß gestanden.

□ **München**, 10. Juli. Die Schleswig-Holsteinische Angelegenheit, welche Deutschland Gelegenheit zu seiner schönsten und erhabensten Manifestation seiner Begeisterung und Ringens nach einem starken einigen und nach außen geeinterischen Staatsleben gegeben hatte, und welche die erste Bethätigung der Ideen von 1848 nach außen veranlaßte, ist durch den Friedenstraktat Preußens mit Dänemark auf den Standpunkt vor 1848 zurückgedrängt. Das ist jetzt eine Thatsache, die Niemand leugnen kann. In wie fern Preußen im Einklang mit den Wünschen des deutschen Volkes gehandelt, dieß zu beurtheilen, braucht man nur die Zeitungen aus allen Ecken des deutschen Vaterlandes zur Hand zu nehmen, um sich zu überzeugen, daß nur eine Stimme herrscht. Conservative wie Demokraten, Süddeutsche wie Norddeutsche sind darin einverstanden. Preußen hat seiner Macht zu wenig vertraut; denn wie sollte es mit seinen 200,000 Mann Kerntruppen das winzige Dänemark fürchten? Es hat aber auch seiner politischen Klugheit Blößen gegeben; denn man weiß, daß ein längeres Hinanziehen der Unterhandlungen das jetzige dänische Ministerium gestürzt hatte und ein friedlicheres an seine Stelle getreten wäre. Nicht das land Dänemark will den Krieg — Krieg ist überhaupt mit Friedensschluß gleichbedeutend, — sondern nur die Kopenhagener Partei wollen ihn, weil der Handel dabei gewinnt. Der Artikel 2 des „Protokolls" bestimmt, daß, wenn Holstein bei den Verhandlungen Dänemarks, wie sie ihrer Kraft des Friedensvertrages zufinden werden, nicht gutwillig unterwirft, und wenn der deutsche Bund dem Dänenkonige die verlangemäßige Hülfe nicht leistet zur Unterdrückung allfälliger Auflehnung Holsteins, es Dänemark allerdings freisteht, mit allen disponiblen Kräften Holstein Widerstand zu brechen. Das heißt mit andern Worten: Dänemark darf dann mit Holstein verfahren, wie wenn es sein Eigenthum wäre. Die Dänen scherzen dabei so zu raisonniren: „wirft Deutschland nicht dahin, daß eine Rebellion in einem zu ihm gehörigen Lande unterdrückt werde, so gibt es keinen zu verletzen. Und verletzen wir nicht deutsche Bunde gehört. Gehört es aber zum deutschen Bunde nicht, so gehört es zu Dänemark." Wenn es erlaubt ist, den deutschen Standpunkt hier getrennt zu machen, so müßte so raisonirt werden: „werden Holstein von fremden Dänemark Dinge zugemuthet, die nicht gehören, so hat Deutschland die Pflicht und das Recht, Holstein die bundesgemäße Hülfe zu leisten." Nach Artikel 3 des „Protokolls" sollen erst hinterher und zwar erst bis in sechs Monaten die Landesgrenzen zwischen Dänemark und Deutschland festgestellt werden. Dänemark hat wichtige Fragen mündlich haben angeschoben. — Es liegt etwas Rührendes darin, zu sehen, wie ein deutsches Volk sein Hab und Gut, sein Gut und Blut und seine ganze politische Existenz daran setzt, zu Deutschland zu gehören, und wie Deutschland gleichgültig zusahnt, welcher von beiden Kämpfern der Sieger sein wird. Die Schleswig-Holsteiner müssen einen bessern Glauben an Deutschland haben als Deutschland selbst.

Seine Majestät der König Ludwig von Bayern hat dem Salzburger Magistrate bekannt geben lassen, daß er die Summe von 1000 fl. Münzgulden zu einem Preis für diejenige ersonnene Abreise, dem Magistrate in der Absicht zur Besitzung stellen werde, um hiervon alle jene nach Maßgabe der Gründe zu betheilen, welche während seiner Anwesenheit Bittgesuche an ihn eingereicht haben. Se. Maj. wird demnach alle an ihn gelangenden Bittgesuchen an Magistrate zur weiteren Behandlung zustellen lassen.

Proclamation. An die in königlich preußischen Garnisonen abwarschirenden Truppenabtheilungen. Soldaten! Der unselige Aufstand des verstoffenen Jahres, an welchem sich leider der größte Theil meines damaligen Armeekorps, zum Theile des Vaterlandes, betheiligte, hat — ich sage es mit tiefem Schmerz — im engern und weitern Vaterlande das Vertrauen in die Eid- und Pflichttreue der badischen Truppen tief erschüttert. — Unter diesen betrübenden Verhältnissen und bei der besondern Lage des Landes als Grenze erschien es mich nur für dieses, sondern selbst zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung in ganz Deutschland unumgänglich nöthig, daß ein königl. preußisches Armeekorps noch für einige Zeit in Baden verbleibe. — Neben diesen Truppen kann Mein Armeekorps, ohne eine unerträgliche Belästigung der Bevölkerung, im Lande nicht in der wünschenswerthen Ausdehnung verbleiben. Eine tüchtige und dauernde Beruhigung der den Kräften des Landes angemessenen Truppenzahl ist aber eine Lebensbedingung für die Selbstständigkeit und künftige Wohlfahrt unseres Vaterlandes. — Es bleibt hierzu kein geeigneteres Mittel, als die badischen Truppen einstweilen nach Preußen zu verlegen, wo unter entsprechender Vertheilung zu Meiner Verfügung gestellt werden. Ueberhaupt ist es nöthig, daß die nunmehr unter der Waffen gewesenen Soldaten in weiteren Kreisen Deutschlands durch ein pflicht- und ehrgetreues Betragen den Beweis liefern, daß ihnen künftig wieder mit voller Sicherheit der Schutz der Gesetze und der Ordnung anvertraut werden kann. — Soldaten! Euer militärisches Benehmen seit dem Beginn

---

Minister, Graf Bismarck, ist hier. Wie zu erwarten war, hat Preußen seiner Politik durch die es sich, wie sich schon oft bewährt hat, eine Popularität in Deutschland errungen hat, durch die Friedensgarantie mit Dänemark neue Kraft verliehen. Indem es sich dadurch an den letzten Akt seiner Thaten, das in unserer Zeit mehr als irgend einer andern den Regierungen so unentbehrlich ist. Oesterreich hingegen fährt fort in dieser Angelegenheit die schonste Gelegenheit sich bei jenigen in Deutschland popular zu machen, die etwas Anschauliches, zu Uebersehen vor sich haben müssen, um eine Sache zu begreifen. Wie schon bemerkt, ist es verwundert, daß Oesterreich jetzt schnell Dänemark den Krieg erklären solle. Das ginge überhaupt nicht leicht an, und zweitens würde es ganz und gar nicht in die österreichische Politik die heute eine bedächtige und zu wartende war, passen. Hingegen konnte es ein solches, sehr ernstes Wort in Dänemark sprechen, und wenn dieß denn nichts fruchten wurde, als deutsche Präsidialmacht mit Deutschland zum Schwerte greifen. Wenn Oesterreich ernstlich will, so braucht es kaum zum Kriege zu kommen. Denn dann würde Dänemark sich wohl zehnmal besinnen, ehe es Holstein einnehmen, wie es dem kleinmuthigen Benehmen Preußens gegenüber so wagt. Es würde denn auch kaum einen so willigen Halt an England, Frankreich u. Rußland finden. Denn vor dem wirklichen Ausbruch eines dann europäischen Krieges würde auch diese Mächte sich erst noch recht friedlichen Gesinnungen umsehen. Wenn wir lesen so in den Zeitungen, daß auch der österreichische Gesandte bei den Conferenzen in London, wo das famöse Protokoll entworfen wurde, mit thätig war! Auch Oesterreich also will das Deutschthum in Schleswig mit hinworden lassen. Wir glauben kaum, daß hier der Fall ist. Wir glauben es, weil wir es hoffen, weil wir es uns nicht denken können, daß Oesterreich, das Deutschland ebenfalls bedarf, und ebenerwegen seine Popularität in Deutschland nicht auf's Spiel setzen darf, so was thun könnte. Wir glauben vielmehr die Schrift: zu diesem Protokoll, daß Oesterreich sich von seinem ursprünglichen, schon lange gehegten Plan nicht abstehe: ganz Dänemark durch engere Bande, zunächst merkantilischer, kann aber auch politische an den Bund der deutschen Staaten zu fesseln. Dieß wäre die schönste Lösung der verwickelten Schleswig-Holsteinischen Frage, und die Schleswig-Holsteiner selbst würden kaum gewiß auch zufrieden, sie hätten dann keinen Grund mehr, sich gegen Dänemark aufzulehnen. Denn Dänemark wäre dann ein deutsches Bundesland. Nur so können wir es uns erklären, daß Oesterreich jetzt fortwährend mit Dänemark in einem sonst unmöglich zu rechtfertigenden freundlichen Verhältniß gestanden.

□ **München**, 10. Juli. Die Schleswig-Holsteinische Angelegenheit, welche Deutschland Gelegenheit zu seiner schönsten und erhabensten Manifestation seiner Begeisterung und Ringens nach einem starken einigen und nach außen geeinterischen Staatsleben gegeben hatte, und welche die erste Bethätigung der Ideen von 1848 nach außen veranlaßte, ist durch den Friedenstraktat Preußens mit Dänemark auf den Standpunkt vor 1848 zurückgedrängt. Das ist jetzt eine Thatsache, die Niemand leugnen kann. In wie fern Preußen im Einklang mit den Wünschen des deutschen Volkes gehandelt, dieß zu beurtheilen, braucht man nur die Zeitungen aus allen Ecken des deutschen Vaterlandes zur Hand zu nehmen, um sich zu überzeugen, daß nur eine Stimme herrscht. Conservative wie Demokraten, Süddeutsche wie Norddeutsche sind darin einverstanden. Preußen hat seiner Macht zu wenig vertraut; denn wie sollte es mit seinen 200,000 Mann Kerntruppen das winzige Dänemark fürchten? Es hat aber auch seiner politischen Klugheit Blößen gegeben; denn man weiß, daß ein längeres Hinanziehen der Unterhandlungen das jetzige dänische Ministerium gestürzt hatte und ein friedlicheres an seine Stelle getreten wäre. Nicht

der, Neubildung meines Armeekorps zeigt, daß ihr Eure Aufgabe verstanden, daß Ihr den redlichen Willen habt, dieselbe ehrenvoll zu lösen. Das Vaterland sieht mit Vertrauen auf Euch, es setzt seine schönsten Hoffnungen auf Eure Ehrenhaftigkeit, und — mit Zuversicht spreche ich es aus — Ihr werdet diese Hoffnungen nicht täuschen, von treuer Erfüllung die ganze Zukunft des Landes, Eure Selbstzucht und jenes Eurer Väter und Geschwister abhängt. Eine unglückliche Verbindung der Begriffe, wie sie stattgefunden, kann bei Euch nimmer Platz greifen, wie sehr böse Verdächtigen sich bemühen mögen, sie auf Euch Anwege zu lenken. — Die unserer Staatsorganisation Feindseligen stützen Euch zur Errichtung ihrer bösen Zwecke zu, man sende Euch ans Nacht zur Strafe in ein anderes Land. Soldaten! Mein ganzes Leben — auf das Ich mit dem Bewußtsein treue erfüllter Regentenpflicht zurückblicken kann — mag Euch Bürge sein, daß Eure Verletzung nach Preußen die reinste Absicht für das Wohl des Vaterlandes zu Grund liegt, die Anhänge, die Ihr dort finden werdet, wird Euch beweisen, daß ich überall väterlich für Euch sorgen, und daß Ich hierin von einem edlen hochherzigen Bundesgenossen treulichst unterstützt werde. — Durch das Beispiel einer großen muthterbaut geordneten und thätigen Armee werdet Ihr in kurzer Zeit gestaltet in Eurem Thätigkeitsfeld und der Liebe zum Vaterland zurückkehren, in welchem alle Herzen freudig Euch entgegenschlagen werden. Mit Stolz werden Eure Väter, Brüder, diesen Augenblick entgegen. Die dahin folgt Euch Meine innigste Theilnahme, begleiten Euch Meine lebendigsten Wünsche für Euer Wohl. Soldaten, liebe Landeskinder! Mit dem herzlichsten Lebewohl rufe Ich Euch zu, macht, wohin Euch die Pflicht ruft, dem Namen Hessen keine Schande, bringt Eure Ehre, tilgt die Schande, die Eure verblendeten Kameraden, hingerissen durch die Macht bedauernswerther Zeitverhältnisse, über unsere Waffen gebracht haben, welche Eure Väter einst so ruhmvoll in neben blutigen Schlachten gesiegt haben; versetzt nicht, daß Ich das Vaterland und Eure Hoffnungen einer besseren Zukunft auf Euer Betragen baut." — Der Himmel begleite Euch und sei Euer Hort, bis ein freudiges Wiedersehen Uns wieder vereinigt. — Karlsruhe, den 11. Juli 1850. Leopold.

Hannover, 8. Juli. Der Leitartikel der heutigen „Hannoverschen Zeitung" bespricht zunächst die bedauerliche Lage, in welcher sich jene Staaten gegenwärtig befinden, welche die Schönbrechen Grundrechte eingeführt haben, weiterhin die ähnliche Lage Preußens und jener Staaten, die den revolutionären Principien von 1848 in ihren Verfassungen zu sehr Rechnung getragen und nun genöthigt sind, durch Strafe wieder zur Verfassung die begangenen Mißgriffe wieder gut zu machen. Sodann heißt es: „Nur Oesterreich, Bayern und Hannover sind in entschieden anderer Lage. Das erstere hat den Aufruhr mit vereinter Waffengewalt darniederschlagen und steht hinterher seine Verhältnisse, so wie es der Sieger thut. Bayern hat die alte Verfassung halb behalten und kämpft nun, um Alles und Neues auszugleichen. In Hannover ist das Nothwendige in rechtlicher Form durchgedrungen: es gilt nun der wichtige und gefahrgedrohte Durchführung im Einzelnen, zwar auch ohne öffentlichen und geheimen Widerstand von der einen, noch ohne übertriebene Hast und revolutionäres Gesuch auf der andern Seite, aber doch so, daß ein Erfolg zu hoffen ist. Diese drei Staaten haben die zu Frankfurt gemachten Grundrechte nicht als gültig erkannt, um was Oesterreich als Grundverfassung ablehnte, hat nicht jene Bedeutung. Gewiß ist dieß Lage der Dinge in hohem Grade zu bedauern. Wer wird es leugnen, daß Schritte der Art, wie sie von mehreren Regierungen geschehen, in hohem Grade bedauert werden müssen. Es ist ein tiefer Sinn in dem alten Satze, daß man an einem Kaiserworte nicht rechten und nicht deuteln soll. Mag man immer mit seiner Auslegungskunst beweisen, daß der Sinn des Wortes, den die dahin alle angenommen, nicht der rechte, oder die wahre Kraft und Bedeutung des Wortes erloschen sei und nicht mehr gelte, mag man immer durch Erfurter, Parlament und Fürstencollegium den Umweg nehmen, der Glaube wird dennoch existiren, dem Mißtrauen Raum gegeben. Man gewährt sich an den Gedanken, daß nur die Gewalt Werth und Bedeutung habe, daß man vor Allem der Gewalt sich zu bemächtigen suchen müsse. Der Staat aber, in dem dieser Grundsatz gilt und die Gemüther des Volkes beherrscht, ist verloren. Es ist mit dem Worte des Fürsten wie mit der Münze, der gesetzige Curs hat nichts willkürliches, sie haben ihre Nothwendigkeit, ihr eigenes Maß in sich selbst. Darum sind sie auch nur mit den Waffen des Geistes zu erkämpfen. Es mag so langsamer gehen; aber es geht sicher und besser. Weil wir dieses den letzten beiden Jahren klarer vorgezeichnet haben, darum sind wir jetzt überall in so schlimmer Lage. Als die Gewalt in die Hände des Volkes gerieth, glaubte man ohne Rücksicht auf Billigkeit, Recht und Verfassung Alles durchsetzen zu können, was einen gelüstet, uns bedachte nicht, daß dergleichen zu leicht zu Ende sei. Wo dasselbe sich macht, wenn er den Gegner, so bald dieser zum Ueberwindet gelangt ist, auf das Recht verweisen will. So lange das Ringen dauert, gilt nur das Recht des Stärkern; und die Gesetze selbst erlauben, den gewaltthätigen Störer des Rechtes zu vernichten, und was man sich entschieden auf den Boden des Rechts zurückbegebe. Das ist nothwendig für die innern Verhältnisse der Länder, nothwendig für die Gesammtverfassung Deutschlands, nothwendig auch vor allen Dingen nach Außen. Soviel ist gewiß, so lange die Völker und die Regierungen nicht auf den Boden kommen, auf welchen sie sich 1848 verfuhren ließen, und so lange ist ein Ende der Revolution und der Schmach Deutschlands nicht abzusehen."

Kiel, 9. Juli. Das Landesdirection des Departements des Innern an sämmtliche Polizeibehörden von demselben Datum lautet: „Da es zur Kunde des Departements des Innern gekommen ist, daß eine große Anzahl fremder, politisch verdächtiger Personlichkeiten gegenwärtig in den Ortschaften unsers Herzogthums sich aufhalten, und die Lage des Landes eine Störung der öffentlichen Ruhe als besonders gefährlich erscheinen läßt, so werden sämmtliche Polizeibehörden hierdurch beauftragt, alle aus der hiesigen Armee angetretenen, so wie hiesigen Ausländer, welche sich nicht über den Zweck ihres Aufenthalts und ihre Subsistenz ihnen zu Gebote stehenden Subsistenzmittel vollständig genügend ausweisen können, sofort mittelst Zwangspasses über die Grenze zu bringen."

Kiel, 10. Juli. Das Departement des Innern und der Finanzen hat folgende Bekanntmachung an sämmtliche Behörden an den Küsten und Flüssen des Herzogthums Schleswig erlassen: Da zufolge eines von der kgl. preuß. mit der kgl. dänischen Regierung abgeschlossenen, unterm 6. d. M. ratificirten Protokolls den Dänen verstattet ist, mit dem 17. d. M. die Feindseligkeiten wieder Schleswig zu beginnen, so werden die Vorgesetzten in den an den Küsten und Flüssen der Herzogthümern gelegenen Orten aufgefordert, die Handel und Schifffahrt treibenden Bewohner der gedachten Orte hiervon zu Kenntniß zu setzen, damit sie soweit thunlich, rechtzeitig ihre auf der See befindlichen Schiffe und deren Ladungen in Sicherheit bringen können. — Ein Rundschreiben des Departements des Innern an sämmtliche Polizeibehörden beauftragt dieselben, alle auf der Armee angetretenen, sowie diejenigen Ausländer, welche sich nicht über den Zweck ihres Aufenthalts und die ihnen zu Gebote stehenden Subsistenzmittel vollständig genügend ausweisen können, sofort mittelst Zwangspasses über die Grenze zu bringen. Dem Vernehmen nach ist der Burgermeister Sohm in Apenrade, welcher schon längere Zeit sich hier aufhält, zum Chef der gesammten Polizei, in beiden Herzogthümern ernannt, da bei der bevorstehende Kriegszeit eine energische Handhabung der Polizei, namentlich wegen des von Süden u. Norden zu erwartenden Andranges arbeitslosen Gesindels, doppelt nothwendig erscheint. — Die Landesverwaltung hat den schleswigschen Predigern aufgegeben, von der Kanzel zu publiciren, daß eine russische Flotte an der Küste Schleswigs kreuze, und die Schleswiger, wenn daher Russen ans Land kämen, diesen mit aller Freundlichkeit entgegenkommen möchten, denn die Russen kämen nicht als Feinde, sondern als Freunde ins Land. — Die schleswigsche Bevölkerung durch diese Verdrehungen zu dem Glauben gebracht werden, daß wirklich eine Intervention Rußlands zu Gunsten Dänemarks eintreten werde.

Kiel, 11. Juli. Die preußischen Truppen in Südschleswig concentrirten sich bereits aus den kleinern Städten nach Husum und Eckernförde und werden die Quartiere dann an die dortigen Bataillone morgen, spätestens übermorgen folgen. General Hahn hat nach Eckernförde den Befehl gegeben, die dortigen Schanzen in denselben Zustand zu setzen, wie dieselben beim Einrücken der preuß. Truppen sich befanden. — Der dänische Oberst-Lieutenant Abildgaard, welcher bisher die sämmtliche schleswig-holst. Artillerie und die Ingenieure commandirte, der Major Jungmann, bekannt von den Eckernförder Gefecht, hat den Befehl, der k. Festungs-Artillerie-Abth. erhalten, welche zur Deckung der Küsten bestimmt ist. Das Generalcommando des Obr. v. Bülow hat sein heute nach Rendsburg verlegt, wo bereits ein sehr prächtiges Gebäude dazu eingeräumt worden ist. (D. R.)

Wien, 10. Juli. Außer den von mir gestern angeführten Gründen der Ablegung des Festungsmajors Hoyman scheinen noch folgende Vorgänge an dem entschiedenen des Kaiserthums hingetragen zu haben: Vor kurzem erließ das Ministerium an den Oberkommandanten von Ungarn den Befehl, die Untersuchungen aber alle noch in Haft befindlichen Compromittirten, namentlich die Deputirten, beschleunigen zu lassen, und die Akten an der Centralregierung einzusenden. General Haynau nahm seine Zeit dem diesem Befehl. Als derselbe mehrermal wiederholt, und der General zugleich nach Wien beschieden wurde, berief er die Auditoren der Prager Kriegsgerichte vor sich, theilte ihnen diesen Befehl mit, der, wie er sagte, einen Eingriff in seine Vollmacht enthielte, und befahl ihnen zugleich ohne Rücksicht darauf die Untersuchungen fortzuführen, die Urtheile zu schöpfen und dieselben ihm zur Genehmigung zu unterbreiten. Die Auditoren weigerten sich ohne schriftlichen Befehl des Oberkommandanten, eine Weisung zu befolgen, welche in offenbarem Widerspruch mit den ausdrücklichen Verordnung des Gesammtministeriums stand. General Haynau ertheilte ihnen diesen Befehl schriftlich. Die Untersuchungen wurden geschlossen und das Todesurtheil über 24 Deputirte der Debrecziner Versammlung ausgesprochen. General Haynau aber begnadigte 19 Verurtheilten, so daß nur 5 Todesschuldigen gänzlich, während ein Deputirter (Gr. Kubinyi), der sich in Debrezin unter den ersten gegen die Unabhängigkeitserklärung vom 14. April erhoben hatte, zu mehreren Jahren schweren Kerker verdammt wurde. Die päpstliche Curie hat sich vor einiger Zeit bei der Regierung bitter darüber beklagt, daß der General zwei ungarische Bischöfe, welche der Kaiser noch während der Untersuchung begnadigt hatte, dennoch zuerst ver-

urtheilen und entsehen ließ, und dann erst gleichsam ex proprio motu freigab. Den Vorsatz, von zwei andern schickte er nicht, wie die Regierung verlangte, zur Revision hieher, sondern entschied auf militairischen Wege. Ferner sind Fälle vorgekommen, daß Geistliche mit Stockstreichen behandelt wurden. Endlich hat sich der ehemalige Verhaftsbefehlshaber oft Handlungen der Achtung erlaubt, wenn sich Personen mit ausdrücklicher Berufung auf diesen oder jenen Minister an ihn wandten. Hr. v. Hannan ist übrigens heute vom Kaiser empfangen worden. Hr. v. Gehringer wird wahrscheinlich Civil-, General-Chef ganz bestimmt Militärgouverneur hier werden.

(Allg. Z.)

Berlin, 10. Juli. Wir sind in den Stand gesetzt Ihnen übereinstimmend die Schl. Ztg. und der H. C.), über die Note, welche der preußische Gesandte in London, Dr. Bunsen, in Bezug auf die Londoner Conferenzen, in welchen das Protokoll v. 4. Juli beschlossen und unterzeichnet wurde, an Lord Palmerston unterm 5. do. erlassen hat, Näheres mitzutheilen. Zugleich mit der Note ist auch eine Denkschrift von Dr. Bunsen abgegeben worden. Dem Streben der Großmächte, die dänische Gesammtmonarchie zu garantiren und die dänisch-Augustenburgischen Ansprüche über dem Besitz Deutschlands hinweg eigenmächtig zu ordnen und Dänemark außer durch Schleswig, Holstein und Lauenburg, auch noch durch das deutsche Bundesland Oldenburg zu verstärken, wird in diesen drei den Akten-stücken in wortreicher und entschiedener Weise entgegengetreten. In der Note heißt es: „Die Aufrechthaltung, die Staaten, deren Oberhaupt der König von Dänemark ist, als eine Gesammtmonarchie zu betrachten, ist niemals durch einen Vertrag oder durch das öffentliche Recht anerkannt worden. Im Gegentheil widerstreitet dieselbe entschieden den bestehenden Rechtsverhältnissen Deutschlands bei welche Aufrechthaltung stets bestimmte und namentlich durch den Bundesbeschluß vom Jahre 1846 seine Rechte gewahrt. Die Absicht, durch ein europäisches Protokoll die Geltung einer dänischen Gesammtmonarchie herbeizuführen, würde die größten Gefahren und Verwickelungen für Europa und Deutschland heraufschwören. Weder Preußen, noch Oesterreich können an einem solchen Protokoll Theil nehmen. Die Theilnahme würde lediglich Sache des deutschen Bundes sein. In einer auch nur bedingten Betheiligung sind Preußen und Oesterreich nicht befugt, indem es ihnen nicht zusteht, den status quo des Bundesrechts zu verändern. Was die dänische Erbfolge anbetrifft, so wurde eine Mitwirkung des deutschen Bundes bei der Regelung dieser Angelegenheit gewiß zu erwarten sein, wenn dem Bunde ein Vorschlag in Bezug auf die Erbfolgefrage in voller Form gemacht würde, ein Vorschlag, welcher den Rechten und die Ehre des deutschen Bundes nicht verletzt und welcher materiell vortheilhaft für alle Betheiligten ist. Unter diesen Bedingungen würde der zu machende Vorschlag wohl der Unterstützung und Förderung des Bundes theilhaftig werden."

Berlin, 11. Juli. Die „Deutsche Reform" enthält folgende Erklärung: Die von der N. Allg. Ztg. mit der Verschollenheit des vorgeblichen Protokoll-Entwurfs vom 2. Juni 1850 in Verbindung gebrachte Behandlung, daß der Königl. preußische Gesandte, Ritter Bunsen an jenem Protokolle Theil genommen habe, ist eine Unwahrheit. Eben so unwahr ist es, daß von seinem der Vertreter der beiden deutschen Großmächte eine Remonstration eingelegt sei, und daß seiner von ihnen eine Einwendung gegen jenes Protokoll zu machen gehabt hätte. Von Seiten des Ritters Bunsen ist nämlich gleich auf die erste Nachricht von der Intervention der Großmächte eine Remonstration erfolgt. Derselbe hat überdies, als ihm die Aufforderung zuging, sich an den beiden Conferenzen zu betheiligen, namentlich der Conferenz beizuwohnen, in welcher die offizielle Mittheilung des ohne Deutschland entworfenen Protokollentwurfs stattfinden sollte, diese Betheiligung entschieden abgelehnt, weil er es mit der Würde des Repräsentanten einer deutschen Macht nicht vereinbar hielt; in formeller Weise Kenntniß von einem Aktenstück zu nehmen, welches von der Absicht zeugte, willkürlich über unzweifelhafte deutsche Rechte zu entscheiden. Derselbe hat zugleich jene Note vom Protokoll-Entwurfe vom 4. und 5. Juli, die von ausführlichen Denkschriften begleitet waren, auseinandergesetzt, daß der Protokollentwurf ungerecht illegal sei, weil er eine diplomatische Akte sanctionire, welche sich auf keinen europäischen Tractat und keinen legalen Act stütze, die Ihre namentlich von einer Autorität der dänischen Monarchie und Zudringlichkeit Holstein und Lauenburg, die eine selbstständige staatsrechtliche Stellung haben. — Was den österreichischen Geschäftsträger in London anbetrifft, so war derselbe zwar in der Conferenz gegenwärtig, hat sich jedoch an der Paragraphirung des Protokolls nicht betheiligt und seinen Namen in der Aufführung des Protokollenentwurfs gestrichen. Es versteht sich von selbst, daß die Nomenclatur der Bevollmächtigten in dem Protokollentwurfe, wie ihn die Augsburger Allg. Ztg. bringt, nur den Maßstab dafür gibt, welche Staaten sich daran betheiligen sollten, nicht welche daran Theil genommen haben.

Neuestes.

Mainz, 12. Juli. Gestern am späten Abend zog ein Haufe Handarbeiter, Gesellen und Lehrlinge, zum großen Theil unserer Stadt fremd, vor die hiesige großh. hess. Kaserne hinter dem Theater, rief den dort versammelten Truppen Schimpfworte aller Art entgegen und schleuderte endlich auch Steine nach den Fenstern der Kaserne. Die Mannschaft sah sich in Folge dessen genöthigt, österreichische und preußische Verstärkung zu requiriren, und mit Hilfe dieser gelang es ihr endlich, die Menge, welche vor der Kaserne um ein Theil der innen mehr angeschwollen war und der an Excessen und Streitigkeiten schon vielfach Theil genommen, wurde nach der österreichischen Hauptwache transportirt, wo sie bis zu Arrest gebracht werden. Dazu wollte sich aber Gobig in Gutem nicht verstehen, er wehrte und widersetzte sich vielmehr der ihn transportirenden Patrouille aufs heftigste, und es gelang ihm endlich, auf der Straße zu entspringen. Von der zu seiner Ergreifung sofortmit Militärpatrouille verfolgt, lief er einer andern mit vollstem Bayonette entgegenrückenden und ihm Halt! Halt! zurufenden Patrouille entgegen, und ohne diesem Zurufe Folge zu leisten oder ihn auch nur zu beachten, rannte Gobig, der sich am Bier u. Branntwein worher übermommen haben soll, vorwärts gegen die ihm vorgehaltenen Bajonnette und erhielt so in der rechten Seite eine tiefe Wunde, die an seinem Aufkommen zweifeln läßt. Auch von den grösstentheils Soldaten sind mehrere durch den vor der Kaserne versammelten Volkshaufen arg mißhandelt und verletzt worden... Die beigebrachten Wunden sollen übrigens keine ernstlichen Befürchtungen ein. Die Gerichtsbehörden, in der Person des Staatsprokurators und Untersuchungsrichters, haben sich sogleich in der Nacht an Ort und Stelle begeben und mit der nähern Untersuchung jener Vorfälle sofort begonnen. (Mainz. Z.)

Leipzig, 11. Juli. Endlich sind an alle Abgeordnete des Landtags von 1848, die nach der Verordnung vom 3. Juli auf nächstkommenden 15. Juli zum Landtag nach Dresden einberufen sind, die Mißbe aus dem Ministerium des Innern ergangen. — Trotz seiner bekannten und vielbesprochenen Beschlußfähigkeit, zum Landtage nicht zu wahlen, hat der akademische Senat unserer Universität neuerdings doch aus dem Ministerium des Innern die Mißbe für den von ihm zu wählenden Vertreter der Universität, und zugleich eine scharfe Verordnung aus dem Cultusministerium erhalten, in der den Mitgliedern des Senats nochmals aufgegeben wird, nicht widersprechig gegen die Verordnung vom 3. Juni zu sein. Heute Nachmittag wird der Senat in ordentlicher Sitzung die Angelegenheit berathen.

(Fr. D.-P.-Z.)

Aachen, 11. Juli. Der D.-Lieut. v. d. Tann, welcher den König von Bayern als Adjutant begleitet hat, ist heute, nachdem er von S. M. beurlaubt, nach Schleswig-Holstein abgereist. Wie wir hören, wird er auch jetzt wieder an die Spitze des Generalstabs treten.

(Nach. Z.)

Kötben, 9

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schranhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 169. Würzburg, Dinstag den 16. Juli. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

An die Stelle des zum Cultusbittunge-Beneffiziaten in der Marienkapelle dahier von Sr. Bischöflichen Gnaden beförderten Tonkaplans Seb. Ruhn, wurde der Kaplan Valentin Leiblein zu Großostheim berufen; die Pfarrei Premich von Hochdemselben dem Kaplan J. B. Gadamer zu Steinach und die Pfarrei Wurmlach dem Kaplan Joh. Mich. zu Oberlauringen verliehen. — Pfarrer Friedrich Köhler ist am 12. Juli d. J. mit Tod abgegangen und die Pfarrei Esleben, kgl. Patronats, mit einem Reinertrage von 1407 fl. 47½ kr. dadurch in Erledigung gekommen. — Die durch erfolgtes Ableben ihrer bisherigen Besitzer weiter erledigten Pfarreien haben einen Reinertrag und zwar Gereuth von 609 fl. 34½ kr.; Steinbach bei Lohr von 709 fl. 19½ kr.; sowie jene durch Beförderung des Pfarrers Hahn auf die Pfarrei Oberwollach in Erledigung gekommene Pfarrei Wegfurt von 554 fl. 33⅓ kr.

Deutsche Bundesangelegenheiten.

Preußen hat sich breit, feierlich zuerst den praktischen Beweis zu liefern, daß die Anerkennung des deutschen Bundes ohne jegliche Verfassung und ohne jegliches berechtigtes Organ, ein leeres Nichts sei. Es schließt einen Separatfrieden mit Dänemark und weist daselbe wegen der weiteren Feststellung seines rechtlichen Verhältnisses mit Holstein an — den deutschen Bund. Wie möchten wohl wissen, was Preußen sich dabei gedacht hat und welche Weise es glaubt, daß Dänemark mit dem deutschen Bunde verhandeln und Verträge abschließen könnte. Ein Bundesorgan gibt es nach Preußen nicht mehr, also keinen körperlichen Träger in Fleisch und Blut, der den deutschen Bund vertreten könnte; demnach müßte Dänemark blos mit der rein geistigen Idee des deutschen Bundes verhandeln. So recht unsere Zeit aber auch an Erfindungen ist, diese Erfindung hat sie noch nicht gemacht. Wenn man dabei nicht annehmen will, daß die preuß. Staatsregierung sich blos einen Spaß auf Kosten des armen deutschen Bundes habe machen wollen — dazu ist die Sache doch etwas zu ernst und es steht zuviel dabei auf dem Spiele — so weiß man in der That nicht, was sie sich dabei gedacht hat. — Es fanden sich in diesen Tagen holsteinische Abgeordnete in Frankfurt ein, um bei dem dreiten deutschen Bunde, auf welchen Preußen vermeintlich, gegen den Frieden zu protestiren. Sie wendeten sich zuerst an die provisorische Centralgewalt; diese erklärte: „wie sind nicht competent, denn unsere Zeit ist abgelaufen und unser Mandat ist nicht verlangert.“ Ganz mit Recht! Sie wendeten sich darauf an die Plenarversammlung und auch diese erklärte, daß sie nicht competent sei, weil sie nur zu dem besonderen Zwecke, der Herstellung einer provisorischen Centralgewalt und der Verfassungsrevision zusammengerufen sei. Sie wenden sich nun, wie ich höre, an die einzelnen deutschen Höfe wenden, allein auch diese können, selbst wenn sie einstimmig wären, keinen rechtlichen Bundesbeschluß zu Stande bringen. Preußen möge aus diesem praktischen Beispiele ersehen, daß sein bisher deutscher Bund ohne rechtliches Organ völlig gleichbedeutend ist mit Anarchie, daß dieser ideale Bund uns nicht vor der faktischen Auflösung des deutschen Bundes schützt und uns wehrlos den Feinden preisgibt. — Besser als dieser ideale Bund wäre es, wenn man die Auflösung des deutschen Bundes offen aussprache; dann konnte wenigstens das einzelne frühere Mitglied sehr handeln, was es jetzt, da es ja noch an die Pflichten und Rechte des Bundes gebunden sein soll, auch nicht einmal kann. Nach der preußischen Verfassung darf, da die Pflichten des Bundesmitgliedes noch existiren, kein einzelner deutscher Staat über Krieg und Friede einseitig Beschlüsse fassen und ein gemeinsame Beschluß ist wieder nicht möglich. So sind wir in der Lage, die deutschen Grenzen ruhig angreifen zu lassen, ohne uns wehren zu können. Wir hoffen, daß Preußen endlich zu der Ueberzeugung gelangt, daß seine bisherige Bundespolitik sein eigenes und ganz Deutschlands Verderben unfehlbar herbeiführen muß. Dieser Fall ist so eclatant, daß selbst der einseitigste Preuße sich nicht dagegen verschließen kann. Wir wollen einmal zugeben, daß die Mängel der noch zu Recht bestehenden Bundesverfassung groß sind, und daß Preußen mit Recht auf eine Abänderung derselben in seinem Sinne dringt; soll denn aber bis dahin, daß man sich über eine verbesserte Verfassung einigt, Alles drunter und drüber gehen? Muß die bisherige Verfassung nicht so lange in Wirksamkeit bleiben, bis eine neue besser an die Stelle gesetzt ist? Kann es dem Mitglieder eines Bundes gestattet sein, zu jeder Zeit den Bundesvertrag zu zerreißen, wenn nicht alle seine Wünsche auf der Stelle erfüllt werden? Preußen sadet eine fluchtbare Verantwortung auf sein Haupt, wenn es noch länger dem rechtlichen Organe des Bundes seine Anerkennung und Mitwirkung versagt. Was bleibt den bundestreuen Mächten übrig, wenn sie nicht Holstein gänzlich preisgeben wollen, als die Anerkennung der Bundesverfassung von Preußen mit Gewalt zu erzwingen und einen Bürgerkrieg in Deutschland zu entzünden? Und was wird die Folge eines solchen Krieges sein? Die andern europäischen Mächte werden sich hineinlegen, sie werden über uns entscheiden und das Schicksal Polens steht uns bevor. Und wahrlich mit mehr Berechtigung, als es jenem unglücklichen Lande gegenüber stattfand. „Da ihr Euch nicht selber regieren könnt und die Rude Europas fortwährend durch Eure anarchischen Zustände beunruhigt, so sind wir gezwungen, Euch unter unsere Aufsicht zu stellen und zu zwingen.“ Deutschland muß zu Grunde gehen, wenn nicht jedes seiner Glieder streng an das allgemeine Bundesrecht bindet. — Dänemark wird seinen Gesandten schicken, um nach dem Friedensvertrage mit dem deutschen Bunde über Holstein zu verhandeln. Die Gesandten werden überall ein Organ suchen, und wenn sie durch ganz Deutschland gereist sind und Niemand gefunden haben, der den deutschen Bund repräsentirt, werden sie zu den andern Großmächten sprechen: „Wir haben unsern Vertrag erfüllen wollen, aber wir haben keinen Gegenpart gefunden, der uns diese Pflicht möglich machte; jetzt müssen wir uns selber helfen.“ Dann entbrennt der Krieg zwischen Dänemark und Holstein.

Möglich, daß alsdann eine oder die andere deutsche Macht auf eigne Faust Holstein zu Hilfe kommt; sogleich wird Dänemark auf seine fremden Bundesgenossen ins Gefecht führen und dann ist nicht nur Holstein, sondern auch die andere halbreiche deutsche Macht gefährdet. Derselbe Collisionsfall, der heute mit Dänemark vorliegt, kann morgen mit Holland, mit der Schweiz, mit Frankreich, mit Rußland sich zutragen. Wenn die Bundesverfassung nicht mehr anerkannt wird und die Bundesversassung die einzelnen Staaten nicht mehr schützt, kann man ihnen dann verdenken, wenn sie in diesem allgemeinen Chaos qui pour sur an sich denken, uns an über eigene Existenz? und wenn die einzelnen deutschen Staaten mit fremden Mächten Schutzverträge eingehen, um auf dem allgemeinen Schiffbruche für sich zu retten, so viel als möglich? — Auf diesen Punkt sind wir jetzt gelangt; und aus welchem Grunde? Weil wir es nicht verstehen, uns den Rechte zu unterwerfen und unsere Separatwünsche nicht dem allgemeinen Reichsgesetze unterordnen können. Wir fürchten, es ist die letzte Mahnung, die an Preußen ergeht. Die Einigkeit Deutschlands, seine Selbstständigkeit und Unabhängigkeit ist nur möglich auf dem Boden der bestehenden Verträge, nicht der idealen, von welchen das Staatsrecht nichts weiß, sondern der realen Verträge, die durch anerkannte, zu Recht bestehende Organe aufrecht erhalten und aufgeführt werden.

Landtagsverhandlungen.

München, 12. Juli. (Forts. der heute Morgens abgebrochenen Sitzung der Kammer d. Abg.) An den Wasser- und Brückenbauten lasse sich, wie es die spezielle Debatte erwiesen, nichts abschneiden, da sonst die Flüsse und Bruden in den alten, angebornen Schaden hineingenommen Mißbänden verbleiben. — Die Appanage des Königs Otto von Griechenland könne nicht gestrichen werden, weil ein bestimmter Artikel des Haudgesetzes ihm diese Appanage zusichert. Was die Verringerung der Militäraugaben betrifft, so müsse er auch hier auf die spezielle Debatte hinweisen. Man habe der hohen Kammer damals gesagt, daß die Verwaltung versuchen wolle, mit dieser Summe auszureichen. — Eine Reduction der Ausgaben sei demnach nicht möglich. Wie die Deckung des Defizits vorgenommen werden solle, überlasse er einer andern Stimme. — Nur im Allgemeinen habe er noch zu bemerken: In der jetzigen Debatte seien sie unter Anderm angeführt worden, daß die Abgeordneten mit hohen Polizeigesetzen und großen Strafen und zuletzt noch mit einer erhöhten Steuer vor ihre Wähler treten müßten. Redner führt fort: Meine Herren! Dieser Landtag hatte die große Aufgabe, das Land, das am Rande des Abgrundes ging, zu retten. Dieser Landtag mußte die maßlos gehenden Wogen in ihr regelmäßiges Bett zurückführen. — Sie, meine Herren, haben die staatliche, die gesellschaftliche Ordnung wiederhergestellt! — Dafür were, muß Ihnen das Vaterland danken. Danken Sie nach Ihrer Ueberzeugung. Wenn Sie sehen, daß diese Ausgaben zum Staatsbanshalt nothwendig sind, so bewilligen Sie sie; ich wünschte nicht, daß ei-

ner — einfeind die Nothwendigkeit dieser Position — bewegen gegen dieselben stimme, weil sich ein Zahlendefizit herausstellt. Als untere Bücher und vierherrschaften sich Freche nun als Abg., welchen sie damit sagen: „Handelt als Manner nach Euerer Ueberzeugung; nicht bekümmert haben wir Euch hierher geschickt, um das zu thun, was im Augenblick gut ist. Des Vaterlandes Wohl und Zukunft müßt Ihr in das Auge fassen, und das, u. HO., haben wir gethan. — Was sur Früchte die Finanzkommissionsreise trug, das ist die Vergangenheit bezeugt, indem sich Volksfreiheiten aber mit schwerere Folgen haben. — Diese Verbrüssie sind Bedürfnisse der Zeit; nicht allein Bayern, jeder Staat hat diese Erfahrung gemacht, seyen Sie demnach ihre zuzu beratenen Ausgaben dringend selbst. — Nachdem St.-Min. v. Schuckmann einige Bemerkungen im Allgemeinen gemacht, geht derselbe in einem größeren Vortrag spezirt zur Behandlung, was das Defect gedeckt werden könne, über. Drei Wege seien vorgeschlagen: Steuererhöhung, Anleihen und Papiergeld. Was den ersteren betreffe, so wurde, wenn auch diesmal der Kreis des bisherigen Ueberlast vermieden, doch in der nächsten Zeit zu einer Steuererhöhung gerichtet werden.

Der Weg des Anleihens nach dem Ausschusse, in Verbindung mit einer mäßigen Steuererhöhung, sei der geeignetste, passendste. Was das Schaffen von Papiergeld betreffe, so soll man mit einer so großen Summe nicht anfangen, weniger noch mit zu großen Spekulationen geschaffen werden; zu Defizits sei es nicht sehr am Platze. — Nachdem über die Anträge Roth's und Langguth's abgestimmt und dieselben verworfen waren, wurde die spezielle Debatte des Finanzgesetzes auf morgen früh 10 Uhr vertagt und die Sitzung um 7½ Uhr geschlossen.

München, 13. Juli. (C.U.I. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Die Gallerien sind stark besetzt. Am Ministertische: St.-Min. v. d. Pforden, v. Ringelmann, v. Aschenbrenner und mehrere Ministerialräthe. Der 1. Präs. eröffnet um 10½ Uhr die Sitzung. Die Urkundsgabe des letzten Sitzungsprotokolls werden die Gesammtbeschlüsse a) über die Anträge auf Aufhebung oder Revision des Biertarifs und über das Verhältniß der Brauer zu den Bierbrau; b) über die Anträge auf Ausscheidung aus der allgemeinen Immobiliar-Feuerversicherungs-Anstalt und vers. auf Abänderung des Gesetzes vom 11. Juli 1834, die allgem. Brandversicherungs-Ordnung betr., verlesen. Nach der Berichterstattung des Referenten im 1. Ausschusse, v. Wenning, über die Ausdauerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Gesetzesentwurfs: die Oberschlosserlehrung betr., eröffnet der Präsident die spezielle Debatte über den Finanzgesetzes-Entwurf. Bei Beratung des Eingangs bemerkt Fürst v. Wallerstein, daß er gegen das Gesetz stimmen werde. Sämmtliche 14 Artikel werden ohne Debatte angenommen. Dieselben umfassen die Erhebung der directen Steuern und indirecten Abgaben und die Ausgaben in den Paragraphen gesetzen. Art. 16 behandelt die Deckung des Defizits. Der Ausschuß schlägt vor, die Dominical- und Gewerbsteuer um ein Steuersimplum zu erhoben, Staatsrealitäten zu verkaufen und 4 Millionen Anlehen aufzunehmen. — Stimmen will 5 Mill. Anleihen; Arnbeim 6 Mill. Papiergeld; Hermann in dem Ausschußantrag noch die Erhöhung der Hausesteuer. Nach kurzer Empfehlung des Ausschußantrags, in Verbindung mit dem Antrag v. Hermanns, von Seite des Referenten wird zur Abstimmung geschritten, der Antrag auf Steuererhöhung fast einstimmig (v. Forchenfeld, v. Lerchenfeld und v. Hermann) abgelehnt, der Antrag von Thinnes angenommen, alles Uebrige jedoch verworfen. Es wird nun über das ganze Gesetz namentlich abgestimmt und dasselbe mit 83 gegen 42 St. angenommen. — Da über den Antrag Kremmer's, die Minderung der Restraten betr., wegen Abänderung einer Verfassungsbestimmung nicht abgestimmt werden kann, schlägt Dr. Heine vor, freiwillig darauf zu verzichten, was notarisch jedem Abg. freigestellt bleibt. — Hierauf wird die Sitzung um 1 Uhr auf 4 Uhr vertagt.

München, 13. Juli. (Fortsetzung der C.U.I. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Die Gallerien sind bereits gedrängt voll. Am Ministertische: Staatsminister v. Pforden, v. Aschenbrenner, v. Zwehl und mehrere Ministerialräthe. Der 1. eröffnet um 4 Uhr die Sitzung, worauf Lerchenfeld, die Beschlüsse des Budgets verliest. — Hierauf geht derselbe zur Berathung über den Gesetzentwurf „das Staatsschuldenwesen" über. Dieser Entwurf wird nach Annahme mit 133 Stimmen und ohne Debatte angenommen. — Es erstattet nun Referent Kirchgessner im vereinigten I. und IV. Ausschusse Vortrag über den Gesetzentwurf „die Ueberweisung der Depositen- und Consignationsgelder betr." Der sgl. Staatsschuldentilgungsfond betr." Dieser Entwurf, der 8 Artikel umfaßt und den Zweck hat, die Staatskasse des schwebenden Schuld zu entledigen, wird gleichfalls ohne Debatte einstimmig mit 133 Stimmen angenommen. — Die Kammer geht sodann zur Berathung des Gesetzentwurfes „zu Behandlung der Gesetzesentwürfe bezüglich der Verfassungsurkunde" über. Da in der allgemeinen Debatte Niemand das Wort ergreift, so gehe der Präsident sogleich zur speziellen Debatte über. Art. 1 lautet: „Bei der bevorstehenden Vertagung des gegenwärtigen Landtages bleiben zwei Ausschüsse, der eine für Gegenstände der Gesetzgebung, der andere für Gegenstände der innern Verwaltung, I. u. III. Ausschuß, am Sitze des Landtags versammelt, um die von der Staatsregierung dem Landtage vorgelegten, sowie die diesen Ausschüssen selbst vorzulegenden Gesetzentwürfe in Berathung zu nehmen; Wilder eine Debatte angenommen. Art. 2: „Ihre Zahl soll durch Ernennung von der Kammer der Reichsräthe 5, von der Kammer der Abgeordneten 9 Mitglieder und für den Fall dauernder Verhinderung einzelner Ausschußmitglieder 3 Ersatzmänner gewählt"; wird angenommen. — Art. 3: „Die für Gegenstände der Gesetzgebung gewählten Ausschüsse haben die Befugniß erhalten von dieser die Vollmacht im Namen der Kammern, die nach Tit. VII. §. 2 der Verfassungsurkunde erforderliche Zustimmung zu den zu erlassenden Gesetzen über die Strafprozeßordnung für das Heer, über die Notariatsordnung u. über die kaufmännischen Anweisungen zu ertheilen. Dieselbe Vollmacht erhalten die für Gegenstände der innern Verwaltung gewählten Ausschüsse in ihrer Vereinigung hinsichtlich des Gesetzes über die Notariats-Taxordnung. Die auf solche Weise vereinbarten Gesetze sollen der Revision des laufenden unterstellt werden." — Nachdem Breitenbach gleich der abgemeinen beutschen Wechselordnung behandelt wurden, ergreift Staatsminister v. d. Pforden das Wort: Nachdem nun die Kammern seit 10 Monaten versammelt und sehr beschäftigt gewesen, so es für jeden legislativen Korper sehr nothwendig, sich Ruhe zu gönnen. Nichtsdestoweniger kann noch sehr dringende dringende Gesetze zu erledigen. Ebenso müßte heuer noch das neue Budget vorgelegt werden, deßwegen habe die Verwaltung sehr nothwendig, ihrem Amte, dem sie bisher sehr entzogen war, zu obliegen. Als Ausweg müßte habe die Verwaltung nun diesen Gesetzentwurf eingebracht. Sie habe ihren Pflicht genugt. Redner behauptet nun die verschiedenen in den zu wählenden Ausschüssen zu berathenden Gesetze, weist die Dringlichkeit der Strafprozeß-Ordnung beim Heere, die Nothwendigkeit der kaufmännischen Anweisungen, ebenso der Gerichtsordnung, resp. Notariats-Taxordnung und des sorfolgenden nach. Redner spricht hierauf über die Competenz der Kammer, Ausschüssen ein solches Mandat zu geben. — Der Abgeordnete Morgenstern, welcher vor Breitenbach sich gegen diesen Artikel erklärt hatte, bemerkt, daß im Jahre 1848 am 12. Mai zwar noch derartige Ausschüsse gewählt worden, allein das damalige Ministerium habe das Verbrennen des ganzen Landes, wenigstens der großen Majorität des Volkes, gehabt. — Staatsminister v. Pforden bemerkt hierauf, daß es ihm lieb sei, daß er sogar der Stimme, die dieses gebrochen, sehr Dankbar sei für diese Eröffnung, denn je mehr die Parten, der diese Stimme angehore, der Verwaltung verhaßt seien, desto mehr werde das Land sie habe, denn mehr sei die Verwaltung übertragt, daß sie das Vertrauen der Majorität der Kamer genieße, und nur allein auf dieser wolle sie die Geschäfte führen. Hierauf erklärte sich auch Lassaulx gegen diesen Art. 3, und Hermann ist angenommen werden, gegen 3 gegen Gesetz. Auch bemerkt, daß der hiesigen Abgeordneten selbst aus einer intimeren Wahl hervorgegangen seien, daß aber die vorzunehmende Wahl die allerunbefriedigte von der Welt sei. Redner sagt, ob denn nicht ebenso die Ausschüsse wieder wählen, als Einem dieser Mandat übertragen wurden, da sie ja bereits hier einer Frist, dem Verwaltungs-Vorstande, der sich zufällig als Abgeordneter in Mitte der Abgeordnetenbefande, dieses Berathungsmandat übertragen wurde. — v. Lerchenfeld: Die Staatsregierung wurde besser thun, wenn sie größere Gesetze der Kammer sogleich zu Anfange des Winter-Versorgung vorlegen würde; sodann würde die Kammer eine Modification machen wollte, so soll die Regierung den Entwurf zurückziehen, denn es sei eine allbekannte Sache, daß größere Gesetze durch eingestickte Modificationen immer schlechter worden.

Ringelmann gegen den Artikel. Es habe ihm Zutrauen zu einem großen Kampf erfordert, gegen diesen Artikel zu stimmen. Nicht verkennend die große Nothwendigkeit, die Justiz auf einem anderen Weg zu führen, sei es ihm bei der Berauswerung, die dem Abgeordneten obliege, nicht möglich, um diesen Preis den Ausschüssen sein Vertrauen zu schenken. — Hierauf Primbisch Schluß genehm. Der Präsident läßt jedoch wegen zu großer Dunkelheit in der Kammer zuvor Licht machen. Nach einer viertelstündigen Pause wird aber den Schluß abgestimmt und derselbe beschlossen. In seinen Schlußbemerkungen gewahrt Referent, daß die Regierung, wenn die Kammer den Entwurf ablehne, die Kammern, statt zu vertagen, schließen könne, auch alle nicht vollständig durchberathenen Gesetze in der Luft hingen. — Hiegegen nun protestirt Wallerstein, derselbe constatirt hierauf, daß es der Regierung durchaus unbenommen bleibe, den Landtag bis Gesetze Spitze zu schließen, der Gesetzesentwurf möge fallen oder nicht. St.-Min. v. d. Pforden bemerkt, nicht einsehen zu können, warum man den Landtag bloß vertagen sollte, wenn keine Ausschüsse hier verbleiben. — Es wird nun zur Abstimmung geschritten und der Art. 3 mit ziemlich großer Majorität verworfen. Da hierdurch das Gesetzes Spitze gebrochen, die übrigen Artikel überflüssig geworden, erklärt Referent Payer im Namen der Minorität, gegen das Gesetz zu stimmen, wie auch St.-Min. v. d. Pforden als Abgeordneter gegen das Gesetz in seiner jetzigen Fassung stimmt. Bei hierauf erfolgten Namensaufruf wurde das Gesetz mit 121 gegen 27 St. (Degenbart und Gäßler) verworfen, die Sitzung um 9½ Uhr geschlossen.

München, 13. Juli. Heute hielt die Kammer der Reichsräthe ihre 55. Sitzung, in der folgende sinnl Gesammtbeschlüsse zu Stande gebracht wurden: 1) über die Anträge bezüglich der Verbesserung der Dienstverhältnisse der Gymnasial-Professoren und Studienlehrer, und 2) bezüglich der Unterstützung der Gewerbe; dann 3) über die Aufhebung der Mortalorien und 4) die allgemeine deutsche Wechselordnung betr. — Gegen die Aufhebung der Mortalorien votirten Prinz Adalbert und Herzog von Leuchtenberg, im Uebrigen bestehe

durchgehende Stimmeneinhelligkeit. Es wurde zum Schlusse von der Archivscommission Bericht über den Zustand des Landtags-Archivs erstattet und auch hierin den Beschlüssen der zweiten Kammer beigetreten. Anhertem wohn die Kammer auch zwei Anträge der Archivscommission an, von denen der eine dahin geht, daß in nächster Sitzung eine Commission gewählt werde, welche bestimmt, in welchen Fällen Akten aus dem Landtags-Archive an das Ministerium zu verabreicht werden sollen, der andere aber die Baufsichtigung des Archivs während der Umbeschaft der Räume durch die ständischen Commissäre bei der Schulentilgungscasse enthält. Sodann folgt Schluß der Sitzung.

(A. Ab.-Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 11 Juli. Die heutige Parade der hier garnisonirenden Truppen aller Waffengattungen gewährte, begünstigt von dem schönsten Wetter, ein imposantes Schauspiel. Gegen 9 u. 10 Uhr Vormittags rückten dieselben auf der Bornheimerwiese an und stellten sich in folgender Ordnung vom rechten Flügel ab auf: 1. Treffen: Eine halbe Escadron österreichischer Dragoner, eine halbe Batterie österreichischer Artillerie, ein Bataillon österreichischer Jäger, zwei Compagnien vom österreichischen Infanterieregiment Erzherzog Rainer, zwei Bataillone vom preußischen Infanterieregiment Nr. 31, eine Escadron preußischer Husaren und eine Batterie preußischer Artillerie in Angelordnung. II Treffen: ein Bataillon bayerischer Jäger und ein Bataillon Frankfurter Infanterie. Um 10 Uhr kam Hr. Feldmarschall-Lieutenant v. Schierding, umgeben von seinem Stabe, durchritt die Linien, ließ einige Evolutionen machen, und kam zweimal hindurch, während die preußischen Husaren, namentlich dem Dessauer ein Galopp, sich auszutummeln. Gegen 12 Uhr rückten die Truppen wieder ein. Se. königl. Hoheit der Kurfürst von Hessen wohnte der Parade als Zuschauer zu Fuß und in Civilkleidung bei. — Einer Evolution wir erwähnen, da sie ein wiederholter Beweis ist, wie sehr man bei großen Versammlungen seine Taschen vor gewissen Fingerfertigkeiten bewahren muß. Noch ehe der Stab auf dem Paradeplatz ankam, ertönte unter uns, auf dem an der Wiese hinführenden Wege der Ruf: „Halt auf! Halt den Dieb!“ und wir sahen einen Menschen vor einem preußischen Unteroffizier stehen, und sich in das am Wege befindliche Korn werfen. Ein österreichischer Jäger sprang ihm entgegen und schlug ihn mit einem Streiche zu Boden; er war gefangen. Man sagt, er habe dem Unteroffizier 40 Thaler entwendet. Die anwesende Civilmenschenmenge nahm ihn in Empfang und überlieferte ihn den Gerichten. (F. J.)

Stuttgart, 13. Juli. Donnerstag Abends gegen 9 Uhr wurde der hiesige Gasthwirth Hahnlein, welcher Engelstraße Nro. 6. hinter dem Stadtdirektionsgebäude ein Haus besitzt, mittelst eines an ihn gelangten Briefes auf die Straße gerufen, woselbst er einen jungen Menschen traf, welcher ihm wichtige Entdeckungen zu machen versprach. Er ging mit diesem in ein Zimmer und ließ sich Folgendes erzählen: Er (nemlich der junge Mensch) beabsichtige zu einem Umsturz der bestehenden Ordnung eine Anzahl junger Leute etwa 5 — 600, zu werben, und diese Nacht des Nachts nach Stuttgart zu bringen. Um diesen Zweck zu erreichen, müsse er vor allen Dingen ein Haus haben, in welchem ein Waffendepot eingerichtet werden könne und zu diesem habe er sich Hahnleins Haus ausersehen. Derselbe solle nun die Waffen beschaffen, und Hahnlein dafür zu aus die hl. Stadtdirektion, dann von der Seite des Waisenhauses aus das alte Schloß, von dort führe ein unterirdischer Gang in das neue Schloß, wofelbst man die königl. Familie und den König festnehme, um dadurch zu demokratischen Institutionen, nöthigenfalls unter Anwendung des Todes zwinge. Wenn ihm Hänlein sein Haus als Waffendepot zuschere, so wolle er alsdann sich auswärts begeben und seine Werbung beginnen; habe er einige Demokraten vom reinsten Wasser gewonnen, so werde er diese zur Aufschreibung einer Volksversammlung nach der Solitude veranlassen, und von dort aus müsse die Operation beginnen. Dem Hänlein entwickte er noch ferner, daß er derselbe sei, welcher bei A. Schober gewesen sein, und welcher dem A. Seeger geschrieben habe. Der junge Mensch war weder betrunken, noch zeigten sich Spuren von Wahnsinn an demselben. Hänlein schickte alsbald nach der Polizei und ließ den Burschen festnehmen, welcher sich für den Christian Farr von Ulsbach, Lehrling des Buchbinder Lips ausgab. Beim königl. Criminalamte ist er nun untergebracht. Der Bube behauptete bei Hahnlein, dieser Plan sei fein eigener, was wohl Niemand glauben wird.

(D. B.)

Kiel, 12. Juli. Unterm vorgestrigen Tage hat die Statthalterschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein nachfolgende Verfügung, betreffend die einstweilige Außerkraftsetzung einiger Artikel des Staatsgrundgesetzes v. 15. September 1848 für das Herzogthum Schleswig, so wie die Festungen Rendsburg und Friedrichsort, erlassen: Im Hinblick auf den Art. 13 des Grundgesetzes, betreffend Wiederaufnahme der Feindseligkeiten mit Dänemark, verfügt die Statthalterschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein kraft der ihr zufolge des Art. 152 des Staatsgrundgesetzes vom 15. Sept. 1848 zustehenden Befugniß, hiermit was folgt: Art. 1. Die Art. 19, 20, 21 und 22, so wie der Art. 13 des Staatsgrundgesetzes, letzterer, soferen er sich auf das jedem Schleswig-Holsteiner eingeräumte Waffenrecht bezieht, werden für das Herzogthum Schleswig, sowie für die Festungen Rendsburg und Friedrichsort auf die Zeit von drei Monaten, falls nicht schon früher ein Friedensschluß Dänemarkes erfolgen sollte, außer Kraft gesetzt. Art. 2. Alle Civil- u. Militärbehörden sind verpflichtet, von jeder auf Grund dieser Anordnung abgegebenen Verfügung dem betreffenden Departement sofort Anzeige zu machen.

(H. N.)

Die Denkschrift, welche die Note des preußischen Gesandten in London in Bezug auf das Protokoll vom 4. Juli begleitet, umfaßt, wie den H. N. aus Berlin, 11. Juli geschrieben wird, sechs Paragraphen: 1) „Ein solches Protokoll ist geschäftlich, weil es das Prinzip fremder Intervention in die innern Angelegenheiten eines unabhängigen Macht sanktionirt. 2) Das Protokoll ist ungerecht und ungefährlich, weil es eine diplomatische Idee consacrirt, die sich auf keinen europäischen Vertrag stützt und auf keinen gesetzmäßigen Act: nämlich die Integrität der dänischen Monarchie, das heißt mit Zugezogt Holsteins und Lauenburgs, und zwar selbst im Falle des Aussterbens der jüngern Linie, selbst Oldenburgs, wodurch es die unbestreitbaren Rechte des deutschen Bundes verletzt. 3) Ein solches Verfahren sei im Widerspruche mit der Rolle der vermittelnden Macht zwischen Deutschland und Dänemark, die Großbritannien übernommen und die es bis auf den heutigen Tag ausgeübt hat. 4) Das von Großbritannien, Frankreich und England vorgeschlagene Arrangement würde die drei Gesammthte und jede von ihnen autorisiren, für alle Zeiten eine Art Protectorat sowohl über den Sund, als über Dänemark auszuüben. 5) Das Protokollentwurf, wie er vorliege, findet keine Anwendung mehr auf die gegenwärtige Sachlage, wie sie durch den so eben zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossenen Frieden sich gestaltet hat. 6) Der Protokollentwurf, statt die Pacification der Herzogthümer festzustellen, würde die Schwierigkeiten, welche solche hervorgerufen, verewigen, indem er wahrscheinlicher Weise Dänemark weniger als jemals geneigt machen dürfte, den Herzogthümern gerechte und nothwendige Concessionen zu machen.“ Diese Punkte sind nun in der Denkschrift von Bunsen, der seine Instructionen tens geblieben, mit Klarheit und Schärfe des Nähreren entwickelt worden.

Kiel, 12. Juli. Von heute an ist der Verkehr über den schleswig-holsteinischen Kanal nur bei Rendsburg und Levensau und auch da nur unter genügender Legitimation gestattet. Der regelmäßige Verkehr nach dem Norden über Rendsburg ist stikt, so wie überhaupt der Eintritt in die Festung sortan erheblichen Schwierigkeiten unterliegt. Sie sehen, daß man nicht gesonnen ist, die militärischen Vorkehrungen und Operationen dem Feinde verrathen zu lassen. — In diesen Tagen ist der preuß. Oberstlieut. a. D., v. Gerhard, ein alter wackiger Kämpe aus den Freiheitskriegen, als Commandant und Kommandeur der Wautgarde in dieselbige Dienste getreten.

Kiel, 12. Juli. Am heutigen Tage ward hierselbst die nachstehende Ansprache veröffentlicht: Die preuß. Truppen, welche bisher im südlichen Theil des Herzogthums Schleswig standen, werden in den nächsten Tagen die Herzogthümer verlassen. Die Statthalterschaft hegt das feste Vertrauen zu dem ehrenhaften Sinne der Schleswig-Holsteiner, daß die zurückkehrenden Truppen auf ihrem Marsche so werden aufgenommen werden, wie es die Pflicht der Gastfreundschaft gegen unsere bisherigen Waffenbruder verlangt. Wenn es ihnen nicht vergönnt ist, ferner an unserer Seite zu stehen, so beklagen sie selbst am Meisten diese Wendung der Ereignisse. Wir aber werden es in dankbarer Erinnerung bewahren, daß die preuß. Truppen im Herzogthum Schleswig in den schwierigsten Verhältnissen durch musterhafte Mannszucht den Ruhm der preuß. Armee wahrten, daß sie durch humane Erfüllung der feindlichen Absichten die Leiden unseres Landes, soweit es ihnen gestattet war, gemildert haben. Die Statthalterschaft erwartet, daß alle Behörden und Private durch zuvorkommende und freundliche Aufnahme und Bewirthung das schmerzliche Gefühl, mit welchem die preuß. Truppen in hiesiger Augenblick uns verlassen, eben und achten werden. Kiel, 12. Juli 1850. Die Statthalterschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein.

Kiel, 13. Juli. Die russische Flotte soll in Sicht; nach Angabe 18 schwere Schiffe, eine dalbe Meile östlich von Bülk, so wie drei große dänische Schiffe.

Altona, 12. Juli. Heute Nachmittag trof Oberstlieutenant v. d. Tann, direkt von Aachen kommend, auf dem Bahnhofe hierselbst ein. Der Eisenbahn-Direktor expedirte v. d. Tann sofort mit einem Extrazuge. So viel wir erfahren, ist v. d. Tann auf eine Einladung der Statthalterschaft hierher gekommen. Eine spezielle Stellung in der Armee scheint für ihn noch nicht ermittelt zu sein. Jedenfalls möchte er indeß beim Generalstab verwendet werden. In Aachen, wo er als Flügeladjutant des Königs mit diesem sich aufhielt, hat er sofort seinen definitiven Abschied aus der bayerischen Armee genommen. „Nun, da er zur Entscheidung kommt“, war seine Meinung, „kann ich doch hier bei Euch nicht fehlen.“ (H.N.)

Wien, 8. Juli. Das Schreiben des amerikanischen Präsidenten an den Agenten Hrn. Mann, welches die Anerkennung in ihrer bestigen Nuancirung brachte, sollte nicht verfehlen, allenthalben im gebildeten Europa die gehörige Aufmerksamkeit zu erregen. Es ergibt sich daraus auf die unzweideutigste Weise, in welch' illoyaler Weise die freien Amerikaner ihre Beziehungen mit den europäischen Staaten unterhalten. Nicht leicht ist uns eine schärfere Verurtheilung des Völkerrechts, eine größere Mißachtung des Anstandes, welche eine Regierung der andern im Fremden schuldet, vorgekommen. Hr. Mann wird ermächtigt, sich nicht blos über die Zustände des insurgirten Landes ins Genauste zu unterrichten, sondern er erhält auch den Auftrag, mit den Häuptern der revolutionären Regierung zu verkehren. Diese Männer, ausgeschuft, so mußten Kossuth und Genossen aus dem freundlichen Exilgenossen eines mächtigen Freistaates bedeutende Hoffnung für das Gelingen ihrer Plane schopfen; die Flamme des Aufstandes empfing daher mächtige Nahrungsstoff, und man kann, von diesem Gesichtspunkte aufgefaßt, nicht umhin, den jetzigen Ern. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika als einen ziemlich unmittelbaren Förderer des ungarischen Auf-

standes zu betrachten. Ein energischer Protest, eine feierliche Verwahrung für alle ähnlichen zukünftigen Fälle, die der Himmel abwenden wolle, ist das Geringste, was in dieser Sache sich thun ließ. Streng genommen, hatte es Oesterreich nicht verargt werden können, wenn es sofort alle diplomatischen Beziehungen mit Nordamerika abgebrochen hatte, ein Vorgang, den es bei den geringen Vorbehalten, welche es aus der Verbindung mit jener Republik schöpfte, ohne Bedenken hatte wagen können.

Wien, 10. Juli. Wir fuhren in preußischen Blättern die Angabe verbreitet, Oesterreich habe, um zu einer Verständigung zu gelangen, dem preußischen Cabinet die Verschleifung auf das Präsidialrecht angeboten, wogegen es von Preußen das Aufgeben der Union in Anspruch genommen habe. Wir haben guten Grund an der Genauigkeit dieser Nachrichten zu zweifeln. Oesterreich kann das Präsidialrecht unserer Ansicht nach nicht aufgeben, ohne den Rechtsboden zu verlassen, den es nicht nur für sich, sondern für ganz Deutschland festhält, und der den einzigen Anhaltspunkt darbietet, um aus der gegenwärtigen Zerklüftung herauszukommen. Das Präsidialrecht ist ein untrennbarer Theil des Bundesvertrages, und somit ein Gemeingut aller Staaten, das nicht einseitig aufgegeben werden kann. Aus dem gleichen Grunde hat Oesterreich das Präsidium auch nie weiter in Anspruch genommen, als es die Bundesakte ausdrücklich verleihet. Das Präsidialrecht besteht nemlich in dem Vorsitze in der Bundesversammlung. Ja so weit es sich dabei um die Leitung eines von den Beschlüssen der Bundesversammlung abhängigen Bundesorgans handelt, so unterliegt dessen Einrichtung der freien Verständigung, und Oesterreich ist gewiß zu jeder Selbstverläugnung bereit gewesen, um über diese dringende Angelegenheit zu einem Verständniß zu gelangen, und der österreichischen Regierung ist bestimmt keine Schuld beizumessen, wenn dieses Ziel nicht erreicht wäre. Uns scheint es, die Geschichte und die Thatsachen hätten Oesterreich den ihm gebührenden Platz auch in der Bundesrechtsliebhaberde angewiesen. Oesterreichs Bereitwilligkeit, diese seine Stellung von der freien Uebereinkunft der übrigen Staaten abhängig zu machen, ist wohl der frechenste Beweis von der Reinheit und Uneigennützigkeit seiner Bestrebungen.

(Ce. R.)

Wien, 11. Juli. Unter jenen Altenstücken, die bezüglich des im verflossenen Winter stattgehabten Einlaufes der deutschen Flotte in die Meerenge der Dardanellen zwischen dem österreichischen und englischen Kabinete gewechselt wurden und wovunter der österreichischen Protest durch Kraft der Darstellung und Schärfe der Rechtsdeduktion besonders hervorragt, findet sich auch eine Note mit dem gemäß unvordenklichen Gebräuchen hier Paßmachtens, daß er nicht Beschäftigt habe, den vom Jahr 1840 herrührenden Vertrag zu brechen und mit der Zusicherung, es werde dieser Fall sich nicht wieder ereignen.

(Ce. R.)

Berlin, 13. Juli. In der gestrigen Sitzung des provisorischen Fürsten-Collegiums erfolgte nachstehende protokollarische Feststellung: 1) Die Regierungen von Preußen, Baiern, Großherzogthum Hessen, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Nassau, Sachsen-Weimar u. Eisenach, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Koburg Gotha, Sachsen-Altenburg, Oldenburg, Anhalt Dessau u. Köthen, Anhalt Bernburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß ältere und jüngere Linie, Lippe, Schaumburg-Lippe, Waldeck, Lübeck, Bremen und Hamburg sind, behufs Abwendung der Uebelstände, welche für ihre Angehörigen entstehen, wenn ausgegebenes Papiergeld ohne Festsetzung einer gemeinsamen Frist und ohne eine in weiter Ausdehnung erfolgende öffentliche Bekanntmachung dieses Termins außer Cours gesetzt wird, durch Erklärungen ihrer Bevollmächtigten zum Protokolle des Verwaltungsrathes der auf Grund des Vertrages vom 26. Mai 1849 verbundenen deutschen Regierungen beziehungsweise des provisorischen Fürsten-Collegiums, über die folgende Bestimmung übereingekommen: Sie verpflichten sich wechselseitig, eine Außerercursesetzung des von ihnen ausgegebenen oder auszugebenden Papiergeldes nicht anders eintreten zu lassen, als nachdem eine Einlösungsfrist von mindestens drei Wochen festgesetzt und mindestens drei Monate vor ihrem Ablaufe sowohl im eigenen Staate öffentlich bekannt gemacht, als auch den übrigen verbundenen Regierungen behufs der Verkündigung in ihren Staaten amtlich notificirt worden ist. 2) Die Bevollmächtigten der im Fürstencollegium vertretenen Regierungen werden aufgefordert, die gegenwärtige Feststellung, wo nöthig, ihrer hohen Regierungen zu bringen und diese um deren Veröffentlichung zu ersuchen. — Ueber die in der Sitzung vom 5. d. M. von Preußen vorgeschlagene Verlängerung des Provisoriums der Union sind von Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig u. Oldenburg die zustimmenden Erklärungen eingegangen.

Berlin, 13. Juli. Wir erfahren, daß die beiden hessischen Regierungen den von ihnen ernannten Mitgliedern des Unions-Schiedsgerichts, dem Geheimen Legations-Rathe Dr. Jordan und dem Ministerial-Rathe Eigenbrodt unterzeichnet haben, der am Briefe Stirnes des Vorsitzenden des Schiedsgerichts ergangenen Aufforderung zur Theilnahme an der Sitzung des letzteren vom 12. d. Mts. Folge zu leisten.

Berlin, 13. Juli. Die Gerüchte von einer beschlossenen Verbindung der Schweizerischen Radicalen und polnischen Flüchtlinge, mit Waffenanhäufungen im Jura, Bildung von Freikorps u. s. w. wirer die conservative Regierung in Bern wiederholen sich in verstärktem Maße.

(N. Pr. Z.)

Das „Berl. telegr. Bureau" theilt folgende Depeschen mit: Hamburg, 13. Juli, Nachmittags 3 Uhr. Es heißt, daß die Holsteiner diese Nacht in Schleswig eingreift und auf Eckernförde marschirt sind.

Berlin, 14. Juli. Seit der Ankunft des Prinzen von Preußen, berichtet die in diesen Kreisen gut unterrichtete „N. Pr. Ztg.," wahren die Sitzungen des Ministerraths nicht lange, sondern folgen sich rasch. Man darf annehmen, daß die deutsche Frage den ersten Gegenstand dieser Berathungen bildet. Wir können versichern, daß alle Minister darin einig sind, die deutsche Angelegenheit auf eine feste Basis zu bringen; nur wegen des hierfür einzuschlagenen Wegs ist Hr. v. Manteuffel nicht einverstanden mit den übrigen Mitgliedern des Staatsministeriums. Wenn aber gar weiter versichert wird, daß die neuesten Berathungen die Möglichkeit eines baldigen Zusammentritts des Parlaments in Erfurt zulassen, so steht unseres Wissens die Sache so, daß der Reichstag nie in weiter Ferne gerückt war, als eben jetzt.

Neuestes.

* Würzburg, 16. Juli. Gestern begann im hiesigen Theatergarten der Wollemarkt. Schon bis zum Abend waren etwa 2000 Ctr. Wolle angekommen. Die Zufuhren dauern heute noch fort und der Mittelpreis war circa 90 fl.

Mainz, 14. Juli. Es steht nun fest, daß der erwählte Bischof von Mainz, Freiherr von Ketteler, künftigen Dienstag gegen 5 Uhr Nachmittags mit einem eigens hiezu von der Düsseldorfer Gesellschaft zur Disposition gestellten Dampfboote hier ankommen wird. Er soll am Ufer feierlich begrüßt und in einem großartigen Festzug in den Dom, wo ein Tedeum gehalten wird, und von da in das bischöfliche Hotel geleitet werden. In Bingen werden ebenfalls Empfangsfeierlichkeiten vorbereitet. Auch von Wiesbaden will eine Deputation den Ankommenden in Biebrich begrüßen. Abends wird hier großer Fackelzug unter Mitwirkung der Bürgermusik, sowie sämmtlicher Militärmusiken sein.

Mainz, 15. Juli. Gestern fuhren drei Dampfschiffe der Kölnischen Gesellschaft nach Mannheim, um die großh. badischen Truppen von dort abzuholen; heute Morgen sind die Schiffe leer wieder hierhergekommen. Eine telegraphische Depesche ist gestern von Berlin nach Karlsruhe gelangt, wonach mit dem Abmarsch vorerst eingehalten werden soll.

Berlin. Nach dem C. B. soll Seitens des Senats der hiesigen Universität eine Beschickung des Professoren-Congresses, der auf die Zeit vom 19. bis 21. September d. J. nach Heidelberg ausgeschrieben ist, nicht beabsichtigt werden.

London, 12. Juli. Der Motion Ewarts auf Abschaffung der Todesstrafe wurde im Unterhause verworfen. — Robert Pate, welcher den Streich auf die Königin von England führte, ist zu siebenjähriger Deportation verurtheilt worden.

T. D. Paris, 14. Juli. Die Regierung hat heute auf telegraphischem Wege die Nachricht erhalten, daß die Königin von Spanien von einem todtgeborenen Knaben entbunden worden. (Z. J.)

Genf. Laut der „Revue" soll das Constitutionium mit 6 gegen 5 St. beschlossen haben, einen französ. Pfarrer nach Genf zu berufen, welcher während 4 Wochen dreimal wöchentlich gegen den Socialismus predigen soll.

Petersburg, 2. Juli. Nach dem „Kawkas" sind neuerdings zwei bedeutende Gefechte im Kaukasus geliefert worden, das eine auf der Lesginschen Linie in der Nähe des Forts Belakani, das andere an der Kuban-Linie bei der rechten Flanke der kaukasischen Linie. Die Russen haben in beiden Gefechten eine große Anzahl tüchtiger Offiziere, unter denselben die Fürsten Kobulloff und Eristoff, verloren, sind aber Sieger geblieben. Somit soll in allen übrigen Punkten Kaukasiens die vollkommenste Ruhe herrschen.

Konstantinopel, 26. Juni. Durch den vorgestern hier eingetroffenen Courier erhielt die französische Gesandtschaft von ihrem Cabinet die Weisung, sich bei der h. Pforte für die Rechte und Prärogative der katholischen Kirche an den heiligen Orten in Jerusalem zu verwenden.

Athen, 18. Juni. Unlängst kam auf hiesiger Post ein Brief mit dem Postsiegel Aschaffenburg, d. d. 12. Mai 1850, unter folgender wörtlicher Adresse an: „An J. A. Hofbacher in Landau beim 12. Infant.-Reg. 6. Comp. König Otto in Griechenland." Der Postbeamte, das Wort Griechenland lesend, schrieb das angeführte Weisheit klugs noch in franzöf. Sprache zur Verdeutlichung „Grece" bei, und der Brief ist glücklich hier angelangt.

(Dtsch. Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Choralgesang.

Indem sich der Unterzeichnete die Freiheit erlaubt, alle resp. katholischen Pfarrämter auf das hohe Regierungsausschreiben v. 12. Juni l. Js. Intell. Nr. 71, ganz ergebenst aufmerksam zu machen, bittet derselbe im Interesse des christlichen Kirchengesanges, welcher punkten Laudes nie empfehlen, aus Urquellen geschöpfte und mit wichtigen Entdeckungen bereicherte Schrift wieder auf seine ursprüngliche Reinheit zurückgeführt werden kann, solche recht zahlreich zu bestellen, weil nur in der Voranszeigung, daß das fragliche Werkchen für alle Pfarr- und Filialkirchen unserer Diöze angeschafft werden, der Preis auf 48 kr. gestellt werden konnte. Die neue fränkische Buchhandlung in Würzburg wird von Commissionsgenen jede Bestellung, sobald das Werkchen die Presse wird verlassen haben, effektiren.

Stadlhof, den 9. Juli 1850.

Jos. Müller, Vorsteher.

Druck von Joseph Stelz in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 170. Würzburg, Mittwoch den 17. Juli. **1850.**

Landtagsverhandlungen.

München, 15. Juli. (CLH. Sigung der Kammer der Abgeordneten.) Die Gallerien sind besetzt. Am Ministertische: v. d. Pfordten, v. Ringelmann, v. Zwehl, v. Kleinschrod und mehrere Ministerialräthe. Der I. Präsident eröffnet um halb 9 Uhr die Sitzung. Nach Bekanntgabe des letzten Sitzungsprotokolls wird der Beschluß über den Gesetzentwurf, „die Behandlung der Gesetzentwürfe während der Vertagung des Landtages betr.“ und der Gesammtbeschluß über den Gesetzentwurf, „die allgemeine deutsche Wechselordnung betr.“, verlesen. Nach dem Vortrage des Referenten Nordan im III. Ausschusse über die Anträge, „die gewerblichen Zustände und deren Verbesserung betr.“, erstattet Neuffer, im II. Ausschusse Referent, Bericht über die Zolltarifbestimmungen vom 4. November 1847, die Besteuerung der Runkelrubenzuckers des September 1848, dann über die von dem Staatsministerium des k. Hauses und des Aeußern, dann des Handels und der öffentlichen Arbeiten verlangten besondern Vorbehalte, resp. Postulate, „die Zollvertragsverhältnisse in Zukunft betr.“ Der Antrag des Ausschusses lautet: Die Zustimmung zu den am 4. November 1846 und 28. Juni 1847 verhandelten Zollartikeln, sowie die Billigung zu den begehrten Vorbehalten und resp. Postulaten zu geben. Wird auch einstimmig angenommen. Hierauf erstattet Neuffer Vortrag über den zwischen dem deutschen Zoll- und Handelsvereine einerseits und dem Königreiche beider Sicilien andererseits abgeschlossenen Handels- und Schiffahrtsvertrag. Der Ausschuß beantragte, es sei dem unterm 27. Januar 1847 zu Neapel zu Stande gekommenen Vertrage die Zustimmung zu ertheilen, welchem Antrage die Kammer einstimmig beitrat. Referent Neuffer verliest zum dritten vorgelegten Beschlusse, um sie an die Reichsrathskammer sogleich zu überschicken. — Es wird nun zur Berathung der Rückäußerungen der Kammer der Reichsräthe über den Gesetzentwurf, die Gerichtsorganisation betr., geschritten. Die Bestimmungen, das Notariatswesen betr., werden nahezu Beleuchtung unterworfen und wegen zu weit vorgerückter Tageszeit (12¼ Uhr) der Schluß der Berathung dieses Gegenstands auf 4 Uhr Abends verlagt.

Deutschland.

ᵛ **München**, 13. Juli. Unser constitutionellmonarchischer Verein zur Freiheit und Gesetzmäßigkeit hielt gestern seine gewöhnliche Wochensitzung. Bei der Bewegung, die seit dem schmählichen Frieden mit Dänemark in den hiesigen Gemüthern herrscht, war es nur der Ausdruck dieser Stimmung, daß Herr Appellationsrath v. Gombart, Mitglied der Rechten im Frankfurter Parlament, eine kurze Anrede an die Versammlung hielt. Das warme Gefühl für die Ehre des Vaterlandes, für die Ehre des deutschen Namens machte sich in einer Weise geltend, die die Versammlung auf das Angenehmste berührte und nicht verfehlte, die Sympathie der Anwesenden zu erregen. Wir bemerken, daß nur deßwegen, weil es unter unsern „Männern des Fortschritts“ der Freisinnigen so viele gibt, die sich einbilden, das Monopol des deutschen Ehrgefühls und der Vaterlandsliebe sei nur ihnen gegeben, und was man ihnen unter dem Namen Constitutionell oder Reaktionär präsentire, bestehe aus bloßen Bedientenfesten. Die Bedientenfesten hätten sich unter jenen „Freisinnigen“ in viel größerer Zahl finden lassen, sobald nur etwas Geld dabei heraus schaue! — Professor Blunt schi hielt eine Ansprache über die Verdienste des so traurig dahingegangen Sir Robert Peel, den er auch seinen staatsmännischen Verdiensten um England und als „Lehrer“ und Beispiel der wahren conservativen Politik, die den persönlichen Nutzen und Ehrgeiz den Parteiinteressen, und die Parteiinteressen wiederum dem allgemeinen Staatswohle unterzuordnen wisse, rühmt. — Die allgem. Debatte über die Rede Professor Blunt schi's über die Reorganisation des Adels und der Kammer der Reichsräthe, die ich Ihnen im Laufe der nächsten Woche gedrackt zuschicken werde, ist auf nächsten Freitag festgesetzt worden.

München, 15. Juli. Gestern ging aus dem Ministerium ein Kurier nach Aachen an den König ab, welcher die erledigten Gesetze und Anträge Sr. Maj. zur Bevadbescheidung überbringt. Es wird nemlich eine Schießung, nicht Vertagung des Landtags eintreten und somit werden die Kammern bis zum Eintreffen des ubichen Abschieds hier zu verharren haben. Wenn nun auch nicht eine weitere Verlangerung des Landtage eintritt, was ohnehin nur für wenige Tage der Fall sein wurde, so dürften die Abgeordneten doch wenigstens bis Mitte kommender Woche hier zu verweilen haben. — Der Justizminister v. Kleinschrod, aus Ems zurückgekehrt, hat sein Portefeuille wieder übernommen, und nahm bereits an den heutigen Kammerverhandlungen wieder Theil. — Mogen kommt die Denunciation Reinhart's gegen den Landrichter Welsch zur Verhandlung vor die Kammer der Abgeordneten. Das Appellationsgericht in Alschaffenburg hat die Beschuldigung der Attentsaffchung für ungegründet erklärt. Reinhart's Aeußerung bafirte sich nemlich auf die Thatsache, daß Landrichter Welsch bei einem Protokoll seine Prasenz verzichtet hatte, wo nur ein Aktuar gegenwärtig war. Der höchste Disciplinarstrafe, welche nach der Gesschaftsordnung die Kammer zur gegenwärtigen Fall anwenden kann, ist, daß dem Abgeordneten das Wort für eine bestimmte Zeit entzogen wird. — Die Offiziere Boutrolle, Besnard, Adoffer und Schultze haben um Urlaub gebeten, um den bevorstehenden Kampf in Schleswig-Holstein ihre Dienste zu weihen.

(A. Abd.-Z.)

Aus der bayerischen Pfalz, 11. Juli. Zu Folge von, bei einer nächtlichen Zusammenkunft stattgehabten demokratischen Aeußerungen und Manifestationen in Kaiserslautern, wurden Alle zugleich bei den Betheiligten durch das Gericht Hausdurchsuchungen gehalten, zugleich vier Stadträthe ihrer Funktion durch die kgl. Regierung enthoben und der Spitalenumehmer seiner Stelle suspendirt. Was weiter als eine „munitere Abendgesellschaft“ an der Sache etwa war, wird ohne Zweifel die gerichtliche Untersuchung zeigen. Wenn wir auch nicht meinen, daß die vermöglichsten Männer, welche unter der Zahl der Betroffenen sind, sich bis zur Tollheit einer förmlichen Conspiration zum „Losschlagen“ verirrt hatten; so müssen sie doch jedenfalls für unüberlegte Reden büßen, wie sie, dem Charakter unserer bekannten „Krischerei“ entsprechend, nur zu oft noch zu hören sind. Hochmuth kommt vor dem Fall; bas hat die Pfalz so schrecklich im letzten Jahre erlebt: wie dachten es wäre einmal Zeit mit der demokratischen Großsprecherei und allen solchen teeren Hoffnungen abzuschließen. Es ist zwar sehr betrübend, wenn die Regierung die Gemeinderathe der pfälzischen Gemeinden, welche keine Staatsbeamten, oder Staatsermanen sind, sondern die Vertrauensmänner ihrer Communen sind, in solchem Maße absetzt, und nun sonnte leicht die ganze freie Stellung derselben dadurch beeinträchtigt halten. Wer aber bedenkt, daß in einem wohlgeordneten Staate kein öffentlicher Funktionär irgend einer Art mit dem Staatszwecke und der Staatsgrundlage im Widerspruche stehen darf; wer bedenkt, daß die Regierung durch Gewährenlassen demokratischer Thätigkeit sich selbst aufgeben und vernichten würde: der kann in allen diesen Verfügungen der kgl. Regierung nur die Pflicht und einen Akt der Selbsterhaltung erkennen. Solange Bayern ein monarchisch-constitutioneller Staat ist, ist die Demokratie nach ihren historischen Gestaltungen mit demselben unvertraglich. Es läßt sich auch nicht mit so wenig heilen, als wie mit Feuerwaffen; was dies Schonthun und Tändeln mit derselben auf sich habe, dies haben wir auch schon erfahren. Unser letztes Unglück verdanken wir der Nachsicht gegen sie. — Drei Notabeln von Dürkheim, unter ihnen die Herren Sauerlet und Buhrbeimer sollen sich, da ihnen wegen Thronlahme an der Beschlagnahme einer kgl. Kasse Verhaftung bevorstand, von ihrem Wohnorte flüchtig gemacht haben. — Die Entweichung des Juniers Fach von Landau war neulich so gut eingeleitet, daß derselbe schon ganz nahe in Weisenheim saß, als man des Morgens seine Flucht wahrnahm. Dort war auch für Geld zur weiteren Reise desselben, wie es heißt nach der Schweiz, schon Vorsorge getroffen. Daraus ist zu entnehmen, welche Sympathien in der Festung Landau noch walten. (M. Z.)

Schleswig-Holst. Angelegenheiten.

Kiel, 12. Juli. Ein von den „Hamb. Bl.“ mitgetheilter offiziöser Artikel macht Folgendes bekannt: Ungeachtet durch mehrfache Verfügungen des Kriegsdepartements und des Generalcommando's nur deutsche Offizieren, insofern dieselben günstige Zeugnisse beibringen können, Aussicht auf Eintritt in die hiesige Armee eröffnet ist, haben sich namentlich in letzter Zeit wiederholt Offiziere aus nichtdeutschen Armeen gemeldet. Da diese Herren keine Aussicht haben, daß ihnen der Eintritt in die schleswig-holsteinische Armee gestattet werde, wäre es in ihrem eigenen Interesse zu wünschen, daß sie sich die Mühe und Kosten einer Reise hierher ersparten.

Kiel, 13. Juli. Aus Deutschland treffen hier fortwährend Offiziere in großer Anzahl ein. Der

Oberst v. Gerhard wird, wie man hört, die Vorhutgarde führen.

Flensburg, 11. Juli. Eulenburg ist gestern aus der Landesverwaltung getreten u. wird, wie es heißt, über Lübeck nach Stettin gehen.

(N. Z. Z.)

In Ekensburg werden sich die dänischgesinnten Bürger bewaffnen, es ist ihnen dieß von Tillisch gerathen. Die Wuth steigt hier mit jeder Stunde.

Auf Alsen wird von den Dänen stark gerüstet. Euterbaten, um die Oession zu erobern, werden in Masse in Sonderburg zusammengezogen, tiefgehende Schiffe, mit Sand beladen und mit Laufgangsbrücken versehen, liegen in Sonderburg bereit, wahrscheinlich um irgendwo zu landen.

Rendsburg, 10. Juli. Permissirte aus allen Gegenden der Herzogthümer gehen fortwährend ein, obwohl ist jetzt Militärsperren und Schiffbewürger, wovon denn auch viele gleich in Dienst treten.

(H. B.-H.)

Hadersleben, 10. Juli. Nun steht es fest, daß die Schleswig-Holsteiner jetzt allein den Kampf gegen die Dänen zu bestehen haben, so strömt auch von hier die junge noch nicht ausgehobene Mannschaft freiwillig zur Kriegeseinheit nach Rendsburg. Im Ganzen zählt man bis jetzt 50 bis 60, darunter nicht wenige 17—18-jährige, welche mit Freuden von hier zum Dienste für's Vaterland abgezogen sind, trotz aller Bemühungen, welche der strenge Vorsteher derselben mußten sich gibt, ein solches Zuströmen zur Armee zu verhindern. (Die H. B.-H. meldet aus Rendsburg vom 10. Juli, daß die jungen Freiwilligen von Hadersleben, wohl alle dem gebildeten Bürgerstande angehörig, daselbst angelangt waren.)

Mainz, 13. Juli. So eben wird das Programm der Empfangsfeierlichkeiten bei der Ankunft der neuen Bischofs, Hrn. Wilh. v. Ketteler, veröffentlicht. Nach demselben geht morgen Vormittag um 11 Uhr ein Dampfschiff mit der Mainzer Deputation von hier nach Bingen, und tritt um halb 12 Uhr Nachmittags die Rückfahrt an. Die Ankunft in Mainz ist gegen 5 Uhr festgestellt. An der Landungsbrücke wird der Bischof von dem Bürgermeister der Stadt, dem Delan im Namen der Pfarrgeistlichkeit und dem Vicecinlaeuth Dr. Greese im Namen der lathol. Bevölkerung empfangen. Der nun beginnende Zug besteht: 1) aus der k. k. österr. Militärmusik; 2) den Zöglingen des Waisenhauses und der Freischule; 3) den Knabenschulen; 4) den Mädchenschulen; 5) der Realschule; 6) dem Gymnasium; 7) der Bürgermusik; 8) den Gewerken; 9) einer Anzahl weißgekleideter Mädchen aus den verschiedenen Pfarreien, 10) der Pfarrgeistlichkeit; 11) dem Hrn. Bischof, in dessen Begleitung die Herren Bedell; 12) der nach Bingen gegangenen Mainzer Deputation; 13) der übrigen Mainzer Bürgerschaft; 14) den benachbarten Landgemeinden; 15) der k. preuß. Militärmusik. Der Zug bewegt sich durch die Rheingasse und das Gaithor nach dem Dom über den Sprisemarkt. Der Bischof tritt in seine Kathedrale durch die eherne Thüre von der Marktseite. Nach beendetem furzem Gebet begibt sich der Bischof durch die Mitte des ganzen Zugs nach seiner Wohnung bei Hrn. Domherrn Hüser. Der Festzug, an seiner Spitze die k. k. österr. Militärmusik, wird hierauf — an genannter Wohnung vorbei — über den Bischofsplatz den Weihergarten hinauf ziehen und sich dann zum Bahnhofe auflosen. Abends 9 Uhr Fackelzug.

Kassel, 10. Juli. Mehrere Blätter haben die Nachricht gebracht, daß hessische Offiziere Urlaub bei den Kriegsministerien angetragt: ob er es ferner für angemessen hielte, nach dem Greifswalder Contumacial-Urtheil mit seinem Collegen Hassenpflug gemeinschaftlich im Ministerium zu bleiben; in welchem Falle sie sich genöthigt sehen würden, ihren Abschied zu nehmen. Der Kriegsminister soll einen darauf bezüglichen geantwortet und verfügbert haben, daß er bereits selbst die nöthigen Schritte gethan. Aus sicherer Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß an all dem kein wahres Wort ist.

(D. B.-H.)

Wien, 11. Juli. Der Vertrag zwischen Oesterreich und Rußland, welcher 1840 auf 10 Jahre über die Donauschiffahrt geschlossen worden, lauft in diesem Jahre ab, und, wie wir vernehmen, wird unser Ministerium auf bestimmte Weise Rußland gegenüber auftreten. Der erste Artikel jenes Vertrages setzte nämlich fest, daß Rußland die Verpflichtung übernehme, die Soulina, den riesig schiffbaren Arm der untern Donau, dessen Fluß wegen zunehmender Versandung, dem Verkehr der Schiffe immer mehr Gefahr bereitet, und auch diese nur mittelst Umladung an der an wenigsten fahrbaren Stelle, den Strom passiren können. Den Zweck den Rußland dabei im Auge hat, ist: durch solche künstliche Sperrung der untern Donau den Donaustrom seinem Handel allein zu ihren Häfen, der seinen Lauf aus schlechterdings aber dieser Strom nimmt, zu unterbinden, und sie so endlich zu zwingen, sich handelspolitisch an Rußland anzuschließen, was dieses natürlich nur unter der Bedingung gewähren würde, daß sie auch seine politischen Provinzen werden, was so viel als eine Annektirung im ungarischen Kriege in der Presse dahin angedeutet, die Großmacht Oesterreich als Gott weiß wie sehr von Rußland abhängig darzustellen. Während jener verhängnißvollen Zeit war Oesterreich von Rußland in so weit abhängig. Man hat aber schon längst bemerken können, daß es jetzt wieder auf eigenen Füßen steht. Zu der vorliegenden Angelegenheit aber wird unser Ministerium es auch für den Unglaublichen thatsächlich beweisen, daß es Rußland nicht fürchtet. Oesterreich wird jenen Vertrag von 1846 nur unter der Bedingung erneuern, daß sich Rußland verpflichte, ungesäumt sofort die Reinigung der Soulina zu bewerkstelligen, und dafür Garantien gegeben werden. Es ist klar, daß Rußland viel daran gelegen sein muß, die freie Passage für seine Schiffe fortzuerhalten. — Diese Notiz glaubte ich Ihnen im Hinblick auf die projectirte Zoll- und Handelsunion Oesterreichs mit Deutschland nicht vorenthalten zu sollen. —

Wien, 11. Juli. Eine Pariser Correspondenz des „Czas" gibt folgende Mittheilung über die polnische Emigration in Paris: Insolge der neuen Verordnung des Polizei-Präfecten Carlier gegen die Polizeiministerien genaue Erkundigungen ein über das Leben, die Anführung und die politischen Ansichten eines jeden Emigranten; viele derselben wurden vor die Polizeibehörde beschieden, und denjenigen, welche republ. Gesinnung verdächtig sind, ward bedeutet, daß, sofern sie sich noch fernerhin mit Politik befassen, sie aus Frankreich entfernt, d. h. mit Gendarmen bis an die Grenze deforcirt werden würden. Denen, welche sich nicht ausweisen konnten, daß sie irgend eine bestimmte Beschäftigung haben, ist angekündigt worden, daß sie Paris verlassen und in die Provinzen sich begeben müßten. Denjenigen, welche bisher stets gearbeitet und nur augenblicklich ohne Beschäftigung sich befanden, wurde ein Monat Frist gewährt, damit sie sich neue Arbeit verschaffen könnten. — Die Sterblichkeit hat im vergangenen Monate unter der Pariser polnischen Emigration bedeutend zugenommen; es sind nämlich bereits 22, größtentheils junge Leute, gestorben und sehr viele liegen noch in Spitälern und Lazarethen. Elend, Hunger beschleunigen den Tod vieler Emigranten. — Oestern sind auf der Nordbahn verschiedene Canotheure aus Amerika, darunter vier sehr schöne weiße und braune Schweine ohne Borsten, angekommen. Sämmtliche Thiere sind für die Maierei Sr. kais. Hoheit des Erzherzogs Johann bestimmt.

Wien, 12. Juli. Aus Berlin wird dem Oesterr. Korrespondenten vom 10. d. geschrieben: „Bei Wiederaufnahme unserer Berathungen begegnen wir hier in Berlin einer eben so eigenthümlichen als bemerkenswerthen Erscheinung. Allen Anzeichen nach bereitet sich ganz in der Stille u. ohne äußeren aufsehen Reaction ein Manifestationsfest vor. Das Ministerium Brandenburg stellt sich täglich deutlicher in einer Festigkeit und Widerstandskraft dar, welche auf ein dauerndes Aufhören seiner Wirksamkeit schließen läßt. Die Männer, welche im November 1848 durch treue und muthige Aufopferung den Staat retteten, haben es im Laufe ihrer Regierung durch die Halbheit ihrer Maßregeln, durch die Inkonsequenz ihrer Kraftlosigkeit ihrer innern und äußern Politik dahin gebracht, daß sie keine Partei im Lande mehr hinter sich haben. Haben die frühern Ostreyringen, dann die Zaghaftigkeit der Unionspolitik, und endlich der jetzige Friedenseifer mit Dänemark die liberale Partei verletzt, so fuhren die konservativen Elemente sich durch den revolutionären Geist bedroht, den die Gesetzgebung trotz der Ostreyrungen in sich aufgenommen hat, und widerstehen den zugleich dem wachsenden Hervortreten der altbureaukratischen Willkür und Bevormundung, wie sie sich in der Gemeindeordnung, in der Gewerbeordnung und namentlich in dem kürzlich erlassenen Preßgesetz zeigen. Das zu Gunsten der rheinischen Fabrikation drabsichtigte hohere Schutzzollsystem erbittert die Konsumenten, und ruft namentlich in den östlichen Provinzen die entschiedene Opposition hervor, während gleichzeitig der Handel und bezonders rheinische Eisenindustrie eine alte feindselige Stellung in den politischen Prinzipienfragen wieder einnimmt. So steht das Ministerium vereinzelt da, und muß täglich in der Presse von allen Seiten die heftigsten Angriffe wider sich gerichtet sehen, während seine wenigen Organe es schwach und unentschieden vertheidigen. Unter den Angreifern oben an steht die „Neue Preußische Zeitung," welche in ihrem neuesten Blatte der Regierung anodrücklich einen entgegnehen Kampf ankündigt. Sie sagt: warum eine bedeutende Opposition gegen die Regierung, worüber eine Erweiterung dieser Opposition, je länger, je mehr zu breiter und tiefer? Der Grund, welcher und bewirkt, liegt weniger darin, daß etwas Neues geschehen, als darin, daß eine Wahrheit offenbar ans Licht getreten ist, und von Niemand mehr geläugnet werden kann; wir meinen die Wahrheit, daß die Verfassung, auf welcher die gegenwärtigen Regierung einem falschen System entsprungen. Wenn jetzt, wo die äußere Ruhe zurückgekehrt, jetzt, wo die Folgen dessen, was man gethan, sich auch dem blorsten Auge nicht mehr entziehen; jetzt, wo die Zeit und die Lage Alles gestatten, wenn jetzt dieses blieb, wie kann man jetzt die Regierung die Verfassung durch organische Gesetze erneuert und praktisch macht, gegen welche die schädlichen Bestimmungen der mirrurnäßigen Verfassung nichts sind, als unschädliche theoretische Spielereien, dann wird es erstaunt sein an Manchen zu verspüren, dann wird es nicht länger zu schweigen, und wir sind entschlossen, dieser Pflicht energisch Rechnung zu tragen." Was die deutsche Politik des Ministerium betrifft, so ist zwar sur jetzt unter Ablehnung der jüngsten österreichischen Einigungsvorschläge das Festhalten an der leichter durchführbaren weniger Union beschlossen worden, aber doch ohne jeder Aussicht auf irgend eine baldbare Gestaltung der Dinge. Die Meinungsverschiedenheit im Schoße des Kabinets selbst über die Durchführung der Union dauert fort. Herr v. Manteuffel hat ein absolutistisch-Oesterreichisch-preußisches Regiment, wenigstens in Bezug auf die Mitgliederschaft an der Union eine feste Grundlage zu gewinnen; aber die experimentirende Zögerungspolitik des Hrn. v. Radowitz, welche die Unsicherheit liebt, hat mit der Verlangerung des Provisoriums den Sieg davon getragen. An eine Berufung des Erfurter Parlaments ist unter den obwaltenden Umständen gar nicht zu denken. Was sollte man auch mit dem Parlamente über die Organisation eines Bundes verhandeln, bei dem täglich neue Lossagungen angemeldet werden. So erwartet man in wenig-

gen Tagen mit Bestimmtheit den Rücktritt Rasfaël's, und selbst in den thüringischen Staaten beginnt die Neigung zur Losfagung sich zu regen."

Wien, 12. Juli. Bei pyrotechnischer Beleuchtung der mit Oele bestimmten Briefe wird abermals eine sehr zweckmäßige Aenderung in Wirksamkeit treten. Es ist nämlich im Anfange, daß Gehlsendungen von den Kassen des Postamtes als Depositum übernommen und mittelst Anweisungen von dem Postamte, wo sich der Empfänger befindet, in gleicher Valuta ausbezahlt werden. Unter andern Vortheilen, welche diese Neuerung gewährt, hebt man besonders hervor, daß die Berechnung der Postwägen dadurch unmöglich wurde.

Wien, 12. Juli. Bei dem Ministerium alhier, schreibt man der „A. Z.", sind bis vierzig Risten mit schönen Meßgewändern angekommen, welche der Kaiser von Rußland den zerstörten oder beraubten Kirchen in Ungarn zugedacht hat. Diese Ornate werden von hier aus dahin gebracht und vertheilt werden.

Wien, 13. Juli. Der k. k. Generalmajor Stephan Freiherr Jovich von Siegenburg, kriegsrechtlich überwiesen, daß er als Kommandant der Festung Essek im October 1848 mit den Führeren der ungarischen Insurgenten verrätherisches Einverständniß gepflogen und hierauf in der That die Festung übersetzet habe, ist nach Umfindung von seiner Charge, dem Verluste der Tapferkeitsmedaille und des Armeekreuzes zum Tode durch den Strang verurtheilt worden. Se. Majestät der Kaiser hat mit Entschließung vom 20. Juli die Todesstrafe in Zwanzigjähren in Eisen abzubüßenden Festungsarrest umgewandelt. (Trib.)

Der Lloyd-Ztg. wird aus Berlin geschrieben: Am vergangenen Sonntage sind die dänischen Unterhändler zur königl. Tafel gezogen und mit großer Freundlichkeit behandelt worden. Beim General v. Peutwitz soll sich Herr v. Pechlin spaßlich im Namen seiner Kollegen für die milde und humane Kriegsführung bedankt haben.

Dem Leitartikel der konfisgirten Nummer der Kossk. Ztg. über Preußens Verfall entnehmen wir Folgendes: „Noch vor einem halben Jahre konnte Guizot die Aeußerung thun, Preußen sei der einzige Staat, der mit Sicherheit auf eine neue allgemeinen Revolution hervorgegangen sei. Wir zweifeln, ob er Dasselbe noch heute sagen würde; wir fürchten zu hören: Preußen sei die Macht, die am Tiefsten gefallen sei. In Frankreich sieht bei aller Zerrattung des Staats und bei all den unheilbaren Zerwürfnissen der Parteien ein Nationalstoff, ein staatliches Ehrgefühl, das bis dahin noch keine Regierung ungestraft verletzt hat und das auch heute noch das vielfach in Parteien gespaltene Volk dem Auslande gegenüber sogleich unter Eine Fahne schaaren würde. In Oesterreich darf man sich mit einigem Selbstgefühl sagen, daß eine Gefahr wie sie kaum je dagewesen, mit ungemeinen Opfern, mit Tapferkeit, ohne zu wanken und zu weichen, überstanden, und daß man das Glück, das auch jetzt werden in der entscheidenden Stunde der felix Austria sich zuwandte, durch Muth und Festigkeit verdient habe. Das Heer steht dort mit Stolz auf seine Thaten und Leiden zurück. Auf seine Bajonnette kann es hinweisen, die zwar nicht die embryonischen Republiken deutscher Demokraten umgeschirrt, aber einen wankenden Staat gefügig getragen u. gerettet haben. Den Staatsmännern Oesterreichs wird zwar nicht in Einem fort das Lob rettender Thaten in's Ohr gesungen, auch ob ihrer Humanität und Freisinnigkeit wollen sie nicht gepriesen sein, aber sie besitzen Muth, Konsequenz und Entschiedenheit nach dem ihren innern Gegnern, sowie nach den Aussen gegenüber, sie wissen, was sie wollen, und erreichen, was sie können. Was hat dagegen die S. Großmacht aufzuweisen? Wo ist eine Verschmelzung von Staat und Volk und eines Einheitsbewußtsein, das Frankreich zusammenhält? Wo ist, wie sagen nicht das tapfere, aber wo ist das siegesgewohnte und thatenfrohe Heer mit den erprobten Heerführern? Noch einer ausführlicheren Erörterung über den traurigen Ausgang der preuß. Intervention in den Herzogthümern fahrt die Kossk. J. fort:: Und unsere Staatsklugheit? Seit dem Herbst 1848, früher als in andern Staaten, war in Preußen Reine und Ordnung hergestellt, die Regierung in ihren Bewegungen nach Aussen frei, ja noch mehr — von einem Volk, das den innern Wirren entrackt sein und in politischer Größe des Staats Erfolg finden wollte für seine bedrohten Ansprüche auf bürgerliche Freiheit unaufhörlich gewaltig und gerüstet zu Thaten. Das Größte war ihm in Aussicht gestellt, ja in den Schooß gelegt, und es trogdem in einer thatenlosen und friedensschwachtigen Zeit noch von allen den gewinnlosen Preis davon getragen. Wo ist der Bundesstaat, als dessen Gründer und Schirmer Ihr Euch zu wiederholtesten Malen prostamirt? Wem Reich habt Ihr Euch zur Union gebenuthigt, und auch diese ist noch Euerm Sinn zu hoch; aber weder muthig genug, sie ganz aufzugeben, noch sie zu Kraft und Leben zu erheben, zerrt Ihr sie von einem Interim zu einem Provisorium und andere und quält die Hoffnungen eines edlen Volkes langsam zu Tode! O, über diese Staatskunst! Was war sie in den letzten Jahren Anders, als ein ewiges Anlaufnehmen und mitten im Laufe Stocken! — oft groß von Wort mehr klein von That, viel verheißend und wenig leistend, im Innern unmuthig hart, nach Aussen täglich schwach, Beleidigungen geduldig hinnehmend, das Vertrauen täuschend, immer in jener unseligen Halbheit und Wankelmuthigkeit, die den Freund verdrossen und muthlos macht, den Gegner nicht in die Schranken weist, sondern ermuthigt, sicher macht, sondern dreist und verwegen. Wenn die Macht eines Staates den Ausdruck gegenüber in dem Ehr- u. Selbstgefühl und dem stolzen Nationalbewußtsein des Volkes und in der Furcht und Achtung liegt, die seine Kriegsmacht und seine oberste Staatsleitung gebieten, so mag Preußen vor der Brandenburg und Mantenffel" den Namen einer Großmacht aufgeben. Durch die Vorgänge der letzten Zeit ist er zu einem leeren Schalle geworden, der durch seine Erinnerung an die Vergangenheit die Stelle Erniedrigung der Gegenwart nur noch beschämender empfinden läßt."

England.

London, 12. Juli. Der Prozeß gegen Robert Pate wurde heute entschieden. Der Präsident des Gerichts, Baron Alderson, richtete dann folgende Worte an den Angeklagten: „Robert Pate, nach langer und sorgfaltiger Erwägung haben die Geschworenen Sie Schuldig erklärt, und es liegt kein vernünftiger Grund vor, an der Gerechtigkeit dieses Ausspruchs zu zweifeln. Indessen ist es klar, daß Ihre Gemüthsruhen sehr überwunt und bis auf einen gewissen Grad von denen anderer Menschen verschieden sind. Es ist wahrscheinlich, daß es Gott gefallen hat, Sie mit einer Verstandesverwirrung zu schlagen, wegdaß man Mitleiden mit Ihnen haben muß. Sie sind schuldig erkannt, erklaunt, eine Frau geschlagen zu haben, was für einen Soldaten um so schon eine niedrige und feige Handlung ist; mehr aber noch, diese Frau ist Ihre Königin, und Ihre Handlung ist daher verrucht. Wie konnten Sie, ein englischer Soldat, eine Frau schlagen, welche Jedermann nicht allein wegen ihrer hohen Stellung, sondern auch wegen ihrer vielen guten Tugenden liebt und verehrt? In Betracht der Stellung, welche Ihre Familie und die selbst in der Gesellschaft einnehmen, will das Gericht Ihnen die die schimpflichste Strafe der Peitsche erlassen. Das Gericht hat noch einige Achtung für Sie, wenn Sie schon seine für unsere gehabt haben. Indessen ist es seine Pflicht, Sie so lange aufschablich zu machen. Es denkt, daß Sie nicht im vollen Besitz Ihrer Vernunft waren, als Sie die rohe u. feige Handlung beginnen, wegen welcher Sie hier stehen, und verurtheilt Sie zu 7jähriger Deportation jenseits der Meere." Der Gefangene hörte sein Urtheil ruhig an, verbeugte sich gegen das Gericht und trat ab, ohne ein Wort zu sagen.

Aus der Schweiz, 13. Juli. Die Art und Weise, wie der Friede mit Dänemark von den Staaten des deutschen Bundes wird aufgenommen werden, ist, scheint es mir, auch in einer Beziehung wichtig, die mehr bei unserer, als die auswärtige Politik Deutschlands anbelangt. Hier zu Lande wenigstens lebt man so ziemlich allgemein der Ueberzeugung, daß das Volk von Deutschland allgemein jenen von Preußen geschlossenen Frieden mißbilligt und daß auch alle Stammbaumern von Deutschland, wenn sie ihr Votum einmal abzugeben hätten, jenen Friedensschluß nicht gut heißen, sondern nach Umständen eher Millionen zur würdigen Führung eines Krieges gegen die von einer hinterhältigen Diplomatie besoffenen Dänen votiren würden. Obschon von Gebort Republikaner, gehore ich doch keineswegs zu denjenigen, die meinen, Republik sei ein Universalmittel gegen alle möglichen politischen Krankheiten und Gebrechen. Ganz besonders aber glaube ich, daß für Deutschland die Republik im Gerningsten nicht tangt — gerade so wenig als für uns Schweizer die Monarchie einzige Hilfe gegen erlande ich mir die Bemerkung, daß in Deutschland, in Anbetracht daß dort jeder politische Fehler einer Regierung, der das Volk nahe betrifft, von einer großen Zahl kreute der Monarchie als solcher zugeschrieben wird, die Regierungen jetzt ganz besonders darauf zu sehen haben, über ihrer „Diplomatie" das Volk und seine gegenwärtigen Gefährdung von aussen in der Regel wahren Instinkte nicht zu vergessen. Das deutsche Volk besitzt im Allgemeinen eine große Pietät gegen seine Bundesfürsten. Es wäre aber gewiß kein gutes Mittel diese Pietat zu untergraben — ich sage noch nicht zu vernichten — wenn man von Seite der Kabinete Volksinteressen und Volkseinsinnte den diplomatischen und verwandtschaftlichen Interessen der Fürstenhäuser opferte. Interessen die „ieder Esel" verstehe, sollten zu meinen, wo es schon unbedingten Scharfsinn und diplomatische Bildung braucht, um sie nur halbwegs zu begreifen, und die am Ende doch noch zweifelhaft sind, ist nicht nur gefahrdrohend für die Popularität einer Regierung, sondern es untergeht, wie gesagt, den Glauben an die Identität der Interessen der Regierung und des Volkes. Und wenn hängt der Glaube an die Monarchie. Es gibt nichts Beleidigenderes für ein Volk, als wenn es sich stark fühlt nach aussen, seine Regierung es aber für schwach erklärt. Wenn die jetzt sich darbietende Gelegenheit nicht ergriffen wird, um in einer allgemeinen popularen Sache die deutschen Stämme und Regierungen zu vereinigen, glaubt man sie denn etwa zu finden in Fragen der innern Politik, wo naturgemäß jedes Land oder jeder Stamm seine besondern eigenen Interessen hat? — Ihr eifrigen Anhänger der Regierungen durch Dorn und Strauch, aber Stock und Stein mögt mir nichts für ungut nehmen. Wenn es euch Ernst ist mit dem Heil eurer Regierungen nicht bloß für den Augenblick, sondern auf die Dauer, so werdet ihr wir bestimmen, daß ein rechter Wort zur rechten Zeit wenigstens eben so viel werth ist, als zu Allem immer ja zu sagen. Und sollte mich deßwegen nicht etwa für einen verkappten Republikaner! Ich habe es ja schon gesagt: ich bin ein geborner Republikaner. Aber deßwegen mochte ich doch von Herzen gern, daß auch eure Mitmenschen auf frohen Grund und Boden hätten. Wir Schweizer haben ja in der letzten Zeit genug zu leiden gehabt wegen eurer freischeirischen Republikmachern. Republikaner waren's keine.

Italien.

Die „Armonia" von Turin enthält ein vom 24. Juni datirtes Schreiben des hochw. Bischofs von Rimini, in welchem es unter Anderem heißt: „Das öffentliche Aergniß von Personen jeden Standes, nicht allein dieser Stadt und der Diocese, sondern auch aus anderen Städten des Kirchenstaats, aus Toscana, aus der Lombardei und aus andern Gegenden, macht die Bewegung der Augen in dem Bilde der heil. Jungfrau, Mutter der Barmherzigkeit, welches Wunder schon fünfzig

Tage fortdauert, hofft glaubwardig. Dieses außerordentliche Ereignis wird jetzt einer juridischen Untersuchung unterworfen, und zu seiner Zeit wird man dann die Akten und die Beweise sehen. Für den Augenblick muß man sich mit dem allgemeinen Zeugnisse zufrieden stellen, und Diejenigen, welche an das wunderbare Ereignis nicht glauben wollen, einladen, hieher zu kommen und mit eigenen Augen zu sehen, wovon sich so Viele, die Anfangs sich dagegen sträubten, vollständig überzeugt haben."

Rom, 3. Juli. Nachdem man sich einige Zeit ausschließlich mit den piemontesischen Verhältnissen beschäftigt hat, ist nunmehr Frankreich wieder in den Vordergrund getreten. Man spricht nemlich allgemein von einem neuerdings an die hiesige Armee erlassenen Tagesbefehl, wonach zum Behuf einer möglichen Conspiration der Truppen — ich wetß nicht, wie viele — Kanonenschüsse ab — Signal festgesetzt sind, so daß nach der Anzahl der gefallenen Schüsse die militärische Thätigkeit vom Sammeln in den Quartieren bis zum Ausrücken und zum förmlichen Angriff gegen Zusammenrottungen sich successive entwickelt. Namentlich wurden die strengen Disciplinarstrafen für jene betreffende Vergehen auffallend gefunden. Indem kannte man den Befehl nur im Allgemeinen: man glaubte Anfangs, er sei von dem hiesigen päbstlichen Oberkommando ausgegangen, und umfasse die ganze päbstliche Armee mit Einschluß der französ. Truppen. Dazu kam, daß jene hier lebenden Polen, welche sich zur Zeit der Republik noch oder weniger gravirt hatten, von der Polizei ausgewiesen wurden. Es konnte daher an allerneuestlichen Gerüchten und Combinationen nicht fehlen, und mancher Republikaner mochte sein: „Sehr, ob wir auch noch gefürchtet werden!" — Von mir Stolz im Munde führen. Indeß das Wahre ist der Sache, die sich jetzt allmählig aufklärt, ist, daß der in Rede stehende Befehl von Paris datirt, die ganze Armee Frankreichs betrifft, und darum auch den hiesigen franzöf. Truppen mitgetheilt worden. Es ist noch zweifelhaft, ob überhaupt aus demselben auch nur die Spezialbefehlnisse Frankreichs geschlossen werden darf, da die jetzige Publikation eine bloße Erneuerung des schon alten Befehls sein soll. — Also übrigens die erwähnte Ausweisung der Polen betrifft, so muß jeder Unbefangene diesem Akt seinen vollen Beifall zollen. Abgesehen davon, daß sie — natürlich mit Ausnahmen — bei allen Bewegungen der vorigen Jahre an der Spitze standen, haben sie selber vorzugsweise zu dem Verdacht Anlaß gegeben, so daß den Festschließen auch sonstigen Gelegenheiten die Polizei stets ein wachsames Auge auf sie haben, oder sie wohl gar über persönliche Freiheit beschränkenden Maßregeln unterwerfen müßte. Ueberhaupt muß man gestehen, daß die Sympathie, welche von den Romern für Polen gehegt wurde, sehr geminert ist; und wer trägt die Schuld? — Am Schlusse unseres Berichts erwähnen wir noch eines doppelten Faktums, das unsere in den bisherigen Korrespondenzen ausgesprochenen Ansichten über die hiesigen Verhältnisse sehr bestätigt. Fur's Erste tragen sich manche deutsche Blätter noch fortwährend mit dem Wahn, daß die päbstliche Regierung gar keine oder nur schwache Steigungslie in der Gesinnung der Romer habe. Wir haben dagegen behauptet, daß sie mehr als irgend eine andere volksthümlich genannt werden müsse, und daß republikanische Bestrebungen auf anderem Boden gewachsen, und immerhin noch zu den Ausnahmen zu rechnen sind. Viele Demonstrationen haben es bezeugt, man wolle sie aber zweifelhaft nennen, auf der Convenienz sie herleiten können; aber die allgemeine und glänzende Betheiligung Roms am gestrigen Abend, als am Jahrestag der Einnahme Roms durch die Franzosen, kann doch unmöglich zweifelhaft sein. Oder ist es kein vollgültiges Zeugniß gegen die Volksthümlichkeit der Republik, wenn der Tag, wo sie zu Grabe getragen wurde, allgemein gefeiert wird. Und allgemein war diese Demonstration: einzelne Ausnahmen lassen sich aus andern, als politischen Gründen erklären; aufrichtig war sie ebenfalls: denn die Aufforderung dazu, welche in wenigen Punkten der Stadt angeschlagen war, darf nur eine private genannt werden. — Freilich wird bei solchen Gelegenheiten die verbaltene Wuth der Mazzinianer auch ihresseits zu Demonstrationen getrieben, weßwegen denn auch am gestrigen Abend wieder einzelne Verhaftungen vorkamen. In dieser Beziehung steht doch aber Rom in unserer aufgeregten Zeit nicht vereinzelt da, und will man auf Verhaftungen seine Schlüsse über die politische Stimmung baues, so muß man jeden Verhafteten zum Träger der Volksgesinnung machen. (Tirol. B.-Bl.)

Neueste.

* Würzburg, 17. Juli. Nach einer Bekanntmachung des Polizeimagistrats werden an diesem Spatjahr und Winter dahier drei Hofvennärte, der erste am 3. Okt., der zweite am 7. Nov. und der dritte am 5. Dez. d. J. abgehalten, und dieß als Marktlokal der Theatergarten bestimmt.

München, 15. Juli. In der Nacht vom 13. auf den 14. Juli ist ein Kürzlich von Speyer hierher versetzte Hr. D.-Postmeister Siry nach längerem Leiden mit Tod ab.

Nürnberg, 14. Juli. Es wird uns (wie der „Nürnb. Kurier" meldet) Folgendes mitgetheilt: Inhaltlich eines Erlasses des Polizeiamts der kgl. Regierung der Oberpfalz und Regensburg, an die kompl. Polizeikommissäre und sämmtlichen Vorstände der Stellen der innern und Finanzverwaltung der Oberpfalz, d. d. 10. l. M. „die Oppositionspresse betr.," ist auch gegen den Nürnberger Kurier das Inserations-Interdikt ergangen, weil freglichen Blatt in Folge einer Erklärung der Redaktion der ehemal. Neuen Fränkischen Zeitung, die am 20. v. M. eingegangen, als ein der Umwälzungspartei und deren Tendenzen verfolgendes Organ zu betrachten sei, dem jede Unterstützung von Seiten der Regierung entzogen werden müsse. Zugleich ist in diesem Erlasse bemerkt, daß die Staatsregierung den Nürnberger Kurier von nun an scharf in das Auge fassen werde, weil derselbe mit den Häuptern der Umsturzpartei, welche sich zur Zeit in London befinden, in Verbindung stehen soll und als Mittel benützt werde, die demokratischen und sozialistischen Tendenzen der Arbeitervereine zu fördern. Uebrigens sind die äußern Stellen überhaupt angewiesen, jedem antimonarchisch-konstitutionellen, so wie jedem der Staatsregierung feindselig entgegentretenden Blatt, ja selbst einem Blatt von zweifelhafter Haltung die Inserationen zu entziehen.

Mainz, 13. Juli. Die durch mehrere Zeitungen verbreitete Angabe, daß österreichische Kanoniere versucht hatten, das hiesige Laboratorium anzuzünden versucht hätten, ist durchaus unbegründet. (Fr. D.-P.-A. Ztg.)

Wiesbaden, 13. Juli. Gestern Nachmittag ist ein Ministerrath gehalten worden, in welchem über die Stellung Nassau's zur Union Beschluß gefaßt. Dieser Beschluß selbst, mit welchem sofort ein Curier nach Berlin abging, ist das tiefste Geheimniß; vielleicht dürfte aber die Vermuthung berechtigt sein, daß, eben weil es so tiefes Geheimniß bleiben soll, er nicht günstig für die Union lautet. (Siehe obigen Telegr. Corresp.-Artikel.) (Karlsr. Z.)

Leipzig, 14. Juli. Die „ferneuwütige Sachseuzeitung" berichtet: Soeben wird uns die allerdings noch unverbürgte Nachricht überbracht, daß 18 Mitglieder des akademischen Senats in Leipzig bisher einer gestern abgehaltenen Sitzung ihren Willen zu erkennen gegeben, der an den Senat ergangenen Wahlaufforderung nicht Folge zu leisten; 16 Professoren werden die Wahl vornehmen.

Swinemünde, 11. Juli. Gestern Nachmittag kam die kolossale kaiserl. russ. Kriegsdampffregatte Ramschatta von Amsterdam an, um hier Sr. kais. Hoh. den Herzog von Leuchtenberg, der von München über Berlin binnen 8 Tagen hier erwartet wird, aufzunehmen und nach St. Petersburg überzuführen. Bekanntlich ist das gigantische Schiff eines der größten der kaiserl. Marine, mit 2300 Tons Tragfähigkeit und 600 Pferdekraft.

Hamburg, 12. Juli. Wir haben jetzt eine ganze Legion Berliner Demokraten in unsern Mauern, und unsre Polizei wittert bereits allerlei Umtriebe, Conspirationen und gefährliche Complotte. Wenzen, Streckfuß, Strampf (der Redakteur des „Lahon"), Temmler und wer weiß wer andere demokratische Notabilitäten werden sich bei uns einfinden, ja die hohe Polizei spurte vor einigen Tagen sogar Arnold Ruge und Marr nach, die aus London hierher zu einem Rendezvous gekommen sein sollten. Dabei hat der Friede, den Preußen mit Dänemark abgeschlossen, namentlich in dem nahen Holstein die Leidenschaften aufgeschachtet und es gährt gewaltig in den Massen. Indem ich dieß schreibe, zieht mit Trommelklang und wehenden Fahnen ein Bataillon Schleswig-Holsteiner unter meinen Fenstern vorüber, und Frauen und Kinder werfen den muthigen Streitern Blumen u. dgl. der. zu. Die Alagen mußten auf Polizeibefehl eingezogen werden, auch empfing das Bataillon kein Diffizier unserer, Garnison. ja man soll sogar anfangs von oben herab den Durchzug haben verbieten wollen. Unsere Borse fürchtet, daß sich in Holstein Bauern jüngste Erhebung wiederhole, und die überall geschlagene Demokratie unter dem Banner Schleswig-Holsteins den letzten großen Kampf schlagen wolle. (Fr. D.-P.-A. Ztg.)

Lübeck, 8. Juli. Mit dem gestern von St. Petersburg gekommenen Dampfschiffe gehen uns Nachrichten zu, welche Rußlands Neutralität in der dänisch-lingetegenheit sehr bezweifeln lassen. Es ist darin von bevorstehender Truppen-Einschiffung die Rede und der Berichterstatter will von höheren Offizieren gehört haben, der Kaiser werde dem Könige von Dänemark ein Hilfskorps für den Fall senden, daß fremde Truppen ihn hindern wollten, seine „rebellischen Unterthanen" wthigenfalls durch Waffengewalt zu unterwerfen. (Fr. J.)

Wien, 12. Juli. Der Ausenthalt des pensionirten F.-J.-M. Frhrn. v. Haynau in Gräz dürfte, wie das Neugrätzer-Bureau vernimmt, nur von kurzer Dauer sein; da derselbe beabsichtigt, sich nach Kassel zu verfügen zu begeben, um dort seine Ruhestand zuzubringen. — Es werden jetzt Anstalten getroffen, sämmtliche hier befindlichen Pferde und sonstige wortvolle Gegenstände des Erherzogs Stephan mittelst Eisenbahn nach Deutschland zu befördern.

Wien, 12. Juli. Der vormalige Parlamentsabgeordnete Gistra, der sich seither in Frankfurt a. M. aufgehalten, ist heute hier eingetroffen.

Berlin, 14. Juli. Der O.-Consistorialrath und ordentliche Professor der Theologie, Dr. August Neander, ist in der letzten Nacht nach langer Krankheit im 61. Lebensjahre gestorben.

Breslau, 10. Juli. Wie wir die Aufregung-lichkeit unserer aufgestörten, d. h. Schinken essenden Juden geht, mögen Sie daraus entnehmen, daß vor wenig Tagen ein jüdischer Student um Aufnahme in das homiletische Seminar der evangelisch-theologischen Fakultät nachgesucht hat, um in demselben sich in der Beredsamkeit zu üben. (N. Pr. Z.)

Kopenhagen, 12. Juli, Nachmittage. Unsere Browlmachtigten bei den Berliner Friedensunterhandlungen, Baron Pechlin, Kammerherr Reedtz und Generalauditeur Scheel, sind wieder hier angekommen. — Die „Berlingsche" veröffentlicht den Wortlaut eines Verbotes aller den Krieg betreffenden Nachrichten bei Strafe von 20 bis 500 Rthlr.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Die pro 1. d. Mon. fällig gewesenen fehrl. v. Stauffenbergischen Zinsscheine werden von heute an bei mir bezahlt.

Würzburg, 14. Juli 1850.

J. J. v. Hirsch.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlig für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schanfloß 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 171. Würzburg, Donnerstag den 18. Juli. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 17. Juli. Se. Maj. der König hat unterm 11. Juli allergnädigst geruht, den Rentbeamten Emanuel Mich zu Ebersdorf in den temporären Ruhestand zu versetzen; an dessen Stelle den Finanzrechnungskommissär in Würzburg Maximilian Joseph Albert auf sein Ansuchen zum Rentbeamten in Ebersdorf zu befördern, und an Albert's Stelle zum Finanzrechnungskommissär in Würzburg den technischen Revisor der Regierung von Oberbayern, Kammer der Finanzen, Georg Schrabeck in provisorischer Eigenschaft zu ernennen, und das St. Wolfgangbrunnfißium zu Oberlenfant, Lgds. gleichen Namens, dem dermaligen Verweser desselben, Priester Johann Georg Heiß-ling, zu verleihen.

Italienische Zustände.

** Wenn wir Italiener des neunzehnten Jahrhunderts wirklich zuweilen eine gute Sache an die Hand nehmen, so schaden wir ihr gewöhnlich durch unsere Maßlosigkeit, und die beiläufigen und herrlichen Bestheile von Würde und Mäßigung in politischen Dingen, welche wir von unseren Vorfahren erbeilten, sind leider für uns rein verloren gegangen. Im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert wurden die Wissenschaften von den Gelehrten besser gepflegt als heute. Die Wissenschaften waren weniger verbreitet, aber desto tiefer; in einer Zeit, wo Alle von Allem etwas wissen, da wissen nur Wenige wirklich etwas. Wenn eine Nation sich unglücklicherweise in diesem Zustande befindet, so leidet sie an einer Art von geistiger und moralischer Impotenz, ähnlich einem Krypper, der, von Krämern und Gemüsen lebend, nie seinem Munde die stärkende Speise genießen hat, welche Chiron seinem Zögling vorsetzte. Wir finden im weiten Weltall Achille und Pygmäen; huten wir uns, beide zu verwechseln und zu verlangen, daß Letztere die Lanzen der Ersteren schwingen. Gewiß, an und für sich vortreffliche Allgemeinheiten sind für gewiß Jedwedem heilbringig, für unsere gebildete, und wieder für andere tödtlich. Eben so verhält es sich mit jenen zwei erhabenen Ergebnissen der menschlichen Vernunft, Recht und Wissen. Beide sind, an und für sich, um so vortrefflicher, je freier sie im Raume der Gedanken sich bewegen; aber in ihrer Anwendung auf die Gesellschaft sind sie nur in so fern wohlthätig, als sie von jenen verschiedenen Bedingungen begrenzt werden, welche die Beschaffenheit der Menschen ihrer freien Ausübung entgegenstellt. Wer ist so ungebildet, wer so unbillig, um nicht der Freiheit des Wortes zu huldigen? Gewiß Niemand. Aber wo so viel gesprochen wird, wie bei uns, dort ist das Wort oft unbillig, und der Gebrauch wird zum Mißbrauch. In den Jahrhunderten der Blüthe des italienischen Wissens dachte Niemand daran, über die Verbreitung von Theorien zu klagen, die gegenwärtig großen Unheil stiften würden. Papste und Fürsten, die jetzt von der Concordia mit dem schmählichsten Beinamen belegt werden, weigerten sich damals nicht, die Zueignung von politischen Werken anzunehmen, welche die schwachen Seiten der Gebietenden enthüllten, und in späteren Zeiten von Rom verworfen, und von den Regierungen in Beschlag genommen wurden. Das beweist, daß diese Bücher damals nicht schadeten, denn die Lesenden hatten ein selbstständiges Urtheil über den Inhalt, und die Nichtlesenden bekümmerten sich nicht darum. Auch waren jene Bücher mit Ernst und Besonnenheit geschrieben, und deßwegen war die Meinungsfreiheit in ihnen ehrenwürdig. Wie stehen wir jetzt? Die Argumente von damals werden auch heutzutag wieder aufgesucht, mit dem Unterschied, daß sie damals von Männern behandelt wurden, und sie Männer, welche sie ebenfalls verstanden, oder doch verstehen lernen wollten. Heutzutage aber werden diese Argumente mit entsetzlichem Leichtsinn abgethan. Und hiemit sind wir bei unserer Hauptfrage angelangt, nemlich, daß die gegenwärtige Presfreiheit den Italienern gerade oder geschadet? Wir werden versuchen, diese Frage mit wenigen Worten zu lösen, und werden dieses unter Ursprungen und innigsten Ueberzeugungen, sprechen lassen. — Wer im Jahr 1848 der Revolution in Italien beigewohnt, und in den beiden darauf folgenden Jahren die Fortsetzung dieser Revolution in Turin und Genua beobachtet hat, der wird, wenn er anderst ein richtiges und unparteiisches Urtheil zu fällen im Stande ist, zugeben müssen, daß eine Bewegung sehr ernster Art von den Italienern mit einer Umwissenheit und einem Leichtsinne aufgefaßt und ausgeführt ward, die in der Geschichte aller Zeiten ohne Beispiel dastehen. Verbohrungen, Gedichte, Schmähschriften, Klatscherein, und mittendurch das wahnsinnige Verlangen der Gegenwart, die unversöhnlichste Blindheit für die Zukunft, die jammerlichste Unkenntniß der Vergangenheit, der blode Glaube an eine Freiheit, die zu keiner Zeit erobert war — die thörichte Furcht über den Sieg der alten Regierung, ohne den geringsten Gedanken an den Aufbau einer neuen; gebrauchte Religiosität anfangs, ungebrauchte Irreligiosität — dieß ist eine kurze Geschichte der letzten italienischen Revolution. Man wende uns nicht ein, daß nur die unteren Volksklassen von den revolutionären Schattenspiel getäuscht wurden, und daß die Regierung und die höheren Klassen klar gesehen hätten. Wir waren gegenwärtig, als Epigramme, Verwünschungen, Lügen, Verleumdungen und Kirchenlästerungen den Stoff der Konversationen schwedender Gesellschaft bildeten, und als Demokraten die wenigen Männer, die Regierung liefern hiervon treffliche Beweise. Wir wollen dadurch keineswegs in Abrede stellen, daß es damals in Italien einzelne begabte ernste Männer gab, welche die unglücklichen Geschicke ihres Vaterlandes vorhersagen konnten. Aber theils gaben diese einsamen Rufer in der öffentlichen Sache, als eine bereits verlorene, auf, theils wurden sie von derselben durch die Intriguanten des Tages entfernt gehalten. Angesichts nun der Thatsache, daß die italienische Demagogie durch zwei volle Jahre, vom März 1848 angefangen, das italienische Volk zur Doktrin des Hohnes u. der Lage angeleitet hat, begreifen wir in der That nicht, wie man jetzt allen Ernstes behaupten kann, daß die Freiheit der Presse eine Wohlthat für die Nation sei. Unglücklicher! Ihm Italien eine Wohlthat zu erweisen, muß man zerstören, nicht bauen; zerstören jenes Gebäude, dessen Bau ihr zum Verderben des Landes begonnen habt! Die Tausende von schlossen und dabei so hochmüthigen Greisern, die ihr verführt habt, sind keines ernsten Widerstandes, sind nicht der geringsten Beachtung ihrer selbst und ihres Schaffals fähig. Ihr spreckt von der Langsamkeit, von der Zögerung und den Irrthümern der österreichischen Regierung? Angenommen, ihr hättet Recht. Aber ihr? Habt ihr seit 1848 die politische Großjährigkeit erreckt, um jene glorreiche Regierung und Werk sehen zu können, die ihr aus verkündigtet und verwirklicht? Wir glauben es nicht! Wir glauben, daß Italien mit freisinnigen Grundsätzen, aber mit strengen Formen regiert werden muß. Wenn ein Volk entartet ist, und der Entartung entrissen werden soll, so darf nicht ihm selbst die Heilung überlassen werden; eine eiserne Hand, geleitet von einem klaren Geiste, zwinge es zu seinem eigenen Besten. An der Hand des weisen Herrn werde es in das Gebiet des freien bürgerlichen Lebens eingeführt. Dies scheint uns die Aufgabe Oesterreichs zu sein. Wehe ihm u. uns, wenn es diese nicht löst. Anderwo das Heil Italiens zu suchen, halten wir für Thorheit, so wie wir es für enthusiich halten, daß die Regierung länger noch durch die Geschwätzigkeit der Journale den Geist des politischen Hasses und den Ritzel nähren lassen könne, aber Staatsangelegenheiten abzuhandeln, zu deren Beurtheilung die große Mehrheit der Italiener, vermöge ihrer Erziehung, gänzlich unfähig ist.

Landtagsverhandlungen.

München, 13. Juli. Die Kammer der Reichsräthe berieth heute in einer sechsstündigen Morgensitzung das Budget und ertheilte sowohl bezüglich der Staatsausgaben, als bezüglich der Einnahmen den beffallsigen Beschlüssen der Abgeordnetenkammer mit wenigen Abänderungen ihre Zustimmung. Unter letzteren erwähnen wir vorläufig die Erhöhung der Diätendurchgang auf die von der Regierung vorgeschlagene Summe. In der heutigen Abendsitzung wird das Finanzgesetz zur Behandlung gelangen.

München, 15. Juli. (Fortsetzung der heute Morgen abgebrochenen CLIII. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertische: S. Excellenz der Staatsminister v. Abel und. Der II. Präsident eröffnet um halb 5 Uhr die Sitzung und giebt sogleich zur Fortsetzung der Berathung der Rückäußerungen der Kammer der Reichsräthe über den Gesetzentwurf: „die Gerichtsorganisation betr.", über. Die Differenzen betreffen in Abänderung der 37 Artikeln, welche größtentheils nach den Modifikationen der Reichsrathskammer angenommen werden. Nur in wenigen Punkten bleibt die Kammer auf ihren früheren Beschlüssen stehen. Der Präsident schließt die Sitzung um halb 8 Uhr.

München, 16. Juli. (CLIV. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertische: Staatsminister v. Zweyl und mehrere Ministerialräthe. Der II. Präsident eröffnet um halb 9 Uhr die Sitzung. Nach Bekanntgabe des letz-

ten Sitzungsprotokolls wird der Beschluß über die Rückäußerungen der Kammer der Reichsräthe auf Gesetzentwurf, die Gerichtsverfassung betr., verlesen, worauf der Präsident zur Berathung des Gesetzentwurfes, die Maxima der Kreisumlagen betr., übergeht. — In der allgemeinen Diskussion fragt Kolb, wie denn der Zusammentritt der Landräthe bewerkstelligt werden werde, da dieselben nach Ständen gewählt seien? Die Stände nach Ständen aber nach der Verfassung nicht mehr bestünde? — Staatsminister v. Zwehl bemerkt, daß das Gesetz vom Jahr 1825 noch bestehe, und die Regierung werde, so lange ein Gesetz nicht aufgehoben sei, dasselbe nach seinen Bestimmungen in Vollzug bringen. — v. Lerchenfeld die Zweifel wie Kolb nicht gegründet, indem das Gesetz, „die Aufhebung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit" betr., keine Rechtstitel abändere. — Nach kurzen allgemeinen Besprechungen wird die spezielle Debatte eröffnet und Art. 1 in folgenden Fassung ohne Debatte angenommen. Das unbedeutendste Maximum der in jedem der Jahre 1849/50 und 1850/51 zu erhebenden Kriegsumlagen wird festgesetzt: 1) im Regierungsbezirke Oberbayern auf 6 Prozent, 2) im Kreise Niederbayern auf 5 Prozent, 3) im Kreise Pfalz auf 7 Prozent, 4) im Regierungsbezirke Oberpfalz und Regensburg auf 7 Prozent, 5) im Regas-Bez. Oberfranken auf 8 Proz., 6) im Regge-Bez. Unterfranken und Aschaffenburg auf 5 Prozent, 7) im Regierungs-Bez. Schwaben und Neuburg auf 6 Prozent der Steuerprinzipialsumme der Grund-, Haus-, Domintial-, Gewerbe-, Kapital- und Einkommensteuer. Art. 2, der gleichfalls ohne Diskussion angenommen wird, lautet: Und den Kreisumlagen der Pfalz ist innerhalb des im Art. 1 Ziff. 3 bestimmten Maximums auch der Ersatz zu bestreiten, welchen dieser Regier.-Bez. auf Grund des Art. 12 des Gesetzes vom 23. Mai 1846, die Verschmelzung der Kreisfonden von den Staatslasten und die Bildung der Kreisfonds betr," und nach der Bestimmung des Finanzgesetzes für die zwei ersten Jahre der 6. Finanzperiode vom .... im Betrag von 100,000 fl. des Jahrs, an die Staatskasse zu leisten hat. Folgende drei Anträge des Ausschusses erhalten gleichfalls die Zustimmung der Kammer: Insofern vorliegender Gesetzesvorschlag über die Kreisräthe, insbesondere der Art. 12 dieses Entwurfs, die allerhöchste Sanction im Laufe dieses Etatsjahres nicht erhält, so wird die I. Staatsregierung ermächtigt, die Kreisumlagen-Maxima behufs der Unterhaltung der Distriktsstraßen im Falle des Bedürfens und mit Zuhmung der betr. Landräthe in jedem Kreise um zwei Steuerprocente zu erhöhen. — Die I. Staatsregierung wolle die Unterhaltungs-Anstalten für Schullehrer-Wittwen und Waisen in ihren rechnerischen Grundlagen genau prüfen und die Ergebnisse den Kreisen zur weiteren Berathung und Schlußfassung mittheilen. Der Präsident stimmt hierauf namentlich ab über dieses Gesetz, welches mit 123 St. einstimmig angenommen wird. Es wird nun zur Berathung und Schlußfassung über die Anträge: „die gewerblichen Zustände und deren Verbesserung betr.," übergegangen. — Heyne berichtet, wenn soll diese Anträge auf sich beruhen lassen, bis der Initiativ-Antrag Fordan's, „die Gewerbekammern betr.," seine Erledigung gefunden. — Nach kurzer Besprechung wird der Antrag Heine's angenommen. — Es wird nun zur Berathung über sechs Eingaben: „die Errichtung von Gewerbsgeschriften. Der Antrag des Ausschusses thatsächlich die Ueberweisung der Eingaben an das Ministerium zur geneigten Räcksichtsnahme. — Dieser Antrag wird nach kurzer Berathung angenommen. Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet die Berathung der Anträge: die Hebung und Beförderung der Landwirthschaft und Errichtung von Ackerbauschulen betr. Der Antrag des Ausschusses lautet: Es sei die Vorstellung des Abg. Adam Müller und Genossen bezüglich des Antrags: die Staatsregierung wolle geeignete Fürsorge treffen, a) daß an den Schullehrerseminarien landwirthschaftlicher Unterricht durch gehörig in diesem Fache angebildete Lehrer ertheilt werde, und daß ferner b) in den deutschen Schulen auf dem Lande den Feiertagsschulen wenigstens die Hauptgrundsätze der Landwirthschaftslehre beigebracht und sie in den Stand gesetzt werden, ein sachlich gehrichtenes Buch über Landwirthschaft lesen, verstehen und sich Raths darin erholen zu können, der k. Regierung zur Würdigung zu überweisen. — v. Lerchenfeld und Heyne sprechen sich für Annahme des Antrags nichts taage. Solche Schulen müssen neben Theorie auch die Praxis des Landmannes in sich begreifen, denn sonst lacht der Bauer den gelehrten Landwirth aus. Nach längerer Debatte wird zur Abstimmung geschritten und der Antrag des Ausschusses angenommen. Präsident schließt hierauf die Sitzung um halb 12 Uhr und beraumt die nächste auf morgen früh 8 Uhr an, wobei derselbe bemerkt, daß zuerst eine Handangelegenheit (die Angriffe Reinhartz auf Landrichter Wellsch) zur Berathung kommen werde.

Deutschland.

München, 15. Juli. Wir lesen heute mit Erstaunen im „Lloyd" einen Leitartikel aus dem wir sogleich schließen mußten, daß die Hoffnungen derjenigen auf Sand gebaut sind, welche meinten, Oesterreich werde sich Schleswig-Holstein selbst annehmen, als es Preußen gethan hat. Jener Artikel stellt den Schleswig-Holsteinern vor, daß sie mit den Waffen in der Hand jetzt gar nichts gewinnen könnten; denn auch wenn sie den Sieg an ihre Fahnen zu fesseln vermochten, so hätten sie es nur mit einer der europäischen Großmächte überwunden! Der „Lloyd" räth ihnen geradezu und mit wenig tröstlichen Worten, sich in ihr Schicksal zu ergeben. „Sie würden wohl thun, erst die Allürten zu zählen, die ihnen beistehen werden, bevor sie daß Europa den Handschuh hinwerfen." Wir heißt mit hierzu Worten: ihr seid der europäischen Despotenwirthschaft geopfert! — Wir hoffen, daß jener Artikel in die Klasse derjenigen gehört, die bei diesem Journal nicht selten vorkommen, und in die Welt hinausgeschleudert werden, um die öffentliche Meinung zu sondiren. Wirklich verstaub man damit auch die Unterdrückung Schleswig-Holsteins, so liegen der sie wünschenden erst recht wortwohl und theuer erschienen zu lassen, um sie später, wenn das Gewünschte gegeben wird, seinen Werth um so höher anrechnen zu können. Es ist uns wenigstens bis dahin immer noch unbegreiflich, wie Oesterreich den daselbst gegebenen seine Zustimmung geben konnte. Jener Friede ist ein Sieg Rußlands; und liegt es nicht in der Politik Oesterreichs, Rußlands wo es irgend kann, im Schach zu halten? Rußland, seinen nächsten und mächtigsten Gegner? und die handelspolitischen Pläne Oesterreichs? Was soll Deutschland ohne eine mächtige Flotte? Und wie will es eine Flotte besitzen ohne die herrlichen Häfen von Schleswig-Holstein u. wenn die Ost- und Nordsee von jenen Herzogthümern aus durch eine fremde Macht beherrscht ist? Wir gestehen zu, daß Oesterreich jetzt nicht in der Lage ist, sich in neue Kriege zu verwickeln. Und würde auch für Oesterreich historisch sein, einlassen, so hätte es eine englische Flotte bald vor Triest, und Rußland würde sich auch nicht auf's Zuschauen beschränken. Aber Oesterreich muß wiederum wissen, daß die Absicht der Großmächte auf Schwächung von ganz Deutschland, und also auch von Oesterreich gerichtet ist, durch dieses Abreisen der Herzogthümer von Deutschland.

München, 16. Juli. Heute ging Hauptmann Adolfer vom General-Quartiermeisterstabe nach Schleswig-Holstein ab. Die Gesuche von Seite der Offiziere zu gleichem Zwecke mehren sich täglich im Kriegsministerium. Selbst Unterofficiere der hiesigen Artillerie haben bereits zum Behufe den Schleswig-Holsteinern zu Hilfe zu eilen, um mehrmonatlichen Urlaub nachgesucht. — Von den Schwesterstädten Nürnberg und Fürth besanden sich gestern Deputationen beim Handelsminister, um die Annahme der von Preußen vorgeschlagenen Erhöhung der Zolles auf rohes Spiegelglas abzuwenden. Beide Deputationen scheinen befriedigt worden zu sein. — Die Einberufung der Landwehr als Garnisonsort für das 3. Bataillon des 6. Infanterie-Regiments definitiv bestimmt worden. — In der heutigen öffentlichen Magistrats-Sitzung machte der Gewerbe-Referent, Magistratsrath Klausner, dem Kollegium eine Allerhöchste Verordnung von großer Bedeutung bekannt, den Bolzug des Heimathes, Gewerbs- und Anfässigmachungs-Gesetzes betr., wonach von der Regierung künftighin derlei Gesuche in sollegialer Berathung nicht mehr wie bisher bureaumäßig betrieben werden. — Die Kammer der Reichsräthe hat für den Militäretat das ganze Regierungsprovisorium von 10½ Millionen bewilligt. — Freiherr v. d. Tann, der vor seiner Abreise von Aachen aus dem königl. bayerischen Militärdienste ausgetreten und wurde an dessen Stelle bereits der Flügeladjutant Graf Rechberg und Rothenlöwen in den Dienst des Königs nach Aachen berufen.

Schleswig-Holst. Angelegenheiten

Schleswig, 14. Juli. Nachdem gestern bereits die Kranken (die schon durch Altona gekommen sind) voranggeschickt waren, haben und heute die ersten unserer preußischen Gäste verlassen, ihren Rückmarsch durch den westlichen Theil Schleswig-Holsteins antretend. Die „Gefion" ist gestern von unserm preußischen Commando von 100 Mann unter 1 Hauptmann und 1 Lieutenant besetzt worden, die sich, wenn sie angegriffen wurden, zwar selbstverständlich ihrer Haut wehren sollen, im Uebrigen aber den neutralen Boden ihrer Wasserwohnung nicht verlassen dürfen. — Von Flensburg hatte man gestern die frische Nachricht, daß dänische Quartiermacher gewesen, die zu Montag Quartier bestellt haben (10,000 Mann?). Täglich kommen Flüchtlinge von Norden hier durch. Nachdem die Passage nach dem Norden von hier aus gesperrt ist, soll eine gleiche Maßregel von dänischer Seite her getroffen sein. — Der preußische General Hahn erhält vor seinem Scheiden von allen Seiten die sichtbarsten Beweise der Anerkennung und Hochachtung. Gestern warteten ihm Deputationen der Frauen (von Tondern) u. der Kaufmannschaft, Einem Letzteren Kommando waren verhandlichsten Dank und zugleich die ganz ergebenste Bitte auszusprechen, den hiesigen Einwohnern bekannt zu machen, daß wie mit dem innigsten Dank und der größten Hochachtung scheiden, daß ihr Benehmen und Verhalten gegen und die Heimath hier nicht vermissen ließ, daß wir stets den innigsten Antheil an dem Wohle der Herzogthümer Schleswig-Holstein und besonders der Stadt Schleswig nehmen werden und ihnen zum Abschiedsgruße unsern herzlichsten Wunsch zurufen, daß diesem herrlichen Lande und seinen von geliebten Bewohnern recht bald ein segensreicher und dauernder Friede zu Theil werden möchte. Schleswig, 13. Juli 1850."

Kiel, 13. Juli. Das Kieler Correspondenzblatt enthält folgende Anzeige: „Bei einer Unterredung mit einem Offizier unsers schleswig-holsteinischen Armee äußerte der Dr. Lasparie, der bekannte Demokrat, der bei den Unruhen in Thüringen eine so unheilvolle Rolle spielte, als das Gespräch darauf kam, die Armee werde die Elder überstreichen, sich folgendermaßen: „Wir ist es völlig einerlei, ob die Armee über die Elder geht oder nicht. Mein Wunsch ist nur, daß die elende

Staatsbürgerschaft ins Zuchthaus gesetzt wird; ob dies von der schleswig-holsteinischen oder von der dänischen Armee geschieht, ist mir vollkommen gleichgültig." v. d. Heyde, Hauptmann und p. t. Generalstabsoffizier."

Kiel, 13. Juli. Ein starker Zuwrang von Offizieren findet bei dem Generalkommando, welches sich nunmehr in Rendsburg befindet, statt, und viele braunschweigische und hannoversche Offizierbataillonsoffiziere sind als Volontäre eingetreten. Heute kam der in den Herzogthümern sehr beliebte bayrische Oberstlieutenant v. d. Tann im Hauptquartier des Generals v. Wilisen an und hatte mit demselben eine mehrstündige Conferenz; er ist dem Vernehmen nach auf Befehl des Generalcommando angestellt. Rendsburg befindet sich fortwährend im Belagerungszustande, wenn solches auch nicht formell ausgesprochen ist; es ist auf 7 bis 8 Monate verproviantirt und die Controle an den Thoren der Festung ist sehr streng. Eine bedeutende Anzahl Proklamationen ist erlassen, in Betreff der Truppenverpflegung, wozu ein Comité ernannt worden, das seinen Sitz in Neumünster aufgeschlagen. (D. R.)

Kiel, 14. Juli. Seit einigen Tagen weilt Gervinus in unsern Mauern, um seine Kräfte der Sache der Herzogthümer zu weihen.

Von der Niederelbe, 14. Juli. Wir konnen Ihnen mittheilen, daß zu Besetzung von Ecternförde durch das 6. schleswig-holsteinische Bataillon diese Nacht erfolgt ist. Auch drei Missunde, woselbst eine Brücke geschlagen wird, soll daß 2. Jägerkorps und drei Gottorf das 4. Jägerkorps Posto gefaßt haben. Reisende, die heute aus Nordburg kommen, versichern, daß sehr Jedermann von Permittirten und Pensionirten aus dem äußersten Norden Schleswigs alle zum voraus angestellten Berechnungen weit hinter sich zurückgelassen soll. (D. R.)

Rendsburg, 13. Juli. Man muß kaunen über die Masse, in denen die Schleswiger herüberströmen. Nicht allein die ersten Bataillone treffen ein, 15-, 16-, 17jährige junge kraftige Kinnen schaarenweise mit schleswig-holst. Fahnen; noch täglich, stündlich rücken sie in das Nordthor; aus Hadersleben allein zählen wir über 50, die sich freiwillig stellten; die Angeler schicken ihre Söhne, die noch Jahreang auf die Kinderwartung hätten warten können. (H. N.)

Kiel, 15. Juli. Drei Bataillone Holsteiner sind in der Stadt eingerückt In Flensburg sind die Dänen und schieben ihre Vorposten vor. In Eckernförde sind die Truppen stationirt, sie haben in Torpschiffen unter dem Dorf schon Kanonen von Kiel aus nach Eckernförde durchgebracht. Hier sind 6 dänische und russische Kriegsschiffe, die übrigen längs der Küste.

Salzburg, 14. Juli. Gestern Abend um 9 Uhr zog die Kapelle der Nationalgarde im weißen Waffenschmuck, und geleitet von drei schwarzen Nationalgarde-Schützen, von den Musikbanden, am Sr. Maj. dem König Ludwig von Bayern für das den Armen der Stadt großmüthig bestimmte Gedegeschenk in einer Serenade den Dank der Einwohnerschaft auszudrucken, welche zu Tausenden versammelt war. Der König, neben sich Z. M. die Kaiserin-Mutter, hörte der wohlgelungenen Musik, welche recht mit dem „Wallhallaleve" begann, von einem Fenster mit freundlicher Theilnahme zu. (Allg. Z.)

Pesth, 12. Juli. Feldzeugmeister Haynau hat so eben folgende Erklärung erscheinen lassen: „Die officiellen Nachrichten, wenn sie wahr, verstoßt, mit in Gift getauchter Feder die Grunde zu geben, welche den Ministerrath veranlaßt haben, bei Seiner Majestät auf meine Entfernung von der Stelle des Befehlshabers und Gouverneurs in Ungarn zu dringen. Sie macht mir den schweren Vorwurf, daß ich der Regierung nicht zu gehorchen wußte, meine Mission nicht begriffen, mir die der Krone zustehenden Prärogative angemaßt, mich mit großer Willkür benommen, Recht und Gnade ohne schuldige Rücksicht auf den Thron geübt habe. Indem ich eine solche perside Verdächtigung meinem amtlichen Wirkens auf das Entschiedenste zurückweise, finde ich mich — bei dem lautesten Bewußtsein meines reinen Gesinnungen und im Gefühl der nie verletzten schuldigen Ehrfurcht und des Gehorsams für die Allerhöchste Person meines Monarchen, so wie der durch eine funfzigjährige ehrenvolle Dienstleistung bestätigten, unverbrüchlichsten Pflichttreue für den Thron und Staat — veranlaßt, zu der Erklärung berechtigt und verpflichtet, daß in allen meinen Handlungen nicht nur das wohlverstandene Interesse des Staates leitete und ich das Recht der Gnade als einen Ausfluß des Allerhöchsten Souveränitätsrechtes nur im Namen Sr. Majestat meines Kaisers und Herren innehabe und mir die Allerhöchstherselben eingeräumten Gewalten, nach den strengsten Rechtsgrundsätzen, Gewissenhaftigkeit, Konsequenz und mit richtiger Auffassung und Würdigung der jedesmaligen Zeitverhältnisse und aller Umstände, übte. Diese mir von dem Monarchen für meine unergehabte Sterung übergroßmüth verliehenen außerordentlichen Vollmachten sind mir erst mit dem, am 6. Juli erlassenen und mir am 7. Juli 1. Js. zu Handen gekommenen Allerhöchsten Handbillet, womit Se. Majestät mich in den Ruhestand zu versetzen geruhten, entzogen worden. Ich kann daher in der Verdächtigung jener Ehrenhaftigkeit einer Maßregel, wie sie ich, bei Unterdrückung der Revolution an der Wurzel erfaßte, nichts als einen Versuch erblicken, der Demokratie in die Hände zu arbeiten und den Bestand der Monarchie, deren ungeschmälerte Erhaltung das Blut so vieler Tausende der treuen Söhne des Staats kostete, neuerdings in Frage zu stellen. Mit dieser mir durch den Leitartikel der Reichszeitung abgedrungenen Rechtfertigung erklare ich zugleich jede weite Erörterung im Wege der Presse für abgeschlossen und trete nunmehr in das Privatleben zurück, hingestellt von dem Verfasser des Schmähartikels wie ein zweiter Bösewicht, ohne daß er jedoch die Macht hatte, mich des Angerschutzes zu berauben, um ohne daß es ihm — umgeben von der Umsturzpartei — gegönnt wäre, mich im Elende, am Bettelstabe, von meiner einzigen Tochter geführt, zu sehen. — v. Haynau, F.-Z.-M."

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 12. Juli. Armer professirter Lebrun-Rollin. Jetzt ist es aus mit Dir — rein aus. Auch die Abendpost fährt über Dich her, und wie! Man muß es lesen, um zu glauben, daß gleich Brüder, gleiche Koppen so gegen einander wüthen können. Der Aufsatz Lebru-Rollin's über die Freigheit (große Umschreibung für passiven Widerstand) der Montagne, schreibt die Abendp., sei weiter nichts, als — der Eid Leber ständt sich, es nachzuschreiben — „selbst verdächtiger Phrasenmagnale eines Menschen, der sich den Kopf an der Wand zerschoßen hat, um durch die Thür nicht zu finden und sich zum entkaiserlen? Wie?). Der Berg will eine Antwort erlossen, ist aber noch nicht damit zu Stande gekommen." Scheint ihm also blutsauer zu werden, dem Berg die Maus von Antwort. Nur so fortfahren.

Die sich Franzische überlegte Diffenation des Dr. Grevdorff über den Morbus chemoerrhicus wird in der Bibliothèque universelle sehr günstig beurtheilt; „doch nicht den Doktoren der Fakultät, sondern den Lenkern der Staaten allein stehe es zu, diese Krankheit zu behandeln — sonst würden wir Alle binnen wenigen Jahren das Recht der heutigen Kranken anerkennen müssen." — Dasselbe hat Niebuhr schon im November 1830 an Savigny geschrieben. Seine prophetischen Worte lauten: Daß wir namentlich in Deutschland im Fluge der Barbarei zueilen, ist meine feste Ueberzeugung. Daß uns auch Verheerung droht, wie vor 200 Jahren, das ist mir leider eben so klar, und das Ende vom Liede wird Despotismus auf den Ruinen sein. In zunfzig Jahren und wahrscheinlich weit früher wird in ganz Europa, wenigsten auf dem festen Lande, keine Spur von freien Institutionen und von Preßfreiheit sein. — Wird die Demokratie sich das gefagt sein lassen und dieser Prophezeihung nicht langer in die Saare arbeiten?

Neuestes.

Zufolge einer Verfügung der Regierung von Oberfranken, d. d. 9. Juni 1. Js. ist Juli ist der Arbeiterverein in Bamberg mit allen seinen Unterabtheilungen auf Grund des Artikels 19, Nr. 2, 4 und 5 des Vereinsgesetzes geschlossen worden.

Nürnberg, 17. Juli. Der frühere Reichstagsabgeordnete Hans v. Raumer von Dinkelsbühl, jetzt bekanntlich Lieutnant im schleswig-holsteinischen Heere, ist vom General v. Wilisen zu dessen Adjutanten ernannt worden. (N. Kor.)

Landau, 15. Juli. Diesen Vormittag ist unser neuer Festungskommandant, Herr Oberst v. Brandt, hier eingetroffen.

Frankfurt, 16. Juli. Der f. bayrische Kammerherr und außerordentl. Gesandte an mehreren norddeutschen Höfen, Baron Lüffee v. Tucher-Hofmesld, ist hier eingetroffen, wahrscheinlich um die Ratification des Friedensvertrags zu beschleunigen.

Mannheim, 16. Juli. Ganz unerwartet kam gestern noch der Befehl, daß der Ausmarsch des 3. bad. Infant.-Bat, nach Besetzung des vorgezogenen Hinderniffes, heute Morgen zu geschehen habe. Es rückte demzufolge die in der Umgegend einquartirte Mannschaft heute Vormittag um 8 Uhr an die Landungsbrücke der Kölner Dampfschiffahrts-Gesellschaft und fuhr um halb 9 Uhr mit einem Extraboot nach Koblenz ab. (Frkf. D. P. Z.)

Stuttgart, 15. Juli. Wie kürzlich die Presse unter geschärfte Aufsicht genommen wurde, so soll jetzt auch dem Vereins- und Versammlungsrecht ein Gleiches widerfahren. Es ist deßhalb vom Ministerium des Innern ein Rundschreiben an sämmtliche Bezirksvorstände (Oberamtsrichter) erlassen worden, worin sie zu Berichten über den Stand und die Wirksamkeit des Vereinswesens in ihren Bezirken aufgefordert werden.

Dresden, 15. Juli. Die für den zum 15. Juli einberufenen Landtag bestellten Einwerfungscommissionen haben heute Vormittag ihre Funktionen begonnen. Im Laufe des heutigen Tages haben sich für die 1. Kammer 26 Mitglieder angemeldet, so daß die 1. Kammer bereits beschlußfähig ist. Für die II. Kammer haben sich zeit 45 Mitglieder angemeldet. Der frühere Präsident der 1. Kammer Hr. v. Schönfeld ist von Sr. Maj. wieder zum Präsidenten dieser Kammer ernannt.

Mainz, 16. Juli, 6 Uhr Abends. Auf dem Dampfer der Mainz-Düsseldorfer Gesellschaft, welcher den bedeutungsvollen Namen „Concordia" trägt, ist heute unser neuer Bischof, Hr. Wilhelm v. Ketteler, hier eingetroffen, von den städtischen Behörden den Dombergen Gerichte und den sämmtlichen Pfarrgeistlichen unserer Stadt auf der Landungsbrücke feierlich empfangen, begrüßt durch Böllerschüsse und das Geläut aller Glocken. Inmitten eines aus der Schuljugend und den Gewerben gebildeten Zuges mit zwei Musikkorps durch die in feierlichem Schmucke prangende Rheinstraße am alten Markt, dem Hotel zur goldenen Ennzug in den mit Fahnen auf seiner hohsten Spitze geschmückten Dom. Sämmtliche Schiffe im Hafen, sowie die verschiedenen Dampfschiffahrtsagenturen und sonstigen Bouraen, hatten ihre Landesflaggen aufgezogen. (Frr. D. P. Z.)

London, 15. Juli. So eben trifft hier die Nachricht ein, daß Hannover den Beitritt der dahischen Truppen entschieden verweigert. Es soll beschlossen sein, die bad. Bataillone von Koln auf Erfurt zu birgiren; da auf diesem Wege aber Kurhessen passiet werden muß, ist die Frage, ob nicht ebenfalls eine Weigerung erfolgt.

London, 13. Juli. Der österreichische Gesandte hat vom Palmerston 3000 Pfd. übermacht, die in Oesterreich gesammelt sind, um durch die Bischöfe unter die Armen in Irland vertheilt zu werden.

C Paris, 15. Juli. In der gesetzgebenden Versammlung wurde das Gesetz über die wechselseitigen Unterstützungscassen in dritter Berathung mit 560 gegen 1 Stimme angenommen.

Rom, 6. Juli. Der hl. Vater hat dem Präsidenten der französischen Republik die in Brillantien gefaßten Insignien des Pianoforterei, ein Gemälde von Pastiano bei Pisombo und eine kerrliche Mosaikarbeit, den Schild des Achilleo vorstellend, überschickt.

Neapel. Die Rückberufung des spanischen Gesandten in Folge des zwischen dem Grafen Montemolin und der Schwester des Königs Dobachtigten Ehebündnisses scheint offiziell zu sein.

Mittheilung der Gründe,

welche die dersüngte Auflösung der in Sachsen bestehenden Arbeitervereine veranlaßt haben.

Dresden, 4. Juli 1850.

In Folge der politischen Bewegungen des Jahrs 1848 bildeten sich in vielen deutschen Ländern Arbeitervereine, welche zunächst eine Verbesserung der materiellen Lage des Arbeiterstandes zu erstreben, so wie sur die intellectuelle und sittliche Hebung des letzteren zu wirken suchten, hier und da aber auch zugleich an den damaligen politischen Ereignissen sich mehr oder weniger betheiligten. Um mehr Einheit und Kraft in die Bestrebungen der deutschen Arbeitervereine zu bringen, ward in den Tagen vom 23. August bis 3. Sept. 1848 ein sog. Arbeitercongreß in Berlin abgehalten, an welchem Deputirte der meisten Vereine aus vielen deutschen Staaten Theil nahmen. Die Beschlüsse dieses Congresses sind durch eine in der Vereinsbuchdruckerei zu Leipzig gedruckte Broschüre veröffentlicht worden. Nach diesen Beschlüssen wurde die Organisation der Arbeitervereine in dem Maße festgestellt, daß a) an die Spitze derselben ein Centralcomité für gesammt Deutschland gestellt werde, welches in Leipzig seinen Sitz nahm und aus drei Personen, nemlich Schwenniger, Abg. des Arbeitervereins zu Hamm, Kirl, Abg. des Centralvereins für das Königreich Sachsen, und Born, Abg. des Centralcomités für die Arbeiter zu Berlin und der Arbeitervereine zu Tilsit, Brodhagen und Brussit, zusammengesetzt wurde. Dem Centralcomité zunächst untergeordnet sollten b) die Bezirkscomités sein, die ihren Sitz in Danzig, Königsberg, Stettin, Köln, Bielefeld, Frankfurt, Hamburg, Stuttgart, Mannheim, München, Linz, Wien, Brünn, Prag, Nürnberg, Bamberg, Jena, Koburg, Hartung, Hannover, Braunschweig, Magdeburg, Breslau, Posen und Berlin, Dresden und Kiel angewiesen erhielten. Unter den Bezirkscomités standen c) die Lokal-Comités und Lokalvereine. Die Thätigkeit der Vereine sollte sich auf verschiedene, den Arbeitern näher oder entfernter liegende Gegenstände und Verhältnisse erstrecken. In gewissen Zeitabschnitten sollten die Lokalvereine an die Bezirkscomités und diese an das Centralcomité Anzeigen über ihre Verhältnisse erstatten und Geldbeiträge einsenden. Auch wurde bestimmt, daß sich jedes Mitglied der Arbeitervereine von vorn herein den Beschlüssen der Majorität zu unterwerfen und ihnen Folge zu leisten habe. Während dieser Versammlungen erließ übrigens der Arbeitercongreß zu Berlin unterm 2. Sept. 1848 ein Manifest an die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., worin er mehrere Anträge stellte, und am Schlusse bemerkte:

„Wir, die Arbeiter, sind von Natur die Stützen der Ruhe und der Ordnung; denn wir wissen sehr wohl, daß wir zum Leben der Armen der Ruhe und Ordnung bedürfen. Nur nothgedrungen würden wir, wenn wir abgewiesen würden, wenn der alte Wahn aufrecht erhalten und unserer Rechte auch fernerhin, wie früher, von keinem Machthaber auf humane Weise gedacht würde, der Gesetz des Schicksals gehorchen und unter der Macht der fixiren Noth aus den wärmsten Freunden der bestehenden Ordnung zu den bittersten Feinden derselben werden müssen."

Die auf dem Berliner Congresse gefaßten Beschlüsse wurden von den meisten deutschen Arbeitervereinen als Norm angenommen und erhielt, bis von der in Leipzig vom 20. bis 24. Februar 1850 gehaltenen Generalversammlung deutscher Arbeiter die neuesten, ebenfalls in der dasigen Vereinsdruckerei gedruckten Grundstatuten der deutschen Arbeitervereinbrüderung berathen und festgestellt worden sind. Diese bilden gegenwärtig das Organisationsstatut für sämmtlichen, unter dem Collectivnamen „deutsche Arbeiterverbrüderung" begriffenen deutschen Arbeitervereine.

In allen deutschen Staaten betheiligten sich die Arbeitervereine seit dem Jahre 1848 mehr oder weniger an den dasigen politischen Ereignissen. In Berlin nahmen die Maschinenbauer und andere Arbeiter-Congressen an den vorigen Vorgängen im Monat November 1848 und gaben der aufgelösten dortigen Nationalversammlung ihre Sympathien zu erkennen. Auch die Dresdener Ereignisse im Monat Mai 1849 fanden bei den Arbeitervereinen großen Anklang, und insbesondere scheinen die Bergarbeitervereine mit eine Veranlassung gewesen zu sein, daß so viele Bergleute sich dabei betheiligt haben. Die Badensche Bewegung endlich im Monat Juni vorigen Jahres nahm vorzüglich die Thätigkeit der süddeutschen Arbeitervereine in Anspruch, und viele von ihren Mitgliedern kämpften mit in den Reihen der Rebellen. Auch in vielen andern Ländern, so haben sich auch in Sachsen die Arbeitervereine in neuester Zeit immer mehr ausgebreitet, und namentlich bestehen ihrer sehr viele im Bezirke der Kreisdirektion zu Zwickau, z. B. allein im Bezirke der Chemnitzer Amtshauptmannschaft 20 solche Vereine, zum Theil mit einer sehr großen Anzahl von Mitgliedern. Sie haben sich sehr ohne Ausnahme den in obigemaßen deutschen Arbeiterverbrüderung angeschlossen, und den obenerwähnten Grundstatuten der letztern unterworfen. Als Zweck der Verbrüderung ist in diesen Statuten §. 1 angegeben: „unter den Arbeitern aller Berufsarten eine Vereinigung zu begründen, welche auf Gegenseitigkeit und Brüderlichkeit gestützt, die Rechte und den Willen der Einzelnen zu einer Gesammtheit, die Arbeit mit dem Genusse vermitteln solle." Die sächsischen Arbeitervereine, welche an den verschiedenen Orten unter sehr verschiedenen Namen vorkommen, z. B. unter dem Namen Association, Sparverein, Bruderverein, Gesellschaft, Denkverein, Bergarbeiterverein, Bildungsverein, Unterstützungsverein rc. haben in ihren Spezialstatuten als den eigentlichen Zweck ihrer Vereinigung fast durchgängig die Verbesserung der materiellen Lage des Arbeiterstandes, sowie die sittliche und geistige Veredlung desselben angegeben — ein Zweck, gegen welchen an sich nicht nur nichts einzuwenden läßt, sondern kräftige Förderung vielmehr die Pflicht einer jeden Regierung sein muß, und dessen Erreichung im Interesse des Arbeiterstandes wie des ganzen Staates gar sehr zu wünschen ist. — Den erstgedachten Zweck, die Verbesserung der materiellen Lage des Arbeiterstandes, wollen manche der Vereine durch gemeinschaftliche Anschaffung der nöthigen Lebensbedürfnisse zu billigen Preisen auch durch gemeinschaftliche Speisenanstalten rc. andere durch Errichtung gemeinschaftlicher Werkstätten, durch Fabrikation auf gemeinschaftlicher Rechnung, noch andere durch gemeinsame Unterstützungs- Krauken- und Invaliden-Cassen, nament lich für verunglückte Bergarbeiter, durch Arbeitsnachweisungsanstalten und dergl. erreichen. Der andere Zweck, die sittliche und geistige Veredlung des Arbeiterstandes soll erstrebt werden in geselligen Zusammenkünften durch allerhand Vorträge, durch Declamirübungen, durch Gesangvereine, durch die Lectüre von Zeitungsblättern und andern Schriften. — Unter einer gewissenhaften und umsichtigen Leitung von Männern, die wirklich das wahre Wohl der Arbeiter im Auge hätten und nicht darauf ausgingen, dieselben heimlich zu politischen Parteizwecken zu benutzen und anzuhetzen, konnten alle diese Einrichtungen und Bestrebungen von den segensreichsten Folgen für die arbeitenden Klassen sein, und es wurde, so lange unter guter Regierung, auch die sächsische Staatsregierung nicht nur kein Bedenken gegen derartige Bestrebungen haben, sondern sich verpflichtet erachten, sie zu fördern. — Leider hat sich aber durch die Einsicht in die, bei vielen der sächsischen Arbeitervereine in Beschlag genommenen Schriften und bei sonst in Sachsen und den meisten andern deutschen Ländern gemachten Erfahrungen herausgestellt, daß die meisten dieser Vereine, wie sie jetzt bestehen, nicht blos jene oftensiblen, an sich guten Zwecke verfolgen, sondern auch zugleich und vorzugsweise gefährliche politischen Bestrebungen sich hingeben und auf den Sturz der bestehenden monarchischen Staatsverfassung und auf die Einführung einer socialen Republik hinarbeiten. — Viele, vielleicht die meisten von den Mitgliedern der Arbeitervereine haben gewiß selbst von diesen Bestrebungen noch keine Kenntniß; nur die Vorstände und Leiter der Vereine, wenigstens der meisten Vereine kennen sie, wissen sie zu verdecken und verhüllen sie in republikanischen Geiste, gehalten, daß nur radicale Zeitschriften zur Lektüre vorgelegt, nur republikanische Lieder gesungen werden. Auf diese Weise gewohnen sich die Vereinsmitglieder nach u. nach an die revolutionären Ideen, werden mit den bestehenden Staatseinrichtungen unzufrieden und zum thatkräftigen Handeln für die Zwecke der Umsturzpartei in geeigneter Zeit empfänglich gemacht. — Doppelt gefährlich muß dieß aber erscheinen, wenn man die wohlberechnete organische Gliederung betrachtet, in welche durch die obenerwähnten Grundstatuten der deutschen Arbeiterverbrüderung die Arbeitervereine in ganz Deutschland gebracht sind, und wenn man erwägt, welche ungeheure Macht dadurch nicht in die Hände der obersten Leitung, d. h. des Centralcomités oder des Verwaltungsrathes gelegt ist. Der Organismus, wie ihn die neuesten Grundstatuten aufstellen, ist im Hauptwerke noch der nämliche, wie er durch die Beschlüsse des Berliner Arbeiter-Congresses im Jahre 1849 festgestellt worden war. An der Spitze der gesammten Verbrüderung steht das Centralcomite in Leipzig. (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 17. Juli 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	1170	1180
„ 5% Metalliue	84½	85
„ 4% „	63½	64½
„ 3% „	48½	48¾
„ 2½% „	43¾	44½
„ 4½% Bethmann	76½	76⅞
„ 4% „	66½	66
„ fl. 250 Loose v. J. 1839 .	96½	97
„ 500 „ 1834 .	150⅝	150⅝
Preußen 3½% St. Schuld-Schine.	86⅜	87¼
„ Zins. 50 Prämien-Schein.	100½	101
Bayern 3½% Obligationen . .	83	83½
„ 4% „	88⅜	89¼
„ 5% „	100½	101
Würtemberg 3½% „	84	84½
„ 4% „	97½	97⅝
Baden „ 3½% „	81¼	81⅝
„ fl. 35 Loose	31½	32
„ 50 „	53½	54
Nassau fl. 25 „	24½	25½
Hessen Darmst. fl. 50 Loose .	74½	75
„ „ 25 „	27⅜	27½
Polen fl. 300 „	103	—
Sardinien Lot. 36 „	33½	33⅝

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 56.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 553.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 172. Würzburg, Freitag den 19. Juli. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 17. Juli. Die im königl. Regierungsblatt Nr. 38 enthaltene königliche Allerhöchste Verordnung, die Behandlung der Heimathe-, Anlassigmachungs- und Gewerbssachen betreffend, lautet so: „Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern ꝛc. ꝛc. Wir haben beschlossen und verordnen wie folgt: 1) Alle nach §. 9 der Verf. Urk. 1 des Ges. vom 11. Sept. 1825 über die Heimath, 2) alle nach §. 9 der Gesetze vom 11. Sept. 1825 und 1. Juli 1834 über Anlassigmachung und Verehelichung, endlich 3) alle nach Art. 10 des Gesetzes vom 11. September 1825 über die Grundbestimmungen für das Gewerbswesen bei den Kreisregierungen Kammern des Innern zu erlassenen Beschlüssen sind in Zukunft vollzugsfähig zu überathen. Unser Staatsministerium des Innern, dann des Handels und der öffentlichen Arbeiten sind mit der Bekanntmachung und dem Vollzuge gegenwärtiger Verordnung beauftragt. Aachen, den 2. Juli 1850. Max. v. d. Pfordten. v. Zwehl. — Auf Königlich Allerhöchsten Befehl: der General-Sekretär, Ministerialrath Eppler.

Ein Reskript und dem Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 5. d. bestimmt, daß das Bürgerrechtsgesuchtsgesetz als freie Gewerbsart nicht ferner zu behandeln, sonach der Betrieb desselben in Zukunft, jedoch unbeschadet bereits erworbener Rechte, nur auf Grund erlangten Gewerbskonzessionen zu gestatten sei. — Durch eine Entschließung des kgl. Staatsministeriums der Finanzen, des Jagdvorbehungen des Personals der Finanzverwaltung betr., wird verfügt: 1) Es verbleibt bei der Anordnung vom 3. Mai 1829, wonach alle subalternen Finanzbeamten und Bediensteten der Kreisregierungen und der Centralverwaltungsstellen vom Sekretär abwärts, so wie alle äußern Beamten der Finanzverwaltung, die Erlaubniß zu einer Jagdhaltung von ihrer vorgesetzten Stelle oder Behörde, beziehungsweise von dem betreffenden Vorstande beizubringen haben. Ueberdieß sind äußere Beamte und Bedienstete in der Regel nur zur Pachtung solcher Jagden zuzulassen, deren größerer Theil innerhalb der Grenzen ihrer respektiven Amts- oder Dienstbezirke, oder welche ganz in denselben gelegen sind. 2) In allen Fällen ist darüber zu wachen, daß keine den dienstlichen Verhältnissen nachtheilige größere Jagdkomplexe durch das Zusammenpachten mehrerer kleiner Jagden gebildet werden. 3) Den bloßen Funktionären, als Unteranschlägern Rentamtsboten ꝛc., bleibt die Jagdpachtung verboten.

Würzburg, 19. Juli. Als Präses der Marianischen Bruderschafts-Sodalität wurde auf eingetretene Niederlegung dieser Stelle von Seite des Domvikars Schrod von Sr. Hochw. Gnaden Bernhard Kuhn an der Marienkapelle aufgestellt und als Präfektur in Effelden der dortige Kooperator Scholl.

Der Benefiziat Hettinger zu Grafenrheinfeld ist am 13. d. M. mit Tod abgegangen. Das Benefizium daselbst kgl. Patronats erträgt 407 fl.

An die erledigte Kaplanistelle im Julius-Hospitale dahier wurde der seitherige Cooperator Hugo Wollmuth zu Unterreichenberg berufen.

Landtagsverhandlungen.

München, 17. Juli. (CLV. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Die Gallerien sind stark besetzt. Am Ministertische: Staatsminister v. Kleinschrod, v. d. Pfordten, v. Ringelmann, v. Aschenbrenner und mehrere Ministerialräthe. Der I. Präsident eröffnet um halb 9 Uhr die Sitzung. Nach Betaunzgabe des letzten Sitzungsprotokolls verliest derselbe ein Urlaubsgesuch Lanzer's und ein Einladungsschreiben des Mechanikers Manzardt, eine von ihm neu construirte Thurmuhr zu besehen. — Es sollte hierauf über die von dem Abg. Reinhart in der 228en öffentlichen Sitzung der K. v. Abgg. erhobene Beschuldigung gegen den L. Landrichter Welsch in Neustadt a. d. S. berathen werden. Reinhart stellt den präjudiziellen Antrag: folgende Aktenstücke sollen auf den Tisch des Hauses niedergelegt, hiernach erst die Berathung der vorliegenden Frage vorgenommen werden. 1) Jenes Protokoll, in welchem 40 Zeugen gegen ihn wegen einer in einer Volksversammlung gehaltenen Rede vernommen worden; 2) jenes Protokoll, in welchem er (Reinhart) dem Landrichter Welsch erklärte, daß seine Protokolle mit Lügen gespickt seien; 3) jenes Protokoll wegen letzter Aeußerung; 4) seine Untersuchungs-Akten vom 6. Dez. 1849. — v. Lerchenfeld stellt hierauf den präjudiziellen Antrag auf geheime Sitzung. — Reinhart tritt hiegegen feierlichst Verwahrung ein. Er scheue die Oeffentlichkeit nicht, denn habe er öffentlich gefehlt, so wolle er auch öffentlich bestraft werden. — Der Antrag v. Lerchenfeld's wurde jedoch mit mehr als 5 Stimmen unterstützt und dadurch geschäftsordnungsmäßig die geheime Sitzung beschlossen. Der I. Präs. schlägt vor, die Tagesordnung vorerst zu erledigen. — Hirschberger erstattet nun Vortrag a) über den Antrag: „die Verbesserung des gesammten Beterinarwesens betr.;" b) über die Anträge auf Reorganisation des Hagelversicherungs-Vereins; c) über die Vorträge auf Unterhaltung des Leinsaases und der Uferschutzbauten am Mainstrom; d) über die Anträge: „die Förderung und Veredlung der Pferdezucht in Bayern diesseits des Rheins betr.; e) über die Anträge auf Errichtung von Getreidemagazinen. — Der Antrag des Ausschusses beabsichtigt bei sämmtlichen Punkten die Ueberweisung an das königliche Staatsministerium, was auch ohne Debatte beschlossen wurde. — Es wird hierauf zur Berathung der Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über das Finanzgesetz und das Budget geschritten. — Die Kammer der Reichsräthe schlägt vor, die Position der Etats des Ministeriums des Innern um circa 8 zu erhöhen, was ohne Debatte fast einstimmig (mit allen gegen 3 Stimmen) abgelehnt wird. Die Reichsrathskammer schlägt ferner vor, das Militärbudget auf 10,428,102 fl. zu stellen. — Staatsminister v. d. Pfordten bemerkt nochmals, daß die Regierung versuchen, bloß aber versuchen wolle, es sie mit der von der Kammer der Abgeordneten festgestellten Summe reichen könne, allein sie werde sehr dankbar sein, wenn das Postulat erhobt werde; — der Antrag der Kammer der Reichsräthe wird jedoch einstimmig abgelehnt. Es werden nun mehrere Anträge der Kammer der Reichsräthe, die Staatsausgaben betreffend, berathen; unter andern ein Antrag auf Besetzung einer Lehrstelle der Homöopathie auf den Universitäten in Berathung genommen. — Heine: M. H.! Sie sind bei jedem Spaziergange der größten Lebensgefahr ausgesetzt, wenn die Homoeopathie wahr ist. Unterstützen Sie die Klinik, man wird Ihnen sehr dankbar sein. Aber verstreigen Sie sich nicht in die ätherischen Fabeleien. (Gelächter.) — Nach einer längern Debatte werden die neuen Anträge abgelehnt, die modifizirten in der Reichsraths-Fassung angenommen. — Die Zahlenverwerfungen in den Finanzgesetze werden durch Beharren auf den erst festgestellten Postulaten gegenstandslos. Nach Verlesung dieser heute gefaßten Beschlüsse schließt der Präsident die Sitzung um 11 Uhr.

München, 17. Juli. In der heutigen geheimen Sitzung waren sämmtliche Abgeord. und die Staatsminister v. d. Pfordten, v. Kleinschrod, v. Ringelmann u. v. Aschenbrenner zugegen. — Nachdem in der Vorfrage, ob die Sache Reinharts in geheimer Sitzung erledigt werden solle oder nicht, die Kammer sich dahin entschieden hatte, eine geheime Sitzung zu halten, sprach der ganze Kammer ihre volle Mißbilligung gegen das Benehmen Reinharts aus, indem es demselben unmöglich war, Beweisgründe gegen Hrn. Landrichter Welsch vorzubringen. Reinhart, der aber das Ende der Verhandlung nicht abwartete, sondern sich auf sehr unhöfliche Art aus der Kammer entfernte, wirt worgen eine öffentliche Zurechtweisung vom Präsidium erhalten. — Fürst v. Wallerstein legte Verwahrung dagegen ein, daß Reinhart Mitglied der Linken sei, sondern wie bekannt, einer eigenen Fraktion (?) angehöre. (Also man erfährt, daß dem Abg. Reinhart auch die Stimme entzogen werden.)

(N. R.)

Deutschland.

München, 17. Juli. Soeben traf ein Kourier aus Aachen beim Ministerium des Aeußern ein. Sr. Maj. der König wird schon am Anfang der kommenden Woche hierher zurückkehren. — Aus dem Kriegsministerium wurde ein Reskript erlassen, wonach den bayrischen Offizieren, welche an dem Kampfe in Schleswig-Holsteins Theil nehmen wollen, freie nur nach Entlassung aus dem bayrischen Militärverbande ermöglicht wird. Die Offiziere Boutrolle, Brenard, Schultze und noch mehrere Andere, die sich den Genannten in ihren Gesuchen anschlossen, um auf den Kriegsschauplatz abzugehen, besonders sich in Folge dessen um Zeit nach hier. — Dem Vernehmen hatten die Landtagsmitglieder der Rechten im „goldenen Hirsch" ein Abschiedsdiner. — Ihre Maj. die Königin Marie hat sich heute Vormittags von Nymphenburg nach Tegernsee begeben, wo die erlauchte Frau die morgen verbleiben und dann wieder zurückkehren wird. Auch Sr. kgl. Hoh. der Prinz Karl hat sich nach der gestrigen Debatte über das

Budget in der Kammer der Reichsräthe wieder nach Tegernsee begeben. Dagegen Beurlaubungen des kgl. Staatsministeriums, Frhrn. v. Harold, hat der Generalmajor Graf Berr de la Bossiè die Staatsregierungsgeschäfte übernommen. Unter den Offizieren jüngsthin Ausgezeichneten sind in Schleswig-Holstein; auch im Lesezimmer der Regierungsexpeditionen liegt eine Liste auf, in der bereits schon bedeutende Summen gezeichnet wurden. — Bereits fanden wieder mehrere Ausstellungen in einem öffentlichen Garten wegen Absingen der Marseillaise statt. (R. Ab.)

Schleswig-Holst. Angelegenheiten.

Schleswig-Holstein. Die D. Ref. meldet Folgendes. Mehrfache Erneuerungen in der Armee haben wiederum stattgefunden. Es bestätigt sich, daß z. B. Thun Chef des Grenadiers geworden ist. Ein preuß. Commando von 100 Mann hat (wie bereits gemeldet) am 13. die „Oesion" besetzt. Auf die Frage, ob der Eine oder Andere Gründe habe, zurückzubleiben, meldete sich Niemand. Viele Offiziere gaben den Wunsch zu erkennen, dieser Commando zu übernehmen.

Kiel, 15. Juli. Die Statthalterschaft hat folgende Proklamation erlassen: „Schleswig-Holsteiner! Durch die von der Krone Preußen und Dänemark am 2. d. abgeschlossenen Verträge sind die Conventionen vom 10. Juli v. J. mit den darauf hervorgegangenen Zustänben beseitigt. — an alle Behörden und Beamte, Civil- und militärischen Standes, sowie an sämmtliche Bewohner des Herzogthums Schleswig, ergeht demnach hierdurch der Befehl, bis zum Frieden mit Dänemark allen den Weisungen der Statthalterschaft nachzukommen und zu gehorchen. Schleswiger! Ihr habt in schwere Prüfung, die über Euch gegangen, wie tapfere und gewissenhafte Männer bestanden! Das Bewußtsein unseres guten Rechts gab Euch die Kraft, nicht zu unterliegen. — Kiel, den 15. Juli 1850."

Gegen den Dr. Lasarus ist zufolge Antrages der Statthalterschaft von dem stadtamtlichen Gerichte eine Untersuchung wegen injuriöser Aeußerungen gegen die höchste Staatsbehörde eingeleitet worden. (vgl. gest. Num.) — N.-S. Die Unterzeichnen sind in Tolck, N.-D. von Schleswig.

Kiel, 15. Juli. Heute wird das schleswig-holsteinische General-Commando in der Stadt Schleswig sein, auch die schleswig-holsteinische Regierung (aber nicht die Statthalterschaft mit ihren Departements) geht heute dorthin zurück. — Vor unserm Hafen sieht man jetzt 6 Kriegsschiffe, dänische und russische; die übrigen ruff. sollen längs der schleswig'schen Küste liegen, und vielfach hört man sie kanoniren, namentlich Abends wahrscheinlich um den Küstenbewohner zu schrecken. Seit der Affaire bei Eckernförde am 5. April v. Jahres erscheinen aber die Kriegsschiffe nicht mehr so schreckich. — Die Lage der Bewohner Nordschleswigs, welche hervorragend als deutschgesinnt bekannt sind, soll namentlich in den Städten schrecklich sein und immer schlimmer werden, da die Gewaltsaber, wie Knebeln und Larven, selbst sie nicht allein schwer bedrücken, sondern sie auch vor dem dänischen Pöbel nicht schützen; Alle, welche noch fliehen können, thun es, sehr Vielen wird es aber natürlich nicht möglich sein.

(C. B.-H.)

Altona, 15. Juli. Unsere Truppen haben bereits Schleswig, Husum, Louisenlund und Eckernförde erreicht. In Eckernförde wurden sie vom preuß. Militär freundig begrüßt; die preuß. Regimentsmusik spielte sie in die Stadt. In Eckernförde sind das 9. Bataillon und das 6. Jägerbataillon, in Husum das 6. Bat., 1 Bat. in Louisenlund und 2 Bat. in Schleswig. Unsere Funiere sind schon bis Tönning voraus. — Die dänischen Vorposten waren bei Abgang einer von Christiansfeld eingetroffenen Residenz bereits dort eingetroffen. — Nach Nachrichten aus Hoyerdaging heute dort Todesstille; alles Militär, selbst die Schloßgarden sind fort, das gesammte Belagerungsgeschütz ist nach Alsen eingeschifft und Bürger thun die Wachen. Nur nach langer Debatte im Staatsrath wurde das Ministerium bewilligt einzuschreiten, ob man von Königs dem Heere folgen lassen soll oder nicht. Man entschied sich dahin, daß der König den Frieden nicht stören soll. (C. C.)

Rendsburg, 15. Juli. Major Krueger ist zum Commandanten von Schleswig ernannt. Es trafen gestern wieder mehrere Offiziere, die den preuß. Dienst verlassen und in unsere Dienste getreten sind, hier ein. Die Vorgestrigen und des gestrigen Tages sind die Schanzen bei Eckernförde schon mit schwerem schleswig-holstein. Geschütz besetzt; zwei unserer Bataillone, Scharfschützen, Jungmann und Christiansen, besetzigten dort. Den den auf dem diesseits der Demarcationslinie liegenden Theile Schleswigs zum Dienst Einberufenen fehlen von Alten nur drei per Mille, ein im Krieg im Allgemeinen unerhörtes und kaum zu hoffen Resultat, in den wohlorganisirten Staaten zu erreichendes Resultat. Der Geist und die Haltung der Truppen, der Offiziere wie der Gemeinen, ist vortrefflich, und die Allen fühlbare kräftige Einheit der Leitung stärkt immer mehr das Vertrauen in der Oberleitung. — Ueber den Einmarsch der Truppen hat man hier nichts Näheres. Es hieß aber schon gestern, ihre Vorposten stünden den bei Christiansfeld und ihre Patrouillen streiften diesseits desselben. — Aus dem nördlichen Schleswig sind hier die obersten Klassen der Harderslebener Schulen mit ihren Lehrern eingetroffen, um sich freiwillig zum Kriegsdienste gegen Dänemark zu stellen. (C. B.-H.)

Von der Niederelbe, 15. Juli. Die Desertion Sächsischgesinnter durch die Unsrigen scheint rasch vorwärts. Man spricht davon, daß ein Vorposten der Unsrigen bis dicht an die Demarcationslinie vorgeschoben sein soll, was wohl noch sehr der Bestätigung bedarf. Wenn man überhaupt glauben sollte, daß der Statthalterschaft eine Veranlassung den Befehl zum Einmarsch in das Herzogthum Schleswig gegeben habe, so trat man sich. Erst als die Statthalterschaft die sichere Kunde von der Uebertretung der Königlichen durch die Dänen hatte, ist die Elder von den Schleswig-holsteinischen Truppen besetzt worden. Daß die Dänen bereits in Christiansfeld stehen, ist gewiß, wenn auch das bereits geschehene Einrücken der Dänen in Flensburg, wie solches heute behauptet wurde, vielleicht nur eine bloße Vermuthung sein dürfte, während aber ein Besuch der dänischen Dragoner in Apenrade mehr als eine bloße Vermuthung zu sein scheint. Was gestern hier allgemein, daß ein baldiger Zusammenstoß der Schleswig-Holsteiner mit den Dänen erfolgen wird. — In Altona wird das Waisenhaus auch in diesem Jahre wieder zur Aufnahme Verwundeter und Kranker umgeschaffen, und der Hospitalverwaltung ist der Beschl geworden, die Anschaffung von 1000 Betten Stroh zu tragen. (H. B.-H.)

Vom Rheine, 14. Juli. Auch unter den preuß. Truppen, welche bisher das Herzogthum Schleswig besetzt hielten, herrscht der bitterste Unmuth über den Abschluß des Friedens mit Dänemark. Boe uns liegt ein Brief eines preuß. Militärs von dort, welcher dieses Unmuthes voll ist. Es wird darin in bittern Ausdrücken geklagt, daß eine Sache, welche Preußen selbst als gerecht begonnen und beginnßigt, nachdem während zweier Jahre dafür so viel Kraft verwendet, so viel Menschenblut vergossen, jetzt als Rebellion und die Preußen so als Genossen der Rebellen zestempelt würden; daß die letzteren „wie geschlagene Hunde" abziehen und das Land und die Familien, welche gegen den Willen Ihrer Regierung sich die Dänen compromittirt, nach so unsäglichen Opfern jetzt deren Rache bloßgestellt und der Verzweiflung preisgegeben würden. Nur mit Schaam könne man den Blicken der Schleswiger begegnen und an den schmachvollen Rückzug aus einem Lande denken, dessen Gastfreundschaft man dadurch lohne, daß man es vor der hereinbrechenden Gefahr im Stich lasse. Solche Empfindungen sind eines edeln Herzens würdig. Sie werden von manchen Preußen in die Heimath des schleswig-holst. Heeres fließen. (Köln. Z.)

Von der Trave und Wien. Der „Wanderer" vom 6. d. M. bringt folgende Anekdote nach dem Leben gezeichnet. In Barmbeck hatte unlängst behufs der Errichtung eines wohlthätigen Verbrüderungsbundes der Marquese eines Gasthofes einvernommen worden. Er wurde nach Geburt und Wohnort befragt und nannte die katholische Religion als seinen Glauben. Im Verlaufe der Procedur wurde der Barsche zum Schwure aufgefordert und vor ein Crucifix geführt. Einen halb weigerte sich jedoch derselbe, den Eid abzuleisten. Abermals nach dem Grunde seiner Weigerung befragt, bekannte er sich als Israelit und entschuldigte sein früheres Drucksen damit, daß er als Jude sehr seinem Dienst zu fürchten hätte. Man berief nun, da das Rabbinat daselbst vacant, den Vorsteher, Schächter und Lehrer der Gemeinde, und forderte ihn auf, den Angeklagten zum Juramente vorzubereiten. Letzterer, mit den Rechtsformen eben so wenig vertraut als mit den Pflichten des Amtes, welchem man ihn unlängst lui même fachtäuscht, äußerte sein Bedenken, ein neuen Menschen schwören zu lassen, der „seinen Glauben nicht bekenne", verlangte, daß Steckpräget werden dessen Glaubenstreue am besten lohnen und — mit mirari! der Herr Stadtrichter sammt Collegium gaben ihren vollen Beifall und erhoben nur noch jenes Douceur auf zwölf Stockstreiche. Was sagten Sie zu dieser jüdischen Rechtspflege? Wir hätten nur gewünscht, einen Fall instar omnium. und folgern Sie darans, welche Reformen hier an ihrem Platze wären. Die Theimis ist hier zu Lande nicht blos blind.

Leitmeritz, 11. Juli. Hier wurde vom 29. v. Mts. bis 9. ds. eine Volkszählung gehalten. Imparteiische Beobachter hatten dabei Gelegenheit, den Ernst der Bevölkerung und ihren Patriotismus zu schauen. Die Radikalen, auf dem politischen Gebiete aus dem Felde geschlagen, versuchten hier ihre Manövers auf dem religiösen, und es schien Anfangs wirklich, es werde ihren Anstrengungen nicht an Erfolg fehlen. Aber sehr bald äußerten die politischen Gegner ihre Mißbilligung auch der Aktenstücken-Resurgenzion einer solche Wendung, daß ihr Publikum von Tag zu Tage, ja von Stunde zu Stunde wuchs und Tausende, durch dieselben erweckt und erschüttert, zum Empfange der h. Sakramente sich drängten! Das religiöse Prinzip hatte einen entscheidenden Sieg errungen.

Innsbruck, 10. Juli. Ein schrecklicher Unglück hat am 7. d. Nachts um 1 Uhr die beiden Gemeinden von Gratsch und Algund in der Nähe von Meran betroffen. Ein furchterliches Ungewitter, welches mit starkem Hagel und einem Wolkenbruche begleitet war, entlud sich über die obgenannten beiden Dörfer. Mit Blitzesschnelle rollte eine Erdlawine über den sogenannten Kirchengraben, raffte gänzlich den Kirchhof, und einen Stadel seiner Nachbarn, und überschüttete die schönen fruchtbaren Aecker und Weingärten mit hohem Schlamme und einer Menge ungeheurer Steine. Leider forderte das furchterliche Element auch mehrere Menschenopfer. Vier weibliche Leichname und zwei andere noch lebende Personen wurden bereits herausgegraben, vier Männer werden noch vermißt. Dem Eigenthümer des Hofes ist es gelungen, mit vieler Anstrengung und Geistesgegenwart sich und der über ihn spaltenen Lawine zu retten. Noch fürchterlicher und ausgedehnter jedoch sind die Verheerungen, welche das schreckliche Ungewitter in Algund angerichtet hat. Zwei Häuser, nämlich der Steinhuberhof sammt Stadel und Stallung und mehrere Stücke Vieh, so wie auch viele Aecker wurden von der Wuth des Rasts verschonenden Elementes. Die schönen Weingärten und Aecker sind gänzlich verwüstet. Zum Glücke hat man jedoch bisher nur ein einziges Menschenleben zu bedauern. Der Gesammtschaden kann noch nicht mit Bestimmtheit angegeben werden; nach Privatberichten soll er sich auf circa 200,000 fl. belaufen. (Z. R.)

Berlin, 16. Juli. Der „Staatsanzeiger" theilt heute das in der neunten Sitzung des pro-

visorischen Fürstenconvolutes zur Kenntniß gebrachte Schreiben mit, welches der Minister des Auswärtigen v. Schleinitz unter dem 2. d. M. an den preußischen Gesandten in Wien gerichtet und das Letzterer der dortigen Regierung vorlegte. Der Hauptinhalt des Schreibens lautet, wie folgt: „Wir sind noch immer bereit, die Hand zu bieten zu jeder Einigung, welche dem Wesen des deutschen Bundes und den Rechten u. der Freiheit aller seiner Mitglieder entspricht, und wir legen den dringenden Wunsch, daß dem jetzigen provisorischen, unerquicklichen und gefährlichen Zustande ein baldiges Ende gemacht werde. Wenn daher, wie es die letzten vertraulichen Besprechungen Ew. u. mit dem Fürsten Schwarzenberg leider ergeben haben, die Verneinung des nächsten Zieles, nemlich der Schaffung einer gemeinsamen, unabhängigen Gerichtsbarkeit darin entgegenstehen, daß, während wir in dem jetzigen prov. Zustande keine ausdrückliche Anerkennung der Union vom 26. Mai vorigen Jahres geworfen haben, von der andern Seite ein Aufgeben der Union als unausführbares, von uns aber nicht zugegebene Bedingung gefordert wird, so bleibt nichts Anderes übrig, als die Verhandlungen über das Definitivum der allgemeinen deutschen Bundesverfassung anverzüglich zu beginnen. Wir glauben, daß jede deutsche Regierung dazu im Stande sei, ohne ihrem Standpunkt etwas zu vergeben; wir erwarten, daß jede deutsche Regierung dazu vorgeschickt, sich ernster solchen Verhandlung nicht zu entziehen. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß bei dem redlichen Willen und der Achtung der obersten Grundsätze des Bundes, welche wir bei allen deutschen Regierungen voraussetzen, die Mittel und Formen sich finden lassen werden, in dem Resultate dieser Verhandlungen die definitiven Verfassungen des weitern Bundes und der engeren Union in Einklang zu bringen, da es auf der einen Seite nicht die Absicht der engeren Verbündeten sein kann, in den weitern Bund, wie sie selbst angeboren, ein fremdes oder verderbliches Element hineinzubringen oder ihren Bundespflichten sich zu entziehen; auf der andern Seite aber auch nicht die Absicht der übrigen deutschen Regierungen, ihre Mitgenossen im Bunde an der Ausführung derjenigen Maßregeln zu hindern, welche ein dringendes und unabweisbares Bedürfniß ihrer Länder ihnen zur Pflicht macht. Für die Form dieser Unterhandlungen dürfte sich ein Auskunftsmittel finden lassen, welches von dem Fürsten v. Schwarzenberg bei den vertraulichen Besprechungen mit Ew. u. selbst schon in Berhandlungen über das Interim — angedeutet worden ist. Die betreffenden Eröffnungen wurden darnach von der k. k. österr. Regierung und den mit ihr übereinstimmenden oder ihr sich anschließenden Regierungen an sämmtliche Genossen des deutschen Bundes ergehen; es würde sodann, ihrer Selbstständigkeit u. Unabhängigkeit gemäß, überlassen bleiben, in welcher Weise sie dieselben mit ihren nähern Verbündeten in mehr oder weniger gemeinsame Berathung und Erwägung ziehen wollten. Auf diese Weise würde der wünschenswerthe Austausch der gegenseitigen Ansichten und, falls die erwünschte Uebereinstimmung sich unmittelbar oder bei weiterer Diskussion herausstellte, durch die allseitig zu ertheilende Sanktion der erforderliche Rechtsboden für die neuen Verhältnisse gewonnen werden. Wir glauben in dieser Form gang den von dem kaiserl. kgl. Ministerpräsidenten selbst gegebenen Andeutungen zu entsprechen. Die Oeffentlichkeit aber, die wir dem k. k. Kabinet wie allen Genossen des deutschen Bundes schuldig sind, erfordert, daß wir uns gegen jede etwaige mißverständliche Auffassung verwahren. Wir verbinden daher mit dieser Darlegung unserer Ansicht die ausdrückliche Wiederholung der Erklärung, daß Preußen auf die beanspruchte Eigenschaft der Frankfurter Konferenzen als Bundesplenarversammlung nicht eingehen könne. Es ist eine ausdrückliche und unerlaubte Bestimmung des Bundesrechts, daß das Plenum des Bundes sich nur auf Entscheidung des engern Bundesrathes u. zur Abstimmung über die in diesem vorberatenen Beschlüsse bilden können könne — eine Vorbedingung, welche in dem vorliegenden Falle weder erfüllt, noch zu erfüllen ist. Die Aufhebung des als engerer Rath bestehenden Bundestages ist eine nicht nur von der k. k. Regierung als rechtsgiltig anerkannte, sondern unter ihrer Mitwirkung und ihrem Präsidium vollzogene Thatsache. Wir wurden alle von den Theilnehmern der jetzt in Frankfurt stattfindenden Konferenzen etwa gefaßten over zu fassenden „Bundesbeschlüsse" für rechtlich und faktisch wirkungslos erachten müssen."

England.

London, 14. Juli. Im Unterhause hat Lord John Russell den Antrag gestellt, die Königin zu bitten, zu Ihren Sir Robert Peel's ein Denkmal in der Westminsterkirche errichten zu lassen. Nachdem Lord John Russell die ausgezeichneten und vielen Dienste des Verstorbenen um England, so wie den Umstand hervorgehoben hatte, daß derselbe durch seinen letzten Willen ein öffentliches Leichenbegangniß abgelehnt, sagte er drei: es bedürfe nicht Worte, um das Land zu bewegen, der Dankbarkeit der Nation gegen diesen großen Staatsmann abzutragen, als ihm ein Denkmal zu errichten, welches den künftigen Geschlechtern bezeuge, wie sehr England seine ausgezeichneten Eigenschaften zu schätzen wußte, indem es ihm die höchste Anerkennung zuerkannte, die ein großen Staatsmännern des vereinigten Königreichs zu Theil werde. Bei diesem Anlaß führte der Redner noch eine Thatsache an, welche ein neues Licht auf die Erhabenheit der Gesinnungen Sir R. Peel's wirft. Die Königin habe der Familie desselben einen Beweis ihrer Ehrfurchtsbezeigen wollen und ihn, Lord J. Russell, beauftragt, Lady Peel zu benachrichtigen: Ihre Maj. beabsichtige, sie und ihre Nachkommen zur Pairswürde zu erheben. Lady Peel habe aber diese Ehre aus dem Grunde abgelehnt, weil sie keinen andern Namen zu tragen wünsche, als denjenigen, unter welchem ihr seliger Gatte gekannt und geehrt gewesen sei; ferner, weil der Verstorbene in seinem letzten Willen den Wunsch ausgesprochen, daß kein Mitglied seiner Familie irgend eine öffentliche Belohnung für diejenigen Dienste annehmen möchte, welche er, Sir Robert, aus Pflicht gegen sein Vaterland zu leisten. Der Antrag Lord J. Russell's wurde sofort angenommen.

Aus der östlichen Schweiz, 4. Juli. Die thurgauischen Blätter berichten mit großem Behagen, daß sie auch dem Kirchenstifter der ausgehobenen Klöster 13,000 Fr. jährlich, 600 fl. sage sechshundert, aber den Anfchlag! So viel seien noch die Juden im Kanton Thurgau gewesen, melden sie nebenher, von Mainz bis Basel und von Basel bis Nürnberg sei Israel vertreten worden; es fällt ihnen nicht ein, auch davon ein Wort zu sagen, wie sehr das katholische Volk es empfunden muß, wenn die übermächtigen „evangelischen Religionsgenossen" Kelche, Cruzifixe, Reliquienschäften und andere Kirchensachen und gewidte Gefäße jüdisch an Juden verschachern. Bezeuger trostlich tantet die offizielle Berechnung des Klosterentwurfes; es wird zwar über 2 Millionen Gulden veranschlagt, aber darauf lastet vorläufig eine Ausgabe von beinahe 50,000 fl. für Pensionen an die ausgetriebenen Mönche und Nonnen; ferner verlangt eine große Anzahl von Kirchen auf der gleichen Quelle ihre Dotation, und dann noch abgesehen davon, daß Pfarreien die gleichen Ansprüche erheben die Armengüter vieler Gemeinden, und endlich wird offen zugestanden, daß viele Gebäulichkeiten zu hoch angeschlagen seien, die überdieß niemals einen Käufer finden werden. Die Moralität des Volkes und der Sinn für Recht hat durch die Klosterstürmung auf eine eigene Weise gewonnen; die ehemaligen Klosterwohnungen sind nun in ihrer Weise ein Calisorien geworden, und was nicht in den Gebäuden niet- und vagalfest ist, findet bald seine Liebhaber. Die Jugend übt ihre Augen zum Zielen und ihre Arme im Werfen ebenso gerne, und was konnte zu diesem Zwecke passender sein, als die trüben Scheiben eines ehemaligen Klosters. In Kreuzlingen drang sie auch in eine Bücherkammer und spedirte die Folianten zum Fenster hinaus auf die Straße, wo sie von Gesinnungsgenossen in Empfang genommen wurden, bis dem Schauspiele durch polizeiliches Einschreiten ein Ende gemacht wurde. (D. Bloh.)

Rußland.

Petersburg, 4. Juli. Zwischen Rußland u. Belgien ist zu Berlin am 14. Februar d. J. ein Handels- und Schiffahrtsvertrag abgeschlossen worden, dessen Hauptartikel folgendermassen lauten: „Art. 1. Zwischen den Bewohnern der beiden kontrahirenden Theile wird Freiheit und Reziprozität des Handels und der Schiffahrt gelten. Die Bewohner ihrer gegenseitigen Länder genießen Freiheit haben, in die Hafen der Länder jeder der hohen kontrahirenden Theile und überall, wo der Handel mit dem Auslande erlaubt ist, einzukehren. Sie werden in jedem beliebigen Theil der genannten Länder sich aufhalten oder leben dürfen, um ihren Geschäften nachzugehen, um Waaren zu kaufen und verkaufen, und denselben Schutz wie die Landeseinwohner genießen, jedenfalls aber unter der Bedingung, daß sie sich den daselbst in Kraft stehenden Gesetzen und Verordnungen unterwerfen. Art. 2. Die belgischen Schiffe, welche in Ballast oder mit Gütern in die Hafen Rußlands einlaufen oder von da absegeln, und ungetehrt, die russischen Schiffe, welche in Ballast oder mit Gütern in die belgischen Hafen einlaufen oder von da absegeln, welches auch der Ort sei, von wo sie kommen oder wohin sie gehen, werden keine andern Tonnage-, Flaggen-, Hafen-Lootsen-, Anker-, Bugsir-, Leuchtturm-, Schleusen-Kanal-, Quarantaine-, Berge-, Courtage-, Entree-pot- oder andere Gelder oder Abgaben, welcher Art diese auch sein und welchen Namen sie führen mögen, zu wegen im Namen und zum Besten der Regierung, der Beamten, Privatpersonen, Gemeinden oder irgend welcher Anstalten erhoben werden, zu zahlen haben, als solche, denen die nationalen Schiffe bei ihrer Ankunft und während ihres Aufenthalts in diesen Häfen oder bei ihrer Abfahrt gegenwärtig unterworfen sind, oder in der Folge unterworfen werden können. Art. 3. Die Mannschaft der russischen Schiffe in den belgischen Hafen und ebenso die der belgischen Schiffe in den Hafen des russischen Reichs wird auf demselben Fuß wie die Mannschaft der Schiffe der in dieser Hinsicht am meisten begünstigten Nationen behandelt werden.

Neuestes.

† Algenau, 16. Juli. Heute Nachmittag um 4 Uhr entlud sich auf der Markung des Orts Kahl a. M. ein sehr starkes Gewitter, wobei durch den starken Regen und durch gefallene Schlossen die Feldfrüchte mit einem beträchtlichen Schaden von 2000 fl. vernichtet, und nebenbei auch noch viele Fenster an den Häusern zerschmettert worden.

Mannheim, 17. Juli. Heute hat das 2. Reiterregiment seinen Marsch nach Preußen angetreten.

Stuttgart, 16. Juli. Der Schwäb. Merkur hat eine Aufsehen erregende Beilage. Die Minister des positiv-gläubigen Protestantismus kunden den Grundzug eines Privatgymnasiums an, dessen Hauptzweck ist, christliche Erziehung zu pflegen. Die Anhänger des positiven Christenthums und Freunde der Unterrichtsfreiheit können über diesen Schritt nur erfreut sein.

Stuttgart, 17 Juli. Der Staatsanzeiger veröffentlicht ein k. Reskript vom 14. d., worin die Bitte der ausgelosten Landesversammlung um allgemeine Amnestie abschlägig beschieden wird.

Kassel, 15. Juli. Die sogg. Regierung hat durch ihren Bevollmächtigten den Wunsch ausgesprochen, es möge sich die Zollconferenz vor allen Dingen mit der Frage des Anschlusses einerseits von Nordeutschland, andererseits der österr. Gesammtmonarchie beschäftigen, und erst dann zu principiellen Zollunterungen übergehen, wenn entweder hier ist, daß hierbeiden für die Erledigung

der schwebenden Ausschußfragen nicht hinderlich sind, oder wenn man sich allgemein übereinigt hält, daß die Lösung dieser Fragen noch zu fern liegt, um sich dadurch vom Vorschreiten abhalten zu lassen. Nach Erledigung dieser Vorfragen wird sich Sachsen der Verhandlung über den Tarif nicht entgegenstellen, falls die Absicht, daß damit vorgeschritten sei, laut Uebereinkunft hat.

Dresden, 16. Juli. Die 1. Kammer berathschlagte sich in der heute abgehaltenen ersten Präliminarsitzung mit der Wahl der drei Candidaten für die Stelle des Vicepräsidenten der Kammer; die Wahl fiel auf die Herren Bürgermeister Gottschall, Freiherr v. Friesen und Freiherr v. Schönberg-Wiesa, von denen der Letztere die Stelle des Vicepräsidenten bereits während des Landtags von 1848 bekleidet. Auch die 2. Kammer ist heute beschlußfähig geworden, indem 50 Mitglieder sich angemeldet haben. L. Z.

Berlin, 16. Juli. In der heutigen Sitzung des provisorischen Fürstencollegiums wurden die noch fehlenden zustimmenden Erklärungen zu dem preußischen Antrage auf Verlängerung des Provisoriums der Union hiermit aus drei Monate übergeben.

△ London, 15. Juli. Der amerikanische Gesandte in Lissabon Mr. Clay nimmt seine Pässe.

C Paris, 16. Juli. Das Freischießen wird mit 392 gegen 285 Stimmen angenommen.

Mittheilung der Gründe,

welche die verfaßte Auflösung der in Sachsen bestehenden Arbeitervereine veranlaßt haben.

Dresden, 4. Juli 1850.

(Fortsetzung.) Zu Mitgliedern desselben wurden auf der dahiesigen Generalversammlung im Monat Februar dieses Jahres, nachdem Kiel und Bon schon im Jahre 1848 Sachsen verlassen hatten, drei Personen gewählt, nämlich Schneuniger aus Essen bei Eberfeld, Reuß aus Würzburg und Gangloff aus Leipzig. Dem Centralcomite zur Seite und gewissermaßen zur Controle desselben besteht ein Verwaltungsrath, welcher aus den Deputirten der Arbeitervereine zu Berlin, Hamburg, Bremen, Breslau, Würzburg, Frankfurt a. M. und Königsberg gebildet wird. — Dagegen sind dem Centralcomite untergeordnet die Bezirkscomites, von denen Einzelne zu besonderen Bereichen erhoben worden sind, und unter ihnen stehen die Localcomites und Localvereine. Zu weiterer Ausführung dieser Organisation ist in einem Schreiben des Centralcomitée an das Bezirkscomite in Leipzig, d. d. 28. März 1850 (unterzeichnet: Schneuniger, Reuß, Gangloff), unter Anderem Folgendes gesagt:

„Nach Beschluß der Generalversammlung der Aeltester (26. Febr. 1850) wurde das Organisationswesen dem Centralcomite übertragen. Indem wir Euch hiermit das Resultat einer organisatorischen Vorarbeit mittheilen, bemerken wir vorerst, daß wir es für nöthig fanden, außer den auf der Generalversammlung zum Verwaltungsrath bestimmten Städten, Euch in unserem Plane als Vorort des Bezirksvereins Leipzig aufzustellen. Ebenso hielten wir es für nöthig, Goppingen dieselbe Charge zu ertheilen ꝛc. Die Vororte sind Leipzig, Berlin, Bremen, Breslau, Frankfurt a. M., Goppingen, Hamburg, Königsberg, Würzburg. Der Vorort Leipzig umfaßt: das Königreich Sachsen, die sächsischen und anhaltischen Herzogthümer, die schwarzburgischen Fürstenthümer und die preuß. Provinz Sachsen mit Ausschluß des nordwestlichen Theils Magdeburg. Für den Verwaltungsrath sind als Bezirkscomités vorgeschlagen: Nürnberg, Bayern, Bernburg, Chemnitz, Koburg, Dessau, Dresden, Gera, Halle, Köthen, Plauen, Stuhl, Weimar, Zittau."

Als Organ für die sämmtlichen deutschen Arbeitervereine ist die unter dem Namen „der Verbrüderung" in Leipzig erscheinende, von Gangloff redigirte Zeitschrift bestimmt worden. Zum Beweise nun, daß die deutschen und insbesondere auch die sächsischen Arbeitervereine nicht blos die oben angegebenen ostensiblen Zwecke verfolgen, sondern seit dem Jahre 1848 bis auf die neueste Zeit sich auch mit politischen, diesen Zwecken fremdartigen Angelegenheiten beschäftigen und namentlich staatsgefährlichen Bestrebungen sich widmen, werden folgende, aus den amtlich in Beschlag genommenen Schriften des Centralcomité in Leipzig und anderer Arbeitervereine wörtlich entnommene Mittheilungen dienen. I. Aus den Zuschriften, welche an das Centralcomite in Leipzig von verschiedenen Arbeitervereinen gelangt sind, ist folgendes zu entnehmen gewesen: 1) Der Arbeitervereis zu Plauen im Voigtlande sagt in einem Schreiben, d. d. 12. Nov. 1848 (unterzeichnet: Kaufmann F. E. Lang, als Obmann, und Herrmann Onaas, als Schriftführer), unter Anderem:

„Bald — hoffen wir — wird sich, trotz Kanonen und Bajonetten, das Princip der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in allen deutschen Gauen entfalten und Trag vertilgen; blutig roth und golden wird es weben auf den stolzesten Zinnen."

2) Der Arbeitervereein zu Hannover (Z. Behre, Präsident, und W. W. Schrader, Secretär) schreibt unterm 4. Dez. 1848:

„Wir erkennen an, daß die ganze sociale Stellung der menschlichen Gesellschaft einer durchgreifenden Reform bedarf; allein wir glauben, daß die Staatsmacht bei so energischen Veränderungen, wie sie sie beabsichtigt, zerbrochen werden müsse, selbst wenn wir die Macht hätten, dieselben durchzuführen, eine Macht, die uns aber gänzlich fehlt."

3) Der Arbeiterverein in Bremen (Meyer, Präsident) schreibt unterm 15. Dez. 1848:

„Wir werden stets treu zur Seite stehen, wenn es das redliche Streben der Association, sei's auch im Kampfe für das höhste Gut des Lebens, für die uns so widerrechtlich vorenthaltene Freiheit. Wir werden uns stets Euern Beschlüssen anschließen, und einstweilen im Stillen Stein auf Stein legen zu dem großen Bau, dessen Grundbein Ihr bereits gelegt habt. In Beziehung hierauf legen wir Euch die Frage vor, ob wir und dem Märzverein anschließen sollen, und was Ihr zu thun gedenkt. Was die grünen Frankfurter anlangt, so danken wir für Eure Mittheilung, wir sind zugleich eine Warnung sein für Reich ist die Farbe, welcher wir zuschwören wollen, und sollten wir sie mit unserem rothen Herzblute erkaufen."

4) Das Arbeitervereine zu Kiel (unterzeichnet A. Christiansen, Vorsitzender,) schreibt unterm 18. Dez. 1848 an das Centralcomite in Leipzig:

„Zwei Punkte der Neuzeit sind es hauptsächlich, auf die jeder Freund der Freiheit und der Menschenrechte seine Blicke richten muß, nemlich die deutsche Arbeiterverbrüderung und der in Frankfurt a. M. gegründete Märzverein. Wir rufen beiden ein „Glück auf" zu und wünschen, daß alle Freigesinnte sich der dieser Bewegung anschließen."

5) Der Chemnitzer Arbeiterverein (unterzeichnet Kieselhausen) schreibt unterm 26. März 1849 als Antwort:

„Der Verein hat wenig Geldmittel, aber auch nicht den Willen, seine Mittel zu Zwecken verwenden zu lassen, welche ihm nicht mitgetheilt werden dürfen."

6) Der Gesellenverein in Glogau (Kieschke, Ordner und Gesellen, Schriftführer) schreibt unterm 26. März 1849:

„Brüder! Bereits bei Euren Bestrebungen, es wird doch einmal die Zeit kommen, und das vielleicht bald, daß Deutschland Ein Staat wird, daß die schändliche Diplomatie unterliegt, und daß das Recht die Oberhand hat; dann, Brüder, wollen wir und das Recht nicht mehr nehmen lassen, und der Wohlthaten, den sich der hiesige Gesellenverein als Dreist in seine neue Fahne als Gedächtnißfeier des 18. März gesetzt hat: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!" wird in allen Deutschen Gauen wiederhallen."

(Forts. folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Bekanntmachung.

In der Nachlaßsache des Kaspar Groß dahier werden die unter beschriebenen Wohnsätze am 1. Jul. 1850 und 315 der öffentlichen Versteigerung ausgesetzt, und hiezu Tagfahrt auf

Mittwoch den 31. Juli l. Js.
Früh 10 Uhr

im G.-Zimmer Nr. 6 anberaumt, wozu Steigerungslustige eingeladen werden.

Würzburg, den 10. Juli 1850.

Kgl. Kreis- und Stadtgericht.
Der K. Direktor Seuffert.
Steppes.

Hessinger.

Beschreibung der beiden Häuser.

1) Das Wohnhaus Nr. 314 D. l. ist 29' lang, 40' tief und hat einen Flächeninhalt von 20' lang und 14' tief.

Das Ganze ist 2 Stockwerte hoch, theils aus Stein, theils aus Fachwerk erbaut und mit Breitziegeln gedeckt.

Der bauliche Zustand ist gut und der Inhalt folgender:

a) in der Erde und theils im 1. Stock:
1 gewölbter Keller, Vorplatz, Holzlage, Waschküche mit kupfernem Kessel und Staffung für 2 Pferde;

b) im 2. Stock:
Vorplatz, 2 heizbare und 2 unheizbare Zimmer, 2 Küchen und 1 Abtritt;

c) auf dem ersten Dachboden:
Vorplatz, 3 Kammern, und freier Bodenraum, daraber ein zweiter freier Boden.

d) Vor dem Hause befindet sich 1 Hofchen, in demselben
2 Schweinställe und Dunggrube.

e) Hinter dem Hause
1 kleiner Gemüsegarten.

2) Das Haus Nr. 315 D. l. ist 33' lang, 40' tief und hat einen Vorbau von 20½' lang und 14½' tief.

Das Ganze ist 2 Stockwerte hoch, aus Stein und Fachwerk erbaut und mit Ziegeln gedeckt.

Der bauliche Zustand ist gut und der Gelaß folgender:

a) in der Erde ein gewölbter Keller mit einer 30 Fuder in Eisen gebundene Fässer;

b) im 1. Stock: Vorplatz, Holzlage, Stallung für 2 Pferde und Waschküche mit Kessel;

c) im 2. Stock: Vorplatz und Gang, 3 heizbare Zimmer, 1 Alkoven und 1 unheizbares Zimmer sammt 2 Küchen;

d) auf dem ersten Dachboden: Vorplatz, 1 heizbares Mezanen-Zimmer, 4 Kammern und daraber noch ein zweiter freier Boden;

e) vor dem Hause befindet sich ein Hofchen, darin ein Gebäude 1 Stock hoch, Schweinställe und Abtritt enthaltend;

f) hinter dem Hause befindet sich eine 1 Stock hohe Halle aus Holzwerk, darunter eine Kalter.

g) Rückwärts gegen die Sackgasse steht ein Bau, eine Schrune und ein Garten-Zimmer enthaltend, 34' lang 35½' tief, 1½ Stock hoch, ganz aus Steinen gebaut und mit Breitziegeln gedeckt.

Zwischen diesem Hinterbaue und dem Wohnhause befindet sich ein kleiner Garten und in demselben ein Pumpbrunnen.

* Würzburg, 19. Juli, Vorm. 11 Uhr. So eben allarmirten Feuersignale die Stadt — glücklicherweise ohne erheblche Ursache; denn während wir diese Zeilen niederschreiben, ist der Brand bereits erloschen, welcher in einem Kamin jenes Seitengebäudes des Julius-Hospitals, welches die Anstalt für weibliche Irren enthält, entstanden war.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrannhofe 2. Distr. Nr. 535.
Einrückungsgebühr: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 173. Würzburg, Samstag den 20. Juli. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Der Caplan Wilhelm Eck zu Wirtheim wurde als Pfarrvikar nach Winterhaud versetzt.

Landtagsverhandlungen.

München, 18. Juli. (CLVI. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Die Galerien sind besetzt. Am Ministertische: v. Kleinschrod, v. Ringelmann, v. Aschenbrenner und mehrere Ministerialräthe. Der I. Präsident eröffnet um 9/4 Uhr die Sitzung. Nach Verlesung des letzten Sitzungsprotokolls gibt derselbe folgende Erklärung Namens der Kammer ab. — Hr. Abg. Reinhart hat in der 32. Sitzung den königl. Landrichter Weiß einen Aktenfasser genannt. Es wurde der Nachweis dieser Beschuldigung von Seite der hohen Kammer in der gestrigen geheimen Sitzung verlangt. — Da Hr. Reinhart denselben nicht vorlegen konnte, erklärte die Kammer einstimmig, daß jene Beschuldigung als unwahr und falsch erkannt werde. Demnach spreche sie öffentlich ihre Mißbilligung aus und habe das Präsidium beauftragt, Hrn. Reinhart nachträglich zur Ordnung zu verweisen. — Als Reinhart reden wollte, erklärte der Präsident ihm in dieser Sache das Wort nicht geben zu können, sondern ersuche ihn, sitzen zu bleiben. (Reinhart setzt sich lachend nieder.) — Abg. Nar. L. Seitz, er stattet mit Vortrag Namens des Ausschusses zur die Prüfung des archivarischen Rechenschaftsberichtes über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe: „den Rechenschaftsbericht des Landtagsarchivars betr.“ Den Anträgen der Reichsrathskammer wurde in hierauf erfolgter Schlußfassung beigestimmt. — Abg. Schüttern erstattet hierauf Vortrag a) über den Antrag des Frhrn. v. Lerchenfeld: „die Gehalts- und Rangverhältnisse der Beamten betr.;“ b) über die Nothschulden in der Oberpfalz und Oberfranken. Beide Anträge wurden nach Beschluß der Kammer dem Ministerium zur Würdigung übergeben. Es wird nun vom Abg. Arbogast Vortrag erstattet: a) über den Antrag des Abg. Degenbart, „die Vereinfachung des Steuererreptions- u. Umschreibegeschäftes betr.;“ b) über die Vorstellungen der Gemeindevorsteherverwaltungen des vormals badischen Amtes Steinfeld, „die Umschreibegebühren betr.“ Der Ausschußantrag lautet: es seyen diese beiden Vorlagen der Staatsregierung zu geeigneter Berücksichtigung bei der Reorganisation der Rentamtsinstruktion, bei Revision der Tagesordnung und den bezüglich des Umschreibegeschäftes zu treffenden administrativen Anordnungen zu übergeben; zugleich aber sei die Beschwerde der Gemeindevorsteherverwaltungen wegen Ueberschreitung der Taxordnung vom Jahre 1810 zur Untersuchung und ergehenden Falles zur sofortigen Beseitigung besonders zu empfehlen. — Nachdem Referent Heigl Vortrag über den Gesetzesentwurf: „die Bestrafung der Jagdfrevel betr.“ erstattet hatte, wurde sogleich, um noch Gesammtbeschluß zu erzielen, die Berathung hierüber beschlossen. Nach ganz kurzer allgemeiner Debatte wird zur speziellen Discussion übergegangen. Art. 1 lautet: „des Jagdfrevels macht sich schuldig, wer in einem fremden Jagdbezirk ohne Einwilligung des Berechtigten entweder 1) die Jagd ausübt, oder 2) in anderer Weise ein zu der Gattung des Wildes gehörendes Thier, welches noch nicht auf kenntbare Art in Besitz genommen ist, sich zueignet oder außer dem Falle der persönlichen Nothwehr tödtet oder verletzt; oder 3) zum Fangen des Wildes Schlingen stellt, Fallen aufrichtet oder ähnliche Vorrichtungen trifft; oder 4) die Nester der Auer-, Birk-, Fasirl- und Feldhühner, der Wildenten, Fasanen oder den in den Mooren brütenden Federwildes ausbeb oder zerstört.“ Der Ausschuß beantragt folgenden Zusatz anzufügen: „Die Tödtung eines Raubthieres im Hofraume oder umzäunten Garten ist hievon ausgenommen.“ — Pitzner beantragt das Wort „absichtlich“ in Nr. 2, nach dem Wort Nothwehr in Nr. 4 nach den Worten außerhalb oder einzufügen — letzter Antrag wird abgewiesen, der Antrag des Ausschusses angenommen. Art. 2 lautet: „Des im Art. 1 Ziff. 1 erwähnten Jagdfrevels macht sich gleichfalls schuldig: 1) wer einen fremden Jagdbezirk außer der Landstraße oder einem gewöhnlichen Verbindungswege mit einem Schießgewehr oder einem andern zum Tödten oder Einfangen des Wildes geeigneten Werkzeug betritt, insofern nicht bestimmte Gründe für die Annahme vorliegen, daß er keinen Jagdfrevel beabsichtigt habe; 2) wer ein von ihm angeschossenes Wild ohne Einwilligung des Berechtigten in einen fremden Jagdbezirk verfolgt oder durch Hunde verfolgen läßt.“ Der Ausschuß schlägt vor, die Worte „oder durch Hunde verfolgen läßt“ abzustreichen, in welcher Fassung derselbe angenommen wird. Art. 3 lautet: „Der Jagdfrevel wird als Polizeiübertretung bestraft: 1) mit Gefängniß bis zu der Dauer von 8 Tagen oder mit Geldbuße bis zum Betrag von 25 fl., wenn die Verletzung des Jagdrechts ohne Schießgewehr geschieht; 2) mit Gefängniß von 8—14 Tagen oder mit einer Geldbuße von 25—50 fl., wenn die Verletzung des Jagdrechts mit einem Schießgewehr begangen wird.“ — Meixner beantragt den Artikel folgender Fassung zu geben: „Der Jagdfrevel wird als Polizeiübertretung bestraft mit Gefängnißstrafe von 8 Tagen bis 4 Wochen oder mit Geldbuße von 15—50 fl., wenn die Verletzung des Jagdrechts mit einem Schießgewehr oder durch Schlingenlegen begangen wird. Diese Fassung wird jedoch abgelehnt und diejenige des Regierungsentwurfes genommen. Die nächsten Artikel werden in folgender Fassung ohne Debatte angenommen: „Art. 4: Der Jagdfrevel wird als Vergehen bestraft: 1) mit Gefängniß von 14 Tagen bis zu 3 Monaten, a) wenn die Verletzung des Jagdrechtes in einem Weinberge oder auf einem in Art. 2 Ziffer 1 und 2 des Gesetzes über die Ausübung der Jagd vom 30. März 1850 bezeichneten Grundstücke, oder b) mit einer Wurfbüchse, mit einem mit Schießbaumwolle geladenen Gewehre oder mit einem Schießgewehre begangen wird, welches so eingerichtet ist, daß es auf außergewöhnliche Art gereizt und verborgen getragen oder nicht auf den ersten Anblick als Schießgewehr erkannt werden kann, oder c) wenn der Jagdfrevler, welcher von einem Gendarmen oder einer andern obrigkeitlichen Person, von einer für den Jagdschutz angestellten oder verpflichteten Person in dem fremden Jagdbezirke betreten u. zur Uebergabe des Schießgewehres aufgefordert wird, dieselbe verweigert, oder d) wenn der Jagdfrevel in Gesellschaft von 2 oder mehreren mit Schießgewehren versehenen Personen verübt wird; 2) mit Gefängniß von 6 Wochen bis zu 1 Jahr, a) wenn der Jagdfrevel von einer zum Wilderschießen vereinigten Rotte verübt wird, oder b) wenn der Jagdfrevler bereits zweimal auf dem Grunde des gegenwärtigen Gesetzes eigend eine Strafe verhängt worden ist, oder c) der Jagdfrevler sich vermummt oder auf andere Weise unkenntlich zu machen gesucht hat.“ Art. 5. Hat der Jagdfrevler gegen irgend eine Person, von welcher er in dem fremden Jagdbezirke betreten wurde, gefährliche Drohungen oder Gewalt gebraucht, so ist derselbe mit folgenden Strafen zu belegen: 1) mit Gefängniß von 14 Tagen bis zu 6 Monaten (als Vergehensstrafe) wenn er einer solchen Person eine wegen als Verbrechen noch als Vergehen strafbare körperliche Mißhandlung zugefügt hat; 2) mit Gefängniß von 4 Wochen bis zu 1 Jahr (als Vergehensstrafe), wenn er eine solche Person auf Tod oder Leben bedroht hat; 3) mit Strafarbeitshaus von 2—4 Jahren, wenn er auf dieselbe geschossen hat, selbst wenn dieß keine Verwundung zur Folge gehabt haben sollte. Diese Strafen kommen jedoch nur dann in Anwendung, wenn nicht in Gemäßheit der Bestimmungen des Strafgesetzbuches eine höhere Strafe verwirkt ist. Art. 6. In Ansehung der als Verbrechen oder Vergehen strafbaren Jagdfrevel richtet sich die Bestrafung des Versuches, der Hülfeleistung und der Begünstigung nach den einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches. Bei den als Polizei-Uebertretungen strafbaren Jagdfreveln sind die Hülfeleistung und Begünstigung mit einer Gefängnißstrafe bis zu der Dauer von 8 Tagen oder mit einer Geldbuße bis zum Betrage von 25 Gulden zu bestrafen. Art. 7. In allen Fällen ist neben der gesetzlichen Strafe und der Verbindlichkeit zum Schadenersatze die Konfiskation der Schießgewehre und anderer zu Tödten oder Einfangen des Wildes geeigneter Werkzeuge auszusprechen. Wenn das Schießgewehr nicht herbeizuschaffen ist, so wird der Jagdfrevler außer der Hauptstrafe in eine Geldbuße von 5 bis 24 Gulden verurtheilt, welche unter den im Strafgesetzbuche für die Umwandlung der Geld- in Gefängnißstrafe aufgestellten Voraussetzungen in die entsprechende Freiheitsstrafe umzuwandeln ist. Art. 8. Hat Jemand in einer und derselben Handlung Uebertretungen und die gegenwärtigen Gesetzes und des Gesetzes über die Ausübung der Jagd vom 30. März 1850 begangen, so sind sie für jede einzelne Uebertretungen verwirkten Strafen, insoweit sie ihrer Natur nach nebeneinander bestehen können, gleichzeitig gegen denselben auszusprechen. Art. 9. Bei den als Verbrechen oder als Vergehen strafbaren Jagdfrevels kommen hinsichtlich der Untersuchung und Aburtheilung die Vorschriften der allgemeinen Strafverordnung zur Anwendung. Bei den als Polizei-Uebertretungen bezeichneten Jagdfrevels erfolgt die Untersuchung und Aburtheilung nach den für die Behandlung von Polizeistrafsachen bestehenden Vorschriften durch die Gerichtsstelle erster Instanz, in

deren Beginn die Uebertretung begangen wurde. Gegen die Ausspruche derselben ist eine Berufung an das nächstobere Gericht innerhalb vierzehn Tagen vom Tage der Eröffnung des Urtheils angerechnet, zulässig. Auch die Verhandlung der auf frischer That betretenen Landstreicher, und das Verhalten gegen dieselben richtet sich nun nach den allgemeinen Vorschriften über das Verhalten gegen Gesetzes-Uebertreter, welche auf frischer That betroffen werden. Art. 14. Die in den Landestheilen diesseits des Rheines bestehenden Gesetze, Verordnungen und Gewohnheitsrechte über die Bestrafung der Landstreicherei und des Bettels, sind hiemit aufgehoben. Es wird nun über das ganze Gesetz, namentlich abgestimmt, und dasselbe mit 121 gegen 1 Stimme (Reinhart) angenommen. Der Präsident schließt hierauf die Sitzung um 11½ Uhr, nachdem noch die heutigen Beschlüsse verlesen waren, auf Sonntag Abgeordneten zu einer Abendsitzung auf 5 Uhr ein. Morgen ist um 9 Uhr gehrme Sitzung zur Wahl eines Schutzcentralgausschusses.

Deutschland.

□ München, 18. Juli. Die Schleswig-Holsteinische Sache beschäftigt hier alle Gemüther. Auch in den hohen Kreisen findet man nicht Viele, die das Gefühl der Erniedrigung der Deutschland erleidet, nicht theilten. Es sind dieß meist ältere Leute, deren beste Jahre in die Zeit gefallen sein mögen, wo man in Deutschland französische Moden als an etwas sich von selbst verstehendes gewöhnt war, oder Bureaukraten, die dieß Alles zwar beauertich, aber ganz natürlich finden, weil es ja auf dem Wege der Schreiberei kunftgerecht und von tausenderlei Aufsichten gehörig in Stand gekommen. Wenn der preußisch-danische Krieg jetzt von den übrigen deutschen Regierungen entschieden wird, so mag man dann als Grund angeben, was man will, so viel steht fest, daß das politisch-nationale Selbstbewußtsein Deutschlands tiefer heruntergesunken ist wie jemals, als es dieß je zur Zeit der altbundestäglichen Herrlichkeit war, und man wird jenen friedensstiftenden Diplomaten mit mehr Recht, als Hannau dem ihn abdankenden Ministerium, den Vorwurf machen können, daß sie Deutschland in die Hände der Demokratie spielen wollen. Doch was klage ich die deutschen Diplomaten an! Es sind ja die fremden, die diesen Frieden Deutschland aufzwingen. Und da läßt sich doch dazu gar nicht einsehen, wie die wünschen können, daß in Deutschland die Demokratie sich rege. Sie beabsichtigen ja weiter nichts, als Deutschland um einen Kopf kürzer zu machen. Und auch daß in eigentlich nicht so arg, als es auf den ersten Anblick sich darstellt, denn Deutschland hat ja immer noch Köpfe genug.

München, 18. Juli. Eingetroffenen Nachrichten aus Eichstädt zufolge ist Se. k. Hoh. der Herzog von Leuchtenberg gestern Abends von dort nach Petersburg abgereist. Dessen erlauchte Mutter, die Frau Herzogin von Leuchtenberg, ist bereits wieder hier eingetroffen. — Wie heute das Gerücht verlautet, soll der Beschluß des Gesammtministeriums in Betreff des Friedensabschlusses zwischen Preußen und Dänemark die allerbeste Genehmigung erhalten, gestern mittelst Kourier im Ministerium des Aeußern von Aachen angelangt und heute als Antwort auf die preußische Note nach Berlin abgegangen sein. — Kurz vor seiner Abreise hat König Ludwig an die mit der Auffüllung der Bavaria beschäftigten Arbeiter 1000 fl. eigenhändig vertheilt. — Seit Kurzem verweilt der kgl. bayr. Gesandte am griechischen Hofe, Frhr. v. Perglas in unserer Hauptstadt. — Lieutenant v. Boutevelle hat quittirt und ist nach Schleswig-Holstein abgegangen. (A. Z.)

Schleswig-Holst. Angelegenheiten

Schleswig, 15. Juli. Heute Morgen zogen das 7. preußische Infanterie-Regiment und eine Schwadron preußischer Husaren von hier in ihre Heimath. (H. N.)

Husum, 13. Juli. Am heutigen Morgen sind die preußischen Truppen (das 8. Bataillon des 12. Regiments) von hier in alle Stille zurückgezogen. (H. T. B.)

Kiel, 16. Juli. Unser Hafen, welcher seit einigen Tagen auf Anordnung unserer Behörden für ausgehende Schiffe geschlossen war, ist seit heute Morgen 4 Uhr wieder geöffnet. Die Dänen haben in den Häfen Fahrenß, Alsas und den östlichen Jütland 80 Schiffe zum Transporte von Truppen und Armeematerial requirirt; es kamen in diesen Tagen hier Schiffe fremder Nationen zum Auslaufen an, welche jetzt sonst nie der Fall ist. Auch sind die Dänen im Besitze von Prahmen, welche zur Ausschiffung von Cavallerie eingerichtet sind. (H. C.)

Kiel, 17. Juli. Der Commandeur des Platzes hat den neutralen Consuln die Anzeige von der bevorstehenden Oeffnung des Hafens gemacht. Die Zunscher Armee soll betragen auf Alsen 10,000 Mann, auf Fünen 10,000 Mann, in Jütland 25,000 (?) Mann.

Kiel, 16. Juli. Dänische Kriegsschiffe haben zwei kleinere holsteinische Schiffe aufgebracht. (B. T. B.)

Rendsburg, 15. Juli. Die Dänen sind schon diesseits Flensburg gesehen worden und sollen, wie man sagt, mit 10,000 Mann in und um Flensburg stehen. (H. N.)

Hannover, 15. Juli. In wohlunterrichteten Kreisen weiß man hier, daß Baron Pechlin vorgestern zur Berathung der Vorschläge Laurburg übernommen habe. Die meisten vom Graf Kielmansegge angestellten Beamten sind auf ihren Posten betassen. (Nordorf. Z.)

Altona, 16. Juli, Abends. Die dänischen Quartiermacher sind am Sonnabend in Flensburg eingetroffen und haben alle Quartiere bestellt haben. Auflagen von Reisenden zufolge werden sie gestern Nachmittag um 4 Uhr noch nicht befolgt angelangt. (H. C.)

Schrup, 14. Juli. Ein Geschwader russischer Kriegsschiffe zeigte sich gestern auf der Rhede von Düttelsiel, wurde sie ein Manöver ausführten. Ein großer Schonnaumpfer, der bis Sonderburg ging, erregte große Aufmerksamkeit, theils durch seine Größe, theils durch die Langsamkeit seiner Bewegung. — Die Kriegsschiffe liegen noch ruhig da. — In Apenrade und Flensburg ist Einquartirung angesagt; man soll Schewen und Stalle säubern, Stroh anschaffen ꝛc. (B.-H.)

Von der Niederelbe, 16. Juli. Unter großem Jubel der Bevölkerung Schleswigs zog gestern Mittag der General v. Wilisen und der Chef des schleswig-holst. Generalstabs, v. d. Tann, an der Spitze mehrerer Bataillone in die Stadt Schleswig ein. Das 2. schleswig-holst. Dragoner-Reg. zog durch Schleswig durch und stand gestern Abend in Jestedt, 2 St. nördlich. Im Ganzen sind bis jetzt von den Unserigen in das Schleswigsche eingerückt: 8 Bataillone Infanterie, 2 Jäger-Corps, 2 Regimenter Kavallerie und sechs Batterien Artillerie. Wie weit die Dänen im Schleswigschen schon vorgerückt seien, darüber hat man bis jetzt noch keine bestimmte Nachricht, obwohl man davon unterrichtet ist, daß sie von zwei Seiten die Occupirung Nordschleswigs in das Werk gesetzt haben, von Kolding aus und von Alsen. Nach unverbürgten Gerüchten sollen sie von Alsen her übernachtend Mann stark das Sundewitt'sche und die ehemaligen Düppeler Schanzen besetzt haben. Sie sollen viel Artillerie, aber wenig Kavallerie mit sich führen.

Die schleswig-holsteinischen Kanonenboote sind durch den Kanal in die Nordsee gegangen. Eine dänische Kriegsdampfer ist bei Föl, dem einzigen Städtchen auf der Insel Sylt, Anker gewofen, und da der Landvogt Jensen auf Sylt, ehemaliges Mitglied der schleswig-holsteinischen Landesversammlung, die richtige Vermuthung hegte, daß diese Corvette auf Pressung der Sylter Steuerleute ausgehe, so hat er denselben den Leuten davon einen Wink gegeben, die auch sofort die Insel verlassen haben. Die Insel Sylt, deren Bewohner, urbst der nabeliegenden Insel Amrum, als tüchtige Seeleute weit und breit berühmt sind, gehört zum Herzogthume Schleswig. (D. R)

Kiel, 16. Juli. Es haben sich gestern die Schiffe nach Flensburg zur Einschiffung concentrirt. (D. R.)

Altona, 17. Juli. Der Krieg ist heute morgen durch 84 Kanonenschüsse von der Neuen Schanze in Rendsburg militärisch publizirt worden. Die Dänen hatten, wie uns ein mit dem Bahnzuge kommender Offizier versichert, einen Parlamentär geschickt, welcher eine dreistündige Auffrung der Feindseligkeiten des Krieges forderte. Doch diese Forderung „abgelehnt. Heute wollten die Dänen in Flensburg einrücken, wenn ihnen nicht unsere Truppen zuvorkommen, welche gleichfalls dicht vor Flensburg stehen. — Eckernförde ist vollständig armirt, wie die Dänen sich zu überzeugen Gelegenheit hatten. Ein russisches Dampfschiff, welches sich in den Flensburger Hafen zu weit hineinwagte, sitzt fest; da es 21 Fuß tief geht, konnte es nicht mehr zurück. — Holnis soll von unserer Artillerie besetzt sein, wodurch die Dänen in Flensburg in große Verlegenheit gerathen würden, da Holnis die Einfahrt in den Flensburger Hafen beherrscht. Die Dänen haben zwar eine große Anzahl von Schiffen zum Transport des Heeres und der Armeebedürfnisse gebungen, würden aber jetzt von jener Seite her nicht einlaufen können. (N. Kor.)

Mainz, 18. Juli. Bekanntlich hat die Demokratie schon vor längerer Zeit das Gelobnik abgelegt, daß sie und durch Mittheilung ihrer Ansichtsücke erkennen wolle; da indessen zu unserem nicht geringen Bedauern uns von der Seite bis jetzt nichts Bemerkenswerthes zugekommen ist, so wird die löbliche Demokratie es uns nicht verübeln, wenn wir sie durch Mittheilung ihrer Ansichtsücke erfreuen. Das neueste dieser Dokumente, über welches wir verfügen können, ist ein sehr interessanter Beitrag zur Geschichte des Kampfes, der im vorigen Jahre „für die Reichsverfassung" in Rheinhessen geführt wurde, es ist das Begründungsschreiben, welches die damalige provisorische Regierung der Pfalz dem als „Gesandten" nach Paris geschickten Bürger Jakob Schüz von Mainz mit auf den Weg gegeben hat, und lautet wie folgt: „Im Namen des Volkes der Pfalz! Durch Gegenwärtiges wird der Bürger Schüz von Mainz, Mitglied der constituirenden Versammlung zu Frankfurt, als Geschäftsträger für letzteres Land bei der französischen Regierung (soll wohl heißen: beim Gouvernement des Prince-Napoleon) in Paris ernannt. Er hat die besondere Pflicht, den Verbindungsmitteln und Generalen, oder auch dadurch, daß sie ihre Truppen gegen die Preußen marschiren lasse, welche auf dem Punkte stehen, in unser Land einzubrechen. Dem zur Urkunde haben wir unterzeichnet: Die provisorische Regierung der Pfalz. N. Schlaich. Friedr. Jos. Greiner. Kaiserslautern, 26. Mai 1849." — In der That, es lebe „die deutsche Reichsverfassung", der durch französische Munition und französische Generale auf die Beine geholfen worden sollte! Und gibt es wohl eine schmählichere, niederträchtigere Heuchelei als jene, welche damals mit dem Namen Volk getrieben worden ist? (M. J.)

Hadamar, 15. Juli. Heute Nachmittag rückten zwei Detachemente Nassauischer Linientruppen aus den Garnisonen Weilburg und Diez, unter dem Commando einiger Offiziere und in Begleitung von reitenden Gendarmen, in das katholische Dorf Langendernbach, — um daselbst einen evangelischen Schullehrer einzusetzen. (M. J.)

Digitized by Google

Dreizehn. 18. Juli, Vormittag. 11 Uhr. Die zweite Kammer hat heute die Candidaten für die Stellen des Präsidiums und Vicepräsidenten gewählt. Es sind gewählt worden: die HH. Haase, v. Griegern, v. d. Planitz und Oehme. (L. Z.)

Wien, 13. Juli. Im dem an der schweizerischen Grenze sehr großartig betriebenen Schleichhandel an Grube zu machen, ist längs der ganzen Strecke ein im Gebirge durch Reiterei unterstützter militärischer Grenzcordon gezogen worden. — Aus einer hiesigen Seidenfabrik wird nächstens ein seltenes Kunstprodukt hervorgehen. Es ist die ganze Reichsversaffung, umgeben und getragen von allegorischen Figuren in Seide gewirkt.

Hauptquartier Pest, 11. Juli 1850: Unterm Heutigen erließ Festzeugmeister Haynau folgenden Armeebefehl: Seine Majestät der Kaiser haben mich mit allerhöchster Entschließung vom 6. d. Mts. auf den Antrag des Ministeriums in den Reichsrand zu versetzen geruht, wenngleich ich das mir bisher anvertraute Armee-Kommando an den Hrn. Feldmarschall-Lieutenant und Kommandanten des zehnte Armeekorps, Grafen Wallmoden übergebe. — Hiedurch trete ich nunmehr aus dem Verbande der k. k. aktiven Armee, mit welcher ich durch eine Reihe von 34 Jahren in alle Schicksale und Gefahren, Ruhm und Sieg getheilt, der ich tief mit voller Seele angehörte, an die mich aber auch fortan ein unauflösliches Band theuerer mit glanzender Erinnerungen knüpfen wird. — Inobservanter werdet Ihr, Soldaten der treuen Armee, welche mir als Euer Führer den Befehlen gefolgen, und die Ihr noch vor nicht gar langer Zeit so glänzende Proben der Treue und Tapferkeit unter meiner Führung abgelegt, meinem Herzen ewig theuer bleiben. Ehe ich daher aus Euer Mitte scheide, will ich dem Drange meiner Gefühle folgend, Euch meinen herzlichen Dank aussprechen, für den Muth, die treue Hingebung und Aufopferung in Erfüllung Euer oft schweren Pflichten, für die musterhafte Ausdauer in den Stunden der Gefahr, durch welche es mir möglich gemacht wurde, die von meinem Kaiser und Herrn mir anvertraute Aufgabe glücklich zu lösen, und dadurch den bedrohten Bestand der Gesammt-Monarchie wieder sicher zu stellen. Stets werde ich mit Stolz und Ruhrung auf Eure muthigen Thaten, auf Eure den härtesten Entbehrungen aller Art trotzende hohe Selbstaufopferung blicken, wodurch es mir allein gelungen konnte, die Feinde des Thrones und Reiches so schnell und vollkommen zu vernichten. — Vorzüglich noch sage ich meinen lebhaftesten und warmsten Dank den Herren Armee-Kommandanten, sämmtlichen Herren Generalen u. Offizieren aller Grade, für die bei jeder Gelegenheit bewährte pünktliche und kräftige Ausführung meiner Anordnungen und Befehle, und ich kann mich genug anerkennen, wie in dieser Beziehung alle einen vollen Wetteifer an den Tag legten, um wie jener Einzelne derselben in seiner Wirkungssphäre seinen Untergebenen in allen Obsahren mit rühmlichem Beispiel vorangingen, ihnen als Muster vorleuchtete. — Soldaten! indem ich Euch hiemit meinen herzlichsten Scheidegruß zurufe, spreche ich die innige Ueberzeugung aus, daß unser vielgeliebte Kaiser in jeder neuen Gefahr auf Euch, tapfere Waffengefährten! auf Eure treue Hingebung und erprobte, unerschütterliche Festigkeit mit Zuversicht rechnen kann. — Zwar herrscht Friede jetzt, und nur der Friede allein kann bald die schweren Wunden heilen, welche unserem geliebten Vaterlande durch die bolschewistischen Umtriebe gegen einer verruchten Umsturzpartei geschlagen worden, aber noch ist er nicht völlig gesichert, noch stehen drohende Gewitterwolken am Horizonte der Völker und Staaten, welche sich plötzlich entladen, und Stürme, gewaltiger als die vergangenen, bringen können. Diese müssen Euch gerüstet finden, denn Euer Treue, Euer Tapferkeit und Disciplin ist die Ruhe und Ordnung, Größe und Selbstständigkeit der Monarchie anheimgegeben, und erst wenn Ihr unserem gemeinsamen Vaterlande den Genuß dieser Guter dauernd gesichert habt, kann die von Eurem Kaiser und Herrn anvertraute Aufgabe als vollkommen erfüllt angesehen werden. — Bietet daher fortan alle Kräfte auf, um im Augenblicke der Gefahr dieses edle Vertrauen auf das Glänzendste zu rechtfertigen — und sollten wirklich neue Gefahren hereinbrechen, und Ihr zum wiederholten Kampfe gegen äußere und innere Feinde unseres neu aufstehenden Reiches aufgerufen werden, dann werdet Ihr — bes bin ich gewiß — mit Freude Blut und Leben für die Rechte unseres kaiserlichen Herrn einsetzen, und neuen Ruhm und Sieg an Eure Fahnen fesseln. — Gottes Segen über Euren tapfern, braven Armee.

Berlin, 16. Juli. Die Genehmigung zur Abhaltung des für den September — unter Vorsitz des Hrn. Prof. Böckh — hier projectirten Congresses deutscher Philologen ist bereits ertheilt worden.

Oberhausen, 13. Juli. Gestern und heute entkamen hier um in der ganzen Umgegend weit und breit das Gerücht, daß auf unserm Rhein von Neuem geschossen und derselbe durch drei Schüsse getödtet sei. Das Gerücht verbreitete sich sogar bis Dinslaken, Wesel und weiter den Rhein herunter. Da die Sache überall die größte Besürzung hervorrief, so wurden sie genauesten Erkundigungen über den Verbrecher dessetben angestellt; indessen Alles vergebens. So eben erfahre ich nun, daß ein Beamter der Köln-Mindener Eisenbahn dieses heillose Gerücht zuerst ausgebracht und, da es ganz grundlos und vielleicht absichtlich erlogen, verhaftet sei, bis Untersuchung gegegen worden ist. Die Person ist mir nicht näher bezeichnet. — Der Korresp. der „Rhein.-Westph. Ztg.," der wie dieses einnehmen, sest hinzu: „Es bleibt zu wünschen, daß diese Untersuchung mit aller Strenge durchgeführt wird, damit die Staatsbehörden durch solchen Unfug kommt, wer dergleichen erlogene und falsche Gerüchte, welche in der jetzigen Zeit nie aus einer guten Quelle kommen, unter das Publikum bringt. Man will einen Coup vorbereiten, und der Kölner Appel an das Volk macht den Anfang damit!"

Frankreich.

Paris, 14. Juli. Die Erschrinung des großen Polarsternes von St. Petersburg, der Fürstin S***, am Himmel der Pariser Diplomatie, hat die hiesige feine Welt nicht wenig in Bewegung gesetzt. Die schöne Ausländerin wird in Paris allgemein als vorzugstand im Elysee angesehen. Ihre Liebenswürdigkeit ist auffallend, doch sind es gerade ihre Excentricitäten, durch die sie sich so interessant macht. Bei hellem Tage empfängt sie ihre Gesellschaften en grande toilette in erleuchteten Sälen und bei geschlossenen Fensterladen, damit das Tageslicht nicht eindringe. Um zehn Uhr des Nachts läßt sie sich ihre Pferde satteln, und dann galopirt sie, von einem anständlichen Herrengefolge begleitet, nach dem Bois de Boulogne, wo Alles aber diese neue Art von Kavalkade bei Mondschein entzückt ist. Zuweilen wird sie dabei vom Prasidenten Louis Napoleon und von englischen Gesandten Lord Normanby begleitet und sehr oft trabt die schöne Reiterin durch die Alleen des Gehölzes, bis der Tag graut. Die Fürstin ist von Geburt eine Polin und mit einem der höchsten um die Person des Kaisers beschäftigten Beamten vermählt. Sie ist von schmächtigem, zartem Wuchse, von ausgezeichneter Schönheit, und die reizenden Locken ihres goldenen Haares flattern ihr wie einer Fee um die Schultern. In der Diplomatie soll sie gewandt und erfahren sein. (Fr. P. Z.)

Neuestes.

* **Würzburg**, 20. Juli. Gestern erließ ein Comite von 27 Einwohnern dieiger Stadt einen Aufruf zu einer Volksversammlung auf Sonntag 21. Juli Vormittags 10 Uhr im Platz'schen Garten, um die bedrängte Lage der Schleswig Holsteiner zu berathen, u. das Comite durch wertere freiwillige Beitrittte zu erweitern

Frankfurt, 19. Juli. Das Frankfurter Journal schreibt: Die großentheils Bevollmächtigten hatten in den letzten Tagen wiederholte Sitzungen. Was sie beschäftigte, war, wie man vernimmt, nichts Geringeres, als die Einsetzung des engern Raths. Der Ausschuß von vier Bevollmächtigten (Graf Thun, v. Rostiz, Oetmer u. v. Meinhard) hatte schon am 16. Mai der Entwurf Oesterreichs zur Bildung einer provisorischen Centralgewalt zur Begutachtung überwiesen worden war, trägt in seinem Berichte, welcher in der Sitzung vom 15. d. M. der Versammlung vorgetragen wurde, darauf an: „Es möge die Versammlung die Einsetzung des engern Rathes beschließen, und demselben zunächst die Aufgabe der Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt überweisen. Die Vollmachtigten sind durchgängig für die Annahme des Anschauungs, welche dieser Tage um so eher erfolgen dürfte, als die Versuche zu einer Verständigung zwischen Wien und Berlin, wie man vernimmt, von keinem Erfolg begleitet waren, und somit jeder weitere Grund, zu zögern, für die großdeutschen Staaten weggefallen ist. Bemerkenswerth ist es, wie genannter Bericht des Ausschusses der Bundesversammlung sich über den Zweck der Einberufung der Plenarversammlung und deren Aufgabe ausspricht. Nach ihm war ihr erster Zweck vor Allem, die Wiederanerkennung der rechtlichen Zustande und ihrer Wirksamkeit zu bewirken. Ihre Aufgabe sei

„den wiedergewonnenen Rechtszustand als den Ausgangspunkt zur Entwickelung der auf Recht und Vertrag begründeten Verhältnisse zu betrachten. Sie soll getren den wiederholt und bestimmt gegebenen Zusicherungen der deutschen Regierungen, nicht über die Befugnisse, den Bedürfnissen der Gegenwart nicht mehr Entsprechenden zurückkehren, sondern dadurch den gerechten und billigen Ansprüchen allseitig und in allgemein bindender Form entsprechen, daß sie die Zustände in rechtsgültiger Kraft zur dauernden Herrschaft gelangen lasse."

Wie geben diese Worte ohne Commentar. Sie widerlegen durch sich selbst am Besten alle derartigen Verdächtigungen, welche von gegnerischer Seite auf die Plane der großdeutschen Regierungen geschleudert werden.

T. D. **Kiel**, 16. Juli. Die Disdate von Kiel ist durch den Commandeur des Stabs angezeigt. Die Starke der Dänen beträgt 43,000 Mann.

(L. Z.)

Hannover, 15. Juli. Es ist heute in zweiter Kammer ein Regierungsschreiben verbreitet, in welchem wieder die Hoffnung Stüve's auf Wiederherstellung einem gemeinsamen Bundesorgans wenigstens indirekt ausgesprochen ist.

Halle, 15. Juli. Der Senat hat sich mit großer Majorität gegen eine Beschickung des Heidelberger Universitatscongresses entschieden.

Halle, 16. Juli. Durch einen Bubenstreich hätte gestern auf der Thüringer Eisenbahn ein großes Unglück entstehen können. Als nemlich der letzte Zug von Eisenach bei der Strecke zwischen Wiesenthau und Merseburg durchfuhr, fand ein Mensch mit einem geladenen Gewehr an der Bahn und schien die Ankunft des Zugs zu erwarten. Sobald dieser in seine Schußlinie gekommen war, erhob er sein Gewehr, legte auf den Locomotivenführer an und feuerte los, worauf er sich eilig entfernte und in den Getreidefeldern den Blicken der Reisenden entschwand. Glücklicherweise muß er sein gewandter Schütze gewesen sein, der die Schnelligkeit des Zugs zu berechnen im Stande war, denn statt des Führers der Locomotive traf er nur deren Tender. Man denke

sich, welch ein Unglück hatte entstehen können, wenn der Streich gegluckt wäre. (N. H. J.)

T. D. Paris, 17. Juli. Die gesetzgebende Versammlung beschliest mit großer Mehrheit, v. 11. August die zum 11. Nov. d. J. sich zu vertagen. Die Debatte hinsichtlich des Budgets hat begonnen; der Finanzminister entwirft eine günstige Schilderung von dem Zustand der französischen Finanzen. Die Dotation für die Herzogin von Orleans wird bewilligt. (K. D.-P.-J.)

Mittheilung der Gründe,

welche die verfaßte Auflösung der in Sachsen bestehenden Arbeitervereine veranlaßt haben.

Dresden, 4. Juli 1850.

(Fortsetzung.)

17) Der Arbeiter-Bildungs-Verein in Regensburg (Meermeyer, 1. Vorsitzender, Jungen, Schriftführer) schreibt unterm 14. Juni 1849:

„Was unsere Verhältnisse betrifft, wisset Ihr ohnedem, daß wir hier eine schwere Stellung haben in Bezug der Association; aber wir werden hinter den Bestrebungen der Zeit nicht zurückstehen und leben mithelfen zum Wohle der Arbeiter. Wir sind über 100 Mitglieder stark, die Theilnahme, resp. Anschluß, geschieht freilich langsam, aber doch immer etwas, u. vertagen daher nicht an einem vorbeifallen Gelingen. Die Polizei schließen wir nicht aus, sondern geben mit ihr, aber eine politische Demonstration unternehmen wir nicht, weil wir sie für unsere Sache nicht zuträglich erachten; wir möchten dies auch von allen Arbeitervorgangen wünschen. Wir bewegen uns auf socialem Boden, und indem wir uns darin grundliche Einsicht verschaffen, werden wir gewiß der Politik, unserer Sache und unsern Brüdern am besten nützen. Wir beobachten genau den Gang der Politik, und haben zu zu Belehrung und Unterhaltung verschiedene Zeitschriften."

8) Der Arbeitsverein zu Nürnberg (Faaßen, zweiter Schriftführer) schreibt unterm 22. Juni 1849:

„Ein Theil unserer Mitglieder wollte sich zu einem bewaffneten Corps organisiren; es wurde dies jedoch von Seiten der Behörden verboten. Die Bewaffnung geht nun mittelst Sensen vor sich. Ein großer Theil der hiesiger Arbeiter wäre entschieden dem Kampf aufzunehmen; allein die Mehrzahl der hiesigen Bürger besteht aus Bourgeois und Spießbürgern und Philistern, die den Mantel nach dem Winde hängen, und die Arbeiter ebenso verrathen, wie jene zu Dresden. Die Bourgeois sind nur bleiben sich überall gleich, und so lange die Zahl unserer deutschen Philister noch so groß ist, bleibt, wenn nicht außerordentliche Ereignisse eintreten, vor der Hand unsern Freiheitsmannern wenig Hoffnung zum Sieg. Denn unter solchen Umständen ist es unmöglich, zu siegen, und die einfache Civilisirung Deutschlands vom Fürstenjoche scheint sich auf geraume Zeit wieder hinauszuschieben. Wir wollen jedoch nicht verzagen, und muthig ausharren und lieber das Leben opfern, als die Freiheit!"

9) Der Arbeiterverein in Darmstadt (Koch, Präsident, Ludwig Bue, Schriftführer) schreibt unterm 27. Juni 1849:

„Entstehe vor 6 Wochen, ehe die Erhebung in Baden ihren Anfang nahm, reichten wir ein Gesuch an unsern Stadtrath ein, wir wollten uns als eigne Compagnie in die Bürgerwehr einreihen und er möge uns, wie den Turnern, Waffen geben; allein statt Gewehren, haben wir jetzt mehrfältigende Beschwichtigungen erhalten. Sie sweisen sich, uns Waffen in die Hand zu geben. — Die uns nicht unbekannte Reaktion will uns knirzen. — Der Volksverein, ein demokratischer Verein schlaft seit einigen Wochen, indem seine beiden Präsidenten nach Baden gingen und jetzt mit Steckbriefen verfolgt werden und auch einige Vorstandsmitglieder dahier verhaftet wurden. Ihr sehet, daß ein unsichtbar fressender Wurm an jedes gute Werk geht. Dennoch lieben Brüder, wollen wir den Muth nicht verlieren ꝛc."

10) Bödy schreibt im Namen der Berliner Arbeiterversein unterm 15. Juli 1849:

„Wir wissen noch immer nicht unsern Standpunkt in der politischen Athmosphäre, ob man uns als Wolken betrachten wird, welche vorüberrn und blitzen wollen, oder als solche, die ersmichenden Regen niederströmen. Die Wetterleuchte umlanzen uns und an zerstreuenden Spitzen (blutig flutt der Bergabhang) fehlt es nicht."

11) Der Bezirksausschuß des Bildungs-Vereins der Arbeiter in Würzburg (Hindenberger, Vorstand, Lauer 2. Vorstand, Neus Schriftführer) schreibt unterm 16. August 1849:

„In unserm Lesezimmer haben wir aufliegen: die Leuchtkugeln, Leuchtthurm, Punsch, Eulenspiegel, Verbrüderung, Gradaus, der freie Staatsbürger, Volksbotin und die neue fränkische Zeitung; letztere ist unser Vereinsorgan. — Was unsere politischen Verhältnisse betrifft, so haben wir durch 3 Repräsentante mit dem Kreisausschuß der politischen Vereine in Verbindung und regelmäßigen Verkehr. — Die von uns eingegangene Verpflichtung von einer monatlichen Beitragszahlung von 2 Xkr. wollte im Augenblicke ganz umgangen werden, da die badische Bewegung unseren Verein schwächte."

12) Der Centralausschuß der wurttemb. Arbeitervereine sagt in einem Schreiben, d. d. Ulm, 24. Aug. 1849, unter Anderm:

„ꝛc. Die Thätigkeit der wurttemb. Arbeitervereine wurde durch die politische Bewegung der letzten Monate in Baden, so wie Wurttemberg und Baden's sehr in Anspruch genommen." ꝛc.

13) Ein Schreiben desselben Centralausschusses der wurttemb. Arbeitervereine, d. d. Göppingen, 15. Febr. 1850, (unterzeichnet: A. Stein, Engel und Beller), sagt unter Anderm:

„Die Bewegung ausbreitet sich täglich, und in Masse strömen die Arbeiter unsere neuen Errungenschaft entgegen und begrüßen sie mit Jubel. So in der schonsten Entwickelung begriffen, wurden die Vereine durch die große Erhebung in Baden plötzlich in eine andere Sphare geschleudert; den Hilferuf unserer Brüder, wir sie durch Verbreitung der Brochuren, entwollten die Vereine in einem solchen Grade, daß es nicht zu den Seltenheiten gehorte, ganze Vereine nach Baden ziehen zu sehen. — Der unglückliche Ausgang, die allgemeine Muthlosigkeit und Erschlaffung, welche darauf folgten, die in der Verdammung schmachtenden guten Kräfte, der Alles niederschlagende Verdacht, verbreitet, und wahrlich, sie wäre vollkommen eingetreten, wenn nicht Einzelne mit der großten Aufopferung diesem allgemeinen Verfall entgegengewirft hatten. — Die erste Sorge für die Zurückgebliebenen mußte nun die sein, die in's Verei Uebriebenen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen, und die Vereine wetteifersten miteinander, ihre verbannten Brüder zu unterstützen, wobei sich namentlich Ulm und Stuttgart sobenswerth hervorthaten, was wir dankend anerkennen müssen."

14) Der Arbeiterverein in Glückstadt (Joh. Heinrich Gümmel unterzeichnet) schreibt unterm 30. Sept. 1849:

„Wie im Allgemeinen die rein politischen, so sind auch die mehr oder weniger politischen Arbeitervereine in Holstein nur spärlich anzutreffen. Die Hauptgründe sind: das Absondern der verschiedenen Klassen, die allgemeine Wehrpflicht, der Kriegsstand, endlich die Passivität des Volks, das Fehlhalten am Alten von Seiten desselben und daher auch die Hinneigung, wenn nicht zur Reaction, so doch zum juste milieu."

15) Der Centralausschuß der Arbeitervereine in Goppingen (Engel, Schriftführer) schreibt unterm 5. Oktbr. 1849:

„Auf der politischen Welt nicht viel! — Die Niederlage unserer Partei hat Manchen entmuthigt, es herrscht jedoch nur eine erkünstelte Ruhe, die in kurz oder lang einer neuen Bewegung Platz macht. Nur den Muth nie verlieren!"

16) Der Bildungs- und Unterstützungsverein für Arbeiter in Nürnberg (provisor. Schriftführer G. Faaßen) schreibt unterm 23. Sept. 1849:

„Ein Machtspruch der königl. Regierung vom 13. August verfügte die Auflösung des Arbeitervereins allein, da sich durch die vorgefundenen Protokolle herausgestellt habe, daß derselbe staatsgefährliche Tendenzen gehegt. Dagegen ließ sich nichts mehr einwenden. Der Gewalt muß man weichen. Das Bedürfniß der Vereinigung, um eine Verbesserung der Verhältnisse der arbeitenden Klasse zu erzielen, gab sich jedoch bald wieder kund. In einer am 3. Sept. abgehaltenen allgem. Arbeiterversammlung wurde die Gründung eines neuen Vereins, unter dem Namen: „Bildungs- und Unterstützungsverein für Arbeiter," bewerkstelligt. Die Mitgliederzahl ist bereits auf mehr als 100 gestiegen, und es ist zu erwarten, daß eine vom Vereine erlassene Anfpeache an sämmtliche Arbeiter, welche die meisten hiesigen Blätter aufgenommen haben, von gutem Erfolg sein und der Verein vielleicht auf 1000 anwachsen wird. Der Zweck, den derselbe verfolgt, besonders die Unterstützung der Arbeitervereine, um das entmuthigende Fechten abzuschaffen, findet allgemeine Anerkennung. Es wird freilich auch von mancher Seite etwas scheel auf die in neuerer Zeit allenthalben sehr rührigen Arbeiter gesehen, da man nur zu gut weiß, daß durch eine vollständige Organisation einer Arbeiter-Deutschlands, durch die bavon sich immer mehr unterscheidenden gestigen Kräfte derselben sich eine ungeheure Macht berausbildete, die mit der Zeit ein großes Gewicht in die Waagschale des Volks legen kann."

(Forts. folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 19. Juli 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	118⅜	119⅜
„ 5% Metalliques	82⅝	83
„ 4½%	73⅜	74
„ 3%	45½	46½
„ 2½%	34½	35½
„ 4% Lotteloose	76½	78½
„ 4%	66½	
„ fl. 250 Lose v. J. 1839.	95½	96
„ 100 „ „ 1834.	150⅜	150⅝
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	86⅞	87½
„ Thl. 50 Preußen Scheine.	103½	—
Sachsen 4% Obligationen	93	93½
„ 4%	88⅜	89¼
„ 3%	100½	101
Wurtemberg 3½%	84	84½
„ 4½	97⅛	97⅝
Baden 3½%	81⅛	81⅝
„ fl. 35 Lose	31½	32
„ 50 „	53½	54
Nassau fl. 25	24½	25⅝
Hessen Darmst. fl. 50 Lose	74½	75⅛
„ „ „ „ 25 „	27⅜	27⅞
Polen fl. 300	133	—
Sardinien Frc. 36	33½	33¾

Wer an den Nachlaß des am 12. Juli l. Js. verlebten Peter Lanig, Kammerdiener bei Tit. Hrn. Reichsrath Freiherr von Würzburg, etwaige Ansprüche machen zu können glaubt, hat solche bei unterfertigtem Testamentarie III. District Nro. 156 innerhalb 30 Tagen um so gewisser anzumelden, und sich hierüber gehörig auszuweisen, als im Unterlassungsfalle die Verlassenschaft ohne weiteres an die Erben ausgehändigt wird. Würzburg am 18. Juli 1850.

Das Testamentariat.
Domvikar Dr. Wehner.

Druck von Joseph Steid in Würzburg.

Hiezu das Erganzungsblatt Nr. 57.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schrankhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Stehr und Beiher frei.

Nr. 134. Würzburg, Montag den 22. Juli. **1850.**

Landtagsverhandlungen.

München, 18. Juli. (Fortsetzung der CLVI. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertische: v. Kleinschrod und mehrere Ministerialräthe. — Der 2. Präsident eröffnet um 9½ Uhr die Sitzung und geht sogleich zur Berathung der Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über den Gesetzesentwurf, die Gerichtsorganisation betr., über. Von den noch obwaltenden 3 Differenzen werden durch heutigen Kammerbeschluß 4 beseitigt und die 5. in eine neue Fassung gebracht. Der Präsident ersucht sodann die Kammermitglieder, die aus dem Archiv in den Handen derselben befindlichen Bücher und Akten — da die Thätigkeit des Landtags doch ihrem nächsten Ende entgegengehe — noch ihrem Bestimmungsort zurückführen. Hierauf schließt derselbe die Sitzung um 6¼ Uhr.

München, 19. Juli. (CLVII. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Der Ministertisch unbesetzt. Der erste Präsident eröffnet um 10½ Uhr die Sitzung. Nach Bekanntgabe des letzten Sitzungsprotokolls und nach Verlesung der Gesammtbeschlüsse a) über den Gesetzesentwurf: die Marina der Kreisumlagen betr.; b) über die Rechnungsergebnisse der Verwaltung der Aerarial-Bergwerke in der Pfalz pro 18⁴⁹/₅₀ betreffend; c) über die Zollfestsetzungen rc., dann die Postulate bezüglich der Zollvereinsfrage in Zukunft betr.; d) über die zwischen dem deutschen Zoll- und Handelsverein und andern Staaten abgeschlossenen Staatsverträge erstattet Redenack, als Referent im 2. Ausschusse, Vortrag über die Gesuche um Aufbesserung der dienstlichen Verhältnisse des Unterausschlager-Personals, wobei nach Beschluß der Kammer dem Ministerium überwiesen werden. Die Kammer der Reichsräthe hielt gestern auf ihrem Beschlusse, die im Budget festhenden Ansätze, das Militär betr., stehen. Der Ausschuß schlägt daher vor: 1) auf eine Erhöhung nicht einzugehen; 2) weil in der höheren Summe die niedere obnehin enthalten sei, Gesammtbeschluß über die niedere Summe bestehen zu lassen; 3) eine feierliche Verwahrung gegen eine Uebertretung der Etatsansätze nach den Bestimmungen der Verfassung als Verletzung derselben einzulegen. Diesen Beschlüssen trat die Kammer bei und zwar dem ersten mit Allen gegen Eine Stimme (Lauffanix), dem zweiten und dritten einstimmig. Es wird nun der Gesammtbeschluß sofort verlesen. — Ueber den Hegglschen Antrag wird die letzte Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe berathen und dem Antrag verfallen zugestimmt. — Zum sämtlichen Schuldentilgungs-Commissär wurde der Abg. v. Steinsdorf, zu Bürgermeister von München, gewählt. Zu seinem Ersatzmann bestimmte die Kammer den Abg. Sedlmayr, Bierbrauer von München. Der Präsident schließt hierauf um 11½ Uhr die Sitzung und berauml die letzte dieses Landtags auf morgen 12 Uhr an.

München, 20. Juli. (CLVIII. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Die Galerien sind gedrängt voll. Am Ministertische: Staatsminister v. d. Pfordten, v. Ringelmann, v. Zweidienner und mehrere Ministerialräthe. — Der 1. Präsident eröffnet nach 12 Uhr die Sitzung. Nach Verlesung des letzten Sitzungsprotokolls und mehrerer Gesammtbeschlüsse und nach einem kurzen Vortrage des Petitionsausschuß-Sekret. Specht Fürst v. Wallerstein in einer kurzen Anrede die Sympathie seiner Freunde für Schleswig aus; hierauf dankt Thinnes als Alterspräsident dem Präsidium für seinen raftlosen Eifer, seine Unparteilichkeit, seine große Umsicht bei Leitung der oft schwierigen, oft langwierigen Debatte. — Die Bestätigung dieses erheben sich sämmtliche Abgeordnete. — Hegnenberg-Dux spricht seinen feierlichsten Dank hiefür aus und bekobt in einem ausgezeichneten Vortrage die Verantwortlichkeit der Kammer, das konstitutionellste aller Ministerien in seinen Würden zu unterstützen. — Noch wenigen Tagen werden sich für diese Kammer die Thüren dieses Hauses schließen. — Der Dank für die Lösung der großen Aufgabe dieses Landtages aber bleibe den Mitbürgern, der Zukunft vorbehalten. Keinen Dank erste die Kammer von sich, die jeden Versuch in der Revolution suchen, und vor solchen, denen jeder Fortschritt Revolution sei. Denn jenen sei die Kammer zu wenig, diesen zu viel vorwärts geschritten. — Nachdem der Präsident sich über die Schwierigkeit, über die Größe, über die Undankbarkeit der Aufgabe dieses Landtages verbreitet hatte, wirft derselbe einen Rückblick auf die Lage Deutschlands und gibt sich der festen Ueberzeugung hin, daß für das deutsche Vaterland noch nicht die letzte Stunde geschlagen. — Den besten Beweis der Kräftigung Deutschlands gebe Schleswig das sich mit Macht erhebe und nicht nur Schweiz — nein! des deutschen Vaterlandes Ehre schirme und sich dafür in die Schanze werfe. — Auf die Aufforderung des Präsidenten zum Beweise der Theilnahme an Schleswig erheben sich alle Mitglieder der Kammer mit Ausnahme von Oettinger und v. Heemann. Den Schluß der Anrede bildet ein Hoch dem König Max II., in welches sämmtliche Mitglieder der Kammer stürmisch einfallen. Worauf der Präsident um 1 Uhr die Sitzung schließt. — Die Kammer der Reichsräthe wählte den Graf Neigersberg zum ständischen Schuldentilgungscommissär und v. Rietzammer zu dessen Ersatzmann.

Deutschland.

München, 14. Juli. Der Kriegsminister hat die Offiziere, welche nach Schleswig-Holstein wollten, mit ihren Urlaubsgesuchen direkt an den König verwiesen.

München, 19. Juli. Das Kriegsministerium hat die Weisung an alle Garnisonen erlassen, Anweise einzusenden, wie viel Mannschaft täglich in Dienst gehen wird. Man vermuthet jedoch, daß auch bei der Infanterie, die immer noch einen Präsenzstand von 50 Mann per Compagnie hält, eine Reduction deßhalben durch Beurlaubung eintreten wird. — Morgen Vormittag wird dem charakterisirten Generalmajor und Vorstand des Armeemonitur-Depots, Hrn. K. Beball, vor versammelter Parade das Ritterkreuz des St. Michaelordens feierlich angehängt.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Rendsburg, 16. Juli. Von dem hiesigen Gouvernement ist heute eine Bekanntmachung erschienen, wonach Rendsburg in Belagerungszustand versetzt ist. (B. H.)

Schleswig, 16. Juli. Hier ist folgende Bekanntmachung erschienen: In Gemäßheit Auftrags der Statthalterschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein hat die schleswig-holsteinische Regierung am heutigen Tage ihren ordnungsmäßigen Sitz auf dem Schlosse Gottorff wieder eingenommen, welches hierdurch zur öffentlichen Kunde gebracht wird. Gottorff, den 16. Juli 1850. Schleswig-Holsteinische Regierung. (H. B.-H.)

Kiel, 17. Juli. Das Finanz-Departement hat nachstehende Bekanntmachung erlassen: Von mehreren Seiten sind dem Finanz-Departement Geldsendungen für die Staatscasse zugegangen, theils als freiwillige Gabe, theils als freiwilliges unverzinsliches Darlehn. Bei Einsendung einer Summe von 6000 Mark ist zugesagt: das feste Auftreten der Statthalterschaft u. Regierung habe das Vertrauen geboben, mache es aber auch allen Patrioten zur Pflicht, zusammenzuhalten und nach Kräften das Ihrige zur Unterstützung zu leisten. Das Finanz-Departement hat den patriotischen Einsendern hierdurch öffentlich danken wollen. Kiel, den 17. Juli 1850.

Kiel, 18. Juli. Gestern ist hier folgendes Allerhöchstes an sämmtliche Behörden an den Küsten und Häfen der Herzogthümer Schleswig-Holstein erschienen: Amtlicher Anzeige zufolge sind am gestrigen Tage mehrere schleswig-holsteinische Schiffe von den vor dem Kieler Hafen stationirten dänischen Kriegsschiffen angehalten und aufgebracht. In dieser Veranlassung werden zufolge Beschlusses der Statthalterschaft sämmtliche Behörden in den Herzogthümern beauftragt, die in den Häfen und an den Küsten der Herzogthümer sich befindenden dänischen Schiffe, und deren als dänisches Eigenthum sich ausweisende Ladungen sofort anzuhalten und an sichern Orten unter Beschlag zu legen. Jede derartige Anhaltung ist unverzüglich hierher zu berichten. Kiel, den 17. Juli 1850. Schleswig-Holsteinische Departements des Innern, der Finanzen und des Kriegs. Boysen, Francke, Krohn, S. A. Jacobsen. (H. N.)

Kiel, 17. Juli. In der Nacht vom 15. und 16. sind dänische Matrosen, etwa 20 an der Zahl unter Anführung eines Lieutenants nach Hoyer eingedrungen und haben die Zollassistenten von Krogh und Jannsen weggeschleppt. Sie sehen das System des Menschenraubes beginnt von Neuem. (H. N.)

Kopenhagen, 17. Juli. Man hat hier seit Nachricht vom Ueberschreiten der schleswigschen Grenze von beiden Seiten. Die Dänen sind in Sundewitt und von Norden eingerückt, man meinte sogar (in den „Neuesten Postnachrichten"), daß die beiden Corps sich nicht vor Freitag werden vereinigt haben können und das Alsener also noch vorher mit Millionen's gesammter Stärke zu thun bekommen konne. — Nach den

letzten Nachrichten aus Flensburg lagen zwei dänische Kriegsfahrzeuge bei Holnis, die Befehl hatten, sich vor die Stadt zu legen, fests es für die Einwohner von Nutzen sein könnte.
(H. B.-H.)

Schleswig, 17. Juli. Nachrichten zufolge, die gestern vom Norden anlangten, war ein dänisches Corps von 10,000 Mann im Anmarsch auf Flensburg, von Apbüll her, ohne Zweifel zu dem Zwecke, die heute von den Schweden u. Norwegern zu verlassenen Positionen wieder einzunehmen.

Schleswig, 17. Juli. Flensburg ist von der dänischen Armee besetzt, die in langsamen Tagemärschen von Jütland und Alsen vorgerückt ist. Damit die schleswig-holsteinische Armee ihr durch nicht zuvorkam, hissten die Schweden bis zur äußersten Frist, den 17., in Flensburg stehen, von wo sie sich wahrscheinlich zur Rückreise eingeschifft haben. Ein dänischer Marineoffizier mit 10 Mann ist in Steinberg-Hof in Angeln am Lande gewesen, um sich Kunde über den diesseitigen Stand der Dinge zu verschaffen, zugleich auch, um einen Einwohner zu requiriren, der sich aber glücklicherweise schon nach Schleswig entfernt hatte.
(H. B.-H.)

Hamburg, 19. Juli, Nachmittags 3 Uhr. In Flensburg sind 2000 Dänen eingerückt. Vorposten scharmuziren.

Altona, 18. Juli. Am 17. Juli, Morgens 5½ Uhr, hat die dänische Marine, unterstützt von 150—200 Mann Landungstruppen, die schleswigsche Insel Fehmarn (von 2 Seiten) besetzt. Zwei Dampfschiffe mit acht Kanonenbooten sind dabei aktiv gewesen. Der Ktg. der Landesvertheidigung, Hr. v. Lesten, hat sich und die Kasse mittelst eines Bootes gerettet. Der dänische Marineoffizier hat die diesseitige Fähre von Fehmarnsunde mit 2 Dampfschiffen genommen, indeß versprochen, in erforderlichen Fällen die Verbindung mit dem Festlande eintreten lassen zu wollen. Die Zuverlässigkeit dieser Nachricht wird verbürgt.
(H. N.)

Aus Angeln, 16. Juli, Abends. Heute sah die Schweden in Flensburg durch Norweger abgelöst; erstere werden sofort eingeschifft, letztere bleiben bis morgen, um von Dänen abgelöst zu werden; einem ziemlich sicheren Gerüchte zufolge sind die Dänen bis Gravenstein und Rinkenis vorgegangen. — Etwas später. Die Dänen sollen den Brunsnis nach Holnis aber, doch nur mit einem kleinen Dampfboote. Es scheint, daß auf nur Infanterie ist.
(H. B.-H.)

Hamburg, 18. Juli. Auf zuverlässigen Wege erfahren wir, daß die an der Distaste Hostsiege Batterie in russische Ziele keine Mann Landungstruppen an Bord hat und also die betreffende Nachricht der dänischen Blätter vollkommen unbegründet ist.
(H. N.)

Altona, 18. Juli. Neben v. d. Tann ist jetzt auch dessen Waffengefährte, der ruhmlich bekannte Daumann Adolfser, hier eingetroffen. Mit dem heutigen Nachmittagszuge ward derselbe nach Neumünster befördert. — Die Armee leidet noch immer Mangel an Aerzten; die Kriegs-Medizinal-Behörde hat eine betreffende Aufforderung erlassen. (H. N.)

Garstedt, 18. Juli, Morgens halb 12 Uhr. Seit einer Stunde schon hört man von hier, bei N. O.-Wind, schweres Geschützfeuer, anscheinend aus nordwestlicher Richtung.
(H. B.-H.)

Hamburg, 18. Juli. Die heutigen Zeitungen enthalten den ersten Armeebericht des Obercommandanrs, aus dem wir die folgenden über die Stellung der Truppen Ausschluß geben Sollen mögen: „Die Armee concentrirt sich in Tagen von 13. u. 14. d. sich mit einer Brigade bei Kiel, mit dem Gros bei Rendsburg. Zunächst schien es nöthig, die seit Jahr und Tag entwaffneten und verlassenen Werke zu Eckernförde wieder zu besetzen. Zu dem Ende wurde der ganze dazu nöthige Artilleriepark am 13. d. früh von Rendsburg aus in Bewegung gesetzt. Zugleich rückte die Avantgarde der Brigade von Kiel am 13. d. bis Gettorff vor. Bei völliger Windstille wäre es den dänischen Schiffen, auch wenn sie gewollt hätten, nicht möglich gewesen, in das Innere des Hafens zu kommen, um sich etwa vor die unbewaffneten Batterien zu legen und so ihre Armirung unmöglich zu machen, die aun unter diesen günstigen Umständen binnen 24 Stunden völlig vollendet wurde. Es ist durch diese Bewegung zu gleicher Zeit die im innern Hafen liegende Fregatte „Gefion" vollständig gesichert. — Am 14. d. M. ist die Avantgarde bis auf den halben Weg gegen Schleswig vorgeschoben, Eckernförde vollständig besetzt, bei Missunde eine Brücke geschlagen und Spitzen nach allen Richtungen, nach Schwansen und Angeln vorgeschoben worden. Eckernförde wurde am 14. d., Morgens 6 Uhr, von den preußischen Truppen geräumt. Morgen am 15. d. wird die Armee ihre Bewegung nach Schleswig und Missunde hinaus fortsetzen und den starken Abschnitt von Idstedt und Medelhang mit ihren Spitzen erreichen."
(H. N.)

Koblenz, 17. Juli. Am verflossenen Sonntag traf hier ein wortvolles Geschenk ein, welches die Königin Victoria dem Prinzen von Preußen bei dessen jüngster Anwesenheit in London gemacht. Es besteht in 2 schönen Wollhundsterken aus dem Lieblingsgespanne der Königin, welche in dem hiesigen Marstalle des Prinzen untergebracht sind.

Dresden, 18. Juli. Wir entnehmen der Freimüthigen Sachsen-Ztg. folgende Mittheilungen, die wir bekannt sind, für sich stehen zu lassen. Sie fließen: „Wie uns soeben aus guter Quelle mitgetheilt wird, sind gestern bei vielen unserer hervorragendsten Demokraten die Papiere mit Beschlag belegt worden. In der Expedition der Dresdner Ztg., bei Hrn. Woldemar Schmidt, bei Fräulein Schuh, bei mehreren demokratischen Frauenvereins, und bei einer demokratischen Dame in der Bodergasse soll die Expedition recht fruchtbar ausgefallen sein. — In Meißen war am 17. Juli ein Polizeibeamter von Dresden und nahm die sämmtlichen Papiere der Fräulein Luise Otto in Beschlag.

Dresden, 18. Juli. Die 2. Kammer hat heute Vormittag die erste Präliminarfragung gehalten und ihre vier Candidaten für die Stellen des Präsidenten und Vicepräsidenten aufgestellt. Gegen Abend wurde bekannt, daß Dr. Haase zum Präsidenten und v. Criegern zum Vicepräsidenten der 2. Kammer, sowie der Bürgermeister Gottschald aus Plauen zum Vicepräsidenten der 1. Kammer Allerhöchsten Orts ernannt worden sind. An der neulich stattgehabten 1. Präliminarfragung der 1. Kammer hat auch S. t. H. der Prinz Johann Theil genommen.
(L. Z.)

Dresden, 19. Juli, Mittags 12. Uhr. In beiden Kammern hat heut die Vereidigung der Mitglieder und die Wahl der Secretäre stattgefunden. Die Kammern sind demnach constituirt. Die Eröffnung des Landtags findet nächsten Montag statt.
(L. Z.)

Wien, 16. Juli. Das „Neuigkeits-Bureau" sagt: Seit einigen Tagen hat sich das Gerücht verbreitet, F.-M. Radetzky habe in Folge der Diensteintheilung des F.-Z.-M. Hayman seine Pensionirung eingereicht. Wir sind in der Lage versichern zu können, daß der F.-M. schon vor beiläufig zwei Monaten Sr. Maj. den Kaiser eine Eingabe überreicht, in welcher er mit Hinweisung auf sein hohes Alter bittet, den Commandostab in die Hände des Kaisers niederlegen zu dürfen, um die letzten Tage seines Lebens im Familienkreise seiner Tochter beschließen zu können. Ueber das Gesuch wurde noch nicht entschieden, weil aber die Gründe, die Radetzky bestimmten, der Campagnon's nicht im entferntesten Zusammenhange steht.

Wien, 17. Juli. Es ist nicht ohne Bangen, daß wir dieser Tage unsere telegraphischen Depeschen eröffnen werden. Wir schwarmen nicht für Schleswig und Holstein, aber wir fühlen für die unglückliche Lage dieser Länder. Diejenigen, welche sich in der Zeit, da der Rausch an der Tagesordnung war, nicht übernommen haben, sind ihrer Nüchternheit wegen oft unpatriotisch, eigennützig, engherzig, genannt worden. Es war aber das Schreien derjenigen, die sich ihres gesunden Menschenverstandes entäußert haben, oder sich der großen Gesellschaft zu Liebe, mit der sie verkehrten, zu anstellen, als hätten sie es gethan. Der Uebermuth ohne Maß, der Leichtsinn ohne Sinn, mit dem ein Theil des deutschen Volkes sich in eine Frage verrannte, die vor allen andern der kühlsten Ueberlegung, der ruhigsten Besonnenheit, des vorsichtigsten, kann aber des kräftigsten, des festesten Einschreitens bedurfte, hat zu der unverweislichen Consequenz geführt — zu einem schmählichen Ausgange. Die Verantwortung für das Blut, welches wenn der Kampf entbrannt, wohl fruchtlos wird vergossen werden, sie fällt zum großen Theile auf jene Mannheben, die große Worte und sonst nichts für die Sache Schleswigs und Holsteins eingetrieb haben. — Aber der jüngsten großen Debatte im englischen Oberhause verkündete die Marquis von Londowne, daß England in der schleswig-holsteinischen Frage Hand in Hand mit Rußland gehen werde. Es ist ebenso gewiß, daß Frankreich mit jenen beiden Großmächten einverstanden ist. Das Streben der drei Mächte geht vornehmlich dahin, die Integrität Dänemarks zu erhalten, selbst wenn es auf Kosten der Herzogthümer geschehen müßte. Der Zufall mag es wollen, daß die Mächte gerecht gegen die Herzogthümer sein werden, wie gewesen aber daran, daß ihre vornehmste Absicht dahin geht, bloß nach strengem Rechte zu entscheiden, und daß sie sich selbst in ein Stellung gebracht, in der es den Widerstand gegen diejenigen, welche den Herzogthümern vielleicht Unrecht thun wollen, nicht leiten kann. Oesterreich will seinen deutschen Verbündeten ist aber in der Lage, sich der Sache der Herzogthümer mit der größten Aufopferung anzunehmen. Gelingt Ersteres nicht ein solcher Erfolg, wie ihn die deutsche Nationalversammlung anstrebte, als sie den Abgeordneten von Schleswig Sitze in ihrer Mitte einräumte, um mit ihren Stimmen die Majorität bei der vorgenommenen Kaiserwahl möglich zu machen. Oesterreich kann keine Argumente gegen ein Schleswig zu Deutschland herüberwünschen, welche bloß vorgebracht zu werden brauchen, um Holstein in Dänemark zu incorporiren. Oesterreich kann nicht sagen, daß ein Land, blos weil in demselben die deutsche Sprache die herrschende ist, zu Deutschland gehören müsse. Solche Beweise, welche in dem Munde gewisser Frankfurter Parlamentsredner die Galerien zu rauschendem Beifall enthusiasmirt haben, wären nicht geziemend in dem Munde von Männern, die ihrem Lande und Europa gegenüber eine Stellung von hoher Verantwortlichkeit einnehmen. Aber Oesterreich will seinen deutschen Verbündeten kann, wenn auch nicht ungerechte Ansprüche für Deutschland geltend machen, doch verhindern, daß irgend eine andere Macht Deutschland eine Ungerechtigkeit zufüge. Es kann sich jeder Entscheidung der drei Großmächte entgegenstellen, welche nicht mit seinen eigenen Ansichten von dem Rechte in Einklang stimmen. Wir sind weit davon entfernt, zu wünschen, daß Oesterreich die jetzige Stimmung des deutschen Volks benütze, um sich durch seine Bestrebungen für die Sache der Herzogthümer bei einer gewissen Klasse von Personen Popularität zu erwerben. Die wenige Beifall findet und vor Augen, wohin Aufregungen führen können, welche aus solchen Motiven von einem Staat unternommen werden. Oesterreich speculire nicht auf den Beifall der Massen und suche seinen Rivalen durch seine Bemühungen in einer guten Sache den Rang abzulaufen. Wir erwarten nur von dem Minsterium Schwarzenberg, daß es den ganzen Einfluß dieses Landes in die Wagschale werfe, um unnützes Blutvergießen zu verhindern und um eine ehrenvolle, gerechte, wie den Interessen Deutschlands zusagende Beilegung des Zwistes zwischen Dänemark und den Herzogthümern herbeizuführen. Das wissen wir, daß Oesterreichs Bestreben in der schleswig-holsteinischen Frage einen wichtigen Ausschlag geben muß. Tritt es auf die Seite der drei mächtigsten Großmächte, so wird ihr gemeinsamer Ausspruch zum Gesetz für Dänemark,

für die Herzogthümer und für Europa. Verweigert es seine Zustimmung jeder andern, als einer gerechten Beilegung jenes Streites, so wird er nicht auf eine ungerechte Weise verdammt werden. Daß dieß Letztere der Fall sein wird, daran hegen wir auch nicht den leisesten Zweifel. (Lloyd.)

Berlin, 14. Juli. In einem gestern aus Paris eingelaufenen Schreiben von einem diesseitigen Diplomaten heißt es: „Es wird hohe Zeit, daß sich die deutschen Regierungen unter einander vertragen und einigen, ehe der Zwiespalt von wichtigen Nachbarn nicht mit Vortheil ausgebeutet wird, die zu sehr ernsten Händeln Veranlassungen geben können, und die durch den augenblicklichen Zwiespalt verzögerte Einreihung Deutschlands in ungewisse und ungemessene Fernen hinausschieben könnten." (H.)

Berlin, 16. Juli. Hinsichtlich der Verfassung von Staats- und Kirchengut im Fürstenthum Neuenburg haben des Königs Majestät unter dem 13. d. M. das nachstehende Patent erlassen: „Wir Friedrich Wilhelm IV., von Gottes Gnaden König von Preußen, souverainer Fürst von Neuenburg und Valendis ꝛc. ꝛc. „Nachdem Wir bereits unterschrieben worden, daß, ungeachtet der von Unserem Minister der auswärtigen Angelegenheiten am 30. Mai d. J. ertassenen Bekanntmachung, im Fürstenthum Neuenburg zu unbefugter Veräußerung von fürstl. Domanial- und Kirchengut geschritten wird, bringen Wir durch dieses Patent Unseren verwahrgiften Unterschied zu Jedermanns Verwahrungen in Erinnerung, die seit dem 1. März 1848 verschiedentlich gegen die revolutionären Vorgänge in Neuenburg eingelegt worden sind, und erklären hiermit jede ohne Unsere Zustimmung vorgenommene oder ferner vorzunehmende Veräußerung für null und nichtig, die Güter, welche betrifft, die entweder zu Unserem fürstl. Staatsgute gehören oder — wie das Kirchengut — nicht ohne Dazwischenkunft der rechtmäßigen Obrigkeit veräußert werden dürfen. — Gegeben in Unserm Schlosse Sanssouci, am 13. Juli 1850. (gez.) Friedrich Wilhelm. Auf Befehl Sr. Maj. des Königs. (L. S.) Dr. Kanzler des Fürstenthums Neuenburg und Valendis. (gez.) Favarger."

Dänemark.

Schloß Frederiksborg, 14. Juli. Heute erschien ein königl. Manifest. In demselben wird die Unterwerfung Schleswigs gefordert, und dann eine allgemeine Amnestie versprochen. Die Bestätigung der Beamten soll erfolgen, nur diejenigen sollen ausgenommen sein, welche der Wiedereinsetzung der rechtmäßigen Landesobrigkeit nothwendig erforderlich. Die deutsche Nationalität Schleswigs wird weder der dänischen gleichgestellt. Eine Incorporation Schleswigs soll nicht stattfinden. Wenn keine von Holstein aus unternommene Feindseligkeit hinderlich entgegentritt, soll unverweilt eine Zusammenberufung achtbarer Männer stattfinden. Diesselben sollen aus, Holstein, Dänemark und Schleswig hervorgehen werden, und zwar derartig, daß die Zahl der Schleswiger, die der Dänen und Holsteiner übersteigt, während Dänemark und Holstein durch gleiche Zahl vertreten wird. Lauenburger sollen beigeordnet werden können. Dem Gutachten dieser Männer soll Rechnung getragen werden, soweit dies mit dem Wohl der Monarchie vereinbar ist. (D. R.)

England.

London, 16. Juli. Heute Morgen um 6 Uhr wurde die Leiche des verstorbenen Herzogs von Cambridge von Cambridgehouse in London abgeholt, um in der Kirche zu Kew beigesetzt zu werden. Der Zug wurde zum größten Theil von Mitgliedern des Hausstalts des Verstorbenen gebildet; außer dem unmittelbaren Herzog von Cambridge befanden sich nur zwei fürstliche Personen bei demselben, nämlich Prinz Albert und der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz.

Frankreich.

C Paris, 18. Juli. Die heutige Sitzung der gesetzgebenden Versammlung war zur Berhandlung der Anklage des „Pouvoir" bestimmt. Sie wird um 12½ Uhr eröffnet und der angeklagte Geschäftsführer des obengenannten Blattes, Hr. Lamartinière, mit 275 gegen 119 Stimmen zu einer Geldstrafe von 5000 Fr. verurtheilt.

Italien.

Rom, 2. Juli. St. E. Karbinal Oriolí, Präfekt der Congregation der Bischöfe und der Ordensgeistlichen hat auf Befehl des hl. Vaters unter dem Heutigen an alle Bischöfe der Welt Rundschreiben erlassen, worin der Papst Letztere autorisirt werden, im Laufe dieses Jahres ein Jubiläum mit vollkommenen Ablaß auszuschreiben. „Da die göttliche Vorsehung", so beginnt das Circular, „den heiligen Vater auf seinen Stuhl zurückgeführt und die sichtlichsten Strafen, die die Schuldigen betroffen, abgewendet hat, hat das Herz Sr. Heiligkeit um so mehr von Gefühlen der freudigsten Erkenntlichkeit gegen den Herrn erfüllt, der in den Zeiten der Trübsal mit seiner allmächtigen Hülfe herbeizueilen sich gewürdigt hat. Se. Heiligkeit hört darum nicht auf, dem Geber alles Guten demüthig zu danken, und ihm inbrünstige Gebete darzubringen, damit er doch den Sturm beschwichtigen und seiner Kirche den Frieden wiedergeben, damit er den Eifer des Clerus nermehren, den Glauben des christlichen Volkes neu beleben, damit er die Gutlen hüten, die Verirrten auf den rechten Weg zurückführen und in sie in seinen Augen die Flamme der ewigen Liebe entzünden wolle. — Der heil. Vater wünscht deßhalb, daß die geheiligten Hirten von einem heiligen Eifer für das Seelenheil entflammt, die Gläubigen nicht blos in den Kirchen versammeln, um öffentliche Gebete zu verrichten, sondern ganz besonders ihnen heilsame Lehren geben, im Geiste in der Wahrheit zu beten, und durch das Sakrament der Buße ihre Seelen von den Sünden zu reinigen: denn unsere Sünden sind die wahre Ursache des wahren gottlichen Zornes über uns." — In einer Kapelle der Kathedralkirche in Rom, in einer Tochter des protestantischen Geistlichen Fenwick, sind in den Schooß der katholischen Kirche aufgenommen worden. (D. Volks.)

Turin, 10. Juli. Die Parlamentssession hat in einer Weise geendet, welche die Opposition, die doch dem Ministerium so oft die unterstützendes Votum gab, verdrießlich gar sarrig machte. Die Linke beruft jetzt ihre Fressgelüste gegen die Staatsgewalt, gegen das Kabinet Azeglio-Siccardi, welches ihr jetzt für ihre Unterstützung, für ihre 119 Voten mit einer Persidie dankt. Die Opposition hat dem Ministerium in einem Jahre 275 Mill. Fcs. — Die Zinslast der öffentlichen Schuld wurde für das Jahr 1847 mit dem Betrag von 8,683,000 angegeben. Jetzt muß man für dieselbe öffentliche Schuld 31,333,000 Interessen zahlen. Auf diese Weise hat die so unverständige und verschwenderische Unterstützung der Linke und der ganzen Opposition die öffentlichen Lasten um 23 Mill. Interessen erschwert. Und was hat sie dafür erhalten? Die Abschaffung der Kirchenfreiheiten und des alten Zehentensystems auf der Insel Sardinien. Die Opposition hat aber mehr erwartet: ein Administrationssystem, das sich so viel als möglich dem französischen nähere; das Reisen Jolly, deren Bedürfnis sich im Handel wie in der Agricultur so fühlbar macht; die Organisation der Kriegsmarine, welche in ihrer Unthätigkeit zu Genua zu Grunde geht, und ein spezielles Ministerium in diesem Hafen erhoffte; und endlich die Verdingung der wichtigen Eisenbahn von Genua nach Turin, deren Arbeiten kaum einstig unterbrochen wurden, da nur ungefähr 15 Kilometer in der Vorstadt San Pier d'Arena zu Genua dabei beschäftigt sind. Aber nicht diese getäuschten Hoffnungen haben die Opposition in Entrüstung gebracht, sondern ein allzu machiavellistischer Schritt des Ministeriums. Die Demokratie, welche im Parlament sitzt, wollte die Oeffentlichkeit der Municipalsitzungen in den Provinzen, sie wollte die Nationalgarde von Genua reorganisiren und die Artillerie-Compagnien aufrüsten. Durch diese Concessionen wäre man sicher und unwiderstehlich zur Demagogie hingezogen worden. Demnach hat das Ministerium Alles versprochen, da es sich darum handelte, die 105 Millionen voitet zu erhalten. Hierauf — in einem Moment, wo man sich dessen am Wenigsten gewärtig war — sud das Ministerium seine Freunde durch Billets zu einer Abendfeyung in den Deputirtensaimmer ein, und ließ durch Jacquemont den Vorschlag zur Provocation der Kammer machen, welche von allen anwesenden Minisiterstellen voitirt wurde. Den andern Tag erfuhr die Opposition, daß sie zur Ernte heimkehren könne, ohne aber den Municipalverathungen ihrer Dörfer beiwohnen zu dürfen; oder daß sie nach Genua gehen können, um dort die Seebäder zu nehmen, ohne aber die Kanonen der Nationalgarde besitren zu sehen. (Lloyd.)

Neuestes.

* Würzburg, 21. Juli. Heute Vormittag 10 Uhr war, wie wir bereits meldeten, eine Volksversammlung im Platschen Garten. Der Vorsitzende des zur Unterstützung Schleswig-Holsteins gebildeten Comites, Dr. Eisenmann, hielt eine hierauf bezügliche Rede; forderte dann die Versammlung auf, sich zu erklären, ob man das Comite beibehalten oder ein neues bilden wolle. Da ein Einmann dagegen erhoben wurde, daß das bisherige Comite aus wurde der Zutritt hiezu Jedem offen gelassen. Am Schlusse sprach ein Hr. Neuberger aus Hirdingsfeld und nochmals Dr. Eisenmann, welcher auch der Begeisterung im Jahr. Heere für Schleswig-Holstein hiebei ruhmend gedachte, da mehrere Offiziere ihre bedeutende Gehalte aufgeben und nach Schleswig gingen. Dies wurde von der Versammlung mit lauter Bravo begrüßt. Die Versammlung beliet sich auf ungefähr 1500 Personen. Eine Collecte wurde sogleich vorgenommen und sollen über 90 Gulden gefallen sein. Nicht die geringste Störung fand statt.

München, 20. Juli. Die mitgetheilte Nachricht, als habe Sachsen bereits den dänischen Frieden ratificirt, kommen wir aus guter Quelle als eine Unwahrheit erklären. (N. M. Z.)

T. D. Berlin, 18. Juli. Oesterreich Erklärung über den dänischen Frieden spricht sich anerkennend und billigend aber den materiellen Inhalt aus. Die formelle Ratification soll nur im Plenum geschehen können. Hannovers Erklärung ist weder für noch gegen die Ratification. Preußen soll gar kein Mandat mehr zur Friedensverhandlung gehabt haben bei den Berathen der Centralcommission. Nur der Bund, das Bundescontingent könne verhandeln. (Z. Z.)

Stettin, 17. Juli. Gestern hier aus Petersburg mit dem „Wladimir" eingetroffene Reisende berichten, daß eine zweite Abtheilung der russischen Disserkotte mit circa 10,000 Mann Landungstruppen an Bord, im Absegeln begriffen war. (Dpf.-Z.)

Marienwerder, im Juli. Das Centralcomité zu einer Nationalsubscription für die Hinterbliebenen Auerswald's hat dieser Tage offentlich Rechenschaft abgelegt über das Ergebnis der Sammlung. Die eingegangenen Beiträge belaufen sich auf die Summe von 21,340 Rthlr. 10 Sgr. 9 Pf.

Triest, 16. Juli. Mit dem gestern Abend aus der Levante eingetroffenen Dampfschiff ist auch der General Jochmus sammt Sohn hier angelangt.

Rom, 9. Juli. Vorgestern Abend ist der Pater Tomaso Graente Lipolletti, Commissar des h. Offiziums und Generalvikar des Predigerordens, plötzlich gestorben. (Oest. Kur.)

Neapel, 11. Juli. Gestern morgen ist die Vermählung des Grafen Montemolin mit der Schwester des Königs von Neapel in aller Stille vollzogen worden. Noch an demselben Tage ging, seiner Instruktion gemäß, der spanische Botschafter auf einem bereit gehaltenen Dampfschiff nach Spanien ab.

Mittheilung der Gründe,

welche die verfügte Auflösung der in Sachsen bestehenden Arbeitervereine veranlaßt haben.

Dresden, 4. Juli 1850.

(Fortsetzung.)

17) Das Bezirkscomité in Hamburg Leopold Specht, (Schriftführer) schreibt unterm 14. Dezbr. 1849:

„Vor einigen Wochen haben wir 6 Thlr. vom Bezirkscomité und 6 Thlr. von den Tischlergesellen durch die Buchhandlung von Meißner und Schirges — für die schweizerischen Flüchtlinge — Hrn. Robert Blum, nach erhaltener Danksagung, zu Besserung überliefert. Soweit uns bekannt, ist Robert Blum verhaftet, und wir bitten, Erkundigung einzuziehen, ob das Geld an seine Bestimmung gelangte."

Ueberhaupt liegen Korrespondenzen mit dem Centralcomité vor von den Arbeitervereinen zu Altona, Brand bei Freiberg, Annaberg, Augustusburg, Conradsdorf, Glauchau, Chemnitz, Darmstadt, Glasshaft, Goppingen, Halle, Berlin, Altenburg, Bremen, Hemmelmühle, Hadelberg, Halberstadt, Hamm, Gera, Hildesheim, Werdau, Breslau, Glogau, Hamburg, Hannover, Elsefeld, Detlefs, Elten, Fürth, Frankenthal, Giebichenstein, Herbsfeld, Bielefeld, Eilenburg, Freiberg, Celle, Coepnick, Karlsruhe, Großenhain, Mainz, Bettenhagen, Krempen, Zerbst, Lichtenstein, Waltenburg, Kleinwaltersdorf, Merrane, Wismar, Lübeck, Werden, Plauen, Würzburg, Potzig, Magdeburg, Lindow, Königsberg, Meißen, Pussau, Wien, Kiel, Werdau, München, Nürgen, Bernburg, Braunschweig, Hanau, Pirna, Osnabrück, Osterode, Offenbach a. M., Neustadt a. d. H., Naumburg, Nurnberg, Regensburg, Rendsburg, Nonnenburg, Rostock, Schwabach, Stuttgart, Scharfenstein bei Zschopau, Schwerin (Bezirkscomité), Ulm, Neuwort, Tannenberg bei Annaberg.

II.

1) Ein Schreiben des Centralcomité zu Leipzig (unterzeichnet: Schwenniger, Kick, Born) an den Bergarbeiterverein in Conradsdorf bei Freiberg, d. d. 6. März 1849, sagt:

„Oesterreich ist fast das einzige deutsche Land, das in seinem Zusammenhang mit uns steht. Der Wiener Arbeiterverein, so sich uns angeschlossen hatte, existirt nicht mehr. Mit einem neuen Siege des Wiener Volks aber wird auch die Grenze fallen, die in diesem Augenblicke uns von unsern Brüdern in Oesterreich scheidet ꝛc. Wenn heute irgend ein politischer Flüchtling zu Euch kommt, so sammelt Ihr in Euren Vereinen, das ist ein erfreuliches Zeugniß, daß kein noch so armer Arbeiter zu arm ist, um nicht einige Pfennige auf den Altar der Partei legen zu können, und Derjenige gehort nicht zur Partei, und den mussen wir ausstoßen, der uns so geringes Opfer nicht lassen will ꝛc. Wir stellen aber an Euch das dringende Verlangen, daß Ihr uns fur Verwendung zu allgemeinen Arbeiter-Interessen, die wir hier nicht mittheilen dürfen, als einen außerordentlichen Beitrag umgehend mindestens die Summe von 3 Thlrn. einsendet."

2) Das Centralcomité zu Leipzig erließ in einer Beilage zu Nr. 26 der Verbrüderung unterm 28. März 1850 folgende Warnung:

„Das Gedeihen der Arbeiter-Verbrüderung in Deutschland, deren Wirksamkeit in Bezug auf gegenseitige Unterstützung und immer allgemeiner werdende Bildung im Arbeiterstande, hat namentlich in neuerer Zeit die Aufmerksamkeit Solcher rege gemacht, die, falsch wie immer, unter dem Scheine der Zutraulichkeit und zuvorkommender Freundschaftlichkeit sich in den schönen Bund deutscher Arbeiter einzuwinden suchen, um ihn zu verderben, oder fur ihre Zwecke auszubeuten. So circuliren gegenwärtig gedruckte Einladungen behufs der Verfassung von Arbeiter-Reisebüchern; diese Einladungen verrathen ihren eigentlichen Zweck leicht, wenn man die darin enthaltene Belehrung des Schreibers der Arbeiter, sowie die auf der Rückseite befindlichen Fragen scharf ins Auge faßt. Es ist die Pflicht aller der Verbrüderung angehörigen Vereine, die schöne Idee der Verbrüderung durchzuführen und zu erhalten, und sie konnen dies nur, wenn die Arbeiter möglichst selbstständig und ohne fremden Einfluß zurückweisen. Wir warnen unsere Bruder daher freundschaftlich vor derlei Eindringlingen, seien es Personen oder Zuschriften, und machen darauf aufmerksam, daß sie Niemandem uber ihre Verhaltnisse Aufschluß zu geben haben, daß ihren Bezirks- und Haupt-Vereinen, Korrespondenz-Centralbureaus aus dem Central-Comite. Ebenso ist es nothwendig, daß wir auch den an einigen Orten auftauchenden Unterstützungsvereinen außer der Verbrüderung Aufmerksamkeit und Ueberwachung schenken. Die Reaktionspartei sucht mit religiosen, trosterden und verheißerischen Vorspiegelungen den guthmuthigen Arbeiter mit einigen Groschen zu gewinnen, damit ihm und dem ganzen Arbeiterstande die in den jungsten Jahren mubsam errungene Selbstständigkeit wieder genommen werde. Also: „Wachet, auf daß ihr nicht in Versuchung kommet!" Leipzig den 28. März 1850. Das Central-Comite der deutschen Arbeiter-Verbruderung.

III. Den Arbeiterverein zu Leipzig betreffend.

1) Dieser Verein schrieb unterm 5. August 1848 an den Arbeiterverein zu Wien Folgendes:

„Wir werden unsere Sympathien Euretn Namen den Arbeiter zu Ehren bringen, selbst hineingreifen in die Gesetzgebung, um es den Parteien unmoglich zu machen, noch ferner die Volker zu knechten und verbinden zu lassen. Kassen Sie uns die Hande reichen, die Grenzpfahle niederwerfen, die den Deutschen vom Deutschen trennen und der Willkur einzelner Machthaber als Mittel dienen mussen, die eigne Macht zu verstarken ꝛc. In dieser Stille veranstaltete Professor Bayerhofer in Marburg einen Congreß in Frankfurt a. M., zog alle Gelehrten neuerer Schule, die der Demokratie huldigen, in diesen Kreis und Wien hielt sich durch Dr. K. Schütze vertreten; sein Mandat dafur erhielt er von Wiener Studenten, welche in Eisenach versammelt waren. Da alle Turn- und Arbeitervereine eingeladen, beschickte denselben auch Leipzig, um sich einzuweihen in die Tiefe der Politik und der radicalen Partei. Der Zweck war rein politischer Natur und zwar: die Nationalversammlung fortzudrangen, die Einheit Deutschlands zu schaffen um jeden Preis; und wenn dieß von dieser Seite scheitern sollte, die Revolution permanent zu erklaren, die Zugel derselben in die Hande zu nehmen. Die soziale Frage, mit der Arbeitern noch etwas gereizt zu werden, wurde nur theilweise berührt, um wenigstens durch ihre Arme verfasrt in Austhalt zu haben. Das aufgestellte Grundprinzip heißt: die einzige haltbare Verfassung ist die demokratische Republik, d. h. rue Verfassung, worin die Gesammtheit die Garantie für die Freiheit und Wohlfahrt des Einzelnen übernimmt. — Dieser einzugehen in die Verhaltnisse der Arbeiter fand man nicht fur rathsam, denn man hatte jetzt keine Macht, die Arbeiter sollten die politische Macht erkampfen helfen, dann weiß man auch und heffen, wir wurden es dann frei bahnen, unsere Angelegenheiten nach Belieben zu ordnen."

2) In einem Protokolle vom 18. Februar 1850 ist von gyhrimen Sitzungen des Vereins die Rede.

3) In einem Protokolle über die Sitzung vom 26. desselben Monats ist bemerkt, daß sich der Vollstu rnverein dem Arbeitervereine angeschlossen habe, oder vielmehr in demselben aufgegangen sei.

IV. In einem Schreiben aus Bielefeld an den Vorstand der Cigarrenarbeiter-Association in Leipzig, d. d. 18. März 1850 ist Folgendes gesagt:

„Wieder ist ein Jahr dahin gerollt in das Meer der Ewigkeit seit den denkwürdigen Tagen, wo das Volk von Berlin den Sieg gegen den Absolutismus in den Handen hatte, noch einen Schritt und der Wurfel war gefallen. Leider kam es nicht dazu, indem seiner Starke und unkundig den rechten Weg einzuschlagen, ließ es sich mit leeren Phrasen abspeisen, bis es am Ende mit gnadigen und allergnadigen Zusicherungen zufrieden sein mußte. Unbildung, Unreinigkeit war es, daß es so kam, und es wird noch besser werden. Zusätze ist auch bei unserer Association der Fall; denn bevor nicht alle recht fest im Sopfe sitzen haben, was das eigentliche Streben aller Arbeiter sein muß, werden wir uns nimmer zu einem großen Ganzen vereinigen ꝛc."

V.

1) Nach einem Protokolle des Bergarbeitervereins zu Brand vom 15. April 1849 war in der ersten Zusammenkunft dieses Vereins durch Sammlung ein Beitrag von 5 Thlr. 3 Ngr. 1 Pf. zur Unterstützung politischer Flüchtlinge erlangt und angeblich an das Centralcomité zu Leipzig eingesendet. Ferner in demselben Protokolle ist von brimlichen Diskussionen der Zöglge Aufschußmäßiger Traupolz und Schönberg noch die Rede.

2) In dem Schreiben eines früheren Mitgliedes des Bergarbeitervereins zu Brand an diesen letzteren d. d. Leipzig 17. Mai 1849 heißt es: „Mitbruder! Dresden ist alles zerstort und damit viele unserer Mitburger; ist aber mit diesem Falle der Socialismus fur Deutschland gefallen, — ich sage nein; daß Dresden fallen mußte, war fur daraus zu ersehen, weil die Revolution zu lange dauerte, denn eine solche muß noch weiter hinaus sein; aber ganz Deutschland wird sich erheben und die Fesseln losen und man wird eher oder spater einen offenen Kampf erleben. Was wurden wir gewonnen haben, wenn Dresden gesiegt? ich sage wiederum nichts, denn was Sachsen, wenn die andern Staaten fehlen?"

3) In einem Protokolle über die von dem Bergarbeitervereine zu Brand am 10. Juni 1849 abgehaltene Versammlung heißt es:

„Gerner trug das B. M. Zimmermann darauf an, den in hiesiger Gemeinde zusammengebrachten Beitrag, welcher gesammelt wurde zur Unterstützung fur diejenigen, welche sich an dem Kampf in Dresden betheiligten, und sich noch in den Handen der hiesigen Gemeindevertreter befinde, zu diesem Zweck zu verwenden, weggen Ohmann Pilz, auf eine Ministeriatverordnung sich berufend, es an das Gebiet der Unmöglichkeit stellte. Buge ergriff hierauf das Wort, zu diesem Zwecke sich an seine Behorde erst bettelnd zu wenden, sondern es bloß der allenigen Gutmilligkeit des Vereins anheim zu stellen, worauf ihm Bravo gezollt wurde."

4) In einer Versammlung desselben Vereins vom 4. Dezember 1849 wurde noch Inhalt des daruber vorliegenden Protokolle, die Liebe, Treue und das Wirken der Maisangeklagten von dem Referenten Unger gerühmt und durch ein Gedicht gefeiert. Uebrigens kam hier noch ein unterstützender Antrag des Ohmann Pilz wegen eines zu beschließenden Gesuchs um Amnestirung dieser Angeklagten zur Sprache, wahrend man sich aufgerufen mit sämtlichen Wohlangelegenheiten beschäftigte und A. M. Preißler 2 Aufsätze aus dem Reibeisen vortrug, der Ohmann Pilz Gustav Struve's und der Revolution in Baden gedachte, auch Referent Unger auf Hecker hinwies, und schließlichen Gesuchs um Amnestirung dieser Angeklagten zur Sprache, wahrend man sich aufgerufen mit sämtlichen Wohlangelegenheiten beschäftigte und A. M. Preißler 2 Aufsätze aus dem Reibeisen vortrug, der Ohmann Pilz Gustav Struve's und der Revolution in Baden gedachte, auch Referent Unger auf Hecker hinwies, und ebenfalls einen Aufsatz aus dem Reibeisen mittheilte.

(Forts. folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 553.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 175. Würzburg, Dinstag den 23. Juli. **1850.**

** Aus der Geschichte von Dr. J. Fehr über die europäische Revolution seit der Reformation entnehmen wir folgende bedeutungsvolle Stelle: „Nur der gemeinsame Gehorsam," sagt der Verfasser, „verebelt im gemeinsamen Glauben, war das Bindungsmittel Aller untereinander und mit dem Kaiser. Mit dem gemeinsamen Glauben schwand auch der gemeine Gehorsam, und die Folge hiervon war die rechtliche Souveränität der einzelnen Fürsten, grundgesetzlich durch den westphälischen Frieden, der den fremden Mächten den Vortheil des Landergewinns gewährte, Deutschland selbst den Todesstoß versetzte. Mit diesem Frieden war das h. römische Reich deutscher Nation thatsächlich vernichtet, weil die Idee nicht mehr bestand, auf der es begründet worden war. Von da an bestand der rechtliche Zwiespalt im Reiche, den der ihöne Corse für seine Zwecke zu benützen verstand. Die Februarrevolution in Paris traf also Deutschland in einem Zustande, der sich eigentlich von 1648 bis datirte. Diesen thatsächlichen Zustand nun zu vernichten, schien die Aufgabe einer deutschen Revolution zu sein. Sollte aber diese Revolution selbst gelingen, so mußte ihr eine großartige Idee zu Grunde gelegt werden, die geeignet war, Fürsten und Volk zu begeistern. Diese Idee nun, sur deren Realisirung auf verständigem Wege gewiß jeder Chrenmann mit Freuden einzustehen bereit war, war die Einheit und damit die Größe unseres theuren deutschen Vaterlandes. Nur lose waren die einzelnen Bestandtheile desselben durch den Bundestag zusammengehalten worden; schon bei dem ersten Laufe der Revolution fiel dieser Bundestag zusammen, und nunmehr versammelten sich die Vertreter des deutschen Volks in der altehrwürdigen Mainstadt, um auf den Ruinen des Bundestags den Neubau deutscher Einheit zu beginnen. Ohne Gebet um den göttlichen Beistand begann die Frankfurter Versammlung ihr riesenmäßiges Werk. Aber bald zeigte sich unter den Bauleuten Verwirrung der Ideen und der Sprachen, und nur zu bald mußte der Patriot ohne Hoffnung auf eine Versammlung hinsehen, die er Anfangs mit jubelnder Begeisterung begrüßt hatte. Worin lag der Grund hievon? Nach meiner Ansicht ganz einfach darin, weil die Versammlung selbst den Zweck ihres Zieles abging, das sie sich Anfangs gestellt hatte, die Einheit Deutschlands außer Akt rief und nun thatsächlich zeigte, daß der deutschen Revolution nur vorgebracht jene großartige Idee zu Grunde gelegt wurde. Die Majorität der Versammlung schwankte für eine Idee, das preußische Erbkaiserthum, deren Realisirung einmal zu den Unmöglichkeiten gehörte; endlich trat die Minorität mit Ideen hervor, die nichts anderes bezweckten, als den gänzlichen Umsturz alles thatsächlich Gegebenen mit historisch Entwickelten. Als einzelne Neuschöpfungen des deutschen Volks nach Beseitigung aller Standesprivilegien durch ein ihren Gunsten geschaffenes Vorrecht zu Mord und Brand und wie man sast wollte zu jeder Uebelthat privilegirt, statt in der Paulskirche zu berathen, auf den Barrikaden erschienen, um, wie es sich nachher zeigte, einer durchaus unbeliebten Revolution zum Siege zu verhelfen und damit den Umsturz des gesammten europäischen Staatensystems zu beschleunigen, als Lehren und Grundsätze sich zeigten und verkündigt wurden, die auf dem Munde der Leuelleus im 17. oder der Jakobiner im 18. Jahrhundert entlehnt zu sein schienen: da mußte die Begeisterung sur eine Versammlung schwinden, die endlich durch die Zwietracht ihrer eigenen Glieder zum Raume zusammengeschmolzen war. Die vielvertretene Versammlung hat unrühmlich gerneint und nebst den in vielfacher Beziehung unpraktischen Grundrechten nichts hinterlassen, als eine Reichsverfassung ohne Reich, die sortan das Palladium der Revolutionären sein wird, gesteigerter Zwietracht der Nation und, damit zur Hoffnungslosigkeit zu nichts sehle, eine im Bau begriffene Flotte ohne Werr. Die wahre Stimmung des Volks und der erfahrene Rath der Fürsten wurden nicht mehr beachtet; an die Stelle ehrwürdiger Repräsentanten des Volks sind freche Demagogen getreten, und haben es auf sich genommen, gegen den Willen der Majorität des Volks ihre eigenthümlichen Ansichten von Staat und Gesellschaft zu realisiren; allein damit hat sich die deutsche Revolution überstürzt, und steht bereits auf dem Standpunkte von 1649, 1792 und 1793. Schon von diesem einzigen Gesichtspunkt aus aber ist es gewiß hochst interessant, jene gewaltige Bewegung, welche England 40 Jahre erschüttert hat, und Frankreich noch bis zur Stunde in seinem Fundament erschüttert, genauer kennen zu lernen, damit Jeder wisse und entscheide, ob es wahr sei, daß die Revolution ein Uebel sei oder eine Wohlthat? auf daß sich Jeder entscheide, ob er sich den Bestrebungen der deutschen revolutionären Propaganda anschließen darfe oder nicht? auf daß Jeder einsehe, ob an der Hand ihrer Grundsatze ein neues solides Staatsgebaude, in dem Freiheit und Wohlsahrt gesichert bleiben, aufzuführen sei oder nicht? Die Geschichte wird der schwankenden Einsicht zu Hilfe kommen und jedem ungetrübten Auge die Bahn weisen, auf der eine neue, der Bildung und den Bedürfnissen der Zeit entsprechende Ordnung der Dinge begründet werden kann. Die Verirrungen einer Revolution dürfen nicht unbeachtet bleiben, eine Vergleichung unserer politischen und socialen Zustände mit denen anderer Länder im Revolutions-Zeitalter darf nicht unterbleiben, mit Einem Worte, es muß der Geschichte ihr Recht verbleiben, die aufrichtige Lehrerin der Menschheit zu sein."

Die deutsche Frage

soll abermals in ein neues Stadium getreten und gegenwärtig sogar derjenige Staatsmann, welchen wir den' bösen Dämon Preußens nennen, mit seinen frühern Gegnern darüber einverstanden sein, daß es unter den obwaltenden Verhältnissen und bei der niederschlagenden Laubheit der deutschen Nation kaum möglich sein dürfte, die Unionsfrage festzuhalten, und zu einem gedeihlichen Ende zu führen. Nichts destoweniger hat der Preußische Saturn sich noch nicht dazu entschließen können, sein Kind definitiv zu verspeisen, wie und heruntlen will, in der stillen Hoffnung, daß sich aus Schleswig-Holstein oder sonst hervorgehenden Umstände entwickeln konnten, welche das Erfurter Parlament mit dem so schmerzlich vermißten Glanze der Paulskirche umstrahlten. Dieß zur Erläuterung des neuen Provisoris, das außerdem Manchem völlig unverständlich sein dürfte, und das, wie wir hören, von der sog. „deutschen Minoritat" unseres Ministerums nicht mit Unrecht energisch bekämpft worden ist. Entweder — oder, will man die Union festhalten, dann gehe man entschieden damit vor, hat man sich von der Unhaltbarkeit überzeugt, dann stirne man dieß verderbte Spiel mit den unendlichen Provisorien: dieses Hangen und Bangen in schwebender Pein hat uns schon jetzt zu einer Stellung herabgedrückt, die so wenig unserer Geschichte als unserer Macht wohl anstehet. Nicht genug, daß man uns mißtraut, man beginnt auch schon uns zu mißachten, und der Mann, welcher in dem Mittelpunkte des lebigen Netzes sitzt, er wird schwerlich Preußens Ehre höher achten, als seine eigene und er kann keine bessere Hoffnung haben, als einen neuen Aufschwung der Revolution. Billig aber fragen wir, ob auch die Krone Preußen ihre Hoffnung auf den Treibsand der Revolution gebaut, billig fragen wir, ob die Preußischen Staatsmänner noch immer nicht inne geworden sind, daß ausser Baterland kaum einen zweiten Mann beherbergen dürfte, welchem ein so allseitigen Mißtrauen entgegen stande, als dem Schöpfer der Union, ein Mißtrauen, in welchem Junker und Russland, Royalisten und Demokraten, ja jetzt vielleicht auch schon die Constitutionellen völlig einig sind.

(N. Pr. Z.)

Deutschland.

γ München, 20. Juli. Neben der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ist jetzt die Rede des Professor Bluntschli über Reorganisation des Adels und der ersten Kammern in Deutschland das Ereigniß des Tages. Ein kurzer Auszug jener Rede, die am 5. d. im monarchisch-constitutionellen Vereine sur Freiheit und Gesetzmäßigkeit gehalten wurde, war am 11. d. in den „Neuesten Nachrichten" erschienen, und wenige Tage darauf konnte man bereits eine „Beleuchtung" der Bluntschlischen Vorschläge in denselben Blättern lesen, am zwar von demokratisch-socialistischem Standpunkte aus. Der Verfasser wollte gar keinen Adel mehr und war daher über jene Vorschläge als höchst „reaktionär" sehr ungehalten. Zum Ergetzen des Publikums erschien dann gestern wieder in den „Neuesten Nachrichten" „auch eine Beleuchtung" der Bluntschlischen Vorschläge vom Standpunkte des Junkers aus, der, wie voranzusehen war, Professor Bluntschli für einen „verkappten Demagogen" hält, und natürlich Alles bei'm Alten lassen möchte. Es sind dieß deutliche Zeichen, daß die Wahrheit, die gewöhnlich in der Mitte liegt, auf Seite der mehrerwähnten Vorschläge zu suchen ist. Diese sind reformatorischer Art; die Demokraten aber wollen Revolution, und die Hofjunker Stabilität oder wenigstens Reaktion. Gestern soll in jenem Vereine eine lebhafte Diskussion über die Frage stattgehabt haben, und nächsten Freitag weite sorgetragt werden. So viel ich horte, war in dem conservativen Bereine keine irgend nennenswerthe Opposition gegen die Vorschläge vorgebracht worden.

München, 20. Juli. Nach einem eingetroffenen Schreiben des kgl. Secretariats in Aschaffenburg wird Se. Maj. der König am Dienstag den 23. des. von dort abreisen, sich am selben Tage nach Darmstadt begeben und am 25. da. hier eintreffen. Es wird hieraus mit einiger Gewißheit vermuthet, daß Se. Majestät den Landtag in Person schließen werde. — Lieutenant Povewils vom Kuirassier-Regiment Prinz Karl, hat unter Beschränkung auf alle ferneren Ansprüche, Behufs des Eintritts in schleswig-holsteinische Dienste, seine Entlassung eingereicht. Wie aus guter Quelle verlautet, werden mehrere Offiziere des ersten Artillerie-Regiments, denen ihr Gesuch um Beurlaubung zu diesem Zwecke abschlägig beschieden worden ist, diesen Dienstzweig verlassen. Der hiesigen Garnison haben bereits 126 Einjährige um Urlaub nach Schleswig-Holstein nachgesucht. Es versteht sich von selbst, daß es vergebens war, aber ich glaube dieses erwähnen zu müssen, weil es die große Sympathie zeigt, die unser tresflisches Militär für die Sache der Herzogthümer hegt. — Aus dem Kriegsministerium vernimmt man, daß eine Reduktion des Prozenzstandes bei der Infanterie durch Beurlaubung vorerst nicht stattfinden wird. Dem eingesendeten Ausweise zufolge gibt die hiesige Garnison allein 500 Mann täglich in den Wachtdienst. (A. Ab.)

Landau, 20. Juli. Gestern Abend trafen das gesammte 1. Unterstützers-Corps der hiesigen Garnison ein schönes Doppelfest. In sinniger Weise zu Einem verbunden, war es sowohl ein Fest des heiteren Willkommens, als des herzlichen Abschieds. Das erstere galt unserem neuen Festungskommandanten, das letztere dem bisherigen Gesellschafter des Verstorbenen. Der Empfang, veranstaltet, obwohl von bedeutendem Umfang, vermochte kaum die Menge von militärischen und andern Gästen zu fassen, die sich hier zum geselligen Banquette eingefunden hatten. Der Garten war mit buntfarbigen Laternen illuminirt, der Kiosk, worin die Gesellschaft saß, mit Guirlanden von Fahnen, Waffen und Geschützen und einem sehr gelungenen Transparent geschmückt, worin das bayerische Wappen und die Inschrift prangte: „Zur Feier der Ankunft und des Abschieds der kön. bayer. Hh. Obersten v. Brandt und Ritter v. Burkart. Landau, getreuen und kameradschaftlichen Unterstützern." — Das von den Artillerisen ausgeführte Feuerwerk, namentlich der Feuerregen aus dem Dahlia und den Springbrunnen, sieß Meister in dieser Kunst erkennen. Trefflich Regimentsmusik, wechselnd mit Gesängen, mantern Vorträgen und feierlichen Toasten, die reinste gemüthliche Kameradschaftlichkeit, die trotz des Gedränges keinen Augenblick gestört wurde, machten dieses Fest, das sich bis tief in die Nacht verlängerte und mit einem Marsche durch die Stadt nebst Musikvortrügen unter Toasten vor der Stabtkommandantur schloß, für jeden Theilnehmer gewiß zur angenehmen Erinnerung, wie es auch dem wackern Gebern nur zur hohen Ehre gereichen kann. (Pfz. J.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Hamburg, 20. Juli. Der schleswig-holstein. Verein in Kiel ersucht, die Gaben aus Deutschland an ihn einsenden zu wollen.

Kiel, 18. Juli. Die mehrerwähnten russischen Kriegsschiffe scheinen vor dem Kieler Hafen eine feste Station genommen zu haben. (A. M.)

Kiel, 14. Juli. Den Sonntag an wird von den Predigern in den Kirchen Gebet und Fürbitte für die schleswig-holsteinische Armee geschehen.

(B.-H.)

Kiel, 18. Juli. Gegen die von dem Commandeur des „Elfolo", Kapitain Seeber, den hiesigen fremden Consuln angekündigte nahe bevorstehende Blokade des Kieler Hafens haben die Consuln Protest eingelegt. — Erzählt wird, daß Graf Conalenge die Flensburger Centralkasse mit einem Restbetrage von 1,500,000 Mk., nachdem den norwegisch-schwedischen Truppen ein Vorschuß von 350,000 Mk. geleistet worden, nach Kopenhagen bringen lassen. (A. M.)

Kiel, 19. Juli. Es sind noch zwei holsteinische Schiffe von den Dänen aufgebracht worden. (H. C.)

Schleswig, 18. Juli. Die H. H. B.-B. enthält über das Einrücken der Dänen in Schleswig folgende Angaben: „Am 16. Morgens rückten die Dänen im Herzogthume Schleswig an verschiedenen Punkten über die Grenze. Colonnen marschirten von Sonderburg aus und übernachteten in Rinkenis und Onarö. Das in Jütland stationirte dänische Corps marschirte zur selbigen Zeit in Schleswig ein und sieben Bataillone wurde von Apenrade aus ans Land gesetzt. Von den letzteren waren zwei Bataillone auf der Apenrade-Flensburger Chaussee sogleich weiter nach Flensburg, welches sie am folgenden Tage besetzten. Ihre Vorposten stehen in den umliegenden Dörfern. Heute Morgen fand ein kleines Vorpostengefecht statt bei Bilschau, ohne andern Resultate, als daß zwei Pferde verbrennzahlen. Die Dänen haben sich auch auf Holnis verschanzt, wohin sie von Beusis übergesetzt waren. Patrouillen von dort aus sind weiter als Gluckburg gesehen worden.

Schleswig, 19. Juli. Nach andern Nachrichten vom Norden haben die Dänen die Stadt Apenrade durch Landung des fühnen'schen Corps mit 7 Bataillonen besetzt. Der größere Theil ist sogleich südwärts ausgerückt, hat indeß bereits bei Seegarden, kaum auf der Mitte nach Flensburg, den vierten Theil der Mannschaft durch Erschöpfung verloren gehabt. — Das dänische Corps ist in zwei Colonnen zunächst auf Apenrade vorgerückt, hat daselbst Gravenstein besetzt und combinirt nach Rinkenis marschiren sollen. Auch dieses Corps hat indeß den 4. Theil in Folge der Hitze unterwegs liegen lassen müssen. Später ist dem Flensburg mit 15,000 Mann besetzt, die in Sonderwitt und Tolstrup Quartier haben. Vorgestern hatte eine Recognoscirung unserer Truppen auf Flensburg stattgefunden, wobei man bis an die Stadt vorgedrungen und nur auf einige dänische Dragoner gestoßen sein soll. Gestern sind indeß mehrere Patrouillen unsererseits auf feindliche vorgeschobene Posten gestoßen, so daß man den Apenrader Corps sollen einige Bataillone westwärts (nach Tondern) abgeschickt sein. Auch Holnis, wie ich Ihnen bereits meldete, ist von Dänen besetzt. — Im Flensburger Hafen war gestern ein russisches Dampfboot auf den Sand gerathen und noch nicht wieder flott gemacht. — In Flensburg ist der bekannte Lorenzen zu Wasserstehen von den Dänen aufgehoben. (H. N.)

Hamburg, 20. Juli, Nachmittags 3 Uhr. Einem Gerüchte zufolge soll Tscherning sich in Kiel befinden.

Aus dem Norden Schleswigs, 15. Juli. Von Tüttebüll oder Hatzhoeft aus sah man vorgestern 6 russische Linienschiffe (oder jedenfalls Fregatten) 1 Schraubendampfschiff, ein Dampfschiff mit Rädern und in der Nähe 2 dänische Kriegsschiffe, 1 Corvette und einen Kutter. Gestern wollte das russische Schraubendampfschiff in den Flensburger Hafen einlaufen, gerieth aber auf den Grund. Heute ist es wieder davon abgekommen. Nur Matrosen, keine Landungstruppen sah man am Bord dieses und eines anderen, bereits gestern in den Flensburger Hafen eingelaufenen russischen Räderdampfschiffes. (H. f. P.)

Die D. A. Z. theilt einen zweiten Kriegsbericht des Generals Willisen mit, aus dem hervorzugehen scheint, daß man, neben der vollständigen Bereitschaft zum Vorschlagen, doch auch noch geneigt ist, den Weg der Unterhandlung nicht zu verschmähen. Der Bericht lautet: Die Bewegung der Armee vom 15. Juli ist ganz so ausgeführt worden, wie sie in meinem ersten Berichte angedeutet war. Die starken Abschnitte von Idstedt und Wedelsparg sind von den Vortruppen besetzt und die ganze Armee hat sich heute am 16. Juli dahinter concentrirt. Bei Missunde ist eine Brücke geschlagen u. so der Armee eine doppelte Operationslinie geschafft. Dürften nun militärische Rücksichten (!) über Das entscheiden, was zunächst zu thun ist, so wäre nichts vortheilhafter, als die Bewegung sowohl die Dänen vorwärts und so dem Feinde seinen wahrscheinlichen Operationsplan Darmarks zu stören. Es scheint aber gerathen, diesen großen militärischen Vortheil zu opfern (!), um die Aufrichtigkeit der Gesinnung, welche eine friedliche Lösung stets gewollt und noch will, auf das unwiderleglichste darzuthun. Was bisher von Militärischen Seite geschehen, ist nur als Vertheidigung als eine Aggression angesehen werden. Es ist nur ein kleiner Theil des Landes besetzt worden, worauf man volle Ansprüche hat, und meint es der General ehrlich mit seinen Versöhnungsvorschlägen, so ist nichts geschehen, was sich den Abschluß gehen dürfte. Jeder unparteiische Mann wird treffene große Hast erkennen, die Bewegungen der Truppen in hohem Grade, doch wird dieselbe mit Fertigkeit ertragen und die Truppen befinden sich im besten Zustande. Hauptquartier Schleswig, 16. Juli 1850. Der commandirende General. (gez.) v. Willisen.

Deutschland.

Mainz, 20. Juli. Die Consecration unseres Hochwürdigsten noch im kräftigsten Mannesalter stehenden Bischofs — Freiherr Wilhelm von Ketteler ist erst 39 Jahre alt — wird, wie bekannt, den 23. d. von dem Metropolitten der oberrheinischen Kirchenprovinz, dem Hochwürdigsten Erzbischofe von Freiburg, unter Assistenz der Hochwürdigsten Bischöfe von Fulda und Limburg vollzogen werden. Die Festpredigt wird der Hochwürdigste Bischof von Limburg halten. Nach der Hochwürdigsten Bischof von Rottenburg wird an der Feier Theil nehmen und es werden somit die sämmtlichen Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz hier vereinigt sein. Daß der allverehrte und Hochwürdigste Erzbischof von Köln, Herr v. Geissel, der eben in unserer Diöcese, in Limburg weilt, sich durch diese hohe Gegenwart verherrlichen werde, ist mehr als wahrscheinlich. Dagegen ist es noch ungewiß, ob die Hochwürdigsten Bischöfe Dr. Räß von Straßburg und Dr. Weis von Speyer, die früher so lange und segenreich in unserer Diöcese gewirkt, hier anwesend sein werden, so sehr die jetzigen hiesigen Verehrer der beiden Prälaten es auch wünschen. — Morgen den 21. d., an welchem Tage das Fest des hl. Binzentius von Paulo hier gefeiert wird, am 9 Uhr wird unser Hochwürdigster Bischof das Hochamt in der Kirche des barmherzigen Seminars halten, der Verein für Kirchenmusik bei der Gelegenheit eine Messe von Haydn aufführen. — Die Abreise unserer Hochwürdigsten Herrn nach Darmstadt, um dort den Huldigungseid zu leisten, ist, wie wir hören, auf Montag, den 22. festgesetzt. (Z.)

Wien, 18. Juli. Es ist bekannt, daß in einigen Vorstädten Wien's Bruchtheile einer Fraktion ihr Wesen treiben, die den Radikalismus à tout prix zu ihrem Bogen erhob, die jedem Mäßigänger, der mit demokratischen Flötekn um sich zu werfen verstand, mit einen Johannes verspie, der es gekommen ist, dem beraits Erfolge die Bahn zu machen. Nur wer wegen politischer Umtriebe in Verhaft gewesen, wegen Theilnahme am Aufruhr verurtheilt war, seine Strafzeit überstand, oder durch die Gnade Sr. Maj. derselben bald wieder theilhaftig wurde, konnte sich zahlreichen Kreisen als „ganz Mann", als Märtyrer der Freiheit. Daß diese Sorte, Renitenten gegen das Gesetz als Opfer der Tyrannei zu bewundern, von charakterlosen Individuen noch weiter ausgebeutet wird, versteht sich wohl von selbst. Ein Fall dieser Art ist kürzlich vorgekommen: Mehrere wohlhabende Geschäftsmänner lernten im Gasthofe einer entfernten Vorstadt einen den Anschein nach sehr bescheidenen Jüngling kennen, der ihr ganzes Vertrauen zu gewinnen wußte. Er gab sich für einen politischen Flüchtling aus Sachsen aus, der nach dem Maiaufstande aus Dresden flüchtig wurde, nunmehr steckbrieflich verfolgt

Digitized by Google

werde und im Falle der Auflösung das Kreuze zu beraubten habe. Dieß genügte, um den bezigen Jungen auch diesmal Sieg und Siegesmaßstücken zu verfolgen, ihn bei einer Familie einzunehmen, tury ihn so zu halten, als ob die Sorge für seine Bequemlichkeit Lebensaufgabe sie alle Zeit geworden wäre, die über thörichte Hoffnungen auf die Zukunft der Gegenwart vergessen, die das Glück der Ihrigen auf den Ruin Aller bauten. Der „pädagogische Doktor" stehe jetzt in Lohn, Ehren und noch in Hülle und Fülle. Eines Tages bemächtigten sich die Aufsichtsorgane des ausweisosen Individuums, und da stelle es sich denn heraus, daß der mit vieler Sorge gepflegte und verborgen gehaltene politische Flachsing feuerwegs ein Doktor, sondern ein ordentlicher Doktorsfrisörgeselle ist, der den Klöstergründen jener Gastgesellschaft dahin angedeutet hatte, auf Kosten derselben vortrefflich zu leben. Der Bursche ist übrigens ziemlich harmlos, der zu dem Betrage nur durch die Leichtgläubigkeit, ihn anzuhören, verleitet wurde.

(Dr. K.)

Pesth, 18. Juli. Heute früh um 9½ Uhr reiste Se. Excellenz der k. k. F.-Z.-M. Baron v. Haynau mittelst eines eigenen Dampfers ab. Se. Exc. der interimistischer Armee-Kommandant, k. k. Feldmarschall-Lieut. Graf v. Wallmoden, hat angeordnet, daß sich die Generalität, so wie der hiesige Stabs- und Oberoffizier um 9½ Uhr am Donau-Ufer in Parade zu versammeln haben, um von dem geehrten Feldherrn Abschied zu nehmen. Ebenso steht es auch den Unteroffizieren und Gemeinen der Pesther Garnison frei, sich dort einzufinden, um ihren gewesenen Führer noch einmal vor seiner Abreise von hier begrüßen zu können. Wie man vernimmt, sollte um Abend vorher dem Hrn. F.-Z.-M. ein großer Fackelzug gebracht werden und sich eine Deputation der Stadt zu demselben verfügen, um die Gefühle des Dankes und der Anerkennung auszudrücken zu dürfen.

Berlin, 18. Juli. Der königl. hannoversche Gesandte am königl. preußischen Hofe, Graf Kuyphausen, hat aus Hannover folgende Zuschrift erhalten: Die von dem Hrn. Gesandten unter dem 24. v. M. in Abschrift abgefandte Note des königl. preußischen Hrn. Staatsministers des auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. v. Schleinitz vom 22. v. M., hat uns insofern ein vorzügliches Interesse gewährt, als danach die im dreißigen Circularschreiben nach Oldenburg, Bremen und Hamburg vom 7. v. M. erwähnten Vorgänge, aus denen wir die Ueberzeugung geschöpft, daß die königl. Regierung als Mitglied des Vertrags vom 26. Mai 1849 weder von Preußen, noch von den übrigen Betheiligten angesehen werde, das Anerkenntniß auch der königl. preußischen Regierung gefunden haben, mithin als gehörig konstatirt betrachtet werden dürfen. Daß die königl. preußische Regierung, jener Wirksamkeit des Hrn. Hrhrn. Schleinitz zufolge, diesen Vorgängen und dem gegenseitigen Verhalten weniger eine rechtliche als eine thatsächliche Bedeutung zuerkennen zu sollen glaubt, konnte an sich von hiesiger Seite zur jetzt um so mehr dahin gestellt bleiben, als dieser Umstand an dem bisherigen unverrückten Standpunkte des Rechts irgend welchen Einfluß zu äußern kaum geeignet sein dürfte. Wir erachten demnach auch nicht für erforderlich, auf den fraglichen Gegenstand selbst näher zurückzukommen. Nur die in der Note vom 22. v. M. enthaltene Bemerkung, nach welcher das königl. preußische Cabinet gezeigt ist, die durch das Verhalten Preußens und der übrigen Betheiligten unvermeidlich gewordene Stellung Hannovers nur für vorübergehend zu halten, legt uns die Verpflichtung auf, unter ausdrücklicher Verwahrung gegen die oben gedachte Ansicht der königl. preußischen Regierung zur Verhütung jedweden Mißverständnisses wiederholt darauf aufmerksam zu machen, daß zu der Erfüllung einer, an eine derartige Auffassung etwa zu knüpfenden entsprechenden Erwartung von hiesiger Seite ebenfalls keine Aussicht und um so weniger zu eröffnen steht, da uns die königl. preußische Regierung vielleicht nicht wird unbereitschtigt tadeln wollen — das bezügliche Verhalten der königl. Regierung nicht nur mit den aufgesprochenen Ansichten der betheiligten Landesvertretungen, sondern auch mit den ungetheilten Sympathien der Bevölkerung in vollem Einklange steht. Wir beauftragen den Hrn. Gesandten, die bevorstehende Eröffnung zur Kenntniß des Hrn. Hrhrn. v. Schleinitz zu bringen, und diesem, wenn es gewünscht wird, eine Abschrift derselben zuzustellen. Hannover, den 11. Juli 1850. Königliches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. (gez.) Graf von Bruning fun.

Schlesien, 16. Juli. Der furchtbare Typhus, der vor jetzt zwei Jahren in Oberschlesien wüthete, hat 4000 Kinder zu Waisen gemacht. Für die Unterbringung derselben bis zum 16. Jahre hat die Staatsregierung die Sorge übernommen und zu diesem Zweck auf jeden Jahre die Summe von 600,000 Thalern angewiesen, zu welcher Summe die noch vorhandenen Gelsmittel des dazu aus sammengetretenen Comité hinzukommen, welches Beitrage zum Betrage von 360,000 Thaler entgegennahm. Es liegt im Plan, 1500 jener Kinder theils in Bewahranstalten für Kinder beiderlei Geschlechts, theils in 5 landwirthschaftlichen Anstalten, theils endlich in 1 Dienstbotenanstalt für Mädchen unterzubringen; die übrigen 2500 hilfsbedürftigen sollen gegen ein jährliches Verpflegungsgeld von höchstens 15 Thaler, katholischen Familien in Pflege und Erziehung gegeben werden. Ein von allen Kanzeln verlesener Aufruf des Fürstbischofs von Breslau fordert alle Diözesanen, welche sich zur Aufnahme solcher Kinder bereit finden möchten, auf, sich bei den Geistlichen dazu bestellt zu melden und ein Verzeichniß weist die gesammte Geistlichkeit an, sich der Förderung des Liebeswerks nach Kräften anzunehmen. (D. A.)

Gibing, 13. Juli. In diesen Tagen ist hier ein sein gesponnener Betrug an den Tag gekommen. Schon während der Wollmarktes fand sich hier ein feiner, jüdischer Herr aus Berlin ein, welcher von mehreren Berliner Bankiers Empfehlungsbriefe an hiesige Kaufleute mit sich führte, in denen er als Affocir eines bekannten dortigen Bankinghauses bezeichnet war. Er hatte anfänglich nur kleine Einkäufe und wußte sich durch sein einnehmendes Benehmen den Meisten, denen er empfohlen war, Vertrauen zu erwerben. Zum Behuf seiner bedeutenden Geschäfte in der Provinz war er mit starken Summen in meist in-dossirten und durchgehends acceptirten Wechseln auf bekannte Berliner und hiesige Banquiers versehen, die er jedoch hier nicht realisiren mochte, sondern nur, als er zu seinen Geschäften Geld brauchte, einige davon gegen angemessene Darlehur bei einigen hiesigen Kaufleuten deponirte, welche auch seinen Anstand nahmen, ihm die entsprochenen von hier nach Berlin vorzuschießen. Zum Behuf des Empfangnahme bedeutender Quantitäten Getreide mietete er durch Vermittlung eines hiesigen Kaufmanns einige Kähne und reiste selbst damit nach T. Hier aber fragten die Schiffer umsonst nach dem in ungemessenen Getreide, von dem Niemand etwas wußte. Der feine Herr aber war von hier nach Dirschau gesahren und hat bisher noch nicht zurückgekehrt. Nun den Königsberger Wechsel soll es feststehen, daß dieselben falsch sind; vermuthlich wird von den Berlinern sich dasselbe ergeben. Die Summe, welche der Fremde auf diese Weise sich hier erschwindelt hat, wird verschieden, von 4000 bis 15,000 Thlr. angegeben.

(Elb. Anz.)

Frankreich.

Paris, 17. Juli. Unter der Ueberschrift: „Plane der Reform", meldet die „Patrie", daß nach dem Eintritte der Herren etwa 50 Mitglieder des Berges nach London gehen wollen, um sich mit Mazzini und Ledru-Rollin zu verständigen. Später soll eine Art Congreß oder vielmehr Minister-versammlung an einem Orte außerhalb Paris gehalten werden. Man nennt Toulouse, Grenoble, Saint-et-Loire und Limoges; eine Entscheidung über den Ort ist noch nicht getroffen; wahrscheinlich wird man aber das Elsaß oder Saone-et-Loire wählen, um schweizerischen und deutschen Demokraten nahe zu sein. In dieser Versammlung soll der Berg und die Linke bevollmächtigte Abgeordnete absenden; in die soll zum Vorwand das von den Departements und der Hauptstadt sie den Fall irgend eines Versuches der Monarchisten und Imperialisten einzuschlagende Verfahren berathen und beschließen werden. Indessen wird man für die Zukunft einen Casus belli finden, welcher, falls im letzten Drittel von 1850 oder im Laufe von 1851 gewisse Ereignisse eintreten sollten, für alle Verbündeten das Signal zum Handeln sein würde.

Neuestes.

Wien, 19. Juli. Rußland läßt sein Bedenken gegen den Eintritt vom Gesammt-Oesterreich in den deutschen Bund fallen. Oesterreich forderte demgemäß die Berufung einer deutschen Centralgewalt.

Wie wir so eben aus Wien erfahren, sind daselbst neue Instructionen für den preuß. Gesandten Grafen v. Brandtorff aus Berlin eingetroffen, nach welchen die preuß. Regierung lebhaft bemüht ist, ein Definitivum mit Oesterreich in der deutschen Sache herbeizuführen, willig sogar in die Form, welche Fürst v. Schwarzenberg als in dieser Beziehung zum Ziele führend selber vorgeschlagen hat.

Berlin, 19. Juli. Die Herzoglich sachsen-altenburgische Regierung hat in der heutigen Sitzung des preußischen Kirchenvorlegiums ihre Zustimmung zur commonantischen Regierung des Provisoriums der Union zu Protokoll erklärt.

Berlin, 20. Juli. Es ist hier die telegraphische Depesche aus Wien eingetroffen, daß Oesterreich, Bayern und Wurtemberg beabsichtigen, den Frieden mit Dänemark nicht als Einzelstaaten zu ratificiren. Der Ratification sei vorbehalten, so wollen die drei Gouvernements, soll durch das Bundesplenum zu Frankfurt a. M. erfolgen.

Posen, 19. Juli. Von der polnischen Grenze her geht uns so eben die wichtige Nachricht zu, daß sämmtliche russische Truppen, welche in einer Breite von einer Meilen bis nahe an die hiesige Grenze concentrirt sogen, plötzlich Marschbefehl erhalten haben und auch bereits nach dem Norden des Königreichs aufgebrochen sind. Welche Bestimmung diese Truppen haben, ist bis jetzt unbekannt, doch sind sämmtliche Führerein commirt worden, um die großen Meile- und sonstigen Berathe, welche an den Grenzorten aufgehäuft waren, der Armee nachzuführen, was augenfällig darauf hindeutet, daß die Truppen nicht in ihre bisherigen Standquartiere zurückkehren werden.

Kopenhagen, 16. Juli. Die schwedisch-norwegischen Truppen werden fürs erste nicht nach der Heimath, sondern von Schleswig nur nach Fühnen hinüberschiffen und da verbleiben. — In diesen Tagen wird eine schwedisch-norwegische Escadre unter dem Oberkommando des Prinzen Oskar nach den Gewässern von Kiel und Flensburg gehen und sich mit der russischen Flotte vereinigen. — Außerdem werden auch, daß eine englische Escadre sich nach der Westküste von Holstein und Schleswig begeben werde, um die Entwickelung der Dinge mit zu beobachten und eventualiter mit einzuschreiten. (N. C.)

C. Paris, 20. Juli. Wir bringen nach dem Moniteur die Antwort, welche Minister Lahitte gestern dem Repräsentanten Lavone über Frankreichs Stellung zu Dänemark gegeben: „Die Minister der Republik haben es für ihre Pflicht erachtet, Dänemark, welches immer unser getreuer Verbundeter gewesen, den Zoll der Erkenntlichkeit zu zahlen. „Meine Herren! Die Constitution will, daß Verträge ihrer Billigung unterzogen werden, der zu London geschlossene Act aber ist kein solcher Vertrag, sondern einfach ein Protokoll, in welchem die contrahirenden Mächte die Nothwendigkeit anerkannten, einen Wunsch, eine Meinung auszudrücken, nicht aber, um irgend Lanope behauptet, Etwas zu garantiren. Wenn

Herr Lavoye, wie ich glaube und glauben muß, das Protokoll gelesen hat, so muß er gestehen, daß darin dem Könige von Dänemark über die Ernennung seines Nachfolgers nichts vorgeschrieben ist. Wir drücken ihm nur den Wunsch aus, er möge, wenn er sich mit der Thronfrage beschäftige, seinem Reiche eine für das europäische Gleichgewicht nothwendige Sicherheitsbürgschaft geben. Der König von Dänemark macht als Herzog von Holstein-Holstein im Ganzen, welches in der Wagschale der europäischen Angelegenheiten namentlich für Frankreich sein Gewicht hat, welches in dem Beherrscher desselben Theils von Europa stets einen Freund und getreuen Bundesgenossen gefunden hat. Ich wage also zu glauben, daß die Versammlung im Londoner Protokoll eher einen Schritt im Interesse der Ehre und des Bestehrs Frankreichs, als eine Ueberschreitung der dem Gouvernement gestellten Schranken erkennen werde.

T. D. Paris, 21. Juli. Das Lager zu Versailles wird am 6. August bezogen werden. Die Flotte begibt sich nach Cherbourg, wo sie der Präsident besichtigen will. — Der Londoner Clubb der französ. Flüchtlinge ist von der Polizei geschlossen worden. (S. Z.)

T. D. Madrid, 16. Juli. Heute ist eine strenge Preßverordnung erschienen.

Mittheilung der Gründe,

welche die verfügte Auflösung der in Sachsen bestehenden Arbeitervereine veranlaßt haben.

Dresden, 4. Juli 1850.

(Schluß.)

6) In einer Sitzung des gedachten Bergarbeitervereins vom 8. Dezember 1849 wurde beschlossen, einen Gesuche um allgemeine Amnestie in ausgreifendem Maße, und um schnelle Einführung der Geschworenengerichte in schweren politischen Verbrechen, beizutreten.

VI. Die Statuten des Fabrikarbeiterzweigvereins zu Jägerhof bei Augustusburg, in Betreff einer Kranken- und Unterstützungscasse, vom 1. März 1849 enthalten in §. 1 folgende Bestimmung:

„Als Kassenmitglied wird jeder redlicher Arbeiter in der Umgegend einer Meile von Jägerhof angenommen."

Wie nun diese Mittheilungen aus den Schriften der Arbeitervereine den bedenklichen Geist, welcher in den letzteren waltet, und die gefährlichen politischen Bestrebungen derselben genügend darlegen, so ist hier nur noch folgender Momente zu gedenken.

A. In den Nummern 25 und 26 der als Organ der deutschen Arbeitervereine bisherigen Zeitschrift „die Verbrüderung" vom laufenden Jahre ein, von Steingruber in Gera, verfaßter Aufsatz über Politik und Socialismus abgedruckt, welcher gewissermaßen das politische Glaubensbekenntniß der Arbeitervereine enthält. Es ist darin gesagt, die Autorität erscheine unter dreierlei Formen. Sie seien Kirche, Monarchie und Kapital. Ihr Reich habe bisher die Welt erhalten; es breche zusammen. Die Zertrümmerung der Kirche habe im Mittelalter mit der Kirchenreformation begonnen und sei bis auf die neueste Zeit fortgefahrt. Aus Mißtritte und Duffereien entstehe, durch ein Graben den Abgrenzer sei die neue Kirche emporgestiegen und habe die Geister frei gemacht. Zwei Jahrhunderte später habe mit der Vernichtung des Rechts von Gottes Gnaden, mit der ersten französischen Revolution, der Zerstörungsprozeß der Monarchie begonnen. Die Geister seien frei geworden, warum hatten die Körper Sklaven bleiben sollen? Sie. Die Zertrümmerung des Kapitals endlich stehe erst im Beginn ihrer Entwickelung und sei daher mit der Zerstörung der Monarchie eng verbunden te. Die konstitutionelle, wie reine Monarchie stütze sich auf das Kapital, auf die Vertretung der Interessen. Mit dem Sturze der Monarchie stürze sonach auch das Kapital re. — Wenn solche falsch, wie es sei, die soziale Frage im voraus durch bestimmte Systeme lösen zu wollen, ebenso unrichtig sei es aber auch, sie als die erste zu betrachten. Sie sei die Hauptfrage, aber die politische gehe ihr voraus. Man könne die Lösung der sozialen Frage anbahnen, aber die Lösung selbst bedürfe der demokratischen Republik. Diese sei die Verbrüderung, mit der Anerkennung des Rechts auf Arbeit durch die Demokratie könne die soziale Reform gedeihen te. — Wir verwerfen die soziale Revolution, weil wir in dieser neue Anarchie erblicken rc. Wir stellen uns vielmehr auf den Boden der sozialen Reform, welche eine Verbindung der Parteien die Kluft zwischen arm und reich ausgefüllen te. — Der politischen Demokratie ist es vorbehalten, die Staatsverfassung zu ändern der unterdrückten Klassen auszuhelfen. Die Aufgabe unserer Zeit ist daher keine andere, als Deutschland durch eine politische Revolution zuvor frei und einig zu machen. Erst auf Grund derselben, und in die Verfassung mit eingeschlossen ist, die Lösung der sozialen Frage möglich und erreichbar rc.

B. Der im Druck erschienene Bericht und Beschluß des schweizerischen Bundesrathes in Sachen der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz (Bern, Stampfliche Buchhandlung 1850) sagt pag. 58:

„Es habe sich nach Einsicht der Untersuchungsakten ergeben, daß die Mehrzahl der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz in organisirter Verbindung mit ausländischen Vereinen auf eine rechtswidrige und gefährliche Weise mit politischen Umtrieben sich befaßt habe, und daß daher die Mitglieder der fraglichen Vereine in Genf, Lausanne, Biwis rc. aus der Schweiz auszuweisen seien."

In dieser Schrift ist unter andern pag. 27 fg. bemerkt:

„Am 9. Dezember 1848 sei von den deutschen Arbeitervereinen ein Congreß in Bern abgehalten worden, welcher die Statuten festgesetzt, und darin die Verbrüderung angeordnet habe: die Mitglieder unter einander zu sozial-demokratischen Republikanern zu bilden, wie auch auf jede rechtliche Weise den sozialdemokratisch-republikanischen Grundsätzen und Einrichtungen unter den Deutschen Anerkennung zu verschaffen und deren Vermirklichung hinzuarbeiten; deßhalb trete die Vereinigung mit den Centralausschüssen demokratischer und Arbeits-Vereine in Deutschland in Verbindung, um ihre Kräfte mit den ihrigen zu vereinigen."

Ferner wurde auf dem Congresse beschlossen:

„Der Congreß tritt insbesondere mit dem Centralausschusse der Demokraten in Berlin in die innigste Verbindung. Auch mit den Arbeitercomités zu Leipzig, Frankfurt und andern Centralausschüssen, die sich in Deutschland bilden, soll in Verbindung getreten werden."

Als Gesammtresultat der angestellten Untersuchung wird vom schweizerischen Bundesrathe pag. 56 angegeben:

„1) Es sei vollständig erwiesen, daß die deutschen Arbeiter in der Schweiz behufs einer neuen Revolution, welche nicht nur die Throne, sondern auch die sozialen Einrichtungen zunächst Deutschlands vernichten sollten, sich organisirt hatten. 2) Diese revolutionäre Propaganda — wie der Centralverein die Association selbst nenne — sei aber weder in der Schweiz entstanden, noch ihr eigenthümlich. Ihr Heerd und ihre Quelle sei in Deutschland, Frankreich und England; von hier aus sei sie und stehen geworden und stehe keineswegs vereinzelt da, sondern sie sei nur ein Glied in der großen Kette des sozial-demokratischen Bundes."

C. In einem unlängst aus London nach Leipzig gelangten, zur Einsicht des Ministeriums des Innern gekommenen Rundschreiben der dortigen Centralbehörde des geheimen revolutionären Bundes heißt es unter andern:

„Die sächsischen rc. Arbeitervereine stehen ebenfalls größtentheils unter Leitung des Bundes. Die einflußreichsten Mitglieder der Arbeiterverbrüderung gehören auch dem Bunde an. Die Centralbehörde macht alle Gemeinde- und Bundesmitglieder darauf aufmerksam, daß dieser Einfluß auf die Arbeiter-, Turn- und Tagelöhnervereine von den höchsten Wichtigkeit ist und überall gewonnen werden muß. Sie fordert die leitenden Kreise und direkt mit ihr correspondirenden Gemeinden auf, in ihren nächsten Briefen speziell zu berichten, was in dieser Beziehung geschehen ist."

Im Frühlicht sind diese sämmtlichen, vorstehend angegebenen Unterlagen hat das Ministerium des Innern die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß es mit §. 19 der Verordnung vom 3. vorigen Monats unvereinbar und zugleich im hohen Grade staatsgefährlich sei, die bestehenden Arbeitervereine in Sachsen fernerhin bestehen zu lassen, zumal da dieselben ohnehin schon, nach ihrer ganzen Organisation, wegen des genauen Zusammenhanges, in welchem sie sich unter einander befinden, auch nach §. 23 dieser Verordnung als unstatthafte Vereine erscheinen. Wie nun bereits von den Regierungen Preußens und Bayerns mit der Aufhebung dortiger Arbeitervereine verfahren worden ist, so hat auch die k. sächsische Regierung darüber, was zum Schutze der bestehenden staatlichen Ordnung, den jetzigen Arbeitervereinen gegenüber, ihre Pflicht sei, nicht zweifelhaft sein können. Sie hat die Auflösung dieser Vereine zu verfügen gehabt und dieß mittelst Verordnung vom heutigen Tage gethan.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 20. Juli.
Weizen 12 fl. 40 kr. Korn 7 fl. 9 kr.
Gerste — fl. — kr. Haber 4 fl. 19 kr.

Frankfurter Cours.

Den 22. Juli 1850.

	Geld.	Bayer.
Oesterreich Bankaktien	1150	1190
„ 5% Metalliques	89⅛	89⅜
„ 4% „	63⅜	64⅛
„ 3% „	48	48⅜
„ 2½% „	44⅛	44½
„ 1% Bethmann	76½	76¾
„ 4% „	66⅞	
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	95½	96
„ 500 „ „ 1834.	150½	150¾
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	86⅝	87¼
„ Ltzl. 50 Prämien Scheine.	103⅞	—
Bayern 3½% Obligationen	83	83½
„ 5% „	88⅝	89¼
„ 5% „	100⅛	101
Württemberg 3½% „	84½	84¾
„ 4½ „	97⅛	97⅜
Baden 3½% „	81⅛	81⅜
„ fl. 35 Loose	31½	32
„ „ 50 „	53½	54
Nassau fl. 25 „	24⅞	25⅛
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	74⅛	74⅝
„ „ 25 „	27⅛	27⅝
Polen fl. 300 „	133	—
Sardinien Lire. 36 „	33¾	33⅝

Fremden-Anzeige

Den 21. Juli 1850.

Deutscher Hof: Schmidt m. Gut. u. Dienersch. v. Pfersdorf. Dr. v. Bischof. Studirend. v. Morgenstern. Kftr.: Kleiner v. Köln. Kerrots v. Hebdach.

Krone zung: Dr. Hafer v. Bünchen. Rethert, Wagner des Ing.-Korps v. Gilm. Schrod, Bauinsp. v. Bermerich. Wolf, Lieut. v. 9. J.-R. Kftr.: Schleß v. Paris. Schloß v. London, Ungerer v. Regensburg.

Rufl. Hof: Baron v. Sch f. k. Staatsrath u. Stadt. v. Warschau. Boulé, Direktor m. Gutt. v. Frankf. Kftr.: Hesser v. Rotenburg. Helferich v. Ulm.

Württemberger Hof: Baron v. Kelwig m. Bed. v. Breslau. Graf, Professor v. Lindau. Dr. Reißmann, v. Stuttgart. Kftr.: Buchler v. Offenbach. Lauter v. Zeler. Nay v. Böhmen.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrankhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 176. Würzburg, Mittwoch den 24. Juli. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Als Pfarrvikar nach Wegfurt wurde Kaplan A. Wehrer von Burgwallbach und statt des Kaplans Valentin Leiblein zu Großostheim der Kaplan Franz Jakob Hofmann zu Wörth als Domkaplan hieher berufen.

Revolution und Reform.

Es sind nun zwei Jahre verflossen, seit Glagern durch seinen kühnen Griff die rechtmäßige Verfassung Deutschlands zerstörte, ehe er wußte, was wieder an die Stelle zu setzen sei. Damals jubelte die Menge über den Sieg und Wenige sahen die Folgen voraus und trauerten. Die Frankfurter Versammlung dünkte sich allgewaltig, verlor sich in Parteigezank, verlor ihre Aufgabe gänzlich über doctrinären Plänen aus den Augen und stiefserte einen neuen Beleg zu dem Sage: Vix comitiis expers molierunt aunt. Ihre Werke sind mit ihr verschwunden. Nur die Grundrechte, das Weihnachtsgeschenk Herrn Schoder's, üben noch ihre verderbliche Wirksamkeit in den Staaten, deren Regierungen schwach genug waren, sie anzuerkennen. Die einen unter diesen, an der Ausführbarkeit verzweifelnd, haben sich in offenen Widerspruch gegen die Verfassung gesetzt. Andere, wie die kleinen thüringischen Staaten, haben den verzweifelten Versuch gemacht, dieses Rattengift, wie Herr Beseler es nennt, völlig hinunterzuschlucken und in Gesetzen wie die wirthschaftliche Gemeindeordnung jene utopischen Sätze durchzuführen. In Württemberg hat man den unglücklichen Versuch gemacht, sich mit einem Fuße auf das Recht, mit dem andern auf die Revolution zu stellen, die Grundrechte gegen die Standesherren durchzuführen, gegen das Volk aber zu bestreiten. Dies System ist gestürzt, nun das nächste wird wahrscheinlich der offene Kampf gegen die Grundrechte sein. Im Grunde treibt sich jetzt das ganze politische Treiben um diese Frage. Im Jahre 1848 bemächtigte sich die radikale Partei des unklaren Strebens nach deutscher Einheit, um auf diesem Wege ihr System zur Geltung zu bringen. Im Jahre 1849 um 50 haben die Regierungen gesucht, unter dem Panier deutscher Einheit den Radikalismus wieder über Bord zu werfen. Preußen, das durch seine Verfassung vom 5. Dezember 1848 in ähnliche Lage gekommen, durch Schritte neben dieser Verfassung eine Revision herstellt, schien von den übrigen Staaten ein willkommener Stützpunkt, um sich von jenen Errungenschaften zu befreien, ohne gerade mit dem Jahre 1848 zu brechen. Preußen fand aber auch in dieser Neigung der schwachen Staaten den Beruf, sich selbst an die Stelle Deutschlands zu setzen. Das scheiterte. Die Regierungen zurück; sie verlachen den eigenen Lande durch die Einsicht der eigenen Stände sich zu helfen, und als dieses fehlschlug, haben sie gezeigt, daß sie Preußen nicht mehr bedursten, um den Weg Preußens im eigenen Lande selbst einzuschlagen; d. h. die neue Verfassung soweit gelten lassen, als es eben für den Zweck des Augenblicks paßt. Nur Oesterreich, Bayern und Hannover sind in entschieden anderer Lage. Das erstere hat den Aufruhr mit reiner Waffengewalt darniedergeschlagen und ordnet hinterher seine Verhältnisse, so wie es der Sieger thut. Baiern hat die alte Verfassung halb behalten und kämpft nun, um Altes und Neues auszugleichen. In Hannover ist das Nothwendige in rechtlicher Form durchgedrungen; es gilt nun nur mäßigen und genügenden Durchführung in Einzelnen, zwar nicht ohne offentliches und geheimes Widerstand von der einen, noch ohne übertriebene Hast und revolutionärer Gelust auf der andern Seite, aber doch so, daß ein Erfolg zu hoffen ist. Diese drei Staaten haben die zu Frankfurt gemachten Grundrechte nicht als gültig erkannt, und was Oesterreich als Grundrechte verkündigte, hat nicht jene Bedeutung. Gewiß ist diese Lage der Dinge in hohem Grade zu bedauern. Wer wird es leugnen, daß Schritte der Art wie sie von mehreren Regierungen geschehen, in hohem Grade beklagt werden mussen. Es ist ein tiefer Sinn in dem alten Satze, daß man an einem Kaiserworte nicht drehen noch deuteln soll. Mag man immer mit seiner Auslegungskunst beweisen, daß der Sinn des Wortes, den die dahin alle angenommen, nicht der rechte, oder die wahre Kraft und Bedeutung des Wortes erloschen sei und nicht mehr gelte, mag man immer durch Ersatter Parlament oder Fürstencollegium den Umweg nehmen, der Glaube wird dennoch erschüttert, dem Mißtrauen Raum gegeben. Man gewohnt sich an den Gedanken, daß nur die Gewalt Werth und Bedeutung habe, und man vor Allem der Gewalt sich zu bemächtigen suchen muß. Der Staat aber, in dem dieser Grundsatz gilt und die Gemüther des Volkes beherrscht, ist verloren. Es ist unmöglich, durch Gewalt u. Zwang d. Ordnung zu erhalten, wenn nicht eigenes Gemüth und Ueberzeugung die Menschen treibt. Gegen einen consequent durchgeführten passiven Widerstand kann die Regierung so wenig, ja vielleicht noch weniger gefahrt werden, als gegen Aufruhr, und wenn die Menschen nur da gehorchen wollten, wo der Zwang vorliegt, wie wollte man Zwangsmittel schaffen? Darum liegt allen, und den Gewaltsbaren am meisten, daran, daß die Menschen in gutem Glauben und Vertrauen stehen, Recht und Treue erkennen und halten, und willig dem Fürstenworte folgen. Es ist mit dem Worte des Fürsten wie mit der Münze, die sein Bild trägt. Er selbst muß beide in Ehren halten, wenn sie gelten sollen. Es sollen aber auch die Völker eine Ehre aus dieser Dingen setzen, daß in Sachen des Rechts und der Verfassung durch Unrecht und Gewalt nimmermehr etwas Dauerndes geschaffen werden kann. Recht und Verfassung sind durchaus geistiger Natur, sie sind nichts Willkürliches, sie haben ihre Nothwendigkeit, ihr regues Maß in sich selbst. Darum sind sie auch nur mit den Waffen des Geistes zu erkämpfen. Es kann nicht genug wiederholt werden, daß hier gar kein Weg denkbar ist, als der der Ueberzeugung, und daß eben deshalb die Verfassung allein haltbar sein wird, in welcher die Hauptinteresse des Staates mit ihren gegenseitigen streitenden Ansprüchen gegen einander gestellt und zur Ausgleichung des fur Alle zulässigen Mittelweges genöthigt werden. Das ist der Sinn jenes Wortes des englischen Staatsmannes, daß das Wesen der Staatskunst der Vergleich sei. Es mag so langsamer gehen; aber es geht sicher und besser. Weil wir dieses in den letzten beiden Jahren leider vergessen haben, darum sind wir jetzt überall in so schlimmer Lage. Alle die Gewalt in die Hände des Volkes gerieth, glaubte man ohne Rücksicht auf Billigkeit, Recht und Verfassung alles durchsetzen zu konnen, was einen gestutzter, und behachte nicht, daß derjenige, welcher Gewalt übt, sich lächerlich macht, wenn er den Gegner, so bald dieser zum Uebergewicht gelangt ist, auf das Recht verweisen will. So lange das Ringen dauert, gilt nur das Recht des Stärkeren in der Gegenseite selbst erlauben, den gewaltthätigen Störer des Besitzes mit Gewalt zu vertreiben, so lange der Kampf noch nicht entschieden beendigt war. Niemals aber kann Ein Theil allein bestimmen, wenn der Kampf zu Ende sein solle. Anfangen kann man, wenn man will; aber endigen nur, wenn der Andere Lust hat. Es ist hoch nothwendig, daß diesem Zustande in Deutschland ein Ende gemacht werde, und daß man sich endlich entschieden auf den Boden des Rechts zurückgebe. Das ist nothwendig für die innern Verhältnisse der Länder, nothwendig für die Gesammtverfassung Deutschlands, nothwendig auch vor allen Dingen nach Außen. Welche Früchte hat und hier die glorreiche Marzgehebung gebracht? Müssen wir nicht errothen, wenn wir daran nur denken? Wird Preußen durch den Berliner Frieden bewiesen, daß es wirklich im Stande ist, an der Spitze Deutschlands zu stehen? — Wir zweifeln. So viel aber ist gewiß, so lange die Völker nicht die Blendwerke überwinden, durch welche sie sich 1848 verführen ließen, und so lange die Regierungen nicht die Mangel allhalben, welche jenen Blendwerken die Macht verliehen, so lange ist ein Ende der Revolution und der Schmach Deutschlands nicht abzusehen.

Der Liberalismus in Belgien.

Nach der Revolution von 1830 haben sich in Belgien alle Parteien großmuthig die Hand gereicht, um dem jungen unabhängig gewordenen Staate eigenthümliche und freisinnige Institutionen zu geben. Der Nationalcongreß hat den Beweis geliefert, was Begeisterung für das Gemeinwohl im Bunde mit Ehrenhaftigkeit und edler Aufopferung der Partei-Interessen vermag. Der Nationalcongreß hat Belgien mit einer Constitution beschenkt, um welche manche liberaldenker Europa's den neuen Staat beneiden mochten. Unter dieser Constitution blühte das schone Land immer herrlicher heran. Während das materielle Wohl durch Industrie und Ackerbau sich immer mehrte, gehoben sich — durch die freisinnige Gesetzgebung gefordert — die herrlichsten Anstalten für Erziehung und Unterricht, für Krankenpflege und Armenversorgung. Die Kirche war es vorzüglich, welche diese Anstalten in das Leben rief. Es ist daher auch während der ersten 20 Jahre der belgischen Unabhängigkeit keiner der so oft wechselnden Regierungen eingefallen, diesem Heil und Segen aller Art bringenden Einfluß der Kirche entgegenzutreten oder denselben nur im Mindesten zu beschränken. Auch dem kurzsichtigsten, wenn nur leidenschaftslosen Minister mußte es einleuchten, daß

der Staat nur dadurch gewinnen konnte, wenn die Kirche die verwahrlosten Kinder, die Kranken, die Verbrecher, die Taubstummen, die Kranken und Elenden aller Art übernahm und dieselben trug und pflegte, und das Alles meistens auf neuen Grundlagen. Alles das wollte der neuen engherzigen Polizei nicht mehr behagen. Lange genug hat den jetzigen Ministern der Kirche „die Mutter der Barmherzigkeit“ und „die Mutter der Armen“ gepfiffen. An die Stelle der Kirche soll nun der Staat ganz und gar treten. Wie sie die Mutter des Heils bis hieher gewesen hat und gewesen ist, so will er nun der Vater alles Heils genannt werden; wo sonst eine barmherzige Schwester um Gotteswillen den verlassenen Findling aufgehoben und erzogen, und die Wunden des Kranken in Liebe und Milde verbunden hat, da sollen fortan besoldete Wärterinnen dieses Geschäft übernehmen; wo bis hieher ein frommer und gelehrter Ordensmann den armen Knaben in der Zucht und in der Furcht Gottes zu einem guten Christen und guten Bürger gebildet hatte, da sollen hinfort ungläubige und daher auch immer ungeschickte Lehrer den Unterricht, wie die ganze Erziehung übernehmen. Auch die jetzigen Minister wissen es ganz gut, daß dieß unpolitische wie unchristliche und confessionswidrige Handlungsweise dem Staate größere Kosten verursacht und nur traurige Resultate liefern kann; allein der Haß gegen die Kirche, die elende und heuchlerische Furcht vor allem kirchlichen Einflusse drängen dieselben zu ähnlichen Maßregeln. Allerdings brauchen diese Minister auch noch eine gewisse Furcht gegen Religion und Kirche, weil das Volk noch meistens gläubig ist; allein ihre Werke und Maßregeln stehen mit dieser Ehrfurcht im grellsten Widerspruch. Die Regierung hat der Kirche gerade jene Mittel und Wege abgeschnitten, durch die sie ihren heilsamen Einfluß vorzugsweise geltend machen kann, die Wohlthätigkeit nemlich und die Erziehung der Jugend. Dem Buchstaben wie dem Geiste der Constitution zuwiderhandelnd, hat der Minister de Haasy durch ein aller Welt bekanntes und gebrandmarktes Circular den kirchlichen Wohlthätigkeits-Anstalten die Annahme von Schenkungen aller Art unterlagt, und dieselben daher außer Stand gesetzt, ihr Werk der Nächstenliebe fortzusetzen. Das neulich votirte Unterrichtsgesetz schließt, wenn nicht durch ausdrückliche Worte, doch durch den ganzen Geist, der dasselbe durchweht, allen Antheil der Kirche an der Erziehung der Jugend in den höheren Lehranstalten aus. Wir haben es schon gesagt, und die belgischen Blätter brachten täglich darauf hin: Belgien geht einer unvermeidlichen Crisis entgegen, wenn seine wenigen Staatsmänner nicht auf der betretenen Bahn einlenken oder gar das Staatsruder in besser Hände übergeben.

Deutschland.

München, 21. Juli. Mitglieder der Linken unserer Abgeordnetenkammer schreinen bei ihrem Scheiden von München ein seltsames Angedenken zurücklassen zu wollen. Den Abend desselben Tages, als Hr. Reinhart einen Kammerverweis für die von ihm gegen einen unbescholtenen Beamten vorgebrachten Verleumdungen erhielt, wurde ein von dem Gerstensafte des Löwenbräues mehr als ziemlich begeisterter Abgeordneter aus der Frahaften, die die Ehre hat sich einander anzugehören, wegen Straßenexcessen verhaftet und mußte trotz seiner „Würde“ die Nacht im Polizeigefängniß zubringen. Der „heitere Nachtschwärmer“ war Thomas Mayer, Landgerichts-Assessor in Ottobeuren) bekannt vom Rumpfparlamente her. (N. Z.)

München, 22. Juli. Der Gesandte Dänemarks an sämmtliche deutsche Bundesregierungen, Graf Ulysses-Lohstedt, ist hier angekommen. — Nach gestern eingetroffenen Nachrichten aus Aachen scheint Se. Maj. der König seine Abreise um ein paar Tage verschoben zu haben, da die Ankunft am 25. als unbestimmt bezeichnet war. Die dortigen Bäder haben, wie wir vernehmen, den wohlthätigsten Einfluß auf die Gesundheit Sr. Maj. des Königs geübt. — Gestern Abend war im Ministerium des Aeußern Ministerrath, der bis gegen Mitternacht dauerte. Man vermuthet, daß der Landtags-Abschied erledigt und vom Gesammtministerium sämmtliche von den Kammern gestellte Anträge Zustimmung erhalten. Auch der Staatsrath ertheilte gestern Abgeordneten seine Zustimmung. Morgen Vormittag von 8—10 Uhr abgehaltenen Sitzung und um 11 Uhr wurde ein Kourier damit nach Aachen abgesendet. — Die gestrige Nachricht in Betreff eines Lieutenants Potevolk ist dahin zu berichtigen, daß ein solcher Offizier im genannten Regiment nicht dient und folglich eine Verwechslung mit „Poutevill“ stattgefunden hat, welch letzterer Offizier bereits nach Schleswig-Holstein abgegangen ist. — Se. Maj. der König haben dem Hrn. Ministerpräsidenten Dr. v. d. Pfordten mit der feierlichen Schließung des Landtages beauftragt und ist die Sitzung heute Sonntag. Vollmacht bereits hier eingetroffen; der Tag der Schließung ist indessen noch nicht festgesetzt. — Wie man vernimmt werden die Sitzungen der Landrathe gegen Mitte August stattfinden und das deßfallige Einberufungsschreiben allermächst erscheinen. — Zufolge Anordnung des k. Staats-Ministeriums der Finanzen haben die Rentämter sofort alle Einleitungen zur Erhebung der Kapitalrenten- und Einkommensteuer zu treffen und sollen diese Arbeiten möglichst beschleunigt werden. (A. Ab.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 19. Juli. Die Departements des Innern und des Kriegswesens haben folgende Verfügung, betreffend die Untersagung des Verkehrs mit Dänemark, erlassen: „Nachdem von Neuem von Seiten der Königreich Dänemark feindseligkeiten gegen die Herzogthümer Schleswig-Holstein begonnen haben, wird die unterm 4. Sept. v. J. vorläufig suspendirte Verfügung der Departements des Innern und des Kriegswesens vom 7. April 1849, betr. die Untersagung des Verkehrs mit dem Königreich Dänemark, hierdurch wieder in Kraft gesetzt. Kiel, 17. Juli 1850. — Die Departements des Innern und des Kriegswesens. Boyen. Krohn. S. A. Jacobsen.“ (H. B.-H.)

Friedrichstadt, 16. Juli. Wir haben hier seit abgestern fortdauernde Durchmärsche der sich aus dem Süden des Herzogthums Schleswig nach der Linie zurückziehenden preuß. Truppen, welche hier und bei Süderstapel über die Eider gehen.

Aus dem Norden Schleswigs, 17. Juli. Bis zu Mittag sah man in Flensburg nur einzelne Dänen, aber bald nach Mittag zog eine Abtheilung ein, voraus zwei oder mehrere Cavaleroen dänischer Dragoner, und Dänen begrüßten nun die Posten, welche die Neutralen inne gehabt hatten. Einige Dragoner gingen auch schon über Flensburg hinaus nach dem Kirchspiel Adelbye. — Die vorgestern bei Holnis gelandeten Dänen sollen 300 Mann stark gewesen sein. Sie standen gestern zwischen Dyry und Koppelfeld — jenseits Glücksburg —, schienen sich noch nicht vom Wasser entfernen zu wollen und verschanzten sich, wie es hieß. (N. fr. Pr.)

Heiligenhaven, 17. Juli. Ueber die Besetzung Fehmarns berichtet der Abgeordnete der Landesversammlung, v. Leesen, im A. M.-: Heute Morgen gegen 4 Uhr landeten die Dänen hinter Catharinenhof auf Fehmarn. Drei Dampfschiffe schafften ihre Besatzung mittelst mehrerer großer Barkassen rasch ans Land. Vom frühen Tage meines Hauses aus zählte ich um 4½ Uhr gegen 1000 Mann einer meiner Leute ein viertes Dampfschiff im Fehmarnschen Sunde erblicke. Ich ließ Boten zu Pferde nach den benachbarten Dörfern und Burg geben, alle übrigen Pferde vom Hofe entfernen, und begab mich darauf nach Burg, woselbst ich die Beamten hiervon in Kenntniß setzte und mit mehreren Bürgern so wie Bürgermeister die Ansicht theilte, daß eine Gegenwehr um so weniger möglich sei, als und alle junge Mannschaft, die für das Militär antauglich war, bereits verlassen hatte und sich nicht ein einziger Soldat auf der Insel befand, außerdem auch im Norden der Insel eine dänische Brigg Anker geworfen hatte und vor Diese Kanonenboote lagen. Vom Osten her hatten sich darauf die Truppen nach Burg begeben und waren da nach dem Sunde. Zufolge mich inzwischen nach Fehmarnsund nach Orientirten übersetzen und begab mich nach dem Sunde zurück, woselbst ich im Schleyptau des Dampfers fünf größere und kleinere Kanonenboote sah. Die Fahrboote waren von den Dänen an beiden Ufern weggenommen worden. An der holsteinischen Seite war es von einem Lieutenant Bunz geschehen. Auf Fehmarn hatte ein Offizier die Douebrogsfahne aufgepflanzt. Gegen 6 Uhr Abends wurde bereits geschanzt, auch sah ich Kanonen ans Land bringen und viele Wagen daselbst in Thätigkeit sehen.

Kiel, 18. Juli. Vorgestern ist von der Statthalterschaft ein Memorandum an die deutschen Regierungen abgegangen, worin besonders um Aufklärung der Frage gebeten wird, ob Dänemark gegen ein deutsches Bundesland Gewalt anwenden darf?

Aus Thüringen, 20. Juli. In Gotha hat der Staatsminister v. Seebach dem Landtage die Eröffnung gemacht, daß in diesen Tagen ein Notifikationsschreiben des preußischen Staatsministeriums eingelangt sei, in welchem die Erklärung abgegeben wird, daß die „Offension“ von den preußischen Truppen nicht im Namen Preußens, sondern im Namen Deutschlands betrieben worden sei. Ebenso theilte der Staatsminister in derselben Sitzung der Versammlung mit, daß die Regierung von Schleswig vom Herzoghum Gotha 20,000 Thlr. Entschädigungsgelder sodere für die Verpflegung des im vorigen Jahre nach Schleswig-Holstein kommandirten gothaischen Truppenbataillons. Die unmittelbare Folge dieser Mittheilung war die Zurückziehung eines aus der Linken hervorgegangenen Antrags, nach welchem 1000 Thlr. zur Unterstützung der Herzogthümer aus der gothaischen Staatskasse bezahlt werden sollten.

Dresden, 22. Juli, Nachmittags 2 Uhr. Heute Mittag nach 1 Uhr wurde der gegenwärtig einberufene ordentliche Landtag durch Se. Maj. den König im Sitzungssaale der II. Kammer mit folgender Rede feierlich eröffnet: „Meine Herren Stände! Ich habe Sie versammelt, um Mich versammelt und sehe mit Freuden, daß Sie zahlreich gekommen sind, Mir Ihre thatkräftige Mitwirkung, Ihren bewährten Beirath bei den Maßregeln zu widmen, die zur Rettung des Vaterlandes, zur endlichen Ordnung unserer staatlichen Verhältnisse dringend nothwendig sind. Sie haben die Gefahren, in denen das Vaterland schwebte rechtig erkannt und sind gekommen zu helfen, als Ich Sie rief. Meine Herren! Ich danke Ihnen dafür! Sie sind, davon bin ich fest überzeugt, mit Mir darüber einverstanden, daß es jetzt vor Allem Noth thut, die wesentlichen Grundsätze der konföderativen Staatsordnung wieder festzustellen und dabei — persönliche Ansichten und Wünsche dem unzweifelhaften Gebote des Gemeinwohls willig unterordnend — an die Verfassung, die achtzehn Jahre hindurch das Glück Sachsens begründete, heranzutreten und anzuknüpfen, ohne doch die Abänderungen zurückzuweisen, welche die geschehenen Erfahrungen und veränderten Zeitverhältnisse als nothwendig erkennen lassen. Ich hoffe dabei, daß Sie den Vorlagen, die Meine Regierung in diesem Sinne Ihnen machen wird, gern bestimmen werden. Da es aber zu wünschen ist, daß Sie ihre Arbeiten bald vollendet und zu gedeihlichem und gesetzlichem Ziel schnell erreichen, so sollen Ihnen für diesmal nur die Gesetze vorgelegt werden, deren Erledigung jetzt unbedingt nothwendig ist. Hierher gehören, neben dem neuen Wahlgesetze und den deßhalb und sonst nothwendigen Abänderungen der Verfassungsurkunde, sowie den unmittelst nach §. 88 der Letzteren erlassenen Verordnungen, die Gesetze über die Ablösung der Lehngelder, der

geistlichen Zehnten und wegen einiger Nachträge zu den bisherigen Abtheilungsgesetzen und endlich die in Betreff unserer Finanzverhältnisse nöthigen Vorlagen. — Nun meine Herren, beginnen Sie Ihre Arbeiten! Mögen sie zum Heile des Vaterlandes führen; es bedarf der Ruhe und Ordnung, der Wiederherstellung, so manches wankend gewordenen Verhältnisse, es verlangt nach jenen unschätzbaren Gütern und erblickt in den Mahnergein, die Ich jüngst getroffen, eine Bürgschaft dafür, daß es sie bald und vollständig erhalten wird. Leiten Sie Ihre Berathungen Gesetzen in dem großen Werke, und der Dank des Vaterlandes, die gerechte Anerkennung der Nachwelt wird Ihnen nicht fehlen." — Zum Schlusse hierauf erklärte der Staatsminister Dr. Zschinsky im Namen Sr. Majestät des Königs den Landtag für eröffnet.

Wien, 19. Juli. Wir erhalten so eben die jüngste Note der österreichischen Gesandtschaft an die bei der außerordentlichen Bundesversammlung zu Frankfurt vertretenen Höfe. Sie ist dd., Wien, 10. Juli und enthält einen Bericht über die mit Graf Bernstorff in Wien gepflogenen Unterhandlungen. Die Preußen auf weitere Verständigung sich einlassen wollte, forderte es von Oesterreich Erklärung, „ob es 1. für das Interim kein besonderes Gewicht auf die Präsidialfrage lege, 2. eine Anerkennung der Union nicht durchaus erheische, um vorwärts zu gehen, daß man sich in Frankfurt über die Natur derselben einige, 3. in dem jetzt zu schaffenden Interim auf eine vollständige Parität zwischen Oesterreich und Preußen eingehen wolle, und endlich 4. damit einverstanden sei, daß in diesem Provisorium eine alleinige Kreirung Oesterreichs und Preußens eingeführt, und die Mitwirkung der übrigen Mächte auf deren Betheiligung an der Beschlußfassung beschränkt werde." Oesterreichischerseits wurde auf den 1. Punkt erwidert, daß die kaiserliche Regierung für das Interim keinen Werth auf das Präsidium lege, jedoch unter der Voraussetzung seiner thunlichst getheilten zugesonderten Rechten. Den 2. Punkt anlangend wies man jede Anerkennung der Union in ihrer jetzigen staatsrechtlichen Gestalt zurück, hielt die Frage überhaupt erst nach vollendeter Reorganisation des Bundes reif, weil der „Theil sich dem Ganzen" fügen müsse. Beim 3. Punkt bezieht sich die Note auf das was im ersten über das Präsidialrecht gesagt worden. Ueber den 4. Punkt müsse Oesterreich erst die anderen Bundesmitglieder befragen. Der Versuch sich mit Preußen zu verständigen, wird als ganz gescheitert bezeichnet.

(Z. C.)

Wien, 19. Juli. In Frohsdorf werden Anstalten zur Reise des Herzogs von Bordeaux mit seinen Angehörigen nach Aachen getroffen. — Ueber die bischöflichen Berathungen verlautet aus guter Quelle Folgendes: Die katholische Kirche beanspruche für ihre Mission Christi: „Gehet hin, Schulen gebrigen Zonds.

Berlin, 20. Juli. Das Londoner Comite für die große Gewerbeausstellung im künftigen Jahre hat in einem hier angekommenen Schreiben den Wunsch ausgesprochen, daß die Prägung der Preismedaillen in Berlin stattfinden möge. Außerdem ist die Ernennung der preußischen Commissarien für diese große Ausstellung gewünscht worden, da dieselben die Anordnung der Kataloge ꝛc. mit zu übernehmen haben würden. Auch sollen dieselben bei der spätern Bestimmung der zu ertheilenden Preise mitwirken. Ueberdauert wird die große Zuvorkommenheit des Londoner Comites hier in hohem Grade gerühmt.

England.

△ London, 20. Juli. Das Unterhaus bewilligte die vom Ministerium verlangten Summen für die Familie des Herzogs v. Cumbridge; ebenso 10,000 Pfd. trotz Cobellen's Widerspruch zum Ankauf der dänischen Factorien an der Goldküste. — Robert Peel jun. ist einstimmig zum Repräsentanten von Tamworth erwählt worden. — Graf v. Rosslin ist mit seiner ganzen Familie in London angekommen. — Korrespondenzen und Tarpreyrt berichten von der gänzlichen Aufreibung einer ruff. Armee im Caucasus.

Frankreich.

C Paris, 21. Juli. Le „Pouvoir" spricht heute die Ueberzeugung aus, daß die Republikaner in Frankreich eine unbedeutende Minorität sind und das Land überhaupt der Republik satt sei, daß nur Legitimisten und Orleanisten die Republik zu stützen sich bemühen, und die Socialisten vom Spotte verschwunden seyen, daß die Parteien, welche neben einander auf den Bänken der Nationalversammlung sitzen, dort Hoffnungen nähren und Luftschlösser bauen. Was vermögen sie zur Aufrechthaltung der Ungewißheit, der Furcht und Angst, unter welcher das Land aufseufzt? Nichts. Was vermögen sie für ernstliche Bestrebungen, Herstellung der Ordnung und für Begründung einer nur mittelmäßig starken und dauerhaften Regierung? In Frankreich gegenwärtiger Lage offenbar gar Nichts. — (Es bleiben also nur die Bonapartisten und ihr Kaiserreich übrig.) — Die mit so vielem angestrengte Bearbeitung von Oran scheint sich nun auf Nebelhilder zu reduziren. Bereits sind die zwei Meistgravirten in Freiheit gesetzt.

Schweiz.

Bern, 19. Juli. Der am 29. v. Mts. zusammentretende große Rath setzt schon jetzt die Parteien in Bewegung. Obgleich die Zeit für die Radicalen sehr ungünstig gewählt ist, da die Versammlung gerade in die Ernte fällt und viele Grossräthe von der Linken abgehalten sein dürften, am Kampfe Theil zu nehmen, während die Rechte, fast ganz aus unabhängigen Mannern besteht, zahlreich sich einfinden wird, so rechnet man doch auf eine bewegte Sitzung. Dem Tractandenverzeichnisse zufolge wird sich der große Rath ferilich nur mit Berathung des Defectenentwurfs über Ernennung der Obergerichtsbeamten, des Gesetzentwurfs über Regulirung der Besoldungsverhältnisse und der definitiven Wahl der Direktoren beschäftigen; aber die Radicalen haben Stoff genug zu Anträgen, Fragestellungen ꝛc., um den Regierungsrath und seine Partei ins Feuer zu nehmen. — Nach dem Freiburger Berichte Dr. Dudley Mann dem Bundesrath überreicht hat, ist der Zweck seiner Sendung, „daß der Präsident der vereinigten Staaten, von dem Wunsche beseelt, die beiderseitigen Lander durch freundschaftliche Bande enger an einander zu knupfen, beschlossen habe, den Hrn. A. Dudley Mann, einen der angesehensten Bürger, zum Spezialagenten der vereinigten Staaten bei der schweizerischen Eidgenossenschaft zu ernennen. (Z. D.-P.-Z.)

Italien.

Rom, 9. Juli. Am 7. d. M. hat der heilige Vater die Offiziere der päpstlichen Truppen, die ihm von dem Kriegsminister General v. Kalbermatten vorgestellt wurden, empfangen und eine eben so ruhrende als eindringliche Anrede über die Erfüllung der ihnen obliegenden Pflichten, an sie gehalten. (Ce. B.)

Rimini, 27. Juni. „Ich sende Ihnen," so wird dem „Univers" geschrieben, „einen Brief des Pater Antonio Forei, der Sie von Allem unterrichten wird, was sich bis dato hier zugetragen hat. Aus einem andern Schreiben eines Priesters derselben Congregation vom selbigen Blute, der hochw. Gennaro Gambon, einer von den Predigern zur Zeit der Novene, hebe ich folgende bemerkenswerthe Einzelnheiten hervor, seine eigenen Worte anführend: „„Große Wunder! wunderbare Dinge! Während man für die h. Kirche betet, sieht man das Angesicht der Madonna mitte erleuchtet.““ In den von P. Forri erwähnten Orten, an welchen er daselbe Wunder selbst gesehen hat, worüber ich mir jedoch keine nähere Auskunft verschaffen konnte, Foffombrone ausgenommen, wo das Wunder noch bestandig fortdauert, kam ich nach San-Gaucrio hinzusagen, eine kleine Stadt in der Nähe von Camerino und Terni. Mit vielem Vergnügen habe ich ein Schreiben des Erzbischofs von Camerino gelesen, wo die erbauendsten Einzelnheiten mitgetheilt werden. Dieses Land ist vollkommig erneuert: man glaubt hier die Christenheit der ersten Zeiten der Kirche wiederzuschauen. Ein dem Staatssecretariat zugekommener Bericht meldet die pfingliche Genesung eines Taubstummen von Geburt, der von Jedermann gekannt war, und in Gegenwart der Madonna zu reden anfing, als wenn er niemals krank gewesen ware. In Terni findet das wunderbare Ereignis in der Kirche der Erzbischöflichen Wohnung statt. Wenn sich dieser überzeugt, und eine Menge Zeugen die Wirklichkeit der Thatsache constatirt hat, wendete er sich an den h. Vater, um Verhaltungsmaßregeln einzuholen. Dieser hat antworten lassen, man möge das Bild in der Domkirche der öffentlichen Verehrung der Gläubigen übergeben. Ich hoffe, daß ich nachstens im Stande sein werde, Ihnen über die meisten dieser wunderbaren Ereignisse genaue und aus sicheren Quellen geschöpfte Notizen mittheilen zu konnen. Sollten einige Personen versucht sein, sich über die Menge der Wunder und der daß es so häufig vorkommt, zu wundern, so mögen sie sich erinnern, daß im Jahre 1796 in Rom und Umgegend mehr als 26 Bilder wunderbarer Weise die Augen bewegten ꝛc. Die Kirche hat das Andenken an diese wunderbaren Ereignisse heiligen wollen, und zu diesem Ende unter dem Titel: „Prodigi della Madre Vergine" ein Fest eingesetzt. Dieser Festtag fallt auf den 8. Juli, an welchem Tage man an der Madonna del Archetto das Wunder zum Erstenmal wahrnahm." Das hier uns folgende Schreiben des Pater Antonio Forei lautet im Wesentlichen, wie folgt: „Was das Wunder angeht, so kann ich Sie versichern, daß es stets auffallender wird. Der Zudrang der Fremden dauert fort, nimmt sogar von Tag zu Tag noch zu; sie kommen besonders aus der Romagna, aus den Marken aus Toscana, und aus Modena.... „Gestern sagte mir der hochw. Bischof, daß der Prozeß auf die beste Weise fortschreite, und daß er die Akten bald nach Rom wurde schicken konnen. Man sagt, daß auch in Fossombrone, in Lego, in Sant Richangelo, in Sant Agatha, in Montbalocci, Dorfe von Pesaro dieselbe wunderbare Erscheinung stattfindet. Ich kommen Personen aus jenen Gegenden hierher, die ich Ihnen nennen werde.... Die Gottesfurcht, welche sich hier seit dem ersten Augenblick des Wunders verschwunden, und wird selbst in den Wirthshäusern und Gasthöfen nicht mehr angetroffen. Die Fremden machen sich ein Vergnügen daraus, überall hinzugehen, und sind aber dieser große Ereignisse mehr erstaunt, als über die Bewegung der Augen der h. Jungfrau" ꝛc.

Neueste.

* Würzburg, 24. Juli. Gestern Nachmittag fand das feierliche Leichenbegängniß des Gen. Generalmajors Frhrn. v. Zobel Statt. Vom Leichenhause aus, wo die Leiche ausgesegnet wurde, bewegte sich der feierliche Zug in folgender Ordnung: Voraus eine Abtheilung reitender Artillerie, bis 1. Bat. des 9. Infant.-Reg., dann folgte der Leichenwagen von vier Pferden gezogen, dem sechs sich die Generalität und die Stabsoffiziere an; es folgten dann die übrigen Linien- und Landwehr-Offiziere und die Civilbeamten. Den Schluß machten das 2. Bataillon des 9. Inf.-Reg., dann 4 Kanonen und 1 Abth. reitender Artillerie. So wurde die Leiche bis außerhalb der Burkharter Thors begleitet, wo sie nochmals ausgesegnet wurde, das Militar sich ausstellte und Kanonensalven sie nochmals grüßten. Hier blieb der Zug zurück, und der Leichenwagen — begleitet von zwei Baronen v. Zobel und einem Beamten — nahm seinen Weg über Heidingsfeld nach Darstadt, wo

die Leiche in der Gruft seiner Ahnen beigesetzt wurde.

München, 22. Juli. Aus guter Quelle können wir angeben, „daß Bayern die Ratification des dänischen Friedens zur Zeit abgelehnt und erklärt hat, daß diese Angelegenheit lediglich an die Bundesversammlung gehöre.“ (N. M. Z.)

Hanau, 23. Juli. So eben, kurz vor Mittag, ist der im Prozeß Auersmald-Lichnowsky als Hauptthäter zu lebenslänglicher Eisenstrafe von dem Schwurgerichte verurtheilte Schriftsteller Ludwig von Bockenheim aus dem hiesigen Gefängniß entwichen. Bis zur Verhandlung vor dem Oberappellationsgerichte in Kassel, ebenso wie Georg und Pfing, daher in Haft, hat er bei dem ihm verstatteten Spaziergange innerhalb des Gebäudes die Nachlässigkeit des Schließpersonals, welcher die Gangthüre hinter sich offen ließ, benutzt und denselben, während dieser das Essen austheilte, eingeschlossen. (Fr. O. P. A. Z.)

Gießen, 17. Juli. Vor Kurzem ist hier der interessante Fall vorgekommen, daß ein Professor (Wippermann) in juristischen Fakultätsexamen den Kandidaten fragte, ob die „Volkssouveränität“ in Deutschland gemeinrechtliches Princip sei?“ Der Candidat verneinte es mit der genauen Bemerkung, nur in Dessau habe die Volkssouveränität als staatsrechtliches Princip in der Verfassungsurkunde Platz gefunden, sei aber auch da später gestrichen worden.

T. D. Schleswig, 51. Juli. Die **Wittisen** hat so eben aus dem Hauptquartier Fallenburg an die Soldaten eine Proclamation erlassen. Der Tag der Entscheidung sei da. Auf sie von dem Könige von Dänemark verlautete Unterwerfung und gebotenen Waffenruhe sei nun nicht mehr einzugehen. Er werde jedenfalls mit ihnen anderen ꝛc. (Fr. Z.)

T. D. Turin, 16. Juli. Die Municipalität der Hauptstadt hat sich mit 26 gegen 8 Stimmen geweigert am Sicardrschen Monumente theilzunehmen. (Lloyd.)

C'Arin, 17. Juli. Der Erzbischof von Sassari, Mr. Varesini, ist wegen seines gegen die Sicardrschen Gesetze gerichteten Rundschreibens zu 1 Monat Gefängniß und 500 Franken Geldbuße verurtheilt worden.

Kiel, 20. Juli. Die Statthalterschaft hat den deutschen Regierungen die folgende Denkschrift über die von der Krone Preußen am am 2. Juli mit Dänemark abgeschlossenen Verträge übergeben: Der Friedensvertrag, welchen die Krone Preußen mit Dänemark abgeschlossen hat, hebt die Berliner Präliminarien und die Waffenstillstandsconvention vom 10. Juli 1849 auf, und stellt den von dem hohen deutschen Bunde stets festgehaltenen rechtlichen status quo ante auf für die Krone Preußen unbedingte wieder her. Diese Beseitigung der Präliminarien, welche die staatsrechtliche Trennung der seit oder Jahrhunderten vereinigten Herzogthümer stipulirten, ist willkommen. In anderer Richtung dagegen enthält der Friedensvertrag eine Beeinträchtigung der Rechte Deutschlands und der Herzogthümer. Es ist freilich keines der Landesrechte durch denselben aufgehoben, aber es ist zunächst und vorläufig der bundesfeitige bewaffnete Schutz der von Dänemark angefochtenen Rechte des Landes und des Bundes in Frage gestellt. Da der hohe deutsche Bund Dänemark gegenüber seine Competenz geltend zu machen das Recht, u. die Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten zu erhalten, die Verbindlichkeit hat, kann der Friedensvertrag mit Bezug auf das Bundesland Holstein nicht als mit dem Bundesrechte übereinstimmend erscheinen. In so fern das Herzogthum Holstein in Verbindung mit dem Herzogthum Schleswig zunächst allein die eigenen und die Rechte des Bundes gegen Dänemark wahrzunehmen haben wird, in so fern jedenfalls die Stellung der Herzogthümer Dänemark gegenüber dadurch geschwächt und ihnen stark politische Schutzwehren verloren gehen würden, kann die Statthalterschaft nicht wünschen, daß der Friedensvertrag durch Ratification der sämmtlichen übrigen Regierungen des deutschen Bundes vom deutschen Bunde anerkannt werde. — Die Herzogthümer haben indessen auch die Möglichkeit in Berufsschätzung ziehen müssen, daß der Friedensvertrag zu einem Bundesvertrag erhoben werde, und sind bereit, wenn alle andern Mittel vergeblich sein sollten, zur Vertheidigung der bedrohten Rechte des Bundes und ihrer selbst die äußerste u. letzte Kraft daran zu setzen. Hierbei haben die Herzogthümer die Stellung ins Auge zu fassen, welche ihnen durch den Friedensvertrag offen gelassen wird. Der Friedensvertrag hat die Eigenthümlichkeit, daß er keine Erledigung der streitigen Fragen enthält, daß er vielmehr den Rechtszustand vorbehält, welcher zum Krieg Veranlassung gab, ohne eine Normirung desselben zu treffen. Er schiebt daher die unmittelbare Geltendmachung und die Entscheidung über den streitenden Rechtsbefund vorläufig auf und behält dem deutschen Bunde vor, zu jener Zeit weiter dieselbe zu übernehmen. Dieser Friede scheint nur in der Erwartung geschlossen werden zu können, daß entweder Dänemark den von ihm angegriffenen Rechten, nachdem es sich den Herzogthümern allein gegenüber befindet, genugthun werde, oder daß die Herzogthümer mit Staaten sein werden, deren Agressionen zurückzuweisen. Es folgt daraus zugleich stillschweigend die beiderseitige Meinung, daß — sollten sich jene Voraussetzungen nicht bewahrheiten — der Schutz der bedrohten Rechte dann wieder vom deutschen Bunde selbst mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durch sein Oberhaupt übernommen werden. Da der Artikel 1 des Friedensvertrags, Friede Freundschaft und gutes Einvernehmen zwischen dem Bunde und Dänemark herstellt und von beiden Seiden die Vermeidung erneuter Streitigkeiten verlangt, so kann darunter nicht verstanden werden, daß Dänemark von jetzt an das Recht haben solle, ungehindert und ungestraft die Rechte des deutschen Bundes u. der Bundesstaaten in den Herzogthümern zu kranken, vielmehr ist es die stillschweigende Bedingung der ferneren Bewahrung von Friede, Freundschaft und gutem Einvernehmen, daß Dänemark durch neue Kränkung der Bundesrechte die Ursache zu erneutem Zwiste gebe. Es kann nicht das Verständniß des Friedensvertrags sein, daß Dänemark das Recht erhalte, Deutschlands Rechte zu kränken u. Deutschland die Pflicht übernehme, diese Kränkung ruhig zu ertragen. — Der Artikel 1 des Friedensvertrags enthält ausdrücklich den Vorbehalt der Rechte des deutschen Bundes, und sowohl das Schreiben der k. preußischen Regierung an die Statthalterschaft der Herzogthümer, als die erläuternde Denkschrift, enthält die ausdrückliche Verwahrung, daß die Contrahenten den Bunden in jener Hinsicht und der Wiederherstellt verstehen zu jener Zeit vorbehalten sei. Der Friedensvertrag sowie die erläuternde Denkschrift der k. preußischen Regierung erkennen den Rechtsbestand, welchen zu schützen dem deutschen Bunde obliegt, bestimmt und offen an. Als den rechtlichen status quo ante, auf welchen in dem Friedensvertrage zurückgegangen wird, bezeichnet die k. preuß. Regierung die Bundesbeschlüsse bis zum Ausbruch der Feindseligkeiten gegen Dänemark. Diese Bundesbeschlüsse vom 17. Sept. 1846 bis 12. April 1848 stellen die staatsrechtliche Selbstständigkeit beider Herzogthümer, Dänemark gegenüber, die staatsrechtliche Union der Herzogthümer Schleswig mit dem Herzogthum Holstein, den ungehinderten Fortgang der legitimen Erbfolge, auf welche das Land nicht minder als auf die Bewahrung seiner übrigen staatsrechtlichen Verhältnisse ein Recht hat, so wie alle sonstigen auf Gesetz und Herkommen begründeten Verhältnisse unter den Schutz des Bundes.

(Forts. folgt.)

Verantwortliche Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Handels-Berichte.

Mainz, 19. Juli. In Getreide wenig Veränderung. Frankenwaizen fl. 8¼—8½, Roggen effect. fl. 5⁴⁄₁₂—½, Gerste fl. 3½. — Rüböl wird à Rthlr. 28⅔ per 200 Pfd. l. G. ohne Faß offerirt und findet auch hin und wieder einen Nehmer; Leinöl Rthlr. 40½ per 280 Pfd. l. G. mit Faß. Mohnöl fl. 24 per 50 Kil. ohne Faß. Von Reps and der neuen Ernte wurden heute mehrere Pöpchen à fl. 14 — fl. 14⅔ per Malter genommen.

Frankfurter Cours.

Den 23. Juli 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1150	1190
„ 5% Metallique	82½	83⅛
„ 4% „	63¾	64⅛
„ 3% „	48	48⅝
„ 2½% „	44⅛	44⅝
„ 4½% Bethmann	76⅛	76⅞
„ 4% „	86⅝	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	95½	96
„ 500 „ „ 1834.	150½	150⅝
Preußen 3½% Ct. Schuld Scheine.	86⅛	87¼
Ditt. 50 Preußen Thaler.	103½	—
Bayern 3½% Obligationen	83	83½
„ 4% „	88⅜	89¼
„ 5% „	100½	101
Würtemberg 3½% „	84	84½
„ 4% „	97½	97⅝
Baden 3½% „	81⅛	81⅝
„ fl. 35 Loose	31⅝	32
„ „ 50 „	53½	54
Nassau fl. 25 „	24⅞	25⅛
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	74⅝	74⅞
„ „ 25 „	27⅞	27⅝
Polen fl. 300 „	133	—
Sardinien Los. 36 „	33½	33¾

Aufforderung.

Anbrauche jeder Art an den Nachlaß des am 4. l. M. verlebten hochwürdigen Herrn Valentin Hepp, resignirten Pfarrers zu Dippbach, gl. Lngs. Dettelbach, später dahier domiziliirend, sind unter heutigen Nachstehende bei Ausländigung der Masse an die Erben am

Montag den 5. August l. Js.

Vormittags 10 Uhr

bei dem angeordneten Testamentariate D. II. Nr. 354 (Katzengasse) anzumelden und gehörig nachzuweisen.

Eben so ergeht an Jene, welche Nachlaßgegenstände in Händen haben oder Schuldner der Nachlaßmasse sind, die Aufforderung, an der obenbezeichneten Tagsatzt hiervon Meldung zu machen und resp. solche zurückzuerstatten.

Würzburg, 20. Juli 1850.

Das Testamentariat.

Bekanntmachung.

Die zur Verlassenschaft des resignirten hochwürdigen Herrn Pfarrers Hepp von Dippbach gehörigen Mobilien, bestehend in Schreinerwaaren, Betten, Weißzeug, einigem Silber, dann Büchern verschiedenen Inhalts ꝛc. werden am

Montag den 12. August l. Js.

Nachmittage 2 Uhr,

dann der vorhandene Wein, 1846 und 1848r Escherndorfer Gewächs zu circa 40 Eimern, unter den bei der Strichstaglsahrt bekannt zu gebenden Bedingungen am

Mittwoch den 14. August l. Js.

Vormittags 10. Uhr

im D. II. N. 354 in der Katzengasse öffentlich versteigert, wozu Steichsliebhaber höflich eingeladen werden.

Würzburg, 20. Juli 1850.

Das Testamentariat.

Gestorbene:

Den 21. Juli.

Philipp Frhr. v. Zobel, General-Major, 82 J. alt. — Graser, Kasp. Bierwirth, 50 J. alt. — Karl Gottfried Oehninger, charakterisirter Major, 56 J. alt.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 58.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Jährlich 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreiberhofe 2. Distr. Nr. 532.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 177. Würzburg, Donnerstag den 25. Juli. **1850.**

Das Kreuz.

Die kirchlichen Fragen urtheilen in Wien noch immer die Aufmerksamkeit des Publikums in Anspruch; ihre Wichtigkeit möchte dies rechtfertigen. Aber nicht die Gläubigen der verschiedenen Confessionen sind es, welche diese hochwichtigen Fragen auf offenem Markte verhandeln; diese fernen sich vielmehr in der Stille des Herzens oder die Gerechtigkeit des Kaisers und arbeiten ruhig daran, die Grenzen der ihnen jetzt endlich wiedergewordenen kirchlichen Freiheit nach allen Seiten hin zu befestigen und zu wahren; sondern die Lichtfreunde und Deutschkatholiken, sie tragen mit Hilfe jener zu einem guten Theil mit Reformjuden besetzten Literatenrotte, welche jauchzt und offenkundig mit allem Positiven in Staat und Kirche, mit dem Glauben und dem positiven Recht gebrochen und sich dem revolutionären Moloch geweiht hat, diese Frage des liebsinnerlichsten Lebens auf die Gassen und verhandeln über sie mit den Künsten, die auf dem Markt des Lebens brauchlich sind. — Ihr jetziges Verhalten ist denn nicht unähnlich, welches wir früher in Preußen zu beobachten Gelegenheit hatten. Wie sie hier, war seiner Zeit die evangelische Kirchenleitung treffend hervorhob, im ungenähten Kleide nicht den „Abergläuben", sondern den Glauben bekämpfen und hinter den wohlfeilen Schlagwörtern, mit welchen sie die „abgeförderten" äußeren Formen der Kirche zu bekämpfen vorgaben, nur schlecht ihren grimmigen Haß gegen den Kern, das Wesen derselben verbargen, so bekämpfen sie in der Freiheit der Kirche nicht „geistliche Knechtschaft und Hierarchie", nicht Inquisition und Scheiterhaufen, die nach lichtfreundlichen Meinen und Vorgeben in notwendigem Zusammenhang mit der kathol. Kirche stehen, sondern wesentlich die Kirche. Ihr Kampf, Witz, Spott und Hohn gilt dem Kreuze, mag es der Protestant, mag es der Katholik hochhalten im Glauben, daß unter dem Kreuze allein die abgehetzten Völker zum endlichen Frieden kommen mögen. — Das Kreuz ist es, das sie fürchten, wohl wissend, daß dieses aufgerichtet und leuchtend in den Augen der Völker auch jetzt allein den Trutzelfpack der Revolution zu bannen und dem Volke den verlornen Frieden wiederzugeben vermag, wie schon einmal im Anfang, als unser Volk in die Geschichte eintrat. Als damals das deutsche Volk, in allen Stämmen in voller Gährung begriffen, in roher Kampfeslust vorwärts drangte nach dem Süden und Westen, daß die Völkerbande sich zu lösen begannen und die germanischen Stamme in wilder Kriegswuth sich selbst zu vernichten drohten, war es das Kreuz, um das im Frieden die wogenden Völkerschaaren sich sammelten. Das Kreuz ward aufgerichtet an den Grenzmarken der Volkesstrichen, und die wilden Krieger horten auf das Friedensgebot Gottes und legten die Waffen nieder und bauten Hütten, Burgen und Städte um die Kreuze. An diesem „lebendigen Holze" wuchs nun unser Volk wie kein anderes empor, so daß es nicht blos im gewöhnlichen Sinne, sondern ein in Wahrheit durch das Christenthum gepflanztes, ein „gottgepflanztes" genannt werden kann. Und so lange unser Volk unter dem Kreuze ruhte, war es ein freies und glückliches Volk; so lange es aus ihm seine Nahrung zog, blühte es immer kräftiger und herrlicher empor. Als aber das Wort vom Kreuze seine Gewalt im Volke verlor, sank auch dieses dahin und verlor mit dem Glauben an das Kreuz den Glauben an sich selber, seine Stärke. — Fürsten und Völker haben hier gleich sehr gesündigt. Diese, daß sie einer Afterweisheit und den Baalspriestern der Freiheit nachliefen; jene, daß sie von einem äußern momentanen Vortheil geblendet, die Kirche ihrer Freiheit und ihrer Güter beraubten und sie nur noch als bequemes Polizei-Institut benutzen zu können vermeinten. So kam es endlich dahin, daß das Kreuz bald ermehrigt, daß es beschimpft ward, daß in einem Augenblicke der furchtbarsten sittlichen Verwirrung ein Thor die freveltaften Worte: „Reißt die Kreuze aus der Erde!" unter dem Beifallsgeschrei einer wahnsinnigen Menge ungestraft aussprechen konnte. Nun, man hat es versucht, hat auch den Erfolg gesehen. Fürsten und Völker mögen jetzt endlich erkannt haben, daß das deutsche, das „gottgepflanzte" Volk, das am Kreuze emporwuchs, auch am Kreuze allein von seinem schmählichen Falle sich wieder aufrichten kann. — Wenn wir nicht der einbrechenden Barbarei des Unglaubens und der sinnlichen, zuchtlosen Gier nicht zum Raube werden wollen, wenn vielmehr Freiheit, Wahrheit und Recht wiederkehren soll, so muß das Christenthum von Neuem seine Macht erproben und es muß dies thun, wenn es nicht mehr zum Werkzeug in der Hand unchristlicher Staatskünstler, vornemlich lichtfreundlicher Cultusminister, dienen soll. Die Kirche hat die Barbarei unter heidnischen Ahnen gezähmt, sie so ungeschaffen, daß wir von ihrem Grbe noch immer genahrt werden; sie wird auch die moderne heidnische Barbarei der Revolution bezwingen und auch besähigen, daß wir wieder schaffen, gründen und bauen, und unsere Kräfte nicht einzig im Zerstören und Niederreißen erproben müssen." — Vor Allem gilt es darum jetzt, denen, die allein im Zerstören und Niederreißen ihre Freude finden, mit Kraft entgegenzutreten und ihnen die heuchlerische Maske vom Gesicht zu reißen, damit sie in armseligster Nacktheit als Scheine und Schalte erscheinen und nicht langer die schwache Menge bethoren. Ihr Auftreten in dem jetzigen kirchlichen Streit, ob die Freiheit der Kirche ein Rückschritt oder Fortschritt sei, ob der Staat durch sie gewinne oder Schaden leide, von der Kirche gefordert zu werden, — erscheint ganz als das alte kirchenfeindliche Manover. „Es ist," heißt es in den H. P. Bl., „eine krasse, fur Kinder berechnete Heuchelei, wenn Solche, denen kein Recht und kein Glaube heilig ist, nun auf einmal eine ganz ubertriebene Sorgfalt für sog. Rechte des Staats, eine rührende Zartlichkeit für abgeschaffte Knechtung der Kirche fruher eingefuhrte betrauktrankte Zustande an den Tag legen, und im weinerlichen Tone klagen, als stürzte in Kurzem der Staat zusammen, weil er die Fesseln der Kirche gelost hat. Diese Heuchler wehklagen nur, weil sie in der Freilassung der Kirche eine neue gewaltige, lebenskräftige Stütze für den Staat, das Object ihrer Gier, erblicken; weil sie wissen, daß eine freie Kirche ihre Gottesgabe besser, als die gefuchtete losen, daß diese in Banden des Staats moglicherweise mit dem Staat zerrtrümmert werden kann, während jene nicht nur in einem von den Zerstörungswerkzeugen der Revolution unerreichbaren Gebiete sich bewegt, sondern auch von da aus hinreichende Kraft zum Siege dem Staate herbeiringen wird, wenn er in sich selbst, wie ihm dieses vielleicht allenthalben bevorsteht, dieselbe nicht mehr zu finden vermag." Das Ende des lichtfreundlichen Oppositionsgeschreies gegen die der kathol. Kirche gewährte Freiheit ist nun umgeschlagen in ein Geschrei nach Freiheit, auch für den „freien Glauben!" Nur schade, daß das Ministerium in der modernen Glaubens- und Gewissensfreiheit das Rechte, nemlich gänzliches „Freisein vom Glauben und Gewissen" und darum in der neuen Glaubensgemeinschaft mit dem Staatswohl wenig befreundete erkannt hat.

Deutschland.

München, 23. Juli. Dem hier schon seit fünf Tagen anwesenden außerordentl. dänischen Gesandten, Baron Ulysses v. Dirkes-Holmfeld (nicht Ulysses-Hohlfeld) ist es trotz seiner vielen Bemühungen nicht gelungen, das bayer. Ministerium zur Anerkennung des preußisch-dänischen Friedens zu vermögen. Aus Ueberdruß hat er sich heute in aller Frühe nach Tegernsee begeben, um sich daselbst noch in der Nähe unserer Königin Mutter für die gänzlich fehlgeschlagenen Hoffnungen zu entschädigen, und andererseits die Ruckkehr Sr. Maj. des Königs aus Aachen abzuwarten, um dann auch allerhochsten Orts die Durchsetzung der dänischen Plane zu versuchen, was unserer inmittlen Ueberzeugung nach ebenso wenig, wie bisher, gelingen wird. — Die Ernennung von Oberdorpern hat den Beschluß bezüglich der Ausweisung des Turnlehrers Sedlmeier bestätigt, und somit hat derselbe innerhalb 24 Stunden die Stadt zu verlassen. Auffallen erging an die betreffenden Behorden die Weisung, den Eigenthumern der Filialturnplatze (Giesing, Sendling) bekannt zu machen, daß die Turnvereinssten innerhalb der obgenannten Frist bei Strafe zu entfernen sind. — Bezüglich des Landtags-Abschieds, dessen Ihnen gestern gemeldete Absendung durch einen Kurier nach Aachen auch die „Allg. Ztg." bestätigt, kann ich Ihnen aus guter Quelle mittheilen, daß derselbe in dieser Woche nicht mehr stattfindet. Der Grund liegt darin, weil dessen Druck, des großen Umfangs wegen, nach dem Eintreffen aus Aachen, im Laufe dieser Woche nicht mehr bewerkstelligt werden kann. Die feierliche Schließung wird daher erst Montag am 29. d. stattfinden.

(A. Abd.-Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 18. Juli. Wir vernehmen, daß die Statthalterschaft insoweit auf eine Unterhandlung eingegangen ist, die in dem Manifeste vorgeschlagene Zusammenberufung der Manner aus Dannemark, Schleswig-Holstein und Lauenburg eintreten zu lassen, wenn jedoch zuforderst gewisse Grundbedingungen als zweifelhaft anerkannt wurden, die Wassen jedoch so lange nicht niederzulegen, bis Garantie für die Erfullung dieser Bedingungen

vorhanden. Ob darauf dänischer Seits eingegangen werden wird, ist sehr zweifelhaft.

(N. Pr. Z.)

Kiel, 21. Juli. Die von den dänischen Kriegsschiffen am 16. d. aufgebrachten zwei holsteinischen Schiffe sind nach Sonderburg gebracht, woselbst aber weitere Freigelassen werden, weil an jenem Tage die nach der Ratification des Friedens verabredete eintägige Frist noch nicht abgelaufen war. — Die Friedens- oder Waffenstillstandsgerüchte erhalten sich, sind aber ohne allen Gehalt, und sicherem Vernehmen nach wird die Statthalterschaft sich über den Umgang derselben nächstens offiziell äußern. — Es lief sich gestern vor unserem Hafen auch eine schwedische Kriegsdampffregatte sehen.

(H. C.)

Schleswig, 20. Juli. Aus Hadersleben erfahren wir, daß kurz vor dem Einmarsche der Dänen die Presse von (in dänischer Sprache erscheinenden, übrigens deutschgesinnten) „Nordschlesw. Ztg." versiegelt ist, und das genannte Blatt daher aufgehört hat zu erscheinen. — Von den aus der dänischen Armee permittirten Nordschleswigern hat sich eine große Anzahl zuzuwarten gestlichert, um nicht wieder zum Dienste in der dänischen Armee herangezogen zu werden.

(N. f. Pr.)

Schleswig, 21. Juli. Nachdem vorgestern unsere Vorposten mit einer feindlichen Patrouille drei Stundenraum einige Schüsse gewechselt, auch an einem andern Punkte feindliche Patrouillen bei der Partenen, brolligerweise von entgegengesetzten Seite herkommend, auf einander gestoßen, scheint gestern vollkommene Stille geherrscht zu haben. Mindestens hat sich uns das Gerucht, daß einige feindliche Dragoner mit einem Lieutenant gefangen genommen worden, nicht bestätigt. Westlich ist ein dänischer Streifkorps bis Bioh vorgedrungen, indeß nicht geblieben. Oestlich nach Angeln hinein standen die feindlichen Vorposten bei dem Kruge Holdehüt, unweit Unern. — Es bestätigt sich übrigens, daß leider die Deutschgesinnten von dem Feinde vielfach aufgerufen und weggeschleppt werden. Besonders von Wasserleben soll dabei arg mißhandelt sein. Der bayerische Hauptmann Adolfer ist Chef des 2. Infanterie-Bataillons geworden.

Flensburg, 17. Juli. Die Kopenhagener „Avefte Post-Efterretninger" bringen von verschiedenen Damen folgende Privatmittheilung: Heute Mittag rückte die dänische Avantgarde unter General Schleppegrell in unsere Stadt ein, begleitet von den Bewegungen der Kanonenboote im Meerbusen bis zum Hafen selbst. Gestern Abend wurden eine halbe Compagnie vom 3. Reserve-Jägerkorps und einige Dragoner bei Gravenstein, worauf sie wieder zu ihrem Corps zurückzogen. Major Lorenzen von Apelby und Gutsbesitzer Lorenzen (von Wassersleben) sind arretirt. Polizeimeister Niemann ist gestern seines Amtes entsetzt; seine früheren Diener trugen heute dänische Cocarden. Es ist das Centrum der Armee, wo hier eingerückt ist, wohingegen eine Abtheilung bei Hoimo gelandet, eine andere nach Westen abgegangen ist. Unser Polizei zeigt ausgezeichnete Thätigkeit, konnte aber doch nicht verhindern, daß die Fenster vieler Deutschen gestern Abend auf den Lauf gingen. Heute Abend werden die schwedischen Truppen von unseren eigenen Soldaten abgelöst. Zu morgen erwarten wir den Rest unsers Heeres hier durch. Das russische Dampfschiff schiffte heute morgen eine große Anzahl der neutralen Truppen ein. Es ist hier an den Straßenecken ein vermuthlich in Kopenhagen gedrucktes Plakat angeschlagen, worin die Bevölkerung gebeten wird, „keine Animosität gegen die Landesverrather." — Die Gewißheit der Nähe dänischer Truppen verbreitete in der Stadt große Freude.

(H. N.)

Rendsburg, 21. Juli. Aus Heiligenhafen geht uns soeben folgende Privatnachricht zu: „Ich war gestern zugegen, als zwei schleswig-holsteinische Kanonenboote von zwei dänischen angegriffen wurden. Der Kampf, welcher dieselben auch von der Strandbatterie aufgenommen wurde, dauerte zwei Stunden und endete mit dem Rückzug der Dänen, ohne daß eine Entscheidung herbeigeführt wurde."

(H. N.)

Ueber die Katastrophe, welche das schleswig-holsteinische Dampfboot „v. d. Tann" betroffen hat, berichten Hamburger und Lübecker Blätter Folgendes: Lübeck, 20. Juli. Es verbreitete sich heute gegen Mittag hier das Gerücht, nicht vor Travemünde seien ein dänisches und schleswig-holsteinisches Kriegsdampfboot miteinander in Kampf gerathen. Nach genaueren Erkundigungen stellt sich Folgendes als Thatsache heraus: Ein schleswig-holsteinisches Schrauben-Kanonenboot (wahrscheinlich das Schwanen-Dampfschiff „v. d. Tann") verfolgte heute früh ein dänisches Dampfschiff, kam dabei nach Travemünde und kehrte früh 6 Uhr, als es bei dem Wiederanlaufen abermals ein feindliches Kriegsdampfschiff zu Gesicht bekam, wieder dahin zurück. Später ging es nochmals in See und kam um 10 Uhr mit einer aufgebrachten Jacht auf der Rhede an. Wahrscheinlich wünschte das Dampfschiff seine Prise im Hafen von Travemünde in Sicherheit zu bringen. Man scheint jedoch Bedenken getragen zu haben, dem schleswig-holsteinischen Schiffe dies ohne Weiteres zu gestatten. Wie hiervon verlautet, hat die dänische Jacht allein in den Travemünder Hafen eingelaufen sein. Die Travemünder Behörden haben — so wird uns versichert — um fernere Verhaftungsregeln sich an den hohen Senat gewendet.

Neustadt, 21. Juli. Der Commandeur des Schrauben-Dampfbootes „v. d. Tann", Lieutenant Lange, hat im diesjährigen Kriege das erste Beispiel aufopfernder Vaterlandsliebe gegeben. Er hat gestern Abend sein Schiff selbst angezündet und in die Luft gesprengt, damit es nicht dem Feinde in die Hände falle. Nachdem ein größeres dänisches Dampfschiff das Boot Jagd gemacht hatte, dieses sich erst nach der Travemünder-Mündung zurückgezogen hatte, lief der „v. d. Tann" wieder aus, nahm ein dänisches Handelsfahrzeug und wollte die Prise in Travemünde einbringen. Auf Grund der Neutralität verweigerte man die Zulassung, es sogar nicht gestattet, daß das Dampf-Kanonenboot allein vorläufig im Hafen bleibe. Da es demselben unmöglich war, das aufgebrachte dänische Schiff nach Neustadt zu führen, mußte es die Prise fahren lassen. Lieutenant Lange trat mit seinem Schiffe allein die Fahrt nach diesem holsteinischen Hafen an, umschwärmt von den dänischen Kriegsdampfer. Mit diesem kam es zu einem Gefecht, und während desselben gerieth das Schiff eine Viertelstunde vom Ufer auf den Grund. Alle Versuche, es wieder loszubringen, waren vergebens. Nur ein Mittel blieb übrig, es zu verhindern, daß es mehrtes in die Gewalt der Dänen gerathe. Unseren Seeoffizier ergriff er dieses äußerste Mittel und zündete das Schiff an, das alsbald in die Luft flog. Die ganze Besatzung rettete sich auf den Booten.

(H. N.)

Hadersleben, 17. Juli. „Goldring Avisen" berichtet: „Hardesvogt Thomsen ist in Haderslehen arretirt worden, weil er auf geschehene Aufforderung sich geweigert hat, den Eid der Treue gegen den König von Dänemark abzutegen. Er ist den 18., Abends 8 Uhr um Coldring eingebracht und soll nach Fredericia transportirt." Nach „Fyens Avis" 18. d. ist Thomsen den 18. als Arrestant durch Odense gekommen. Wie die St. Bl. berichten, ist auch der Postmeister Jürgens in Haderslehen abgesetzt und an dessen Stelle wieder der Postmeister Nissen getreten. (H. C.)

Altona, 21. Juli. Gestern Abend sollte ein im hiesigen Hafen liegendes Schiff von 21 Tonnage, welches unter dänischer Flagge fährt, mittelst eines Dampfschiffes in den Hamburger Hafen geführt werden. Der Altonaer Pöbel rottete sich zusammen am Hafen und erhob einen furchtbaren Lärm gegen die Behörden, welche nicht Sorge dafür getragen, daß das Schiff, welches nach dem Erlaß der Statthalterschaft mit Embargo belegt werden sollte in Sicherheit gebracht wurde. Die Polizei, welche vor allen Dingen die Ruhe herstellen wollte, wurde angegriffen und mußte das Feld verlassen und weichen, es kam darauf eine Abtheilung Bürgerwehr, die natürlich gleichfalls ihr Augenmerk lediglich auf das Schiff richtete und den Pöbel toben ließ. Sie stellte die Forderung, das Schiff wieder an seinen Landungsort zurückzubringen, widrigenfalls sie darauf feuern würde; so hatte denn wieder Pfitzner nach Bioi, u. so kam das Schiff unter dem Jubel des Haufen nach Altonaer Hafend in den Hamburger. Es heißt nun zwar, die Altonaer wollen es sich mit Gewalt holen, doch ist dafür nicht so leicht zu fürchten.

(N. P. Z.)

Stuttgart, 21. Juli. In welcher Weise die Regierung gegen die Bestrebungen der Demokratie aufzutreten gesonnen ist, tritt von Tag zu Tag deutlicher hervor. Die Beschlagnahmen des „Beobachters" mehren sich. Hinsichtlich der Vereine sind vorläufig amtliche Recherchen angeordnet. Die Absichten der Regierung gehen jetzt auf die Auflösung des sogenannten Landesausschusses der Volksvereine. Dieser war schon dem Marzministerium ein Dorn im Auge, doch wagte dasselbe nicht, direkt gegen ihn aufzutreten, sondern begnügte sich damit, zur Zeit der Reutlinger Volksversammlung eine gerichtliche Untersuchung gegen die damaligen Mitglieder des Landesausschusses wegen dieser Theilnahme an den Bewegungen jener Zeit einleiten zu lassen. Das Oktoberministerium kam nun zu einem festen Entschluß und hatte auch weniger Veranlassung, gegen den Landesausschuß aufzutreten, weil seit der Niederwerfung der Bewegung seine eigentliche Bedeutung verloren und auch jetzt seit längerer Zeit kaum mehr ein Lebenszeichen von sich gegeben hat. Das Ministerium Linden-Miller will jedoch prinzipiell dessen Auflösung anordnen, da es eine derartige Verbindung der einzelnen Vereine unter sich selbst missbilligt zu erklären Willens ist. Dadurch wird der Landesausschuß wohl mehr durch seinen Tod von sich sprechen machen, als es seit geraumer Zeit durch sein Leben der Fall war. Eine andere scharfe Maßregel der Regierung soll gegen die Arbeiterfortbildungsvereine gerichtet sein. Dem Stadtgerichtsassessor Oesterlen (Abgeordneten von Waiblingen) ist bereits seine Verpflegung zum Gerichtshof in Ulm als Hilfsarbeiter angekündigt; derselbe hat jedoch dem Vernehmen nach entschieden dagegen protestirt. Man hört, es sollen in Ulm andere Verfügungen nachfolgen und auch die Auflösung der Arbeitervereine beabsichtigt sein, so wie man irgend welche Indizien eines Zusammenhanges derselben mit den Schwierigkeiten der Arbeiterverein aufsindet, was eine in Ulm in Gang befindliche Untersuchung darthun soll. — Den Deutschkatholiken ist der Mitgebrauch der reformirten Kirche, der schon seit einiger Zeit provisorisch verfügt war, nun definitiv eingezogen worden, und zwar, wie in dem desfallsigen Schreiben des reformirten Presbyteriums gesagt ist, wegen der von den Abgeordneten deutschkatholischer und freier Gemeinden auf dem Kongreß zu Leipzig und Köthen abgeschlossenen Union.

Stuttgart, 23. Juli. Die „deutsche Kronik", welche bisher gegen das Wahlen sich ausgesprochen hat, fordert heute zum Wahlen auf, trotz des Wahlgesetzes vom 1. Juli 1849. Die „D. K." hat zwei Gründe für die Wahl: 1) Bei dieser Gelegenheit könne eine Wahlprüfung vorgenommen werden, haben die Conservativen Zeit, sich vorzubereiten und zu organisiren. 2) Das Juliministerium wird sich beferden, durch Thaten zu beweisen, daß es die Bedürfnisse des Landes kennt, und die Berufserfahrung der gegenwärtigen Lage nachgerade nachstrebt; es wird zugleich der neuen Landesversammlung einen ganzen Entwurf der Verfassungsrevision vorlegen und mit dem Inhalt desselben alle diejenigen Lüge strafen, welche es bei dem Volke als ein Ministerium des Kassengestes und Absolutismus verdächtigten. Es wird aber auch, und dieß ist die Hauptsache, vor einer bewaffnigsten Kammermajorität nicht zurücktreten, sondern im Bewußtsein des guten Rechts der Krone und stark durch die Unterstützung des bessern und besitzenden Theiles der Bürger, seinen Platz behaupten und diejenigen Mittel und

Wege einzuschlagen, welche, wenn die traurige Nothwendigkeit einer abermaligen Auflösung der Landesversammlung eintreten sollte, geeignet und in der Verfassung vorgesehen sind, die Ordnung im Staate zu retten, die Achtung vor dem Gesetze zu bethaupten und die Interessen der wackern Mehrzahl des württembergischen Volkes zu wahren. — Dieser zweite Passus ganz besonders dürfte geeignet sein, demokratischen Gelüsten, die sich auf die etwaige schwankende Haltung der Regierung stützen, den letzten Hoffnungsanker zu nehmen, denn die Kronik bezeichnet ihn als eine „gute Nachricht".

Wien, 20. Juli. Wie wir, schreibt die D. Korrespondent, aus verlässiger Quelle vernehmen, hat das österreichische Kabinet die Kündigungen des preußischen Kabinets, zu ihm Namens des Bundes abgeschlossenen Friedensverträge mit Dänemark die Zusammung zu ertheilen, dahin beantwortet, daß es mit diesem Frieden als europäische Macht einverstanden sei, wohe in seine einzelnen Bestimmungen einzugehen, und nur das Gute in Auge fassend, welches er für das allgemeine Interesse verspricht. Als Mitglied des deutschen Bundes aber halte Oesterreich an den Bundesvertragen fest. Nach diesen Verträgen hat aber Krieg und Frieden im Namen des Bundes nur die volle Bundesversammlung nach Stimmenmehrheit zu entscheiden. Dieses Recht könne daher nicht von den einzelnen Mitgliedern, sondern nur von allen Bundesgliedern in ihrer organischen Verbindung ausgeübt werden. Daß k. k. Kabinet erklärte ferner, daß es die gerechten Ansprüche des deutschen Bundes und der Herzogthümer gewagt wissen wolle, und erhebt Beschwerden gegen die Fassung des Artikels IV. des Vertrages, weil er von der Voraussetzung ausgehe, als ob es dem Bunde am Willen oder an Macht fehlen konnte, den in seiner Bestimmung liegenden Pflichten zu genügen. Preußen verweise selbst Dänemark an den Bund. Hierin liege der Anerkennung der Nothwendigkeit, den Friedensvertrag einer Bundesplenarversammlung zur Ratifikation vorzulegen.

Wien, 20. Juli. Ein Bericht des Lloyd meldet: Krakau, 18. Juli, 1 Uhr Nachts. Unsere Stadt ist seit 12 Uhr Mittags in Flammen. Ueber 60 Häuser liegen in Schutt und Asche, darunter die prächtige Dominikaner-, die Franziskaner- und St. Josephskirche, das bischöfliche Palais, die Stadthauptmannschaft, die Palais des Fürsten Jablonowski, des Grafen Mostzyn, das technische Institut, eine Kaserne. Der schönste und reichste Theil unserer Stadt ist ein Raub der Gluth. — 2 Uhr. Neue Allarmzeichen ein starker Südwind. Das berühmte Tuchhaus — gegenwärtig Magazin von Oel, Zucker und Mobeln — geht in Flammen auf. Die Einwohner flüchten mit zusammengerafter Habe nach den Allern und Feldern. Gegen 5000 Familien sind obdachlos. — 10 Uhr Morgens, den 19. Der Südwind verstärkt sich — der nordliche Theil der Stadt ist in Gefahr. Menschliche Hilfe ist unmöglich. Man behauptet, das Feuer ist angelegt. Viele verdächtige Personen werden beträchtig erweitet und auf's Schloß gebracht. — 3½ Uhr Morgens. Windstille. Das Tuchhaus und die reichen Verkaufsläden sind nicht in Brand. Das Feuer greift nicht mehr um sich. — 5 Uhr Morgens. Die in Flammen gerathenen Gebäude brennen nur noch von Innen. — 6 Uhr Morgens. Derselbe Zustand. — 8 Uhr Morgens. Das Feuer hebt sich nicht mehr aus. Es brennen nur noch die zurückgelassenen Mobel rc.

Eine Korrespondenz der Schlesischen Zeitung aus Krakau vom 19. Juli Mittags 12 Uhr berichtet folgendes Nähere über die dort ausgebrochene Feuersbrunst: Ein furchtbares Unglück hat unsere Stadt heimgesucht. Der gestrige Tag schien unserer Stadt völlige Vernichtung bringen zu wollen. Ein Feuermeer ergoß sich über dieselbe. Ganze Straßen sind verschwunden. Ein Nordwestwind trieb die Flamme über den westlichen Theil unserer Stadt. Mittags 1 Uhr erschoß Feuerlarm vom Thurm der Marienkirche. In den Mühlen bei der Krupnicastraße brach das Feuer aus. Um 1½ Uhr geriethe das Barbanowski'sche Haus auf der Zaubenstraße in Brand. Die Universitätsgebäude waren in Gefahr; schon glimmte es in der Bibliothek, doch gelang es den Anstrengungen der Studenten, sammtliche Gebäude zu retten. Da brannte es auf einmal in der Godyckerstraße, der Wielkopolski'sche Palast gerieth in Flammen, ferner Flammen Klöge in die Lauben und Verkaufsbuden, den bischöflichen Palast, die Universitätsdruckerei, die Unterkirche. Es war unmöglich dem Feuer Einhalt zu thun. Auch das Gebäude der Stadthauptmannschaft gerieth in Brand, ebenso das Franziskaner- und Dominikanerkloster, der südliche Theil des Ringe; die Flamme ergriff die Godyckerstraße, das Theater. Schon brennt der ganze Strich von der Promenade bei der Tauben-Weichsel- und Franziskanerstraße bis zur Promenade am kleinen Markt, an der Breitenstraße. Das Dominikanerkloster und die Kirche sind niedergebrannt, ebenso die angrenzenden fleischbanke und die franziskanerkirche nebst dem Kloster. Die mit Ziegeln bedeckten Häuser hielten an vielen Orten den Brand auf. Der Advokat Bogunski ergriff in seinem Hause, wo es nicht brannte, einen jehnjährigen, in Lumpen gehüllten Knaben, der auf die Frage: „Wohin willst Du?" antwortete: „Ich gehe sischen." Bei der nahern Untersuchung fand Dr. Bogunski bei demselben Brennmaterialien. Der Junge wurde alsbald der Militarbehörde übergeben. Der kommandirende General, welcher vom ersten Angesbicke an zu Pferde auf dem Platze war, soll selbst einen Menschen, der Schwefelhölzchen, ein Wachslicht und ein Packet Pulver in Baumwolle gewickelt in den Handen heilt, ergriffen haben. Es wurden noch hier andere verdächtige Personen festgenommen. Als dies bekannt wurde, begab sich der Bürger Mecisowski, dessen Wohnung gleich Anfangs niedergebrannt, mit den Herren Bogunski, Upinski, Gawronski, Schlatka und Andern zum Chef der Gubernial-Commission, mit der Bitte: er möge das Standrecht verkunden und jeden auf der frischen That ergriffenen Mordbrenner erschiessen lassen. Der Chef des Gubernums erwiderte: er könne das Standrecht nicht verkunden lassen, da die Ausführung nicht zu sehen, so werde er den Prases des Tribunals sofort beauftragen, mit den Verhafteten die Untersuchung zu beginnen; er selbst eile zum kommandirenden General, um sich mit demselben über weitere Maßregeln zu verständigen. Die angeordnete Untersuchung begann alsbald. Die Verhandlungen wurde bei Trommelschlag vom kaiserl. Militar verkundet, daß jeder Einwohner ein Licht an's Fenster stellen, die Bürger aber in ihren Häusern wachen sollten; jedann wurden Patrouillen ausgeschickt m.t dem Befehl, jeden auf frischer That Ertappten zu arretiren und den Kriegsgerichte zu übergeben. Die Brückenhäuser sind bis jetzt nicht abgebrannt. Die Garnison ist unter den Waffen; überall Patrouillen und Wachen. Auf den Promenaden, am Ringe von der Grodyerstraße bis zum Hause zu dem Baranyi liegen Haufen von Mobeln u. andern Sachen; daneben die Abgebrannten. Allenthalben sieht man Wachen zum Schutz der gerettenen Gegenstande. Gegen 2 Uhr brach das Feuer in der Spitalstraße aus. Von Neuem brannte es in der Gegend der Universität. Die Studenten unter Leitung des Rektors Majer, die Professoren Karzynski, Pol, Krupinski unterstrichen den Brand, eilten sofort nach Wasser in die Taubenstraße und schützen das Feuer, welches im Bartpowolischen Hause von Neuem ausbrach. Um 6 Uhr verschwanden die Flammen allmälig. Abgebrannt ist die Tischlerstraße (Stolarska), die nördliche Seite des Ringes mit Ausnahme zweier Häuser, die Weichselstraße, ausgenommen den Theil am Ringe, und die Annastraße; die Taubenstraße nebst dem technischen Institut (die Universität ist erhalten und ein Echaus); die Bruderstraße mit Ausnahme eines Theiles des Jablonowski'schen Hauses; die Grodzkerstraße bis zur Josephskirche, mit Ausnahme von vier Häusern von der Polelskastraße an; die ganze Tischlerstraße, wo das Feuer am Furchtbarsten wüthete. Um 9 Uhr war das Feuer immer noch nicht gelöscht. Herr Karl Kremer hat die Oberleitung über die Löschanstalten übernommen. Um 11 Uhr benutzte man sich, das Wonczynskische Haus, gegenuber der Hauptwache, vor dem Feuer zu schützen. Soldaten besanden sich auf den benachbarten Dachern. Gendarmen wurden auf die Dörfer beordert, um Landleute zum Löschen zu bewegen. Auch Studenten eilten Bauern zur Hilfeleistung herbei. Endlich ist die Flamme überall verschwunden, doch glimmt es noch überall. Auf der Tischler-, Breiten- und Franziskanerstraße ist die Circulation bereits wieder frei. Bei der Marienkirche stirgen 5 verbrannte Leichen; die Kinder sind ebenfalls verunglückt. Die Zahl der Umgekommenen kennt man noch nicht genau. (Nachschrift.) Soeben erfahren wir, daß gestern das Schloß Pieskowa-Skala, im Königreiche Polen, nicht weit von der Krakauer Grenze, ein Raub der Flammen geworden.

Die Feuersbrunst in Krakau ist gelöscht; aber ein großer Theil der Stadt liegt in Asche. Die neue Oesterr. Korrespondenz berichtet: Der Brand dauerte die ganze Nacht vom 18. bis 19. d. Am Morgen wendete sich der Wind, wodurch die Gefahr gesteigert wurde, jedoch gelang es mit aufserster Anstrengung, weitere Gefahr abzuwenden und das Feuers Meister zu werden. Leider ist, vieler Verwundungen nicht zu gedenken, der Verlust von 5 Menschenleben zu beklagen. Ein Drittheil der innern Stadt liegt in Asche; die öffentliche Meinung will, wie gewohnlich bei solchen Anlassen eine boswillige Brandlegung annehmen. Einige dieselben in Verdacht gregene Personen wurden von einzelnen Burgern, der Polizei oder dem k. k. Militar eingebracht; die gestrigenen Untersuchungen haben bis jetzt solchen Verdacht nicht bestatigt.

Posen, 17. Juli. Der Pr. O.P.M.-Z. meldet: Der dermalige Standpunkt der polnischen Nationalangelegenheiten ist übrigens ein höchst klaglicher, indem der völlige Bruch zwischen der Aristokraten- und Volkspartei nicht mehr abzuleugnen ist. Die Ebelleute, die bislang noch ziemlich bemittelt waren, sind zu der Einsicht gelangt, daß alle Gelbopfer, die sie zur Revolution bringen, unter den waltenden Umständen völlig erfolglos sein mussen, und sie haben daher nicht länger Lust, ihre schon sonst sehr geschmälerten Einkunfte für ein Phantom, das schwerlich jemals Realität gewinnen kann, ferner herzugeben; die Demokratenpartei ist durch Verhaftung arm und kann ohne die Unterstützung jener Klassen nicht bestehen. Man darf sich daher nicht darüber wundern, daß in den öffentlichen Blättern, die freilich jetzt großentheils eingegangen sind, namentlich in dem neugegrundeten „Gomine Polski", eine scharfe Polemik gegen den polnischen Adel sich ausspricht, der der Nationalsache sich mehr und mehr entfremde, für dieselbe nichts mehr thue, seine Brüder in der Emigration verhungern lasse, und lieber sein Geld, wie ehemals, in auserem Prunk und Aufwand vergeude rc. Genug, die Spaltung ist da und ist, aller Journaldetonationen ungeachtet, unheilbar. Der polnische Adel sieht jetzt mehr durch sich selbst, und in unserm Großherzogthum sind die Verhaltnisse noch ungleich günstiger, als in den übrigen polnischen Landestheilen. In Galizien herrscht die grengenloseste Verwirrung; der Bauer bedroht noch taglich seinen bisherigen Grundherrn, und regiert sich an diesen Besitz; der Adel ist durch die letzte Katastrophe so herunter gekommen, daß ein großer Theil der Landgater nicht mehr zu halten ist, die nun, da aller ausmartige Credit fehlt, in die Hande der einheimischen Juden, die allein noch im Stande sind, sie Spottpreise abzugeben. Am schimmsten aber steht es für die polnische Nationalsache im Königreich Polen, wo es der zahen und immer consequenten russischen Regierung nunmehr gelungen zu sein scheint, den grundbesitzenden polnischen Adel grosentheils auf seine Seite zu ziehen. Die Herren sind ebenfalls des russischen Gebens müde, und da

überdies die slavische Prunksucht nicht zu bekämpfen ist, so ziehen sie es vor, sich den Regierungsinteressen zuzuwenden und wieder in alter Herrschsucht zu leben, als Geld und persönliche Sicherheit fortwährend für eine, für jetzt wenigstens hoffnungslose Sache aufs Spiel zu setzen. Die Herrn Ultcleute mochten dabei freilich gern noch den patriotischen Schein wahren und posaunen daher in die Welt hinein, daß Rußland dem Königreich Concessionen zu machen bereit sei, wiewohl sie unzweifelhaft überzeugt sind, daß der Czaar niemals Zugeständnisse im polnischen Sinne machen werde. In Polen findet jetzt eine allgemeine Dislocation der Truppen statt, aber nicht aus politischen Gründen, sondern aus Sanitätsrücksichten, weil durch die Unreinlichkeit, das enge Zusammenwohnen und die ungenügende Ernährung verheerende Krankheiten in Ferse ausgebrochen sind; namentlich wird von einer Krankheit berichtet, der man, wohl im Gegensatz zu dem sogenannten schwarzen Tod, den Namen „weiße Pest“ beilegt. Auch die Viehpest greift dort immer weiter um sich, so daß aus diesem Grunde schon alle Grenzen für alle das Contagium verbreitende Stoffe gesperrt sind. — Aus London ist hier die Nachricht eingegangen, daß von den 200 Polen, die in Folge der ungarischen Katastrophe über die Türkei in Southampton angekommen sind, bereits am 20. v. M. 40 sich nach Amerika eingeschifft haben. An den Kaiser Nikolaus sollen jetzt täglich Bezahlungsaufgesuche von der polnischen Emigration aus England, Frankreich und der Schweiz eingehen und ziemlich zudringlich aufzukommen weirden.

Amerika.

Professor Webster hat den Mord des Dr. Parkman eingestanden. Er gibt an, daß der Letztere in sein (W.'s) Zimmer getreten sei, um einen schuldigen Betrag zu fordern, ihn ohne alle Ursache auf das Gröblichste beleidigt und gereizt und mit der Faust in das Gesicht geschlagen habe, unter dem Anrufe: Lügner, Schurke ic., daß er (Webster) sich deßhalb nicht habe enthalten können, einen Streich nach dem Angreifer zu führen, der ihn beinahe auf der Stelle entfernte. Im ersten Augenblicke habe er sich selbst sogleich anzeigen wollen; nach einiger Ueberlegung aber entschieden, den Mord zu verheimlichen und demgemäß seine Anstalten mit aller Fassung und Sorgfalt getroffen. Den Körper habe er zum Theil verbrannt, zum Theil in einen Graben geworfen. Feierlich erklärt er, daß er den Mord nie beabsichtigt habe. Völlig glaubwürdig erscheint dies letztere Geständniß nicht, der Angriffe mag so doch, wie „Globe“ meint, daraus erfolgen, daß in Amerika es mit Menschenleben nicht immer allzu genau genommen zu werden pflegt.

Vermischte Nachrichten.

Wien, 18. Juli. Der „Lloyd“ berichtet aus Wadovice folgenden schauderhaften Vorfall. Im Hofe der dortigen Schule, welche der zehn- oder zwölfjährige Sohn eines Fleischers besuchte, befand sich ein sehr bösartiger Truthahn. Der erwähnte Knabe hat seinen Vater, ihn nicht mehr die Schule besuchen zu lassen, da er den Truthahn fürchte. Der Vater gab ihm eine kleine Ruthe, um den selben abzuwehren, wenn er ihn belästigen sollte. Der Knabe sparte seinen Stock nicht, als auf der Schullehrer ihn sah, nahm er den Knaben zwischen seine Beine, mißhandelte ihn und preßte ihn so zusammen, daß das arme Opfer den Geist aufgab. Der Fleischer eilte herbei, und als er sein einziges Kind todtes in den Armen des Lehrers erblickte, zog er sein Messer und erstach den Lehrer. — Der unglückliche Vater wurde arretirt.

Neueste.

Frankfurt, 19. Juli. So eben erfahre ich, daß die großherzoglich badische Regierung ihre Truppen, welche nach Preußen zusammenziehen sind, oder noch auszuwärtigen werden, dem Interim zur Verfügung gestellt hat. (D. Wohl.)

Frankfurt, 21. Juli. Auch Nassau verweigert die Ratifikation des dänischen Friedens. Diese Weigerung ist mit einer Lossagung von der Union gleichzuachten, da dieselbe keinswegs dem Frieden selbst, sondern der Art und Weise wie Preußen denselben ratifiziren lassen will. Mit einem Worte, Nassau will, daß der deutsche Bund, und nicht einzelnen deutschen Staaten solches vollführe; darin liegt aber simpliciter die Anerkennung des Bundes und die Lossagung von der Union. (D. B)

Frankfurt, 24. Juli. Berliner Nachrichten zufolge soll Preußen den Vorschlag machen, daß der dänische Friede durch die Bundescentralcommission ratifizirt werde.

Karlsruhe, 23. Juli. Die neueste Nummer des Regierungsblattes verkündet die abermalige Verlängerung des Kriegszustandes u. Standrechts auf weitere 4 Wochen.

Leipzig, 23. Juli. Der Senat der Universität hat gestern die Wahl eines Abgeordneten zur ersten Kammer der Standeversammlung vorgenommen, und zwar ist dies keine Minoritätswahl, sondern es haben sich von 29 Anwesenden 15, also die Majorität, für Prof. Wald erklärt. Die Wahl fand in Folge einer Verwendung des Cultusministeriums statt, in welcher allerdings anerkannt war, daß dem Senate als Corporation, nicht den einzelnen Mitgliedern das Recht zur Wahl zustehe (dieselbe Ansicht, zu welcher sich auch der Rector Prof. Bülau schon früher bekannt hatte), zugleich aber ausgesprochen wurde, wie es in den Befugnissen des Ministeriums liege, darüber zu wachen, daß dieses Recht ausgeübt werde. In Folge dessen wurde auch mit Majorität beschlossen, zur Wahl zu schreiten, und es fiel dieselbe mit 13 Stimmen auf den Prof. der Theologie Dr. Luth. — Der vorherrschende mißbilligende Darstellung mage zugleich zur Berichtigung der, zum Theil sehr gehässigen Entstellungen dienen, welche ein dessallsiger Bericht der D. A. Z. enthält. (L. Z.)

Aus Holstein, 22. Juli. Gestern am Sonntage war ein Zusammenstoß der sich gegenüberstehenden Heere vor Flensburg. Nach einem noch vorläufigen Berichte sollen zwei Bataillone im Feuer gewesen sein.

Die neuesten Börsenmachrichten melden, daß zwischen den Dänen und den Schleswigern ein Waffenstillstand von 8 Tagen geschlossen worden ist, mit der ausdrücklichen Bedingung, die Vorpostenkinien nicht zu überschreiten.

London, 22. Juli. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Zacharias Taylor, ist am 8. Juli gestorben. Der Vicepräsident Tillmon wurde darauf als Präsident berufen. Das Cabinet ist abgetreten.

Paris, 21. Juli. Am 20. Juli wurde der Graf v. Paris in der Kapelle zu Londen confirmirt. Ludwig Philipp mit seiner ganzen in England anwesenden Familie, der ganze Haushalt desselben, viele Franzosen, welche theils in England leben, theils zu diesem Zweck dahin gereist waren, so wie viele engl. Damen wohnten dieser Feierlichkeit bei.

Paris, 22. Juli. Am Schluß der Sitzung verkündete Vice-Präsident Bedeau die Namen der Permanenz-Commissäre, die aus der heutigen Abstimmung hervorgegangen. Bei 552 Stimmen, die abgegeben worden waren, hatten folgende 15 die obsolute Majorität erhalten: Dudon Barrot 416, Jules de Lasteyrie 396, Monut 386, General de Saint Priest 383, General Cyavignac 379, Wolowski 373, Berryer 374, Rettement 306, Mosé 297, General de Lauriste 294, General de Lamoreiere 286, Beugnot 284, de Mornay 283, de Montelellolo 283, Oberst de Leepinasse 278. Diese 15 wurden sofort zu Permanenz-Commissärien proklamirt und sie Mahl der 10 übrigen auf morgen angesetzt. Es ist nicht zu verkennen, daß die heute gewählten Namen eine parlamentarische Opposition gegen die Executiv-Gewalt bedeuten. Nur fünf bis sechs darunter sind verfönlicher Art. Alle (ausgenommen Montebello) gehören der ursprünglichen Candidaten-Liste (vom vorigen Sonnabend) an. Thiers hat das Resultat beklagenswerth genannt.

Kiel, 20. Juli. (Corrf.) Sie erkennen demselben nicht nur die volle Competenz in Betreff der Entscheidung in diesen Verhältnissen, sondern auch die Berbindlichkeit zu, nöthigenfalls die Achtung derselben zu erzwingen. Sollte es daher für die Herzogthümer allein nicht möglich sein, einzelne dieser Verhältnisse oder alle aufrecht zu erhalten, so dürften die Herzogthümer und ihre Bewohner auf Grund der Bundesakte die Hilfe von den Schutz des deutschen Bundes anzurufen sich erkunden. Diese Hilfe und dieser Schutz wird eine zweckmäßige Richtung nehmen, er wird sich theils nach Außen gegen das Königreich Dänemark auf dem Wege der Unterhandlung und nöthigenfalls des Krieges, theils innerhalb der Bundesgrenzen, gegen Se. Majestät den Herzog von Holstein als Mitglied des Bundes geltend machen können. Die Herzogthümer werden nicht der Rechtfertigung bedürfen, wenn sie vornehmlich auf den letztern Fall die Anwerfsamkeit der hohen Bundesregierungen hinzulenken sich gestatten. Sowohl die Regierung als die Landesvertreter haben während langer Jahre schwerer Zwistigkeiten gerungen gezeigt, daß sie von Achtung vor den Rechten ihres angestammten Landesherrn durchdrungen sind. Es ist zwischen dem Lande und dem Königs-Herzog, kein Streit über die Anordnung der landesherrlichen Prärogative, kein Streit über ein geringeres oder größeres Maß von Freiheit. Der Streit ist nicht, ob die Herzogthümer ihrem Landesherrn, sondern blos, ob sie dem dänischen Volke und seiner Hauptstadt mehr oder weniger unterthan sein sollen. Wenn in diesem Streite mit dem Königreich Dänemark die Herzogthümer ihren Landesherrn nicht verlassen, sondern stehen, so ist genugend bekannt, daß derselbe durch die Kopenhagener Umwälzung vom 21. März 1848 von ihnen gerissen wurde und daß dieselbe revolutionäre Partei auch noch jetzt mit dem Ministerium die Krone beherrscht. Diese Verhältnisse zwingen die Herzogthümer, die Aufmerksamkeit der Bundesregierungen schon jetzt auf den Weg hinzulenken, welchen der Friedensvertrag und die erlassende Denkschrift der k. preußischen Regierungen dem deutschen Bunde zur Erhaltung seiner Rechte zeigt. — Die k. preußische Regierung bemerkt, daß die Ausübung der landesherrlichen Gewalt in Holstein durch d. Maj. den König von Dänemark in der Lage des Landes und dem Kriegszustande suspendirt bleiben mußte, und Se. Maj. der König von Dänemark hat in dem Friedensvertrage anerkannt, daß ihm nicht der Friedensschluß, selbst wenn derselbe von Seiten des gesammten deutschen Bundes angehe, diese Ausübung seiner legitimen Autorität zurückgebe. Se. Maj. der König von Dänemark hat in dem Art. 4 des Vertrags vielmehr anerkannt, daß die Wiederherstellung der bisher suspendirten Ausübung seines an sich unbestrittenen Rechtes erst von einer an den Bund eingehenden Reclamation und einer Angabe seiner Absichten in Betreff des Herzogthums Holstein und von den darauf ergehenden Ausspruch des Bundes abhänge. Wären die friedlichen Bestrebungen der Statthalterschaft ohne Erfolg und sollte sie im Wege des Kampfes nicht im Stande sein, die Bewahrung der wesentlichen Rechte des Bundes und des Landes zu erreichen, sollten endlich die Bundesbeschlüsse dem vorzugsweisen Landesherrlichen Absichten auch noch jetzt nicht den Rechten des Bundes und des Landes entsprechen, so wird von Bundeswegen die Ausübung der Regierungsgewalt in Holstein durch den König von Dänemark auch ferner ausgeschlossen bleiben müssen, die die walten und noch kurz vor dem Kriege von Sr. kgl. Majestät dem Königs-Herzog bestätigten Rechte Holsteins und des deutschen Bundes hergestellt sind. (Forts. folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Druck von Joseph Stoib in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrallhofe 2. Distr. Nr. 533.
Ankündigungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 178. Würzburg, Freitag den 26. Juli. **1850.**

Der Geächtete.

Die Polizei hat ihn ohne weiteres gefaßt, ehe er noch sich die Hauptstadt angesehen. Es wird Ihnen um so willkommener sein, etwas Näheres über diese Monadschrift zu erfahren, die schwerlich bis zu Ihnen drang. Der vollständige Titel lautet: „Der Geächtete" (le Proscrit), Journal der Universal-Republik. Um ein Organ zu haben, mußte der diese erst erstiften. Die Miterbeiter sind: Bergeau, Darcy, Ch. Delescluze, Dupont, Et. Arago, Ernst Haug (aus Wien), Leclanché, Ledru-Rollin, Martin Bernard, J. Mazzini, Pilette, Pyndoreli, Rattier, Ch. Ribeyrolles und Werrell. Das sind die Eitopeen, welche die Welt in eine einzige Republik umschaffen wollen. Gesprächsweise ist ihre Propaganda kosmopolitisch; sie verlangen die Fraternität mit einem freschkarten Apparate von Drohungen und Verwünschungen, und ihre Freiheit ist heroisch und devotvoll; sie trägt die dintrothe Mütze und in ihrem Gefolge ist der Henker, wenn auch verkappt. Man hätte „den Geächteten" auf öffentlichem Platze reden lassen sollen, er hätte sich selbst zu Grunde gerichtet. Jetzt stehen die Herren Ledru-Rollin, Martin Bernard, Mazzini, Et. Arago, Rattier ꝛc. ꝛc. als Märtyrer da. Wo ist die Typnaste Arago, wie man sich damals ausdrückte? Im Februar-Sturm flieg sie auf wie ein Meteor, das den heiteren Himmel spurlos verschwand. „Ich ging vorüber, und sieh, er war nicht mehr," wie die Bibel sagt. Etienne Arago führte die Manifestation am 13. Juni an; er mußte, das ist das Fatalste, und nach dem Spaziergange dem General Changarnier so ungerasen in die Quere kam, mußte er mit den Uebrigen nach London spazieren; es war eine Komödie; „die Verschwörung wider Willen." Niemand glaubte an den Erfolg, aber die Montagne wollte eine Demonstration. Ledru-Rollin wehrte mit Händen und Füßen dagegen, aber er mußte vorwärts; hinter ihm drohte der Dolch der Brüderlichkeit. Den Eitopen Martin Bernard brauchte Niemand zu zwingen; er war Einer der enthusiastischsten, und er Einer der beschränktesten ist; die Rolle eines Conspiratore schmeichelt seiner Schwache. Im „Geächteten" macht er seinem Grolle gegen Proudhon Luft und gegen de Flotte. De zlotte hat die Socialisten arg mystificirt; er hat seinen Spaß gethan bei der Insurrection Juni 1848, und er wurde zum Repräsentanten gewählt, weil er für den Hauptführer galt. Gab es aber je in der Welt überhaupt eine ärgere Mystification, als diese ganze demokratische Bewegung, wo sich Niemand kennt, und Einer den Anderen übervortheilt? So heißt es allgemein, Proudhon, der sokratische Socialist, habe Hrn. Girardin mit der Regierung. Martin Bernard meint es aufrichtig, und wenn er schließt; wer für seine Grundsätze stirbt, hat sein Tagewerk vollbracht, so sagt er das mit voller Ueberzeugung. Die Manner des Rational werden übrigens mitgenommen von einem Hrn. Delescluze. Es geht dem Nationl mit den Socialisten, wie dem Hrn. Girardin mit der Nationl; sie lauren einander nach, und Keiner will vom Anderen was wissen. Ledru-Rollin endlich frnert auf die Montagne. Die Stelle ist zu merkwürdig, wir wollen sie wenigstens im Auszuge mittheilen: „Wir können nicht umhin, der Montagne zu sagen, was ihr einst die Geschichte sagen wird. Sie hat sich des großen Namens unwürdig gezeigt, womit ihre Feinde sie beehrt hatten. Sie hat, ohne Auftrag dazu, über zwei Fragen abstimmen lassen, die über alle Fragen erhaben sind, nemlich die Constitution und das allgemeine Stimmrecht; indem sie ihr Votum abgab, hat sie, soviel an ihr war, eine radikalistische unfähige Majorität rehabilitirt, und die Usurpation legitimirt. Und nach vollbrachtem Attentate ist sie auf ihren Sitzen gebliben, als wenn von da an noch eine ernstliche Opposition möglich gewesen." Noch ein Mal, Volk, traue in Zukunft nur Dir selbst, aber mache auch in Zukunft Niemanden für die Freiheit verantwortlich, die Du möglicherweise begehen wirst. Das wurmt Ledru-Rollin ganz besonders, daß die Montagne auf ihren Sitzen geblieben ist, und die Schwachheit hat, nach wie vor 25 Francs täglich einzustrichen, während er, Ledru-Rollin, sich zum Sündenbock hergeben, und davon laufen mußte, und gar nichts mehr einstreicht. Uns auch das wurmt ihn, daß man über sein Conlommen durch's Fenster gelacht, und er gibt dem Volke den Vorwurf der Feigheit zurück. In Wahrheit, es steht schlecht mit der Demokratie. Dann geht's über die jüngsthin ernannten Socialisten los: „Diese Feuerköpfe, die Alles in Brand setzen sollten, diese Offenbarer der Zukunft, neben welchen Alles Obscurantismus sein sollte, sie haben sich kaum Zeit genommen, sich zu setzen, und kaum noch hatte die zwölfte Stunde geschlagen, so hatten sie schon drei Mal die Revolution verleugnet, und in die Hande der Reaktion abgeirt." Und zum Volke, das er mit so harten Worten gezüchtigt, spricht er: „Sei immer bereit, wie die ersten Christen immer zu sterben bereit waren, und Du wirst siegen wie diese. Keine eitele Schrecken! Deine Kraft bleibe ganz für die wirkliche Gefahr; alles sei bereit für den entscheidenden Augenblick, und wie der Prophet sagt: diese Pferde seien gesteigt, und alle Bogen seien gespannt." In demselben Tone läßt sich Mazzini vernehmen, und schließt wie Ledru-Rollin: „Mögen unsere Brüder, wer sie auch seien, unserem Aufrufe nachkommen!" Es ist aber dieß ein Aufruf zum Bürgerkriege, und den Grund dieser Verbrechen hat der Prozeß der Republik die Monatsschrift: „der Geächtete," auf der Post sowohl, als in den Bureaux des Journals in Beschlag nehmen lassen, und eine Untersuchung eingeleitet gegen den Geranten, den Trucker und Hrn. Ledru-Rollin. Somit hatte der berühmte Volkstribun seine Rolle ausgespielt; nur der vollige Sieg der rothen Republik konnte ihm eine neue Laufbahn eröffnen, und dazu ist, Gott sei Dank, keine Aussicht vorhanden. Freilich hat Frankreich noch eine schwere Krisis zu bestehen, und ohne Bürgerkrieg wird es nicht zur Ruhe kommen; aber keine Partei wird die Hilfe der Montagne annehmen, und sie ist zu schwach, um allein zu siegen.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 22. Juli. In unserem Hauptquartier befinden sich u. A. drei englische Berichterstatter; erwartet werden mit Sicherheit mehrere höhere englische Offiziere, unter ihnen ein Oberst Malcolm; abgegangen ins Hauptquartier sind kürzlich der Graf Reventlow-Preez, Mitglied der Statthalterschaft, der Chef des Kriegsdepartements und der Generalstabsarzt Prof. Stromeyer.

Kiel, 20. Juli. Der „A. M." enthält vom vorstehenden Datum folgendes halboffizielle Schreiben: Die „Deutsche Reform" spricht vor Kurzem die Ansicht aus, daß erst die sicherste Nachricht, welche die Statthalterschaft vom Einrücken der Dänen in Christianiasfelde erhalten, sie veranlaßt habe, die schleswig-holsteinische Armee über die Eider gehen zu lassen. Der Grund dieser Maßregel ist aber vielmehr darin zu suchen, daß das preuß. Gouvernement auf den 14. den Abmarsch der preuß. Truppen aus Eckernförde angesetzt hatte, obwohl derselbe nicht vor dem 17. zu geschehen brauchte. Eckernförde liegt nur einen Tagemarsch von der holsteinische Grenze. Wer sind veranlaßt anzunehmen, daß die in Berlin geschehenen Schritte, um einen späteren Abzug zu erwirken, erfolglos geblieben sind. Wäre nicht durch den verfrühten Abmarsch aus der gedachten dominirenden Position der Eumarsch nothwendig geworden, so würde er erst am 18. erfolgt sein. Glaubt übrigens die „Deutsche Reform", daß es eine Rechtfertigung darbedarf, wenn bei vorher angekündigter baldiger Invasion man die Ausschiffung des einen Landes sicher stellt, so mag die selbstbenahte Nachricht genügen, daß im Widerspruche mit dem zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossenen Protokoll vom 2. Juli die dänischen Vorposten schon früher, wenigstens schon am 12., auf den Doppeler Höhen, also auf dem schleswigschen Continente standen.

Kiel, 22. Juli. Der kommandirende General hat folgende Proclamation an die Armee erlassen: Soldaten! Der Tag der Entscheidung ist da! Unsere Regierung hat nichts unversucht gelassen, statt der blutigen Losung des Streits eine friedliche herbeizuführen. Ihr wißt es Alle, daß unsere Vertrauensmänner, nachdem man sie hingehalten, zuletzt zurückgewiesen worden sind. Jetzt wird von uns verlangt, daß wir feige unsere Waffen von uns werfen, dann soll uns Gnade werden. Und wir verspricht diese Gnade? Eine Partei in Dänemark, derselbe, welche schon einmal mit Drohungen von dem Königsschlosse unseres Herzogs verlangte, daß unser gutes Recht gebrochen werden soll. Die Gnade dieser Partei heißt: Unterwerfung ohne irgend eine andere Sicherheit, als Worte von zweifelhaftem Sinn. Wir wollen unser Recht, wie es Männern ziemt; dafur haben wir zum Schwert gegriffen und dafür werden wir es führen mit der Macht gegenüber, mit der Dänemark tyrannisirt. Sie allein ist es, welche auch Dänemark hindert, neben und in Freiern zu leben und mit uns stark zu sein. Wir nehmen jetzt den Kampf allein auf. Zwei Jahre der besten Schule haben und die Uebung, die Kriegskunst und vor Allem den Geist der Ordnung und des strengen Gehorsams gegeben, welcher immer den Erfolg verbürgt. Wir können jetzt Alles leisten u. wir wollen es. Ein Gedanke, ein Wille beseele uns. Ehrlos sei der, welcher durch Mangel an Gehorsam oder Entschlossenheit dem Vaterlande Gefahr bringt! Soldaten! Eure

Offiziere werden Euch überall mit dem glänzendsten Beispiele vorangehen, die Strengsten im Dienste, die Tapfersten im Kampfe sein. Ihr aber werdet rasch hinter ihnen drein stürzen, wenn es vorwärts heißt, und nicht weichen, wo ihr halten sollt. Das erwarte ich von euch, das erwartet das Vaterland, das fordert eure Ehre. Ihr werdet euren Vorältern würdig sein. Wir wollen sie zusammenhalten, in guten und in schlimmen Tagen, treu sie stimmen und wiederholt euch, daß wir mit dem letzten ausharren werde. So denke Jeder und das Vaterland bleibt frei! So denn mit Gott! für deutsche Ehre und Schleswig-Holsteins altes gutes Recht! Hauptquartier Faldenberg, den 21. Juli 1850.

Euer commandirender General v. Bonin.

(H. N.)

Schleswig, 21. Juli. Noch gestern Nachmittag wurde das Hauptquartier des Generals von Willisen vom Schlosse Gottorf eine halbe Meile nördlicher nach dem Dorfe Faldenberg verlegt. — Die Spannung ist jetzt auf's äußerste gestiegen, stündlich wird der Angriff der Dänen erwartet.

(D. R.)

Oldenburg, 20. Juli. Ueber das Treffen, das die beiden bei Heiligenhafen stationirten schleswig-holsteinischen Kanonenboote gestern zwei dänischen Kanonenboote lieferten, berichtet der „H. C." folgendes Nähere: Die schleswig-holsteinischen Kanonenboote gingen gegen 3 Uhr unter Segel und steuerten auf das im Sunde von Fehmarn stationirte dänische Dampfschiff, welches drei Kanonenboote bei sich hatte, zu, steuerten auf die Fahrzeuge und lockten solche auf diese Stellung. Das Dampfboot stehte indessen bald wieder auf seine Station zurück; eines der dänischen Kanonenboote hielt sich in geringer Entfernung von demselben, die beiden anderen gingen indessen bis in die Richtung von Lemkenhafen auf Fehmarn in gerader Richtung der Heiligenhafener Schanze und der schleswig-holsteinischen Kanonenboote. Jetzt erfolgte von beiden Seiten eine heftige Kanonade, die wohl 1½ Stunde, währte. Die Schiffsbrücke bei Heiligenhafen und die an selbiger liegenden Schiffe waren mit vielen Zuschauern besetzt, welche dieses nie gesehene Schauspiel herbeigelockt hatte. Nur ein einziger Schuß traf und zwar in das dänischen Kanonenboot, von dem man die Splitter in die Luft fliegen sah. Solches wandte augenblicklich und feuerte nicht weiter; von dem zweiten dänischen Kanonenboote fielen darauf noch zwei Schüsse, worauf sich die Fahrzeuge beiderseits zurückzogen.

Lübeck, 21. Juli. Die dänische Corvette verfor während des Kampfes mit dem „von der Tann" (also war dieser von 2 dänischen Schiffen angegriffen) das Steuerruder und ward auf derem am Kampf und Takelage so stark verletzt, daß sie heute Morgen von einem dänischen Dampfschiff in's Schlepptau genommen werden mußte.

(Lüb. Z.)

Von der Niederelbe, 22. Juli. Die Vorposten unseres Heeres, namtich das erste Jägerkorps, hatten gestern ein Gefecht mit einem dänischen Streifkorps südlich von Flensburg zu bestehen, wobei auf unserer Seite gegen 20 Todte und Verwundete blieben. Wie groß der Verlust des Feindes sein gewesen, weiß man nicht, da er mit Zurücklassung einer Munitions-Colonne, die in unsere Hände fiel, sich schnell zurückzog, und Todte und Verwundete mitnahm. Mit dem Einzuge der Dänen in Nordschleswig haben an einen größeren Theil unseres Heeres die deutschgesinnten Bewohner derselben Flaggefahnen, wozu die dänische Regierung, so zu sagen, selbst den Impuls gegeben hat, indem sie alle deutschgesinnten Beamten absetzte und wegschaffte und dafür dänischgesinnte einsetzte. Es ist dieses Verfahren dem freien Worttaute des Manifestes, welches ausdrücklich versprach, daß alle Beamten in ihren Stellen bleiben, schnurstracks zuwider.

(D. R.)

Dem Contre-Admiral Bromm y sind von Seiten der Bundes-Commission die erforderlichen Instructionen zugegangen, um die Fregatte „Oestion", welche in Folge des Friedensvertrages vom 1. Juli Eigenthum des deutschen Bundes geworden, nach einem Hafen der Nord- oder Ostsee zu bringen.

(L. Z.)

Deutschland.

Stuttgart, 12. Juli. Heute hat hier die angesagte Mission begonnen. Die Missionare Roder und Schuster sind die nemlichen, welche vor drei Monaten in Haigerloch waren. Ob der Erfolg hier der nemliche sein wird, wie in Haigerloch, ist noch nicht mit Zuverlässigkeit zu bestimmen. Schon vor dem Beginn der Mission haben sich viele Stimmen darüber erhoben, besonders von Leuten, welche überhaupt Feinde der Religion sind, oder mit Unsicherheit auf ihre (eingebildete) Ausbildung wähnen, es gereiche ihnen zur Schande, wenn sie in die Kirche gehen. Diese Menschenklasse ist hier nicht gering.

(Leipz. Z.)

Wien, 19. Juli. Die „Ostdeutsche Post", ein oppositionelles Blatt, spricht sich in ihrem heutigen Leitartikel aber den Kampf Schleswig-Holsteins gegen Dannemark folgendermaßen aus: „Die Allgemeine Zeitung macht der österreichischen Journalistik den Vorwurf, daß sie nicht das Wort nimmt für das bedrängte Schleswig-Holstein. Was mögen hier Wiener? Ein österreichisches Journal, wie nahe ihm auch das Schicksal der bedrängten Herzogthümer gehen mag, kann Oesterreich rathen, sich etwa jetzt an die Stelle von Preußen setzen zu sollen und den drei maritimen Mächten Schach zu bieten. Zum großen Theil von nachbarlichen Stimmen bewahrt, getrennt von den Elbemündungen durch ein zahlreichen Elbzollner, die den direkten Verkehr zwischen Böhmen und Curhaven stets hinderten, lebt in der Masse der österreichischen Völker kein Verständniß und kein Feuer für die Sache der Schleswig-Holsteiner. Dies ist eine Thatsache, die niemand übersehen kann und darf. Die österreichische Regierung, gleichviel ob der Minister des Auswärtigen Metternich, Wessenberg oder Schwarzenberg heißt, ist in der dänischen Sache dem eigenen Lande gegenüber in einer andern Stellung als jede Preußische, die volksstimme für den Krieg, hier wäre sie dagegen. Zur Zeit, wo der König von Preußen, um sich in der öffentlichen Meinung seiner Bewohner zu stärken, den dänischen Krieg aufnahm, hatte Oesterreich bei den wilden anti-deutschen Stürmen in seinem Innern sich physisch und politisch geschwächt, wenn es seine Truppen an die Eider hätte gesendet hatte. Es gab eine Zeit, wo die deutsche Bundesbehörde Treist gefahrbet war, Oesterreich hat sie selber schützen müssen, seine deutsche Flotte hätte sie wieder gebracht, wenn Piemontesen und Venetianer sie befegt hatten. Unterm Oesterreich gegen Italien ist Preußen gestanden, das ist gleichgiltig auch an der Oster stehen. Zerrattet und bedroht in seiner eigenen Integrität konnte es nicht einen Fremden Krieg sich auf den Hals laden. Dies war die Situation im Jahre 1848, und kein Mensch, der mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten betraut gewesen war, hatte anders handeln können. Im Jahre 1849 war Oesterreich in seiner bessern Lage. Mit verhältem Geschicke mußten wir darauf hinweisen, daß wir im Sommer vorigen Jahres diesselben Kurirern herbeirufen mußten, die jetzt auf stürmen Bringen Dannemark unterjagen. Jetzt endlich, wo wir freier athmen, ist die ganze Sache verschlungen, verdorben, verunglückt. Oesterreich kann jetzt nicht etwa von vorn anfangen, weder die äußern noch innern Verhältnisse erlauben ihm das. Es kann blos vermitteln, es kann blos seinen Einfluß aufbieten, um einen Frieden zu Stande zu bringen, bei welchem die Rechte Deutschlands nicht geschmälert, die Rechte Holsteins gewahrt werden. Dies gebieten ihm Pflicht und Klugheit. Hier ist einer der ersten Fälle, wo Oesterreichs Werth im deutschen Bunde positiv bewiesen werden kann, werden muß. Mehr zu verlangen, als das Mögliche, das Deutschland keinen Anspruch, aber das Mögliche zu fordern, hat es ein heiliges Recht."

Wien, 20. Juli. Die „Reichs-Ztg." vom 21. d. M. enthält folgende Einleitung zu der darauf folgenden Note des Fürsten v. Schwarzenberg bezüglich des dänischen Friedens: Die Gründe, aus welchen Oesterreich dem mit Dänemark abgeschlossenen Frieden die Ratification verweigern zu müssen glaubte, sind in der hier folgenden Depesche des Fürsten v. Schwarzenberg an unseren Gesandten in Berlin mit Klarheit und Maß entwickelt. Der Gedanke des öfters Kabinets verfaugnet sich in der großen Angelegenheit der Neuordnung der deutschen Verhältnisse auch keinen Augenblick. Oesterreich will die Rechte der einzelnen Regierungen ihren Völkern und den Bundes gewahrt sehen, und im Geiste dieser Politik ist die Plenarversammlung zusammenberufen, und die Nothwendigkeit der Gestaltung eines Bundesorgans angerufen worden. Preußen kann in den einzelnen Fällen die Richtigkeit dieser Ansichten nicht läugnen, so fern es sie auch durch gewaltsame Interpretation im Allgemeinen bekämpft, eben dieser innere Widerspruch in der preuß. Politik wird durch das heutigenote Document herausgestellt. — Abschrift einer Depesche des Fürsten v. Schwarzenberg an Frhrn. v. Prokesch in Berlin, d. d. Wien, 15. Juli 1850. Durch den Ihnen gestern, Gefertigten mit am 10. d. M. ein Ausschreiben des Freiherrn v. Schleinitz an die deutschen Bundesregierungen, nebst dem am 2. d. M. zu Berlin abgeschlossenen Friedenstractat, und einer erläuternden Denkschrift mit dem Wunsche mitgetheilt worden, daß von Seiten Oesterreichs die Zustimmung zu dem gedachten Frieden möglichst bald erklärt, und die Ratification innerhalb der bestimmten Frist ertheilt werde. Wir frennen uns aufrichtig, daß endlich ein Friedensschluß zwischen der von der provisor. Bundescentral-Commission hierzu bevollmächtigten und der preußischen Regierung einer Seits Dänemark zu Stande gekommen ist. Die Haltung, welche die kais. österr. Regierung bei dem Beginne des unheilvollen Kampfes, dem durch dieses Friedenswerk ein Ziel gesetzt wird, angenommen und während dessen Dauer auch behauptet hat, kann ihr nicht zum Vorwurfe gereichen, daß sie zwar gerechte Ansprüche des Deutschen Bundes und der Herzogthümer gewahrt wissen wollte, und deren Geltendmachung nicht verabsäumen werde, zugleich aber auch mit lebhaftem Bedauern erkannt habe, wie schwierig die Lösung der streitigen Fragen, um wie gefährlich der Zwist zwischen Deutschlands, so wie der Ruhe Europa's aus diesen Fragen erwachsende Gefahr durch den Umstand geworden sei, daß die Partei der Bewegung sich derselben bemächtiget hatte, und sie für ihre Berechnungen auszubeuten, und zu mißbrauchen bemüht war. Es muß daher als eine glückliche Fügung betrachtet werden, daß wir heute diese Sache ruhiger ansehen können, indem durch den geschlossenen Frieden der Boden für eine gewissenhafte und unbefangene Prüfung der entgegenstehenden Ansprüche wieder gewonnen ist. Preußen hat sich dadurch den allgemeinen Dank verdient, und wir hoffen, daß wir die Erfolge allenthalben in einem Gesinnungspunkt werden aufgefaßt werden. Wir wollen uns bei jedem Anlasse dafür verwenden, daß dies geschehe, und sind überzeugt, daß, wenn diese Angelegenheit neuerdings der Vorwand zur Agitation in Deutschland werden sollte, solchen Bemühungen entschieden entgegengetreten sein. Demgemäß erklären wir uns von unserem Standpunkte als einverstanden, daß mit dem abgeschlossenen Friedensvertrage einverstanden, ohne in eine Beurtheilung seiner einzelnen Bestimmungen einzugehen, und nur das Ganze ins Auge fassend, welches er für die allgemeinen Interessen vorbietet. Was hingegen die Ratifikation dieses Vertrages betrifft, konnen wir zur Thronfolge an einen solchen Akte nur in unserer Eigenschaft als Mitglied des Deutschen Bundes berufen sein. In dieser Eigenschaft muß aber Oesterreich an der zu jeder Zeit, und namentlich durch die Erklärungen vom 12, 16. und 28. November 1848 ausgesprochenen Ueberzeugung

festhalten, daß die Bundesverträge, und die auf denselben ruhende Bundesverfassung noch vollgültig zu Recht bestehen, und daher auch in dem gegebenen Falle maßgebend sind. Es wurde aber mehreren wichtigen Bestimmungen dieser Verträge entgegen sein, wenn ich Sr. Majestät dem Kaiser, unserem allergnädigsten Herrn, die Ratifikation des Friedens als eines Bundesfriedens vorschlagen wollte. Nur durch das verfassungsmäßige Zusammentreten des Bundestages würde dieses ist ein für denselben gültiger Friede zu Stande zu bringen, und insbesondere kann nach Art. 12 und 49 der Wiener Schlußakte die Annahme u. Bestätigung eines Friedensvertrages nur in der vollen Bundesversammlung geschehen. Die Gesandtschafte einzelner Mitglieder des Bundes vermögen die erforderliche gemeinsame Willenszuhandlung nicht zu ersetzen, und konnten überdieß im Falle einer Meinungsverschiedenheit thatsächliche Schwierigkeiten herbeiführen, für deren Beseitigung nur die Bundesgesetzgebung ausreicht, vermage welcher ein Friedensabschluß durch die in ihr festgesetzte Stimmenmehrheit zu verpflichtender Kraft gelangt. Die Konvention vom 30. September vorigen Jahres hat hieran nichts geändert, da sie nur die im Art. 6. der Bundesakte erwähnten Angelegenheiten, nicht aber die in der Wiener Schlußakte dem Bunde zugewiesene Entscheidung über Krieg und Frieden während der Dauer des Interims der freien Vereinbarung der Regierungen überlassen hat. Die Bundeskommission hat zwar, indem sie Preußen zur Unterhandlung des Friedens bevollmächtigte, die Genehmigung durch die bestehenden Bundesorganen vorbehalten, aber diese Behörde, welche hinsichtlich der schiedlichen Annahme des Friedens nichts verfügen, sondern nur die Verfügung der Bundesregierungen zuweisen konnte, hat dadurch nicht den einzelnen Mitgliedern des Bundes eine Machtvollkommenheit übertragen wollen, oder konnte, wollte sie dieselben in jener organischen Verbindung zuerst. Obwohl es nach dem Vorstehenden der oberste Bundesgewalt vorzubehalten ist, bei den Verhandlungen über die ihr allein zustehende Ratifikation des Vertrages in dessen Wesenheit einzugehen und über dasselbe ein Urtheil zu fällen, können wir doch nicht umhin, schon vermuthen die Bedenken auszusprechen, welche die Fassung des Art. 4 und einzelnfolgen geeignet ist. Wir müssen beweisen, ob der Bund, verweken durch seine gesetzlichen Organe, die in diesem Artikel enthaltenen Verabredungen als zulässig erkennen dürfte. Dieselben gehen von der Voraussetzung aus, daß es dem Bunde an Willen oder an der Macht fehlen konnte, den in seiner Bestimmung liegenden Pflichten zu genügen, — ein Zweifel, welcher den positiven Vorschriften der Bundesgesetze und der Einrichtung des Bundes gegenüber nicht wohl rechtlich erhoben werden kann. Ueberdieß konnte der Schlußsatz des Artikels zur Mißdeutung führen, die den Mitgliedern des Bundes zur Verwahrung Anlaß geben könnte. Wir haben zu dem Rechtsboden der Verträge festgehalten, und der vorliegende Fall bestärkt uns in dem gefaßten Entschlusse, diesen Boden nicht zu verlassen. Weit entfernt, hiedurch die Lösung der verworrenen Frage für Preußen und Deutschland zu erschweren, dürfte dieser Entschluß dieselbe im Gegentheile fordern. Die Verzögerung einer formellen Ratifikation des Friedensvertrages wird die Bundesstaaten gewiß nicht hindern, die ihnen wie der Gesammtheit aus dem Frieden erwachsenden Vortheile anzuerkennen, und zur gütlichen Erledigung der vorbehaltenen Rechtsfragen mitzuwirken. Zugleich kann die Gefahr eines Sonderkampfes zwischen Dänemark und den Herzogthümern nur vermindert werden, wenn der deutsche Bund sich seines Rechtes der Einsprache nicht begibt. Die ganze Sachlage dient unerdings und deutlicher als je zum Beweise, wie unerläßlich es sei, daß dem Bunde die Möglichkeit wiederkehrt, seinem Handelns durch ein allgemein anerkanntes Organ wiederzugeben werde. Preußen selbst vermeidet Dänemark an den Bund, zu stellt die Autorität des Bundes als die letzte Schranke gegen Ereignisse hin, die in ihrer Entstehung u. in ihrem Ausgange nicht anders als beklagenswerth gefunden werden können. Liegt aber hierin nicht die Anerkennung der Nothwendigkeit, den Friedenskraft einer Bundesregierungsvertretung zu vorzugeben, da dieselbe die allein zuständige Behörde für dessen Beurtheilung ist, so lange nicht aus einer auf gesetzmäßigem Wege bewirkten Revision der Bundesverfassung ein neues Organ des Gesammtvolkes des Bundes hervorgegangen sein wird? Ich schließe Ew. mit dem Auftrag, diesen Erlaß dem Herrn Kgl. Minister zur Kenntniß zu bringen und in Abschrift mitzutheilen. Empfangen ꝛc.

Frankreich.

Paris, 16. Juli. Wenn gleich die Julidynastie nicht mehr in Frankreich herrscht, so zweifelt doch Niemand daran, daß früher oder später die Bourbons wieder ihre Krone erlangen werden, wenn nicht früher, ganz gewiß nach dem Nichtwitte oder beim Absterben Ludwig Napoleone. Graf Lord Palmerston mit allen ihm zu Gebot stehenden Mitteln arbeitet, namlich: daß die ein französischer Bourbon auf dem spanischen Thron sitze, scheint sich verwirklichen zu wollen, je näher die Herrschaft der Bourbons in Frankreich beranrückt. Der obnehin geschwachte Einfluß Englands in Spanien drohte in dem Grad zu erlöschen, als die spanische Prinzessin Herzogin von Montpensier auf den Thron ihres Vaterlandes sich zu begründen scheint. Die Herzogin von Montpensier wird es dem Lord Palmerston nie vergeben, daß, als sie mit ihrem Gatten nach dem unmittelbaren Sturz der Juli-Dynastie ein Asyl in England suchte, der Lord ihrer Zorniges Office alle erdenklichen Chikanen erfinn, um sie zu nöthigen, den Hof von St. James zu meiden, die sie wirklich genöthigt ward, nach Spanien sich einzuschiffen, ohne von der Königin Victoria Urlaub zu nehmen. Später stellte sich Lord Palmerston den Plänen des französischen Hofes zur Republik, um durchzusetzen, daß der Herzog und die Herzogin von Montpensier nach Sevilla residiren werden mochten, vorgeblich, damit ihre Gegenwart in Madrid der benachbarten französischen Republik keine Besorgnisse einflößen möchten. Erst als die Ministerkrisis und die Königin Isabelle benachrichtigt, erhielten der Herzog und der Herzogin von Montpensier die Erlaubniß nach Madrid zurückzukehren, wo ihre Anwesenheit unter den gegenwärtigen Umständen mehr als jemals ein Dorn im Auge sein wird. — Wie wollen sehen, ob es dem Lord Palmerston dieses Mal so leicht gelingen wird, das junge Fürstenpaar von Hof von Madrid zu entfernen. — Jedenfalls ist die neueste politische Constellation jenseits der Pyrenäen von der Art, daß Lord Palmerston eine Annäherung an die Normachte zu erstreben suchen muß, nachdem durch die gräßliche Streitsage die entente cordiale zwischen England und Frankreich auf lange begraben worden ist. Oesterreich scheint vor allen berufen zu sein, in der nächsten Zukunft einen gewichtigen Einfluß in Spanien auszuüben. Das Wiener Cabinet war so klug, jede Theilnahme an der von Lord Palmerston im Jahr 1846 vorgeschlagenen spanischen Heirathen gegen die spanischen Heirathen abzulehnen. Es erklärte vielmehr: „die Heirath des Herzogs von Montpensier mit der Infantin Donna Louise verstoße nicht im mindesten gegen den Geist der Utrechter Verträge. Somit hat Oesterreich einen fruchtbaren Keim für die Eintracht der Pyrenäen gelegt, indem es in der machtigen Partei der Moderados, welche die spanischen Heirathen zu Stande brachte, eine erkenntliche und feste Stütze dabei sich erwarb.

Schweiz.

Luzern. In der Schwyzer-Zeitung lesen wir folgende köstliche Geschichte: „Wie ein Polizeischreiber von Luzern dem König von Preußen Moral lernen thun thäte. Letzter Tage ging ein preußischer Handwerker, seines Berufes Metzger, auf das Polizeibureau und wollte das Wanderbuch visiren lassen. Wenn im Wanderbuche steht eine preußische obrigkeitliche Verordnung, zu welcher Folge Jeder gewarnt wird vor den öffentlichen und geheimen Vereinen und Gesellschaften, welche im Auslande u. namentlich in der Schweiz zur Untergrabung der religiösen und sittlichen Grundsätze existiren und sogar offen zur Annahme von fremdem Eigenthum auffordern, (Communisten) ꝛc., und welche Verordnung je nach dem Grade der Betheiligung mit hohern oder niedern Strafen droht. Der Polizeischreiber lief' diese Verordnung, sezt sich hierauf nieder und ertheilte folgende Worte in das Wanderbuch: „im den König Wilhelm von Gottes Gnaden von Preußen und seine getreue Unterthanen nicht länger zu gefahren, wird dem Trager dieses Buches der dießige Ausenthalt für so lange untersagt, als ihr weilet, in der Ehre der Herr Polizei-Direktor Bereinigung existiren wird.“ Diese polizeischreiberliche Verfügung wird dem armen Gesellen, mit dem Kantonsstempel besiegelt, wieder zu Handen gestellt. Wie der verdrüßte Meggergeselle dem hochgestellten Herrn Amtsrias ergerlich machen will, das ist nicht zu sagen. Die Verordnung im Wanderbuch seine Schuld trage und daher unschuldig in Nachtheil gerathe, wurde ihm Schwerlich empfohlen, oder man lasse ihn sofort aus dem Kanton führen ꝛc. — Uns wundert nun: 1) daß der kluge Staatsmann Steiger, Chef des Polizeidepartements, derartige Verfügungen zugibt; 2) was das eidgenössische Polizeidepartement zu einem solchen Unfuge sagt; 3) „ob darob der Preußenkönig nicht erschrickt.“ Die eidgenössische Zeitung bemerkt hiezu: Der patriotische Eifer des Hrn. Attaweri scheint nun um so weniger am Platz, als der Staatsrath erst einer Masse dergleichen gerade wegen ihrer Betheiligung an gefährlichen Vereinen, denen übrigens die Schweizer größtentheils fremd sind, ausgewiesen hat! Jedenfalls waren hier einige Rathsherrsche, wie sie ganz gewöhnlich, weniger in Besonnlichkeit als in demokratischer Dummheit wenigstens Unzugezeichnen verdienen, wohl angebracht. Hoffentlich wird Preußen, wenn es Neuerdung zurückkommt, den Herrn Demokraten Moros lehren und ihnen die Lust für Dieberei und Unzugezeichnet auf einige Zeit verleiden.

Neueste.

Frankfurt, 22. Juli. Der Ausmarsch der badischen Truppen, wird von den Regierungen des Plenums als ein Bundesbruch betrachtet. Darüber herrscht jetzt kein Zweifel mehr. Durch dieses Zerwürfniß ist die Lösung der deutschen Frage nichts weniger als erleichtert. (A. Z.)

Frankfurt, 23. Juli. Durch eine Circulardepesche vom 19. Juli ruft Oesterreich die Bundesversammlung zusammen. (D. Volksh.)

Hanau, 24. Juli. Heute so eben, hob, bei der seiner Haft entsprungene Ludwig von Bockenheim eine Stunde von hier, in Hochstadt, wieder festgenommen ist.

Koburg, 20. Juli. In der verstossenen Nacht ist hier der ehemalige württembergische Staatsminister Frh. v. L. v. Wangenheim gestorben.

K. In Berlin, 24. Juli. Der Herzog Christ Lubcd hat sich breit, den Frieden mit Dänemark zu ratificiren und dies der schleswig-holst. Statthalterschaft sofort angezeigt. (K. Z.)

Paris, 23. Juli. In der heutigen Nationalversammlung wurde die Wahl der permanenten Commission vorgenommen und folgende sieben, der Opposition angehörige Mitglieder gewählt: Cremieux, Rulhiere, Bessa, Laborde, Cas. Perier, Crouseilhes, Drouet und Desvaux. Die Wahl der den noch übrigen Mitglieder sindet morgen Statt.

Kiel, 20. Juli. (Fortsetzung.) Als im Jahre 1848 in der deutschen Bundesversammlung eine schwerere Mißregel zur Sprache gebracht wurde, erfolgte von Seiten des Vertreters der damaligen provisorischen Regierung der Herzogthümer Widerspruch. Eine fortgesetzte Suspension der Ausübung der legitimen Gewalt eines Bundesfürsten, der von einem fremden Volke gezwungen wird, im

Interesse dieses fremden Volkes seinen ersten Bundesgenossen nicht zugrangen, würde in dem unterstellten Falle eben so sehr in den Bundesgrundgesetzen, als in dem Friedensvertrage begründet sein. — Der Friedensvertrag erledigt die Streitfragen, welche den Krieg hervorriefen, nicht, und es tritt deßhalb in den Verhältnissen der Herzogthümer zum Bunde, wie sie vor dem Friedensvertrage in anerkannter Geltung sich befanden, keine Veränderung ein; hieraus folgt, daß, bis zur endlichen Erledigung der streitigen Fragen, eine Vertretung des Herzogthums Holstein bei dem deutschen Bunde durch Se. Maj. den König von Dänemark nicht wird stattfinden können. Der Friedensvertrag gibt Sr. Maj. dem Könige von Dänemark nur die Möglichkeit seine Reclamation beim deutschen Bunde einzubringen. Es ist dadurch von Sr. Maj. dem König von Dänemark selbst anerkannt, daß er als Herzog von Holstein künftig und vorläufig einzig und allein die ursprüngliche Reclamation beim deutschen Bunde anzubringen befugt sei. Eine mit der Natur der Verhältnisse und der im Friedensvertrage von Sr. Maj. dem König von Dänemark selbst anerkannten Suspension der Ausübung der legitimen Autorität in Widerspruch stehende Vertretung beim deutschen Bunde wird daher, nach dem Gutachten dieser Seite aufgestellten entgegengesetzten Forderungen dadurch zurückgewiesen und zurückgenommen zu sein scheinen. Se. Maj. der König von Dänemark hat in dem Friedensvertrage anerkannt, daß zur Wiederherstellung der Ausübung seiner legitimen Autorität die Verfassung bestimmter Bedingungen erforderlich sei, daß die dermalige Suspension derselben den Bundesrechten entspricht. Es ist damit zugleich anerkannt, daß der dermalige Zustand des öffentlichen Rechts der Herzogthümer ein rechtmäßiger sei. Um, künftigen Gefahren gegenüber, den gegenwärtigen Bestand der Gesetzgebung und Verwaltung sicher zu stellen, muß derbewerkstelligt werden. Der gegenwärtige Zustand des öffentlichen Rechts in den Herzogthümern ist von den Regierungen ausgegangen, welche von den höchsten Bundesgewalten, zum Theil unter Mitwirkung Sr. Maj. des Königs von Dänemark, dazu berufen oder eingesetzt waren. Er wäre schon als solcher bundesfeindig aufrecht zu halten, noch mehr aber mit Rücksicht auf den Art. 4 des Friedensvertrags. Dieser Rechtsbestand wird, soweit nicht unveräußerliche landesherrliche Prärogative beeinträchtigt sein sollten, uns solches wird schwerlich nachzuweisen sein, künftig nicht einseitig von Landesherrn verändert werden können. Er wird durch den Bund selbst oder den Landesherrn nur im Einverständniß mit der Landesvertretung verändert werden dürfen. — Nicht nur in Betreff der Gesetzgebung und Verwaltung, sondern insonderheit auch in Betreff derjenigen Formen wird des der Fall sein, welche die verfassungsmäßigen, lange thatsächlichen ältern Rechte des Landes angenommen haben. — Im Vorstehenden sind diejenigen Normirungen in Betracht gezogen, welche der Friedensvertrag für den Fall enthalten würde, wenn die Herzogthümer nicht im Stande sein sollten, die Bundespflicht und ihre eigenen zu schützen. Es bleibt noch übrig, diejenigen Bestimmungen des Vertrags zu erörtern, welche die Modalitäten des Kampfes betreffen, wenn ein solcher unvermeidlich sein sollte. — Der Art. 4 des Vertrages gestattet Dänemark unter gewissen Voraussetzungen einen militairischen Angriff des Bundesgebietes. Wenn es auch unlengbar ist, daß von Alters her, wie in Betreff fast aller Verhältnisse so auch in Betreff der Kriegsführung und der Armee, eine vollständige Solidarität Schleswigs mit Holstein, kraft der vielfach beschworenen Privilegien der beiden Lande, stattfindet, so dürfte doch dadurch jene Bestimmung des Art. 4. nicht motivirt werden können. Diese Solidarität findet sich überall statt, wo der Art. 46. der Bundesacte Anwendung leidet und die Analogie dieses muß jede für Bundesgebiet präjudizirliche Folgen jener Solidarität entfernen. Auch in früheren Kriegen der Herzogthümer mit Dänemark wahrend des Bestehens des Reichs, selbst bei solchen Kriegen, die der Kaiser mißbilligte, ist der holsteinische Boden stets als unverletzbar betrachtet worden. Bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands müssen indeß auch die Voraussetzungen und Modalitäten einer solchen Ueberraschung in Betracht gezogen werden. Es kommt sich der Art. 4 die Angriffsbarkeit Holsteins nur an zwei Voraussetzungen: 1) wenn der Bund jede Intervention ablehnt, die Reclamation des Landesherrn ohne Prüfung zurückweist; 2) wenn der Bund die vom Landesherrn vorgelegten Bedingungen für solche erfüllt, welche den Landes- und Bundesherrn entsprechen, seine Intervention aber wirkungslos bleibt. Es ist damit zugleich ausgeschlossen, daß das Gebiet Holsteins in dem Falle angegriffen werden könne, wenn der Bund nach reiflicher Erwägung zu der Erklärung kommt, daß die landesherrlichen Vorlagen den Wunsch und Landesherrn nicht entsprechen. Es ist damit zugleich anerkannt, daß, so lange als der Bund die Vorlagen und die Sachlage, unter Anhorung des betheiligten Landes, so wie unter Einsendung von Commissarien prüft, oder über Aenderungen der landesherrlichen Intentionen verhandelt, so lange auch Dänemark kein Recht hat, den deutschen Boden durch seine Truppen betreten zu lassen. Derselbe Schutz des Friedensvertrages wird bis dahin auch von der holsteinischen Schiffshort gelten müssen. Es ist ferner im Art. 4 des Vertrages durch die Worte „pour le present“ dem Bunde das Recht vorbehalten, auch Holstein von dänischen Truppen schon den holsteinischen Boden betreten haben sollten, dieselben in jedem Augenblicke dadurch wieder zu entfernen, daß der Bund selbst eine wirksame Intervention übernimmt. Es ist ferner Dänemark nur erlaubt, zu wirklich militairischen Maßregeln, nicht aber zum Zwecke conster oder bloß coercitiver Maßregeln seine Truppen zu verwenden. Wie bereitwillig auch anerkannt werden kann, daß durch Berschraubung der Voraussetzungen und Modalitäten der Angreifbarkeit Holsteins die k. preuß. Regierung das Prinzip der Unangreifbarkeit des Bundesgebiets festzuhalten gesucht hat, so darfte doch dieser Punkt nicht minder als die oben berührten Punkte bei denjenigen Bundesregierungen, welche an sich eine Antipathie im Allgemeinen beabsichtigen sollten, zu Beschränkungen oder Vorbehalten Veranlassung geben. Ein Gleiches dürfte der Fall in Betreff der Ausschließung einer Intervention fremder Mächte in Schleswig sein müssen. Der Art. 4 des Vertrages enthält die Bestimmung, daß Se. Maj. der König von Dänemark nur „Seine bewaffnete Macht“ unter gewissen Voraussetzungen in Holstein soll verwenden dürfen. Eine ähnliche andruckliche Ausschließung einer fremden Intervention findet sich für Schleswig in dem für den Bund abgeschlossenen Vertrage nicht. In dem von der Krone Preußen und Dänemark am 2. Juli unterzeichneten Protokoll findet sich in ähnlicher Weise die Bestimmung, daß Preußen „die Seitens des dänischen Gouvernements in Schleswig zu nehmenden militairischen Maßregeln“ nicht hindern wolle. Bei den Specialdarlegungen, welche zwischen den beiden Herzogthümern und ihren Armeen Statt findet, muß schon durch den Art. 4 des im Namen des Bundes abgeschlossenen Vertrages, jede Intervention auch für Schleswig stillschweigend als ausgeschlossen erachtet werden. Die für das Bundesgebiet sich somit ergebende Gefahr wird auch hier andrücklich Bedenkte, bei etwaiger Ratification, für die Bundesregierungen indicirt. — Im Obigen sind die Gesichtspunkte im Einzelnen dargelegt, welche der Friedensvertrag, wenn er ratificirt würde, den Herzogthümern für die nächste Zukunft bietet. Es leuchtet ein, daß die Stellung der Herzogthümer eine schwierige ist, denn sie werden in mehrfacher Hinsicht gegen eine Uebermacht zu kämpfen haben, dennoch sind sie entschlossen, die ihnen gestellte Aufgabe zu übernehmen und die Rechte der Herzogthümer und des deutschen Vaterlandes gegen Dänemark zu vertheidigen, denn sie dürfen die zuversichtliche Erwartung hegen, daß diejenigen Regierungen des Bundes, welche durch die Annahme des Vertrages den direkten militairischen Schutz der Herzogthümer aufgeben sollten, denselben wenigstens diejenige moralische und sonstige Unterstützung gewähren werden, deren sie in ihrer gegenwärtigen Stellung bedürftig sind. (Schluß f.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Edictal-Ladung.

Der Schuhmachergeselle Jakob Löbel von hier, Sohn des verlebten Bäckers Thomas Löbel, hat sich vor vielen Jahren von hier weg auf die Wanderschaft begeben und seit 20. Juni 1825 keine weiter über dessen Aufhalt, noch über dessen Leben oder Tod etwas ermittelt werden.

Für denselben liegen 1354 fl. Curatelvermögen vor und wird von diesen nächsten Verwandten auf Todeserklärung und Vermögensauslieferung angetragen.

Es werden nun Jakob Löbel oder dessen Intestaterben hiermit aufgefordert binnen drei Monaten dahier zu erscheinen und sich zur Empfangnahme des beponirten Vermögens gehörig zu legitimiren, widrigens nach Ablauf dieser Frist Jakob Löbel für verschollen erklärt und dessen Vermögen den nächsten Anverwandten ohne Sicherheitsleistung ausgehändigt werden wird.

Würzburg, 12. Juli 1851.

Kgl. Kreis- und Stadtgericht.
Der k. Dir. beurl.
Stepper.
Meißner.

---

1) Von dem gräfl. von Rotzenhan'schen Anlehen von fl. 100,000.
1 Stück à fl. 1000 Lit. A. Nr. 35 . . fl. 1000.
3 „ à fl. 500 „ B. „ 94 96 132 . . fl. 1500.
zusammen: fl. 2500.

zahlbar am 1. November d. Js.

2) Von dem freiherrl. v. Thüngen'schen Anlehen von fl. 200,000.
2 Stück à fl. 1000 Lit. A. Nr. 71 92 . . fl. 2000.
1 „ à fl. 500 „ B. „ 123 . . fl. 500.
5 „ à fl. 100 „ C. „ 346 371 379 387 394 . . fl. 500.
zusammen: fl. 3000.

zahlbar am 1. Januar 1851.

3) Von dem freiherrl. v. Freyberg-Eisenberg'schen Anlehen von fl. 110,000.
2 Stück à 500 fl. Lit. B. Nr. 121 127 . . fl. 1000.

zahlbar am 1. Februar 1851,

welche — nach Eingang — bei mir bezahlt, und nur bis zu den genannten Terminen verzinset werden.

Würzburg, den 24. Juli 1850.

J. J. v. Hirsch.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreibhofe 2. Distr. Nr. 333.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 179. Würzburg, Samstag den 27. Juli. **1850.**

Palmerston und die deutsche Demokratie.

Die deutsche Demokratie hat eine empfindliche Schlappe erlitten. Einer ihrer treuesten Zuweergenossen ist von ihrer Fahne abgefallen. Wir meinen Lord Palmerston, der in der schleswig-holsteinischen Frage offen Partei für Dänemark ergreift, und einer der Ersten sich bereitet, das in London protokollarisch entworfene Arrangement, wo möglich in die Wirklichkeit einzuführen. Wir können uns jedoch nur wundern über die Naivetät der Demokratie, die da nicht weiß, daß England bei allen auswärtigen Fragen nur seine eigenen Interessen zu Rathe zieht. Kosmopolitismus und ehrfürchtliche Philanthropie sind den Staatsmännern dieses Landes fremd. Wir taddeln sie nicht darum, wir gestehen sogar, daß der ächte Staatsmann die wohlverstandenen Interessen seiner Nation aufschließend vor Augen haben soll und haben aus der Geschichte dieses Jahrhunderts gelernt, daß nur die Umsturzpartei aller Länder, aller Zungen vorübergehende Komprovisse eingehen im Stande ist, daß hingegen die nüchterne Entzweiung der Interessen in brausenden Augenblicke beginnt, wo die Parteien zur Macht gelangen, und Männer aus ihrer Mitte zur Besorgung der Regierungsgeschäfte berufen werden. Im Schooße der französischen Nationalversammlung, im Herzen der heutigen Regierung sehen wir Manner tagen und rathen, die kürzlich gegen ihre neuen Verbündeten mit den Revolutionären der ganzen Welt hetzt anrückig waren, und jetzt das Banner der Ordnung, der erlauchten französischen Interessen, des entschiedensten Widerstandes gegen jede wie immer geartete, gleichwohl wo sich ereignende revolutionäre Richtung hoch zu Tuchen tragen. Das ist die gewaltige und unverleugnbare Macht der Verhältnisse, daß sie selbst widerspänstige Charaktere und ursprünglich feindselige Elemente sich dienstbar zu machen versteht. Nirgends aber ist der Kultus der speziellen Interessen so stark, wie in Nordengland, entwickelt sich gar so keine Partei, welche sich so weit vergeße, mit dem Auslande gegen das Wohl des Landes zu konspiriren. Die Insurrektionen des Kontinentes erregen dort höchstens flüchtige Sympathien, wenn sie die Interessen des Staates nicht wesentlich berühren. Sie werden jedoch unbedingt verdammt, wenn sie diesen widerstreben. Dieser naturliche Egoismus bildet zugleich den Kern der anerkannt hohen britischen Staatsvernunft. Freilich ist England weiter gegangen; freilich hat es sich einige Male verleiten lassen dicht an die Grenze desjenigen im welterschütternden Verkehre erlaubt ist, hinzustreifen, und erweisenermaßen dieselbe auch einige Male durch perfide Zustiftung und stille Aufreizung überschritten. Das hat die gerechte Entrüstung der Regierungen des Kontinents gegen das deutsche Kabinet, und insbesondere gegen die Leitung der dritten Tonsetzmente der antevangen Angelegenheiten provozirt. Allein durchaus ungerechtfertigt erscheint uns jetzt das Stugen u. die Verwunderung der deutschen Demagogen, die sich plötzlich von Lord Palmerston im Stiche gelassen sehen, nachdem er doch in Italien und Ungarn ihnen so weidlich in die Hande gearbeitet. Wir glauben noch einen Schritt weiter gehen zu dürfen, und von den kommenden Ereignissen schwerlich bedauniet zu werden, wenn wir voraussetzen, der Lord werde in demselben Maße den Unionsbestrebungen Preußens wohlgesinnig zulachen, als dieselben zusammenschrumpfen und ihre Lebensfähigkeit auch äußerlich darlegen. Der Gewinn liegt sehr nahe. Alles, wodurch innere Spaltung in Deutschland vermittelt wird, ist Englands Interessen dienlich. Es konnten Falle eintreten, wo es eine deutsche Revolution als machtigen Bundesgenossen brauchen konnte. Daß aber die politischen und oronomischen Interessen eines auf solider Grundlage erbauten Großvolksthums durchaus auch nicht notwendig mit den jenigen parallel laufen, ist eine Wahrheit, die es selbst mit scharfem Blicke erkennt und wurdigt, wahrend in den gewissen skreisen immer noch in altherzebrachter Weise der entgegengesetzten Theorie gehuldigt wird. England will kein Großdeutschland, weil es furchtet, ein solches konnte bei einer noch bevorstehenden Weltkatastrophe in eine Coalition gegen seine unvertragliche maritime Suprematie hineingezogen werden. Nicht minder kummelsoht scheint, daß eben diese Erwagungen es waren, welche das russische Kabinet bestimmten, seine anfanglichen Bedenken gegen den Eintritt Gesammtösterreichs in den deutschen Bund fallen zu lassen. Diese Zerstuckung höherer und dochster Interessen der europaischen Großmachte durfte nicht ohne Rückwirkung auf die Behandlung der schleswig-holst. Frage bleiben, so seltsam sonst die Faden ihrer speziellen Interessen darin untereinander laufen. Unbedingt ist es eine der zartesten Fragen, die der sorgfaltigsten Erwagung bedarf, damit der Widerspruch der particularen Interessen, von denen sie getragen wird, nur vor Allem der Gegenstand des historischen und positiven Rechts einerseits und des revolutionaren Princips andererseits, welches sich dabei eingeschlichen, beseitigend gehoben werden konnen. Unlaugbar ist es, daß das Verdrusse, die schleswig-holsteinische Sache zu setzen, nicht ohne Einfluß auf die Konstituirung Deutschlands bleiben wird und kann. Die Rechte des deutschen Bundes konnen in dieser Beziehung von Niemand verkannt und bestritten werden; der Bund aber hat zur Zeit kein Organ aufzuweisen, welches die Ansprüche desselben vor dem Forum der europaischen Mächte zu vertreten geeignet war. So sehr es sich bedauern muß, daß selbst deutsche Regierungen zunachst im Hinblick auf die schleswig-holst. Verwickelung sich zu einem baldigen, gemeinsamen und erschopfenden Arrangement hindrangt fühlen mußten, so unverantwortlich wäre es, wenn deutsche Regierungen, in seinem Zogerungssystem verharren wollte, und ein Lebens-Interesse Deutschlands, das es seinesgleichen genugend zu vertreten vermochte, blossgestellt ließe. So ist es denn jetzt nicht mehr allein das Interesse der innern Ordnung und Ruhe Deutschlands, welche die Bildung einer kraftvollen Centralgewalt erheischt; die Ehre und Geltung der Nation nach Außen fordern ein Gleiches. Wird Preußen es wagen dürfen, diesen doppelten Mahnruf ungehört verhallen zu lassen? (Oest. Nac.)

Deutschland.

Augsburg, 26. Juli. Nach dem hiesigen „Tagblatt" ist nun auch der politische Gefangene Thomsen aus der Frohnveste entlassen worden. — Der „Kemptener Zeitung" schreibt man, daß auch die übrigen politischen Untersuchungen eingestellt seien.

Zweibrücken, 23. Juli. Unter den durch die Anklagekammer des hiesigen Appellationsgerichts, wegen ihrer Theilnahme am pfalzischen Aufstande verwiesenen 404 Personen sind nicht weniger als 142 Rechtspfalzer; unter diesen sind wieder 10 Ausländer, grösstentheils Polen. Von den 333 vor das Spezialgericht Verwiesenen sind nur angesetzt 84 in Haft, alle andere flüchtig; die Verhafteten sind bis auf wenige sammtlich aus der Pfalz; am meisten treffen davon auf die Stadte Annweiler, Berggabern, Neustadt, Landeraden u. s. w. Unter den Flüchtlingen ist besonders stark gravirt, der Tabaksfabrikant Konrad Emil Haas aus Kusel. Derselbe hat am 13. Juni 1849 den Dr. Betinger in Frankenthal unter personlichen Unbilden verhaftet und am 16. Juni auf dem Flüchtige den verhassten Nikolaus Muller von Maisammer mit der Pistole eigenhändig todtgeschossen. Der junge Mensch ist nemlich, um nicht zu den Freischaaren gezwungen zu werden, davon, wurde aber von Haas eingeholt und trotz seiner flehentlichen Bitten getodtet. Daß ein so gemeiner Meuchelmorder dem Arme der Gerechtigkeit entrann, ist in der That zu bedauern.

(Pf. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Altona, 23. Juli. Die Meldung von einem Vorpostengefecht bestätigt sich, so wie auch, daß die Schleswig-Holsteiner den Danen 90,000 Pfd. vom nochlichen Angeln nach Flensburg bestimmte Zufuege abgenommen haben.

Schleswig, 22. Juli. Gestern Abend ist die Nachricht angelangt, daß die Danen Tondern befestet haben, übrigens nur mit einem kleinen Corps und vorher bereits südlich von der Stadt Posto gefaßt hatte. (H. N.)

Aus Schleswig. Die Stellung der dänischen und schleswig-holsteinischen Truppen wird in folgender Weise angegeben: Die Danen breiten sich von zwei Kustenpunkten aus, von Flensburg an der Ostsee in südlicher, von Hufum an der Westsee in nordlicher und nordostlicher Richtung. Die Hauptmasse ihrer Armee ist in und bei Flensburg. Den Stand, den sie am 21. einnahmen, bezeichnen am Besten die Orte Schmedby (auf der Straße von Flensburg nach Schleswig), Havetoft (auf der Straße nach Eckernförde) und Sakrup (nordostlich von Havetoft). — Die schleswig-holsteinische Armee ist dagegen mehr concentrirt; sie hat bei Jestedt eine feste, durch Teiche, Seen und Sümpfe gedeckte Position genommen. Ihr rechter Flügel dehnt sich etwa bis Tolk aus.

Frankfurt, 19. Juli. Unsere Holsaer-Partei hat sich jetzt des Enthusiasmus für Schleswig-Holstein bemächtigt, um wieder von sich reden zu

machen, nachdem sie in der Unions-Angelegenheit eine so schmähliche Niederlage erlitten. Dabei ist sie so naiv, alle Dreingen, welche Gott für Schleswig-Holstein sprechen, zu ihrer Partei zu zählen, indem sie die Unterstützer der Schleswig-Holsteiner kurzweg die „deutsche Partei“ nennt. Dieser naive Irrthum wird den Gothaern jetzt jeden Tag vor die Seele geführt.

Karlsruhe, 24. Juli. Eine dieser Tage ergangene Verfügung des Polizeiamts der Residenz bestimmt, daß in Zukunft die Akten der hiesigen Buchbinder nur in Beisein eines Polizeicommissärs geöffnet werden dürfen, zu welchem Zwecke jedesmal nach Zukunft eines Buchverkaufens die entsprechende Anzeige bei gedachter Stelle zu machen ist.

Stuttgart, 24. Juli. Der engere Ausschuß der Landesversammlung hielt heute eine Sitzung wegen zweier ihm gestern vom k. Gesammtministerium zugegangenen k. Reskripte in Betreff des Zusammentritts des weiten Ausschusses und Vollziehung der Berathung eines neuen Verfassungs-Entwurfs, so wie in Beziehung auf seine Erklärung über den Friedensvertrag zwischen Preußen und Dänemark. Im ersteren dieser k. Reskripte wird die von dem Ausschusse behauptete Befugniß zur Berufung des weiteren Ausschusses ohne vorgängige Anzeige an die Regierung, und noch mehr die Befugniß zu einer Verfassungsberathung bestritten und dies rechtlich ausgeführt. Das zweite Reskript lautet wörtlich, wie folgt: „Wir ꝛc. von Gottes Gnaden König von Württemberg ꝛc. Liebe Getreue! Die Mittheilung eures Präsidiums vom 11. d. M. an Unser Gesammtministerium, wonach ihr aus Anlaß einer in der „A. allg. Z.“ vom 10. d. M. enthaltenen, übrigens ungenauen Veröffentlichung über den von der k. preuß. Regierung in ihrem Namen und in Namen der deutschen Bundes abgeschlossenen Friedensvertrag mit Dänemark „die zuversichtliche Erwartung“ aussprecht, daß Wir diesem Friedensvertrag Unsere Zustimmung nicht ertheilen, und die Sache Schleswig-Holsteins fortwährend als allgemeine deutsche Sache bei den übrigen Regierungen geltend machen werden, ist Uns von Unserem Gesammtministerium vorgelegt worden. Wir konnen euch Unser gerechtes Befremden über die Art, wie ihr in dieser Eingabe gegenüber Unserer Regierung auftretet, nicht bergen. — Während die wichtige vaterländische Angelegenheit, von welcher es in diesem Falle sich handelt, die reiflichste, auf tiefe und vollständige Kenntniß des Thatbestandes gegründete Erwägung erfordert, und Wir das Vertrauen ansprechen dürfen, daß Wir bei der Uns in derselben zukommenden Entschließung das wohlverstandene Interesse des großeren und engern Vaterlandes auf das Vollständigste erwogen werden, so muß eure Kundgebung in dieser Sache, in welcher Unsere Regierung noch in keiner Weise gehandelt hat, ja gar nicht einmal zu handeln in der Lage gewesen ist, hiernach und im Zusammenhalt mit den Vorschriften der §§. 187 und 188 der Verfassungsurkunde, welche die Grenzen eures Wirkungskreises bezeichnen, zum wenigsten als eine sehr voreilige erscheinen. Dazu kommt aber, daß ihr in eurer so bezeichneten Erklärung nicht sowohl eine Bitte ausgebracht, als vielmehr durch die von euch gewählte Form geradezu eine Nichtkönnen für das in dieser Angelegenheit einzuhaltende Verfahren vorzuzeichnen versucht, und dadurch damit eine Befugniß euch angemaßt habt, welche Wir im Hinblick auf die klare Bestimmung des §5 der Verfassungsurkunde als einen Eingriff in Unsere verfassungsmäßigen Rechte mit Entschiedenheit zurückzuweisen Uns veranlaßt sehen. Indem Wir euch dieses eroffnen, verbleiben Wir euch im Uebrigen mit Unserer königl. Huld stets wohl beigethan. Stuttgart, im königl. Gesammtministerium, den 23. Juli 1850. Auf Sr. königl. Majestat besonders Befehl: Miller. Linden. Knapp. Pfizer.

Stuttgart, 25. Juli. Der Staatsanzeiger enthält ein K. Reskript für den Ausschuß der Landesversammlung in Bezug auf fernen vollen Zusammentritt zur Vollendung der Berathung eines neuen Verfassungsentwurfs. In dieser Hinsicht werden auch Abgeordnete in Betreff seiner Verfassungsübereinstimmung ertheilt, und er auf seine gesetz- und verfassungsmäßige Wirksamkeit hingewiesen.

Mainz, 25. Juli. Heute fand die feierliche Consecration Unserer hochverwürdigen Bischofe, Freiherrn Wilhelm v. Ketteler, in unserer Dom Stadt und zwar vollzogen durch den Metropoliten der oberrheinischen Kirchenprovinz — den hochw. Erzbischof von Freiburg —, während die Bischof von Fulda und Limburg assistirten. Außerdem war noch der Dr. Bischof von Rottenburg zugegen, so daß unser Dom das seltene Schauspiel genoß, alle Bischofe unserer Kirchenprovinz an Einem Altare vereinigt zu sehen. Die Feierlichkeit begann um 9 Uhr und gegen 11 Uhr durchschritt Bischof Wilkelm, bekleidet mit allen Zeichen seiner hohen Würde und geleitet von den Bischofen von Limburg und Fulda, die gewaltigen Reihen des versammelten Volks, in mittelalter darauf vom Stiftsaltare aus zum Ertheilen des bischoflichen Segen ertheilend. Nachdem hierauf das Te deum gesungen und alle die Hunderte der anwesenden Priester dem neuen Oberhirten ihre Huldigung dargebracht, bestieg der hochw. Bischof von Limburg die Kanzel und hielt die Predigt, die Predigt, welche von Limburg den gewaltigsten, ergreifendsten Eindruck auf die Versammelten aller Stande hervorbrachte. Um 1 Uhr war die feierlichkeit beendet und es verließen die hohen Bischofe, geleitet vom Clerus, die Kathedrale. Die Straßen, wo bereits aus zahlreich versammelten Volks war eine hochst ehrerbietige, theilnehmende und andachtsvolle. Heute Nachmittag findet im bischoflichen Seminarium ein Festessen und um 9 Uhr Abends ein solenner Fackelzug Statt. (Mainz. J.)

Wien, 21. Juli. Berichte von der Elbe melden: Nach einer neuesten Verfugung des Kriegsministeriums wird in der Gegend von Leitmeritz am linken Elbeufer ein verschanztes Lager fur 60,000 Mann errichtet werden, zu dessen vollkommener Ausrustung 8 Mill. Gulden verwendet werden sollen. Das Lager wird durch Brucken mit den nahen Festungen verbunden. Ingenieur-Offiziere befinden sich bereits am Standort, um die Ausmessungen vorzunehmen. (N. B.)

Wien, 21. Juli. Aus Frankfurt wird dem O. Korrespondenten vom 17 d. geschrieben: Frohlocken steigt auf den Gesichtern unserer Widersacher, ihr Ziel ist erreicht, und die That geschehen, welche das Bundesrecht entzweireißt. Die badischen Truppen sind abgezogen nach Preußen, den Rhein hinab, an Mainz vorbei, einer Bundesfestung, und unter den Augen einer osterreichischen Besatzung. Wir sahen sie mit in Deutschland, dem angetheilten, wohl meinten, und Hoffnung hegten, daß das Bundesrecht wieder zu Kraft und Geltung kommen wurde, wir sind betrogen und verhohnet es noch, daß und ein schwerer Schlag betroffen. Nicht der wenigen Bataillone wegen, aber welche Personen sind darin wirksam, wie wir voll Besorgniß, nein, der gewaltigen Einbruchs halber, den dieser kuhne Griff auf die Gemuther des deutschen Volkes und auf dessen Rechtsbewußtsein üben wird. Die Bundesfriegsverfassung verdient mit den klarsten Worten die Verweigerung badischer Truppen mit preußischen, es gestattet nicht einmal einen Schein von Suprematie eines Bundesstaates über den anderu; Oesterreich protestirte gegen den Ausmarsch, weil bundeswidrig; die anliegenden Staaten, so wie Hannover thun ein Gleiches, und trotz alle dem beharrt Preußen, oder wie man vorzuziehen sucht, das badische Ministerium auf seinem unheilvollen Entschlusse, und fuhrt ihn unter der hohnenden Ausrede durch, in Baden sei kein Platz mehr für die Kinder des Landes! Wenn in solcher Weise das Bundesrecht verletzt werden darf, dann, wahrlich, ist auch von Bundestag, und es ist besser abzudenken, wozu es nutzen soll, daß sie andern deutschen Staaten unlangst in Frankfurt zusammengetreten sind, um die Bundesverfassung weiter aufzurichten! Wahrend hier berathen wird, ob und in welcher Weise das Plenum in den engeren Rath eine neuangestellen sei, geht Preußen indessen auf dem Wege der Thatsachen weiter und sagt dem Unionsverein den Anfang der Verwirklichung seiner von allen Seiten angefochtenen Ministarlovventionen bei. Ist der Ausmarsch der Badener erst vollendet, und dies wird in wenigen Tagen der Fall sein, so kommen Braunschweig und Mecklenburg an die Reihe; bereits sammelt sich zu diesem Behufe in Mecklenburg das aus Hessen rucktehrende Heer zu einem Observationskorps. Mit den thuringischen Herzogthümern, deren Bataillone grosstentheils jetzt schon von preuß. Offizieren kommandirt werden, braucht man dann um so weniger Komplimente zu machen, als durch die unbedingte Abfuhrung der Badener in den Augen der Menge, im Volke wie bei den Regierungen, der thatsachliche Beweis geliefert ist oder wenigstens geliefert zu sein scheint, daß die grossdeutschen Staaten entweder der Macht oder den Willen nicht haben, ihren Einspruch mit Nachdruck und Folge zu geben. Hier ist der Punkt, um den es sich vor Allem handelt, und, nehmen Sie es einem treuen Anhanger des alten Kaiserhauses nicht übel, Oesterreichs Einfluß in Deutschland ist durch diese Abfuhrung schwer kompromittirt, und ein rasches und energisches Auftreten, das Noth, wenn wirklich noch schlimmeren Folgen vorgebeugt werden soll. Die Umwandlung der hiesigen Plenarversammlung in den engeren Bundesrath, wie er jetzo Montag nach langeren Verhandlungen beantragt, um wenn auch noch nicht Beschlusse, doch einstimmige, noch einstimmigere zu gefassen wurde, mochte schwerlich hinreichen, dem thatsachlichen Vorgehen Preußens ein treffes Hinderniß in den Weg zu legen. Thaten verlangen Thaten, wenn die Sache wieder in das Gleichgewicht gebracht, und Preußens Boden zurückgewonnen werden soll; so viel hat Preußen erlangt, so viel steht auch den andern Staaten zu, und da sie auf dem Boden des Rechtes stehen, noch weit mehr; es braucht daran noch keineswegs in die Posaune des Krieges geblasen zu werden, wenn gleich den Rustungen leider weiter genug sind.

Wien, 22. Juli. Aus Berlin wird dem O. Korrespowenten vom 20. d. geschrieben: „Die Gerüchte von bald bevorstehenden Aenderungen im Ministerium widerholen sich seit einigen Tagen mit wachsender Bestimmtheit. Inwerlässig ist, daß der Finanzminister, dessen Ausscheiden schon langst angekündigt war, jetzt, wie es heißt aus Gesundheitsrucksichten, um seine Entlassung nachgesucht hat. Bis jetzt ist auf das Gesuch noch keine Entscheidung getroffen worden; es unterliegt aber keinem Zweifel, daß Hr. v. Rabe der Abschied bewilligt werden wird, indem man Aenderungen in der Verwaltung der Bank und der Seehandlung beabsichtigt, denen der Minister selber hemmend entgegenstehen. Auch der Abgang des Handelsministers soll nicht unwahrscheinlich sein, wenngleich Hr. v. d. Heydt bis jetzt wenig Neigung zeigt dazu, sein Portefeuille niederzulegen. Zur entschiedenen Mißbilligung, wie in Lande gegen die handelspolitischen Grundsätze dieser Ministerst hervortritt, hat an höchster Stelle Bedenklichkeiten erregt. Allem Anschein nach steht eine baldige Auctheil zu den gegenwärtig in Schatten gestellten Prinzipien der altprovinzlichen Handelspolitik in Aussicht. Der Minister des Innern soll seit einiger Zeit mißmuthig dazu bereit sein, daß der Gang der Dinge eine so konträre Wendung nimmt. Er empfindet es schwer, daß immer neue Schwierigkeiten auftauchen, sobald ein Hemmniß aus dem Wege geräumt zu sein scheint. Uns kann das nicht weiter Wunder nehmen bei einer grundsätzlich falschen Politik, die noch dazu nicht den Muth der Konsequenz, oder nicht das Geschick erfolgreicher Durchführung besitzt. So ist es nach An-

sten, so ist es im Innern. In letzterer Beziehung stehen noch immer die sich häufenden Schwierigkeiten bei der Einführung der neuen Gemeindeordnung in Vorderösterreich. Alle Anzeichen mehren sich mehr und mehr darauf hin, daß eine Sistirung und nochmalige Berathung dieses Gesetzes eintreten werde. Es soll im Werke sein, erst die Provinziallstände, die in ihrem rechtlichen Bestande noch keineswegs aufgehoben sind, über die Sache zu hören, und dann das Resultat dem Gesammtgutachten vor die Kammern zu bringen. Daß dieses wieder dem sehr wahrscheinlich die nachste Session verstreichen, indem bei dem seitherigen Mangel an Vorbereitungen die Provinzialstände doch schwerlich noch vor dem November, wo die Kammern zusammentreten, ihre Berathungen halten dürften. Indem ein die Sache gar nicht. In Gemeinderath, eine Institution, wie die Gemeinderordnung, welche hunderterlei Verhältnisse wieder auf viele Menschenalter hinaus umgestalten soll, erfordert sicherlich gründliche andauernde Prüfung. — Hr. v. Radowitz steht augenblicklich weder in großem Ansehen und genießt weder eines ganz besonderen Vertrauens. Der General ist in seiner Zuversicht auf das Gelingen des Unionswerkes etwas schwankend geworden. Auch ihm drangt sich allmählig die Ueberzeugung auf, daß der eingeschlagene Weg ein falscher war. Daß er selber der Urheber und Leiter dieser haben, unaufrichtigen, Mißtrauen erweckenden und seine Freunde verwirrenden Politik ist, will er freilich weniger eingestehen."

Wien, 22. Juli. Die Nachricht der „Deutschen Reform," daß die türkische Regierung Beschwerden dagegen erhoben habe, daß die österreichischen Grenzbewohner den Aufstand der Bulgaren unterstützen, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Es hat eine solche Unterstützung weder von der österreichischen, noch von der serbischen Grenze stattgefunden. Ganz dieselbe Nachricht wurde zur Zeit des bosnischen Aufstandes verbreitet, und stammte aus derselben unlauteren Quelle. Nicht minder falsch ist die Insinuation der „Deutschen Ref.," daß das Fallen des Silber-Agio zu Wien eine Folge der Borsemanöverd des Finanzministers wäre. Dies Fallen ist Folge des wiedergekehrten Vertrauens in die Stetigkeit des Weltfriedens und der österr. staatlichen Verhältnisse. Welche Summen, fragen wir die „Reform," worden dazu gehört haben, das Silber-Agio um 5 % sinken zu machen?

Wien, 23. Juli. Se. Maj. der Kaiser hat mit Allerhöchster Entschließung vom 20. Juli d. J. über Antrag des Ministerraths allergnädigst zu befehlen geruhet, daß hinsichtlich der minder gravirten Individuen aus der Reihe der ungarischen Landtags-Deputirten und Commissäre der Rebellen-Regierung das wider sie im Zuge begriffene kriegsrechtliche Verfahren unterlassen werde. — Se. Maj. der Kaiser haben mit Allerhöchster Entschließung vom 20. Juli d. J. über Antrag des Ministerrathes allergnädigst zu geruhen geruhet, daß auch wieder den im Auslande befindlichen Stephan Grafen Batthyany anhangige kriegsrechtliche Civil-Verfahren aufgelassen und ihm die nachgesuchte strafferie Rückkehr in die k. k. Staaten zugestanden werde.

England.

London, 22. Juli. Der Bischof von Exeter hat vor dem Arches-Court erklärt, er wolle auf den in Folge der königl. Entscheidung erlassenen Befehl des Gerichtshofs die Prokestation Gorham's einregistriren lassen, hat aber dabei einen langen Protest eingereicht. In demselben wird Gorham's Lehre und das Urtheil des Geh. Raths ausführlich beleuchtet; er schließt mit folgenden Worten: „Wir Heinrich, Bischof von Exeter, kraft der Autorität, die Uns von Gott verliehen ist, als einem Bischof in der Kirche Christi und in dem apostolischen Zweige derselben, welcher durch Gottes Vorsehung in diesem Lande gepflanzt und durch die Gesetze und die Verfassung dieses Reichs etablirt ist, — verwerfen hiermit feierlich das erwähnte Urtheil, und erklären es für null und nichtig in foro conscientiae, und appelliren davon in Allem, was den kathol. Glauben betrifft, an die heil. Synode dieser Nation, wenn sich derselbe im Namen Christi als in Beyrathskation der wahren Kirche von England versammeln wird. Und weiter protestiren und erklaren Wir feierlich, daß, weil der erwahnte Georg Cornelius Gorham offenbar und notorisch die erwahnten häretischen Lehren gehegt, um sie seitdem nicht zurückgenommen hat, jener Bischof der Bischofsrechte, oder jeden Officials, welche eines Bischofs oder Erzbischofs, welcher den erwähnten G. C. Gorham in die Cura und Seelsorge der Pfarrei Brampford Speke in Unserer Diöcese einführt, damit der Sünde der Unterstützung und Begünstigung der erwähnten häretischen Lehren sich Schuldig macht, und Wir ertheilen hiermit einen Gemeinschaft mit Jedem, sei er, wer er wolle, welcher den erwähnten G. C. Gorham einsetzen wird. — Gegeben unter Unserer Unterschrift und bischöflichem Siegel, den 20. Juli im Jahre Unseres Herrn 1850. H. Exeter."

Frankreich.

C Paris, 24. Juli. Seit längerer Zeit liegt die Polizei die gestern rue St. Victor aufgehobene geheime Gesellschaft überwachen; dieselbe war nicht ohne Geschick organisirt. Ein Polizei-Agent und Eingeweihter zeigte den Ort der ersten Sitzung an. Die Gesellschaft hatte energische Maßnahmen an ihrer Spitze und war entschlossen, bis zum Aeußersten zu gehen. Eben an stand das in 19 Sectionen getheilte Seinedepartement mit einer unumschränkten Executiv-Commission von fünf Personen, denen 19 Sectionschefs untergeordnet waren. Es soll die Commission es für nothig hielte, sollte sie einen Unterschisser der Armee zuziehen können. Der von allen Vorgängen genau unterrichtete Polizeipräfect erfuhr, daß vorgestern in einer Weinstube 118 rue St Victor mehrere Chefs und einflussreiche Mitglieder zusammenkommen wurden. Ein Polizei-Commissar stellte sich um zehn Uhr Abends mit einem gerichtlichen Verhaftsbefehl und in Begleitung von Polizei-Agenten unvermuthet ein, und fand in einer Stube 12 Personen versammelt. Sie gaben an, des Spielens und Trinkens wegen zusammen gekommen zu sein. Der Polizeicommissar ließ aber seinen Verhaftsbefehl vor und begann sofort die Durchsuchung des Lokales und der Verhafteten. Bei einem gewissen Chauvel fand man die Statuten der geheimen Gesellschaft, die Mitgliederliste, Bei mehreren anderen fand man ebenfalls compromittirende Papiere. Im Lokale selbst fanden sich mehrere Säbel, rothen Kamaschen, die zu Fahnen und Standarten dienen sollten. Das Reglement sahl Fremde zu. Trunkenheit verwirkt das Recht der Theilnahme, der Gesellschaft steht Art und Ausmaß der Strafen zu. — Von da begab sich der Commissar in die Quartiere der Verreffenen, um dasselbe Durchsuchungen vorzunehmen. Wer eine Weinstube war ein Auftauf von Neugierigen und beim Herausstreten wurden mehrere Lebehoch auf die rusische Republik erwiedert, was zu neuen Verhaftungen Veranlassung gab. In den Wohnungen fand man Papiere Munition, Zinnen, Pistolen, Dolche, darunter manche von Werth. Die Verhafteten wurden auf die Polizeipräfektur abgeführt. Bei mehreren der Theilnahme verdächtigen Personen wurden heute Hausdurchsuchungen, und in Folge dessen Verhaftungen vorgenommen. — Der heutige Moniteur hat beschlossen, die geheime Gesellschaft Nemesis energisch zu verfolgen. — Von den 19 Sectionschefs der aufgelösenen Gesellschaft Neumesis sind 10 Polizeispione. Die Letzteren erhielten die Polizei fortwahrend von der Angelegenheit in Kenntniß und bezeichneten den Zeitpunkt, an welchem die andern gemeinsam compromittirt waren. Es geht das Gerucht, daß sehr bedeutende Personlichkeiten darin verwickelt werden dürften.

Italien.

Ueber die wunderbare Erscheinung in San Severeio wird unter dem 6. d. M. auch aus Rom geschrieben: „In der Collegialkirche des Stadtchens San Genesio, mit einer Bevölkerung von etwa 500 Seelen, hat nun ebenfalls ein Muttergottesbild am 19. v. M. seine Augen zu bewegen angefangen. Der bischow. Erzbischof von Camerino ließ das Ereignis von Physikern und Malern in seiner Gegenwart untersuchen, und Alle erklarten es einstimmig für ein übernatürliches. Wunderthatige Heilungen sollen schon mehrfach erfolgt sein. Der Andrang von Fremden in San Genesio ist so außerordentlich, daß es in diesem Augenblicke schwer ist, ein Unterkommen zu finden."

Neuestes.

Würzburg, 27. Juli. Morgen Nachmittag von 2 bis 5 Uhr wird die Gedenkfeier auf der Festung Marienberg stattfinden, zu welcher für diesmal der freie Zutritt zur Festung dem Publikum gestattet ist.

Frankfurt, 23. Juli. Nassau ist über den Rubikon, es hat den längst erwarteten Schritt gethan, und ist nun von der Union abgefallen. (B. Z.)

Frankfurt, 24. Juli. Unter einer großen Bande Wechselerrfalscher, die seit einigen Tagen hier eingezogen wurde, befindet sich auch der hiesige Advokat Dr. S., einer der thätigsten Mitarbeiter der Demokratischen Zeitung. Die Demokratie trauert in Sad und Asche.

Karlsruhe, 22. Juli. Einer Verordnung großh. Ministeriums des Innern vom 28. v. M. zufolge ist der Handel mit Waffen und Munition ohne Erlaubniß — welche die betreffende Kreisregierung im Einverständniß mit dem betreffenden Polizeidirektionscommandanten zu ertheilen hat — verboten. Der Verkauf von Waffen durch Waffenhandler, sowie durch Buchsenmacher und Waffenschmiede darf nur an diejenigen geschehen, welche Waffenscheine besitzen. Werden Waffen an Waffenschmiede oder Buchsenmacher zur Ausbesserung oder Reinigung übergeben oder zum Kauf angeboten, ohne daß vorher Ueberdringer einen Waffenschein vorzuzeigen vermag, so hat der Waffenschmied ob. Buchsenmacher dieselben zurückzuhalten u. unter Angabe des Namens des Ueberbringers der Polizeibehörde zu überliefern. Waffenniederlagen, für welche keine Konzession ertheilt ist, sind mit Beschlag zu belegen und die Waffen zur Aufbewahrung in das großh. Zeughaus auf Kosten des Inhabers abzuliefern. Zuwiderhandlungen haben den Verlust der Konzessionen und überdieß eine Geldstrafe bis zu 100 fl. oder eine Gefängnißstrafe bis zu 4 Wochen zur Folge. (B. Bl.)

Karlsruhe, 24. Juli. Die Bundesstellung der Bundesversammlung nach den Oesterreich verlangt sein Belagerungsrecht nach gleichem Maße. In Berlin wurde dies Verlangen überhört, und daher mit scharfer Betonung österreichischer Seits wiederholt.

Stuttgart, 24. Juli. Gestern Abend ist vom Ausschusse der Landesversammlung der Entwurf der revidirten Verfassung vollständig, in 14 Bogenschnitten befördert, ausgegeben worden.

Leipzig, 25. Juli. Gestern passirte eine ziemliche Anzahl bayerischer Unterossiziere durch unsere Stadt, welche sich auf der Eisenbahn nach Altona begaben, um dort in das schleswig-holsteinische Heer zu treten.

Hanau, 25. Juli. In der heutigen Beilage der „D.-P.-A.-Ztg." befindet sich die Mittheilung, daß der Peter Ludwig wieder eingebracht sei. Dieß ist aber unwahr, da man des Entsprungenen bis jetzt noch nicht wieder habhaft geworden ist.

Kassel, 25. Juli. Ein Ausschreiben des Gesammtministeriums verfügt, daß, „mit Rücksicht darauf, daß die Wahlen zu der nächsten Ständeversammlung nicht so weit vorgerückt sind, um noch im Laufe dieses Monats dieselbe berufen u. ihre verfassungsmäßige Beschlußnahme über die Festsetzung der Steuern und Abgaben veranlassen zu können", mit Genehmigung des Kurfürsten und Bestimmung des bleibenden landständischen Ausschusses, die Bestimmungen der früheren

Ausschreibung über die Erhebung der indirekten Abgaben und Wegegelder, wenn nicht bereits früher die landständische Bewilligung erfolgen sollte, die zum Ablaufe des Monats August in Kraft bleiben.

Stgmaringen, 24. Juli. Die Trobung der hiesigen Demokraten, auch gegen die Abgeordneten des Königs der Königs Opposition zu machen, was eine Correspondenz aus dem Oberlande in Ihrem verrothen Blatte als beabsichtigt schilderte, ist eine bloße Drohung geblieben und hat die geringste Störung haben die bochwürdigen HH. Patres Jesuiten legten Sonntag hier ihren stillen Einzug gehalten. Letzten Sonntag begann die Mission und zwar bei einer solchen Zahl der Anwesenden, daß die ersten Predigten gleich im Freien gehalten werden mußten. Gestern Abend ten von Ansachtigen werden und aber noch die folgenden Tage bringen, weil das Volk schon damit bekannt ist, daß während der ersten Tage, so lange der Weg der Reinigung dauert, nicht Beicht gehört wird. Mit Ruhe und heiter Sehnsucht aber wünscht es, bei der Mission die Luft, die auf seinem Gewissen drückend liegt, von seinem Herzen abzuwälzen, und dazu kann ihm in den ersten Tagen der Mission noch nicht Gelegenheit geboten werden. (D. B.)

Köln, 23. Juli. Es werden zwei Detachements formirt, eines bei Kreuznach, wo das zweite bei Meglar, jedes in der Stärke von 6 Infanterie-Bataillonen, 1 Cavallerie-Regimente und 1 Batterie, das erste unter den Befehlen des Generals v. Bonin und Obersten v. Herwarth. — Diese Observationscorps wird aus 15—20,000 Mann bestehen.

Hamburg, 24. Juli. Am gestrigen Abend, nach 8½ Uhr, wurden die Kammern durch ein Schreiben der Regierung bis auf Weiteres vertagt.

Oldenburg, 22. Juli. Die Offiziere und Unteroffiziere, welche beabschtigten, in die schleswig-holsteinische Armee einzutreten, und deßhalb um Urlaub nachgesucht hatten, sind gestern abschlägig beschieden worden. (W.-Z.)

T. D. Randsburg, 25. Juli. Gestern fand von halb 8 Uhr Morgens bis halb 9 Uhr Abends ein Gefecht bei Lusbusch und Hollbrack statt, das bei Gnsbed endete. Die Holsteiner wetten 150 Mann, worunter wenig Todte, die meisten von ihnen verwundet. Es wurden 7 Dänen und ein schwedischer Spion gefangen. Heute erwartet man eine Schlacht. (F. J.)

T. D. Schleswig, 25. Juli, Mittags 12 Uhr. Ein furchtbarer Kampf wüthet augenblicklich auf dem Schlachtfelde, besonders auf des linken Flügel. Von 2 Uhr Morgens an hatte man heftige Kanonade. Die Dänen haben starke Verluste erlitten, besonders bei dem Moor Lusbusch, wo die dänische Cavallerie sich verrannt hatte. Die Bagage unseres Generalstabes ist wieder nördlich vorgerückt worden, nachdem sie hierher zurückgezogen war. 350 Dänen sind zu Gefangenen gemacht. Willisen commandirt im Centrum; Tann den linken, Horst den rechten Flügel. — P. S. Eben sagt man, Tann habe den rechten Flügel der Dänen durchbrochen. (J.)

Kopenhagen, 20. Juli. Kapitän Tonder, von dem von Kronstadt gestern hier angekommenen Dampfschiffe Amsterdam, berichtet: vorgestern unter Bornholm das zweite russische Geschwader, worunter 12 Linienschiffe, gesehen zu haben.

(B.-H.)

* Kiel, 23. Juli. Maschine, Schornstein und Kanonen des in die Luft gesprengten Kanonenboots „v. d. Tann" sind unversehrt geblieben und geborgen worden; es wäre somit das Werthvollste gerettet. Eine Untersuchung über diese Affäre ist bereits eingeleitet.

Wien. Der Generaladjutant des Kaisers, Frhr. v. Kellner, ist mit einer Summe von 30,000 fl. als Geschenk des Kaisers für die Abgebrannten in Krakau angekommen.

Wien, 23. Juli. Se. Maj. hat den Feldzeugmeister Haynau gestern empfangen. Die Audienz war kurz, und der Kaiser soll sehr freundlich, aber gemessen gezeigt haben; die letzte Begegnung wurden mit keinem Worte berührt. (A. Z.)

Wien, 23. Juli. In Pester Blättern wird als zuverlässig berichtet, daß am 1. August k. J. alle Kriegsgerichte des Landes mit Ausnahme des von Pest aufer Thätigkeit gesetzt und sämmtliche Inquisitionsakte den Civilbehörden übertragen werden.

Berlin, 22. Juli. Dänemarks Ratifikation ist in Berlin eingetroffen. — Da nicht alle Bundesregierungen den Frieden mit Dänemark ratificirt haben, werden die Ratifikationen nicht ausgewechselt. Preußen schlägt vor, die Ratifikationsdokumente der Bundescentralcommission zu übertragen. (Lb. Z.)

Straßburg, 24. Juli. Dieser Tage wurde in Zhann ein Maurergeselle aus Baden verhaftet, der Angaben dahin machte: er sei in Baden wegen Theilnahme am Aufstand zum Tode verurtheilt worden und habe sich flüchtig gegangen. Bei näherer Untersuchung fand man bei ihm verschiedene Apparate zur Falschmünzerei. (B. L.)

Turin, 16. Juli. Der Geistliche Grignoschy von Casale, der sich für einen neuen Jesus Christus ausgegeben hatte, ist zu 10jähriger Landesverweisung verurtheilt worden.

Kiel, 20. Juli. (Schluß.) Durch den Vertrag, sollte er Bundesvertrag werden, würden dem Herzogthum Holstein seine Vorsprüchungen aufgelegt. Es bleibt das Herzogthum Holstein mit Schleswig allein im Kriegszustande zu Dänemark. Infolge dieses Vertrages und der Erklärungen, welche das Schreiben der k. preußischen Regierung und die Denkschrift gibt, wird zunächst der Statthalterschaft die Wahrung der Rechte des Bundes und des Landes übertragen. Es liegt dann zugleich die Verfügung inbegriffen, daß die Schwierigkeiten dieser Lage durch keine Neuerungen gesteigert werden dürfen. Dergleichen Hemmungen können gar leicht auf der einen Seite die deutsche Sache der Herzogthümer Dänemark hinopfern und auf der andern Seite selbst an sich berechtigte und patriotische Gesinnungen zur Erregung der traurigsten Erschütterungen in den Vergessenheit verleiten. — Die Bereitwilligkeit der Statthalterschaft den Streit in friedlicher Weise auszugleichen, ist eben so bekannt, als die dreimal schon an den Tag gelegte Unversöhnlichkeit Dänemarks. Inzwischen wird den dänischerseits angekündigte versöhnliche Stimmung entgegengekommen; die vielfachen vielfach verschiedener Natur sein werden, muß vorläufig dahingestellt bleiben, es erscheint aber als unabweisliche Pflicht der Statthalterschaft, Angesichts des Protokolls vom 2. v. M. und der auch sonst angekündigten erneuten Friedensfreiheiten gegen Schleswig, militairische Vorbereitungen daselbst, selbst nach dem Ausbruche des Kampfes beabsichtigt die Statthalterschaft nicht, jeden Versöhnungsversuch zu verschmähen, ihr Nachgiebigkeit wird aber stets da aufhören, wo das im März 1848 in Kopenhagen zur Geltung gebrachte revolutionäre Prinzip, welches sich jetzt auf den ersten Gesammtstaatsgrundgesetzen beruft, anfängt. Die Unterwerfung eines oder beider Herzogthümer unter Dänemark, die Trennung ihrer ucalten administrativen und legislativen Union, die Antastung ihrer legitimen Erbfolge, die Lösung der Bande, welche sie an Deutschland knüpfen, sind Zugeständnisse, welche die Statthalterschaft nicht machen darf, und welche das Land, selbst nach einer Eroberung, nie machen wird. Eine 600jährige Geschichte zeigt, daß die Herzogthümer mit gleicher unverbrüchlicher Festigkeit und Treue an ihrem Fürstenhause, an ihren staatlichen Rechten u. an Deutschland festgehalten haben, daß sie niemals eine ihrer Verpflichtungen gegen Dänemark gebrochen haben. Die ältere und neueste Geschichte legt es offen dar, daß sie in sich selber die Garantie für die Erhaltung des monarchischen Princips und der bürgerlichen Ordnung tragen und gerettet sind, eine Stütze derselben auch für das übrige Deutschland zu werden. Wenn es Dänemark gelange, auch nur Schleswig sich unterthan zu machen, selbst wenn es Holstein noch nicht mit sich gesammtstaatlich verbände, so würde Holstein sehr bald von seiner Verbindung mit Deutschland abgelöst sein. In demselben Falle aber würden die Herzogthümer auch nach Innen eine tiefgehende Veränderung erleiden. Jetzt vielleicht das gesundeste Glied Deutschlands, würden sie bald dasjenige für Deutschland werden, was leider Polen für Europa ist, der Urfprung aller auflösenden Kräfte nun der Heere fortwährender Unruhen, der feindlichen Bundesregierungen und voran die Krone Preußen, haben Vieles gethan, um diese Wendung abzuwenden. Je größer die Gefahr ist, daß diese Wendung dennoch eintrete, desto ernstlicher darf auf sie aufmerksam gemacht werden. (D. J.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Kobell.

Edictal-Ladung.

Der Schuhmachergeselle Jakob Kobel von hier, Sohn des verlebten Hackers Thomas Kobel, hat sich vor vielen Jahren von hier weg auf die Wanderschaft begeben und seit 20. Juni 1825 keinen mehr über dessen Aufhalt, noch über dessen Leben oder Tod etwas ermittelt werden.

Für denselben liegen 1354 fl. Caratelsvermögen vor und wird von dessen nächsten Verwandten auf Todeserklärung und Vermögenseinantwortung angetragen.

Es werden nun Jakob Kobel oder dessen Intestaterben hiermit aufgefordert binnen drei Monaten dahier zu erscheinen und sich zur Empfangnahme des reponirten Vermögens gehörig zu legitimiren, widrigenfalls Ablauf dieser Frist Jakob Kobel für verschollen erklärt und dessen Vermögen den nächsten Anverwandten ohne Sicherheitsleistung ausgehändigt werden wird.

Würzburg, 12. Juli 1851.

Kgl. Kreis- und Stadtgericht.
Der I. Dir. beurl.
Stepper.

Meißner.

Frankfurter Cours.

Den 24. Juli 1850.

		Geld.	Papier.
Oesterreich.	Bankaktien	1150	1190
"	5% Metalliques	83⅞	83⅝
"	4% "	63¾	64
"	3% "	48	48⅜
"	2½% "	44⅛	44⅜
"	4% Bethmann	76¼	76⅝
"	4% "	68⅝	
"	fl. 250 Loose v. J. 1839.	95⅛	96
"	" 500 " 1834.	150⅞	150¾
Preußen	3½% St. Schuld-Scheine.	86¾	87¼
"	Ltbl. 50 Prämien-Scheine.	103½	—
Baiern	3½% Obligationen	83	83⅓
"	5% "	88⅜	89¼
"	4% "	100⅓	101
Würtemberg	4½% "	81	81½
"	4% "	97¼	97⅝
Baden	3½% "	81⅝	81⅝
"	2½% "	31¾	32
"	50 "	31¾	32
Nassau fl. 25		24⅞	25⅛
Hessen Darmst. fl. 50 Loose		24⅝	24⅝
"	" 25 "	27¼	27⅝
Polen fl. 300		133	—
Sardinien Fcs. 36		33¼	33¾

Fremden-Anzeige.

Den 26. Juli 1850.

Adler. Altmeyer mit Frl. Tochter, Priv. v. Neuwied. Bobe v. Pfersdeim. Philippi v. Frankfurt. Gl. v. Gaisberef.

Rauf. Hol: Feistaw v. Nürnberg mit Sohn und Dienerschaft v. Aschach. Dr. Keßler, Fam. v. Leipzig.

Krone prinz: Frdr. v. Süßmilch mehr Söhne v. Braunschweig. Dr. Rina, Regierungsrath v. München. Doctor, k. Kreisrichter v. Memmingen. Wv. n. Wtw. Herrmeyer Rent. v. London. Privatdozent Pestkalter v. Gaibstadt.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 95.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schalkseck 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die spaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Druck- und Ueberl. frei.

Nr. 180. Würzburg, Montag den 29. Juli. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 27. Juli. Se. Maj. der König haben sich bewogen gefunden, den Universitäts-Rentbeamten und Hauptkassier Franz Sauer zu Würzburg auf den Grund des § 22 lit. c der Verf. IX zur Verfassungs-Urkunde mit Belassung des Titels und Functionszeichens, sodann unter Bezeugung der Allerhöchsten Zufriedenheit mit dessen treuen und angezeigneten Dienstleistungen in den nachgesuchten und wohlverdienten Ruhestand zu versetzen, und die sich hiedurch eröffnende Stelle eines Rentbeamten und Hauptkassiers an der k. Universität Würzburg dem dermaligen Rentbeamten bei der St. Anna-Damenstifts daselbst, Johann Friedrich Nobrig in provisorischer Eigenschaft vom 1. Dkt. l. Js. an zu übertragen.

Der antikirchliche Josephinismus.

Es ist gewiß einer der großartigsten Erfolge des Protestantismus, daß er die Idee des Staatsabsolutismus auch den katholischen Fürsten einzuimpfen verstand und sie dadurch verleitete, in der katholischen Kirche, der einzigen Anstalt auf Erden, die sich mit dem Absolutismus nicht vertragt und die wahre Freiheit als unentbehrliche Bedingung ihrer vollkommenheit ohne Aufhören in Anspruch nimmt, nichts Anderes zu erblicken, als eine ehrgeizige, mächtige Nebenbuhlerin, welche den fürstlichen Befugnissen wie ein Hinderniß im Wege stehe, und welche in Unterwürfigkeit und Botmäßigkeit zu halten, gerade eine Hauptaufgabe einer erleuchteten, seiner Pflichten sich bewußten Landesherren sei. Wir wissen es, wie Kaiser Joseph es war, der diese Staatsweisheit dem altkatholischen Fürstenhause Oesterreichs einimpfte, und wie sie von der Zeit an für die österreichische Regierung die Grundregel wurde, wonach sie alle kirchlichen Fragen behandelte. Wir rechnen es aber nicht zu den unrühmlichen Eigenschaften der österreichischen Regierung, daß sie allein mit bewundernswürdiger Konsequenz und Gewandtheit ihre Prinzipien durchzuführen pflegt und eben dadurch in dem weiten Umfange der Monarchie, selbst in dem kleinsten Dorfeen den Geist wirksam zu machen weiß, der in den oberen Regionen herrscht. Dadurch geschah es denn daß überall in österreichischen Staaten, gemäß der josephinischen Grundsätze die katholische Kirche unter eine Bevormundung gestellt wurde, wie wir sie selbst in Staaten, wo die Regierung und die Mehrzahl der Bevolkerung protestantisch sind, nicht schlimmer antreffen. Hierbei wollen wir jedoch den Unterschied nicht verschweigen, welcher zwischen der josephinischen Bureaukratie in Oesterreich und zwischen der protestantischen Bureaukratie in Preußen und anderm Staaten bestand. Es läßt sich nicht verleugnen, daß Preußen mit seiner Bevormundung aller, selbst der nicht katholischen Religionsgesellschaften, sein anderes Ziel verfolgte, als die langsame Verschmelzung aller Konfessionen zu einer Gesammtconfession. Darum war seine Thätigkeit nicht so sehr darauf gerichtet, die katholische Kirche durch eine lästige Bevormundung und gewaltsame Knechtschaft zu drucken, wiewohl auch diese in einzelnen Perioden nicht unterblieb, als vielmehr die Festigkeit und Zähigkeit der katholischen Bevolkerung in Glaubenssachen langsam zu erweichen, indem ihr vorzüglich durch die Schule nach Möglichkeit ein protestantischer Geist eingehaucht wurde. Wenn gleich auf diesem Wege nicht Alles erreicht wurde, was man sich vorgesetzt hatte, so wissen wir doch nur zu gut, wie verderblich für die katholische Kirche jene Vermischungssystem geworden ist. Ein ganz entgegengesetztes Ziel verfolgte dagegen die josephinische Bureaukratie in Oesterreich. Sie beabsichtigte, die katholische Kirche in das Mäderwerk des Staatsmechanismus einzufügen, und sie ganz das Staatswerden dienstbar zu machen. Darum war sie allzeit auf zweierlei bedacht, erstens jede Aenderung und Trübung des kirchlichen Lehrbegriffs, zweitens jede freie und unabhängige Bewegung der Kirche als einer selbstständigen Gesellschaft auf das strengste zu verputen. Mechanster tonnen zur Anfertigung ihrer künstlichen Maschinen kein Holz gebrauchen, das möglicherweise noch Laub und Blatten treiben konnte, nur das trockene dürre Holz ist ihnen ein willkommenes Material. Die österreichischen Staatsmechaniker konnten aus deuselben Gründen keine Kirche gebrauchen, die in sich selbst die Kraft zu freier selbstständiger Bewegung besaß; es war ihre Aufgabe, jede Aeußerung eines freischen Lebendelements auf kirchlichem Gebiete möglichst zu verhuten, und dafür zu sorgen, daß die Kirche nicht wurde, wie frisches saftvolles Holz, welches die Wurzeln tief in die Erde senkend, nach oben in einer uppigen blüthen- und fruchtreichen Krone sich entfaltet. So strenge sich daher die österreichische Regierung den Neuerungsmuse widersetzte, ebenso strenge unterlagte sie auch den katholischen Priestern in ihren Predigten und Lehren den Zeit. Papstes Gregors VII. zu lesen. Beides gehörte zur konsequenten Durchführung der josephinischen Grundsatze. Waren in Preußen die Folgen der bureaukratischen Bevormundung für die katholische Kirche (und für die Religion und Sittlichkeit überhaupt) weniger augenfällig, so waren sie in Oesterreich weit mehr. Bei der skrupellosesten Festhaltung des katholischen Scheins hatte die Regierung es dennoch nicht zu verhuten vermocht, daß der katholische Glaube einem faulen Indifferentismus, ja selbst dem krassesten Unglauben Platz machte. Während der Beobachtung der kirchlichen Formalitaten der Regierung genügte — man konnte eine weltliche Regierung auch mehr fordern! — suchten die aus dem kirchlichen Verbande losgerissenen und gleichsam herrenlos gewordenen Geister sich selbst den Weg zur verdotenen Frucht des Unglaubens und sanden ihr leicht. Das Jahr 1848, welches Gott die Bestimmung gegeben, das geheime Uebel unserer Zeit offenbar zu machen, riß denn auch dem sogenannten katholischen Oesterreich die papierne Maske des Katholicismus herunter uns zeigte der Welt ein Land voller Indifferentismus, Unglauben und, Aussaugen abgetrechart, auch voll Sittenlosigkeit. Der große Kaiserstadt drohte eine Beute der Revolution zu werden. Nur die äußerste Anstrengung der österreichischen Armee wendete dieses Unheil von Deutschland u. Europa ab. — Wenn im Zugendliche des Starmes der Revolution die Staatsmänner Gelegenheit haben ihre Geistesgegenwart und Energie zu zeigen, so ist die nach beseitigter Revolution eintretende Ruhe die passende Gelegenheit, zu bewahren, ob sie wahre Weisheit besitzen. Alle Regierungen Deutschlands haben daher gegenwärtig in dieser Beziehung ihre Probe abzulegen. Wer durch die Ereignisse der letzten zwei Jahre das Hauptziel unserer Zeit nicht kennen gelernt hat, wer noch immer in selbstsüchtiger Verblendung sich schmeichelt, auf guter Beibehaltung der früher bevolgten Prinzipien, wofern man nur in der Anwendung weniger schroff und mehr versöhnlich verfahre, einen dauerhaften Zustand des Rechts und der öffentlichen Wohlfahrt wiederherstellen zu konnen, der beweiset sich vollständig unfähig an der Lösung der großen Aufgabe, die Gott der Gegenwart und der nächsten Zukunft aufgab, mitarbeiten zu konnen. Es ist ein schwerliches Gefühl für den Freund der Ordnung, des Rechts und der Religion, in den hohern Regionen, wo die Staatsangelegenheiten verwaltet werden, noch so wenig Zeichen einer wirklichen Besserung anzutreffen. Liberall finden wir bei den Staatsmännern, in Betreff der kirchlichen Angelegenheiten, noch die frühere Vorliebe für die Bevormundung der Kirche. Die Konzessionen, welche man der Kirche in jüngster Zeit überall in Deutschland, und namentlich auch in Preußen gemacht hat, und deren Werth wir so gut wie irgend Jemand zu schätzen wissen, tragen sammt und sonders entweder das Gepräge der Noth oder das Gepräge der Rücksichtslosigkeit. Vergebens suchen wir nach einem Zeichen der Gerechtigkeit gegen die Kirche, des Glaubens an die göttliche Ofenbarung. Mit besonderer Betrübniß sahen die Katholiken Deutschlands hinüber nach dem altkatholischen Kaiserreich Oesterreich, indem auch hier Nichts nirgends ein Umschwung zum Besseren wahrnehmen ließ. Weit entfernt, daß hier das josephinische System aufgegeben wurde, fielen sogar hier die Konzessionen an die Kirche bis in die jüngste Zeit spärlicher aus, als anderswo. Es war für den aufmerksamen Beobachter von Natur, daß der junge, gottesfürchtige Kaiser die katholische Kirche, deren eifriges Mitglied er ist, in so unwurdiger Stellung in seinem großen Reiche belassen konnte, da er doch an der Spitze seines ausgezeichneten Ministeriums die übrigen Angelegenheiten seines Staates mit so großer Geschicklichkeit und Energie und mit so viel Erfolgwürdigkeit geworbenen österreichischen Glucke behandelt. Man zitterte bereits, und nicht mit Unrecht, für die Zukunft der katholischen Kirche in Oesterreich, und für die Zukunft des österreichischen Staates selbst. Man neigte sich schon dahin, zu glauben, auch für das österreichische Kaiserhaus seien die bedeutungsvollen Winke, welche die göttliche Vorsehung in den letzten beiden Jahren allen gekronten Häuptern gegeben, vergeblich gewesen: Da wird die Welt überrascht durch den Bericht des Kultusministers, des Grafen Leo Thun, und durch die Erlasse des Kaisers selbst, sie treffen das Ohr von Freund und Feind, wie eine glorreiche Siegesnachricht. Und in der That ist dieß Ereignis als ein Sieg zu betrachten, den der hoffnungsvolle Kaiser mit Hilfe seines Ministeriums über den gefährlichsten Feind des österreichischen Staates davonge-

tragen hat, nemlich über den antiklerikalen Josephinismus.

Deutschland.

München, 23. Juli. Die bayerischen Bischöfe werden dem Vernehmen nach im Oktober d. J. eine Versammlung in Freising halten, um sich über die Aenderungen des Religionsedikts zu berathen und auszusprechen. Samstags hatte der hiesige Abgeordnete Sedelmeier seine Collegen auf seinen Bierkeller (Spatenbräu) zu einem Abschiedstrunke eingeladen und es hatten sich dieser der Fraktion des Mutzmus auch viele Mitglieder des Linken und das ganze Ministerium Lutz eingefunden. Auch der Minister v. d. Pfordten war zugegen. Bei einem vortrefflichen Getranke hob sich die Stimmung, trotz des Abschiedes manches sich theuer gewordenen Freundes, zu großer Munterkeit und erst spat trennte sich die Gesellschaft. (Pf. Z.)

* München, 25. Juli. Im am gestrigen Blatt unserer Reichsrenthrath hat sich über die Rede des Professor Blunschli eine piquante Debatte entsponnen. Zuerst erschien ein kurzes Referat über den Inhalt der Rede selbst, dann eine Einsegnung unter der Chiffre Z im verwitzelten Sinn mit sozialistischer Färbung, worin der Verfasser von gar keinem Adel wissen wollte. Dann eine „Beleuchtung" unter der Chiffre y, die fur den Adel und besonders für den niedern Adel in die Schranken tritt, und deßwegen jede Art von Reorganisation ablehnt. Endlich kam eine Erwiderung auf die Z- und y-Artikel von einem X, die an Sachkenntniß, Geist und Witz ihre beiden Gegner weit hinter sich läßt, und in jeder Beziehung den Sieg davon getragen hat. Es ist natürlich, daß die Sache im Publikum viel von sich sprechen macht. Die Betroffenen, die bei einer Reorganisation scheinbar zu verlieren und nicht zu gewinnen hatten, sind nicht in der vergnügten Laune, daß man ihre Schwachen „an die große Glocke hängt". Der höhere Adel hingegen ist seiner Mehrzahl nach, soviel uns bekannt geworden, für die Vorschläge. Das große Publikum findet ein Vergnugen an dem Streit, und harret mit großem Appetit auf fernere Artikel. Uebrigens verlautet, daß die Betroffenen sich verabredet hätten, keine Einwendungen mehr zu machen, damit durch ihren Widerspruch nicht neue Artikel gegen sie an die Oeffentlichkeit gerufen werden. Der Hr. A hingegen hat versprochen, auf das A auch das B folgen zu lassen, und hofft, daß es am Ende ein ganzes „Abels-Alphabet" werde. Jedenfalls steht fest, daß wenn der Adel, wie er jetzt ist, seinen besseren Vertheidiger findet, als den „Hrn. von Pysslen", wie ihn Hr. A heißt, dessen Sache in schlechte Hände geraten ist. Hr. A sagt ihm in seinem ergötzlichen Artikel, er sie offenbar ein Abkömmling des Hofmarschalls in Schiller's Kabale und Liebe und andere Hofschriften mehr.

München, 27. Juli. Wir haben seiner Zeit des öfteren Gelegenheit gehabt auf die vielen und großen Verdienste Sr. Durchlaucht des Generallieutenants und Kommandirenden in der Pfalz, Fürsten von Thurn und Taxis aufmerksam zu machen, der sich vorzüglich der Wehrverfassung und dauernde Begrundung der Ruhe und Ordnung in der Pfalz erworben hat. Es freut uns, berichten zu können, daß die Anerkennung dieser großen Verdienste nun auch, wie wir aus dem Amts- und Intelligenzblatte der Pfalz ersehen, von Sr. Maj. dem Konige ausgegangen ist, und wir unter dem 19. Juni dem Hrn. Generallieutenant se. sie seine bewiesene Treue, Hingebung und bewahrte Umsicht bei Erfullung der ihm gewordenen Aufgabe die besondere Allerhochste Zufriedenheit und Anerkennung zu erkennen gegeben wird. (A. M. Z.)

Augsburg, 26. Juli. Gestern ist nun auch der königl. Revisor Titus von Bamberg, welcher sich freiwillig stellte, aus der Frohnveste entlassen worden. Aus gleiche baldige Erlosung hoffen noch der praktische Arzt, Doktor Heinkelmann von Bamberg, und der frühere Redakteur des „freien Staatsbürgers" Lang von Nürnberg. (A. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Rendsburg, 24. Juli. Der bayerische Lieutenant von Bonneville ist als Premier-Lieutenant bei der Cavallerie angestellt. (H. N.)

Aus dem Norden Schleswig, 24. Juli, Vormittags hatte 11 Uhr. Seit gestern Abend liegen 11 britische Linienschiffe und Fregatten nördlich von der Mündung der Schlei, unweit von Dätteball oder Falsbeest.

Gefecht bei Hellingbeck und Idstedt am 24. Juli.

Schleswig, 24. Juli. Die Ruhe der Stadt ward soeben 8¼ Uhr durch einige Kanonenschüsse unterbrochen, welche die Truppen zusammenriefen. Die Dänen sind von Wanderup — auf der Linie von Flensburg nach Husum — her im Anmarsch. Mit dem Gesange „Schleswig-Holstein" ziehen die Unsrigen vorwarts. Eine mündliche Nachricht bringt diese Mittheilung. Da die Dänen auf der Chaussee ihre Vorposten bis nach Husum hinab sollten vorgeschoben haben, ist ungewiß. Man spricht davon, daß man sich dort auch schlage. Das 4. Jagerkorps und das 8. Bataillon sollen im Gefecht sein. Alle Bewegungen deuten darauf hin, daß man sich für den Kampf schon für den Tag vorher, ein allgemeiner Kampf vorbereitet werde. In Hamburg lief die Nachricht um, daß die Dänen von drei Seiten angegriffen hatten, namentlich auch von Husum. Man schlägt ihre Zahl auf 14,000 Mann an. Bei Schleswig sollten 2 Kriegsdampfschiffe und 3 Kanonenboote liegen. (N. fr. Pr.)

Schleswig, 24 Juli. Mittags 2 Uhr. Die Dänen sollen mit nur 15,000 Mann das Gros der holsteinischen Armee angegriffen haben und durch geschickte Artillerie-Manoeuvres und Bayonett-Angriffe bis jetzt noch siegreich verdrangen. Die Holsteiner wünschen sehnlich eine kurze Stendung zu besiegen, und man erwartet eine blutige Schlacht. Die in der holsteinischen Armee angestellten Aerzte erweisen sich großen Theils als untauglich, viele von ihnen sind Barbiere.

Schleswig, 24. Juli. Heute Morgen 6 Uhr hat der Kampf seinen Anfang genommen. Die Dänen haben von 2 Seiten den linken Flugel angegriffen; jedenfalls eine nicht ganz schlechte Operation, da derselbe gerade der schwächste ist und keinen festen Stützpunkt wie das Centrum bei Idstadt und der rechte Flugel bei Wedelsburg hat. Daß eine Gerne vorkam kam längs der Chaussee von Nordwesten und hatte sich bei Poppholz concentrirt, von wo aus es über Stenderup und Jerebeck vordrang und mehrere Brücken über den Helligbeckfluß geschlagen hatte und bis da Stelbeck vordrang; hier kam es zu einem mehrstündigen Kampf, welcher bis gegen Mittag währte a. welcher meistens durch Infanterie von beiden Seiten geführt wurde. Alsdann stellten die Dänen mehrere Bataillone neuer Truppen ins Feuer und es gelang ihnen, die Jubet vorzudringen; doch hier wurden sie von 2 Bataillonen mit 2 Feldbatterien, die inzwischen vorgerückt waren, empfangen; hie und rne Zipfündige Batterie, warf mit entsetzlicherer Wirksamkeit Shrapnells, welche große Verheerungen bei den Dänen anrichteten und sie zum Ruckzuge zwangen. Die Unsrigen avanirten und warfen den Feind bis über die Brucken der Helligbeck zurück und behaupteten die Position bei Stelbeck und Stenderup. Hier gegen sich die Dänen zurück und das Gefecht war um 5 Uhr Nachmittags beendigt. Zur selben Zeit griffen jedoch die Dänen, die über Bredstedt sich nach dem Westen bis gegen Husum hingezogen hatten, bei Eggenbeck und weiter in Westen bei Silberstedt mit 3 Bataillonen an. Hier fand das 1. Jagerkorps, welches sich gegen diese liberlegenheit langere Zeit hielt, doch auch jeder weichen mußte, worauf die Danen uber die Treene gingen, Sollerup besetzten und spater auch Silbroe und Hurup nahmen. Diese Punkte liegen nur etwa ½ à ¾ Meilen vom Hauptquartier Falkenburg entfernt. Um 12 Uhr Mittags rückte General von Willisen selbst mit einem Corps aus dem Hauptquartier[illegible]-zieser Richtung vor und warf die Danen gleichfalls zurück, besetzte Silbroe, welcher Punkt befestigt worde. An beiden Stellen ist der Kampf jetzt heftig festgeführt worden, eine Verbindung dieser beiden Corps gelang den Dänen nicht zu Stande zu bringen. Sie hatten auf beiden Stellen angefahr 8 Bataillone im Kampf, 4 Schwadronen Kavallerie und 8 Batterien; ihre Artillerie kam erst nicht ins Gefecht, während die unsrige Vorzügliches leistete; dagegen haben ihre Jager sich sehr gut gehalten. — Der Verlust auf beiden Seiten ist nicht unbeträchlich. Man gibt deuse den auf unserer Seite auf 150 Mann an, doch verhältnißmäßig wenig Todte. Unter den Verwundeten befinden sich die Hauptleute im 1. Bataillon Butow und Olsen. Morgen mit Tagesanbruch erwartet man eine große Schlacht, wenn nicht gar das Haupttreffen, auch heißt es bestimmt, daß nunmehr von Seiten des Generals v. Willisen die Offensive ergriffen werd werden. Schleswig, 24. Juli. 11½ Uhr Nachts. Das Gefecht zwischen Dänen und Holsteinern fand 1½ Meile von Schleswig im Poppholz und bei dem Gehöft Helleheck statt, und dauerte von 10 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends fast ohne Unterbrechung. Hauptsächlich war Artillerie im Kampf und hinsichtlich der Zahl der Truppenstarke waren die Holsteiner bedeutend im Vortheil. Bis 6 a. 1 Uhr fand das Gefecht. Da stürzten sich die Danen mit solcher Entschiedenheit auf den sunfmal starkeren Feind, daß das Schleswig-Holsteinische 3. Jagerkorps, das 1. aus 15. Bataillon Infanterie vom Poppholz verdrangt wurden und von den Danen mit Hurrah! und Siegesgeschrei bis ins Gehöft Helleheck verfolgt wurden. Artillerie brachte das Gefecht wieder zum Stehen. Bis gegen 9 Uhr dauerte die Kanonade, dennoch gewannen die Holsteiner, trotz ihrer Uebermacht, kein Terrain, auch war Infanterie mehrmal an einander; und dieselben Truppen stritt man sich gut wie tapfer; za. 150 Verwundete sind bis jetzt nach Schleswig gebracht. Von den Danen hat man bis jetzt nur wenige Verwundete gefangen; einer davon, ein Kopenhagener, wehrte sich, schwer durch eine Kugel am Fuße verwundet, noch lange gegen die auf ihn eindringenden Holsteiner, jeden Pardon verschmähend; auch in Schleswig behauptete er, trotz seiner schweren schmerzhaften Wunde, seine stolze stattere Haltung. Morgen erwartet man dicht vor Schleswig eine blutige Schlacht.

Die Schlacht bei Schleswig am 25. Juli.

Augsburg, 28. Juli. „Am 25. Schlacht nächst Stadt Schleswig, Holsteiner retirirten nach Schlerstedt, 1 Meile nördlich vom Eiderstaß. Stadt Schleswig von den Danen 8 Uhr Abends genommen. Ecksernforer Besatzung entwaffnet. Kampf anfangs günstig für die Holsteiner, 2½ Uhr Nachmittags Gleichgewicht. Willisen commandirt das Centrum, Tann die Linien (rechten?), Horst linken Flugel." (Schleswig liegt nördlich von Rendsburg, in der Richtung gegen Kiel.)"

(A. Z.)

Berlin, 26. Juli, 2 Uhr 20 Minuten. Gestern griffen die Danen um 3 Uhr Morgens die ganze Linie der schleswig-holsteinischen Truppen mit großer Uebermacht an, und verdrängten sie Nachmittags aus den Positionen bei Idstedt. Die schleswig-holsteinische Armee steht südlich von Schleswig, welches die Danen 8½ Uhr besetzt haben. Willisen Hauptquartier ist Flensburg. Der Verlust auf beiden Seiten ist groß. Die machten 300 Gefangene. Die Armee schlug sich gut, der Geist ist ungeschwächt. Es fehlt an Offizieren und Unteroffizieren. (A. P.-V.-Z.)

Vom Schleswiger Postamt, Mittags 12 Uhr. Ein furchtbarer Kampf besteht seit heute Morgen, um 3 Uhr begann die Kanonade und dauert jetzt noch wenigstens auf dem linken Flugel in der Gegend von Jurschau fort. Viele von den Schleswig-Holsteinern sind leider gefallen

und verwundet, doch viel mehr Dänen, namentlich liegt das Moor in der Gegend von Lundsbek voll Dänen ganz voll, daselbst ist auch viele dänische Cavallerie festgerathen. Jetzt (12 Uhr Mittags) wird der Dane verfolgt, indem er ebea sämmtliche Bagage des Generalcommando's wieder nordwärts ruft, welche heute Morgen hier eingebracht wurde. An dänischen Gefangenen sind jetzt gegen 300 hier eingebracht, noch sollen viele andere von den Unsrigen in der ersten Zeit zur namentlich Verwundete gefangen worden sein. Der General Willisen commandirt das Centrum, v. d. Tann den linken und v. d. Horst den rechten Flügel. Nachschrift. v. d. Tann soll den rechten Flügel der Dänen durchbrochen haben. Der Dane kommt alle Dörfer wieder, die er verlassen muß, Istedt, Hellgbek ꝛc.

Altona, 25. Juli. Den neuesten Nachrichten aus Schleswig von heute Mittag zufolge war der Kanonendonner zwischen 8 und 9 Uhr mehr in die Ferne gerückt. Dem Vernehmen nach ist das 5., 6., 7., 9., 10. und 12. Infant.-Bataillon nebst dem 8. und 4. Jägerbataillon gegen eine überlegene Feindesmacht im Feuer gewesen. Um 10½ Uhr entspann sich auch ein hitziges Gefecht auf unserem linken Flügel, hier soll v. d. Tann mit seiner Kavallerie die Offensive ergriffen haben, worauf der Dänen Corps hinteren und ein sehr heftiges Pelotonfeuer eröffnten. Unsere Kavallerie deployirte sich hierauf und demaskirte die hinter ihr postirte Artillerie, welche ein verderbliches Kartatschenfeuer in die dichten Massen des Feindes richtete, dessen Verlust sehr bedeutend sein soll. Nähreres steht zu erwarten. Mehrere hundert Leichenwagen sind bereits eingetroffen.

(H. C.)

Kiel, 26. Juli. Morgens 6 Uhr. Nachdem gestern Abend zuerst verworrene Berichte über den fernern Verlauf der gestrigen Schlacht hier eingetroffen, stellt sich folgendes heraus: General Wichsen hat sich auf Flecksbye zurückgezogen. Das Centrum der Armee steht um ihn, der rechte Flügel unter Tann noch jenseits Missunde und der Schlei. Angenzeugen, die vor circa vier Stunden die Armee verlassen haben, versichern, daß bereits der Muth und die Kampflust unserer Armee ungebrochen ist. Alles ist von dem Vorwärtsgehen gestimmt, seine Pflicht gethan zu haben, und daß nur die Uebermacht sie diesmal zurückgedrungen habe. Manche Verwundete und Todte unserer Braven brachten das Schlachtfeld, aber, wie es sich bald zeigen wird, sind sie nur in tapferer Gegenwehr gefallen, die dem Feinde mehr Menschenopfer kostete, als wir selbst haben. Wir haben an Kriegsmaterial nur eine einzige Kanone verloren, haben dagegen zwei dänische Kanonen, wenn nicht mehr, genommen. An Gefangenen sind circa 400 nach Rendsburg gebracht, unter diesen ein dänischer Oberstlieutenant und ein Schwedischer Major. — Von der Tann, Gerhard, ja selbst Willisen sollen dem Vernehmen nach leicht verwundet sein. — Ein dänischer Offizier Baggesen, ein Verwandter des Obersten, ist gefangen, so wie 400—500 Dänen.

(Nordt. fr. Pr.)

Von einem dänischen Correspondenten wird uns folgende Mittheilung eingesandt: Berlin, 26. Juli. Heute Nachmittag um 3 Uhr wurde durch telegraphische Depesche hier bekannt, daß die schleswig-holsteinische Armee von den Daaen total geschlagen sei und sich nach Rendsburg zurückgezogen habe. Gang Schleswig ist in diesen Augenblick von den Daaen besetzt und sie schicken sucht alle Luft zu haben, die Eider zu überschreiten. Doch wird, nach Versauten, erst eine Proklamation an die europäischen, namentlich deutschen Staaten erlassen werden. Schon heute Morgen kam eine telegraphische Depesche an, nach welcher das dänische Centrum anfangs zurückgedrängt sein sollte; dies scheint aber nur eine momentane Bewegung gewesen zu sein, um den Hauptangriff folgen zu lassen. Die Schlacht dauerte Donnerstag von früh Morgens zwölf ganze Stunden und verbreitete sich über ein großes Terrain, wahrend das Hauptreffen sich zwischen Schleswig und der Schlei gewesen sein muß. Heute Morgen um 5—6000 Todten und Verwundeten auf beiden Seiten. Die dänische Hauptstärke steht jetzt in Schleswig u. Eckernförde.

(K. Z.)

Rendsburg, 26. Juli. Die Holsteiner haben in der Gegend von Sehstedt mit 26,000 Mann wieder eine concentrirte Stellung eingenommen. Von v. d. Tann nichts Näheres. (K. Z.)

Letzte Nachrichten.

Altona, 26. Juli, 1¼ Uhr Nachmittags. Der Nachzug unseres Centrums ist nicht in Folge einer Niederlage, sondern deßhalb erfolgt, weil die Dänen mit einer Ueberflügelung durch ihre Uebermacht gedroht hatten. Die Unsrigen sind mit ihrem ganzen Corps durch Schleswig marschirt. Eckernförde ist von den Unsrigen noch nicht geräumt.

Schleswig-Holstein, 26. Juli. Die rückgängige Bewegung ist in der größten Ordnung ausgeführt worden, die Stimmung der Truppen eine vortreffliche, ihre Kampflust nur noch gesteigert. Daß v. Tann mit dem rechten Flügel noch jenseits die Schlei stande, ist unbegründet. Unsere Armee hat sich 25,000 Mann Kerntruppen stark concentrirt, die Brücke über die Schlei bei Missunde ist abgebrochen, der dieselbige Brückenkopf von unserer Artillerie besetzt. Meiner Ansicht nach ist unsere Linie östlich von Missunde bis westlich nach Kropp. Eckernförde ist vom 4den Jägerkorps besetzt, Lasso nicht in den Händen der Dänen), das Hauptquartier des Generals v. Wilisen ist in Groß-Wittensee, v. d. Tann befindet sich bei dem Obercommando der Armee. Die Stimmung der Truppen ist nicht von Niedergeschlagenheit, sondern Alles im Gegentheil von dem festen Muthe und der größten Zuversicht beseelt.

Frankfurt, 24. Juli. Die Eröffnung des engern Rathes ist formeller Beweis, daß wegen um einige Tage verschoben worden, wird aber jetzt um so sicherer stattfinden, als Oesterreich — den neuesten Nachrichten zufolge — den Entschluß gefaßt hat, allen weitern Zögerungen dadurch zuvorzukommen, daß es, gleichwie vor zwei Monaten das Plenum, so nunmehr den engern Rath, oder die eigentliche Bundesversammlung, frisch Prasisialrechts unmittelbar einberuft. Hierzu ist es nach Art. 5 der Bundesakte berechtigt, und in Anseyung des bisherigen Gangs der Dinge auch ohne Widerrede verpflichtet; denn länger konnte und durfte die Entscheidung über den Gang, den Deutschlands Gesammtangelegenheiten nun nun zu nehmen haben, nicht mehr ausgesetzt werden. Durch den engern Rath erhalten wir aber nicht nur eine berathende und vorbereitende, sondern — was die Durchführung des bestehenden Bundesrechts betrifft — auch eine Exekutivbehörde, und nicht wäre es möglich gewesen, daß badischen Truppen nach Preußen abzuführen, wenn der jetzt für die nächsten Tage bevorstehende Schritt schon vor einem Monat gethan worden wäre. Das dualistische Interim wird durch die Installirung des Bundesraths sofort thatsächlich sein Ende finden, und damit wird zugleich der einzige Grund, den Widerstand Preußens gegen die Einigung Deutschlands dadurch beseitigen zu wollen, daß man diesen Widerstand innerhalb der obersten Bundesbehörde formell legalisirt, zu Grabe getragen sein. Oesterreichs Präsidium ist, abgesehen von den Kaiserstaaten positivem, durch die Bundesakte garantirten Rechte, für Deutschland eine Bürgschaft seiner Einheit, soweit solche in einem Bunde wünschenswerth und erreichbar ist. Dieser Vorsitz muß darum ebenso heilig gehalten werden, als die Freiheit jedes einzelnen Bundesstaates, unbeschadet seiner Verpflichtungen gegen das Gesammtreich, oder wie es in unserer Zeit wohl richtig bezeichnet wurde gegen den Bundesrath, seine Sonderangelegenheiten selbstständig zu ordnen. Das Zusammenlegen der kleineren Staaten, insofern solche für sich noch keinen ganzen deutschen Stamm umfassen, zu größeren, auf Gleichberechtigung gebauten Gemeinwesen, wie der Anfang dazu bereits in Thüringen mit gutem Erfolg gemacht wurde, braucht darum als Ziel nicht aufgegeben zu werden, und kann unter Leitung der gesetzlichen Bundesbehörde, wie sie durch die Verträge von 1815 eingesetzt wurde, vielleicht eher zu Stande gebracht werden, als durch die Plenarversammlung, welche im Grunde nur aber gewisse Gegenstände abgethan kommen, nicht aber zu berathen und zu vollziehen das Recht hat. (N. Pr. Z.)

Kassel, 25. Juli. So eben, Abends 8½ Uhr, ist das Schwurgericht zu Ende. Das Verdikt der Geschwornen lautete einstimmig dahin, daß in der in...minirten Stelle keine Beleidigung der kurhessischen Regierung enthalten sei. Der Angeklagte (Oetker) wurde sofort freigesprochen u. verließ, von seinen Freunden begleitet, den Saal.

(K. Z.)

Wien, 23. Juli. Die Wagen für die k. k. fahrenden Postamter wurden mit viel Eleganz gebaut. Die Länge und Breite derselben ist mit den Waggons der k. k. Staatsbahnen ganz gleich. Im Innern sind sie in drei Räume getheilt, wovon einer, der Expackraum, mit hängenden Fächerabtheilungen versehen ist, und der zweite einen geruchlosen Abort und einen Heizapparat enthält. Der dritte, zur Manipulation bestimmte Raum wird „Postamt" genannt, ist mit eleganten Schreibsesseln, Fächerkasten mit Platten von feinpolirten Holze, dann einem Divan versehen, dessen unterer Theil einen Schubladen bildet. Die Seitenwände des Postamtes sind mit feinem dunkelgrünen, die Decken mit weißlichem Tuche überzogen. Sechs mit grünseidenen Vorhangen versehene Fenster vom leichten Glanzlafe geben bei Tage, zwei Lampen bei Nachtzeit das nöthige Licht. Der Fußboden des Wagens ist doppelt, der Zwischenraum ist mit Packleinwand ausgefüllt, um das Durchringen der Kälte zu hindern. Von Außen ist in der Mitte des Wagens auf beiden Seiten der k. k. Doppeladler von vergoldeten Metall mit den Worten „k. k. Postamt" an der Eingangsthür zum Gepäckraum aber ein Posthorn mit den Worten „Postamts-Conducteur" angebracht. Auf der Thure des Postamtes liest man die Worte „Brief-Aufgabe," unter demselben ist eine schwarz lackirte Tafel mit einem gedrehten Messingbeschlage zur Einsteckung der Coute Vormittags, 10 Uhr, fand die feierliche Verwahlung des F.-Z.-M. und Banus Freih. v. Jellachich in der Schloßkapelle zu Napagedl statt. Es hatten sich dabei viele Generäle und Stabsoffiziere, sowie der benachbarte Adel sehr zahlreich eingefunden. Die Schönheit und Liebenswürdigkeit der jungen Braut erregte allgemeine Bewunderung. Die regierende Fürstin von Thurn und Taris, sowie die Herzogin von Würtemberg wohnten der Trauung in der Kirche bei.

Berlin, 24. Juli. Dem provisorischen Fürstenkollegium ist in seiner gestrigen (13.) Sitzung die fernere Note mitgetheilt worden, welche der königl. preuß. Minister der auswärtigen Angelegenheiten, bezüglich der Verhandlungen über das Definitivum des deutschen Bundes, unter dem 17. d. M. an den k. preuß. Gesandten in Wien hat ergehen lassen. Diese Note lautet: „Aus dem gehörten Berichte, welchen Ew. ꝛc. unter dem 9. d. M. an mich gerichtet haben, habe ich die vorläufigen Aeußerungen des k. k. Ministerpräsidenten über diejenige Eröffnung ersehen, welche die königl. Regierung sich vermittelst des Erlasses an Ew. ꝛc. vom 2. d. M. dem k. k. Kabinet, nachdem die vertraulichen Besprechungen über das Interim haben abgebrochen werden müssen, zu machen veranlaßt gefunden hat. Wir werden indeß jedenfalls noch eine schriftliche und offizielle Erwiderung erwarten müssen; dringend aber müssen wir wünschen, daß dieselbe möglichst bald ertheilt werde, da wir es durchaus nicht angemessen finden können, unsere Verathschlagungen auf's Ungewisse hin zu einem vielleicht fruchtlosen Verweilen in Frankfurt anzuweisen. Ew. ꝛc. wollen daher soviel möglich darauf hinwirken, daß der k. k. Ministerpräsident sich baldigst darüber erkläre, ob er die Verhandlungen über das Definitivum zu beginnen bereit sei und dazu die angedeutete Form ...hten wolle? Es ist nicht wohl

einzelnen, warum die letztere, die von dem Fürsten v. Schwarzenberg selbst für die Verhandlungen über das Zukünftige als ein geeignetes Auskunftsmittel bezeichnet worden, nicht auch für die Beschwerden über das Definitivum angenommen sein sollte. Wir glauben in der Annahme dieser Form ein Entgegenkommen gezeigt zu haben, welches am Besten beweist, wie sehr es uns mit der Sache selbst Ernst ist; und wir sind darnach berechtigt, zu erwarten, daß die übrigen Regierungen mit gleichem Ernst auf die Sache eingehen und der erlebten endlichen Regelung der deutschen Verhältnisse nicht neue Schwierigkeiten und Zögerungen in den Weg legen werden. Der Vorwurf, daß unsere Vorschläge inhaltsleer wären und nichts Neues darboten, kann wohl nur auf einem Mißverständnisse beruhen. Es ist aber gar nicht unsere Absicht gewesen, neue Vorschläge zu machen, vielmehr unsere Bereitwilligkeit zu erklären, solche entgegenzunehmen. Wenn wir, nach so manchen fruchtlosen Versuchen, noch immer diese Bereitwilligkeit in der Sache festhalten und für die Form zugleich die von dem k. k. Minisperäsidenten selbst angedeuteten Ideen aufnehmen, so kann uns wohl nicht der Vorwurf treffen, daß wir durch hartnäckiges Verharren auf unserem Standpunkt die Verhandlung unmöglich machten. Ew. w. wollen dies dem Fürsten v. Schwarzenberg gegenüber auf das Entschiedenste hervorheben." — Sodann kam zur Anzeige, daß das in der Sitzung des Fünfzehnerlegiums vom 5. d. M. mitgetheilte Schreiben der k. preuß. Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den Vorsitzenden des Collegiums vom 4. d. M. Veranlassung zu dem folgenden Notewechsel zwischen dem k. k. österr. Gesandte in Berlin und dem königl. preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten geworden ist: „Der Staatserlaß vom 11. d. enthält ein Schreiben Sr. Excellenz an Hrrn. v. Sydow, worin gesagt wird, daß die Versuche, welche die nach Frankfurt entsendeten Bevollmächtigten der königl. preußischen Regierung und ihrer Verbündeten gemacht haben, „den kaiserl. österreichischen Bevollmächtigten und die Vertreter der übrigen Regierungen zu einer Berathung in freien Conferenzen zu bewegen," vergeblich gewesen sind, und worin weiter einer „damals vorbehaltenen Einholung näherer Instruktionen von Wien" erwähnt wird. Der kaiserl. Präsidialgesandte, Graf Thun, hebt in einem Dienstschreiben an mich vom 15. diese beiden Sätze als irrige hervor, an deren Berechtigung ihm liegen muß, da sie in offiziellen Dokumenten sich befinden. Er sagt, daß bei der von den königlichen Bevollmächtigten wohlerklärten Unthunlichkeit, neben und außer der am 16. Mai konstituirt erklärten Plenarversammlung freie Conferenzen zuzulassen, dieselben sich am 6. Juni, dem Tage, wo diese erste und bisher auch letzte vertrauliche Communikation gemacht wurde, darauf beschränken, anzuhören, was der kaiserliche Präsidialgesandte sie in die Versammlung aufnehmen wurde, wenn sie, ihren Instruktionen zufolge, gleich beim Eintritte einen formlichen Protest gegen das Präsidialrecht und den Charakter der Versammlung zu Protokoll gaben? eine Absicht, die nicht andere, als mit einem bestimmten Nein, beantwortet werden konnte. Ein Vorschlag, neben und außer der Plenarversammlung in freien Conferenzen sich zu bewegen, ist aber weder dem kaiserl. Präsidialgesandten, noch irgend einem seiner Collegen gemacht worden. Ferner protestirt Graf Thun, bestimmt und entschieden gegen die Angabe, daß er sich jemals vorbehalten habe, nähere Instruktion von Wien einzuholen, indem in dem gegebenen Falle eine solche gar nicht benöthigt war. Die Eröffnung der Plenarversammlung am 26. April und die Constituirung derselben am 16. Mai waren regelnde Thatsachen, die dem kais. Präsidialgesandten gar nicht erlaubten, nur vorläufig und vorbehaltlich eine Weigerung aufzuforchen, sondern die ihm eine bestimmte und definitive vorzeichneten. Es konnte sich seinerseits nur um einen Bericht an die kais. Regierung über das Vorgefallene, nicht aber um eine Instruktionseinholung handeln, was derselbe dem Hrn. G.-L. v. Peucker auch in einer Unterredung in den letzten Tagen der Juni auseinandersetzte, da dieser eine Anzeige der Antwort aus Wien zu erwarten schien, was nur Folge einer irrthümlichen Auffassung sein konnte, da von derselben keine Antwort zu erwarten war und der kais. Präsidialgesandte ebenso bestimmt gewesen wäre, auf den zweifelsohne gemachten Bericht der kön. Bevollmächtigten eine Antwort aus Berlin zu erwarten. Auch that, in richtiger Auffassung, Graf Thun dem Hrn. v. Peucker, als dieser in Frankfurt in Wien, wo die Eingangs erwähnte Stelle sonst faß wörtlich aufgenommen ist, weder einer vorläufigen Weigerung, noch einer damals vorbehaltenen Einholung näherer Instructionen Erwähnung. Indem ich die Ehre habe, Ew. Excellenz diese Benachrichtigung zur Kenntniß zu bringen, benutze ich rc. Berlin, den 20. Juli 1850. (gez.) Prokesch-Osten. — Sr. Excellenz Hrn. Freiherrn v. Schleinitz, k. preuß. Minister der auswärtigen Angelegenheiten."

Elbing, 20. Juli. Gestern wurde in der Wohnung eines Lithographen eine Falschmünzer-Werkstatt entdeckt. Ein dem Arbeiter nach anwesendes Frauenzimmer hatte in einem Laden ein Mark Papier gekauft und erregte durch ihr unruhiges Benehmen während des Wechselns eines Fünfundzwanzigthalerscheines das Mißtrauen der Verkäuferin. Der Vorsteher des Bankcomptoirs konnte im Augenblick der Scheu nur vermöge der Lage der Papiere als falsch erkennen, erst nach der allergenauesten Besichtigung war es möglich, auch noch andere Zeichen der Unächtheit zu entdecken. Die zur Anfertigung des falschen Geldes gebrauchten Steine wurden von der Polizei vorgefunden. (Preuß. Z.)

Bromberg, 21. Juli. Nachdem bekanntlich schon durch Verordnung vom 4. März d. J. die preußische Militärgesetzgebung eingeführt wurde, ist jetzt verfügt, daß das Gericht der preußischen 7. Division, ohne daß es einer Theilnahme der Verabung'schen Truppen an seiner Besetzung bedürfte, die kriegsrechtlichen Untersuchungen gegen Angehörige dieser Truppen zu führen hat, nur behält sich der Herzog die Bestätigung der Erkenntnisse vor. Die Vollstreckung der erkannten Festungsstrafe erfolgt in preußischen Festungen. Eine weitere Verordnung setzt an die Stelle der aufgehobenen körperlichen Züchtigung eine verhältnißmäßige Freiheitsstrafe.

Schweiz.

Bern, 24. Juli. Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement hat mit Bezugnahme auf frühere Kreisschreiben den Kantonen Weisungen gegeben in Betreff der Gewährung des Asylrechts an solche Fremde, welche nicht zu Denjenigen gehören, für welche unter die Ausnahmen des Bundesvertrags stehen. Dieselben werden in 7 Klassen getheilt. Den Kantonen wird nicht geboten, ihnen Aufenthalt zu gewähren, allein verboten sei es nicht, dieß zu thun. Bei diesem Anlasse erfahrt man, daß noch etwa 1000 von dem Bunde bewilligte und zum Theil verpflegte Flüchtlinge sich in der Schweiz befinden. Der Berner Regierungsrath hat beschlossen, denjenigen oft nur angeblichen Flüchtlingen und Verfolgten, denen der Land das Asyl nicht gewahre, dieses ebenfalls zu verweigern. Die Polizeidirektion hat zugleich den Auftrag erhalten, in Betreff der politischen Niederwachung der Flüchtlinge einen Telerichtsspruch vorzulegen, damit jeder Mißbrauch des Asylrechts vermieden werde. Der Kanton Tessin hat bekanntlich schon durch Verordnung vom 4. März d. J. die preußische Militärgesetzgebung eingeführt wurde, ist jetzt verfügt, daß das Gericht der preußischen 7. Division, ohne daß es einer Theilnahme der Verabung'schen Truppen an seiner Besetzung bedürfte, die kriegsrechtlichen Untersuchungen gegen Angehörige dieser Truppen zu führen hat, nur behält sich der Herzog die Bestätigung der Erkenntnisse vor. Die Vollstreckung der erkannten Festungsstrafe erfolgt in preußischen Festungen. Eine weitere Verordnung setzt an die Stelle der aufgehobenen körperlichen Züchtigung eine verhältnißmäßige Freiheitsstrafe.

Schweiz.

Bern, 24. Juli. Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement hat mit Bezugnahme auf frühere Kreisschreiben den Kantonen Weisungen gegeben in Betreff der Gewährung des Asylrechts an solche Fremde, welche nicht zu Denjenigen gehören, für welche unter die Ausnahmen des Bundesvertrags stehen. Dieselben werden in 7 Klassen getheilt. Den Kantonen wird nicht geboten, ihnen Aufenthalt zu gewähren, allein verboten sei es nicht, dieß zu thun. Bei diesem Anlasse erfahrt man, daß noch etwa 1000 von dem Bunde bewilligte und zum Theil verpflegte Flüchtlinge sich in der Schweiz befinden. Der Berner Regierungsrath hat beschlossen, denjenigen oft nur angeblichen Flüchtlingen und Verfolgten, denen der Land das Asyl nicht gewahre, dieses ebenfalls zu verweigern. Die Polizeidirektion hat zugleich den Auftrag erhalten, in Betreff der politischen Niederwachung der Flüchtlinge einen Telerichtsspruch vorzulegen, damit jeder Mißbrauch des Asylrechts vermieden werde. Der Kanton Tessin hat bekanntlich schon durch Verordnung vom 4. März d. J. die preußische Militärgesetzgebung eingeführt wurde, ist jetzt verfügt, daß das Gericht der preußischen 7. Division, ohne daß es einer Theilnahme der Verabung'schen Truppen an seiner Besetzung bedürfte, die kriegsrechtlichen Untersuchungen gegen Angehörige dieser Truppen zu führen hat, nur behält sich der Herzog die Bestätigung der Erkenntnisse vor. Die Vollstreckung der erkannten Festungsstrafe erfolgt in preußischen Festungen. Eine weitere Verordnung setzt an die Stelle der aufgehobenen körperlichen Züchtigung eine verhältnißmäßige Freiheitsstrafe.

Schweiz.

Bern, 24. Juli. Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement hat mit Bezugnahme auf frühere Kreisschreiben den Kantonen Weisungen gegeben in Betreff der Gewährung des Asylrechts an solche Fremde, welche nicht zu Denjenigen gehören, für welche unter die Ausnahmen des Bundesvertrags stehen. Dieselben werden in 7 Klassen getheilt. Den Kantonen wird nicht geboten, ihnen Aufenthalt zu gewähren, allein verboten sei es nicht, dieß zu thun. Bei diesem Anlasse erfahrt man, daß noch etwa 1000 von dem Bunde bewilligte und zum Theil verpflegte Flüchtlinge sich in der Schweiz befinden. Der Berner Regierungsrath hat beschlossen, denjenigen oft nur angeblichen Flüchtlingen und Verfolgten, denen der Land das Asyl nicht gewahre, dieses ebenfalls zu verweigern. Die Polizeidirektion hat zugleich den Auftrag erhalten, in Betreff der politischen Niederwachung der Flüchtlinge einen Telerichtsspruch vorzulegen, damit jeder Mißbrauch des Asylrechts vermieden werde.

Druck von Joseph Stoib in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 8 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlig für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schottehof 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Einl- und Stetter frei.

Nr. 181. Würzburg, Dinstag den 30. Juli. **1850.**

Oesterreich und Preußen.

Die preußischen Journalisten suchen die Ansicht zu verbreiten, daß die österreichische Staatsregierung sich nur von einigen Bevollmächtigten kleinerer Staaten in Frankfurt zu der Theorie der noch rechtlich bestehenden Bundesversammlung habe verleiten lassen. Wenn dann angenommen sein soll, die österreichische Staatsregierung werde weniger entschieden nach dieser Ansicht handeln und daß sie sich der Consequenzen weniger bewußt sei, so ist dieß eine von den Unwahrheiten und Entstellungen, die man von jener Seite her längst gewohnt ist. Auch wer keine Gelegenheit hat, die Ansicht der österreichischen Ministerium aus persönlicher Mittheilung zu vernehmen, sollte doch soviel psychologische Beurtheilungsgabe haben, um zu wissen, daß Fürst Schwarzenberg nicht der Mann ist, der sich bei dieser wichtigsten Lebensfrage sonstlieren läßt. Die österreichischen Staatsschriften allein geben den besten Beweis, wie klar man die Sache durchschaut, und wie unerschütterlich fest man in seiner Ueberzeugung ist. Es kann verschieret werden, daß keine der bundesgetreuen Regierungen das Prinzip des Bundesrechts schaefer festhält, als eben die österreichische; und wenn auch anzunehmen ist, daß der preußen Zugeständnisse sämmtlicher übrigen verbündeten Regierungen ebenfalls fest auf diesem Standpunkte stehen, so mochte es doch eben die österreichische Regierung gewesen sein, welche die gestige zuversicht von Anfang an habe übernommen hat. Weit entfernt, von Frankfurt aus influenziren zu sin, hat Oesterreich meinmehr durch die Klarheit und Festigkeit, womit es den Rechtsboden in allen seinen Consequenzen überall festhielt, einen überzeugenden und ermuthigenden Einfluß auf manche andere Kabinete gehabt. Man braucht sich indessen über die Selbsttäuschungen und Irrthümer der preußischen Journalisten nicht zu verwundern, wenn man sieht, wie die preußischen Staatsmanner sich in noch höherem Grade solchen Mangel an Beurtheilungsgetrait an den Tag legen, selbst in ihren offiziellen Erklärungen. Ein auffallendes Beispiel davon gibt das Schreiben an die Hand, welches Herr von Schleinig an den Grafen Bernstorff gerichtet und dem provisorischen Fürstencollegium am 16. Juli mitgetheilt hat. Es wird darin gesagt, daß die preußischen Bevollmachtigten in Frankfurt den Grafen von Thun vorgebeten zu freien Conferenzen zu bewegen gesucht hatten, worin derselbe die Aufnahme der preußischen Bevollmachtigten und der übrigen Unionsklassen unter dem bekannten Vorbehalte, nicht bewilligt habe. Es werden hier zwei wesentlich verschiedene Begriffe auf die gewohnliche Weise verwechselt; ohne daß sie vorher als solche anerkannt, ist ihnen Uebrigens die Aufnahme verweigert, weil ein solcher Vorbehalt mit dem Caratter dieser Versammlung unvertraglich war; dagegen ist ein Antrag auf freie Conferenzen zwischen den verschiedenen Bevollmachtigten schon aus dem Grunde nicht zurückzuweisen, weil ein solcher Antrag von den preuß. Bevollmachtigten gar nicht gestellt worden ist. Das Verhältniß ist also gerade das umgekehrte. Die Unionsbevollmachtigten haben keineswegs auf unpraktische freie Conferenzen angetragen, sondern sie haben nicht mehr und nicht weniger als die Auflösung der Bundesversammlung und ein principielles Aufgeben des Rechtsstandpunktes verlangt. Unbegreiflich ist es, wie Hr. v. Schleinig diese Forderung als eine solche bezeichnen kann, welche nicht jede deutsche Regierung hatte thun können, ohne ihrem eigenen Standpunkt dadurch etwas zu vergeben. Es scheint, als wenn es den preußischen Staatsmannern ganz unmöglich ist, die Consequenzen irgend einer Standpunktes zu durchdenken, sowohl des ihrigen, als des der Gegner. Daß die Umwandlung der Bundesplenarversammlung in freie Conferenzen ein volliges Aufgeben des von Oesterreich und seinen Verbundeten bis dahin eingenommenen Standpunktes gewesen wäre, liegt doch wohl so klar auf der Hand, daß man wieder Diplomat noch Staatsmann zu sein braucht, um es einzusehen. Um Hrn. v. Schleinig dieses begreiflich zu machen, wollen wir einmal die Sache umdrehen und wollen annehmen, Oesterreich und seine Verbundeten hatten Unionsklassen nach Berlin, unter der Bedingung, daß der bereits constituirte Fürstenrath der Union sich auflosen und zu blos freien Conferenzen umgestaltet werden soll. Würden die unirten Staaten durch Einwilligung in dieses Verlangen ihrem bis jetzt eingenommenen Standpunkt nicht Alles vergeben? Würden sie nicht mit Recht erwidern, daß in diesem einen Antrag weit mehr enthalten sei, als der bloße Wunsch nach freien Conferenzen? daß die Tragweite desselben vielmehr auf Auflosung des Fürstenraths und der Union hinziele. Und wenn nun Oesterreich oder irgend ein Anderer antwortete, daß man nicht einmal den ersten billigen Schritt zur Versohnung, ein Erlassen auf freie Conferenzen von Seiten der Union habe thun wollen, wurde Preußen nicht mit Recht — od solcher plumpen und hypocritischen Verbrehungen — sich zu behwehren haben? Der Mangel an Abstractionskraft und an logischer Denkweise, der sich preußischerseits bei Bildung der „Union“ in allen Erklarungen und Deductionen ausspricht, ist in der That eine ebenso auffallende, wie betrubende Erscheinung. Wie wollen in diesem Augenblick gar nicht untersuchen, welchen der obige Standpunkt in der Sache selbst oder der des alten Bundestags; aber was man der Verhandlungen, die zu einem Ziele führen sollen, doch erwarten und fordern darf, das ist ein ehrliches Eingehen auf das System der Gegenparten, ein Verstandniß und eine logische Widerlegung ihrer Grunde. An dieser ersten Aufforderung hat es Preußen bis jetzt durchaus fehlen lassen. Ja noch mehr! es hat mehr einmal seinen eigenen Standpunkt streng festgehalten, sondern sich in eine solche Menge von Widersprüchen und Begriffsverwirrungen verwickelt, daß man gar keinen festen Grund hat, worauf eine folgerichtige Entgegnung anders konnte. Wir sind weit entfernt, diesen Mangel an Folgerechtigkeit und wahrhafter Verkennung der Sachlage, der sich so auffallend kund gibt, einer absichtlichkeit von Seiten preußischer Staatsmanner zuzuschreiben, vielmehr scheint es, als wenn sie ganz wirklich in gutem Glauben Dergleichen begingen, denn sonst wurden sie nicht so bereitwillig damit vor die Oeffentlichkeit treten. So z. B. ist es nicht denkbar, daß die preußischen Staatsmanner, des ganzen Widersinnes, der in der Aufrechthaltung eines juristischen Bundes ohne Verfassung, eines Vertrages ohne Bestimmung und Inhalt liegt, sich deutlich bewußt gewesen waren, denn sonst wurde die Furcht vor der Kritik der öffentlichen Meinung und der Geschichte, sie von einem solchen hoes d'oeuvres zurudgehalten haben. Wir glauben vielmehr auf eine gewisse Unfahigkeit schließen zu mussen, die sich allmalig geschichtlich im preußischen Staatsleben entwickelt hat, eben weil die Erscheinung zu naiv und zu constant auftritt, und weil, wie es scheint, in Preußen selbst nicht dagegen reagirt wird, Niemand es bemerkt, Niemand Anstoß daran nimmt. Aber wir suchten, daß eben in dieser Unbewußtheit die tieferer Schaden liegt, als in dem bewußten zuwiderhandeln gegen Recht, Logik und Wahrheit. Denn wer da weiß, daß er gegen diese Eigenschaften handelt, der besitzt sie noch; wer aber vorwahrenn in gutem Glauben sich dagegen versundigt, die ist bereits dexpossessirt und kann aller Rechte mehr verfugen. Daß bei so bewandten Umstanden ein Austausch der Meinungen mit der preußischen Diplomatie eine viel unerquicklichere und schwierigere Sache sin, wie mit jeder anderen, wird hiedt zugegeben werden mussen.

Deutschland.

München, 28. Juli. Allernacht wird das Anleben von 10 Millionen fur den Bau der Eisenbahnen eroffnet werden. Da daselbe nach dem betreffenden Gesetz al pari aufgenommen werden muß, so hat das Staatsministerium der Finanzen auch hier fur den Kursvereinigen Zinsfuß entschieden. Es ist bereits Anordnung getroffen der Obligationen beschaftigt. Es kann wohl nicht bezweifelt werden, daß wenigstens ein bedeutender Theil des Anlehens in kürzester Zeit gedeckt sein wird, so daß der Bau der Eisenbahnen, insbesondere der Bamberg-Aschaffenburger, von nun an rascher betrieben werden durfte.

München, 28. Juli. Nach den neuesten hier eingetroffenen Nachrichten aus Aachen haben seine Se Maj. der Konig die Badekur bortselbst verlangert und werden nach Ende derselben noch eine Inspektionsreise vornehmen, sohin schwerlich vor 14 Tagen zurückkehren.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Schleswig, 25. Juli. Heute Morgen gegen 3 Uhr hat die erwartete Schlacht mit einem Angriffe von danischer Seite auf den beiden Flugeln der Schleswig-holsteinischen Armee angefangen. Es gelang den Danen anfanglich nicht, weit vorzukommen; nach einiger Zeit aber gewannen sie mehr Boden auf dem linken Flugel, wo sie sich festzusetzen versuchten; sie wurden aber sehr bald durch einen muthigen Angriff der dort aufgestellten Jager und Infanterie ganzlich zurückgetrieben, so daß

den beiden Flügeln zwei oder drei Stunden gedauert hatte, griffen die Dänen das Centrum längs der Chaussee nach Rendsburg an, mit Infanterie, Cavallerie und Artillerie zugleich: die leichte, schleswig-holsteinische Infanterie zog sich hinter die Hauptposition bei Jstedt Krug zurück, und die anrückenden Dänen wurden von den Schanzen aus mit einem Hagel von Kanonenkugeln empfangen, welcher sie jedoch bald wankend, ja zurückspringen; die Hoffnung siegte wieder über, und zwar so lebhaft, daß die Dänen bald ganz nach Poppholz zurückweichen mußten. Zweimal geschah das nämliche Manöver, zweimal griffen die Dänen die Hauptposition am rechten Flügel und im Centrum von neuem an. Am linken Flügel dauerte nur noch das Tirailliren einer fort. Schon hatte dieser Kampf gegen acht Stunden gedauert und zwischen 10 und 11 Uhr schien es sicher, daß er nur einen glücklichen Ausgang werde haben können. Gerade in diesem Augenblick wurde man aber gewahr, daß der Däne alle seine Kräfte sammelte, um einen Hauptangriff gegen das Centrum und den rechten Flügel zu versuchen. Von der Anhöhe, wo ich stand, konnte man deutlich die ganze dänische Linie aus dem Poppholz heraus debouchiren und sich in voller Linie den Schleswig-Holsteinern gegenüber aufstellen sehen. Mehrere neue Batterien wurden von dänischer Seite aufgefahren und man konnte deutlich sehen, daß die Truppen, die schon im Gefechte gewesen waren, durch frische abgelöst wurden. Der kommandirende General Willisen ließ seine Reserveabtheilungen auch auffahren, die Cavallerie, die zum Theil noch gar nicht gebraucht war, wurde auch beobachtungsweise, um dem Feind zu begegnen, und gegen 11 Uhr begann ein furchtbarer Kanonendonner von beiden Seiten, welcher von den Schleswig-Holsteinern, obgleich die Geschütze ihrer Feinde größer und viel präciser waren, mit vieler Ausdauer drittehalb Stunden lang aufgehalten wurde. Einen solchen Beweise von Muth wurden gezeigt, die wirklich unerhört waren. Eine kleine Feldbatterie von 12-Pfündern sah mitten durch das feindliche Feuer, stellte sich in halber Distance auf und begrüßte die Dänen auf eine solche unangenehme Weise, daß sich auch kaum eine Zeit schnell aus dem Staube machen, um einer Cavallerieattake zu entgehen. Der große Muth der ganzen Armee half aber nichts gegen eine solche Uebermacht, wie die Dänen sie ins Feld brachten, es fehlte auch theilweise an Munition. Gegen 2 Uhr rückten die Dänen weiter vor, und da sich mich etwas zurückziehen mußte, konnte ich nicht mehr sehen was geschah. Kurz darauf aber sah man einzelne Soldaten der Chaussee nach Schleswig entlang laufend, und der Ausgang der dänischen Attake wurde klar. Den einzelnen Soldaten folgten bald größere Massen, und man hörte die traurige Nachricht, daß die Dänen das Centrum durchbrochen hätten. Unter solchen Umständen war wohl nichts anderes möglich, als ein Rückzug, der auch erfolgte. General Willisen gab die nöthigen Befehle, und die kleine brave Armee sah sich genöthigt das Schlachtfeld zu verlassen. General Willisen war unter der letzten, die dasselbe verließen. Der Rückzug geschah mit Ordnung und Ruhe. v. d. Tann deckte denselben mit mehreren Bataillonen; die Dänen aber schienen zu müde oder zu trage, ihren Vortheil zu vergrößern, denn sie verfolgten nicht. General Willisen ritt vom Schlag Vostorf gegen 5 Uhr weg; mit Bestimmtheit aber kann ich nicht sagen wohin das Hauptquartier verlegt wurde, denn einzelne Bataillone erhielten Befehl, auf den Feldern längs der Chaussee nach Eckernförde bei Fahrdorf zu biwouairen, andere aber wurden nach Rendsburg beordert. Die Schlacht bei Jstedt wird gewiß einen blutigen Rang in der Geschichte behaupten; von beiden Seiten waren die Verluste ungeheuer groß; die Dänen werden aber mehr gelitten haben, als die Schleswig-Holsteiner, sonst würden sie mit ihrer großen Uebermacht nicht auf dem Schlachtfelde stehen geblieben sein. Sie müssen nicht weniger wie 45 bis 50,000 Mann gehabt haben, der Ausfage der Gefangenen nach, die obngefähr 400 an der Zahl zurück nach Schleswig und dann nach Rendsburg geschickt wurden. Unter ihnen sollen auch Schweden und Norweger sein, in dänische Uniformen gekleidet. Zwanzig Offiziere sind auch darbei. Von dem Generalstab der schleswig-holsteinischen Armee ist dem Vernehmen nach kein Einziger verwundet. General Bauditsin ist ziemlich stark an der rechten Schulter verwundet. Von den andern Offizieren sollen sehr viele gefallen sein. Ein Bataillon Schützen hat nur zwei Offiziere am Leben und obngefähr 400 Mann. Andere Bataillone haben auch sehr gelitten. Von der Artillerie ist nur eine Kanone verloren gegangen. (Der Nachtrag gesteht hierzuweilen über Schleswig und Oesterwieh über Mißstunde. Die Dänen rückten gegen 9 oder 10 Uhr in Schleswig ein. Eckernförde soll aber ist schon aufgegeben, denn schon am Abend wurden die Kanonen abgefahren und die Schanzen abgetragen.

Schleswig-Holsteinische. Von den Offizieren der Infanterie, die gefallen sein sollen, werden uns vorläufig genannt: Major Brandhoff, Lieut. Halterstein, Watterndorf, Lieut. Häseler, Lümprecht u. Sander, der indeß nach andern Nachrichten schwer verwundet in die Hände der Dänen gefallen ist. Von den andern Offizieren sind nachstehende bezeichnet: Generalmajor Bauditsin (leicht), Major Lügow (leicht), Hauptl. Unruh, Boner, Curreil. Lieut. Schnobel, Hilliger, Duvben, Wiering, Jenner. — Die Infanterie hatte ihre Bagage im Gefechte abgelegt, um leichter zu kämpfen. Sie ist damit sämmtliche Bagage geretter, so daß man ersieht, mit welcher Ordnung der Rückzug vollführt ist. Aus Schleswig sind die Truppen eingezogen nach Süden ausgezogen. — Einer der schleswig-holsteinischen Batterien, die namentlich durch Shrapnets von einer günstigen Position aus unter den Dänen stark aufräumte, ist leider die Munition ausgegangen, weshalb den dänischen Truppen hat man Leute mit wunderlichem Anzuge, kurzen Hosen u. s. w. bemerkt.

Vorstehendem fügen die Hamb. Nachr. noch die nachfolgenden Mittheilungen hinzu: Eckernförde, 26. Juli, Vormittags 11 Uhr. Von Wesseln her, 2 Meilen von hier, sind wir. Sie befinden sich bereits in der unmittelbaren Nähe der Stadt und werden binnen kürzester Frist hier einrücken. Wir begeben uns naturlicher Weise sofort nach Süden auf die Flucht. — Ein dänischer Reisegehampter unterhaltete eben mit der Person, welche die britannische Interessen hier gelegt, die Preußen hat man Leute mit wunderlichem Anzuge, kurzen Hosen u. s. w. bemerkt.

Vorstehendem fügen die Hamb. Nachr. noch die nachfolgenden Mittheilungen hinzu: Eckernförde, 26. Juli, Vormittags 11 Uhr. Von Wesseln her, 2 Meilen von hier, sind wir. Sie befinden sich bereits in der unmittelbaren Nähe der Stadt und werden binnen kürzester Frist hier einrücken. Wir begeben uns naturlicher Weise sofort nach Süden auf die Flucht. — Ein dänischer Reisegehampter unterhaltete eben mit der Person, welche die britannische Interessen hier gelegt, die Preußen hat man Leute mit wunderlichem Anzuge, kurzen Hosen u. s. w. bemerkt.

Vorstehendem fügen die Hamb. Nachr. noch die nachfolgenden Mittheilungen hinzu: Eckernförde, 26. Juli, Vormittags 11 Uhr. Von Wesseln her, 2 Meilen von hier, sind wir. Sie befinden sich bereits in der unmittelbaren Nähe der Stadt und werden binnen kürzester Frist hier einrücken. Wir begeben uns naturlicher Weise sofort nach Süden auf die Flucht. — Ein dänischer Reisegehampter unterhaltete eben mit der Person, welche die britannische Interessen hier gelegt, die Preußen hat man Leute mit wunderlichem Anzuge, kurzen Hosen u. s. w. bemerkt.

Vorstehendem fügen die Hamb. Nachr. noch die nachfolgenden Mittheilungen hinzu: Eckernförde, 26. Juli, Vormittags 11 Uhr. Von Wesseln her, 2 Meilen von hier, sind wir. Sie befinden sich bereits in der unmittelbaren Nähe der Stadt und werden binnen kürzester Frist hier einrücken. Wir begeben uns naturlicher Weise sofort nach Süden auf die Flucht. — Ein dänischer Reisegehampter unterhaltete eben mit der Person, welche die britannische Interessen hier gelegt, die Preußen hat man Leute mit wunderlichem Anzuge, kurzen Hosen u. s. w. bemerkt.

Vorstehendem fügen die Hamb. Nachr. noch die nachfolgenden Mittheilungen hinzu: Eckernförde, 26. Juli, Vormittags 11 Uhr. Von Wesseln her, 2 Meilen von hier, sind wir. Sie befinden sich bereits in der unmittelbaren Nähe der Stadt und werden binnen kürzester Frist hier einrücken. Wir begeben uns naturlicher Weise sofort nach Süden auf die Flucht. — Ein dänischer Reisegehampter unterhaltete eben mit der Person, welche die britannische Interessen hier gelegt, die Preußen hat man Leute mit wunderlichem Anzuge, kurzen Hosen u. s. w. bemerkt.

Vorstehendem fügen die Hamb. Nachr. noch die nachfolgenden Mittheilungen hinzu: Eckernförde, 26. Juli, Vormittags 11 Uhr. Von Wesseln her, 2 Meilen von hier, sind wir. Sie befinden sich bereits in der unmittelbaren Nähe der Stadt und werden binnen kürzester Frist hier einrücken. Wir begeben uns naturlicher Weise sofort nach Süden auf die Flucht. — Ein dänischer Reisegehampter unterhaltete eben mit der Person, welche die britannische Interessen hier gelegt, die Preußen hat man Leute mit wunderlichem Anzuge, kurzen Hosen u. s. w. bemerkt.

Vorstehendem fügen die Hamb. Nachr. noch die nachfolgenden Mittheilungen hinzu: Eckernförde, 26. Juli, Vormittags 11 Uhr. Von Wesseln her, 2 Meilen von hier, sind wir. Sie befinden sich bereits in der unmittelbaren Nähe der Stadt und werden binnen kürzester Frist hier einrücken. Wir begeben uns naturlicher Weise sofort nach Süden auf die Flucht. — Ein dänischer Reisegehampter unterhaltete eben mit der Person, welche die britannische Interessen hier gelegt, die Preußen hat man Leute mit wunderlichem Anzuge, kurzen Hosen u. s. w. bemerkt.

Vorstehendem fügen die Hamb. Nachr. noch die nachfolgenden Mittheilungen hinzu: Eckernförde, 26. Juli, Vormittags 11 Uhr. Von Wesseln her, 2 Meilen von hier, sind wir. Sie befinden sich bereits in der unmittelbaren Nähe der Stadt und werden binnen kürzester Frist hier einrücken. Wir begeben uns naturlicher Weise sofort nach Süden auf die Flucht. — Ein dänischer Reisegehampter unterhaltete eben mit der Person, welche die britannische Interessen hier gelegt, die Preußen hat man Leute mit wunderlichem Anzuge, kurzen Hosen u. s. w. bemerkt.

Vorstehendem fügen die Hamb. Nachr. noch die nachfolgenden Mittheilungen hinzu: Eckernförde, 26. Juli, Vormittags 11 Uhr. Von Wesseln her, 2 Meilen von hier, sind wir. Sie befinden sich bereits in der unmittelbaren Nähe der Stadt und werden binnen kürzester Frist hier einrücken. Wir begeben uns naturlicher Weise sofort nach Süden auf die Flucht. — Ein dänischer Reisegehampter unterhaltete eben mit der Person, welche die britannische Interessen hier gelegt, die Preußen hat man Leute mit wunderlichem Anzuge, kurzen Hosen u. s. w. bemerkt.

der linke Flügel und das Centrum zurückgingen, wurde auch diese Stellung aufgegeben und der Rückzug längst dem Lunge angetreten.

Kiel, 26. Juli, 7 Uhr Morgens. Der rechte Flügel hat sich gestern Nachmittag auf Befehl von Schleswig auf Missunde zurückgezogen und stand gestern Abend 11 Uhr zum Theil diesseits Missunde; ein Bataillon (das 6.) in Brodersby, im Wyonsee. Es hatte den Tag über heftige, aber nur glückliche Gefechte gehabt. Der Verlust der Truppen war ein verhältnissmäßiger, ihr Verlust (auf den rechten Flügel bezogen) nicht so stark.

(H. B.-H.)

Kiel, 26. Juli. Die Uebermacht der Dänen ist ganz auffallend gewesen und man hat sich dieselbe sangeren gemacht, mit welchem man sich nicht verständigen können; ob es Schweden oder Russen gewesen, weiß man noch nicht; daß wieder Schweden in der dänischen Armee befindlich sind, ist gewiß. Ob die Flotte, welche vor der Schleimündung liegt, eine englische oder russische ist, weiß man auch noch nicht, eine ganz neue hinzugekommene ist es gewiß, es wird aber wohl nie von den Dänen angekündigte zweite Abtheilung der russischen sein. Aus früheren dänischen Berichten wird man sich erinnern, daß die russische Flotte 6—8000 Mann Landtruppen am Bord haben sollte; ich glaube, wir können mit Recht sagen, Rußland hat auch Schleswig-Holstein besiegt.

(H. B.-H.)

Altona, 28. Juli. Unsere Armee steht zwischen Rendsburg, Schleswig, Eckernförde u. Kiel. Eckernförde selbst ist preisgegeben — doch erst heute Vormittag. — Die Schanzen sind in die Luft gesprengt, diejenigen Kanonen, welche wegen Mangels an starken Wagen nicht haben fortgebracht werden können, sind vernagelt. Unsere Armee ist vollständig concentrirt und erwartet der Dinge die da kommen sollen.

Stuttgart, 27. Juli. Der Ausschuß der Landesversammlung hat durch das Organ seines Präsidenten an die Regierung folgende beiden „Noten" gerichtet: Nachdem die zweite verfassungsberathende Landesversammlung am 3. d. M. aufgelöst worden ist, so müsse nach Art. 26. des Gesetzes vom 1. Juli 1849 (Reg.-Bl. S. 246) eine neue Versammlung nach den Vorschriften dieses Gesetzes längstens binnen 3 Monaten einberufen werden. Da jedoch die Forterhebung der Steuern von der Landesversammlung nur bis zum 31. August d. J. verwilligt wurde, die Erhebung indirekter wie direkter Abgaben aber ohne vorgängige Bewilligung durch die Landesvertretung gleich unzulässig ist, so ist die Wahl und Einberufung der neuen Landesversammlung so zeitig erforderlich, daß vor dem 1. September d. J. der zu berufenden Versammlung das verfassungsmäßige Mittel zu ihren weiteren Steuerverwilligung von der Regierung zukommen, und eine Verabschiedung in den verfassungsmäßigen Formen, sowie eine Verkündigung derselben stattfinden kann. Nun erfordert aber die Wahl einer neuen Landesversammlung, von Verkündigung der hierüber verfügenden Verordnung an, nach Art. 12 des Gesetzes vom 1. Juli v. J. 32 Tage, und die Zusammlung der Wahlzurhanden an die Gewählten, und von diesen an den Ausschuß der Landesversammlung, sowie die Prüfung der Legitimationen durch letzteren immerhin so viele Tage, daß bereits von jetzt an, bei unverweilter Einsendung der Wahlausschreiben, die Zeit kaum noch als hinreichend erscheint, um den Vorschriften der Verfassung möglicherweise Genüge leisten zu können. Der Ausschuß der Landesversammlung hält es daher für seine Pflicht, das königliche Gesammtministerium auf diese Verhältnisse zu und auf die Verantwortlichkeit der königlichen Regierung den verfassungsmäßigen Rechten des Landes gegenüber aufmerksam zu machen. Der Unterzeichnete ist beauftragt, dem königlichen Gesammtministerium hievon Mittheilung zu machen. Sich damit ꝛc. Stuttgart, 24. Juli 1849. Der Präsident des Ausschusses der Landesversammlung: A. Schober. — Nachdem schon die erste verfassungsberathende Landesversammlung in ihrer Adresse vom 15. Dezember v. J. die von St. Maj. so feierlich anerkannten und durch die bündigsten Akte der Landesgesetzgebung bekräftigten Rechte des Volks auf Erhaltung der Werke der Nationalversammlung und auf endliche Regelung der deutschen Frage durch dieselbe der k. Regierung aufs Dringlichste in Gedächtniß zurückgerufen hatte, und die verfassungsberathende widerienten Landesversammlung von 1849 S. 176 Beil. Band S. 96 u. f. f.); nachdem hierauf der Ausschuß unterm 2. März 1850, unter ausführlicher Darlegung der gesetzlich verbürgten Rechte des Landes, sich aufs Feierlichste dagegen verwahrt hat: 1) daß jede Regierungen bei zweiten Zusammentritt der Landesversammlung, Beil. Band I. S. 92 bis 98); und nachdem die zweite verfassungsberathende Landesversammlung mittelst Reskripts vom 27. Juni 1850 der k. Staatsregierung erklärt hat: 1) daß die beiden Verträge vom 10. Sept. 1849 (Reg.-Bl. 1850 S. 23) und 27. Febr. 1850 (das Münchener Bundnis) für Wirtemberg nicht zu Recht bestehen und daher auch denselben in keiner Weise irgend eine Verbindlichkeit des wuettembergischen Staates oder seiner Angehörigen abgeleitet werden könne; 2) daß die Landesversammlung jede Handlung, welche die Regierung mit anderen Mächten, sei es auf der Bundesakte von 1815, sei es als durchaus neue Uebereinkunft definitiv oder provisorisch ohne Zustimmung der Landesversammlung abschließen werde, so weit sie gesetzwidrig und unverbindlich erkläre, als daraus für Wirtemberg Verpflichtungen gegen welcher Art für Wirtemberg anerkannt wurden oder daffelbe sonst nach § 85 die Zustimmung der Landesvertretung erheische; 3) daß die Landesvertretung übrigens als besagt zur Regelung der deutschen Verfassungsfrage und zu Einsetzung einer provisorischen wie definitiven Zentralgewalt, im Einklange mit der vorherbesten Anerkennung der königl. Regierung, ausschließlich nur eine, auf Grund des Bundesbeschlusses vom 7. April 1848 gewählte konstituirende deutsche Nationalversammlung anzuerkennen vermoge, und es als dringendes Bedürfniß des eigenen wie des weiteren Vaterlandes und als ein Gebot der Ehre des Landes betrachte, daß die Regierung auf die möglichst baldige Einberufung einer solchen bei den übrigen deutschen Regierungen mit allen Kräften hinwirke; nachdem endlich durch Beschluß der Landesversammlung von denselben Tage bei dem Staatsgerichtshofe Klage wegen des damaligen provisorischen Chefs des I. Departements der auswärtigen Angelegenheiten, v. Wächter-Spittler, wegen Verletzung der diesfaligen verfassungsmäßigen Rechte des Landes angetragen worden ist, und das Letztere einer Entscheidung hierüber mit gespannter Erwartung entgegensieht — hat es den Anschein, als ob die soeben begründeten, so feierlich anerkannten und gesetzlich verbürgten Rechte des Landes mehr als je gefährdet seien. Wenn man namlich den übereinstimmenden Nachrichten der öffentlichen Blätter, welche über die Verhandlungen der deutschen Regierungen am besten unterrichtet zu sein pflegen, Glauben schenken dürfte, so wäre es der würtembergische Bevollmächtigte in Frankfurt, von Reinhardt, welcher im vollständigsten Widerspruche mit der feierlichen Erklärung St. Majestät vom 25. April v. J., und der dieße beglaubigten Erklärung der damaligen Minister bei den Ständen, sowie mit den von der würtembergischen Regierung verbündigten Reichs- und Landesgesetzen, sich erlauben wurde, unter Berufung auf die unsichhaltigsten Gründe auf Wiederherstellung der Bundesversammlung hinzuarbeiten. Da der Ausschuß der Landesversammlung in diesen Schritten des gerathen Bevollmächtigten, zumal, wenn er ohne Anweisung des verantwortlichen Ministeriums gehandelt hätte, so wie in einer etwaigen solchen Anweisung oder in einer Genehmigung eines solchen Vorgehens eine Handlungsweise erblicken würde, welche ihn bestimmen müßte, die alsbaldige Wahl und Einberufung einer nach dem Gesetze vom 1. Juli v. J. gewählten Landesversammlung zu verlangen, damit das verfassungsmäßige Recht der Anklage zum Schutze und zur Sicherung der Rechte des Landes ausgeübt werden könne, so hat derselbe den Unterzeichneten beauftragt, das kgl. Gesammtministerium um baldgefällige Auskunft über den Grund oder Ungrund jener Nachricht zu ersuchen. Sich damit ꝛc. Stuttgart den 24. Juli 1850. Der Präsident des Ausschusses der Landesversammlung: Schober. — Von der Regierung auf diese Noten antworten wird, ist nicht zweifelhaft und es erklärt bereits auch der Staatsanzeiger, wie folgt: „Wir freuen uns, das das durch solche Veröffentlichungen stets aufs Neue in Unruhe zu bringen gesuchte Land versichern zu können, daß auf das Recht des Ausschusses kein Eingriff folgen werden, welche den Conservativen in Verbindung mit den bereits publicirten Restripten zeigen, daß die Regierung ihr Recht wahrt, und ihre Pflicht erfüllt, dergleichen unbefugte Ueberschreitungen der Gewalt in ihre gezimenden Grenzen zu weisen."

Dresden, 26. Juli. Die hierselbst gepflogenen Verhandlungen über das Telegraphenwesen sind gestern mit der Zeichnung eines den internationalen Telegraphenverkehr zwischen Oesterreich, Preußen, Bayern und Sachsen auf einem Telegraphennetze von 1000 Meilen als Länge betreffenden umfassenden Vertragsentwurfes geschlossen worden.

Prag, 24. Juli. Aus guter Quelle vernehmen wir, daß den Bischöfen bereits die Bewilligung ertheilt wurde, kathol. Gymnasien zu errichten. Doch wurde die Bewilligung an die Bedingungen geknüpft, daß nur geprüfte Lehrer sich derselben Prüfung, wie sie für die Lehramts-Candidaten an Staatsgymnasien vorgeschrieben sind, unterziehen, daß diese kath. Gymnasien den kaiserl. Schulräthen unterstehen und daß an denselben sich ganz an die Hauptnormen des Gymnasial-Organisations-Entwurfs gehalten werde.

Berlin, 24. Juli. Die Annahme und Altona ist (so berichtet die „Const. Ztg.") die deutsche Demokratie gegenwärtig sehr stark vertreten, nicht, um den Krieg mitzumachen, sondern, um im Rücken der schleswig-holsteinischen Armee der Dinge zu warten, die da kommen sollen, und einen Sieg dieser Armee in demselben Sinne auszubeuten. Auch die HH. Meyer und Edgar Bauer verweilen in Altona in der Nähe des bekannten Bracklow, von welchem Meyer formliche Einquartirungs-Billets auf einige Tage, bald bei diesem, bald bei jenem Gesinnungsgenossen, erhält.

Berlin, 24. Juli. Der Unterzeichnete hat die Ehre gehabt, die Note des k. k. Gesandten, Frhrn. v. Prokesch-Osten vom 25sten d. M. zu empfangen, in welcher derselbe, auf Grund dieses Dienstverhältnis des k. k. Bevollmächtigten in Frankfurt a. M., Herrn Grafen von Thun, die Berichtigung unserer Lage in Anspruch nimmt, welche in einem Schreiben des Unterzeichneten an den Vertreter der k. Regierung im provisorischen Fürstenkollegium, Herrn von Spdow, vom 4. d. M. enthalten sind. Diese Berichtigung betrifft die Ansdrücke, daß die Versuche der k. Bevollmächtigten in Frankfurt a. M., „den kais. oesterr. Bevollmächtigten und die Vertreter der übrigen Regierungen zu einer Berathung in freien Conferenzen zu bewegen", vergeblich gebliehen; ferner, daß „eine damals vorbehaltene Einholung näherer Instruktionen von Wien" erwähnt werde. Der k. k. Bevollmächtigte Graf von Thun, erklärt in Bezug auf den ersten Punkt: „Ein Vorschlag, neben und außer der Plenarversammlung in freien Conferenzen sich zu bewegen, sei weder idm, noch irgend einem seiner Collegen gemacht worden." Der Unterzeichnete muß in Beziehung hierauf bemerklich machen, daß ein Vorschlag zu freien Conferenzen neben und außer der Plenarversammlung gar nicht gemacht werden konnte, da für Preußen und diejenigen

Regierungen, welche entsprechende Erklärungen abgegeben haben, eine solche Plenarversammlung gar nicht existirt; daß vielmehr der vermittelnde und versöhnliche Vorschlag der kgl. Bevollmächtigten dahin ging, daß durch die Aufnahme ihrer Erklärung zu Protokoll und eine entsprechende Ordnung der Präsidialfrage den gemeinsamen Sitzungen der Bevollmächtigten selbst derjenige Charakter gegeben würde, welcher es Preußen und seinen Verbündeten gestattet haben würde, an denselben, als an freien Conferenzen, Theil zu nehmen. Dies ist auch durch die gleich auf jenen Passus folgenden Worte in dem Schreiben des Grafen Thun: „Solche Conferenzen durch die Aufnahme der von uns nach des Erlasses an den k. Gesandten in Wien vom 16. Mai zu stellenden Vorbehalte möglich zu machen", unzweideutig ausgedrückt. In Betreff des zweiten Punktes protestirt der k. l. Bevollmächtigte, Graf von Thun, gegen die Angabe, daß er sich damals vorbehalten habe, nähere Instruktionen von Wien einzuholen, und erklärt, daß es sich feinerseits nur um einen Bericht an die k. k. Regierung über das Vorgefallene, dabei bandein konnen. Indem er den Unterschied es term k. k. Bevollmächtigten, Grafen v. Thun überlassen muß, die Tragweite seiner damaligen Aeußerungen in Betreff seiner Berichterstattung nach Wien zu bestimmen, hat er dabei nur zu bemerken, daß die kgl. Bevollmächtigten demselben, ihrer Angabe nach, ausdrücklich erklärten, wenn sie auch hätten erwarten können, daß seine Instruktionen ihn zu keiner andern als der gegebenen Erwiederung berechtigen werden, so mußten sie doch voraussetzen, daß er nach Wien berichten werde, und sie wurden demnach die Mittheilung der von dort erhaltenen Antwort erwarten; das ferner die k. Bevollmächtigten es seinem Ermessen v. Thun, als der k. k. Regierung schuldig waren, voraussetzen, daß vor Ertheilung einer definitiven Antwort in einer für die wunschenswerthe Verständigung so wichtigen. Frage die Eröffnungen der k. Regierung einer gründlichen Erwägung nicht unterzogen werden, und daß sie endlich die Möglichkeit der Ertheilung neuer Instruktionen von Wien aus umsomehr annehmen mußten, als weder auf die vermittelst der Depesche an den Grafen Bernstorff vom 16. Mai in Wien abgegebenen Erklärungen der k. Regierung, noch ihren Wortlaut auf die entsprechenden Erklärungen einer großen Zahl der übrigen Regierungen, eine Erwiderung eingegangen war. Ob unter diesen Umständen die von dem Grafen v. Thun erklärte Berichterstattung nach Wien nur mißverstanden und „in Folge einer irrthümlichen Auffassung" als eine vorläufige Einholung von Instruktionen angesehen worden sei, dürfte kaum schwer, als von geringer Wichtigkeit sein, zu entscheiden, da selbst, wenn es eine irrthümliche Auffassung war, diese nur aus der versöhnlichsten Gesinnung und dem Wunsch, eine wichtige Frage nicht vorreitig zu entscheiden, sondern der Verständigung der Kabinette die Wege offen zu erhalten, hervorgegangen sein konnte. Der Unterzeichnete benutzt rc. Berlin, den 21. Juli 1850. (gez.) Schleinitz. An Hrn. Freiherrn v. Prokesch-Osten." rc. rc. (Schluß folgt.)

Neuestes.

* München, 29. Juli. Durch den Ministerpräsidenten wurde gestern Vormittag 11 Uhr der Landtag geschlossen.

† D. München, 29. Juli. Der Landtagsabschied ist verkündet. Sämmtliche Gesetze sind sanktionirt, das Finanzgesetz unter Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Krone. Bei etwaigem Mehrbedarf für den Militäretat wird die Genehmigung des nächsten Landtags eingeholt, den Ausfall in den Staatseinnahmen geeignete Maßnahmen werden nach Titel VII. §§. 8 und 12 der V.-U. (welche von außerordentlichen Auflagen und Aufnahme von Staatsschulden unter Zustimmung des Landtags handeln) ergriffen werden. Es wird die Verschärfung erhellt, daß die Reservisten ununterbrochen gefordert und die Mitwirkung des nächsten Landtags dazu in Anspruch genommen werden soll. (N. Nor.)

* Frankfurt, 28. Juli. Zu der unter gestrigem Datum vom „kais. ö." mitgetheilten Nachricht, als sei die Abberufung der preuß. Bevollmächtigten von hier erfolgt, macht die „Frankf. D.P.A.-Z." aus sicherer Quelle folgende Bemerkung: „daß die betreffende Abberufung offiziell noch nicht hierher gelangt ist, und jedenfalls nur auf den Hrn. Bevollmächtigten bei der Conferenz sich beziehen dürfte."

Berlin, 27. Juli. Vorgestern ist eine Depesche aus Wien hier eingetroffen, in welcher der Fürst Schwarzenberg entschieden alle von Preußen in der Note vom 2. Juli aufgestellten Vorschläge zur Bildung einer definitiven deutschen Centralgewalt ablehnt. Aber wir hören, daß Preußen zunächst mit der Abberufung des Herrn Mathis aus Frankfurt antworten. General von Peucker würde in diesem Falle als Bevollmächtigter zum Interim nach daselbst verbleiben; aber das Interim dürfte von seiner langen Dauer mehr sein, indem sie offenbar Regierung, Volksvertretung und Armee in Preußen in Bewegung setzen würde, um dem Schritte Oesterreichs zu begegnen. Wie wir hören, soll Preußen zunächst mit der Abberufung des Herrn Mathis aus Frankfurt antworten. General von Peucker würde in diesem Falle als Bevollmächtigter zum Interim nach daselbst verbleiben; aber das Interim dürfte von seiner langen Dauer mehr sein, indem sie offenbar Regierung, Volksvertretung und Armee in Preußen in Bewegung setzen würde, um dem Schritte Oesterreichs zu begegnen. Wie wir hören, soll mit der Abberufung ihrer Bevollmächtigten zu demselben ihr Vorschreiten zur Wiederherstellung des Bundestags zu bezeichnen. (N. P. Z.)

† Von der Weser, 22. Juli. Der Admiral der deutschen Flotte, Brommy, ist gestern von seiner Reise nach Ostfriesland zurückgekehrt. Der Zweck derselben war der Besuch der Fregatte Gefion (Seckenförde) und die Anordnung der für die Sicherstellung des Schiffes gegen etwaige dänische Gelüste nöthigen Maßregeln. Die Gefion hat jetzt drei Offiziere und wird commandirt von dem Lieutenant erster Klasse, Thatcher, der früher den „Lübeck" commandirte. Die Gefion liegt gewissermaßen auf dem Strande, vorn und hinten von Sand umgeben, so daß ein, mehrere Tage, vielleicht Wochen in Anspruch nehmende Ausbaggerung nöthig ist, um das Schiff von seinem jetzigen Standorte flott zu machen.

Wien, 26. Juli. Etwa 50 Anmeldungen wegen der Oktoberwerbung 1848 verurtheilter Wiener werden vorbereitet. Die von den Blättern besprochene Ministerkrisis ist beendet. Schmerling behält das Justizportefeuille; der Gegenstand, um den es sich handelte, ist der oberste italienische Gerichtshof, bleibt in Verona. (L. C.-P.)

Berlin, 27. Juli. In der gestrigen Sitzung des provisor. Fürstencollegiums wurden demselben zwei Schriftstücke vorgelegt, nämlich zuerst ein Schreiben der Justizen engl. Gesandtschaft, worin Großbritannien die verminderte Macht erklärt, daß Dänemark die preuß. Seite verfochtene Interpretation des „pourra reclamer" im Art. 4 des Friedensvertrags vom 2. d. M. anerkannt habe. Dänemark ist also erst dann berechtigt, in Holstein mit Waffengewalt einzuschreiten, wenn die von ihm angerufene Intervention des Bundes verweigert wurde oder unwirksam bliebe. — Sodann ein Schreiben des fürstl. schaumburg-lipp'schen Ministers v. Lauer an den preuß. Specialcommissar in Hannover, des Inhalts: daß Schaumburg-Lippe von Anfang an gegen die Einsetzung des provisor. Fürstencollegiums gewesen sei, dasselbe nicht beschickt habe, noch beschicken werde, und daher auch keine Veranlassung finde, zu der Vertagerung des Provisoriums seine Zustimmung zu geben.

Posen, 25. Juli. Nachdem vor etwa 10 Tagen die langst unserer Grenze einquartierten Russischen Truppen sich wieder nach dem Norden des Konigreichs zurückgezogen und die aufgehäuften Munitions- u. Fouragevorrathe theilweise nachgefuhrt waren, gewann man mit einemmale den Eindruck, die Garnison des Königreichs werde nunmehr, weil alle Aussicht zu einem ausbrechenden Kriege im Westen verschwunden, bedeutend vermindert werden, zumal sich gleichzeitig das Gerucht verbreitet hatte, daß 8000 Mann aus Polen nach dem Innern Rußlands zurückgezogen werden sollten; aber wie wenig richtig hat diese Ansicht sich bewährt. Seit mehreren Tagen rücken wieder unaufhörlich neue Truppen gegen unsere Grenze vor, und die Lager von Lowicz, Czenstochau und Kirchdorf fullen sich aufs neue mit Truppen aller Waffen. Wie verlautet, kommen diese Truppen auch den oftlichen Gouvernements des Konigreichs aus sind durch neue, aus Rußland selbst eingetroffe Regimenter wieder abgelöst worden. So hat sich also die Garnison von Polen nicht vermindert, sondern im Gegentheil noch vermehrt, und nachdem nun auch noch in Litthauen bei Wilna ein Armeecorps von angeblich 20,000 Mann zusammengezogen ist, kann man mit Recht behaupten, daß drei Viertel aller russischen Streitkrafte an der West- und Subgrenze des Reichs stehen und das letzte Viertel das ganze Innere kaum dürftig besetzt halt — ein hinlanglicher Beweis, daß im Innern Rußlands Bewegungen, wie die demokratischen Blatter es den Westen von Zeit zu Zeit prognosticirt haben, durchaus nicht zu befurgen sind. Welche politische Absichten aber das Petersburger Kabinet bei der Concentrirung so ungeheurer Streitmassen in Polen, und überhaupt in den westlichen Gouvernements des Reichs haben konne, ist aller Welt ein Rathsel, zumal auch die Festungen des Konigreich vollstandig approvisionirt werden. (Frk. O.P.A.-Z.)

C Paris, 24. Juli. Die neuesten Nachrichten von der Flotte des mittellandischen Meeres melden, daß dieselbe eine neue Bestimmung erhalten hat; welche? wußte man auf der Flotte selbst nicht, da die Schiffskapitaine selbst nichts als versiegelte Briefe erhalten hatten, die sie nur am Falle der Trennung ihrer Schiffe von der ganzen Flotte öffnen sollten. Hier hofft es in wohlunterrichteten Kreisen, daß die Flotte den Auftrag hat, nach der Kuste von Schleswig zu segeln, womit die von der Patrie kurzlich gegebene Nachricht, daß der Prasident der Republik die Flotte zu Uberhaupt machen wolle, übereinzustimmen scheint.

C Paris, 27. Juli. Dupin hat gestern geäußert: „Wenn es so fortgeht, ist nur ein Duellemma möglich. Entweder wird eines schönen Abends der Prasident in Binetmes oder die Nationalversammlung unter freiem Himmel schlafen."

*? Athen, 18. Juli. Die griechisch-englische Ueberein kunft wurde heute in Gegenwart des französischen Gesandten unterzeichnet. Griechenland hat sie sehr gerne angenommen.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 29. Juli 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1146	1253
" 5% Metalliques	82½	83⅛
" 4%	64½	65
" 3%	48⅞	49⅜
" 2½%	44⅜	44⅞
" 4½% Bethmann	78½	79
" 4%	87½	—
" fl. 250 Loose v. J. 1839	95½	96
" 500 " 1839	150½	150⅝
Preußen 3½% St. Schuld Scheine	84¼	84⅞
" 100 Thlr. Prämien Scheine	103½	—
Bayern 3½% Obligationen	83	83½
" 4%	89⅝	89¾
" 5%	100½	101
Wurtemberg 3½%	84	84½
" 4%	97½	97⅝
Baden 3½%	81¾	81⅝
" fl. 35 Loose	31⅞	32
" 50 "	33⅞	34
Kurhessen v. 40 Thlr.	24¾	25½
Hohen Turnis. fl. 50 Loose	74⅞	75⅝
" " 25 "	27⅝	27⅞
Polen fl. 300	133	—
Sachsen Lose à 36	33¾	33⅝

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 27. Juli.
Weizen 12 fl. 41 kr. Korn 7 fl. 10 kr.
Gerste — fl. — kr. Habrr 4 fl. 26 kr.

Druck von Joseph Stoll in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schottfeck 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile 3 Pfennige oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 182. Würzburg, Mittwoch den 31. Juli. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 30. Juli. Se. Maj. der König haben sich bewogen gefunden, den seitherigen Oberst des Landwehr-Reg. Würzburg, Christoph Klinger, zum Kreisstemmendanten der Landwehr von Unterfranken und Aschaffenburg und der Landwehr-Inspektion eines Generalmajors der Landwehr Allergnädigst zu ernennen.

Die Arbeitervereine.

Es ist eine unvergängliche, tief verhängnißvolle Wahrheit, daß Alles, was ohne Gott begonnen wird, in sich zerfällt, oft schon vor unseren Augen, und daß die Staatsgesellschaften der Vorsehung zum tiefsten Dank auch dafür verpflichtet sind, daß nicht alle Elemente der Zersetzung und Zerstörung, die sie in ihrem Schooße bergen, die oft durch Schwäche, Unwachsamkeit oder gar Pflichtwidrigkeit der Behörden gemehrt werden, die fürchterliche Wirkung äußern, deren sie fähig sind. Was konnte an sich lobenswerther sein, als wenn manche der Arbeitergesellschaften, welche die kgl. sächsische Regierung jetzt sammtlich, wo es schon vorlängst ihre Pflicht gewesen wäre, aufzuheben hat, dem auch nur annähernd entsprochen hatten, was der Titel, den sich einige beilegten, bezeichnete. „Bildungs- und Unterstützungsverein für Arbeiter", in Nürnberg; „Arbeiter-Bildungsverein", zu Regensburg; und dergleichen. Wie schön klingt es nicht, wenn als Zweck aufgestellt wurde: „sittliche und geistige Veredlung der Arbeiterstandes", aber wie bedenklich ist nicht schon das angegebene Mittel, um diesen Zweck zu erstreben, nämlich in „geselligen Zusammenkunften durch allerhand Vorträge, durch Deklamirübungen, durch Gesangvereine, durch die Lektüre von Zeitungsblattern und anderen Schriften!" Welche Vorträge gehalten wurden, wo man sang, welche Zeitungen und Schriften man las, davon gibt die „Mittheilung der Gründe, welche die verfügte Auflösung der in Sachsen bestehenden Arbeitervereine veranlaßt haben", ein, jedes edle Herz erschütterndes Zeugniß. Auf Gott nirgends der leiseste Hinblick! Von Pflicht nirgends die Rede! Wohl aber wurde als einer der Zwecke der Arbeitervereinderung in ganz Deutschland angegeben: Vermittelung der Arbeit mit dem Genusse!" Ungehoersam, Frechheit und Genuß, das ist von jeher die Devise aller Revolutionäre gewesen. Wenn die Kirche noch in ihrer Macht über die ganze europäische Menschheit dastände, wie ehedem, wie würde sie den Drang nach solchen Vereinen nicht geregelt haben, um die Arbeit zu vermitteln mit der Furcht Gottes (Ora et labora!), um fernerzu zu vermitteln mit aufrichtiger Sorge für momentan brodlose, für kranke und altersschwache Arbeiter! Was die Kirche in dieser Beziehung einst vermochte, als sie, wenn sie durch innige Wiederkehr der Regierungen zu ihrer allseitig wohlthätigen Heilsquelle unterstützt wurde, noch vermag, das hat sie ehedem vielfach bewiesen. Welchen kleinen Anfang hatten nicht viele Stiftungen, Versorgungshäuser, Krankenhäuser und Hospize im Mittelalter, und wie herrlich blühten sie nicht unter Schutz und Leitung der Kirche auf!

Wir erinnern beispielsweise an den Verein frommer Männer, welche, ohne daß alle dem geistlichen Stande angehörten, doch nach klösterlichen Regeln lebten, und sich durch Arbeit ernährten, an jenen Verein, den Gerhard Grott, 1340 zu Deventer geboren, stiftete, und welcher „Klerker und Brüder vom gemeinschaftlichen Leben" genannt wurde. Ueberall war die Frommigkeit, Sittenreinheit und Arbeitsamkeit der von Grott gestifteten Brüder ihre Empfehlung, und in den gesammten Niederlanden, dann zu Köln, zu Münster und in anderen deutschen Städten bildeten sich Gesellschaften derselben, welche von den Papsten Eugen IV. und Pius II. große Begnadigungen erhielten. Wenn auch das Proletariat, von welchem, was hoch Bemerkenswerth, zuweilen soll alle katholisch gebliebenen Lander verschont oder doch viel minder belastet sind, neue Mittel der Abhulfe verlangt, man verlasse sich darauf, die Kirche wurde sie finden, wie sie zu allen Zeiten stets das Rechte getroffen hat. Wie man zu der Rev. wie die Revolution, die nichts von Gott wissen, haben bereits zu wissen Dingen gefuhrt, und wurden, wenn man sie bestehen liese, zum Umsturze aller Bestehenden, früher oder später führen.

Landtagsabschied.

München, 29. Juli. Heute Vormittag um 11 Uhr begaben sich der Hr. Ministerpräsident Dr. v. d. Pforten zu Beglaubigung der Hr. Staatsräthe v. Forster u. v. Fischer in das Standehaus und schlossen die Sitzungen des dreßjährigen Landtages durch Verlesung des folgenden Abschiedes für den Landtag des Königreichs Bayern. „Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog v. Bayern, Franken in Schwaben u. s. w. Unseren Gruß zuvor, Liebe und Getreue! Wir haben Uns bei dem nunmehr eingetretenen Schlusse des Landtages über die Uns übergebenen gemeinschaftlichen Beschlusse der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten, sowie über deren Berathungen und Verhandlungen ausführlichen Bericht erstatten lassen, und ertheilen hierauf nach Vernehmung Unseres Gesammt-Staatsministeriums und Staatsraths, Unsere Königlichen Entschließungen, wie folgt: I. Abschnitt. Beschlusse der Kammern über die Gesetzentwürfe und andere Vorlagen der Staatsregierung. §. 1. Die provisorische Erhebung der Steuern für 1848/50 betreffend. Das Gesetz, die provisorische Erhebung der Steuern für 1849/50 betreffend, ist von Uns nach dem darüber von beiden Kammern des Landtages gefaßten Gesammtbeschlusse unter dem 18. November v. J. sanktionirt und durch das Gesetzblatt vom 20. desselben Monats (Stück 1) verkündet worden — §. 2. Verfahren bei Preßvergehen in der Pfalz betreffend. Wir haben dem Gesetze über das Verfahren bei Preßvergehen in der Pfalz unter den von beiden Kammern des Landtags beantragten Modifikation am 18. November v. J. Unsere Sanktion ertheilt und solches durch das Gesetzblatt vom 20. November v. J. (Stück 2) bekannt machen lassen. — §. 3. Abschaffung der Strafen des bürgerlichen Todes, der öffentlichen Ausstellung und der Brandmarkung betr. Dem Gesetzentwurfe über die Abschaffung der Strafen des bürgerlichen Todes, der öffentlichen Ausstellung und der Brandmarkung haben Wir nach erklärter Zustimmung der beiden Kammern des Landtages am 18. November v. J. Unsere Genehmigung ertheilt und das oftgedachte Gesetz durch das Gesetzblatt vom 20. Novbr. v. J. (Stück 3) bekannt machen lassen. — §. 4. Untersuchungen wegen politischer Verbrechen und Vergehen betreffend. Wir haben das Gesetz, die Untersuchungen wegen politischer Verbrechen und Vergehen betr., am 22. Dezbr. v. Js. in der von dem Landtage modifizirten Fassung sanktionirt und dasselbe ist durch das Gesetzblatt vom demselben Tage (Stück 4) verkündet worden. — §. 5. Erweiterung und resp. Fortsetzung eines Anlehens im Wege der freiwilligen Subskription nach dem Gesetze vom 12. Mai 1848 betreffend. Das Gesetz, die Erweiterung und resp. Fortsetzung eines Anlehens im Wege der freiwilligen Subskription nach dem Gesetze vom 12. Mai 1848 betreffend, ist von Uns nach dem darüber von beiden Kammern des Landtages gefaßten Gesammtbeschlusse unter dem 23. Dezember v. Js. sanktionirt und durch das Gesetzblatt vom 24. des nämlichen Monats (Stück 5) verkündet worden. — §. 6. Sehung der Telegraphenanlagen betreffend. Die Bekanntmachung des von uns mit den Modifikationen der beiden Kammern unter den 24. Dezember v. J. genehmigten Gesetzes über den Schutz der Telegraphenanlagen ist an demselben Tage durch das Gesetzblatt (Stück 6) erfolgt. — §. 7. Anfassungmachung und Verpflichtung der Schullehrer betreffend. Wir haben das Gesetz, die Ergänzung des revidirten Gesetzes über Anfassungmachung betreffend, mit Genehmigung der von den Kammern vorgeschlagenen Modifikationen unter dem 24. Dezember v. Js. sanktionirt, und durch das Gesetzblatt vom demselben Datum (Stück 7) bereits bekannt machen lassen. Dem beigefügten Wunsche, „es möge die königliche Staatsregierung den Kammern baldmöglichst ein Gesetz über die vollständige Regelung der Verhältnisse der Schullehrer in Bezug auf die beschlagenden finanziellen Beziehungen vorlegen lassen", haben wir bereits die geeignete Beachtszahne zugewendet und behalten Uns vor, diese Angelegenheit ihrer baldigen Erledigung entgegen zu führen. — §. 8. Die Versammlungen und Vereine betreffend. Das Gesetz über die Versammlungen und Vereine haben Wir mit Genehmigung der von dem Landtage vorgeschlagenen Modifikationen unter dem 26. Februar l. Js. sanktionirt. Die Bekanntmachung ist durch das Gesetzblatt vom 27. des nämlichen Monats (Stück 8) erfolgt. — §. 9. Entscheidung über Rekurse in Ewiggeldsachen der Stadt München betreffend. Den Gesetzentwurf, der die Entscheidung über Rekurse in Ewiggeldsachen der Stadt

Manchen, haben Wir in der von den beiden Kammern des Landtages modificirten Fassung durch Unsere Sanktion vom 26. Februar l. Js. zum Gesetze erhoben und solches durch das Gesetzblatt vom 27. Februar l. Js. (Stück 9) bekannt machen lassen. — § 10. Die Verpflichtung zum Ersatze des bei Ausfuhren dieselbst des Rheines verursachten Schadens betreffend. Den Modificationen, welche von dem Landtage zu dem Gesetzentwurfe, die Verpflichtung zum Ersatze des bei Ausfuhren dieselbst des Rheines verursachten Schadens betreffend, beantragt worden sind, haben Wir unter dem 12. März l. Js. Unsere Genehmigung ertheilt und das hiernach sanktionirte Gesetz durch das Gesetzblatt vom 13. desselben Monats (Stück 10) verkünden lassen. Dem dringlichen Wunsche entsprechend, haben Wir einen Gesetzentwurf, das Kaufwesen betreffend, Unserer Macht zur Erhaltung der gesetzlichen Ordnung betreffend", an den Landtag bringen lassen, und Wir können nur bedauern, daß derselbe diesen Entwurf nicht mehr in gesetzlicher Weise berathen hat. — § 11. Den Schutz gegen den Mißbrauch der Presse betreffend. Wir haben diesen Gesetzentwurf zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse mit den von den beiden Kammern beantragten Abänderungen unter dem 17. März d. Js. Unsere Genehmigung ertheilt, und das darnach ausgefertigte Gesetz unter dem 20. März d. Js. durch das Gesetzblatt (Stück 11) bekannt machen lassen. — § 12. Die Ausübung der Jagd betreffend. Wir haben das Gesetz über die Ausübung der Jagd mit Genehmigung der von beiden Kammern des Landtages vorgeschlagenen Modifikationen unter dem 30. März d. Js. sanktionirt und auch das Gesetzblatt vom 2. April d. Js. (Stück 12) bereits bekannt machen lassen. Auf die dem Gesammtbeschlusse über dieses Gesetz von den Kammern angefügten Wünsche erwidern Wir: 1) Dem Wunsche wegen sofortiger Sanktion und Verkündigung des Gesetzes ist bereits entsprochen und ebenso 2) das beantragte Strafverfahren gegen das Abhalten von Versammlungen in Sonn- und Feiertagen durch Unsere Verordnung vom 28. Mai l. Js. (Reg.-Bl. Nr. 23.) erlassen worden. 3) Dem durch das Gesetz vom 4. Juni 1848 bindlos gewordenen Jagdpersonale haben Wir Unsere besondere Fürsorge zugewendet. Unsere Absicht, demselben entsprechende Unterstützung zu gewähren, ist jedoch zum größern Theil durch bereitet worden, daß die für diesen Zweck in das Budget eingestellte Position die Zustimmung des Landtags nicht erlangt hat. § 13. Den Staatsgerichtshof und das Verfahren bei Anklage der Minister betr. Der Gesetzesentwurf, den Staatsgerichtshof und das Verfahren bei Anklagen gegen die Minister betr., ist mit den von den beiden Kammern des Landtags beantragten Modificationen am 30. März d. J. von Uns sanctionirt worden, und die Bekanntmachung des deßfallsigen Gesetzes unter dem 2. April d. J. durch das Gesetzblatt (Stück 12) erfolgt. — § 14. Einen Beschwerdeweg zur Hülfe für den Handelsplatz Ludwigshafen a. Rh. betr. Wir haben das Gesetz, die Vorkehrungen zur Hülfe für den Handelsplatz Ludwigshafen a. Rh. betr., in der von dem Landtag vorgeschlagenen Fassung unter dem 30. März d. J. sanctionirt und durch das Gesetzblatt vom 2. April d. J. (Stück 14) bereits bekannt machen lassen. § 15. Die Verlängerung der provisorischen Steuererhebung für 1849—50 betr. Wir haben das Gesetz, die Verlängerung der provisor. Steuerhebung für 1849—50 betr., unter dem 27. April l. J. sanctionirt, und auch das Gesetzblatt vom heutigen Tage (Stück 15) bereits bekannt machen lassen. (Forts. f.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Der „Altonaer Merkur" vom 26. enthält über die Schlacht bei Idstedt folgendes: Die Dänen sind gestern um 8½ Uhr in Schleswig eingerückt. Nach dem zweitägigen Gefechte und da in Folge des frühen Angriffs am gestrigen Morgen 3 Uhr die schleswig-holsteinischen Soldaten nicht gehörig zu essen bekommen hatten, setzten ihnen zuerst die Kräfte, um gegen die Dänen, die immer frische Bataillone ins Feuer zu schicken hatten, auch sich noch gut schlagen. Schon um halbeilf Uhr

Altona, 27. Juli. Die mit dem heutigen Vormittagszuge eingegangenen Nachrichten aus dem Schleswig'schen sind theils unbestimmt, theils nicht von großer Bedeutung. Die dänischen Vorposten sollen bis Tarup streifen. Einem Gerüchte zufolge hatte General v. Krogh eine vorteilige Waffenruhe abgeschlossen, die jedoch von dem General v. Willisen abgelehnt worden sei. — Unter den am 25. gefangenen schleswig-holsteinischen Offizieren werden genannt: der Hauptmann Krause (früher in hannoverschen Diensten) von der Artillerie; von der Infanterie Sander-Fontmann u. Premierlieutenant Bock, der Adjutant Lehe-Kerpe Dr. Schwarz und Esmarch. — Nach der Aussage dänischer Gefangenen sollen in Flensburg durch den Einrücken der Dänen Plakate an den Straßenecken angeheftet gewesen sein, welche die Insurgenten-Armee als aus nur 10,000 Mann zusammengesetzt bezeichnen und sie darstellten — Der mehrerwähnte, bei Schleswig eingefangene Spion, angeblich ein Schwede, ist hier eingebracht worden.

Hier sind heute folgende Placate angeschlagen: 1) Aufforderung, Leichtverwundeten, außerhalb des Hauses zu Beschäftigenden, Privatlogis einzuräumen, da nur offentliche Lokalitäten schon jetzt ziemlich angefüllt sind und für etwa noch eintreffende Schwerverwundete Raum reservirt werden soll. — 2) Bitte um Uebersendung von Charpie, Bandagen, Erfrischungen rc. 3) Verwarnung von Seiten des Polizeimeisters gegen Wiederholung der gestern vorgefallenen Excesse.

Kiel, 27. Juli. Nach ganz authentischen Nachrichten steht unsere Armee in einer Stärke von circa 25,000 M. bei Schesterf, um den Kampf wieder aufzunehmen. Es war dies möglich, weil der Verlust den Schleswig nur darauch bewirkt ist, daß freilich das Centrum unserer Armee zurückgedrängt wurde, die beiden Flügel aber ziemlich ihre Position behauptet haben. Der rechte Flügel namentlich bewahrte die Nacht nach der Schlacht in seiner Position, den Dänen dicht gegenüber, und konnte dies auch thun, weil der Feind ganz außer Stande gesetzt war, zu verfolgen. Die Stadt Schleswig ist nach dem Rückzuge unserer Centrums mehrere Stunden ohne Truppen gewesen; erst gegen 9 Uhr getrauten die Dänen sich hineinzugehen, aber nicht weiter vorzudringen. (H. B.-H.)

Deutschland.

Vom Main, 20. Juli wird dem Lloyd geschrieben: Die arme Union! Von Anfang stellte sie ein Reich heißen, ein Reich zur Vertretung deutscher Macht und Größe nach außen, und dies war wenigstens ein Name, der Etwas versprach, ein Wort von historischem Klang, ein Rahmen für eine hoffentlich Aehnliches. Dann kam um die kleine Redaktionsänderung im Verfassungsentwurf, welche man dem Verwaltungsrath in Berlin vorlegte: das deutsche Reich schrumpft in eine Union zusammen, die deutschen Staffe des Entwurfs verringerten sich in Vereinsstaffe, und das Verfassungswerk war nur noch ein Staatenbund. Solches geschah lange vor dem Erfurter Vereinstage; aber mit jener kleinen Redaktionsänderung war bereits der Nimbus weg, der Zauber des Namens zerstört, die „allgemeine Wirklichkeit der Dinge" nicht mehr mit dem „goldenen Duft der Morgenröthe" umwoben. Die Erfurter Versammlung vollends war schon gleichsam ein Gespenst eines Reichstages, das nicht an sich selber glaubte. Den Mitgliedern selbst war es nicht geheuer bei diesem Spuck; man fühlte allgemein, daß man sich in einem diesen Uebergangszustande befinde, und zwar in einem mehr und mehr unbehaglichen. Seitdem ist es denn auch täglich schimmer geworden: die Union sinkt langsam ab, sie sinkt von innen heraus, bei lebendigem Leibe, ohne Zuthun von außen, ohne andere Einwirkung, als die des Lebens, bloß durch ihr eigenes Dasein. — Diesem krankhaften Baume nun, von dem die Aexte abfallen, hat der hänsische Friedensschluß die Art an die Wurzel gelegt. Denn was? Die bisherigen Grundsätze der Vereinsbeschlüsse, oder Vereinigungen beliebiger Art, in denen die einzelnen Mitglieder sich freiwillig einer Supremative unterwerfen? Es ist naturgemäß die, daß dem Opfer ein Preis, der Leistung eine Gegenleistung, dem Verzicht auf die Selbstständigkeit die Theilnahme an einer Macht entspreche. Der Preis, die Gegenleistung des Schutzes für den Verzicht einen Schutz zu empfangen; der Kleine ordnet sich unter, um in einem größeren Ganzen an den Vortheilen der Macht und des Ansehens auch seinen theilzunehmen. Wenn aber diese natürliche Grundbedingung zerstört wird, wenn die an der Spitze stehende Macht sich nicht mehr schützend legt, wenn die Gegenleistung des Schutzes aller nur auf der Glaube daran in Nichts zusammenschwindet — wie dann? Glaubt man, daß die Unterordnung fortdauern wird, wahrend sie keine Gegenleistung mehr sieht? Glaubt man, daß in den Reihen der Union ein Respekt ganz bleibe, nachdem er dem kleinen Dänemark gegenüber verschwunden? — Es würde gegen die Natur der Dinge sein. Wer nicht nach außen zu imponiren weiß, der verzichte darauf, eine Supremative nach innen festhalten zu wollen. Wenn man sieht, schwach sein will, so kann es Jeder für sich allein sein, und wenn die Unterordnung bei den Staaten mit Dänemark aber, so wie es vorliegt, hatte eben so gut das furchtsame Lippe-Bückeburg absolutistischen können: — es wäre wachtig genug dazu gewesen.

Baden, 25. Juli. Der Herzog von Bordeaux stattete gleich nach seiner Ankunft St. Maj. dem Kaiser in Schönbrunn einen Besuch ab. Seine Bemühungen, der Herzog des Grafen von Montemolin mit der Prinzessin von Neapel Unterstützung zu erwirken, sind, wie das Neuigkeits-Bureau als sicher vernimmt, an den Grundsätzen unserer Gesetzgebung gescheitert. Den 5-25 WM. v. Bayman ist, wie das Neuigkeits-Bureau meldet, von St. Maj. dem Kaiser ein zweimonatlicher Urlaub nach Kassel zugestanden worden. Derselbe ist heute vorläufig nach Großenberg abgereist. — Die zum Ankaufe eines Ehrenstabes für den F.Z.M. Frhrn. v. Welden bestimmte Summe von 6987 fl. 53 kr. CM. 28 Stück Dukaten und 1 Souverand'or wurde nach dem Willen des F.Z.M. dem Feldschichsome zugewiesen, und vorläufig der Agramer-Sparkasse übergeben.

Berlin, 23. Juli. Am heutigen Tage ist die neue Rang- und Quartierliste der preußischen Armee erschienen. Ganz neu ist die Anführung der Offizierkorps der Marine. Der Admiralität ist Sr. k. Hoheit der Prinz Adalbert von Preußen als Oberbefehlshaber über sämmtliche ausgerüstete Kriegsfahrzeuge, und der Commodore Schröder als Befehlshaber derselben angeführt. Das Offizierkorps besteht aus 3 Lieutenants I. Klasse und 5 Lieutenant II. Klasse, ferner aus 10 Aerzten und 2 Zahlmeistern. In dem Verbande der Marine gehört auch das Marinekorps, das von einem Major befehligt wird, und bei dem 6 Lieutenants angestellt sind. Die Marinewerfte befinden sich zu Danzig, Stralsund und Stettin. Im Manöver zählt die Armee 44 Inf.-Reg., von denen 4 der Garde und 40 der Linie angehören. Ferner 8 combinirte Reserve-Bat., 10 Jäger-Bat., von denen 2 der Garde angehören. Die Cavallerie besteht aus einem Regiment Garde du Corps, 9 Kürassier-Reg., incl. des Garde-Kürassier-Reg., 5 Dragoner-Reg., incl. des Garde-Dragoner-Reg., 13 Husaren-Reg., incl. des Garde-Husaren-Reg., 10 Ulhanen-Reg., incl. der beiden Garde-Landwehr-Ulhanen-Reg., 8 Artill.-Reg. und 7 Festungs-Reserve-Comp. Im Ingenieurcorps gehören 9 Pionierabtheilungen, incl. der Garde-Pionierabtheilungen und 2 Reserve-Pionier-Comp. zu Euremburg und zu Mainz. Die Generalität der Armee besteht aus einem Feldmarschall, 11 Generalen der Infanterie und Cavallerie, 43 Generallieutenants und 57 General-

Digitized by Google

majore. Das Stabsoffizieren zählt die Armee 82 Oberste, 74 Oberstlieutenants, 530 Majore. Der Fürst zu Hohenzollern-Sigmaringen wird als dem Divisionskommandirter in Reisse zugetheilt oder beigeordnet, angeführt. Die Inspektionen der Besatzungen und der Bundesfestungen werden als aufgehoben erklärt.

Berlin, 24. Juli. Die Stellung, welche die kurhessische Regierung sich anzumaßen für beliebt hat, verdient, daß nur Einen unzweideutigen findet ihre neueste Bezeichnung in einer Erklärung, die Seitens des kurhessischen Geschäftsträgers in Berlin am 22. d. M. bei dem kgl. preuß. Ministerium des auswärtigen Angelegenheiten abgegeben worden ist. Diese Erklärung lautet wörtlich, wie folgt: „Der kgl. preuß. Geschäftsträger hat durch Note vom 11. ds. Mts. der kurfürstl. Regierung denjenigen Erlaß des kgl. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. Frhrn. v. Schleinitz, mitgetheilt, welchen St. Excellenz am 4. ds. M. an den Vertreter der kgl. preuß. Regierung und Vorsitzenden im provisorischen Fürstenkollegium, Hrn. v. Sydow, dirigirt hat der Verlängerung des Provisoriums der Union gerichtet hatte. Dieser Mittheilung hatte der kgl. preuß. Geschäftsträger die Bemerkung beigefügt, daß er den Vorschlag der Verlängerung des Provisoriums auf weitere drei Monate der kurfürstlichen Regierung zur Entschließung anheimgebe und dringend ersuchen müsse, daß dieselbe nunmehr aber darum ersuchen müsse, daß dieselbe nunmehr aber die Beschickung des provisorischen Fürstenkollegiums sich bestimmt erklären wolle. Der Regierung des ergebenst unterzeichneten kurfürstl. hessischen Geschäftsträgers muß diese Aufforderung um so mehr unerwartet sein, als sie, neben den abgegebenen Erklärungen auch, Grund hatte, anzunehmen, daß ein Zweifel über die Nichttheilnahme des Kurstaates an der Union und den Institutionen derselben nicht entstehen könne. Indem der Unterzeichnete auf den Inhalt der von ihm am 12. ds. Mts. an Se. Excellenz den Hrn. Staatsminister Frhrn. v. Schleinitz gerichteten Note ergebenst Bezug zu nehmen sich erlaubt, gibt ihm die von dem kgl. preuß. Hofe ergangene Aufforderung die Veranlassung, Se. Excellenz wiederholt anzusprechen, daß die kurfürstliche Regierung bereits in der vierten Sitzung des Berliner Fürstenkongresses vom 13. ds. J. sich auf das bestimmteste dahin erklärt hat, wie sie die daselbst vorgeschlagene Bildung der Union mit den durch die deutsche Bundesverfassung begründeten Rechten und Verbindlichkeiten der einzelnen deutschen Regierungen für unvereinbar halte und wie sie ihrer Nichtbetheiligung folgere, daß Kurhessen seinerseits nichts dazu thun dürfe, auch nur dem kleinsten Stück der Unionsverfassung zur Existenz zu verhelfen, womit denn die Nichtbetheiligung Kurhessens bei der Institutirung des Provisoriums so erklärt als gerechtfertigt sei. In Gemäßheit dieser bestimmt abgegebenen Erklärung hat die kurfürstliche Regierung sich weder an der Union, noch an irgend einer Einrichtung derselben seither betheiligt und kann daher auch nicht in der Lage sein, sich über die Verlängerung eines Provisoriums auszusprechen, dem sie von Anfang an nicht beigetreten war, und dem sie beizutreten sie bei dem Fortbestehen der dargelegten Hindernißgründe für eben so unzulässig halten muß."

Berlin, 27. Juli. Die „Reform" veröffentlicht die mehr erwähnten Vorlagen im Fürsten-Collegium in Folgendem. Der Schreiben Sr. Excellenz des k. preuß. Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den Vorsitzenden im provisor. Fürstencollegium, Hrn. Gen.-Lieut. v. Radowitz: Da die Ursprünglich für die Ratifikation des Friedensvertrags mit Dänemark vom 2. d. M. bestimmte Frist von drei Wochen mit dem 23. d. M. abgelaufen ist, ohne daß die Ertheilungen sämmtlicher deutscher Regierungen eingegangen wären; da ferner mehrere von den Letzten Bedenken gegen die von der königl. Regierung vorgeschlagene Form der Ratifikation durch sämmtliche einzelne Regierungen erhoben haben, — so hat die königl. Regierung, um ihren Wunsch, jede diese formelle Schwierigkeit zu beseitigen, vollständig zu befriedigen, sich entschlossen, ihren Mitgesandten am deutschen Bunde einen weiteren Vorschlag zu machen, welcher geeignet erschien, diese Anstände zu beseitigen. Se. Maj. der König wurden sein Bedenken tragen, eine Vollmacht zur Ratifikation im Namen des deutschen Bundes von sämmtlichen Regierungen anzunehmen; geeigneter aber wurde wohl ein anderer Modus sein, nach welchem die deutschen Bundesregierungen provisor. Bundescommission mit Vollmachten auf hoc verlehen würden, um nach genommener Einsicht den Friedenstractat zu ratificiren. Das bestuhlt an die Regierungen, der Beschleunigung wegen, direkt ergangene Circular vom 26. ds. Die Circulare abschriftlich bei, um dasselbe dem provisor. Fürsten-Collegium vorzulegen, und daran das Ersuchen zu knüpfen, daß die Mitglieder desselben bei ihren resp. Regierungen auf eine baldmöglichste Erwiderung im Sinne des dieserhalben Vorschlags hinwirken möchten. Um jedem Zweifel an der Auffassung des Art. 4 zu begegnen, lege ich noch Abschrift einer Note des Gesandten der vermittelnden Macht vom 4. d. M. bei, in welcher eine vollkommen befriedigende Erklärung der k. dänischen Bevollmächtigten über den Sinn enthalten ist, welchen dieselben mit dem, von wenigen Seiten angefochtenen Ausdruck „pouvoirs reclamés" verbunden haben; und ersuche Sw. Excellenz, dieselbe ebenfalls dem provisor. Fürstencollegium mitzutheilen. Berlin, 25. Juli 1850. v. Schleinitz. — An den Vorsitzenden im provisor. Fürstencollegium, Hrn. Gen.-Lieut. v. Radowitz, Exc. 1) Circular an sämmtliche deutsche Regierungen: Die kön. Regierung hat in Gemäßheit des Friedens mit Dänemark am 2. d. M. eine dreiwöchentliche Frist zur die Ratifikation des deutschen Bundes vereinbart; sie hat sich gleich darauf an sämmtliche Genossen des deutschen Bundes gewandt, und diesen das Traktat zur Ratifikation vorgelegt. Der Termin ist nun seit mehreren Tage abgelaufen. Von einigen der deutschen Regierungen sine ihr bis jetzt formliche Ratifications-Urkunden, von mehreren andern Athäsions-Erklärungen zugegangen. Einige Regierungen haben ihre Beweten ausgedrückt, welche sich zum geringeren Theil auf Formalien, zum materiellen Inhalt, hauptsächlich aber auf die Form der Ratification durch die einzelnen Regierungen beziehen. Mehrere haben noch gar keine Erwerung ertheilt. Eine bestimmte Abtehung der Ratification ist bis jetzt von keiner Seite ausgesprochen worden. Unter diesen Umständen ist es nicht möglich gewesen, am 23. d. M. zu zu Ausweichlung der Ratification zu schreiten. Obgleich die kön. Regierung sich durch die ausgesprochenen Bedenken weder in ihrer Ueberzeugung von der Zweckmäßigkeit des Friedens, noch von der Angemessenheit der von ihr vorgeschlagenen Ratifikationsform hat erschüttern lassen können, ist es doch ihr Wunsch, in dem aufrichtigen Wunsche ein für Deutschland wichtiges Friedenswerk nicht an formellen Schwierigkeiten scheitern zu sehen, nicht unterlassen, den deutschen Regierungen eine andere Form vorzuschlagen, welche ihres Erachtens von einer jeden derselben, ohne Aufgeben des Standpunktes, den sie in der deutschen Verfassungs-Angelegenheit eingenommen, angefahrt werden konne. Es bietet sich für eine solche Form ein doppelter Modus dar. Entweder konnte Se. Maj. der König von Preußen von sämmtlichen Genossen des deutschen Bundes bevollmächtigt werden, den Ratifikations-Akt namens der Genossen und im Namen des deutschen Bundes auszustellen. Se. Maj. ist bereit, eine solche Vollmacht zu übernehmen, falls dies von Ihren Bundesgenossen gewunscht wurde, und die königl. Regierung hat Ursache, anzunehmen, daß gegen eine solche Form von Seiten Dänemarks kein Anstand erhoben werden wurde. Ebenso wenigen Bedenken aber wurde es unterliegen, daß die in Frankfurt a. M. noch für die laufenden Geschäfte in auerkannter Wirksamkeit bestehende Bundes-Centralcommission von sämmtlichen deutschen Regierungen mit Vollmachten ad hoc versehen wurde, um, nach genommener Einsicht und Prüfung des Tractats, die Ratification desselben im Namen des Bundes zu ertheilen. Dieser Modus wäre geeignet, Weiterungen zu vermeiden, materielle Bedenken gegen den Inhalt des Friedens hegen sollten, die Möglichkeit darbieten, dieselben der Bundescommission geltend zu machen, und in eine Berathung und Verständigung darüber einzutreten; während eine solche Berathung selbst bei einem auf hoc zusammengerufenen Plenum ausgeschlossen sein würde, da dasselbe nicht dem Bundesrecht bekanntlich auf einfache Abstimmung beschränkt war. Die kön. Regierung hat gestern, als an dem zur Ausweichsung der Ratification bestimmten Tag, dem k. dänischen Geschäftsträger in Berlin den Stand der Dinge und die Unmöglichkeit der Ausweichsung dargelegt und auf die vorhandenen Umstände den Antrag einer Verlängerung des Ratificationstermins am 14 Tage bis drei Wochen gegrändet. Derselbe hat darüber an seine Regierung berichten und deren Instruction einholen zu wollen erklärt. In der Voraussetzung, daß die k. dänische Regierung — im beherrschten Interesse — auf diesen Antrag eingehen werde, hat die k. Regierung, um keine Zeit zu verlieren, sich entschlossen, ihren Vorschlag schon jetzt an die deutschen Regierungen abgehen zu lassen, und beehrt sich, denselben hiermit sämmtlichen Gesandten des deutschen Bundes mit dem Ersuche vorzulegen, sie baldmöglichst mit einer Erwerung versehen zu wollen. Berlin, den 24. Juli 1850. (Gez.) Schleinitz. — Circular an sämmtliche deutsche Regierungen. 3) Schreiben Sr. Excellenz des Grafen v. Westmorelan an Se. Excellenz den k. preuß. Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Frankfurt a. M. 4. Juillet 1850. Monsieur le Baron! Je viens de recevoir du Baron de Pechlin, en son nom et au nom de ses Collègues, l'assurance qu'il n'a considéré les mots: „pourra réclamer." substitués pour le mot: „réclameront" dans l'article IV. du traité de Paix entre la Confédération Germanique et le Danemark, signé le 2. du courant, que comme autorisant le Roi de Danemark à essayer, par des moyens de conciliation, de rétablier les rélations pacifiques avec le Duche de Holstein, sans l'intervention de la Confédération. Si ses efforts restaient inefficaces, le Baron de Pechlin reconnait l'obligation du Roi, contractée pour le Traité, de s'adresser à la Confédération, avant d'avoir recours à des mesures militaires, afin de rétablir l'exercice de son autorité dans ce Duché. Ce n'est que dans le cas que cette intervention, ainsi demandée, ne fût pas accordée ou restât inefficace, que le Roi serai autorisé à employer Ses forces militaires à cet effet. Je profite de cette occasion pour renouveler &c. &c. (signé) Westmorland. — Son Excellenz, Monsieur le Baron de Schleinitz. etc. etc. etc.

England.

London, 26. Juli. Baron James v. Rothschild erschien im Beginn der heutigen Unterhaussitzung in Begleitung der Hrn. Wood und John Smith an den Schranken des Hauses, um in Kraft seiner Wahl in City von London sein Recht auf einen Sitz in diesem Hause in Anspruch zu nehmen. Bis vor der erste Secretair des Bureaus sich anschickte, Hrn. v. Rothschild den Eidesformel vorzulesen, verlangte dieser, als Israelite den Eid auf das alte Testament zu leisten. Sir R. Inglis: Er protestire dagegen; dieses Haus sei ein christlicher, gesetzgebender Körper; Niemand habe das Recht, in diesem Hause zu sitzen, der nicht den Eid auf das neue Testament leiste; er stelle den Antrag, daß das Haus seine Zustimmung zu dieser Erklarung formlich aussprechen. Das Haus beschloß, diesen Antrag am nachsten Montag zu berathen.

Frankreich.

C Paris, 27. Juli. Die leidenschaftlichen Auftritte des Abendmontags haben heute zu einer au-

feroerdentlich bewegten Szene im Schooße der Nationalversammlung geführt. Um 4½ Uhr begann Dupont (de Bussac) die Nedneribühne, um in Betreff dieser Angriffe einen Antrag zu stellen. Nachdem er den Artikel des Abendmoniteurs vom 25. vorgelesen, schloß er: „Was haben Sie jetzt zu thun? Ich rathe nicht zur Vorladung des Journalisten; denn dieser ist nicht der wahre Schuldige; wenn er von anderer Seite der bezahlt wäre, so würde er vielleicht Gnade von Ihnen sagen. Er ist nur das Instrument, das Jemand der dasselbe führt, muß getroffen werden. (Aufsehen). Ich schlage daher eine parlamentarische Untersuchung vor, um den Verfasser des Artikels zu ermitteln. Das Land muß sehen, daß Sie entschlossen sind, seine Würde und die Verfassung zu vertheidigen. Wenn nicht, so wird es Sie selbst zu vertheidigen wissen." Der Präsident Dupin bestritt der Versammlung das Recht, sofort diese Untersuchung zu veranlassen, sie habe zuvorderst nur das Recht, den Herausgeber vor ihre Schranken zu laden, und erst später könne sie das Weitere verfügen. Jules Janin ergriff von Neuem das Wort und äußerte: „Ich verlange wenigstens, daß das Ministerium dieses sächerliche Schwätzen breche, wo so ernste Interessen im Spiele sind. (Heftbewegtes Schweigen auf der Ministerbank.) Das Ministerium beharrt! Ich bin erstaunt über dieses Schweigen. Wenn dasselbe fortdauernte, so müßte man schließen, daß das Ministerium nur da ist, um seine Pflichten zu verleugnen und gegen Sie zu konspiriren. Das Ministerium muß sich erklären. Sein Stillschweigen wäre eine Handlung des Verrathes." (Lebhafte Bewegung.) Der Minister des Innern, Duroche, bestieg darauf die Tribune und erklärte: „Das Ministerium übernimmt nicht die Verantwortlichkeit für Journalartikel, welche es auch seien. (Murren von der Rechten: „Und der Verkauf des Journals?") Was den Verkauf des Journals in den Straßen betrifft, so ist der Abonnementpreis seit langen Jahren die Erlaubniß dazu und der Minister des Innern hat sur jetzt nicht die Absicht, sie ihm zu entziehen." (Außerordentlicher Aufruhr auf allen Bänken. Mehrere Mitglieder der Mehrheit eilen zu den Ministerbänken und machen dem Minister des Innern heftige Vorwürfe.) Der Quästor Bage eilte auf die Rednerbühne und sagte: „Es handelt sich jetzt nicht mehr um das Journal. Die Frage hat ein anderes Ansehn angenommen und zwar durch die Schuld des Ministers! Es ist ein Schrei meines Gewissens: ich habe die tiefste Verletzung in der Seele, daß gegen die Nationalversammlung etwas im Werke ist. Wenn der öffentliche Friede durch fortwährende Angriffe gegen die erste Staatsgewalt und Usurpationsdrohungen gefährdet ist, so haben Sie eine große Pflicht zu erfüllen: Sie haben die parlamentarische Regierung zu retten, deren legale Vertreter Sie vielleicht sein werden. (Mein! Nein! auf vielen Seiten)... wenn Sie dieselbe nicht zu vertheidigen wissen. Sie haben jetzt nur noch auf der Stelle einen Ausspruch zu ernennen, um über die Maßregeln zu berathen, die zu ergreifen sind." Der Minister Baroche erhob sich abermals, um zu sprechen, konnte aber vor dem Ungestüm der Linken und eines Theils der Rechten kaum zu Worte kommen. Er erklärte seine letzten Worte damit, daß er im Gefühl seiner Würde und der Würde der Regierung dem Befehl und der Drohung nicht habe weichen wollen und die Versicherte, daß die Regierung keineswegs die Absicht habe, die Verfassung aufzuheben und nur nach dem Einen trachte: das Bestehende zu erhalten. Der Minister, dessen Stimme zum öfteren sehr bewegt war, empfing von der Mehrheit zum öfteren Zeichen ihres Beifalls. Der Quästor Bage äußerte noch etwa Folgendes: „Wir erkennen die ehrenvertesten Gesinnungen des Ministers an. Allein Betheuerungen reichen nicht hin. Eine große Unruhe besteht im Lande; dies ist eine Thatsache, die sich nicht verheimlichen läßt. Wir können den Frieden nicht erhalten, wenn die Nationalversammlung nicht ihr Ansehen und Gewalt gegen Alle und Jeden aufrecht zu erhalten weiß." Vom Centrum aus ward hierauf mit Heftigkeit die Tagesordnung gefordert. Nach einer zweistündigen Abstimmung ward die Tagesordnung in zweiter Abstimmung, wobei die äußerste Rechte mit der Montagne dagegen aufstanden, bejaht und damit der Antrag von Baze beseitigt. Der gestorte Landfrieden war somit von der Hand noch einmal wieder hergestellt.

C Paris, 27. Juli. Als man in der Freitagssitzung den Kampf zwischen Eifer und Nationalversammlung jeden Augenblick entbrennen zu sehen glaubte, war General Changarnier abwesend. Während Hr. Baze sich auf der Tribune befand, schlugen mehrere Mitglieder vor, sofort den General aufzufordern, zu ihm, falls die Versammlung eine entschiedene Maßregel ergreifen sollte, den Schutz derselben zu übertragen. Nur Baroche's demüthige Bitten anderten diesen Entschluß. — Der Moniteur du Soir schloß bekanntlich seinen Artikel über diese Sitzung mit den Worten: „Ihr wollt Lenorm Napoleon Bonaparte hindern, Kaiser zu werden: eure Narrheit würde ihn dazu selben, wenn es sein müßte." Sehr gut unterrichtete Personen versichern, im betreffenden Manuscripte sei statt wurde das Wort wird gestanden. Der Gerant, dem aber diese Nachlässigkeit des Artikels nicht entschuldigen, erwirkte mit vieler Mühe die Aenderung.

Neueste.

T. D. Hamburg, 29. Juli. Es hat ein unbedeutender Kavallerie-Vorpostengefecht stattgefunden. Das Hauptquartier der schleswig-holsteinischen Armee ist nach einigen Nachrichten in Wittenser, nach andern in Rendsburg. Alle Gerüchte von abgeschmitenen Corps sind unwahr. v. Wittisen hat an alle deutsche Fürsten, die ein Herz für Schleswig haben, folgende Aufforderung erlassen: „Bei dem verhältnißmäßig großen Verluste an Offizieren, den die schleswig-holsteinische Armee bei Idstedt gehabt, ist ein Ersatz an diesem wichtigen Bestandtheil der militärischen Kräfte das große Bedürfniß der Armee. — Es ergeht daher an Offiziere deutschen Truppen, welche jung und kräftig sind und ein Herz für die Sache haben, die hier verfochten wird, die Aufforderung, so schnell als möglich nach Rendsburg zu kommen, wo sie sicher sein dürfen, eine ihren Fähigkeiten und Dienstalter angemessene Stellung zu finden, sei es als Volontairs, sei es definitiv. Sämmtliche deutsche Blätter werden ersucht, diese Bekanntmachung in ihre Spalten aufzunehmen. Clivensched, den 27. Juli 1850. — Der kommandirende General v. Wissisen." (D. Z.)

Wien, 28. Juli. Nach dem Reisepaß, welcher für den F-Z-M. von Haynau ausgefertigt wurde, begibt sich derselbe von Gräfenberg nach Kassel und wird von dort aus eine mehrmonatliche Reise durch Frankreich, England, Spanien und Italien antreten.

Berlin, 28. Juli. Die „Const. Z." schreibt: Aus guter Quelle können wir mittheilen, daß an einen großen Theil unserer Regimenter der Befehl ergangen ist, sich marschfertig zu halten.

Berlin, 28. Juli. Der Graf zu Eulenburg ist hier eingetroffen, um sich wegen seines Benehmens in Schleswig zu rechtfertigen. Die, wie bereits gemeldet, von der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung eingenommenen, nicht bei der königl., sondern bei einer sichern Privatbank in Kopenhagen deponirten Gelder können nur gegen einen, von den 3 Commissarien der früheren Landesverwaltung unterschriebenen Schein verabfolgt werden. Demnach würden diese Gelder für die Schleswiger noch mehr verloren sein, wie man allgemein befürchtete. (B. N.)

C Paris, 28. Juli. Man spricht viel von einer Demonstration zu Ehren der Julirevolution, welche heute gefeyhen soll. Der erwähnte Ort soll der Bastilleplatz sein. Abermals sollen Kränze an der Julisäule niedergelegt werden; sehr verbreitete Gerüchte sprechen auch von zu haltenden Reden. Die Polizei hat alle möglichen Vorsichtsmaßregeln getroffen, um die Demonstration zu verhindern. Der unaufhörliche Regen dürfte auch das seinige dazu beitragen, um diese Wallfahrt wenigstens heute, Sonntags zu verhindern.

△ Madrid, 23. Juli. Die Carlisten tauchen in Catalonien stärker, als je, auf.

Brüssel, 27. Juli. Oesterr Herzog ist Seine Maj. der König von Bayern hier angekommen.

Wien, 21. Juli. (Kunstscheiben Oesterreichs an die deutschen Regierungen über den Austausch der badisch. Truppen mit Preußen.) Im März d. J. fanden in den badischen Kammern über eine mit der preußischen Regierung abzuschließende Uebereinkunft wegen Reorganisation der badischen Truppen Verhandlungen statt, in welchen die Bundescentralkommission Verwahrung nahm, die großherzogl. badische Regierung aufzufordern, über den in Rede stehenden Vertrag möglichst bald Aufklärungen zu geben. Diesem Ansinnen entsprach die badische Regierung durch ein am 4. April an die Bundeskommission gerichtetes Schreiben, worin angezeigt wurde, daß derselbe über die zeitweise Verlegung eines Theils der großherzogl. badischen Truppen in preuß. Garnisonen von badischer Seite Verhandlungen mit der k. preuß. Regierung eingeleitet seien und ein darüber abzuschließender Vertrag in naher Aussicht stehe. Es ward in diesem Schreiben ausdrücklich hervorgehoben, welche der Zweck der fraglichen Maßregel sei und welches der Verlauf der Ereignisse gewesen, unter deren Einflusse die badische Regierung sich zu derselben als zu dem einzigen Mittel entschlossen habe, die durch die Revolution gebrochene Wehrkraft des Landes wieder herzustellen. (Forts. folgt.)

Wien, 23. Juli. Die „Oest. Reichs-Ztg." theilt folgende Abschrift einer Depesche des Fürsten v. Schwarzenberg an Frhrn. v. Prokesch in Berlin mit: Wien, den 15. Juli 1850. Durch den k. preuß. Gesandten ist mir am 10. d. M. ein Raunschreiben des Frhrn. v. Manteuffel an die deutschen Bundesregierungen, nebst dem am 2. d. zu Berlin abgeschlossenen Friedenstraktat und einer erläuternden Denkschrift, mit dem Wunsche mitgetheilt worden, daß von Seiten Oesterreichs die Zustimmung zu dem gedachten Frieden möglichst bald erklärt und die Ratifikation innerhalb der bestimmten Frist ertheilt werde. Wir freuen uns aufrichtig, daß endlich ein Friedensschluß zwischen der von der provisor. Bundes-Centralcommission hierzu bevollmächtigten k. preuß. Regierung und der Krone Dänemark zu Stande gekommen ist. Ihr Haltung, welche die k. k. Regierung bei dem Beginne des unheilvollen Kampfes, dem durch dieses Friedenswerk ein Ziel gesetzt wird, angenommen und während dessen Dauer auch behauptet hat, laßt keinen Zweifel darüber bestehen, daß sie zwar gerechte Ansprüche des deutschen Bundes und der Herzogthümer gewahrt wissen wolle und deren Gelteudmachung nicht verabsäumen werde, zugleich aber auch mit lebhaftem Bedauern erkannt habe, wie schwierig die Lösung der streitigen Fragen und wie gefährlich die dem Frieden Deutschlands, zu selbst der Ruhe Europas, aus diesen Fragen erwachsende Gefahr durch den Umstand geworden sei, daß die Partei der Bewegung sich bestehenden bemächtigt hatte, und sie für ihre Berechnungen anzubenten und zu mißbrauchen bereit war. (Forts. folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Gestorbene:

Den 29. Juli.

Jakob Konrad, Vogelhändler, 40 J. alt. — Maria Margar., T. des Schneidermstr. Kreiner, 3 Monate alt. — Erhard Grillmaier, Privatier, 32 J. alt. — Zwei Kinder. — Heller, Ant, Hofgärtner, 67 J. 9 M. alt.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 60.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schaafhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die spaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 183. Würzburg, Donnerstag den 1. August. **1850.**

Landtagsabschied.

München, 29. Juli. (Fortsetzung.) §. 16. Kredit für außerordentliche Bedürfnisse der Armee betreffend. Das Gesetz, einen Kredit außerordentliche Bedürfnisse der Armee betreffend, haben Wir mit Genehmigung der von den beiden Kammern des Landtages vorgeschlagenen Modifikationen unter dem 22. Mai d. Js. sanktionirt und durch das Gesetzblatt vom 24. desselben Mts. (Stück 16) bekannt machen lassen. Auf die aus Veranlassung dieses Gesetzes an uns gebrachten Wünsche erwidern Wir: Im Militäretat sind bereits alle mit dem Stande der politischen Verhältnisse nur immer vereinbaren Ersparungen und Einschränkungen eingeführt, und Wir haben unser Kriegsministerium angewiesen, auch fernerhin jede mit den politischen und militärischen Rücksichten vereinbare Ersparung eintreten zu lassen. Bei dem Vollzuge dieses Gesetzes ist wie bei den frühern Anlehen das vorzügliche Augenmerk darauf gerichtet worden, daß der für das Staatsheer vortheilhafteste Weg eingeschlagen und die entsprechende Rücksicht auf die gewerblichen und ökonomischen Interessen Bayerns durch die Herbeiziehung von Kapitalien aus dem Auslande genommen werde. Die desfallsigen Wünsche des Landtages haben daher die entsprechende Berücksichtigung bereits gefunden. Bei Anschaffungen für das Militär wurde schon bisher nach den bestehenden Verordnungen den Gewerbsmeistern und Fabrikanten und Handlern möglichste Berücksichtigung zugewendet und wird solches auch künftig in so weit geschehen, als die Rücksicht auf die nothwendige Erhaltung entsprechender Militärrealitätsmittel es möglich macht, und nicht wegen Dringlichkeit des Bedürfnisses oder wegen Beschränktheit der vorhandenen Zeit die Konkurrenz größerer ausländischer Fabriken zugelassen werden muß. §. 17. Kompetenzkonflikte betreffend. Wir haben dem Gesetzentwurfe, die Kompetenzkonflikte betreffend, unter den von den beiden Kammern vorgeschlagenen Abänderungen am 28. Mai l. Js. Unsere Sanktion ertheilt und das Gesetz hierüber unter dem 29. Mai d. Js. durch das Gesetzblatt (Stück 17) bekannt machen lassen. §. 18. Die Herstellung eines telegraphischen Netzes für Bayern betreffend. Wir haben dem Gesetze die Herstellung eines telegraphischen Netzes für Bayern betreffend, in der von den beiden Kammern vorgeschlagenen Modifikation am 6. Juni d. Js. Unsere Genehmigung ertheilt und solches durch das Gesetzblatt vom 7. desselben Mts. (Stück 18) bekannt machen lassen. Dem beigefügten Wunsche: die kgl. Staatsregierung wolle durch abgeschlossene Verträge die Verbindung mit den Nachbarstaaten und die Annahme einer gleichmäßigen Tarife dadurchmöglichst herstellen und die Anfertigung des derzeitigen Eisenbahnbedarfes auf bayerischen Eisenbahnen thunlichst beginstigen", werden Wir besonder Berücksichtigung zuwenden. In ersterer Beziehung sind Verhandlungen mit den Nachbarstaaten bereits eingeleitet. §. 19. Erbauung einer Eisenbahn von Augsburg nach Ulm betreffend. Wir haben das Gesetz über die Einleitungen zu der Erbauung einer Eisenbahn von Augsburg nach Ulm mit Genehmigung der von dem Landtage vorgeschlagenen Modifikationen unter dem 6. Juni d. Js. sanktionirt und durch das Gesetzblatt vom 7. desselben Mts. (Stück 19) bereits verkünden lassen. §. 20. Ersatz des Wildschadens betreffend. Den Gesetzentwurf, den Ersatz des Wildschadens betreffend, haben Wir unter den beantragten Modifikationen durch Unsere Sanktion am 15. Juni d. Js. zum Gesetze erhoben und dasselbe durch das Gesetzblatt vom 17. Juni d. Js. (Stück 20) bekannt machen lassen. §. 21. Die Aufbringung des Bedarfes für den Eisenbahnbau in den Jahren 1849/50 und 1850/51 betreffend. Das Gesetz über die Aufbringung des Bedarfs für den Eisenbahnbau in den Jahren 1849/50 und 1850/51 ist von Uns nach dem darüber gefaßten Gesammtbeschlusse des Landtages unter dem 30. Juni l. Js. sanktionirt und durch das Gesetzblatt vom 5. Juli l. Js. (Stück 21) verkündet worden. Wir ertheilen dabei auf die der Zustimmung zu dem erwähnten Gesetzentwurfe beigefügten Wünsche folgende Erklärungen: 1) Es ist unser Wille, daß der Anebau der gesetzlich genehmigten Eisenbahnlinien möglichst beschleunigt, und insbesondere dafür gesorgt werde, daß die Ludwigs-Süd-Nordbahn bis Lindau wenigstens gleichzeitig mit der Linie von Augsburg nach Ulm in Betrieb trete. 2) Wegen Vollendung des zweiten Schienengeleises auf den Staatsbahnen werden seiner Zeit die nöthigen Vorlagen an den Landtag behufs der Zustimmung derselben zu der erforderlichen Ausgabe-Position gelangen. Bis dahin hat diese Vollendung des zweiten Schienengeleises auf sich zu beruhen. 3) Nach Vollendung der Ludwigs-Westbahn soll für Güterbefrachtungen von Nürnberg nach Würzburg und umgekehrt eine dem Umwege über Bamberg entsprechende Tarifverleichterung festgesetzt werden. 4) Wir werden den Wünschen der Kammern wegen Verbindung der bayerischen Eisenbahnen mit den böhmischen Bahnen möglichste Beachtung zuwenden, sowie dieser schon in den Verhandlungen mit der kaiserl. kgl. österreich. Regierung bezüglich der München-Salzburgerbahn die Bahnverbindung über Brack mit Steyermark und Tirol wiederholt beantragt worden ist. 5) Es soll dem nächsten Landtage auch abgesehen von einem Ausschlusse an böhmische Bahnen ein Gesetzentwurf über die Einleitung zur Erbauung einer Eisenbahn von Nürnberg über Amberg nach Regensburg und die zur Bestreitung dieser Bauarbeiten erforderlichen Mittel zur Vorlage gebracht werden. 6) Wir gestatten, daß in den geringeren Fällen von den betreffenden Staatsministerien Anträge auf Pachtung des Betriebes von Privateisenbahnen für Rechnung des Staates an uns gebracht werden. 7) Wir genehmigen die Verabfolgung des Gesammtbetrags für den Bau der Ludwigs-Westbahn von 29 Millionen auf 22 Millionen Gulden, behalten jedoch die Postulirung nachträglicher Kredite vor, wenn außerordentliche Verhältnisse solche unabweislich erforderen sollten. 8) Wir wollen, daß die für die zunmgänglich nothwendigen Bedürfnisse der Eisenbahnen rc. auf der München-Augsburger Eisenbahn nach erfolgter Schon Summen für Rechnung des durch das Gesetz vom 23. Mai 1846 bewilligten Kredits bis zum letzten September 1851 zur Verausgabung gelangen, und genehmigen, daß der am 1. Oktober 1851 noch verbleibende Restbetrag als erloschen zu betrachten sei. §. 22. Die Kapitalrenten und Einkommensteuer betreffend. Der Gesetzentwurf über die Kapitalrenten- und Einkommensteuer ist in der von beiden Kammern des Landtages vorgeschlagenen Fassung unter dem 11. Juli d. Js. von Uns zum Gesetz erhoben, und letzteres im Gesetzblatte vom 17. des nemlichen Mts. (Stück 22) verkündet worden. §. 23. Die Einquartirungs- und Vorspannslasten in Friedenszeiten betreffend. Das Gesetz über die Einquartierungs- und Vorspannslasten in Friedenszeiten ist in der von beiden Kammern des Landtages vorgeschlagenen Fassung von Uns sanktionirt und das hiernach aufgefertigte unter Zifer I. anliegende Gesetz in verfassungsmäßiger Form erlassen. Dem aus Veranlassung jenes Gesetzes an uns gebrachten Wunsche wegen Bekanntmachung eines Regulativs über die Kostvortion der einquartierten Mannschaft und über die Pferdeställen soll durch eine mit Unserer Genehmigung von den Staatsministerien des Innern, und der Finanzen des Kriegs gleichzeitig zu erlassende Bekanntmachung, welche durch das Regierungsblatt, dann das Amtsblatt der Pfalz und sämmtliche Kreisintelligenzblätter zu veröffentlichen ist, entsprochen werden. §. 24. Der Geschäftsgang des Landtages betreffend. Den von beiden Kammern des Landtages beantragten Modifikationen des Gesetzentwurfes den Geschäftsgang des Landtages betreffend, haben Wir Unsere Genehmigung ertheilt und das hienach ausgefertigte Gesetz unter Ziffer II. hier beifügen zu lassen. §. 25. Die Einrichtung des die Kunststräßen im Königreiche Bayern befahrenden Fuhrwerkes betreffend. Wir haben den von beiden Kammern des Landtages beantragten Modifikationen zu dem Gesetzentwurfe, die Einrichtung des die Kunststraßen im Königreiche Bayern befahrenden Fuhrwerkes betreffend, Unsere Genehmigung ertheilt und das hienach ausgefertigte unter Ziffer III. anliegende Gesetz in verfassungsmäßiger Form erlassen. (Forts. f.)

Deutschland.

München, 30. Juli. Nach der vom Finanzministerium erlassenen Vollzugs-Instruktion zum Gesetze „die Kapitalrenten- und Einkommensteuer betr." müssen die Rentämter und Gemeindebehörden die nöthigen Vorarbeiten so beschleunigen, daß am 16. August in allen Gemeinden die Fatirung vorgenommen werden kann. Dieses Geschäft muß bis 1. Sept. beendet sein und am 16. Sept. haben die Steuervorstände die Prüfung und Feststellung der Fassionen zu beginnen und bis Mitte Okt. hiemit fertig zu sein. Die Erhebung der Steuer für das Jahr 1849/50 hat in zwei Zielen zu geschehen, Anfangs Novbr. und Anfangs Dezbr., es bleibt jedoch Jedem überlassen, die ganze Steuer gleich beim ersten Ziele zu erlegen. — Gestern ist der geschickte praktische Arzt, Dr. Thiersch, Sohn des berühmten Philologen, nach Schleswig-Holstein gereist, um dort seine Dienste den leidenden Kriegern zu widmen.

(A. Mb.)

*„ Neustadt a. S., 29. Juli. Eine große Mission! Längst wird anerkannt, daß Irreligiosität das Grundübel der Staaten ist; diese zu bekehren, muß nähere Aufgabe sein, wenn es besser werden soll. Niemand, der guten Willen und

Kraft hat, scheue die große Reise nicht, wie sie unser hochwürdigster Herr Bischof Georg Anton von Würzburg nicht scheute. Er hat sich 72 Tage in unseren Gegenden aufgehalten, Visitation gehalten, er hat die lateinische Schule und die deutschen Schulen in Neukadt, Neuhaus, Lobenstein und Saalfeld in der Religion geprüft, er hat seine Entschließungen mit den Landesregierungen angesprochen und gefunden, daß es in unserer Gegend noch nicht so schlimm steht, daß die Kinder noch wohlerzogen werden, und die Eltern noch ihren alten Glauben haben, wie sie verehrt haben ihren Oberherrn, wie sie auf dem Lande in Prozession empfingen, sich vor ihm niederwarfen und um den bischöflichen Segen baten. Unser hochwürdigster Herr Bischof gewann aber auch durch seine Menschenfreundlichkeit die Herzen, wie er auch insbesondere in verständlichen Unterricht die Kleinen an sich zog, und sich den bedeutungsvollen Namen „Kinderfreund“ erwirbt. — Eine solche bischöfliche Mission, welcher die Schulbehörden, die Stadt- und Gemeinde-Verwaltungen beiwohnten, kann nicht ohne heilsamen Erfolg bleiben, besonders wenn sie, an verschiedenen Orten statt hat, wie bereits auf den 25. August eine solche Prüfung für das Gymnasium zu Munnerstadt angesagt ist. — Auf dies Alt kann die Kirche, wie schon oft geschehen, die Retterin des Staates werden. Man beschränke ihre Freiheit, ihre Wirksamkeit nicht!

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Schleswig-Holstein. In Bezichung auf die Bekanntmachung vom 12. d. M., betreffend die Annahme von gebienten Unterpfizieren und Soldaten für die schleswig-holsteinische Armee, wird hiemit ferner ernstrent, daß jedem gut gedienten Unteroffizier der Insanterie für die bis zu seinem Eintritt gehabten Unkosten eine Vergütung von 20 Rthlr. preuß. Cour., so wie bei seiner event. Entlassung nach untadelhafter Dienstleistung ebenfalls ein entsprechender Reisepaß ausgehandt werden, wird. Kiel, 25. Juli 1850. Das Departement des Krieges. Krohn. Sewolod.

Kiel, 26. Juli, Abends. Eine interessante Episode in der Katastrophe Ecternförde's bildet die Gefion. Sie liegt ganz nah am Lande in dem innersten Winkel der Bucht, und ist abgetakelt. Ihre Besatzung besteht aus 100 Preußen und etwa eben so vielen Reichstruppen. Der Commandeur hat, den Instruktionen des Reichsadmirals Bromme zufolge, dem dänischen Capitain Steen Bille heute schriftlich angezeigt, daß er, wenn die Dänen das Schiff fortführen wollten, den Kampf annehmen und zuletzt das ganze Schiff in die Luft sprengen werde.

Von der Niederelbe, 28. Juli. So eben vernehmen wir, daß der General von Willisen gestern eine Inspection der einzelnen Bataillone der verschiedenen Brigaden vorgenommen habe. Diese Inspectionsreise hat ergeben, daß noch 26,500 Mann Truppen unter den Waffen stehen, die alle gesund, muthig und von bestem Geiste beseelt sind. Auch wird uns versichert, daß der Befehl gegeben ist, daß alle im Festungsrayon von Rendsburg sich befindlichen Gebäulichkeiten und Dörfer abgebrochen werden sollen. (D. R.)

Kiel, 28. Juli. Achtzehn Kriegsschiffe sind in Sicht.

Hamburg, 28. Juli, Mittags 12 Uhr. So eben geht uns aus Kiel die nachstehende Bekanntmachung des Departements des Kriegs zu: „Da der detaillirte Bericht über die Schlacht am 25. d. vom kommandirenden General noch nicht hatte eingesandt werden können, so bringt dieses Departement hiermit zur öffentlichen Kunde: Unsere ganze Armee steht in concentrirter Stellung. Alle Gerüchte von abgeschnittenen Corps sind unwahr. Der Verlust an Mannschaften wird durch das Einmarginen der bei einigen Wochen ersetzten Ersatzbataillone in dem Maße ersetzt, daß in einigen Tagen die Armee stärker sein wird, als sie vor der Schlacht bei Idstedt war. — Der Muth der Armee ist ungebrochen. — Die Tage der Entscheidung stehen noch bevor! — und wir sehen ihnen gefaßt entgegen. Kiel, den 27. Juli 1850.“ (Schl. Z.-H.) (S. M.)

— Nach einer telegraphischen Depesche sind die vorvorigen Tag. aus Hamburg, vom 29. Abends datirt, haben die Dänen das Stand- und Kriegsrecht proklamirt.

Hamburg, 30. Juli. Ein Jägerbataillon ist nach Kiel, ein anderes nach Friedrichstadt aufgebrochen. Es wird ein Angriff des Feindes auf Friedrichstadt erwartet. Die Armee scheint sich hinter die Eider aufzustellen. (F. J.)

Fridua, 29. Juli. Seit dem 26. d. M. ziehen badische Truppen auf ihrem Marsche nach den alten, preußischen Provinzen durch unsere Stadt. Gestern Abend kamen die Grenadier-Dragoner und eine halbe Fußbatterie zu vier Geschützen. So ist das zweite badische Dragonerregiment am 26. und 27. durchmarschirt, gestern kam die erste Hälfte des dritten Dragonerregiments, morgen wird die andere Hälfte und der Rest der Artillerie folgen. Ordnung und Sauberung dieser Truppen ist musterhaft, die Reiter sind trefflich, wohlgebaute Männer, viele darunter von wahrhaft martialischem Aussehen, besonders die Wachtmeister. Einen sehr wohlgefälligen Eindruck macht die Sorgfalt dieser Leute in ihrer Kleidung. Alles ist sauber und blank geputzt, man sollte kaum glauben, daß sie tiefe Märsche gemacht. Die Pferde, die Herren „Wahlpuher und Comp.“ haben es beim Durchmarsche der Badener an Demonstrationen nicht stehlen lassen. An den Straßenecken waren Plakate angeheftet, worin an Trupschler's Tod erinnert und der Tag der Rache als „sehr nahe“ angekündigt wurde; mit lautem Hurrah wurden gestern die Artilleristen auf der Promenade empfangen. Die Soldaten zeigen aber gegen alles Dieses eine merkwürdige Gleichgültigkeit und einige der besten Männer Fulda's sollen noch unwohl sein über die Ehrenzeitel, womit sie ein badischer Offizier in einem ehrwürdigen Theile der Stadt angeheftet hatte, wo jene Herren durch freies Bier und Räsonnaden einige Dragoner ihre machen wollten. Wenn solche Leute noch nur berächten, daß gerade unter dieser Mannschaft viele sich befinden, die in den Tagen der Gefahr dem Großherzoge und ihrer Fahne treu blieben, wie dies schon die Ehrenzeichen beweisen, welche man häufig auf der Brust dieser Soldaten sieht. Uebrigens ist die Stimmung der Badener eine sehr gedrückte und niedergeschlagene, selten sieht man ein fröhliches Gesicht, auf den meisten ruht der Ausdruck des Schmerzes und der Sehnsucht nach der Heimath. Die Landesthätigkeit wurde in Marburg ist abgeklärt und die freien Herren sind wieder zu dem heimischen Heerde und den väterlichen Penaten heimgekehrt. Es sind sehr wichtige Beschlüsse in dem europäischen Hose zu Marburg gefaßt worden, z. B. daß die „mönchischen,“ den Zeitverhältnissen durchaus nicht entsprechenden Schulsystemen ein Ende gemacht und an ihre Stelle „pädagogische Akademien“ in Verbindung mit Universitäten treten sollen. Wie reimt sich das mit der „dürftigen Lage so vieler Lehrgehilfen im Fuldaischen,“ die auch zur Sprache kam, mit dem Hundertthalergehalt so vieler Pädagogen, den verschiedenen Anzuschaffungen, welche den sunfzig akademisch gebildeten Meistern die Gemeinden zukommen lassen, z. B. Bestellung eines Krautbeets, Osterei, Neujahrsgeschenk ꝛc. Wahrscheinlich bleibt die pädagogische Akademie einstweilen noch auf dem Papier stehen, und die betreffende Petition wird von dem Landtagsschmiral und Landtagsmarschall, dem Grafen Reichenbach-Lessonnitzen zum Gedächtnisse! Bei dem Marburger Festmahl, das natürlich nicht fehlen durfte, hat auch Bierbrauer Lederer geredet und seine Ansichten über Jugendbildung, Lehrerstand und Fortschritt mit der ganzen Unsichtbarkeit eines deutschen Mannes ausgesprochen. Wenn er nur nicht dabei den „Egmont“ im „Faust“ citirt hat, wie es einmal im Ständesaal gesschehen sein soll, doch Leute ergötzen es wenigstens. — Dr. Paul Roth an der Universität München ist als Extraordinarius in die Marburger Juristenfacultät berufen worden. Warum befördert Hassenpflug nur lauter Ochsen in Marburg? Es ist ja schon lange an den Tag gekommen, daß er Friesen. Vom Main.)

Dresden, 29. Juli. (Landtagsverhandlungen der 2. Kammer — III. offentl. Sitzung.) Diesselbe begann nach 11 Uhr in Anwesenheit von 56 Kammermitgliedern und 9 Hh. Staatsminister. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung wurde vorgelesen und genehmigt. Hr. Präsident Dr. Haase zeigt der Kammer an, daß in Folge der von ihr beschlossenen und von dem Directorium vollzogenen Eingabe antwort bereits die Hh. Abgg. Dr. Wigard und Dr. Wuttke [illegible] Hh. Abgg. Wagner] angewiesen haben. Diese beiden Herren werden eingeführt und mittelst Handschlags verpflichtet.

Dresden, 29. Juli. Heute Morgen ist dem verantwortlichen Redacteur wie dem Drucker der „Dresdner Zeitung“ verofsentlicht worden, daß sie ferner Erscheinen der Dresdner Zeitung“ auf Grund des §. 8 der Verordnung vom 3. Juni durch die hiesige Kreisdirektion verboten sei. Der Redacteur hat sofort den nach §. 4 bezeichneten Verordnung zulässigen Recurs an das Ministerium des Innern ergriffen. (Fr. S.-Z.)

Bibera, 27. Juli. Die bischöfliche Eingabe, mit dem Ansuchen, daß die geistlichen Amtsverrichtungen von der Militär-Einquartierung verschont bleiben möchten, wurde vom Ministerium des Innern mit der Bemerkung erledigt, daß die zur Regelung des Militär-Einquartierungs und Vorspannwesens nöthigen Vorarbeiten bereits getroffen sind, und daß Alles angewendet werde, um dieselben bald zu beenden. Für mitterweile vorkommende Fälle, welche Abhilfe bedürfen, weiset das Ministerium auf die politischen Landesbehörden, indem es nicht zweifelt, daß dieselben den vorschriftsmäßig und angebührlich beschaffen Reparaturen auf ihr Verlangen entsprechenden Schutz angedeihen lassen werden. (Bl.)

Pesth, 25. Juli. Die Berathungen, welche der hochwürdigste Reichsprimas mit den ungarischen Bischofen halten wird, sollen zunächst den ungarischen Religionsfond betreffen, welcher im Vormarz Verfassung aus 14,000,000 fl. Conv. M. bestand, dann der Studienfond und die Erhaltung der Seminarien, die durch die jüngsten Ereignisse beinahe Alles verloren haben. Die Reform der theologischen Studien, der geistlichen Orden und des Religionsunterrichtes in den höheren Lehranstalten wird ebenfalls zur Sprache kommen, wie auch die Leistrennung der Presbitsch-Synodien Bisthümer (Agram, Diakovar und Segnien) von der ungarischen Kirche. Leider ist, so lange die Kirche in Ungarn recht war, viel vernachlässiget worden. Es war kein Gemeingeist da. Die Bischofe waren meistens alt und auch zu viel beschäftigt mit Politik. Manche Pfarrer nicht gelegt und gepflegt, wie es so sehr noth that, daher auch die vielen traurigen Erscheinungen in unserem sittlichen Leben, deren Bekämpfung keinen Aufschub duldet. Wir wollen indessen das Beste schon von der nächsten Zukunft hoffen, im Vertrauen auf den allbekannten Eifer, der unsern hochwürdigsten Reichsprimas in so hohem Grade auszeichnet. Fl.

Berlin, 29. Juli. Da die Ratification des dänischen Friedens am 23. d. M. als an dem bestimmten Termine Seitens der deutschen Regierungen nicht erfolgt ist, hat die preußische Regierung, damit nicht das ganze Friedenswerk an den formellen Schwierigkeiten scheitere, nunmehr den Bevollmächtigten der Regierungen des Reichs-Verweser-Amts, welche zu Frankfurt mit der Ratification Namens des Bundes zu beauftragen. Den im Fürstencollegium vertretenen Regierungen ist dieser Vorschlag in demselben mitgetheilt, den nicht darin vertretenen aber als Circular-Depesche

zugesagten. Auch dem Schritte Preußens ist der Vertreter der Krone Dannemark unterrichtet worden, daß seiner Seits von seiner Regierung deßfallige Instruktion einholen zu wollen erklärte. — Die Unionsstaaten haben mit Ausschluß Braunschweig's sämmtlich den Friedenstractat vom 2. Juli ratifizirt. (N. Pr. Z.)

Neuestes.

Karlsruhe, 23. Juli. Das Hofgericht des Mittelrheinkreises hat das Verfahren gegen Hrn. v. Isstein wegen Mangels an Thatbestand der angeschuldigten Verbrechen eingestellt.

Stuttgart, 30. Juli. In dem Sitzungssaal der Landesversammlung werden gegenwärtig für die bevorstehende Verhandlung des Staatsgerichtshofs, welche künftigen Samstag den 3. August d. J., Vormittags 9 Uhr stattfinden wird, die erforderlichen Einrichtungen getroffen, insbesondere wird ein größerer Raum für das Publikum durch Verbeigung eines Ganges hinter den Sitzen der Abgeordneten verschafft. Der Eintritt auf die Gallerie ist frei, auf die Plätze im Saale und für die Frauen sind Eintrittskarten erforderlich.

Meiningen, 29. Juli. Durch ganz Thüringen haben die Polizeibehörden die strengsten Maßregeln getroffen, ein wachsames Auge auf jede Bewegungen der Demokratie zu richten. Sicherem Vernehmen nach hat die communist-sozialistische Propaganda, trotz der Wachsamkeit der Polizei, in Paris einen Hauptsammelplatz gewonnen. Struve, Majunke, Fickler, Siegel, Gräse ꝛc. haben an der d. M. dort eine Versammlung abgehalten, in der, in Folge einer Weisung der Propaganda von London aus, beschlossen wurde, die sozialistische Sache mit Aufbietung aller Kräfte wieder anzunehmen und zunächst dahin zu wirken, daß die Schriften von Robespierre, Proudhon ꝛc. communistisch und die neuesten atheistischen Romane unentgeltlich unter die Massen vertheilt werden. Um die dazu nöthigen Mittel aufzubringen, sind in Thüringen von der Demokratie Sammlungen angeordnet worden.

(D. Z.)

Aachen, 25. Juli. Se. Maj. der König von Bayern hat gestern Nachmittag unsere Stadt verlassen. Er wird, nachdem er dem Könige der Belgier, welcher ihm einen Spezialzug bis hierher zugesanndt, einen Besuch abgestattet hat, von Brüssel direkt nach Bayern zurückkehren. Die sehr pünktlich beobachtete Route hat täglich angenehmen Ausflüge nach den verschiedensten Punkten unserer herrlichen Umgegend haben für die Gesundheit Sr. Majestät den erfreulichsten Erfolg gehabt. Der königliche Gast hat sur die allseitigen Bemühungen, ihm den Aufenthalt bei uns angenehm zu machen, seine anerkennendste Zufriedenheit geäußert und sich über die ihm bereiteten Festlichkeiten die lebhafteste Freude ausgesprochen Bei allen Classen der hiesigen Bürgerschaft hat er sich die allgemeinste Hochachtung und Verehrung erworben. Die Ankunft, mit welcher er wahrend der ganzen 36 Stunde hindurch den König der Belgier barbrachte, die herablassende Leutseligkeit in der Unterhaltung und die stete Freundlichkeit, womit er nach allen Seiten hin grüßte, machten besonders auf die große Volksmenge, welche ihn stets beobachtete und umgab, einen tiefen Eindruck, so daß, wenn sie sich auch genirte in die Rufe seiner Person Evangte, sie ihm doch stets einen offenen Weg bahnte und ihn ehrfurchtsvoll grüßte. Vor seiner Abreise überreichte er eigenhändig dem bayerischen Consul, Hrn. Bürgermeister Dahmen, den St. Michaels-Orden, beschenkte seinen Gastwirth, Hrn. Nuellens, mit zwei großen Kunstschränken, den König und die Königin Victoria aber sandte dem Binnenings-Verein für Hausarme hundert Thaler.

Aus dem Lauenburgischen, 27. Juli. Wie man vernimmt, hat der permanente Ausschuß der Landesversammlung in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Staatshauptverschaft aufzuforbern, der dänischen Regierung folgende Alternative zu stellen, entweder: Anerkennung des Grundgesetzes vom 10. Mai 1849, oder aber sofortige Einberufung des lauenburgischen Bataillons und entschiedene Theilnahme am schleswig-holst. Krieg. (F. C.)

Berlin, 29. Juli. Oesterreich hat jetzt wirklich die Regierungen aufgefordert, 17 Gemahne zum Bundestag zu ernennen.

Berlin, 29. Juli. Durch kgl. Erlaß vom 21. d. M. sind zu Ober-Präsidenten ernannt: für die Rheinprovinz Hr. v. Auerswald, für die Provinz Preußen Hr. Heydebrand, für Brandenburg Hr. v. Flottwell, Westphalen Hr. v. Duesberg, Posen Hr. v. Bonin, Sachsen Hr. v. Bültzleben; Hr. Landrath v. Manteuffel zum Regierungs-Vice-Präsidenten in Königsberg.

Turin, 23. Juli. Der Erzbischof von Sassari, Monsignor Varesini ist im Hafen von Genua am Bord eines Dampfers, auf welchem er gekommen war, von einem in Genua wohnenden Sardinier mißhandelt worden.

Wien, 21. Juli. (Rundschreiben Oesterreichs an die deutschen Regierungen über den Ausmarsch der badisch. Truppen nach Preußen. Forts.) Namentlich wird darin an dem Umstand erinnert, daß die großherz. Regierung, als sie nach dem Ausbruche des Aufruhres in Rheinbayern und Baden die Hülfe der damaligen Centralgewalt nachsuchte, von derselben an die k. preuß. Regierung verwiesen worden sei, indem letztere allein die zur Hülfeleistung nöthige Militärmacht stellen könne, hierzu aber auch ohne Zweifel bereitwillig sein werde, da ihr. wie jedem Staate, an der Aufrechthaltung und der Herstellung der öffentlichen Ordnung gelegen sein müsse. Die genuglam bekannte Folge hievon sei gewesen, daß eine preuß. Armee den Aufruhr besiegt habe und seitdem das noch fortwährend in hohem Grade bedrohte Land beseyt halte. Dem badischen Staate müsse unter solchen Umständen Alles daran gelegen sein, sein durch den Aufruhr beinahe ganz aufgelostes Truppen- und Cadrewesen, und da besonders wegen der Benützung sämmtlicher Kasernen und Garnisonsanstalten durch die preuß. Truppen, sowie wegen der sonstigen Lasten des Landes und der bei einer Vertheilung der heimischen Truppen im Großherzogthum zu besorgenden schädlichen Einflüsse nur theilweise Badens gesichert sein, so sei der großherzogl. Regierung die Bereitwilligkeit Preußens doppelt erwünscht gewesen, eine gewisse Anzahl neu formirter badischer Truppen zum Zwecke rascher Ausbildung in die in den preußischen Provinzen zur Zeit verlegenen Garnisonen und Kasernen aufnehmen zu Baden auf gleiche Weise in den Stand zu setzen, bald wieder mit eigener Wehrkraft seinen Pflichten nach jeder Richtung nachzukommen. — Die Bundescommission konnte aus keinem andern Grunde über den beabsichtigten Vertrag Auskunft begehrt haben, als um an der Bestimmungen desselben mit thätigem Maßstab der Bundesgesetze, für deren Beobachtung sie verantwortlich war, anzulegen. — Diesem wesentlichsten Punkte glaubte jedoch die badische Regierung am Schlusse des erwähnten Schreibens mit der Bemerkung antworten zu können, daß sie in der bezeichneten Anordnung nicht als eine durch die Umstände als zweckmäßig angezeigte Administrativmaßregel erblicke und dadurch die Verhältniß zum deutschen Bunde, zu der Bundesgesetzgebung n. Bundesstrategieverfassung in keiner Weise oder doch höchstens in so fern für berührt halte, als sie dadurch Baden in die Möglichkeit zu versetzen gedenke, neben der Erhaltung ihrer politischen Selbstständigkeit auch ihren militärischen Verpflichtungen dem Bunde gegenüber erforderlichen Falles genügen zu können. — Die kaiserl. Bundescommissar, eingedenk der durch die Uebereinkunft vom 30. September 1849 der Bundescommission ausdrücklich angewiesenen Berufes, die Kriegsverfassung des Bundes zu handhaben, unterließen nichts, um im Schooße dieser Behörde geltend zu machen, wie sehr das Ansehen und die Einheit des Bundes auf dem Spiele stehe, wenn in Folge der in Deutschland herrschenden Zerwürfnisse einzelnen Regierungen gestattet sein könnte, ohne Wissen und Willen des Bundes mit den Militärverhaltnissen desselben in so tief eingreifender Weise zu schalten. Sie beanspruchten gegenüber von der badischen Regierung kundgegebenen Absicht, wonach einem unbedingten Lande und seinem Regenten die ihm angeborige Wehrkraft weggeführt werden sollte, die Aufrechthaltung der Autorität des Bundes, welche sowohl nach den positiven Satzungen, als nach der Natur der Sache ein Recht und demgemäß auch die Pflicht habe, darauf zu bestehen, daß jede Kriegsverfassung beruhrende Verfügung eines oder mehrerer Bundesstaaten nicht zur Ausführung gelange, bevor nicht die Centralgebörde dieselbe zur Kenntniß genommen, geprüft und je zur Maßgabe der allgemeinen Bundesinteressen und der bestehenden Gesetze genehmigt oder verworfen habe. — Es konnte jedoch ein Beschluß der Bundescommission nicht zu Stande gebracht werden, weil, ungeachtet der in demselben Vertrage, aus welchem die Bundescommission ihre Befugnisse ableitet, ausdrücklich durch sämmtliche Genossen des Bundes ausgesprochenen Anerkennung der Bundesregierungsverfassung, die k. preußischer Commissar die Giltigkeit derselben oder wenigstens vieler ihrer wesentlichsten Theile bestritten, und zugleich deren Verletzung durch die beabsichtigte Maßregel in Abrede stellen, somit darüber noch ein vorläufiges Urtheil nicht begründet werden konnte, indem die Bundescommission von ihrem Rechte nicht Gebrauch machte sich umfassende Aufklärungen zu verschaffen. — Als mehrere Monate später glaubwürdige Nachrichten über den wirklichen Abschluß einer Uebereinkunft zwischen der preußischen und badischen Regierung sich verbreiteten, stellten die preußischen Commissare um die Rechte der Centralbehörde Deutschlands zu wahren, am 28. Juni d. J. in der Bundescommission neuerdings einen Antrag, die großh. badische Regierung mit Beziehung auf deren Zuschrift vom 4. April einzuladen, in der Voraussetzung daß der zwischen Preußen und Baden eingegangenen Uebereinkunft den Inhalt derselben durch eine abschriftliche Vorlage zur Kenntniß der Commission zu bringen. — Auch diesem Antrage verweigerten die k. Commissare ihre Zustimmung, diesmal auf dem Grunde, weil sei dem 1. Mai die Compromissangelegenheiten zwischen Preußen und Baden sie sich seitdem bloß auf die bringlichsten Angelegenheiten von unabweisbarer Nothwendigkeit zu beschränken habe, wozu der fragliche Gegenstand nicht zu rechnen sei. — Die Erhaltung der gesetzlichen Zustande des Bundes, gegenüber der unmittelbar bevorstehenden Umwandlung eines Bundesgaues, welcher die volige Umgestaltung und Auflösung der Kriegsverfassung des Bundes in das Ermessen einzelner Bundesregierungen stellen werde, sollte also nicht als ein Fall dringender Nothwendigkeit gelten. — Durch ein Schreiben vom 12. Juli erklärte hierauf die k. großherzogl. badische Staatsministerium der Bundescommission zugleich mit der Anzeige, daß der Abmarsch eines Theiles der großherzogl. Truppen in preußische Standquartiere am 15. d. M. beginnen werde, eine Nachweisung über den Dienstkand und die neue Distocirung dieser Truppen und sagte der Verschwung hinzu, daß solche keinen feindseligen Gesinnungen der großherzogl. Regierung gemäß zur bundesrechtlichen Verfügung bleiben sollen. — Eine Abschrift der Uebereinkunft mit Preußen lag dieser Benachrichtigung nicht bei. — Gleichzeitig entsteckten öffentliche Blätter eine vom 11. d. datirte Proclamation, durch welche Se. K. H. der Großherzog von den in preußischen Garnisonen abmarschirenden Truppen-Abtheilungen Abschied nimmt. — Die kaiserliche Regierung darf nicht saumen, auf diesen Thatbestand die Aufmerksamkeit ihrer hohen Bundesgenossen zu lenken. — Wie Letten wir billig unser Urtheil über den wesentlichen Inhalt der Uebereinkunft mit Preußen zurück, bis dieselbe dem regelmäßigen Controlorgane des Bundes zur Prüfung vorliegen wird. Es genügt, bis dahin vorsorglich auf die Einsprache zu verweisen, welche bereits durch die Circularsprache vom 28. März d. J. und die bereits angefügte Deutschrift, gelegentlich unserer Verwahrung gegen die von Preußen mit verschiedenen Bundesstaaten abgeschlossenen Militäreon-

ventionen, im Voraus auch eventuell gegen eine Uebereinkunft mit Baden, eingetreten worden ist, wenn und in so weit dieselbe, gleich jenen Conventionen, mit den Bundesgesetzen im Widerspruche stehen, und die vertragsmäßigen Rechte der Bundesglieder beeinträchtigen sollte; wobei schon insbesondere die Absicht der Verlegung des großherzogl. badischen Contingentes, oder eines Theiles desselben in preußisches Gebiet als ein Gegenstand unseres Protestes bezeichnet wurde. Eben so haben wir in dem Vortrage vom 9. Februar bereits ausgesprochen, unter welche Gesichtspunkte wir die Stellung derjenigen Bundesgenossen bringen müßten, welche sich wesentlicher Bestandtheile der Regierungsgewalt und insbesondere der Militärhoheit entäußern, und dadurch in dem Umfange, als dieses geschieht, zu der Gesammtheit der Bundesglieder in ein mittelbares Verhältniß treten würden. — Aber schon was bermalen offenkundig vorliegt, nöthigt uns, gegen die dadurch unternommene Verrückung der rechtlichen und politischen Grundlagen des deutschen Bundes unsere Stimme zu erheben. — Wir wollen auf das Geschichtliche der Entstehung Badens nicht zurückgehen. Wir müßten ein beträbendes Bild politischen Verfalles und der bedenklichen Folgen vorführen, welche sich ergeben, wenn ein Mitglied des Bundes auf sein Recht verzichtend, den ihm durch die Verträge verbürgten Schutz seiner Selbstständigkeit und Unabhängigkeit bei dem Gesammtbunde zu suchen, sich in den ausschließlichen Schutz einer seiner Mitgenossen begibt. — Wir können zugleich bei der Betrachtung des Entwicklungsganges der gegenwärtigen Sachlage nicht verweilen, ohne unsere Beschwerden über die widerspruchsvollen und innerlich unstatthaften Unterscheidungen hinsichtlich der Geltung des Bundesrechtes zu wiederholen, welche von Preußen und den mit ihm verbündeten Regierungen Angesichts der daraus entstandenen und täglich tiefer dringenden Verwirrung noch immer festhalten werden. — Unserer Seits geboten wir, den rechtlichen Bestand des Bundes, seine gemeinsame Kraft und Sicherheit und unsere eigenen bundesmäßigen Rechte, wie bisher, mit mit und dem gesetzlichen Boden der Verträge stehenden Regierungen der Willkür nicht Preis zu geben. — Eine Willkür erkennen wir aber in der Thatsache, daß ein Mitglied des deutschen Bundes, mit Umgehung und Beseitigung der dem Bunde grundgesetzlich zustehenden und in seinen obersten Rechten und Pflichten begründeten Wirksamkeit, öffentlich erklärt: es erscheine nach den Verhältnissen seines Landes, und bei dessen besonderer Lage als Grenze, nicht nur für dasselbe, sondern selbst zur Erhaltung der Ruhe und Sicherheit in ganz Deutschland unumgänglich nothwendig, daß ein preußisches Armeecorps für einige Zeit in Baden verbleibe. (Schluß folgt.)

Wien, 23. Juli. (Schluß.) Es muß daher als eine glückliche Fügung betrachtet werden, daß wir diese Gefahr als beseitigt ansehen können, indem durch den geschlossenen Frieden der Boden für eine gewissenhafte und umfangsame Prüfung der entgegenstehenden Ansprüche immer gewonnen ist. Preußen hat sich dadurch den allgemeinen Dank verdient, und wir hoffen, daß die Sachlage allenthalben von diesem Gesichtspunkte werde aufgefaßt werden. Wir wollen uns bei jedem Anlasse dafür verwenden, daß dies geschehe, und sind überzeugt, daß, wenn diese Angemessenheit unserseits der Vorwand zur Agitation in Deutschland werden sollte, solchen Bemühungen entschieden entgegen zu treten sei. Demgemäß erklären wir uns von unserm Standpunkt als europäische Macht mit dem abgeschlossenen Friedensvertrage einverstanden, ohne in eine Beurtheilung seiner einzelnen Bestimmungen einzugehen, und nur das Ganze ins Auge fassend, welches er für die allgemeinen Interessen verspricht. Was hingegen die Ratifikation dieses Vertrags betrifft, können wir zur Theilnahme an einem solchen Akte nur in unserer Eigenschaft als Mitglied des deutschen Bundes berufen sein. In dieser Eigenschaft muß aber Oesterreich an zu jeder Zeit, und namentlich durch die Erklärungen vom 12., 16. u. 28. Nov. 1849 ausgesprochenen Ueberzeugung festhalten, daß die Bundesvertrage und die auf denselben ruhende Bundesverfassung noch vollzählig zu Recht bestehen, und daher auch in dem gegebenen Falle maßgebend sind. Es würde aber mehreren wichtigen Bestimmungen dieser Verträge entgegen sein, wenn ich Se. Maj. dem Kaiser, unserem allergnädigsten Herrn, die Ratifikation des Friedens als eines Bundesfestetens vorschlagen wollte. Nur durch das verfassungsmäßige Organ des Bundes, durch Anhandeins des Bundes ist ein für denselben gültiger Friede zu Stande zu bringen, und insbesondere kann nach Art. 12 und 49 der Wiener Schlußakte die Annahme und Bestätigung eines Friedensvertrages nur in der vollen Bundesversammlung erfolgen. Die Ertheilung einzelner Mitglieder des Bundes vermögen die erforderliche gemeinsame Willenshandlung nicht zu ersetzen und konnten überdies im Falle einer Meinungsverschiedenheit thatsächliche Schwierigkeiten herbeiführen, für deren Beseitigung nur die Bundesgesetzgebung ausreicht, vermöge welcher ein Friedensschluß durch die in ihr festgesetzte Stimmenmehrheit zur verpflichtender Kraft gelangt. Die Convention vom 30. Sept. v. J. hat hieran nichts geändert, da sie nur die im Art. 6 der Bundesakte erwähnten Angelegenheiten, nicht aber die in der Wiener Schlußakte dem Plenum zugewiesene Entscheidung über den Krieg und Frieden umfasse. Der Inhalt des Interims der freien Vereinbarung der Regierungen überlassen hat. Die Bundescommission hat zwar, indem sie Preußen zur Unterhandlung des Friedens bevollmächtigte, die Genehmigung durch die deutschen Bundesregierungen vorbehalten, aber diese Bedingung wurde hinsichtlich der schließlichen Annahme des Friedens nicht verfugen, sondern nur die Verfugung den Bundesregierungen zuwenden konnte, hat dadurch nicht den einzelnen Mitgliedern des Bundes eine Nachtrollkommenheit übertragen wollen oder können, welche denselben nur in ihrer organischen Verbindung zusteht. Obwohl es nach den vorerwähnten der obersten Bundesgewalt vorzubehalten ist, bei den Verhandlungen über die ihr allein zustehende Ratifikation des Vertrages in dessen Wesenheit einzugehen und über dieselbe ein Urtheil zu fällen, können wir doch nicht umhin, schon vermalen die Bedenken auszusprechen, welche die Fassung der Art. 4 und 5 einzuflößen geeignet ist. Wir müssen bezweifeln, ob der Bund, vertreten durch seine gesetzlichen Organe, die in diesem Artikel enthaltenen Verabredungen als zulässig erkennen dürfte. Dieselben gehen von der Voraussetzung aus, daß es dem Bunde am Willen oder an der Macht fehlen werde, den in seiner Bestimmung liegenden Pflichten zu genügen, ein Zweifel, welcher den positiven Vorschriften der Bundesgesetze und der Einrichtung des Bundes gegenüber nicht wohl rechtlich erhoben werden kann. Ueberdies konnte der Schlußsatz des Artikels zu Mißdeutungen führen, welche Mitgliedern des Bundes zu Verwahrungen Anlaß geben konnten. Wir haben zu dem Rechtsboden der Verträge festgehalten, und der vorliegende Fall bestärkt uns in dem gefaßten Entschlusse, diesen Boden nicht zu verlassen. Weit entfernt, hierdurch die Lösung der so verworrenen Frage für Preußen und Deutschland zu erschweren, dürfte dieser Entschluß dieselbe im Gegentheil fordern. Die Verzögerung einer formellen Ratifikation des Friedensvertrags wird die Bundesstaaten gewiß nicht hindern, die ihnen wie der Gesammtheit aus dem Frieden erwachsenden Vortheile anzuerkennen und zur gütlichen Erledigung der vorbehaltenen Rechtsfragen mitzuwirken. Zugleich kann die Gesahr eines Sonderkampfes zwischen Dänemark und den Herzogthümern nur vermindert werden, wenn der deutsche Bund sich seines Rechtes der Einsprache nicht begibt. Die ganze Sachlage dient neuerdings und deutlicher als je zum Beweise, wie unerläßlich es sei, daß dem Bunde die Möglichkeit wirksamen Handelns durch ein allgemein anerkanntes Organ wiedergegeben werde. Preußen selbst verweist Dänemark an den Bund und stellt die Autorität des Bundes als die letzte Schranke gegen Ereignisse hin, die in ihrer Entstehung und in ihrem Ausgange nicht anders als beklagenswerth gefunden werden können. Liegt aber hierin nicht die Anerkennung der Nothwendigkeit, den Friedensvertrakat einer Bundesplenarversammlung vorzulegen, da dieselbe die allein zuständige Behörde für dessen Beurtheilung ist, so lange nicht auf einer auf gesetzmäßigem Wege bewirkten Revision der Bundesverfassung ein neues Organ des Gesammtwillens des Bundes hervorgegangen sein wird? Ich ersuche Sie, den gegenwärtigen Erlaß dem Herrn fgl. Minister zur Kenntniß zu bringen und in Abschrift mitzutheilen. Empfangen ꝛc.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Kober.

Frankfurter Cours.

Den 31. Juli 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	—	1224
" 5% Metalliques	81½	81⅝
" 4% "	63½	64
" 3% "	47⅝	48¼
" 2½% "	43¼	44
" 4½% Bethmann	78	78½
" 4% "	67	—
" fl. 250 Loose v. J. 1839	100⅞	101⅜
" " 500 " " 1834	156½	157
Preußen 3½% St. Schuld Scheine	87¼	87⅝
" Ltst. 50 Prämien Scheine	107¼	—
Bayern 3½% Obligationen	84	84½
" 4% "	89¾	89⅞
" 5% "	100¼	100⅝
Würtemberg 3½% "	84½	85
" 4% "	96½	96¾
Baden 3½% "	82½	82⅝
" fl. 35 Loose	31½	32
" " 50 "	53⅝	54
Nassau fl. 25 "	24⅞	25⅛
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	74⅞	75⅛
" " 25 "	27⅞	28⅛
Polen fl. 300 "	139	—
Sardinien Frc. 36 "	33½	34

Nachricht und Bitte!

Mehrfache an mich ergangene Aufforderungen veranlassen mich zu der Veröffentlichung, dass ich neben meinem Antiquariatsgeschäfte allerdings nun auch eine Sortimentsbuchhandlung führen werde, über deren volle Ausdehnung ich mir das Nähere für später noch vorbehalte. Bis dahin empfehle ich mich nur zur Uebernahme von Bestellungen auf alle neu erscheinenden Bücher und Zeitschriften, wobei pünktliche wie schnelle Lieferung zugesichert wird. Jene verehrl. Bücherkäufer, die noch mit Lieferungswerken im Rückstande sind, können jede beuthigte Fortsetzung durch mich beziehen.

Würzburg, im Juli 1850.

Paul Halm,
Buchhändler & Antiquar.
(Der Universität gegenüber.)

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 5 fl.
Halbjährig 2 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlig für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Scherrhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 184. Würzburg, Freitag den 2. August. **1850.**

Landtagsabschied.

München, 29. Juli. (Fortsetzung.) §. 26. Die definitive Häusersteuer betr. Dem Gesetzes-Entwurf, die definitive Häusersteuer betr., erklären Wir mit den vom Landtag beantragten Modificationen Unsere Genehmigung und haben hierüber das unter Ziffer 4 angehogene Gesetz ausfertigen lassen. Dem wegen Umgestaltung des Häusersteuergesetzes vom 15. Aug. 1828 geäußerten Wunsche werden Wir sorgfältige Erwägung widmen, wobhalb Wir unserem Staatsministerium der Finanzen auftragen, die erforderlichen Einleitungen zu treffen. §. 27. Die Unterstützung und Verpflegung hilfsbedürftiger und erkrankter Personen betr. Dem vom Ausschusse des Landtags über den Gesetzesentwurf, die Unterstützung und Verpflegung hilfsbedürftiger und erkrankter Personen betr., haben Wir Unsere Genehmigung ertheilt und demzufolge das unter Ziffer 5 beigefügte Gesetz erlassen. §. 28. Die Aufhebung der Moratorien betr. Dem von Uns an den Landtag gebrachten Gesetzesentwurf, die Aufhebung der Moratorien betr., haben wir auf erfolgte Zustimmung beider Kammern Unsere Sanction ertheilt und demzufolge das Gesetz Ziffer 6 ausfertigen lassen. §. 29. Die allgemeine deutsche Wechsel-Ordnung betr. Wir haben die zu dem Gesetzes-Entwurf, die allgemeine deutsche Wechselordnung betr., von der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten beantragten Modificationen genehmigt und hiernach das beiliegende Gesetz Ziffer 7 sanctionirt. Dem gleichzeitig an Uns gebrachten Antrag, baldmöglichst einen Gesetzes-Entwurf über das Verfahren in Wechselstreitigkeiten und einen Gesetzesentwurf über sanitmännische Anweisungen den Kammern zum Beirath und zur Zustimmung vorzulegen, werden Wir entsprechen, und insbesondere sogleich nach Eröffnung des nächsten Landtags zu diesem Zweck den Kammern einen Gesetzesentwurf über kaufmännische Anweisungen vorlegen lassen. §. 30. Die Ueberweisung der Depositen und Einstandskapitalien von der Staatsschuldentilgungs-Anstalt an die kön. Bank in Nürnberg betr. Das von Uns nach erklärter Zustimmung des Landtags sämtlicher Gesetze, die Ueberweisung der Depositen und Einstandskapitalien von der Staatsschuldentilgungs-Anstalt an die königl. Bank in Nürnberg betr., lassen Wir unter Ziffer 8 hierbei folgen. §. 31. Das Staatsschuldenwesen betr. Wir haben dem Gesetzesentwurf über das Staatsschuldenwesen in der von beiden Kammern vorgeschlagenen Fassung unsere Sanction ertheilt und lassen hiernach das Gesetz Ziffer 9 hiermit folgen. Auf die in dem Gesammtbeschlusse über diesen Gesetzesentwurf gestellten Anträge erwidern Wir: 1) Die Kammern sind durch den Antrag, „es sei die Staatsregierung zu ermächtigen, von den Amtsburgschaften der Beamten, so wie der Einstandskapitalien zur die Folge durch Hinterlegung bayerischer Staatsobligationen jeder Art, sofern sie im Zinsfuße nicht unter 3½ %, zuzulassen," dem Bedürfnen der Staatsregierung: die Staatsschuldentilgungs-Anstalt von der schwebenden Schuld möglichst zu erleichtern und nach und nach gänzlich zu befreien, nur entgegen gekommen. Wir werden demnach, was die Amtsburgschaften betrifft, gern alle jene Nachsicht eintreten lassen, welche ohne dadurch entstehende Gefährdung der Erfüllung der gesetzlichen Hauptzwecke der Staatsschuldentilgungs-Anstalt nur immer möglich ist. Bezüglich der Einstandskapitalien unterliegt die beantragte Gewährung ebenfalls keinem Anstand, zumal wegen künftiger Leistung der diesfallsigen Baarerlagen in Folge des Gesetzes über die Ueberweisung der Depositen und Einstandskapitalien von der Staatsschuldentilgungs-Anstalt an die königl. Bank in Nürnberg bereits eine neue Einrichtung getroffen ist. 2) Der Antrag: „es sei das königl. Staatsministerium der Finanzen anzugehen, sorgfältigen Bedacht zu nehmen, daß die bei der königlichen Staatsschuldentilgungs-Anstalt anliegenden Staatslose-Effecten nach Kräften der Kassenbestände — jedoch ohne Beeinträchtigung der Erfüllung der Zwecke der Anstalt — allmählig der Staatskasse heimbezahlt werden," erscheint gewissermaßen als eine Wiederholung Zusicherungen, welche diesfalls bei den Kammerbeschlüssen über die Nachweisungen der Verwendung der Staatseinnahmen für die Jahre 1845—46 und 1846—47 beantragt worden sind. Wir verweisen deßhalb hier lediglich auf die vorbesagt erfolgte genehmigende Zusicherung. §. 32. Die Gerichtsverfassung betreffend. Wir haben den Modificationen, welche durch den Gesammtbeschluß der beiden Kammern zu dem Gesetzesentwurf über die Gerichtsverfassung vorgeschlagen worden sind, Unsere Genehmigung ertheilt und erlassen das hiernach gefaßte, unter Ziffer 10 anliegende Gesetz. Dem Antrag, die gegenwärtige Zahl der Kreis- und Stadtgerichte auf jene der künftigen Bezirksgerichte jetzt schon zu vermehren, und die hiernach zu bildenden an die Spitze der künftigen Bezirksgerichte zu setzen, werden wir in reifliche Erwägung ziehen. §. 33. Die Beschränkung der Jagdfreiheit betr. Nachdem der Gesetzesentwurf, die Beschränkung der Jagdfreiheit betr., die Zustimmung beider Kammern erhalten hat, haben Wir denselben unter den vorgeschlagenen Modificationen als Gesetz sanctionirt, wie solches unter §. 11 hier beigelegt. §. 34. Die Zollvereinsfrage im Allgemeinen und für die Zukunft betr. A. Wir haben die nachgesuchten, zwischen dem Zollverein und andern Staaten abgeschlossenen Handels- und Schifffahrtsverträge, als: 1) den Vertrag des Zollvereins mit den Staaten des Steuervereins wegen Beförderung gegenseitiger Verkehrsverhältnisse vom 16. Dktbr. 1845 (publicirt den 18. Novbr. 1846); 2) die Uebereinkunft zwischen dem Zollverein und Belgien wegen Unterdrückung des Schleichhandels vom 26. Juni 1846 (publicirt den 31. Jan. 1847); 3) die Uebereinkunft zwischen dem Zollverein und Belgien wegen gegenseitiger Behandlung der Handelsreisenden (publicirt am 27. April 1847); 4) den Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Zollverein und dem Königreich beider Sicilien vom 27. Jan. 1847 (publicirt am 11. Juni 1847); 5) den Vertrag zwischen dem Zollverein und dem Großherzogthum Luxemburg wegen Fortdauer des Anschlusses des letztern am deutschen Zollverein vom 2. April 1847 (publicirt am 27. August 1847), den Kammern zur Anerkennung bezüglich der ihren verfassungsmäßigen Mitwirkungskreis berührenden Punkte mittheilen lassen, welche auch durch Gesammtbeschluß beider Kammern erfolgt ist. B. Wir ertheilen dem Gesammtbeschlusse der Kammern in Ansehung der dem Zollvereinhältnisse für die Zukunft betreffenden Postulate Unsere Genehmigung, wodurch die Ermächtigung gegeben ist: 1) die Verminderung oder auch Aufhebung, so wie die Erhöhung der Zölle und anderer Gebühren im Interesse der Landwirthschaft, der Industrie und des Handels, wenn die übrigen Zollvereinsstaaten nach den Bestimmungen der in Mitte liegenden Vereinsverträge sich deßfalls für sich oder auch zur Verständigung mit andern Staaten vereinbaren sollten, oder wenn sie das Bedürfniß dessen für die Erhöhung der Gebühren, welche eine privative Einnahme bilden, im Interesse der Landwirthschaft, der Industrie oder des Handels eine Herabsetzung oder Vermiderung derselben für angemessen erachtet werden sollte, unter dem Vorbehalt der Vorlage an die Kammern und deren Zustimmung, im Hinblick auf die gleiche Bestimmung im Landtagsabschied vom 23. Mai 1846, I. Abschnitt §. 21, die Zollvereinsfrage für die Zukunft betr., zu verfügen; 2) nach Erforderniß hervortretender Umstände zum Zwecke der Befestigung und Erweiterung des Zollvereins jene besondern finanziellen und sonstigen Verfügungen und Anordnungen sogleich treffen zu können, wodurch dieser Zweck gesichert und erreicht wird, unter dem gleichen Beifügen, wie zu 1. bereits angeführt ist, daß nach Maßgabe der Beziehung auf den Wirkungskreis der Kammern die Vorlage bei ihrer nächsten Versammlung und deren Zustimmung vorbehalten bleibe. C. Nachdem in Ansehung der den Kammern zur nachträglichen Anerkennung vorgelegten Verordnung vom 4. Novbr. 1846 über die bei dem Zollcongreß zu Berlin vereinbarten und mit dem 1. Jan. 1847 in Kraft getretenen ergänzenden Bestimmungen zum Zolltarif für die Tarifperiode 1846—48; bezüglichen der Verordnung vom 29. Juni 1847, die Zuckerzolle und die Besteuerung des Rübenzuckers für die Periode vom 1. Sept. 1847 bis dahin 1848 betr., die Zustimmung derselben vermöge Gesammtbeschlusses vom 19. l. M. erfolgt ist, so hat dieser Gegenstand seine verfassungsmäßige Erledigung gefunden.

(Forts. f.)

Deutschland.

München, 31. Juli. Wie es heißt, würden sich die Gesandten von Rußland und England an das baper. Hoflager verfügen, um die Pacification der Herzogthümer durch den deutschen Bund zu beschleunigen. Wir können daher die Ankunft nächster Woche in Hohenschwangau einer großen diplomatischen Conferenz entgegensehen.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Altona, 28. Juli. Daß der Waffenstillstand jedenfalls nicht zu Stande gekommen ist, weiß ich bestimmt. Denn die Altonaer Polizei, bei der Jemand ein Visa nach Rendsburg nachsuchte, verweigerte dasselbe mit der Bemerkung: daß auch Inländer nicht mehr hineingelassen, vielmehr alle

Kampfesfähigen, namentlich Weiber und Kinder, von dort entfernt würden. Selbst Zuschgängern bleiben die Thore verschreut, was auf eine sehr nahe Belagerung schließen läßt. Die Garnison, welche im Innern Holsteins lagern, sind — mit Ausnahme der am Kieler Meerbusen und in Heiligenhafen aufgestellten 2000 Mann — nach Neudeburg geworfen, so daß 4000 M. kampfernd da darin sein mögen.

Unter den Offizieren der Ederstedter Garnison war in der Nacht vom 25. zum 26. über Waffen's Taktik nicht grade eine sehr günstige Stimmung bemerkbar. Allgemein sang man sich, warum er denn das Organisiren einer Reserve, was doch bringend nöthig gewesen und was der Schlacht einen andern Ausgang zu geben vermocht hätte, ganz unterlassen habe. In der That ging die Schlacht von Idstedt aus drei Gründen verloren, deren erster der Mangel an Reserve, der zweite die schlechte Organisation der schleswig-holsteinischen Kavallerie gewesen. Diese hat nie mit der hänischen sich zu messen vermocht, Willisen aber hat sie noch reduciert, weil er meint, daß Kavallerie im großen Kriege nichts nütze und nur zu Patrouillendienst zu brauchen sei. Als nun in dem Augenblicke, in welchem die Schlacht auf der kritischen Höhe stand, seinem Centrum (wie man sagt durch Missverständniß) die Division ausging, sich zu, nachdem sein Bagagetransport misslungen und die Dänen dem Centrum mit der baldigen Waffe zu Leibe gingen, seine zwei Schwadronen Dragoner dem vorrückenden Feind in die Flanke fallen — ein Manöver, das unglos war, weil zwei Schwadronen die Schlacht nicht entscheiden konnte eben so wenig aufhalten konnten, wie ein Hemmschuh eine Lokomotive. Wären zehn Schwadronen vorhanden gewesen, die sich bei dem auferordentlichen Pferderreichthum Holsteins sehr leicht hätten aufbringen lassen, so wäre der Ausgang der Schlacht wahrscheinlich ein anderer gewesen. Der dritte Fehler war endlich der, daß man die Position von Idstedt überhaupt eine große Schlacht annahm. Die Stellung ist gut, u. zegen ein numerisch schwächeres Corps — also z. B. gegen das von Schleppegrell, welches den Schleswig-Holsteinern anfänglich allein gegenüber stand — konnte man nichts Besseres thun, als sich in die Sten stützen, die den Rücken deckten. Mit der ganzen dänischen Macht aber hatte man sich auf diesem Terrain — was als offenes Heideland der dänischen Kavallerie den weitesten Spielraum bot — in seinen Entschreidungsstand zu stellen sollen. Das eigentliche deutsche Schleswig, zwischen Schlei und Eder liegt, ist mit dichten, jetzt im Blättergschmud prangenden Hecken schachbrettartig durchzogen — hier also wäre für holst. Truppen das Feld des Sieges gewesen. (N. Preuß. Z.)

Kiel, 28. Juli. J. Wenckey, der frühere Abgeordnete zur deutschen Nationalversammlung, hat ein an General von Wrangel, Commandanten der Marken, gerichtetes und von hier aus unterm 27. d. datirtes Schreiben erlassen und in der „Ztg. für Norddeutschl." veröffentlicht, in welchem er den tapferen General an den denkwürdigen Sturm des Düppeler Brückenkopfes, so wie an die dabei an den Tag gegebene Tapferkeit des preußischen Heeres erinnert. Er habe die feste Ueberzeugung, daß die Heere Preußens noch heute dieselben seien, die bei Fehrbellin, bei Roßbach, bei Leipzig, bei Waterloo die Fahne Preußens und den Mannesmuth deutschen Blutes höher als die aller anderen Völker stellten. Die Sache aber, für welche der General und sein tapferes Heer vor Jahr und Tag ihr Blut einsetzten, werde jetzt mit eisernen Füßen zertreten, die selbe Sache, welche vor wie nach die Sache Preußens und Deutschlands sei! Er fordere den General auf, da ihm nicht erlaubt sei, jetzt für diese Sache zu kämpfen, sich an die Spitze einer Subscription des preußischen Heeres für Schleswig-Holstein zu stellen. Ein Viertheil der Lähnung der Offiziere und Soldaten könnte wohl genügen, das ganze schleswigsche Heer zu erhalten. Auch könnten (meint Herr Wenckey ganz naiv) die Hände der preußischen Soldaten wohl Charpie zupfen für die Wunden ihrer Brüder in Schleswig! Das sei Alles, was er mit dieser öffentlichen Zuschrift an General Wrangel bezwecke.

Altona, 29. Juli. Der heutige Bahnzug hat keine Neuigkeiten von Bedeutung gebracht. Zwei Schwadronen schleswig-holsteinische Dragoner fliehen gestern beim Recognosciren in der Gegend bei Stropp, zwischen Rendsburg und Schleswig, auf zwei dänische Schwadronen Husaren. Letztere wurden zum Weichen gebracht und verfolgt, bloßlich jedoch haben die Unsrigen sich im Rücken von zwei Bataillonen dänischer Infanterie bedroht, und es blieb ihnen daher nichts Anderes übrig, als sich durchzuhauen, was ihnen auch gelang. Nähere Einzelheiten werden nicht angegeben. — Die russische Flotte, vermehrt durch eine zweite, vom Großfürsten Constantin beschligte Abtheilung, die anfangs irrthümlich für eine englische angesehen wurde, segelt noch immer vor dem Kieler und Eckernförder Hafen auf und ab; andere Dampfschiffe kreuzen hat sie sich bisher nicht erkundet; ob sie Truppen and Land gesetzt hat, ist bis jetzt mit Gewißheit nicht zu ermitteln gewesen, obgleich die Gefangennehmung russischer Soldaten in der letzten Schlacht eine solche Vermuthung nicht unwahrscheinlich macht. Das Gerücht vom Einlaufen einer englischen Flotte in Kieler Hafen war gänzlich unbegründet. — General Willisen, so wie v. d. Tann sind wohlauf. Die Soldaten, so wie das ganze schleswig-holsteinische Volk blickt mit ungeschwächtem Vertrauen auf diese Männer der That. — Als die Siegesnachrichten in Rendsburg bekannt wurden, ist man für den Abend eine allgemeine Illumination angeordnet. Ueberhaupt ist vom Feinde gestern Mittage besetzt und unsere Vorposten haben auch nach jener Seite vorgeschoben worden.

Kiel, Montag, den 29. Juli. Die Statthalterschaft hat folgende Proklamation erlassen: „Mitbürger! Das Glück der Schlachten ist wechselnd, es hat dieses Mal unserer in früheren Kämpfen bewährten Armee nicht zur Seite gestanden, aber durch einen Verlust wird ein Volk gebeugt, das den entscheidenden Kampf für die Freiheit und das Verfassungsrecht begonnen hat. Das Herr ist zurückgegangen worden; die Verluste sind erheblich, aber sie werden ersetzt, eine Position ist verloren, aber sie kann wieder genommen werden, unsere Brüder in Schleswig seufzen unter dem Joche des Feindes, aber sie werden zum Siege mit Gottes Hülfe für sie die Stunde der Erlösung schlagen. Unser Heer steht ungeschwächten Muthes und kampfbereit in fester Stellung. Mitbürger, es ist nichts verloren, wenn wir fest zusammen stehen, unerschüttert im Entschlusse, Alles zu wagen für unser Recht, unsere Ehre, unsere Freiheit. Nicht die Zahl allein entscheidet im Kampfe, sondern vielmehr der Muth und die Führung. Unsere Väter haben sich in wichtigen Geschicken am Größten bewährt, daß die Söhne nicht kleiner sein werden. Das Vaterland erwartet, daß Jeder seine Pflicht thue. (T. C. D.)

Kiel, 29. Juli. Die neuerdings in den benachbarten Gewässern erschienene zweite Abtheilung der russischen Ostseeflotte soll laut bestimmt sein, die erste abzulösen. Die Flotte steht unter dem Oberbefehl des Großfürsten Konstantin.

Kiel, 29. Juli. Gestern sah man die gesammte russische Flotte, etwa 14 Linienschiffe und Fregatten vor dem Hafen.

Rendsburg, 31. Juli. Es friert, die Armee rücke wieder vor. Zwei Offiziere sind kriegsrechtlich verurtheilt. Das 13. Bataillon wurde bestraft. (D. Z.)

Müssingen, 27. Juli. In wie weit Robheit, Sittenlosigkeit und gründliche Verdorbenheit in unserer Nachbarschaft Fortschritte gemacht haben, mag folgender schaudererregende, jedes menschliche Gefühl empörende Fall genügend bewesen: Gestern Abend war Pfarrer Dietrich von Böttingen in Begleitung seines Vikarius, Greve, hier und verweilten in unserer Freiwachgesellschaft, nichts Böses ahnend, bis nach 9 Uhr. Beim Nachhausegehen hießen die Herren zwischen hier und Auningen auf einen Schäfer, der gerade seine Heerde auf Abrufen wendete. Dieselbe, als Träger der Landwirthschaft längst bekannt, konnte diesen Frevel nicht ungerügt lassen, und machte deswegen dem Schäfer Vorstellungen, welche aber von Letzterem mit den abscheulichsten Flüchen und Schimpfworten zurückgewiesen wurden und durch eine Maulschelle, welche der Schäfer dem Pfarrer gezogen haben soll, sich endigten. Die verkannten und mißhandelten Herren gingen nach Auningen und machten bei dem dortigen Schultheißenamt von ihrem Erlebnisse Anzeige. Wuthentbrannt und rachesinnig trieb unterdessen der Schäfer seine Heerde dem Hirten hinzu, seinem Schimpfe, wie er dem ersten Zusammentreffen nicht sich sich gehabt haben soll, zur Hand, sprang über Felder und Stirnen, um den Gegenstand seiner Rache zu ertaumen. Als der Pfarrer und Vikarius kaum 10 Minuten Wegs von Auningen nach Bottingen zurückgelegt hatten, sprang plötzlich der Schäfer auf seine Opfer, schlagt mit einem Schlage den Pfarrer zu Boden, mit dem andern den Vikarius, und versetzt Letzterem, schon lebensgefährlich Verwundeten noch mehrere Hiebe, läßt ihn so in seinem Blute schwimmend liegen, und geht nach dieser schrecklichen That ruhig wieder in sein Dorf Auningen, daß Beide todt seien, beruhigt zu Bette. Nun Angerem todesähnlichem Liegen bekommt Dietterich wieder die nöthige Kraft, sich aufzuraffen und schleppt sich mühsamst nach Hause, der Vikarius wurde von Böttingern noch lebend und bei vollem Bewußtsein aufgefunden und nach Hause gebracht. Der Pfarrer, an welchem keine lebensgefährlichen Verletzungen wahrzunehmen sind, befindet sich die zur jetzigen Stunde, wahrscheinlich in Folge einer Hirnerschütterung, besinnungslos, jedoch, nach Aussage der Aerzte, außer Gefahr. Der Vikarius wurde heute Morgen transportirt, er hat die Operation, bei welcher ihm mehrere eingeschlagene Knochensticke aus dem Gehirn genommen werden mußten, glücklich überstanden, wir nun ein Wunsch beseelt und, daß es mit Gotteshilfe der ärztlichen Kunst gelingen möchte, auch ihn zu retten. Der Schäfer ist dem Gerichte überantwortet und soll bereits seines abscheulichen Verbrechens geständig sein. (Schw. M.)

Wien, 28. Juli. Der Eindruck, welcher die heute in der Wiener Zeitung verkündete, mit allerh. Entschließung vom gestrigen Tage erfolgten Amnestierung der meisten Wiener Octoberverschollen in der Stadt machte, ist durchgehends günstiger und herzerhebender. Man verschert, der Wiener Gemeinderath werde dieserhalb eine feierliche Danksagung an den Stufen des Thrones niederlegen. — Aus Paris wird vom 24. d. bestätigt gemeldet, daß das Ministerconseil beschlossen habe, die Unterbringung Menschenleib in die Schweiz aber Anregung einer englischen Note als vollbrachte Thatsache anzusehen, und überhaupt in dieser Angelegenheit sich im Einklang mit England zu benehmen. Wir lassen die Richtigkeit dieser Angabe vorläufig dahin gestellt sein, doch wäre es möglich, wenn das preußische Cabinet Gelegenheit fände, sich über die Zweckmäßigkeit und die Treue britischer Sympathien jetzt, wo es besonderen Werth darauf zu legen scheint, eines Besseren zu belehren. (Dr. K.)

Wien, 29. Juli. Die so schwer heimgesuchte Stadt Krakau ist von einem neuerlichen Brandunglück betroffen worden. Am 26., Abends 9 Uhr, brach in der Vorstadt Kleparz Feuer aus, wodurch acht der landesüblichen holzernen Einkehrhäuser in Asche gelegt wurden. Nur der vollkommenen Windstille und dem schnellen Niederreißen der benachbarten Häuser ist es zu danken, die abgebrannten — mit Heu, Stroh und Getreide gefüllt waren, ist es zu verdanken, daß das Uebel nicht stärker um sich griff.

Dänemark.

Kopenhagen, 27. Juli. Gestern Abend um 10 Uhr wurde vom Kriegsministerium folgende telegraphische Depesche bekannt gemacht, welche

Flensburg, in der Nacht vom 25. zum 26. Juli datirt war: „Nach einem zweitägigen Kampfe hat die Armee einen entscheidenen, aber blutigen Sieg errungen und die Stadt Schleswig erreicht. Wir haben fünf Kanonen und 1000 Gefangene genommen. Unser Verlust ist groß.“

Kopenhagen, 27. Juli. Ein königl. Reskript, vom 14. Juli datirt, verspricht Gnade allen Soldaten, Unteroffizieren und mehr den 24. März 1848 angestellten Offizieren, die ihr Amt niederlegen und die Gnade des Königs bringen wollen. — Trotz des k. Manifestes, das vor Europa die Nichteinverleibung Schleswigs und die Nichtabsetzung der Beamten verspricht, ist das dänische Gesetz vom 5. Juli dotrefftend die Ausnahme von Nachrichten über den Krieg unter'm 22. als auf ganz Schleswig gelend publicirt, und enthält die dänisch erscheinende „Flesvigs offizielle Tidende“ neue Absetzungen von Beamten. — Haerdrelandet meldet: bas fast alle gestern angekommenen, gemachten Gefangenen weder Schleswiger, noch Holsteiner, sondern Bayern, Sachsen, Hannoveraner und andere Deutsche seien.[!?] „Haerdrelandet,“ das über das dänische Heer sicher wohl unterrichtet ist, bringt diese seine Erfindung sicher nicht ohne Absicht in's Publikum. Am 25., Vormittags, da der Angriff auf Istedt begann, hatten die Dänen nach ihrer Angabe 26 verwundete Offiziere. — Die dänischen Berichte haben sich nach denselben Berichten an mehreren Stellen feindselig bewiesen. — Die Stimmung in Kopenhagen soll in Folge der ungeheuren Verluste gedrückt sein. Ein Reisender, der Kopenhagen Sonntag Mittag verlassen, drückte sich aus: „Man weint hier vor Freude und Jubel.“

(H. B.-H.)

Kopenhagen, 27. Juli. An der Spitze der Sturmkolonne, welche das holsteinische Centrum durchbrach, fanden den Tod: General Schleppegrell, welcher bereits unter Napoleon gedient, Oberst Trepka und Oberst Lasser, früher Chef des dänischen Generalstabes und Adjutant Cavaignac's in Algier.

(Berl. telegr. Bur.)

Italien.

Rom, 20. Juli. In kirchlicher Beziehung sind jetzt zwei allerdings sehr wichtige Punkte in den Vordergrund des Gespräches gerückt, nämlich die Abhaltung eines allgemeinen Concils, und die Erneunung mehrer, auch deutscher Prälaten zu Cardinälen und zwar mit Residenz in Rom. — Was zuerst ein allgemeines Concil betrifft, so können wir versichern, daß derartige Vorschläge an den Papst gelangt sind. Indessen ist es eben so gewiß, daß der pl. Vater solche bis jetzt durchaus nicht hinreichend motivirt gefunden hat, und bisheran gar keine Wahrscheinlichkeit eines etwaigen Eingehens auf diese Anträge vorhanden ist. Etwaige Crisen im kirchlichen Leben haben sich gegenwärtig nicht gebildet, um wo sie sei ein Concil zu berufen. Ehe traten, haben päpstliche Constitutionen das Hinreichende gethan. Momente, welche dogmatisch auszuschreiben gewesen wären, haben sich offen und klar genug selbst ausgesprochen. Die Zerworfenheit unserer Zeit ist auf keinem neuen Boden gewachsen: ihre Prinzipien liegen in der sog. Reformation des 16. Jahrhunderts, und schon damals sind sie scharf und bestimmt und für immer dem Anathem übergeben, das sie übrigens auch selbst in ihrer Entwickelung sich sort und sort gesprochen haben. Ein Blick auf die jetzige Disciplin würde eben so wenig ein allgemeines Concil motiviren; was hier mangeln könnte, ist nicht Sache der Firion, sondern der Anöführung, und da können Partikular-Concilien, wie sie jetzt wieder vielfach gehalten werden, hinreichend abhelfen. — Uebrigens wolle man diese Frage nicht im entfernesten mit dem Prozemoria des Canonicus von Durham in Verbindung bringen; dieser war ganz anderer Art, und schon lange vor der Zeit war in gewissen Kreisen Rede von einem allgemeinen Concil. Rücksichtlich des zweiten Punktes ist allerdings nicht zu bezweifeln, daß der h. Vater die Absicht hat, anständigen Prälaten den Cardinalshut zu verleihen, und wir glauben, daß in nächster Zeit diese Absicht wenigstens theilweise zur Ausführung kommt. Was aber die Nesidenz der zu ernennenden — hier namhaft bezeichneten — fremden Cardinäle betrifft, so ist dafür wohl wenig Wahrscheinlichkeit vorhanden. Unsere Zeit ist nicht geeignet, eine Verwaltung der Diözesen aus der Ferne zu gestatten. — Ueber die Krankenverhältnisse, welche bei der noch fortdauernden Choleraepidemie obwalten, sind Berichtmündige zu Rimini gesprochen, ist vom dortigen St. Offizium der canonische Prozeß eingeleitet; wir erwarten, daß demnächst das Resultat veröffentlicht werde. Der Bischof von Rimini ist vom Papste nach Rom beschieden, um über den ganzen Umfang des Faktums näher Auskunft zu geben. — Es befindet sich, daß an mehren Thoren und Thüren die wunderbare Bewegung der Hand sich wiederholt.

(T. B.)

Neueste.

Stuttgart. An alle gemeinschaftlichen Aemter (Cekan und Oberamtmann) ist ein Kundschreiben des Ministeriums ergangen, die sämmtlichen Lehrer vorzuforschen um sie ernstlich zu vermanen, sich ja in feinerlei politische Umtriebe einzulassen und von den politischen und Volksversammlungen fernzuhalten. Es gilt Dies namentlich den Wahlen.

Wiesbaden, 31. Juli. Heinrich v. Gagern, hat vor einigen Tagen von seinem hiesigen Freunden Abschied genommen, und ist gegenwärtig auf der Reise über Berlin nach Schleswig begriffen, um sich persönlich an dem Kampf zu betheiligen.

(Z. J.)

Braunschweig, 27. Juli. Die Magdeb. Ztg., bringt die Mittheilung, daß von Seiten Preußens, gestützt auf die Militärconvention mit Braunschweig, die Herangiehung der preußischen Brigade zu den Uebungen der Magdeburger Division bei Magdeburg verlangt sei, der Herzog aber seine Zustimmung entschieden verweigert habe.

Berlin, 31. Juli. Das Petersburger Cabinet hat, nach zuverlässiger Mittheilung, an die europäischen Regierungen eine Cirkularnote erlassen, in welcher es erklärt, daß nach den Verträgen von 1815 Schleswig einen Theil Dänemarks bilde, und daß es gesonnen sei, mit allen Mitteln diese Verträge aufrecht zu erhalten. Diese Verträge seien zwar schon einmal und zwar in Belgien gebrochen worden. Aber aber sei die weite Entfernung ein Hinderniß für die Einmischung Rußlands gewesen, so sage ein solches Hinderniß bezüglich Schleswigs nicht vor. Die franz. Regierung sei vollkommen mit Rußland einverstanden, die Aufrechthaltung der Verträge z. 1815 zu wahren. Dieses gutunterrichtete „Magd. Corresp.“ wird von hier geschrieben. Nähere Daten über Mittheilungen hat der König von Sachsen bei seinem Aufenthalt in Potsdam St. Maj. dem König v. Preußen den Antrag gemacht, eine Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich in Betreff der deutschen Frage herbeizuführen. Da es bis jetzt dem sächsischen Ministerium nicht gelungen ist, dieses Ziel auf diplomatischem Wege zu erreichen, so ist der Vorschlag hierher gelangt, eine Zusammenkunft der beiden Monarchen von Preußen und Oesterreich in Dresden zu veranstalten. Die bisherige Antwort soll darauf hinaus gegangen sein, daß dieser Zusammenkunft nichts entgegenstehe, wenn sich am österreichischen Hofe hiezu eine besondere Neigung finde.

(Z. D.-P.-Z.)

London, 29. Juli. Der in der heutigen Sitzung des Unterhauses von Hrn. Hume gestellte Antrag: „es möge Frn. Baron v. Rothschild gestattet werden, den Eid als Parlamentsglied auf das alte Testament zu leisten,“ wird mit 113 gegen 59 Stimmen angenommen.

C Paris, 30. Juli. Der Graf v. Chambord hat Hrn. v. Larochejaquelein eingeladen, ihn zu Wiesbaden zu besuchen.

Paris, 30. Juli. Die Nationalversammlung nahm das Gesetz für die Theatercensur mit 552 Stimmen gegen 194 an. — Die Regierung hat hiersem Gesandten in London den Befehl geschickt, die Vermittlung Frankreichs in der schleswig'schen Angelegenheit anzubieten.

(K. Z.)

Belgrad, 21. Juli. Eben ist die Nachricht eingelaufen, die Bulgaren sich vollständig unterworfen haben, und der Pascha's damit beendigt ist.

Christiania, 25. Juli. Wir haben hier die Nachricht des dänischen Blattes „Fyens Avis“ aus Nyborg vom 18. über die Ankunft von angeblich 1400 Mann Schweden und Norweger, welche das russische Dampfboot „Smerley“ mit zwei dänischen Schiffen im Schlepptau dortsin gebracht habe, was sie „vermuthlich“ die Ankunft norwegischer Schiffe abwarten sollten, welche sie, obgleich bekanntlich ein schwedisches und norwegisches Geschwader und Dampfschiffe schon wegen der Einhaltung der Kronprinzessin in See gegangen, nicht direkt aus Flensburg abgeholt haben. Angekommen sind aber Truppen noch immer nicht, mit Ausnahme von 100 Jägern.

(B.-H.)

Frankfurt, 30. Juli. Wir berilen uns, die nachstehende „Abschrift einer Weisung des Fürsten v. Schwarzenberg an Frhrn. v. Prokesch in Berlin, d. d. Wien, den 1. Juli 1850“, zu veröffentlichen: Bereits zweimal, am 30. Dezember 1849 und am 30. Mai 1850, hat sich die k. k. österreichische Regierung an alle Staaten Deutschlands und insbesondere an das königl. preußische Kabinet gewendet, u. mittels ausführlicher Denkschrift einen ermittelnden Schritten zur Lösung einer österreichisch-deutschen Zolleinigung an den Tag gelegt. Es war nicht im entferntesten Grund vorhanden, an der Aufrichtigkeit und Nachhaltigkeit dieses Entschlusses zu zweifeln, denn gleichzeitig wurden von Oesterreich in seinem Innern in gleichem Sinne so umfassenden und durchgreifenden Reformen vorbereitet, eingeleitet und ausgeführt, unter denen man sich hier vorzugsweise auf die Revision des Zolltarifs, auf die theilweise Aufhebung der Cisgälle und die Schritte zu ihrer ganzlichen Auflassung und auf die Aufhebung der Zwischenzölle zwischen Ungarn, Siebenbürgen, Croatien, Slavonien und den übrigen Kronländern Oesterreichs hinzuweisen erlaubt. Auch gegen die Gemeinnützigkeit und Ausführbarkeit der gemachten Vorschläge war kein stattsaftes Bedenken zu erheben; denn die Vortheile, welche die Bildung eines großes österreichisch-deutschen Zollgebiets von beinahe 70,000 Quadrat-Meilen und mehr als 70,000,000 Einwohnern, abgesehen an drei der belebtesten Meere, durchschnitten von drei der größten Ströme Europas für Schiffsahrt, Handel und Gewerbe bietet und die günstige Rückwirkung, welche eine solche Einigung auf die Ordnung der politischen Verhältnisse Deutschlands und auf die Befriedigung der Wünsche vieler Völker äußern mußte, sind augenscheinlich. Manche Fragen, welche Anlaß zu Zweifsalt geben konnten, wie jene über die Vertheilung der Einkünfte, die bestehenden Staatsmonopole, die zu bewirkende plötzliche Störung mancher Industriezweige, waren durch die vorgeschlagene, nur allmälig stufenweise vorangehende Uebergangsperiode beseitigt, und die Ausnahme, welche diese Vorschläge bei vielen Regierungen, in der öffentlichen Presse und bei den gewerblichen Vereinen und Körperschaften fanden, zeigte auch, daß, falls vorerst die größeren und ernstlicheren Regierungen sich einigten, mit voller Zuversicht auf den Beitritt aller, aber doch des größten Theils der deutschen Staaten und auf die Zustimmung der verfassungsmäßigen Gewalten gerechnet werden konnte. Dieselben geachtet fand sich die kgl. preußische Regierung nicht bestimmt, auf die österreichischen Vorschläge einzugehen; denn das preußischerseits in Folge der Dresdnerkonferenz vom 30. Dezember v. J. am 28. Februar 1850 gemachte und durch die Sendung des geheimen Ministerialrathes v. Dellbrück unterstützte Anerbieten, über einige gegenseitige Verkehrserleichterungen in Unterhandlung treten zu wollen, konnte nicht als

ein solches Entgegenkommen angesehen werden, weil, so wünschenswerth in früheren Zeiten eine Vereinbarung solcher Art gewesen wäre, dieselbe doch jetzt gegenüber dem, was die öffentliche Stimme forderte und Oesterreich bietet, als zu geringfügig angezogen erschienen mußten. Ueber eine Zollvereinigung sollte gar nicht verhandelt werden, und ohne dieselbe mußten sich jene Erleichterungen nothwendig auf den engsten Kreis beschränken; denn Staaten, die von einander durch Zolllinien abgeschert sind, und daher verschiedene commerzielle und finanzielle Interessen verfolgen, können einander nur Vortheile bieten, welche nicht darf nicht übersehen werden, daß schon die Form, in welcher verhandelt werden sollte, nemlich mit Preußen allein und mit Ausschluß aller andern Staaten des Zollvereins mit Rücksicht auf die bestehenden Zollvereinsverträge, die Verhandlung auf ein Minimum, auf gewisse Gegenstände beschränkt gänzlich zurückhielte und jeden Gedanken einer Zolleinigung von vornherein ausschloß. Um in eine solche Beschränkung seiner im Interesse des gesammten Deutschlands gestellten Anträge zu willigen, hatte Oesterreich in seinen Bemühungen um die österreichisch-deutsche Zolleinigung ganzlich geschweigt sein, alles Hoffnungen auf das Gelingen seiner gemeinnützigen Pläne entsagt und die traurige Ueberzeugung erlangt haben müssen, daß der Gedanke an Deutschlands Macht und Wohl alle Anziehungskraft für die deutschen Fürsten und Völker verloren habe! — Ueberzeugt, daß das, was banernd, wahr und nützlich sey, auch endlich kurz oder lang seine Bahn sich zu brechen wisse, fuhr die österreichische Regierung unermüdet in ihren Bestrebungen für die Zolleinigung fort, und es wurde zur Beurtheilung einer zweiten, die von Oesterreich beabsichtigte Verfassung und Richtung der künftigen Zollbunds artikulirenden Denkschrift geschritten. Dem geheimen Ministerialrathe von Delbrück wurde die zuvorkommendste Aufnahme zu Theil, und man suchte ihn von dem vollen Ernste der Absichten Oesterreichs zu überzeugen, nur wurde ihm gegenüber stets der Standpunkt festgehalten, daß man als der Mittelpunkt jeder Verhandlung die Instandordnung der österreichisch-preußischen Zolleinigung betrachte, diese aber sei eine gemeinsame deutsche Bundesangelegenheit, welche zuletzt nur vom deutschen Bunde und diesen gesetzlicher Vertretung gelöst werden könne, und wenn man auch den preußischen Vorschlägen gerne darin entsprache, daß Vorverhandlungen hier in Wien gepflogen würden, müsse man doch wünschen, daß hierbei von Seite des Zollvereins außer Preußen auch Sachsen, Bayern und Württemberg vertreten wäre, und eventuell auch Hannover und noch einer oder der andere der außer dem Zollvereine befindlichen deutschen Staaten beigezogen würden. Oesterreich durfte hoffen, daß dieses freundschaftliche Entgegenkommen, unterstützt von dem durch die Einsprache der nachst Preußen einflußreichsten Zollvereinsstaaten gegen die ausschließliche Intervention des letzteren bei jenen Vorverhandlungen und durch deren bereits Vorvorwortung der Zolleinigung, bei der königl. preußischen Regierung den gewünschten Eindruck nicht verfehlen werde, und mit gespannter Erwartung sah man der bevorstehenden Eröffnung der Kasseler Zollconferenz und den preußischen Vorlagen für dieselbe entgegen, denn man war zur Annahme berechtigt, daß Preußen den Zollverein von dem wichtigsten und folgenreichsten Anerbieten, das letzterem seit seinem Entstehen gemacht worden, von dem Antrage Oesterreichs, sich mit demselben zu vereinigen u. zum Anschlusse des übrigen Deutschlands mitzuwirken, entsprechend in Kenntniß setzen und seine eigene einflußreiche Ansicht über dieses Anerbieten, in einer, den Bedürfnissen und Wünschen des deutschen Volkes nicht allzu entfremdeten Richtung zur Schlußfassung mittheilen werde. F. f.

Wien, 21. Juli. (Ausschreiben Oesterreichs an die deutschen Regierungen über den Ausmarsch der badisch. Truppen nach Preußen. Schluß.) Wir betrachten ferner als willkürlich und ungiltig, den ohne vorläufige Kenntnißnahme und Genehmigung des Bundes erfolgten Abschluß eines Vertrages zwischen zwei Bundesregierungen, durch welchen die Kriegsverfassung, also eine der wichtigsten organischen Einrichtungen des Bundes, in doch wesentlichen Voraussetzungen und Bestimmungen, namentlich in jenen, welche sich auf den Verband der zusammengesetzten Armeecorps und auf die unmittelbare Verfügbarkeit der Contingente zu Bundeszwecken beziehen, alterirt und bei Seite gesetzt wird. Die betreffenden Regierungen haben hierdurch in einem Augenblicke, wo die Lösung der Verantwortung übernommen, welcher wir ein um so größeres Gewicht beilegen müssen, als das Großherzogthum Baden, wie dieses von Sr. k. Hoh. dem Großherzoge in der erwähnten Proclamation selbst hervorgehoben worden ist, ein wichtiges deutsches Grenzland bildet, und in vorzüglichem Grade in den Augen der Gesammtmacht des Bundes anvertraute Sorge für die innere und äußere Sicherheit Deutschlands in Anspruch nimmt. — Wir hoffen, daß die Zeiten ferne sind, in welchen neue Gefahren dort zu bekämpfen sein werden. Wann immer sie aber hereinbrechen sollten, erscheint der Wehr des Bundes, nirgends geheiterscher als dort, das einige Zusammenwirken der ungetheilten Kräfte der Gesammtheit. — Die badische Regierung hat sich darauf berufen, daß es die Centralgewalt Deutschlands selbst gewesen sei, welche ihr Gesuch um Hilfe an die preußische Regierung verwiesen habe, und daß dieser Umstand gleichsam zu jener Erklärung in den selbst bestehenden Verhältnissen, somit auch als eine Rechtfertigung dieser letzteren angesehen werden müsse. Hierauf können wir mit vollem Grunde entgegnen, daß bereits mehrere Tage vorher dem Reichsverweser die Erklärung Preußens zugekommen war, es werde die Verfügung über seine Truppen nicht mehr von der Centralgewalt lassen. — Ohne hier auf eine weitere Würdigung dieser Erklärung einzugehen, wollen wir uns nur auf die Frage beschränken, ob die Gründe, auf welche Preußen dieselbe machte, auch dann noch von ihm geltend gemacht werden konnten, als am 20. Juli der Reichsverweser gewiß sehr entschiedener Theilnahme des Berliner Kabinets gedrängt worden, in allgemein anerkannte Wirksamkeit trat? — Wodurch vermag es gerechtfertigt zu werden, daß nicht minder unter diesen Umständen unsere wiederholten Bemühungen, das Großherzogthum Baden wieder unter seine Pflicht gegen den Bund, kräftig vereitelt wurden? — Konnte ein solcher Schritt nicht als wirksam betrachtet werden, nachdem wir unsere thätige Mitwirkung zu demselben angeboten hatten? — Die kaiserl. Regierung wird, was an ihr ist, thun, damit solcher Zwiespalt unter Bundesgenossen in Zeiten gemeinsamer Gefahr sich nicht erweitere und das Wort zu spät, wie bei Theorie vor dem Schicksale bewahrt bleiben, unter fortwährendem Schwanken zwischen Schwäche und Eigenmacht zuletzt sich selbst aufgeben zu müssen. Sie darf aber dagegen auch die Erwartung aussprechen, daß die frühere Zerrüttung nicht ferner zur Rechtfertigung des Verfahrens auf dem bundwidrigen Wege weiter geltend gemacht werden, nachdem sich Niemand mehr darauf berufen kann, daß das Ziel der Erhaltung und Erstarkung Deutschlands auf der Bahn der Gesetzlichkeit und der Bundestreue nicht zu erreichen sei. — Wir müssen uns vorbehalten, diese Angelegenheit im Schooße der rechtmäßigen Centralbehörde des Bundes weiter zu verfolgen, wie wir auch nicht länger zögern werden, die damit zusammenhängende Frage wegen der Besatzungsverhältnisse Rastatts zur Entscheidung des Bundes zu bringen; denn es ist nicht zulässig, daß man für die deutsche Bundes- und Grenzfestung noch länger einen Ausnahmszustand inmitten eines unter Kriegsrecht gestellten Landes fortbestehen lassen. — Für jetzt sind die kaiserl. Bundescommissäre angewiesen worden, gegen den Abschluß der in Rede stehenden Uebereinkunft zwischen der königl. preußischen und der großh. badischen Regierung, so wie gegen den Beginn der Vollziehung derselben durch den Abmarsch der badischen Truppen nach preußischen Garnisonen, bei der Bundescentralcommission, als dem noch zur Zeit noch allein in Wirksamkeit bestehenden Organe des Bundes, Namens der kaiserl. Regierung förmliche Rechtsverwahrung und Einsprache einzulegen. — Da wir für angemessen halten, wir ferner erneuernten und entschiedenen Protest zugleich auch zur Kenntniß sämmtlicher Bundesgenossen zu bringen, ersuche ich Eure.... der Regierung..., bei welcher Sie beglaubigt sind, eine Mittheilung gegenwärtiger Circulardepesche mitzutheilen. Empfangen.... (gez.) F. Schwarzenberg.

Berlin, 28. Juli. Folgendes ist die von Preußen an sämmtliche deutsche Regierungen mitgetheilte Denkschrift zur Erläuterung des Friedensvertrags vom 2. Juli. d. Js.: Denkschrift zur Erläuterung der Friedenscraftate vom 2. Juli 1850. Schon während der Dauer des dänischen Kriegs war es Preußens unausgesetztes Bestreben, Deutschland zum Frieden und Holstein zu einer dem Bundesrecht entsprechenden Regelung seiner Verhältnisse zu Schleswig zu verhelfen. Die früheren Vorschläge der Mächte, der vermittelnden Macht vom Jahre 1848 schienen an dem Widerwillen Dänemarks und der von der damaligen provisorischen Regierung der Herzogthümer ausgezeichneten Abneigung gegen eine Theilung Schleswigs. Im Herbst 1848 ward von dänischer Seite zuerst die „Unabhängigkeit Schleswigs“ als Friedensbasis vorgeschlagen, von England als der vermittelnden Macht angenommen und von der damaligen deutschen Centralgewalt im Febr. 1849 angenommen. Diese Basis gab allerdings die bisherige Grundlage der „politischen Verbindung von Schleswig und Holstein“ auf. Das neue System, was dieselbe ersetzen sollte, konnte sich aber bekanntlich nicht gestalten, die Bedingungen und Voraussetzungen, auf denen es ruhte, gingen nicht erfüllt, und die gegenseitigen Concessionen, die es enthielt, billig abgewogen wurden. In Dänemarks Interesse wurde stipulirt: 1) daß die bisherige politische Verbindung der Herzogthümer aufhören, 2) Schleswig dagegen in eine politische Verbindung mit Dänemark zu setzen sei, fortfahren sollte. In Deutschlands Interesse ward stipulirt: 1) daß Schleswig, trog seiner politischen Verbindung mit Dänemark, eine abgesonderte Verfassung in legislativer und administrativer Hinsicht erhalten, 2) daß Holstein und Lauenburg sich der deutschen Verfassungsveränderung anschließen, 3) daß die nicht politischen Bande zwischen Interessen zwischen Schleswig und Holstein aufrecht erhalten werden sollten. Der Friede und seine genaue Aufführung sollten wegen Schleswigs zugleich unter die Garantie der Großmächte gestellt, die Verhandlungen wegen Regelung der Erbfolge in Schleswig nach dem Frieden angefangen. Das war der Hauptinhalt der Präliminarien vom 10. Juli 1849. Auf diesen begann die Friedensunterhandlung, nachdem Preußen eine allgemeine Vollmacht von Interim für dieselben erhalten hatte. Ob ein Friede auf solchen Grundlagen zustande kommen würde, war nicht, zum Anfang darauf an, zunächst wie die Unabhängigkeit Schleswigs und beffen politische Union mit Dänemark, ferner wie die Verbindung Holsteins mit Deutschland, endlich wie die nichtpolitische materielle Verbindung der Herzogthümer unter sich verstanden werden sollten. Wurden diese Verhältnisse in einem für die Herzogthümer und Deutschland billigen Sinn geordnet, so konnte man ohne Bedenken das in mancher Hinsicht unbestimmte und aufdrittene Staatsrecht der Herzogthümer mit dieser neuen Ordnung der Dinge vertauschen.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Hans v. Kaber.

Gestorbene:
Den 1. August.
Joseppa Doppel, Posthedienstentfrau, 41 Jahre.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhof 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Beim Abonnement Rabatt.

Nr. 185. Würzburg, Samstag den 3. August. **1850.**

Deutschland.

Zweibrücken, 30. Juli. Das hiesige Zuchtpolizeigericht hat in seiner gestrigen und heutigen Sitzung dreizehnen Personen, obgerichtet, welche durch das Urtheil des königl. Appellationsgerichts vom 29. v. Mts. an dasselbe verwiesen worden waren. Rebwald, Land. Thpol. von Pirmasens, Geiger jun. aus Landstuhl, v. Herder aus Erlangen, Bieber von Zweibrücken, sämmtlich Landjuristen, welche im vergangenen Jahre als Legionäre alle öffentliche Rathen wegnahmen, so wie Kufer Ladenberger von Bubenhausen, wurden zu einer correctionellen Gefängnißstrafe von zwei Jahren auf Grund des Art. 258 des Code penal verurtheilt. — Alle übrigen Beschuldigten, wie Geiger sen. von Landstuhl, Koch von Bundesbach, beide Studenten, u. s. w. freigesprochen. (Pf. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Rendsburg, 27. Juli. General v. Willisen veröffentlicht folgenden III. Armeebericht: Nachdem der Feind sich in der Nacht vom 23. Juli in der Gegend von Flensburg concentrirt hatte, zeigte er sich am 24. vor unserer Avantgarde, welche am Abend vorher von Struxdorp und Stenderupaue bis Hellighek zurückgezogen worden war. Es entspann sich ein lebhaftes Gefecht mit unserer Avantgarde, welche Befehl hatte, sich auf nichts Ernsthaftes einzulassen, den Feind vielmehr an die Position heranzuziehen. Nur als der Feind nachlief, anzudringen, ging unsere Avantgarde wieder vor, um zu sehen, ob der Angriff ernsthaft gemeint sei und um den Feind nicht aus dem Auge zu verlieren. Entschlossen, den Angriff des Feindes in der Stellung abzuwarten und zum günstigen Zeitpunkt in die Offensive überzugehen, war die Armee auf folgende Weise vertheilt: Die Avantgarde mit ihrem rechten Flügel in und um Jstedt, mit dem Gros auf der Chaussee nach Flensburg. Die 1. Brigade in der Vorpostenstellung bei Lürschau. Die 4. Brigade in der Rendzvous-Stellung an der Südwestspitze des Langsee's. Die 3. Brigade bei Behrend, hinter dem Langsee. Die 2. Brigade bei Wedelspang. Die 1. Brigade hatte mit einer Jägerabtheilung Gammelund und mit einer andern Ballingstedt und Langstedt besetzt. In der Stellung selbst wurden folgende Vorbereitungen getroffen: Bei Wedelspang waren die Wiesen durch Abstauung eine halbe Meile abwärts schwer zugänglich gemacht, nördlich Wedelspang waren zwei zweckmäßig gegegene Anhöhen mit Artillerie besetzt, um eine Art Brückenkopf für das Debouchiren zu haben. Bei Oysterholm-Holzhaus fand sich eine kurtz durch den Langsee. Zur größeren Bequemlichkeit wurde eine Laufbrücke angefertigt, um hier mit der dritten Brigade debouchiren und angreifen zu können. Es sollte dies mit der 2. Brigade von Wedelspang aus — in einer Zeit geschehen, wann dies am Zweckmäßigsten schien. Die Hauptstellung von Jstedt fand sich dadurch bedeutend geschwächt, daß das vorliegende Moor durch die große Hitze wenigstens für Jnfanterie ganz zugänglich geworden war. Das Gros der Avantgarde mit einem Jägercorps besetzt; die Gemeinschaft mit der Stellung durch eine steinerne Brücke hinter Jstedt und durch eine neuerbaute Laufbrücke, da, wo der Bach, welcher aus dem Jstedter See kommt, in den Langsee fällt, geschieht. So sollte auch dieser Punkt als Debouche für die 4. Brigade benutzt werden können. Als am 24. d., Nachmittags, das Gefecht vor der Stellung brendet war, lief die Meldung ein, daß eine feindliche Abtheilung von Kavallerie und Jnfanterie im Rücken des linken Flügels bei Sollerup über die Treene gegangen sei. Nachdem ein Detachement von 80 Jägern, welches den Posten lange sehr tapfer vertheidigt, zurückgedrängt war, hatten 6 Escadronen der Reiterei-kavallerie, 4 reitende Geschütze und das 4. Bataillon nebst 4 Zugbeschützen gegen Abend dieses Detachement mit Leichtigkeit über die Treene zurückgeworfen. Alle eingegangenen Meldungen und Nachrichten sagten aus, daß der Feind einen bedeutenden Theil seiner Kräfte gegen unsern linken Flügel gewendet habe. Die Wahrscheinlichkeit dieser Angabe, da hier der angreifbarste Punkt unserer Stellung lag, veranlaßte am Abend des 24. Juli, eine Disposition zum Angriff für den 25. Juli mit unserem rechten Flügel aufzugeben. Als sich jedoch im Laufe der Nacht jene Nachrichten, worauf sich diese Disposion begründete, nicht bestätigten, wurde sie fallenbirt. — Es war aber durch Fanale und andere Mittel dafür gesorgt, daß sie zu jedem Augenblick wieder aufgenommen werden konnte. — Es erwarteten man den Angriff des Feindes am 25. Juli, früh. Er begann auch bald nach 3½ Uhr bei unsern Vorposten. Es entspann sich zuerst eine heftige Kanonade mit unserer zweisspännigen Batterie in der Stellung, um mit einer zweiten, welche auf einem vorspringenden Terrainabschnitt stand, in Verbindung aufgestellt war. Der Feind hatte in der Nacht und am Abend vorher den größten Theil seiner Kräfte bei Unter- und Ober-Stolt und Bockland concentrirt, mindestens 3 Brigaden. Seinen ersten heftigen Angriff machte er auf das Gyrauer Holz, und nahm es, durch seine große Uebermacht unterstützt im ersten Anlaufe. Es war ihm dabei der Umstand zu Statten gekommen, daß Nebel und ein heftiger Regen jede Uebersicht unmöglich machten. Es gelang ihm dem 4. Jägercorps, nachdem es den Befehl dazu bekommen, das Holz wieder zu nehmen. Dieses heftige Gefecht, und der Umstand, daß der Feind einen großen Theil seiner Kräfte in diese, wie es schien, sehr gefährliche Richtung geworfen, gaben nunmehr die Veranlassung, in die beabsichtigte Offensive überzugehen. Die 3. und 4. Brigade wurden dazu durch Fanale in einem Moment beordert, und Beide begannen ihre Bewegungen sofort. Die 2. Brigade debouchirte über Wedelspang gegen Bockland, die 2. von ihrem Uebergangspunkt gegen beide Stolk. Der Feind war durch diese Bewegung sichtlich überrascht. Die 4. Brigade sollte zwei Bataillone zu gleicher Zeit auf Jstedt, wo sich ein heftiges Gefecht mit dem 15. Bataillon der Avantgarde entsponnen hatte, debouchiren, um wäre diese Bewegung ebenso gelungen, so wären die Kräfte des Feindes, welche sich gegen das Gyraner-Holz gewendet, wohl leicht gänzlich aufgerieben worden, und die combinirte Bewegung der drei Brigaden, der 4., 3. und 2., während die Avantgarde und die 1. Brigade auch ihrerseits die Offensive ergreifen sollten, hätte wohl die Aussicht auf ein volliges Gelingen geboten. Dieser Angriff der 4. Brigade mißlang aber vollständig, als jenseits des Debouchee die Truppen vom Feind heftig angefallen wurden. Der Gyraner Wald und Jstedt gingen abermals verloren. Es schien in diesem Augenblick möglich, daß die Stellung in ihrem Centrum durchbrochen würde. Es hat auch wohl nur die Bewegung der 3. und 2. Brigade den Feind abgehalten, hier nicht heftiger nachzudrängen, ja sogar die Möglichkeit gegeben, selbst mit unsern zurückgehenden Truppen die steinerne Brücke unterhalb des Jstedter See's nochmals zu nehmen. — Die 3. Brigade hatte mit großer Tapferkeit bei Ober-Stolk den Feind rasch zurückgeworfen, drei Zwölfpfünder erobert, eine feindliche Escadron, welche wiederholt im Vorwerge eine kühne Attaque gemacht, gänzlich zu Grunde gerichtet; zwei Stabsoffiziere, den Batterie-Chef und den Escadron-Chef gefangen. Als aber ein Theil des Feindes, welcher die 4. Brigade zurückgedrängt, sich längs des See's in der Richtung gegen Saberstprensdeel wandte und so den linken Flügel u. den Rücken der 3. Brigade bedrohte, während er sich auch ihr gegenüber immer mehr mit neuen Kräften verstärkte, mußte diese ihr Vorgehen einstellen. In dieser Zeit und durch diese Bewegung stellte sich auch das Gefecht bei der 4. Brigade wieder her. Die 3. Brigade ging nun ebenfalls über die Jstedter Brücke, stellte aber die Furth zurück, die 2. Brigade, welche ebenfalls mit großer Entschlossenheit vorgegangen war, fand später auf eine bedeutende Uebermacht und zog sich nun auch auf die Stellung von Wedelspang zurück, ohne irgend einen bedeutenden Verlust zu erleiden. Von dem Plateau von Jstedt aus, wo die rückgängige Bewegung unseren rechten Flügels durch ein wiederholtes Vorschieben der Avantgarde und der schweren Batterien unterstützt. Von der ersten Brigade hatte zu gleicher Zeit das 1. Jägerbataillon und das 2. Bataillon, unterstützt von dem 12. Bataillon, die Stellung bei Langsee verabredetgezogen war, eine Bewegung von Gammelund und gegen das Buchholz gemacht und drängte da den Feind gegen Hellighek zurück. — So hatte denn die Schlacht von Tagesanbruch bis gegen 11 Uhr gewährt, als der Feind, auf seinem linken Flügel noch mehr gedrängt, neue Kräfte gegen die Jstedter Stellung dirigirte. Dieser gegenüber wurde nach und nach der größte Theil der Reserve-Artillerie verwendet. Es entspann sich hier der heftigste Geschützkampf des Tages, und man glaubte es noch nicht aufgeben zu dürfen, diese Position zu halten, da hier noch ein großer Theil der ersten Brigade zur Reserve stand. Als aber plötzlich die Meldung einging, daß der Feind abermals bei Trepa die Treene forcirt und Schuby schon besetzt, so schien es, obschon er hier von der Reserve-Cavallerie und einigen Geschützen aufgehalten wurde, nicht zweckmäßig, es auf's Aeußerste kommen zu lassen, im Gegentheil wurde gegen 1 Uhr der Entschluß gefaßt, die Schlacht abzubrechen und zurückzugehen. Bei der nunmehrigen Ueberlegenheit des Feindes schien die Bewegung in unsern Rücken große Kräfte bekommen zuzkonnen. Es wurde also zu-

nächst der noch ansehnliche Theil der 1. Brigade, auch dem 3. und 4. Bataillon, dem Verwüstet, die Umgebung des Dorfes Hasdorf zu vertheidigen, diese aber nahmen so wenig zurückgenommen, daß sie für den Rückzug nicht mehr brauchbar werden konnten. Der Rückzug wurde zwischen 1 und 2 Uhr Mittags angetreten, ohne andern Verlust an Material, als drei demontirte Geschütze. Bei Hallenburg wurde durch eine Aufstellung der Reserve-Artillerie die Avantgarde und die 2. Brigade aufgenommen, und die nachmalige Bewegung durch ein theilweises Avancken der 3. Brigade von Behrend gegen die Chaussee unter spezieller Leitung des Obersten und Chef des Stabes, v. d. Tann, so unterstützt, daß sie nicht mehr vom Feinde gedrängt werden konnte. Es wurde nun in der 3. Brigade der Befehl, sich nach Mißunde, an die 4. und an die Avantgarde, sich nach Schleswig, an die erste Brigade und die Cavallerie, sich von Schuby nach Rendsburg zurückzuziehen. Bei Schloß Gottorff angekommen, zog sich die 4. Brigade unter die Avantgarde (commedy Arrière garde) schwärmend hinter den starken Abschnitt von Isahrooff, um auf diese Weise einmal die Verbindung mit der 2. und 3. Brigade noch Mißunde sicher zu haben, um ferner durch diese Seitenstellung den Feind zu verhindern, auf gerader Straße nach Rendsburg schnell vorzurücken, und endlich, um der 1. Brigade der Reserve-Cavallerie und der großen Bagage ihren Rückzug zu erleichtern und das Terrain zu vermeiden, wo die übergegene feindliche Cavallerie der Armee hätte gefährlich werden können. Alle diese Absichten sind glücklich erreicht worden; sämmtliche Bagage ist ohne Verlust nach Rendsburg gekommen; die Reserve-Cavallerie und die erste Brigade sind auf dem Rückzuge wenig benunruhigt worden und die vier Brigaden des Gros der Armee mit der Reserve-Artillerie standen seh am Abend der Schlacht völlig vereinigt. Da es aber die Absicht bleiben mußte, die gesiegerte Stellung von Rendsburg so bald als möglich zu verlassen, so trat der Corps nach 10 Uhr in zwei Colonnen seinen Marsch nach Clausenfeld und Königsförde an. Der große Park ging über Eckernförde und Gettorf und dann über die Eider. So befand sich die Armee am 26. Juli Morgens vereinigt und in geschrierter Verbindung mit Rendsburg. Sie geht nach der Verlust gemacht, so ist der schmerzlichste noch der, daß verhältnißmäßig viele Officiere todt oder verwundet auf den Platz blieben. Wenn dieser Verlust ersetzt worden, wird sich die Armee, bei dem Muth, der sie belebt, bald wieder eben so stark und eben so schlagfertig finden, wie vor der Schlacht. Der Verlust der Munitionsschen hat aus den Ersatz-Compagnien gleich gedeckt werden können. Für die Verpflegung ist reichlich Sorge getragen, so daß ich mit vollem Vertrauen den künftigen Begebenheiten entgegensehe. Ich werde das Vorgetragen haben, einzelne hervorgegangene Thaten, die in Sorge vorgekommen, sind Ihnen bekanntgemacht worden. Ich schaft zur Belohnung vorzuglegen. Das Genauere über unsere Verluste werde ich erst in einigen Tagen nachliefern können. Gefangene haben wir wenig verloren, deren aber zwischen 4 bis 500 gemacht.

Kiel, 28. Juli. Leider ist auch unser Generalstabsarzt Dr. Stromeyer in die Hände der Dänen gerathen, da er zu pflichtgetreu war, um die Verwundeten in Schleswig im Stiche zu lassen. (C. Z.)

Kiel, 29. Juli. Landleute aus der Gegend von Eckernförde berichten heute, daß die Dänen im Besitze der Stadt sind und daß sie ihre Vorposten gestern von Süder bis Niemark aufgestellt haben. Heute ist von ihnen schon mit Anlage einer Schanze, eine Viertelstunde südlich von der Stadt (bei dem Sandkrug) angefangen und ein Kriegsschiff so gelegt, daß es den Damm, welcher von Kiel und Altenhof dahin führt, völlig bestreicht. Zwei andere Schiffe beherrschen die westlichen Zugänge der Stadt. (H. C.)

Rendsburg, 29. Juli. In Folge der Schlacht von Isstedt ist nachstehende Ansprache an die Soldaten gerichtet worden: „An die Armee! Wir haben die Schlacht verloren; aber wir sind nur geschlagen, wenn wir uns selbst dafür ansehen und den Muth verlieren. Das wollen wir nicht thun; wir haben Kanonen und Munition verloren und stehen in Rendsburg blos, was wir brauchen, um so stark zu sein, wie zuvor. — Also: auf Muth und Vertrauen! Und Ihr, alle Eure Pflicht, seid Ihr standhaft und gehorsam, so ist noch nichts verloren! Hauptquartier Rendsburg, 28. Juli 1850. Euer commandirender General (gez.) v. Willisen.

Rendsburg, 31. Juli. Gestern in der Frühe hat unsere zweite Brigade eine Recognoscirung gegen Eckernförde zu unternommen, wobei einige Schüsse mit dem Feinde gewechselt wurden, ohne daß sie von Erfolg gewesen wären. — Heinrich v. Gagern ist zum Commandeur unserer Armee ernannt; er hat bekanntlich früher gedient und als 16jähriger Jüngling bei Waterloo eine Compagnie geführt, deren Officiere alle gefallen waren. — Es kommen schon viele neue Officiere an, so daß der Verlust bald ersetzt sein wird. — Nach sicheren, hier aus der Stadt Schleswig eingetroffenen Nachrichten ist dieselbe nur von einer geringen Macht besetzt. Die Truppen brennsuchen in der Nähe derselben. Die Geschichte, daß die Schleswiger Bürger zu Schanzarbeiten gezwungen werden, ist eine Fabel. (H. C.)

Nach einem Schreiben aus Flensburg in „Hispodeten (Hamb. Correspondent) ist der Graf Schleswig im Hospital geblieben. In Flensburg waren 2981 Verwundete (worunter 200 „Insurgenten") eingebracht. Die Dänen sollen meist Schußwunden haben, die Schleswig-Holsteiner meist Bajonnetstiche und Kolbenstöße. Das Dorf Isstedt ist (vermuthlich zur Vergeltung) von Bauern gänzlich geraubt. — Schaden zur Flensburg ist den neuesten Postnachrichten zufolge zum Polizeimeister in Schleswig ernannt. Laut Bekanntmachung dürfen daselbst keine fünf Personen auf der Straße zusammenstehen; sein Civilist darf Waffen tragen. Die Polizeidienern sind bewaffnet.

In einer Correspondenz in „Hispodeten" aus Flensburg vom 26. Juli heißt es: „Auch 16 Bauern und Frauenzimmer sind hier eingebracht, weil sie auf unsere Truppen geschossen haben; sie liegen nun mit zusammengebundenen Beinen auf dem Klosterplatz. Ein Schullehrer befindet sich darunter, dessen einem Tödtungen Dreist, der der General Schleppegrell erschossen hat, so wie ein Anderer, der den Doctor Trepka erschossen haben soll." Nähnlich berichten die „H. Bl.": „Gestern ist das Standrecht über 12 Angeklagten niedergesetzt."

Hamburg, 31. Juli. Nach Briefen, die mir durch einen aus Rendsburg so eben angekommenen Extrazug zukommen, heißt es, daß die Armee vorrückt. (B. W. B.)

(Oeffentliche Bekanntmachung.) Der königl. dänische Kommandant der Stadt Schleswig läßt bekannt machen, daß alle Waffen ohne Ausnahme und alle sog. schleswig-holst. und deutsche Fahnen heute Nachmittag um 4 Uhr auf dem Rathhause abgeliefert werden sollen. Wer der einer vorzunehmenden Haussuchung im Besitz von obengenannten Sachen befunden wird, wird eine Geldstrafe zahlen und außerdem 5 Tage auf Wasser und Brod gesetzt werden. Es ist verboten, sog. schleswig-holst. Cocarden zu tragen; wer es thut, wird arretirt und drei Tage auf Wasser und Brod gesetzt. Alle Clubbs ohne Ausnahme sind verboten und geschlossen; wer diesem Befehl zuwider handelt, wird arretirt und von der Kommandantschaft bestraft. Nach 9 Uhr Abends dürfen die Einwohner der Stadt ihre Häuser nicht verlassen; wer dawider handelt, wird arretirt. — Der Platz-Kommandant.

Stuttgart, 30. Juli. Der Ausschuß der Landesvertheidigung ist auf seine im „Beobachter" veröffentlichte „Note" in Betreff des in Frankfurt handelnden Bevollmächtigten der Regierung folgendes K. Reskript zugegangen: Wilhelm von Gottes Gnaden König von Württemberg. Liebe Getreue! Unser Gesammtministerium hat die von Euer Note eines Prädenten vom 24. Juli d. J. vorgelegt, in welcher die Vorgehung, welche Euch in Betreff des Bundestages, so sachlich anerkannte und gesetzlich verbürgten Rechte des Landes" hinsichtlich der Erfüllung der deutschen Verfassungsfrage, wenn auch in jeder fahrest sein, und zwar dadurch, daß Unser Bevollmächtigter in Frankfurt, sei es mit oder ohne Anweisung des verantwortlichen Ministeriums, sich bei Abstimmungen, welche nicht in den unmittelbaren sächlichen Gründe" auf Weiterverfolgung der Bundesverfassung hinzuarbeiten; in Verfassung, welche den Ausschuß der Landesvertretung bestimmen müßte, die absolutige Wohl und Einberufung einer Landesversammlung zu verlangen, kund, und sie dadurch in Widerspruch mit Unserer vor dem Staatsgerichtshofe gegen den abgetretenen Chef des Departements der auswärtigen Angelegenheiten seine Erledigung gefunden, abermals „das Recht der Anklage zum Schutz und zur Schirm der Rechte des Landes" ausgeübt worden könne." Hierauf bemerken Wir euch zuvörderst, daß wenn Unser Bevollmächtigter zu Frankfurt seine Vollmacht und Instruktion überschreiten sollte, Wir selbst Uns bemüßigt finden würden, das Erforderliche vorzukehren, und wohl das Vertrauen in Anspruch nehmen dürfen, daß Wir derselben zur Erfüllung seiner Pflichten als Unser Bevollmächtigter, Unsere Genehmigung Seinem Thun Wir euch nicht verhalten, daß der Ausschuß der Landesversammlung nach § 188 der Verfassungsurkunde zwar das Recht hat, besonders wenn es sich von der Anklage der Minister handelt, um Einberufung einer außerordentlichen Standversammlung zu bitten, daß aber von der Verfassung des Grundes der Anklage und der Dringlichkeit derselben obhängt, ob eine solche Bitte von Uns zu gewähren ist; wonach ihr selbst beurtheilen möget, ob der von euch gebrauchte Ausdruck, daß ihr die Einberufung einer außerordentlichen Landesversammlung „verlangen" worden, der angemessene gewesen sei. Zu den Gesetzen der Note selbst bemerken, so haben Wir in derselben die Wiederholung der Behauptungen und Erklärungen gefunden, auf welche Wir bei der früheren Landesversammlung eine Antwort nur in deren Auflösung zu finden vermochten; Behauptungen und Erklärungen, welche die vollkommen irrige Ansicht zu Grunde legt, als ob durch die Ereignisse und durch die Beschlüsse der Bundesversammlung und Nationalversammlung in den Jahren 1848 und 1849 der deutsche Bund aufgelöst worden sei, und als ob lediglich seine Rechtsicht auf die Pflichten, welche in den Verordnungen in Folge der Bundesakte von 1815 obliegen, genommen werden müsse, wiewohl Württemberg als ein von den Bundespflichten vollkommen befreites Land erscheine; Behauptungen und Erklärungen, welche nicht nur Unser Land und Unsere Regierung in eine ganz irrige Gewissen- und Rechts-Regie, gegenüber den andern deutschen Regierungen, in völlige Isolirung versetzen und daher bei der unverkennbaren Lage der Dinge, wie sie sich nun einmal gestaltet hat, unfehlbar den größten Nachtheilen und Gefahren erzeugen, sondern auch die Zustände Deutschlands in fortwährender Unsicherheit erhalten und so den Segen, wie vielleicht dem größeren, so jedenfalls dem engeren Vaterlande zum sichern Verderben gereichen müßten. Wie Wir Unser Gewissen daruber nicht bergen wollen, daß eine Landesversammlung, das der Ausschuß derselben, unbekümmert um die, so habe liegenden Folgen jener Sätze, dieselben beharrlich, in Widerspruch mit allen sie bekämpfenden Verhältnissen, festhalten mag; so glauben Wir nur eine Pflicht gegen Unser Volk zu erfüllen, wenn Wir Unsere feste Ueberzeugung von der Verderblichkeit solcher Sätze offen aussprechen. Wir können dieses um so unumwundener thun, als Wir steht die Ansicht festhalten und dar, so wie immer an Uns ist, Gesetzung zu verschaffen suchen werden, daß eine Neugestaltung der Bundesverfassung geboten erscheint; und als gerade Wir die Verantwortlichkeit hiezu, wie Wir Uns beglaubigen, vorzugsweise zu erkennen gegeben haben; wogegen

ein Verbrechen, wie es in den Eingaben der aufgelösten Landesversammlung und in der Note eueres Präsidenten sich bekundet, eher geringer gefunden werden muß, die Erreichung des angestrebten Zieles unmöglich zu machen. Denn solche nur Neugestaltung der Bundesverfassung aber halten Wir uns aus innerhalb Unserer durch die Verfassungsurkunde begründeten Rechte, so sehr Wir Uns stets zur Pflicht gemacht haben, Uns in allen Unsern Regierungshandlungen von den Vorschriften der Verfassung zu leiten, so wenig werden Wir eine durch Gewalt oder mit gewaffneter Einmischung drohen. Indem Wir euch Vorstehendes auf eure Anfrage zu erklären geben, verbleiben Wir euch mit Unserer Königlichen Huld stets wohl beigethan. Stuttgart im K. Gesammtministerium den 22. Juli 1850. Auf Sr. Königlichen Majestät besonderen Befehl: Mittnacht. Knapp. Plessen.

Dänemark.

Kopenhagen, 27. Juli, Abends. Heute Nachmittag um 4 Uhr kommt der Dampfschiffe „Wasborg" und „Zephyr" mit mehreren Transportschiffen im Schlepptau hier an, und brachten ca. 1200 schleswig-holsteinische Kriegsgefangene mit. — Mit dem Dampfschiffe „Beöpfer" traf heute Abend der General v. Worrsdorp nebst mehreren schwedischen Offizieren von Fredericia ein. Das selbe Dampfschiff brachte den bekannten Hardesvogt Krogh von Gravenstein — Broderssohn des dänischen Obergenerals — als Gefangenen mit. (D. N.)

Kopenhagen, 29. Juli, Mittags 1 Uhr. Soeben erscheint eine offizielle Mittheilung vom Kriegsministerium mit einem vorläufigen Rapport über die Schlacht bei Idstedt. Nach den getroffenen Dispositionen rückten zwei Brigaden der 2. Division am 25. Juli, Morgens halb 2 Uhr, von Hoorstoft vor; die 5. Brigade brach um 3 Uhr von Hedlinghed auf und kam gleich in den Kampf. Der Kampf entwickelte sich darauf sehr stark auf dem rechten Flügel, welchen der Feind zu umgehen suchte, er wurde jedoch zurückgetrieben. Das Wetter war sehr ungünstig mit starkem Regen und Nebel, so daß in einiger Entfernung nichts observiren werden konnte. — Morgens hatte vom Often her kein Engagement und von der 2. Division gingen keine Meldungen ein. — Unter diesen Umständen wurden Ordonnanzen und Offiziere ausgesandt, um nähere Aufklärungen einzuholen, und die 3. Brigade beordert, nicht weiter vorzugehen, sondern den Kampf Seitens zu halten. — Später erfuhr man, daß der Theil von der zweiten Division, welcher durch O.-Stock dirigiren sollte, nachdem schon mehrere Bataillone durchmarschirt waren und das 13. Bataillon sich gerade im Durchmarsch befand und mitten im Dorfe war, plötzlich mit einem mörderischen Feuer aus den Häusern angegriffen wurde. — Die vorangegangenen Bataillone wurden sogleich zurückbeordert, und von den Insurgenten (über 1000), welche im Verein mit einer Masse Bauern den Ueberfall ausgeführt hatten, wurden die meisten vernichtet. — Bei dieser Gelegenheit sind der Gen.-Major Schleswegerd, die Obersten v. Trepka und v. Kaffoe und Kapitän v. Kranckl gefallen; der O.-Lieut. v. Bülow verwundet. Durch diesen plötzlichen Verlust unter den Hochkommandirenden entstand natürlicher Weise eine Verwirrung und Verweirung in den Bewegungen. Indeß kam Alles bald wieder in Ordnung. Generalmajor v. Meza wurde sogleich mit einem auf dem Schlachtfelde gebildeten Stab nach der 2ten Division gesandt, um das Kommando derselben zu übernehmen. Um 5 Uhr ging der General dahin ab. Um halb 10 Uhr meldete er, daß er bereit sei, vorzurücken. Es wurde beschlossen, in einer Stunde auf der ganzen Linie mit Kraft hervorzubrechen. — Die dritte Brigade war um 3 Uhr gegen Sollbroe vorgerückt und hatte nach einem Gefecht unter dem Feuer des Feindes Brücke geschlagen und den Uebergang forcirt. Der Feind wurde nach Idstedt zurückgeworfen und die Brigade kam um halb 12 Uhr über Silberstedt vor Schuppe an, welches beschossen wurde. — Um halb 11 Uhr rückte die Hauptstärke der Armee hervor, um im Sturm sich den Durchgang bei den verschanzten Pässen zwischen Arnholzsee und Langsee zu erzwingen. — Nach einem heftigen Artilleriekampf wurde dieser ausgeführt dadurch, daß 6 Bataillone der 6. Brigade, worunter die Leibgarde zu Fuß, unter Oberst Irminger hervorgelassen wurden, um im Verein mit Oberst v. Abbens Brigade die Höhen an der Westseite des genannten Sees zu forciren, während ein Theil der 4. Brigade hier als Reserve diente und während General de Meza mit dem noch übrigen Theil der 2. Brigade auf ca. 3 Bataillonen der 4. Brigade als Reserve sich auf die Offseite des genannten Sees warf. — Der hartnäckige Widerstand an Seiten der Insurgenten bei diesem Angriff gebrochen und das Eindringen in den Wald möglich. — Der 1. Brigade war es während dessen noch nicht gelungen, den Paß bei Werdefrang zu forciren, wegegen die Aufgabe der 3. Brigade vollständig gelöst worden war unter dem Feuer des Feindes von Schuppen, indem dessen Aufstellung in Schuppe mit den Hervorrücken der Hauptstärke der Armee über die Pässe so vollkommen concentrirte und nicht wenig dazu beitrug, daß die Verschanzungen vom Feinde so schnell verlassen wurden. Die Hauptstärke der Armee passirte nun schnell den See; und die Truppen wurden nach Schuppe dirigirt, während der übrige Theil der Hauptstärke eine Stellung auf den Höhenwerken vor Schleswig einnahm. — Nachdem die Wälder westlich vor Schleswig durchsucht waren, rückte die Armee ebenwie am halb 9 Uhr Abends durch die Stadt durch zu einer Vorausstellung von Hadebye Noor hinter Danewerke gegen Schuppe hin. Die dritte Brigade bivouakirte bei Reukrug als Reserve. — Diese Stellung wurde um 12 Uhr Nachts und das Hauptquartier in Schleswig genommen, welches von 1 Bataillon besetzt wurde. — In den Lagerzelten Schleswig sind über 2000 verwundete Insurgenten. — 2 Kanonen, welche und genommen wurden, sind wiedererobert worden. Der Verlust der dänischen Armee wird alsdann so angegeben: 12 todte und 73 verwundete Offiziere, 104 todte und 2300 verwundete Unteroffiziere und Gemeine. (D. N)

Neuestes.

Frankfurt, 31. Juli. Es ist vorgestern ein weiterer Courier von Wien an den Grafen Thun angekommen, mit der schließlichen Antwort: wie die österreichische Regierung sich nicht herrufen ließe, sondern Rath und Hülfe da suche, wo sie solche finde, daß weiteres Sache der hiesigen Bundesversammlung sei, und die kaiserliche Regierung deren Beschluß ausführen würde. (A. Z.)

Frankfurt, 2. August. Gestern Nachmittag um 2 Uhr ist der in dem Kurfürstlich-Hessischen Prozeß angeklagte Rispel von Bockenheim hier eingebracht worden.

Kassel, 31. Juli. Die Staatskasse ist nicht im Stande, die morgen fälligen Gehalte auszuzahlen. Die Staatsdiener können dagegen ihre Gehalte aus der Hofkasse erhalten, insofern sie sich dazu verstehen, ihre Gehaltsansprüche nebst den gesetzlichen Verzugszinsen zu 5 pCt. an die Hofverwaltung abzutreten. (Fr. J.)

Salzburg, 27. Juli. Die „Salzburger Post" meldet: Heute langen schon zahlreiche Gastliche aus allen Gauen des Krronlandes Salzburg, so wie aus Tyrol, vom einfachen Coadjutor bis hinauf zu den Kirchenfürsten von Lavaut aus Kärnthen und Steiermark und Bayern hier an. Die Ursache ist eine zweifache; eine freudige und eine traurige. Der morgen im hiesigen Dome stattfindenden Pfingstfeyerliche unserer allgeachteten Hrn. Domcapitularen Schitter sieht Alles freudig entgegen. Der bevorstehende Abschied von Sr. Eminenz unserm hochgefeierten Cardinal, dem Erzbischofe Fürst v. Schwarzenberg, welcher leider nur wenige Tage hier weilen wird, erfüllt und Alle mit aufrichtiger Trauer.

Berlin, 31. Juli. Nachdem der Kaufmann Ohm fünfzehn Monate in Voruntersuchung im Kerker gesessen, ist gestern durch Beschluß des Appellationshofes die wiederholte Anklage gegen ihn als unbegründet zurückgewiesen und auf Beschaffung des Gemäldes derselbe in Freiheit gesetzt worden. (N. Pr. Ztg.)

London, 30. Juli. Bei der auf heute Mittag angesetzten Beerdigung des Barons v. Rothschild strahlt fortwährend in dem breiten Tore die Worte: „auf den wahren Glauben eines Christen" nicht aus, sondern sagte bloß hinzu: „Er wahr mit Gott selbe." Dieß gab Anlaß zu neuen Anträgen, deren Erörterung auf Donnerstag, den 1. August verschoben wurde. (L. D.-Z.)

Breslau, 30. Juli. Feldzeugmeister Haynau ist gestern Morgen, in Begleitung seiner Adjutanten, hier eingetroffen. Dieselbe Nacht hier verstehe im Hotel nicht empfangen. Der General wird sich morgen früh vorläufig nach Berlin begeben. (Schl. Z.)

Frankfurt, 30. Juli. Fortlegung der Abschrift einer Weisung des Fürsten v. Schwarzenberg an Frhrn. v. Prokesch in Berlin, d. d. Wien, den 21. Juli 1850. Wie sehr diese gerechten, auf die Stellung Oesterreich in Deutschland und in dem gesammten europäischen Staatssystheme und auf die Anbrüche so vieler Zollvereinsbanden auf bundesgetreue Wardigung ihrer von einer engen Verbindung mit Oesterreich so vielfach abhängigen Handels- und Gewerbsinteressen gehüpften Erwartungen entsäuscht wurden, ist bekannt. In der durch den gefassten Wiener Münzvertrag d. d. Wien am 17. d. M. dem k. k. Gesandten Frhrn. v. Prokesch mitgetheilten Ueberzeugung, daß der auf Kosten Conferenz preußischerseits zur Verhandlung zu bringenden Gegenstände, ist auch nicht anderungsweise von den Vorschlägen Oesterreichs die Rede. — Es ist vielmehr nur auf sich selbst beschränkt gewesen, daß unter den von der königl. preußischen Regierung für die Zollconferenz bestimmten Vorlagen sich manche befinden, welche wahrlich nicht geeignet sind, die gegenseitige Annäherung und Verschmelzung der Oesterreichischen und Deutschen Interessen zu fördern und unter den Letztern Oesterreichs, deren Stimme die kaiserl. Regierung stets vor allem beachten wird, jene Sympathie hervorzurufen, welche allein dem sich vorbereitenden Einigungswerke die letzte Vollendung und den dauernden Bestand zu verbürgen vermögen. Während Oesterreich, dem obgleich von der so tief eingreifenden Zollreinigung, damit beschäftigt ist, die auf den vereinländischen Industriezeugnissen lastenden Einfuhrverbote aufzuheben, und auch in allen andern Beziehungen ein dem internationalen Verkehre günstiges Zollsystem herzustellen, trägt Preußen nur an, die bis jetzt zwischen seinen Früher im Zollvereinsstarke gegenstandene und durch die Conventionen vom 20. Oktober 1847, 8 April 1848 und 27. Dezember 1849 vertragsmäßig sichergestellte Zollfreiheit bei der Einfuhr nach Sachsen, Bayern und über die Zollinie von Leobschütz bis Seidenberg nach Preußen aufzugeben, und selbst die ihnen noch verbleibende Zollbegünstigung gegenüber den Leinen anderer Staaten im Umfange zu beschränken, und von dem Verbarte, d. i. der von der Willkür einzelner Zollvereinsregierungen abhängig zu machen. Ebenso trägt Preußen auf Erhöhung des Einfuhrzolls von mehreren speziell österreichischen Erzeugnissen, von Shawls und Schawltüchern, Halbseiden- und Kammgarnwaaren an, und damit selbst der Vorwand des nothwendigen Schutzes für die vereinländische Industrie verschwinde, trägt es sogar, während es gleichzeitig eine Aufhebung der Zölle auf die meisten andern Rohstoffe zur Industrie bevorwortet, auf eine nicht unbedeutende Erhöhung des Einfuhrzolls auf unverarbeitete Seide an, die bekanntlich im Zollvereine fast ausschließlich aus Oesterreich bezogen wird. Auch bei der Verhandlung über die Ausfuhr der Preußen weit entfernt, sich auf den Standpunkt der österreichischen Vorschläge und der von ihnen vertheidigten allgemeinen deutschen Interessen zu stellen, denn

während Oesterreich die Ermäßigung der Elbzölle auf die Hälfte als das Minimum der dem Bedürfnisse nothigen Zugestandnisse findet, und auf ganzliche Aufhebung dieser Zölle bringt, falls Preußen jene Ermäßigung als ein nicht zu überschreitendes Maximum der Zugestandnisse gelten, und macht seine Zustimmung zu denselben überdieß von dem Zustande abhangig, daß auf der Kaffer Zollconferenz die von ihm für andere Modificationen des Vereins-Zolltarifes vorgeschlagenen ermäßigungen angenommen wurden, wodurch offenbar die für den Elbverkehr so nachtheilige Bevorzugung der Route über Stettin aufrecht gehalten wird. Die österreichische Regierung kann mit Beruhigung die Wurdigung dieser Vorschläge dem Urtheile der übrigen deutschen Regierungen und der öffentlichen Stimme anheimstellen, allein sie halt es für ihre Pflicht gegenüben diesen Regierungen und ihren eigenen Staatsangehorigen, sich noch einmal an die königl. preußische Regierung zu wenden, und dieselbe dringend zu einem aufrichtigen Eingehen auf die österreichischen Zollanträge ernstlichst aufzufordern. Sollte hiebei hinsichtlich der mit allem Nachdrucke hervorgehoben werden, daß die österreichische Denkschrift vom 30. Mai 1850, durch welche die Vorschläge der frühern Denkschrift vom 30. Dezember 1849 näher arikuliert werden, erst nach der Veröffentlichung der preußischen Vorschläge für die Kaffeler Zollconferenz nach Berlin gelangt, und auch die motivirte Beschwerde des kaiserl. Kabinets in Betreff der aus den frühern Bekanntmachungen der königl. preußischen Regierung ersehenen Absicht derselben, die Zollvereinheit der böhmischen Leinen aufzuheben, ihr wahrscheinlich erst nach Veröffentlichung jener Vorschläge zugekommen ist, und sie daher auf dieselben bei jenen Vorschlägen keine Rücksicht nehmen konnte. Es steht daher ganz in der Macht der königlichen Regierung, auf jene Staatsschriften Oesterreichs ohne Verletzung und Nachnahme eines frühern Schrittes in geneigtem Sinne eingehen, und hiezu wird sie um desto dringender aufgefordert, da gerade durch das Vernehmen nach sowohl Bayern als Sachsen auf der Kaffeler Conferenz mit Entschiedenheit der Zolleinigung mit Oesterreich das Wort gerredet haben. Alle Erwartungen sind auf den Entschluß Preußens gerichtet; möge diese Deutschrift dazu beitragen, diesen Entschluß in eine für die großen Interessen, um die es sich handelt, günstige Richtung zu lenken. Man darf hier nicht verschweigen, welche unberechenbare Verantwortung Preußen auf sich ladet, wenn es diesen Erwartungen nicht entspricht, und wenn es abermals die Verhandlungen über die österreichisch-deutsche Zolleinigung ablehnt, oder in eine über untergeordnete Verkehrserleichterungen zu verwandeln strebt. Die Vortheile, welche Deutschland und Preußen selbst von einer solchen Zolleinigung zu hoffen hat, konnen nicht hoch genug veranschlagt werden. Der sich erstreckende große Markt, die sich gegenseitig ergänzende, hierdurch und anderseitige Zusatzfrie, die größere Macht und das noch größere Ansehen nach Außen, die vervielfaltigten Schifffahrtsverbindungen, der lohnendste überseeische Handel, die gesteigte Einheit, welche die gleiche Zoll- und Handelsgesetzgebung, die gemeinsame Leitung dieser Angelegenheiten, der ungehemmte innere Verkehr und die Gegenseitigkeit der Interessen hervorrufen werden, die Befriedigung der gerechten Wünsche und dringenden Bedürfnisse der deutschen Volksstamme, denen alle Vortheile der deutschen Einheit ohne die von letzterer gefürchteten Nachtheile für solche Berechtigungen gewährt werden! Auch darf nicht vergessen werden, daß kaum je in der Weltgeschichte ein Zugeständniß wie derjenige, welcher der Verwirklichung dieser österreichisch-deutschen Zolleinigung günstiger als der gegenwärtige ist, wo das Streben nach großerer Einigung noch immer so lebendig sich kundgibt, daß widerkämpfende Sonderinteressen leicht übermunden werden, und wo die Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 alles Bestehende in Fluß gebracht und neuen Formen schmiegsam gemacht haben. Diese und ähnliche Rücksichten sind es auch, die Oesterreich gegenwärtig bestimmen, angesichts mancher noch vorhandenen politischen Differenzen und mit Hintansetzung einer nur allzu verzeihlichen Empfindlichkeit über die Art der Aufnahme seiner bisherigen Schritte sich noch einmal vertrauensvoll an die k. preußische Regierung zu wenden.

(Schluß folgt.)

Berlin, 28. Juli. Fortsetzung der von Preußen an sämmtlichen deutschen Regierungen mitgetheilten Denkschrift zur Erläuterung des Friedensvertrags vom 2. Juli. ds. Js.: Denn zu verkennen war es nicht, daß vom europäischen Standpunkt aus die Verbindung der Herzogthümer, welche sie als die heiligsten Recht ansehen, sehr zweifelhaft geworden war, seitdem Holstein, nicht aber Schleswig zum deutschen Bunde gehört. Vor den Forum der europäischen Politik ordneten sich alle Verhältnisse weit leichter und der Basis der Trennung, als der Zusammenlebrdens beider Herzogthümer. Die Unterhandlung begann am 17. Januar 1850. Sie stellte sich sogleich bei den Anfange dreifachen Bruch, einmal auf beiden Seiten eine verschiedene Auffassung der Präliminarien obwalte. Danischerseits wurde der „politischen Union Schleswigs mit Dannemark“ eine viel weiter gehende Bedeutung gegeben, als Deutschland und Preußen sowohl vor als den Abschluß der Präliminarien hatten beigelegt hatte. Preußen konnte in dem, was die danischen Bevollmachtigten dem Herzogthum zugestehen wollten, nur noch eine provinzielle Selbstständigkeit der Verwaltung erkennen; es durfte sich aber nicht zu Concessionen verstehen, welche auch den Standpunkt der Incorporation halten danischerseits konnen. Seinerseits wollte Preußen zwar den angenommenen Charakter der politischen Union festhalten, dem Herzogthum aber auch ein genugendes Maß von Selbstständigkeit bewahren, welches, diesem Begriffe entsprechend, weder die bloße Personalunion, noch die wirkliche Incorporation darstellen wurde. Auf Details der von beiden Seiten vorgeschlagenen Bestimmungen einzugehen ist noch nicht erforderlich; es genuge die Bemerkung, daß alle Versuche einer Annaherung und Vermittelung erfolglos blieben. In Betreff des Verhaltnisses der Herzogthumer Holstein und Lauenburg erklarten die danischen Bevollmachtigten, unter gestaltung jederzeit der Betheiligung beider an deutschen Bunde, daß erst nach Herstellung der landesherrlichen Autorität, und nachdem unter den deutschen Regierungen ein Einverstandniß über die definitive Organisation Deutschlands stattgefunden, der königs-Herzog sich über die Natur seiner Beziehungen aussprechen. Es war also auch in diesem Punkt keine Möglichkeit vorhanden, auf Grund der Präliminarien zu einem bestimmten Abschluß zu kommen. Es folgt von selbst, daß auch über die Regulirung der festzustellenden Bande nicht positive Interessen zwischen beiden Herzogthümern zur Feststellung gelangen werden konnten. Unter diesen Umständen erschien der Vorschlag eines einfachen Friedens mit gegenseitigem Vorbehalt aller Rechte das einzige Mittel, um überhaupt den von allen Seiten dringend gewunschten Friedenszustand herbeizuführen. Preußen machte diesen Vorschlag am 17. April. Dänemark lehnte ihn ab. Neue Zugeständnisse wurden die Unterhandlungen dennoch auf dieser Grundlage fortgeführt, und es ist endlich gelungen, auf derselben abzuschließen, unter Hinzufügung einiger Bestimmungen, welche den Charakter des einfachen Friedens nicht alteriren, aber dem Verlauf der Sache in ihrer weiteren Entwickelung zur Richtschnur dienen sollen. Ein diesen Friedensbeschluß ins rechte Licht zu stellen, muß zuvorderst einem auf verschiedenen Seiten verbreiteten Irrthum entgegengetreten werden. Der Friedensvorschlag vom 17. April ist häufig als ein Separatfrieden bezeichnet worden. Der Eingang der Friedensurkunde; S. M. le Roi de Prusse ensuite notre et au nom de la Confédération Germanique etc. beweist indeß das Gegentheil. Es ist ein Frieden, den Preußen für Deutschland geschlossen hat. Es konnte der preuß. Regierung, welche einen Bundesbeschluß gefaßt und einen Bundesbeschluß zu unterhandeln von der deutschen Centralgewalt den Auftrag hatte, niemals in den Sinn kommen, sich hierin von Deutschland abzusondern und einen preuß. Separatfrieden zu schließen. Sie hat es vielmehr als eine Verpflichtung gegen Deutschland empfunden, die Friedensbedingungen für allgemein annehmbar zu ungiffen einzurichten, und die Einwendungen, welche von mehreren der größeren deutschen Staaten, so wie von dem provisorischen Organ des Bundes selbst, gegen mehrere Bestimmungen der Präliminarien vom 10. Juli erhoben wurden, haben neben der Unzweckmäßigkeit, sich mit Dänemark über den eigentlichen Sinn und die Bedeutung der Präliminarien zu verständigen, sehr wesentlich auf den Entschluß Preußens eingewirkt, sich auf den einfachen Frieden zu beschranken. Preußen kann zu der Wiederaufnahme eines Krieges nicht rathen, der künftig eben so wenig als bisher entscheidende Resultate liefern dürfte. Deutschland aufgenommen, faßt fast ganz Europa dabei auf Dänemarks Seite und die Erneuerung des Krieges wurde wahrscheinlich eine europäische bewaffnete Intervention in ihrem Gefolge haben. Ohne Zweifel läßt der gegenwartige Frieden die Streitfragen über die Rechte der Herzogthümer von der Fund unerledigt. Allein er wahrt diese Rechte, so weit sie unter dem Schutze des Bundes stehen, so wie die eigenen Rechte und Competenz des Bundes vollkommen. Die Herzogthümer sind es aber zunächst selbst, welche diese Streitfragen mit Dannemark zu ordnen haben. Sie befinden sich hierzu jetzt, in einer bei weitem günstigeren Lage als im Jahre 1848, da zuerst die friegerische Bewegung ausbrach. Auf dänischer Seite wird man im Verlauf dieser beiden Jahre wohl die Ueberzeugung gewonnen haben, daß eine Incorporation Schleswigs einen unausloschlichen Zunder innerer Unruhen erhalten wurde, und kann unmöglich daran die großen Schwierigkeiten unerwogen lassen, welche ein Kampf mit den Herzogthümern in ihrer jetzigen Verfassung für Dänemark darbietet. Beides, so wie die verschnliche Stimmung, welche sich auf Seiten der Herzogthümer bei der letzten Gewährung von Vertrauensmannern nach Kopenhagen kundgegeben, laßt noch immer eine günstige Erledigung jenes Zwiespalts hoffen. Es soll in Folgendem eine kurze Analyse der Friedensbestimmungen gegeben werden. Art I und II sind diejenigen wohlschen, in allen Friedensetractaten vorkommenden Formeln.

(Forts. f.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 2. August 1850.

		Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien		1190	1195
"	5% Metallique	81½	81¾
"	4% "	63½	64
"	3% "	47¾	48½
"	2½% "	43¾	44
"	4½% Bethmann	75½	76½
"	4% "	67	—
"	fl. 250 Loose v. J. 1839.	100¾	101¾
"	" 500 " "	153½	154½
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.		87½	87¾
"	Ditt. 50 Thalerten Scheine.	107½	—
Sachsen 3½% Obligationen		—	83½
"	4% "	89¾	89¾
"	5% "	100½	100¾
Wurttemberg 3½%		84½	85
"	4½ "	88½	89½
Baden 3½%		82½	82¾
"	fl. 35 Loose	31½	32
"	50 "	53½	54
Nassau fl. 25		24½	25½
Hessen Darmst. fl. 50 Loose		74½	74¾
"	" 25 "	27¾	28¼
Polen fl. 300		139	—
Sardinien Brl. 36		33½	34½

Druck von Joseph Stelb in Würzburg. Hiezu das Ergänzungeblatt Nr. 61.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schmelzle 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 186. Würzburg, Montag den 5. August. **1850.**

Würzburg, 5. August. Nach einer so eben **offiziell** eingelaufenen Meldung sind wir im Stande gesetzt, die für unsere Stadt so höchst erfreuliche Nachricht mittheilen, daß morgen Abends gegen 5 Uhr Se. Maj. der König Maximilian II. hier ankommen und übernachten werde.

Landtagsabschied.

München, 29. Juli. (Fortsetzung.) §. 35. Finanzgesetz für die 6. Finanzperiode und zwar für die ersten zwei Jahre derselben 1849—50 und 1850—51 betr. Wir haben in Gemäßheit des Tit. 7, §. 3 und 4 der Verf.-Urk. den beiden Kammern des Landtags das Budget für die 6. Finanzperiode und zwar vorerst für die ersten zwei Jahre derselben 1849—50 und 1850—51 zur Prüfung vorlegen lassen, — ertheilen dem die Grundlage desselben bildenden Finanzgesetz für besagten Zeitraum in der beantragten Fassung unter Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte Unserer Krone Unsere Genehmigung, und lassen dasselbe nebst der dazu gehörigen, unter A, B und C angefügten General-Uebersicht des voraussichtigen Betrags der Staatsausgaben, der Staatseinnahmen, dann der Anlagen des außerordentl. Budgets unter Litter 12 hiermit folgen. Wir wollen Uns aber dabei, nachdem die Kammer der Abgeordneten statt der von Uns und der Kammer der Reichsräthe als nothwendig erkannten Summe von 10,429,102 fl. für die active Armee den Betrag von 8,150,000 fl. als ausreichend erklärt hat, Unsere Entschließung vorbehalten, wenn nicht möglich sein sollte, die Armee in dem Stand, in welchem es die Erfüllung Unserer Regierungspflichten erfordert, mit der Summe von 8,250,000 fl. zu erhalten, dem nächsten Landtag die etwa erforderlichen Vorlagen wegen Deckung des Mehrbedarfs zu machen. Ebenso wollen Wir Uns für den Fall, daß an den veranschlagten Staatseinnahmen sich ein Ausfall ergeben sollte, die geeigneten Maßnahmen, insbesondere die in Tit. 7, §§. 3 und 15 der Verf.-Urk. vorgesehene Auskunftsmittlen, hiermit vorbehalten haben. Zugleich sind Unsere sämmtlichen Staatsministerien angewiesen, die strengste, nur immer mit der Haupteinzahl der Beförderung der anerkannten Staatsbedürfnisse vereinbarliche Sparsamkeit bei allen Ausgaben-Etats eintreten zu lassen, damit das zur Zeit festgesetzte Defizit möglichst vermindert und für die Zukunft ganz beseitigt werden könne. §. 36. Die Maxima der Kreisumlagen für die 6. Finanzperiode betr. Den vom Landtag über den Gesetzesentwurf, die Maxima der Kreisumlagen für die 6. Finanzperiode betr., gefaßten Gesammtbeschlüssen ertheilen Wir hiemit Unsere Genehmigung und sanctionieren hiernach das unter Ziffer 13 anliegende Gesetz. Auf die in dem Gesammtbeschlusse aufgenommenen Anträge erwidern Wir: 1) Dem Antrag, daß bei dem nicht erfolgten Zustandekommen des Gesetzes über die Kreisweise die Staatsregierung ermächtigt sein soll, die durch das abgelaufene Gesetz bestimmten Kreisumlagen-Maxima behufs der Unterhaltung der Distriktsstraßen im Falle des Bedürfnisses und mit Zustimmung der betreffenden Landräthe in jedem Kreis um zwei Steuervorcente zu erhöhen, ertheilen Wir Unsere Genehmigung. 2) Den Verhältnissen der Kreisunterstützungs-Anstalten für Schullehrers-Wittwen und Waisen haben Wir bereits Unsere Aufmerksamkeit zugewendet, und Unsere besondere Fürsorge für dieselben erst kürzlich durch Zuweisung der Einnahme-Ueberschüsse des Central-Schulbuchvertriebs bethätigt. Die definitive Regelung dieser — einer gesicherten rechtlichen Grundlage meist noch entbehrenden — Anstalten scheint aber erst dann durchgeführt werden zu können, wenn das Verhältniß der Schullehrer zu den Gemeinden bestimmter festgestellt sein wird. II. Abschnitt. Nachweisungen. A. Verwendung der Staatseinnahmen. §. 1. Wir haben dem Landtag über die Verwendung der Staats-Einnahmen in den Jahren 1845—46 und 1846 bis 1847 genaue Nachweisung vorlegen lassen und hiermit den Bestimmungen der Verf.-Urk., Tit. 7 §. 10, Genüge geleistet. B. Stand der Staatsschuldentilgungs-Anstalt in den Jahren 1845—46 und 1846—47. §. 2. Ueber den Stand der Staatsschuldentilgungs-Anstalt, und der Pensions-Amortisationskasse der Festungsbau-Donationskasse und der Eisenbahnbau-Donationskasse für die Jahre 1845—46 und 1846—47 sind dem Landtag genaue Nachweisungen vorgelegt, und hiermit — dann durch die Anerkennung der während der genannten Jahre neu eingewiesenen Schulden aus älteren Rechtstiteln — den Bestimmungen der Verfassungs-Urk. Tit. 7, §§. 11 und 16 erfüllt worden. (Forts. folgt.)

Deutschland.

München, 2. Aug. Ihre Maj. die Königin empfing heute im Schlosse zu Nymphenburg den hier anwesenden bayerischen Gesandten zu Rom, Grafen v. Spaur. — Der regierende Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha ist auf seiner Reise aber Salzburg nach Wien in Begleitung seines Ohems, des Herzogs Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha hier durchgekommen. — Der dänische Gesandte Baron von Dirckinck-Holmfeld ist erst gestern Abends 7 Uhr mit der Eisenbahn nach Augsburg und von da nach Stuttgart abgegangen, wo er heute eingetroffen gedenkt. Die beim heutigen Mittagessen gang vorher ein k. k. Kabinettskurier aber Stuttgart nach Frankfurt ab. — Heute Vormittag verschied nach längerem schweren Leiden der ehemalige bayerische Gesandte am Bundestag, geh. Rath Freiherr von Oberkamp. Er war bekanntlich auch Mitglied der ausgezeichneten Landtage von 1849 und gehörte als solches entschieden zur Rechten. — Das ultra-radikale Blatt „Grobian“ erscheint künftig nur einmal in der Woche. Die Redaction erklärt selbst, daß Mangel an Theilnahme ihr ein öfteres Erscheinen unmöglich mache. — Der im vorigen Quartal hieher gegründete „Theater-Zeitung“ hat mit dem Brutjahr wieder zu erscheinen aufgehört. — Wie man hört, soll das bewerkte Oktoberfest, während dessen auch jährlich die Enthüllung der Bavaria stattfindet, erneuert werden, die je abgehalten werden sind. — Am 29. Juli Morgens ward in der Iser die Leiche des Bataillonsarztes Dr. Karl Zbloggen vom Infanterie-Leibregiment gefunden. Man vermuthet, daß er aus gekränktem Ehrgefühl den Tod gesucht und gefunden habe. — Der Privatdozent der hiesigen juridischen Fakultat Dr. P. wird bei einem an ihn ergangenen Ruf der Universität Marburg angenommen.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Altona, 31. Juli. Die Danen haben während ihres kurzen Aufenthaltes in Eckernförde den in der Stadtkirche eingemauerten großen Schiffsanker tief in die Erde gestoßen. Christian VIII.“ aufgebrochen und mitgenommen.

Kiel, 31. Juli. Der „Correspondent“ hat trotz der auf derselben behandlichen preußischen Besatzung die preußische Klage sprechen und eine weiße Klage aufziehen lassen. — Der Dr. Lakaurie ist gestern, nach einem neuen Verhör vor dem akademischen Consistorium, verhaftet. — In Rendsburg ist ein kriegsgerichtliches Verfahren eingeleitet, da einige Soldaten (wir hören, einige Offiziere, und in Folge dessen ein Theil der Mannschaft des 13. Bataillons) in der Zivilorder Schlacht ihre Pflicht nicht gethan haben; die strengsten Maßregeln erschienen in diesem Falle gerechtfertigt.

Kiel, 31. Juli. An der Schiffbrücke liegt ein kleines Kriegsdampfschiff. Auf die Aufforderung, die Waffen auszuliefern, sind nur wenige gebracht worden; man hat aber das ganze Depot in der Domkirche gefunden, wo die Schleswiger sie, gleichsam 1848, verborgen. In Folge dessen sind der Bauinspektor Meyer und der Kaufmann Berger, wahrscheinlich wegen Verdachts der Verheimlichung der Waffen, gefänglich eingezogen.

Kiel, 31. Juli. In Rendsburg ist ein kriegsgericht niedergetreten, welches mehrere Vorfalle, die theilweise den Verlauf der Schlacht bei Idstedt zur Folge hatten, untersuchen soll; es werden besonders drei Offiziere genannt, die unter schwerer Anklage stehen und von denen das Gericht, jedoch vorerst, bereits zwei kriegsrechtlich erschossen sein läßt, dabei ein Artilleriepferd, welcher die zurückgehende Munitionscolonne sammelnd und festhalte, wobnrch der 12pfünder Batterie die Munition ausging; es wird behauptet, daß derselbe Offizier es bei der Schlacht bei Friderica im vorigen Jahre ähnlich gemacht habe; ob Unkenntniß oder absichtlicher Verrath die Schuld trägt, darüber soll die Untersuchung ergehen. Der zweite ist ein Hauptmann vom 13. Bataillon, welcher das Kommando des Bataillons übernahm, nachdem der Kommandeur desselben, Major v. Lukow, verwundet war; er steht unter der Anklage, das Bataillon, statt, wie befohlen worden, angreifen zu lassen, zum Rückzuge kommandirt zu haben; ein dritter soll dem Feinde Nachricht von der Stellung gegeben haben und ein vierter der Feigheit beschuldigt sein. Schon die nächsten Tage werden Genaueres darüber liefern. (D. R.)

Kiel, 31. Juli. Auf den Wunsch der in der Schlacht bei Idstedt gefangenen dänischen Offiziere sandte der General Willisen gestern einen Parlamentair zu den dänischen Vorposten, um Briefe dieser Gefangenen an ihre Familien zur

Weiterbeforderung abzuliefern. Die dänischen Vorposten schossen aber auf den Parlamentair; nur wollen zu ihrer Ehre annehmen, daß sie diese völkerrechtliche Stellung nicht erkannt hatten. Da trat ihm der die Vorposten kommandirende Offizier mit der Frage entgegen, was er wolle? so wie mit der Erklärung, daß Parlamentaire nicht zugelassen würden. Die Briefe der gefangenen Dänen konnten also nicht abgeliefert werden. Als hierauf der Parlamentair, ein Lieutenant von Iverzan, auf die Frage, ob er Preuße sei? mit einem stolzen: „Ja ein Schleswig-Holsteiner!“ antwortete, bekamen sie ihn der Dänen, daß er machen möge, daß er wegkomme. Das ist dänische Verschönlichkeit und dänischer Kriegsbrauch!

(H. B.-P.)

Frankfurt, 24. Juli. Dem „Standart“, dem bekannten Organe Ivan Paimerston's, haben die v. d. Heydt'schen Vorschläge, worüber in diesem Augenblicke in Kassel berathen wird, schon keinen kleinen Schrecken eingejagt. Allein einen noch größeren empfindet er über die Bestrebungen des österreichischen Handelsministeriums zu einer Zoll- u. Handelsvereinigung Oesterreichs mit Deutschland. Neben der in den Briefen erfolgten Verwerfung eines Verbesserungs-Antrages des Herzogs von Richmond sieht es besonders einige karge Andeutungen des reinen Zorn über den deutschen Zollverein, welche ihn zu dem Ausspruche bewegen, daß die englische Bauwollmanufactur im Begriffe sei, zu sinken. Wenn es nach dem Sinn der Worte des edlen Lords in ein Wolkchen gehüllt gewesen, so hat doch der „Standart“, wie begreiflich, denselben errathen. Er findet darin folgende einfache Wahrheit. Er meint, der Zollverein erhobe seine hohen Schutzzolle für alle jene Artikel, welche er selbst fabriciren könne, wogegen er hingegen gut genug sei, die Eingangszölle auf solche Artikel herabzusetzen, welche er selbst nicht erzeugen könne. Dazu komme noch, daß er nahe daran sei, einen dem Handel Englands feindlichen Zollbund so, sehr anzuwenden, daß ganz Oesterreich in denselben aufgenommen würde. Das gefällt nun dem „Standart“ ganz und gar nicht, denn, so meint er, in dem Maße, als der Zollbund an Ausdehnung gewinne, werde er fähiger, einen ausschließlichen Handel innerhalb seiner selbst zu treiben, indem jener neu hinzutretende Gebietstheil seinen ganzen Vorrath von neuen Wollwaaren zu dem Verkaufsmittelpunkte sage. Wohl versprechen Lord Palmerston und sein diplomatisches Corps sich auf das Eifrigste angelegen sein zu lassen, den Regierungen des Festlandes die Grundsätze des Freihandels beizubringen, allein unglücklicher Weise stehen bekanntlich Seine Vorschläge bei den deutschen Höfen nicht in jenem Wohlgerufe, von welchem sich allenfalls ein Erfolg für die Verbindungen des edlen Lords erwarten ließe.

Stuttgart, 3. August. Anlage gegen den gewesenen Depart.-Chef der auswärtigen Angelegenheiten Frhrn. v. Wächter-Spittler. Schon eine Stunde vor Beginn der Sitzung drängte sich die Zuschauer, die ein so seltenes Schauspiel herbeigelockt hatte, in die Räume des Ständehauses, in welchem der erste Prozeß vor dem Staatsgerichtshofe sich dem Beliehen deutscher Constitutionen zur Verhandlung nennen soll. Wohl gegen 800 Personen füllten die obern und untern Räume des zu diesem Schauspiele besonders eingerichteten Ständesaals. Die für die Sitzungen der Landesversammlung bestimmten Einrichtung, Ministertisch, Rednertribune und Bureau waren entfernt, und an der Stelle des Bureaus stand der Hufeisentisch aus dem Sitzungssaale des Obertribunals mit vierlei Tuch bedeckt, um ihn herum die Sitze der 13 Richter. Dem Gerichtssitze gegenüber erblickte man drei gleichfalls mit violettem Tuche behängte Pulte für die zur Anklage Berufsmachtigten und den Angeklagten bestimmt. Zur Protokollführung sind zwei Stenographen an den für sie bestimmten Tischen. Ebenso sind zu diesem Zwecke zwei Gerichtsschreiber im Saale anwesend. Das Richterpersonal besteht aus dem Präsidenten Bezienberger, D. K. Rath v. Ege, D. K. Rath v. Konig, Director v. Brauchitsch, Director v. Gaupp, Director v. Reinhardt, D. K. Rath v. Teufel, Director v. Baur, D. K. Rath Kübel, Staatsrath Pfizer, D. K. Rath Haußmann, Oberamtsrichter Seeger und D. K. Procurator Strudel. Nachdem die Richter eingetreten sind, heißt der Präsident die Anklager und den Angeklagten eintreten. Als Ankläger erscheinen Schober und Jeger, Vertreter der Anklager, und der Angeklagte eingetreten sind, erklärt der Präsident als Grund der Klage die Constituirung zum Interim und den Absichlag des Münchner Bundestags und gab eine historische Entwicklung von dem Hergange Anklage und der vorbereiteten Thatsache des Staatsgerichtshofes. Er bemerkte unter Anderm: Auf eine Bitte der Bevollmächtigten Jeger und Schober um Einsortierung der Akten über die dem Angeklagten zur Last gelegten Handlung und Beitrittserklärung zu dem Münchner Bundnisse glaubte der Staatsgerichtshof vorerst nicht eingehen zu sollen. Hierauf ermahnt der Präsident die Anwesenden, den Verhandlungen mit achtungsvoller Stille anzuwohnen. Vor Eröffnung der Verhandlung stellte der Präsident die Frage, ob der Staatsgerichtshof auf die materielle Frage, ob die Anklage begründet sei oder nicht, vor Anhörung der Anklage und der Vertheidigung nicht einzugehen beschlossen habe, und es erklärt demgemäß der Präsident den Angeklagten, Herrn Staatsrath von Wächter-Spittler, daß er sich nur als Beklagten, nicht aber als Anklagestand Verlegen zu betrachten habe. — Hierauf erfolgt die Verlesung der Anklageakte durch den Bevollmächtigten Jeger. Die Verlesung verfolgen erforderte eine Zeit von 1½ Stunde. Nach beendigter Verlesung erhält der Beklagte das Wort zur Vertheidigung. Derselbe bemerkt, daß er sich nicht getraue, die Akten wie Zuschauern zu diesem neuen Schauspiele wohl auch mit dem Umstande zuzuschreiben sein dürfte, daß die Anwesenden eine glänzende Rede zu hören hoffen, so werden diejenigen, die dieses erwarten, in ihrer Erwartung sich getäuscht finden. Es sind in der That nur wenige Worte, die in diesem Saale sie seine schöne Phrasen gehört worden, daß ich mich auf die einfache Widerlegung der gegen mich vorgebrachten Gründe beschränke. Die Anklage bietet manche Eigenthümlichkeiten. Die erste Eigenthümlichkeit besteht darin, daß sie seit dem 31jährigen Bestande der Verfassung die erste ist. Dieser Umstand spricht dem Schlusse fahren, daß die mir zur Last gelegte Verletzung der Verfassung eine strafe sein müsse, da die Volksvertretung von der ihr zustehende Ministeranklage einen so sparsamen Gebrauch mache. Allein ich berufe mich auf Mohl, welcher über die Ministerverantwortlichkeit schreibt, daß sie nur in England, wo die Ministeranklagen am häufigsten vorkommen, immer die Zeiten, die Ministeranklagen hervorgebracht, die unruhigsten gewesen, und die Parteileidenschaft habe stets eine große Rolle dabei gespielt. Ob dies auch bei dieser Anklage der Fall ist, darüber will ich nicht entscheiden, aber eigenthümlich ist es doch, daß sie angeklagt werde wegen einer Ansicht, die durch ganz Deutschland geht, die von allen deutschen Volksvertretungen mit Ausnahme der württembergischen anerkannt worden ist. Es ist dies die Ansicht von dem Bestehen des deutschen Bundes. Den deutschen Bund sehen als bestehend an Oesterreich, Bayern, Hannover und alle Staaten, die zu Preußens Union sich gestellt haben, und Württemberg soll also den Bund nicht anerkennen, der Minister, der dieses thut, soll angesehen werden, der das Recht des Landes mit Füßen tritt? (Schluß folgt.)

Dresden, 2. August. (Kammerverhandlungen; IV. öffentliche Sitzung der 2. Kammer.) Dieselbe beginnt kurz nach 9 Uhr mit Vorlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung. Anwesend sind 53 Kammermitglieder. Am Ministertische erscheinen sämmtliche HH. Staatsminister. Tagesordnung: Berathung des Berichts der ersten Deputation über die Ministervorlage und den Gesetzeentwurf, die provisorischen Gesetze vom 15. Nov. 1848 betr. Der Referent, Abg. Schaffer, trägt den ersten, die Competenzfrage umfassenden Theil des Berichts vor, über welchen sodann zuvörderst die Debatte eröffnet wird. Die Deputation beantragt, hier in dem Beschlusse sich zu einigen:

„die Kammer erklärt sich, wie §. 78 der Verfassungs-Urk. vorschreibt, im Bereein mit der ersten Kammer, als das gesetzmäßige Organ der Gesammtheit der Staatsbürger, und als solches berechtigt, dem Verfassungs-Inhalte gemäß die Rechte in dem durch selbige bestimmten Verhältnisse geltend zu machen und das unzertrennliche Wohl des Königs und des Landes mit treuer Anhänglichkeit an die Grundlage der Verfassung möglichst zu fördern,“

und dadurch die Competenz der Kammer anerkennen. Die Debatte wurde hierüber eröffnet, und nachdem mehrere Abgeordnete dafür und dagegen gesprochen hatten, wurde das Verfahren der Regierung und insbesondere die Wiedereinberufung der Stände des Jahrs 1848 durch Hrn. Staatsminister Dr. Jschinsky in klarer Darstellung gerechtfertigt und hierbei nachgewiesen, daß die provisorischen Gesetze vom 15. Nov. 1848, als nur für die nächsten Landtag erlassen, durch die Auflösung der letzten Kammern außer Wirksamkeit getreten seien, mithin die Regierung bei ihren Erlassen vom 3. Juni d. J. nicht nur in ihrem Rechte war, sondern dabei zugleich eine Pflicht erfüllte und deßhalb nahe den Beschlüssen der Landesversammlung sich befand. Es konnte, nach Schluß der Debatte gab Hr. Präsident Dr. Haase unter Hinweisung auf die Wichtigkeit des zu Entscheidung hier vorliegenden Gegenstandes noch ein klares Resume des in der Debatte geltend gemachten Für und Wider, und schritt sodann zu der mit namentlicher Abstimmung vorgenommenen Schlußfrage. Das Resultat war, daß die Kammer mit 50 gegen 3 Stimmen (Meicke, Riedel und Kreyschmar) die Competenz anerkannt, indem sie den obigen Antrag ihrer Deputation genehmigte. Der hierauf zum Vortrag kommende Theil des Berichts über den Gesetzeentwurf, die provis. Gesetze vom 15. Nov. 1848 betr., verursachte keine Debatte und es wurde der Gesetzes-Entwurf selbst in der von der Deputation vorgeschlagenen Fassung genehmigt. Derselbe lautet nunmehr in seinen beiden §§., wie folgt: §. 1. „Die provisorischen Gesetze vom 15. Nov. 1848 wegen einiger Abänderungen der Verfassungsurkunde vom 4. Sept. 1831 und die Wahlen der Landtagsabgeordneten betreffend, nebst den hierauf Bezug habenden Verordnungen, sind außer Kraft getreten. §. 2. Bis zu der definitiven Revision der Verfassungsurkunde vom 4. Sept. 1831 und der Vereinbarung über die definitives Wahlgesetz treten die durch die §. 1 genannten provisorischen Gesetze außer Wirksamkeit gesetzten Bestimmungen der Verfassungsurkunde vom 4. Sept. 1831 und des Wahlgesetzes vom 24. Sept. 1831, insbesondere des Gesetzes, die Wahlen der Vertreter des Handels- und Fabrikwesens betr., vom 1. Mai 1838, wieder in Wirksamkeit. Ministerium des Innern ist mit Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.“ — Was endlich den dritten Theil des Deputationsberichts, die Erklärungen der in Statthaltigkeit der Einberufung zu gegenwärtigem Landtage bezweifelten Abgeordneten betrifft, so wurden solche sämmtlich, mit Ausnahme des Hrn. Geißler, Brodhaus, Fleischer, Rewiger, Dr. Meißner, Voigt, Mankischer, Mevner, Bodemer, Haberkorn, Hauswald, Haden, Kunzmann, Wolf, Wagner, Hartovi, Seyfferth, Evans, Bohler, Hehe, Winkler und Hecker, so vereinigte sich die Kammer Abends 6 Uhr, zu genehmigen, daß sämmtliche Erklärungen, mit Ausnahme der vorerwähnten Herren als nicht begründet zu erkennen, und die vorgenannten Abgeordneten, sowie beziehentlich die Stellvertreter, so rasch als möglich zum sofortigen Eintritt in die Kammer aufzufordern und mithin diese Herren ausgeschlossen — Dem Vernehmen nach hat vermuthlich auch Hr. Präsident Dr. Haase, bemerkte

daß die nächste Stimmung Montag den 5. August stattfinden solle. (L. Z.)

Wien, 31. Juli. Se. Maj. haben in Folge eines hohen Kriegsministerial-Erlasses vom 20. d. anzuordnen geruht: 1) das die dreißehn galizischen Landwehrbataillone auf den Locostand von 60 Gemeinen und 16 Chargen per Compagnie herabgesetzt werden; 2) sämmtliche vier Bataillone der 34 deutschen und slavischen Werbbezirks-Regimenter werden in die Länder der Werbbezirke zurückgezogen, und für die Compagnie der Locostand auf 60 Gemeine herabgesetzt, die Chargen verbleiben auf dem Kriegsstand; das 4. Bataillon des Prinz Rainer bleibt während seiner Dislocation in Mainz auf dem Kriegsstand; 3) die Depots sämmtlicher Jägerbataillone und aller deutschen Kavallerie-Regimenter werden aufgelöst, bei den Husarenregimentern unterbleibt die Errichtung derselben; 5) die Hauptmunitions-Reserve, die Kriegsfeuerwerkerey und sämmtliche übrigbliebene Batteriebespannungen werden aufgelöst; die Unterstützungen-Reserven werden auf die Hälfte und die Kriegstransportwesens-Divisionen auf den Friedensfuß herabgesetzt. Weiters wird die Ueberschreitung des obigen festen Locostandes ein- für allemal untersagt, und die Mannschaft der auf Urlaubern und Italienern rekrutirten Infant.-Regimenter zur Ersparung der Verpflegung bei den vorkommenden festungsbauten in Verwendung zu bringen angeordnet.

Wien, 31. Juli. Zur Widerlegung der in der österreichischen Zirkulardepesche gegen den Art. IV des pariser Friedenstraktates gemachten Bedenken hat sich das preußische Ministerium eine Art Deklaratorium von Seite des vermittelnden Diplomaten Westmoreland in Form einer Note an das wrensische Kabinet verschafft, welche den Antrieut „pouvrre coolamer" näher festzustellen unternimmt, wir können nun mit der von dem edlen Lord gegebenen Interpretation zufrieden stellen, besonders weil Oesterreich auf diesen Ausdruck nicht das Gewicht gelegt hat, um ihn zum Gegenstande einer Bedenklichkeit zu erheben. Denn wenn die beiderseitigen Organe mit besonderes Kurmissen Fuß gestellt wurden, daß sie in der Lage stehende Ausdruck einzig und allein die Ratifikationen des Friedensinstrumentes durch Oesterreich verstanden habe, so mußten wir dieß als geradezu unrichtig bezeichnen, da das österreichische Kabinet jeder Sidenstreberei fremd, bei seinem wohlerwogenen Verschritte nur auf den bloß definitiven Besitzen des Rechtes, der Vertrage und der großen Interessen des eigenen Staates, so wie des europäischen Staatengleichgewichtes überhaupt sich gestellt hat. Der Art. IV des Friedensvertrages begründet ein Verhältniß, weil er von der Bestimmung ausgeht, der Preußen werde allensalls nicht die Kraft oder den Willen haben, seine Verbindlichkeiten zu erfüllen, welches Bedenken übrigens auf die unbedingte Verwerigerung des Ratifikationsaktes Ausschlag gebenden Einfluß nicht üben könnte und hochstens eine Modifikation des Vertrages zur Folge gehabt haben würde, wenn das k. k. Kabinet über die wenigstellen Zweifelgründen der Sache überhaupt hatte hinausgehen wollen und können. Doch selbst auf diesem eingeschrankteren Standpunkte ist durch die in dem obenwähnten Schreiben enthaltene Erläuterung das Bedenken Oesterreichs keineswegs beseitiget. Es wird darin zwar der Verbindlichkeit gerade das nämliche bevorgehoben, was die Beenden Oesterreichs und der verfassungstreuen Bundesgenossen erregte, nämlich daß Dänemark in dem Falle, als die Zuzwischenkunft des deutschen Bundes unterbliebe, ohne sich unwillkommen erweisen zu wolle, die Bestimmung zur thatsächlichen Einschreitung in den Herzogthume Holstein erlangen soll. Allein diese Fassung eben ist es, welche den den treuen Anhängern der Bundesverfassung Anstoß erregen muß; eben dieser Zweifel an der Lebensfähigkeit des Bundes, dieses stillschweigende Aufgeben und Laugnen seiner berufenen Macht rief die dießfällige, in der österreichischen Antwortnote enthaltene Bemerkung hervor, nur die Spitze derselben bleibt unnmehr eben so treffend auf gegen das von dort Westmoreland gerichtete Schreiben. Preußen durfte bunten Kurzen die buntbisten und übergangendsten Erfahrungen machen, daß der Bund durchaus nicht aus seiner hochsten Berechtigung demnach die wirkige Fulle von Kraft zu schopfen wisse, um nicht blos die Interessen Deutschlands zu schirmen, wo sie ernstlich bedroht werden konnten, wie dies zur Stunde in den Herzogthumern der Fall ist, sondern auch offenbare Verletzungen des Bundesrechtes und der Bundesehre, wie sie z. B. bei dem bekannten tückischen Verfahren dahier dem Treiben auf preußischem Gebiet sich leider erzeigen haben, entgegenzutreten. Preußen laugnet den Bund, weil er ihm unbequem ist, und weil die Pflichten eines treuen Bundesgenossen mit den Absichten selbstsüchtigen Ehrgeizes unvereinbar sind. Einstweilen beschränken wir uns noch auf folgende wesentliche, zur Sache gehörige Bemerkung. Die preuß. Regierung gebt von der Moglichkeit aus, es werde der Bund vielleicht seinen Pflichten nicht nachkommen konnen, und doch ist es sie, und nur sie, welche die lebenvolle Organisation desselben in ihrer naturgemäßen, nur zum wringenden Beruflisse der deutschen Volker gewordenen Entwickelung hindert. Wenn es nun Preußen durch sein Verhalten in der That gelingen sollte, die Kraft des Bundes bie zur Unfahigkeit zu schwachen, seine Pflichten gegenuber Holstein zu erfullen, so moge es wenigstens den unverdrenen Staaten nicht zumuthen, daß die unglucklichen Folgen eines solchen perfiden Planes Vorsorge zu treffen und an seiner Statt, Angesichts der Welt beschamende Gestandnisse abzulegen. (C. G.)

Dänemark.

Kopenhagen, 30ste Juli. Die russische Flotte hat fast alle ihre Aerzte an die Lazarethe in Schleswig abgegeben, so daß nach allem diesem zu schließen der Verlust der Dänen in der That ein enormer sein muß. Nach dem „Dansk Schleswiger" haben die Russen übrigens noch in anderer als der angedeuteten Weise den Dänen sich hilfreich bewiesen; sie unterstutzen namlich in Flensburg, ob unter den Gefangenen auch Nicht-Schleswig-Holsteiner seien; sie notirten Namen und Geburtsort, um zu erfahren, ob das allgemeine Gerucht, daß Tausende von Preußen in holsteinischen Uniformen stechten, wahr sei; in Schleswig nehmen sie vielebe Untersuchung vor. — Der Obergeneral hat folgenden Tagesbefehl an die Armee erlassen: „Kameraden! Schleswig, den 26. Juli. Soldaten! Ihr habt gestern meine Erwartungen gerechtfertigt. Nach einem angestrengten Marsche sind wir nachts. Ihr am Tage vorder gekämpft, Ihr habt entschieden, habt Ihr einen tapfern Widerstand besiegt und den Feind aus seiner festen Stellung hinter die Schlei zurückgeworfen. Soldaten! Wieder steht ihr auf dem alten Dannwirk. Aber neue Kämpfe, neue Anstrengungen erwarten Euch! Ihr werdet vielleicht mit denselben Siege und derselben Kraft wie bisher bestehen und ertragen! Eine musterhafte Disciplin und Ordnung hat bei der Besetzung von Schleswig stattgefunden; ich hoffe, daß diesen auch fortgesetzt von Euch beobachtet werden: Soldaten, ich danke Euch! Kregh."

Italien.

Rom, 22. Juli. Die gestern erschienene Nr. der „Civiltà Cattolica" enthält folgende, bisher in der officiellen Zeitg. noch nicht berührte Nachricht: „Wir haben aus zuverlässiger Quelle, daß bezüglich der jetzigen Lage der Kirche in Königreiche Sardinien eine Note an die Mächte gerichtet wurde, worin der Cardinal-Sekretär dieser intimirt, die Frage über die Freiheit und Jurisdiction der Kirche als eine Sache von gemeinsamem Interesse zu betrachten. Das Sicorotische Gesetz breche feinerseits das zwischen dem h. Stuhle und dem Staate feierlich eingegangene Concordat. Europa durfe es nicht dulden, daß ein Traetat so ohne allen Grund und ungestraft verletzt werde. — Dem Bruch aller diplomatischen und internationalen Vertrage wurde damit die Thur geoffnet denen Vertrage zwischen Kirche und Staat, oder zwischen Staat und Staat mußten immerhin als auf derselben Grundlage auf der Edles publica rechnend angesehen werden. — Herr de Raynval, sagt das genannte Blatt weiter, wußte die Wahrheit dieser Detention sehr zu schatzen, und wir haben Grund, zu glauben, daß der Präsident der Republik dem piemontesischen Ministerium schon Instinuationen machte, welche vielleicht nicht ohne Frucht bleiben werden. — Daß dieser Note in der officiellen Zeitung keine Erwähnung geschehen, hat seinen Grund darin, daß der Minister v. palatti die specielle Instruktion erhalten, kein auf Publizität bezüglichen Original-Manuscript zum Druck zu lassen."

Neueste.

* Würzburg, 3. August. Heute Vormittags wurde wieder eine große Partie Artillerie-Pferde versteigert, was zur Verringerung der vorstatig verbreiteten Nachricht, als wäre der Verkauf von Militairpferden vom Kriegsministerium eingestellt worden, dienen mage.

* Würzburg, 5. August. Ihre Majestat die Konigin Therese wird am 8. d. M. auf ihrer Reise nach Aschaffenburg hier eintreffen. — Oberstes Abend kam die Donerschaft Sr. Majestat des Königs Ludwig hier an, und setzte heute Morgen ihre Reise nach Aschaffenburg fort.

Frankfurt, 31. Juli. Es wird gut sein, davon Akt zu nehmen, daß die Bundescentralkommission, als sie an Preußen die Vollmacht erbrieve, über den Friedenstabschluß mit Dannemark zu unterhandeln, in derselben ausdrücklich die Bestimmung beifuge, „daß fur den Fall eines solchen „Abschlusses die Waffenruhe so lange in den Herzogthümern aufrecht erhalten werden wurde, bis „der von Preußen provisorisch eingezogene Friedensvertrag von dem deutschen Bunde entweder „ratifizirt oder verworfen sei". Die in dieser Bestimmung hat Preußen sich nicht gehunden, sondern sich einfach auf der Sache gezogen, indem es den beiden streitenden Theilen anheim gab, nach Abschluß der für die Ratifikation festgesetzten Frist von drei Wochen, ohne Weiteres wieder zu den Waffen zu greifen, — was den dem auch bekanntlich hier geschehen ist, und zu den nutzlosen Blutvergießen in der Nähe der Stadt Schleswig gefuhrt hat. Der Wortlaut der von der Interimskommission angefertigten Vollmachtsurkunde, deren Veröffentlichung man mit jedem Tage erwarten kann, wird das hier Gesagte bestätigen und zeigen, daß man hier in Frankfurt allen Eventualitäten besserer Rechnung getragen hat, als in Berlin, und daß die Rechte der Herzogthümer von keiner Seite kraftiger in Schutz genommen wurden, als gerade von der grosbeutschen, obwohl diese Herzogthümer, aber vielmehr deren Vortheil, sich seit zwei Jahren wahrlich wenig Verdienste um die Sache des großen und geeinigten Deutschlands erworben hat. (M. M. Z.)

Frankfurt, 1. August. Aus guter Quelle kann ich Ihnen die unter den jetzigen Verhältnissen gewiß beruhigende Nachricht mittheilen, daß Dänemark nicht gesonnen ist, das ungunstige Verhältniß der deutschen Bundesregierungen zu benutzen: es wird dem deutschen Bunde Zeit lassen, sein gesetzliches Centralorgan wieder herzustellen, damit es mit demselben über die Rechte Holsteins weitere Verhandlungen pflegen konne.

Dem „Dresdner Journal" wird aus Frankfurt vom 3. August folgende sehr erfreuliche Nachricht mitgetheilt: Von Oesterreich ist der Antrag ausgegangen und hier eingetroffen, sofort einen Bundes-Commissar nach Nendsburg zu senden, um dem weitern Blutvergießen vorzubeugen. Zu gleicher Zeit wird ein Bundesheer in den Herzogthümern einrücken, bestehend aus Oesterreichern, Bayern, Württembergern und Hannoveranern, um den Anordnungen des Commissars nöthigen-

falls den gehörigen Nachdruck zu verleihen. Daß Oesterreich diesmal entschlossen ist, sich unmittelbar durch einige Bataillone an der Eider vertreten zu lassen, findet hier fast allseitig Beifall, einmal: weil dadurch in den Augen des Volks der bundgenössische Beweis geliefert wird, daß Oesterreich Leib und Blut mit dem übrigen Deutschland theilen will, und dann weil der Nimbus, der durch die Erscheinung der Preußhahnen an allen Enden und Enden Deutschlands über das Wesen der preuß. Macht sich verbreitet hat, durch den Anblick der Weißrocke am Sicherstein wieder zerstört werden kann; nur zu lange hat Oesterreich mit Verstecken hinter dem Berg geschalten, nun auch hier wie in Baden stande es langst besser, wenn das Vorarbeitgefche Corps seine Quartiere statt am Bodensee am Neckar und Main genommen hätte.

Frankfurt, 2. August. Das neue Darmstädter Anlehen von 2,000,000 fl. à 4½ pCt. war heute zum Unterzeichnen à 96 angeboten, fand aber wenig Liebhaber, doch sollen einige kleine Posten gezeichnet sein.

Karlsruhe, 30. Juli. Heute ist die angekündigte Schrift des Frhrn. H. v. Andlaw über die badische Revolution erschienen. Sie führt den Titel: „Der Aufruhr im Umfang in Baden, als eine natürliche Folge der Landesgesetzgebung mit Rücksicht auf „die Bewegung in Baden von J. B. Bekk, derzeitigem Vorstand des Ministeriums des Innern". Der Verfasser legt darin seine Erfahrungen während der genannten Zeit, in welcher er, Bekk, mehrmals als Gouverneur gewaltgewesen, dar, und stellt sich Bekk seinen sehr schätzenswerthen Beitrag zu Tagesgeschichte.

Karlsruhe, 1. August. Heute wurden hier von den 50 fl. Loosen folgende Serien gezogen, als 97. 306. 327. 396. 658. 739. und 831.

§ Karlsruhe, 3. August. Nach dem heute erschienenen Regierungsblatte Nro. 27, wird die vom 31. März. k. J. vertagte Ständeversammlung auf den 26. d. M. einberufen. — Auf Antrag des Staatsministeriums werden die direkten und indirekten Steuern, welche in den Monaten August und September d. J. zum Einzuge kommen, nach dem seitherigen Umlagefuß und nach den bestehenden Gesetzen um Tarifen erhoben.

Stuttgart, 3. August. Eine Nachmittags 2 Uhr, hat Schober seine Anklageerhe, in welcher er, wie es zu erwarten war, Alles, was die Partei braucht, hereinnahm, bemerkt. v. Wächter repliciert. Schober hat den Reichsverfassungsstandpunkt aufgegeben. Sein Hauptargument ist: § 3 der Verfassung ist aufgehoben, weil die Bundesverfassung nicht mehr besteht und organische Bestimmungen möglich sind. Also fallen alle Regierungshandlungen unter § 85, d. h. bedürfen der ständischen Zustimmung, welche dem Beitritt zum Interim und der Münchner Convention fehlte. Schober deruft sich auf seine unglückliche Referat der Ostconferenzen, worin der Bestand der Bundesverfassung in Frage gestellt ist. Man erwartet die Freisprechung. Nachmittags 3 Uhr. Nachdem Schober noch gesprochen, verkündigt der Präsident, daß die Verhandlung geschlossen sei und der Staatsgerichtshof entweder eine weitere Verhandlung durch die Blätter anberaumen, oder sofort die Beschlüsse in der Sache sammt Entscheidungsgründen veröffentlichen werde.

Sigmaringen, 35. Juli. Durch allerhöchste Cabinetsordre vom 11. d. Mts. sind sämmtliche Offiziere des früheren hohenzoller'schen Bataillons als aggregirt beim 26. Infanterieregiment angestellt worden.

Wien, 31. Juli. Der österreichische Gesandte in Kopenhagen, Hr. v. Brints, erhielt den gemessenen Auftrag, die Dänen von jedem Uebergang über die Eider abzuhalten, und die dänische Regierung gab ihrerseits die Versicherung, daß sie die Beschlüsse des deutschen Bundes in dieser Frage erwarten wie achten werde. — Oesterreich soll sich mit dem österreichischen Cabinet in der schleswig-holsteinischen Frage geeinigt haben.

Berlin, 1. Aug. Nach der Pr. Z ist den Unteroffizieren, die, um in die schleswig-holsteinische Armee eintreten zu können, ihren Abschied nachgesucht haben, derselbe nicht gewährt worden. — Es bestätigt sich, berichtet die St. Z., daß das Kgl. Polizeipräsidium den öffentlichen Aufzügen von Comgreten für Schleswig-Holstein, mögen dieselben vom Hilfsverein oder von Privaten ausgehen, untersagt hat. — Der Prinz von Preußen hat am Montag bei einem Kavalleriemanöver in der Nähe vom Potsdam das Unglück gehabt, mit dem Pferde zu stürzen. Der Sturz, der äußerst gefährlich war, hat indeß weder äußerliche nennenswerthe Verwundungen zur Folge gehabt, noch haben sich irgend Anzeigen einer innerlichen Verletzung herausgestellt. Se. kgl. Hoheit befindet sich in diesen Augenblicke vollkommen wohl. — Durch Ministerialerlaß ist heute „Meyer's Universum" hier verboten und von der Polizei in den Buchläden confiscirt worden; desgleichen das Blatt: „Le proscrit, journal de la republique universelle".

Greifswalde, 29. Juli. In Betreff des Hoffenthal'schen Prozesses erfahren wir, daß der französische Premier den Bundestagsgesandte bald nach dem 19. Juni, dem Tage der Verurtheilung, um eine Prorogation seiner Appellationsfrist eingekommen sei und dieselbe erhalten habe. (Dieselbe pflegt in der Regel auf 4—6 Wochen ertheilt zu werden. (Z. f. d. D.)

C Paris, 1. Aug. Die französische Regierung verlangt von dem heiligen Stuhl die Ernennung von drei französischen Kardinälen. Die zu solchem Zweck in Vorschlag gebrachten Würdenträger sind die Erzbischöfe von Toulouse und Besançon; der dritte ist noch nicht näher bezeichnet. Einer der französischen Cardinäle soll in Rom beständig Aufenthalt in Rom nehmen. Auch von Seiten anderer katholischen Regierungen sollen ähnliche Anträge beim heiligen Stuhl gestellt worden sein, und es sollen Oesterreich drei, Spanien zwei, Neapel zwei Cardinalshute (einer derselben für den Erzbischof von Gaeta bestimmt) zugedacht sein.

Brüssel, 1. Aug. Gestern Abend kam Herr Thiers auf seinem Ausflüge nach Deutschland hier an und stieg im Hotel de Belle-vue ab. Noch denselben Abend hatte er eine Zusammenkunft mit Metternich.

Frankfurt, 30. Juli. Schluß der Abschrift einer Weisung des Fürsten v. Schwarzenberg an Frhrn. v. Prokesch in Berlin, d. d. Wien, 21. Juli 1850. Der Antrag, den Oesterreich sich zu stellen genöthigt sah, geht aber dahin, daß die königliche Regierung auf der bereits eröffneten Zollconferenz in Kassel dahin wirken möge, daß entweder unmittelbar eine allgemeine deutsche Zollconferenz zur Vorbereitung und zum eventuellen Abschluß der österreichisch-deutschen Zolleinigung berufen, oder — was mit den früheren Aeußerungen der königlichen Regierung mehr in Einklang stande, — daß Preußen, Sachsen und Bayern von den übrigen Zollvereinsregierungen ermächtigt werden, im Namen des Zollvereins mit Oesterreich auf Grund der in dessen Deutschrissen entwickelten Vorschläge in Wien über eine in einem nicht allzu entfernten Zeitraume zu weite Vereinigung treffende Zoll- und Handelseinigung auf über die in der Uebergangsperiode bis zum Eintritt dieser Einigung zu vereinbarenden gegenseitigen Zoll- und Verkehrserleichterungen in Verhandlung zu treten. Im Falle der Zollverein auf diese Anträge einginge, ist gar nicht zu zweifeln, daß es dem vereinten Einfluße von zwölf Staaten des Zollvereins und Oesterreichs gelingen würde, auch den Steuervereins und die außer dem Zoll- u. Steuerverein befindlichen norddeutschen Staaten zur Theilnahme an jenen Verhandlungen, sei es in gleicher Weise wie Oesterreich und der Zollverein, oder doch in solcher Form zu bestimmen, daß die Erzgebnisse jener Berhandlung als Grundlage eines allgemeinen in Frankfurt a. M. abzuhaltenden deutschen Zollconvention mit Aussicht auf einen günstigen Erfolg des letztern benutzt werden können. Als einen Beweis einer geneigten freundnachbarlichen Gesinnung würde es Oesterreich und betrachten, wenn die preußischen Vorlagen für die Kasseler Conferenz in dem, was die schwebende Linien, die Seide und die speziell-österreichischen Bedenwaaren betrifft, in einer den Rechten und Interessen Oesterreichs zusagenden Weise abgeändert wurden. E. E. haben dem k. preuß. Kabinette von dem Inhalte gegenwärtiger Depesche Mittheilung zu machen und dem Herrn Minister von Schleinitz eine Abschrift derselben einzuhändigen. Empfangen ꝛc.

Berlin, 28. Juli. Fortsetzung der von Preußen an sämmtlichen deutschen Regierungen mitgetheilten Deutlichkeit zur Erläuterung des Friedensvertrags vom 2. Juli. de. Jc.: Art. III enthält den gegenseitigen Vorbehalt aller Rechte, wie dieselben vor dem Kriege bestanden. Selbstverständlich ist hiermit deutscherseits alles Recht und alle rechtliche Competenz mit einbegriffen, die dem Bunde in Betreff der Verhältnisse der Herzogthümer oderhaupt zuwenden oder in Kraft des Bestehens von 17. September 1846 zustehe. Diese Bundesbeschlüsse ist zum Beginn der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Dänemark im Jahre 1848 bilden die Summe des bestehenden Bundesrechts. Auf diesen rechtlichen status quo ante mußte zurückgegangen werden, sobald es möglichen war, und die in den Präliminarien aufgestellten Grundsätze einen anderen, den allgemeinen europäischen Verhältnissen vielleicht adäquateren Rechtszustand zu gründen. Von diesen Rechtsboden des Jahres 1846 ist so wenig aufgegeben worden, daß derselbe vielmehr durch eine thatsächliche Erörterung des tiefgreifenden Unterschiedes noch ausdrücklich verwahrt worden ist. Art. VI enthält die Modalitäten, unter welchen die offen gelassenen Fragen über die staatsrechtlichen Verhältnisse Schleswigs zu Dänemark und zu Holstein in ihren verschiedenen Stadien seine weiter entwickeln können. Es ist damit die Absicht des königl. dänischen Gouvernements, jetzt, wo Dänemark und die Herzogthümer sich wieder mehr allein gegenüberstehen, mit Erörterungen landesbeherrlicher Absichten hervorzutreten, welche, wie versichert wird, ganz geeignet sein sollten, eine friedliche Verständigung herbeizuführen. Deutschland kann diese direkte Verständigung zwischen Landesherrn und Unterthanen nicht hindern wollen, vorausgesetzt, daß seine eigene Competenz und Rechtsbefugnisse dadurch nicht afficirt werden. Hiezu bedurfte es also einer besonderen Stipulation nicht. (Schluß folgt.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Jabel.

Fremden-Anzeige.

Den 4. August 1850.

Adler. Haber, Gutsbes. v. Russland. Beer, Gutsbes. v. Kurland.

Krone. Marschall Narrent, Herzog von Ragusa aus Wien. Graf Andrassy mit Gemahlin von Berlin. Frau Gräfin Grimes-ohe mit Bed. v. Petersburg. Frau Gräfin Kunzenau m. sei. Tochter v. Hohlaut. Baronin v. Bulow mit Begleitung von Liefenhaus. Hptm. v. Brunner m. Fam., v. Tretten, Hptm. v. Wegenstein mit Fam. aus Berlin. Baron v. Drees Oberamt. Oberl. v. Stroubing.

Schwan. Pfiffer, Cabinetskourier v. Wien. Schmitt, Kaplan v. Mainz.

Rauf. Hof. Weil, Part. von Lemberg. Madame de Balmes v. München. Baron v. Schaffelin v. München.

Wittelsb. Hof. Bed. v. Mayenbach. L. v. Wertrand. Baronin v. Sintig. Freifrau v. Frankh m. Bed. v. Wimsele. 2 Fräul. von Bartelsen, Obristenlieber von Fulda. Wolter, Posthalter v. Regensburg. Meier, Bankgehilfe v. Schw.-Hall. Winter, Fuhrherr v. Kamstadt. Graf Pinter, Kammanns-Gattin v. Secondkind. Zelle, Part. v. Rieb. Koch. Kaufm. v. Lucerne. Kraft, Oberpostlieferate v. Tübingen. Jennmann, Gutsbes. Rheinprovinzen.

Wittelsb. Hof Kahn, Cassm. v. Gunzelsdorf, Schwarzkopf von Kön. Bierbrauer. Lehr. von Neuling von Nürnberg.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreiberhof 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 187. Würzburg, Dienstag den 6. August. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Das Gesetzblatt Nr. 24 enthält das Gesetz über die Einquartierungs- und Vorspannslasten in Friedensquartieren. Gleichzeitig bringt das Regierungsblatt eine Bekanntmachung über den Vollzug dieses Gesetzes, wodurch das Regulativ für die tägliche Kostportion der einquartierenden Mannschaft und über die Pferderationen, wie folgt, festgesetzt wird: 1) Die Verpflegung eines Soldaten hat zu bestehen: a) zum Frühstück aus einer nahrhaften Suppe, b) zum Mittagessen aus einer nahrhaften Suppe, Gemüse, ein halb Pfund Fleisch, oder in Ermangelung des letzteren einer ergiebigen Mehlspeise, dann ½ Maß Bier, c) zum Abendessen aus Suppe und ½ Pfund Fleisch, oder statt des letzteren ½ Maß Bier; statt der ½ Maß Bier kann je nach den Verhältnissen des Orts ¼ Maß Wein oder ¼ Maß Branntwein gereicht werden. Die tägliche Brodportion beträgt 1½ Pfund oder für jede der drei Mahlzeiten ½ Pfund. 2) Der tägliche Futter- und Strohbedarf für ein Pferd hat zu bestehen: a) die schwere Ration für die Zugpferde des Kürassire und des Armeeschweifreuts aus ½₀ Schaffel Haber, 10 Pfund Heu und 3 Pfund Stroh, und für die Wagenpferde der Generale noch ein weiteres Pfund Stroh, b) die Ration für schwere Kavallerie aus ¹²⁄₂₀ Schaffel Haber, 10 Pfund Heu und 3 Pfund Stroh, c) die leichte Ration aus ¹⁰⁄₂₀ Schaffel Haber, 9 Pfund Heu und 3 Pfund Stroh. An dem der Festsetzung des Normalpreises folgenden 1. Februar jedes Jahres soll durch die Kreisregierungen in den Kreisintelligenzblättern bekannt gemacht werden, ob und welche Erhohung der gesetzlich bestimmten Geldvergütung nach den zuvorigen Normalpreisen für Korn und Haber zufolge der Schlußbestimmung des Artikels 2 des angeführten Gesetzes in den einzelnen Regierungsbezirken einzutreten habe. — Durch Reskript des Staatsministeriums der Finanzen vom 19. v. Mts. wurde gestattet, daß für die auszustellenden Grundrenten-Entschädigungs-Obligationen noch ein weiterer Zinstermin auf den 1. Februar festgesetzt werde.

Wo ist Deutschland?

Jeder Schuß, der vor Reudsburgs Wällen fällt, donnert uns diese Frage in die Ohren. Das Andreasdreieg, welches von den Masten russischer Linienschiffe auf die Küsten Holsteins herabsieht, fragt uns: wo ist Deutschland? Der Schmerzensruf, der Rauf des Zornes und der gebrannten Ehre, welcher aus allen deutschen Gauen zu uns gellt, auch er trägt die Frage auf der Zunge: wo ist Deutschland? Man wird in Berlin gar höflich auf diese Frage erwidern, daß Deutschland sein erste nicht existire, daß es wenigstens keine Mittel besitze, durch welche es seine Existenz geltend machen könne, daß es Einem leid thue, auf eine so verfängliche Frage eine bestimmte Antwort geben zu können. Aber in Wien? Aber in Frankfurt? Dort wird man sagen können, wo Deutschland ist. Dort wird man sagen wollen, wo es ist. Nur wenige Tage werden vergehen, und Deutschland wird erfahren, daß es noch ein Organ hat, ein Staatsrecht, eine Existenz in dem europäischen Staatensysteme, und besser als alles Andere, daß es noch eine Macht besitzt, welche auch die nördlichsten Grenzen des Landes einem fremden Angriffe nicht preisgeben wird. — Halten wir jetzt limfrage bei jenen deutschen Staaten, welche sich weigern, die preußisch-Bundesversammlung zu beschicken, welche Hilfe sie jetzt ihren bedrängten Brüdern zu bieten vermögen? Kost Gr. Hoheit den Herzog von Sachsen-Cogarg erst antworten. Nach ihm soll der eifrige Vorkämpfer der Union, der braunschweigische Abkömmling des welfischen Hauses sprechen, sodann der Großherzog von Oldenburg, der sich, der Stimme seines eigenen Landes zum Trotz, Preußen so gern unterordnen möchte, endlich auch der Großherzog von Baden, der, seitdem er das Schwert und der Hand gegeben, Krone und Scepter nicht wie ein Attribut seiner Würde, sondern wie ein Perstifftage auf dieselbe auf dem Haupte und in den Händen hält. Wie wollt ihr Herren die Pflicht, welche ihr dem deutschen Vaterlande schuldet, jetzt erfüllen? Auf welche Weise soll die Union, die alle neue Kräfte zentralisirt und paralysirt hat, sich Gehör verschaffen in London, in Paris, in St. Petersburg oder selbst in Kopenhagen? Ihr wolltet seine Macht in Frankfurt ausüben, ihr konntet sie nirgendwo anders ausüben. Ihr habt euch selbst aus der Liste der Mächte gestrichen, und weder groß noch klein ist euer Einfluß, denn er hat weder hie noch da einen Bestand. Der geringste Bauer auf Seeland und Fühnen gibt einen größeren Ausschlag in der schleswigholsteinischen Frage als ihr, die ihr mehr deutsche Länder voll patriotischer Bürger beherrscht. Ihr habt dem deutschen Bunde das Organ bestritten, durch welches allein er Leben hat, und ihr habt nicht ihm — denn dazu wäret ihr zu schwach — aber ihr habt euch selbst das Mittel benommen, um als Lebendige zu erscheinen. Ihr seid jetzt im Momente der Entscheidung und Handlung, ihr seid leblos, machtlos, nutzlos. Ihr seid ohnmächtig, wo ihr mächtig sein könntet. Ihr seid todte Glieder am Leibe des deutschen Reiches und wecket Andere, die weiser und patriotischer gewesen sind als ihr, die Gefahren beschweren, die Ehre und den Ruhm ernten sehen, von denen ihr euch freiwillig getrennt habt. Ihr hattet die Macht, nein ihr hattet die Verpflichtung, Mitglieder eines Reiches zu sein, das die ganze Welt als ein Reich kennt und anerkennt, und ihr habt vorgezogen, euch Mitglieder einer Union schelten zu lassen, die nirgendwo, als in der krankrasten Einbildung eines träumenden Professors Stahl hatte, die wie ein körperloses Nachtgespenst bei der Betrachtung der Morgensonne verschwunden ist. — Wo ist Deutschland? So wie die Antwort auf diese Frage aus Frankfurt am Main erschallt, wird die Integrität des deutschen Bundesgebietes gewahrt sein, wird die Union sich in ihren ursprünglichen Dunst auflosen, und der ewerete Begriff eines großen, mächtigen Vaterlandes die Herzen niedergebeugten Deutschen stärken, aufrichten und in bewußtem Stolze schlagen lassen.

Landtagsabschied.

München, 29. Juli. (Fortsetzung.) In Betreff der bei dieser Gelegenheit gestellten Anträge: „die seit dem Jahre 1842 unterbrochene Verloosung der älteren Staatsschuld wieder anzunehmen, mit selber wo möglich noch im Laufe des gegenwärtigen Verwaltungs-Jahres beginnen und nach Gesalt des gesetzlichen Tilgungsfonds damit fortzufahren;" dann „über die Entfernung der fundirten Staatsschuld aus Depositen von der Staatsschulden-Tilgungs-Anstalt (ohne Beeinträchtigung der Staatsschuldentilgungs-Fonds und ihrer gesetzlichen Bestimmung) bestimmte Vorschläge zu machen," — verwiesen Wir auf die nach Unserer Anordnung unter dem 15. Juni l. J. bereits Kattgehabte Berathung (Regier.-Bl. von 1850, S. 441 und 467); dann auf Unsere Entschließung zu dem Gesetzesentwurf: die Ueberweisung der Depositen und Einstandskapitalien von der l. Staatsschuldentilgungs-Anstalt an die Bank zu Nürnberg betr., und fügen die Verschierung bei, daß die Verloosung der älteren Staatsschuld nach den gesetzlichen Bestimmungen gemäß — sortan werde im Auge behalten werden. III. Abschnitt. Wünsche und Anträge. Auf die Uns von den Kammern vorgelegten Wünsche und Anträge, insoweit sie nicht schon bei den Beschlüssen über die Gesetzesvorschläge ihre Erledigung erhalten haben, erwidern Wir mit Rücksichtnahme auf die Bestimmungen der Verf.-Urk., Tit. VII, wie nachstehend derselben, wol folgt: A. Wünsche und Anträge zum Finanzgesetz und Budget. §. 1. Dem Antrag, daß zu den in Erledigung kommenden Stellen im Staatsrathe nur solche Beamte zu ernennen seien, welche außerdem noch eine andere Stelle im Staatsdienste bekleiden, vermögen Wir in dieser Allgemeinheit Uns keineswegs zu dem Staatsrathe nach zugewiesenem Wirkungskreise nicht zu entsprechen. Wir wollen jedoch, insoweit dieses thunlich ist, darauf Rücksicht nehmen. §. 2. Dem Wunsche: „es wolle vorzugsweise darauf Bedacht genommen werden, die Stats des Staatsministeriums des königl. Hauses und des Aeußern selbst, dann des Staatsrathes durch Verwendung der überflüssigen Beamten zu andern in Erledigung kommenden Stellen möglichst einzuschränken, beziehungsweise auf den Ansatz der Budgetvorlage zurückzuführen," müssen wir entgegen, daß zur Zeit zwar keine überflüssigen Beamten angestellt sind, Wir jedoch nach Thunlichkeit suchen werden, die etwa möglichen Ersparungen herbeizuführen. §. 3. Wir sind gesonnen, der Aufstellung von ständigen Kanzlisten und Rechnungsgehilfen bei den Kreisregierungen nach Maßgabe der budgetmäßig vorhandenen Mittel Unsere Behachtnahme zuzuwenden. §. 4. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Umgestaltung der Landgerichte haben Wir bisher schon Personalvermehrungen nur im Falle des unabweislichen Bedürfnisses eintreten lassen. Dem Antrag, erledigte Stellen durch Verweser versehen zu lassen, stehen die erheblichsten Bedenken entgegen. §. 5. Bei Wiederbesetzung erledigter Gerichtsdienerstellen wird, wie dieses in letzter Zeit ohnehin schon geschehen, verdienten Gerichtsdiener-Gehilfen möglichste Berücksichtigung zugewendet werden. §. 6. Wir werden die dermalige Einrichtung des Unterstützungswesens bezüglich der im Staatsdienste verwendeten Individuen und ihrer Hinterlassenen einer durchgreifenden Revision unterwerfen lassen. Hierbei wird

auch dem gestellten Antrag: es möge die zur gesetzlichen Einrichtung der Pensionen der Staatsdiener weiters erforderliche Summe von 1,000,000 fl. und zwar 500,000 fl. ordentlicher Jahresbedarf, dann 500,000 fl. außerordentlicher Jahresbedarf vom Jahre 1849 angefangen, dann die neue Systemisirung von 17,000 fl. unabweichlich für das ärarische pragmatische Recht angestellte Personal des Staatsdienstes verwendet, und daraus vorzugsweise Individuen dieser Kategorie die Mittel zur Entrichtung der Aushaltungsgebühr in den Pensions- und Unterstützungsbeträgen bis zu 200 fl. jährlich gewährt, hingegen jene 12,000 fl., welche aus diesem Fond den Kreisregierungen zugewiesen waren, auch dem allgemeinen Unterstützungsfond für Staatsdiener und seine Relicten gerecht werden, sorgfältige Erwägung zu Theil werden. §. 7. Wir werden weiter Sorge tragen lassen, daß von der den Kammern zugesicherten Wunsche gemäß die Positionen für Landeskultur und landwirthschaftliche Zwecke überhaupt von ihrer bisherigen Verbindung mit jenen für die Industrie fortan getrennt und in allen Vorlagen für sich bestehend aufgeführt werden. §. 8. Auf die Bildung von Wiesenbaugenossenschaften, so wie auf die Errichtung von Aderbauschulen soll nach Maßgabe der verfügbaren Mittel vorzugsweise Rücksicht genommen werden, wobei Wir nicht unerwähnt lassen können, daß namentlich in letzterer Beziehung wegen Errichtung von sog. Privat-Aderbauschulen neben der bereits bestehenden öffentlichen Anstalten dieser Art bereits seit längerer Zeit umfassende Anleitungen getroffen worden sind. §. 9. Wir werden, wie bisher, Sorge tragen, daß das dem äußern Bauerpostand bewilligte Diatenmaximum von 100 Tagen nicht überschritten, und in unvermeidlichen Fällen die Ueberschreitung bei andern Bauvermalten in Ersparung gebracht werde. Für diejenigen Tage, welche der Bauvermalte dem Staat anrechnet, darf er schon gegenwärtig nicht zugleich von Communen oder Stiftungen Diäten beziehen. §. 10. Da die auf der Straße von Freising über Mainburg nach Abensberg befindlichen Amperbrücke eine Distriktsstraße ausgenommen, und sie für diese Straße beantragten Zuschüsse aus Staatsfonds abgelehnt worden, so werden für die Folge auf den Bau und die Unterhaltung dieser Brücken keine Vermendungen aus Staatsfonde gemacht werden. §. 11. Den Antrag: „die königl. Regierung wolle die Herstellung und Unterhaltung von Gebäuden des Cultus und des Unterrichts, dann der Communen, bei denen dem Staat die Baupflicht ganz oder theilweise obliegt, im Wege des Vertrags auf diese übertragen und sich hierdurch nach und nach der Baulast entledigen," werden Wir sorgfältiger Prüfung unterstellen, wiewohl Wir Uns schon jetzt die Schwierigkeiten nicht verhehlen können, welche der umfassenden Durchführung einer solchen Maßregel entgegenstehen. §. 12. Der Beamtenwohnungen sich ganz zu entledigen, muß Bedenken getragen werden, weil außerdem es an der nöthigen Unterkunft der Beamten oft fehlen würde; aber diese von den Amtsangehörigen abhängig gemacht werden. Uebrigens werden Wir, wenn keine dringlichen Rücksichten entgegenstehen, auf Vermiederung der Zahl der Beamtenwohnungen und dadurch auf die Vermiederung des Unterhaltungs-Aufwandes für dieselben Bedacht nehmen. (Forts. f.)

Deutschland.

München, 4. August. Eingetroffenen Nachrichten aus Salzburg zufolge wird König Ludwig morgen Abends 8 Uhr hier eintreffen und Donnerstag den 8. ds. nach Aschaffenburg abgehen.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Der „A. M." enthält folgende amtliche Bekanntmachung: Es wird hiedurch zur Kenntniß der Aerzte und Candidaten der Medicin gebracht, daß die meiste sachfälligen und wünschenswerthen Bedingungen zum Eintritt in den militairärztlichen Dienst der schleswig-holst. Armee nicht mehr beräuflichlicht werden können, da dem vorgelegenen Bedürfniß bereits Genüge geleistet ist. Kopenhagen, 30. Juli 1848. (gez.) Dr. Wartmann, Arzt des schleswig-holsteinischen Armee-Corps.

Altona, 1. August. Der wegen seiner dänischen Sympathien genugsam bekannte Kaufmann A. F. Tutein aus Kopenhagen, der bisher in Altona wohnte, ist gestern von der hiesigen Behörde ausgewiesen worden und hat sich zunächst nach Pinneberg begeben. (C.)

Von der Niederelbe, 2. August. Heute Nachmittag ist Heinrich v. Gagern mit dem Güterzug nach Kiel gegangen. Die Zahl der heute nach Rendsburg gegangenen Militärs, sowohl Offiziere, als Unteroffiziere und ausgetretene Gemeine, soll über 400 betragen. Es stehen zum großen Theil Hannoveraner gewesen sein. Dem Vernehmen nach soll Rendsburg derart gefestigen sein, daß Niemand, der nicht zum Militär gehört, hineingelassen wird. (D. N.)

Altona, 3. August. Unter den in schleswig-holsteinische Dienste Getretenen ist auch ein Tyroler Gemsjäger, welcher gestern mit seiner Jagdbüchse und einer Reiherfeder auf dem Hut hier durchkam. — Gespannt ist man auf den Schritt Preußens wegen der Gesion, ob man die Führer der Besatzung, Hauptmann v. Zimborski und Lieutenant v. Dingalski, vor ein Kriegsgericht stellen wird, da sie die preußische Fahne eingezogen und durch die eigentrat eigenmächtig haben. Jedenfalls ist diese Forderung dänischer Seits eine Beschimpfung der preuß. Fahne. — Auf der Hauptwerk der dänischen Gelehrtenschule muß nach Befehl wieder dänisch gelehrt werden, obgleich das Gymnasium nach Vermachtnissen ein deutsches sein soll: man sieht daraus, wes ganz Schleswig für die Folge bevorsteht.

Stuttgart, 3. Aug. (Schluß der Anlage gegen den gewesenen Depart.-Chef der auswärtigen Angelegenheiten. Frhrn. v. Wächter-Spittler.) Was anderer eigenthümlicher Umstand ist das lange Zaudern, das in dieser Staatsanklage von der Landesversammlung eingehalten worden ist. Ich habe der Versammlung alle Akten mitgetheilt, nichts zurückgehalten, nichts verheilt, nichts verheimlicht; die Abgeordneten hatten vollkommen Zeit und Gelegenheit, aus denselben meine angeblich verfassungswidrigen Handlungen zu ersehen, aber ich hörte kein Wort des Tadels, kein Wort des Vorwurfs, bis am 3. Juni das Publikum plötzlich mit der Ministeranklage überrascht wurde. Ein dritter eigenthümlicher Umstand ist der, daß die Anklage, die nach meiner Ansicht das Gesammtmißverstehen hätte treffen müssen, nur gegen mich allein gerichtet wurde. Trotzdem, daß die Uebereinstimmung aller Minister über diese Frage unzweifelhaft war, wurde doch die Anklage gegen mich allein festgehalten. Man könnte glauben, es sei deßhalb geschehen, weil man dachte, mit mir allein am Besten fertig zu werden. Oder ist es vielleicht geschehen, weil man mich für einen besonders brachtendwerthen Gegner hielt. Ein Anderer, der weniger bescheiden wäre, als ich, könnte vielleicht für diesen Fall sich darauf sein. Ein weiterer auffallender Umstand möchte der sein, daß die Anklage vorfolgt wird gegen einen Minister, der nicht mehr im Amte ist. Es ist früher von einem Minister gesagt worden, man wolle nur neuen Ministerstoff. Nun, ich bin diesen Tod gestorben und zwar freiwillig, weil ich meine Ueberzeugung in dieser Frage nicht abhängig machen wollte von einer höheren Ueberzeugung, die vielleicht die richtige, aber nicht der meinigen entsprechende ist. Jedoch ist dieß nicht beschlossen hat, die Verhandlungen auch gegen den nicht mehr im Amte befindlichen Minister fortzuführen, so ist es mir lieb, mich gegen diese — wie ich wohl sagen darf — nicht mit Ruhe und Leidenschaftslosigkeit vorgebrachten Anschuldigungen öffentlich nicht nur im Angesicht meiner Richter, sondern im Angesicht des ganzen Landes vertheidigen zu können. Zur Vertheidigung selbst übergehend, erläutert der Staatsrath den §. 85 der Verfassung, wegen dessen Verletzung er angeklagt worden, und bemerkt: die Reichsverfassung hat die sich die Ministerverantwortung überall gestellt habe, in der Acte der ganzen Anklage. Die hier folgende Staatsrechtliche Auseinandersetzung über die Frage: ob die Reichsverfassung in Württemberg zu Recht bestehe oder nicht, können wir, da diese Frage bei den versschiedenen Gelegenheiten schon mehr als zur Genüge behandelt worden ist, füglich übergehen. Der Staatsrath kommt sodann auf den Hrrn. Staatsrath für die Richtigkeit der Anklage auf eine Stelle in dem von dem gegenwärtigen sämmtlichen Ausschusse ausgegebenen Entwurf einer verbirten Verfassung, in welcher es heißt: „Sollten unüberstigliche Hindernisse die Verwirklichung der Reichsverfassung unmöglich machen" — Es werden alle unüberstigliche Hindernisse dann, bemerkt der Hr. Staatsrath, welche die Wirkung haben könnten, daß sie die Verwirklichung der Reichsverfassung unmöglich machen. Eben diese Hindernisse haben aber auch wir gesehen und darum die Politik in der deutschen Frage verfolgt, wegen deren sich angeklagt bin. Der weitere Verlauf der Vertheidigung weist aus dem Gefetze vom 25. Juni 1848, in welchem gesagt sei, die Bundesversammlung überträgt die Ausübung der Bundesgewalt der provisor. Centralgewalt, und der Ueberreinkunft über das Interim, zu dem Reden des Königs von Preußen der Eröffnung des Fürstenvorgreifes zu Berlin, wo die Forderung des deutschen Bundes nach und grünbert auf die aus der Forterstein für die württemb. Regierung resultirenden Bundespflichten die Rechtfertigung seiner Ministerhandlungen. Gegen den Schluß, daß — wenn die Fortexistenz des deutschen Bundes behauptet werde, auch die Art. 14 und 17 der Bundesakte noch gelten müßen — bemerkt der Hrr Staatsrath, daß die Bundesakte durch die von dem Reichsverweser rechtsgültig verfandenen Reichsgesetze, die Grundrechte, welche die Abschaffung der Standesvorrechte promulgirt haben, eine wesentliche Einwirkung erfahren habe. Nehmen wir an, sährt der Hr. Staatsrath fort, daß der Bundesakte durch den Staatsgerichtshof erklärt: der deutsche Bund existire nicht mehr, so müßte der König ein Ministerium aus der Mehrheit der Landesversammlung ernennen; dieses Ministerium würde die Matrikularbeiträge verweigern, die deutsche Militärverfassung für aufgehoben erklären u. s. w. Man würde die Folge davon? Es würden keine drei Wochen vergehen und wir hätten österreichische und preußische Executionsmannschaft im Lande. Läugnet man das Bestehen des Bundes, so zerreißt man damit das letzte Band, das die deutschen Staaten verbindet, und schafft lauter souveräne Staaten, von denen jeder einen für sich allein kann, sondern jeder sich wieder an einen andern anlehnen muß. Besteht aber der deutsche Bund, dann ist auch das Verfahren des Oberkommissariums gerechtfertigt, namentlich erscheint die Gründung des Interims als nothwendig, wenn man bedenkt, in welcher Lage damals Frankreich an unseren Thore stand, wie die Reichsfestungen und die Grenzen so leicht hätten in die Hände des Feindes fallen konnen. — Der Redner schloß seine zweistündige Rede mit den Worten: Meine Herren Richter, finden Sie, daß ich die Verfassung verletzt habe, so bitte ich um die strengste Bestrafung, finden Sie aber, daß ich bei Vertheidigung meiner mir anvertrauten Lande mit bestem Wissen und Gewissen handelt habe, so bitte ich Sie, sprechen Sie das mit Entschiedenheit aus, damit dem Treiben, welches Hinabgesunke verwirklichen möchte, und weil es ihm nicht gelingen will, dieselben zu verwirklichen, die öffentliche Meinung und Zustände zu verwirren suche, damit diesem Treiben, welches Revolutionsgewalt sahnt und endose Verwirrung hervorruft, einmal ein Ende gemacht werde. Dann, meine Herren Richter, werde ich die Stunde, in welcher mit überseliter Hast die Anklage gegen mich beschlossen wurde, segnen, weil sie mir Gelegenheit gab, mich öffentlich zu vertheidigen. — Nachdem der Herr Staatsrath geendet, erhielt Schober das Wort zur Replik. Der Gedanke seiner Rede war der: Es handelt sich nicht um die Frage, besteht

der deutsche Bund noch? sondern um die Frage; besteht die Bundesakte noch? Der Reichsoberstaatsgewalt, bemerkt er, bedürfe er zu dieser Frage nicht, obgleich er fortwährend an derselben festhalte. Die Unzulänglichkeit der Bundesakte wird natürlich bewiesen, und der § 85, der durch den § 3 der Verfassung wesentlich beschränkt und -erläutert wird, dadurch aufrecht zu erhalten versucht, daß Hr. Schoder behauptet, der § 3 der Verfassung, nach welchem alle organischen Beschlüsse der Bundesversammlung, welche die verfassungsmäßigen Verhältnisse Deutschlands oder die allgemeinen Bundesbestimmungen betreffen, nachdem sie von dem Könige verkündet sind, für Württemberg verbindende Kraft haben, für aufgehoben erklärt. Aber womit beweist Hr. Schoder, daß dieser § 3 aufgehoben ist? Höchstens durch die Zeitsdestination, daß der deutsche Bund nicht existire. Im Uebrigen zerfällt die Ausführung Schoders in zwei Theile; im einen suchte er den objektiven Thatbestand, die durch die Zustimmung zum Interim und zum Münchner Bundestag consumirte Verfassungsoverletzung nachzuweisen, im andern Theile behandelte er die innere Seite der That. An Schärfe des ersten Theils rechtfertigte sich Schoder gegen den Vorwurf, daß die Landesversammlung nicht sämmtliche Minister in Anklagestand versetzt habe, durch den § 51 der Verfassung, nach welchem die Verantwortlichkeit nur den einzelnen contrasignirenden Ministern treffe.

Hannover, 19. Juli. Ein Kunstfreunden der Landvogteien an die Obrigkeiten verordnet: „Vom königl. Ministerium des Innern wird für angemessen gehalten, daß zur die zur Unterstützung von Schleswig-Holstein beabsichtigten Haussammlungen die nach §. 110 des Polizeigesetzes vom 25. Februar 1847 erforderliche Erlaubniß ertheilt werde.“ (Nieders. Z.)

Wien, 30. Juli. Se. Maj. der Kaiser hat, wie das Neuigkeits-Bureau als verlässlich mittheilt, die Vorlage der Verzeichnisse über die von dem Wiener Kriegsgerichte verurtheilten Personen selbst angeordnet, und in den Verzeichnissen zu Innsbruck sterbenden und die Art der Amnestie eigenhändig bezeichnet. — Nach dem Beispiele anderer Regierungen hat nun auch die Pforte zum Behufe der Besichtigung der londoner Industrie-Ausstellung für 3. 1851 eine Commission zusammengesetzt, an deren Spitze Ismail Pascha steht.

Berlin, 2. Aug. Die gestern hier eingegangene oberreichische Depesche, welche in sehr unumwundenen Ausdrücken erklärt, daß Oesterreich dem serneren Transport baierischer Truppen an Mainz vorbei sich mit Waffengewalt widersetzen werde, hat hier einen solchen Eindruck hervorgebracht, daß ein Zusammenstoß der beiden deutschen Großmächte als sehr wahrscheinlich bezeichnet werden muß. Sowohl das Verhalten Oesterreichs in der Sache selbst, als auch besonders der von ihm eingenommene, plötzlich angenommene Ton scheint hier das Maß der Geduld endlich erschöpft zu haben. Der Kriegsminister Hr. v. Stockhausen hat gestern und heute den größeren Theil des Tages bei Sr. Maj. dem Könige zugebracht, und im Kriegsministerium bemerkt man eine ungewöhnliche Lebendigkeit. Auch in militairischen Kreisen hat die Nachricht von einem drohschlagigen kräftigen und festen Auftreten der Regierung in der deutschen Frage die allmählig eingeschlichene politische Apathie verscheucht und die Gemüther mit einem elektrischen Funkenregen durchzuckt.

Berlin, 3. August. Se. Majestät der König empfing gestern in einer Audienz auf Sanssouci den Fürstenzugmeister Frhrn. v. Haynau.

Berlin, 3. August. Die Demokratie hat bereits in einzelnen Bezirken die Sammlungen für Schleswig-Holstein in die Hand genommen und — welche unverdiente Ehre! — sogar Mitglieder conservativer Vereine werden von erklärten Gegnern der „Volkspartei“ beeingeladen, und um die patriotische Bestürzer angegangen. „Es sei ja keine Parteisache,“ hört man die Sammler versichern. Wissen sie, wie leicht sie sich da zu — gesehen ist, die Conservativen nicht durch bergleichen blanke Redensarten bleiben lassen und betragen insofern zum Besten der Demokratie, als diese hernachmals sich mit denjenigen Opfern groß machen wird, welche aus conservativen Taschen gestossen sind. Manche Conservative sind so gutmüthig, diese plötzliche Anuaherung sammelnder Demokraten für ein Zeichen versöhnlicher Gesinnung verstehen zu halten. Diese anschreuende Versöhnlichkeit und Zutraulichkeit der Gegenpartei hat sich jedoch bis jetzt immer nur dann gezeigt, wann die Gegenpartei der Ueberzeugung huldigte, daß das conservative oder — horribile dictu — reactionaire auch am innigsten Herz in diesem oder jenem Falle auch kein Blech sei. Will ein Conservativer für Schleswig-Holstein ein klingendes Contingent aufbringen, so findet sein Geld wohl noch einen andern Weg nach den Herzogthümern, als den durch die Hände der Demokratie, die es — das muß man sie lassen — treffsicher versteht, sich alle Zeitumstände zu Nutze zu machen. — Der bekannte Gründer der deutschkatholischen Gemeinden, Johannes Ronge, wird jetzt vom Magistrat zu Altona im Auftrage des Ober-Kriegsgerichts in Gütsthaft, als Verfasser des in Altona verbreiteten Aufrufs: „Europa darf nicht kosakisch, Europa muß frei werden!“ strafrichterlich verfolgt.

(N. Pr. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 30. Juli. In Flensburg sind am 27. d. M. 53 danische Offiziere beerdigt worden. In Apenrade sind 150 danische und 180 schleswig-holsteinische Todte daselbst beerdigt worden sein. — Der Verlust der dänischen Armee in den Schlachten am 24. und 25. d. M. stellt sich noch bedeutender heraus, als nach den ersten Berichten. — Nach Privatnachrichten sollen bis jetzt im Ganzen 1200 Offiziere getroffen (einschließe der nachträglich in den Lazarethen gestorbenen, denn auf dem Schlachtfelde selbst sollen wirklich nur 11 gefallen sein) und außerdem noch 97 verwundet sein. Von Unteroffizieren u. Gemeinen sollen an 2000 todt und 2900 verwundet sein. Vermißt werden 400.

Kopenhagen, 1. August. Nach „Fädrelandet“ sollen nicht 2000 schleswig-holsteinische Verwundete in dem Hospital in Schleswig gefunden worden sein, sondern nur 800 und darunter auch Generalmajor Graf Baudissin (?). Nach der „Berling'schen Zeitung“ befanden sich noch 18 schleswig-holsteinische Aerzte bei ihren Verwundeten in Schleswig, als die Dänen einrückten, darunter aber im Begriff, sich zu entfernen; der dänische Hochstcommandirende befahl ihnen jedoch, zu bleiben, bei ihren Verwundeten die ärztliche Hilfe zu versehen. — Gestern hatte der hier in diesen Tagen zurückgekommene kaiserl. österreichische Gesandte und bevollmächtigte Minister am hiesigen Hofe, Frhr. v. Brünn, eine Audienz bei dem König und überreichte demselben ein Schreiben seiner Monarchen. Die hiesige Bürgerwehr hat sei gestern die Hauptwache bezogen und ist daher anzunehmen, daß das hier stehende Militair im Felde verwendet werden soll.

Neuestes.

Stuttgart, 4. August, Morgens. In Eile die wichtige Nachricht, daß Oesterreich, Bayern und Württemberg übereingekommen sind, in Schleswig-Holstein einzuschreiten und dem weitern Blutvergießen Einhalt zu thun. Man spricht von Mobilmachung unserer Truppen und einer persönlichen Zusammenkunft der drei Fürsten; auch Hannover soll mitwirken. (Schw. M.)

Aus Thüringen, 2. August. Die Armirung der Ersurter Festungswerke war einige Zeit unterbrochen worden, wird aber jetzt wieder kräftigst fortgesetzt.

T. D. Neudenburg, 4. August. So eben sind zwei Proklamationen des Oberbefehlshaber Willisen öffentlich verlautet worden. Die auf dessen Anordnung vorgenommenen großartigen Befestigungsarbeiten von Neudenburg werden in wenigen Tagen vollendet sein. Wenn es dem Feinde bisher nur mit dem größten Versuch gelungen ist, vorzudringen, und die offene Feldschlacht von ihm deshalb abgebrochen werden mußte, so wird er es nicht wagen, uns hinter unsern Verschanzungen aufzusuchen. Man spricht von einem angeblichen Vorschlagsgesecht des Generals Brederoff(?) auf der Halte Wegs zwischen hier und Schleswig.

(T. D.-P.-Z.)

Wien, 1. August. Man will wissen, daß Sachsen und Hannover von Wien aus aufgefordert worden, Holstein vor feindlicher Invasion zu schützen, widrigenfalls Oesterreich die Mainlinie occupiren wolle. Von Oesterreich geschehen also entschiedene Schritte in der Frage der Herzogthümer. Dazu kommt noch die ausgesprochene Annäherung Oesterreichs an Frankreich, welcher Flotte in den dänischen Gewässern ersehen kann und muß, was für den Ausgang Alles wetter Oesterreich, nach Deutschland in maritimer Beziehung zu leisten fähig sind. — Große Aufregen erregt die Flucht des Hrn. Andrasty, Gen.-Adjutanten Haynau's, und die Entwendung der ganzen Korrespondenz desselben mit dem Ministerium und Cabinet. Allen Vermuthen nach ist der Flüchtige den Weg nach der Turkei eingeschlagen. (Z. Z.)

Brüssel, 3. Aug. Thiers befindet sich bei Metternich.

Die Circulardepesche des österr. Kabinets in Betreff des Vorschlags der Einberufung des engeren Rathes wird jetzt vollständig bekannt. Sie lautet: Gegeben: Wien, den 16. Juli 1840. In meinem Erlasse vom 10. d. M. habe ich Ew. — den Gang und die Erfolglosigkeit unserer letzten mit dem preuß. Kabinette gepflogenen Unterhandlungen zur weiteren Mittheilung an die — Regierung bekannt gegeben. Zeit und Umstände drängen zu einem Entschlusse, und word derselbe ein entscheidender sein müssen. Wir hatten es daher für unsere Pflicht, noch einmal unsere Ansichten einer ernsten Prüfung zu unterziehen und deren Ergebnis unsern Bundesgenossen mitzutheilen, um denselben die Möglichkeit zu geben, sich zu überzeugen, ob unsere Auffassung der Sachlage und daher auch unserer Beurtheilung derselben die richtige sei. Wir haben uns Fragen gestellt und dieselben gewissenhaft zu beantworten gesucht. Die erste, welche sich uns aufgedrungen hat und aus der sich alle übrigen ergeben müssen, ist natürlich jene: ob das Bestehen des deutschen Bundes ohne eine Verfassung und ohne eine gemeinsame Organ seines Willens und Handelns möglich sei? Diese Diese aber nicht der Fall ist, so muß es als eine Pflicht aller Genossen dieses als unauflöslich erklärten Vereins erkannt werden, die vertragsmäßig eingegangene Verfassung so lange anzuerkennen, bis auf gesetzlichem Wege eine neue zu Stande gekommen sein wird, und nicht minder dafür Sorge zu tragen, daß der Bund eines rechtmäßigen Centralorgans nicht entbehre. Ohne die gewissenhafte Erfüllung dieser beiden unerläßlichen Bedingungen der Existenz des Bundes ist auch eine Anerkennung der Gültigkeit der Bundesverträge und der auf ihnen hervorgegangenen Rechte und Pflichten nicht denkbar, da die Bundesverfassung den Begriff dieser Rechte und Pflichten feststellt und die Gelegenheit darf nicht vorübergehen, wie die Erfüllung der unter uns durch das oberste Organ der Gesammtheit geschlossenen Verträge vermag. Ist es erkannt, anzunehmen, daß diesen Verpflichtungen allerd entsprochen werde? Die Ansichten über die Gültigkeit der Bundesverfassung sind getheilt, indem von mancher Seite nur noch einzelne Bestimmungen als zu Recht bestehend anerkannt, die übrigen dagegen als aufgehoben betrachtet werden. Die deshalb sich kundgegebene Verschiedenheit der Meinungen, welche noch überdies je nach Zeit und Umständen schwanken, hat bei der versuchten Aufstellung hierauf bezüglicher Grundsätze und deren Anwendung zu einer Willkür geführt, in deren Folge vollständige Verwirrung der Begriffe eintreten mußte und alles Recht in Frage gestellt worden ist. Die durch die

Bedürfnisse der Gegenwart gebotene Revision der Bundesverträge wird demnach um so dringender, je empfindlicher die Nachtheile zu werden beginnen, welche diese Zustände erzeugen müssen. Eben so gibt es seit dem 1. Mai d. J. kein in allgemein anerkannt rechtlicher Wirksamkeit stehendes Organ des Bundes. Die Bundesentwürfe nur für sich, welche bis dahin als ein solches gegolten hatte, setzt zwar noch ihre Thätigkeit fort, doch kann das von einer unabweislichen Nothwendigkeit abgedrungene Zugeständniß, dieser Behörde die Verfassung einiger gemeinsamen Angelegenheiten auch ferner anzuvertrauen, derselben nicht länger die Eigenschaften beilegen, welche ihnen für eine bestimmte Dauer zuerkannt worden sind. Diesemnach sind alle Bundesgenossen verpflichtet, zur Einsetzung eines neuen Bundesorgans die Hand zu bieten. Kann nun wohl von Jenen, welche die Bundesverfassung nicht mehr, oder nach Gutdünken nur theilweise anerkennen und ihre ausschließe Mitwirkung zu der allgemeinen als nothwendig und dringend betrachteten Revision derselben, so wie zur Bildung eines neuen Bundesorgans verlangen, angenommen werden, daß sie noch an die Giltigkeit der Bundesverträge glauben und daher die Verpflichtungen zu erfüllen gedenkt, welche dieselben ihnen auferlegen? Wird aber diese Mitwirkung nicht verlangt, wenn man dieselbe an unzulässige Bedingungen knüpft, und muß es nicht als eine derartige Bedingung angesehen werden, wenn verlangt wird, daß während der Verhandlungen über ein Provisorium und über die Neugestaltung des gesammten deutschen Bundes die Wirksamkeit der Bestimmungen der Wiener Schlußakte, „den deutschen Bund in seiner Verfassung nach Maßgabe des unter ihnen verabredeten und diesem Vertrage anzuschließenden Entwurfes zu gewähren“ Daß aber dieses sich am 26. Mai vorigen Jahres vorgefaßte Ziel noch unverrückt vorfolgt wird, geht aus unzähligen Thatsachen und auch öffentlichen Aktenstücken hervor, aus welchen letzteren nur auf die k. sächsischen Regierung auf die Anzeige von ihrem Austritte und der Union ertheilte Erwiderung, — das von dem kgl. preußischen Minister der anwärtigen Angelegenheiten an den k. hannoverschen Gesandten am 22. v. M. erlassene Antwortschreiben und die Note des gegenwärtigen hannoverschen Staatsministeriums an die königlich hannoversche Regierung vom 13. v. M. hervorzuheben braucht. Sie liefern den klaren Beweis, daß die Lösung der Aufgabe, welche die verbündeten Regierungen sich durch den Artikel 4 des Bundesstatutes vom 26. Mai gestellt haben, auch heute noch in gleicher Weise festgehalten wird. (Forts. f.)

Berlin, 28. Juli. Schluß der von Preußen an sämmtlichen deutschen Regierungen mitgetheilten Druckschrift zur Erläuterung des Friedensvertrags v. 2 Juli. d. J.: Für den Fall jedoch, daß eine solche Verständigung ohne Resultat bleiben sollte, darf es nach dem Friedensschlusse Preußen, dem König von Dänemark als Herzog von Holstein eben so wenig verfagt sein, nach Maßgabe des Bundesrechts die Intervention des Bundes in die holsteinischen Angelegenheiten zu beantragen. Es ist bekannt, daß Se. Majestät noch während der Dauer des Kriegszustandes die Annahme eines Bevollmächtigten bei der provisorischen Executivcommission gerade im Hinblick auf die Wiederherstellung seiner Autorität in Holstein verlangt hatte. Die Bundescommission hatte jedoch hierauf nicht eingehen können, da der Antrag offenbar den Verhältnissen vorgriff und einen Frieden voraussetzte, welcher erst geschlossen werden sollte. Nach geschlossenem Frieden würde es dagegen eben so wenig den Verhältnissen entsprechen, wollte der Bund einen solchen Antrag ohne Prüfung zurückweisen. Der König-Herzog würde demnach darauf antragen, die Ausübung seiner legitimen Autorität in Holstein wiederherzustellen, einer Autorität, welche an sich niemals, weder von den Herzogthümern, noch von Deutschland, in Frage gestellt ist, deren Ausübung jedoch bei der Lage des Streits und dem Kriegszustande während der letzten Jahre nothwendig suspendirt bleiben mußte. Der König-Herzog würde gleichzeitig seine landesherrlichen Absichten für die Verbürgung des Landes, die dem Lande gestellten oder zu stellenden Bedingungen, mittheilen. Hierauf hat alsdann der Bund seinerseits darüber zu urtheilen, ob nach Maßgabe der bestehenden Verträge und der ihn begleitenden Bedingungen, endlich seiner, des Bundes eigenen Lage und Verhältnisse er es für nöthig oder dienlich erachtet, gegenwärtig mit seiner Bundesautorität in Holstein einzuschreiten. Die volle Competenz des Bundes in dieser Angelegenheit ist ihm für jetzt noch keineswegs gewahrt, aber auch die Freiheit gelassen, ob er für jetzt diese Machtvollkommenheit gebrauchen will oder nicht. Der Bund kann sogleich einschreiten, er kann es aber auch in Berücksichtigung aller obigen Verhältnisse vorziehen, die streitige Angelegenheit vor der Hand der eigenen Entwicklung überlassen, auszuharren also bis Wiederherstellung der Autoritätsbasis dem Landesherrn, die Vertheidigung der streitigen Landesrechte dem Lande anheimgeben. Nach dieser Stellung der Verhältnisse war es jedoch nicht zu umgehen, auch von dem Prinzip der Unverletzlichkeit des Bundesgebiets für den vorliegenden Fall eine Ausnahme zu machen: man mußte sich vorbehalten, feindselige Operationen des dän. Heers in Holstein, also innerhalb des Bundesgebiets, zu verbieten. Ohne Zweifel war dies der schwierige Punkt der gesammten Negotiation; allein er schien, wenn man überhaupt Frieden schließen oder nach dem Frieden noch schiimmeren Eventualitäten ausweichen wollte, ganz unvermeidlich. Auch hier erwächst die Schwierigkeit der Lage aus demselben Problem, welches die ganze Angelegenheit von Anfang an und in jeder ihrer Phasen stets aufs neue verwickelt: die Verbindung, welche das deutsche Bundesland Holstein mit dem nichtdeutschen Lande Schleswig so unzertrennlich festhält. Holstein betrachtet sich in diesem Augenblicke, im Krieg und Frieden, als mit Schleswig solidarisch: es wird, wenn über das Schicksal Schleswigs, wie doch möglich ist, die Waffen entscheiden sollen, an diesem Kampfe ohne Zweifel Theil nehmen. Will Deutschland mit Dänemark im Frieden sein, so müßte es der Strenge nach den Krieg des deutschen Bundeslandes Holstein mit dem nichtdeutschen Schleswig gegen Dänemark hindern. Hat aber der deutsche Bund Gründe, in Holstein nicht einzuschreiten, läßt er zu, daß zwischen Holstein und Schleswig eine kriegerische Solidarität eintritt, so kann anderseits die kriegerische Solidarität, die aus den Verhältnissen zwischen Holstein und Deutschland besteht, in diesem Fall nicht völlig festgehalten werden. Gesetzt den Fall, der Bund schreite in Holstein mit Verboten ein, so würde es sehr die Frage sein, ob das Land denselben Gehorsam leisten würde. Dann könnte der Bund, um das Prinzip der Unverletzlichkeit der Bundesgrenze nicht durchzuführen, in die tragische Lage gerathen, innerhalb seiner Grenzen seine Waffen gegen das eigene deutsche Land kehren zu müssen. Die Wahl konnte also hier nicht zweifelhaft sein: es mußte dem König-Herzog die Anwendung kriegerischer Operationen auf Bundesgebiet, so weit er nämlich eigene Kriegsmittel zur Anwendung setzte, gestattet werden. Es versteht sich indeß von selbst und liegt auch unzweifelhaft in dem Rechtsverhältnis der Ast. III, daß dem Bunde stets vorbehalten bleibt, ob und wie er weiter in die Angelegenheit eintreten will, sobald seine eigenen Verhältnisse und die Lage der Sache es ihm rathlich erscheinen lassen. Es versteht sich ebenso von selbst, daß die Rechtszustände, die aus der Selbstentwickelung der Angelegenheit in den Herzogthümern möglicherweise hervorgehen konnten, das Bundesrecht in keiner Weise afficiren und daher weder eine Anerkennung derselben von Seiten des Bundes, ohne vorgängige Prüfung seinerseits, gefolgert, noch weniger aber eine stillschweigende Genehmhaltung oder Garantie derselben vorausgesetzt werden darf. Art. V stipulirt Revision und Feststellung der Grenze zwischen dem deutschen Bundeslande Holstein und dem nichtdeutschen Schleswig, die im beiderseitigen Interesse, des betreffenden und des jenseitigen, wünschenswerth erschien. Doch ist dabei Verwahrung eingelegt und durch die Zusicherung des königl. großbritannischen Gesandten, Grafen von Westmoreland, als Repräsentanten der vermittelnden Macht, in der Friedensconferenz noch ausdrücklich bestätigt worden, daß durch eine Regulirung der Grenzlinie die übrigen Rechte und Gerechtigkeiten der grenzenden Territorien an einander (z. B. privatliche und politische Jura in re, Staatsservituten, Fluß-, Strom- und Dafrngerechtigkeit, Fortsetzungsgerechtigkeiten und dgl. mehr) nicht berührt, sondern in ihrem rechtlichen Bestande nach wie vor gewahrt bleiben sollen. Art. VI setzt die Ratificationsfrist auf drei Wochen fest, als denjenigen Termin, welcher für das Einlaufen der Ratificationen von Seiten aller Genossen des deutschen Bundes angemessen erschien.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 3. August. Weizen 12 fl. 28 kr. Korn 7 fl. 9 kr. Gerste — fl. — kr. Haber 4 fl. 21 kr.

Handels-Berichte.

Mainz, 2. August. Das Getreidegeschäft bleibt fortwährend ohne besonderes Leben und der Umsatz darin ohne Bedeutung; die Preise laufen im Laufe dieser Woche noch ein wenig und sind heute in effect. Waizen fl. 8½—⅛, für Roggen fl. 5¼—⅓, Gerste fl. 5½ per netto 100 Kil. — Rüböl ist noch mehr im Preise gewichen und wird heute in effect. Maare à Mstr. 37½ per 290 Pfd. l. G. angeboten, findet aber zu diesem Preise nur wenig Nehmer; auch auf Lieferung in spätere Termine ist es mit diesem Artikel flau. Mit Repö ist es ebenfalls niedriger und wird mehr als fl. 14 per Malter nicht mehr geboten. — Mohnöl fl. 23½ per 50 Kil. ohne Faß.

Frankfurter Cours.

Den 5. August 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1205	1212
„ 5% Metallique	63½	64
„ 4% „	63½	64
„ 3% „	48	48½
„ 2½% „	43⅝	44
„ 4½% Bethmann	77⅞	78¼
„ 4% „	67	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	100½	101
„ „ 100 „ 1834.	159	159½
Preußen 3½% Sl. Schuld Scheine.	87	87½
„ 5% Prämien Scheine.	107¼	—
Bayern 3½% Obligationen	84	84½
„ 4% „	89½	89¾
„ 5% „	100¼	100¾
Württemberg 3½% „	84½	85
„ 4½ „	96¾	98¾
Baden 3½% „	82½	82¾
„ fl. 35 Loose	31¾	32
„ fl. 50 „	53	54
Nassau fl. 25 „	24½	25¼
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	74½	74⅝
„ „ 25 „	28	28½
Thurn fl. 300 „	139	—
Sardinien Loose à 36	33¼	34¼

Es sucht ein Bauersmann in hiesiger Gegend gegen doppelte Versicherung ein Kapital von 2100 fl. aufzunehmen. Die Taxe wolle im Expeditionslokal dieser Zeitung eingesehen werden.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhof 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 188. Würzburg, Mittwoch den 7. August. **1850.**

Unsere gegenwärtige Verwirrung.

„Mörder und unaufhörlicher mit jedem Tage schürfen sich rings um her zu Knoten die Fäden, welche Verbindung, Uebermuth und Eitelkeit seit einer Reihe von Jahren an- und weiterspinnen durften. Nachgerade sind die so oft und als unvermeidlich vorher gesagten Folgen nun auch dem blödesten Auge als vollendete Wirklichkeiten klargeworden. Die Früchte der Ueberspannung und der Uebertreibung sind da. Nun stutzt man wohl; man schaudert vor ihnen zurück. Damit wird uns nichts erspart sein. Der rasche, besonnene Entschluß, die nothwendige Folge wahren, klaren Erkennens?! — Erwarten wir denn noch Zeichen und Wunder? oder ist es der Thatsachen zur Erkenntniß noch nicht genug? oder sind wir wirklich so erschlafft, daß wir dem Erkennen nicht die That, dem Wunder nicht einmal mehr den Glauben folgen lassen? — Und als ein Wunder möchte es fast anzusehen sein, daß der allem Uebermaß und Schwindel gewisse Fluch des Verbrechens nicht rascher auf dem Fuße folgt, daß uns noch eine Frist und selbst die Mittel vergönnt sind, uns selbst zu retten. — Im Norden sehen wir ein Trauerspiel, welches allerdings geeignet ist, jedes nationale vaterländische Gefühl zu erregen. Uns blicken wir, wie nach Westen, so nach Süden, nach Ost und West: überall wirbelnde Verwirrung, dichter Nebel, Ausflüchte. Ränke, bündige Grundsätze und Verträgen vor eine willkürliche Auslegung untergeschoben; und daraus folgt denn, was immer daraus folgt: Schwäche und Mißhandlung. Und dort hört man auch überall das Pochen auf Recht und Vertrag. Was ist der Grund dieser Widersprüche, dieser Verwirrung um aller Augen? ist es augenscheinlichen, sie empfindenden und beharmenten Folgen? Das Vergessen des ersten Rechtsgrundsatzes: Justitia nihil expetit prämii, nihil pretii; per se expetitur. Da liegt der Grund, da liegt auch die Heilung des Verderbens. Das Morden und Fressen um eigenen Gewinn zur Uebervortheilung des andern, das Zerreißen des Rechts, um nur dem Titel nur dem eigenen Vortheil zu dienen, das ist die Wunde unserer Entwürdigung. Bevor man nicht davon läßt, und das ganze Recht um des ganzen Rechts willen achtet und anerkennt, anstatt nur den gelegentlichen Theil um des Theils und des eigennützigen Vortheils willen gerissen zu lassen, und so auf den einfachen, vollen, wahren und ganzen Boden des Rechts zurückkehrt, um dort allen berechtigten Ansprüchen ihre Anerkennung und Befriedigung zuzugestehen: ohne das ist keine Erhebung von der Schmach, die uns drückt; Klagen und Verwünschungen, Forderungen und Begehren bleibt Worte. Betrachten wir die verwirrliche Politik der letztverflossenen Jahre, so wird uns das Wesen dieser zunächst prottum expetens wohl klar werden. Denken wir nur der Bodelschwingh'schen Rechtsdeductionen, der Anerkennung des Bundes und der Nichtanerkennung der Bundesverfassung, der deren willkürlichen, theilweisen Gestaltungen, wie es dem augenblicklichen Vortheil gerade genehm sein mochte. Man will einen Bund im Bunde gründen, von dem man selbst anerkennen muß, daß die nothwendigste Vorbedingung seiner, die gesicherte Existenz dieses sei; und dennoch thut man Alles, um dieses zu zerreißen und zu hintertreiben. Man will sich der beschränkenden Bestimmungen dieses entziehen, um in jenem um so willkürlicher schalten zu können; und dennoch steht man sich überall gezwungen, um nur irgendwo einen Anhaltspunkt zu finden, auf die gelungenen Verfassungsbestimmungen, z. B. das Stimmverhältniß, zurück zu kommen. So macht man die schimmste aller Revolutionen: eine Verwirrung aller festen Rechtsbegriffe. Mit gewaltigem Pomp und Enthusiasmus für Recht und nationale Ehre stürzt man sich und Andere in einen unbesonnenen Krieg. Was man eigentlich wollte, wird nicht erreicht. Man empfindet bald, daß man mehr unternommen, als man zu tragen im Stande ist. Man verzagert, kraftlos und verwirrt nur noch mehr. Endlich will man der Bürde um jeden Preis los werden, und schließt einen Frieden im Namen des verhaßten Bundes, vorbehaltlich dessen Ratification. So erzwingt die Nothwendigkeit eine Anerkennung, welche man auf alle Weise umgehen möchte. Aber indem man die unerträgliche Last so auf fremde Schultern abschütteln will, treibt der Eigennutz doch auch wieder dahin, daß man das, was man selbst nicht zu Ende zu führen vermochte, nun auch jenem nicht offen zugestehen mag, daß man den Bund, zu welchem die Noth zurückkehrte, auf der andern Seite lähmt und in seiner Kraft- oder Kraftäußerung hemmen möchte. Und Alles das thut man im Namen der Ehre und des Rechtes, weil man durch gegebenes Wort auf diese Bahn gebannt sei; während deutsches Blut fließt und deutsche Ehre verpfändet wird, weil dieses sogenannte Ehrgefühl als möglichen Mißgriffen hinlänglich sicher, um dem Einhalt zu thun. Freilich wendet man uns dagegen ein, daß eben wir Schuld daran seien, daß Preußen nicht kräftiger und entschiedener habe auftreten können, weil wir ihm nicht die nothwendigen Mittel dazu hätten zugestehen wollen. Wir wüßten nicht, warum wir Neigung empfinden sollten, Preußen zum Opfer unserer deutschen Ehre herauszupumpen, wenn Deutschland selbst vollkommen dazu im Stande ist. Wir werfen den Vorwurf getrost zurück. Wehrhaft hemmte Preußens Anmaßung Deutschlands Wiedererobrerung und Aufkehr auf einen festen, verbürgten Boden, auf welchem die ganze Welt seine Autorität anerkennen und respectiren mußte? Man wird uns hoffentlich antworten können: weil es Preußen eingefallen und beliebt, Deutschland zu sein. Und hat es in diesem Kriege und Frieden etwa bewiesen, daß es diese Rolle zu spielen vermag? — In diesem Dunkeln und Mäkeln des Rechts, welches in der dämlichen Frage sich schon mit dem Worte: Bundesexecution, sie in denselben Augenblicke, z. B. in Baden, wieder auf das Grobdirecte verlegt, indem man den Artikel V der Kriegsverfassung, ohne welchen trotz aller Deductionen von Bund und Bundesverfassung der Bund unbedingt ist, geradezu Hohn spricht: in dieser Justicia pretium expletus liegt die Wurzel unserer ganzen Verwirrung. Und sie ist allein dort finden wir es. — Wir müssen gestehen, auf ganz einem und demselben Gusse scheinen uns auch die Rodomontaden und Declamationen vieler Blätter über Schleswig-Holstein und deutsches Recht und deutsche Ehre zu sein. Wir haben es bei uns bereits in nächster Nähe gesehen, wozu man unter hochtönenden Phrasen diese Dinge auszubeuten versucht hat, wie diese alle Parteiunterschied gegenwärtig wohl jeden Herz erregen. Man will sie wieder wie früher, zu einen Götzen selbstsüchtiger Parteiwerke machen; Menschen, denen mit der Erschlaffung aller Ernüchterung verbesserter Massen ihr eigentliches Lebenselement ausgegangen ist, möchten sich damit auch einmal in den eitlen Sonnenschein trügerischer Popularität hineinsitzen, dessen gänzliches Erblassen und die ergrane Bedeutungslosigkeit sie nicht länger zu ertragen vermögen. Der Ersatz hat gefehlt, wie sehr sie sich verrechnet. Ihre wahren Zwecke sind nicht erreicht. Und was hätte in der Sache selbst erreicht werden können, die man gleichsam verschiebt? Die Herzogthümer verlangen Freiheit; Deutschlands Lage und Existenz verlangt, daß es bald möglichst wieder auf eine sichere, anerkannte Basis gebracht werde, wo es Achtung gebieten und Ehrfurcht hegen kann. Gleichviel, ob man neue Elemente in jene mystischchen Länder weist, die nur im Kampfe Befriedigung und Ueben finden? Wird man jenes erreichen, wenn man im Augenblicke der dringendsten Anforderungen nur der Stimme des Ehrgeizes, der Herrschsucht, selbstsüchtigen Parteiinteressen oder phantastischen Schwärmereien folgen will. Die nächste Aufgabe nun und Nothwendigkeit ist jetzt, daß Deutschland die organischen Mittel wieder gewinne, um handeln zu können, seien sie immer so mangelhaft, und der Verwirrung beendrtig. Es wor die höchste Zeit, daß dazu, ohne alle weiteren Rücksichten, die letzten Schritte geschehen. Im Augenblicke der Wahl ist nicht an diese Zeit, wo der Wahlzeuge zu wählen. Man handelt, wie und womit man kann. Wer das nicht versteht, wer dem nicht die eigenen Begierden, eine Lieblingsidee oder gar nur ein phantastisches Hirngespinst zu opfern vermag: wahrlich, mit dessen Patriotismus steht es schlecht, der ist ein todtes Gut, eine hindernde Schrift."

(H. J.)

Landtagsabschied.

München, 29. Juli. (Forts.) Bei neuen Anstellungen von Beamten wird die Zuschreibung freier Wohnungen künftig nicht mehr gestattet, und ist die Nichtbestandsschädigung in den meisten Fällen bereits normirt. §. 13. Die von den Gemeinden vertragsmäßig und freiwillig übernommenen Verpflichtungen zur Stellung von Beamtenwohnungen vermögen Mir zur Zeit nicht aufzuheben, doch werden Mir Sorge tragen, daß diese Verpflichtungen nicht über das nothwendige ausgedehnt und die Gemeinden nicht durch unbemessene Anforderungen der Beamten belästigt werden. §. 14. Mir werden die Bestimmung über die auf Staatsfesten zu übernehmenden Straßen einer abermaligen Prüfung unterstellen, und so auch den Resultaten dieser Prüfung die im Budget bewilligte Summe von 35,592 fl. vorerst belassen. §. 15. Mir haben durch die an den Landtag gebrachten Vorlagen bereits zur Genüge erkundet, daß die Verbesserung des Looses der Volksschullehrer Unserer landesväterlichen Fürsorge nicht ent-

gangen ist. Die von den Kammern gewünschten statistischen Erhebungen über die Organe der Schulstellen auf dem Lande und in den Städten werden, wie auch unsere Kreisregierungen zusammen lassen, ohne besonderen Anstand schon jetzt bestimmte weitere Gehaltsverhältnugen in Aussicht zu stellen. §. 16. Entsprechend der gestellten Bitte haben Wir Unser Staatsministerium der Finanzen und Unser Kriegsministerium beauftragt, vom 1. August 1850 beginnend, unter Ueberweisung des erforderlichen Betrags auf die Pensions-Aushilfsfonds eine Pensionsvormerkung von 12. Oktober 1822 auch auf die vor diesem Tage pensionirten Offiziere, insoweit die persönlichen Verhältnisse dieser Pensionirten es zulassen, anzuordnen und die vorhandenen erforderlichen Erhebungen anzuordnen. §. 17. Zur Erfüllung des Wunsches: „es möge für die religiöse Pflege des Militärs durch Anstellung von eigenen Geistlichen besonders Sorge getragen werden," werden Wir die geeigneten Einleitungen treffen lassen, wobei zugleich die Frage über die Wiederherstellung der Garnisonspfarreien, dort, wo sie schon bestanden, in nähere Erwägung gezogen werden wird. §. 18. Auf den Antrag: „es möchte den auf den Generalakt v. 8. der Conföderations-Ordnung des Bundes gegründeten Verbindlichkeiten des Aerars gegen die protestantischen Kirchengemeinden, und Stiftungen in den ehemaligen Fürstenthumern Ansbach und Bayreuth überall mit Verwendung aller Rechtsverschwerung entsprochen werden," haben Wir zu bemerken, daß Wir alles jenen Gefallen, in welchen bezüglich der Bundesverbindlichkeiten den k. Staatsärars protest. Kirchengemeinden und Stiftungen gegenüber die Anwendbarkeit des benannten Gen.-Art. 8 als unzweifelhaft erscheint, mit Nachsicht auf den Plenarbeschluß des O.-Appell.-Gerichts vom 14. Febr. 1844 die drastalische Bauplicht ohnerlich nicht krankhaft werde. §. 19. Dem gestellten Antrage: „es möge dahin Unser Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, die Aera des drastalischen Theaters und Gesellschaftshauses zu Regensburg, das gesammte Brandversicherungs-Kapital und das vorhandene Baumaterial der Stadtgemeinde Regensburg mit einer zum Wiederaufbau als solchen bestimmten Kriegsschuld zu überlassen," 20. Der an und gestellten Bitte: „die Staatsregierung möge durch Vereinfachung der Dienstreichungen, namentlich bei den Ausschlagsgefällen, dann durch strenge Beschränkung des Aufwandes in allen einzelnen Verwaltungszweigen und Ausgabsbewilligungen und Erhebungs-Gebühren auf möglichste Minderung der Betriebsverwaltungs- und Erhebungs-Kosten hinwirken, und durch die Kreisregierungen und Unterbehörden hinwirken lassen," werden sich die geeigneten Staatsministerien bei den diesen Gegenstand berührenden Vollzugs-Anordnungen ein genaues Augenmerk zuwenden. §. 21. Nicht minder wird Unser Staatsministerium der Finanzen bei den von den Kammern als besonders dringend bezeichneten Verwünschte Verzeichniß aller unter die Rechnungsrubrik „Oekonomie und Gewerbe" fallenden Realitäten anfertigen und mit dem nächsten Budget dem Landtag in Vorlage bringen. §. 22. Wir werden den ausgesprochenen Wunsch: „die königl. Staatsregierung möge darauf Bedacht nehmen, diejenigen Kapitalien nunmehr, welche in der Central-Staatskasse bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hinterlegt sind, und nicht, wie das Verlagskapital und die Ablösungsgelder von Staatsgrundrenten eine spezielle Bestimmung haben, zu dem Eisenbahnbau zu verwenden," bei der über die Deduktion der Eisenbahnbau-Kosten in nächstkünftigen Landtag gelangenden Vorlage in reifliche Erwägung ziehen lassen. §. 23. Auf den an uns gerichteten Wunsch: „dahin zu wirken, daß, wenn eine erhebliche Herabsetzung des Zolls auf indischen Zucker eintreten sollte, die Besteuerung der inländischen Rübenzucker-Fabrikation entsprechend ermäßigt werde," verweisen Wir auf die in den Verträgen über die Feststellung des Zolltarifs vom 8. Mai 1841 enthaltenen und mit Anerkennung des Landtags verfehenen Bestimmungen über die Besteuerung der Rübenzuckerfabrikation, zu deren Aufrechthaltung für die Dauer dieser Verträge Wir Uns gegen die übrigen zollvereinländischen Regierungen verpflichtet haben. §. 24. Wir werden dem Antrag: „daß, wenn Maßregeln getroffen, um Staatsforsten gegen grobere Waldfrevelthaten aus denen eigene Reviere gebildet werden können, zum Verkaufe kommen, und solche preiswürdig accquirirt werden können, dieselben für Staatserwerbung angekauft werden," nach Thunlichkeit und Maßgabe des jeweiligen Standes der Kaufschillingsgelder die entsprechende Beachtsnahme zuwenden lassen. B. Wünsche und Anträge in den Nachweisungen. A. In den Einnahmen. §. 25. Lotto. Im Sinne des von den Kammern gestellten Antrags: „es wolle das Lotto mit dem 30. Sept. 1851 aufgehoben werden, haben Wir längst schon die geeigneten Einleitungen treffen lassen, und tragen Unserem Staatsministerium der Finanzen auf, zu lassen Bolzug ferner das Erforderliche vorzuthren. Die einzige Spielbank, welche in Bayern im Bade Kissingen bestund, ist bereits im verflossenen Jahre geschlossen worden. Wir werden auch nicht ermangeln, darauf hinzuwirken, daß in dieser Beziehung gemeinsame Maßregeln für ganz Deutschland zu Stande kommen. §. 26. Zölle. Hinsichtlich der Rheinschifffahrts-Abgaben werden Wir, gleichwie schon bisher, das Geeignete auch ferner veranlassen, um jede thunliche Erleichterung der Rheinschifffahrt bezüglich der auf derselben ruhenden Lasten und Abgaben zu bewirken. Ebenso wird Unser Absehen fortan darauf gerichtet sein, die Schifffahrt auf der Donau, auf den Grenzflüssen gleichfalls zu gemeinsame Erleichterung, sowohl in Bezug auf die noch bestehenden Wasserzölle einiger Gemeinden in Bayern, als mittelst Verwendung bei der k. k. österreichischen Regierung hinsichtlich der österreichischer Seits noch zur Erhebung kommenden Schifffahrts-Abgaben zu zugewenden. Die bereits hierüber eingeleiteten, mit der kaiserlich-königlich österreichischen Regierung im Gange. In Ansehung der Mainzölle und Recognitionsgebühren wird bei Fortsetzung der Verhandlungen mit den Regierungen der übrigen Mainuferstaaten über die Schifffahrts-Ordnung wie bisher auf mögliche Verminderung der noch unerläßlich bestehenden Abgaben hingewirkt werden. Gleichwie Wir bereits durch den Erlaß der Niederlage-Gebühren auf Unseren Hallen dem Gütervertehr eine erhebliche Erleichterung gewährt haben, so werden Wir zu gleichem Zwecke auch eine Revision der Verordnung vom 26. Okt. 1812, die Verhältnisse des Hilfsperonals betr., in Bälde eintreten lassen, bezüglich der Ladegebühren eintreten lassen. Hinsichtlich des erneuerten Antrags Unserer Kammern wegen Vorsorge für angemessene Schutzzölle zu Gunsten einiger wichtigen Industriezweige, nehmen Wir auf die im Landtagsabschiede vom 23. Mai 1846, III. Absch., Ia. A. §. 6 erfolgten Zusicherungen Bezug, und werden bei fünftigen Verhandlungen unter den Zollvereinsstaaten Unserem Bevollmächtigten stets zur Richtschnur gedient haben, auch auf ferner werden beobachtet werden.

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

* Würzburg, 7. August. Gestern Abend um 6 Uhr kam Se. Maj. unser Allergnädigster König Maximilian II., von Aschaffenburg kommend, hier an und wurde unter dem lauten Jubel der Bevölkerung empfangen. Heute früh um 8 Uhr inspicirten Hochstdieselben sämmtliche hier in Garnison liegenden Truppen und den Landwehr-Regiments, und setzten dann um 9 Uhr Ihre Reise über Ansbach nach Manchen fort.

München, 5. Aug. Gestern Abend starb dahier der Generallieutenant und Oberst-Inhaber des Infanterie-Regiments Nr. 13, Friedrich Frhr. v. Hertling. — Morgen werden von hier wieder vier bayerische Offiziere nach Schleswig-Holstein abgehen, die Oberlieutenants und Lieutenants Weiß, v. Mannlich, Streiter und v. Hofnaß, welche sämmtlich ihre Entlassung eingereicht haben. — Die Studentenverbindung Rhenania, deren politische Verbindung höheren Orts längst missbeliget war, hat sich freiwillig aufgelöst.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Schleswig-Holstein. Aus gewissen Andeutungen glaubt man schließen zu dürfen (bemerkt die C. Z.), daß die dänische Regierung, Angesichts der unberechenbaren Folgen eines aggressiven Vorgehens gegen Holstein, es nicht zu einem Vorrücken über die Eider kommen lassen wolle. Noch sollen diese Andeutungen sich nicht dazu eignen, an die Oeffentlichkeit gebracht zu werden, doch ist zur Zeit kein holsteinischer Hafen blokirt, die Schiffe der Herzogthümer laufen unbehindert ein und die Dänen lassen keine Zeitung herkommenden Fahrzeuge anhringen.

Zwei Damen von adliger Familie, deren eine die Leiche ihres bei Idstedt gefallenen Gatten zu reklamiren, die andere um ihren in Schleswig verwundet liegenden Bruder zu pflegen, nach dem dänischen Lager sich verfügt hatte, sind daselbst schroff abgewiesen worden. (C. Z.)

Flensburg, 30. Juli. Hier ist folgende Bekanntmachung, betreffend die Unterrichtsfrage an der Haderslebener Gelehrtenschule, erschienen: „In Folge des Auftrags des außerordentlichen Regierungscommissars für das Herzogthum Schleswig wird die Bekanntmachung der vormaligen schleswig-holsteinischen Regierung auf Gottorff vom 27. März 1848, betreffend den Unterricht der Sprache an der Haderslebener Gelehrtenschule, hierdurch außer Kraft gesetzt. Zugleich ist beschlossen worden, daß der §. 3 des allerhöchst genehmigten Regulativs für die Gelehrtenschulen in den Herzogthümern Schleswig und Holstein vom 23. August 1845, wonach der Unterricht auf der Haderslebener Gelehrtenschule in der deutschen Sprache zu ertheilen ist, zu Michaelis d. J. zur Ausführung gebracht werden soll. Vorstehendes wird hierdurch zur öffentlichen Kunde gebracht. 1. Departement des außerordentlichen Regierungscommissärs für das Herzogthum Schleswig in Flensburg, den 24. Juli 1850. Bagger."

Mannheim, 3. August. In letzter Zeit ereignete sich in unserer Stadt ein tragikomischer Fall. Der Verkehrsstatistik eines hiesigen Eisenbahnhofes blieb nemlich eines Tags unbegreiflich lange verschlossen; man ahnte Unheil und lief denselben öffnen. Keine Veränderung gegen früher, die Cigarrenkästchen alle in schöner Ordnung in dem Laden aufgestellt — aber sämmtlich leer, bis wie die Wohnung fehlt. Der Vogel war entschlüpft, die Glasschränke haben das Nachsehen. Abermals ein Anhänger der Umsturzpartei, dessen Vermögensverhältnisse zerrütet waren.

Stuttgart, 4. August. Die hiesigen Blätter von heute werden Ihnen sagen, wie groß der Jubrang des Publikums zu der Komödie im Saale der Ständeversammlung war, wie hier zu dem bereits hochverrathsverdächtigen Mittwochsfeste angewandelt gewesen, und wie die Richter gehießen. Auch enthalten sämmtliche Journale die in jeder Beziehung ausgezeichnete Rede des Beklagten, Hrn. Staatsrath v. Wachter-Spittler, und, der vorgezeichnete Tagesziel regen, Andeutungen der Rede von Anwalte der klagerischen Partei, Hrn. Rechtskonsulenten Schober, auch über den der Zweiten Kammer; und somit bleibt Ihrem Referenten nur darüber eine Mittheilung übrig, welchen Eindruck die Sache auf das Publikum gemacht habe. Wenn ich recht aufrichtig sein will, so muß ich Sie versichern, gar keinen. Wie oft Dies auch andere wohl sich Manche konnte weder von der einen noch von der andern Seite vorgebracht werden; wie es gestehen werde, darüber war auch Niemand im Zweifel. Man war weder über die Ruhe, Bestimmtheit, und Würde von Seiten des Hrn. v. Wachter, noch über die Satte moralisch, Purzelbäume, romanischen Lichtervatten des Hrn. Schober erstaunt. Wie vorauszusehen, blieb jeder Theil seiner Natur treu, bedarf es schon zuvor behauptet hatte; und an den Richtern ist es nun, ein entschiedenes Wort zu sprechen. Wie Dies ausfallen wird, ist in

einem Falle wie dieser flor, d. h. es wird eine völlige Freisprechung der Beklagten erfolgen, und die Geschichte ist zu Ende. Man konnte barüber lachen, wenn sie nicht zu traurig wäre. Der Hauptfehler ist allerdings verunglückt, indem es von der radikalen Kammer darauf abgesehen war, einem im Amte stehenden Minister Angeschuldigte des Landes vorzuenthalten und abzuhalten, um den Wahlern zu zeigen, welch große Gewalt der Geschäftsmann über Alles in Belgien besitzt. Seitdem aber durch das Abtreten der Ministerium aus dem Amte der Absicht die Spitze gebrochen war, war die Anklage ein todter Hund geworden, den man vielleicht gern eingeschwort hatte, wenn es nur angegangen wäre; weil Dies aber unmöglich war, so hatte man gesucht, die Geschichte wenigstens zu einer solchen Lächerlichkeit zu bringen, wad aber ebenfalls mißlang. Das Volk will Ruhe haben, dies stellt sich auch bei uns von Tag zu Tag mehr heraus, und man würde Wunder in dieser Beziehung erleben, wenn seine Bringer, die Rothen nämlich, es nur ein Wortchen in Ruhe liesen. Dies fühlen diese Leute auch vollkommen, aber eben deswegen strengen sie sich auch auf jegliche Weise an, es nicht dahin kommen zu lassen. (N. Z.)

Braunschweig, 2. August. Unter vorstehendem Datum wird dem D. Volksblatte geschrieben: Unser Herzog ist, wie Sie wissen werden, unlängst plötzlich von hier abgereist, sollte anfangs erst, er werde nach Schlesien gehen, wo er das Herzogthum Oels besitzt, jetzt aber erfahren wir, daß er sich nach Wien gewendet habe. Ohne Zweifel will er dort Rath und Hülfe suchen, um aus den Schlingen der Union wieder loszukommen, und Mittel aufsinden, die preußische Militärconvention zu lösen, welche ihm sein hundertdrohiges Ministerium aufgedrungen hat. Unser Herzog gehört zu jenen deutschen Fürsten, welche Lange, ja nur zu lange ihr Vertrauen auf Preußens vielgepriesene Uneigennützigkeit gesetzt hatten, und umgarnt von Ränken, die ihm preußischen Seide sinnen, ahnte er von der Gefahr nichts, welche ihm und dem Lande drohete. Erst als die zur Inspektion der braunschweigischen Brigade kommandirten preußischen Offiziere in der Stadt erschienen, und ohne unsern Herzog zu fragen, ja nur zu benachrichtigen, denselben Befehle ertheilten und eine Musterung vornehmen wollten, stieg unserem Fürsten das Blut in die Adern. Unsere Offiziere weigerten sich ohne ausdrücklichen Befehl des Herzogs den preußischen Offizieren zu gehorchen und als diese sich auf die heillose Militärconvention beriefen, durch welche die Selbstständigkeit des Landes an Preußen ausgeliefert worden sei, ein Vertrag, der von jedem unparteiischen Gerichte als ein Akt des offenen Landesverrathe erklärt werden würde, setzte sich unser Herzog zu Pferde, und hielt die Musterung selbst ab, ohne auch nur die preuß. Inspectoren dazu einzuladen. Durch diese Handlung gerieth unser Fürst in Zwiespalt mit seinem Ministern, sondern auch mit seinen Ministern, und da er von allen Seiten umgarnt und betrogen sich nicht mehr zu helfen wußte, so ließ er einen Morgens einspan nen und fuhr davon. Jetzt ist er in Wien, und dort wird man schon Sorge tragen und Mittel und Wege zu die Hand zu geben wissen, wie er, auch ob ne preußischen Unterstützung zurückkehren, ein in Land zurückkehren kann. Unsere Artillerie, welche vor dem bezeichneten Vorfall nach Magdeburg abmarschirt war, steht noch dort, und hält mit der preuß. gemeinsame Schießübungen.

Königsberg, 2. August. Der bekannte Polizeidirektor Duncker hat sich heute hier selbst angeklagt, um den Verbreitern falscher 25-Thaler-Banknoten auf die Spur zu kommen. Seine Thätigkeit war mit Erfolg begleitet. Es wurden mehrere Verhaftungen hier und in Elbing vorgenommen. Einzig hiesige Kaufleute machten sich auf flüchtigen Fuß. Es sind nach den bisherigen Erhebungen zwei Fabriken zu unterscheiden: die eine ging in Elbing von einem herabgekommenen Lithographen aus, der im Auftrage eines hiesigen Kaufmanns gearbeitet haben soll, die andere soll im Herzen Deutschlands, nach andern Angaben in England sich befinden und Agenturen in allen preußischen Provinzen haben. Der Elbinger Lithograph hat, wie sich erweist, beträchtliche Summen verbreitet. Polizeidirektor Duncker ist jetzt zurückgekehrt, um wegen eines wichtigen Vorfalls zu inquiriren. Die Bank hat nemlich eine Sendung von 3000 Thaler Seitens der hiesigen Regierungshauptkasse angehalten, weil sie ganz aus falschen Banknoten bestehe. Der Inhalt des Tresor der Regierungshauptkasse sah auch noch 2000 Thaler in falschen Banknoten. Der Fall erregte ungeheures Aufsehen. Der Regierungslassier Stephany wurde sofort verhaftet, aber schon am nächsten Tage freigelassen, weil sich seine völlige Unschuld erwies; der Kassenbote, der einen falschen Transport, wurde nun verhaftet und soll die umfassendsten Geständnisse gemacht haben. (N. Kor.)

Dänemark.

Von Kopenhagen erfahren wir, daß die schwedisch-norwegische Flottenmanöuvre, die vor Kurzem von Karlskrona ausliefe, sich mit der russischen vereinigt hat und ebenfalls an der Küste Schleswig's liegt. Der Prinz Oskar, der sich auf derselben befindet, stattete mit mehreren Offizieren auf Sonderburg einen Besuch ab. Schwedische und russische Kriegsschiffe liegen friedlich beisammen. (Pub. Z.)

Frankreich.

Paris, 2. August. Man liest im „Bonvoir“: „Lord Palmerston scheint von seinem Geschmack für Abenteuer noch nicht curirt zu sein. In diesem Augenblicke wechselt das fremde Office mit der päpstlichen Regierung Noten auf Noten um eine Angelegenheit, die ganz das Ansehen eines gottlosen Spaßes hat. Der englische Geschäftsträger verlangt vom heil. Vater eine Entschädigung von 50 Pfd Sterling für ein Pferd, das auf Garibaldi's Befehl einem englischen Unterthan genommen worden sein soll. Es wäre wirklich sonderbar, wenn der heil. Vater die Sprünge der Revolutionärs bezahlen sollte, die ihn aus seinen Staaten verjagt haben, und zwar mit liberalisirthümung und Unterstützung derselben Mächte, der jetzt seine frühere Wuth für gehabte Kosten einreicht. Wenn eine Entschädigung für das gestohlene Pferd wirklich geschuldet wird, so hat Lord Palmerston nur Eins zu thun: er braucht den Betrag nur von den Gehalten der Revolutionärs abzuziehen, die er im Augenblick des ersten Europas besoldet.“ — Der General Lamoricière, Mitglied der äußersten Linken, hat eine Note an die schweizerische Regierung erlassen, in der er erklärt, daß die französische Republik die Mönche des St. Bernhards unter ihren Schutz nimmt.

Italien.

Dem „Univers“ wird unter'm 24. Juli aus Rom geschrieben: Die Polizei hat noch zwei andere Personen, die bei dem gegen Narboni versuchten Mordanfall betheiligt waren, und einen Dritten, der diese armen Leute schon seit mehreren Monaten dazu angestiftet und unterhalten und die Sache geleitet hatte, womit der Mord vollführt werden sollte, gefangen genommen. Wollte man die Sache noch weiter verfolgen, so würde man die Hand, die diese Bluthefehle unterzeichnete, wahrscheinlich in London oder in Genf finden. Man braucht hier wohl nicht daran zu erinnern, daß eine Partei, welche zu solchen Brandzeichen ihre Zuflucht nimmt, sich selbst schon gerichtet und verurtheilt ist. — Der h. Vater hat einem jungen engl. Geistlichen, Msgr. Talbot, die noch nicht besetzte Stelle eines geheimen Kammerherrn verliehen, und somit den Wunsch, in seiner unmittelbaren Nähe Männer aus verschiedenen Nationen zu haben, verwirklicht. Msgr. Stella ist Italiener, Msgr. v. Hohenlohe Deutscher, Msgr. v. Merode Belgier und Msgr. Talbot Engländer. Diese Msgregel hat bei näherer Erwägung eine tiefere Bedeutung, als man anfangs glauben sollte. Die Cumerieri secriti participanti werden in der Folge häufig zum Cardinalate erhoben. Sie sind beständige Zeugen des Lebens des heil. Vaters, sind stets anwesend, wenn er die h. Messe liest, und bekennt mit ihm kniend die kirchlichen Tagesgebete; sie führen häufig die den h. Vater besuchenden Personen ein, sind mit einem Worte fast immer in der Nähe des Papstes. Demnach wird das K. Collegium nach und nach aus meistens persönlichen alier Nationen gebildet werden, wobei dann der Vortheil ist, daß solche in der Nähe des h. Vaters so zu sagen ein Noviziat durchgemacht, die Gebräuche, Ideen und römischen Traditionen sich angeeignet, und die besonderen nationalen Meinungen abgelegt haben. Die nach einer solchen Prüfung zum Purpur erhoben werden, sind dann im Stande, das Wohl der Nationen, denen sie angehören, einzig und allein vom reinen Standpunkte der katholischen Kirche aus in's Auge zu fassen.

Neuestes.

§ Würzburg, 7. August. Ihre k. Hoh. die Herzogin von Modena kamen gestern hier an, und setzten heute früh um halb 9 Uhr Ihre Reise nach Darmstadt fort.

Hamburg, 5. August. Resende, welche aus Kopenhagen kommen, sagen aus, daß Belagerungsgeschütz und alles Uebrige zu einer Belagerung erforderliche Material rc., in russische Schiffe verladen werde. Heinrich v. Gagern soll als Major in das Schleswig-holst. Heer eingetreten sein.

Steinz (in Steiermark), 24. Juli. Gestern wurde unser neuen Gemeindevorstehung Erzherzog Johann zum Bürgermeister von Stainz gewählt.

Wien, 2. August. Im hiesigen Krankenhause haben sich kurz nach einander mehrere Fälle von Tödtung durch das bei Operationen angewendete Chloroform ereignet, was denn wohl zu einem vorsichtigeren Gebrauch des gefahrvollen Mittels führen und auch anderwärts Beachtung finden dürfte.

Berlin, 3. August. Gestern sind die ersten badischen Dragoner hier angekommen. Sie bleiben bis Anfang der nächsten Woche hier und gehen dann in ihre resp. Garnisonsorte ab. (Dr. Z.)

Berlin, 3. August. In letzter Zeit sind hier mehrmals Briefe zur Post gegeben worden mit der Adresse: „An den königlich preußischen Gresshering zu Baden.“

London, 3. August. „Times“ meldet, daß gestern im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten das Protokoll wegen der Angelegenheiten von Dänemark, das den 4. Juli durch die Bevollmächtigten Frankreich, Rußlands, Englands, Dänemarks und Schwedens angenommen und unterzeichnet worden sei. (F. D.-P.-Z.)

Paris, 4. August. Die Nachricht von unruhigen Auftritten zu Marseille in Folge der Auflösung der dortigen Sanitäts-Intendanz hat sich bestätigt. Kaum war diese Maßregel und die Ernennung eines neuen Intendanten Commissärs an Stelle der Intendanz bekannt geworden, so wurden in der Borse und an andern Orten Aufforderungen an den Handelsstand gerichtet, sich in Masse nach der Präfektur zu begeben. Um 8 Uhr war die Präfektur von einem dichten Menschenhaufen umlagert, es eine Deputation begab sich zu ihm den versammelten Präfekten unterbreiten General-Sekretär Desnoyers, um gegen die Auflösung der Sanitäts Intendanz zu protestiren. Dieser entgegnete jedoch, daß er nichts thun könne und sogleich durch den Telegraphen an die Regierung berichten werde. Einige Rufe; „Nieder mit dem Commissär!“ wurden hierauf gehört. Als der General-Sekretär der Präfektur wiederholt auseinander setzte, daß er selbst nichts zu thun im Stande und genöthigt sei, die Befehle aus Paris abzuwarten, entgegnete ihm ein sehr ungeschickter Fabrikant von Marseile: „Als die Pariser unser

Monarchie umstürzten, hielten sie es nicht für nöthig, die Marschälle um Rath zu fragen. Die Marschälle wollen jetzt auch nicht mehr von den Pariser Abhängen aus sich regieren, wie es ihnen gefällt. Mit der Duldung der in uns um das Präsentirgebäude Barrikaden lassen immer wiederkehrender Unruhe, thätigste der General Daumas an, daß er nothgezwungen mit Waffengewalt einschreiten werde, worauf ihm mit dem Rufe geantwortet wurde: „Nieder mit dem Generale!“ Endlich gelang es jedoch die friedliche Räumung der Präsentirgebäude zu bewerken. Gleichwohl besteht sich die Stadt in einer solchen Aufregung, daß noch lange zahlreiche Patrouillen von Infanterie, Kavallerie und Gendarmerie die Straßen durchziehen mußten. Es hieß sogar einen Angriff gewollt, daß der Belagerungszustand erklärt werden würde, was sich indessen bis jetzt nicht bestätigt hat.

(N. Z.)

Breslau, 3. Aug. Dem „Journal de Francfort“ wird aus Rom mitgetheilt, daß in den Consistorium, welches in den ersten Tagen dieses Monats gehalten werden wird, der Erzbischof von Köln und die Bischöfe von Breslau und von Olmütz zu Cardinälen ernannt werden sollen: auch die Erzbischöfe von Toledo und von Sevilla sollen den Cardinalshut erhalten.

Fortsetzung der Circulardepesche des Herrn Rathsherrn in Betreff des Vorschlages der Einberufung des engeren Rathes.

Weiter man auch nicht hinaufsteigen, wenn auf sich der von einem Theile der Genossen des Bundes übernommene Beruf gründe, Deutschlands Zukunft zu ordnen und dem deutschen Volke eine Verfassung zu geben; wollte man ferner nicht des entschiedenen und vollberechtigten Widerspruches gedenken, welchen von Oesterreich unterworfene mehrere deutsche Regierungen gegen die Berechtigung zu einem solchen Berufe und gegen dessen Gesinnungsbildung erhoben worden ist, muß doch die Frage aufgeworfen werden, wie es möglich sei, daß der Gesammtbund zu einer Berhandlung und zu einem Beschlusse über seine Neugestaltung gelange, wenn ein Theil desselben sich für dieses nothzügt hält, die Verhältnisse Deutschlands zu ordnen und dem deutschen Volke eine Verfassung zu geben? Wissen diese desselben Bestrebungen nicht durchtrennen und gegenseitig lähmen? Oder soll vielleicht das Verfassungswerk der Gesammtheit ruhen und der Bund, eines gemeinsamen und wirksamen Centralorgans beraubt, in seine Auflösung folgen, auf alle Stände und Verhältnisse der Bevölkerungen so entschieden zurückwirkenden Ungewißheit und Zerklüftung verharren, bis der für das Ganze berechnete Verfassungsbau der Union geschlossen ist, damit der deutsche Bund sich an ihn schmiegen, sich ihm unterwerfen könne? Der Bund ist eine Gemeinschaft selbstständiger, unter sich unabhängiger Staaten, mit wechselseitigen gleichen Verpflichtungen und Berechtigungen einander.

Nur der Gesammtheit der Bundesglieder steht die Befugniß der Entwickelung und Ausbildung der Verfassung zu. Dieses Recht muß allen gewahrt bleiben als ein unantastbares und als eine Bürgschaft für ihre Zukunft. Indem die kaiserl. Regierung dieses Recht unzweideutig zu vertreten sie aufgefordert hat, glaubte sie jedoch für die Formen seiner Ausübung nicht zu strenge an dem Gegebenen halten zu sollen, sondern vielmehr Rücksichten walten lassen zu dürfen, welche ihr geeignet schienen, ohne Gefährdung des materiellen Rechts durch Vermeidung der sich entgegenstehenden Anstöße, die Einigung zu fördern. In diesem Sinne wenden Oesterreichs redliche Bestrebungen, eine Verständigung mit Preußen herbeizuführen. Diesen Zwecke war es sehr namhafte Opfer zu bringen bereit in Allem, was zunächst seine Interessen berührt. Der Eintritt wollen hat es noch im Monat April sich bringen bei den Berliner Kabinet verwendet, woselbst möge sich dasselbe einverstanden erklären, daß der kaiserl. Hof, mit ausdrücklicher Berufung auf die Zustimmung Preußens, sämmtliche Genossen des Bundes zu einem Staatenkongresse einlade. Doch scheiterten alle diese Bemühungen an dem als Bedingung fest wiederholten Verlangen der nicht zulässigen Anerkennung der Union. Da unter solchen Umständen nicht nur die Anbahnung der immer dringender werdenden Verfassungsrevision, sondern selbst die unerläßliche Bildung eines neuen Provisoriums unmöglich geworden war, blieb kein anderer Ausweg übrig, als sich auch in formeller Hinsicht mit Entschiedenheit auf den Boden des alten Bundesrechtes zu stellen und den kaiserlichen Hof hat ihn auf die Gefahr hin eingeschlagen, von Vielen mißverstanden zu werden. Das Vertrauen, welches sein Wort genießt, hat aber die Besorgnisse beschwichtigt, die an manchen Orten aufgetaucht sein mochten. Man hat seiner Versicherung Glauben geschenkt, daß durch die Berufung einer außerordentlichen Bundesplenarversammlung nicht die Rückkehr zu früheren Zuständen, sondern nur die Entwickelung des zu schaffenden Neuen beabsichtigt werde. Der Schritt, welchen Oesterreich am 29. April d. J. gethan hat, wurde in einem großen Theile von Deutschland mit Dank und mit hoher Beruhigung als ein nothwendiger Hinsgung, und noch unmittelbarer durch die ausdrücklich abgegebene Erklärung in Frage gestellt, daß nur noch eine „freie Berathung der souveränen Staaten Deutschlands stattfinden könne, deren Beziehungen auf dem österreichischen Grunde vollkommener Freiheit und Unabhängigkeit durch deren Zusammentritt und Vereinigung nur aus vollkommen freiem Entschlusse hervorgehen kann.“ Ist aber mit solchen Ueberzeugungen die Anerkennung der Giltigkeit der Bundesverträge möglich, deren Bestimmung zwar ist, die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit eines jeden Staates nach Außen und Innen zu wahren, welche aber durch diese selbe Unabhängigkeit in so weit beschränkt haben, als es die Bundeswerke und die allseitig übernommene Verpflichtung, zur Errichtung derselben mitzuwirken, als nothwendig erkennen ließen? Wer diese Verpflichtungen nicht mehr anerkennt und unbedingte Freiheit für sich in Anspruch nimmt, erkennt auch die Bundesverträge nicht mehr an. Obwohl die auf dem Boden des Rechtes in Frankfurt versammelten Regierungen befugt gewesen wären, von diesem Rechte Gebrauch zu machen und die zur Erhaltung des Bundes und zur Errichtung seiner Zwecke erforderlichen Beschlüsse zu fassen, so ist doch die kaiserl. Regierung, um jedes Mittel der Versöhnung erschöpft zu lassen, auch den ihr im verflossenen Monate von dem k. preußischen Kabinette gemachten Vorschlägen bereitwillig entgegengekommen und hat sich seinen Wünschen mit seinen Nachgiebigkeit in allen Punkten gefügt. Nichtsdestoweniger sollte selbst dieser Versuch fruchtlos bleiben, indem Preußen zweimal zwar ausdrücklich auf die Anerkennung des Prinzipes der freien Einigung angesprochen hatte, um hierdurch eine Verständigung über die spezielle Ausführung der Union und die Verhältnisse zu den außer ihr stehenden Staaten Deutschlands offen zu erhalten, zugleich aber, in entschiedenen Widerspruch mit dieser Erklärung, die Unterzeichneten Fortdauer der aus dem Vertrage vom 26. Mai v. J. hervorgegangenen Verhältnisse, somit die auf der Wortlichkeit dieses Vertrages thatsächlich und unvermeidlich sich ergebende Fortentwickelung der Union sich vorbehalten zu müssen behauptet hat. Daß aber ein solches Zugeständniß unmöglich sei, ist bereits genügend dargethan worden. Dasselbe wäre aber auch selbst dann, wenn Preußen und seine verbündeten Interessen von jenen der übrigen Mitglieder des Bundes und der Gesammtheit dieses Vereins verschieden sein könnten, nicht durch ein wahres Bedürfniß geboten. Das Statut des Bündnisses vom 26. Mai v. J. gibt als Veranlassung zu dieser Uebereinkunft an: daß unter den damaligen Verhältnissen Preußen und seine verbündeten Interessen von jenen der übrigen Mitglieder des Bundes und der Gesammtheit dieses Vereins verschieden sein kon

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr. Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schmalzhofe 2. Distr. Nr. 533. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 189. Würzburg, Donnerstag den 8. August. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 5. August. Einer Ministerial-Entschließung zufolge werden die Spielkarten vom 1. August an durch eine neue Stempelpresse mit neuen Kartenstempeln gestempelt. Vom 1. Oktbr. d. Js. an dürfen die noch vorhandenen, mit dem alten Stempel versehenen Karten nicht mehr gebraucht werden und müssen daher, wenn deren fernerer Gebrauch noch beabsichtet werden will, unverzüglich an das Kreisstempelamt zur Ueberstempelung mit den neuen Stempeln eingeschickt werden, welches diesselben schleunigst unentgeltlich umzustempeln hat.

Die Beschränkung des allgemeinen Stimmrechts und das strengere Preßgesetz.

* Die Times findet über beide vorstehenden Themas Veranlassung zu folgenden Betrachtungen: Der Applaus, mit welchem die große europäische Erschütterung von 1848 von denjenigen, die einen ausschließenden, aber ungegründeten Anspruch auf den Namen liberaler Staatsmänner erhoben hatten, begrüßt worden war, hat sich allmälig in die traurige Ueberzeugung verwandelt, daß die Sache der Freiheit in Folge der demokratischen Saturnalien, alleuthalben Boden verloren hat, und daß, wie Jedermann, außer den Urhebern und Einleitungsein der Revolution, vorauszusehen konnte, auf die Anarchie von wenigen Monaten wahrscheinlich ein jahrelanger Despotismus folgen wird. Wenn es unter der Klasse von Enthusiasten, die wir hier im Auge haben, noch Ehrlichkeit, Scharfsinn oder Gedächtniß gibt, so müssen sie nun anerkennen, daß der Kontrast zwischen dem Geiste gemäßigter Reform, der im Jahre 1847 im Fortschritt begriffen zu sein schien, und den Resultaten, deren Zeugen wir im Jahre 1850 sind, eine entschiedene Verurtheilung ihrer Theorien und ihrer Anschauungsweisen ist. Wo immer die Demokratie, wie eine Fluth, herumbrach gegen die Werke der Regierung, unterdrückt oder zerstörte sie alles, was auf der Bahn der Zivilisation und der Freiheiten dieses Zeitalters erwartet werden konnte; sie hat eine Wüste von gebrochenen Verheißungen und zerstrümmerten Hoffnungen zurückgelassen, und der Schaden, den sie den bestehenden liberalen Institutionen Europa's zugefügt hat, wird nur durch die Strenge des Systems, das an ihrer Stelle entstanden ist, übertroffen. Wir sprechen hier nicht blos von jenen Fällen, wo das Einschreiten der Militärgewalt die Wirksamkeit der Zivilautorität suspendirt hat, wie in Oesterreich, wo jüngstens bedeutende Fortschritte statt gefunden haben, und wo die Revolution, trotz den Drangsalen, von denen sie begleitet war, dennoch viele sehr wohlthätige Folgen hinterlassen hat. Wir haben hier besonders jene Länder, wie Frankreich und Preußen, im Auge, in denen das fälschlich sogenannte liberale Prinzip wirklich siegte; und wir bekennen, daß die durch allgemeines Stimmrecht, wie in der französischen Republik, eingesetzten Regierungen, zu einem Grad von Repression gediehen sind, den ihre Vorgänger nie weder den Willen, noch die Macht gehabt hätten, zu versuchen, so daß wir durch den gegenwärtigen Stand der Dinge auf dem Kontinent zu dem Schlusse, der vielen unserer Leser noch vor wenigen Monaten paradox geklungen haben würde, gelangt sind, — daß die Regierung Frankreich durch den König, den es vertrieben hat, von diesem Lande zurückgewünscht werden muß, nicht blos wegen der Ordnung, die sie im Innern aufrecht erhalten, und der Macht, die sie nach außen geübt hat, sondern auch wegen der Freiheiten, welche sie dem Volke gewährt hat und die seit ihrem Sturze untergegangen sind. Wir haben gelernt, daß die Macht der Repression in den Händen einer einzigen Versammlung, welche die höchste und unmittelbare Autorität von der ganzen Nation ausübt, bei weitem gewichtiger, und despotischer ist, als jede andere Regierungsform; denn kein absoluter Monarch oder kein Reichsparlament hätten drei Millionen ihrer Unterthanen ohne Widerstand ihrer Wahlrechte berauben, oder ein Gesetz hinsichtlich der Presse von so ungewöhnlichem und strengem Charakter erlassen können, von dem man eingeständenermaßen erwartet, daß es den Einfluß dieses großen Organs der öffentlichen Meinung vernichten wird. Dieser Vorschlag ist nichtsdestoweniger mit einer Mehrheit von 127 Stimmen durchgegangen und zum mehr Landesgesetz geworden. Bisher waren alle Preßgesetze darauf berechnet, dem Mißbrauch dieses Werkzeuge vorzubeugen oder ihn zu bestrafen; Alles, was unmoralisch, aufrührerisch oder umwälzend ist, niederzuschlagen; aber die Schriftsteller, welche die Gesetze achten und die großen Interessen der Gesellschaft und der Regierung vertheidigen, eher zu begünstigen, als zu entmuthigen. Dies ist nicht der Zweck des neuen Gesetzes in Frankreich. Die jahrelangen Verfolgungen, die es auferlegt, werden sich gleich nachtheilig für die kleineren Journale von jeder Farbe erweisen; und wenige von diesen Formen der Besteuerung werden zum Ersticken sogar auf Zeitschriften und periodische Publikationen mäßigstlichen Inhalts ausgedehnt. In Frankreich liegt die Lebenskraft der Presse in ihrer Wohlfeilheit. Kein Journal kann zu dem Preise einer Zeitung in England bestehen, und kein Journal macht deßhalb den leisesten Anspruch, mit den englischen Zeitungsblättern an Umfang und Schnelligkeit der Nachrichten, an Kapital oder an Volksunabhängigkeit zu wetteifern. Aber die Zeitungen, die einer beträchtlichen Kaution und einer Stempelsteur ist eine Last für die Eigenthümer eines Journals und für dessen Leser, welche die Masse des französischen Publikums nicht leicht ertragen wird. So weit beschränkt sich jedoch die Frage blos auf den Preis der Zeitungen. Aber die mit den bestehenden Maßregeln durchgesetzten und nun definitiv in das Gesetz eingeschalteten Amendements, kraft deren die eigenhändige Unterzeichnung aller Artikel den Verfassern derselben zur Pflicht gemacht wird, sind von ungewöhnlicherer und bedeutenderer Wirkung. Sie werden in Frankreich von allen Parteien als der härteste Schlag, der die Presse je getroffen hat, betrachtet, und gerade aus diesem Grunde sind sie von der einen Seite vorgeschlagen, und von der andern bekämpft worden. Wir sind nicht so ganz sicher, daß der beabsichtigte Zweck erreicht werden wird. Ein solches Gesetz muß die Zustände und den Charakter der Presse wesentlich ändern, es muß ihre Unabhängigkeit vermindern, und sie enger in die Bande der Parteien verstricken; in Augenblicken großer Gefahr oder Aufregung, wo man nicht leicht Menschen findet, welche die volle Wahrheit in ihrem eigenen Namen sagen wollen, wird die Wahrheit nicht leicht gesagt werden; Staatsmänner, die in Frankreich sowohl als in England die Spalten der Tagespresse sehr häufig mit den bedeutendsten literarischen und politischen Autoritäten bemannt befunden haben, weil sie darin das kräftigste Mittel, ihren Ansichten die mögliche Verbreitung zu geben, erblicken, werden sich jetzt vielleicht weigern, einen leitenden Artikel zu unterzeichnen, und der Journalismus, in dem nun die Persönlichkeit an das Tageslicht treten muß, dieselbe dadurch ein Gewerbe werden, das ausschließlicher für persönlichen und politischen Vortheil getrieben wird. Und es ist noch sehr zweifelhaft, ob der anonyme Charakter solcher Publikationen ihre Macht wirklich vermehrt; er übertrügt diese Macht blos von dem einzelnen Individuum auf das Journal im Allgemeinen. (Schluß folgt.)

Landtagsabschied.

München, 29. Juli. (Fortsetzung.) In Bezug auf die Rückvergütung der Steuer von Branntwein bei dessen Uebergang von einem Bereinsstaat in einen andern, wird unter Anwendung der bereits bestehenden Vertragsbestimmungen das Erforderliche vorgekehrt werden, um den beßfallsigen Beschlüssen der Kammern nach Thunlichkeit zu entsprechen. Wegen der allenfallsigen Rückvergütung des Malzaufschlags bei der Ausfuhr von Branntwein oder der Bayer. Grenze sind die wichtigen Erhebungen bereits angeordnet worden, und Wir werden nach Maßgabe derselben sodann das Weitere verfügen. Nach Maßgabe der bereits eingeleiteten Verhandlungen über die Zoll- und Beobachtungsverhältnisse mit der Schweiz wird auch wegen der künftigen Zollbehandlung der Hopfenzierden Schweine und Käse, welche zur Zeit noch mit Begünstigungszöllen in den Zollvereins zugelassen werden, Beschluß gefaßt, und dabei der auf den gänzlichen Wegfall dieser Begünstigungen gerichtete Antrag unserer Kammern in sorgfältige Erwägung gezogen werden. — §. 27. Die Einrichtung der ambulanten Postbureaux auf den Eisenbahnen ist schon vor längerer Zeit angeordnet worden, somit auch dem hierauf gerichteten Wunsche bereits entgegengekommen. Wir haben vor, den gleichen Briefportosatz für das Inland sobald einführen zu lassen, als der Stand der Postrente eine allgemeine Porto-Ermäßigung auf den Satz von 3 kr. gestattet, indem es für die Verkehrs-Interessen von Nachtheil sein würde, die Gleichförmigkeit früher durch Erhöhung des Porto's für geringere Entfernungen zu bewirken. Mit Rücksicht auf die Bestimmungen des deutsch-österreichischen Postvereinsvertrags sollen die Vorschriften über Postportofreiheit demnächst einer Revision unterstellt werden, wobei auch die von dem Landtag in solcher Beziehung gestellten Anträge in näherer Erwägung werden gezogen werden. Die

Anordnung ist bereits getroffen, und damit dem Wunsche hoher Kammern entsprochen worden, daß von der Postverwaltung die zur Beurtheilung ihrer Leistungen erforderlichen Notizen über die Zahl der beförderten Briefe und Zeitungen, so wie über den Umfang des Gütertransports verabfolgt und evident gehalten werden. §. 28. Eisenbahnen. Das Anlaß des Antrages, daß die Rechnung der Eisenbahnverwaltung vollständig getrennt und von der Rechnung der kön. Postanstalt geführt werde, haben wir die betreffenden Stellen und Behörden wiederholt anweisen lassen, die schon durch die Gesetze vom 25. Aug. 1843 und 23. Mai 1846 über den Bau der Staatseisenbahnen begründete Trennung des Rechnungs- und Kassenwesens beider Anstalten auf das Strengste durchzuführen. Wegen Vergütung für Beförderung der Postsendungen auf den Eisenbahnen werden Wir die den Verhältnissen entsprechenden Anordnungen treffen, auch die bezüglichen Grundsätze in der Eisenbahnrechnung gesondert vortragen lassen. Da in den Nachweisungen über die Verwendung der in Staats-Einnahmen und in dem Budget unter Kap. III. nicht nur die Staatsregalien, sondern auch die finanziellen Staatsanstalten, zu welch' letzteren die Eisenbahnverwaltung gehört, vorgetragen werden, und da bei dieser bestehende Rechnungsschema sich als überschlich und zweckmäßig erprobt hat, so vermögen Wir dem Antrag auf eine Abänderung desselben bezüglich der Eisenbahnbetriebs-Erträgnisse nicht Statt zu geben. Es ist Unser ernstlicher Wille, daß bei dem Betriebe der Eisenbahnen hinsichtlich der Anstellung und Besoldung des Personals jede spezielle Anforderung dieses Dienstzweiges sorgfältig beachtet, auch hinsichtlich der Geschäftsbehandlung stets nach den bewährtesten Grundsätzen verfahren werde. §. 29. Donaudampfschiffahrt. Die Grundsätze, welche Wir bezüglich der Eisenbahnverwaltung mit Nachsicht auf die an Uns gebrachten Wünsche der hohen Kammern beobachtet wissen wollen, haben ihre gleichmäßige Anwendung auf die Donaudampfschiffahrt zu finden. Durch Eröffnung der regelmäßigen Dampfschifffahrt zwischen Donauwörth und Regensburg ist auch dem hierauf, gerichteten Wunsch des Landtags bereits entsprochen worden. Uebrigens ist es Unser Wille, daß die Ausdehnung dieser Verbindung auf tägliche Dampfbootfahrten baldmöglichst und jedenfalls bis zum künftigen Frühjahre erfolge. §. 30. Salinen. Es ist bereits die Anordnung getroffen, daß das früher unter dem Tarifabgange außer Rechnung gelassene Depotsalz der Pfarrer und Schuldiener mit dem Jahre 1845—50 in Rechnung gezogen vollständig in der Holz- und Gelbrechnung durchgeführt werde. Unser ernster Wille ist es, daß bei den Hammerhütten und Schmieden, dann bei den mechanischen Werkstätten der Mehrverwand, den sie über den Werth ihrer Produkte erfordern, möglichst vermindert, und bei der Salzmanufaktur in Schellenberg das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben nach Kräften hergestellt werde. Die deßfalls von Uns erlassenen Weisungen lassen einen günstigen Erfolg erwarten. Die angeregte Frage wegen Versendung des Salzes in ganzen Ladungen ohne Verpackung werden Wir der nächsten Berathung unterziehen lassen. Die dritte Frage bei Salzverfendungen von den Salinen an die Verkaufsstationen ist bei mehreren günstigen Gelegenheiten bereits durchgeführt, und wird den getroffenen Anordnungen gemäß in allen jenen Fällen allmählig zur Anwendung gebracht werden, bei welchen die direkte Expedition einen Vortheil für das Aerar herausstellt. Der Reduktion der Salzverkaufssätze haben Wir bereits früher Unsere Aufmerksamkeit zugewendet. Wir können aber dem an Uns gestellten Wunsche mit der Verschiedung entsprechen kommen, daß eine Verringerung dieser Aemter nach Maßgabe der vorkommenden Personalerledigungen eintreten werde. In Beziehung auf die Ueberlassung des Salzverkaufes an Private können Wir nur auf die Verordnung vom 1. Nov. 1809 (Reg.-Bl. Seite 1477) verweisen, welche obnedieß den Salzverkauf mit Ausnahme weniger nothwendigen Beschränkungen freigibt. Die verschiedene Einführung der Mineralbrennfeuerung an den westlichen Salinen des Königreiches haben Wir bereits anordnen lassen. Die Unseren Salinenämtern aufgetragenen Gutachten werden über die definitive Einführung dieser Feuerungsmethode zu entscheiden haben. Hinsichtlich der Feuerung mit Torf ist an den südlichen Salinen eine fortlaufende Untersuchung der Lage und Nachhaltigkeit der Torflager, der Qualität des Torfes, und des Kostenverhältnisses der Torfgewinnung zur Holzfeuerung eingeleitet. Nach dem Ergebnisse dieser Erhebungen werden sich die weiteren Einrichtungen zu bemessen haben, welche bezüglich der Einführung dieser Torffeuerung und wegen der hierdurch bedingten Erweiterung der Eisenproduktion zu treffen sind. Die unter der Verwaltung Unserer Generalbergwerks- und Salinenadministration stehenden Staatsforste sind stets nach denselben forstwirthschaftlichen und technischen Grundsätzen behandelt worden, welche übrigen Staatsforsten. Damit aber auch hinsichtlich deren Erträgnisse und des zur Salzerzeugung verwendeten Brennmaterials ein klarer Ueberblick gewonnen werden könne, haben Wir dem gestellten Antrage entsprechend, die Salinenbehörden anweisen lassen, mit dem Finanzjahre 1846—47 beginnend, der sämmtlichen Forsterträgnisse einschließlich des auf die Salzerzeugung verwendeten Materialquantums und des korrespondirenden Geldanschlages in Einnahme, dagegen die auf die Verwaltung dieser Forsten erlaufenden Kosten in Ausgabe rechnungsmäßig durchführen zu lassen. §. 32. Bergwesen. Aus Anlaß der bezüglich des Betriebes des Berg- und Hüttenwerkes gestellten Anträge haben Wir angeordnet, daß für die Zukunft alle Etatspositionen auf das genaueste eingehalten, und nicht hinreichend gerechtfertigte Ueberschreitungen unnachsichtlich dem Abstriche unterworfen werden sollen. Unser Ueberfeinungsbefehl ist zugleich dahin ertheilt worden, diese Anordnung besonders alljährlich vorzunehmenden Rechnungsaufnahme auch das strengste zu übermachen und in Vollzug zu setzen. In gleicher Weise ist die Anordnung getroffen, daß die aus der etatsmäßig bewilligten Summe für Verbesserung und Erweiterung der Berg- und Hüttenwerke bestrittene Ausgabe Unserer Genehmigung und zur Evidenz gebracht werden sollen. Dem an Uns gelangten Antrage, die bis zum Schlusse des Jahres 1848—49 einschließlich zur Deckung der Postforste der Bergwerkskasse aus den Salinengefällen entnommenen Beschuß desselben an den Salinengefällen abgeschrieben und in Abgang gebracht werden, entsprechen, haben Wir bereits an Unsere Generalbergwerks- und Salinenadministration die erforderlichen Weisungen wegen der Feststellung und Berechnung dieser Postforste erlassen. Hiedurch wird sich der fernere Antrag auf eine strenge Ausscheidung des Holzbedarfes der Salinen, welche ohnedieß schon bestanden hat, und dermalen noch besteht, von selbst erledigen. Dagegen müssen Wir die strengste Ausscheidung des Kasse- und Rechnungswesens der Porzellanmanufaktur und Glasmalereianstalt von jenem der Berg- und Hüttenwerke als durch die neue Etatsaufstellung für die Jahre 1848—51 nothwendig gebotene, nicht minder aber auch die Ausscheidung der Postforste dieser beiden Anstalten und der Berg- und Hüttenwerke, so wie die gesonderte Ueberweisung der Passforste an die Centralkassa als vollkommen zweckmäßig erkennen. (Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

München, 6. August. König Ludwig ist gestern Abends hier eingetroffen. Heute besuchte derselbe die Ergeziehrei und den Standort der Bavaria auf der Theresienwiese und erfreute sich innigst über die bereits weit vorgeschrittenen Arbeiten. — Wie versautet ist an den bayerischen Bevollmächtigten in Frankfurt, General-Major Ritter v. Lylander, die Instruktion ergangen, im Plenum gegen die Ueberschreitung der Grider durch die Dänen Namens der bayerischen Regierung zu protestiren. — Obgleich von den abhanden gekommenen Akten im kön. gl. Ministerium des Innern mehrere bei dem Obstier wieder aufgefunden worden, so werden doch, sant Aufschreibung des erforderlichen Untersuchungsrichters Freiherrn v. Lupin am königl. Kreis- und Stadtgerichte München, aber mehreren Abtheilungen über politische Umtriebe, Verbindungen und Versammlungen deutscher Handwerker in Frankreich, Belgien und in der Schweiz, noch 25 Faszikel Akten verschiedenen Betreffs vermißt. — Dem erst kürzlich vom Bayern entlassenen Literaten Beyschlag, wurde von hiesiger Polizei der Aufenthalt dahier nicht gestattet. — Das Begräbniß des verstorbenen Frhrn. v. Hertling fand unter Assistenz des 4. Linie unter Begleitung des vorschriftsmäßigen Kondukts und einer großen Anzahl von Militär- und Civilbeamten statt. — Dem Vernehmen nach hat das königl. Appellationsgericht von Oberbayern in der gegen den deutsch-katholischen Prediger Schell wegen Verbrechung der katholischen Gottesdienst und Verspottung der Religion eingeleiteten Generaluntersuchung zu Recht erkannt, daß das Strafverfahren einzustellen, die weitere polizeiliche Verhandlung durch das Stadtgericht München vorzunehmen und die gestellte Kaution von 500 fl. wieder an den Eigenthümer zurückzugeben sey. (A. Bl.)

** Aschaffenburg, 6. August. Gestern morgen langte die längst erfehnte Kunde hieher, daß Se. Majestät der König Maximilian II. von Darmstadt aus hieher kommen und hier übernachten würde. Diese Nachricht verbreitete in allen Kreisen der hiesigen Bevölkerung die höchste Freude, alles beeilte sich, den geliebten Monarchen würdig zu empfangen. Gegen 4 Uhr verkündeten Kanonenschüsse, daß der König der Stadt sich nähere, an deren Grenzmarken eine städtische Deputation Ihn im Namen der Bürger ehrfurchtsvoll begrüßte. Se. Majestät, begleitet nach freundlichem Dank für die herzliche Begrüßung von dem Jubelgetöse rothen Bräcke in den „schönen Busch" fahren, um in dieser schönen Anlage manche bekannte Stelle, an welche frohe Jugenderinnerungen sich knüpfen, wieder einmal zu besuchen. Nach einem dreiviertelstündigen Aufenthalte fuhren Se. Maj. durch die Stadt zum Bischofthor, wo der König unter an der Mainbrücke von den vereinigten Schülern des Gymnasiums, der Latein- und Gewerbsschule unter dem Schalle der Musik mit lautem Jubelrufe empfangen. Langsam und nach allen Seiten hin auf das Freundlichste grüßend fuhren nun Se. Maj. durch die mit Fahnen und Fahnen festlich geschmückten Straßen zum Hotel zum Schloß, wo eine dichtgedrängte Volksmasse ihres Königs harrte und den Erscheinenden mit nicht enden wollendem Hochrufe begrüßte. Die Bürger glaubten jedoch, diesen Aufenthalt des geliebten Monarchen nicht vorbeigehen lassen zu dürfen, ohne Allerhöchstdenselben, wie dieß neun auch schwache Kräfte ihrer Treue und Anhänglichkeit zu geben. So bewegte sich denn Abends 9 Uhr unter dem Vortritt der Landwehrmusik ein solenner Fackelzug dem Schlosse zu; es mochten wohl gegen 200 Fackeln gewesen sein, welche, nur von Bürgern getragen, und von einer hochgedrängten Volksmenge umgeben, bei innern Hofraum des Schlosses erleuchteten. Nun wechselten passende Vorträge der Landwehrmusik und der Liedertafel, unter deren Mitgliedern wir auch unsern Landsmann, den wackern Sänger Conradi erblickten. Lautlose Stille, ungestörte Ordnung herrschte während dieser Zeit, bis endlich Se. Magistratsrath Schenerer auf Se. Maj. den König Maximilian II. das Lebehoch ausbrachte, erhob sich ein donnernder Jubelruf durch die stille Nacht. Wiederholt erschienen Se. Maj. an den offenen Fenstern des großen Saales im Schlosse, und grüßten dankend und schienen über den herzlichen Empfang innig erfreut zu sein. Nachdem Allerhöchstdieselben heute morgen das hier liegende Bataillon des 11. Inf.-Reg. inspizirt, dann die Forstschule und die Stiftskirche besucht hatten, traten Sie um 11 Uhr die Rückreise nach München an, von den aufrichtigen Segenswünschen aller hiesigen Bewohner begleitet. Möge der Monarch in

der ungeheuchelten Freude, die sein Erscheinen allenthalben hervorruft, einen klaren Beweis ertönen, daß Treue und Anhänglichkeit an den Thron noch in den Herzen der Bewohner Unterfrankens und Aschaffenburgs lebt, daß trotz aller demokratischen Wühlereien sie ihren edlen König achten und lieben, und in Freud' und Leid mit ihm zu gehen bereit sind.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Rendsburg, 30. Juli. Mit dem heutigen Bahnzug von Altona kam ein österreichischer Oberst in voller Uniform hier an, dessen Erscheinung nicht wenig Aufsehen machte, da er der erste österreichische Offizier ist, der in das aus allen Armeen Deutschlands zusammengesetzte bieſige Offiziercorps eintritt. Seinen Namen hat man nicht genannt, doch habe ich erfahren, daß er fünf Tage und Nächte von Semlin bei der ersten Nachricht von der Schlacht bei Custozza heraufgereist ist, um v. Willisen, mit dem er bei der Armee des Feldmarschalls Radetzky Bekanntschaft gemacht, seine Dienste anzubieten. Ich habe ihn selbst gesehen, er ist ein Mann von 40 Jahren und von kriegerischem Aussehen. (Kloed.)

Flensburg, 1. August. Die detaillirten Erzählungen über die ungeheure Anzahl von Todten und Verwundeten sind schaudererregend. Alle Aerzte von andern Oertern sind herbeigezogen; in Hadersleben blieb nur der Physikus zurück. Ueber 1000 Dänen, Gemeine, sind in diesen Tagen begraben worden. 40 dänische Offiziere standen in Särgen und 35 lagen noch im Lazareth. Die Verwundeten werden so viel nur irgend möglich pr. Schiff weggebracht, 150 sind nach Apenrade gekommen. Die Stimmung ist selbst unter den Dänen traurig; ein Siegesjubel ertönt uns es herrscht eine große und ernste Ruhe. Briefe aus Dänemarken klagen die Aufgeregtheit und Unzufriedenheit der Beamten und die Einsetzung unfähiger Subjecte. (L. Z.)

Rendsburg, 2. August. Der kommandirende General hat folgende Proclamation an die Armee erlassen: „Die großartigen Befestigungsarbeiten bei Rendsburg sind nun so weit gediehen, daß sie in ihren wichtigsten Theilen als vollendet angesehen werden können. Ich danke der Armee für den Fleiß, den sie — mit den nöthigen sonstigen Uebungen verbunden — bei diesen Arbeiten gezeigt hat. Alle Corps haben den rechten Eifer gezeigt, und auch besonders erkenne ich die Leistungen der Artillerie- und Pionnier-Corps an. Die Armee wird fühlen, wie wichtig es ist, auch das noch Fehlende zu vollenden; es handelt sich noch um einige Tage Arbeit. — Ist es dem Feinde nur mit Muhe und den großen Verlusten feinerseits gelungen, es dahin zu bringen, daß wir uns in unsere Festschlacht abgebrochen, so wird er es nicht wagen, uns hinter unsern Verschanzungen aufzusuchen. Hauptquartier Rendsburg, den 1. August 1850. — Der kommandirende General v. Willisen." (H. N.)

Altona, 4. August. Der Generalstabsarzt der schleswig-holst. Armee, Prof. Stromeyer aus Kiel, der mit allen andern an den Lazarethen angestellten Aerzten am Tage der Schlacht bei Idstedt bei seinen Verwundeten in Schleswig blieb, ist von den Dänen als Gefangener nach Kopenhagen gebracht. — Der bekannte sächs. Orientalreisende Mailer, der den Feldzug in seinem Drange angetrogen, hat zurückgewiesen werden müssen, wie es heiß, weil er in der sechs. Kammer den Antrag stellte, die Soldaten möchten nicht gehalten sein, ferner Dienst ihre Offiziere als Autorität anzuerkennen. (H. N.)

Altona, 4. August. Zwei dänische Spione, welche es verstanden hatten, sich in die Festung einzuschleichen, brachte man gestern unter Escorte hier ein. Da es hier an den nöthigen Gefängnissen fehlt und der neue Etappenkommandant noch nicht alle Funktionen übernommen hat, so gab die Einbringung dieser Leute zu dem Gerucht Veranlassung, der bisherige Kommandant v. Schröder sei seines Verhaltens wegen verhaftet, da der Polizeiminister sich mit ihm gemeinsam in die Gefangenschaft verfügte. — Der Lokomotive in Kiel ist ihre vorläufigen Haft wiederum entlassen worden. — J. Wenckers ist wieder nach Kiel gereist, man glaubt, er werde ins Heer treten; ungarische Offiziere hat man in Rendsburg wiederum zurückgewiesen. — Die Statthalterschaft hat den Geistlichen ein neues Kirchengebet während der Feldzuges aufgegeben, worin ausdrücklich der Friede herbeigewünscht und die Anerkennung des Rechts ausgesprochen wird.

Hamburg, 3. August. Professor Geroinus hat eine Mission für die Statthalterschaft an Lord Palmerston übernommen, das Spezielle derselben ist noch nicht bekannt. Auch Cypesius ist gestern (der am 3. August bereits in Kiel eingetroffen war) dürfte gelegentlich eine ähnliche diplomatische Mission übernehmen, wie Gervinus. (D. N.)

Hamburg, 4. August, Mittags 12 Uhr. Augenblicklich findet ein Vorpostengefecht bei Breckenwort, halbwegs der Stadt Schleswig, statt. Drei Gefangene sind nach Rendsburg eingebracht worden. (B. T. D.)

Aus Schleswig-Holstein, 5. August. Vorgestern haben die Dänen eine Schlappe erlitten. Eine Compagnie unseres 1. Jägerkorps war bei Hoyhuse, in der Nähe von Apenrade-Hadersl, mit Schanzen beschäftigt. Ein Bataillon Dänen mit 2 Kanonen rückte gegen sie heran. Der diesseits Kommandirende hatte aber eine vordecte Batterie von 4 Kanonen aufgestellt, ließ die Dänen auf Schußweite herankommen und schoß dann mit Kartätschen darein. Sie. Nach einem Verlust von mehreren Todten und Verwundeten suchten sie schleunigst das Weite. (N. Kor.)

Wien, 2. August. In der schleswig-holsteinischen Frage haben Oesterreich und die mit ihm handelnden Bundesstaaten heute wesentlich den Vorschlag zu fassen. Sie müssen die Besetzung Holsteins durch dänische Truppen unmöglich machen. Sie müssen die Incorporirung Schleswigs in Dänemark verhindern. Sie müssen endlich jeder Anderung der Erbfolge in den Herzogthümern ihre Zustimmung versagen. Wir sind dafür, daß Oesterreich im Falle einer eintretenden Eventualität auch die Rechte Holsteins auf Schleswig oder die Rechte der Herzogthümer auf einander, der wahre, trotz dem, daß die einst zu Frankfurt tagende Nationalversammlung, trotz dem, daß die Geschorer des heutigen Tages es sich zur Pflicht aufgestellt haben, daß Deutschland die Rechte reines deutschen Landes an ein auferdeutsches nicht wahren solle und dürfe. Die zu Frankfurt festgestellte Verfassung besagte ausdrücklich, mit ausdrücklicher Nichtachtung aller verbrieften Rechte, daß deutsche und nicht deutsche Länder nur durch eine reine Personal-Union mit einander verbunden werden können, und da sie grundsätzlich die pragmatische Sanktion zerriß, welche damals die österreichischen Länder mit einander verband, so zerriß sie auch nach demselben Prinzip das ungertrennliche Band, welches die Herzogthümer Schleswig und Holstein an einander knüpfen soll. — Sollte der jetzige König von Dänemark mit Tode abgegangen, und der nächste männliche Agnat seines Hauses Herzog des mit deutschen Schleswig und des deutschen Holstein geworden wäre, und derselbe in der Stadt Schleswig seinen Wohnsitz genommen, so hätte für Holstein, nach jener deutschen Verfassung, eine besondere Regierung niedergesetzt werden, und eine vollkommene Trennung der „ungertrennlichen" Länder eintreten müssen. Auch wenn der Herzog in Holstein gewohnt hätte, wäre nur die Regierung an seiner Statt überflüssig geworden, aber die Trennung der Herzogthümer, sowohl in politischer, wie in administrativer Hinsicht, hätte nichts desto weniger eintreten müssen. — Jenes Parlament, dessen einzelne Mitglieder jetzt so laut „die Heiligkeit der Verträge" vorschieben, scheute sich damals nicht im geringsten, dieselben, wo es ihnen gefiel, zu zerreißen, um zum Beispiel diesen Kaiserstaat, der doch durch einen ebenso giltigen Vertrag in seinen einzelnen Theilen zusammengehalten war, wie jener ist, der die Herzogthümer zusammenhält, in seiner Integrität zu sprengen, ein Vorhaben, das ihm freilich nur auf dem Papier gelungen ist. Merkwürdig genug stimmten die Abgeordneten der Herzogthümer in Frankfurt selbst für die Disunion Oesterreichs, und bedachten gar nicht in jener confusen Zeit, daß sie durch Verletzung der pragmatischen Sanktion, welche Oesterreich zusammenhielt, indirekt auch das Band antasteten und im Prinzipe zerstörten, welches ihre eigenen Länder mit einander verbindet. — Damals protestirten wir gegen die willkürliche Verletzung der „heiligkeit der Verträge", welcher sich das Frankfurter Parlament schuldig machte, und wir stehen auch heute auf demselben Boden, wie zu jener Zeit. Darum wollen wir auch allen Ernstes den Vertrag gelend machen, der die Herzogthümer mit einander vereint, obgleich zu einer andern Periode die Deutschen und Holsteiner und Schleswiger mit ihnen den Vertrag nicht respektiren wollten, weder die Theile Oesterreichs mit einander verbunden hat. Es ist unser Stolz und unsere Freude, daß wir jetzt in der Lage sind, die schlimmen Dienste, welche uns geleistet wurden, mit guten Diensten zu vergelten. (Ll.)

Berlin, 1. August. Der auffassische Minister v. Wizingerode hat verschiedene Conferenzen, theils mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, theils in Gegenwart desselben, mit dem Grafen v. Brandenburg gehabt. Wie man behauptet, nehmen diese Verhandlungen ganz den Gang wie die, welche mit den beiden Hess. Regierungen vor ihrem Austritt aus der Union gepflogen wurden. Das provisor. Fürstencollegium hält zwar noch wochentlich einige Sitzungen, allein der provisorische Zustand der Union läßt die Versammlung nicht zu wichtigen Verhandlungen und noch weniger zu Abstimmungen beschlüssen kommen. Sie nimmt also meist nur die Mittheilungen über die verschiedenen Angelegenheiten des engern Bundes entgegen, und die Verhandlungen verwandeln sich dann nur in blos vertrauliche Besprechungen. (Ll.)

Elbing, 31. Juli. Dem Polizeidirektor Dunder ist es, den Verurtheilten nach, gelungen, noch Manches in Betreff der hier entdeckten Dokumentenverfälschung zu ermitteln. Bei den mit Lindstadt gehaltenen Verhören soll sich herausgestellt haben, daß die Zahl der angefertigten falschen Banknoten bei weitem größer ist, als anfänglich angegeben worden; derselbe soll die Anfertigung von 163 Stück eingestanden haben, von denen er früher schon 140 Stück an den Königsberger Besteller, den Juden J., abgefendet gehabt, die von diesem aber für mangelhaft erklärt und darauf noch einige Verbesserungen angegeben worden, nach welchen denn noch 40 Stück von L. gefertigt und ebenfalls an den J. zugeschickt worden sind. Die übrigen 3 sind der ersteren Auflage habe L. behalten, von denen der eine bei Buchbinder S. anzugeben versucht worden; die anderen beiden entdeckte Herr v. Dunder in der Wohnung des L. hinter eingerahmten Schildereien, auch, wie man sagt, hinter dem Spiegel des Bettes des L. mit dem J. über die Anfertigung der Banknoten, und erlangte damit das Geständniß. — Aus Königsberg vernimmt man, daß der Jude J., ein ehemaliger Goldleistermacher und bereits früher wegen Falschmünzerei bestraft, sich zuletzt in einem Dorfe nahe bei Königsberg aufgehalten und nach Empfang einer von Königsberg ihm per Estafette zugegangenen Nachricht an demselben Tage verschwunden sei, an welchem der Polizei-Direktor Dunder in Königsberg angekommen. — Hr. v. Dunder ist vorgestern wieder nach Königsberg abgereist. Man erzählt sich, er habe geäußert, daß ihm ihre Ermittelungen wichtiger Art gelungen seien, und daß er der Thatsache von zwei Personen auf der Spur sei, deren Name und gesellschaftliche Stellung eine Mißhuld an einem solchen Verbrechen faſt unglaublich erscheinen ließen. (L. A.)

Italien.

Modena, 29. Juli. Der heutige „Messagere di Modene“ enthält in seiner amtlichen Abtheilung folgenden Artikel: Durch herzogliches Dekret vom 24. d. M. ist die wohlwerdente Gesellschaft Jesu, die während der politischen Stürme der verflossenen Jahre aus dem herzogl. Staat entfernt worden war, wieder im selben aufgenommen und ihr die Administration der Güter und Häuser, die sie vor der Invasion besessen hatte, wieder eingeräumt worden. Kraft desselben Dekrets wird der gedachten Gesellschaft gestattet, die Schulen in Modena, Reggio und Massa am 1. Nov. d. J. wieder zu eröffnen und ihr, wie früher, die Leitung der in besagten Städten bestehenden Convicte anvertraut. Unabhängig von diesen Schulen, können jedoch noch andere für den öffentlichen Unterricht eröffnet werden.

Neuestes.

München, 6. August. Was nicht alles aus einem gesinnungstüchtigen Redakteur werden kann! So erfahren wir eben aus der öffentlichen Magistratssitzung vom Dienstag, daß der Redakteur des „Grobian“ Hr. Bechiani, um die Erlaubniß eingekommen, einen „Cigarren-, Schnupf- und Rauchtabakladen“ eröffnen zu dürfen, also gesonnen ist, beim Dampf- und Stinken Manchen reich zu bleiben. Der Magistrat hat dem Bittsteller übrigens aufgegeben, vorerst ein „Befähigungs-Zeugniß“ beizubringen. Wenn es mit dem „neuen Geschäft“, wie mit dem „im rothesten Demokratiemaßen“ geht, so bedauern wir den jungen Mann. A. P.

Mondat Zitat ist in Bamberg sehr unbeliebt eingezogen. Stein Tauk im Tagblatt „für den für ihn vorbereiteten herzlichen Empfang“ nimmt sich wie die Ironie auf die Wirklichkeit aus. Er sur in offener Chaise, aber kein Mensch betümmerte sich um ihn.

Speyer, 4. August. Am Donnerstag war beim Militär Zahltag. Es wurde diesmal der Anfang damit gemacht, die Löhnungen Sonntag Abends auszutheilen, damit Alles am nächsten Morgen zum normalen Dienst zu stehen, (während des Kriegszustandes hatten dieselben bekanntlich eine Zulage). Hierüber aufgeregt, äußerten viele ihren Unwillen und ließen zugleich in den Wirthshäusern die Kenntnung fallen, daß allen Bierwirthen, welche das Bier nicht um 2 kr. pr. Schoppen ausschenken, die Fenster zum rothen Kolb, der in München veranlaßt habe, daß ihnen dieser Abzug gemacht werde, heute Abend Alles zusammengeschlagen werde. Schon Mittags 2 Uhr wurde hievon der Polizei Anzeige gemacht, und um 3 Uhr wußten es bereits alle Behörden, deren Aufgabe es ist, die Bürger zu schützen und Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Ohnerachtet dessselben fanden sich gegen Abend viele Soldaten, deß 14. Regiments in einem Bierhause ein, zogen in Colonnen gegen ½8 Uhr, etwa 60 bis 70 Mann hoch, an der Hauptwache vorüber nach der Vorstehen Brauerei u. zerschlugen dort Alles, was zerbrechlich war, als Gläser, Tische u. s. w. angeblich nur, um zu erzwingen, daß dieser Wirth das Bier um 2 kr. verkaufe. Erst jetzt bemerkte man einige Offiziere, die unter die Soldaten kamen und als sie auf dem Wege nach dem Moos'schen Bierkeller waren, um auch dort Aehnliches aufzuführen, kam der sgl. Regierungspräsident unter sie, um sie durch eine Anrede zu beruhigen. Er soll ihnen unter Anderem gesagt haben, daß er ein großer Freund des Militärs wäre und, daß er bereits nach München berichtet habe, um zu bezwecken, daß sie auch ferner die seitherige Zulage erhalten würden. Die Soldaten ließen jetzt den Präsidenten, dann die Offiziere und endlich auch den General, der dazu kam, hoch leben. Während dieses vorging, war eine kleinere Abtheilung bereits in den Moos'schen Keller gegangen und hatte dort das Bier um 2 kr. verlangt; man erklärte jedoch, daß es um diesen Preis nicht abgegeben werden könnte, wolle ihnen aber den Schlußstoff anstiefern, damit sie eigenmächtig trinken konnten nach Lust. Theils hierdurch beschämt, theils durch die Versprechung beruhigt, zogen die Soldaten singend durch die Stadt nach der Kaserne, geleitet von dem Präsidenten und den höheren Offizieren. Diesen Abend ward auch schon um 8 statt 9 Uhr Zapfenstreich geschlagen. Am Freitag Abend blieb es ziemlich ruhig; dagegen nach halb 10 Uhr drangen einige Soldaten in die Bäckerei von Dierstedach, ganz nahe bei Kolb, warfen den Tisch und Sessel zusammen und mißhandelten eine Magd. — Getsern blieb es nur bei einzeln vernommenen Drohungen, bahin gehend, daß Kolb und den Wirthen doch Alles müßte zerschlagen werden. Heute nun, wo in allen Wirthshäusern getanzt wird, suchten man wieder Händel; aber trotzdem vermimmt man nicht, daß von Seiten der Civil- oder Militärbehörde wirklich ernste Maßregeln getroffen worden. Man fürchtet sehr, wenn nicht bald Aenderungen eintreten, daß es hier noch zu blutigen Scenen kommen wird. (Ztrff. Z.)

* Landau, 5. August. Das südische Musik-Corps veranstaltete vorgestern ein Konzert zum Besten der Schleswig-Holsteiner; der Ertrag desselben war gut. Nach Beendigung desselben brachte ein junger Mensch einen hoch auszbringen Toast aus, in Folge dessen das Militär in Aufregung versetzt und bedauerliche Ausschreitungen hervorgerufen wurden.

† Hörstein, 5. August. Schon am 31. Juli wurden trotz des schlechten Frühjahrs hier fast ganz weiche Teanben gefunden. Wir haben alle Hoffnung eines guten Herbstes.

Stuttgart, 5. August. Der Criminalprozeß gegen den Buchhändlerlehrling Farr „wegen Verbreitung zum Aufruhr“ ist, nachdem der Spruch gegeben, daß derselbe seine Mitwisser oder Mitschuldige hatte, von Sr. Maj. dem König niedergeschlagen worden.

Mainz, 6. August. Heute Abend ist Herr Thierd und Familie hier eingetroffen und wird morgen wieder seine Reise nach Baden-Baden fortsetzen.

Aachen, 5. August. Die „Aachener Zeitung“ berichtet, daß die preußische Regierung sich die Abhaltung eines Congresses der Legitimisten in Aachen und überhaupt in ihrem Gebiete verboten hat.

Wien, 3. August. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die beabsichtigte Demonstration zum Empfang der Wiener Amnestirten in Augdorf einen bedeutenden Antheil an der fürs erste von der Hand gewiesenen Aufbebung des Belagerungszustandes haben dürfte.

Berlin, 5. August. Aus London erfährt die „N. Pr. Z.“, daß der dortige österreichische Geschäftsträger, Baron Koller, von seiner Regierung den Auftrag erhalten hat, das Protokoll der Londoner Conferenz rücksichtlich der dänischen Gesammtmonarchie zu unterzeichnen, und zwar mit der Reservation: „unbeschadet der Rechte des deutschen Bundes.“

Halle, 4. August. Vorgestern starb hier Dr. Machaud, ordentlicher Professor der Chemie, in den besten Jahren.

Kopenhagen, 2. August. Es ist hier die folgende Bekanntmachung erlassen: „Da sämtliche Kriegsministerium bringt Nachstehendes zur öffentlichen Kunde: Da die sogenannte schleswig-holsteinische Armee sich im offenen Aufstande gegen ihren rechtmäßigen Landesherrn befindet werden alle in den Herzogthümern Schleswig oder Holstein nicht Geborenen, welche in der Insurgenten-Armee dienen oder Dienste nehmen, sei es als Offiziere, Unteroffiziere oder Gemeine, aufgefordert, dieselben nicht unter dem Schutze des Völkerrechts stehenden Dienst zu verlassen, widrigenfalls werden sie, wenn sie in Gefangenschaft gerathen sollten, nicht als Kriegsgefangene behandelt werden. (Oes.) Haufen.

Schluß d. Circulardepesche des öster. Kabinets in Betreff des Vorschlags der Einberufung des engeren Rathes. Dieses Mittel liegt in der Einberufung des engeren Rathes der Bundesversammlung, mit der Aufgabe, bis zur Einfügung einer neuen provisorischen Bundeszentralgewalt, seiner ursprünglichen Bestimmung gemäß, die Obliegenheiten eines solchen Organs zu besorgen und gleichzeitig zu den, Behufe der Verfassungsrevision erforderlichen Beiten zu schreiten. Die Bundesversammlung hat ihre neue der Grundung des Bundes an bis zum 12. Juli 1848 fortgesetzte Wirksamkeit mit diesem Tage als geschlossen erklärt und die Aufbung ihrer Rechte und Pflichten an eine provis. Zentralgewalt in der sich von selbst verstehenden Voraussetzung übertragen, daß eine definitive Bundesgewalt in Folge der Einfügung einer neuen Verfassung an deren Stelle treten werde. Diese Erwartung ist nicht in Erfüllung gegangen, und der Erzherzog Reichsverweser war in dem Falle, die ihm anvertrauten Gewalten abermals nur an ein interimistisch beschlossenes Bundesorgan zu übergeben. Bei dem am 1. Mai d. Js. erfolgten Erlöschen der Vollmachten dieses letzteren war die vorerwähnte, im § 3 der Uebereinkunft vom 30. September v. J. näher angedeutete Voraussetzung noch immer nicht in Erfüllung gegangen. Die neue Bundesverfassung ist bis jetzt auch zu Stande gekommen. Die rechtmäßige Wirksamkeit der einstweilen geschaffenen Provisorien hat aufgehört. Der Bund ist daher thatsächlich ohne gemeinsames oberstes Organ. Die Hoffnung auf die Möglichkeit, ein solches zu schaffen, ist geschwunden, während die Existenz des Bundes, welcher ohne diese Einrichtung nicht zu bestehen vermag, wesentlich gefährdet ist. Es können daher die unter solchen Umständen erledigten Gewalten, deren Ausübung nicht unterbrochen werden darf, nur an die, als das bestehende verfassungsmäßige Organ des Wollens und Handelns des Bundes erklärte Bundesversammlung zurückfallen. Ew. — haben der — Regierung von gegenwärtiger Depesche Kenntniß und auf Verlangen auch Abschrift zu geben und unser Ersuchen dringend zu beworworten, daß es ihr gefällig sein möge, ihren Bevollmächtigten bei der Bundesplenarversammlung ohne Zeitverlust mit den geeigneten Instruktionen zu versehen, damit so bald als möglich ein, mit Rücksicht auf dem Vorstehenden im Auftrage seines Hofes und in Uebereinstimmung mit meinen heutigen Eröffnungen zu stellender Antrag zum Beschlusse erhoben werden könne. Empfangen Ew. ꝛc.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 7. August 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1210	1215
„ 5% Metalliques	82	82½
„ 4½ „	63½	64
„ 3½ „	48	48½
„ 2½% „	43½	44
„ 4½% Bethmann	77¾	78¼
„ 4% „	67	68
Russ. 25 Loose v. J. 1839.	100½	101
„ 500 „ 1834.	155	155½
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	87	87½
„ Ztkl. 50 Prämien Scheine.	107¾	
Bayern 3½% Obligationen	84	84½
„ 4% „	89¾	89¾
„ 5% „	100½	100¾
Würtemberg 3½% „	84½	85
„ 4% „	98¾	98¾
Baden 3½% „	82¼	82¾
„ fl. 35 Loose	31¾	32
„ 4% „	53½	54
Nassau fl. 25 „	24⅞	25⅛
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	74⅜	74⅞
„ „ 25 „	28	28½
Polen fl. 300 „	139	
Sardinien Lee. 36	33¾	34¼

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schottfeld 2. Thür. Nr. 553.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 190. Würzburg, Freitag den 9. August. **1850.**

Die Beschränkung des allgemeinen Stimmrechts und das strengere Preßgesetz.

(Schluß.) In Frankreich ist es seit langer Zeit Uebung für manche Hauptschriftsteller des Tages gewesen, einige ihrer Artikel zu unterzeichnen, und mehrere sehr merkwürdige politische Abhandlungen haben hier und jenseits des Kanals ihren Verfassern, wie Cobbett, Willtes, Henri Fonfrede, Jules Janin, Emile Girardin, Marrast, große persönliche Berühmtheit verschafft. Aber es bleibt deßhalb immer noch ein betrachtlicher Theil eines jeden Journals übrig, welcher bisher, und zwar nothwendigerweise, den Charakter der Anonymität getragen hat. Das französische Gesetz raubt die Freiheit anonym zu sprechen; es zerstört jene Assoziationen, die sehr mächtig auf die öffentliche Meinung einwirken. Im rechten Geiste der Demokratie weigert es sich, irgend eine Ungleichheit in der Stellung zwischen Schriftsteller und Schriftsteller anzuerkennen; in dem rechten Geiste des Despotismus verbreitet es die Sprache der Kritik in irgend einer andern Form, als der der persönlichen Diskussion, auf die Gefahr des Renommirtanen. — Die Presse in Frankreich hat nach einer maßlosen Macht gestrebt und sie auch ausgeübt, die sich nicht auf ihren eigentlichen Beruf beschränkte, sondern sich auch dazu gebrauchen ließ, Verschwörungen anzuzetteln, den Pöbel aufzuhetzen, Abdikationen zu gebieten, Regierungen zu bilden und das Land zu revolutioniren. Sie erleidet nun bester auch eine maßvolle Strafe; denn das Land welches die Revolution haßt, haßt auch die Presse, welche Revolutionen macht. Aber diese Aufwallungen von Zeitdefizigkeit gegen Rechte, die lange Zeit als Hauptverungleichsaften und Vollwerke der Freiheit betrachtet worden waren, sind traurige Symptome der Gleichgültigkeit der französischen Nation gegen die Gottheit, der sie mitunter so leidenschaftlich Weihrauch gestreut hatte; und das Gesetz, welches der Charakter der Presse erniedrigen und den Einfluß derselben beschränken soll, ist ein großer Schritt zu der moralischen und politischen Herabwürdigung des Landes. Gleich so vielen andern der ersten Institutionen freier Nationen schrinen die Franzosen die Presse nicht bloß gebraucht, sondern auch mißbraucht und verbraucht zu haben; und es kann keinen größeren Beweis von der Intensität der Reaktion gegen liberale Ansichten geben, als daß ein Schwarm von Menschen, die durch die Presse emporgetragen sind, sich nunmehr verbindet, um ihrem eigenen Gewerbe den Garaus zu machen. Die alten Erfindungen von Censur und Pranger sind abgeschafft, aber die Freiheit der Presse ist nur noch größeren Gefahren und allgemeinen Beschränkungen unterworfen. In Preußen sieht man sogar die Verfassung von Nachrichten der launenhaften Willkür der Polizeiminister anheim gegeben. In Frankreich ist man entschlossen, jene Stimme zu ersticken, die selbst in den schlechtesten Zeiten aus dem Herzen der Nation sich Luft machte, um gegen den Mißbrauch der Gewalt aufzureten und den Drohungen der Anarchie Widerstand zu leisten. Indem man auf die unverantwortlichkeit Macht derPresse — wenn irgend etwas unverantwortlich genannt werden kann, was durch die öffentliche Meinung lebt — losschlägt, schlägt man auf ihre Unabhängigkeit los, und opfert zugleich die geschicktesten und standhaftesten Verfechter der Freiheit und guten Regierung, um jene giftige Brut zu vertilgen, welche durch die Revolution zu einer unheilvollen Macht geworden ist. Die Freiheit der Presse ist nun dahin; wie man Schafe von einem geschrienen Schiffe über Bord wirft, und jene Erschütterung, welche die Freiheit der Menschheit verewigen sollte, hat mit diesen selbst auferlegten Fesseln, und mit der Verschleuderung auf dieselben Freiheiten gerudet, welche die Menschen zu genießen lernten und weiter auszudehnen suchten. Ja, die Wirkungen der Revolution sind von der Art, daß das französische Volk sich gegenwärtig dem Verlaste der Preßfreiheit selbst gewaltig unterwirft, wahrend es sich im Februar 1848 das Verbot eines aufrührerischen Bankets oder die Verpeyerung der Wahlreform nicht gefallen lassen wollte.

Landtagsabschied.

München, 29. Juli. (Forts.) Unser Staatsministerium der Finanzen wird die weiteren entsprechenden Verfügungen treffen. Dem an Uns gelangten Wunsche, auch sämmtlichen Aushäute, Vorräthe an Fabrikaten und Rohmaterialien den Berg- u. Hüttenwerken, der Glasmaleriestalt u. der Porzellanmanufaktur als Betriebskapital zuzuweisen," ertheilen Wir in dem Anderkrabe, daß Zuschusse aus anderen Fonds nicht mehr entnommen werden sollen, folglich hierin das einzige Mittel zum Fortbetrieb zu suchen ist, Unsere Zustimmung. Nachdem Wir dem Antrage auf Trennung der Porzellanmanufaktur und Glasmalereianstalt von der Berg- und Hüttenverwaltung bereits mit der entsprechenden Zusicherung entgegen gekommen sind, so werden Wir auch dem weiteren Wunsche, die beiden erstgenannten Anstalten unter die Leitung Unseres Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten zu stellen, in reiflicke Erwägung ziehen lassen. Die von Uns ertheilte Zusage, daß dem Berg- und Hüttenwesen Zuschüsse aus anderen Fonds nicht mehr zufließen sollen, stellt die größtmöglichste Sparsamkeit in allen Zweigen an sich schon als unabweisbar nothwendig dar, und wird von selbst in allen jenen Fällen auf die Anwendung von Holzsurrogaten hinführen, in welchen sich ein entschiedener Vortheil für die Verwaltung darbietet. Die Wirthschaftsresultate der nächsten Jahre werden zeigen, inwieferne dem weiteren Wunsche wegen Verkaufes der mit Zubuße arbeitenden Werke stattzugeben sei, und ob durch den Uebergang derselben in Privathande der Fortbetrieb nachhaltig gesichert und der verwiegende volkswirthschaftliche Zweck hinreichend gewahrt ist. Die Reduction der äußern Aemter ist bermalen schon Gegenstand der reiflichen Prüfung und Erwägung. Für die prognostische Unterlagung des Königreichs haben Wir bei der unbestreitbaren Zweckmäßigkeit des Unternehmens die nothigen Vorarbeiten bereits einleiten lassen. Bei der aufrichtigen Theilnahme, welche Wir diesem wichtigen Gegenstand zuwenden, wird die prognostische Aufnahme mit den etatsmäßig ausgesetzten Mitteln in angemessener Weise ihrem Ziele zugeführt werden. In dem Wunsche auf Vorlegung eines Berggesetz-Entwurfs für die Kreise diesseits des Rheins finden Wir den Ausdruck eines anerkannten Bedürfnisses. Wir werden Sorge tragen, daß diesem Wunsche insbesondere in der bezeichneten Richtung mit Rücksichtnahme auf die Gesetzgebung angrenzender Staaten nach Kräften entsprochen werde. Wir werden, wie bisher, so auch fernerhin darauf Bedacht nehmen, daß unser gleichen Dualitäts- und Provinzialrechten vorzugsweise inländisches Feuerungsmaterial für den Eisenbahnbetrieb verwendet werde, und haben bereits zu diesem Zwek wiederholt Bestimmungen ertheilen lassen. Bei der der Prüfung der Rechnungs-Ergebnisse der Armenlabergwerke der Pfalz pro 1845—47 gestellten Antrag: „die königl. Staatsregierung sei zu ersuchen, bei künftiger Vorlage der Rechnungs-Uebersichten den Kammern auch immer eine Uebersicht der Resultate der Verwaltung der ärarialischen Bergwerke der Pfalz vorzulegen," erwidern Wir, daß die diesem Antrag entsprechende Anordnung bereits getroffen, und Unserer Regierungs-Finanzkammer der Pfalz zur Vorlage dieser Uebersichten angewiesen worden ist.

(Forts. f.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Vierter Armeebericht des Oberkommandeurs Generale Willisen: Seitdem ich nun eine volle Uebersicht über die blutigen Tage des 24. und 25. Juli habe, muß ich zuerst bestätigen, daß unser Verlust, besonders an Offizieren, groß gewesen; so schmerzlich aber auch dieser Verlust er ist an sich das schonste Zeugniß für die Truppen. Alle Bataillone, ohne Ausnahme, sind im Feuer gewesen, es gab keine Reserve mehr, und dennoch sind auf dem Rückzuge dem Feinde nur einzelne schwer Verletzten in die Hände gefallen, er magte nicht, uns zu verfolgen. Die Bataillone, welche durch ihre Stellung am meisten Gelegenheit hatten, sich auszuzeichnen, waren das 4. nab 5. Jägervorps, das 1., 4., 6., 7., 9. und 10. Bataillon. General v. d. Horst hat mit seltener Entschlossenheit seine Brigade bei Seid dem Feinde entgegengeworfen, ihr dadurch im Marsche überrascht und ihm die größten Verluste beigebracht. Als die Uebermacht sich gegen ihn wandte, hat er mit gleicher Festigkeit sich auf den Feind geworfen, der ihn zu umgehen drohte, und seine braven Truppen in die Stellung zurückgeführt. General von Bonsdorff warf am Abend des 24. dieses Monats mit seiner bekannten Tapferkeit den Feind bei Sollerup über die Treene zurück; am 25. dieses Monats war er, wie immer an der Spitze seiner Truppen, unter den ersten, welche vorwunzet wurden. Der Brigademajor, Hauptmann v. Wagner, übernahm die Führung der Brigade mit bestem Erfolg. Der Oberst v. Gerdard, als Führer der Avantgarde, hat sich als ein eben so tüchtiger als tapferer Offizier gezigt und sich in wenigen Tagen das unbedingte Vertrauen seiner Truppen erworben. Ein Schuß am linken Vorderarm hat ihn seinen Truppen seinen Augenblick entzogen. Oberst v. Abercron hat seinen Ruf als tapferer Offizier von neuem bewährt. Die Artillerie hat unter der umsichti-

gen Leitung des Obersten v. Wissel sich mit großer Ausdauer geschlagen. Unter den Batteriechefs haben sich der Hauptmann Glesm und der gebürtige Hauptmann Kruse besonders ausgezeichnet. Die Cavallerie hat, wo sie Gelegenheit hatte zu handeln, wie die Escadron, welche die letzte Attaque auf der Höhe von Istedt machte, gezeigt, daß sie, wo sie Terrain findet, das Beste leisten wird. Die Officiere meines Stabes haben sich sammtlich durch großen Eifer, unermüdliche Thätigkeit und Kaltblütigkeit ausgezeichnet. Der Chef des Stabes, Oberst v. d. Tann, trägt sich, wie bekannt ist, eben so unsichtig als entschlossen; er ist zugleich der tapferste Soldat. Major Wynecken, der Souchef des Stabes, ist ein eben so wissenschaftlich gebildeter, wie tüchtiger und tapferer Officier, und jeder Aufgabe gewachsen. Ich werde in einem Armeebefehl eine ganze Reihe der Tapfersten aus allen Graden nennen, welche sich besonders hervorgethan. Die öffentliche Anerkennung mit dem sohnenden eigenen Bewußtsein ist das Einzige, was wir bieten können, der edlen Gesinnung aber, welche Alle beseelt, den schönste Lohn. Von weiteren Begebenheiten habe ich seit dem 27. Juli nichts von Bedeutung zu melden. Einige Escadronen, unter dem Rittmeister v. Puttkammer machten am 29. eine Recognoscirung über die Sorge hin vor die Thore von Schleswig und griffen zwei feindliche Escadronen, welche ihnen entgegen kamen, rasch und entschlossen an, zogen aber später zurück, weil es in der Aufgabe lag, ohne dem Feinde verfolgt zu werden. Die Linie hat sich ruhig gehalten und ausgeruht, sie steht auf schleswig'schem Boden und erwartet mit Ungeduld die Erneuerung des Kampfes. In direkter und unmittelbarer Verbindung mit Rendsburg ist die Armee stärker, als sie bei Istedt war. Es konnte und also nur eine zweite und eine dritte Schlacht von schleswig'schen Boden vertreiben. Die Truppen würden übrigens sein als die erste. Hauptquartier Rendsburg, den 4. August 1850. Der commandirende General. (gez.) v. Willisen.

Rendsburg, 4. August. Heinrich v. Gagern ist mit dem Range als Major in die schleswig-holsteinische Armee eingetreten und vorläufig dem Generalstab zugetheilt worden. (Schl. M.)

Berlin, 4. August. Gestern sind 600 ausgediente preuß. Militärs, welche sich nach Schleswig-Holstein begeben, durch Berlin passirt. (H. N.)

Berlin, 6. August. Als die dänische Cavallerie im Carriere die grade Straße von Oder-Stolt durchjagte, um sie zu sprengen, warfen sich die jungen holsteinischen Jäger mit der Erde, standen wieder auf, empfingen die im Trabe rückstehende Cavallerie mit einem mörderischen Feuer und flachen die Pferde todt. Bei dieser Gelegenheit kam auch der dänische Generalstab in das Dorf und in's Bachsenfeuer, und hier wurde der General von Schleppegrell tödtlich verwundet. Es ist also eine offenbare feindliche Erdichtung, daß Bauern ihn ermordet haben, aber diese Erdichtung wird benutzt, um rechte Bauern gefangen fortzuführen! Man kennt sogar im holsteinischen Heer den Namen des Jägers, der den tödtlichen Schuß auf den General v. Schleppegrell führte. (Brl. N.)

Hamburg, 7. August. General v. Willisen erklärt, daß die in seiner Gewalt befindlichen 500 dänischen Gefangenen verantwortlich seien für das, was den schleswigschen Angehörigen durch die Dänen geschehe. — Auf der „Gerion" weht die preußische Flagge; der Befehlshaber derselben hat die dänische Aufforderung zur Uebergabe energisch beantwortet.

Aus dem Kirchengebet, welches auf Anordnung der Stadthalterschaft seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten von den Kanzeln verlesen wird, theilen wir folgende Stelle mit: Dasür, Herliger in der Höhe! dafür wagen wir, Dich zum Zeugen zu rufen, daß es nicht Aufruhr und Empörung ist, worin unser Land zum Schwerte gegriffen hat und jetzt greift, sondern daß wir damit ganz allein, weil kein Richter auf Erden den Streit zwischen unserem Volk und dem, was uns anwohnt, hat schlichten können oder wollen, und weil kein Ende des Zwistes auf anderem Wege zu finden gewesen ist, die Entscheidung in Deine Hand, Könige aller Könige und Herr aller Herren, zu legen begehren. In Deinem Worte steht geschrieben: Und sieht dann Jemand um des Rechten willen (Rom. 5, 7). Siehe, Herr! unsere Söhne, wir Alle, wenn Du es forderst, sind bereit, darum zu sterben, denn — das sind wir getrosten Muthes, vor Himmel und Erde zu bezeugen — blos darum: das Recht nicht gebeugt, oder gar, wie wir es erlebten, das Land und Deine christliche Kirche unter Füßen getreten, damit die Bande der Zucht nicht gar gelöst, Deine heiligsten Ordnungen nicht vollends in Unordnung verkehrt bleiben, ist unser Herr jetzt in den Streit gezogen. O Du! der Du in Heil. Schrift das Wort hast verzeichnen lassen: Recht muß doch Recht bleiben (Pf. 94, 15), zeuch mit uns, als der Oberhauptmann Gott, allmächtig diesem Heere voran! erfülle, was in jenem Worte als Deine Verheißung der Glaube anklammert hat: dem Recht werden alle frommen Herzen zufallen, zuerst an dem Herrscher, der, unserer Gegner König, aber auch unser Fürst ist, für den wir freilich nicht adiafern, dem Apostelgebote gehorsam, Alles thun, was wir thun, in solche, erfülle an ihm solche Zusage dahin, daß sein Herz das erste unserem Recht zufallende werde, und wenn dies, dann Allmächtiger! zeuch ihn mit Macht an, daß er kann, was er dann wollen wird; erfülle sie gleicherweise an allen Machthabern auf allen ihren Thronen; an unsern Feinden um Abgewendung, an unsern Freunden um Beharren, wo sie stehen, an Allen, die wider uns lästern und zu thun gedenken, und wissen nicht, was sie thun, daß sie erkenntete Angen empfangen, zu sehen, was wir begehren; an unsern Freunden und Zugewandten, daß sie nicht müde werden, uns zur Seite zu treten mit der Kraft ihrer Gebete, mit Muth u. That; erfülle sie ganz besonders an Allen, die uns hassen, für deren Muth wir Dir danken, im Anfsehen auf Dich, todesmuthig auch dann bleiben, wenn es wirklich gilt, dem Tod ins Angesicht sehen. Himmlischer Vater! wir haben sie lieb alle unsere Kinder, und hatten sie gerne unversehrt wieder in ihrenen unter unsern Dach, in unsern Kreisen. Du, Du sie nach lieber hast, Du ist alle Dinge möglich, Abba ist es möglich? Abba, ist es möglich! so wehre den tödtlichen Geschossen der Feinde und laß vor den Geschossen der Unsern, wo sie als Deine Streiter im heiligen Kreis sich damit blicken lassen, Deine Schrecken hergehen. Wenn Du auch über ihrer Sünde verschonen hättest, daß sie sterben sollen, — Dein Wille geschehe! nur daß Du dann dieser Sterbenden letzten Seufzer zu Gnaden annehmest, nun sie, die dafür sollen, daß das Erbrecht, was ihr irrisches Vaterland ist, nicht des Schmuckes beraubt werde, in Recht und Gerechtigkeit ein Abbild Deines Reiches zu sein, aus Gnaden das ewige Vaterland erben lassen, wo, um Jesu Willen sie nur wir sur immer bei Dir zu sein hoffen. Den Führern an ihrer Spitze gib das volle Gefühl davon, daß des Landes Aleinod in ihre Hande gegeben, und salbe sie mit Deiner Weisheit und Muth und Kraft, auf die Untergebenen sende herab den Geist des Gehorsams und der Zucht, — dem ganzen Lande bewahre Aufdauer und Treue im Festhalten an dem in Deinem Namen Begonnenen, daß, wenn das Herr nicht sein Blut, das Land nicht sein Gut achtet, um Alles wohl auszurichten und das Feld zu behaupten.

Deutschland.

Stuttgart, 3. August. Auf die Adresse der bürgerlichen Collegien in Eßlingen an Se. Majestden König wegen des dänisch-preußischen Friedens ist denselben folgendes Schreiben des Departementschefs des Innern zugegangen: Die bürgerlichen Collegien der Stadt Eßlingen haben in einer an Se. Maj. den König gerichteten unterthänigsten Eingabe Höchstdenselben die Bitte vorgetragen, auf die Nichtgenehmigung des zwischen der Krone Preußen im Namen des übrigen Deutschlands mit dem Königreich Dänemark hinsichtlich der Herzogthümer Schleswig-Holstein vorläufig geschlossenen Friedens, und auf die schleunigste Gewährung thätiger Hilfe in dem von Schleswig-Holstein für Deutschland geführten Kampfe hinzuwirken. Hierauf haben Se. Maj. Majestät den Unterzeichneten beauftragt, den bürgerlichen Collegien von Eßlingen zu eröffnen, daß dieselben aus der Art und Weise, wie Se. Majestät sich gegen den Ausschuß der Landesversammlung ausgesprochen haben, entnommen haben werden, wie Höchstdieselben diese wichtige vaterländische Angelegenheit in rechtlicher Beziehung ansehen, und das wohlverstandene Interesse des größeren und engeren Baterlandes auf das Gewissenhafteste prüfen werden; daß aber Höchstdieselben ebendeßhalb sich beglandigen, die bürgerlichen Collegien von Eßlingen hatten durchaus kein Veranlassung zu obiger ganz anderlei ihren Staats- und Verfassungstreue Gesinnung Bitte gehabt. Indem der Unterzeichnete diesen pochten Auftrag vollzieht, hat er die Ehre zu verharren. Stuttgart, den 2. August 1850. Der Departementschef des Innern: Linden. — Erhaltener Nachricht zufolge werden fernere öffentliche Adressen in gleicher Weise beantwortet werden. (S. M.)

Stuttgart, 6. August. Abends. Der Ministerrieg zwischen Regierung und Ausschuß der Landesversammlung hat heute durch nochfolgende zwei 1. Restripte wieder einen neuen Zuwachs erhalten, nach deren Inhalt zu erwarten scheint, daß die Regierung, aber die seither verhandelten Gegenstände wenigstens eine weitere Antwort zu ertheilen nicht geneigt ist. Wir theilen vom Gnädigsten, König von Württemberg. Liebe Getreue! Nachdem ihr die in der Note eures Präsidenten vom 24. v. M. gestellte Frage an Unser Gesammtministerium mittelst weiterer Note eures Präsidenten vom 31. v. M. in einer näher mitgetheilten Weise wiederholt habt, so finden Wir nöthig, Euch darüber Unsere Meinung gegen euch auszuforechen. Es handelt sich keineswegs, wie ihr sagt, von der Gesährdung aller seit zwei Jahren erworbenen Rechte des Landes; dafür burgt wohl der stets bewiesene gesetzliche Sinn Unserer Regierung und die von derselben zu erwortende richtige Würdigung der wahren Wünschenswerthe Unseres Volkes; vielmehr handelt es sich darum, für das Gesammtwaterland endlich die Mittel zu finden, seine Rechte und Pflichten üben zu können, und dieß in einem Augenblicke, welcher schon um der schweren Verwicklungen willen, die aus dem preußisch-dänischen Frieden für Deutschland im Gefolge sind, nur zu sehr geeignet ist, Deutschen Interessen bei wichtige vaterländische Angelegenheit in rechtlicher Beziehung ansehen, und das wohlverstandene Interesse des größeren und engeren Baterlandes auf das Gewissenhafteste prüfen werden; daß aber Höchstdieselben ebendeßhalb sich beglandigen, die bürgerlichen Collegien von Eßlingen hatten durchaus kein Veranlassung zu obiger ganz anderlei ihren Staats- und Verfassungstreue Gesinnung Bitte gehabt. Indem der Unterzeichnete diesen pochten Auftrag vollzieht, hat er die Ehre zu verharren. Stuttgart, den 2. August 1850. Der Departementschef des Innern: Linden. — Erhaltener Nachricht zufolge werden fernere öffentliche Adressen in gleicher Weise beantwortet werden. (S. M.)

Stuttgart, 6. August. Abends. Der Ministerrieg zwischen Regierung und Ausschuß der Landesversammlung hat heute durch nochfolgende zwei 1. Restripte wieder einen neuen Zuwachs erhalten, nach deren Inhalt zu erwarten scheint, daß die Regierung, aber die seither verhandelten Gegenstände wenigstens eine weitere Antwort zu ertheilen nicht geneigt ist. Wir theilen vom Gnädigsten, König von Württemberg. Liebe Getreue! Nachdem ihr die in der Note eures Präsidenten vom 24. v. M. gestellte Frage an Unser Gesammtministerium mittelst weiterer Note eures Präsidenten vom 31. v. M. in einer näher mitgetheilten Weise wiederholt habt, so finden Wir nöthig, Euch darüber Unsere Meinung gegen euch auszuforechen. Es handelt sich keineswegs, wie ihr sagt, von der Gesährdung aller seit zwei Jahren erworbenen Rechte des Landes; dafür burgt wohl der stets bewiesene gesetzliche Sinn Unserer Regierung und die von derselben zu erwortende richtige Würdigung der wahren Wünschenswerthe Unseres Volkes; vielmehr handelt es sich darum, für das Gesammtwaterland endlich die Mittel zu finden, seine Rechte und Pflichten üben zu können, und dieß in einem Augenblicke, welcher schon um der schweren Verwicklungen willen, die aus dem preußisch-dänischen Frieden für Deutschland im Gefolge sind, nur zu sehr geeignet ist, Deutschen Interessen hergehen können, ein völkerrechtlich anerkanntes Organ für Ausübung seiner Rechte und Pflichten dringender als je erheischt; wie denn überhaupt Niemand einlegen wird, daß eine längere Ausdauer des bisherigen unentschiedenen Zustandes unmöglich ist, wenn nicht die wichtigsten Interessen Deutschlands preisgegeben werden sollen. In diesem Bestreben, welches unter der nothwendigen Bemessung der gegebenen Verhältnisse zu verfolgen ist, sollten Wir Uns der Unterstützung aller Derjenigen versichert halten dursen, welchen es wahrhaft um das Wohl des größeren und engeren Vaterlandes zu thun ist, um Unser Volk und Seine Gesinnungen, wie sie sich in den neuen Ständen Unserem Reskript vom 29. v. M. zu sprechen nicht umhin konnte. — Ueber den Weg, wie jenes Ziel zu erreichen sei, haben Wir Uns bis jetzt noch nicht zu äußern; Wir hatten dieß sogar dann noch nicht zu thun, wenn eure Voraussetzung zutrafe, daß der von euch gleichfalls für gesahrden erachtete §. 85 der Verfassungsurkunde hier zur Sprache komme; denn selbst in diesem Falle hatten Wir nach § 86 der Verfassungsurkunde die Landesvertretung von Unseren Schritten erst in Kenntniß zu setzen, sobald die Umstände es erlauben, was bis jetzt noch nicht der Fall war. Nach Unserer festen Ueberzeugung ist aber nicht der § 85, sondern der § 89 der Verfassungsurkunde für unser Verhalten in gegenwärtiger Frage maßgebend, da Wir nicht mit „auswärtigen Staaten", sondern mit den im deutschen Bunde begriffenen Staaten verhandelte. Wie Wir schon

früher ausgesprochen haben, hielten Wir Uns dazu nicht einmal für berechtigt, wo dieser staatsrechtlichen Grundlage abzugehen, wenn gleich Wir auch hier, wie dieß immer Unser Bestreben war, nur zu wünschen vermögen, in Uebereinstimmung mit den Vertretern des Landes handeln zu können. — Hiermit wünschen Wir nun, um werden Mir nur Zeit die an Uns gebrachten Fragen frei erledigt ansehen, und Wir sind hierbei von Dem Bewußtsein geleitet, ebensosehr im wohlverstandenen Interesse Unseres Volkes, als nach den Vorschriften der Verfassung zu handeln. Wir verbleiben ꝛc. Stuttgart, im k. Gesammt-Ministerium von 1. August 1850. Möller, Linden, Knapp, Pfeffer." — II. Wilhelm ꝛc. Liebe Getreue! Es ist Uns die weitere Note eueres Präsidenten vom 27. v. M. in Betreff des dänisch-preußischen Friedens von Unserem Gesammt-Ministerium vorgelegt worden. Wie der Inhalt derselben Unsere Ansicht über die Note eueres Präsidenten vom 11. v. M. nicht zu ändern vermochte, so wurden Wir Uns auch nicht bewogen finden, auf diesen Gegenstand zurückzukommen, wenn nicht der Schluß der Note, wo zu Unserem gerechten Befremden von einem „auffallenden Tone" und von „verletzenden Worten" gesprochen wird, Uns veranlaßte, euch zu erkennen zu geben, daß ihr zu einer solchen Aeußerung wohl nur gelangen konntet, nachdem ihr euererseits die natürliche und unverkennbare Bedeutung der von euch gebrauchten Worte beseitigt zu haben glaubtet; daß ihr aber selbst dann nicht aus den Augen zu verlieren hattet, daß ihr euch nicht, wie ihr unterstellt, in einem Notenwechsel mit Unserem Gesammtministerium befindet, sondern daß ein von Uns, wenn gleich unter der Verantwortlichkeit Unserer Gesammtministeriums erlassenes Reskript an euch ergangen ist. Indem Wir Uns zu euch versehen, daß dieß in Zukunft nicht unbeachtet gelassen werden wird, verbleiben Wir euch mit Unserer königlichen Huld stets wohl beigethan. Stuttgart, im kgl. Gesammtministerium, den 3. August 1850. Möller, Linden, Knapp, Pfeffer." — Man sieht, alle die Restkapte, wie überhaupt alle wichtigen Akte des jetzigen Ministeriums sind stets von allen Ministern unterzeichnet, so daß ein Protest, wie gegen v. Wächter-Spittler nicht wohl, sondern nur gegen alle vorkommen könnte.

Stuttgart, 6. August. So viel bis jetzt verlautet, wird Hr. v. Wächter-Spittler mit der bedeutenden Majorität von 10—11 gegen 2—3 Stimmen von den Richtern des Staatsgerichtshofs freigesprochen werden. Die verurtheilenden Stimmen sollen dem Oberstkriegsrath Heller und dem Oberstbaumeistrator Stemeel, die noch schwankende Dr. Ludwig Uhland, dem Dichter Uhland, gehören. Daß die beiden ersten Hrn. ein „Schuldig" aussprechen würden, daran zweifelte von Anfang Niemand, denn Beide sind Mitglieder des Volksvereins und gehören fast zu den verschrienen Färbung an, obgleich man von dem Hrn. Oberstleutnant Heller behaupten will, er würde sich gerne umfärben lassen, wenn es anginge, seitdem das Blutroth so sehr im Preise gestanden und aus der Mode gekommen ist. Es thut sich aber nicht, und so muß er wohl zum bösen Spiele gute Miene machen, wie einer stets freundlichen Physiognomie wie die seinige nicht schwer fallen kann. Daß Ludwig Uhland noch nicht mit sich im Reinen ist, macht seiner Gewissenhaftigkeit alle Ehre, weil die Entscheidung der Frage einem Nichtjuristen und Nichtstaatsrechtslehrlingen wohl zu schaffen machen kann, wenn er nicht Parteimann ist. Die demokratische Partei wird sich sicher auch alle Mühe geben, ihn für ihre Ansicht zu gewinnen, denn ein so populärer Mann wie Ludwig Uhland wiegt in den Augen der Menge drei und noch mehr Andere auf, weil der große Hause nicht zu unterscheiden vermag, daß zwischen Dichter und Politiker ein großer Unterschied ist, und weil er nicht weiß, daß man möglicher Weise ein großer Dichter und ein sehr mittelmäßiger Politiker sein kann. Uhland wird sich aber wohl bedenken, ehe er seinen Namen bei einer bei Sprengung der Nationalversammlung, herleiht, damit man hinter demselben über um so größeres Unrecht schreien kann, insofern selbst ein Mann, wie er durch seine Protestation das Recht auf Seiten der „Volkspartei" gefunden habe. — Wie weit das Liebesgetriebe, selbst hochgestellter Männer, mit der Demokratie geht, schreint ein im Publikum verbreitetes Gerücht aus's neue zu bestätigen. Ein sehr einflußreiches Mitglied des Staatsgerichtshofs soll nämlich Anfangs die Kompetenz dieser Behörde in vorliegendem Fall in Abrede gestellt haben. Auf diese Weise hin hatte dann der Beklagte gar keinen Richter gefunden, der über seine Angelegenheit entscheiden hätte; er wäre nicht verurtheilt, aber auch nicht freigesprochen, gewissermaßen nur von der Anklage entbunden worden, und wäre ihm auf diese Weise fast die Möglichkeit genommen gewesen, irgend ein höherer Staatsamt je wieder anzutreten. Glücklicher Weise fand aber diese Ansicht bei der Mehrzahl der Richter keinen Anklang, da nicht Alle, wie Jener, sich gekränkt fühlen, daß man Sie noch nicht zu Ministern gemacht hat. Auch aber das Präsidium gab es Eifersüchteleien, und man nennt den Namen zweier Männer, die sehr empfindlich darüber sein sollen, daß sie es nicht geworden sind. (K. Z.)

Wiesbaden, 7. August. Die hardeffische „Nass. Allg. Z." bringt heute folgenden bemerkenswerthen Artikel: Wie sich aus Berlin vom 4. d. M. u. a. geschrieben: Die gestern in hiesigen Blättern mitgetheilte Vermuthung, daß der Ministerpräsident v. Wintzingerode sich in Berlin nur orientiren wollte, scheint uns die richtige; unrichtig ist es aber, seine Anwesenheit mit der Sache der Union in eine aber von Zweck der Information hinausgehende Beziehung bringen zu wollen. Die Unionsfrage ist durch die neue Vorschläge des Wiener Cabinets so ziemlich in den Hintergrund gedrangt, und sind es nur diese, welche die Aufmerksamkeit der hiesigen Regierung in Anspruch nehmen. Man ist über das diesen Vorschlägen gegenüber einzuhaltende Verhalten so ziemlich im Reinen. Man sieht in denselben, da Oesterreich die Herstellung des Bundesplenums beabsichtigt, zugleich aber die Umarbeitung der alten Bundesverfassung als nothwendig bezeichnet, neue Konkradiktion, indem die bei Herstellung des Bundesplenums auf der Wiener Conferenz von der dreißalls bestandenen Bestimmungen die zu weiteren Beschlüssen und namentlich zu zeitgemäßen Neuerungen erforderliche Stimmenmehrheit die Möglichkeit einer solchen Umänderung, wenn nicht geradezu ausbeut, so doch sehr in Frage stellt. Man überlegt es daher in den Wiener Kabinetten, ob der zur Lösung dieser Frage nöthigen Vorlagen zu machen, und wird sodann auf Grund derselben weiter verhandeln. Bei Verwerfung derselben wird erst die Frage über die Union mit Ernst aufgenommen werden können, wenn gleich es erwartet wird, daß die Unionspolitik für die Haltung Preußens während der Verhandlungen maßgebend sein werde. Eine baldige Lösung dieser Fragen ist, der Natur der Sache nach nicht möglich; aber jetzt herrschende rastlose Thätigkeit, in welchem jeder einzelne Staat Deutschlands sichtet bestrebt, dürfte daher noch lange währen. (Ein schöner Trost!) Das Interim oder die Bundescentralcommission kann nicht als ein Bindungsmittel weder im Innern noch gegen Außen angesehen werden."

Wien, 19. Juli. Eine Korrespondenz aus Brody berichtet unlängst dem Lloyd, daß der Jude in Sydelung seiner Gemeinde am Wege gegrüßt und Ihnen gebaut; aber eingedenk seiner Stellung als Oberdirt weder die Thora gekützt, noch sich dem Gebete angeschlossen.

Agram, 2. Aug. Heute Vormittag um 10 Uhr rückte das 6tägekrönte 2. Bataillon des 1. Banalregiments mit klingendem Spiele der tiefigen Diocesan Musikkapelle aus Italien auf dem Marsch nach der Heimath hier ein. Se. Excellenz der Banus war mit einer zahlreichen Suite dem tapfern Bataillon, das fast durchgehends mit der pälsilichen Verdienstmedaille geschmückt ist, weit hinaus auf die Karlstadterstraße entgegengeritten. Am Jellachingplatze hielt das Bataillon an, und nach der gegebenen militarischen Ehrenbezeugungen entfernte sich Se. Exc. der Banus. Unter Musikbegleitung wurde hierauf die Bataillonsfahne auf die hiesige Hauptwache gebracht; das Bataillon aber, welches Major Horeck kommandirte, rückte in seine Quartiere ab. (D. C.)

Berlin, 5. August. Gestern sind um 5 Uhr Frohdorf bei Wien hier eingetroffen und im Britisch-Hotel abgestiegen der Hr. Graf v. Chambord (Herzog v. Bordeaux). Derselbe wird heute einen Besuch am königl. Hofsager in Sanssouci abstatten und sich dann nach Wiesbaden begeben. Im Gefolge des Hrn. Grafen v. Chambord befanden sich der Herzog Mierpoix v. Lévis, der Bicomte v. Monti und mehrere Herren vom hochsten französ. Adel. Eine zahlreiche Dienerschaft begleitet die hohen Reisenden.

England.

London, 5. August. Das Haus der Gemeinen hat heute die Diskussion über die Zulassung des Baron Rothschild in das Parlament wieder aufgenommen. Die beiden Entschließungen des Generalprocurators wurden mit großer Mehrheit zugestehen, der Antrag des Hrn. Hume mit 142 gegen 106 Stimmen verworfen. Baron Rothschild muß also die nächste Session abwarten, bevor er seinen Sitz im Unterhause einnehmen kann.

London, 5. August. In der Conferenz, welche am 2. d. in dem Foreign-Office stattfand, wurden nachstehende Protokolle unterzeichnet: Protokoll A. Gegenwärtig: Der Geschäftsträger Oesterreichs, der Gesandte Dänemarks, der Botschafter Frankreichs, der Staats-Sekretär für die auswärtigen Angelegenheiten Ihr. brittischen Maj., der Gesandte Rußlands, der Gesandte Schwedens und Norwegens. Die im Foreign-Office in Conferenz versammelten Repräsentanten dieser Mächte haben die Ansichten, welche in dem Protokoll vom 4. Juli, in Folge des Abschlusses des in Berlin am 2. desselben Monats unterzeichneten Friedensvertrages, vorzunehmen sind, in Erwägung genommen. Nachdem diese Abstrackssonderungen von den Bevollmächtigten Dänemarks, Frankreichs, Großbritannien, Rußlands und Oesterreich und Norwegens angenommen worden, ersuchte der Geschäftsträger Oesterreichs seinen Wunsch, dieselben zuvor der Genehmigung seines Hofes zu unterbreiten. Es wurde demzufolge beschlossen, zur Ausfertigung des Protokolls zu schreiten, und dasselbe zur den österreichischen Hof offen zu halten. Die deutsche Frischerung und Entschädigung auf den preußischen Hof gefaßt, dessen Repräsentant dieser Zusammenkunft nicht beiwohnte. Gezeichnet Kolier. Droentlow. C. Droyn de Lhuys. Palmerston. Brunnow. J. C. Rehausen. Protokoll B. Gegenwartig: Die Bevollmächtigten von Oesterreich, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Rußland, Schweden und Norwegen. Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich, der Präsident der franzöf. Republik, J. M. die Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, Se. Maj. der König von Preußen, Se. Maj. der Kaiser aller Reußen und Se. M. der König von Schweden und Norwegen, in Betracht, daß die Aufrechthaltung der Integrität der dänischen Monarchie mit den allgemeinen Interessen des europäischen Gleichgewichts zusammenhängt und von großer Wichtigkeit für die Erhaltung des Friedens ist, haben auf Ansuchen Sr. Maj. des Königs von Dänemark beschlossen, die vollkommene Harmonie, welche zwischen ihren Kabinetten in Betreff der Aufrechthaltung dieses Princips besteht, darzulegen (constater), und ihre in Conferenz versammelten Bevollmächtigten ermächtigt, ia ihrem Namen folgende Erklarung abzugeben: Art. 1. Es ist der einstimmige Wunsch der oben-

Digitized by Google

genannten Mächte, daß der Stand der gegenwärtig unter der Herrschaft Sr. dänischen Majestät eingetretenen Besitzungen in seiner Integrität aufrecht erhalten werde. Art. 2. Demzufolge erkennen sie die Weisheit der Absichten an, welche Se. Maj. den König von Dänemark bestimmen, die Nachfolgeordnung in seinem Königl. Hause so zu regeln, daß die Erbsgerechtigkeit künftighin vereinen, durch welche der obenbemerkte Zweck erreicht werden kann, ohne Beeinträchtigung der Beziehungen des Herzogthums Holstein zum deutschen Bund. Art. 3. Sie äußern ihre Befriedigung darüber, daß die in Berlin unter der Vermittlung Großbritanniens eröffneten Unterhandlungen bereits zur Unterzeichnung eines Vertrages zwischen Dänemark und Preußen in dessen Namen und im Namen des deutschen Bundes geführt haben, — eines Vertrages, welcher, wie es ihre bestimmte Hoffnung ist, die Wiederherstellung des Friedens zur Folge haben wird. Art. 4. Die obengenannten Mächte, ihrerseits wünschend, schon jetzt ihren Wunsch kundgeben, das Zustandekommen der im Art. 2 des gegenwärtigen Protokolls erwähnten Arrangements, so viel an ihnen liegt, zu erleichtern, behalten sich vor, eine künftige Vereinbarung zu treffen, um diesen Arrangements durch einen Akt europäischer Anerkennung eine größere Bürgschaft der Stabilität zu verleihen. Sie kommen überein, daß diese Berathung in London stattfinden solle, und daß die genannten Mächte ihre Repräsentanten mit den zu diesem Zwecke erforderlichen Vollmachten versehen werden. (gez.) Normanby. Jc. Jc. Drouyn de Lhuys. Palmerston. Brunnow. J. F. Rehausen."

Frankreich.

Paris, 4. August. Die „Opinion publique" enthält folgenden Artikel über Deutschland: „Es gibt gegenwärtig in ganz Europa keine so eminente Macht, wie Preußen. Es gibt ferner kein Land, wo das Streben des Staates mit mehr Wohlbefinden und auf einer für die Zukunft bemerkungender Weise empfunden wird, als Preußen. Wir machen nicht einmal für Frankreich eine Ausnahme. Preußen ist für einen Augenblick die einzige Macht gewesen, die bei der Revolution von 1848 gewinnen zu sollen schien; es wurde getragen und gehoben durch diese Revolution, die es zugleich beherrschte und sich zu Nutze machte, während es ihre kaiserlichen Gerichte mit Verachtung zurückwies. Heut zu Tage reißt man sich in Deutschland um die Wette von ihm los, läßt es die hartesten Reden hören, behandelt es auf die schonungslosere Weise. Bestehen von den Regierungen, die es bald Gewicht seines Schutzes hat fühlen lassen, allerdings in der Bundesvertretung, den rebitterten Feindseligkeiten der vormärzlichen Partei angesetzt, der Unterstützung beraubt, die es lange im vertrauenden Wohlwollen und dann in den berechneten Hoffnungen der constitutionellen Partei fand, enthält es überdieß in sich den thatigsten Heerd der Revolution, die ihm nicht verzeihen hat und den Augenblick erwartet, es die der Ordnung erwiesenen Dienste bezahlen zu lassen. — In der Meinung Europa's hat Preußen die Unzunst auf sich gezogen, die sich in unserer Zeit immer an die Regierungen des Vorrechtsprincips heftet. Man schreibt ihm Verwandtschaften mit der Revolution zu, und sagt ihm gern vorher, daß diese Verwandtschaften es nächstens zum Sturz bringen werden. Man hat niemals eine Macht mehr Feindschaften ausgesagt gesehen. — Die Dinge sind so weit gekommen, daß Preußen es für thätig befunden hat, sein Quousque tandem auszusprechen. Es wappnet und kundigt an, daß es mit Zugeständnissen fertig ist. Sind diese Waffnungen ernstlich gemeint? Ist Preußen im Stande, was man von ihm verlangt, hereitig zu machen? und wird es nicht mehr seinen Vorsatz haben fassen, nachzugeben, als zu widerstehen? Wir unserseits glauben nicht, daß es sich hierüber Illusionen macht; wir glauben, daß seine Demonstrationen nur Einen Zweck haben: sein Ansehen zu retten, indem es mit den Waffen in der Hand unterhandelt und anscheinende Nachgiebigkeiten und Zugeständnisse zu erlangen sucht." — Die „Opinion publique" setzt hierauf auseinander, wie Preußen durch seine wankelmüthige Politik allmählig seine Stellung in Deutschland und seinen Einfluß an Oesterreich verloren hat, und schließt dann den gegenwärtigen Zwiespalt zwischen diesen beiden Mächten in folgender Weise: „Die Zusammenberufung des Bundestages, die an Preußen erlassene Aufforderung, an demselben Theil zu nehmen, das Verlangen um Aufnahme einer österreichischen Besatzung in die Bundesfestung Rastatt, die Beteiligung der Gesetzlichkeit des ewigen Bundesstaates und der Militärcapitulationen zwischen Preußen und den kleineren Staaten sind dringliche Fragen, auf die der Conflict sich gegenwärtig concentriert hat. — Oesterreich — dies kann man mit Gewißheit annehmen — wird nicht weichen. Was wird Preußen thun? Es hat 400,000 Mann auf den Beinen, Oesterreich 800,000 M. Preußen hat auf seiner Seite 23 Staaten, die zusammen 5,000,000 Einwohner zählen, worun aber die Hälfte es mit so wenig Gefahren, als möglich, wieder zu verlassen sucht. Oesterreich hat für sich alle großen Staaten ohne Ausnahme, und außerdem offene oder heimliche auf die kleinen, Braunschweig und die sächsischen Herzogthümer hochfens ausgenommen. Es hat ferner Russland hinter sich. Dies besagt zu Gunsge, was Preußen thun kann, und folglich, was es thun wird. Es wird seine Phrase über den Frieden von Schönbrunn wiederholen: „Für Frieden war gesonnen." Alle andern Hypothesen scheinen uns schlechterdings nur allein auf Illusionen zu beruhen."

Italien.

Rom, 29. Juli. Unsere neulche Mittheilung, daß hr. h. Vater beabsichtige, unsere ausländische Prälaten zu Cardinälen zu ernennen, findet immer mehr allseitige Bestätigung. Als neuesten sind bereits namhaft gemacht drei deutsche Prälaten, nemlich der Erzbischof von Köln, von Olmütz und der Fürstbischof von Breslau. Der Erzbischof von München, Graf von Reisach, soll dem Vernehmen nach das Cardinalat abgelehnt haben, aus welchen Gründen ist unbekannt. Ferner sind zwei französische bezeichnet, der Erzbischof von Besançon und von Toulouse; ein englischer, der apostolische Vicar des Londoner Districts, Dr. Wiseman, und zwei spanische, deren Namen wir nicht kennen. Der Ernennung des Erzbischofs von Toulouse sollen sich jedoch Schwierigkeiten seitens der französischen Regierung entgegengestellt haben, herrührend aus der früheren amtlichen Wirksamkeit dieses Prälaten in Paris. Wiewohl die Absicht des h. Vaters, die genannten Prälaten zu ernennen, als unzweifelhaft gewiß angesehen werden darf, so wird dennoch die Bestätigung einiger mehr Sicherheit als wahrscheinliche Punkte immerhin einige Zeit in Anspruch nehmen. Die betreffenden Bullen sind demnach noch nicht spedirt und das bereits auf den September anberaumte Consistorium dürfte noch etwas länger angesetzt werden. — Um die namentlich vor ungefähr 2 Jahren sich sindenden Minister aus den Zeiten der Republik zu beseitigen, wurde Hr. Cl. d. M. ein Ministerialedict publicirt, wonach innerhalb einer bestimmten Frist die Eigenthümer zum Beginn der Reparatur sich zu melden haben, widrigenfalls der Staat diese Gebäude als verelnauert an sich nimmt. — Bei den jetzigen schönen Sommerabenden sieht man in ihre die alte Sitte der Römer wieder auf, vor den Madonnenbildern in den Straßen sich zu sammeln und dort unter Absingung von Liedern und Litaneien ihre Abendandacht zu halten. Auch die aus den Weberreien heimkehrenden Mädchen gießen sich am Abend wieder, wie vortem, in geordneten Reihen und unter lautem Gebet in ihre die alte Straße der Römer wieder auf, vor den Madonnenbildern in Wohnungen zurück. So gewinnt also Rom sein altes Aussehen wieder.

(D. Blob.)

Rom, 30. Juli. Im Auftrage des hl. Vaters gab der Präfekt der Congregation der hl. Riten, Cardinal Lambruschini ein Decretum Urbis et Orbis kund, dessen Wortlaut nachstehender ist: „Da unser Herr Papst Pius IX. von der ersten Zeit seiner Regierung an, insbesondere aber sich überall des mächtigsten Schutzes der hl. Jungfrau Maria in unsern Tagen zu erfreuen pflegte, so wollte Seine Heiligkeit, daß Christi Diener, und von den wildesten Stürmen hier und dorthin geschleudert, er selbst in den Tagen der Bitterkeiten seine Hauptsitadt zu räumen und viele Meilen hindurch die ungeheurer, weit und breit Verheerungen anrichtende Pest der Irrlehren, auch der Verfolgungen der geistlichen Häuser durch Hansen roller Menschen, welche menschliche und göttliche Rechte zerstören sollten, in der Fremde zu betrauern gezwungen wurde: so hat er in der Erinnerung, daß am 2. Juli v. Js., an welchem Tage die Kirche besonders des Festes der Heimsuchung der Mutter Gottes gedenkt, das Joch der Sclaverei von Rom abgeschüttelt und einige Tage später das weltliche Regiment des apostolischen Stuhls mit Hilfe, nach dem Plan und durch die Waffen berühmter Nationen und Fürsten wiederhergestellt ward, zum Andenken vor Pius, Sta. Rufina und Circiavecchia und Prälaten der Congregation der hl. Riten, Cardinal Aloisius Lambruschini, eröffnet, er wolle, dem hl. Pius V. und Pius VII. seligen Andenkens nacheifernd, daß, um der anbrunwürdigen Jungfrau, welche ihm und dem glänbigen Christenvolke wider Erwarten zu Hilfe kam, einen immerwährenden Beweis der Dankbarkeit zu geben, der Tag ihrer Heimsuchung künftig in den ganzen katholischen Welt durch eine Doppelfeier zweiter Classe verherrlicht werde. Schon am 31. Mai d. Js. befahl der h. Vater, dieß Dekret den Akten der Congregation der hl. Riten hinzuzufügen, und dann kundzugeben." (gez.) Lambruschini.

Neuestes.

Rendsburg, 7. August. Heute Vormittag um 11 Uhr sog ein Theil des Laboratoriums, worin Skrapuells eingestampft worden, in die Luft. Durch diese Explosion wurden besonders in der Altstadt mehrere Häuser beschädigt; vier militairsche Theil der Stadt blieb jedoch unversehrt.

Dänemark. Die gesammte dänische Armee besteht aus 34 Bat. Infanterie u. der Leibgarde zu Fuß, 4 (oder 5) Dragoner-Reg., 1 Reg. Husaren u. Leibgarde zu Pferd, 12 (?) Batterien Artillerie. Die Infanterie zählt zunächst 13 Bat., wovon das 1., 2., 3. und 13. als solche, die übrigen als Linienbataillone bezeichnet werden, und 5 Jägercorps. Dazu kommen 8 Reservebataillone und 3 Reserve-Jägercorps, und außerdem 5 Befestigungs-Bat. und 2 Berstarkungs-Jägercorps.

Wien, 3. August. Der Kaiser genehmigte den vom Minister des Cultus und des Unterrichts zur Cognition vorgelegten Entwurf einer Vorschrift über die Einführung von Collegienzeugnissen an den Universitäten von Wien, Prag, Pesth, Lemberg, Krakau, Olmütz, Graz und Innsbruck.

Berlin, 6. August. Bei uns findet in diesem Augenblick eine Ministerkrisis statt. Man spricht von dem Rücktritt des Cultus- und des Handelsministers. Ersterer soll darauf bestehen, sogleich seine Entlassung zu nehmen.

Berlin, 6. August. Der Bischof von Culm, Dr. Sedlag, wurde während seines hiesigen Aufenthalts zur Königl. Tafel nach Sanssouci geladen.

Verantwortlicher Redacteur u. Verleger: Franz v. Sabet.

Gestorbene:

Den 8. August.

Kaspar Krampfert, f. Rechtsanwalt 70 J. 9 M. alt. — Franz Oftertag von Heidingsfeld 1½ J. 6 M. im Main ertrunken. — Jos. Pb. Reichert, Fabrikarbeiter 40 J. alt. — Carl Schuler, Oberfeuerwerkerskind 3 M. alt. — Baltin Lemig, Dek. auf dem Gießbügel, 44 J. alt.

Druck von Joseph Steib in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlig für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreiberhofe z. Hofbr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 191. Würzburg, Samstag den 10. August. **1850.**

Die radikale Partei.

Wem unter den Erdeben der beiden letzten Jahre der Boden des Rechts und Gesetzes nicht gänzlich unter den Füßen schwand, der konnte sich auch nicht verbergen, mit welchen unwürdigen und schlechten Mitteln die radikale Partei ihre Zwecke zu verwirklichen bemüht war. Gesetzt auch, diese Zwecke seyen wären die erretten und besten gewesen, so wären sie durch die Mittel geschändet worden, die man zu ihrer Erreichung in Bewegung setzte. Nirgends zeigte sich bei den Führern jener Partei jene siegesgewisse Ruhe und jenes heitere Vertrauen, welches mitten unter allen Gefahren und Schwierigkeiten die politischen wie religiösen Vorkämpfer einer guten Sache zu heben und zu tragen pflegte. So viel man auch davon bekommen mochte, daß die Forderungen des Radikalismus unabweisbare Bedurfnisse der Neuzeit seien, deren Gewährung man hochstens auf kurze Frist vertagen, aber nie und nimmer ganz zurückweisen könne, war jene Partei doch immer bewußt, im Sturm zu handeln, aber, wo sie sich ausbreitete, die Gluckgestirn im Schopfe zu fassen. Gelang der erste Anlauf nicht, so trat Entmuthigung ein, und man schaute nach Osten und Westen, ob sich nicht irgend eine Gelegenheit darbieten konnte, um im Strome der europäischen Weltbegebenheiten auf's Neue im Trüben zu fischen. Man stellte sich zwar, als ob man hohe Stücke von der deutschen Nation halte; während man aber dem Volke damit schmeichelte, daß man die Erfüllung der unmäßigsten Wünsche und Hoffnungen in seinen Willen und seine Thatkraft setze, ließ man die Blicke heimlich nach Frankreich laufen und machte sich des Verrathes am Vaterlande schuldig. Es ist bekannt, daß die Radikalen das Mittel nicht scheuten und darüber bereits Unterhandlungen pflogen, die Franzosen ins Land herüber zu rufen, damit diese aus einer Republik — natürlich die rothe, unsozialistischen. Die Radikalen erklaren zwar, daß das verhängnißvolle Wort „Octroyiren" in ihrem modern sich usum Delphini kastrirten Wortschatze eben so wenig existire, als Napoleon in dem seinigen das Wort unmöglich figuriren lassen wollte, aber Worte thun nichts zu und nehmen nichts von der Sache, und wir konnen getrost an die unparteiische Geschichte appelliren, wenn wir das Urtheil fällen, daß nie auf eine so freche und zugleich höhnische Weise dem Volke octroyirt wurde, als dieses heutigen Tages von unseren Volksbeglucken mit Volksthranen geschieht. Sie haben in dem Volke Bedurfnisse erregt, welche nicht einmal in ihm schlummerten, es zu Wünschen aufgestachelt, welche sich nie von selbst hervorgedrängt hatten, und — was das Schimmste ist: Bedürfnisse und Wünsche, welche niemals befriedigt werden! Ein bekannter Berliner Professor trug einst vor seinem zahlreichen Auditorium mit feierlichem Pathos den Satz vor, daß der Mensch um so glucklicher sei, je mehr er Bedürfnisse habe (allgemeines Staunen). — vorausgesetzt, daß er sie alle auch befriedigen könne! Diese Ungenügsamkeit des Egoismus hat man bei unserem Volke theils geweckt, theils genährt, und es in die Lage zu versetzen gesucht, daß es wie ein trunkenes Kind Alles oder Nichts wolle: Diese sind auf ein Nichts dadurch gefegt worden, natürlich hat aber Keiner Alles gewonnen! Man sagt von der Noth zweierlei: 1) daß sie beten lehre, 2) daß sie Eisen breche. An die Noth als eine Lehrmeisterin des Gebets und des ergebenen Gottvertrauens appellirten unsere Radikalen vom echten Schrot und Korn nicht; um so fester hielten sie an dem Satze, daß die Noth Eisen brechen lehre. Sie schilderten daher die Noth großer, als sie in Wirklichkeit war, schoben alle Schuld auf die Reichen und Mächtigen und verdrehten den tiefsten Grund unserer Nothstande, weil sie mit Erwähnung desselben unserem Volke nicht hätten schmeicheln können; indem sie aber dieses thaten, vermehrten sie nicht blos in der Einbildung, sondern auch in der Wirklichkeit die Noth des Volkes und spekulirten auf seine Verzweiflung! Wer unsere Schilderung übertrieben findet, den erinnern wir daran, wie manche mißliebige Stimmen sich hören ließen, als in den letzten Jahren gesegnete Ernten und wohlfeiles Brod dem Volke zu Hilfe kamen, und wie Viele die Jahre der Theurung zurückwünschten, weil sie in Mißmacht und Hungersnoth ihre sichersten Berechnungen erwartet hatten. Wer daran zweifelt, daß die Bewegungen der beiden letzten Jahre die Noth des Volkes vermehrt haben, der halte Umfrage in allen öffentlichen Kassen, bei den Gewerben und dem Handel, bis herab in die Wohnung des Aermsten und Tagelohners, und er wird finden, daß die Verarmung mit der Schnelligkeit der Eisenbahn fortschritte machte, wie er es andererseits leicht begreifen wird, daß es ein viel leichteres Unterfangen ist, das Volk zur Armuth, als zum Reichthum zu führen.

(Schluß f.)

Landtagsabschied.

München, 29. Juli. (Forts.) §. 32. Gesammtstaatseinnahmen. Wegen Herausnahme des in Obligationen der Staatsschulden-Tilgungs-Kasse befindenden Theils des Verlagskapitales der Central-Staatskasse werden Wir in Gemeinhaltung der hierüber gestellten Anträge diejenigen Anordnungen treffen lassen, welche durch die Rücksicht des Bedürfnisses der Staatskasse im Gebrauch des Verlagskapitals geboten und nach den sowohl zu diesem Zweck verfügbaren Mitteln der Staatsschuldentilgungs-Anstalt möglichst Weise zum Vollzug zu bringen sind. Die richtige und zeitgemäße Einhebung der Staatsgefälle ist eine der vorzüglichsten Aufgaben der einschlägigen Verwaltungsstellen und Perceptionsbeamten, und Unser Staatsministerium der Finanzen wird diesen wichtigen Geschäftszweige die unausgesetzte Aufmerksamkeit zuwenden, auf daß ein unverhältnißmäßiges Anwachsen der Ausstände verhindert und die Aufrechnung der bestehenden Rückstände auf geeignete Weise und mit den zulassigen Mitteln bewirkt werde. Unser Staatsministerium der Finanzen wird sich angelegen sein lassen, die bereits getroffenen Einleitungen zur Revision des Gewerbefrungesetzes fortzusetzen und die dießfalls erforderlichen Gesetzesvorlagen möglichst zu beschleunigen. Was die Vollzugs-Instruction zum Steuernachlaßgesetz anbelangt, so ist dem Landtags-Abschied vom 23. Mai 1846 gemäß den gegründeten Klagen, soweit solche bestanden haben, bereits Abhilfe gewährt worden, und Unser Staatsministerium der Finanzen wird nicht unterlassen, hierauf ferner pflichtmäßigen Bedacht zu nehmen. Unsere Staatsregierung wird auch fernerhin, wie bisher, gewissenhaft Bedacht nehmen, alle diejenigen Objecte, welche keine Rente gewähren, sondern einen Passivrest verursachen, nach Möglichkeit aus der Staatsregie zu entfernen. Der Staatsregierung stehen keine Mittel zu Gebote, auf Förderung der Grundrenten-Ablösung hinzuwirken, da solche gesetzlich dem freien Willen der Pflichtigen anheimgegeben ist; dagegen ist die gesetzlich gebotene Fixirung der Grundlasten und ihre Umwandelung in Bodenzinse allenthalben im Gange, und Wir trugen sammtlichen dabei betheiligten Behörden wiederholt auf, neben Darreichung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf das Eifrigste zu fördern. Der Antheil an der Superdividende der München-Aachener Brandversicherungs-Anstalt bildet keine Staatseinnahme, und unterliegt schon nicht dem Bestimmungen des §. 10, Tit. 7 der Verf.-Urk. Unser Staatsministerium des Innern hat die Verwendung dieses Antheils zu gemeinnützigen Zwecken unter genauer Einhaltung der hierüber vereinbarten Normen zu bewirken. Der Vollzug des bereits obenerwähnten Gesetzes über die Ueberweisung der Depositen und Einstandsleistungen von der k. Staatsschuldentilgungs-Anstalt an die k. Bank in München wird Unser Staatsministerium geben, dem Wunsche wegen Errichtung einer Filiale der k. Bank zu Regensburg zu entsprechen. B. Zu den Ausgaben. §. 33. Straßen-, Brücken-, Wasser- und Landbauten. Wir genehmigen, daß in jenen Bauinspections-Bezirken, welche noch keine Straßenbauten besitzen und deren Unterhaltungslast der Anwendung derselben günstig sind, solche Walzen nach Maßgabe der Etatsmittel angeschafft werden. Bezüglich der Wasserbauten, insbesondere der Uferschutzbauten, ist ein Gesetzes-Entwurf bereits in der Ausarbeitung begriffen, und es ist Unser Wille, daß derselbe möglichst rasch seiner Vollendung entgegengeführt werde. §. 34. Kreisfonds. Von denjenigen Gegenständen, bei welchen sich zwischen der Staatsregierung und den Landrathen eine Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Anwendung der früheren gesetzlichen Bestimmungen über Ausscheidung der Kreislasten von den Staatslasten ergeben hat, sind bereits einige auf eine für die Kreisfonds vollkommen befriedigende Weise ausgeglichen. Die Prüfung der übrigen Gegenstände dieser Art soll, so weit dieselbe nicht ohnehin bereits eingeleitet ist, alsbald vorgenommen werden. Diese Prüfung kann insoweit immerhin nur an der Hand der einschlägigen Gesetze erfolgen, und wenn einerseits den Kreisfonds der Ersatz seiner Ausgabe vorenthalten bleiben soll, zu welcher die Centralfonds gesetzlich verpflichtet waren, so vermögen Wir andererseits nicht zuzugeben, daß die Centralfonds zu den Ersatz von Ausgaben in Anspruch genommen werden, welche in gesetzlicher Weise aus Kreisfonds bestritten wurden. C. Besondere Wünsche und Anträge. §. 35. Erläuterung oder Erklarung von Gesetzen durch Instructionen; dann Fortsetzung der bestehenden Sammlung der administrativen Verordnungen. Die Instructionen und Vollzugsschriften Unserer Staatsministerien zu Ge-

setzen und ihnen gleichzuachtenden allgemeinen Anordnungen sind bisher schon theils im Amts-Bl., theils in den Kreis-Intell.-Blätern, und im Amtsblatte der Pfalz veröffentlicht worden, wenn eine allgemeinere Bekanntmachung derselben für nothwendig erachtet wurde. Auf den Wunsch des Landtages, daß diese Art der Veröffentlichung in allen Fällen geschehe, genehmigen Wir, daß fortan alle allgemeinen Vollzugsanweisungen zu Gesetzen und zu den ihnen gleichzuachtenden allgem. Anordnungen jedesmal entweder durch das Reg.-Bl., oder die amtlichen Kreisblätter bekannt gemacht werden. Wegen Fortsetzung der bestehenden Sammlung der administrativen Verordnungen haben Wir geeignete Einleitung treffen lassen. (Forts. f.)

Deutschland.

München, 8. August. S. Maj. der König Ludwig hat vor Seiner Abreise nach Aschaffenburg bestimmt: daß aus seiner Kassa dem wackern Oberstleutenant von der Tann 36,000 fl. zur Verwendung für Schleswig-Holstein angewiesen werden sollen. König Ludwig hat dadurch den sprechenden Beweis seiner wahrhaft deutschen Gesinnung und seiner treuesten Anhänglichkeit an unser großes Gesammtvaterland gegeben. Die Königin Therese wird sich nun ebenfalls bald nach Aschaffenburg begeben und ist ihre Dienerschaft bereits heute dahin abgegangen. — Nach eingetroffenen Briefen und St. Petersburg ist der Herzog von Leuchtenberg in sehr bedenklichem Zustand angekommen. — Generalmajor v. Wallmerode, ehemals Minister der auswärtigen Angelegenheiten bei der deutschen Centralgewalt und Begleiter des Erbherzogs Reichsverweser nach Gastein, verweilt zur Zeit hier. Unter den übrigen hervorragenden Fremden befindet sich der bayerische Ministerresident zu Athen, Freyher Frhr v. Pergler, dann der vormalige Chef des Kriegsministeriums Feldmarschallieutenant Frhr. v. Cordon. — Mit nächstem Monat beginnen für dieses Jahr auch zwei beim ersten Armeekorps, die vorschriftsmäßigen Herbstexerzitien. Einer vorläufigen Bestimmung zufolge ist zu diesem Zwecke der Präsenzstand auf 100 Mann per Kompagnie zu erhöhen; der Dauer dieser Uebungen ist auf 28 Tage festgesetzt. Man spricht in gut unterrichteten Kreisen mit großer Bestimmtheit von einer aus Wien eingetroffenen Depesche über die Nothwendigkeit der Aufstellung eines bayerischen Beobachtungskorps am Main. Aber Wahrscheinlichkeit nach ist heute in Augsburg über diesen Punkten rasch entschieden worden. Militärischerseits würde eine Ordre zum Ausmarsch mit großer Freude aufgenommen. A. Abz.

Augsburg, 9. August. Gestern Morgen um 7¾ Uhr traf Se. Maj. der König Maximilian auf der Eisenbahn von Donauwerth, wo Allerhöchstdieselben übernachtet hatten, hier ein. Der König wurde bekanntlich am 7. Abends schon erwartet; allein ein falsches Signal der Bahnwärter veranlaßte in dem Mißverständniß, als sei von Augsburg aus ein Güterzug auf dem Wege, so daß der Zug von Donauwörth aus nicht abfahren konnte und sich Se. Maj. genöthigt sah, in Donauwerth im Gasthof zum Krebs zu verbleiben. — Gleichzeitig traf auch Se. Maj. der König Ludwig auf der Reise nach Aschaffenburg auf dem Bahnhofe ein, wo sich beide Majestäten auf das Herzlichste begrüßten. — König Maximilian fuhr nach der Stadt und empfing die Aufwartung der hochsten und hohen sowigl. Militär- und Civilbehörden, so wie des Magistrats und der Gemeindevollmächtigten; nachher musterte der König die Truppen der hiesigen Garnison auf dem Frohnhof und reiste um halb 11 Uhr über Kaufbeuren nach Hohenschwangau ab. (A. A.-Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 3. August. Das Departements des Innern hat unter vorstehendem Datum eine Bekanntmachung, betreffend die während der Dauer des Krieges beizudringenden Reise-Legitimationen, erlassen, wobeich eine geschärfte Polizeiaufsicht über Reisende und Fremde angeordnet wird. Danach müssen Inländer und Ausländer mit vollständigen legitimationsschreinen, auf mehr als dreitägigen Reisen mit Pässen, Handwerksgesellen mit Wanderbüchern, Militairpersonen mit Einberufungs-Marschordres oder Urlaubspässen versehen sein. Bei Reisen nach Rendsburg und dem von der Schleswig-holsteinischen Armee besetzten Theile des Landes ist der Polizeilegitimation bei der Polizeibehörde oder dem Hochstkommandirenden des Militärs sofort zu produciren. Zum Uebergang über die Eider oder den Canal norwarts bedarf es einer Erlaubniß der Landvogtei in Heide oder der Polizeimter in Rendsburg oder Kiel.

Kiel, 5. August. Zu Rendsburg ist ein Landmann auf der Wegschanzung Andreas eingebracht, welcher außer vielen anderen Missethaten gestanden, daß er im Jahre 1848 den Dänen die Stellung unserer Truppen bei Bau verrathen habe. (B.-H.)

Helgoland, 4. August. Von der hier freiwerdenden dänischen Corvette sind gestern 20 Mann in einem Boote der holsteinischen Küste zu nahe gekommen und daselbst gefangen genommen worden. (W.-Z.)

Vor Rendsburg, 5. August. Es sind bis heute wohl an 70 Offiziere der verschiedenen deutschen Bundes-Contingente angelangt und man dürfte demnach wohl annehmen, daß die einigen Tagen die Zahl der Kampfunfähigen in der letzten Schlacht ersetzt sein wird, doch sollen noch mehr als diese Zahl angestellt werden. (N. Pr. Z.)

Die Stadtbaierschaft von Lauenburg verhält sich bei jetzt völlig neutral. Sie gestattet deßhalb nur den Offizieren die Durchreise am Ufer, welche den Kanal passiren. (C. N.)

Hamburg, 5. August. Daß der sehr energische Polizeidirektor Wurmfeld in Altona eine für gestern von dem ehemaligen Telegraphendirektor Schmidt angekündigte Volksversammlung auf der Altonaer Bürgerwede bei Andrayung ernsthafter Androhung verboten hatte, erregte einige Gährung. Auf der bezeichneten Wiese kam es sich freilich gestern Nachmittag nur einige Hundert Menschen ein, die friedlich raisonnirten, doch versammelten sich später Gruppen vor des Polizeidirektors Wohnung; einige Steine flogen; inzessen aber genügten 25 Mann der sogleich allarmirten Altonaer Bürger-Garde, die Leute zu zerstreuen. (W.-Z.)

Altona, 7. August. Die jüngsten Exesse haben nachstehende Bekanntmachung veranlaßt: „Die Vorfalle des gestrigen Nachmittags und Abends, hervorgerufen durch das hiesigen Ortes bestätigte und gutgeheißene Verbot einer landesgefährlichen Tendenzen verfolgenden Versammlung, veranlassen das Polizei-Amt zu der Anzeige, daß, gleichwie gestern bereits eine Anzahl Ruhestörer gefänglich eingezogen sind, gegen jede Wiederholung derartiger Exesse, bei welchen allem Ansehen nach die unterlandsche Partei des Umstuzes und dänische Umtriebe Hand im Spiel haben, auf's annachsichtlichste eingeschritten werden wird. Die wohlgesinnte Bürger- und Einwohnerschaft Altonas's wird dringend ermahnt, ihre Angehörigen vor unangenehmen Conflicten mit der obrigkeitlichen Gewalt zu warnen, und werden namentlich Eltern und Lehrherrn bei eigener Verantwortlichkeit angewiesen, ihre Kinder und Lehrburschen Abends zu Hause zu halten. Polizei-Amt in Altona, den 5. August 1850. H. Wernstedt." (H. N.)

In Flensburg waren bis zum 1. d. M. beerdigt worden: 36 dänische Offiziere u. 456 Unteroffiziere und Gemeine; außerdem in einem besondern Grabe 148 Holsteiner, worunter 10 bis 12 Offiziere. (D. N.)

Sizmaringen, 4. August. Nachdem die Mission im Laufe der letzten Woche immer größere Threinahme gefunden, wurde sie heute auf dem Josephsberge durch Errichtung eines Missionskreuzes und eine feierliche Schluß- und Abschiedsrede geschlossen. Der Pater Rober hielt diese letzte Missionspredigt, die, sowie die übrigen Kanzelvorträge dieses ausgezeichneten Redners, einen sehr tiefen Eindruck machte. Demnach der ganze Berg war von Zuhörern wie bedeckt. Die Zahl derselben beläuft sich auf mehrere Tausende. Die Mission hat gegen das Ende mehr Anklang gefunden, als man dem Anfange nach vermuthen mochte, und die wohlthätige Wirkung derselben wird wohl nicht ausbleiben. Es sind auch sehr thatsächliche Beweise davon vorhanden, nämlich mehrere Fälle von Zurückgabe erhobener Güter. Eine der wichtigsten Folgen der Mission dürfte auch diese sein, daß die Geistlichkeit, die sehr an der Mission Theil genommen, aus ihrer, wenn auch nicht allgemeinen, doch vielfach zu Tage tretenden Lethargie aufgeweckt und in ein regsameres Berufsleben versetzt zu werden scheint. (Sch. M.)

Wien, 4. August. Nach einer telegraphischen Depesche des österr. Bevollmächtigten in Kopenhagen würde der König von Dänemark genirgt sein, seine Truppen unter der Bedingung, daß dieselben nicht angegriffen würden, an der Eider Halt machen zu lassen und mit den Wachen die Ordnung der ganzen Frage zu verhandeln, wenn die schleswig-holsteinische Armee die Waffen niederlege. Aufserdem hätte der König von Dänemark weiter erklärt, daß auch das wirkliche Einrücken seiner Truppen in das Herzogthum Holstein nichts an der politischen Stellung dieses Herzogthums ändern werde. (Also Waffenstillstand oder, seine Truppen in Holstein einrücken zu lassen!) Rußland ermuthigt und drängt Dänemark zum Widerstand. Aber man glaubt, daß Rußland von der fraglichen Depesche Kenntniß hat, und daß deßhalbe einwilligen wurde, die Angelegenheit so austragen zu lassen, wenn es die Herzog von Augustenburg große Anstrengungen in Paris und Berlin macht.

Dänemark.

Kopenhagen, 5. August. Die „Nr. N.-Ztg." vom 3. bemerkt: „Gewisse Umstände, die nicht veröffentlicht werden können, deuten darauf hin, daß das polit. Gebiet von dän. Seite nicht weiter überschritten werden." Unterm 4. berichten dieselben die Ankunft von 11 Civil- und 7 militairischen Gefangenen mit dem Dampfschiffe „Waldemar" und fügen dann hinzu: „Einige gefangene Damen, die auch mitgewesen, sind heute Vormittag nach mit dem „Oberon" nach Deutschland gelandet worden. Nach „Skyvepossen" sind sie abgegangen. Die Zahl der nach Rendsburg eingebrachten Spione oder gefährlichen Personen war am 30. v. M. schon auf 49 Personen gestiegen." In „Skyvepossen" befindet sich ferner Dr. Hansen und Hoyer von einem Conflikt zwischen den dort liegenden dänischen Jägern und einer Anzahl Bürger, auf die jene, angeblich weil sie von ihnen verhöhnt worden, geschossen und dabei den Kaufmann N. Jacobsen und Tondern tödtlich verwundet hätten. Die dänischen Blr. enthalten wieder Versorgungen der Bälten Bewohner. Anderdem sagen noch 173 Verwundete in Fredericia, andere in Helsingör und 400 noch in Flensburg.

Frankreich.

Paris, 5. August. Der „Constitutionnel" enthält folgenden Artikel über die Armee: „Wir haben seit einiger Zeit eine Reihe von Thatsachen veröffentlicht, welche den Haß und Zorn der Demagogen gegen die Armee bezeugen. Die meisten dieser Vorfalle sind gerichtlich untersucht worden und somit vollkommen erwiesen. Die strenge Bestrafung, womit mehrere Exesse gegen Soldaten geahndet wurden, hat ihre Erneuerung nicht ver-

hindern können. Während des letzten Monats sind bei den Forts um Paris mehr als 10 Mordversuche und Angriffe geschehen, deren Gegenstände einzelne Soldaten waren. In den Provinzen kommen derartige Versuche nicht minder häufig vor. In solcher Weise bekunden die sozialistischen Demokraten ihre Sympathien für ihre Brüder in der Armee. Wir haben mehr als einmal auf die Tactik hingewiesen, welche von den Demagogen bezüglich der Armee befolgt wurde. Früher unterminen sie dieselbe mit Schmeicheleien und Liebkosungen, sandten Offiziere an sie ab und belagerten sie mit Flugschriften. Ihr Zweck ist sich sehr leicht errathen. Sie hofften, die Armee durch anscheinende Freundlichkeit zu verführen und dahin zu bringen, daß sie eidbrüchig die Fahne der Ehre verlasse, um sich unter die Fahne der Unordnung zu schaaren. Diese Hoffnung ist gescheitert. Die Armee — „der Feind," wie die rothen Journale sie benennen — stempfte tapfer und entschlossen gegen die romischen Revolutionäre, wie gegen die meuterischen Demagogen im Innern, und seitdem hat der Geist der Ordnung, der Hingebung und Mannszucht im Heere nur noch zugenommen. Die Demagogie hat daher die Maske abgenommen und sucht weder zu verbergen, wie sie am 4. Febr. war, als sie unsere Regimenter entzweifnete und sie aus Paris trieb; wie sie in den schrecklichen Junitagen war, als die Blüthe unseres Heeres unter den Kugeln der hinter Barrikaden geschützten Insurgenten fiel. Nur mit dem Unterschied, daß sie jetzt, weil sie der Gefahr offenen Kampfes nicht mehr zu trotzen wagt, im Dunkeln ihre Abgeordneten ausschickt, um einzeln gehende Soldaten anzugreifen. Es ist hohe Zeit, diesem schändlichen Banditenwesen ein Ende zu machen. An der Regierung ist es, durch Wachsamkeit, und an unsern Militärbehörden durch Festigkeit unsere jungen Soldaten gegen solche mencherische Angriffe zu schützen."

Italien.

Die unlängst vom Cardinal Antonelli im Namen des h. Vaters gegen das sardinisch-piemontesische Cabinets erlassene Note wird in den radikalen und ministeriellen Blättern Sardiniens sortwährend mit Bitterkeit besprochen. Sie sind höchst ungehalten über die energische Sprache des erwähnten Documentes u. insbesondere über die Stelle, wo der h. Vater die Unverschuldsamkeit, der Ketzerei von Sardinien und seine Regierung würden „Alles anbieten, damit er nicht in die harte Nothwendigkeit versetzt werde, im Angesichte der Kirche und der katholischen Welt zu formlichen Maßregeln seine Zustucht nehmen zu müssen, wie es die schweren Pflichten seines apostolischen Amtes erheischen." Die „Concordia" findet in diesen Worten eine Bedrohung der Excommunication oder des Interdictes. Das „Risorgimento" will es dem sardinischen Geschäftsträger in Rom noch immer nicht verzeihen, daß er es nicht vermochte, das Attentstück zu unterzeichnen, oder wenigstens dahin zu wirken, daß diese Stelle zurückgenommen wurde. Die „Opinion" antwortet der Note mit dem Texte der Verurtheilung des Hochwürdigen Bischofs von Sessari, Msgr. Baressini. Alle Blätter nehmen Veranlassung, sich über das erwähnte Attentstück mit jener dummen Lächerlichkeit, welche die demagogischen Blätter überhaupt, besonders aber in Piemont charakterisirt, lustig zu machen. Die besonnene „Armonia" antwortet heute: „Es ist noch nicht lange, daß die Excommunication die römischen Republikaner getroffen hat; verwichtet, zerstreut, verachtet von ganz Europa, waren sie im Ende unfähig, Böses zu thun. Es war es immer, dieses Zusammentreffen dem Irsalle, dem Glücke der Waffen, dem Verrathe zu, versuchen Sie dasselbe auf alle mögliche Weise zu erklären; meinten Sie aber auf die Geschichte: diese bezeugt es, daß die gegen die Gewalten dieser Erde ausgesprochenen kirchlichen Censuren stets große Ergebnisse zur Folge gehabt haben. Dieses gehen die Protestanten sogar zu, denn es ist ein Factum, welches der Unwissende nur leugnen kann. Die Katholiken kennen den Grund dieses Factums, sie wissen, daß der Papst Statthalter Christi ist, und daß dem Allerhöchsten Niemand ungestraft widerstehen kann. Der Papst braucht nur ein Wort auszusprechen, und wenn er es ausspricht, so wehe dem, den es trifft. — mit Die „Gazzetta piemontese" veröffentlicht ein königliches Detret vom 28. Juli, durch welches der Minister des Innern Galvagno interimistisch das Ackerbau- und Handelsministerium übertragen wird." — Das „Univers" sagt zu den in dem „Journal de Rome" mitgetheilten Nachrichten aus Rom: „Diese Nachrichten stimmen genau mit denen überein, welche unser Correspondent uns mittheilt, und ähnliche Einzelheiten sind auch in einem Schreiben aus Rom in der „Armonia" enthalten. Wir glauben diese Thatsachen richtig; sie bedürfen jedoch einer Erklärung. Unter denjenigen, die im nächsten Consistorium zu Cardinälen promovirt werden sollen, sind einige, für die die respectiven Regierungen den Hut gewünscht haben, andere, denen der h. Vater auf eigenem Antriebe das Billet zu überreichen beabsichtigt, das wohl unterschrieben werden muß. Do Msgr. Wiseman auf der Bedingung, in Rom zu residiren, eingegangen ist, müssen wir nicht; für die Katholiken in England würde seine Adresse ein harter Verlust sein." — Briefe aus Neapel versichern, daß die Angelegenheit in Betreff der englischen Entschädigungsforderungen so zu sagen beigelegt ist. Der Neapolitan hat sich zu einem Vergleiche entschieden, kraft dessen die sraglische Summe aus dem Staatsschatze von Sicilien bezahlt werden soll.

(D. Blttsch.)

Vermischte Nachrichten.

Danton und Robespierre sind doch nur Stümper gewesen gegen Siebenhaar, den „Schreiber" der Mecklenburgischen Dorfzeitung, der neben letzte Nummer wir einem „Blut!" überschriebenen Artikel Folgendes entnehmen: „Da haben wie's — Die Soldaten mit ihren Unterossizieren stehen wie die Sichsäume im Gewehr- und Kanonenfeuer. Der gemeine Holsteiner, er schlägt sich wie ein Löwe. Ihr hohe Kreis gefehen, wie zwei Dänen zugleich durch und durch gespießt auf dem Bajonnette batten und sie hoch durch die Luft herumschleuderten, um in der Binterbrist Raum zu gewinnen. — Blut, Blut, Blut! — Wenn das nicht in Strömen fließt, geht Holstein zu Grunde. — Wir haben bei Idstedt 24,000 gegen 43,000 gestanden, und — weichen mussen. Lächerlich! Wie kann man weichen? — Wenn man nicht mehr Munition hat und zum Rückzuge kommandirt wird. — Hohe! — Dagegen mussen Kriegsgesetze wirksam sei. Bei jedem Regimente eine Kopfmaschine, Guillotine, hinter die Fronte aufgefahren. Wer nicht gehorig sur Munition sorgte: Kopf ab! — Wer sich zurückzieht: Kopf ab! — Dies ist aber noch nicht genug. Jeder Offizier, der eine Minute zögert, den sunfzig übelgesonnene Feinde anzugreifen: Kopf ab! — Jeder Soldat, der früher schießt, bis ihm der Feind auf dreißig Schritt nahe ist: Kopf ab! — Thut das ganze Bataillone, der sunfte Mann immer: Kopf ab! — Jede Infanterie, in welche feindliche Reiterei einbricht, der sunfte Mann immer: Kopf ab! — Jede Reiterei, die nicht in die dänischen Kolonnen einzudrechen taugte, der sunfte Mann immer: Kopf ab! — Jeder Aufseher und Offizier, der ein Gefecht, eine Schlacht verliert, gleich wegbalt: Kopf ab! — Reicht die Kopfmaschine nicht aus sur die Arbeit, so werden, wie Feldmarschall Suwarow that, hinter den Truppen Kartätschen aufgefahren und sie damit angefeuert. — Blut, Blut, Blut und nochmals Blut! — Tausende von Menschen mehr fallen, das ist spottegal, da wo die ganze Welt krank ist, wo Völker gegen Völker kämpfen. — Besser vertilgt, als unterworfen! — In einer feigen, überfeinerten, verathersichen Zeit giebt es nur Eins, was die Nerven stärkt, die Menschen kräftigt: Blut, Blut und abermals Blut!"

Neuestes.

Bodrn, 6. August. Im Laufe dieser Woche erwartet man noch den Präsidenten von Frankreich, Louis Napoleon, zum Besuche bei seiner erlauchten Tante, der Frau Großherzogin Stephanie, und den König der Belgier. Der Aufenthalt sämmtlicher genannter Hauptier scheint sich nur auf 10 Tage zu beschränken, da sie vorläufig auf nicht länger gemeldet haben. (D. Wächt.)

Karlsruhe, 6. August. Unser Ministerium will den Großmächten trotzen, und der, österreichischen Circulardepesche zegen die Abführung unserer Truppen nach Preußen durch Thaten antworten. Vergangenen Freitag war Staatsberathssitzung, die Depesche wurde vorgelegt und obwohl von dem einen und andern unserer Minister schädliche Bedenken gegen die Beibehaltung des bisherigen Systems laut wurden, so drang doch die Meinung des von Preußen über uns gesetzten Landvogts durch, dahin gehend, daß nur um so eher jetzt auf dem Abmarsch des übrigen Theils unserer Truppen bestanden werden müsse. Die hiesige hochpolitischen Auffassung wurde Hr. v. Rüder drastigst durch den Justizminister Dr. Stabel unterstützt. Am Sonntag soll dieser Beschluß unserem Großherzog, der sich in Baden aufhält, zur Unterschrift vorgelegt worden sein.

Karlsruhe, 7. August. Einer der von den französischen Behörden ausgeliefertenn Mörder Anerswalds und Lichnowskys ist auf der Eisenbahn nach Frankfurt gebracht worden.

Karlsruhe, 8. August. Durch Verfügung des großh. Generalcommissärs sind für den Mittelrheinkreis, ist das in Stuttgart erscheinende „Dtsch. V.-Bl." für die Dauer des Kriegszustandes verboten worden. (K. Z.)

Darmstadt, 8. August. So eben vernimmt man, daß Hr. v. Dalwigk an die Spitze des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten getreten ist.

Dresden, 8. August. Die 1. Kammer ist in der Competenzfrage den Beschlüssen der 2. Kammer einstimmig beigetreten. (K. Z.)

Leipzig, 6. August. Dem Abgeordneten der Universität zur 1. Kammer, Prof. Tuch, ist bekanntlich von der Kammer aufgegeben worden, vor seiner Rückkehr die Vollmacht der Universität beizubringen. Die Universität hat ihn darüber bevollmächtigt und statt ihrer die Protokolle der beiden Sitzungen, in welcher sie die Wahl zum Landtag verweigerte, zur Disposition gestellt. In Folge dessen ist man hier nicht ohne Furcht, daß das Ministerium eine Anzahl Professoren vom Amte entfernen werde. Auch die Vertreter des hiesigen Handelsstandes haben es mit ihrem Gewissen nicht vereinbar gefunden, bei dem Landtag zu erscheinen, und einen dahin gehenden Protest dahin abgesandt. (Corr. D. P. A.-Z.)

Hamburg, 8. August. Der durch die Explosion des Laboratoriums in Rendsburg angerichtete Schaden ist bedeutend, auch an Menschenleben. 80 Todte sind bereits begraben; die Zahl der Todten und der schwer Verwundeten wird auf 200 angegeben. In der Altstadt sind alle Häuser beschädigt. 387 dänische Gefangene sind aus Rendsburg nach Altona gebracht worden; die Post nach Friedrichsstadt musste umkehren.

Rendsburg, 8. August. Nur der ganzen Linie wird recognoscirt, worauf ein empfindliches Vorpostengefecht entspringt, welches jedoch resultatlos bleibt. Friedrichsstadt und Husum sind von den Dänen besetzt worden.

Wien, 5. August. Gestern starb hier in Folge eines Schlagaufalls der reiche Bankier Geymüller.

Berlin, 7. Aug. Der gestrigen Hoffestlichkeit im neuen Palais bei Potsdam, welche durch das Anstreten der Demois. Rachel auf dem Schlosstheater einen besondern Reiz erhielt, wohnten der Graf v. Chambord und der F.-J.-M. v. Haynau bei. Dem Ersten, welcher sich von hier nach Wiesbaden begibt, wurde von allen Seiten große Aufmerksamkeit erwiesen. — Se. Maj. gaben gestern in Sanssouci ein großes Fest, zu welchem auch der F.-J.-M. v. Haynau und die sämmtli-

chen Minister eingeladen waren. Die Gäste Seiner Majestät wurden Abends 11 Uhr mit einem Extrazug nach Berlin zurückbefördert. Hr. v. Manteuffel, der schon gegen 3 Uhr Berlin verlassen hatte, war nicht bei dem Feste zugegen. (C. Z.)

Berlin, 7. August. Heute stand der Schauspieler Tgetzel, welcher im vorigen Jahre während der pfälzisch-badischen Revolution in das Großherzoglich-Großherzoglich-Großherzogliche Hauptquartier zurück, sich als Stabsoffizier gerierte, dem Großherzog Friedrich von Baden und dem Prinzen Regenten Vertrauen zu erschleichen wußte, dann in Offenburg, Rastatt und endlich Oberkirch einen Adjutant (Ordonnanzoffizier) des Generals Mieroslawsky gewesen war, wegen der Theilnahme an jenem Aufstande, des Hochverraths angeklagt, vor den Geschworenen. Er hatte in der Vorunterfuchung alle jene Thatsachen zugestanden, sich sogar selbst seiner Staatsanwalt gemacht und denselben freiwillig sein Lieutenantspatent übergeben. Bei der heutigen Verhandlung nahm er seine frühere geständige Anklage, die er „in einem Anfall von Wahnsinn gemacht haben müsse," zurück, schob alle Handlungen, die seine Anklage motivirten, einem andern zum Theil todten Manne und Polen gleichen Namens zu und leugnete seine Theilnahme an jenem Aufstande gänzlich. Nachdem er darauf selbst einen Alibi-Beweis, der aber durch seine Zeugenaussagen unterstützt war, zu führen versucht, trug der Staatsanwalt darauf an, die Sitzung aufzuheben und erst dann wieder einen Termin anzusetzen, wenn sie in Bezug genommenen Zeugen herbeigeschafft seien. Da plötzlich nahm der Angeklagte die heute gemachten Aussagen zurück und erklärte die früher abgegebenen als die richtigen. Zwischen dem Staatsanwalt und dem Vertheidiger (Justizcommissär Oppeln) war es streitig, ob das Verbrechen Hochverrath oder Aufruhr sei, jenes war die Ansicht des Staatsanwalts, dieses die des Vertheidigers. Der Gerichtshof trat der Ersteren bei u. nahm an, daß die pfälzisch-badische Bewegung gegen den deutschen Bund gerichtet und also auch Hochverrath gegen Preußen gewesen sei; er verurtheilte den Angeklagten demnächst nach §. 94 Z. 1. II. Tit. 20 A.L.R. zum Tode durch das Beil. Die gesetzliche Strafe des Todes durch das Beil konnte wurde in Berücksichtigung der Jugend des Angeklagten und des Umstandes, daß er nicht zu den Rädelsführern gehörte, in die durch das Beil gemildert.

(Z. Z.)

Paris, 7. Aug. Das Vorhaben der Regierung, ein Lebenglaser bei Versailles zu errichten, ist aufgegeben und die Vorarbeiten zu jenem Zwecke sind eingestellt.

Hannover, 30. Juli. Die Montagsnummer des hannöver. Ztg. enthält unter der Aufschrift „Schleswig-Holstein und der deutsche Bund." folgenden (Stüer'schen) Artikel: Zu keiner Zeit sind die Menschen geneigter, der Aufregung des Gefühls Gehör zu geben, und zu keiner Zeit ist es dennoch nothwendiger, von kalter Erwägung der Zwecke und Mittel auch sein Handeln abzuweisen, als wenn es sich um Krieg handelt, und vor Allem, wenn einem befreundeten Heere Uebles widerfahrt. Da wetteifern Mitgefühl, Muth, Ehrliebe, überhaupt die edelsten Neigungen der menschlichen Herzen in raschem Handeln zu treiben; aber Mancherredet auch am so lauter, je weniger er gewiegt ist, selbst Hand anzulegen oder rechte Opfer zu bringen. Mancher möchte losschlagen, weil vor der kalte Muth fehlt, den rechten Augenblick abzuwarten und bis dahin etwas zu erdulden; und Mancher schwagt von Ehre, weil ihm das wahre Ehrgefühl fehlt und er sich einbildet, es komme eben auf eine französirende gloire die in gramde nation an. Und wie vielen solchen Elementen stecken warm versteckt sich auch in diesem Grade und diesen Blutsen: Selbstsucht, Rachsucht, Hoffnung auf unlautern Gewinn, auf Beförderung von Zwecken, die mit der eigentlichen Sache gar nichts gemein haben. In solchen Augenblicken prüft sich's, ob die Völker für Staatsleben und Freiheit fähig sind. Kennen sie in solchen Augenblicken sich selbst, ihre eigene Kraft und Schwäche; erwägen sie Recht und Unrecht mehr als Vortheile und Abneigung; sehen sie nicht blos auf den Augenblick, sondern auf die Folgen: dann wird man ihnen die Tüchtigkeit zu Freiheit und politischer Geltung nicht absprechen können. Fahren sie aber auf wie die Kinder, verlangen sie Gewaltschritte, ohne zu fragen: ob sie oder ihre Freunde recht haben; dürfen sie nach Krieg und Kriegsruhm, ohne die Lasten, die Opfer, die damit unzertrennlich verbunden sind, zu kennen; ohne den festen Entschluß, diese Lasten und Opfer längere Zeit hindurch zu tragen, — so bewesen sie nur, daß sie der Freiheit nicht fähig sind, sondern der Herrschaft bedürfen. Zum Kriegführen gehört nicht blos, daß man Muth fortführt; man muß auch mit Ruhe Gefahr erwarten können, Muth im Glück, seine Familie, Brand, Verheerung und Gewaltthat hingehen lassen können, bis die Zeit kommt. — Es ist gut, unter solchen Umständen die Staatsmänner des großen Alterthums zu befragen. Was rettete Griechenland in den Perserkriegen? Daß die Athener den Muth hatten, ihre Stadt Preis zu geben. — Was richtete Athen im peloponnesischen Kriege zu Grunde? Daß der Plan des Perikles, das Gebiet der Plünderung und Verheerung Preis zu geben, von schwächern Mannern nicht aufrecht gehalten werden konnte. Der Krieg ist ein gewaltiger Herr, der nach Freiheit und Wohlsein nicht fragt, sie fliegen mit ihm nur der, der beide nicht achtet; zumal fliegen im eigenen Lande: denn hier sind die Volksaufregungen und Stürme stets die schlimmsten, und selten wird ein Krieg gut gerathen, der unter solchem Einflusse geführt werden soll. Im Einflusse dieser Stimmungen haben wir auch das Unglück Schleswig-Holsteins. Im Jahre 1848 wurde man Flensburg schützen und lag darnieder bei Bau. Im Jahre 1850 hat man Schleswig schützen wollen und hat sich, wenn die Schlachtberichte nicht täuschen, abermals in eine Stellung gewagt, die den Kräften nicht angemessen war. Wollte Gott, man hätte — was man gewollte — Schleswig aufgegeben, einen Kampf nicht hervorgerufen, bei dem im glücklichen Falle nichts zu gewinnen war, und dessen übler Ausgang nun nothwendig der dänischen Kriegspartei noch mehr den Sinn beben wird. Wie 1848, so war es jetzt durch die Umstände gegeben, an der Elbe stehen zu bleiben, und den Weg der Verhandlung einzuschlagen; so wie damals wäre jetzt Hoffnung auf Erfolg gewesen, wenn nicht jene Nachgiebigkeit gegen Volksstimmungen und andere Einflüsse die Sache verdorben hatten. Die Schuld dieses Unheils fällt auf jeden, der durch Zureden, durch Sammlungen, durch Mittel und Rath dazu bei Neinen werth ist, dazu geholfen, die Dinge zu verderben und einen über die Kräfte hinaus gehenden Kriegsmuth hervorzurufen. — Es wäre zu bewundern, wenn bei uns in solcher Nahe nicht ähnliche Aufregung entstanden wäre, zumal sa bei dergleichen allgemeinen Dingen der Einzelne gern geneigt, daß am Ende die Sache auf seine Rechnung kommt. Dazu kommt noch, daß bekannte „Patrioten" aus Hildesheim, Celle u. s. w. diese Gelegenheit gern benutzen, um für ihr Spiel die Karten zu mischen. Ist doch wie im vorigen Jahre Ungarn, so jetzt Schleswig-Holstein so unglücklich, in der Auffassung der Partei des Umsturzes zu sein; haben doch die Aufrufe stiftter von allen Seiten sich dort in die Nähe cauf Schlachtfeld schwerlich) begeben, und hat die Kriegspartei den unbegreiflichen Fehler begangen, eben dieser Partei im Schooße selbst das Heft in die Hände zu geben.

(Schluß folgt.)

General v. Willisen.

Der General v. Willisen ist gegenwärtig 60 Jahre alt. Einer preußischen Adelsfamilie angehörig, wurde er bereits in frührer Jugend für die militairische Laufbahn bestimmt, und diente während der Festzugs vom Jahre 1806 in einem Infanterieregiment als Junker. Nachdem die zweitausend Mann der Armee von Jena und Auerstadt gesprengt worden war, zog er sich nach der Universitätsstadt Halle zurück, wo er, den Studien sich widmend, mehrere Jahre in stiller Zurückgezogenheit verbrachte. Da der Saalkreis zum westphälischen Königreich geschlagen wurde, so verfiel auch Willisen der nach französischem Vorbild geordneten Militairkonskription in Westfalen, sich derselben zu entziehen, mißlang. Er wurde nach der damaligen Hauptstadt Kassel abgeführt und dort kurze Zeit in einem Thurm eingesperrt gehalten. Das geschah im Jahr 1809, als oben Oesterreich im Begriff stand, zum vierten Male seine Waffen gegen Frankreich zu erheben. Diese Weltverhältnisse waren Willisen günstig, sodaß er mit anscheinend großer Verwegenheit ausführte, gunstig. Er wendete sich nach Wien, diente darauf in einem Freikorps, mit dem er in Tyrol und Italien focht, und trat einige Jahre später in preußische Dienste zurück. Während der Jahre 1813 bis 1815 finden wir ihn als Hauptmann im Generalstabe des Feldmarschalls Fürst Blücher. Es war dies damals eine gute Schule. Anfangs von Scharnhorst, dann von Gneisenau geleitet, und Männer, wie die spätern Generale v. Clausewitz und Grolmann in sich schließend, sammelten sich in diesem kleinen Offizierkorps aufgewogsbringende Erfahrungen. Nach dem Friedensschluß verblieb Willisen eine Zeitlang in der gewachten Stellung, und übernahm zu Ende der zwanziger Jahre den Unterricht in der Kriegsgeschichte im III. Cursus der „Allgemeinen Kriegsschule" zu Berlin. Dieser Unterricht sufte auf einem festen und geschlossenen System der Kriegsführung, welches, wiederholung sein eigenes Werk und unabhängig aufgearbeitet, in Hinsicht auf die Grundsätze aber mit den Schriften des jetzigen kaiserlich russischen Generals v. Jomini die meiste Verwandtschaft hat. Von dem Sohne aufgehoben: „Die Aufgabe der Kriegskunst ist der Sieg" und „der Sieg wird errochen des militairischen Zweckes", erkennt es in der Armee das Werkzeug zu diesen Zwecke, und schreibt ihr, als solchem, zwei Hauptriegerschaften zu, nemlich als erste und hauptsächliche die Beharrlichkeit, und als zweite die Schlagfähigkeit. Der ersteren Eigenschaft zu genügen, will aber die Sache der „Lehre von den Bewegungen", oder der Strategie, und der andern die der Taktik oder der „Gefechtslehre". Hieraus nun folgert Willisen, daß der Sieg über den Feind oder seine Vernichtung auf zwei Wegen zu erreichen ist, je nachdem man ihn in seiner Beweglichkeit oder in seiner Schlagfertigkeit angreift, d. h. sich auf seine Verbindungen stellt, oder ihn schlägt.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Coure.

Den 9. August 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	1218	1223
„ 5% Metalliker	82⅝	82¾
„ 4%	63⅜	63⅞
„ 3½%	47⅝	48⅛
„ 2½%	43⅜	43⅝
„ 1¼% Bethmann	77½	78¼
„ 4½%	67	—
Preußen 4% Loose v. J. 1839.	101	101¼
„ 3½% Bethmann	156¾	157½
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	86	86½
Zink: 50 Prämien Scheine.	103⅜	—
Bayern 5% Obligationen	84½	84¾
„ 4%	87	87½
„ 3½%	100½	100⅝
Wurttemberg 3½% Loose	84½	—
„ 4½	98¼	98⅝
Baden 3½%	82½	82¾
„ fl. 35 Loose	31¾	32
„ 50 „	53½	54
Nassau fl. 25 „	24¼	25⅛
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	74⅝	74¾
„ „ 25 „	28	28½
Polen fl. 300 „	137	—
Sardinien Lire 36	33¼	33⅝

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 63.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 5 fl.
Halbjährig 2 fl. 30 kr.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Scharfrichterhause 2. Distrikt. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 192. Würzburg, Montag den 12. August. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Würzburg. Die fgl. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg erläßt im Intelligenzblatt folgende Bekanntmachung: „Die Nothstande der ärmeren Volksklassen betreffend:“ Die gegenwärtigen Nothstände der ärmeren, beispielsweise, arbeitenden Volksklassen haben nach den jüngsten Erfahrungen, wie in Deutschland überhaupt, so insbesondere auch in vielen Theilen des Königreichs Bayern, namentlich aber im Kreise Unterfranken und Aschaffenburg einen Grad erreicht, welcher die volle Aufmerksamkeit der Staatsregierung und Staats-Angehörigen in Anspruch nimmt, eine wahre Lebensfrage für alle Stände bildet, und gleich einem mächtig anschwellenden Strome, schnelle wirksame, allseitige Hülfe gebietet. Die Quellen liegen in einer vieljährigen Vergangenheit, und sind so mannigfaltig als das Leben selbst. Es würde deßhalb ein arges Mißkennen der wahren Lage der Dinge verrathen, sowie es andererseits keineswegs für eine klare Berechnung der Möglichkeiten und Kräfte sprechen würde, wenn die sofortige Heilung sicherwirkender Schäden schon in der nächsten Zukunft in sichere Aussicht gestellt werden wollte. Allein es darf keine Zeit mehr verloren, es muß rasch Hand an das Werk gelegt, und wenigstens für den Augenblick das Uebel da angegriffen werden, wo die Hülfe am meisten Noth thut und am ehesten gewährt werden kann. Als die hervorragendsten Ursachen unserer dermaligen Nothstände dürfen insbesondere gewiß bezeichnet werden: eine durch alle Stände fortwährende Genußsucht, Ungenügsamkeit, Sittenverderbniß, unchristliches Wesen, verwahrloste Kinder-Erziehung, Ueberhandnahme unbereitelten Vergnügens, Lotterlesen der Dienstboten, Handwerksgesellen und Lehrlinge von der Familie der Dienstherrschaften, Arbeitsscheue einerseits, sowie Mangel an Arbeitsgelegenheiten andererseits, relative Uebervölkerung, z. B. Mißverhältniß in manchen Gegenden zwischen Subsistenz-Mitteln und der Menschenzahl, Verwirrung der natürlichen Ordnungen zwischen den einfachen Gewerbsbetrieben und der Fabrikation im Großen, endlich heillose Begriffs-Verwirrung hinsichtlich der natürlichen Geschicklichkeiten der Menschen.

(Schluß f.)

Die radikale Partei.

(Schluß.) Es ist wahr, dieselben Volksverführer, welche also das Volk an den Bettelstab bringen möchten, reden viel von Ersparnissen aller Art, welche sie in den Staatshaushalt einführen möchten, von der Wohlfeilheit einer demokratischen oder republikanischen Regierung, von Erniedrigung der Besoldungen und Pensionen und damit von Ermäßigung der Steuern und Abgaben; — aber das Wohlfeilste ist eben nicht immer das Beste, und wurde man diese Finanzaushülfler gewähren lassen, so stände allerdings so weit, daß am Ende gar keine Steuern mehr erhoben würden, denn wo nichts ist, da hat der Kaiser selbst das Recht verloren! Die Verwüstung mancher Gemeinden unseres Landes ist seit dem Märzsturm in die Hände der Radikalen übergegangen; viele Gemeinden haben unterdessen ihre Erfahrungen gemacht, und sehen wenigstens so viel ein, daß die Gemeinden dabei keine Ersparnisse, — aber Schulden gemacht haben! Wer aber das Wenige, über das er gesetzt ist, sschelt verwaltet, sollte der im Stande sein, über Vieles gesetzt zu werden, ohne hier noch viel größeren Schaden anzurichten? — Die Radikalen erkennen das Recht der Mehrzahl an! Zwar sagt man: so viel Köpfe, so viele Meinungen! und wenn man gegenwartig Umfrage hält, selbst im demokratischen Heerlager, so findet man auch in ihm, daß, bei aller Uebereinstimmung im Zwecke, über die Mittel, welche zu ihm führen, eine wilde Anarchie herrscht. Jeden druckt der Schuh an einer andern Stelle, und Jeder wünscht zunächst und vor Allem Abhilfe seines Drucks! Aber wie wird nun mit diesem Rechte der Mehrzahl selbst verfahren? Man erklärt es aus der Minderjährigkeit und politischen Reife des Volkes, welches auf der hohen Stufe der Entwicklung angelangt sei, wo es sich selbst regieren könne und müsse. Es ist schwer, seine Satyre zu schreiben über diese Minderjährigkeitserklärung! Die Radikalen halten allerdings das Volk für mündig, um es zu beschwatzen, zu bethören und zu verblenden; sie halten es für mündig, so lange es nach seiner Pfeife tanzt, und sich von ihnen bevormunden läßt! Man höre, wie bitter sie über diese Mündigkeit des Volkes hinter den Coulissen spotten, wie sie über die Dummheit und Beschränktheit des deutschen Michel spotten! Doch nein, man muß nicht einmal der Vertraute jener radikalen Leiter sein und an ihren speziellen Berathungen bei verschlossener Thüren Theil nehmen, um zu wissen, was sie unter der Mündigkeit des Volkes verstehen. Warum schmeicheln sie dem Volk? Weil sie es nicht für mündig halten! Warum machen sie dem Volke Vorspiegelungen von einer Zeit des Wohlbehens, wo ihm gebratene Tauben in den Mund fliegen werden? Weil sie das Volk verachten und für einfältig halten! Warum suchen sie das Volk zu bestechen, seine Stimmen mit Klingenden oder Schimmernde Münze zu erkaufen? Weil sie es für feil halten! Warum kommt die konservative Partei zum Volke nicht mit diesen maßlosen Versprechungen, nicht mit diesen Schmeichelworten, noch mit diesen Spenden? Weil sie das Volk achtet, in Jedem des Volkes einen Bruder kennt und seine Rechte nicht auf dem Wahlmarkte feil bieten oder versteigern lassen will! Wir achten im Volke sittliche Wesen, deren Glück und Wohlfahrt sich nur im gleichen Maße, in welchem sich ihre Sittlichkeit hebt, heben kann. Und diese Sittlichkeit ist für uns nicht das Werk der Menschen; der modernen Bevorgung, des neuen Machtstaates, der Verachtung alles Grundrechte an die Handlungen der Menschen gelegt haben! sie ist für uns nicht jener vage Humanitarismus, jene selbstgemachte und sich selbstmodelnde Moral unserer Tage, sondern die christliche Moral, die Nachfolge in den Fußstapfen des achten Vorbildmenschen und Menschenfreundes, unseres Herrn Jesu Christi! Gegenüber von jenen gesetzlichen Mündigkeitserklarungen des Volkes haben wir einen unumstößlichen Maßstab, der uns sagt, wer frei sei, denn es steht geschrieben: Wen der Sohn frei macht, der ist frei! Darum kennen wir auch kein anderes Mittel, der Noth zu steuern, kein besseres und sicheres Mittel, das Volk zu befreien und glücklich zu machen, als ein achtes lebendiges Christenthum, ein christliches Regiment und ein christliches Wohlleben. Was uns von den Radikalen trennt, ist nicht bloß eine politische Meinungsverschiedenheit; es ist nichts mehr und nichts weniger, als andere Grundsatze der Sittlichkeit und der Religion. (Bd. St. A.)

Landtagsabschied.

München, 29. Juli. (Forts.) §. 36 Aufhebung der Ansprüche des Staats auf Allmonien betr. Auf den Uns von den beiden Kammern des Landtags vorgelegten Antrag um Vorlage eines Gesetzentwurfs hinsichtlich der Aufhebung des dem Staate zustehenden Rechts auf Allmonien erwidern Wir: daß eine solche Vorlage bisher noch nicht erfolgen konnte, weil der inzwischen von Unserem Staatsministerium der Justiz hierüber vorbereitete Gesetzesentwurf noch der Berathung mit Unsern übrigen einschlägigen Staatsministerien zu unterliegen hat. §. 37. Verfahren in Heimaths-, Anfäßigmachungs- und Gewerbssachen. Wir haben durch Unsere Entschließung vom 2. Juli l. J. (Regier.-Bl. Nro. 38) angeordnet: daß 1) alle nach §. 8, Abs. I. des Gesetzes vom 11. Sept. 1825 über die Heimath; 2) alle nach §. 9 des Gesetzes vom 11. Septbr. 1825 und 6. Juli 1834 über Anfäßigmachung und Verehelichung; endlich 3) alle nach Art. 10 Nr. 1, dann Nr. 10 Satz 1 und Abs. 3 des Gesetzes vom 11. Sept. 1825 über die Grundbestimmungen für das Gewerbswesen bei den Kreisregierungen zu erlassenden Bescheide in Zukunft collegial zu berathen sind. Dem deßfalls an Uns gebrachten Wunsche des Landtags ist hierdurch die vollste Rücksichtnahme zu Theil geworden. §. 38. Vollzug des Gesetzes vom 4. Juni 1848 über die Aufhebung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten. Auf die an Uns gebrachten Wünsche und Antrage hinsichtlich des Vollzugs des Gesetzes vom 4. Juni 1848 über die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, die Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betr., erwidern Wir: 1) Dem Antrag, daß zur Sicherung und Erleichterung des Vollzugs von Art. 5 dieses Gesetzes ein Gesetzentwurf in Absehung der Wiederrechte den Kammern vorgelegt werden möge, beabsichtigen Wir die sorgfältigste Würdigung und Berücksichtigung zuzuwenden. 2) Wir weisen die mit der Ueberwachung des Vollzugs des Grundlasten-Ablösungsgesetzes brauftragten Staatsministerien des Innern und der Justiz, dann jenes des Handels und der öffentlichen Arbeiten an, diejenigen Wünsche und Anträge, welche sich auf die Auslegung und Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen beziehen, sorgfaltigst zu brachten, den ihnen mitgetheilten einzelnen Vorstellungen und Besschwerden auf den Grund zu sehen, und für die unverzügliche Abhelfung der sich als gegründet darstellenden Mißgriffe und Unzukommlichkeiten Sorge zu tragen, so wie die sämmtlichen Eingaben und Anträge nach genauer Prüfung bei der Revision der Vorschriften über den Vollzug des gedachten Gesetzes entsprechend zu benützen. §. 39. Die Regulirung des Bierzapfes und die Verhält-

sse der Brauer zu den Wirthen und dem Publikum. 1. Den in dem Gesammtbeschlusse vom 13. Juli 1. J. an Uns gebrachten Anträgen bei der Kammern entsprechend, ertheilen Wir nachfolgenden Bestimmungen Unsere Genehmigung mit Gesetzeskraft: 1) Der §. 10 des Gesetzes vom 23. Mai 1846, die Regulirung auf Ansuchen der Betheiligten verfügen, daß derselbe für die erste Hälfte der Zeit, fur welche er zu gelten hat, um einen Pfennig hinaufgesetzt, fur die zweite Hälfte aber um einen Pfennig herabgesetzt werde. Die Bestimmung des §. 7 des erwähnten Gesetzes vom 23. Mai 1846 ist hiermit aufgehoben. 11. Dem Wunsche: „den Brauhausbesitzern unter Aufhebung der Entschädigung vom 18. Dez. 1847 im Sinne des Landtags-Abschieds vom 29. Dez. 1831, §. 2 §. 40, wieder zu gestatten, das in ihren Brauhäusern erzeugte Bier bei dem Mineralquellschlosse gleich den Schenkwirthen zu verzapfen," werden Wir die geeignete Berücksichtigung zuwenden lassen. (Forts. f.)

Deutschland.

Aschaffenburg, 10. August. König Ludwig ist gestern Abend gegen 8 Uhr hier angekommen. Die Bewohner der Stadt empfingen denselben mit großem Jubel; heute Morgen reiste er zum Besuche des großherzoglichen Hofes nach Darmstadt, wo gegenwärtig auch die Herzogin Adelgunde von Modena verweilt.

Landau, 10. August. Dem Vernehmen nach sind sämmtliche Militärabtheilungen, welche sich am vorjährigen Aufruhr betheiligt hatten, in erster Instanz abgeurtheilt. Da die Verhaftung eine bedeutende Zeit in Anspruch nahm, so dürfte das Verfahren noch

Rendsburg, 8. August. Gestern Abend rückten zwei Bataillone, eine Batterie und 2 Schwadronen gegen Friedrichstadt vor, wo 200 Mann Jäger von unserm 1. Jägercorps, aber nördlich der Eider, sich verschanzt hatten. Zweimal stürmten die Danen und wurden abgeschlagen. Erst das dritte Mal gegen die Umfingen den Ihnen früher ertheilten Befehlen gemäß über die Eider sich zurück. Die Danen zündeten natürlich sofort bei ihrem Einmarsch in Friedrichstadt einige Häuser an.

Hamburg, 7. August. Wir vernehmen fernerweit aus Altona: daß in Folge der neulichen Vorfälle auf Veranlassung der projectirten Volksversammlung Advokat Wirt verhaftet, der bekannte Demokrat Brackow aber gesucht wurde, worauf er, ohne daß man ihn fand, sich später persönlich bei dem Polizeimeister Warnstedt einfand, um denselben zu erklären: er, B., habe sich unter den Schutz des engl. Gesandten in Hamburg gestellt. Die Sache klingt freilich etwas rathselhaft, wir müssen jedoch hinzufügen, daß Hr. B. auf freien Fußen blieb. — Telegraph-Direktor Schmidt, der für seine Person nicht unbefugt sein konnte, ging nach Hamburg, weshalb er als Bürger ungestört blieb. (HB.-Z.)

Altona, 8. August. Die vor kurzem mitgetheilte Nachricht, der General-Kabeaary Prof. Stromeyer sei nach Kopenhagen geschleppt bestätigt sich nicht. Wie ich aus wahrlossen zuverlässiger Quelle erfahre, hält derselbe sich bei seinen Kranken in Schleswig auf. (H. N.)

Wien, 5. August. Ein Erlaß erläutert die Verordnung vom 18. April d. J., inwieweit nemlich den Bischöfen das Recht der geistlichen Disciplin über den niedern Clerus zustehe, und wie weit in dieser Hinsicht der Wirkungskreis der politischen Behörde reiche. Ferner erfolgen zum Vorschrift wegen der Concursprüfungen der Pfarramts-Candidaten und wegen der Dispens von solchen Prüfungen. Endlich erklärten die Bischöfe, daß sie zu dem kirchlichen Ritus im Gottesdienst ohne Uebereinkommen mit dem Diöcesanyvoden keine Abveränderung vornehmen werden.

Wien, 7. August. So wie die Katholiken in Linz, halten die Evangelischen am 10. u. 11. Sept. zu Stuttgart eine große Kirchenversammlung. Nach den gedruckten Einladungsschreiben wird unter Anderem festgestellt werden, wie sich die Predigter bezüglich politischer Angelegenheiten zu benehmen haben, wie das beunruhigliche Kirchenvermögen zu schützen sei, ein evangel. Kalender ꝛc.; Hauptgegenstand aber ist: eine Conföderation der reformirten, unirten und luth. Kirche, unter der Benennung: „deutsch-evangel. Kirche," zu Stande zu bringen.

In Venedig sind am 2. August, am Tage des h. Ignaz von Loyola, die Jesuiten — zwolf an der Zahl, den berühmten Gelehrten Pater Ferrari als Provincial an der Spitze — in ihre prachtige Kirche wieder eingezogen. Der Karnevalsbrauch selbst hielt das Sachsamt ab, wobei derselbe mehreren hundert Gläubigen das Abendmahl reichte und eine große Menge von Kindern firmte.

Berlin, 7. August. Der „Fr. D.-P.-A." werden aber die gegenwärtige hiesige Ministerkrisis folgende spezielle Mittheilungen gemacht: Schon seit längerer Zeit gingen die politischen Ansichten des Hrn. v. Radowitz und Hrn. v. Manteuffel in Betreff der Richtung, welche Preußen in der deutschen Frage einzuhalten habe, erheblich auseinander. Während der letztere die Union als den Kern der deutschen Einheitsfrage betrachtete, und sie in großmüthigen Bestrebungen gegenüber nur bedingt durchgehen wissen wollte, senkte jener nach einem Mittelwege ein, welcher darauf hinausführte, in scheinbar drohender Haltung gegen Oesterreich sich mit diesem über ein Aufgeben der Union zu verständigen. Nachdem im Schooße der Regierung jede dieser beiden Richtungen dahin gestrebt hatte, sich an verschiedenen Maßregeln möglichst zum Ausdruck zu bringen, wurde kürzlich eine anscheinend unerhebliche Frage Veranlassung zum Sprengen des seit lange getrockerten Bandes. In eine der letzten Sitzungen des Ministerraths trat Hr. v. Radowitz mit der Erklärung ein, er sei von Sr. Maj. dem Könige beauftragt, der Berathung des Ministeriums die Frage zu unterbreiten, ob es nicht an der Zeit sei, Angesichts der uns bedrohenden Eventualitäten die rheinische Landwehr einzuberufen, da die Mainzer Bargange es erfordertten, daß man auf einen Krieg mit Oesterreich gerüstet erscheine. Hr. v. Manteuffel erwiderte daß er eine solche kostspielige und die Arbeiten des Landmanns unterbrechende Rüstung nur dann für gerechtfertigt halten würde, wenn man entschlossen sei, dem deutschen Einheitsbedürfniß zu genügen, indem man die Union den Ansprüchen Oesterreichs gegenüber mit Entschiedenheit zur Geltung bringe. Dazu aber sei die bloße Einberufung der Landwehr nicht hinreichend, man müsse vielmehr vorher über die Forderung eins sein, die man an Oesterreich stellen, und ihm eventuell mit den Waffen abzwingen wolle. Als Hr. v. Radowitz hierauf einlenkend entgegnete, daß man in diesem Sinne Oesterreich gar nicht behriegen wolle, sondern nur beabsichtige, den heftigen und herausfordernden österreichischen Noten gegenüber kräftigere Ehre kräftig zu handeln, da brach endlich die trugerische Decke zwischen Schein und Wahrheit. Hr. v. Manteuffel erklärte fest, seine Meinung nach sei die Ehre Preußens durch einen solchen Krieg nicht gewahrt. Hiezu bedurfe es ganz anderer Stichte. Schon seit Monaten habe er sich dahin ausgesprochen, daß die Union entweder offen aufgeben müsse, und dann bedürfe es keines Kriegs mit Oesterreich, oder daß man sie definitiv constituiren und zur Anerkennung bringen müsse, und dann müsse man damit beginnen, die bundesbrüchigen Regierungen, namentlich Sachsen und Hannover, zu züchtigen. Diese Ansicht sei ihrer Pflicht zurückzuführen; darauf werde dann von selbst der Krieg mit Oesterreich folgen, und wenn man ihn aus diesem Grunde unternehme, so werde er ihm seine volle Bestimmung auch nicht versagen. Wolle man für die vorgeschützte preußische Ehre den Krieg führen, so möge man, worauf er schon seit Monaten gedrungen, sich kräftig der Herzogthümer Schleswig-Holstein annehmen und dort mit den Waffen in der Hand die Verletzung von Rechten hindern, die Preußen garantirt habe. Einen solchen Krieg wolle er, selbst auf die Gefahr eines Kriegs mit Rußland hin, unterstützen. Die Sache der deutschen Nation zu führen erfordere die preußische Ehre, und er werde von jetzt ab mit aller Entschiedenheit seine Mitwirkung zu Maßregeln versagen, die, ohne auf dieses Ziel gerichtet zu sein, dem Bolke fruchtlose Opfer auferlegten. Der erklärte sich gegen jede leere Demonstration noch mehr gegen jeden nutzlosen, gegenstandslosen Krieg, und sei bereit, wenn man diese seine Ansicht nicht theile, sofort seine Entlassung zu fordern. Diese Rede des Hrn. v. Manteuffel schloß die Sitzung des Ministerraths. Weitere Verhandlungen und eine nochmalige Sitzung sollen nun bestimmt haben, in der That sein Entlassungsgesuch bei Sr. Maj. dem König einzureichen. Inzwischen hat er, bessen Charakter jeder Intrigue fern steht, dem Entschluß gefaßt, sich jedes persönlichen Einflusses auf die Entscheidung des Königs zu enthalten, und ist sodann auf sein Gesuch hin auf der Landjagd abgereist. Es gestaltet dies gestern Nachmittag, während am Abend in Sanssouci ein großes Fest zu Ehren v. Haynau's stattfand. Seine Rückkehr hat Hr. v. Manteuffel auf Donnerstag oder Freitag festgesetzt. In den höchsten Kreisen sollen nun eifrige Berathungen über die Schritte gepflogen werden, die dieses unerwartete Ereignis erfordert. Man behauptet, daß der Prinz von Preußen in einer Unterredung mit Hrn. v. Radowitz des letztern Politik gemißbilligt, und daß der General Graf v. v. Groben sich bei dem König für die von Hrn. v. Manteuffel vertretene principlose Politik ausgesprochen habe.

Berlin, 9. August. Es bestätigt sich, daß die diesseitigen Bevollmächtigten bei der Bundes-Central-Commission bereits vor einiger Zeit die bestimmtesten Instruktionen für den Fall erhalten haben, daß das sogenannte Bundesvetonum oder der aus ihm hervorgehende „engere Rath" die Verwaltung des Bundes-Eigenthums, wie das Archiv, die Kasse ꝛc., in die Hand nehmen sollte. Die preußische Regierung würde hierin einen casus belli erkennen. (N. Pr. Z.)

Frankreich.

C Paris, 7. August. Einem Wiener Briefe des „Journal des Debats" zufolge hat Oesterreich beschlossen, auf Besetzung Holsteins durch deutsche Truppen hinzuwirken. Es geht von dem Grundsatze aus, daß einem Sieg der Holsteiner russische Intervention folgen müsse, eine Niederlage derselben zur Erbitterung des Volks beitrüge, welch' beide Fälle der Demagogie zu Statten kämen. Jedenfalls glaubt Oesterreich dadurch das Recht mit der Wurzel auszurotten, und da zur Besetzung andrbrechlich seine preußischen Truppen verwendet werden sollen, kregte nebenher auch Preußen seinen Lieb weg. — Auch die „Mongagne" wohlt aus ihrer Mitte eine permanente Vertagungs-Commission, die ihren Sitz in Paris hat. — Den Mitgliedern des Aachener Eisenbahn-Congresses sind gestern bei dem Herrn Grafen d'Hiver ein glanzendes Fest gegeben. Allen Landern, resp. Fürsten, wurden Toaste ausgebracht, nur Frankreich nicht, sondern blos den anwesenden Franzosen. Ein Mitglied, welches diesen einen Toast brachte, erklärte man wolle mit Frankreich warten, bis es wieder einen König habe. Diese Aeußerung wurde sehr beifällig aufgenommen.

Italien.

Malta, 25. Juli. Seit drei Jahrhunderten hatten wir das Glück, von einem religiösen Orden regiert zu werden; jetzt hat man uns auf einen katholischen Gouverneur gab. Die englische Regierung hat dieses Bedürfniß endlich erkannt, und durch die Ernennung des Sir D'Ferral hat die Asple de la Flarione, die Klöster de Cadyenes und selbst die Stadt de Sant' Antonia, welche ehemals den Großmeistern gehörten, den ehrw. Vätern Jesuiten eröffnet. Die Bevölkerung von Malta und von Gozzo ist den kirchlichen Orden mit einer besonderen Hingebung zugethan; Alles spricht von ihnen und das Andenken an den Orden drei h. Johann ist noch in frischem Angedenken. Die Denkmäler, wo die Gräber und die Statuen der berühmtesten Großmeister, der Cotoner, der Rohan, der Pinto, der Manoël sich befinden, die Fresken, welche die religiösen Heldenthaten der Johanniter darstellen, die Verschönerung der Stadt, die Aquadukte: Alles erinnert noch an die von diesem Orden empfangenen Wohlthaten. Leider hat die revolutionaire Partei und mit dieser im schönen Bunde des Protestantismus vermittelst ihrer Organe, des berüchtigten „Mediteraneo", „il Portafoglio maltese", der „Malta-Times" und der „Malta Mail", Alles auf, diese Gesinnung zu schwächen, und entfeßte zu diesem Endzwecke ihre Schooßhündchen, während die Katholiken höchstens gar keine Organe besaßen. Sir D'Ferral hat mit Vergnügen den Schutz eines katholisch-politischen Blattes, „Tempo di Malta" genannt, übernommen, welches von M. Marciarelli, einem wackeren italienischen Schriftsteller, redigirt wird. Mit diesem Cultusfaotmus die fast durchgängig katholische Bevölkerung von Malta dieses Organ begrüßt, läßt sich leicht denken. (D. B.)

Neuestes.

Der „Köln. Ztg." wird aus Frankfurt 9. August geschrieben: Das zehnte Bundes-Armeecorps ist wirklich aufgebaten u. die Statthalterschaft aufgefordert, der „Bundesversammlung" Gehorsam zu leisten. Im Angeschicte dieser Vorgänge hat Preußen beschlossen, die in Wesser u. Kreuznach zusammengezogenen Truppen auf 60,000 Mann zu verstärken. Diese und alle kriegerischen Nachrichten mochten

im gegenwärtigen Augenblicke mit Vorsicht aufzunehmen sein.)

Frankfurt, 7. August. Rußan hat jetzt seinen Austritt von der Union in Berlin offiziell angezeigt, und es ist daher mit Sicherheit zu erwarten, daß es nächstens einen Bevollmächtigten in die Binnenversammlung senden werde.

Frankfurt, 11. August. Die „Chinesische Ztg." bringt in ihrer Nr. 191, folgende telegraphische Depesche von hier: Freitag, 9. August. Das Plenum hat sich aufgelöst.

Baden, 8. August. Großes Aufsehen hier machte gestern früh die plötzliche Verhaftung des Gallerieinspectors Guldenberger von Mannheim. Seine Papiere wurden gleich in Beschlag genommen und versiegelt nach Mannheim gesendet. Die Ursache dieser Arretirung kennt man nocht nicht. (B. L.)

Babenhausen, 10. August. So eben, um 8 Uhr Morgens, fuhr Se. Maj. der König Ludwig von Bayern, von Aschaffenburg kommend, hier durch nach Darmstadt, wo Allerhöchstdieselben bis zum 13. d. Mts. zu verweilen gedenken.

Gotha, 8. August. In der in mehreren Nummern der „D.-Z.-A.-Z." mehrfach ausgesprochene Ansicht im Betreffe der baldigen Umgestaltung der kleinen Staaten scheint auch die unsern Regierungen immer mehr Boden zu gewinnen und den Eifer für die Unionssache zu vermindern. Darauf scheint eine im hiesigen Landtage geschehene Aeußerung des Staatsministeriums hinzudeuten, nemlich, „daß die Staatsregierung die Ersitzung des Bundes und die Verpflichtungen gegen denselben noch jetzt anerkenne."

* Dresden, 8. August. Die königl. sächsische Regierung hat das Ansuchen des schleswig-holst. Departements der auswärtigen Angelegenheiten um Berichtigung der vorjährigen Verpflegung königl. sächsischer Truppen im Betrage von 154,116 Thlr. dahin abgelehnt, daß sämmtliche Forderungen an die im vorigen Jahre in Schleswig-Holstein befindlichen Truppen nur bei dem Organe der Gesammtheit der Bundesglieder liquidirt werden könnten.

T. D. Hamburg, 9. August. Die verflossene Nacht ist die ganze holsteinische Armee in zwei Abtheilungen dem Feinde entgegengerückt. Sehr viele Wagen zum Transport der Kriegsrequisiten wurden requirirt. (F. Z.)

Berlin, 7. August. Es wird gut sein für die richtige Beurtheilung der Verhältnisse festzuhalten, daß die kriegerische Partei hier im Augenblicke verdrängt ist und daß die Partei, welche die Verständigung mit Oesterreich jetzt noch will, allerlei Mittel in Vorschlag bringt, um dieselbe herbeizuführen. Es ist von dieser Partei bereits ziemlich laut ein Staatsmann genannt worden, welcher sie in außerordentlicher Mission nach Wien gesandt wünscht. Anzunehmen, daß zwischen allen Zaktoren dieser Partei und Herrn v. Radowitz ein Einvernehmen herrsche, wäre irrig. (C. B.)

Berlin, 8. August. Wir vernehmen aus zuverlässiger Quelle, daß auf Betreiben Englands und Rußlands zwischen Kopenhagen und Kiel Vermittlungsversuche zu Gunsten des Friedens gemacht werden.

(N. Pr. Z.)

Berlin, 9. August. Die „Gonst. Ztg." will aus ziemlich guter Quelle wissen, daß die Minister v. Manteuffel und v. Stockhausen ihre Entlassung verlangt haben.

T. D. Paris, 9. August. Die Stadt ist in einiger Aufregung wegen des gestern von dem Präsidenten der Republik im Elysee gegebenen Banketts, wozu sast sämmtliche Offiziere der hiesigen Gendarmerie und andere Militärpersonen eingeladen waren. Es wurde dabei ein Trinkspruch auf das „neue Kaiserthum" ausgebracht und der Ruf erschallte: „Auf nach den Tuilerien!" Die während der Vertagung der gesetzgebenden Versammlung in Permanenz bleibende Commission soll für eine von den Generalräthen zu beselendende Regierung, mit Herzogzehung von Praseten, Generalen ꝛc. sein, falls irgend ein Staatsstreich versucht werden sollte. Die gesetzgebende Versammlung hielt heute ihre letzte Sitzung. (F. D.-Z.)

Hannover, 30. Juli. Schluß des Artikels der hannöver. Ztg. unter der Aufschrift: „Schleswig-Holstein und der deutsche Bund". Aber bei uns werden Männer zu beschließen haben, die wissen, daß jeder Monat, wo die jetzige kleine Armee auf dem Kriegsfuße zu erhalten ist, nicht unter 150,000 bis 200,000 Rthlr. kostet, welche wissen, daß die Monate vom März 1848 bis Monat 1849 dem Lande über 2,300,000 Rthlr. gekostet haben, und welche das als sehr wenig erkennen, weil der siebenjährige Krieg außer Steuern und Lieferungen jährlich an fünf Millionen kostete; nicht zu gedenken der Verluste der Einzelnen, des Handels, der Schifffahrt; nicht zu gedenken der moralischen Menschenleben, die der Krieg fordert. Die Zeit der Kriegsleistungen für englische Subsidien ist vorüber. Jetzt zahlen wir selbst. — Das sind Opfer, die man muß bringen können, das ist wahr; aber die man auch nur bringen darf, wenn kein anderes Mittel bleibt. Und so weit, wir beharren dabei, so weit sind wir nicht.

Was soll denn aber geschehen? — Wir haben längst darauf hingewiesen, daß die einzige Basis, auf welche man zurückkommen kann, die Erklärung Christians VIII. vom 7. September 1846 und der Bundesbeschluß vom 17. September 1846 ist: daß es ihm niemals in den Sinn gekommen sei, die Selbstständigkeit des Herzogthums Holstein, dessen Verfassung und sonstige aus Gesetz und Herkommen beruhende Beziehungen zu beeinträchtigen oder willkürlichen Beeinträchtigungen zu unterwerfen; und daß er bei seinen Bestrebungen, die Successionsverhältnisse des Herzogthums zu ordnen, nicht Willens sei, wohlbegründeten Rechten der Agnaten zu nahe zu treten.

Darüber ist jetzt auch Alles einig, der vernünftige Theil der Herzogthümer, Preußen, die dänische Regierung, die Bundesregierungen. Das Defret vom 24. März 1848, der Junken, der den Kampf zum Ausbruch brachte, ist abgethan. Nur die tolle Partei in Kopenhagen und die terroristischen Männer in den Herzogthümern möchten das verlenen; und die Schwarme von Volksverführern, welche jetzt von allen Seiten auf das unglückliche Land losgelassen werden, möchten verfuchen, den Abbruch zu thun. — Jener Grundsatz also steht fest; aber es kommt darauf an, ihn in eine Verfassung zu bringen; und das ist Recht und Pflicht des Bundes. Recht, weil ihm die Zusicherung gegeben, an ihn die Beschwerde gerichtet war; Pflicht, weil er Holstein in seinem Rechte erhalten muß. — Wahrlich, zur hohen Zeit ist von Oesterreich der Schritt geschehen, um den Bund aus jenem gefährlichen Nebel, in welchen ihn die Berliner Theorie vom fortbestehenden Bunde mit aufgehobener Verfassung gebannt hatte, wieder in fester Gestalt hervortreten zu lassen. Nachdem alle Versuche, Preußen zu einer Einigung zu bringen, welche nicht die Bundesrechte Dualismus, die Trennung Deutschlands in zwei feindliche Massen, geradezu zur Folge haben müßte, gescheitert sind, nachdem über der Zögerung das Blut in Schleswig vergebens vergossen ist; da war es höchste Pflicht, den letzten Schritt zu thun, um zu einer Verständigung zu gelangen, die war der Verbesserung überaus bedürftig ist, die aber doch den großen Vorzug hat, daß sie auerkannt wird, daß sie handeln kann. — Nenn volle Stimmen des engeren Rathes sind jetzt in Frankfurt versammelt; überall, wo Rehrbeleidigschüsse ausreichen, sind sie beschlußfähig. Werden jetzt von dort schleunig Bundes-Commissarien auf den Kampfplatz gesandt, mit jener Autorität, welche durch ein Bundesheer bald zu schaffen wäre, und mit jenem Gewichte, welches das unparteiische Halten am strengen Rechte überall gibt, so zweifeln wir nicht an dem Erfolge. Annäherung von beiden Seiten ist in den letzten Erklärungen zur Genüge vorhanden. Es fehlt nur das Vertrauen, um den Frieden möglich zu machen. Dieses Vertrauen kann Deutschland gewähren, und Deutschland allein. — Möge man denn eilen, den Schritt zu thun. Es hängt Blut daran.—

General v. Willisen.

(Fortsetzung.)

Man wird bereits aus diesen wenigen Zügen erkennen, daß es dem System Willisens nicht an strenger Folgerichtigkeit mangelt. Aber man hat es in Hinsicht auf die Voraussetzungen angegriffen, welche ihm zu unterliegen. Unter dem Einfluß dieses Widerspruchs, der ihm indeß nur in dem eng abgeschlossenen Kreise, in welchem sein System damals im Wege mündlicher Lehrvorträge bekannt geworden war, widerfuhr, unternahm es Willisen im Jahre 1831 im preußischen „Militär-Wochenblatt" Aufsätze über den damals noch unentschiedenen polnischen Unabhängigkeitskampf zu veröffentlichen. Sie waren zumeist strategisch-kritischen Inhalts, nahmen das gedachte System zur Grundlage, und den Ausgang des Kriegs und seiner einzelnen Operationen zum Gegenstand. Auch Rathschläge wurden darin den polnischen Heerführern ertheilt, und hierbei eine politische Gesinnung an den Tag gelegt, die am Berliner Hofe jederzeit nur Mißfallen finden konnte. Willisen, der damals Major war, fiel in Ungnade. Uebrigens machten seine Aufsätze damals nicht geringes Aufsehen. Sie waren klar, mit einer nicht wegzuläugnenden logischen Schärfe, und stellenweise politisch-warm geschrieben; aber der Ausgang des Kampfes schien in Bezug auf Polen von ihrem Interesse, weil die Entscheidung in entgegengesetzem Sinne, als der Verfasser sie vorausgesagt hatte, ausfiel. Willisen vermochte prophetische: wenn die Russen unterhalb Modlin über die Weichsel gehen, so sind sie verloren. Sie thaten es, u. nahmen dadurch Warschau, womit der Krieg sein Ende erreichte.

— Verurtheilenswerthes als dieser Irrthum wurde für Willisen der Tod eines seiner wissenschaftlichen Gegner, der indeß bei Lebzeiten nie öffentlich gegen ihn aufgetreten war. Am 18. November 1831 starb der General von Clausewitz, und bald darauf veröffentlichte seine Wittwe Marie, geborne Gräfin Brühl (Verfasserinnen der Verfasserin von Preußen), jenes berühmt gewordene Werk „vom Kriege" als erstes aus dem reichen literarischen Nachlaß ihres Gemahls. Bis zum Jahr 1835 wurde dasselbe vollständig der Oeffentlichkeit übergeben, und man darf behaupten, daß seitdem eine neue Epoche für die Kriegswissenschaft begonnen hat. In diesen voluminösen Werken (zehn Bände) trat auch ein bestimmter Stratege vor das Publikum, aber frei von allem Schematismus: ein Skeptiker, aber von unerschütterlicher Grundsicherheit, und ein Meister in Form und Ausdruck. Willisen, der ein System der Kriegskunst in fast vollendet hatte, mußte auf jeder Blattseite dieser vielbewunderten und mehr noch angefeindeten Werke lesen, daß es kein solches gebe und geben könne. Eine lange Zeit widerstand er stumm. . . . (Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Gestorbene:

Dem 11. August.

Steinam, Joh. Bapt., Partie, 60 J. alt. — Bervier, Wilh., 14 W. alt. — Tempet, Gottbardeier, 50 J. alt.

Druck von Joseph Steib in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreiberhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 193. Würzburg, Dinstag den 13. August. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Würzburg, Schluß des Erlasses der k. Regierung v. Unterfranken, Abtheilung des Innern, die Nothstände der ärmeren Volksklassen betr.:" Gegen alle diese tiefeingewurzelten Uebel, gegen diese mächtigen Feinde unserer sozialen Wohlfahrt und staatlichen Ordnung anzukämpfen, erscheint offenbar als eine äußerst schwierige und umfassende Aufgabe, zu deren, wenn auch nur theilweisen Lösung lange nicht mehr die obrigkeitlichen Organe allein ausreichen, sondern die vereinten Kräfte der Staatsbürger aufgerufen werden müssen. Schon die Armen-Instruktion vom 24. Dezember 1833 wies auf die Bildung freiwilliger Vereine zur Linderung der Armennoth hin; allein diese sind seitdem in den meisten Gauen Bayerns entweder gar nicht in das Leben getreten, oder doch nur sporirt und für einzelne Zwecke, oder sie sind kurz nach ihrer Entstehung wegen Mangels an reger Theilnahme wieder eingesunken. Aber durchdringt ernst und laut war der Warnungsruf der Jahre 1845 und 1846. Es müssen daher die Vereine zur Besserung fraglicher Nothstände, zur Linderung der Armennoth, sollen sie anders mit wirklichem Erfolge wirken und ihre Kräfte nicht nutzlos zersplittern, alsbald überall erstehen, auf dem Boden christlicher Liebe wurzeln, allseitige lebhafte Theilnahme finden, gemeinsame Zwecke sich versetzen, durch ihre gleichzeitigen Anstrengungen sich gegenseitig unterstützen, um in einem Kreisverein den Centralpunkt und das leitende Prinzip ihrer Thätigkeit suchen. Der unterzeichnete k. Regierungspräsident glaubt ersterem den Aufruf zur Bildung solcher Hülfsvereine erst dann ergehen lassen zu sollen, wenn ihm vorerst von allen Amtsbezirken des seiner Verwaltung anvertrauten Kreises aus dem Munde praktisch erfahrener, intelligenter und wohlwollender Männer eine getreue Statistik traglicher Zustände, sowie der bereits verfügbaren Hülfsmittel, kann sich erwogene, ausführbare Vorschläge darüber vorliegen werden, durch welche Mittel und Wege sonst dem vorhandenen Pauperismus und den diesen Umstehenden mit Erfolge begegnet werden kann. Die Vorstände sämmtlicher Distrikts-Polizei-Behörden erhalten hiermit folgende Aufträge: 1) in ihrem Amtsbezirke unverweilt nach bester Einsicht Comite's aus mindestens je 10 Männern von den eben erwähnten Eigenschaften zu ernennen, von denen zwei dem Stande der Geistlichen, zwei dem Stande der Forstbeamten, zwei dem Stande der Aerzte, zwei dem Stande der Gewerbe- und Fabrikbesitzer, wo letztere vorhanden, endlich zwei dem Stande der Landwirthe angehören sollen; 2) diese Comite's sogleich bei ihrer Ernennung von dem Inhalte des gegenwärtigen Erlasses genau zu verständigen, zur einstweiligen tretlichen Ueberlegung der gestellten Fragen, sowie zur etwa sodann thunlichen Besprechung mit braven, einsichtsvollen Männern aus dem deßfallsen Arbeiterstande aufzufordern, zu gemeinsamen Berathungen einzuladen, und die Ergebnisse nach der Stimmenmehrheit ebenso bestimmt als bündig gefaßt in ein fortlaufendes Protokoll niederzulegen. Separate Vota sind zwar auf besonderes Verlangen in gleicher Fassung dem Protokoll einzuverleiben, aber nicht in förmlichen Ausführungen als Belege zu behandeln, indem es hier mehr darum zu thun ist, präcise, praktische Lösung der Fragen zu erhalten, als die vielleicht allzuweit ausgedehnte, eigenthumliche Anschauungsweise Einzelner zu erfahren. Die Amtsvorstände führen als gleichzeitige Vorstände der Distrikts-Armenpflegschaftsräthe den Vorsitz bei diesen Berathungen, sammeln die Stimmen und entscheiden bei Stimmengleichheit. 3) Sie zu beantwortende Hauptfrage zerfällt in vier Abtheilungen, nämlich: a) welches sind die vorhandenen Nothstände der ärmeren, arbeitenden und besitzlosen Volksklassen im Amtsbezirke? b) aus welchen wirkenden Ursachen sind dieselben vorzugsweise abzuleiten? c) durch welche Mittel und Wege kann ganz oder wenigstens theilweise abgeholfen werden? endlich d) welche Subsidien sind schon dermalen im Bezirke vorhanden, oder noch in der nächsten Zukunft verfügbar? — Hier werden neben den vorhandenen Armen- und Wohlthatigkeitsfonden, Armen-Versorgungs-, Kranken- und Beschäftigungsanstalten, dann den Leih- und Hülfskassen, insbesondere auch noch die etwaigen Arbeitsgelegenheiten in Fabriken, bei öffentlichen Bauten, Forsten und Cultivirung oder Gründe ꝛc. zu benennen, und sammtliche, sowohl nach ihrer Zweckmäßigkeit, als auch Zureichendheit, näher zu beschreiben sein. Diese Ausscheidung der drei Fragen ist auch bei ihrer Beantwortung streng einzuhalten. In Anbetracht der hohen Wichtigkeit und des Umfanges derselben wird es nothwendig werden, daß die Comite's wiederholt zusammentreten, um vor Allem ihre gegenseitigen Erfahrungen, Ansichten und Grundsätze auszutauschen, den Gegenstand vorzuberaten, und erst später ihre wohlbemessenen Anträge resp. Beschlusse in das von sammtlichen Comitemitgliedern zu unterzeichnende Protokoll niederzulegen. Der k. Regierungspräsident gibt sich hierbei dem wohlbegründeten Vertrauen hin, daß diese Erhebungen, nicht nur mit möglichster Umsicht und Verlässigkeit, sondern zugleich auch mit aller Rücksichtslosigkeit hinsichtlich der etwa vorhandenen Verwaltungsgebrechen gepflogen, binnen sechs Wochen mit gutachtlichem Berichte derselben in Vorlage kommen. Anfragen hierüber sind durchaus zu unterlassen, um etwaige Zweifel nach ergangenen besseren Ermessen zweckdienlich zu lösen. Würzburg, 4. August 1850. Präsidium der kgl. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg. Freiherr von Zu-Rhein.

Würzburg, 12. August. Die Pfarrei Poppenlauer wurde von Sr. bischofl. Gnaden dem dortigen Pfarrvikar Mauger ertheilt.

Ein Stück aus den geheimen Verbindungen.

Wie alles Gute frin Widerbild im Bösen hat, so hat das christliche Land, welches die Kirche bald zwei Jahrtausende zu Nationen und Staaten schlingt, ein Gegenbild an jener geheimen Verbindung, über deren halb mysteriöses, bald alberues und verkehrtes Wesen so viele Sagen und Fabeln in der Leute Mund gehen. Wir meinen den Illuminatismus, der sich mit der Freimaurerei verband, dem „hierarchischen Kosmopolitismus" der rothen oder atheistischen Auffassung des 18. Jahrhunderts. Es ist kein Geheimniß seit Lessings Andeutungen, daß die Freimaurerei (in ihren Weihen) sich als geschworne Feindin aller positiven Religion aufgethan hat; der Voltaire'sche Hohn, der in letzter Zeit sich über gewisse Vorgänge in Italien hergemacht hat, führt auf die Spur. Aber weniger bekannt mag es bis jetzt gewesen sein, daß aus dieser trüben Quelle seit der letzten französischen Revolution die meisten politischen Wirren unserer Zeit geflossen sind und noch fließen; daß die preußische Union dort ihre Geburtsstunde gefeiert hat. Das kann Manchem unserer Leser geheimnißvoll vorkommen. Wir sprechen aber noch viel nennig deutlicher. Es ist allen im Gedächtniß, welche Verbindung die Freiheit der Kirche in Italien mit dem gegenwärtigen Pontifex gefunden hat. Hier ist ein Schritt gemacht aus dem Trüben ins Klare, von der Lüge zur Wahrheit. Viele Leute sind an den Hühnergaugen getreten worden und der Schmerz hat sie endlich gemacht, in das alte Hörnlein zu blasen. Ja das Gemacht der Rache, das auf den fällt, welcher der Rehme das Illuminatisnus verhaft ist, ist nicht gering. Davon kann man in Oesterreich erzählen. Selbst Erzherzog Johann hat es empfunden, obwohl man es nach seinen Verbindungen nicht hätte glauben sollen. Doch am meisten erfahr es Letzteres, welcher die gefährliche Umarmung mit der Hydra nicht eingehen. Kaiser Joseph II. bietet uns an sich selber ein lehrreiches Beispiel. Die „Wiener Kirchenzeitung" veröffentlicht dazu ein merkwürdiges Aktenstück. Die öster. Reichszig. theilt daraus folgende Stücke mit, welche auch den nicht Eingeweihten hinlänglichen Aufschluß bieten. Den tiefsten Betrug empfand er, Joseph II., durch die Illuminaten, die ihm herzhaft beschworen, daß sie, im Falle sie in den öster. Staaten geduldet würden, durch ihre Brüder in Bayern den Tausch von Bayern bewirken wollten. Dieses Geschäft wurde in der That mit großem Eifer betrieben. Nicht lange aber, so kam Friedrich II. der Sache auf die Spur; Herzberg mußte sich zum Illuminaten machen lassen, damit er an die Spitze des Ordens gestellt werde, und also dieses große Werkzeug in das Interesse des preußischen Hofes ziehen könne. Er bekannte seine Freundinnen, Tauschen errichtet, und dieser ist nirgend anders, als in den Illuminaten und Freimaurerlogen geschmiedet worden. Es wäre dießfalls der Mühe werth, zu wissen, wie viele europäische Gesandte an allen Höfen gewisse Ordensmitglieder sind oder nicht, dann hierauf ließe sich der Herzbergische Einfluß und die Geheimnisse Friedrichs des Großen tactes unter Joseph II. berechnen." „Joseph II. bemerkte diese Superiorität sehr wohl, und wurde ihm auch theils durch zufällige Verrätherein gewisser Matadore, theils durch redliche Patrioten begreiflich gemacht, daß diese Superiorität ihren Grund zunächst in dem Zusammenhange mit den in Verbindung alter europäischen Illuminaten- und Freimaurergremien mit und von den preußischen, braunschweigischen, und andern unter Herzbergs Obergewalt stehenden Hauptlogen haben. Dies veranlaßte schon im Jahre 1783 den geheimen Befehl: nie öster. Logen sollen sich von allen auslandischen Connexionen und Verbindlichkeiten irgendwie mehren. Der äußern Form nach ge-

schaft dies sich allgemein, und bei manchen Logen mit wahrer Aufrichtigkeit. Der preußisch-braunschweigisch-französische Einfluß gewann immer mehr Stärke; und die Illuminaten machten sich unbemerkt zu unumschränkten Beherrschern aller freimaurerlogen in ganz Oesterreich, besonders Vornehme Loge in Wien, die weit über die Grenze aus lauter Illuminaten bestand, war das Centrum der ganzen Haupt- und Oberdirektion."

(Schluß folgt)

Landtagsabschied.

München, den 29. Juli. — (Fortsetzung.) III. Was die übrigen Anträge betrifft, der Kammern in Betreff der Revision des Biertarifs anbelangt, so befehlen Wir Unserem Staatsministerium des Innern, die bereits eingeleiteten Erhebungen bezüglich der Zweckmäßigkeit der Einführung oder Beibehaltung der Biersteuer Schätzung zu vollenden, gleichzeitig aber im Hinblick auf die Bedenken, welche gegen eine gänzliche Aufhebung der Biertaxe unter den gegenwärtigen Verhältnissen hervorgehoben worden sind, zum Zwecke einer allenfallsigen Revision des Biertarifs die noch erforderlichen Untersuchungen und Erhebungen über das Bedürfniß in den verschiedenen Theilen des Landes vornehmen zu lassen, und das Ergebniß Uns mit Gutachten vorzulegen. Bei diesen Ermittelungen ist auch die von beiden Kammern angeregte Frage in sorgfältige Erwägung zu ziehen, ob es mit Rücksicht auf die in den Regierungsbezirken bestehenden Verhältnissen dermalen bestehenden Verhältnisse angemessen und ausführbar erscheine, eine Ausscheidung zwischen Klein- und Großbrauern vorzunehmen und als Scheidungslinie ein Maximum des bezahlten Malzaufschlags zu bestimmen, so wie den Minderbesteuerten bei Bier von Sorten der Großbrauern für die Zukunft gänzlich aufzuheben, und die Kleinbrauer in jeder Art ihres Betriebsverkaufs den Wirthen gleichzustellen. §. 40. Verbesserung der Dienstverhältnisse der Gymnasialprofessoren und Studienlehrer betr. Zur Erledigung der Anträge, welche die Kammer wegen Beziehung der durch ein absolutes Dienstjahr bewirkten Vorrückung und demnach als Staatsaufgaben zu erklärenden Mittelschulen (Gymnasien, Lateinschulen, polytechnische Schulen und Gewerbsschulen); ferner wegen Regulirung der Gehalte und Dienstalters-Zulagen der bei diesen Lehranstalten angestellten Lehrer, so wie der Oberlehrer, Hofmeistern gestellt haben, sind bereits Einleitungen getroffen worden, und Wir behalten Uns nach reiflicher Erwägung aller einschlägigen Verhältnisse die nähere Entschließung bevor. §. 41. Die Unterstützung der Gewerbe betr. Wir finden Uns bewogen, den von den Kammern in Betreff der Unterstützung der Gewerbe an Uns gestellten Anträgen entsprechend, Nachstehendes zu verordnen: 1) Die bei Erlassung des Gesetzes vom 12. Mai 1848, die Aufnahme eines Anlehens im Wege der freiwilligen Subscription betr., für Unterstützung der Industrie und Gewerbe bestimmte 1 Mill. Gulden in diesem Zweck zu erhalten und als ein besonderer Industrie-Unterstützungsfond — dem auch die Zinsen zuwachsen, welche bei den bisher daraus geleisteten Unterstützungen zu industriellen Zwecken bereits bedungen sind, oder bei künftigen Unterstützungen bedungen werden — durch Unser Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten zu verwalten. 2) Die für Banten aus der erwähnten Million verwendeten 104,441 fl. sind aus den betreffenden Etats so bald als möglich dem obigen Industrie-Unterstützungsfond zurückzuerstatten. Die für Rechnung dieser Million erworbenen oder noch zu erwerbenden Aktien sind für Unterstützung der Industrie verwendbar zu machen und zu verwenden. 3) Jede Unterstützung aus diesem Industrie-Unterstützungsfond soll wo möglich nur unter der Bedingung der Rückzahlung und gegen genügende Sicherheit gewährt werden.

(Forts. f.)

Deutschland.

München, 10. August. Meine Ankunft in der freudigen Erinnerung hervorgerufen, mir ungestörte Ruhe und, welche allen Orten aber verwehrt war, das nämlich Obrist. von der Tann 36,000 fl. aus der Kabinets-Kasse des Königs Ludwig angewiesen worden seien, bestätigt sich nicht. (A. Ztg.)

München, 11. August. Hr. Staatsminister v. d. Pfordten hat heute Vormittag um 11 Uhr eine Reise nach Kissingen angetreten, um durch den Gebrauch der Bäder seine sehr angegriffene Gesundheit zu stärken. Er wird drei Wochen dort zubringen und dann sich in unsre schönes Gebirge begeben. Auch Hr. St.-Min. v. Zwehl wird dieser Tage seine Reise antreten und sich vorerst auf seine Güter am Rhein begeben, sodann ebenfalls für einige Zeit Miesbach und die dortige schöne Umgebung besuchen. Hr. v. Wendland, bisher Geschäftsträger bei der franzöl. Republik, wurde von Sr. Maj. dem König zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister vorläufig ernannt.

** Aschaffenburg, 10. August. Wie tief das Gefühl der Dankbarkeit in dem Herzen der Menschen eingewegt ist, und wie daselbe bei jedem nicht ganz Verdorbenen auch äußerlich sich zu zeigen sucht, davon gab uns der gestrige Tag einen neuen Beweis. Nach einer siebenwöchentlichen Abwesenheit kehrte König Ludwig, der erhabene Wohlthäter unserer Stadt, wieder zu längerem Aufenthalte in unseren Mauern ein. Lange vor seiner Ankunft wogten die festlich geschmückten Straßen von Menschen, die Steiner harrten. An der Brücke war ein mit Blumengewinden geschmückter Triumphbogen errichtet mit der passenden Ueberschrift: „Heil Unserem Wohlthäter." Um halb 8 Uhr erfolgte endlich die Ankunft König Ludwigs, den eine städtische Deputation an der Grenze empfangen hatte, und die Landwehr-Cavallerie ihm das Geleite gab. Der Bürgermeister unserer hiesigen Gesellschaft, der wackere Pfarrer Anderlohr brachte vor der Brücke, wo zugleich die Schüler der hiesigen Lehranstalten aufgestellt waren, dem Könige Ludwig die Begrüßung der Stadt dar. Seine Worte, einfach und kräftig, kamen von dem Herzen und gingen zum Herzen; der König war sichtlich gerührt und dankte auf das herzlichste, als der nicht endenwollende Jubelruf der Menge sich legte. Schritt vor Schritt fuhr nun König Ludwig durch die mit Menschen angefüllten Straßen, auf deren beiden Seiten das Linienmilitär und die Landwehr Spalier bildeten. Die allgemeine Freude, den König, welchen Stadt und Umgegend so viel verdanken, wieder in unserer Mitte zu sehen, rief ein andächtiges Hochrufen hervor, das auf dem Schloßplatze, wo eine dichtgedrängte Volksmenge auf und abwogte, in einen wahren Jubelsturm sich umwandelte, als König Ludwig, den wir noch nie so gefeiert aussehend erblickt haben, dankte nochmals von der Schloßaltane herab den Umstehenden. Was bei diesen herzlichen Empfange uns am angenehmsten berührte, war die Bemerkung, daß dieß keine gemachte, keine sogenannte offizielle Feierlichkeit war. Das Volk in allen Ständen und Klassen lieh nur die Gefühle sich aussprechen, die das Herz wirklich erfüllten. Möge König Ludwig recht frohe Tage hier genießen.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Aus Kiel, 5. August, wird dem „Lloyd" geschrieben: Heinrich von Gagern wohnt mit gegenwärtig in Brandt's Hotel. Er hat seit einem Jahr stark gealtert. — Das Gerücht, daß er in unsere Armee treten wolle, bestätigt sich nicht. Was sollte er auch da, obgleich man sagt, er habe bei Waterloo mitgekämpft. Mich ein geistiges Armuthszeugniß liegt in dem schlechten Witz, der dem Präsidenten der Reichsversammlung und Namensträger eines Reichsministeriums den Degen eines Salatlemonpflückers umhängt. Der Boden hier muß dem Manne sehr narrqmächtig sein, denn an den Leiden unserer Herzogthümer trägt er nicht wenig Schuld durch die Zwietracht, die Malmoe, wie durch andere schwarzweiße Flecken in seiner Politik. Wie tief müssen die braunen vor dem Norden empfindungslosen Matrosen der fremden Flotte in sein Herz dringen. — Das Rendsburg vermimmt man, daß gestern (Sonntags) dort in der ganzen Armee feierlicher Gottesdienst und Communion gehalten war. Dieses würde auf eine bevorstehende Schlacht deuten. Der Angriff würde dieses Mal von unserer Armee ausgehen, denn sie haben keinen Grund zu einer Attaque, da sie aus politischen Gründen nicht über die Eider dringen wollen, und Schleswig faßt gänzlich in ihrer Gewalt ist. So sehr auch alle Bewegungen unserer Armee in tiefes Geheimniß gehüllt sind, so läßt doch manches errathen, daß dieselbe gegen Schleswig marschiren und die Stellung von Düven an der Schlei von drei aus umgehen will, so daß diese mit unserer Armee in derselben Stellung wären, wie die Dänen in der Schlacht bei Idstedt, während die Dänen unsere Position einnehmen würden. Wenn dieser Plan gelingt, hätten in die Dänen sichtlicher als unsere Armee in der vorigen Schlacht, da die Dänen bei einem gezwungenen Rückzug über die Schlei in der Flanke und in der Fronte die ihnen feindlichen Festungen Friedrichsstadt und Rendsburg hätten. Sie könnten sich dann nur unter der Bedingung ihrer Gefangennahme von Eckernförde zurückziehen. Vielleicht wollen die Dänen in Betracht dieser Eventualität bei Zeiten die Festung Friedrichsort mittelst Kreuzfeuer vom Land und von der See nehmen. — Im Zusammenhang mit diesem Plan Willisens steht wohl die baare Belegung der Eiderübersahrt bei Hörnerschleuse mit Truppen von Büdelsdorf. Gegen eine Ueberschreitung der Düven-Lamp-Linie Besatzung wohl nicht genügend sein, denn es sehen keine Dänen jetzt da hinaus, auch müßten die Dänen von Schleswig und einen langgestreckten ungedeckten Marsch in der Flanke unserer Position bei Rendsburg haben, um Friedrichsstadt zu erreichen, was für sie sehr gefährlich wäre. Die Besetzung dieser Ueberfahrt von unserer Seite hat wahrscheinlich vielmehr den Zweck, für den Fall einer verlorenen Schlacht einem etwa abgeschnittenen Flügel den Rückzug über die Eider möglich zu ermöglichen. In Rücksicht-Plänen hat General Willisen sich bisher als sehr umsichtig gezeigt. Ich will das nicht oben ironisch gesagt haben. — In einer Beziehung hätten es die Dänen besser als unsere Armee in der vorigen Schlacht, wenn Willisen wirklich auf derselben Terrain stehen sollte, wo sich die Dänen jetzt Schleswig eifrigst verschanzt haben, was Willisen nicht gethan und über diese Unterlassung wahrscheinlich die Schlacht bei Idstedt verloren hat. — Die Truppenzahl unserer Armee ist jetzt bedeutend stärker, als in der vorigen Schlacht und noch durch Freiwillige aus Deutschland und Deutschland mit jedem Tage. Die neuen Offizierstellen sind besetzt, auch Gemeine kommen zahlreich von jenseits der Elbe und werden jetzt mit weniger Prüfung ihrer Dokumente aufgenommen, wenn sie nur sonst tüchtig und beine Deserteure sind. Unter Andern ist auch ein früherer Oberlieutenant Müller, früherer Mitglied der sächsischen zweiten Kammer, angestellt, was ihm früher nicht gelungen wollte, weil er für einen Demokraten galt. In der Schlacht bei Idstedt ging er mit einer merkwürdigen Kaltblütigkeit auf dem Schlachtfelde spazieren und hat also bereits die Feuertaufe überstanden.

Kiel, 8. August. Wie sich im Stande (berichtet der Alt. Mercur), einiges Detail über das Schicksal der aus Schleswig verbrieften Fahnen mitzutheilen. Von den Ausweisungsdekreten, durch welche der dänische Commandant jenen Schleswiger Damen ein so ungemüthliches Ehrenzeugniß ausstellte, liegt uns eins in Abschrift vor. Es lautet folgendermaßen: „Der Unterzeichnete hat den Beschluß gefaßt, daß die Frau N. N.- bei Strafe der Arretirung das Herzogthum Schleswig bis zum Sonnabend den 3. d. M., zu mei-

den, zu jeder morgen, Freitag, bis Abends vor 12 Uhr die Stadt Schleswig zu verlassen und sich über Flensburg mit dem dort bereit liegenden Dampfschiff „Waldemar" am Sonnabend, den 3. Vormittags 6 Uhr, nach Kopenhagen zu begeben hat, von wo es Ihnen frei steht, weiter nach Deutschland zu reisen. Der Frau — — ist es erlaubt, die Familienglieder oder Bekannung mitzunehmen. Ein Wagen wird derselben angeschlossen mitgetheilt. Ob Platz, Commandant. — Gleichlautende Dekrete werden den andern Damen zugestellt worden sein. Dreizehn Personen, Frauen und Kinder, wurden auf diese Weise eingeschifft. Am Bord des dänischen Schiffes befindet sich ein dänischer Quartiermeister, Hr. Knudsen, freundliche Dienstahme. Das Schiff führte zugleich vierzig Schwerverwundete und einen Todten hinüber. Es schien, man wollte das den schleswig-holsteinischen Frauen verheimlichen. Denn kaum vor Kopenhagen angekommen, wurde ihnen der Befehl, daß sie sofort ins Schiff zu verfügen hätten, und es ward ihnen ihre Bitte, die Ankunft des „Dbotrit" der sie nach Wismar führ sollte) auf dem Schiffe erwarten zu dürfen, nicht gewährt. Am Ufer wurden sie von ausgeregten Menschenmassen erwartet. Sie verdanken es der thätigen Sorge des Etatsrathes Hansen, daß sie verschont innerhalb der Schranken des Zollhofes angelangt zu sein. Von da wurden sie durch weniger frequente Straßen auf Umwegen nach dem Gasthofe gebracht, doch nicht ohne von der Menge insultirt und bedroht zu werden. „Die Deutschen müssen maßacrirt werden", rief man hinter ihnen her, Eine unter ihnen ward angespien. Im Gasthofe bewies man ihnen theilnehmende Gesinnung. Ausdrücklich aber wurde die Bitte an sie gestellt, kein deutsches Wort sprechen zu wollen. Der ganze Vorgang zeigte deutlich, daß immer noch in Kopenhagen der rohe Pöbel und die unsinnige Furcht vor Verfehden das Regiment führen. Von den gebildeten Männern hörten die verbannten Frauen Friedenswünsche aussprechen, der Pöbel forderte Blut. Freilich vernahmen sie auch triegerische Stimmen aus jenem Kreise. Offenbar aber ist es der Kopenhagener große Hause, der diesen Lärm macht, während die ruhige Bevölkerung bedauert und ihr die Theilnahme an der schamlosen Ungerechtigkeit der Parteihäupter abgewinnt. Aber die laute Schwatze lobt die kühnere Frechheit Bini sagen.

Rendsburg, 8. August. Heute Morgen war die Bewegung der Pferde bei gestrigen Tages auf 9 Uhr angesagt. Schon eine Weile vorher aber ging das Gerücht von Mund zu Mund, daß die Dänen bei Sorgbrud, eine kleine Meile von hier, angegriffen hätten. Sehr bald hörte man an den Thoren der Stadt, wo weniger Geräusch war, den Kanonendonner der Schlacht. Die Bahnhallowe, wo zum Leichenzug kommandirt waren, mußten sich zur Schlacht rüsten und zogen zum Schleswiger Thor hinaus. Als der Leichenzug sich eben in Bewegung setzen sollte, kam die reitende Artillerie vom Holsteiner Thor herangesprengt und sagte im gefreedten Tone der Alarmstadt, zu. Jetzt setzte sich der Leichenzug in Bewegung, worauf die Trommeln und die Trauermusik, dann eine Compagnie Soldaten, hinter dieser 44 Leiterwagen und auf jedem zwei schwarze einfache Särge, neben jedem Wagen zwei Artilleristen. Hinter den Leichen kamen der Feldpropst ger und die Stadtprediger, dann die 9 durch ihren Fall gerettenen Cadetten, hierauf die Stadt-Artillerie und dann das Volk. Das Gedränge war übrigens nur in der Stadt groß, denn die Meyrzahl war doch mehr durch die Schlacht vor dem einen, als durch das Leichenbegängniß vor dem andern Thor angezogen. Während der Zug still und feierlich nach dem Militärkirchhof hinzog, hörten wir den Donner der Kanonen in nicht weiter ferne eine Meile Schlag um Schlag. Gegen Ende der Leichenfeier wurden die Kanonenschläge seltener und zogen sich immer mehr zurück.
(N.-Z.)

Von der Niederelbe, 8. August. Admiral Usedom hat sich nach Cuxhaven begeben, um sich an den Lübecker Senat erklären, deren Schiffe haben, daß der Senat zu indeß Schadenersatz ja trösten für das durch sein Benehmen verlorene gegangene Schraubendampfboot „Von der Tann", oder sich einem schiedsgerichtlichen Urtheile zu unterwerfen habe.
(D. N.)

Altona, 9. August. Mit dem Morgenzuge kamen fünf gestern zu Gefangenen gemachte Dänen. — Die Zahl der in Neumünster angekommenen Artilleriegefangene beträgt 19, nicht die gemeldeten 9.
(H. B.-H.)

Rendsburg, 10. August. Der Regierungs-Commissär in Schleswig hat, nach der „Dtsch. Ttb", durch ein Kundschreiben den adeligen Gütern in Schleswig auferlegt, die Steuerrückstände für das erste und zweite Quartal nachzuzahlen, wenn sie die unausbleiblichen unangenehmen Folgen vermeiden wollen.

Der Zug aus Deutschland ist nicht so stark, als es den Anschein hat. Bis jetzt sind nur, wie uns von zuverlässiger Seite geschrieben wird, 400 gediente Soldaten, 60 Unteroffiziere und etwa 45 Offiziere eingetreten. An baarem Gelde sind etwa 160,000 Mrk. Courg 62,000 Thlr.) eingekommen.
(C. Z.)

Frankfurt, 9. August. Am besten widerlegt wohl alle Behauptungen über das Verhalten Darmstadts, die Thatsache, daß es das Protokoll seiner Sitzung, bei der Dr. v. Händ zusätzlicher Verfassungsrevision, nachträglich unterzeichnete. Die Unterzeichnung verfehlen sand vorgestern statt. Preußische Blätter wollen wissen, daß Ihre Regierung für den Fall, daß der „engere Rath" dahier eingesetzt würde, die Bundesklasse in Beschlag zu nehmen beabsichtige. Ich glaube diese Besorgniß zu beseitigen. Der Zusammentritt der Bundescommission wurde die Bundesklasse ausschließlich von Oesterreich flüssig erhalten. Von den 700,000 fl., welche nach einem Beschlusse der Bundescommission Oesterreich und Preußen zur Bestreitung der Bundesausgaben zufließen lassen sollten, hat Oesterreich allein bis jetzt in zwei Raten 280,000 fl. einbezahlt, wovon die Bundesausgaben seither bestritten wurden. Preußen hat noch keinen Kreuzer von seinem Theile bezahlt. Da man dieß in Berlin ebenso gut wissen wird, wie in Frankfurt, so ist es nicht wahrscheinlich, daß man sich um die Bundesklasse streiten wird.
(A. Z.)

Wiesbaden, 11. August. In Bezug auf den seit gestern, wo Abends 7 Uhr der Graf von Chambord hier anlangte, zusammen getretenen Congreß der französischen Legitimisten, der in allen Kreisen ein großes Aufsehen erregt, theilt die Indépendance belge die seit jener Zeit angekommen seiner Mitglieder mit: Herzog von Bordeaux (Graf de Chambord); Herzog de Fitz-James; Herzogin de Ranzau; Marquis de la Rochejaquelein; Marquis de la Ferté-mun; Graf de Briffac; Graf Ferdinand de Breffac; Graf de Lagoyenne; Graf de la Ferronaye; Graf de Monte; Vicomte und Vicomtesse de Villebois; Ms. de Barrande; Ms. Berryer. Alle die bisher Genannten wohnen in dem schönen und prachtvoll eingerichteten Hotel Datenger. In andern Gasthöfen; General St. Pern; Marquis v. Chasteigner de la Laurencan; Graf von Gerge Lusignan, Chesir a. D.; Mr. Holland: Mr. Naplies; Baron v. Bertrand; M. de la Borde und M. de Beaurgard (aus der Vendée); Baron Buffy; M. Selle und Rouette Delorme (Advokaten). Schließlich erwähne ich noch, daß im Hotel Datenger gleichzeitig auch der Herzog Graudmont von Fransfurt a. M. angelangt ist und daß der Congreß an fünf Wochen dauern dürfte. Wie sich von selbst denken läßt, finden die Verhandlungen bei verschlossenen Thüren statt. Sogar die nicht legitimistischen Mondnachbarn im Hotel Datinger, welche fremd, verstehen, mußten ihre Appartements räumen.

Kassel, 10. Juli. So eben (Mittags 12 Uhr) wird den in dem Lichtenfels-Aurenwald'schen Prozesse Angeklagten von dem Urtheil des Zuzug vom O.-Appell.-Gericht in öffentlicher Sitzung verkündigt. Die Rechtsfolge beschwerde sämmtlicher Angeklagten ist zurückgewiesen, im übrigen aber das schwurgerichtliche Urtheil gegen Georg, welcher auf 2jährige Eisenstrafe lautet, bestätigt; gegen Pfing die 5jährige Eisenstrafe auf das verschärfte Lager herabgesetzt und gegen Löcher die sechsmonatliche Zuchthausstrafe in eine 2wange-Arbeitshausstrafe von gleicher Dauer verwandelt worden. Die Angeklagten Georg und Pfing werden in einem verschlossenen Wagen nach dem Gefangenhause zurückgeführt.
(C. Z.)

Braunschweig, 6. August. Gestern traf in Harzburg eine nach Perleberg bestimmte Abtheilung der hadschen Truppen ein, der heute eine andere folgen wird. Da ihnen der Durchgang durch das hannoversche Gebiet verweigert war, so nahmen sie ihren Weg durch Kurhessen, einen Theil von Thüringen und über Torgau, bis dort an der hannoverschen Grenze hin, und mußten endlich, um nicht gar zu weite Umwege zu machen und das Hannoversche nirgend zu berühren, eine von braunschweigischen Pionirern über eine Strecke des Elbethals geschlagene Brücke passiren. Die dem Lande hieraus erwachsenen nicht unbeträchtlichen Kosten wird ohne Zweifel Baden ersetzen müssen.
(Magd. Z.)

Koblenz, 10. August. Heute wurde hier das Musikcorps eines baper. Jägerbataillons angehalten, welches mit dem Sobel an der Seite auf dem Dampfboot „Marianne" auf der Rückreise nach Frankfurt begriffen war, weil bewaffnete Truppen — ohne vorherige Anmeldung bei dem Kommandanten — die Festung nicht passiren dürfen. Dem Dampfboot blieb die Brücke so lange geschlossen, bis die Musikanten dasselbe verlassen hatten.
(K. Z.)

Wien, 6. August. Der „Courierer Lemberg" publicirt seit einigen Tagen Briefe über die schleswig-holstein. Frage, die ihm offenbar aus staatsmännischer Hand gefloffen sind: in dem letzten sind als die Hauptbedingungen der Lösung die Punkte angeführt, welche, wie ich Ihnen gemeldet, auch von unserer Regierung als Grundlage der Friedensunterhandlungen betrachtet werden: 1) Garantie für die Integrität der dänischen Monarchie, Aufrechthaltung der politischen und nationalen Rechte Holsteins und eine Verfassung für Schleswig, welche die deutsche Bevölkerung als politisch herrschende darstellt; 2) Regelung der Erbfolge für die ganze Monarchie; Garantie für die traditionellen Beziehungen Deutschlands mit den Herzogthümern, und dauernde Feststellung der gegenseitigen handelspolitischen Verhältnisse.

Wien, 8. August. Wir melden weiters neulich, daß die Gemeinde von Stainz Sr. kais. Hoheit den Erzherzog Johann zum Bürgermeister ernannt und ihn um Annahme dieser Wahl gebeten habe. Die gestrige Grazer Zeitung bringt nun folgendes Antwortschreiben Sr. Hoh.: „Meine lieben Stainzer! Die von Euch auf mich gefallene Wahl zu Eurem Gemeinde-Vorstand hat mich als Beweis Eurer Vertrauens sehr erfreut. Ich gerne konnte Ungenblick, dieselbe annehmen. Meine Gesinnung gegen Euch konnten die veränderten Verhältnisse nicht ändern, so wie früher als Grundherr Eure Freund, für Euer Wohl besorgt, so jetzt als Glied Eurer Gemeinde. Wir wollen nun ernstlich, redlich und beharrlich die Aufgabe lösen, welche uns von Unserem Kaiser und seiner Regierung zu lösen gegeben ist, als Beispiel dessen, was und wie eine Gemeinde sein soll. Durch einträchtliches Zusammenwirken, durch Treue und Ordnung jenen Frieden erreichen, ohne welchen nichts gedeiht, für Euer und der lieben Vaterlandes Wohl." Gastein am 30. Juli 1850. Johann m. p.

Frankreich.

C Paris, 9. August. Der Constitutionnel beschäftigt sich heute mit dem neuen Programm der revolutionären Emigration im Prodrik. Es scheine sich in der That in London ein europäischer Centralcomite gebildet zu haben, welches sich mit Organisation der Demokratie befasse, und einen Aufruf an die Völker ergehen lasse. Das Comite besitze sich, daß die Demokratie keinen Kern habe, in dem die Keime eines Volksrechtes, der Ausgangsmittelpunkt der Bewegung nach einem Ziele ruhten. Das Comite wolle nun die Fahne erheben und die Truppen der Demokratie unter den Augen der Völker der Partei sammeln. Um aber dazu zu gelangen, müsse man vorerst zwei große Irrthümer vernichten, Ueberstreibung der Rechte der Individualität und engherzige Einschüchterung der Theorien." Aus diesem „dunklen Galimathias" wird dem Constitutionnel klar, daß es das Centralcomite auf die Spitze der Socialisten abgesehen habe. Man könne darunter leicht Louis Blanc der nicht mitabreisen wollte, und den unerhittlichen Spötter Proudhon bezeichnet sehen, der die „Bottigiens von 93" in den Staub getreten habe. Nur aus Furcht habe man die Excommunikation in einen Schreier gewendet. Er gehe nun das Programm durch und überlegt es eine „barbarisch-kaukasische" in Kaukasien leicht lösbare Folgendermaßen: Das Centralcomite ist ein Herd der Bewegung, ein Werkstatte der Verschwörungen, für Eneulen. Hier, wo das Urtheil des Constitutionnel mit seinem Parteiinteresse zusammenfällt, ist es eben so gerecht als bestimmt gesprochen und schließt mit den Worten: „Man kennt dem Urtheile nicht entgehen, das ein Mann, welcher Euch genau kennt, über Euch gesprochen. Prouvhons Wort bewährt sich von Tag zu Tage mehr. Ihr seid stets Windbeutel!

Neuestes.

* Würzburg, 13. August. Künftigen Montag den 19. d. M. beginnen für das 3. Quartal die Schwurgerichts-Verhandlungen, bei welchen als Präsident der kgl. Appellationsgerichts-Rath Dr. Schattenmann fungiren wird. Als dessen Stellvertreter ist Hr. Kreis- und Stadtgerichts-Rath Dr. Steppes ernannt. In die Staatsanwaltschaft theilen sich der kgl. Appellationsgerichts-Assessor Hefferich, der kgl. Kreis- und Stadtgerichtsrath Lowenthein und die beiden Assessoren HD. Ungemach und Zinn. Die zur Verhandlung kommenden 12 Fälle sind folgende: 1) Gegen Michael Fischer von Theilheim wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode; 2) gegen Sebastian Ritter von Waldaschaff desgleichen; 3) gegen Martin Schiel von Elsenau wegen Diebstahl; 4) gegen Simon Gerstlenberger und Severin Wachter von Boppenhausen wegen Todtschlag; 5) gegen Johann Pfrang von Lauter wegen Brandstiftung erstes Grades; 6) gegen Martin Wathmüller von Wülfershausen wegen Todtschlag; 7) gegen Georg Sommerhalt von Zimba wegen Mordversuch; 8) gegen Joseph Hümmler von Mühlingen wegen Nothzucht zweiten Grades; 9) gegen Johann Wisler von Aura und Elisabetha Spieß von Langennprozelten wegen Diebstahl; 10) gegen Katharina Grunder vom Kahler Glashütt wegen Diebstahl; 11) gegen Heinrich Schumann von Hofstetten wegen Mord; 12) Contumazialverfahren gegen zwei abwesende Angeklagte in der Orber Tumultsache.

△ Karlsruhe, 10. August. Das hiesige Stadtgericht hat über den flüchtigen Franz Maraun die öffentliche Fahndung ausgeschrieben wegen einer von ihm verfaßten Druckschrift, betitelt: Mittheilungen über die bad. Revolution."

§ Wiesbad, 2. Aug. Heute verschied Seine Durchlaucht der Prinz Philipp zu Wertheim-Freudenberg in einem Alter von 68. Lebensjahre, nach eingetretener Lungenlahmung.

Vermischte Nachrichten.

Eine geniale Erfindung, durch Zugthiere die Dampfwagen der Eisenbahnen zu ersetzen, ist kürzlich in Italien gemacht worden und Versuche werden jetzt auf der South-Western-Eisenbahn gemacht. Die Zugthiere stehen in einer Art Wagen, vom Erfinder „Impulsoria" genannt, und bewegen den Boden, auf dem sie stehen, nach Art der Treidmühlen, nur daß bei dieser Maschine nicht der sonst allein benutzten Körperschwere der Thiere auch noch ihre Zugkraft benutzt wird. Vielfache Versuche, welche schon in dieser Hinsicht gemacht wurden, stehen immer auf unüberwindlich scheinende Schwierigkeiten, bis es jetzt dem Erfinder dieser Impulsoria, Clemente Massarano aus Pignerol in Piemont gelungen ist, diese Construction zu ersinnen, die nach den bis jetzt gesyenen Proben alle Erwartungen übertrifft. Diese neue Locomotive, welche täglich Probefahrten auf der South-Western-Eisenbahn macht, wird von nur zwei Pferden bewegt, hat schon bei der Nine-Elms-Station einen Zug von 30 Waggons eine ziemlich stark geneigte Ebene hinangezogen und macht 3 bis vierhalb deutsche Meilen per Stunde. Bei einer größeren von 4 Pferden bewegten glaubt man, leicht bis auf 7 deutsche Meilen in 1 St. zu kommen. Die Maschine kann sofort angehalten werden, ohne gebremst zu werden, auch kann sie sich nie rück- und vorwärts bewegen, ohne daß sie Zugthiere ihre Bewegung ändern. Da nun die Arbeit für die Pferde in dieser neuen Maschine durchaus nicht beschwerlich ist, so können sie leicht die gewöhnliche Zeit (8 Stunden pr. Tag) darin arbeiten. Während dieser Zeit läuft die Impulsoria 4 Meilen pr. pr. Stunde 32 Meilen, und ist die Ersparung also sehr bedeutend, da 4 Pferde à 2 s (20 Sgr.) per Tag nur 8 s (2 Thlr. 20 Sgr.) kosten, während die Dampfmaschine einer Locomotive allein an Cols 1 Thlr. pr. Meile, also 57 Thlr. kosten wurde. Solche Ersparung ist von der großten Wichtigkeit für die virklichen Interessen, die in Eisenbahnen stecken. Nach den Aufstellungen des Dr. Lardner in seinem weltbekannten Werk „Railway Economy" absorbiren die Kosten der bewegenden Kraft auf den Bahnen immer mehr als die Hälfte, oft ½ aller Ausgaben für den Betrieb. Aber einer der Hauptvortheile, den diese neue Maschine gewährt, wird der sein, daß man sehr billige Eisenbahnen für kleine Zweigbahnen hat, und also nach abgelegenen Orten Eisenbahnen gebaut werden können, was früher wegen der zu großen Kostspieligkeit der bewegenden Kraft nicht ausführbar war.

General v. Willisen.

(Schluß.)

Endlich, als der Widerspruch lauter und immer lauter gegen ihn geworden, nahm er noch einmal alle Autorenkraft zusammen, und übergab der Oeffentlichkeit die „Theorie des großen Krieges," d. h. sein System in neu überarbeiteter Gestalt. Es war im Jahr 1840, als dieses Werk die Presse verließ. Wie Gigantisch seine seitdem dagegen aufgestanden, aber der beruhenden und einzig würdige blieb nach wie vor der große Todte. Am schwächsten vielleicht waren die Angriffe des Generals v. Decker, eines federgewandten, aber mehr oberflächlichen als gründlichen Artilleristen. Wenn sie ihrer Zeit Aufsehen machten, so geschah dies nur wegen der persönliche Stellung beider Verfasser. Ungleich größere Sensation erregten die Briefe eines Verstorbenen. Hier trat ein pseudonymer Verfasser (unter Clausewitz's Namen), mehr aus dem Hinterhalt als offen, gegen Willisen in die Schranken. Die dialogische Form, die er gewählt, und die Kenntniß, die er redend eingestreut, gaben dem Werke für einen ausgebreiteten Leserkreis, als einen blos militairischen Interesse, und es erlangte einen gewissen Ruf, ungeachtet es nur eine neue Ausgabe von Clausewitz, in populärer Form, und jeder Selbstständigkeit leidig war. Als Autor nannte man Meyerer. Die Einen den General v. Cornis-Dallwitz, die Andern den damaligen Obersten v. Radowitz. Letzterer widersprach wenigstens nicht dem Gerücht; aber gegenwärtig hat es sich herausgestellt, daß ein sächsischer Offizier, Hr. v. Pönik (mit dem Schriftstellerzeichen Ph.), der Verfasser der befagten Briefe ist. — Während der ersten vierzigser Jahre stand General von Willisen, damals noch Oberst, in Stettin und Posen. In letzterer Stadt waren gerade zu jener Zeit nicht unerheblische militairische Zurüstungen verfammelt. Allen voran General v. Grolmann, der in seiner liebenswürdigen Weise lebhaft gegen Willisens Systems aufsocht, und der damalige Ingenieurkapitän und Festungsbau-Direktor Moriz v. Prittwitz (auch als national-ökonomischer Schriftsteller bekannt, jetzt aber Divisionslieutenant und Festungsbau-Direktor zu Ulm). Die Stellung, welche Willisen hier einnahm, war die eines Chefs vom Generalstabe des 5. Armeekorps. Späterhin wurde er Kommandeur einer Brigade und Generalmajor. Das verblieb er bis zum Jahr 1848. Von seiner Stellung im Großherzogthum Posen als bekannt. Bevölkerungsliste zur Zeit der Artilerebewaffnung erwähnen wir hier Nichts; es sind diese Ereignisse noch Allen in frischem Angedenken. Im Herbst desselben Jahres befand sich der General im Lager des Feldmarschalls Radetzky, wohnte der Besiegerung von Malghera bei, und verfaßte inzwischen sein letztes Werk über den italienischen Feldzug vom Jahr 1848. Bei dem großen Avancement im Frühjahr und Sommer 1849 wurde Willisen übergangen, und dieser Umstand, der mit seiner Wirksamkeit im Posen'schen im unzweifelhaften Zusammenhang steht, veranlaßte ihn, den Abschied zu fordern, der ihm mit dem Titel als Generalslieutenant bewilligt wurde. Wir entlehnen diese biographische Skizze einen bereits vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Dänemark und den Herzogthümern in der Ostsee-Zeitung erschienen Aufsatz, der in seinem Detail durch und durch geeignet ist, die voreiligen Tadler und schnapphähnischen Beurtheiler des tapferen Feldherrn durch unbefangene und angeschmitzte Darstellung seiner reichen Erlebnisse im Feld wie im Kabinett und der Literatur zum Schweigen zu bringen.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Foder.

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 10. August.
Weizen 12 fl. 48 kr. Korn 7 fl. 10 kr.
Gerste 6 fl. 17 kr. Haber 4 fl. 9 kr.

Frankfurter Courd.

Den 12. August 1850.

	Geld.	Bayer.
Oesterreich Banknoten	124⅛	123⅛
„ 5% Metalliques	82½	82½
„ 4%	63⅛	63⅛
„ 3½%	47⅝	48⅛
„ 2½%	37⅜	43
„ 4½% Bethmann	77⅛	76⅝
„ 4%	67	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	101	101½
„ 500 „ 1835.	156⅜	157⅛
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	86	86½
„ Thlr. 50 Prämien Scheine.	107⅛	106
Baden 3½% Obligationen	84⅛	84½
„ 4% „	87	87½
„ 35 fl. Loose	100⅝	100⅝
Wirtemberg 3½% „	84½	85
„ 4% „	98⅛	98⅝
Baden 3½% „	92⅛	82½
„ fl. 35 Loose	31⅝	32
„ 50 „	53⅛	54
Nassau fl. 25 „	24⅜	25⅛
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	74⅜	74⅝
„ „ „ 25 „	28	28½
Polen fl. 300 „	137	—
Sardinien Lez. 36 „	33½	33⅜

Bekanntmachung.

Die zur Verlassenschaft des Herrn Pfarrers Hepp gehörigen Bücher werden am
Dinstag, den 13. August 1850
Nachmittags 2 Uhr
im II. D. N. 354 zur Versteigerung gebracht, wobei man auf mehrere sehr hübsche Werke, z. B. das allgemeine historische Lexikon, Leipzig 1730 aufmerksam macht.

Würzburg, 12. August 1850.

Das Testamentanat.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 553.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Oerter frei.

Nr. 194. Würzburg, Mittwoch den 14. August. **1850.**

Ein Stück aus den geheimen Verbindungen.

(Schluß.) „Die Eisersucht und die maurerische Orthodoxie einiger Logen erregte bald Zwiespalt. Hierdurch geschahen verschiedene Entwedungen, welche bei Josseph II. einen noch höheren Grad von Abneigung und Verachtung gegen das Freimaurerwesen erregen mußten. Das Aergste aber war, daß es dem Monarchen nicht unbekannt blieb, die merkwürdigsten Delicquenten seit einigen Jahren wären lauter Freimaurer oder Illuminaten. Dahin gehörten der Cabinetssekretär Günther — Zizkeli — Legisech — die Hofräthe — Pasquerio — Ettlinger — Pasthori. Ferner wurde es bis zur stärksten Ueberzeugung deutlich gemacht, daß die ganze Verwirrung in Ungarn ein Werk der Logen war." „Diese Wahrnehmungen bewogen Joseph II. zu dem ernstlichen Entschluß, der Freimaurerei den Garaus zu machen. Es ist zu bedauern, daß er in der Wahl der hiezu dienlichen Mittel nicht glücklich genug war. Er wollte die Sache vorerst sächerlich machen. Aber das kleine unbedeutende Wort „Gaukelei" in seinem Handbillet erbitterte die Logen von ganz Europa — also beläufig 100,000 der bestemmiertesten, rauchersüßten, und in den wichtigsten Aemtern stehenden Menschen wider ihn. Allerdings ließ man ihn bald bei Erscheinung des berühmten Handbillets von vielen Seiten her mit allerlei Schmeicheleien in Prosa und Versen honorirten, aber dieses geschah blos, um dadurch den geheimen Plan der Erbitterung desto sicherer maskiren zu können. Die Resultate dieses Planes zeigten sich bald und schnell hintereinander. Hier sind einige: Der Türkenkrieg war ein Werk der geheimen Orden, angezettelt durch Herzberg und seinen guten Freund Pitt. Der Schrei und die Armee des österreichischen Hofes sollte durch diesen Krieg erschöpft und vermüdet werden. — Die Unruhen in Ungarn wurden in den Logen entworfen und debattirt; Herzberg leitete sie, und allgemein bekannt ist es, daß ein Hauptfreimaurer, Graf Nikolaus Jorgad, persönlich in Berlin mit Herzberg unterhandelte, und dann die Rolle des französischen Orleans in Ungarn zu spielen anfing. — Ich habe in Ungarn gedruckte Briefe gesehen, worin Jorgach als König von Ungarn ausgerufen und pratonisirt wurde. — Rache gegen Joseph II. war es, daß die europäischen Freimaurer den französischen Orleans bei seinen Plane der Regentschaft unterstützten. Man sing ja das Werk damit an, die Königin zu verleumden, verhaßt zu machen, und in scandalose Prozesse zu verwickeln. Die Halsbandgeschichte ist nichts, als eine von den Freimaurern gespielte Farce. Rohan ist Freimaurer aller Grade, ebenso Cagliostro, und Orleans ist Großmeister aller französischen Logen. Was man der Königin that, das sollte Joseph II. als Bruder mitempfinden. Orleans hatte persönlichen Haß gegen die Königin; diesen Haß deforderten und unterbieten die Freimaurer aus Rachsucht gegen Joseph II. Auf einen andern Fall wurde Orleans nicht so eifrige Werkzeuge seines Planes gefunden haben. Gewisse Höfe hatten übrigens auch die Hand im Spiele dabei." — Ein Schluß auf unsere Zeiten, in welchen die geheime Herrschaft des Illuminatismus geführet sein soll, weil selbst die blindesten Fürsten einsehen, daß sie von seiner Unterstützung den Untergang und sonst nichts zu hoffen haben, ergibt sich von selbst. Es wäre die Unwahrheit tängst begraben und ein Anfang zur deutschen Einheit gemacht; aber gewisse Fäden sind eben gar zu zähe. Und dann gibt es Leute, welche tieber das Haus in Brand stecken, als daß sie es verliehen. — Aber aus tiefster Seele rufen wir, bevor eine neue Verwirrung „zum rothen Hahne" oder „zum falschen Frieden" aus den sieben Kreisen strahlt, den Fürsten und Staatsmannern zu: Diseite justitiam monuit unc tenuere divos!

Landtagsabschied.

München, 29. Juli. — (Schluß.) Bei Unterstützungen an eingelne Gewerbe oder an Vereine von Gewerbsbesitzern kann zwar nach Maßgabe der obwaltenden Verhältnisse von der Auflage der Nachzahlung an den Industriefond, aus welchem sie fließen, Umgang genommen werden; es muß jedoch in allen solchen Fällen die Bedingung gesetzt werden, daß die Unterstützungssumme als ein Stammkapital des betreffenden Gewerbs oder Vereins zu erhalten sei, wofür diese Gewerbe und Vereine die Haftung zu übernehmen haben. 4) Bei Vertheilung solcher Unterstützungen sollen die Reg.-Bez. nach Maßgabe ihrer Industrie möglichst gleichmäßig bedacht werden. In der Pfalz ist die Vertheilung und Verwaltung der diesem Reg.-Bez. zur Unterstützung der kleineren Gewerbe zugefallenen Summe einem besonders zu bildenden Unterstützungsverein und in Ermangelung eines solchen der dortigen Kreisregierung nach zweckmäßiger Verwendung des Landtrehs zu überlassen. §. 42. Die Zulassung nichtbayerischer Mobiliar-Feuerversicherungs-Anstalten betr. Obgleich wir die Concessionirung mehrerer nichtbayerischer Mobiliar-Feuerversicherungs-Gesellschaften im Hinblick auf das Ergebniß der hierüber angeordneten Erhebungen als ein allgemeines und dringendes Bedürfniß zur Zeit nicht anzuerkennen vermögen, so haben wir dennoch vor, dem von den Kammern deßfalls gestellten Antrag durch Zulassung einer oder der andern bewährten auswärtigen Versicherungsgesellschaft nach Maßgabe des wirklichen Bedarfs und unter gleichzeitiger Fürsorge für eine erhöhte Controle bei den Mobiliar-Feuerversicherungen zu willfahren. §. 43. Die allgemeine Immobiliar-Brandversicherungs-Anstalt betr. Die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Revision der Immobiliar-Brandversicherungs-Ordnung ist allseitig anerkannt und es sind die erforderlichen Einleitungen zur Ausarbeitung eines hohen jetzigen Gesetzesentwurfs bereits getroffen; wobei wir — dem Antrag der Kammern entsprechend — dafür Sorge tragen lassen werden, daß den in dieser Hinsicht erhobenen Beschwerden die volle Berücksichtigung zu Theil werde. Was die Abstellung jener Gebrechen betrifft, deren Beseitigung im Wege des Vollzugs schon gegenwärtig möglich erscheint, so sind bereits zu wiederholten Malen und erst neuerlich die nöthigsten Verfügungen deßfalls erlassen worden und wir geben uns der zuversichtlichen Erwartung hin, daß unsere Kreisregierungen bestrebt sein werden, den zu diesem Zwecke getroffenen und allenfalls noch fernerhin zu treffenden Anordnungen den pünktlichsten Vollzug zu sichern und der Uebermachung deßselben die der hohen Wichtigkeit des Gegenstandes angemessene Sorgfalt unablässig zuzuwenden. §. 44. Revision der Taxordnung in Gegenständen der freiwilligen Jurisdiction betr. Der Antrag wegen Anordnung einer Revision der Taxordnung in Gegenständen der freiwilligen Jurisdiction wird durch die gleichzeitig mit der Notariatsordnung in Vorlage kommende Taxordnung seine Erledigung finden, und sollen hierbei die von beiden Kammern hervorgehobenen Einzelnsestimmungen der sorgfältigsten Prüfung unterstellt werden. Indem Wir Unseren Lieben und Getreuen diesen Abschied ertheilen, gewährt Uns der Rückblick auf die lange und erfolgreiche Thätigkeit dieses Landtags eine wohlthuende Befriedigung. Als Wir in Unserer Thronrede die schmerzigen und beeinträchtigenden Aufgaben dieses Landtags bezeichneten, rechneten Wir mit Vertrauen auf die Unterstützung der Vertreter Unseres Volks. Dieses Vertrauen hat Uns nicht getäuscht. Mitten in einer Zeit der Zerwürfnisse ist das Beispiel gemeinschaftlichen Wirkens auf der sichern Grundlage des Rechts gegeben worden, und dieses Wirken wird reife Frucht tragen, nicht blos für Bayern, sondern auch für Deutschland. Noch sind die Aufgaben nicht vollständig gelöst, welche die Zeit gestellt hat; aber der Sieg des Rechts und der Ordnung ist entschieden, und die Treue und Kraft Unseres geliebten Volks hat ihren alten Ruhm bewährt. Die Reformen, welche in der Gesetzgebung und Verwaltung sich als nothwendig darstellen, sind begonnen und es ist Unser ernstlicher Wille, daß sie ununterbrochen geforbert werden. Bald wird der Landtag wieder zusammentreten, um dazu mitzuwirken. Möge es dann dem gegenseitigen Vertrauen und der gemeinschaftlichen Liebe zum Vaterlande gelingen, das begonnene Werk rasch und glücklich zu vollenden! Mit diesem Wunsche entlassen Wir Unsere Lieben und Getreuen unter wohlgefälliger Anerkennung ihrer eifrigen Thätigkeit, und ertheilen denselben aus freudigem Herzen die Versicherung Unserer besonderen landesväterlichen Huld und Gnade. Gegeben zu Nachen, den 25. Juli 1850. — Max. v. d. Pforten. v. Kleinschrod. Fr. v. Aschenbrenner. Dr. v. Ringelmann. v. Oder. v. Zwehl. Nach dem Befehl Sr. Maj. des Königs: der geheime Sekretär des Staatsrathe, Karl Sebast. v. Robell.

Deutschland.

München, 12. August. Schon seit einigen Jahren arbeitet eine Kommission von sechs Mitgliedern an der Vereinfachung und Verbesserung des Exerzier-Reglements für die Infanterie in Betreff der Evolutionen und der Manöverb. Diese Kommission hat nun ihre Arbeiten vollendet und sollen die gemachten Vorschläge beim diesjährigen Herbstexerzieren sogleich praktisch erprobt und sonach die Abänderungen des Exerzier-Reglement vorgenommen werden. — Einem allgemein verbreiteten Gerücht zufolge sollen zwei bayerische

Bataillone nach Frankfurt in Garnison verlegt werden. (A. Mb.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Rendsburg, 7. August. Ueber die Entstehung der Explosion hört man, daß schon vor einigen Tagen ihre Aeußerungen gestehen sind, Rendsburg werde bald in die Luft fliegen. Ein Unteroffizier, der erst kurz als Freiwilliger eintrat, wurde verhaftet, weil er Pulver, Lunten und Zündhütchen gestohlen hatte, und noch in Dienst steht. Er wird seinen Lohn erhalten. Auch ein anderer dem ähnlichen Fall ereignete sich. Ein hier in Diensten gestandener dänischer Kanzlist wurde vor 4 Tagen wegen seindseliger Aeußerungen aus der Festung transportirt und heute fand man die gegenüber dem Laboratorium zerschmettert auf dem Walle liegen. Diese Beiden waren in den letzten Tagen in einer Kneipe zusammen gesehen worden.

Schleswig-Holstein, 8. August. Als Ergänzung meiner früheren Mittheilung gebe ich Ihnen einige Notizen über die Etagen- und Pensionsverhältnisse der schleswig-holsteinischen Armee. — Für die Offiziere ist die Gage höher, als in jeder andern deutschen Armee. Für die niederen Chargen betragen sie täglich: für den Feldwebel 13 Schilling, für den Unterfeldwebel 1. Klasse 10½ Schilling, für den Unterfeldwebel 2. Klasse 9½ Sch., für den Gemeinen 5½ Sch. (1 Sch. ist = 9 Pfennig preuß. Kurant oder 2½ fr. rheinisch), und dazu kommt noch Speise in Natura oder, wenn diese nicht geliefert wird, 3½ Schilling (2½ Sgr. oder 7½ Kreuzer) täglich für Verpflegung. — Die Pension kann jährlich betragen für den

Oberlieutenant bis zu	1200 M.	(480 Thl. od.	840 fl.)
Lieutenant „ „	900 „	(360 „ „	630 „)
Oberfeldwebel „ „	640 „	(256 „ „	448 „)
Feldwebel „ „	400 „	(160 „ „	280 „)
Unteroffiz. 1 Kl. „	250 „	(100 „ „	175 „)
„ 2 Kl. „	200 „	(80 „ „	157½ „)
Gemeinen „ „	200 „	(80 „ „	140 fl.)

Außerdem erhalten Unteroffiziere 20 Thlr. (35 fl.) Reisegeld, und bei ihrenvollen Abschied 20 Thlr. zur Rückreise. (M. Z.)

Rendsburg, 3. August. Bei Sorgbrück eröffneten die Dänen gegen 7 Uhr des Morgens ein starkes Artilleriefeuer, das unsere Truppen wenig incommodirte. Nur ein Offizier wurde von einer Stückkugel am Ellbogen getroffen. Unsere Artillerie warf aus zwei Geschützen Shrapnelle unter den Feind, die ihm so sehr zu Herze zu gehen schienen, daß er sich rasch zurückzog. Unsere Truppen folgten nicht, vermuthlich weil es nicht im Plane des Commando's lag. Nur Dragonerpatrouillen wurden dem zurückziehenden Feinde nachgeschickt, der auf solche insolirte und schwache Patrouillen mit Kanonen so heftig zufeuerte, als gelte es eine Schlacht. Sicherlich hofften die Dänen mit diesem Lärm eine andere Reorganisirung zu maskiren, die sie weiter oberhalb an der Sorge bei der Stentener Mühle und Dwerstedt anzuführen suchten. Dort entwickelten sie plötzlich gegen unsere Fechtwach ein starke Macht. Unsere Vorposten zogen sich in guter Ordnung auf starkere Posten in ihrem Rücken zurück, zu denen alsbald Succurs vorgeschoben wurde. Nun kam es zu einem starken Infanteriefeuer, darauf machten unsere Truppen eine herrliche Attaque mit dem Bajonnet und warfen den Feind weit zurück. Sein Rückzug war so eilig, daß er eine ziemliche Anzahl Todte auf der Straße zurückließ, während die Dänen sonst einen eigenthümlichen Eifer und eine seltsame Bravour darauf verwenden, ihre Todten wegzuschleppen. Wirklich trafen unsere Truppen eine Anzahl langer Leitern auf dem Wege, zum Theil bereits mit gefallenen Dänen belegt, die wahrscheinlich dem fortgebrochit werden sollten, als die Dänen das Feld über Hals und Kopf räumen mußten. Der Zweck ihrer Reconnoisirung ist jedenfalls durch raschen und kräftigen Widerstand von unserer Seite vollkommen vereitelt. Unsere Truppen zeigten eine überraschende Frische und Kriegeslust. Ich sage überraschend, weil man wohl berechtigt war anzunehmen, daß das erschütternde Ereigniß vom Tage zuvor hervorinnern gewirkt haben könnte. Aber unsere Mannschaften hat, wie Nerven von Stahl und Seelen von Eisen. Der kommandirende General war draußen im Felde und wurde, wie ich selbst gesehen, wo er vorüberkam, mit hellem Jubrauen begrüßt. Der Zuruf der Truppen konnte auch dem General sagen, wie sehr die Armee über den wieder beginnenden Kampf erfreut sei, der endlich ihnen das ersehnte Ziel, Schleswig v. den tyrannischen Fremdlingen zu befreien. Wenn Sie hören, daß Friedrichstadt von den Dänen besetzt sei, so legen Sie nicht viel Gewicht darauf. Hauptmann Schöning, der die Truppenaufstellung bei Friedrichstadt besorgte, hat sich ehrenvoll mehrere Stunden gegen einen dreifach überlegenen Feind gehalten. Die Dänen hatten dort um 7 Uhr angegriffen. Gegen 10 Uhr zog sich Hauptmann Schöning, seinen bestimmten Instruktionen gehorchend, auf Süderstapel zurück, stets jenseits der Eider. Nur ein kleiner Theil seiner Mannschaft ging über die Eider nach St. Annen, wo sie zur Observation stehen geblieben. (Voss. d. Hamb. Nachr.)

Ueber das Vorpostengefecht bei Duvenstedt melden die „N. N." noch aus Rendsburg, 9. August: Die Dänen waren mit 13 Bataillonen und 2 Feldbatterien vorgerückt. Denen eine kleine, bei den Steinener Mühle postirte Abtheilung des 2. Jägercorps sich auf ihr Regiment zurückzog; dieselbe ergriff indeß mit den übrigen Compagnien des Corps und Einigen vom 3. Jägercorps sofort wieder die Offensive, warf den Feind mit Leichtigkeit und verfolgte ihn mit so großer Energie, daß er in die Hügel Büttener Berge hinein, daß er seine Todten und einen Theil der Verwundeten im Stiche ließ. Der Feind hat durch Breckendorff 93 (oder 67) Verwundete, darunter einen Oberst, der unterwegs verschied, transportirt. Der Verlust auf schleswig-holsteinischer Seite betrug 4 Todte und 57½ Verwundete. — Heute ist nichts von Ergebenheit passirt; die Brücke über die Sorge ist von den Unsrigen gesprengt worden.

Kiel, 9. Aug. Durch einen Armeebefehl des General v. Willisen vom 3. Aug. werden 14 Subalterne für die am 24. zum Ersatz M. an den Tag gelegte Bravour durch anderweitmeeige Beförderung zu den nächst höheren Chargen (bis zum Secondelieutenant einschließlich) ernannt.

Rendsburg, 9. August. Die „N. L. Ztg." bringt folgenden V. Armeebericht des Obergenerals und die Gefechtsberichte der beiden deutsche Gefecht an der Sorgslinie: Nachdem der Feind schon am Abend des 7. August eine unserer vorgeschobenen Abtheilungen aus Friedrichstadt verdrängt hatte, hat er gestern den größten Theil der Sorglinie angegriffen. Bei Sorgbrück und den Uebergängen zwischen Stentener Mühle und dem Büttenser gegenüber zeigte er starke Colonnen von allen drei Waffen. Während er sich aber Sorgbrück gegenüber darauf beschränkte, mit einigen Tirailleurs zu plänkeln und eine schwache Kavallerieatrouille mit Artillerie zu recognosciren, unternahm er auf den östlichen Theil der Stellung einen ernsthaften Angriff. Das 2. Jägercorps sieß hier die feindlichen Tirailleurs bis dicht an einen Verhau dringen; als sie sich hier stärker engagirt hatten, warfen sie von dem 2. und 3. Jägercorps gemeinschaftlich mit dem Bajonnet angegriffen, worauf der Feind in Eile bis über den Langenberg, nördlich Alvesedt, zurückwich. Hier wurde unsern Jägern der Befehl, mit der Verfolgung inne zu halten. Der Feind scheint im Ganzen mit einer Stärke von neun bis zwölf Bataillonen und einiger Artillerie und Kavallerie recognoscirt zu haben; etwa fünf bis sechs Bataillone waren in das Gefecht selbst verwickelt. Bei Sorgbrück hat der Feind nur einige Verwundete gehabt; bei Stender-Mühle hat er 20 Todte und 8 zum Theil verwundete Gefangene in unseren Händen gelassen. Einen Offizier von Rang wollen unsere Jäger fallen gesehen haben. Der Gesammtverlust des Feindes auf diesem Punkte soll sehr bedeutend gewesen sein; die weggeführten Verwundeten werden von Augenzeugen auf einige und neunzig angegeben, so daß die Summe des feindlichen Verlustes etwa 160 Mann betragen hat. Unser Verlust ist der Verlust von 2 Todten und etwa 18 Verwundeten zu beklagen, unter letzteren ein Offizier (Lieutenant Grund) vom 10. Bataillon leicht verwundet). Ich selbst war Augenzeuge des Gefechtes und habe mich gefreut zu bemerken, daß der Anfall von Zaghaftigkeit die Schleswig-holsteinischen Truppen nicht angetroffen hat. Die vereinte Attaque des 2. und 3. Jägercorps ward musterhaft ausgeführt, wie sie denn auch von einem raschen Erfolge begleitet war. Insofern der Feind die Absicht gehabt haben sollte, sich der Sorgübergänge zu bemächtigen, ist diese Absicht gänzlich vereitelt worden. Hauptquartier Rendsburg, am 9. August 1850. Der commandirende General v. Willisen."

Altona, 9. August. Heute Morgen wurde Carl Bruhn, der sich seit längerer Zeit hier aufgehalten, von der Polizei verhaftet. (N. fr. Pr.)

Altona, 9. August. Auf der bekannte Harbor Bracklow sollte gestern verhaftet werden, wurde aber nicht zu Hause getroffen. Seine Papiere wurden aber mit Beschlag belegt. (D. R.)

Altona, 10. August. Die Dänen sollen ihre äußersten Vorposten heuter zurückgezogen haben. Der Waffenstillstand wurde heute Vormittag wieder 30 um einige, bei Jstedt zu Gefangenen gemachte Dänen, größtentheils leicht Verwundete mit — Thränen sich von ihren Kameraden verabschiedet haben sein. (H. B.-H.)

Frankfurt.

Frankfurt, 10. August. Nachdem der engere Rath der Bundesversammlung nun einberufen ist und demnächst zusammentreten wird, dürften jetzt die Uebernahme der Gewalt von der bisherigen Bundescentralcommission, dann die auf die Verhandlungen in Betreff des Friedens mit Dänemark zu stehenden Schritte zuerst in Berathung gezogen werden. Auch für diesen Punkt ist es dürftig vorerst Mittheilung der Akten der Bundescentralcommission nöthig. Der erste Schritt dürfte wohl in der Absendung eines Bundescommissars nach Holstein bestehen, und bereits wird ein hannoverscher Staatsmann als der für diese Mission ausersehene Mann bezeichnet. Man versichert, daß die Absendung eines Corps von Bundestruppen nach Holstein zum Schutze der Rechte des deutschen Bundes gegen jeden Uebergriff von Seite Dänemarks beabsichtigt werde, u. es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß der Oesterreich diese Gelegenheit ergreifen wird, mit der That vorangehen und sich selbst bei dieser Sendung zu betheiligen und sich an die Spitze zu stellen. Das rasche und kräftige Auftreten der Bundesversammlung in dieser Sache kann ihr nur Vertrauen gewinnen. (N. M. Z.)

Stuttgart, 3. Aug. Der „Staatsanzeiger" begleitet die österr. Erklärung über den Kaiserlichen Zolltag vom 21. Juli mit folgenden Sätzen: Die Vortheile, welche Deutschland und Preußen selbst von einer ganz Oesterreich und ganz Deutschland umfassenden Zollvereinigung zu hoffen hat, können nicht durch irgend einen anderen Vertrag werden; der sich öffnende große Markt; die sich gegenseitig ergänzende, stärkende und anseruende Jndustrie; die größere Macht und das noch größere Ansehen nach Außen; die vervielfältigten Schiffahrtsverbindungen; der lohnende überseeische Handel; die größere Einheit; die gleiche Zoll- und Handelsgesetzgebung; die gemeinsame Leitung aller dieser Angelegenheiten; der ungehemmte innere Verkehr und die Gleichheit der Interessen; die Befriedigung der gerechten und dringenden Bedürfnisse der deutschen Volksstämme, denen alle Vortheile der deutschen Einheit ohne die von letzterer geforderten Nachtheile für örtliche Verechtigungen gewährt werden. Auch wird der Augenblick nicht leicht wiederkehren, welche der Vermirklichung dieser österreichisch-deutschen Zolleinigung günstiger, als

der gegenwärtige ist, wo das Streben nach größerer Einigung doch immer so lebendig sich kund gibt, daß widerstrebende Sonderinteressen leicht überwunden werden, und wo die Ereignisse der Jahre 1848—49 alles Bestehende in Frage gebracht und neuen Formen schmiegsam gemacht haben.

Hannover, 10. August. Vor einigen Tagen ist der öfters. Feldzeugmeister Frhr. von Hayman auf der Durchreise nach England, in Begleitung zweier Adjutanten, hier eingetroffen; er ist noch jetzt hier anwesend und hat die Zeit zur Besichtigung der hiesigen militärischen Etablissements benutzt. Auch andere Sehenswürdigkeiten hat der General in Augenschein genommen und dadurch ein großes Interesse an Hannover an den Tag gelegt. Der König soll ihn mit besonderer Auszeichnung empfangen haben. Der gestrige Tag war gerade ein sehr bedeutungsvoller — der erste Jahrestag der Einnahme der Festung Temesvar, eine der größten Heldenthaten des Generals, die mit der siegreichen Waffenerhebung Ungarns endigten. Der Krieg gab an gestrigem Tage zu Ehren des Generals ein militärisches Diner und brachte dabei dem Vernehmen nach einen Toast auf den General aus, welcher in Anerkennung des großen weltgeschichtlichen Ruhmes, den dieser sich erworben, die lebhafteste Theilnahme gefunden haben soll. Der General soll darauf mit tiefster Rührung und innerer Bewegung geantwortet und für die ihm vom Könige gewordene ausgezeichnete Anerkennung seinen Dank ausgesprochen haben. H.J.

Wien, 6. August. Gestern wurde die Secte der Neuconvertiten oder Salemiten bei einer ihrer Versammlungen überrascht, in dem Augenblicke, als ihr Prediger Franz Kölmel einen Text aus der Bibel hielt, welche statt der Religion, das politisch-sociale Streben der Gegenwart zum Gegenstande hatte. Hr. Kölmel wurde sofort verhaftet und die Namen und Wohnungen der Anwesenden notirt, worauf sich die Letztern frei entfernen durften, noch steht zu erwarten, daß auch gegen sie eine Untersuchung eingeleitet wird.

Berlin, 9. Aug. Dem Vernehmen nach hat die Unterredung des Prinzen von Preußen mit Hrn. v. Radowitz zu dem Resultat geführt, daß der Letztere ein schriftliches Promemoria überreichte. Man erschaft, daß dasselbe die Zustimmung des Prinzen erhalten habe. — Die Handelsdeputation gen zwischen Preußen und Belgien werden durch die Kündigung des bisher bestandenen Vertrags nicht unterbrochen werden, indem, falls bis zum Ablaufstermin kein neuer Vertrag zu Stande gekommen sein sollte, interimistische Bestimmungen gelten sollen.

(N. Pr. Z.)

Berlin, 10. August. Wie sich die Lage der Dinge in Preußen wirklich verhalte, mag durch das Schreiben angedeutet werden, welches Minister v. Schleinitz an den General v. Radowitz geschrieben hat. Es lautet: „Ich ersuche Sie ergebenst, in der heute stattfindenen Sitzung des provisor. Fürstencollegiums die hier abschriftlich beigefügten beiden Erlasse an den König. Gesandten zu Wien vom 4. und 5. d. M. durch vertrauliche Vorlesung zur Kenntniß der Mitglieder zu bringen. Eine förmliche Mittheilung fur das Protokoll glaube ich mir für den Augenblick vorbehalten zu sollen, wo und über die Ausführung der dem Grafen v. Brandorff ertheilten Aufträge eine wenigstens vorläufige Angabe zugekommen sein wird. Allein es darfte Ew. Excellenz nicht unerwünscht sein, schon jetzt den unsrem Negierungen durch das Fürstencollegium eines neuen Beweis davon zu geben, daß in vollster Uebereinstimmung mit Ihnen die k. Regierung entschlossen ist, die eigene Ehre und Würde zu wahren und ihre Pflicht gegen Deutschland zu erfüllen. Der vollsten Uebereinstimmung mit Ew. Excellenz bei dieser Gelegenheit auszudrücken zu gedenken, ist mir um so mehr ein Anliegen, je mehr ich bedauge, daß der Mann, welcher mit größter Beharrlichkeit bemüht ist, die deutsche Sache in jedem Stadium ihrer Entwicklung ernst und kraftig zu vertreten, wieder und wieder zum Gegenstand einer ebenso gehässigen, als grundlosen Verdächtigung zahlloser Organe der öffentlichen Meinung in verschiedenen Theilen von Deutschland gemacht wird. Berlin, den 9. August 1850. (gez.) v. Schleinitz.

Berlin, 10. August. Wenn wir jetzt unterrichtet sind, wie wir bisher dürfen (berichtet die „C. Z."), so ist das Entlassungsgesuch des Hrn. v. Manteuffel nicht nur erneuert worden — und zwar zugleich mit dem des Hrn. v. Stechhanen, sondern beide Minister hatten auch ihr Verbleiben im Amt an eine folgenreiche Conditionen über den Gang der Politik geknüpfen gelaßt. Die Regierung Sr. Maj. würde dieser Entschiedung gemäß zu sofortiger definitiver Constituirung der Union, zur bathvigsten Berufung des Reichstags und zur Wahrnehmung der Interessen Schleswig-Holsteins im Sinne der Union schreiten und die ihm Beschlüsse in Bezug darauf der ganzen Kraft Preußens geben. Ein theilweiser Wechsel der Personen des Kabinets würde mit dem des Systems zusammenhängen, doch glaubt man, daß der Ministerpräsident für diese Combination worden erhalten werden. (Privatnachrichten aus Berlin vom 11. August besagen, daß Hr. v. Manteuffel nicht viel Aussicht habe, mit diesen seinen Forderungen durchzudringen.)

Frankreich.

C Paris. Prouhon hat seinen guten Freunden in London, den Bürgern Ledru-Rollin, Charles Detesclufe, Martin Bernard und Consorten (nach dem Ausdruck der „Patrie" „die prachtigste Ruhe gegeben, die je einen demagogischen Rücken geliebkost hat." Es ist bekannt, daß diese Bürger unbedingt genug waren, ihn einen stolzen, heillosen Geiß, einen Verrauminten zu nennen. Dafür sußert nun der Bürger Prouhon in der zweiten Nummer des „Peuple" eine saftige Polemik gegen sie. „Sehen wir," sagt er ihnen, „welche großen Ideen, welche erhabene Politik ihr dem französischen Volk beibringt, dieser europäischen Demokratie, deren Organe ihr euch nennt. Euer Programm zerfällt in zwei Theile, ihr wollt das Recht zur Arbeit, sagt er ihnen. Eine schöne Sache. Wer streng sein wollte, konnte sagen, daß das Recht zur Arbeit, ohne Erklarung, nichts als ein Köder politischer Charlatane, eine wahrhaft demagogische Phrase ist. Ihr wollt die unentgeltliche Association. Was sur Association? Die Bürger und die Arbeiter haben es nöthig, dies zu wissen; die Pariser-Associationen, welche in große Schwierigkeiten verwickelt sind, fragen das mit großem Gescherd. Und ihr antwortet ihnen, wie Marpbonius mit Sganarell: Associirt euch, wenn ihr wollt; associirt euch nicht, wenn ihr nicht wollt. Ihr seid doch mächtige Reformatoren! Ihr wollt eine einzige, verhaltnißmäßige, progressive Steuer. Wisset doch wenigstens, was ihr sagt. Ihr seid so sehr gewohnt zu sprechen, ohne zu überlegen, daß ihr jeden Augenblick in die gröbsten Irrthümer stürzt. Und wie habt ihr nur vergessen können, daß Proportionalität u. Progressivon in der Steuer widersprechende Ausdrücke sind, die sich einander ausschließen? Und diesen schonen Begriffen zu Liebe rest ihr das Volk zu den Waffen auf. — Das Volk zu den Waffen aufrufen! Aber wist ihr denn noch nicht, warum jeder Mauisest vom 13. Juni nicht zum Zweck geführt hat, nicht zum Zweck führen konnte? Wisset denn, der Aufstand tragt trog allen demagogischen Erklarungen nach Otoriositationen, wie der Krieg und das Verbrechen, etwas mistleidiges mit sich; etwas, das beschamt und das Gewissen. Potius sich weder des Aufstand fraubt, und die Barger nur wider Willen daran theilnehmen. Ich predige da keine Doctrin, ich bestatige nur eine Thatsache. Der Aufstand ist nur dann von Erfolg, wenn er sich einen legalen Anschein zu geben weiß. Man konnte sagen, daß das Volk selbst in der gerechtesten Sache vor der Revolte erraset. Potius sich seit dem Jahre 1830 fast statt unter dem Rufe: Vive la charte! die des Jahres 1848 unter dem Rufe: Vive la réforme! Diese Rufe waren nicht nur nicht insurrectionell, sondern noch ein Protest gegen die Insurrection. Leidenschaft kann eine anfangs nur friedliche und legale Bewegung in eine Revolution umwandeln; nie ist eine Revolution vom Volke gleich als solche eingeleitet worden. Einer Aufruf zu den Waffen, den ihr von der Tribune aus erlaßen, hat die Insurrection unmöglich gemacht am 13. Juni 1849, unmöglich am 31. Mai 1850, namentlich vielleicht noch fur viele Jahre. — Ferner dürfet ihr euch nicht verhehlen, daß das Volk, wie die Bourgeoisie, zu rasch sein Vertrauen hat. Das Volk lacht über eure politischen und sociaten Pasquinaden; es hat euch bei Euren Thaten erkannt, es hat die Macht eurer Mittel und die Fruchtbarkeit eurer Quellen beurtheilt; es hat unter eurer Initiative die Reaction aufsteigen gesehen, welche ihr heute verdammet, deren Princip aber in einem Theile eurer Banner lebt; es hat erfahrt, daß ihr, die ihr immer von revolutionarer Tradition sprechet, den Faden dieser Tradition verloren habt; indem es eure Manifeste ließ, überzeugt es sich alle Tage, daß ihr seinen Wünschen völlig fremd, seine Interessen gar nicht kennet; es weiß endlich, daß ihr nur Mitglieder der Autorität und der Macht sind, und am leinen Preis der Welt wird es sein Geschick zum Zweitenmal in eure Hände legen. „Beruhigt euch also, und was immer geschehen möge, zerbrechet euch nicht den Kopf, ertrankt eure Galle nicht, achtet die Ruhe im Lirl mit Befriedigung hin, und meinet es auch wohl: wenn ihr nicht einen sag andern Gesitt, einen ganz andern Charakter, eine ganz andere Intelligenz bekommet, so ist eure Rolle ausgespielt. Begebet euch eurer Phrasen, rust er ihnen zum Schlusse zu, werfet den alten Plunder des Jakobinismus fort, studirt die Philosophie der Geschichte, der politischen Oeconomie und des Rechts. Mit all' euren großen Worten von Krieg gegen die Könige und Bruderlichkeit der Völker, mit all' euren revolutionären Paraden seid ihr bisher nichts als Prahlhanse gewesen."

Italien.

Mailand, 15. Juli. Nachträglich berühren wir noch eine Sache, welche — mitgetheilt von mehreren auch deutschen Blättern — einiges Aufsehen gemacht haben mag: wir meinen die Aubieng des anglikanischen Canonicus von Durham, Dr. Townsend, bei dem hrl. Baler, wo derselbe ein Protestantismus erklärte mit dem Vorschlag zu einer Vereinigung aller protestantischen Parteien mit der Kirche, vermöge einer allgemeinen Versammlung unter Vorsitz des Pabstes. Das Factum ist richtig, aber die Consequenzen nicht, welche man vielleicht protestantischer Seits daraus ziehen möchte. Man weiß, wie sehr die Reformen bei P. Vaters in politischer Beziehung einst verkannt wurden; man weiß aber auch, wie sehr jede aus dieser Verkennung entspringene Hoffnung enttäuscht worden ist. — Der P. Vater nahm den Dr. Townsend liebevoll auf, sprach seine Freude darüber aus, daß man in England das Verderbliche eines Besseren sahe und immer noch fest auf positiven Boden halte. In einer spätern Audienz äußerte sich aber auch der P. Vater über denselben Punkt gegen einen hochgestellten Geistlichen dahin, daß diese besonders in England irrendige Ider einer Art von Transaction bei einer solchfundige Verkennung des Wesens der Kirche sei. — Einige in der vorigen Woche vorgekommene Verhaftungen, von denen wir nähere Kunde haben, werfen ein merkwürdiges Licht auf die jetzige Wirksamkeit der Radikalen und ihrer Verbindungen. Mehrere Personen wurden in sich wieder von Eigentümer eines Hauses die innere Thüre eines Zimmers öffnen, das von einem jungen Menschen, in Miethe genommen und auch mit der Straße in Verbindung gesetzt war. Obwohl spät am Abend, war der junge Mann noch abwesend; aber die Beobachtungen zu einem großen Maße zeigten, daß in der Nacht auf mit Besuch zu rechnen war. Endlich trat Jener, ohne Verdacht zu schöpfen, von der Straße durch eine kleine Treppe ein; die Karabinierer forderten ihn auf, sich ruhig zu halten und auf jedes Klopfen von Außen „Herein" zu rufen. Man fand bei ihm einen

Brief nach einer Stadt in der Lombardei, worin gesagt war, daß fest längerer Zeit die Polizei ihn stets im Auge behalte und besonders zu forschen sei, daß die an ihn gerichteten Briefe lassirt werden. Man möge deßhalb poste restante an einen fingirten Namen, den er nannte, schreiben. — Bald nachher trat ersten Schritts ein Zweiter ein. Bei ihm fand sich ein in geheimen Charakteren geschriebener Brief und zudem ein ganzer verarbeiteter, in Kupferstichen gefertigter Plan. Noch ein Dritter wurde auf diese Weise arretirt, der jedoch weniger gravirt sein soll. Im Zimmer fanden sich Waffen verschiedener Art vorborgen. • Die Uebrigen, deren Besuch zu erwarten war, scheinen Verdacht geschöpft zu haben und ließen sich nicht blicken. — Nunmehr ist die fortwährende Verbindung der hiesigen Radikalen mit Piemont, der Lombardei und weiter andrer Zweifel gesetzt. (D. Bolksh.)

Eine vom 31. Juli dat. Correspondenz aus Rom im „Univers“ enthält nachtragsich noch einige Notizen über den jüngst vom hl. Vater zu seinem Kammerherrn ernannten Msgr. Talbot. Der Vater desselben, Graf Talbot, so wie seine ganze Familie gehören der protestantischen Confession an. Der junge Talbot kehrte vor ungefähr 6 Jahren in den Schooß der katholischen Kirche zurück, und erhielt im Jahre 1847 nach langen und gründlichen Studien die heilige Priesterweihe. Seine Bekehrung erregte man einem Besuche der Catacomben, wo der damals noch anglikanische Minister die Bereitschaft und die augenscheinlichen Zeugnisse gerade für diejenigen Dogmen fand, welche von der Heresie bestritten und gelegnet werden.

Vermischte Nachrichten.

In wohlunterrichteten Kreisen wird versichert, daß die Gothaer Partei, wie zu erwarten war, ihr so oft gegebenes feierliches Gelöbniß, „mit Gut und Blut“ für die große Sache von Nikolsburg-Frankfurt einzutreten, jetzt einlösen wird. Die Partei „der Besten und Edelsten“ will nicht länger ruhig zusehen, daß das Volks Schweiß für ihre Bestrebungen verdemonstrirt wird. Um vorerst die Kosten der Rüstungen zu decken, circuliren im Schooße der Partei Subscriptionslisten, auf welchen dem Vernehmen nach unter Andern die HH. Wesfer jun., Mathy und Soiron jeder mit 10 Gld. figuriren; der „edle, warme“ Rieser hat sich anheischig gemacht, zum Besten der Union eine begeisterte Rede zu halten, sämmtliche kleindeutsche Blätter und „konstitutionelle Organe“ wollen statt baarer Beiträge Aufrufe und Leitartikel liefern; nicht weniger als 200 Gulden baar nach protestantische Zeitungs-Literaten haben sich übernommen, bis zum definitiven Zustandekommen des „engeren Vaterlandes“ dahin abzweckende Correspondenzartikel, die Zeile zu dem Spottgelt von nur 1 Silbergroschen zu liefern; ja in einer großen Rheinischen Stadt soll sogar ein Comite zusammengetreten sein, um ein Zweckessen, à 1 Thlr. das trockene Couvert, zu arrangiren, auf welchem der erste Toast durch eine bekannte linguonautokratische mit edler Resignation auf das Ministerium Borcelschwingh-Flagern-Simson ausgebracht werden wird. Diese großartigen Veranstaltungen sollen in Frankfurt und Wien bereits einen tiefen Eindruck machen, man erwartet eine verschnliche Note von Fürst Schwarzenberg.

Neuestes.

Frankfurt, 11. August. Die Veröffentlichung des Protokolls über die einstweilige Aufsetzung des Bundesvolumens und über die Einberufung des engeren Bundesraths als Central-Exekutivbehörde wird, wie man versichert, schon in den nächsten Tagen erfolgen. Alle Bevollmächtigten derjenigen Staaten, welche in dem Plenum vertreten waren, sind noch hier anwesend und bereits mit den nothigen Vollmachten zum Eintritt in den engern Rath versehen.

Karlsruhe, 8. August. Die geistliche kathol. Oberbehörde hat alle diejenigen Geistlichen, welche wegen Betheiligung an dem Aufstande des vorigen Jahres in Untersuchung gestanden, von den betreffenden Gerichten aber freigesprochen wurden, zu einem mehrjährigen Aufenthalt in der geistlichen Strafanstalt zu St. Peter vernrtheilt. (D. Z.)

Heidelberg, 11. August. Galleria-Direktor Hogenberger von Mannheim wurde, wie ich aus guter Quelle versichern kann, am 7. d. M. in Baden nicht etwa aus politischen Gründen verhaftet, sondern er eines Verbrechens beschuldigt ist, das öffentlich zu besprechen die Sittlichkeit verbietet.

Rastatt, 11. August. Das im Lager bei Mörsch befindliche 8. Bataillon hat Befehl zum Aufbruch erhalten, aber nicht nach Preußen, sondern nach Rastatt zurück.

Leipzig, 11. August. Gestern wurden die Redakteure aller hier erscheinenden Blätter auf's Rathhaus beschieden und ihnen dort angekündigt: daß es, da sich die Kammern für competent erklärt, nicht mehr gestattet sei, die Competenz derselben in den öffentlichen Blättern anzustsen.

Koblenz, 11. August. Das Musikcorps des in Frankfurt a. M. stehenden baver. Jägerbataillons hatte gestern eine ganz neue Abenteuer. Dasselbe war mit einem Passe unserer Gesandten nach der Gegend von Elberfeld gegangen, um dort bei den vielen Vogelschießen und Kirmessen etwas zu verdienen. Daselbst wurde dem Musikcorps jedoch auf den Grund des Gewerbesteuergesetzes nur erlaubt, 3 Tage zu spielen, obgleich man sich darauf berief, daß unsere oben stationirten Musikcorps bis nach Franken hin reisten und auf Verlangen spielten. So trafen die Musiker gestern auf der Rückreise mit dem Dampfboote hier ein, und da sie in Uniform waren und es unterlassen hatten, sich sofort beim Commandanten zu melden, hatten sie, bevor sie mit dem Dampfboote weiter reisen, wurden vielmehr durch die Gendarmerie angehalten. Man erstattete daher seitens der Musiker der Commandantur die gehörige Meldung und jene konnten dann am nächsten Morgen ihre Reise fortsetzen. (Z. O.-P.-A.)

Haag, 10. Aug. Die „Staats-Courant“ veröffentlicht nun ein gestern datirtes k. Dekret, wodurch der Minister des Innern ermächtigt wird, in der Sitzung vom 2. Aug. die gegenwärtige Session der Generalstaaten im Namen des Königs zu schließen, und beide Kammern für aufgelöst zu erklären. Das Dekret verfügt ferner, daß die Wahl der neuen Mitglieder der zweiten Kammer am 26. Aug. vor sich gehen und die neue ordentliche Session der Generalstaaten am 16. September eröffnet werden soll.

Paris, 11. August. Der wahre Grund, warum der Präsident der Republik auf eine Musterung der Flotte in Cherbourg verzichtete, soll ein Bericht des Admirals Parseval Deschene sein, nach welchem der Präsident von den Seeleuten und den Matrosen keinen sehr begeisterten Empfang zu erwarten gehabt hatte, weil diese noch immer des Prinzen von Joinville mit großer Verehrung gedenken, und daher leicht rufen könnten: Hoch der Prinz von Joinville! statt Hoch Napoleon!

C Paris, 11. August. Der Polizeipräfekt Carlier hat gestern bereits Friedensrichter, Commissäre und Polizeiagenten abgesetzt, welche den Präsidenten bei seiner zu befürchten haben. Sie erwarten ihn zu Donnerc. — Bei dem Bankette, welches James Rothschild den Mitgliedern des Aachener Eisenbahnongresses zingst im Jardin d'Hiver gegeben, bezeichnete derselbe die Aufgabe des Congresses als ein Befreiben, die Grenzen zu vermichten, ohne die Nationalitäten zu vernichten.

Δ **Turin**, 7. August. Es bestätigt sich nun, daß der Pfarrer von San Carlo auf Befehl des Turiner Erzbischofs vom Minister Santa Rosa trotz wiederholter dringender Aufforderung die Sterbsakramente verweigert habe, weil derselbe für das Gesetz Siccardi sich erklärt hatte. Der Kriegsminister begab sich zum Erzbischof, und sragte denselben, ob der Befehl wirklich von ihm ausgegangen sei, was Dr. Franzoni sehr energisch bejahte. Sofort wurde ein Courier an den König und an Siccardi gesandt, und der Ministerrath trat zusammen. Endlich erschien in demselben der Generalvikar des Erzbischofs und überbrachte die Nachricht, dieser Prälat wolle Santa Rosa ein Begräbniß in geweihter Erde bewilligen. Die Anfregung ist ungeheuer. Beim Leichenbegängnisse verlammelte sich eine zahlreiche Menschenmenge. Nationalgarden trugen den Sarg. Alle Minister, der französische Gesandte Barrot, sämmtliche Offiziere der Nationalgarde gaben ihm das letzte Geleite. — Mehrere junge Leute schlugen die Hausthüren des Pfarrers von San Carlo ein und suchten denselben. Er war aber bereits entflohen.

(Armuths-Attest für die constitutionelle Partei.) Jetzt ist es mit der Union dahin gekommen, daß sie in dem ursprünglichen Sinne nicht mehr durchgeführt werden kann; darüber und überhaupt über unsere Lage sollten wir Constitutionellen uns keine Tauschung machen. Wir sollten uns nicht beschämen lassen durch Herrn de Flotte, den Socialisten, der es seiner Partei gerade heraussagte, daß sie vorläufig in Frankreich nicht herrschen wurde. Auch wir sind in Frankreich constitutionell Gesinnten dürfen uns keine Tauschung darüber machen, daß ein verfassungsmäßiges Staatsleben sich nur langsam bei uns einburgert. Wenn der Hof, der grundbesitzende Adel, die Diplomaten, die Offiziere, ja, wenn auch die Menge des Volkes, namentlich in den östlichen Provinzen, anders gesinnt waren, als sie es durchschnittlich sind, dann konnten wir darauf rechnen, daß preußens Politik nach Innen und nach Außen unsern Wünschen entspreche. So aber thun wir wohl, zwar von unsern Grundsätzen und unsern Wünschen nichts abzulassen, aber unsere Erwartungen nach den Umständen herabzustimmen. So wenig wir im Stande waren, Preußen das Kaiserthum zu verschaffen, so wenig werden wir im Stande sein, ihm die Reichsoberhauptschaft zu bewahren.

(Köln. Ztg.)

Köln, 11. August 1850.

Unterz. K. H. Bröggemann.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Handels-Berichte.

Mainz, 9. August. In Folge des eingetretenen feuchteren Wetters ist es mit Getraide, besonders auf Lieferung in spätere Termine lebhafter geworden und haben die Preise eine Erhöhung erfahren; für effect. Waizen wurde heute wieder 8¼—⅓ fl., effect. Korn 5½—½ fl., Gerste 5½ per netto 100 Kilog. bezahlt. — Mehl ist seit dem letzten Markte bedeutend im Preise gewichen und gilt heute nur 13¼ fl. per Malter. — Da die Mohnpflanze ausgezeichnet schön im Felde steht und einen reichen Ertrag erwarten läßt, so ist Mohnol abermals zurückgegangen und wire heute à 53 fl. per 50 Kilog. zu kaufen. — Die Vorräthe von Leinol sind sehr beschränkt und wird solches auf 41 Thlr. per 280 Pfd. L. G. gehalten.

Die am 1. Juli 1850 fällig gewesenen freiherrlich Rotzhafft v. Weisenstein'schen Zinscoupons werden bezahlt.

Würzburg, 13. August 1850.

J. J. v. Hirsch.

Druck von Joseph Stoib in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 64.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Thür. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 195. Würzburg, Donnerstag den 15. August. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 13. August. Se. Maj. der König haben bei Allerhöchstihrer Durchreise durch Würzburg am 6. d. Mts. den Kommandirenden des 2. Armee-Corps, Generalleutnant Fürsten v. Thurn und Taxis, zum Gouverneur der Kavallerie allergnädigst zu befördern geruht.

Culturgeschichtliche Studien aus den letzten Jahren.

Die Kirche. Wir lesen, daß die Kirche in Paris seit Jahr und Tag nicht so besucht gewesen, als gegenwärtig. Man verdatiert in der Hauptstadt der französischen Republik sogar aber den Nagen der Inquisition. In Gegenden Deutschlands, wo man seit 1845 keine Wallfahrt mehr gesehen, bewegen sich jetzt wieder die langen Züge der Pilgänger. In Städten, durch deren Straßen seit der Reformationszeit keine Prozession gegangen, wurde in diesem Jahr die Frohnleichnamsprozession mit größerem Aufwand ausgeführt, als sonst in manchen altkatholischen Orten. Selbst in Berlin, wo Friedrich der Große die Erlaubniß zu einer solcher Prozession geben wollte, „falls es die Straßenjungen erlaubten," haben es im Jahr 1850 die Straßenjungen wirklich erlaubt. — Von allen öffentlichen Uebelständen hat die Kirche allein ein vollwichtiges Resultat aus unserer Revolution gewonnen. Alle andern Mächte schwächten sich gegenseitig: die Macht der Kirche ist um das Zehnfache gewachsen. Und obderdrein ganz im Stillen, Ein Tagesschriftsteller, der auf Originalität Anspruch machte, wußte sich in diesen Jahren ordentlich scheuen, Notiz zu nehmen, von der kirchlichen Entwicklung, wie von einer abgethanen Sache, von einem zu kleinen Ding in so großen politischen Krisen — und siehe, da war mit einemmal die Kirche der Politik wieder über den Kopf gewachsen, und stand als eine entscheidende Potenz inmitten all der wankenden Gestaltungen! — Die Unkirchlichkeit, die Irreligiosität hat sich mittlerweile nicht verringert, aber sie hat ihren Platz gewechselt, sie ist binnen zwei Jahren entschieden aus gebildeteren Schichten der Gesellschaft zu angebildeteren, zu zu den ungebildetsten hinabgestiegen. — Für den religiösen Radikalismus war schon beim Beginn der Märzbewegung sein Vorschreiten mehr möglich, denn er hatte theoretisch bereits den äußersten Gipfel erklommen, die praktische Spitze war ihm abgebrochen, weil der Gegendruck des Polizeistaates gewichen war. Es war aber Nacht altmodisch, eine Art von vormärzlichem Liberalismus geworden in kirchlichen Dingen verneinend aufzutreten, man hatte auch für den Augenblick gar keine Zeit dafür. Die meisten Vorkämpfer des Freikirchenthums fühlten diese Verlegenheit, und drangen, am nicht ganz „ins Wasser gelegt" zu sein, ihre Forderungsstöpne und dem kirchlichen Lager umgesinnt ins sozial-politische hinüber. Mongels Auftreten am Vorabend des Vorparlaments gab das Signal dazu — freilich nicht in sehr imponierender Weise! Der Deutschkatholicismus und was damit zusammenhängt wurde auf fast volle zwei Jahre auf Wartegeld gesetzt, und erst gegen das Jahr 1850 hin, als die politischen Hebel des Radikalismus nicht mehr recht packen wollten, ward die sächsische Emancipation wieder zum aktiven Dienst berufen. Aber sie fand nunmehr ein ganz anderes Publikum vor, sie mußte, wo sie noch vor zwei Jahren an das „Jahrhundert", an die „Menschheit" appellirt, jetzt an die Partei und obdrunten an eine geschlagene appelliren. — Ganz andere Wahrzeichen machten sich von vornherein auf der entgegensetzenden Seite bemerklich. Während sich in dem großen Urbrei der ersten Verwirrung kaum die dunkeln Spuren einer Parteibildung niederzuschlagen begann, tauchte die katholisch-kirchliche Partei plötzlich festgeschlossen und mit klaren Zielen aus dem politischen Strudel empor. Man brauchte das bauamal wenig, aber es war einer der bedeutendsten Zeichen der Zeit, daß schon in den Märztagen 1848 katholische Vereine — und sie schienen über Nacht aus der Erde gewachsen — Wahlmanifeste für die bevorstehenden Nationalstagswahlen mit ausdrücklicher Betonung des kirchlichen Interesses erließen. Uns war geschah dieß nicht bloß in rein katholischen Ländern, sondern gerade auch in solchen von gemischtester Bevölkerung, wo ein selbstständiges Auftreten des Katholicismus — und vollends in politischen Dingen — bis dahin ganz unerhört gewesen war. Man ging dabei sehr klug zu Werke. Die Vereine gaben sich etwa den Namen „Für die religiöse Freiheit" und dergl. Sie luden die Pfarrer ein diejenigen Männer aus ihren Gemeinden, welche sich „durch Einsicht in die Bedürfnisse der Zeit und aufrichtige Anerkennung des Prinzipes der religiösen Freiheit" auszeichneten, dem Vereinspräsidenten namhaft zu machen, der Verein werde dann die Wahlkandidaten bezeichnen, damit Zersplitterung der Stimmen vermieden werde u. s. w. Es ist bemerkenswerth, wie klar in der damaligen Begriffsverwirrung der katholische Klerus die Bedeutung der Religionsfreiheit erfaßte und sofort einsah, daß nichts der Entfaltung der Kirche förderlicher sein könne, als die Trennung von der gefährlichen Freundschaft der Constabler und Gendarmen. — Noch schwebt uns recht lebhaft das Bild einer großen Volksversammlung aus den Märztagen vor, wo sich ein ehrsamer Schlossermeister über die einfältigen Pfaffen lustig machte, die da meinten, durch die Religionsfreiheit sei ihnen nun auch die Freiheit gegeben, das ganze Jahr hindurch wieder Prozessionen zu halten oder gar Klöster zu erbauen, während doch Religionsfreiheit klärlich heiße: Befreiung von der Religion." Die Herrschaft behandelte durch jubelnde Beifallsgeklatsche wie hoch sie, gleich dem Redner, über jener Meinung des Klerus stehe, und die Lachenden ahnten nicht, daß sie selber im vorliegenden Fall eigentlich die Naiven seien! — Die Ausbreitung der katholischen Vereine griff fabelhaft rasch um sich. Ihr festes Zusammenhalten, ihre Disziplin fand nur in der Organisation der radikalen Vereine, später und des Turnbundes, ein Seitenstück. Die gewaltigsten Vereine sahen neben diesen heißblütigen Extremen zumeist wie rechte Hampelmannsaden aus. — Wir hatten Gelegenheit in den aufgeregtesten Tagen einer Art von Provinzialversammlung mehrerer Pfarrvereine beizuwohnen, die in einer sehr durchwohlten u. kirchenfeindlichen Gegend abgehalten wurde. Der Eindruck war ein ganz romantischer. Ohne vorher viel Kunde von große Publikum kommen zu lassen, hatten sich die Vereinsmitglieder in einem Saal versammelt, dessen Fenster von der Straße aus nicht „bestrichen" werden konnten. Statt besten obligaten Tumultes damaliger Volksversammlungen herrschte feierliches Schweigen in dem Raume. Wenn man sich die Versammelten im gesteigerten Lichteffecte der erregten Phantasie etwa als eine in tiefer Höhlen-Einsamkeit ihre Mysterien feiernde Urchristen-Gemeinde hatte ausmalen wollen, dann würden dießmal auch die heidnischen Verfolger nicht gefehlt haben, welche in Gestalt von allerlei Trutzgesindel vor der Thüre umwogten. Unter anständiger Kirchenstille ward ein, das Streben der Vereine anerkennendes Schreiben des Papstes verlesen. Nur ausserlesene Redner traten auf, wie wenn es zur selbstverständlichen Disciplin dieser einer strengen Kirchenzucht der betreffenden Versammlung gehöre, daß nicht jeder Laie und Dilettant brauche, wie ihm der Schnabel gewachsen. Man vernahm nicht bloß den breiten phlegmatischen Kanzelton, sondern daneben auch jene hinreißenden Accente eines glühheißen Glaubenseifers, rednerische Brustbräche, welche klangen, wie wenn sie aus dem Munde eines wandernden mittelalterlichen Kreuzpredigers kämen, wohl auch gewürzt von einem volksthümlichen Humor, der nicht unwortheilhaft an die Tradition der Capuciner erinnerte. Den dramatischen Mittelpunkt aber bildete das Erscheinen der historischen Figur des Hofraths Buß aus der Rednerbühne, der, eben auf einer seiner Rundreisen begriffen, von der nächstvorbergehenden Station gerade Wegs auf den Handen insultirender Gassenbuben in die Versammlung getommen war. Das jähe Wesen dieses merkwürdigen Mannes, ein wunderbares Gemisch von glühender Leidenschaft und äußerster Trockenheit, verbefte nicht recht seine Wirkung. Mehrmals abstrakt in seinem Gedankengange, anschauungslos und langathmig verwickelt in der Rednerform, durch den raschen sich zudrängenden Ueberschwall der Ideen unverständlich, wurde der Agitator allein durch den Nimbus eines nie gebrochenen Eifers, durch die Sammlung all seines Strebens in dem Brennpunkt eines unverrückten Zieles — der Herrschaft der katholischen Kirche — in seinem Kreisen populär. Vielleicht hat unsere ganze Revolutionsgeschichte keinen eifrigeren und einseitigeren Charakter aufzuweisen. Aber seine unendliche Zähigkeit war nur das Spiegelbild der Zähigkeit seiner Partei. Alle andern Fraktionen konnten es nicht verwinden daß hier auf dort selbstständig Leben, die ultramontane alein steuerte unverrückt auf ihr einziges Ziel los, und jeder neue politische Gedanke der aus dem Gewoge des großen Geisterkampfs aufwallte, wurde sofort dem letzten Gedanken an die Erhöhung der Kirche dienstbar gemacht. — Am Eröffnungstage der deutschen Reichsversammlung fiel zwar der Antrag eines geistlichen Mitglieds durch, die Sitzungen mit einer kirchlichen Feier zu beginnen; aber wer in dem Augenblick wo unter dem lauten Spott der Gegner und der Galerie über diesen Vorschlag abgestimmt wurde, ungeblendeten Auges die Rei-

hen der Abgeordneten wusterte, der musste eingestehen daß der Klerus und sein Anhang in einer für seine Tage unglaublich starken Stärke in der Paulskirche vertreten war. Noch wusste man nicht, wenn diese Fraktion sich zuweilen wankend sah, ob so mehr zeigte der Hohn, womit die Demokratie den Antrag jedes Geistlichen entgegennahm, daß unsere Radikalen mit Blindheit geschlagen seien. Der entschiedene Augenblick war gekommen, wo die ultramontane Partei ihren Frieden schließen konnte mit der protestantischen Fürstengewalt, wo in Vergessenheit getaucht werden konnte das Gehässigste jener langjährigen Reibungen, um derentwillen nicht wenige protestantische Regierungen das katholische Element in ihren Staaten als ein feindliches oppositionelles angesehen hatten. Und dieser Friede ist geschlossen worden, obgleich es die Demokratie auch nur bei Versuch wenig hielt seinen Abschluß zu verhindern! Sie hatte eben damals ganz vergessen, daß überhaupt noch Fürsten und daß überhaupt noch eine Kirche existire! — Die Protestantisch-Kirchlichen fielen in den ersten Revolutionsumwogungen ganz außer Rolle als die Katholiken. Die protestantische Geistlichkeit wollte ihre Kirchenverfassung als eine schwebende Frage den politischen Errungenschaften accomodiren; der kath. Klerus accomodirte umgekehrt diese Errungenschaft dem festbestehenden Interesse seiner Kirche. Die Protestanten erwogen vom wie man kirchlicherseits dem Zeitgeist die angefahrlichsten Zugeständnisse machen könne; die Katholiken fragten wie die Zugeständnisse des Zeitgeistes am besten für die Kirche zu nützen seien. Der Protestantismus organisirte seine Presse, politische Zeitungspresse. Die Politik seiner Consistorien war gegenüber dem Andrang der Bewegung verhehrdingungsweise und unterhandelnd; die Politik des katholischen Klerus angriffsweise und diktirend. Beides entspricht dem Charakter der beiden Kirchen; es läßt sich auch recht errathen, wer am besten bei seiner Politik wegkommen musste. In den kleinern protestantischen Ländern zumal suchten die Kirchenbehörden eine Art von constitutionellem Weg einzuschlagen. Man schrieb z. B. Gemeindeversammlungen und Provinzialsynoden aus, die sich später in Generalsynoden zu spezialisiren sollten, wozu es aber in der Regel nicht gekommen ist, man räumte wohl auch den Laien bedeutende Zugeständnisse zur Mitberathung einer neuen Kirchenverfassung ein, weil man aber sofortschlagfertig auf halben Wege stehen blieb, so schwachte man dadurch einerseits die Autorität der Kirche, ohne doch auf der andern Seite irgendein bestimmtes Ergebniß zu gewinnen. Es hat dies z. B. in Nassau durch das ganze Jahr 1848 Decennatsfunden abgehalten, wobei ungeheuer viel geredet, geschrieben und gedruckt worden ist. Bei diesen Vorarbeiten ließ man's aber auch vorläufig bewenden. Dadurch wurde aber auch ein negativer Resultat erreicht. Denn alle diese Spekulationsfunden waren eigentlich nur darin einig, daß der damalige Zustand der Kirchenverfassung ein unhaltbarer sei; beilaufig machte man auch die Bayern mißtrauisch, welche glaubten, wo von den Pfarrern so eifrig gesprochen und geschrieben werde, da müsse es sich doch schließlich nur um Pfarrgehaltserhöhungen handeln oder um Verschärfung der Kirchenfonds. Der aufbauende Beruf wäre der Generalsynode zugefallen, die aber bis auf den heutigen Tag noch zu erwarten steht.

(Schluß folgt.)

Deutschland.

München, 13. Aug. Zur Prüfung und Berichterstattung über mehrere Eingaben in Betreff der Ausscheidung jener Militär-Individuen, welche sich bei der Einnahme der Düppeler Schanzen am 13. April 1849 durch besonders Muth und Tapferkeit hervorgethan haben, ist eine Commission zusammengesetzt worden, welche morgen ihre Berathungen beginnt. — Gestern sind vom holsteinischen Kriegsschauplatze Briefe von dem Oberst v. d. Tann und Bonneville hier eingetroffen, in welchen noch vorwahrend über den Mangel an tüchtigen Offizieren geklagt wird. Bouteville war mitten im heftigsten Schlachtgetümmel, ging aber gottlob unverletzt hervor. Aldosser ist von seiner Halsentzündung wieder hergestellt. Gestern gingen abermals zwei Unteroffiziere nach Holstein ab. (A. Abdz.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Flensburg, 7. August. Eine Privatcorrespondenz von vorstehendem Datum in „N. P.-Ztg." erzählt, daß dort eine Art Emeute stattgefunden, indem die Mannschaft aus dem Amte Hadersleben, die zur Armee abgehen sollte, sich dadurch für zurückgesetzt gehalten, daß nicht auch auch den übrigen schleswigschen Truppen die ältere Mannschaft einbernfen sei. Nachdem ihnen vorgestellt, daß die Mannschaft der übrigen Aemter folge solle, seien sie „vergnügt und zufrieden" abgezogen. Sofort sei darauf ein allgemeine Einberufung Seitens des Kammerherrn Tillisch ergangen, demzufolge sämmtliche Mannschaft zur Artillerie und Jusanterie, die seit 1837, zur Kavallerie, die seit 1842 gezogen worden, unverzüglich zum Dienste einberufen sei. (H. N.)

„Flensb. off. Tid." hat wieder eine Menge Entlassungen und Ernennungen im Herzogthume Schleswig. — Nach der „Berl. Tid." sind in Schleswig und auf Gotton ungefähr 80 Bauern in Haft, die sich feindselig gegen die dänischen Truppen bezeigt haben sollen; es heißt, daß erst 2 erschossen seien. — Der militärische Correspondent der „Nye Dy-Ltzere." vom 8. klagt darüber, daß sämmtliche dänische Truppen, mit Ausnahme zweier Brigaden, hinwaklen müssten. Derselbe erzählt auch, daß dänischerseits 3 Kanonen erobert seien, die sich in Schleswig befanden; wo die übrigen wären, die erobert sein sollten, wisse Niemand.

Der „Alt. Merc." schreibt: Aus der Stadt Schleswig erfahrt man, daß dort noch vor kurzer Zeit der männliche Theil der Bevölkerung des Dorfs Ober-Stolk, worunter Greise und Kinder, wenigstens der Vorschrift nach, bei Wasser und Brod eingesperrt gewesen, weil man bekanntlich einigen Verwundeten Schutz geübt, auf die Dänen und namentlich auf die gefallenen Oberoffiziere geschossen zu haben. Die armen Leute sollen dort in einem kläglichen Zustande angekommen sind.

Husum, 9. August. Husum ist am 6. August, Abends, von den Dänen, ungefähr 600 Mann stark, besetzt worden. Sie rückten auf dem Wege von Treya an. Die meisten Stammen aus der weiten Bürger sind geflüchtet. (N. fr. Pr.)

Rendsburg, 11. August. Am vorgestrigen Nachmittage zwischen 4 und 5 Uhr haben die Dänen Tonnig mit einer Compagnie besetzt, die Stadt aber bereits am folgenden Tage freiwillig mit der Anfrechtung wieder verlassen, sie sind zurückkehren würden. In Friedrichsstadt dagegen verschanzen sie sich. — Die Stadt Husum, wohin der bekannte Davdd mit seinen Satelliten zurückgekehrt ist, muß täglich 11 Ochsen, 72 Tonnen Roggen und außerdem eine bedeutende Donnation Speck, Gruuen ꝛc. an die dänische Armee liefern. Lange konnten die Reste der Stadt dazu nicht ausreichen. Den Landvogt Ahler und einen angesehenen Bürger haben die Dänen von dort fortgeschleppt. (H. N.)

Rendsburg, 11. Aug., Mittags 1 Uhr. So eben trifft hierselbst bei dem Generalcommando die Meldung ein, daß der Feind in der Stärke von zwei Bataillonen und einer Escadron widerum zerstelt Sorgdrück sich zeige und von dort in östlicher Richtung auf Duvenstedt sich ziehe. Der Generalstab begiebt sich sofort hinaus in das Feld. Wie es scheint, beabsichtigt der Feind, nach der am 8. vorgenommenen großen Recognoscirung, nunmehr zunächst einen gesicherten Uebergang über die Sorge zu gewinnen, um dann eher mit aller ihm hier noch zu Gebote stehenden Macht unsere Armee in ihrer Stellung vor Rendsburg anzugreifen. Dieser Angriff wird schulsicht erwartet; jenen Uebergang wird der Feind schwerlich gewinnen. (H. N.)

Kiel, 11. August. Ein französischer Offizier, welcher früher bei der Fremdenlegion in Algier als Freiwilliger mitgemacht hat, steht jetzt in gleicher Eigenschaft bei der schleswig-holsteinischen Armee, und schreibt über den dortigen Krieg unter anderm Folgendes in die Heimath: „Welcher Unterschied zwischen diesen Truppen und unserer Armee in Afrika! Die Truppen sind ausgezeichnet schießt geschult und nicht riegsgraubt, aber sie schlagen sich gut, weil sie patriotischer Enthusiasmus aufrecht erhält. Unsere holsteinischen Kavallerieregimenter sind ausgezeichnet und trefflich, es läßt sich, aber nicht leugnen, daß die dänische Kavallerie an Zahl und Kriegsübung noch vorzüglicher ist. Wenn wir in unsere Schlachten von Zahlen nicht sichtig, verschanzt gewesen wären, so wurde es uns wol viel schlimmer gegangen sein (nous aurions été bien autrement frottés). Die zahlreichen preußischen Offiziere sind die Seele des ganzen Heers; ungleichkommene sind sehr viele gebliehen. Die Dänen haben zwei Artillerieregimenter, sehr furchtbar unter uns aufgerannt haben. Eines ihrer Bataillone schoß aus unglaublicher Ferne und jeder Schuß traf; da die Dänen nur auf nahere Offiziere schossen, so haben sie uns eine große Zahl getödtet. Ein einziges Bataillon meiner Brigade verlor allein 27 Offiziere. Es war schrecklich. Ein dänisches Husarenregiment, das sich von der Masse entfernt hatte, blieb größtentheils in einem Sumpf stecken. Eines von unsern Bataillonen wurde von Kartätschen ganz aufgerieben. Wir haben jedoch eine Zahl Gefangene gemacht, besonders in den Scharmützeln, darunter viele Schweden, die als Freiwillige in den Krieg mitmachen. Wir haben noch 25,000 Mann gute Truppen, und aus Hannover erwarten wir mit Nächstem viele Offiziere, daran fehlt es uns sehr nach den großen Verlusten in der Schlacht. Die meisten Unteroffiziere taugen nichts, denn es fehlt ihnen an Kriegskunde und Unterricht, so daß sie nicht Offiziere werden können. Unser General v. Willisen ist solid und thut, was er kann, um den guten Geist der Truppen zu erhalten; aber, unter uns gesagt, ein guter Friedensvertrag wäre besser, denn gewinnen wir auch einen Vortheil, so werden gleich die Russen gegen uns auftreten. Es heißt, im dänischen Lager sei ein Abjutant des Czars." (A. Z.)

Kiel, 11. August. Es verlautet hier, daß im dänischen Hauptquartier zu Schleswig sich eine Attache der englischen Gesandtschaft befinde, um über die Ermittelung zur friedlichen Anordnung der streitigen Frage anzubiten. Nach Andern soll derselbe von seiner Regierung mit bestimmten Instruktionen versehen sein und definitive Vorschläge gemacht haben; auch soll ein russischer diplomatischer Agent zu gleichem Zweck sich dort befinden. Was hiervon basirt sind den Gerüchten, wonach die Dänen eine rückgängige Bewegung gemacht, in Verbindung. Gewiß wäre es eine Wohlthat, wenn selbst noch jetzt dem fernern Blutvergießen Einhalt gethan und die Angelegenheit in Frieden geordnet würde. (N. Pr. Z.)

Kiel, 11. August. Wie sind in der Stand gesetzt, Ihnen das nachstehende Schreiben des Hamburger Senats an die Statthalterschaft mitzutheilen: „Um die Stellung zu bezeichnen, welche Hamburg bei dem Wiederausbruche des Kampfes zwischen dem Königreiche Dänemark und den Herzogthümern Schleswig und Holstein hinsichtlich seiner Küsten, Häfen und Rheden, beiden Theilen gegenüber, einzunehmen beabsichtigt sich der Senat, die Grundsätze, nach welchen die zuständigen Hamburgischen Behörden vorkommenden Falles zu verfahren angewiesen sind, zur Kenntniß der Hohen Statthalterschaft zu bringen. — Die dem einen oder dem andern Theile angehörigen Kriegsoder Handels-Fahrzeuge sind gleich denjenigen befreundeten Staaten anzusehen und zu behandeln. Namentlich wird den auf Hamburgischen Gebiet Schutz und Asyl suchenden Fahrzeugen, sei es, daß sie der Seegefahr oder daß sie der Verfolgung sich zu entziehen suchen, das Einlaufen nicht

verwehrt werden. — Dagegen kann den Schiffen des einen oder des anderen Theils das Eindringen genommener Kriegs- oder Handels-Fahrzeuge in einen diesseitigen Hafen nicht gestattet werden, den Fall allein ausgenommen, wo nicht Kriegsgefahr, sondern Unwetter oder schwere Beschädigung des Schiffes durch See-Unfälle dasselbe zwingt, einen Nothhafen zu suchen ꝛc. — Hamburg, den 9. August 1850. Der Senat der freien und Hansestadt Hamburg. (L. S.)

Glückstadt, 10. Aug. Der als Socialdemokrat bekannte Heinrich Gümpel ist gestern Morgen verhaftet worden und nachdem seine Papiere versiegelt, nach Altona mit dem Abendzug unter polizeilicher Begleitung gebracht worden. Soviel man hört, soll dies auf Requisition der Altonaer Polizeibehörde geschehen sein. (H. N.)

Frankfurt, 9. August. Was die Gerüchte anbetrifft, daß Bundestruppen nach Holstein marschiren würden, so bin ich im Stande, Ihnen darüber genaue Auskunft zu ertheilen. Es ist allerdings die Rede davon gewesen, daß die einzelnen Staaten nach vor Zusammenritt erfolgender Convocirung der eigne Hand über Armeecorps zur Deckung der deutschen Grenze und zur Pacificirung Holsteins in Bewegung setzen sollten, in der Voraussetzung, daß die später zusammentretende Bundesversammlung einen solchen Schritt nachträglich billigen werde. Man glaubte eine solche eigenmächtige Handlungsweise mit der Dringlichkeit des Falles entschuldigen zu können; und zu leugnen ist es auch nicht, daß es sehr wünschenswerth wäre, wenn so rasch wie möglich auf diese Weise neuen unabsehbaren Verwickelungen in den Herzogthümern vorgebeugt würde. Namentlich ist durchaus keine Vorgleichheit vorhanden, daß Rußland nicht einschreitet, wenn die Schleswig-Holsteiner, unterstützt von den aus allen Theilen Deutschlands, herbeiströmenden Freiwilligen, Vortheile über die Dänen erringen sollten. Dennoch hat man diesen Gedanken für jetzt aufgegeben, weil man nach dessen Nachgiebigen Verwarnungen auch dem einzelnen Vorgehen einzelner deutscher Staaten für die deutschen Zustände befürchtet. Man beschränkt sich daher darauf, die Armeecorps marschfertig zu halten, damit man dem Beschluß der Bundesversammlung, Behufs er erfolgt, rasch Folge leisten kann. Um weise dringender ist das Bedürfniß, daß die regelmäßige Bundesversammlung schleunigst zusammentrete.

(Dr. Z.)

Karlsruhe, 10. August. Man spricht von Unterhandlungen des Ministeriums mit den Führern der Gothaer Partei in unserm ungleichen Lande, um in ihn eine Stütze beim nächsten Landtage zu erhalten. Das Ministerium, welches sich bisher in allen Punkten so willfährig gegen Preußen bewährte, wurde dadurch demselben gegenüber in eine ganz eigene Stellung gerathen, da die Gothaer Partei bekanntlich jetzt von besonderem Eifer sich zurückzuweisen sindet. Es wäre nicht unmöglich, daß der erfolgte Abmarsch badischer Truppen nach Preußen zu neuen Debatten in den Kammern Anlaß wurde, da dieselben ihre Zustimmung dazu bekanntlich nur auf eine Verstärkung des Hrn. v. Marschall hin gegeben hatten, wonach die betreffende Uebereinkunft seine besonderen Artikel gekündt sein sollten, ein Punkt, der aber doch stattgefunden hat. Von der Absendung neuer Truppen nach Preußen, die jedenfalls einen andern Weg als den über Mainz einschlagen müssen, ist für jetzt Nichts bekannt. In welchem Verhältnisse absoluter Abhängigkeit Baden jetzt zu Preußen steht, davon gibt auch die Sprache Zeugniß, die man sich von preußischer Seite nicht selten im Lande selbst gegen hochgestellte Beamten erlaubt. Man erzählt sich Aeußerungen solcher Art, die wahrhaft Entrüstung erregen müssen.

(N. W. Z.)

Karlsruhe, 13. August. Gestern Nachmittag überzog die hiesige Gegend ein sehr heftiges Gewitter, das sich stundenlang in wolkenbruchartigen Regenmassen entlud. Das Lager bei Forchheim wurde dadurch ganz unter Wasser gesetzt und von dem dabei herrschenden Sturm mehrere Zelte umgerissen, so daß es den Truppen unmöglich wurde, länger daselbst zu verbleiben. Um 9 Uhr begann deßhalb der Abmarsch derselben in die nachgiebigeren Ortschaften Forchheim, Marsch, Durlanchen, Grünwinkel ꝛc., wo vorher angeschellt worden war, die Oefen zu heizen, damit die bis auf die Haut durchnäßten Truppen sich trocknen und erholen konnten. Mit der größten Bereitwilligkeit wurde jenem Wunsche entsprochen.

(K. Z.)

Darmstadt, 13. August. Die heute erschienene Nro. 38 des großherz. Regier.-Bll. enthält eine Verordnung, die Verleitung der Militärpersonen zur Verletzung ihrer Dienstpflichten betr.: Ludwig III., von Gottes Gnaden Großherzog von Hessen ꝛc. Um den dringenden Gefahren vorzubeugen, welche daraus hervorgehen, daß bisher häufig versucht wurde, Personen vom Militärstand zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten zu verleiten, oder sonst von ihren militärischen Pflichten abwendig zu machen, haben Wir auf Grund des Art. 72 der Verf.-Urk. verordnet, und verordnen hiermit, wie folgt: 1. Wer Militärpersonen von den großherz. oder verbündeten Truppen auffordert oder anreizt, den Befehlen ihrer Vorgesetzten den Gehorsam zu versagen; oder wer in sonstiger Weise, namentlich durch Erregung von Unzufriedenheit mit ihrem Stande oder den militärischen Einrichtungen, solche Personen von ihren militärischen Pflichten abwendig zu machen, wird — insofern die Handlung nicht als ein schweres Verbrechen oder Vergehen einer höheren Strafe unterliegt — mit Gefängniß nicht unter einem Monat oder mit Correctionshaus bis zu einem Jahr bestraft. Art. 2. Auch wird durch den Art. 1 der gegenwärtigen Verordnung vorgesehene Vergehen haben in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen die Landgerichte, in der Provinz Rheinhessen die Kreisgerichte zu erkennen. Art. 3. Gegenwärtige Verordnung tritt vom Tage ihres Erscheinens im Regier.-Bll. an in Wirksamkeit. Urkundlich ꝛc. Aurerkannt, den 7. August 1850. — Ludwig. v. Lindelof.

Kassel, 7. August. Seit länger als einem Jahre sind die bei dem kurf. Hofmarschall-Amte eingerichteten Rechnungen der hiesigen Kaufleute und Handwerker, welche Waaren oder Arbeiten an den Hof geliefert haben, noch nicht verblichen. Es war fort und fort Mangel an Fonds angegeben worden, und alle persönliche Solicitationen, um zur Beschleunigung der Forderungen an die Hofkasse zu gelangen, waren fruchtlos gewesen. Jetzt aber soll der Kurfürst befiehlt, wenigstens theilweise diese Forderungen befriedigen zu können. Es waren zu diesem Behuf einige Fässer baaren Geldes vom Hause Rothschild in Frankfurt unwohl hier angekommen, aber ihr Inhalt hat kaum hingereicht, etwa den vierten Theil der Forderungen an die Hofkasse, welche im Ganzen gegen 200,000 Thlr. betragen sollen, zu befriedigen. Es sollen Gläubiger haben mit Abschlagszahlungen auf ihre Rechnungen vorlieb nehmen müssen. — In dem hier erscheinenden ultrademokratischen Tagblatt: „die Hornisse," hatte sich in der Nummer vom 3. Aug. als Leitartikel ein sehr aufreizender Aufruf an die Soldaten zur Theilnahme an dem Kampfe in Schleswig-Holstein befunden. Dieser Artikel hat schon am folgenden Tag hier eine Militärrohte veranlaßt, wodurch sämmtlichen kurhess. Soldaten bei Strafe verboten wird, „die Hornisse" zu lesen. Es dürfte gleichwohl kaum möglich sein, diesen Orden des Militärkommandos zur Ausführung zu bringen, da allen Anstand zu dem Entzeigleich der Besuch aller Schenk- und Bierhäuser untersagt werden müßte, indem man das gedachte verbotene Blatt täglich öffentlich vorlesen hören kann.

(Schw. M.)

Aus Weimar, 6. August bringt die „Berliner Nationalzeitung" den folgenden merkwürdigen Artikel: „Ein seltener Akt der Humanität wurde heute von unserem Kirchenrathe Keause in der Stadtkirche geübt: es war die Trauung eines Paares, von welchem der Bräutigam Jude, die Braut aber Christin (protestantischen Bekenntnisses) ist. Ebenso wie die Handlung selbst waren auch zwei Hauptmomente; die Rede und die Einsegnung, ganz „allgemein religiös" gehalten; so daß es keinen Anstoß nehmen konnte. Der Gott — so sprach der „würdige Geistliche" — welcher sowohl auf Sinai wie auf Golgatha sich als einen Gott der Liebe, als einen Vater aller Menschen geoffenbart, segne auch Ihren ehelichen Bund u. s. w. Der Braut, welche als Sängerin an dem hiesigen stadtischen Theater in Prag angestellt ist, spricht man laut und in unseren Gegenden vorgeschene Zulassigkeitsgründe ihres Christseins, da in Oesterreich die gemischten Ehen noch nicht gestattet sind; allein unser Cultusministerium ermächtigte dem Geistlichen in diesem Falle von dieser Verordnung abzusehen. Seit dem Erscheinen des neuen die Mischung erlaubenden Gesetzes über die bürgerlichen und christlichen Verhältnisse der Juden ist dieser Fall der zweite; bei dem ersten hatte der Oberrabiner Dr. Hes in Eisenach die Einsegnung vorgenommen." Vom Herrn Oberrabiner ist dieses begreiflich, aber Ehren-Kranse mag ein jüdisches Stuck Kirchenrath sepn!

Salzburg. Die Rückkehr des Kardinals Fürst Friedrich v. Schwarzenberg nach seinem neuen Bischofsitze in Prag sand am 8. in sehr feierlicher Weise statt. Se. Em. begab sich von dem Domkapitel und den anwesenden Clerus begleitet in die Domkirche, in welcher bunte Spal- und Zunftfahnen und der gewöhnliche Musikchor aufgestellt waren. Der Stadtpfarrer und Mitglieder des Cisterzienseritäten Salzburgs waren in ihren neuen Uniformen um den scheidenden Kirchenfürsten versammelt, welcher vor dem Hauptaltar knieend den heil. Segen durch den Weihbischof empfing. Nach Verdingung dieser Allerheiligsten in der Kirche befieng Se. Em. den Weg durch die Mitte der Gesamte sämmtlicher Glocken Salzburgs, und fuhr durch die dichtgedrängten Massen, welche herbeigeeilt waren, seinen letzten Segen zu empfangen, aus unserer Stadt, in welcher er durch 15 Jahre als Erzbischof restirt hatte. Eine große Menge Honoratioren in 60 Wägen gaben ihm die Straßwachen das Geleite.

Berlin, 11. August. Wie ich eben aus zuverlässiger Quelle erfahre, steht die Abreise Seiner Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen nahe bevor. Seine Königl. Hoheit wird sich, mit den umfassendsten politischen und militärischen Instructionen versehen, nach dem Niederrhein begeben und daselbst wieder ganz, wie im vorigen Jahre, die Leitung der Dinge in die Hand nehmen.

(K. Z.)

Berlin, 12. August. Die Union scheint jetzt trotz des Friedensschlusses noch immer keine Dictatorin gefunden, da sich wieder Braunschweig und Schwarzburg-Sondershausen, noch die jüngere Reuß-Linie und Lippe, ebenso wenig die beiden Anhalt und die Hanse-Männer daruber einigen können. — Hr. v. St. Paul, welcher in der Schlacht bei Idstedt, wo er seine Compagnie zu einem Sturmangriff gegen die Dänen führen mußte, gefährlich verwundet ward, ist, nach so eben eingetroffenen Mittheilungen, amputirt, und es sind ihm beide Beine abgenommen worden.

(N. Pr. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 10. August. Endlich ist denn auch ein vollständiges Verzeichniß der Todten, Verwundeten und Vermißten nach den Gefechten am 24. und der Schlacht bei Idstedt am 25. Juli erschienen, im Ganzen sind demnach 439 Todte, darunter 44 Offiziere 2718 Verwundete, darunter 90 Offiziere; 614 Vermißte, darunter 1 Offizier; im Ganzen 2771. — Unter dem 6. August ist dem Premierminister Graf Adam Wilhelm Moltke die Niederlegung des ihm ad interim übertragenen Portefeuilles der auswärtigen Angelegenheiten gestattet und Kammerherr Reedtz zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden. — Durch ein unterm 28. Juli

p. erlassenes Reskript ist dem Grafen Heinrich Anno v. Reventlow-Criminil die Leitung der früher von den k. Immediatkollegien und Departements besorgten Geschäfte, welche die civile Verwaltung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg betreffen, unter Beantwortung gegen den König übertragen worden, in der Weise, daß er zunächst das Exforderliche zur Erfüllung der in dem allerhöchsten Manifeste vom 14. Juli d. J. diesen Herzogthümern gegebenen Zusagen, so wie auch zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse und einer regelmäßigen Geschäftsgange, einzuleiten hat."

(D. R.)

Italien.

Turin, 8. August. Der Erzbischof Mansignore Franzoni ist gestern Abend 7 Uhr in seiner Villa zu Pianezza abermals verhaftet worden. Die anfängliche Verweigerung der Sterbsakramente an den verstorbenen Minister Santa Rosa, und die gestern beim Leichenbegängnisse wie es heißt verweigerte Absolution, werden als Ursache angegeben. Die Verhaftung geschah auf Befehl des Staatsanwalts, aber wie man versichert, auf Antrag des Ministerrathe. Er wurde in einem vierspännigen Wagen, in welchem ein Wachtmeister mit ihm saß, unter Reitebedeckung nach dem Fort Fenestrella gebracht. Die Patres vom Servitenorden sind gleichfalls verhaftet und nach Alessandria und Saluzzo abgeführt worden. Ihre Papiere und ihr Eigenthum wurden sequestrirt. Es herrscht lebhafte Aufregung über dieser Vorfälle. Minister Siteardi ist hierher zurück.

(N. M. Z.)

Amerika.

Newyork, 25. Juli. Man sind durch Eugen Sue mit den schauervollen Höhlen des Verbrechens und des Elends von Paris, durch Dickens mit denjenigen von London bekannt geworden. Die alte Welt hat ihren Antheil; die neue ist stellenweise nicht weniger ausfätzig. Wie es in dieser Beziehung in Newyork aussieht, davon macht man sich in Europa keinen Begriff. Newyork hat leider schon „Geheimnisse" wie eben so schreckenerregender Art, wie Paris, London und andere geheimnißbergende Städte. Vor den Thüren mancher Keller z. B. finden Sie, wenn das Wetter nicht zu kalt ist, Haufen von Kindern, deren Aussehen mehr als irgend etwas Anderes für die Nothwendigkeit öffentlicher Waschhäuser sprechen konnte. Mit Lumpen bedeckt, von oben bis unten in einem Schmutze steckend, welcher, von der Zeit verdichtet und gehärtet, zu einer Art wasserdichten und feuerfesten Ueberzuges geworden, die Kopfhaut voll Eiter und Grind, die Gliedern durch Krankheit entstellt oder durch Unfälle beschädigt, in steter Berührung mit den am verdorbensten Wagabunden reiferen Alters, von allem Unterricht völlig ausgeschlossen und Schulen kaum dem Namen nach kennend: so wachsen sie auf in Laster und Elend und leben einer schrecklichen Zukunft oder einem frühen jammerlichen Tode entgegen. Aus diesen unterirdischen Quellen der Armuth und Sittenlosigkeit ergänzt sich fortwährend die große Armee junger Landstreicher und Taugenichse. Wir erwähnen zunächst einer Klasse von Kellern, die physisch zu den besseren zählen, moralisch aber die ärgsten von allen sind. Sie zu beschreiben halten, wir für völlig überflüssig; bilden sie doch den stehenden Text der sogenannten „Mysterienliteratur" des Tages! Es sind Höhlen der Prostitution. Zwar hören wir dann und wann allerdings, daß die Polizei dem Nachen derselben noch ziemlich zeitig ein Kind entreißt, von den Hunderten aber, die sie ihnen nicht entreißt, wissen nur die Totenregister auf dem Todtenfeld oder die Wärter des Irrenhauses zu erzählen. Um ihnen ein „anlockendes" Aussehen zu bewahren, werden diese Plätze durchgängig ziemlich sauber gehalten; ihre Schenk-, Schlaf- und sogenannten Beschauräume aber sind mit Betrunkenen und Kranken angefüllt, denen unbeilbares Siechthum und völlige Verderbtheit in lesbaren Zügen auf dem Gesicht geschrieben steht. All' diese Keller sind Rum- und Branntweinhallen. Häufig haben wir einen solchen im nächsten Stadtviertel besucht. Derselbe enthielt zugleich eine Spielstube oder richtiger einen Spielkerker, in welchem, zur Zeit einer schwülen Sommernacht, an zwanzig Menschen eingesperrt war. Der Raum war mit Rauch und einer Luft gefüllt, wie sie nur ein Betrunkener zu athmen vermag. Wegen ihrer Verstecktheit sind diese Asyle der Lieblingsaufenthalte der niedersten Klasse von Trunkenbolden, da die festen Thüren und die verschlossenen Eingänge sie vor den Augen Aller und namentlich der Polizei durchaus sicher stellen. Ohne die geringste Furcht vor Störung können sie hier sich toll und voll trinken und jeder Art von Lasterschrei fröhnen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß es solcher und um bunt giftiger Rumschenken die besseren nicht mit eingeschlossen) gegen fünfhundert gibt. — Wir kommen zu den Speise- und Herbergekellern. Sie gehen in der Regel drei Klassen von „Kostgängern". Die 1. Klasse zahlt wöchentlich $7^1/_2$ Cents für Kost und Herberge, schläft auf einer hart von Spreu an ersten $12^1/_2$ Cents die Woche, auf dem nackten Fußboden und ist für den zweiten Tisch berechtigt. Die dritte Klasse endlich hat für 9 Cents wöchentlich den dritten und letzten Tisch und wird, wenn es an Schlafraum gebricht, hinausgetrieben. An Hausgeräth findet man in diesen Kellern nichts weiter, als eine oder zwei Bänke und einen langen Tisch. Die sogenannten Lebensmittel müssen die Kinder herbeischaffen, d. h. erbetteln. Ist aber die Zahl der Kostgänger zu groß, so schließt der Kellerhalter einen besondern Contrakt mit drei oder vier Bettlern oder neu Ankommenden, die ihm dann den Ertrag ihres Bettelns für die Kostvergünstigten Kinder um einen Spottpreis verkaufen. In einer festen Stunde, wenn die Kostgänger sich versammeln, liefern jene ihre Körbe zur „Fütterung" ab und der ganze Inhalt wird auf den Tisch ausgeschüttet. Die Kostgänger der ersten Klasse oder zu drei Schilling zu Mittag haben den ersten Schmaus; eine Viertelstunde lang wühlen diese Gourmands mit Händen und Zähnen in dem Haufen herum und suchen sich aus demselben die leckersten Bissen heraus: Ueberbleibsel von Schinken, Semmel, Gemüse, Hühnchen, Rostrippchen, Salat ꝛc. Nach Verlauf dieser Viertelstunde entfernen sie sich, nicht ohne einen herrschlichen Seitenblick auf den Achtzehn-Cents-Tisch, oder wohl auch mit einem Blicke des Mitleids auf die Neun-Cents-Kostgänger. Nun fegt sich, mit bei weitem geringerem Anspruchen, die zweite Klasse zu Tisch. Sie hat für ihren allerdurchsichtigen Appetit einigermaßen behaglich, und hat die Eine der letzten Klasse nur noch völlig abgenagte Stückchen und blanke Knochen übrig. Gleich Wölfen fallen die Neunpennyschreine über ihre magere-Portion her, und nicht selten erfolgt dann ein allgemeiner Kampf, in welchem dieselben Knochen, die noch vor Augenblicken zum Gegenstand spöttischen Gelächters schmückten, in bewundernswürdigem Durcheinander weiß im Keller herumfliegen, zum nicht geringen Schaden der kostgängerstehen Gliedmaßen und Köpfe. — Das Herbergesystem in diesen Höhlen ist einfach. Längs einer Wand wird für die erste Klasse der Kostgänger Stroh auf den Boden gewonnen Stunden zuvor arbeitslustiger Porzellan geworfen, es mag regnen oder schneien. Sie können dann zusehen, wie und wo sie draußen zurechtkommen. Der ganze Kellerraum aber ist in wenigen Minuten mit Stickluft und Koßlengas gefüllt, hinreichend, ein ganzes Regiment zu ersticken. Die schwerschließenden Thüren und Fenster gestatten der frischen Luft durchaus keinen Eingang — und wenn dann die Unglücklichen früh morgens hinausgelassen werden, sind in ihrem Aussehen die Wirkung dieser schrecklichen Haft keinen Augenblick zu verkennen. — Aufseedem gibt es noch Herbergekeller, in welchen Stroh zu 2 Cents und nackter Fußboden zu 1 Cent die Nacht zu haben ist. Die Ueberfüllung in denselben ist von derjenigen in den Kostgängerkellern nicht verschieden. Männlich und Weiblich findet man in einigen derselben durcheinander. Die abscheulichsten Scenen der Verderbtheit sind hier an der Tagesordnung. Schwarze und Weiße, Männer, Weiber und Kinder bilden eine einzige schmutzige Masse. Aber genug dieses unterirdischen Greuels!

(D. Z.)

Neueste.

** Würzburg, 15. Aug. Heute Abend um 6 Uhr werden Z. M. die Königin Therese hier eintreffen und im k. Schlosse abernachten.

Frankfurt, 14. August. Das Zeitungspublikum hat sich leider abermals von einer Mittheilung in der „Kölnischen Zeitung" eine leiten lassen. Diese Zeitung bringt nämlich die telegraphische Nachricht von hier: Das Pfennig hat sich aufgelöst", und da der Telegraph nicht lügt, so macht diese Nachricht natürlich die Runde durch alle Zeitungen. Was das Pfennig gethan hat, wird nächstens durch Veröffentlichung der Protokolle bekannt werden. Die im Publikum herrschenden Ansichten über das Verhältniß vom Pfennig und eigenen Nath sind übrigens sehr unklar. Bundesrechtlich gibt es nur ein Organ des Willens und Handelns für den deutschen Bund, nämlich die aus den Bevollmächtigten der Mitglieder gebildete Bundesversammlung, welche nur in verschiedenen Geschäftsformen, je nachdem verschiedene Gegenstände vorliegen, als engerer Rath oder als Plenum ihre Thätigkeit ausüben hat. Die wesentliche Differenz aber, welche augenblicklich Deutschland spaltet, betrifft nicht die geschäftlichen Formen, unter welchen das Bundesrecht zur Anwendung zu bringen ist, sondern die Frage selbst, ob es überhaupt noch ein Bundesrecht, ob es ein Organ des deutschen Gesammtwillens, ob es einen deutschen Bund, ja mit Schmerz muß man es aussprechen, ob es noch ein Deutschland gebe.

(F. D.-P.-Z.)

Gotha, 12. August. Unsere Bataillone haben von Berlin den Befehl bekommen, sich sofort bis zu Kriegszustand gefaßt sind, marschfertig zu halten. Den übrigen Unionsregierungen soll ein gleichlautender Befehl zugekommen sein.

(Fr. D.-P.-Z.)

St. Majestät der König von Dänemark hat sich am 6. August mit „Jomfrue" Rasmussen, welche die Dänen Lola Rasmussen nennen, zur linken Hand vermählt.

Paris, 12. August. Heute früh um 7 Uhr trat der Präsident der Republik seine Reise an und wurde dabei von den schon früher bezeichneten Personen begleitet. Vor dem Eisenbahnhof verhielt er sich lebhaft mit dem Minister Baroche und unserm ihn zweimal. Der Polizeipräfekt Carlier wird ihm bis Tonnere folgen. — Mehrere Journale versichern, daß des Präsidenten an einigen Orten seiner Reiseroute nicht der freundschaftliche Empfang harre. In Chalon und Macon hat man die Affichen zerrissen, welche seine Ankunft meldeten, und die zur Beantwortung der Adressen unausgefüllt gelassenen Tage „Die Deembre" mißhandelt. Mehrere Gemeinderäthe haben die Fonds zu Empfangsfeierlichkeiten verweigert. — Heute Nachmittag um 3 Uhr versammelte sich die permanente Commission im Palais Bourbon, um sich zu constituiren. Nur 18 Mitglieder, das Bureau mit eingerissen, waren anwesend. Die Galerie im Louvre restirt bedeutende Kunstschätze am Musée Standish und dem spanischen Museum, welche der Staatsrath als Privateigenthum Ludwig Philipp's anerkannt hat.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schreiberhause 2. Distr. Nr. 553.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 196. Würzburg, Freitag den 16. August. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 13 August. Infolge kgl. Kriegsministerial-Reskripts vom 12. d. M. haben Se. Maj. der König die Wiedereinführung der „Generale der Infanterie" und der „Kavallerie" zu genehmigen, und dabei zu bestimmen geruht, daß die Generale der Artillerie die Benennung „Feldzeugmeister" zu führen haben.

Würzburg, 15. August. Die l. Gerichtsärzte Dr. Sturz in Cassel und Dr. Vogel zu Aschaffenburg wurden in den Ruhestand versetzt.

Culturgeschichtliche Studien aus den letzten Jahren.

(Schluß.)

So gelegt sich also dem Volk nichts tiefer ein als das Bewußtsein des Schwankenden und Unsichern in den neuen Uebergangsstadium der protestantischen Kirchenverfassung, während die katholische Kirche gerade durch das Geschlossene ihrer Zustände in so bewegter Zeit imponiren konnte. — Der Protestantismus scheute sich als politische Macht aufzutreten. Drohend entwickelte sich eine politische Macht aus demselben. Durch die Macht der Ereignisse zur Energie getrieben, schloß sich in Preußen die Partei des Treubunds zusammen, mit der Tendenz das legitime Königthum mit dem heiligen Ort moderner Gläubigkeit zu taufen. Der religiöse Kitt schließt diese Partei nicht minder fest als der politische, um ohne dem allgemeinen immer stärker sich betätigenden Hunger nach einem positiven Kirchenthum wurde die Stahl-Gerlachsche Staatstheorie wohl wenig Einfluß auf Deutschlands Geschicke gewonnen haben. Der Conferenzdiviorismus dieser Partei scheidet sich jedoch wesentlich ab von dem der ultramontanen. Sie ist die Partei der positiven Politik mit religiös-kirchlicher Färbung, der Ultramontanismus dagegen des positiven Kirchenthums mit politisch-legitimistischer Färbung. Die katholisch-klerikale Partei fand bereits beim Beginn der Revolution fertig da, einer Kirche vorgeschrieben die man nur wieder zu machen brauchte, die pietistisch-legitimistische ist erst durch den Verlauf der Revolution zum inneren Abschluß getrieben worden. Aber ihr Einfluß wuchs ebenso unglaublich schnell wie jener der katholisch-klerikalischen. Man darf sich nicht wundern wenn jetzt nach der Entzweiung der Demokratie diese Partei neben der ultramontanen anzuwachsen thut die zäheste und thatkräftigste in Deutschland ist, denn beide sind ganz unerschrocken in der Durchführung ihrer Consequenzen und gehen dabei durch dick und dünn. Es ist darum auch ganz naturgemäß daß beide Parteien die Hand reichten in der Bekämpfung der Constitutionellen, der Nationalpolitiker rc. und daß solchergestalt die Partei, welche sich so gern die spezifisch-preußische nennt, im engsten Bunde steht mit der großdeutschen, ultrarechtlich-ultramontanen. Zwischen der Disciplin des Treubunds und der Pünktlichkeit eines Soldaten Parallelen ziehen, und zu dem klaren Gewußtsein, in welchem wir oben eine Scene der katholischen Vereine aus bewegter Zeit zu flüchtig skizzirten, wäre leicht ein Gegenstück aus den Entstehungstagen des Treubundes auszuführen. — Als Hoffmann von Ludwigsburg im September 1848 in der Paulskirche seinen gläubig kirchlichen Standpunkt geltend machte, spotte man dieß noch als eine verzeihliche Curiosität, etwa wie andererseits den Humor des Abgeordneten Wigard Wunde. In Hengstenberg's Kreuzzeitung war aus der „Curiosität" eine mächtige Partei geworden, eine Partei die selbst auf die große deutsche Verfassungsfrage und ihre Lösungsarbeit tiefgreifend geheimen Einfluß übte. — Von der Trennung der Schule von der Kirche, von der Civilehe und ähnlichen Dingen hatte man sich vordem fabelhafte Greuel gemacht, und in Frankfurt war sie versprochen, nun man eine Weile damit experimentirt, bleibt nur Eines als erwiesen — daß die Sitte im Volk mächtiger sei als jede theoretische Satzung. Verständige Gesetzgeber verbieten die Gleichstellung der Juden, und zur Antwort darauf feiningte das Volk die Juden. — Während die Kluft zwischen den rein politischen Parteien immer größer geworden ist, während der Riß welcher den Norden und Süden Deutschlands, welcher Gauen und Stämme kreuzt, immer klaffender zu werden droht, haben sich die Gegensätze des Protestantismus und Katholicismus neuerdings insoweit ausgeglichen gezeigt als die Elite der beiden Gemeinschaften sich auf dem Boden positiver Kirchlichkeit begegnen. Der Mutterwitz des Volkes begreift das recht gut, und braucht es in seiner Sprache, aus wenn er behauptet, die Pfaffen seien diesmal früher einig geworden als die fürsten. — Noch hat auch jener großen politischen Bewegung die Kirche einen Sieg gesichert. Erst nach dem Bauernkriege schloß sich der Protestantismus in kirchlich strengere Formen ab, und es ist bekannt wie gerade die Einbuße die der soziale Revolution es waren welche in Luthers Geist die Bedeutung des äußeren Kirchenthums wieder in den Vordergrund drängten. Durch die erste französische Revolution und die Befreiungskriege ward die Macht des protestantischen Rationalismus gebrochen und dem Pietismus und der Mystik der Romantiker der Weg gebahnt. Auch ist bekannt wie in den Anfängen des Deutschen schon verschiedenemal die Lust an leidigen Dogmatissen zu Gunsten einer praktischeren Religiosität ausgetrieben worden; durch die Wucht der Ereignisse scheint auch jetzt wieder der edlere Theil der Nation vom Pelagius zum Augustinus herüber worden zu sein, und der so manchen Sonne sittlicher Erbärmlichkeit aufgehen mußten, wird bei gar vielen das religiöse Bedürfniß wieder recht fühlbar. Namentlich hat man es Angesichts der verzweiflungsvollen Perspektive, die der Socialismus eröffnet, doch wieder einmal erwagt von der Benutzung der religiösen Momente in der Erziehung der Nation laut zu reden. — Auffallend contrastiren hiermit die Erscheinungen, welche wir gegenwärtig in den untern Volksschichten wahrnehmen. Schleiermacher hatte noch nöthig gegen die gebildeten Verächter der Religion zu argumentiren; jetzt wäre eine Bekämpfung ihrer ungebildeten Verächter am Orte. In dem Maße als der begüterte Mittelstand und die Gebildeten durch die Revolution religiöser gesinnt wurden, als die Regierungsgewalten in der Kirche ihre beste Verbündete erkannten, schwand die religiöse Sitte bei den Arbeitern des modernen Styls, beim Proletariat und leider auch bei einem großen Theil der Bauern. Auch der klerikale Einfluß hat hier offenbare Rückschritte gemacht. Die münsterländischen Bauern welche im Jahre 1848 fast nur ultramontan conservative Männer nach Frankfurt gewählt hatten, sandten im Jahre 1849 fast nur Radikale nach Berlin. Dieß hatte weniger zu bedeuten. Allein überall wirt z. B. gelagt, daß sich die Zahl der Meineide in den untern Volksschichten neuerdings erschrecken mehre. Der Begriff der religiösen Heiligkeit des Eides ist geschwächt, weil beim Volk mit anderen Autoritäten auch die Autorität der religiösen Sitte wankend geworden, und das Gesetz ist im Volksleben zu etwas todtes, nur die Sitte ist das lebendige Gesetz. Kirchendiebstähle sind in verschiedenen Gegenden etwas alltägliches geworden, seit man dem Proletariat die Kirche selber zu etwas alltäglichem zu machen wußte. — Wir bemerkten oben, daß der Drang zur „Emancipirung" von allem Kirchlichen aus den gebildeteren Schichten in die ungebildeteren übergefortbelt sei. Dieser Verlauf ist ein ganz naturgemäßer. Ein großes Resultat der Wissenschaft geht in der Regel im Verlauf von Menschenalters in die Weite in die Stufenreihe der Volksmassen über, daß je mit der folgenden Generation eine niederere Bildungsschicht die geistige Errungenschaft der höheren antritt, um sich dieselbe zu verwalten und populär zurecht zu schneiden. So nahm im 18 Jahrhundert die kritische, persiflirende Philosophie der ersten Denkern der Nation ihren Ausgang; einige Jahrzehende später bemächtigten sich die Leute welche aus der Intelligenz Profession machen, die Schongeister, Pastoren, Pädagogen rc. dieser Errungenschaft und popularisirten sie in Literatur, Theologie, Erziehungsbüchern; niederere Kreise wurden sie gewahr, daß die gebildetere Mittelstand dieses Rationalismus auf und verwofferte den schon einmal verwofferten Stoff zum andernmale in seiner Weise als praktische Lebensmoral; die dritte Verwässerung des bereits zweifach Verwofferten zu Gunsten der ungebildeten Hefebildung erfolgte durch den Deutschkatholicismus, und nun sind wir endlich bei dem vierten Stadium dieses Verdünnungsprozesses angelangt. Denn was die ganz Bildungslosen, was das Proletariat unter der Firma der freieren Kirche jetzt begierig entgegennimmt, ist nichts weiter als eine Abwasserung der allen kritischen und spekulativen Philosophie in seinen unreinlichen Verschüttungen. Das ärgerliche für den Mann der Wissenschaft besteht bei diesem Hergange nur darin, daß man ihm zumuthet jede dieser Verwässerungsformen als etwas ganz neues hinzunehmen, da er doch weiß, daß alles schon einmal da gewesen, und nur in dem Geschichte der Abnahmens und Verdünnens das eigentlich Neue liegt. — Als das trostlose erscheint es bei alledem, daß die unterste Volksschichte in Folge der politischen Revolution so erschrecken leicht mit der alten religiösen Sitte gebrochen hat. Der Fall ist jetzt nicht selten, daß die hälfte einer Dorfgemeinde sich als eine freikirchliche constituirt, bloß deßhalb, weil sie keine Kirchensteuer und kein Glockenschmiergeld mehr bezahlen will, und daß nachgehends die andere Hälfte beitritt, weil es

die Leute nicht mehr anhören wollen, daß jenen von ihren Steuergroschen im Waisenhause täglich vorgesungen wird. Aber eine Gemeinde mag einen Pfarrer nicht, den ihr die Kirchenbehörde hingesetzt; er wird petitionirt, drauf protestirt, und um den höchsten Trumpf auszuspielen, tritt schließlich die Gemeinde aus dem Kirchenverbande, wo dann der mißliebige Pfarrer — von Gotteswegen im Amte seinen Lohn hinkriegt. — Diese Erscheinung, namentlich unter den Bauern, ist etwas ganz neues. Die tiefgewurzelte Sitte brachte es sonst mit sich, daß das Landvolk einen Glaubenswechsel als das unverdientliche ansah, einen Abtrünnigen, einen Convertiten mit mitleidigen Blicke betrachtete. Diese Auffassung der Religion als einer ewig unantastbaren Sitte, welche durch Jahrhunderte niedergehalten, im verentwillen die Vorfahren vielleicht Elend und Verfolgung freudig auf sich nahmen, über deren Bruch wohl noch die Väter des lebenden Geschlechtes im Grabe sich umwenden würden — sie ist nie über Nacht bei dem gemeinen Manne wankend geworden. — Der Kirchenbesuch in den Städten nimmt zu; die Dorfkirchen verden. Der Bürger fühlt sich zu innigerer Einkehr in seine kirchliche Gemeinschaft hingedrängt; der Bauer tritt aus derselben, weil er sein Glaubensbewußtsein verlassen mag. Das Kirchenregiment hat neue Mittel in der weltlichen Macht gewonnen; mancher gemeine Mann mag von seinem Pfarrer nicht mehr die Mütze abziehen. Schwerer aber als alle äußere Gewalt und Herrlichkeit der Kirche wiegt die religiöse Sitte des Volks, die kirchliche Tradition, das treuherzige Festhalten. Wo sich einmal zu wanken beginnt, da kann es doch kein Stillweisteren, durch sein Predigen wieder gestützt werden, sondern nur durch eine politische und soziale Erschütterung und Erneuerung des ganzen Volkslebens von innen hervor. Nur Stürme aber und schwere Wetter reinigen die Luft und die Völker von Gewitter aus, mit dem bloßen Wetterleuchten ist es nicht gethan. (W. H. N.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 9. August. Unter den Verwundeten und Gestorbenen werden folgende Offiziere und Aerzte aufgezählt: Hauptmann Burow aus Neisse vom 1. Bataillon, Schuß in den Oberschenkel; Dr. Heilbutt aus Hamburg, Assistenzarzt im 14. Bataillon, Schuß in die Brust, gestorben am 28. Juli; Offizier-Aspirant Gustav Thorsgruber aus Hamburg, vom 1. Bataillon, Rückmarkschuß; Lieutenant R. Chalibeaus aus Kiel, vom 1. Jägercorps, Schuß in den Oberschenkel; Lieutenant Steinhaus aus Preußen, vom 4. Jägercorps, Schuß in den Unterkiefer; Dr. Heingemann aus Bodum in Westphalen, Jungirender Oberarzt im 15. Bataillon, Schuß in den Unterleib, gestorben am 28. Juli; Lieutenant J. C. Saraww aus Apenrade, vom 3. Jägercorps, penetrirende Brustwunde; Lieutenant Magnus von Lilienstein aus Plön, im 13. Bataillon, Schuß am linken Knie und den rechten Oberschenkel amputirt; Lieutenant F. Albrecht aus Mecklenburg, vom 5. Bataillon, Schuß am linken Knie; Fähnrich Ernst Schmidt aus Grundhof in Angeln, vom 4. Jägercorps, Schuß durch den Nacken, Verletzung des linken Schulterblattes; Portepeefähnrich Carl Hellwig aus Polen, vom 2. Bataillon, Schuß durch die Weichtheile des Oberarms und die Brustbedeckung; Hauptmann von Tripp aus Rheinprovinz, vom 14. Bataillon, Schuß in die linke Schulter, Kopf gestreift; Lieutenant C. W. Jacobsen aus Schleswig, vom 9. Bataillon, Schuß durch den rechten Oberschenkel; Lieutenant Hilliger aus Lauenburg, vom 4. Jägercorps, am 26. Juli todt eingebracht; Lieutenant Hermann Jenner aus Plön, vom 8. Bataillon, Schuß in die Brust; Lieutenant Schönfeld aus Schaumburg, vom 7. Bat., Schuß zwischen den Rippen.

Die „Gefion" liegt auf Moder und Sand. Am Bord befinden sich 100 Mann Preußen und 100 deutsche Marine-Soldaten. Der dänische Commandant in Eckernförde, Major Wergeland, hat ihnen verboten, sich in der Stadt zu zeigen. Das dänische Militär hat einen Corbon um die Fregatte geschlossen.*)

Rendsburg, 12. August. Das Gefecht von Duvenstedt hat zu einem sehr häßlichen Vorgang Anlaß gegeben. Vor einigen Tagen nemlich traf hier von einem deutschen Offizier dato nachfolgendes Schreiben ein: „Hochzuverehrender Herr General! Mit Wehmuth haben wir im verflossenen Jahre die gegenseiten Ihren Schleswig-Holsteind verlassen mussen, aber mit noch größerem Schmerz, tief betrübtem Herzen ist es mir heute — zur Unthätigkeit verdammt — dem Kampf um deutsche Ehre und Freiheit aus der Ferne zusehen. In vorgerückten Jahren, mittelloß und Familienvater, bin ich an den heimathlichen Boden gefesselt und gestatten mir meine anderen übernommenen Pflichten nicht, meine geringen Kräfte Ihrhhkdnig der Sache Schleswig-Holsteins zu weihen, so sehr mich auch mein Hang und die Gefühle für deutsche Ehre dahin ziehen. Kann ich nun auch nicht ihren Gefühlen eine werthhäfte Farbe verleihen, so ist es doch mein lebnlichster Wunsch, mich in andere Art an den heiligen Kampfe zu betheiligen. Euer Excellenz mögen mir daher nicht als eine Anmaßung auffassen, wenn ich hiermit die Bitte aussprechе, die beigelegte Ihyr demjenigen Unteroffizier oder Soldat, welcher sich in dem nächsten Gefecht durch Tapferkeit auszeichnet, als eine Anerkennung seines Verdienstes zu verleihen. Der verdienstvolle Umstänger möge hierbei nur die Absicht und nicht der verflossene Gegenstand von einem für Schleswig-Holsteins Sache warm und redlich fühlenden Kameraden kommt, in das Auge fassen. Mit besonderem Respekt und der ausgezeichnetsten Hochachtung zeichne ich re." — Dies Schreiben ward vorgestern dem Kommandeur der Avantgarde, Oberst Gerhardt, dem 2. Jägercorps, das im Gefecht bei Duvenstedt so tapfer gewesen, vor der Front verlesen. Die 2. Compagnie, die sich besonders ausgezeichnet, ward aufgefordert, Denjenigen zu bezeichnen, der nach ihrer Ansicht als der Tüchtigste sich bewährt habe. Sie nannte einstimmig den Jäger Rick, dem sofort von der Front das Ehrenzeichen verliehen. Dem geschenk überreicht wurde. Der hübsche, feierliche Akt schloß mit einer Belobung des ganzen Corps durch den Oberst Gerhardt und mit einem donnernden Hoch auf den wackeren Gebot! (H. N.)

Das Gefecht bei Duvenstedt am 8. war noch viel unglücklicher für uns, als es beim ersten Ueberblick den Anschein hatte. Wir erfahren nun, daß sie außer den Todten und Verwundeten, die sie auf dem Wege liegen lassen mußten, noch 93 mehr oder weniger schwer Blessirte nach Breggendorf mitgeschleppt. Darunter befindet sich auch ein dänischer Stabsoffizier, der von einem unserer scharfschützenden Jäger mit sicherer Hand am Fuße geschossen wurde, indem er sich Augenblick, da der feindliche Generalstab in die Schußweite einer gutgeführten Büchse herannirt, um besser recognosciren zu können. Die feindliche Recognoscirung ist vollkommen vereitelt, theils durch die Gewandtheit, mit der unser commandirender General die Stellungen und Stärke unserer Truppen zu maskiren wußte, indem er sich durch das Artilleriefeuer des Feindes durchaus nicht bewegen ließ, Truppen zu entwickeln, theils durch die Zurückwerfung des Feindes bei Duvenstedt. — Die Eile, mit der der Feind das Feld räumen mußte, ergibt sich aus einem kleinen komischen Zwischenfall. Es hatten, nachdem unser Vorposten sich anfangs zurückgezogen, die Affaire fur beendet angesehen und gingen der Duvenstedt mit bester Gemüthsruhe ans Abkochen. Dabei wurden sie von unsern Vorgehenden so plötzlich überrascht und so schnell geworfen, daß selbst einige über dem Feuer hängende Feldkessel von ihnen zurückgelassen wurden, deren Inhalt sich unsere echauffirten Leute wohlschmecken ließen. Als Probe des frohen Schlachtenmuthes unserer Mannschaft erzählt man noch verschiedene ergötzliche Anekdoten. So machte sich ein Hornist, der früher unter dänischem Commando stand, den Spaß, während der Attaque das dänische Signal zum Rückzug zu blasen, was ungeheures Gelächter erregte, als die Dänen, die dem Signal gehorchend, wirklich retirirten. Bei Vorgbrad stuften mehrere Artilleristen, als die Dänen einen unglücklichen Artilleriekarren machten, leere Wagen vor, worauf sich denn die Dänen, die sie für eine Batterie hielten, wirklich mit Hastigkeit flüchteten.

Den „Hamb. N." schreibt man aus Berlin: Wegen der Flagge auf der Gefion sind Unterhandlungen eingeleitet. Dänemark behauptet, Angesichts der Nichtratifikation des Friedens sei nur die Bundesflagge berechtigt solche nicht existire, sei die preußische nicht gerechtfertigt. Es müsse eine weise sein. Preußen erwiderte, so lange man den Frieden in Frage stelle, vertrete Preußen den Bund mitvollenden in den Grenzen des Protokolls vom 2. Juli. Hr. von Werther ist zu dringenden Vorstellungen aufgefordert worden. Unterdeß hat der Commandant der Gefion Instructionen erhalten, die sein Verfahren durchaus gut heißen und ihn veranlassen, dabei zu bleiben.

Kiel, 12. August. Es ist zur Erleichterung des Geschäftsverkehrs beschlossen, daß das Departement des Krieges von Kiel nach Rendsburg verlegt werden soll. Auch werden sich die Mitglieder der Statthalterschaft nach Rendsburg begeben. (H. N.)

Kiel, 13. August. Die Brücken über den Canal werden abgebrochen. — Die hiesige Bürgergarde hat Befehl erhalten, auf Trommelschlag marschirung zu sein. (K. telegraph. Corr.-Bur.)

Altona, 10. August. Gestern Abend sind hier fernere verhaftet worden: der Tischlergeselle C. Schröder und der Schneidergeselle Janssen, welche Vorsteher der „Verbrüderung" sein sollen, so wie auch der gestern Verhaftete Karl Brüyn, Präsident der „Verbrüderung" sein soll. (N. m. P.)

Berlin, 11. August. Es kommen jetzt sehr häufig directe Nachrichten von der dänischen Armee, ihrer Stellung und ihren anderweitigen Verhältnissen an. Sie gehen durch Schiffsgelegenheiten von Eckernförde nach Lübeck und von dort hierher. Ein gestern auf diesem Wege hier eingelaufener Brief spricht sich namentlich auch, daß dem commandirenden General v. Krogh ausdrücklich bedeutet sei, in der starken Stellung, die sich vom Westen nach Osten, von Friedrichsstadt bis Eckernförde ausdehnt, sich zu verbleiben und dort die Vertheidigungen und resp. Entscheidungen über die Fortsetzung des Kampfes oder eine Verständigung abzuwarten. Der Stärke und der Vorzug dieser Stellung wird nach jenen Berichte besonders durch die Wortheile gehoben, welche die Armee auf beiden Flügeln durch die Verbindung mit den maritimen Streitkräften, mittelst der Hafen Tonning und Eckernförde, erhält. Man rühmt bei dieser Gelegenheit auch den mitethaten Eifer, welchen bei der Verpflegung mit Proviant und Kriegsmaterial die russischen Kriegs- und Transportschiffe leisten. Endlich verschweigt man auch, daß durch norwegische, schwedische, englische und russische Offiziere die theils nur von ihren betreffenden Regierungen beurlaubt, zum Theil aber auch, wie namentlich die englischen und russischen, aus dem dänischen Dienste entlassen worden sind, den Versuch, den die Dänen bei Idstedt an Offizieren erlitten hatten, vollständig ersetzt wäre. Nur den Tod oder Verlust des General Schleppegrell erklärt man als unersetzlich. Was die schwedischen und norwegischen Offiziere anbetrifft, so werden sie in jener brieflichen Mittheilung nicht namentlich und mit Bezeichnung ihres Truppentheils, dem sie angehören, aufgeführt. Es werden dabei die Garde, das erste und zweite Leibgrenadierregiment, die Smålandschen Grenadiere und die Nordostschen und Westerbottschen Jäger als die Truppenabtheilungen genannt, aus denen Offiziere Erlaubniß erhalten haben, auf einige Monate freiwillig bei der dänischen Armee Dienste zu leisten. (H. C.)

Deutschland.

Frankfurt, 12. August. Man darf der alsbaldigen Veröffentlichung des Protokoll der Bundesplenarversammlung über ihre Sitzung vom 7. d., in welcher die Konstituirung des engern Rathes beschlossen wurde, entgegensehen. An die Mitglieder der Plenarversammlung selbst ist dasselbe bereits gestern vertheilt und an alle Regierungen versendet worden. Was preußische Blätter ergehen von einem Vorbehalte, den das Großherzogthum Hessen an seinen am 8. erfolgten Beitritt zu dem am 7. gefaßten Beschlusse geknüpft hatte, dahin gehend, daß damit nicht die Einführung der alten Bundesverfassung bezweckt werde, und daß der engere Rath von sämmtlichen deutschen Regierungen beschickt sein müsse, kann ich dahin als ungegründet bezeichnen. Aus glaubhafter Quelle vernehme ich vielmehr, daß der Bevollmächtigte Hessens, Hr. v. Münch-Bellinghausen, Namens seiner Regierung in seiner Beitrittserklärung ausdrücklich befugt, daß Hessen eine nähere Prüfung und Erörterung der Streitfrage über das Fortbestehen der Bundesverfassung in allen ihren einzelnen Theilen im gegenwärtigen Augenblick nicht für gerathen erachte, für jetzt vielmehr nur in der Einberufung der Bundesversammlung nach dem Antrage Oesterreichs den einzigen praktischen Weg zur sofortigen Erreichung des vorgesteckten Zieles erblicke. Außerdem sprach er Namens des Großherzogs in Uebereinstimmung mit den von den Bevollmächtigten Oesterreichs, Bayerns u. bereits abgegebenen Erklärungen die Erwartung aus, daß eine kräftige Bundesexekution auch in Bundesgericht zu Stande kommen, daß sofort zur Revision der Bundesverfassung geschritten werde, daß Vertreter der Nation zur Mitberathung ihrer höchsten Interessen beigezogen werden, und endlich die Dauer des Werkes der zeit weiter constituirten Bundesversammlung auf so lange sich erstrecke, bis das neu zu gestaltende Werk definitiv zu Stande gekommen sein werde. Durch diese allseitig gemachte Erklärung wird am besten die absichtlich immer aufs Neue wiederholte Verdächtigung und Lüge der preußischen und Gothaer Organe, als hegten die Regierungen der Südstaaten Unionsentgegenstehenden Regierungen weiter nichts als Widerherstellung des Bundestags, um es dann dahin zu bringen, widerlegt. Die Beschickung der Bundesversammlung durch Nassau und Braunschweig wird allgemein als sicher angenommen. Von einer Abstimmung über Nassaus Plenume habe ich nichts vernommen, es kann auch offenbar nur von einer Umwandlung desselben die Rede sein.

(N. M. Z.)

Gießen, 13. Aug. Wie man hört, ist der Dr. und Professor der katholischen Theologie, **Scharpf**, von den Mitgliedern der Senats bei einstimmung zum Rector der Universität für das folgende Studienjahr erwählt, resp. vorgeschlagen worden. Das größere Publikum sieht darin einen Beweis der Achtung, welchen die Universität außer den gewöhnlichen Verdiensten des Dr. Scharpf der hiesigen katholischen Fakultät zugleich mit habe geben wollen. — Bente sind in der Strafsache Rudolph Fendt nach Darmstadt abgeführt worden, um dort wegen nicht weniger als 15—17 Anklagen, meistens von schwerer Art, vor die Assisen gestellt zu werden. Uebrigens haben die bisherigen peinlichen Prozesse nach ihren Ergebnissen vor dem vorherrschenden Zeugniß der Geschworenen, wie es scheint, wenig Abschreckendes für die jugendlichen Volksmänner oder Volksredner gehabt. Man erzählt sich hier von verwundetlichen Neuerungen und Aeußerungen, die von einem hiesigen jungen Volksturmoktraten bei einer Volksversammlung, wo derselbe in Antrag war, Deputirtenwahlen auf dem Staatsfendorg demokratischerseits gehalten worden ist, gebracht sein sollen.

(Darmst. D. P. A.-Z.)

Wien, 8. August. Der ministerielle Oesterr. Corresp. enthält nachstehenden beachtenswerthen Artikel über Frankreich: „Es ist ein Irrthum, wenn man allgemein in Europa glaubt, daß in Frankreich durch die Republik nichts gewonnen habe. Es hat unstreitig gewonnen, und zwar ein nicht Unbedeutendes — die Ueberzeugung nämlich, daß eine Republik in Frankreich eine Unmöglichkeit ist, eine Seifenblase, deren schillernder Farbenglanz einen Augenblick lang die mäßige Denkensfähigkeit ergötzen mag, die aber in ihrer innern Hohlheit und Haltlosigkeit früher oder später zerfließen, sich selbst vernichten muß. Wenn Bonaparte sagte, daß er wünsche, der Republik noch wünschen zu können, so ist er nicht der einzige, den die nackte Wirklichkeit von dem Blendwerk seiner früheren Träume heilte. Die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände in Frankreich wird von den denkenden Geistern und von den aufrichtigen Patrioten dieses unglücklichen, geprüften Landes in Wort und Schrift offen bekannt. In den interessantesten Schriften dieser Art gehört eine unter dem Titel: „De la liberté et de l'avenir de la République française, par l'auteur de la lettre au roi de Prusse" jüngst erschienene. Der Verfasser, ein unter denjenigen, die den im Namen der Freiheit vor sich gegangenen Umschwung der Dinge begrüßten. Er hat dies um so mehr, als er, katholischer Gesinnung, der Hoffnung Raum gab, daß das Interesse der Religion durch den Triumph der Freiheit gefördert werde, so wie wahrer Freiheit, die Emanzipation von unberechtigten Einflüssen eine Stütze finden auch das Lebenselement der Religion ist. So richtig diese Ansicht an und für sich ist, so falsch war die Anwendung derselben auf den neu eingetretenen Zustand, so eitel die Hoffnung nämlich, daß hierer der Boden sei, auf dem Religion und alle höhern Interessen gedeihen würden. Denn die neue Gestaltung der Dinge in Frankreich eignete sich von der Freiheit nicht als ihr prunkendes Ausbängeschild an, dem aber, von dem ersten Augenblick an bis auf den gegenwärtigen, jede Dunkung ein neuer Schimpf gab. Die französische Republik ist nicht die Freiheit gebracht, die sie im Munde führte und die derjenigen Bestrebungen mit diesem Namen zu verbinden pflegt. Die Republik hat daher auch keine Zukunft. Der Verfasser unterscheidet nämlich gemau zwischen der bürgerlichen und der politischen Freiheit. Die bürgerliche ist ihm die reale, und somit die Quelle aller Segnungen; die politische Freiheit bezeichnet blos die formale, welche Unglück und Anarchie in ihrem Gefolge hat. Die Republik offert das Wesen der Freiheit dem leeren Begriffe und der bloßen Form. Unter dem verheißenen Freiheitsbaume erscheinen, den Cäsarismus niederhaltenden Religion muß die wahrhafte und begründete Freiheit aus dem Schooße der Familie hervorgehen, während die Demokratie sie vom Staate ausgehen läßt, der sie den Einzelnen nach Gutdünken und bevormundend zutheilt, wie sie Bonaparte so in kleinen auffallen, als der Osfammistaat, durch die Freiheit seiner Form den Schwankungen preisgegeben, sich, in der Pflicht der Selbsterhaltung, genöthigt sieht, die wesentliche Freiheit der Staatsbürger in demselben Maße zu beschränken, als jene Form sie gewonnen. Die bürgerliche Freiheit hat daher im umgekehrten Verhältnisse zu der sogenannten politischen, und je größer diese letztere, desto kleiner und verkümmerter die erstere. Die Monarchie ist daher nicht nur jene Staatsform, welche mit der wahren Freiheit des Staatsbürgers vereinbäglich, sondern die einzige, welche die sichere Garantie für diese bietet. Nur wenn ein fester Punkt im Innern gegeben ist, kann sich die Peripherie nach allen Dimensionen hin leicht und frei bewegen. Wie fremd aber der französische Boden insbesondere der republikanischen Staatsform ist, das zeigt die Vergangenheit wie die Gegenwart. Im Jahre 1793 wurden gegen 300,000 Menschen die Köpfe abhacken, um aus ihnen einen Wall für jene Regierungsform zu machen. Sechzig Jahre später soll der öffentliche Unterricht den Bürgern die Köpfe verdrehen, um sie den republikanischen Anschauungsweise anzupassen. Ein physischer oder geistiger Despotismus also muß durch künstliche Mittel für die Republik erzwungen werden. Die einzig mögliche Lösung der Wirren in dem parteidurchklüfteten anarchischen Frankreich ist — die Rückkehr eines legitimen Monarchen, der aber mit der nöthigen Energie auch ein warmes Herz für die Bedürfnis des Landes, und einen edlen empfänglichen Sinn für die hohe Bedeutung der Zeit verbände. Ein legitimer Thron, umgeben von zeitgemäßen Institutionen, ist es allein, der das Prinzip der Erhaltung mit dem der Fortschritter zugleich in sich vereint; in ihm allein vereinten sich die beiden feindlichen Elemente in dem Antagonismus unserer Zeit: Ordnung und Freiheit, versöhnend die Hand."

Wien, 11. August. Auch der hiesige „Neuigkeitsbote" berichtet von dem bevorstehenden Einschreiten Oesterreichs und der 4 Königreiche in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit. Das genannte Blatt sagt: In gut unterrichteten Kreisen will man mit Bestimmtheit wissen, daß Oesterreich, Bayern und Württemberg übereingekommen sind, in Schleswig-Holstein einzuschreiten, und dem weiteren Blutvergießen Einhalt zu thun, wozu Hannover und Sachsen mitzuwirken aufgefordert wurden. — Den in Böhmen und Vorarlberg stehenden Truppen werden noch immer Waffen und Munitionsvorräthe zugeführt. Im Salzerstädter Zeughause liegen eben jetzt 1374 Ctr. Gewehre zur Versendung bereit, wovon 750 Ctr. nach Prag und 624 Ctr. nach Innsbruck bestimmt sind.

Ofenbuim, 7. Aug., Vormittags. Ein furchtbarer Brand, der im Verhältniß zu dem zu Kraau noch in seiner Größe übertroffen dürfte, wollte am gestrigen Tage unsere Stadt völlig vernichten. Gegen 2 Uhr Nachmittags brach in der Katharina-Vorstadt, fast am äußersten südlichen Ende derselben, das Feuer aus, das durch den starken Südwind rasch auf den westlichen größern Theil dieser Vorstadt zugetrieben ward. Kaum waren die ersten drei Häuser sammt ihren Wirthschaftsgebäuden in Flammen, so trieb der Wind brennende Schindelstücke bis in die mehrere 100 Klafter entfernte Hauptgasse der Kirchgasse dieser Vorstadt und zündete. Hier verbreitete sich das Feuer — durch die allgemeine Schindelbedachung gefördert — nach allen Seiten, wälzte sich der Johannes-Vorstadt zu, ergriff in einem Moment die Hauptstraße derselben u. ihrer beiden sodann im Halbkreise um die Stadt sie schließt, erscheinen feuermeer. Es war unmöglich, diesem furchtbar wüthenden Element Einhalt zu thun, weil sein Alles vernichtendes Umsichgreifen schnell war und in den bereits gefüllten Scheuern und Heuböden zu viel Nahrung fand. Die größten Wirthschaftsgebäude und Frachtmagazinsstätten brachen sich in diesen beiden Vorstädten und fast alle niedergebrannt. In der Katharina-Vorstadt ist die Katharinakirche und in der Johannesvorstadt das Theater und Bürgerspital-Gebäude, der Gasthof zum Löwen und viele der schönsten Wohngebäude Ofenbuim's ist dem Grunde abgebrannt. Die wenig feuerfest gebauten, mit Ziegel und Schiefer gedeckten Gebäude hielten nur an einigen Orten den Brand auf. Das äußerlich feuerfeste Bürgerspitalgebäude (früher Kreisamtsgebäude) stand und auch um im größten Feuer, und wurde nur durch die besondere Rauchfangkehrer und angestrengte Bemühung unter der Leitung des Hrn. Bezirksbauptmanns bis auf die Nebengebäude, in welchen 30 Klftr. Holz verbrannten, glücklich gerettet. Die obere Stadt war nicht minder in Gefahr und wurde nur dadurch erhalten, daß auf den gefährlichsten Punkten die Schindeln von den Dächern abgeworfen und die herabgeflogenen Brände sogleich mit Wasser gelöscht worden. Die Gendarmerie und die geringe hier stationirte Militärmannschaft waren hindurch die ganze Nacht unter Waffen, patrouillirten und hielten Wache. Selbst die HH. Gendarmerie-Offiziere von Pordtenau und Hagenmüller und beeinträchtigten Gendarmen im Dienste. Das Bezirkshauptmannschafts-Gebäude war noch um 3 Uhr in Gefahr, und gegenwärtig — wo ich dieses schreibe — brennt es noch auf vielen Brandstätten. Durch die Nacht gab es mehrmals Feuerlärm. Die ganze Stadt war schon wach und in den Fenstern waren Lichter aufgestellt. Der Herr

Bürgermeister war durch die ganze Nacht am Orte der Gefahr und ordnete das Nöthige, auch wurde die Wache durch Bürger verdoppelt. Ueber die Entstehung des Feuers verlautet, daß es durch Schmelzen der Butter entstanden sein soll. Nach Verlauf von 4¼ Stunden lagen ungefähr 110 Häuser, nebst einer dreifachen Zahl Wirthschaftsgebäude zu Asche und über 200 Familien, worunter mehrere pensionirte k. k. Officiere und Beamte, waren obdachlos; die meisten haben fast Alles verloren. Die Menschenleben zu beklagen, konnte ich noch nicht erfahren.

Berlin, 13. August. Während seit fast acht Tagen namentlich die hiesigen Blätter von Gerüchten über eine Minister-Crisis wiederhallten, lautet heute plötzlich die einstimmige Neujahrsparole: Die Minister-Crisis ist zu Ende, allgemeine Versöhnung, energisches Vorgehen in der deutschen Politik! Wir unsererseits wissen nichts von einer Minister-Crisis; das aber bringen wir in sichere Erfahrung, daß der Streit über die deutschen Frage noch derselbe ist, wie vor acht Tagen. — Der ehemalige Schatzvieler Tzecsiai hat am Sonnabend die Nichtgiebigkeitsbeschwerde gegen das ergangene, auf Todesstrafe lautende Urtheil eingelegt. Nach gefälltem Urtheil ist T. in strenger Haft gebracht und, wie das bei den zum Tode Verurtheilten geschieht, geschlossen worden.

(N. Pr. Z.)

Italien.

Turin, 9. August. Auch das clericale Blatt Armonia hat zu erschrinen aufgehört. Die Regierung scheint entschlossen, des Erzbischofs Rückkehr nicht zu erlauben. Der Appellationshof verordnet die Sequestrirung aller erzbischöflichen Güter. Das kgl. Generalconsenant hat das Blatt Bister und alle Bestgenossen der Excommunication belegt. Die Truppen sind seit zwei Tagen consignirt. Die Agitation im Volke ist durch die Einführung des Stempels noch vermehrt.

(N. M. Z.)

Neuestes.

* Würzburg, 16. August. J. M. die Königin Therese kamen gestern Abend 7 Uhr hier an, und setzten heute Mittag 11 Uhr Ihre Reise nach Aschaffenburg fort.

** Würzburg, 16. August. Eine Batterie des hiesigen Artillerieregiments hat Marschorre erhalten.

München, 14. August. Der heutige Polizeianzeiger enthält Eingangs des Blattes folgende Bekanntmachung: „Die nichtpolizeidienstliche Versammlung der Deutschkatholiken betreffend. Die unterfertigte Behörde hat sich veranlaßt gesehen, die nichtgottesdienstliche Versammlung der Deutschkatholiken dahier auf den Grund des Artikels 19, Zeffer 5 des Vereinsgesetzes vom 26. Februar 1850 zu schließen. Dieß wird nach Vorschrift des Artikels 19 Absatz 4 dieses Gesetzes hiemit öffentlich bekannt gemacht. München, den 11. August 1850. Königliche Polizei-Direction München."

Frankfurt, 12. Aug. Die „H. B.-H." geht nun über die an der Kein. Ztg. falsch verbreiteten Nachricht, als habe sich die Bundesplenarversammlung aufgelöst, folgende sehr interessante Enthüllung: Die Bundesplenarversammlung hat bis jetzt bekanntlich über ihre Sitzungen und Berathungen nichts veröffentlicht und hält vielmehr dieselben noch immer durchaus geheim. Von denjenigen Bundesfreunde ist natürlich die Neugierde, etwas darüber zu erfahren, um es in den Zeitungen zu veröffentlichen, sehr groß. Aherlei Mittel werden angewendet, um hinter die Berathungen und Beschlüsse des Plenums zu kommen. Dazu dehen Kammerdiener, Pedelle, Schreiber u. gewonnen worden, welche sich von selbst. Einen derartigen Unregelmäßigkeiten wurden denn auch kürzlich derartige Anerbietungen gemacht, gegen die er die Geheimniße seines Herrn verrathen sollte. Dieser Diener war aber treuer, als der Verführer vorausgesetzt, er erzählte dem gemachten Verlauf, ihn zu bestechen, seinem Herrn, und dieser hielt ihn, die Rolle des verrätherischen und bestochenen Dieners dem Verführer gegenüber anzunehmen und durchzuführen. Am Freitag den 9. d. hatte der Unterzeichnete eine sehr wichtige Depesche zu besorgen; in athemloser Hast aber lief er damit zu dem unionsfeindlichen Verführer und ließ ihn einen Blick hineinthun in jene Depesche, welche der betreffende Bevollmächtigte seiner Regierung die trostlose Mittheilung, daß das Plenum sich aufgelöst habe. Wer war glücklicher über eine so fatale Nachricht, als unser Unionsmann! In hoher Eile wurde sie telegraphisch an eine Menge Zeitungen gesandt; nach Berlin bis zum Herr v. Radowitz damit gratulirte überall, wo Gothaer waren, flog die Nachricht auf Flügeln des Telegraphen. Ach! die Sache war nicht wahr, die Zeitungen, Hr. v. Radowitz und die Gothaer waren angeführt; das Plenum hatte sich nicht allein nicht aufgelöst, sondern es hatte sich gekräftigt. Als man sich endlich überzeugte, daß man wirklich getäuscht, da mußte die gestrige Nummer der „Pfälz. Ztg." (Nro. 223) den Versuch machen, durch ein Gemengsel von Lüge und schalen Spaßen jener Dummheit, mit der man in die Falle hineingegangen war, den Rücken einigermaßen zu decken. Einstweilen aber werden die Gothaer und Hr. v. Radowitz einen ungnädigen Sonntag gehabt haben, und den wird man ihnen gern gonnen.

Stuttgart, 13. August. Man spricht von einem aus Baden-Baden eingetroffenen Befehl des Königs zur Mobilmachung des württembergischen Armeecorps.

Hannover, 24. August. In Folge Minister-rückkehr versetzt die hannoversche Polizei sich-priestlich die 30 aus London in Hamburg angekommenen Flüchtlinge, welche ihre Dienste der schleswig-holsteinischen Armee anboten, aber vom Altoner Polizei aufgewiesen worden, mit dem Bedeuten, die Herzogthümer die Vermehrung ihrer Verlegenheiten nicht weiter zu betreten. Die hannoverschen Polizeibehörden sind angewiesen, dieselben, falls sie sich im Königreiche betreten lassen, sofort in Haft zu nehmen. (A. D.-P.-Z.)

Hamburg, 12. August. Am 7. d. M. hat sich der König von Dänemark die Modernostelle Rasmussen durch den Bischof von Seeland zur linken Hand antrauen lassen. Dieselbe war früher Putzmacherin und dem Kopenhagener Offizierkorps wohl bekannt, wurde dann Freundin des Königs und ist jetzt zur Baronesse Danner erhoben. Sie übt theils direkt einen großen Einfluß auf den König, theils durch ihren früheren Gatten, einen Buchdruckereigehilfen Namens Bendixen, der jetzt die zum Etatsrath gehiegen ist und die Stellung eines Privatsecretairs des Königs einnimmt. Wohlunterrichtete behaupten, daß die Rasmussen ihren Einfluß in dem revolutionär damschen Sinne ausübt, wie sie es gewesen sein soll, die den König in der Kopenhagener Revolution von 1848 zu dem verderblichen Nachgeben gegen den Kasinoclub bewog. Von politischer Bedeutung ist diese Vermählung insofern, als dadurch das Erlöschen des dänischen Königshauses zur Gewißheit gemacht ist. Daher widersteht sich das Ministerium dieser Vermählung, bis das Londoner Protokoll unterzeichnet war. Nachdem dieß geschehen, konnte die Vermählung auch nur im Interesse Rußlands liegen.

(Konst. Z.)

Wien, 10. August. Graf Bernstorff, der preuß. Minister am hiesigen Hof, hat um Versetzung in einem andern Posten, oder um seine Entlassung nachgesucht.

Wien, 11. August. Der Linzer Katholiken-Centralverein benachrich mittelst Circulare die sämmtlichen, dem katholischen Vereine Deutschlands einverleibten Einzelvereine, daß die vielbesprochene Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands am 24., 25. und 26. Sept. d. J. in Linz stattfinden werde, und hofft, die Abgeordneten und Vereinsangehörigen werden recht zahlreich an der freundlichen Donaustadt zusammen strömen.

A. Turin, 8. August. Nach dem offiziellen „Giornale di Roma" hat der Präsident der französischen Republik — zum Beweis der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der französ. Regierung und dem römischen Hofe — den Befehlshaber der päbstlichen Truppen, Fürsten Doria, zum Kommandanten der Ehrenlegion ernannt.

Turin, 10. August. Die demokratische Partei drängt das Ministerium immer mehr auf den Weg der brutalen Gewalt gegen die Geistlichkeit. Sie verlangt: 1) Aufhebung der Klöster, 2) Konfiskation der Güter des Klerus, 3) Stellung des Erzbischofs Monsignore Franzoni vor Gericht; nebstdem noch Verhaftungen gegen einige verdächtige Personen. (N. M. Z.).

T. D. Athen, 6. August. (Triest, 12. Aug.) Se. Maj. der König tritt in wenigen Tagen eine Erholungsreise nach Bayern an. Die Kammern werden zuvor geschlossen. J. Maj. die Königin Amalie bleibt als Regentin in Folge eines von beiden Kammern sanktionirten Gesetzes. Der König gedenkt gegen Ende August (neuen Styls) in München einzutreffen. (N. M. Z.)

Brüssel, 11. August. Schon heute kann ich Ihnen die Ernennung der neuen Minister mittheilen. General Brialmont wird Kriegsminister, Hr. van Hoorebeke, Minister des öffentlichen Arbeiten, und Hr. Faché tritt als Justizminister an die Stelle des Hrn. de Haussy, welcher Direktor der Nationalbank wird. Morgen bringt der „Moniteur" diese Ernennungen. (N. M. Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Fremden-Anzeige.

Den 15. August 1850.

Adler. Hagner, Geistlicher v. Geiselwind. — Delampes, Geistliche v. da. Kauf.: Bey v. Kassel. Kramm v. Hannover. Hoffmann v. Frankfurt. Schlesinger v. Hammelburg. Gärtner v. Krautheim. Hübner v. Lauterbach. — Bergdörfer v. Frankfurt.

Kronprinz. Frau Grüber v. Schlabern mit Dienstmagd v. Wiesenfeld. Meiske v. Hamburg mit Bed. v. Unguen. Betz, Part.: v. Worms. Lang, Professor v. Münster. Marquis, Kaufm. v. Elberfeld.

Schwan. Grüber v. Ochsenfurt m. Bed. — und der Mohlon. Frau Beisang v. Darmstadt. Fräulein Sophie v. Sandorf.

Wittelsb.-Hof. Kauf.: Breitendach v. München. Schuter v. Erfurt. Selig v. Düsseldorf. Mad. Werner v. Offenbach. Reinemann v. Berlin. Springer v. Köln. Bayer v. Detmold. Lederer v. Koburg.

Würtemb.-Hof. Frau, Schauspieler v. Danzig. Roger, Part. v. Stuttgart.

Frankfurter Cours.

Den 15. August 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	103	103½
„ 5% Metallique	81½	81⅝
„ 4% „	62½	63
„ 3% „	47⅝	48
„ 2½% „	43⅞	44
„ 4½% Bethmann	77⅞	78⅛
„ 4% „	87	88
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	101	101½
„ 500 „ 1834.	156⅞	157⅛
Preußen 3½% Sec. Schuld Scheine.	88	88½
„ 3½% 50 Thalerloos Scheine	107⅜	107⅝
Bayern 3½% Obligationen	84⅞	84½
„ 4% „	87	87½
„ fl. 100 Loose	100¼	100⅝
Würtemberg 3½% „	84½	85
„ 4½ „	98½	98¾
Baden 3½% „	82¾	83¼
„ fl. 35 Loose	31½	32
„ 50 „	53½	54
Nassau fl. 25 „	37⅛	37½
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	74⅛	74⅝
„ „ 25 „	28	28½
Hessen fl. 300 „	137	138
Sardinien Lee. 36 „	33½	33¾

Gestorbene:

Den 15. August.

Anton Obermayer, Inf.-Oberleutenant, 39 Jahre alt.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhof 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 197. Würzburg, Samstag den 17. August. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 15. August. Folgendes Reskript erging heute aus dem königl. Kriegsministerium an die beiden Armeeloye-Kommandos: „Zufolge allerhöchster Entschließung vom 11. l. Mts. sind zu den diesjährigen Herbst-Waffenübungen von den Infanterie-Abtheilungen des 2. Armeekorps, dann von dem 1. und 2. Bataillon des 11. Infanterie-Regiments sowie vom 2. Jäger-Bataillon keine Beurlaubte, von den übrigen hier nicht schon benannten Infanterie-Abtheilungen des 1. Armeekorps hingegen davon so viele der ersten vier Altersklassen zu einer 30tägigen Exerzierzeit einzuberufen, als erforderlich sind, um die Kompagnien zu Offizieren, Pionieren und Gemeinen auf 86 Mann zu stellen. Vom 1. Bataillon des 3. Inf.-Reg. in Ulm hat eine Einberufung nicht stattzufinden, jedoch werden die Armeekorps die Zahl derselben bestimmen. Die Zusprüfung der Kanonierie-Regimenter hat in der zweiten Hälfte des gegenwärtigen Monats zu beginnen, so daß die Einübung des Feldwirthses auch noch gehörig vorgenommen werden kann."

Die Reactionäre.

Man hat der conservativen Partei oft reactionäre Bestrebungen zugeschrieben. Man kann jetzt diesen Vorwurf viel weiter ausdehnen, und ihn der Majorität aller deutschen und freisinnigen Männer Mitteleuropas mit vollem Recht machen. Die hervorragendsten Männer Frankreichs, welche selbst zum Sturze des Julithrons beigetragen, werden als Hauptreactionäre von der demokratischen Presse bezeichnet. Die leitenden Männer der ehemaligen Frankfurter Nationalversammlung denken nicht mehr daran, die „deutschen Grundrechte" mit ihrem unbeschränkten Wahlrecht, mit ihrer schrankenlosen Preßfreiheit zu vertheidigen. Wenn alle Diejenigen als Männer des Rückschritts gelten sollen, welche die wilden Ueberstürzungen der öffentlichen Meinung im Jahre 1848 nicht in Permanenz erklärt haben wollen, so werden nur Wenige Lust zeigen, sich als Männer des Fortschritts zu geriren. Gerade Diejenigen, welche es mit der Entwickelung constitutioneller Institutionen am Redlichsten meinen, sie suchen sich jener utopischen Gesetze am Schnellsten und Eifrigsten zu entledigen, welche im Drange einer revolutionären Zeit entstanden, die Gesetzlosigkeit in einer immerwährenden Revolution erhalten müßten. Wir glauben, daß in einer künftigen Zeit keine Partei so sehr die Anerkennung des Historikers in Anspruch nehmen wird, als diejenige, welche man die freisinnigen Reactionäre nennen kann, welche benützt ist, mit starker Hand die Freiheit und Civilisation der Völker aus einer wilden Wogenbrandung auf einen Boden zurückzutragen, wo sie eine feste Unterlage und Bestand finden können. Es gehört mehr Muth, mehr Aufopferung, mehr Kraft und mehr Verdienst dazu, einen solchen rettenden Rückzug anzutreten, als sich in blinder Zuversicht von den Wogen vorwärts spülen zu lassen, die in nicht ferner Zeit ihre Last verschlingen würden. Die Majorität der französischen Nationalversammlung verdient mehr, als die Mehrheit irgend eines andern parlamentarischen Körpers, welcher während der letzten Jahre in Europa getagt hat, die Achtung und die Anerkennung der Welt. Wir nehmen in diesem Urtheil auch nicht das britische Parlament aus, welches mit großem Talent und mit wiederewollem Decorum ein altes Gesetz langsam annimmt und eine wohl zusammengefügte Staatsmaschine im Gange erhält, die mit gewöhnlicher Einsicht und Aufsicht sicher ist, die rechtes Geleise zu halten. Es hat nur das Staatsschiff bei schönem Wetter und im riesen Fahrwasser zu überwachen. Die französische Nationalversammlung hat eine unendlich schwierigere Aufgabe, die in ganz anderer Weise die Talente, die Kraft und den Muth des Menschen in Anspruch nimmt. Wie sind fest davon überzeugt, daß die Mehrheit in der franzos. Nationalversammlung, zusammengesetzt, wie sie ist, aus verschiedenen Elementen, doch vollkommen in ihrer constitutionellen Gesinnung übereinstimmt. Es ist Niemand in ihr, der dem Absolutismus und dem Despotismus hold wäre, Niemand, der dem Volke die Freiheit entziehen wollte, welche mit der Culturstufe desselben und mit der staatlichen Ordnung verträglich ist. Die Reaction in Frankreich ist die Reaction verständiger, patriotischer und liberaler Männer. Sie ist der Rückschritt aus einer gefährlichen Position, in welche die Revolution die Gesellschaft getrieben hat, und sie wird nur bis zu den Punkte gehetzt werden, wo die Gefahr aufhört und die Sicherheit beginnt. Es ist nicht ein planloses Zurückweichen, angetrieben durch einen panischen Schrecken, es ist nicht eine wilde Flucht, deren Entzücl Niemand vorhersagen kann, aber ein geordneter Rückzug ohne Verlust eines Mannes, ohne Einbuße einer Baggagestücke, der die Niederlage abwendet und den Sieg sichert. Das Preßgesetz, welches die französ. Nationalversammlung so eben erlassen hat, hat seine hervorstechenden Fehler. Nichts kann unweiser sein, als der Paragraph, welcher die Verfassung journalistischer Aufsätze zwingt, ihre Namen unter ihre Arbeiten zu setzen. Auch nun eine unmoralische Wirkung auf die Presse haben, wo moralischen Personen in derselben ihrer Verantwortlichkeit zu entheben und diese auf einzelne Personlichkeiten zu werfen. Der Name eines großen Journals gibt der Gesellschaft eine Garantie, welche der Name seines einzelnen Individuums ihr bieten kann. Die Debatte im Parlament, durch Personen, die Debatte in der Presse nur durch Worte geführt werden. Die Argumente sollen sichtbar werden, die Person, welche sie äußert, darf und sollte unsichtbar bleiben. Es ist charakteristisch von der politischen Presse in constitutionellen Ländern, daß sie stets eine Vollsommenheit verneint, daß sie nur eine Bedeutung hat, wenn ihre Ansprüche die Gedanken vieler Menschen repräsentiren. Nicht das Individuum, das sie niederschreibt, nur das Organ, das sie aufnimmt, vermag dieser Collectivmeinung eine Vertretung in der Oeffentlichkeit zu geben. — Als die „Times" Lord Palmerston angriffen, da sagte die Welt, daß die Mittelklassen Englands sich gegen die ministerielle Politik aussprachen. Niemand kümmerte sich darum, wer die Worte, in welchen die Meinungen von Millionen sich darlegten, niedergeschrieben hatte. Man konnte wissen, daß kein Pair des Reichs, kein Mitglied des Unterhauses jene Aufsätze geschrieben. Aber wer glaubte, daß sie größere Wirkung gethan, oder dieselbe Wirkung gethan, falls der Name Lord Stanleys oder Sir Robert Peels unter ihnen gezeichnet gewesen? Die Discussion wäre dann nicht zu einer großen Debatte zwischen Millionen englischer Bürger, sie wäre zu einem Streit zwischen einigen mehr oder minder hervorragenden Individuen geworden. Die Nation, die Parteien hätten ihr Urtheil an der Presse verloren, und sie wäre zum Tummelplatz für die Streitigkeiten einzelner Individuen herabgesunken. Aber das französ. Preßgesetz wird stehen bleiben, wenn die Fehler, welche es enthält, längst aus demselben getilgt sein werden. Die leitenden Grundsätze des Gesetzes — so ungemessen den jetzigen Zustanden Mitteleuropas — werden die Gesetzen, welche die Presse bringen kann, hintanhalten, ohne die Vortheile, welche sie der Gesellschaft zu bringen bestimmt ist, zu verlieren. Es liegt in der Natur großer, gesetzgebender Körper, welche mehr als zwei Parteien in sich fassen, und in welchen eine Partei die absolute Majorität nicht haben kann, daß es ihnen selten gelingt, Gesetze aus einem Guße hervorzustellen. Die einander brechenden Parteien verursachen jedes Werk, welches aus einem solchen Parlament hervorgeht, zu verunzieren und zu entstellen. Man darf aber daraus von der jedesmaligen Partei nicht verlangen, daß sie nichts thue, weil sie nichts Vollkommenes hervorbringen kann. Wenn sie das Beste schafft, was unter den Umständen möglich war, so hat sie genug geleistet. Die rothe Partei benutzte den Irrthum, in welchem sich eine Abtheilung der conservativen Partei vermuthet hatte, um dem Preßgesetz eine hölzige Verunstaltung zu geben. Das kommen wir bedauern, ohne darum die große Gefahr zu unterschätzen, welche die Majorität der französ. Kammer dem gesammten Mitteleuropa so eben gegeben hat.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Flensburg, 9. August. „Flyvepostten" wird von hier geschrieben, daß bei einer Nachforschung in dem Herzog von Augustenburg gehörige Kisten hierselbst gefunden seien; die, wie anzunehmen, Papier und Silberzeug enthielten.

Friedrichstadt, 9. August. Eine Privatcorrespondenz der „Ny. P.-Etterr." aus Flensburg erzählt, daß bei Friedrichstadt mehrere Bürger und Bauern auf die dänische Truppen geschossen hätten und daß in Folge dessen die ersten standrechtlichen Urtheile gefällt und vollzogen seien, indem die Bürger und Bauern, die mit den Waffen in der Hand ergriffen worden, sofort verurtheilt und erschossen seien.

Kiel, 12. August. Gestern war der permanente Ausschuß der Landesversammlung versammelt; die sämmtlichen Mitglieder sprachen sich dahin aus, daß in dem dringendem Falle, welcher nach Art. 85 den Zusammentritt der Landesversammlung bedingt, dieselbe jetzt zusammen berufen werden muß. Die Statthalterschaft mit dem

aufgefordert worden, die Einberufung selbst vorzunehmen, dieselbe hat dieses gerade entschieden abgewiesen, lieber drohend, was nunmehr zu thun sei, hat sich der Ausschuß noch nicht geeinigt. (D. R.)

Arnsberg, 13. August. Mit dem heutigen Morgenzuge traf von Kiel der Statthalter Besser hier ein; der Statthalter Graf Reventlau hatte sich seit längerer Zeit hier aufgehalten. Der Gouvernementschef des Auslandes, Graf Moltke, war weit augenblicklich hier. Vom Lande ist weiterhin nichts von Bedeutung zu berichten. Aus Eiderstedt dahingegen trifft die Meldung hier ein, daß unsere dort stationirten Mariniers drei dänische Patrouillen nach einander abgeschlagen haben. Diese Patrouillen waren ausgeschickt, um die Desertationen fur den Dänischen- und Marinedienst, der Landschaft Eiderstedt, Pfenningmeister Hand in Tönning und Petersen in Garding, nach Friedrichstadt abzuholen. Tönning und Garding sind nemlich von den Dänen, die nur einen kleinen Streifzug dorthin unternommen hatten, sofort wieder verlassen worden; in Friedrichstadt dagegen befindet sich unter Oberstlieutenant Holgesen das Commando der Avantgarde des rechten Armee-Flügels, und sollten die obengenannten beiden Beamten dort hingeschleppt werden, um dem Feind den letzten Rekruitirungsort zu Hand zu geben. Unsere Marine-Soldaten indeß begaben sich von ihren in der Nähe liegenden Schiffen an's Land und vertrieben, wie gesagt, die zum Einfangen ausgesandten dänischen Patrouillen. Die Dänen haben bei ihrem Rückzuge aus Garding in die zusammengelaufene Volksmenge geschossen, einen Mann getödtet und Mehrere verwundet. Um bei den Ederstedtern sich Gehorsam zu erzwingen — denn ohne eisernen Zwang wird dort nicht das Geringste zu erreichen sein, — werden die Dänen wohl eine nicht unbeträchtliche Truppenstarke dahin verlegen und so ihr Centrum noch mehr schwächen müssen. Die Requisitionen, die der Feind im Eiderstedtschen macht, sind von der Beschaffenheit, daß die hier einzelnen Personen anvertrauten beiden Beamten erklären, die Landschaft könne nun eben so gut gleich ganz geplündert werden.

(S. M.)

Aus Holstein, 13. August. Ueber die Behandlung, welche dem weggeschickten Inspektor v. Krogh in Kopenhagen zu Theil geworden, berichten die „S. M.“ Folgendes: „Wie man erfährt, hat der Polizeidirektor dem Hrn. v. Krogh andrauchlich andeuten lassen, daß er nicht für seine Unverletzlichkeit einstehen könne. Hr. v. Krogh hat dann auch in den Strassen der sanatisirten Residenz im wahren Sinne des Wortes sein Leben durch persönlichen Muth erkaufen müssen. Trotz der Begleitung zweier Polizeioffizianten ist er nicht blos verhöhnt, und insultirt worden, sondern in unmittelbarster Weise angegriffen und mit Steinen ꝛc. geschlagen, wobei auch jene Diener des Gesetzes nicht verschont geblieben sind. Nur dadurch, daß er, sich krastvoll, wie er ist, mittelst eines Stocks seiner Haut gewehrt hat, ist es ihm gelungen, sich nach der Hauptwache zu retten. Es sind Pflicht lorenzen sind während ihrer Haft in wahren Liebeshöhlen untergebracht gewesen und haben die Bequemlichkeit eines anständigen Logirs entbehren müssen; neben einander eingesperrt, haben sie erst bei ihrer Entlassung erfahren, daß sie sich so nahe gewesen. Während dieser Umstand schon hinlänglich beweist, daß in Dänemark nicht blos in der Masse und unter den Ungebildeten der Pöbel zu suchen ist, geht dies noch schlagender aus der dem Hrn. v. Krogh unterwegs auf dem Dampfboot zu Theil gewordenen Behandlung hervor. Bei niederströmendem Regen ist ihm, der als Decksgepäckgut mitgeführt ward, nicht gestattet worden, die zweite Cajüte zu betreten, ja auch nur auf eine Bank oder einen Stuhl auf dem Verdeck zu setzen, — und als er, ermüdet, sich auf ein Stück Holz niederzusetzen und den Kopf in seine Arme gelegt, sind einige, auf der letzten Station zugekommene neue Passagiere, nachdem sie seine Anwesenheit erfahren, zu ihm getreten, haben verlangt, daß der „deutsche Hund“ ihnen sein Antlitz zeigen soll, als er es nicht von selbst gethan, seine Arme weggerissen und ihn durch einen derben Schlag an den Kopf dazu gezwungen, wobei Schimpfreden und Insulten, besonders auch die Drohung, „er solle hängen,“ das Accompagnement gebildet haben. Es ist bezeichnend, daß dieser gebildete dänische Pöbel hinzugefügt hat, wenn die Justiz ihn nicht hänge, so würden sie es thun; sie wären auch auf dem Wege dazu. Kopenhagen ist eine fascismig-bacchantische Gesangesschaft geartene Mordgesellschaft gewesen ist auf Gravenstein einer der Peiniger des Hrn. v. Kr. gewesen, als jener dort mit seiner Batterie eingetroffen war. Und doch hat Hr. v. Kr., als ihm der Befehl ertheilt war, mehrere Tausend Thaler innerhalb 24 Stunden herbeizuschaffen, diese Summe nur einem Mannahmen bestimmtlich zu genügen gesucht. Zum Dank dafür wurde er am Abende des Tages, an dem er die Zahlung geleistet hatte, weggeschleppt!

(H. N.)

Deutschland.

Pforzheim, 15. August. Vorige Woche wurden 45 unheilbare (größtentheils blindsinnige) Irren von Illenau in die hiesige Siechenanstalt übergesiedelt. Beim Ausbringen derselben aus den 6 Omnibussen, in welchen sie hierher gebracht worden, passirte einem auswärtigen Israeliten, der sich unter dem dabei zahlreich anwesenden Publikum befand, der fatale Streich, daß er, indem er sich zu weit vorneigte, von einigen handfesten Wärtern des Siechhauses, die ihn für einen der neuen Ankömmlinge halten mochten, unter den Armen gefaßt und trotz alles Ach- und Wehrufes, trotz aller Betheuerungen und Protestationen, oder vielleicht eben deßwegen, in eine der bereit gehaltenen Zellen abgeführt und dort eingeschlossen wurde, bis sich nach einer halben Stunde der Irrthum aufklärte, und man den geängstigten Mann unter höflichen Entschuldigungen wieder entließ. Derselbe wird sich auf diesem Vorfall vielleicht eine Lehre entnehmen. (B. L.)

Frankreich.

Paris, 8. August. Die zweite Nummer des „Proscrit“ beweist, daß die europäische Demagogie nimmer rastet, daß die Revolution, welche es heute nicht wagt, Barrikaden zu bauen, im Dunkeln Minen gräbt. Der „Proscrit“ enthält ein von Leon-Rollin, Mazzini, Arnold Ruge und Albert Daraz unterzeichnetes Manifest an die Völker, und zwei andere, geschriebenen Artikel, worin die Hoffnungen der kosmopolitischen Revolutionäre angedeutet werden. Die Grundidee ihres Planes ist die Gleichzeitigkeit der insurrectionellen Bewegung bei allen Völkern Europas; sie nennen dies Organisation der Demokratie. „Alle Nationen waren nicht in gleichem Grade vorbereitet, sagt Leon-Rollin, indem er von den Schlappen spricht, welche die Demagogen des Jahres 1848 erlitten haben; Europa war nicht einig. Verfolgung und Unglück mußten erst alle Völker auf ein gleiches Niveau bringen. Diese Aufgabe war der Reaction angewiesen, und sie hat sie auf ihre Weise vollbracht. Seitdem ist der scheinbare Stillstand eingetreten, während dem die Arisstokratien Europas Triumph schreien. Haben sie nicht auch unter Karl X., unter Louis Philipp Triumph geschrien? Last sie machen; die Vereinigung unserer Kräfte ist zu Stande gebracht, und nicht die Centren, die Zonen sind es, die Ebre und die Weichsel allein werden aus ihren Ufern treten; aus allen diesen Flüssen hat sich ein immenser Ocean gebildet, bereit, auf einen einzigen Druck seinen Damm zu durchbrechen, auf einen einzigen Bauch, der Demokratie.“ Wie sie die Demokratie organisiren wollen, das wird in dem Manifest nicht verrathen, aber in folgendem Schluß deutet sich sprechen sie ihren Zweck kahn und offen an: „Wir brauchen es nicht zu sagen, auf welche Weise diese Organisation stattfinden dürfte. Für heute genügt es und die Dringlichkeit und die Möglichkeit derselben zu constatiren. Wir geben kein Programm, wir lassen einen Aufruf ergehen an alle Menschen, die mit uns einerlei Glauben sind, an alle Völker, die eine Nationalität zu erobern haben, an Alle, welche glauben, daß jede, wenn auch nur kurze Teennung des Gedankens und der That unbrüderungen ist, an Alle, welche sich gegen jede Entwickelung brutaler Gewalt im Dienste der Tyrannei und der Lüge. Wie sagen: kommt zu uns. Opfert nur secundäre Streitigkeiten und vereint euch auf dem Terrain, das wir euch anweisen. Es handelt sich darum, die europäische Demokratie zu constituiren; das Budget, die alle Jahre wiederkehrende Last, die grausam auf die Armee der Eingeweihten zu organisiren. Die emancipirten Völker werden das Uebrige thun. In ihrem Namen stehen wir heute auf der Bresche. Drücken wir uns die Hände — und zum Kampfe!“ Dieses Manifest ist aus London, 22. Juli, datirt und unterzeichnet: „Für den Central-Ausschuß der europäischen Demokratie: Ledru-Rollin, Joseph Mazzini, Albert Daraß, delegirtes Mitglied der polnisch-demokratischen Centralsission; Arnold Ruge, Mitglied der Nationalversammlung von Frankfurt.“ Bekannt wie der Charlatanismus der rothen Weltverbesserer ist, werden diese hochtrabenden Worte wohl Niemand in Verlegenheit machen; aber die Organe der Gemäßigten nehmen daran Gelegenheit ihre Parteien zur Einigkeit aufzurufen, denn der Uneinigkeit der Gemäßigten gegenüber seien selbst die ohnmächtigen Demagogen stark.

Aus Straßburg, 11. August erhalten wir über die Anwesenheit des französischen Offiziers, angeblich Oberst Latour Du Pin im dänischen Hauptquartier folgende Berichtigung: „Das französische Kriegsministerium hat die Gewohnheit bei bedeutenderen Expeditionen auswärtiger Mächte einen Stabsoffizier bei dem Hauptquartier derselben für die ganze Dauer des Feldzugs zu beordern. Dieser Offizier ist der militärische und offizielle Berichterstatter der französischen Regierung über alle Begebenheiten und Operationen. Es ist wohl überflüssig mich über die Wichtigkeit einer solchen Stellung des weiteren anzulassen. Aehnlicher Sendungen sind schon längst andere Stabsoffiziere, namentlich während des letzten spanischen Kriegs in Espartero's Hauptquartier. Latour Du Pin ist nicht Oberst, sondern Oberstlieutenant im Generalstab, und war bis Anfang gegenwärtigen Jahrs disponibel.

Italien.

Die „Armonia“ von Turin bemerkt über das ehrenwerthe Bestreben der Magistratspersonen gewisse Provinzen Piemonts, sich über die Anwendung des Siccardischen Gesetzes mit der Gesichtlichkeit zu verständigen, wie folgt: „Wie erfahren und der „Opinione“, daß ein in der Jurisprudenz in vorn vertraulichen Schreiben an die Bischöfe gewandt hat mit dem Ersuchen, einige Geistlichen ihrer respectiven Diöcese als Zeugen vorladen zu dürfen, und habe überdies den Richtern die Weisung ertheilt, sie sollten die Verwahrungen, welche diese Geistlichen in Bezug auf den Eid Sr. Majestät schwören, annehmen, ja anerkennen. Mit Genugthuung erwähnen wir dieser Thatsache, und zur Ehre jener Beborden können wir hinzufügen, daß es nicht die einzige dieser Art ist. Wenn eine Verhöhnung möglich ist, so kann sie nur von den Beborden ausgehen, nicht von den Bischöfen, welche unter den obwaltenden Umständen, die nur irgend möglich sind, annitelbar auf der Promulgation des fraglichen Gesetzes gemacht. Das bekannte Rundschreiben des Msgr. Franzoni ist gewiß so verschaend, wie nur immer möglich, und er hatte in der That keinen Schritt weiter gehen dursen, ohne seine Pflichten zu nahe zu treten. Man hat die Verhöhnung aber nicht gewollt, hat sie verworfen, hat sie wie ein Verbrechen behandelt.“ — Das „Echo di Mont-Blanc“ brachte vor einigen Tagen die Nachricht, daß der Präsident des Generaltrathes für den Elementarunter-

richt einen Schulvorsteher beauftragt habe, falls sich seine Geistlichen vorfanden, zwei gute Laien mit der Prüfung der Schulamtskandidatinnen in der Religionslehre zu beauftragen. Das amtliche Organ von Turin bemerkt hierauf in einer vom Präsidenten des höheren Unterrichtsrathes, Herrn Favo, unterzeichneten Erklärung, daß dieses nicht geschehen sei, weil es an Geistlichen gefehlt habe, sondern aus besonderen Gründen, die man später mit Stillschweigen übergehen könne. „Ich", sagt Mont-Blanc entgegnet; „um mein Verfahren zu rechtfertigen, wird der Präsident des höheren Unterrichtsrathes vorerst beweisen müssen, daß die Regierung, wenn auch nur in einzelnen Fällen, das Recht hat, uns exigener Machtvollkommenheit in Sachen des religiösen Unterrichts Richter zu bestimmen; dann, daß es im vorliegenden Falle absolut nothwendig gewesen ist, so zu handeln. Wir unserseits glauben, daß nicht einmal das Aergerniß, was man aufführen, oder das Verspiesse, was man je erfinden kann, einen hinlänglichen Grund abgeben würde, die erste Proposition zu beja hen. Es ist nicht das erste Mal, daß man die Laien glauben machen will, Regierungsbesuche seien in Angelegenheiten der Religion und Moral bessere Richter, als die Diener der Kirche. In dem von Hrn. Favo eingeschlagenen Verfahren sieht man die Anwendung der Grundsätze und des Systemes, welches von einem berühmten Staatsmanne leider befolgt wird; die Erziehung nämlich den Händen der Geistlichkeit zu entwinden, und sich selbst an die Stelle der Autorität der Kirche zu setzen. Auf diese Weise vernichtet man alle Religion, und arbeitet der Demagogie thätig in die Hände."

Nach verschiedenen Mittheilungen minsterieller und halbamtlicher Organe Piemonts über die letzten Augenblicke des Ministers de Santa Rosa, und die Nebenumstände, welche dessen Tod begleitet haben, scheint sich die bereits schon kurz erwähnte Sache folgendermaßen zu verhalten: Als der Graf de Santa Rosa sein letztes Ende nahe glaubte, ließ er seinen Beichtvater rufen, um mit ihm seine innern Angelegenheiten zu ordnen, und erhielt, wie das Ritzgimente hinzufügt, auch die Absolution. Bis dahin war alles in Ordnung. Der Minister verlangte darauf seine Wegzehrung und die letzte Oelung, und ließ seinen Pfarrer von San Carlo von seinem Vorhaben benachrichtigen Dieser begab sich sofort zum Minister, und erofsnete ihm, daß er diese heilhandlungen (die ad forum externum gehören) nicht verrichten dürfe, bevor er nicht das Aergerniß seiner früheren Beuehmen öffentlich gegebene Aergerniß auch öffentlich wieder gut gemacht habe. Da man seinen Tod, sagte der Pfarrer hinzu, schon seit längerer Zeit habe vorhersehen können, so habe er Gelegenheit gehabt, den Hochwürdigsten Erzbischof um Rath zu fragen, und in seinem natürlichen Antwort erhalten, daß man den positiven Kirchengesetzen zufolge dem Minister diejenigen Sakramente, die das forum externum angehen, nämlich das Sakrament des Altars und der letzten Oelung nicht spenden dürfe, bevor er nicht das öffentlich und vor aller Welt gegebene Aergerniß wieder gut gemacht habe, sei es nun durch eine öffentliche Retraction, oder indem er im Ministerrathe gegen das betannte Sicardische Gesetz stimme, oder doch der Kirche das Versprechen der Besserung gebe, und dem Gesetze entage. Der Minister hat es nun mit seiner — Ehre nicht vereinigen zu können geglaubt, der Kirche diese Genugthuung zu geben. Der Pfarrer mußte sich also entfernen, Santa Rosa ward tarauf vor Gottes strengen Richterstuhl gerufen. Daß der Pfarrer seinerseits nun auch das kirchliche Begräbniß verweigern mußte, liegt auf der Hand. Der Hochw. Erzbischof Msgr. Fransoni war gerade auf dem Lande. Die Minister Lamarmora und Siccardi begaben sich zu ihm, erbieten aber den Beschreid, er könne Nichts thun, als zugeben, daß die Leiche in die Pfarrkirche aufgenommen werde. Hiernach hat also die geistliche Behörde ihren Pflichten und den Kirchengesetzen gemäß gehandelt. Die eben uns zugekommene Nummer des „Univers" begleitet den Tod des Ministers mit folgenden Worten: „Santa Rosa ist vor Gott erschienen, wo wir alle erscheinen werden. Möge er Barmherzigkeit gefunden haben. Um aber die Geschichte seiner letzten Augenblicke kennen zu lernen, wollen wir Berichte anderer Leute abwarten, als solcher, die da wünschen, daß man ihren Handen nicht einmal die letzten Augenblicke des Lebens entreissen werde. Wir haben von ihrer Geschicklichkeit verschiedene Handlungen Beispiele genug, wir wissen wohl, wie sie um die Sterbenden herumschleichen, um sie von der Verzihnung abzuhalten, welche, da sie ohne Reue nicht stattfinden kann, für sie ein Spiel und eine Schmach wird, und wie sie, bewährt, die Nachwelt zu täuschen, indem sie jenen mit rhetorische Blumen in den Mund denjenigen streuen, die sie gezwungen haben, verzweifelt zu sterben. Wir wissen, wie Santa Rosa gestorben ist, und werden kein Hehl daraus machen. Schon vor einigen Monaten glaubte dieser Minister seine letzte Stunde nahe, und hat im Angesichte Gottes und der Menschen es bereut, daß er an dem Siegeswagen seiner Feinde sich angenommen habe. Einige Tage nachher, als die Furcht vor dem nahen Tode verschwunden war, so fürchtete er sich vor der Welt, wie er sich kurz vorher vor Gott gefürchtet hat, und retractirte zwar eine öffentliche Lüge seiner Retractation. Das ist von dem Manne, dessen erhabenen Muth in der Todesstunde die ministeriellen Blätter so sehr bewundern; ein armer und schwacher Geist, der es vielleicht nicht verstanden, auf die Stimme seines Gewissens zu hören, noch sie zu ersticken; ein Gefangener, der sich überdem den Umständen zu fügen gesucht hat; ein Advokat, der getraumt hat, sich zugleich mit dem verächtlichen Richterstuhle der menschlichen Meinungen und dem fürchterlichen Richter der gehemsten Gedanken aufsohnen zu können." Dem Ministerium ist nun aber eine gute Gelegenheit geworben, sich gegen den Vorwurf der Verbindung mit den Gegnern des Hochwürdigsten Erzbischofs Msgr. Fransoni mehreremale erlittenen Niederlagen zu rächen. Der Hochw. Erzbischof ist am 8. August von Neuem verhaftet und mit Gendarmen nach Fenestrelle abgeführt worden. Gleichzeitig sind die „Conferenzen" des heil. Vincenz, Pfarrkirche San Carlo administriren, verhaftet, und sämmtliche ihnen zugehörige Ordenshäuser geschlossen worden. Ihre Revenuen beliefen sich jährlich auf 32,000 Fr., sagt das ministerielle „Risorgimento", und wir zweifeln keinen Augenblick, daß dieses Geld, das ihnen für ihre Ordensgeschäften an dem Begräbnisse haben seinen Theil nehmen wollen, ihnen den Hass des Ministeriums zugezogen hat. Uebrigens wollen wir über den wirklichen Grund dieser barbarischen Maßregeln des Turiner Kabinetes sichere Nachrichten abwarten. In Bezug auf die letztere verbreiteten die radikalen Blätter bereits die Nachricht, daß in der Kiste der Papiere gefunden, welche eine geheime Verbindung mit den auswärtigen Feinden des Vaterlandes bekunderten. Das ministerielle Blatt hat nicht so viel Erfindungsgeist und sagt: Unter den mit Beschlag belegten Papieren befindet sich ein vom Hochw. Erzbischof geschriebenes Besehl, worin Minister Santa Rosa die Sakramente des Altars und der heiligen Oelung nur dann zu ertheilen, wenn er retractirt haben würde, und eine authentische Copie des schon erwähnten Rundschreibens an die Pfarrer. Was den Hochw. Erzbischof betrifft, so weiß man in Turin sehr wohl, daß wahren Grund noch nicht; die demagogischen Blätter haben auch nichts erfunden, und werden auch schwerlich etwas erfinden können. Er hat seine Pflicht gethan; die Verfolgungen gegen ihn haben sein Ansehen vermehrt, und deshalb möchte man sich seiner entledigen. Mit einem Worte, die Servilen sind verjagt, weil sie 32,000 Fr. Einkünfte hatten, und der würdige und unerschütterliche Kampfer für die Rechte der Kirche, Msgr. Fransoni, ist nach Fenestrelle abgeführt worden, weil die Luft daselbst im höchsten Grade ungesund ist. Mit der Aufregung in Turin hat es nicht so viel zu sagen, wie einzelne Blätter berichten. Daß es in Turin eine große, eine sehr große Anzahl von Demagogen gibt, ist bekannt, eben so wie auch, daß sich dieselben ihre Bewehmen der geistlichen Autorität bieten ein Dorn im Auge ist. Was Wunder nun, daß sich solche Leute zusammengerottet, Fenster eingeworfen, und selbst einzelne Geistliche mißhandelt haben. — Der Senator Santi, der als Gesandter nach Rom gehen sollte, hat Befehl erhalten, einstweilen in Turin zu bleiben.

Vermischte Nachrichten.

(Friedenscongreß.) Die Freunde des allgemeinen Friedens, welche im Jahre 1848 in Brüssel und im Jahre 1849 in Paris zu einem Congresse versammelt waren, werden in diesem Jahre zufolge eines Beschlusses des Pariser Congresses sich in unserer Stadt versammeln, und es sind die Sitzungen dieses Congresses auf den 22., 23. und 24. August anberaumt. Die Verhandlungen werden namentlich folgende von dem Comité aufgestellte Gegenstände betreffen: 1) Die Mittel und Wege, wie kunftighin zwischen den Völkern sich ergebende Streitigkeiten schiedsrichterlich beigelegt werden sollten; 2) das baldige Zusammentreten eines allgemeinen Kongresses der civilisirten Völker, mit der Aufgabe, ein völkerrechtliches Statut für die internationalen Beziehungen zu entwerfen; 3) die Dringlichkeit, alle Regierungen auf die Nothwendigkeit eines allgemeinen und gleichzeitigen Entwaffnungssystems aufmerksam zu machen; 4) die Beseitigung so mancher Veranlassungen zu Völkerkriegen mittelst gegenseitiger politischer und oekonomischer Maßregeln, insbesondere durch Entwickelung der Communicationsmittel, Erweiterung der Postreformen, Verminderung der Staatsausgaben, Verbesserung des Unterrichts- und Erziehungswesens, möglichste Ausgleichung der Münzen, Maße und Gewichte u., und endlich durch Ausbreitung und Weiterververvollkommnung der Friedensgesellschaften. Es ist von selbst verstanden, daß Niemand zur Betheiligung des Kriegs das Wort ergreifen kann. Wer sich als Mitglied des Congresses bekennt, erklärt sich dadurch hinlänglich für den Grundsatz, daß die Lösung völkerrechtlicher Fragen durch Waffengewalt den Lehren der Religion, der Philosophie, der Sittlichkeit und den Staatszwecken zuwiderlaufe, und daß die Humanität es vielmehr zur Pflicht mache, überall friedliche Ausgleichungen zu suchen. Demnach dürfen alle Erörterungen im Congresse nur die Mittel betreffen, den Krieg abzustellen und blutige Entscheidung durch angemessene, der vorgeschrittenen Gesittung entsprechende Einrichtungen zu ersetzen. An dem bevorstehenden Congresse werden sich — bereits eingetroffenen Anzeigen zufolge — eine große Zahl hochgeachteter Männer aus den verschiedenen Staaten Nordamerikas, aus England, Frankreich, Belgien und andern europäischen Ländern betheiligen. Auch in alle Gegenden Deutschlands sind zahlreiche Einladungen versandt, und von vielen Seiten ist eine Theilnahme zugesagt worden. Wer von hiesigen Einwohnern an Mitgliede von dem Congresse sich zu betheiligen wünscht, wird hierdurch aufgefordert, sich deßhalb schriftlich bei dem unterzeichneten Comité anzulegen. Die Anmeldungen müssen jedoch mit der Angabe der Wohnung versehen sein und bis spätestens Sonntag den 18. August an das Comité (Untermainquai 3) eingesandt werden, damit dieselben dem vereinigten Comité vorgelegt und unter Berücksichtigung des vorhandenen Raumes die erforderlichen Eintrittskarten ausgefertigt und den Mitgliedern vor Eröffnung des Congresses zugesendet werden. Karten für Zuhörer werden Dienstag 7, im Lokale des lutherischen Kirchenvorstandes, am Mittwoch den 21. August von 9—1 und von 3—5 Uhr, und Donnerstag den 22. August von 8 bis 10 Uhr ausgegeben. Frankfurt, den 13. August 1850. — Das Comité des Friedenscongresses.

Neuestes.

Eingesandt. Wie in Neustadt a. S. so zog auch am 13. M. in der Abenddämmerung der Hochwürdigste Herr Bischof Dr. Georg Anton Stahl unter dem Festgeläute der Glocken in die Stadt Hammelburg ein. Am 14. ertheilte Hochderselbe mehreren hunderten Firmlingen und der Stadt und Umgegend das heilige Sakrament der Firmung, celebrirte am Himmelfahrtstage Marieni unter Beimischung der Levitamten und des Stadtmagistrats der Stadt und einer sehr großen Volksmenge ein feierliches Pontificalamt, prüfte am 16. die Lateinschüler der Anstalt in den Religionsgegenständen, ebenso am 17. früh die Werk- und Sonntagsschuljugend und setzte dann seine Reise nach Brückenau fort. — Auch in hiesiger Stadt hat es sich in diesen Tagen gezeigt, daß die Saale noch spiegelklares Wasser in ihrem Flußbette fährt und nicht so getrübt ist, als manche glaubensloser Wühler in die Welt hinausposaunt, es waren schöne Tage, vielen zum freudigsten Troste — vielen aber auch zur tiefsten Beschämung, es hat sich gezeigt, daß in der altehrwürdigen Residenzstadt noch frommer Glaube, aufrichtige Liebe und tiefe Verehrung zu den Dienern der Kirche wohnen.

Karlsruhe, 14. August. Heute Vormittag kam eine Staffette sehr eilig von Frankfurt hier an und begab sich sogleich weiter zu Sr. k. Hoh. dem Großherzog. Man erzählt, sie überbringe von Berlin aus die Nachricht, daß nunmehr der Befehl zum weiteren Truppenaufmarsch ertheilt werden könne. (Sch. M.)

Karlsruhe, 15. August. Aus sicherer Quelle sind wir im Stand mittheilen, daß von Seite unserer Regierung an das Gouvernement in Mainz die Anzeige ergangen ist, es würden nachster Tage einige tausend Mann badischer Truppen durch das Gebiet der Bundesfestung passiren, um sich nach Preußen zu begeben. Von dem Gouvernement ist hierauf die Antwort ergangen, man sehe sich veranlaßt, einen solchen Durchmarsch oder ein Passiren des Rheins an der Bundesfestung vorüber zu hindern. Unsere Regierung läßt sich jedoch nicht abhalten, und wird der Ausmarsch nächster Tage erfolgen. (K. P.-P.-A.)

Wiesbaden, 15. August. Die öffentlichen Blätter haben sich schon viel über die Gegenstände der Berathungen der hiesigen Legitimistenversammlung zu schaffen gemacht. Außer den Fragen über die Verlangerung der Vormundschaft Heinrichs V. und Le Hochejacquelin's Antrag, die Zurücknahme des Mahlmordes betreffend, dürfte eine anscheinlich entfernstehe Frage, die über das Thronverhältniß der beiden Bourbonischen Linien, insofern die nächste und wichtigste sein, als von ihrer Entscheidung die Conventirung der monarchisch-constitutionellen Staate Frankreichs abhängt. Die Spaltung und die Legitimisten mit dieser Entscheidung fertig, da sie bei den historischen Ansprüchen der älteren bourbonischen Linie, die derselben nur gewaltsam breintrachtigt wurden, nicht gewillt sind, dieselben irgend wie durch einen Vergleich zu bestimmen, resp. zu alteriren; dieß um so weniger, da sie darauf mit Zuversichtlichkeit sind, als die Orleans auf dem Throne fahren, und bei etwaigem kinderlosen Verscheiden des Grafen v. Chambord, der Graf von Paris von selbst, also auch ohne Vertrag, Thronfolger sein würde. Dem Vernehmen nach soll auch der greise König Louis Philipp die Sache ebenwohl so ansehen. Unter der Orleanisten, welche sich, von ihrer Täuschung zurückgekommen, den Legitimisten genähert haben, sind wieder zwei Parteien zu unterscheiden, die Ehrgeizigen, die Spekulanten, denen es bei einer Staatsveränderung nur um Stellen zu thun ist, die sie bei der Republik nicht haben können, und die Redlichen, welche aufrichtig das Daafferingh nicht für so gut halten, als das Prinzip der Legitimität. In letzteren gehören bereits bedeutende Männer, wie Guizot, Nesin (Generalstaatsprocurator) und Mahier-Montjau, Generalstaatsprocurator unter Louis Philipp. Zwischen beiden Bourbonenzweigen windet und krümmt sich noch die Rolonatur des schlauen Thiers, weil er in gewissen geschichtlichen Erinnerungen nicht recht traut, sich anzuschließen, ungewiß, ob er vielleicht abgewiesen würde. (F. J.)

Hannover, 13. August. Die Nachricht, welche von Frankfurt aus wiederholt gemeldet wird, daß nemlich das zehnte Armeecorps des Bundes an der Grenze Holsteins zusammengezogen werden solle, kann wenigstens für die nächste Zeit noch nicht in Erfüllung gehen. Die erste Division dieses Corps bildet bekanntlich Hannover und Braunschweig. Im Hannoverschen weiß man aber nichts von der Einberufung der Truppen. Die Infanterie hat namentlich nur den gewöhnlichen Friedensstand und die Rekruten werden eingeübt. (W.-J.)

Sämmtliche Bischofe Ungarns werden sich in Kurzem zu einer Besprechung versammeln.

Berlin, 14. August. Die Antwort des österreichischen Kabinets auf die von Preußen in der Angelegenheit der Vorbeifahrt der badischen Truppen an dasselbe ergangene Note ist hier eingetroffen. Oesterreich hat den Frieden vorgezogen und sich dafür entschieden, daß die Entscheidung über den streitigen Punkt: daß Festungsreglement betreffend, durch ein Schiedsgericht herbeigeführt werde. Dieses Schiedsgericht soll durch drei preußische, drei österreichische Mitglieder und noch einen Obmann einer neutralen Macht zusammengesetzt werden. Gestern Morgen waren bereits vertrauliche Andeutungen aus Wien hier angelangt, welche darauf hinwiesen, daß Oesterreich es nicht zum Krieg kommen lassen werde. Im Laufe des gestrigen Tags traf dann die Note des Wiener Kabinets selbst ein. Man spricht in den hiesigen höheren Kreisen von einer Eröffnung des Petersburger Kabinets an Oesterreich in dieser Angelegenheit, welche den friedlichen Ausgang anempfohlen haben soll. In Bezug auf die preuß. Note, die Einsetzung des engeren Bundesraths Seiten Oesterreich seiner Bevollmächtigten anlangend, ist auch eine Antwort des österreichischen Kabinets erfolgt. Das Nähere darüber kann indessen noch nicht mitgetheilt werden, da die Veröffentlichung störend in den Gang der Verhandlungen eingreifen könnte. (Ls. D.P.A.-Z.)

A Turin, 10. August. Der Staatsanwalt ist beauftragt, die Anklage gegen Cyrjakiez Franzoni einzuleiten. Der König hat schriftlich das Benehmen des Ministeriums gebilligt.

C Paris, 14. August. Alle militärischen Punkte von Paris sind seit einigen Tagen stärker, als gewöhnlich, besetzt. — Der Bezielstrath von Montreuil hat den Wunsch nach Verlängerung der Regierungsgewalt Louis Bonaparte's ausgesprochen. — Der Kassationshof hat gestern beschlossen, daß Hr. Thiers nicht von der Wahler-Liste gestrichen werden soll. — Lord Normanby und seine Gemahlin sind gestern Abends nach Kissingen abgereist. — Nach einer Mittheilung Straßer's hat Hr. Bruch-el-Devireuxt neuen Hoffnung ein Mangel mitgetheilt, welche gepulvert sich als untrügliches Mittel gegen die Hundswuth bewährt hat.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Courts.

Den 16. August 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	1181	1180
„ 5% Metalliqué	81¼	81⅜
„ 4% „	62½	63
„ 3% „	47¼	47⅜
„ 2½% „	43⅝	43⅞
„ 4½% Bethmann	—	77
„ 4% „	66½	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	99½	100⅛
„ 500 „ 1834.	154½	155½
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	86	86½
„ 2 fl. 50 Prämien Scheine.	110½	—
Bayern 3½% Obligationen	„	83½
„ 5% „	89¼	89¾
„ 5% „	100	100½
Würtemberg 3½% „	„	84¼
„ 4½ „	96¼	96⅝
Baden 3½% „	82½	82¾
„ fl. 35 Loose	31⅝	32
„ 50 „	53½	54
Nassau fl. 25 „	24½	25⅛
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	74½	74⅝
„ „ „ 25 „	23	23½
Polen fl. 300 „	137	—
Sardinien Ltr. 36 „	33⅛	33⅜

Bekanntmachungen.

Im geistlichen Emeritenhause (Peterer Pfarrhofe) werden am

Montag, 26. August l. Js.

16 Mobiliarstücke 2 Uhr

mehrere Mobiliarstücke, bestehend in 1 Bett sammt den dazu gehörigen mehrfachen Ueberzügen und Leintüchern re., verschiedenem Weißzeuge, dann Gipsen-, Kupfer-, Schreiner- und Zinnwaaren öffentlich an den Meistbietenden versteigert und Kaufslustige dieß eingeladen.

Würzburg, 8. August 1850.

Die Administration der Emeriten-Anstalt für das Bisthum Würzburg.

Wohlfahrt, Kaffier.

Ausschreiben.

Die Herrn Söhne und Erben des dahier am 22. Juli 1850 gestorbenen kgl. bayr. Herrn Generalmajors Johann Philipp Freiherrn von Zobel-Giebelstadt-Darstadt wünschen alle Forderungen kennen zu lernen, welche gegen ihren Herrn Vater bestehen.

Auf Auftrag dieser Herrn Söhne lade ich daher alle Diejenigen ein, welche gegen den kgl. bayr. Herrn Generalmajor Johann Philipp Freiherrn von Zobel-Giebelstadt-Darstadt aus irgend einem Grunde etwas zu fordern haben, diese ihre Forderungen bei mir anzumelden, und mit den gehörigen Belegen nachzuweisen und zwar innerhalb 14 Tagen von heute an förmlich oder am Sonntag den 1. September l. J. Vormittags 10 Uhr mündlich in meiner Wohnung dahier auf der Hofstraße D. III. Nr. 80½. Alle Jene, welche mit ihren Forderungen sich bei mir nicht anmelden, können bei der Auseinandersetzung der Verlassenschaft nicht berücksichtigt werden.

Würzburg, 16. August 1850.

Treppner, k. Advokat.

Anmeldungen in Glaserkleidern werden per Elle hiesiger Währung entgegen genommen bei

Wertrieb Gebrüder Bär & Comp.

Fremden-Anzeige.

Den 16. August 1850.

Kronprinz, Mr. Bright, Rent. m. Familie, England. Paar, Rent. v. Paris. Mad. Dahm v. Stuttgart. v. Pulli von Brandl. Hdl. Kreisrichter v. Zweibrücken. Müller, Rothsch. v. Würzburg.

Rauf. Hof. Albrecht, Negotiant m. Frl. Tochter v. Mecklenburg. Schmitz, Apotheker m. Gat. v. Berlin. Tschip, Rent. m. Fam. v. Bremen. Schröder, Oekon. v. Osnabrück. Groschof, Fam. v. Elberfeld.

Schwan. v. Herstein, Gutsbes. v. Hofmeister, Kreisarchivar, Rent. v. Bamberg. Oberl. Gerstner v. Passau. Spieß, Kreisarchivar. v. Aschaffenburg. Fritz, Kaufmann a. Dresden, Hubner v. Mainz.

Deutsches Haus. v. Rupp, Part. v. Gottesberg. v. Kaedbel, Oberpostdirektor v. Klosterhal. Mr. u. Mrs Pool. m. Fam. v. Canton. Spohn, Bauunternehmer m. Fam. v. Tannenwig. Lesch, Brauer m. Fam. v. Zweibrücken. Gisi, Cand. med. v. München. Königs, Part. v. Pittan. Korte, Rtr. v. Oberelsbrunn. Baumann, k. Lieut. v. Burghausen. Frau Wiesinger v. Hammelburg.

Druck von Joseph Steib in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 65.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlig für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Beitung.

Expedition: Im Schrafhofe 2. Distr. Nr. 532.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 198. Würzburg, Montag den 19. August. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 18. August. Se. Maj. der König haben Sich unterm 10. d. M. allergnädigst bewogen gefunden, den Bezirksingenieur zu Schweinfurt, Joseph Leinbach, seiner gestellten Bitte entsprechend, wegen nachgewiesener temporärer Funktionsunfähigkeit im Hinblicke auf §. 22 lit. D der IX. Verf.-Beil. vorläufig auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand zu versetzen und auf die dadurch frei werdende Bezirksingenieursstelle in Schweinfurt den Civilassessor Karl Vogel in Ansbach, seinem Gesuche willfahrend, zu versetzen.

Die Parteien.

Zwei Parteien stehen in der Gegenwart in klarer Entschiedenheit einander gegenüber: die conservative und die revolutionäre Partei. Es sind dieselben nicht etwa blos durch ihre politischen Ansichten, sondern durch ihre ganze religiöse, soziale, wie politische Lebensanschauung einander principiell entgegengesetzt. Die Conservativen bejahen und bekennen unbedingt und allseitig das positive Christenthum als die Grundlage aller innern Gesinnung, und das positive Recht als die Grundlage des äußern Lebens und seiner Verhältnissen. Die Radikalen bekennen eben so entschieden die Zerstörung des positiven Christenthums und die Zerstörung des positiven Rechts als Ziel ihres Strebens. Dieser Kampf wäre sicher eher entschieden und die Partei der Verneinung und der Zerstörung wo her Partei der Bejahung und des Aufbaues glorreich überwunden; weit eher würde das Volk mit Abscheu von der Umsturzpartei, die sein ewiges und zeitliches Glück mit Tod bedroht, sich wegwenden und in der conservativen Partei die Trägerin seiner eigenen heiligsten Interessen und tiefsten Sympathien erkennen, — wenn jene unglückseligste Mittelpartei, die mit dem Namen „liberal" sich brüstet und deren Zahl Legion ist, nicht immer wieder mit Erfolg bemüht wäre, alles freie und kräftige conservative Handeln zu hemmen und zu lähmen und allen Angriffen sowohl als verstecken Rückzügen der Umsturzpartei Deckmantel und Vorschub zu leisten. Heute schreiben nicht die Stände, sondern die Parteien die Menschen. Es gibt conservative Staatsmänner und revolutionäre Staatsmänner; conservative Geistliche und revolutionäre Geistliche; conservative Adelige und revolutionäre Adelige; conservative Bürger und Bauern und revolutionäre Bürger und Bauern; conservative Reiche und revolutionäre Reiche; conservative Armen und revolutionäre Armen; conservative Gelehrten und Lehrer, vielleicht selbst conservative Fürsten u. revolutionäre Fürsten, — es ist kein Standesunterschied so stark, daß nicht alle Genossen Einer Partei, wessen Standes sie seien, in unzerreißlicher Solidarität verbunden wären; daher auch in unserer Zeit nichts Lügenhafteres zu finden, als den wesentlichen Unterschied der Parteien unter Nationen, die von Standesunterschieden und Standesinteressen freigewommen sind, zu verneinen. Zwischen diesen beiden Parteien in der Mitte aus verbreitet sich, wie gesagt, die sog. liberale Mittelpartei durch alle Stufen der Gesellschaft, ganz besonders zahlreich aber in den sog. gebildeten Ständen. Dem vor dem Jahre 1848 dominirenden Einfluß dieser sog. liberalen Partei ist es zuzuschreiben, daß die Revolution im Stande war, und an den Rand des Abgrundes zu bringen; würde es ihr jetzt gelingen, nachdem wir kaum gerettet sind, noch einmal das Regiment sich zuzeignen oder auch nur einen bestimmenden Einfluß zu üben, um nach ihrem Sinne die Verhältnisse zu ordnen, — wir wären bald wieder zum Abgrunde zurückgekehrt, um diesmal rettungslos in denselben zu versinken. Denn würde die Marzrevolution für Deutschland gewesen sein, was für Frankreich die Julirevolution war, die constitutionelle Monarchie aber auf breiter demokratischer Grundlage, und anstatt auf den alten Gott und das alte Recht, auf das neue Zeitbewußtsein und den Buchstaben einer Constitution modernsten Fabrikats gegründet, würde ihr Dasein der Meisten nicht so lange fristen, als das Bürgerkönigthum Louis Philipp's von der Julis- bis zur Februarrevolution sich gefristet hat. Aber nicht blos die Zukunft der Staaten, sondern die Rettung der ganzen menschlichen Gesellschaft hängt davon ab, daß die bisher falsche Liberalismus schwinde. Denn so lange er waltet, ist an eine gründliche Regeneration im Leben der Völker nicht zu denken, weil er die Prinzipien einer solchen Regeneration, wie die Mittel, welche dazu führen, gänzlich missennt, ja denselben geradezu entgegenwirkt. — Die Liberalen sind in den Prinzipien, obwohl sie in ihrer rationalistischen Oberflächlichkeit von einer tiefen und klaren Erkenntniß derselben weit entfernt zu sein pflegen, mit den entschiedenen Revolutionaren einig; nur wollen sie nicht unbedingt die Consequenzen dieser Prinzipien. Gegen die ächten Conservativen dagegen und ihre Prinzipien, bezüglich welcher sie meist die abentheuerlichsten Vorurtheile hegen, haben sie eine viel bittere Abneigung, nur möchten sie die Consequenzen, welche allein in jenen conservativen Prinzipien ihren festen und natürlichen Grund haben, zum Theile, und so weit es ihnen nützlich scheint, festhalten. Wie haben oben ganz kurz und concret gesagt, daß die Anhänger des positiven Christenthumes und des positiven Rechtes allein den Namen conservativ verdienen, und daß die feindschaft gegen beide das Wesen des entschiedenen Revolutionärs ausmache. Wie halten es nun die Liberalen mit dem positiven Christenthume und mit dem positiven Rechte? — Den Ausschlag der entschiedenen Revolutionäre ist: Nieder mit dem Christenthume! vor Allem muß die Welt, muß das Volk entchristlicht werden! — Stimmen die sattchen Liberalen dem Rufe bei? — Nein, das ist ja arg; das geht zu weit! das ist zu gefährlich! — Allerdings aber etwa diese Liberalen das positive Christenthum? — Nein, das wollen sie nicht, sie wollen es noch weniger als den Atheismus. Den Atheismus mißbilligen sie, die Atheisten gehen in ihren Augen zu weit! — obwohl sie viel zu tolerant und aufgeklärt sind, um eine Philosophie, die den Atheismus oder Pantheismus lehrt, von ganzer Seele zu verabscheuen! — Dagegen bringt derselbe Aufklärung, welche sie gegen den Atheismus so tolerant macht, sie dazu, einen an Haß steigenden Widerwillen gegen das positive Christenthum und seine entschiedenen Anhänger zu hegen. Sie lassen wohl den Namen Christenthum sich gefallen, die Sache aber kennen und wollen sie nicht. Sie wollen ein Scheinchristenthum ohne Autorität, ohne Glauben, ohne Kirche; — sie wollen die Prinzipien der unglaublichen Philosophie und einige für den moralischen Hausund den praktischen Staatsbedarf nützliche Consequenzen des Christenthumes. Wenn sie je durch Amt oder Umstände in die Lage kommen Christliches zu schützen, so thuen sie es nur halb, mit Widerstreben und nicht ohne die beweglichsten Entschuldigungen und die Versicherung ihrer Kreuzinnigkeit, wenn es etwa gegen Ultramontanen oder Pietisten, gegen Zelanten oder Mucker und wie sonst noch die Namen heißen, womit die gebildete Bauuersprache der modernen Welt die positiven Christen dem öffentlichen Hasse zu bezeichnen pflegt, sodgeht, dann sind sie dabei mit ganzer Seele und sie kennen keine Rücksichten mehr. Daß unter so bewandten Umständen die sogenannten Liberalen, wenn auch die rothe Republik ihnen in schwachen Stunden religiöse Anwandlungen beibrachte, der Revolution in religiöser Beziehung rastlos in die Hande arbeiten und arbeiten werden, versteht sich von selbst. Ja es bildet diese pseudoliberale Mittelpartei sogar den Gunsten der Revolution auf kirchlichem sowohl als politischem Gebiete eine unentbehrliche Uebergangsstufe, um die Mehrzahl der Menschen, die vor dem Atheismus und der sozialistischen Republik, als den letzten Consequenzen, zurückschaudern, von entschieden conservativen Bestrebungen abzuhalten und in unmerklichem Fortschritte immer weiter und weiter links zu führen. — Was nun ist bei so bewandten Umständen erst von diesen Liberalen für eine sittlich-religiöse Regeneration des Volkes zu erwarten, wozu doch unsere Rettung absängt, wie man jetzt selbst zu seinem Erstaunen vielfach an solchen Wunde hören kann, der vor ein Paar Jahren noch von Spott überfloß? — Nicht der Staat kann diese Regeneration bewirken, nur die Religion und Kirche, nur das christliche Volk selbst kann es, wenn der Staat der Kirche und dem religiösen Volksleben die volle Freiheit gewähren und schützt. Aber die Liberalen? Sie haben im Durchschnitt keine Ahnung von kirchlicher Freiheit, ihr Ideal ist eine anständige Knechtschaft für die Kirche, wie sich dieses wieder so recht augenfällig in ihrem Gebahren bei Gelegenheit jener großen That des Kaisers von Oesterreich gezeigt hat, wodurch er der Kirche die ihr gebührende Freiheit zurückgab. Daß das Schul- und Erziehungswesen im großen Ganzen dem revolutionären Geiste verfallen, hat die neueste Geschichte documentirt. Wer aber hat der Schule diesen Geist eingepflanzt? Das Regiment des falschen Liberalismus, das durch alle Mittel seiner Macht und Geschicke hinausgeschauben Staatsomnipotenz die Schule entchristlicht und von der Universität bis herab zur Volksschule die meisten und wichtigsten Stellen mit Aeopten des unchristlichen Zeitgeistes zu besetzen wußte. Würde der falsche Liberalismus im Volksleben seine Herrschaft behaupten, so ist natürlich um die Schule und die folgende Generation gethan. — Gerade aber wie zum posi-

tiven Christenthume, so steht dieser Liberalismus auch zum positiven Rechte. (M. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 13. August. Gestern Mittag ist der Dr. Lafaurie gegen Caution vorläufig seiner Haft entlassen worden. (H. N.)

Kiel, 13. August. Eine Abtheilung Dänen, bestehend aus 1 Oberst, 1 Hauptmann, 2 Lieutenants und 120 Mann, hat heute einen Streifzug nach dem Gute des Prinzen von Augustenburg Noer gemacht. Dort haben sie die Sachen des Eigenthümers theilweise zerschlagen und in den Keller eingedrungen und haben den dort vorgefundenen Wein theils ausgetrunken, theils weggeschleppt. Den Gärtner und den Verwalter des Gutes, die sie zu Anfang an einen Baum gebunden und ihres Gelehrt beraubt hatten, zwangen sie, nach Verrichtung ihrer Raubthaten, den Weg nach Gottorff ihnen zu zeigen, wo sie den Kutter und zwei andere Eingesessene mit sich wegnahmen. Wahrscheinlich haben sie einen gewissen Carsten dort gesucht, den sie jedoch nicht fanden. (H. N.)

Kiel, 15. August. Nach sicheren Nachrichten aus Eckernförde hat sich ein bedeutender Theil der dänischen Armee in und um Eckernförde concentrirt. Es werden starke Schanzarbeiten vorgenommen, namentlich bei der Windewby Mühle. Die dazu requirirten Tagelöhner von den adeligen Gütern erhalten einen sehr hohen Tagelohn für sehr kurze Arbeitszeit und die Gutsherrschaften werden bei Vermeidung militärischer Execution angewiesen, diesen Tagelohn zu bezahlen. Ein sehr probates Mittel, um bei dem unwissenden Proletariate dänische Sympathien zu erwecken, und ganz im Geiste der jetzigen dänischen Machthaber! (H. C.)

Altona, 15. August. Heute Nachmittag 5 Uhr wurden 200 dänische Gefangene nach Glückstadt transportirt; der Rest wird morgen folgen. (H. N.)

Rendsburg, 16. August. Die Dänen schießen ihre Vorposten allmählig weiter vor. (Oberl. telegr. Bür.)

Deutschland.

Aus Frankfurt, 15. August, wird der „N. M. Z." geschrieben: Das Protokoll der letzten Plenarsitzung, in welcher die Einsetzung des engern Rathes beschlossen und dem Präsidialhof die Berufung desselben anheimgegeben wurde, ist schon zu Anfang dieser Woche nach Wien abgegangen, nur wird wohl ohne Verzug von dort genehmigschreiben mit dem Einberufungsbefehle an alle deutschen Regierungen gelangen so daß vielleicht schon in wenigen Tagen der Bundesrath seine Thätigkeit beginnen kann. Ob Preußen und die bisher mit ihm unirten Staaten der Einladung Folge leisten werden, wird vielleicht bezweifelt, wenn gleich die vermaligen Worten des preußischen Ministerium darauf hindeuten, daß man über die Mittel und Wege, die bisherige Politik weiter zu verfolgen, dort keineswegs im Klaren ist. Bleiben aber die Unionsstaaten sämmtlich oder, wie es eher den Anschein hat, zum Theile dem engern Rathe fern, so wird die Frage wichtig, wie es in Bezug auf die Stimmen der Nichtvertretenden zu halten sei. Diese Frage wird in dem vor wenigen Tagen erst erschienenen ersten Hefte des „Archivs für das öffentliche Recht des deutschen Bundes" (Gießen, Ferdinand Buchhandlung) von einem Mitgliede der Bundesobservantmlung, dem als Staatsrechtslehrer und Preußenfreund hochgeachteten Staatsrath v. Linde beantwortet, daß es nicht dem mindesten Zweifel unterliege, auf Grund der provisorischen Geschäftsordnung vom 14. November 1851 seien die Stimmen der Abwesenden der Mehrheit, welche sich unter den in der Versammlung Anwesenden ergeben habe, beizuzählen, um dadurch die für gewisse Fälle in der Bundesacte verfangte Stimmenmehrheit oder Stimmeneinhelligkeit zu erzielen. Der Wortlaut der betreffenden Stelle in der Geschäftsordnung sagt ausdrücklich: „Jedoch soll in dem einen, wie in dem andern dieser Fälle, wenn bei nicht vollzähliger Versammlung abgestimmt worden, den Anwesenden, welche keine Vertreter bestellt, zwar das Protokoll zur Nachbringung ihrer Stimmen in der nächsten Versammlung offen gehalten werden, indessen, wenn auch diese Frist von ihnen versäumt, und nicht etwa ein weiterer Aufschub aus erheblichen Gründen bei der Versammlung nachgesucht und bewirkt worden, die Zuzählung ihrer Stimmen zur Vervollständigung der Mehrheit oder Einstimmigkeit ohne Weiteres stattfinden." Dieser Satz wird noch besonders wichtig in der Anwendung auf die Kuriatstimmen. Im engeren Rathe sind nemlich wie bekannt, die Kleinstaaten in sechs Kurien vereint, indem die großherzoglich und herzoglich sächsischen Häuser mit Homburg zusammen nur eine Stimme haben, eben so Nassau und Braunschweig, dann die beiden Mecklenburge, sodann Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg, weiter Lichtenstein, Reuß, Lippe und Waldeck, und endlich die 4 freien Städte. Von allen diesen Staaten sind, sodern mit Ausnahme von Homburg, Lippe-Schaumburg u. Strelitz hier anwesend, u. Nassau steht bestimmt in Aussicht. Nach den bei Kuriavertretung geltenden Grundsätze repräsentirt die in einer Kurie abgelegte Einzelstimme den Gesammtwillen aller Theilbaber, somit sind im engern Rathe nicht 17, sondern mit Nassau und dreierlei Stimmen anwesend, also weitaus mehr als nöthig sind, um zu berathen und zu beschließen, und die Zuzählung der noch abwesenden Stimmen wäre nur in jenen Fällen erforderlich, wo die Bundesacte Einstimmigkeit zur Gültigkeit eines Beschlusses verlangt.

Leipzig, 14. August. Der in der letzten Sitzung des akademischen Senats gefaßte Beschluß, die Ausstellung einer Vollmacht an den zum Vertreter der Universität in der 1. Kammer erwählten Prof. Dr. Tuch zu verweigern, ist, wie das Dresdener Journal meldet, durch Ministerialverordnung cassirt und die Ausstellung der Vollmacht angeordnet worden.

Wien, 13. August. Wie wir eben erfahren, werden die beantragten Reduzirungen bei den beiden Corps in Böhmen und in Vorarlberg vorläufig nicht in Ausführung kommen. Das Gerücht von einer Auflösung des Nimrodcorps in Böhmen, welches mehrere Blätter kürzlich brachten, war jedenfalls unrichtig, da dies Corps eben jetzt nothwendig gewordene Ergänzungsmannschaft, Waffen und Geschütze an sich zieht. (Schl. Z.)

Wien, 14. Aug. Sie werden sich erinnern, daß ich früher von der eventuellen Besetzung Bayerns durch österreichische und württembergische Truppen sprach. Ich kann Ihnen nun jetzt noch bestimmter versichern, daß die österreichische Regierung dem preuß. Ministerium die Anzeige gemacht hat: der fernere Ausmarsch von deutschen Truppen nach Preußen werde die unverzügliche Besetzung Bayerns durch österreichische und württembergische Truppen zur Folge haben. Diese Anzeige ist bereits (s. Z.) zur Folge haben. (A. Z.)

Wien, 14. August. Oesterreich hat in der deutschen Frage einen großen Schritt vorwärts gethan. Die Einberufung des engeren Rathes ist beschlossen worden. Wie hätten somit bald eine Antwort auf unsere Frage: Wo ist Deutschland? Mit der Constituirung des engeren Rathes besteht wieder ein deutscher Staat, dessen Existenz seit längerer Zeit suspendirt gewesen. Die auswärtigen Mächte werden nicht lange auf sich warten lassen, um diesen Beschluß zur Kenntniß zu nehmen, und auch „Preußens Ehre" wird sich in das Unvermeidliche fügen lernen, sobald der Reif seiner Bundesgenossen ihm den Rücken gekehrt haben wird. Wir hoffen dieser Ehre wegen, daß Reuß und Schleiz und Waldeck sich mit mit der ganzen Wucht ihrer Macht auf uns werfen, um der ganzen Ehre ihrer Ehre auf dem Boden von 26. Mai aufspringen werden, somit würden diese Häuser Preußen mit ihren Bundschaften in solche Fesseln legen, daß es unmöglich die zerfetzte Fahne der Union ferner in seiner wüsten Faust schwingen müßte. Gerüchte durchlaufen viele Blätter, und nicht nur die öffent-gesinnten, daß auch Braunschweig daran denke, das leck Schiff der Union zu verlassen, drohe es sinkt. Es ist wenigstens bemerkenswerth an ähnlichen Gerüchten, die auch bezüglich der Hessen, Nassau's und anderer Staaten ihrer Zeit circulirten, daß sie sich stets bewahrheitet haben. Auch das ist ein omiuöses Zeichen für die Union, daß seit dem Abschiede Gerstenbergs nie selbst ein Gerücht aufgetaucht ist, daß irgend ein Staat, der nicht zu ihr gehörte, sich derselben anzuschließen beabsichtige. Die preußische Journale, besonders diejenigen der Gothaer-Partei, wetteifern jetzt in den Beschimpfungen, welchen sie auf den Vater der Union häufen. Keine Benennung ist zu schlecht, um dem General v. Radowitz beigelegt zu werden. Projektenmacher, Abenteurer, Taschenspieler, Mann des allgemeinen Mißtrauens, dem nur Ein Mann in ganz Preußen traut, das sind noch die glimpflichsten Namen, mit denen jener Staatsmann jetzt bedacht wird. Dieselben Journale, welche einst Radowitz vergötterten, machen jetzt die Trümmer seines Idols mit gutem Namens zu einem Piedestal für Herrn v. Manteuffel gebrauchen, der à tout prix zu einem Heros gemacht werden soll. Sie mögen selbst empfinden, wie diese die leichteste Arbeit nicht ist. In der That glauben sie fein Wort von dem, was sie über jenen Minister sagen; sie möchten nur ihm selbst etwas Glauben an sich einflößen. Heute über vierzehn Tagen werden jedoch dieselben Stimmen, welche Herrn v. Radowitz beschimpfen, ein Gleiches mit Herrn v. Manteuffel gebrauchen, der à tout prix zu einem Heros gemacht werden soll. Sie mögen selbst empfinden, wie diese die leichteste Arbeit nicht ist. In der That glauben sie k

vom 10. v. M. datirte Circulardepesche des österr. Cabinets bekannt geworden sein, durch welche dasselbe seine Absicht, den engeren Rath der Bundesversammlung einzuberufen, ankündigt und diejenigen Regierungen, welche sich an den unter österr. Präsidium daher in Frankfurt gepflogenen Conferenzen betheiligt haben, ersucht, ihre Bevollmächtigten mit den geeigneten Instructionen zu versehen, damit so bald als möglich ein demnächst von dem Vorsitzenden im Auftrage seines Hofes und in Uebereinstimmung mit jenem Zweck zu stellender Antrag zum Beschluß erhoben werden könne. Von dem Erfolg und dem Inhalt dieser Depesche haben wir zwar nicht auf offiziellem Wege Kenntniß erhalten, dürfen gleichwohl an ihrer Existenz nicht zweifeln. Wir bedauern den Schritt, welchen das k. k. Cabinet damit gethan, um so lebhafter, je weniger sich leider bezweifeln läßt, daß die Verwichung des Zieles, welches die k. k. Regierung dabei verfolgt, nämlich die Reconstituirung des ehemaligen Bundesverfassung, der definitiven Lösung der Krise, worin die deutsche Verfassungsangelegenheit sich befindet, nicht allein nicht förderlich sein, sondern die schon bestehende Spaltung und Verwirrung in Deutschland zu einer fast unauflöslichen Verwickelung steigern würde, indem Preußen mit ihm ohne Zweifel eine nicht geringe Zahl anderer deutschen Regierungen dem Versuche der einseitigen und unbefugten Reconstituirung des vormaligen Bundestags auf das entschiedenste alle und jede Anerkennung versagen, und dieser Beschluß für diejenigen Bundesglieder, welche seinen Theil an denselben genommen hatten, im Voraus als durchaus wirkungslos und unverbindlich erklären müßten. — Es ist indessen nicht der Zweck der gegenwärtigen Mittheilung, der Frage über die Neugestaltung eines allgemeinen Bundesvertragsorgans vorzugreifen: sie soll vielmehr nur konstatiren, die Bundesversammlung in Frankfurt a. M. Hochgeboren schon jetzt auf eine Folgerung von großer praktischer Bedeutung zu lenken, die möglicherweise von anderer Seite an die drohlichste Einsetzung des engen Bundesraths geknüpft werden könnte. — Es läßt sich nämlich erwarten, daß bis zu dem Zeitpunkt, wo k. k. Hofe übereinstimmenden Bundesmäßigkeiten beschickte Versammlung sich für berechtigt erachten wird, das Bundes-Eigenthum unter ihre alleinige Obhut zu nehmen, und demgemäß über die Festungen, die Kassen und Archive des Bundes ausschließlich zu verfügen. Eine solche ohne weitere Einwilligung erfolgende Verfügung über Objecte, deren unbestreitbaren Mitbesitzmehrer wir sind, würden wir nicht gestatten können, ja schon jeden darauf gerichteten Versuch entschieden zurückzuweisen haben. Die schweren Folgen, welche sich aus so entgegengesetzten Auffassungen mit Nothwendigkeit ergeben müßten, sind wohl sie sich selbst und der bloß sachlichen Entwickelung überlassen, werden dem k. k. Cabinette nicht entgehen. Die Regierung Sr. Maj. des Königs würde ein Nationalunglück erblicken, und sie als das erste Glied einer Kette verhängnißvoller Ereignisse tief beklagen. Um diesem Gefühle Ausdruck zu bringen, haben wir und die Frage vorgelegt, ob nicht Mittel zu finden seien, durch welche jenem äußern Anlasse zu Zerwürfnissen vorgebeugt werden könne, ohne in der Hauptsache einem der Theile etwas zu vergeben. Nach gewissenhafter Prüfung schlagen wir der k. k. Regierung zu diesem Zweck vor: die Verwaltung des Bundes-Eigenthums mit und als einen von der noch schwebenden Hauptfrage über die politische Gestaltung des Bundes völlig gesonderten Gegenstand zu betrachten, und dieselbe der auf Grund des Protokolls vom 30. April d. J. festbestehenden provisorischen Bundesexecutivgewalt zu übertragen. Diese Commission würde dann bis zur endgiltigen Erledigung der Hauptfrage sich ausschließlich auf die materielle Verwaltung des gesammten Bundes-Eigenthums beschränken, und hierin völlig selbstständig handelnd von jeder Einwirkung, sei es von Wien oder Berlin her, unabhängig bleiben. Für die bei reinen Verwaltungsgegenständen seltenen Fälle eines Gegensatzes der Meinungen unter den fast, österr. und den diesseitigen Commissären aber hätte die durch die Convention vom 30. Sept. v. J. vorgesehene schiedsrichterliche Entscheidung einzutreten. Die kgl. Regierung glaubt durch diesen Vorschlag einen neuen Beweis zu geben, daß sie in jedem, auch dem schwersten Augenblick von dem ernsten Wunsche beseelt ist, Deutschland das traurige Schauspiel einer Zwietracht zwischen den beiden Mächten zu ersparen, auf deren Einverständniß sein Heil und der Friede von Europa beruht. Sie hofft mit Vertrauen, daß er bei dem k. k. Cabinet die möglichste Berücksichtigung finden werde, welche er zum Besten Aller verdient. Sie ersucht Ew. Hochgeboren, dem kgl. Gesandtschaftsrathen Fürsten v. Schwarzenberg Abschrift dieser Depesche zu übergeben. Wir müssen wünschen, auf unsern Vorschlag in der kürzesten Frist mit einer Rückäußerung des k. k. Cabinets versehen zu werden, weil, falls dieselbe gegen unser Verhoffen verneinend ausfallen sollte, wir genöthigt sein würden, sofort die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um uns gegen jeden Versuch einer Usurpation des Bundeseigenthums auf das nachdrücklichste zu schützen. Ew. Hochgeboren wollen den Inhalt der zu erwartenden Erwiderung des Wiener Cabinets auf telegraphischem Wege zu unserer Kenntniß bringen. Berlin, den 15. (sprich 5. (gez.) v. Schleinitz. An den kgl. Gesandten u. s. w., Hrn. Grafen v. Bernstorff, Hochgeboren in Wien.

Berlin, 15. August. In Bezug auf die Differenzen wegen der Vorbeifahrt badischer Truppen bei Maing wird ein Schiedsgericht vorgeschlagen, in welchem österreichischer Seits Hayme als Schiedsrichter bereits genannt ist, und es Preußen anheimgegeben wird, seinerseits einen zweiten zu nennen. (N. Pr. Z.)

Berlin, 16. August. Wir vernehmen, daß Se. Majestät der Kaiser von Rußland der österreichischen Regierung in Betreff der Differenzen gegen, wie er in der Mainzer und der Bundesangelegenheit Frage Recht und Billigkeit mehr auf preußischer als österreichischer Seite erblicke. — Unabhängig von der mainzer Angelegenheit schreibt die N. Pr. Zeitung, existirt zwischen den Regierungen in Wien und Berlin eine Differenz, welche wegen der Besatzung der Bundesfestung Rastatt. Die vertragsmäßigen Bestimmungen hierüber lauten folgendermaßen: Die Friedensgarnison der Bundesfestung Rastatt soll aus Großherzoglich badischen Truppen und einer für die Friedensbesatzung erforderlichen Zahl k. k. österreichischer Sappeure und Mineure (zusammen) 1000 Mann betragen. Diese Friedensbesatzung aber zu einem Drittheil (circa 2500 Mann) aus k. k. österreichischen und zu zwei Drittheilen aus Großherzogl. badischen Truppen gebildet werden. Von den festungsbehörden ernannt Baden den Gouverneur, Commandanten und Artillerie-Director, Oesterreich den Genie-Director. Sämmtliche Festungsbehörden werden von dem Bund in Eid und Pflicht genommen. — Obgleich nun die preußische Besatzung in Rastatt mit Einschluß der 100 badenschen Dragoner die Hälfte der Friedensstarke nicht übersteigt, so will sie ihre Regierung doch geltend machen, daß im Großherzogthum Baden noch der Kriegszustand herrsche, sie also das Recht, wie die Pflicht habe, außer den 100 Mann Sappeuren und Mineuren, das vertragsmäßige Drittheil der Infanterie für Rastatt zu stellen. Die österreichische Regierung hebert ferner, daß zur jetzigen Besatzung nur badische Truppen zugelassen werden, d. h. also nicht preußische. Hingegen weist die diesseitige Regierung nach, daß die Rastatter Garnison sich nur auf dem Friedensfuße befindet; daß Oesterreich seiner Zeit der Aufforderung, sein bundesmäßiges Contingent her zu stellen, nicht nachgekommen; daß die badische Armee aufgelöst und zur Zeit erst unter preuß. Leitung in der Reorganisation begriffen; daß nach der zwischen Baden und Preußen geschlossenen Uebereinkunft preußische Truppen überall die Stelle bad. Truppen einnehmen können; daß endlich Preußen unter keinen Umständen zur alleinigen Besatzung von Rastatt berechtigt sei. Preußen soll sich bereit erklärt haben, noch jetzt Oesterreich an der Besatzung bis zur Höhe seines bundesmäßigen Contingents Theil nehmen zu lassen, will aber in keinem Falle dem österr. Verlangen, daß nur bad. Truppen die Garnison von Rastatt bilden sollen, nachkommen.

Dänemark.

Kopenhagen, 13. August. Eine vom Kriegsminister Hansen unterzeichnete Proclamation bringt in des Königs Namen den Dank des Königs zur Kenntniß der Armee: Der König ist zufrieden mit seinen Truppen, er ist stolz auf seine Armee. Er weiß, daß seiner Truppen Tapferkeit und seiner Unterthanen Liebe eine unerschütterliche Vormauer seines Throns sind. Soldaten! Ihr habt Euch in der Stunde der Gefahr bewährt, Ihr habt Eure Kraft kennen gelernt. Ihr habt Zutrauen zu Euch und Euren bedeutmäßigen Offizieren. Aber neue Aufgabe stehen bevor, bei welchen Europas Augen auf Euch gerichtet sein werden. Wohlan, zeiget Euch wie bei Schleswig, wie bei Fredericia, bei Isstedt und der Sieg wird Euch folgen. Schleswig, den 5. Aug. 1850.

Kopenhagen, 13. Aug. Der Generalmajor v. Krogh ist zum Generalleutnant ernannt. — Nach „S. Bl." wären Landvogt Aster und der Landturmgeneral und Landrost in Flensburg eingebracht. — Von in Schleswig gefangen genommenen Aerzten waren Stromeyer und Esmarch auf dem Dampfschiff „Waldemar" nach Alsen gebracht, um die dortigen verwundeten Insurgenten zu besiegen. — Nach „Hyperposten," welches einen Privatbrief vom Heere über die Affaire vom 9. d. M. mittheilt, haben die Dänen drei Brigaden vorrucken lassen, von denen eine in der Reserve. In dem Stabe sei auch der französische Officier gewesen, der sich hier aufhalte. — Nach der „Niederl. Z." sollen die gefangenen deutschen Officiere wie gemeine Soldaten behandelt und behoftigt werden.

England.

London, 15. August. Der „Globe" verbffentlicht folgende auf den Friedensvertrag zwischen Preußen und Dänemark bezügliche Aktenstücke: Der Earl von Westmorland an Viscount Palmerston. (Erhalten 5. Juli.) (Auszug.) Berlin, 2. Juli 1850. Es freut mich, Ew. Herrlichkeit melden zu können, daß der Vertrag heute Abends um 9 Uhr in meinem Hause von den betreffenden Bevollmächtigten unterzeichnet worden ist. Auf die Bitte beider Parteien habe ich als Vertreter der zwischenliegenden Macht den Vertrag unterschrieben. Ich habe die Ehre, eine Abschrift des Vertrages und des denselben begleitenden Protokolls beizulegen. Ich kann nicht umhin, Ew. Herrlichkeit zu der unter Ihren Auspicien zu Schwerin gethanen Vermittlung dieser langen und schwierigen Unterhandlungen Glück zu wünschen, deren Ergebniß hoffentlich nicht nur die Wiederherstellung des Friedens zwischen den bei Abschluß des gegenwärtigen Vertrages betheiligten Mächten sein wird, sondern auch die Aussöhnung der Herzogthümer mit ihrem rechtmäßigen Souverain und ihrer Rückkehr in den Zustand der Ruhe, welcher ihnen allein den Grad des Glückes sichern kann, dessen sie früher genossen. Ich kann diese Depesche nicht schließen, ohne zu bemerken, daß Baron Meyendorff, der russische Minister, unermüdlich in seinen Bemühungen gewesen ist, das Ende dieser Verhandlungen herbei zu führen, und daß er, unterstützt durch die seitens seiner Regierung angezogenen Erklärungen und geleitet von seiner eigenen Geschicklichkeit u. Einsicht, bedeutend zu jenem Resultate beigetragen hat. In Bezug auf meine Stellung während der Verhandlungen kann ich nur den Wunsch haben, Jenzuß von der Zuvorkommenheit und der freundschaftlichen Gesinnung obzulegen, welche die preuß. Bevollmächtigten, Baron v. Schleinitz und Hr. v. Ulsehom, so wie die dänischen Bevollmächtigten, Baron Pechlin, Herr v. Reedtz und Hr. v. Scherl, bei jeder Gelegenheit gegen mich, als den Repräsentanten Ewer Herrlichkeit, bethätigt haben. Diese ausgezeichneten Männer haben bei allem eifrigen Bestreben, den wichtigen Interessen ihres Landes gemäß zu

handeln, stets jeder Mitwirkung und jedem Vorschlag, welcher ihnen durch unsern Ew. Herrlichkeit zuging, die größte Beachtung angedeihen lassen, und ich hoffe, daß das erfolgreiche Ergebniß ihrer Arbeiten die beste Beweis des Werths Ihrer Rathschläge sein wird. — Viscount Palmerston an den Lord v. Westmoreland. Foreign-Office, 5. Juli 1850. Mylord! Ihre Depesche vom 2.-d. M. und die beiliegende Abschrift des in Berlin an jenem Tage von den Bevollmächtigten Dänemarks und Preußens abgeschlossenen Friedensvertrags anlangend, habe ich Sie zu benachrichtigen, daß J. Maj. Regierung eben sowohl die Gesetzlichkeit und Zuläßigkeit, wie die verschiedenen Bestimmungen vollkommen billigt, welche Ew. Herrlichkeit als Repräsentant der vermittelnden Macht bei Leitung dieser langen und schwierigen Verhandlungen und bei den Bemühungen, sie zu einem befriedigenden Ende zu führen, bewiesen hat. Auch billigt J. M. Regierung, daß Sie in Folge der ernstlichen Bitte der preuß. und dänischen Bevollmächtigten den Vertrag unterzeichnet haben. Ich bin ꝛc. — Palmerston.

Italien.

S. E. Cardinal Antonelli hat als Antwort auf die Note des sardinischen Premierministers vom 14. Mai dem sardinischen Geschäftsträger zu Rom eine ziemlich lange Entgegnung, datirt vom 19. Juli, übersandt. Die sardinische Regierung hat in ihrer Note die eigenthümliche Behauptung festgestellt: es handle sich um die Frage, ob es einen Staate erlaubt sei, ohne Gewissmung der römischen Curie seine politische Organisation zu ändern. Der Cardinal-Staatssekretär entgegnet hierauf sehr treffend, die Frage sei vielmehr diese: darf ein Staat, und insbesondere ein katholischer Staat, wenn er seine politische Organisation ändert, die Diöcesiprärogative der Kirche angreifen ohne die Zustimmung des h. Stuhles? und macht dann folgende sehr treffende Bemerkungen: Wenn man der Kirche den Charakter nicht absprechen will, den sie durch die göttliche Einsetzung hat, den Charakter einer wahren vollkommenen und vom Staate unabhängigen Gesellschaft, so muß die Antwort auf diese Frage verneinend lauten. Die Kirche, welche seine Gründung hat, ist überall selbst und allein die Herrin ihrer Disciplin; sie richtet selbst über die mehr oder minder große Ausdehnung der Ausübung ihrer Rechte, und wenn sie bisweilen, sich den Forderungen der Staaten anbequemend, zu einer theilweisen Modifikation der Weise, dieselben auszuüben, ihre Zustimmung gibt, so thut sie das aus eigener Autorität, indem ihre Unabhängigkeit es nicht zuläßt, daß sie dazu durch die Staatsgewalt gezwungen werde. Daraus folgt: wenn der Staat aus Zweckmäßigkeits- oder politischen Gründen für seine Lande und sein Glück Abänderungen an Punkten der kirchlichen Disciplin, die mit seiner innern Verwaltung zusammenhängen, für nothig hält, so muß er dieselben von der competenten Gewalt, von der Kirche, auswirken, er muß sich mit ihr verständigen, aber er hat nicht das Recht, solche Modifikationen aus eigener Machtvollkommenheit einzuführen, wie er z. B. die Privilegien der Universitäten und Staatscollegien abändern oder aufheben kann, die in seinen Staate sind, und darum von ihm abhängen. . . . . Wenn also die sardinische Regierung ohne die Zustimmung des h. Stuhles Beschlüsse gefaßt hat, welche die Diöcesan-Rechte der Kirche verletzen, so kann das nur als eine Verletzung der Rechte der Kirche aufgefaßt werden, welche der Staate selbst gewahrleistet sind. Der h. Vater, als der Wächter und Hüter derselben, hat darum gegen diese Verletzung protestiren müssen und er hat seine Klagen und Protestationen wiederholen und eine gesetzliche Genugthuung fordern müssen, als man von dem erwähnten Gesetze eine so beträchtene Anwendung machte.

Vermischte Nachrichten.

Der bekannte Eklair starb bekanntlich in Innsbruck. Bei seinem Leichenzuge betheiligten sich sämmtliche dort anwesenden Schauspieler, so wie viele Künstler und Kunstfreunde der Stadt. Der Buffi H. . . , jetzt an einem bedeutenden Theater Deutschlands engagirt und vielleicht in diesem Augenblick nach eben so wenig im Besitze eines schwarzen Fracks, als damals, ging zu einem theaterliebenden Bürger, um sich dieses, zum Leichenzuge so nöthige Requisit, auf ein paar Stunden zu borgen. Jedoch acht Tage waren vergangen, und der Gute war noch nicht im Besitze seines Eigenthums, im Gegentheile stolzirte B..... Tag für Tag in dem seinen Fetzkleide herum. Endlich suchte ihn der Kunstler eines Abends im Vorhause auf und ersuchte ihn höflich und bescheiden um Rückgabe seines schwarzen Fracks, aber mit süsser-ernstem Gesichte rannte der Buffi dem Bürger die Worte in's Ohr: „Sechs Wochen Trauer!“

Neuestes.

München, 17. August. Die Anklage gegen Becchini, Redakteur des „Gebannt,“ wegen Mißbrauchs der Presse steigt so eben, Abends 5 Uhr, mit dem „Nichtschuldig.“

Kassel, 15. August. Die Ständeversammlung ist durch Ministerial-Ausschreiben vom heutigen Tage zum 22. August zusammenberufen.

Kassel, 17. August. Seit einigen Tagen ist der F.-Z.-M. v. Haynau hier. Er wohnt bei seinem Schwager, dem Kurfürsten.

T. D. Hamburg, 17. August. Gestern Abend kam es zu einem Seegefecht bei Frederikshort zwischen einem dänischen Dampfschiffe und zwei Kanonenboten einerseit und dem holsteinischen Dampfschiffe „Löwe“ und zwei Kanonenboten anderseits, in Folge dessen am Morgen um halb 9 Uhr sich zurückzogen. Der „Löwe“ erhielt einige Rumpfschüsse, ein Kanonenboot gerieth in Brand, das Feuer wurde jedoch gelöscht.

(C. D.-Z.)

Prag, 12. August. Nach den „Ostsl. Bl. a. B.“ sind die Redakteure aller Prager Zeitschriften durch eine Zuschrift der Behörde „auf das nachdrücklichste angewiesen worden, sich aller Ausfalle gegen die Religion, gegen die Kirche und deren Organe zu enthalten“.

Berlin, 14. August. Die unter dem 4. d. M. von unserem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn von v. Schleinitz, an den kgl. Gesandten in Wien, Grafen Bernstorff, abgelandte Depesche, auf welche der Minister auch in dem Ihnen mitgetheilten Schreiben an den General v. Radowitz Bezug nimmt, lautet folgendermaßen: Ew. Hochgeboren haben aus den Nr. 28. v. Mts. von den Schwierigkeiten in Kenntniß gesetzt, welche in der Mitte vorigen Mts. gegen den Durchzug zweier nach Preußen bestimmter badischer Bataillone durch Mainz, sowohl von dem Bivouvernement, als auch, nachdem das Gouvernement die Sache zur Entscheidung der Bundescommission gestellt hatte, im Schooße der letztern von den österreichischen Mitgliedern derselben erhoben worden sind. Zugleich habe ich in der Nachschrift zu dem gedachten Schreiben der mir von dem hiesigen k. k. Gesandten mitgetheilten Circulardepesche an die k. k. österreichischen Missionen in Deutschland Erwähnung gethan, in welcher sich das k. k. Gouvernement aus den Gründen näher ausspricht, welche es veranlaßt hätten, die österreichischen Mitglieder der Bundescommission zu beanstragen, gegen jene Uebereinkunft wegen Verlegung der badischen Truppen nach Preußen, so wie gegen den Beginn des Vollzugs derselben, bei der Bundescentralcommission zu protestiren. Indem ich mir vorbehalte, dieses umfangreiche Dokument demnächst einer besonderen Beleuchtung zu unterziehen, beschranke ich mich für heute auf die Bemerkung, daß der von dem k. k. Gouvernement in der Circulardepesche in Aussicht gestellte Protest seitdem in der 176. Sitzung der Bundescommission von den österreich. Commissarien mittelst des abschriftlich anliegenden Schreibens zu Protokoll gegeben worden ist. Das k. k. Gouvernement ist aber nicht bei der allgemeinen Verwahrung geblieben, es ist noch einen Schritt weiter gegangen, und hat nach Ausweis der abschriftlich anliegenden, an den Frhrn. von Prokesch gerichteten, von diesem mir mittelst des ebenfalls abschriftlich anliegenden Schreibens mitgetheilten Depesche, unter gleichzeitiger Benachrichtigung der großherz. badischen Regierung und der k. k. Bundescommissäre, den Vorbeimarsch von Mainz die Weisung ertheilt, Durchzüge badischer, nach Preußen bestimmter Truppen durch Mainz nicht ferner zu gestatten. (Forts. f.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 17. August.
Weizen 12 fl. 18 kr. Korn 7 fl. 14 kr.
Gerste 6 fl. 15 kr. Haber 4 fl. 19 kr.

Frankfurter Cours.

Den 18. August 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	104½	103⅞
„ 5% Metallique „	81½	81¾
„ 4% „ „	62½	63
„ 4½% „ „	67¼	67⅝
„ 2½% „ „	43½	43⅝
„ 4½% Bestmann	—	77
„ 4% „	96½	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	99½	100⅝
„ „ 500 „ 1838.	155	155½
Preußen 3½ % St. Schuld Scheine.	86	86½
„ Ztpf. 50 Thalmen Scheine.	110½	—
Bayern 3½ % Obligationen	83⅞	83⅝
„ 4% „	89½	89¾
„ 5% „	100	100¼
Würtemberg 3½% „	83⅞	84¼
„ 4½ „	96⅛	96¾
Baden 3½% „	83⅜	82¾
„ fl. 35 Loose	31½	32
„ „ 50 „	53½	54
Nassau fl. 25 „	24½	25½
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	74½	74⅝
„ „ 25 „	28	28½
Polen fl. 300 „	137	137½
Sardinien fles. 36	33½	33⅝

Fremden-Anzeige.

Den 18. August 1850.

Adler. Kfte.: Wolf v. Rheydt, Jepp v. Michelstadt, Fischer a. Zell b. Frankfurt.

Krone zu Pfalz. Mr. u. Mrs. Stuart Wortley m. Dienerschaft v. London. v. Glob, Generalpostdirektor v. München. Gieser, Consul v. Stockholm. Spath, Mechanikus v. Nürnberg. Seger, Privat. v. Aschersleben. Kerkmann, Pfarrer v. Ordensehrad. Spies, Dr. med. v. Offenbg. Kfte.: Bachmann v. Bremen. Schelz v. Frankfurt. Fol v. Köln. Brehl v. Hamburg. Hirsch v. Elberfeld. Maier v. Regensburg.

Russ. Hof. Graf v. Potocki v. Warschau. Anderson a. Pitt, Rentier v. London. Voigt, geh. Rath v. Berlin. Krantz, Professor v. Berlin. Remus, Student v. Berlin. Frau Kfm. Krebs v. Berlin. Herrmann v. Leipzig. Mayer v. Stettin.

Schwan. Beibel, Rent. v. Kassel. Mad. Gübel v. Oppersdorf. Kfte.: Schmer v. Mannheim. Krämer v. Frankfurt.

Wittelsb. Hof. Steingruber, Rent. v. München. Mosern, Fabrikant v. Braunschweig. Kramer, Kunstkünstler v. Kempten. Kfte.: Wittmann v. Hannover. Fleischmann v. Nürnberg.

Württemb. Hof. Baron v. Marnlo m. Bed. v. Stockholm. Dpt. l. dan. Reg.-Rath v. München. Schmidt, Partik. v. München. Spaedan. Ingenieur v. Bamberg. Schreiberger v. Schweinfurt. Kfte.: Grüneng v. Rheydt. Schmitt v. Freiburg.

Gestorbene:

Den 15. August.

Lorenz Stümmer, Privatier, 45 J. alt. — Köhler Dorothea, Ehehaltenhausvorsteherin, 69 J. alt.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schmalzhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 199. Würzburg, Dienstag den 20. August. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 17. August. Durch das Regierungsblatt werden die Besitzer der bei der diesjährigen Verlosung gezogenen 3½procentigen Obligationen auf die rechtzeitige Erhebung ihrer Kapitalien mit dem Bemerken aufmerksam gemacht, daß diese Obligationen vom 1. Sept. l. J. an außer Verzinsung treten.

Die schwarz-weiße Revolution

Die Revolution kann sich in jede Farbe stecken; eben so gern, wie sie die schwarz-rothgoldene Fahne geschwungen, erhebt sie das schwarz-weiße Banner, sobald ihr dieses geeigneter scheint, die bethörten Scharen zur Befehdung des Rechts und der Ordnung zu verlocken. Also sollen nicht Farben trügen; Recht oder Unrecht, das ist unsere Frage, die Parteien zu scheiden. — Die „N. Pr. Z." bespricht in einem leitenden Artikel das Verhältniß Preußens zu Oesterreich. Was wir aber verlangen, eine gründliche Erörterung der Rechtsfragen, davon bietet sie noch immer kein Wort; der ganze Artikel stände wahrlich einem Unterrossiere besser an, als einem Staatsmanne. Wir hoffen, den Lesern jenes Artikels leicht die Ueberzeugung zu verschaffen, daß der Geist, welcher diese ausgezeichnete Partei des positiven Rechts unglücklicher Weise in der Streitfrage gegen Oesterreich leitet, kein anderer sei, als der allerverderbteste Geist der Revolution, daß in dieser Frage auch sie ihre Fahne, ihr schwarz-weiße Fahne ebenso entheiligt, wie von anderen Parteien die Fahne des deutschen Bundes entweiht und entehrt worden ist. Wir bieten Satz für Satz den Artikel der Kreuzzeitung zuzuprüfen, indem wir uns des Versprechens seiner Widerlegung hiermit entkleiden; wir wollen nicht täuschenden Wortwerkes und eitlen Parteikampfes; wir haben keinen Wunsch, als die Wahrheit zur Geltung zu bringen, den Feind der göttlichen Ordnung, den Geist der Lüge und des Umsturzes, unter jeder Larve zu bekämpfen. — Die „N. Pr. Z." beginnt wie gewöhnlich, mit der frevelnden Betrachtung, daß sie nicht so ist, wie die Anderen sind, wie namentlich Hr. v. Radowitz; wir geben ihr das zu, ihr Unrecht ist nicht sein Unrecht; aber „Anphidion-Politik" finden wir hier, wie vort. — Sie wollte, daß die beiden deutschen Großmächte zusammenständen, weil dadurch die Revolution (die innere) energischer würde besiegt werden, als die „durch gothaische Sauce angerichtete Union". Sie will also nur darum eine Verständigung mit Oesterreich, weil dadurch die Bekämpfung des innern Feindes zufällig erleichtert würde; sie hat sich, ehe sie diese Politik bildete, schon anderhalb des positiven Rechtsverhältnisses gestellt, welches die deutschen Staaten miteinander verbindet. Und darum eben ist ihre Politik hier gleichfalls eine Art Amphibien-Politik; ihr ist sie das eine, wie das andere Element gerecht, je nachdem dieses oder jenes eine lockende Nahrung bietet. — Die „N. Pr. Z." ist nicht feindselig, die Politik des 26. Mai beklagt sie, aber — sie hat nicht vergessen, was Preußen im Jahre 1849 für Deutschland zur Ueberwindung der Revolution gethan hat. Was Preußen im Jahre 1849 in Frankfurt zur Förderung der Revolution gethan hat, das scheint sie allerdings vergessen zu haben. Wenn sie es unternimmt, den „miniaturfrohen Hrn. Detmold" an das zu erinnern, was er vergessen haben soll, so wird dieser ihr vielleicht einige allerliebste Miniaturbildchen vorlegen, durch die sie an die damalige Wirksamkeit eines kleinen Revolutionärchens erinnert wird, welches man in der Paulskirche den Bonaffodämon zu nennen pflegte, einen äußerst beweglichen Genius, der auch durch das kunstvolle Drahtwerk des Hrn. Camphausen nach Berlin gefischelt wurde, und in wenigen Minuten wieder zurückspukte, und die sinnreichen Prosivialkräfte des „kraftsamen" Hrn. Simson zu erreichen. — Doch gleichviel, ob die Kreuzzeitung des Ruhmes der preußischen Waffen eingedenk ist und unumgehend der unruhmlichen Politik, mit welcher die preußische Regierung das Feuer entzündet oder doch genährt hat, welches sie freilich später zu löschen beschloß, indem sie zugleich die Fackel des „Anrechts" an ihm entzündete, die leicht einen größeren Brand stiften konnte, als der gelöschte war: genug für unser Urtheil ist es, daß nur aus Thatsachen die Nr.-Z. den Anlaß entnimmt, sich über Rechtsverhältnisse hinwegzusetzen. Wege sie den Ruhm der tetteresten, die Preußens und Deutschland noch so hoch erheben, noch so sehr ihn reinigen von bestehenden Anlassen, Motiven und Umständen: die Hauptsache bleibt dieselbe, das Anrufen den Thatsachen im Gegensatze zu dem Recht; denn darin gerade sehen wir ein Hauptkennzeichen der Revolution. Sei es nun, daß, wie wir überzeugt sind, die Nr.-Z.-Politik eben so gut, wie die kleindeutsche, mit „Frankfurter Sauce angerichtet" worden, sei es, daß sie bisheran mit der schwarz-roth-goldenen Revolution in keiner Weise gebuhlt habe: die Nr.-Z. selbst ist jedenfalls dem Geiste der Revolution verfallen, sobald sie der protestirenden Note Oesterreichs wegen des Ausmarsches der badischen Truppen nicht das Recht, sondern die That entgegenstellt, nicht auf die Bundesurkunde, sondern die Bundesdienste sich beruft, gleich einem habgierigen Nachbar, der die alten Marksteine nicht mehr anerkennen und auf fremdem Boden ärnten will, weil er in gemeiner Noth auch auf dem fremden Boden die eingedrungenen Räuber bekämpft hat. Nicht anders, als die Wühler von 1848 von den vergilbten Pergamenten gesprochen, eifert jetzt das „conservative" Blatt gegen die spitzfindige (d. h. juristische) Interpretation des Festungsreglements; unerträglich ist es ihm, wenn auf den Vertrag gestützt, im Rayon von Mainz Oesterreich ein Wort mitspricht, und es nennt das mit der ganz gewöhnlichen revolutionärer Verbrehung des Verhältnisses ein „sinsteres Bersuchen über den Rayon von Mainz". Das österreichische Ministerium und den Hrn. Detmold, den man leichtsam schilt, weil er sich so verwundet unleugsam gezeigt hat, greift man an nicht wegen unrichtiger Auslegung der bestehenden Verträge, sondern wegen der bloßen Berufung auf das alte geschriebene Wort, wegen der Nichtbeachtung der thatsächlichen preußischen Errungenschaften und der unabweichlichen Anforderungen der Gegenwart. — Dadurch es sich hier um eine einzelne Verwirrung, um eine Ueberraschung u. Ueberrumpelung des Rechtsgefühls durch plötzliche Anfregung angestammter Vorurtheile und Schwächen, dann würden wir und wohl eines so ernsten und strengen Angriffes gegen das verdientester Organ der preußischen Presse enthalten. Aber dem ist nicht so; schon seit vielen Monaten kommt man immer wieder auf diese falsche Anschauung zurück, und es konnte sich gar leicht ereignen, daß diese Anschauung den Anschlag gäbe für den Anfang eines entsetzlichen Bruderkampfes, dessen Ende, wie wir fest überzeugt sind, der Untergang Preußens sein wird, des besiegten Preußens oder des Siegenden; denn sie gen konnte es nur mit der Revolution und durch die Revolution, und daß die Revolution jene Braut ist, die in der Brautnacht ohn' Erbarmen ihren Bräutigam ermordet, das brauchen wir nicht erst der „N. Pr. Z." zu sagen.

Deutschland.

Landau, 18. Aug. Der Redakteur der hier erscheinenden „Pfälz. Ztg.," A. Schnegler, ist auf morgen Vormittag Namens der k. Staatsprocuratur vor das hiesige Untersuchungsgericht geladen, indem er beschuldigt ist, mittelst Veröffentlichung des Aufsatzes: „Maßregl an alle deutsche Gauen," eine Schmähung der deutschen Könige und Fürsten, somit auch Sr. Maj. des Königs von Bayern, und dadurch eine Zuwiderhandlung gegen Art. 12 des Pressstrafgesetzes begangen zu haben. — Heute Vormittag wurde in der hiesigen Stadtkirche die 1842 von dem hiesigen Verleanverein gegründete und sodirte Jahresfeier zu Ehren der im russischen Feldzuge gebliebenen 30,000 Bayern, durch ein von dem Musikcorps der 12. Regiments aufgeführtes Requiem begangen.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Altona, 14. August. Durch viele deutsche Zeitungen gingen verlesende Nachrichten über die Haltung des 13. Bataillons in der Schlacht bei Idstedt. Wir haben Gelegenheit gefunden, genaue und in Bezug auf Wahrhaftigkeit verläßliche Erkundigungen über diese Angelegenheit einzuziehen, welche das Bataillon von der ihm zur Last gelegten Schuld ziemlich freisprechen, wenn auch vielleicht Versuche in der Ausführung höherer Befehle vorgekommen sein mögen. Ein sicheres Zeichen, daß das Bataillon sich seine strafbare Pflichtwidrigkeit im Dienste des Vaterlandes zu Schulden kommen ließ, ist der Umstand, daß das Generalcommando weder eine Strafe über dasselbe verhängt hat, noch einen energischen Tadel über dasselbe in einem Armeebefehl oder Bericht aussprechen. Alle Zeitungsangaben in Beziehung auf Bestrafung des Bataillons sind unwahrer Erfindung. (N. fr. Pr.)

Altona, 16. August. Weder aus dem Lager, noch aus dem Norden sind neuere Nachrichten von Belang eingelaufen. Die Vorposten bei der Tropenkoppel sind wieder nach vorgeschoben worden. Aus Berlin meldet die „Lub. Corr." vom 15. Aug.: Schleswig-Holstein wird

heute oder morgen einen etwas festlichern, aber für die Sache der Herzogthümer sehr begeisterten Gott ergeben. Gestern trug auf der niederdeutschen Bahn ein griechischer Passagier, Namens Petralias, sehr zu uns bezogb die Hoffart mit dem Hamburger Bayrang weiter. Auch er, wie sein ihm vorangegangener Landsmann Dhrist Paslay, versicherte, daß zahlreiche Hellenen bereit seien, an dem Nationalkampf der Herzogthümer Theil zu nehmen. Der Fremde trug auch auf der Reise seine griechische Priesterkleidung und konnte dadurch nicht wenig das Interesse der Neugierigen auf seine Person.

Rendsburg, 15. August. Von Eckernförde geht die Nachricht ein, daß dort dieser Tage ein hoher, dänischgesinnter Offizier, der Oberstlieut. Latour du Pin (von dem zuvgst die „A. Z." in einer Mittheilung aus Straßburg berichtete, daß er von der französ. Regierung als beschäftigter Offizier in das dänische Hauptquartier gesendet worden sei), der bei dem Gouvernalstab der dänischen Armee sich anhielt, beerdigt worden. Es wird behauptet, derselbe sei der im Gefecht bei Zwevenstedt gefallene höhere Offizier, den man hier irrigerweise für den Obersten Joggesen hielt.

Rendsburg, 16. August. Hier eingetroffenen Flensburger — von dort verwiesene Deutsche — bringen einige Nachrichten von Interesse, die wir Ihnen in Folgendem mittheilen. Herr Tillisch hat bekanntlich von vor kurzem diejenigen Dienstschreiber, die in der dänischen Armee deutsch sind, im vorigen Jahre permittirt, nicht wieder sich eingefreiht hatten, zur Fahne einberufen. Dieselben wurden zur Einkleidung nach Sonderburg geschafft, wo sie indeß bereits ihren Unwillen, zu dienen, nicht undeutlich kundgaben. Von Sonderburg schickte man sie zunächst nach Flensburg, und hier kam es unter ihnen zu einem formlichen Aufstande, wo sie den Stabsoffizier kommandanten, „für das Casino-Mysterium" nicht die Waffen führen zu wollen. Die Sache ward so arg, daß ihrer 64 in Arrest gesandt und der Obergenerals Krogh wieh Hrn. Tillisch in eigener Person, von Schleswig nach Flensburg eiligst berufen werden mußten. Die sämmtlichen Kanonire die Truppen, stellten ihnen vor, wie sie zu noch lebiglich für „ihren guten König" kämpfen sollten, verwiesen es vor der Front dem Stabskommandanten, daß er dies nicht sofort den Leuten begreiflich gemacht, und so arrangirte sich die Masse dahin, daß unsere nordschleswigschen Landsleute als Ersatz der dänischen Armee nicht verwendet, wo man sie also einstweilen jedenfalls sicher hat. (H. N.)

Frankfurt, 18. August. Zur Feier des Geburtsfestes Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich wurde in der mit den Farben desselben prächtig dekorirten Stadien gestern Abend von mit rothem Tuch ausgeschlagenen Domkirche ein Hochamt gehalten, dem Offiziere sämmtlicher hier garnisonirenden Truppen beiwohnten. Auf dem Domplatz war eine halbe Schwadron Dragoner und zwei Compagnien Infanterie von dem Regiment Erzherzog Rainer aufgestellt; auf dem Lichtigerfallou Nr. 14 und eine halbe Batterie österreichischer Artillerie hatten die schöne Anstalt besetzt, und gaben die gewöhnlichen Salven. Nach Beendigung des Gottesdienstes versammelten sich sämmtliche Truppen in der Jahrgasse und defilirten vor dem im Hotel zum römischen Kaiser wohnenden K. k. Gesandten, Hrn. Freiherrn v. Rechberg. Nachmittags war großes Gastmahl im Landoberzhotel, dem Offiziere aller hier stehenden Truppen beiwohnten, und Abends verkündeten Kanonenschüsse die ausgebrachten Trinkfreuzbe. (F. D-Z.)

Aus dem Leipziger Kreis, 14. Aug. Wenn auch durch einige Umstände in Etwas verspätet, jedoch deßhalb gewiß nicht zu spät, ist nachstehende Adresse an Sr. Maj. den König von vielen Bewohnern Zwenkau's mit Kopfschlag und Innig, so wie auch den Dorfschaften Löbschütz, Eythra, Bodorf, Kauznaundorf — aus beiden letzten Orten fast von allen Einwohnern unterzeichnet, Groß- und Kleinpösdeln, Gaschwitz, Großprosst und Debis-Zweben, wobei sämmtliche Gemeindevorstände sich betheiligt haben, — wie denn noch mehrere Dorfschaften nachträglich ihre Zustimmung zu dieser Adresse einsenden wollen — unterzeichnet wurden, und an den Tag ihrer Beistimmung abgegangen: „Allerdurchlauchtigster, Allergnädigster König und Herr! Ew. königl. Majestät erhabenem Throne wagen die ehrfurchtvoll Unterzeichneten sich ehrerbietigst zu machen, um das auszusprechen, was mächtig ihre Brust bewegt, nemlich die Gefühle des Dankes, des freudigsten Dankes für die erneuten weisen, als energischen Maßregeln, welche Allerhöchstdieselben bezüglich der Auflösung der vorigen Kammern und namentlich in Hinsicht der Erlasse vom 3. Juni c. Allergnädigst ergriffen haben, wodurch jener verbrecherischen Partei, welche Verrath gesponnen, den Thron zu stürzen und das geliebte Vaterland dem Verderben zu weihen drohschrichtigte, und ihren verstructiven Tendenzen ein endliches Ziel gesetzt ward. — Alle wahren Freunde des Vaterlandes, alle treuen Anhänger an den Thron und die Verfassung, alle loyalen Sachsen, welche gegen ihren milden und menschenfreundlichen König, dessen unsterblicher Name Ew. Majestät selbst so lange mit Nachsicht und Schonung getragen, von inniger Liebe und Verehrung erfüllt sind, haben diese Maßregeln freudigst begrüßt, indem nun in Erfüllung gegangen, was schon lange ein stiller Wunsch ihres Herzens war. Möge nun unter Gottes gnädigem und allmächtigem Schutze, welcher den Rath der Verbrecher stets in Thorheit verkehrt, ja nichts zu machen, oft auch nach seinem weisen Rath schwere Gerichte über die Völker ergehen läßt, um sie zur Erkenntniß und zur Buße zu führen; möge unter Ew. Majestät mildem und gerechtem Scepter, unter welchem Sachsen so lange geblüht und gedeihen konnte, unter dem der Vorrath der erforderlichen und kräftigen Männer, welche Allerhöchstdieselben zu Räthen der Krone nach Ihrer Weisheit sich erwählt haben, so wie unter dem Beirath der getreuen Stände, welche freudig dem Rufe ihres Königs gefolgt sind, das von so vielen Stürmen verschont gebliebene recht bald sich wieder beruhigen und von den Wunden genesen, welche ihm von dem Unverstand und der Bosheit so vieler seiner vertrirten Söhne sind geschlagen worden! Gott erhalte uns noch lange den Allverehrten und Allgeliebten König und bedecke mit Segen und gnädigen Schutze das ganze hohe Königliche Haus! Gott erhalte Sachsen aufrichtiger, herzlicher Wunsch! Die wir in tiefster Ehrfurcht ꝛc." — (Folgen Unterschriften.)

Wien, 16. August. Der Regierung ist vermittelst telegraphischer Depesche die hocht wichtige Nachricht zugegangen, daß Hr. von Manteuffel in Minister bleibt, und daß die Union von der preußischen Regierung so gut wie aufgegeben sei. Derselbe geht auf die Politik des Kaiserl. Cabinets ein, und verlangt nur, daß nicht der Bundestag, sondern der engere Rath constituirt werde. Sie gestehe serner Oesterreich das Recht zu den engern Rath zu berufen, aber sie behaupte, derselbe solle sogleich die Berathung über die neue Verfassung Deutschlands angreifen und seine Beschlüsse durch absolute Stimmenmehrheit fassen. Das kaiserl. Cabinet wird auf diese Vorschläge nicht eingehen. Wenn ich gut unterrichtet bin, so hält es an der Voraussetzung des Bundestags fest, dem dann die geeigneten Maßregeln zur Revision der Frankfurter Acte 1815 zu treffen überantwortet werden sollen. Ebenso ist sein Entschluß in der bedächtigen Angelegenheit noch immer ganz derselbe. (A. Z.)

Berlin, 17. Aug. Die Freisprechung Hähel's macht in allen Kreisen der hiesigen Gesellschaft das bedeutendste Aufsehen. Unter dem juristischen Personal ist ohne Rückhalt auf die politische Gesinnung nur eine Stimme darüber, etwa mit Ausnahme der des Hrn. Advokaten, welcher die Frage des Maler Schmidt: was meinen Sie dazu? mit einem „entzückend schön" beantwortete. — Diese unerwartete Entscheidung dürfte endlich auch dem abschüssig Blinden klar machen, was der Staat von der Einrichtung der „Schwurgerichte" in politischen und Pressvergehen-Prozessen erwarten kann, und zwar vorzüglich Stimmen Meinung verschaffen, welche ihrer Zeit davor warnten und nachwiesen, daß durch das Institut der Geschworenen mit englandischer Strenge und Wenigkeit gegen das Eigenthum den Einzelnen gerichtet wird, während das gegen die Gesellschaft im Ganzen, gegen die Sicherheit des Staats und die Person des Staatsoberhaupts meistentheils frei ausgeht, sei es wegen politischer Begriffsverwirrung, sei es wegen eines unzeitigen Mitleidens. Hähel ist dadurch nicht sowohl seiner Strafe, sondern seiner Posizei übergeben worden, die ihn da er nicht ortsangehörig ist, gestern nach seiner Heimath Berstau ausgewiesen und durch Schutzmänner zur Eisenbahn hat bringen lassen. Richter ist in gleicher Begleitung vor das Thor gebracht und nach seiner Vaterstadt Erlangen dirigirt worden. (N. Pr. Z.)

Italien.

Turin, 11. August. Das „Pouvoir" von Paris stellt im Hinblicke auf das scandalöse Verfahren des sardinischen Kabinettes gegen die Kirche Piemont eine eben so interessante als wahre Betrachtung an, der wir Folgendes entnehmen: „In den letzten Zeiten bedauerten hat man sich an der Kirche gerregelt, zum wenigsten was ihre Bezeigungen zum Staate anbetrifft. Die Regierungen haben sich von dem, was man einmal „Uebergriffe des Clerus" nennen will, sicher zu stellen gewußt. Sie haben diese angebrichen Vorsichtsmaßregeln, und die Geschichte lehrt es uns weit, daß der Staat nicht aufrieden gewesen ist, die bestehenden Einflüsse durch eine Grenzlinie zu scheiden, sondern sich mit Hilfe der Umstände fast überall der Kirche bemächtigt, und durch seine wirklichen Uebergriffe jene des Clerus ganz unmöglich gemacht hat. Das von ihnen beobachtete Verfahren mußte sicher gelingen; denn das beste Mittel, sich von den vermeintlichen Unruhen eines Rivalen zu befreien, ist in der That, sich seiner gänzlich zu entledigen. Die Regierungen, die sich selbst noch achten, haben doch immerhin gewisse Formen beobachtet, um die Zustimmung der mitinteressirten Partei zu erhalten. Diese Uebereinstimmung beider Parteien kennt man Concordat. Während der Revolution aber, und in Ländern, die dem revolutionären Einflusse unterworfen sind, hat man ein kürzeres Verfahren eingeschlagen: man kümmert sich um nichts, verreitet einfach eine Gesetzlose Constitution, und schreitet. Wie ehemals in Frankreich, so hat man heute in Piemont das famose Gesetz promulgirt, an welchem sich Sieardi und Santa Rosa besonders betheiligt haben. Die Kirche scheint heutzutage nur da zu sein, um euch zu trauen, eure Kinder zu taufen, und eure Leichen zu beerdigen, ohne daß sie sich erkundigen soll, ob ihr Herr oder Meister dasselbe auch oder nur an einen Gott glaubt. Wenn sich die Kirche erst von dem Glauben derjenigen, die zu ihr kommen, überzeugen will, wenn sie unter diesen oder jenen Umständen diese oder jene Ceusuren für nothwendig erachtet, dann schreit man sogleich über Verletzung der Zuteilung des Clerus. Verheirathet euch, unser Kaiser Kinder, begrabet eure Todten wie ihr wollet, kommt aber nicht um die Gebete der Kirche zu verlangen. Denn häufig glaubt ihr ja selbst nicht daran. Seid frei und unabhängig, und schreit nicht über Intoleranz anderer Leute, die eben so frei sind, wie ihr, und die in ihrem Gewissen nicht zu thun, was ihnen ihre Gesetze, was ihnen ihr Gewissen zu thun verbietet. Was nun die Regierungen noch anbetrifft, so steht es ihnen frei, mit der Kirche zu verfahren, wie es ihnen beliebt; sie können dieselbe verrathen, können sie nach Gutdünken verfolgen; sie können das Volk gegen die Geistlichen aufhetzen: das hat man gesehen, und sieht es heute noch. Man hat aber auch erfahren, daß dadselbe Volk, welches die Kirchen beraubt und die Geistlichen aus den Fenstern wirft, hinterdrein Königreiche und Regierungen zur Thüre hinauswirft." — Als ein Seitenstück zu der Ver-

folgung und Unterwerfung der katholischen Presse in Piemont mag folgendes dienen: Ein radicales Blatt, die „Italia", war angeklagt, durch eine in einer Beilage abgedruckte Adresse an Pius IX. Hoß und Verachtung gegen die Geistlichen erregt zu haben. In der Adresse kommt folgende Stelle vor: Wer will in Zukunft sein Gewissen offnen diesen Priestern, welche die Spione des Vaterlands sind? Wer will eine Hostie empfangen aus den Händen dieser Gift mischer und Meuchelmörder? Das Volk haßt sie, die Priester; es haßt sie so, daß es Ekel davor hat, sie anzurühren, ja sie zu tödten. Das Volk verlacht sie. Euer Ende, ihr Priester, wird das Ende der Verbrecher sein, es wird ein Lach mehr geben, das auch trogen wollte. Wie Nero, werdet ihr dann keinen Freund finden und keinen Freund, euch zu tödten. Die „Italia" wurde freigesprochen. Also solche teuflische Schmähungen sind in dem katholischen Sardinien erlaubt!

Vermischte Nachrichten.

Holtei erzählt in seinen „Vierzig Jahren" aus dem Mecklenburgischen, daß nach dem Abgange des Herrn Hadebusch nach Berlin, die allgemeinen jüdischen Gemeindemitglieder an den Minister von Lützow gekommen seien, um um die Wiederherstellung einiger früher schon von Hodheim ausgemerzter pyralteten Gebete nachgesucht hätten. Der Minister habe gesagt: Freunde, mir kann das Alles gleich sein, aber wie sich gehört habe, ist an den Gebeten, wovon ihr redet, nicht viel verloren; denn man hat mir gesagt, sie enthielten nur Verwünschungen und Flüche gegen Solche, die nicht eures Glaubens sind! Auf diese Weise versucht ihr ja auch den Großherzog und mich und uns Alle, die wir euch stets freundlich waren: das ist Unrecht! — Verstehen, erwiderte der alte Gemeinde, einer der Aeltesten, haben wir so lange gesucht und es hat Ihnen nichts geschadet, warum wollen Sie uns nicht lassen fluchen immerfort?

Neuestes.

Kassel, 18. August. Die wegen Betheiligung an der Tödtung Auerwald's und Lichnowsky's verurtheilten Georg und Pfung sind bereits zur Verbüßung ihrer Strafen nach Marburg abgeführt worden.

Leipzig, 17. August. Kraft vom Ministerium des Cultus erhaltener Ermächtigung hat Rektor Prof. Bilau beschlossen, die Professoren Dr. Weber, Drobisch, Wendler, Erdmann, Steinacker, Krahl, Fleischer, Nieduer, Hartenstein, Albrecht, Radius, Günther II., Haupt, Naumann, Thiele, Weiße, Jahn, Roscher, Brockhaus, Wuttke, Zarncke wegen fortdauernder Renitenz in der in der Vorladungsangelegenheit an das akadem. Senat ergangenen Verordnungen vor ihrer Mitgliedschaft im akademischen Senat und insoweit sie mit Decanaten bekleidet sind, auch von diesem Amte, sowie von der Decanalklasse in zeit zu als auf weitere Anordnung zu suspendiren. Es sind dieß die Herren, welche sich nicht von der Gesammtheit des jetzt in Dresden versammelten Landtags abberufen konnten, und sich deßhalb von Anfang an Laubhaft gewaigert haben, einen Abgeordneten der Universität nach Dresden zu schicken.

Wien, 14. August. Anknüpfend an einen Artikel des Oesterr. Soldatenfreund, schreibt ein Offizier aus dem Hauptquartier des Marschalls Radetzky diesem Blatte, daß on allen Nachrichten über den Rückzug des Marschalls in den Rubezahnd, so wie über dessen Verwirrtheit und Kopfschwäche Regierung, auch nicht ein wahres Wort sei, und fährt sodann fort: „Wär Soldaten wissen alle, daß der Feldmarschall der gehorsamste und treuergebenste Soldat seines Kaisers ist, nicht allein dem Prinzipe nach, sondern er liebt unseren Allergnädigsten Herrn persönlich mit der ganzen Fülle seines großen Herzens, wahrend Se. Maj. unzählige Beweise gegeben hat, daß ihm ein kaum gedachter Wunsch des alten Feldherrn genügt, um ihn auch schon in Erfüllung zu bringen. Der Feldmarschall steht in keinerlei Zwiespalt mit der Kaiserl. Regierung, und alle Organe dieser wetteifern darin, dem greisen Manne zu zeigen, wie sehr sie seine Verdienste, seine Erfahrung und ihn selbst achten. Nie hat der Feldmarschall um Urlaub gebeten, um den activen Dienste nachzugehen, und so Gott will, wird er bei noch ungeschwächter Geistes- und Körperkraft gern noch die letzten Tage seines langen und thatenreichen Lebens dem Kaiser und seinen Kindern widmen."

Berlin, 17. August. Auf den Vorschlag Preußens, die Verwaltung des Bundeseigenthums der Centralbundescommission in Frankfurt einstweilen zu übertragen, ist Oesterreich nicht eingegangen, dagegen hat dasselbe sich bereit erklärt, mit seinen Verbündeten eine Verständigung über diese Angelegenheit herbeizuführen. Preußen wird nun seinerseits mit den Staaten der Union Berathungen über die einzusetzende, für das gesammte Deutschland gemeinsame Commission zur Verwaltung des Bundeseigenthums sofort eroffnen. Ein günstiger Erfolg dürfte bei der auf beiden Seiten erkannten Nothwendigkeit einer Verständigung nicht zweifelhaft sein. (A. D.-P.-Z.)

Berlin, 14. August. (Fortsetzung der gestern abgebrochenen Depesche des Herrn v. Schleinitz, an den Grafen Bernstorff.) Wie Ew. Hochgeboren aus den Anlagen entnehmen wollen, hat sich das Kaiserl. Gouvernement auch in dieser Depesche die Behauptung an die Spitze, daß der von uns mit Baden geschlossene Vertrag seinem Wesen nach rechts- und bundeswidrig sei, um Anrainten für alle, im Namen des Bundes handelnde Autoritäten die Pflicht herzuleiten, im Bereiche ihrer Machtmittel jeder Machtentfaltung entgegenzutreten. Auf den vorliegenden Fall übergehend und gestützt auf § 38 des Mainzer Festungsreglements, welcher bestimmt:

daß Durchmarsche von Bundestruppen und Alliirten durch die Festung und deren Rayon nur nach Bestimmung der Festungsgouvernements, mithin nur mit Willen und Wissen des Gouverneurs und Commandanten stattfinden können,

in Verbindung mit § 25 desselben Reglements, wonach der Gouverneur in den Versammlungen der Bundesfestungsconferenzen in allen die entschiedene Stimme habe, und drei § 42, welcher anordnet:

daß in Abwesenheit des Gouverneurs alles, was in diesem Reglement vom Gouverneur gesagt ist, auch auf den Vicegouverneur Anwendung finde,

bindirte die kaiserliche Regierung dem Vicegouverneur das Recht, und will ihm damit auch die Verpflichtung auferlegt wissen, die Ertaubniß zu einem im Widerspruche mit der Bundeskriegsverfassung begehrten Truppendurchmarsche durch den Festungsrayon zu verweigern, indem aus der behaupteten Rechtswidrigkeit des Vertrags weiter gefolgert wird, daß auf erhobene Beschwerde auch die oberste Bundesbehörde verpflichtet sei, im gleichen Sinne zu entscheiden, dergestalt, daß wenn eine Beschließung wegen Stimmengleichheit der gegenwärtigen obersten Bundesbehörde nicht zu ergielen, es bei dem Widerspruche des Gouverneurs als bei einem Votum, das in der Frage stehenden Vorfolle von Seiten des Vicegouverneurs und der österreichischen Commissionsmitglieder auf diesem Rechte nicht besonders worden sei, so könne dieses nur aus bundesfeindlicher Raschheit hervorgegangene Verfahren nicht künftigen Vorfollen präjudizirend und seien daher auch die Festungsgouvernement und die sofort. Bundescommissaren mit den nöthigen Weisungen versehen worden, in Zukunft die erforderliche Erlaubniß nicht zu ertheilen, und diese Verfügung aufrecht zu erhalten, solange sie nicht durch einen gültigen Bundesbeschluß aufgehoben worden sollte. Hochgeboren wird die ganz Bedeutung dieser Erklärung nicht entgehen: sie ist in mehr als einer Beziehung geeignet, die gewichtigsten Bedenken zu erregen, und wir halten es daher für unsere Pflicht, dieser ernsten Gestaltung der Dinge gegenüber unsere Ansichten und unsere Entschlüsse ohne Rückhalt auszusprechen. — Zuerst und vor allem müssen wir die in der Depesche des österreichischen Gouvernements aufgestellte Behauptung, das Mainzer Reglement sei nicht mehr in Kraft, dadurch, daß der mit Baden geschlossene Vertrag überhaupt rechts- und bundeswidrig sei. Die Motzregel, um die es sich handelt, ist rein administrativer Natur. Nicht um der preußischen Armee inworporirt zu werden, geschieht die Verlegung der badenschen Truppen nach Rastatt, sondern um hier, entgegen den innern noch nicht vollständig befestigten anarchischen Elementen des Heimathlandes, denjenigen Geist der Zucht und militairischen Disciplin in ihnen zu kräftigen, welchen in allen Theilen des Bundesheeres lebendig zu erhalten dar eigenste Interesse des Gesammtheit des Bundes ist. Zu einerseits die Bundesgewalt zu fordern berechtigt, daß jeder Bundesstaat die verfassungsmäßige Kriegsmacht in angemessener Tüchtigkeit ausbilde und zur Disposition des Bundes bereit halte, so muß es auch auf der andern Seite der freien Wahl der Bundesregierung überlassen bleiben, auf welchen Truppengattungen und mit welchen Hilfsmitteln sie ihren Truppen jene militairische Tüchtigkeit verschaffe. Kraft des ihm innewohnenden und in dieser Beziehung durch Art. XI der Bundesakte nicht beschränkten, sondern ausdrücklich bestätigten Souverenitätsrechts wurde es daher dem kaiserlichen Gouvernement anheimgegeben gewesen sein, eine solche zeitweise Verlegung seiner Truppen, wie die gegenwärtig stattfindende, vorzunehmen, selbst wenn die frühere Bundesverfassung namentlich die frühere Bundesfestungsverfassung noch in voller Thätigkeit bestände. Nochdem aber im Lauf der letzten Jahre in Folge der Erörterung der verfassungsmäßigen Stärke des Bundescontingents auf 2 Procent der bisherige Corpsverband gelöst ist und hierdurch auch noch entschiedenen mitgewirkt hat, daß durch die Aufnahme von Preußen und Deutsch-Posen neue Territorien zu dem Bundesgebiet hinzugetreten sind, so daß man sich in Ermangelung einer neuen Conscription im einzelnen eintretenden Fall, wie in den Bundeskrieg gegen Dänemark, durch eine lediglich von dem Bedürfniß des Augenblicks gebotene Einrichtung geholfen hat, so sollen auch diejenigen Einwände von selbst fort, welche von der Bundeskriegsverfassung zu entnehmen gesucht sind. Und ferner endlich, daß die verordnete Truppenverlegung eine Entblößung des durch seine geographische Lage für die Sicherheit des Bundesgebiets überaus wichtigen badenschen Landes von militairischen Kräften nach sich ziehen wird, werden durch das gleichzeitig festgestellte Uebereinkommen eines zahlreichen preußischen Corps die Anforderungen, welche der Bund an die Wehrkraft des Landes zu machen hat, mehr als erfüllt. — Sollte aber auch, was wir nicht zugestehen, die Frage wegen der Verlegung der badenschen Truppen vom bundesrechtlichen Standpunkte aus als zweifelhaft angesehen werden können, so ist in diesem Augenblick der Zweifel, welches berechtigt wäre, einen solchen Zweifel zu entscheiden? Daß die provisorische Bundescommission die hierzu erforderliche Competenz nicht besitzt, liegt am Tage, da nach ihrem eigenen Beschlusse vom 30. April d. J. sich ihre Thätigkeit seit dem 1. Mai d. J. darauf beschränkt, das Bundeseigenthum zu verwalten und für Beschaffung der zu dieser Verwaltung nöthigen Mittel zu sorgen, eine politische Wirksamkeit oder Kommission aber nur noch in Fällen unabweisbarer Nothwendigkeit und wo Gefahr im Verzuge ist, Platz greifen darf. Eben so wenig wird man in keinem Falle worden wir zugeben, daß ein solcher Zweifel durch eine Instanz zur Entscheidung gebracht würde, welche gerade den von uns aus bestimmteste verworfenen Boden der früheren Bundesverfassung einzunehmen versucht. Statt im Gefühle seines Rechts wird daher Preußen sich in der Verfolgung des eingeschlagenen Weges durch keinerlei Widerspruch beirren lassen. Und wie es

fest entschlossen ist, feinerseits die Bahn des Rechts nicht zu verlassen, so wird es andererseits mit Entschiedenheit jede ungerechtfertigte Zumuthung zurückweisen, welche dahin abzielt, es in der Erfüllung seiner dem badischen Gouvernement gegenüber übernommenen Verbindlichkeiten zu behindern. An dieser Rechtsbahn hat es Nichts zu ändern und des Rechts wird die Eidgenossenschaft auch bei überraschenden Auffassung gegenüber unerschütterlich festhalten, zu welcher sich das kaiserl. Gouvernement in Betreff der Befugnisse der Militärbundesorgane in Mainz und seines Verhältnisses zu denselben in seiner vorliegenden Depesche bekennt. Uebrerzeugt hat es sich aus in der That sein müssen, daß das kaiserl. Gouvernement der Bestimmung des oben angeführten §. 38 des Mainzer Festungs-Reglements nicht, wie man bisher stets nach Sinn und Bestimmungen des Festungs-Reglements überhaupt und insbesondere des angeführten Paragraphen zu thun gewohnt war, lediglich die Bedeutung beilegt, daß im Interesse der militärischen Ordnung und Sicherheit dem Durchzuge von Bundestruppen eine Anzeige bei dem Gouvernement vorangehen habe.

(Schluß folgt.)

Der Hätzel'sche Hochverraths-Prozeß.

Bei der Wichtigkeit, welche der gegenwärtig in Berlin schwebende Hochverrathsprozeß gegen den Schuhmacher Hätzel u. Gen. für die Beurtheilung früherer Vorgänge hat, und gegenüber den fortwährenden Ableugnungen der demokratischen Presse über die wahren Tendenzen und Zwecke der Arbeiterverbrüderungen, theilen wir nachstehend einen Abdruck der betreffenden Stellen der „offiziellen Anklageakte des Ober-Staatsanwalts nach der N. Preuß. Ztg. mit: Anklage. „Bald nach der Julirevolution bildete sich in Paris ein „deutscher Volksverein," welcher anfänglich nur bezweckte, den Preßverein in Rheinbayern zur Erzielung der Preßfreiheit zu unterstützen, alsbald aber einen mehr politischen Charakter annahm und auf Deutschland im revolutionären Sinne zu wirken suchte; dies geschah hauptsächlich durch revolutionäre Schriften, welche unter die Mitglieder des Vereins vertheilt und nach Deutschland versendet wurden. Als im Jahre 1834 in Paris alle politischen Vereine verboten wurden, stifte sich auch dieser deutsche Volksverein auf. Die Mitglieder desselben traten alsbald wieder zu einem neuen Bund zusammen, welcher sich der deutsche Bund der Geächteten nannte. Die Statuten dieses Bundes ergeben, daß derselbe eine geheime Verbindung war und die Befreiung und Wiedergeburt Deutschlands und Vermirklichung der Gleichheit und Freiheit der Menschen- und Bürgerrechte ausgesprochenen Grundsätze bezweckte. Sämmtliche Mitglieder des Bundes sollten Kriegsmänner führen, der Bund selbst war in Zelte getheilt, und die Leitung sämmtlicher Zelte geschah durch einen sog. Brennpunkt. Jedes Zelt führte einen besondern Unterscheidungsnamen, und wer in den Bund aufgenommen sein wollte, mußte einen Eid leisten, welcher dahin lautete: „Ich gelobe bei meiner Ehre Verschwiegenheit über das Bestehen des Bundes u. treuen unforsenden Eifer für seinen erhabenen Zweck, mich freie Ehrlosigkeit und Tod, wenn ich wortbrüchig werde." Den Verräther am Bunde sollte der Tod treffen. Was den Vornehmungen der einzelnen Mitglieder des Bundes geht ferner hervor, daß der Zweck derselben Vertreibung der deutschen Fürsten und Errichtung der Republik gewesen ist. Die Organisation des Bundes erhält in der Folge mehrere Veränderungen, namentlich auch in Beziehung auf die verschiedenen Grade. So hieß der oberste Grad Nationalhütte, später Brennpunkt, der 2. Grad Direktorien oder Kreisläger, der 3. Grad Berge oder Lager, der vierte Hütten oder Zelte. Im Jahre 1836 entstanden Unruhigkeiten im Bunde, weil ein Theil der Mitglieder der unbekannten Oberen nicht unbedingten Gehorsam leisten wollte, es fand deshalb eine Spaltung statt, und neben dem fortbestehenden Bunde der „Geächteten" bildete sich ein neuer Verein: „Der deutsche Bund der Gerechten." Einige Jahre darauf, wahrscheinlich 1840, fand eine Art von Vereinigung statt, wenigstens entstand ein neuer Bund aus den vorstehend genannten Vereinen, welcher sich der „Bund der Deutschen" nannte. Der Zweck dieses Bundes ist in den Statuten nichts Bestimmtes angegeben, sondern es lautet der §. 3: Der Zweck desselben (des Bundes) wird jedem Mitglied bei seiner Aufnahme mündlich eröffnet. Diese mündliche Eröffnung, welche den Statuten beigefügt ist, führt die Ueberschrift: Freiheit, Gleichheit, Humanität! und enthält folgende Sätze: Der Zweck dieses Bundes ist Errichtung eines ganz Deutschland umfassenden Freistaats, worin alle Regierungsgewalt der gesammten Nation angehört, nur von ihrem zeitlich erwählten Baustragten ausgeübt wird, und bestehen näher Einrichtung, nachdem das Vaterland von den seinen Verwirrungen befreit sein wird, von einer allgemeinen Nationalversammlung festgestellt werden soll. Da die Befreiung Deutschlands von seinen Herrschern nur durch Heeresmacht möglich ist, so ist es der Beruf des Bundes, diese Macht zu bilden und zu diesem Ende ist er in drei Abtheilungen eingetheilt. Die erste besteht aus Freiwilligen, sie bilden den schlagfertigsten Theil des Heers, sie haben die Ehre des ersten Anstandes und Angriffs und sind berufen, dem gesammten Bunde als Beispiel des Muthes vorzuleuchten. „Die zweite bildet den Kern der Bundesmacht oder das Hauptheer. Die dritte ist zum Rückhalt der beiden ersteren und zu dessen Ergänzung bestimmt. Alle Bundesmitglieder, insbesondere aber die der beiden ersten Abtheilungen, verpflichten sich durch ihren Anschluß an den Bund zur thatigsten Bemühung um Anschaffung einer wirksamen Streitwaffe, und zwar wo möglich einer Kugelbüchse oder Muskete mit Bajonnet, welch dem höchsten Schießbedarf für mindestens fünfzig Schüsse. Die Bewaffnung derselben liegt ob, die Vollziehung obiger Bestimmung zu befördern und dieselbe mit Behutsamkeit zu lenken; er erstattet über den erlangten Erfolg an den zuständigen Kreisvorstand in verhältter Sprache monatlichen Bericht." Während sie die Deutschen in Paris an der politischen Umgestaltung Deutschlands arbeiteten und ihre Lehre auf eine mögliche Weise zu verbreiten suchten, bezwäte man sich andererseits in Frankreich nicht mehr mit der politischen Rechtsgleichheit, sondern man wollte auch jede äußere Ungleichheit, insbesondere den Besitz, vernichten, und glaubte dadurch eine absolute Gleichheit herstellen zu können. Dieses communistische Prinzip verbreitete sich alsbald auch unter den Deutschen in Paris, und einer seiner eifrigsten Anhänger und Beförderer war der aus Magdeburg gebürtige ehemal. Schneider Weitling, welcher sich als communistischer Schriftsteller bekannt gemacht hatte. In seiner Schrift: „die Garantien der Harmonie und Freiheit" erklärte er geradezu dem Eigenthum und allen bestehenden Rechten und Institutionen den Krieg und verlegte Vernichtung alles Bestehenden, und eine Arbeitergemeinschaft ohne Staat, ohne Kirche und ohne Familie herzustellen, in welcher Jeder zu gleichviel Arbeit angestellen würde und Anweisung auf gleichviel Genuß erhalten sollte. Dabei sow ihm verfaßte „Evangelium der armen Sünder," welches in Zürich gedruckt wurde, gab Veranlassung zum Einschreiten der schweizerischen Behörden. Der an die Regierung des Staats Zürich erstattete Bericht des Commissärs Bluntschli, welcher nach den bei Weitling gefundenen Papieren ausgearbeitet ist, gibt vollständigen Aufschluß über die Mittel, welche derselbe zur Einführung der Arbeitergesellschaft anwenden wollte. Weitling begab sich später nach Paris und London, und hat dort thätig für den Communismus unter den Deutschen gewirkt. Ein Schneider Mentel hat hierüber Aussagen gemacht. Dieser Mentel nemlich war Mitglied des Pariser Vereins gewesen, und im Jahre 1846 wegen Stiftung einer unerlaubten Verbindung, bei welcher sich jedoch ein politischer Zweck nicht feststellen ließ, zur Untersuchung gezogen worden, und hat sich über die Verbindung der Deutschen," unter Führung von Weitling, vollständig ausgelassen. (Schluß f.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Handels-Berichte.

Mainz, 16. August. Die Stimmung für Getraide war an unserem heutigen Markte wieder angenehmer und es verkehrte nur schwach besahren war, so stellten sich die Preise abermals etwas höher; man bezahlte für schönen effectiven Weizen fl. 8½, für Roggen fl. 5⅝ — fl. 5½ per netto 100 Kil.; Gerste fl. 5½ per netto 100 Kil. — Nach Rüböl hat sich sehr lebhafte Frage eingestellt und fanden nicht unbedeutende Abschlüsse statt; für effective Waare bewilligt man Rthl. 27 per 200 Pfd. l. G. ohne Faß. Auch Reps ist dieser Steigerung gefolgt und mußte heute fl. 13½ per Malter dafür angelegt werden. — Die Vorräthe von Leinöl bleiben fortwährend sehr beschränkt und ist solches unter Rthlr. 41½ per 280 Pfd. l. G. nicht zu kaufen.

Versteigerung.

Donnerstag, den 17. Oktober l. Js.
Vormittags 10 Uhr

wird in Tugendorf das Bauerngut, welches Alois Koger von Christoph Eisemann adlig erkauft hat, im Wege der Hilfsvollstreckung versteigert.

Dieses Anwesen besteht in einem Wohnhause nebst Stallungen, Scheuer, Hofraum, Gemeinderechte und dem Antheile am Güterhofe, dann 31,822 Tgw. Ackerland, Baumfeld, Wiesen und Weidengen in verschiedenen Parzellen geschätzt, ohne den Ende-Ertrag auf 3852 fl.

Hiezu werden Kaufslustige eingeladen, welche sich über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben.

Sulzheim, 10. August 1850.

Kgl. Gerichts- und Polizeibehörde.

Ley.

Einladung.

Freitag den 23. August wird Nachmittage 2 Uhr in dem akademischen Musik-Saale die Prüfung der Zöglinge des hiesigen Taubstummeninstituts gehalten werden, wozu die Mitglieder des Vereins zur Beförderung des Taubstummenunterrichts, sowie ihre Wohlthäter und Alle, welche an dem Loose dieser Unglücklichen Theil nehmen, höflichst eingeladen werden.

Würzburg, 20. August 1850.

Die kgl. Schullehrer-Seminar-Inspektion, als Vorstand des Taubstummen-Instituts.

Hummel, Inspektor.

Fremden-Anzeige.

Angekommen den 19. August 1850.

Adler: Döbner, Negotiant a. v. Wesserer v. Münch. Kftr.: Rauf a. Glashan. Schadel v. Köln.

Kronprinz: Meier, Negotiant v. Nürnegen. Schwerdfeger, Advokat v. Oberstein. Pfaneker, Ing.-Lieut. v. Landau. v. Krefl. l. Oberzoll-Insp. v. Mitterer. Kftr.: Ballenberg v. Bremen. Meisner v. Minden. Meyer v. Hattenbach, Kfbr. v. Düngen m. Bed. v. Düngen.

Schwan: Kftr. Lehmud von Heilbron. Duckwey von Meiningen. Schlick v. Gerbau. Wiesner, Cohn. v. Heidelberg. Mitterlech, v. Bonker Gutsbesitzer v. Lyon. Kftr.: Schönfeld v. Ulm. Wiener v. Nordhausen, Kirchner v. Plauen.

Wirthshaus z. H.: Zolling, Rent. m. Fam. v. London. Baron v. Hügel, Rent. v. London. Baron v. Spilbah, Rent. v. London. Frau Ziegler m. Fil. Tochter v. Lyon. Kftr.: Fleischmann v. Gochsen, Bruder v. Frankfurt.

** Würzburg, 20. August. Gestern begann das Kriegsgericht über die 14 Soldaten, welche vor einigen Jahren bei dem Exzesse im Kaiserwirthshause sich betheiligten. Das Resultat werden wir seiner Zeit mittheilen.

Druck von Joseph Stelz in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreiberhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 200. Würzburg, Mittwoch den 21. August. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 19. Aug. Die kath. Pfarrei Effeltrich, königl. Landgerichts Werneck, ist mit einem Reinertrag von 1391 fl. 50½ kr. in Erledigung gekommen; ferner das Frühmeßbenefizium zu Grafenrheinfeld, k. Lds. Schweinfurt, mit einem fassionsmäßigen Reineinkommen von 466 fl. 32 kr.

Nadowitz und Manteuffel.

Die preußischen Blätter boten vor einigen Tagen ein interessantes Schauspiel dar. Wie auf Commando fielen sie plötzlich einstimmig über Hrn. v. Radowitz her, „das sei der Mann, der Preußen ins Verderben gestürzt habe, um Herr v. Manteuffel sei dagegen der Mann, der allein noch retten könne.“ Es geschah in der That aber auch auf Commando; man erinnert sich, daß in der letzten Kammersession dem Minister des Innern 50,000 Thaler zur geheime Ausgaben bewilligt wurden. Nun? Hr. v. Manteuffel hat diese 50,000 Thlr. wohl zu verwenden gewußt. Er hat dafür ein ganzes Heer wackerer Journalisten geworben, die er in alle möglichen deutschen Blätter zu vertheilen wußte. Er brauchte nur die Parole auszutheilen, um das Echo derselben nach wenigen Tagen in allen Theilen Deutschlands wiederhallen zu lassen. Sogar hieß die Parole: „gegen Radowitz und für Manteuffel“, und es ist nicht zu läugnen, daß dieses unbefohlene journalistische Manöver prompt und exact ausgeführt wurde. Die ganze Armee knallte mit einem Male los, trop des besten preußischen Bataillons, und als der Rauch sich verzog, stellte Jedermann noch dem armen Hrn. v. Radowitz hin, in der festen Erwartung, er liege von hundert Kugeln durchbohrt todt auf der Erde. — Indessen müssen die meisten Schüsse blind gefallen gewesen sein; es zeigte sich, daß Hr. v. Radowitz noch immer lebte. Er lebte nicht nur, sondern er führte nun auch feinerseits seine journalistischen Bataillone ins Feld; wenn ihm auch nicht eine so große Schaar von Myrmidonen zu Gebote stand, so hatte er sich doch immer eine kleine auserlesene Schaar zu persönlichen Diensten zu erhalten gewußt, und diese erwiderten nun mit derselben Bravour das Feuer. Es gibt gewiß keinen Staatsmann in Deutschland, der so viel Respekt vor der Zeitungspresse hat, wie Hr. v. Radowitz; vor den niedrigsten Journalisten, gleichviel ob bestochnten oder unbestochnten, zieht Niemand mit ausgezeichneterer Höflichkeit den Hut ab, als Hr. v. Radowitz, und diese Humanität trägt denn auch ihre guten Früchte. Neulich z. B. Radowitz hat den Angriff glücklich abgeschlagen. Hr. v. Manteuffel brach das Gefecht plötzlich ab, als der erste Schreck den Gegner nicht aber den Hasen geraunt hatte, und hier bewährte sich abermals die gute Disciplin der preußischen Journalisten-Armee. Kaum hatte Hr. v. Manteuffel, vielleicht auf höheren Befehl, seine Contrordre gegeben, so flogen diejenigen Blätter, die Tags vorher Hrn. v. Radowitz nicht schwarz genug malen konnten, in Lobeserhebungen jeder Person denselben über. Man nahm Alles wieder zurück, was man Tags vorher gesagt hatte. Ja, ein Staat, der sich solcher diszipinirten Journalistik erfreut, steht auf der Höhe des Jahrhunderts u. ist unüberstehlich. — Wollen wir aber ernsthaft sprechen, so können wir uns nicht verhehlen, daß bei diesem Streite wieder die allerbetrübtesten Erscheinungen zu Tage getreten sind. Die Lügenhaftigkeit der preußischen Presse hat sich dabei einmal wieder recht deutlich dokumentirt; nicht nur haben die mantenffelschen Journalisten ihrem Chef große bonnernde Reden in den Mund gelegt, die er im Ministerrathe gehalten haben soll, an denen aber kein Wort wahr ist, sondern sie haben auch, was sich jetzt herausstellt, die Sache geradezu umgedreht. Um Hrn. v. Manteuffel popular zu machen, stellten sie denselben als den eifrigsten Vertheidiger der Union hin, und deshalbigten Hrn. v. Radowitz, daß er es sei, der die Union aufgeben wolle. Diese Menschen leben nur immer für die nächsten 24 Stunden; wenn sie nur für diese kurze Zeit irgend einen Effect im Publikum hervorbringen, so glauben sie Großes gethan zu haben, und es ist ihnen sehr gleichgültig, ob der folgende Tag ihre Angaben Lügen strafe. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß Hr. v. Manteuffel eben derjenige ist, der die Union kurz und definitiv aufgeben will, weil er sie nicht mehr für durchführbar hält, während Hr. v. Radowitz die Union vorläufig noch als Demonstration gegen Oesterreich festhalten gewollt, um wenigstens bessere Bedingungen zu erhalten, um sie nicht zu zuletzt doch fallen lassen muß. Darüber, daß die Union geschritten ist, sind nämlich Beide bereits einig; der Eine will nur noch etwas länger Comödie spielen, sei es aus überdiplomatischer Feinheit, sei es, weil seine Eitelkeit sich dagegen sträubt, das Verfehlte seines Projektes offen einzugestehen. Die preußische Journale mögen jetzt noch so viel Verschwörungen in die Welt schicken, daß man über Aufrechthaltung der Union einig sei, es hilft ihnen Alles nichts. Dieser journalistische Streit hat den Vorhang gelüftet, und das Publikum hat einen raschen Blick in den Stand der Dinge thun können. Die Presse ist ein zweischneidiges Schwert, und sie kehrt, ohne es zu wollen, ihre Schärfe oft gegen die eigenen Freunde. — Die Ansicht des Hrn. v. Manteuffel, daß die Union aufzugeben sei, und daß man dagegen durch Separatverträge mit einzelnen nord- und mittelrheinischen Staaten sich einen breite Theile fernerem Einfluß in solchen Verhältnissen, bei denen Gemeinsamkeit nützlich und nöthig sei, sichern müsse, ist ganz gewiß der richtige; sie hat nur den einzigen Fehler, daß sie etwas zu spät kommt. Hätte man diese lopale Politik von Anfang an beobachtet, statt mit unrechtmäßigen und hundewidrigen Unionsbestrebungen hervorzutreten, die Lande es jetzt um Preußen besser. Jetzt ist aber das Mißtrauen einmal erregt, der gute Glaube an die lopalen Absichten Preußens ist auf lange Zeit verloren gegangen, und es ist sehr die Frage, ob in den nächsten Jahren ein dereitwilliges Entgegenkommen zu selbst sundesrechtlichen Separatverträgen der den Unionsregierungen zu hoffen steht. Der kritische Wendepunkt der deutschen Politik Preußens war an dem Tage, wo die Kaiserconvention in Berlin antangte. Hätte man damals erklärt, mit einer Versammlung, die sich in der Verfassungsangelegenheit für sonverän erklärt habe, überhaupt nicht unterhandeln zu können; wäre statt dessen Preußen damals auf den Rechtsboden der vom März zurückgegangen und hätte die Initiative in dieser Beziehung ergriffen, so würde es alle die Früchte einer lopalen Politik geerntet haben, die jetzt Oesterreich mit Fug und Recht pflückt. — „Das Recht behobnt sich immer, das Unrecht bestraft sich immer selbst.“ Daß die preußische Staatsregierung diese einfache Wahrheit nicht zu verstehen und nicht zu durchschauen im Stande ist, das ist der Grundfehler, der über kurz oder lang ihre ganze Existenz bedroht. Nicht die augenblicklichen Tagesmeinungen machen die Geschichte, sondern die unabänderlichen, immer wieder zu Gestaltung kommenden ewigen sittlichen Gesetze, die Gott der Menschheit eingeflanzt hat. Ihnsfes verstehen diesen Gesetzten die Ohren mit Wachs, damit sie sich durch den Sirenengesang nicht verführen lassen sollten zum Abweichen von ihrem Curse; wenn ein zweiter Ulysses im März des Jahres 1848 (um im April des Jahres 1849) dagewesen wäre, um die Ohren der preußischen Staatsregierung gegen die Lockungen der Revolution zu verstopfen, — die Sachen ständen jetzt ganz anders. Doch die Geschicke erfüllen sich nicht, wie wir wollen, sondern wie Gott will; und was einmal geschehen soll, das geschieht. — Zurückgehen auf den verunglückten Landtag, zurückgehen auf die Bundesverfassung, als der Ministerium Brandenburg-Manteuffel an's Ruder kam, das war seine Mission, das war die klar vorgezeichnete Mission eines Ministeriums, welches die Revolution besiegen, die Monarchie wieder auf das historische Recht gründen sollte. Diese Mission hat es nicht verstanden; um den Muth zu dieser Mission zu haben, fehlte es ihm an jener Erkenntniß; der leichtere Weg schien ihm zu sein, mit der Revolution ein Bündniß einzugehen, und allerdings für den Anfang war es der leichtere und jenes der schwerere Weg. (D. Volksb.)

Deutschland.

München, 19. August. Eingetroffenen Nachrichten aus Hohenschwangau zufolge wird demnächst eine Zusammenkunft zwischen der Kaiserin von Oesterreich und den Königen von Bayern und Wurtemberg und zwar in Bregenz stattfinden. Da auch die heutigen Wiener Berichte mit dieser Nachricht übereinstimmen, so dürfte sich dieselbe ganz zuverlässig bestätigen. — Wie wir vernehmen wird Sr. Maj. der König Otto von Griechenland direkt nach Hohenschwangau zum Besuche Sr. Maj. des Königs seines Bruders, von dort aber nach Aschaffenburg zu seinen kgl. Eltern sich begeben, u. mit diesen erst später hieher kommen, um einige Zeit hier zu verweilen. — Die Arbeiten zur Herstellung der Telegraphenlinie von Bamberg nach Aschaffenburg resp. Frankfurt sollen gestroffener Anordnung zu Folge so beschleunigt werden, daß diese Linie längstens bis zum Oktober dem Verkehr übergeben werden kann.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Altona, 17. Aug. Gestern Abend sand bei Friedrichoort ein kleines Seegefecht Statt, welches

um halb 9 Uhr endigte. Auf schleswig-holsteinischer Seite nahm das Dampfschiff „Löwe“ und die Kanonenboote Nro. 7 und 10, auf dänischer Seite ein Dampfschiff, dessen Name noch nicht bekannt ist, und 2 Kanonenboote Theil. Nach der „Elbe“ war eine Linie Schaluppen zurückgeblieben, doch soll es einige glatte Lagen gegeben haben. „Löwe“ erhielt einige Schüsse durch den Rumpf; Kanonenboot Nr. 10 gerieth in Brand; der Lieutenant verließ mit dem größten Theil der Mannschaft das Schiff; nur der Unterossizier, der die auf dem Boote gebliebenen vier Leute zurückhielt, löschte mit ihnen glücklich das Feuer. Nachdem auch der „Bonin“ und 2 Kanonenboote den schleswig-holsteinischen Schiffen zu Hülfe gekommen waren, zogen sich die dänischen Schiffe zurück. Die Schleswig-Holsteiner haben 2 Todte und 2 Verwundete, ihre Schiffe liegen jetzt im Kieler Hafen.

(H. B.-H.)

Von gutunterrichteter Hand erfährt die „Hamb. B.-H.“ daß die nach der Schlacht bei Idstedt in Schleswig zurückgebliebenen schleswig-holsteinischen Aerzte, unter ihnen auch der Generalstabs-Arzt Dr. Esmarch, in wenig Woche über Kopenhagen nach Holstein werden zurückkehren dürfen. Eine Großmacht soll hierzu durch ihre Vorstellungen bei dem dänischen Ministerium günstig mitgewirkt haben.

Wien, 13. August. Nach einer langen und sehr lebhaften Sitzung hat der permanente Ausschuß mit 5 gegen 2 Stimmen beschlossen, eine einberufung der Landesversammlung auch gegen den Willen der Statthalterschaft zur Zeit noch abzustehen. (Ulton. M.)

Frankfurt, 20. August. Gestern hat sich auf der Main-Weser-Eisenbahn ein sehr beklagenswerthes Unglück ereignet. Unfern des Vereinigungspunktes der von Eisenach nach Kassel führende Bahn mit der Main-Weserbahn, bei Guntershausen, stieß die Locomotive auf der starken Krümmung unsers Wolfersdhausen an einen Gemüsekorb, gerieth dadurch auf den Geleise, fuhr daneben ab, und riß den Tender nebst drei Wagen mit sich fort. Die ersten derselben wurden größtentheils zertrümmert und die darin befindlichen Personen mehr oder weniger schwer verletzt; einige derselben (man nennt deren 4 bis 5, namentlich den Zugführer) blieben theils todt auf der Stelle, theils verschieden sie, bevor die von Kassel in Anfpruch genommene Hilfe anlangen konnte. Die Zahl der Verwundeten, worunter sich zwei Postconducteure befinden, soll sich auf 25 bis 28, größtentheils Steywagenpassagiere, belaufen.

(F. J.-Z.)

Wien, 15. August. Die Deutsche Reform vom 13. d. behandelt denselben Gegenstand wie die Deutsche Reform vom 12. „Preußens Ehre über Alles,“ heißt es darin. Das Ministerium wandelt „die Bahn der Ehre“ u. s. w. u. s. w. Die Const. Ztg. vom selben Tage urtheilt über diesen Grade über die Ehre deutlich als eine „pomphafte Formel“. Nächstdemerwiniger, sagen wir, mag derselbe zieht recht nothwendig sein. Von den Ereignissen gedrängt, denen weder dieses preußische Ministerium noch irgend ein anderes Widerstand leisten kann, steht die preußische Regierung auf dem Punkte, die Ehre selbst aufzugeben. Das Kind wurde mit einer „pomphaften Formel“ geboren und nur mit einer ebenso pomphaften Formel kann es zu Grabe gestattet werden. Wir lachen manchmal über die Ruhmredigkeit, welche an der Seine zu Hause ist, aber mit Unrecht. Sie ist ein Theil vom Fleisch und Blute der Franzosen, und denselben ebenso angeboren. Das vom Engländer feine Nüchternheit und kühle Anschauungsweise. Wir müssen auch verfachen ernst zu bleiben bei dem pomphaften Phrasenthum, das am laubigen Ufer der Spree ganz naturwüchsig emporschießt. Es hat dort seine Berechtigung, und die Berliner Blätter müssen sich mit diesen Phrasen fleißig ein Publikum bearbeiten, das sich an dieselben gewöhnt hat, und von ihnen gerne sich in politischen Schlaf singen läßt. — Die Deutsche Reform weiß es jetzt ganz sicher, „daß Preußen an den äußersten Grenzen seiner loyalen Nachgiebigkeit gegen die täglich schroffer hervortretenden Prätensionen des Wiener Kabinets angekommen ist.“ Wir müssen gestehen, daß wir die „äußersten Grenzen“ dieser Nachgiebigkeit niemals haben entdecken können. Preußen hat stets dasjenige gethan, was Oesterreich mißfallen hat, und hat es gethan, trotzdem, daß Oesterreich es mißbilligte. Unser Kabinet protestirte gegen die Union, gegen die Berufung des Erfurter Parlaments, gegen die Militär-Conventionen, gegen die Berufung der badischen Armee nach Pommern, ohne daß die preußische Ehre sich dabei im Geringsten beirren ließ. Welches Recht hat sich nun Preußen erworben, die geringste Nachgiebigkeit von unserer Seite zu verlangen, welche gerechte Ansprüche sie zu erwarten? Die mit Ergolg gekrönten Bestrebungen, welche Oesterreich gemacht hat, seinen alten und berechtigten Einfluß in Deutschland zu erhalten, sind ihm wahrlich nicht durch preußische Nachgiebigkeit, auch nicht durch preußisches Besitzt für Ehre, Recht und Ansehen Deutschlands, sondern durch preußische Misserium etwas zeigt von unserm Kabinet, daß es die Union anerkennen, daß es die Militär-Convention guthießen, daß es die Einführung der badischen Truppen billigen solle? So von heiliger Einfalt erfüllt, wird man in Berlin doch nicht sein. — Wenn Preußen sich nicht darein fügen will, die Hegemonie über Deutschland an sich zu bringen, Oesterreich aus dem deutschen Bunde zu drängen und seine Herrschaft von der Oster zur Nordsee, vom Niederrhein zum Oberrhein, von der Oder bis zur Donau auszudehnen, so ist dieselbe allerdings sehr in Frage gestellt. Wenn jener Staat aber die Ehre und seine Ehre in die Beachtung des „Suum cuique“ setzt, so wird es nur die Politik der letzten Jahre zu verleugnen haben, die Jedem das Seine rauben wollten, um die Ehre, welche es selbst gefährdet hat, selbst wieder herzustellen. Oesterreich will Preußen nicht in seinem Gebiete beeinträchtigen oder in seinem ihm zustehenden Einflusse verfürzen. Alle Macht, die Preußen im Beginne des März 1848 besaß, die wollen wir, daß es auch ferner besitzen möge. Es hat keinen Anspruch von Oesterreich oder von den übrigen europäischen Großmächten zu fordern, daß es ihm die Herrschaft über ein größeres Gebiet, den Genuß einer größern Macht zugestehen und wenn dieses es auch fordern würde, gewiß ist es, daß ihm keine derartige Prätension wird bewilligt werden.

(M.)

Wir erhalten aus Breslau vom 15. d. eine Zuschrift, in der wir obgleich tiefen Eindruckes Erwähnung thut, den die Nachricht, daß Oesterreich zu Gunsten des deutschen Bundeslandes in Holstein auftreten wolle, in der zweiten Hauptstadt der preuß. Monarchie hervorgebracht hatte. Unser Berichterstatter, selbst Name und Stellung zur österreichischen Politik und die Quelle giebt, daß seine Mittheilung nicht dem Reiche der Fabel angehört, formulirt die in Breslau „so eben“ eingegangene Nachricht dahin, daß 30,000 Mann Oesterreicher und zwar das vorarlbergische Corps und das 10. Bundesarmeecorps die Bestimmung haben, sofort in Holstein einzurücken, eventuell Schleswig zu besetzen, da die bestehenden Verträge aufrecht zu erhalten. Der Gouverneur der Bundesfestung Mainz, Erzherzog Albrecht, werde das Obercommando der Bundestruppen übernehmen.“ So weit die erste faktische Mittheilung, die uns aus Breslau zukommt, wenn wir sie jedoch ohne zusammenden Kommentar lassen, so wird man doch in begreiflicher finden, als wir unsererseits glauben, daß die erwähnte Thatsache von einem sehr thätigen Eingreifen Oesterreichs in die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten unter ganz andern Modifikationen vor sich gehen werde, abgesehen davon, daß selbst Mitwirkung (wenigstens hier) fixirt sein dürfte. (Kl.)

Frankreich.

C **Paris**, 17. August. Wir sind in Stand gesetzt unsern Lesern die Rede, welche der Gesandt dent auf die Ansprache des Maire von Lyon bei dem von der Stadt gegebenen Gastmahle mitgetheilen, wie folgt: Die Stadt Lyon, deren würdige Oolmetscher Sie sind, empfange den aufrichtigen Ausdruck meines Dankes für die zuvorkommende Aufnahme, welche mir zu Theil wird. Allein, glauben Sie es mir, ich bin nicht hierher gekommen, wo mein Oheim, der Kaiser, so tiefe Erinnerungen zurücklassen hat, um Huldigungen (ovations) entgegenzunehmen und Musterungen zu halten. Der Zweck meiner Reise ist, durch meine Gegenwart die Guten zu ermuthigen, die Aeuerlen zu beruhigen, durch eigene Anschauung die Gesinnungen und Bedürfnisse des Landes kennen zu lernen. Diese Aufgabe erfordert Ihre Mitwirkung, und damit ich diese erhalte, muß ich Ihnen freimüthig sagen, wer ich bin und was ich will. Ich bin nicht der Vertreter einer Partei, sondern der Vertreter von zwei großen Neuerungen des Nationalwillens, welche 1804 wie 1848 durch die Ordnung das große Prinzip der franz. Revolution retten wollten (Beifall). Stolz darher auf meine Abkunft und meine Fahne werde ich jenen treu bleiben, ich werde ganz dem Lande angehören, was es auch von mir verlangen mag, Selbstverleugnung oder Beharrlichkeit (Beifall). Gerüchte von Staatsstreichen sind vielleicht auch bis zu Ihnen gedrungen, meine Herren; Sie haben aber nicht daran geglaubt und ich danke Ihnen dafür. Ueberraschungen und Usurpationen können der Traum von Parteien sein, welche in den Nationen keine feste Stütze haben, wo auch sechs Millionen Stimmen Erwählte aber vollzieht das Willen des Volks, er verräth ihn nicht. (Dreimaliger Beifallruf.) Der Patriotismus kann sich wiederhole es, in Selbstverleugnung wie in Beharrlichkeit bestehen. Vor einer allgemeinen Gefahr muß jeder persönliche Eitelkeit schweigen. In einem solchen Falle erkennt man den Patriotismus, wie in einem berühmten Prozesse die Mutterschaft erkannt wurde. Sie erinnern sich jener zwei Frauen, welche ein und dasselbe Kind beanspruchten. An welchen Zeichen erkannte man das Kind, der wahrhaften Mutter? An der Berichtigkeitsung auf ihre Rechte, welche ihr die Gefahr eines geliebten Hauptes entrig. Möchten die Parteien, welche Frankreich lieben, diese erhabene Lehre nie vergessen! (Allgemeine Zustimmung.) Auch ich werde mich, wenn es sein muß, daran erinnern. Wenn andere Interessen verbrecherische Anforderungen aufstanden und die Ruhe Frankreichs bedrohen, würde ich sie zur Machtlosigkeit herabdrücken, indem ich auch hier die Volkssouveränetat in Anspruch nehme; denn ich gestehe Niemand das Recht zu, sagen zu können, er sei mehr Vertreter derselben, als ich. Diese Gesichte werden Sie begreifen, denn Alles, was edel, großherzig, aufrichtig ist, findet bei den Lyonern Widerhall. Ihre Geschichte gibt unsterbliche Beispiele davon. Betrachten Sie daher meine Worte als einen Beweis meines Vertrauens und meiner Achtung. Erlauben Sie mir in diesem Sinne einen Trinkspruch auf die Stadt Lyon zu bringen! (Anhaltender Beifall.)

Schwurgerichtsverhandlung.

+ **Würzburg**, 20. August. Gestern fand unser erste Schwurgerichtssitzung für dieses Quartal statt. Nach einer einleitenden Rede, mit welcher Hr. Appellationsgerichtsrath Schattenmann als Präsident die Sitzung eröffnete kam nachfolgendes Akat zur Verhandlung: Michael Fischer, ein Bauerssohn aus Ibrilheim, hatte am 30. Mai d. J. im Wirthshause daselbst an dem Bauernknecht Sperrgut und Zahlmann, mit dem er früher Dienst in Zwist war und durch Eifersucht wegen seiner Geliebte auch heute zu reizen suchte, einen Streit, in welchem Fischer, nachdem er einen Fuß aus einer danebenstehenden Bank herausbrach, den Bonengel einen Schlag auf dem Kopfe versetzte, daß derselbe des andern Tags starb. Der Angeklagte läugnete die That nicht, wollte es aber aus Nothwehr gethan haben, und die Beweise stellten hierfür. Die Geschworenen entschie-

den für Körperverletzung mit Vorbedacht, aber ohne Wahrscheinlichkeit des Todes. Der Gerichtshof entschied für 5 Jahre Arbeitshaus. Staatsanwalt war: Appell.-Ger.-Assessor Hestreich, Vertheidiger: Rechtsanwalt Schon.

Neuestes.

Frankfurt. Die O.-P.-A.-Z. hat jetzt die Protokolle der 3. und 4. Sitzung (vom 7. und 9. August) der „Bundesplenarversammlung" gebracht. In der Sitzung vom 7. August wurde zunächst die Vollmacht des von Hessen-Darmstadt an Hrn. v. Dalwigk's Stelle ernannten Hrn. v. Münch-Bellinghausen provisorisch, zugleich mit der Anzeige dieses Bevollmächtigten, daß er verhindert sei, bei der gegenwärtigen Sitzung zu erscheinen und deshalb um Offenhaltung des Protokolls bitte. Dann wurde der Bericht des Ausschusses über die Bildung eines neuen Centralorgans vorgelegt. Wir beginnen indeß sogleich mit den Abstimmungen der Bevollmächtigten über den Antrag auf, Constituirung der Plenarversammlung zum engeren Rathe. Vorausschicken wollen wir nur noch die vollständige Namensliste der zu Ende im Plenum vorkommenden Persönlichkeiten. Sie ist: Von Seiten Oesterreichs der wirkliche geheime Rath und Bundespräsidial-Bevollmächtigte, Graf v. Thun-Hohenstein; von Seiten Sachsens, der Geheime Rath Nostitz und Jänkendorf; von Seiten Baiern's: der Generalmajor Ritter v. Xylander; von Seiten Hannovers: der Leg.-Rath Lütcken; von Seiten Württembergs: der Geh.-Leg.-R. v. Reinhard; von Seiten Kurhessens: der Staatsminister v. Hassenpflug; von Seiten des Großherzogthums Hessen: der O.-Appell.- und Kassations-Ger.-Rath Frhr. v. Münch-Bellinghausen; von Seiten Luxemburgs und Limburgs: der Landrichter der Kammerherr v. Blochausen; von Seiten der Niederlande wegen Limburg: der Staatsrath v. Scherff; von Seiten Mecklenburg-Strelitz: der Geh.-Justizrath v. Oertzen; von Seiten Liechtensteins: der Geh.-St.-Rath Dr. v. Lindner; von Seiten Schaumburg-Lippe: der Reg.-R. Strang; von den Hessen-Homburgs: der wirkliche Geh.-Rath Frhr. v. Holzhausen. Das Präsidium erläutert den von der k. k. Regierung gestellten „Antrag auf Bildung eines neuen provisorischen Centralorgans die Absicht, für einen kurzen Zeitraum eine schwache Behörde ins Leben zu rufen, mithin abermals eine interimistische Bundesbehörde hinzustellen, an welche insbesondere die Fürsorge für die äußere und innere Sicherheit des Bundes übertragen werden soll." Sämmtliche Bevollmächtigte erklären einstimmig, daß ihre Instruktionen mit dem Antrage Oesterreichs einverstanden seien. Das Präsidium entnimmt nun aus den eben abgegebenen Erklärungen mit lebhafter Befriedigung die offenbar Zustimmung zu dem von dem Kaiserlichen Hofe gestellten Antrage und wird es sich zur angenehmen Pflicht machen, seine ehrerbietigste Regierung ungesäumt hiervon in Kenntniß zu setzen. Auf Antrag des Präsidiums wurde nunmehr die Sitzung geschlossen. — Fr. Thun. Nostitz und Jänckendorf. Xylander. Detmold. Reinhard. Hofmanstau. Bülow. v. Scherff. v. Oertzen. Dr. v. Linde. Strang. Frhr. v. Holzhausen.

Frankfurt, 13. August. Auf ein Cirkulordepesche, welche die interimistische Bundescentralcommission an die Stemächte erlassen hat, um die Anerkennung der deutschen Kriegsflagge zu erwirken, ist jetzt eine Erwiderung von Seiten Großbritanniens eingegangen. Lord Robert von St. James eröffnet der interimistischen Bundescentralcommission, daß es sich seine Erklärung in Betreff der Anerkennung jener Flagge bis zur Bildung einer definitiven, den deutschen Bund repräsentirenden Behörde vorbehalte. (Allg. Z.)

Berlin, 19. August. Der Lehrer der Zoologie, geheimer Obermedicinalrath, Professor Dr. Schönlein hat den Stern zum rothen Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub erhalten.

Athen, 12. August. Gestern hat Ihre Majestät die Königin Amalie als Regentin in Gegenwart König Otto's und der versammelten Kammern folgenden Eid abgelegt: „Ich schwöre im Namen der einigen untrennbaren Dreifaltigkeit Treue dem König, die herrschende Religion zu beschützen, die Constitution und die Gesetze der griechischen Nation aufrechtzuerhalten, so wie auch die Selbstständigkeit und Unverletzlichkeit des griechischen Reiches."

Berlin, 14. Aug. (Schluß d. gestern abgebrochenen Depesche des Hrn. v. Schleinitz, an den Grafen Brandenburg.) Bismarck würde nach der Auffassung des kais. Gouvernements das dem Gouvernement vindicirte Widerspruchsrecht seine Motive nicht aus militärischen Beziehungen allein zu schöpfen, sondern vermöge seiner nur durch die eventuelle Entscheidung der vorgesetzten Bundesbehörden limitirten Bundeseinheit, und Erwägungen politischer Natur in seinen Acten zu legen haben. Einen solchen Auffassung, welche geeignet wäre, die Stellung der Bundesmilitärbehörden völlig zu verrücken, und möglicherweise Anlaß zu den bedauerlichsten Conflicten zu geben, muß die königl. Regierung aufs bestimmteste widersprechen. Sollte daher dem Bismarck'schen Widerspruche der Bundescentralcommission vom 17. v. M. bei ferner Fassung nicht die Bedeutung beigelegt worden sein, daß er für alle noch zu erwartenden Durchzüge bohischer Truppen nach Preußen Geltung haben sollte, so wird auf die vertragsmäßige schiedsrichterliche Entscheidung recurrirt werden müssen. Indem die eventuelle Betretung des eben angedeuteten Weges vorbehalten wird, glauben wir in der That den entscheidensten Beweis für unser Festhalten an jenem Principe der Mäßigung und des Rechts thun zu geben, zu welchem wir uns oben bekannt haben. Indem wir auf diese Weise und streng auf dem vertragsmäßig festgestellten Entscheidungswege halten, geben wir uns aber auch der sichern Erwartung hin, daß man österreichischerseits auf die Stellung verzichten werde, welche die kaiserl. Regierung in der vorliegenden Angelegenheit dem Bieregouvernement gegenüber einnehmen zu müssen sich dürfen geglaubt hat. Wenn nemlich noch der uns mitgetheilten Depesche daß k. k. Gouvernement sich für berechtigt gehalten hat, dem Biergouverneur von Mainz die Weisung zu geben, die Durchzüge badischer Truppen nach Preußen nicht ferner zu gestatten, so kann die königl. Regierung diesen Schritt nur als eine unzweifelhafte Verkennung und Verletzung der dem Bunde zustehenden Rechte bezeichnen. Nur als Organ des Bundes hat der Biergouverneur die ihm zustehenden Befugnisse auszuüben, nur dem Bunde, dem er sich anzuschließen versichert war, ist Rechenschaft von seiner Amtsführung schuldig, und nur von der vorgesetzten Bundesbehörde hat er in seiner Eigenschaft als Bundesorgan Befehle anzunehmen. Es hiebe dieses Beobachtung vernichten, es hieße Mainz seiner Eigenschaft als Bundesfestung berauben, wollte man von dem Gouverneur fordern, daß er Befehle einer andern, als der vorgesetzten Bundesbehörde Befehle annähme. — Im Interesse des Bundes und zur Wahrung der ihm zustehenden Rechte legt daher Preußen hiergegen feierlichen Protest ein, indem es feinerseits alle derjenigen an Bundesorgane gerichtete Weisungen der kaiserl. Regierung ausdrücklich für null und nichtig erklärt. Sollte nichtsdestoweniger die kaiserl. Regierung an dieser dem Mainzer Festungsgouvernement gegenüber eingenommenen Stellung festhalten und es in Folge solcher, von ihr einseitig ausgegangener Weisungen zur Anwendung ungesetzlicher Gewaltmaßregeln gegen unsere Bundesbergenossen kommen, so würden wir in einem solchen Falle der unrechtmäßigen Gewalt gerechte Gegenwehr entgegenstehen und uns unserererseits von jeder Verantwortlichkeit für die unabsehbaren Folgen eines solchen Ereignisses losslagen. — Empfangen Sie, Herr Graf, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. Schleinitz.

Berlin, 14. Aug. (Schluß.) Depesche des Hrn. v. Schleinitz, an den Grafen Brandenburg.) Bismarck würde nach der Auffassung des kais. Gouvernements das dem Gouvernement vindicirte Widerspruchsrecht seine Motive nicht aus militärischen Beziehungen allein zu schöpfen, sondern vermöge seiner nur durch die eventuelle Entscheidung der vorgesetzten Bundesbehörden limitirten Bundeseinheit, und Erwägungen politischer Natur in seinen Acten zu legen haben. Einen solchen Auffassung, welche geeignet wäre, die Stellung der Bundesmilitärbehörden völlig zu verrücken, und möglicherweise Anlaß zu den bedauerlichsten Conflicten zu geben, muß die königl. Regierung aufs bestimmteste widersprechen. Sollte daher dem Bismarck'schen Widerspruche der Bundescentralcommission vom 17. v. M. bei ferner Fassung nicht die Bedeutung beigelegt worden sein, daß er für alle noch zu erwartenden Durchzüge bohischer Truppen nach Preußen Geltung haben sollte, so wird auf die vertragsmäßige schiedsrichterliche Entscheidung recurrirt werden müssen. Indem die eventuelle Betretung des eben angedeuteten Weges vorbehalten wird, glauben wir in der That den entscheidensten Beweis für unser Festhalten an jenem Principe der Mäßigung und des Rechts thun zu geben, zu welchem wir uns oben bekannt haben. Indem wir auf diese Weise und streng auf dem vertragsmäßig festgestellten Entscheidungswege halten, geben wir uns aber auch der sichern Erwartung hin, daß man österreichischerseits auf die Stellung verzichten werde, welche die kaiserl. Regierung in der vorliegenden Angelegenheit dem Biergouverneur gegenüber einzunehmen sich dürfen geglaubt hat. Wenn nemlich noch der uns mitgetheilten Depesche daß k. k. Gouvernement sich für berechtigt gehalten hat, dem Biergouverneur von Mainz die Weisung zu geben, die Durchzüge badischer Truppen nach Preußen nicht ferner zu gestatten, so kann die königl. Regierung diesen Schritt nur als eine unzweifelhafte Verkennung und Verletzung der dem Bunde zustehenden Rechte bezeichnen. Nur als Organ des Bundes hat der Biergouverneur die ihm zustehenden Befugnisse auszuüben, nur dem Bunde, dem er sich anzuschließen versichert war, ist Rechenschaft von seiner Amtsführung schuldig, und nur von der vorgesetzten Bundesbehörde hat er in seiner Eigenschaft als Bundesorgan Befehle anzunehmen. Es hiebe dieses Beobachtung vernichten, es hieße Mainz seiner Eigenschaft als Bundesfestung berauben, wollte man von dem Gouverneur fordern, daß er Befehle einer andern, als der vorgesetzten Bundesbehörde Befehle annähme. — Im Interesse des Bundes und zur Wahrung der ihm zustehenden Rechte legt daher Preußen hiergegen feierlichen Protest ein, indem es feinerseits alle derjenigen an Bundesorgane gerichtete Weisungen der kaiserl. Regierung ausdrücklich für null und nichtig erklärt. Sollte nichtsdestoweniger die kaiserl. Regierung an dieser dem Mainzer Festungsgouvernement gegenüber eingenommenen Stellung festhalten und es in Folge solcher, von ihr einseitig ausgegangener Weisungen zur Anwendung ungesetzlicher Gewaltmaßregeln gegen unsere Bundesbergenossen kommen, so würden wir in einem solchen Falle der unrechtmäßigen Gewalt gerechte Gegenwehr entgegenstehen und uns unsererseits von jeder Verantwortlichkeit für die unabsehbaren Folgen eines solchen Ereignisses loslagen. — Empfangen Sie, Herr Graf, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. Schleinitz.

Depesche des k. k. Ministerpräsidenten Fürsten von Schwarzenberg an den k. k. Gesandten zu Berlin Frhrn. v. Prokesch-Osten d. d. Wien, den 29. Juli 1850. hiesen Wortlaut folgende ist: An das Gouvernement der Bundesfestung Mainz gelangte am 16. d. M. vom 13. detirtes Schreiben des großherzogl. badischen Kriegsministeriums, wonach in Folge einer Uebereinkunft zwischen den hohen Regierungen von Preußen und Baden zwei großherzogl. Bataillone am 16. und 17. d. Mrs. von Mannheim mittelst Dampfboote auf dem Rhein nach Koblenz abgehen und bei Mainz vorbeikommen würden. Diese Anzeige war noch nicht an ihre Bestimmung gelangt, als bereits eine Compagnie der erwähnten Truppen auf einem gewöhnlichen Postgierboote von Mainz eingetroffen, oder eben daß zu steigen, in der Richtung nach Koblenz weiter aufgefahren war. Gleichzeitig mit der Anzeige erschien ein zweites Schiff mit drei Compagnien und passirte gleichfalls weiter. Der Biergouverneur der Bundesfestung traf gleich nach erhaltener Kenntniß des Vorgefallenen die Anordnung, daß vorläufig kein weiterer Durchzug von badischen Truppen gestattet werden solle, und wendete sich in Anbetracht der bei diesem Vorgange in Frage stehenden Rücksichten an die Bundescentralcommission, um das Weitere der Entscheidung der obersten Behörde des Bundes anheimzustellen. Die Bundescommission erklärte in ihrer Sitzung vom 17. d. Mts. dem von dem badischen Kriegsministerium angesuchten Durchzuge badischer Bundestruppen durch die Bundesfestung Mainz kein Hinderniß entgegenzustellen; und die Angelegenheit zur Kenntniß der Regierungen von Oesterreich und Preußen zu bringen. Indem sie k. k. Bundescommissäre Bevollmächtigten, einer bereits in voller Ausführung begriffenen Maßregel nicht in den Weg zu treten, haben sie jedoch gleichzeitig feierliche Verwahrung gegen die Verletzung der badischen Truppen in das königl. preußische Gebiet eingelegt, da sie diese ohne Zustimmung der Bundesbehörde und ohne vorherige Anzeige eine Verletzung der Bundeskriegsverfassung ansehen und die dabei eingetretenen Regierungen das Recht, eine solche Maßregel als sich zu beschützen und auszuführen, nicht zustehend glaubten. Durch diese Verwahrung sind die k. k. Commissarien einer seits an die Ergangenen ausdrücklichen Weisung zuvorgekommen, von welcher Ew. ic. durch meinen Erlaß vom 21. d. M. zum Zweck der Mittheilung an die kgl. preußische Regierung Kenntniß erhalten haben. Die kgl. Regierung wird daraus entnommen haben, daß wir den Abfahrt der in Rede stehenden Truppenschiffe weder als rechts- noch bundeswidrig, mithin unverbindlich betrachten, und daß wir, zur Behauptung unserer eigenen Rechte und jener des Bundes, der erwähnten Uebereinkunft und dem Beginn ihrer Vollziehung eine formliche Einsprache entgegengestellt haben. Daraus ergibt sich von selbst unser Urtheil über den uns seitens Preußen gemachten Vorfall im Rayon der Bundesfestung Mainz. So wie wir durch den Abfahrt und die Vollziehung jener Uebereinkunft die Rechte des Bundes für verletzt halten, so muß es und als die sichere aller im Namen des Bundes handelnden Autoritäten erscheinen, ihre ihrer Wirksamkeit dieser Rechtsverletzung entgegenzutreten. — Der § 38 des Mainzer Festungsreglement vom 27. September 1832 bestimmt:

daß Truchmärsche von Bundestruppen und Artillerien durch die Festung und deren Rayon nur nach Verwilligung des Festungsgouvernements, mithin nur mit Willen und Wissen des Gouverneurs und Commandanten stattfinden können. Ferner setzt der § 25 desselben Reglements fest: daß der Gouverneur in den Gouverneurs-Conferenzen in Allem die entscheidende Stimme habe.

Der § 42 ordnet an:

daß in Abwesenheit des Gouverneurs Alles, was in diesem Reglement vom Gouverneur ge-

Digitized by Google

sagt ist, auch auf den Bivouvernement Anwendung finde.

Es ist daher das volle Recht des Bivouvernements, die Kriegsverfassung zu einem im Widerspruche mit der Kriegsverfassung des Bundes begehrten Truppenmarsche durch den Festungsrayon zu verweigern, und aus dem angeführten Grunde liegt dieses zugleich in seiner Pflicht. Gelangt die Angelegenheit auf dem Wege der Beschwerde an die oberste Bundesbehörde — wenn zu einer verfassungsmäßigen Anfrage bei derselben ist das Festungsgouvernement keineswegs gehalten, — so kann die Entscheidung aus demselben Grunde nur gegen eine solche Beschwerde ausfallen. Waren unter den gegenwärtigen Verhältnissen die kgl. preuß. Mitglieder der Bundescommission hierin anderer Ansicht, und konnte deshalb ein Beschluß der letzteren obersten Bundesbehörde nicht erzielt werden, so mußte die anderweite bundesmäßige Erledigung der Streitfrage vorbehalten bleiben, einstweilen aber stand es dem Festungsgouvernour zu, seine Verfügung aufrecht zu erhalten. Wenn der dem Anfalle des am 17. und 18. d. Mts. katzisch-hochdeutschen badischer Truppen das hier berücksichtigte, in den Bundesgesetzen begründete Verfahren nicht eingehalten wurde, wenn das Festungsgouvernement von dem ihm zustehenden Rechten keinen Gebrauch machte, und die kaiserl. Bundescommissäre ihre Zustimmung zu dem bereits begonnenen Durchzuge ertheilten, so geschah dieses, weil die bekannten bundesfreundlichen und persönlichen Gesinnungen des kaiserl. Hofes über jede andere Rücksicht gesetzt wurden. Damit jedoch kein Irrthum über die Tragweite dieses Zugeständnisses entstehe, dürfen wir nicht unterlassen, zu erklären, daß dasselbe nur in der Voraussetzung bevormaligen angenehmlichen Sachlage seine Rechtfertigung findet, — einer Sachlage, welche überdies nur durch Unterlassung eines rechtzeitigen Gesuches um Bewilligung des Durchmarsches, mithin durch Verkennung der Rechte der Festungsund Bundesbehörden und Hintansetzung der denselben gebührenden Rücksichten hervorgerufen war. Nachdem nunmehr der Thatbestand uns vorliegt, können wir in Betracht der zur Anwendung kommenden klaren Rechtsvorschriften und bei der Fürsorge, welche wir dem Ansehen des Bundes und der feine Gesetze anerkennenden Regierungen schuldig sind, keinen Augenblick darüber in Zweifel sein, daß die kaiserl. Regierung eine Erneuerung des in Rede stehenden Vorganges nicht zugeben dürfte. Der Beschluß der Bundescommission vom 17. d. Mts. besteht sich nur auf den damals von dem badischen Kriegsministerium angemeldeten Durchmarsch zweier Bataillone und kann seine Anwendung auf etwaige weitere durch die Uebereinkunft Preußens mit Baden veranlaßte Truppentransporte nicht erstrecken. Es sind deshalb an das Festungsgouvernement und an die kaiserl. Bundescommissäre Weisungen ergangen, damit, wenn ein nochmaliger Durchzug beabsichtigt würde, die hierzu erforderliche Erlaubniß nicht ertheilt, und dem Gesuche um Gründe der §§ 25, 28 Verfügung auf Grund der §§ 25, 28 und 42 des Festungsreglements unbedingt aufrecht erhalten werde, so lange sie nicht durch einen gültigen Bundesbeschluß aufgehoben worden sollte. In Uebereinstimmung hiermit ist die großherz. badische Regierung durch den k. k. Geschäftsträger in Karlsruhe bereits benachrichtigt worden, daß den Truppengouvernour von Mainz keine weiteren Durchzug durch diese Bundesfestung nicht gestatten werde. Wir hegen zu dem Rechtssinne der königl. preuß. Regierung das volle Vertrauen, daß sie bei Erwägung des Sachverhalts und der von uns dargelegten Gründe überfreist sich veranlaßt finden werde, dahin zu sorgen, daß das Begehren des Durchzugs durch den Rayon der Bundesfestung sich nicht erneure und dadurch möglichen weiteren Stärungen vorgebeugt werde. Ew. rc. wollen zu diesem Zweck mit Hrn. v. Schleinitz unter Mittheilung einer Abschrift des gegenwärtigen Erlasses in Benehmen treten. Hieran schließt sich das nachstehende Schreiben des k. k. Bivouvernements der Bundesfestung Mainz an das großh. badische Kriegsministerium in Karlsruhe; es ist folgenden Inhalts: Am 16. d. M. hat das großh. badische 3. Infanteriebataillon ohne vorausgegangene Anmeldung das hiesige Festungsgebiet auf 2 Dampfbooten passirt, und erst nach deren Vorbeifahrt ist dem Festungsgouvernement die Notification des bochädel. Kriegsministeriums vom 13. d. M. zugekommen. Da das Festungsreglement bei dem Durchzug von Truppen immer die vorhergehende Benachrichtigung des Gouvernements festlegt, so gibt man sich die Ehre, das hochlobl. Kriegsministerium ergebenst zu ersuchen, bei etwa weiters beverstehenden solchen Durchzügen das diesfällige Ansuchen etwas früher hierher gelangen zu lassen, damit nicht nur dem Durchzug kein Hinderniß in den Weg gelegt, sondern das Festungsgouvernement in die Lage gesetzt werde, die nöthigen Vorkehrungen zu treffen, um den durchpassirenden Bundestruppen auch die etwa erforderliche Unterstützung angedeihen lassen zu können. Mainz, 24. Juli 1850. (gez.) Mertens.

Der Hätzel'sche Hochverraths-Prozeß.

(Schluß.) Es ergibt sich aus diesen Auslassungen, daß die Verbindungen der Deutschen in Paris und London bis in die neueste Zeit fortdauerten und daß sie communistische Grundsätze zu verbreiten und eine Revolution in Deutschland hervorzurufen suchten. Bei der damals eingeleiteten Untersuchung war auch der Schuhmacher Hätzel betheiligt, er wurde namentlich von Mentel und Bühring als Vorsteher einer Gemeinde bezeichnet, ist indessen, da der Beschuldigungen zurückgenommen wurden, freigesprochen worden. Im Jahre 1848, nach den Märztagen, kam Weitling wieder nach Deutschland, insbesondere auch nach Berlin, und hat sich mit Hätzel, wie dieser gestellt, bekannt gemacht, ihn auch besucht. Daß diese Bekanntschaft mit eine ganz oberflächliche gewesen sein kann, ergibt sich aus Hätzel's Aussagen gelungener Brief des Weitling, worin dieser ihn auffordert, Unterschriften für die dritte Auflage seiner „Garantieen" zu sammeln, und ihn wie einen alten Freund und Bekannten anredet. Weitling ist auch im Oktober 1848 Mitglied des demokratischen Congresses in Berlin gewesen, dessen Tendenz genugsam bekannt ist, und der zum ersten Mitglied des Central-Ausschusses den Dr. b'Ester, derzgl. Graf v. Reichenbach gewählt hatte. Weitling hat, wie seine Reden nach den stenographischen Berichten ergeben, auch hier für den Communismus gewirkt, später ist er ausgewiesen worden und hat nach seiner Ausweisung aus Berlin fortgefahren, Propaganade für den Communismus zu machen; dies beweist ein Schreiben der Polizeibehörde zu Hamburg vom 28. Dez. 1849, wonach dort im August v. J. eine communistische Verbindung, an deren Spitze er gestanden hat, entdeckt und auseinandergesprengt worden ist. In Folge dessen ist dem hiesigen kgl. Polizeiamte ein unsgegangenen Anzeige worde am 30. März 1849 bei dem Schuhmacher Hätzel Haussuchung gehalten. Der Erfolg derselben, so wie das Verzeichniß der bei ihm gefundenen Gegenstände (Waffen, die Statuten und Organisation des Bundes in 10 Gemeinden betreffend, die Liste mit Adressen rc.), so wie das 3tägige Verhör Hätzel's sind schon von früher bekannt. Wir citiren daher schließlich nur noch die Stelle der Anklageakte, die beweist, in welchem Zusammenhang namentlich auch d'Ester zu dem Hätzelschen Unternehmen steht.) Der nächste wesentliche Zweck des Bundes war daher: eine Revolution, die man erwartete, zu benutzen zum Umsturze der Verfassung, und um dahin zu gelangen, wurden die Gemüther derer, von denen man einen Aufstand erwartete, günstig für die republikanische Verfassung gestimmt. Daß man aber nicht allein die Revolution benutzen, sondern auch thätigen Antheil daran nehmen wollte, und daß man auf keine friedliche, sondern eine gewaltsame und blutige Revolution seine Hoffnung gesetzt hatte, ergibt sich aus Hätzel's fernerer Erklärung. Er sagt: „Für den Fall einer Revolution wollte ich meine Waffen, die ich als Mitglied des Handwerkervereins erlost, benutzen. Die bei mir gefundenen Patronen sind nicht mein alleiniges Eigenthum, sondern gehören zum Theil zweien meiner Freunde, die ihre Waffen von der Bürgerwehr nicht ablisfern wollten, dieselben vielmehr bei mir untergebracht hatten, um sie bei einer ausbrechenden Revolution gebrauchen zu können, die Handgranaten wollte ich auch bei der Revolution gegen die Feinde der Arbeiter benutzen." Dasselbe ergibt sich aus dem Schlusse des Hätzel'schen Berichts an die Centralbehörde, worin es heißt: „Eine neue Revolution scheint vor der Thüre, und wir brauchen noch viel Geld zu Waffen und Munition." Hätzel vertheidigt demnach unter einer Revolution keine friedliche, sondern eine gewaltsame, und er und seine Freunde gedachten an derselben mit den Waffen in der Hand thätigen Antheil zu nehmen. Wenn daher anscheinend der Bund nur durch Beseitigung wirken wollte, so war doch der Zweck, dadurch eine gewaltsame Revolution zum Umsturze der Verfassung herbeizuführen, verbunden mit der Absicht, an dieser Revolution sich thätig zu betheiligen und an dem Kampfe Theil zu nehmen, und man hatte sich für diesen Kampf schon so nahe und hatte so sehr darauf, daß man sich bereits mit Waffen und Munition versehen hatte. Die Liste mit Granaten, welche bei Hätzel gefunden worden, ist dem, wie erwähnt worden, durch d'Ester zugekandt. Dieselbe war Nr. 31 gezeichnet B. in L. und mit einem Siegel verschen worden, worin ein neugotbisches B verschlungen war. Es hat nun der bei dem Dresdener Aufstand betheiligte Rödel erklärt: „Als er am Ende 1848 in Dresden die Bekanntschaft d'Esters gemacht, habe er denselben die Erfindung Schemes — der Handgranaten — mitgetheilt; d'Ester habe ihm eine Adresse mitgetheilt und ihn gebeten, ihm 1—1½ Dutzend Handgranaten unter jener Adresse durch Oehme zukommen zu lassen. Er habe dem Oehme die Adresse übergeben, und den Auftrag ausgerichtet." Jene Granaten haben dann ergeben, daß die von d'Ester dem Rückel und von diesem dem Oehme übergebene Adresse an Born, Redakteur zu Leipzig, gelautet hat, daß am 6. Jan. 1849 die erste Sendung Granaten von Dresden nach Leipzig an Born abgegangen, und von dort an Dr. Sauter in Cöthen befördert worden, wo sie am 10. Jan. angekommen ist. Dr. Gemmo Sauter, zur Zeit Gefangener in Rastatt, hat zugestanden, daß im Winter, während d'Ester bei ihm gewohnt, aus Leipzig eine Kiste Handgranaten an diesen angekommen ist. Hiernach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die bei Hätzel gefundene Kiste ihm von d'Ester überlandt worden ist.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 20. August 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1200	1211
„ 5% Metalliques	82	82½
„ 4% „	62⅜	63¾
„ 3% „	47½	48
„ 2½% „	35	35¾
„ 4½% Bethmann	—	76¾
„ 4% „	66½	—
„ 250 Loose v. J. 1839.	101¼	101½
„ 500 „ 1834.	156¾	157¼
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	86½	86¾
„ Präm. 50 Thaler Scheine.	110½	—
Bayern 3½% Obligationen	83½	84
„ 4% „	89½	89¾
„ 5% „	100½	101
Württemberg 3½% „	83½	84½
„ 4½ „	97½	98¼
Baden 4% „	86¾	87¼
„ fl. 35 Loose	31½	32
„ „ 50 „	53	54
Nassau fl. 25 „	24½	25½
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	74½	74⅝
„ „ 25 „	28	28½
Polen fl. 300 „	136	—
Sardinien Fres. 36 „	32⅜	33¼

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Hierzu das Ergänzungsblatt Nr. 66.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schmiedhof 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 201. Würzburg, Donnerstag den 22. August. **1850.**

Der verworrene Zustand der deutschen Angelegenheiten.

Der Morning Chronicle nimmt über vorstehendes Thema Veranlassung zu folgenden Betrachtungen: „Der gegenwärtige Zustand der deutschen Politik gereicht jenen Pläne schmiedenden und ehrgeizigen Staatsmännern — denn Ehrgeiz bleibt immer Ehrgeiz, auch wenn er mehr auf nationale als auf persönliche Vergrößerung gerichtet ist — welche die Ratsschläge, wenigstens eines der großen Staaten des Bundes, geleitet haben und jenen Schriftstellern, die, im Inland und im Ausland, unbesonnen genug gewesen sind, ihren Intriguen Unterstützung angedeihen zu lassen und ihnen mit einem Schein von Volkssympathie und Beifall zu schmeicheln, zu einem harten, aber gerechten Vorwurf. Staatsmänner dieser Klasse — wenn sie irgend etwas Erfreuliches darin finden können, das Gebäude des Bundes untergraben und zerstört und den Riß zwischen den deutschen und nördlichen Staaten zu einer unübersteiglichen Kluft, das Symbol eines permanenten Bruches, erweitert zu sehen — mögen sich nun Glück wünschen zu der Annäherung einer Katastrophe, welche die hervorragendsten deutschen Patrioten und die weisesten europäischen Staatsmänner einhellig als das größte Unglück zu betrachten pflegten. Preußen hat, indem es sich weigerte, seine Zustimmung zum Wiederaufbau der Bundes in der von dem Bundesgefitze vorgeschriebenen Weise, zu geben, in der Wirklichkeit auf seine Verbindung mit ihm Verzicht geleistet und für sich selbst, und den Nebenkreis kleiner Staaten, die sich um Preußen herum gruppirt haben, die Verpflichtung der Bundesverbindung von sich gewiesen. Wir wissen sehr wohl, daß die Auflegung, welche wir den Schritten der preußischen Regierung so eben gegeben haben, von dieser Regierung und von den Schwollern, die ihre Vertheidigung vor dem Richterstuhle der öffentlichen Meinung führen, verläugnet wird. Aber die Verläugnung muß nach ihrem wahren Werthe in der Wagschale der Wahrheit gewogen werden. Wir können Worte nicht als Ersatz für Thaten annehmen. All' die Spitzfindigkeit, die bei Interfetzung alter der Staatsverträge angewendet worden ist, durch welche der Geschichtschreiber in späteren Zeiten die letzteren Stadien dieser endlosen Kontroverse mühselig wird verfolgen müssen, vermögen nicht die einfache Thatsache wegzuwerfen, daß, während Oesterreich vorschlägt, den Bund in strengem Einklange mit den Verträgen, auf welcher gegründet ist, wieder aufzubauen, Preußen auf seinem Begehren besteht, welches nicht gewährt werden kann, ohne diese Verträge sammt und sonders bei Seite zu setzen. — Die Bundesakte und die Schlußakte — deren erstere den europäischen Verträgen einverleibt worden ist — setzen in bestimmtesten Ausdrücken die Art und Weise fest, wie organische Aenderungen in die Bundesverfassung eingeführt werden können. „Was insbesondere," sagt die Schlußakte, „die organischen Einrichtungen betrifft, so muß nicht nur über die Vorfrage, ob solche unter den obwaltenden Umständen nothwendig sind, sondern auch über Antrag und Anlage derselben in ihren allgemeinen Umrissen und wesentlichen Bestimmungen, in Plenum und durch Stimmen-Einhelligkeit entschieden werden. Wenn die Entscheidung zu Gunsten der vorgeschlagenen Einrichtung ausgefallen ist, so bleiben die sämmtlichen weiteren Verhandlungen über die Ausführung im Einzelnen der engeren Versammlung überlassen, welche alle dabei noch vorkommenden Fragen durch Stimmenmehrheit entscheidet, auch nach Bestimmung der Umstände eine Kommission aus ihrer Mitte zuordnet, um die verschiedenen Meinungen und Anträge mit möglichster Schonung und Berücksichtigung der Verhältnisse und Wünsche der Einzelnen auszugleichen." — Das ist es, was Oesterreich vorschlägt. Preußen dagegen will von nichts Anderem hören als von einem Konvent einzelner Staaten, der zu dem Plenum ungefähr in demselben Verhältnisse stehen würde, wie die konstituirende Versammlung, die im Jahre 1848 in Paris zusammentrat, zu dem Parlamente Ludwig Philipps gefunden hat. Das Begehren mag ehrlich sein oder nicht, es mag durch die Verhältnisse, die in den letztverflossenen heissig Jahren in den gegenseitigen Verhältnissen der deutschen Staaten eingetreten sind, gerechtfertigt werden oder nicht, so viel ist gewiß, daß die Gewährung derselben einer Auflösung des Bundes gerade gleichkommen würde. Ein Verein von Staaten hat gleich einem Vereine von Individuen nur die Macht, in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen seiner Verfassung zu handeln, oder sich in seine ursprünglichen Atome aufzulösen — mit andern Worten, zeitweilig oder für immer aufzuhören, ein Verein zu sein. Die Bevollmächtigten der deutschen Staaten, wenn sie nach dem Vorschlage der preußischen Regierung zusammenkämen, würden sie nicht als Vertreter der Bundesmitglieder — denn der Bund kennt keine solche Versammlung — sondern als die Abgeordneten eines Gemeingelds von Unirten verfammeln, die kein anderes Band des Zusammenhangs, als das einer gemeinsamen Geschichte und eines gemeinsamen Zweckes haben. Ohne und demnach in Wortstreitigkeiten oder zergliedernde Argumente einzulassen, die bei der ersten Berührung in Stücke zerfallen, müssen wir annehmen, daß für alle praktischen Zwecke Preußen, als es seine Vertreter aus dem Bunde zurückrief, den Bund als de facto aufgelöst erklärte. — Wir wollen nicht bei der Frage verweilen, welchen Einfluß, unter andern Umständen, die hoffnungslose Desorganisation des deutschen Bundes auf die allgemeine europäische Politik haben dürfte. Es ist wie die Sachen stehen, genug es soll vergessen zu fragen, was aus dem deutschen Bunde geworden, und ob alles nach ein leerer Akt auf der politischen Karte zwischen der Weichsel und dem Rheine sei? Die Abgespanntheit der Reaktion lastet noch immer auf dem Kontinent von Europa. Keine vornehmen Staaten haben für den Augenblick seine auswärtige Politik, das Spiel ist unterbrochen, und die einzelnen Stücke sind in wilde Verwirrung geworfen worden, ohne daß bisher eine leitende Behörde reorganisirt worden wäre. Die unerträgliche Langweiligkeit des Streites selbst hat die Aufmerksamkeit aller Zuschauer ermüdet, und Keiner hat gewußt woran, die Angelegenheiten Deutschlands mit der innigsten Theilnahme zu beobachten, haben ihre Blicke mit Ekel von einem endlosen Hader abgewendet, der nie zu einer Krisis gedeihen ist, und der zur Stunde, eben so entfernt einerseits von einer Ausgleichung, und andererseits von einem offenen Kampfe zu sein scheint, als er vor zwölf Monaten gewesen ist. Aber es gibt einen Fleck, wo die allgemeine Ruhe fortwährend gestört — durch einen Krieg gestört ist, welcher begann, als die Autorität des Bundes in Verfall gerieth, und der so lange anzudauern droht, bis sie nicht wieder ins Leben gerufen wird. Der innere Krieg in den dänischen Ländern entsprang unmittelbar aus der Verbreitung der Revolution über Deutschland, und die Desorganisation und Anarchie, welche der Stoß dort zurückgelassen hat, sind es, die ihm Nahrung geben, und ihn noch erhalten. Dieselbe Ursache wirkt in doppelter Weise — sie verhindert und verschiebt auf unbestimmte Zeit die Ratifikation des Friedens, und läßt Holstein den Namen nach beschützt, aber in der Praxis emancipirt von der Kontrolle eines Körpers, welcher die Rechte eines großen Nationalbundes behauptet, aber unfähig ist, die Pflichten deffelben zu erfüllen. Nichts kann widersinniger sein, als daß die Armeen des Königs von Dänemark, durch eine Drohung der Rache Deutschlands an der Eider aufgehalten werden sollen, während Deutschlands Flotten gestattet, Feuer und Schwert in die Länder von Dänemark zu tragen. Wenn die Deutschen ein Recht haben sollen, Holstein gegen die Waffen seines rechtmäßigen Landesfürsten in Schutz zu nehmen, so müssen sie wenigstens Dänemark für die Invasion seiner Staaten und für den Versuch Unterthanen und Aufstand unter seinen Unterthanen zu verbreiten, verantwortlich sein. Sie müssen ersahren, wenn sie es noch nicht wissen, daß kein Spiel dieser Art auch nur sue einen Augenblick vor dem Richterstuhl der Nationen gerechtfertigt werden kann; die Rechte der Landesherrlichkeit können nicht von ihren Verantwortlichkeiten getrennt werden, und es wird Pflicht der großen europäischen Mächte, einzuschreiten, wenn dieses einfache Gesetz vollerrechtlicher Billigkeit offenbar übertreten, und wenn das kleinste, aber nicht das muthloseste ihrer Mitglieder von den großen und mächtigen Staaten als Opfer der scandalösesten Unterdrückung und des schreiendsten Unrechts anderkennen wird." — Wenige oder gar keiner unserer Collegen haben ein lebhafteres und gleichförmigeres Interesse an den deutschen Angelegenheiten genommen, als wir. Aber wir können offenbarig, weil wir als Neutrer des Menschheit und der Gerechtigkeit reden. Wir kümmern uns nicht darum, wo die Schwierigkeit liegt oder von wem das Hinderniß ausgeht. Das Unrecht gegen Dänemark, die Schmach für Deutschland und die Beleidigung der öffentlichen Meinung von Europa sind dieselben, ob sie ihren Ursprung in Berlin oder München, in Hannover oder Wien genommen haben. Wenn der Bund fortwährend stumm und taub und lahm und blind bleibt Landgenommen, wenn ein Nachbarland erobert oder eine ausschweifende Forderung mit dem Schwert behauptet werden soll — wenn er verwüstenden außer Stande ist, eine nutzbringe und achtbare Rolle auf der europäischen

Staatsbahne zu spielen — sie müssen wir den deutschen Staatsmännern sagen: daß sie nicht berechtigt sind, sich durch die Schritte beleidigt zu finden, welche fremde Mächte zum Schutze von Rechten für nöthig erachten dürften, welche Deutschland nicht anerkennen will oder nicht zu respectiren vermag. Und so sehr wir auch das Verschwinden des Landes aus dem System, dessen englischer Bekanntheit es lange genügen ist, beklagen würden, so müssen wir doch bezweifeln, daß man von Europa nicht erwarten darf, daß es einen Schatten ehre, wenn das Wesen längst entschwunden ist; noch viel weniger, daß es zugebe, daß das leere Gerüst zu einem Deckmantel für Ungerechtigkeit, zu einem Vorwand für unregelmäßige Kriege und zu einem Hinderniß für die Wiederherstellung des Friedens gemacht werde."

Deutschland.

München, 20. August. Wie wir vernehmen, ist es nunmehr gründet, daß Se. k. Hoh. der Herzog Maximilian in Bayern eine Summe von 4000 fl. (einige Blätter hatten sogar von 10,000 fl. gesprochen) an den zu Kiel bestehenden Ausschuß zur Empfangnahme von Unterstützungsbeiträgen habe gelangen lassen, und nicht minder ungegründet soll die von hier aus nun durch alle deutsche Blätter die Runde machende Angabe sein, als hätten die vier mit Namen genannten bayerischen Offiziere, nemlich die HH. v. Mannlich, Weiß, Hofnaß und Streiter, um ihre Entlassung aus bayer. Diensten nachgesucht, um in schleswig-holsteinische Dienste zu treten. (N. M. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Von der Niederelbe, 17. August. Mit dem gestrigen Nachmittagszug gingen wieder 80 deutsche angeworbene Militairs, worunter etliche 30 Preußen, lauter staatliche Leute, nach Neudesburg. Unter denselben waren auch mehrere Offiziere und Unteroffiziere. Der heutige Morgenzug beförderte wieder einige badische Offiziere dahin. (D. M.)

Altona, 18. Aug. Der bekannte hiesige Literat Theodor Bracklow, zur demokratischen Partei gehörig, wird vom Polizeiamt steckbrieflich verfolgt. (H. N.)

Aus Schleswig-Holstein, 18. August. Man weiß, daß die neutralen Angaben der Blätter, es seien direkte Unterhandlungen der Statthalterschaft mit Dänemark im Gange, als irrig widerlegt wurden, um mit Grund. Es schließt das aber nicht aus, daß von anderer Seite diese Unterhandlungen geführt werden, und es geschieht dies denn auch wirklich von Seiten Rußlands und Englands, die mit dem dänischen Kabinette nach der einen Seite, nach der andern mit Frankfurt, Wien und Berlin unterhandeln und als Ausgang die Herstellung des status quo gemäß dem Londoner vertrag haben, d. h. Schleswig, ganz Schleswig wird dänisch, Holstein aber wird unter die Autorität des deutschen Bundes gestellt. Hatten wir für unsere Angaben auch keine andere Fingerzeige (wir haben sie aber, konnen und wollen sie aber nicht geben), so genügt der Umweis auf zwei Momente, die unsere Behauptung aus evidenteste beweist beilegen. Einmal brechen wir uns auf den den Meisten gewiß seltsam erscheinenen Artikel per „Deutschen Reform", der der Ruf eines minister-riellen Blattes zur Seite geht, wonach die Sache Schleswigs verloren ist, möge nun Holstein siegen oder nicht; das andere Mal thun wir es, indem wir auf die englische Thronrede bei Eröffnung des Parlaments am 15. August verweisen, in welcher die Königin ausspricht: „Ich hoffe, daß der unter meiner Vermittelung in Berlin geschlossene Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark in Balde den Frieden im Norden Europa's wieder herbeiführen wird, und es sollen von meiner Seite keine Mühen gescheut werden, um diese große Wohlthat zu erreichen." Rechnen wir dazu, daß der dänische Obergeneral v. Krogh Befehl hat, jedes kleine Scharmützel zu verhüten und mit seiner Armee vorhands nicht vorzugehen, so wird man sich endlich klar werden müssen, was der Ausgang sein muß. — Was nun Schleswig-Holstein selbst betrifft, so werden wir uns dennoch nicht sogleich gefangen geben, und schon dort man in Holstein Stimmen sich erheben, daß man, sollte es zu dem Aeußersten kommen, lieber mit Schleswig dänisch, als ohne Schleswig deutsch sein und werden wolle. (L. Z.)

Kassel, 18. Aug. Ueber die bisherigen Verhandlungen des Zollcongresses wird dem „Schw. Merk." von hier aus geschrieben: Im Schooße des Congresses ist man noch entfernt, in den Ansichten über vorzunehmende Abänderungen in mehreren Zollansätzen übereinzustimmen. Vornehmlich um den Anforderungen sudteutscher Vereinsstaaten zu entsprechen, ist preuß. Seite brantragt worden: die englischen Twiste hoher zu besteuern, als bisher, und damit zugleich die Einfuhr baumwollener Fabrikate zu verbinden. Es fand jedoch dieser Antrag keineswegs durchgängige Billigung. Ein anderer Antrag Preußens, der eine größere Abgabe auf fremdes Eisen bezweckte, fand zwar Beistimmung von vielen Seiten, gleichwohl ebenfalls Widerspruch von anderen, die Nachtheile für den Ackerbau und die Landwirthschaft. Es kam bei dieser Gelegenheit zur Sprache, wie auch schon die bisherige Steuer auf die Einfuhr von Eisen so sehr dazu beigetragen, die Anlegung von Eisenbahnen auf den Gebieten aller Vereinsstaaten zu verthuern und, statt sie zu begünstigen, zu erschweren; wesshalb denn auch sie bauen. Regierung weise gehandelt habe, die Einfuhr von Eisenschienen aus England und Belgien von jener Zollabgabe zu befreien. Der Vertreter der freien Stadt Frankfurt, Senator Cöster, erklärte sich insfruirt, gegen weitere Erhöhung der Einfuhrzölle überhaupt Protest einlegen zu müssen. Wer einiger Zeit hatten mehrere Zeitungen die Meldung gebracht, daß man in einigen Landern Süddeutschlands damit umgehe, eigene Vertrauensmänner nach dem Kasseler Zollcongreß zu rommittiren, um den Bevollmächtigten der Regierungen mit ihrem Rath zur Seite zu stehen und die Wünsche der Industriellen anzuvertreten. Es hat sich gleichwohl kein Abgesandter von dieser Kategorie bis jetzt wenigstens hier blicken lassen, und es scheint jener Plan nicht zur Ausführung gekommen zu sein. Man hat dies den Dr. Tögel hier gesehen, den Vorsteher des von Süd gegründeten Zollvereinsblattes, aber nur gehört, daß er irgend einen Einfluß auf die Berathungen am hiesigen Zolleongresse gehabt hat. Der Antrieb an dem Zollertrag bildet gegenwärtig in allen Vereinsstaaten eine unentbehrliche Einnahme zur Deckung des Ausgabeburgetes, daher die Gerüchte, die sich in jüngster Zeit verbreitet haben, daß manche Bevollmächtigten zu gewissen seien, nach Ablauf der mit dem Schluß des Jahrs 1851 zu Ende gehenden Zollvereinsperiode aus dem Zollverband zu schreiten, als grundlos angesehen werden. Auch ist denselben, z. B. hinsichtlich Bayerns, von derlei Bevollmächtigten am hiesigen Congreß widersprochen worden. Mehr ist es indeß, daß Bayern und Sachsen in den Berathungen sich gegenseitig unterstützen und insofern eine Opposition gegen Preußen machen, als sie Beide geneigt sind, den österr. Anforderungen zur Bildung eines allgemeinen deutschen Zollcongresses die Hand zu bieten, die aber preuß. Seite zu verhindern gesucht wird. Das preußische Kabinet brachtet indessen die bereits hier Versammelten nicht eigentlich nur als Vorberathungen, die erst demnächst in Berlin zum Schlusse gebracht werden sollen.

Leipzig, 17. August. Gestern ist die Vollmacht für den Universitätsbaccalaureaten, unterzeichnet von dem Rector, den Prodekanen der theologischen und juristischen Facultaten (Domherrn Dr. Winkler und Dr. Schilling), dem Dekane der medicinischen Facultat (Hofrath Dr. Jörg) und dem Prodekane der philosophischen Facultat (Professor Dr. Westermann), dem Professor Dr. Tuch ausgehändigt worden.

Prag, 16. August. Seit einem halben Jahrhundert hat Prag keinen so feierlichen Einzug eines Erzbischofs gesehen, als der gestrige war. Cardinal Fürst Schwarzenberg war bereits am 10. auf dem erzbischöflichen Gute Brezan bei Prag angekommen, von wo er am 15. früh aufbrach. Bei seinem Anzuge hatten Ehrenpforten errichtet Triumphpforte wurde der Einzug von dem Kreispräsidenten, den Bezirkshauptleuten, dem Commandanten der Nationalgarde und der berittenen Nationalgarde empfangen und zum Rosthor geleitet, wo er in den Gallawagen stieg und unter dem Geläute aller Glocken seinen Einzug hielt. Am Altstädterring war mit Kranzen gezierter war und wo Militär, bürgerliche Schaffschützen, Pfarrschulkinder und 12 Zünfte Spalliere bildeten, begrüßte ihn der Bürgermeister, an der Spitze des Stadtrahths, mit einer böhmischen Anrede. In der Aller waren Schuljungen, einige Zünfte, am Kai das bürgerliche Infanteriecorps und ein Bataillon Nationalgarde, beim Karlsenannemal auf dem Kreuzherrenplatz der akademisch Senat aufgestellt; von beiden Brückenthürmen erschollen Trompeten und Paulen. In der Niklauskirche wo die Geistlichkeit, Civil- und Militärbehörden versammelt waren, wurde vom Domprobst eine stille Messe gelesen und hierauf der Kirchenfürst mit dem erzbischöflichen Gewand bekleidet. Der Zug in die Domkirche eröffneten die Fahnen und Umbelle der Domkirche und die erzbischöflichen Dienerschaft, hierauf folgten sämmtliche in Prag befindliche Ordensgeistliche, die Alumnen, Sänger, die Musikcapelle der Feldartillerie, Akolythen, gegen 200 Landpfarrer, die Stadtpfarrer, die Clerisei der Domkirche, die Universität mit den Dekanen und dem Rector Magnificus, die erzbischöflichen Pfarre, die Collegiatcapitel von Allenheiligen, Altbunzlau und Wyschehrad; die Landespräsidenten und Domherrn; nun kam der Fürsterzbischof, neben welchem der Cardinalbothe getragen wurde; den Zug schlossen die Bürgermeister mit den Stadträthen und andere Behörden. Vor der mit Kränzen geschmückten Domkirche waren 2 Triumphpforten errichtet. Nach einem feierlichen Messopfer wurde die Inthronisation durch den päpstlichen Nuntius Viale Prela, Erzbischof von Kartbago, vollzogen. Der Ch. Ministerpräsident Graf Leo Thun, die Bischöfe von Leitmeritz und Königgrätz waren zu dieser Feier eigens nach Prag gekommen. Eine unzählbare Volksmenge füllte die Straßen. (A. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Aug. „Kjöbenhavnsposten" meint: im Interesse der Humanitat, damit durch große Uebermacht das Bintvergießen verringert werde, sei eine russische Occupation Holsteins zu wünschen, wenn Deutschland sich nicht über die Ratification einigen oder den Frieden nicht ausführen könne. Zugleich sollen, nach „Fyenspost", Depeschen der russ. Regierung von großer Wichtigkeit angekommen sein.

Kopenhagen, 17. August. In der „Berl. Ztg." liest man ein Sessions-Plaral, wohnrch für Kopenhagen für das Jahr 1851 die Landwilitärpflicht auf ein Jahr eingeführt werden. Nicht Jeder, der 25 Jahre alt ist, soll Militärdienst thun, sondern auch die ältere bis zu 30 Jahren, so weit sie bisher übergangen und nicht definitiv cassirt ist. Die für den Seedienst angeworbene Mannschaft soll sich den 17. f. auf Gammelholm einfinden. — Einer Mittheilung des Brigadechefs Baggesen an seine Familie über die Schlacht bei Isted, die einen früher aufgenommenen Privatbericht in einigen Punkten berichtigt, entnehmen wir namentlich die Notiz, daß der General Schleppegrell von feindlichen Tirailleurs aus der Nähe tödtlich getroffen worden sei, mithin nicht von Bauern.

Frankreich.

Paris, 17. August. In dem leitarkikel der heutigen Nummer des „Pouvoir" bespricht dies

Blatt die Frage: „Was wir wollen?“ in folgender Weise: „Man fragt uns, was wir wollen? Wir wollen es aufrichtig sagen: Wir wollen, was das Land will, wenn es auf rapide Weise befragt wird; wenn es sich selbst überlassen, ohne Clubbo und ohne Wahlcommissäre zu 10 Fr. täglich, abstimmt. Wie sind übergezeugt, daß das Volk, seinen eigenen Gefühlen überlassen und in Berücksichtigung seiner wahren Bedürfnisse eine gute Wahl treffen wird, der ist sonder wie einfältig sind. Wenn man das Kaiserthum annimmt, aber welches Frankreich befragt wurde, so waren seit 60 Jahren alle Regierungen nur von einer gewissen Zahl Fahrer gegründet, welche die Nation mit schönen Worten nach sich zogen, und Frankreich, das sich frei nannte, war in Wirklichkeit nur das Eigenthum, die Sache, der Wunsch einiger Parteien und einiger Zeitungen, die nach ihren Leidenschaften oder nach ihrer Phantasie darüber verfügten. Wenn diese friedlich miteinander leben, so hatte man Frieden; zanften sie sich, so entstanden Unruhen, manchmal Revolutionen. Das Land selbst wurde für nichts gerechnet und bildete nur einen wesentlichen Theil des Gepäcks des Ueberwundenen... Eine Verlängerung der Gewalt des Präsidenten der Republik ist in diesem Augenblick eine aus dem Innersten des Landes hervorgehende Nothwendigkeit. Zeit, Erfahrung, Ueberlegung können Frankreich wohin bringen, wohin der noch etwas Anderes zu wollen, dies ist aber Sache der Zukunft; wir beschäftigen uns nur mit der Gegenwart und mit dem, was uns die öffentliche Meinung unumwunden auszusprechen scheint. Dies ist es, was wir wollen. Wir wollen es ernstlich, weil es uns klar dargethan ist, daß das Land es auch will; weil wir innig überzeugt sind, daß in unserer Zeit daffelbe das einzige Mittel ist, den demagogischen und communistischen Lehren zu widerstehen und Frankreich zu retten.

C Paris, 18. August. „Bulletin de Paris“ veröffentlicht über den Aufenthalt des Präsidenten Ludwig Napoleon in Lyon folgenden Bericht: Um 11½ Uhr begab er sich in den Wintergarten, wo der Handelsstand ein Frühstück von 1200 Gedecken hatte bereiten lassen. Auf die an ihn gerichtete Rede entgegnete der Präsident: Ich danke dem Handel und der Industrie für die mir gebrachten Glückwünsche und bitte sie, meine ausgedrückten Wünschen bei. Ordnung und Vertrauen wieder herstellen, dadurchgelicht unsere großen Etsenbahnlinien beendigen: dieß ist das Ziel meiner Bestrebungen. Wenn bis jetzt keine glücklicheren Ergebnisse erreicht wurden, so liegt die Schuld, Sie wissen es, nicht an meiner Regierung; je schneller Frankreich sich wieder in die rechte Bahn wieder betritt, desto schneller wird auch der Wohlstand wiederkehren; denn die materiellen Interessen gedeihen nur durch die Entwickelung der moralischen. Die Seele ist es, welche den Leib regiert. Eine Regierung, welche ihre Politik auf Aufrichtigkeit und Zuversicht gründen wollte, könnte nicht bestehen. Nein, nur in großartigen Schutz der verschiedenen Zweige des öffentlichen Reichthums, in Vertheidigung unserer Verbindungen im Ausland, und indem wir die Fahne Frankreichs hochhalten lassen, ist die Quelle der größten Vortheile für den arbeitsamen Landesvertheidenet, den industriellen Land. Ein solches System ist der Ehre zu Grundtage, und die Ehre ist immer der beste Führer.“ — Dann fügte er mit geerührter Stimme hinzu: Auf dem Punkte, abzureisen, erlauben Sie mir, Sie an denjhme Worte zu erinnern. Doch nein, es wäre zu stoßy von mir, wollte ich sagen, wie der Kaiser: „Lyoner, ich liebe Euch,“ das aber werden Sie mir gestatten, von Grund meines Herzens zu sprechen: „Lyoner, liebt mich!“

Schweiz.

Der „Tessiner Republicano“ erinnert an die zwei jungen Mädchen aus dem Kreise Bellinzona, die im Jahre 1848 plötzlich verschwanden, ohne daß man trog allen Nachforschungen eine sichere Spur von ihnen gefunden. Man hat nun in neuerer Zeit eine Seele entdeckt und in derselben eine der beiden Töchter wieder aufgefunden, während die andere in Paris gestorben sein soll. Der Patriarch dieser Secte heißt Giuseppe Romano und ist im Lombardischen eingetreten. Er spielte unter seinen Jüngern den Stellvertreter Gottes auf Erden und forderte unbedingten Gehorsam von den Gläubigen. Unter den Glaubensartikeln will einer, daß von 12 reinen Jungfrauen 12 Sterne oder rettende Engel der Welt hervorgehen müssen. Diesen 12 Weltverbesserungen hat sich der h. Romano selbst beigezählt, und auch die beiden Mädchen von Bellinzona haben Gnade vor seinem Auge gefunden. Die würdig erachteten Jungfrauen folgten ihm auf allen seinen Reisen, und die Gesellschaft war in letzter Zeit von Lyon her in Mendrisio angekommen. Der Tessiner Staatsrath hat über dieses Wegloden seiner Mitbürgerinnen eine Untersuchung anbefohlen.

Italien.

Die „Italia“ bringt fortwährend die gehäffigsten Insinuationen gegen die Kirche; die „Concordia“, die „Fenstia“, die „Opinione“ ꝛc. greifen auf die unverschämteste Weise ihre Institutionen an, ohne daß es Jemand wagen darf, diesen Schandblättern zu nahe zu treten; wenn sie nur Sicherrs beloben, dann dursen sie sagen, was sie immer wollen. Wie kann der piemontesische Gesandte sie soweit Hand in Hand, uns sind ihm getreuen Bundesgenossen. Was die ministeriellen Organe von Piemont zu sagen sich nicht getrauen, was die demagogischen Blätter nur als Gerücht mitgetheilt haben, wird der „Kölnischen Zeitung“ von ihrem rothen Berichterstatter sogar „bestätigt“. Aber kennen nicht umhin, dieses perfide Gewebe hier wörtlich mitzutheilen: „Ich wollte Ihnen in meinem letzten Berichte die mir mitgetheilte Thatsache, daß man im Hause des Hrn. Ergbischofes Franfoni Briefe und Pläne vorgefunden habe, aus welchen hervorgehe, daß er in einer gottlosen Verschwörung mit anderen mächtigen absolutistischen Faktions-Häuptern gestanden und das Gelingen seiner Sache auf politische Concessionen gegründet habe, nicht verbürgen. Ein officieller Weise veröffentlichter Bericht beleuchtet mich, daß diese Thatsache authentisch. (Ein Bericht der amtlichen „Gazzetta piemontese“, bestimmt, um die Handlungsweise des Ministeriums gegen Mstgr. Franfoni zu rechtfertigen, erwahnt mit keiner Silbe davon. Nachdem darin das Verfahren des Ergbischofs in der Angelegenheit des verstorbenen Marchese Santa Rosa auf eine nicht ehren wahrheitgemäße Weise erzählt und dieses als Grund der Verhaftung angeführt worden, heißt es darin wortlich: „Diese, so wie auch noch erwähnte Thatsachen, welche sich in der ganzen Handlungsweise des Erzbischofs von Turin offenbaren, erlauben der Regierung nicht, zu glauben, daß das religiöse Prinzip den Mstgr. Franfoni allein zum Handeln bestimmt habe.“ Diese Alle waren solcher Natur, daß sie als eine Aufforderung zur Unterordnung und zur Anarchie dienen konnten, indem sie das Land in seinen liebsten Gefühlen der Religion tief verletzen.“) Mit unerschütterlicher Bestimmtheit läßt sich schon jetzt erkennen, daß sein Plan darauf hinauslief, einen so tiefen gen Zwiespalt im Lande zu erregen, daß der Vorwand zu einer Intervention von auswärts nicht mehr fehlen konnte und damit ein Kabinetswechsel im retrograden Sinne mit Sicherheit in Aussicht stand. So bedauerlich die Thatsache ist, so sehr sie geeignet scheint, das unbefangene glaubige Gemüth schmerzlich zu berühren, so darf sich der Berichterstatter dadurch doch nicht abhalten lassen, sie auszusprechen und zu constatiren. Die Sprache der hiesigen Presse, selbst der von der gemäßigten anticlericalen Tendenz, ist eine von lebhafter Entrüstung und leidenschaftlichem Unwillen diktirte. Ich meinerseits begnüge mich, Ihnen das Faktische in seiner einfachen Sachlage mitzutheilen. Das öffentliche Ministerium besann sich seinen Augenblick, auf Grund der ihm mitgetheilten Daten und Papiere den Prozeß gegen den Erzbischof einzuleiten. Hatte doch das Ministerium die Verhaftung und Abführung des Erzbischofs nach Fenestrelle schon längst vorher beschlossen, als die Hausdurchung vorgenommen war, wie die „Kölnische Ztg.“ in ihrer Nummer vom 15. August selbst gesteht.) Seine Anklage gegen denselben lautet auf Felonie. (Wer wird hier nicht an die Geschichte des geogen Clemens August erinnert. Die sardinische Regierung und ihre Berichterstatter sür die „Kölnische Ztg.“ scheinen sich Notiz davon genommen zu haben.) Diese Anklage bringen die Clerical-Partei in numerischer Beziehung in Phrenesie mit, stellt sich hier klar heraus. (Diese kennen wir nicht; die Anzahl derjenigen, die in Piemont noch gute Katholiken sind, ist nicht schwach: das wird sich bei der nächsten Gelegenheit zeigen.) In den größeren Städten behauptet sie ein völlig unbestreitbares Terrain, und nur auf dem platten Lande ist sie comparter und von Einfluß. In Turin selbst hat sie schon längst jede festere Stellung aufgeben müssen. Die entschiedene anticlericale Partei dringt in die Regierung, dieses Mal zu ganzen Maßregeln zu greifen. Als solche bezeichnet sie: sofortige Aufhebung verjungen geistlichen Orden, welche sich gegen die Staatsgesetze auflehnen; (welcher Unsinn!!) Einziehung der Kirchengüter und Dotation der Geistlichkeit aus Staatsmitteln; (das ist es, was man in Piemont eigentlich bezweckt; könnte doch nur etwas in den Beutel des Bevölkerungsstaates „Gutes Zig.“ fließen;) rücksichtslose Strenge des Gesetzes bei Verfolgung des Prozesses Franfoni. Gestern begaben sich die Redakteure der hiesigen Oppositions-Journale (gewiß auch dieser Berichterstatter) zum Minister des Innern, um ihn ihrer Unterstützung in dem ausgebrochenen Conflicte durch die Presse zu versichern. Der Minister konnte ihnen für dieses Zeichen des Vertrauens und erklärte, daß die Regierung entschlossen sei, mit Energie dem Gesetze und dem Staate Genugthuung zu schaffen. In der That ist dieß die ungetheilte Erwartung des ganzen Landes. — In Nr. 198 der „Köln. Ztg.“ heißt es dann: „Der Minister des Innern hat heute Morgens die Redakteure der der Regierung ergebenen Journale in seinem Hotel zu erscheinen eingeladen, um ihnen eine vertrauliche Mittheilung zu machen. „Es gilt, meine Herren,“ — sprach er zu ihnen — „die Wege zu entfernen, welche in uns nachten Tagen von Rom aus gegen Sardinien werden gefahlenert werden. Mir und Ihnen, und Allen, die es in Sardinien ehrlich (?) mit dem Gesetze und der veröffentlichten Sache des Staates meinen, steht vielleicht in sehr kurzer Zeit Cercommunication aus dem Verbande der katholischen Kirche bevor. Ich wünsche mich mit sehnsuchtsvoll Ihrer Ihrer Meinung über eine solche Maßregel machen; doch ersuche ich Sie, die Gemüther schon jetzt darauf buch die Peesse vorzubereiten und die Bedeutung oder Bedeutungslosigkeit des Kirchenbannes (?) in einer Zeit, wie die unsrige, aus einander zu setzen.“ Der Minister warnte insbesondere, daß die römischen Blitze in den Stadten des Landes allerdings nichts weniger als zünden würden, daß dagegen ein großer Theil der Bevölkerung des platten Landes, welcher dem Einflusse des widerspenstigen Clerus (Breit das widerspenstig, sich nach dem Evangelium des „Einfalls und des“ ganzen piemontesischen Episcopats, nach den Briefen seiner Kirchengesetze, einem menschlichen Machwerke, welches auch einer schwarzen Fabrik, und der Verlegung der heiligen Verträge, mit einem Worte, aus der Revolution hervorgegangen ist, nach Umständen nicht sügen wollen und können!) Dann wäre es auch Widersinnigkeit Gott mehr zu gehorchen als den Menschen! Mögen gewisse Zeitungen so denken, die übeaus große Mehrheit der Menschheit denkt jedenfalls auf anderen Fuß; von diesem leicht fanatisirt werden konnte. Es komme also hauptsächlich darauf an, diesen Theil der Landbevölkerung über den Stand der Dinge aufzuklären und auf ihn einzuwirken, daß er den vorerthlichen Einflüsterungen der staatlichen und Gesetzesfeinde nicht sein Ohr leihe. Die Vermuthung des Hrn. Ministers wird hier ziemlich allgemein getheilt. Der ber

Excommunikation wird es aber voraussichtlich nicht sein Bewenden haben. Der Kampf ist zu ernst. Den Bundesgenossen Roms gegenüber wird es der sardinischen Regierung ebensalls nicht an Bundesgenossen fehlen. (Die Bundesgenossen des besten Prinzips sind leider zahlreich genug; zahlt man die ausschlagen hinzu, so ist bekanntlich Virginien Trumpf. Das englische Cabinet wird es sicher nicht mit Gleichgültigkeit ansehen, daß das Frankreich des Hrn. v. Montalembert, so wie Oesterreich der exaltirtonellen Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit Sardiniens zu nahe treten. Der englische Gesandte hat sich über diesen Punkt bereits auf das Bestimmteste ausgesprochen. Es ist nur zu klar, daß man unter dem Vorwande: die „kirchliche Freiheit" in Sardinien schützen zu wollen, den einzigen freien Staat Italiens dem Absolutismus und der Abhängigkeit von den Feinden Italiens zuführen will. — (Man sieht hier, warum es die piemontesische Regierung abgesehen hat; man erkennt, welche Mittel sie bereits angewandt hat und anzuwenden gedenkt, um ihr Verfahren einigermaßen zu rechtfertigen. Im Uebrigen bedarf es wohl keiner fernern Comentare.) Sie werden einsehen, wohin das Coquettiren mit der Revolution führt, wenn es dahin leider zu spät sein wird. (D. Volksb.)

Schwurgerichtsverhandlung.

+ Würzburg, 20. Aug. Ein — der vorhergehenden Sitzung nicht unähnlicher Akt trat auch heute vor. Sebastian Ritter, Schuhdrechsler von Waldaschaff, 22 Jahre alt, wurde am 18. April d. J. von dem Metzger Stab in Eichenberg geschlagen, weil Ritter sich Vertraulichkeit gegen Stab's Geliebte erlaubt haben sollte. In Folge dieses Vorfalls war Ritter aufgerbacht über Stab, wozu noch kam, daß andere Handwerksgesellen ihn rächten. Als Ritter daher am 22. April d. J., Abends, dem Stab begegnete, wollte er ihm Anfangs ausweichen; da aber Stab ihm wieder begegnete und seiner spottete, kam es zu Mißhandlung, wo endlich Ritter den Stab mit einem Messer im Unterleib der Art verwundete, daß Stab daran starb. Die Geschworenen erklärten ihn schuldig der Körperverletzung mit Wahrscheinlichkeit des nachfolgenden Todes, begangen in der Hitze des Zorns. — Der Gerichtshof entschied für die geringste Strafe von Jahre Arbeitshaus. Präsident war Appellations-Gerichtsrath Schatten; Staatsanwalt: Appell.-Ger.-Assessor Hofferich; Vertheidiger: Accessist Kistani.

Neuestes.

Kaiserslautern, 17. Aug. Jüngste Reskript k. Regierung sind die Löhner suspendirt gewesenen hier Stadträthe und Polizeiausschuß-Mitglieder kraft von hier wieder in ihre Funktionen eingewiesen.
(Kaiserzl. B.)

Frankfurt, 19. Aug. Die Einberufung des engeren Raths auf den 1. Sept. ist durch österreichische Cirkulardepesche am 14. d. M. erfolgt. (Fr. J.)

Vom Neckar, 17. August. Hauptmann Rupert hatte, wie bereits gemeldet wurde, sich nach Schleswig-Holstein begeben, um der dortigen Regierung seine Dienste anzubieten. Er wandte sich zunächst an den Kriegsminister; derselbe vermochte ihn aber nicht anzustellen, da er zwar wegen Betheiligung an der badischen Revolution durch Kriegsgerichtlichen Urtheil freigesprochen war, aber seinen ehrenvollen Abschied aus dem Militärdienste erhalten hatte. Er wurde sofort an die Stabthalterschaft gewiesen, doch auch da wurde ihm durch Bescheid eröffnet, daß über seinen Eintritt in das schleswig-holsteinische Militär das Offizierkorps zu entscheiden habe. Es scheint aber, daß Rupert dem Ausspruch des letztern sich nicht unterwerfen wollte; er ist gestern wieder im Badischen angelangt. Man erwartet eine baldige Erklärung von Hrn. Ruppert.

Köln, im August. Es ist jüngst in verschiedenen Blättern von den Einwürfen und Zumutungen die Rede gewesen, welche zu dem projektirten gigantischen Rheinbrückenbau zu Kaln, in Folge des aufgestellten Preises, eingegangen sind. Es sind im Ganzen 163 Eingereicht, worunter 25 aus England; freilich viele auch unter dieser großen Menge, die ohne irgend Anhaltspunkte für die Ausführung darbieten. Man urtheilt im sachverständigen Publikum, daß der ausgesetzte Preis von 250 Friedrichsd'or ein zu geringer gewesen sei, um den tüchtigsten Ingenieuren genügenden Männer zur Einreichung einer Arbeit zu bestimmen. Daß für das reiche England hauptsächlich die Motive des Ehrgeizes die bewegenden waren, und nur diese die zahlreichen Einsendungen veranlaßten, dürfte wohl anzunehmen sein. So finden sich denn auch mehrere der von England eingesandten Zeichnungen mit dem großen Luxus ausgestattet. Es sind z. B. mehrere sehr schön ausgeführte landschaftliche Ansichten beigefügt, die nicht von dem Architekten, sondern von irgend einem von ihm dazu angenommenen geschickten Landschaftsmaler herrühren, dessen Honorar allein schon einen wesentlichen Theil der Einsendungskosten absorbirt haben muß. Diese Gemälde sind in kostbare Rahmen gefaßt und mit Glas (von ¼ Zoll Dicke) bedeckt. Dennoch sind die Gläser, bei dem großen Format, fast alle beim Transport gesprungen! Wie das persönliche Hervortreten bei diesen Einsendungen eine Hauptsache gewesen, erhellt nun auch daraus, daß einer der Einsender deßhalb besonders zu uns herüber gekommen ist und es bewirkt hat, Sr. Maj. dem Könige vorgestellt zu werden, auch von demselben zur Tafel gezogen wurden ist. Ein Urtheil über die eingesandten Projecte hat sich soweit noch nicht festgestellt, daß sich entschieden hätte, welche Entwürfe wohl zur engeren Concurrenz gelangen werden. (Köln. Z.)

Meiningen, 19. August. Ein Ereignis habe ich Ihnen heute zu melden — ein gestern stattgefundenes Duell. Die Veranlassung war folgende: Zu der Zeit, als Scheitage den meuchlerischen Mordversuch auf den König von Preußen gemacht hatte, erschien in einem unserer demokratischen lokalblätter ein Artikel „über den Tyrannenmord," in welchem die Behauptung aufgestellt wurde, daß im Heidenthum der Tyrannenmord mit Recht als eine Tugend und selbst der Meuchelmord in diesem falle als gerechtfertigt, ja als eine sittliche That betrachtet werden sei. Das Ehrsitzenthum, so sage der Artikel fort, habe zwar Anfangs nichts davon wissen wollen, seit Tell's That aber habe auch hier jene Ansicht Platz gegriffen u. man brauche auch hier in diesem Falle einen Meuchelmord nicht zu scheuen. In dem gleich darauf folgenden Artikel wurde dann der Mordanfall Sefelge's erzählt, so daß jeder Leser mit eine Einleitung und Vorbereitung dieser That erscheinen mußte. Dagegen brachte nun, nachdem bereits eine gerichtliche Klage gegen den Verfasser erhoben worden war, ein anderes Localblatt, wie sich später ergab von einem seit längerer Zeit mit Urlaub bei uns lebenden badischen Oberstenanant, eine in sittlicher Entrüstung gehaltene Erwiderung, die ohne alle Einmischung von Persönlichem lediglich die Sache im Auge hatte. Der Verfasser des ersten Artikels, wie sich ebenfalls erst später ergeben hat, ein junger Literat, bisheriger Redacteur des demokratischen Blattes, entgegnete wieder und zwar mit Schimpfreden und dem Vorwurf der Feigheit, weil sein Gegner seinen Namen nicht unterzeichnet habe. Zu Folge davon fand nun gestern Nachmittag in der Nähe des ehemaligen Klosters Veöna (im preußischen Sennebera) ein Pistolenduell statt, in welchem der Literat, nachdem er den ersten Schuß gethan und gefehlt hatte, durch die Brust geschossen auf der Stelle todt blieb. (D. Z.)

Aus Neudsburg, 14. August wird dem Lloyd geschrieben: Ich glaube, es geht hier auf die Neige. In der ganzen Armee und in der bürgerlichen Bevölkerung herrscht, es sei in Unterhandlungen angelangt; vielleicht ist diese Ansicht durch die Anwesenheit der Stabthalter veranlaßt, ich habe mich an einer Stelle, wo man das Nähere wissen kann oder muß, erkundigt, aber dort keine Details darüber gehört, obgleich so viel im Allgemeinen vermuthet wird, nämlich auch diplomatische Intervention. England und Rußland scheinen mit der Eroberung Schleswigs zufrieden, und wollen die Sache weder aus Neuferste treiben, noch einen Umschlag des Kriegsglückes riskiren. In Berlin scheint man sich den Ausfall zu geben, es sei nun unsere Sache, sehr entschlossenst, aber das ist nur eine täuschende Maske, um bestowenniger für uns thun zu müssen. Die Regierungsblätter in Berlin beizen, damit die Regierung um so besser im Stillen das Feuer löschen kann. Wenn es zum Frieden kommt, so ist Schleswig verloren; Rußland und England werden es schwerlich bei Dänen und der Hand reißen, und Deutschland hat kein Organ, es ist jetzt mehr als jemals geographischer Ausdruck (!). Kämmt es nicht zum Frieden, so bleibt Schleswig gleichfalls verloren, wir haben nicht die Macht, es den bedeutend überlegenen und allerorts verschlagenen Dänen aus den Händen zu reißen; aber auch Holstein kann, wenn wir verloren gehen, doch von dänischen Streifcolonnen durchzogen werden. Betrachten Sie es als zuverlässige Angabe, daß wir nicht die Macht haben, die Dänen zu verhindern, Streifcolonnen über die Eider von Friedrichstadt zu schicken, um Holstein zu brandschatzen, und in Schrecken zu setzen. Der Stadt Kiel kommen sie sich zu jeder Stunde bemächtigen. — Wenn man einen europäischen Krieg aber eine Entehrung Deutschlands vermeiden will, so schreite man hier in Baldo ein, denn der Däne wird nichts fallen lassen, wad er einmal hat, und die außerordentlichen Gnadmächte werden ihn immer unterstützen, wo es die Demüthigung Deutschlands gilt.

T. D. Hamburg, 20. August. Die ganze schleswig-holsteinische Armee ist gestern ausgerückt. Sämmtliche Verschanzungen um Rendsburg und längs der Eider sind vollendet. (Fr. O.-Z.)

Wien, 18. August. Das oft erwähnte lombardisch-venezianische Anlehen ist nun zu Stande gekommen, was Oesterreich auf unsere Valutaverhältnisse eine günstige Rückwirkung üben wird.

T. D. Berlin, 20. August. Preußen nimmt den Vorschlag Oesterreichs zur Niedersetzung eines aus Bevollmächtigten verschiedener deutschen Staaten zu bildenden Ausschusses für die gemeinsame Verwaltung der materiellen Bundesangelegenheiten an. Bevorrest der Rheinzer Angelegenheit ist die schiedsrichterliche Entscheidung angenommen, dagegen die Forderung Oesterreichs: die nach erfolgtem Schiedsspruch die Truppenzüge zu sistiren, abgelehnt. (Frkf. O.P.A.-Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Endter.

Fremden-Anzeige.

Den 21. August 1850.

Rthtr. Gaspari, Dr. v. Arlt. Dr. Klein, Brediger v. Stolp. Rätz.: Zigmann v. Sommberg, Zeitner v. Nürnb. Schuster a. Engel v. Frankfurt.

Krongring. Dr. Kleiner m. Gat. v. Weinsberg. Dr. Brunn, Professor v. Zübingen. Gutsb. Appell.-Ger.-Rath v. Berlin, Baron v. Pappus, Gutsbes. v. Wespdalen. Hauptmann, Bahr. v. Kautzenau. Kfm.: Zeglen v. Berlin, Arnberg v. Neapel.

Kaiserl. Hof. Frau v. Gemmingen m. Fam. v. Jaxthausen. Frau Landrichter Wolf v. Wertheim. Stud. Medizinerin und Kauf v. Nürnbg. Mad. Gunsius mit Fam. v. Neuwerk.

Wittelsb. Hof. Wetzel, Kaplan v. Stettin. Brehmer, Dr. v. Leit. Herdut, Dr. v. Lütter. Stachow, Rentier aus Mecklenb. v. England. Lenz, Kfm. v. Ulm.

Württemb. Hof. v. Berg, Fabrikbes. v. Schweinfurt. v. Wunk, Part. v. Karlsruhe. Frau Trötsch v. Augsburg. Bruner, Fab. v. Ansbach. Gr. Gronais, Lieutenant v. Montbretton. Frau Kemlen v. Rastichen. Frl. Spetz v. Bamb. Linkmann, Kfm. v. Dessau.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schaafhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 202. Würzburg, Freitag den 23. August. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 22. August. Se. Maj. der König haben Sich bewogen gefunden, die Stelle eines Oberbibliothekars an der kgl. Hofbibliothek Würzburg wieder zu besetzen, und zum Oberbibliothekar gedachter Hochschule mit dem Range eines ordentlichen Professors vom 1. September l. J. an den Stadtpfarrer zu Arnstein, Priester Dr. Anton Ruland, zu ernennen, und zu genehmigen, daß die kath. Pfarrkuratie Oberdürrbach, Dek. Würzburg r. M., von dem Bischof von Würzburg dem dortigen Kuratieverweser Priester Johann Michael Rückert, — und die kath. Pfarrei Wermerichshausen, Dzes. Münnerstadt, zum Bischofe von Würzburg dem Attarissten zu Großaidhein, Dzes. Obernburg, Priester Georg Franz Dyßseimer, verliehen werde.

Die Prorogation der französischen Nationalversammlung und die Reise des Präsidenten der Republik.

Die französische Nationalversammlung hat endlich das Ziel ihrer höchst muhsamen Session erreicht, wenn dieser Ausdruck noch auf den unaufhörlichen Stillstand einer Maschine angewendet werden kann, die durch ihre Geschäftenheit zu unablässiger Plackerei und immerwährender Reibung verurtheilt ist. Andere beratbende Körper von strenger gesetzgebenden Charakter können den Augenblick bewirken, der sie von ihren Arbeiten befreit; wenn das Budget votirt ist und die Geschäfte des Jahres erledigt sind. Aber die Verfasser der französischen Konstitution hatten keinen solchen Zwischenraum parlamentarischer Ruhe im Auge; sie wollten die Hauptlast der Regierung selbst auf die Schultern des volksthumlichen Korpers wälzen, den sie ins Dasein riefen; und sie haben nicht aufgehört, den kurzen Zeitraum der Erholung, welcher die Leitung der Staatsangelegenheiten den Ministern überläßt, mit äußerstem Argwohn zu betrachten. Fleisch und Blut sind jedoch stärker als passivste Konstitutionen und republikanischer Eifersucht. Es ist unmöglich, immer auf der Breche zu stehen, und die Repräsentanten des französischen Volkes haben sich seit ihrem ersten Zusammentritt, im Jahre 1848, einer Masse von Arbeit unterzogen, die sicherlich mit zwanzig Schilling für den Tag nicht zu theuer bezahlt ist. — Die eisenfesten Nerven des Präsidenten Louis sind durch die Tumulte, die er bannte, und die wiederspenstigen Senatoren, die er anschlichten mußte, erschüttert worden. Alles in dieser Welt hat ein Ende, selbst die Debatte einer republikanischen Versammlung. Der Strom der Beredsamkeit, der mit so unerschöpflicher Fülle floß, ist seicht und trube geworden. Der Berg hat seine heftige Fluten mit platter Gemeinheit vertauscht, und die letzten Sitzungen der souveränen Versammlung waren seinem anregenden Gegenstande gewidmet, als dem praktischen Zwecke, für die Vollendung gewisser Eisenbahnlinien zu sorgen, Mittel Frankreich, mit aller seiner Energie für Neuerungen, um volle zehn Jahre hinter den übrigen europaischen Staaten zurück ist. In wenigen Stunden wird der Vorhang fallen und die Vollmachten der Versammlung werden den Händen jener Kommission übergeben werden, die, auch in ihrer Abwesenheit, in der Stille über die Freiheiten der Republik zu wachen hat. — In einem solchen Augenblick kann man kaum sagen, daß irgend ein politisches Interesse in Frankreich fortlebt — eine Nacht folgt auf den Tag, der Sonntag auf die Woche, Unterhaltung oder Ruhe auf die Geschäfte. Ueber jeden Gegenstand des politischen Horizonts hängt dieselbe Dunkelheit, in jedem Gliede des politischen Körpers herrscht dieselbe Abspannung. Die Franzosen von 1848, toll geworden durch den revolutionären Sturm, welcher die Monarchie wegfegte, sind die Leute Effer von 1850 — gleichgültig aber das Schicksal aller Institutionen, ohne thatige Sympathie für die Sache irgend eines Prätendenten, matt, abgeneigt der lächerlichen Regierungsform, die ihnen über den Kopf gewachsen ist, aber unbekümmert um eine andere. Die langen Sommertage sind vorübergerollt ohne Aufregung und ohne Hoffnung; die Franzosen haben den Paroxismus ihrer Krankheit durchgemacht, ohne die Frische der Gesundheit wieder zu erlangen. Sie begehren Brod, und es wurde ihnen ein Stein gegeben; sie verlangten etwas mehr Nachgiebigkeit für ihren Stolz, einen Ehrgeiz und ihre Freiheiten, und die Revolution stieß sie dahin, wo sie jetzt liegen, beschämt, ernüchtert und für heute hülflos, morgen vielleicht gerüchtet. Von der Zukunft ist nichts bekannt, als ihre Ungewißheit; mit dieser Angabe — daß, welches seitsame Ereignis auch zunächst aus diesem schlummernden Chaos aufsteigen mag, es weder auf vereinten Beistand, noch auf vereinten Widerstand stoßen wird, obgleich es auf Unterwerfung und Beipflichtung rechnen dürfte. — Bei diesem ruhigen aber unsicheren Zustande des Landes, wo der Glaube des Volkes an die Nationalversammlung zu den schwachsten Schatten des Vertrauens herabgesunken ist, und diese Versammlung selbst zu den Ferien aufbricht, nicht ohne schlimme Ahnungen für ihr eigenes Schicksal, muß man nun erwarten, welche Rolle die Provinzen und vor allem der Präsident selbst wahrscheinlich spielen werden. Wir glauben nicht, daß irgend ein abentgeter Plan zum Umsturz der Konstitution der Republik, oder zur Verwandlung der gegenwärtigen kurzen Dauer der Amtsgewalt Louis Napoleon's in eine lebenslängliche Herrschaft, entweder unter der Form eines Konsulats oder eines Kaiserreiche, in den Gemachern des Elysee ausgebrütet worden ist. Wenn irgend ein solcher Plan in vorhinein entworfen und dabei für den Erfolg auf eine Kombination gewisser künstlicher Mittel gerechnet worden ist, so würde das Mißlingen desselben unvermeidlich und das Resultat erbarmlich sein. Die Hoffnungen des Präsidenten beruhen gänzlich auf jenen unvorhergesehenen Zufällen, die aus dem unsichren Gang der Ereignisse, und dem wahren Ausdruck der Gefühle des Volkes über der Armee entspringen. Dieß sind die Elemente von Erfolg, die ihm aus den Exil zu der höchsten Stelle im Staat erhoben haben; sie sollen haben ihre Kraft durch freie grausame Entwicklung verlieren, sie sollen immer wieder zur Forderung gleicher Zwecke gebraucht werden. Es ist eine besonders glückliche Fügung für Louis Napoleon gewesen, daß, während ein großer Theil der Leiden und des Ungemachs des Landes der Revolution, die seiner Rückkehr voranging, oder den Faktionen, welche fortwährend im Schooße der Nationalversammlung hausen, zugeschrieben wird, seine persönliche Verantwortlichkeit mit seinem dieser Uebel beschränkt wird, er, im Gegentheile, von allen vernunftig Denkenden gerade durch Fernhaltung von der ausgreifenden Dienste, die er dem Staate geleistet hat, einernet. Im Jahre 1848 machte ihn sein Name allein zum Gegenstande einer fast einhelligen Volkswahl, im Jahre 1850 hat er bei seinen Gegenbrüdern durch von Ringheit, Festigkeit und richtigem Gefühl gegeben, welche zeigen, daß er, wenn er sich auch nicht der glanzendsten Talente rühmen kann, welche die Herrscher der Menschheit zieren, wenigstens frei von den Mängeln ist, die mehr prahlhafter Größe anhaften. Sein Charakter ist ein schwaches Feuer; sein Charakter ist ausgezeichnet durch Standhaftigkeit, als durch Energie; und während er besonders frei ist von den Eigenschaften, welche die Welt bewegen, steht er viele von denen, die ihr Wohl und ihr Glück beforderen. Schließlich, wenn er von einer vollständigeren Macht und hierbenen Autorität aufgeschlossen wird, so geschieht es durch die Intrigues und geheimen Reize derjenigen, fur welche das Landvolk und die Armee Frankreichs am wenigsten Sympathie hegen. — Wir bitten unsere Leser, diese Betrachtungen im Gedächtnisse zu behalten, während sie den Gang der Reise beobachten, welche Louis Napoleon nach den südostlichen Departements der Republik antreten im Begriffe steht. Ohne irgend eine bestimmte Prophezeihung hinsichtlich des Resultats zu wagen, können wir nicht umhin, diese Reise als eine der kritischsten Momente in der Laufbahn des Präsidenten seit seiner Wahl zu betrachten; und obgleich wir keinen vorher verabredeten Staatsstreich erwarten, so öffnen doch der Zustand des Landes, die vorherrschende Stimmung des Volkes und die Interessen der Regierung offenbar den Glücksfallen, die so oft über die Regierungsmacht in Frankreich entscheiden haben, ein weites Feld. Ein geschickter Zufall, ein unsinniger Akt, ein augenblicklicher Enthusiasmus, der Hyperbe eines den kaiserlichen Namen ergebenen Regiments, oder die wiedererwachende Anhänglichkeit einer einst in den kaiserlichen Annalen berühmten Stadt, konnen abermals wieder der Nation das Gesetz geben. Die stille Kraft, die heute kaum ein Blatt bewegt, oder eine Fahne entfaltet, kann abermals wieder von formenden Akklamationen ertönen, und der charakteristische Leichtsinn des französischen Volkes den wichtigsten Akt seiner politischen Existenz — die Wahl einer Dynastie, aus keinem beffern Grunde, als aus der instinktartigen Abneigung gegen die Regierungen, die ihr vorangingen, vollziehen. — Die Einleitung, um irgend eine solche Manifestation zu begunstigen, ohne sie geradezu hervorzurufen, ist nicht schlecht ersonnen. Von Paris geht der Präsident unmittelbar nach den Departements von Burgund, wo die sozialistische Partei ihren Hauptsitz haben soll und wo seine Ernennung verlorne, die seine bittersten Gegner zum Schweigen bringen wird. In Lyon wird er eine große und etwas mißvergnügte Bevol-

kerung, die einer Bewährung von Enthusiasmus nicht unzugänglich ist, und, außer Paris, die stärkste Besatzung finden. Das legitimistische Marseille und das unbeständige Grenoble werden wahrscheinlich nicht berühren, sondern von Lyon und Besançon aus, oder die Festung der westlichen Frankreichs — Straßburg zugeben, dem Schauplatz seines ersten Versuches zu einer Revolution — und Gegenden durchreisen, wo das Landvolk im Allgemeinen seiner Sache anhängt, während die Truppen unter dem Kommando von Generalen gestellt worden sind, von denen man weiß, daß sie seiner Person ergeben sind. In allen diesen für eine Volksdemonstration günstigen Gelegenheiten kommt noch hinzu, daß sich die Provinzialräthe des Departements, die seit der Revolution einen Zuwachs an Macht erhalten, nächsten versammeln und wahrscheinlich die Stimmung des Landes in formellerer Weise aussprechen werden. Über den Monat wird verstrichen, werden wir erfahren haben, ob diese Stimmung einer Modifikation der Konstitution Frankreichs geneigt ist, oder ob Louis Napoleon von seiner Reise mit vermehrter Popularität und vermehrter Macht ins Elisée zurückkehren werde.

Deutschland.

München, 21. Aug. Se. k. Hoh. der Prinz Karl von Bayern inspizirte heute auf dem Marsfelde als Oberinhaber das seinen Namen führende 1. Kuraissier-Regiment. Sowohl über die ausgezeichnete Toilette, als über die gute Packordnung, festen Sitz und schöne Haltung der Mannschaft, wie auch über die Manoeuvrirfähigkeit des Regiments drückte sich der hohe Inspizirende gegen den ganzen Offizierstab sehr belobend aus. Die letztere erhält heute vom ersten Wachtmeister abwärts auf Rechnung des erlauchten Regiments-Inhabers eine Zulage von 12 kr. per Mann. Morgen nach der Abreise der Frau Herzogin von Braganza begibt sich Se. königl. Hoheit meine nach Tegernsee zurück. — Der russische Minister Graf Reselrode wird auf seiner Durchreise nach Wien hier erwartet. Die ehemal. Minister bei der deutschen Centralgewalt, Arnold Ludwig aus Bremen und Ernst Merk aus Hamburg, verweilen zur Zeit hier. Ihren Aufenthalt wird übrigens keine politische Absicht zugeschrieben. — Vicomte de Bussy, französischer Gesandter bei dem Bundesplenum, ist heute nach längerem Aufenthalt dahier wieder nach Frankfurt zurückgekehrt. — Die k. Polizeidirektion hat sich veranlaßt gesehen, den Verein der französischen Handlungsdiener (Gautiers francais) dahier, auf Grund des Art. 13 und 19, Ziffer 4 des Vereinsgesetzes, zu schließen. (A. Ztg.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Rendsburg, 19. August. Die Holsteiner Blätter melden fortwährend von unerschwinglichen Requisitionen, welche die Dänen im südlichen Schleswig ausschreiben, in der deutlichen Absicht, den Wohlhabendern Einwohner zu ruiniren und in ihnen die deutsche Nationalität Schleswigs zu vernichten.

Rendsburg, 19. August. Wie ich Ihnen in meinem letzten Schreiben berichtete, hatten die Ulusligen die Stadt Tönningen wieder besetzt. Sie haben sich indeß nur sehr kurze Zeit eingebadet und die Dänen sind alsbald wieder eingezogen. Friedrichstadt ist überall nicht vom Feinde geräumt gewesen; die entgegenstehenden Gerüchte waren unbegründet. — Gestern hat ein kleines Treffen zwischen hier und Schleswig stattgefunden; unser 10. Bataillon rückte aus seiner Vorpostenstellung gen Norden aus und warf die bisherigen Vorposten aus Kropp, worauf es nach vollzogener Neugruppirung wieder in seine Stellung zurückging. Wohl möglich, daß es in nicht gar langer Zeit zu einem ernsthaften Zusammentreffen kommt. — Aus Eckernförde erfährt man, daß die „Gefion“ völlig abgeperrt ist; die Besatzung erhält gegen jeder Beziehung ihre Petitionen durch die Dänen; die Ecksörderer selbst dürfen nicht das Gerichte betreten. Die neueste Klage weht jetzt allein auf der Gefion. — Aus Copenhagen erfährt man, daß dort von den Dänen eine Schrift wider über die Schlei geschlagen ist; bei Missunde liegen Kanonenboote. (H. N.)

Frankfurt, 21. August. Die Friedensmanner Englands, Nordamerikas ꝛc. treffen heute Nachmittag mit einem Extrazugschnell in Mainz ein. Es sind u. A. aus England 400, aus des Freistaaten 100 Theilnehmer am Congresse angemeldet. Die erste Sitzung findet morgen Vormittag Statt und noch allen Anzeichen wird die Panikkirche überfüllt, da auch eine Masse von Fremden bereits eingetroffen ist, der seltsamen Versammlung beizuwohnen. Einstweilen sorgt Odisgens zu besorgen, daß unter den Friedensmannern selbst der Krieg ausbricht, wenigstens erklärt Hr. Dr. Carove bereits, daß — nachdem die übrigen Mitglieder des Ausschusses sich nicht dazu verstehen wollen, in das Programm eine Einschaltung anzunehmen, welche die Vegrefsung der Waffen zu rechtmäßiger Selbstvertheidigung ausdrücklich für gerechtfertigt erkennt, — er „an den Arbeiten des hiesigen Congresses sich nicht mehr betheiligen könne.“ (Dtsch. Z.)

Dresden, 20. August. In diesen Tagen hat der bei Gelegenheit seiner jüngsten Anwesenheit an mehreren Höfen deutscher Regierungen oft genannte dänische Abgesandte, Baron v. Dirckinck-Holmfeld, auch dem hiesigen Hofe einen Besuch gemacht. Seine Anwesenheit, die nur von kurzer Dauer war, schien übrigens, wie man hört, der Ansicht nicht zu widersprechen: daß man auch in Kopenhagen erst mit der Herstellung eines verfassungsmäßigen Zustandes in dem Moment anbrechen zu sehen erwartet, wo die wegen Holstein entkandenen Streitigkeiten mit Erfolg und ohne die wenig wünschenswerthe Dazwischenkunft einer andern Macht in Schleswig, so wie ohne Verwendung bäuischer Waffen in Holstein, zu einer mehr oder weniger definitiven Erledigung gelangen können. (D. J.)

Leipzig, 18. August. In der stets wohlunterrichteten Z-Correspondenz der Wiener Zeitung vom 14. d. M. liest man: „Wir können es uns denken, daß die Stellung, welche Herr von Radowitz in diesem Augenblicke mehr als je in der Nähe des Königs nimmt, einen Minister von entkommen Ehrgeiz zur Verzweiflung treiben könne. Auch die Radowitz'sche Position, welche der constitutionellen Verantwortlichkeit ganz entzogen ist und auch in eine solche durchaus nicht übertreten will, allerdings als eine der Selbstthätigkeit von ministeriellen Rathgebern gefährliche ansehen.“ Diese, in Verbindung mit unmittelbarer Nähe gegründete, keineswegs leidenschaftlich, vielmehr höchst unparteiische Anschauungsweise dürfte das Verhältniß des Ministeriums in Berlin zu Herrn v. Radowitz sehr genau bezeichnen, und der Reformartikel vom 16. August ist so wenig entlernt, sie zu bestätigen, daß er selbst die allgemeine ist, zu entrathen, daß er vielmehr dieselbe bestätigt. Der Unionsvorstand, d. i. der König von Preußen übt die Unionsgewalt nicht durch die Minister der Krone Preußen aus, und wenn noch seine Unions- oder Reichsminister, wie man zu sagen beliebt, bestellt sind, so folgt daraus noch lange nicht, daß die preußische Krone ihre Stelle vertreten. Herr von Radowitz ist also als Vorsitzender des Fürstenvollegiums nicht dem pr. Ministerium, sondern nur dem Könige v. Preußen qua Unionsvorstand verantwortlich. Es behauptet nun die „Reform“ das dieselbe Gegentheil, indem sie sagt, Hr. v. Radowitz sei ein hoher diplomatischer Beamter, „einzig und allein dem Ministerium verantwortlich“. Wäre dies richtig, so folgen, daß der König von Preußen auch als Unionsvorstand den Rath der preußischen Minister hören muß. Es ist der Vorsitzende des Fürstencollegiums zu vergleichen mit dem ehemaligen Kaiserlichen Principalcommissarius zu Regensburg. So wenig dieser ein diplomatischer Beamter des österreichischen Staates war, so wenig ist Hr. v. Radowitz als Vorsitzender des Fürstencollegiums ein diplomatischer Beamter des preußischen Staates. Gesetzt, General Radowitz wäre als Vorsitzender des Fürstencollegiums dem preußischen Ministerium verantwortlich, so ist die Union kein Bundesstaat, wie doch von preußischer Seite behauptet wird, sondern ein preußischer Staats-Institut, was die noch übrigen Mitglieder der Union wohl bedenken mögen. Es ergiebt sich hieraus auch die Unvereinbarkeit von besonderen Instruktionen Kommers mit einem solchen Bundesstaat. So hat der Artikel der „Reform“, in welchem sie beweisen will, daß der Vorsitzende des Fürstencollegiums ein hoher diplomatischer Beamter, folglich dem Ministerium verantwortlich, ist, unbegreiflich, ist eine grobere Tragweite, als das ministerielle Blatt beabsichtigt hat, und macht die Bevorwerwerung des gegenwärtigen preußischen Ministeriums über das Wesen eines Bundesstaates auf, welchem die Verantwortlichkeit des Vorsitzenden des Fürstencollegiums gegen jenes geradezu widerspricht.

Berlin, 20. August. Gestern fand eine Sitzung des Gesammtstaatsministeriums, welcher auch Se. Maj. der König beiwohnte, Statt. In Bezug auf die vom Staatsministerium gefaßten Beschlüsse erfährt man, daß Preußen sich auf Verhandlungen zum Zwecke einer Verständigung der beiden deutschen Großmächte einlassen werde, dagegen aber den vorgeschlagenen gegen Nord-Europa erhebt, was eine Anerkennung des „engern Bundesrathe“ auf Umwegen bezwecken und auf die Wiederreisezung des Bundestags hinleiten möchte. Die an Preußen ergangene Aufforderung zur Beschickung des „engern Rathes“ oder vielmehr zur Einsetzung des Bundestages ist von Preußen, wie es erwarten war, in sehr bestimmter Weise abgelehnt worden. Gleiches wird von den mit Preußen verbündeten deutschen Staaten geschehen. Bei den zu erössnenden Verhandlungen ist es nicht der „engere Bundesrath“, mit welchem Preußen es, die Unionsstaaten vorhandeln, sondern lediglich Oesterreich und die seiner Politik folgenden deutschen Staaten. (A. D. P. Z.)

Berlin, 20. August. Die „Köln. Corresp.“ berichtet: Der jetzige Oberpräsident der Rheinprovinz, Hr. Eichmann, ist beauftragt, den Präsidenten der französischen Republik, sobald sich dieser auf seiner Reise vor preußischen Grenze nähert, im Auftrage der hiesigen Regierung zu begrüßen.

Berlin, 20. August. Aus den leitenden Aufsätzen in den wohlunterrichteten und offiziellen Blättern geht mit Gewißheit hervor, daß in der Zhat der Kriegsfahrn nur zu einem anständigen Rückzuge benutzt worden ist. Die Note des Berliner Reform z. B. gibt der Constitutionellen Zeitung, dem Hauptblatte der „Edlen“, Folgendes zu hören: „Wenn jene Menschen nur einen Funken des Patriotismus hätten, von welchem sie ganz zu erglühen heuchlen, so würden sie jetzt ihren Parteigefühlen Stillschweigen gebieten, wurden den Streit über die Verfassungsfrage ruhen lassen, bis alle einiger Nachsicht auf die Pflichten der Gegenwart zu deren gemeinsamer Erfüllung die Hand reichen. Statt dessen aber wühlen sie geschäftig die ganze Vergangenheit auf, suchen alle alten Vorwürfe und Schmähungen heraus, um die vermeintliche Schande Preußens grell auf's Licht zu bringen.“ Die Aeußerungen der Wiener Z. B., welche von einer ministeriellen Inspiration verdunken sollen, deuten offen den Wunsch einer friedlichen Lösung der Wirren an. Es heißt daselbst z. „Man überzeugt sich hier immer mehr, daß eine Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich allein in dem wohlverstandenen Interesse der beiden Regierungen liegt. Mit der letzten Note der Wiener Kabinets sind die Differenzen beseitigt, die zunächst zu einem ernstlichen Conflikt Anlaß geben konnten. Es liegt außer Zweifel, daß die preußische Regierung durch die österreichische Rackantwort über die aufgeworfenen Streitfragen sich für

befriedigt halten kann und wird. Es ist damit gleichzeitig viel abgethan worden von der gegenseitigen freundlichen Stimmung der Kabinette. — Der casus belli ist beseitigt, beseitigt durch eine einfache offene Antwort. Die weiter liegenden Differenzen über die künftige Gestaltung des bestehenden Rechts sind sicher auch dadurch ihrer Lösung zugeschritten. Noch einmal in Oesterreich erklärt, es werde nicht unternommen, was seinen Bundesverträgen zuwiderlaufe. Widerholtentlich hat sich Preußen auf diese Bundesverträge berufen. So sehen wir denn beide Großmächte auf ein und demselben jüstorischen Boden und wir dürfen wohl erwarten, daß, wenn die Organe zur Verständigung über die zukünftige Form und noch fehlen, der Weg der Verständigung vorgezeichnet ist durch die gemeinsame Grundlage der Politik — die Anerkennung der Verträge.

England.

London, 16. August. Wie die englischen Blätter von den amtlichen Bestrebungen der Deutschen denken, möge ein Artikel des Organs Palme.ston's, des „Globe", zeigen, welcher den Deutschen geradezu Unfähigkeit, zur Einheit zu gelangen, vorwirft. Das eigene organische Leben sei zerstört worden, ohne daß man sich über eine neue Form geeinigt hätte, und doch thue man, als ob man noch Lebenskräfte besitze, um fremde Substanzen zu assimilieren. „Wenn wir" — so schließt der „Globe" — „dem großen deutschen Volke einen Rath geben sollten, so ist es der: Stellt eure eigene Bundesrepublik wieder her, verkörpert einen Nationalsinn wieder in organischen Formen und dann freilich von Lebensthätigkeit. Bis das geschehen ist, kennt weder ihr noch ein Anderer wissen, was euer Nationalsinn wirklich ist — oder die freiwilligen Bewegungen einer besonnenen Stärke von den unfreiwilligen Convulsionen der Ohnmacht unterscheiden.

Frankreich.

Paris, 19. Aug. „Bulletin de Paris" gibt über die Reise des Präsidenten der Republik folgende nähere Berichte: Am 17. Aug., Morgens 10 Uhr, verließ derselbe Lyon und wurde von dem Maire an der Spitze des Gemeinderath, dem Präfecten, dem General Castellane ꝛc. eine Strecke weit begleitet. Bei dem Abschied sprach sich der Maire ungefähr folgendermaßen aus: Prinz! Auf die Freude, welche Ihre Gegenwart in unserer alterthümlichen Stadt verursachte, folgt die Traurigkeit eines so frühen Abschieds. Also aber unsern Gefühlen gemäß, ist der Gedanke, daß Ihre Anwesenheit den benachbarten Bevölkerungen nützlich ist, welche wie wir mit Ungeduld Ihrer Ankunft entgegensehen. Erlauben Sie uns, Ihnen vor der Abreise im Namen der Stadt Lyon die Versicherung zu geben, daß sie nie die denkwürdigen Worte vergessen wird, welche Sie an uns richteten. Empfangen Sie meine ganze Dankbarkeit und mein Versprechen, daß ich Alles anbieten werde, um der Stadt Lyon bald wieder einen Besuch zu machen.

Schweiz.

Schwyz, 10. Aug. Die heutige „Schwyzer Ztg."— ein mit sehr vielem Talent und vortrefflicher Gesinnung redigirtes Blatt — enthält unter der Aufschrift: „Ungleiche Elle" — radikale Consequenz," folgenden Artikel: „Jedermann erinnert sich noch, welchen Jubel die jungen und allen Praktoranen des 1846 aufgetretenen Berner Regiments gemeinschaftlich anstellten, mit obligatem Fackelzug, Marseillaise, Freiheitsreden und Volkssolidaritäts-Phrasen, so oft der Gesandte einer fremden revolutionären Macht, eines im Aufstand begriffenen Volks, die Apostel der europäischen Revolution, oder gar eine „Freiheits-Armee von Süden," Westen oder Osten zu und bereins- und beruhetauml, um an den Sympathien des freien Schweizervolks, beziehungsweise — an Herd.n. Vorbe.fesselben sich zu erwärmen." — „Aller All' dies konnte und namentlich die Berner Ztg. und ihre gesinnungstüchtigen Genossen und Genossinen im Lager, die sich rühmen, die Besten der Schweiz, die zum Theil nicht wenig von ausländischen Kräften und alle gar viel von Völkersolidaritäts-Einfluß dichter werden, die zuverlässigsten Aufschlüsse geben. Da jedenfalls Alles in frischer Erinnerung, so bedarf es ausführlicher Verwähnung nicht." „Item der alte Mug in Bern, ein — wir man ehen erfuhr, trotz vier vielen fremden Nahrung — doch noch ferngesund gebliebener Schweizerbär, beginnt ernstlich zu murren, wie er so viele fremde Gesichter aus aller Herren Landen um sich sammeln sieht, die ihm zu nichts gut scheinen, als ihm das täglich Brod vor dem Maule wegzuschnappen und ihm mit Zeit und Weil all' sein Fett gänzlich abzusaugen, von dem ihr alten Bettern dieser fremden Gesellen ohnehin schon die besten Säfte bis zur Aussehrung ihm ausgesogen hatten. Unwillig und entschlossen, solche Wirthschaft in seiner Hütte nicht mehr zu dulden, erhebt sich Mug mit Kraft und schüttelt gewaltsam Fremdlinge und Landsleute, seine lieben Vettern, Söhnen und Schwägern, und all' ihren Anhang, in muthiger That von seinem Nacken." „Eine neue Regierung, gebildet nach des Volks unzweideutigem Willen, aus vaterlandliebenden Männern je der besten Ansichten und Meinungen, ist eingetreten. Da aber der Absetzung des „Schreckensregiments" derselben, welcher zu Ehren die Völkerdemokraten vor zwei Jahren mit Kanonen geschossen und deren Gesandten sie mit Pomp, Feuer, Reden und Freiheitsliedern empfangen und eingewohnt hatten, — sage: der Gesandte dieser Schreckensregierung bekommt aus Paris einen Brief, worin ein Gruß an die neue Bundesbehörde der Schweizerregierung enthalten ist, den der Gesandte dann auch gezwungener Weise dem Präsidenten der neuen Regierung von Bern vermeldet, dieser aber seinen ebenbürtigen Hrn. Collegen." „Nun sehe man den Lärm und Spectakel an, den gesammte eidgenössische Organe dieses europäischen Demokrate und Volkssolidarität, die Berner Ztg. voran, ausheben! Beinahe zum Hochverrath wird der Berner Regierung dieser wohlwollende Gruß aus der nachbarlichen Schweizerrepublik ausgelegt. Das ist gegen die Bundesverfassung, das ist verfassungswidriges, uneidgenössisches Vernehmen und Einverständniß mit einer Regierung, mit der nur der Bundesrath korrespondiren darf, das ist Aufstandeerei das! Und wir fordern Rechenschaft und strenges Examen durch den Bundesrath — von den Schuldigen. So wurde geschrieben eine ganze Woche lang, und in der Bundesrath — man hoch Fod Dinde und Cruderschwätz verstrichen, bis endlich neuen Bundesrath schwarz genug war und anzumalen." Es kommt aber ungefähr zu gleicher Zeit der Gesandte einer andern ausländischen, französischen Macht und bringt einen freundschaftlichen Gruß mit, der ehrenwerthe Dudley Mann aus Nordamerika. Nordamerika, d. h. ein Theil von Europa, das Niemand kennt weiß, die vereinigten Staaten, bilden ebenfalls eine Schweizerrepublik, immerhin zwar eine fremde und keine eidgenössisch verbundete, wie z. B. die alte Republik Uri seit Jahrhunderten der Republik Bern verbindet ist. Aber gleichwohl zuckt jetzt der Berner Ztg. vor Freuden das Herz im Leibe auf. Dieser Dudley Mann war gerade der Mann, der Bundesrath herstellen zwischen der Schweiz und Nordamerika, und eine gemeinsame Flotte und Kriegsmacht, gegen alle Tyrannen und Unterdrücker der Volkserdemokratie in Europa — unbeschadet unserer Neutralität und schweizerisch-inländischen, heimischen Sinn. Das ist's, was die schweizerisch-gesinnte Berner Ztg. aufsuuchen macht! Letzte Jahr, oder vorletztes kam ein Gesandter aus der eben neu gefischten Republik Ungarn, ein Herr Graf v. Draskowich, und brachte einen „Gruß von Kossuth und einen Brief von ihm."

Welche Freude, welches Entzücken sich da auf dem Anlitze der übergläcklichen Berner Zeitung malte! Jwar — der Hr. Graf v. Draskowich muß auf Kredit pumpen. Die eidgenössische Berner Regierung von 1846, der zwar laut Bundesverfassung jeder Verkehr mit fremden Mächten verboten ist, borgt dem Gesandten Kossuth's und wirbt ihn bei der Kantonalbank einen Betrag von 5000 Schweizerfranken an. Der Herr Gesandte erschöpfte denselben, reiste ab — und starb, sagt ein Blatt mit richtiger Kürze. Das hat man zwar erst jetzt vernommen. Die alte Regierung deckte die Summe aus dem Staatsbrodkorb, nicht etwa aus der demokratischen Volksreserve; in der Staatsbrodkorb sorgt für die Armen des Berner Volks, erschien der Posten unter den Militär- und Flüchtlings-Ausgaben verrechnet." „Und nun bei All' dem, und trotz All' dem, hat das Geschrei dieser Herren von der Berner Zeitung und ihrer Verbündeten in allen Theilen der Schweiz kein Ende nehmen wollen über den, im Briefe an den französischen Gesandten ausgesprochenen Gruß et bien des choses an die neue Berner Regierung. Die Schweizer und Eidgenossen, welche vor zwei Jahren die schweizerischen Legionen nach der Lombardei schicken wollten, um sie im Kampfe für fremde Interessen zu opfern, und dabei das Vaterland der eigenen Gefahr und nächster Gefahr des Untergangs preisgegeben; die, welche auf dem Punkte standen, mit Sardinien ein Schutz- und Trutzbündniß zu gleichen Zwecken abzuschließen; die, welche das erschopfte Schweizervolk ungeheure Summen für die Freiheit der badischen „Freiheits-Armee und ihre den Absinger Zeitungen zahlen machten; die, welche mit dem Engländer Robert Peel zechten, damit er um so mehr das Feuer zum Bürgerkrieg anfache und seinem Kaplan, auf gegebene Winke aus der Fremde! in das Quartier des eidgenössischen Generals fenderen mit dem Bescheid: schnell fertig zu machen sie, welche das Berner Volk den nicht eingeforderten Kredit des fremden Gesandten Kossuth's aus Ungarn hinlenkrein bezahlen lassen; die, welche den zu allen Schweizern, aber nicht für Propagandazwecke der europäischen Völkerrepublik, abgesandten Amerikaner Dudley Mann für ihre fremden, ausländischen Bundeszwecke käuflich zu verleiten suchten — die haben noch die Stirne Andere, welche ihre Gegner sind, wegen eines wohlwollenden Wortes einer benachbarten Regierung, der Auslanderei und anderer verbrecherischer Dinge gegen das Vaterland anzuklagen?! Die ungleiche Elle — ja das ist Consequenz!"

Italien.

Die „Armonia" hat es vorgezogen, auf dem Kampfplatze zu bleiben. Zwar erklärt sie, sich so lange, bis die Sonne der Freiheit am piemontesischen Himmel wieder aufgegangen sei, sich jeder Diskussion enthalten zu wollen, und sich nur auf die Mittheilung von Thatsachen zu beschränken. Auch dieses ist im Interesse der Wahrheit schon ein großer Gewinn. In ihrer letzten Nro. enthält die „Armonia" folgende Erklärung des Bischofs von Cuneo auf die Angabe der „Gazetta del popolo" und mehrerer Blätter, er habe auf dem Todtenbette sich bekehrt

von der Bekehrung des Ministers Santa Rosa, und fordern Letztere auf, ihre Angaben zu beweisen. Die „Armonia“ antwortet sehr treffend: Die beiden Personen, die einzig und allein im Stande sind, in diesem Punkte Zeugniß abzulegen, sind in Gewahsam. Ihr wollt also etwas, was ihr unmöglich zu machen gesucht habt.

Mailand, 13. August. Die heutige Gazzetta di Milano enthält folgenden Artikel: „Wir haben aus sicherer Quelle erfahren, daß die Regierung Sr. Maj. des Königs von Sardinien beschlossen hat, den Ausschreitungen aller politischen Parteien um jeden Preis ein Ziel zu setzen.“ „Die excentrischen Parteimänner haben die unglückselige Gewohnheit, ohne alle Rücksicht und in der unredlichsten Weise, eben sowohl die Institutionen des eigenen Landes, als die Handlungen und Personen befreundeter Regierungen anzugreifen. Nachdem nun die Verderbtheiten, an welchen Hrn. Bianchi Giovini, einen Lombarden, Hauptredacteur des Turiner Journals Opinione, amtlich ergangenen Warnungen, daß er sich der unverbrüchlichen Institutionen gegen die Person des Papstes enthalte, und aus seinen Artikeln die boshaften Insulten gegen verbündete Regierungen, und namentlich gegen Oesterreich verbannen möge, fruchtlos geblieben waren, sah sich das Ministerium Sr. Maj. des Königs von Sardinien durch den Gang der Ereignisse genöthigt, gegen besagten Hrn. Bianchi Giovini die Entfernung aus den königlichen Staaten zu decretiren.“ „Dieser strenge und exemplarische Beschluß der Regierung, welcher auch da er zu Rede gestellt wurde, die That gestand, aber den gewaltsamen Eindruck in die Komode in Abrede stellte. Die Geschworenen sprachen ihm schuldig des Verbrechens des Diebstahls mit der Ausschließung des Einsteigens, nahmen aber keinen Einbruch an, worauf der Gerichtshof ihn zu dreijährige Arbeitshausstrafe verurtheilte. Präsident: Appell.-Ger.-Rath Schattenmann. Staatsanwalt: Stadtger.-Assessor Ungemach. Vertheidiger Acceßit Hartmann.

Neuestes.

München, 21. August. Sr. Maj. Generaladjutant, Graf Paumgarten, ist zur Begrüßung Königs Otto's nach Ischel abgereist.

München, 21. August. Prinz Luitpold, der Chef der bayerischen Artillerie, wird morgen aus Lindau hier eintreffen und dann in einigen Tagen die diesjährige Inspektionsreise nach Würzburg und den Festungen Ingolstadt, Landau und Germersheim antreten.

Zweibrücken, 19. August. Heute wurde der Anklageakt in dem großen politischen Prozesse den Betheiligten zugestellt.

Karlsruhe, 20. August. Das großh. bad. Regierungsblatt vom Gestrigen enthält: die Verlängerung des Kriegszustandes und des Standrechts auf weitere 4 Wochen betreffend.

Stuttgart, 21. August. Die Wahlen zu den neuen Abgeordneten sind auf den 1. September ausgeschrieben.

Leipzig, 20. Aug. Von den Maiangeklagten in Werdau sind fast alle, gegen 40, begnadigt worden. Ausgeschlossen davon sind namentlich Advokat Schubert und Buchbinder Schreiter, welche bedeutend auch noch verbüßen sind.

Wien, 18. August. Ueber die Aufhebung des Belagerungszustandes, noch die allgemeine Amnestie, welche heute man für den heutigen Tag, den 21. Geburtstag des Kaisers erwartete, sind eingetreten. Die „Oesterreichische Correspondenz“ knüpft an die heutige Feier folgende Betrachtung: „Dieser Tag ist ganz geeignet, ernste und erhebende Erinnerungen in jeder Brust hervorzurufen. Wir sahen schwere Stürme an uns vorüberziehen, von denen auch die erhabene Herrscherfamilie nicht ganz verschont blieb. Die unheilvollen Ereignisse des Jahres 1848 haben das Band der Liebe und Verehrung zum Monarchen, wodurch sich der österr. Gesammtstaat von jeher auszeichnete, nicht erschüttert, ungeachtet der Verlust durch feindselige Faktionen gerpalten war. In einem Momente, wo der Kriegsdämm tobte, und eine der edelsten Personen aus der Krone auszufallen drohte, betrat der jugendliche Monarch den Thron. Der Segen des Himmels ruhte auf ihm, die Feinde der Krone und des Reiches wurden besiegt, und die Segnungen des Friedens beginnen bereits sichtbar zu werden. Schon war es dem gütigen Monarchen vergönnt, in zahlreichen Fällen Gnade, das edelste Vorrecht der Krone, zu üben, das Vertrauen lebt allenthalben zurück, und die Liebe und Anhänglichkeit zum Kaiser und zur Kaiserfamilie äußert sich allseitig in den unzweifelhaftesten Beweisen. Möge der Himmel uns diesen erfreulichen Zustand fortan belassen, und seinen Segen geben zu dem großartigen Werke der Wiedergeburt Oesterreichs. — Die heutige „Reichszeitung“ bespricht die Einberufung des Bundestags. Sie bezeichnet dieselbe als einen neuen Versuch von Seiten Oesterreichs, die Einigung des zerfallenen und gespaltenen Deutschland herbeizuführen. Bisher habe man wegen des zwischen Preußen und Oesterreich bestehenden Zwiespalts weder zur Einsetzung einer neuen Centralbehörde, noch zur Reform der Bundesverfassung gelangen können; beides sei aber entschieden nothwendig. Es sei daher nichts übrig geblieben, als sich wohl einmal auf den Boden des deutschen Rechts zu stellen und die Bundesverfassung ihrem Geiste und Inhalte nach in Anwendung zu bringen. Eine Ansprache dagegen enthehre jener rechtlichen Begründung. „Diese Rückkehr heißt es kann nothwendig weiter, welche der Natur der Sache entnommen sind, haben die Nothwendigkeit erkennen lassen, die Reactivirung der ursprünglichen Bundesbehörde zu bewirken. Ein Vortrag des kaiserlichen Gesandten Grafen Thun setzte diese Motive in der Plenarversammlung in Frankfurt auseinander, a. in den Sitzungen am 7. und 8. dieses Monats autorisirte das Plenum, die Einberufung vorzunehmen. Die österreichische Regierung hat diese Einberufung durch eine Circularnote vom 14. August eingeleitet; sie glaubt sich berechtigt, annehmen, daß die großen Interessen des gemeinsamen Vaterlandes, der Fürsten, seine Kraft und seine Ehre bei allen Regierungen, selbst bei denjenigen, welche bis jetzt eine partikulaire Politik verfolgten, sichere Würdigung erfahren werden. Was konnte sie abhalten, die Bundespflicht zu erfüllen? Finden sie nicht im großen Bunde die festeste Gewähr ihrer Unabhängigkeit und Selbständigkeit? Eine Ausgleichung zwischen Gegensätze nicht durch eine vermittelnde Bundesbehörde am Leichtesten möglich? Die österr. Regierung in der Aufrichtigkeit ihrer Absichten ist — wir wiederholen es — berechtigt, anzunehmen, daß formelle Bedenken, welche jede Regierung zu beseitigen im Stande ist, nicht diesen letzten Versuch der Einigung stören werden. Niemand wird wegen der Verantwortlichkeit auf sich laden wollen, den deutschen Namen dem Spott der Mit- und Nachwelt preisgegeben zu haben. Die Bundesversammlung soll mit dem 1. Septbr. zusammentreten, sie hat bis nach der Revision der Verfassung zu dauern, und Oesterreich hat feierlich sein Wort gegeben, daß es nicht darnach strebe, einsach und allein zu den alten Einrichtungen zurückzukehren.“

Berlin, 20. August. Dem Vernehmen nach wird der Minister d. N. P. Frh. wirk Meitzenburg-Schwerin in diesen Tagen seinen Austritt aus der Union anzeigen, während Braunschweig sortisch bereits ausgeschieden ist, wenngleich die betreffende Erklärung noch auch längerer Zeit auf sich warten lassen sollte.

Straßburg, 21. Aug., Morgens halb 10 Uhr. Ein herrlicher Spätsommertag breitet sich über unsere Stadt und scheint den festlichen Tag zu begünstigen. Auf den Straßen ist es schon recht lebhaft und festlich gepuzte Gruppen durchwandeln dieselben. Am Meisten drängt sich die Menge vor dem Gasthof zur Stadt Paris, wo der Oberst des 6ersten aus Hagenau eingetroffenen Lanciers-Regiments (Trembley) wohnt. Die Leute dieses Regiments sind große stämmige Menschen, die Uniform nach Art der preußischen, doch etwas zu bunt, roth, gelb, weiß, blau, kurz etwas theatralisch; die Musik derselben ist sehr gut, doch herrscht die türkische Trommel vor. Auf dem Theaterplatze werden große Vorbereitungen zu einem heute Abend abzuhrennenden Feuerwerk getroffen. Für den morgen im Theater Stattfindenden Ball, wo Napoleon erscheint, ist nur sehr schwer ein Billet zu bekommen; die vielen anwesenden Fremden, namentlich Engländer, haben Alles mit Beschlag belegt. So eben kommt die Großherzogin Stephanie an, und steigt ebenfalls in dem Gasthofe zur „Stadt Paris“ ab. Straßburg hat zwar in Aussehen und Lebenswesse den Typhus einer deutschen Stadt; doch herrscht namentlich durch die französischen Beamten und das viele Militär, die alle Franzosen sind, der franz. Ton vor. Einen eigentlichen Aufstand gewährt die seit 1848 an allen Wachthäusern und öffentlichen Gebäuden in großen Letters prangende Inschrift: „propriété nationale, liberté fraternelle, egalité“ — So eben schlägt es Generalmarsch, die Nationalgarde rückt auf ihre Sammelplätze, in Uniform und Haltung ist sie sehr militärisch, nur kann von der Linie zu unterscheiden; doch da sie durchweg demokratisch ist, wird wohl auch ihren Reihen nur ein vive la republique! erschallen. (Z. J.)

Rom, 15. August. Nach den neuesten Bestimmungen, bei denen es wahrscheinlich verbleiben wird, soll das nächste geheime Consistorium, worin Sr. Heiligkeit auch den Fürstbischof von Breslau, den Erzbischof von Köln und den Erzbischof von Olmuz mit dem Purpur zu bekleiden beabsichtigt, am 16. Sept. im Vatican einberufen werden.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 22. August 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1208	1213
„ 5% Metalliqu.	82½	83¾
„ 4% „	63	63½
„ 3% „	47¾	48¼
„ 2½% „	44	—
„ 4½% Bethmann	—	76½
„ 4% „	66	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	100¾	101¾
„ fl. 100 „ 1834.	156¾	158¾
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	85¾	86¾
Ltbl. 50 Preußen Scheine.	111	—
Sachsen 3½% Obligationen	84½	84¾
„ 4% „	99¼	99½
„ 5% „	100¾	100¾
Würtemberg 3½% „	83¾	84½
„ 4% „	97¾	98¾
Baden 3½% „	81½	82
„ 3% Loose	32½	32½
„ 50 „	52¾	53¼
Nassau fl. 25	26	26½
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	74½	74¾
„ „ 25 „	28	28½
Polen fl. 300	136	—
Sardinien Lr. 36	32½	33¼

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schauhause 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 203. Würzburg, Samstag den 24. August. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 22. August. Se. Maj. der König haben durch allerhöchste Entschließung vom 18. d. allergnädigst zu befehlen geruht, daß das 13. Infanterie-Regiment Hertling, wegen erfolgten Ablebens seines bisherigen Oberstinhabers, bis auf weitere allerhöchste Verfügung die Benennung: „13. Infant.-Reg. vacant Hertling" anzunehmen habe. — Die 2. Abtheil. der hiesigen Conscriptirten zur die Kavallerie-Regimenter hat einen Kriegsministerial-Erlaß zufolge bis 1. k. M. einzurucken. Die Conscribirten der Pfalz fur die Kürassier-Regimenter haben am 31. d. hier einzutreffen.

München, 23. August. Se. Maj. der König haben Sich unterm 18. d. Mts. allergnädigst bewogen gefunden, die bei dem Landgerichte Ortenburg erledigte Advokatenstelle dem Appellationsgerichts-Accessisten Richard Hartmann zu Aschaffenburg und der von der gräflich Castellischen Patronatsherrschaft für den hiesigen Pfarrer Friedmann Christian Jung in Kirchrimbach, Dek. Burghausen, ausgestellten Präsentation auf die protest. Pfarrei Unterakterrheim, Dek. Würzburg die landesfürstliche Bestätigung zu ertheilen.

Die Schreckensmänner als Volksfreunde.

Die Geschichte gilt als Lehrerin der Völker, die Bibel als die ewige Grundlage der Religion und des Sittengesetzes; in beiden verehrt der denkende Mensch eine göttliche Offenbarung. Und doch ist es eine alte Erfahrung, daß es keine verkehrte Meinung gibt, die nicht in den Thatsachen der Geschichte, seine religiöse oder sittliche, die nicht in der Bibel ihre Rechtfertigung suchte. Beides ist natürlich nur möglich dadurch, daß man die Geschichte fälscht, die heiligen Urkunden unserer Religion falsch deutet. Stellt sich die Geschichte selbst dem ernsten wissenschaftlichen Forscher oft in ganz verschiedenem Lichte dar, um wie viel mehr wird sie bis zur Karrikatur verzerrt, wenn der blinde Fanatismus oder selbstbewußter Betrug sich ihrer zur Irreleitung und Verführung des Volks bemächtigen! So haben in unserer Zeit die Männer des Umsturzes insbesondere die Thatsachen der ersten französischen Revolution zu fälschen gesucht, und man hat sich nicht gescheut, die Blutmenschen der Schreckensherrschaft, einen Marat, Danton, Saint Just, Robespierre zc., dem bethorten Volke als Helden der Tugend, als Wohlthäter der Menschheit darzustellen. Daß diese frechen Volksfreunde sich selbst wesentlich Lügen strafen, daß sie, die jetzt von den Verfassern der Geschichte allesammt als Volksmänner und Muster bürgerlichen Tugenden gepriesen worden, sich selbst wechselseitig des Verraths an der Freiheit und am Volke auf den Tod anklagten, das allein schon, sollte man meinen, müßte den besonnenen Theil des Volks angenehmlich gegen jene Verdrehung ruchloser Rotte wichter machen. Robespierre hat seinen Freund, d. h. den Genossen und Theilnehmer seiner Kriegel, auf die Guillotine geliefert, Tallien, Billaud Barennes zc. den Robespierre und Saint Just. In den Protokollen des Revolutionstribunals stehen sie alle als Volksverräther verzeichnet, gerichtet durch sich selbst, während die Revolutionäre der Jetztzeit sie im republikanischen Kalender als Heilige mit rothen Lettern verzeichnen. — Was sagt die wahre, die unbestechene Geschichte von jenen angeblichen Volksfreunden? „In Paris," sagt der Constitutionnel in einem trefflichen Artikel vom 8. August, „haben sie zusammengerafft, was die Bevölkerung der Vorstadte und der Barrieren Schmutziges und Wildes in sich schließt; aus der einen Hälfte bilteten sie das Personal der Volksvereine und der Galerien des Gemeindehauses, des Jakobinerklubs und des Konvents, mit einem Taglohn von 3—5 Franken; aus der andern Hälfte, die 2 Franken taglich bekam, eine Tag, was der Rand einbrachte, bildeten sie die Revolutionsarmee von Xanfin, die mit wandernden Guillotinen umherzog. In der Provinz organisirten sie mit dem Auswurf der Stadte und Flecken die 50,000 revolutionären Ausschusse, von welchen 25,000 mit taglich 5 Fr. à Person bezahlt wurden. Nicht der Arbeiter also, sondern die Klubbisten haben Danton, Marat, Saint Just, und Robespierre gesucht und geschmeichelt; nicht der Arbeit boten sie einen Lohn, sondern der Verschwörung und der Emeute. Da die Revolution bis zum Konsulat der Kampf dreier Parteien um die Gewalt war, um alle drei, eine nach der andern, denselben Weg verfolgten, die Verschwörung, dasselbe Mittel anwendeten, die Emeute, um bei demselben Ziele anzulangen, dem Schafot, so war das Volk unabhalsig der Gegenstand derselben Schmeicheleien und das Opfer derselben Täuschung. Keiner der Parteihäupter dachte jemals im Ernste an etwas Anderes, als es für seine Zwecke auszubeuten und herabzuwürdigen, denn bei allen gemeinsamen Verrichtungen waren dem Volke immer die niedrigsten vorbehalten. — „Ja, was noch mehr ist: das wahre Volk litt am schwersten bei der Revolution; es ist es, welcher den Schaffote die größte Zahl der Opfer geliefert hat. — Nicht Leben gefristete nach dem Solde der Schreier der Klubbs; sie allein bezahlte der Wohlfahrtsausschuß. Das wahre Volk, der rechtschaffene Arbeiter, arbeitete; es wußte weder, noch wollte es. Jene bezahlten Banden mußten die grimmigsten Feinde des wahren Volkes, welches arbeitete, an Gott glaubte, seine Kinder heimlich taufen ließ, und schweigend das Abtreten der letzten Parten, den Sturz des letzten Tyrannen erwartete. In Folge jener Fälschung der Geschichte glaubt man allgemein, daß die Urheber der Gräuelthate vor Allem den Adel, die Priester, die Bevorrechteten der alten Regierung getroffen habe. Ein schwerer Irrthum! Das wahre Volk, der Arbeiter, der Bauer, der Taglohner, sie sind es, die dem Henker die meiste Beschäftigung gegeben haben. Zahlen beweisen. Wir haben die Gewißheit gehabt, 12,000 Todesurtheile der Revolutionstribunale zu prufen: nur einen kleinen Theil der wirklich gefallten, denn das von Paris hat für sich allein 12,000 Personen. Manner, Frauen, Greise, Kinder, dem Tode überliefert. Unter jenen 12,000 waren 3193 Bauern der Bendee, von Poitou, und der Bretagne, 2212 Handwerker, 1273 Bürger, kleine Grundbesitzer, kleine Rentiers, 778 Bauernburschen, 767 Priester und Geistliche, 715 Soldaten, 708 Weiber, Madchen, Wagde, Nahrerinen, 639 Krüger, 585 Advokaten, Notare, Gerichtsdiener, 538 Fabrikanten, Kaufleute, Kaufmannsdiener, 244 Bediente, Köche, Kammerdiener, 156 Wirthe, Weinhandler, 76 Aerzte und Chirurgen, 73 Matrosen, 49 Lehrer, 46 Gelehrte, 21 Schauspieler. Das eigentliche Volk hat unter 12,000 Schlachtopfern also 7960 geliefert, d. h. $\frac{2}{3}$ des Ganzen. — Unter 3 auf das Schaffot gefendeten Schlachtopfern waren durchschnittlich 2 Arbeiter. Diese Zuschrift sollten alle öffentlichen Denkmaler tragen statt jener empörenden Parodie der revolutionaren Lehren: Freiheit, Gleichheit, Bruderlichkeit! Sie wurden alle Tage, wenn politischen Windbeuteln, allen jenen herzlosen Tribunen, welche ihr Glück auf den Unterganz Anderer bauen, beweisen, wie vieler Gebeine hingeschlachteter Männer aus dem Volke es bedarf, um ihnen zum Fußgestell ihrer Eitelkeit zu dienen. — Sie wurden den Arbeitern, den wahren Arbeitern, jenen, die weder von den 40 Sous der Klubbs, noch von den Maillard auf den Leichen der ermordeten Gefangenen bezahlten 6 Zeregleben, beweisen, welch thörichtes, blutiges Werk es ist, wenn sie die Arbeit und ein ehrbares Leben verlassen, um das Gefolge und das Rudimentum der Schwätzer und Schreier zu bilden! — Sie würden dem Mittelstande beweisen, daß, wenn die Arbeiter die erste Schichte der Guillotinirten bilden, er die zweite bildet, und daß er immer mit seinem Kopfe und seinem Vermögen die revolutionaren Gelüste bezahlt, die ihn bisweilen zum Mitarbeiter am Sturze der Regierungen machen. — Sie würden endlich Allen beweisen, wo von jenen schauvlosen Geschichtschreibern zu halten sei, welchen es gelungen ist, viele sonst rechtliche Leute zu bereden, daß Robespierre, Danton, St. Just, Marat wohl die Geißel der Bevorrechteten, aber die Freunde des Volkes gewesen seien." — Wir empfehlen diese für Franzosen geschriebenen Worte des „Constitutionnel" auch unserm deutschen wahren Volke; denn leider hat eine Fälschung der Wahrheit der Geschichte sich auch in Deutschland verbreitet, und unsere ganze Revolution ist mit das traurige Zerbild eines scheußlichen Urbildes.

Die N. Pr. Zeitung stellt in der heutigen Nummer 193 über die Frage: „Was hat die Union geleistet gegen die Revolution" folgende Betrachtungen an: Die Union? Es hat uns weder Macht noch Ehre gebracht. Unsere Bundesgenossen fallen von uns ab und die Gegner Preußens stolzen über diese „Union", deren Lebensfähigkeit sich nur dadurch erweist, daß sie noch nicht gestorben ist, und die nicht gestorben ist, weil der Erfinder durch kunstliche Mittel ihr das Scheinleben erhält. — Oder wäre es nicht als ein Scheinleben gewesen? Wo ist der Punkt, auf welchem jene Politik gezeigt hätte, daß sie die Ideen zerstörenden Revolution Einhalt gebieten wolle? Anhalt-Testau ist es nicht, das morgenrothliche Freiheitsland, wo die Soldaten meuch

lings überfallen und wo auf den König von Preußen Schandsteine geworfen wurden. Anhalt-Dessau ist nicht herausgewiesen worden aus dem Schlamm der Anarchie, obschon dieser Staat nicht eben so weit von dem Königreich Preußen entfernt liegt, und Hr. v. Moltke der Union ganz entschieden zugethan und wohlgewogen sein soll. — Indessen wer weiß, weilleicht beschränkt man ins Laufe der Zeiten Hr. v. Radowitz ein „Unions-Preßgesetz“: dann wird denen Missethaten ganz regelrecht abgeholfen, die radikale Presse in einem Bundes-Theilchen wird gezügelt werden, und was dann nicht schon vergiftet ist, wird gesund sein! — Oder die thüringischen Länder! Was hat die Union da Gutes gestiftet! Sie hatte Gelegenheit, sich von Erfurt aus umzuschauen in jenen Gegenden, sie wird es gesehen haben, wie hier Alles so unterwühlt ist, daß von einer Autorität kaum noch die Rede sein kann, — was hat die Union dagegen gethan? hat sie nichts vernommen, z. B. von dem Heu der Wiesen bei Schloß Reinhardsbrunn, von dem Gestalt auf dem Altenstein und von all den andern Lustigungen der thüringischen Volksvertreter, aber die man doch sicherlich, wenn die Sache nicht so furchtbar ernst wäre? — Indessen wer weiß, vielleicht erschrint mit der Zeit ein „Unions-Vereinsgesetz“, wäre es auch nur, um gegen die Vereinigung jener Kleinstaaten und Sälzsiegungen zu einer thüringischen Republik nachträglich Verwahrung einzulegen! —

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Rendsburg, 19. August. Die schleswig-holsteinische Armee besteht augenblicklich in ihrer Feldstärke aus 15 Infanterie-Bataillonen, das Bataillon durchschnittlich zu 1500 Mann, 5 Jägercorps, jedes von gleicher Stärke wie ein Infanteriebataillon, 6 Batterien Festungsartillerie, 10 Batterien Feldartillerie, die Batterie zu 8 Geschützen, 2 Munitionskolonnen, 12 Schwadronen Dragoner in 2 Regimenter getheilt, und einem Ingenieurcorps. Sämmtliche Feldtruppen haben Reserve- und Ersatzabtheilungen. In der Errichtung begriffen ist ein neues Bataillon, welches die ältere Mannschaft der Jahre 1841 und 1842 aus den übrigen Bataillons enthalten soll. Die etatsmäßige Stärke sämmtlicher Truppentheile ist durch die neuen Ergänzungen fast ganz vollständig wieder erreicht worden.

Altona, 20. August. Auch der Telegraphen-Director F. L. Schmitt wird jetzt vom hiesigen Polizeiamte steckbrieflich verfolgt, weil er sich verdächtig gemacht, in Verbindung auf eine von dem Polizeiamte verbotene Versammlung eine unerlaubte Thätigkeit entwickelt zu haben. (H. N.)

Von einer der Dänen befreundeten Macht (berichtet die Berliner Ztg.) ist sowohl in Kopenhagen, als auch bei der Staatshalterschaft eine Denkschrift eingereicht worden, welche den Herzogthümern als Compromiß vorschlägt, doch unter der Bedingung einer Trennung von Deutschland! Die dänische Erbfolge soll dann im Sinne der Herzogthümer so regulirt werden, daß der Bestand des dänischen Gesammtstaates gesichert bliebe und unter die Garantie mehrerer Großmächte gestellt werde. Die Stellung der Herzogthümer zu Dänemark soll nach dem Muster der Verbindung Norwegens mit Schweden regulirt werden, so daß sie mit Dänemark nur die Flotte und die äußere Vertretung gemeinschaftlich haben würden. Sobald sich Holstein über seine Trennung von Deutschland, von dem es verlassen sei, erklärt habe, sollen sich die holsteinische und dänische Armee vereinigen, (welche zusammen bis auf 100,000 Mann gebracht werden könne), und sich gegen die Angriffe der Deutschen vertheidigen, während die dänische Flotte Preußens Häfen blockiren müsse, falls Preußen die Trennung Holsteins von Deutschland verhindern wolle. Es ist fraglich, was die Herzogthümer, wenn von Verzweiflung gedrängt, thun sonnten.

Altona, 21. August. In unserer Armee sind zu Oberstlieutenants ernannt: Major Hegen I. (nicht Heinrich v. Hegen, welcher im Generalstab dient), Bracker und Mayhoff, zu Hals-Brigadegenerale: Oberstlieutenant Hegen, Lange, Richter und Thaldorf, zum Brigadechef des Besatzungsbrigade Christ. Gagerlieb, zweiter Chef der 3. Brigade und Kommandeur des Jeuftrupps bei Jstedt.

Deutschland.

Wiesbaden, 21. August. Man stellt jetzt Leute der Arbeiterklasse aus allen Theilen Frankreichs in den verschiedensten Trachten, welche dem Grafen Chambord ihre Huldigung bringen. Wie uns erzählt worden, ist die Achtung und Liebe der täglich ankommenden und abgehenden Arbeiter zu demselben so groß, daß nach einem Baalet, welches der Graf dieser Tage einer Anzahl dieser Arbeiter auf der Brücken in dem Hotel Dürniger gab, diesethen sich die Gläser, aus denen sie in Gegenwart des Grafen getrunken oder mit demselben angestoßen hatten, als Andenken an diesen Tag erbaten. Sie wurden ihnen auf Verfügung des Grafen überlassen. Ein Engländer, welcher hieles erfuhr, bot einem der Arbeiter für ein solches Glas vergebens einen Louisd'or geboten haben. Die neueste Kurliste zählt nahe an 11,000 Fremde, ausschließlich der Durchreisenden. Auch mehrere vornehme Russen sind wieder angekangt, darunter Fürst Narischkin aus Petersburg. Engländer sind dermalen Geschlossen wenig hier. Man hört jetzt nur französisch sprechen und glaubt in einer Provinzialstadt Frankreichs zu sein. Auch ein Malteserritter in seinem weißen Ornate mit blauvothem Kreuze auf der Brust ist seit mehreren Tagen hier anwesend. (Mainz. J)

Berlin, 21. August. Im Mai 1849 wurde zugleich mit dem Emissär der nordamerikanischen Revolutionsvereine Schramm in Lehrte ein berüchtigter Agent der nordteutschen und holsteinischen Propaganda, Karl Bruhn, in Lehrte verhaftet, bei dem man falsche Pässe und eine Menge schriftlicher Mittel seines revolutionären Treibens fand (vergl. Prozeß Waldeck). Dieser Bruhn wurde von den hannoverschen Behörden als ein bereits in Darmstadt zum Tode verurtheilter Hochverräther erkannt und an die großherz. hessische Behörde ausgeliefert. Jetzt ist nach unserer Mittheilung ein Kurir Bruhn als Emissär der London er ultrarevolutionären Propaganda festgenommen worden, der den Auftrag hatte, das schleswig-holsteinische Heer in Arbeit zu nehmen. — Es wäre interessant, zu wissen, ob der in Altona Verhaftete mit dem Obengenannten eine und dieselbe Person ist, und wenn dem der Fall, wie der Letztere werden sie seiner früheren Agitation hat zurückkehren können, deren Hauptfeld schon damals Schleswig-Holstein war.

Dänemark.

Fredericiand freut sich, die Nachricht aus Kolding Amt, daß ein Geistlicher, der nicht das Kirchengebet für den König von Dänemark gesprochen, zu fünf Tagen Gefangniß bei Wasser und Brod verurtheilt sei, damit bereichern zu können, daß, da Niemand in Schleswig sein Haus zu solchem Gefängniß bergeben wollen, Major von Platen sich dazu erboten, unter seinem Himmel auf dem Markt, mit einer Schildwache neben seinem Stuhl, die Strafzeit absitzen zu lassen, worauf sich denn sogleich Gefängnißgelegenheit gefunden hätten.

Frankreich.

C Paris, 20. August. Ein Schreiben des Prinzen von Joinville an einen hochgestellten Mann der gemäßigsten Partei macht einiges Aufsehen. „Bulletin de Paris“ gewahrleistet die Echtheit desselben und äußert darüber: „Dieses Schreiben ist in den gegenwärtigen Umständen von großer Wichtigkeit. Der Prinz sagt nämlich, sie Frankreich seien nur zwei Regierungsformen möglich: die erbliche und legitime Monarchie oder eine Republik, aber keine Prinzenrepublik, und fügt, was in dem Munde eines Sohnes Ludwig Philipp's das Auffallendste ist, bei: es könne nicht mehr die Rede sein von einer Monarchie der Nushilfsmittel (monarchie d'expedients), welche wir während der Regierung seines Vaters gehabt. Daraus dürfe man folgern können, daß der Prätendent mehr auftrete. Wie gewandt auch der Brief abgefaßt sein mag, fährt „Bulletin“ fort, so erräth man doch leicht die ehrgeizigen Gedanken, die er zu verbergen sucht, und man kann weniger auf eine Annäherung der beiden Linien des Hauses Bourbon schließen, als auf einen neuen Candidaten für die Präsidentschaft für 1852. Wenn wir außer der bonapartistischen, der legitimistischen und der eigentlichen orleanistischen Partei, noch eine Partei des Prinzen von Joinville haben, so ist der Sieg der Rothen 1852 gesichert. Der Prinz-Präsident-Prinzenregierungsthron sagt in Bezeichnung auf dieses Schreiben: „Dieser, nemlich Joinville, ist der Napoleon Bonaparte Der Sohn des Hieronimus) der Familie Orleans.“

Der „Frk. O. P. A.-Z.“ wire aus Straßburg vom 21. August geschrieben: Heute Nachmittag nach 2 Uhr zog der Präsident der Republik, unter dem Donner der Kanonen, dem Geläute der Glocken und dem Andrang einer zahllosen Menschenmenge, in die altrepublikanische elsässische Hauptstadt ein. Von Kolmar und Mülhausen kommend, wurde er am festlich geschmückten Bahnhofe der Straßburg-Baseler Eisenbahn von den Behörden und Deputationen empfangen. Der Maire der Stadt, Dr. Kraß, hielt folgende ensache Anrede: „Herr Präsident! Ihre Sorgfalt für die Interessen und für die Bedürfnisse unseres Landes sahet Sie in unsere Stadt. Wir wünschen uns Glück zu Ihrem Besuch. Mögen Sie, Herr Präsident, in dem Gastfreundschaft, welche wir Ihnen mit Freuden bieten, ein Pfand unserer tiefen Ehrfurcht für unsere Institutionen und für den ersten Beamten der Republik erblicken.“ Die Antwort des Präsidenten lautete: „Herr Maire! Ich bin in diese Gegend gekommen, nicht um Beweise der Huldigungen zu empfangen, sondern um ihre Bedürfnisse zu prüfen und mit Ihnen Wünsche kennen zu lernen. Ich bin gekommen, um das Gute auszumuntern und zu unterstützen, und um das Böse zu unterdrücken; in dieser Aufgabe werde ich immer auf Ihre Mitwirkung zählen.“ Der Ruf: „Hoch lebe die Republik! Hoch der Präsident!“ begrüßten diese Worte. Hierauf begab sich Louis Napoleon Bonaparte zu Pferd nach dem Präfecturhotel, wo er während seines hiesigen Aufenthalts wohnen wird. Auf beiden Seiten seines Wegs waren Nationalgarden und Bürgerwehren aufgestellt, welche kaum den Andrang der Schaulustigen zurückhalten vermochten. Der Präsidentritt mit sehr ernster Miene durch die Reihen, welche ihn mit dem Rufe: „Hoch die Republik!“ begrüßten. Ihm zur Seite befanden sich der Kriegsminister und der General Magnan, dann folgte ein sehr zahlreicher Generalstab, hierauf seine Leibeskavallerie in einigen Wagen. Die Bürger verhielten sich im Ganzen ziemlich schweigsam; an manchen Plätzen rief man sehr nachdruckvoll: „Hoch die Republik!“ während an andern aus den Fenstern Blumen auf das Staatsoberhaupt herabflogen. Um 4 Uhr wurden die Bürgerwehren von den Präsidenten entlassen; um 5 Uhr soll ein Feuerwerk abgebraunt und die Stadt beleuchtet werden. Morgen früh wird der Präsident den Münster ersteigen, hierauf die alten Militärs empfangen. Um 11 Uhr große Heerschau und Manöver, wozu ein Lanciers- und ein Küraffier-Regiment aus der Nähe berufen worden. Um 6 Uhr großes Banquet der Handelskammer, und hierauf ein Ball auf Subscription im Schauspielhause. Unsere Stadt wimmelt von Fremden, und vor erfreuen uns des Besuchs vieler hohen Gäste, unter andern J. l. D. der verw. Frau Großherzogin Stephanie von Baden. Hr. Thiers ist ebenfalls hier; auch der französ. Gesandte in Karlsruhe, Hr. v. Bussano, und der französ. Commissär in Mainz, Hr. Engelhard, sind hier eingetroffen. Emil v. Girardin und Fioron sind wieder abgereist. — Im Mülhausen überreichten die Arbeiter

ter des Fabrikanten Hofer dem Präsidenten ein Gnadengesuch zu Gunsten ihres Fabrikherrn, welcher vom Versailler Staatsgerichtshof in Contumaz zur Deportation verurtheilt worden ist. Sie trugen bei dieser Gelegenheit Flor um ihre Arme und um ihre Fahne; dies soll auf den Präsidenten einen peinlichen Eindruck gemacht haben.

Italien.

Aus der Romagne, welche das piemontesische Ministerium in seinem amtlichen Organe für seine jüngsten Maßregeln gegen Msgr. Fransoni und die Szwiten sich gesichrieben hat, glauben wir zur allseitigen Notiz und um der Richtigkeit der Gründe, die dem Kabinette zur Grundlage gedient haben, aus den piemontesischen Worten selbst zu sehen, noch folgende Stelle mittheilen zu müssen: „Es wurde nun zu klar, daß der Erzbischof, ohne die große Gefahr für den Staat, seine geistliche Autorität nicht länger ausüben durfte. Die Regierung, welche den Wunsch hegte, die Rechte, die das constitutionelle Statut allen Staatsbürgern zuſichert, zu achten, lud den Erzbischof ein, seine Demission zu geben, damit sie nicht gezwungen werde, mit Gewalt einzuschreiten. Auf die formliche Weigerung des Erzbischofs hat sich denn die königliche Regierung in die Nothwendigkeit versetzt gesehen, schlechterdings Maßregeln zu ergreifen, um die schimmsten Folgen zu verhindern. Gleichzeitig hat sie den Behörden die nöthigen Dokumente übergeben, welche zur weitern Verfolgung dienen konnen, und den Gerichten ihren Lauf gelassen. Was die Pabri Szwiten anbelangt, so hat man sie, in Betracht, daß die Pfarrei ihnen von der Regierung übergeben war, und daß sie sich eine Handlung zu Schulden kommen ließen, wo sie die Befehle des Erzbischofs weder einhalten noch empfangen durften, mit der ihrem Charakter schuldigen Achtung ihrer Pfarrei enthoben, und in andere Hauser ihres Ordens vertheilt."

Nach der Ansicht der piemontesischen Minister weire es also Sache der weltlichen Regierung: 1) Bischöfe abzusetzen, oder was auf dasselbe hinauskäuft, ihre Demission zu verlangen, und, falls sie dieselbe verweigern, sie mit Gewalt zu verdrängen; 2) Pfarrer abzusetzen, oder was wieder dasselbe ist, sie aus ihren Pfarreien zu versetzen, wenn sie sich unterfangen, in der Ausübung ihrer geistlichen Amtsgefühlen die Befehle ihres Bischofs einzuholen oder zu empfangen. Einen solchen Comentares bedarf es hier wohl nicht, die sardinische Regierung gesteht so frank und frei, welches die Ursache ist, aus der sie gegen die katholische Kirche in Piemont so sehr angeblich abnormbare Maßregeln" ergreifen zu müssen gestandt hat. Ihre Anhänger dursten denn doch auch nicht weiter gehen, wie die Regierung selbst, und den wahren Ursachen nicht immerhin erdichtete und für die Erzbischofe, so wie für die übrige Geistlichkeit verdammenswerthe Gründe unterschieben. Wir meinen hier die vermaglichen Absichten in Piemont, und die mit diesen in diesem Punkte zum wenigsten Hand in Hand gehenden sog. constitutionellen Blatter unserer Lander, wie namentlich die „Köln. Zeitung" und auch die „Deutsche Reform". Der wahre Grund des Conflictes ist einerseits das feuerrothe Gesetz, und andererseits das Runderschreiben des Erzbischofs von Turin, welches vom 9. Stubte gutgeheißen worden. Die piemontesischen Minister mogen die Kirche anfange für ein quasi constitutionelleS menschliches Institut gehalten, und demnach gegtaubt haben, die Bischofe wurden nach dem ersten Licht urtheilen, allem gottlichen und menschlichen Recht feindlichen Gesetzen gefugt haben. Aber nur zu bald mußten sie ihre alberne Täuschung erkennen, und es blieb ihnen deshalb nichts Anderes mehr übrig, als entweder ihre Gesetze zurückzunehmen, oder Gewalt anzuwenden. Denn der Episkopat und die Geistlichkeit konnten sich denen nicht unbedingt fügen, und einer höheren Stimme gehorchend, fugten sie sich ihnen auch nicht. In dieſe Alternative gedrangt, wahlten die Minister das Letztere. Schon langst hatten sie einen Vorwand gesucht, ihren Gesetzen mit Gewalt Achtung zu verschaffen. Zwei Erzbischofe waren gefangen und verurtheilt, eine große Anzahl Priester waren eingekerkert, andern 5 Bischofen hatte man die Alternative gestellt, ihre Circulaire zurückzunehmen, oder ihre Einkunfte einzubußen. Alles hatte, wie gesagt, nichts gefruchtet; wie immer, so wurde der kirchliche Geist auch in Piemont durch jede neue Verfolgung gestärkt. Santa Rosa's herannahende Todesstunde bot ihr eine günstige Gelegenheit dar, ihre Zwecke zu erreichen. Was ehemen Schuler der Katholischen am unsichsamt sein darf, werden auch wohl die turiner Minister gewußt haben, daß, wer öffentlich Aergerniß gibt, es auch öffentlich wieder gut machen muß, und daß die katol. Kirche die Sacramente die auf forum externum gehören, Niemand hindern kann, der öffentlich Aergerniß gegeben und noch nicht wieder gutgemacht hat. Diese Gelegenheit schien Hrn. Siccardi und seinen Collegen geeignet, gegen die „widerspenstige Geistlichkeit" einmal ihren Haß auszulassen, und gleichzeitig einem großen Theil des Publikums gegenuber einen Vorwand für seine Handlungen zu erhalten. Aber auch hier hat es sich getäuscht. Denn wie Hr. Benillot, Mitredakteur des „Univers," die „Armonia" und zum Theil einzelne dem Ministerium ergebene Organe selbst bezeugen, hat Santa Rosa kurz vor seinem Ende formlich erklärt: er wolle in der romisch-kathol. Kirche sterben und verweigerte daher Allen, die diesen Glauben nicht theilten, die Sterbesacramente sonnten aus Mangel an Zeit nicht gespendet werden, das kirchliche Begrabniß wurde ihm ohne Weiteres gestattet. In der That war also dem Ministerium weiter aller Grund benommen, gewaltthatig einzuschreiten. Man hat dennoch Gewalt genommen, Gewalt zu brauchen, und da die Gestaltung des kirchlichen Begrabnisses den Anlaß, auf den man gerechnet, beseitigt hatte, so mußte man irgend einen andren Vorwand herbeiholen. Anfangs wurde dem Erzbischof und den Szwiten nochmals der Kauf gestellt, sie sollten den streitigen Minister den kirchlichen Beistand verweigert; und auf diesen Grund hin wurde, wie alle ministeriellen demagogischen Blätter, auch der Korrespondent der „N. Z." bestätigen, die Verhaftung und Absuhrung des Erzbischofs beschlossen. Um aber der Sowohl diesen Vorwurfen nachzukommen, sagte man später hinzu, man habe verschiedene Papiere bei dem Erzbischof gefunden; auch dies selbst nicht in der „N. Z." und andern deutschen Blattern dieser Farbe. Aber die ministeriellen Organe von Piemont wissen hiervon nichts Jungst erst behaupteten sie, der Erzbischof Pinn sei gewesen, Anstiftung und Anstoß zu dem Landfriedensbruch. Wir wollen bei dieser Gelegenheit unsere Leser an zwei frühere Erörterungen erinnern; sie wissen noch, wie Clemens August wegen seiner standhaften Vertheidigung der heiligen Rechte unseres Glaubens verhaftet wurde, und wie man es damals aufbrachte, ihn, den Urheber, wirklich des Bündnisses mit mehreren revolutionären Parteien zu beschuldigen. Alle Rechte, welche er vertheidigte, sind seitdem als vollkommen begründet anerkannt, und die Anklage des Bundnisses mit revolutionaren Parteien hat die Anschuldiger selbst vor Mit- und Nachwelt mit Schande und Verachtung bedeckt. — Ein anderes Beispiel liegt uns näher. Welcher scheußlichen Verbrechen hat die „k. J." aus Haß gegen die Kirchenfreiheit den Erzbischof Fürsten v. Schwarzenberg geziehen! In denselben Tagen, wo sie dasselbe Spiel, die Verunglimpfung der Kirche durch Verdammung ihrer Wurdentrager, an dem edlen und liebenswurdigen Erzbischof von Turin erneuert, sieht sie sich genothigt, den Erzbischof v. Prag, den sie noch tauſendmal grosserer Verbrechen bezuchtigt hat, als einen hochst verdienstlichen, allverehrten Prelaten anzuerkennen. — Die letzten Nummern der „Armonia" von Turin und des „Cattolico" von Genua bringen folgende Nachrichten: „Der Bischof von Saluzze hat ebenso wie der Bischof von Susa die von der „Gazetta del popolo" gebrachte Verdammung zurückgewiesen und feierlich erklart, daß ihn weder die Befehle, noch die Drohungen der Regierung vermocht hatten, eines seiner Hirtenschreiben oder seiner Circulare zurückzunehmen. — Am 11. Aug. hat der Zöicus, von 12 Gendarmen begleitet, in dem Kloster della Consolata Haussuchung gehalten, gleichzeitig fand eine Haussuchung bei dem Hrn. Gonella, Vater des neuen apostolischen Nuntius für Brüssel, Statt; aber nirgends hat man etwas Erwähnenswerthes gefunden." An demselben Tage hat man durch das Demolirungsbeil eine Demonstration gegen den angeblich gegen den Klerikalismus gerichteten Vorschlag vorbereitet, damit die Regierung eine Veranlassung hätte, unter dem Vorwand, das Volk wolle die Barnabiten nicht mehr, sie zu vertreiben und sich ihrer Guter zu bemachtigen. Am 12. fand eine Demonstration gegen die Dominikaner Statt. Wir wissen noch nicht, ob auch diese vorbereitet waren sind. Die Regierung hat dem Generalvicar des Msgr. Franfoni streng verboten, an den Erzbischof irgendwie zu schreiben. Diesem sei ebenfalls unter allen Umstanden untersagt, einen Brief zu beantworten." — Der „R. Pr. Ztg." wird unter'm 12. Aug. aus Turin Folgendes gefchrieben: Der Pobel ist in gewaltiger Gährung, alle Posten sind verdoppelt, das Militär nebst zweier tapferen Nationalgarde ist unter den Waffen, und hoffen wir auch, daß Massimo d'Azeglio uns nicht dem uberwältigen Pobel preisgeben wird, so ist doch wohl doch die trubsten Aussichten für die Zukunft. Der König hat heute den strengsten Befehl hierhergeschickt haben, den Ausschweifungen des Pobels mit vollster Energie entgegenzutreten. Unter andere Bourgeoisie ist ein furchtbarer Schrecken gekommen, sie hatte dem Voltairianismus der Sicardischen Gesetze den ersten Beifall geklatscht, jetzt aber sieht sie, daß sie gegen den Pobel, der die Kirchen plündert und die Priester verjagt, weder den Thron respectiren, noch sich vor deren Griffen in den Geldsackel der Bourgeois fürchten wird.

Neuestes.

Erlangen, 22. August. Heute starb hier der Professor der Anatomie, Dr. Gottfried Fleischmann, im 75sten Lebensjahre.

Frankfurt, 22. Aug. Zu dem von Sr. kön. Hoheit dem Kurfursten von Hessen gestern im Schlosse Philippsruhe gegebenen großen Diner waren außer dem k. k. österr. Hrn. v. Hawan auch die HH. Bundescommissarien, mehrere Mitglieder des diplomatischen Corps und höhere Militärpersonen der verschiedenen hier und in der Umgegend stehenden Truppen eingeladen. (Frkf. O.P.A.-Z.)

Frankfurt, 23. Aug. Der k. österreichische F.-Z.-M. Baron v. Haynau ist heute früh mit dem ersten Zuge der Taunuseisenbahn nach Mainz gereist. Er begibt sich über Brüssel nach England. Am Bahnhofe nahmen die k. k. österreichischen Stabsoffiziere nochmals Abschied von Sr. Excellenz. F.-M.-L. Baron v. Schirnding begleitete Hrn. v. Haynau bis Mainz. Baron von Schirnding hat vor einigen Tagen von Sr. Maj. dem König von Bayern das Großkreuz des Michaelordens erhalten, und empfing auf diesem Anlaß vorgestern die Glückwünsche sammtlicher Offizierkorps der hiesigen Garnison. (Z. O.P.-A.-Z.)

Freiburg, 21. August. Von Seite der großherzogl. Ministeriums des Innern ist soeben eine Bekanntmachung erschienen, welche sammtlichen badischen Buchhandlern zede Theilnahme an dem Gutenbergsvereine in Frankfurt und Berlin so wie an dem Gutenbergshauptverein in Warzburg und den damit in Verbindung stehenden Zweigvereinen verbietet.

Die neugewählte zweite Kammer in Darmstadt besteht zu neun Zehntel aus Demokraten. Kein Wunder, wenn da die Darmstädter Conservativen der Demokratie den Zehnten zahlen müssen. „Zu tolles Darmstadt, freue Dich.

Kassel, 19. August. Hr. v. Schachten ist zur Bildung eines neuen Ministeriums berufen.

(N. f. P.)

Koblenz, 21. August. Im Auftrag unserer Staatsregierung ist heute Morgen der Oberpräsi-

dent Eichmann von hier nach Saarburg gereist, um den Präsidenten der franz. Republik daselbst im Namen unserer Regierung zu bewillkommnen.

Altona, 20. August. Der Generalstabsarzt Prof. Dr. Stromeyer ist heute von Kopenhagen aus der Gefangenschaft zurückkehrend hier durchpassirt.

T. D. Hamburg, 22. Aug. Mit dem 1. Sept. d. J. tritt das Herzogthum Schleswig bis zur Eider in den dänischen Zollverein.

(Frkf. O. P. A.-Z.)

Wien, 20. August. Die Adriatische Ztg. ist auf die Dauer des Belagerungszustandes in ganz Ungarn verboten worden.

T. D. Berlin, 23. August. Hinsichtlich der Mainzer Angelegenheit (des Durchzugs großherz. bad. Truppen nach preuß. Garnisonen durch das Gebiet der Bundesfestung Mainz) ist von preuß. Seite Oldenburg zum Schiedsrichter erwählt. — Es sollen demnächst Verfügungen zur Regelung des Umlaufs des fremdländischen Papiergeldes getroffen werden.

(Frkf. O. P. A.-Z.)

Verhandlungen des Friedens-Congresses.

Frankfurt, 22. August. Erste Sitzung des Friedenscongresses. Heute, bald nach 10 Uhr Vormittags sind etwa sechshundert Mitglieder des Friedenscongresses in der Paulskirche anwesend; die Emporbühnen sind zahlreich besetzt. Die Versammlung hat eine sehr feierliche Haltung; alle Mitglieder tragen grüne Bänder am Knopfloch. Richard Cobden und Hjalga Zu werden mit Beifallsbezeugung begrüßt. Letzterer ist ein Mann von mittler Größe angenehmen Jügen und dunkelm Haar. Er trägt europäische Kleidung, um jeden Arm ein erzenes Armband und einen breiten Stab als Zeichen seiner Würde in der Hand. Die Sitzung beginnt; Herr Gisbe Bunge verliest die Namen der Amerikaner, Herr Karl Richard die der Engländer (250), worunter mehrere Parlamentsmitglieder, Herr Joseph Garnier die der Franzosen und Belgier, Herr Dr. Spieß von Frankfurt die der Deutschen. Letzterer bemerkt, daß die eigenthümlichen Verhältnisse nicht zugeben, daß der Congreß, der den Namen Bunge führt, verfolgt, von diesem Lande zahlreicher beschickt sei. Es sind kaum 30 deutsche Mitglieder anwesend. Zum Präsidenten der Versammlung wird gewählt: Herr Staatsminister Jaup von Darmstadt. Zu Vicepräsidenten für Deutschland: Bonnet: für Frankreich; Cormenin aus Le de Libraire: für England: R. Cobden und Hindley; für Amerika: Hilschock und Dr. Hall; für Belgien; A. Visschers. Zu Sekretären für England: Richards; für Deutschland: Creizenach und Barrentrapp; für Frankreich: Joseph Garnier und Athanasius Coquerel; für Nordamerika: Elihu Burrit und Prof. Cleveland. Hr. Staatsminister Jaup, der den Präsidentenstuhl eingenommen, beginnt mit folgenden Worten: „Gewiß entspreche ich dem Sinne der langen Versammlung, wenn ich Sie einlade, in dieser feierlichen Stunde Gott um den Segen für unser Unternehmen anzuflehen.“ (Pause.)

(Fortsetzung folgt.)

Circulardepesche des kaiserl. österreichischen Cabinets an sämmtliche Gesandten des deutschen Bundes, betreffend die Wiedereinberufung der Bundesversammlung für den 1. September 1850. Gegeben, Wien, 14. August 1850. Mit seiner am 26. April d. J. an sämmtliche Genossen des deutschen Bundes erlassenen Circulardepesche hat der kaiserl. Hof, unter getreuer Darstellung der ihn zu diesem Schritte bestimmenden Verhältnisse, und mit Berufung auf die Artikel V. und VII. der deutschen Bundesakte, den Artikel IV. der Wiener Schlußakte und die Artikel LVII. und LVIII. der Wiener Congreßakte, die Einladung zu einer außerordentlichen Bundesversammlung ergehen lassen, um durch die im Schooße derselben zu pflegenden Verhandlungen zu der so nothwendig gewordenen Einsetzung eines neuen provisorischen Centralorganes, und zur Eröffnung der Wege für die allseitig als ein Bedürfniß anerkannte Revision der Bundesverfassung zu gelangen. Eine Anzahl Bundesgenossen hat unserer Einladung entsprochen, während die Uebrigen aus formellen Gründen dieselbe Anstand nehmen zu sollen glaubten. Durch diesen Umstand wurde die Lösung der Aufgaben, welche sich Frankfurt zusammengetretener Plenarversammlung gestellt waren, wesentlich erschwert werden. Der kaiserl. Hof hat demnach im Interesse der Gesammtheit möglichst unverzicht gehalten, um die Möglichkeit zu finden, die sich darbietenden Schwierigkeiten zu beseitigen, und soweit dies nicht thunlich war, dieselben zu umgehen. Von diesem redlichen Streben, von diesen Erfolglosigkeit, giebt die hier in Abschrift mitfolgende Circulardepesche vom 10. v. M. Zeugniß, durch welche er die zu Frankfurt vertretenen Bundesgenossen von den zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin stattgehabten Unterhandlungen in Kenntniß gesetzt hat. Die Ueberzeugung, daß sie nicht weiter gehen können, einigen Bundesgenossen gegen eine ohne ihre Mitwirkung stattfindende Bildung eines neuen provisorischen Bundesorgans erhoben worden ist, nicht auch gegen die für eine bedingte Dauer erfolgende Wiederbeeinderufung der grundgesetzlich als das berechtigte und normale Organ des Willens und Handelns des Bundes erklärten Bundesversammlung, gelteud gemacht zu werden vermöchte, hat die kaiserl. Regierung die „zweckmäßigkeit und die Nothwendigkeit erkennen lassen, die Reactwirung dieser ursprünglichen Bundesbehörde zu bewirken.

Da sie es doch für angemessen erachten mußte, vorerst die Ansichten jener Regierungen zu vernehmen, welche sich an dem, von dem k. k. Hofe bisher befolgtem Gange betheiligt halten, sind dieselben durch die absichtlich mitfolgende Circular-Depesche vom 19. v. M. von dieser Absicht und den Beweggründen derselben in Kenntniß gesetzt worden. Die beiden gleichfalls hier anruhenden Protokolle, welche über die am 7. und 8. d. M. in der außerordentlichen Plenarversammlung stattgefundenen Verhandlungen aufgenommen worden sind, durchkunden die vollkommene Uebereinstimmung der Ansichten der in derselben Versammlung vertretenen Regierungen mit jenen des kaiserl. Cabinets, und den Wunsch, daß der Präsidialhof die geeigneten Einladungen vornehmen möge. Die wichtigen, ja entscheidenden Rücksichten, welche für diesen Schritt sprechen, welche ihn als ein unabweisliches Gebot der Nothwendigkeit erkennen lassen, sind so augenscheinlich, daß sie in unserer Circular-Depesche vom 19. v. M., in dem Vortrage, welchen der kaiserl. Präsidialgesandte in der Sitzung vom 7. d. M. erstattet hat, und in den motivirten Erklärungen der übrigen in dieser Sitzung anwesenden Bevollmächtigten, geltend gemacht worden, daß wir uns darauf beschränken können, hier noch einmal darauf zurückkommen. Nur darauf wollen wir jene unserer Bundesgenossen, welche unsere Ueberzeugungen bisher nicht getheilt haben, und denselben beizupflichten auch jetzt noch zögern sollten, noch aufmerksam machen: daß der Bestand des Bundes in Frage gestellt, ja vielleicht selbst der Ausbruch neuer Wirren, welche die bestehenden politischen Gleichgewichts und des Friedens so wichtigen Vereins herbeigeführt werden wird, wenn man bei der durch die Erfahrung erwiesenen Unmöglichkeit, ein die Existenz des Bundes bis zu seiner gesetzlichen Neugestaltung sicherndes Organ zu schaffen, noch länger zögern wollte, zu dem Entschlusse zu schreiten, welcher die Wiederbeigriff zu fassen gebietet, und die Umstände als den allein gesetzlichen und praktisch möglichen erkennen lassen; daß die Bundesverträge den im Bunde vereinten Staaten die wesentlichste Bürgschaft für die Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Selbstständigkeit bieten, und es daher in ihrem Interesse liegt, diese Verträge aufrecht zu halten, um sich auf dieselben stützen zu können; daß Deutschlands gegenwärtige Zerrüttung und die schweren Wunden, welche seinen durch einen 33jährigen Frieden gegründeten Wohlstand geschlagen worden sind, nun an denen es verbluten muß, wenn dieselben nicht bald geheilt werden, vor Allem dem Mangel an Einigkeit, und einer dieselbe vermittelnden wirksamen Bundesbehörde zugeschrieben werden müssen; daß die Befriedigung dieses Bedürfnisses Ordnung, Sicherheit und Vertrauen wiederherstellen wird, und diesen aber der Wiederstand, der jeder Neuerung wird, in der durch ihn geweckte Hoffnung auf eine bessere Zukunft den Wunsch erzeugen wird, in der verschonenden Anzlaichung der biederigen Gegensätze eine Bürgschaft für die Verwirklichung der gehegten Hoffnungen zu suchen; daß die Bundesacte über allen dem Streite steht, wenn es noch länger dem Ausbande das beklagenswerthe Schauspiel darbietet, daß, nach zweijährigem Streben nach größerer Einigung, die Spaltungen immer empfindlicher werden, und das Band, welches noch seiner gefestigen werden sollte, sich am Ende völlig auflöst; daß gegen die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Bundesorgans nur formelle Bedenken hinsichtlich der Anwendung einzelner Bestimmungen der offenbar noch in voller Rechtskraft bestehenden Bundesvertrage zu erheben versucht werden, es aber thatsächlich von deren Willen jedes Bundesgenossen abhängt, von formellen Anstand, Weigerung durch seine Zustimmung zu dem am 12. Juli 1848 gefaßten Beschlusse geschaffen zu haben glaubt, selbst wieder aufzuheben. Wir zweifeln nicht, daß diese gewichtigen Ruckrichten reiflich und allseitig werden erwogen und gewürdigt werden. In dieser Hoffnung fassen wir heute an sämmtliche Genossen des Bundes, unser Bemerkung der feierlichen Zusage, die wir in unserer Circulardepesche vom 19. v. M. hinsichtlich der Ansichten erheilt haben, welche diesem Schritte zum Grunde liegen, die formliche Einladung ergehen, sich durch ihre Bevollmächtigten an der erneuerten Tagsatzel der von dem k. k. Hofe hiermit wieder einberufenen Bundesversammlung, deren Zusammentritt auf den 1. k. M. anberaumt wird, zu betheiligen. Ew..... haben demnach die Regierung, bei welcher Sie beglaubigt sind, im Namen des k. k. Präsidialhofs zu Theilnahme an den am 1. Sept. d. J. zu eröffnenden Verhandlungen der Bundesversammlung einzuladen, denselben eine Abschrift gegenwärtiger Depesche zu überreichen, und dabei die vertrauensvolle Erwartung auszudrücken, daß sie derselben entsprechen werde. In der Anlage erhalten Ew..... zugleich eine Abschrift der an den Hrn. Grafen v. Thun bereits aufgetragenen Vollmachten, welche den übrigen mitzutheilenden Schriftstücken beizulegen ist. Empfangen Ew..... ꝛc. — (Gez.) Schwarzenberg m. p.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Am 23. August 1850 früh 4 Uhr starb dahier, mit den hl. Sakramenten versehen, der Wohlgeborene Herr Kaspar Heidenpsinirt, Revierförster von Bildhausen.

Die feierliche Beerdigung ist Sonntag den 25. August 4 Uhr Nachmittags vom Leichenhause aus und der Trauergottesdienst Dienstag den 27. August früh 10 Uhr in der Pfarrkirche zu Haug.

Diess seinen Freunden und Bekannten zur Nachricht.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Hiezu das Erganzungsblatt Nr. 67.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schmelzer'schen 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 204. Würzburg, Montag den 26. August. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 23. August. Se. Maj. der König haben unterm 24. l. Mts. allergnädigst geruht, den zeitlich quiescirten kgl. Landgerichtsarzt zu Aub, Dr. August Sorg, wegen nachgewiesener gänzlicher Funktionsunfähigkeit in den definitiven Ruhestand zu versetzen.

Die Familie Orleans.

Inmitten politischer Zerwürfnisse und schwebender Fragen aller Art, welche Europa in dauernder Spannung erhalten, gibt es stille Ereignisse, welche den Blick auf den aufruhchbaren Boden der Politik abzulenken, oder den Betrachtungen, die sich auf jene beziehen, eine höhere Weihe zu geben geeignet sind. Dies ist der Fall bei dem feierlichen Akte der ersten Communion eines erlauchten Sprößlings, der zunächst in Frankreich, dann aber auch in Deutschland Sympathien zu erwecken berufen ist. Deutschland, das die wohlwollende Oeffnung der Orleanisten Dynastie schätzte, und das durch ihren Sturz mehr gelitten haben dürfte, als es sich dessen noch bewußt sein mag, kennt die Fürstin, welche, als würdige Repräsentantin ihres Geschlechts, an den Stufen des französischen Thrones ein selten erreichtes häusliches Glück fand, dann aber nach dem jähen Verluste des ritterlichen Gatten als treue Mutter sich den kindlichen Waisen anschließlich widmete, und nun, nach dem härtesten Geschick, das eine Frau treffen konnte, außerhalb Frankreichs Grenzen, theils in Thüringen, theils in England, im Kreise ihrer Familien weilt. Wir Deutschen in England können vereint mit unseren fränkischen Genossen nicht umhin, der Fürstin dafür zu danken, daß sie ihren hohen Beruf so musterhaft erfüllt, und so haben wir denn auch mit wahrer Theilnahme die feierliche Handlung betrachtet, welche die Veranlassung dieser Zeilen ist. Es war ein ernster Moment, als in der katholischen Kapelle zu London ein gebeugter Greis stand, krank und verbannt, entblößt jener Thron, die dem Menschen werthvoll dünken, die aber an gewohnter Stätte nichtig sind. Diese Kapelle ist zur Zeit der ersten französischen Emigration gegründet, und Ludwig Philipp theilte im Jahre 1800 bereits an den Stufen ihres Altars. Wer hatte damals gesagt, daß nach fünfzig Jahren wechselnder Schicksale, nachdem die Nation ihm die Krone auferlegt, deren Last er achtzehn Jahre hindurch getragen, er an derselben Stelle knieen würde, von seiner mit ihm schwer geprüften Familie umgeben, und ihm zur Seite ein verwaister Enkel, durch aufgeklärte an Gluben, so wie sie ein Volk seinen Fürsten zu wünschen pflegt, nun aber verbannt, gleichwie er selbst! Es war unmöglich, diesen Knaben neben dem Greise zu erblicken, so edel und anmuthig, so voll kindlicher Demuth und Andacht, zu dem Erlöser betend, und dabei die heißen Thränen der armen Mutter und der frommen Königin wahrzunehmen, ohne selbst tief ergriffen zu sein und jener Worte Mossillon's zu gedenken: „Gott allein ist groß!“ Der Bischof selbst, so wie der alte Abbé Guet, Beichtvater des Grafen von Paris, legten in die heilige Handlung jene tiefe Würde des Katholicismus, der vom Altar, wie von der Kanzel herab, irdische Macht darnieder beugt, gefallene Größe erhebt und von einem Ende der Welt bis zum anderen Zeugniß gibt von der Gottheit Christi. Es hatten sich treue Anhänger des Hauses aus Frankreich gefunden, Genossen des Glücks und des Unglücks; Gaben der Liebe waren von dem jenseitigen Ufer des Kanals gesendet worden, der das feste England von dem schwankenden Frankreich trennt. In diesen Gaben lag eine Sprache, die bereiter ist, als alle Worte. Die königlichen Verbannten in England bilden daselbst die in Glück und Unglück gehaltigte Einheit der Familie, und weder die Indiscretion der Besuchenden, noch die gestissentliche Deutung unbesangener Worte, noch endlich die Angaben so genannter wohlunterrichteter Zeitungs-Artikel haben Anspruch auf Glaubwürdigkeit, sobald sie diese Eintracht, diesen einigen Familiengeist in Zweifel setzen. Leider sind irrige Ansichten aller Art verbreitet worden. Ludwig Philipp „hat sich bei seinem Austritt aus Frankreich von jeglicher Macht losgesagt; dieser Moment war der entscheidende, nicht der einer Krankheit, die auch dem vom Glück Begünstigten Entsagung anferlegen würde. Seine persönliche Aufgabe ist geschlossen; sein klarer Blick wendet sich nur noch zu den Trägern seines Hauses, zu den Söhnen, die einst für Frankreich kämpften, und zu den Enkeln, welche Frankreichs Erbtheil sind. Was der königliche Vater heute, was die Prinzen, jene treuen Stützen der Herzogin von Orleans, mit ihr bereint in edler Freimüthigkeit äußern, ist stets: „Wir haben nichts zu thun, als zu warten; wir unterwerfen unser Schicksal dem Willen der Nation, der wir treu bleiben, wenwohl sie uns verließ und deren Wohlfahrt, nicht die unsrige, uns am Herzen liegt.“ In diesen Worten ist mehr Patriotismus enthalten, als man sonst an exilirten Höfen findet, zugleich aber auch die der Eintracht und Gottesfurcht innwohnende Kraft, welche allen Eventualitäten gewachsen ist. Fragt man sich nun, wie solche Worte zu den Ansichten der Parteigenossen und zu den Vermittlungs-Ideen stehen, die man mit dem Ausdruck Fusion des deux branches bezeichnet, so läßt sich darauf folgendes erwidern: Man hat von einer Protestation der Herzogin von Orleans zu Gunsten der Rechte ihres Sohnes gesprochen, und auch von dem Verlangen, die Wahrheit zu geben; dies ist ganz unrichtig. Das Haus Orleans tritt nicht den Rechten des Grafen von Chambord entgegen, wie dieses von den Legitimisten aufgestellt worden; es handelt sich hier nicht um die Bekämpfung des einen Prinzips durch das andere, sondern um die historische Thatsache, daß im Jahre 1830 der Wille der Nation den Wechsel der Dynastie vollführte, u. daß 1848 die neue Dynastie einem gewaltsamen Umsturze unterlag, in Folge dessen sich dieselbe, so viel an ihr liegt, ruhig abwartend verhält, ihr Schicksal dem Willen der Nation ferner anheimstellend. Wenn Frankreich verlangt das legitime Königthum, somit die ältere Dynastie, verzichten sollte, würde sich das Haus Orleans zu fügen wissen, weil es keine eigenen Interessen vertreten, folglich keinen Prätendenten aufstellen will. Aber bei dieser Uneigennützigkeit steht es sich außer Stande, sowohl denjenigen Standpunkt aufzugeben, der ihm angewiesen ist, nemlich den nationalen, als auch die Bereitwilligkeit zu vertagungen, auf den Ruf Frankreichs dem Vaterlande aufs Neue Kraft und Hingebung zu widmen. Somit erkennt das Haus Orleans noch wie vor die Souverainetät der Nation an und beruft sich auf dieselbe sowohl in Bezug auf die Leistungen der Vergangenheit, als der Zukunft. Es bleibt den Pflichten treu, welche die Macht der Verhältnisse ihm auferlegt hat, und Frankreich kann auf dasselbe rechnen, falls es einst durch gesetzliche Rückberufung oder durch drängende Gefahren seine Hülfe in Anspruch nimmt.

Deutschland.

München, 24. August. Se. k. Hoheit der Prinz Adalbert ist nach Aschaffenburg zum Besuch seiner kaiserl. Eltern abgereist. — Hr. Pfarrer Westermeyer wird zum Prediger der h. Geistkirche dahier ernannt werden.

Landau, 22. August. Ein Bubenstück ist in der Nacht vom 18—19. d. M. auf dem hiesigen Friedhof, dem schönsten in der Pfalz, verübt worden. Das provisorisch bis zur Aufstellung eines würdigen Denkmals errichtete Kreuz auf dem Grabe des zu Ende des Mai verstorbenen hiesigen Festungskommandanten Gen.-Maj. v. Pfsummern wurde herausgerissen, in Stücke zerschlagen, mit den Bruchstücken Grabhügel selbst zertrampft und verwüstet. Die polizeiliche Untersuchung ist bereits im Gange, und es wird ihr wohl gelingen, die Thäter auszumitteln....

(Zeitg. D. P. A.-Z.)

Zweibrücken, 22. August. Das bereits im Druck erschienene Verweisungsurtheil sammt Anklageakte in dem politischen Prozesse stellte der Zahl nach auf, gegen: 1 Person das gemeine Verbrechen des Meuchelmordes, 1 Person dasselbe Verbrechen des versuchten Meuchelmordes, 11 Personen das gemeine Verbrechen des Ueberfalles von Gemeinden mit bewaffneten Banden zum Morde und Verheerung, dabei verübter Meuchelmorde, Meuchelmordversuche, schwerer Verwundungen und einer Brandstiftung, zweyter gegen die Gemeinde Steinfeld und im Oberamte Pirmasens, 1 Person das gemeine Verbrechen illegaler Verhaftung von Personen. 21 Personen das gemeine Verbrechen der Zerstörung von Brücken und Straßenanstalten rc. 15 Personen das Verbrechen der Verleitung von Soldaten zur Fahnenflucht. — Ferner sind: 89 Personen Kassirungsstrafen, 17 Personen Entfernungen von Militär-Effekten, 80 Personen Erpressungen an Geld und anderm Gute, 66 Personen gewaltsame Wegnahme von Waffen aus Privatwohnungen, 58 Personen gewaltsame Wegnahme von Pferden, von welchen noch 292 fehlen, und 147 Personen widerrechtliche Verhaftungen und Gefangenhaltungen von Personen im Vergehensgrade, zur Last gelegt, nicht zu gedenken einer Unzahl anderer Gesetzesverletzungen, wie Mißhandlungen, Verletzung des Postgeheimnisses, Zerstörung von beweglichem und un-

beweglichem Eigenthum, Anmaßung öffentlicher Functionen, lebensgefährliche Bedrohungen, zugefugter Zwang, noch bre Einquartierungen, der Requisitionen am Vorspann und sonstige Lieferungen ꝛc. Wenn wir auch so sehr als irgend Jemand die große Zahl der Klagsachten beauern, welche in diesen Prozeß verwickelt sind, so können wir nach solchen Thatsachen diese Zahl noch wohl begreifen. Uebrigens haben wir mit Freuden gesehen, daß über ein Drittheil der Angeklagten, 116, nicht der Pfalz angehören, sondern dem Auslande, größtentheils Gesindel, welches die Pfalz so schmählich zu seinem Interesse ausgebeutet hat. (Pf. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Flensburg. Durch ein Circular an die Zollkammern ist angeordnet, daß die schleswigschen Schiffe wieder mit dem „Dank Flensburg“ und den früher gebräuchlichen Messbriefen versehen werden sollen. — „Nach „Kob. Avis“ ist am 18. d. M. der Kaufmann Martini mit militairischer Escorte in Kolding angekommen und ging am folgenden Tag nach Drenje, am wegen Nichtabliefrung von Waffen und Munition zu Tage bei Waffee und Brod zu sitzen. Nach seiner Ausage habe er mit den Ueberresten „Christian VIII.“ Geschäfte gemacht und sei dadurch im Besitz von Kugeln, Granaten, Bomben ꝛc. gewesen, die er nicht abgeliefert. (H. N.)

Am 17. August wurden in Aradsburg sechs dänische Kriegsgefangene eingebracht und zugleich mit ihnen der Schullehrer Heinrich Schumacher aus Wohlde in der Landschaft Stapelholm, der seiner dänischen Sympathien wegen schon längst verdächtig war, jetzt aber offenkundig als Wühler und Spion sich gezeigt hat. Er trug einen dänischen Militairrock und erwartet jetzt im Stockhause, was über ihn verhängt werden wird. (Hz. Bl.)

Berlin, 21. August. Nach den hier eingegangenen Nachrichten zeigen sich im dänischen Heer wiederlebende Sympathie der Unzufriedenheit. Es ist vor einigen Tagen vorgekommen, daß 100 Mann sich weigerten, die Vorposten zu beziehen. Sie wurden in Folge dessen nach Kopenhagen zur Untersuchung geschickt. — Von dem bei Zweisiedt gefallenen französischen Oberstlieutenant du Pin waren wenige Tage vor dem Gefecht Briefe an einen hiesigen Freund eingegangen. Es geht daraus hervor, daß du Pin anfangs entschlossen gewesen war, in die holsteinische Armee zu treten. Er lobte das holsteinische Kriegsverfahren und war den Dänen bei Beurtheilung ihrer militairischen Einrichtungen nicht eben sehr günstig. (B. Z.)

Frankfurt. Die Vollmacht für den kaiserl. Gesandten Grafen Thun-Hohenstein. — Wir Franz Joseph ꝛc. ꝛc. Nachdem die Verhältnisse es unerläßlich machen, daß die deutsche Bundesversammlung ihre am 12. Juli 1848 unterbrochene Thätigkeit, den Bestimmungen des Artikels VII. der Wiener Schlußakte genuß wieder aufnehme und dieselbe fortsetze, bis in Folge einer auf gesetzmäßigem Wege zu Stande gekommene Revision der Bundesverfassung, ein für ersteendes Organ des Willens und Handelns der Bundes an ihre Stelle getreten sein wird, — haben wir es unserer Dienstes befunden, Unseren lieben, getreuen wirklichen geheimen Rath und Kämmerer, Friedrich Grafen Thun-Hohenstein, Unseren Bevollmächtigten, Minister und Präsidialgesandten an dem deutschen Bundestage zu ernennen. — In Folge dessen ertheilen Wir demselben hiemit Kraft und Vollmacht, mit den am deutschen Bundestage versammelten Bevollmächtigten der übrigen souverainen deutschen Fürsten und freien Städte, erdrender selbst, wichtigen Gegenstände zu Berathung und Beschlußnahme zu bringen, indem Wir auf Unser Kaiserliches Wort versprechen, daß Wir alles Jene genehmigen werden, was Unser genannter Bevollmächtigter oder dessen substituirter Gewaltträger einverständlich mit den übrigen deutschen souverainen Fürsten und freien Städten, in dem Sinne und nach dem Wortlaute der Grundgesetze des Bundes, so wie in den Grenzen der ihm hierüber besonders von Uns ertheilten Instruktionen verbandelt, beschlossen und bewirkt haben wird; zu dessen Bekräftigung Wir die gegenwärtige in gewohnlicher Form zum clausulis substitutionis ausgestellte Vollmacht eigenhändig unterzeichnet, und derselben Unser grosses Staatssiegel aufzudrucken befehlen haben. — So geschehen in Unser Kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien den 25. Tag des Monats Juli im Jahre des Herrn 1850, Unserm Reiche im Zweiten. — Geg. Franz Joseph.

Berlin, 21. August. Wie können nun mit König Rene Schafe hüten. Die Union ist aufgegeben. Es ist mehr ein Geheimniß mehr. Gott sei Dank, daß es so ist! Das bisherige Band um die Brust ist gesprengt, eine feste Lust weht uns an. Es ist ein schrecklicher Moment, wenn der Arzt den Tod eines Kranken den Angehörigen verkündet, aber wenn sie tage- und wochenlang am frei Sterbebette gewacht, Zeugen seines Ringens so lange bedauert, so ist auch ihnen eine Erlösung. Wir zweifelten die letzten Wochen nicht mehr an dem, was gekommen ist, und am wenigsten hat uns das Jubelgeschrei neulich; daß alle Minister sich die Hand gereicht, Preußens Ehre zu wahren! nur einen Augenblick provisorisch gemacht. Die Diagnose wird leicht, wenn man die Symptome so lange beobachtet, wenn man ihre Werke auf die Wagschale gelegt und endlich ihr Gewicht kennen gelernt. Wir zweifelten seit Wochen nicht mehr an dem Resultat, aber wir beobachteten, daß man es hinziehen werde, daß noch ein Tuppen Schleinigkeiten Noten im Schubkasten liegen, um mit dem ersten halben Dutzend der Hoffnung zu erhalten, mit dem zweiten halben sie allgemach auszuspinnen. Das hat man uns erspart. Dank dafür! Unter welcher Grimasse man nun eingestehen wird, daß man die Union fahren läßt, oder vielmehr, wie man das Aufgeben als Erfüllung bemäntelt, ist uns gleichgültig. Wir wollen es, daß sie gestehen, die ungebührliche Forderung stellen, die nackte Wahrheit zu sagen.“ Das hieße von den Betreffenden einen Selbstmord verdern, was unthatsächlich ist. Ja, es läßt sich denken, daß Hr. v. Radowitz vor irgend einer Kammer weiter eine glänzende Rede hält, worin er beweist, daß Preußen zu glänzend sein Recht gewahrt hat. Hr. v. Radowitz greift aus gerade bis an „die Grenzen des Möglichen“ vorgeschritten ist, und keinen Schritt weiter. Wir sind froh, daß es so ist; daß wir endlich den Muth gefaßt (de facto) zu bekennen, daß wir aus dem Gegner unterwerfen, dem die Stirne zu zeigen, und wir Mittel sind, Ehre und Recht und ehrenhaften Conservativen, die rechten schwarz-weißen Patrioten der alten Zeit, die am 3. April jubelten, als Preußen die Kaiserkrone ausschlug, denen Erfurt noch eine Thorheit und die Union etwas überstürztes dünkte, die eben des selbstersten Glaubens waren, Preußen brauche sich nur zu rühren und die Welle müsse gestehen, entweder ein Preußen mit Union oder ohne Union, aber Preußen vor allem. Allerdings waren auch sie in den letzten Tagen schon geworden, die Mainzer Durchfahrt, die Klettergeschichte der Badener über den Rommelsberg hatte sie stutzig gemacht, aber sie hatten sich getrostet mit Bismarckschen Depeschen und mit den vom unsere Morgenzeitungen die ehegestern, ja posttierlicherweise noch bis heute viele enthalten: man muß nur kommen, man vertraue fest, der preußische Degen lasse sein nicht spotten u. s. w. Diese wackern, treuen, ehrlichen Herzen! Des Königs Befehl war ihnen Gottes Wille; auf sein Wort bauten sie mehr als auf das Evangelium. Und nun, ein zweites Jena, und ohne eine Schlacht werden diese ehrenwerthen Männer zur Einsicht kommen daß der vielbeklobte Eckstein nichts ist wenn das Gebäude fehlt, und daß kein Individuum sich isoliren darf aus der Kette der Begebenheiten ohne unterzugehen. Keinen Stein auf sie! Ihr Schmerz ist zu groß, und ihre Schuld ist es nicht daß sie doch so viel verschuldet. Man hat es ihnen zu tausendfältig vorgelungen und vorgelaut: mit den Ihren und denen, welche sich von Preußen leiten lassen zu nicht sich zu befassen, denn sie führten geradewegs zur Revolution. Zwar ist zu glauben, daß sie es glauben konnten, wenn sie nur drei Capitel aus der preußischen Geschichte lasen: wenn sie nur der Namen Friedrich, Stein und Bardenberg sich erinnerten, mußten sie wissen daß gerade der Ihren es gewesen, die Preußen gerettet, daß sie allein es sind, die Preußen, wenn es Gottes Wille, einmal wieder retten können. Aber man hat zu geschickt die Gräuel und Thorheiten der Revolution und Demokratie verarbeitet, von den protestantischen Canzeln und den puritanischen Predigtstühlen ist es ihnen als Panier aufs tägliche Brod gestrichen worden, daß sie es als Gewissens- und Loyalitätspflicht betrachteten ihre Vernunft gefangen zu geben, und einzuschlafen in seligen Vertrauen, daß man da oben alles besser und zum Besten und zur Ehre des Vaterlandes und des Königshauses einrichten werde. Nacht hinein Conservative, die es in guter Absicht waren, aus Patriotismus zu Opfern bereit, ist die große Masse der in den Tag hineinlebenden, die, welche nichts opfern wollen, wohl noch nicht erwacht. Die Börse, die Banquierd, die Hofleferanten, die Rentiers sehen Fratzen vor sich. Was wollen sie mehr? Friede unter jeder Bedingung. Wenn nur die Geschäfte heute ihren Fortgang haben und einige Aussicht noch für morgen früh ist. Weiter hinaus reicht ihr Gedanke nicht und Ehre — was ist Ehre? Falstaff schon hat ihnen die Erklärung geliefert. Seltsam indeß, daß auch hier ein gewisses äußeres Schamgefühl sich nicht verwinden läßt. Wer hätte nicht erwartet, daß alle Kurse steigen würden; aber auch die Börse hat so viel Gefühl für den äußern Anstand, sie läßt nur allmählig die Papiere sich heben, bedeutend mit Vorsorgnis. (A. Z.)

Den „H. N.“ wird von ihrem Corresp. in Berlin Folgendes geschrieben: Berlin, 21. Aug. Es wird uns heute bestätigt, daß die Minister sich vorgestern über alles Wesentliche geeinigt haben. Preußen zeigt sich geneigt, auf den Vorschlag der gemischten Commission einzugehen, aber es verwahrt sich gegen alle feindseligen Consequenzen, wie schon gemeldet ward, und verlangt noch Aufschlüsse über die Zusammensetzung der Commission. Dies Alles mag im heutigen Ministerrath seine schließlichen Erledigungen finden entgegensehen. Indessen steht eine Aenderung der Ansichten nicht leicht zu erwarten. — In der badischen Affaire war die Einigung im Schoße des Ministeriums noch leichter, da Oesterreich in diesem Punkt dem preuß. Vorschlag entgegenkommen war. Aber eine Verwahrung gegen die eventuelle Prätension, die ganz Kurhessen vor das Schiedsgericht zu bringen, ist beschlossen worden. — Einfach und jeder weitern Unterhandlung enthoben ist also für das Erste nur die Weigerung, den engern Rath zu beschicken.

Frankreich.

Straßburg, 23. August. Ueber den Vorfall bei dem Ball in Besançon lassen noch immer verschiedene Erzählungen um, die jedoch alle in dem Punkt darauf hinausgehen, zu zeigen, daß das Benehmen eines Theils der Anwesenden kein Beweis von französischer Höflichkeit war. In einem Privatschreiben wird der Hergang folgendermaßen geschildert: Gegen 10 Uhr ist Louis Bonaparte in angedeckter Kalesche angefahren, um sich in den Ball der Halle zu begeben. Dies war bekanntlich der Ball des Volks und des „gemeinen Hausens.“ Bei Anblick des Präsidenten der Republik rief die Menge, welche den Saal füllte, mit unbeschreiblicher Energie: „Es lebe die Republik!“ In gleicher Zeit drängte sie sich um den Zug; es fand alsdann eine augenblickliche Verwirrung Statt, so daß der Hr. General v. Castellane — sich ohne Zweifel aber mit Unrecht be-

drohl glaubend — sich heftig loomachte] und seinen Degen zog; einige Offiziere ahmten sein Beispiel nach; man sah sogleich Säbel und Bajonnete blitzen; das Gefecht verdoppelte sich; die Unordnung war auf das Höchste gestiegen; Alles war untereinander gemengt: Generale, Soldaten, Volk, Gendarmen. Endlich nach langen Anstrengungen vermochte der Zug eine Bresche zu machen in diesen lebenden Mauern; er erreichte einen der Ausgänge und verließ die Hallen in aller Eile.

Schweiz.

Bern, 23. August. Die übergroße Mehrheit des Freiburger Volkes, wohl die $^{3}/_{4}$ der gesammten Bevölkerung, erscheint in der nächsten Bundesversammlung mit einer Petition, und verlangt mit Entschiedenheit die ihr genommenen Rechte zurück. In der Absicht wird nachgewiesen, das alle Glieder des Schweizervolkes sich des Schutzes des neuen Bundes erfreuen, nur das Volk des Kantones Freiburg sei dieses Schirmes beraubt und stehe verlassen da, despotisirt von einer Regierung, die nicht vom Vollswillen ausgegangen sei und nicht von ihm getragen werde, hebertritt von einer Verfassung, die nicht der Ausdruck der Mehrheit sei, die man dem Volke durch eidgenössische Bajonnette aufgezwungen habe. Die Petition verlangt, daß dem Volke die Verfassung zur Abstimmung vorgelegt, over neue und freie Wahlen vorgenommen, oder endlich eine neue Verfassung durch einen von der Bundesversammlung zu bestimmenden Modus gegeben werde. Bleibe diese mit zahlreichen Unterschriften versehene Petition ohne Erfolg, so werde eine Vollsversammlung berufen, deren Resultat der Eidgenossenschaft zugegen soll, daß die Regierung allein stehe.

(Öffl. O.P.A.-Z.)

Neueste.

Ansbach, 24. Aug. So eben ist der frühere Redakteur des „Freien Staatsbürgers," Joseph Heidenreich von Mutterstadt, angeklagt des Vergehens der Amtsehrenbeleidigung, verübt durch Mißbrauch der Presse, von den Geschworenen freigesprochen worden.

Dresden, 21. August. Die erste Kammer hat heute den Gesetzentwurf über das Vereins- und Versammlungsrecht einstimmig angenommen.

Ostende, 23. Aug. Gestern Nachmittag um 1 Uhr traf die Königin Victoria von England, deren Gemahl und 4 ihrer Kinder an Bord der Yacht „Victoria ann Albert" hier ein und wurde vom Konig der Belgier und den Behörden feierlich empfangen. Die Königin wird diesen Abend mit den Ihrigen im Palaste speisen und an Bord übernachten.

Paris, 20. August. Der Berg hat sich jetzt definitiv in zwei Parteien geschieden: die parlamentarische, deren Programm die bloße Aufrechthaltung der Verfassung ist, und die revolutionäre, welche mit den Londoner Flüchtlingen in Verbindung steht. Erstere hat bereits einen Vorstand over Ueberwachungs-Ausschuß ernannt.

Verhandlungen des Friedens-Congresses.

Frankfurt, 22. August. (Fortsetzung.)

Der Redner fahrt fort: „Lange gezwohnt beim Guten mitzuwirken, nehme ich die angebotene Auszeichnung an. Ich rechne auf die Unterstützung der mir Gleichgesinnten. Im Namen meines Vaterlandes begrüße ich den Friedenscongreß. Mein Vaterland, das ich so sehr liebe, wird nicht zurückbleiben." Der Redner wieft einen Rückblick auf die Wirksamkeit des Friedensvereins. Es ist ein Vorurtheil, sagt er, daß der Krieg nothwendig sei. Als der Gedanke des allgemeinen Friedens zur Anerkennung kam, bildeten sich in den Jahren 1815 und 1816 in Amerika Friedensgesellschaften, welche in der Presse, in Volksversammlungen, auf Verbreitung des leidenden Gedanken hinwirkten. In der Schweiz bildeten sich 1830 Friedensgesellschaften, in Frankreich 1840 und 1847. Heute erblickt Frankfurt, die alte Reichsstadt, die vierte Versammlung. Scheint auch der Zweck, den wir verfolgen, unerreichbar, ja zweifeln wir doch nicht ihn zu erreichen, immer auf dem Wege der Gesetze vorwärts schreitend, und Gott mit uns. Das Ergebniß der Geschichte lehrt uns, daß mit der fortdauernden Ausbildung des Menschengeschlechts, der Krieg immer mehr in den Hintergrund tritt. Die Anklage in den gesetzgebenden Versammlungen zu Massachusets und in London im Jahr 1840 haben gezeigt, daß der Krieg vermieden werden kann. Man hielt die Todesstrafe für nothwendig, man kommt man von diesem Gedanken zurück. War Sclaverei nicht ebenso nothwendig wie der Krieg? Seit dem Antrag des edlen Wilberforce gewinnt die Idee immer mehr Raum, daß die Sclaverei abzuschaffen sei. Unsere Zeit schreitet rasch vorwarts. Uns stehen allerdings keine Mittel zu Gebot, die Friedenstreue auszuspähren; die Regierungen haben die Macht. Aber die Zeit steht uns nahe heran, wo keine Regierung Kriege führen kann ohne Zuziehung des Volks. Wir dursen aber nicht im Sturmschritt vorwärtsgehen, um so eher werden die Regierungen zur Ueberzeugung kommen, daß es Vortheil sei, den Krieg als nothwendig zu betrachten. Die öffentliche Meinung ist stark; keine Gewalt geht gegen sie wirksam siegen." — Herr Pfarrer Bonnet von hier gab hierauf eine Resume dieser Rede in franzosischer, Herr Karl Richard wederholte dasselbe in englischer Sprache. Sodann verliest der Vorsitzende eine vom Ausschuß entworfene Geschäftsordnung, welche durch Aufstehen der Mehrheit genehmigt wird. Hr. Victor Hugo, der verhindert ist, die Versammlung zu besuchen, richtete an dieselbe ein besonderes Schreiben, welches mit Beifallsbezeugung aufgenommen wird. Der Congreß schlagt der Versammlung vor, folgende Beschlüsse zu fassen; 1) Der Congreß der Friedensfreunde erkennt an, daß die Lösung der wichtigsten Fragen durch Waffengewalt den Lehren der Religion, der Philosophie, der Sittlichkeit und den Staatsgesetzen zuwider laufe, und daß es vielmehr eine heilige Pflicht Aller ist, auf Abschaffung der Volkerkriege hinzuwirken. Der Congreß empfiehlt deshalb allen seinen Mitgliedern, in ihren verschiedenen Landern und Kreisen, durch sorgfaltige Erziehung der Jugend, durch Belehrung von der Kanzel wie von der Rednerbühne, durch die öffentliche Presse und durch jenes sonstige geeignete Mittel dahin zu arbeiten, daß jener erbliche Volkerhaß und alle jene politischen und commerciellen Vorurtheile ausgerottet werden, die so häufig zu den traurigsten Kriegen hingeführt haben. 2) Der Congreß ist der Ansicht, daß durch nichts die Erhaltung des allgemeinen Friedens besser gesichert werden konne, als wenn die Regierung solche Streitigkeiten, die zwischen ihnen aufsteigen und die nicht durch friedliche Unterhandlungen unter ihnen selbst ausgeglichen werden können, einer schiedsrichterlichen Entscheidung unterwerfen wollten. 3) Der Congreß fühlt, daß die Unterhaltung der stehenden Heere, mit denen die Regierungen Europas" sich gegenseitig bedrohen, den Volkern fast unerträgliche Lasten auferlegt und sonstige Uebel im Gefolge hat. Der Congreß kann deshalb nicht ernstlich genug die Regierungen auf die Nothwendigkeit eines allgemeinen und gleichzeitigen Entwaffnungsgesetz aufmerksam machen, soweit solches mit Rucksicht auf die innere Ruhe zum Sicherheit jedes Staates durchführen läßt. 4) Der Congreß spricht weiterhin die Verwerflichkeit aller offentlichen Anleben aus, die ausser Landes gemacht werden, um fremden Volkern die Mittel zu gegenseitiger Bekriegung zu geben. 5) Der Congreß erklärt sich entschieden für ein Gemeinsog der Weltcinmischung und erkennt es als das ausschließliche Recht eines jeden Staates, seine eigenen Angelegenheiten zu ordnen. 6) Der Congreß empfiehlt allen Freunden des Friedens, in ihren verschiedenen Landern die öffentliche Meinung auf die Zweckmäßigkeit eines Congresses von Abgeordneten der verschiedenen Staaten hinzuleiten, die die Aufgabe hätten, ein völkerrechtliches Statut für die internationalen Beziehungen zu entwerfen. Hierauf ergreift sich der Abgeordnete Johann Burnit, und sagt: „Nicht ein Congreß des Krieges, sondern ein solcher des Friedens sind wir. Schlachtfelder sind bestimmt für Gefechte, aber nicht Parlamentshäuser. Die ganze Menschheit besteht aus einer großen Familie; nicht zum Blutkampf hat Gott die Menschen geschaffen. Das Thier hat Waffen zum Kampfe, damit zum Tödten, wo sind die unsrigen?" (Beifall). Niemand wird sagen, todten oder morden sei gut, und doch sagt man, der Krieg sei nothwendig." Der Redner wiederlegt geistlich diese Behauptung und schließt mit einer Danksagung für die Landen, welche den Congreß so wohlwollend aufgenommen. — Pfarrer Bonnet führt Schriftsteen an, welche beweisen, daß die Menschheit in der Friedenssache bestimmt sei. Das Gedicht hat Ludwig Philipp aus seinem Palast verjagt. Die Männer in der Paulskirche sind zerstreut, ein allgemeiner Friede wird sie wieder vereinigen. — Ingenieur Meyer Barnard, daß der Krieg ein nothwendiges Mittel sei, ein Gleiches gilt auch vom Todr. Man gibt sich Mühe dem Tode zu entgehen, sollte man nicht auch sich Mühe geben, den Krieg zu vermeiden? Kein Volk gerieth auf die Dauer durch den Krieg, alle kriegerischen Volker gingen vielmehr zu Grunde. — Der amerikanische Pfarrer Garnet, ein Neger aus Neu-Yoek, sagte: „Künstzaufend Meilen bin ich von der Heimath entfernt; ich komme hierher ein nationales Opfer zu bringen, alle Volker werden einst im Frieden vereinigt werden. Dr. Crenzuach, von Frankfurt, gibt ein deutsches Resume von dieser Rede. — Emil v. Girardin: Ich spreche in der Stadt des deutschen Bundestages; erfegen Sie nun das Wort gerumnigue durch pacifique! Einigkeit der Jreen, Einigkeit der Interessen, Einigkeit beherrscht die Welt, sie müssen wir befordern. Die Friedensidee ist kein Utopie, nicht mehr soll man Cäsar, Alexander, Napoleon pinseln, sondern welche die Einigkeit der Volker befordern, man nenne vielmehr Plato und Gutenberg. Der Redner deutet auf die allgemeine Verbollkommnung hin, räumt der Wissenschaft den ersten Rang ein, und schließt mit den Worten: „So dursen wir wir hoffen, daß der Tag bald kommen wird, wo die Volker sich friedlich vereinigen werden." Herr Chamevoyor gab das Resume dieser Vortrage in englischen Sprache. — Die nun folgende Abstimmung ergibt, daß der Ausschußantrag Nr. 1 einstimmig angenommen wird. (Janz) Bischers aus Brüssel spricht über Nr. 2 des Ausschußantrags. Der leitende Grundsaz seiner Rede ist: Hatten die Regierungen mehr die Humanität als den Eigennutz im Auge, so wurden sie nicht in die Lage kommen, zwischen Krieg und Schiedsgericht wahlen zu müssen. Der Redner schließt mit den Worten Schillers:

Es ist kein leerer schmeichelnder Wahn,
Erzeugt im Gehirne der Thoren,
Im Herzen kündet es laut an sich,
Zu was Besserem sind wir geboren,
Und was eine innere Stimme spricht,
Es täuschet die hoffende Seele nicht.

Regierungsrath Bart aus Darmstadt liest lange Stellen aus einer von ihm verfaßten Schrift vor: über die Stellung Israels zum Auslande ꝛc., und spricht sodann über die Zusammensetzung des Schiedsgerichts. Es soll dieses zur Hälfte von den Kammern gewählt werden. Der Redner stimmt nicht, daß ein solches Schiedsgericht bald zusammentreten werde, wahrscheinlich wäre man die Hoffnung legen, daß es dennoch zu Stande komme, und zwar bevor noch ein Menschenalter vergehe. — G. Maurer aus Frankfurt: So groß die Aufgabe ist, die Gebrechmisse der Politik, die nur in Pulver und Blei bestehen, umzustoßen, ebenso schwierig ist sie auch. Das Verhältniß von Volk zu Volk ist nicht das einzige, was die Störung des Friedens bedingt, es ist auch das Verhältniß der Einzelnen, die sich im Ganzen nicht im Vollgenuß

ihrer Freiheiten fühlen, die sich unter ihren Leidensgenossen als Rekruten müssen anwerben lassen. Der Präsident ersucht den Redner bei der Frage (Schiedsgericht) zubleiben. Letzterer schildert nun die sozialen Zustände, und schließt mit den Ausruf: „Ich bin der Ueberzeugung, daß wir dahin gelangen werden, wohin der Natur zielt, wenn uns die blutige Strafe auch nicht dahin bringt.“

— Emil v. Girardin spricht für die praktischen Ausführung des vom Congreß beabsichtigten Zweckes. Dem Volke gehört ein allgemeines Stimmrecht, den Nationen ein universelles. Wieder geht er sodann auf die bereits angeregte Idee der Einheit zurück, die Frage müsse mit Argumenten werden; Allgemeinheit, Einheit sei das einzige Mittel, die Mißstände des Krieges zu beseitigen.

— Prof. Cleveland aus Philadelphia verliest statt einer Rede, eine Zuschrift der Burger Philadelphias, worin der Wunsch ausgesprochen ist, daß bald sich vor einer Völkerverbrüderung und Verbindung die Kriegsfahnen überneigen. Der Verfasser der Nationen ist der Verfehr der Einzelnen. Deshalb soll das Volk auch sein Wort mitreden. Nicht ständige, sondern zeitweise Schiedsgerichte wollen wir; wenn die Diplomaten die obschwebenden schwierigen Fragen nicht lösen können, dann sollen sie einem Schiedsgericht unterzogen werden. Die Männer für solche Schiedsgerichte sind in allen Ländern zu finden. Wir verabscheuen, eine Frage mit dem Schwert zu entscheiden, die leicht durch den Einfluß der gesunden Vernunft zu lösen ist. Wenn eine Regierung sich der Entscheidung des Schiedsgerichts durchaus nicht fügen will, muß sie beseitigt werden. Die Regierungen sagen, daß sie uns bekrumdet sind, so mögen sie es beweisen. Die Idee des Friedens hat schon große Fortschritte gemacht. Bei der letzten Versammlung saß ich neben General Klapka, heute wohnt General Hayman der Sitzung bei. Ich habe seine Reden fort, auf meiner Reise gesehen, wie Rhein und Main eine Zeitlang getrennt neben einander fließen, dann sich aber vermischen, um sich in ein und dasselbe Meer zu ergießen. So werden einst die Völker sich im allgemeinen Frieden einigen, um das Evangiel der Menschheit zu erreichen. (Beifall.)

— Bei der nun folgenden Abstimmung wird §. 2 des Congreßantrags einstimmig angenommen und die Sitzung um 3½ Uhr Nachmittags geschlossen.

Frankfurt, 23. Aug. (Zweite Sitzung.) Der Eindruck der gestrigen Sitzung muß ein starker gewesen sein, denn die Empörthanen der Paulskirche sind heute noch weit zahlreicher als gestern besetzt. Herr Georg Stareg, Sekretär der diesjährigen Versammlung, vertheilte eine von ihm verfaßte Schrift, betitelt: „Die Unvereinbarkeit des Krieges und aller Gesetze mit den Lehren des Evangeliums.“ Die Sitzung begann nach 10 Uhr Vormittags. — Herr Garnier verliest zustimmende Eingaben an den Congreß, worunter eine Zuschrift von Deguerry, Prediger an der Magdalenenkirche in Paris, einer der vorzüglichsten Redner der vorjährigen Versammlung. — Herr Wischers liest ebenfalls eine Anzahl Zuschriften vor, welche an die Versammlung aus Belgien eingesandt worden. — Prof. Laurent von Gent, über reichte dem Congreß durch Herrn Wischers das von ihm verfaßte Werk: „Histoire du droit des gens et des relations internationales“, 3 Bände in 8., ferner eine Anzahl Exemplare der vom Congreß gekrönten Preisschrift. Sämmtliche Zuschriften enthalten die vollkommene Anerkennung der Bestrebungen des Vereins. — Zur Tagesordnung liegt der dritte Punkt der zu fassenden Beschlüsse vor; ehe es jedoch zur Erörterung desselben kommt, wird noch durch Hrn. Richard angezeigt, daß Hr. Baron v. Reden dem Congreß eine Anzahl Exemplare seiner neuesten statistischen Schrift über den Krieg zur Verfügung gestellt habe. Herr Hindley, Mitglied des britischen Parlaments, bedauert in seiner Rede aus statistischen Notizen, daß der Krieg stets zum Ruin der Völker beigetragen habe, deßhalb die erste Ursache desselben, die stehenden Heere, abzuschaffen seien. Rabbiner Stein, von hier, wird mit allgemeiner Beifallsbezeugung empfangen. Ich danke Gott, sagt er, daß er mich hat den Augenblick erleben lassen, vor einer großen und ehrwürdigen Versammlung reden zu können. Ich bringe mit die Taube des Friedens fliegen lassen. Weit entfernt, der Tapferkeit zu nahe treten zu wollen, und den Gefühlen, welche die Waffen ergreifen heißen für das Recht, muß ich doch abwehren, der Leidenschaft freien Lauf zu lassen. Hat auch Mancher, der sich heute Gewissen für den Zweck, den wir hier aufstreben, so glauben Sie nicht, daß Ihnen bei uns die Sympathieen fehlen. Deutschland, dessen Zinnen so oft von den blutigen Husen des Schlachtroffes niedergestampft wurden, Deutschland zaudert Ihnen zu. Ein Volk, das sich gegen sich bewaffnet, kommt mir vor wie ein Mann, der sich, wenn er Gesicht stellt und nach dem eignen Bilde schlägt; er trifft nicht sich, er trifft sein Bild, und das Glück ist der Spiegel der Völker. Das stehende Heer ist gefährlich für den Frieden nach außen und innen. Nicht nur Regierungen, sondern auch die Volksvertretungen sich aufzuhetzen, den Verkehr stören und zu beseitigen. Sie rufen: „Frieden um jeden Preis“, und die Völker rufen: Abschaffung der stehenden Heere um jeden Preis! Das Erste diene, das Mark aus dem Boden zu schaffen, und ist bei uns für Alle nicht Raum, so hat Amerika, das so verfolgten Deutschen Zuflucht und Freiheit gab, Raum für die, welche arbeiten. Schwiert nicht mehr das Eisen zu Mordinstrumenten, um die Völker zu trennen, schmiedet es um zu Eisenbahnschienen, um die Völker zu einigen. Nie sehe ich das brausende Dampfroß ohne Freude, wie sehe die Wolkensäule bei Tag und die Feuersäule bei Nacht. Mögen sie einst geleiten, wie von dem großen Amerikaner: „Es hallt vom Himmel den Blitz und den Tyrannen das Zepter.“ (Beifall.) — Hr. Joseph Garnier von Paris beweist, daß nicht ein Volk sich auf Kosten des andern mit Hilfe des Krieges bereichern dürfe; vielmehr müssen die Gesetze so eingerichtet werden, daß der Reichthum von einem Volke zum andern, wie der Wechsthum einer andern werde. Die Schranken, welche die Völker trennen, müssen fallen. Eine zweite Ursache des Krieges sei die Erziehung, nicht mehr dürfe die Kraft angehalten werden, für die Zerstörung zu arbeiten. Was sehen wir, fährt der Redner fort, wenn ein Regiment Soldaten mit Musik einzieht, die Jugend strömt herzu, und begeistert sich für das Soldatenwesen, deßhalb muß in der Schule schon das Nachtheilige des Soldatenwesens gelehrt werden, um hier ein Gegengewicht zu setzen. Die Schrift beseicht uns Einträcht, und so wollen wir uns zum Frieden die Hände reichen. — Der Pfälzische Bullard aus dem Mutterstaat — sagt: Ich, als Amerikaner; als ich nach England kam, wurde ich dort wie von Brüdern empfangen, und sind wir nicht auch Brüder? Sind wir nicht die herangewachsenen Kinder Englands? Ist zwischen zwei Brudervölkern ein Krieg noch möglich? Wir haben ein Land das größer ist als ganz Europa; wo sind unsere stehenden Heere? Wenn wir einen Krieg haben, so sammeln sich unsere Bürger und kehren wieder heim, um das große Land zu bebauen. Und soll Europa nicht dasselbe können? Blickt auf unsere Eisenbahnen, unsere vollisten Dampfschiffe, das Alles konnte nur werden, wie es ist, weil unsere Völker nicht durch zahlreiche Heere ihrer besten Kräfte beraubt werden. Werden nicht die immer häufigeren Auswanderer, die tagtäglich bei uns eintreffen, ihren zurückgelassenen Freunden schreiben, wie wir leben, ohne Soldaten, ohne Krieg, und kann dies ohne Wirkung bleiben? Wollten nur die Irländer zu uns kommen, sie sollten nicht bloß dreimal oder einmal die Woche Fleisch haben, täglich haben wir es, weil kein stehendes Heer unser Land auffaugt. — Emil von Girardin. (Beifall.) Fünf und dreißig tausend Millionen kostet der Krieg in den letzten fünfzig Jahren. Geben Sie sich im Geiste Rechenschaft von dem, was mit dieser Summe im Frieden zu schaffen gewesen wäre. Das Problem der Arbeit, der öffentlichen Moral, die Probleme, welche die menschliche Gesellschaft bewegen, wären im Frieden damit gelöst worden. Nichts ist geschehen von alle dem; man verwendet diese Geld, um Schießpulver zu verfertigen u. Kugeln zu gießen. Unsere Heermassen, mit denen wir die Welt erobern wollen, sein Arbeit und Freiheit. Die Gewährleistung unserer Freiheit liegt in der Entwaffnung. Die Stimme des Volks verhallte, als es auf Abschaffung der Armee rang, wir hatten eine Abeinarmee, wo ist ihr Ruhm, wo ist unser Ruhm; wozu wurde die Armee gebraucht? Unsere Kassen leerten sich, die Bank erhöhte den Zinsfuß, das Volk verarmte. Wie viele Pfund Brod konnen für eine Kanonenkugel angeschafft werden. Wir hatten einen Krieg an unserer Grenze, wir hatten aber auch die Kohlen und die Schande davon.“ Ferner bemüht sich der Redner, die Nachtheile der stehenden Heere auf die allgemeine Bildung zu beweisen, und schließt mit den Worten: „Der Krieg wird die Freiheit, die Freiheit wird den Frieden erzeugen.“ (Beifall.) — Hr. Dawson von Birmingham: Wir hoffen die Völker nicht allein, weil sie das traurige Handwerk der Schlachten ausüben, sondern auch, weil sie nicht arbeiten. Ich bewundere die Soldaten, aber wenn ich sie sehe, so denke ich, welche Riesenwerke würden errichtet werden, wenn die Arbeit in gleich regelrechter Weise wie beim Militär, zu selbst mit der halben Geschicklichkeit bestellen betrieben würde. Warm unsere Heere mit Spaten bewaffnet, um den feindlosen Boden zu überwinden, so konnten Wunder für Ordnung und Bildung geschehen. Das Unglück Europas besteht in der Diplomatie, in dem alten faulen System der Geheimnißkrämerei, die sein Geheimniß ist, wie die Freimaurerei Max Napoleon sagte, nur eine Maske war. Die großen Männer sollen Aufseher der Industrie und die Völker alle eine Familie werden. (Beifall.)

Pause.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Kaber.

In der J. Stein'schen Buchdruckerei, Marktgasse Nr. 318, hat soeben die Presse verlassen und ist daselbst in Commission zu haben:

Predigt auf Kreuz-Erfindung, gehalten zu Unterthenes von J. P. Watter, Pfarrer zu Oberthenes, dem Drucke übergeben von der Gemeinde Unterthenes. 8. geheftet 9 kr.

Für Gebiegenheit dieser Predigt bürgt der Name des Herrn Verfassers von: „Die Bekanntschaften, eine Pest der Jugend“ und der Beifall dieser Gemeinde, die sie zum Drucke bereit hat. Insbesondere empfehle sie noch ein Gedicht in Kreuzform am Anfang, und am Schlusse ein Gebet zur Gewinnung eines vollkommenen Ablasses, nebst den Liedern: O Sünder mach dich auf! — Das Jesu Herz, der Engel Zier — und ein Ave Maria, welche ebenso, wie das von demselben verfaßte „Gegrüßt sei du Maria!“ wegen der bekannten und allgemein beliebten Melodien großen Beifall finden werden.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 5 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlig für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreiftofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 205. Würzburg, Dinstag den 27. August. **1850.**

Preußens Stellung.

Die „Times" bringen heute an erster Stelle folgenden Leiter: Die von dem preuß. Gesandten an Lord Palmerston unter dem 2. August erlassene Note schien uns keines besondern Beweises zu bedürfen, um das englische Publikum von der gänzlichen Werthlosigkeit dieser diplomatischen Production zu überzeugen. Recht betrachtet, so haben Ritter Bunsen's Bemühen und Sprache gegen den Conferenz bei der letzten wichtigen Gelegenheit deutlich die Falschheit und schlechten Absichten der Regierung oder der Partei gezeigt, welcher er das Unglück gehabt hat, zu dienen. In der That gab das Document keinen ziehenden Grund an, warum Preußen sich weigert, bestehende Verträge anzuerkennen und an der allgemeinen Politik Europa's in der dänischen Frage Theil zu nehmen; denn wenn es eben einen Frieden geschlossen hatte, der in einigen Beziehungen für Dänemark günstig ist, so war es um so mehr verpflichtet, die Ratification Deutschlands und die Anerkennung aller übrigen Mächte für die in seinem Frieden adoptirten Grundsätze zu bewerkstelligen. Sagen, daß der König von Preußen nicht eingeladen worden ist von Dänemark, an jener Conferenz Theil zu nehmen, ist eine reine Wortmacherei. Dänemark verlangte den Schutz der Conferenz nicht von deren, welche kaum erst das feindsche Schwert in die Scheide gestoßen hatten, sondern von der vermittelnden Macht. Es war also eine Einladung von Großbritannien in dieser Eigenschaft, welche Preußen für passend hielt, unter den fwostfen Vorwänden auszuschlagen. Da wir aber diesen Gegenstand durchgehend dieselbe Sprache geführt haben, so schien es kaum nöthig, aber dieses Zurücknehmen und weitläufiger zu verbreiten; unser Stillschweigen wurde aber sofort durch einen sehr heftigen Tadel in dem Abendblatte des auswärtigen Amtes aufgefüllt, und wir haben die Genugthuung, zu erfahren, daß Lord Palmerston's Ansicht über jene Darstellung vollkommen mit unserer eigenen übereinstimmt. „Wir können, sagt der Globe, einen Mann von so ausgezeichnetem Geist, wie der Ritter Bunsen, nur bemitleiden, den die harte Nothigung seiner diplomatischen Stellung zwingen konnte, ein solches Gewebe von handgreiflichen Täuschungen zusammenzuschreiben." Et tu, Brute! Wo war Germanicus Virdex, als diese gefühllosen Zeilen niedergeschrieben wurden? Was ist aus den fein ausgearbeiteten Versuchen geworden, das preußische Uebergewicht, die preuß. Staatsmänner, den preuß. Liberalismus zu verherrlichen und selbst diesen preuß. Krieg zu beschönigen? Wir wissen es. Widerruf hat mit mißerliches Blattes für vollständig nehmen, und wir sind nicht in Verlegenheit, den Grund des Wechsels anzugeben. Es wärde aber gehäßig für uns sein, über eine Aenderung Betrachtungen anzustellen, welche wir mit Genugthuung begrüßen, insofern es eine Huldigung der Principien ist, welche zu vertheidigen wir niemals aufgehört haben, und ein Beweis, daß der letzte heftige Kampf gegen die auswärtige Politik der Regierung einige wohlthätige und erwünschte Resultate zur Folge gehabt hat. Die Welt wird nicht verfehlen, in dem veränderten Tone der engl. minisseriellen Presse bei dieser Gelegenheit eine Indication einer noch richtigeren Verwandlung zu erkennen. Der dänische Krieg und das in London neuerlich unterzeichnete Protokoll rücksichtlich der Erhaltung der dänischen Monarchie sind nur ein Theil — wir hätten sonst gesagt, ein unbedeutender Theil — der großen Fragen, welche jetzt Central-Europa bewegen und in denen Preußen eine leitende Stellung angenommen hat. Es ist daher einer Sache vom höchsten Interesse, sich zu versichern, ob der Berliner Hof Grund hat, auf die Unterstützung des engl. Ministeriums zu bauen oder nicht zu bauen in einem Augenblick, wo er sicher keinen andern Alliirten hat, und wo seine Politik im Widerspruche steht mit allen bestehenden internationalen Verträgen und territorialen Zuständen Europas. Wir hegen jetzt die zuversichtliche Hoffnung, daß seine Verwunderung jener Macht von den Repräsentanten dieses Landes gegeben worden ist. Lord Palmerston wünschte ohne Zweifel das Gewicht des britischen Einflusses in das, was er für die liberale Schaale hielt, zu werfen und die Bitterkeit seines englischen Streits mit dem österreichischen Kabinet, vermehrte vielleicht seine Genugthuung, sein Interessen auf Kosten Wien's zu begünstigen. Aber die dänische Negotiation in Berlin zeigte die alten politischen Gewohnheiten dieses Hofes in einer höchsten unzweideutigen Weise. Der Gebrauch, welchen der König und einige seiner Rathgeber von dem Triumphen gemacht hatten, war augenscheinlich eine Maske für ihren Ehrgeiz und ein Werkzeug zur Unterjochung der andern verbündeten Regierungen. Auch konnte es nicht Lord Palmerston's Einsicht entgehen, daß die Vergrößerung Preußens durch diese Künste anderen ehrgeizigen Staaten ein Beispiel der schicksalhaften Art gab und eines Tags ein Präcedenz oder einen Vorwand abgeben könne, Belgien Frankreich einzuverleiben oder die französische Grenze bis an den Rhein auszudehnen. Wir können uns keine größere politische Absurdität denken, als wenn Preußen, welches sich im Frieden durch die Verträge von 1815 gewann, in Folge von Großmacht sein sollte, ihre Autorität zu längnen, und wenn es fortfährt in seinem eigenen Separatinteresse mit dem Werke der Zerstörung, welches durch die letzte Revolution begonnen wurde, so kann es sich darauf verlassen, daß die Buße furchtbar sein wird. Es ziemt daher insonderheit seinen Freunden in England, Preußen darauf aufmerksam zu machen, daß es in diesem übereilten Thun allein steht, und ihm die für sich selbst, wie für die Welt daraus wahrscheinlich entstehenden Resultate in Erinnerung zu bringen. Jener dringt jede Politik zu Grunde, welche sich auf Zufall — sei es der des Generals v. Radowitz oder des Hrn. v. Manteuffel — auf den König wirft, gänzlich uneingedenk der Folgen, und bereit, die Revolution selbst loszustassen oder dem Schrecken des Bürgerkriegs zu trotzen, um zu seinem Ziel zu gelangen. Wenn man den preußischen ministeriellen Blättern Glauben schenken kann, so ist in der Regierung nach endlosen Schwankungen entschlossen, niemals wieder die Autorität des alten Bundes, wie er durch die Verträge von 1815 festgestellt ist, anzuerkennen, und protestirt im Voraus gegen jeglichen Akt des Bundestags oder eines Theils jenes Collectivkörpers. Sie ausserdem, wie die Amerikaner sagen, die Bundesverfassung Deutschlands und will nicht einmal das Recht zugestehen, daß sie sich reformire. Die Verwandte letzter Autorität, welche bis dahin die provisorischen Maßregeln in Deutschland begleiteten, sollen totaler Anarchie und Trennung weichen. Preußen hat die Bundescommission nicht erneuert. Es hat seine Bevollmächtigten von Frankfurt zurückberufen. Es hat sich geweigert, seinen eigenen Friedenvertrag mit Dänemark der gesetzmäßigen Ratification des Bundestags zu unterstellen, obschon es weiß, er würde sofort ratificirt werden in jener Form, welche für das verbündete Deutschland die einzig bindende ist. Es hält fortwährend Basthen dersetzt ohne Auftrag vom Bunde, und es hat bereits einen großen Theil der badischen Armee in seine östlichen Garnisonen gesührt. Es hat die Truppenkorper mehrerer kleineren Staaten seiner eigenen Armee einverleibt, in direktem Widerspruch mit den Militärgesetzen des Bundes. Es beansprucht eine peremtorische Autorität über seine Satelliten, weigert sich aber der mindeste Nachgiebigkeit in den allgemein deutschen Angelegenheiten gegen seine übrigen Verbündeten. Kurz gesagt: unter keinem andern Vorwand, als daß Deutschland 1848 von demokratischen Convulsionen heimgesucht wurde, da es doch selbst unterdrücken half, beansprucht Preußen das Recht, durch seinen alleinigen Willen die bisherigen Verhältnisse der deutschen Mächte abzuschaffen, an deren hauptsächlichen ganz Europa Antheil hat. Seine Sprache gegen die verbündeten Staaten ist angemäßigt, gegen die auswärtigen Mächte nicht aufrichtig. Während daß aber fort es fort, seine Armee auf den Kriegsfuß zu setzen, die Landwehr von Westphalen und der Rheinprovinz soll, zum großen Verdruß der Bevölkerung, einberufen werden, und es spricht von „Demonstrationen" gegen Mächte, welche der Gewalt sicherlich nicht weichen werden, wohl aber in Allem, was Recht und Gerechtigkeit ist. In der Besatzung von Mainz, welches als Bundesfestung von einer gleichen Anzahl Oesterreichern und Preußen besetzt ist, droht dieser Zwiespalt seine Höhe zu erreichen; denn der öfterr. Kommandant hat Befehl erhalten, die Paßsage der badischen Truppen nach Preußen zu verhindern, und der preuß. Oberoffizier ist beordert, sie passiren zu machen. Die in Deutschland durch alle diese Ereignisse herbeigeführte Gährung ist bedeutend und obschon wir nicht glauben können, daß es die Absicht irgend einer vernünftigen Regierung ist, einen solchen Zusammenstoß hervorzurufen, so gibt es doch keine Grenzen für die Meinungsverschiedenheiten, welche sich daraus ergeben können, und das ganze Verfahren der preuß. Staatsmänner ist dies Absteigen eines Abhangs gewesen, auf dem sie nicht den moralischen Muth hatten, ihre falschen Versprechen und übereilten Versprechungen abzuschlichten. Wenn der Berliner Hof ernstlich entschlossen sein sollte, von vorbereitet, diesen Weg fort zum Abgrund zu verfolgen, an dem er endet, so wird er die Vorbereitungen, welche schon seit lange gemacht worden sind, zur Wahrheit machen und die Flamme des Bürgerkriegs entzünden. Wir stehen ernstlich am Abwendung dieses barbarischen und fürchterlichen Resultate, welches die deutschen Agitatorn in ihrer gegenwärtigen Gemüthsverfassung

senheit leider als das wohlfeile Lauffeuer jener Zeit des Glacks und Ruhmes halten, welche sie ihrem Lande vorgemacht haben, zu betrachten pflegen. Ihr Traum wird jedoch Nachsicht verdienen und sie werden hoffen können, daß es Blut ist, was Europa und sie England gegen einen Einfluß auf die Angelegenheiten Mitteleuropas anzüden kann, so kann kein Zweifel sein, daß, wer immer den Krieg losläßt, unsere Freundschaft verscherzt, und daß, wer immer die europäischen Verträge bei Seite setzt, unsere Unterstützung nicht in Anspruch zu nehmen Wir freuen uns, daß die ministeriellen Schriftstellerzeit mit unserer Ansicht über die Haltung Preußens übereinstimmen, und wenn irgend ein Rath von ausnehmbarer Bedeutung kann, von diesen Blättern zurückgehen, so mag immer die uninteressirte Meinung Englands ihm einen Dienst leisten, indem sie sich seinem gesahrlichen Laufe widersetzt.

Deutsche Revolutionshelden in Amerika.

Jedermann kennt die Feigheit und Nichtswürdigkeit der Pfälzer Bande und ihres würdigen Hauptmanns Bienler. Nichtsdestoweniger haben seine Thaten ihren Homer gefunden in der Person des weiland Chefs der Wiener Nationalgarde und der rheinpfälzischen Armee (!!), des Herrn Fenner v. Fenneberg. Wir lesen nämlich im New-Yorker Demokraten ein Inserat des Letztern vom 18. Juli d. J., worin er gegen den bekannten Mörder von Deis (wilgen Reichskanzlermörder) in folgender Weise sich auslaßt: „Hr. Rödler, der die Einigkeit unter der Partei predigte und auf den New-Yorker Demokraten Ausfälle machte, weil er die Wahrheit gesprochen, entblödet sich nicht, einen der grachtesten Ehrenmänner, wie V. Bienler, den dem Tode tausendmal um Auge gesehaut, und jetzerzeit, wo es das Prinzip gilt, mit dem Schwert in der Hand bereit war, der Pfründerung und des schndesten Eigennutzes zu bezichtigen. Ja E. Bienler hat allerdings nicht im Parlament gesessen und seine Bücher und Feuilletonartikel geschrieben: aber das Schwert hat er geführt und Schnabelweide gesessen, das freilich ganz anderer Natur waren, als die Hr. Rödler auf dem Ajberg lernen konnte.“ In derselben Nummer des New-Yorker Demokraten findet sich folgendes Inserat: Alle Offiziere und besonders alle Abjutanten des badischen Revolutionsheeres werden hiemit aufgefordert, sich den 23. d. Mts. in Nr. 6 Chrisser der Offiziersgasse zu versammeln, um die unsterblichen Vorlesungen des Hrn. Schlesser oder Eselor zu prostiren. Rosenthal, gewesener Adjutant. Thema 1. Wie sich ein rother Parlamentsschwätzer, der nicht roth ist, weiß brennen will; 2) wie derselbe Hiebe erhält; 3) Experimente über Unmöglichmachung der Klopfens dadurch, daß man kopflos auf die Welt kam. — In den Zweien wird ein Reichskanzlermörder mit goldener Haube kanaillöse Lieder zwischen, die ihm nach der Vogelorgel eingeblasen sind — nebst obligater Harrenschwanzbegleitung. Zuerst pfeift der pfiffige Kanaillenvogel: Heil dir, Brenkano, Heil und später: „Wer bumm ist, bekommt Prügel!“ Man sieht, wie diese Helden von der traurigen Gestalt selbst in Amerika noch sich wechselseitig in den Haaren liegen, und so viel an ihnen ist, den deutschen Namen in Mißkredit bringen. Wird das deutsche Volk bald klar sehen, einsehen, welchem Pack es seine Ehre, seine Zukunft vertraut?

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Folgende amtliche Bekanntmachung ist erschienen: „Nachdem bei dem Generalkommando die von den resp. Truppentheilen über die Schlacht bei Idstedt eingereichten Verlustlisten, auf Grund der Nachrichten aus den hiesigen Lazarethen und der Mittheilungen aus Kopenhagen und Schleswig, erwiedert worden sind, hat sich folgendes Resultat über den ganzen Verlust der schleswig-holsteinischen Armee herausgestellt: Gefallen 22 Offiziere, 2 Aerzte, 30 Unteroffiziere, und 476 Gemeine; Verwundet in hiesigen Lazarethen 31 Offiziere, 73 Unteroffiziere und 687 Gemeine; Verwundet in dän. Lazarethen 14 Offiziere, 51 Unteroffiziere und 340 Gemeine; Gefangen 10 Offiziere, 18 Aerzte, 57 Unteroffiziere und 1005 Gemeine. Summa des ganzen Verlustes: 77 Offiziere, 20 Aerzte, 217 Unteroffiziere und 2500 Gemeine. Von den Gefangenen sind bis jetzt noch die Vermißten, über welche keine nähere Nachrichten vorliegen. Von den, als in hiesigen Lazarethen befindlich bezeichneten Personen ist eine namhafte Anzahl wiederhergestellt und in den betreffenden Truppentheilen abgegangen. Die als gefangen aufgeführten 18 Aerzte sind freiwillig zur Pflege der Verwundeten in den Lazarethen der Stadt Schleswig. Die namentlichen Verlustlisten sind im Druck begriffen und werden binnen einigen Tagen ausgegeben werden. Hauptquartier Rendsburg, den 22. Aug. 1850. — Der kommandirende General v. Willisen.“

Kiel, 22. Aug. Heute hier Beerdigung gehabt, ob die Leiche des französischen Oberst Latour du Pin von Eckernförde oder hier nach Hamburg und Havre geschickt werden dürfe; darnach bleibt es also nicht mehr zweifelhaft, daß derselbe wirklich in dem Gefecht bei Duvenstedt gefallen ist, obwohl die dänischen Blätter seinen Tod noch nicht angezeigt haben. Dieser Offizier, als ihn die Kugel ereilte, soll sich der General de Meza besunden haben, aber die glänzendere Uniform des Franzosen hat wahrscheinlich eine größere Aufmerksamkeit erregt. (H. B.-H.)

Hamburg, 21. August. Herr Rommensen, preußischer, nicht englischer, Consul zu Apl auf der Insel Föhr, seit langer Zeit ein eifriger Anhänger der dänischen Politik bekannt — bestätigte diese Gesinnung auch in den Jahren 1848 und 1849 in sehr entschiedener Weise; ob auf spezielle Weisungen von Berlin aus, muß natürlich dahingestellt bleiben. Mit dem Ausbruch der Feindseligkeiten in diesem Sommer begann Herr Rommensen das alte Spiel von neuem. Schriftliche Mittheilungen über Stellung und Stärke der schleswig-holsteinischen Seemacht in der Nordsee gingen unter dem Siegel des preußischen Consulats an die Dänen, und als ein paar dänische Kanonenboote bei der Insel Fanö Kationirt wurden, entstand ein sehr lebhafter Verkehr, Herr Rommensen habe dem Befehlshaber derselben Mittel und Wege angegeben, wie die in der Nähe von Apl aufgestellten schleswig-holsteinischen Schiffe überfallen und weggenommen werden könnten. Es versteht sich von selbst, daß dieses Treiben nicht länger geduldet werden konnte. Auch schleswig-holsteinischem Gesetz werden alle Consuln und Consular-Agenten fremder Mächte als Landesunterthanen angesehen, welche dem Criminalgesetz wie jeder Andere unterworfen sind; es stand darum Nichts im Wege, Hrn. Rommensen wenigstens sofort unschädlich zu machen. Da Eile gebeten und der Befehl sofortiger Verhaftung war, so vollzog der Lieutenant Hansen die Verhaftung und brachte den Consul auf Bord des bewaffneten Dampfboots Kiel. Am 6. August wurde derselbe, nachdem die Untersuchung gegen ihn eingeleitet war, gegen das schriftliche Versprechen: nichts Feindseliges gegen Schleswig-Holstein zu unternehmen, der vorläufigen Haft entlassen. (C. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 26. August. Die Einladung Oesterreichs an Preußen, zur Bundesversammlung auf den 1. Sept. einen Gesandten zu senden, unterscheidet sich wesentlich von der an alle übrigen Regierungen gelangten Circulardepesche. Wie der „Const. Ztg.“ aus Frankfurt geschrieben wird, ist der einfache Einladung noch eine ernsthafte Ermahnung an Preußen zugefügt, welche den übrigen Gesandten nicht zugekommen ist. Das österreichische Kabinet erklärt darin, Preußen klein stelle sich noch dem allgemeinen Wohl entgegen, welches allein in der Bundesversammlung zu suchen sei, es habe eine Menge kleiner Staaten von ihrer Pflicht abwendig gemacht. Aber auch diese Staaten würden jetzt ein, daß sie unrecht gehabt, zur Gewissenlosigkeit halte sie noch ab, dies einzugestehen; wenn Preußen sie in ihrer rechtswidrigen Verpflichtungen gegen sich entlaste, würden sie freudig bereit sein, dieselben gegen Deutschland zu erfüllen. „So ungefähr schreibt der Correspondent, wird der Inhalt der Ermahnung mitgetheilt. Es muß sein, daß die Worte der Note etwas milder gehalten sind.“

Wien, 22. August. Durch die meisten deutschen Blätter geht jetzt die Notiz, daß sich während des Legislativsen-Congresses in Wiesbaden auch der Kammerdiener Ludwig Philipp's, Clery, daselbst befinde. Wir bezweifeln sogleich die Wahrheit dieser Nachricht, und finden uns durch eine uns übersandte Berichtigung bestärkt, die besagt: daß dieser treue Diener des unglücklichen Monarchen auf dem Hiezigen Kirchhofe unter sogender Inschrift begraben liegt: Ci git Clery dernier Serviteur de Louis XVI. + 27. Mai 1809.

Berlin, 22. August. So eben theilt man uns die Nachricht mit, daß gestern eine telegraphische Depesche von Wien eingetroffen ist, welche meldet, daß man von Seiten des österreichischen Kabinets vollkommen mit dem Vorschlage Preußens, den Großherzog von Oldenburg als Schiedsrichter in der Angelegenheit der Mainz-Festung Mainz auftreten zu lassen, einverstanden ist. (H. C.)

Berlin, 24. August. Das Ministerium erklärt in der Deutschen Reform Folgendes: „Es werden durch hiesige Zeitungen unablässig neue Gerüchte verbreitet, welche gerignet sind, die öffentliche Stimmung zu beunruhigen. Wir sehen auch dieselben immer bald als unbegründet erweisen, so bleibt doch immer ein schädlicher Gesammteindruck zurück, welcher das Verhalten der Regierung und die Stellung derselben zu den fremden Regierungen in einem durchaus falschen Lichte erscheinen läßt. Der Natur der Sache nach müssen die Verhandlungen, welche gegenwärtig im Gange sind, Seitens der Regierung selbst mit größter Reserve behandelt werden, und es kann nicht Tag für Tag ein Rechenschaftsbericht über den Fortgang derselben veröffentlicht werden; wir sind nach Publikum vor den vielen falschen Gerüchten über die inneren Vorgänge in den öffentlichen Kreisen zu warn. In Betreff einzelner Thatsachen, welche augenblicklich verschärfen, bemerken wir uns für heute darauf zu verschern, daß es völlig unwahr ist, daß die kgl. Regierung den Befehl ertheilt habe, den weiteren Vormarsch der badischen Truppen zu sistiren: es wird vielmehr der Abmarsch unverzüglich fortgesetzt werden. Ebenso beruhen die Nachrichten über den vermeintlich verlegenden Inhalt des an Preußen erlassenen Aufforderungsschreibens zur Beschickung der Bundesversammlung auf reiner Erfindung.“

Berlin, 25. August. Palmerston hat eine Note an die hiesige Regierung geschickt, in welcher er aus dem Vertrage vom 2. Juli für Preußen die Verpflichtung deduciren will, die offenen Feindseligkeiten in den Herzogthümern auf jedem Wege zu verhindern, und sollte dies mit Waffengewalt geschehen. Wie wir hören, hat Hr. v. Schleinitz in dieser Note entschiedene Argumente aufs entschiedenste und bündigste widerlegt.

(N. Pr. Z.)

Hr. v. Perthin ist aus Kopenhagen nach Berlin gekommen und wird sich hier nach Wien begeben, um die Ratifikationsangelegenheit ins Reine zu bringen und zu betreiben, wie Art. 4 des Vertrags wegen der Herzogthümer Holstein in Ausführung zu bringen sei. (N. Pr. Z.)

Italien.

Der „N. Pr. Ztg.“ wird unter dem 13. August u. A. aus Turin geschrieben: Aus Savoyen sind äußerst beunruhigende Nachrichten eingelaufen. So „kapfer“ die Regierung in Piemont

anfrirt, so ängstlich ist sie den Separatorgegenüber; man glaubt dort nicht an die perfide Tücke, daß der Erzbischof von Turin mit Oesterreich conspirire, und wie die absurden Beschuldigungen lauten mögen, die man verbreitet, um das Verfahren der Regierung gegen den Prälaten zu rechtfertigen. In Chambery haben sehr drohende Kundgebungen für den Erzbischof stattgefunden. Die Anklage gegen Montigny-Granfenil und Fleutonie lautete: Gegen 50 Gesinnte sind bereits gefänglich eingezogen worden. Auch andere Personen vom höchsten Reichsadel, so die Grafen von Gonella und Salarco (die Xzegliv, von denen der Minister-Präsident stammt, waren seit 400 Jahren Besitzer der Grafen von Gonella). Offenen Abbruch zog wieder eine wüthende Philippika vor das Kloster Consolade, den Dominikanern angehörig. Erst als der Pöbel mit Feueranlagen drohte, schritt das Militär ein, das Martialgesetz wurde proklamirt, beim dritten Trommelwirbel sind das Feige Sonnerainetätsgschnel aus einander. Die Regierung erntet jetzt schon die Früchte ihrer Politik, denn die sanften Drohungen des Pöbels richten sich bereits gegen die Minister selbst und sogar gegen die Person des Monarchen. Man will jetzt die Dominikaner und die paulri oblati aus der Stadt verweisen, wie man die paulri servisi and der Stadt verwiesen hat, damit damit man den Pöbel zu versöhnen. Man wird sehen, daß man ihn zahmt nur frecher und trotziger macht. Allen Geistlichen der Stadt, von denen man weiß, daß sie Anhänger des Erzbischofs sind, und es ist die übergroße Mehrzahl, ist die Kanzel verboten. Die päpstliche Nuntiatur ist geschlossen. Morgen erwartet man Nachrichten aus Rom. Achtzigtausend Oesterreicher stehen marschfertig an den Grenzen.

Rußland.

Warschau, 17. August. Unsere Stadt scheinte gestern in großer Gefahr. Mittags um ein Uhr brach in dem hölzernen Gebäude neben der Fabrik des Herrn Evens Feuer aus, und obgleich schleunige Hilfe herbei kam, konnte man nicht sobald des Feuers Meister werden, welches rasch um sich griff, und von einem Gebäude zum andern gesetzt seine Richtung gegen die benachbarten Gasfen zu nehmen begann. Die Kozlagasse fiel bald dem verzehrenden Elemente anheim, und um halb drei Uhr Nachmittags stand die eine Hälfte dieser Gasse in hellen Flammen, welche sich um drei Uhr, von einer heftigen Wind getrieben, auf die Franziskanergasse verbreiteten. Trotzdem überall unter Leitung des Fürsten Statthalters die thätigste Hilfe geleistet wurde, nahm das Feuer immer mehr überhand, und schon wälzten sich Rauch- und Feuersäulen in die Bonifratergasse, wo die Bewohner in Schrecken einen Angriff mehr oder weniger auf die Rettung der Gebäude, sondern an die Wegschaffung ihrer beweglichen Habe dachten, die sie auch mit Hilfe des Militärs fortbringen konnten. Letzteres eilte in Colonnen zur Rettung herbei, besetzte die gefährlichen Punkte und wehrte dem Feuer die Fortschritte. Um fünf Uhr endlich wurde man des großen Brandes Meister, da der Rettungs-Anstalten in jeder Beziehung musterhaft waren, und die Hilfsleistung mit der größten Thätigkeit fortgesetzt wurden. Um sechs Uhr war jede Gefahr vorüber, und man noch rauchende Ruinen gehen von der schrecklichen Feuersbrunst traurige Kunde.

(El.)

Vermischte Nachrichten.

Frankfurt, 22. August. Auf die Nachricht, daß es den Verwundeten vielfach an unterhaltender Lektüre gebreche, soll der hiesige Schleswig-Holsteinische Verein, gemäß dem Antrage des edlen Dr. Jucho, zwanzig Ballen statt. Parlamentsverhandlungen nach Rendsburg entsandt haben.

Der Schleswig-Holsteiner Correspondent der „Deutschen Reform," ein Herr Heller, der verbannt worden war, ist wieder frei gegeben. Man legt also nicht mehr Werth auf diesen Heller, als verdient. Uebrigens soll dieser Heller, wenn es anders derselbe ist, der im Sommer 1848 in Berlin demokratisirte, früher ein rother Heller gewesen sein.

Aus Westpreußen, 18. August. Vor zwei Jahren wurde ein Gutsherr in der Berendter Gegend um Mitternacht, als er so eben das vor seinem Bett stehende Licht ausgelöscht hatte, von einem durch das Fenster kommenden Schusse getödtet. Da er mit dem Jäger der Ortschaft, Wolfram, wegen Holzdiebstahle in Zwist gelebt hatte, setzte man in diesen den Verdacht des Mordes. Ehe aber seine Verhaftung bewirkt werden konnte, entfernte sich Wolfram und ging nach Schleswig-Holstein. Später kamen die Gerüchte, daß Beschaffenheiten und legte sich nun auf das Nachahmen von Kassenanweisungen und auf die Falschmünzerei. Nachdem er sich eine Menge falschen Geldes bereitet hatte, reiste er nach Leipzig zur Messe, wurde dort ertappt und, weil er sich nicht legitimiren konnte, nach der Kreisstadt seines Heimathbezirks, nach penzig. Stargardt, transportirt. Hier angelangt, ward er vor das Schwurgericht gestellt, für schuldig befunden und vom Gerichtshof einstimmig zum Tod durch das Rad verurtheilt. Nun beging er den Hauptfrevel seiner Schlauheit. Er wußte seiner seiner Bewachung wegen ein Polizist zu ihm ins Gefängniß gesetzt. Dieser, ein früherer Soldat, läßt sich mit Wolfram, der auch gedient hat, in ein Gespräch ein, und da sein Wächter sehr zur feine früh Schwarzenberg, Fürst Felix, Graf Leiningen, Graf Thun, Graf Stadion, Graf Colloredo, Graf Wrbna, Graf Clam-Gallas, Graf Wilczek, Graf Hartig, Graf Kinsky, Graf Nostitz, Graf Auersperg, Graf Taaffe, Graf Hoyos, Graf Lamberg, Graf Sternberg, Graf Mensdorff, Graf Wimpffen, Graf Nugent, Graf Haugwitz, Graf Zichy, Graf Pachta, Graf Waldstein, Graf Kolowrat, Graf Potocki, Graf Dzieduszycki, Graf Stadion, Graf Thun, Graf Schaffgotsch, Graf Schlick, Graf Salm, Graf Fünfkirchen, Graf Erdödy, Graf Batthyany, Graf Zichy, Graf Forgach, Graf Haller, Graf Degenfeld, Graf Sigray

Redner lange nicht zu Worte kommen. Nach endlich eingetretener Ruhe fagt er: Es gibt keinen bewaffneten Frieden, ich kenne nur einen bewaffneten Waffenfillſtand. Krieg, als folcher, iſt Selbſtzerſtörung. Der Krieg iſt die Cruciſigung unſerer Regierungen. Hier aber ſehe ich einen inbrünſtigen Stammſiehen, der hierher kam, des Friedens wegen. Mein Freund war erſtaunt, als er in Woolwich die ganze Macht und Kraft der Waffenſchaft, den Reichthum des Landes verwendet ſah, um Zerſtörungsmaſchinen hervorzubringen. Er glaubte unter wahrem Wilden zu ſein. (Beifall.) Der Redner ſuhrt nun Stellen aus der ſtatiſtiſchen Schrift des Herrn von Reden („Zuſchrift an den Congreß der Friedensfreunde zu Frankfurt a. M., im Auguſt 1850"), den er als den größten Statiſtiker Deutſchlands bezeichnet. Dieſe Stellen werden mit Beifall aufgenommen. Herr Cobden ſagt hinzu: „Was iſt der Nutzen dieſer Verſammlung?" werden wir gefragt. Ich antworte, daß ich meinerſeits zufrieden ſein werde, wenn wir nur öffentlich verkünden konnten, daß Hr. v. Reden ſeine Schrift veröffentlichte, und ſo Europa einſehen lernte, was ſein ſogenannter bewaffneter Friede koſtete. Wenn ein Friede geſchloſſen wird, ſo beginnt der Vertrag mit den heiligſten Verſicherungen, aber kaum iſt der Vertrag unterzeichnet, ſo findet man wieder Gelegenheit das Heer zu vermehren. Die Diplomaten haben nie verſucht, was eine ernſtliche Entzweiſung für Nutzen bringe; mögen ſie es jetzt thun, der Verſuch wird reichlich belohnt werden durch raſchen Aufſchluß ihrer Unverſchämtigkeit. Thun ſie es dennoch nicht, ſo wird das Volk die Diplomatie als unnütz betrachten und ſich ſein ſelbſt Diplomat ſein wollen. Kann eine Regierung zugleich das Wohl der Nation befördern und eine große Streitmacht für den bewaffneten Frieden aufrecht erhalten wollen?" (Beifall.) Der Redner wirft einen Blick auf die engliſche Geſchichte. Zur Zeit der Stuarts wurde die Freiheit durch das Heer unterdrückt, ſo auch in Frankreich. Wollen die Regierungen die ſtehenden Heere abſchaffen, ſo muſſen ſie den Geiſt der Ordnung verbreiten, und das Wohl beſſer erzielen, ſie muſſen den Geiſt der Mäßigung verbreiten. Niemand glaubt jetzt an einen allgemeinen Krieg, weil wir gute Jahre hatten; wenn aber die Regierungen bei ihrem alten Syſtem verharren, ſo wird ein ſchlechter Herbſt alle dieſe Hoffnungen zerſtören. Jetzt iſt Deutſchland niedergeſchlagen und matt, wir raſen hier aber zu, ſei muthig und ſtark und der Friede wird die uns werben. (Beifall.) Können die Fürſten nach dem Jahr 1848 noch denken, daß ſie ihre Truppen wie früher anhauſen und zugleich der Revolution ausweichen können? Ich ſah im Jahr 1847 an allen Höfen die glänzendſten Uniformen, als aber die Revolution ausbrach, ſie ſchnell verſchwanden. Dennoch habe ich das Vertrauen zur Menſchheit, daß ſie ſowohl, wie die Regierungen, einſehen werd, daß nur durch den Frieden das Wohl der Welt erzielt werde. — Es ſprach noch Hr. Hall aus Nordamerika. Obwohl noch ihm noch zahlreiche Redner eingeſchrieben waren, ſo wurde dennoch, weil die Zeit drängte, zur Abſtimmung geſchritten, und bei derſelben der Punkt 3 einſtimmig angenommen. Bei Nr. 4 liegt ein Abänderungsantrag vor, wonach derſelbe alſo lauten ſollte: „Der Congreß ſpricht wiederholt die Verwerflichkeit aller öffentlichen Anſtehen aus, die gemacht werden, um den Widerſtand die Mittel zur Vertheidigung zu verleihen." Da der Geſchäftsordnung war dies Amendement jedoch nicht mehr zuläſſig — Hr. Drucker von Amſterdam ſprach über den einen erwähnten Gegenſtand. Er ſtellt die Borſe als eine Macht dar, welche den Frieden aufrecht, es ſei alſo nicht rathlich, den Staaten die Mittel zu entziehen, deren ſie zur Hebung ihre Intereſſen bedürfen. — Hr. Emil v. Girardin: Nehmet den Regierungen die Mittel zum Krieg, beginnt er unter dem Beifall der Verſammlung. Einigkeit beſeelen wir; die Völker müſſen ſagen, wir geben kein Geld um Krieg zu führen, und von dieſer Stimme wurden die Regierungen verſtummen. — Hr. Zacharia von Stettin ſprach für den Antrag. Die Sitzung wurde um 3½ Uhr Nachmittags geſchloſſen und die Abſtimmung auf morgen verſchoben.

Frankfurt, 24. Aug. (Dritte Sitzung.) Die Sitzung wird nach 10 Uhr mit der Mittheilung eroffnet, daß unter andern neu eingetretenen Mitgliedern auch Hr. Profeſſor v. Liebig von Gießen heute eingetroffen ſei. Die Mittheilung wird mit Beifallsbezeugung aufgenommen. Unter den eingegangenen Zuſchriften befindet ſich ein offenes Schreiben des Profeſſors Karl Biedermann in Leipzig, deſſen Schreiber bedauert, daß der Zuſtand Schleswig-Holſteins ihm nicht erlaube, beim Congreß zu erſcheinen. Eine andere Zuſchrift iſt von dem Erzbiſchof von Paris an die Verſammlung gerichtet; ſie enthält in allgemeinen Ausdrucken eine ganz Anerkennung der chriſtlichen Liebe, welche den Beſtrebungen des Vereins zu Grunde liegt. Auch dieſes Schreiben wird mit Beifall beklatſcht. Endlich ging auch eine Zuſtimmungsadreſſe von Dr. Arnold Ruge in Brigton ein. Ueber den Satz 4 des Vorſchlags des Friedenscongreſſes wurde, weil ſolcher Einſpruche erfahren, nicht abgeſtimmt, ſondern Satz 3 und 5 vor, über den zunächſt der Judianer Higaga-Bu, Hauptling der Schipawahſa, ſpricht. Er drucke ſich in gutem Engliſch und mit Leichtigkeit aus: „Als ich vor 16 Jahren noch auf der anderen Seite des großen Waſſers bei meinen Brüdern lebte, ſagte er, nachdem er das Wort erhalten, kommen konnte, wo ich hier auftreten und hier für den Frieden ſprechen werde. Wirklich bin ich der Erſte von meinem Volke, welcher ſo weit nach dem Oſten gekommen iſt. Unſern Kindern aber wird die Zeit erſchrinen, wo die große Kette der Verbrüderung ſich um die ganze Erde ſchlingen wird." Hier anſchließen ſich der Redner auf die allgemeinen Wirkungen des Friedens über. Er erzählt, daß er geſtern um Frankfurt am Main ſpazieren gegangen, und die herrlichen Anlagen rings um die Stadt bewundert habe. Bei dieſer Gelegenheit, ſagte er, erfuhr ich, daß dieſe herrlichen Gärten früher Feſtungswerke waren, die geſchleift worden, damit ſich die Einwohner der Stadt an den Wirkungen des Friedens und an der reichen Natur erfreuen konnten; mit doppeltem Vergnügen ſchritt ich nun durch die langen Schattengänge. Wie kein Berg unmittelbar aus der Ebene ſich erhebt, ſondern erſt Hügel, dann Berge bis zum höchſten ſich erheben, ſo werden auch zu und die Völker kommen, erſt aus der Nähe, dann immer ferner und ferner, die ſelbſt der Papſt ſeine Abgeordneten an uns entſenden wird. Der Redner geht zu den magnetiſchen Telegraphen über. Wer, fragt er, hätte vor einigen Jahren geglaubt, daß das Weſen in wenigen Minuten Stern und Flüſſe eine ganze Länder überfliegen könne; ſoll es daraus der mächtige Gedanke nicht um ſo mehr, ſoll es nicht der Friedensidee gelingen, überall hinzudringen? Sieht die Menſchheit noch nicht ein, daß es nichts gibt, was nicht ausführbar wäre? Kein Zeichen meiner Schwäche ſei mein Zuſammenbrechen; ich mit mir gebracht, auch kein Schwert, wie man glaubt, es iſt die Friedenspfeife der Ureinwohner Amerikas. Der Redner zeigt dieſe Pfeife, ein langes mit Federn geſchmucktes Rohr; dann ſagt er: „Ich reiche hiermit dem Präſidenten dieſe Friedenspfeife im Namen meiner Brüder im fernſten Weſten (Applaus) Verbindung Völker." Ich bringe Grüße von den Bewohnern des amerikaniſchen Felſengebirgs, Grüße an die Kinder der Thäler des Rheins und der übrigen Ströme Deutſchlands. Nicht mehr ſollen die Völker unter der Laſt der Kriege ſammen. Es wird ſicherlich die Zeit kommen, wo alle Völker in Frieden ſich einigen werden." (Beifall.) Der Präſident macht die Verſammlung aufmerkſam, daß die Zeit ſo ſehr vorgeſchritten ſei, daß man jedem Redner nur eine Viertelſtunde zum Sprechen bewilligen kann, um ſo mehr, da das Comité noch einen 7. Satz einbringen werde. — Dr. Weil von Frankfurt: Wenn wir auch den Gedanken, daß keine Haupturſtoßekatie mehr Geltung haben ſoll, zugeben, ſo muſſen wir auch anerkennen, daß der Mann, derſelbſt für das Recht des Volks und das Wohl der Familie begeiſtert und bewaffnet, in ſeinem Recht iſt. Der Redner nimmt an, daß alle Anweſenden franzöſiſch verſtunden, er wolle deßhalb in dieſer Sache fortfahren, was er denn auch in obigem Sinne thut. Dr. Bodenſtedt von Berlin ſpricht in engl. Sprache. Er empfiehlt dem Congreß, der Schleswig-Holſteiniſchen Angelegenheit ſich anzunehmen, und zweifelt nicht, daß bei dem Einfluſſe, welchen die Anweſenden in ihrem Vaterlande haben, es gelingen werde, dieſe Frage zur Zufriedenheit beider Theile zu loſen. Auch glaubt er, daß wenn der Congreß ſeine Anſicht über dieſe Angelegenheit durch die Preſſe veröffentliche, dies Verfahren von ſolchem Gewicht ſein wird, daß Niemand der Entſcheidung zuwiderzuhandeln im Stand ſein dürfte. Nicht nur im Intereſſe des Friedens, ſondern auch im Intereſſe des Rechts würde dies gehandelt ſein. Schließlich tritt der Redner auf die Rechtsfrage zwiſchen Dänemark und Holſtein ein. Der Präſident bringt Art. 6 der Geſchäftsordnung in Erinnerung.

(Schluß f.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Fabri.

Mittelpreiſe hieſiger Schranne vom 24. Auguſt.
Weizen 12 fl. 20 kr. Korn 7 fl. 16 kr.
Gerſte 6 fl. 22 kr. Haber 4 fl. 18 kr.

Handels-Berichte.

Mainz, 23. Auguſt. Die heutigen Notirungen ſind: effect. Maizen 8¼ fl.; effect. Roggen 5⅞ fl. per netto 100 Kilogr.; Gerſte 5⅛ fl. — Für effect. Rabbl wäre heute 37 Rthlr. per 280 Pfd. L. G. mit Faß zu loſen. — Repsſ iſt ebenfalls nampaft höher und unter 14¼ fl. per Malter nicht mehr zu kaufen. — Monat 23 fl. per 50 Kil. ohne Faß. — Leinöl 41 Rthlr. per 280 Pfd. mit Faß. — Für neuen Mohnſamen wird 12 fl. per Malter geforderet.

Frankfurter Cours.

Den 26. Auguſt 1850.

	Geld.	Papier.
Oeſterreich Bankaktien	—	1200
„ 5% Metallique	71⅞	71⅝
„ 4% „	63	63½
„ 3% „	47⅜	47⅝
„ 2½% „	43½	—
„ 4½% Bethmann	—	76½
„ 4% „	—	85
„ fl. 250 Loſe v. J. 1839.	100⅞	101⅜
„ „ 500 „ 1834.	156½	157
Preußen 3½% St. Schuld-Scheine.	86½	86⅝
„ Ltbl. 50 Prämien Scheine.	110	—
Bayern 3½% Obligationen	85½	—
„ 4% „	99½	99⅝
„ 5% „	100½	100⅝
Wurttemberg 3½% „	83⅝	84⅛
„ 4% „	94	95
Baden „ 3½% „	81½	82
„ fl. 35 Loſe	32¼	32½
„ „ 50 „	52⅝	53½
Naſſau fl. 25 „	26	26½
Heſſen Darmſtadt fl. 50 Loſe	76⅜	76¾
„ „ „ 25 „	28⅝	28¾
Polen fl. 300	135	—
Sardinien Rent. 36	32⅝	33⅜

In der neuen Fränkiſchen Buchhandlung zu Würzburg iſt erſchienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Der idealiſtiſch-realiſtiſche Prozeß des Bewußtſeins,

von Dr. J. Kiesel.
8. Broſch. Preis 1 fl. 15 kr.

Druck von Joſeph Steib in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Scherrhofe 2. Distr. Nr. 532.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 206. Würzburg, Mittwoch den 28. August. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 25. August. Se. Maj. der König haben Sich bewogen gefunden, den Regierungssekretär I. Klasse Franz Franz zum Assessor bei der Regierung von Mittelfranken, K. d. 3. allergnädigst zu befördern.

Preußen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit.

Die Schlacht bei Idstedt ist denn doch eine entschiedene gewesen. Schleswig ist verloren gegangen, und die Kraft von Holstein reicht nicht hin, um sich mit der dänischen zu messen, welche jetzt aus einem dreimal größeren Lande ihre Ressourcen beziehen kann. Bevor der Kampf ausbrach, bemerkten wir, daß derselbe weder durch das Kriegsglück, noch durch das Kriegsmißlick des General Willisen wurde entschieden werden. Solche nüchterne Anschauung konnte bei den Gesinnungen, welche damals das Volk der Herzogthümer beherrschte, so wahr sie auch gewesen, keinen Anklang finden. Die hohe Stimmung des Volkes konnte damals nicht durch die gerechtesten Raisonnements herabgestimmt werden, selbst nicht durch eine verlorene Schlacht. Aber die Pause des Waffenstandes, welche seit jener Begebenheit eingetreten ist, hat die Gemüther der Schleswiger und Holsteiner für die Resignation empfänglich gemacht, und sie bedürfen derselben wahrlich in einem hohen Grade. Die schleswig-holsteinische Frage ward zur Zeit entschieden, als Lord Palmerston beschloß, seine Politik in derselben zu verändern. Als die große Debatte über die griech. Angelegenheit im Oberhause vor sich ging, da erklärte der Marquis von Landdown zur Abwehr des Vorwurfs, welcher dem Ministerium gemacht wurde, daß es sich mit allen Großmächten Europa's, Preußen allein ausgenommen, verfeindet habe, mit das englische Cabinet mit dem russischen hinsichtlich der im nördlichen Europa schwebenden Fragen jetzt vollkommen einverstanden sei. Die entscheidende Bedeutsamkeit dieses Ausspruchs ward von uns sofort hervorgehoben; aber, merkwürdig genug, die preußischen und gothaischen Organe scheinen denselben gar nicht zu beachten. Sie fuhren fort, Lord Palmerston bis in den Himmel zu erheben, und die „Kölnische Zeitg.", die „Deutsche Reichszeitg. und andere bekannte norddeutsche Organe verkündeten noch zu einer spateren Zeit, bei Gelegenheit der großen Debatte über die auswärtige Politik Englands im Unterhause, daß die Macht und die Erfolge Preußens ganz und gar von dem Verbleiben Lord Palmerston's im Amte abhängig wäre. Als später dieser Minister that, was sein College, der Marquis von Landdown, viele Wochen vorher verlündet hatte, daß er thun würde, da fielen jene Publicisten aus allen Himmel ihrer Hoffnungen unsanft zur Erde herab, und der Gloriolchein, mit dem sie das Haupt ihres heiligen Palmerston umgeben hatten, verschwand urplötzlich. Es bewahrheitete sich, daß der britische Minister der auswärtigen Angelegenheiten die continentalen Liberalen nur als feine Werkzeuge benutzt, und sie mit souveräner Verachtung in den Winkel oder in Wasser und Feuer werfe, so bald er sie zu seinen Zwecken gehörig benützt und mißbraucht habe. Was Lord Palmerston zur Aenderung in seiner Politik bewogen hat, liegt noch nicht in authentischer Form vor uns. Wahrscheinlich ist es, daß Lord Palmerston die Partei Preußens aus persönlichem Haß gegen Oesterreich, aus Gereiztheit gegen Rußland ergriff, und auch darum, weil er sich der Täuschung hingab, daß jenes Land Cyprig dabey kann in seinen Bestrebungen, die Hegemonie über Deutschland zu erwerben. Dann hatte es sich allerdings der Mühe verlohnt, der nächste Alliirte einer Macht zu sein, welche alle Märkte, die den englischen Fabrikanten am schadhaften sind, beherrscht hatte, welche aus Dankbarkeit sur den erhaltenen Beistand England viele Begünstigungen hätte angedeihen lassen können. Als aber diese Illusion schwand, Preußen an der Spitze einer deutschen Union zu sehen, als die öffentliche Stimmung in England immer lauter sich gegen eine Politik aussprach, welche jenes Land den großen Mächten Europa's entfremdete, da mag Lord Palmerston eines schönen Tages Preußen in der einen Schale, die anderen Großmächte in der anderen, sand jenes Land zu leicht, und kehrte ihm und seiner Politik ohne viele Umstände den Rücken. Die Dinge hatten einen ganz anderen Anlagen nehmen können, falls Preußen verstanden hätte, in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit mit Oesterreich Hand in Hand zu gehen. Aber gerade das Gegentheil dessen ist geschehen. Als im März 1848 die Revolution ausbrach, ergriff eine kleine Coterie damals einflußreicher Männer unbedingt Partei für die Gegenmacht der Herzogthümer, für die Umverwandung Oesterreichs unter Preußen. An ihrer Spitze standen Dahlmann, der Bertranensmann Preußens in Frankfurt, und Gervinus, der sein Organ, die Heidelberger „Deutsche Zeitung," zur Vertretung dieser Politik benützte. Dieselben Männer waren zugleich die Vorkämpfer der schleswig-holsteinischen Sache in Deutschland. Sie bemächtigten sich sogleich der Abgeordneten aus Schleswig und Holstein, die größtentheils, wie sie selbst, Universitäts-Professoren, und machten sie ihren Zwecken dienstbar. Der Pact wurde geschlossen, daß Preußen die Schleswiger und Holsteiner aus den Händen Dänemarks befreien sollte, wogegen die Letzteren Preußen zu der Oberherrschaft in Deutschland zu verhelfen hätten. Die Abgeordneten von Schleswig und Holstein versuchten, ihr Versprechen bestens zu halten. Sie wußten sich im Frankfurter Parlamente den leitenden Einfluß zu erringen, und sicherten sich in der That die Majorität in dem kleinen Ausschusse, welcher die deutsche Verfassung entwarf. Sie erklärten sich bei jeder Gelegenheit gegen die österr. oder großdeutsche Partei, entschieden durch ihre Stimmen das Parlament sur die Kaiserwahl, erwählten den König von Preußen zum Kaiser von Deutschland, und verfuchten durch die §§. 2 und 3 der deutschen Verfassung die österr. Monarchie in zwei Theile zu zerreißen, und den einen derselben der Oberherrschaft Preußens zu unterordnen. Sie stimmten dafür, die Hohenzollern zu Herren über Wien, Prag, Graz, Laibach und Triest zu machen, und die Habsburger zu deren Vasallen herabzusetzen. In der That sollte die schleswig-holsteinische Bewegung zu einem viel glanzenderen Ziele führen, als zu demjenigen der Losreißung der Herzogthümer von jener Verbindung mit Dänemark. So wollten es Dahlmann, Gagern, Simson, Gervinus und ihre Freunde. Jener populäre Krieg sollte die deutschen Sympathien um Preußen schaaren, und den furchtbaren Haß, der in Folge der Berliner März-Ereignisse gegen dasselbe bestand, austilgen helfen. Er sollte ein großes Kriegsheer erstehen machen, um später Oesterreich, nöthigenfalls auch Rußland die Spitze bieten zu können. Er sollte den preuß. Monarchen gewaltsam in eine Bahn hineinziehen, die ihm von jenen Männern bezeichnet worden, und aus der später jede Umkehr unmöglich war. Er sollte an den Grenzen Jütlands Oesterreich aus dem Felde schlagen und dadurch aus Deutschland treiben. Es war ein Plan, kühn und schlau genug, um gerühmt zu werden, falls er nur besseren Erfolg gehabt hätte. Preußen konnte nun natürlich in einer politischen Verwickelung, welche hauptsächlich ausgebeutet werden sollte, nicht dieses Land zu einem gemeinsamen Vorangehen auffordern. Die Herzogthümer, welche, wenn auch nicht dem Namen nach, doch sactisch Oesterreich betrieten und seinen Feinden Vorschub thaten, konnten und wollten sich nicht um die Unterstützung des Wiener-Cabinets in ihren eigenen Sache bemühen. Sie hatten auf Preußens Karte ihr Alles gesetzt, Sie hielten va banque und haben das Spiel verloren. Wir hoffen noch immer, daß Oesterreich sur die wirklichen Rechte der Herzogthümer Anstrengungen machen werde. Aber das vergeffe Niemand, welcher die schleswig-holsteinische Frage und Oesterreichs Verhaltniß derselben beurtheilt, daß dieselbe und zwar mit Zustimmung des Volkes der Herzogthümer zu einer Angriffswaffe gegen Oesterreich benutzt worden ist.

Deutschland.

München, 26. August. Bei dem gestern Nachmittag 2¼ Uhr von hiesigem Bahnhofe, dem gewöhnlichen — 38 bis 39 Wagen zählenden Güterzuge, wegen Ueberzahl von Lastfahrenden, unmittelbar nach Passing gefolgtem Beizuge von weiteren 9 Personenwagen, ereignete sich der Unfall, daß — in Folge Ueberstehens eines dortigen Wechselwächters, welcher den Wechsel für den zweifolgenden Zug nicht auf die bestimmte Nebenbahn gestellt hatte — das Locomotive aus den Schienen gerieth, deren Räder sich alsdann in den Boden hinein gearbeitet hatten, in deren Folge durch die hierauf gefolgte Prellung der angehängten Personenwagen, die darin befindlichen Personen (aber 500) mehr oder minder bunt unterseinander geworfen wurden. Glücklicher Weise kamen dieser nur leichte Contusionen und keine wesentlichen Verletzungen vor. (P. Z.)

Fürth, 24. August. Gestern überraschten Se. Maj. der König die hiesige Schuljugend mit einem königlichen Geschenke. Jeder erste Preisträger erhielt zu seinem Schulpreise ein allerhöchstes Geschenk von einem bayerischen Dukaten, den ersten, die aus der Münze mit dem Bildnisse des verstorbenen Königs Maximilian, hervorgingen, während alle übrigen Preisträger eine Brigade neuer

Entdeckung empfangen. Der Kopf der Kinder läßt sich leicht sondiren, und so ist im Hause der Hannoveranern der Sohn, ihrander und neugierigster Gäste von dem kgl. Districts-Gefängnißleiter einige Worte zu den Herren der Kinder und der Eltern gesprochen wurden, erhob sich ein lautes dreimaliges Hoch für König und Königin und für das kgl. Haus, und die festlich und reich bescheerten Kinder eilten in den innern Kreis des Gemaches noch heute von Haus zu Haus, um die schönen Gaben allwärts bekannt zu geben. Hocherfreut hierüber ist die Bürgerschaft, deren Gefühl des Dankes ich gewiß richtig vertrete, wenn ich diese Thatsache weiter kundgebe. (Z. M. Z.)

Frankfurt, 27. August. Die englischen und amerikanischen Mitglieder des Friedenscongresses machten gestern einen Ausflug nach Heidelberg. Dort wurde von ihnen die schöne Ruine des Schlosses in Augenschein genommen. In der Kapelle traten die HH. Professoren Jopft und Dr. Carové zu den Anwesenden und begrüßten sie im Namen der Universität. Der HH. Geistige und der Rector in angemessenen Worten. Abhann trat Hr. Dr. Carové vor und überreichte dem Neger Dr. Pennington das Doktordiplom der Universität Heidelberg. „Sie sind," sprach Herr Carové, der erste Afrikaner, welcher von europäischen Universitäten diese Würde erhält, und die Universität Heidelberg ist es, die diese hervorragende Thatsache als allgemeine Verbrüderung der Menschheit ausspricht." Der Redner umarmte den Angesprochenen, der bewegt erwiderte, daß er — ein entlaufener Sclave — für die Liebe, die er gefunden, in seinem Namen, wie im Namen seiner unglücklichen Brüder in Afrika und Amerika, tiefgerührt danke. Er hoffe, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo alle Sclaverei aufhören werde und wo die ganze Menschheit nur von einem Bruderband umschlungen sein werde. Allgemeiner Beifall wurde dem Redner zu Theil, und es schien, als sei im alten Gemäuer neues Leben erwacht, das in Echo seine Stimme gefunden. Nach dieser imposanten Feier verfügte sich ein Theil der Gesellschaft nach dem Universitätsgebäude, wo der neuernannte Doktor noch einige Worte in lateinischer Sprache, statt der üblichen Dispntation, vortrag. Der Rest des Tags wurde mit dem Betrachten der Sehenswürdigkeiten verbracht. Den heutigen Tag werden die verbrüderlichen Herren in Wiesbaden verweilen, wo ein großes Diner ihrer harrt. (Frkf. O. P. A.-Z.)

Darmstadt, 26. August. Die heute erschienene Nr. 26. des großherzogl. Regierungsblattes enthält das Edict, die Eröffnung des Landtags betreffend. Ludwig III. von Gottes Gnaden Großherzog von Hessen und bei Rhein ꝛc. ꝛc. Nachdem Wir Uns entschlossen haben, Unsere getrenen Stände auf den 10. September d. J., statt dieses, einzuberufen, so verkunden Wir solches hierdurch öffentlich und befehlen, daß die gewählten Abgeordneten zur gedachten Zeit sich daselbst einfinden werden, damit Unsere getreuen Stände sich an dem festgesetzten Tage in Unserer Residenzstadt Darmstadt zu der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte vereinigen mögen. Urkundlich ꝛc. Darmstadt, 22. August 1850. Ludwig. v. Dalwigk.

Wie wir aus guter Quelle vernehmen, hat der Mörder der Gräfin Görlitz, Kauff, in dem Zuchthaus zu Marienschloß ein umfassendes, freiwilliges Geständniß der von ihm begangenen gräßlichen That abgelegt. Wir schicken voraus, daß dieses Geständniß zur Begründung eines Begnadigungsgesuches deponiet worden und daher nach der Vorsicht aufgenommen werden muß. Aus den uns Mitgetheilten können wir heute nur andeuten, daß die in dem Gutachten der Experten angenommene Tabedart der Gräfin durch die neuesten Anfagen des Thäters in der Hauptsache ihre volle Bestätigung findet. Stauff will zur Grafin hinaufgegangen sein, um seinen Ausgang zu nehmen, habe das Zimmer leer und den Sekretär, worin Schmuck und Werthbares, offen gefunden, was ihn zum Diebstahl veranlaßte. Ueber dieses sei er von der Gräfin, die aus dem Schlafzimmer gekommen, gestellen worden und habe nun auch an der Unglücksstelle gelegt, welche er nach langem Kampfe durch Erdrosseln, der Daumen in die Gurgel erwürgt, worauf er alles verschlossen und sich fortbegeben habe. Nachdem er auf dem Wege über Schoppen Wein hinabgestürzt, habe er den Grafen im Palais abgeholt und nach endlichem Austange des letztern von Hause, habe er sich wieder in die Wohnung der Gräfin begeben, dort die nach warme Leiche ziehend vor den Sekretär gelegt, und durch Umgehen derselben mit leichtunbenden Stoffen die Verbrennung vorgenommen, den Schlüssel der verschlossenen Thüre endlich in den Abtritt geworfen. Wir hoffen über diese so äußerst interessante Sache bald noch Ausführlicheres mittheilen zu können. (Darmst. Z.)

Oldenburg, 22. August. Ein hiesiger Correspondent der „Niederschl. Ztg." schreibt: Seit gestern hört man hier mit Bestimmtheit, daß die Regierung die Absicht habe, den engern Rath in Frankfurt zu beschicken. Dahin also ist es mit der Union gekommen, daß selbst unsere Regierung, die gewiß am treuesten den einmal eingegangenen Verpflichtungen genügt und der Union zu Liebe zu verschiedenen Malen mit der Landesvertretung gebrochen hat, in jeder Beziehung die schmerzlichsten Opfer gebracht hat, kein Hehl mehr von der Politik des Hrn. v. Radowitz erwartet und sich gewiß bald offen auf diese Seite neigen wird.

Wien, 23. August. Die früher so pratensionsvollen Gothaer sind auf einmal äußerst genügsam geworden; man kann aber auch nicht leugnen, daß sie das Schicksal durch mannigfache Schläge sehr würde gemacht hat. Daß Oesterreich in der Affaire des hessischen Truppenmarsches sich etwas milder und nachgiebiger zeigt, bestanen sie als großen Sieg der preußisch-deutschen Politik aus. „Die preußische Ehre ist gewahrt!" rasen die preußischen Gothaer; „der Unionsgedanke ist gerettet!" rufen die deutschen Gothaer. Die ganze Union aber, wie sie bisher früher getraumt und in der sie seither geschwärmt hat, liegt außer dem Bereiche ihrer Hoffnungen. Und dennoch diese Siegestrunkenheit! Was aber geradezu als verächtlich bei dieser kindischen Siegestrunkenheit bezeichnet werden muß, ist, daß nun die stets besungenen Gothaer fast und fest behaupten und sich sogar damit brüsten, daß sie eine russische Note an das Wiener Kabinet gewesen sei, welche diese Nachgiebigkeit gegen Preußen in Wien hervorgebracht habe. Wer aber hat bisher mehr als die Gothaer mit geschwabtem Pathos gegen die Einmischung Rußlands in die deutschen Angelegenheiten declamirt? Einige Frankfurter Blätter haben unserer die Freude durch gutmuthigen Gothaer Sersen so eben gar sehr getrübt durch den mathematischen Beweis, daß ihr Sieg ein Unterliegen sei, sie haben die Armen aus ihrem seligen Himmel heruntergestürzt. Was ist's denn mit dieser Nachgiebigkeit in Bezug auf den Ausmarsch der hessischen Truppen? Und was ist nicht abgeneigt, diese Frage durch ein Schiedsgericht entschieden zu lassen. Bedarf es dazu einer russischen Einmischung? Ist nicht dieses Verfahren schon im Vertrag vom 30. September vorgesehen? Dieser Vertrag ist allerdings abgelaufen, aber sachlich besteht die Bundescommission noch, in deren Bereich diese hessische Affaire gehört. Und was ging diesem vermeintlichen Sieg voraher? Es ging ihm vorher eine Art Ministerkrisis in Berlin, die in der Wirklichkeit gar nicht bestand, sondern die nur gemacht war, um den Rückzug zu maskiren von den Berliner Kriegs-Posaunenstößen zu den Berliner Friedensposaunen, wahrscheinlich auch den Rückzug von der Union zum engern Rath. Eine Wendung der Politik im österreichischen Sinne ging in Berlin vorher, ehe in Wien ein Zugeständniß im preuß. Sinne folgte. Man will in Berlin jetzt nichts weiter mehr retten, als die sog. „preußische Ehre," und diese anzutasten ist Oesterreich nie in den Sinn gekommen. Nur ist es beklagen, daß man dies in Berlin nicht früher gelagt hat, während es doch für jedes nur einigermaßen helle Auge sichtbar war, daß man wirklich schon seit langer Zeit dort an nichts Anderes dachte, als doch mit Ehren aus dem Labyrinth herauszukommen, in welchem sich durch verunglückten Schritt vom 28. Mai 1849 verleitet hatte. Darum den krummen Weg einschlagen, wenn der gerade, ehrliche Weg so leicht zum Ziele führen kann? Wozu die Posse des Fürstencongresses und der bedingungsweisen Beschickung des Parlaments in Frankfurt? Wozu die Szenerie in hoffnungsvollen Erwartungen? Wozu diese Unionsprovisorien, die die Gegner und die Freunde der Union unbefriedigt liesen? Erst vor drei Monate früher sich vom Radowitz'schen Einflusse emancipirt, und Deutschland hätte heute schon seine Centralgewalt und dauer intellectuell schon in der Mitte der Reform der deutschen Verfassung? Jetzt sind die traurigen Verhältnisse Deutschlands, gegenüber dem Drama in Schleswig-Holstein, wire uns erspart worden, wenn man in Berlin längst gethan hätte, was man im äußersten Fall zu thun entschlossen war, nemlich die Alles entkräftende und zerspli ttende Union aufzugeben und Theil zu nehmen an dem Werke der Restauration eines „ganzen" Deutschlands. Es ist nicht geschehen und glücklicher Weise ist es noch Zeit, das Versäumte nachzuholen. Nur die Todten sind verloren, nur das Unglück von Olmütz ist nicht wieder gut zu machen! Der Friede vom 2. Juli war bestenfalls die letzte der Calamitäten, welche der Unionsgedanke dem armen Deutschland zugefügt. (Oest. Ersp.)

Schweiz.

Bern, 23. August. Im Kanton St. Gallen mehren sich die Conflicte zwischen der Kirche und Staatsgewalt. Als die Regierung von dem Bischof Einsicht in das Rituale verlangte, weil schon lange von den Geistlichen und Laien behauptet wird, daßselbe enthalte besonders über die gemischten Ehen Bestimmungen, welche den bürgerlichen Gesetzen zuwiderlaufen, so verweigerte der Bischof das Herausgeben und erklärte geradezu, das sei ein Eingriff der Staatsgewalt in die Rechte der Kirche, der er sich mit allen Mitteln widersetzen werde. Auch im Kanton Wallis gährt es. Man sammelt Unterschriften für eine Petition, welche Verfassungsänderung verlangt.

Neueste.

Frankfurt, 27. August. Se. kgl. Hoheit der Prinz von Preußen traf gestern Abend um 7 Uhr, von Koblenz kommend, hier ein.

Kassel, 25. August. Die Ständeversammlung ist heute von dem Vorstande des Finanzministeriums, Geh. Rath Lometsch, eröffnet worden.

Hannover, 23. August. Wie wir vernehmen, ist es allerdings die Absicht, einen Hannoveraner als Bundestommissär zur Bundescommission Hallerau dorthin abzuschicken. (Z. Z.)

Wien, 22. August. Im Angenblicke weilt der obendurgische Hofmarschall Graf v. Rolodyer hier, um die Abhasion seiner Regierung zur Politik des österreichischen Kabinets auszudrücken. — Graf Nesserode wird in einigen Tagen erwartet, um die Annaherung beider deutschen Großmächte vollständig zu Stande zu bringen.

Wien, 23. August. Der Reichsvirmas von Ungarn hat die Vorsteher aller Ordensstifter aufgefordert, ein oder zwei Individuen des Ordens zu der Katholikenversammlung, welche im Septbr. zu Linz abgehalten wird, abzusenden.

Paris, 23. August. Der Präsident der Republik hat den Marinemajor Admiral Desossres zum Großoffizier, den Minister des Innern Baroche, zum Commandeur, den Justizminister Rouher, den Minister des öffentlichen Unterrichts v. Parieu, und den Finanzminister Fould zu Rittern der Ehrenlegion ernannt. — Das Budget der Stadt Paris beläuft sich zur 1851 auf die Summe von 49,192,000 Fr.

Verhandlungen des Friedens-Congresses.

Frankfurt, 24. Aug. (Forts. der III. Sitzung.) Dieser Satz lautet also: „Da der Zweck

des Congresses von dauerndem und allgemeinem Interesse ist, so werden die Redner ersucht, sich jeder unmittelbaren Anspielung auf die politischen Ereignisse der Gegenwart zu enthalten. Der Vorsitzende hat die Pflicht, jedes Mitglied, welches diese Vorschrift unbeachtet läßt, daran zu erinnern und kann selbst, wenn der Redner fortfährt, gegen diese Vorschrift zu handeln, demselben das Wort entziehen." Es gibt dies zu einer längeren Erörterung in deutscher, französischer und englischer Sprache Veranlassung. Der Präsident (Dr. Bluntschli) bestätigt das Recht des Präsidenten, so viel nöthig, zu ordnen; der Kürnberger, sondern auch viele ausgezeichnete Männer in Berlin theilten diese Meinung. Der Vorsitzende erklärt, nicht aus Mangel an Gleichstimmung habe er Einspruche gethan, sondern allein auf den Grund der Geschäftsordnung. — Hr. Wetterstedt, schwedischer Consul auf dem Vorgebirge der guten Hoffnung sprach in derselben Frage einige Worte sehr leise und unverständlich. — Präsident Jaup (dort!) gibt ein Resume über Behandlung der Interventionsfrage und den politischen Congressen, welche seit der ersten französt. Revolution gehalten worden. Er spricht sich schließlich für das Festhalten an dem ausgesprochenen Grundsatze der Nichtintervention aus. Nach dieser Rede wurde Satz 5 ohne Widerspruch angenommen (Pause). — Nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen spricht zuerst Hr. Emil v. Olivarius. Wo ist das in den letzten 30 Jahren durch die Interventionen hervorgebrachte glückliche Ergebniß? Muß man immer zu Kanonen, zu Feuerwaffen seine Zuflucht nehmen, um Völkerfragen zu entscheiden? Es gibt ein anderes, unblutiges Schlachtfeld: die Nednerbühne. Hier haben sich die Regierungen und die Völker zu einigen. Wenn man die Interventionen zulässt, so läßt man auch die großen Budgets zu. Gebet denen, die heute auch zum Blutkampf bestimmt sind, lohnende Arbeit. Arbeit und Freiheit sind Worte, die ich im Gedanken nie trennen kann (Beifall). — Dr. Theodor Creizenach von Frankfurt a. M.: Deutschland hat im Kriege immer am Meisten gelitten, aber auch bestbewerget geben wir zu, daß im Kriege schlummernde Kräfte geweckt werden. Wir sagen mit dem Dichter: Grosses wirkt ihr Kampf, Größeres ihr friedlicher Bund! Die jetzt verschütteten Pfahlgräben, welche die Nomer um unsere Gegend zogen, erfüllten den Wanderer mit Grauen, aber der Kirschbaum, die Lucullus zu uns brachte, der Weinstock, den und Kaiser Probus gab, erfreut uns noch fortwährend. So sehen wir, daß die Wirkungen des Kriegs weniger tief gehen, als die des Friedens. Würde die Staatskunst so gebraucht, wie es Robert Peel wollte in seinen politischen Testament: Diplomacy shall be an instrument and by civilized men who check national passions and who preserve u good understanding over the world, so würde das Volk Vertrauen zu ihr haben. Wie man früher glaubte, daß man Gott nicht ohne Theropier verehren könne, und man sich hoch dazu erhoben, so wird einst der Dienst des Vaterlandes heilsam können ohne Menschenopfer. Die Zeit wird kommen, wo, wie Hr. Cobden hofft, „deutsche Professoren" sich anschließen werden. Während engl. Professoren oft eine verknöcherte chinesische Scholastik lehren, verbreiten deutsche Männer der Wissenschaft Ideen von Freiheit und Bildung. Unsere Kriege waren bestimmt, fremde Zwingherren abzuhalten; wir kriegten nicht, um die Völker zu unterjochen oder eine chimärische Stromgrenze zu erobern. Wir hatten einen Kant, welcher sagte: daß „kein Friede geschlossen werden soll, welcher den Keim des Kriegs in sich trage." Einen solchen Frieden aber wurden wir, m. HD., schließen, wenn Sie nicht erst anhoren, was wir auf dem Herzen haben. Wer weiß, ob wir nicht bestimmt sind, einst einen Strom aufzuhalten, welcher die Cultur sammt den Friedenscongressen vernichten würde. Wir haben Sympathien für einen allgemeinen Frieden! Im Uebrigen vertrauen Sie fest auf die Größe und den Edelmuth des deutschen Geistes. Mein Vaterland wird bei seiner großen Unternehmung zurückbleiben. Es ist das Vaterland eines Leibnig, der schon vor mehr als 100 Jahren den größeren Nationen den Schutz der Weltbildung anvertraut sehen wollte; das Vaterland eines Herder, der auf seine Fahne die Worte schrieb: Licht, Liebe, Leben; das Vaterland einer glänzenden Reihe von Dichtern, deren Feder ein Apostel war der Bildung, der Wahrheit und der ewigen, unverwüstlichen Menschenwürde! (Beifall.) — Hr. Miall von London will mehr auf das Praktische eingehen. Nicht ohne Nutzen werde Frankfurt gewählt, die Stätte vieler Thaten, wo in Düstere zu sehen, wie man einem hellen Bild einen dunklen Hintergrund gibt. Wer glaubt, daß unser leitender Gedanke keine Fortschritte macht, der kennt die menschliche Natur nicht. — Herr Richard Cobden: Wir sind hierher gekommen im Interesse Schleswig-Holsteins, Deutschlands, Englands, Dänemarks und um Ihnen zu sagen, dass was von den Individuen gilt, das gilt auch von den Nationen. Nicht allein die Kleinen, auch die großen Mächte müssen von der Ungerechtigkeit ihrer Streitigkeiten überzeugt werden; denn haben nicht kleine Staaten, so gut wie die großen das Gefühl von Nationalehrgeiz in sich? Sagen Sie nicht, es ist Gutes geschehen durch die Intervention, Sie wissen leider nicht, wie viel Gutes ohne Intervention geschehen wäre. Wenn Sie ein gutes Peineip durchführen, so wird Gott Ihr Werk segnen und die Welt wird fortfahren, nach Ihrem guten Beispiel zu handeln. Ich spreche nur für mich und wenn ich hier gegen Intervention spreche, so habe ich auch die Verpflichtung, in meinem Vaterlande für denselben Grundsatz zu wirken, und ich werde es thun, um die Streitigkeit zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark beizulegen. — Hr. Dr. Madero von Cuba sagt, die Amerikaner sehen der Absicht, das Princip der Nichtintervention das Zweckmäßigste sei. Schon die Alten waren dieser Meinung. Er führt zu diesem Behuf den Vers Filicaja's (geb. 1642, † 1707) an:

Chi gia dall alpi non vedrei torrenti
Scender d'armenti, e del tuo sangue tinto
Bever l'onde del Po „stranieri" armenti
Ce non verdrai del non tuo forro cinto
Pugner col braccio di pertinace genti
Per perder sempre o vincitrice o vinto.

Der sechste und letzte Punkt sog nun zur Abstimmung vor. Herr Elihu Burrit machte auf die grossartigen Fortschritte der Civilisation in jedem Fache aufmerksam. Von den Telegraphen bis zur Industrieausstellung in London bringt das Princip durch, daß sich die Völker näher und näher kennen lernen. Es stellt sich von selbst heraus, daß ein allgemeines Völkerrecht nothwendig ist. — Herr Cocquerel jun. von Paris stellt den Satz auf, daß es eine irrige Methode sei, in den Lehrstellen die großen Eroberer als die großen Menschen darzustellen. Wenn die großen Eroberer untergehen, leben die Völker auf; wenn aber Männer, wie Robert Peel, sterben, so empfinden es die Völker schmerzlich. Der Redner führt Schriftstellen an, welche behaupten, daß nur im Frieden wahres Volksglück gedeihen könne. Sagt auch die Welt, sie sei für Krieg, so verbessere, so muß man dem entgegnen: Die Menschheit schreitet vor, der Fortschritt ist unbegrenzt wie die Wissenschaft, die nur durch den Frieden emporblühen kann. — Hr. Schüz aus Nancy spricht ebenfalls über diesen Gegenstand. Die Versammlung wurde während des Vortrags mehrmals ungeduldig. — Hr. Chappet aus Aux-Vert sprach hierauf in begeisterter Rede über die Grundsätze des Friedensvereins, welcher wie das Evangelium über die ganze Erde verbreitet werden wird. Anhaltender Beifall verhindert den Gesammtinhalt dieses schönen Vortrags wieder zu geben. Als der Redner die Tribune verließ, stand der indianische Häuptling auf und rief: es sei der Mühe werth, das große Wasser zu durchschiffen, um solche Reden zu hören. — Der Gesellsch. Dr. Reed beweist die Macht des Friedens durch die Thatsache, daß die gegenwärtige Versammlung Frankreichs vom Tode Robert Peel's, der doch nur mit dem Worte gestimmt, theilnehmende Rücksicht genommen. Wartet, ruft er, die Zeit wird kommen, die uns Alle in Frieden vereinigt (Beifall).

(Schluß f.)

Berlin, 25. August. Der „Preuß. Staatsanzeiger" enthält heute in seinem nichtamtlichen Theile folgende Mittheilungen vom 23. August: In der 21. Sitzung des provisorischen Fürstencollegiums vom 20. August, der stellvertretende Vorsitzende, geheimer Legationsrath v. Sydow, zu vorläufiger Kenntnißnahme des Collegiums drei neue, seitens des österreichischen Kabinets bei der königl. preußischen Regierung eingegangene Mittheilungen, und zwar: 1) die mittelst Schreibens des hiesigen österreichischen Gesandten dem königl. preußischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten am 16. d. M. mitgetheilte österreichische Einladung zur Beschickung einer Versammlung, die nach der Absicht der einladenden Regierung wieder als engerer Bundesrath zu jüngsten Hatte, bezüglich: 2) die Note, welche der österreichische Gesandte am 17. d. M. zur Kenntniß gebrachten Vorschläge Preußens hinsichtlich der seineren Disposition über das gemeinschaftliche Bundesorganthum und hinsichtlich des Durchmarsches badischer Truppen durch den Rayon der Bundesfestung Mainz. Der Vorsitzende bezeichnete dem provisorischen Fürstencollegium die von dem hiesigen österreichischen und von königl. preußischen Regierung auf diese österreichischen Mittheilungen beschlossenen Antworten, die er, zugleich mit diesen Mittheilungen und den denselben beigefügten Anlagen — einer österreichischen Circulardepesche vom 19. c. und zweien Protokollaverhandlungen von Bundesmitgliedern verzeichnen Regierungen, die ihren seither in Frankfurt a. M. abgehaltenen Versammlungen den Namen des früheren Bundesplenums beilegen — demnächst vollständig mittheilen werde. Der großherzoglich oldenburgische Bevollmächtigte drückte, unter Zustimmung aller übrigen Bevollmächtigten, den bringenden Wunsch für die möglichst beschleunigte Mittheilung dieser Aktenstücke an die Mitglieder des provisorischen Fürstencollegiums aus, welchem Wunsche der Vorsitzende die bereitwilligste Gewährung zusagte. In Folge dessen sind in der heutigen 22. Sitzung des provisorischen Fürstencollegiums der vorstehend als 2 und 3 bezeichneten Erwiderungen der österreichischen Regierung, sammt den von Seiten der preußischen Regierung darauf erfolgten weiteren Erklärungen, mitgetheilt worden. Diese Erwiderungen der österreichischen Regierung und die darauf erfolgten weiteren Erklärungen der preußischen Regierung lauten, wie folgt: — 1) Die fernere Disposition des provisorischen Bundesregentthum betreffend: 1) Abschrift einer Weisung des kaiserlichen Ministerpräsidenten Fürsten von Schwarzenberg an den kaiserlichen Gesandten zu Berlin, d. d. Wien, 17. August 1850. Der Kaiserl. Gesandte hat auf der mitgegebenen Abschrift eines mir von dem Hrn. Grafen v. Bernstorff mitgetheilten Erlasses der königl. preußischen Regierung vom 5. d. M. entnehmen, welchem Vorschlag Preußen, im Hinblick auf den bevorstehenden Zusammentritt des engeren Rathes der Bundesversammlung, in Betreff der Verwaltung des Bundesregentthums zu uns richtet. Die königl. Regierung hebt in diesem Erlasse hervor, daß ihr die dieserhalb Circulardepesche vom 19. v. M. nicht offiziell mitgetheilt worden sei. Unser Gesandten dürfte jedoch

hinreichend durch den Umstand erklärt sein, daß jenes Circular nur bestimmt war, einen Beschluß der Plenarversammlung des Bundes vorzubereiten, und daher nur an die in derselben vertretenen Regierungen gelegirt werden konnte. Wir werden nach Fassung des beantragten Beschlusses nicht saumen, sämmtlichen Bundesgenossen darüber Mittheilung zu machen, um wir kaum zu umfassen hätte, daß derselben in Berlin eine ernstliche Beachtung zu Theil werden möge, als unsere seitherigen Vorstellungen gefunden haben. Wenn sodann die Depesche des königl. preußischen Hrn. Ministern im Allgemeinen die Folgen der Wiederverberufung der Bundesversammlung nach vorliegender Fassung bezeichnet, so glaube ich auf den hinlänglich zu Tage liegenden Gegensatz der Ansichten beider Höfe nicht nochmals eingehen zu müssen. Wir können jedoch nicht unerwähnt lassen, daß gerade die praktischen Folgen, welche sich an das Vorhandensein des Bundesgerichtes knüpfen, die deutlichsten Beweise dafür enthalten, daß wir uns nicht im Irrthum befinden, wenn wir die wachsende Verwirrung, die wir mit Preußen zu beklagen haben, nicht unserm Beharren bei dem Bundesrechte, so lange dasselbe nicht durch einen neuen Rechtszustand ersetzt sein wird, sondern der uns entgegengestellten Theorie der abstrakten Unverletzung einer verfassungsmäßigen noch dennoch nicht aufgelösten Bundes zuschreiben. Man schlägt uns in der That nicht vor, das Eigenthum des Bundes unter seine Mitglieder zu vertheilen, denn dies würde die Auflösung des Bundes voraussetzen; man will vielmehr, daß dieses Eigenthum gemeinsam bleibe. Nach welchen Normen soll es verwaltet werden? Wir kennen keine, die von der Verfassung des Bundes zu unterscheiden wären. Oder soll der Grundsatz freier völkerrechtlicher Vereinbarung auch hier an die Stelle der deutschen Bundesverfassung treten? Davon würde die Folge sein, daß Einhelligkeit der Stimmen erforderlich wäre, um Beiträge an die Festungsbehörden oder Flottencommandanten zu senden. Sicherlich wird es weder uns, noch einer andern Bundesregierung jemals in den Sinn kommen, Preußens Miteigenthum und Mitverfügungsrecht an den Bundesobjekten zu bestreiten oder seinen bundesgemäßen Besitz irgendwie zu stören. Die kgl. Regierung wolle vielmehr sich überzeugt halten, daß wir heute, wie immer, dieses gemeinsamen Besitzes uns freuen und ihn nur noch sorgfältiger zu bewahren wünschen, seit er fast das einzige Merkmal unsers föderativen Verbandes mit Preußen, dem wir unverfreiet gewissenhaft anhängen, geblieben ist. Aber so vollständig wir auch nach Preußens anerkennen, so kann doch dessen Ausübung unstreitig nur in solchen Formen angesprochen werden, welche mit dem eben so guten Rechte der übrigen Bundesglieder vereinbar sind, und entweder auf die organischen Gesetze des Bundes oder auf besondere gültige Willenskundgaben der Gesammtheit sich gründen. Auf die Fortdauer der Bundesfammission, welche seit dem 1. Mai d. J. thatsächlich noch Abhilfe gewährte, hat Preußen keinen Anspruch; dieselbe besteht nur noch durch Zulassung der übrigen Bundesgenossen, deren Recht am Bundeseigenthum ganz dasselbe ist, wie dasjenige Preußens, und an welche nicht die Zumuthung gestellt werden kann, sich von der Theilnahme an der gemeinsamen Verfügung und Verwaltung auf unbestimmte Zeit nach dem Ermessen Preußens auszuschließen. Wir sind aus diesen Gründen der Ansicht, daß das unbestrittene Recht Preußens auf Mitverwaltung des Bundeseigenthums nicht auch das Recht in sich begreife, ferhalb der Verfassung des Bundes ausgeübt zu werden, und wir glauben hierbei, wie ich wohl hinzufügen darf, eine rechtmäßigere Stellung einzunehmen, als jene ist, von welcher aus die kgl. preußische Regierung es über sich gewonnen hat, den Vorwurf einer Usurpation gegen uns auszusprechen. Auch befinden wir uns nicht in der Lage, den zu Frankfurt zu fassenden Beschlüssen über die Verwaltung des Bundeseigenthums, also über eine wesentlich zur Competenz der wieder einzuberufenden Bundesversammlung gehörige Angelegenheit, in irgend einer Weise vorzugreifen, indem wir dort nur eine Meinung zu äußern haben. Da wir aber auf die Erhaltung des guten Einvernehmens mit Preußen den höchsten Werth legen, so werden wir jeden billigen Vorschlag, welcher zur Beseitigung der vorhandenen Schwierigkeiten bereitwillig Raum geben, wenn es gilt, einem auf dieses Ziel gerichteten Vorschlage der kgl. Regierung entgegenzukommen, so haben wir uns durch unsere Rechtsansicht nicht abhalten lassen, zu erwägen, inwiefern der von Preußen vorgeschlagene Ausweg den übrigen Bundesregierungen, welche derselbe Wunsch der Verständigung voraussetzt werden darf, van uns empfohlen werden könne. Das kaiserl. Kabinet erklärt sich demgemäß bereit, seine Stimme in Frankfurt dahin abzugeben, daß der Grundsatz des preußischen Vorschlages: „die Verwaltung des Bundeseigenthums soll einem von der Bundesversammlung nicht vertretenen Regierungen möglich zu machen, ohne daß dadurch einem Theile in der Hauptsache etwas vergeben würde. Was dagegen die Modalitäten der Ausführung dieses Grundsatzes anlangt, so vermögen wir uns theils aus den angeführten Gründen, theils aus Nachsichten anderer Art zu einer Verhandlung der Thatsigkeit der Bundeskommission nicht zu entschließen. Wir müßten vielmehr unsern Antrag dahin richten, daß die Bundesversammlung, abgesehn von ihrer früheren Praxis, für die gesammte Verwaltung des Bundeseigenthums einen eigenen Ausschuß aus ihrer Mitte bestelle, mit welchem dann die Bevollmächtigten der Regierungen, die in der Versammlung nicht vertreten sind, in näher zu verabredenden Formen zu einer interimistischen Verwaltungskommission bis auf Weiteres zusammenzutreten hätten. Diese Kommission würde in ihrem Bereiche selbstständig zu verfügen haben, und es könnten ihr vorläufig die jetzt bestehenden Abtheilungen für die Festungen, für die Marine und für die Kassenangelegenheiten in allen die materielle Verwaltung betreffenden Geschäften untergeordnet bleiben. Für die voraussichtlich seltene Fälle, in welchen eine Einigung innerhalb der Kommission nicht zu Stande kommen sollte, wäre eine anonahmsweise Form der Entscheidung nach dem in der Kommission sich ergebenden Verhältnisse der Regierungen zu vereinbaren. Die kgl. preußische Regierung wird leicht erkennen, daß dieses Anerbieten auf einer so eingehenden Würdigung ihres Vorschlags beruht, als unsere Stellung es nur zuließ, und sodann Preußen, wie wir hoffen, seine Zustimmung erhalt haben wird, werden wir uns beeilen, mit den betreffenden Regierungen in Benehmen zu treten, damit im Falle ihrer Einwilligung die erforderlichen Beschlüsse zugleich mit der Reconstituirung der Bundesversammlung gefaßt, und jede Unterbrechung der seither in Gemeinschaft mit Preußen ausgeübten Verwaltungsthätigkeit vermieden werde. Uebrigens können wir unsere Ueberzeugung nicht bergen, daß das beabsichtigte Auskunftsmittel, wenn auch im verfohnlichsten Geiste gehandhabt, sich dennoch sehr bald als unzureichend erweisen werde. Die Verwaltung des Bundeseigenthums läßt sich von den politischen Verfügungsgewalt über dasselbe und über die zu dessen Unterhalt erforderlichen Mittel nicht trennen, und wir brauchen nur auf den einen Umstand aufmerksam zu machen, daß die Theilnahme an der materiellen Verwaltung des gemeinsamen Eigenthums nothwendig auch diejenige an den Leistungen voraussetzt, welche dafür von der Gesammtheit auf bundesmäßigem Wege verlangt werden. Ich ersuche Ew. Excellenz, dem Herrn Freiherrn v. Schleinitz von dem Inhalte des gegenwärtigen Erlasses durch Mittheilung einer Abschrift Kenntniß zu geben. Empfangen ze.

2) Der k. k. Gesandte am hiesigen Hofe, Freiherr v. Prokesch-Osten, hat mit die abschriftlich anliegende Weisung, d. d. Wien, den 12. August, mittheilt, welche die Antwort der k. k. Regierung auf den vermittelst des Ew. ze. ergangenen Auftrags vom 5. d. von und gemachten Vorschlag wegen Verwaltung des Bundeseigenthums enthält. Indem wir das praktische Resultat der Eröffnungen des k. k. Kabinets zusammenfassen, entnehmen wir daraus mit Befriedigung die Hoffnung, daß es auch in streitigen Fragen gelingen werde, das verschiedenen Rechtsansicht gelingen werde, einen beklagenswerthen Conflikt auf dem Boden der Thatsachen zu vermeiden; und wie wir zu der Annahme berechtigt sind, daß das k. k. Kabinet unsern Gesinnungen in dieser Beziehung Gerechtigkeit widerfahren laße, so erkennen wir auch gern die von demselben ausgesprochene Bereitwilligkeit an, die Gemeinsamkeit der deutschen Interessen in allen denjenigen Punkten festzuhalten, in welchen dies ohne ein Aufgeben des alten Standpunktes möglich ist. Das k. k. Kabinet gibt zwar seinerseits die Ansicht nicht auf, daß die von demselben jetzt neu einberufene Bundesversammlung allein über das Bundeseigenthum zu bestimmen habe, und es bedarf dagegen nicht der Bemerkung, daß wir unsererseits diesen Satz nicht anerkennen und darauf nur erwidern können, daß jede Verfügung einer Versammlung, die nicht aus der freien Zustimmung Aller hervorgegangen, von dem vereinbahren und als rechtlich anerkannten erklaren müßen. Indem wir uns die rechtliche Entgegnung für unsere Antwort auf die an uns ergehende Einladung vorbehalten, beschränken wir uns für den Augenblick auf die Wiederholung jener schon früher ausgesprochenen Erklärung. Wir erkennen es aber gern als einen Beweis versöhnlicher und entgegenkommender Gesinnung des k. k. Kabinets an, daß dasselbe, trotz seiner oben ausgesprochenen Rechtsansicht, die vorliegende Frage nicht auf eine Spitze treiben will, welche zu den bedenklichsten und fast unlösbaren praktischen Verwickelungen führen müßte, und daß es zu dem Ende unseren vermittelnden Vorschlag annimmt, im Prinzip anerkennt will, daß eine Verständigung über die Modalitäten der Ausführung als in Ansicht stehend betrachtet werden darf. Wir entnehmen aus dem Schreiben des k. k. Ministerpräsidenten die Zusimmung zu dem Grundsatze unserer Vorschlages, daß die Verwaltung des Bundeseigenthums auf ein neues von Bundesbeschlusse, unter Zuziehung der politische Gesetzung des Bundes völlig gesonderter Gegenstand betrachtet, und demnach diese Verwaltung einer Commission übergeben werde, welche in ihrem Bereiche selbstständig zu verfügen haben werde. (Forts. folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Fremden-Anzeige

Den 27. August 1850.

Adler. Khtr.: Forst v. Köln. Küstner v. Königsberg. Hofmann v. Leipzig.

Deutscher Hof. Hzgl. Gen.-Major m. Gatt. u. v. Leuden. Alzinger v. Passau.

Kronprinz. Kollati, Priv. v. Tübingen. Baron v. Schwanfeld, Oberstlieut. m. Gatt. v. Lemmersdorf. Seis, Juwelier v. Heidelberg. Baron v. Gilgenheim v. Ebersdorf. Dümler, Kaufmann v. Nürnberg. Eichelbacher, Pfarrer v. Poisa.

Rothes Roß: Rekita, Rentier v. Wien. Gudera, Gutsbesitzer mit Tochter v. Ingram. Merk, Priv. v. Bern. Wetz v. Paris. Fridrich, Pfarrer v. Berg.

Wittelsb. Hof.: Gaab v. Lehrand Bud v. Schaffenburg, Telegrafenbauer. Mad. Frick, Kfmsgatt. v. Wien, Linder, Kfm. v. Passau.

Württemb. Hof. Jax, Rent. mit Fam. v. London. Burger, Student v. London. Hamburg, Partik. v. Kissingen. Kitte: Beltmann v. Dillenburg, Gutseigner von Kissingen. Winter v. Reichenbach.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 68.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhof 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr., Briefe und Gelder frei.

Nr. 207. Würzburg, Donnerstag den 29. August. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 27. August. Se. Maj. der König haben Sich vermöge allerhöchster Entschließung vom 23. August l. J. allergnädigst bewogen gefunden zu genehmigen, daß die kathol. Pfarrei Prennich, Bzgk. Kissingen, von dem Bischof von Warzburg, dem Priester Johann Baptist Gadamer, Kaplan zu Steinach, Bzgs. Mainerstadt, verliehen werde.

Thiers.

Zu St. Damtin hat man oft den Ruf: „es lebe Napoleon!“ gehört. Die arme Republik ist in der That bedenklich krank; aber ihre vermuthlichen Erben werden ihr vielleicht ein längeres Leben verschaffen, als man glaubt. So arbeitet z. B. Hr. Thiers, einer ihrer ärgsten Feinde, jetzt an ihrer Erhaltung. Er ist nach St. Leonhard abgereist und ist öffentlich genug gewesen, zu sagen, er wolle gegen die „fusion“ agitiren. Bisher hatte er eine Sprache geführt, die nicht recht klar war, die man aber als günstig für die Vereinigungen der beiden bourbonischen Familien betrachten konnte. Er gab den Legitimisten gute Worte und machte ihnen Hoffnung, er werde, sobald er die Zeit für gunstig halte, eifrig an der Annäherung der beiden königlichen Familien arbeiten, und seine Mitwirkung schien um so wünschenswerther, als allgemein bekannt ist, wie großen Einfluß er auf die Herzogin von Orleans übt. Ich habe seinen Worten nie getraut: ich war immer überzeugt, daß er den Legitimisten Versprechungen gab, die er gar nicht zu halten gewillt war; er wollte sich damit nur ihres Beistandes in der Nationalversammlung versichern. Im Grunde ist und bleibt Thiers ein Revolutionär. Alle seine Bemühungen werden nur dahin spielen, in Frankreich die Regierung herzustellen, welche seinen persönlichen Wünschen am meisten zusagt und welche ihm erlaubt, die erste Rolle im Staate zu spielen. Diese erste Rolle ist stets das Ziel seines Ehrgeizes gewesen; er hat immer nach ihr gestrebt und wird immer danach streben. Unter Louis Philipp hat er alle seine politischen Freundschaften verrathen und mit Füßen getreten, um Ministerpräsident zu werden; Guizot, der Herzog v. Broglie und der Marschall Soult, die ihm im Wege standen, wurden verdrängt. Er hoffte dann unumschränkt im Namen Louis Philipp's regieren zu können. Da er sich hierin täuschte und einen wirklichen König fand, wo er nur einen Schattenkönig wollte, stürzte er sich blindlings in die Opposition, und all seine Handlungen, alle seine Reden hatten von 1840 bis 48 die Tendenz, nicht allein das Ministerium Guizot, sondern den König selbst zu stürzen, und die Regentschaft der Herzogin von Orleans einzuführen. Noch am 24. Febr. um 10 Uhr Morgens hielt er an diesem Plane unbeugsam fest: statt den Marschall Bugeaud handeln zu lassen, gebot er ihm, den Kampf einzustellen und ließ die Emeute wachsen, bis sie drohend genug war, um den König zur Abdankung zu nöthigen. Aber ein solches Spiel zu gewinnen, bedurfte es einer Kraft, einer Geistesgegenwart und eines Muthes, wie sie Thiers nicht hat. Erschreckt durch das Ungewitter, welches er erregt hatte, verlor er im entscheidenden Augenblick den Kopf, wie ein Kind, und statt zu handeln, um die Regentschaft zu retten, für die er bis zum letzten Augenblicke conspirirt hatte, war er in der Stunde der Gefahr nur darauf bedacht, seine eigene Person zu retten und sich unter einer geretteten Verfassung zu verbergen. Die Februar-Revolution, welche mit einem Schlage den König und die Regentschaft stürzte, hatte zur das erste halbe Jahr ihren Stolz und seine Prätensionen gedemuthigt. Die Lektion war derbe und grausam genug gewesen, um ihm einige Reue und eine Erschrockenheit und gerechtere Meinung von den Grenzen einzuflößen, die er seinem Ehrgeiz stecken mußte. Aber in demselben Maße, wie die Gesellschaft allmatig wieder auf ihren erschütterten Grundlagen sich anrichtete, sich wieder in seine Traume von Größe und Herrschaft. Einige Tage traumte er von der Präsidentschaft der Republik. Der Traum war aber nur kurz; er mußte sich bald gestehen, daß er sicher weniger Stimmen bekommen wurde, als der letzte General der Armee. Er hat sich darum in die Präsidentschaft Napoleon's gefunden, aber mit dem Vorbehalt, sie die Regentschaft der Herzogin von Orleans zu arbeiten. Er denkt, wenn die Herzogin Regentin werde, dann sei er der unentbehrliche, allmachtige Minister, ja mehr als Premier-Minister, eigentlich Majordomus. Der Ehrgeiz verblendet bekanntlich den Menschen; ja, er thut mehr, er nimmt ihm den Verstand, den er besitzt und macht ihn mitunter dumm. Man muß in der That blind sein, um glauben zu können, es lasse sich in Frankreich der Thron eines Kindes wieder aufrichten, gestützt auf eine proletarische Regentschaft, in Opposition mit den hohern Klassen der Gesellschaft und mit der revolutionären Partei. Auf welchem Fundamente soll denn der Thron ruhen? Auf der Bourgeoisie, auf den mittleren Klassen, antworten die Parteigänger der Regentschaft mit unerschütterlicher Kaltblütigkeit. Als wäre der Versuch nicht schon einmal unter günstigern Umständen gemacht und sämmerlich gescheitert. 1830 konnte man sagen, der Thron werde sich auf die Bourgeoisie stützen; die Bourgeoisie war die gesetzliche Regierungskraft der Privilegien der Charte und der 200 Francs-Census. Aber jetzt, selbst bei dem beschränkten Stimmrecht, konnte wohl die Regentschaft bestehen, gegenüber der revolutionären Partei, welche in den großen Städten stets einen betrachtlichen Einfluß besitzen wird, und gegenüber den großen legitimistischen Grundbesitzern, welche eine fast ausschließliche Herrschaft über die Landbevölkerung ausüben? Thiers hat zu viel Verstand, um diese Schwierigkeiten nicht zu sehen, er faßt sie, greift sie mit Handen, aber weil sie seine Plane durchkreuzen, beachtet er sie nicht. Das sieht ihm ganz ähnlich. Er benimmt sich bei dieser wichtigen Frage über die „Fusion“ gerade, wie er sich wahrend seines kurzen Ministeriums im Jahre 1840 bei der türkisch-ägyptischen Frage benommen hat. Man mochte ihm sagen, was man wollte, sowie man ihm's Recht mehr werde den Truppen des englischen Admirals nicht widersetzen können, er war für alle Vorstellungen taub. Er setzte diejenigen von seinen Agenten unbarmherzig ab, welche aufgestandt, um den Stand der Dinge zu constatiren, ihm die Wahrheit schreiben. Er hatte sich einmal in den Kopf gesetzt, Ibrahim's Heldzug mußten ebenso tapfere Soldaten sein, als die Grenadiere der kaiserlichen Garde; er hatte es so oft gesagt und so oft wiederholt, daß er endlich selbst an diese Einbildung glaubte, und erst die Landung der Engländer bei Beirut konnte ihn enttäuschen und ihm Glauben an eine handgreifliche Wahrheit beibringen, die er nicht glauben wollte, weil sie seine Plane durchkreuzen. Gerade so ist es mit der Regentschaft. Er wird diese Chimäre verfolgen, bis eine Katastrophe ihn von seiner Thorheit überführet. Die Vorsehung wird hoffentlich nicht zugeben, daß Thiers auf unsere Kosten diese grausame Erfahrung macht. Die Thronbesteigung des Grafen von Paris wäre nicht allein für Frankreich die Quelle von neuem Unglück und der gerade Weg zum Sozialismus, es wäre auch der unwiderstehliche und unüberwindliche Ruin der Monarchie und des Hauses Bourbon.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Altona, 25. August. Die Einvollirungskommission der Herzogthümer macht heute bekannt, daß auch nicht gedient Mannschaften aus deutschen Staaten von jetzt ab ebenfalls in der schleswig-holsteinischen Armee Aufnahme finden, insofern dieselben über ihr Wohlverhalten in ihrem Vaterlande genügende Zeugnisse mitbringen, und daß zum Kriegsdienst vorzüglich brauchbar sind; es wird denselben ebenfalls eine Reisevergütung von 10 Thlr. pr. Cour. nach erfolgter Annahme ausgezahlt, insofern nicht schon die Gemeinden sie mit Reisegeldern versehen haben. — Dieselbe Summe wird zur Bestreitung einer eventuellen Nachreise bei Dienstentlassung gezahlt.

Sonderburg, 20. August. Der „Dansk St.“ erzählt, daß es in den Straßen Sonderburgs von Russen aller Farben, von dänischen und von schleswigschen uneinheerzenen Soldaten wimmele, die auf das gemüthlichste fraternisirten.

(H. N.)

Von unterrichteter Seite erfahren die „H. N.“ aus Schleswig: Der nur zu bekannte Conferenzrath Scheel ist mit seiner Familie wieder in Schleswig eingezogen und hat sein Haus wieder bezogen. — Der oft erwähnte Landdrost der Threl., der wegen Unterlassung der Fürbitte für den König mit 3tägigem Gefängniß bestraft ist, hrißt Martens; er hat sich darauf berufen, daß es ihm als Candidaten nicht zustehe, das Kirchengebet abzuhalten. Bei seiner Weigerung verharrend, ist er zum zweiten Male bestraft und nach Kopenhagen weggeschleppt.

Deutschland.

Wien, 23. August. Die „Slow. Nov.“ bringen die Nachricht, daß die ungarische Krone in Ofen aufbewahrt sein soll (!). Einige Kanner aus Mannheim waren dieser Tage bei einem Gutsherrn in Arbeit, wo sich mehrere Her-

ren zur Beschützung des Gutes einfanden. Bei dieser Gelegenheit, nicht verwundend, daß die Arbeiter auch magyarisch verstehen, ließ sich nemlich einer dieser Herren also vernehmen: „Meine Herren! die ungarische Krone besindet sich in Lyon!“ Eugen Szytnyanyi, gewesener „dinston“, welcher nunmehr vor das Kriegsgericht in Pesth dreusen wurde, erhielt sie von Kossuth zu dem Behufe, solche in Liptau, als dem sichersten Orte, zu verstecken, da dort bei den Getreuesten jetzt Kossers, den Bewohnern des Tatra, weder obrigkeitliche, noch russische Truppen sie suchen würden.“ Die ganze Angelegenheit ist nun dem Gericht übergeben worden. (D. N.-Z.)

England.

London, 23. August. Die Mitglieder des Londoner Kirchen-Vereins (Metropolitan Church Union) haben am 20. ein großes Meeting gehalten, in welchem der Gorham'sche Streit und was sich daran anschließt, wesentlich besprochen wurde. Alle Redner sprachen dem kgl. Gebeimrathe das Recht ab, in Glaubenssachen zu entscheiden, dasselbe stehe allein der Convocation zu. In diesem Sinne soll eine von Geistlichen und eine von Laien zu unterzeichnende Adresse an die Königin entworfen und die „Mitglieder derjenigen Corporationen von York und Canterbury“ gebeten werden, der Königin die Nothwendigkeit einer Synode vorzustellen. In den gefaßten Beschlüssen heißt es, die Lage der Kirche, worin sie durch das Urtheil über Gorham versetzt sei, sei durch seine Anstellung noch verschlimmert; daraus wird aber der merkwürdige Schluß gezogen: die gläubigen Mitglieder dadurch ihre Anhänglichkeit an die Kirche nicht schwächen lassen, müßten sich vielmehr nun doppelt bemühen, ihren Glauben und ihre Rechte zu schützen. — Was die oben erwähnten „Convocationen“ angeht, so verhält es sich damit also: Schon lange vor Heinrich VIII. hatte England eine doppelte staatliche Verfassung: wir der Adel und die Gemeinen das Parlament beschicken, so der Clerus die Convocation. Dieser gab es in jeder Kirchenprovinz, Canterbury und York, eine. Die der größern Provinz Canterbury hatte ein Oberhaus, worin die Bischöfe und Aebte, und ein Unterhaus, worin der Vorsteher des Capitel und Pfarrer und die Archidiacones saßen; die Convocation von York bestand nur aus einem Hause. So ist das Parlament zusammentrat, wurde auch die Convocation berufen; sie hatte die Abgaben von den Kirchengütern zu bewilligen, kirchliche Vorgänge zu entscheiden u. s. w. Dem Namen nach besitzen diese Convocationen noch jetzt. Mit jedem neuen Parlament wird auch die Convocation zusammenberufen, der Erzbischof von Canterbury eröffnet sie durch eine Rede, sie beschließt eine Adresse an die Königin, wird dann aber vertagt, da sie gar keine Geschäfte hat. Durch die Reform der Gesetze hat Parlament vertagt, demgemäß hat denn auch der Erzbischof von Canterbury gestern die Convocation in der Westminster-Abtei feierlich prorogirt. Man erwartete gestern, der Gorham'sche Streit werde zur Sprache gebracht werden; und es ging das Gerücht, der Primas sei durch Zuschriften mehrerer Meetings aufgefordert, die Convocation über die Lage der Kirche berathen zu lassen. Alle Erwartungen wurden aber getäuscht: Der Erzbischof nahm auf seinem Throne im Oberhause Platz, das Unterhaus wurde dahin beschieden und die Prorogationsdecrete wurden verlesen. — Der Bischof von Exeter hat seine Diöcese besucht, den eigenthümlichen Weg betreten. Er hat an den Kirchenvorstand von Gorham's neue Pfarre ein Sendschreiben gerichtet, welches zwei Spalten der „Times“ füllt, und interessant genug ist, daß wir den Hauptinhalt mittheilen: Im Eingange erwahnt er eine Adresse von deutschen Protestanten; dann sagt er, er habe bei seiner Reise gelobt, allen Irrthum zu bekämpfen, und wegen dieses Gelobnisses habe er sich weigern müssen, Gorham anzustellen. Dann wird die Lehre der anglicanischen Symbole über die Taufe und Gorham's Irrthum entwickelt und der Verlauf des Prozesses erzählt. Nachdem nun Gorham doch angestellt sei, frage sich, was er zu thun habe. Es sei ihm gerathen, er solle einen andern, rechtgläubigen Pfarrer ernennen oder den Pfarrkindern von Brampford Speke befehlen, in benachbarten Kirchen die Wahrheit zu suchen, die sie in ihrer eigenen nicht horen würden: das dürfe er aber nicht, denn Gorham sei, wenn auch nicht auf erlaubte, doch auf gültige Weise angestellt. Das Gerücht, er wolle Gorham auf Grund seines Buches über die Taufe als Ketzer anklagen, sei grundlos; denn jenes Buch sei nur ein Bericht über das von ihm (dem Bischof) abgehaltene Examen. Wenn er auch überzeugt sei, daß Gorham's irrige Ansichten bege, so wisse er doch nicht, daß er dieselben auch gepredigt habe, wenn er das thue, so müsse er abgesetzt werden. Er beanstrage also hiemit die Kirchenvorsteher, wenn sie je ihren Pfarrer, irrgelehrt predigen hörten, seine Worte genau zu merken und ihm oder dem Archidiacon anzuzeigen; dann seien sie verpflichtet durch ihre Pflichten gegen die Kirche, in welcher sie das höchste Amt bekleideten, welches Laien bekleiden konnten. Die Lage der Gemeinde Gorham's sei allerdings sehr traurig; er hoffe aber sie werde nun, da sie einen Pfarrer nur nach Wünschen ihres Patrons, nun um so eifriger selbst um den Prayer-Book niedergelegte Lehre der Kirche zu achten. Die Sakramente würden zudem auch von einem unwürdigen Priester gültig gespendet. „Ich bin, so schließt der Brief, durch Gottes Zulassung im tiefsten Gefühle der Pflicht, die ich als solcher habe, Euer Vater in Christo, Henry Exeter.“ — Der Bischof von Hereford hat einen Hirtenbrief veröffentlicht, in welchem er erklärt, nach seiner Ansicht sei das Urtheil des Geheimenrathe über Gorham kein theologisches, sondern ein personliches, und sei die königliche Supermatie besser, als eine Stellvertretung der Convocation. — Der katholische Bischof-Coadjutor von Lancashire-Districts, Dr. Sharples, ist gestorben. Er hatte zu Rom mit Wiseman seine Studien gemacht, war dort gewesen, und Bischof seit 1843.

Frankreich.

Paris, 20. August. Die Emigration in London theilte sich von ersten Augenblicke an in zwei Lager: das der Anstos und das der Demoes. Die Anstos sind diejenigen, welche ihren finanziellen Verhältnissen oder ihrem Stolze oder der Intrigue irgend ein Uebergewicht verdanken. Sie selbst zerfallen aber wieder in zwei scharf geschiedene Parteien, deren die eine einen Beistand sich Louis Blanc, welcher umgeben von wenigen auserlesenen Adepten die Personen fern von sich hält. Louis Blanc, welcher eine spartanische Sittenstrenge zur Schau trägt und sich literarische Hulfsquellen zu schaffen weiße, die ihm eine gewisse Unabhängigkeit geben, verhielt im Vorspiele mit seinen Freunden eine Zeitlang in Spaa in allen diesen Piroetten, den Peuple de 1850, und alle andern Journalisten als die des Nouveau-Monde. Wer nicht mit ihm ist und sich nicht unter sein Joch bengen will, ist gegen ihn. Obgleich erpanzert und gefeiligt, umgibt sich auch Ledru-Rollin nur mit wenigen Getreuen, den Vogt, Natter, Martin Bernhard, Dupont bitten seinen Hof. Er wird noch mehr als L. Blanc von den Demoes der Emigration gehaßt. Dieser Haß hat seinen Grund nicht nur in der Unbeständigkeit und Charakterlosigkeit, die ihm die reinen Socialisten vorwerfen, sondern auch aus vorzüglich in der Beachtung, die man den Vogt der Emigration behandelt. Aber Ledru-Rollin hat die Kunst besessen, Mazzini sur seine Sache zu gewinnen. Dieser Illuminat, welcher seinem Vaterlande so viel Unglück gebracht hat, verliert sich nicht immer in den Wolken. Wenn es ihm beliebt, auf der Erde herabzusteigen, dann macht das italienische Genie in ihm aus. Man sieht ihn verschmitzt, voll Reflexionen, reich an Auskunftsmitteln. Er ist es, der das „demokratische Central-Comite sur Europa“, worin bekanntlich auch unser würdiger Landsmann A. Ruge glänzt, ersonnen hat. Da die Idee ihm Glück gemacht hat, so hat Mazzini seine Taktik geändert. Er benützt sich, jetzt das Budget, die Kasse, wovon in dem bekannten Manifeste des Comite's die Rede war, von dem englischen Chartismus zu erhalten. Man verschert, daß die Agitatoren von London Gebrauchsmuthungen veranlassen und Concerte geben, wollen, um den fremden Flüchtlingen unter die Arme zu greifen. Die Cohorte des Demoes hauft in dem Club auf dem Rathhorn-Place, ihre Gegner vereinigen sich an der Table d'hote in der Queen's-Street. Zwischen diesen beiden Hauptquartieren gibt es eine unaufterbrochene Anmeschlacht von beleidigenden Redensarten und bitten Bonmitten. Man spricht sogar von Drohungen und Herausforderungen. — Eine einzige Person hält sich anscheinend der Coterien und bemüht sich, mit Allen in freundlichem Verehmen zu bleiben, Causidieux. Trotz seiner rohen Manieren ist Causticre ein sehr schlauer, vorsichtiger Mensch. Dieser revolutionäre Cato, welcher nach wie vor schwort und flucht, spielt den Fabius cunctator. Er schont Jedermann und fährt fort, seine Meine zu verfassen. Auch er hat seine Partisane, die ihm um so ergebener sind, als er seine Umstände mit ihnen macht und sie durch sein unbestreitbares Uebergewicht, bei Tische und das Weinglas in der Hand, beherrscht. (N. Pr. Ztg.)

Italien.

Turin, 19. August. Die Minister sind unter sich zerfallen. Massimo d'Azeglio hat seinem Charakter gemäß sich zur Annahme einer franzöf. Mediation in den Händeln Piemont's mit dem heil. Stuhl bereit erklärt. Der Minister Pinelli, einen gewandten Unterhändler und Hauptträger seiner personlichen Politik, nach Rom sendete. Graf Sicardi dagegen strabt sich heftig gegen jede, besonders gegen eine franz. Mediation. Er behauptet, Frankreich könne nicht intervinieren, da Piemont nur bei dem h. Stuhl verkehre, weil Frankreich schon längst habe. Unterdessen wird die Stimmung in Savoyen immer unfreundlicher, und haben auch Sicardisten drei für Santa-Rosa Trauermessen halten dürfen, so hat doch jede feierliche Messe, jede Demonstration unterbleiben müssen. Die Regierungen sind in Bewirrung über den Vorkommnisse in Savoyen und dem kirchenstaat, die toscanische Constitution bleibt immer noch auf unbestimmte Zeit suspendiet; der Pabst wird zwar in nächster Zeit das motu proprio publicieren, aber es wird sich beschränken auf: 1) Municipal- und Provinzialräthe, durch indirekte Wahlen gewählt; 2) Ein Staatsrath für den auf Anfragen und Anleihen mit deliberative, in politischen Angelegenheiten aber nur mit consultative Stimme. Die sich hier aufhaltenden Flüchtlinge sind in großer Bewegung und sie haben hier in den Staaten eine wichtige Partei für sich; der gegenwärtige Stand der Dinge kann nicht lange dauern. Lord Palmerston hat den Spaß in allen diesen Wirren. Die engl. Missionäre sind in ganz Italien seine Agenten; ich bin überzeugt, daß uns in nächster Zeit die schwersten Stürme bevorstehen. (N. Pr. Z.)

Wir erhalten aus Turin, 22. August, folgendes Verbatim: vom 24. August, folgendes Verbatim, welches der Minister Santa Rosa kurz vor seinem Ende seinem Beichtvater Ghiringello in die Feder dictirt hat. Auf diese Erklarung, ihn gestatteten der Erzbischof, nach eingeholtem Gutachten von 6 Theologen, dem dahingeschiedenen Minister das kirchliche Begrabniß. Diese Retractation lautet: Ich erklare, an den Grundsätzen der katholischen und öffentliche Person mit vollem Bewußtsein, und in der Ueberzeugung, die Gesetze der Kirche nicht zu verletzen, Theil genommen zu haben. Sonst wurde ich keinen Theil daran genommen haben, und wenn dieses dennoch geschehen sein sollte (d. h. wenn ich die Kirchengesetze, ohne es zu wollen, verletzt haben sollte), so widerrufe ich es, indem ich in der Gemeinschaft der römisch-katholischen, apostolischen Kirche sterben will, und mein Urtheil ihr und ihrem erhabenen sichtbaren Oberhaupte, dem Stellvertretre Christi, dem römischen Papste unterwerfe.“ (gez.) Ghiringello. — Einige pie-

monteffche Blätter behaupten, das Miniſterium beabſichtige, mit dem bl. Stuhle den Weg der Unterhandlungen einzuſchlagen, und den Miniſter des Innern, Mſgr. Pinelli, dieſerhalb nach Rom zu ſenden. Die demagogiſchen Blätter ſind über dieſe angebliche Maßregel höchſt ungehalten. So ſagt der „Concordia“ u. A.: „Man verſichert uns, daß der Miniſter Pinelli mit einer außerordentlichen Sendung nach Rom betraut worden iſt. Sollte ſich die Sache wirklich ſo verhalten, ſo würden wir es für ihn, für die Regierung und für die Nation ſehr bedauern. Keine Miſſionen, keine Unterhandlungen! Die Regierung möge auf dem betretenen Wege fortſchreiten. — Mit Rom unterhandeln, vermitteln und Zugeſtändniſſe machen, iſt in unſeren Augen ein und daſſelbe.“ — Nachrichten vom 20. d. zufolge ſoll ſich Hr. Pinelli mit dem Profeſſor des canoniſchen Rechts, Hrn. Tonello, wirklich nach Rom begeben haben. Die übrigen Nachrichten aus Italien ſind ohne Intereſſe.

Vermiſchte Nachrichten.

(Engliſche Hofetiquette.) Mr. M., ein tapferer Marineoffizier und Verfaſſer einiger Reiſewerke, lebte jüngſt aus Pflichten nach London ſein. Zum Willkommen findet er an jenem Morgen faſt ein Dutzend Bücher in allen Zeitungen ruhmlich erwähnt. Kaum vergehen zwei Tage, ſo erhält er vom „Grand Chamberlain“ ein Schreiben mit der Einladung, beſſer mit dem Beſtell, bei J. M. der Königin nächſten Abends in Windſor zum Diner zu erſcheinen. Mit Vergnügen, denkt Mr. M...., mit Verbruß jedoch bemerkt er, daß Fr. Poſonius nicht vergeſſen hatte, ihm das Coſtume höchſt umſtändlich vorzuſchreiben; er fährt mit Dampf zum Schneider, beſtellt Hofkleidung, erhält ſie binnen 16 Stunden und gelangt noch zur rechten Zeit nach Schloß Windſor. Die graue altersthümliche Burg, die, ſo umfangreich wie ein deutſches Landſtädtchen, von der Krone eines ſanften Hügels aus die lieblichſte Parklandſchaft überſchaut, faßt Mr. M.... nicht; kein ernſthaften Empfang von ſeiner allergnädigſten Königin erwarten. Auf den Treppen aber ſtehen von einem Anzug zum andern bis lange Hofdiener, in rothen Röcken mit ſcharlachen Geſichtern, ſtumm wie Statuen, den rechten Arm ſteif ausgeſtreckt wie hölzerne Wegweiſer, mit dem Zeigfinger auf die verſchiedenen Thüren deutend, die er zu paſſiren hat. Durch eine Reihe ſolcher lebendigen Grenzſteine gelangt er endlich in einen Saton, in welchem eine kleine Gruppe anderer Talgſteine mit verhaltenem Athem die Köpfe zuſammenſteckt. Nach einer halben Stunde öffnet ſich wie ein Flügelthür, heraus ſchreitet langſam wie der Cerimonienmeiſter; hinter ihm — an Prinz Albert's Seite — ſchreitet die Königin, ohne ihre Augen anzudrücken, gerade durch den Saal nach dem Banketzimmer. Lautlos folgen die Geladenen, und wieder ſtreckt der Ceremonienmeiſter mit einem Geſichte, wie es Nelſon machte, als er ausrief: „England erwartet, daß Jeder ſeine Pflicht thue,“ den Zeigefinger aus und weiſt ihnen ihre Sitze an. Auf dem aufgeſpreizten Saale rauſcht das Cerimonienmuſik. Suppe, Fiſche und Fleiſch kommen und gehen, Meſſer und Gabeln klingen im Takt, aber die Zungen bleiben gebannt. Ihre Majeſtät erhebt ſich. J. Maj. gehl. — Prinz Albert benutzt raſch dieſe Gelegenheit, um mit einem der Geſtifte über die Reize des Windſor zu ſprechen. Das Eis ſchmilzt ſomit gebrochen. O der Täuſchung! Man winkt zum Kaffee. Wieder feierliche Stille, wie während einer Pauſe im Gottesdienſt. Man nippt und ſieht von Weitem die Königin an. Mr. M.... ſehnte ſich nach den Minuten von Windſor, um nur wieder einen menſchlichen Laut zu hören, und wartete ungeduldig auf irgend ein Signal zum Aufbruch. Da ſchreitet der Ceremonienmeiſter langſam auf ihn zu und flüſtert: „Ihre Maj. befiehlt, daß Sie vorgeſtellt werden.“ — Mr. M.... nahrt ſich J. Maj., beugt ein Knie und haucht einen unterthänigen Kuß auf die Hand der Königin — eine feierliche Stille! — — Die Vorſtellung iſt vorüber. Wieder vergeht eine lange bange Stunde, während welcher die Gäſte in gemeſſener Entfernung von der Königin, die man ohne beſondere Aufforderung nicht anreden darf, ſchüchtern miteinander zu flüſtern wagen. Zum Letztenmal ertönt nacht ſich Pinelli mit dem Cerimonienmeiſter, mit Hrn. Weller: „Ihre Maj. befiehlt, daß Sie eine Converſation mit ihr anknüpfen“ — gelenkt er ihn nach einer allvorenartigen Verbeugung des Saales. — Die Unterhaltung dauert volle 10 Minuten, und Mr. M.... bemerkt zu ſeinem freudigen Erſtaunen, nicht nur, daß Königin Victoria ebenſo einfach und natürlich ſpricht, wie jede Dame Englands zu reden weiß, ſondern daß ſie mit Geiſt und Verſtändniß ſpricht, ja, daß ſie ſein jüngſtes Buch über den Orient vollſtändig und gründlich geleſen hat. Mr. M.... geſteht, daß ihn die Liebenswürdigkeit ſeiner Königin für die Langeweile der letzten Stunden hinreichend entſchädigt habe.

— Die chineſiſchen Aerzten haben das Recht, mit porſümirten Bambusſtöcken gepriegelt zu werden. Als einmal ein „Baron“ irrthümlich ohne Parfüm gepriegelt worden war, ſchnitt er ſich den Bauch auf, weil ſeine Ehre verletzt ſei.

Schwurgerichtsverhandlung.

† Würzburg, 28. Auguſt. Die 2 Woche unſerer Schwurgerichtsverhandlungen wurde mit einer Anklage von Brandſtiftung eröffnet. J. Pfraug aus Lauter hatte am 3. Januar d. J. in der Scheune des Gemeindevorſtehers Hartmann und des Bauern Katharein Feuer angelegt; welches Nachts um 1 Uhr ausbrach und das Leben eines Kindes gefährdete und einen kranken Greiſen in nachtheiligen Schrecken verſetzte. Pfraug ſoll nach Ausſagen der Zeugen auf Haß gegen den Gemeindevorſteher es gethan haben, weil dieſer zu Kirchweihzeit ihm nicht etwas Holz gereicht habe, denn Pfraug war arm und wurde im Dorfe von den Nachbarn erhalten, ſeine Wohnung war im Gemeindehauſe; er war früher beim Militär wurde aber als geiſtesſchwach in die Liſte eingeſchrieben, woran er auch im Geſichtsſaale nicht unbedeutliche Zuckungen in ſeiner Anlage an den Tag legte. Der dieſige l. Gerichtsarzt Klinger erkannte in ihm Geiſtesſchwäche. Der Vorſteher von Lauter wollte es als Verſtellung angeſehen haben. Die Geſchworenen ſprachen ihm ſchuldig des erſten Grades der Brandſtiftung, erkannten aber gemiverte Zurechnungsfähigkeit, worauf der Gerichtshof 12 Jahr Zuchthausſtrafe bekannte. Vorſitzender: Ap.-Ger.-Rath Schattemann. Staatsanwalt: Appell.-Ger.-Aſſeſſor Helfreich. Vertheidiger: Convikent Streit.

Neueſtes.

* Würzburg, 29. Auguſt. Nach einer ſo eben uns offiziell zugegangenen Mittheilung können wir die Nachricht geben, daß Sr. kgl. Hoh., Prinz Luitpolt morgen Mittag hier eintreffen werden.

München, 27. Auguſt. Der Präſident der königl. Regierung von Oberbayern, Fr. v. Benning, iſt bereits auf Urlaub abgereiſt, um Sr. Maj. den König Otto von Griechenland, an der Landesgrenze zu empfangen.

Frankfurt, 28. Aug., 5 Uhr Abends. „Globe“ bringt ſo eben die Nachricht, daß König Ludwig Philipp am 26. d. M. früh in Claremont mit Tod abgegangen iſt.

Karlsruhe, 27. Auguſt. Aus ſicherer Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß das Haupt der früheren Oppoſition in unſerer zweiten Ständekammer, Hr. v. Ihſtein, beabſichtigt, ſeinen Platz in der Kammer wieder einzunehmen. Er iſt bekanntlich hinſichtlich der Anklage wegen Hochverraths von dem Hofgericht von der Anklage entbunden worden und hat nun eine ſchriftliche Aufforderung an die Kammer erlaſſen mit der Bitte, ihn einzuberufen. Wir ſind begierig auf die beſfallſigen Verhandlungen, nachdem bereits die Regierung eine neue Wahl in ſeinem Bezirk ausgeſchrieben hat, auch die Wahlmänner bereits ergänzt ſind. Wir glauben, daß es Hrn. v. Ihſtein nur darum zu thun iſt, ſich mit Ehren zurückzuziehen: denn es kann ihm unmöglich ernſtlich darum zu thun ſein, wirklich in die Kammer einzutreten und ſeinen Wohnſitz dahier zu nehmen. — Eine Gnade Ihſtein's, datirt vom 19. Auguſt aus einem Luftkurorte, worin derſelbe gegen die für ſeine Wahlbezirk angeordneten Ergänzungs Einſprache erhebt und um ſeine Einberufung nachſucht, veranlaßte eine lange Erörterung zwiſchen dem Abg. Weller einerſeits und dem Abg. Treſurt und dem Präſidenten Bett auf der andern Seite. Der Präſident hatte nämlich nach Anzeige der Einberufung einer beſonderen Commiſſion für dieſen Gegenſtand, die denſelben jedenfalls vor der Vornahme der Erſatzwahl in Betreff ſeiner erledigen ſolle. Treſurt und Bett erklärten ſich gegen dieſen Antrag, der, da er nicht unterſtützt wurde, nicht zur Abſtimmung kam, wonach es bei der Ueberweiſung an die Petitionscommiſſion ſein Verbleiben hat. F. J.

Rottweil, 26. Aug. Der hieſige Stiftungsrath hat beſchloſſen, das Inſtitut der barmherzigen Schweſtern im hieſigen Spital und Krankenhauſe einzuführen.

Bietnar, 26. Auguſt, Abends 9 Uhr. Seit einer halben Stunde ſteht das Zuchthaus in Flammen, das mit großen Holz- und anderen Waarenvorräthen angefüllt iſt. Die Züchtlinge wurden in's Freihaus geflüchtet. Bei dem ſtarken Oſt- Süd-Weſt-Winde fürchtet man für die angrenzenden Straßen. Alle Glocken ſtürmen und nach langer Zeit wurde auch die Löſchmaſchine wieder gelöſt, ein Gebrauch der aus höheren Rückſichten ſchon längere Zeit bei ähnlichen Ereigniſſen unterlaſſen worden war.

Als ein Symptom der Zeitſtimmung darf der am 17. und 18. d. M. in Eiſenach abgehaltene Burſchentag betrachtet werden, zu welchem die Universitäten (Berlin, Bonn, Jena, Erlangen, Leipzig, Marburg, Gottingen, Halle und Heidelberg) Abgeordnete geſchickt hatten und deſſen Zweck die Verſchmelzung der Burſchenſchaften mit den Landsmannſchaften und Corps war. Als unmittelbare Abgeordnete erſcheinen, daß dieſe Verſchmelzung nur dann möglich ſei, wenn das bisherige Prinzip an die Spitze geſtellt würde, erhob ſich ſofort vielſeitiger Widerſpruch und erfolgte demnächſt der Austritt aller Berliner, ſowie einer Theils der Leipziger, Jenaer u. Hallenſer aus der Verſammlung. (C. C.)

† D. Wien, 27. Auguſt. Die heutige Nummer der „Wiener Zeitung“ enthält endlich eine Note, woraus erſichtlich iſt, daß Oeſterreich durch das von ihm genehmigte Schiedsgericht nur die Interpretation des Reglements der Bundesſtellung Mainz (des Mainzer Feſtungsreglements) beabſichtigt. — Die Reiſe des k. k. Miniſterpräſidenten Fürſten v. Schwarzenberg nach Iſchl wird mit der Ankunft des kaiſerl. ruſſiſchen Staatskanzlers Grafen v. Neſſelrode in Linz und mit der deutſchen Frage in Zuſammenhang gebracht. (Z.O.A.-Z.)

Verhandlungen des Friedens-Congreſſes.

Frankfurt, 24. Aug. (Schluß der III. Sitzung.) Hr. Dr. Hermann Rothe behauptet, man habe nicht erforſcht, wo die Quelle der Uebel liege, welche uns bedrücken. Unſer Zuſtand ſei ein unnatürlicher, behauptet er, nur durch die Rückkehr zur Natur konnten wir geheilt werden. Man könne den Krieg als einen „Zweig vom Baume des Uebels abſchneiden, aber er werde wieder wachſen. Der Baum ſei ihm ein Dorn im Auge. — Hr. Schaf aus Oeſterreich ſpricht aus, daß nur Vorurtheil das Unglück über die Welt ge-

bracht. Völker stehen gegen Völker und gegen Fürsten auf; es ist ein beständiger Kampf. Nirgends wir uns die Hände in Frieden, sagen wir, aller Kampf sie vergessen und er wird vergessen werden (Beifall). — Die Erörterung wird nun geschlossen und der betreffende Artikel wird angenommen. — Das Comité bringt hierauf noch folgenden Zusatzartikel in Vorschlag: „Der Zweikampf ist verboten. Die Mitglieder des Friedenscongresses versprächten sich durch ihren Beitritt, jedem Zweikampf zu entsagen." Die HH. Governeur, Bivenit und v. Girardin sprachen über diesen Punkt. Der Antrag wird mit Beifall angenommen. — Dr. Lord Richard Cobden ersucht die Versammlung auf, den Comitémitgliedern, besonders dem Herrn Dr. Barrentrapp, der dem Congreß so viele Opfer gebracht, und den Behörden der hiesigen freien Stadt dankbare Anerkennung auszusprechen. Wenn wir wieder hierher kommen, rief der Redner, so sehe die Gemeinde nicht mehr mit gezogenem Schwert und verbergen den Antlige vor uns; freundlich blicke sie herab. Deutschland reiche dem ihm verbrüderten England und allen übrigen Nachbarvölkern in Frieden die Hand! (Beifall.) Nicht die deutsche, nicht die französ. Trivolore, nicht die Fahne irgend einer andern Nation, sondern das weiße Banner der Einigung aller Nationen werde und vorgetragen. (Rauschender Beifall.) — Hr. Bischers stattete in franz. Sprache ebenfalls Dank ab, worauf ihm Pfarrer Bonnet von hier im Namen der Stadt Frankfurt erwidert. Alle Anwesenden ethoben sich; Hr. Cobden rief: hip, hip, hip! und ein donnerndes neunfaches „Hurrah" erschallte, worauf allgemeines Beifallklatschen des Publikums folgte. Eine feuerliche Feuerte erfüllte alle Anwesenden. Herr Jos. Sturge von Birmingham sprach den Wunsch aus, daß die Versammlung beschließen möge, den nächsten Congreß in London zu halten. Herr Dr. Greigenach theilt mit, daß ein Mitglied des Friedenscongresses 230 fl. für den Druck sämmtlicher hier gehaltenen Reden deponirt habe. Diese Reden sollen sodann für 6 kr. per Exemplar verkauft werden. Diese Mittheilung wird mit Beifall aufgenommen. — Herr Dr. Spieß spricht ebenfalls den Wunsch aus, daß der nächste Congreß in London gehalten werde, wo gleichzeitig eine allgem. Gewerbsausstellung, als Zeichen der fortgeschrittenen Bildung, anberaumt sei. Der Antrag wird angenommen. — Emil v. Girardin: Wir haben bewiesen, wie groß Einigkeit sei; keine Störung ist hier vorgekommen. Statten wir dafür den Behörden, der unsere Versammlung so wohlwollend leitete, unsern Dank ab. Beifall drückt das Gefahl der Versammlung aus. — Hr. Cobden spricht in demselben Sinne in englischer Sprache, und sagt hinzu: „Wir haben durch unsere Versammlung den Regierungen eine gute Lehre gegeben." Diesen Worten folgte nochmals ein dreimal wiederholtes „Hurrah." — Der Präsident sprach dahin in beredten Worten seinen Dank aus. Darauf erhob sich Hr. Cobden und forderte die Versammlung auf, dem freien einigen Deutschland ein dreimaliges „Hurrah" zu bringen, was einmuthig erfolgte. Mit einem dreimaligen „Hurrah" für Cobden schloß die erhebende Feier. Einem wir unsern Wunsch, indem wir die Zuschrift der Pariskrische wiederholen:

O walle hin, du Opferbrand,
Hin über Land und Meer,
Und schling' ein wenig Liebesband
Um alle Völker her!

— Schluß der dießjährigen Sitzungen des Friedenscongresses um 5 Uhr Abends.

Berlin, 25. August. (Fortsetzung der in der gestrigen Nummer abgebrochenen Aktenstücke aus dem „Preuß. Staatsanzeiger.") Das k. k. Kabinet erklärt sich bereit, diesen Vorschlag bei den mit ihm näher verbundenen Regierungen zu befürworten, und zwar so, daß ganz in die Absicht eingegangen werde, die materielle Verwaltung des Bundeseigenthums als eine gemeinschaftliche allen Regierungen möglich zu machen, ohne daß dadurch einem Theile — eben so wenig also den in Frankfurt nicht vertretenen, als den daselbst gemeinsam berathenden Regierungen — in der Hauptsache etwas vergeben werde. Indem durch diese Erklärung, welche wir in voriger Nummer bereits anzeigten, die Verhandlung, welche wir suchten, im Wesentlichen erreicht ist, kann es sich nur noch um die Modalitäten der Ausführung handeln, um die baldschlige, selbstständige, aus der vollen Gleichberechtigung aller Theile hervorgehende Behörde herzustellen. Je einfacher und rascher diese Ausführung ins Leben treten kann, um so vortheilhafter wird es ohne Zweifel sein, die Zuziehung des Gesagten, wie sie vielleicht ebenso berathungswerth, als der deutschen Regierungen anerwünscht wäre, wenn die Durchführung des einmal angenommenen Grundsatzes sich durch weitläufige Erörterungen, Debatten und Nebenerschlüssen im Einzelnen verzögern sollte. Eben aus dieser Erwägung war unser Vorschlag hervorgegangen, daß man sich einfach an das Bestehende halten und der bisherigen, mit den Geschäften vollkommen bekannten und durch das Vertrauen aller deutschen Regierungen eingesetzten Bundescentralkommission die Verwaltung des Bundesvermögens auch ferner belassen solle. Eine einfache Erklärung der obigen Aeußerungen dahin, daß man diesen Vorschlag fallen lasse, als durch den in dem Protokoll v. 30. April d. J. niedergelegten Beschluß der Bundescommission wesentlich die beiden in derselben unmittelbar vertretenen Regierungen verpflichtet sind, die Thätigkeit derselben bis auf weitere gemeinsame Entschließungen in der bereits bezeichneten Weise fortdauern zu lassen. Es würde alsdann auch der in der Convention vom 30. September v. J. festgestellten Modus schiedsrichterlicher Entscheidungen für die auch nach unserer Ueberzeugung voraussichtlich seltenen Fälle, wo eine Einigung unterhalb der Commission nicht zu Stande kame, seine natürliche Anwendung finden. Wir können daher auch nicht umhin, diesen Vorschlag zu wiederholen und unsere bestimmte Ueberzeugung dahin auszusprechen, daß dies der angemessenste Modus und die natürlichste, alle Weiterungen und Erörterungen am besten vermeidende Form sein werde. Es würde in der Entscheidung der Commission allerdings insofern eine Aenderung eintreten, als dieselbe auch der in dem angezogenen Protokoll ihr noch vorbehaltenen politischen Thatigkeit in besonders dringenden Fällen entbleibt und auf die Verwaltung des Bundesvermögens beschränkt werden würde. Der Billigung unserer Verbündeten für unseren Vorschlag und unserer Zuversicht entgegensehen zu dürfen und erwarten nur eine zustimmende Aeußerung des k. k. Kabinets, um die sonstige Genehmigung derselben einzuholen. Wir wollen es im Interesse der Verständigung nicht von vorn herein ablehnen, auch einen andern Weg, als den von uns indicirten bestehenden Vorschlag (sofern derselbe den oben angegebenen Zweck zu erreichen geeignet ist) unsern Verbündeten vorzulegen und denselben in eingehende Erwägung zu nehmen, um so mehr, da wir mit Zuversicht von dem k. k. Kabinet voraussetzen, daß es ihm, wie uns selber, um das Wesen der Sache zu thun sei, und daß es auch ihm fern liegen werde, Nächst nehmen werde, welche durch den von ihm selbst aufgestellten Grundsatz, daß keinem Theile in der Hauptsache etwas gegeben werde, geboten wird. Daß wir unsererseits in dieser Angelegenheit uns zunächst an das k. k. Kabinet wenden, liegt in der Natur der Sache und unserer Beziehungen zu demselben. Wenn dasselbe sich über unzulänglichen Gang in Frankfurt mit seinen daselbst zusammentretenden Verbündeten berathen und verständigen, eventuell mit ihnen einen gemeinsamen Beschluß fassen will, so haben wir dagegen natürlich nichts einzuwenden. Es versteht sich dabei von selbst und wird auch von dem k. k. Kabinet nach den oben erwähnten Grundsätze nicht verkannt werden, daß wir jeden in solcher Weise dort gefaßten Beschluß, der eine Bundesverbindlichkeit auszuführen versucht, von vorn herein ablehnen müssen.

Cw. te. wollen dem k. k. Ministerpräsidenten Abschrift dieser Depesche mittheilen und auf den Grund der darin enthaltenen Eröffnungen den weiter einzuhaltenden Gang vorläufig mit demselben besprechen, worüber ich Ihren Berichten entgegensehe. Berlin, den 20. August 1850. (gez.) v. Schleinitz. An den fgl. Gesandten rc. Herrn Grafen v. Brasdorff Hochgeboren zu Wien.

b) Den Ausmarsch baldiger Truppen betreffend: 1) Abschrift einer Depesche Seiner Durchlaucht des k. k. Ministerpräsidenten Fürsten zu Schwarzenberg an den k. k. Gesandten zu Berlin, Feldmarschall-Lieutenant v. Prokesch-Osten, d. d. Wien, 12. Aug. 1850. Ew. Exc. erhalten in der Anlage Abschrift einer am 4. d. M. von dem königl. preuß. Kabinet an den Grafen v. Brasdorff erlassenen und mir von demselben mitgetheilten Depesche. Wir ersahen durch dieselbe, daß nach Ansicht des Berliner Hofes: in Folge Erhöhung der unfurangischen Stärke der Bundescontingente auf 2 pCt. der Bevölkerung, und der Ausnahme von Ost- und Westpreußen und von Deutsch-Posen in das Bundesgebiet, der bisherige Beruhen der Bundes-Armeecorps aufgelöst worden sei, obwohl jene Maßregeln nur auf die Stärke der Armeen, ihre Eintheilung, ihren Eintritt, ohne deren Verband im Entsernetsen zu beziehen, die letztere derselben aber noch überdies nur das provis. Contingent betreffen kann; diese von Preußen behauptete Auflösung des Corpsverbands die frühere Bundesstrategieverfassung aber Gültigkeit gesetzt habe, obwohl die Thatsachen, welche diese Auflösung bewerkstelligt haben sollen, vor Uebereinkunft vom 30. Sept. v. J. vorhergegangen sind, durch die Preußen sich verpflichtet hat, die Bestimmungen der Bundesversassung durch seine Commissäre handhaben lassen zu wollen; die Verlegung der baldigen Truppen nach Preußen und die Besetzung des Großherzogthums Baden durch jene Truppen nichts als eine Administrativmaßregel, eine einfache Vertauschung der Uebungsplätze sei, obwohl man nach allen bisherigen Begriffen von Militär- und Landeshoheit, von Selbstständigkeit und Unabhängigkeit eines Staates, der erwähnten Verfügung eine von der Auffassungsweise des Berliner Kabinetes verschiedene Deutung zu geben berechtigt ist, und nach der ausgesprochenen Ueberzeugung der Chefer des Bundes vom Jahre 1815 nur der Gesammtbund das Recht und die Pflicht hat, im Falle anerkannten Bedürfnisses so wichtige, das Gesammwohl so nahe berührende Maßregeln zu ergreifen, als sie hier in Rede stehen, es sind; die zwischen Preußen und Baden geschlossene Militärconvention durchaus bundesrechtlich begründet sei.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 28. August 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	—	1265
" 5% Metalliques	74⅛	74⅝
" 4% "	63	63½
" 3% "	47⅝	47⅞
" 2½% "	35⅝	—
" 4½% Bethmann	—	76½
" 4% "	—	66
" fl. 250 Loose v. J. 1839.	100⅞	101⅜
" 500 " 1839.	156½	157
Preußen 3½% St. Schuld Schein.	86⅛	86⅝
" 3½% 50 Thalern Schein.	—	—
Bayern 3½% Obligationen	84	—
" 4% "	89⅛	89¾
" 5% "	100⅛	100⅝
Württemberg 3½% "	83⅝	84⅛
" 4½ "	98	98½
Baden 3½ "	81½	82
" fl. 35 Loose	32½	33½
" 50 "	52⅜	53⅜
Nassau fl. 25. 50 Thalern Scheine.	26	26⅜
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	76⅛	76⅝
" fl. 25 "	25⅜	25⅞
Polen fl. 300 "	135	—
Sardinien Lot. 36	32½	33⅜

Druck von Joseph Stoll in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 36 kr.

Erscheinen: Im Schnellpost 2. Dito. Nr. 833.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 208. Würzburg, Freitag den 30. August. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 27. August. Se. Maj. der König haben unterm 24. Aug. l. Js. Allerhöchst beschlossen, an die Stelle des auf die Pfarrei Straubing in Oberfranken ernannten protestantischen Pfarrers en Rhgheim, Joh. Michael Mayer, den Delan und Kirchenrath in Würzburg, Dr. Ernst Wilhelm Fabri, sodann an die Stelle des verstorbenen Weinhändlers Franz Marxer von Aschaffenburg, den Kaufmann Franz Joseph Pog daselbst, endlich an die Stelle des verstorbenen Posthalters Lorenz Horn zu Rosbrunn, den Gutsbesitzer Ferdinand Beroli zu Mühlbach zu Mitgliedern des Landeaths von Unterfranken und Aschaffenburg zu ernennen.

München, 28. August. Nach heute erschienenen allerhöchsten Rescript wurden folgender 18 Fahnenjunkerten der letzten Klasse der k. Kadettencorps zu Junkern ernannt: 1) Hermann v. Bezold und Friedrich Schubert im 1., Konstantin Frhr. v. Beulwitz im 3. und Friedrich Blume im 1. Artillerie-Regiment, Karl Frhr. v. Reitzenstein im 9., Moritz Orff im 3. und Klemens Eberhard im 13. Infanterie-Regiment, Emil Pauli im 1. Jägerbataillon, Hubert Bernhold und Leon von der Mark im Infanterie-Leibregiment, Georg Faulhaber im 5. Chevauxlegers-Regiment, Graf v. Waldersee im 2. Infanterie-Regiment, Maximilian Frhr. v. Welsen im 5. und Albert Lutzenstat Frhr. v. Lusaffe im 2. Chevauxlegers-Regiment, August Frhr. v. Bibra im 6., Michael Dillmann im 7., Hugo Frhr. v. Sainte Marie-Eglise im 1. und Gustav Kraus im 2. Infanterie-Regiment.

Die Reise des Präsidenten der franz. Republik.

Die „Times", dieses Hauptorgan der öffentlichen Meinung in England liefert eine interessante Betrachtung folgendermaßen: „Die Reise des Präsidenten der französischen Republik durch die Departements von Burgund und Ost-Frankreich ist sicherlich die sonderbarste Manifestation seiner persönlichen Einflusses und seiner Stellung, die, seitdem er die Exekutiv-Regierung der Republik übernommen hat, gegeben worden ist. Die für seine erste Erscheinung in den Provinzen gewählten Städte waren offenbaren schlecht gestimmt für seine Regierung und allgemein als solche bekannt, in denen die rothe Republik die größte Anzahl leidenschaftlicher Anhänger hat. Mehrere von diesen Distrikten stehen noch unter dem Kriegsgesetze; die Nationalgarde ist in einigen derselben ihrer revolutionären Tendenzen halber aufgelöst worden, und haben großentheils ultra-republikanische Mitglieder in die Nationalversammlung gewählt. Als aber in Dijon, in Montbard, in Chalons-sur-Saone ein Versuch gemacht wurde, den einheimischen Volksjubel zu stören, zeigte es sich klar, daß während eine Rotte liederlichen Gesindels die demokratisch-soziale Republik hoch leben ließ, die Masse des Volks ihre Theilnahme von ihrer Zurneigung ganz dem Manne zugewendet hatte, zu dessen Empfang und Bewillkommnung sie herbeigeströmt war. Demnach konnte nichts weniger die beschiedene Reise des ersten Beamten einer Republik streichen und nichts sich mehr dem Glanze eines kais. Zuges nähern. Allenthalben wurden die Erinnerungen an das Kaiserreich und an den Kaiser Napoleon aufgefrischt und dem Volke vor Augen gestellt. Hier mit Feierlichkeit ein Denkmal besucht, welches den verstorbenen Feldherrn auf St. Helene darstellte und die Inschrift trägt: „Für Napoleon, Neipot, ein Grenadier von Elba." Dort wurde eine Stadt daran erinnert, daß der große Kaiser ihr Wappenschild mit dem großen Stern der Ehrenlegion bereicherte. Als die Gesandtheit des Präsidenten von dem Präsekten von Macon ausgebracht, wurde sie mit dem „glorreichen und außerdichten Andenken an den Oheim," eröffnet, und zu Ehren „seines würdigen und populären Erben Louis Napoleon," geschlossen. Der Prinz, wir er von eifrigen Andetern der aufgehenden Sonne behielt wurde, nahm alle diese Ehrenbezeugungen, als wären ihm selbst, noch ihrem gegenwärtigen Amte in der Republik Ehren, so der That, dieser anstößige Ausdruck wurde selten gebraucht) sondern als dem Ruhme seiner Familie und ihres großen Hauptes gebührend, an; während die einzige Erwähnung der Konstitution nur gemacht worden zu sein scheint, als ein unzeitiges Beigehen um Aemter für einen seiner besten Freunde, von Neipot, dem Grenadier von Elba, gewagt wurde, welche Louis Napoleon, ohne Mitwirkung der Nationalversammlung, der Konstitution gemäß nicht zu gewähren können erklärte. In einem Orte äußerte die Municipalgarde ausdrücklich die Ansicht, daß eine Verlängerung der Periode der Amtsgewalt des Präsidenten für Frankreich unumgänglich nothwendig sei." „Vielleicht spricht diese letztere Erklärung hinlänglich genau den vorherrschenden Wunsch des Landvolks und eines beträchtlichen Theiles der mittleren und niedrigeren Stände in Frankreich aus. Niemand will von einem Staatsstreich oder einer neuen Revolution, selbst um den Folgen der letzten Revolution zu entrinnen, hören; aber ein stufenweises Aufsteigen Schritt für Schritt, von dem Range eines Präsidenten zu der in der Ferne liegenden Größe des Kaiserreichs würde wahrscheinlich Unterstützung bei dem Volke finden, dem, wenn auch diese Veränderungen, da sie eine Aenderung der Konstitution von 1848 voraussetzen, schwierig und gefährlich zu sein schienen, so darf man nicht vergessen, daß die unvermeidliche Wirkung dieser Konstitution von der Nation durch nur verfuchte und das Jahr 1852 als eine unheilvolle Frist betrachtet wird, aber weiter hinaus keine Gewißheit, vielleicht keine Rettung zu finden ist. Der Weg, der dem Lande nun offen liegt, und den Louis Napoleon natürlich so breit und sodend als möglich zu machen sucht, ist der, daß er darnach um so mehr, als eine Verlegung des Gesetzes zu seinen Gunsten aller Wahrscheinlichkeit nach weniger nachtheilige Folgen haben wird, als die Verletzungen des Gesetzes gegen ihn, oder zu Gunsten irgend eines republikanischen oder royalistischen Kandidaten." „Die Erinnerungen an die kaiserliche Regierung in Frankreich sind verschieden populär in ihrem Charakter, obschon sie in ihren politischen Resultaten despotisch waren, und bei einigem Nachdenken wird man finden, daß diese beiden Dinge nicht unvereinbar sind. In mancher Hinsicht kann die Politik des Bonaparte's mit der, der ersten Cäsaren verglichen werden, als sie auf der Grundlage der Partei des Marius in der römischen Republik eine dauernde Gewalt zu erreichen suchten. Ihren Plane widersetzte sich unvermeidlich Alles, was noch von senatorischer Größe übrig war; einem verfassungsmäßigen Plan widersetzten sich in Frankreich die Anhänger der royalistischen Sitte, die Ueberreste der Aristokratie, die Staatsmänner, die ihr Leben im Dienste der konstitutionellen Monarchie zugebracht, und die Klassen, welche bisher durch ihren Verstand oder durch ihre Wohlhabenheit einen bedeutenden, wenn nicht ausschließenden Antheil an der Regierung in Anspruch genommen haben. Gegen diese persönlichen Anfeindungen, welche Louis Napoleon nie ganz für sich zu gewinnen hoffen kann, hat er die Stimmung der Masse des Landvolks, die sich auf bedeutende Volksklassen erstreckt, die Armee unterjocht und von der Kirche konstionirt wird, für sich. Seine Macht ruht auf einer breiten Grundlage; aber sie bedarf der Erhöhung; und die höhern Klassen, die ihm allein ihre Art von Beistand geben könnten, sind seine natürlichen Widersacher. Mit andern Worten, die Fürsten auf dem Haupt Bonaparten beider Linien stehen, weil ihre Regierung sich auf den Beistand gewisser Klassen stützte, und sich zu wenig um eine Masse des Volkes kümmerte. Die Bonapartes, im Gegentheile, haben auf jede Gefahr hin versucht, ihre Regierung populär zu machen, und sich gegen die Reinde, die diese Politik ihnen bereitete, zu vertheidigen. Es ist in Frankreich ein ungeheurer Unterschied zu beobachten zwischen einer Regierung, welche populär, und einer Regierung, welche frei ist. Die Maßregeln, welche wir unbedingt despotisch nennen würden, als Beschränkungen der öffentlichen Diskussionen, Polizei-Regulirungen, Verbannungen gegen politischen Meinungen, und die unabhängige Einwirkung der Administration in die Geschäfte des täglichen Lebens fallen mit zehnfach schwerem Gewichte auf die höheren Stände. Ihre Stellung im Leben gibt ihnen mehr Freiheit zu denken und zu handeln, und sie leiden daher am meisten durch die Beraubung derselben. Aber diese Formen der Autorität werden von der Masse der Bevölkerung im Vergleich weit weniger gefühlt. Ein Mann, der keine Zeitung lesen kann, leidet unvergleichlich weit weniger durch die Gesetze gegen die Freiheit der Presse, als ein solcher, der gewohnt ist, täglich drnken, welches allgemein drückende für alle Klassen, welche Rang, Reichthum und Intelligenz besitzen, sein würde, obgleich es dem Landvolke und den zahlreichen Volkskassen nur sehr wenig zur Last fällt. So war zufällig der Charakter der Regierung der römischen Kaiser, daß sie Nichtannahme des Mißbrauchs des Militär-Konskription, war auch der Despotismus Napoleon's beschaffen." „Wie wenig auch sein Neffe von seinem Genie geerbt haben mag, Louis Napoleon hat bestandig die Absicht an den Tag gelegt, das große Prinzip seiner Politik, mit Ausnahme des Theils derselben, der aus seinen innerstaatlichen militärischen Unternehmungen hervorging, nachzuahmen. Und obgleich wir dem Präsidenten die gefliffentliche Abneigung gegen liberale Institutio-

nen, die jede Handlung der Regierung des Kaiserd durchdrang, nicht brmessen; so muß doch die Aehnlichkeit ihrer Lage auf die Länge zu einigermaßen ähnlichen politischen Wirkungen führen. Louis Napoleon muß sich auf seine Wertheidiger stützen und muß seine Gegner bekämpfen; aber seine Vertheidiger sind hauptsächlich bei dem Landvolke, bei der Armee und bei der Kirche zu finden; seine Gegner sind in der Nationalversammlung unter den Ex-Ministern und Ex-Königen, in den Hauptorganen der Presse und in den höheren Kreisen der Gesellschaft. Er wird daher die Rechte und Privilegien, welche der Masse der französischen Nation theuer sind, erweitern, aber die Rechte und Privilegien des Senats, der Presse, und dessen, was man die öffentliche Meinung nennt, beschränken. Er wird auch Popularität, zuweilen auf Kosten der Freiheit, suchen, und wird wahrscheinlich das Prinzip des allgemeinen Stimmrechts benutzen, um die Männer, die am meisten fähig sind, kühn und unabhängig zu denken und zu handeln, in die Fesseln einer Regierung zu schlagen, welche, theils aus Gefühl, theils aus Interesse, bei den gedankenlosen und unaufgeklärten Massen des französischen Volkes beliebt ist. Es wurde, wenn diese Bemerkungen auf einem richtigen Grundsatze beruhen, nicht schwer sein, nachzuweisen, welches die Kennzeichen und die Mängel einer solchen Regierung wahrscheinlich sein werden; aber sie liegt begonnen nur noch die Wirkung der Anstrengungen zu beobachten, die unnmehr gemacht werden, um diese Zwecke zu befördern, und den populären Unterban der Macht des Präsidenten zu vollenden, wie sie durch die Wahl vom 10. Dezember 1848 gegründet wurde, und wahrscheinlich durch jeden spätern Akkalt, der ihn Ehren des Kaisers in persönlicher Verbindung mit seinen zahlreichen und ergebendsten Anhängern bringt, aufgebracht werden will."

Archiv für das öffentliche Recht des deutschen Bundes.

Der anonyme Verfasser äußert in der Vorrede die Ansicht, „daß es hohe Zeit sei, die Erörterung der streitlichen bundesrechtlichen Fragen endlich wieder einmal auf das Gebiet wissenschaftlicher Prüfung zu versetzen und in Formen zu führen, die es Männern vom Fache möglich machen, ihre Stimmen abzugeben." In der That, die Art und Weise, wie seit einigen Jahren in Zeitungen und Parlamentsreden die schwierigsten staatsrechtlichen Untersuchungen abgemacht worden, kann nimmer zu gedeihlichen Resultate führen. Man sucht die Stimmen der Massen zu gewinnen, was natürlich nicht auf dem Wege wissenschaftlichen Scharfsinnes möglich ist; auch auf dem Felde staatsrechtlicher Literatur sind wir auf dem Prinzipe der Kopfzahl herabgestiegen, und ein „Pätter" würde heut zu Tage wenig Boden unter uns gewinnen können. Sogenannte Volksanwesenheit taugt eben so wenig auf dem Gebiete der Kunst und Literatur etwas, wie auf dem Gebiete der Verfassung; so lange sie aber in der Verfassung noch spukt, wird sie sich auch in allen anderen geistigen Gebieten geltend machen; sie wird in allen übrigen Fragen als letzte Instanz eben so gut aufgefordert wollen, wie in den rein politischen. Bei dem Kopfzahl-Prinzipe muß ein Volk früh tief, sittlich und wissenschaftlich stehen zu gut zu Grunde gehen, wie es politisch nicht anders möglich ist. Ich gehe Ihnen nur den Inhalt der fünf einzelnen Abhandlungen an, worans es besteht. In der ersten sührt der Verfasser aus, daß die deutsche Bundesversammlung nach dem Bundesgrundgesetze nicht berechtigt sei, sich selbst definitiv zu konstituiren, eine solche sei nur zu staatlichen Centralorgan des Bundes geschaffen zu haben. In der zweiten sucht er nachzuweisen, daß durch den Bundesbeschluß vom 12. Juli 1848 die Bundesverfassung und damit folgeweise die Bundesversammlung nicht aufgehoben sei. Die dritte Abhandlung unterscheidet in wie weit Gesetze und Landrecht im Jahre 1848 legal bei der Bundesversammlung vertreten gewesen seien. Die vierte beschäftigt sich mit der in der letzten Zeit vielfach angeregten Frage „ob das Plenum des Bundes sich nur auf Entscheidung des engeren Bundesrathes zur Abstimmung über die in diesem vorbereiteten Beschlüsse bidren könne?" Endlich wirft die fünfte Abhandlung die Frage auf: „Ob die Bundesmitglieder verpflichtet seien, die Bundesversammlung zu bescheiden und welche Folgen aus der Abweseuheit einzelner Bevollmächtigter in Bezug auf die Beschlußfassung hervorgehen?" — Wir werden in Bälde Gelegenheit haben sich schon der Mühe, etwas gründlicher darauf einzugehen und es wäre zu wünschen, daß unsere Männer von Fach, dem Wunsche des Verfassers gemäß, das Archiv benutzten, um sich pro oder contra zu äußern. Durch die ausschließliche Zeitungspolemik kann man nie zu einer Verständigung kommen, kann die babylonische Sprach- und Begriffsverwirrung nicht gehoben werden. Es gibt Ereignisse, die so stoerend in unsere ganze bisherige Auffassung eingreifen, die alle unsere Positionen so verändern und verwirren, daß es einiger Zeit bedarf, um wieder in unsere Harmonie hineingefunden und diese Gefahr damit meistert, „um allen formalistischen Unregelmäßigkeiten entgegenzutreten." Mit obigem Baraan soll nemlich zugleich eine lithographische Zeitungscorrespondenz verbunden werden. Herr Weil übernimmt anscheinend auch vorn 1. k. M. die Redaction des hiesigen „Tagblattes."

Karlsruhe, 27. Aug. Die heutige 14. öffentliche Sitzung (erste nach der Vertagung) der zweiten Kammer wurde vom Präsidenten Bell mit folgender Rede eingeleitet: Nach einer fünfmonatlichen Vertagung sind wir wieder berufen, um unsere im Merz d. J. unterbrochenen Geschäfte fortzusetzen. Die Angelegenheiten unseres großen deutschen Vaterlandes, wegen deren Verhandlung die damalige Unterbrechung unserer hiesigen Sitzungen erfolgte, sind inzwischen in keine bessere Lage gekommen. Die Zerrissenheit, Hilflosigkeit, ja Rathlosigkeit ist noch stärker geworden, als sie schon war, und eine der bedeutendsten Folgen derselben hat sich zu dem Schlusse eines edeln, aber unglücklichen Bruderstammes gezeigt, dessen Interessen mit jenen des Gesammtvaterlandes so innig verflochten sind. Möge die göttliche Vorsehung, wie die deutschen Völker selbst, so auch ihre Lenker erleuchten, fernerem Unfugen abwenden und den deutschen Stern wieder aufgehen lassen! Mochte Jeder in seinem Kreise aber niedern Kreise durch besonnene und vorurtheilsfreie Beurtheilung Anderer, und durch Bereitschaft zu eigenen Opfern, stets nur im Hinblick auf das Wohl des Ganzen, zur allgemeinen Verständigung beitragen, auf daß des Jammers bald ein Ende und die so dringende parlamentarische Eintigung der Nation; von der ihre Macht und ihr Wohlstand, der Schutz ihrer Freiheit, so wie der Ordnung abhängt, erreicht werde! Was unsere innere Lage betrifft, so werden wir nun nach den Andeutungen in der Thronrede unser andern Berathungen in verschiedenen Zweigen auch jene Vorlagen zu berathen haben, welche die Wiederherstellung des ordentlichen gesetzlichen Zustandes ermöglichen sollen, auf daß das Volk in freier Bewegung und gesichazt gegen die Uebel, die der Mißbrauch der Freiheit brachte, sich wieder sehe und sich in der schweren Aufgabe übe, frei zu sein, und dabei doch die Gesetze und die gesetzlichen Autoritäten zu achten. Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß sie voll warmen Eifers sur das Beste des Landes alle an uns kommenden Vorlagen rasch, gründlich und unbefangen prüfen und zu einer gedeihlichen Erledigung bringen werden.

— Möge der Geist des Friedens über unsern Berathungen walten, jener Geist, der Freiheit und Ordnung zugleich gründet, der, gleich weit entfernt von Sclaffheit, Gleichgiltigkeit oder Furcht, wie von Ungestüm, Ueberstürzung oder Uebermuth, mit dem heiligsten Streben nach Verbesserungen doch stets Mäßigung und besonnene Erwägung gegebener Verhältnisse verbindet, jener Geist schöpfungen zu Tage fordert, die, weil im Einklang mit den wahren Bedürfnissen unserer Entwicke-

ZMD-PPN-DE

tungsstufe, allein von Bestand sein könne! Mit diesem Wunsche erkläre ich nun die erste Sitzung für eröffnet.

Mainz, 26. August. Das Andrucksheft unseres Hrn. Bischofs an die hochwürdige Geistlichkeit unserer Diöcese, worin zu den im Oktober hier zu haltenden Exercitien eingeladen wird, nimmt Bezug auf das von den vor zwei Jahren zu Würzburg versammelten Bischöfen Deutschlands erlassene Sendschreiben, und führt unter Anderem die Worte an: „Lasset uns aus den Ursachen des äußeren Lebens gern und oft uns zurückziehen in unsere innere Welt und das so lange vernachlässigte Feld heiliger Aderen von Neuem anbauen. Lasset uns durch öftere Beichten und Bußübungen und insbesondere durch geistige Exercitien die Reinheit und innere Heiligung steigern, ohne die wir nicht wagen dürfen, tagtäglich mit dem Göttlichen zu verkehren." Worauf dann das Rundschreiben unseres Hrn. Bischofs fortfährt: „Diese Worte haben gemagt, um die geistlichen Exercitien über fast alle Diöcesen Deutschlands zu verbreiten. Ueberall sehen wir, wie Bischöfe und Priester in dem Gebrauche dieses erhabenen Mittels wetteifern, um sich in ihrem hohen Berufe zu vervollkommnen. — Meinem Hochwürdigsten Hrn. Vorgänger war es nur vergönnt, die in Würzburg erlassenen Hirtenbriefe und somit auch vorstehende Ermahnung zu machen, Hr. Pfarrer Westhoff aus der Diöcese Münster im hiesigen Seminargebäude vom 14. bis 18. Okt. die geistlichen Uebungen leiten wird. — Indem ich Ihnen hiervon Kenntniß gebe, so wünsche ich nicht, daß Sie, geliebteste Brüder, mit Freuden diese Zeit des Heils benützen werden. Es werden mir zum unaussprechlichen Troste gereichen, die Tage mit recht vielen meiner Mitbrüder in der Betrachtung und dem Gebete zubringen zu können. — — Da ich beabsichtigte, die Exercitien, wenn sich hinreichende Theilnahme zeigt, in zwei aufeinander folgenden Wochen anhalten zu lassen, so ist zum Wechsel unter mehreren Geistlichen derselben Pfarre Gelegenheit gegeben, und die Pastoralverhältnisse stehen somit der Anwohnung der Uebungen nicht mehr entgegen. Um nun die Theilnahme übersehen und die nöthigen Vorkehrungen treffen zu können, fordere ich Sie, H.H. Geistlichen, die Klerikal nehmen wollen, auf, die Anmeldung direkt bei mir einzureichen.

Die Constit. Corresp. meldet: Die bereits im Jahre 1847 beabsichtigt gewesene Conferenz von Bevollmächtigten der bei dem Eisenbahn-Postarten-Verein betheiligten Regierungen wird in diesem Jahre, wie jetzt wieder bestimmt, in Dresden stattfinden. Es sind auch die bisher dem Verein nicht beigetretenen Regierungen, namentlich die von Oesterreich, Bayern, Baden, Großherzogthum Hessen, Nassau, Frankfurt a. M. und Hamburg zur Betheiligung eingeladen worden.

Berlin, 26. Aug. Preußen hat die Anmuthung England's die Staatshalterschaft zu veranlassen, den Frieden, welchen Preußen im Namen des deutschen Bundes mit Dänemark abgeschlossen habe, zu respektiren und den Krieg, welchen ein einzelnes deutsches Bundesland mit einer auswärtigen Macht auf eigene Hand führe, auszutilgen, abgelehnt und seine Weigerung namentlich durch drei Punkte motivirt: 1) die Staatshalterschaft sei nicht eine von Preußen, sondern von der deutschen Centralgewalt, dem damaligen Reichsverweser, legal eingesetzte Behörde, kenne also nur von der Gesammtheit der deutschen Bundesstaaten und nicht von Preußen allein Befehle empfangen; 2) der von Preußen vorgeschlagene einfache Friede bedeute aber nichts anderes, als daß die Entscheidung der Streitfrage als eine innere Angelegenheit betrachtet und also den Herzogthümern selbst überlassen bleiben solle; 3) dieser Friede sei zwar von Preußen vorgeschlagen, aber von den übrigen Mitgliedern des deutschen Bundes nicht sanktionirt worden; er bestehe daher nicht als Vertrag, und man habe also auch kein Recht, seine Beobachtung zu fordern; 4) wollte man indeß auch dieß als wirklich Schritte thun für die Herstellung des Friedens in den Herzogthümern, so könne Preußen solche Schritte nur im Auftrag des deutschen Bundes, nicht aber auf eigene Dand unternehmen und es würde daher der derartige Auftrag immer erst durch Vereinbarung mit den übrigen deutschen Regierungen ausgewirkt werden müssen. — Wie sich also England bei einer etwaigen russischen Intervention verhalten würde, leuchtet aus obiger Anmuthung von selbst ein.

Schwurgerichtsverhandlung.

+ Würzburg, 29. August. Wiederum eine Tödtung in Folge von Eifersucht war Gegenstand der Verhandlung. M. Wertmüller, ein Maurergeselle aus Wüstenfachen, hatte am 12. Febr. d. J. (es war Fastnacht) Nachts 11 Uhr der Leinbach aus Melberg, welcher die Dienstmagd Rehm, auf welcher Wertmüller eifersüchtig war, nach Hause begleitete, mit einem gewissen Faustsich überfallen. Faustsich hatte zuerst dem Leinbach eine Ohrfeige versetzt und während dieser sich umwandte, versetzte Wertmüller mit einem Messer dem Leinbach einen Stich, daß er nach 11 Tagen starb. Die Geschworenen sprachen auch hier den Angeklagten schuldig der Körperverletzung mit Vorbedacht und der Wahrscheinlichkeit des nachfolgenden Todes, worauf der Schwurgerichtshof 9 Jahr Zuchthausstrafe verhängte. Präsident war Kreisrath Dr. Steppes; Staatsanwalt: Kr.-Ger.-Assessor Jan; Vertheidiger: Anwalt Koch aus Rothenfels.

Neuestes.

* Würzburg, 30. August. Heute früh trafen eine halbe Batterie reitende und eine halbe fußländer Batterie ihren Marsch nach Aschaffenburg an, die eine nimmt ihren Weg über Eisenbach, die andere über Lohr.

** Lohr, 29. August. Vor einigen Tagen kam ein Dampfschiff stromaufwärts, welches in unserer Nähe einen Kahn, der über den Fluß gegen wollte, umfuhr. Die sämtlichen sich befindlichen Personen, ein Mann und dessen Magd, wurden gerettet, seine schwangere Frau und sein Kind aber ertranken. — Ein weiter drohendes Unglück durch die sich steigernde Wuth der sich sammelnden Menschen gegen den an diesem Falle schuldig gezeichneten Schiffskapitän wurde durch die Thätigkeit der zufällig anwesenden zwei Gendarmerie-Brigadiere verhütet.

Karlsruhe, 27. August. Der junge Engländer, welcher unlängst in Baden wegen Thätlichkeiten gegen einen Bankangestellten verhaftet wurde, ist der englische Gesandte in der Schweiz Herr Peel. Er wurde sogleich wieder freigelassen.

Karlsruhe, 28. August. Dieser Nachmittag um halb 4 Uhr ist Seine Königliche Hoheit der Prinz von Preußen von Frankfurt hier angekommen und ebenfalls im Großherzoglichen Schlosse abgestiegen.

Heidelberg, 24. August. Die Einladungen zu der an hiesigem Orte zu veranstaltenden Versammlung der Professoren und Docenten der deutschen Universitäten haben so wenig Anklang gefunden, daß man sich genöthigt gesehen hat, von der Verwirklichung dieser wenigstens für dieses Jahr abzustehen. Absagungsschreiben in dem gedachten Sinne sind an sämmtliche deutsche Universitäten erlassen worden.

Hannover, 24. Aug. Der Lieutenant Bansen vom 7. leichten Bataillon, der unbefugter Weise eine militärische Promenade nach Schleswig unternommen und die Schlacht bei Idstedt mitgemacht hatte, ist kriegsrechtlich zu 4 Wochen Festungsarrest verurtheilt worden. (N. Z.)

Wien, 26. Aug. Der ausserkrite Graf Stephan Batthyany sammt Gattin ist hier aus Konstantinopel angekommen.

Das „B. v. H." meldet, daß Se. Eminenz der Kardinal-Erzbischof den Gebeuten bege, in Prag einen Verein von Theologen zu bilden, welche die Aufgabe haben sollen, sich stets auf der Höhe der Wissenschaft zu halten, um auf derselben „leitend u. vereinend einwirken zu können."

Wien, 29. August. Fürst Schwarzenberg hat vor drei Tagen den Obersten des Cardinals Antonelli erhalten, worin derselbe offiziel um eine Intervention Oesterreichs zur Wahrung der päpstlichen Gerechtsame anprucht, da sonst die Wiedereinsetzung des heiligen Vaters auf seinen Thron „ein unvollständiger Akt" wäre. Den letzten sichern Nachrichten zufolge sind das konstitutionelle Ministerium an, sich nachgiebiger zu zeigen; auch der König wünscht die Streitigkeiten beigelegt zu sehen. Es ist daher zu erwarten, daß auf die Vermittlung Oesterreichs, welches in Italien immer zu einer gemäßigten und versöhnenden Politik gerathen hat, ein gütliches Uebereinkommen zu Stande kommen wird.

Berlin, 27. August. Gestern früh wurden die Bevollmächtigten zum Fürstenkollegium zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen. Hr. v. Radowitz präsidirte dieser Sitzung, in welcher dem Fürstenkollegium die Antwort der preuß. Regierung auf die österreich. Einladung zur Beschickung des Bundestages mitgetheilt wurde. Wie wir hören, ist der wesentliche Inhalt dieser Antwort der, daß Preußen zur Theilnahme an freien Conferenzen bereit ist, am Bundestage aber sich nicht betheiligen werde. (N. Pr. Z.)

Durch den Verabredet eines Vertrages, der kürzlich in Kopenhagen war, befestigt es sich, daß die Friedenspartei bedeutend angewachsen und daß ein Umschwung in der Behandlung der schl.-holst. Frage, aber auch erst dann zu erwarten ist, wenn die Minister Clausen und Madvig zum Austritt genöthigt sein werden. Bis dahin sei an Unterhandlungen nicht zu denken.

London, 26. August. Ueber die letzten Augenblicke des vormaligen Königs der Franzosen, Ludwig Philipp, erfahren wir das Folgende: Seit gestern Morgen war er von seinem reitungslosen Zustande in Kenntniß gesetzt. Er empfing die traurige Nachricht mit Ruhe und bereitete sich zu seinem Scheiden vor. Nach einem kurzen Gespräch mit der Königin dictirte er mit seltener Geistesklarheit den Schluß seiner Denkwürdigkeiten, welche ihn die Krankheit zu unterbrechen genöthigt hatte. Er verlangte dann seinen Kaplan, den Abbe Guelle, zu sehen, der sich in Clarence House anwesend befindet und Enkel. In Gegenwart der Königin und seiner Familie erfüllte er seine religiösen Pflichten mit christlicher Ergebung und großem Gleichmuth. Einige Zeit blieb seine Familie noch um ihn. Gegen 7 Uhr Abends fühlte er sich weniger schwach, dann sich ein Fieberanfall ein, der die ganze Nacht dauerte, ohne die geistigen Fähigkeiten zu stören. Um 8 Uhr Morgens stand der König bei voller Besinnung, umgeben von seiner ganzen Familie, den Herzog von Montpensier und dessen Gemahlin ausgenommen.

T. D. Myers, 28. Aug. Das Ministerium ist nun vervollständigt in folgender Weise: Kreisk Marine und Präsidentschaft des Conseils; Notaras Inneres; Christides Finanzen; Delijanni Auswärtiges; Korfiotakis Cultus, Laikos Justiz, Militär. (N. M. Z.)

Die Bekenntnisse des J. Staufl.

Wir erfüllen unser gegebenes Versprechen, indem wir den Lesern nachstehend eine authentische und zuverlässiger Quelle geschöpfte Mittheilung aus den neuen Staufl'schen Depositionen geben und diese ihrem Urtheil überlassen. Indem er die Bevorreigniße der verhängnißvollen Tage als bekannt voraussetzte und darüber hinwegging, gelangte Staufl zu der fünften Nachmittagsstunde, um welche er der Gräfin seinen Abgang ins großh. Palais melden wollte, deßhalb hinanging und

hier die Thüre sowohl zu ihrem Vor- als Wohnzimmer offen fand, und eintrat. Im Vorzimmer war die Gräfin nicht; er warf einen Blick in das Kabinet, dessen Thüre offen stand, auch hier sah er niemand, wohl aber die Thüre zu dem braunen Cabinet angelehnt und vermuthete dort die Gräfin. Im Wohnzimmer war die obere Thüre des Secretär schlüssenden Klappe herabgelassen, sämmtliche Laden mit verschiedenen Schubladen, worin er die Werthsachen der Gräfin wußte, leicht entsprechen. Gelegenheit macht Diebe, ihn lockten die Kostbarkeiten und er konnte dem Gedanken, sich hier zu bereichern, nicht widerstehen. Er öffnete die Schublade und nahm nun, wie er angibt, ein goldenes Bracelet, einen Ring, res aus Goldsaden, zwei weitere von Bronze, ein Paar goldene Ohrringe, eine goldene Brosche und eine breische Schnur, weißer Wachperlen und steckte diese Sachen, deren ein Theil sein Vater später gerichtet haben und sie sich satt als in Etuis befanden, in seine Taschen. In diesem Augenblick erschien die Gräfin auf der Schwelle des Kabinets und eilte auf ihn zu; was sie ihm zugerufen, wisse er nicht mehr, aber der Schreck vor den Folgen und die Besorgniß, durch einen Lärm der Gräfin nach außen ergriffen zu werden, habe ihn nun mit dem Gedanken, wie sich ertere, erfaßt, und in diesem Sinne habe die Gräfin mit Kraft um Hause gefaßt und die beide Daumen in die Gurgel gedrückt. Sie suchte sich loszumachen, vermochte ihm jedoch nur unbedeutend, an dem Ringfinger, er wußte für einen Augenblick sogar mit einer Hand loszulassen, aber der diesem Widerstand drängte er sich an, nur um so fester zu halten. Der Kampf fand in der Nähe des Sekretärs statt. Nach 5 bis 7 Minuten sah er die Augen der Unglücklichen sich geschlossen, ihr Antlitz dunkelroth und fühlte ihre Glieder erschlaffen; er sah, daß sie todt war, ihn überfiel Angst, er ließ den Körper fallen, zupfte der Kopf an die scharfe Kante der linken Ecke des Sekretärs, schlug und eine kleine Blutwunde erhielt. Nun eilte er hinaus, verschloß drei Thüren und lief auf dem Hause. Nachtwächt daran betrogt, gab Stauff an, daß die Konteaux schon herabgelassen waren, als er in das Zimmer trat, im Kabinet sei das Konteaux auch an der Regel herabgelassen gewesen. Einen Schuß (der Gräfin, welcher im Kabinet gefunden worden) habe er während und nach seiner That nicht bemerkt, oder vielleicht nicht darauf geachtet. Die geschossenen Gegenstände habe er, vor dem Spiegeln, in seinem Bette verborgen. Auf dem Wege in das Palais trat er in das Gasthaus Wirthshaus und kurzte dort drei Schoppen Wein hinab. Das Palais betrat er um halb 6 Uhr in der Angst, er komme vielleicht zu spätz allein die Tafel dauerte diesmal länger und der Graf kam erst um halb 7 Uhr, wo nach Hause gefahren wurde. Als der Graf sich hier umgekleidet und nach Oben ging, um seiner Frau vom Dessert zu bringen, war Stauf dadurch nicht besonders beunruhigt, weil er wußte, daß Niemand, auch der Graf selbst nicht, bei der Gräfin durch Klopfen sich Einlaß verschaffen durfte. Wirklich kam der Graf auch bald herab, bemerkte, seine Frau habe ausgehen, sein, gab Stauff den Zimmerschlüssel an Stauff ab und verließ das Haus, um halb 8 Uhr. Jetzt breitte sich Stauff, seinen unzweifelhaften Spuren des Verbrechens durch Feuer zu vertilgen, und sich selbst aus seiner Lage zu retten, und er dabei überrascht wurde. Wegen des kalten Tages hatte der Graf etwas Feuer im Ofen gehabt, von diesen noch glimmenden Kohlen holte er, nahm Zündspane und Zündhölzer dazu und eilte hinauf, wo die Gräfin noch wie früher auf der rechten Seite lag. Nur der Weingeruch habe ihn den Muth gegeben, die Leiche anzufassen und anzuzünden. Er stellte nun einen Stuhl vor die noch geöffnete Klappe des Sekretärs, ergriff dann die Gräfin, deren Gesicht noch gelend war, richtete sie auf den vor die Klappe gerückten Stuhl, legte ihre Arme auf die Klappe, so wie man thut, um den Kopf darein zu senken, legte diesen darauf, so daß sie mit dem Kopf vorwärts gebeugt saß und mit der Brust, Armen, Hals und Kopf auf der Mitte der Sekretärsklappe auflag, gleichsam als ob sie schliefe. Er schüttete vor den Kopf die Kohlen, Kienspäne und Papier und zündete sie an; dann legte er auf den Boden im Kabinet einen Zusammen Kienspan, verließ die Zimmer, verschloß sie, nahm beide Schlüssel mit sich und warf sie in den Abtritt. Den Grund zu seinem Verfahren wisse er selbst nicht, da er später die Schüssel sieht an den Zimmern der Gräfin Stein mehrfach gesehen und in einem Augenblick sie sich schließen. Stauff begab sich nun auf sein Zimmer, zündete hier ein Feuer im Ofen an und legte in dieses die Etuis, in welchen sich die gestohlenen Schmuckſachen befunden hatten. Das Feuer wollte aber nicht recht brennen und verbreitete großen Dampf. Er fand, daß die Klappe des Ofenrohrs geschlossen war, öffnete diese und nun flog der durchgehaltene Rauch mit einmal hinaus, welchen wohl Hauptmann v. Stockhausen gesehen haben mag. Mehrere in der Ofenklappe liegende Schachtelchen mit Zündhölzern habe er vergessen, und diese hat man dann verkohlt vorgefunden. Das Brennen des Feuers könne nur nur das auf dem Divan angezündete gewesen sein. Durch die in den Zimmern der Gräfin angezündeten Feuer wollte Stauff nur die Spuren seines Verbrechens vernichten, nicht beabsichtigt, wie weit sich diese Feuer ausdehnen konnten, und er widerspricht allen etwa auf Brandstiftung bezüglichen Vermuthungen und Annahmen. Als Frau Schiller im Hause erschien, will Stauff weder eine Mordschrift gefaßt, noch viel weniger die Gräfin schon ermordet gehabt haben. Seine Unbeholfenheit gegen die Schüsse sei nur ein Widerstehen des Fassens und haften, in welchem er sich befunden, gewesen. Einen Schuß (der Gräfin, welcher im Kabinet gefunden worden) habe er während und nach seiner That nicht bemerkt, oder vielleicht nicht darauf geachtet. Die geschossenen Gegenstände habe er, vor dem Spiegeln, in seinem Bette verborgen. Auf dem Wege in das Palais trat er in das Gasthaus Wirthshaus und kurzte dort drei Schoppen Wein hinab. Das Palais betrat er um halb 6 Uhr in der Angst, er komme vielleicht zu spätz allein die Tafel dauerte diesmal länger und der Graf kam erst um halb 7 Uhr, wo nach Hause gefahren wurde. Als der Graf sich hier umgekleidet und nach Oben ging, um seiner Frau vom Dessert zu bringen, war Stauf dadurch nicht besonders beunruhigt, weil er wußte, daß Niemand, auch der Graf selbst nicht, bei der Gräfin durch Klopfen sich Einlaß verschaffen durfte. Wirklich kam der Graf auch bald herab, bemerkte, seine Frau habe ausgegangen sein, gab Stauff den Zimmerschlüssel an Stauff ab und verließ das Haus, um halb 8 Uhr. Jetzt breitte sich Stauff, seinen unzweifelhaften Spuren des Verbrechens durch Feuer zu vertilgen, und sich selbst aus seiner Lage zu retten, und er dabei überrascht wurde. Wegen des kalten Tages hatte der Graf etwas Feuer im Ofen gehabt, von diesen noch glimmenden Kohlen holte er, nahm Zündspane und Zündhölzer dazu und eilte hinauf, wo die Gräfin noch wie früher auf der rechten Seite lag. Nur der Weingeruch habe ihm den Muth gegeben, die Leiche anzufassen und anzuzünden. Er stellte nun einen Stuhl vor die noch geöffnete Klappe des Sekretärs, ergriff dann die Gräfin, deren Gesicht noch gelend war, richtete sie auf den vor die Klappe gerückten Stuhl, legte

ziehung zu den Höfen zu halten haben, von welchen sie zu den von ihnen bestehenden Posten brauchen, die Festungsbehörden sich bei ihren Anordnungen lediglich durch das Interesse der Aufrechthaltung militairischer Ordnung und Sicherheit in den Festungen bestimmen zu lassen haben, ohne Erwägungen politischer Natur irgend einen Einfluß auf ihre Entschließungen einzuräumen, obwohl es kaum möglich ist, dieſelbe eine Grenzlinie zu ziehen, und, wie die tägliche Erfahrung lehrt, die Behörden den Bundesfestungen nur zu oft bemüht sind, höhere Rücksichten der Politik in den Kreis ihrer Erwägungen zu ziehen, um der ihnen gestellten Aufgabe der Erhaltung militairischer Ordnung und Sicherheit entsprechen zu können; der §. 38 des Mainzer Festungsreglements die Bedeutung habe, daß ein deshfalsiger Durchzug von Bundestruppen nur angezeigt zu werden brauche, obwohl ausdrücklich bestimmt ist, daß ein solcher Durchzug nur mit Wissen und Willen des Festungsgouvernements stattfinden könne; es in diesem Augenblick kein Organ gebe, welches berechtigt wäre, rechtliche Zweifel zu lösen, und es diesemnach Preußen nicht verwehrt werden könne, dasjenige, was seiner Ueberzeugung nach als rechtlich begründet angesehen sei, auch thatsächlich durchzuführen, obwohl nach allen bisherigen Begriffen und Regeln des Privat- wie des Völkerrechts, im Falle augenblicklicher Unmöglichkeit einer Rechtsentscheidung, die Ausübung eines angesprochenen Rechts aufzuschieben ist, bis dies erfolgen kann. Diese Ansicht der preußischen Regierung gründet sich auf allgemeiner ist, um wie viel mehr erscheint dessen Anwendung geboten, wo Verträge vorliegen, deren Aufrechthaltung nicht denkbar wäre, wollte man gegen jenen Grundsatz handeln. Bei den vielfachen Besprechungen, welche über die von dem berliner Hofe angeregten Fragen, welche wir in gegenwärtiger Depesche auf ihre Substanz zurückgeführt haben, erlernen. Wir werden unserseits die königl. bayerische Regierung ersuchen, als Mitglieds dieses Schiedsgerichts eintreten und sich ohne Verzug mit der von Preußen zu bezeichnenden Regierung über die Wahl des dritten Mitglieds einigen zu wollen, und zweifeln nicht, daß das Münchner Kabinet seine bundesfreundlichen Gesinnungen, wie bei jeder Gelegenheit, so auch in der gegenwärtigen, zu bethätigen gern bereit sein werde.

(Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

(Eingesandt.) Die unterm 20. August mit dem Poststempel vom 23. d. versehene wohlwollende Warnung ist mir richtig zu Handen gekommen, wofür ich auf diesem Wege dem mir ungenannten freundlichen meinen verbindlichsten Dank für seine gute Absicht zolle; finde mich aber verpflichtet, ihm die Versicherung zu geben, daß schon vor 5 Wochen die geeigneten Maßregeln getroffen, dieser ganz genau auf den Grund gekommen, aber durch ein Mirrovcop gegebenen Verhältnissen gehörige Grenzen zu setzen. R. R.

Vom Freiburger Kirchenlexicon

wurden die Hefte 57 und 58 heute an unsere Herrn Subscribenten versandt. Wir empfehlen uns zugleich zur pünktlichen Lieferung der neu eintretenden Subscribenten, wie auch Jenen, die dieses Werk früher anderwärts bezogen, mit der Fortsetzung aber auch im Rückstande sind.

Paul Haim'sche Sortimentsbuchhandlung in Würzburg (an der Universität).

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Beitung.

Expedition: Im Schrafhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 209. Würzburg, Samstag den 31. August. 1850.

Die preußische Union.

Von Berlin aus wird schon wieder eine neue Zeitungsente in die Welt gesendet, die wohl Jedermann nach ihrem wahren Werth würdigen wird. Die officiösen Berliner Correspondenzen widersprechender deutschen Blätter verkünden jetzt nichts Geringeres, als daß Oesterreich Preußen das Recht zur Gründung der Union einräumen werde. Wir haben Grund, zu vermuthen, daß es sich hier wieder um eine jener Entstellungen der Thatsachen und der Wahrheit handelt, wie wir sie besonders in der jüngsten Zeit zu Dutzenden von Berlin her schon erlebt haben. Unter allen Umständen hat die „Weser-Ztg." recht, wenn sie scharf unterscheidet zwischen einer deutschen Union, wie sie am 27. Mai 1849 projectirt war, und einer preußischen. Die „Weser-Ztg." macht auf den umstand aufmerksam, daß Preußen in seinen jüngsten Actenstücken an Oesterreich die früher gestellte Forderung auf Anerkennung der Union habe fallen lassen, um damit die deutsche Union aufgegeben habe. Im Berliner Ministerrath werde jetzt nur darüber debattirt, „in welcher Weise die preuß. Union, d. h. die Unterweisung einiger kleinern norddeutschen Staaten unter den unmittelbaren Einfluß Preußens, aus dem gegenwärtigen Chaos der Dinge am Besten auf's Trockene gebracht werden könnte. Diese preuß. Union steht mit der deutschen im unvereinbaren Gegensatze." Für den Bundesstaat, wie ihn das Organ der Golsaer an der Weser im Sinne hatte, sei von einer der Bundesverfassung untergebenen Union nichts zu erwarten, sobald Preußen mit Oesterreich und der Gesammtheit der deutschen Staaten über die Wiederherstellung eines Bundesorgans unterhandle. Preußen möge dann immerhin von der Fortsetzung der Union mit Wenigen zu werden fortsahren — und wögen Staaten wie Dessau und Köthen sich dieser nachbarlichen Umarmung nicht wohl erwehren können; aber das wissen wir — sagt die „Weser-Ztg." hinzu — daß die norddeutschen Küstenstaaten „wenigstens nicht sich durch eine preuß. Escamotirung die Schlange statt des Fisches zuspielen lassen werden." Darum kommt sie auf den schon neulich von ihr ausgesprochenen Satz zurück, daß die kleineren deutschen Staaten, vornemlich die norddeutschen, sich von dem Berliner Bundnß loszagen sollen, daß sie dazu im Stande seien, „um so ihre Ehre, ihr Recht und ihr Interesse zu wahren." Die „Tisch-Reichsreitung" (zu Braunschweig) erscheinen) hatte dagegen gemeint, der nationale Standpunkt dürfte, auch noch ferner die Union als ein Bundniß aufrecht zu halten, dessen Zweck ein übereinstimmendes Handeln in dem Streit um die Ordnung der deutschen Verfassungsverhältnisse sei. Die Union soll auf diese Weise lediglich ein Zusammenstehen einer Anzahl kleiner Staaten mit Preußen für den Zweck der Herstellung einer deutschen Verfassung bewirken. — Die „Weser-Ztg." ist dadurch aber keineswegs beruhigt, sie besorgt, daß so die norddeutschen Staaten am Ende doch das Schicksal treffen könnte, von Preußen aufgefressit zu werden, und daher erhebt sie abermals ihre warnende Stimme dahin: „Die Regierungen vornemlich der norddeutschen Staaten sollen Acht haben, daß nicht ihr äußerlichster Festhalten an dem preuß. Bündnisse, nachdem dasselbe seine eigentliche Bedeutung verloren hat, zur Begrundung irgend einer dauernden Oberherrlichkeit Preußens oder diese norddeutschen Staaten ausgebeutet werde." Daß eine solche Besürchtung nicht am unrechten Platze sei, begründet die „Weser-Ztg." noch ausführlicher. „Denn — sagt sie — nicht allein in der Ministergesetzgebung, welche alleinige ohne Mitwirkung des Parlements (und daß Preußen nicht daran denke, dieses zu berufen, hatte auch die „Tisch. Reichszta." zugestanden) ohne Rechtskraft für die einzelnen Staaten bleibt, könnte der preuß. Einfluß das Mittel für seine „wrecke finden; auch das Bundniß vom 26. Mai, welches die Circumlage des gegenwärtigen Unionsverhältnisses bildet, verleiht der preußischen Regierung einen Einfluß, der nach Ausgebung des deutschen Gedankens in ganz entgegengesetzter Richtung ausgeübt werden könnte. Gegen die fortdauner dieses Einflusses aber die vertragsmäßig festgestellten Zwecke des Bundnisses vom 26. Mai hinaus haben wir die Lossagung vom Bündniß als das einzig wirksame Mittel bezeichnen wollen. Denn wir halten es weder mit dem Interesse, noch mit dem Rechte, noch mit der Ehre auch des kleinsten Staates vereinbar, wenn derselbe durch einen fremden Einfluß in eine seinem ausgesprochenen Willen widerstrebende Richtung getrieben wird. Die norddeutschen Staaten haben durch ihren Anschluß an Preußen dem deutschen Bundesstaat ihre Selbstständigkeit zum Opfer bringen wollen. Soll aus diesem Bunde eine preußische Schlange werden, so mögen sie bei Zeiten ihren Kopf zurückziehen." Daß es aber in der That nur noch auf eine solche preußische Schlinge abgesehen ist, darüber kann sich die „Weserzeitung" aus der Sprache der Berliner Presse vollkommen erdauen. Die ganze Tendenz dieser Presse läßt darauf schließen, wie eines Tages zu Aachen gesprochenen denkwürdigen Worte: „Kein Oesterreich! Kein Preußen! Ein großes, einiges, freies Deutschland!" in das gerade Gegentheil zu verkehren. Zu Berlin arbeitet man nur dahin, nur den Dualismus, die Alleinherrschaft der beiden Großstaaten, vollends herzustellen, das ganze übrige Deutschland aber gewaltsam für mundtodt zu erklären. Weil man selbst eigennützige Plane verfolgt, möchte man, um diese feinerseits durchführen zu können, auch die Selbstsucht Oesterreichs aufstacheln, daß es thue wie Preußen; man will ihm den Leben preisgeben, sperrt es nur an Mainz Preußen gewonnenen Spiel gabe. Einen seitenden Artikel der „Spener'schen Zeitung" vom 25. August empfehlen wir insbesondere der „Weserzeitung" zur Beachtung. Derselbe sieht im vollen Einklang mit der jetzt zu Berlin verfolgten Politik, nur mit Oesterreich allein über die künftige Regelung der deutschen Verhältnisse zu unterhandeln, das übrige Deutschland aber ganz und gar ausschließlichen von seinem guten Rechte, auch ein Wort da mitzusprechen, wo es mit seinem Körper von mehr als 16 Millionen Seelen so innig betheiligt ist. Zu jenem Artikel der „Spener'schen Zeitung" wird mit dem Beifall von Preußen gesagt: „Preußen und Oesterreich bedürfen Vollmacht, die Kleinstaaten Rechenschaft, die Sachen Erledigung, und damit „Punktum!"

Das heißt mit andern Worten, das ganze übrige Deutschland soll zu der Rolle verdammt werden, lediglich die von beiden Großmächten vollbrachten Thatsachen zu vernehmen, einzuregistriren und zu schweigen. Das heißt wahrhaftig den Mund wieder sehr voll nehmen, wie wir das von Berlin schon gewohnt sind. Dergleichen Wiederien sind zu Berlin schon viele gesagt worden; jedenfalls ist es aber gut, daß man uns wenigstens constatirt über das Schicksal, das man zu Berlin Deutschland bereiten möchte. Als Zugabe zu diesen schönen Verheißungen wird und auch noch in Aussicht gestellt, daß das künftige deutsche Parlament — zu Erfurt oder anderswo, wie die „Spener'sche Zeitung" sagt — an die innere Gesetzgebung der verbundenen Staaten eingreifen muß, wenn es Leben behalten soll." Wenn wir wieder dahin kommen sollen, so hätte es wahrhaftig nicht der Mühe verlohnt, gegen die Uebergriffe der Frankfurter Versammlung so lange und energisch aufzutreten; man hätte ganz einfach nur sie gewähren lassen dürfen, sie war auf dem besten Wege dazu, das zu thun, was man uns jetzt wieder von Berlin her in Aussicht stellt, und was man dort früher eben so lebhaft und durch die That bekämpft hat, als wir es gethan. Aber Berlin wird mit solchen Prozessen noch weniger zum Ziele gelangen, als Frankfurt es vermochte. Wir wollen hoffen, daß es von der Absicht nicht zum wirklichen Versuche komme; wenn er doch gemacht würde, so können wir dies für Deutschland wegen der unseligen Folgen, die daraus erwachsen müßten, nur tief beklagen; aber über die Lossagung lediglich derartiger Betrebungen haben wir so wenig einen Zweifel, als über deren Verwerflichkeit.

(N. M. Z.)

Die Kammern! Die Kammern!

Hängs die Kammern berufen! schreit man jetzt der Regierung zu. Die Kammern berufen, auf daß die deutschen Wirren gelöst werden durch — parlamentarische Discussion, die Kammern, damit die Ehre des Vaterlandes gewahrt werde durch — ein Votum! Einen Augenblick Geduld, ihr Herren, einen Augenblick, daß wir uns besinnen können! Durch die Kammern sollen wir aus diesen deutschen Wirrwarr herausgebracht werden? Aber waren es nicht die Kammern, unter deren Beisallsklatschen Graf Thyrn eine lange, lange Rede hielt, seine Phantasien und darzulegen über Preußens Beruf, untergehen zu Ehren des nationalversammelten Frankfurt? War es nicht in den Kammern, wo Herr von Rinke rief: „das Vaterland ist in Gefahr!" — weil das Gewissen St. Maj. des Königs von Preußen sich nicht bewegen wollte vor der „deutschen Kaiserkrone" pausklerschlich-sonvrairer Erfindung? — Ehrfurcht nicht in der Kammer Hr. Camphausen unserm Vaterlande den zukunftsvollen Rath, all' seine Macht und seinen Schmuck, seine Ehren alle abzulegen, um so sittlich angethan die Braut zu werben, um deren Hand die Freier sich tummeln möchten? Sprach nicht in den Kammern Hr. v. Beckerath von dem „deutschen Geiste, als der moralischen Quelle für die Macht Preußens," und waren ihm die nicht „versorne Söhne", denen die

Monarchie von Hohenzollern nicht viel mehr als den Traum für Gotha? —

Deutschland

München, 29. August. Ich habe Ihnen bereits unterm 8. d. gemeldet, daß in gut unterrichteten Kreisen mit großer Bestimmtheit von einer auf Wien eingetroffenen Depesche über den Nothwendigkeit der Aufstellung eines bayerischen Beobachtungscorps am Main gesprochen wird. Diese Sache muß greifbarlich in Erwägung gezogen worden sein, denn erst heute ist ein höchstes Reskript erschienen, wonach 4 Bataillons Infanterie (hiesige geben das 1. und das 15. Regiment je zwei Bataillons) 4 Escadronen Chevauxlegers, eine halbe Batterie des 2. Artillerieregiments und die halbe, in Warzburg garnisonirende reitende Batterie Luh, ungesäumt nach Aschaffenburg abzumarschiren, und in dessen Nähe sich zu concentriren haben. Die Ambulance-Wägen mußten heute noch dem Erschrinen obiger Reskripts sogleich von hier zu den resp. Abtheilungen abgehen. — Nachschrift. Heute sind ins Kriegsministerium mehrere Generale und Offiziere des Generalquartiermeisterstabs berufen worden. Von letzteren sind zwei nach Aschaffenburg beordert worden und bereits dahin abgegangen. Das Kommando des ersten Armeecorps hat bestimmt, daß die beurlaubte Mannschaft der jüngsten vier Altersklassen bis 9. Sept. zum Herbst-Exerziren einzurücken habe. Wegen Mangel an Platz wird, wie im vorigen Jahre, ein Lager bei Dürrnieserseld bezogen. Infolge der oben gemeldeten Aufstellung eines Truppencorps bei Aschaffenburg circuliren bereits vielfache Gerüchte, von denen sich nur das bestätigen dürfte, daß das zweite Armeecorps, sowie ein Theil der hiesigen Artillerie nach Marschbereitschaft erhalten. Bestimmte Befehle sind hiezu noch nicht gegeben. (K. Ztg.)

Aus Baden, 28. August. In Betreff der 28 Flüchtlinge, welche von dem londoner Komitee nach Schleswig-Holstein expedirt wurden, erfahren wir folgendes interessante Faktum: Die Achtundzwanzig waren nur die Vorhut eines größeren Zuzugs von Flüchtlingen, welcher von England, Frankreich und andern Ländern abgehen sollte, sobald einmal diese erste Sendung bei der Stallhallerschaft angenommen wäre. Welche Absichten die rothe Demagogie der „Neuen Rheinischen Zeitung" bei diesem Zuzug nach Schleswig-Holstein gehabt haben mag, läßt sich denken. Wie man aus Obigem ersieht, hatte einer Verbindung schleswig-holsteinischer Demokraten mit London vorhanden; — wahrscheinlich mit demselben Komitee, welches vor kurzem in dem Hähselschen Prozesse eine so bedeutende Rolle gespielt hat. Die Stallhalterschaft, welche nach dem Abbruch einer andersartigen Allianz gegen die Demokraten keine Worte braucht, weil sie gegen die Demokraten handelt, hat die Frage über den Flüchtlingszuzug prozinzielt gut entschieden. Die Achtundzwanzig mußten binnen 24 Stunden die Bergzogthümer verlassen, widrigenfalls man sie zur Haft liefern sollte. Gegen einen eingetretenen Schleswig-Holsteiner wurde überdies mit Verhaftungen und Steckbriefen vorgeschritten. Unter Letzteren befinden sich Individuen, welche auch in süddeutschen, und speziell in badischen Aufständen kompromittirt sind. (K. Z.)

Kassel, 28. August. Die „Neue hessische Ztg." bringt zur Beruhigung des besser oder übler Conferenz verbreiteten Nachrichten Folgendes: Daß die Tarifverhandlungen bei ihrer unmittelbaren Einwirkung auf die materiellen Interessen auch die Verkehrsverhältnisse stets den bei weitem wichtigsten Punkt der Berathung ausmachen, ist gewiß nicht zu verkennen, ebenso wenig aber auch, daß bei der Conferenz nebenbei stets über eine Menge hochwichtiger, die innere Administration des Zollvereins betreffender Angelegenheiten verhandelt wird, abgesehen davon, daß dieselbe außerdem noch als oberste Instanz des letztern immer vielfache, ihr vorbehaltene Fragen zu entscheiden hat. Ihre Thätigkeit hat sich daher bis jetzt nur auf Geschäfte der letztern Art erstreckt und ist es namentlich der Entwurf einer Regulative für die zollamtliche Behandlung des Guttertransports auf den Eisenbahnen, worauf sie sich gegenwärtig vorzugsweise ein Eingehen von ganz besonderer und eingreifender Bedeutung, neben der Erledigung vieler anderer Angelegenheiten vereinbart worden. Eine Berathung des Tarifs hat allerdings, einige allgemeine Besprechungen abgerechnet, noch nicht stattgefunden, konnte aber auch bis jetzt nicht vorgenommen werden, da in dieser Hinsicht bezüglich der dabei vorkommenden, seit Jahren vielfach besprochenen und verhandelten Hauptfrage der proponirten Erhöhung der sogenannten Garnzölle in Verbindung mit Nachzöllen, auf deren Einführung von Seiten Bayerns, Württembergs und Hessens im Interesse ihrer Gewerbtreibenden ein ganz besonders hoher Werth gelegt wird, noch weitere Erklärungen des sgl. sächsischen und des herzogl. braunschweigischen Bevollmächtigten abgewartet werden. Ob aber, im Hinblick auf die bermalige politische Gestaltung von Tage zu Tage auf die Tagesordnung kommenden Verhältnisse ein Eingehen auf die gemachten Propositionen allgemein für zulässig werde erachtet werden, steht dahin. Sachsen, mit ihm freilich auch sammtliche süddeutsche Staaten, wünscht vor allen Dingen die Anbahnung einer Zoll- und Handelsverbindung mit Oesterreich, scheint sogar hiervon, was bei den süddeutschen Staaten nicht der Fall ist, seine definitive Beschlußnahme in Bezug auf die Tarifverhandlung gewissermaßen abhängig machen zu wollen, möchte auch bei dem Eintreten solcher Tarifveränderungen, welche zum Hauptindustriezweige von so großem Einfluße sind, eine Garantie bieten, daß der Zollverein auch über das Jahr 1852 fortdauert; Braunschweig erscheint dagegen jenen Vorschlägen in keiner Weise geneigt, was bei der eigenthümlichen geographischen Lage des Herzogthums, dem Oesterreich gegenüber, in Verbindung mit der in den ganzen Norden Deutschlands herrschenden Abneigung gegen Schutzzölle, wohl seine genügende Begründung findet. Beharrt Braunschweig bei seiner Ansicht, was beinahe mit Sicherheit zu erwarten sein dürfte, dann wird bei der Bestimmung, daß nicht Stimmenmehrheit, sondern Stimmeneinhelligkeit entscheidet, kaum eine Aenderung in den bermaligen Tarifsätzen eintreten, da alsdann auch voraussichtlich die weniger erheblichen Vorschläge wegen Aenderung einzelner Tarifsätze einer Berathung nicht werden unterworfen werden. Zu hoffen dürfte sich die Sitzungen der Conferenz wohl über den Monat September d. J. hinaus erstrecken. Uebrigens steht, dem Vernehmen nach, zu erwarten, daß wegen Fortdauer des mit Belgien abgeschlossenen, vor einiger Zeit bekanntlich gekündigten Handelsvertrags noch auf der dermalige General-Conferenz, welcher dieser Vertrag zur Ganz gegeben werden dürfte, Verhandlungen stattfinden werden.

Wien, 26. Aug. Wenn die „Dtsch. Ref." in ihrer Nro. 168 versichert, es sei in Betreff der badischen Truppenverlegung und der Verwaltung des Bundeseigenthums den wesentlichen Forderungen, welche Preußen zur Bejahung seines Rechts habe geltend machen müssen, Oesterreich die Hand entschieden vers[illegible] habe, Genüge geschehen, so müssen wir sole Versicherung um so mehr zurückweisen, als uns nicht bekannt ist, daß Preußen seine in beiden Beziehungen erhobenen, unzulässigen Ansprüche modificirt habe. Preußen betrachtet das Besatzungsrecht als unbedingt schwebend; Oesterreich macht durch die Zulassung einer Verwaltungscommission lediglich den Versuch, das Berliner Kabinet zu gerechterer Auffassung zu stimmen, und behält für die nahe Zukunft die unveräußerlichen Rechte des Bundes vor. Bezüglich der badischen Truppenverlegung dürfen wir aus bester Quelle versichern, daß Oesterreich das Princip derselben vor wie nach mißbilligt, und daß sich das von ihm angenommene Schiedsurtheil lediglich auf die entsprechende Auslegung des Mainzer Festungsreglements beziehen kann und soll. (Oest. C.)

England

London, 26. August. In Thurles hat die Nationalsynode der Erzbischöfe und Bischöfe von Irland am vorigen Donnerstag mit großen Feierlichkeiten und allen Vorschriften und Bräuchen der alten Kirchenversammlungen ihren Anfang genommen. Die Stadt ist mit Fremden überfüllt. Unter einem ungeheuern Zusammenströmen von Menschen begannen die Feierlichkeiten mit einer Prozession aus dem Seminarium St. Patrik nach dem römischkatholischen Dom, die Studenten und niedere Geistlichkeit voran, dann die Prokuratores oder Vertreter von drei abwesenden Bischöfen mit ihren Theologen, dann Obern der verschiedenen Ordensfamilien aus Klöster, die Bischöfe von ihren Theologen begleitet, und endlich die vier Erzbischöfe, deren letzter, Erzbischof Cullen von Armagh, Primas und bei dieser Gelegenheit Vertreter des heiligen Stuhls ist. In Dom celebrirte derselbe das Hochamt. Nach dem überaus feierlichen Gottesdienst wurde die erste Sitzung der Synode auf Donnerstag den 29. August anberaumt. Die Bischöfe und übrigen Mitglieder haben sich mittlerweile in Kommissionen eingetheilt, um die zur Verhandlung kommenden Gegenstände in eine vorläufige Erörterung zu ziehen.

Vermischte Nachrichten.

„Drei Elemente, innig gesellt, bilden die Gotha-Frankfurter Welt:" Der profaisch ausgedrückt: Drei Hauptkorrespondenten sind es, die den vereinigten Organen der Redaktoren Brüggemann, Ahrens, Naumgarten und Hartmeyer das tägliche Futter auf die Krippe schütten: nemlich Hr. Regier in Berlin, Hr. J. Mendelssohn in Hamburg und Hr. Jchoh in Frankfurt a. M. Die Korrespondenz-Kunststücke unseres journalistischen Tom Poner, an dem die schwarz-roth-gelbe Kokarde das Größte ist, sind bereits gewürdigt. Der konstitutionelle Clubb war die hohe Schule seiner Politik; die Uebung bei der früher von ihm besorgten Parlamentskorrespondenz machte ihn zum Meister im Lügvaganten und zum gefährlichsten Concurrenten des diplomatischen Entenpapa's, einem gewissen offiziellen Pli, das sog. Deckerliche „Zu-den-Stand-gesetzt-Sein," hat er noch von seiner Mitwirkung an der frühern „Dtsch. Reform." Das ist die eine Säule des Gothaer Ruhmestempels. Der andere Tragsessel, Hr. Jchoh, soll die Nadel mit der Feder vertauscht und sich vordem mehr um Fingerhüte, als um Pickelhauben bekümmert haben. Kein Wunder also, wenn ihm jetzt, als wohlconditionirten Unionskorrespondenten, selten der Faden ausgeht. Die dritte Stütze endlich, Hr. J. Mendelssohn, ist dem Vernehmen nach früher Schriftsteller gewesen und hat als solcher der Literatur ohne Zweifel mehr genützt, als jetzt durch sein Schriftstellern und resp. durch sein korrespondirendes Gothaer Wurstsyppen. Wie wir hören, beabsichtigen diese Zeitungs-Jubiläriellen zum Besten Geistig-Verwahrloster nächstens eine Hochzeitsfeste-Verstellung zu geben; sie haben dazu Angely's „Gesellen Handwerker" ausgesucht und Jeder will darin seine ursprüngliche, natürliche Rolle wieder einmal durchführen. Da namentlich Hr. Mendelssohn unter Anderem auch Theaterrecensionen betreibt, so wird er in obigen Dingen gewiß nach Verdienst belobt werden, und noch dazu gratis. Es ist aber auch Zeit, daß wenigstens Steindruckstand endlich anfängt, seinen verkannten Genies gebührend Rechnung zu tragen.

Schwurgerichtsverhandlung.

++ Würzburg, 30. August. Seit zwei Tagen steht der Tünchergeselle Saumig aus Oberthulba, L.-G. Euerdorf, vor den Schranken des Schwurgerichtshofs, angeklagt: auf seinen Meister, bei dem er in Arbeit war, ein Mordattentat verübt zu haben, indem er am 6. August vor. Js., Abends beim Mondschein, mittelst einer geladenen Pistole auf das Fenster seines Meisters geschossen

habe, jedoch war das Beitt noch leer. Der Angeklagte laugnet die Schuld und will nichts davon wissen; einige Zeugen sagen, daß er eine Pistole etliche Tage vorher entlehnt, um sich er sich früher einmal seiner Meisterin gegenüber gesäubert habe: er beiratbe sie, wenn der Meister gestorben sei; doch sagt derselbe Zeuge zugleich, diese Aeußerung sei ein Scherz gewesen. Der Vertheidiger sprach in einer warmen Rede für die Freisprechung des Angeklagten. Die Geschworenen aber erklärten ihn „Schuldig" des nächsten Verbrechens zum Nachtheil seines guten Leumundes auf ungewisse Zeit ins Zuchthaus verurtheilte und dem Angeklagten verfprach, ein Gnadengesuch bei Sr. Maj. dem König für ihn einzureichen. — Präsident war: Appell.-Ger.-Rath Schattemann. Staatsanwalt: Appell.-Ger.-Aff. Heiserich. Vertheidiger: Rechtsanwalt Zorn.

Neuestes.

* Würzburg, 31. August. Gestern Abend 5 Uhr kam Se. königl. Hoheit Prinz Luitpold hier an und wurden im Gasthofe zum Kronprinz von Baiern von den Civil- und Militär-Autoritäten hiesiger Stadt feierlichst empfangen. Die Inspektion des hiesigen zweiten Artillerie-Regiments hat heute bereits begonnen und wird die nächste Woche noch 5 bis 6 Tage in Anspruch nehmen.

* Würzburg, 31. August. In einigen Tagen werden von den 4 nach Aschaffenburg beorderten Infant.-Bataillonen zwei hier eintreffen. — Nach eingetroffener Marschordre werden am 2. Sept. k. J. 2 Eskadronen des k. bay. 6. Chevauxlegers-Regiments Herzog v. Leuchtenberg, von Kitzingen kommend, hier eintreffen und am 3. d. über Eisenbach nach Aschaffenburg abmarschiren.

* Arnstein, 31. August. Gestern hatten wir die ersten Einquartirungen einer Abtheilung Infanterie, welche auf dem Marsche nach Aschaffenburg begriffen ist, und heute werden mehrere Eskadronen vom 6. Chevauxlegers-Regiment, welche von Bamberg kommend, an denselben Bestimmungsort abgehen, hier eintreffen.

Bamberg, 30. August. Zwei Eskadronen des hiesigen 6. Chev.-Reg. nebst dem Stabe werden morgen früh von hier ab und nach Aschaffenburg marschiren. In gleicher Zeit treten auch die in Neustadt a/M. liegenden beiden Eskadronen desselben Regiments den Marsch nach Aschaffenburg an. (B. Z.)

Freiburg, 28. August. Es bestätigt sich, daß auf Anlaß des Geburtsfestes des Großherzogs zahlreiche Begnadigungen angeordnet sind. Allein von den vom Freiburger Hofgericht verurtheilten politischen Verbrechern sind 38 Personen, gegen welche theilweise eine Strafe bis zu 3 und 4 Jahr Zuchthaus erkannt war, der Haft entlassen: bekannte Namen sind darunter nicht, wohl aber ein Frauenzimmer, Wolfe Müller von Freiburg, verurtheilt, wegen versuchter Verleitung württembergischer Soldaten zum Bruch des Fahneneides." (D. Z.)

Stuttgart, 28. August. Gegen das neueste Gebahren der Salonpietisten enthält heute die „Allmer Schnellpost" folgenden bemerkenswerthen Artikel: In welchem Umfang der Pietismus noch in Schwaben aufgewachsen ist, dafür mögen folgende Thatsachen sprechen, die wir zwei theologischen Journalen entnehmen. Die Gebrüder Paulus und Chr. Hoffmann vom Salon bei Ludwigsburg herrschen in unserer Zeit das Land, zumal das pietistische, beliebte die Gemeinschaften, Stunden, Stundenhalter und Einzelne, reden und beten vor und mit ihnen, und verkehren unter sich „in der Sprache Kanaans" mit dem vertraulichen „du". Sie gründen überall „Gebetvereine" und ernennen sie insbesondere durch Ertheilungen von Märtyrern im Diabilof auf die bald möglich werdenden Bezeugungen des Bekenntnisses mit Blut und Tod. Ueber 220 solcher Gebetvereine, namentlich auf der rauhen Alp und dem Schwarzwald, auch im Stroh- und Zabergau, haben sich ihnen angeschlossen. Ihre Reiseprediger werden „Evangelisten" genannt. Es bestanden sich frühere Schulfreister unter ihnen, die ihren Urlaub genommen haben, und, wie ich höre, sich bei diesem Geschäft besser stellen, als auf ihren früheren Schulstellen, indem ihr Einkommen als „Evangelisten" 600 fl. betragen soll. Das neueste evangelische „Kirchenblatt" beklagt sich bereits, daß die „Evangelisten" laufen und das Abendmal austheilen, und die neuesten Artikel der „Süddeutschen Warte" athmen eine sehr feindselige Stimmung dieser Partei gegen die evangelische Landeskirche. So sehen die Männer des Salons ein umfassendes Netz mitten durch das viertiefste Land hin, um, wenn die Zeit erfüllt ist, die Fäden zusammenzuziehen, und eine neue Kirche zu gründen.

Gotha, 25. Aug. Der Landtag hat seinen Beschluß, die Besteuerung des Privatvermögens des Herzogs betr., wieder zurückgenommen, nachdem die Staatsregierung Protest dagegen erhoben hatte. Nur die äußerste Linke verfuchte durch ihre Stimmen den Beschluß aufrecht zu erhalten. (L. Z.)

Dresden, 27. August. Die zweite Kammer hat die Forderung der gesammten Steuern bis Ende des Jahres genehmigt.

Von der Elbe, 21. Aug. Die „H. B.-H." bringt folgendes Nähere über die Verheirathung des Königs von Dänemark: Die Fräulein Raimussen ist nicht zur Baronesse, sondern zur Gräfin v. Danner erhoben. Zugleich hat sie den Rang über den Frauen der königlichen Staatsminister erhalten. Die beiden Grafinnen, welche der Trauung in der Schloßkirche beizuwohnen befohlen waren, sind die Gräfin v. Ahlefeldt, Gemahlin des Oberceremonienmeisters, und die Gräfin v. Danneskiold-Samsoe, Gemahlin des Ober-Hofmarschalls v. Revehow Gräfin v. Brant zu den Alten. Die Trauung geschah in Gegenwart des ganzen Hofstaats, der sich in Gala befand. Nach der Trauung war große Tafel im Schlosse. Der Erbprinz Ferdinand führte die Gräfin Danner zur Tafel und der König die Gräfin v. Ahlefeldt. Einige Tage später soll der König mit der Gräfin v. Danner Versöhnungsversuch bei seiner Stiefmutter, der Königin Karoline Amalie, gemacht haben. Die ältere Königin, Wittwe Friedrich VI., soll sich einen ähnlichen ihr zugedachten Besuch verbeten haben. Ganz Kopenhagen, insbesondere die vornehme Damenwelt, ist hierüber in großer Aufregung; alle Damen, die Zutritt haben, befürchten, den Befehl zu erhalten, der Gräfin von Danner die Aufwartung zu machen. Diese Furcht ist um so größer, als man weiß, daß die genannte Dame erklärt haben soll, ihre größte Freude und ihr größter Stolz würde sein, wenn alle die Damen, als sie Hofdamen waren, zu ihren Knaben gehörten, jetzt ihr die Aufwartung machen würden. Die Entrüstung in den höheren Kreisen Kopenhagens soll groß und allgemein sein. Dieser Hofstaudal paßt aber vollkommen zu dem Strafensandal, durch welchen der Kopenhagener Pöbel bei der glorreichen Märzrevolution von 1848 Aufsehen erregte. — Se. Excellenz der Hr. Berling ist nicht alleiniger, sondern nur Mitregierthumer der Berlingschen Zeitung, die Eigenthum der ganzen Familie ist. Derselbe wurde im verflossenen Jahr zum kgl. Kammerherrn ernannt. Er ist zugleich Interessent der Einlidhr, wie man sich erinnern wird, vor kurzem ein bedeutendes Defizit hatte, welches vom Reichstage auf Antrag des Ministeriums gedeckt wurde. Sein Einfluß bei Hofe als Favorit des Königs und der Gräfin v. Danner soll ein unbedingter sein.

Hamburg, 28. August, Nachmittags 3 Uhr. Die gestern eingetroffene Nachricht von einer Landung 5 dänischer Schiffe bei Grönwald hat sich nicht bestätigt. (Berl. teleyr. Bur.)

Ludwigsburg, 27. August. Verhandlungen des Schwurgerichtshofs gegen den Buchdrucker Gulbig von Heilbronn, wegen Herabwürdigung der Religion. Verbrechen: Nachtwächtersubstitut Georgii von Stuttgart, Redakteur des Turnblatts. Clericus Clericum non decimat, ein Redakteur verbrichtet den andern. Der incriminirte Artikel erschien in Nro. 33 des Neckardampfschiffes vom 9. Febr. d. J. betitelt: Die Schöpfung der Erde: Im Anfang schuf Gott Himmel und Erde und den Kaiser von Rußland. Und es war anfänglich finster, wie in einer Schafstammer und der Geist Metternichs schwebte über den Wassern. Und Gott war bestrebt und schuf das Licht und der Staatsanwalt stritte damals noch keine Klage ein, und Gott schied das Licht von der Finsternis und der Churfürst von Kassel mußte es sich gefallen lassen ꝛc. Zu diesem Tone geht es fort. Die Haltung des Artikels ist darauf berechnet, dem Pöbel die sociale Zustände so darzustellen, als ob Gott die Welt nur für die hohen Herrschaften und den Adel erschaffen hätte und als müßten die übrigen Menschen von dem leben, was die hohen Herrschaften übrig lassen. Die Anklage geht dahin, daß die Gottheit herabgewürdigt sei durch die Darstellung, als hätte sie sich durch Anregung verächtlich gesinnterer Personen bestimmen lassen, Alles nur zum Wohle der Vornehmen und der Fürsten einzuleiten. Gleich in der Vorunterfuchung gab der Angeklagte einen eclatanten Beweis von dem Bewußtsein seiner Schuld, indem er angab, daß sein Setzer in seiner Abwesenheit den Aufsatz ohne sein Wissen aus der Neuen Deutschen Zeitung abgedruckt habe, was der Setzer anfangs auch bestätigte; als er aber seine Angabe beschwören sollte, gestand der Setzer, daß Gulbig ihn veranlaßt habe, das Gericht zu seinen Gunsten zu belügen. Uebrigens bekannt der Angeklagte auch heute wieder, lediglich er zugibt, daß er an jenem Tage nicht verreist war, auf der Behauptung, der Artikel sei aus Versehen ohne sein Wissen abgedruckt worden, ob er gleich in der Vorunterfuchung derselbe Zugestanden hatte, daß er selbst den Abdruck des Artikels angeordnet habe. Auch bestimmt sich derselbe mit solcher Frechheit, daß er z. B. behauptet, er könne sich's durchaus nicht gefallen lassen, daß man ihn einer Lüge beschuldige, er bitte den Hof zur Sache selbst übergehen und nicht immer bei diesem einzigen Punkt stehen zu bleiben. Natürlich, so was ist unbequem, wenn man vor aller Welt Rechenschaft geben soll, warum man das Gericht belogen habe, da man ja nicht lagen will und darf, man habe gelogen, um seine Schuld zu verdecken, denn man bekennt sich nicht schuldig; man hat in dem incriminirten Artikel keine Herabwürdigung der Religion, das sind nur Sätze Satyre auf die politischen Zustände erblickt. Uebrigens setzt die Frage des Präsidenten: Glauben Sie, daß man zur Satyre Alles benützen darf, den Angeklagten in große Verlegenheit; er läßt sich auf eine Beantwortung dieser Frage nicht ein, sondern entschuldigt sich damit, daß er lediglich der Auftrag sei in dem komischen Volkskalender erschienen, welcher in Preußen, wo doch die Religion am meisten „gehandhabt" (sic!) werde, in 20,000 Exemplaren verbreitet sei. Dieser Entschuldigung zeigt der Präsident die in jeder Besiehung treffende Antwort: Was sind unsere Gesetze auf die politischen Zustände erblickt. Uebrigens setzt die Frage des Präsidenten: Glauben Sie, daß man zur Satyre Alles benützen darf, den Angeklagten in große Verlegenheit; er läßt sich auf eine Beantwortung dieser Frage nicht ein, sondern entschuldigt sich damit, daß er lediglich der Auftrag sei in dem komischen Volkskalender erschienen, welcher in Preußen, wo doch die Religion am meisten „gehandhabt" (sic!) werde, in 20,000 Exemplaren verbreitet sei. Dieser Entschuldigung zeigt der Präsident die in jeder Beziehung treffende Antwort: Was sind unsere Gesetze auf die politischen Zustände erblickt. Uebrigens setzt die Frage des Präsidenten: Glauben Sie, daß wir uns auf das, was in Preußen geschieht, zum Muster nehmen müssen? Gulbig verwickelt in solche Widersprüche, daß dieses einfaltige, nicht demokratischer Laugnen Einem ordentlich weh thut. Die Begründung der Anklage ist natürlich leicht. Man braucht, bemerkte der Staatsanwalt, den Artikel nur zu lesen, um zu Ecke zu stehen, daß gegen Inhalt desselben erfüllt zu werden. Allerdings ist der Zweck desselben zunächst der einer politischen Satyre. Allein die Anklage gründet sich auf das Mittel, welches zur Erreichung dieses Zweckes angewendet wurde, es sind hiezu die Worte der heil. Schrift gebraucht worden, um Lachen zu erregen, und wenn man die hl. Schrift und Person Gottes mißbraucht, um Lachen zu erregen, so ist das eine Herabwürdigung der Religion und der Gottheit. Gott wird hier als der grobsinnige Diener der hohen Herrschaften dargestellt, der sich herbei, ihre Launen, auch die niederträchtigsten, zu erfüllen. (Schluß folgt.)

Berlin, 25. Aug. (Schluß der in der gestrigen Nummer abgebrochenen Aktenstücke aus dem „Preuß. Staatsanzeiger.") Es bedarf wohl kaum der Erwähnung, daß, wenn auch das

einzusehende Schiedsgericht nach den im § 6 der mit dem 1. Mai ds. Js. erloschenen Uebereinkunft vom 30. September v. Js. enthaltenen Bestimmungen zusammengesetzt werde und die durch Auffeile zu entscheidenden Fragen zu Verhandlungen in Beziehung setzen, welche im Schooße der gleichfalls nicht mehr in allgemein anerkannter und rechtlich begründeter Wirksamkeit stehenden Bundesskommission eröffnet worden sind, hieraus ebenso so wenig irgend welche Forderungen auf eine längere oder erneuerte Geltung der Uebereinkunft vom 30. September, als auf die Rechtmäßigkeit oder Nothwendigkeit eines ferneren Bestandes der Bundesskommission abgeleitet zu werden vermochten. Nicht minder dürfte es sich von selbst verstehen, daß vor erfolgter schiedsrichterlicher Entscheidung, letzgültig der von Preußen in seiner Depesche vom 4. d. angezeigten und im gegenwärtigen Erlasse aufgezählten Fragen, von seiner Seite und in seiner Weise einseitig vorangegangen oder etwas verfügt und unternommen werden könne, was mit diesen Fragen in Verbindung steht. Wir hoffen, daß das königlich preußische Kabinet selbst richtig die Hand dazu bieten wird, damit der Zweck, welchen es uns selbst vorgeschlagen hat, zur Ausgleichung führe. Demgemäß müssen wir aber auch wünschen, daß die gereizte Stimmung, welche sich in den letzten Mittheilungen des Berliner Hofes kund gibt, einer ruhigen, besonnenen und unbefangenen Erwägung der Verhältnisse weichen möge. Ew. rc. haben dem Freiherrn von Schleinitz eine Abschrift gegenwärtiger Depesche, so wie der hier mitfolgenden, die Beziehungen des damaligen Bürgermeisters der Bundesstadt Mainz zu seinem Hofe betreffenden Denkschrift mitzutheilen und wir die Ihnen hieraus zugehende Erwiderung mit thunlichster Beschleunigung zugehen zu machen.

2) Em. Hochgeboren übersende ich anliegende Abschrift einer Depesche des k. k. Ministerpräsidenten an den Freiherrn v. Prokesch-Osten, d. d. Wien, 12. August, welche der Letztere mir mitzutheilen beauftragt worden, und welche die Erwiderung auf unsere unterm 4. d. M. in Betreff der Durchzüge der großherzoglich badischen Truppen durch Mainz enthält. Es ist nicht meine Absicht, im gegenwärtigen Zeitpunkt auf die einzelnen in dieser Depesche zur Widerlegung der von uns aufgestellten Grundsätze beigebrachten Entgegnungen einzugehen. Es genügt die Bemerkung, daß das k. k. Kabinet sich bem in seiner Circulardepesche an die k. k. Missionen in Deutschland vom Juli eingenommenen Standpunkt beharrt, und daß wir auch in den jetzigen Aeußerungen dessselben keine Argumente zu entdecken vermögen, welche unsere Ansichten über den Rechtspunkt der Frage im Allgemeinen verändern könnten. Dagegen erklärt das k. k. Kabinet sich bereit, das bereits gebotene Schiedsgericht anzunehmen und dasselbe über die von uns angeregten Fragen erkennen zu lassen. Indem wir diese Erklärung der Annahme unserer Vorschlags mit Befriedigung entgegennehmen, halten wir es für Pflicht, zugleich von vorn herein jeder mißverständlichen Auffassung vorzubeugen, welche über die Bedeutung, was wir diesem Schiedsgericht beilegen, entstehen könnte. Es handelt sich nemtlich in dieser Angelegenheit um zwei ganz verschiedene Fragen: einmal um die Berlegung der badischen Truppen und die mit dem Großherzogthum darüber abgeschlossene Convention überhaupt, anderentheils um den Durchmarsch dieser Truppen durch die Bundesfestung Mainz. Die erstere Frage unterliegt für uns durchaus keinem Zweifel, den wir einer rechtlichen Entscheidung zu unterzogen hatten. Wir haben hierüber, wie aus dem Wortlaut meiner Instruktion vom 4. d. M. hervorgeht, auf kein Schiedsgericht angetragen, und können keines annehmen, weil wir keinem Bundesgliede das Recht eines Einspruchs gegen eine solche mit dem Großherzogthum Baden verabredete Maßregel zugestehen können. Die fernere Verlegung der Truppen wird daher nach unserm und dem Ermessen Badens fortgelegt werden, ohne daß sie fur den einzelnen Punkt des Durchgangs durch die Bundesfestung Mainz vorbehaltene Berufung auf einen schiedsrichterlichen Ausspruch einen über diesen Punkt hinausgehenden Einfluß darauf ausüben dürfte. Wir sind diese offene Erklärung schuldig und dem Großherzogthum Baden, als dem k. k. Kabinet schuldig, damit kein Zweifel über unsere Absichten stattfinde. Die zweite Frage ist es allein, welche einer schiedsrichterlichen Entscheidung in dem Falle unterworfen werden kann, daß in dem Schooße der Bundesexekutivcommission, als der allein zur Entscheidung betreffender Weisungen an den Gouverneur der Bundesfestung berechtigten Behörde, keine Einigung über die zu erlassenden Weisungen erzielt werde. Wir können auch nicht anders annehmen, als daß das k. k. Kabinet eben diesen Punkt ins Auge gefaßt und unsern Vorschlag hierauf gegründet habe, da wir in dem Schreiben vom 4. d. M. ausdrücklich gesagt haben: „Sollte daher dem bereits vorliegenden Beschlusse der Bundesexekutivcommission vom 17. v. M. bei seiner Fassung nicht die Bedeutung beigelegt worden sein, daß er für alle noch zu erwartenden Durchzüge badischer Truppen nach Preußen Geltung haben solle, so wird auf die verfassungsmäßige schiedsrichterliche Entscheidung recurrirt werden müssen." Der Gang, den wir im Auge gehabt und noch jetzt im Auge haben müssen, ist hiernach auf zwei einfache Weise vorgezeichnet. Wenn die Bundescommission jenen Beschluß nicht auf die noch bevorstehenden einzelnen Fall bekhrankt, sondern auch auf die noch zu erwartenden Durchzüge ausgedehnt wissen wollte, so würde kein Anlaß zu einer schiedsrichterlichen Entscheidung vorhanden sein und der Gouverneur der Bundesfestung würde einfach nach jener Instruktion zu handeln haben, ohne weitere Weisungen von zu erwarten. Daß das Festungsgouvernement von Mainz den Beschluß der Bundescommission vom 17. Juli in diesem Sinne ausgelegt habe, geht aus dem Schreiben des Festungsgouvernements an das großherzoglich badische Kriegsministerium vom 24. desselben Monats hervor, worin derselbe das letztere auffordert, bei etwa weiter bevorstehenden solchen Durchzügen das diesfallige Ansuchen früher hieher (nach Mainz) gelangen zu lassen, damit nicht auf neuen Durchzuge kein Hinderniß in den Weg gelegt, sondern das Festungsgouvernement in die Lage gesetzt werde, die nothigen Uebereinkünfte zu treffen, um den durchziehenden Bundestruppen auch die etwa erforderliche Unterstützung angedeihen laffen zu können. Wenn dagegen bei regelmäßiger Anmeldung weiterer Durchzüge das Festungsgouvernement von Mainz sich durch weitere, ihm selbst anbefangende Erwägungen bemüßigt finden sollte, einer anderen Auffassung Raum zu geben und den Durchzug nicht zu gestatten; wenn ferner die Bundescommission auf welche in diesem Falle recurrirt werden müßte, sich nicht in der Lage fühle, weder ihrem früheren Beschlusse die angedeutete Auslegung einer Ausdehnung auf künftige Fälle zu geben, noch einen auf nothwendig hervorgehenden Verschlag einstimmig zu fassen, wie dies in dem resp. von uns und von der k. k. Regierung eingenommenen Standpunkte und den danach voraussetzlich an die betreffenden Mitglieder der Commission ertheilten Instructionen anzunehmen ist, so tritt alsdann der Fall der schiedsrichterlichen Entscheidung für die Frage ein, ob die Commission den früheren Beschluß auch für die nachfolgenden Fälle aufrecht zu erhalten habe; ein Weg, welchen wir als den einzigen verfassungsmäßigen bezeichnet haben, und welchen zu gehen wir bereit sind. Indem wir daher ein Eingehen auf die rechtliche Auffassung über unser Ansuchen, so wie die Lage kommenden Bundesgesetze und Reglements uns für die beifallsige Verhandlung vorbehalten, wiederholen wir hiermit unsere Erklärung, daß wir für diesen Fall uns für diesen genau bezeichneten Punkt die schiedsrichterliche Entscheidung annehmen. — In erwiderung auf die Erklärung des k. k. Kabinets über die Wahl der königlich bayerischen Regierung bemerken wir, daß wir unsererseits die großherzoglich oldenburgische Regierung ersuchen werden, das Schiedsrichteramt zu übernehmen, und, sobald der bezeichnete Fall eingetreten ist, sich mit der königlich bayerischen Regierung in Verbindung zu setzen, um sich über die Wahl des dritten Mitgliedes zu einigen. Wir glauben, daß auch das k. k. Kabinet nicht verkennen werde, wie dies der natur- und vertragsmäßige Weg sei, auf welchem der verschiedenen Auffassung dieser Angelegenheit die zu praktischen Verwicklungen und Conflicten führende Spitze gebrochen werden könne, und wie bezweifelt nicht, daß dasselbe in bundesfreundlicher Offenung diesen Weg betreten werde, um für die weitere Verständigung die Aussicht offen zu erhalten. Je mehr wir uns bewußt sind, in dieser ganzen Angelegenheit nicht von selbstsüchtigen Motiven, sondern nur von den wahrhaften Interesse an der Wohlfahrt eines befreundeten Bundeslandes und der dadurch bedingten Kraft und Sicherheit des ganzen Bundes geleitet zu sein: um so mehr müssen wir hoffen, daß die k. k. Regierung, welche auch bei verschiedener Auffassung der Fragen von denselben Gesinnungen beseelt ist, der näherer und eingehender Erwägung sich davon überzeugen werde, daß wir nur im wahren Interesse des Bundes handeln, und daß auf aufrichtschaft Seite kein specielles Interesse vorhanden sein könne, der Ausführung der begonnenen Maßregel Schwierigkeiten und Hindernisse in den Weg zu legen. Ew. rc. wollen dem k. k. Ministerpräsidenten unser vollständiges Vertrauen auf die bundestreuliche Gesinnung aussprechen und unter Mittheilung einer Abschrift dieser Depesche denselben um eine baldige Eröffnung seiner Absichten ersuchen. Berlin, 19. August 1850. (gez.) von Schleinitz. An den königlichen Gesandten rc. Herrn Grafen von Bernstorff-Dohgoderen zu Wien.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 30. August 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1196	1201
5% Metallique	71½	71¾
4%	63½	64
3%	45¾	48½
2½%	42⅜	43⅛
4½% Bethmann	76½	76¾
4%	—	66
fl. 250 Loose v. J. 1839	100¾	101⅜
„ 500 „ 1834	156½	157
Preußen 3½% St. Schuld-Scheine	86¼	86⅝
„ Präm. 50 Thalerer Loose	110	—
Baiern 3½% Obligationen	84½	—
4%	89¾	89⅝
5%	100⅜	100⅝
Wurtemberg 3½%	83⅝	84¼
4%	98	98½
Baden 3½%	81⅞	82
„ fl. 35 Loose	32½	32¾
„ 50 „	52⅝	53⅛
Nassau à 25 „	26	26½
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	76½	76¾
„ 25 „	28⅝	28⅞
Sachsen à 35 „	136	—
Sardinien Fcs. 36	33⅛	33⅜

Die mit dem 12. Bande nun vollständig erschienene

Manjche Realencyclopädie

oder

Conversationslexicon für das katholische Deutschland

ist für 36 fl. im Gangen bei uns zu haben und können neu eintretende Subscribenten zum neuen Abonnement dieses Werk beliebig in Bänden à 3 fl. — in Halbbänden à 1 fl. 30 kr. oder in Heften à 15 kr. durch uns bezogen.

Paul Halm'sche Sortimentsbuchhandlung in Würzburg (an der Universität).

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 69.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Scherrhofe 2. Distr. Nr. 532.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 210. Würzburg, Montag den 2. September. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 31. August. Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht den Appellationsgerichtsrath Philipp Thon zu Aschaffenburg wegen seiner durch physische Gebrechlichkeit herbeigeführten Dienstunfähigkeit nach § 22 lit D der Beilage IX zur Verfassungs-Urkunde auf die Dauer von zwei Jahren mit Belassung seines Gesammtgehalts, Titels und Functionszeichens in den Ruhestand zu versetzen und demselben hiebei die allerhöchste besondere Zufriedenheit mit seinen bisher treu und eifrig geleisteten Diensten zu bezeigen.

München, 1. Sept. Se. Maj. der König haben Sich bewogen gefunden, die Wahl des ordentlichen Professors des Kriminalrechts und Kriminalprozesses, dann des Polizeirechts und der Polizeiwissenschaft Dr. Karl Evel in Würzburg, zum Rektor der Universität daselbst für das Studienjahr 1850/51; dann die Wahl des ordentlichen Professors Dr. Deppisch von der theologischen Fakultät, des ordentlichen Professors Dr. Albrecht von der juridischen, des ordentlichen Professors Dr. Scherer von der medizinischen, und des ordentlichen Professors Dr. Hoffmann von der philosophischen Fakultät zu Senatoren für die Studienjahre 1850/51 zu genehmigen.

Oesterreichs und Preußens Stellung.

Wenn zwei Menschen lange Zeit in einem Wortstreite begriffen sind, so ist es beinahe unvermeidlich, daß allmählig die Behauptungen von einer und der andern Seite einen schrofferen Charakter annehmen. Man faßt bald dieses, bald jenes Nebenpunkt, bald diese, bald jene Schwäche in den Behauptungen des Gegners auf, und so geschieht es leicht, daß am Ende die Streitenden auf ganz andere Sätze gerathen sind, als diejenigen, die anfangs den Gegenstand der Discussion ausmachten. In Wellshänden ist das auch der Fall, um die alte Lehre, daß man unaufhörlich sich wieder an den Punkt zurückwenden soll, von dem man ausgegangen war, darf sie vergessen werden. So wird es denn auch nöthig sein, in der Discussion, die gegenwärtig zwischen Oesterreich und Preußen geführt wird, die Ausgangspunkte wieder aufzusuchen und von da ab den weiteren Weg zu verfolgen. Der Streit hat sich hier eigenthümlich genug gewandt und die Behauptungen sind oft genug verschoben, um davon eine Lehre zu nehmen. Leider liegt der Anfang im Dunkeln. Es fällt in den December und Januar 1848 und 1849. Die öffentlichen Nachrichten haben wenig davon mitgetheilt; erst Jürgens hat in seinem Buche zur Geschichte des deutschen Verfassungswerkes II. p. 457 ff. den Versuch gemacht, Licht in dieses Dunkel zu bringen. Oesterreich und Preußen waren damals beide mit Mühe wieder Herr ihrer Hauptstadte geworden; noch standen die Gewitter am Horizonte, noch war Deutschland in stürmischer Bewegung, beherrscht von Clubbs, Märzvereinen, demokratischen, vaterlandischen Vereinen, um wie sie heißen, die alle mehr galten und mehr vermochten, als die Regierungen. In Frankfurt brauste man das „Rattengift der Grundrechte", um den Regierungen das Vereinbaren auszutreiben. Da fuhlte man in Wien und Berlin, daß man nicht sicher sei, so lange dieser Zustand Deutschlands daure. Man wollte sich einigen über die Grundsatze der Verfassung, und ohne Zweifel hätte eine Einigung die Stimmen aller Fürsten für sich gewonnen. Einer solchen Kraft hatte sich Frankfurt nicht entziehen können, und Deutschland waren die schmählichsten Erscheinungen vom 12. März bis 18. Juni erspart. Gesunde gingen zwischen Berlin und Olmütz hin und her. Man glaubte an Einigung. Oesterreich hatte eine Kreiseinrichtung vorgeschlagen, Preußen war darauf eingegangen; man hatte über die Frage, ob sechs oder sieben Kreise, verhandelt. Am 19. December 1848 hatte Preußen Vorschläge gemacht; am 7. Januar 1849 Oesterreich erwidert; am 11. war Graf Brühl in Olmütz. Man war ziemlich einig. Die österreichische Note vom 17. Januar wiederholte die Punkte, und beantragte die Versammlung von 40,000 Mann in der Nähe von Frankfurt. Allein am 10. Januar war Bunsen nach Berlin gekommen; und Mecklenburg, Darmstadt, Gotha, Meiningen, Altenburg, Braunschweig, erklärten nach der Reihe ihre Unterwerfung unter Preußen. Da erschien die Note vom 23. Januar 1849, in der Preußen sich von Oesterreich lossagte, einen engern Bund in dem weitern Bunde nach Gagern-Bunsen'schem System aufstellte und der Frankfurter Versammlung das Compliment machte, nicht auf Vereinbarung zu bestehen, sondern sich mit Verfassungsgebung zu begnügen. Oesterreich, beleidigt, erklärte sich am 4. Februar gegen diesen engern Bundesstaat, suchte sich auch Frankfurt zu nähern; aber es forderte Vereinbarung. Das war nicht der Weg, Preußen den Rang abzugewinnen, zumal Camphausen damals nach diesjahmen Instruktionen in voller „Versöhnung" begriffen war. Am 27. Februar provocirte Oesterreich nochmals ein Directorium von neun Stimmen. Preußen schien in der Note vom 10. März auch darauf einzugehen. Allein nun kam am 12. der tolle Welkersche Antrag, um Alles sich über einander. Auch in der Berliner Nationalversammlung erregte jene Note vom 10. März einen Sturm, der Abschreiben mit ihren Verwirrungen kam dazu; man schien Oesterreich ganz zu vergessen. Aber die Berliner Nationalversammlung mußte aufgelöst werden; man kam auf das Gebiet der Einigung mit allen Regierungen, namentlich mit Oesterreich zurück; allein vorher, ehe man die Verfassung mit irgend Jemand verständigt, machte man Oesterreich den Vorschlag zu der „Union", denn es hieß damals der Bund Deutschlands mit Oesterreich den Hr. v. Radowitz aus dem Gagern-Bunsen'schen Projekte gemacht hatte, gegenüber dem „deutschen Bundesstaate". Diese Union wurde Manteuffel zurück, und am 25. Mai erklärte nun Preußen: „Wir glaubten darin nicht eine Störung, sondern nur eine naturgemäße und den Umständen angemessene Entwickelung des heilig gehaltenen alten Bundes zu sehen. — Sollte die k. k. Regierung nicht geneigt sein, Vorschläge zu machen, so wird alsdann noch immer Anlaß sein, eine verbesserte Rechtsboden des Bundes von 1815 übrig bleiben, auf welchem wir uns mit Oesterreich die Hand reichen werden. Wir sind eben so verpflichtet als berechtigt, die durch die Bundesakte bezeichneten Theile der österreichischen Monarchie als die integrirenden Theile dieses Bundes anzusehen, und wir zweifeln nicht, daß die k. k. Regierung von demselben Gesichtspunkte ausgehe. Ihr gegenüber werden wir mit unverbrüchlicher Treue an dem alten Bundesverhältnisse festhalten und alle daraus entspringenden Verpflichtungen im vollsten Umfange erfüllen. — Wir sind willig — in Beziehung auf Oesterreich wie auf jeden anderen Staat — nur an dem Bundesverhältniß von 1815 festzuhalten." Wir haben hiermit unsere Stellung klar bezeichnet. Während wir treu stehen, mit der k. k. Regierung über eine mögliche Besserung der Zukunft zu unterhandeln, stehen wir vorerst für uns selbst und mit den uns angeschlossenen Regierungen, oder dem aus diesen gebildeten Bundesstaate auf dem Boden des Bundes von 1815." Das war deutlich gesprochen, das stimmte mit dem Vertrage, der man am folgenden Tage in Gemäßheit des Art. 11 der Bundesakte schloß; die hannoversche Denkschrift vom 1. Juni commentirte das noch weiter und bewies, daß der Durchführung der Verfassung nothwendig die Zustimmung des Bundes, also Oesterreich, vorhergehen müsse, namentlich sollte das aus der Abstimmungsordnung folgen. Die Denkschrift vom 1t. Juni dagegen enthielt die bekannte gehrauchte Stelle, aus der bei Hrn. Radowitz, Wolfradt u. s. w. die Verpflichtung Hannovers und Sachsens bedeuteten, in einem Bund „mit Wenigen" zu bleiben. In Uebrigen wiederholte man die Tirade von Oesterreichs Verpflichtung. Man glaubte damals aber nicht, daß Oesterreich den alten Bund wolle; man klagte, daß es — im Kampf um die Existenz begriffen — die „Bundesfrischen" nicht erfülle; man wollte eben durch das Bestehen auf dem alten Bunde ihm eine Concession abringen. Oesterreich wollte auch wirklich den alten Bund nicht, sondern irgend ein Directorium in anderer Form. So ging die Sache; man verseindete sich, wies am 24. Juli im Bundestagsrath alle weitere Verhandlung von sich; aber nun siegte Oesterreich in Ungarn, und man schloß am 30. September den Interim, das bis die Bundesgesetze besorgen sollte, der bestehenden Bundesgesetzgebung und insbesondere der Bundestriegsverfassung gemäß (§. 6) und zwar innerhalb der Competenz des engern Bundesrathes (§. 5). Aber Herr Bolstracht hatte schon am 30. August brachtagt, den Ersurter Reichstag zu berufen, am 25. August hatte Herr v. Radowitz den Bundesstaat mit Wenigen proclamirt; im Verwaltungsrath kam's zur Contestation und am 17. Okt. sing Hr. v. Bovelschwingh an zu disinguiren. Nun war die Bundesverfassung unterzogen, aber die Rechte und Pflichten des Bundes — noch? aus seinesseits auf den Standpunkt des alten Bundes zurück. Es berief das Plenum. Preußen argumentirte mit Recht aus der Bundesverfassung (die

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Ruland.

Hr. v. Bobrischwingk nicht mehr helfen lieb), daß er nicht kommen könne, weil er sich in dem engern Rath berufen; und nun wolle Preußen, wenn derselbe die Verwaltung führe, wozu es ihm die Competenz am 30. September zugestanden. Und da ist nun auch die Geschichte mit den Militärcontrejen abgekommen. Da diese dem Art. 5 der Bundesschlußacte widersprechen, und Oesterreich auf dieses im § 6 des Vertrags vom 30. September 1849 anerkannte Bundesgesetz hält, ist das gar ein casus belli; der Bund gilt zwar, aber nicht das Bundesrecht — so sagt man. Also der Bund gilt; aber ohne Verfassung und ohne Recht. Was gilt denn? wo bleiben wir Rechte und Pflichte, die Herr v. Bobelschwingh am 17. Octoder v. J. doch anerkannte? Es kommt uns vor, als ob in diesem Feuerkriege ein Mannöver stattgefunden hätte, wir es in wirklichem Kriegm wohl einmal begegnet, daß die Heere mit dem Gefechte gegen das Land getrieben sind, daß sie verheerten. Das ist selten gut. Es gewahrt uns auch, daß es doch ein weiser Satz des Civilrechts sei, daß jeder Theilhaber einer Societät oder Gemeinschaft das Recht habe, die Auflösung zu verlangen, wenn dabei nur ein Staatsrecht, in Deutschland zumal, bestehen könnte. Allein wir fürchten, eine Politik, die sich auf dies Recht stellt, ist keine gute. Wir schreiben dies am Jahrestag der Rede, in welcher Herr v. Radowitz den Bund mit Allen, mit Vielen, oder mit Wenigen in Aussicht stellte. Hat nun Preußens Stellung seitdem gewonnen? — Möchten wir es doch alle erkennen, daß in dialectischen Formen und Argumentationen kein Heil ist, daß sie nimmermehr zum Rechte, zur Eintracht führen; und daß doch Recht und Eintracht allein Heil bringen. Das Altereinfachste ist das Politischste und das Wahrste. Friede ernährt, Unfriede verzehrt.

Deutschland.

München, 30. August. Eingetroffenen Nachrichten im griechischen Gesandtschaftshotel zufolge ist König Otto von Griechenland in Meran in Innsbruck und heute Nachmittag in Hohenschwangau eingetroffen. — Fürst Gortschakoff, General-Gouverneur der Provinz Warschau, ist heute, von mehreren russischen Notabilitäten erwartet, hier angekommen. Die Offiziere des in Tyrol und Vorarlberg stehenden österreichischen Armeekorps machen häufige Ausflüge in die Umgebung und selbst hierher. Glaubwürdigen Nachrichten zufolge sind nun diese Verstaubungen vorläufig eingestellt worden. (N. Mb.)

München, 31. August. Der kgl. Staatsminister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, Hr. Dr. v. Wingelmann, ist auf seinen Urlaub zurück hier wieder eingetroffen.

Der kgl. Ministerialrath im Handelsministerium Hr. v. Kleinschrod ist von hier nach Mainz abgereist, um als Bevollmächtigter Bayerns an den Anfang September daselbst wieder beginnenden Verhandlungen der Central-Rheinschiffahrtskommission Theil zu nehmen.

München, 31. Aug. Der Kommandant des I. Armeekorps, Generallieutenant Graf v. Ysenburg, und der Kommandant der I. Kavallerie-Division Se. Hoh. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg inspizirten heute das hiesige Kuirassier-Regiment und begaben sich zu gleichem Zwecke morgen nach Augsburg und Dillingen. Bei diesen Inspektionen wird zum ersten Male mit den neuen Feldstellen aufgerückt, welche auf der rechten Seite des Pferdes angebracht sind. — Nach der „Allg. Ztg." führt das gedachte Armeekorps den Titel: „Bayerisches Bundesarmeekorps am Main", unter Kommando des Generalmajors Grafen Gustl du Moulin, welchem der Hauptmann vom General-Quartiermeisterstabe Max Graf v. Bodner beigegeben ist. Wie man vernimmt, geschieht diese Aufstellung auf Requisition des Bundes und in Folge der Lage der Dinge in Ehrhoffen.

Zweibrücken, 29. August. Der Redakteur der „Speyer'er Zeitung", ehemaliges Parlamentsmitglied und Landtagsdeputirter Kolb stand heute wegen Preßvergehen vor den Assisen. Die Verhandlungen dauerten bis Nachts 12 Uhr. Das Auditorium war äußerst zahlreich. Nach langer Berathung sprachen die Geschworenen das Schuldig aus und das Assisengericht verurtheilte den Angeklagten zu 1 Monat Gefängniß und 100 fl. Geldstrafe. (N. A. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Schleswig-Holstein. Der „Alt. Merk." enthält folgenden Aufruf an die waffenfähigen Mannschaften des Landes. Das Vaterland bedarf der Vertheidigung aller ihm zu Gebote stehenden Kräfte. Es ergeht demnach hiermit, im Auftrage der Statthalterschaft, die Aufforderung an alle waffenfähige Männer und Jungtinge des Landes, die bisher nicht der Armee angehören, sich angesichts der Neubesetzung in dem zu ihrer Annahme errichteten „Anrollirungsbureau für freiwillige Landessöhne" zu melden. Es wird bei deren Annahme nicht auf das Alter Rücksicht genommen werden, sondern wird nur ihr Gesundheitszustand und ihre körperliche Tauglichkeit allein hierbei berücksichtigt werden. Neumünster, den 25. August 1850. Das Departement des Kriegs. Krohn. Jensen.

Paris, 27. August. Der Correspondent des „Nationat" aus den Herzogthümern berichtet heute: „Nach glaubwürdigen Quellen hat der französische Gesandte in Kopenhagen ein Memorandum über die Lösung der Frage der Herzogthümer überreicht. Er stellt einerseits den Grundsatz der vollständigen Trennung der Herzogthümer von Deutschland und andererseits eine breite Concession an dieselben, namentlich ihre Union, als maßgebend auf. Hiezgen würden sie immer unter einer Dynastie mit Dänemark verbunden werden, jedoch mit eigener Verfassung, Verwaltung und Finanzleitung. Allein die Armee und die auswärtige Repräsentation wären bereits Theilen des neuen Dänemarks gemeinschaftlich. Wenn ich gut unterrichtet bin, hat der russische Vorschlag Anklang und der Statthalterschaft überreicht und ist man übereingekommen, vor Abgabe einer Antwort auf diese Depesche die Feindseligkeiten nicht wieder zu beginnen. Rußland erwartet jetzt in Ruhe zwei Dinge: 1) daß der franz. Vorschlag gegenüber den Schwierigkeiten, über welche das franz. Cabinet zu unterrichten für gut befunden, ohne Erfolg bleibt; 2) daß im Falle der beinahe unausbleiblichen Nichtannahme von Seite der Herzogthümer die französische Diplomatie bei Seite gesschoben werde und diese aus Verdruß über den fehlgeschlagenen Vergleichsversuch die Vermittlerrolle aufgebe, um sich wieder ihrer Polizei beizunehmen." Der Correspondent schließt mit der Bemerkung: „Zum ersten Male wird sich Frankreich in den nordischen Angelegenheiten unmittelbar aussprechen. Die von ihm gewahlte Position wird einen entscheidenden Einfluß nicht blos auf unsere Zukunft, sondern auch auf die ganzen nordischen Europa's ausüben." — Daß ein französisches Memoire von dem oben angegebenen Inhalte in Kopenhagen und an die Statthalterschaft überreicht wurde, ist gewiß. Es scheint, daß man sich in Kopenhagen in großer Verlegenheit befindet und nicht mehr weiß, welchen einheimischen und fremden Rathgebern man folgen und vertrauen darf. Man hat daselbst seit dem Londoner Protokolle alle Selbstständigkeit verloren und sieht bereits voß, daß man auf einer russischen Mine wandelt.

Rendsburg, 27. Aug. Die Cholera ist hier nicht unbedeutend und hat namentlich auch einen Angriff auf unser Hauptquartier gemacht. D. d. Tann und der Prinz von Augustenburg haben Anfälle der Krankheit gehabt, sind aber, Gott sei Dank, wieder vollständig auf dem Wege der Besserung. Leider wird der gestrige, regnerisch stürmische Tag den Gesundheitszustand insbesondere bei den im Biwouak liegenden Truppen nicht verbessert haben. Der feindliche Armee soll von typhösen Krankheiten sehr stark heimgesucht worden. — Außer dem bereits gemeldeten Vorpostengefechte bei Attenhof, bei dem übrigens nicht das 2, sondern das 5. Jägercorps engagirt war, hat es in der Nacht von vorgestern zu gestern noch ein Scharmützel bei Sauerstapel gegeben, bei dem sich der bekannte Hund in Mainzer angezeichnet hat. — Buchhändler Schwetschke von Halle, der humoristische Verfasser der neuesten Epistolae obscurorum virorum, ist auf Besuch hier angekommen. — Der Zufluß von Freiwilligen dauert fort, man wünscht aber sehr noch eine größere Anzahl. Sollten sich einzelne nicht fetzen, deren man wohl noch gegen 100 würde gebrauchen können.

Altona, 28. Aug. Mit dem Abendzahnzuge kommt die Nachricht, der dänische General de Meza sei in Zöge der in dem Gefecht bei Duvenstedt erlittenen Verwundung auf dem Prinzen Palais in Schleswig verstorben. (H. N.)

Rendsburg, 29. August. Es heißt in einer von einem schwedischen Offizier, der im vorjährigen Feldzuge als Freiwilliger in der dänischen Armee gedient hat, kürzlich herausgegebenen, vor uns liegenden Schrift: „Die skandinavischen Sympathien während des Jahres 1848 versinget Lobes, welcher die schwerisch Nation zu einer schwarmerischen Thrinahme für das Schicksal des Nachbarreiches bewog. Der Schluß des Feldzuges im Jahre 1849 hatte dagegen bei den meisten Schweden, die während einer längeren Zeit in der dänischen Armee gedient hatten, sichtbare Unzufriedenheit, denjenigen durchaus entgegengesetzt, mit welchen sie den dänischen Boden betreten hatten, und es erkaltrten die Gefühle für ein Volk, mit dem sie die Gefahren des Kampfes getheilt hatten." Dieser Ausspruch, motivirt durch die Schilderungen, die der Verfasser von den dänischen Zuständen und der Gesinnungslosigkeit des dänischen Volks entwirft, erhält eben dadurch, daß in diesen Tagen ein schwedischer Offizier in unsere Armee eingetreten ist, um so mehr Gewicht. Seiner Aussage nach wurden ohne Zweifel manche seiner Landsleute seinem Beispiele folgen, falls es ihnen von ihrer Regierung gestattet wäre. Uebrigens soll die schwedische Regierung andererseits keinen Urlaub zum Eintritt in die dänische Armee ertheilen und somit wäre denn auch das Gerücht, als ob eine Menge Schweden und Norweger in dänische Dienste getreten seien, widerlegt.

Wiesbaden, 31. August. Heute Morgen um 6 Uhr ist der Graf von Chambord von hier abgereist. Er nahm seinen Weg über Frankfurt. Hr. Barande wurde durch Unwohlsein verhindert, den Grafen zu begleiten. Dieser um 4 Uhr Nachmittags empfing den Chef des Hauses zu sich zur Abschiedsschuhe der hier anwesenden Legitimisten. Er entließ daselben mit folgenden Worten: „Meine Freunde! Ich biete Euch, die Ihr Euern Herd, Eure Familien meinetwegen verlassen habt, meine letzten Grüße. Ich danke Euch für die mir kundgegebenen Gefühle. Ihr kennt die Männer, die mein Vertrauen besitzen; unser Weg ist und vorgezeichnet, wir wollen diesen Weg mit Strenge und mit Versöhnlichkeit verfolgen. (Ja! Ja!) Wenn Frankreich, die gesellschaftliche Ordnung bedroht wird und eines Tages jenes Mannes bedarf, den Ihr Euern König nennt, und der Chef Eures Hauses ist (Es lebe der König!), sollen sie uns, Euch wie mich bereit finden. Lebt wohl, meine Freunde! Lebt wohl!" (N. A. Z.)

Kassel, 29. August. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung wurde der folgende wievere Umwurf einer Adresse an den Landesherrn einstimmig angenommen: Königliche Hoheit! Durch den mit der Eröffnung des Landtags beauftragten Kommissär haben Ew. kgl. Hoheit die zuversichtliche Hoffnung aussprechen lassen, daß unsere Thätigkeit eine segenbringende sein werde. Auch wir hegen die Hoffnung und wünschen nichts sehnlicher, als der Staatsregierung die Unerschütterung

England.

London, 24. August. Die eigentliche Bedeutung des Londoner Protokolles scheint in Deutschland vielfach mißverstanden zu werden; auch kann man sich darüber eben nicht wundern, weil dabei allerlei Absichten hinter den Coulissen spielen, wovon das Protokoll selber Nichts sagt. Vor Allem mögen Ihre Landsleute übergeugt sein, daß eine Incorporation Holsteins in Dänemark von keiner Seite beabsichtigt wird, auch nicht von Seiten der gegenwärtigen dänischen Staatsregierung. Ueberhaupt bezieht sich dieses Protokoll durchaus nicht auf die rechtliche Stellung der Herzogthümer zu Dänemark; mit dieser Frage befaßt sich die Conferenz nicht. Wenn in dem Protokolle von der „Integrität" der dänischen Monarchie die Rede ist, so ist dieser Ausdruck in diesem nicht glücklich gewählt, als er eben zu jenem Mißverständniß Veranlassung geben konnte. Das ganze Protokoll beginnt sich nur auf die Regelung der Erbfolge, und es drückt den Wunsch aus, daß diese durch gegenseitiges freies Einverständniß sämmtlicher Betheiligten dahin geordnet werden möge, daß bei Austerben der jetzigen regierenden Linie sämmtliche Lander wie bisher unter einem Oberhaupte bleiben möchten. Man würde irren, wenn man diesem Wortlaute des Protokolls gegenüber noch besondere arrière pensées unterschieben wollte, die damit nicht im Einklang stehen. Daß aber dieser Erwahnung der Erbfolge bereits ein bestimmter Wunsch zu Grunde liegt, und daß sie unterzeichnenden Mächte sich bereits über die Art und Weise der Regelung der Erbfolge ziemlich verständigt haben, mag nicht in Abrede gestellt werden. Diese ganze diplomatische Verhandlung ist auf Beseitigung der Erbfolge der Augustenburg'schen Linie in den Herzogthümern gerichtet. Wenn der Herzog von Augustenburg sich nicht in gar zu blinder Leidenschaft bei der fest gestellt, wenn er sich fur Dänemark nicht geradezu unmöglich gemacht hätte, so wäre man wahrscheinlich auf das fruher vorgeschlagene Auskunftsmittel zurückgekommen sein, die Dänemark gultige weibliche Erbfolge anzuwenden, und auf den Mannesstamm zu verzichten, um auf diese Weise das gemeinschaftliche Oberhaupt für beide Länder in der Person des Herzogs von Augustenburg zu erlangen. Da Letzterer aber, wie man wohl ohne alle Eingeweihtenkreis zugestehen kann, sich diese Chancen auf den dänischen Thron selbst verscherzt hat, so ist es nun Peter von Oldenburg als solchen bezeichnen. Sobald der jetzige König von Dänemark die Krone niederlegt, was er lieber heute, als morgen thun würde, sobald man nun erst die Frage über die Erbfolge in Dänemark gebracht, ist nicht der Prinz Peter, sondern der regierende Herzog von Oldenburg, und falls dieser nicht annehmen sollte, sein Sohn, der Erbprinz von Oldenburg, zum Könige von Dänemark und zum Herzog von Schleswig und Holstein bestimmt. Dänischerseits ist man damit einverstanden, eben so von Seiten des Oberhauptes des Bundes, des Erbprinzen von Oldenburg. Der Einzige Gefahrte Hr. v. Bülow, war unlängst in Oldenburg und hat die Einwilligung beider hohen Personen in bester Form erhalten. Es fehlt also nur noch an der Einwilligung von zwei Betheiligten, an der Einwilligung der Augustenburger und der der Herzogthümer, und hier scheint mir allerdings die einzige Gefahr des Nichtvorhanden zu sein. In dem Protokolle steht freilich nichts davon, aber ich suchte, daß man die Augustenburger, wenn sie nicht freiwillig nachgeben und mit gewissen Entschädigungen nicht zufrieden sind, zuletzt wenig fragen wird; ob man die Herzogthümer überhaupt in deren jetzt vorhandene Stande, möchte noch zweifelhafter sein. Was Ihre Landsleute aber noch weniger wollen werden, und was nach dem öffentlichen Verhalten des preuß. Gesandten in London freilich fast unglaublich erschienen wurde, ist der Umstand, daß Niemand das Zustandekommen dieses Arrangements lebhafter wunscht und in Stille auch lebhafter betreibt, als Preußen. Der Grund davon liegt einfach in der Hoffnung, daß auf solche Weise Oldenburg darauf werden konnte, und daß Preußen alsdann Aussicht hätte, sich durch den Zuwachs dieses Großherzogthums zu arrondiren. Nach dem bekannten Briefe des Königs von Preußen an den Herzog von Augustenburg stütze man sich darauf, daß Preußen sich verpflichtet fühlen wurde, die agnatischen Rechte dieser Linie bis auf's Aeußerste zu verfechten; diese Richtung ist aber längst aufgegeben, und wenn der Herzog von Augustenburg nicht in Oesterreich und den übrigen Staaten des deutschen Bundes eine kräftige Stütze für seine unzweifelhaften Ansprüche findet, so möchte er so ziemlich von aller Welt verlassen dastehen. Auf Preußen kann er nicht rechnen. (D. Z.)

London, 28. August. Heute früh wurden die sterblichen Reste des Königs Ludwig Philipp in Gegenwart der ganzen kgl. Familie, des Adels Gunte und anderer Personen in einem steinernen Sarg gelegt und dieser dann hermetisch verschlossen. Diesen Sarg wird ein anderer mit rothem Atlas überzogener umschließen und die Beisetzung soll Samstag in der Frühe erfolgen.

Folgendes ist nach der „Times" der Text des am 23. August von den Bevollmächtigten Oesterreichs, Dänemarks, Frankreichs, Großbritannniens, Rußlands und Schwedens und Norwegens im Foreign-Office unterzeichneten Protokolls: Der Geschäftsträger Oesterreichs hat angekündigt, daß er von seinem Hofe ermachtigt ist, im Namen desselben dem im Eingange und im Art. 1. des Protokolls vom 2. August 1850 ausgesprochenen Grundsatzen so wie den in Art. 2 und 4 enthaltenen Erklärungen beizupflichten, jedoch mit dem Vorbehalt daß durch die Stipulationen des erwähnten Protokolls die Rechte des deutschen Bundes nicht beeinträchtigt werden sollen. Der Minister Dänemarks, welcher er mit Vergnügung diese von dem Hofe von Oesterreich dem Protokolle vom 2. August gegebene Zustimmung annimmt, hält es fur seine Pflicht, daran zu erinnern, daß von der bestimmten Voraussetzung ausgegangen wird, daß die erwähnten Bundesrechte Deutschlands sich nur auf das Herzogthum Holstein und das Herzogthum Lauenburg, als Theile des deutschen Bundes beziehen konnen. Die Vertreter Frankreichs, Großbritanniens, Rußlands und Schwedens und Norwegens, wahrend sie einstimmig den Gesinnungen Gerechtigkeit angedeihen lassen, welche den Hof von Oesterreich bewogen haben, den im allgemeinen Interesse des Friedens von den europäischen Gleichgewichts durch das Protokoll vom 22. August aufgestellten Grundsatzen beizutreten, haben von den vorstehenden Erklärungen Note genommen. Kolter. D. Reventlow. E. Troup de Lynd. Palmerston. Brunnow. J. T. Rehausen.

Italien.

Die Hauptangelegenheit, welche in diesem Augenblick die Presse von Piemont beschäftigt, ist die Sendung des Ritters Pinelli nach Rom. Die Demagogen von Turin hatten vor, bei dieser Gelegenheit gegen das piemontesische Ministerium zu demonstriren; die Leiter der Partei hielten einen solchen Akt für compromittirend und empfehlen Ruhe und Ordnung (!!). Man sucht Siccardi's Sache bestmöglichst zu heben, weil man einsieht, daß sein Ansehen zu schwinden anfangt. Das „Risorgimento" bemerkt, daß die Mission des Hrn. Pinelli ein Convenium zum Zweck habe, die bisher sehr wilde die sardinische Regierung entlich das thun, was sie Anfangs hätte thun sollen; aber besser spät, als niemals. „Dem sardinischen Parlament, sagt das halboffizielle Blatt, werden nachstens Gesetzesentwurfe in Betreff der Ehen und ihrer Beziehungen zur bürgerlichen Gesetzgebung vorgelegt werden. Die Sendung des Ritters Pinelli durfte sich auf diese Fragen, welche ihrer Natur

nach leicht zu neuen Verwicklungen mit Rom herbeiführen konnten, beziehen. Sollte diese Mission nun auch nicht glücken, jedenfalls kann sie nicht schaden. Wenn das Ministerium ein Conventat beabsichtigt, welches alle vernünftigen Reformen und Maßregeln, die die römische Regierung auch andern kath. Regierungen zugestanden hat, zusammensetzt, so sollen wir der Klugheit und den Ränken, womit unser Ministerium versährt, allen Beifall." Der „Catholico" von Genua enthält eine Correspondenz aus Turin vom 29. Augusk, welche auch durch andere Nachrichten bestätigt wird. Hiernach scheint es dem piemontesischen Ministerium immer schwieriger, wenn nicht unmöglich zu werden, gegen Msgr. Fransoni irgend welche gegründete Anklagepunkte zu finden. In der Angst habe es daher zu Unterhandlungen seine Zuflucht genommen, um auf diesem Wege die Convention des hochw. Erzbischofs zu erlangen. Sollte dem wirklich so sein, welches wohl kaum bezweifelt werden kann, so würden sich Azeglio und seine Collegen sehr täuschen. Horen wir den „Catholico": „Unsere Gerichte sind verlegen. Es war ihnen der Auftrag geworden, gegen Msgr. Fransoni die Anklage einzuleiten, nun ist den Prozeß zu machen. Nach den angestellten Untersuchungen hat sich aber kein einziger Anhaltspunkt gefunden. Denn denjenigen, die an dem Gesetze Sicardi thätig theilgenommen haben, im Falle sie nicht widerrufen, die Sakramente verweigern, weil sie excommunicirt sind, ist kein im Gesetzbuche vorgesehenes Verbrechen, kein Vergehen, kein bedrohlich, wie man aus guten Quellen versichert, on das Ministerium berichtet: „Non invenio eo causam." Das Ministerium schickt nun, um aus der Verlegenheit herauszukommen, die Herren Pinelli und Tonelli nach Rom, um u. A. vom Papste die Abdankung des Herrn Erzbischofs zu erlangen, damit dem Verbrechen, das Volk zur Empörung den Präsaten alle „begangene Verbrechen" zu verzeihen, und die Anklage fallen zu lassen. Allerdings würde man sich vorbehalten, das Absehen von dem gerichtlichen Verfahren gegen den Herrn Erzbischof hintenrein bei der Bevölkerung als eine dem h. Stuhle gewährte Gnade auszugeben. Das Ministerium denkt somit seine Absichten, ungeschlichen und verfassungswidrigen Maßregeln mit dem Mantel der Güte, der Verzeihung und der Barmherzigkeit zu bedecken. Wir werden nun sehen, ob sich Rom von den ministeriellen Spitzfindigkeiten tauschen läßt."

Neuestes.

* Würzburg, 2. September. Gestern kam Graf Chambord nebst Gefolge von Wiesbaden kommend hier an.

Bamberg, 31. Augusk. Von der heute früh abmarschirten Division des 6. Chev.-Regiments ist eine Abtheilung auf eine heute früh eingetroffene Ordre wieder zurückberufen.

Kirchheimbolanden, 29. Augusk. Durch den inn Nr. 117 der „Pfälzer Zeitung" erschienenen, aus dem Würzburger „Stadt- und Landboten" entnommenen Aufsatz „Merkwürdige Schicksale", welcher nur so sehr das Gepräge fretherrlich v. Münchhausenscher Wahrheitsliebe an sich trägt, hat sich das hiesige k. Landkommissariat veranlaßt gefunden, über die persönlichen Verhältnisse des abenteuerlichen Peter Wilhelm von Ruppertsecken beim Bürgermeisteramt Mariennhal Erkundigungen einzuziehen. Die Antwort des Letzteren lautet nun dahin, daß ein gewisser Peter Wilhelm aus Ruppertsecken allerdings existire. Derselbe sei vor langer Zeit als Vergnügungsreisender gewandert, jetzt etwa 50 Jahre alt, aber sein dermaliger Aufenthalt dem betreffenden Bürgermeisteramt unbekannt, welches nur so viel zu berichten wisse, daß er schon mehrmals wegen Bettels und Vagabundirens bestraft worden, jedoch niemals in Militärdiensten gestanden und ebensowenig in Spanien oder Algier gewesen sei, demnach die im Würzburger „Stadt und Landboten" und in Nr. 117 der „Pfälzer Zeitung" ge,schilderten Schicksale nicht erlebt haben konne. Es stehe jedoch zu vermuthen, daß besagter Abenteurer jenen Artikel sich eigenhwo dahe schmieden lassen, seinen Bettelzweck durch Anregung des öffentlichen Mitleids wiefsomer zu erreichen, wobei ihm der Umstand trefflich zu Statten kommen mußte, daß sein Körper wirklich die in jenem Bittgesuche beschriebenen Narben und Gebrechen an sich trage. Es wäre sonach eine weitere Untersuchung gegen diesen Menschen einzuleiten, ob wo und welchen Gebrauch er von bewußtem Aufsatze gemacht habe. (Pf. Z.)

Heidelberg, 29. Augusk. Heidelec, gewesener verantwoetlicher Redakteur des früher hier erschienenen Schimpfblattes „Republik", wurde heute früh auf 5 Jahre nach Bruchsal ins Zuchthaus abgeliefert.

Kassel, 30. Aug. Am Schlusse der heutigen Sitzung zeigte der Landtagskommissär der Versammlung an, daß Se. k. Hoheit der Kurfürst die Deputation zur Ueberreichung der Adresse nicht empfangen konne, weeaul die öffentliche Sitzung in eine vertraulche sich verwandelte.

Ulm, 31. Aug. Nachdem gestrigen Monats erschinn hier unter der Redaktion des Prof. Stubenrauch eine „Allgemeine österreichische Gerichtszeitung" mit der Tendenz, im Volke Gesetzkenntniß zu verbreiten, verbunden mit einer fortlaufenden Darstellung der wichtigen Gerichtsverhandlungen aus allen Ländern.

C. Oberlin, 29. Augusk. Der Präsident der Republik ist gestern Abend um 8 Uhr von seiner Reise hierher zurückgekehrt. Am Bahnhofe waren die Mitglieder der Gesellschaft des „Dir Decembre" aufgestellt. Die Straßen der Vorstadte St. Denies und St. Martin waren mit Truppen besetzt und abgesperrt. Die Boulevards vagegen mit Menschen überfüllt. Trotz der Bemühungen der genannten Gesellschaft konnte das „Vive Napoleon" nicht durchringen und wurde von einem massenhaften, ununterbrochenen „Hoch die Republik" überstürmt.

Triest, 25. Augusk. Im Gefolge des Königs von Griechenland befinden sich die Herren: Generaladjutant Mauromichalis, der Oekonomoffiziere Miaoulis und Drakos und der Bibliothekar Professor Philoppos.

Ludwigsburg, 27. Aug.s (Schluß der Verhandlung des Schwurgerichtshofs gegen den Buchdrucker Gubler von Heilbronn wegen Herabwürdigung der Religion. Die Geschworenen in Eßlingen, bemerkt der Staatsanwalt, welche den Redakteur der Volkswehe wegen desselben Artikels abzuurtheilen hatten, haben einstimmig ausgesprochen, es liege in dem angeschuldigten Artikel eine Herabwürdigung der Religion. Der Staatsanwalt schließt seine Anklagerede an die Geschworene, sie möchten, als Vertreter des Volks, dessen gesotter Theil an solchen Religionsspöttereien keine Freude habe, und das noch nicht so weit gekommen sei, um eine Herabwürdigung der Religion ohne Strafe lassen zu wollen, ein Schuldig aussprechen. Die Vertheidigung beginnt damit, daß sich der Herr Vertheidiger zu allgemeinen Ueberschauung des inrsenden um nicht zuvenden Publikume gegen die Consequenz verwahrt, die aus den Schlußworten des Staatsanwalts gezogen werden konnte, als müßte den, welcher eine Herabwureiegung der Religion verthdige, religios gesunken sein. Sodann geht er zur subjectiven Vertheidigung des Angeklagten namentlich auf das Lügen vor Gericht bezieht, welches er indurch zu entschuldigen sucht, daß der Angeklagte schon gar zu viele unangenehme Bekanntschaften mit den wiettlemdergilchen Gerichten gemacht habe, weshalb es ihm nicht sehe übel zu nehmen sei, daß er sich und den Klauen des Gerichts auf diese Weise befreien wollte. Zur objectiven Seite übergehend gibt die Vertheidigung zu, daß der Artikel das religiöse Gefühl des Einen oder des Andern verletzen konne; aber es gebe auch Leute, welche sehe viele Religion haben, freilich nicht gerade die christliche, aber eine positive, und deren religiöses Gefühl durch den angeklagten Artikel nicht verletzt worden sei. Sodann wird der erwähnte Sailer, den Hr. Georgii zum Proppst ernpelt, angeführt und Dr. Georgii zeigt sich als meisterhafter Vorleser im schwäbischen Dialekt. Der Herr Prasident macht den Vertheidiger darauf aufmerksam, daß Sailer, den Schober sogar mit dem berühmten Bischof verwechselt habe, wer der Bischof noch Propst, sondern einfacher Conventual des Klosters Maeithal gewesen sei. Der Vertheidiger meinte hierauf: Ob Sailer Bischof, ob er Probst gewesen, sei am Ende gleichgiltig, jedenfalls habe er existirt. Nach Sailer muß unbegreiflicher Weise auch Göthes Faust noch herhalten und auch hier, bemerkt sich der hierauf Vertheidiger wieder als trefflicher Vorleser des Prologs im Himmel. Hierauf belehrt der Herr Vertheidiger die Geschworenen, was der Teufel sei. Conclusio: Wean Gothe Gott in menschlicher Weise darstellt, wie er dem Teufel erlaubt, eine Menschenseele zu verführen, so muß auch der angeklagte Artikel berechtigt sein, in seiner Weise die Lächerlichkeit der hohen Herrschaften zu geißeln. Der Angeklagte vertheidigt sich sofort noch selbst und zwar dessee, als der Vertheidiger. Das Hauptmoment seiner Vertheidigung bitet den Umstand, daß der komische Volkskalender, aus welchem der Artikel entnhnt worden, in Württemberg sehr verbreitet sei und selbst in der Bibel in jeder Buchhandlung zu haben sei. So lange man aber den Volkskalender selbst nicht verbiete, müsse es auch gestattet sein, einzelne Aufsätze aus demselben beliebig abzudrucken. Auch beschwerk sich der Angeklagte, daß der Staatsanwalt fortwährend seine Angriffe gegen ihn richte. Der Staatsanwalt erwidert, er sei nur gegen die

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Scherfferle 2. Viertel. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 Kr. pr. Insert und Gebühr frei.

Nr. 211. Würzburg, Dinstag den 3. September. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 1. Sept. Se. Maj. der König haben durch allerhöchste Entschließung dtd. Hohenschwangau den 28. August den Generallieutenant und Generaladjutanten der Leibgarde der Hartschierer, Christian Frhr. v. Zweybrücken, zum General der Kavallerie, unter Belassung in seiner bisheriger dienstlichen Stellung und seiner dermaligen Bezüge, allergnädigst zu befördern geruht.

Allgemeines Wahlrecht und Christenthum.

Neuerdings hört man diese Zwei häufig zusammen nennen, und es wird sich von einem Theile Derjenigen, in deren politischer Anschauung das allgemeine Wahlrecht eine der obersten Stellen einnimmt, auf die Verwaadtschaft ihrer Forderungen mit dem Christenthume, als einer Religion der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bezogen. Zwar liegt es auf der Hand, daß von Manchen diese Behauptung blos vorgebracht wird, um damit ihre politischen Ansichten dem christlichen Volke zu empfehlen und mundgerecht zu machen; es sind dies Diejenigen, die sonst und für sich selbst von Religion und Kirche gar nichts oder wenig genug wollen, und sie nur eben gelegentlich zu ihren Parteizwecken brauchen. In diesem Falle gehört die Bekauptung, daß das allgemeine Wahlrecht eine Forderung des Christenthums sei, zu dem leichtfertigen Demagogengeschwätz, worüber man weiter kein Wort verlieren darf. Indessen gibt es auch Andere, denen es damit ernst ist und die nun einmal das Christenthum gerade von der Seite her, daß es eine Religion der Freiheit und Gleichberechtigung Aller sei, schätzen; und um dieser Willen darf man die Frage nicht so ohne Weiteres von sich weisen, und um so weniger, als bei einer graaen Unklarheiten überhaupt die Verhältnisse wie die Ablösungsfrage zwischen Religion und politischer Freiheit sich ins Licht stellen müssen. Betrachten wir die Frage zuerst von der geschichtlichen Seite, so kann die Antwort schwerlich zu Gunsten Derjenigen ausfallen, welche das allgemeine Wahlrecht auf das Christenthum basiren wollen. Will man, ganz abgesehen von der unabänderlich gegebenen monarchischen Verfassung der katholischen Kirche, die Verfassungsformen der aus der Reformation hervorgegangenen Kirchen in Betracht nehmen, so schließt in der lutherischen Kirche das landesherrliche Episcopat und die ganze Stellung der Geistlichen in den meisten abermals jenes demokratische Princip aus, und auch die reformirte Kirchenverfassung kann nur bei oberflächlicher Betrachtung eine demokratische genannt werden. Die Gesellschaftsverfassungen der geschichtlichen Kirchen geben keine oder nur eine scheinbare Aussicht für die politische Wahlreform des demokratischen Princips. Dagegen allerdinge die s. g. freien Gemeinden und die Deutschkatholischen haben dieses Princip sich zu eigen gemacht. Allein diese sind von so neuem Datum und großentheils in sich selbst noch so ungewiß, ob und wie viel Christenthum sie sich anzigen wollen, und es ist noch so wenig möglich, klare Keren der Lehre bei ihnen zu finden, aa welchen man eine definitive Verfassungsform anschließen konnte, daß man von ihnen aus seinen Schluß zu machen vermag. Sieht man aber ferner bei der geschichtlichen Betrachtung auf die Art und Weise, wie sich das Christenthum zu den politischen Verfassungsformen der Völker, bei welchen es Eingang fand, gestellt habe, so muß man, wenn man unbefangen urtheilt, gestehen, daß es unmittelbar dieselben nirgends berührt oder geändert, sondern unter allen Formen sich zurecht gefunden hat. Es gehört zu der Universalität des Christenthums, daß es, wie unter jedem Klima, so unter jeder Verfassungsform besteht und gedeiht, und es ist ebenso ein Unrecht, wenn dasselbe monarchisch und aristokratisch, als wenn man es republikanisch und demokratisch nennt, am irgend eine politische Verfassungsform damit zu decken. Jndessen bleibt Denjenigen, welche aua einmal die demokratischen Principien mit dem Christenthume in ausschließlicher Verwandtschaft haben wollen, allerdings die Jnstanz, daß sie von den geschichtlichen Erscheinungen des Christenthums weg und auf dessen Wesen und Grund verweisen. Ja, ihre Klage ist eben die, daß das Christenthum bis jetzt noch nicht recht verstanden sei, und ihre Forderung, daß es mit allen seinen Consequenzen auch ins politische Leben eingeführt werden müsse. Jn diesem Recht sei sehen, muß man nothwendig auf die Urkunden des Christenthumes zurückgehen. Jn dieser Urkunden wird allerdings in gewissem Sinne Gleichheit aller Menschen gepredigt. Es ist hier kein Unterschied, ruft Paulus, sie sind allsamal Sünder. Gott sieht die Personen nicht an, bezeugt Petrus. Jn Beziehung auf den Stand der Seelen vor Gott kennt das Evangelium keinen Unterschied: alle sind gleich hilfsbedürftig und gleich berufen zum Heile. Ferner predigt das Evangelium auf's Entschiedenste die Brüderliebe unter Christen, vor welcher auch die schroffsten gesellschaftlichen Unterschiede verschwinden sollen. Desgleichen ist die Schrift weit entfernt, irgend wem in der menschlichen Gesellschaft ein Recht zuzuerkennen, daß er seine Gewalt über Andere, zu deren Nachtheil und Bedrückung anwende. „Jhr Herren, was recht und gleich ist, das beweiß den Knechten!“ — Aber von politischer oder sozialer Gleichmacherei, von der modernen Nivellirung weiß die Schrift nichts. Jm Gegentheile will sie zwar den Unterschied durch die Liebe ausgeglichen, nicht aber denselben gesetzlich ausgewischt wissen. Berufsart und Begabung sind der Schrift gemäß gewichtige Unterschiedunge unter den Menschen, und daher muß man ihr und dem Christenthume Gewalt anthun, wenn man sie zu Zeugen für eine politische Gleichberechtigung aller Einzelnen pressen will. Jene mechanische Gleichheit und Brüderlichkeit, wie sie das demokratische Princip unserer Tage in der Politik verlangt, liegt entschieden nicht in den Grundanschauungen nab Forderungen des Christenthumes. Es will zwar, daß Alle einander diesen mit der Gabe, die sie empfangen haben, eingekrent, daß sie Gottes Haushalter und nicht eigenmächtige Selbstherren sind, aber es will nicht die Gaben gleich vertheilt haben; es steht das Christenthum die verschiedenen Aemter allerdings an als eingesetzt zum allgemeinen Besten, aber daraus folgt nicht, daß alles Amt und Gewalt von der Menge ausgehen, auch daß Jeder gleichberechtigt sein müßte. Die Brüderlichkeit des Christenthumes ist mit Einem Worte eine Pflicht, aber nicht ein Recht, und es gehen in der christlichen Sittenlehre die Pflichten über die Rechte hinaus. Darin besteht eben die Unwahrheit einer christlich gefarbten Demagogie, daß sie mit bewußter oder unbewußter Sophistik Ersre, die dem Gebiete der Pflicht angehöree, ihrem natarlichen Boden entreißt und zu Rechtssätzen umwandelt. Auf dem Boden des Christenthumes aber wird man sich nicht anders entschließen können, dem demokratischen Principe und seinen Folgerungen recht zu geben, als bis bewiesen ist, daß jenes Princip in seiner Durchführung wirklich eine solche politische Verfassung erzeugt, bei welcher das sittliche und physische Wohl des Volkes mehr als bei einer anderen gefördert wird. Und hiermit ist die eigentlich weit wichtigere Seite der vorliegenden Frage bezeichnet; es fragt sich nicht sowohl, ob das Christenthum der Demokratie, als vielmehr ob die Demokratie dem Christeatume dient und hilft, oder nicht? Diejenigen, welche dies bejahen, gehen von dem Gedanken aus, daß die politische Freiheit ein tüchtiges Bildungsmittel sei, die Jnsassen der demokratischen Staaten zu einer reifen Wahrheit in diesem Sage, aber in seiner Allgemeinheit hingestellt, ist er unrichtig und verwirrend. Jedenfalls muß man zugeben, daß es Altersstufen und Lagen bei den Einzelnen gibt, wo im Gegentheile Freiheit demoralisirt, Unfreiheit rettet. Kinder und Kindesjahrgenossen entragen nicht die volle Freiheit der Mündigen; auch so gibt es auch Stufen und Lagen der Völker nach Verstandesbildung, Sittlichkeit und Naturkraft, wo ihnen eine ausgedehnte Freiheit sittlich und ökonomisch schadet, eine angemessene Gebundenheit aber ihre Wohlfahrt befördert. Die Frage, welche wir oben als die aufgestellt haben, betrifft bei einem richtigea Begriffe der Freiheit auf die andere: ob das allgemeine Wahlrecht den sittlichen und intellectuellen Kräften des Volkes proportionirt sei? Die Antwort hierauf kann nur die Erfahrung und ein anbefangener Blick in die Volkszustände geben. Wer diesen zu thun im Stande ist, der muß uns bekennen, daß, was die Sittlichkeit betrifft, hierin zwischen höheren und niederen Ständen ein wesentlicher Unterschied in der That nicht stattfindet. Es findet zwischen den höheren und niederen Volksschichten genommen, nur der Unterschied statt, daß das Laster bei dem einen Theile roher, beim anderen civilisirter und vorsichtiger sich benimmt, wiewohl auch dieß nur mit Einschränkung zu verstehen ist, besonders seit die Geschichte der letzten zwei Jahre gelehrt hat, wie gerade von Menschen aus den sogenannten gebildeten Classen Rohheit und Frivolität in hohem Maße an den Tag gelegt und durch sie unter der Menge verbreitet worden ist. Will man daher blos die Sittlichkeit als Privattugend in Betracht ziehen, so wird man zugeben müssen, daß ein armer Taglöhner zur Ausübung des politischen Wahlrechtes nicht geringer befähigt und berechtigt sein kann, als ein

Millionär, und der Unterste im Volke so gut als der Hochgestellte und Gelehrte, aber dieser so wenig als jener. Hierbei darf man aber nicht übersehen, daß allerdings durch das Zusammenwirken verschiedener Ursachen die allgemeine Volksmoral durch alle Stände der Gesellschaft seit längerer Zeit in Abnahme gekommen ist und daß namentlich die letzten Jahre hierin große Verschlimmerung angerichtet haben. Schlechtes Beispiel, Geringschätzung der Religion, Vernachlässigung des häuslichen Gottesdienstes von Seiten Derer, welche im Lichte der Oeffentlichkeit stehen, laxe Gesetze, Mangel an obrigkeitlichem Muthe, falsche Humanität, schlechte Bücher und Zeitungen mit oder ohne Gefolge Lenn die Lesser hatte sein Auge für sittenverderbliche Literatur, sondern blos für die politisch bedenkliche), ein Heer von leichtfertigen Rhetoren, welche sich dem Volke aufgedrängt und mit verführerischen und schwulen Reden seine Begriffe irre zu machen und seine Grundsätze zu erschüttern gewußt haben, — durch welches Alles ist in der Gesammtheit der Nation schwerer sittlicher Schaden erwachsen. Entsittlichung aber ist Entkräftigung und folglich zieht sie die Unsicherheit nach sich, die erweiterte Form der Freiheit mit gesundem Gehalt auszufüllen. Hierzu kommt, daß auch solchen, welche im Privatleben es mit sittlichen Flecken genau nehmen, der Begriff politischer Moralität gleichwohl abgehen kann, und daß sie daher, obgleich sie im Handel und Wandel nicht blos nach dem Nutzen, sondern zugleich auch nach dem Rechte und der Ehrbarkeit fragen, bei politischen Dingen nur das Räuliche oder als nützlich Dargestellte suchen und mit ihrer Stimme und Ueberschrift blos auf dieses Ziel hinwirken. Diese sind dann nicht abgeneigt, ihre Stimme Demjenigen zu geben, welcher die größten Versprechungen macht, und so geschieht es namentlich bei einem weit ausgedehnten Wahlrechte, daß gar oft die Mehrzahl der Stimmen, mithin der Einfluß auf die wichtigsten Angelegenheiten des Volkes Einem zufällt, dem die wenigsten seiner Wähler ein Privatgeschäft anvertrauen würden. Man muß es mit Schmerz und Beschämung gestehen: unser deutsches Volk hat bis jetzt mit seinem allgemeinen Wahlrechte schlechte Arbeit gemacht. Es ist eine innere Nothwendigkeit, auch solcher das Wortversprechen vor der Wahl, das Großsprechen bei der Besprechung und die Resultatlosigkeit solcher Versammlungen untereinander zusammenhängen. (Schluß folgt.)

Zur Charakteristik demokratischer Wahlumtriebe.

Frankenthal, 27. August. Den Lesern ihres Blattes sind ohne Zweifel die Umtriebe bekannt, welche bei der am 17. Juni l. J. und an den folgenden Tagen vorgenommenen Ergänzungswahl des Speyerer Stadtraths die demokratischen Partei-Missionen der Parteiblätter beschäftigt haben. Ja, wie einige Mitglieder dieser Partei in unbegreiflicher Verblendung oder Vermessenheit zu weit gingen, sie zum Beweise ihrer verlumpersüchtigen Bepauptungen sogar öffentlich zu erbieten. Die Regierung hatte zwar, und obwohl nur ein einziger, und gerade ein verfassicher Mißstand sie nöthige Majorität von zwei Dritttheil der Stimmenden hervorbrachte, der bei der Bestättigung der Wahl auf Getteudmachung der Ungiltigkeit wegen strafbarer Umtriebe verzichtet, jedoch die gerichtlichliche Untersuchung hervorgerufen und dem Gerichte die Aufgabe überlassen, in öffentlicher Verhandlung diese Umtriebe zu entwirren und zu bestrafen. In Folge dessen wurden viele der Zeugen und unter diesen vorzugsweise jene angebotenen Beweisführer, welche der conservativen Partei die Umtriebe in die Schuhe schieben wollen, die sie selbst begangen hatten, in der Voruntersuchung eidlich vernommen. Dieselben vermochten jedoch nicht die mindeste Strafbare oder nur unrechtmäßige Handlung den conservativ gesinnten Wählern nachzuweisen, wohl aber wurde ein Bürstenmacher, F. aus Speyer, ein übelberüchtigter, arbeitsscheuer und übrschuldeter Mensch, seiner Haftung entlassen, weil derselbe, das Vergehen der Fälschung eines Wahlzettels begangen zu haben, und deshalb sofort verhaftet. Die brutige gerichtliche Verhandlung vor dem kgl. Bezirksgericht Frankenthal als Zuchtpolizeigericht, welcher der Berichterstatter beiwohnte und wobei zugegen waren: Dr. Mohl, kgl. Bezirksgerichts-Präsident, Bopp, Domm, kgl. Staatsprokurator, hat das Treiben dieser Leute in seiner schmählichsten Blöße zur Oeffentlichkeit gebracht; der obenerwähnte Barbier aber wurde für schuldig erkannt, zum Nachtheile des Gartners Benj. F. auf Speyer, eines Israeliten, drei Lefenn völlig unbescholten Mannes, der in beschwopte, seinen Wahlzettel sich von ihm schreiben zu lassen, das im Art. 111 und 112 des Code penal vorgesehene Vergehen der Fälschung dadurch begangen zu haben, daß er von den, durch B. F. ihm bezeichneten 24 Namen nur zehn auf besseren Wahlzettel schrieb, dagegen 14 andere Namen demokratischer Wahlcandidaten dem Wähler anstatt der von ihm bezeichneten und ausdrücklich verlangten unterschob; demgemäß wurde derselbe zu einer correktionellen Gefängnißstrafe von 6 Monaten, 5-jähriger Interdiction des Wahlrechtes und den Kosten der Procedur (circa 100 fl.) verurtheilt. Die bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden des kgl. Gerichtsprokurators und der kgl. Staatsbehörde machten auf das zahlreich versammelte Auditorium einen sichtlichen Eindruck, und gewiß verließen alle Anwesenden den Saal mit der Ueberzeugung, daß diese Partei noch manchen ihrer sogenannten „Siege" keineswegs blos dem freien Willen ehrenhafter Wähler, sondern weit mehr den schmachvollen Umtrieben gewissenloser Wühler zu danken hat.— (Pf. Z.)

Bianchi-Giovini.

Es ist bekannt, daß die britische Diplomatie mit verdoppelten Kräften dahin arbeitet, den Bruch zwischen Sardinien und Rom vollständig zu machen, in der Hoffnung, daß Piemont sich für immer von der katholischen Kirche abwenden und dem Protestantismus die Arme werfe. So albern diese Hoffnung Jenen scheinen mag, welche wissen, wie innig die große Majorität des piemontesischen Volkes an Rom hängt, so faßt dennoch die Londoner Bibel-Gesellschaft nichts unversäumt, um die Katholiken in Italien gegen die Autorität des Papstes zu reizen. Das Hauptargument der anglikanischen Fanatiker ist gerade auf Piemont gerichtet, weil der Londoner Bibel-Gesellschaft bereits ben Hrn. Bianchi-Giovini für ihre Plane zu gewinnen. Bianchi-Giovini ist unstreitig ein talentvoller Mann, den aber der Haß gegen Pius IX. verblendet. Bianchi-Giovini ist einer jener italienischen Wühler, welche sich geschmeichelt hatten, den Papst als geschmeidigen Werkzeug gegen Oesterreich zu mißbrauchen. Von dem Tage an, wo Pius IX. den falschen Lockungen der revolutionären Partei sich zu entziehen wußte, machte es sich diese zur Hauptaufgabe, die katholische Religion in den Staub zu ziehen und das Ansehen des Papstes mit Füßen zu treten.— Auf Anstiften der Londoner Bibel-Gesellschaft unternahm Bianchi-Giovini die Abfassung einer „Geschichte des Papstthums", welche zur Stunde in Capolago (italienische Schweiz) gedruckt wird, um in vielen Tausend Exemplaren in ganz Italien verbreitet zu werden. Beinahe täglich werden Bruchstücke aus dieser Geschichte in die „Opinione" eingerückt, zum großen Aerger des katholischen Clerus in Piemont, welcher den Ministern Victor Emanuel's vorwarf, daß sie die Federn des Hrn. Bianchi-Giovini leiten, um ein Argument mehr zu Gunsten des Sicardischen Gesetzes zu finden. In diesen Artikeln der „Opinione" sind alle Verleumdungen und Lügen, welche man gegen Rom erfunden, mit großer Kunst und Talent so ausgeschmückt worden, daß sie oberflächliche Menschen leicht täuschen müßten. Mit Recht ahnte der heilige Stuhl die Gefahr, welche von einer solchen Lectüre für die katholischen Lehren in Piemont erwachsen konnte. Der Cardinal Lamboruschini, damals gegenwärtig in Florenz, ersuchte den König Victor Emanuel, dem Uebel Einhalt zu thun. Der gewesene Staatssekretär Gregor's XVI., der das Amt eines Beschützers (Protektore) von Piemont im Schooß des heiligen Collegiums seit beinahe zwanzig Jahren ausübt, erklärte sich heraus, jede Verbindung mit der diplomatischen Mission, welche Sardinien zu wollen, wenn dem Anstoß, welchen Bianchi-Giovini gab, nicht Einhalt gethan würde. Dabei versicherte der Cardinal Lambruschini den König Victor Emanuel, der Papst würde und dürfte nicht mit der piemontesischen Regierung bevor die Regierung der sittlichen Differenzen zwischen beiden Ländern in Hinsicht eine Unterhandlung treten, so lange dem heiligen Stuhle nicht förmlich Beweis geliefert würde, daß die Artikel des Bianchi-Giovini nicht heimlich von den sardinischen Ministern inspirirt worden. Ein solcher Beweis sollte dadurch beigebracht werden, daß die sardinische Regierung Capolago, Minister des Innern, brauchbar den Bianchi-Giovini als sombardischen Flüchtling, zu bedeuten, ohne weiteres die sardinischen Staaten zu verlassen. — Bianchi-Giovini stellte sich gleich darauf unter den Schutz des britischen Gesandten, Sir Ralph Abercromby, der auch nicht ermangelte, sich zu seinen Gunsten bei der sardinischen Regierung zu verwenden. Bianchi-Giovini hatte bisher die gefeinten Projekte der englischen Diplomatie zu eifrig unterstützt, als daß Sir Ralph Abercromby nicht Alles aufbieten sollte, einen so nützlichen Helfersdiener aus der Hand zu geben. Kurz, auf die Fürsprache des britischen Gesandten erhielt Bianchi-Giovini die Erlaubniß zum ferneren Aufenthalt in Piemont, jedoch unter der doppelten Bedingung, daß er auf einige Zeit Turin zu meiden und das Versprechen abzugeben hätte, keine Artikel mehr für die „Opinione" zu schreiben, wozu sich auch Bianchi-Giovini förmlich verpflichtete. Auch den Erklärungen der „Opinione" gegt hervor, daß Bianchi-Giovini auch ferner ihre leitenden Artikel schreiben, und sie selbst ihre bisherige Richtung nicht ändern werde. Bianchi-Giovini hat Piemont bereits verlassen.) Ob der heilige Stuhl mit diesem mezzo termino sich zufrieden geben wird, ist eine andere Frage, von deren Lösung er abhängt, ob der Marchese Sauli seine Mission nach Rom unternehmen darf, wo er zur Stunde gewiß nicht mit amtlichem Charakter zugelassen werden dürfte. (Marchese Sauli ist bekanntlich zurückberufen und an seiner Statt Herr D. Pinelli nach Rom gesendet worden.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Rendsburg, 29. Aug. An der Südseite der Stadt Eckernförde sind alle Erdwälle abgetragen, und der Bau geht, wenn auch Schwierigkeiten entstehen sind, ein freies Feld. Die Vorpostenkette der Dänen geht von der Kiel-Eckernförder Chaussee aus über Mindebye, Osterbye u. s. w.; bei der Mindebyer Mühle haben sie ein Lager aufgeschlagen. Mit ihren Requisitionen gehen die Dänen aber über diese Grenze hinaus, und Alles, was die Bewohner der Umgegend in Folge jener gezwungen ihnen zuführen mußten, wird durch die Vorposten entgegengenommen und von diesen zur Stadt gebracht. Die Lieferanten sagt man in diese nicht hinein, sie müssen also unter freiem

Himmel warten, bis ihnen Pferde und Wagen zurückgebracht werden. Hat ein Landmann von seinem Felde an beiden Seiten erwohnter Reihe liegen, wie es an vielen Stellen der Fall, so darf er nur an derjenigen Seite ernten, an welcher er wohnhaft ist, und muß auf die Ernte jenseits der Linie, auf Getreide und Grasung dieses seines Bodentheiles verzichten, Alles, was ihm dort gewachsen, dem Verderben preisgeben. Kein Müdmachen, so kein Weg darf die Kette passiren. — Die Zahl der aus dem Schleswigschen verwiesenen oder gestüchteten Familienväter stellt sich auf circa Tausend, welche nun schon seit 5 Wochen bis 8 Monate im Holsteinischen, Hamburg u. s. w. umherirren. (H. B.-H.)

Aus dem Schleswig'schen. „Danev." bringt die ersten 15 §§. des neuen provisorischen Wehrpflichtgesetzes für das Herzogthum Schleswig vom 26. d. M., dem das dänische Wehrpflichtgesetz zu Grunde gelegt ist. Nach §. 1 ist jeder Einwohner, der im Herzogthum seinen festen Aufenthalt hat, wehrpflichtig. „Berl. Zeb." theilt mit, daß unterm 23. „ein sehr wichtiges Gesetz" über die Aufhebung der Zollunterschiede zwischen Dänemark und Schleswig den 1. September in Kraft treten soll. „Danev." erzählt von Flensburg, daß daselbst am 26. sechzig Damen von Husum unter Polizei- und Militärbedeckung angekommen seien, deren Männer und Verwandte flüchtet.

Rendsburg, 30. August. Das Departement des Kriegs macht unter Heutigem bekannt: „daß die schleswig-holsteinische Artillerie in ihren Etats an Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten vollständig ergänzt ist, eines Zuwachses an Freiwilligen aus andern deutschen Staaten nicht bedarf und daher Anmeldungen zum Eintritt in die Artillerie keine Berücksichtigung mehr finden können.

Rendsburg, 30. August. Ein Reisender hat aus Kopenhagen die Nachricht mitgebracht, daß die kürzlich vermählte Gräfin Danner schon darauf bedacht sein soll, dem königlichen Gemahl mit einem Erben zu beglücken. Sollte es ein Sohn werden, so erbt er natürlich zwar nicht den dänischen Thron, wohl aber würde er das Gut „Frederiksgave" in Fahnen erhalten, welches die Mutter als Hochzeitsgeschenk nebst einer jährlichen Donation von 60,000 Rbthrn. von Friedrich VII. bekommen hat. Das wetterwendische Volk, das sich erst jüngst aus Haß gegen die Aristokratie über die demokratische Heirath des Königs freute, um so mehr, als diese Heirath eine Person traf, die so viel für die Sache der Demokratie bei der Kopenhagener Bürgerrevolution that, ist gestürzt hatte, ist jetzt sehr darüber erbittert, daß es zu dergleichen Privatvergnügungen des Königs, der doch genug von der revolutionären Casinopartei hat ertragen müssen, bestkommen muß, und will nicht vergessen, wie der Staat erst kürzlich ein Deficit in der königlichen Civilliste zu decken hatte. Es soll überhaupt jene Vermählung den dänischen König um einen bedeutenden Theil seiner frühern Popularität, vornehmlich in den höheren, aber auch in den unteren Schichten der Bevölkerung, gebracht haben, und es ist anzunehmen, daß diese Stimmung den, wie man sagt, von ihm beabsichtigten Akt der Abolication beschleunigen wird.

Deutschland.

Leipzig, 30. August. Eine Trauerfunde ist heute hier eingetroffen aus dem Gölzschthal im Voigtlande, wo die Riesendrücke gebaut wird, welche die sächsisch-bayerische Staatsbahn von einem Ufer der Gölzsch zum andern führt. Das ungeheure Bauwerk erfordert natürlich ein ungeheures Gerüst, und man hat berechnet, daß dasselbe zu beiden Seiten der Brücke gegen 200,000 Thlr. kostet. Vorgestern Nachmittag waren zufällig sämmtliche Arbeiter auf der Westseite der Brücke beschäftigt, das Gerüst auf der andern von Menschen ganz leer. Da erhob sich ein furchtbarer Sturm, und nicht lange, so krachte mit furchtbarem Donner das Gerüst der Ostseite zusammen und Balken auf Balken stürzten in den Abgrund. Eine Nachricht der „D. A. Z." läßt dabei zwei Menschen verunglückt sein; durch persönliche Erkundigung auf dem sächsisch-bayerischen Bahnhofe habe ich aber in Erfahrung gebracht, daß kein Menschenleben verloren gegangen ist. Durch diesen Unfall erwachsen nicht nur dem Staate neue Kosten für den Wiederaufbau des Gerüstes, sondern es wird auch der Zeitpunkt der Benutzung der Brücke für den Eisenbahnverkehr wieder weiter hinausgerückt. (K. D.-Z.)

Wien, 27. August. Wie wir hören, befindet sich in dem neuen Exercierreglement auch ein Manöver, in welchem sich nach dem Commando ein regelmäßiges Lager bildet, wo immer eine Rotte (drei Mann) unter einem Zelt kampiert. Diese Einquartierung, welche den Gemeinden wichtige Dienste leisten dürften, bestehen aber drei Theilen ordinärer leichter Leinwand, jeder etwa vier Schuh im Quadrat haltend, und werden, eine kleine Rolle bildend, jedoch nur im Felde, am Tornister getragen. Wird zur Rast geschlagen, so nimmt jeder Mann seinen Theil Leinwand, legt denselben auf sein angehacktes Gewehr und hilft mit den Theilen seiner zwei Kameraden zusammen. Das Ganze wird dann über die drei Gewehre gehängt und bildet ein Schutzdach, unter dem 3 Soldaten genügenden Raum haben. Aehnliche Zelte bestehen in der französischen Armee schon seit Jahren und verdanken ihre Einführung dem General Ondinot. Sie haben sich stets als sehr zweckmäßig erwiesen.

Wien, 28. August. In einem Artikel über die schleswig-holsteinische Frage schreibt die „Oesterreichische Correspondenz": Wir wollen nicht verhehlen, daß Oesterreich ein doppeltes Interesse wahrzunehmen habe, das gute Einvernehmen, die Aufstellung der dänischen Gesammtmonarchie nicht zu wünschen; denn die Trümmer derselben würden nicht Deutschland, sondern nur den Sondergelüsten im Norden von Deutschland zufallen, und ihr Gewicht in dem Maße verstärken, als der Einfluß Oesterreichs, des erklärtesten Principes im Bunde, sodann gefährdet sein würde. Niemand in Deutschland wirklichtes Interesse erkennt, kann dies wünschen. Aber ein zweited nicht minder wesentliches Moment, worauf Oesterreich eben so sehr Bedacht nehmen muß, ist das Interesse des deutschen Bundes. Dieses, was ihm vertragsmäßig gebührt, in voller Integrität erhalten zu helfen, ist seine heilige Pflicht. So weit die Rechte des Bundes reichen, darf und kann der dänischen Einheitspolitik nicht die entfernteste Concession gemacht werden. Auch alle andern europäischen Großmächte dürften sich veranlaßt sehen, den österreichischen Standpunkt in den einzig richtigen festzuhalten und zu dem ihrigen zu machen. Europa will die Aufrechthaltung der dän. Gesammtmonarchie. Allein es kann die Beeinträchtigung des deutschen Bundes, der so entschieden unter der Garantie der allgemeinen Verträge steht, nicht wollen, es darf sie nicht wollen, selbst wenn der Bestand dieser Verträge durch wörtigen Macht das Gegentheil wünschenswerth erscheinen ließe. Vom deutschen Standpunkte muß die ungetrennte Verbindung Schleswigs mit Holstein einen Gegenstand unserer Wünsche bilden. Soviel ist schon, daß die Linie des von Oesterreich eingebrachten Vorschlages sich bewegen wird in dieser Richtung liegt, weit zuverlässiger zu diesem Ziele leitet, als irgend eine passive Unthätigkeit, welche die Hände in den Schooß legend, ihre Schwäche im entscheidenden Augenblick hinter sehr wohlfeilen Sympathien verbirgt."

Kiel, 29. August. Heute ist bereits der Hofkrieg wohnenden Geist sprechen die Briefe aus Schleswig-Holstein aus, welchen die „Reichszeitung" Raum in ihren Spalten gönnt, so daß aus der Unterzeichnung des Londoner Protocolls durch den österreichischen Gesandten für die Unparteiischen keine Besorgniß erwachsen kann. — Die Antwort Preußens auf die Einladung Oesterreichs, sich bei dem zum 1. f. Mts. wiederherzustellenden Bundestag vertreten zu lassen, ist hier angelangt. Sie lautet, wie bereits die Berliner Zeitungen melbeten, entschieden ablehnend und erklärt in dem Vorgehen Oesterreichs auf den vereinzelten Act einer Einzelregierung, und in seiner Weise etwa den bundesrechtlichen Anstrag einer bewaffneten Stellung als präsidierender Bundesmacht. Vorgestern und gestern ist über diese Angelegenheit Ministerrath abgehalten worden.

Erfurt, 26. August. [Literatur.] Vor dem Schwurgerichte, welches heute den 25. d. M. hat das hiesige Schwurgericht seine Sitzungen wieder eröffnet, und die Gerichtsverhandlungen der drei ersten Tage haben gezeigt, daß für Volksmänner und demokratische Zeitungspolitiker hier keine so große Lust weht, als in Berlin und anderwärts. Außer einem Prozeß, der noch den hiesigen Buchhandel betrifft, und der mit Freisprechung endete, sind in diesen Tagen nur Preßvergehen gerichtet worden, und keines hat sich, wie wohl anderwärts, der Freisprechung zu rühmen gehabt. Das läßt in der That mit achtungsvollem Vertrauen den weitern Verhandlungen entgegensehen. — Wührend in der hiesigen Demokratenhorst, Kracklinge's Abwesenheit zum großen Steuerverweigerungs-Prozeß in Berlin hatte er die verantwortliche Redaktion der Neuen Erfurter Zeitung seinem „Privatsekretär", einem jungen jüdischen Litraten (?) Namens Friedemann ans Stettin, übertragen. Der junge Mann, den die Polizei anfangs, weil er ein gar zu junges Blut war, zu sich' reinem Geschäft nicht zulassen wollte, gebehrte sich bald schlimmer, als sein Herr und Meister, und ließ drucken, daß er das adlichste Regiment, das Pfaffen- und Junkerthum noch ganz anders tractiren wolle, als der eigentliche Redakteur, der doch zu schonend verfahre. Darauf sammt aber sind der eigentlichen politischen Weisheit die schndesten Artikel aus der Westdeutschen Zeitung, und so auch einer mit einer Verleumdung gegen die Krouenten-Verwaltung, die sich durch eine falsche Rgio-Berechnung seit dem Jahr 1820 jährlich ein „Prositchen" von 13,000 Thlrn. gemacht haben sollen. Dieser bei der letzten Sitzungsperiode war er, da er nicht erschien, in contumaciam zu 3 Monaten Gefängniß und Verlust der National-Kokarde verurtheilt worden. Da er nun indeß wegen anderer Artikel aus derselben Zeitung war verhaftet worden, so wurde er diesmal vor Gericht gestellt, und der Prozeß bot einige merkwürdige Momente dar. Sein Hauptvertheidigungspunkt war der, daß er bei der Aufnahme der Artikel aus der Westdeutschen Zeitung nur der speziellen Anweisung seines Principals gefolgt sei, und der hatte diesen beiden Artikeln unter den Zeugen vorgelesen. Dieser leugnete die Angabe seines Nebenmannes, er habe seinem Stellvertreter nur die Blätter übergeben zu freier Auswahl. So standen sich die beiden bebenbürtigen Demokratenseelen vor Gericht gegenüber. Der Commis schob dem Principal den Eid zu, und der Principal leistete den Eid! Merkwürdig war es, wie in Folge dessen selbst den Zeugen freistellte abzutreten, schnell mit einem lächelnden Seitenblick durch die Thür huschte. So saß nun der junge Politikus, von seinem Vorbild verlassen, wie von sich selbst, auf der Anklagebank, und immer trabsteiger wurde sein Gesicht bei der nun beginnenden Rede des Vertheidigers, der nun, in ihm den Staatsmann ganz vergessend, der gegen den Absolutismus, gegen Pfaffen- und Junkerthum gedonnert hatte, ihn vor den Geschworenen einen bloßen Lohnschreiber nannte, der nur, ohne zu wissen, was er thue, den fremden Willen ausgeführt habe. Solch ein armseliges Ende nahm es mit der jungen Staatsmannschaft. — Er wurde von Neuem zu 3 Monaten Gefängniß und Verlust der Nationalkokarde verurtheilt, und am folgenden Tage, wegen der andern Artikel gegen General Hirschfeld, noch zu 6 Monaten Gefängniß. (N. Pr. Z.)

England.

London, 29. August. Die ganze electrische Telegraphenlinie zwischen Dover und Calais (oder eigentlich Dover und Cap Grinez)[?] ist gestern wirklich glücklich gelegt worden. Um halb 11

Uhr Morgens begann die Arbeit. Bei ruhiger See und günstigem Winde verließ der „Goliath“, mit Vorräthen für den Tag versehen und mit 30 Matrosen bemannt, den Hafen von Dover. Der Cylinder oder die Trommel, welche die 30 Meilen telegraphischen Drahtes trug, hat eine Länge von 15 und eine Höhe von 7 Fuß. Der Draht ist ½ Zoll dick; die Gutta-percha-Umhüllung hat die Dicke eines kleinen Fingers. Das ganze sammte Gewicht des Drahtes betrug fünf Tonnen, das Gewicht des Cylinders zwei Tonnen. Sowie das Schiff in offener See war, steuerte es in der Geschwindigkeit von 3—4 Meilen die Stunde gerade auf Cap Grinez (auf halbem Wege zwischen Calais und Bologne, 21 Meilen von Dover entfernt) los. Die Arbeit des Drahtabwickeln ging durchaus befriedigend von Statten. In der Entfernung von ⅛ Meile war jedes Mal ein Bleigewicht von 14—24 Pfund Schwere an den Draht befestigt, um denselben auf den Grund der See zu senken. In der Nähe der englischen Küste ist die Tiefe der See 30 Fuß und darnit variirt nahe nach Frankreich zu von 100—180 Fuß (30 Faden), der größten Tiefe, welche auf der ganzen Strecke, durch welche der Telegraph gelegt wurde, erreicht. Ueber ein paar gefährliche Treibsandstellen (Ridge und Varne genannt) in der Mitte des Canals, zwischen welchen sich ein tiefes Thal hinzieht, kam man glücklich weg. Um halb 9 Uhr Abends telegraphirte der neue Telegraph die Nachricht von seiner Vollendung nach Dover.

Italien.

Nachrichten aus Turin vom 24. August zufolge scheint es wohl keinem Zweifel mehr zu unterliegen, daß im Schooße des Ministeriums Zwiespalt ausgebrochen ist. Siccardi soll sogar beabsichtigen, seine Entlassung zu geben; Galvagno und Paleocapa würden diesem Beispiele natürlich folgen. Diese drei Minister sind aber die perfönlichen Gegner, wegen der Minenprozesse, sind sie selbst gegenüber der Initiative ergriffen hat, höchst ungehalten. Pinelli's Sendung nach Rom war ihnen nicht willkommen, und wenn es an ihnen gelegen hätte, so würden sie es nicht unterlassen haben, ihm nach Genua eine Gegenordre zu schicken, wie sie es kurz vorher dem Senator Sauli gethan hatten. Azeglio schreibt jedoch bei seinem Entschlusse fest zu beharren, gestützt auf den französischen Gesandten, der aber diese Angelegenheit bestimmte Instructionen erhalten hat, die dem seitherigen Benehmen des sardinischen Cabinetes ein eben nicht günstiges Urtheil sprechen, und theilweise auch auf den General La Marmora, der just von Lyon zurückgekehrt ist. Mit reger Spannung erwartet man die Wiedergenesung des Königs Victor Emanuel, und sein Urtheil über die im Schooße des Ministeriums entstandene Spannung. — In Savoyen sind neuerdings wieder mehrere Geistliche und Lehrer ihrer Aemter entsetzt worden, weil sie sich den kirchenfeindlichen Sicecardischen Gesetzen nicht fügen wollten.

Dem „Journal des Debats“ wird unter dem 22. August aus Florenz geschrieben: Die politischen und religiösen Ereignisse in Piemont haben in Florenz, so wie auch in Livorno, wo seit einem Monate die toscanische Gesetzflotte versammelt ist, einen traurigen Eindruck gemacht. Mehr als 15,000 sind aus allen Theilen der Halbinsel hergeströmt, und geben der Stadt das belebte und glückliche Aussehen wieder, das sie vor den Umwälzungen des Jahres 1849 so sehr auszeichnete. Einige Mißrohre, denen die Ruhe nicht behagt, trämmen die unter dem Belagerungszustande ohnhin namhaft gewordenen Scenen schon wieder erneuern. Aber eine einzige Proklamation des bisherreichischen Generals reichte hin, die rothen Abgeichen und die Cocarden, die man dem Vernehmen nach für ein Volksfest vorbereitet hatte, bei Seite zu legen. Man sprach von einer Demonstration, die in Florenz oder in Siena stattfinden sollte, die Ruhe wurde jedoch ungestört gestört. Einige Unbefonnene lassen sich von Zeit zu Zeit gelungen nehmen, während Diejenigen, welche sie verleiten, sich im Geheimen halten. Die Convention, in Beziehung auf die Erbauung einer Eisenbahn zwischen Toscana und Oesterreich soll bereits beiderseitig unterzeichnet sein. Der Großherzog wird am 24. August in Florenz zurückerwartet.

Griechenland.

Athen, 18. August. Die Vermuthung, daß die Reise des Königs nach Bayern mit der Frage von der künftigen Thronfolge in Griechenland in Verbindung steht, gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit. Das hiesige Journal Aeon äußert sich darüber folgendermaßen: „Der wichtigste aller Beweggründe zur Reise des Königs wird unstreitig die Frage des Thronfolgers sein. Zu demselben Entzweck hatte sich die Königin im vorigen Jahre nach München begeben, aber ohne, trotz allen ihren Bemühungen, etwas auszurichten. Diejenigen, welche nach den Traktaten von 1832 und dem Artikel 38 der Constitution, „in Ermangelung eines direkten und rechtmäßigen Erben des Königs Otto,“ das Successionsrecht auf den Thron von Griechenland haben, wollen sich (wie Thatsachen beweisen haben) weder dem Artikel 40 des Statuts, wonach sich jeder hellenische Thronfolger zur griechisch-orientalischen Religion bekennen muß, noch auch der Successionsacte Verzicht leisten. Ihre präsumtiven Thronerben wollten sich bereits im Jahre 1844, nachdem die aus einem andern Gesichtspunkte unternommene Sendung des Fürsten Wallerstein gescheitert war, nicht von der Unmöglichkeit überzeugen, in Griechenland zu regieren, ohne sich der Verpflichtung des jwischen dem König und der Nation stipulirten Artikel 40 zu unterwerfen. Aber was sprechen wir von Erfüllung des Artikel 40 des Statuts, wenn es bekannt ist, daß das Haus Bayern sich nicht einmal in der Vergangenheit (im Jahre 1837) die Zustimmung unseres Königs mit der Bewegung gefallen lassen wollte, daß diese direkten und rechtmäßigen Erben die Taufe nach dem orientalischen Ritus empfangen sollten.“ — „Aus allen diesen wichtigen Andeutungen geht unser Königim Jahre 1850 nach Bayern, um jenes Resultat zu erzielen, welches die Königin, als Vermittlerin, im Jahre 1849 nicht erreichen konnte. Der König Otto, von gerechter Sorgfalt für sein neues Vaterland und für die Legitimität seines Thrones durchdrungen, sieht sich bei dem betrübenden Umstande, daß er keine direkte Nachkommenschaft besitzt, genöthigt, auf die Erfüllung des Artikel 40 der Constitution oder auf die Verpflichtung auf die durch den Traktat eingeräumten Rechte zu dringen. Die Anwesenheit des Grafen Nesselrode in den Bädern in der Nähe von München, ist ein für die in Rede stehende Verhandlung günstiger Umstand.“ — „Wenn es so ist, so sind wir, weit entfernt, uns über die Abreise des Königs zu beklagen, vielmehr höchst erfreut darüber, wenn dadurch das heilsame Ziel einer Festsetzung der Thronfolge erreicht werden kann. Wir wünschen aufrichtig, daß diese Reise einen günstigen Erfolg haben möge; der Gedanke an die schrecklichen Uebel, welche Griechenland bei dem Mangel eines Thronerben, oder Unterlaß derselben, mit seinen treuen Freunden des Vaterlandes bewegen, unserer Ansicht beizutreten, und Bewegungen und Unglück nicht wegen der Abreise des Königs, sondern für den Fall zu befürchten, wenn der Zweck dieser Reise mißlingen sollte.“

Schwurgerichtsverhandlungen.

+ Würzburg, 1. September. Ein das sittliche Gefühl im höchsten Grade verletzendes Verbrechen machte den Schluß der zweiten Woche unserer Schwurgerichtsverhandlungen. Der Schuldvorparant H. Hummer von Nördlingen war angeschuldigt des Verbrechens der Nothzucht an einem etwas über 8 Jahr alten Kinde. Die Geschworenen sprachen ihn schuldig dieses Verbrechens im zweiten Grade und der Gerichtshof verhängte 8 Jahr Zuchthaus. — Präsident: Appel.-Ger.-Rath Schattemann. Staatsanwalt: Appel.-Ger.-Rath Hefterich. Vertheidiger Conzipient Treutlein.

+ Würzburg, 3. September. Der Tünchergeselle J. Wirsner von Aura, 24 Jahre alt, steht angeschuldigt des ausgezeichneten Diebstahls mittelst Einsteigens und Einbruch am 6. Novbr. 1849 zu Weichersfolden, ein Bett im Werthe zu 40 fl. entwendet zu haben und seine Gelebte E. Spieß aus Langenprozelten 28 J. alt, angeschuldigt des Verbrechens der Hilfeleistung 2. Grades. Die Geschworenen erkannten Ersteren schuldig des Diebstahls mit der Ausziehung des Einsteigens und Einbruch; Letztere aber wegen Schuldig der Hilfeleistung des Diebstahls 2. Grades, aber nicht schuldig der Hilfeleistung des Einsteigens, worauf die Staatsanwaltschaft in Betracht der mildernden Umstände, da Wirsner seiner armen nahe an der Entbindung stehenden Geliebte, blos helfen wollte, das geringste Strafmaß 8 Jahr Zuchthausstrafe beantragte, für die Spieß 9 Monat Gefangnißstrafe. Der Vertheidiger des Ersteren wollte eine Milderung auf 4 Jahre Arbeitshaus, der Vertheidiger der Letzten, die Gmonatliche Haft für die Strafe angerechnet wissen: allein der Schwurgerichtshof entschied nach langer Berathung für die vom Staatsanwalt beantragte Strafe. Präsident: Kreis- und Stadtgerichtsrath Dr. Scherpf. Staatsanwalt: Appellationsgerichts-Assessor Hefterich. Vertheidiger des Ersteren, Rechtspraktikant Hänle; Vertheidiger der Letzteren Rechtspraktikant Schmitt.

Neuestes.

*Würzburg, 3. Sept. Die gestern hier eingetroffene Oberamtsgerichts-Session von 6. Regiement (Herzog Leuchtenberg) setzte heute früh ihren Marsch nach Effelbach fort.

Bruchsal, 31. August. Sr. k. Hoheit der Großherzog hat 60 in den hiesigen Zuchthäusern sitzende politische Gefangene amnestirt. Sie wurden hegleich in ihre Heimath entlassen.

Kassel, 31. August. So eben (Abends 5½ Uhr) wird nach 9tündiger Sitzung über die Steuerverweigerung abgestimmt. Das Resultat der Abstimmung ist: die Erhebung der direkten Steuern ist abgelehnt, die der indirekten zwar bewilligt worden, jedoch unter Vorbehalt der Deposition der Letztern.

C Paris, 31. August. Der Draht des unterseeischen Telegraphen ist, wie soeben gemeldet wird, zerrissen.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Rodet.

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 31. August.

Weizen 13 fl. 28 kr. Korn 8 fl. — kr.
Gerste 6 fl. 49 kr. Haber 4 fl. 21 kr.

Frankfurter Cours.

Den 2. September 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1199	1200
„ 5% Metalliqué	71½	71¾
„ 4% „	63½	64
„ 3% „	47⅝	48⅜
„ 2½% „	43⅝	43⅞
„ 4½% Bethmann	—	76½
„ 4% „	—	66
„ fl. 250 Loofe v. J. 1839 .	101½	102
„ „ 500 „ „ 1835.	156⅞	157¼
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	86	86¼
„ Anl. 50 Thalerer Schein.	110	—
Bayern 3½% Obligationen . .	84⅞	84⅞
„ 4% „	89¼	89¾
„ 5% „	100⅞	100⅝
Würtemberg 3½% „ . . .	83⅞	84⅜
„ 4% „	88	88½
Baden 3½% „	81½	82
„ fl. 35 Loofe	32½	32½
„ „ 50 „	52⅝	53⅛
Nassau fl. 25 „	26	26⅛
Holländ Dampfs. fl. 50 Loofe	76⅞	76¾
„ „ 25 „	28⅝	26⅞
Polen fl. 300 „	136	—
Sardinien Loof. 36 „ . . .	33⅝	33⅝

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schmalhofe 2. Distr. Nr. 533.
Redactionsgeschäft: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 212. Würzburg, Mittwoch den 4. September. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 2. Sept. Durch Kriegsministerial-Erlaß wurde der seitherige zweite Kommandant der Festung Landau, Oberst v. Purtzat, in Ruhestand versetzt.

Allgemeines Wahlrecht und Christenthum.

(Schluß.)

Es hat jedoch die Sache noch eine andere Seite. Staatsfragen erfordern genaue Erwägung, weiten Ueberblick, tiefgehende Kenntniß und Erfahrung; es ist keine Wissenschaft so schwer, als eben die politische und keine leidet unter oberflächlicher Behandlung mehr Noth als sie. Je größer nun die Masse der Wählenden ist, und je weiter ab die große Mehrzahl derselben von der Kenntniß und Beurtheilungskraft politischer Dinge steht, um so näher liegt die Gefahr, daß nicht die nüchternen und verständigen, sondern diejenigen Bewerber obsiegen, welche es am besten verstehen, das Mundgerechte und Oberflächliche vorzutragen. Und das ist auch in Deutschland geschehen, es ist eine Zeit lang in steigender Progression geschehen, und man kann wohl sagen, unser Volk ist seither mit lauter Schlagwörtern geleitet worden, es hat sich deren eine ganze Scala nach und nach gebildet, bis hinauf zu jenem bekannten „Gut und Blut", das von seinen eigenen Erfindern so schmählich im Stiche gelassen worden ist. Aber jene Bewerbung unterm Volke mittelst Versprechungen und Schlagwörtern, das ist — Volksbetrug und kann nicht anders als entsittlichend wirken. Unter dem Scheine von Freiheit und Souveränetät wird das wahrende Volk zum Fußschemmel für ehrgeizige Verführer und blinde Schwärmer, und die Nothwendigkeit sich zu überbieten, führt immer tiefer hinein in glänzende und lustige Verheißungen. Auf diesem Wege liegt der Socialismus und Communismus, die endliche Zerstörung alles Dessen, was Schranke heißt, im Materiellen und im Sittlichen. In unserer alten Welt gewiß ist das in ein System gebrachte Gelüsten nach Aufhebung des Besitzes, der Ehe, der Sitte und nach Zerstörung des Christenthums das nothwendige Extremstück zum allgemeinen Wahlrechte, um in Deutschland vollends, wo bei dem angeborenen Mangel an patriotischem Sinne, bei der Neigung, Gebotenlohnige aber das Vaterland zu stellen, und bei dieser traurigen Lage, die uns bis jetzt nur Bruchstücke eines Vaterlandes gönnt, auch diese letzte Schranke gegen politische Thorheiten fehlt, mußten am Ende alle extremsten Solgen eintreten, folgen, vor welchen die Franzosen bei ihrer gegenwärtigen Verfassung bis jetzt nur durch ihren Patriotismus bewahrt geblieben sind. Man konnte nun freilich sagen, das seien die Mängel des Anfanges und im Laufe der Zeit werden die Wähler, durch Erfahrung gewitzigt, nach besseren und tauglicheren Männern greifen. Allein für's Erste ist es doch sehr gewagt, die sittlichen und materiellen Volksinteressen einem ungewissen Experimente anzuvertrauen, und es könnte leicht der Fall eintreten, daß die Klugheit zu spät kommt, nachdem der Schaden unheilbar geworden; für's Andere spricht alle Wahrscheinlichkeit gegen ein mit der Zeit zu erjeldendes günstigeres Resultat. Denn zu der oben genannten sittlichen und intellectuellen Unangemessenheit kommt noch die ökonomische, das unverkennbare Sinken des allgemeinen Wohlstandes, erst im Handwerkerstande, und nun auch bei der ackerbauenden Bevölkerung. Auf einen so wankenden Grund den Staat stellen, das heißt in seinem Falle entgegenführen, und es heißt auch für die Freiheit schlecht sorgen. Denn wenn der Schwerpunkt der öffentlichen Macht auf eine Volksklasse zu liegen kommt, die ihn zu tragen nicht im Stande ist, so muß nach kurzem Freiheits- und Souveränetätslaumel die Demagogenwirthschaft einer Gewaltherrschaft den Platz raumen; recht hinter den Thronen und Volksrechten sieht der Cäsar oder der Macedonier. Dieses sind die von der Geschichte bezeugten und in sich nothwendigen Folgen davon, wenn wichtige politische Rechte an Solche fallen, welche sie auszuüben nicht im Stande sind. Da entsteht zwischen diesen und ihrer Freiheit jener leere Raum, der von den demagogischen Eindringlingen anzusüllen gesucht wird; diese aber können sich nicht halten, außer indem sie die Menge in immer neue Leidenschaften hetzen und indem sie gegen Alles, was noch von sittlicher Macht im Volke übrig ist, einen nach Umständen bald offenen, bald versteckten Krieg führen. Und hier steht obenan das Christenthum, gegen welches jedes frivole Demagogenthum mit innerer Nothwendigkeit zu Felde zieht; denn es ist ganz gewiß, daß diese zwei neben einander nicht bestehen. Der Feldzugsplan wider das Christenthum liegt auch nunmehr ganz offen zu Tage. In Frankfurt ist es den Demagogen durch Unterstützung von Seiten der Anhänger einer ungeschichtlichen, von der Wirklichkeit abstrahirenden Doctrin gelungen, ihre dem Christenthume zugedachten Schläge auf die bestehenden Kirchen zu führen und in die Grundrechte Bestimmungen zu bringen, welche, wenn sie wirklich vollzogen und durchgeführt werden, die bestehenden Kirchen nothwendig breintrachtigen, und hierdurch, wie durch die schrankenlose Willkür, welche jedem noch so armseligen Versuch neuer Religionsstiftung gestattet ist, namentlich auch mittelbar dem Christenthume schaden. Es ist hier aus dem entschiedensten Instinete, wo nicht aus planmäßiger Uebereinkunft zu erklären, daß jenes große Heer von revolutionären Winkelschlättern die Geringschätzung der bestehenden Kirchen und den Haß gegen ihre Diener in alle Gassen tragen, und daß die Wirksamkeit des geistlichen Standes durch Preisgabe und Seelsorge an manchen Orten fast ganz unmöglich machen. Und hierbei erfreuen sie sich sogar theilweise der Assistenz gutmüthiger Thoren, welche sich einbilden, es werde das Christenthum in der Welt erste wirksamer werden, wenn die geschichtlichen und gesellschaftlichen Formen, in das es sich gefaßt hat, zerschlagen sein. Wie wenig aber Diejenigen, welche die Kirche bekämpfen, Neigung zu dem Christenthume selbst an den Tag legen, das ist offenbar, und wenn sie gegenwärtig, weil sie durch manche Erfahrungen gewitzigt wurden, anstatt der directen Angriffe vielmehr die Kriegslist anwenden, ihre Sache als vom Christenthum begünstigt vorzustellen, so andert dies die Sache nicht. Jedenfalls steht fest: es ist ein und dasselbe Lager, aus welchem die Forderung allgemeinen Wahlrechtes und der Christenhaß oder die Christenthumsverfälschung hervorgeht, und — was nicht zu überseben — aus diesem Lager werden auch die Wahlen selbst, und zwar in überwiegender Mehrzahl mit Erfolg geleitet. Man kann keinen Augenblick zweifeln, in welche Beziehung zum Christenthume sonach die Gesetzgebung einer solchen Versammlung sich stellen wird, und die Rückwirkung einer antichristlichen oder widerchristlichen Gesetzgebung auf die sittlich-religiösen Zustände des Volkes kann unmöglich ausbleiben; es ist auch bereits durch die Frankfurter Grundrechte in dieser Beziehung unsäglich viel Begriffsverwirrung und Störung angerichtet worden. Nimmt man noch hinzu, daß Dieselben, welche allgemeines Wahlrecht verlangen, es der Regel auch mit dem Alter der Stimmberechtigten möglichst weit heruntergehen, und daß sie auch das active Heer mit hereinziehen, so hat man zwei weitere Momente des Verderbens. Es demoralisirt das Heer, mag dieses nun auf Commando der Officiere oder Demagogen stimmen, und es demoralisirt die Jugend, wenn ihr so frühzeitig ein politisches Gewicht beigelegt und sie von der Arbeit der eigenen Ausbildung in die Leidenschaft der Tagesfragen hereingezogen wird.

Deutschland.

*Würzburg, 4. Sept. Seit mehren Wochen erregt eine Sammlung naturwissenschaftlicher und ethnographischer Gegenstände von der bis jetzt von eigentlichen Forschern noch wenig berührten Westküste Amerika's die Aufmerksamkeit des gebildeten Publikums in Nürnberg. Dieselbe besindet sich in der an Sehenswürdigkeiten überhaupt reichen Wohnung unserer, der gelehrten Welt auf das Vortheilhafteste bekannten Landsmanues, des Freiherrn von Bibra, welcher nach einem 1½jährigen Aufenthalte in Brasilien, Peru und Chili reich mit wissenschaftlichen Schätzen beladen, glücklich zurückgekehrt ist. Der Mineralogie und Geognosie ist erstaunt über die prachtvollen selber nur als Raritäten geltenden Kupfererze aus den Minen von Toropilla — worunter namentlich mehre Pfund schwere Exemplare von Atocamit sich auszeichnen — und die merkwürdigen Formationen aus der Cordillera. Der Zoologe und Botaniker findet eine vollständige mit großem Fleiße gesammelte und gut conservirte Repräsentation der Fauna und Flora jener Gegenden. Eine reiche Sammlung von Waffen, Kleidungsstücken, Geräthen und Luxusgegenständen fesselt durch die Contraste einheimischer und eingewanderter Kunstelemente. Eine besondere Zierde dieser Abtheilung ist ein kunstvoll gearbeiteter Helm, welcher der Form und Arbeit nach werth wäre, auf dem klassischen Boden Griechenlands gefunden zu werden. Eine Reihe archäologischer Gegenstände vervollständiget die Sammlung, welche

ein ziemlich getreues Bild jenen Gegenden bietet. Die Kronologen werden über mehrere ausgegrabene Schädel von Ureinwohnern Epistle, an denen der camper'sche Gesichtswinkel dem eines Affen nahe kommt, staunen. Wir dürfen in Kurze einem ausführlichen wissenschaftlichen Reisebericht über diese noch wenig bekannten Gegenden, nach welchen bereits großartige Auswanderungsprojecte gehen, entgegensehen.

München, 1. Sept. Ein Art. der „Allgemeinen Zeitung" vom 31. August bespricht die Aufstellung eines Armeekorps, welches den Titel „bayerisches Beobachtungs-Korps am Main" führen soll. Dieß bedarf der Berichtigung. Die vorgenommene militärische Aufstellung ist nicht weiter, als die Zusammensiehung einer Brigade, deren Kommandant in Aschaffenburg bereits ferien Sitz hat. Es klingt doch zu pompös, eine Brigade als Armeekorps darzustellen. Der Titel aber: „bayerisches Beobachtungskorps" ist lediglich eine Erfindung, indem er in keinem dienstlichen Erlasse vorkommt. Uebrigens wird die zu sammengezogene Brigade ihre Herbstexercitien vornehmen. (N. M. Z.)

München, 2. Sept. Bezüglich des von dem Staatsministerium der Finanzen mit der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank abgeschlossenen Vertrags wegen Uebernahme des neuen Eisenbahn-Anlehens vernehme ich folgendes: Nächsten Montag die Bank ist vorerst nur verpflichtet, Obligationen im Betrage von 2½ Mill. Gulden zu übernehmen, und in einem bestimmten Zeitraume steht ihr dann das Recht zu, den weitern Betrag ganz theilweise oder auch gar nicht zu übernehmen. Die Bank übernimmt die sprozg. Obligationen (welche gegenwärtig etwas über pari stehen) zu pari und erhält als Provision den Zins von zwei Monaten = 50 kr. pr. Hundert. (N. Korr.)

München, 2. Sept. Wenn nicht anders noch bestimmt wird, so wird Se. Maj. der König in der zweiten Hälfte dieses Monats die Jagden zu Berg und Berchtesgaden abhalten und sich dann zum Dreherfest hieher begeben. — Se. Maj. der König Otto von Griechenland wird dem Vernehmen nach schon früher Hohenschwangau verlassen, sich nach Aschaffenburg begeben und mit den kgl. Eltern zum Oktoberfeste hierher kommen.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 30. August. Wie man hört, hat die Statthalterschaft ihre Absicht, die Landesversammlung in den ersten Tagen des nächsten Monats einzuberufen, wiederum aufgegeben, vermuthlich weil die an die Staatsklage eingezahlten freiwilligen Beiträge so wie die geschehene Erstattung eines Theils der für die Rechtsdruppen im Jahre 1840 verausgabten Verpflegungsgelder von der Eröffnung anderweitiger finanzieller Hilfsquellen augenblicklich noch abgesehen erlauben. Meiner Ansicht nach ist diese Thatsache nur geeignet, einen günstigen Eindruck im Lande zu machen und dem Volke die Ueberzeugung zu gewähren, daß im Staatshaushalt Ordnung und Sparsamkeit die maßgebenden Prinzipien sind. (H. N.)

Kiel, 31. August. Gestern Mittag zeigte sich vor unserem Hafen eine größere Anzahl von russischen Kriegsschiffen. Mehrere sind wieder abgesegelt, aber andere blieben und scheinen hier Station nehmen zu wollen, so daß gegenwärtig 8 russische Kriegsschiffe nebst einer dänischen Fregatte eine Linie vor unserm Hafen bilden. Wie man hört, liegt in der Nähe auch Seefestung eine große Menge Belagerungsgeschütz und gestern sollen Bomben bei Pulk getauet sein, oder eine Landung versucht haben, wonach man eine Unternehmung gegen Friedrichsort noch immer für möglich halten könnte. Die Russen wurden bei einer solchen wohl von der hiesigen inwerten zur theilten Interventionen übergehen; die Kosten der Feuerungen und namentlich die Reden des Großfürsten Constantin in Norrenhagen geben zu derartigen Vermuthungen ein Recht. (H. B.-H.)

Altona, 31. August. Gestern Abend eingetroffenen Berichten zufolge soll in der Gegend von Holzhunge gestern ein kleines Patrouillengefecht stattgefunden haben; ein, auch anderen einige Dänen sollen gefangen genommen worden sein. (H. B.-H.)

Kassel, 2. Sept. Die auf heute Morgen 8 Uhr berufene Ständeversammlung wurde vom Präsidenten nur eröffnet, um folgende vom Landtagskommissar verlesene, die Auflösung der gegenwärtigen Versammlung betreffende Allerhöchste zu vernehmen: Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm I., Kurfürst und souveräner Landgraf von Hessen, Großherzog von Fulda, Fürst zu Hersfeld, Hanau, Fritzlar und Isenburg, Graf zu Katzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain, Nidda und Schaumburg ꝛc. ꝛc. ertheilen hiermit dem Landtagskommissär, Assessor Grimm von Gudensberg hierselbst, Vollmacht und Auftrag, die Verkündigung Unserer hierbei folgenden Verordnung vom heutigen Tage, die Auflösung der gegenwärtigen Ständeversammlung betreffend, zu bewirken, und daraus zu achten, daß nach dieser Verkündigung die landständischen Verrichtungen alsbald suspendirt werden. Urkundlich Unserer allerhöchsteigenhändigen Unterschrift und des beigedruckten Staatssiegels gegeben zu Kassel am 1. September 1850. (L. S.) Friedrich Wilhelm. vdt. Hoffenpflug. — Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm I., Kurfürst und souveräner Landgraf von Hessen, Großherzog von Fulda, Fürst zu Hersfeld, Hanau, Fritzlar und Isenburg, Graf zu Katzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain, Nidda und Schaumburg ꝛc. finden Uns, nach Anhörung Unseres Gesammtstaatsministeriums und in Gemäßheit des § 83 der Verfassungsurkunde bewogen, Folgendes zu verordnen: § 1. Die gegenwärtige Ständeversammlung wird hierdurch aufgelöst und von dem Augenblick der Verkündigung dieser Verordnung hört die Wirksamkeit derselben auf. § 2. Es wird die Wahl neuer Stände verordnet. deren Einberufung binnen der nächsten sechs Monate von heute an erfolgen soll, und es wird deßhalb von Unserem Ministerium des Innern in Gemäßheit des § 81 der Verfassungsurkunde das Nöthige zeitig erlassen werden. Alle, welche es angeht, haben sich hiernach gebührend zu achten. — Urkundlich Unserer allerhöchsteigenhändigen Unterschrift und der beigedruckten Staatssiegels gegeben zu Kassel am 1. September 1850. (L. S.) Friedrich Wilhelm. vdt. Hoffenpflug. vdt. Lometsch. vdt. Haynau. vdt. Baumbach. Nachdem hiermit die Ständeversammlung für geschlossen erklärt war, trennte sich die Versammlung mit einem Hoch auf die Landesverfassung. Auf der Gallerie ließen sich einige Unfertigkeiten hören; u. A. der Rittmeister Wenderoth. (H. B.-H.)

Berlin, 31. August. Die ministerielle „Const. Corresp." enthält Folgendes: Die mehrfach erwähnten Haussuchungen und Beschlagnahmen an Papieren, welche in neuester Zeit bei verschiedenen Führern der demokratischen Partei in Mecklenburg stattgefunden, haben, dem Vernehmen nach, bis zur Evidenz herausstellt, daß die bedeutsamsten gehaltenen Verbindung den Zweck des Umsturzes aller in Deutschland bestehenden Regierungen und der Errichtung einer Foederativ-Republik gehabt hat. (N. Pr. Z.)

Frankreich.

Paris, 26. August. Seit lange wurde der heilige Lubwigstag nicht mit so großem Gepränge in Fontainebleau begangen, wie gestern. Zwischen 20—25,000 Einwohner von Paris hatten sich dahei eingefunden, darunter der Schreiber dieser Zeilen. Die öffentlichen Belustigungen jeder Art begannen um 11 Uhr Vormittags und dauerten beinahe ununterbrochen bis nach Mitternacht. Anziehend war vorzüglich das Carrousel, welches von den Offizieren des Lanciers- und des 2ten Husaren-Regiments in der Cavarrina, daß Andenken Napoleon nach Fontainebleau kommen würde, organisirt worden war, und zwar nach dem Muster, welches Napoleon selbst in seinen jungen Jahren zu Ehren des Prinzessen der Republik von der Kavallerieschule zu Saumur veranstaltet ward. Ein Escadron-Chef befehligte vier Quadrillen, jede zu 16 Reiter, welche auch die verschiedenen Farben des an der Spitze der Lanze angebrachten Fähnleins die vier Quadrillen bezeichneten. Die Pferde, die schönsten aus dem Regimente gewählt, hatten die Schweife in Bänder geflochten, Blumen waren eingeflochten und die Zäume vergoldet. Die Reiter trugen die glänzende und elegante Husaren-Uniform ihres Regimentes, blaue Beinkleider mit weißem Dollman und goldenen Schnüren. Das Carroussel begann mit den schwersten Bravourübungen der hohen Reitkunst, wobei man nicht wußte, ob man mehr die Geschicklichkeit der Pferde oder die Gewandtheit der Reiter bewundern sollte. Dann ging man zum Ringelspiel über, wobei eine Quadrille sich so sehr auszeichnete, daß nicht ein einziger Reiter die Ringe verfehlte. Ebenso gelungen waren die Exercitien mit dem Sabel, indem wahrend eines wenigen Augenblicks mancher Reiter drei Mohrenköpfe an seinen Gefährten Pallop auf seinem Sabel aufspießte. Das gestrige Carroussel lieferte den sprechendsten Beweis, wie sehr bei der französischen Kavallerie die echten Traditionen der Reitkunst mit Vorliebe gepflegt werden, und wie überhaupt die Reitkunst die vorzüglichste Rolle bei der Abrichtung der Militairpferde spielt; indem in den gestrigen Quadrillen sogar einfache Korporale neben ihren Offizieren sich produzirten, und letzteren an Gewandtheit mit nichten nachstanden. Ein bloßer Wachtmeister hat vielmehr den ersten Preis davongetragen. Es wäre zu wünschen, daß man in allen Ländern die Kavallerie durch derlei ähnliche Uebungen vervollkommne, wie in Frankreich; denn, wie mir gestern ein Cavadron-Chef versicherte, besitzen in jener französischen Kavallerie-Regiment mehrere Professoren der hohen Reitkunst, und beim Avancement gilt die darin gewonnene Fertigkeit als besonderer Empfehlungs-Titel.

Aus der Schweiz, 25. August wird der „D. Bltz." geschrieben: Die Petition des Freiburger Volkes um Wiederzulassung in seine bundesmäßigen Rechte ist jetzt dem vollen Inhalt nach durch die Blätter bekannt worden. Die Unterzeichner verlangen: „daß die Verfassung des Cantons Freiburg dem Volke zur freien Abstimmung vorgelegt werde (und zwar ohne das Begehren einer die Gewissen widerrechtlich belastigenden Eidesleistung), — oder daß die Bundesversammlung neue und ganz freie Wahlen anordne, unter der Garantie und der Ueberaufsicht von eingesendeten Commissarien, oder daß endlich die Bundesversammlung auf jede ihr beliebige Weise für den Canton eine neue Landesverfassung instituire." Diese Alternativen sind nach dem Stande der Dinge nicht ganz gut gewählt; das Begehren hatte, insofern und soweit es begründet, dahin gestellt werden sollen, daß der Verfassung der Abstimmung des Volkes unterstellt und im Fall ihrer Verwerfung demselben die freie Wahl eines Verfassungsrathes gewährt werde. Die in der Schweiz waltende Parteiherrschaft ist durch das Aktenstück dadurchblickt an den Pranger gestellt; — wenn ein Hauptgrundsatz der neuen Bundesverfassung ist, daß jeder Canton nach neuer Verfassung regiert und verwaltet werde, die anderseitig von der Mehrheit des Volkes angenommen sei und jederzeit nach ihrem Belieben revidirt werden könne. Um nun den Usurpatoren von Freiburg ihre Parteiherrschaft zu sichern, hat man sür dieses Canton eine Ausnahme von jenem Grundsatze gemacht. Die Schamlosigkeit wurde in diesem Punkte auf die Spitze getrieben, indem die Affecuranz zu Gunsten eines Großen Rathes ausgesprochen wurde, der sich selbst — ohne Zustimmung des Volkes — seine Amtszeit auf neun Jahre festgesetzt und verordnet hat, daß vor Ablauf dieser Frist weder eine Erneuerung des Großen Rathes, noch eine Revision der Cantonalverfassung stattfinden könne. Was wärde man von einem deutschen Ministerium sagen, das sich auf

ähnliche Weise eine schiefe Lebensbauer von neuen Jahren zuspruche, und Jeden als Rufzuber bedurfte, der sich ein Wort gegen die Anmaßung erlauben wurde? — Ueber die fremden Flüchtlinge, diese Lumpliage, ist ein neuer Cenfus ergangen, der im Ganzen 900 Deutsche erzeigte, die dem Canton Tessin zugeschiedenen italienischen Flüchtlinge ungerechnet. Von jener Gesammtzahl sind 181 dem Canton Zürich, 178 denjenigen Bern zugeschrieben, den übrigen nach Verhältniß. Mit dem 1. September hören die Unterstützungen aus der Bundeskasse auf, und es bleibt den Cantonen anheimgestellt, wie weit sie auch fue die Zukunft jenen Fremdlingen das Privilegium des Niederlassens einraumen wollen. Der Vorsitzende der französischen Republik kam den Cantonsregierungen so nahe, daß der Bundesrath in Ueberlegung nehmen mußte, ob nicht eine Ehrenbeputation zur Begrüßung an ihn abzusenden sei. Er hat sich fur die Negative entschieden und daher auch in dieser Beziehung die schweizerische diplomatische Sitte beobachtet; ehedem, wenn ein Potentat auf Reisen sich der Schweizergrenze naherte, sandte der jeweilige Vorort zwei der angesehensten schweizerischen Magistraten in irgend eine Grenzstadt zur Cowillommung des fürstlichen Nachbarn ab. Wird einst Louis-Napoleon Präsident Frankreichs, so wird es hoffentlich Bundesregel gegerade so gegen ihn halten, wie gegen den Prinzen Bonaparte. — Die Berner Regierung und der Bundesrath stehen eben nicht in der besten Harmonie; bedarf es irgend einer Experten-Commission in schweizerischen Dingen und findet man gut, in dieselbe auch einen Berner von Bern zu wahlen, so nimmt ihn der Bundesrath zuverlässig aus dem Personale der beseitigten Regierung. Die Anlehnungsfrage von Bern soll erst im September ausgetragen werden; überhaupt trat wahrend der Sommermonate ein allgemeiner Geschäftsstillstand ein. Belebter werden Herbst und Winter seyn. — Nicht weniger kann vier Cantone zeigen sich mit Revision ihrer cantonalen Verfassungen, im Aargau ist ein Entwurf bereits durchberathen, nachstens soll die vorgeschriebene zweite Berathung folgen; in Solothurn beginnt eine ähnliche Revision des Grundgesetzes vom 9. September; in Basellandschaften eben jetzt die Wahlen für einen Verfassungsrath zu gleichem Zwecke Statt; in St. Gallen ist ein Antrag auf der Tagesordnung, der zu ähnlichem Unternehmen führen soll; in Luzern heißt's: aufgeschoben ist nicht aufgehoben, und wahrscheinlich wird dort im Laufe von 1851 die Revision sich ebenfalls Bahn brechen; daß sie endlich auch in Freiburg unternommen ist, das hat die Eingangs besprochene Petition klar gemacht. In der Schweiz wird's besser werden, wenn die Menschen klüger und vertraglicher, — Verfassungsformen mogen hochstens ein Mittel zur Gewinnung besserer Parteistellung sein. — In Bern trifft nachstens der englische Ingenieur Robert Stephenson zur Prüfung der schweizerischen Eisenbahnplane ein. Mitterweile wächst die Unzufriedenheit mit den finanziellen Ergebnissen der Bundesverwaltung; einzelne Cantone vermissen die fetten Paßeinkunfte, die ihnen bis dahin nur theilweise aus der Bundeskasse verguter werden sind; die diesjährige Ernte soll abermale augenfällig ausfallen, obwohl die Posten eine Umwasse von fremden Reisenden hin- und hergeschoben haben. Auch spricht man von einer nahe bevorstehenden Revision des Zolltarifs, die jedenfalls in Folge der Einführung des neuen Münzfußes bald erforderlich wird.

Vermischte Nachrichten.

Ad vocem Friedensangrest ist es doch auffallend, daß die Haupt-Friedens-Boten Amerikas sind, Amerikaner, welche ihre rathhäutigen Nachbarn austrotten, welche die Mexikaner und die Völker in Neu- und Alt-Mexico, Texas, Havana räuberisch, blutdurstig überfallen; welche den Partizisten, um angerechter und verjährter Forderungen willen, unter beobachten Feuerschlunden das Messer an die Kehle setzen, und welche, nachdem mehrere ihrer Staaten schmählich Bankrott gemacht haben, alle Staatsanleihen in Verruf erklarten. — Auch englischer Chorsitten kommen mit dem Delblatt im Schnabel. Und doch haben gerade die geospritannischen Guineen, Intriguen und Depeschen-Verlierungen so viel dazu beigetragen, Europa in Gahrung zu erhalten, damit das friedfertige England mittlerweile im Trüben fischen kanne. — Man spielt nicht auf der rothe Hage jetzt Friedensrichter, wer im Sommer 1848 als Concurrent von Vater Koebe Jiaden gemacht hat auf der Schaufpielhausstreppe? Erst Aufwiegler und dann Friedensbündler! Es fehlt blos noch, daß der Russe Bakunin, der Adelsführer der Dresdener Rebellion, gekommen wäre und verschiedene hatte, daß die Barrikadenschlachten und die Mordbrennereien in Dresden, Prag, Wien, Berlin u. s. w. blos um des „lieben Friedens" willen von ihm vermittelt worden seien.

Ein neuer Beleg wie die Demokratie die schleswig-holsteinische Angelegenheit für ihre Zwecke ausbeutet, liegt uns in einem der flugblätter vor, welche die demokratische Agitation in Hamburg und den Herzogthümern eifrig verbreitet. Es führt den Titel: „Spezielle Peopverzeihung eines hundertsachigen Matrosen in Kopenhagen", Verlag der Hamburg-Altonaer Volksbuchhandlung in St. Pauli, und zeigt an der Spitze im Holzschnitt den Untergang des dänischen Kriegsschiffs. Ein alter Matrose, der in Kopenhagen wohnen soll, prophezeit über den jetzigen Krieg zwischen Dänemark und den Herzogthümern. Danach werden in einer blutigen Schlacht bei Flensburg im Horolethal die Danen so völlig vernichtet werden, daß die „siegreichen Streiter werden waten im Dänenblut bis an der Knochel." Die Großen des Landes werden die Hauptstadt verlassen, und das wuthende Volk wird ihnen folgen und sie umbringen (natürlich auch plündern!). Der Name Dänemark werde verwischt werden von der Erde, die Flatte werde ihren Untergang finden im Meere und eine fremde Negierung! Jubelt! kommt das Beste, und wir lassen die Schuß hoher wörtlich hier folgen: „Aber es wird Einer wieder aus Freiten im Land Schleswig, dem wird kein Dane widerstehen. In seinem Namen wird er siegen und seinen Willen und das starke Eisen, und wo der Wille ist vereint mit dem Eisen, da ist der Sieg. Und sein Heer wird an ihm hängen mit Liebe, wie an einem Vater, und wird an ihm hängen mit Vertrauen, wie an seinem Gott, darum wird auch der Lorbeer grünen auf seinem Wege, und er wird sagen können ein zweiter Bonaparte: Drohen am Himmel leuchtet mein Stern, denn so lange ich weiß noch keines Unterheils Nacht. Der Stern aber wird ihn leiten zu großen Dingen, er wird ihn leiten von Sproße zu Sproße empor auf der Leiter des Ruhms, daß er bald wird höher stehen als Deutschlands bochster Thron; aber nur wann, wenn er sein Auge abwendet von Krone und Diamanten, sonst wird sein Auge erblinden um sein Stern verlöschen und sein Ruhm wird hinschwinden wie der Ruhm eines Helden von gestern. Wenn er wird gesiegt haben für Schleswig-Holstein und wird geschlagen haben unser Heer, so wird ihm jauchzend zurufen das ganze deutsche Reich: Mann von Eisen, bist auch uns! sichre auch unsere Grenzen! und dann wird sich's zeigen, ab er folgen wird seinem Sterne, aber ob er ihn wird lassen untergehen am Horizonte. Geht er unter, dann wird's auch ganz Nacht werden im Deutschen Reiche und die Fürsten werden sagen zu ihren Völkern: „Schickt Euch in Euer Loos! Wir haben Versichern hat Euch mein Vater gezüchtigt, mit zachten und Skorpionischen Geißeln will ich Euch züchtigen." Folgt aber der Eisenmann dem Rufe der Völker und faßt er seinen Stern leuchten vor sich her, dann wird das zerrissene Deutschland ein ehemer Ring werden, fest und unzerbrechlich, und wird ausdehnen seine eiserne Macht über ganz Europa und der Sieger und Retter wird selbst werden zum Stern seines Volkes und wird das Licht des freien Himmels und den Frieden des Paradieses verbreiten über die Erde."

Paris, 27. August. Ein bekanntes Mitglied der Permanenzcommission erzählte gestern, unter Verbürgung der Wahrheit folgenden Vorfall: Im Marz kam ein Schweizer nach Paris, wo er in einem obscuren Hotel abstieg, und mehrere Tage einsam in seinem Zimmer zubrachte. Eines Nachmittags klopfte man an seine Thüre, und ein Mann trat ein, in welchem der Verschwörer — denn dies war der — den Präsidenten Napoleon erkannte. „Ich kenne," sagte der Präsident, „Ihre Absicht; Sie sind ein Unglücklicher, und nach Paris gekommen, um mich zu ermorden. Ich habe Ihnen in Thurgau Gutes erwiesen und will es nochmals thun. Man hat mir Alles gesagt, ich komme, Sie zu retten. Entfagen Sie diesem abscheulichen Vorhaben, das Sie zugrunde richten war, bevor Sie hier eintafen. Fliehen Sie, nehmen Sie diese Börse. Hier ist ein Paß, und möge man Sie in Frankreich nicht mehr erblicken, so lange ich regiere eine Gewalt besteide." Der Verschwörer stürzte todtblaß dem Präsidenten zu Fußen, und bat ihn, ihn in Paris zu lassen, damit er sterben von allen Complicen gegen sein Leben sofort ihn in Kenntniß setzen konne. Der Präsident entsernte sich, nachdem er diese Bitte gewährt hatte, und jetzt macht dieser Verschwörer mit Sorgfalt über dasselbe Leben, zu dessen Vernichtung er nach Paris gekommen war. (?)

Karl Gutzlaff und das Missionswesen.

In der Damkirche von Maeiewerfher hatte ich Gelegenheit, den berühmten Apostel der Chinesen zu hören. Dem Bilde, welches uns die gewohnliche Romanliteratur von einem Heidenbekehrer liefert, entspricht er keineswegs: ein burzer, starker Mann mit durchaus ehrlichem, geradem und breitem Munde, nach chinesischer Art schlaffig zusammengelassenen Augenlideen, heftigen Armbewegungen, einer mehr robusten als wohllautenden Stimme. Ein Biograph von ihm sagt: „Man hat häufig bemerkt, daß die Leute, welche lange Zeit mit den Indianern Amerika's zusammenlebten, die in der Geschichtsbildung ihnen ähnlich werden. Dieselbe Erfahrung macht man im Orient. Die Geschichtzüge und das ganze Wesen Gutzlaff's haben in der Art das Gepräge des achten Sohnes des Jao und Schun erhalten, daß ihn die Chinesen gewohnlich als Landsmann begrüßen." Ich lasse diese physiologische Bemerkung dahingestellt sein. Karl Gutzlaff ist 1803 zu Pyritz, einem pommerschen Dorfe, geboren. Seine apostolische Wirksamkeit beginnt vorzüglich in den dreißiger Jahren. Er hatte sich mit einer Engländerin verheirathet, die von der gleichen Begeisterung durchdrungen war und sich auf seiner Missionsreise begleitete. Seine großen Kenntnisse im Chinesischen und den verwandten Mundarten impönirten schon damals dem Begründer der evangelischen Mission in China, Robert Morrison, mit dem er sich 1832 in Macao vereinigte, und machten ihn bei den englischen Kaufleuten sehr gesucht. Er wurde in den Jahren 1832 und 1833 auf einigen Schmuggelschiffen, die mit Opium handelten, als Dolmetsch gebraucht, (Das sind die Wege der Jesuiten nicht, obschon — „der Zweck die Mittel heiligt".) und wußte auch diese an sich nicht edlen ruhmvolle Unternehmen zu seinen heiligen Zwecken, zur Verbreitung des Bibeln und Traktaten, zu benutzen. Eine Missionsreise nach Japan im Jahre 1837 blieb ohne Erfolg. Nach Morrisan's Tode wurde Gutzlaff als chinesischer Sekretar des englischen Consulates in Canton angestellt, und gründete im Jahre 1840 einen christlichen Verein zur Förderung der Ausbreitung des Evangeliums unter ihren Landsleuten. Seine gegenwärtige Reise durch Europa hat einen ähnlichen Zweck: die Gründung von Missionsvereinen für die Verbreitung des Christenthums in China. Seine litterarische Thatigkeit hat einen unglaublichen Umfang. Er selber gibt folgende Uebersicht seiner Schriften an. Eine so ungebeuere Ausdehnung läßt mit Recht auf eine wunderbar leichte Fassungsgabe, wie auf eine unermudliche Ausdauer im Arbeiten schließen. Wenn man den Mann auf seinen Missionsreise sieht,

wird es begreiflich. Kaum in einer Stadt angekommen, wirft er rasch seinen Talar über und eilt in die Kirche, die zu seinem Empfange schon bereit ist. Nachdem er hier eine Stunde lang mit großer Lebhaftigkeit gepredigt, stellt er seine Sammlungen an, und dann im Fluge wieder vorwärts. Seine Rede strömt mit einer solchen Schnelligkeit daher, daß man kaum im Stande ist, ihm zu folgen. Freilich ist eine solche Schnelligkeit des Vortragens dem Inhalte nicht günstig. Von seinen sämmtlichen Werken ist nur das eine bekannt, welches Professor Neumann in München im Jahre 1847 unter dem Titel veröffentlichte: „Gützlaff's Geschichte des chinesischen Reiches, von den ältesten Zeiten bis auf den Frieden von Nanking." Bei unserer sehr unvollständigen Kenntniß der chinesischen Geschichte hat auch dieses Compendium seinen Werth, aber es ist eine unkritische Arbeit, eine ganz äußerliche Compilation und ohne Geist geschrieben. Von den eigenthümlichen Culturverhältnissen jener uns ganz fremden Welt erfahren wir so gut als nichts. Die Prolixität, welche er zur Emphelung seines Missionswerkes übt, macht ungeduldig bei seiner Eindrust. Da war viel Routine darin, wenig Gedanken und wenig Inspiration. Man merkt ihm an, das er das Nämliche schon einige tausendmal vorgetragen hat. Für diejenigen vollends, die aus dem Vortrage einige Belehrung über die fremden Sitten, über die Art und Weise, wie der europäische Geist sich fremd, den verständlich macht, zu schöpfen gedroht hatten, war die ganze Rede todt.

Neuestes.

Speyer, 31. August. Nachdem das Urtheil gegen den Redakteur der Speyerer Zeitung in der Nacht vom 29. zum 30. d. regungen war, ergriff derselbe gleich am nächstfolgenden Morgen den Cottafondscurrent. (Sp. Z.)

Frankfurt, 1. September. Heute fand im katholischen Dom unter großem Andrange von Gläubigen eine Kirchspezierschritt statt, die jemals erlebt zu haben die ältesten Leute sich nicht erinnern. Drei hiesige Bürgerssöhne, welche ihre Primiz gefeiert, empfangen hatten, lasen daselbst gleichzeitig an verschiedenen Altären ihre erste heilige Messe unter Beistand von vielen Geistlichen der Stadt und Umgebung.

Frankfurt, 2. Sept. Heute hat die Bundesversammlung ihre verfassungsmäßige Thätigkeit angetreten. Man hat die Sitzung nicht schon am 1. d. M. eröffnet, weil dieses ein Sonntag war. Im engern Rathe waren elf Stimmen zusammengetreten: neun Virilstimmen und zwei Curiatstimmen. Für die dringendsten Geschäfte wurden sofort Commissionen gebildet. Die königl. bänische Regierung ließ alsdann Anträge wegen Ratification des Friedensvertrages durch die Bundesversammlung stellen. F. D.-Z.)

Karlsruhe, 2. Sept. Heute interpellirte der Abgeordnete Kaiser das Ministerium wegen des Kriegszustandes. Die Fragen, die er an dasselbe stellte, gingen dahin, ob der Kriegszustand nicht in Bälde gänzlich aufgehoben oder doch auf einzelne Landestheile beschränkt werden könne? Beide Anfragen wurden von dem Minister des Innern verneinend beantwortet, worauf seine weitere Discussion über diesen Gegenstand mehr statt hatte.

Heidelberg, 2. Sept. Aus der Sitzung der Frankfurter „D.-H.-Z." vom 1. d. MS. wird über eine Anrede berichtet, die ein fremder Herr an den Prinzen von Preußen kgl. Hoheit auf dem hiesigen Bahnhof gerichtet habe; derselbe soll von den Sympathien der Schweiz für Se. kgl. Hoheit geworben und hochstfremdlich bemerkt haben, namentlich in Neuenburg sei diese Sympathie vorherrschend. Die Antwort des Prinzen sei darauf ein kurze, sehr treffende gewesen. Das Factum verhält sich allerdings so, nur im umgekehrten Sinn. Das an den Prinzen gestellte Verlangen war, derselbe möge, da so viele Sympathie in der Schweiz für ihn herrsche, dahin wirken, daß durch die Verzichtleistung Preußens auf Neuenburg diese noch vergrößert würde. Der Prinz hat eine Anrede mit einem bestimmten „Niemals" zurückgewiesen.

Stuttgart, 2. Sept. Der „Staatsanzeiger" sagt heute Abend, er sei ermachtigt, zu erklären, daß der württembergischen Regierung von einer österreichischen Note und Forderung von über 3 Millionen Gulden wegen Verköstigung des österreichischen Armeekorps in Vorarlberg lediglich nichts bekannt ist.

Stuttgart, 2. Sept. Der Notenkrieg zwischen der Regierung und dem Ausschusse der Landesversammlung hat im gestrigen „Beobachter", in welchem zwei neue Aktenstücke abgedruckt sind, wieder drei Spalten ausgefüllt. Die Sache ist nun in ein neues Stadium getreten. Durch die Erklärung im ersten dieser Aktenstücke, daß Noten des Ausschusses an das k. Gesammtministerium nicht mehr angenommen werden, sondern nur noch Eingaben an Se. Maj. den König persönlich gerichtet, wie die Verfassung es vorschreibe, ist nun die Form und damit die Sprache eine andere geworden und es ist nun möglich, der Ausschuß seine Vorstellungen und Protestationen in ein mitderes Gewand einkleiden müssen, was auch bereits geschieht. Die Eingabe ist zwar im Wesen der Sache eben so entschieden gehalten, als die früheren Noten des Ausschusses an das Gesammtministerium, aber sie ist höflicher durchaus, da der Ausschuß nunmehr mit St. M. dem König spricht, der Ton tiefer Ehrerbietung darin. Das Wichtigste, was wir jedoch in diesem Aktenstück erblicken, ist die Ankündigung einer neuen Ministeranklage gleich bei Eröffnung der künftigen Session der Landesversammlung, welche wohl in Würtemberg zu entschiedenen Maßregeln führen dürfte.

Altenburg, 28. August. Auf ein Gesuch hiesiger Einwohner, eine „freie religiöse Gemeinde" mit Corporationsrechten zu listen und eine der Stadtkirchen benutzen zu dürfen, hat das Ministerium geantwortet, daß es nicht in der Absicht des Staates liegen könne, eine Gesellschaft irgendwie zu fördern, deren Grundsätze seine Wohlfahrt auf das Entschiedenste gefährdeten. Das Gesuch ist in jeder Beziehung ablehnend beschieden!

Wien, 28. August. Der Bischof von Brünn hat ein Circular erlassen, welches hauptsächlich gegen die Zeitungspresse gerichtet ist und die Katholiken aufruft sich zusammenzuthun und die gute Presse, d. h. die katholische, zu unterstützen. Am Schluß heißt es: „Wir erneuern diese Aufforderung und wünschen insbesondere, daß unsere Gläubigen von Seite ihrer Pfarrer nachdrucksamst an das Herz gelegt werde, wie sie auch einer Sünde sich schuldig machen, wenn sie schlechten Blättern durch Abnahme derselben nur eine Unterstützung gewähren."

Berlin, 1. Sept. Dem Vernehmen nach hat der königl. hannoverische Gesandte, Graf zu Ins- und Knyphausen, die Weisung erhalten, von seiner Urlaubsreise nicht eher nach Berlin zurückzukehren, als bis wieder ein Diplomat seines Ranges als ein browllmächtigter Minister Preußens in Hannover angelangt sein wird.

T. D. Paris, 2. Sept. Der Generalrath der Departements Calvados, Corsica, Dordogne, Eure und Lot haben sich ebenfalls für baldige Revision der Staatsverfassung ausgesprochen. — Unser Cabinet hat eine Depesche an den kaiserl. russischen Staatssekretair Grafen v. Nesselrode in Betreff auf die österreichisch-preußische Angelegenheit gerichtet. (L. D.-Z.)

L' Mans, 1. September. Die Uebersiedlung der Legitimisten ist nicht blos Hen. Berryer allein, sondern ihm und General St. Priest gemeinschaftlich vom Grafen v. Chambord übertragen worden. — In ein Caffee der Vorstadt St. Anloine kam seit langerer Zeit ein früherer Offizier der afrikanischen Armee, ein verwegener Jäger, mit einem gezähmten jungen Löwen, der ihm wie ein Hund folgte. Einer war zutraulich, ließ sich von dem Gaste streicheln und füttern, legte seinen massiven Kopf, wie ein Schoßhund auf die Kniee und zeigte besonders eine außerordentliche Vorliebe für Zucker. Gestern vergoß sein Herr, ihn an dem Tische, wo er saß, anzubinden. Während er sich in ein Journal vertiefte, ging Emir im Saale herum spazieren, kam in ein nebenstehendes Zimmer und fand dort die Kellerthüre offen. Es fällt ihm ein, hinab zu steigen. Zur selben Zeit waren zwei Aufwärter im Keller beschäftigt. Als sie das Ungethüm erblickten, ergriffen sie schreiend die Flucht und warfen hinter sich die Fallthür zu. Mittlerweile war der Offizier, der seinen Löwen vermißte, nach der Straße gegangen ihn zu suchen. Die fliehenden Gäste brachten ihn auf seine Spur. Emir, wüthend über seine Gefangenschaft, hatte sämmtliche Flaschen zertrümmert, drückte fürchterlich und stieß eben die Kellerthür ein. Beim Anblicke seines Herrn legte sich sofort seine Wuth, er trocht zu seinen Füßen, und die Gäste waren dieses Mal mit dem Schrecken gekommen.

Turin, 24. August. Bianchi-Giovini ist gestern über Arona, wo ihm die Einwohner eine Serenade brachten, nach der Schweiz abgereist. Man spricht von Amtweilung noch einiger anderer Emigranten aus den sardinischen Staaten.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Kaber.

Frankfurter Cours.

Den 3. September 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	119½	120¼
„ 5% Metalliques	71¾	72¼
„ 4%	63½	64
„ 3½	47¾	48½
„ 2½	35¾	43¾
„ 4½% Bohmann	—	70½
„ 4%	—	60
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	101	101½
„ „ 500 „ „ „	156¾	157¼
Preußen 3½% Ct. Schuld Schein.	86	86¼
„ Thlr. 50 Prämien Scheine.	110	84¾
Bayern 3½% Obligationen	84¾	85¼
„ 4½	89¼	89¾
„ 5%	100¼	100¾
Wirtemberg 3½% p.	83¾	84¼
„ 4½	98	98½
Baden 35 fl. Loose	81½	82
„ fl. 35 freie	32¼	32½
„ fl. 50 „	52¾	53¼
Nassau fl. 25 p. Stücke	26	26½
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	76½	76¾
„ „ 25 „	28¾	28¾
Polen fl. 300 „	—	136
Sardinien Frc. 36 „	34½	33¾

Fremden-Anzeige.

Den 3. September 1850.

Adler, Bäckereibesitzer, Aktarer v. Walldorf. Erkel, Bäckereibesitzer v. Gschlätt. Richter, Rentbeamter mit Tochter v. Elbing. Richter, Optiker v. Nürnberg. Kaufl.: Pfalz v. Offenbach. Reb v. Hanau

Deutscher Hof. v. Gößler, Rittmeister. Graf v. Leiningen, Lieutenant im 6. Chevauxleger-Regiment v. Bamberg.

Erzherzog. Freiherr v. Welal v. Mülenberg. Glöckner, Privatier v. Peten. Hafner, Kaufmann v. Leipzig. Reisamer, Bankcassakurier v. Gschlätt.

Russischer Hof. Gaul m. Familie v. Privatbesitzer. Pinzel, Kaufmann v. Frankfurt.

Wittelsbacherhof. Brand, Gerichtsv. v. Lenkshausen. Hof. Zeitungsschreiber v. Aschaffenburg. Hiffert, Kreisrath v. da. Werner, Kaufmann v. Nürnberg. Haag, Maler v. Lichtenfels. Weigel, Fabrikant v. Offenbach.

Württembergerhof. Schillern, Meyer v. Heidenburg. Kaufl.: Fölsch, v. Schweinfurt. Gypper v. Lenden. Schwarz v. Mainz.

Berichtigung.

In der gestrigen Nummer unserer Blatter lese man in den Schwurgerichtsverhandlungen statt H. Hummler aus Nördlingen: „J. Hummler aus Nördlingen;" und statt Weichersfelden lese man „Weihersfelden."

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 70.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 213. Würzburg, Donnerstag den 5. September. 1850.

Amtliche Nachrichten.

Dem Schullehrer Adam Dreg von Hessenthal ist die erste Schul- und Kirchendienersstelle zu Sailauf k. Lkg. Aschaffenburg; dem Schullehrer Joh. Martin Weth zu Hatzkofen die erste Schul- und Kirchendienersstelle zu Wiesenfeld k. Lkg. Kranstadt; dem Schuldienstesprekanten und 2. Lehrer zu Poppenhausen Andreas Blum die Schulstelle zu Stelberg k. Lkg. Weihere; dem Schullehrer Nobaus Pfister zu Westheim die Schulstelle zu Unterschlechtshausen Lkg. Würzburg r. M.; dem Schullehrer Kaspar Schnabel zu Schimbach die erste Schul- und Kirchendienersstelle zu Grodwallstadt k. Lkg. Obernburg; dem Schullehrer Franz Joseph Weber zu Neunkirchen die Schul- und Kirchendienersstelle zu Euersfeld k. Lkg. Dettelbach übertragen worden.

Ueber die Gleichheit der Staatsbürger.

Gleichheit ist eines der Schlagwörter unserer Zeit, das bei vielen, namentlich jugendlichen Gemüthern, im Geiste der modernen Demokratie aufgefaßt, den Schein der Wahrheit behauptet, und ihnen als ein zu erstrebender Ziel vorschwebt; es wird daher nicht überflüssig sein, das Urtheil, welches ein ausgezeichneter Mann, der bedeutendste Herr Portalis, Bischof von Lauger, Mitglied der französischen Nationalversammlung und des Unterrichtsrathes, über diesen Gegenstand ausgesprochen, auch den Lesern dieses Blattes zur Beherzigung vorzulegen. „Man sagt zuerst: je mehr die Werke des Menschen sich den Werken Gottes nähern, desto vollkommener sind sie. Dieses Prinzip ist unbestreitbar und vollständig übereinstimmend mit dem Evangelium. Man setzt aber hinzu: in der Ordnung Gottes sind alle Menschen gleich. Hier ist es, wo der Irrthum sich an die Seite der Wahrheit schleicht und selbst sich an ihre Stelle setzt. Die Menschen sind gleich vor den Gesetzen Gottes, sie sind gleich vor seinem Richterstuhle. Es gibt göttliche Gesetze, nur alle Menschen verpflichten und wonach alle gleich gerichtet werden, doch auch diese so beschränkte Gleichheit ist voll des Geheimnißvollen. Es ist aber nicht wahr, daß in der nach der Ordnung Gottes gestalteten Welt alle Menschen gleich sind, und hier handelt es sich darum, ob in diesem Sinne, sowohl in materieller als in geistiger Beziehung nach der Ordnung Gottes, Alles gleichmäßig vertheilt sei. Es ist gewiß, es ist vollständig klar, daß Alles ungleich ist in den Schicksalen des Menschen, und das nicht nur in den Punkten, die man, wie behauptet wird, zum Theile wenigstens, den Fehlern der sozialen Gestaltung zuschreiben könne, als in den Reichthümern und in der Macht, sondern auch in den von der gesellschaftlichen Einrichtung ganzlich unabhängigen Punkten, als in sind die Gesundheit, die Schönheit, die Kraft, der Verstand, und alle Arten der natürlichen Anlagen. Betrachtet das ganze Weltall und saget, ob die Ungleichheit sich nicht überall und immer in der Ordnung der Natur findet und ob die Schönheit des Ganzen nicht grade auf die Harmonie der unzähligen und bestandigen Ungleichheiten gegründet ist. Ja noch mehr, sind die Menschen nicht selbst in der übernatürlichen Ordnung ungleich und zwar sehr ungleich behandelt? Ist es nicht wahr, daß die Einen viele Gnaden empfangen und mit mehr Leichtigkeit ihr Seelenheil fordern, während Andere wenig Hulfe finden und mit größerer Schwierigkeit ihr Seelenheil erwerben müssen? Ohne allen Zweifel wird Alles am jüngsten Tage vor dem Richterstuhle Gottes vollkommen ausgeglichen werden, aber jetzt in dieser Welt ist es so nicht gewiß, daß auch von dieser Seite volle Ungleichheit besteht und zwar eine Ungleichheit, worin der Verstand sich dagegen muß, vor der selbst der hl. Paulus bei seiner Rückkehr aus den dritten Himmel sich niederwerfen und ausruft: „O weich eine Tiefe des Reichthums, der Weisheit und der Erkenntniß Gottes! Wie unbegreiflich sind seine Gerichte, wie unerforschlich seine Wege!“ Welche Anwendung kann man nun nach dem Vorhergehenden zu Gunsten des Systems, das wir uns zu bekriegen vorgesetzt haben, von dem sonst vollkommen christlichen Prinzip machen, daß die Werke des Menschen um so vollkommener sind, je mehr sie den Wesen Gottes ähneln? — Die Werke Gottes, weit entfernt, die Ungleichheit zu vernichten, sehen sie ein, bestimmen sie. — Wollen wir etwa hieraus schließen, daß die menschlichen Regierungen die Ungleichheiten vermehren, sie übertreiben sollen? Durchaus nicht. — Aber wir folgern daraus, daß, wenn sie bestehen, man sie wenigstens bis zu einem gewissen Grade erhalten kann und noch öfter erhalten muß; wir folgern daraus, daß die Ungleichheit keine Unordnung ist, und da Gott selbst sie überall einrichtete, halten wir uns berechtigt, zu schließen, daß sie entweder ein großes Gut oder eine Nothwendigkeit sei. — Auf diese Weise wenden sich alle Schlußfolgerungen der Demokraten in dieser Sache gegen sie mit Ausnahme des Punktes, den wir jetzt zu beurtheilen haben: die Gleichheit vor dem Gesetz. — Wir haben gesagt und es ist unbestreitbar, daß alle Menschen vor den göttlichen Gerechtigkeit gleich sind. Es ist es nicht erlaubt daraus zu schließen, daß auch alle vor den menschlichen Gesetzen durchaus gleich sein müssen? Man bemerke wohl, daß die Frage, so gestellt, durchaus verneinet ist, und wir bestehen und zu sagen, daß in dieser bestehenden Weise Punkte der Verabredung liegen. Es ist menschliches Gesetz ist sicher nichts oder soll doch nichts sein in seiner Anwendung, als eine theilweise Anwendung der göttlichen Gerechtigkeit. Eine der Vollkommenheiten der göttlichen Gerechtigkeit besteht in der Nichtberücksichtigung des Ansehens der Person und in ihrer Anwendung auf die Unterschiede. Eine der wesentlichsten Eigenschaften des menschlichen Gesetzes ist die Unparteilichkeit, und in dieser Rücksicht muß vor ihm Alles vollständig gleich sein. Man muß anerkennen, diese Folgerung läßt keinen Einwurf zu, aber Jeder begreift auch, daß das gleichmäßig auf alle Staatsformen Anwendung findet und daß die Demokratie unrichtig ihren Gustan daraus schließen kann. Doch folgt daraus nicht auch, daß in demselben gesellschaftlichen Verbande die Gesetze dieselben sein müssen für alle Bürger? Das ist, wie man sieht, eine andere Art Gleichheit, gänzlich verschieden von der früheren, und diese ist es, deren Eroberung sich die Demokratie durch Abschaffung der Privilegien rühmt. Doch wenn es wahr ist, daß diese Ordnung der Dinge in der staatlichen Gesellschaft durch den Beginn der ersten französischen Revolution erworben wurde, ist es denn auch wahr, daß sie bis dorthin nicht bestanden hat in der christlichen Gesellschaft? War sie nicht in der Kirche fast schon achtzehn Jahrhunderten ohne irgend eine Unterbrechung in voller Kraft? — Dasselbe Gesetz für Alle und Alle gleich vor dem Gesetz. — Wo hat man denn jemals dieses Prinzip der Gleichheit in der ganzen Einfachheit der Ausführung so beharrlich, so natürlich herrschen sehen, als in der katholischen Kirche? Diese heilige Kirche übersieht nichts, sie erkennt die von ihrem göttlichen Meister bestimmten oder zugelassenen sozialen Ungleichheiten an und läßt bedauld gewisse Unterschiedungen in dem Aeußeren ihres Cultus zu. Aber in ihren Gesetzen, welche bewunderungswürdige Einheit, welche ausgezeichnete Gleichheit! Und wenn man noch zweifelt an dieser unvergleichlichen Gleichheit vor den Gesetzen der Kirche, genügt es nicht, die Gläubigen einer Pfarre, von dem demüthigsten Hirten bis zum reichsten Herrn, von der einfachsten Frau bis zum größten Gelehrten, von dem jüngsten Kinde im Alter der Vernunft bis zum ehrwürdigsten Greise, alle Einen zu sehen an demselben Tische, vor demselben Altare, vor derselben Weise, von Gesetzen, in derselben Stellung, nach derselben Reihe, dasselbe Brod des Lebens, ohne daß das Auge Gottes selbst einen anderen Unterschied entdecken kann, als den der Verdienste jedes Einzelnen? — Doch in der Anwendung dieses Prinzips auf die staatliche Gesellschaft muß man da nicht einige Einschränkung machen? — Wenn es wahr ist, daß die Einheit der Gesetzgebung an sich selbst aus vielen Gründen vorzuziehen sei in der Regierung eines Volkes, ist es dann auch gewiß, daß dieses vor Fall sei unter allen Verhältnissen? Muß man nicht annehmen, daß es Verhältnisse gibt, wo diese Einheit weder besser noch möglich sein würde? Finden sich nicht in derselben Nation oft verwaltige getrennte und verschiedene Verbindungen, daß daß die einen und die anderen eigenthümliche Gesetze erfordern? Ohne unsere Beispiele weiter zu holen: haben wir nicht seit vielen Jahren der neuesten Zeit Algier, eine Provinz Frankreichs, gesehen und sehen wir nicht noch die anderen Colonien einer ganz anderen Gesetzgebung unterworfen, als das eigentliche Frankreich? — Es gibt nichts absolut Bindendes in diesem Prinzip, so gut es auch an sich sein mag, sonst müßte man so weit gehen, zu behaupten, daß Alles nach der vor von Gott gelegten Ordnung für alle Völker dasselbe sein, und welche Thorheit wäre das! — Die Gesetze sollen vor Allem den Sitten angepaßt sein; wenn unter derselben Regierung sich entgegenstehende Sitten befinden, so ist es oft nothwendig, verschiedene Gesetze zu haben. — In der Anwendung derselben Gesetzes darf es keine Bevorzugung der Person geben, das ist die einzige Gleichheit, die das Gesetz Gottes auf das Entschiedenste fordert. — Zwei sehr verschiedene Mittel können angewendet werden, um die sozialen Abstände auszugleichen. Das eine bewirkt den Aufstand der unteren Klassen und führt den

Umfang herbei; das andere stößt den hochgestellten Klassen die Herabdämpfung der christlichen Liebe ein und verbreitet die wahre Civilisation. Das erste erweckt den Hochmuth, den Neid und den Haß; das zweite geht aus dem Christlichen Prinzip hervor, welches alle Menschen wie Brüder lieben lehrt. Dass eine sucht das Bestehende umzustürzen, ohne sich darum zu kümmern, was später daraus folgen kann; das andere will nicht vernichten, aber es will mit der Zeit Alles verbessern. — Welches dieser beiden Mittel gebraucht die moderne Demokratie, ist es nicht fast immer und ausschließlich das erstere? — Ich spreche von dem Geist der Demokratie im Allgemeinen, wie er besteht und ergenzt wird in unseren Tagen, wie er spricht in den ihm ergebensten Blättern, wie er sich benimmt in den Clubbs, wie er handelt in seinen gehemmen Gesellschaften und wie er sich radikal bemüht, in die Masse des Volkes einzudringen. Ich sage, daß dieser Geist fast ausschließlich hervorgeht, genährt wird, überreizt wird durch Stolz, durch einen Stolz, der jedes Höherstehende verachtet. Ich sage, daß im Allgemeinen Diejenigen, die von dem Geiste beherrscht sind, die Absicht haben, alle socialen Ungleichheiten fortzuschaffen, nicht aus Interesse für die Niedere sondern darum, worum sie sich wenig kümmern, sondern für sich selbst, weil sie nicht gleich, aber höher als die Anderen werden wollen, höher als die, welche sie jetzt über sich sehen. Ich sage, sind sie dort angelangt, wohin sie trachten, so werden sie die größten Feinde der legitimsten, der unveräußerlichsten Gleichheit sein, der Gleichheit, wie sie das Evangelium fordert, welches will, daß man in jedem Menschen, selbst in dem niedrigsten, seines Gleichen, seinen Bruder erblicke. Wir erklären, daß das der Geist ist, den wir erkannt und sehr klar unterschieden haben in den modernen Demokraten, und wenn man zu behaupten wagt, daß das der Geist des Evangeliums sei, so sage ich, man lästert Gott. — Wir sehen also, daß wir durchaus nicht gegen die Gesetze Gottes aufstehen, wenn wir nicht glauben, die demokratische Auffassung der Gleichheit annehmen zu müssen; wir glauben im Gegentheil, daß man viel größere Gefahr läuft, sich zu verirrungen, indem man sich mit den Tendenzen der Zerstörung verbindet, die nichts hervorbringen als Ruinen, und die weder in dem Evangelium, noch selbst in der Natur begründet sind."

Deutschland.

München, 3. Sept. Ihre Maj. die Königin Marie hat als Oberstinhaberin des 3. Artillerie-Regiments demselben eine durch Mechanikus Ertel äußerst schön im verjüngten Maßstab gefertigte Kanone, zum Schulgebrauch, als Gegenstand übereichen lassen. Der gestern zur Inspektion durch den General v. Weishaupt ausgerückten Mannschaft wurde dieses Geschenk und sodann das sinnreiche Gestell der hohen Gönnerin im Bibliothekzimmer des Regiments aufgestellt.

(A. Ab.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Von der Avantgarde, 30. August. Das Dorf Breckendorf spielt bei den häufigen Vorpostengefechten, die der tapfere und unermüdliche Oberst v. Gerhardt, der Befehlshaber der Avantgarde, unterhält, eine bedeutende Rolle. Vor 8 Tagen zogte u. A. eine Abtheilung des 2. Bataillons des Morgens früh eine 40 Mann starke dänische Infanterie-Patrouille, nachdem sie den Dänen 3 Mann getödtet und 1 verwundet hatte, im Trabe zum Dorfe hinaus. Am 28. Morgens war unter Major Abdoffer eine Abtheilung des 2. Bataillons und des 3. Jägercorps nebst einer Escadron des 2. Regiments auf zwei verschiedenen Wegen nach Druxdewolf gegangen, um „Hannemann" (wie unsere Leute die Dänen nennen) guten Morgen zu sagen. Wir trafen im Dorfe 40 dänische Infanteristen und 1 Zug Dragoner. Bei den ersten Kugeln rissen die Dänen aus. Am Tage nach dieser Affaire, deren Resultat darin bestand, daß wir einen verwundeten Dänen mitbrachten, der und wunderbare Dinge erzählte, machte eine Abtheilung des 2. Jägercorps eine Patrouille, um eine dänische Kavallerie-Feldwache zu besuchen. Die Jäger trafen die Feldwache, die sie im Rücken umgangen hatten, zu Pferde sitzend — (also sie wagen nicht abzusteigen!) und gaben auf 8 Schritte Feuer. Die Dänen jagten davon über eine Barrikade hinweg und ließen ein Pferd zurück, welches, ein scheues Pferd, zwei Reiter, einen Cavalirer und zwei Pistolen im Stiche.

(C. N.)

Aus dem nördlichen Holstein, 31. August. Gestern wurden im Kiel 3 dänische Spione eingebracht. Die erwähnten 60 Damen aus Dusum sind bereits in Kopenhagen angelangt und können also nächstens in Holstein erwartet werden.

(C. N.)

Von der Niederelbe, 31. August. Die Vorpostengefechte mehren sich. Der heutige Abendzug brachte wiederum die Nachricht, daß ein solches heute vorgefallen sein soll, und zwar bei Hohenhaupt. Wir es scheint muß man in Rendsburg der Meinung gewesen sein, daß die Dänen in Masse angreifen würden, denn Rendsburg wurde allarmirt, der Generalstab und alles Militär rückte aus und selbst die Munitionskolonne setzte sich sofort in Bewegung und die Bürger versahen bereits den Wachtdienst auf den Wällen. Es geschah bis gegen 10½ Uhr. Aber Nachmittags kurz vor Abgang des Bahnzuges, rückte der Generalstab wieder ein.

(C. N.)

Karlsruhe 2. Sept. In der heutigen Kammersitzung verlas der Präsident folgende zwei Fragen des Abg. Kaiser, Lasser, Helag und Genossen:

1) Hält es die hohe Regierung nicht für zweckmäßig, eine weitere Verlängerung des Kriegszustandes nicht mehr eintreten zu lassen? 2) Hält die hohe Regierung nicht für zweckmäßig, wenigstens nur für einzelne Theile des Landes den Kriegszustand sofort aufzuheben und sogleich den Interpellanten auf, dieselbe näher zu begründen. Der Abg. Kaiser versuchte eine solche Begründung, worauf der Staatsrath Frhr. v. Marschall seitens der Regierung folgende Erklärung gab: Ich bin bereit, die von dem Herrn Abg. Kaiser gestellten Fragen kurz und einfach zu beantworten. Die erste Frage ist: Ob zweckmäßig, daß der Zeitpunkt für die Aufhebung des Kriegszustandes dermalen noch nicht gekommen sei. Die unglücklichsten Ereignisse, die ein Land treffen können, haben uns in den Kriegszustand gebracht, und wenn auch niemand leugnen wird, daß er in manchen Beziehungen ein Uebel ist, so schon in der Idee ein Uebel ist, so werden wir doch auch alle anerkennen müssen, daß er uns von viel größeren Uebeln befreit hat. Leider sind nun bei der fortdauernden Zerrissenheit der öffentlichen Zustände in ganz Deutschland die Zustände im Großherzogthum noch nicht in derjenige Lage gekommen, die man als eine normale bezeichnen könnte, und gestatten würde, die durch die Macht der Ereignisse nöthig gewordene Ausnahmsmaßregeln jetzt schon vollständig zu beseitigen. Wann dieser Zeitpunkt eintreten wird, kann die Regierung nicht bestimmt voraussagen. Nur das kann sie sagen, daß sie gewiß ebenso sehr als irgend jemand dieser Zeitpunkt herbeiwünscht und den Ausnahmszustand keinen Augenblick länger wird bestehen lassen, als das Wohl des Landes wirklich verlangt. Auch die zweite Frage des Hrn. Abg. ob es nicht zweckmäßig wäre, den Kriegszustand wenigstens nur für einzelne Landestheile noch beizubehalten, muß ich mit Nein beantworten. Die Einrichtungen und Maßregeln, die der Kriegszustand mit sich bringt, stehen unter sich im Zusammenhang, haben eine gewisse allgemeine Wirkung und lassen sich nicht nach bestimmt gezogenen Grenzen hinausgehen. Aber was die Hauptsache ist, eine solche ungleiche Behandlung einzelner Bezirke würde offenbar von den nachtheiligsten Folgen sein. Sie würde zu Mißstimmungen und zu gegenseitiger Eifersucht und Erbitterung führen, während wir im Gegentheil, was man nicht oft genug wiederholen kann, alle Kräfte dahin vereinigen müssen, um zu beruhigen, auszugleichen und zu versöhnen. Wenn aber auch der Kriegszustand nicht auf einzelne Landestheile beschränkt werden kann, so wird doch etwas anderes geschehen können, was erwünschter und weit zweckmäßiger sein wird. Man wird nämlich einzelne Attribute und Folgen des Kriegszustands es heißt ganz bestimmt, speziell aufheben können. Man kommt aber nicht mit einem Sprung in den normalen Zustand zurück, aber auf angemessenere und sichrerere Weise. Uebrigens wird sich sin die Kammer eine Gelegenheit ergeben, alle Fragen, die mit dem Kriegszustand im Zusammenhange stehen, einer reiflichen Prüfung und Berathung zu unterziehen, weil das Gesetz über den Kriegszustand auf diesen Landtag der Erneuerung bedarf. Die Frage über den Inhalt dieses Gesetzes ist zwar eine von der vorliegenden ganz verschiedene, aber demungeachtet werden sich aus den Verhandlungen über denselben die Berathungen über die alsbald erfolgende Anwendung des Gesetzes nicht ausschließen lassen. Eben darum durfte es aber auch zweckmäßig sein, jetzt nicht in ein näheres Detail einzugehen, sondern jenen Verhandlungen das Weitere zu überlassen. Dies ist meine einfache Antwort auf die beiden aufgeworfenen Fragen.

Karlsruhe, 4. Sept. Die Mitglieder der ausgelosten Ständeversammlung sind größtentheils abgereist, nachdem sie wie die „N. Heff. Z." meldet, für die zu erwartende Katastrophe ernste Maßregeln getroffen. — Sämmtliche Beurlaubte sind auf übermorgen einberufen. — Heute Morgen war der ständische Ausschuß versammelt. Das Ministerium hat ihn nämlich berufen, daß die Behandlung der Staatsverfassungsfrage der gestern aufgelösten Ständeversammlung die Staatsregierung auf eine Vorschrift der Verfassungs-Urkunde, wonach eine „Zuziehung" des bleibenden landständischen Ausschusses in gewissen Fällen stattfinden solle, hinweise — und daß demnach zum Zwecke der Berathung des §. 9. der Verfassungsurkunde das Gesammtstaatsministerium nach einem von demselben gestern gefaßten Beschlusse, heute Vormittag 11 Uhr im Versammlungslokale des Gesammtstaatsministeriums zusammentreten werde. Indem „die Zuziehung des bleibenden landständischen Ausschusses" angekündigt werde, erübrige nur, denselben zur Wahrung seiner Rechte zu der heutigen Sitzung einzuladen". — Der Ausschuß hat sich indessen, wie wir hören, nicht veranlaßt gesehen, dem an ihn gerichteten Begehren ohne Weiteres zu entsprechen. Er hat in der „allgemeinen Fassung" des Schreibens kurfürstlichen Ministeriums des Innern kein gesetzliches Mittel der Vereinigung finden können, seine Mitwirkung auf den Grund des §. 95 der Verfassungsurkunde eintreten zu lassen. — Jedoch ist dabei anheimgegeben worden, diejenigen Maßregeln und Anordnungen speciell mitzutheilen, welche das Ministerium auf den Grund jenes Paragraphen zu erlassen beabsichtigt. Der Ausschuß will jenen seine Zuständigkeit prüfen und demnächst weitere Erklärung abgeben.

Wien, 27. August. Unter diesem Datum ist uns ein amtliches gedrucktes Verzeichniß der unter der insurrectionellen Regierung Ungarns durch Martial- und Statorial-Gerichte hingerichteten oder über die alle Justiz hingerichteten Individuen, begleitet durch die Z. Cirkular-Verordnung zugekommen. Das Verzeichniß wird durch folgende Worte eingeleitet: „Die Kriegsregierung während der ungarischen Revolution werden von den Urheben derselben, die sich zum größten Theile im Auslande befinden, planmäßig verfälscht und der wahre Hergang dieser grauenvollen Periode von ihnen absichtlich so unwahr dargestellt, daß es Pflicht der Regierung ist, dieser historischen Falschmünzerei bei jeder Gelegenheit durch Thatsachen entgegenzutreten. Vorzüglich aber haben es sich die ungarischen, polnischen und deutschen

Flüchtlinge zur Anklage gestellt, der österreichischen Regierung bei Handhabung der Justiz gegen die ungarischen Hochverräther und gegen meuterische, pflichtvergessene Offiziere der Armee eine grausame Strenge zum Vorwurf zu machen, und dagegen die Humanität, mit der die magyarische Gewalthaberschaft gefahrt wurde, preisend hervorzuheben. Es sind aber nun ausführliche, umständliche, gerichtlich bestätigte Verzeichnisse eingegangen über die Personen, welche in der Zeit des Krieges von 1848 und 1849 in fast allen Theilen Ungarns von den Insurgenten oder Befehlshaber der magyarischen Provinzial-Commissäre durch von ihnen eingesetzte Martial- und Standgerichte, sowie durch sonst willkürliche Verfügungen zum Tode verurtheilt und hingerichtet worden. Die Zahl dieser unglücklichen, unter dem magyarischen Terrorismus gefallenen Opfer hat hiernach in Wahrheit eine erschreckende Höhe erreicht. Diese Verzeichnisse nennen alle Personen, welche dieses Schicksal betroffen hat, und ihre Zahl steigt vorläufig bis zu 487 Namen. Die nachfolgende Bekanntmachung dieser Verzeichnisse dürfte demnach die gründlichste Verurtheilung aller in Gemüthsstimmten und jugendlosten Zeitungsartikel sein, welche so zahlreich über diesen Gegenstand erschienen sind." — Wir bedauern, das ganze Verzeichniß nicht abdrucken u. sind auf die nachfolgenden Auszüge beschränken zu müssen: „Militärstrafgericht Großwardein. Johann Dunckiel, 47 Jahre alt, Gemeinde-Vorsteher, Oberhauptrichter zu Donau-Pentele im Tolnaer Comitate. Derselbe wurde, weil er im April 1849 von der k. k. Regierung ein Amt angenommen, von den eindringenden Rebellen gefangen genommen, vor das Szegediner Blutgericht gestellt, und obschon kein belastenden Anzeigen gegen ihn vorlagen, als dasselbe, weil es sich selbst freilich mit Ehrenhaftigkeit gestand, daß er namentlich das obenbezeichnete Amt bekleidet und den Befehlen der österreichischen Regierung gemäß gefahrt habe, am 23. April zum Tode durch Pulver und Blei verurtheilt, und dieses Urtheil noch in 3 Stunden vollstreckt. Der Verurtheilte ging mit der größten Entschlossenheit zur Richtstätte, indem er den Priester, welcher ihm den letzten Trost zu spenden hatte, lateinisch begrüßte und ihn bat, ihm nur einen kurzen Segen zu ertheilen. Nachdem dies geschehen, legte er seine Kleider einigen ab, knirte, ohne ein Wort zu sagen, nieder, worauf ihm, nachdem er auf die ersten drei Schüsse zusammengebrochen, durch zwei nachfolgende der Kopf zerschmettert wurde. — Johann Perisits, 26 Jahre alt, v. St. Mátos im Torontaler Comitat gebürtig. Er hatte verschiedene in den ersten Monaten des Jahres 1849 von der k. k. Regierung, der Letztere ein Geschwornenamt angenommen und im Interesse derselben gewirkt, die Verfassung vom 4. März verkündet, Gottesdienst abhalten lassen, und die Conscription für die k. k. Armee vorgenommen. Ungeachtet seiner Berufung auf die vom Militär-Gerichte verfügte sunfgemachte Amnestie wurde derselbe am 8. Mai durch Pulver und Blei vom Leben zum Tode gebracht. Er wendete Alles an, um sein Leben zu erhalten, aber vergebens. Als er auf den Richtplatz geführt wurde, zeigte er die größte Entschlossenheit. — Pavel Boring, von Wlaspol, wurde wegen Sturmläutens beim Einzuge der Rebellen in das Dorf mittelst Stranges hingerichtet den 25. Oktober 1848. — Simon Grozar, griechisch nicirter Geistlicher von G. Stanez im Arader Comitat, wegen Verfassung einer Proklamation Jarkos vor der Kirche, dann den Buburaja, Richter von Szatura im Arader Comitat, und Wau Stanila, Richter von Modrisch im Arader Comitat, wegen Verbreitung dieser Proklamation, wurden im Herbste 1848 aber Urtheil des Militär-Standrechtes zu Jozsas durch Pulver und Blei hingerichtet. — Militärstrafgericht Ofen-Pesth. Gregor Petra, ein Edelmann aus Gelaj im Borsoder Comitat, wurde wegen der Aufforderung, daß Borsoder Adel auf Verlangen für seinen König in Masse die Waffen zu ergreifen bereit sei, mit dem Strange hingerichtet. — Was das Aufsangen betrifft, so hat dies ein Neu-Ungar-Honved (Zigeuner) um 10 fl. C. M. vollzogen. — Nach der Auflage der Stadt-Vorsteher hing der Leichnam des Gregor Petra 6 Tage lang an dem Galgen. — (Militärdistrikt Ofen-Pesth.) Graf Eugen Zichy, Administrator des Stuhlweißenburger Comitats, wurde am 30. September 1848 in das Lager der Insurgenten bei Fore abgeführt, und daselbst von dem Kriegsgerichte unter Vorsitz des Majors Arthur Görgey zum Tode durch den Strang verurtheilt, welches Urtheil auch noch am selben Abend bei Fackelschein vollzogen wurde. Der edle Graf begab sich mit der größten Unerschrockenheit auf den Richtplatz. Seine letzten Worte waren: „Unter dieser Regierung wird das Vaterland nicht glücklich, Gott gebe, daß ich das letzte Opfer sein möge." — Militärdistrikt Debrecziner. Franz Valentai, über 70 Jahre alt, aber wegen der Treue und Anhänglichkeit, die er bewiesen wurden, in welchem sie ihrem Ortsl, einen Dornherrn trostet, bis die k. k. Truppen das ganze Land bald wieder besetzen werden, wurden am 29. August 1849 von Stuhlweißenburg nach Veszprim geschleppt, und daselbst über Antrag des Guerilla-Anführers Mihalovics standrechtlich aufgeknüpft. Valentai, Graf Lamberg'scher Jäger, zu Weleg im Stuhlweißenburger Comitat, wurde über Befehl des Rebellenanführers Kmethy am 4. Juni 1849 zu Stuhlweißenburg durch Pulver und Blei hingerichtet. — 103—127. 25 (benannte), Landleute wurden nach der Einnahme von Verbaz en Front aufgestellt und arquebusirt. — Vaso Stojarolovich, Jurist und Theolog, wurde, wegen Anhänglichkeit an das Kaiserhaus, im Aug. 1848 in Verbaz aufgehangt. — Alexa Alexicevich, Kaufmann, wurde, wegen Anhänglichkeit an das Kaiserhaus, im Monate Februar 1849 daselbst aufgehangt. — Paul Mravcsh, Vasa Stanislavcsh, Alex Rouvcsh, Jezta Osalinez, Vasa Cremasez, Landsleute, wurden, weil ihre Söhne in der österreichserbischen Armee gegen die Rebellen bei Sz. Tomas gefochten, durch Standrecht zu D'Anaisz verurtheilt, und am 30. Oktober 1848 zu D'Anaisz hingerichtet. — 150—194. 44 (benannte) Landsleute wurden, durch das vom Rebellenführer Perczel eingesetzte Blutgericht zu Szenta am 22. März 1849 standrechtlich erschossen.

Berlin, 2. Sept. Die vorgestrige Sitzung des provisorischen zurückgekommen unter dem Vorsitz des Herrn von Radowitz um nur sechzehn Tage gewesen. Es wurde die erst jetzt erfolgte Austrittsanzeige des Freiherrn von Mesebuch mitgetheilt und dann ein von Dauemark gemachter Vorschlag zur Kenntniß der Mitglieder des Volkszimmers gebracht, nach welchem sämmtliche Regierungen aufgefordert werden, den Frieden vorläufig zu ratifiziren, bis sich demnächst eine einheitliche Regierung für ganz Deutschland eingesetzt sein würde. Zum Schluß ergang sich das Fürsten-Collegium in vertraulichen Mittheilungen, die auf den gegenwärtigen Stand der deutschen Frage Bezug hatten. (L. B.)

Frankreich.

Paris, 31. August. Die Journale sind seit einigen Tagen von allerlei Gerüchten über die Politik angefüllt, die der Präsident der Republik in Zukunft und nach den gemachten Erfahrungen befolgen wird. Es scheint aus aber eine höchst unerdauliche Arbeit, auch nur ein Wort darüber zu verlieren. Lamartine drückt sich in der neuen unter der Presse sich befindenden Nummer seines „Conseiller du peuple" über diese Gerüchte, besonders über die Mißlichkeiten, verantwortlich sicher sich k. Napoleon des Kaiserthums zu bemächtigen suchen soll, folgendermaßen aus: „Ich glaube nicht daran, und zwar aus drei Gründen. Erstens glaube ich die französische Nation nicht tief genug von ihren intellectuellen Rang herabgesunken, um sich vor einem Lager von Prätorianern ohne Ruhme und Glanz in den Staub zu werfen und sich in eine Knechtschaft zu begeben, die nicht einmal die Verdienerung durch den Ruhm zur Entschuldigung haben würde. Der zweite ist, daß ich die Armee aus Bürgern und nicht aus Söldlingen bestehend glaube, und daß ihr Benehmen, das seit Februar zugleich patriotisch, republikanisch und gemäßigt gegen alle Fraktionen war, Niemanden das Recht gibt, sie im Voraus durch die Unterstellung zu entehren, daß sie das Schwert, das Frankreich ihr in die Hand gegeben hat, gegen die Institutionen Frankreichs kehren würde. Der dritte endlich ist, daß ich in dem Präsidenten der Republik einen gesahrlichen Namen, aber einen rechtschaffenen Mann erblicke, und daß ich nicht nur ihn, sondern die menschliche Natur zu beleidigen glauben würde, wenn ich annähme, daß ein rechtschaffener Mann, ein Mann von so schönen Namen die Rolle eines Verräthers der Rolle eines Bewahrers der Freiheit seines Vaterlandes vorziehen und die Geschichte eines Tages sagen lassen könnte: „Der erste Beamte, dem das Volk seine Institutionen anvertraute, war der erste Verräther an der Republik und seinem Eide!" Napoleon! Die Freiheit hat keinen rechtschaffenen Mann auf dem Boden der Revolution finden können! Die Ehre ist ein Wort, die menschliche Natur verdorben, Frankreich verfault!"

— Nein, ich werde niemals an ein solches Verunterkommen meines Vaterlandes glauben, und wenn ich für meine Unglaubigkeit gestraft werden soll, so werde ich auf meine Unglaubigkeit stolz sein. Sie wird der Eigenstun der Achtung vor dem Menschengeschlecht gewesen sein." — Man sieht, Lamartine ist noch immer derselbe: die sentimentale Reflexion aufs Ja feine Alles, was er sagt. — Das „Journal des Débats" bringt ein Manifest über die Stellung der orleanistischen Partei gegen die Republik, in welchem es u. A. heißt: Die orleanistische Partei conspirirt gegenwärtig gerade so, wie sie im Jahre 1848 conspirirte. Sie conspirirt am selben Tage gegen die Anarchie und den Sozialismus; sie arbeitet für die Wiederherstellung der Ordnung und die Vertheidigung der Civilisation gegen die verderblichen Lehren, welche die Februarrevolution in unser unglückliches Land gesäet hat. Dies ist die Wahrheit und sie ganze Wahrheit. — Von einer Verschwörung zwischen den Orleanisten und den Legitimisten, die fremde Correspondenten so schnell und so leicht durch Hrn. v. Savoandy in Wiesbaden abschließen lassen, meint man hier nicht mehr. Nach der „Gazette de France" ist es die Politik des Landtags, die in Wiesbaden den Sieg errungen hat. „Die legitimistische Partei," heißt es u. A, „hat nun ihre eigene Existenz, das Interesse ihrer Grundsätze wird sie einzig und allein leiten." Der „Union" zufolge sind die vom Grafen von Chambord ausgesprochenen Prinzipien die einer wirken und gemäßigten Politik, welche zu vertreten, einzig ihre Personen berufen sind. — Mehrere der heutigen Journale enthalten bereits die Reiseroute des Präsidenten der Republik nach Eherbourg.

— Am Bastillonplatze rettete gestern ein Hund einen Knaben aus dem Kanale. Es ist dies das siebente Mitglied seiner Familie, welches man dem Ertrinken Tode verdankt. Während der Ueberschwemmung durch die Loire im Jahre 1845 rettete das Thier zwei Menschen hinter einander. Der Municipalrath von Orleans bolirte ihm damals ein Halsband, welches eine silberne Platte mit den eingravirten Namen der Geretteten trägt.

Schweiz.

Chur, 2. September. Zu Felsberg ist in der Nacht auf heute um halb zwei Uhr ein bedeutender Feuersturz erfolgt. Schon zu Anfang des Sommers bemerkte man ein verwehtes Wirchen des sogenannten „Daafen", das in der Mitte des Monats Juni bis auf 19 Linien in einer Woche stieg. Hierauf trat wieder beinahe Stillstand ein, bis in den letzten drei Wochen plötzlich die Gefahr des Sturzes sich vergrößerte. In der letztvergangenen Woche erweiterte sich der Riß um ungefähr drei Fuß, und fortwährend lösten sich kleinere Massen aus stelen in die Tiefe, so daß man den Sturz dieser Felsenmassen mit Gewißheit erwartete. Wer oben war, vernahm öfters einen unterirdischen Donner, der unheimlich und gefahrdrohend rollte und grollte. Am 31. August

Vormittags, letzte die „Kage“, die schon längst sprungfertig war, in das Thal, mit lautem Tiegergebrüll, und einzelnde Staubwolke umhüllte die Felsen. Die Kage war aber nur ein kleiner Theil der beiden drohenden Felskoppe „Daar“ und „Daub“. Von diesem Augenblick an war man jeden Augenblick auf deren Sturz gefaßt, und es verging keine Viertelstunde, da nicht einzelne Vorläufer herunterfielen und Staubwolken aufwarfen. In der Nacht vom 1. auf den 2. Sept. erfolgten immer größere Ablösungen, bis dann um halb 2 Uhr ein donnerähnliches Krachen den Sturz verkündigte. Fast die ganze Bevölkerung des Dorfes befand sich außerhalb desselben theils in Neufelsberg, theils oberhalb des Dorfes in Hütten, theils unter freiem Himmel die Katastrophe abwartend. Plötzlich sieht man in der ziemlich hellen Nacht aus einer dichten Staubwolke eine Menge Felsblöcke hervorfliegen und in großen Sätzen den Berg herunter in das Dorf fallen. Der Boden erbebt, und ein dumpfes Krachen läßt glauben, das ganze Dorf liege in Trümmern. Aber nein, wie man hinsieht, da erblickt man einen großen Wall von Felsblöcken hinter dem Dorfe aufgethurmt, etwa 20 von der Größe eines kleinen Hauses, und unzählige kleinere. Der größere Theil der zerspliterten Kalkfelsmasse war aber oben zunächst unter dem drohenden Felsen und weiter herab am Bergabhange liegen geblieben. Von dem Walde, der auf diesen Felsen gestanden, sindet man keine Spur, die Lärchen sind nen zermalmt unter den Steinen zu liegen. Mehrere größere Felsblöcke sind ganz, andere theilweise zerspalten. Einer stieß an einen seit alten Zeiten hinter dem Dorfe liegenden Felsen, und erschütterte denselben so, daß vorne von ihm ein Stück ab- und verfiel, und in den Boden hineinfiel, wie wenn es hineingepflastert wäre. Das war ein starkes Nießen, und der Widerhall in den Bergen donnerte ein „Heil dir Gott“ dazu. Noch die ganze Nacht und den ganzen folgenden Tag hindurch rieselte es stets vom Berg herunter, und mitunter erfolgte noch ein bedeutender Gerölle von nachfallendem Gestein. Der größte Felsblock ist unter dem Leonhardskopf liegen geblieben. Ein großer Stein, der früher heruntergerollt war, ist von einem geöffnen auf ihn gefallenen zermalmt. Einer von der Größe eines Stalles ist sodann in einen Kartoffelacker gefurzen und hat drei eine 10 bis 12 Schuh tiefe Rinne ausgerissen, hat dann noch einen Satz genommen und ist dann liegen geblieben. Das Dorf selbst hat gar keinen Schaden genommen. Ein einziger kleiner Stein setzte über die erste Häuserreihe weg ohne zu schaden. Im Dorf waren, wie gesagt, nur sehr wenige Leute, in einem Hause eine alte, kranke Frau mit zwei Tochtern, die bei ihr wachten. Die schwache, schwerhörige Frau glaubte, als ihr Haus so sehr erschüttert wurde, es sei Jemand unter ihrem Bette der rasselnde bewege. Ein Mann, der gerade durch die Gasse ging, konnte sich mit Mühe aufrecht erhalten, so bebte die Erde unter seinen Füßen. Der Donner beim Sturz weckte viele Leute in Ems und Chur aus dem Schlafe. Merkwürdig ist, daß der Sturz gerade zur nämlichen halben Stunde, in der nämlichen Nacht des siebenten Sonntags im Monat stattfand, wie der frühere bedeutende Sturz im Jahr 1843. Diese heruntergestürzten Felsmassen machten aber nur einen kleinen Theil des drohenden Bergs aus; der „Ludwigskopf“ und die sogenannte „Hauptmasse“ stehen und drohen noch. Dort wo die Eisenstange zwischen der Hauptmasse und dem festen Gebirge angebracht ist, ist das Gebirg, das diese Spalte auffüllt in letzter Zeit merklich in die Tiefe gesunken, doch hat sich aber sonst an der Eisenstange, an der man das Weichen mißt, keine bedeutende Veränderung bemerklich gemacht. Möglich, daß diese Massen noch längere Zeit stehen bleiben. Indeß kann die Sache sich auch bald zum Schlimmen wenden. (A. Z.)

Schwurgerichtsverhandlungen.

+ Würzburg, 4. Sept. Eine besondere lehrhafte Theilnahme des hiesigen Publikums wurde der letzten Schwurgerichtssitzung zu Theil, weil sie einen bedeutenden Diebstahl in hiesiger Stadt betraf. Katharina Grundner vom Kahler Glaswerke war seit Jahren hier in Dienst und genoß früher einen guten Leumund; sie diente vom Jahre 1842 bis 45 bei dem Wirthe Heinlein, welcher in den letzten 4 Jahren immer Geldverlust bemerkte ohne den Dieb ermitteln zu können; auch war die Größe des abgekommenen Geldes nicht so leicht zu ersehen, da der Mann mit seinem bedeutenden Geschäfte immer viel Geld liegen hatte. (Nach Aussage seiner Hausknechte gingen ihm das Jahr 22,000 fl. durch die Hand.) Als die Grundner später entlassen wurde, kam sie noch öfters in das bewußte Haus, suchte unter verschiedenen Vorwänden die Dienstboten auszuspüchten um allein zu sein, heute sie genoß das Vertrauen ihrer Herrschaft sehr. Hier wurde abermal Geld entwendet, was wurde aufmerksam, zeichnete das Geld, schöpfte Verdacht auf Grundner, und fand bei einer Aufsuchung bei ihr nebst der Summe von 2—3000 fl. den Hauptschlüssel zum Zimmer wo das Geld aufbewahrt war. Sie wollte anfangs Alles in der Lotterie gewonnen haben, und wirklich hatte sie nebenmal gewonnen; allein ihre starke Einlage, die sie öfters gemacht, waren größer als ihre Gewinnste. Heinlein gab an, daß ihm 5—6000 fl. entwendet sein könnten; nur konne er es nicht so bestimmt angeben. Sie gestand am 2200 fl. Die Geschworenen erkannten sie schuldig des qualifizirten Diebstahls mit erschwerenden Umständen, worauf die Staatsanwaltschaft 9 Jahre Zuchthaus, Verurtheilung in die Kosten, Ersetzung der 2200 fl. verhängte, was auch der Schwurgerichtshof nach langer Berathung bestätigte. Präsident: App.-Ger.-Rath Schatzmann; Staatsanwalt: Kreisrath Lövenheim; Vertheidiger: Rechtspraktikant Krimm.

Neuestes.

* Würzburg, 4. Sept. Heute Vormittag überreichte Se. königl. Hoheit, Prinz Luitpold dem Obersten des 9. Inf.-Reg. v. Becker, den Ludwigsorden wegen seiner 50jährigen treugeleisteten Dienste. Zur Verherrlichung dieses Festes war das obengenannte Regiment auf dem Hofplatze aufgestellt, vor dessen Fronte die erwähnte Ordensverleihung statt fand.

, Würzburg, 5. Sept. Se. königl. Hoheit Prinz Luitpold verweilen noch in unserer Stadt und werden noch diese Woche verlassen, wenn König Otto von Griechenland, dessen Ankunft wir in dieser Woche noch entgegensehen, hier eingetroffen sein wird; die beiden königl. Brüder werden sich dann an das Hoflager nach Aschaffenburg begeben.

München, 3. Sept. Auf den durch den Tod Dr. Canstatts bei der Hochschule Erlangen erledigten Lehrstuhl der medizinischen Klinik wurde der supplirende Professor der pathologischen Anatomie in Prag Dr. Dittrich berufen.

T. D. Kiel, 3. Sept. Die schleswig-holsteinische Landesversammlung ist für den 9. d. M. einberufen worden. (Fr. D.-Z.)

Ein Correspondent aus München schreibt der N. Pr. Zeitg.: Lesen Sie vielleicht bei Gelegenheit manchmal die „Augsburger Allgemeine?“ Wenn Sie's aber sich gewinnen, wie gefällt Ihnen die Haltung? Wir kommt die papierne Bedauung vor, wie eine recht angestrichene Synagoge. Es mauschelt gewaltig darin. — Um der guten „Allgemeinen“ aber nicht mit ederem Vergleich eine Freude zu machen, wollen wir gestehen, daß sie uns in ihrer Theilnahme für die schleswig-holsteinische Sache an den Lowen gemahnt, von dem man sagt, daß er sich mit dem eigenen Schwanz in die Rippen peitsche, um sich in Wuth zu versetzen. Die „Allgemeine Lowin“ peitscht sich jetzt seit Wochen, — sie wuthet. — Dabei aber, sällt's uns ein, daß es in Augsburg und dem angrenzenden Deutschland eigentlich keine eigentlichen Lowen giebt. Irgendwo hat sie von einem Pelzhandler ein Fell angeschafft. Unter selbanem Fell darf bekanntgen ja aber kein Lowe stecken. —

London, 30. August. Auf Befehl des Generalpostmeisters ist der frühere Sonntagspostdienst vom 1. September an wieder in Kraft. Dieser muß um 10 Uhr Morgens aber geschlossen sein. Briefe und Zeitungen konnen nur bis 10 Uhr Morgens abgegeben und empfangen werden.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Bekanntmachungen.

In der Verlassenschaftssache des quiesz. kgl. Revierförsters Kaspar Heid dahier werden die zum Nachlasse gehörigen Mobilien und Geräthschaften, bestehend in Uhren, Gold-, Silber- und Schreinerwaaren, Betungen, weissem Zeuge ꝛc. am Montag den 9. September 1850 Nachmittags 2 Uhr und an den darauffolgenden Nachmittagen im Sterbhause D. I. N. 226 (sog. Buchlerei) öffentlich versteigert, wozu Liebhaber einladet das Testamentariat.

Wer irgend eine Forderung an die Verlassenschaft des am 23. August 1850 zu Würzburg verstorbenen quiesz. kgl. Revierförsters Hrn. Kaspar Heid von Kloster Bildhausen, k. Landgerichts Münnerstadt, zu machen hat, wird hiermit aufgefordert, solche

Montag den 16. September l. Js.
Nachmittags 2 Uhr
im Sterbhause dahier D. I. N. 226 um so gewisser anzumelden und nachzuweisen, als außerdem bei Auseinandersetzung der Verlassenschaft auf resp. deren Ausantwortung an die eingesetzten Haupterben und Legatare keine Rücksicht auf dieselben mehr genommen wird.

Zugleich wird Jedermann, der etwas von dem Verlebten in Händen hat, oder an dessen Hinterlassenschaft schuldet, aufgefordert, solches bis zu obigem Termine an das eingelegte Testamentariat D. IV. N. 31 abzuliefern und resp. zu berichtigen.

Würzburg, den 3. September 1850.
Das Testamentariat.

Sämmtliche Firmpathen des verlebten k. Revierförsters Kaspar Heid von Bildhausen k. Landgerichts Münnerstadt, werden hiermit aufgefordert, sich als solche binnen vier Wochen durch pfarramtliche Zeugnisse bei dem unterfertigten Testamentariate D. IV. N. 31 auszuweisen, um die ihnen bestimmte Legate erheben zu können.

Würzburg, den 3. September 1850.
Das Testamentariat.

Fremden-Anzeige.

Den 4. September 1850.

Adler: Mayrhofer, Rent. v. England. **Kfrr:** Meissner a. Frankf. Kaufm. Kaseth a. Kaufbr. Mainz v. Nachen.

Kronprinz: Oppenheimer, Oberpretarator v. Nachen. Bruhe, Student v. Rem. Pentl, Rentbeamter a. d. Pfalz. Baron Pilgram, k. k. österreichischer Staatsrath m. Gefolge v. Wien.

Rust. Hof: Graf Gaisell v. Weltenschwer Thurdur v. Hessel. Frau v. Welling a. Nieder v. Frankfurt. Mad. Antre v. Greiffenheim.

Mitterl. Hof: Hartmann, Gutspächter v. Windebach. **Kfrr.:** Mark v. Schweinfurt. Herget v. Hanau. Wittel v. Reutlingen.

Wurtsmd. Hof: Ofler von Eberhausdorf. Drore Bojetzerschen von Frankenthal. Schonbed, Regierungsdemissär von hier. Dr. Pingler. Arzt von Königstein. Habersad, Kreisrath v. Bamberg. **Kfrr.:** v. Segnip v. Schweinfurt. Waldorf v. Dresden.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Zu Schanzhof 2. Distr. Nr. 533.
Frankirungsgebühr: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 214. Würzburg, Freitag den 6. September. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 4. Sept. Se. Maj. der König haben auf die Vorlage der 24. Jahres-Ueberschlag der Rechnungsresultate über den Unterstützungsfond der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten pro 1848—49 durch allerhöchstes Signat vom 26. v. M. zu genehmigen geruht, daß bezüglich auf den Offiziers-Unterstützungsfond die zu unverzinslichen Darlehen verfügte Summe von 19,000 fl. und zu Unterstützungen für Unteroffiziere und Soldaten aus den disponiblen Fonds, inclusive eines besonderen Zuschusses von 800 fl., die Summe von 8520 fl. ausbezahlt werden soll. Die genannten Summen wurden nach Verhältniß auf die verschiedenen Heeresabtheilungen, Branchen und Centralstellen vertheilt.

Fortschritte zur Entwirrung.

Der deutsche Knoten wird immer verwickelter; wir halten dieses nicht für ein übles Zeichen, denn glauben, daß damit der Zeitpunkt seiner allmähligen Auflösung eingetreten ist. Wir wollen uns hierüber näher erklären. — So lange die deutsche Frage als eine Kabinetsfrage zwischen Oesterreich und Preußen verhandelt wurde, war für deren Lösung gar keine Aussicht vorhanden; die Sache hatte den Anschein eines gegenseitigen Markirens um eine gemeinsame Beute. Jetzt aber durch die Einberufung des Bundestages stellt sich die Sache auf einen ganz anderen Fuß. Aus den Protokollen der Bundesplenarversammlung geht hervor, daß mit Ausnahme des dort nicht vertretenen Preußens alle andern deutschen Mächte, die diesen Namen verdienen, zu dem Schritte von Oesterreich ihre Zustimmung ertheilt haben; es ist nicht mehr Oesterreich oder Preußen oder Hannover, welches Preußen gegenübersteht, sondern diese und alle anderen bedeutenderen deutschen Staaten sind es, welche auf der Grundlage des Bundes von 1815 Preußen und der Union gegenüberstehen. Die preußische Note des Ministers v. Schleinitz an den Grafen v. Bernstorff vom 5. August geht deßwegen bereits von einem ganz unrichtigen Standpunkte aus, indem sie das Zusammenberufen des engeren Rathes der Bundesversammlung lediglich als einen von dem österreichischen Kabinet ausgehenden Akt ansieht; diese Zusammenberufung ist nur die Vollziehung eines Verlangens der bedeutendsten deutschen Staaten, und die österreichische Circulardepesche vom 19. v. M. nichts Anderes, als eine Anbahnung des nun von allen gemeinsam gethanen Schrittes. Es liegt auf der Hand, daß eine Protestation, wie sie in der erwähnten Note des preußischen Ministers des Auswärtigen enthalten ist, den großen Theil ihrer Kraft durch diese veränderte Gestaltung der Verhältnisse verloren hat; sie war ein gegen eine vermeinte einseitige Handlung von Oesterreich gerichteter Schritt, von welcher es sich nun herausstellt, daß sie eine gemeinsame Handlung Oesterreichs, der vier Königreiche und anderer, wegen ihrer politischen Stellung und ihres Umfanges bedeutenden deutschen Staaten war. — Es ist diese Veränderung der Sachlage ein großer Schritt zur Lösung des deutschen Verfassungsknotens; wenn man will, und wie es auch der preußische Minister sagt, eine Verwickelung mehr, die aber zur Entwirrung und nicht zur unentlösbaren Verwickelung der deutschen Verfassungsangelegenheiten führen wird. — Die zwei andern neuen Verwickelungen, der Streit über Verwaltung des Bundeseigenthums und über die Verlegung der badischen Truppen nach Preußen, drangen ebenfalls die Sache zur Entscheidung. Der erstere ist zwar für einstweilen beigelegt, er ist aber so innuirlebar mit der Hauptfrage verbunden, daß er sich von ihr gar nicht trennen läßt. So wie der engere Rath zusammentritt, mit einem neuen Bundesentwurfe sich befaßt, und ihn den verbündeten Staaten zur Annahme vorlegt, muß auch die Frage wieder zur Hand genommen werden, wer das Bundeseigenthum zu verwalten habe. Dann sowie die in Frankfurt zusammentretenden Staaten als der wirkliche auf den Bundesvertrag von 1815 sich fußende deutsche Bund handeln, sind sie gezwungen, die Verwaltung des Bundeseigenthums ausschließlich für sich zu reklamiren. Nichts werden aber diese Staaten sorgfältiger zu vermeiden haben, als eine Handlungsweise, welche, sei es auch nur den bloßen Verdacht zu erregen geeignet wäre, daß sie eine Verbindung außer dem Bunde von 1815 seien. Die Aufstellung einer Behörde, welche weder eine Bundes-, noch eine von einem einzelnen Staate delegirte Behörde ist, eines Kaiserlichen Zwitterdings ohne Leben und Lebenskraft, kann und wird es nicht hindern, daß in allernächster Zukunft dieser Streit wieder austauscht. — Durch ihn aber werden die Streitenden gezwungen, eine ganz entschiedene Stellung einzunehmen, sowie alle Staaten und Regierungen durch die neue Wendung der Sache genöthigt werden, auf der einen oder andern Seite sich anzuwerben. — Diese nette Auflösungsfrage, diese klare Fragestellung ist offenbar weder ein Fortschritt; sie schnürt zwar scheinbar den Knoten, bringt ihn aber sicher seiner Auflösung näher. — Der Streit wegen des Durchzuges der badischen Truppen greift ebenfalls weiter über den Mainzer Festungsreglementsinhalt hinaus; er hängt mit der Frage unmittelbar zusammen, ob die Bundes-Militärorganisation in ihren wesentlichsten Theilen noch in Kraft bestehe, oder aber nicht. Mit dem Zusammentritt in Frankfurt muß auch diese Frage entschieden werden; es ist als ziemlich gewiß anzunehmen, daß dieselbe nur im bejahenden Sinne entschieden werden wird, weil das dirigirende Prinzip der Versammlung kein anderes, als eine vollständige Negation der Revolution und ihrer Resultate sein kann. Ohne sich vollständig der Revolution in die Arme zu werfen, kann gegenüber der Bundesversammlung Preußen mit seiner Union sich nicht halten; es kann die Sprache dieser Versammlung gegenüber nicht führen, welche es gegen Oesterreich geführt hat; es wird durch die Veränderung der Sachlage gezwungen, entweder weiter zu gehen, als es bisher ging, und sich mit seiner Union als eine Macht einer anderen, die sich deutscher Bund nennt, entgegenzustellen, oder dann von der Bahn, die es eingeschlagen hat, zurückzukehren. Das Letztere ist das Wahrscheinlichere. Wolle der Himmel, daß unsere Wünsche deßfalls nicht getäuscht werden. (D. B.)

Deutschland.

Landau, 3. Sept. Von dem Hrn. General Frhrn. v. Zetze in Nauheim erhielt die „Pf. Z." folgende Zuschrift: „Mit dem größten Befremden habe ich in Nro. 129 der „Pf. Z." die Ihnen von München vom 25. August zugekommene Nachricht gelesen, laut welcher ich gesonnen wäre, in schleswig-holsteinische Militärdienste zu treten. Diese Mittheilung ist nichts anders, als eine Mystifikation und — wenn seine anderweitige Absicht zu Grunde liegt — die Erfindung eines müßigen Kopfes. Ich bin weder Jugendfreund des Generals v. Willisen, noch kenne ich ihn überhaupt persönlich und bin nie mit demselben in Correspondenz getreten.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Aus dem Schleswig'schen. Die H. B.-H. theilt nach den Angaben eines Augenzeugen aus Flensburg, der dort den 25. v. M. abreiste, u. A. Folgendes mit: Die während der Schlacht der Infant eingezogenen Stocker Bauern sind, bis auf einzelne, über Flensburg in ihre Heimath zurückgekehrt. Mit der Einziehung dieser schwer gepreßten Leute verhält es sich wie folgt: Sie waren sämmtlich oder nur zum Theil in einem Backhause beschäftigt oder versteckt; in dieses kam auch ein Trupp schleswig-holsteinischer Soldaten, die aus demselben den ins Dorf reitenden Gen. Schleppegrell erschossen. Selbige Soldaten mußten darauf in aller Hast das Backhaus verlassen, sie ließen darin ein Gewehr zurück; die Bauern sollten nun diejenigen sein, welche mittelst dieser Waffe dem General den Tod gegeben, und wurden kranksperrt.

Kiel, 1. Sept. Baron Heinrich von Arnim (der preußische Märzminister) ist gestern hier eingetroffen; er wurde nach seiner Ankunft von einem leichten Unwohlsein befallen, von welchem er jetzt wohl schon wieder genesen sein wird. Ein Gerücht, nach welchem die Dänen Eckernförde geräumt hätten, scheint sich nicht zu bestätigen; wenn sie sich auch mehr hinter die Schlei zurückziehen mögen, so werden sie Eckernförde, welche überdies durch die Schiffe gedeckt ist, doch immer mit wenigen Mitteln besetzt halten können. (H. B.-H.)

Altona, 2. Sept. Am Anstrache des Obersten v. Gerhardt an die Norddeutschen lautet, wie folgt: Es ist mir der ausgezeichnete ehrenvolle Auftrag geworden, eine von Natur und noch mehr durch Eure Mühe und Kraft sehr starke Position nicht allein sehr hartnäckig zu vertheidigen, sondern auch die auf den Aeußerste zu halten. Die Zahl unserer Streitkräfte beläuft sich jetzt auf mehr denn . . . . . Mann; damit können, wollen und müssen wir die ganze dänische Armee nicht allein aufhalten, sondern selbige so schlagen, daß sie das Niederkommen vergißt. Um jedoch diesen glänzenden Auftrag ausführen, bedarf ich vorzugsweise Eurer angespannten Kraft und Eurer ausdauernden Muthes; beides werdet Ihr ruhmvoll bewähren und so dem Vaterlande und dem commandirenden General zeigen, daß wir werth sind, auf diesem Posten zu stehen. Es lebe Schles-

wig-Holstein! Einer Euch treu ergebener Kriegskamerad und Bundesfeldmarschall. (Sez.) v. Gerhardt.

Rendsburg, 2. Sept. Nachdem wir Gelegenheit gehabt, seit unserem Anfenthalte hierorts die hiesigen Zustände in der Nähe kennen zu lernen, und es uns sogar gestattet worden, einen mehrstündigen Ritt in die Umgegend unserer Kriegsvorpostengebieten zu machen, sind wir in der Ansicht, als gereiche hier zur Förderung unserer vaterländischen Sache entweder nicht genug, oder verfahre man zu saumselig, in mehrfacher Beziehung zurückgekommen. Wir halten es demnach um so mehr für Pflicht, als wir erfahren haben, daß man den Samen des Mißtrauens auszustreuen sucht, allen Zweifelsüchtigen die Zusicherung zu geben, daß auch nicht der allergeringste Grund vorhanden ist, Mißtrauen gegen die Rechtlichkeit, Vaterlandsliebe und Aufopferungsfähigkeit sämmtlicher Männer zu hegen, die das Geschick unserer Vaterlandes in die Hand genommen, um das Recht desselben mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bis aufs Aeußerste zu verfechten. Man verdächtige demnach unsere Sache nicht; wir haben gegen Wühlereien der verschiedensten Art gerung zu kämpfen, man erschwere uns also den Kampf nicht durch Mißtrauen von unten. Man bedenke endlich, daß wir bei aller unserer Begeisterung für unser Recht, unsere Ehre und Freiheit um so bedachtiger zu Werke gehen müssen, als so mannigfache Interessen nicht nur nach innen, sondern auch nach außen auf dem Spiele stehen. Eine voreiligest Schritte, Jagen und Drängen von außen kann uns gefährlich werden, wenn wir demselben früher Folge leisten wollen, als bis der rechte Augenblick, den man in und aus der Ferne nicht so genau zu berechnen im Stande sein dürfte als hier, gekommen sein wird. Es gibt nicht nur ein „zu spät," es gibt auch ein „zu früh". Solle daher auch noch einige Zeit darüber hingehen, ehe etwas Entscheidendes sich bei uns ereignet, so lasse man dessenungeachtet nicht Mißtrauen und Verdachtigungen emporsteigen, nicht schwache man durch die Verbreitung derselben das Interesse für unsere Sache. Dann Unbefonnenheiten und unbesonnener Art sind theilweise Deutschlands Hoffnungen vereitelt worden; dies sei für uns eine ernste Mahnung, unsere Angelegenheiten nicht auch unbesonnenerweise zu überstürzen. So viel an dem Volke und — wir werden dessen trop alles bösen Geredes von Zage zu Tage gewisser — so viel an den Lenkern unserer Sache liegt, wird nichts versäumt und außer Acht gelassen, das zu erstrebende Ziel zu erreichen. — Ein vom kommandirenden General in diesen letzten Tagen bewerkstelligtes größeres Manöver allarmirte den Feind dermaßen, daß selbiger leicht die Veranlassung zu einem ernsteren Treffen hätte werden können, wenn dies vorlaufig in unserem Plane gelegen hätte. Die Dänen rückten aus und wir rückten nach beendigtem Manövre wieder ein und machten nebenbei einen dänischen Jäger zum Gefangenen. (K. Z.)

Zu dem „Flensburger Correspondenten" findet sich eine Bekanntmachung von dem Regierungskommissär v. Tillisch, wodurch 13 verschiedene prov. Gesetze und Anordnungen der Statthalterschaft aufgehoben worden. Unter anderen sind dadurch die Gesetze über die Bürgerwehr, Preßfreiheit und des Versammlungsrecht außer Kraft gesetzt. In demselben Blatte ist auch eine Bekanntmachung über diejenigen Münzen, welche in den königlichen Cassen in Schleswig angenommen werden.

Frankfurt, 4. Sept. Der „ngrere Rath" hat sich (wie bereits bekannt) am 2. d. M. constituirt. Ueber die Thätigkeit, welche er in seiner ersten Sitzung entwickelte, bin ich in der Lage, Ihnen aus glaubwürdiger Quelle ein Näheres mitzutheilen. Nachdem er constituirt, legte der Präsidialgesandte Graf Thun der Versammlung den in jegter Zeit so viel und verschiedenartig besprochenen Antrag der österreichischen Regierung auf Bildung einer neutralen Commission zur vermittelnden Vermittlung des Bundesexecutivums vor. Die Versammlung übergab ihn einem Ausschusse zur Berichterstattung. Der Ausschuß besteht aus fünf Mitgliedern der Versammlung, dem Grafen Thun, Detmold, v. Rosiz, v. Münch und Strauß. Die Thatsache, daß der Präsidialgesandte im Namen seiner Regierung benannten Antrag dem „ngeren Rathe" deutsche oder Nichtannahme vorgelegt hat, widerlegt hinlänglich die in vielen Blättern verbreitete irrige Nachricht, als habe Oesterreich mit Umgehung der zu ihm stehenden deutschen Regierungen sich mit Preußen über eine solche Vermittelungscommission einigen wollen. Alle aus dieser irrigen Nachricht gezogenen Consequenzen zerfallen so mit in sich selbst. Ein zweiter Gegenstand, welcher die Versammlung in ihrer ersten Sitzung beschäftigte, war ein von dem Bevollmächtigten für Holstein und Lauenburg in Beziehung auf die deutsch-dänische Frage gestellter Antrag, es möge die Versammlung zur Prüfung und Ratification des Friedensvertrages schreiten, welchen Preußen mit Dänemark abgeschlossen. Dieser Antrag wurde gleichfalls an einen Ausschuß verwiesen. Zugleich wurde in Berücksichtigung der Dringlichkeit der Sache, der Ausschuß ersucht, den Berichterstattung darüber zu beschleunigen. Der für diese Angelegenheit niedergesetzte Ausschuß besteht aus fünf Bevollmachtigten, dem Grafen Thun, v. Aylander, Detmold, v. Rosiz und Oertgen. Dem Berichte desselben soll man in schon wenig Tagen entgegen sehen dürfen. (K. Z.)

Wien, 31. Augst. Die Schweizer, so sagen viele Leute, sind seit 1848 Amerikaner geworden. Aber sie haben nicht die Freiheit der Amerikaner. Da lesen wir in der Verfassung der Vereinigten Staaten vom 17. Sept. 1787: „Haben zwei Drittheile der Staaten (15) Staaten für die Einführung dieser Bundesverfassung gestimmt, so soll sie eingeführt werden unter den Ständen, die sie ratisziert haben werden." Das war redlich und foderativ zugleich; man drang Niemand eine Bundesverfassung auf, die ihm nicht genehm gewesen. Anders handelte bei einem ganz gleichen Anlaß unredlich und despotisch zugleich, indem sie den Kantonen das Recht der Genehmigung oder Nichtgenehmigung der Bundesverfassung von 1848 in einem ersten Artikel der Uebergangsbestimmungen zuerkannte, in einem zweiten dagegen der „Tagsatzung" die Befugniß ertheilte, die eingegangenen Erklarungen der Kantone zu entscheiden, ob die neue Bundesverfassung angenommen sei. Die Abstimmungen erfolgten: von 22 Kantonen nahmen 13 und ein halber (Appenzell-Ausserrhoden an; Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Tessin und Wallis, nebst Appenzell-Innerrhoden — also 8 und ein halber Kanton) verwarfen sie formlich. In einem (Freiburg) lieh man das Volk gar nicht abstimmen, sondern der aus der Revolution hervorgegangene Große Rath erklärte eigenmächtig die Zustimmung zur Bundesverfassung; in Luzern verwarf das Volk durch Partei-Mehrheit; der Große Rath aber, bekanntlich wie jener von Freiburg, ein Produkt der Waffengewalt, beliebte die Abwesenden (9590 Burger) auch zu den Annehmenden zu zählen, eine Rechnungsmanier, die dann allerdings ebenfalls eine Mehrheit für die Annahme ergab. Ebenalso Bundesgleichheit zur Annahme der Abstimmung zugelassen worden sein, so wurde es begreiflich, eingedenk der Greuel, welche kurz zuvor von den Schöpfern der Bundesverfassung auf seinem Gebiete verübt worden waren, dieselbe mit überwiegender Mehrheit verworfen haben. Die Schweizer haben demnach ein Bundesband, das von 13½ ehemaligen Bundesgliedern den übrigen 8½ eben so freien Staaten der alten Eidgenossenschaft buchstäblich aufgedrungen worden ist (jene Hälften kommen der von der in Folge der Glaubenszwistigkeiten eingetretenen Trennung des Kantons Appenzell in zwei gleiche souveräne Theile). Die Mehrheit machten jene dreizehn Kantone gegen acht allerdings aus: auch bestigen jene die Mehrheit der Gesammtbevolkerung der Schweiz. Aber nicht das war in Frage, sondern; ob eine solche Mehrheit befugt sein konnte, der freien Staaten-Minderheit eine „Bundesverfassung aufzudringen? Die Tagsatzung maßte sich diese Befugniß an, im Gegensatz zu der willen Bevölkerung eines Washington. Die Minderheit hat sich freilich unterzogen, aber sie besteht aus sieben Kantonen, welche kaum vorher wegen Verletzung ihrer Bundesverfassungen mit Krieg überzogen und zu einer Kriegs-Kontribution von 6 Mill. Frcs. verurtheilt worden waren! Aus der fraßern Mehrheit war nur der verwerfende Kanton Tessin auch bei der Minderheit, und der ermöglicht nur den verbrieften Lohn, andern ersich gleichfalls unter Willen zum Anschluß der modernen Foderatiy-Despotie unterziehen mußte. — Hört man nun gelegentlich, daß das Volk der Kantone, welchem erwähnter Zwang angethan worden, Schritte zu seiner Emancipation thue, so wird man sie im urspranglichen foderativen Rechte aller Kantone wohl begründet finden. Leicht möglich, daß später auch Kantone der Mehrheit eine gleiche Sprache führen und aus einem Sypteme zurückzutreten suchen, das unter Umständen sie selbst ebenfalls zu Sklaven einer Mehrheit machen kann, der sie nicht beigestimmt hätten. Die Zukunft der Schweiz ist in dieser Hinsicht höchst ungewiß. — Wenn das Freiburger Volk sur freie Revision seiner eigenen Kantonal-Verfassung petitionirt, so ist das nichts Anderes, als ebenfalls ein Emancipationsverlauf, wenn auch das Ziel dermalen schon die Bundesverfassung nicht treffen konnte, — Bortlaser dürfte, wie dieser selbst sagte, das Volk der abwesende und willkurlich verbannte Bischof der Urheber jener ungeheuren petitionirenden Mehrheit sein muß; neben ihm die mit der bekannten Kriegs-Kontribution Belasteten, denen es übrigens gelungen ist, zur Verfassung (!) eine Anzahl von 1,600,000 Schweizer-Bürgern zu den leichtesten Bedingungen abzustichlesen, während die Regierung, bei allen Versuchen Geld zu erheben, selbst zu 5 Proz. freie Erhorung fand.

Rostock, 31. Aug. Gegen mehrere Professoren der hiesigen Universität sollen bereits Untersuchungen wegen demokratischer Umtriebe eingeleitet sein, deren Folge vielleicht eine Amtssuspension sein dürfte. In Gemeinschaft mit mehreren jüngeren Advokaten, denen es an Praxis fehlt, und einigen anderen Demokraten wird nämlich die hiesige Central-Wahlbehörde namentlich von mehreren Universitäts-Professoren gebildet, bei deren zunahm vor Kurzem auch die Akten des mecklenburgischen Central-Comite's in Beschlag genommen wurden, die dem Gerichte wohl der sicherste Leitfaden sein werden, um die Beete aus den demokratischen Schafen herauszufinden. Die Wuth der Aeußerungen auf dem Wintersteine, namentlich auf die Person des Grafen v. Bülow, kennt keine Grenzen, deßwegenschaftet wagt man hier, wo fonst keine Woche ohne Volksversammlungen verlief, doch jetzt nicht, dieser Wuth Raum zu geben, da diese sonst so grosmanigen Volksredner lassen es sich nicht einmal beifallen, aberhaupt noch öffentliche Reden zu halten, aus Furcht, beim Schopf gefaßt zu werden; viel mag hierzu auch wohl noch die Angst vor den Folgen der Hausfuchungen thun, die trop aller Großsprecherein in den radikalen Klubkreisen doch eine große Entmuthigung hervorgebracht haben, denn hier hrißt es jetzt: mitgegangen, mitgehangen! —

Italien.

Turin, 28. August. Die Campana, ein sirchliches Turiner Journal, enthält folgende Details über den Aufstand in Sassari. Beruhen die Erzbischofs von Turin in Feuerbriefe: „Es wurde ihm im Fort von S. Carlo die Wohnung in einem Hause angewiesen, das links vom Eingang in der Nähe des Hauses des Gouverneurs liegt, und von dem Hause, welches den Staatsgefangenen und übrigen Festungsarrestanten zum Kerker dient, getrennt ist. Es sind ihm Zimmer im zweiten und dritten Stockwerk eingeräumt. Mit ihm zusammen wohnen sein Sekretär T. Daviso

und sein Kammerdiener, mit denen er ungehindert verkehren kann. In einem der ihm eingeräumten Zimmer steht ein Altar, an dem er Messe liest. Die Fenster haben die Aussicht in den Hof des Forts, sind aber wegen der heftigen Zugluft für den Erzbischof nur selten zugänglich. Jeder Verkehr mit andern Personen ist sowohl ihm, als seinem Secretär und Kammerdiener untersagt, und er erhält seinen andern Besuch, als den des Gouverneurs Cav. Alfredo de Nonnay, der ihn mit großer Achtung behandelt. — Er befindet sich ziemlich wohl, ißt mit Appetit, aber wie immer sehr mäßig; doch verursacht ihm die beengte Localität seines Gefängnisses Kongestionen, so daß ihm schon einmal Blutegel gesetzt werden mußten. — Koch und Arzt dürfen sich ihm nur in Begleitung von Gendarmen nähern und werden beim Kommen und beim Weggehen aufs strengste untersucht. Selbst in den Speisen wird nach etwa verborgenen Korrespondenzen gesucht. Der Erzbischof bewahrt übrigens seine gewöhnliche Gemüthsruhe und Heiterkeit."

Neueste.

Kassel, 4. Sept. Nach einer Mittheilung der „N. Hess. Ztg." ist Sr. Komeskg aus dem Militairamt geschieden und Chr. Hassenpflug hat das Finanzministerium übernommen.

Berlin, 2. Sept. Von einem sehr bezeichnenden Irrthume der „N. Pr. Ztg." muß Akt genommen werden. In einem gegen die „Const. Ztg." gerichteten sehr kurzen Artikel nennt sie die Weigerung Preußens, in die Bundesexecution einzutreten, ein „anarchisches Auftreten". Schärfer kann die Parteiauffassung schwerlich ausgesprochen werden.

Berlin, 3. Sept. Der Const. Corresp. weldet, daß in Folge Beschlusses des provisorischen Fürsten-Collegiums in heftiger Sitzung vom 26. vor. Mts. sämmtliche Unions-Regierungen ihre ablehnende Antwort auf die österreichische Einladung zur Theilnahme an dem beabsichtigten Bundestage haben ergehen lassen. —

Nach dem „Wiener Blättern" ist der dänische General de Meza, der in der Schlacht bei Idstedt entscheidend mitwirkte, ein Israelit, aus Kopenhagen gebürtig.

London, 2. Sept. Die sterblichen Reste Ludwig Philipps sind heute in der Capelle von Weybridge beigesetzt worden. Eine bedeutende Anzahl Franzosen, darunter der Marquis von Rumigni, ehemaliger Gesandter des Exkönigs, Baron de Bussieres, ehemaliger Gesandter in Neapel; der Herzog von Montmorency, der Herzog von Guiche, der Graf Anatole, der Graf Montesquieu und der Graf von Jarnac hatten sich zu einer frühen Morgenstunde in Claremont eingefunden. Auch der Herzog, der spanische und der neapolitanische Gesandte waren anwesend. Etwa um halb 10 Uhr ward in der schwarz behangenen Capelle von Claremont eine Messe gelesen. Der Sarg, welcher die Leiche des Exkönigs enthielt, war von 24 Kerzen umgeben. Folgende Inschrift befand sich auf demselben: „Louis Philippe I., König der Franzosen. Geboren zu Paris am 6. Oktober 1773; gestorben in Claremont, in der Graft Surrey in England, am 26. August 1850." Nach Beendigung der Messe ward der Sarg aus der Capelle hinausgetragen von dem Herzog von Montmorency, dem General Grafen Athanel, dem General Grafen de Berthois, dem General Grafen Dumas, dem General Grafen von Charbonnes und dem Grafen Frianl. Bei dem sogenannten weißen Thore ward der Sarg in den Leichenwagen gelegt. Die Hauptleidtragenden waren: der Graf von Paris, der Herzog von Nemours, der Prinz von Joinville und der Herzog von Aumale. Um ein Viertel nach 12 Uhr kam der Zug in Weybridge an; 10 Männer, denen etwa 100 Personen folgten, trugen den Sarg auf ihren Schultern in die Capelle. Eine sehr große Anzahl von Franzosen, welche warteten, konnten des beschränkten Raumes wegen nicht zugelassen werden. Nach Absaltung einer Messe ward der Sarg in das Grabgewölbe gesenkt, und der Zug kehrte nach Claremont zurück.

Paris, 1. Sept. In Toulon sind 930 Mann französischer Truppen nach Civitavecchia eingeschifft worden — ein Beweis, daß das Corps im Kirchenstaat noch nicht zurückgezogen wird.

Paris, 2. Sept. Heute Morgens um 9 Uhr hat der Präsident der Republik, in Begleitung des Ministers des Innern, des der auswärtigen Angelegenheiten, des Justiz- und des Marine-Ministers, Paris verlassen. — Die Zahl der Generalräthe, welche sich für eine Revision der Verfassung ausgesprochen haben, beläuft sich bereits auf zwanzig.

Frankfurt, 4. Sept. Die „preußische Denkschrift oder die Wiederherstellung des Bundestags" lautet, wie folgt: Die Zwecke, welche das Cabinet führt, Cabinet und der unter dem 26. April d. J. erfolgten Berufung einer sogenannten außerordentlichen Plenar-Bundesversammlung verbunden hat, sind nicht erreicht worden und konnten nicht erreicht werden. Das kaiserl. Cabinet war auf den Vorschlag einer freien Berathung in formeller Conferenz nicht eingegangen, hatte Annahme genommen, zur Wiederherstellung der Bundesversammlung einzuladen und hatte zu einer außerordentlichen Plenar-Bundesversammlung mit der Behauptung berufen, daß diesem Rufe zu folgen Pflicht sei. Das Recht der Berufung sind die Pflicht des Erscheinens konnten nicht anerkannt werden. In der mit der Zuziehung aller deutschen Regierungen erlosenen Bundesversammlung hatte der österreichische Gesandte den Vorsitz, auferhalb derselben das äßere. Cabinet kein Vorrecht. Es konnte, gleich jeder andern deutschen Regierung, den Vorschlag machen, die Bundesversammlung wieder einsetzen, es hatte kein Recht, mit der Berufung zu hießer, die Pflicht, ihr zu folgen, auszuerlegen. Wozu aber Oesterreich bereit, war überhies nicht die Bundesversammlung, sondern eine sogenannte außerordentliche Plenarversammlung, welche das Bundesrecht nicht kennt. Nach diesem Allen hier sich eine Verständigung nicht zur Berathung, nur zur Abstimmung aber einen Gegenstand, den der engere Rath erortert hat. Ein solcher muß einer Plenarversammlung vorausgehen. Die preußische Regierung konnte ihre zu freier Berathung angewiesenen Bevollmächtigten in die im Widerspruch mit dem Rechte berufene Versammlung nicht senden. Diese Versammlung losgelöste und dennoch den Zwang beseelen in Anspruch nehmende Versammlung nicht eintreten lassen. Gleiches wurde von einer beträchtlichen Zahl anderer deutschen Regierungen erkannt. So wurde denn die sogenannte Plenarversammlung nur von einigen engeren Rath zu einem legalen Organ werden zu lassen, daß dieser Vorschlag nicht angenommen wurde, wohl weil man erkannte, ein an sich illegales Bundesorgan könne durch keine aus ihm selbst hervorgehende Verwandlung legal werden, und daß ein anderer Weg betreten werden müsse, dem Antrage bei Kaiserl. öfterreich. Cabinets auf Wiederherstellung der Bundesversammlung selbst sich anzuschließen, und jenes Cabinet um Vornahme der Einberufung zu ersuchen. Der Plan, die deutschen Regierungen in eine sogenannte außerordentliche Plenarversammlung zu nötigen und in dieser die Verfassungsfrage berathen zu lassen, ist somit aufgegeben worden. Das kaiserliche Cabinet ist nach seinem, von den ihm nahe stehenden Regierungen gebilligten Antrage vorangegangen. Es hat, von den Rücksichten abgesehen, welche es bis daher zurückgehalten hatten, geradezu und ohne den Schein einer neuen Wege, die am 12. Juli 1848 aufgelösten Bundesversammlung wieder herzusn, und der kgl. Regierung in einer unter dem 16. d. M. eingegangenen Note eine an sämmtliche Mitglieder des Bundes gerichtete Einladung mitgetheilt, „sich an der auf den 1. September d. J. anberaumten Wiedereröffnung der Bundesversammlung zu betheiligen." Diese Note ist Abschrift einer Depesche des kaiserl. Ministerpräsidenten an den k. k. Gesandte in Berlin vom 14. d. Mtd., die frühere Circulardepesche vom 19. Juli, und ein Abdruck der Protokolle beigefügt, welche über die Berathungen der sogenannten Plenarversammlung vom 7. und 8. d. M. aufgenommen worden sind. Wegen der Begründung des von dem k. k. öfterr. Cabinet eingeschlagenen Wegs wird in der Note vom 16. d. M. auf die eben bezeichneten Anlagen Bezug genommen. — In diesen Anlagen wird die Behauptung aufgestellt, daß die Bundesversammlung rechtlich zu bestehen niemals aufgehört habe; hieraus wird gefolgert, daß der kais. Hof verpflichtet sei, diesen Rat zu ergreifen. Es wird daher nachzuweisen sein, daß die Bundesversammlung nicht blos thatsächlich, sondern auch rechtlich zu bestehen aufgehört hat, und daß keine Pflicht obwaltet, der Berufung zu einer Bundesversammlung zu folgen. Es muß erinnert werden an das Verfahren, wie erst vor zwei Jahren geschehen. Zu ihren Beschlüssen vom 30. März 1848 hatte die Bundesversammlung die Revision der Bundesverfassung auf „wahrhaft nationaler und zeitgemäßer" Grundlage für unerläßlich erklärt und den Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung veranlaßt. Diese Beschlüsse am 28. Juli desselben Jahres ein Gesetz, durch welches bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland eine provisorische Centralgewalt für alle allgemeine Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt, die Centralgewalt einem Reichsverweser übertragen werden sollte, und diese für durch verantwortliche Minister auszuüben hatte. Die beschlossene Verfassungsform war unzweifelhaft die eines constitutionell-monarchischen Bundesstaats; ein solcher sollte an die Stelle des völkerrechtlichen Staatenbundes treten. Provisorisch sollte diese Umwandlung nicht in dem Sinne treten, daß nach Ablauf einer Zeit in den Staatsverband mit der Bundesversammlung zurückzukehren sei, sondern sie sollte dauern bis zur definitiven Feststellung eines mit dem Provisorium auf gleicher Basis stehenden Verhältnisses. Diese Absicht ist unzweifelhaft. In dem Bundesstaate sollte für die Bundesverfassung eine staatsrechtliche Stellung gefunden zu finden. Schon ihre Nichterwähnung würde das Aufhören ihres Bestehens zur Folge gehabt haben. Der dreizehnte Artikel jenes Gesetzes lautet aber nachdrücklich: „Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt hört das Bestehen des Bundestages auf." Auch der Einwand erhoben warden, daß, obschon Beschlüsse die deutsche Verfassung anmittelbar betrafen, die Nationalversammlung sie zu fassen nicht competent gewesen sei. Die Unterschrift aber dieser Frage kann vollkommen auf sich beruhen, denn wie es sich damit auch verhalten mage, jene Beschlüsse haben durch die deutschen Regierungen auf ihr Verhalten ihnen gegenüber volle rechtliche Kraft erlangt. Die kaiserl. öfterr. Regierung gestaltete St. kaiser. Hoh. dem Erzherzog Johann die Uebernahme der nur durch jene Beschlüsse geschaffenen Reichsverweserwürde, und erkannte ihn mit allen übrigen deutschen Regierungen in dieser an. Am 12. Juli 1848 begab sich St. kaiserl. Hoh. der Erzherzog Johann in die Nationalversammlung; in dieser wurde ihm das Gesetz vom 28. Juni, mit dieser Cagung über das Aufhören des Bestehens der Bundesversammlung, vorgelesen, und Er gab, auf die feierliche Aufforderung des Vorsitzenden, die Erklärung ab: „daß Er, indem Er das Amt antrete, dieß Gesetz halten und halten lassen wolle." — Hatte die Bundesversammlung ihren Rücktritt in andern Sinne und nicht in dem eines Aufhörens ihres Bestehens zur alle Zeit angefaßt, so wäre es ihre und der Regierungen Pflicht gewesen, dies nach solchem Vor-

gange klar auszusprechen und durch Vorbehalte zu sichern. Von einem solchen ist keine Spur. — Am 29. Juni hat die Bundesversammlung auf Antrag des kaiserl. österr. Gesandten Se. kaiserl. Hoheit den Erzherzog Johann als den beglückwünscht, welchen die Nationalversammlung so eben in würdigem feierlichen „Alter“ gewählt habe. In ihrer Sitzung vom 3. Juli 1848 hatte sie eine amtliche Mittheilung einer Abschrift jenes Gesetzes vom 28. Juni, ohne irgend eine Neuerung, zur Nachricht genommen. Am 12. Juli trug der kaiserl. österr. Bundesgesandte darauf an, Se. kaiserl. Hoheit den Erzherzog einzuladen, nach Beendigung der Feierlichkeit in die Bundesversammlung, in der Bundesversammlung zu erscheinen, um, wie es wörtlich heißt, „die Ausübung der verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen, welche man der Bundesversammlung zugestanden habe, und nunmehr Namens der deutschen Regierungen auf die provisorische Centralgewalt zu übertragen, bezüglich Namens der in die Hände Sr. kaiserl. Hoheit als Verweser des deutschen Reichs zu legen sein werde, entgegenzunehmen.“ Dabei wurde der bereitwilligen Unterstützung der Regierungen unverrückt gedacht. Dieser Antrag wurde einstimmig zum Beschluß erhoben. In derselben Stunde, in welcher Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog öffentlich und feierlich gelobt hatte, daß er das Gesetz halten und halten lassen wolle, welches verkündet, daß das Bestehen der Bundesversammlung aufhöre, führte eine Deputation der letztern Sr. kaiserl. Hoheit in diese ein. Der k. k. österr. Bundesgesandte war es, welcher Sr. kaiserl. Hoheit anredete: „Die Nationalversammlung habe Sr. kaiserl. Hoheit, dem von ihr erwählten Reichsverweser, eben ihre Huldigung dargebracht.“ „Eure kaiserliche Hoheit,“ hieß es in der Rede weiter, „leiten an der Spitze der provisorischen Centralgewalt, die nach dem Wunsche des deutschen Volks, um für die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats zu sorgen, seine bewaffnete Macht zu leiten und seine völkerrechtliche Vertretung auszuüben. (Fortsetzung folgt.)

Berlin, 2. September. Die in Bezug auf die schleswig-holsteinische Angelegenheit an den hiesigen dänischen Geschäftsträger gerichtete Depesche Lord Palmerston und die Antwort des preußischen Ministers des Auswärtigen darauf lauten wörtlich wie folgt: Minsterium des Auswärtigen, 31. Juli 1850. An Herrn Henry Howard &c. &c. Mein Herr! Ich habe Sie zu instruiren, daß Sie die ernstliche und dringende Aufmerksamkeit der preußischen Regierung auf die Thatsache hinlenken, daß unmittelbar nach Unterzeichnung eines Friedensvertrages, welcher durch Preußen mit Dänemark und zwar nicht nur für ersteres selbst, sondern für den ganzen deutschen Bund als gültig abgeschlossen worden, die Statthalter, welche gegenwärtig in Holstein regieren, der holsteinischen Armee den Befehl gegeben haben, in Schleswig einzurücken, und hierdurch einen Akt angreifender Feindseligkeit verübten, der eine Verletzung jenes Friedens war, den Preußen dahin abgeschlossen hat, daß ihr der ganze Bund halten sollte. Es würde der preußischen Regierung gegenüber unüberwindlich sein, anzunehmen, daß der von Preußen eingegangene Vertrag hinsichtlich des deutschen Bundes null und nichtig wäre (was a nullity), und daß derselbe sich thatsächlichen Ergebniß haben sollte, und welches, was solcher, durch den von Preußen eingegangenen Vertrag verbunden sein sollte, diesen Verbindlichkeiten zum Trotz die Freiheit haben könnte, Feindseligkeiten zu beginnen, welche während des Waffenstillstandes fortwährend gewesen sind. Die schuldige Rücksicht auf den guten Glauben diplomatischer Verkehrs (a due regard for the good faith of diplomatic engagements) scheint deßhalb zu fordern, daß die preußische Regierung ohne Verzug alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel anwendet, um die gegenwärtige Regierung von Holstein zur Achtung des Vertrages zu veranlassen, welchen Preußen eben sowohl für Holstein wie für alle andern Mitglieder des deutschen Bundes abgeschlossen hat, und Ihrer Maj. Regierung hofft aufrichtig und herzlich (sincerly and anxiously) daß Preußen so thun und in erfolgreicher und bestimmter Weise die holsteinische Regierung abhalten werde, durch Abschluß des Friedens wiederum ein Signal zum Vorwand für die Erneuerung des Krieges zu machen. (gez.) Palmerston.

Der königl. großbritanische Geschäftsträger Herr Howard hat mit einer Depesche des Staatssekretärs für die auswärtigen Angelegenheit mitgetheilt, wovon ich Abschrift beilage. Ew. . . . wollen auf Verlangen ersehen, daß der königl. großbritannische Staatssekretär den Wunsch ausdrückt, die königl. Regierung wolle mit allen ihr zu Gebote stehenden Mittel auf die Statthalterschaft im Herzogthum Holstein einwirken, um dieselbe zur Einstellung der Feindseligkeiten zu vermögen, welche er als eine Verletzung des Vertrages vom 2. Juli n. J. bezeichnet. Die königl. Regierung läßt dem angelegentlichen Wunsche des königl. großbritannischen Staatssekretärs, daß dem Blutvergießen ein Ende gemacht und der Friede auch in den Herzogthümern hergestellt werde, gerne und in vollem Maße Gerechtigkeit widerfahren; und sie theilt ihm zugleich gleichzeitig, wie sie denn diese Gesinnung einfach zur Genüge auch durch die That bewährt hat. Sie muß aber zunächst darauf hinweisen, daß sie seine andern Mittel besitzt, ihren Einfluß geltend zu machen, als die Ertheilung ihres Rathes nach beiden Seiten hin, da ihr diese Art der Einmischung anderweiter Einwirkung auf die vom Bunde in Holstein eingesetzte Regierung zustehen. Sie würde kein Recht haben, namentlich vor erfolgter Ratifikation des Friedens durch den deutschen Bund, die Statthalterschaft für die Verletzung derselben verantwortlich zu machen; auch auch nach erfolgter Ratifikation würde dies immer nur im Namen und auf speziellen Anfrage des Bundes geschehen können. Daß eine solche Ratifikation bis jetzt nicht erfolgt ist, bedauert die königl. Regierung aufrichtig; sie darf aber voraussetzen, daß es dem königl. großbritannischen Staatssekretär nicht entgehen sei, wie die Schwierigkeiten, welche sich derselben bis jetzt entgegengestellt haben, nicht von Preußen, sondern vielmehr von ganz andern Seiten und aus der Sache selbst fernliegenden Gründen ausgegangen sind, wie Preußen vielmehr alles, was in seiner Macht gestanden, gethan hat, um mit seiner Stimme Erfolg zu verschaffen und zum Wege zu räumen. Die königl. Regierung würde demnach zu einem thatsächlichen Einschreiten in Holstein nicht berechtigt sein, selbst wenn sie eine Eventualität ins Auge fassen wollte, deren Durchführung gegen den durch eine Armee von mehr als 30,000 Mann unterstützten Willen der Herzogthümer die Aufstellung eines Armeecorps von entsprechender Stärke erfordern würde, eine Anmuthung, welche der königl. großbritannische Staatssekretär schwerlich an Preußen zu stellen gemeint sein kann. Jedenfalls aber muß sie eine jede, angeblich aus dem Friedensvertrag mit Preußen hergeleitete Verpflichtung zu einem Einschreiten in den Herzogthümern auf das entschiedenste ablehnen. Der einfache Einblick in den Traktat beweiset, daß Preußen eine solche Verpflichtung niemals übernommen hat. Die in der Depesche Lord Palmerstons enthaltene Bezugnahme auf jenen Traktat uns daher nicht wenig überraschen müssen, da es niemander besser als der vermittelnden Macht bekannt sein kann, daß der einfache Friedensschluß von beiden Seiten ausdrücklich in der Absicht angenommen ist, den Ereignissen freien Lauf zu lassen und die Ausgleichung zwischen den Herzogthümern und dem Bundesherrn beiden Theilen selbst, mit ausdrücklicher Rücksicht auf die Eventualitäten einer Einschreitung durch Waffengewalt anheim zu stellen. Preußen würde daher recht eigentlich seinen Verpflichtungen untreu werden, wenn es eine aktive Einmischung nach irgend einer Seite hin beabsichtigte. Diese Auffassung, welche sich aus dem Wortlaut des Traktats unzweifelhaft ergibt, ist entschieden auch die des andern Paciscenten, indem von Dänemark kein Schritt geschehen ist, der auch nur im entferntesten darauf hindeutete, daß es Preußen für verpflichtet hält, sich einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten von Seiten der holsteinischen Armee thatsächlich zu widersetzen. Die königl. Regierung muß die weitern Maßregeln lediglich dem deutschen Bunde überlassen, dessen Bevollmächtigter, der Natur der Dinge sowohl, als dem Friedensvertrag gemäß, einzutreten hat, sobald seine Rechte oder Pflichten durch die Ereignisse berührt werden; eine Frage, welche die königl. Regierung nicht präjudiziren kann, sondern, aber welche sie dem deutschen Bunde selbst die Entscheidung vorbehalten muß. Ew. wollen dem königl. großbritannischen Staatssekretär diesen Standpunkt der königl. Regierung, unter Vorlegung der gegenwärtigen Depesche, offen darlegen, und demselben im Uebrigen versichern, wie sehr die königl. Regierung den Wunsch nach einer friedlichen Beilegung des Streits nicht nur theilt, sondern auch bemüht ist, demselben durch alle ihr nur möglichen Mittel verförderlicher Einwirkung auf beide Theile Geltung zu verschaffen. (gez.) Schleinitz.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 5. September 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1199	1204
„ 5% Metalliker	71½	71¾
„ 4%	63½	64
„ 3%	47¾	48½
„ 2½%	43¾	43⅞
„ 4½% Lombarden	—	76½
„ 1%	—	66
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	101	101½
„ 500 „ 1834.	156½	157¼
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	86	86¼
„ Ztbl. 50 Prämien Scheine.	110	—
Bayern 3½% Obligationen	84¾	84½
„ 4%	89¼	89⅝
„ 5%	100¼	100⅝
Würtemberg 3¼%	83⅝	84⅛
„ 4%	98	98¼
Baden 3½%	81½	82
„ fl. 35 Loose	32¼	32½
„ 25 „	52⅝	53⅛
Nassau fl. 25 „	26	26⅛
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	76⅜	76¾
„ „ „ 25 „	26⅛	26⅜
Polen fl. 300	136	—
Sardinien Fcs. 36 „	33⅞	33⅝

Auf Anlassen eines Gläubigers werden im Wege der Hülfsvollstreckung mehrere Betthäute Montag den 11. September i. Js. Nachmittags 2 Uhr im I. D. Nr. 154 dem öffentlichen Striche ausgesetzt.

Strichslustige erhalten hievon Kenntniß.

Würzburg, 24. August 1850.

Königl. Kreis- und Stadtgericht.

Seuffert.

Pfläger.

Fremden-Anzeige.

Den 5. September 1850.

Adler: Glauser, Prediger v. Bliesmarck, Schmidt, Bürgermeister v. Rorkhard. Offenbach, Prof. v. Minnich. Röd v. Alm.

Ausf. Hof: Weipp, Kenner v. England. Hermann Pfarrer von Weilheim. Bruns, Professor v. Mainz. Pipper, Brauer v. Weilheim.

Kronprinz: Freih. v. Kreß, Oberzeil-Zalsectior v. Markbreit. Kfm. Dann v. Fürth. Pfeiffer v. Frankfurt. Albert v. Baden Baden.

Schwan. Kfm.: Keiser v. Mannheim. Bommer v. Coburg. Ritter v. Regensburg.

Wurtiemb. Hof: Frhr. v. Rüdderer v. Stockheim. Frau Dekanin v. Sedenburg. Kfm.: Kaup v. Bremen, Maier v. Offenbach.

Wittelsb. Hof: Thörelein v. Erlangen Mangold v. Darmstadt. Menger v. Hanau. Maier v. Erlangen. Hoffmann, Forst-Candidat v. Nürnberg.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreibhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 215. Würzburg, Samstag den 7. September. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 6. Sept. St. Maj. der König haben unterm 2. Sept. allergnädigst geruht, den Revierförster zu Hain, Forstamts Sailauf, Forstdistrikts Dreßberg, auf Ansuchen auf das Revier Handelshahnen zu versetzen; den Forstamtsaktuar in Eltmann Joseph Mundorf zum provisorischen Revierförster in Hain zu ernennen; den Revierförster zu Neuwelzhof Joseph Schad auf Ansuchen nach §. 22 lit. II und C. des V. Verfassungsedikts in den Ruhestand, unter Bezeigung der allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner vieljährigen treuen Dienstleistung in den Ruhestand, an dessen Stelle nach Neuwelzhof auf Ansuchen den Revierförster Anton Müller zu Wachtersweinfel, und an Müller's Stelle den Revierförster zu Hoppachhof Heinrich Ball zu versetzen; dann den Forstamtsaktuar und Verweser des Kommunal-Reviers Grenzstedt Ludwig Schurz zum provisorischen Revierförster in Hoppachhof zu ernennen.

Gerlach, Manteuffel und Radowitz

Das „Journal des Débats" schildert die Parteien, welche in Preußen um die Herrschaft, oder vielmehr die Minister, welche in Potsdam um den Einfluß streiten, folgender Maßen: Drei Einflüsse ringen gegenwärtig in Potsdam mit einander, drei Männer, deren Machtverhältnissen sich fast die Wage hält, deren jeder seine Partei vertritt. Diese drei Männer sind Hr. v. Gerlach, Hr. v. Manteuffel und Hr. v. Radowitz. — Hr. v. Gerlach, ehemals ein Gefährte der Jugendfreuden des Königs Friedrich Wilhelm, ist das anerkannte Haupt jener Pietisten-Partei, welche nur im Angesichte des Himmels zu regieren vorgibt, ohne deßhalb dem irdischen Vortheil mit weniger Eifer nachzujagen. So wie Hr. v. Gerlach das Ohr seines königlichen Freundes durch seinen Mysticismus, für welchen das Herz desselben empfänglich ist, gewinnt, so Hr. v. Radowitz durch seine romantische Phantasien in denen er glänzt. Hr. v. Manteuffel hat mit alle Ereignisse der Revolution von 1848, weil diese Revolution selbst ihm als Strafe der traurigen Fortschritte des Unglaubens in Preußen erschienen, — eine Strafe, die man verdient habe durch Uebertretung der strengen Gebote des christlichen Staates. Nun jedoch hat der Staat nur unter der Bedingung Festigkeit, daß ihn der Altar beschützt; Hr. v. Gerlach ist ein Ultramontaner des Lutherthums. Bei solchen Grundsätzen kann Hr. v. Gerlach natürlich überhaupt keine große Zärtlichkeit für Verfassungen haben. Namentlich aber möchte er gern mit der von Preußen am 26. Mai 1849 für Deutschland vorgeschlagenen Verfassung und dem Bundesprojekt, auf welchem dieselbe beruhte, leicht umspringen. In dem Dreikönigsbündniß, der preußischen Union, der erfurter Nationalversammlung, in allen diesen Dingen, die saß nur leere Worte geblieben sind, sieht Hr. v. Gerlach grobezu die Werke und das Kettsprunge des Satans. Eine ewige Rachtfehde zu der österreichischen Allianz, zu der alten heiligen Allianz, und Unterwerfung unter die alten Wiener Verträge „im Namen der heiligen und unheilbaren Dreieinigkeit", das ist das einzige Heilmittel, welches man von einer Seite dem Könige Friedrich Wilhelm anrath. — Weniger erhaben sind die Ansichten des Hrn. v. Manteuffel. Zum Ministerium des Innern berufen in einem Augenblicke, wo, um dem Vertrauen des Königs zu entsprechen und der Lage gewachsen zu sein, Unterwürfigkeit und Charakterstarke im Verein erfordert wurden, ist Hr. v. Manteuffel recht eigentlich mit dieser schwierigen Aufgabe groß geworden. Er gehört der preußischen Beamtenaristokratie an und hat eben so wohl die Neigungen, wie die Ideen derselben. Es ist ein aufgeklärter Mann, der gern energisch sein möchte; mit Hintergedanken macht er sich nicht viel zu schaffen, und wenn es von ihm abhinge, so würde er lieber den unbequämen Ueberlieferungen einer Bureaukratie folgen, welche sein Verstand nicht immer gegen die Routine vertheidigt. Mit Kopf und Herz würde er zeit der Partei der alten Preußen angehören. Für die schönen Projekte einer Oberherrschaft und eines deutschen Reiches hat er nicht mehr Geschmack, als Hr. v. Gerlach. Ohne Zweifel ist er nicht, wie dieser, überzeugt, daß sie eine reine Erfindung des Teufels sind. Er will nur einfach deßhalb nichts von ihnen wissen, weil sie alle eine starke Monarchie Friedrich's durch eine unzusammenhängende Verschmelzung mit dem übrigen Deutschland gefährden. Auch verbietet er nicht genug, wo wenig er sich aus den Deutschen macht, und welchen Stolz er empfindet, Preuße zu sein. Idee der Größe und Macht, wie er sie sehr genugt sein, die deutsche Union vom 26. Mai zur immer aufzugeben und ein Groß-Preußen zu gründen, da sich nicht einmal ein Klein-Deutschland zu Stande bringen ließ. „Das undauerbare Deutschland" sagt Hr. v. Manteuffel — „verdient nicht, daß Preußen für dasselbe aufopfert." Man würde demnach darauf hinarbeiten, die vierzehn, aus dem preußischen Bündnisse nicht ausscheidenden kleinen Staaten mehr und mehr heranzuziehen. Wer weiß? Vielleicht würde auf diese Weise am Ende doch noch das preußische Gebiet um einige Kreise vergrößern und mit Beseitigung der Wolken- und Traumpolitik beste fester auf dem Boden der Wirklichkeit stehen. In der Angelegenheit der Herzogthümer, so wie der Bundesschlungen würde man eine bessere Stellung Oesterreich gegenüber haben. Von ihrem schlechten und revolutionären Anhängsel befreit, ihren Ehrgeiz auf einen wirklichen, wenngleich mäßigen, Zuwachs beschränkend, konnte die preußische Diplomatie ihre Stimme stolz erheben. Sie würde die preußische Ehre retten, wo es sich wirklich um dieselbe handelt, anstatt sie mit Gewalt dahin zu setzen, wo sie nicht ist, das heißt in die Bekämpfung eines gestaltlosen und verschwommenen Deutschlands. „Die preußische Ehre" — das ist der Wahlspruch, mit welchem Manteuffel seine Stellung vertheidigt. Er stützt sich auf das fast nationale lebendige Gefühl, welches die herausfordernde Haltung Oesterreichs erregt hat; durch sein Protestieren gegen die österreichische Oberhoheit hat er eine Popularität erlangt, die ihm fest gesichert hatte. Sogar die Partei des Hrn. v. Gerlach schließt sich diesem Proteste an. „Wir sind Preußen" — sagt die Kreuzzeitung —, „und unsere Farben sind Schwarz und Weiß; wir wollen die Krone Preußens nicht unter der schwarz-roth-goldenen fahne der Revolutionäre und eben so wenig unter der schwarz-gelben Fahne erniedrigen." — Wer wird den Sieg davon tragen, die schwarz-gelbe oder die schwarzweiße? Dergleichen Fragen finden ihre Lösung nur auf dem Schlachtfelde, und für sie schlagen sich die Völker im Angesichte des Himmels des Hrn. v. Radowitz schweben in Regionen, wo man so gemeinen Triebfedern nicht nachgibt. Wir haben schon ausführlicher für diesen hervorragenden Mann, welcher am Hofe von Potsdam eine ganz besondere Stellung einnimmt, gesprochen. Er ist nicht Minister, wahrscheinlich will er es auch nicht sein; er ist der Freund des Königs. Er sitzt stets im Rathe an der Seite des Prinzen von Preußen, des muthmaßlichen Thronerben. Die offiziellen und gewöhnlichen Räthe geben vor, daß sie ihn in seiner Eigenschaft als Präsidenten des Fürstenkollegiums, als Haupt der Exekutivkonstituirenden Gewalt, als Haupt der Exekutivkonstituirenden Gewalt, als Haupt der Exekutivkonstituirenden Gewalt

Herzoge Max verbleiben, und sodann die Abreise nach Dresden antreten. — Se. M. W." widerspricht der Pensionirung des Obersten v. Purkart.

Kassel, 5. Sept. Gestern ist ein „Gesetz, die Forterhebung, beziehungsweise Nacherhebung der indirekten Steuern und Abgaben betreffend", erschienen, welches die Erhebung in der von den Ständen gewünschten Weise vorschreibt. — Im Nachvogt in dem Gesetze bezeichnet das Benehmen der Stände als Verfassungsbruch und erklärt die vorhandenen Gesetze zur Genügen für die Sicherheit des Staats, weshalb es nothwendig geworden, daß die Regierung von der im §. 95 der Verfassungsurkunde festgestellten Befugniß Gebrauch mache. „Nachdem der ständische Ausschuß seine Mitwirkung verweigert hat, so heißt es dann wörtlich weiter, erlassen wir auf Grund der §. 95 der Verfassungsurkunde hiermit folgende Verordnung: §. 1 Es sollen die sämmtlichen durch das Finanzgesetz vom 9. April v. J. zur Bestreitung der Staatsausgaben unserm Finanzministerium überwiesenen Steuern und Abgaben, soweit solche seit dem 1. Juli l. J. nicht eingezogen sind, auf den Grund dieser Verordnung sofort erhoben werden, bis mit den, sobald als thunlich einzuberufenden, Landständen anderweite Vereinbarung getroffen ist. §. 2 Durch zur Erhebung kommenden Steuern und Abgaben bewahrt, als in die Gemäßheit der Ausschreiben unseres Gesammtstaatsministeriums vom 27. Juni und 4. Juli l. J. bereits erhobenen und deponirten Beträge der indirecten Abgaben sind zu den in dem oben erwähnten Finanzgesetz festgesetzten Ausgaben zu verwenden. §. 3 Unsere Ministerien haben bei der Verwendung der Staatseinnahmen auf die nothwendigen Ausgaben sich zu beschränken und den nach Bestreitung solcher Ausgaben etwa sich ergebenden Ueberschuß als einen Fonds, für welchen durch das demnächstige Finanzgesetz Verfügung getroffen werden soll, zu aufbewahren." Publizirt ist — Centralfinanz haben nur Hassenpflug, Haynau und Baumbach, wonach die Entlassung von Lometsch bestätigt erscheint. — Hr. v. Baumbach ist mit Verfassung des Justizministeriums beauftragt.

Wien, 1. Sept. Der „Oesterr. Reichsztg." wird aus Berlin geschrieben: „Aus ganz zuverlässiger Kunde kann ich Ihnen mittheilen, daß Hr. v. Radowitz sich in diesem Augenblicke mit einer „neuen Conföderation" trägt, durch welche alle Schwierigkeiten mit einem einzigen Schlage lösen zu können hofft. Dieselbe soll sich auf das auch sonst schon beregte Prinzip einer Dreigliederung Deutschlands stützen, und ist mit einer gewissen wirthschaftlichen Phantasie erdacht. Man wünscht nämlich, daß Oesterreich mit dem ihm zugehörigen deutschen Staaten eine ganz bestimmt organisirte Coalitionsgruppe bilde, die sich frei nach dem ihr unverwohnenden politischen Bedürfniß gestalte und sich eben so fest zusammen abschließe, als sich Preußen mit den in der Union ihm verbundenen deutschen Staaten gethan oder beabsichtigt. Der österreichischen Coalitionsgruppe würde dann die preußische Unionsgruppe in ganz freier Bewegung gegenüber stehen, und Oesterreich würde durch diese Stellung nicht gehindert sein, nach Innen seiner Angabe als Centralstaat vollständig sich hinzugeben, während Preußen denselben seinen innern Landesverhältnissen volle und Genüge schaffen könnte. Oesterreich und Preußen würden dann selbst über den beiderseitigen Coalitionen durch den weiteren Bund verbunden und in einer gewissen Organisation zusammen gehalten werden. Die einzelnen deutschen Staaten, die bisher noch schwanken oder sich isolirten, würden durch die Lage der Dinge selbst getrieben werden, sich nach der einen oder der andern Seite hin anzuschließen und dadurch die Gesammtconstituirung Deutschlands auf einer bestimmten Stelle sich einzuordnen. Hr. v. Radowitz hat diesen Plan bereits dem Staatsministerium in einer der letzten Sitzungen desselben vorgelegt. (Der Wiener Zeitung wird Aehnliches berichtet.)

Frankreich.

Paris, 2. Sept. Der Erzbischof hat das Defret des letzten Pariser Provinzialconcils über die Schriftsteller, die von religiösen Gegenständen handeln", mit einem Hirtenbriefe promulgirt. In dem Defret heißt es: „Wir Alle verdammen man ernstlose und unsittliche Schriften; aber auch von einiger solcher, welche die Religion verheidigen wollten, drohten der Kirche Gefahren; es gehe Schriftsteller, selbst Laien, welche, namentlich in Zeitungen, sich anmaßten, zu bestreiten, was bei der Leitung der Kirche zu thun oder zu hindern, anzuordnen oder zu verwerfen sei, und dieses den Bischöfen vorzuschreiben, welchen doch allein die Leitung der Herde des Herrn anvertraut sei. Das Concil fordert also die Pfarrer und Beichtvater solcher Schriftsteller auf, sie auf den rechten Weg zurückzuführen zu suchen, und erklärt den unsittlich katholischen Schriftstellern an, daß bei der Behandlung kirchlicher Fragen ein Rath zu erholen, um die Autorität ihres Bischofs nicht zu mißachten. Den Geistlichen wird befohlen, keine Bücher über Religion, keine Katechismen, Gebetsformeln, Gesangbücher, neue Absolutionsformeln, Andachtsübungen und Berichte über neue und nicht anerkannte Wunder ohne Approbation des Diözesanbischofs drucken zu lassen. Die Gläubigen werden daran erinnert, daß sie sich über die Lehre und Zucht der Kirche nicht aus periodischen oder nicht periodischen Schriften, sondern bloß aus den authentischen Acten, Documenten und Defreten des heiligen Stuhles und der Bischöfe zu unterrichten hätten. Diese Grundsätze werden in dem Hirtenbriefe weitläufiger erörtert, und am Schlusse in demselben Sinne einige Vorschriften in sieben Artikeln gegeben. Der Hirtenbrief soll in den Kirchen verlesen werden. Demselben ist ein „Avertissement" über das „Univers" beigefügt, welches nicht verlesen werden soll. Der Erzbischof sagt darin, es sei für ihn eine gebieterische, aber schmerzliche Pflicht, sich über das „Univers" andeutlich auszusprechen zu müssen; dasselbe habe der Kirche große Dienste geleistet, es sei lange wegen seiner Hingebung ein nützlicher Bundesgenosse gewesen, nun aber durch seine Unvorsichtigkeiten und Verirrungen ein gefährlicher Freund geworden. Er habe es an wiederholten Warnungen und Drohungen nicht fehlen lassen, sei aber nicht gehört worden. Er tadelt dann das Benehmen der Blätter bei der Unterschlagung, seine Artikel über die Provinzialconcilien, seinen Eifer, über wunderbare Ereignisse nicht nur, wozu es das Recht habe, zu berichten, sondern den Glauben daran zu erzwingen, ehe die Kirche entschieden habe, seine leidenschaftliche Polemik gegen andere Blätter über die Inquisition und endlich besonders seine Kritiken gegen ein Werk, welches von ihm sein „langer Vertheidiger" genannt sei, von dem „Univers" aber als ein anstößig gewordenen Werke. Er spricht dann die Hoffnung aus, daß Gott den Eifer der Mitarbeiter desselben, die sich so weit vergangen hätten, damit belohnen werde, daß er sie auf den Weg der Liebe, der Demuth, der Unterwerfung zurückführe, und schließt: Sollten sie sich nicht warnen lassen, so müsse er „die Waffen der Kirche ergreifen, und mit gerechter Strenge alle Mittel anwenden, welche sie ihm in die Hand gebe, um in ihren verirrten Kindern die aufrührerische Widersetzlichkeit zu bändigen." — Das „Univers" spricht heute diese strengste Sittenlichkeit in extenso mit, und erklärt, sich ernstverloren der Autorität des Erzbischofs zu fügen, fürs Weitere aber an die hohere Autorität des heiligen Stuhles appelliren zu wollen. „Wir müssen nun, heißt es in dem erwähnten Artikel, einen Entschluß fassen; denn es ist unmöglich, unsern Veröffentlichungen ihren seitherigen Charakter zu erhalten, ohne die Vorschriften unseres Erzbischofs zu verletzen; und eine Umgehung derselben zu versuchen, wurden wir als eine Gemeinheit und Unwürdigkeit ansehen. Von zweien müßten wir also Eine wählen: uns entweder unmittelbar und bestimmte unterwerfen, oder an eine höhere Autorität appelliren. Die sofortige, vollständige und absolute Unterwerfung sagt unseren eigenen Wünschen wohl zu. Unsern 10 bis 12 Jahre lang bestandenen Kampf durch den Akt, der uns heute krönen zu sehen, ist ein überreichender Anlaß für uns, die Ruhe zu wünschen. Die Unterwerfung kann aber nicht stattfinden, ohne daß wir uns vom „Univers" ein politisches Blatt machen oder es ganz unterdrücken. Das Erste wollen wir nicht, das Andere wagen wir nicht. Um ein rein polnisches Journal zu gründen, muß man Lebensschaften Interessen, Umwissenheit und Unkenntniß der Lebensbedingungen der Gesellschaft haben, die uns fehlen. Ohne das Werk, welches wir gegründet haben, nun ganz zu unterdrücken, dürften wir nicht mehr die Ueberzeugung haben, womit wir es so viele Jahre hindurch, gegenüber so vielen Schwierigkeiten und in so manchen Prüfungen aufrecht erhalten haben; dieses Werk, was heute von einer Autorität, welche wir achten, getadelt wird, dürfte nicht von andern ebenfalls achtbaren Autoritäten gelobt und begünstigt worden sein; wir dürften nicht glauben können, daß dieses Werk nicht nur Gutes hervorgebracht hat, wie der Hochwürdige Erzbischof sagt, sondern daß es auch in Zukunft noch Gutes stiften kann.... Wir werden unsere Sache der unsere Vertheidigung vor den heiligen Stuhl bringen. Bis dahin werden wir uns dem Willen unseres Erzbischofs einstweilen fügen; wir werden uns der Behandlung derjenigen Fragen enthalten, die uns entzogen sind, wir werden uns überhaupt alles Dessen enthalten, was Mißverständnisse erregen könnte, die Rom entscheiden hat. Der Entscheidung des heiligen Stuhles werden wir ohne Aufschub, ohne Zögern, ohne Vorbehalt, ohne Empfase uns sofort unterwerfen, wie sie auch immer ausfallen möge; wir wurden uns freuen, wenn wir Recht gehabt und unsere Gesinnungen gerechtfertigt hätten; wenn wir Unrecht gehabt haben, so werden wir es anerkennen und selbst verdammen."

Vermischte Nachrichten.

Demokratische Agenten aus Nordamerika! In der Nacht vom 7. zum 8. Dezember v. J. wurde aus dem Depositorium des Königl. Kreisgerichts zu Gorzelegen die Summe von 10,000 Thlr. entwendet, ohne daß es gelang, den Thätern das mindeste Diebstahle dringend verdächtigen Arbeiters Busch-Grabe zu ermitteln, der bereits früher mit andern Socialisten nach Amerika ausgewandert, dort ein Mitglied der republikanischen Bureine gewesen, später aber wieder nach Deutschland zurückgekehrt war. Da neuerdings die in Magdeburg wohnende Ehefrau besselben einen Unterstützungs-Consens nachgesucht hatte um, obgleich sie dieser verweigert worden, alle Anstalten traf, ihren Haushalt aufzugeben, und bereits eine große Kiste nach Bremen abgesandt hatte und im Begriffe stand, derselben zu folgen, so lag die Vermuthung nahe, daß der Busch-Grabe dort mit seiner Frau zusammentreffen würde. Der Königliche Polizei-Commissarius Schmidt nach Bremen gesandt, welcher den Busch-Grabe in dem Augenblicke, als derselbe mit dem Bahnzuge von Magdeburg eintraf, und demnächst auch dessen ihn erwartende Frau nebst Kindern und Schwestern, verhaftete. Der Busch-Grabe war mit einem falschen, auf den Namen Schulz aus New-York ausgestellten Passe. Schon unterwegs nach dem Gefängnisse gestand derselbe, daß er nicht blos obigen Diebstahl verübt, sondern auch in Verein mit den Schiffsmaschinisten Bolkel und Jügel und der Ehefrau des Letztern am 29. Juli d. J. der Stadtkasse zu Bremen beraubt habe. Bei der Nachforschung nach den dem Busch-Grabe zugehörigen Effekten wurde in dem Gasthause, wo selbige sich befanden, auch ein gewisser Schmidt aus Magdeburg verhaftet, mit welchem, wie sich später ergab, Busch-Grabe in New-York gewesen und von dort nach Bremen gekommen war. Bei Schmidt fanden sich außer mehreren Gold-

summen auch ein Dolch, ein Dolchmesser und fünf scharf geladene Pistolen, theils sechs-, theils vier-, theils einläufig. Ferner wurden mehrere vergoldete Tage ein von Braunschweig als Passagiergut angekommener Reisesack und Kasten in Beschlag genommen worin sich außer einem sechsläufigen, scharf geladenen Pistol und einem Dolche, sowie verschiedenen von Buch als sein Eigenthum anerkannten Sachen, 2820 Thl. Gold vorfanden. In Folge dieser Beschlagnahme wurden Buch sowohl als Schmidt umfassende Geständnisse in Betreff der Diebstahl in Bremen (von 5000 Thlr. in Gold) und gestand Ersterer außerdem noch eine Reihe von nicht weniger als sechszehn Diebstählen, die er theils allein, theils in Gemeinschaft mit Schmidt verübt hatte wegen deren er nicht zur Untersuchung gezogen sei. Es befanden sich darunter der vor zwei Jahren an der Land- und Stadtgerichts Kasse zu Stendal begangene Diebstahl, sowie ein Diebstahl von 6000 Thlrn. bei den Kaufleuten Gesell und Ebert. Von den Complicen des Buch ist der Bäckel in Bremen gestorben, jeroch seinerzeit flüchtig geworden und auch bereits steckbrieflich verfolgt.

Schwurgerichtsverhandlungen.

⚔ Würzburg, 7. Sept. So schloß denn gestern unser Schwurgericht mit seiner letzten Verhandlung, welche das Verbrechen eines qualificirten Doppelmordes zum Gegenstande hatte. Heinrich Schuhmann 31 Jahre alt, verheiratheter Bauer von Hoffetten bei Gemünden, schuldete der israelitischen Wittwe Löwenthal zu Wiesenfeld ein kleines Kapital von etwa 20 fl. und war in Folge dessen von Gericht executirt und mit Exekution belegt, befand sich mit seinem sonst in nicht sicher Lage, wodurch er beschloß auf das Leben und Geld dieser israelitischen Wittwe Angriff zu machen. Schon vor der Ausführung dieser schwarzen That äußerte er sich bezüglich hierauf gegen mehrere Personen und begab sich am 4. Feb d. J. Vormittags in das Haus der Getödteten mit Mordwerkzeuge und Hammer. Er vermordete die Wittwe und ihre Dienstmagd die ledige Rosa Feuerfeder, wovon er der Ersteren 20 Hammerschläge versetzte und nahm das geraubte Geld, etwa 100 fl., mit sich fort. Ueber 30 Zeugen waren vorgeladen, auch das Alibi des Angeklagten war gegenwärtig. Die Geschworenen bejahten Schuldig über einen qualificirten Doppelmord, begangen aus eigennütziger Absicht, worauf die Staatsanwaltschaft das Gesetz der Todesstrafe anwendete, wogegen die Vertheidigung sich bloß das Bittgesuch an Se. Maj. dem Könige vorbehielt. Der Schwurgerichtshof bestätigte das Urtheil mit dem Bemerken, daß es dem obersten Gerichtshofe zu München vorgelegt werde. Präsident war Ap.-G.-R. Schattmann. Staatsanwalt Ap.-G.-R. Helfrich Vertheidiger Anwalt Warmuth. Der Hr. Präsident sprach am Schlusse im Namen des Gerichtshofes den Hrn. Geschworenen seinen wärmsten Dank aus, für den Eifer und die Beharrlichkeit mit der sie den Gerichtshof unterstützt hatten, und für die Wahrsprüche die sie gegeben. Er entließ sie mit einem herzlichen Lebewohl.

Neuestes.

* Würzburg, 7. Sept. Heute Mittag verließen uns Se. Kgl. Hoheit, Prinz Luitpold, nach einem achttägigen Aufenthalte, um sich auf Abjagdreise, und werden dann nach einigen Tagen in die Pfalz, die Reise fortsetzen.

Bamberg, 6. Sept. So eben t Uhr ist das 2. Bataillon des 15. Infant.-Regiments, welches statt des in die Gegend von Aschaffenburg abmarschirten 2. Bat. des 6. Inf.-Reg. einzelnen hier in Garnison bleiben wird, dahier einmarschirt.

Freiburg, 4. Sept. Gestern fand die Wahl eines Dekans des erzbischöflichen Dompfarrei statt. Es wurde, im zweiten Strutinium, mit 4 Stimmen gegen 2 Hr. Geheimerath und Domkapitular Dr. v. Hirscher zum Domdekan erwählt. Bei den hohen Verdiensten dieses allgemein geschätzten Mannes wird diese ihm zu Theil gewordene Auszeichnung mit Freude begrüßt werden. (N. Z.)

Karlsruhe, 5. Sept. Aus der heutigen Sitzung der zweiten Kammer ist nur eine Anfrage des Abg. Weller hervorzuheben, wad die Regierung in der Angelegenheit der Verpflegungsforderung der schleswig-holsteinischen Statthalterschaft zu thun gedenke? Der Landrath v. Stengel gab die Erklärung ab, „daß diese Sache im Staatsministerium einer ernstlichen Erwägung unterzogen worden sei, und daß die Regierung in Anbetracht der traurigen Finanzverhältnisse, in welchen sich Baden dermalen befinde, das Ansuchen der Statthalterschaft habe abschlagend beantworten müssen."

Stuttgart, 4. Sept. Nachdem der Referent und Korreferent ihre Arbeiten beendigt haben, hielt der Staatsgerichtshof gestern wieder eine Sitzung. So viel über den Stand der Dinge verlautet, soll der Präsident mit ihm drei der Richter der Ansicht sein, die dem Hrn. v. Wächter-Spittler zur Last gelegte Anerkennung der Fortexistirung des deutschen Bundes bei Seite lassen, wogegen die übrigen Richter ihn nicht ohne Rüge schuppen lassen wollen. In nächster Woche soll nun dem Vernehmen nach die öffentliche Sitzung stattfinden, deren Resultat der angeschuldigte Departementschef des Aeußern ziemlich ruhig entgegensehen kann, da es sich jetzt nur noch um eine mehr oder minder ausgesprochene Mißbilligung handeln kann. (K. Z.)

Altona, 3. Sept. Das in dem Gesetzblatte der Herzogthümer Schleswig-Holstein veröffentlichte Patent, die Einberufung der Landesversammlung betr., lautet wie folgt: Nachdem die Wahlen zur schleswig-holsteinischen Landesversammlung, so weit sie nicht durch die im Herzogthum Schleswig obwaltenden Verhältnisse verhindert worden, vollzogen sind, verfügt die Statthalterschaft in Kraft des Art. 85 des Staatsgrundgesetzes vom 15. Sept. 1848, daß die schleswig-holsteinische Landesversammlung wird auf den 9. Sept. d. J. nach der Stadt Kiel. berufen. Die Mitglieder der Versammlung haben an dem gedachten Tage, Vormittags vor 12 Uhr, ihre Ankunft im Departement des Innern anzuzeigen. Kiel, den 31. August 1850. Die Statthalterschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein. Reventlou. Beseler. Boysen. C. A. Jacobsen.

Berlin, 4. Sept. Man will jetzt hier mit Bestimmtheit wissen, daß das Wiener Kabinet in einer vor Kurzem hier eingetroffenen Note den preußischen Vorschlag wegen Abhaltung freier Conferenzen in der deutschen Verfassungsfrage abgelehnt habe.

Berlin, 4. Sept. Das Resultat der bisher vollzogenen Gemeinderathswahlen für die dritte Wählerklasse liegt offiziell vor und zeigte eine totale Niederlage der demokratischen Partei.

T. D. Berlin, 5. Sept. England und Frankreich haben in der deutschen Angelegenheit dahin sich ausgesprochen, daß sie die Herstellung eines gemeinsamen deutschen Zolles wünschen. Die ersteren Vorschläge Preußens sollen als zur Annäherung notwendig und worten sich bei dem engern Rath in Frankfurt nicht vertreten lassen. (T. D.-Z.)

Kopenhagen, 31. August, Abends. Heute Nachmittag 4 Uhr hat hier die österreichische Kriegscorvette „Carolina" von 24 Kanonen, unter Befehl des Commodore Grafen Karoly, Anker geworfen; sie hat die Reise von den Dardanellen bis hierher in 12 Stunden gemacht und ist das erste österreichische Kriegsschiff, das durch den Sund gekommen.

T. D. Paris, 4. Sept. In La Vilette (bei Paris) ist eine bereits fertige Dolchmaschine erpfindet und deren Vorhandensein dadurch entdeckt worden; der Verfertiger derselben ist noch nicht bekannt. — Der Präsident der Republik ist in Lyoneur angekommen. — Nach den hier eingegangenen offiziellen Depeschen haben sich die meisten Generalräthe der 86 Departemente für demnächst folgende Revision der Staatsverfassung ausgesprochen.

C Paris, 4. Sept. „Peuple de 1850" ferdert heute das Volk auf, sich nur bereit zu halten, indem die monarchische Verschwörung sich rüste.

Paris, 4. Sept. Der Minister der Justiz hat, auf Requisition der hessischen Regierung, den Befehl ertheilt, auf den Mörder des Fürsten Lichnowsky und Grafen Auerswad, zu lebenslänglänglicher Zwangsarbeit verurtheilten Peter Ludwig aus Bockenheim zu fahnden, nachdem es demselben gelungen sei, aus dem Gefängnisse zu entweichen und sich nach Frankreich zu flüchten. Sein Signalement, daß heute mehrere Journale bringen, ist an alle Gensdarmeriebrigaden Frankreichs gesandt worden.

Frankfurt, 4. Sept. Fürst, der preuß. Denkschrift über die Wiederherstellung des Bundestags. Nach der Versöhnung Deutschlands war die Bundesversammlung berufen und verpflichtet, die Sicherheit und Unabhängkeit unseres Vaterlandes zu wahren, den Bund in seiner Gesammtheit vorzustellen, und das bestehende Organ seines Wirkens, die Bundesakte zu handhaben. Sie war berechtigt, für die Aufrechthaltung friedlicher und freundschaftlicher Verhältnisse mit den auswärtigen Staaten Sorge zu tragen, Gesandte von fremden Mächten anzunehmen, und im Namen des Bundes solche an sie abzuordnen, Unterhandlungen für den Bund zu führen und Verträge für denselben abzuschließen. Der Bundesversammlung war es übertragen, die auf das Militärwesen des Bundes Bezug habenden militairischen Einrichtungen und die zur Sicherstellung seines Gebietes erforderlichen Vertheidigungsanstalten zu beschließen und zu überwachen, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Die Bundesversammlung übertrugt Namens der deutschen Regierungen die Ausübung dieser ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen an die provisorische Centralgewalt, sie legt sie — in die Hände Ihrer Kaiserl. Hoheit als des deutschen Reichsverwesers — Die deutschen Regierungen, wie nur das wohlverstandene Interesse des Volks kennen und beachten, sie bieten freudig die Mitwirkung zu allen Verfügungen der Centralgewalt, die Deutschlands Macht nach Außen und im Innern begründen und befestigen sollen. Mit diesen Erklärungen sieht die Bundesversammlung ihre bisherige Thätigkeit als beendet an." Nachdem bemselben Fürsten, welche zweimalen hier persönlich vor der Nation gelobt hatte, daß er darauf halten und halten lassen wolle, daß das Bestehen der Bundesversammlung aufhöre, von dieser erklärt worden, daß sie ihm die Befugnisse, welche ihr übertragen geworden waren, Namens der Regierungen übertragen, und sie ihre bisherige Thätigkeit als beendet ansehen, ist von seiner deutschen Regierung ein Akt ausgegangen, welcher auch nur entfernt angedeutet haben könnte, daß sie mit den Beschlüssen vom 28. Juni und 12. Juli nicht einverstanden sei, und daß die Bundesversammlung in irgend einer Beziehung eine rechtliche Existenz behalten oder jemals wieder ausüben solle. Im Gegentheil, das gänzliche Aufhören der Bundesversammlung bestätigende Akte sind von allen deutschen Regierungen vorgenommen. Alle haben ihre Bundestagsgesandten sofort abberufen, und die Mehrzahl hat Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt beglaubigt. Nach diesem, durch den Lauf der Ereignisse verbundenen geschichtlichen Hergang kann es einem halbwegs Zweifel nicht unterliegen, daß durch den Bundesbeschluß vom 12. Juli 1848, in Verbindung mit allem, was ihm vorangegangen und gefolgt ist, die gänzliche Aufhören des Bestehens des Bundestags beabsichtigt, und unter Einverständniß aller deutschen Regierungen herbeigeführt ist. — Der Beschluß der Nationalversammlung vom 28. Juni, nach welchem mit dem Eintritt der Centralgewalt das Bestehen des Bundestags aufho-

ren solle, war allen deutschen Regierungen bekannt, und nun erklärte, nachdem das neue gesetzliche Organ des Bundes, der Reichsverweser, feierlich gelobt hatte, daß er dies halten und halten lassen wolle, die Bundesversammlung, Namens der Regierungen, ohne alle Reservation, daß sie die Ausübung ihrer Funktionen ihm überlasse und ihre höchste Thätigkeit als bereit ansehe. Hiernach liegt formell und materiell unangreifbar der Act definitiver Auflösung und Aufhebung des bisherigen Bundesorgans. Ein staatsrechtliches Bedenken steht dem nicht entgegen. Von keiner Seite ist behauptet worden und wird behauptet werden können, daß die Bundesversammlung durch den Beschluß vom 12. Juli die ertheilenen Instructionen der Regierungen überschritten habe. Die Wiener Schlußacte erklärt im Art. VII. der Bundesversammlung für die bestimmte verfassungsmäßige Organ des Willens und Handelns des Bundes. Wie diese Bestimmung aber nur durch den einstimmigen Willen aller deutschen Regierungen eine gültige Kraft erhalten, so verliert sie auch durch den einstimmigen Willen aller Regierungen, und hat sie auf diesem Wege verloren. Sollte aber behauptet werden, die Regierungen hätten zur Institution der Bundesversammlung die Macht gehabt, nicht zur Abolition, und hat sich der ersteren die Nation auf das Fortbestehen der Bundesversammlung ein Recht erworben, so wurde im vorliegenden Falle die Frage sich erledigen, da die Nation durch das Organ, welches auch von dem k. k. öfterr. Bundestagsgesandten (in der Sitzung vom 29. Juni) das gesetzliche genannt worden, ihre vollkommenste Zustimmung zu dem Aufhören des Bestehens des Bundestags ertheilt hat. Zwei Jahre hindurch ist von keiner Seite der leiseste Zweifel dagegen angeregt worden, daß die Bundesversammlung im Juli 1848 rechtlich und thatsächlich zu bestehen aufgehört habe. Wie vere Regierungen haben das Gesetz vom 28. Juni 1848 besonders publicirt, unter anderen die kgl. sächsische mittelst Patents vom 17. Novbr. 1848 (G. S. u. Verordn.-Bl. 31. de 1848). Der k. k. österreich. Ministerpräsident bezeichnete daher auch bei dem Verhandlungen über die Einführung des Interim, nämentlich in einem Erlaß an den k. k. Gesandten in Berlin vom 30. Sept. v. J. die Bundesversammlung wiederholt als die ehemalige, welcher Andrau nicht ein provisorisches Aufhören, gleichsam eine Vertagung, sondern eine definitive Auflösung zuvorgekommt. Als das Amt des Reichsverwesers seinem Ende sich nahte, und er demnächst dasselbe niederlegte, ist von keiner Regierung, ohne Ausnahme, weder von den Regierungen, welche jetzt in dem Frankfurter Plenum die Bundesversammlung als rechtlich nur erloschen betrachten, noch von denen, welche in ihr sogenannten Plenum sein gehalten haben, darauf hingedeutet worden, daß das Institut der Bundesversammlung rechtlich noch bestehe, und das erledigte Amt zu übernehmen habe, oder daß sie auch nur wiederherzustellen sei. Alle erkannte, daß nur der einstimmige gemeinsame Wille ein neues Bundesorgan schaffen könne, und vereinigte sich über ein solches. Um so überraschender tritt jetzt die Behauptung hervor, die Bundesversammlung habe rechtlich zu bestehen niemals aufgehört, und es sei Bundespflicht, die Bundesversammlung als fortbestehend anzuerkennen. In den Anlagen der Note vom 10. v. Mts. sind von drei verschiedenen Seiten drei verschiedene Versuche zur Ausführung dieses Satzes enthalten. 1) Die erste Entwickelung der Gründe ist folgende: Zunächst wird die Behauptung aufgestellt: weil Art. 4 der Bundesacte es als ein Grundgesetz ausspreche, daß die Angelegenheiten des deutschen Bundes durch eine Bundesversammlung zu besorgen seien, so sei diese Norm auch immer geltend, wäre es selbst sein, wenn die Bundesversammlung faktisch aufgehoben worden, und die Bundesglieder wurden in solchem Falle die Pflicht zur schleunigsten Wiederherstellung haben.

(Fortsetzung folgt.)

Karlsruhe, 4. Sept. Die Uebereinkunft zwischen der großh. badischen und der kgl. preußischen Regierung wegen Stellung und Verpflegung der kgl. preußischen Truppen im Großherzogthum Baden, vom 1. Oktober 1849 an, und wegen Verlegung der großh. badischen Truppen in preußische Garnisonen, abgeschlossen durch bevollmächtigte Commissarien, ist vom 24. Mai v. J. 1850 datirt, wie folgt: Art. I. Auf Ansuchen der großh. badischen Regierung gibt die kgl. preußische Regierung von ihren Truppen eine Besatzung von circa 18,000 Mann für das Großherzogthum Baden ab, und behält sich vor, dieselbe jederzeit zu vermindern oder ganz zurückzuziehen. Eine Verminderung bis auf 10,000 Mann kann ohne Weiteres, eine gänzliche Zurückziehung der Truppen aber nur nach vorheriger vierwöchentlicher Ankündigung erfolgen. Die Zurückziehung dieser Truppen wird auch auf Verlangen der großh. badischen Regierung ebenfalls nach vorheriger vierwöchentlicher Ankündigung stattfinden. — Art. II. Die großh. badische Regierung stellt für diese kgl. preußischen Truppen a) unentgeltlich: die Montursammern, Handwerksstuben, Exerzier- und Reitplätze, und Arrestlokale; b) gegen Vergütung: 1) Cantiere und Lagerstroh, 2) Feuerung oder in Ermangelung mit Bett, Bettzeug, Möbeln, Holz und Licht, und zwar gegen Vergütung des nach preußischem Reglement für Offiziere, Kriegsbraute, Mannschaft und Pferde festgesetzten Personal- und Stallservices, ausschließlich des örtlichen Zuschlags. 2) Für den Transport von Fuhrwerk abwärts täglich zwei Pfund Brod per Mann. Preußischerseits wird dafür nach dem vierteljährlichen Durchschnittssatze der bei der preußischen Garnisonbäckereien in Mainz erwachsenden Selbstkostenvergütung geleistet. 3) Die Beköstigung der einquartirten Mannschaften, um Aushilfen des Brodes, gegen eine Vergütung von Silbergroschen sechs Pfennig per Mann und Tag. 4) Den gewöhnlichen Tagesbedarf gegen Vergütung der Durchschnittspreise, welche preußischerseits zur Gebührnahme für nicht in Natur erhobene Rationen alljährlich unter Zugrundelegung der laufenden Preise im Inlande festgestellt werden. Der Erlaß an Verpflegung erkrankter Mannschaften mit Speisung, Heizung, Erleuchtung, Waschvermiethung und Arzneiverpflegung. Preußischerseits wird diese Leistung nach dem Durchschnittskostensatze des Garnisonenlazareths in Mainz auf die wirkliche Krankenzahl vergütet. Jener andere, vorstehend nicht genannte Aufwand für die kgl. preußischen Besatzungstruppen wird direkt aus der kgl. preußischen Feldkriegskasse bestritten. — Art. III. Die königl. preuß. Regierung erhält für diese Aushalfe von der großh. badischen Regierung eine Entschädigung, welche für jeden Tag der Anwesenheit der badischerseits für das nach der bisherigen Bundeskriegsverfassung aufzustellende 1½fte Contingent von 7751 Mann Infanterie, 1429 Mann Cavallerie 720 Mann Artillerie, 100 Mann Pionniere, zusammen 10,000 Mann, und für die präsent zu haltenden Reit- und Zugpferde, aufzuerodet werden müßte. Zu diesem Stande sind zu rechnen: die regimentirten Offiziere, und in Abzug zu bringen: die Stäbe und Armeekommien. Eben so kommen in Abzug die vor der dermaligen Reorganisation des großh. Armeekorps schon vorhandenen eine Schwadron großh. badischer Reiterei und das eine Bataillon großh. badischer Infanterie. (Beide nach dem wirklichen Dienststande, an Offizieren, Mannschaften und Pferden.) Dieser Entschädigungsberechnung werden für den ganzen laufenden ordentlichen Aufwand die preußischen Friedenstellsätze zum Grunde gelegt, mit Ausnahme der Brod- und Fourageverpflegung, welche nach den unter H 2 und 4 festgestellten Normen und der Lazarettverpflegung, welche nach Verhältniß der unter H 5 angenommenen Norm berechnet wird. Statt der nach dem preußischen Reglement je nach den Viktualienpreisen wechselnden Verpflegungszuschüsse für die Mannschaften wird ein festbleibender Zuschuß von 1 Sgr. 3 Pf. per Mann in Rechnung genommen. Für die Offiziere werden die tarifmäßigen badischen Gagen in Anlauf gebracht. — Art. IV. Im Fall einer Verwendung der in Baden stehenden kgl. preußischen Truppen für Bundeszwecke werden alle Leistungen für diese Truppen nicht nach Art. II. sondern nach den Bundesnormen vergütet. Die nach Art. III. der Convention zu Berlin vom 30. April 1850 festgesetzte Entschädigung vermindert sich in dem obenbezeichneten Falle die zu dem Grade, daß Preußen für keinen Theil seiner in Baden stehenden Truppen eine doppelte Entschädigung (nämlich aus Bundesmitteln und von Baden) erhalten kann. — Art. V. Da die großh. badische Regierung keine Unterkunftsräume besitzt, um ihr Armeekorps neben den kgl. preuß. Besatzungstruppen in ihrem eigenen Lande vollständig aufzustellen, so gestattet die kgl. preuß. Regierung, daß das badische Armeekorps ganz oder theilweise in preußischen Garnisonen untergebracht und dort zum Dienst verwendet wird. Der großh. badischen Regierung steht es jedoch frei, ihre in preußischen Garnisonen stehenden Truppen ganz oder theilweise zurückzuziehen, damit eine gleiche Anzahl kgl. preuß. Besatzungstruppen in Baden abzulösen und die zurückgezogenen Truppen ebenso, als ob sie noch in Preußen stationirt (conf. den Artikel VII), der Berechnung der nach Art. III zu leistenden Entschädigung in Abzug zu bringen. — Art. VI. Die großh. badische Regierung hat ihre in preuß. Garnisonen stehenden Truppen auf eigene Rechnung zu verpflegen. Sie bezahlt für ihre Unterkunftsräume die kgl. preuß. Reglement festgesetzten ordentlichen Personal- und Stallservice und vergütet für die Lazarettverpflegung der kranken Mannschaften die unter Art. II b 5 gegenwärtiger Uebereinkunft bestimmten Sätze. Sie erhält aber alle Bourbonsvorräthungen, welche sie nach Art. II a in ihrem eigenen Lande für die kgl. preuß. Truppen zur Verpflegung stellt, auch für ihre Truppen in preuß. Garnisonen unentgeltlich. — Art VII. Die Wiederaufstellung des großh. badischen Armeekorps erfolgt in dem im Art. III angenommenen Verhältnisse der verschiedenen Waffengattungen und in der Gesammtstärke von 10,000 Mann nacheinander in zwei Abtheilungen von je etwa 5000 Mann. Die erste dieser Abtheilungen marschirt, sobald sie marschfertig ist, in die preußischerseits für dieselbe bestimmten Unterkünfte. Von dem Tage ihrer Ankunft daselbst vermindert sich die der Entschädigungsberechnung des Art. III zum Grunde liegende Contingentszahl, um die Zahl der in jene Garnisonen einmarschirten großh. badischen Truppen. Von dem Tage an, wo die zweite Haupttabtheilung der neu aufgestellten Truppen in etwa gleicher Stärke in den für sie bestimmten Garnisonen eintrifft, hört die vereinbarte Zahlung einer Entschädigung von Baden an Preußen ganz auf. — Art. VIII. Das vorstehende Uebereinkommen unterliegt der Ratification der beiderseitigen Regierungen, welche, sowie die Auswechslung der Ratificationen, innerhalb der nächsten vier Wochen von heute an erfolgen wird. Die Gültigkeit desselben beginnt in Betreff der Art. I, II und III mit dem 1. Okt. 1849, und es sind hiernach für die Vergangenheit unverzüglich, und hiernach für die weitere Dauer des Uebereinkommens die gegenseitigen Abrechnungen zu pflegen.

Verantwortlicher Redacteur u. Verleger:
Franz v. Kobell.

Leichenkassa-Verein.

Montag den 9. l. Mts.
Vormittag 11 Uhr
findet eine statutenmäßige Plenarversammlung im Gasthofe zum Schwan, und ladet zur zahlreichen Theilnahme ein.

Würzburg, den 5. Sept. 1850.

Der Vorstand.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 71.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schalkhof 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 216. Würzburg, Montag den 9. September. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 6. Sept. Se. Maj. der König haben unterm 27. v. Mts. allergnädigst geruht, den bisherigen interimistischen Geschäftsträger in Paris, August v. Wendland, zu Allerhöchst Ihrem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der französischen Republik zu ernennen.

Das Wesen der Revolution.

Einer Anzeige der Schriften des Donoso Cortes in der „Wiener Zeitung“ entnehmen wir Folgendes: Wie viel Commentare hat nicht das Wort Revolution seit einem halben Jahrhundert, und besonders seit zwei Jahren gefunden? Wie viele Deutungen sind nicht gegeben worden von diesen periodischen Fiebern, die sich steigernd, wiederkehren! In den Augen der Einen ist sie nichts Geringeres, als der Triumph der sich emanzipirenden und sich selbst in Besitz nehmenden menschlichen Vernunft; in den Andern ist sie eine unvermeidliche Mischung von Gutem und Bösem, die man eher regeln als bekämpfen soll. Es gibt Deren, und das sind die Gemäßigsten, für welche sie als eine äußerste, aber unverjährbare Nothwendigkeit, als ein heldenmüthiger Akus volksthümlicher Selbsterhaltung erscheint. Erfüllet treu die Gesetze! werden diese euch zurufen. — Die Gesetze sind die Schutzwehr der Revolution; bestreidigt die Beurtheilte Derjenigen, welche leben, ihr werdet sie entwaffnen, werden Jene dagegen sagen. Don Donoso Cortes strebt nicht dahin, eine Stelle unter diesen Commentatoren einzunehmen. Seiner Ansicht nach sind die Revolutionen eine wirkliche Krankheit, die ihren Ursprung aus der allgemeinen Gährung aller Krankheitsstoffe der Gesellschaft herleitet. Der Keim der Revolutionen, sagt er in seiner Rede vom 4. Januar 1849, liegt in den Wünschen der durch die sie ausbeutenden Tribunen aberreizten Menge. Ihr werdet sein wie die Riesen! dieß ist die Formel der socialistischen Revolutionen gegen die Mittelklassen. Ihr werdet sein wie die Götter! dieß ist die Formel der revolutionären Empörung des ersten Menschen. Seit Adam, dem ersten Rebellen, bis auf Proudhon, dem letzten(?) Gottlosen, ist das die Formel aller Revolutionen . . .“ Das Uebel ist ewig, gewiß, aber wann hat man es je einer solchen Theorie unterworfen sehen, als wäre es eine Gesundheitsvorschrift den socialen Keyser! Ja, in der That, dieser offenkundige Kultus der Einen, diese Schwäche der Anderen für Alles, was den Namen Revolution führt, ist einer der verabscheuungswürdigsten Sophismen unseres Jahrhunderts. Sonnet die Seelen eurer Zeitgenossen: sie werdet darin eine Art von Ehrfurcht, gefärbter Liebe und Empfänglichkeit für diese Bewegungen finden, überall, wo sie hervorbrechen, so wie man jegliche, aus menschlichen Willen entsprungene, männliche That lieht und ehrt. Aber weit entfernt, die aus selbst sich beherrschender, menschlicher Intelligenz entstandene männliche That zu sein, ist nicht vielmehr die Revolution das offenkundige Bekenntniß ihrer Ohnmacht? Was bedeuten am häufigsten die Revolutionen? Ihre klarste Bedeutung ist diese: daß, wo der Mensch bestandig seine Leidenschaftsregierung zu ordnen, zu vervollkommnen, zu erhöhen hat, und durch die regelmäßigen und legitimen Mittel dahin zu kommen verzweifelt, er zu dem Wagnisse heftiger Kampfe, aus welchen das Unbekannte entstehen soll, seine Zukunft nimmt, um sich der Mühe zu entheben, weise zu sein. Er entschädigt sich seiner eigenen Verantwortlichkeit, und bietet sie irgend einer mysteriösen Kraft der Dinge auf: Alea jacta est! ist der Schrei der Ohnmacht, der Unvorsichtigkeit, der letzte Schrei der abdicirenden menschlichen Freiheit. Wenigstens, sagt man, sind die Revolutionen Crochen, in welchen das Leben ausstuhrt, in welchen der allgemeine Foetschritt der Civilisation sich beardeitete. Ganz im Gegentheile aber, sind die Revolutionen wesentlich unfruchtbare Epochen, in welchen alle Thätigkeit aufgehoben ist, wo Alles nur ein erkünsteltes Leben lebt. Setzet nun Euch herum: ist es nicht wahr, daß die Intelligenz ihre Herrschaft verliert, und entmuthigt dahin sinkt, daß sie, an der Zukunft zweifelnd, in sich gekehrt einher schleicht, oder sich in vergängnisser Polemik zerstückelt, ohne Etwas Bleibendes zu ergeugen, anstatt sich auf einen jener Projekte zu verlegen, die das Werkmal des intellektuellen Fortschreitens eines Landes sind. Es ist nicht wahr, daß die Seelen niedersinken unter diesen Schlag auf Schlag folgenden Unglücksfällen, Kümmernissen und Ungewißheiten, daß die Kenntniß sich trüben, Interessen leiden, die Herzen sich erbittern, und daß, je mehr dieser Zustand sich verlängert, desto mehr die Moralität eines Volkes verdirbt, und desto mehr auch die Civilisation selbst ein dunkles Problem bleibt? Weiß man die fruchtbare Stunde der Revolutionen? Es ist die Stunde, wo sie enden. Unglücklicher Weise aber, wenn, heut zu Tage, die Revolutionen in der That besiegt sind, so bleibt doch noch der revolutionäre Geist am Leben, und pflanzt sich durch unsichtbare Kanale fort. — Die Wahrheit zu sagen, war der revolutionäre Geist seichzig Jahren der das böse Fatum unserer Geschichte. Er ist der zu seiner höchsten Macht erhobene Geist des Bösen, der im Großen auf eine Civilisation, auf ein ganzes Land wirkt, seine Grundsätze verderbt, einen Keim des Todes in jedem dieser Versuche legt, mit traniger Unfruchtbarkeit seine Gedanken und seine Bemühungen schlägt und seine Wünsche und seinen Willen fallscher. Will man das Bulletin der Dienste des revolutionären Geistes aufzeichnen, so muß man von Allem sagen, daß man nur an sich in Alles mengt, er das wenige Gute verbindert, das der Mensch noch thun könnte, und ihm alle Hoffnung auf Dauerhaftigkeit benimmt. Hat man ihn nicht vor einem halben Jahrhunderte das Jahr 89 in 93 verwandeln sehen? Man fragt heute, warum Pellico festgeschlagen hat, warum die schreiben Erfolgreichsten Unternehmungen so auffallender Weise gescheitert sind; das kommt daher, weil der revolutionäre Geist der Taufe der neuen Regierungsformen beiwohnte. Ist er nicht immer bereit, berauscht er nicht alle Augenblicke die gerechten nationalen Gefühle, die gesetzlichen Anforderungen, um sich ihrer zu bemächtigen; lauert er nicht an jedem Seitenwege, um die Stunde zu erhaschen, wo er in die Realität gewaltsam einbrechen konnte? Man erhebt zuweilen laute Klagen über seine Uebervumpelungen, als ob das Uebervumpeln nicht der eigenthümliche Triumph des revolutionären Geistes wäre. Man rechne nur in Europa alle heldenmüthigen und gerechten Interessen zusammen, die er zu Boden geworfen und gewordet hat, indem er sie verfälschte oder das gläubige Interesse lähmte, das sich daran knüpfen konnte. Man sehe, was er aus Italien, aus Venedig, dem unglücklichsten und reinsten seiner Sühnopfer, aus dem großherzigen und unglaubigen Polen, dem es unter uns gelungen ist, sein malerisches Waterloo zu geben! Selbst die Sache der Vereinigten hat er weniger heilig gemacht. Man zahle die edlen politischen Ueberzeugungen, die er mit unfehlbaren Schlägen getroffen hat, die er so sehr geschändet hat, daß man sie jetzt einzugestehen fürchtet! Und diese schöne Repräsentir-Regierung, die nun ein ferrer Traum und das Lebensziel vieler Seelen bleibt, und die noch nichts anderes, als die gesetzliche Intervention der Menschen in der Leitung ihrer eigenen Angelegenheiten wäre; man frage sich wohl, die Hand auf's Herz, was daraus geworden ist, ob sie nicht in der Dichtung mehr als eines verunstaltigen und besonnenen Mannes gefunden ist, ob sie nicht auch von jenem Uebel ergriffen worden ist, das der revolutionäre Geist erzeugt. „Wenn die Repräsentir-Regierungen von mäßigen Verhandlungen leben, sagt Don Donoso Cortes in seiner Rede vom 30. Januar 1850, so sterben sie an endosen Verhandlungen. Ein großes Beispiel ist uns heran gegeben worden, wenn ja Beispiele und Erfahrungen von einigen Nutzen sein können. Drei konstituirende Versammlungen haben sich zu gleicher Zeit in Deutschland gebildet: eine zu Wien, die andere zu Berlin, die dritte in Frankfurt. Die erste ist an einem kaiserlichen Dekrete gestorben, ein königliches Dekret tödtete die zweite. Was ist aber aus der Frankfurter Versammlung geworden, die aus den ausgezeichnetsten Gelehrten, aus den größten Patrioten und den gründlichsten Philosophen zusammengesetzt war? Wie erbärmlich die Welt einen erhabenen Sinn und ein klägliches Ende. Ein allgemeines Urtheil hat sie verdammt, gegen ein allgemeines Urtheil hat sie gekämpft, gegen ein allgemeines Urtheil hat sie gestorben. Dies ist die Geschichte der deutschen Versammlungen. Und warum sind sie so gestorben? Weil sie nichts vollbracht haben, uns Nichts vollbringen ließen, weil sie nicht zu regieren wußten, und auch nicht haben regieren lassen, weil, während eines langen Jahres, jene endosen Erörterungen Nichts hervorgebracht haben, als ein wenig Rauch.“ Das ist das Werk des revolutionären Geistes, und es ist nicht zweckloß, wenn man diese Erfahrung überall in Erinnerung bringt, wo nur irgend Versammlungen bestehen.

Deutschland.

Frankfurt, 7. Sept. Der allgemeine deutsche Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit ist

eit den 5. d. M. zu einer Generalversammlung hier wieder anwesend. Fürst Felix zu Hohenlohe-Oehringen wurde in der gestrigen Sitzung einstimmig zum Präsidenten wieder erwählt; hauptsächlich geschah mit den Vierpräsidenten Commerzienrath Degenkolb und Regierungsrath Dr. Steinbeis, so wie mit den übrigen Büreaumitgliedern. In den wichtigsten, auf der Tagesordnung stehenden Angelegenheiten, welche zur Verhandlung kamen, gehört die deutsch-österreichische Zoll- und Handelseinigung, für deren Verwirklichung der Verein nach Kräften und Umständen thatig ist.

Kassel, 6. Sept. Der bleibende landständische Ausschuß hat folgende Erklärung veröffentlicht: Durch das Finanzgesetz vom 5. April v. J. war der Staatsdebarf für das Jahr 1849 ermittelt und bewilligt. Dessen Ermittelung und Bewilligung für eine spätere Zeit hat nicht stattgefunden. Die Regierung hat, dies zu bewirken, nicht einmal den Versuch mit der letztausgeschriebenen Ständeversammlung gemacht. Dieselbe begehrte deßhalb eine weitere Steuerverwilligung. Die Ständeversammlung glaubte darauf nicht eingehen zu können, weil für 1850 kein Ausgabebudget bewilligt, kein Zweck, zu welchem die Steuern verwendet werden sollten, von der Regierung abgegeben war. Sie zeigte sich aber zur Verbietung sonstiger Nachtheile bereit, in die Erhebung der früheren indirekten Abgaben zu willigen, damit deren Auflommen einstweilen aufbewahrt werde, bis der Staatsbedarf für das Jahr 1850 und 1851 durch ein Finanzgesetz ermittelt und bewilligt sein werde. Eine Verordnung vom 1. d. M. nennt das einen Verfassungsbruch, zu welchem sich die Ständeversammlung habe hinreißen lassen; sie bezeichnet das als den ersten Schritt zur Rebellion und hat dadurch den ganzen Bestand der Verfassung in Frage gestellt. Diesen in Frage zu stellen, würden wir aber als den alleinigen Zweck des Ministeriums bei seinem ganzen Verhalten seit Februar d. J. ansehen. Es ist und nicht überraschend gewesen, für das eigene Unternehmen das Verfahren auf die Ständeversammlung zu werfen. War es doch so am leichtesten, den Vorwand für die Behauptung zu finden, daß die verfassungsmäßigen Gesetze zur Erhebung der ernstlich bestrittenen Abgaben vorgängig durch besondere Ausnahmsmaßregeln nothwendig geworden seien. Als eine solche hat die gerügte Verordnung die sofortige Erhebung der durch das Finanzgesetz vom 5. April v. J. zur Bestreitung der Staatsausgaben dem Finanzministerium überwiesenen Steuern und Abgaben angesehen. Diese waren aber nur für das Jahr 1849 bewilligt und konnten daher jetzt nicht mehr erhoben werden, sie hatten nur die Bestimmung, den ermittelten und bewilligten Staatsbedarf jenes Jahres zu decken und konnten daher nicht zum Behufe einer sonstigen Verwendung erhoben werden. Zufolge §. 146 der Verfassungsurkunde soll in den Verordnungen über Ausschreiben, welche Steuern und Abgaben betreffen, die landständische Bewilligung besonders erwähnt sein, ohne welche kein Erheber zur Einforderung berechtigt und kein Pflichtiger zur Entrichtung schuldig ist. Die Verordnung vom 4. d. M. erwähnt einer landständischen Verwilligung nicht, entspricht daher keinesweges den Erfordernissen des §. 146 der Verfassungsurkunde; die Hinweisung auf §. 95 der letztern ersetzt solchen Erforderniß nicht, da diese Bestimmung die Steuererhebung nicht betrifft. Obnehin hat unsere Justimmung, — die ungerechten Verhandlungen ergeben es, — bei Anordnung der am 4. u. M. getroffenen Maßregeln lediglich Hindernisse gefunden; es ist diese Maßregel ganz unbekannt geblieben und die entgegenstehende Behauptung der Verordnung ist unbegründet. Keineswegs haben wir unsere Zustimmung zu jener Maßregel ertheilt. Es war nicht die Ständeversammlung, sondern das Ministerium, das sich von den Vorschriften, welche den geschehen Gang des Staatsbedarfs bedingen, losgelöst, die Landstände waren sehr geneigt, die zur Deckung des Staatsbedarfs nothigen Steuern zu bewilligen, sie wurden aber aufgefost, als sie mit dessen Ermittelung und mit der Bewilligung der Steuern für den Staatsbedarf sich beschäftigen wollten. Jetzig soll nach den Vorschriften der Verfassungsurkunde den Landständen der Voranschlag der Staatseinnahmen und Ausgaben vorgelegt, dadurch die Nothwendigkeit der zu machenden Ausgaben nachgewiesen u. das Bedürfniß der vorgeschlagenen Abgaben gezeigt werden. Als aber die neugewählte Ständeversammlung wieder berufen war, legte das Ministerium keinen Voranschlag vor und erklärte, einen solchen zur Zeit wenigstens nicht vorlegen zu können, unterließ gänzlich, das Bedürfniß von Abgaben zu zeigen. Damit stellt es sich selbst außerhalb des Bereichs der Verfassungsurkunde. Es will uns nicht anders vorkommen, das Ministerium auf diesem Wege fortschreiten zu sehen, um Stück für Stück die verfassungsmäßigen Rechte des Landes zu vernichten und so allmälig den endlichen Zweck einer gänzlichen Zerstörung der Verfassung zu erreichen. Auf unserer Seite war erste Pflicht zur Rebellion erfolgt ist, war die Sicherheit des Staates gefährdet hat, brauchen wir nicht anzudeuten; aber entschlossen sind wir, seit entschlossen, die Verfassung zu schützen, soviel in unseren Kräften steht. Mit Zuversicht hoffen wir darin auf die Beistimmung und die Unterstützung aller Burger des Staats, und wenden uns zur ersten Pflicht zur Rebellion erfolgt ist, nicht bloß zur Beobachtung, sondern auch zur Aufrechthaltung der Landesverfassung nach besonderer eidlich bekräftigt haben. Wir erwarten zunächst mit Sicherheit, daß kein Erheber Steuern oder Abgaben erheben wird, die nicht auf einem Ausschreiben oder einer Verordnung beruhen, worin die landständische Verwilligung ausdrücklich erwähnt ist, und brauchen nicht zu versichern, daß wir, wenn dagegen dennoch gefehlt werden sollte, von dem uns durch §. 61 der Verfassungsurkunde eingeräumten Rechte der Anklage gegen den betreffenden Staatsdiener Gebrauch machen werden.

Kassel, am 5. Sept. Der bleibende landständische Ausschuß: Schwarzenberg. Grafe. Keller. Bayhoffer. Henkel.

Kassel, 6. Sept. Wir sind im Stande, darüber zuverlässige Mittheilung zu machen, daß nunmehr fast alle hiesigen Oberbehörden, namentlich die Direktion der Hauptstaatskasse, die Oberfinanzkammer, das Oberseeruselsegium, die Oberjustizbehörden, die Ober-Berg- und Salzwerksdirektion, das Oberforstkollegium, die Bezirksdirektion, das Consistorium, und nach ausführlicher Berathung am jüngsten Nachmittag auch das hiesige Obergericht, die Verordnung am 4. d. M. in Betreff der Forterhebung der Steuern und Abgaben für eine verfassungswidrige und daher nicht vollziehbare erklärt haben. Dieselben haben, mit Ausnahme des Obergerichts, ihren vorgesetzten Ministerien demgemäße Anzeigen gemacht und unter Darlegung der Gründe in den Berichten erklärt, daß sie der genannten Verordnung keine Vollziehung zu geben vermochten. (N. H. Z.)

Mitag, 8. So eben haben die sämmtlichen oberen Verwaltungs- und Finanzbehörden zu Kassel weitere Schritte im Interesse der öffentlichen Ordnung gethan und in Immediateingaben an den Kurfürsten aus der offenbaren Verfassungsverletzung des Ministeriums dringende Veranlassung genommen, Se. königl. Hoheit darauf aufmerksam zu machen, daß die Krone und das Land durch verfassungswidrige Anträge schwer gefährdet sei, auch die allerunterthänigste Bitte hinzugefügt, diesem verderblichen Zustande ein Ende zu machen.

Neuestes.

* **Würzburg**, 8. Sept. Heute wurde das hohe Namensfest Ihrer Majestät unserer allergnädigsten Königin Marie in der würdigsten Weise begangen. Schon vor Tagesanbruch verkündete der Donner des Geschützes den hohen Festtag. Um 10 Uhr war in unserer Kathedrale ein feierliches Amt, dem sämmtliche Civil- und Militär-Autoritäten beiwohnten. Alles hier garnisonirende Militär, so wie die Landwehr erschienen zur festlichen Parade und die hiesige Einwohnerschaft nahm den lebhaftesten Antheil. Zu bedauern war nur, daß die Parade auf dem Hofplatze wegen ungünstiger Witterung nicht stattfinden konnte.

In Straubing kam bei dem Schwurgerichte eine furiose Verhandlung vor. Eine Gesellschaft von Gaunern aus der Gegend von Bitesbuch ließen sich beifallen, ein improvisirtes Landgericht zu spielen. Der eine spielte den Landrichter, ein zweiter den Assessor, ein dritter den Gerichtsschreiber, ein vierter den Schreiber ꝛc. Sie nahmen Kauf- und Heirathsverträge auf, unter andern wandelte der Pfarrer-Landrichter einen Pfeilgaul um, der einem Bauern zu Stockreigel zuerkannte, die auf vieles Bitten des Bauers durch Geld, welches er baar auszahlte, der Prügel z ß., abgelöst wurden. — Der durch das Regierungsblatt nicht veröffentlichte Landrichter erhielt seine definitive Anstellung auf 20 Jahre im Zuchthause.

Ansbach, 3. Sept. Wegen trefflicher Führung Bataillon des 7. Infanterie-Regiments ein, um über hier nach Schweinfurt zu marschiren. Dieses Bataillon bildet den Ersatz der ins Lager der Rheinarmee gegangenen Schweinfurter bestimmten Militärabtheilung.

Landau, 4. Sept. Die Unterossiziere des 3. Infanterieregiments haben als Beweis ihrer Hochachtung, Liebe und Verehrung dem Herrn Oberleutenant und Regimentsadjutanten Eduard von Helingrath am 1. d. MS. in Karlsruhe bei dessen dort stattgehabter Vermählung einen wertvollen und sehr geschmackvoll gearbeiteten silbernen Pokal mit einer auf diese Feierlichkeit bezüglichen Denkschrift und zwei silbernen Serviettenbänder übersendet.

Frankfurt, 5. Sept. Der Inhalt der im heutigen Hauptblatte Nr. 213 der „Oberpostamtszeitung“ mitgetheilten telegraphischen Depesche von Berlin ist sicher die Erfindung eines mit dem Bundesrechte wenig vertrauten Kopfes; denn eine Vertretung Preußens und Englands beim engern Rathe, in Frankfurt wäre ein diplomatisches Absurdum, das deßhalb niemals verlangt und also auch nicht abgelehnt werden wird. — Auch ist am 2. d. M. nicht eine Abtheilung der Bundesversammlung — der engere Rath — sondern die ganze Bundesversammlung wieder in die Ausübung ihrer Rechte getreten; die Gesandten auswärtiger Mächte werden bei dem deutschen Bunde accreditirt, nicht beim engern Rathe, und die Creditive werden bei der Bundesversammlung übergeben, nicht beim engern Rathe als solchem. (F. O.-Z.)

Karlsruhe, 7. Sept. In naher Zeit wird unsere 2. Kammer über die Einberufung des Abg. v. Isstein berathen. Sie wird verneinen, daß sich die Kommission mit 5 gegen 2 Stimmen gegen die Einberufung erklärt. Auch in der Kammer dürfte sich wahrscheinlich ein ähnliches Verhältniß ergeben. (B. L.)

Freiburg, 6. Sept. Se. Excellenz unser hochwürdigster Hr. Erzbischof Dr. Herrmann v. Wikari befindet sich gegenwärtig auf einer Reise nach Rom.

Kassel, 7. Sept. Nach den Mittheilungen der „N. H. Z.“ haben sich sämmtliche hiesige Oberbehörden, mit Einschluß des hiesigen Obergerichts, die Verordnung vom 4. d. M., in Betreff der Forterhebung der Steuern und Abgaben, für eine verfassungswidrige und daher nicht vollziehbare erklärt.

Wien, 4. Sept. Mehrere Blätter des In- und Auslandes bringen bereits aus sogenannter „zuverlässiger Quelle“ Mittheilungen über den Gegenstand und die Beschaffenheit der zu Ischl stattgehabten Besprechungen. Wir dürfen die Versicherung aussprechen, daß alle derartigen Angaben auf rein willkührlichen Voraussetzungen beruhen, indem die Resultate jener Berathungen nur von Männern des intimsten Vertrauens gekannt werden, und der geeignete Zeitpunkt zu deren Veröffentlichung noch nicht erschienen ist. Dieß glauben wir im Interesse des leitungslosenden Publikums, welches das Wahre vom Falschen, das

Begründete vom militairischen Erfonnenen nicht zu unterscheiden in der Lage, erwähnen zu sollen.

(D. C.)

Wien, 5. Sept. In Bezug auf die Reorganisirung der Armee erfährt der „Soldatenfreund" folgende Vorschläge, welche allerd. Vieo genehmigt worden sein sollen: Die schwere Cavallerie erhält weiße Röcke, russisch grasse enge Hosen und hohe Stiefel; gelbmalirte deutsche Cavallerie behält die Helme, jedoch ohne Kammaquaschen; die Husaren erhalten kraprothe Weinkleider, und die bisherigen schwarzhochgethen Czako werden ebenfalls kraprothe. — Die Czakos der Infanterie und die Helme der Cavallerie erhalten statt der Cocarden und des Schildes den kais. Adler; endlich werden bei den Jägern statt den bisherigen Cocken die Calabreser-Hute eingeführt.

Berlin, 6. Sept. Die franz. Regierung hat dem hiesigen Hofe wie dem zu Wien mitgetheilt, daß die namhaftesten demokratischen Flüchtlinge sowohl zu Paris wie zu London Zusammenkunfte gehalten, in welchen berathen worden sei, für die nächste Zeit nur thätig zu sein durch Verbreitung revolutionärer Flugschriften. Es ist dies der Plan, der bereits im Frühjahr festgestellt wurde, und auf den wir damals sofort aufmerksam machten. Die Verbreitung soll hauptsächlich von Hamburg aus erfolgen sei. (Pr. Pr. Z.)

Königsberg, 4 Sept. Gestern ist der bekannte demokratische Agitator Grünhagen wegen öffentlicher Schmähreden gegen die christliche Religion, die er in einer Versammlung des Arbeitervereins ausgestossen, und wegen wörtlicher Beleidigungen gegen einen Gerichtsboten um gegen das Staatsgericht von der Kriminaldeputation des Kreisgerichts zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Kopenhagen, 4. Sept. „Kjevenhavnsposten" enthält folgendes: Gestern sind die dänischen Nationalitätsanerkennten des Friedens, eine für Preußen und die andere für jeden der mit Preußen unirten deutschen Staaten abgezogen.

London, 3. Sept. Aus Australien ist die Nachricht eingetroffen, daß sich eine Bewegung zur Lostrennung von England zu organisiren beginne.

London, 4. Sept. G.F.J. Havnau ist hier angekommen. — Hr. Reid, der den unterseeischen Telegraphen zwischen England und Frankreich hergerichtet, will nach zwei andere zwischen Irland, Schottland und England anlegen.

London, 5. Sept. General Feitzjamessier Baron v. Dupnan ist von einem Wolksbaufen schwer mißhandelt worden.

Von der französischen Grenze, 5. Sept. Die Eisenbahn von Bayo nach Chalons ist heute feierlich eröffnet worden. Es ist dadurch nun möglich, innerhalb 24 Stunden von Strasburg nach Paris zu reisen.

Paris, 5. Sept. 6. Sept. Der Präsident Bonaparte erklärte bei dem ihm zu Ehren gegebenen Festmahl in Caen, daß er gewigt sei vom Volke eine neue Last auf sich zu nehmen, wenn dasselbe ihm solche überträgt. Er ist bereits in Chebourg angelangt. — Von den 86 Generalräthen der Departements haben sich bis jetzt 70 für vermehrtige Revision der Staatsverfassung ausgesprochen.

Madrid, 1. Sept. Die Wahlen sind durchgehens conservativ ausgefallen.

Frankfurt, 4. Sept. Schluß der preuß. Denkschrift über die Wiederherstellung des Bundestages. Dieser Satz spricht aus, daß die deutschen Regierungen, welche jenes Grundgesetz gegeben, keine Befugnisse gehabt hätten, es wieder aufzuheben; er widerspricht der bekannten Rechtsregel, daß Gesetze von derselben Autorität nur unter denselben Maßgaben aufgehoben werden können, unter welchen sie gegeben worden. Faßt man aber jenen Artikel unter den Begriff einer Vertragsbestimmung, so ist eben so bekannt, daß der übereinstimmende Wille der Paroicenten jede Vertragsbestimmung aufheben kann. Im übrigen mag wegen jener beweisloser Behauptung auf das schon oben deshalb Bemerkte Bezug genommen werden. Es wird fortgefahren: der Fall, diese allgemeine Verpflichtung geltend zu machen, liege nicht vor, weil durch keine der den letzten Jahren angehorigen Ereignisse ein Moment dargeboten werde, aus welchem man zu entnehmen befugt wäre, daß die rechtliche Existenz des bundesverfassungsmäßigen Organs aufgehoben sei: nur thatsächlich habe die Bundesversammlung durch die gestrittenen Bewegungen des Jahres 1848 zu bestehen aufgehört. Hierauf ist zu erwidern: jener rechtliche Moment der Aufhebung der Bundesversammlung war der an ihr selbst am 12. Juli 1848 ausgesprochene Wille der Regierungen, über deren Beseitigung der oben erwähnte geschichtliche Zusammenhang keinen Zweifel läßt, ein Beschluß, in der feierlichsten Weise ohne allen Vorbehalt erklärt, unter Umständen und nach Vorgängen, welche jede andere Auslegung ausschließen. Die bloße thatsächliche Fortdauer erkennt in dem Bundesbeschlusse vom 12. Juli 1848 ein solches rechtliches Moment nicht an, weil die Bundesversammlung die „Ausübung" verfassungsmäßiger Befugnisse und Verpflichtungen an die provisorische Centralgewalt übertragen habe, und die Beseitigung ihrer Thätigkeit nur eine Folge dieser Uebertragung gewesen sei. Jene Behauptung, Thätigkeit hange mit der „Ausübung der Befugnisse" so nothwendig zusammen, daß wenn die „Ausübung" in der andern Hand aufhore, dem Wiederbeginne in der eigenen nichts entgegenstehe. Es komme deshalb Alles darauf an, was die Uebertragung der „Ausübung des Rechtes" bedeute. Diese setzen Verschiedenheit, noch weniger könne die „rechtliche Existenz des Inhabers des Rechtes dadurch also vernichtet angesehen werden, daß er die Ausübung seines Rechts übertrage. Nur von der eigenen Ausübung trete der Inhaber zurück. Dies gelte um so mehr, als der Uebertragung nur an eine provisorische Organ, und nachdem nur provisorisch geschehen sei. Es ist bekenntlich, da wo die Thatsachen laut reden, so wie es in dieser Ausführung geschieht, die Worte zu drücken. Wie verträgt sich, wenn man zu solcher Interpretation greift, mit ihr, daß in der beschlossenen Anrede selbst von Rechten, Befugnissen, Verpflichtungen die Rede ist, welche zugestanden und obgelegen haben, nicht, welche zustehen und obliegen? Wie wenig Nachdruck und Bedeutung man am 12. Juli 1848 auf das Wort „Ausübung" lege, welchem jetzt nachträglich eine entscheidende Kraft beigemessen werden soll, zeigt, daß eben damit selbst sich freie Worte in der Anrede an den Reichsverweser bedeute, der k. k. österreich. Bundestagsgesandte v. Schmerling, bei einer gleich wichtigen ganz deutschen Gegenstand betreffenden Veranlassung jenes Wort nicht gebraucht. In einer Note von demselben Tage, kündigte er das Ereignis den Bundesgenossen mit, „daß die Mission, mit der Sie Ihn Namen der provisorischen Centralgewalt übertragen." Hier setzt sich an „Uebertragung". Ist es denkbar, daß ob bei solcher Veranlassung ungelassen worden wäre, wenn ihm damals die Möglichkeit gegeben wäre, welche ihm jetzt nachträglich beigelegt wird? Es kommt aber darauf, ob dies oder jenes Wort richtig gebraucht worden, gar nicht an. Es kommt sogar zugegeben werden, daß, genau genommen, in der Uebertragung der Ausübung von Rechten gesprochen werden konnte. Das ganze Argument beruht nämlich auf einem Mißverstaunnis über das Rechtsverhältniß. Es wird angenommen, daß die Bundesversammlung der „Inhaber" von Rechten gewesen sei, welche sie nicht verlieren könne, wenn in dem, welchem sie die Ausübung übertragen, die Fähigkeit zu dieser erlösche. Die Bundesversammlung hatte aber überall gar keine eigenen Rechte, sie hatte selbst als ein Organ der Regierungen nur die „Ausübung" von solchen, deren Inhaberin nicht sie war, sondern deren Inhaber die Regierungen waren.

Wenn sie die ihr übertragene Ausübung von Rechten wiederum andern Händen zur Ausübung übertrug, so gab sie alles weg, was sie selbst besaß, und gab sich eben damit rechtlich und factisch selbst auf. Eine rechtliche Existenz als Inhaberin jenen Rechte behielt sie nicht, eben weil ihre Rechte, nicht sie, der Mandatarin, sondern den Regierungen zum Mandate zustanden. Und die Ausübung des provisorischen Verwaltens aufhörte, gingen die Rechte selbst freilich nicht unter, sie sielen allerdings zurück, aber nicht an ein früher bestandenes Organ, sondern an die Mandanten, die Regierungen. Dies ist denn auch nach dem Zurücktreten des Reichsverwesers der Fall. Die Regierungen haben sich anderweit über ein neues Bundesorgan geeinigt. Sollte aber die Meinung die sein — welcher dann freilich der genauere Ausdruck fehlte — die Bundesversammlung sei das dauernde Organ für die Ausübung von Bundesrechten, sie habe nur provisorisch diese Ausübung übertragen, und diese müßte nach dem Erlöschen des Provisoriums an sie zurückfallen, so wäre dabei übersehen, daß die Bundesversammlung für sich gar nichts übertragen hat und nichts übertragen konnte, sondern daß die Uebertragung, wie die Sache so auch den Worten nach, „namens der Regierungen" stattfand, und daß nach dem Erlöschen des Provisoriums nicht der Bundesversammlung ohne Weiteres die Wiederannahme der Befugnisse, sondern den Regierungen, welche einstimmig ihr die Geschäfte abgenommen haben, die freie, durch keine Majorität zu hindernde Entschließung zustehe, ob sie jene Geschäfte einer Bundesversammlung wieder übertragen wolle oder nicht. Mit diesem Satz fällt die ganze Argumentation zusammen. Wenn nun noch behauptet wird, der Bundesversammlung sei auch während des Provisoriums die ganze legislatorische Wirksamkeit geblieben, so kann man mit Recht fragen, wo denn die Bundesversammlung gewesen, welche sie hätte üben sollen? Als Grund, daß sie sie nicht geübt, werden in der bestrittenen Ausführung die Uebergriffe der Nationalversammlung bezeichnet, aber wenn eine Bundesversammlung überall nach existent gewesen wäre, so hätten gerade diese Uebergriffe Grund einer Wirksamkeit werden müssen. Und die legislatorische Thatigkeit sollte es in jener Zeit an einem gesetzlichen Organ, wie es auch heute noch daran fehlt. Es ist aber nicht schlüssig, daraus, daß für einen Theil der Thatigkeit eines unterzugeordneten Organs ein anderweitet nicht bestellt worden, folgern zu wollen, daß jener Untergang selbst nicht stattgefunden habe, wenn er sonst unzweifelhaft ist. Dies ist aber, wenn, wie in der obigen Darstellung, der Beschluß v. 12. Juli 1848 in seinem ganzen geschichtlichen Zusammenhange betrachtet wird.

— Ein anderer Grund wird in der bestrittenen Ausführung nach dem § 3 der Convention vom 30. Sept. 1850 entnommen. Es lautet: „Während der Interims bleibt die deutsche Verfassungsangelegenheit der freien Vereinbarung der einzelnen Staaten überlassen. Dasselbe gilt von den nach Art. 6 der Bundesakte dem Plenum der Bundesversammlung zugewiesenen Angelegenheiten." Hieraus soll folgen, daß, weil diese nur während der Interims getilgt, nach Ablauf der für dasselbe geordneten Zeitfrist nothwendig das Gegentheil eintreten müsse. Wollte man den Schluß e contrario zulassen, so würde er nicht, wie willkürlich vorausgesetzt wird, die Rückkehr in den alten Bundeszustand als Resultat geben. Der Schluß e contrario gilt nur dann, wenn der andere, der denn er wurde dahin gehen, daß die Verfassungsangelegenheit nach dem Ende des Interims nicht weiter der freien Vereinbarung überlassen sein solle, wahrend grundgesetzlich keine Verfassungsveränderung ohne allseitige freie Zustimmung zu irgend einer Zeit stattfinden darf. Der klare Sinn jenes Satzes hat eine ganz andere Bedeutung. Die im § 4 der Convention ausgesprochene Absicht, das Interim nöthigenfalls über die ursprüngliche Frist zu vertangern, zeigt, daß der Gedanke zum Grunde lag, das Interim werde dauern, bis eine definitive Einigung über die Ver-

fassung zu Stande gekommen sein werde. Da die Competenz der Centralkommission die Verfassungsangelegenheit und die dem Plenum vorbehaltenen Geschäfte nicht umfasste, und es nicht in der Absicht lag, sur brides gar keine Vorlage zu treffen, so wurde die Bestimmung des § 3 der Convention getroffen. Ueber das, was nach Ablauf des Interim geschehen werde, hat dadurch nicht entfernt vorgegriffen werden sollen. Der Werth dieses Argumentes kann nach dem Vorstehenden auf sich beruhen. 2) Eine anderweite, in den Anlagen enthaltene Ausführung betrifft wesentlich die politische Seite der Sache, welche nicht Gegenstand dieser Druckschrift ist. Jene Ausführung schliesst sich den hier obenbezeichneten an und bringt nur beiläufig eigene von ihnen verschiedene bei. Der erste ist der, es werde unerschüttertlich an dem Grundsatze festgehalten, das das Bestehen des deutschen Bundes ohne eine Verfassung und ohne ein gemeinsames Organ nicht denkbar sei. Hiernach müsse man es aber zugleich als eine Pflicht aller jener hieses und deutschgesinnten Vereines betrachten, die vertragsmäßig eingehörte Verfassung so lange anzuerkennen und zu brobachten, bis auf gesetzlichem Wege eine neue zu Stande gekommen sein werde, und nicht minder dafür Sorge zu tragen, daß der Bund eines rechtmäßigen Centralorgans nicht ermangle. Diese die Erfüllung dieser beiden unerlässlichen Bedingungen der Existenz des Bundes sei auch eine Anerkennung der Giltigkeit der Bundesverträge und der aus ihnen hervorgegangenen Rechte und Pflichten nicht denkbar, da die Bundesverfassung den Inbegriff dieser Rechte und Pflichten feststelle und die Gesterndmachung der einen, wie die Erfüllung der andern nur durch das verfassungsmäßige Organ des Willens und Handelns der Gesammtheit geschert zu werden vermöge. Schon der Vorbersatz dieser Ausführung, daß das Bestehen des deutschen Bundes ohne ein gemeinsames Organ seinen Willens und Handelns nicht denkbar sei, ist unrichtig. Die Geschichte widerlegt ihn. Der deutsche Bund hat vom Juni 1815 bis zum Herbst 1816 bestanden ohne eine Bundesversammlung, ohne ein gemeinsames Organ seines Willen und Handelns. Desterreich hat wie alle übrigen Regierungen in dieser ganzen Zeit die Giltigkeit der Bundesverträge und der aus ihnen hervorgegangenen Rechte und Pflichten anerkannt. Die Behauptung, daß ohne Bundesorgan die Existenz des Bundes und die Anerkennung der Bundesverträge undenkbar sei, erweist sich also, da der Bund unter Anerkennung der Bundesverträge, sehr genannte Zeit hindurch, ohne Bundesorgan wirklich existirt hat, thatsächlich als nichtig. Es beharf hiernach nicht erst auf die zweite Hälfte des Jahres 1849 hingewiesen werden, in welcher der Bund gleichfalls ohne gemeinsames Organ war. Aber auch der andere Theil dieses Vorbersatzes, daß der deutsche Bund ohne Verfassung undenkbar sei, ist unrichtig. Die Bestimmungen der Bundesakte verfallen, wie die Gesetzgebung darauf mehrfach hingewiesen hat, in solche, welche lediglich völkerrechtlicher Beschaffenheit sind, und solche, welche die inneren Verhältnisse des Bundes und seine Organisation betreffen. Nur die letzteren Bestimmungen sind erloschen und durch neue zu ersetzen. Die Auflösung des Bundes in den völkerrechtlichen Beziehungen, welche er für die zu demselben gehörigen Staaten ordnet, folgt in keiner Weise aus dem Untergang der Verfassung und müßte zur Begründung der beweisloscn Behauptung, ohne Verfassung sei der deutsche Bund nicht denkbar, allerseit nachgewiesen werden. Das Fallen des Vorbersatzes nimmt der ganzen Argumentation die Unterlage. Wäre er auch richtig, so würde es doch ein ungenfälliger Zirkelschluß sein, daraus die Pflicht herleiten zu wollen, die urspränglich vertragsmäßige Verfassung so lange anzuerkennen, bis eine neue zu Stande gekommen sei. Wenn die Verfassung ganz oder theilweise mit dem Willen Aller aufgehoben worden oder erloschen ist, so folgt aus der behaupteten gänzlichen Unzulässigkeit eines solchen Zustandes nur, daß die Bundesgenossen sich über Neugestaltung oder Ergänzung so schleunig als möglich zu vereinigen verpflichtet sind. Dieser Pflicht ist die kgl. Regierung zu aller Zeit eingedenk gewesen und hat danach gehandelt. Die Schuld mangelnder Einigung trifft sie nicht. Beisetzung Bayern in der bestrittenen Ausübung ohne weitere Bedingungen die den Verfassungen unvertrauten Gewalten mußten nach Erledigung der ersteren an das bestündige verfassungsmäßige Organ, die Bundesversammlung, zurückfallen, da die Ausübung jener Gewalten nicht unterbrochen werden dürfe. Soll der Satz überhaupt eine Bedeutung haben, so kann er nur unter der Voraussetzung sein, die Bundesversammlung bestehe an sich nicht mehr. Denn würde angenommen, sie bestehe noch, so hätte das ganze Argument keinen Sinn, es wäre nicht abzusehen, was damit bewiesen werden sollte; das zu beweisende würde sich von selbst verstehen. Nun ist aber in der That nicht abzusehen, weshalb die erledigten Gewalten unter den verschiedenen untergegangenen deutschen Verfassungsorganen gerade auf die Bundesversammlung zurückfallen sollen; bei dem einen dieser untergegangenen Organe sind die rechtlich zwingenden Bedingungen so wenig vorhanden, als bei dem andern. Mit den willkürlichen Schlüssen ist nicht weiter zu gelangen. Aus der Unzulässigkeit einer Unterbrechung jener Gewalten folgt nur die Nothwendigkeit und die Pflicht, sich über einen neuen Träger derselben für die Zukunft schleunig zu vereinigen, keineswegs die Berechtigung einzelner Bundesglieder, die andern zu zwingen, bieses oder jenes untergegangenen Organismus als noch geltend anzuerkennen. Endlich 3) In den Anlagen der Note vom 16. d. M. findet sich von einer dritten Seite die Behauptung aufgestellt: als die Bundesversammlung die Ausübung ihrer Befugnisse dem Reichsverweser übertragen, habe es eines festsumnten Vorbehalts für den Fall der Oberwalten an sie, wenn das Provisorium zu seinem Ziele nicht führe, nicht bedurft, dieser Vorbehalt habe sich von selbst verstanden. Es darf hier nur an den oben entwickelten geschichtlichen Zusammenhang erinnert werden; wenn die Bundesversammlung ihre Thätigkeit für suspendirt erklärte, so gab das was unmittelbar vorher im Ausschreiben der Nation geschehen war, dieser Erklärung einen mit ihren eigenen Worten übereinstimmenden anzweideutigen Sinn, dem gegenüber kein Vorbehalt, keine stillschweigende Reservation von selbst verstanden, sondern jede beabsichtigte Einschränkung ausdrücklich erklärt werden mußte. Eine andere von derselben Seite kommende Behauptung geht dahin, daß, weil der Reichsverweser die provisorische Gewalt von der Bundesversammlung erhalten, diese Gewalt, wenn gleich sie von ihm nur an Bevollmächtigte Oesterreichs und Preußens übergeben worden sei, gegenwärtig nach dem Erlöschen des Auftrags, mit welchem die Bundesversammlung zurückgegeben werden könne. Schon hierzu sei ihre Wiederherstellung rechtlich nothwendig. Es wallet hierbei derselbe Irrthum ob, der schon oben in anderer Beziehung hervorgehoben worden, der Irrthum, als ob die Bundesversammlung die Trägerin eigenen Rechts gewesen sei. Nameder Reichsverweser übergab die provisorische Gewalt an das Organ, die ihr anvertraute Gewalt dem Reichsverweser; mit Zustimmung der Regierungen übergab der Reichsverweser, was er erhalten, der Bundescentralcommission, und diese wird zu seiner Zeit die übernommenen Rechte und Pflichten dem Organ zu übergeben haben, aber welches für diesen Zweck der übereinstimmende Wille aller Regierungen sich vereinigt. Das Organ Besteht ist, rechtlich betrachtet, das Nebenverhältniß; wesentlich ist der übereinstimmende Wille aller Regierungen. Er hat nicht gefehlt, als der Reichsverweser das Amt übernahm, nicht gefehlt, als es in die Hande der Bundescentralcommission überging, und es wäre ein folgenschwerer Rechtsbruch, wenn es ohne den übereinstimmenden Willen aller Regierungen an ein anderes Organ, es sei dieß nun ein neues, oder ein wirklich nicht hervorgerufenes, übertragen werden sollte. In dem Vorstehenden ist der Nachweis geführt, daß die Bundesversammlung nicht blos thatsächlich, sondern auch rechtlich aufgehört hat zu bestehen, und daß die Einwendungen sämmtlich unhaltbar sind, welche dagegen erhoben worden. Jede Bundesregierung hat das Recht, an der übrigen den Antrag zu richten, sich darüber zu erklären, ob sie in der Wiederherstellung willigen wolle. Keine aber hat das Recht, eine Bundesversammlung auszuwirkenen; und wenn dies geschehen, und wenn es mehr sein sollte als der Versuch, die Meinung der Bundesgenossen ihrer Zustimmung oder Verweigerung zu erforschen, wenn den unberechtigten Aussehreden die Anwendung von erloschenen Zwangsvorschriften folgen sollte: so würde dies, so fern auch die Voraussetzung lägt, ein Bruch des Bundesrechts sein, welcher dieses selbst in seinem ganzen Umfange in Frage stellen müßte. Berlin, den 25. August 1850.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 7. Septbr.
Weizen 14 fl. 7 kr. Korn 8 fl. 17 kr.
Gerste 7 fl. 25 kr. Haber 4 fl. 15 kr.

Handels-Berichte.

Mainz, 6. Sept. Die übergroße Aufregung und lebhafte Kauflust, die selber in dem Getreidergeschäfte gehertscht hatte, hat sich in den letzten Tagen sehr gemildert und machte sich an dem heutigen Markte eine größere Lustlosigkeit der Käufer geltend, wodurch sich auch die Preise etwas niedriger stellten, zu notiren ist heute: Weizen effect. 9¼—¼ fl., Rogen effect. 6½—¾ fl., per nette 100 Kil. Für Gerste zeigt sich viel Frage zum Versandte, es ist aber solche nur schwer zu kaufen und wird dafür 6¼—½ per nette Kil. verlangt. — Haffenfrüchte ziemlich begehrt, Erbsen 6 fl. 6½ Linsen 5½ fl. Bohnen 7 fl. Rubsl wird in effectiver Waare auf 40½ Rthlr. per 200 Pfd. 1. G. gehalten, doch ist nur 40 Rthlr. zu lösen. — Reps sehr hoch und wird mit 45 fl. per Malter bezahlt. — Leindl 42 Rthlr. Mohnöl 23½ fl.

Fremden-Anzeige.

Den 7. September 1850.

Adler. Hahn, Kfmkat v. Lauterlautern. Braun, Magistrats-Rath v. Erlangen. Gelmert, Operasänger v. Stuttgard.

Stromprim. Kraus, Pfarrer v. Königsheim. Spitz, Mechanikus v. Nürnberg. Dr. Beckel v. Münster.

Ruff-Hof. Kaufl.: Hentel v. Schweinfurt. Greef v. Köln. Frau Schaeffing v. Aschaffenburg. Gutsbesitzer v. Lode.

Stern. Kaufl.: Schmitt v. Dirkbach. Herrmann v. Hanau. Dandmann v. Hamburg. Thimann, Kaufschüler v. Nürnberg.

Wirtshof. Hof-Schreiber v. München. Kaufl.: Leiß v. Lauterach. Wöllweiler v. Köln.

Württemb. Hof. Kaufl. v. Gräsenig v. Stuttgard. Mad. Stiglet v. Kitzingen. Peters, Tonkünstler v. Paris. Kaufl.: Sitzer v. Zeibel. Günther v. Gröttig. Schweinlein v. Basel.

Geforbene:

Den 7. Sept.

Dorothea Wimmer, 77 J. Apoth.-Wittwe. Reisetzer Maier 75 J. alt, Privatier. Zwei Kinder.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schanfhofe 2. Thür Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 217. Würzburg, Dinstag den 10. September. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Dem Schuldienstexspektanten und dermaligen Schulverweser zu Werdach Joh. Joseph Mohr wurde die Schulstelle zu Buch, Dek. Amt, übertragen.

Deutsche Angelegenheiten.

„Wenn wir," sagt die „Times", „gelegentlich mit größerem Ernst, als der Gegenstand zu erheischen schien, bei den möglichen Folgen der besonderen und getreuten Politik, welche die preußische Regierung befolgte, verweilten, so hatte diese Sorgfalt, wie wir offen bekennen, teuerungeswegen ihren Grund in irgend einer bestimmten Furcht, daß der Frieden von Europa oder auch nur von Deutschland, solcher unzugänglichen Ursachen halber gestört werden konnte. Es konnte keinen Zweifel unterliegen, daß Preußen, wenn es dahin gelangt sein wird, den Charakter seiner gesicherten und unaufführbaren Pläne angstlich — wenn es gefunden haben wird, daß seine Diplomatie mit all' ihrem Scharfsinn und ihrer Zähigkeit, in direktem Widerspruche mit den von allen übrigen europäischen Mächten feierlich eingegangenen Verpflichtungen steht, und daß die Einigkeit Deutschlands durch das Phantom oder den Schatten von Einheit, dem es nachjagt, der höchsten Gefahr Preis gegeben wird, daß, sagen wir, Preußen am Ende selbst in der Entfremdung Europa's und in der Spaltung Deutschlands alle Symptome einer unhaltbaren Stellung erkennen und seinen Gang nach Umständen, die außer dem Bereiche seiner Macht liegen, einrichten mußte. Indem wir von Zeit zu Zeit diese Bemerkungen über die Politik, welche der König von Preußen zu befolgen für dienlich erachtet hatte, machten, mögen wir allerdings die Note eines unwillkommenen, aber keineswegs feindlichen Warners gespielt haben; wir beklagen die Macht der Täuschungen, denen er sich mit so anscheinend großem Eifer hingegeben hatte, aber es war für einen leidenschaftslosen Beobachter nicht schwer, schon aus dem Prinzip dieser Pläne zu entnehmen, daß sie nur zum großen Nachtheile derer, die sie ersonnen hatten, ausschlagen konnten."

Die bevorragendsten und einflußreichsten dieser Projektenmacher, welche dazu beitrugen, das Land in einen ungerechten Krieg mit Dänemark zu stürzen, eine Zeit lang den Fahnen der Revolution zu folgen, und das Land zu untergraben, waren Leute wie General Radowitz, die ihre Macht mehr der persönlichen Freundschaft des Königs zu Preußen, als einem Amte im Staate oder einer verantwortlichen Stellung verdanken. Die Ereignisse der letztverflossenen wenigen Wochen haben hinlänglich gezeigt, daß ihre Sache in einem ganz und gar verzweifelten Zustande sich befindet. Das Aufgeben der schleswig-holsteinischen Sache, trotz ihrer Versprechungen und Remonstrationen, ist der Ohnmacht für ihre auswärtige Politik; und die Vorkehrungen, die gegenwärtig, in Verbindung mit Oesterreich, getroffen werden, um die Bundesverfassung wieder zu beleben und zu revidiren, lassen gleichfalls als ein formliches Aufgeben der umfassenderen Pläne eines preußischen Sonderbundes, der bestimmt war, mit der Zeit ganz Deutschland zu verschlingen, betrachtet werden. Alles, was die preußische Regierung heute vernünftiger Weise erwarten, oder fordern kann, ist, daß die übrigen Mächte ihr die Rückkehr zu den bestehenden Verträgen Europas erleichtern. Durch einen Wechsel in den Rathgebern des Königs, oder doch durch die Entfernung der Personen, welche bei dieser verworfenen Politik und bei diesen vereitelten Plänen eine Hauptrolle spielten, kann für diesen Fall ohne irgend eine Aufopferung persönlicher oder politischer Ehre, in so fern die preußischen Staatsmänner dabei betheiligt sind, besorgt werden. Aber unglücklicher Weise sind in diesen getauschten Erwartungen zwei andere Parteien verwickelt, die nicht so leicht vom Schauplatz beseitiget werden können. Die erste ist der König von Preußen, der sich mit diesen hoffnungslosen Kämpfen, auf Kosten seiner früheren Stellung in Europa, verantwortet hat, und die zweite das deutsche Volk, dem man so lange vorgeschwatzt hat, daß der Erfolg dieser Experimente für seine Nationalwohlfahrt und für seine Nationalehre wesentlich sei, daß das Aufgeben dieser Versuche von vielen irregeleiteten, wenn auch wohlmeinenden, Leuten für nichts Geringeres, als einen Verrath an Deutschland gehalten wird. Es ist fruchtlos, jetzt den Ursachen nachzuspüren, aus welchen diese Winkelzüge und Irrthümer entsprungen sind, aber, obgleich wir die auf beiden Seiten begangenen Fehler bedauern, wagen wir es doch mit Zuversicht zu behaupten, daß es der höchsten Weisheit und Kraft wie gelungen sein wurde, ein mit den europäischen Einrichtungen durchaus vereinbares Ziel zu erreichen, und daß die preußische Politik nicht so sehr aus Mangel an Energie in dem Verfahren ihrer Leiter, als durch die unausführbare Beschaffenheit ihrer Pläne gescheitert ist."— „Es gibt jedoch eine Seite der preußischen Politik, welche die höchste Beachtung verdient. Der König von Preußen kann ein Kaiserliches Recht nicht in eine deutsche Provinz verwandeln; er kann die Verträge von 1815 nicht im Herzen von Deutschland zerreißen; er muß eines Tages Baden nehmen und in einer oder der andern Form wieder in Frankfurt erscheinen. Bei Fragen, die über jene Momente hinaus liegen, ist das Wünschen offenbar und war unvermeidlich. Aber bei der Verfolgung dieser phantastischen Pläne scheint man fast ganz vergessen zu haben, daß Preußen sich aus der absoluten Regierungsform in die Repräsentativform übergegangen ist, und wir machen uns keines Mangels an Achtung gegen Preußen oder gegen die freisinnigen Ideen, zu welchen wir uns bekennen, schuldig, wenn wir es aussprechen, daß der größte Dienst, den die Preußen jetzt der Sache der Freiheit und der guten Regierung leisten können, darin besteht, Deutschland das Beispiel eines wohlgeordneten und wirklichen constitutionellen Systems zu geben. Wenn der König seinen Unterthanen eine große Wohlthat gewährt, und wenn seine Unterthanen sich der Gabe würdig erweisen, so ist ihm ein ehrenvoller Name in den Geschichte sicher, sollten ihm auch ein halbes Dutzend unausführbarer auswärtiger Pläne fehlgeschlagen sein. Auf der andern Seite aber kann nichts das Gefühl dieser Fehlschlagens bitterer machen, als die Entdeckung, daß jene Projekte nur dazu dienten, die Aufmerksamkeit des Volkes von Gegenständen abzulenken, welche für sein Wohl von wesentlicherer Bedeutung waren. Der beste Rath, welchen wir jetzt dem Könige von Preußen geben möchten, wenn wir einen Platz unter den Meinungen, die er mangiwal in Anspruch nimmt, hätten, würde derselbe sein, welchen wir im Jahre 1841 zur Zeit des Vereinigten Landtags ertheilten, nemlich der: die Verfassung zu einem Werke der Aufrichtigkeit und der Wahrheit zu machen, mit einer Mehrheit in der Versammlung, welche das Volk vertritt, zu regieren und die Rathe der Krone aus der Mehrheit dieser Mehrheit zu wählen. Lassen sich diese Schritte nicht mit der Sicherheit und der Ehre der Monarchie und des Landes vereinigen, so ist die Versuchung selbst ein Trug und Fallstrick, und es besteht kein wahred und thätigen Zusammenwirken zwischen Krone und Nation. Wir hoffen Besseres für Preußen. Wir hoffen, es wird sich zeigen, daß hinfort seine politischen Plötzlichkeiten aufhören werden können, ohne in Erobrungsplane und Revolution auszuarten. Jedenfalls besteht das wirksame Mittel, welches der König noch besitzt, um sich das Vertrauen des Volkes zu erhalten oder wieder zu gewinnen, darin, es zu überzeugen, daß er sich auf die Unterstützung seines eigenen Parlaments verläßt, und daß er den Einfluß und die Stellung Preußens in Europa auf den festigen Fortschritt baut, den es in der praktischen Freiheit macht. Fällt jene Bedingung weg, so wissen wir nicht, kraft welchen Rechtes er irgend einen Anspruch darauf hat, den überwiegenden Einfluß oder die Herrschaft Preußens aufzudehnen."

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 3. Sept. Der deutsche Ausschuß des schl.-holst. Vereins hierselbst veröffentlicht das 8. Verzeichniß der bei demselben eingegangenen Gaben und schließt den Bericht mit folgenden Bemerkungen: Die bis jetzt nach zuzegangenen Gelder, zusammen im Betrage von ungefähr 576,000 Mk. S.-C. Cr. oder 230,400 Thlr. pr. Cr., sind fürerstlose an das Departement der Finanzen unter jedesmaliger Angabe der von den Gebern theilweise hinzugefügten Bestimmungen in Betreff der Verwendung abgeliefert. Von den Lazarethbedürfnissen und anderen sar die Armee bestimmten Sachen, welche bis zum 1. d. M. incl. in 500 Colli bei uns eingegangen, sind bis heute 453 Colli an den Comite zur Verwaltung freiwilliger Gaben in Rendsburg eingesandt worden. (H. N.)

Altona, 6. Sept. Der Privatverein zur Annahme von Lazarethgegenständen veröffentlicht im „Merc." eine Danksagung für die ihm zugegangenen Gegenstände und bittet zugleich dringend um fernere gütige Zusendungen, da die Vorräthe zu Ende gehen, und damit bei dem wahrscheinlich nahe bevorstehenden erneuerten Kampfe der blutende und verstümmelte Krieger die nöthige Pflege und Erquickung sicht entbehre. Besonders erwünscht sind: Hemden, wollene Decken u. Jacken,

Bettlicher, Leinewand (alt und neu), Charpie, Binden, Schlafrocke, Morgenhaube, Strümpfe, Taschentücher, Unterbeinkleider ꝛc. (H. N.)

Rendsburg, 6. Sept. An gestrigen Tage ward eine größere Recognoscirung nach Friedrichstadt unternommen. Das 9. und das 11. Bataillon, das 1. Jägercorps und ein Theil des 4. so wie die dreyspännige Batterie waren dabei betheiligt. Das 9. Bataillon drang ganz bis in die Nähe von Friedrichstadt vor, die auf etwa 600 Schritte von dem unmittelbar bei der Stadt gelegenen Chausseehause. Nachdem hier einige Schüsse ohne Erfolg gewechselt worden, gingen unsere Truppen wieder zurück. In der Gegend zwischen Rumstedt und Lehmkück wurde ein großes dänisches Zelt- und Hütten-Lager gesehen. Den Schwobsteel bei Hollingstedt ist durch Stauung der Treene eine starke Wasserlinie gebildet. Von Hollingstedt bis über Schleswig hinaus zieht sich das Dauewerk. Dazu rechte die Schlei und das windreyher Moor, linke die Eider, der seinliche Operationslinie, zwar sehr stark, aber auch sehr ausgedehnt, so daß die Kräfte sich zersplittern. (H. N.)

Deutschland.

Kassel, 8. Sept. Sämmtliche kurhessischen Lande sind in Kriegszustand erklärt. Die deßhalb ergangene landesherrliche Verkündigung, welche gestern Abend zwischen 8 und 9 Uhr durch Gendarmen unter Assistenz von Militärpatrouillen angeheftet wurde, lautet wie folgt: Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm I. Kurfürst und souverainer Landgraf zu Hessen, Großherzog von Fulda ꝛc. thun kund und zu wissen: Der Verfassungsbruch durch die Ständeversammlung selbst, über welchen und über die, in solchen Zuständen sich ergebende Unzulänglichkeit der bestehenden Gesetze Wir in Unserer Thronrede vom 4. l. M. Uns ausgesprochen haben, und der nach der Verordnung vom 18. Juli 1832, Nr. II des durch dieselbe verkündeten einheilig gefaßten, die Auslegung der Grundgesetze des Bundes betreffenden Bundesbeschlusses als Aufruf sich darstellt, legt Uns unabweislich die Pflicht auf, zur gesicherte Sicherheit der Staates und die hervorgerufene öffentliche Ordnung mit einem solchen Schutze zu umgeben, welcher es unmöglich macht, anarchische Zustände zur thatsächlichen Erscheinung kommen zu lassen, wie solche sowohl die seit und fort sich steigernde verbrecherische Frechheit der Tagespresse anzudeuten, als das Verhalten der bisherigen Landstandischen Ausschusse hervorzurufen unternommen, dessen verblendete Anmaßung ihn dazu getrieben, an Unsere Behörden und Unsere Unterthanen Aufforderung zum Widerstande gegen Unsere obige Verordnung zu erlassen, deren Wolbesichaffen nach dem Schlusse des §. 108 der Verfassungsurkunde so wenig einem Zweifel unterliegen, als dieselbe in ihrer Grundlage einer andern als der den Landständen durch § 95 der Verfassungsurkunde überwiesenen Beurtheilung unterzogen sein kann. Da nur durch kraftig eingreifende und schleunige Maßregeln es sich erreichen läßt, die gange Verfassung über den Abgrund, den der Bruch derselben in einem Punkte für das Ganze eröffnet hat, hinüber zu führen, mithin den Fortbestand der Verfassung zu sichern, so verordnen Wir, nachdem der bleibende landständische Ausschuß allgemein gegen seine Zuziehung verfassungswidrigen Widerspruch eingelegt hat, nach Anführung Unsers Grfsummtstaatsministeriums, welches über die unabweisliche Nothwendigkeit und Dringlichkeit der zu ergreifenden Maßregeln sich ausgesprochen hat, auf den Grund des § 95 der Verfassungsurkunde Folgendes: §. 1. Gemeinschaftliches Lande sind die auf Unserem Gebiete in Kriegszustand — durch welchen jedoch der gewöhnliche bürgerliche Verkehr keinerlei Beschränkung zu erleiden hat — erklärt, und es treten während der Dauer des Kriegszustands die in den folgenden Paragraphen enthaltenen Bestimmungen ein, deren Vollziehung und der weitern, durch den Kriegszustand bedingten, von Unseren Ministerien ergehenden Anordnungen, einem militairischen Oberbefehlshaber übertragen wird, unter dessen Befehle zu diesem Zweck das ſtehende Heer, sowie die, in den einzelnen Provinzen bestehenden Bürgergarden und sämmtliche Civilbehörden mit Ausnahme der Gerichte, in ihren gesetzlichen Functionen gestellt sind. §. 2. Diesem Oberbefehlshaber, sowie den ihm untergeordneten Commandanten, ist im Besondern die obere Leitung der Ausübung der gesammten Staatspolizei übertragen. §. 3. Alle Volksversammlungen sind verboten, Versammlungen von Beruten aber nur mit Genehmigung des Militairbefehlshabers des betreffenden Orts oder Bezirks statthaft. §. 4. Zeitungen politischen Inhaltes dürfen ohne Genehmigung Unseres Ministeriums des Innern nicht ausgegeben werden. Den einem jeden Blatte einer politischen Zeitung ist, bei Meidung ihrer, auf polizeilichem Wege zu bewirkenden sofortigen Unterdrückung, einer Stunde vor der Ausgabe ein Exemplar dem Commandanten des betreffenden Ortes oder dem von ihm bestellten Commissair einzuliefern. Die Commandanten, berziehungsweise die von ihnen bestellten Commissäre haben Blätter, in welchen Schmähungen gegen Unsere allerhöchste Person, die Staatsregierung und deren Organe, oder Aufreizungen zum Ungehorsam, oder zur Widersetzlichkeit gegen die Obrigkeit enthalten sind, mit Beschlag zu nehmen. Diese Bestimmungen finden auch auf politische Flugschriften, Plakate und bildliche Darstellungen Anwendung. §. 5. Ob und wann in vorkommenden Fällen von der Gewalt der Waffen nach Kriegsgebrauch Anwendung zu machen sei, hängt lediglich von dem Urtheile und der Entschließung des Oberbefehlshabers oder des betreffenden Commandanten ab, welcher in dieser Beziehung nur Uns verantwortlich ist. §. 6. Der Oberbefehlshaber — und in dringenden Fällen vorläufig auch der Militärcommandant einzelner Gebietstheile, — ist ermächtigt, zum Zweck der Genehmigung scheinungs Anzeige zu machen, sowie die Ausübung der Amtsgewalt derselben durch Commissäre zu bewirken, sowie die Bürgergarden aufzulösen, sobald Verletzung der Treupflicht und der öffentlichen Ordnung in der unter ihren Befehlen stehenden Gebietstheilen solche Maßregeln erfordert, und diese unaufschieblich erschinen. §. 7. Die Vergehen des bewaffneten Widerstandes gegen die Obrigkeit und deren Diener, des Aufruhes und des Hochverraths sind nach den Kriegsgesetzen zu bestrafen. §. 8. Die vorstehenden Vorschriften bleiben so lange in Kraft, bis wegen deren Genehmigung an die baldthunlichst zu versammelnden Landstande die erforderliche Vorlage gemacht worden kann. — Urkundlich Unserer allerhöchsteigenhandigen Unterschrift und des Fürstlichen Staatssiegels gegeben zu Kassel am 7. Sept. 1850. Friedrich Wilhelm. (St. L.) vt Hassenpflug. vt. Hapnan. vt. Baumbach.

Kassel, 8. Sept. Außer der den Belagerungszustand verkundenden Verordnung ist zugleich eine andere erschienen, welche bekannt macht, daß der Commandeur der Infanterie-Division, Generallieutenant Bauer, während der Dauer des Kriegszustandes mit ausgedehnten Functionen beauftragt worden ist, die in §. 1 der Verordnung dem vorgenannten Oberbefehlshaber übertragen worden sind. Einer derselben Maßregeln, welche General Bauer ergreifen, war das Einschreiten gegen die Presse. Wir hatten zwar die „Neue Hessische Zeitung“ berichten über Facta, welche sie selbst trieben. Die Nummern, welche diesen Bericht enthalten, sind von der Post nicht beforbert, da der Postrath Sepekorn dem Verlag des General-Gouvernements ist, und die Beforderung der Journale ihm entzogen worden hat. Wir übersenden Ihnen von den Nummern, die wir vor der Confiscation gerettet haben, und ersuchen Sie zunächst folgenden Artikel abzudrucken: Kassel, 7. Sept., Nachts 11½ Uhr. So eben ist das Lokal der „Neuen Hessischen Zeitung“ von Gensdarmen (Reutern und Infanteristen) besetzt worden. Der Sergeant Ingelting vom Leibregiment mit 2 Musketieren hat dem Drucker und den Redakteuren eine Vorladung, unterzeichnet „vom Oberbefehlshaber“ Generallieutenant Bauer vorgezeigt, worin „auf den Grund des §. 4 der Verordnung vom 7. d. M.“ und nach „einer Mittheilung des kurf. Ministeriums des Innern“ die Neubesitzer „Zeitung die „Erlaubniß ihres Forterscheinens“ nicht erhalten habe und bezüglich „der Bemeinung meiner Verantwortlichkeit“ aufgefordert werde, zu besagtem Aufbewahrung“ die „alsdaldige Beschlagnahme der Pressen einer Zeitung und der vorhandenen Exemplare beschlen wird“. Ein Offizier scheint sich zur Ausführung dieser Gewaltthat nicht gefunden zu haben; es lief den Redakteuren schwer, von den ehrlosen Musketieren, die sich bereits in Besitz der literarischen Mission aus der Kaserne waren geholt worden, genauere Auskunft zu erhalten und sich ihnen verständlich zu machen. Der Sergeant Fingerling erklärte, daß er Befehl habe, unmittelbar vom Gen. Generallieutenant, die Zeitungen, falls deren vorhanden, wegzunehmen und den Hrn. Redakteuren obigen schriftlichen Befehl zu zeigen. Es wurde ihm bemerkt, daß von einer Befolgung jenes „Befehles“, zu welchem Hr. Generallieutenant Bauer nicht im mindesten Befugniß habe, keine Rede sein könne. Da nun von Hrn. Generallieutenant Bauer nur eine Verhaftung verlangt, derselbe auch keine zu ertheilen habe, so müsse man abwarten bis selsame Anmaßung zurückweisen. Der „vorhandenen Exemplare“ konnten sich übrigens die Musketiere aus dem Grunde nicht bemächtigen, weil keine Exemplare vorhanden waren. Noch unterließen die Redakteure, sowie die hinzugekommenen Zeugen nicht, die Soldaten auf das Strafbare ihres Beginnens nachdrücklich aufmerksam zu machen, als welches eine Gesetzwidrigkeit, einen groben Eingriff in fremde Rechte enthalte. Nachdem der zum Schutze des angegriffenen Eigenthumes berufene Polizeidirector Kaffel, Hr. Burgermeister Henkel, ein Protokoll über die außerordentliche Begebenheit aufgenommen hatte, entfernten sich die Musketiere, ohne für das Mal ihren Gewaltversuch ausgeführt zu haben. Zum Schutze des bedrohten Eigenthumes nothigen Schritte sind in unserem eigenen, wie im öffentlichen Interessen sofort eingeleitet worden. — Heute Morgen 7½ erschien ein stärkerer Militärpikett in der Karlsstraße vor der Wohnung des Hrn. Oetker, besetzt die Ausgange derselben und ein Unteroffizier begab sich zu Oetker, um mit Vorzeigung des schriftlichen Befehls des Oberbefehlshabers die Confiscation der vorhandenen Zeitungen vorzunehmen. Man mußte unter Protest der Gewalt weichen. Der Eigenthümer der Zeitung, Hr. Obergerichtsanwalt Oetker und der Druckereibesitzer Schrel ließen über den Thatbestand ein notarielles Instrument aufnehmen und haben dasselbe bei der betreffenden Justizbehörde Klage erhoben. Inzwischen ist die Druckerei noch immer vom Militär besetzt und den Herren Oetker und Schrel angedeutet, daß sie bei der geringsten Widersetzlichkeit sich eine Verhaftung zuziehen. Der Redakteur der „Zeit-Hornisse“, Hr. Pfeil hat den Gesetzeingriff durch die Flucht entgangen. Die Exemplare der heutigen Ausgabe der N. H. Ztg, welche für das Ausland bestimmt waren, lagen schon auf der Post, sie sind aber wie schon oben gesagt, nicht beforbert worden, sondern ebenfalls confiscirt. Gestern Morgen waren sämmtliche Vorgesetzungsdirectoren beim General Bauer. Der Bahnhof ist besetzt. Schuldokale sind zu Wachtstuben eingerichtet unter Protest der Inhaber, welche ebenfalls bei den Gerichten Klage erheben haben. Im Ganzen sind wegen Abreissens der Placate gestern 5 Personen verhaftet. Folgende Offiziere sind als Commandanten ins Land geschickt: Major Reiner nach Minteln; Oberst Hildebrand mit einem Bataillon Infanterie nach Marburg; Generalmajor Schirmer nach Fulda; Oberst Barbeleben mit einem Bataillon Infanterie nach Fulda und Rotenburg. So eben hat der Stadtrath Sigung gehalten. Er hat sich gegenüber dem jungsten Gewaltschritt der Regierung dahin entschieden, einen

energischen Protest dagegen zu erlassen. Der permanente lanzianische Ausschuß hat gestern Abend spät noch folgende Anklage an die Staatsprokuratur abgehen lassen: „In der heute Abend offentlich bekannt gemachten, hier beistehenden Verordnung haben die Staatsminister Hassenpflug, Major. v. Hannau und Lepatorowsky v. Baumbach dahier 1) über sämmtliche hierherige Landes militairen im Frieden ohne alle verfassungsmäßige und ohne Zusammenberufung des dieselben lanzianischen Ausschusses den Kriegszustand erklärt; 2) alle Volksversammlungen und Versammlungen von Vereinen verboten; 3) die Herausgabe von Zeitungen politischen Inhalts von der Genehmigung des Ministeriums des Innern abhängig gemacht; 4) einen militairischen Oberbefehlshaber bestellt, denselben der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit überhoben und zur Suspendirung der Behörden und Staatsbeamten und zu sonstigen Willkurmaßregeln ermächtigt; 5) die Staatsbürger den Militairgerichten und Urtheilen unterworfen. Wir finden hiernach einen unerhörten großen Mißbrauch der Amtsgewalt, welcher sogar nach § 1 der Verordnung vom 14. Febr. 1795 in die Kategorie des Hochverrathes fällt, indem er offenbar darauf abzweckt, die bisherige Einrichtung und Verfassung des Landes zu Gunsten zu richten, haben deßhalb nach § 9 der Verfassungsurkunde die Anklage gegen sie vorgenommen auf den Grund obiger Thatsachen beschlossen und ersuchen die Staatsprokuratur nach § 75 des Gerichtsorganisationsgesetzes vom 31. Oct. 1848 die Anklage zum gerichtlichen Verfahren zu bringen, auch wegen der auf dem Vergange basirenden gerichtlichen Anklage die sofortige Verhaftung der Angeklagten zu veranlassen. Unsere Legitimation ergibt die weitere Anlage. Kassel, am 7. Sept. 1850. Der bleibende lanzianische Ausschuß.“ — Die Staatsprokuratur hat darauf Folgendes (wesentliche) erwidert: „Die Staatsprokuratur erkennt in den Handlungen, welche nach den Mittheilungen des bleibenden lanzianischen Ausschusses von Seiten der Minister vorgenommen sind, eine Verfassungsverletzung; sie nimmt an, daß die Minister wegen Verfassungsverletzungen nur von den Landständen, nicht von deren permanentem Ausschusse und zwar lediglich von den verfassungsrichtshof angeklagt werden können, daß nach den klaren Bestimmungen des Strafprozeßgesetzes vom 31. Oct. 1838 das durch dieses Gesetz geschaffene Verfahren überhaupt und das Institut der Staatsbehörden insbesondere keine Anwendung treten auf dem Staatsgerichtshof, daß es unzulässig ist, die Competenz des Staatsgerichtshofes durch die Benennung der Verbrechen des Mißbrauchs der Amtsgewalt zu begründen und hierdurch die verfassungsmäßige Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes für das schwere Verbrechen der Verfassungsverletzung abzuerkennen und sieht sich deßhalb auf diesen Stande, dem Ersuchen des landständischen Ausschusses, der Minister Hassenpflug ꝛc. wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt in Anklagestand zu setzen und zu verhaften, Folge zu geben.“

Wien, 4. Sept. Die Berliner „konstitutionelle Correspondenz“ brachte vor kurzem statistische Daten über die Bevölkerungsverhältnisse der nördlichen deutschen Staaten, welche sie zur augenblicklichen Veranlassung ergriff, über den von Oesterreich, mit seinem Gesammtgebiete, beabsichtigten Eintritt in den deutschen Bund mißliebige Glossen zu machen. Sie beschränkte sich jedoch darauf nicht, und kam sogar die ursprüngliche Bundesgesetzlichkeit der sogenannten deutschen Großmächte Oesterreichs, der zahlreichen slavischen Elemente wegen, höchst starrend und lästig. — Hierdort finde die Bemerkung des Oest. Correspondenten täglich am Platze sein, daß diese Lande dem deutschen Leben und der deutschen Geschichte seit Jahrhunderten, ebenfalls weit länger als ein großer Theil der preußischen Provinzen, angehören. Sie darvergessen, der Italiener im Süden Tirols und im Küstenlande Erwahnung zu machen, weil ihr das Schreckbild des Slawenthums vorzugsweise Zu Hauptze gesiegen zu sein scheint. Es ist aber eine Wahrheit, die sich nimmer bestreiten läßt, daß die feurwestliche Grenze des deutschen Reiches älter und sprüchsich denticher als die nordöstliche ist. Auch wäre es nicht ungerechtfertig, wenn die konstitutionelle Correspondenz die Thatsache in ihr Gerechtigkeit zurückführen wollte, daß in allen seit Leide der Cibe gelegenen Provinzen des Königreichs bereinigt das slawische Element das herrschende war, und das jetzt dort wohnende Deutschthum erst durch der Zufluß deutschen Elementes von großem Theile hervorgegangen ist. — Wir glauben darauf einiges Gewicht legen zu dürfen; es ist ein Beleg mehr, daß der Gedanke des alten deutschen Reiches kein erklusiv nationaler war, sondern weit mehr Verwandtschaft mit der neueren in Oesterreich, bezüglich der Nationalisirung des Deutschlands entwickelten, hat mit Preußens einseitigen Unionsbestrebungen zu sich trug. — Oesterreich ist ein wesentlich kosmopolitischer Staat; seine innerste Beschaffenheit erlaubt ihm nicht auf irgend eine der in seinem Schooße vereinigten Nationalitäten den Accent ausschließender Bevorzugung zu legen. — Der erschwerte Gedanke, von welchem seine bergeistige Regierung sich leiten läßt, besteht hauptsächlich darin, daß es im Interesse des europäischen Gleichgewichts des Weltfriedens, der Civilisation und der Wohlfahrt der betheiligten Staaten und Volksstamme liege, sich zu einem großen, mittelenropäischen Gebilde zu vereinigen, das mit seiner physischen, physischer und moralischer Kraft in das Rad der Weltgeschicke eingreifen berufen wäre, als ein auf schmaler Grundlage erbautes Unionoverstandsand. Sie vermag sich der Zuversicht nimmer zu entschlagen, daß die großen Interessen des gemeinsamen Schutzes nach Außen und der materiellen Prosperität ein zur Umschlingung der verschiedenen Nationalitäten taugliches Band bieten. Es kann unmöglich im wohlregierenden Vortheile Deutschlands liegen, Oesterreich auszuschließen, um es immerdar zum Feinde zu haben, und das mächtige Europa einzig und allein Mogen der Extremitäten in antagonistische, bald still, bald offen sich bekämpfende Potenzen zu spalten. — Eben deßhalb konnte Oesterreich das Zustandekommen einer Union nicht zugeben, die, ungeachtet der Vorspiegelungen bezüglich der freien Schließung des weiteren Bundes, doch ihren Wesen nach nur darauf berechnet sahen, jene Spaltung zu vollenden. Es muß sich fernen, daß der bei weitem größere Theil Deutschlands die Lauterkeit und Gemeinnutzigkeit seiner Absichten begreifen hat und sucht sich von dem Bewußtsein einer erhabenen Mission erfüllt, der deren gütlicher Vollendung die höchste und edelsten Guter der Menschheit betheiligt sind.

England.

London, 5. Sept. Ueber die Mißhandlung des Generals Haynau erfahrt der „Standard“ Folgendes: Gestern Abend gegen Abend Flüchtlinge Barclay Perkins. Baron Aretzschmidt hatte ihm ein Schreiben mitgegeben. Der General schrieb, wie dies gebrauchlich ist, seinen Namen in das Fremdenbuch ein. Bald trieben die Arbeiter und Angestellten den Namen des Besuchs ein. Es entstand ein allgemeines Murren. Was zur Hand war, wurde nach ihm und seinen Begleitern geworfen. Man schlug ihm den Hut über dem Kopf herab. Ein Mann rief ihm am Schnurrbart, um ihn abzuschneiden. Endlich gelang es dem Oberaut und seinen Begleitern, auf die Straße zu gelangen. Hier aber erwarteten ihn gegen 500 Individuen und warfen sich ihn gegenseitig zu, wobei ihm der Schnurrbart beinahe ausgerissen wurde. Er wollte suchen, stürzte in ein offenes Haustheor, eilte die Treppe hinauf, und verbarg sich im Zimmer der Eigenthümerin, Frau Bunfield. Die Menge vor dem Hause wurde immer drohender. Nur mit vieler Mühe konnte man den Verfolgten in Begleitung von Polizeidienern in ein Boot und nach dem andern Themseufer bringen. Er langte blutig geschlagen und mit zerrissenen Kleidern in seiner Wohnung an. Barclay und Perkins will eine Untersuchung über die Urheber dieser Mißhandlungen veranstalten.

Türkei.

Widdin, 18. August. Konstantinopel, dieser Zufluchtsort aller politischen Sünder, fuhlt das Unangenehme der Ueberfüllung mit revolutionären Gahrstoff nachgerade eben so sehr, als es früher seine Thore bereitwillig geöffnet. Seit letzterer Zeit namentlich strömt eine solche Masse verhafteter und mitunter gefährlichen Individuen nach Konstantinopel, daß die ottomanischen Behörden den ernstlichen Beschluß gefaßt haben, alle Fremden, welche sich über ihren Erwerb und ihre Unterhaltsmittel nicht genau zu legitimiren vermögen, aus dem Lande zu weisen, namentlich aber aus dem Weichbilde der Stadt zu entfernen. Wie ich aus sicherer Quelle erfahre, sind die Verhaftungsstatistiken bisolaßo um Mitwirkung angegangen worden. Nach den gepflogenen Erhebungen stellt es sich heraus, daß der größte Theil der bereits angegriffenen Individuen Oesterreicher und zwar Magyaren seien. Merkwürdig bleibt hierbei der Umstand, daß unter den eingefangenen Prosetysmiten eine erhöhte Angst sofort sich regte, derenungeachtet im Orient gar nicht gangbar ist, z. B. Glockengießer, Hutmacher und Leinweber. Nach den eingebenden Nachrichten zu urtheilen, hat die österreichische Regierung die erforderlichen Maßregeln getroffen, um das Ueberhandnehmen gefährlicher Individuen hierlands und besonders in Konstantinopel zu verhindern; soviel zu mir gedrungen, sind die Paßvorschriften für alle jene, die in die Türkei reisen, verschärft worden. Noth thut ein derlei Verfahren, will man den Gesandtschaften und Consulaten, die dermalen mit Auswieslungsarbeiten überhäuft sind, zu der alten Last noch eine neue hinzufügen. (Presb. Z.)

Vermischte Nachrichten.

Das Londoner Adreßbuch gibt ein ungefähres Bild von der in London fast ins Unglaubliche gehenden Theilen der Arbeit. So befinden sich in London 3 Verfertiger künstlicher Augen und 14 Verfertiger künstlicher Arme und Beine, 28 Verfertiger chirurgischer und zur Pferdekrankheitsmacher; ferner 173 Zahnarbeiter, die aber weiter Zahnärzte sind, noch Zahngebisse verfertigen, sowieren nur die einzelnen Theile derselben arbeiten; ferner 9 sogen. Curvenbesitzen, welche Hühneraugen operiren; dann 7 Thiren- und 11 Augenärzte. Ein Corps von 2,500 Aerzten arbeitet für die Erhaltigung der Weltstadt und verdient Jahr aus Jahr ein etwa 2,600,000 Scheffel in 15 Millionen Boden. Die Butter dazu bringen 990 Butterkrute, welche jährlich 11,000 Tonnen Butter und 13,000 Käse einführen, die Tonne zu 20 Centner. Da sein Engländer essen kann, ohne dazu Thee zu trinken, so bestehen in London 3576 Theehandlungen, die gleich den Zucker mit verkaufen. Die Milch liefern 309 Kuhhalter, das Schlachtvieh 1710 Fleischer, welche an Ochsen, Schafen, Kalbern und Schweinen jährlich 1,701,000 Stück zerhauen. Zagt kommen 52 Geflügelhandler, 422 Fischverkäufer und 1190 Gemüse- und Obsthandler. Für den Wein sorgen 1125 Weinhandlungen und für gebrannte Wasser 11,000 Schenken. Die Bäcker, Fleischer, Fisch- und Gemüsehandler schicken ihre Waaren auf ein- spannigen Karren durch die Stadt, nur die Milch wird getragen. Ferner zählt London 2850 Schneidermeister und 1090 etablirte Putzmacherinnen, 1400 Leinwandhändler und Bandkramer, 2160 Schuh- und Stiefelmacher und 355 Strumpfhandler. Am staunenswertheften zeigt sich die Arbeitstheilung in London bei der Zusammensetzung der Uhren, wobei 25 streng von einander geschiedene unter der Leitung von 968 Meistern beschäftigt sind. Davon machen 42 Meister nur Uhrgehäuse, 15 nur Zifferblatter, 12 nur Gläser, 10 nur Zeiger, 3 nur Schlüssel, 46 nur Federn, 17 verschiedene Gewerbe arbeiten im Wagenbau, nur selbst zu einem Bettgestelle gehören 9 Ge-

Digitized by Google

werde. 30 Meister mit ihren Gesellen machen nichts weiter als — Dachpfannen, 19 Fabrikanten nichts als — Schwefel- und Streichhölzer, und 5 Meister nichts als die Schachteln dazu; es bestehen 17 Glasperlenmacher und 56 Verfertiger von Tabakspfeifen, 40 Dinten- und 55 Wichsefabrikanten, 18 Druckerschwärzverfertiger, 3 Anfertiger von Filz-Lustersagen, 14 von Druckpressen, 16 Schriftgießer und 12 Stereotypgießer, 3 Emballagemacher, 6 Eisbahner, 5 Fächermacher, 9 Pillenschachtelfabrikanten, 205 Schirmmacher, 8 Trauring-Verfertiger, 23 Bilderreiniger und 20 Hefenhändler, 2 Wanzenvertilger, deren einer sich Wanzenvertilger Ihrer Majestät der Königin nennt, 7 Scheerenschleifereibesitzer, 12 Puppenfabrikanten, 4 Porzellankitter, 4 Eisenmischhandler, 3 Verfertiger silberner Fingerhute und 5 Verfertigerinnen aller Wittwenhauben.

Eine weibliche Räuberbande.

Im südlichen Theile von Ungarn ist eine weibliche Räuberbande entdeckt worden. Einen großen Theil der Mitglieder des schauderhaften Bundes hatte man eingefangen. Die Aufsehrin, eine Försterstochter, Namens Josepha Vilay, ist mit den gefährlichsten dieser Verbrecherinnen, von denen die meisten jung und hübsch sind, bis jetzt noch allen Nachforschungen glücklich entgangen. Ein paar Mal war sie nahe daran, gefangen zu werden, aber ihre seltene Geistesgegenwart und ihr durch nichts zu erschütternder Muth haben sie jedesmal gerettet. — In einem Dorfe unweit Karlsburg hatte Josepha Vilay einen Liebhaber, Andreas, den Sohn des dasigen Försters, und sie gab ihm öfter ein Rendezvous im nahen Walde, oder auch in der Försterei. Man hatte dies Verhältniß bald gewahrwohnt und versprach dem Liebhaber eine sehr bedeutende Belohnung, wenn er zur Einfangung der Aufseherin behülflich sei. Der Bursche ließ sich durch das Geld bestechen und versprach seine schöne Geliebte zu verrathen. Josepha hatte dem Bahlen versprochen, am zweiten Pfingstfeiertage, wenn Alles in der Schenke sei, ihn zu besuchen. Davon benachrichtigt, hatten sich sechs Jäger in das Haus verborgen, um sie zu überfallen und den auf ihren Kopf gesetzten Preis zu verdienen. Als es anfing, dunkel zu werden, kam Josephine wie gewöhnlich zu Pferd, allein, aber wohl bewaffnet. Andreas erwartete sie, wie sonst im Garten hinter den Scheuern. Sie stieg ab, band das Pferd an die Hecke und schritt Arm in Arm mit dem Geliebten dem Hause zu. Bald indeß sah es ihr auf, daß er nicht so zärtlich war wie sonst, ja, daß sich seine gewöhnliche Heiterkeit in seinem Benehmen verrieth. Sie ward aufmerksam, sah aber nichts merken. Mit Falkenaugen hatte sie sich umgesehen, aber alles war still und ruhig. So schritten sie ins Haus und in die Buschen Gemach. Schon glaubte sie unnöthigen Besorchtungen Raum gegeben zu haben, da wandte sie sich dem Andreas Gegenüber, doch ihre Waffen abzuziehen, von Neuem fruzig. Indeß, sie zog die Pistolen aus dem Gürtel und legte sie vor sich auf den Tisch. In diesem Augenblick hörte man in dem anstoßenden Zimmer das Knacken eines Hahnes an einer Büchse und — Josepha sank, ein Gerassel, wie wenn ein Schemel umgestossen wurde. Josepha sah Andreas verdrehten und ihl selben Augenblick hatte sie auch in jeder Hand eine der Pistolen mit gespanntem Hahn. Sie warf einen raschen Blick um sich: die Fenster waren ganz klein und das Fensterkreuz hinderte ein Entkommen, so blieb nur die Thüre, die in die Hausflur führte. Josepha bob drohend die Pistolen, Andreas stieß einen stumpfen Schrei aus, er hatte alle Fassung dadurch verloren, daß die Jäger zu zeitig durch ihre Unvorsichtigkeit ihre Anwesenheit verrathen hatten. Durch die Thürspalt hatten sie indeß gesehen, daß der gefährliche Feind auf den Rachen dachte. Sie trafen die Thüre auf und drangen in das Gemach. Doch im selben Moment schoß Josepha eine Kugel dem verrätherischen Liebhaber durch den Kopf, brannte ein zweites Pistol auf die eindringenden Jäger ab und stürzte auf die Flur. Doch hier waren beide Thüren ins Freie besetzt. Josepha sprang nun die Treppe hinan, warf die Bodenthür hinter sich zu und stieg durch eine Dachlucke auf ein angranzendes Dach. Mit der Behendigkeit einer Katze kletterte sie auf bemselben fort, sprang in einen offenen Boden hinab und verschwand dalb im Gebüsch. Man ließ ihr nach, aber vergebens war alles Suchen, die Finsthige war verschwunden. Nach acht Tagen lag die Försterwohnung in Asche, nachdem sie vorher durch die Räuberbande geplündert worden war. Nur durch einen glücklichen Zufall entging der alte Forster dem Tode. Die Jäger sind dem Verstecke entgangen gewesen, der Hauptmitglieder der Bande dabhaft zu werden. Josepha wird sich bei ihren kunftigen Liebeleien wohl besser in Acht nehmen.

Neuestes.

+ Würzburg, 10. Sept. In der gestrigen noch außergewöhnlich gehaltenen Schwurgerichtssitzung wurden Philipp Schneider und Johann Philipp Stock wegen Betheiligung am Orber Tumult v. J. in contumaciam Beide zu einer Strafe von 4 Jahre Arbeitshaus verurtheilt.

Straubing, 8. Sept. Während 30 Stunden vom Samstag den 31. August Nachts 10 Uhr bis heute Morgen 7 Uhr zählt man 5 Driftschen im Brande. Mehr als 20 Gebäude des Dorfes Ittling sind in Asche. Sonntag Nachmittags sah man an zwei Orten in Platter 2 große Bauernhöfe und einen einzeln stehenden anderhalb Straubing im Feuer. 40 Gebäude des Dorfes wurden ein Raub der Flammen. Montag früh 7 Uhr brannte das neu zusammengebaute Krämerhaus in Bürget an.

Wien, 5. Sept. Die Armeekorps in Böhmen ziehen neuerdings Verstärkungen an sich. Die Staatsschatz ist eben jetzt mit Beförderung des Militärs nach Böhmen derart beschäftigt, daß der Direktion keine Waggons mehr zu Gebote stehen, um morgen ein Bataillon des Infanterieregiments Fürst Colloredo-Mannsfeld, wie dies bereits festgesetzt war, nach Königgrätz expediren zu können.

Wien, 5. Sept. Der Chemiker aus Dorton hat eine Erfindung gemacht, welche die Gerichtshöfe in hohem Grade interessirt. Er gibt nemlich ein Verfahren an, wonach Fußstapfen, sie mögen in Erde, in Sand oder auch nur in einem beweglichen Stoffe vorgefunden werden, abgelöst und dem Gerichte vorgelegt werden können. Die angestellten öffentlichen Versuche haben hier die praktische Anwendbarkeit dieser Erfindung dargethan.

Berlin, 7. Sept. Seit einiger Zeit befindet sich der Polizei-Inspektor Maaß aus Spartenburg, mit einigen Personen von erfahrenem Schutzmannern in Begleitung, stets in der Nähe des Königs. Es umgibt dieselbe Begleitung das Staatsoberhaupt auch auf Reisen. Diese Louis-Philippspolizie, dem deutschen u. preußischen Geiste aber bis jetzt fremde Einrichtung verdanken wir leider dem Sefelogschen Attentat.

VI. Oeffentliches Schwurgericht von Schwaben und Neuburg.

III. Quartal 1849/50. Siebente Verhandlung: Untersuchung gegen Dr. Heinrich Friedrich August Heintelmann, prakt. Arzt zu Bamberg, wegen Hochverrathe. Montag den 9. die Mittwoch den 11. September. Anklageschrift. Das kgl. Appellationsgericht von Schwaben und Neuburg hat am 23. Juli 1850 gegen Dr. Heinrich Friedrich August Heintelmann, praktischer Arzt zu Bamberg, 43 Jahre alt, ledig, welcher beschuldigt ist, einem am 27. Mai 1849 von Seite verschiedener politischer Vereine Frankens im Wittelsbacher Hofe zu Bamberg abgehaltenen Kongresse, auf welchem die Aenderung der bayerischen Staatsverfassung durch gewaltsame Einführung der von der Nationalversammlung zu Frankfurt anzuerkennenden Reichsverfassung beschlossen worden ist, welcher auch mit Abstimmung beigewohnt, sondern denselben berufen, und als Vorsitzender geleitet zu haben, auf Anklage erkannt, ihn vor das Schwurgericht verwiesen, und die Abfassung einer Anklageschrift verordnet. Demgemäß erklärt der kgl. Staatsanwalt, daß aus der gepflogenen Untersuchung folgende Thatsachen hervorgehen: Unterm 18. Juli 1848 bildete sich zu Bamberg ein Volksverein, welcher in sogenannte Kränzchen abgetheilert war, und als dessen Zweck bezeichnet wurde, sich über politische Gegenstände zu besprechen, und politische Bildung unter dem Volke zu verbreiten. Um die Richtung anzugeben, nach welcher diese Bildung zu verfolgen gesucht wurde, wird bemerkt, daß der Verein vorzugsweise radicale Blätter, wie die Rechtstagszeitung, der freie Staatsbürger, der Vorwärts ꝛc. gehalten hat. Dr. Heintelmann war Mitglied und in den letzten 4 bis 5 Monaten vor seiner am 9. Juni 1849 erfolgten Verhaftung Vorsteher des Vereins. Das „Bamberger Volksblatt", welches Dr. Heinkelmann im Jänner 1849 gegründet, und bis Ende Februar redigirt, und bei welchem er sich auch später, wenn nicht gerade durch Redaktion, doch sonst in mehrfacher Weise betheiligt hat, nahm die Inserationen des Volksvereins auf, und der nicht selten aufreizende Ton dieses Blattes mag die politische Richtung des Dr. Heinkelmann bezeichnen, der auf dem im Juni 1848 zu Frankfurt abgehaltenen Demokratenkongresse, durch welchen die social-demokratische Republik als die einzige für Deutschland mögliche Staatsform angegeben wurde, als Abgeordneter des Bamberger Bürgervereines betheiligt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

(Eingesandt.) Einige Zeitungen enthielten jüngst die Nachricht, daß alle Lehrer vor ihre betreffenden Gerichte vorgeladen würden zur Untersuchung eines Vereines, sich an keine politischen Vereine zu betheiligen. Diese Angabe ist insoferne unrichtig, als die Lehrer nicht zu geloben haben, an politischen Vereinen überhaupt, sondern nur an solchen Vereinen sich nicht zu betheiligen, welche durch das Vereinsgesetz vom 26. Februar l. Js. bezeichnungsweise die allerhöchste Verordnung vom 15. März l. Js., Regsblatt. Nr. 16, unterfagt sind.

Verkauf einer Staatswaldparzelle.

In Folge einer hohen Entschließung der kgl. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg vom 23. vorigen Monats, Nr. 23779, wird der öffentliche Verkauf der zum k. Forstrevier Borbach gehörigen, in der Gemeindemarkung Jesserndorf, k. Landgerichts Ebern ilolirt gelegenen, nur 3 Stunden von einer Mainschiffahrts- und fünftigen Eisenbahn-Station entfernten Staatswaldparzelle Rothehütt hiemit ausgeschrieben.

Diese Parzelle, 53,3 Tagwerk enthaltend, ist mit 50—60jährigem Buchenstangenholze, welches mit 100—200jährigen Oberholze an Eichen, Eichen, Birken und Buchen, theilweise zu Gummizialholz tauglich, unterstellt, ist, gut bestockt.

Der Verkauf soll in 3 bereits ausgeschiedenen und im Walde bezeichneten Partbiern, sodann im Ganzen nach den am Verkaufstermine selbst bekannt gemacht werdenden Bedingungen vorgenommen werden.

Der k. Revierförster zu Borbach wird Kaufsliebhabern die fragliche Waldparzelle auf Verlangen genau vorzeigen lassen und werden Letztere eingeladen, sich am

Mittwoch den 2. Oktober d. Js.
Morgens 10 Uhr

im Bureau des kgl. Rentamte Ebern zum Verkaufe einzufinden.

Ebern u. Eichelsdorf, 4. Sept. 1850.
Kgl. Rentamt Ebern. K. Forstamt Goßmannsdorf.
v. Delhafen.

Druck von Joseph Steib in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrotthof 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 218. Würzburg, Mittwoch den 11. September. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 9. Sept. Se. Maj. der König haben unterm 2. Sept. d. Js. allergnädigst zu genehmigen geruht, daß die kathol. Pfarrei Birnfeld, Bzgs. Hofheim, vom Bisthofe von Würzburg dem Priester Johann Muth, Kaplan zu Ebersthausen, Bzgs. Schweinfurt, verliehen werde.

Die stehenden Heere.

Die „Leseranschrift Correspondenz" sagt darüber: „Daß die stehenden Heere während der letztverflossenen verhängnißvollen zwei Jahre Europa vor der Anarchie und Barbarei bewahrt haben, ist eine allgemein anerkannte Thatsache; doch hat man sich bis jetzt wenig die Mühe gegeben, deren tiefer liegenden Grund nachzuforschen. Die ultraradikale Partei unterläßt nirgends, Europa alle durch zwei Millionen Bajonette gehemmtet darzustellen; sie trachtet jene unabweisliche Erscheinung in ein Zerrbild zu verwandeln, derenk aber nicht, daß, wenn es für die Bewegungen der stehenden Heere keine höhere Form, als die des blinden und gedankenlosen Gehorsames gegeben hätte, es kaum möglich wäre, zu begreifen, wie es denselben gelingen konnte, den Widerstand einer unendlich überwiegenden Majorität nachhaltig zu brechen. Woher die beinahe wunderbare Meinung, daß sie früher entstellten und mißtrauischen Massen jetzt plötzlich zur Ruhe zurückgeführt sind? Mögen die Demagogen sich hierüber leuteofalls täuschen, diese Ruhe ist nicht blos eine scheinbare, oberflächliche, sie ist ein reelles Produkt der Zeit, ein Ergebniß der politischen Remedia unserer Tage. Das religiöse Prinzip steht Jedermänniglich mit dem revolutionären im schroffen Widerspruch. Letzteres hat sich angemaßt, die Welt von Grund aus umzugestalten, alle Unebenheiten und Unbequemlichkeiten des Lebens mittelst der sogenannten sozialen Reform auszugleichen, und hat sich darnach an dem Gemüth der Menschheit schwer versündigt, deren unentrinnbare Bestimmung nun einmal ist: Friede, Wohlfahrt, Glück, mit einem Wort alle Güter des irdischen Daseins nur als ein Geschenk der Vorsehung hinzunehmen. Dem Glauben an diese steht das Gefühl dramatischer Gegebung zur Seite. Die Revolution aber entstammt jenseyd den Hochmuth und die Leidenschaft. Wodurch aber haben die stehenden Heere in unsern Tagen gesiegt? Offenbar durch den festen innigen Glauben an die Giltigkeit der legitimen Gewalt, der sie durch treue Eide verpflichtet waren. Diese Ueberzeugung ist mit der religiösen Idee so nahe verwandt, daß Zurückführen und Jagen der Masse unter eine höhere Ordnung in beiden Fällen so übereinstimmend, daß Niemand bezweifeln mag, es sei mit dem Siege der legitimen Gewalt in Europa auch das religiöse Prinzip wieder in seine urewigen Rechte eingesetzt worden. Daß die stehenden Heere diesem Gedanken dienten, war nur einzig und allein ihre Stärke, der Kern ihrer Wirksamkeit.

Deutschland.

München, 9. Sept. Se. kgl. Hoh. der Prinz Adalbert, seit 20. Juli d. Js. majorenn, wird vom 1. Oktober angefangen einen Hofstaat mit eigenem Personal führen. Gestern ist ein starker Artillerie-Transport über Ingolstadt nach Preußisch abgegangen, wo ein von Würzburg eintreffender Artilleriezug das dieselbst abgeliefernte Kriegsmaterial übernimmt.

Stuttgart, 9. Sept. (Zweite Sitzung des Staatsgerichtshofes.) Die Theilnahme des Publikums ist zwar groß, aber lange nicht so bedeutend als in der ersten Sitzung. Um 11 Uhr tritt der Staatsgerichtshof ein. Die Parteien werden vorgeführt. Mit ängstlicher Spannung harren Alle des Urtheils. Es lautet: „Im Namen des Königs. In der Anklagesache der Landesversammlung gegen den Staatsrath Freiherr v. Wächter-Spittler wegen der Verletzung des § 85 der Verfassung durch den Beitritt zum Interim und Münchner Bündniß erkennt der Staatsgerichtshof wie folgt: In Erwägung 1) daß der deutsche Bund von 1815 noch besteht, 2) daß der Beschluß der Bundesversammlung vom 12. Juni 1845 und der Centralgesetz vom 28. Juni 1848 die Neugestaltung des deutschen Bundes zwar vorzubereiten und einleitete, nicht aber denselben auflöste, 3) daß zur Erreichung der Bundeszwecke selbstverständlich ein Organ gehört, 4) daß § 3 der Verfassung noch Geltung hat, und daß Verfügungen der Bundesgewalt schon verbindender Kraft haben, ohne daß eine Zustimmung der Staatsversammlung erforderlich wäre, 5) daß für die württembergische Regierung wenigstens die Unmöglichkeit vorlag, zur Einberufung einer neuen Nationalversammlung mitzuwirken und daß gemäß der Wiener Schlußakte seine Verpflichtung für die württembergische Regierung vorlag, den Beitritt zur neuen Bundesgewalt von der Einwilligung der Landesversammlung abhängig zu machen, 6) daß der württembergischen Regierung zufolge der Wiener Congreßakte die Verpflichtung oblag, den Bundesbeschlüssen beizutreten, erkennt der Staatsgerichtshof, daß der Klage als unbegründet zurückzuweisen sei und daß die Staatskasse für die Kosten einzutreten habe."

Kassel, 8. Sept. Der Stadtrath der Residenz hat folgende Proklamation erscheinen lassen: Mitbürger! Unser Vaterland ist nach einer Verkündigung vom gestrigen Tage in den Kriegszustand erklärt worden. Wir haben bisher bei kurfürstl. Gesammtstaatsministerium protestirt, weil insbesondere die Einwohnerschaft Kassels zu einer solchen, mit Verfassung und Gesetz im grellsten Widerspruch stehenden Anordnung nicht die entfernteste Veranlassung geboten hat. Mitbürger! Wir vertrauen Eurem stets bewährten Sinn für Ordnung und Gesetz! Bebarret ferner, wie bisher, auf dem gesetzlichen Wege, dann wird, dessen sind wir gewiß, der dermalige, das gesammte Vaterland in Gefahr bringende Zustand nicht von langer Dauer sein. Kassel, 8. Sept. 1850. Der Stadtrath der Residenz Hartwig. Birner. Eisengarthen. Engelhardt. Hebenberg. Fischer. St. Giebe. Hutterott. Knappe. Müller. Fr. Oetker. Scherb. — Der Regierungsdirektor Sydorn, an welchen der „Oberbefehlshaber" die Forderung gestellt hatte, auf den Grund der Verordnung vom 7. September die Vereine aufzulösen und die Versammlungen zu verhindern, hat dieselbe dahin beantwortet, daß ihm von einer nach der Verfassung zu Recht bestehenden Verordnung vom 7. Sept. überall nichts bekannt sei. — Der Oberbürgermeister der Residenz, Hartwig, erhielt heute ein Schreiben des Oberbefehlshabers, Generalleutenants Bauer, worin ihn dieser zu einer „Conferenz zu dienstlicher Besprechung" einlud. Der Hr. Oberbürgermeister erwiderte hierauf, daß es ihm angenehm sein würde, wenn Se. Excellenz in der für die dienstlichen Besprechungen des Oberbürgermeisters bestimmten oder ein sonst ihm etwa genehmen Stunde im Lokale des Magistrats von Kassel, im Rathhause sich einfinden wolle. — Sichern Vernehmen nach hat auch das Obergericht zu Rotenburg beschlossen, keine Stempel zu verwenden. Ein gleicher Beschluß soll auch vom Oberappellationsgericht nach schriftlicher Abstimmung mit großer Mehrheit gefaßt worden sein. Es verlautet von interdirten Maßregeln gegen die obern Staatsdiener des Kurstaates, welche sich bekanntlich einmüthig gegen das Benehmen der Regierung ausgesprochen haben und eine Aufklärung zugekommener Befehle verweigern. — Der hiesige Ortspolizeivorstand Henkel ist von der Bezirksdirektion auch mit der Verfassung der Landpolizei hierselbst beauftragt gewesen. Heute verlangte Oberbefehlshaber Bauer von demselben, daß ihm zwei Polizeidiener zur Disposition gestellt werden sollen. Henkel lehnte dies entschieden ab. Hierauf erhielt er von dem Oberbefehlshaber folgendes Schreiben: Auf den Grund der mir als militärischen Oberbefehlshaber für die Dauer des Kriegszustandes übertragenen Funktionen, in Folge der von dem Vorstande der Ortspolizeiverwaltung bezeigten Unwilligkeit, welche ich hierdurch die Suspension des Bürgermeisters Henkel von den Geschäften eines Hilfsbeamten der Staatspolizeiverwaltung aus und übertrage dieselben dem ersten Verwaltungsbeamten, Regierungsassessor v. Godeaud dahier. — Hr. Henkel entsagente darauf Folgendes: Auf die mir zugegangene Zuschrift vom heutigen Tage beehre ich mich Eure Excellenz ergebenst in Kenntniß zu setzen, daß mir die Funktionen eines Hilfsbeamten der Staatspolizeiverwaltung von dem Hrn. Bezirksdirektor für den obersten Verwaltungsbezirk Kassel übertragen worden ist, und daß ich dieselben nicht eher an einen anderen Beamten abgeben kann, bis ich durch die Behörde, von welcher mein Mandat herrührt, deßelben entbunden bin.

Marburg, 6. Sept. So eben werden hier Plakate des Landtagsausschusses angeschlagen, worin die Bürger des Kurfürstenthums mit Verweisung auf die Beschlüsse der Kammern und der verfassungsmäßigen Anordnungen Hoffnungsluge vor der Einzahlung der Steuern verwarnt werden.

Von der weimarisch-hessischen Grenze, 8. Sept. Reisende, welche eben aus der kurhessischen Hauptstadt hier anlangten, schildern die vorige Stimmung in Folge der Verordnung der Regierung zur Fortrechtung der Steuern keineswegs als eine irgend bedrohliche, und auch nach allem, was man auf briefsichem Wege aus der Hauptstadt sowohl, wie aus dem Lande erfährt, ist kein Gedanke daran, daß die Ausführung jener Verordnung auf irgend einen ernstlichen Widerstand stoßen werde. — Die nicht einer Partei-

sicht angehörenden kurhessischen Beamten, namentlich auch dem richterlichen Stande, finden auch jene Verordnung durchaus verfassungsmäßig, da nach der Constitution von 1831, wo es die Erhaltung des Staats erfordert — und wer wollte das im gegenwärtigen Falle leugnen — die Regierung auch für sich auf dem Wege der Verordnung verschreiten darf, keine Unterschiede in §. 143 jener Verfassung dahinlich besagt: die Stände haben für Aufbringung des Staatsbedarfs durch Bewilligung von Abgaben zu sorgen; die Verwegerung der Steuern demnach allerdings als eine Verfassungswidrigkeit erscheinen müßte, welche durch die bündige Möglichkeit des jetzigen Ministeriums keineswegs gehoben wird, da weder die Verfassung, noch die Praxis in Kurhessen in diesem Fall die Stände von der Verpflichtung der Steuerbewilligung enthindet. — Ich gebe Ihnen hier nur die Ansicht, welche ich von tüchtigen kurhessischen Rechtsgelehrten hörte, ohne weiter auf eine Prüfung derselben einzugehen. Thatsache ist aber, daß das Verfahren der Stände dem gesunden rechtlichen Sinn des Volks überall nicht zusagt, wie es denn auch nur ein von den Demokraten ausgesprengtes Gerücht ist, daß das Militär remitende Ausichten gezeigt.

(A. D.-Z.)

Dresden, 6. Sept. In der heutigen Sitzung beschäftigte sich die zweite Kammer, nachdem über die in den Beschlüssen beider Kammern obwaltenden Differenzen hinsichtlich des Gesetzentwurfs wegen Erhöhung der Stempelsteuer Bericht erstattet war, mit der Verordnung vom 3. Juni, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend. (Reformat. Abg. Schebner.) Die Deputation hat den Motiven der Regierung zu der Verordnung nichts hinzuzufügen und räth der Kammer an, sie wolle dem von der ersten Kammer gefaßten Beschlusse, die nachträgliche Genehmigung zu der erwähnten Verordnung zu ertheilen, beitreten. Eine allgemeine Debatte fand, wie gewöhnlich, auch heute nicht statt, sondern der Antrag der Deputation fand sofort gegen fünf Stimmen Annahme. Hierauf schritt die Kammer zur Berathung über die einzelnen Paragraphen. Die meisten Paragraphen wurden ohne Debatte einstimmig in der Fassung der ersten Kammer angenommen, und auch sonst wurden nur einige unwesentliche Aenderungen beantragt und beschlossen. Wir können uns die undankbare Mühe, hier in Einzelheiten einzugehen, um so eher ersparen, als die Regierung angegangen wurde, die Verordnung mit den beschlossenen Abänderungen unter Beziehung auf die Zustimmung der Stände als Gesetz zu publiciren, und dies wohl nächstens geschehen wird. Wir beschränken uns daher auf die Mittheilung, daß schließlich die ganze Verordnung mit den beschlossenen Abänderungen mit 50 gegen 5 Stimmen angenommen wurde. (L. A. Z.)

Berlin, 5. Sept. Nach der „Deutschen Reform" hätte sich England und Frankreich dahin ausgesprochen, daß sie zwar die Herstellung eines gemeinsamen Organs für Deutschland wünschten, daß jedoch Preußens Betheiligung hiezu vonnöthen sei und daß sie sich demnach bei dem jetzigen ungeregelten Rathe nicht vertreten lassen würden. (D.B. Wir geben diese Nachricht mit dem Bemerken, daß auf deren authentische Fassung Alles ankommt, und daß sie selbst, wenn sie gänzlich wahr wäre, eben nur den tiefen, wolkenlich durch Preußen verursachten Verfall Deutschlands kennzeichnet. Bei der „freikrothenen Verlammlung" würden sich England und Frankreich wohl noch weniger engagiren wollen? Wir bedauern, wenn das Organ des preußischen Ministeriums dergleichen etwa als einen Sieg der Berliner Diplomatie verkündet! Ein Sieg auf Deutschlands Unlosten — ein Niederlage.) (D. C.)

England.

London, 6. Sept. Die „Times" schreibt über ein dem Feldzeugmeister von Haynau widerfahrene Mißhandlung und veröffentlicht aber folgenden Brief einen „alten Offiziers" an den „Evitor": Mein Herr! Ihre heutigen Spalten berichten über einen brutalen Angriff, welchen ein Pöbelhaufen von „mehreren hundert" Engländern (?) auf den General Haynau und seinen beiden Adjutanten gemacht hat. Ich errothe für den Charakter meiner Landsleute, wenn ich bedenke, daß man diesen Vorfall im Auslande sehen wird. Niemand kann härter als ich die Grausamkeiten verdammen, welche diesen alten Kriegsmann begangen worden: aber um unsern Abscheu an den Tag zu legen, brauchen wir uns nicht dieselbe Missbilligkeit und Menschenfeindschaft zu Schulden kommen zu lassen, als der General und seine Genossen bei jenen Handlungen bewiesen haben sollen. Der General war neulich mit mir im selben Hotel zu Berlin, und die Einwohner, die sich rings um das Hotel drängten, obgleich sie dem General kein Beifallszeichen gaben, enthielten sich jeder Mißhandlung gegen den Fremdling in ihren Mauern. Dieser Gegenstand ist eine Demüthigung für den britischen Stolz, und, wie ich hoffe, mein Herr, wird Ihre einhauende Feder das Ihrige beitragen, um an jene Selbstachtung zu erinnern, welche, während sie keinen Anfaud nimmt, den fürstlichen Abscheu vor einer schändlichen That auszudrücken, sich scheut, zu den nichtigsten Handlungen der Rohheit und Feigheit gegen einen waffenlosen Fremden herabzusteigen, welcher unter seinen Landsleuten sicher lebt. Und nun, mein Herr, ein Wort an den General, für den Fall, daß er noch einmal mit dem englischen Pöbel zu thun haben sollte. Ich bin selbst in einer ähnlichen Lage gewesen. Ich war allein, und mehr als 200 englische Wilde umzingelten mich. Ich kenne die Gefahren, die Verhöhnung, verschern, daß, hätte er mit seinen Adjutanten sich gegen die Mauer von Barclay's Brauerei mit den Rücken aufgepflanzt, eine kecke Stirn gezeigt und hier sich und seine beiden Gefährten drei beliebige Gegner ausgesucht, so wurde ihm aller Wahrscheinlichkeit ein Gensdarm zu Hülfe gekommen haben, der seine Eigenthümer vor Beleidigungen und den ihn schleunigst befreit haben, und er hätte sich wenigstens seine schimpfliche Flucht, mit aber die Schamröthe erspart, mit welcher ich als Engländer diese Worte niederschreibe re. Ein alter Offizier.

Frankreich.

Paris, 7. Sept. Es ist hier folgende telegraphische Depesche eingegangen: Cherbourg, 6. Sept., 11 Uhr Vormittags. Der Präsident ist gestern 9½ Uhr Vormittags von Caen abgereist. Es war Nacht, als er in Cherbourg anlam. Der Kampf der Regierung wurde auf dem ganzen Weg von der Menge sehr freundlich und aufmerksam begrüßt. Ueberall hörte man den Ruf: „Es lebe Napoleon! Es lebe der Präsident!" Der Präsect und die Abgeordneten des Manchederpartements haben den Präsidenten an der Grenze bestellen empfangen. Die Maires des Bezirkes Cherbourg begaben sich zu Pferde bis auf zwei Meilen vor die Stadt und begleiteten ihn bis zur Seepräfectur.

Cherbourg, 7. Sept., 8 Uhr Morgens. Gestern Vormittag um 9 Uhr empfing der Präsident die Behörden des Bezirks. Der Empfang dauerte über zwei Stunden. Sämmtliche Maires der Umgebung und viele Engländer haben sich dahei eingefunden. Letztere waren in Lustjachten nach Cherbourg gekommen, um den Präsidenten zu begrüßen. Um 1 Uhr hielt Ludwig Bonaparte Revue über die Truppen und die Nationalgarde. Von ganzen Departement waren sehr viele Menschen herbeigeströmt, die sich mit vieler Wärme begrüßten. Um 3 Uhr versammelten sich über 700 Personen zu einem von der Stadt gegebenen Bankete. Bei der Ankunft, wie beim Weggehen des Staatsoberhaupts rief man: „Es lebe der Präsident! Es lebe Napoleon!" Die Antwort des Präsidenten auf den Zuruf sprach des Maires sand vielfachen, wiederholten Beifall. — Heute wird das Arsenal und die Flotte besichtigt.

Aus dem Elsaß, 6. Sept. Seit einigen Wochen sind die Preise des Getraides so wie aller Cerealien außerordentlich im Steigen begriffen. Der Wasgen ist in den letzten acht Tagen um 4 bis 5 Franken pr. Hektoliter gestiegen. Die nächste Ursache dieser Erscheinung ist die von verschiedenen Seiten eingelaufene Nachricht, daß die Kartoffelernte nicht sehr günstig ausfallen werde (?) und in Lothringen die Früchte durch den anhaltenden Regen sehr stark gelitten hätten. (?) Die gegenwärtige Erhöhung bietet indessen nichts Beunruhigendes, denn bis jetzt hat dieselbe die Brodpreise nur unbeträchtlich getrieben. Von einzelnen Märkten haben wir seit gestern die trostliche Nachricht, daß das Steigen keine weiteren Fortschritte gemacht hat.

Schweiz.

Bern, 2. Sept. (Verfassung ohne Wahrheit.) Seit ihr Cesseln in Bern gewichen, zerstasset sich die Majorität des Legal-Radikalismus in den Bundesbehörden zusehends, und ein harter Stoß für sie wird jedenfalls die (schon erwähnte) Nichten-Petition aus Freiburg werden, worin nun schon ⅞ der ursprüngs stimmfähigen Burger mit Namensunterschrift verlangen, daß die neue Bundesverfassung für sie eine Wahrheit werde. Diese schlichte Bitte — nicht um Rucktritt zum Alten, sondern um Mitgenuß der jüngsten Errungenschaft — enthält dennoch mehr scharfen Stachel, der zwar den obersten Gemüthern der Majorität ein Sporn werden wird, um endlich die Bahn der Billigkeit zu betreten, den herzlosen Demagogen aber nur ein neuer Anlaß, um ihre Parteiwuth zu hässlicher zu entlavren. Allerdings enthält die neue Bundesverfassung einen Widerspruch. Während sie mit der einen Hand den 21 Stänben das Recht gewährt, sich selbst zu constituiren, nimmt sie mit der andern Hand dies Recht dem Einen Stand, Freiburg. Da nun Freiburg um Aufhebung dieser Anomahie bittet, so werden sich bei der Abstimmung über dieses Widerspruch in der Bundesversammlung diejenigen in solche, die sich dem Krieg beschlossen, weil sie im Sonderbund ein Machwerk Oesterreichs, in den Jesuiten ein Bollwerk Roms erblickten und in beiden das Ausland ein Noli me tangere fühlen lassen wollten — in solche aber andererseits, die, mit den Sozialisten und Communisten den Landsbesitz somwie Hetzen, auf dem Wege waren, dies schöne Alpenland zum Lagerort aller bankerotten Demokraten, und seine „herrlichen Burschen" zur Avantgarde des „siehenden Proletariats" zu machen. Die Thränen quellen Einem in den Augen, wenn man ten im Allgemeinen gutmüthigen und verständigen Bernervolk sieht, wie es sich noch aus dem Munde seiner obersten Magistraten das Verdammen aussprechen hört, daß man nicht Freiernbrände in jenes Gebäude zu Freiburg geworfen, daß man die Gelegenheit versäumt, die Patrizier von Bern ihres Eigenthums gänzlich zu berauben. Ihre Thränen werden sich trocknen, wenn sie diesen Revolutionsmus nun auch in den Sozialismus ausgegohren, und nicht nur erklärte sich neulich Hr. Druey öffentlich dazu, sondern auch in Zürich soll man das Journal „der Republikaner" in die Hände eines bekannten Communisten übergeben. — Es steht den jetzigen Staatsrathern von Bern wohl an, daß sonst von ihnen man bestreht sind, Hrn. Druey eine Bibliothek sehen" zu lassen, denn obwohl sie Hrn. Eitel gegenüber den Sozialismus verleugnen, so sind doch sie es gewesen, die in den Horsälen, worans sie die Binet und da Haye vertrieben, einen Sekretär von Cauffieren, einen Commissär von Leon-Faucin und Hrn. Consseraut in Person lehren ließen, und in den Landschulen communistische Almanache einführten. Diese Partei hatte in den eingezogenen Rathen bisher beduteuten, nun aber Gott sei Dank! sinkenden Einfluß, und diesem mag der bisher schwankende Gang derselben zur Last gelegt werden. Dort ist es nicht ein Widerspruch, daß, während in Luzern ein weisschichtiger Hochverrathsprozeß gegen alte Mitedigenossen geführt wird, Niemand sich fand, um selber die Strafsolgiest jenes Ph. Becker zu unterpellieren, welcher im letzten badischen Aufstande die „Schweizer-Legion" kommandirte, und dafür doch möglicherweise dem

Gründe des kantons Bern, wo er eingeburgert ist, verfallen sein könnte, welches den Hochverrath definirt als: „jedes Unternehmen, welches . . . die Verbreitung einer Gefahr für den Staat vom Auslande zum Zweck hat“? Ist es nicht eine Unerklärlichkeit, daß d'Eser, welcher vom Bundesrath schon 2mal aus diesen Lande ausgewiesen und welcher im Kanton Bern sich feindseligs ruhig verhalten, demnoch ungestraft im Kanton Freyburg verweilt, wo er in Chatel St. Denys regelmäßig seine ärztlichen Visiten macht? Wer haben Ursache, zu glauben, daß dergleichen Verbrechen, namentlich der Verrath, im Bereich des Freyburg, noch allmälig einigen billiger Denkenden unter seinen Besiegern fühlbar werden, z. E. einem wichtigen Staatsmann in St. Gallen. Auch bildet sich mit der einzigen Bitte, daß die neue Bundesverfassung endlich eine Wahrheit werde, im Westen sowohl der Schweiz als namentlich in den Urkantonen die neue sogenannte nationale Partei, über deren bedenkliches Wachsthum wir ein andermal berichten werden.

Neueste.

† Würzburg, 11. Sept. Gestern Mittag gelangte Se. königl. Majestät König Otto von Griechenland, begleitet von seinem Adjutanten Miaulis und seinen Aerzte Medizinalrath Röser von Bamberg kommend hier an, und stiegen in dem Gasthofe zum Kronprinzen ab, wo Hochstdieselben von den hohen Regierungsbehörden, so wie von der hiesigen Generalität, empfangen wurden. Nach 3/4stündigen Aufenthalt, wurde die Reise nach Aschaffenburg fortgesetzt.

München, 9. Sept. Ueber Triest ist heute eine telegraphische Nachricht aus Athen vom 1. Sept. eingelaufen, daß an diesem Tage General-Lieutenant Kalergis, Kriegsminister, Karpidopulos, meuchlings ermordet worden sei. Der Thäter, ein Mainote, ist verhaftet, und seine Handlung wird der Privatrache zugeschrieben. Hr. Paulos hat einstweilen das Cultusministerium übernommen. (R. Z.)

Frankfurt, 9. Sept. Gestern Abend fand bei dem k. bayerischen Gesandten, General Freyherr Lyhander, eine große Abendgesellschaft statt, zu der die hier anwesenden Abgeordneten und Generale, sowie die sämmtlichen Offizierkorps mit ihren Familien eingeladen waren.

Wiesbaden, 8. Sept. Soeben ist folgende die Berufung des Landtags betreffende Verfügung erschienen: Wir haben beschlossen, den durch Unsere Entschließung vom 26. März d. J. vertagten Landtag auf den 25. Sept. d. J. wieder zu berufen. Mit der Vollziehung dieses durch das Verordnungsblatt zu verkündenden Beschlusses ist Unser Staatsministerium beauftragt. Zu gegeben Biebrich, den 7. Sept. 1849. (L. S.) Adolph Wintzingerode. Ler. Hadeln.

Kassel, 9. Sept. Laut Verordnung vom gestrigen Tage ist nunmehr auch das zweite Aufgebot einberufen. Die Besatzung Kassels ist dadurch wieder um 9000 Mann verstärkt. Nicht allein Infanterie- sondern auch Cavallerie-Patrouillen durchziehen bei Nacht und bei Tage die Stadt bis zur Wolfsschlucht, eine halbe Meile von hier.

Köln, 8. Sept. F.-J.-M. Haynau kam gestern mit Zeiten per Dampf hier an und kehrte im „Hotel Fuchs“ zu Dutz ein.

T. D. Altona, 9. Sept. Gestern kam es zum Gefecht auf der ganzen Linie unseres Heeres, was besonders lebhaft auf unserm linken Flügel wirkte. Anfänglich mußte dieser, bestehend aus dem 9. und 11. Infanterie- und dem 1. Jägerbataillon bei Süderstapel sich zurückziehen, vereinte jedoch bald Verstärkung und warf nun die Dänen bis zur Treene. Es wurden 58 Gefangene nach Rendsburg gebracht; neun Wagen voll Verwundete vom 1. Jägerbataillon kamen nach Heide. Das Centrum der Holsteiner drang bis Jagel und Brüsendorf vor, jedoch ohne dadurch ein besonderes Ergebniß zu erreichen. (L. C.-Z.)

Der Wiener Lloyd meldet: Es ist jetzt sicher, daß der dänische Thron nicht dem Prinzen Peter von Oldenburg bestimmt ist. Der Großherzog von Oldenburg und seine Nachkommenschaft wird zur Herrschaft in Dänemark wie in Schleswig und Holstein gelangen, während die Sekundogenitur desselben Hauses im Großherzogthum regieren wird.

Berlin, 8. Sept. Gestern Abend wurden hier die Friedensratifikationen ausgewechselt zwischen Dänemark einerseits und Preußen mit den Unionsstaaten andererseits, welche die Vollmacht zum Ratifiziren in ihren Namen an Preußen übertragen haben, mit Ausnahme von Koburg und Braunschweig, welche die Ratifikation vorwiegern, sammt Oldenburg, das noch immer Schwierigkeiten macht. Doch ist Oldenburg damit wahrscheinlich keinesweges Ernst, denn es wird nicht die dänische Krone ablehnen und sucht nur bis dahin mit den Forderungen der Herzogthümer zu coquettiren, um sich drei popular zu machen. Es scheint, was vielleicht für die künftige Redaktion der dänischen Gesammtmonarchie unter ein Haupt nicht nutzlos sein mag, aber im jetzigen Augenblick immer als etwas zweideutiges Doppelspiel erscheint. (L. Z.)

Neapel, 31. August. Sieben Generale, zahlreiche Offiziere und 4 Polizeikommissare sind entlassen worden. Der Präsident des Verschärfungsgerichts, Herr Navarro, ward am hellen Tage von 3 Individuen überfallen und arg mißhandelt. In Folge dieses Attentates haben zahlreiche Verhaftungen stattgefunden.

Nach Briefen aus Turin sollen in dieser Stadt eine protestantische Kirche und protestantische Schulen eröffnet werden. Das Kloster der von Turin nach Carignan verwiesenen Kapuzinermönche soll den Protestanten zum Gebrauch überlassen werden. Dieses ist das erste Mal, daß in Italien die protestantische Kirche offiziel anerkannt wird.

Konstantinopel, 24. August. Zum Lectenbegängnisse der Schwester des Sultans, der Prinzessin Atte, wurde auch Herr Carabet Dug geladen, der erste Christ, der an einer religiösen Ceremonie der Muhamedaner Antheil zu nehmen berufen wurde.

VI. Oeffentliches Schwurgericht von Schwaben und Neuburg.

Fortsetzung der Untersuchung gegen Dr. Heinrich Fr. A. Heinkelmann, prakt. Arzt zu Bamberg, wegen Hochverrathes: Am 18ten des Monats Vollversammlung des Ausschusses der Vereine Frankens, um zweiten Pfingstfeiertage für alle übrigen politischen Vereine Frankens; allein wegen eines Irrthums, welcher sich bezüglich des Datums in die autographirten Einladungen eingeschlichen hatte, übernahm es Dr. Heinkelmann, alle Vereine sogleich auf den 27. Mai zu laden. Gestern früh erschien im Namen des Kreisausschusses autographirte Einladungen an alle Vereine Frankens, wie sie ihm bekannt und von ihm zu ertragen waren, unterließ aber, und zwar wie er sagt aus Mangel an Zeit, eine Abzug durch öffentliche Blätter. Am 27. Mai fand nun dieser Kongreß im Wirtelokale der Post zu Bamberg statt, welches Lokal Dr. Heinkelmann hatte bestellen lassen, und es waren auf demselben durch 30—35 Abgeordnete gegen 70 Vereine vertreten. Die Sitzung begann mit der Wahlung des Vorsitzenden, als welcher Dr. Heinkelmann — er erklärte es nicht, als durch Stimmzettel oder Akklamation — gewählt wurde. Hierauf verlas er die Vorschläge des Kreisausschusses vom 18, Mai und eröffnete die Debatte, wobei ein von Metzler aus Würzburg vorgelegter Wehrorganisationsplan als Grundlage der Debatte angenommen wurden. Als wesentlichste Inhalt der Anträge des Kongreß gefaßten Beschlüsse ist folgender: I. Es soll ein fränkischer Centralausschuß als gemeinschaftliche die drei fränkischen Kreise einigende Spitze geschaffen werden. II. Kreisausschüsse sollen in Nürnberg, Bamberg und Würzburg bestehen. III. Von dort aus muß in jedem Gerichtsbezirke ein dem Kreisausschusse in allen Stücken untergeordneter Bezirksausschuß organisirt werden. IV. Durch Vermittlung der Bezirksausschüsse soll in jedem Orte ohne Aus-

nahme dafür gesorgt werden, daß sich Männervereine bilden zum unverholen ausgesprochenen Zwecke der Durchführung der Reichsverfassung. V. Der Sitz des Centralausschusses soll, sofange der Kongreß nicht anderd bestimmt, Würzburg sein. VI. Die Kreisausschüsse werden den Verkehr zwischen dem Centralausschusse und den Vereinen des Bezirks gebildet. VIII. Jeder Verein vom kleinsten Dorf bis hinauf zu den Kreisstädten bildet eine möglichst zahlreiche Wehrmannschaft, welcher sich auch andere, nicht zum Verein gehörende Personen anschließen können, wenn sie zur Durchführung der Reichsverfassung die Waffen führen wollen. Die Bezirksausschüsse sollen Uebungsschüsse gebildet werden, welche in Wehrfachen berathende und vollziehende Eigenschaft haben. X. Binnen 14 Tagen sollen dem Centralausschusse über die Zahl der waffenfähigen Männer, sowie über den Stand der Bewaffnung und Munition, und über die Fortschritte in den Uebungen Berichte erstattet werden. XI. Der Kongreß schließt sich den Beschlüssen des Kongresses der Märzvereine in Frankfurt vom 6. Mai an, soweit diese die Durchführung der Reichsverfassung betreffen, wedoei dieser dem Märzvereine und erinnert ihn, diesem Beschluß gemäß baldmöglichst zu handeln, namentlich unverzüglich in auf die Rheinpfalz und Baden. XII. Es soll eine Centralkasse der fränkischen Vereine zur Wehrbestmachung gegründet und namentlich sollen auch Anleihen veranlaßt werden, welche seinerzeit wo möglich mit Zinsen zurückzuerstatten seien. Dolant schließt der Ausschuß Nr. XI., auch die Beschlüsse des Kongresses der Märzvereine zu Frankfurt vom 6. Mai angenommen worden, so ist es nöthig, auch diese auszuführen, obwohl Dr. Heinkelmann angibt, sie sei nicht gekannt zu haben. Sie gehen im Wesentlichen dahin, daß alle zu fassenden Beschlüsse für vertretenen Vereine binden sein, daß sich alle Märzvereine unter dem Panner „Volkssouveränität und Durchführung der Reichsverfassung“ zusammenschaaren, daß alle demokratischen Vereine eingeladen werden, sich dem Märzvereine anzuschließen, und daß jenes Mitglied wenigstens 1 Fr. per Monat in die Centralkasse zu leisten habe. Bemerkenswerth, als mit dem Beschlusse von Nr. XI. in unverkennbarem Zusammenhange stehend, ist es auch, daß über mehrere Anträge zur motivirten Tagesordnung bedhalb übergegangen wurde, weil dieselben auf Wehrmittel eingingen, welche öffentlich zu besprechen unpolitisch sei, und weil die Märzvereine, von welchen die Unterstützung der Pfalz und Sachsens ausgehen müsse (in Baden war damals die Empörung noch nicht ausgebrochen) selbstverstanden alles thun müßten, was in ihren Kräften sei. — Zum nächsten Verständnisse dieser Beschlüsse des Kongresses der Märzvereine mag auch ein (gleichfalls am 6. Mai zu jungerer) Aufruf dieses Kongresses dienen, in welchem es heißt: jetzt sei der Augenblick gekommen, wo es gelte, für die Freiheit und Einheit des Vaterlandes Blut und Leben einzusetzen, und jetzt solle Jeder, der Waffen tragen könne, sich rüsten, sie zu gebrauchen. Dr. Heinkelmann, der auch diesen Aufruf nicht kannte will, obwohl er sich unter seinen Papieren vorgefunden hat, gibt übrigens an, daß sämmtliche fränkische Vereine für Volksfreiheit in ihrer Organisation dem Centralmarzvereine beigetreten gewesen seien, und daß sich bei jenem Kongresse der Märzvereine aus Nürnberg als Bevoll, Vertreter für die fränkische sächsische Vereine eingefunden haben. Die Bamberger Kongreßbeschlüsse vom 27. Mai, zu welchen, wie gezeigt, die Märzvereinskongreßbeschlüsse vom 6. Mai ergänzende Bestandtheile bilden, hat Dr. Heinkelmann autographiren lassen und allen in dem von ihm anerkannten Protokolle verzeichneten Vereinen, und auch andern Vereinen, die zum fränkischen Verbande gehören und beim Kongreß nicht vertreten waren, zugesendet, es sind ihm aber, wie er angibt, genehmigende Erklärungen von Vereinen nicht zugekommen, sowie ihm nicht bekannt geworden ist, daß sich in Folge dieser Kongressbeschlüsse neue Wehrkörper gebildet hätten. — Auch in Bamberg ist, wie er sagt, bezüglich der Bewaffnung nichts geschehen; denn die Mitglieder des Volksvereins gehörten schon der Volkswehr an, welche 300 Mann stark, dem Entschlusse, die Reichsverfassung mit Gut und Blut zu schützen, begeistert war, und den einhmungen Beschluß gefaßt hatte, sich mit scharfen Patronen zu versehen. Als Adjutant der Volkswehr besorgte Dr. Heinkelmann die Anschaffung von Pulver und Blei und die Anfertigung von Patronen aus freiwilligen Beiträgen, sowie sich denn auch bei der in seiner Wohnung gepflogenen Berathung ein Schmiedsgeselle, Kupferschmied, Putzer und Blei und frisch gegossene Kugeln und fertige Patronen vorfanden Diese Bewaffnung und Rüstung scheint doch wohl mit den Kongressbeschlüssen vom 27. Mai in Verbindung zu stehen und wenn Dr. Heinkelmann anführt, daß 1) diese Kongressbeschlüsse nach der Organisation der fränkischen Bereine die sie erfolgten Genehmigung der einzelnen Vereine nur Vorschlage gewesen seien, 2) daß man eine Gewalt gegen Bayern, von welchem man damals die Annahme der Reichsverfassung als unabweisbar voraussetzte, gar nicht, sondern nur gegen den Hochverrathen von Oesterreich beabsichtigte, hartnehm dem Staate Bayern, wenn er die Reichsverfassung annähme, durch die Wehrorganisation eine tuchtige Waffenmacht zum Anschlusse an die eigentlichen Militärbehörden gegen jene Reichsfeinde zur Verfügung stellen wollte, 3) daß es überhaupt nur auf Agitation und Demonstrationen, keineswegs auf physische Gewalt abgesehen war, indem man die Ueberzeugung aussprach, daß, wenn auch Bayern die Verfassung nicht annähme, Deutschland nothwendig unterliegen müsse und jeder Widerstand vergeblich wäre, so liefert die Allenfalls mancherlei Thatumfande, welche die wir hiervon kennen gelernt, der besagten Kongressbeschlüsse wohl kaum vereinigen lassen; denn ad 1) wenn den Centralausschusse die Oberleitung des Ganzen übertragen war, so dürften ihm die Beschlüsse des vierteljährig zu berufenden Kongresses nach dem ganzen Zusammenhange der Sache auch nur den Charakter der Analogie demokratischer Regierungsformen, die hier offenbar nachgebildet wurden, maßgebend gewesen sein, und dieß um so mehr, als sich ja die einzelnen Kongressabgeordneten durch förmliche Vollmacht der zu vertretenden Vereine legitimiren mußten. Dochstens ließe sich annehmen, daß ein ausdrücklich eingelegter Genehmigungsvorbehalt eines Kongressabgeordneten für den Verein, dem derselbe angehörte, die bindende Kraft der Beschlüsse aufhob, nicht aber, daß eine nachtragliche Genehmigung unter allen Verhältnissen erforderlich war. In einem aufgefundenen, autographirten Schreiben des Kreisausschusses der fränkischen Vereine vom 20. Februar 1849 werden die vom Kongresse vom 28. Januar gefaßten Beschlüsse schon bei der Uebersendung als die einzelnen Vereine als ein wichtiges „Ergebnis“ bezeichnet, durch welches nun die demokratischen Vereine Frankens eng verbunden „seien“ und im Kreisausschusse sich ihr oberstes Organ gegeben „haben“. Ferner heißt es im Kongresse vom 29. April angenommenen Aufrufe den einzelnen Vereinen zur Genehmigung vorgelegt worden seien, ist keine Spur zu finden; wohl aber schrieb der Verfasser dieser Aufrufe (Dietzel) zwei Tage vor dem Kongresse an Dr. Heinkelmann, er glaube, jetzt sei die Zeit der Revolution gekommen; dann hätten sie doch einmal die Deutsche Mittelsbach gedemüthigt; die Aufrufe müßten, sowie sie vom Kongreß angenommen worden seien, „sofort“ gedruckt werden. Und schon am 1. Mai, also am zweiten Tage nach dem Kongresse betagte er sich, daß er das in Bamberg gedruckte Manifest noch nicht erhalten habe. Es sagt auch ein Schreiben, welches am 5. Juni vom Würzburger Kreisausschusse an die sämmtlichen Vereine Unterfrankens ergangen ist, daß die am Kongresse der Märzvereine, dessen Beschlüsse man, wie oben erwähnt, am Kongresse vom 27. Mai angenommen hatte, festgelegte Bestenar für die vertretenen Vereine unverweigerlich sei. ad 2) Zur Zeit des Bamberger Kongresses vom 27. Mai hatte dieß bayerische Regierung die Nichtannahme der Reichsverfassung längst erklärt gehabt. Dr. Heinkelmann mußte hievon Kenntniß haben, denn nicht nur Brief sich unter seinen Papieren vor befand, welchen mehrere in Frankfurt versammelte bayerische Abgeordnete der Nationalversammlung und zur bayerischen Abgeordnetenkammer am 5. Mai erlassen hatten, und worin es heißt, das bayerische Staatsministerium habe in unbefugter Anmaßung der Reichsverfassung die Anerkennung versagt, indem er hatte sie wie gesagt, auch dem Kongresse vom 29. April beigewohnt, während der an demselben beschlossene Aufruf in seinem Eingange dadurch motivirt ist, daß die bayerische Staatsregierung in einer amtlichen Erklärung die Reichsverfassung verworfen habe. ad 3) Nach dem Kongresse der Märzvereine vom 27. Mai auch Nr. XI. sollten die Märzvereine erinnert werden, dem Beschluß vom 26. Mai gemäß, baldmöglichst zu handeln, und zwar unter namentlicher Hindeutung auf die Rheinpfalz, welche damals in offenen Rebellion stand: so daß diese Hindeutung, welche ja nicht öffentlich geschah, sicher nicht als die Gesetzmachung eines Macht mäßigen Gewichtes erscheinen kann. Hiezu kommt noch, daß der Kongreß die Märzvereine, denen man, wie gesagt, angeschlossen war, und deren Beschlüsse vom 6. Mai man angenommen hatte, in dem Aufruf von diesem Tage auffordert, Wehrvereine zu bilden, um sich gegen die Reaktionäre, welche sich bereits gegen die rebellischen, das ist die Reichsverfassung nicht anerkennenden Regierungen. Auch die Betheiligung Dr. Heinkelmann's bei den Volksversammlungen zu Lichtenfels (17. Mai) und zu Hofheim (3. Juni), wo er zur Bewaffnung mit blos mit Schießgewehren ermahnt, und wo er seinen Hornen um Mitgaben aufforderte, und wo er die Neuwahlen förmlich beredigte, die Verfassung getreulich zu halten und gegen jeden Angriff zu schützen, scheint nicht dafür zu sprechen, daß es sich um eine blose Demonstration oder um eine gegen äußere Feinde beabsichtigte Gewalt gehandelt habe. Unter diesen Umständen erscheint der Kongreß vom 27. Mai in Folge der daselbst gefaßten Beschlüsse als eine formliche Verbindung zur gewaltsamen Durchführung der Reichsverfassung und weil diese von Ihre der Gesammtsouveränetät Deutschlands angesehn, und weil sohin die bayerische Verfassung neben ihr ohne wesentliche, prinzipielle Aenderung nicht bestehen kann, als ein hochverrätherischer Angriff auf die bayerische Staatsverfassung. (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 10. September 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1196	1201
„ 5% Metalliques	71⅝	71⅞
„ 4% „	63	63½
„ 3% „	47½	48
„ 2½% „	43¼	43½
„ 4½% Bethmann	76⅝	—
„ 4% „	—	66
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	101¼	101⅝
„ 500 „ 1834.	156¼	156⅝
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	86	86½
„ 2½% 50 Prämien Scheine.	111	—
Bayern 3½% Obligationen	84½	85
„ 4% „	99½	99
„ 5% „	100⅜	100⅝
Wirttemberg 3½% „	84	84½
„ 4% „	98	98½
Baden 3½% „	81½	82
„ fl. 35 Loose	32¼	32½
„ „ 50 „	52⅝	53⅛
Kurhess. fl. 40 Thlr. Loose	26	26⅛
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	76⅜	76⅞
„ „ 25 „	28⅝	28⅞
Polen fl. 300	130	—
Sardinien Lire. 36	33½	33⅝

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Hiezu das Erganzungsblatt Nr. 72.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 5 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schmalhofe 2. Dieselbe Nr. 6.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 219. Würzburg, Donnerstag den 12. September. **1850.**

Das Proletariat.

Es ist kaum ein Jahr, daß man allüberall, wohin man nur ging, von dem Proletariat zu hören bekam; seitdem es aber in Paris durch die Kartätschen Cavaignac's niedergeschmettert und zerfetzen anderwärts durch die Bajonette wenigstens zurückgedrängt wurde, ist nur noch selten von demselben die Rede, in fein Name ist vor den Fragen der großen Politik beinahe verschollen, aber auch die Sache? Sind die vielen Millionen Proletarier auf einmal aus Europa verschwunden? Oder haben sie ihre kommunistischen Gelüste aufgegeben? Oder ist den gerechten Anbrüchen der ärmeren Volksklassen so Genüge geschehen, daß die Besseren unter ihnen zufrieden gestellt wären, und man den ungerechten Anforderungen, wenn sie sich aufs neue erheben, mit dem vollen Muth des guten Gewissens und der ganzen Kraft des Rechts entgegen treten könnte? Man hätte sich Friede! zu rufen; es ist doch kein Friede; das Proletariat klafft die große Frage, die, wenn auch für den Augenblick zurückgedrängt, sich doch immer und immer wieder in den Vordergrund stellen wird. Noch mehr hätte man sich vor dem Wahne, als ob man das Proletariat für immer mit der Schärfe des Schwertes niederhalten könnte. Rom wußte das Schwert zu führen und hat die Welt besiegt, aber sein Proletariat konnte es nicht besiegen; nicht bedenklich in der Wahl der Mittel bedrohten seine Patrizier in dem Blute der Proletarier, aber der Kampf erhob sich immer von neuem, fortfetzliche die Bürgerkriege in ihren Jammerszenen und überliefernte sie erst der Tyrannei ihrer Imperatoren, und von dieser der Gewalt der Barbaren. Das civilisirte Europa ist jetzt nach Unterdrückung der Aufstände ungefähr ebendo angekommen, wo Rom nach Besiegung der Orazischen Uiaruhen stand. Es konnte damals durch Gerechtigkeit und Güte gegen die niedergeworfenen Volksklassen helfen und sich selbst dadurch retten, aber im Uebermuthe des blutig errungenen Siegs vertraute es auf die Waffen, und hoffte durch Furcht und Schrecken das Proletariat niederzuhalten; es brauchte das Schwert auch in der Zeit schonungslos genug, aber was half es? Das Proletariat nahm doch immer und immer an Menge zu, und war immer gleich bereit zu Meuterei und Aufruhr; Marius und Sulla, Cäsar, Antonius und Augustus legten die Aexte und sonstige Mittel zu ihren Bürgerkriegen großentheils aus der Hitte beiseiten und belohnten es durch Proskriptionen, Plünderungen und Ländervertheilungen; so viele aber auf die letztere Weise aus der Hauptstadt entfernt wurden, es blieben doch schon unter Augustus 200,000 in Rom zurück, die Cäsarianer, es zusammen Cäsarie und Pöbel ohne Arbeit begehrten und am Ende selbst nicht mehr zum Kriegsdienste sich hergaben. Die Imperatoren erbieten, diese Menschenmenge auf Kosten der Provinzen, und wo deren Mittel nicht zureichten, mit dem Vermögen der begüterten Römer, dafür war sie ihnen eine Stütze gegen die besitzenden Klasse und sinnliche Beifall, je grausamer die Heroen und Domitiane gegen die reichen und vornehmen Familien wütheten. Die Tyrannei solcher Kaiser wurde gerade nur dadurch möglich, daß sie das Proletariat für sich hatten, und daß sie dasselbe es um so gewisser für sich, je härter und grausamer sie gegen die Besitzenden verfuhren; Brod für den Magen, Spiele für die Schaulust, Bäder zum müßigen Herumlungern, Raub und Mord gegen die Reichen für den Neid und Haß der Proletarier, und der Imperator war ihr Mann; gab er doch, was nur immer sein Herz begehrte, von einer Freiheit, wie sie edlere Seelen wünschen und unter einem Marc Aurel gewissser, als unter den Sejanen landen, hatten sie keine Ahnung. Mehr als alle Schwelgerei der Großen vergiftete das Proletariat die Kraft und das Mark Roms, und selbst daß es sogar noch in seinen letzten Zeiten zum Theil tapfere Heere und tüchtige Feldherrn hatte, konnte es nicht mehr gegen die Völker des Nordens schützen; es erlag der Rohe nach den Heerhaufen der Gothen und Vandalen. Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen; das civilisirte Europa muß dasselbe Schicksal haben, wie Rom, wenn es sein Proletariat, wie dieses, behandelt; aber wie helfen? durch Eintracht, wie sie die Kingdrei gebietet, Billigkeit, wie sie selbst die Besonnenheit rathet, und Liebe, wie sie Christus lehrt. Man meine auch nicht, die Gefahr sei minder groß, weil das Proletariat zur Herrschaft unfähig sei, und der Kommunismus ein Hirngespinnst, das nun und nimmermehr realisirt werden könne. Beides ist wahr, auch in Rom herrschte das Proletariat nie, aber die Domitiane herrschten durch dasselbe; auch in Rom kam der Kommunismus nie zur Ausführung, aber es waren doch kommunistische Verfprechungen, durch welche die Massen stets in Bewegung gesetzt wurden. Und so wird es immer wieder geschehen. Der Kommunismus ist freilich nur ein Traumbild, aber wer hat nicht auch schon Träumen sich hingegeben und sie zu haschen gesucht, wenn es gleich nur ein Schatten war, den er greifen, und ein Lustgebilde von Wärmen und Quellen, unter denen er in der Wüste Schatten und Labung zu finden hoffte? Nun denn, die Armen haben auch solche Traume, und werden sie, wenn gleich immer vergebend, doch fort und fort zu realisiren suchen, so fern nicht in ihrem eigenen Innern eine höhere Kraft entgegenwirkt. Der Taglöhner, wenn er aus der Residenz zurückkehrt und Sturm und Regen durch seine Hütte schlagen, träumt, wie er es gar schön und behaglich in einem der festen und schönen Häuser hatte, deren die Reichen er in der Hauptstadt sah. Die arme Mutter, wenn sie ihren Kindern die wundgelaufenen Füße verbindet und sie halbnackt um sich sieht, träumt, wie es wäre, wenn ihre Kinder so gute Schuhe oder gar so schmucke Kleider hatten, als andere, auch wohl, wie ihre hochgewachsenen Tochter von feiner Glasscheiben sie putzten, wenn sie in Seide und mit Perlenschnüren und goldenen Ringen einhergehen konnten. Der arme Mann, wenn er nach des Tages Last eine Schüssel Kartoffeln ohne Salz auf den wurmlöcherigen Tisch bekommt, träumt von einem reichern Leben, wäre es selbst nur, wie er alle Tage an Sauerkraut und Schweinefleisch sich satt essen möchte. Hören wir doch einst eine Frau, als sie aus dem Hause eines begüterten Mannes kam, sagen: „Ach, da ist es prachtig! Wenn ich es einmal im Himmel so gut bekomme, dann bin ich wohl zufrieden!“ Wird nun solchen Armen vorgespiegelt, ihre Träume könnten erfüllt werden, welche sie nicht zu jeder Gewaltthätigkeit schrieen? Gewiß kann das Proletariat nie zur eigentlichen Herrschaft gelangen, aber es kann doch die andern Volksklassen mit sich ins Verderben reißen, sofern die Armen nicht die Begüterten durch empfangene Liebe und Hilfeleistung lieben gelernt, und im Frieden der Seele wie ihn Jesus gibt, ein Gut, das sie über den Neid erhebt, und eben damit Ergebung in ihr Geschick gewonnen haben, als von Gott so zu ihrem wegen Wohl geordnet! Es war in dem letzten Thronumschwung, daß ein Pfarrer — ein wenn Arbeiter verwunderten und ihn fragte, wie es ihm gehe? er antwortete mit sachendem Munde: Gut, wir haben ja gestern in der Kirche gehört, daß es Kinder Gottes immer gut haben. Der Mann hatte kein Brod im Hause, aber vor der Verfassung zum Kommunismus war er durch das, was er im Glauben hatte, gesichert, sowie vor der Theilnahme an den damals üblichen Krawallen. Auch war er, selbst wenn er noch ärmer gewesen wäre, eben durch diesen Glauben weit über die Klasse der Proletarier erhoben. Man ist freilich gewohnt, alle Arme dem Proletariat beizuzählen, aber ganz mit Unrecht; selbst nicht alle, die, wie man zu sagen pflegt, nur von der Hand in den Mund leben, sind Proletarier, es gibt unter ihnen Leute, denen man bei einer kommunistischen Erhebung sein Gut und Leben getrost anvertrauen konnte; Armuth im Aeußern und Unbefriedigte Gelüste und darum Unzufriedenheit und Neid gegen Andere im Innern, dieses vereint macht erst den Proletarier.

(Schluß folgt.)

Deutschland.

Augsburg, 11. Sept. Gestern Mittag 2 Uhr endete der Hochverrathsprozeß gegen Dr. Heinkelmann. Nach der vom Angeklagten selbst und seinen Rechtsbeistand Hrn. Dr. Fischer ausgezeichnet geführten Vertheidigung, wurden den Geschworenen folgende zwei Fragen vorgelegt: 1) Ist der Angeklagte, Dr. Heinkelmann, 43 Jahre alt, praktischer Arzt zu Bamberg, schuldig, das Verbrechen des Hochverraths und zwar als Anstifter einer hochverrätherischen, durch Aufruhr und gewaltsthätlichen Entschluß und Interesse und Verabredung gegenseitigen Beistands geschlossenen Verbindung dadurch begangen zu haben, daß er mit rechtswidrigem Vorsatz, um die bestehende bayer. Staatsverfassung mit Gewalt zu ändern, an dem unter 27. Mai 1849 im Gasthofe zum Mittelsbacher Hofe zu Bamberg stattgefundenen Kongresse der Vertreter mehrerer Vereine Frankens theilgenommen und die in diesem gefaßten Beschlüsse, welche die gewaltsame Durchführung der von der Nationalversammlung zu Frankfurt als endgültig beschlossenen, mit der bayerischen Verfassung im wesentlichen Punkten in Widerspruch stehenden Reichsverfassung zum Gegenstand hatten, mitbeschlossen, sowie daß er diese hochverrätherische Verbindung veranlaßt und zu Stande gebracht hat. 2) Ist der Angeklagte Dr. Heinkelmann schuldig, das

Verbrechen des Hochverraths und zwar als Vorstand einer hochverrätherischen, mit Andern zu gemeinschaftlichen Einsteigen und Zutreten und Berabredung gegenseitigen Beistandes feindseliger Verbindung dadurch begangen zu haben, daß er die in Frage 1. erwähnten Bamberger Kongreß-Beschlüsse mitbeschlossen; so wie, daß er diese hochverrätherischen Beschlüsse als Vorsteher geleitet hat?" Nach kurzer Berathung traten die Geschwornen in den Sitzungssaal zurück und verkündete deren Obmann, Hr. Ferdinand Schmid, Kaufmann zu Memmingen folgenden Wahrspruch: Auf Ehre und Gewissen! Die Erklärung der Geschwornen ist: Auf die erste Frage: „Nein." Auf die zweite Frage: „Nein." Die hichtgedrängte Zuhörermasse brach bei Verkündigung des Wahrspruches in einen Beifallssturm aus, der sich jedoch auf die Mahnung des Hrn. Präsidenten: „Man wege den Wahrspruch der HH. Geschwornen achten durch Ruhe und gestemmtes Benehmen," sich sogleich wieder legte. Von vielen Freunden, denen mehrere aus Bamberg hieher gekommen, begleitet, verließ Dr. Heinkemann das Gerichtsgebäude.

Aus der Pfalz, 9. Sept. Gegen die „Mainzer Zeitung" ist wegen Verleumdung des königl. Staatsprokuratorats Schmitt in Zweibrücken ein Preßprozeß eingeleitet worden.

Landau, 9. Sept. Dem Vernehmen nach fehlen von den im Jahr 1848 aus dem hiesigen Zeughause abgegebenen Gewehren noch 3000 Stück, was einen Schaden von 21,000 fl. bedeutet, welchen laut eingegangener Verfügung die betreffenden Gemeinden zu ersetzen haben. (Pf. Z.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 7. Sept. Die Staatskasse hat, ungeachtet sie über keine Steuereinnahme mehr zu verfügen hat, doch noch Mittel gefunden, mit Hülfe des Einkommens von den Domänen und der einkaufenden Gelder von den abgelösten Domänialgefällen die kleinen Gehalte der Staatsdiener und die größeren vorläufig zur Hälfte auch für den Monat September auszubezahlen. Ebenso hat die Hofdienerschaft halbe Besoldungen bekommen. Aber die Kriegskasse war so leer, daß die Offiziere die Hälfte ihrer Gehalte gegen Anstellung von Reversen auf der kurfürstlichen Kabinetskasse haben beziehen müssen. Seit der abermaligen Auflösung des neuen Landtags nach der Dauer von kaum einer Woche, am 2. September, hat täglich Ministerrath mit persönlicher Beiwohnung des Kurfürsten stattgehabt. Der Hauptgegenstand der Berathungen war, sich von Seiten der Staatsregierung wieder in den Besitz der von der außerhessischen Staatsverwaltung verweigerten Steuern zu setzen und Maßregeln zu treffen, deren Zerterbedung u. beziehungsweise Abschaffung zu bewirken. Hafterpflug fand das Mittel zu diesem Zweck in der Erlassung einer kurz. Verordnung auf Antrag des Staatsministeriums u. mit Hinzuziehung des permanenten Landständischen Ausschusses. Auf diese Weise glaubte er, diesen Plan durchführen zu können, ohne einer Verletzung der Verfassung beschuldigt zu werden. Er stützte sich dabei auf den § 95 der Verfassungsurkunde, worin es hieß: „Verordnungen, welche die Handhabung oder Vollziehung bestehender Gesetze bezwecken, werden von der Staatsregierung allein erlassen. Auch kann, wenn die Landstande nicht versammelt sind, zu solchen ausnahmsweise erforderlichen Maßregeln, welche bei außerordentlichen Begebenheiten wofür die vorhandenen Gesetze unzulänglich sind, von dem Staatsministerium unter Zuziehung des bleibenden landständischen Ausschusses auf den Antrag der betreffenden Ministerialvorstande für wesentlich und unaufschiebich zur Sicherheit des Staats oder zur Erhaltung der ernstlich bedrohten öffentlichen Ordnung erklärt werden sollten, ungesäumt geschritten werden."

Kassel, 10. Sept. Der vom Staatsrathe an das Gesammtministerium gerichtete Protest lautet, wie folgt: „Kurfürstliches Gesammtstaatsministerium! Durch die Verordnung vom gestrigen Tage ist mit dem gesammten kurhessischen Lande auch der Staat Kassel, die auf Existenz in Kriegszustand erklärt worden. Es fehlt dieser Verordnung nach unserer festen Ueberzeugung eine jede rechtliche Voraussetzung; wir halten sie mit Verfassung und Gesetz im Widerspruch stehend. Dem sind Gesammtministerium zu erklären haben wir für unsere Pflicht, indem wir zugleich ausdrücken gegen die getroffenen Maßregeln und deren Ausführung protestiren. Kassel, 8. September 1850. Der Staatsrath.

Kassel, 10. Sept. Bekanntlich hat der Redakteur der „Neuen Hess. Ztg." Obergerichtsanwalt Fr. Oetker, in Betreff der militärischen Maßregeln gegen das Weitererscheinen seiner Zeitung den Schutz des Obergerichts angerufen. Dem Staatsanwalt ist nun vom betreffenden Gericht die sofortige Einstellung und Zurücknahme der registrirten gesetz- und verfassungswidrigen Maßregeln aufgegeben worden. — Das Aktenstück, womit der Generalstaatsprokurator die Einleitung der Ministeranklage beschließt, lautet wie folgt: Ausjug aus dem Protokolle des Generalstaatsprokurators. Kassel, am 8. Sept. 1850. Nr. 2309 D. R. Betreffend die Beschwerde des Redakteurs der Hessischen Zeitung, Hessel gegen die eine Anklage wider den Staatsminister Hassenpflug, den Major v. Hapnau und den Legationsrath v. Baumbach, wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt u. ablehnende Verfügung der hiesigen Staatsprokurator vom heutigen Tage. — Beschluß: Das Gesuch um Erlassung einer anklagende Anklage von dem landständischen Ausschusse nach Inhalt des deßhalbigen Mittheilungsschreibens gegen als Staatsdiener bezeichnete Personen wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt beziehungsweise Hochverraths auf den Grund des § 64 der Verf.-Urk. beschlossen. Da nun aber die Voruntersuchungsakten nicht vorliegen, sondern solche erst nach Verfassung derselben eingefordert werden müssen, so ist — eine solche Prüfung aber neben dem Fall einer von der vorgesetzten Behörde ergangenen Weisung alsdann für ausgeschlossen zu halten ist, wenn eine von den Landsassen oder von deren Ausschusse nach § 61 der Verfassungsurkunde beschlossene Anklage zum Zweck gerichtlichen Verfahren zu bringen, an die Staatsbehörde gelangt, — indem die deßhalbige Gesetzvorschrift, sowohl nach der Wortfassung im Schlußsatz des § 75 des Gerichtsorganisationsgesetzes — („auch sind gehalten"), — als nach der Gleichstellung des darin enthaltenen Falls mit dem in vorigem Satze behandelten und der gegenseitigen Verbindung dieser beiden Vorschriften mit den in den beiden ersten Sätzen des Paragraphen gegebenen Bestimmungen, seiner andern Deutung unterliegt, als daß in einem Falle der vorliegenden Art die materielle Beurtheilung der von der Landstanden beschlossenen Anklage der Staatsbehörde entzogen sein soll, — diese Auffassung auch darin eine wesentliche Unterstützung findet, daß man bei den Gesetzgeber die Absicht nicht unterstellen kann, er habe ein in der Verfassung anerkanntes verletzendes ständisches Recht durch anderweitige Organisation des Gerichtswesens schwächen wollen, als er dessen Ausübung von der freien Entschließung einer neu geschaffenen Zuständesbehörde abhängig gemacht habe; daß es hiernach in der Zuständigkeit der angezogenen Staatsbehörde nicht begründet war, die angefochtene Vermittelung auf in die Sache selbst einzugehen und somit die Befugniß zur rechtlichen Prüfung des Inhalts der Anklage vorauszusehen Gründen zu versagen, und der entwickelte Gesichtspunkt selbst so weit reicht, daß bei dem Beharren des landständischen Ausschusses auf seiner Ansicht, die Prüfung der Competenz zum freirichterlichen Verfahren gegen den in der Anklage mitbetroffenen, nach seiner Charakterisirung dem Militärstande angehörigen Staatsdiener, dem Gerichte, dessen Fülle angezogen werden soll, vorbehalten bleiben muß, wiewohl Herrn Staatsprokurator aufgegeben, die in Rede stehende Anklage der Entscheidung seitens des Gerichts, bei welchem derselbe die Funktionen der Staatsbehörde verwaltet, zu unterbreiten. Da dem bleibenden ständischen Ausschusse wird hiervon ebenfalls Kenntniß ertheilt. Für den abwesenden Generalstaatsprokurator der Obergerichtsassessor Lederhose, l. A.

Kassel, 10. Sept. (Nachmittags.) Fr. Oetker zeigt so eben an, daß die „Neue Hessische Zeitung" in Folge militairischer Maßregeln nicht weiter erscheinen werde. An die Stelle derselben wird ein Anzeigeblatt mit Ausschluß nicht politischen Inhalts ausgegeben werden. — Hr. Obergerichtsanwalt Dufaix ist im Finanz-, Regierungsassessor Müller im Ministerium des Innern Referent geworden. — Der bisherige vortragende Rath im Ministerium des Innern und Landtagskommissär unter dem Ministerium Scheffer, Regierungsrath Wiegand, ist durch landesherrliches Reskript vom 6. September d. J. zum ordentlichen Referenten bei der obern Verwaltungsbehörde zu Fulda ernannt worden. — Die Ruhe der Stadt ist bis jetzt noch nicht im mindesten gestört worden.

Kassel, 9. Sept. Der hiesige Stadtvorstand hat die ihm zur Bekanntmachung vom Verwaltungsgericht zugesandten Exemplare der Verordnung wegen Einführung des Kriegszustandes im Einverständniß mit dem Stadtrathe wieder zurückgeschickt, mit dem Bemerken, daß er zur Ausführung verfassungswidriger Maßregeln nicht mitwirken könne.

Nieblingen, 6. Sept. Nicht uninteressant ist die Geschichte eines stummen Knaben von 15 bis 16 Jahren, der in den Gängen von Nieblingen durch einen Landjäger aufgegriffen wurde. Weil er keinen Ausweis bei sich hatte und man seinen Geburtsort nicht erfahren konnte, wurde er seit 4 Monaten beim Oberamtdiener untergebracht. Er zeigte sich sehr fleißig und sein sonstiges Benehmen war gut. Er konnte nicht schreiben lassen, das in den letzteren Tagen plötzlich geschehen wurde. Der Junge hatte gehört, daß er wohl noch geheilt werden könnte, und daß man damit umgehe, ihn in ein Taubstummeninstitut zu bringen. Er wagte nun selbst die Kur, indem er sich heute einen Schnitt die Zunge tiefe und sogleich konnte er sprechen. Er sagt aus, lange Zeit in Berlin und der Umgegend gewesen zu sein, worauf auch sein Dialekt hinweist, und will von seinen Eltern, deren Namen u. e. nicht angegeben weiß, bei deren Auswanderung nach Amerika zurückgelassen worden sein.

England.

London, 7. Sept. In der Mehrzahl der englischen Blätter findet die dem General Haynau widerfahrene Mißhandlung laute und gerechte Mißbilligung. Nur „Daily News" und „Sun" stimmen einen andern Ton an. „Times" gibt in einem ihrer Leitartikel wiederholt einen ausführlichen Bericht über den ganzen Vorgang und wir ersehen aus demselben, daß der General in größter Lebensgefahr gewesen ist. Liest man diesen und andere Berichte, so wird man zu dem Glauben gezwigt, daß die Mißhandlungen schon seiner Ungeheuern angetzigt und verabredet war, denn wie der Berichterstatter der „Times", so werden es auch andere unbegreiflich finden, wie der General durch das bloße Einschreiben seines Namens in das Fremdenbuch des Hrn. Barclay u. Comp. so schnell von der Menge der Arbeitenden in dem ganzen weitläufigen Etablissement erkannt werden konnte, so daß er schon nach „zwei Minuten" den rohesten und schmählichsten Angriffen ausgesetzt war. Hr. Barclay hat einstweilen alle Arbeiten in seinem Etablissement einstellen lassen, damit die Schuldigen sogleich herausgefunden werden. General Haynau, das Opfer der Lynchjustiz, wird einige Satisfaktion in den allgemeinen Unwillen finden, der unter allen besseren und gebildeten Eng-

ländern durch die ihm gewordene Mißhandlung rege gemacht ist und in der Presse seinen Ausdruck findet. „Times“ vergleicht den Empfang des General Haynau in London dem des General Latour in Preßb, und „wäre es östlich angegangen, sagt „Chronicle“, so würde der Flecken auf dem britischen Nationalcharakter unauslöschlich sein“. Nach dem Palmerstons Grundsätzen, meint dasselbe Blatt, müsse der fassirte Gast in Wien von der britischen Regierung in London strenge Rechenschaft fordern. Etwas derartiges wird wohl auch nicht ausbleiben. „Chronicle“ mißbilligt das Verfahren des General Haynau in Ungarn, aber es will das Gastrecht gegen jeden Fremden gewahrt wissen, der England besucht. „Es müsse so schließt das genannte Blatt, die Moral eines Volks in der That tief herabgekommen sein, bei welchem die Aufnahme der Fremden und der Verbannten allmälig gemacht würde von dem sonnenrainen Willen und Vergnügen seines Pobels, und wo dieser Pöbel fordern, daß jeder human sein müsse, der kranke Mann im Königreiche zehe Beleidigung oder Insulte, an einem Fremden verübt, der sich wie der General Haynau unter den Schutz der britischen Justiz gestellt hat, in Uebereinstimmung mit uns als einen nationalen Schimpf, als ein Unglück, als ein Verbrechen. Es ist vom politischen Betrachtungen begegnen wo in der „Morningpost“, im „Standard“, „Times“ ꝛc. —

Frankreich.

C Paris, 8. Sept. Der kaiserliche Trinkspruch mit welchem der Präsident dem Maire in Cherbourg antwortete, lautet nach „Bulletin de Paris“ wie folgt: Je mehr ich Frankreich bereise, desto mehr bemerke ich, daß man von der Regierung viel erwartet. Ich komme in ein Departement, in seine Stadt, in sein Dorf, ohne daß der Maire, die Generalräthe und sogar die Volksvertreter etwas von mir fordern: hier Verbindungsmittel, wie Kanäle, Eisenbahnen, dort die Verbindung angefangener Arbeiten, überall Maßregeln, welche den Nothständen der Landwirthschaft obhelfen, die Industrie und Handel beleben können. Nichts ist natürlicher, als daß in Meinung solcher Wünsche; sie treffen, glauben Sie mir, kein unaufmerksames Ohr, meinerseits muß ich Ihnen jedoch sagen; die so sehr gewünschten Resultate können nur erlangt werden, wenn Sie mir das Mittel dazu bieten, sie zu erreichen, und dieses Mittel besteht in Ihrer Mitwirkung zur Befestigung der öffentlichen Gewalt und zur Befestigung der Gesahren der Zukunft (Wahr, Wahr! Beifall). Warum hat der Kaiser ungeachtet seiner Kriege Frankreich mit unvergänglichen Werken bedeckt, die man auf jedem Schritte sieht, und zwar mitgrößt merkwürdiger als eben hier? Weil, unabhängig von seinem Genius, er zu einer Zeit auftrat, wo die Nation, der Revolution müde, ihm die Gewalt gab, die Anarchie zu bandigen, die Faktionen zu unterdrücken und den Interessen des Landes den Sieg nach Außen durch den Ruhm, nach Innen durch kräftige Aufmunterung zu verschaffen (Beifall). Wenn es daher in Frankreich eine Stadt gibt, welche napoleonisch und conservativ sein muß, so ist es Cherbourg (Ja, ja, anhaltender Beifall. Der Ruf „Hoch Napoleon!“ erschallt von allen Seiten); napoleonisch aus Dankbarkeit (wiederholter Beifall), conservativ aus richtiger Würdigung ihrer wahren Interessen (Bravo! brave! der Ruf „Hoch Napoleon!“ verdoppelt sich). Was ist auch ein mit so riesenhaften Anstrengungen hergestellter Hafen, wie der Ihrige, anders als ein glänzendes Zeugniß von der französischen Einheit, die durch so viele Jahrhunderte der Revolutionen hindurch festgehalten, aus uns eine große Nation machte; aber vergessen wir nicht, eine große Nation erhält sich auf der Höhe ihrer Geschichte nur, wenn ihre Institutionen mit den Forderungen ihrer politischen Lage und ihrer materiellen Interessen im Einklang sind (Beifall). Die Bewohner der Normandie wissen diese Interessen zu schätzen und haben mir Beweise davon gegeben; mit Stolz reinte ich auf das Wohl der Stadt Cherbourg. Ich bringe diesen Trinkspruch in Gegenwart jener Flotte, welche die französische Flagge in allen Meeren so ehrenvoll getragen, und die bereit ist, sie überall ruhmvoll zu tragen, wo die Ehre der Nation es erfordern konnte (Wiederholtes Bravo); ich bringe ihn in Gegenwart dieser Fremden, welche heute unsere Gäste sind; sie können sich überzeugen, daß wenn wir Frieden wünschen, wir doch stark genug sind, jeder feindseligen Bersuch von allen Seiten, unterwirft von dem Ruse „Hoch Napoleon, hoch der Kaiser!“) und um dieser gemeinschaftlichen Interessen und der gegenseitigen Achtung willen, welche die zwei civilisirtesten Nationen verdienen: „ein Hoch dem Hafen von Cherbourg“ (Einstimmiger Beifall. Von allen Seiten: „Hoch Napoleon! Hoch der Kaiser!“). — Nach allen Berichten aus Cherbourg ist dort der Zufluß von Fremden außerordentlich groß; man schätzt die Zahl derselben auf 30,000 bis 40,000 Personen, worunter 8000 bis 10,000 Engländer. In einem Umkreis von 8 bis 10 Stunden haben sich alle Hütten in Gasthäuser verwandelt. Man zahlt für einen kleinen Raum, um eine Matraze darauf zu legen, 40 bis 50 Fr. Miethe für die Nacht, und auf den Straßen im Hafen finden Tausende ihr Unterkommen. Bei der Ankunft des Präsidenten war die Stadt Cherbourg und die Rhede beleuchtet, was bei der Menge der Schiffe einen überraschenden Anblick bot. Während der Anwesenheit des Präsidenten durfen die Marineoffiziere und Soldaten die Schiffe nicht verlassen und müssen den beständig in vollständiger Uniform bleiben.

Neueste.

München, 10. Sept. St. Maj. der König Otto von Griechenland hat bei seiner Durchreise zu Augsburg dem Stabs-Infanterie-Brigade Kart Wüthner, eigenhändig die Insignien des Erlöserordens verliehen. — Heute verstarb dahier der pensionirte kgl. Generallieutenant Karl Ritter v. Bincenti.

Bom Maine, 8. Sept. In den nächsten Tagen werden einige tausend Mann der in Großherzogthum Hessen liegenden königl. preuß. Truppen zurückgezogen werden, so daß die Anzahl der Bleibenden nur 10,000 beträgt. Es geschieht dieß in Folge einer zwischen Preußen und Baden gepflogenen Uebereinkunft. (K. Z.)

Ulm, 8. Sept. Den ernstlichen Vorstellungen des königl. württembergischen Festungsbaudirectors Obrist v. Prittwih gelang es, von Frankfurt wieder so viel Geld zu erhalten, um die Werke wenigstens vor der Verwitterung durch alsbaldige Ueberschlagung zu schützen. Den Forrban wieder aufzunehmen, dazu sind die disponiblen Mittel zu klein und die Jahreszeit schon zu weit vorgerückt. (D. Kr.)

Koblenz, 9. Sept. Alles Widersprechende ungeachtet ist am gestrigen Feste Maria Geburt die Uebergabe der Wallfahrtskirche zu Bornhofen am rechten Rheinufer oberhalb Oberwesel durch den Bischof von Limburg an die Priester des Redemptoristenordens erfolgt. Die Kirche, zu dem daneben gelegenen früheren Kapuzinerkloster gehörig, wurde vor mehreren Jahren von hiesigen Privatleuten und solchen des Fleckens Kamp kaufsich erstanden, um den Gottesdienst daselbst fortbestehen zu lassen, und die jetzt der beschiedene Wallfahrtsort am Rhein. Ein Theil des Klostergebäudes wurde vor kurzem für die Redemptoristen angekauft, von welchem sich bereits zwei Priester und ein Laienbruder dort befinden.

Fulda, 9. Sept. Der Kriegszustand ist gestern Abend nun auch in unserer Stadt erklärt worden, ebenso in den Gemeinden.

Wien, 5. Sept. Die Wiener Zeitung meldet, daß der Kaiser dem König Otto I. von Griechenland den Orden des goldenen Vließes verliehen habe.

Wien, 7. Sept. Das k. k. Ministerium des Handels hat bezüglich der in Oesterreich reisenden Ausländer die wichtige Bestimmung erlassen, daß diese Reisenden bloß an den Eindruchsstationen sich einer Revision ihres Gepäckes zu unterziehen haben, und gegen Vorweisung einer hierüber ausgestellten Karte sonst keinen ungehindert durch das Kaiserreich reisen dürfen.

Berlin, 7. Sept. Die „Nat.-Z.“ schreibt: Die bereits anderweitig gebrachte Nachricht, daß die Kaiserin von Rußland abermals eine Reise nach Italien unternehmen und der Kaiser ihr persönlich bis nach Oesterreich geben werde, erhält heute durch glaubwürdige Privatnachrichten aus St. Petersburg ihre Bestätigung. Es wird hinzugefügt, daß diese Reise auf dem Landwege werde gemacht werden, und daß dabei auch von der Kaiserin ein Besuch ihrer Geschwister am hiesigen Hofe beabsichtigt werde. Daß natürlich in den Fall, daß der Kaiser seine Gemahlin begleiten sollte, dieser Besuch auch von politischer Bedeutsamkeit werden wird, liegt auf der Hand.

Berlin, 9. Sept. Das Großherzogthum Baden hat sich jetzt ebenfalls offiziell erklärt, daß es mit den Oesterreich einberufenen engern Rath nicht beschicken werde. (C. C.)

Berlin, 9. Sept. Die Unionsregierungen haben, mit Ausnahme von Mecklenburg, Nassau und einigen thüringischen Staaten, dem Fürstencollegium den Abgang eines ablehnenden Rescheides auf die Aufforderung, den „engeren Rath“ zu beschicken, mitgetheilt. (M. Z.)

London, 6. Sept. Lord Fielding ist zur katholischen Kirche übergetreten und erklärt öffentlich, die Haltung hoher Prälaten im Gorhamschen Prozeß habe ihn überzeugt, daß er in der englischen Kirche nicht mehr heimische Autorität finde, die seinem Gewissen nothwendig sei.

T. D. Paris, 9. Sept. Bei dem Festmahl in Cherbourg hielt der Präsident Ludwig Bonaparte eine Rede voll kaiserlicher Anklänge. (Z. D.-J.)

VI. Oeffentliches Schwurgericht von Schwaben und Neuburg.

Fortsetzung der Untersuchung gegen Dr. Heinrich F. A. Heinlemann, prakt. Arzt zu Bamberg, wegen Hochverrathes: Die einfache Thatsachen sind sicher Verbindung ist zwar nach Art. V. des Gesetzes vom 22. Dezember 1849, die Untersuchungen wegen politischer Verbrechen und Vergehen betreffend, straflos geworden; von dieser Straflosigkeit sind jedoch die Anstifter und Vorstände ausgenommen. Weil nun aber Dr. Schwabe nicht nur die Ladungen zu dem Kongresse besorgt, sofort denselben angestiftet, weil er ferner denselben als Vorsitzender geleitet und die gefaßten Beschlüsse den vertretenen Vereinen sowohl, als auch den übrigen angeschlossenen Vereinen mitgetheilt hat, so ist er angeklagt, zur Verbindung zum gewaltsamen Umsturz der bayerischen Staatsverfassung als Anstifter und Vorstand angehört, sofort ein von der Amnestie ausgeschlossenes Verbrechen des Hochverrathe verübt zu haben. Nenburg, 14. August 1850. Reitmayr, Appell.-Ger.-Rath als Staatsanwalt.

Präsident: k. Appell.-Ger.-Rath Freyh. v. Zoller. Staatsanwalt: k. Appell.-Ger.-Rath Reitmayr. Vertheidiger: k. Advokat Dr. Fischer. Vor Bildung des Schwurgerichts beschloß der Gerichtshof auf einen neuerdings motivirten Antrag des Geschworenen einberufenen Ern. Ott von Fischbach, daß es wegen nicht genügender Bescheinigung dieses neuen Gesuches bei dem Beschlusse vom 26. v. M., wonach er zu 100 fl. Strafe verurtheilt wurde, sein Bewenden haben solle. Als Geschworene dieser Verhandlung beziehnete das Loos folgende Herren: E. Gilag, Oekonom und Gemeindevorsteher zu Wörningen; Fr. Keller, Kaufmann dahier; M. Burkart, Bauer zu Bwingen; F. Schmid, Kaufmann zu Memmingen; J. A. Schmid, Wirth zu Tafertingen; Ch. Roth, Kondiker dahier; M. Kerz, Apotheker zu Dinkelscherben; J. Ingenberger, Gemeindevorsteher zu Amberg; A. Bauer, Privatier zu Lauingen; M. Ofwald, Bleichbesitzer zu Donauwörth; F. J. Schedel, Oekonom zu Pfeß; Seb.

Vogel, Bauer zu Leisacker. Von der k. Staatsbehörde wurde einer, von der Vertheidigung sechs Herren Geschworene abgelehnt. Bereits bei Ziehung des Geschworenen Lutzenberger hatte die Vertheidigung die genannte Anzahl von Geschworenen abgelehnt; sie machte dieß ihr Ablehnungsrecht auch fernerhin dadurch geltend, daß sie genannten Geschworenen refusirte. Die k. Staatsbehörde widersetzte sich dem nicht beziehungsweise, weil sie selbst refusiren wolle, denn sie werde von ihrer Befugniß wenig oder gar keinen Gebrauch machen; sondern lediglich weil die Wächter'sche Novelle sprechen sie auf Art. 115 des Prozeßgesetzes vom 10. Nov. 1848 ihr Gesuch gegen den Wunsch der Vertheidigung sprechen. Diese provozirte indeß einen Gerichtsbeschluß und der Gerichtshof entschied sich gegen den Antrag der Vertheidigung. Wir begehen heute die Gerichtsaufsicht des Wirkens unserer Frankfurter Nationalversammlung; Dr. Heinkelmann, der die Beschlüsse dieser Versammlung zu realisiren dachte, ist also ein letzter Rest jener Trümmer eines einigen Vaterlandes auf der Basis der Angeklagten, um Rechenschaft zu geben über das, was er gethan, um die in Frankfurt beschlossene Reichsverfassung zur Realisirung zu bringen. Die Verhandlung begann mit Mittheilung des Erkennnisses auf Anklage und der Anklageschrift, mit der Vernehmung des Angeklagten und Ablesung der betreffenden Aktenstücke, deren mehrere sowohl von der k. Staatsbehörde, als der Vertheidigung in Vorschlag gebracht wurden. Zeugen sind nicht vorgeladen. Dr. Heinkelmann bezeichnete sich zuvörderst über die Entstehung und innere Verfassung des Bamberger Volksvereins, dessen Hauptzweck gewesen sei, politische Bildung unter dem Volke zu verbreiten. Im Juni 1848 sei er durch den Bamberger Bürgerverein zu dem in Frankfurt abgehaltenen Demokratencongreß abgeordnet worden, wo eine Organisirung der demokratischen Partei beschlossen und aus innerster Ueberzeugung, und nur aus Ueberzeugung der Grundsatz an die Spitze gestellt worden sei, daß die einzige für Deutschland mögliche Regierungsform die social-demokratische Republik sei. Bald darauf habe sich nun, jedoch nicht auf sein Bad gerworein, der Volksverein in Bamberg gebildet. Auf den 28. Februar v. Js. habe nun der politische Verein in Nürnberg durch den „freien Staatsbürger" einen in Bamberg abzuhaltenden demokratischen Kongreß ausgeschrieben, der trotz er (Dr. Heinkelmann) als Abgeordneter von Bamberger Volksvereine erschienen und zum Vorsitzenden durch Akklamation erwählt worden sei. Die versammelten Vertreter, welche ohne Mandat zu haben, sich bloß über die Identität ihrer Person legitimiren mußten, hätten nun eben solche organisirende Beschlüsse gefaßt, die zur Bezeichnung des vorgesetzten Zweckes konnten, und nur insofern dadurch waren, als sie von den einzelnen Vereinen anerkannt wurden. Bezüglich der weiteren Punkte, die im Verhöre mit Dr. Heinkelmann zur Sprache kamen, und insbesondere der eigentlich incriminirenden Momente verweisen wir lediglich auf die Anklageschrift und werden dahier nur jene Punkte hervorheben, die besonderes Interesse bieten oder auch Abweichungen von dem durch die Voruntersuchung Gebotenen an sich tragen. Im Laufe der Verhandlung wurden zwei Briefe Gustav Diezel's aus Nürnberg an Dr. Heinkelmann verlesen, von denen der erste folgende Nachricht enthielt:

„Hier die Stimmung gut. Gestern wurde eine Volksversammlung gehalten, ich meine, es sei jetzt die Zeit der Revolution gekommen; selbst die Bourgeoisie kann für die Reichsverfassung gewonnen werden, und ist es bereits; wir haben dann doch einmal die Dynastie Wittelsbach gedemüthigt."

Auf Befragen des Hrn. Schwurgerichtspräsidenten, was wohl die Veranlassung Diezel's zu dieser Nachschrift gewesen sein könne, erwiederte der Angeklagte: „Ich habe die Worte eines andern nicht zu vertreten; mir schien es, daß Diezel eben seine Meinungen niedergelegt hat; übrigens sind mir die Beziehungen der Dynastie Diezels zur Dynastie Wittelsbach ganz unbekannt." Nachmittags wurde mit Verneh mung des Angeklagten fortgefahren. Höchst interessant war derselbe, als er bei dem eigentlichen Kern der Anklage, dem Bamberger Demokratencongresse vom 27. Mai v. J. zugekommen. — Bei Verlesung des sogenannten Prasenzprotokolls äußerte Dr. Heinkelmann; „Die letzten 3 oder 6 Namen dieses Protokolls sind von meiner Hand und ich muß bemerken, daß in dem Protokolle eine Randbemerkung mit Bleistift geschrieben sich befindet, als hätte ich diese Protokolle verfälscht." Präsident: „Ich will damit nur gesagt haben, daß diese Namen nicht von der Hand des Protokollführers sein, wie man glauben konnte, sondern von einer andern Hand." Dr. Heinkelmann: „Dem ist aber nicht so." Präsident: „Dieser Ausdruck ist auch nicht der richtige; Sie haben aber angegeben, daß Sie diese Namen mit Ihrer eigenen Hand hinzugefügt haben." Dr. Heinkelmann: „Ganz wohl; dabei bleibe ich auch. Erlauben Sie, ich muß es deswegen hier öffentlich bemerklich machen, weil man sich in der bayerischen Abgeordnetenversammlung des Ausdruckes des Amnestiegesetzes nicht enthalten hat, zu bemerken, daß diese Protokolle verfälscht seien. Ich weiß nicht, wie Hr. v. Lerchenfeld, der dieß gesagt, zur Kenntniß der Akten speziell gelangt ist; ohne diese hätte er unmöglich zu einer solchen Aeußerung gelangen können. Dieß ist ein Unrecht gegenüber, wer ein solches begangen hat, weiß ich wohl, daß dieß Alles auf meine Unterfuchung keinen Einfluß haben kann; aber im Interesse meiner Ehre glaubte ich diese Erklärung machen zu müssen." Nunmehr wurde Dr. Heinkelmann aufgefordert, sich über die im Bamberger Demokratencongresse vom 27. Mai v. Js. gefaßten und in der Anklageschrift in Nr XII. bereits mitgetheilten Kongreßbeschlüsse des Näheren zu erklären, was auch mit großer Entschiedenheit geschah. Als nun Art VIII., dahin lautend:

„Jeder Verein, vom kleinsten Dorf bis zu den Kreisbauptstädten, muß möglichst zahlreiche Mehrmannschaft, welcher sich auch andere, nicht zum Verein gehörende Personen anschließen können, wenn sie zur Durchführung der Reichsverfassung die Waffen zuführen zu wollen versprechen."

Der Zweck dieser Beschlüsses war, soviel als möglich Kämpfer zu finden für die Sache, für welche man einstehen will; nämlich Wehrkörper zu bilden, die die Verfassung zu schützen im Stande sind, und da die Regierung schon früher sich gegen neue Wehrkörper in der Art ausgesprochen, daß sie nur dann zu Recht bestehen sollten, wenn sie sich den Landwehrkörpern anschlössen, so hat man zur Bedingung gemacht, daß sie sich dem Militär und der Landwehr anschließen sollten." Präsident; „Aber sollte man sich doch nur solchen Korps anschließen, welche denselben Zweck verfolgen." Dr. Heinkelmann: „Ja wohl; man hatte nämlich Grund zu glauben, daß die Landwehren, welche sich bereits schon für die Reichsverfassung erklärt hatten, auch ihr Wort halten werden." Präsident: „Ich fordere sie nunmehr auf, sich über Art. XX. erwähnter Beschlüsse zu erklären, dahin lautend:

„Binnen 14 Tagen sollen dem Centralausschusse über die Zahl der waffenfähigen Männer, sowie über den Stand der Bewaffneten und Munition und über die Fortschritte in den Uebungen Berichte erstattet werden."

Dr. Heinkelmann: „Der Hauptzweck dieses Alles war einzig allein die Durchführung der Reichsverfassung." Präsident: „In den Beschlüssen ist ganz allgemein ausgedruckt, daß als Zweck Durchführung der Reichsverfassung anzusehen sei; die Reichsverfassung sollte daher gegen jeden Widerstehenden mit Gewalt der Waffen durchgeführt werden. Man muß also unter den Bestimmungen annehmen, daß die Durchführung mit Waffengewalt auch gegen die bayerische Regierung gerichtet gewesen sei?" Dr. Heinkelmann: „Die Reichsverfassung wurde von uns und Allen und von ganz Franken als ein bereits erworbenes und zum Eigenthum von Volk gewordenes Gesetz anerkannt; zum Schutz dieses Gesetzes wollten wir uns bewaffnen. Wir haben dabei nicht an den Widerstand gegen Bayern gedacht; und konnten jene einseitige Erklärung des Ministeriums nicht bindend annehmen; denn dieses stand bawals im offenen Widerspruch mit der Majorität der Volkskammer. Nun wissen wir, daß ein Ministerium unmöglich sei, daß mit der Majorität der Volkskammer nicht geht, und glaubten, daß der König, der Majorität des Volkes, der Stimme von Franken, der allgemeinen Stimme Deutschlands nachgebend, sein Ministerium entlassen werde." Präsident: „Es konnte Ihnen aber doch nicht unbekannt sein, daß in Bayern die Regierung von bevollmächtigten Prinzen besorgt hat." Dr. Heinkelmann: „Es ist mir dieß nicht unbekannt geblieben; allein immer ist die bayerische Regierung abgesahren, sie wurde von der Frankfurter Nationalversammlung mit ihrer Remonstration abgewiesen, und die bayerische Volkskammer erklärte sich nunmehr gegen sie. Ihr Konsulat war vorausgesehen, daß der König im wahren Sinne konstitutionneller König sein wolle und in diesem Sinne war ein Ministerium unmöglich, daß sich dem Sinn der Nation geraden entgegenstellte." Präsident: „Es bleibt aber doch noch ein anderer Mittel übrig, nämlich der Auflösung der Kammer?" Dr. Heinkelmann: „Da war ich ganz im Klaren, ich konnte, wie alle anderen mit mir Verbarteten, nicht erwarten, daß es dem Ministerium gelegt, die Kammer auseinander zu treiben. Wir glaubten, die Reaktion sei noch nicht soweit gekommen, übrigens war noch eine andere Eventualität offen, daß ein gleicher Ausgang wie in Württemberg statt finde." Präsident: Auch ist von einer Kammer eine Adresse erlassen worden, die das Vereinbarungsprinzip festhielt und so blieb der Regierung nur ein Mittel übrig, die zweite Kammer anzulösen." Dr. H.: „Darüber will ich jetzt keine Erörterungen, aber ich sage: Damals war mehr Konstitutionnell unmöglich; die erste Kammer kam konstitutionell gar nicht in Betracht, sie war moralisch maustodt." Präsident: „Sie handelt sich hier darum, ob die Gewalt nicht auch gegen Bayern gerichtet war. Widerstehend war Bayern, und bei der allgemeinen Fassung dieser Beschlüsses scheint es, daß jede Gewalt auch gegen Bayern gerichtet war; um das Gegentheil anzunehmen, müßte etwas gesagt sein zu Gunsten der bayer Regierung?" Dr. H.: „Daß konnte deswegen nicht geschehen, weil wir nicht im Reinen mit dieser Sache waren; wir wußten nicht, was die Regierung thun wolle; wir wußten nicht, ob sie Widerstand gegen den Ministerium oder Kammer nachgeben werde." Nach Ablesung der vom Central-Märzverein in Frankfurt erlassenen beiden Aufrufe: „An das deutsche Volk" und „an das deutsche Heer" äußerte Hr. Präsident bezüglich Nr. XI. der mehrerwähnten Beschlüsse: In diesem Beschluß wird nun offen von der Pfalz und Sachsen und gesagt, daß man zur Unterstützung durch Wehrmittel, also offenbar durch bewaffnete Gewalt gesprochen, und dieß für den Märzverein und die offiziirten Vereine bindzirt. Durch den Anschluß an solchen Beschluß scheint die Vermuthung begründet, daß allerdings auch gegen die bayerische Regierung — die Pfalz war damals im offenen Aufruhr — Waffengewalt zur Durchführung der Reichsverfassung aufgeboten werden sollte." (F. f.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 9 fl.
Halbjährig 5 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Abwechslungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 220. Würzburg, Freitag den 13. September. **1850.**

Das Proletariat.

(Schluß.)

Wir kannten vor Jahren einen Taglohner, kräftig und gewandt wie Wenige; es war eine Lust, zu sehen, wie ihm die Arbeit aus den Händen ging und er dabei stets frischen Muthes blieb; Sonntags aber sahen wir ihn, wenn er in der Feierstunde behaglich sich hinlegte, Brod und Krug Wasser zur Hand nahm, sein kleiner Sohn sich neben ihn setzte und der Vater ihm ein Stückchen nach dem andern abschnitt; er reichte es ihm mit sichtbarem Wohlgefallen an den rothen Backen des Knaben und lockte mit ihm so frohen Sinnes, als nur ein Vater es kann; Zufriedenheit und Wohlbehagen that sich in seinem ganzen Wesen kund. Dieser war trotz seiner Armuth ebensalls kein Proletarier. Aber nach Jahren sahen wir ihn wieder. Jetzt trug er statt der Zwischlieder einen alten schwarzen Frack und eben solche Hosen, die offenbar nicht auf seinen starken Körperbau angemessen waren; der frische Lebensblick war aus den Augen und das kräftige Roth aus dem Gesichte gewichen, und schon nach der ersten Begrüßung kamen Klagen über diese schwere Zeit, wie es armen Leuten ganz part ergehe und derlei mehr. Der Mann hatte eine Erbschaft erhalten und sich damit anfangs gute Stunden, dann gute Tage und endlich gute Wochen im Wirthshause gemacht, das Geld war dadurch zur Neige gegangen, und was das Schlimmste war, auch die Arbeitslust war ebensalls dahin und statt ihrer der Hang zu müßigem Wirthshausleben eingezogen; jetzt erst war er ein Proletarier. Wir müssen den hier hervorgehobenen Unterschied wohl im Auge behalten, denn die Armuth kann seine Menschenwacht vom Taufstein im Staate entfernt halten, aber daß sie nicht zum Proletariat herabdrücke, das kann mit Gottes Hilfe die vom Geiste Christi geleitete Liebe verhindern. Hier tritt dann der Gegensatz zwischen dem, was das Christenthum will, und dem was der Kommunismus verspricht, hervor; dieser verspricht die Hebung aller aus jeder Armuth und die wollte Befriedigung der sinnlichen Begierden; das Christenthum dagegen lehrt die Armuth in Geduld und Hoffnung ertragen und die Begierden in den Schranken der göttlichen Gebote halten, jener verheißt das schlechthin Unmögliche und muß, wenn die gelaufte Menge ungeduldig zu fordern beginnt, mit Knalle auseinander, wie es in Paris geschah! Das Christenthum dagegen leistet, wie die Erfahrung von Tausenden es beweist, was es verspricht, sobald sich nur der Mensch ihm hingibt. Ueberhaupt war es nie nöthiger als heutzutage, daß Staat und Kirche sich auf's innigste einigen, um den drohenden Uebeln zu begegnen. Zwar hat die Kirche an und für sich von denselben nichts zu fürchten, sie bestand mitten in den Völkerstürmen, denen das 1000jährige Rom unterlag, sie war unter denselben die Zuflucht der Bedrängten und ging aus ihnen mit ungebrochener Kraft hervor; sie wird auch die Kolosströße überstehen, welche nothwendig eintreten muß, wenn man in Europa nicht endlich bedenkt, was zum Frieden dient! die Zeit, die dazu gegeben ist, möchte noch kurz sein; es blickt man auf die Parteiungen im politischen Leben, stets man immer herausfordernder den Ruf: Hie Oesterreich, hie Preußen, hie Republik, hie Legitimität, möchte man alle Hoffnungen schwinden lassen und sich darein ergeben, daß wir eben unser Geschick vollenden müssen. Aber doch regt sich immer wieder die Hoffnung, daß eine Zeit, die unverstellt so groß an Erfahrungen ist, nicht die Zeit des Untergangen sein könne. Möge diese Hoffnung nicht täuschen und sich Alles einigen, um da zu helfen, wo es wund und faul ist in unseren gesellschaftlichen Verhältnissen.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 10. Sept. Der Staatsprokurator ist in Ausführung des Beschlu des Generalstaatsprokuratore, die Klage gegen die Minister einzuleiten, vom Obergericht zurückgewiesen, weil die Legitimation des Ausschusses zur Ausstellung einer solchen Klage bezweifelt werden könne, und weil das Oberappellationsgericht das zuständige Gericht sei. Der Staatsprocurator hat Recurs beim Oberappellationsgericht eingelegt, und anderem bei diesem die Klage eingebracht. — Es fällt auf, daß der königl. preuß. Gesandte von hier abwesend ist.

Kassel, 10. Sept. Heute ist die folgende „zur Verständigung" überschriebene Bekanntmachung des stadtischen Polizeivorstandes erschienen: In Folge eines Restriptes des kurfürstl. Ministeriums des Innern ist der Polizeikommissär Müller angewiesen, sich etwaigen, ihm von dem auf Grund der Verordnung vom 7. Sept. d. J. ernannten Oberbefehlshaber ertheilt werdenden polizeilichen Auftragen zu unterziehen. Der Polizeikommissär Müller wird von mir für die Dauer dieser Anweisung seines Auftrag im städtischen Polizeidienst enthalten. Zugleich mache ich darauf aufmerksam, daß der früher im städtischen Polizeidienst verwendet gewesene Polizeikommissär Grein schon längst in Folge Verfügung kurfurstlichen Ministeriums des Innern seiner Dienstleistungen in der städtischen Polizeiverwaltung entboben ist. Kassel, den 10. Sept. L. Trendel, Bürgermeister. — Assessor v. Goddaüs hat die Uebernahme der Polizeiverwaltung abgelehnt, ebenso der Polizeikommissär Prume; dagegen soll sich Polizeikommissär Müller dazu bereit erklärt haben. Man spricht von Ernichtung eines Constablercorps, an dessen Spitze Polizeikommissär Grein gestellt werden soll. Die heute noch einmal erscheinene „Hornisse" ergeht unter dem gestrigen Datum das Folgende: Das heute per Eilenbahn nach Marburg beförderte Schubendaliton hat sich gewegert, 20 Heller per Mann für zu viel erhaltenes Brod zurückzuerstatten, und seinen Willen durchgesetzt. — Aus Schmalkalden berichtet dasselbe Blatt vom 7. d. M.: In Folge des verfassungswidrigen Ausschreibens kurfurstlichen Ministeriums zur Erhebung der Steuern, gegen die Beschlüsse der Vertreter des Volks, fand heute eine große Volksversammlung statt. Die Beschlüsse der Ständekammer sowohl, wie das würdige Benehmen des bisherigen landständischen Ausschusses fanden allseitige Anerkennung. Die Versammlung beschloß, dem verfassungswidrigen Ausschreiben des Ministeriums keine Folge zu geben, die Steuerzahlung beharrlich zu verweigern und sich nur der Gewalt zu fügen. Die Volksversammlung schloß mit dem enthusiastisch aufgenommenen Rufe der Ständeversammlung: Es lebe die Volkssouveränetät!

Kassel, 10. Sept. Gestern ist auch ein Zimmer des Oberappellationsgerichtes als Wachtlokal in Benutzung genommen worden. — Sichrem Vernehmen nach geht das hiesige Gouvernement damit um, ein Anlehen von 50,000 Thlr. zu kontrahiren; die Absichten auf die deponirten Beträge in den Staatskassen sind bis jetzt an dem Widerstande der betreffenden Beamten gescheitert. — Der Reservekar Wagner bei der hiesigen Bezirksdirektion sollte Sekretär des Generallieutenants Bauer werden; er hat sich jedoch veranlaßt gesunden, ablehnend zu antworten. Die gestern mitgetheilte Nachricht über den Eintritt des Assessors Müller von Hanau in das Ministerium des Innern ist dahin zu vervollständigen, daß er mit einem außerordentlichen Referat beauftragt wurde ist, diesen Auftrag auch nicht ohne Strahen und unter der ausdrücklichen Verwahrung angenommen hat, daß ihm eine Mitwirkung bei verfassungswidrigen Handlungen nicht angemutet werde. Die ihm angesonnene Stellung eines Civilkommissärs zur Unterstützung des Generallieutenants Bauer hat derselbe sicherem Vernehmen nach wiederholt abgelehnt.

(R. H. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 9. Sept. Die heute beginnende Session der außerordentlichen schleswig-holsteinischen Landesversammlung wurde vom Grafen v. Reventlou, als Minister der Staatsfinanzen, mit folgender Rede eröffnet: „Hochgeehrte Herren! Im Grmähsreid des Wahlgesetzes vom 20. Okt. 1848 haben Sie durch das Vertrauen des Volkes die Befugniß und die Verpflichtung erhalten, das Recht und die Interessen der Herzogthümer zu vertreten. Groß ist Ihre Aufgabe und gerade jetzt bedeutungsvoller als je, da Schleswig-Holstein mehr als zuvor auf die eigene Kraft und Ausdauer angewiesen ist und die gegenwärtige Haltung des Volkes und seiner Vertreter über die fernere Zukunft des Vaterlandes entscheiden wird. — Von aufrichtiger Friedensliebe beseelt, hat die Statthalterschaft sich wiederholt bestrebt, den Frieden durch versöhnlicher Schritte herbeizuführen. Dänemark hat alle Versöhnungsversuche entschieden zurückgewiesen und will das Recht des Landes mit dem Schwerte des Eroberers brechen. Wir haben dem feindlichen Einfall bewaffnete Gegenwehr entgegengesetzt und bei Idstedt wurde eine blutige Schlacht geschlagen. Die Schlacht ist verloren. Der Verlust vieler Braven wird tief beklagt w. der größte Theil des Herzogthums Schleswig leidet jetzt unter dem Drucke des übermüthigen Feindes, aber die Mehrheit des Landes ist nicht gebrochen. Unsere Armee, unterstützt durch die Hilfsleistung des deutschen Volkes, mehrt sich von Tage zu Tage und freudig schließt sich der Zuzug freiwilliger Mannschaft den Waffenbrüdern an. — Mit tiefer Trauer blicken wir auf die Zerrissenheit des deutschen Vaterlandes; wir unserseits sind aber fest entschlossen, als treue Söhne Deutschlands

anzuharren und für die Ehre und das Recht der Herzogthümer zu kämpfen, bis es gewährt worden ist. Unsere brave Armee kennt ihre Pflicht und wird ihre Aufgabe erfüllen. — Dem Berliner Vertrage vom 2. Juli d. J., der uns den Frieden nicht bringen sollte, und den Aussprüchen fremder Mächte gegenüber hat die Staatsjustizschaft das Manifest vom 22. Juli erlassen und ihre Übereinstimmung verschärft zu sein. An den zu Frankfurt wegen Neugestaltung des deutschen Vaterlandes eingeleiteten Verhandlungen ist die Staatsbehörschaft nicht betheiligt; Deutschland entnehmt noch einer höchsten leitenden Behörde. Wir ferneren Regierungen steht das auswärtige Departement in seiner officiellen Verbindung; wir entbehren ihres Schutzes, sind aber in unsern Entschließungen unbehindert und vertrauen in dieser vereinzelten Stellung auf die Gerechtigkeit unserer Sache und unser gutes Schwert. — Die Gedanklist zur Fortführung des Krieges sind nicht erschöpft. Die Ungewißheit der Dauer des Krieges und der verfassungsmäßige Pflicht, das Kriegsbudget der Genehmigung der Volksvertretung zu übergeben, haben indeß die Vorlage finanzieller Anträge erschwerlich gemacht. Die Staatsbehörschaft vertraut auch für die Zukunft auf die Vaterlandsliebe und Hingebung der Herzogthümer und erkennt mit Dank die Unterstützung an, welche das deutsche Volk durch Sendungen von Geld und andern Gegenständen gewährte und ferner gewähren wird. — In dieser außerordentlichen Thatsache dem ferneren Ausbau des innern Landesorganismus zu arbeiten, erfüllt der Regierung nicht geringen Theil; zunächst alle Kräfte darauf zu richten sind, die rechtliche Existenz der Herzogthümer zu bewahren und zu befestigen. Nur eine auf den Gelbverkehr und dessen Erleichterung hinzielende Verausstaltung, betreffend das Ausprägen von Scheidemünze, und einige Modifikationen der Ausbehandlungsfrage erscheinen als dringende Bedürfnis. — Hochgerehrte Herren! Die Gegenwart ist ernst und verhängnißvoll; lassen Sie uns in diesem Bewußtsein fest zusammen stehen und im Vertrauen auf die höhere Waltung Gottes die Kraft uns erhalten, um unsere gute Sache zum guten Ende zu führen. — Ich eröffne hiermit diese außerordentliche schleswig-holsteinische Landesversammlung für eröffnet." — Zum Prasidenten der Versammlung ward darauf der Advocat Bargum und zu Vicepräsidenten O.-G. Rath Mommsen und Dr. Gulich erwählt. (H. B.-H.)

Deutschland.

Wien, 6. Sept. Der Artikel wegen der preußischen Denkschrift im „Oesterr. Corresp.", den wir unverkürzt mittheilen, lautet wie folgt: Das preußische Cabinet hat das erste seiner letzten Worte gesprochen. Es hat das von der k. k. Regierung feierlich an dasselbe gestellte Begehren, sich den Berathungen der in Frankfurt tagenden Bundesversammlung beizugesellen, ablehnend beantwortet und das Repertorium der in dieser Angelegenheit gewechselten Noten mit einem diplomatischen Schreiben und einer angeschlossenen ausführlichen Denkschrift bereichert. Es ist nunmehr entschieden, Preußen weigert sich den Weg zu betreten, auf welchem bereits der größte Theil Deutschlands wandelt. Es behauptet in seiner isolirten Stellung. Es fährt fort, Deutschlands Constitirung von theilweise schwierigen, theilweise illusorischen Bedingungen abhängig zu machen. Es unterliegt seinem gegründeten Zweifel mehr, daß es einen einzigen Zweck vor Augen hat, daß es diesem Zwecke das Ansehen, die Würde, die europäische Vertretung und Geltung der Nation unterordnet, daß dieser Zweck wahrlich nichts gemein hat mit jenen höhern Interessen, welche das Berliner Cabinet zu vertreten vorschützt, daß mit einem Worte Preußen Deutschlands unlengbare, in solcher Vollendlichkeit und Größe noch nie dagewesene Verlegenheiten lediglich und ausschließlich in großpreußischem Sinn, zu seiner Vergrößerung und Arrondirung ausbeuten will. Der überaus höfliche und Oesterreich gegenüber auch rücksichtsvolle Ton der neuesten preußischen Staatsschriften vermag gleichwohl die schmerzlichen Gefühle, welche ihr Kern in einen jeden Deutschen Brust erwecken muß, nicht zu beseitigen. Preußen hat die Nothwendigkeit erkannt, die rauhe und unpatriotische Sprache, welche es damit der Nation zu Theil werden ließ, mindestens in anbrechende Formen zu kleiden. Aber wir sind nicht in der Lage, die entwickelten Gründen, so tritt uns nur jene Sophistik, welche die halbofficiellen Organe der preußischen Regierung bereits bis zum Ueberdrusse abgenutzt haben, in ziemlich unverhüllter und daher wenig einladender Weise entgegen. Ist es etwa ein Argument, wenn gesagt wird: die freie Verbindung werde um so eher zum Ziele führen, „als eigennützige Bestrebungen sich dann nicht mehr hinter den Vorwand des Festhaltens an alten Rechten und einer scheinbaren Ordnung zurückziehen und gelend machen können?" Gibt es in der That solche eingetragene Stiftungen, so verwandte man sie den Gesetzen und der Beurtheilung der Neuzeit durchaus nicht fuscepitible Gestaltungen in Deutschland, so sind sie wahrlich auf der Seite Oesterreichs und der treuen Bundesgenossen weder zu suchen noch zu finden. Die preußische Regierung sollte aber auch noch bedenken, daß gerade die Form der freien Vereinbarung der größten aller Inconvenienzen vorzüglich Raum gebe, nämlich der Möglichkeit durch eine Menge inertricabler Vor- und Einwände, neuer Vorschläge und Bedingungen, die Unterhandlung bis ins Unendliche zu verlangern und einen Abschluß gar nicht zu Stande kommen zu lassen, der bei den festen Formen einer geregelten Berfammlung so viel anders zum Vorschein kommen muß. Uns aber steht ein Argument zu Gebote, wogegen die Weisheit der Sophisten an der Spree nicht ein gegründetes Wort zu erwenden vermag, ein schlagendes, siegreiches Argument, das überall, wo noch Gefühl für ein Vaterland und Ansehen vorhanden ist, Widerhall finden muß. Wir brauchengnur darauf hinzuweisen, daß Deutschland bis zu diesem Augenblicke sein berechtigtes Organ der Vertretung nach Außen besaß, und daß die Wiederkamseit des neuen Bundestages zu Frankfurt in das Leben getretenen Organe durch neue Conferenzen und die Zustimmung Preußens geschwächt werden muß. Die preußische Politik macht Deutschland zum bloßen geographischen Begriff; Deutschland hat weder mitzurathen, noch mitzuhandeln unter den großen Völkern der Welt. Es ist, gelinde gesagt, ein unverantwortlicher Leichtsinn, Deutschland zu muthwilligem Verzichten auf jeden einer Anziehungskraft entbehrenden Union um etwelche Athemzuge zu verlangern. Wie wir hören, will sich Dänemark bezüglich der Ratisikation des von Preußen mit jener Macht vereinbarten Friedensvertragsentwurfes an das competente Organ des deutschen Bundes zu Frankfurt wenden. Wie sollte, wie könnte es uns anders? Es unterliegt keinem Zweifel, daß der auf diesem Wege ratifizirte Frieden von den europäischen Mächten als ein giltig bindender, im Namen und mit der vollen Kraft des deutschen Bundes abgeschlossener angesehen werden wird. Ein von Seite Preußens gegen solche Auffassung erhobener Protest möchte wohl kaum Gehör und Beachtung gefunden werden. Was anders wäre die nächste Folge für Preußen, als daß seine jetzige freiwillige Isolirung sich in eine gezwungene verwandeln müßte? Oder würde es den Kampf gegen die solidarischen Beschlüsse der Weltmächte aufnehmen? Auf die abschlüssigen Anordnungen derselben Bezug nehmende, bei unverwandlichen Alternative hat die Politik des jetzigen Cabinets das Land und den Monarchen geführt.

Wien, 6. Sept. Die Brünner „Presse" meldet von hier über das Resultat der Ischler Conferenzen: „Graf Rechberg hat zugesagt, daß seine Regierung den am 1. Sept. in Frankfurt eröffneten engern Rath anerkennen und einen Gesandten bei demselben accreditiren werde. Er hat ferner das Versprechen abgegeben, daß das russische Cabinet jene europäischen Regierungen, welche zu den Garanten der Wiener Verträge gehören, direct auffordern werde, auch ihrerseits die Competenz des Frankfurter engern Raths anzuerkennen und sich bei demselben durch Gesandte vertreten zu lassen. Es steht diese Nachricht, die vollkommen zuverlässig ist, jedoch in seinem Widerspruch mit einer andern, daß Rußland die Vermittlung zwischen Oesterreich und Preußen übernommen habe. Denn es besitzt daß jene obenerwähnten officiellen Schritte, die gleichbedeutend mit einer vollständigen Niederlage der preußischen Politik sein wurden, nicht früher ins Werk gesetzt worden sollen, als bis Rußland der preußischen Regierung auf confidentiellem Wege seine Vermittlung angetragen habe, um derselben, wenn diese Vermittlung angenommen, durch den Schein einer freiwilligen Nachgiebigkeit die offenkundige Niederlage zu ersparen."

Posen, 2. Sept. Die „Posener Zeitung" enthält eine „Uebersicht der gegen die Raubermörder in den Grenzkreisen des Regierungsbezirks Posen getroffenen militärischen Anordnungen mit Angabe der Resultate." Aus derselben geht hervor, daß man zur Vertilgung der Räuber nicht allein eine ziemlich ansehnliche Militärmacht aufbieten, sondern auch einen formlichen kleinen Krieg führen mußte. Am 25. Juli wurden vier Räuber, am 28. August zwei, am 14. August zwei neue Räuberbanden, am 29. Juli 3 Räuber, am 30. wieder 3 Räuber eingebracht. Am 1. und 2. Aug. wurden 3 schwere Verbrecher, am 5. August ein Mörder eingebracht. Am 7. August fand eine Dislocation der Truppen statt. Am 12. August wurden zwei berüchtigte Räuber und ein Bogenbund, am 18. August zwei neue am 19. August wieder zwei Raubmörder, am 21. August zwei Bewaffnete und am 23. der berüchtigte Mordewski eingefangen. Eine Abtheilung der Kreise Schrimm, Krotoschin und Pleschen hatte die Verhaftung von zwölf Räubern zur Folge. Gleichzeitig kam in Posen von russischen Behörden eine solche Absuchung statt. Diese Maßregeln werden fortgesetzt.

Frankreich.

Paris, 8. Sept. Ich kann Ihnen aus guter Hand die Nachricht mittheilen, daß von Seiten des preußischen Kabinets die französische Regierung das Ansinnen gestellt worden ist, sich mit England dahin zu verständigen, daß die in London und Paris sich aufhaltenden deutschen Demokraten nach Amerika transportirt würden. Vermuthlich ist das so zu verstehen, daß die Flüchtlinge freiwillig dahin auszuwandern bewogen werden. In Frankreich hat man zwar nicht viele Umstände seit 1848, und noch ganz kurz sind ein formliches Treibjagen auf verdächtige Fremde Statt. In England sind aber die Verhältnisse diesen weit günstiger, und in London sind jetzt wohl die meisten Demokraten, und darunter die bedeutendsten, versammelt. Ich ihnen zu melden, daß jesuiten-Collegien hier eingerichtet sind, d. h. die Gebäude sind angeschafft und hergestellt, so daß die Zöglinge jeden Tag eintreten können; auch sind bereits die Lehrer ernannt und die Klassen werden nächstens ihren Anfang nehmen. An Schülern fehlt es nicht, eher könnte es an Raum fehlen, um sie aufzunehmen. Die hohern Stände haben längst mit den Universitäts-Anstalten gebrochen und erwarten sehnlichst die Eröffnung der beiden Jesuiten-Collegien; in Amiens wird ein drittes errichtet, und ein viertes in einer Stadt, deren Name mir entfallen ist. Die Jesuiten werden gegen die Socialisten zu Hilfe gerufen. Auch Lyon ist ein Thron der Jesuiten-Collegien geworden: es treibt die Gewissensangst: er fühlt, wie viel er zu der Rasreei der Geister beigetragen hat, die in einem großen Theile des französischen Volkes grassirt. —

(D. Bkb.)

Neueste.

Augsburg, 12. Sept. Gestern Abend um halb 7 Uhr kam J. M. die Königin von Sachsen hier an, und setzte alsbald die Reise mit

den gewöhnlichen Abendzug nach Meudon fort. Ihre Majestät wurden von den hohen Militär- und Civilbehörden empfangen und die Mitglieder des 1. Infanterieregiments à Prinz Karl spielte während des Aufenthaltes.

Stuttgart, 11. Sept. Der „Staatsanzeiger" von heute bringt die Ernennung des ehem. vom Staatsgerichtshof freigesprochenen Freiherrn v. Wächter-Spittler zum Präsidenten des evangelischen Consistoriums nebst folgendem Handschreiben Sr. Maj. des Königs an denselben: „Mein lieber Staatsrath v. Wächter-Spittler! Mit der lebhaftesten Befriedigung habe ich den Ausgang vernommen, welchen die von der ausserordentlichen Gerichtsbehörde gegen Sie anhängig gemachte Klage gefunden hat. Der Ausspruch des Staatsgerichtshofs, daß die seitherigen Mitten im öffentlichen Dienste treuen Grund zu einer solchen Anklage darbiete, wird, wie Ich hoffe, nur ein weiteres Motiv für Sie sein, auch ferner dem Vaterlande Ihre erprobten, treuen und nützlichen Dienste zu widmen und, unbekümmert um Leidenschaft und Parteianfechtung, fest und standhaft in Erfüllung Ihrer Dienstpflichten zu beharren. Indem Ich darauf zähle, Ihre Dienste auch künftig dem Staate erhalten zu sehen, ergreife Ich gerne diesen Anlaß, Sie Meines fortdauernden Wohlwollens zu versichern, und verbleibe im Uebrigen Mein lieber Staatsrath von Wächter-Spittler, Ihr gnädiger König Ludwig."

Nassau, 10. Sept. Dem Hochwürdigsten Bischof von Limburg wurde von den zwei wackeren Gemeinden Oberspai und Filsen das Bürgerrecht für die Redemptoristen in Bornhofen überreicht. Diese andern Gemeinden hatten sich ebenfalls erboten, diese würdigen Männer als Bürger aufzunehmen.

Darmstadt, 11. Sept. Heute hat die erste Kammer den Präsidenten auf dem vorigen Landtag, Oberappellationsgerichtsrath Friedrich Schenck, wieder zur Vorstand gewählt. Mitstandsat war Jaup. Zum zweiten Präsidenten wurde Pfarrer und Dekan Dieffenbach in Schlitz, der gleichfalls schon Mitglied der Kammer beim letzten Landtag war, gewählt. — Die Präsidentenwahl der zweiten Kammer fiel auf den Kreisgerichtspräsidenten Dr. Mohr, 1. Vicepräsident wurde Hr. Prof. Hildebrand, 2. Vicepräsident Dr. Jäger. Zu Schriftführern wurden die HH. Steinberger und Müller-Mechtorst, zu deren Stellvertretern die HH. Büchner und Bogen erwählt.

Kassel, 10. Sept. Wie wir nachträglich vernehmen, ist das Land behufs Aufführung des Kriegsgefangenen in neun Kreise getheilt, deren jedem ein Militärkommandant vorgesetzt ist.

(Fr. D.-Z.)

Berlin, 10. Sept. Die in den Zeitungen verbreitete Nachricht, daß der König ein eigenhändiges Schreiben an den Kurfürsten gerichtet und die Entlassung des Ministers Hassenpflug verlangt habe, ist durchaus unwahr. (C. Z.)

Berlin, 10. Sept. Die Conferenzen zu einer Intervention Englands und Rußlands in den Herzogthümern beginnen bereits eine bestimmtere Form anzunehmen. Man spricht nemlich von einer Note dieser beiden Mächte an Preußen, worin es angefordert sein soll, daß man, wenn Preußen in seiner Weigerung, die Provisorien Holsteins zu sanctioniren, beharren sollte, unverzüglich eine Blokade des Kieler Hafens vorgehen und diesem Vorgange andere Maßregeln folgen lassen werde.

(N. Pr. Z.)

London, 2. Sept. Das kath. Blatt „Tablet" und der streng protestantische „Morning Herald" zöhlen außer dem Bischof Fielding noch folgende Convertiten auf: Mr. Henry Wilberforce und Mr. William Wilberforce, Beide Schwiegersöhne des Bischofs von Oxford; ferner Mr. Bowyer, ein berühmter Rechtsgelehrter, der im Temple Vorlesungen hält; Mr. Bathurst, der noch jüngst ein fellow in Oxford war; Mr. Canewhith, ein Geistlicher. Außerdem hat Mr. Anderdon, Vicar von St. Mary, öffentlich Alle wiederrufen, was er in Predigten und Schriften gegen die kathol. Kirche gesagt. „Morning Herald" hebt jährend hervor, daß der Regius-Professor in Oxford, Dr. Pusey, trotz seine 2000 Pfund St. jährlich von der engl. Kirche bezieht, während er unter ihren hoffnungslosesten Sohnen fortwährend Rekruten für Rom wirbt.

Aus Rom ist über Genua am 5. Sept. die Nachricht gekommen, daß Cardinal Lambruschini beauftragt sei mit Pius IX. über seine besondere Sendung zu unterhandeln, ein Zeichen daß man dem Turiner Gesandten nicht eben sehr entgegenkommen will.

VI. Oeffentliches Schwurgericht von Schwaben und Neuburg.

Fortsetzung. Der Untersuchung gegen Dr. Heinrich F. J. Heinkelmann, prakt. Arzt zu Bamberg, wegen Hochverrathe: Pr.-H.: „Die Pfalz u. Sachsen hatten, sich blos zum Schutz der Reichsverfassung erhoben u. die deutsche Nationalversammlung hatte diese Provinzen unter den Schutz d. Reiches gestellt. Sollte dieser Schutz nicht eine Lüge Einbildung sein, so mußten Wehrmittel vorgeführt werden, um einer fremden Macht, nämlich Preußen, einen Widerstand entgegenzustellen." Präsident: Glauben Sie also nicht, daß diese Gewalt, welche beschlossen wurde, von Seite des Märzvereins und mit von Seite des Rumpfesses auch gegen die bayerische Regierung sich wenden sollte?" Dr. H.: Von der bayerischen Regierung kommt nirgends ein Name vor; die Pfalz war von der bayerischen Regierung gänzlich aufgegeben! diese hatte zum Schutz der Pfalz nichts gethan; ja Preußen bedrohte ganz Deutschland. Gegen Preußen war auch unsere Gewalt gerichtet, denn dieser Staat war es, der an der Spitze der Contrerevolution stand." Präsident: Durch seine mehrfachen Proklamationen hat aber Bayern erklärt, daß es die Pfalz als eine Provinz betrachte, die in offener Rebellion stehe. Wenn also die Pfalz unterstützt werden sollte, so war die Gewalt offenbar auch gegen Bayern gerichtet, und das muß Ihnen bekannt sein, da Sie der Spitze der Pr.-H.: „An der Rheinpfalz hatte die bayerische Regierung faktisch keine Gewalt; sie konnte keine solche mehr entgegensetzen, und wenn sie selbst keine hatte; konnte auch der Märzverein gegen sie keine richten. Preußen war nahe daran, um seine Rheinpfalz zu überkommen; diese Gewalt war immer Preußen und nicht Bayern, denn mit davongelaufenen und fahnenflüchtigen Soldaten konnte man die Pfalz nicht halten." Präsident: „Die Tendenz des Kongresses der Märzvereine war offenbar keine andere, als gegen jene rebellischen Regierungen; also die Reichsverfassung nicht anerkennen wollenden Regierungen Gewalt zu brauchen; die Gewalt war also gegen sämmtliche Regierungen, welche rebellisch waren, gerichtet!" Dr. H.: Ja, wenn sie Gewalt brauchten; Bayern hat aber damals weder gegen die Pfalz noch gegen Franken und Schwaben Gewalt gebraucht; Bayern hat blos protestirt; uns zwar Bayern in seiner gesetzmäßigen Eigenschaft, sondern blos das einfache, sie sich bestehende Ministerium. Unsere Gewalt war nur auf abwehrender Natur; sie war zum Schutze eines Rechts gebildet, so lange die bayerische Regierung keine Gewalt anwenden wollte. Zusammenziehungen von Truppen, auf die man sich nicht verlassen kann, sind aber noch keine Gewalt." Präsident: „Das ist nicht richtig; auf die Truppen konnte man sich wohl allerdings verlassen." Dr. Heinkelmann: „Ich theile diese Ansicht nicht und erinnere nur an die tausend fahnenflüchtigen Soldaten in der Pfalz und an das Donauworther Lager, sowie an die Mehrzahl, welche man annehmen, um es so mit zu bringen." „Ich muß indeß bemerken, daß selbst die Kongreß mit dem vorangehenden gar keine Gemeinschaft hat; der ganze Organisationsplan paßt gar nicht; die Organisation der fränkischen Vereine bestand angehindert neben den Kongressen fort; nur diese Vollzkörper waren von allen politischen Vereinen ohne Unterschied des Namens gebildet. Auch diese letzten Beschlüsse waren bloße Vorschläge, die erst dann in Ausführung treten sollten, wenn die Genehmigung der einzelnen Vereine erfolgt sein würde; es versteht sich dieß auch von selbst; denn wir konnten wohl den Anderen einen solchen Zwang, den wir uns selbst auferlegten, nicht aufbürden."

Zweite Sitzung. — Dienstag den 10. Sept.

Nachdem gestern das Beweisverfahren beendigt war, war es heute Aufgabe der Vertheidiger, dasselbe zu würdigen. Die Anklage zu begründen. Die Durchführung der Anklage, so viel Schwierigkeiten sie theils in sinnlicher, theils politischer, Beziehung bieten mochte, war ein Muster sinnlichen Scharfsinns und in dem eines öffentlichen Anklägers allen Anforderungen, ruhigen und leidenschaftslosen Tone gelungen. Anklage. Nach Art. 300 des 1. Theils der Strafgesetzbuches macht sich derjenige bayerischer Unterthan des Hochverraths schuldig, der, um die bestehende Verfassung durch gewaltsame Revolution zu ändern, sich in eine Verschwörung oder andere hochverrätherische Verbindung eingelassen habe. Unbestritten ist vor Allem die Frage, daß Dr. Heinkelmann ein Bayer sei, denn sein Nichtbayer sei dem bayerischen Staate eine Treue nicht schuldig; eben so einfach sei die Frage, ob durch die Durchführung der zu Frankfurt beschlossenen Reichsverfassung die bayerische Staatsverfassung auch wirklich geändert worden wäre, denn die Frankfurter Reichsverfassung gehe von der Gesammtsouveränität Deutschlands aus, und nach ihr müssen alle jene Hoheitsrechte, welche durch diese Verfassung die Reichsgewalt übertragen waren, von den einzelnen Staaten abgetreten werden. Die dritte und schwierigere Frage sei die des rechtswidrigen Vorsatzes. Die Geschworenen möchten ja nicht glauben, daß sie (I. Staatsbehörden) es alle und jede Verschwörung zur Revolution in Abrede stellen werde, Natur und Vernunft geböten und gestatten Abrede und Nothwehr gegen den gewaltsamen Druck des Grundgesetzes; aber dieser gewaltsame Druck müsse offen und klar vorliegen, er müsse in das Bewußtsein aller Vernünftigen im Volke gedrungen sein, und die Stimme des Volkes müsse laut und nicht die Stimme der erregten Massen sei die Volksstimme, die man sprichwörtlich Gottesstimme nennt. Man habe auf dem Kongreß der Demokraten, der im Oktober 1848 zu Berlin abgehalten worden ist, den Grundsatz aufzustellen versucht, daß es ein Recht sei, Gewalt zu brauchen, da das heilsame Recht des Volkes sei, zur Empörung zu greifen; allein diese Lehre sei eine Zerstörung des Menschengeschlechts, und derjenige sei nicht als im Rechte stehend zu erkennen, der, wenn er eine Empörung ansacht, sagt, er habe es zum Schutz der Volksrechte gethan. Wo sei nun hier ein gewaltsamer Druck? Dr. Heinkelmann habe gesagt, die Frankfurter Nationalversammlung sei eine ausschließlich konstituirende gewesen, und das Konkrete, was von der I. Staatsbehörde zugegeben werden könne, sei, daß die Antwort auf diese Frage eine zweifelhafte sein könne. Beim Zusammentritt der Nationalversammlung war schon in den ersten Tagen klar, daß sie Frage vorgelegt, ob nämlich die Nationalversammlung ausschließend und allein die Verfassung schaffen soll, und diese Frage sei von allen Seiten und auch von der Linken als eine sehr evidente Frage erkannt, endlich nach mehrtägiger Debatte folgendermaßen Antrag Oberndorfer's angenommen worden:

„Die deutsche Nationalversammlung, als das aus dem Willen und den Wahlen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands, erklärt, daß alle Bestimmungen einer deutschen Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerk nicht übereinstimmen, für die Dauer des Letztern als gültig zu betrachten sind."

Blos davon sei die Rede gewesen, daß die deutsche Nationalversammlung die deutsche Verfassung gründen soll; daß sie ausschließlich und allein die Verfassung schaffen soll, habe Niemand gewollt, und sei auch nicht im Willen der Nationalversammlung gelegen gewesen. Später sei auch allerdings im Widerstreit hiemit von der National-

versammlung die Verfassung als endgiltig beschlossen und verkündet worden. Es ist dieß geschehen, nachdem die erste Lesung der Verfassung vollendet war, nachdem mittlerweile einzelne Anstände von verschiedenen Regierungen eingekommen waren; die Majorität habe diesen Beschluß gefaßt aus dem Grund der Nothwendigkeit, soweit man es sich als eine Unmöglichkeit dachte, durch so viele Staaten und ihre Kammern die Verfassung zu verständigen; allein der Grund der Nothwendigkeit beseitige nicht alle Zweifel über die Rechtmäßigkeit, und deßwegen könne man von einer Regierung, die auf dem Rechte der Vereinbarung stehe, nicht sagen, daß sie eine gültige Verfassungsbasis begangen habe; in dieser zweifelhaften Frage mögen sich zwei Völker herumkämpfen, aber wegen eines solchen zweifelhaften Nichts einen Bürgerkrieg zu entzünden, dazu fehle jedem das Recht: eben weil die Frage eine zweifelhafte sei, stehe die Berufung an die Revolution, und der rechtswidrige Vorfall sei deßhalb auch ganz Zweifel. Während die demokratische Partei früher mit allen möglichen Schmähungen gegen die Frankfurter Verfassung zu Felde zog, sei, um plötzlich wieder die Nationalversammlung das ausschließende Organ des souveränen Volkes wollend aufgefaßt werden zu können, Alles, was auf Zeit, als die Bamberger Beschlüsse gefaßt wurden, nämlich am 27. Mai, die bayerische Regierung mit aller Bestimmtheit und Entschiedenheit und öffentlicher Weise bereits erklärt gehabt, daß es die Reichsverfassung nicht annehme, Bayern sei daher im Sinne dieser Kongreßbeschlüsse ebenso reichsfeindlich geworden, wie Preußen und Oesterreich. Man habe die Soldaten aufmerksam gemacht auf einen Widerstand, in welchem sich die bayerische Regierung mit dem Volke befinde; man habe ihnen zugerufen: sie sollen bedenken, daß auch sie zum Volke gehören, und dieses namentlich, wenn das Volk genöthigt wäre, sich in Masse zu erheben. Daß die Gewalt unmittelbar gegen Bayern gerichtet gewesen sei, das beweisen ferner die Briefe Dietzels an den Kriegsminister, daß dem Wehrplan sei ferner zu entnehmen, daß sich demselben alle Personen anschließen dursten, wenn sie nur versprachen, für die Durchführung der Reichsverfassung die Waffen zu führen. Man habe im Kongresse vom 27. Mai beschlossen, die Märzvereine aufzuforderen, schleunigst zu handeln, und sie speciell Einwendung auf die Regierung von Baden können wahrhaftig nichts anderes bedeuten, als zur Empörung schreiten wie diese. Hr. Dr. Heinkelmann habe ferner gesagt, daß die Kongreßbeschlüsse nach der Organisation der fränkischen Vereine die zum Eintreffen der Genehmigung dieser Vereine blos Vorschläge gewesen seien. Habe nun auch auf dem Kongreß vom 27. Mai v. J. die Organisation selbst keinen Einfluß erhalten, dann könne man sich wenigstens nicht dadurch beruhigen; Form und Inhalt seien als endgiltig anzunehmen, und überdieß sei bei allen bisherigen Partheitonventen von eigentlichen Beschlüssen keine Rede gewesen. Den einer vorhergehenden Vollmacht macht immerhin eine nachfolgende Genehmigung überflüssig; bereits bei Mittheilung der Kongreßbeschlüsse vom 20. Febr. v. J. habe man dieselben als ein wichtiges Ereigniß bezeichnet. Unmittelbar nach dem Kongreß Rüstung, Anschaffung von Pulver und Blei, nirgends eine Genehmigung Seitens der einzelnen Vereine, dies Alles deute auf eine gegen Niemand Anderen als gegen Bayern gerichtete unmittelbare Gewalt. Eine Genehmigung wäre hier eine ganz unwesentliche Sache gewesen, die Nichtgenehmigung aber sei nicht ein verweigerter Beitritt, sondern ein Austritt aus dem Komplott und ein Anspruch auf Straflosigkeit. Dr. Heinkelmann sei ferner Anstifter und Vorstand gewesen, er habe den provisorischen Kreisausschuß gebildet, den Kongreß vom 27. Mai ausgeschrieben, das Lokal bestellen lassen, die Zeit festgesetzt: er habe nicht blos mitberathen, mitbeschlossen, sondern den Kongreß als Vorsitzender geleitet, sowie demselben einen Wehrplan vorgelegt, der zur Grundlage der Berathung geschaffen worden sei; nach geschlossenem Kongreß habe er die Kongreßbeschlüsse den sämmtlichen Vereinen autographirt mitgetheilt, er sei sohin Anstifter und Vorstand, Mitberathungs- und Mitbeschließen, und es werde sohin der Antrag gestellt, ihn des Hochverrathe 1. Grades für schuldig zu erkennen. Hr. Dr. Heinkelmann führte einen Theil seiner Vertheidigung in langer Rede selbst aus; heftige Klagen gegen den Untersuchungsrichter v. Seefried in Bamberg, der mit Bleistift die Aussagen in angebrauchten Worte: „Heinkelmann scheine gefälscht zu haben," in das Prasesprotokoll geschrieben haben soll; Beschwerden darüber, daß man ihn gegen den klaren Wortlaut unserer Verfassungs-Urkunde seinem ordentlichen fränkischen Richter entzogen habe, charakterisirten den Anfang seiner Vertheidigungsrede, bei der sich jedem Satze wegen angeblich oder nicht angeblich persönlicher Ausfälle des Redners auf gewisse Personen vom Schwurgerichtspräsidenten unterbrochen wurde, Zwischenfälle, welche manchmal weiter gediehen, als bei dem hohen Ernste der Sache zu wünschen gewesen wäre. Alle im Februar des Jahres 1848 der gewaltige Volkssturm in Frankreich den Julithron zertrümmert, da habe zu uns herüber ein scharfer Westwind geweht, dieser scharfe Westwind habe drohend durch die alten Fürstenschlösser und Zwingburgen gebraust und ihre eisernen Bewohner erschüttert, erbittert vor den Ereignissen, die da kommen sollten. In ihrer Angst hatten sie alle ihre Kostbarkeiten, alle diejenigen zusammengerafften Schätze, woran das Blut und das Fleisch des Volkes klebte, eiligst zusammengepackt; ihre Hofwagen seien am Meeresstrande gestanden, um sich Schirmherren über den Kanal zu retten. Damals habe man nicht an Widerstand gedacht, sondern zitternd und bebend die Macht des erwachten Volkes anerkannt und sich breit, Versprechungen zu geben, die man wohl nie Willens war, halten zu wollen. Daß er (Dr. H.) gerade jetzt vor den Geschworenen stehe, daß sei ein Beweis, daß man sie nicht halten wollte; denn was er gethan habe, habe er aus Rechtsgefühl, aus Pflichtgefühl gethan, und dies hatten Tausende mit ihm gethan. Der deutsche Bundestag und die deutschen Regierungen hatten sich bereit, Alles das zu thun, was das Vorparlament in Frankfurt in Vorschlag gebracht; man habe die Revolution als Thatsache anerkannt und nicht protestirt, sondern willig gehorcht, als das Vorparlament beschlossen, daß Niemand anders über das Volk zu herrschen habe, als wer Kraft dieses Volkswillens dazu berufen werde, und daß kein Gesetz mehr gelten soll, das nicht aus dem freien Willen des Volkes hervorgegangen sei. Die bayerische Regierung habe etwas daraus gesetzt, die Erste zu sein, welche die Macht zur neuen politischen Macht Deutschlands in's Leben führte. Das Vorparlament habe gesagt, daß Deutschlands künftiger Zustand neugestaltet werden soll, mit Ausschluß jeglichen Einverleibungs, jeder Einwirkung des Bundestags oder der fürstlichen Regierungen; dagegen habe die bayerische Regierung nichts gesagt; hatte sie protestiren wollen, so hatte sie den bayerischen Abgeordneten zur konstituirenden Nationalversammlung ein beschränktes Mandat mitgeben müssen; dies aber habe sie unterlassen, weil sie es nicht konnte und das Recht nicht hatte. Nicht nur allein, daß die von der deutschen Nationalversammlung an die Stelle des abgeschafften alten Bundestages neugeschaffene Centralgewalt sogleich von allen Regierungen unweigerlich anerkannt worden sei, habe man auch anfänglich die von der Centralgewalt ausgegangenen Verfügungen getreulich befolgt. Die Reichsgewalt habe angeordnet, daß in dem Kriege gegen Dänemark die Schleswig-Holsteiner mittelst deutscher Bundestruppen unterstützt werden sollen, und Bayern habe 4000 Mann gegen die Dänen marschiren lassen, gegen die unsere braven Krieger unbesiegte Lorbeeren errungen; auch gegen die innern Feinde, wie man sie damals nannte, gegen die republikanischen Erhebungen, habe die bayerische Regierung ihre Truppen nach Baden gesendet. Sie habe die Matrikularbeiträge, zur Gründung einer deutschen Flotte zuweigerlich geleistet, endlich auch die Beschlüsse der Nationalversammlung und insbesondere den, wonach in Bayern die Reichsgesetze in 20 Tagen vom Tage der Verkündigung an rechtsgiltige Kraft erlangen sollen, im bayerischen Regierungsblatt vom 28. Dezember 1848 veröffentlicht. Es sei nicht zu begreifen, wie man die Frage über die konstituirende Eigenschaft der Nationalversammlung nur in Zweifel ziehen konnte; allein auch im Zweifel müsse nicht der Angeschuldigte als Verbrecher gehalten, sondern immer zu Gunsten desselben anerkannt werden.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 12. September 1850.

		Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	„	103½	103⅞
„	5% Metalliue „	80⅜	80⅝
„	4% „	63⅛	63⅜
„	3% „	47⅞	48⅛
„	2½% „	43	43¼
„	4½% Bethmann „	76⅞	—
„	4% „	—	66
„	fl. 250 Loose v. J. 1839.	100½	100⅝
„	„ 500 „ 1834.	156⅞	157⅛
Preußen 3½%	Sn. Schuld-Scheine.	86	86½
„	Ziht. 50 Preimien Scheine.	112	—
Bayern 3½%	Obligationen	84½	85
„	4% „	89½	90
„	5% „	106⅜	106¾
Würtemberg 3½%	„	84	84½
„	4% „	98	98½
Baden	3½% „	82	82½
„	fl. 35 Loose	32½	32⅝
„	4% „	52⅝	53⅛
Nassau fl. 25	„	36	36⅛
Hessen Darmst. fl. 50	Loose	76½	76⅞
„	„ 25 „	28⅝	28⅞
Polen fl. 300	„	136	—
Sardinien Lire. 36	„	33⅛	33⅜

Verkauf einer Staatswaldparzelle.

In Folge einer hohen Entschließung der kgl. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg vom 23. vorigen Monats, Nr. 23779, wird der öffentliche Verkauf der zum k. Forstreier Borbach gehörigen, in der Gemeindemarkung Jesserndorf, Landgerichts Ebern liegenden sogenannten Sandgehäge, unterstellt ist, gut bestockt.

Der Verkauf soll in 3 bereits ausgeschiedenen und im Walde bezeichneten Partheien, jedoch im Ganzen nach den am Verkaufstermine selbst bekannt gemacht werdenden Bedingungen vorgenommen werden.

Der k. Revierforster zu Borbach wird Kaufsliebhabern die fragliche Waldparzelle auf Verlangen genau vorzeigen lassen und werden Letztere eingeladen, sich am

Mittwoch den 2. Oktober d. Js.

Morgens 10 Uhr

im Bureau des kgl. Rentamts Ebern zum Verkaufe einzufinden.

Ebern u. Eichelsdorf, 4. Sept. 1850.

kgl. Rentamt Ebern. K. Forstamt Gofmannsdorf.

Baumeister. v. Delhafen.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrafhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile 3 kr. Briefe werden franco Anzeigen und Beilagen frei.

Nr. 221. Würzburg, Samstag den 14. September. **1850.**

Was thut Noth?

Die Ereignisse in Hessen öffnen wieder so einen recht tiefen Blick in unsere Zustände. Man hat sich angewöhnt auf den Vorderern eines so genannten Siegers über die Revolution aufzuathmen und den gemeinsamen furchtbaren Feind vergessend aus schmählicher Selbstsucht den Krieg unter sich selbst fortzusetzen. Man hatte beinahe vergessen, daß man einen eigentlichen entscheidenden Sieg nicht errungen, sondern nur einen gewaltigen Angriff des Feindes abgeschlagen hatte. Da zeigt er sich nun plötzlich wieder an einem anderen Orte und rast den Vergeßlichen ins Gedächtniß, daß er noch da ist, mächtig wie ehevor, vielleicht noch mächtiger. — Die Ereignisse in Hessen tiefern einen traurigen Beweis von der vollständigen Unterwühlung unserer staatlichen Zustände, von der sozialen Immoralität, welche tief in die untersten Schichten der Gesellschaft hinabgedrungen ist. Daß diese sehr oft von oben herab kam, ist eine Schuld, die wir zu büßen haben. Für den ruhigen, unbefangenen Beobachter unserer Zeit, ihrer Krankheit und deren Verlauf liegt in diesen ein neuer Fingerzeig, daß alle jene Aerzte, welche die soziale und staatliche Genesung durch Zersplitterung einer einheitlichen Staatsgewalt, durch Souveränisirung des großen Haufens durch Parlamente herbeiführen wollen, dem Krankheits-Gift statt Arznei bereiten. Die Krankheit unserer Zeit rührt davon her, daß den Individuen und Völkern jedweder Anerkennung einer Autorität abhanden gekommen ist, daß der Hochmuth die Demuth, die erste und schönste Zierde des Menschen, die Tugend des Christenthumes überragt, gleichsam verbannt hat, daß Jeder die oft tollen Gebilde seiner Phantasie oder die schlauen Berechnungen seinen Verstandes, die Eingebungen seiner Leidenschaften, seines verdorbenen oder verblendeten Herzens als Wegweiser für sich und Andere aufrichtet, Jeder nur sich und seinem Andern neben oder über sich folgen will. In einen solchen Zeit sollten alle Kräfte, welche dem gesellschaftlichen Organismus noch vorhanden sind, zusammengerafft werden, um die kleine Portion der noch vorhandenen Autorität zu retten, eine größere zu erzwingen. Wer denkt aber an so etwas? Wir wollen Segeln steuert alles in entgegengesetzter Richtung und wer nicht mitfährt, entgeht einem beinahe allgemeinen Anathem nicht. Wir fürchten dieses nicht, darum sprechen wir auch ganz freimüthig und ohne Scheu unsere Ansicht aus, daß, wenn der Bielregiererei unserer Zeit nicht ein Ende gemacht wird, die Zügel des Staates wieder von einer kräftigen Faust angefaßt werden, wenn man einem alle Wühler, Demagogen, Parlamentsphrasologen an selben hin und her zerren läßt, eine wahrhafte, das Wohl des Landes im Allgemeinen, sowie im Einzelnen fördernde, die Gerechtigkeit streng handhabende, und Jeden in seinem Kreise, seinem Rechte schützende Regierung gar nicht mehr möglich ist, sondern im beständigen Kampfe mit der Anarchie, ohne Mittel sie zu zähmen, endlich zur Beute derselben werden wird. — Man blicke auf Hessen; was soll da geschehen? Soll der Kurfürst seiner Krone dem Gottesläugner und Sozialdemokraten Bayerhofer zu Füßen legen und ihn und seine Creaturen in der Kammer regieren heißen; oder soll er bleiben, aber ein elender Spielball in den Händen dieser Leute werden? Und wenn er das nicht will, nicht kann, vor Gott und Menschen nicht darf, was soll er thun? Unserer Zeit thun starke Regenten, nicht aber Parlamente oder Bietregierer Noth, wir sind krank, todtkrank, nur starke Arme, von einem muthigen Kopfe aus geleitet, können uns retten. (D. V.)

Palmerston.

Als die Saat aufging, die dieser englische Minister durch seine Agenten gestreut hatte in Italien, als durch die Halbinsel, von den rauhen Thälern Savoyens bis hinab in den paradiesischen Golf von Neapel, die Flamme des Aufruhrs lohte, da war der Baron Haynau nicht der Letzte, der, dem Wiesbaden Nachruf folgend, mit raschem Fuß die Brände des Aufruhrs austrat, und sein Siegerschwert tropig in die Wagschale warf; Carlo Alberto's Stern erblich, Mazzini's Tricolore sank von San Marcosdom in Schlamm des Canal Grande; die lustige Republik Ludwig Koffuths ward begraben unter Schwertergeklirr und Kanonendonner. Das gefesselte „Schwert Italiens", König Karl Albert, der schlane Grenadier von Trocadero, der Avokat Mazzini, der Avokat Koffuth, — alle Drei getrösteten sich der Hilfe des Londoner Foreign-office, alle Drei hofften auf Palmerston. Zwar durfte er das Banner der drei Königreiche nicht decken über seine Schützlinge, aber unter der Hand leistete er ihnen Hülfe und seine Wünsche waren für die Revolution, die Baron Haynau barniederstrat, weil es sein Kaiser befahl, weil gütig Gewinnt getreten werden muß. Viscount Palmerston hat nun seine Rache, der Londoner Pöbel und das Züchtlingsgesindel, der Auswurf aller Lande, sie waren der Träger dieser Rache — Mazzini, Palmerston, Koffuth, sie sind gerächt. Mit Schmuz bewarfen sie das greise Haupt des ruhmgekrönten Feldherrn, und Karrenschieber durften ihre besudelte Hand erheben gegen den Helden in zwanzig Schlachten! Was wird nun geschehen? Der Piraus wurde bloßirt, Griechenlands Königsthron erschüttert, damit der von Palmerston beschützte Jude Pacifico seine erschwindelten Pfunde erhalte; was wird Fürst Schwarzenberg thun, um Genugthuung zu erhalten?

Deutschland.

Aus Unterfranken, 9. Sept. wird dem M. Journal geschrieben: Die Bischofe Bayerns werden im kommenden Monate zu einem Provinzialconcil in München zusammentreten, um über die für unsere Zeit dringend nöthig gewordenen religiösen Heilungs- und Besserungsmittel zu berathen und über die durch die Verhältnisse der Neuzeit gebotenen Abänderungen des Concordats und der kirchlich-staatlichen Verhältnisse das Geeignete zu beschließen. Es ist dieses gewiß um so erwünschter, da die Kirche erst in katholischen Staaten nach dem Vorgange Oesterreichs frei werden muß, ehe in protestantischen Staaten die Landesregierungen den billigen und gerechten Anforderungen der Bischofe entgegenkommen werden. Hoffentlich wird bei diesen Berathungen auch die Wiederherstellung und Handhabung der so sehr verfallenen Disciplin zur Sprache kommen, da gerade die bisher so lax gehandhabte Kirchenzucht so Manchem auf dem Klerus bedauernswerthe Pfade ebnete, die er bei strengerer Disciplin vielleicht niemals oder sicher doch nicht lange gewandelt wäre. So ist es gekommen, daß an manchen Orten der Klerus leichtsinnig und weltlich geworden, und eben, weil verweltlicht, auch der Welt zur Verachtung geworden ist und die Kraft des Salzes und des Sauerteiges verloren hat, so daß das Volk in religiösen Dingen schal, faul und fade werden mußte. Doch hat auch Gott Lob! — gerade die so tiefe religiöse Verkommenheit, die in unseren Tagen recht klar und offen aus Tageslicht getreten, nicht nur den Besseren aus dem Volke die Augen geöffnet, sondern es ist auch der Klerus wach und rege geworden, und wenn der Episkopat gegenwärtig mit strengerer Handhabung der Disciplin vorangehen wird, so wird er sicherlich, wenigstens in Bayern, den besseren und zugleich größten Theil des Klerus sich mit Freuden ihm zur Seite gesellen und gehorchen sehen. Das bewesen nicht nur die vielen Bitten der Curatpriester um Volksmissionen und Berufung von Schutzbrüdern in Städte und größere Landgemeinden, sondern namentlich auch das Verlangen nach Priesterexercitien, worüber sogar vor kurzer Zeit von einem Dekanate im Schweinfurter Gaue auf einer Capitelsconferenz einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, der Hochwürdigste Bischof wolle die Priesterexercitien für die Landcapitel obligatorisch machen. Wenn ein erfreulicher Zeichen, wie tief der Klerus es erfaßt hat, was Noth ist, und wie gut und entschieden kirchlich gesinnt diese Männer sind. Wo der Episkopat einen solchen Willen findet, da muß gewiß ein Besserwerden bald zu verwirklichen sein.

Aus dem Oberrieth, 10. Sept. Die Geistlichen des Kapitels Zweibrücken haben in ihrer jüngsten Konferenz den Pfarrer Tafel dadurch in Verruf erklärt, daß sie jede Gemeinschaft mit ihm zu meiden beschlossen. Mehrere andere Kapitel sind diesem Beschlusse bereits einstimmig beigetreten. Es wird der Pf. Zeising aus zuverlässiger Quelle berichtet. (Hatte schon längst geschehen sollen.)

Zweibrücken, 4. Sept. Das M. Journal theilt aus einem Aufzug aus dem Protokolle des Zweibrücker Landcapitels mit, wie folgt: Am 30. August fand der Erzdekanats Kreis vor den Thüren und mußte ein „Schuldig" über sich ergehen lassen, am 2. Septbr. erschien sein Freund und Bundesgenosse, der Pfalzer Eulogius, Herr Tafel, dermalen noch Pfarrer an der katholischen Kirche zu Zweibrücken, vor den Schranken. Es war aber ein anderer Gerichtshof, der sich hier versammelt hatte, ein Gerichtshof der Paros, vor denen er als Staatsgenosse stand. Das Landcapitel Zweibrücken hielt nämlich an diesem Tage seine Pastoralconferenz und, ein altes Kapitelsrecht ausübend, zog es in das Bereich seiner Berathungen das politische Wirken eines seiner Mitglieder und die Stellung desselben gegenwärtiger La-

holischen Kirche und Geistlichkeit. Herr Tafel war nicht zum Anfange der Sitzung zugegen, erst gegen Ende derselben trat er ein. Mit möglichst freundlichem Gruße bewillkommnte er die Versammlung, und es schien, als ob er sich des Wiedersehens der alten, lieben Freunde herzlich freuen wollte, da ward ihm unglücklich, es sei so über ein Beschluß über mich," rief er betroffen aus. „Ich habe geglaubt, in Gesellschaft von Freunden zu kommen, und nun ein Beschluß über mich!" Hier sah er sich im Kreise um, und sein ironver Blick traf lauter ernste, strenge Gesichter. In diesem Momente war ein Gericht über ihn ergangen, dessen strafenden Urtheilsspruch er in seiner ganzen folgenschweren Bedeutung erkannte und fühlte. Ja, die da saßen, waren eins seine Brüder und Freunde, als es noch ein Priester der katholischen Kirche war, nun er aber einer und über ehrwürdigen Mutter und Angetraut geschworen, waren sie Richter geworden über den unnatürlichen Sohn und Bruder. „Darf ich wohl fragen, fuhrte er, was über mich beschlossen worden ist?" Der betreffende Paragraph wurde ihm darauf vorgelesen. Mit großer Bewegung, jedoch gefaßt, entgegnete Herr Tafel: „Sie werden, meine Herren, nicht erwarten, daß ich mich hier vertheidige, Sie haben gethan, was Sie geglaubt, das Ihres Amtes sei, ich habe gehandelt, wie mein Gewissen mir geboten. Ich wünsche nur noch eine wortgetreue Abschrift des Vorgelesenen." Sich verbeugend, verließ er die Versammlung. — Das motivirte Urtheil der Pastoralconferenz, das und von verschiedenen Seiten zugekommen, lautet wie folgt: „Auszug aus dem Protokolle der am 2. Sept. 1850 in Bliesdalfest abgehaltenen Pastoralconferenz des katholischen Landantheils Zweibrücken. Das Capitel Zweibrücken hat in der Pastoralconferenz des Jahres 1848 einstimmig eine Mißbilligung des politischen Benehmens eines seiner Mitglieder, des Pfarrers Tafel von Zweibrücken ausgesprochen, sowohl wegen seiner im Frankfurter Parlamente zur Schau getragenen, eines katholischen Geistlichen unwürdigen Grundsätze, als auch wegen seines Anschließens an eine Partei, von welcher die kathol. Kirche und jede von Gott gesetzte Ordnung im kirchlichen und bürgerlichen Leben systematisch bekämpft wurde. Nachdem in den späteren Vorgängen zu Frankfurt und in der Ministerconstituirung zu Stuttgart sie sprechlich Verbindung des Hrn. Tafel mit den Häuptern einer destructiven Partei unverhüllt zu Tage getreten, — nachdem derselbe mit Menschen fortgetagt, von denen dem schmachvollen Aufrufe in der Pfalz das Wort gesprochen wurde und mudenen er kein Wort der Mißbilligung hatte, sogar in die niederträchtige Verfolgung der kathol. Geistlichen der Pfalz, die von Mitgliedern seiner Partei in die Flucht getrieben oder in den Kerker geworfen wurden, — nachdem Herr Tafel auf dem letzten Landtage in München die Verdrängung und Lahmlegung von Landfriedensbrechern und den wüthesten Gegnern der katholischen Kirche abgenommen, nachdem er sich öffentlich der innigsten Freundschaft mit einem ausgesprochenen Atheisten und gemeinen Spötter jeden religiösen Sinnes rühmt, — nachdem er endlich, um das Maß seiner Thaten voll zu machen, noch am Schlusse des jüngsten Landtages durch ein gegentheiliges Votum den Söhnen unseres Landes die Wohlthat einer eigenen Militärseelsorge verkümmern wollte, deren Beibehalt alle Parteien, denen Religion und Sitte noch etwas gelten, längst anerkannt haben, in deren seitherigem Mangel die Quelle schmuß des Siebenjahrs und der Fahnenflucht eines großen Theiles der pfälzischen Militärs im Frühjahre 1849 liegt, — nach allen diesen Vorgängen mußte die Geistlichkeit des Kapitels Zweibrücken die Ueberzeugung gewinnen und in ihrer Stellung einem ihrer Mitglieder gegenüber sie aussprechen, daß Hr. Tafel sich von den Grundsätzen, die sie für die der kathol. Kirche halt, faktisch losgesagt und somit auch auf jede fernere Gemeinschaft verzichtet habe. — Gegenwärtiges soll sämmtlichen Delanaten unseres Bisthums zur Wissenschaft und zum Anschlusse und Hrn. Tafel zur Kenntniß gebracht werden. Unterschrieben sind die anwesenden Mitglieder: Blaise; Remlinger; Schanz; Vetter; Krug; Klock; J. Th. Hofmann; Zimmermann; Duy, Dekan; F. J. Telgmann, Sekretär."

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 11. Sept. Polizeikommissär Müller sollte heute Morgen durch den Staatsprokurator wegen widerrechtlicher Anmaßung amtlicher Befugnisse und Verfassungsverletzung zur Haft gebracht werden, konnte aber wegen Krankheit nur im Stubenarrest gehalten werden; eine schnell requirirte Bürgergardenabtheilung bewachte ihn Zimmer. Auch Major Bödiker hat Stubenarrest und hat seinen Degen abgeben müssen, angeblich weil er den Beschluß des Kriegsministeriums nicht folge geleistet. Gegen Generallieutenant Bauer und Oberst v. Starf ist gerichtliche Untersuchung eingeleitet. — Der Minister Hassenpflug hat den Protest des Stadtraths in einem längern Schreiben beantwortet. Der Stadt wird darin zunächst die bestimmte Zusicherung gegeben, daß die Besatzung der ernsten Angelegenheiten gezollt. Alsdann folgt die Bewerthung, daß sämmtliche Maßregeln gegen Gesetz und Verfassung nicht verstießen, daß man aber trotzdem nicht etwa gegen die ruhigen Bürger Kassels oder andere Einwohner des Kurfürstenthums dieß Verfahren gethan habe, sondern der des Verfassungsbruches schuldigen Ständeversammlung und deren Auflösung gegenüber. Und dennoch, wenn das Ministerium seine andern Rücksichten zu nehmen gehabt habe, als auf das Land selbst, würde es nicht zu solchen Maßregeln seine Zuflucht genommen haben; aber es stehe noch ein anderes höheres Interesse, das des Bundes auf dem Spiele. Die Pflichten gegen den Bund und den Bundestag, welche beide von sämmtlichen deutschen Regierungen als zu Recht bestehend anerkannt seien, hätten das Ministerium gezwungen, so zu handeln, wie es gehandelt. Der Stadtrath hat in einer auf heute Mittag 12 Uhr anberaumten Sitzung diese Antwort einer Berathung unterbreitet und darauf eine Rückantwort zu ertheilen beschlossen. — General v. Uslf hat seine Entlassung eingereicht. Die Druckereien der „N. Hess. Ztg." und der „Hornisse" sind mit Gendarmen besetzt. — Dem hiesigen Pulvermüller Koch ist auf Befehl des Oberkommandanten sein ganzer Pulvervorrath genommen worden. — In Bezug auf die Bürgergardenabtheilung, welche den Polizeikommissär Müller in seinem Stubenarreste bewachen, ist noch zu bemerken, daß der Oberkommandant die Zurückziehung derselben, resp. die Freigebung des Müller verlangt hat. — Das Oberappellationsgericht hat sich in der Stempelnotirungsfrage noch keinesweges entschieden. — Der bleibende landständische Ausschuß hat gegen Annahme der Staatsanleihe und Anklage wegen vielfacher Verfassungsverletzung beschlossen und dieselbe gestern an den Staatsgerichtshof abgehen lassen; auch die Anklage wegen Amtsmißbrauch und Hochverrath ist im Wege der Beschwerdeführung an das Oberappellationsgericht gelangt. — Auch dem Obristlieutenant Stöhr wurde die Uebernahme der Stadtkommandantur angetragen, er hat sie jedoch abgelehnt. — Der Generallieutenant Bauer erhält eine besondere Vergütung von monatlich 125 Thaler Tafelgeldern aus der Kriegskasse. — So eben wird hier eine Zusammenstellung der wichtigsten, die Rechtspflege betreffenden Bestimmungen der Verordnungsurkunde vom 5. Januar 1831 verbreitet. — Wir haben bereits die Absendung eines Militärkommissärs nach Rinteln gemeldet. Da dieser Landestheil bisher gar keine Militärgarnison hatte, so wird, dem Vernehmen nach, zur Aufnahme des Kriegszahlungs demnächst eine Kompagnie Infanterie von hier nach Rinteln beordert werden.

Kassel, 12. Sept. In Bezug auf die in Nr. 216 der „O.P.A.Z." enthaltene Nachricht, daß der hiesige Oberpolizeimeister, Oberpostrath Sezekorn, die Beförderung der hiesigen Zeitungen verweigert habe, dient Folgendes zur Berichtigung: Ein hierauf gerichtetes Ersuchen des Oberbeschlshabers wurde von dem Oberpostamt als zu dessen Competenz nicht gehörig der Generalpostinspektion zur Verfügung vorgelegt und dem requirirenden Kommando hiervon Mittheilung gemacht mit dem Beifügen, daß sich dasselbe an weiteren Verfolg an die genannte competente Behörde wenden möge. Der Oberbefehlshaber hat sich hierauf auch an die Generalpostinspektion gewendet und diese hat dem Vernehmen nach hierüber an das vorgesetzte Ministerium Bericht erstattet. Eine weitere Verfügung ist hierauf dem Oberpostamte noch nicht zugegangen und die Versendung der Zeitungen findet auch wie vor nach Statt.

(K. D. A. Z.)

Hanau, 12. Sept. Heute Morgen um 6 Uhr wurde durch das Verwaltungsamt am hiesigen Rathhause der Belagerungszustand von 7. d. M. über die Kriegszustandserklärung angeschlagen, nachdem der Stadtrath ein dahin gehendes Ansinnen zurückgewiesen hatte. Kurz nachher war der Anschlag abgerissen. Das hiesige Obergericht hat jene Verordnung dadurch indirekt als verfassungswidrig anerkannt, daß es sie seines Orten Kammern den Stempel notirt. Soweit bekannt, geben nur zwei Beamte im ganzen Obergerichtsbezirk der Verordnung Folge, indem sie für ihre Verfügungen Stempel ansetzen. Der Eine derselben hat die, der Erhebung von Stempeln, als ein Willkürakt sich darstellenden Strafen bisher standhaft, selbst wiederholten Arrtare beim Obergericht zur Bestrafung angezeigt, darauf jedoch die Antwort erhalten, daß eine Widersetzlichkeit nicht vorliege. Auch die Bezirksdirektion hat gegen die Giltigkeit der Verordnungen vom 4. und 7. d. M. remonstrirt und jede Mitwirkung zu deren Ausführung verfagt. Die Bürgermeister des Städte haben dem Vernehmen nach sämmtlich die Publikation verweigert. Bis jetzt ist noch kein Kommandant hier erschienen und der demselben beigegebene Civilkommissar, Regierungsassessor v. Oyshausen, harrt seiner seit gestern.

Darmstadt, 12. Sept. Nachmittags 4 Uhr. Die Rede, mit welcher Minister v. Dalwigk heute die Ständeversammlung eröffnete, lautet wie folgt: Hochgeehrte Herren! Se. Kgl. Hoh. der Großherzog haben mir den Befehl ertheilt, in allerhöchstihrem Auftrag die dreizehnte Ständeversammlung zu eröffnen. Ich erlaube mir, Ihnen bei dieser Veranlassung auszusprechen, daß der im Juni l. J. stattgehabte Rücktritt des Hrn. Ministers Jaup und die später erfolgte Pensionirung des Geheimen Raths Hallwachs, sowie der Umstand, daß in Folge davon die Direktion der Ministerien des Hauses und des Aeußern, sowie des Innern mir übertragen worden ist, in dem eifrigen Streben der Staatsregierung, die Wohlfahrt des Landes und einzelne Klassen der Bevölkerung zu heben, die bürgerliche Ordnung mehr und mehr zu kräftigen, das Ansehen der Autorität herzustellen, dem Gesetze Achtung zu verschaffen, die Lebendigkeit und Selbstthätigkeit der Verwaltung, wie die unabhängigkeit und Schnelligkeit der Rechtspflege zu sichern und so den Interessen der Privaten, den Rechten der Einzelnen durch zweckmäßigere Vorschriften zu gewähren, seine Verwendung erleiden wird und kann. Die Gesetzentwürfe, welche zur Erreichung dieses Zweckes bei Ihnen so bald als möglich zur Vorlage kommen sollen, und auf deren Annahme das Ministerium mit Zuversicht glaubt rechnen zu dürfen, werden Ihnen ein neuer Beweis dieser Bestrebungen sein. Wenn hierdurch das Vertrauen in die bestehende monarchisch constitutionelle Staatsordnung und in die Kraft der Regierung allseitig befestigt sein wird, sieht sich die Hebung der durch beklagenswerthe Zeitumstände gedrückten Gewerbe und des Handels, die Erhebung des allgemeinen Wohlstandes als sichere Folge erwarten, und man wird alsdann die Mittel finden können, um die Kosten größerer Staatsunternehmungen zu bestreiten,

welche wir Ihnen zur Förderung des öffentlichen Wohles und namentlich auch zur Beförderung der gerechten Ansprüche einzelner Landestheile in dieser Beziehung bemerklich in Vorschlag zu bringen wünschen. Ich hätte lebhaft gewünscht, Ihnen, meine hochgeehrten Herren, heute auch eine befriedigende Eröffnung über die Erledigung der deutschen Frage machen zu können. Ich bin daran durch den Umstand gehindert, daß die bezüglichen Verhandlungen noch schweben, und daß zweifelt einer befriedigenden Lösung sich nicht im voraus bestimmen läßt. Immerhin aber wird die Regierung, in getreuem Vollzuge des Willens Seiner Kgl. Hoheit des Großherzogs, nie vergessen, daß ein großes, alles deutschen Stämme umfassendes Band, eine kräftige Wahrung der Deutschlands Interessen und Deutschlands Ehre wesentliche Grundlage einer jeden auf Dauer Aussicht machenden Schöpfung sein muß.

Vermischte Nachrichten.

Wilmgen, 7. Sept. In einigen Orten des Amts Wilmgen und des Amts Hornberg besteht seit geraumer Zeit eine Sekte, 34 Personen zählend, welche, unter Berufung einer Bibelstelle, wornach nur derjenige selig werden kann, wer glaubt und getauft wird, die Taufe und die Confirmation verwerfen, weil nur derjenige glauben könne, welcher bereits den Verstandesakt der Reife wahrend Kindern und jungen Leuten diese Eigenschaft abgehe. An der Spitze dieser Sekte steht ein Scheinergeselle, Namens Andreas Staiger von Erdmannsweier, dem im Jahr 1847 wegen seines religiösen Eifers nahezu der Hausschadel eingeschlagen wurde. Staiger behauptet, daß er vom Heiland die Gabe empfangen habe, als Werkzeug desselben die wahren Evangeliumne aufstreten zu dürfen. In der Gesellschaft können nur diejenigen aufgenommen werden, welchen der Heiland die Gabe verleiht. Unter Mitwirkung des Dr. Staiger beurtheilt Jeder selbst, wann dieser Zeitpunkt eintritt. Es sind großen Theils ältere Leute Mitglieder dieser Sekte, meistens Weibspersonen, welche von ihren früheren Sünden zurückgekommen zu sein behaupten. Dabei sind auch Familienväter, drei von der katholischen, die übrigen von der evangelischen Confession. Wie der Polizei bis dahin diese Gemeinde nicht gemein; die männlichen Mitglieder haben den Huldigungseid verweigert, weil sie den Eid für etwas Unrechtes ansehen. Die Kinder weigern sich, die Kirche und Schule zu besuchen; die Erwachsenen halten keine Taufe und keine Confirmation, auch nicht die sie begraben nach dem bestehenden Ritus zu verstehen. Eine geeignete Belehrung wird diese Sekte, welche aus der Schweiz von einem Manne vergessen ihr Dasein ableitet, vielleicht auf den rechten Weg bringen. Strafen fruchten wenig oder Nichts, weil die Anhänger glauben, daß man um Christi willen leiden und dulden müsse.

(K. Z.)

Etwas Neues. Proudhon, der furchtbare Proudhon will die Muße, welche ihm während seiner Gefangenschaft seine Spaziergänge in die Stadt und die Dineers bei Hrn. Carlier übrig lassen, dazu benutzen, um ein Buch zu schreiben, welches den — Katholicismus todtschlagen soll. „Damit hatte ich anfangen müssen!“ rief er vor kurzem aus, indem er sich vor die Stirn schlug. Er hat ganz Recht: so lange der Katholicismus besteht, wie kann er da mit dem Eigenthum und der Gesellschaft fertig werden? Der Titel des Buchs oder wenigstens der Satz, in welchem Proudhon den seinen Freunden sein „Dre“ ansprucht, heißt, wie ich gehört habe; „Der Katholicismus ist der Bstrug“. — Mann, der Ex-Präsident der Ex-Republik Beuedig, lebt hier zurückgezogen und gewinnt seinen Unterhalt durch Privatunterricht. Den den Intrigen der Reden in der Schweiz und zu London hält er sich ganz fern; er spricht ganz offen seine Ueberzeugung aus, daß die Maßnissen zu Rom, Mailand, Florenz und Genua der Sache der Unabhängigkeit Italiens einen tödtlichen Streich versetzt hätten. Die demokratische Helden von 1848 geben zu wenig Besitzel von Klugheit, Uneigennützigkeit und Beschendenheit, daß sie mich Manin ausdrücklich verworfen hatten. Er hat es übrigens auch nie verdient, ganz und gar mit dem revolutionären Haufen gleichgestellt zu werden, mit welchem ihn die Ereignisse für einen Augenblick zusammengebracht haben; wer ihn kennt, der kann nur bedauern, daß er sich von Leidenschaft hat fortreißen lassen.

Neuestes.

Augsburg, 13. Sept. Gestern Mittags wurde der Redakteur des früher zu Nürnberg erschienenen „Freien Bürgerzeitung“ Heinrich Aug. Lang, nach 16monatlicher Haft, auf den Grund des kgl. Amtsfiegelsetzes, aus der hiesigen Frohnveste entlassen. Er war der letzte der Verhafteten in dem großen politischen Prozesse.

Aus Baden, 11. Sept. Nun ist auch das Urtheil gegen den vormaligen Lieutenant Franz Sigel, den Generalissimus der badischen Revolutionsarmee, erfolgt. Er wurde durch das Hofgericht des Mittelrheinkreises wegen des Verbrechens des Hochverraths und wegen Entwendung einer Partie türkischer Waffen aus dem Schlosse zu Rastatt (und damit des ersten großen Diebstahls schuldig) zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe und zum Schadenersatz unter sammt-verbindlicher Haftbarkeit mit allen Theilnehmern an jenem Verbrechen, sowie zur Tragung der Untersuchungs- und Strafvollzugskosten verurtheilt. Er ist flüchtig und weilt, wenn wir nicht irren, in der Schweiz.

Karlsruhe, 12. Sept. Das heute erschienene gestrige Regierungsblatt Nr. 41 enthält Folgendes: Das provisorische Gesetz vom 21. September v. J., das bei den Kriegsgerichten einzuhaltende Verfahren betreffend, wird hiemit außer Wirksamkeit gesetzt, und treten gleichzeitig die früheren gesetzlichen Bestimmungen über diesen Gegenstand wieder in Kraft. Leopold. A. v. Roggenbach.

T. D. Kassel, 13. Sept. Das Oberappellationsgericht hat sich für Nichtverbindlichkeit der Verordnung vom 4. Sept. erklärt. Der Kurfürst ist in vermehrter Nacht mit sämmtlichen Ministern nach Hannover abgereist. (K. Z.)

Dresden, 11. Sept. Der Oberlieutenant v. Mondte hat gestern Abend die detrübende Nachricht nach Pillnitz überbracht, daß Sr. Königlichen Hoheit der Prinz Georg gestern Vormittags in Trybisch, 4 Stunden von Bilin, der linke Unterschenkel von einem Pferde zerschlagen worden ist. Nach heute früh eingegangenen weiteren Nachrichten hat es sich ergeben, daß der Bruch sich auf die kleine Röhre beschränkt; auch ist die Einrichtung des Beines alsbald glücklich erfolgt.

Leipzig, 11. September. Die Regierung hat den die 21 Professoren, welche sich weigerten bei den Wahlen des gegenwärtigen Landtages sich zu betheiligen, einer Disciplinar-Untersuchung unterstellt. Die Verhöre, welche das hiesige kreisdirectorium führt, haben bereits begonnen.

Hannover, 11. Sept. Wie hören heute bestimmt die Zahl von fünf Bataillonen, als an die hessische Grenze beordert, angeben. — Gestern Abend spät sammelten sich zahlreiche Haufen vor dem hiesigen Hotel. Man hörte den Namen Haynau rufen, begleitet mit gellenden Pfeifen und Verwünschungen mancherlei Art. Als der Lärm ziemlich arg wurde, sandten sich einige Polizeibeamte aus dem nahe liegenen Polizeilocal ein und nahmen ein paar Verhaftungen vor, worüber die Unruhe sich verminderte. Gegen halb 11 Uhr erschienen drei Abtheilungen Bürgerwehr, denen es nach einiger Zeit gelang, die unruhige Menge zu zerstreuen, ohne daß ein ernsteres Einschreiten nöthig gewesen wäre.

(3 f. N.)

Altona, 9. Sept. Nicht geringes Aufsehen macht ein so eben publicirtes Urtheil des holsteinischen Oberkriminalgerichts wider den Drucker und Herausgeber des Blattes: „Das Volk,“ F. Lexow, in Rendsburg. Es lautet „wegen Majestätsbeleidigung des Königs von Dänemark und des Königs von Preußen und verfuchen Hochverrathsb“ zu 8 Jahren Zuchthaus. (?)

Kiel, 10. Sept. Unter allgemeiner Indignation ward in der gestrigen Eröffnungssitzung unserer Landesversammlung eine Erklärung des Grafen von Rewentlow-Jersberg verlesen, dahin gehend, daß er die Wahl nicht annehmen könne, weil er das Staatsgrundgesetz nicht unbedingt anerkenne.

(F. J.)

Hamburg, 12. Sept. Das Hauptquartier ist nach Duvenstedt verlegt worden. Seit halb 3 Uhr Nachmittags ist es zu einzelnen Gefechten auf den Vorposten gekommen.

Wien, 8. Sept. Es wird in gutunterrichteten Kreisen erzählt, daß Herr v. Radowitz, der intime Rathgeber des Königs von Preußen, den Plan gefaßt habe, die deutschen Wirren dadurch zu vermitteln, daß neben der preußischen Union eine österreichische constituirt werde, und neben den Unionstagen der Bundestag in letzter Instanz über alle ganz Deutschland gemeinsamen Angelegenheiten entscheide, so daß der Bund dennoch dem Auslande gegenüber eine Gesammtmacht bilde. Sollte Herr v. Radowitz wirklich diese Idee in seinem Gehirne tragen, und sollte verlautet, in einer dickleibigen Denkschrift zu Papier gebracht haben, so würde dies nur beweisen, wie wenig man in den höchsten Kreisen Berlins die wahren Absichten der österreichischen Regierung kennt, oder wie gefliessentlich man sie verkennt. Oesterreich wird nie den Rechtsboden verlassen. Es wird daher weder in freie Conferenzen treten, weil diese die Rückkehr des Bundes in den Zustand vor seiner Stiftung voraussetzen; es wird den Plan eines Dualismus weil von sich immerdar wegweisen, weil derselbe eine Abänderung der deutschen Bundesverfassung wäre, die dem Geiste der Bundesakte und dem Grundcharakter des Bundes widerspricht.

Berlin, 11. Sept. Auch Oldenburg hat den dänischen Frieden ratificirt; es sind also von den Unionsstaaten damit allein noch im Rückstand Braunschweig und Coburg.

VI. Oeffentlichtes Schwurgericht von Schwaben und Neuburg.

Fortsetzung der Untersuchung gegen Dr. Heinrich F. A. Heinlelmann, prakt. Arzt zu Bamberg, wegen Hochverrats: Die bayer. Regierung habe ihren Widerstand gegen die Nationalversammlung erst dann begonnen, nachdem sie im Bunde mit Oesterreich, Preußen, und man sage sogar mit Rußland, gestanden, als durch den Beschluß der Nationalversammlung selbst die Vermehrung des stehenden Heeres zu einer solchen Höhe gesteigert wurde, daß man glaubte, mittelst Waffengewalt die verhasste Nationalversammlung über den Haufen werfen zu können; allein auch darin, daß die bayerische Regierung unweigerlich in die Vermehrung des stehenden Heeres auf 2 Proz. der Bevölkerung gewilligt habe, sei eine Anerkennung der konstituirenden Eigenschaft der Nationalversammlung zu erkennen gewesen. Er (Dr. Hyr und Alle, welche die Reichsverfassung damals anerkannten, seien eben so im Rechte gewesen, wie die vielen deutschen Vertretungskörper, die, wie z. B. die bayerische Volkskammer, in ihrer Majorität die Anerkennung der Reichsverfassung ausgesprochen. Wenn endlich die vielen Adressen aus Schwaben, Pfalz, Franken und einem Theile von Altbayern nicht deutliche Beweise genug seien, daß das bayerische Volk die Reichsverfassung gewollt habe, so gebe es keine Beweise mehr auf der Welt. Die Beschlüsse des demokratischen Kongresses in Berlin hätten auf seinen fränkischen Verein nur fregend eine Einwirkung geübt. Niemand sei es dort eingefallen, diese Beschlüsse zur That werden zu lassen. Man könne hochstens behaupten, er sei ein Demokrat, ein Republikaner, er werde es auch — so Gott will — bleiben, er habe die Ansicht, daß nur das Volk berechtigt sei, sich eine Regie-

rungsform zu gehen und die republikanische Staatsform die vernünftigste, die menschenwürdigste sei, er habe diese Ansicht immer ausgesprochen und in sich getragen schon vor 20 Jahren; eben weil er Demokrat sei, habe er sich immer der Majorität des Volkes angeschlossen, nie sei es ihm in den Sinn gekommen, die Republik in's Leben zu rufen, diese seine Ansicht habe Niemand aufzudringen oder gar mit Waffengewalt durchführen zu wollen. Die Analogie Frankreichs und Nordamerikas bezüglich der Vereinbarung passe nicht; denn dort habe man sich bloß mit einem Könige zu verständigen gehabt, Deutschland aber habe der Könige in Hülle und Fülle, man sei die Staatsform wahlfrei habe selbst Abgeschworene, wie zum Grundsatz der Nothwendigkeit eine vereinbarung gar nicht zu denken gewesen wäre. In Frankreich habe man ferner mit König Ludwig XVI. nicht vereinbart, sondern ihn zur Anerkennung der Beschlüsse der Nationalversammlung gezwungen. Seien ferner fremde Völker hier Vorne gewesen, wonach die deutsche Nationalversammlung sich zu richten gehabt? „Ich glaube" — so fuhr Dr. Heinselmann fort — „daß Sie so viel deutschen Patriotismus in sich haben, daß Sie jene Einstimme eben so zurückweisen werden, als wie Sie jenen Junkerhaufen im Norden zurückweisen werden, welcher uns deutschen befehlen will, den Bundestag zurückzurufen, diesen Bundestag, den ein Redner des Vorparlaments sehr treffend den ausfätzigen Lazarus genannt hat. Ja, meine Herren, es muß wirklich der aussätzige Lazarus gewesen sein; denn dieser stand am dritten Tage auf den Ruf eines mächtigen Predigers wieder auf. Sie sehen, meine Herren sind nicht allein von Gottes Gnaden, sondern sie haben auch göttliche Kraft, auch ihnen ist es gelungen, jenen andern Lazarus, nemlich den Bundestag, obgleich er schon bei lebendigem Leibe faul war, wieder herauszuschwören, und obgleich ganz Deutschland rief, wie damals die zweifelvolle Martha: „Herr, er richt schon," so soll er nichts von seinem Leben, den Todten auferstanden wieder unter den Lebendigen wandeln." Habe auch in Sachsen die dortige Kammer sich das Recht der Revision der Reichsverfassung aus dem Grunde vorbehalten, weil sie in der Reichsverfassung durchaus nicht to viel demokratisches Element finden konnte, als sie eben zum Besten des Volkes finden sollte, so habe sich doch vom Tage der Verständigung an kein Widerstand gegen die Reichsverfassung dort geregt, das sächsische Volk habe sich glorreich erhoben und in einem viertägigen Straßenkampfe bewiesen, daß es mit der Anerkennung der Reichsverfassung ihm wirklich ernst war. Unser verantwortliches Ministerium sei nicht fertig gewesen, mit Hintansetzung der übrigen gefreggebenden Gewalten einen solchen Ausbruch in der deutschen Sache zu thun. Die erwähnten Kongreßbeschlüsse seien lediglich Vorschläge und nie etwas Anderes gewesen, an eine Gewalt gegen Bayern habe man nicht gedacht, je nielmehr sich dem selben mit festen Vertrauen hingegeben, Bayern werde sich, nachdem Preußen die Reichswürde angeschlagen, nunmehr an die Spitze der Ereignisse stellen, und den lange vorenthaltenen Ruhm, Ehre und Größe erringen. Die Kongreßabgeordneten hätten ferner seine Vollmacht hinsichtlich der Sachen, sondern hinsichtlich der Personen gehabt; in der Bildung des Wehrorganisation als einem von der Regierung im März 1848 anerkannten Rechte liege keine Gesetzübertretung, sondern nur die Benützung eines erlaubten Rechtes; er habe allerdings das Volk in Versammlungen gefragt, ob es der Uebertragung sei, daß dieses Reichsgesetz als endgiltiges Gesetz für Alle anerkannt werde, als Antwort habe er jedesmal ein tausendstimmiges Ja gehört; dann habe er sie gefragt, ob sie diese Reichsverfassung zu schirmen und zu schützen geloben wollten, und auch dieses hatten die Bevollerungen zu Tausenden freiwillig und ohne allen Zwang gethan. Man habe, so schloß der Redner, den eigentlichen Theil seiner Vertheidigung, das Amnestiegesetz zur Sprache gebracht, von dem die verantwortlichen Rathe der Krone sagten, daß es ein Zug des königlichen Herzens veranlaßt habe; jedoch dieser Amnestie hätte kein Mensch bedurft; er sei frei, ihr nicht theilhaft geworden zu sein; denn man habe die Leute, welche anschuldig und in der fester Ueberzeugung, recht gehandelt zu haben, gehalten, in den dicken Gefängnissen wieder herausgelassen, ohne ihnen zu sagen, daß sie schuldig oder nicht schuldig seien, statt dieses Amnestiegesetzes. „Ich habe wenigstens die Rechtfertigung, daß ich mich vor Ihnen aussprechen kann und darf; ich habe die Rechtfertigung, daß Ihr Urtheil bestimmen muß, ob ich recht oder unrecht gehandelt habe, in den dicken Gefängnisse sehe ich mit Ruhe und Fassung entgegen."

Vertheidigungsrede des l. Advocaten Dr. Fischer.

Meine Herren Geschworenen! Sie haben gehört, die Anklage grundet sich einfach auf eine Volksversammlung, wo die Rechtsgiltigkeit der Bundes-Reichsverfassung anerkannt und ihr Durchführung beschlossen worden, der Dr. Heinselmann als Vorsitzender vorgestanden und sie geleitet hat. Wenn ich einen einzigen Blick auf die Vergangenheit werfe und hiemit diese Anklage vergleiche, so dränat sich mir unwillkürlich die Frage auf: Was soll eigentlich hier zu vertheidigen sein? Die Verfassung, welche dem Angeklagten nicht, mit dem er Anfangs heute auftetreten, sein Unwille ist ihm ein gerechter; denn was ist das Kostbarste auf der Welt, als des Menschen Freiheit? Und wenn er nun noch die Ueberzeugung trägt, daß er unschuldig verfolgt und gefangen genommen worden, so werden Sie ihm heute gewiß gerne Recht geben; er sitzt so zum Zweitenmal im Gefängniß, er sitzt nun 15 volle Monden wieder, und wie gewöhnlich in einem Gefangniß, wo man sonst nur Mörder, Räuber und gemeine Diebe aufbewahrt. Meine Herren! Hat denn er gemordet, geraubt, gestohlen oder hat er nur ein Kind beleidigt? Nein! Sie haben gewiß gehört, was die Zeugen zu Anklage zu vernehmen, daß er des größten Verbrechens, des Hochverrathe I. Grades angeklagt ist, worauf, wie Sie aus dem Erkenntniß gehört, nichts weniger als die Todesstrafe steht. Als ich gestern Abend diesen Eyrensaal verlassen und mich unter die hie und da gedrängten Volksgruppen machte, da hörte ich sprechen: „Jetzt werden oder übermorgen, da muß doch der Hochverrath zum Vorschein kommen!" Die Leute haben nichts gehört, was denn Hochverrath auch nur ähnlich wäre. In dieser Stimme des Volkes liegt eine wahrhafte Stimme Gottes. Ich will zwar, meine Herren, Sie nicht zum Rachen des Gesetzes, das auch einen irregeleiteten Volkswillen geben; aber auch ich habe lange in diesen Aktenbänden, mehr denn 50 an der Zahl, gestöbert und gesucht; es ist mir gegangen, wie jenen einfachen Leuten; ich fand keinen Hochverrath. Ich will Ihnen und der Natur nun auch ihren Gefallen, ich will Ihnen aus schlagenden Thatsachen aus der Geschichte und die Ueberzeugung verschaffen, daß hier nicht ein Akt vorliegt, das im Stande wäre, in der Waagschale der strafenden Justiz auch nur einen Strohhalm, ja nicht ein einziges Blatt von allen diesen Akten aufzuwiegen. Meine Herren! Ich habe gesagt, ich will Ihnen aus dem Naturgesetze eine Ueberzeugung geben, wie wissen die Erfahrungen: was der Mensch verdorben oder vernachlässigt, hielt in der Regel die weise, die große Natur; selbst der größeste Gesetzgeber und der weiseste Arzt können die Natur nur unterstützen. Nehmen Sie in Parallele: wenn der Pfuscher gießt und der Sternwinde braust, mag will er? Den alten Stock und das klingelnde von den Zeidern, von den Bäumen waschen, die dürren, faststoffen Aeste ausbrechen und die Schmarotzerpflanzen und das Unkraut vernichten, was sich durch die Länge der Zeit angesiedelt und was der Landmann oder der Gärtner zu besorgen zu unverständig, zu unrechtich war; es wäscht sich die Wasserfluth, weil die Menschen es nicht verstanden, ihre Bahn zu befestigen, über ganze Gegenden — und leicht sich so nach dem einzigen Gesetze der Stabilität eine neue Bahn, nicht selten mehr der schlechten Ufer und der morschen Pfähle, die ihr die Menschen gesteckt. Meine Herren! Grade so ist es auch mit andern menschlichen Einrichtungen. (Fortsetzung folgt.)

Frankfurt, 13. Sept. Das nachstehende offizielle Aktenstück geht der Z. D. Z. soeben von Kassel zur Veröffentlichung zu: Die Verordnungen vom 4. und 7. Sept. d. J. finden eine so wenig einbringende Anwahme, daß es erforderlich scheint, eine Belehrung der Behörden derßfalls eintreten zu lassen. Es wird sich hiefelbe auf den Inhalt des nach § 60 der Verfassungsurkunde zu leistenden Eides und den Umfang der damit erfaßten Bestimmungen, sowie auf die Anwendung dieser Eidesphlicht in den vorliegenden Fällen, endlich auf den staatsrechtlichen Charakter der auf den Grund des § 95 der Verfassungsurkunde ergehenden Verordnungen zu erstrecken haben. Was den von jedem Staatsdiener nach § 60 der Verfassungsurkunde zu leistenden Eid betrifft, so wird zum Zweck der richtigen Auffassung des Inhalts desselben sowie des Umfangs der Bestimmungen, deren Beachtung durch den Eid versichert wird, Folgendes bemerkt: Der erwähnte Eid, welcher auf die Beobachtung und Aufrechthaltung der Landesverfassung gerichtet ist, wird nicht auf einzelne Paragraphen der Verfassungsurkunde geleistet, vielmehr auf dieselbe überhaupt, und verpflichtet daher, den Zusammenhang einzelner Vorschriften mit anderen zu beachten und darin nichts nach derechtigen, einzelne Vorschriften der Verfassungsurkunde herauszureißen und auf diese sich stützend der Beräckschtigung anderer sich zu entziehen. Sodann aber besteht die Landesverfassung, das kurhessische Staatsrecht, nicht blos den, in der Verfassungsurkunde und in den, unmittelbar damit in Verbindung stehenden, Gesetzen enthaltenen Vorschriften, sondern zu einem sehr bedeutenden Theile auch den in der Gesetzgebung des deutschen Bundes sich findenden Bestimmungen, wie denn der § 1 der Verfassungsurkunde ausdrücklich auf diesen Zusammenhang hinweiset, wobei daran erinnert werden muß, daß die Vorschriften des deutschen Bundes und des Bundesrechts von den kurhessischen Staaten anerkannt wirt, und nur über den rechtlichen Bestand der Bundesversammlung von den Bundesstaaten verschiedene Ansichten noch vorgetreten werden. Ueber die Giltigkeit der Grundgesetze des deutschen Bundes und der auf dieselben bezüglichen Auslegungsgesetze kann also überall ein Zweifel nicht aufkommen. Auch die in dem erwähnten Eide erwachsende Verpflichtung kann ein Hinderniß der Befolgung der erwähnten Verordnungen in keinem Fall entstehen. Wenn deßfallsige Zweifel hinsichtlich der Verordnung vom 4. d. M. auf den Grund des §. 146 der Verfassungsurkunde gestend gemacht werden, so ist zu bemerken, daß dieser Paragraph nur den Charakter einer Folgerung aus dem §. 143 der Verfassungsurkunde in sich trägt, daß jener die gesetzene Erfüllung der in diesem Paragraphen ausgesprochenen Pflicht der Ständeversammlung durch Verweigerung von Abgaben für den Staatsdienst zur Voraussetzung hat und daß noch so viel bedeutet, daß unter den, nach der nothwendig zu erfüllenden eben erwähnten Pflicht andere, als die danach bewilligten Abgaben nicht sollen erhoben werden dürfen. Außerdem war der Ständeversammlung durch die Besugnahme auf das letzte Budget die Erforderlichkeit der denach zu erhebenden Steuern um Abgaben hinreichend nachgewiesen, indem der letzten Juni d. J. keine Veränderung eingetreten, welche einen Zweifel an der Nothwendigkeit der Forterhebung der nach dem letzten Finanzgesetz zur Erhebung gekommenen Steuern begründen konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Kaber.

Druck von Joseph Stelz in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 73.

Extra-Beilage zur Bayerischen Presse.

Würzburg, Sonntag den 15. September 1850.

Deutschland.

München, 13. Sept. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird die Regierung ohne Aufforderung des Bundes keine Truppen im Churfürstenthum Hessen marschiren lassen, und sollen die an jener Grenze aufgestellten Truppenkorps keinen andern Zweck haben, als das eigene Land vor möglichen Eventualitäten zu schützen. (A. Ztg.)

Karlsruhe, 12. Sept. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde über die Itzstein'sche Beschwerde entschieden. Die Einberufung wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Darmstadt, 13. Sept. Der heute in der zweiten Kammer gestellte Antrag Lehnes auf Steuerverweigerung scheint dafür zu sprechen, daß die Deputirten sich bereits für dieselbe gecinigt haben. Lehne ist mit Mohr Führer der Demokratie in der Kammer, und wird den Antrag ohne vorheriges Benehmen mit seiner Partei nicht eingebracht haben. Man sieht dem Erfolge hier mit dem größten Gleichmuthe entgegen; es wird sich nach ausgesprochener Steuerverweigerung zeigen, daß bei uns die Verhältnisse anders sind, als in Kurhessen. Auch werden sich bei uns wohl schwerlich die Steuerverweigerer Rechnung auf eine preußische Unterstützung machen.

(Fr. O.-P.-A.-Z.)

Kassel, 12. Sept. Das neu zu begründende Regierungsblatt hat sich bis jetzt vergeblich nach einem Drucker umgesehen; sämmtliche hiesige Buchdrucker weigern sich, den Druck desselben zu übernehmen. — Das Obergericht hat die Ministeranklage zurückgewiesen, obgleich der Generalstaatsanwalt, im Gegensatz zu seinem Untergebenen, dem Staatsprokurator, den betreffenden Antrag selbst gestellt hatte. Der Antrag auf Ministeranklage ging ursprünglich von dem ständischen Ausschuß aus. Da jedoch nach der kurhessischen Verfassung eine Ministeranklage nicht von dem Ausschusse, sondern nur von der gesammten Ständekammer erhoben werden kann, so fand es der ständische Ausschuß für gerathen, von seiner Ministeranklage selbst abzustehen, insbesondere nachdem der Staatsprokurator sich geweigert hatte, einen dahin gehenden Antrag zu dem seinigen zu machen. Dafür aber unternahm es der Ausschuß die einzelnen Beamten, welche die Befehle des Ministeriums befolgen, für diesen ihren Gehorsam vor dem Obergericht zu belangen und reichte deshalb gegen verschiedene Personen, insbesondere gegen den Stadtkommandanten, eine Klage ein. Diese Klage machte der Generalstaatsanwalt zu der seinigen; nichtsdestoweniger entschied sich das Obergericht sowohl gegen ihn als gegen den ständischen Ausschuß, wies die Klage ab und erklärte sich für die Ansicht des Staatsprokurators, welcher gleich von vornherein behauptet hat, daß die Unterbeamten gemäß der Verfassung die Befehle der Minister zu vollziehen hätten, und daß nur diese letzteren für die von ihnen angeordneten Maßregeln verantwortlich gemacht werden konnten. Diese Entscheidung ist von der höchsten Bedeutung, denn sie spricht den Unterbeamten das Recht ab, nach ihrem eigenen Ermessen über die Gesetzmäßigkeit ministerieller Befehle abzuurtheilen zu dürfen, oder, was in der Praxis so ziemlich auf dasselbe herauskommt, nach ihrer politischen Convenienz zu handeln, und dann schiebt sie die Ministeranklage auf mehrere Monate hinaus, weil erst nach Monaten die neue Ständekammer wieder zusammentreten kann. — Hier ist Alles ruhig; in den Straßen keine Spur von Aufregung, und hätten die Schildwachen auf den Posten den Brodsack nicht umgehangt, so würden wir kaum bemerken, daß wir im Kriegszustand leben. Wie ich Ihnen aus sicherer Quelle berichten kann, hatten die Demokraten die Absicht, am vergangenen Sonntag eine große Volksversammlung hier zu halten. Das Ministerium bekam davon Kunde, und da es vermuthete, daß eine Pfingstweidedemonstration mit Folgen gleich dem 18. September daraus entstehen könnte, so beeilte es sich, den Kriegszustand auszusprechen und alle derartigen Versammlungen zu verbieten.

Kassel, 13. Sept. Der Militärcommandant Bauer hat unumschränkte Vollmacht zu den energischsten Maßregeln im Fall einer gefährlichen Katastrophe. Die Stadt selbst ist dem Aeußern nach ruhig. Der ständische Ausschuß soll, wie ich höre, die Absicht haben, sich in einen provisorischen Vollziehungsausschuß zu verwandeln. Das erste Bataillon der Bürgergarde hat die Hallenwache und das Rathhaus bezogen. — Generallieutenant Bauer ist auf sein Ansuchen von der Oberbefehlshaberstelle enthunden worden. Der Generalstab hat Ordre erhalten, sich sofort nach Hanau zu begeben. Man spricht von einer Verlegung des Regierungssitzes nach Hanau. Eine eben von Dransfeld hier eingetroffene Estaffette sieht der baldigen Veröffentlichung entgegen; sie soll eine landesherrliche Botschaft enthalten. Durch Estaffette des Kriegsministers ist dem General Bauer aufgegeben, die Aufhebung der Verordnung vom 7. d. M. über den

Kriegszustand zu publiziren und die Kriegsreserven zu entlassen. (F. O.-Z.)

Hanau, 12. Sept. Die Wahl neuer Stände ist im hiesigen Bezirke von der Bezirksdirektion auf den Grund des §. 2 der Verordnung vom 1. d. M., die Auflösung der Ständeversammlung betreffend, schon bereits eingeleitet worden.

(Haa. Ztg.)

T. D. Hannover, 14. Sept. Se. königliche Hoh. der Kurfürst von Hessen ist gestern Abend hier angekommen. Gleich nachher trafen die kurfürstlichen Staatsminister v. Baumbach und v. Hapnan ebenfalls hier ein. Heute um 9 Uhr Vormittags begaben sich alle drei mit einem Extrazuge nach Köln. Se. kgl. Hoh. der Kurfürst verweilte eine Stunde im Palais bei unserm König. (F. O.-Z.)

Kiel, 10. Sept. In der Sitzung der Landesversammlung wurde über die Wahl des Grafen Reventlow-Jersbeck (der bekanntlich die Wahl annahm, ohne damit das Staatsgrundgesetz und die Wahlordnung anerkennen zu wollen) von der Versammlung mit 43 gegen 24 Stimmen beschlossen, den Grafen Reventlow in die Versammlung nicht zuzulassen. (F. J.)

T. D. Hamburg, 13. Sept. General v. Willisen war im Vorrücken gegen Missunde begriffen, um daselbst den Uebergang über die Schlei zu erzwingen, als er auf der Haide bei Cosel mit Uebermacht von den Dänen angegriffen und zum Rückzug genöthigt wurde. Er zog sich bis südlich (diesseits) von Eckernförde zurück. Die Holsteiner mußten den letztgenannten Punkt aufgeben und haben ihre gestrige Stellung wieder eingenommen. (F. J.)

T. D. Hamburg, 13. Sept. Man scheint sich auf der ganzen Eiderlinie heftig zu schlagen. Nach ziemlich kurzem Gefecht ist Eckernförde von den Holsteinern besetzt und das dänische Hüttenlager bei Cosel, auf dem Wege von Eckernförde nach Missunde, ist von den Holsteinern in Brand geschossen worden. Von andern Punkten der vorgedachten Linie sind bis jetzt nur Gerüchte eingegangen. Auf einem englischen Dampfboote hatte man von der Elbe aus bei Friedrichstadt große Feuer gesehen u. eine starke Kanonade gehört. F. J.

T. D. Berlin, 12. Sept. Preußen wird keine fremde Intervention in Kurhessen zulassen, ohne selbst einzuschreiten. — Nassau hat die Aufforderung Oesterreichs zur Beschickung des Bundestags abgelehnt. (A. Z.)

Frankreich.

C Paris, 10. Sept. Es wurde letzthin angedeutet, daß die elyseischen Blätter immer weniger ein Geheimniß aus ihren Absichten machen: am deutlichsten spricht „Buletin de Paris" dieselben aus, wenn es sagt: „Die Nation ist des Provisoriums müde; es ist das eine Wahrheit, welche jeder ausspricht; sie will um jeden Preis demselben entkommen. Wir glauben jedoch, daß es ihr keine große Mühe kosten wird, dieses Ziel zu erreichen, und daß der üble Wille, von welcher Seite er auch kommen mag, in 16 Monaten verschwinden wird, wie er 1848 vor der Candidatur des Prinzen Ludwig Napoleon Bonaparte verschwand. Die Verfassungsrevision wird ohne heftigen Widerstand vor sich gehen, und, wir sagen es frei heraus, die Verlängerung, die Vermehrung und die Ausdehnung der Gewalt des Präsidenten, welche die Folgen davon sind, werden ohne Umruhen beschlossen, ohne Kampf und ohne andere Einsprache durchgeführt werden, als einige leere, in den Wind der parlamentarischen Erörterungen geworfene Reden. Wenn der verhängnißvolle Augenblick mit allen seinen in Aussicht gestellten bedenklichen Folgen gekommen sein wird, so wird die Mehrheit nachdenken, die Faktionen werden beherrscht werden, und der Drang des durch die Departementsräthe ausgedrückten nationalen Willens wird die selbstsüchtigen Berechnungen der ausschließenden Parteien verstummen machen .... Die Worte „friedliche Revision, friedliche Aenderung der Verfassung eines Landes" scheinen ein politischer Neologismus. Sie haben nur in dem Uebergang des Consulats in das Kaiserthum einen Vorgang.

Italien.

Florenz, 7. Sept. Der „Eco" von Florenz bringt folgendes nähere über die diplomatischen Abenteuer des Ritter Pinelli: „Bei dem ersten Zusammentreffen mit dem Comthur Pinelli verweigerte Cardinal Antonelli sich auf Unterhandlungen einzulassen, weil der hl. Vater die Entscheidung so hochwichtiger Dinge sich selbst vorbehalten hat. Auf das Begehren des Ritters, ihm einen Empfang bei Sr.-Heiligkeit auszuwirken, erfolgte am andern Tage die schriftliche Antwort Se. Eminenz: „Der heilige Vater würde gern den Comthur Pinelli als Privatmann empfangen, wie er alle Gläubige ohne Unterschied empfängt, als Gesandter der sardinischen Regierung könne er aber nicht eher vorgelassen werden, bis Monsignore der Erzbischof von Turin in Freiheit gesetzt sei." Nach dieser Eröffnung beförderte der Ritter einen Courier nach Turin." Der „Conservatore Constitutionelle", ein florentinisches Journal, berichtet des weitern, daß Ritter Pinelli bereits zweimal, aber nur als „Comthur Pinelli", wie ihn Cardinal Antonelli anredet, vom Papst empfangen worden ist.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger Franz v. Faber. Druck von Jos. Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition Zum Schnellpost 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Oelder frei.

Nr. 222. Würzburg, Montag den 16. September. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 14. Sept. Se. Maj. der König haben unterm 9. Sept. allergnädigst geruht, den temporär quiescirten Ministerialrath und Professor Dr. Friedrich Benedikt v. Hermann als Ministerialrath im Staatsministerium der Finanzen — unter Beibehaltung seiner Stelle als kgl. Professor an der Universität München — zu reaktiviren.

Die liberale Bourgeoisie.

Es gibt Tausende von Leuten, welche eben so unerfahren in der Geschichte der Revolutionen als unkundig über die Bedingungen des Staaten- und Völkerlebens sind, und welche so weit in den Anfangsgründen der Politik zurückstehen, daß sie in der That in dem guten Glauben leben, daß, wenn das politische System des Einen oder des Andern zur Durchführung und Anwendung käme, Friede und Ruhe im Lande wiederkehren, die Revolution geschlossen, und eine dauernde Ordnung der Dinge begründet würde. Sie glauben in der Hand von „gesinnungstüchtigen" Männer liege es, dem unaufhaltsamen Weiterschreiten der einmal angefachten Revolution ein Ziel zu stecken, die materielle Wohlfahrt des Volke herbeizuführen, und alle die Wünsche in Erfüllung gehen zu lassen, nach welchem der Demokrat ein so heißes und ungestümmes Verlangen hat. Und wir wollen auch herzlich gern zugeben, daß jene Männer von dem Glauben an die Richtigkeit und das Durchführbare ihres politischen Systems durchdrungen sind, und daß sie es wahrhaft redlich mit dem Volke meinen. Auch wissen wir serner, daß Nichts populärer und volksthümlicher macht, als sich in liberalen Redensarten zu ergehen, wie es auch gewissermaßen zum don ton gehörte, und den Anstrich eines denkenden Kopfes gab, dem sogenannten Fortschritt zu huldigen und über das herrschende Regierungssystem bei jeder Gelegenheit den Stab zu brechen. Aber wir sagen, daß diese Männer wohl im Stande sind, mit ihrem ideenlen laisser faire et laisser passer Revolutionen heraufzubeschwören, jedoch nicht die Kraft haben, deren Gesetze: die Anarchie und den Geist der Gesetzlosigkeit zu bannen. Auch jetzt noch spielen Viele mit der Revolution, und wie kennen gar manchen Kaufherrn und Bürgermann, der sich darin gefällt, wie früher zu den sogenannten Liberalen, so jetzt zu den Demokraten zu halten. Es schriat, als ob diese die Systeme und Projekte der Schreckensmänner entweder nie kennen gelernt oder vergessen haben, und wenn es sich ihnen bei den Ereignissen der letzten paar Jahre nicht deutlich und verständlich genug vor Augen gestellt hat, daß wenn die erste Wuth gegen den Adel und Aristokratie ausgetobt hat, es im Verlaufe der Revolutionen gerade die Bürger sind, welche unter den heftigsten Anfeindungen zu leiden haben, so mögen sie sich folgende Sätze zu Herzen nehmen: — Ein von Robespierre abgefaßtes Kammissär schreibt diesem von St. Malo: „Ueberall ermahne ich das Volk, den Kaufleuten, den Fierdenzeln und den Reichen zu mißtrauen, deren Aristokratie, nach Vernichtung der Aristokratie, der Aristokratie von des Adels, jetzt an der Tagesordnung ist; Ueberall suche ich dem Volke begreiflich zu machen, wie die Revolution nur für das Volk gemacht, wie es Zeit ist, daß die Sanculottes herrschen, weil sie die Majorität auf der Erde bilden, und weil die Majorität herrschen soll." Derselbe schrieb an Saint-Just: „Vordeaux ist ein Herd des Krämergeistes und des Egoismus. Du, wo viele große Kaufleute sind, sind auch viele große Schurken, und die Freiheit, deren Basis die Tugend, kann dort nicht ihren Thron aufschlagen: da, wo viele Reiche sind, wird der Arme unter gebeugt, und die Gleichheit kann nicht aufkommen; da, wo Goldwurst ist, kann man keine Vaterlandsliebe erwecken." Einer der nach Bordeaux gesandten Repräsentanten sagte, daß sie verdorrt seien: „Die Handelsaristokratie zu zerstören, den Börsen zur Ader zu lassen und die Köpfe zu zuweilen;" eine Ader, die leider nur allzu eifrig vollzogen wurde. Ein an Robespierre gerichtetes Schreiben von Anfang 1794 drückt sich aus: „Man muß die Handelsaristokratie tödten, wie man die Aristokratie der Geistlichkeit und des Adels getödtet hat. Den Gemeinden allein ist zu gestatten einen Lebensmittel- und Waaren-Magazin der Handel zu gestatten. Diese Idee, gehörig entwickelt, ist ausführbar. Dann wird der ganze Ertrag des Handels der Republik, d. h. dem Käufer und Verkäufer zu gute kommen." Robespierre schrieb: „Um die Bourgeoisie zu besiegen, muß man das Volk sammeln, das Volk muß sich dem Convent anschließen und der Convent sich des Volks bedienen. Die Sanculottes müssen bezahlt werden und in den Städten bleiben. Man muß ihnen Waffen geben, sie aufreizen, sie aufklären, . . . die Arbeiten einstellen, bis das Vaterland gerettet sein wird. Man muß nur entgegnen: wir sein Anaftmänner, und wir gestehen, daß wir nach den Erfahrungen der jüngsten Zeit alle Ursache zu der Besorchung haben, daß auch in unsern Tagen und in unserem Vaterlande solche Lehren Eingang finden möchten. Nicht eine Kammer der Standesherren, nicht das Widerstreben privilegirter Stände ist es, was wir wollen, wenn wir uns Conservative nennen; unser Bestreben ist, das bestehende Gut im Staate zu halten, und der hereinbrechenden Anarchie und den Irrlehren falscher Volksfreunde einen Damm entgegen zu setzen. Statt die Freiheiten zu wünschen, nach denen Ihr große Sehnsucht empfindet wurde, sind wir eher bereit, einen Theil unserer bürgerlichen Freiheit zu opfern, um die bedrohte Humanität und Civilisation zu retten.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 13. Sept. Nach der „N. Hess. Z." theilten wie die Kreisschreiben des heutigen Tages, von Mittag hinweg, mit: Nachmittags 1 Uhr. Eine Ordonnanz des Kurfürsten hat dem „Oberbefehlshaber" Bauer von Hannoverich Munden den Befehl gebracht, das Oberkommando vorerst beizubehalten, den Kriegszustand über nur nach §. 2 der sog. „Verordnung" vom 7. September, die Staatsopfer betreffend, in Ausführung zu bringen. Gegen die Presse und Vereine ist finden also keine weiteren Maßregeln statt. Schon vorher ist beschlossen worden, die eingezogenen Reserven zu entlassen. Auch soll nach Aeußerungen des Generallieutenants Bauer die Mittheilung ergehalt sein, die Regierung werde in die Provinz Hanau verlegt werden und falle das Weitere von Wochenheim aus erfolgen. — 2 Uhr. Gegen Mittag ist ein Courier aus dem Hannoverschen hier eingetroffen mit einer, von dem Kriegsministerialvorstande Major v. Hapnau unterzeichneten Depesche, wonach die Regierung des Landes vorerst nicht verlegt werden soll. Bald nach Ankunft des Couriers traf ein hannoverscher Stabsoffizier dahier ein, welcher sich sofort zu dem österreichischen Geschäftsträger, Hrn. Baron v. Kübeck, begeben hat. — Der bleibende landständische Ausschuß hatte gestern beschlossen, gegen den sog. „Oberbefehlshaber", Generallieutenant Bauer dahier, bei kurfürstlichem Generallandvitariat hierselbst eine Anklage wegen Verfassungsverletzung, Amtsmißbrauchs und Hochverraths zu erheben. Die Einreichung der Anklageschrift erfolgte kurz nach Mittag. Heute Nachmittag ist der Ausschuß von einem Beschlusse des Generallandvitariats in Kenntniß gesetzt worden, wonach dem hiesigen Garnisongericht Auftrag ertheilt ist, sämmtlich zweier Anklagepunkte, die Maßregeln gegen die „N. Hess. Z." ic. betreffend, also die Untersuchung wegen „geübten Mißbrauchs der Amtsgewalt mit Verfassungsverletzung einzuleiten. In Betreff zweier anderer Anklagepunkte sind die angeführten Thatsachen ic. nicht für genügend befunden worden. Der Ausschuß hat in dieser Hinsicht eine Verhaftständigung der Anklageschrift beschlossen. — Wir unterlassen die Mittheilung der Anklageakte, theilen aber den Beschluß des Generallandvitariats mit. Dieser lautet wie folgt: Das hiesige Garnisongericht erhielt mit Gesetz vom 14. d. M. den Militärstrafgerichtsordnung hiermit Auftrag: die in der anliegenden Eingabe des landständischen Ausschusses vom gestrigen Tage zu 3 und 4 bezeichneten, wider den Generallieutenant Bauer hierselbst zur Anzeige gebrachten, behaupteterweisen in Vollziehung der Verordnung vom 7. d. M. begangenen und hiernach als mit Verletzung der Verfassung verübter Mißbrauch der Amtsgewalt sich darstellenden Handlungen zu untersuchen, und sonst auf die Eingabe was Rechtens zu verfügen. Dagegen liegt für Aufhebung des Auftrags zur Untersuchung der unter 1 und 2 der erwähnten Eingaben angeführten Thatsachen kein Grund vor. Thatbestand eines Verbrechens nicht genügend erkennen lassen, eine Verantastung nicht vor. Dem übrigbraden landständischen Ausschusse wird von dieser Verfügung andurch Nachricht ertheilt. (gez.) v. Uloff, Generalmajor. Eichenberg, Generaladjutant. — Der Inhalt Eingabe des Kriegsministeriums ist dem General Bauer zugegeben, die Aufhebung der Verordnung vom 7. d. M. über den Kriegszustand zu publiciren und die Kriegsreserven zu entlassen.

Kassel, 14. Sept. Die „Neue Hess. Ztg." berichtet vom heutigen Tage: Morgens. Noch einer von Dransfeld aus hier eingetroffenen Depesche soll sich das Commando des Armeekorps sofort nach Bockenheim (bei Frankfurt) begeben. Hr. Generallieutenant Bauer ist bis jetzt noch nicht abgereist. Derselbe hat gestern Abend sal-

gende „Bekanntmachung“ anschlagen lassen: Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Se. kgl. Hoheit der Kurfürst gesinnet haben, den Sitz der Regierung bis auf weiteres in den Bezirk Hanau zu verlegen. Kassel, am 13. Sept. 1850. Der Oberbefehlshaber Bauer, Generallieutenant und interimistischer Commandeur des Armeekorps.“ Mittags 11 Uhr. Mit der Reise des Kurfürsten und seiner Minister erfahren wir weiter (durch telegraphische Depesche) folgendes: Der Kurfürst ist in Deanssels mit Hafenflug, v. Baumbach und v. Haynau, welche die nahin unter der Firma dreier Bremer Kaufleute vorausgereist waren, zusammengetroffen. Nach Absendung einer Staffete nach Kassel wurde die Reise fortgesetzt. Der Kurfürst ist um 10 Uhr Abends in Hanowre angekommen und mit den HH. v. Haynau und v. Baumbach alsbald zum König gefahren. Hasselpflug wurde nicht gesehen. Auch Bilmar ist in Hanowre angekommen. Am 14. Morgens 9 Uhr wurde die Reise nach Köln fortgesetzt. — Dem Vernehmen nach ist Oberstlieutenant v. Cochenhausen vom Generalstab nach Wolfenbüttel gereist, um die Entrauung des Generallieutenands Bauer zu melden. — Morgen, am Jahrestage unserer Verfassung ist in der St. Martinskirche hier feierlicher Gottesdienst. Die gesammte Bürgergarde und die verschiedenen Bataillone Schutzwachen versammeln sich ohne Waffen auf dem Königsplatz gegen 9 Uhr Morgens, um sich von da, mit dem Stadtrathe u. s. w. in einem Zuge, zur Kirche zu begeben.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Altona, 11. Sept. Die Freiwerpsangelegenheit des Majors Klaproth scheint etwas lästig zu Ende zu gehen. Der halboffizielle hiesige Merkur enthält darüber folgende Mittheilung aus Kiel: Es ist neuerdings in den Zeitungen viel von einem gewissen Major Klaproth die Rede, der den Herzogthümern nicht nur seine eigenen Dienste, sondern gleich ein ganzes Corps angeboten haben soll. Wenn es an sich schon unwahrscheinlich klang, daß dieß Anerbieten angenommen sein soll, so melden jetzt auch Nachrichten aus dem Hauptquartier, daß die Sache sich wesentlich anders verhalte. Der Major Klaproth ist nämlich, wie glaubwürt versichert wird, allerdings vor einiger Zeit nach Neudsburg gekommen, um dort in fraglicher Beziehung zu machen, hat aber, als er naher befragt wurde, wie und wo er sein Corps zusammengebracht habe, erwidert, daß es noch nicht existire, er auch zunächst den General von Willisen um Reisegeld bitten müssen, da seine Mittel nicht einmal ausreichten, in seine Heimath zurückzukehren, geschweige denn das Corps zu equipiren. Man hat ihm Reisegeld gegeben, aber nicht, damit er ein Corps werbe, sondern damit der Major nicht von der Bettelpolizei über die Grenze gebracht werde. Später ist er noch einmal wieder gekommen und hat einen gefälschten Freischarer mitgebracht, um vorzuspiegeln, es seien Freischarenform gefalle. Da uns nun mit Abenteurern nicht gedient ist, hat man den Major Klaproth mit seinem einen Mann abgewiesen, und obwohl es nicht bekannt geworden, daß er dieses Mal wieder debutirt habe, dürfen wir doch, daß er nicht wiederkehre. Wer den Herzogthümern aus wirklicher Begeisterung für deren gutes Recht seinen Arm und seine besten Kräfte weihen will, weiß, daß er, ohne Aufsicht auf seine sonstigen politischen Gesinnungen, beim Freiwilligzuberaus in Altona freundlich an- und aufgenommen und dann der Armee selbst zugetheilt wird. Die Freiwilligen jetzen Stunden, die uns dem übrigen Deutschland zu uns geeilt sind, haben bisher diesen Weg eingeschlagen, und wir bezweifeln nicht, daß ihnen noch viele folgen werden. Auf das Freiwerps des Majors Klaproth wege und wird gewiß auch Niemand warten.

Kiel, 12. Sept. In der heutigen (5.) Sitzung der Landesversammlung erstattete der Abgeordnete Graf Baudissin-Borstel seinen Austritt. In Beziehung hierauf folgte eine Erklärung des Grafen Reventlou-Farve, wie er sich dadurch veranlaßt sehe, anzuzeigen, daß er der Ansicht seiner angeschiedenen politischen Freunde mehr oder weniger bestimme und daß er namentlich das Staatsgrundgesetz nur als in thatsächlicher Wirksamkeit bestehen anerkennen könne. Nachdem nun so schnell als möglich zu dem ersehnten Frieden zu gelangen, behalte er sich vor. Die von dem Abgeordneten dabei „gegen einen von der Versammlung gefaßten Beschluß mehrfach in provozirender Weise“ gemachten Bemerkungen gehen dem Präsidenten zur Ausforschung seines deßfallsigen Bedauerns Veranlassung. — Der Präsident zeigt den Eingang eines dringlichen Antrags des Abgeordneten Dr. Lasanie an (s. unten), dem denn auch von der Versammlung die sofortige Motivirung der Dringlichkeit gestattet wird. Nach einer kürzeren Diskussion, in der namentlich Olshausen und Tiedemann sich gegen die Dringlichkeit der Verhandlung erklaren, während Prehn für dieselbe stimmt, freilich um dann zugleich den ganzen Antrag abzulehnen, wird die Dringlichkeit des Antrages von der Versammlung verneint. Der Antrag lautet: Der Landtag von Kiel in einer langen Rede einen Antrag auf Schwurgerichte. (S. unten.) Dr. Lasanie's Antrag lautet: „Die Versammlung beschließt: 1) Die sofortige Wiedereinführung des dem Volke von der constituirenden Versammlung genommenen durch seinen Consens bedingten Geschworenengerichts. 2) Die sofortige Anschreibung der durch Wiedereinsetzung dieses Wahlrechte nöthig werdenden Neuwahlen. 3) Bis zur Beendigung der Neuwahlen bilden diejenigen Mitglieder der gegenwärtigen Versammlung, welche durch allgemeine Wahlen gewählt worden sind, die gesetzliche Vertretung des Landes.“ — Abg. Clausen's Antrag lautet: „Die Landesversammlung beschließt einen Antrag an die Statthalterschaft auf eine Verfügung dahin: 1) daß in allen Fällen, in welchen eine Festungs- oder Zuchthausstrafe nach der Ansicht des Untersuchungsrichters zu erkennen ist, so wie überhaupt bei allen politischen Vergehen oder Preßvergehen, welche von Amtswegen verfolgt werden, Schwurgerichte entscheiden; 2) daß freie Schwurgerichte schnellmöglichst eingerichtet und probald in den vorbezeichneten Sachen alle Strafvertheidigten, welche in den vorbezeichneten Fällen gegen die Urtheile der Unter- und Obergerichte Revue ergriffen haben, in sofern ihre Sachen noch in der Revuesinstanz schweben, es frei steht, ihre Strafvorgehe vor die Schwurgerichte zu bringen, worüber sie sich auf Verlangen zu erklären haben. Zu Landesversammlung erneunt einen Ausschuß, welcher, unter Berücksichtigung der von der Staatsregierung der Landesversammlung wegen Reformen in der Rechtspflege gemachten Vorlagen, der Landesversammlung einen Entwurf eines provisorischen Gesetzes wegen Einführung von Schwurgerichten schnellmöglichst vorgelegt.“ (S. N.)

Altona, 13. Sept. In Folge der Abstimmung gegen den Grafen Reventlou-Jerdsbek sind nun auch Graf Reventlou-Farve und Graf Baudissin ausgetreten, und wie fürchten, daß diesem Beispiele noch mehre folgen werden. Die Rücksicht kann sich noch immer nicht daran gewöhnen, mit dem Staatsgrundgesetz ihre Feudatrechte aufgeboren zu sehen, sie sucht auf alle Weise die alte Zeit wieder zurückzurufen.

Deutschland.

Darmstadt, 13. Sept. Dritte Sitzung der zweiten Kammer. Nach Vortegung einiger Eingaben und Petitionen stellt der Abg. Lehne den Antrag auf Steuerverweigerung; er hält die Rechtszustände des Landes, die Grundrechte ꝛc. durch die Regierung verletzt und mit Füßen getreten, wie er sich ausdrückt, und führt in dieser Beziehung namentlich 14 Punkte an, wie das Verbot und die Beschränkung der Volksversammlungen, das preußische Bündniß, die nicht rechtzeitige Berufung des Landtags, die Erlassung des Erfurter Wahlgesetzes, die Beeinträchtigung der Religionsfreiheit, die Beschränkung des Petenums in Frankfurt, die Verordnung wegen Verführung der Soldaten, gewaltthatige Absetzung verdienter Lehrer u. dgl. mehr. Eine Ministeranklage ob dieser angeblichen Verfassungsverletzungen hält er nicht für geeignet und zum Ziel führend, sondern einzig und allein die Steuerverweigerung. Er will diesem Ministerium eine Verstärgerung des Finanzgelages nicht geschlossen haben. Der Präsident schlägt die Verweisung dieses Antrags an den Finanzausschuß vor. — Dem widersprechen v. Steinherr, Steinberger, Hildebrand, welche die Wahl einer besondern Commission für geeigneter halten. Lehne und Müller-Mechhorst stimmen dem Präsidenten bei. Dieser läßt abstimmen und die Frage: „Will die Kammer nach dem Vorschlag des Präsidenten den Antrag von Lehne an den Finanzausschuß verweisen?“ wird mit 34 gegen 6 Stimmen bejaht. — Abg. Müller-Mechhors beantragt eine Erklärung bezüglich der gegenwärtigen Verhältnisse des Kurfürstenthume Hessen. Es wird auf den weitern Antrag des Abg. Schmidt zur Tagesordnung mit 39 gegen 4 Stimmen beschlossen, sogleich in die Berathung und Beschlußnahme des Antrags des Abg. Müller-Mechhors einzugehen. Da Niemand weiter etwas bemerkt, so läßt der Präsident über den Antrag selbst abstimmen und es wird die Frage: „Will die Kammer nach dem Antrag des Abg. Müller-Mechhors erklären: Das verfassungswidrige Verhalten der aufgelösten Ständeversammlung, des Permanenzausschusses, der gerichtlichen und administrativen Oberbehörden und der ganzen Bevölkerung von Kurhessen den unerhörtesten Willkürmaßregeln und Rechtsverletzungen gegenüber verdient den Tadel des deutschen Vaterlandes?“ einstimmig bejaht. (Zur Nachricht an die erste Kammer und großherzogl. Staatsministerium.)

Berlin, 12. Sept. Das Corresp.-Büreau schreibt: In Betreff der gestrigen Sitzung des Staatsministeriums ist zu bemerken, daß Herr v. Radowitz in einer viertelstündigen Rede die Absicht verfolgte hat, es sei unter den obschwebenden Verhältnissen in Hessen das einzige Thunliche, ein Observationskorps aufzustellen. — Darüber, daß man weder für Hrn. Hassenpflug Partei nehmen noch auch, wie habe eine rechtliche Ansicht haben von den kurhessischen Zuständen, welche man wolle, bei einem etwaigen Conflikt zwischen dem kurhessischen Militär und den kurhessischen Bürgern für die letzteren mit militairischer Wirke eintreten könne, scheint man in den maßgebenden Kreisen ziemlich einig.

Vermischte Nachrichten.

Man meldet aus Avignon: Der presbyterianische Prediger Dr. Simon John Boyhwie war von England aus mit einem Gehalt von 2000 Pf. nach Südfrankreich geschickt, um dort für die Verbreitung des Protestantismus zu wirken und zu Marseille eine Gemeinde zu gründen. Er war kaum zu Marseille angekommen, als er selbst Neigung zum Katholizismus fühlte; er schloß sich an den katholischen Geistlichen Ferrand an, zog sich einige Monate in ein Kloster zurück und hat am 31. Juli vor dem Erzbischof von Avignon das kath. Glaubensbekenntniß abgelegt; er ist kürzlich nach London abgereist, um sich bei den Oratorianern für den Empfang der Priesterweihe vorzubereiten.

Neueste.

‡ Würzburg, 16. Sept. Eine ganze sammtliche Drucker dahier erscheinender Zeitschriften eingeleitete Unterschuung, wegen Hinweglassung des Wohnortes bei der vorgeschriebenen Angabe der Druckerei, wurde durch ein heute publizirtes Erkenntniß des königl. Kreis- und Stadtgerichtes niedergeschlagen.

* Oberstaufenbrein, 15. Sept. Der Bierbrauer Leonhard Schnitzes dahier hat sich durch einen

Pistolenschuß selbst entleibt. Der Unglückliche war verheirathet, Vater eines Knaben und Besitzer eines renomirten Geschäftes. Trunksucht und daraus entstandene Geschäftszerrüttung wird als die Ursache dieser Verbrechensthat bezeichnet.

Augsburg, 14. Sept. Heute fand Rechtsrath Waibel, Redakteur der Kemptener Zeitung, wegen Preßvergehen vor den Geschworenen. Sieben Artikel seiner Zeitung waren inkriminirt. Er wurde freigesprochen.

Passau, 11. Sept. Bei der Landgerichts-Preisvertheilung in Karpfham, k. Leg. Griesbach, fielen am 9. d. bedauerliche Ruhestörungen vor, weßwegen jedoch der k. Landrichter Wiesinger mit gezogenem Degen sich an die Spitze der k. Gendarmerie stellte, unterstützt von den gutgesinnten Gemahlinnen der Mitbeamtenen und Gerichtsdiener.

In Mittelfranken hat nun die Hopfenernte begonnen und ist über die Maßen reichlich ausgefallen; die Qualität ist wenigstens gut zu nennen. Der Preis für den Zentner steht bis jetzt auf 35 fl., wird aber in der Folge gewiß bis auf 20 fl. herabgehen.

Speyer, 12. Sept. Aus mehreren Dekanaten des Bisthums Speyer werden Mißbilligungen von Seiten des Pfarrklerus beim bischöflichen Ordinariate einlaufen, worin verlangt wird, Pfarrer Taxel solle entweder öffentlich widerrufen oder man solle denselben quiesciren.

Leipzig, 13. Sept. Gestern Nachmittag kam auf der Nachreise von Dresden der Feldzeugmeister Haynau hier an und hielt sich einige Stunden auf.

VI. Oeffentliches Schwurgericht von Schwaben und Neuburg.

Fortsetzung der Untersuchung gegen Dr. Heinrich F. K. Heinkelmann, prakt. Arzt zu Bamberg, wegen Hochverrathes: Im allgemeinen Entwicklungsgang des Menschengeschlechts wirkt und treibt unser Geist ewig und unaufhaltsam fort; Nichts, kein bureaukratisches Regieren, keine diplomatische Kunst vermag ihn in seinem Wirken zu hemmen oder zu bändigen. Sowie die Natur vergeht in ihren äußeren Erscheinungen, so brechen Throne und gehen ganze Staaten zu Grunde, wie sie gekommen sind. Das Alles geht fort, wie Baumes Wachsen und Winden Wehen, wie die Hütte springt, wenn die Blume sich entfaltet. Wird in einem solchen Zustande geschieht, das ist Naturnothwendigkeit, und was der Mensch in dieser Nothwendigkeit thut, das ist Straflos. Wenn man, meine Herren, hier von einem Hochverrath sprechen will, so nehmen sie als Parallele: wenn 2000 Bürger in München bewaffnet vor den Thron ihres Königs treten und sagen: Majestät, eine andere Zeit ist gekommen; so kann das Volk nicht mehr leben; etwas muß geschehen; die alte Verfassung, unsere alte Gesetze, sie passen nicht mehr; wir verlangen Hilfe, sonst tritt das Volk auf! Das wäre ein Hochverrath. Wenn die Bauern in der ganzen Umgegend von München mit Schaufeln und Sensen zusammenströmen und vor die Stadt ziehen, wenn die Bürger von München das Zeughaus bestürmen und heraus die Waffen und Gewehre nehmen, um das durchzusetzen, was ihnen die Natur nun als Nothwendigkeit gegeben hat, um jeden Widerstand zu beseitigen, der ihnen entgegengestellt werden sollte, so wäre Verrath, das ist gewiß Hochverrath, gewiß ein Akt, wogegen das meinen Angeklagten nur ein Strohhalm ist. Nun frage ich aber: Warum hat man denn damals keine Untersuchung wegen Hochverrathe eingeleitet? Die Antwort ist einfach die: weil Menschengesetze vor Umwälzungen und Umbrüchen gar geworfen; es gehört die Natur, die Natur „diktirte" ihr Gesetz; „das muß geschehen; und wo die Natur spricht, wo die Menschen schweigen, da ist keine Strafe mehr möglich." Ich gehe weiter und beziehe mich auf unsere Verfassungsurkunde vom Jahre 1818 Tit. II. §. 1. und 11., sowie auf Tit. VII. §. 2., wo geschrieben steht:

„Ohne den Beirath und die Zustimmung der Stände des Königreichs kann kein allgemeines neues Gesetz, welches die Freiheit der Personen oder das Eigenthum der Staatsangehörigen betreift, erlassen, noch ein schon bestehendes abgeändert, authentisch erkläret oder aufgehoben werden."

Meine Herren! Ich wiederhole Ihnen noch einmal die Gesetze der Nothwendigkeit. Wenn der König von Bayern seine Krone einfach abtritt, während die Verfassungsurkunde nur von einer Erbfolge nach dem Tode spricht, wenn die Regierung Bayerns ein Parlament in Frankfurt selbst einberuft und bezahlt, damit es Deutschlands Wohl dort berathen soll, während die Verfassungsurkunde nur eine ständische Vertretung in München kennt, wenn die Regierung das Parlament in Frankfurt-als ein konstituirendes anerkennt läßt, wenn es selbst seine Gesetze verkündigt, wenn der König von Bayern seine Truppen zur Reichsarmee stoßen läßt, während die Verfassungsurkunde bloß eine Bundesarmee kannte, wenn der König von Bayern den Reichsverweser anerkennt und ihn proklamirt, und selbst ausscheidet, für Deutschlands Wohl! Gut und Blut opfern zu wollen, wenn man endlich dann alles dieses Schritten die Verfassung und die Gesetze des Reichs nicht gefragt; meine Herrn, was ist dieß? Ich taste alle diese Handlungen nicht im Geringsten; aber es waren Schritte der Naturnothwendigkeit, Anerkenntnisse, daß unsere Verfassung nicht gesolten, als auch nicht gegolten das Strafgesetzbuch oder Hochverrath, das Strafgesetz ist integrirender Theil der Verfassung. Sehen Sie auf solche Absurditäten, auf solche Inkonvenienzen müßen wir solgerichtig kommen, wenn man die Geschichte nicht fragt, wenn man Hier hinterher nackte Thatsachen hervorhebt, und sie als Verbrecher taxirt! Wenn daraus das Verhältniß entsteht der Reichsverweser anerkannt wurden, so hat sich die Krone Bayern der meisten Hoheitsrechte begeben. Sie haben gehört: Der Hochverrath wird nur begangen gegen die Majestät des Regenten; dieß die Worte der Staatsbehörde. Nun aber, was hat der Reichsverweser für Gewalten vom Parlamente erhalten, die von allen deutschen Staaten anerkannt und wenigstens nicht widersprochen worden sind. Der Reichsverweser war das Oberhaupt in ganz Deutschland, dem selbst die Könige, selbst der Kaiser von Oesterreich und alle Fürsten nach dem Gesetze folgen mußten. Die Reichsgewalt übte die volkerrechtliche Vertretung Deutschlands aus, nur sie hatte das Recht, Krieg und Frieden allein zu beschließen; es sind deren 50 vorzügliche Rechte, die die Oberaufsicht über die Marine, die Gesetzgebung über Ostseehäfen ꝛc. ꝛc.; alles dieß war ihr eingeschränkt und warum hat dieß Alles die Krone Bayerns gethan, ohne die Verfassung zu fragen? Sie hat es gethan aus Naturnothwendigkeit, nach dem Gesetze, welches der große Schöpfer diktirt hat, und was der Mensch in diesem Zustande thut, das hat er straflos gethan. Auch was Dr. Heinkelmann, was Jeder von uns für dieses heilige Gesetz gethan, da kann von einer Strafe, von einem Hochverrath keine Spur, keine Rede sein. Meine Herren! Sie haben gehört die Gründe der Natur und ich konnte eigentlich meine Vertheidigung damit schließen: allein mein Klient hat mir aufgetragen, selbst die Unschuld zu beweisen, wofür er keine Pflicht hat, selbst die Unschuld zu beweisen auch nach dem strengsten Buchstaben des positiven Gesetzes, und ich schene mich nicht, die Staatsbehörde auch auf diesem Wege zu bekämpfen. Ich kann, meine Herren, um so minder gleichgültig bleiben, als Dr. Heinkelmann mir verwandt, mich allein hier zu sitzen; nein es däucht mir, als säße ich das ganze deutsche Volk durch ihn repräsentirt auf der Anklagebank, und unwillkürlich fällt mir bei, daß ein Kaiser, dessen Hände immer von Blut triefen, der römische Kaiser Caligula sagte: Ich wünschte: das ganze Volk hätte nur einen Kopf, damit ich es mit einem Streiche vollständig tödten könnte. Ja! Sie nennen dies positives Gesetz, was die Menschen gemacht haben, wenn man aber einen Fall nach diesem Gesetze beurtheilen will, was an ihm sei, dann muß man nicht blos den Gegenstand nackt hinstellen. Wenn Sie als Bürger vor Gericht kommen und verlangen von dem Richter, er solle ihren Nachbar verurtheilen in die Summe von 1000 fl.; dann muß man Sie mit Ihrer Klage, wo nicht auslachen, man wird Sie wenigstens abweisen. Man wird Ihnen sagen: Du mußt Grunde angeben, woraus ich die Schuld ersehritten kann; Du mußt sagen, daß Dir einen Acker an Jemand, oder ihm ein Haus verkauft in demselben Betrage gelitten. Bei den Kriminalklagen ist aber das noch nothwendiger, weil hier der Mensch für unschuldig gilt, so lange ihm das Gegentheil nicht bewiesen ist. Jede Thatsache, es möge Todtschlag, es möge der Sturz eines Hauses, es möge Diebstahl sein, jede Sache sein, ist an und für sich, objektiv betrachtet, nackt; überall muß man nach den Motiven forschen, warum diese That entstanden, ob der Thäter allenfalls im Zustande des Rechts, der Nothwehr oder sonst wie gehandelt, ob ein Zufall obgewaltet habe. Um das kann Dr. H. vorgeworfen Akt nach den positiven Gesetzen beurtheilen zu können, müßen wir es, so wie jedes Bild seine eigene Kontur haben muß, in jenes politische Klima zurückstellen, wo die That entstanden, und müßen uns ganz fragen: Unter welcher Gesetzesherrschaft ist seine Handlung gestanden? Meine Herren! Wenn wir diese Frage beantworten und beantworten wollen, so dringt sich ferner die Frage auf: Was ist denn der Revolution in Deutschland vorangegangen, aus welcher Ursache ist sie denn entstanden? Dann unterstellen Sie diesen Fall und Sie werden klar sehen und wenigstens dann erst im Stande sein, auch ein reifes Urtheil zu fällen. Ich werde mich bezüglich aller dieser Fragen sehr kurz fassen; doch muß ich sie berühren, weil sie Stereisticher sur die Vertheidigung sind und Ihnen die Motive entwickeln, worauf diese Gesetze entstanden sind. Sie wissen, Deutschland war ehemals ein großes, ein mächtiger Reich; so mächtig, daß selbst die Riesenmacht der Römer an seiner Kraft zerschellte. Deutschland war so mächtig durch's ganze Mittelalter hindurch; es hat allen Völkern der Erde nicht bloß Achtung eingeflößt, es hat den Völkern Gesetze diktirt. Das Schicksal wollte es anders. Wir hatten in Deutschland viele Fürsten, Vasallen und Herren; doch waren sie damals nicht unabhängig, sie waren keine Monarchen im modernen Sinne, sie waren dem Kaiser, dem Reiche, ja selbst dem Gesetze unterthan, so gut als wie ein schlichter Bauer. Die Stände in Deutschland hatten große Rechte; sie hatten freies Versammlungsrecht, und worfen sie einen Blick auf unser Vaterland, so hat mit jenem Blick auch den Namen gemein. Die Stände hatten das Recht, ihre Fürsten sogar vor dem Kaiser zu verklagen. Sie erinnern Sich auch der deutschen Geschichte, daß selbst König Ottokar von Böhmen vor seinem Kaiser fußfällig um Verzeihung bat, daß ein Kurfürst Max Emanuel in die Acht wandern mußte. Von daher, meine Herren, kann sich die Souveränität der deutschen Fürsten nicht halten, ich will diese Ehre nicht in Widerspruch ziehen, die Souveränetätsfrage gehört nicht in das Bereich meiner Vertheidigung. Die unseligen Reichsdeputationen in Deutschland und die Kriege, die darauf entstanden, die Gefangenschaft der Fürsten, von denen einer mehr wie der andere sein wollte; insbesondere die Eifersucht zur Zeit, wo Deutschland ein Wahlreich war, dann endlich der Abfall von 16 deutschen Fürsten und die Verbindung mit der Krone Frankreichs; das waren wohl die Hauptursachen, warum das einmals mächtige, das stolze, das edle deutsche Reich, das Herz der Welt, zu Grunde gegangen und im Jahr 1806 zerfallen ist. Der letzte deutsche Kaiser Franz I. legte im Jahr 1806 die Krone nieder und nahm den Titel als Kaiser Franz II. von Oesterreich an.

(Forts. folgt.)

Frankfurt, 13. Sept. Schluß des offiziellen Attenstücks von Kassel: Die Ständeversammlung hat durch die verfassungsmäßige Steu-

Digitalisierung

erwerwiegerung den Zusammenhang der angezogenen Paragraphen gebrochen und es möglich gemacht, dem §. 140 Folge zu geben, während der §. 143 unerfüllt geblieben. Aus der dadurch hervorgehenden Unvereinbarkeit des §. 146 der Verfassungsurkunde folgt aber in keiner Weise die Ungesetzlichkeit der Steuererhebung. Diese Beurtung, welche in solchen Fälle dem Rechte des deutschen Bundes beizulegen ist, kann ein Zweifel nicht obwalten. Die in dem, in der 22. Sitzung vom Jahre 1832 gefaßten Bundesbeschlusse enthaltene Auslegung der §§. 57 und 58 der Wiener Schlußakte, welche des Inhalts sind: Art. 57. Da der deutsche Bund, mit Ausnahme der freien Städte, aus souveränen Fürsten besteht, so muß, dem hierdurch gegebenen Grundbegriffe zufolge, die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupt des Staates vereinigt bleiben, und der Souverain kann durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden. Art. 58. Die im Bunde mit einem souveränen Fürsten darfen durch seine landständische Verfassung in der Erfüllung ihrer bundesmäßigen Verpflichtung gehindert oder beschränkt werden; besagt nun ausdrücklich: I. Da nach dem Art. 57 der Wiener Schlußakte die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staates vereinigt bleiben muß und der Souverän durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung gebunden werden kann; so ist auch ein deutscher Souverän, als Mitglied des Bundes, der Verwerfung einer hiermit in Widerspruch stehenden Position der Stände nicht zur Berechtigt, sondern die Verpflichtung zu dieser Verwerfung geht aus dem Zwecke des Bundes hervor. II. Da gleichfalls nach dem Geiste des eben angeführten Art. 57 der Schlußakte und der hieraus hervorgehenden Folgerung, welche der Art. 58 ausdrücklich, seinem deutschen Souverän durch die Landstände die zur Führung einer den Bundespflichten und der Landeverfassung entsprechenden Regierung erforderlichen Mittel verweigert werden dürfen; so werden Fälle, in welchen ständische Versammlungen die Bewilligung der zur Führung der Regierung erforderlichen Steuern auf eine mittelbare oder unmittelbare Weise durch die Durchfegung anderweiter Wünsche und Anträge bedingen wollten, unter diejenigen Falle zu zählen sein, auf welche die Art. 25 und 26 der Schlußakte in Anwendung gebracht werden müssen. (Art. 25. Die Aufrechthaltung der innern Ruhe und Ordnung in den Bundesstaaten liegt den Regierungen allein zu. Als Ausnahme kann jedoch, in Rücksicht auf die innere Sicherheit des gesammten Bundes und in Folge der Verpflichtung der Bundesglieder zu gegenseitiger Hilfeleistung, die Mitwirkung der Gesammtheit zur Erhaltung und Wiederherstellung der Ruhe, im Falle einer Widersetzlichkeit der Unterthanen gegen eine Regierung, eines offenen Aufruhrs, oder gesetzlicher Bewegungen in mehreren Bundesstaaten, stattfinden. Art. 26. Wenn in einem Bundesstaat durch Widersetzlichkeit der Unterthanen die innere Ruhe unmittelbar gefährdet, und eine Verbreitung aufrührerischer Bewegungen in benachbarte Staaten wirklicher Aufruhr zum Ausbruch gekommen ist, und die Regierung selbst nach Erschöpfung der verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel, den Beistand des Bundes anruft, so liegt der Bundesversammlung ob, die schleunigste Abhilfe zur Wiederherstellung der Ordnung zu veranlassen. Sollte im letztgedachten Falle die Regierung autorisch außer Stande sein, den Aufruhr durch eigene Kräfte zu unterdrücken, zugleich aber durch die Umstände gehindert werden, die Hilfe des Bundes zu begehren, so ist die Bundesversammlung nichts desto weniger verpflichtet, auch unaufgerufen zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit einzuschreiten. In jenem Falle aber dürfen die verfügten Maßregeln von keiner längern Dauer sein, als die Regierung, welcher die bundesmäßige Hilfe dieselbst wird, es für nothwendig erachtet.) Daß dieser Beschlusse nicht etwa zu den Ausnahmegefegen zu zählen sind, welche im Jahre 1848 aufgehoben wurden, ergibt sich von selbst aus dem Charakter einer authentischen Interpretation. — Die kurhessische Regierung ist als Mitglied des deutschen Bundes ebenso verpflichtet als berechtigt, ihnen Folge zu geben. Was aber ganz insbesondere die unabweisliche Pflicht der Befolgung der befragten Verordnung herausstellt, ist die aus dem §. 95 der Verfassungsurkunde sich ergebende, den Maßregeln, die auf den Grund desselben erlassen werden, innwohnende Beteutung. Die vorhandenen ständischen Gesetze werten in den Fällen, von denen §. 95 redet, als ungiltig unterstellt, mithin wird angenommen, daß in solchen es an Gesetzen mangele, auf deren Grund die nothige Richtung des Staatslebens durch die Unterthanen, sowie die erforderliche Thätigkeit der vollziehenden Behörden sich entwickeln konne. Danach muß die Mäßigkeit der Folgerung auf den Ungesetzlichkeitsfeste herausgehoben erscheinen, daß die Vorschriften, die auf den Grund des §. 95 der Verfassungsurkunde erlassen werden, als Gesetze gelten müssen, mögen solche „Verordnungen" oder „provisorische Gesetze" genannt werden. Dies bestätigt sich ferner dadurch, daß die fraglche Verfassungsurkunde

Die Bayerische Presse.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr. Monatlich für die Stadt 10 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhof 2. Distr. Nr. 533. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 223. Würzburg, Dinstag den 17. September. **1850.**

Frankreich Parteien.

Diese haben Frankreich ins Verderben gestürzt, diese massen es wieder retten. Seit dem Tage da zuerst die Revolution ihre Gorgonenhaupt erhob vor unsern Vätern, seit dem Tage, da zuerst das hitzwirkende und traditionelle Recht in die Schanze geschlagen wurde, hat unablässiges Mühen eine totale Trennung der Geister zu Stande gebracht. Seit man sich der Verehrung des Rechtes entschlug, um einen Cultus der siegreichen Thatsache einzuführen, ist die Regierung Frankreichs aus einer Hand in die andere übergegangen, sie war eben das Eigenthum aller siegreichen Thatsachen. Bald nannte sich diese siegreiche Thatsache Kaiserthum, bald Republik, bald Bürgerkönigthum. Und jede siegreiche Thatsache, jede Regierung bildete eine neue Partei und legte ihren Namen zu den schon vorhandenen. Das war folgerich, aber verhängnißvoll. So ist das Land allgemach eine wahrhafte Mosaik von Parteien geworden und diese Mosaik ist das treueste Abbild der gegenwärtigen Zustände Frankreichs. Die Ebbe und Fluth der siegreichen Thatsachen hat von jeder Partei eine Anschwemmung zurückgelassen, die sich alle, einzeln an und für sich betrachtet, in einer ohnmächtigen Minorität befinden. Das ist die Krankheit, an der Frankreich darniederliegt. Die französische Gesellschaft kann nicht mehr genesen, so lange keine Kraft in ohnmächtigen Parteibrechungen sich zersplittert, Zuwachs und Mittelmäßigkeit reichen es langsam aber sicher hin, weil immer jede siegende Partei, jede siegreiche Thatsache eine Anzahl von gesunden Elementen, von Capacitäten und bedeutenden Menschen aus dem politischen Leben ausstößt, und seit 60 Jahren ist Frankreich nicht durch Frankreich, sondern durch Parteien beherrscht worden. Wie ist dieses Uebel zu heilen? Die Union, das Organ der gemäßigten Legitimisten, antwortet: „Durch Vereinigung all dieser ohnmächtigen Minoritäten und Parteien unter dem gemeinsamen Banner einer mächtigen und furchtbaren Majorität. Die Parteien haben Frankreich in's Verderben gestürzt, die Parteien müssen es retten." Aber ist es nicht eine Unmöglichkeit, diese Vereinigung der Parteien, wie will man verfahren, was sich wesentlich bekämpft? Die Union antwortet: „für Jeden, der die französischen Parteien in dem losen Verbande der großen Parteien der Ordnung beobachtet hat, ist es kein Geheimniß, daß der Antagonismus der einzelnen Parteien kein tiefer, radikaler unheilbarer ist. In den socialen und materiellen Fragen haben sie alle nur ein Interesse und auch in Bezug auf ihr politisches Ziel nähern sie sich tagtäglich mehr einander unter dem revolutionären Joche. Was soll nun geschehen? Die vorgefaßten Meinungen müssen schwinden, die ungerechten Vorurtheile und besonders die persönlichen Abneigungen. Die Parteien Frankreichs sind gegenwärtig mehr durch persönliche Abneigungen, als durch politische Verschiedenheiten getrennt. Diese Schranken müssen fallen, und sie so schnell als möglich hinweggeräumen, das ist die Aufgabe der Parteien. Wir (die Legitimisten der Union) haben die feste Zuversicht, daß sie fallen werden, und darum bleiben wir treu unserer Devise: „Unerschütterlich im Princip, versöhnlich gegen die Personlichkeiten!"

Wir haben diese legitimistischen Ansichten hier auseinander gesetzt, um unsern Lesern begreiflich zu machen, warum die Legitimisten so viel von der Zeit hoffen, warum sie sagen können: jeder Tag ist ein Gewinn für uns! und wollen wir nicht läugnen, daß eine gewisse Wahrheit in diesen Anschauungen liegt, leider aber können wir diese Ansicht nicht theilen, weil wir die Personen nicht von den Principien zu scheiden vermögen und die Eitelkeit politischer Führer für unerschütterlicher und unbesiegbarer halten, als politische Principien, — von den Andrang der Massen, dem Angriff der Socialisten hier ganz abgesehen.

Die Ereignisse in Kurhessen

Kassel, 14. Sept. Da die Ruhe der Stadt bisher in keiner Weise gestört worden, so hat die Bürgergarde aufgehört, die Wachen zu besiehen. — Der Maueranschlag, welcher die Vertagung der Regierung anzeigt, lautet wörtlich also: Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Se. königl. Hoheit der Kurfürst geruht haben, den Sitz der Regierung bis auf Weiteres in den Bezirk Hanau zu verlegen. Kassel, den 13. Sept. 1850. Der Oberbefehlshaber Bauer, Generallieutenant und interimistischer Commandeur des Armeecorps. — Ueber den gestern hier gewesenen hannoverschen Stabsoffizier erfährt man nachträglich, daß derselbe der Commandant von Minden war, welcher im Auftrag des Kurfürsten sich aber hie hier etwa eingetretenen Ereignisse unterrichten sollte.

Kassel, 15. Sept. Es bestätigt sich die Zusammenziehung hannoverscher Truppen an der Grenze, sowohl von Hameln als von Minden aus. Die Truppen haben den Befehl, ins Land einzurücken, wenn Unruhen ausbrechen sollten. Der Commandant der um Minden concentrirten Truppen war hier, um die Gewißheit zu erlangen, daß nirgends ein wirksameres Bestreben zur Aufrechthaltung der Ruhe gefunden werden kann.

(Z. O.-Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Aus Holstein, 7. Sept. Bei einer Durchsicht der Namen der am 9. Sept. zur Legislative in Kiel zusammenkretenden neugewählten Landtags-Mitglieder gewährt es eine angenehme Ueberraschung für den Kundigen, zu beobachten, wie alle Parteien im ganzen Lande, vom Social-Demokraten bis zum ritterschaftlichen Grundbesitzer (Fraubach-Berechtigten), so ziemlich in ihrem richtigen Verhältniß vertreten sind. Es ist dies schon deshalb interessant, weil man daraus einen richtigen Schluß auf das Verhältniß der Parteien im Lande ziehen kann. Wir finden nun, daß die äußerste Linke nur durch zwei Mitglieder, Dr. Lasaurie und Advokat Clausen, Beide aus Kiel, vertreten ist, während die gemäßigte Linke wohl 30—33 Mitglieder zählt, an deren Spitze Theodor Olshausen, Professor Stein, Advokat Hedde, Propst Boysen und andere ebenso talentvolle, als hoch ihre große Mäßigung praktisch bewährte Mitglieder stehen; die conservative Partei, aus dem großen Grundbesitz, den Beamten und direkten Anhängern der Regierung bestehend; der Rest gehört dem vermittelnden Centrum an. Davon, nach welcher Seite sich jedesmal diese 20—25 Mitglieder entscheiden, wird es auch diesmal wesentlich abhängen, welche von beiden Parteien in jedem einzelnen Falle siegt, denn voraussichtlich werden wohl von der Linken Anträge gestellt werden, welche auf energische Kriegsführung hinzielen. Die gesetzliche Zahl der Vertreter beträgt in Allem neunzig, nämlich fünfzig durch allgemeine directe Wahlen gewählt, dreißig durch Censuswahlen von Allen, die ein Einkommen über 3000 Mark haben, gewählt, und zehn aus dem großen Grundbesitz des Landes, welcher ein Stimmvermögen über 30,000 Mark besitzt, gewählt. Von den ersteren haben sieben Wahlen nicht vollzogen werden können, weil die Gewaltshaber der damaligen Landes-Verwaltung es mit aller Gewalt hintertrieben, wohlwahl die Zahl sich bis jetzt auf 83 Deputirte belauft.

Aus Holstein, im Sept. „Von einer Seite," schreibt die „Neuest. Z." welche uns Bürge ist, daß die ausgesprochene Ansicht nicht isolirt steht, wird uns folgender Noth- und Hilferuf aus Holstein mit Darstellung des jetzigen dort herrschenden Zustandes: „Wir leben hier in ängstlicher Erwartung nächster Insurgirung und richten unsere Blicke nach immer mit Vertrauen auf die Regierungen Deutschlands, welche uns von dem unerträglichen Joche der Statthalterschaft befreien können. Der Terrorismus, der jetzt bei uns auf dem Lande herrscht, übersteigt alle Grenzen. Polizeicommissäre und Gensd'armen sind über das ganze Land vertheilt, angeblich zur Aufrechthaltung innerer Ruhe und zur Bewachung der Küsten gegen Angriffe der Dänen, die bekanntlich bis jetzt nicht Miene gemacht, in Holstein einzudringen. Der wahre Grund dieser kostspieligen Einrichtung ist die Ueberwachung der Gutsbesitzer und Bauern, welche wilde der Sensationen aller Art, so wie gegen Hunter, gegen die jetzigen Machthaber zu erheben und sich dem Ausausgeschrei zu widersetzen. Wehe denen, welche hierzu den Muth besitzen, sie werden sogleich als Landesverräther gerichtlich verfolgt und ihre Habe mit Execution und Sequestration bedroht. Auf diese Weise erreicht die Statthalterschaft ihren Zweck, keine Klagen laut werden zu lassen und in Deutschland den Glauben zu erhalten, das ganze Volk in Holstein sei bereit, mit Gut und Blut die von der Statthalterschaft organisirte „Erhebung" gegen den legitimen Landesherrn bis zum allgemeinen Ruin zu unterstützen und sich dann von Preußischen und Berliner Literaten durch die Bestreiche von Griechenland oder den Niederlanden trösten zu lassen. Dem ist aber nicht so; $^9/_{10}$ des Landes wünschen den Frieden und die schleunige Herstellung der legitimen Autorität, und sehen vollkommen ein, daß sie auf dem Wege friedlicher Verständigung Alles retten würden, was noch zu retten ist. Wenn in Holstein Rechte von Seiten Dänemarks Deutschland gegenüber gesahrbet sind, so ist Deutschland stark genug, diese Rechte im Sinne des zu Berlin abgeschlossenen Vertrags auf friedlichem Wege zu schützen, ohne, wie jetzt

geschieht, dem gefährlichen Prinzipe der revolutionären Selbsthülfe länger Vorschub zu leisten. Gegen Holstein, das sich zu Grunde geht, ist es daher die Pflicht der Großmächte, die Unterwerfung unter die Autorität des Königs zu erzwingen und das Land von einer Partei zu befreien, die dasselbe terrorisirt und doch nur kaum wieder ein Scheibolt in den Landen des Gothaer ist, welche sie zur Verwirklichung weiter gehender Pläne und Absichten wahrlich nicht im rein schleswig-holsteinischen Interesse ausbeuten und benutzen. Die Gothaer Partei, welche augenblicklich in Begleitung von Freischaaren und Landschaaren wie Freischrecken unter armes Volk befallen hat, ist anmaßend genug, uns unglücklichen Holsteinern den Beruf aufzuerlegen, zur Deutschlands oder vielmehr für ihre Ehre zu kämpfen u. untergehen. Die liberale und demokratische Presse ist in ihren Händen; die Wahrheit kann auf diese Weise nur schwer durchdringen, denn Lug und Trug finden neben den Uebertreibungen durch die Correspondenten dieser Blätter regelmäßige und ermünschte Aufnahme. So findet namentlich in der Kölner Zeitung und Frankfurter Blättern (abgesehen von den Hamburger Journalen) die schamlosesten Unwahrheiten über den Gegenwärtigen Conflikt in Holstein, — über Menschenraub, Barbarei und Brandschatzungen Seitens des Dänen im Schleswigschen, während die Organe der Gothaer wohlweislich nichts von den nur durch Exekution, angedrohte Sequestrationen, Kriegsexekution und Zwangsmaßregeln herbeigeführten ungeheuerlichen Lieferungen aller Art für die Armee erwähnen, so wenig für die Festnahme und Wegschleppung der der Statthalterschaft mißliebigen Männer aus den Herzogthümern oder der massenweisen Absetzung der Königlich gesinnten Beamten und Prediger — Erwähnung Erwähnung geschieht und geschah: so wenig wie von den Verwüstungen etwas verlautet, die gerade unsere eigene Einquartierung und der Besuch der Freischaaren so manchen Gutsbesitzer und Bauern hinterlassen hat. Wenn nicht Terrorismus und militärische Zwangsmaßregeln hier im Lande herrschen, wenn sie keine aufgezwungenen Steuern mehr bezahlt und der unbefangene Beobachter kann davon zeigt den besten Beweis wahrnehmen, da auf den Aufruf der Statthalterschaft zur allgemeinen freiwilligen Bewaffnung und Anleihe keine oder doch nur sehr beschränkte Folge geleistet wird. Wir möchten fragen, wie viel Beiträge zu dieser freiwilligen Anleihe von Kiel, Altona, von den großen Gutsbesitzern wirklich eingezahlt sind? Daß die gezwungene hat berichtigt werden müssen, wissen wir nur allzugut. Die Last der direkten Steuern vom Landesfiß beträgt jetzt ohne die ungeheuren Naturallieferungen und aufgezwungenen Anleihen 75 Prozent der Einnahme. Diejenigen Regierungen Deutschlands, welche augenblicklich an die Statthalterschaft die dem Lande schuldigen Gelder für den Truppen gemachte Lieferungen auszahlen, handeln gerade gegen die durch Steuern aller Art nur zu sehr gedrückten Landleute unverantwortlich, da diese Gelder bemnächst dem Landmanne für gleistete Lieferungen gebühren, nicht aber der Statthalterschaft, welche sie jetzt zu ihren Zwecken für den Alles verschlingenden und im besten Falle nichts mehr nützenden Krieg verbraucht. Die Landversammlung muß um so mehr Besammen und wird unbelaumert sie das wahre Wohl des Landes neue Steuern ausscheiden. Nur eine kleine Zahl dieser sogenannten Landesvertreter trägt zu den Steuern bei, die Mehrzahl besteht aus den nach Kopfzahl gewählten Leuten, welche durch die politische Agitation und die Daten Borthesi gelesen, selbst aber wenig oder gar nichts zu den ungeheuren Lasten beitragen, und daher gleichgültig sur das Interesse des Landes nur dem Befehle der Revolutionspartei in ihren Abstimmungen Folge leisten. Dem Lande ist schleunige Hilfe noth und es ergeht dieser Hilfruf an alle Regierungen Deutschlands im Interesse Holsteins und des legten Kampfes der Revolution gegen die Autorität und gesetzliche Ordnung."

Deutschland.

Darmstadt, 13. Sept. Vierte Sitzung der zweiten Ständeversammlung. Der Präsident eröffnet um 13. M. Nachmittage 4 Uhr die Debatte über die Frage, ob die Kammer eine Antwortadresse auf die Eroffnungsrede erlassen wolle? Mit 39 gegen 2 Stimmen wird beschlossen, keine Abreße zu erlassen. — Wie man aus glaubwürdiger Quelle vernimmt, hat Joh. Stauff zu Marienschloß in Bayn auf die Ermordung der Gräfin Görlig mit Betäubtstoff der wohlthätigsten und interessantesten Art gemacht. Dieselben sollen sich jedoch bis jetzt nur in den Händen des dortigen Direktors Calmberg befinden, werden aber hoffentlich dem Publikum nicht lange vorenthalten bleiben. (Darmst. Z.)

Darmstadt, 14. Sept. Da jetzt durch den Steuerverweigerungsantrag der Versuch, das Land in Anarchie zu versetzen, sich ankündigt, so ist wohl ein Blick auf die bezüglichen Vorschriften unserer Verfassung von Interesse. In Art. 67 heißt es: „Ohne Zustimmung der Stände kann keine bleibe oder indirekte Auflage ausgeschrieben oder erhoben werden." Während es also hiernach den Anschein hat, als komme den Ständen unbedingtes Steuerverweigerungsrecht zu, sagt gleich darauf Art. 68: „Die Bewilligungen dürfen von keiner Kammer an die Bedingung der Erfüllung fremdartiger Desiderien geknüpft werden." Dieser Artikel spricht also den Kammern nicht nur das unbedingte, sondern sogar das bedingte Steuerverweigerungsrecht, was in einer Bewilligung unter Bedingungen enthalten wäre, mit Bestimmtheit ab. Die gesetzliche Lösung des Conflikts gibt der Art. 69.: „Die Auflagen, sobald sie nicht bloß für eine bestimmte Zeit bewilligt und bereits erreichten Zweck bestimmt waren, dürfen nach Ablauf der Bewilligungszeit noch sechs Monate forterhoben werden, wenn die Ständeversammlung aufgelöst wird, ehe ein neues Finanzgesetz zu Stande kommt." Nach unserer Verfassung ist also der Regierung das Mittel gegeben, bis zum Abschluß eines neuen Finanzgesetzes das alte in Kraft zu erhalten, und eine Steuerverweigerung ist, selbst wenn sie nur unter einer Bedingung, also z. B. unter der Bedingung daß ein Ministerium abtritt, ausgesprochen wird, nichtig und verfassungswidrig. Was kann also den demokratischen Plänen, die, wie man hört, auf weiter gehenden Verbindungen beruhen, und demnächst je nach dem Resultat der Wahlen auch in Württemberg versucht werden sollen, mit Ruhe entgegensehen. Bemerkenswerth ist übrigens, daß die Demokratie bei uns überhaupt von Norden her sein, nicht auf den Beistand der Gothaer Partei rechnet; denn unter den Gründen Lehnis ist die Beschränkung der Erfurter Versammlung und das preußische Bündniß wie die Theilnahme an dem Bundestag aufgeführt und so von Gothaern wie den Großdeutschen der Handschuh hingeworfen. (L. D.-Z.)

Mainz, 15. September. Der Redakteur des „Mainzer Tagblatts", Hr. Dremmel, wurde gestern in der belannten Sache (Abdruck eines Schmähartikels über das Frohnleichnamsfest) vom großh. Obergericht: weil derselbe den fraglichen Artikel nur nachgedruckt und Nachsicht auf „Jugend", zu dem Monate Gefängnißstrafe verurtheilt. Der zugleich mitangeklagte Verleger und Besitzer des Blattes, Hellermann, wurde, als der Betheiligung bei Annahme jenes Schmähartikels nicht überwiesen, und da Dremmel alle Verantwortung auf sich genommen, freigesprochen.

(Mz. Z.)

Freienwalde, 13. Sept. Gestern hat das für die Mecklenburgischen Verfassungs-Streitigkeiten eingesetzte Schiedsgericht das von ihm gefroffene Urtheil publizirt. Das Erkenntniß ist dahin ausgefallen, daß das unter dem 10. Oktober 1849 im Großherzogthum Mecklenburg eingeführte Staatsgrundgesetz und das Gesetz vom dreißigsten Tage, betreffend die Auflösung der landständischen Verfassung, für nicht zu Recht bestandig erklärt sind, und der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin für verbunden erachtet ist, dem Landes-Erbvergleiche vom Jahre 1755 gemäß noch in diesem Herbste einen Landtag anzuberufen. Durch diesen Richterspruch gegen welchen nach der Mecklenburgischen Patent-Verordnung vom 28. November 1817 keine weitere Berufung stattfindet, ist die Frage definitiv entschieden.

Wien, 12. Sept. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß nngeachtet F.M. Haynau eine Klage wegen der ihm zu London widerfahrenen, schweren Beleidigung zu erheben nicht gesonnen war, die k. k. österreichische Gesandtschaft den Fall gerichtlich verfolgen wird. Der Chef der Londoner Sicherheitspolizei hat dem Folgezugewiesen vor seiner Abreise einen Rondolenzbesuch abgestattet.

(D. C.)

Berlin, 15. Sept. Der diesseitige Geschäftsträger in Kassel, Herr v. Thiele, welcher sich auf Urlaub und zwar auf Helgoland befand, ist von hier zurückberufen und sofort nach Kassel abgegangen. (N. Pr. Z.)

Düsseldorf, 14. Sept. Heute Nachmittag gegen 3 Uhr langte mit dem Mindener Bahnzuge der kurhessische Staatsminister Haßenpflug auf dem hiesigen Bahnhofe an und wurde beim Aussteigen aus dem Wagen sofort durch einen Genesarmen, auf Verhaftung des Grunde Befehl ersahren konnte, verhaftet. Auf sein Verlangen wurde er nebst seiner ihn begleitenden Gattin in die nahe gelegene Wohnung des Generals Ehles das gebracht. Eine zahlreiche Menschenmenge umstand das Haus, doch viel nicht die geringste Demonstration vor. Alsbald erschienen der Oberbürgermeisterviceverwalter und der Polizeiinspektor bei dem Verhafteten, der nach kurzer Unterredung mit den beiden Genannten eine schon bereitstehende Postchaise bestieg und in Begleitung des Polizeiinspektors zu den Stadtthore hinausfuhr, welche den Weg nach Elberfeld einschlug.

(F. D.-B.)

Frankreich.

C Paris, 13. Sept. Der Präsident der Republik ist gestern Abend nach 11 Uhr hier eingetroffen. Die Gesetzvorschläge, welche „Die Decembre", welche davon benachrichtigt zu sein schienen, begründen ihn mit dem gewöhnlichen Rufe, es waren aber auch Andere anwesend, welche ein „Hoch der Republik" ausbrachten, worüber es zwischen beiden Parteien zu Schlägereien kam, denen das Militär Einhalt thun mußte.

Schweiz.

Bern, 13. Sept. Schon vor mehreren Wochen ging durch alle Blätter die Nachricht: am 10. d. M. hätten die Conservativen eine allgemeine Versammlung in Zug, wobei alle Kantone der Schweiz durch Abgeordnete vertreten sein würden. Zweck dieser Versammlung sei Wiederbelebung des Sonderbundes. Die Versammlung ist nun vorüber. Zwölf Kantone waren vertreten und man beschloß, für folgende Grundsätze zu wirken: Aufrechthaltung des Schweizerischen Neutralitätsprinzips; gleichmäßige Handhabung der Bundesverfassung gegen alle Eidgenossen; Verweidung jeglichen Uebergreifens des in der Bundesverfassung vorgeschriebenen Maßes der Centralisation; Wahrung der den verschiedenen Confessionen zugesicherten Selbstständigkeit in friedlich verfassungsmäßigen Angelegenheiten und gemeinschaftliches Einstehen für die Prinzipien des positiven Christenthums, gegenüber dem verderblichen Streben der Zwiffrentionismus und der Negation. — Der Bundesrath hat die Genfer Regierung mit Nachdruck aufgefordert, ihren Bundesobsichten gegenüber dem propagandistischen Treiben der Flüchtlinge nachzuthommen. (F. D.-B.)

Vermischte Nachrichten.

Major Gagern hat sich die allgemeinste Bewunderung in der schleswig-holsteinischen Armee errungen, denn wenn bei den Andern kommandirt wird: Ein Mann vor zum Feldgeschrei! so ist dieser Eine stets der Major Gagern, der kühn

vorgeht und ein ausgezeichnetes Festgedicht gibt.

Eine Definition des Namens „Gothaner." Noch ihr ist dieser Namen zusammengetzt „an? den Begriffen einer Mischung aus einer politischen Abenteurerei". Brave!

London, 11. Sept. Eine für den Geist, welcher in den arbeitenden Klassen England lebt, höchst bezeichnende Versammlung, wurde gestern Abend von den s. g. Nationalreformatoren in der Farringdonhall mit empfindlicher Schadenfreude gehalten, um für die Haltung der in der Brauerei von Barclay und Perkins angestellten Arbeiter in Betreff ihres Verhahrens gegen Haynan ihre Anerkennung auszusprechen. Der Saal war überfüllt; auch einige Frauenzimmer bemerkte man. Ein gewisser Dr. D. Petrie nahm den Vorsitz ein, stand auf und schlug vor, daß ein Ungar die Sitzung mit einem Gesang beginnen möge. Der Ungar sang mit einer Stentorstimme die italienische Marseillaise, die mit großem Beifall aufgenommen wurde. Hierauf schlug Ruffy, ein bekannter, schon wegen politischen Vergehens verurtheilt gewesener Chartist, folgenden Beschluß vor: „Alle Völker auf Erden sind Brüder; Italiener und Ungarn haben Anspruch auf die wärmsten Sympathieen, und ihre öffentlichen Unterdrücker auf den Haß der Bevölkerung des vereinigten Königreichs. Daraus unter den obigen Umständen Julien und unter den Hauptlingen der öffentlichen Kannibalen in Ungarn steht Marschall Haynau, der Mörder, Henker und Weiberpeitscher (Groans). Vorbesagter Haynau ist der Feind des menschlichen Geschlechts und von der Stimme des Volkes angeklagt. Die einmüthigste Verfluchung, die diesem Frevler bei dem Besuche der Brauerei von Barclay und Perkins zu Theil wurde, gereicht den Verwaltern der Brauerei selbst zur Ehre und zum Ruhme. Und diese Versammlung erklärt: daß die Arbeiter der Brauerei und die wohlgesinnten Männer und Bürger der Stadt bei der Zudgirung des öfter. Mörders beistanden, sich um ihr Vaterland wohl verdient gemacht haben und berechtigt sind zum Danke der Freunde der Freiheit aller Welt. (Beifall.) Wir sind nicht zusammengekommen, blos um unsern Landsleuten, die bei Barclay und Perkins angestellt sind, Dank zu wünschen, sondern auch um unsere Verabscheuung auszusprechen wegen der Grausamkeiten, die von dem unmenschlichen Ungehener General Haynau an den Söhnen und Töchtern Ungarns verübt worden sind. Was man von einer Regierung denken, welche wußte, daß dieser Mann Uebelthätigkeit, den englischen Boden zu beschmutzen, und nichts dagegen that? Die Verletzbiger der chartistischen Sache sind nicht umfonst eingekerkert worden, und obschon diejenigen, welche die arbeitenden Klassen wie Blutegel aussaugen, meinen mögen, daß die Grundlage der Demokratie in diesem Lande keinen Schutz genommen haben, so fühle ich mich doch stolz sie zu bekennen, daß diejenigen, welche man den Abschaum der Erde, die Canaille nennt, solche Männer, wie die tapferen Männer in der Barclay-Parkins'schen Brauerei (Beifall) doch wissen, wie sie ein Ungeheuer zu behandeln haben, welches seine Weiber bis zum Tode mißhandelte. Dieses Ungeheuer hat Männer und Weiber hängen und peitschen lassen, bis das Fleisch in Lappen von ihrem nackten Rücken fiel; und es hat Grausamkeiten verübt, welche selbst die Teufel der Hölle nicht verüben würden. (Ah!; das Monster!) Wäre Haynau ein tapferer Mann gewesen, so würde er gesagt haben: Ich werde für mein Leben fechten, so lange ich lebe:

Kommt heran, Ihr sollt mich nicht fliehen sehen,
Eher mag das Vaterland in Trümmern gehen.

Aber dieser Feigling flüchtete vor seinen Züchtigern und schrie wie ein kleines Kind um Mitleid. Rothschild, sagt man, habe ihn als ein Freund empfohlen. (Oh!) Was denkt man von diesem Mitglied der City? (Weg mit ihm!) Und was kann man von Cobden denken, der beim Friedenscongreß war, als selbst Ungarn von ihm sah? Was für ein Friedensfreund muß ein Mann sein, der, wie Cobden, diesen blutbefleckten Oesterreicher anredete, welcher statt General Haynau, General Hyäne genannt werden sollte? (Lauter Beifall.) Obgen solch ein Ungeheuer wie Haynau muß das Volk der Erde sich rechen und ihn setzen durch alle Welt. Es gibt nur eine Stelle wohin es gehört: die Tiefe der Hölle!" — Nach Ruffy nahm Julian Hayney, einer der beliebtesten Redner der Chartisten das Wort, der sich selbst als den Redakteur des „Red Republican" bezeichnete und seine „Brüder Proletarier" anredete. Er sagte unter Anderm: „Die Demokraten, die rothen Republikaner, Männer, immer bereit, ihr Blut für eine heilige Sache zu vergießen, beschränken sich nicht auf Worte, sondern wie Jemart erhoben sie ihre Arme gegen jeden Tyrannen in Europa. Sie waren die Nachsicht kam von der Vernichtung der englischen Armee in Afghanistan, zehnten Tausende von Engländern über die Vernichtung dieser Armee, weil diese Truppen dort als Plünderer und Meuchelmörder erschienen waren. Die Demokraten fühlen, daß alle Menschen Brüder sind, trog des Mitleaus von Rußland, trog der Hyäne Haynau! — Die Brauer verdienen Dank von Haynau für ihre außerordentliche Menschlichkeit. Wenn sie ihn in die Kuse gestürzt hätten, so würden sie sich von neun Zehntein ihrer Mitbürger Dank verdient haben." (Sehr gut, stießen ihn in den Kehrichtwinkel!" — Lachen.) Nachdem hierauf die französische Marseillaise gesungen war, trat Bürger Engels auf, der Versammlung als einer von denen empfohlen, welcher für die Freiheit in vielen Ländern gefochten hätten. Er trug einen langen Bart und brachte sich ein Deutscher seinen Dank für das aus, was man an seinem Landsmanne verübt hatte. Er meinte, daß „nach dem glänzenden Beispiele, welches in London gegeben worden, hoffentlich Jedermann auf den Westen oder Ostendhallstationen in derselben Weise mit ihm verfahren werde." Folgte Herr Brown, und dessen Rede war noch folgende charakteristische Stellen anführen: „Wenn Haynau in eine Kuse geworfen worden wäre, wer würde wohl das Bier noch haben trinken wollen? Wenn er in die Themse geworfen worden wäre, wurden dann nicht alle Fische vergiftet worden sein? Er hat die Gestalt von einem Menschen, aber Freunde der Hölle wohnen in seinem Herzen! Haynau fragte den Gastgeber nach etwas Branntwein, und der Gastgeber antwortete zu seiner Ehre: Ich will nicht Gift, wenn ich Branntwein habe! Ich habe den Fehrichtwinkel gesehen; er s...t ihnen herfuß!" Ich habe den Fehrichtwinkel gesehen, den der Gastgeber Haynau lieh: er ist für einen Souverein verkauft worden. Der alte Armsünd, worauf Haynau gesessen, wurde folgenden Tags einem meiner Freunde gezeigt, er mochte sich aber nicht darauf setzen. (Gelächter.) Ein Weib warf eine Scheere auf Haynau's Kutsche, kamit man den Bart des Marschalls abschneide. (Gelächter.) Als der Gastgeber folgenden Tags seine Bezahlung haben wollte, wurde ihm gesagt, der Marschall sei nicht zu Hause. So schmutzig sind diese Leute. Er ging nun zu Rothschild. (Gelächter.) Und aus von ganzem Herzen und ganzer Seele soza mitwirken, zu verhindern, daß dieser Mann seinen Sitz für die City einnehme, laßt uns ihn zu einem „wanderenden Juden" machen. (Gelächter.) Hr. Brown schloß mit der Ankündigung, daß im „Cyrog" ein Concert gegeben werden solle zum Benefiz für die Männer und Frauen, die von Haynau aus ihrem Vaterland vertrieben worden. Hr. Osborne (nicht mit dem berühmten Parlamentsmitglied zu verwechseln) meinte, wenn die Brauerknechte und Körner Haynau in die Enge getrieben hätten, so würden sie der Menschheit einen großen Dienst geleistet haben, in der Hölle würde er dann für seinen königlichen Herrn einen Platz haben bereit halten können re. Hierauf wurde eine englische Uebersetzung des „mourir pour la patrie" gesungen, dann drei Groans für Haynau, drei Groans für die Times und Morning Chronicle, drei Cheers für Kossuth und Ungarn, drei Cheers für die „geworfenen" französischen Republikaner, drei Cheers für die deutschen, italienischen und polnischen Patrioten, und endlich, unter großem Beifall, drei Cheers für die Arbeiter der Barclay- und Parkins'schen Brauerei ausgebracht. (D. Z.)

Eine seltsame Aufregung herrscht seit einigen Tagen in der von Arbeitern bevölkerten Vorstadt St. Antoine in Paris. In einer der Straßen der Vorstadt hat sich ein Apotheker etablirt; er hat seinen Laden kampfermäßig angestrichen und auf diese blendende Farbe mit großen Buchstaben geschrieben! „Brüderliche Pharmacie, Solidarität der Hülfsleistungen, unentgeltliche Arznei für die Armen, unentgeltliche und demokratische Consultationen, System Raspail's des Volksfreundes." Diese Aufschriften sind mit phrygischen Mützen, Rädchen und andern sozialistischen Emblemen umgeben; im Innern aber ist Alles, Tische, Laudenbank Bürste, Büchsen scharlachroth angestrichen. Alle Weiber der Vorstadt strömen dieser gefährlichen Apotheke zu und die übrigen Pharmacieen sehen sich von ihren Kunden verlassen. Natürlich bekommt man auch die gefährlichste Medicin nicht ohne Bezahl.

Neuestes.

* Würzburg, 17. Sept. Se. Excellenz der Hr. Staatsminister v. Zwehl ist hier angekommen.

Augsburg, 14. Sept. Se. Maj. der König von Sachsen traf gestern Mittag hier ein, dinirte in der Restauration des Eisenbahnhofes und setzte mit dem gewöhnlichen Zuge nach Kaufbeuren die Reise nach Hohenschwangau fort; dort wird der König einige Tage verweilen und sich sodann nach Possenhofen begeben, wo sich seine Gemahlin bereits befindet.

Aus der Pfalz, 15. Sept. Der bekannte Pfarrer Bertmann wird nach Amerika auswandern. (Pfälz. Z.)

Frankfurt, 16. Sept. Hr. Minister Hoffenplug ist heute früh um 3 Uhr hier eingetroffen. Es scheint sonach die von dem Dasseldorfer Correspondenten gegebene, im heutigen Hauptblatt der „Oberpostamtszeitung" veröffentlichte Nachricht einer Berichtigung zu bedürfen. — In Bockenheim sind wehrere Ministerialbeamte aus Kassel angekommen. (H. Z.)

Dresden, 13. Sept. Die erste Kammer hat heute gegen 10 Stimmen die Aufhebung der bestehenden Schwurgerichte entschieden.

Berlin, 12. Sept. Nach einer zugegangenen Mittheilung figurirte u. A. unter der Bande, welche den Gesandten auf 16 demokratische Weise in London überfiel, der bekannte, wegen Betrugs hier durchgegangene und steckbrieflich verfolgte Assessor Lindau sehr thätig; Beweis genug, von welcher Seite diese englische „Volksdemonstration" ausging.

Der Hauptthema der Berliner Blätter bilden die kurhessischen Dinge. Während die Spenersche Zeitung die unglückliche Lage dieses Landes lediglich als eine Folge des ersten Abfalles von der Union (!!) erscheinen läßt, verlangt die „Const. Zeitung," daß Preußen in Hessen einrücken soll, um deutsches Recht zu wahren.

Die „Kreuzzeitung" kann aber ihre eigentliche Stimmung über die kurhessischen Zustände nicht lange zurückhalten. Sie hatte allerdings, meint sie, gewünscht, daß die Regierung von Hand aus weniger hastig und eigenmächtig gegen Wirth gegangen wäre, doch da dies einmal geschehen, so könne sie nur wünschen, daß die Regierung selben Schrittes auf dem betretenen Wege weiter gehe.

Freiburg. Im katholischen deutschen Bezirk protestiren die Gemeinderäthe und Schulmeister gegen die Einführung der Schweizergeschichte von Zschokke und ähnlicher Bücher, unter Androhung die Kinder nicht mehr in die Schule zu schicken.

Florenz, 9. Sept. Die Ministeränderung ist heute erfolgt. Der Senator Lami ist zum Justizminister und der Staatsrath Bologna zum Minister der geistlichen Angelegenheiten ernannt. Der Großherzog hat ringerweigt, 25,000 Lire Entschädigung an die in Livorno anfässigen englischen

Kaufleute zu zahlen. Somit wäre die Entschädigungsfrage erledigt. (F. D.-B.)

VI. Oeffentliches Schwurgericht von Schwaben und Neuburg.

Fortsetzung der Untersuchung gegen Dr. Heinrich F. A. Heinselmann, prakt. Arzt zu Bamberg, wegen Hochverrathes: Nun, meine Herren, haben Sie die höchst traurige Erscheinung, daß seit dem Entstehen der rheinischen Bundesakte, an dessen Spitze der Usurpator Napoleon stand, deutsche Völker auf deutschen Boden einander bekriegten und unser liebes Vaterland verheerten. Die Kriege der Jahren gegen Oesterreich in Preußen in Rußland, von und Bayern selbst mitgeführt, haben die Verwüstung Deutschlands voll gemacht, es ist ein Jammer, wie viel Hunderttausende der wohlhabendsten Bürger von ihren eigenen Mitbürgern zu Grunde gerichtet, und an den Bettelstab gebracht worden sind. Meine Herren! Solche und ähnliche Sachen hieß ein, man schämte sich unter einer Zwingherrschaft zu stehen, die zugleich in grause Tyrannei ausuarten schien. Die Völker stemmten sich der Erniedrigung ihrer eigenen Fürsten entgegen, für die der edle Volkscharakter jede Stunde bereit war, Gut und Blut zu opfern, die Fürsten sahen es ein und applaudirten zwar vor Jahren durch Zuruf an das Volk: „Völker steht auf, rackt euch, schafft euer einiges Deutschland wieder, wir alle stehen mit euch, wir alle wollen mit euch fallen.“ Die Völker folgten und an deren Spitze zunächst unsere begeisterte Jugend. Man opferte Alles, all seine Habe und Gut für einen großen und einen edlen Zweck und die Wahlstätten an der Katzbach bis nach Arcis sur Aube sind Blutzeugen dessen, was die Deutschen damals gethan. Der denkwürdige Tag des 18. Oct. 1813 ist es, an dem Zwingherrschaft der Franzosen gebrochen wurde. So wie ein Jubel in allen Herzen durch alle Gauen ging, so leuchtete auf jedem Hügel, auf jedem Berge Freudenfeuer empor zur Verkündung und zum Zeichen, daß eine Morgenröthe angebrochen, daß Deutschland wieder aufsteht von seiner Qual, von seiner Schande, seiner Zerstückelung, vom Verrath. Meine Herren! Selbst der Kaiser von Rußland und der König von Preußen haben im Jahre 1815 in Kalisch ausgesprochen: „Das war von den Deutschen gut gehandelt. Nun soll aber Deutschland aufersthen, es muß aufersthen als ein Staat, nur mit verjüngter Kraft, gegenüber dem früheren, altmodischen, deutschen Staat.“ Nun, was war die Frucht dieser Anerkennung? Die Frucht war, wie Ihnen Dr. Heinselmann heute bewiesen, die Bundesakte und der Bundestag vom Jahre 1815. Haben die Fürsten in Wien, die die Bundesakte schufen, oder hat nur einmal der Bundestag in Frankfurt die 45 Millionen Menschen gefragt, was sie wünschen, was ihr Interesse sei, man hat es wahrscheinlich vergessen. Demungeachtet hat die Bundesakte reripochen, allen Stadten eine liberale, dem Zeitgeiste entsprechende landständische Verfassung zu geben. Manche der Staaten erhielten die Verfassung, wieder andere aber gar nicht und selbst die gegebenen Verfassungen waren — dieß Zeugniß gibt die Geschichte — nur Schimmerfassungen, sie waren nichts Anderes als Schein, nichts Anderes als ein Waffenstillstandsvertrag zwischen dem Liberalismus und Absolutismus. Ich rücke näher der Entwicklung. Das Jahr 1832 und die dort entstandenen Bundesbeschlüsse bilden den Höhepunkt der Gewalt, die sich damals regte gegen unsere Verfassungen, insbesondere die der Würtembergser und Bayern, unter polizeiliche Aufsicht gestellt, und man hat von dieser Zeit an mißliebige Aeußerungen und Beschlüsse der von uns frei nach dem Volkswillen gewählter Vertreter mißachtet, und diese in Kerker und Elend geschickt. Ich danke es im Namen der deutschen Nation, daß wir doch unsere Fürstämpfer hatten, ich danke es ihnen insbesondere, den Fürstämpfern in Würtemberg, die uns immer auf ein Jahrhundert vorausgegangen sind; diese Fürstämpfer bitteten immer die Fontanelle des kranken Organismus, erhielten seine Eiterung und vermittelten im Tuchgangsmasse die Gesundheit, und diese Gesundheit sollte anbrechen, nachdem der Umwille der Völker im Jahre 1848 sosbrach, der ganze Himmel, der ganze politische Horizont sich verdunkelte und ein Blitzstrahl in uns hineinfuhr, der überall zündete, weil er des Zunstoffes in Masse hatte, und nun bin ich angelangt bei der Revolution. Ich frage nun, meine Herren, wer hat verhindert, dem ermüdeten möchte ich Sie nicht: Was hatten die Völker damals gewollt? Die Völker, meine Herren, schämten sich vor ihren Fürsten, die Fürsten vor ihren Völkern, die einzelnen Völker schämten sich vor den anderen ob ihrer Unthat, man schämte sich, wenn man auf Messen ging, in Frankreich, in England oder sonst wo zu Jemand: Ich bin ein Bayer, ein Sachse, ein Franke, ja schamen muß man sich, zu sagen: „ich bin ein Deutscher!“ Wo Alles durch Polizeivorschriften und durch Schlagbäume gehemmt war, da sagte sich jetzt ein Auflblühen und dadurch ein ebenvorsichtes, einiges Leben, da wollte man Gesetze im Innern, wo jeder Bürger dem andern gleich ist, Abschaffung von Vorzügen, die auf Rechnung der Rechte des Volkes gehen, endlich eine Anerkennung nach Außen, weil man sich schämte, daß 45 Millionen Menschen, die größte Nation auf der Welt, die Nation, von der alle Nationen gelernt haben, und noch zu lernen angewiesen sind, nach Außen doch keine Macht hatten. Wenn das Volk einen solchen Drang fühlt, dann will es auch einig und fest dastehen nach Außen. Die Forderung war ein Staat, wie der Kaiser von Rußland und der König von Preußen im Jahre 1815 gesagt, nur verjüngter als vor Jahrhunderten, nun noch viel verjüngter, als es zur Zeit des gestorbenen, und wie Dr. Heinkelmann sagt, wieder aufgewachten Bundestages war. Das, meine Herren, wollten die Völker, und die Fürsten haben nachgegeben; ich will nicht sagen, ob aus Zwang oder aus Furcht, ich nehme das Letztere an, aus voller, besserer, ehrlicher, inniger Ueberzeugung.

(Fortsetzung folgt.)

Der Kaiserlich-Oesterreichische Präsidialgesandte eröffnete zu Frankfurt, 2 Sept. die Sitzung der Bundesversammlung mit folgendem Vortrage: Präsidium begrüßt mit Freuden die hohe Versammlung an dem heutigen feierlichen Tage, an welchem die, durch die Bundesgrundgesetze als unauflöslich erklärte, 72 Deutschen Bundes, als deffen bestandiges verfassungsmäßiges Organ seiner Willens und Handelns bezeichnete Bundesoberfammlung ihre seit mehr denn 2 Jahren unterbrochen gewesene Thätigkeit wieder aufnehmen soll. — Die Gründe, welche den Kaiserlichen Präsidialgesandten bewogen haben, sämmtliche Bundesgesandtschaften auf den 2. M. nach Frankfurt zu einer Bundesversammlung in ihrem vollen Umfange einzuberufen, sind zu allgemein bekannt, als daß sie wiederholt zu werden brauchten, auch hat derselbe dadurch nur der einstimmig ausgesprochenen Ueberzeugung der auf den 10. Mai v. J. einberufen gewesenen außerordentlichen Plenarversammlung Rechenschaft getragen. — Präsidium fühlt sich verpflichtet, den bereits hier vertretenen Bundesgenossen, Namens seiner hohen Regierung, die volle Anerkennung für ihre bundesgetreue Mitwirkung auszudrucken und gibt sich der sicheren Hoffnung hin, daß auch die übrigen Bundesgenossen hier an der gemeinsamen Verfolgung in nächster Zukunft entsprechen werden in gerechter Würdigung der ernsten Gefahren, welchen der Bund selbst durch die Fortdauer der gegenwärtigen Spaltung ausgesetzt wird, und der großen Verantwortung, die sie hierdurch übernehmen würden. — Wenn Präsidium in Folgedeß auf den 1. d. Mts. laufenden Einberufung der hohen Versammlung, dieselbe erst mit dem heutigen Tage eröffnet, so geschah es in schuldiger Ehrfurcht vor dem bisher immer von der hohen Versammlung brobachteten Gebrauch, den Tag des Herrn heilig zu halten, und daffelbe schmeichelt sich hierdurch der Absicht der hohen Bollmachtgeber, sowie dem Wunsche der hohen Versammlung selbst entsprochen zu haben. — Wichtige u. dringende Geschäfte werden den ganzen Eifer und die volle Thätigkeit der hohen Versammlung in Anspruch nehmen, denn nicht der Regelung und Leitung der tausenden Angelegenheiten des Bundes ist dieselbe, nach der feierlich und einstimmig ausgesprochenen Absicht hohen Bollmachtgeber, berufen, die Revision der Grundgesetze des Bundes selbst in Angriff zu nehmen. Diese Grundgesetze haben sich, wo sie sich von allen Regierungen angestrebte und beabsichtigte Lösung der leider noch obschwebenden Streitfragen mit vereinten Kräften und in Verfolgung derselben Bahn zum wahren bleibenden Wohle des gemeinschaftlichen Vaterlandes und seiner Völker, zu erhöhter Macht und Ehre Deutschlands erreicht sein wird. — Sollte dem flüchtigen Beschauer es auch erscheinen, als hätte durch Berufung des Kaiserlichen Präsidialhofes am 10. Mai d. J. zusammengetretene außerordentliche Plenarversammlung in ihrer beinahe viermonatlichen Thätigkeit den gehegten Hoffnungen durch die erlangten Resultate nicht entsprochen, so wird eine gründlichere Prüfung gewiß, ohne Uebereilschätzung, zu einer günstigeren Beurtheilung führen. Die hohe Versammlung hatte nur ein Ziel vor Augen, das wahre Wohl der gemeinschaftlichen Vaterlandes, die Verfohnung und Ausgleichung der leider noch bestehenden hinderlichen Ansichten — nicht die Erweiterung und Befestigung der obschwebenden Spaltung. Diesem erhaben Ziele opferte sie alle leicht zu erringenden aber vorübergehenden Siege und verfolgte ihren Weg ruhig und beharrlich, aber unsichtig und in vorsichtigstem Gleise. Niemand wird aber längeren Bestand, daß die redlichen, männlichen Bestrebungen in dieser Beziehung nicht ganz fruchtlos gebliehen sind. Die allgewaltige Macht des Rechts und der Wahrheit hat sich vielfeitig mehr und mehr Bahn gebrochen, und wenn das schnlich erstrebte Ziel auch noch nicht erreicht ist, so ist doch dergrundste Hoffnung, daß dasselbe in nicht mehr allzuweite, unabsehbare Ferne sei. — Präsidium ist der sichern Ueberzeugung, daß die hohe Versammlung auf der betretenen Bahn festen Schrittes und unbeirrten Muthes verharren werde, gestützt auf ihr gutes Recht und gestärkt in ihrem wohlgemeinten Wirken durch die Billigung der Welt. — Was auch immer die Resultate sein mögen, die hohen Bollmachtgeber werden sich wenigstens das befriedigende Zeugniß geben können, das Ihrige gethan zu haben und mit Beruhigung die Beurtheilung ihrer Handlungsweise für das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes und der ihnen vertrauenden Völker der Mit- und Nachwelt überlassen können.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Fabr.

Getreidepreise.

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 14. Sept.
Weizen 13 fl. 38 kr. Korn 8 fl. 35 kr.
Gerste 7 fl. 54 kr. Haber 4 fl. 14 kr.

Der Lavrerin K....l.... bei J. St... erkläre ich, wenn sie sich nochmals erkühnt, die Ehre der A. W. auf eine so niedrige Weise anzutasten, wie sie solches in Effetbach öffentlich getha, gerichtlich zu belangen, um so mehr, da ihre Verläumdungen sich noch auf 2 andere ehrenwerthe Personen dahier sich verbreiteten.

R.... r.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrannhofe 2. Bitte. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 224. Würzburg, Mittwoch den 18. September. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 16. Sept. Se. Maj. der König haben Sich unterm 10. d. M. allergnädigst bewogen gefunden, auf die erledigte zweite Revisionsbeamtenstelle am Hauptzollamte Nürnberg, den bisherigen Revisionsbeamten, Friedrich Grossner zu Machtheil, in seiner provisorischen Eigenschaft zu berufen, und die bei der Bauinspektion in Kissingen erledigte Stelle eines Kondukteur dem geprüften Baupraktikanten und bisherigen Verweser derselben, Ludwig Raimer aus Kempten, in provisorischer Eigenschaft zu verleihen.

München, 17. Sept. Se. Maj. der König haben Sich unterm 13. Sept. allergnädigst bewogen gefunden, auf die bei dem Wechselgerichte erster Instanz zu Schweinfurt in Erledigung gekommene erste Rathsstelle den zweiten Rath Joseph Weber vorrücken zu lassen, und zum zweiten Wechselgerichtsrathe den dortigen Kreis- u. Stadtgerichts-Assessor Christian Ferdinand Wilhelm Cramer zu ernennen.

Der Vorstand der Gerichts- und Polizeibehörde Rothenfels, Georg Hacker, wurde taxmäßig quiescirt und an seine Stelle der permalige Landgerichts-Assessor Franz Wanzleimer zu Würzburg ernannt.

Die Justiz des Radicalismus.

Es ist Mode geworden, die Gerechtigkeit wirklich blind zu machen, wenn politische Verbrecher sie vorgeführt werden. Aufruhr, Diebstahl, Raub von Staats- und Privatsaffen, Mord bescholten die Jahre 1845 und 1849; von einem Walten der Gerechtigkeit gegen die Schuldigen dort man nichts oder spärlich etwas, dagegen viel von Freisprechungen der Angeklagten, von Triumphen der Schuldigen, die sich in Folge ihrer Lossprechung feierten. — Man kann daher wohl sagen, daß die Justiz in Deutschland hatte eine Schonwehr für politische Verbrecher geworden ist. In der Schweiz ist es anders, allein noch viel schlimmer; da ist sie ein Mittel der Verfolgung gegen die Schuldlosen, ein Mittel zur Befriedigung der Rache, zur Ausübung der unerhörtesten Despotie geworden. Die Gerichte von vielen Cantonen, namentlich in Luzern und Freiburg, sind mit den wüthendsten und schlechtesten Parteigängern besetzt, welche keine andere Aufgabe kennen, als ihre Gegner zu verurtheilen. Die Sache ist an einigen Orten so arg, daß, wenn nur von einem conservativen Advokaten eine Streitsache verhandelt werden wird, man sicher sein darf, daß sie verloren ist. Eine conservative Partei ist vor diesen Gerichten vollständig rechtlos. Dieser schändliche Mißbrauch der Justiz tritt nicht etwa blos bei den untergeordneten Gerichten, bei den gemeinen Parteigängern ein, sondern er ist von den obersten Behörden, den gegenwärtigen Bundesbehörden ausgegangen: der Hochverrathsprozeß, von dem wir nun sprechen wollen, ist ihr Werk. — Dieser Prozeß wird nun seit beinahe 3 Jahren dahingeschleppt, 2 Jahre hielt man ihn schlafen; man fand nichts mehr zu untersuchen, weil man im Besitze aller Acten des Kriegsrathes war, man fand aber auch keinen Stoff zur Anklage. So hielt man ihn schwebend als ein Mittel zur Verfolgung gewisser Personen. In der letzten Versammlung des Nationalrathes wagte es endlich ein Radikaler selbst, auf das Schmähliche eines solchen Mißbrauchs der Justiz aufmerksam zu machen, und verlangte Beendigung des Prozesses. Die übrige radikale Partei wußte offen diesem Antrage nicht entgegen zu treten, und so wurde dem Bundesrathe Beschleunigung des Prozesses empfohlen. — Was dieser nun that, wissen wir nicht; bemerkbar ist nur die Publikation einer Art von Anklage in Nr. 210 der „Allg. Zeitung" von Augsburg, welche offenbar vom Verhörrathe selber verfaßt ist. In dieser wird nun behauptet, daß die Mitglieder des ehemaligen Kriegsrathes der sieben katholischen Cantone des Verbrechens des Hoch- und Landesverraths oder wenigstens eines Versuches sich schuldig gemacht haben. — Es ist wahrhaft lächerlich, wenn man die Anklageakte liest. Sie werden das ofmalige Uebrigbehren des Präsidenten des Kriegsrathes mit Gesandten fremder Mächte, der Ankauf von Waffen die Verhandlung von einer unbedeutenden Summe Geldes als Beweise des Landesverraths citirt. Ein besonders großes Gewicht wird auf ein angeblliches Schreiben an den öfterr. Gesandten vom 15. Nov. 1847 gelegt, worin die Erwartung ausgesprochen wird, daß Oesterreich die Einführung der rechtlichen Ordnung die getroffenen Maßregeln zur Abwendung der Unterdrückung in Schutz genommen werden möchte, wird kein parteiloser rechtlich gesinnter Mensch ein Spur von etwas Unerlaubtem finden; jeder Staat und jedes Individuum hat das Recht, zu existiren, und wenn es auf dieses sein Recht sich beruft und laut den Wunsch kund gibt, gegen diejenigen, welche seine Existenz bedrohen, geschützt zu werden, so kann nur politischer Wahnsinn darin ein Verbrechen sehen. Allein es ist gar nicht so bezweifelt, daß, wenn ein solcher Brief wirklich existirte, die schwerzer Radikalen darin den vollständigsten Beweis des Landesverrathes erblicken. — Dieser Brief jedoch ist gar nicht vorhanden, sondern er ist blos eine elende Denunciation eines Ganzleedamten, welcher den eidg. Commissarien gleich nach dem Einzug der Truppen in Luzern einen ganzen Koffer voll hier überreichte, von welchem er behauptet, daß er eine Copie jenes Briefes enthalte. Weder Original noch Concept des Briefes sind vorhanden. Eine solche Denunciation, die ohne allen rechtlichen Werth ist, ist jedoch in den Augen unserer radikalen Machthaber ein — Beweis. Das zweite Aktenstück, womit man zur Zeit großen Larmen gefchlagen hat, und das jetzt ebenfalls als ein Beweis des Hochverrathes gegen die Mitglieder des Kriegsrathes aufgeführt wird, ist ein Projekt zu einer neuen Cantonseintheilung der Schweiz, welches die Sonderbündner Hrn. Schultheiß Siegwart tragen soll. Ob das Projekt von diesem herstammt oder nicht, ist in der Sache gleichgültig, da es erwiesene Thatsache ist, daß in den Protokollen des Kriegsrathes mit keiner Spibe desselben Erwähnung gethan wird. Nehmen wir also selbst an, Hr. Siegwart habe wirklich solche Pläne einer Neugestaltung der Schweiz mit sich herumzutragen und sie auf das Papier gebracht, so liegt darin nicht einmal für ihn ein Verbrechen, denn in Lange sein Versuch zu deren Ausführung gemacht wird, sind sie weiter nichts, als eben zu Papier gebrachte Gedanken, über welche er keinem Menschen Antwort schuldig ist. Daß sie nur solche Gedanken waren, daß hier liegt der Beweis darin vor, daß sie von dem Kriegsrathe nie beforchen wurden. — Es gehört die Unverschämtheit eines schweizer Radikalen dazu, sagen zu können, daß jene Gedanken oder Pläne einer Dritten verantwortlich machen zu wollen, wie dieses in der berührten Einsendung in der „Allg. Zeitung" geschieht, wo dieser Papierfetzen von der Hand Hrn. Siegwart's als ein Beweis des Hochverrathes gegen sämmtliche Mitglieder des Kriegsrathes aufgeführt wird. Um das Justizverfahren in der Schweiz noch mehr zu charakterisiren, wollen wir auf diesen Prozeß noch einige Züge hervorheben. Es darf nicht vergessen werden, daß dieser Prozeß auf Befehl der Zwölfmennerbehörde der Tagsatzung angehoben und dessen Fortsetzung von den jetzigen anbefohlen wurde. Man kann also nicht sagen, es sei blos eine Schandlichkeit, die einer Cantonsbehörde oder einem untergeordneten Beamteten zur Last fällt, sie sind Geschöpfe der Bundesmatadoren. Der Bund von 1815 nannt der Tagsatzung gar den Gerichtsstand ein; darum schwerte sie über die Zwölfmennerei nach Beendigung des Krieges nicht, und befahl die Aufhebung dieses Prozesses durch die Gerichte von Luzern. — Es verdient bemerkt zu werden, daß man gerade die Gerichte von Luzern hiefür auserkor; man kannte dieselben und wußte, daß eine Anklage einer Verurtheilung bei denselben gleichkommt, daß es nicht möglich ist, eine schändlichere Justizbehörde aufzutreiben. — Als Untersuchungsrichter wurde ein katholischer Aargauer Derrichter gewählt, welcher sich besondere Verdienste um den Radicalismus durch seine Heuchelei, seine tiefste Liebe früher für die Kirche, und Verrath der Klöster und Katholiken im Aargau, erworben hatte. Es ist ein Mann ohne alle wissenschaftliche Bildung, ohne Kenntniß, aber von einer gewissen Routine, von einer unverschämtesten Verschmitztheit und, was die größte Empfehlung war, von einer ganz vollendeten Gewissenlosigkeit. — Eine der ersten Handlungen dieses Mannes war, daß er zwei junge Männer, welche als Sekretäre des Kriegsrathes bisweilen fungirt hatten, als Zeugen vor die Schranken lud, und sie dann ins Gefängniß warf. In diesem, wo sie nur die ärgsten Verbrecher, wie Mörder und Räuber, behandelt wurden, hielt er sie 50 Tage schmachten, ohne auf ihre Reclamation Rücksicht zu nehmen, vielmehr hatte er die Frechheit, beiden ins Gesicht zu sagen, daß, wenn sie nicht mehr angeben, als es bisher der Fall gewesen sei, er sie noch länger behalten werde, bis man mürbe machen werde. Der größte Schändlichkeit ist selber in öffentlichen Blättern dem seilen Werkzeuge der Tyrannei von den Betreffenden vorgeworfen worden, ohne daß dadselbe etwas Anderes that, als wie ein nasser Pudel sich zu schütteln. — Einen dritten Sekretär, welcher aber außer seiner Gewalt war, verfolgte er als Schuldigen. — Von

den Angeklagten, die sich stellten, wurde Keiner ins Gefängniß geworfen; es waren nur die unbedeutendern Mitglieder des Kriegsrathes; im Gegentheil wurden sie sehr höflich behandelt und mit allen möglichen Juredeu aufgefordert, gegen gewisse Personen Angaben zu machen, wobei ihnen für ihre Person eine sichere Strafosigkeit in Aussicht gestellt wurde. Wäre einer der bedeutendern Mitglieder in die General-Acten der Verhöre gekommen, weiß der Himmel, welches Schicksal ihm unbereitet worden wäre. Welchen von den Lesern dieses Artikels wird nicht ein Schauer durchrieseln bei dieser wahrhaften Schilderung der radicalen Justiz in der Schweiz! Wenn man bedenkt, daß diese Justizmörder der Schweiz theilweis die Lehrer, theilweis die Lehrlinge der Herren Bersezler gethan sind, daß sie mit Gesinnung, Gewissenhaftigkeit, Scham nicht besser, als die deutschen radicalen Schreier bestellt, diese vielleicht noch etwas rohee sind, weil sie die Routine nicht haben, wie jene, so mag man daraus erkennen, welches Schicksal Deutschland zu erwarten haben würde, wenn je die deutsche Revolutionspartei zur Herrschaft kommen sollte. Wir sagen nicht zu viel, wenn wir behaupten, daß eine Wiederholung der Greuel der französischen Revolution leicht möglich wäre, und daß der Ungeborer, die Millionen Köpfe wie Heinzen verlangen, bei einem Siege Tausende und Tausende aufstehen würden.

Deutschland.

München, 16. Sept. Sichrem Vernehmen zufolge tritt von Seite der kgl. Staatseegierung in dem Tarif für den Gebrauch des Telegraphen vom 1. Oktober an eine bedeutende Minderung ein.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 14. Sept. Der Oberbefehlshaber, Generallieutenant Bauer, hat noch gestern Abend durch öffentlichen Anschlag bekannt machen lassen, daß der Kurfürst den Sig der Regierung bis auf Weiteres in den Bezirk Hanau verlegt habe, womit das Ihnen schon gemeldete Gerücht also seine Bestätigung erhalten. Nach der Verfassung ist ein solcher Ortswechsel völlig zulässig, indem dieselbe nur bestimmt, daß der Sig der Regierung nicht außer Landes verlegt werden darf. Zu vielen triumphirenden Gesichter sangen aber nunmehr schon an, ernste Zuge anzunehmen, denn Niemand kann sich verhehlen, daß mit der Entfernung des Kurfürsten und seiner Minister der politische Schwerpunkt des ganzen Landes ebenfalls der Stadt Kassel genommen ist. Die Nachsichten auf die mattersichen Interessen einer alten Residenzstadt, von denen im Schwunge des ersten Enthusiasmus selten die Rede ist, werden schon wieder Gegenstand der politischen Unterhaltung; man erinnert sich, wie oft man es früher beklagt, dem verstorbenen Kurfürsten einen Vorwand zur Entfernung von Kassel gegeben zu haben. Dazu kömmt noch die Besorgniß vor fremder Intervention, wovöber ältere besonnene Leute, welche den Druck von fremder Einquartierung noch aus früherer Zeit kennen, sehr bedenklich den Kopf schütteln, eine Besorgniß, welche freilich von einer Partei perfectirt wird, welche lieber heute, als morgen, preußisch werden möchte. Wenn es dieser Partei nachginge, so hätte der permanente Landstandische Ausschuß nichts Eiligeres zu thun gehabt, als die Lösung unserer Angelegenheiten in die Hand des Königs von Preußen zu legen, was nach ihrer Meinung durch die Annahme des Union sbeschlusses gerichtet hatte geschehen können. Dieser Plan scheitert jedoch an den drei Mitgliedern von der demokratischen Partei, welche die Majorität des ständischen Ausschusses bilden. Weder Bavhoffer, noch Kellner, noch Grabe werden jemals zu einem Verbrechen an der nationalen Selbstständigkeit eines alten Volksstammes die Hand bieten. Seitdem man aber hiervon Gewißheit erlangt, ist auch auf einer gewissen Seite schon eine Art von Mathlosigkeit eingetreten, indem man nach und nach darüber ins Klare kommt, daß, wenn Preußen an Hessen seine materiellen Eroberung machen kann, seine Regierung auch nicht für Unterstüzung eines Preinges sich bereit finden lassen wird, dessen Durchführung sie in den eigenen Landen einen so bedarrlichen Widerstand entgegengesetzt hat. Steuerverweigerung und Beamtenwiderstand sind Dinge, die bei der preußischen Regierung wenig Sympathie finden dürften.

(C. B.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Helsteln, 9. Sept. Man denkt hier allgemein, es müsse in Balde eine entscheidende Schlacht vorfallen. Als Grund nimmt man die drohende Stellung der Heere einander gegenüber an, und glaubt auch voraussegen zu können, daß Wassen sammt der ganzen Generalität seit entschlossen sei, bei erster bester Gelegenheit einen Hauptschlag zu thun, jedenfalls nicht ohne einen solchen vom Kampfplatze abzutreten; denn die Ehre fordere, daß die ersttreffen Truppen diesen Vortheil werden. Sehr Viele sind überhaupt der Meinung, „an ein Abtreten vom Kampfplatze", d. h. an Frieden sei noch lange nicht zu denken, denn man wolle von seiner Seite nachgeben, und eine Intervention werde auch leicht stattfinden können. Eine russische oder englische Flotte in Deutland einmal nicht zugegen; soviel Ehrgeiz muß man ihm doch noch zutrauen; und eine deutsche werde ganz Deutschland in Flammen segen; ja sogar jedes deutsche Armeecorps, welches auch hierher kommandirt werden sollte, würde zu unserer Armee übergehen. Kurzum, heroische Aussichten. Auf die Gefahr einer Insurrection des deutschen Volkes und des Treubruchs des deutschen Militairs, scheuet man sich nicht, hinzuweisen! Allein Gottlob! ich glaube nicht, daß die Aussichten ganz so unfreundlich sind. Ich glaube nicht, daß Wassen „seit entschlossen ist," noch einen „Hauptschlag zu thun". Eine ein sehr mäßige Person hat unlängst geaußert: „Was es helfen konne" — Freilich drange die Stattha lterschaft vorwärts." Wollte ich hierauf als auf eine persönliche Meinung auch nicht viel Gewicht legen, so muß ich doch die Frage widerholen: „Was kann es helfen?" und ich müßte an der gesunden Einsicht der Statthalterschaft verzweifeln, wenn sie die Vollgültigkeit dieses Einwandes nicht zugebe. Er hat eine doppelte Bedeutung: „Uns wird der Friede doch dikkirt werden." Ich halte Beides für wahr. Konnte unsere Armee den Dänen nicht Stand halten in einer so vortheilhaften Position, als bei Idstedt, so wird sie gewiß auch im Stande sein, dieselben aus ihren sehr festen Verschanzungen in Schleswig zu treiben, und wenn sie auch um die Hälfte vergrößert wäre. Mögen auch Zufälligkeiten und Mißgriffe bei Idstedt mitgespielt haben, so räumen doch Alle ein, daß die Dänen den Vortheil an Zahl überlegen waren und an Tapferkeit nicht nachstehen. Diese Dinge stehen nach wohl Gewalt haben, sich zu hüten, daß er eine zweite Scharte empfange, statt eine erstittene auszuwezen. Drohende Stellungen und kleine Vorpostengefechte dienen dazu, sowohl den Geist des Militairs, als auch die Thätnahme des Volkes rege zu erhalten. Sollte dennoch die Statthalterschaft in der That vorwärts drangen, — freilich, sie würde von der neuen Landesversammlung, die in Kiel wieder zusammengetreten ist, und heute ihr Werk mit Anhörung einer Landtagsrede begonnen hat, unterstüzt, zu Verrichtungen, welche zu verrichten werden, in dem dieselbe überwiegend demokratisch sein soll, — allein es wäre furwahr nicht abzusehen, was sie wolle, und woranf sie baue? Etwa auf anderordentliche strategische Fehler der dänischen Heerführer? oder etwa auch auf eine allgemeine Insurrection Deutschlands? Ich wollte ich unterlassen, sie sei an die Gerechtigkeit der Sache so orthodox glaubig, daß sie auf besondern Beistand des Himmels baue! Gewiß sind die Statthalter, namentlich Hevekinkel, viel zu ehrenhafte Charaktere, wolle sie auch allgemein gelten. Was ich vermuthe, ist dies, daß sie sowohl, als Wilisen, nur den Augenblick abwarten, wo der Frieden mit Dänemark durch den deutschen Bund ratificirt sein, und dieser durch Commissäre mit Ernst einschreiten wird; so lange suchen sie wahrscheinlich und hoffentlich nur durch Temostrationen die Schwierigkeiten zu vermehren, und den Notstand zu Lande hinzuhalten, und nach meinem Urtheile zum großen Nugen des Landes. Denn es würde dann die s. g. Pacificirung des Landes doch hoffentlich nicht den Dänen allein überlassen sein, sondern unter Mitwirkung der Bundescommission. In Schleswig ist dieselbe leider sie und da, freilich nach Verscheidenheit der waltenden Verhältnisse, nicht sehr pacifisch. Und in Holstein würde die Menge der Schreier, zu denen sich auch ein Theil des Heeres, namentlich die angeworbenen Freiwilligen schlagen würden, überdies noch strengere Maßregeln nothwendig hervorrufen. — Daß aber von Seiten Deutschlands wirklich Waffengewalt sollte angewendet werden müssen, um das schleswig-holsteinische Heer auszulösen oder zu verdueren, und das Land zur Ruhe zu bringen, das glaube ich nicht eher, als bis ich es erlebe. Thäte ein ernstes Wort der Commissare noch nicht die gewünschte Wirkung, die drohende Aufstellung eines Bundescorps, namentlich aus Oesterreichern, welche mit unserem Lande und unserer Armee noch nicht in nähere Beziehung gekommen sind, würde ohne Zweifel schon fruchten. (N. C.)

Unter den vielen über das Gefecht am 12. Sept. eingegangenen Berichten heben wir folgende aus: Rendsburg, 13. Sept. Ein Theil der Armee ist gestern bei Missunde gewesen und hat dort bei Verschanzungen recognoscirt, welche von den Dänen bei der Brücke angelegt sind. Die Truppen, speciell zu diesem Dienste beordert, gehörten zu der Avantgarde und waren 5- bis 6000 Mann start mit 20 Kanonen. Um 10 Uhr rückten sie von Hoslybunge aus und in schreklem Wetter zwischen 7 und 8 Uhr beim Wirthshause durch Damemdorf, Hütten und Oesterbye. Eine Viertelstunde hinter Oesterbye liegt Westerthal, und hier begann das erste Gefecht. Die Dänen lagen in Westerthal selbst und in einem kleinen Holze links ab. Sobald man ihre Gegenwart gewahr wurde, wurden Tirailleurs auf beiden Seiten ausgeschickt, die mit schnellem Schritt von Knicl zu Knicl eilten und in wenigen Minuten dicht vor dem Holze standen. Hier entspann sich ein lebhastes Kleingewehrfeuer das sich schnell auf der linken Seite ausdehnte bis nach Kochendorf. Da die Dänen das Holz hartnäckig vertheidigten, wurde Befehl ertheilt, es mit Gewalt zu nehmen. Unter lautem Hurrah wurde der Befehl vollzogen und die Dänen liefen, was sie konnten, aus dem Holze heraus und quer Feld ein nach Kochendorf. Hinter diesem Dorfe lagen drei Lager mit sehr kunstlich gebauten Hütten, in welchem eine dänische Brigade einquartirt war. Diese zog zurück, wurde aber verfolgt, es das Dorf so weit vorgegen, wurde aber sehr schnell gezwungen, sich auf dem Wege nach Missunde zurückzuziehen. Die Unsrigen folgten ihr so schnell wie möglich bis in die Schanzlinie der Schanzen der Brücke zu Missunde. Von diesen Schanzen wurden sie mit einem sehr heftigen Kanonen- und Gewehrfeuer, auf das Artillerie zu warten, welche durch die Dammung eines Baches aufgehalten war. Bald erschien sie jedoch und zog durch merkliche Lücken ihrer Gegenwart das feindliche Feuer auf sich. Sehr bald hörte sich das Gefecht in ein heftiges Geschüzfeuer auf, jedoch schossen auch die Jäger, die sich in die Häuser geworfen hatten, auf der Schlei herangeschlichen hatten, von da aus über das Wasser auf den Feind. Unter diesem fürchterlichen Kugelregen ging der General mit einem Theile seines Stabes vor, um die Vertheidigungslinien genau zu besehen. Es ergab sich, daß die Dänen hier eine sehr starke Feste errichtet hatten, welche alle Zeste nach der Brücke bestreichen. Eine dieser Forts soll sogar mit 20 Stück Geschüz von schwerem Caliber ar-

mirt sein. Auf beiden Seiten dieser Forts sind Aufwurfe fur Infanterie angelegt und an mehreren Stellen Schanzen fur die Feldbatterien. Zu der That, die Danen haben die Zeit benutzt und sich dermaßen befestigt, daß es unmöglich sein wird, sie von dieser Position ohne den allergrößten Verlust zu vertreiben. Diese Ueberzeugung ward bald gewonnen und da der Zweck des Vorgehens erreicht war, wurden Befehle gegeben, sich langsam zurückzuziehen. Kaum war der Rückmarsch angetreten, so rückten die Danen auch schon heraus. Man ließ sie ruhig herankommen bis nicht an die Chaussee zwischen Ekernförde und Schleswig; dort wurden sie von einer 12pfündigen Batterie empfangen und zwar mit großem Effect, so daß sie sich nach der Schlei zurückzogen. Die Truppen marschirten ruhig weiter und im Vorbeigehen wurden die drei dänischen Lager von einzelnen Leuten in Brand gesteckt. Diese soderten noch auf und erhellten den Weg auf mehr als eine Stunde weit. Auch die von den Danen zwischen Ekernförde und Missunde errichteten Schanzen wurden zerstort. Das Bivouac der Truppen wurde in einem Walde bei Missunde schlagen; in dem Orte selbst lag Oberst Gerhardt mit dem Stabe der Avantgarde. Das Hauptquartier wurde in Damendorf aufgeschlagen. Während man auf Missunde marschirte, ging ein kleines Corps auf Eckernsörde zu und trieb die Danen mit wenigen Schüssen aus der Stadt. Das Wasser aus beschossen die Befehlshaber der dänischen Fregatte und Kanonenböte die unglückliche offene Stadt mit Bomben und Granaten. Stunden lang hindurch wurde alle zwei Minuten eine Bombe hineingeworfen. Verwundet haben wir ziemlich viel, jedoch wenig Todte. (Nach einem andern Berichte der „H. B.-H." aus Kiel, 13. Sept., sind der Verwundeten verhältnißmäßig nur wenig.) Das 12. Bataillon hat wohl am meisten gelitten, doch fehlen die genauen Zahlen noch. Das Quartiermeister ist mehrer nach Nendsburg verlegt und die Truppen sind heute Morgen zurück nach Holzbunge marschirt.

Aus Südschleswig, 13. Sept. Eckernsorde wurde am 12. von 7 Uhr bis halb 10 Uhr Abends bombardirt; es geriethen dabei fünf Häuser in Brand. Ein großes Haltzager, unmittelbar an dem Lagerplatz der „Gefion" gelegen, wurde ein dem dänischen Capitan Faldenberg mit Beschränken angezündet, um auf diese Weise die Fregatte abzubrennen; diese konnte sich aber um etwa 50 Schritte zurückziehen und entging so dieser Gefahr. Darauf wurden Bomben auf die Fregatte geworfen, wovon jedoch keine zündete, sondern alle einige Leute verwundet sind. Der Plan des Generals Wilisen, die Danen aus ihren Positionen herauszulocken, ist erreicht; behauptet sollte das gewonnene Terrain nicht werden und daher ist auch Eckernsörde wieder geraumt, welches darauf sofort von den Danen besetzt worden ist.

Die „N. Pz. Ztg." bringt aus dem Hauptquartier Schulendamm folgenden Armeebefehl: „Ich danke der Armee für die in den Tagen vom 12. und 13. bewiesene Ausdauer und Tapferkeit. Alle Truppen, welche am Gefecht Theil genommen, haben ihre Pflicht gethan; die Armee wird immer kriegsfähiger. Die Tage sind nicht ohne schmerzliche Verluste gewesen; das 1. Bataillon hat durch seinen ruhmwürdigen Angriff auf den Brückenkopf von Missunde am meisten gelitten. Wir haben erreicht, was wir wollten: dem Feinde durch eine gewagte Unternehmung, die ihn aus seiner Stellung von Schleswig herauslocken sollte, die Schlacht auch in offenem Felde unter den günstigsten Bedingungen für ihn angeboten, haben ihm alle seine Verschanzungen und Lager im Osten von Eckernsörde, Holm, Knoberndorf und Dumvesseld zerstört, ihm gezeigt, daß er nicht so Herr in Schleswig ist, wie er es zu sein vorgibt. Ich sehe dem Bericht über die Truppen entgegen, um ausgezeichnete Tapferkeit durch Beförderungen zu belohnen. Schulendamm, 13. Sept. 1850. Der kommandirende General von Wilisen."

Hannover, 12. Sept. Unsern Lesern dürfte folgende Mittheilung eines hannoverschen Bürgers nicht uninteressant sein, da sie gewissermaßen einen Schlüssel zu dem schmachvollen Attentat, welches der Londoner Pobel sich gegen den österreichischen Feldherrn erlaubte, liefert. Einwanuter Fremder erzählt: Vor nicht langer Zeit befand ich mich in London und ließ mir unter andern Merkwürdigkeiten der Stadt auch die Barclayesche Riesenbrauerei zeigen. Nach vorgenommener Besichtigung ward ich in das Comptoir geführt, wo ich meinen Namen in's bortige Fremdenbuch, einem alten Gebrauche gemäß, eintragen mußte. Bei dieser Gelegenheit erkundigte sich einer von den dort befindlichen Commis bei mir nach der politischen Tagesgeschichte Deutschlands, namentlich nach Baden. Als ich mich nun in conservativem Sinne über die bortigen Verhältnisse äußerte, warnte mich mein Zuhörer vor fernerem ähnlichen Expectorationen und zwar aus dem Grunde, weil einer seiner Collegen ein Erzdemagoge, ein Republikaner von so penatrant rother Farbe sei, daß ich mich, wenn dessen Spirale einen solchen concentrirten Grad von Wuth und Lynnanthropie sichtbeiten ausfeste. Derselbe lasse sich bei dem geringsten politischen Impuls zu Excessen hinreißen. — (Wahrscheinlich hat jetzt dieser exaltirte Socialist im Parorismus bei seinen blinden Untergebenen als neuen movens gewirkt und in seiner Raserei einen Schmutzfleck auf das Wappen Britaniens geworfen.)

Oldenburg, 11. Sept. Mit der Nachricht, daß über die Succession unseres Großherzoglichen Hauses mit Dänemark verhandelt werde, hat es übrigens seine Richtigkeit. Der regierende Herr war an Herr von Bülow hier, der tägliche Conferenzen mit unserem Großherzoge hielt. Ob es der jetzige Bundestagsgesandte in Frankfurt ist, weiß ich nicht; es war ein ziemlich junger und wohlbeleibter Mann, mit dem ich selbst dann und wann einige Worte wechselte. Auch ist es wahr, daß damals das preuß. Cabinet sich sehr für das Zustandekommen dieses Arrangements interessirte. Der Plan war namlich folgender: Oldenburg sollte in Dänemark und den Herzogthümern sterederen, sobald der jetzige König von Dänemark das Krone niederlegte, sofort sollte Oldenburg enstehdigt werden. Weil aber Oldenburg und Kurhessen in seinem geographischen Zusammenhange liegen, so war es die Absicht Preußens, einen Austausch vorzunehmen: an Kurhessen das angrenzende Paderborn abzutreten und dagegen Oldenburg zu erhalten. Diese langgestreckte Kuste an der Nordsee wäre für Preußen allerdings ein bedeutender Gewinn gewesen. Unser Großherzog ist jedoch auf den Vorschlag in dieser Art nicht eingegangen; zur Succession in Dänemark und den Herzogthümern hat er sich freilich bereit erklart, zu gleicher Zeit aber verlangt, daß Oldenburg zu seinem Hause als secundo genitur verbleibe, so daß der Erbgroßherzog Dänemark und die Herzogthümer, unser Prinz Ettmer, der zweite Sohn des Großherzogs aber in Oldenburg nach seinem Ableben folge. Daraus erklärt sich, weßhalb Preußen jetzt von einer solchen Regelung der dänischen Erbfolge überhaupt nichts mehr wissen will, wenigstens erklaren wir uns hier in Oldenburg seine veränderte Stellung zu dem Londoner Protokolle auf diese Weise.

Amerika.

(Atlas.) Im nördlichen Texas, nicht weit von den Ruinen der alten Stadt Gran Quivira, hat man eine neue Gobiregion entdeckt, welche sich längst der ganzen Gebirgskette von den Quellen des Arkansas über Santa-Fe bis an den Rio Puerco zieht. Unermessliche Ausbohlungen am Fuße dieser Gebirgskette und die Trümmer großer Städte schreinen anzuzeigen, daß diese Minen einst von Tausenden bearbeitet wurden. Die geognostischen Formationen dieser Gegend sollen denen der californischen Goldregionen sehr ahnlich sein. Die Kunde von dieser Entdeckung hat eine voll-
ige Gahrung in die texanische Bevölkerung gebracht, und im Herbst sollen Ausnandersungen in Masse nach diesem neuen Goldlande stattfinden. Viele andere neue Entdeckungen der Art, in Australien, Venezuela, der Bega von Granada u. s. w. sind rasch in nichts verschwunden, und man darf alle Berichte der Art mit einigem Argwohn aufnehmen. So warnen auch die Pariser und Brusseler Regierungsorgane mit Grund von den vielen „kaiserlichen Gesellschaften", welche da und dort anstanden und dem Publikum fabelhafte Gewinnste versprechen.)

Vermischte Nachrichten.

Hr. Meyer, der Besitzer des bibliographischen Instituts in Hildburghausen, kündigt seine neueste Broschendebütlust mit einem Schwall von Redensarten an. „Bildung macht frei!" ruft er, „Bildung für Alle!" ist der Ausschrei der Zeit. „Bildung für Alle!" hallt's wider in den Thälern und Bergen. „Bildung für Alle!" ist der Zauberspruch, der das Sphynxrathsel der Gegenwart zu lösen vermag! hat; „Bildung für Alle!" ist die Arabeskaden aus dem Labyrinth der Gesellschaft; „Bildung für Alle!" ist das Heilmittel gegen Tyrannei von Oben und Unten. — Wenn der Geist höherer Bildung heraufschauen wird aus jeder deutschen Stube, wenn sich abspiegeln wird auf jedem deutschen Angesicht eine menschlichere Gestitung, dann erst wird die wahre Freiheit heimisch werden in Deutschland und ein ihrer würdiges Volk die Freiheit schützen. Einigt Euch in dem Rufe: „Bildung für Alle!" Fragt nicht den Widerhall Eurer Kruzgänge, fragt nicht Eure Priesterschaft, fragt nicht die Lenker jener Gesinnungsmesse, welche auf Diplomen und Doktorbriefen einherstolziren, fragt die Leute mit den Hanfsenzeln nicht, welche erschrocken ein Kreuz schlagen, wenn der Ruf ertont: „Bildung für Alle!" als wenn es ein Feuerruf der Empörung; fragt auch nicht darnach, ob die Hüter und Pfleger der Volksrohheit ein Anathema gegen mein Beginnen schleudern: — fragt einzig und allein die Stimme Eures Herzens, und prüft an Demjenigen, was ich Euch biete, ob ich die Mittel zum Zweck richtig erkenne und richtig gebrauche." Hr. Meyer ist beschieten. Bildung will er für Alle, für sich aber einen Groschen für jedes Heft und damit hat er unstreitig „seinen Zweck richtig erkannt."

Neuestes.

Breslau, 16. Sept. Gestern Abend hat der kgl. preußische Oberst v. Schichting von Frankfurt hier ein, und es marschirten seitdem alle im hiesigen Kreise stehenden kgl. preußischen Truppen nach dem, nahe an der großherzoglich hessischen Grenze zumeist Bunzlau belegenen Bivouac. Da aber die Dauer desselben nichts bestimmt ist, obgleich schon morgen früh die Feldmanöver beginnen, so liegt die Vermuthung nahe, daß diese Truppenmacht nach Umständen weiter verwendet werden dürfte. (B. D.-Z.)

Berlin, 14. Sept. Zwei Noten sind im Laufe dieses Monats — wie die N. Pr. Z. berichtet — von der diesseitigen Regierung dem kurfurstlichen Kabinet in Kassel übergeben worden, die eine, gleichlautend an das Kurfurstenthum, wie an das Großherzogthum gerichtet, bringt auf eine entschiedene Entschließung in Bezug auf den Austritt aus der Union, die anderte, erlassen unmittelbar nach dem Eintreffen der kurfurstlichen Verordnung vom 4. d. M., spricht es aus, daß die diesseitige Regierung jene Verordnung nicht billige, weil sie sich noch nicht habe überzeugen können, daß die gesetzlichen Mittel bereits erschopft gewesen.

Berlin, 16. Sept. Der „Pr. St.-A." bringt heute die Ablehnungsantworten der Waldeckischen, der Oldenburgischen, der Braunschweigischen Regierung, sowie der Hansestadt Lubek, auf die österreichische Aufforderung zur Beschickung der Bundestages.

C Paris, 15. Sept. Die Circular-Schrift „Dix Decembre" läßt eine Petition unterzeichnen, worin sie beantragt: 1) Verfassungsrevision; 2) die Presisentschaft auf 10 Jahre für Ludwig Napoleon; 3) eine Civilliste von 6 Millionen Frankreich; 4) die Abfindung an den Tuilerien. — Man spricht viel von einer Reise des Grafen v. Chambord einerseits und des Prinzen v. Joinville und Herzogs v. Aumale andererseits, auf welcher diese Prinzen sich in einer neutralen Stadt begegnen sollten.

VI. Oeffentliches Schwurgericht von Schwaben und Neuburg.

Fortsetzung der Untersuchung gegen Dr. Heinrich Friedrich August Heinselmann, prakt. Arzt zu Bamberg, wegen Hochverraths: Ich komme nun daran, zu fragen, abgesehen von dem in meinem ersten Abschnitte entwickelten Naturgesetze, welches schon einen sprechenden Zeugen an die Spitze stellte: Welche positiven Gesetze sind in der Neuzeit entstanden, und wonach ist jetzt die Handlung des Dr. Heinkelmann zu beurtheilen? Vereits hat der Angeklagte selbst Ihnen eine umfassende Darstellung gegeben, was beschlossen und zum Gesetze erhoben worden ist; ich werde daher nicht bedürfen, Ihnen auch den stenographischen Berichte der Frankfurter Nationalversammlung noch dasselbe vorzulesen. Die hohe Staatsbehörde kennt das besser wie ich, und sie wird nirgends einen Umstand haben widersprechen, da, wenn ich die erwähnten Berichte anschlage, ich Ihnen Namen mit allen Beschlüssen der Mehrheit vorlesen könnte. In den Wundesbeschlüssen vom 30. März 1848 und 7. April desselben Jahres wurde eine konstituirende Versammlung einberufen; diese beiden Beschlüsse sind die Grundlagen der Rechtsgiltigkeit der Nationalversammlung, und sie sind gesetzlich und bindend für alle deutschen Bundesstaaten. Es kommt hieher die Proklamation des Königs Ludwig I. von Bayern, welcher sagt: „Eine neue Richtung der Zeit hat begonnen, nicht mehr nach den Grundsätzen, die in der Verfassungsurkunde ausgesprochen sind." Die Fürsten haben gesagt: Volk, nimm Du Dein Interesse in die Hände, nun lage Du in Frankfurt, und bestimme das Wohl Deutschlands durch Gesetze, mache Du Die neue Verfassung. Die Nationalversammlung hat mit allen gegen 9 Stimmen beschlossen, daß die Bestimmungen der einzelnen Verfassungen den Bestimmungen der Reichsverfassung untergeordnet und angepaßt werden müssen, ein neuer Beweis eines ganz neuen Gesetzes, ein neuer Beweis der Derogirung unserer Verfassungsurkunde. — Die bayerische Regierung erklärte das als Hochverrath, wenn man sich den Beschlüssen der Nationalversammlung entgegensetzt, weil damals in Deutschland eine Partei aufzutauchen wagte, die mit limitirt Allen drohte, und die vielleicht des Sinnes gewesen wäre, eine rothe Republik einzuführen; wenn nun die Krone sagt: Hochverrath ist es gegen Nationalversammlung und gegen das Nationalparlament, wenn man sich gegen seine Beschlüsse auflehnt, dann kann nichts deutlicher sein, als daß man das als Gesetz anerkennen wollte, wegen dessen Ausübung nunmehr der Angeklagte vor Gericht steht. Die bayerische Regierung hat durch Verordnung vom 1. August 1848 den Hochverräther, der von der Nationalversammlung gemacht worden, in einem eigenen Prollama proklamirt. Wenn man nun nicht anerkennen will, daß durch die Reichsverfassung und den Reichsverweser nicht eigene Gesetze entstanden sind, dann meine Herren, darf ich alle Eulen von Athen losmachen, dann darf die Sonne doppelt scheinen, es kann Ihnen nicht mehr klar werden. Nun, nachdem das Gebäude vollendet war, das das ganze Volk darüber jubelte, ein Produkt, was die Zeit immer als ein Meisterstück vorschoben und mit Stolz und Freude darauf zurückblicken wird; nachdem dieses fertig war, trat die Nationalversammlung, die die Reaktion witterte, und der von derselben aufgegangene Märzkongreß, nicht genug, es trat der Reichsverweser auf, und rief zum Volke: Hier habt ihr eure Charta magna! An euch ist es, euer Glut und Blut einzusetzen und sie ins Leben zu bringen und zu fordern. Nun, meine Herren, frage ich, welches Gesetz hat damals gegolten, oder war nicht jeder ehrliche Mensch, wollte er nicht einem Meineidigen und einem Schuften gleichen, das Gesetz zu respektiren schuldig; war er nicht verpflichtet, es durchzuführen? Wer auf dem Boden des Gesetzes steht und es vollzieht, der kann nicht sündigen, und die Handlung noch so schwer dem äußern Ansehen nach. Wenn in Folge dieser Aufforderung das ganze Volk aufgestanden wäre und hätte Alles zusammengeschlagen, um die Reichsverfassung durchzusetzen, so hatten es nur dem Gesetze gefolgt, und wer dem Gesetze folgt, der kann bei Gott nicht straffällig sein. Ich konnte hier abermals abbrechen, allein ich darf keinen Winkel unberührt lassen. Dr. Heinkelmann sagte mir: „Auch nicht der entfernteste Schein soll auf mir ruhen; forschen Sie den Gesetzen nach, selbst dem trockensten Buchstaben, ob ich etwas verbrochen habe, ich scheue mich nicht." Ich will deshalb auch die Anklage in ihren einzelnen Bestandtheilen durchgehen. Der hohe Gerichtshof zu Neuburg sagt: Heinselmann habe die deutsche Reichsverfassung mit Gewalt durchzusetzen beschlossen, und im Gefolge dessen hatte die bayerische Regierung, die Souveränetät unseres Königs geschmälert werden können. Das ist nicht logisch zusammengestellt, die Anklage steht es aber um, sie stellt voraus: Dr. Heinkelmann habe die bayerische Staatsverfassung umstürzen wollen, und dadurch sich eines Hochverrathes theilhaftig gemacht. Dieser Punkt ist wenigstens in seiner logischen Zusammenstellung dadurch, daß man ihn an die Spitze stellte, nicht wahr. Ich zweifle nicht, meine Herren, daß durch die gewaltsame Durchführung der deutschen Reichsverfassung der Krone Bayern an ihren Hoheitsrechten hätte leiden müssen; allein was tangirt das meinen Klienten, oder, war das nicht der Wunsch von 45 Millionen Menschen, daß es anders werden sollte, bestand nicht die Ueberzeugung, daß die Kleinstaaterei in Deutschland nichts tauge, daß sein Glück, sein Segen bei uns nicht gedeihen konnte? Wenn nun, meine Herren, durch Einfuhrung der Reichsverfassung Bayern gelitten haben wurde, so ist das nur eine Folge eines höhern und vom Parlament und dem Reichsverweser beschlossenen Schrittes und Ereignisses; aber nicht eine Folge der Agitation eines praktischen Arztes von Bamberg. Das Dr. Heinkelmann, wie es in der Anklage heißt, Mobilmacher eines Volksblattes war, daß in Bamberg und Umgegend mehrere Kränzchen bestanden, daß da verschiedene Blätter und wahrscheinlich nur seelsinnige gelesen wurden, das hat hiehee keinen Bezug; das war, wie der Franzose sagt, wie bei uns. Ich habe Ihnen gezeigt, daß, es mag ein Verein beschlossen haben, was er wolle, es mag der Verein nach unserm alten Strafgesetzbuch noch so hochverrätherisch aufgefessen haben; daß, wenn alle Völker aufgestanden waren, sie ja nur nach den damals promulgirten Gesetzen gehandelt hätten und daß niegend eine Strafe angedroht sein konnte. Nun ist aber wohl ins Auge zu fassen, daß nicht der Verein, sondern der angeblich hochverrätherischen Plane und seine Konstituirung Grund der Anklage ist; nein, das Alles ist vergessen. Bemerken Sie wohl, meine Herren, daß die Anklage sich an das einzige Wort hält, weil Dr. H. Vorstand gewesen; weil er die Versammlung veranlaßt, soll er der Anstifter gewesen sein. Ich weiß nicht, es klingt mir schon hohle Phrasenfloskel, wie man, während man den einzelnen Mitgliedern verzeiht, denjenigen strafen will, der zufälligerweise durch das Zutrauen seiner Mitbürger einem Vereein an die Spitze gestellt wurde. Ich will der Weisheit unsers Gerichtshofes in Neuburg nicht zu nahe treten; aber ich schmeichle mir auch, daß ich zu der Klasse gehöre, die man Juristen nennt, und daß ich nichts finden kann, wie man nur eine Untersuchung einleiten, einen Mann in den Kerker setzen und des Hochverrathes anklagen konnte. Doch sei es. Die konsequente Reihenfolge ist nun die, weil es nun doch einmal die Anklage so fordert, daß von dem Anstiften seine Rede sein kann. Dr. Heinkelmann, so heißt es, soll so ehrenhaft sein, daß Ihnen nichts widersprochen, was er gethan; wahrhaftig ein mannhaftes Betragen, vor dem sie, meine Herren, mit Achtung zurücktreten und nach Hause kehren, und es Ihren Kindern mit Freude vertrauen müssen. Doch, meine Aufgabe ist es, die Sache dennoch näher zu beleuchten. Object ist also die Versammlung in Bamberg vom 27. Mai v. J. Sie haben gehört, daß diese ganze Projekt nicht einmal zu Stande gekommen ist, daß es nur Vorschläge waren, daß dieß Projekt, an sich edel und durchaus dem Zeitgeist anpassend, nicht von dem Verein genehmigt worden ist. Man sagt zwar, es sollte aber auch das Gegentheil nicht darin, es könne nicht darin, daß diese Beschlüsse nicht bindend sein sollen. Meine Herren! Sie werden verzeihen, daß ich hierauf sage: das ist unjuristisch. Wo man strafen will, da muß die Thatsache ausdrücklich vorliegen, das Neat muß offen und klar, es muß wirklich vorliegen. Sie sehen also hieraus schon einen mangelhaften, einen lückenhaften Beweis, man kann mir sagen: es ist damals ein hochverrätherischer Beschluß gefaßt worden, man kann nicht sagen, daß der Beschluß zu Stande gekommen und genehmigt worden sei; nichts waren es als Vorschläge und der Beweis liegt darin, weil dort nichts geschehen ist, es hat kein Mann nur eine Stunde lodgeschossen, weil man sich von der Nationalversammlung selbst verlassen sah, weil sie selbst mit Bajonetten aus Frankfurt gejagt und in Stuttgart noch gesprengt worden war. (Schluß folg.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Course.

Den 17. September 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	1193	1198
„ 5% Metallique	81⅝	81⅞
„ 4½%	63⅝	64⅛
„ 3%	47½	48
„ 2½%	43	43¾
„ 4½% Bethmann	76	—
„ 4%	66	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	100¾	101
„ „ 1834.	157	157½
Preußen 3½% St. Schuld Scheine	—	—
„ Ltdl. 50 Prämien Scheine.	112	—
Baiern 3½% Obligationen	84¼	84⅝
„ 4% „	87⅛	87⅝
„ 5% „	100⅛	100⅝
Würtemberg 3½%	84	84⅛
„ 4½%	98	98¼
Baden 3½%	81½	82
„ fl. 35 Loose	32½	32⅞
„ „ 50 „	52⅝	53
Nassau fl. 25	26	26½
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	76⅜	76⅞
„ „ „ 25 „	28⅜	28⅝
Polen fl. 300	136	—
Sardinien Fcs. 36	33⅛	33⅝

Fremden-Anzeige

Den 17. September 1850.

Arber. Werninger, Privatier mit Fam. v. Berlichingen. Kaufl.: Wagner v. München. Strudt v. Gotha. Grumm daß v. Berlin.

Hotel d'Europe. Hübel v. Donauwörth. Graf v. Schabborn v. Hallburg. Reis Rentbeamt. v. Seinsheim. Kerr Rentier v. England.

Weiß. Hof. Reis. Kaufmann v. Mannheim. Berg, Rentier mit Gattin v. England. Lenze, Maler m. Gattin v. Düsseldorf.

Schwan. Kaufl.: Sterner v. Stuttgart. Allenberger v. Kempten.

Wittelsb.-Hof. Kaufl.: Seyb v. Nordhausen. Braun v. Altona. Schuler v. Wien.

Würtemb. Hof. Lehder, Oberlieutenant im 2. Art.-Reg. v. Nürnberg. Hanitza, Gastwirth v. Kissingen. Dr. Fischer v. da.

Berichtigung.

In der gestrigen Annoncen lese man J. M. statt J. St...

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 74.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreibhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 225. Würzburg, Donnerstag den 19. September. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 17. Sept. Se. kgl. Majestät haben Sich allergnädigst bewogen gefunden, zu genehmigen, daß die kathol. Pfarrei Poppenlauer, Bzgs. Münnerstadt, vom Bischofe zu Würzburg, dem Priester Konrad Manger, seither. Verweser derselben, übertragen werde.

Dem Schullehrer August Müller zu Althausen wurde die Schulstelle zu Ribeckshausen kgl. Bzgs. Kissingen; dem Schullehrer Johann Reiß zu Burgbrunn die zweite Schulstelle zu Eibelstadt kgl. Bzgs. Ochsenfurt; dem Schulhilfslehrerspektanten und bisherigen Schulverweser zu Stellberg Karl Kirschner wurde die Schulstelle zu Wohnau Gerichtsbezirks Sulzheim übertragen.

Demokratenspiegel.

„Das Centralkomitee der europäischen Demokratie", d. h. eine Gesellschaft von Flüchtlingen aus verschiedenen europäischen Ländern in London, veröffentlicht ein Manifest „An die Völker", worin zur Organisation der Demokratie aufgefordert wird. Ledru Rollin für Frankreich, Joseph Mazini für Italien, Alfred Daraz seine unbekannte Größe, und Arnold Ruge für Deutschland, sind die Unterschriften unter diesem Manifeste der Revolution, welches in schwungvoller, blendender Phraseologie das Ziel, die Verwirklichung der Gleichheit und der Verbrüderung auf der Erde verheißt, und die Vereinigung und Organisation der europäischen Demokratie, als das Mittel zur Erreichung dieses Zieles, empfiehlt. Dieses Manifest, zuerst in dem Organ der europäischen Revolutionsparteri, dem „Proscrit", erschienen, wird jetzt auch in deutschen demokratischen Blättern, wie z. B. der Bremer „Tageschronik", verbreitet. Ob dieses Manifest durch seine glänzende Außenseite und seinen ebenso nebelhaften Inhalt ganz geeignet, viele Augen zu blenden und zu täuschen, so kann es andererseits auch dazu dienen, den ganzen Gegensatz dieser abstrakt revolutionären Doktrin zu dem Ziele, welches die deutsche Nation fur sich erstrebt und erstreben muß, wenn sie nicht unterzugehen will, aufzudecken; schon aus diesem Grunde ist dasselbe der Beachtung werth. Die Demokratie, wird verkündigt, sei nur eine, und habe einen gemeinsamen Boden. Diese Verkündigung wird durch einen Blick in die Welt Lügen gestraft. In London, von wo die Einheit der demokratischen Bestrebungen proklamirt wird, leben diese, durch ein gemeinsames Schicksal zusammengeführten Demokraten in der allerbittersten Feindschaft und Zerspaltung. Ledru Rollin wird verabscheut. Arnold Ruge wegen seines unpraktischen Systems verspottet. Und wenn um selbst diese Erzlegionären gegen einander stehen, wie ungeheuer ist erst die Kluft, welche die sozialistische Weltanschauung dieser sogenannten Centralkomite's von den Ansichten derjenigen Partei trennt, welche sich in Norddeutschland die demokratische nennt, aber ganz und gar auf politischem Boden steht, und durch und durch national und deutsch gesinnt ist. Um so heissamer wird es sein, daß die Tausende, dieser Demokraten, welche sich so nennen und nicht wissen, für welche Zwecke sie benutzt werden, und in welchen Dienst sie wider Wissen und Willen sich gestellt haben, daß diese Tausende aus diesem Manifeste erkennen, wie die Gemeinschaft mit diesen Männern des Umsturzes der Staaten und der gesammten Weltordnung, sie zu einem Ziele führen muß, zu welchem sie selbst wahrlich nicht wollen. Denn die Verwirklichung der in diesem Manifest gepredigten Ideen würde der Untergang der nationalen und staatlichen Selbstständigkeit Deutschlands sein, und dieses System, zu welchem unter lockenden und verhüllenden Vorspiegelungen jetzt unter dem deutschen Mittelstande Anhänger gepreßt werden sollen, verfolgt eben diesen Mittelstand, die „Bourgeoisie", mit seinem tödtlichsten Hasse. Es würde, wenn es zur Herrschaft käme, aus dem Fell derer seine Riemen schneiden, denen jetzt der Honig um den Bart geschmieren werden soll. Einige Sätze aus diesem Manifest werden genügen. Man vergesse nicht, wer diese Sätze geschrieben. Von der Freiheit spricht Mazzini, der in Rom den Menschenmord organisirt hat, von der Verbrüderung spricht Ledru Rollin, der in der Verbannung lebt, weil er für die Erneuerung des Pariser Junibluthades komplottirte, von der Heiligkeit der Nationalität spricht Arnold Ruge, dessen Lästerungen auf seine eigene Nation ihn von seinem Sitz in der Nationalversammlung getrieben haben. — „Die Macht der Demokratie ist unermeßlich", beginnt das Manifest, aber ohne die Organisation ist Nichts, ohne „Lebensbedingung" ist die Organisation. Die europäische Demokratie ist nicht konstituirt. Die Demokraten sind überall. Der allgemein verbreitete Gedanke der Demokratie hat seine gemeinsam anerkannte Vertretung. Die Demokratie tragt das Wort Association in ihrer Fahne, und sie ist nicht offenirt. Sie kündigt Europa ein neues Leben an, und hat nichts aufzuweisen, wodurch das Leben regelmäßig und erfolgreich in ihr sich verkörpert. Sie predigt das große Evangelium Gott und die Menschheit, und hat keinen bewegenden Mittelpunkt, um die Bewegung diesem Ziele zuzuführen, keinen Kern, um wenigstens die Prinzipien einer Allianz der Völker festzustellen, ohne welche die Menschheit nur ein Name ist, und welche allein im Stande ist, die Hydne der Könige zu besiegen. Nur durch die Organisation kann dieser Zustand ein Ende nehmen. Der Tag, welcher uns Alle vereinigt sehen wird, wie wir zugleich vorwärts bringen unter den Augen unserer Vestern, derer, die am meisten gelitten, am hartesten gekämpft haben, wird anbrechen unseres Sieges sein. An diesem Tage werden wir unsere Zahl kennen, wir werden wir selbst sein, und das Bewußtsein unserer Macht wird uns erfüllen. In diesem Zwed sind zwei Hindernisse zu beseitigen, zwei große Irrthümer zu zerstören: 1) die widersprechenden Ansichten der Persönlichkeiten, 2) die kleinliche Selbstwirthschaft der Theorien. Die Sätze werden ausgesührt. „Wir müssen das Ich vergessen und das Wir dafür lernen", sagen diejenigen, die sich so eben selbst „die Besten" genannt haben, weil sie am meisten gelitten. „Keine sozialen Sekten in diesem Augenblick", sagen diejenigen, welche um ihrer sozialen Sekterei willen die Welt umstürzen wollten, die nicht in ihrem Kram paßt. Dann wird die Fahne bezeichnet. Nicht nur eine Negation soll auf diese Fahne geschrieben werden. Niemand, heißt es naiv, kann gegen aus diesen Verbacht gegen. „Unser Ziel" ist die Verwirklichung der Gleichheit und der Verbrüderung auf der Erde. Jede Revolution, die nicht durch Alle und für Alle gemacht wird, ist für uns ein Betrug. Jeder politische Wechsel, der nicht dahin zielt, das Lebenselement aller Individuen, die Gesellschaft, für Jeden zu verbessern, verfälscht vollständig jene Absicht auf Erziehung des Menschengeschlechts, aus der allein sein Recht fließt." Damit soll der Ausgangspunkt und das Ziel hingestellt sein. Diese Sätze, so allgemein sie sind, sagen genug, sie enthüllen den wahren Zweck des Systems, den Umsturz der bestehenden staatlichen und sozialen Ordnung zur Herstellung der Gleichheit. Sie enthüllen die Unwahrheit und den Betrug des Systems, welches für Alle wirken zu wollen vorspiegelt, während es auf der Hand liegt, daß zu der „ökonomischen Association" Zwei gehören, Einer, dem gegeben, und ein Anderer, dem genommen wird. Existirt der gemeinsame Boden für die Demokratie? Ja, er existirt. Mit glauben an alle die Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten und Kräfte innerhalb der sittlichen Weltordnung. Wir glauben an die Association, als an das einzige Mittel, das zu dem Ziele führt. Wir glauben, daß die Anslegung des Gesetzes der politischen Weiterordnung oder der Entwicklung unseres Geschlechtes weder einer Kaste noch einem Einzelnen anvertraut werden kann, sondern daß sie dem Volke und dem Zeitgeiste zu überlassen sei. Wir halten die Einigkeit und die Gesellschaft gleich heilig. Sie dursen sich nicht bekämpfen und gegenseitig ausschließen, sie müssen sich harmonisch vereinigen zu dem Zweck der Verbesserung. Aller durch Alle. Wir glauben an die Freiheit, ohne welche der Mensch kein Mensch ist, an die Gleichheit, ohne welche die Freiheit nur eine Täuschung ist, an die Verbrüderung, ohne welche die Freiheit und Gleichheit nur Mittel ohne Zweck wären, an die ökonomische Association ohne welche die Verbrüderung eine Redensart ohne Verwirklichung wäre, an die Familie, an das Gewerbe, an das Vaterland, die alle nach einander Stufen sind, auf denen der Mensch sich allmählig zur Erkenntniß und zur Ausübung der Freiheit, der Gleichheit, der Verbrüderung und der ökonomischen Association erhebt. Wir glauben an die Heiligkeit der Arbeit, deren Recht nicht verkürzt werden darf. Wir glauben an das Eigenthum, welches aus der Arbeit entspringt und ihr Gepräge trägt. Wir glauben an die Pflicht der Gesellschaft, den Boden der materiellen Arbeit durch den Kredit, der intellektuellen und sittlichen Arbeit durch die Erziehung zu gewähren, und an die Pflicht der Einzelnen, dieser Pflicht gemäß seine Kräfte reichen, zu benutzen und zur allgemeinen Verbesserung mitzuwirken. Mit Einem Wort: wir glauben an einen Zustand, der die Wahrheit und das Gesetz der sittlichen Welt an seiner Spitze, das Volk freier und gleicher Bürger zu seiner Grundlage, den Fortschritt zu seinem Gesetz, die Association zum Mittel ökonomischer Befreiung, das öffentliche Wohl zu seiner Weise, Geist und Tugend zur Fackel hat auf dem Wege seiner Vervollkommnung. Und was wir für

Ein Volk als wahr anerkennen, das gilt für uns Alle. Es ist nur Eine Sonne am Himmel für die ganze Erde; es ist nur Ein Gesetz der Wahrheit und Gerechtigkeit für alle, die sie bewollern. Eben so wie an die Freiheit, die Gleichheit, die Verbrüderung und die Assoziation aller Einzelnen glauben, eben so glauben wir auch an die Freiheit, Gleichheit, Verbrüderung und Assoziation der Nationen. Die Völker sind nichts als die Individuen der Menschheit. Die Nationalität und das Gepräge ihrer Individualität sind die Garantien ihrer Freiheit. Die Nationalität ist heilig und unverletzlich. Die Geschichte bezeichnet jene Nationalität durch tausendfache Thaten; doch muß sie anderen, sich dadurch mit allen andern in Harmonie fegen und arbeiten für die Verbesserung Aller, für den Fortschritt, für die Menschheit. Wir glauben, daß die Karte von Europa und seine Organisation nach diesen Prinzipien zu reformiren sind. Wir glauben, daß ein Vertrag, ein Kongreß aller freisinnenden und anerkannten Nationen, der die Aufgabe hat, die bisherige Alliance der Völker zu schließen und die allgemeinen Gesetze abzufassen, das Resultat unseres Strebens sind. Welcher Art die Organisation sein müsse, soll nicht erörtert werden. Vergleichen bleibt besser hinter den Kulissen. Für heute (also im Obigen) soll nur die Nothwendigkeit und Ausführbarkeit (!) festgestellt werden, und der Aufruf an alle braven Männer ergehen, die europäische Demokratie zu konstituiren und die Armee der Bahnbrecher und Vorläufer zu grunden. „Die freien Völker werden das Uebrige vollenden." — Darauf ist im Namen der Freiheit und des Bürgerthums, im Namen der deutschen Nationalität, die Antwort zu geben.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 16. Sept. Nach dem Wortlaut der an den Generalleutenant Bauer hierher gelangten Order soll „die Handhabung des Kriegszustandes auf die Aufrechthaltung der gesetzlichen öffentlichen Ruhe und Ordnung eingeschränkt sein." — Heute Morgen sind einige Minifterialsubalterne nach Frankfurt beschieden. Das Garde-, sowie ein Husarenregiment (man sagt auch das 4. Infanterieregiment) haben den Befehl erhalten, in die Provinz Hanau zu marschiren.

Hanau, 16. Sept., Nachmittags. Soeben ist Se. kgl. Hoheit in Begleitung seiner Minister zu Wilhelmsbad angekommen. Sofort verfügten sich die Vorstände der hohen Gesetzgeb., sowie der Stadtobsiziere des hiesigen Regimentes hinaus, um Sr. kgl. Hoh. ihre Aufwartung zu machen.

(Mz. Z.)

Se. kgl. Hoheit der Kurfürst traf um 10 Uhr Vormittags auf Mister Minister Hassenpflug um 11 Uhr Abends im Schloß Philippsruhe ein.

Gelnhausen, 16. Sept. Der Gastwirth und Bürgeranschuß dahier haben heute folgende Erklärung an das kurfürstl. Ministerium des Innern abgehen lassen: Gleich von dem ersten Augenblick an, in welchem wir Kenntniß von den Verordnungen vom 4. und 7. d. M. erhielten, gewannen wir die unerschütterliche Ueberzeugung, daß die eine wie die andere mit der Landesverfassung im Widerspruche sei. Hieran hat auch der uns mitgetheilte Beschluß vom 10. d. M. nichts zu ändern vermocht, derselbe gibt uns nur die ganz besondere Veranlassung, dem vom Stadtrath der in Gelnhausen angelegten Proteste und in jeder Beziehung anzuschließen. — Eben so ist auch noch von unserer Stadt an den bleibenden landständischen Ausschuß eine Anerkennungsadresse bezüglich seiner seitherigen Wirksamkeit abgesendet. (Han. Z.)

Kassel, 17. Sept. Das Oberappellationsgericht hat durch Beschluß vom gestrigen Tage in der Beschwerdesache des bleibenden landständischen Ausschusses wider das Obergericht wegen Zurückweisung der bei demselben angebrachten Ministerklage das Erkenntniß der Rathskammer bestätigt, daß nämlich das Obergericht nicht das competente Forum bei Ministeranklagen sei, daß diese vielmehr nach den klaren Bestimmungen der Verfassungsurkunde vor das Oberappellationsgericht gehörten. Die Entscheidung lautet: „Die Criminalkammer des kurfurstl. kgl. Oberappellationsgerichts zu Kassel erkennt in der Anklagesache gegen den Staatsminister Hassenpflug, den Major v. Haynau, und den Legationsrath v. Baumbach daselbst, wegen Misbrauchs der Amtsgewalt rc. auf den Antrag des Generalstaatsprokurators erhobene Beschwerde gegen eine Verfügung der Rathskammer des hiesigen Obergerichts vom 9. Sept. l. J., wodurch die Einleitung des Instructionsverfahrens in obiger Sache abgelehnt worden ist, das nachstehende Decret: Thatsachen nach auf Verfassungsverletzung gerichtet ist und daran der Umstand nichts zu ändervermag, daß der klagende Theil den Vergehen, deren die Ministerialvorstände beschuldigt, eine andere Bezeichnung gibt, indem nach § 10 des Strafprozeßgesetzes vom 31. Oktober 1848 das Urtheil der Anklagesache, somit die Entscheidung über die rechtliche Beurtheilung derjenigen Thatsachen, auf welchen eine Anklage gerichtet ist, betreffen, nicht gehoben ist, wegen Verfassungsverletzung aber die Ministerialvorstände nach §. 100 der Verfassungsurkunde nur bei dem Oberappellationsgericht angeklagt werden können; daß auch die mit solchen theils etwa concurrirenden Verbrechen, deren Thatbestand wesentlich von der Vorfrage, ob eine Verfassungsverletzung vorliege oder nicht, abhängt, nicht von einem andern Gerichte, als dem Oberappellationsgerichte, als Staatsgerichtshof, unterfucht und abgeurtheilt werden können, wird die erhobene Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen. Kassel, am 10. Sept. 1850. Specten. Günste. Eichenberg. Erter. Knaß. Erichlich. Zuschlag. vdt. Heuser."

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 12. Sept. Die heutige Sitzung der Landesversammlung bot ein sehr trostloses Bild dar und zeigte recht deutlich den Chaos, in welchem sich die Parteien befinden: natürlich stellt es sich bei der größtentheils aus Kopfzahlmachen hervorgegangenen Versammlung deutlich heraus, daß die Majorität der entschiedenen, theils dumtreuth gesärbten Demokratie angehört, deren Theil mit Hülfe von Petitionen die „souveränen Volks" sogar die Stadtbatterfahr wegen ihrer Mäßigung und Verfolgung zu Zurzen trachtet; auf der andern Seite ist es dagegen erfreulich, zu sehen, wie einige Bürger und Arbeiter sich auf den wahren und allein geltenden Rechtsboden stellen. — Zu diesen gehörte der Graf Reventlou-Farve, welcher vor der Tagesordnung sich das Wort erbat und gegen die gestrige Ausschließung des Grafen Reventlou-Jerobek sprach: in Folge deffen hatte denn auch Graf Baudissin-Bortel seinen Austritt aus der Versammlung in einem Schreiben angezeigt. Graf Reventlou-Farve erklärte ausdrücklich, daß er und seine Freunde das Staatsgrundgesetz nicht als rechtsverbindlich, sondern nur als für den Augenblick thatsächlich bestehend anerkennen und daß Majorität sie zu gehren sei es und deren Anhänger, so wie eine bei seinem Ausenthalt in Kopenhagen angetroffene gleiche Partei, die, obgleich scheinbar gegen einander, sich doch ergänzen, welche das Land seit 2½ Jahren bis jetzt ununterbrochen im Kriegszustand erhalten haben und jedem Vergleich zu einem Frieden hinderlich in den Weg treten, wodurch das Land an den Abgrund gebracht werden muß. Er behalte sich vor: in Kurzem der Versammlung den Antrag zu stellen, auf welche Weise zu dem von Allen ersehnten Frieden in kurzester Frist zu gelangen sei. Nachdem die Majorität der Versammlung durch Lachen und sonstiges Gezeuch ihren Hohn ausgereicht hatte, verwahrte sich der Präsident Bargum gegen die Beschuldigung des Redners „eines unverantwortlichen Beschlusses der Versammlung", womit derselbe den gestrigen Beschluß bezeichnete; sodann kam der dunkelrothe Herr Dr. Lasannie und stellte den höchst ergötzlichen Antrag: dem Thrl der durch Ernennung gewählten Vertreter auszuschließen und ihnen neue Wahlen auf allgemeinen Urwahlen vorzunehmen; bis diese vollzogen, sollen jedoch die aus Urwahlen hervorgegangenen Abgeordneten allein berathen. Vorerst wurde nur die Dringlichkeit dieses Antrags verworfen, gegen den selbst die demokratischen Theorien stimmten; sodann kam Herr Advokat Clauffen, rumpfparlamentarischen Andenkens, mit einem Antrag auf sofortige Einführung von Geschworengerichten bei allen politischen und Preßvergehen, einschließlich derer, die noch in der Recursinstanz schweben. Hierüber wurde nach längerer Debatte ein Nichtfluß erkannt zur Begutachtung der Angelegenheit.

Deutschland.

Altenburg, 11. Sept. Unsere Republikaner und Demokraten, die Mitglieder der sog. freien christlichen Gemeinde, haben den Vorwurf des Mysticismus, daß ihre Gemeinschaft sein positives Glaubensbekenntniß habe, nicht auf sich ruhen lassen. Sie haben dem Stadtrath ihren Antrag auf aus dem bisherigen Kirchenverband schriftlich erklärt, sich in freie religiöse Gemeinde umgewandelt und ein positives Glaubensbekenntniß angenommen, dessen Grundsatze folgende sind: Als einzige Quelle der Wahrheit überhaupt, wie der weltbeglückenden Ideen in der Schrift insbesondere, gilt der neuen Gemeinschaft die vom Geiste der Liebe durchdrungene Vernunft. An die Stelle der weiblichen Taufe, setzt sie ein stilles, religiöses Familienfest, bei welchem die Eltern, oder deren Stellvertreter sich verpflichten, dahin zu wirken, daß die Kleinen vernünftige gute Menschen werden. Das Fest ist eine freie Sitte. Die Konfirmation besteht in einer freien feierlichen Wiederselerklärung, der freien Gemeinde als Mitglied angehören zu wollen und in der ordentlichen Aufnahme in die Zahl der Erwachsenen. Wo von der Konfirmation abgesehen wird, wird die Mitgliedschaft durch Unterschrift des Bekenntnisses und ihr Sagungen erworben. Das Abendmahl ist gleichfalls als eine freie Sitte zu betrachten. Diese Sagungen sind der Gemeinschaft für jetzt Wahrheit, sie können sich aber weiter entwickeln; die Gemeinschaft ist aber fern von der Anmaßung diese Sätze für immer als wahr zu behaupten.

Berlin, 15. Sept. An die Deputation des Centralausschusses der conservativen Gesammtpartei richtete der König folgende Ansprache: Mag der König folgende Worte hören, meine Herren, herzliche und erfreuliche Worte an mich gerichtet. Mit großer Befriedigung muß ich anerkennen, daß Aufgeordnetlichen von den Bürgern Berlins bei den Gemeindeerathswahlen geleistet worden. Ihnen und denen, die Sie gesendet haben, sowie allen daher Thanken. Ich lasse meinen besondern Dank auszusprechen. Ich habe es erfolgt, mit welcher Aufopferung Sie sich der Sache hingegeben, um ein solches wirklich überraschendes Ergebniß herbeizuführen. Es hat dies meine Hoffnung und Zuversicht zu der Gesinnung der Bürgerschaft Berlins neu belebt, und ich bin nun einer freudigeren Zukunft entgegen. In Bezug auf den mir ausgedrückten Wunsch, daß ich und die Krönigin nach Berlin zurückkehren mögen, so will ich demselben jedenfalls willfahren, grade um dadurch meine Anerkennung der kundgegebenen Gesinnungen zu offenbaren, wenn auch vielleicht der Gesundheitszustand der Königin einen andauernden Aufenthalt nicht gestatten sollte. Was den zweiten von Ihnen berührten Punkt, die deutsche Frage, betrifft, so haben Sie mit dem, was Sie Jüngst und Warmes über die Entwicklung Deutschlands gesagt, mir und dem Herzen gesprochen. Die letzten Erklärungen Preußens sind meine eigensten

Gedanken, und es ist mir wahrhaft erfreulich, daß dieselben eine solche begeisterte Zustimmung gefunden haben. Ich bin der beste Vermittler, das wissen Sie mir wohl glauben, meine Herren. So lange ich aber denken und reden kann, bin ich auch der beste Deutsche. Die Bedeutung, als König des preußischen Volkes deutscher Fürst zu sein, habe ich wohl erkannt. Auch in meiner ausrichtigen deutschen Gesinnung sind mir einige verkannt worden; ja, man hat sich sogar zu Schmähungen hinreißen lassen. Das hat mich aber nie beirren können. Ich bin meinem ehrlichen und graden Weg fortgewandelt. Nach meiner Meinung muß jede wahre Politik ehrlich und graden Weg sein. Es ist zu bedauern, daß noch vielfach nicht begriffen wird, daß man ehrlich in der Politik sein kann. Mein Weg ist grade, er ist nicht deshalb der rechte, weil er grade ist, sondern eben darum grade, weil er der rechte ist. Ich habe mich zu niemanden auf bestimmen drängen lassen, es ist mein eigener Herzensdrang. An der deutschen Ihre halte ist fest, ich werde vorwärts gehen auf der eingeschlagenen Bahn, bis der liebe Gott eine Grenze zieht, ich hoffe, es wird dies nicht geschehen. Als König von Preußen werde ich dem, was ich für Deutschland erstrebe, Geltung zu verschaffen, — als Fremd und Bundesgenosse aber auch zu verstehen und zu vermitteln wissen, so weit es die Ehre Preußens gestattet. In Hinsicht auf die Wahrung dieser Ehre darf ich auf die sinnbundertjährige historische mutuelle Treue und Liebe zwischen dem Hause Hohenzollern verbundenen deutschen Volksstämme hinweisen. Zur Erfüllung der Aufgabe Preußens in Deutschland bedarf es, wie Sie richtig erkannt haben, der festen Erfurkung im Innern. Diese Erfurkung ist hauptsächlich Sache des Fürsten selbst. Ich habe auf jene Verfassung, meine Herren, da Sie bereits so manch Bedrutsames geleistet. Nach Außen werde ich das Meinige thun. Wenn es zum Aeußersten kommen sollte, so weiß ich, daß mein getreues Volk mir zur Seite stehen wird. Ich nenne keine Macht, ich nehme keine feindselige Stellung ein, aber halten Sie sich überzeugt, daß ich der treuste Wächter preußischer Ehre bin. Ich kann Ihnen indeß die erfreuliche Mittheilung machen, daß eine Verständigung näher als je zu sein scheint. Ich werde Preußens Ehre wahren und ich hege die Hoffnung, daß die von mir seit betretene Bahn die Zustimmung unserer Kammern haben werde.

England.

London, 12. Sept. „Times“ enthält heute von einem ihrer hiesigen Correspondenten folgende Mittheilung, welche auf eine Verbindung der beiden bourbonischen Linien hinzudeuten scheint: Daß die Hrn. Guizot, Duchatel, Dumon und der Herzog von Montebello von ihrem Besuch in Claremont zurückgekehrt sind, ist schon bekannt, ebenso die von dem „Journal des Débats“ gemachte Abreise des Hrn. v. Salvandy von London nach Frohsdorf. Einige weitere Thatsachen, aus bester Quelle mitgetheilt und die von den „Débats“ gegebene Nachricht vervollständigend, werden nicht ohne Interesse sein. Die Herren Guizot, Duchatel, Dumon und der Hr. Montebello haben nicht in Claremont, sondern auch in Richmond (wo die Herzogin von Orleans wohnt) einen Besuch abgestattet. Die vormaligen Minister des Königs Louis Philipp wollten bei diesen ernsten und traurigen Anlaß ihre aufrichtige Theilnahme und tiefe Verehrung nicht blos der königlichen Familie Englands und denjenigen ihrer Kinder, die bei ihr in Claremont sind, andrücken, sondern auch der erlauchten Wittwe des Herzogs von Orleans und ihren Söhnen. Es brauchr kaum bemerkt zu werden, daß die Herren sowohl in Claremont, wie zu Richmond in wohlwollendster Weise empfangen wurden und den innigsten Dank einerseiten für diesen neuen Beweis von Ergebenheit und liebevoller Verehrung. Von Herrn von Salvandy war es schon bekannt, daß er gegen Ende des vorigen Monats nach Wiesbaden gereist war, um dort, wie vieler andere, dem Grafen v. Chambord seine Aufwartung zu machen. Nach diesem Besuch bei dem Grafen begab sich Herr von Salvandy nach Baden-Baden, um von da über Straßburg nach Frankreich zurückzukehren. Die Nachricht von Louis Philippe Hinscheiden traf ihn in Baden, ebenso die von dem Trauergottesdienst, welchen der Graf v. Chambord bei diesem Todesfall hatte anordnen lassen. Hr. v. Salvandy kehrte wieder nach Wiesbaden zurück, um dem Grafen v. Chambord für eine Handlung zu danken, welche ihn so sehr ehre. Der Graf benutzte die Anwesenheit des Hrn. v. Salvandy und hat denselben mit Aufträgen zu reisen, und der verwittweten Königin in seinem Namen die Gefühle auszudrücken, welche ihn beim Hinscheiden des Grafen v. Neuilly zu diesem Akt frommer Verehrung in der Kirche veranlaßt hätten, ein Akt, dem er nicht nur selbst mit seinem ganzen Haushalt in tiefer Trauer anwohnte, sondern zu welchem er auch alle Franzosen, welche gerade in Wiesbaden anwesend waren, hatte einladen lassen. Der Graf hat Hrn. v. Salvandy, der Königin Amalie den Ausdruck seiner Theilnahme und Verehrung zu überbringen. Hr. v. Salvandy reiste in der That nach Claremont und entledigte sich des ihm gewordenen Auftrags. Er wurde von der Königin, den Prinzen und Prinzessinnen empfangen, die sich tief ergriffen zeigten über die Aeußerungen des schönen Mitgefühls, deren Theger Hr. v. Salvandy war, und denselben alle baten, ja keinen Augenblick ihren zurückzukehren und denselben in ihrem Namen zu versichern, wie gerührt sie von so edlem Benehmen seien und wie dankbare Gefühle es denselben eingeflößt habe. Hr. v. Salvandy breitte sich, drei ihm anvertraut gewordene Missionen zu erfüllen, und kehrt der Herzog Montebello, so wie er alle Wahrscheinlichkeit nach den Grafen v. Chambord finden wird. Man kann nicht umhin, diesen Umstanich von Aeußerungen zwischen den beiden Linien des erlauchten Hauses Bourbon seine Bedeutung zu zollen. Unter solchen Umständen ist nicht ohne Grund zu hoffen, daß die an dem kaum geschlossenen Sarge des hingeschiedenen Königs begonnenen Schritte auf kein Hinderniß stoßen und binnen kurzem zu einer vollständigen, alle Besitze und Interessen umfassenden Aussöhnung führen werden. Eine solche Versöhnung würde sonder Zweifel von großer Tragweite sein, und das Aufhören der Rivalität zwischen den königl. Häusern könnte die Annahmung werden zur Wiederherstellung der Ordnung in Frankreich. Nach der Meinung aufrichtiger und unbefangener Männer würde eine solche Aussöhnung ein halbes Mittel sein, und dem Lande für die Gegenwart seine Sicherheit, für die Zukunft seinen dauerhaften Zustand gewähren. Europa hat das größte Interesse dabei, daß in Frankreich eine geordnete und feste Regierung sich und Grund faße, denn in einer solchen liegt die Bürgschaft der Ordnung und des Friedens; darüber aber kann kein großer Zweifel bestehen, daß ein von dem Grafen v. Chambord so schon begonnenes und von seiner Tante und seinen Vettern so eben erwiderres Entgegenkommen über kurz oder lang eine glückliche Lösung finden werde. Die Synode der römisch-katholischen Bischöfe von Irland, welche 3 Wochen zur Thurles versammelt war, ging gestern mit großen Kirchenfeierlichkeiten in der Kathedrale zu Ende. Nachdem die Beschlüsse der Synode von den anwesenden Prälaten und den Bevollmächtigten der abwesenden Prälaten auf dem Altar in gehöriger Form unterzeichnet und beglaubigt waren, um nun nach Rom gesandt und dem Papst zur Genehmigung unterbreitet zu werden, richtete der Primas Dr. Cullen eine Ansprache an die versammelte Gemeinde über die Ergebnisse der Synode, die „in neuer Belog und Zeugniß sein für die wiedergetehrte Jugend und die ersichtlich Glaubenskraft der katholischen Kirche von Irland“, obgleich erst wenige Jahre vorübergegangen, seitdem die Religion geächtet und die barbarischen Strafgesetze gegen sie Besitzen in Kraft gesetzt sein. Sich an die Laien wendend, sagte der Kirchenfürst; „An euch, geliebte Brüder, wird, sobald diese Akten der veröffentlicht sind, der Ruf ergehen, der Glaubenskräume und den Eifer eurer Oberhirten zu entsprechen. Ihr werdet das, was sie vorgeschlagen und empfohlen haben, annehmen und ins Leben einführen müssen. Ihr dürft nicht vergessen, daß ihr in einen großen Kampf verwickelt seid, und daß ihr nothwendigerweise jegliche Anstrengung machen müßt, um den Glauben eurer Väter zu bewahren.“ Die Synode schloß mit einer Prozession von dem Dom nach dem Collegium, dem Local der Versammlung. — In den jüngst verflossenen Wochen ist eine große Anzahl englischer Pferde für Rechnung der französischen Regierung nach Frankreich angekauft worden. Der Contract ist für 12,000 Pferde abgeschlossen, und zum Preis von 25 Pfd. St. für die leichte und von 28 Pfd. St. für die schwere Reiterei. In Folge hiervon kommt kaum ein Jahrgang aus Irland, welches nicht zwischen 30 und 50 der besten Pferde für solchen Dienst an Bord hatte.

Italien.

Rom, 6. Sept. Die Anwesenheit des piemontesischen Kammerpräsidenten Pinelli hat hier neuerdings für die dortigen Verhältnisse wieder lebhafter Interesse hervorgerufen. Ich theile Ihnen einstweilen ohne weiteres Urtheil das mit, was in dieser Beziehung rin — jedoch ziemlich verbreitetes — Gericht als sicher ausgeben will. Oesterreich soll für seinen Plan, mit dem ganzen Umfang seiner Staaten an den Zollverein sich anzuschließen, auch den Kirchenstaat haben gewinnen wollen, während England, um nach alter Gewohnheit, wenigstens theilweise, diesen Plan zu vereiteln, mit der piemontesischen Regierung entgegengesetzte Vorträge unterhandelt habe, namentlich in Bezug auf den Zoll von Genua. Sei nun dem wie ihm wolle, das Verhältniß gespannter geworden, so habe zugleich der Papst auf Grund der bekannten Maßregeln der piemontesischen Regierung eine spezielle Note an Frankreich und Oesterreich gerichtet, mit der entschiedenen Aufforderung, wegen gemeinsamer Abwehr aller Concordate in Piemont vorzuschreiten zu intervenieren. Das jetzige gute Einvernehmen dieser Mächte mit der päpstlichen Regierung, und andererseits die mutige Erhebung der treuen Katholiken in Piemont selbst, seien Anlaß gewesen zu der Beharrung, daß es mit jener Drohung nicht werden möge, nun sei der Prälatenrath Pinelli mit vermittelnden Vorschlägen nach Rom gekommen. — Wir können Ihnen die freudige Nachricht mittheilen, daß die vielgefreute Gewährung der kirchlichen Freiheit von Seiten Oesterreichs nunmehr um so sestern Bestand gewinnen wird, als auch hierüber verschiedenen Verhältnisse der Abschluß eines neuen Concordats mit dem heiligen Stuhle vorbereitet wird. Da von jetzt an die Bischofe Oesterreichs in Verwaltung des Kirchengutes weit freiere Hände haben, so dürfte dies dem Vernehmen nach auch für sie der sichtigste Stützpunkt sein, um dieß inniun seine Wirkung haben. Sie sind übrigens zumeist unter Leitung des Staats, jedoch war die Verwaltung fast ganz in italienische Hände gekommen. Freilich hat dieß gar keinen Nachtheil für die finanziellen Verhältnisse gehabt; indeß muß man doch gestehen lernen, daß in der Amtsmäßigkeit zweck hierbei nicht erfüllt werden wird. Die Stiftung sollte nemlich dem Verwehmen nach deinen zur Anstellung einer beträchtlichen Anzahl von deutschen Geistlichen, — und diesen kann die Möglichkeit, sich einige Jahre in Rom aufzuhalten, gewiß nicht gleichgültig sein, — zur Unterstützung von Pilgern und zur Unterstützung von armen, in Rom lebenden deutschen und slawischen Familien. Man darf erwarten, daß sie in Zukunft dieser Bestimmung wieder vollständig entsprechen werde; es soll sogar in Aussicht gestellt sein, daß sie der Benutzung aller Diejenigen Deutschlands wieder anheimgestellt werde. — Am 4. d. M. wurde im Collegium Romanum, welches bekanntlich von der Gesellschaft Jesu geleitet wird, mit einer entsprechenden Feier das Schuljahr beschlossen. An den vorhergehenden Tagen waren öffentliche Disputa-

Digitized by Google

tionen zur Erlangung der akademischen Grade gehalten, und zwar unter fortwährender reger Theilnahme des Publikums. Am genannten Datum wurden in der feierlich geschmückten Kirche des Collegs diese Grade und zugleich die Pedmien unter paffenden religiösen Anreden ertheilt. In der großen Kirche fand man kaum Platz mehr; auch mehrere Cardinäle und viele andere ausgezeichnete Prälaten waren hier noch zugegen.

(D. Vtbs.)

Neuestes.

Karlsruhe, 17. Sept. Fickler ist wegen Theilnahme an der Waterloofeier zu neunjähriger, Demuth zuletzt Finanzminister der provisorischen Regierung) zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt.

Freiburg, 16. Sept. Unser Erzbischof Dr. Hermann v. Vicari ist von seiner Reise wieder hier eingetroffen, und hat gestern dem Prinzen von Preußen seine Aufwartung gemacht.

(N. Fr. Z.)

Eßlingen, 14. Sept. Kürzlich kam hier, zum ersten Mal in Württemberg, der Fall vor, daß ein hiesiger christlicher Einwohner eine Jüdin ehelichen wollte, ohne daß die letztere zur christlichen Religion übertreten sollte. Die Regierung hat aber die Genehmigung versagt, weil in diesem Punkte die Grundrechte noch nicht eingeführt seien.

(Sch. M.)

Kassel, 15. Sept. Das Garderegiment, ein Husarenregiment und, wie es heißt, auch das Leibregiment haben Befehl, nach der Provinz Hanau zu marschiren.

T. U. Schwerin, 16. Sept. Das Urtheil des Schöffengerichts (in der Verfassungsfrage) ist heute verkündet worden. Das Staatsgrundgesetz (von Mecklenburg-Schwerin) wird dadurch für aufgehoben und die Beamten ihres Eides und Staatsgrundgesetz gelöstet. Eides für entbunden erklärt. Das Erkenntniß lautet: 1) daß die gegen die Regierungen der klagenden Ritterschaft erhobenen Einwendungen des Herrn Beklagten zu verwerfen; 2) daß das durch Gesetz vom 10. Oktober 1849 eingeführte Staatsgrundgesetz für das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin, nicht minder das unter demselben Tag erlassene großherzogliche Gesetz, betreffend die Aufhebung der landständischen Verfassung für rechtsbeständig nicht anzusehen, vielmehr den Anträgen der Ritterschaft gemäß für nichtig zu erklären; 3) daß hiernächst Se. k. hoh. der durchlauchtigste Herr Großherzog für verbunden zu achten, nach Anleitung des mecklenburgischen landesgrundgesetzlichen Erbvergleichs vom Jahr 1755 für den Verlust des Jahres 1850 einen Landtag auszuschreiben. (Z. D.-Z.)

Prag, 14. Sept. Feldzeugmeister Baron Haynau ist in der verflossenen Nacht hier angekommen. Er machte diesen Morgen in Civilkleidung und nur von einem seiner Offiziere begleitet einen Spaziergang durch die Stadt; sein Aussehen ist bedeutend von der brutalen Beleidigungszeit, in der er in jüngster Zeit und zuletzt in Hannover ausgesetzt war, scheinen in der That einen bittern Eindruck auf ihn gemacht zu haben. Der greise Feldzeugmeister ist auf der Reise nach Graz zu seiner Familie begriffen und dürfte kaum die Ankunft Sr. Majestät des Kaisers, die auf heute oder morgen angesetzt ist, hier abwarten.

(A. D.-Z.)

Berlin, 16. Sept. In diesseitigen Angelegenheit hat gestern der Kriegsminister auf telegraphischem Wege die nöthigen Befehle zur Zusammenziehung und Verstärkung der Truppen an der hessischen Grenze erlassen. (S. M.)

Berlin, 16. Sept. Die Untersuchung gegen Sefelge kann als geschlossen angesehen werden, sie soll nach allen Seiten hin erschöpft sein. Der Untersuchungsrichter ist jetzt mit der Zusammenstellung der von ihm erzielten Erfolge beschäftigt. Obschon die That des Sefelge vereinzelt dasteht und seine Theilnehmer, Mitwisser oder Anreger entdeckt werden konnten, so ist dennoch diese Zusammenstellung eine so umfangreiche, daß sie mehrere Wochen Zeit hinwegnehmen wird. (M. C.)

Posen, 15. Sept. In unsern Mauern weilt seit einigen Tagen ein merkwürdiger Gast, nämlich der papstliche Legat Fürst Altieri, dessen Sendung jedoch in ein tiefes Dunkel gehüllt ist, da mit Ausnahme des Herrn Erzbischofs Cosmo Florianus unsere gesammte katholische Geistlichkeit über den Zweck der Mission dieses hohen Prälaten ganzlich im Ungewissen zu sein scheint.

Turin, 12. Sept. Glaubwürdigen Nachrichten zufolge ist die Sendung Pinelli's nach Rom vollkommen gescheitert.

VI. Oeffentliches Schwurgericht von Schwaben und Neuburg.

Schluß der Unterschuldung gegen Dr. Heinrich F. A. Heinkelmann, prakt. Arzt zu Bamberg, wegen Hochverrathes: Tag auch nicht einmal ein Rear vor, nicht einmal ein zu Standt gekommener Beschluß, wer in den Wegschaft der Strafjustiz gewogen werden dürfte; dann frage ich: wo liegt die Anklustung? Sie haben gehört, daß ein gewisser Diezel, auch ein manahafter Deutscher, der damals Gut und Blut opfern wollte, wenn das große Ziel erreicht worden konnte, daß dieser am Vorort in Nürnberg war, daß dieser den ersten Impuls zu der Anklage Anlaß gegeben hat; daß die Organisation des Kongresses nur wieder von Nürnberg ausgegangen ist; daß auch die Wehrorganisation nicht von Bamberg, sondern daß sie von Würzburg ausgegangen ist: nun diese beiden Sachen wurden Dr. Heinkelmann vorgelegt und seiner Verfassung. Ich frage nun: auf wen muß die Anklustung Bezug haben die Plaidoyer zurückfallen, als auf Diezel?

Präs.: Ich muß den Wunsche äußern, daß hier Niemand angeklagt werde.

Vertheidiger: Ich bitte um Verzeihung, es entkam im Strome der Rede, bloß gemeint war es nicht.

Es kommt, meine Herren, im Briefe des Diezel ein Passus vor, und dieser wird wohl einen Leitfaden zur Unterfuchung gebildet haben, ich will diesen Passus nicht wiederholen; nur frage ich: Was hat Dr. Heinkelmann zu vertreten? Wolle man hiegegen etwas sagen: so möge man Diezel zur Verantwortung ziehen, und er wird sich gewiß männlich und offen, wie sein Genosse Dr. Heinkelmann, verantworten. Daß aber Dr. Heinkelmann ein Freund, Bekannter und Genosse dieses Diezel war, dieß berechtigt die Staatsbehörde nicht, hieraus einen nachtheiligen Schluß zu ziehen, als ob er ein böses Komplott mitbeschlossen, und daß er diesen Verein gebildet hat. Meine Herren! Mit dieser Anklustung hat es noch eine besondere Bewandtniß. Ich bleibe in allen Dingen eine offene Sprache, ich bekenne es, ich lasse jene Stimme sprechen, die mir Gott in's Herz gegraben hat, und darum sage ich Ihnen auch: Ich hätte es offen und frei vor sich gehalten, mit jener Sprache geradezu herauszureden. Würden unsere Regierungen sagen: Es rennt uns, wir sind damals gezwungen worden; so hätte dieß einen Sinn, und dann aber fällt eine Anklustung gewiß nicht mehr auf einen Mann, der praktischer Arzt im Volke war, und die Lasige ist schlicht und einfach im Lande Bayern noch offen zu sprechen will, dann kann ich auch mit Wahrheit behaupten; dann sind die Parlamentsmitglieder in Frankfurt, weil sie sich des Volkes bemächtigten, weil sie dem Aufruf des Volkes gehorchten, dann ist der Märzjongreß in Frankfurt, dann sind die die Anklister, die in die Welt hinausschreien: Das müßt ihr büßen! Ich habe Arbeit gemacht. Dann wäre von Frankfurt der Fehler ausgegangen, daß alle Magistrate, Gemeindekörper, Jeder nach Maßgabe seines Standes verpflichtet sei, die Reichsverfassung einzuführen; also müßte man die Verfassung, die Anklustung wohl wo anders suchen. Es ist mir unangenehm, das sagen zu müssen, ich sage Ihnen aber, es hätte einen vernünftigen Sinn, wenn man sagen wollte: Wir sind gezwungen. Waren sie aber nicht gezwungen, dann hatten die Herren recht; denn je mehr wir die Macht gegeben; sie hatten die Gesetze gemacht, und diesen Gesetzen mußte man folgen. Ich glaube, Ihnen gezeigt zu haben, daß am Allerwenigsten nach dem Naturgesetze, aber auch nicht nach den positiven Gesetze irgend ein rechtsverstoße Handlung vorliege. Was diese Männerthaten, das mußten sie thun nach der Natur und nach jenem allgewaltigen Gesetze, welches uns die Herren in Frankfurt gemacht, die unsere Vorgesetzten waren, und Kraft des Besehls des Reichsverwesers, dem sich Kaiser und Könige und Fürsten zu beugen hatten. Um noch einmal auf den Vorwurf zurückzukommen, so sagen unsere Anwesenheit: „Der Staatsverrath ist nach vier Graden abgestuft, wovon der höchste Grad jene Fälle in sich schließt, welche den Staat in seiner Totalität und unmittelbar angreifen oder in Gefahr bringen.“ Er wird unter dem Namen: „Hochverrath“ bezeichnet, alles Uebrige, sagen die Anmerkungen, ist höchstens Staatsverrath. Meine Herren! Wenn ein einziger Mensch, wenn ein praktischer Arzt allein im Stande ist, den bayerischen Staat, wie es hier steht, in seiner Totalität anzugreifen oder zu vernichten, dann hat die Staatsbehörde der Festigkeit unseres Staates ein sehr compliment gemacht. Der Gesetzgeber stellt sich hier einen großen Mann vor, wenn auch nicht groß vermöge seines Geistes, doch groß vermöge seiner Stellung. Hat denn Dr. Heinkelmann einen Spionen gemacht in Rußland, hat er eine Festung verrathen, hat er Truppen, große Heere dem Feinde übergeführt, hat er einen König gefangen genommen? Sie bitte sie um's Himmelswillen, wo liegt hier Staatsverrath, wo liegt hier Hochverrath? Ich habe aber noch einen Punkt zu berühren. Es ist Ihnen bekannt, meine Herren, daß alle Menschen schwach sind, daß sie sich auch irren können; eine Handlung, die strafbar sein soll, muß mit rechtswidrigem Vorsatz begangen werden, muß eine schlechte Absicht voraussetzen; wo wollen Sie hier eine böse Absicht erkennen? Wenn Dr. Heinkelmann glühend für Deutschlands Wohl, Alles aufbieten wollte, um sein Schriftein beizutragen, einen bessern Zustand herbeizuführen, wenn, wie ich glaublich, alle Unterthanen Bayerns wünschen, nicht eine Sympathie für Oesterreich und Preußen, wohl aber eine große Sympathie für Bayern gehabt haben, wenn uns im Nachblick auf den deutschesten aller Fürsten, König Ludwig I. die Hoffnung vorschwebte, Bayern's König werde durch Annahme der deutschen Reichswürde oberster Herr in Deutschland werden, wenn wir die Hoffnung haben sollten, daß dem vielfach verkümmerten und unzingelten Bayern — sehen Sie den Arm bis nach Bregenz hinauf — angeholfen werde; wie kann man hier von einem rechtswidrigen Vorsatz sprechen? Das ist eine edle Absicht, das ist die Absicht jeden Mannes, den die Lust und seine Gesinnung dazu hinreißen, dieß zu thun. Wenn ich aber meine Vertheidigung schließen nicht mit der Bitte, sondern mit dem Antrag, daß Sie als deutsche Männer in die Brust greifen und gegen ihren deutschen Mitbruder aussprechen ihr feierliches und ihr kräftiges Nein.

Ernst und Dunkel holen nichts besonders Verlavates her. Den Schluß der Verhandlung haben wir bereits in Nr. 219 der Bayerischen Presse mitgetheilt.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Kader.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30Xr.
Monatlich für die Stadt 30 fr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 226. Würzburg, Freitag den 20. September. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 19. Sept. Se. kgl. Majestät haben Sich unterm 14. Sept. allergnädigst bewogen gefunden, den Appellationsgerichtsrath Franz Demmer zu Aschaffenburg auf den Grund seiner durch physische Gebrechlichkeit herbeigeführten Dienstunfähigkeit nach § 22 lit. D der Beilage IX zur Verfassungsurkunde mit Belassung seines Gesammtgehaltes, Titels und Functionszeichens, dann unter gleichzeitiger Anerkennung seiner langjährigen mit Eifer geleisteten Dienste auf die Dauer von zwei Jahren in den Ruhestand zu versetzen.

Demokratenspiegel.

Dem kosmopolitischen Radikalismus in dem Manifest der Londoner Flüchtlinge haben wir die Nothwendigkeit und die Größe unseres nationalen Gedankens entgegenzustellen. Wenn Ihr die Staaten auflösen wollt, so wollen wir die in der Auflösung begriffenen Theile Deutschlands zu einer neuen Staatsordnung einigen. Wenn Ihr die alte Welt in Trümmer zerschlagen wollt, um für die im Nebel Eurer Träume ruhende neue den Platz frei zu machen, so wollen wir auf dem Wege weiter, auf welchem die Weltgeschichte bis dahin immer ihre Bildungen geschaffen hat, auf dem Wege der stufenweis fortschreitenden Entwickelung, auf welchem keine frühere Arbeit des Menschengeistes gewaltsam zerstört und bei Seite geschoben wird. Die abstrakten Sätze eines Revolutionstollhäuslers, deren erkennbares Ziel nicht als das fociale Chaos ist, können und nicht taufchen, wir stellen diesen Abstraktionen das konkrete Bedürfniß unseres Volkes nach seiner neuen staatlichen Gestaltung entgegen. Am wenigsten können sie uns nicht täuschen durch die Sprache der Brüderlichkeit und Menschlichkeit, in welcher sie heute noch auftreten. Wir stellen dieser Sache die Vergangenheit der Personen entgegen, welche sie heute treten. Sie wissen so gut wie wir es wissen, daß diese Brüderlichkeit nur durch die Barbarei den Weg zu ihrer Verwirklichung finden konnte, und daß die hohe Menschheit in Blut getaucht werden müßte, um das Reich dieser vergötterten Menschlichkeit und Gnadheit zu begründen. — Auf die Lügenhaftigkeit und den trügerischen Klang dieser in auktaner Allgemeinheit auftretenden Glaubensfätze haben wir gestern schon hingewiesen. „Unser Zeit ist die Verwirklichung der Gleichheit, darin ist im Grunde der ganze Inhalt dieser Verkündigung auszusprechen. Die „ökonomische Association," zu deutsch die allgemeine Theilung, soll zum Wollen das Vollbringen hinzufügen. Es bedarf keines Beweises, was es mit dieser Gleichheit, auf sich hätte. Diese äußerliche Gleichheit, wenn sie jemals nach dem Kriege Aller gegen Alle hergestellt werden könnte, würde die größte Ungleichheit, die schrankenlose Tyrannei in sich schließen. Wenn das Regiment dieser Weltbeglücker mit eiserner Hand die Unterschiede des Ranges, des Standes, des Vermögens ausgelöscht und das Proletariat auf den Thron gesetzt hätte, dann würde erst recht das vollendete Reich der Ungleichheit, wie der Unfreiheit über die Welt gebracht sein. Das Recht des Stärkeren würde dann keine Schranken kennen, die Bevorzugung des Einzelnen durch Geschick und Talent, wodurch jetzt dem Uebergewicht äußerer Vorzüge des Vermögens und Ranges ein wohlthätiges Gegengewicht geschaffen ist, wäre dann wie druckendem Unrecht erschrinen und eine neue Aristokratie begründen, welche, unerträglicher als die vorige, mit dem großen Haufen um die Herrschaft und um die Freiheit streiten müßte. — Denn daß es mit der Revolution für Alle, mit der Verbesserung der Gesellschaft für Jeden eine plumpe Lüge ist, läßt sich mit mathematischer Gewißheit beweisen. Soll der Eine erhöht werden, so muß der Andere erniedrigt werden: Was dem Einen gegeben wird, das muß dem Andern genommen sein. Diese Verkündigung, die mit der sensiblerischen Ueberschrift „für Alle" anstritt, ist ein Betrug, Nichts mehr und Nichts weniger! — Einer weiteren Widerlegung bedarf es nicht. In der Gestalt von Glaubenssätzen tritt dieser neue Jakobinismus auf, und wir haben Nichts zu thun als dem neuen Glauben dieser Apostel des Weltruins unsern alten Glauben gegenüber zu stellen. Wir glauben nicht an den Gott Leben Rollin's und Arnold Ruge's, welcher Nichts ist als das vergötterte Menschenthum in seiner schlechtesten Gestalt, in der Gestalt des wandelbaren, wiehrmüthigen Zeitgeistes. Wir glauben nicht an das fociale Evangelium, wir glauben nicht an die Sittlichkeit und Reinheit der demokratischen Lehre; vielmehr glauben wir, daß die sittlichen Grundlagen der Weltordnung ein für allemal gelegt sind, daß abgetrennt von denselben kein Aufbau, kein Fortschritt, keine Erneuerung der Menschheit, sondern nur die Verirrung und der Verfall derselben möglich ist. Wir glauben, daß wie die Familie, so auch der Staat eine nothwendige, von Gott verordnete Institution ist zur Ausbildung der sittlichen und intellektuellen Kräfte des Menschen. Wir glauben, daß innerhalb des Staates die Entwicklung dieser Kräfte eine unendliche ist, daß aber die Aufhebung dieser Institution die Barbarei wieder herstellen müßte, aus welcher mit der Gründung der Staaten die Völker hervorgegangen sind. — Und selbst, wenn wir für diesen Augenblick annehmen wollten, daß alle Bestrebungen dieser kosmopolitischen Demokratie, rein, uneigennützig und ehrlich gemeint seien, daß sie Despotismus unter dem Schilde dieser Freiheit lauerte, so müßte dennoch Deutschland und jede Partei in Deutschland, welche unseres Volkes Freiheit und Selbstständigkeit wollen will, sich fern von diesen Bestrebungen halten. Die große Wahrheit vom freien Verkehr und Austausch unter allen Völkern der Erde muß in Deutschland mit Widerspruch und Mißtrauen aufgenommen werden, so lange die deutsche Revolution nicht überwältigt an der Seite der übrigen Nationen treten kann. Aber geradezu ein Verrath an der eigenen Zukunft würde es sein, wenn Deutschland oder eine Partei in Deutschland Bestrebungen die Hand bieten wollte, welche eingestandenermaßen auf die Zerstörung aller und jeder Staatsinstitutionen, auf die Abschwächung der Nationalität, auf die Erneuerung der unpraktischen Spekulationen abzielt, welche seit Jahrhunderten das Unglück unseres Volkes gewesen sind. — Die kosmopolitische Lehre dieses neuen Jakobinerthums würde, wenn sie unter der deutschen Demokratie ihre Verbreitung finden konnte, Deutschlands Einrichtung und Untergang vollenden. Deutschland entehrt zu, was alle großen Staaten Europa's besitzen, die feste politische Gestalt, die nationale Selbstständigkeit, welche auch im forsten Chaos unzerstörbar bleiben und nach mißlungenen kosmopolitischen Experimenten als der unverwüstliche Stoff zur politischen Regeneration fortdauern würde. Deutschland kann nur dann ebenbürtig mit den übrigen Staaten Europa's in irgend eine Gemeinschaft treten, wenn es auch ein Staat geworden ist und seine nationale Existenz durch die entsprechende Staatsform sicher und sicher gemacht hat. Ohne diese staatliche Selbstständigkeit wird Deutschland immer schwacher sein, als z. B. Frankreich, welches im Laufe einer jahrhundertlangen Entwickelung zur Staatseinheit geworden ist. Das neue Jakobinerthum Leben Rollin's müßte in dem gegenwärtigen Zustande, worin sich Deutschland befindet, auch vollere dieselben Folgen für unser Volk nach sich ziehen, welche wir an der alten Jakobinerfreiheit erfahren haben. Eine Anzahl deutscher Republiken, welche etwa im Südwesten unserer Vaterlandes entstehen könnten, würden die Theilung Polens in Deutschland erneuern und die politische Ohnmächtigkeit, ohne einen Ersatz wekken zu können. Fingerzeige genug finden sich in dem, was wir erlebt haben. Hat selbst Frankreichs nationale und staatliche Vereinigung in den letzten beiden Jahren einen ungeheurm Stoß erleiden müssen, so würde Deutschland unter ähnlichen Verhältnissen in einen ganz widerstandslosen Brei sich auflösen.

Eine gewichtige Zahl Deutscher Regierungen

hat sich erboben von dem tiefen schmachvollen Fall des Jahres 1848. Energische, furchtlose, gottvertrauende Ausdauer auf dem betretenen Wege des strengen Rechts vermag allein Flecken zu tilgen von fürstlichen Wappenschilden. Keine lockende Aussicht auf trügerischen Gewinn, darf einen deutschen Fürsten einen Schritt breit vom geraden Wege abweichen machen, kein Geschrei gedankenloser, durch Phrasen geblendeter Massen sie beirren auf dem Wege eigner Erkenntniß, deren Maß von oben kommt. — Auf den Schultern weniger Männer lastet jetzt Deutschland verschickt. Ernst, ihrer schweren Bürde bewußt; — ruhig, wie es die unabsehbaren Folgen jedes ihrer Schritte erfordern, berathen sie. Rasch, entschlossen, nur nach dem Recht fragend, schreiten sie vorwärts, wie es die zahllosen, verderblichen, schnell zu lösenden Verwicklungen erfordern, verzagend, nicht auf ihre Klugheit, sondern auf den Arm Gottes, der mit dem Recht ist. In Frankfurt grändet man jetzt neu die Einheit, die Macht, die Größe Deutschlands. Dort macht man Deutschland wieder deutsch: dort, wo er geschändet ward, bringt man den deutschen Namen wieder zu Ehren. Die alte Stadt soll nicht mit dem Fluch aller Zukunft belastet bleiben. — Ihr aber, Ihr wahrhaft deutschen Männer in Frankfurt, Ihr Träger des Geistes solcher Fürsten, schreitet fest

und sicher fort auf der betretenen Bahn, den Blick auf das hohe Ziel, unbeirrt durch drohende Gefahren.

Si fractus illabatur orbis
Impavidum ferient ruinæ

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 17. Sept. Mehrere sowohl höhere als subalterne Beamte sind von hier nach Hanau beordert, wo die Minister sich einzurichten suchen.

(K. Z.)

Kassel, 17. Sept. Die Staatsklagen sollen jetzt so erschöpft sein, daß es selbst schwer halten werde, die nächste Lücke zum Fall des Ministers auszubringen. Die „N. Hess. Z." macht deßhalb den Vorschlag, die nöthigen Mittel durch ein freiwilliges Subscriptionsanlehen zusammenzubringen. Als Garantie für das Anlehen sollen die Einkünfte der Gehaltsempfänger dienen. — Dem Vernehmen nach hat nun auch Major Wachs die fernere Mitwirkung im Kriegsministerium abgelehnt. Hauptmann v. Ende hat sich statt seiner bereit finden lassen, in Wilhelmsbad als Kriegsministerialreferent zu fungiren. Hr. Consistorialrath Bökmer wird, wie man sagt als Finanzreferent fungiren. — Die „N. Hess. Z." bringt eine Erzählung über die der letzten Reise Sr. königl. Hoheit des Kurfürsten angeblich vorhergegangenen Ereignisse, worin es u. A. heißt, daß man dem Kurfürsten mit fingirtem Schrecken vorgespiegelt habe, es sei eine Meuterei in der Residenz ausgebrochen, Leben und Eigenthum der Allerhöchsten Person sei in Gefahr und nur durch schleunige Flucht zu retten. Erst hierauf habe der Kurfürst sich entschlossen, die Residenz zu verlassen.

Der Staatsanwalt hat gegen das unbedingte Mandat, welches der Herausgeber der „Neuen Hessischen Zeitung" gegen die Beschlagnahme der Pressen u. erwirkt hatte, mit Berufung auf die Rechtsgültigkeit der Verordnung vom 7. Septbr. Protest eingelegt. Das Obergericht hat durch Erkenntniß vom gestrigen Tage seine Einwände für unbegründet und die Verordnung vom 7. Sept. für rechtsmäßig erklärt. — Der l. k. österreich. Gesandte Graf Hartig wird wahrscheinlich nach Hanau sich begeben. — General Bauer ist ernstlich erkrankt.

Hanau, 18. Sept. Seit gestern Nachmittag sind die Bahnhöfe der Frankfurter Hanauer Eisenbahn mit Militärwachen besetzt. Die Wache am Wilhelmsbad, wo der Kurfürst und die Minister sich aufhalten, ist bedeutend verstärkt worden.

(Han. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 15. Sept. Achte Sitzung der Landesversammlung. Es beginnt die Vorberathung über den Ausschußbericht wegen der Regierungsvorlage betreffend Abänderungen im Wehrpflichtgesetz. Dann folgt die Motivirung des Lasanrischen Antrags, auf allgemeine, durch keinen Census bedingte Wahlen gerichtet. Die Diöcesitzen wird angenommen; mehrere Mitglieder der Linken, Delsbausen, Rohwer u. a., der aber den ganzen Antrag, da wie er da steht, ein Wort zu verlieren hat, wie er sagt, Sterck, der mit großer Wärme darauf hinweist, daß das bewegende Element unseres Kampfes das nationale sei, Riepen der an dem Staatsgrundgesetz nicht geröttetwissen will, und Wichmann sprechen sich entschieden dagegen aus. Fast tritt auf Lasaurs Seite, indem er namentlich meint, daß drei Viertel der Bevölkerung bei der demokratischen Partei Deutschlands das sinlende Interesse an der Landesfache zu beleben. Die Aeußerung des Proponenten, als ob durch Mangel an Enthusiasmus die Schlachten für unsere Armee verloren gingen, rufen lebhafte Entgegnungen, namentlich eine warme Vertheidigung vom Lieutenant Nissch hervor.

(H. N.)

Rendsburg, 16. Sept. Der seit länger hier weilende hessische Oberst a. D. v. Breidenbach-Bürresheim ist dem Generalstabe als Oberst aggregirt. — Von der nach der Schlacht bei Idstedt in Schleswig zurückgebliebenen schleswig-holsteinischen Artillerie sind neuerdings wieder fünf hierher zurückgekehrt. Dieselben wurden von Schleswig längs der Schlei und dann auf dem Dampfschiffe „Karoline Amalie" direkt nach Helligngbr transportirt. Man wagte sie nicht in Rendsburgen und Friedrichsort zu landen, der Pöbel könnte sie mißhandeln. Der Helligngbr ward ihnen gestattet, im Hotel zu wohnen, nur hatten sie sich täglich beim Commandirenden von Kronberg, dem Obersten Neuwardt, zu melden. Sie rühmen sehr das humanere Verfahren des Obersten und haben überhaupt über das Verhalten der dänischen Offiziere, die offiziell in Berührung gestanden, nur anerkennend sich ausgesprochen. Nach achttägigem Aufenthalt in Helligngbr sind sie über Wismar und Hamburg hierher zurückgekehrt. In Schleswig sind noch sieben Aerzte zurückgeblieben.

(H. N.)

Deutschland.

Darmstadt, 18. Sept. Unter den Anträgen, welche in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer gestellt wurden, hob sich der Antrag des Abgeordneten Reh hervor, dahin gehend: „Die Stände mögen den Großherzog ersuchen, unverzüglich den nach Frankfurt geschickten Bundestagsgesandten abzuberufen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die in Erfurt angenommene Reichsverfassung der Union ins Leben trete.

Braunschweig, 15. Sept. Unter vorstehendem Datum enthält die „Hannoversche Zeitung" ein Schreiben von hier über die Stellung unseres Landes zur Union und zum Bunde, aus dem das Folgende wohl weitere Verbreitung verdient. Nachdem der Verfasser die verschiedenen Bestrebungen seit dem Marz charakterisirt hat, heißt es wörtlich weiter: „Der Plan zur Gründung einer preußisch-deutschen Wettorbnung taucht auf, und reißt zum Fortgehen auf einer abschüssigen Bahn. Braunschweig war der entschiedenste Förderer, der treueste Begleiter auf diesem Feldzuge gegen den Bund für einen außerösterreichischen monarchisch regierten Bundesstaat. Unser Land, nach seiner geographischen Lage und Beschaffenheit, nach den Culturstand, der Lebensweise und den gesellschaftlichen Beziehungen seiner Bewohner mit dem hannoverschen Niedersachsen aufs engste verbunden, ist gleichwohl durch Staatsverträge mit dem öffentlichen Preußen in nähere Verbindung getreten. Diese Bande sind enger angezogen worden nach Maßgabe der Zeitgemäß, und eifrig eintretend in die fahne Distinction zwischen dem abstracten Recht des Bundes und der concreten Form desselben, war man bestrebt, auch die specielle Bundesstaatsverfassung durch eine Militärconvention zu lösen. Also befreit von den Schranken, welche die Bundesverfassung dem Militärbudget auferlegt, bequemte sich der Staat Braunschweig gegenüber dem Staat Preußen und adoptirte fast die preußischen Formations- und Verwaltungsgrundsätze so in der Militär-, wie in der Civilstaatsverwaltung. Daß bei einer solchen Gegenüberstellung von einer wirklichen Theilnahme an einer organischen Bundesgewalt, einer rechtlichen Gleichstellung und von einer Selbstständigkeit der innern Entwickelung nur unzigentlich noch die Rede sein konne, springt in die Augen. Das Ergebniß liegt klar genug vor. Um den hannoverschen Einfluß abzuwehren, gab man sich dem preußischen hin. Man ist jetzt in der Zuteil der übrigen deutschen Staaten zur Union, man wollte eine freiere der Bottovernunft Raum gebende Organisation, aber man fließ das deutsche Freiheitsprincip, die Anobildung der Stammes- und Landeseigenthümlichkeiten in kleinen Gemeinwesen weit ab und — ließ dagegen die Oberherrschaft einer preußischen Nationalversammlung gelten. Man wollte eine starke Bundesgewalt und opferte die eigene Dispositive nicht nur, sondern auch das Bundesverhältniß der einheitlichen Spitze. Zu allen diesen Opfern, so zur Minderung unseres Ansehens bei den Fremden war man bereit, um die Schwierigkeiten eines Theorems und den parlamentarischen erbmonarchisch regierten Bundesstaat einzutanzchen. Und dieses Ziel, in dessen praktischer Stellung kaum zwei der ursprünglichen Contrahenten zusammenstimmten, wäre ein so wünschenswerth sicheres gewesen, wenn es Liebe auf die neue pompöse Bundesverfassung und deren Reform hätte verzichten können und wollen! — Aber die Natur fordert ihre Rechte, wie auch die Menschen durch künstliche Operationen sie einzuwängen versuchen. Die Nation läßt die Philosophen und Staatsmänner ihren Weg gehen und wird den Grundton nie aufgeben, daß die Zusammengehörigkeit aller deutschen Staaten zu einem ungetheilten Bunde auf einer rechtlichen und sattlichen Nothwendigkeit beruhe. Sie wird die einfache Wahrheit, daß ein öffentlicher Rechtszustand u. eine von ihm getragene Gewalt nicht durch negierende formelle Verklärungen über die Auflösung dieser Gewalt, sonder lediglich durch die rechtliche Herstellung eines neuen in That und Kraft übergehenden Zustandes aufgehoben werden könne, durch keinerlei dialektische Distinktionen sich ranben lassen. — Der Bund ist das wahrhaft unverwerfliche, welches von den Einen als heibringende, von den Andern als dämonische Existenz — in der Idee des weiteren Bundes und des fortbestehenden Bundesrechts — anerkannt, sich immer wieder aufdrängt, die zeitgemäß reformirt allein es vermag, dem Gesammtvaterlande einen entscheidenden Einfluß im europäischen Staatenspstteme zu sichern, alle seine Glieder zu verbiedigen und allen die gewünschte innere Entfaltung zu gewähren. Den Bund zu reformiren war und bleibt die Aufgabe der Zeit, und sie wird gelöst werden, so gewiß wie der Vertretung der deutschen Wolker am Bundestage die strengere Organisation, die Concentration dieses Wachtorgans, naturnothwendig folgen muß. Diesen aber darf nicht durch eine lange Erfahrung gewonnenen Einsicht die rechte patriotische That folgen?"

Wien, 14. Sept. Das Doktorenkollegium der medizinischen Fakultät hielt gestern Abends um 7 Uhr im Universitäts-Konsistorialsaale die vierte wissenschaftliche Versammlung, wobei gegen 400 hiesige Aerzte anwesend waren. An der Tagesordnung war unter andern auch ein Vortrag des Dr. Low über thierischen Magnetismus und die Illusion des sogenannten sporadischen Somnambulismus, welcher von der Charlatanerie ausgebeutet und erst jüngst durch den Advocaten Lafontaine in seiner Clattin Gegenstand öffentlicher Vorstellungen wurden. Nachdem die Geschichte des animalischen Magnetismus, seine Einthellung und die Ansichten der berühmtesten Naturforscher und Aerzte aller Zeiten über diese Naturkraft erörtert waren, bezeichnete Dr. Low die Verzückungen der Alten, das Oratel der Pythia, die Sybillen, die Verzückungen der Seher u. s. w. als Ausflüsse dieses Magnetismus, führte sodann mehrere Beispiele ihm selbst im Leben vorgekommenen geistig inspirirter Personen an, und ging endlich zur eigentlichen Aufgabe seiner Erörterungen über, indem er an einem 16jährigen Knaben, den er mit sich brachte, das Experiment der getheilten Induition vornahm, und eine wahrhaft überraschende Reihe von Thatsachen über den zur Charlatanerie mißbrauchten sogenannten sporad. Idiosomnambulismus zerstörte, und klarer als durch jede gelehrte Polemik die Dupirung nachwies. Dem Knaben wurden durch einen Magnetiseur die Augen verbunden, wor er auf einem Sessel sitzend, mit dem Gesichte gegen die Wand und mit dem Rücken gegen die Versammlung gekehrt, Platz nahm. Dr. Low befand sich gegen Schritte von ihm entfernt, und verlangte von mehreren Herren die Uhren, die er auf verschiedene Zeiten richten ließ. Nun fragte er den Knaben, wie viele Stunde die Uhr zeige, und augenblicklich erfolgte die Antwort mit größter Genauigkeit. Ebenso erriet der Knabe alle Zahlen die von den Anwesenden aufgeschrieben wurden,

unterschied gefärbten Papier, bezeichnete Form und Malerei derselben n. s. w. Dr. Löw wird auf klare und unwiderlegbare Weise nach, daß der Knabe nichts weniger als im sommambulen Zustande sich befinde, daß alle diese Wunder einzig durch geistige Induition geschehen, und auf Mnemotechnik sich stützen. Er substituirte nämlich gewisse Worte für die Farben, ebenso die Stellung der Worte zu einander für die Zahlen, wodurch der Inspirirte in die Lage gesetzt wird, die betreffenden Antworten zu ertheilen. Lauter Beifall erscholl, und einstimmig sprach sich die Versammlung aus, daß die Cultivirung auf diese Weise gelangenzeigt.

(D. C.)

Dänemark.

Kopenhagen, 14. Sept. Mittags. Die „Berlingische Zeitung" meldet, daß auf dem Landwege hier die „höchst wichtige" Bekanntmachung über die Einführung der dänischen Brandweinsteuer und die Aufhebung der Zollgrenze zwischen Schleswig und Jütland angekommen sei. In der Bekanntmachung selbst wird im Eingang dem Herzogthum Schleswig versprochen, daß keine höhere Besteuerung bestehen beabsichtigt wird, vielmehr ihm der etwaige verhältnißmäßige Mehrbetrag der Steuer an andern Steuern getilgt werden solle. Vorläufig sei die Grund- und Gebäudesteuer vom 1. Oktober an aufgehoben und werde die Verpflegung des Heeres nicht mehr das Herzogthum Schleswig allein belasten, sondern werde von den Einwohnern als eine gemeinschaftliche übernommen. — Nur Kjöbenhavnsposten stellt diesen Willkürmaßregeln der herrschenden eiderdänischen Partei zur Einverleibung Schleswigs die Königlichen Versprechungen gegenüber.

Schweiz.

Bern, 13. Sept. Die Unruhen, welche in St. Immer bei Anlaß der Fortweisung des Dr. Bafwig stattfalten, veranlaßten die Regierung, den Regierungsrath Moschard und den Großrath Carlin als Commissarien hinzusenden, welche auch mit einer Abtheilung Landjäger die Ruhe bald herstellten. Nach der Partei war das Stimmverhältniß folgendes. Bafwig kam als Abgeordneter nach Bern, ohne irgendwelche Ausweisschriften zu besitzen, es lag also in dem Ermessen der Polizei ihn ohne weitere Recherchestadt fortzuweisen, sobald es ihr im Interesse des Staates motivirt schien, um so mehr als er seine Naturalisationsurkunde seit einiger Zeit nicht einmal der vorgeschriebenen Erneuerung unterworfen hatte. Mit Dr. Wyttenbach bestand der Doktord verhielt es sich so: er verband mit wirklicher Wissenschaft und Geschicklichkeit einen seinen Charlatanismus und eine gründete Dialektik. Reichen Patienten machte er unerhörte Rechnungen, lebte dabei stolz und trieb mit Opinionen eine unerhörte Armuthsprovinz. Dabei verfaumte er nie für die Ideen des Radicalismus Propaganda zu machen, so hegte er die St. Immerthaler zum Zuzuge nach Neuenburg auf und nahm selbst Theil an der dortigen Revolution von 1848. In der Münsinger Versammlung, wollte er einen Separatbund mit freyher Republikaner aus dem St. Immerthale auf die Bärenmatte zu senden, bei den Wahlen am 5. Mai wirkte er das möglichste gegen die damals zur Mehrheit gewordenen Conservativen, und wirklich ist es großentheils seinen Anstrengungen zu verdanken, daß in diesem Thal eine Gesinnung die Oberhand erhalten hat, welche dem französischen rothen Republicanismus wesentlich näher liegt, als dem mehr politischen Demokratismus in den Massen des übrigen Kantons. Die wahre Gesinnung des Thales ist jedoch im Grunde eine ganz andere, die Minderheit hat sich durch alle möglichen Mittel der Verfolgungssucht, des Terrorismus, der Intrigue und der Wahlkünstelei die Stellung der Mehrheit angemaßt. Die zahlreiche zum ziemlichen Theil nichteinheimische Bevölkerung der Uhrenfabrikanten ist natürlich für dergleichen Demagogie weit empfänglicher als das bauernvolk Bauernmehl. Seine Stellung unserer Mehrheit des großen Rathes entschieden war, und die neue Regierung ins Amt trat, wurde das mögliche gethan jeden ihrer Schritte zu verdachtigen und den vollziehenden Arm zu lähmen. Es ist wohl nicht zu verwundern, wenn die Regierung einem gewalteten Flüchtlinge, der mit der ganzen europäischen Wühlherrschaft in Verbindung steht und den gesinnten Sinn des Volkes der rothen Republik zu verschachern sucht, eine solche Rolle nicht ausspielen lassen wollte. Indeß mit dem blosen Ausweisungsbeschluß war es noch nicht gethan, der gesäete Saamen keimte fort, Bafwig erhielt ein Ständchen von trunkenen Uhrenarbeitern, welche durch Johlen brüllten à pas les muirs! Er dankte in aufgeregter Verbrahmkeit und beging die Thorheit oder Unbesonnenheit drei seelsiche Bewohner St. Immers, die im Rufe des Conservatismus stehen, der Parteileidenschaft zur Rache zu bezeichnen. Absolab strömte die Rotte ins Wirthshaus zur Sonne, wo sie den einen Bezeichneten lebensgefährlich mißhandelte, ein anderes Opfer wußte sich durch die Flucht dem angedrohten Strange zu entziehen. Wir wollen nun sehen, ob das benachbarte Neuenburg dem gefaßelichen Manne den Aufenthalt gestatte, und wie die Bundesbehörden allfällig verfahren. Gegen die Uebelthäter hat die Untersuchung ihren Lauf.

(A. Z.)

Italien.

Rom, 11. Sept. Zwei ellenlange Edenschläge des Central-Staatsdefretärs verofftentlichen heute in der Mittagsstunde die in dem Motuproprio vom 12. Sept. d. J. verfprochenen organischen Gesetze. Zwei Edikte Antonelli's regen im Namen St. Heiligkeit eine Staatsconsulta und neuen ordentlichen und sechs außerordentlichen Ministerien ein, welche der Papst ernennt und besitzt. Zu Präsident des Staatsconsulta ist der Cardinal-Staatssekretär, ihr Vicepräsident ein Prälat. Ihre regelmäßige Versammlungen sind wöchentliche. Das Geschäft der Consulta ist, über innere Regierungsangelegenheiten und Administrationssachen mit zu berathen und mit zu prüfen, wenn der Cardinalpräsident dazu auffordert. Anderen beschließt die eben bezeichnete Seite des Staatssekretariats einen Ministerrath. Die fünf Minister des Innern, der Rechts- und Gnadensachen, der Finanzen, des Handels und der öffentlichen Arbeiten, der Kriegs, sind seine Mitglieder. Seine Hauptrompetenz besteht in der Berathung über diejenigen Gesetzentwürfe, welche der Staatsconsulta zur Mitberathung oder Mitprüfung zugestellen sind. Die Mitglieder der Staatsconsulta, wie die des Ministerraths, schworen St. Heiligkeit einen besonderen Eid der Treue.

(Allg. Z.)

Rußland.

Von der polnischen Grenze, 11. Sept. Der Schein, in dem noch ein Stäubchen von der Selbstständigkeit Polens wahrzunehmen war, soll verschwinden, da vom 1. Jan. l. J. die Zollline zwischen Polen und Rußland aufgehoben wird. Während aber diese vollständige Vereinigung mit dem russischen Gebiete vollendet werden soll, wird das polnische Gebiet von Rußland aufs sinnigste abgesperrt werden. Unmittelbar an der Grenze werden auf je eine Werst Entfernung Baracken aufgestellt, zwischen denen, westellt sie im Walde zu stehen kommen, eine Sicht durch eine sechste breite Allee eröffnet werden soll. Jede Baracke erhält eine Besatzung von einem Infanterie mit einem Corporal und zudem noch einen berittenen Gefreiten. Zu jeder Stunde, Tag und Nacht, wird fortwährend eine Patrouille von einer Baracke zur andern ziehen, um zu bewirken, daß Niemand über die Grenze hinüber kommen könne. Damit aber durch die Länge der Zeit keine Annäherung zwischen dem Militär und den Grenzbewohnern herbeigeführt werden möchte, ist dafür gesorgt, daß keinem Soldaten die Möglichkeit geboten wird, an einem Ort bekannt zu werden. Die Patrouille, welche von der einen Baracke abmarschiert, kehrt nicht mehr zu derselben zurück, sondern verschwindet in den Aufstellungen, wogegen wieder die Patrouille von der letztgenannten Baracke an ihrer Stelle einrückt. Im Laufe eines Tages wird daher die ganze Mannschaft aus einer Baracke in die nächstgelegene vorgerückt sein, und so geht der Marsch jeden Tag patrouillenweise eine Baracke weiter, bis denn endlich die Mannschaft der ersten Grenzbaracke die Reise erreicht haben wird. Eine Meile von der Grenze wird zweite, in derselben Weise wie die erste organisirte Wachstelle bestehen, und abermals eine Meile entfernt von der zweiten Wachtlinie eine dritte, damit, wenn es jemanden gelingen sollte, über die erste Wachtlinie hindurch zu kommen, er von der zweiten Grenzwache aufgegriffen werde, und wenn die zweite ihn auch noch nicht festhalten, soll immer die dritte ihn fangen. Den dergestalten Grenzstrapatis ist die Offerte gemacht worden, daß sie im Grenzdienst zwar ferner verbleiben können, jedoch nicht in dem Verhältnisse, wie gegenwartig, sondern sie müßten dem russischen Militär incorporirt werden, wo sie alsdann außer Montierung, Commisbrod, Granpen und Erbsen 1 Silberrubel Traktament auf drei Monate erhalten wurden. Aber auch dann mochten sie erst zu der dritten Wachtlinie verwendet werden, deren Besatzung sie gemeinschaftlich mit den russischen Veteranen ausmachen würden. (Brest. Z.)

Vermischte Nachrichten.

Der Königin Victoria wird in Kurzem ein eigenthümliches Geschenk aus der Provinz Posen, als Beweis der Dankbarkeit für den, den flüchtigen Polen gewährten Schutz, zugehen. Es ist dies das Bild eines Widders von seltenen Feinheit, das der Graf Ignaz Lipski — berühmt als Ancher beschreiner Schafe — gezogen hat. Das lobbare Bild des Widders „Consul I.", befindet sich in einer Schachtel, auf deren gläsernem Deckel sich folgende „Attestazione" in vier Sprachen befindet: „Attestazione pel Widder Consul I. (1) Jurft, geboren 1825, hinterlies 2) 1827 Beatus, dieser 3) 1830 Leskel den Meister; dieser hinterließ 4) 1835 Diktator I., dessen Bild auf der ersten Versammlung in Potsdam 1839 von 830 Schafzeichnern für das schönste erklärt wurde, worauf es Sr. Majestät König von Preußen von Posen dem Ignaz Lipski den rothen Adlerorden zusendete. Diktator I. hinterließ 5) Diktator II., dieser 6) 1844 Cincinnat I. und dieser 7) 1846 Consul I., dessen ungewöhnliches Bild sich in diesem Verhältniß befindet, und welches Ignaz E. Lipski als Zeichen der Dankbarkeit der ausrichtigen und schuldigen Dankbarkeit sur den seinen unglücklichen Landsleuten zu Theil gewordenen Schutz, Ihrer Maj. der Königin Victoria in Demuth zum Geschenke darbringt."

Festlichkeiten in Cherbourg.

Das Kolat, welches die Municipalität von Cherbourg gewohlt hatte, um durch freiwillige Subscription dem Präsidenten der Republik ein Tanzfest darzubieten, war die reiche Gallerie de l'Empereur im Arsenal, welche früher eigentlich die Seilerbahn (Corderie) der Kriegs-Marine bildete. Nichtsdestoweniger konnte sie am Abende kaum zwei Drittel der Tanz-Subscribenten fassen. Die zu hoch Angekommenen mußten draußen warten, bis nach und nach, als Ludwig Napoleon sich zurückzogen hatte, etwas mehr Platz im Saale zu finden war. Die Decoration des Tanzsaales war eine prachtvolle zu nennen. Sie stellte den inneren Raum eines Linienschiffes dar; an den Wanden prangten die Flaggen aller Nationen, geschmackvolle Waffen-Trophäen und Emblème der Kriegs-Marine wechselten jeden zehnten Schritt mit einander ab. Die Candelaber befanden sich auf Stuten-Büschel, und die Cuiser aus Bajonnetten mit Federn- und Eichenlaub festmachig umwunden. Vor dem Haupteingange des Tanzsaales erhob sich ein großartiger Triumphbogen mit drei Pforten. Oberhalb der mittleren Pforte prangte ein gigantischer Kreuz der Ehrenlegion mit Trauerpanni-Bekleidung, zwischen der Inschrift: „Honneur et Patrie" in Lampen mit farbigen Lichtern zusammen gestellt. Der Saal wurde um

acht Uhr Abends eröffnet, und füllte sich in kurzer Zeit bis zum Erdrücken, so daß mehrere Stunden hindurch keine Möglichkeit war, zu tanzen. Ludwig Napoleon erschien erst gegen halb 10 Uhr, mußte aber der unausstehlichen Hitze wegen schon nach einer Stunde sich zurückziehen. Bevor er eintrat, verfinderte der weit schallende Ruf: „Se lebe Napoleon!“ seine Ankunft. Es waren die Matrosen der Flotte, welche vor dem Arsenal gruppirt, den Neffen des Kaisers begrüßten. Dem Vernehmen nach hat Ludwig Napoleon ihnen gestern eine dreitägige Löhnung als Remuneration aus seiner Privat-Chatouille verabreichen lassen. Wenn man erwägt, daß am Bord der Flotte mehr als 10,000 Mann eingeschifft sind, so muß man gestehen, daß Ludwig Napoleon mit großer Freigebigkeit die Gehalts-Erhöhung wieder angeübt, welche ihm die Nationalversammlung kürzlich gewährt hat. Während der Anwesenheit des Präsidenten auf dem Balle erscholl mehrmals der Ruf: „Es lebe Napoleon!“ „Es lebe der Präsident!“ Ich hörte im Ganzen nur drei oder vier Mal: „Es lebe die Republik!“ ausrufen. — Ueberhaupt sind die Rotten weit kleinlauter geworden, als am Abend, wo Ludwig Napoleon seinen Einzug in Cherbourg hielt, sie lehren, daß ihre Umtriebe keinen Beifall nehmen, und daß, sobald sie der Republik ein Lebehoch darbringen, doppelt und dreifach mehr „Es lebe Napoleon!“ ausgerufen wird. — Den heutigen Tag (Sonntag und Mariageburt) hat sich Ludwig Napoleon vorbehalten, nach Gutdünken zu verwenden. Er wird denselben meistens an Bord der Flotte zubringen. Er sollte die Messe in der Pfarrkirche der See-Präfektur anhören; also er aber erfuhr, daß am Bord des Admirals-Schiffes sich ein Feld-Kaplan (amovnier) befindet, zog er es vor, am Bord desselben dem heiligen Meßopfer beizuwohnen, wobei die Mannschaft des „Friedland“ (1200 Mann) in strengster Uniform erschien, sowie das Offizier-Corps aller anderen Kriegsschiffe, deren Mannschaft am Vordeck ihrer respektiven Fahrzeuge von weitem die Messe anhörten. Die Hauptmomente der heiligen Ceremonie, wie: Evangelium, Sanktus, Offertorium rc. wurden mit Kanonenschüsse bezeichnet. Als die Hostie gehoben, und alle die gebräunten Gesichter der Matrosen nieder auf die Knie fielen, der Donner der Kanonen mit Wirbeln der Musiktrommeln des Admiralschiffes sich verschmelzend über die schimmernden Wogen des Meeres hinbrauste, da wurden Alle von den religiösesten Gefühlen ergriffen. Nach der Messe, die um halb 1 Uhr beendet war, ließ der Admiral Perceval-Duchesne von der Flotte eine Schein-Seeschlacht aufführen, wobei die Mannschaft der Admiralschiffes „Friedland“ eine Landung an der Digue (Damm) der Bucht von Cherbourg simulirte. Es entfuhren sich da zwischen den Matrosen und der Corvette, welche die Digue bewachte, ein lebhaftes Feuer. Plötzlich gab das Admiralschiff das Signal zum Rückzug, die Matrosen warfen sich mit Blitzesschnelle in ihre Nachen und erreichten Bord des „Friedland“, wo der Admiral den Befehl zum Entern ertheilt. Ein wohlgezähltes Musketenfeuer unterstützt die Batterien des Admiralschiffes, welches nach einem vierstündigen Kampf die angreifende Schiffe von sich entfernt. Bevor die zweite Division der Flotte zur See-Schlacht beginnt, unternimmt der Schul-Corvette von Cherbourg mit den am Bord befindlichen See-Zöglingen in der Bucht eine Rundfahrt, wobei die Zöglinge den Matrosendienst versehen. Als sie mit aufgespannten Segeln vorübergefahren war um den Präsidenten der Republik am Bord des Admiralschiffes zu begrüßen, unternahm sie die Rückreise nach Brest. Jetzt nimmt die zweite Division der Flotte die simulirte Seeschlacht wieder an, wobei die Dampfboote mehrere höchst gelungene Manövers ausführten. Der Präsident begab sich persönlich an Bord der Dampfschiffe, um den Kommandanten derselben seine Zufriedenheit darüber anzudrücken. Inzwischen langten die Mitglieder des englischen Yacht-Klubbs am Bord des „Friedland“ an, wo sie Ludwig Napoleon zuerst zu bewirthen beschlossen. Der Generalstab und alle Kommandanten der in der Bucht liegenden französischen Kriegsschiffe sind ebenfalls zu dem Diner am Bord des „Friedland“ geladen. Die Tafel von 200 Gedecken ist mit allen möglichen Delikatessen, und wirklich fürstlich servirt. (Die Kosten werden von Ludwig Napoleon getragen, der alles aus Paris dazu bestellt hat.) Die Zeit erlaubt mir nicht alle die Toaste anzuführen, welche beim Dessert auf das Wohl Ludwig Napoleons, auf das Gedeihen und den Ruhm der französischen Kriegs-Marine, auf das gute Einvernehmen mit Frankreich und England rc. ausgebracht wurden. Kaum waren die Gäste von der Tafel aufgestanden, als am Quai Napoleon ein großartiges Feuerwerk, von den Artilleristen der Marine arrangirt, abgebrannt wurde. Das Hauptstück war ein Tempel des Ruhmes mit der Inschrift: Vivo le Président de la République, welcher Tempel vom Bord des „Friedland“ gesehen, aus Feuer geblitzt zu sein schien, und sich höchst malerisch in den Wellen der fliegenden Fluth abspiegelte.

Neuestes.

München, 17. Sept. Unsere radikalen Lokalblätter tragen den moralischen Schmutz in sich, an welchem ihre Redakteure und Mitarbeiter schon von Weitem leuchtar sind. Es ist ein ekles Scribiergesindel, das hier das Zeitungspapier befleckt: die Mehrzahl Judenbursche, die nur wenig als 30 Silberlinge Alles verrathen würden, — dazu ein hinter den Ohren noch nicht trockner Sohn eines liederlichen Vaters, der vor ein Paar Jahren hohe Personen, die er jetzt mit Schmutz bewirft, mit Bettelbriefen behelligte, — ein vormaliger Postschreiber, der wegen Langfingerei projektirt und ab instantia entlassen wurde, und mehrere von ähnlicher Sorte. Dieß nennen sich die „Dollmetscher des Volkswillens!“ Ein Blick auf diese journalistischen Zustände genügt, um den Appetit gründlich zu verlieren.

Frankfurt, 19. Sept. Gestern Abend mit dem letzten Bahnzuge ist Sr. Kgl. Hoheit der Kurfürst von Hessen wieder hier angekommen und in seinem Palais abgestiegen.

Karlsruhe, 19. Sept. Durch großherzogl. Reskript von vorgestern ist der Kriegszustand und das Standrecht auf weitere vier Wochen verlängert worden.

Stuttgart, 17. Sept. Heute wurde der Vermittlungsantrag der Bürgerwehr schnell zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen, weil ein Schreiben des Ministeriums die der hiesigen Bürgerartillerie zum Gebrauch überlassenen 6 Schoßpfündertanonen zurückverlangt hatte. Bei der Ueberlassung wurde nemlich gesagt, daß wenn die Militärverwaltung die Kanonen selbst nothwendig brauche, solche zurückgegeben werden müsse. — Gerüchte besagen, daß die Prinzessin Auguste, die jüngste, einzig noch ledige Tochter unseres Königs, mit dem Herzog von Nassau verlobt sei.

(K. Z.)

Auf dem Programm des Stuttgarter Kirchentages findet sich u. A. auch die Verbesserung des Kalenders als Verhandlungsgegenstand aufgestellt. Diese Verbesserung, für welche der Prosessor Piper aus Berlin als Redner angemeldet ist, soll ausschließlich darin bestehen, der Namenreihe in protestantischen Ländern gangbaren Kalender einen mehr protestantischen Charakter zu geben. Dem Professor Piper erscheint es nemlich durchaus zeitgemäß, als protestantischen Kalendern Tagesnamen zu bannen, die auf entschiedene Gegner des Protestantismus hindeuten. Er hat das Entsetzliche ausgemittelt, daß in Braunschweig, Dresden, Amsterdam und Haag Kalender erscheinen, in denen das Gedächtniß des Ignatius von Loyola bewahrt ist. In den meisten Kalendern fände sich nur ein reformatorischer Name, Martin Luther (am 10. Nov.) Professor Piper hat einen diesen lieben abbefferden Kalepher herausgegeben und wird dafür wohl die Empfehlung des Kirchentages erlangen. (Ist ihm gelungen.)

Kassel, 17. Sept. Die Ministeranklage wegen „Mißbrauchs der Amtsgewalt“ ist vom Oberappellationsgericht zurückgewiesen.

Kassel, 18. Sept. Auf die von der N. Hess. Z. gegebene Mittheilung, als sei die Abreise des Kurfürsten ein Werk der Vorspiegelungen gewesen, erwidert der „Hess. Volksfreund“ in seiner neuesten Nummer mit großem Ernste wie folgt: „Ein Kurfürst von Hessen steht nicht.“ „Als einer Stadt aber, wo nicht die Bürger, nein, wo die Behörden den Gehorsam aufsagen, muß der Sitz der Regierung verlegt werden und verlegt bleiben, bis der Gehorsam, freiwillig oder unfreiwillig, zurückgekehrt ist. Der Sitz der Regierung ist nach Hanau verlegt, und die weiteren Maßregeln werden nicht auf sich warten lassen. Wir werden sehen, wer es ist, der da siegt!“

Dessau, 13. Sept. Das Landtagspräsidium hat, seiner Drohung entsprechend, den Landtag wirklich auf eigener Machtvollkommenheit auf gestern einberufen, ist aber alsbald gezähmt worden. Das Staatsministerium verweigert nämlich das Landtagslokal und nun erklärte das Präsidium, daß, bei dem Mangel eines andern, der Wirbe des Landtags angemessenen Lokales, es die anberaumte Sitzung nicht stattfinden könne. Worauf der Landtag wieder nach Hause ging. (D. Z.)

Wien, 14. Sept. Der Kaiser ließ dem F.-Z.-M. Haynau den innigsten Antheil an ihm in London zugefügten Unbilden bezeigen. Die ganze Armee ist empört über diesen Pöbelexceß. Die Offiziere sind so entrüstet, daß sie eine gedrucke Verherrung hierüber abgeben werden.

Berlin, 17. Sept. Nach zuverlässigen Mittheilungen, schreibt die „Lithgo. Corresp.“, ist man hier davon unterrichtet, daß von einer Seite, die wir nicht näher zu bezeichnen brauchen, in diesem Augenblick bedeutende Geldmittel und gewissenlose Agenten verwandt werden, um das Kurfürstenthum Hessen zu bewaffneten Demonstrationen zu bringen. Namentlich geht die Absicht dieser Partei dahin, zu bewirken, daß der südliche Ausflügel sich zu einem sogenannten provisorischen Vollziehungsausschuß constituire.

Berlin, 17. Sept. Durch die Anwesenheit von zwei Abgeordnten aus Neuenburg tritt das Verhältniß dieses Kantons zu Preußen in der Beachtung verschiedener Kreise wieder in den Vordergrund. Diese Männer, wie Andere, die vor ihnen sich aus Neuenburg hier eingefunden haben, sind bemüht, darzuthun, daß die dortige Einwohnerschaft der Mehrzahl nach royalistisch gesinnt ist. Durch verschiedene Adressen mit zahlreichen Unterschriften ist in dieser Beziehung auch Einiges bewiesen worden. Die Unterschriften Regionen gelingt es, den durch politische Rücksichten nicht hintänglich zu entzündenden Eifer für eine Reorganation des abgefallenen Fürstenthums durch die allerwings wohl begründete Vorstellung anzufachen, daß der Radicalismus bei längerer Fortdauer seiner Regierung den Kanton vollends „beschreibhaften“ werde.

Turin, 13. Sept. Der Erzbischof von Cagliari hat über die Regierungsbehörden, welche ein Theil seiner Einkünfte mit Beschlag belegt hatten, den großen Kirchenbann ausgesprochen.

Turin, 13. Sept. Ein Regierungsdampfschiff überbringt Hrn. Pinelli sein Rückberufungsschreiben. — Der Erzbischof von Cagliari, Emanuel Morannga Marra, wird nun ebenfalls polizeilich versetzt, weil er den Kirchenbann gegen die Anhänger der neuen Ordnung in Sardinien geschleudert.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlig für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schanfsoele 2. Distr. Nr. 553.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 227. Würzburg, Samstag den 21. September. **1850.**

Die drei Theorieen der Unions-Politik.

Es ist so viel die Rede von einem Zerwürfnisse über die Unions-Politik, welches im Ministerrathe zwischen dem Herrn v. Manteuffel und den Anhängern des Hrn. v. Radowitz ausgebrochen sei, daß dem Leser eine genauere, einiger Massen zuverlässige Nachricht über den eigentlichen Unterschied der einander bekämpfenden Ansichten längst sehr willkommen sein muß. Wir werden nun in Folgendem die drei Theorien, welche sich in der Politik der Unionsfrage entgegenstehen mittheilen: Die erste verlangt, daß das Erfurter Parlament einberufen, die revidirte Verfassung adoptirt und das Definitivum der Union ohne Rücksicht darauf, wie viele oder wie wenige der Staaten, die im März in Erfurt und im Mai in Berlin vertreten waren, jetzt noch treu geblieben seien, constituirt werde. Erst nachdem dies geschehen, will sie sich mit Oesterreich und den nicht untreu Staaten in Verhandlungen über Reorganisation des weiteren Bundes und seiner Spitze einlassen. Sie rechnet darauf, daß, sobald nur Preußen mit der definitiven Constituirung der Union vorgegangen sei, die Landesvertretungen der abtrünnig gewordenen Staaten ihre Regierungen auf parlamentarischem Wege zum Widerrufe solcher nöthigen werden, wovon zugleich das Princip Preußens: feinerseits weder Zwang zu üben, noch mit der Revolution gemeinschaftliche Sache zu machen, gewahrt bliebe. Sie rechnet darauf, daß alsdann auch Hannover und Sachsen nicht mehr lange zögern können, sich von der Vier-Könige-Politik loszusagen, in die Union einzutreten und so Norddeutschland um Preußen zu vereinigen. Bayern und Würtemberg mögen dann thun und lassen, was sie wollen; Boden erspeint — von dem Motive seiner jetzigen militärischen Occupation durch Preußen abgesehen — als ein unwesentlicher und unter Umständen entbehrlicher Theil des Unionsgebietes. Diese Theorie beruft sich auf Preußens verpflichtete Ehre, die Union unerschütterlich durchzuführen; auf die Nothwendigkeit, weder rückwärts zu gehen, noch auch nur stehen zu bleiben, sondern fest und kühn vorwärts zu schreiten; dies sei das einzige Mittel, die Treuen zu ermuthigen, die Wankenden zu halten, die Furchtsamen zu stärken, die Widerstrebenden zu gewinnen, die Feindseligen und Intriganten ohnmächtig zu machen und überhaupt die Sympathieen des größten Theiles von Deutschland auf Preußen zu concentriren. Die zweite hält den Plan, einen engeren Bundesstaat nach Maßgabe der Erfurter Verfassung zu Stande zu bringen, bei der seitdem eingetretenen Zerbredelung der ursprünglichen Unions-Bestandtheile für mißlich und unausführbar. Sie beruft sich auf die geographische Zerrissenheit des dermaligen Unionsgebietes, auf die Unmöglichkeit, daß die in dieser Zusammensetzung sich existirenden Staaten, wie Baden, Oldenburg, Nassau, die freien Städte, selbst beim besten Willen der Union verharren könnten; daß sonach Preußen nichts um sich behielte, als etwa Mecklenburg-Schwerin, Anhalt, Braunschweig und die thüringischen Staaten, und daß auf dieses Minimum sich die Verfassung vom 23. Mai so wenig, wie überhaupt eine parlamentarische Form anwenden lasse. Sie will daher das Unausführbare aufgeben und, sich auf das Erreichbare beschränkend, auf das Terrain des Bundestages zurückgehen, Militär-Verfassung, Geld-, Maß-, Gewicht-, Zölle u. s. w. durch Conventionen regulirten und ihr Hauptaugenmerk auf gegenseitige Garantieen gegen die Attentate der Umsturzpartein richten, um in dieser Lage bessere Zeiten abzuwarten, wo vorübergehte Conjuncturen vielleicht den ursprünglichen Gedanken einer Bundesstaates unter preußischer Vorstandschaft wieder erwecken möchten. Die dritte stimmt mit der ersten darüber überein, daß die Union nach der bisherigen Ihre festgehalten werden müsse, aber mit der zweiten darin, daß die augenblicklichen Verhältnisse nicht die Constituirung des Definitivums gestatten. Sie weicht daher von beiden in so fern ab, als sie die Union weder jetzt schon definitiv constituiren, noch überhaupt jemals definitiv aufgeben will. Sie hält vielmehr die Fortdauer des gegenwärtigen Provisoriums auf so lange, bis die Hemmnisse und Hindernisse beseitigt seien, für das einzige Mittel, das künftige Definitivum zu sichern. Sie rechnet darauf, daß alle Versuche Oesterreichs und seiner Trabanten, für den Bundestag sich ein Surrogat aufzudrängen, scheitern müssen (und zwar theils an ihrer eigenen Unpopularität, theils am Widerstande der Unionsstaaten), und daß alsdann die Union, als der einzig möglichen Weg zur Consolidation Deutschlands erkannt, von allen jetzt noch Widerstrebenden, beziehungsweise Abgefallenen, werde gesucht und so zu ihrem ursprünglich vorausgesetzten Umfange erweitert werden müssen. Dann sei die Zeit des Definitivum von selb gekommen.

Louis Philipp.

Der verstorbene König am 6. Oktober 1773 in Paris geboren, war der Sohn des Herzogs von Orleans, Philipp Joseph, bekannt unter dem Namen Philipp Egalité, und der Tochter des Herzogs von Penthievre. Von den tiefverolten Eltern auf's sorgfaltigste erzogen, war die Jugend des künftigen Königs durch manche gutmüthige Handlungen bezeichnet, welche den ihm innewohnenden trefflichen Charakter dentlichsten und zur größten Ehre der trefflichen Frau von Genlis gereichten, deren herrliches Erziehungssystem darauf berechnet war, alle in dem Herzen ihrer Zöglinge verborgenen guten Eigenschaften hervorzurufen und zu entwickeln. Das Tagebuch des Herzogs von Chartres zeigt, daß er nicht immer treu den revolutionären Ideen war, welche durch seine Verbindung mit dem Jakobiner-Club nicht unterdrückt werden konnten. Im Jahre 1791 übernahm der junge Herzog, welcher früher zum Obersten des 14. Dragoner-Regimente ernannt worden war, das Commando dieses Corps und half der erste Akt kühner Autorität war die Rettung zweier Priester aus den Handen des Pobels und vieler anderen Personen, welche den Eid auf die Constitution nicht leisten wollten. Der Herzog von Chartres legte bei dieser Gelegenheit seine feinen persönlichen Muthes ab. Dieselbe Unerschrockenheit zeigte der junge Oberst bei der Rettung des Unteringenieurs der Brücken und Chaussen, Hrn. v. Siret, aus den Fluthen der Loire, und der Municipalrath der Stadt Bendome bot ihm bei diesem Anlasse eine Bürgerkrone an. — Im Jahre 1791 verließ der Herzog von Chartres mit seinem Regimente Bendome, um sich nach Valenciennes zu begeben. Im April 1792 brach der Krieg gegen Oesterreich aus, wobei der junge Herzog den ersten Feldzug mitmachte. Er focht bei Valmy an der Spitze der von Kellermann seinem Commando anvertrauten Truppen am 20. September 1792, und später am 6. November unter Dumouriez bei Jemappe. Während der Herzog von Chartres sich an den Militäroperationen betheiligte, erreichte die Revolution in Paris ihren Höhepunkt. Das bald widerrufene Verbannungsdekret gegen die Bourbons der Lasterschen Linie schuint dem jungen Herzoge Besorgnisse eingeflößt zu haben, und er bat seinen Vater, ein Asyl in der Fremde zu suchen, um das ihn bedrohende Unglück zu vermeiden, als einer der Mörder des Königs Ludwig XVI. fungiren zu müssen. Der Herzog von Orleans adoptirte darauf nicht nur der Herzog von Chartres lebte, als er sah, daß seine Bitten nichts fruchteten, zur Armee wieder zurück. Die am 6. November 1793 erfolgte Hinrichtung des Herzogs von Orleans rechtfertigte vollkommen die Besorgniße des Sohnes. Sieben Monate früher wurden der Herzog von Chartres und General Dumouriez von der Comite zum öffentlichen Sicherheit gelobt, und den blutigen Charakter der Entscheidungen dieses Tribunals kennend, suchten beide über die Grenze zu gehen, und trotz der eifrigen Verfolgung gelang es ihnen, nach den belgischen Niederlanden zu entkommen, welche damals Oesterreich gehörten. Die Oesterreicher boten dem Herzog von Chartres ein Commando in der kais. Armee an, allein er weigerte sich ehrenhaft, die Waffen gegen sein Vaterland zu führen. Ludwig Philipp, nun Herzog von Orleans, zog sich in's Privatleben zurück und begab sich über Aachen und Koblenz unter fabelhaften Gefahren nach der Schweiz. Madame Adelaide von Orleans floh ebenfalls mit ihrer Lehrerin, Frau v. Genlis, erreichte ihren Bruder in Schaffhausen und begab sich mit ihm nach Zürich. Die jüngeren Brüder des Herzogs von Orleans wurden nach dreijähriger Verhaftung in Frankreich gelegt, unter der Bedingung, daß sie sich nach den Vereinigten Staaten begeben. Bei seiner Ankunft in Zürich fand der Herzog den Chartres die französischen Emigranten ungünstig gegen das Haus Orleans gestimmt, und die Behörden des Cantons trugen Bedenken, aus Furcht vor Frankreichs Macht, den Flüchtlingen ein Zufluchtsstelle zu gewähren. (Schluß f.)

Deutschland.

München, 19. Sept. Do unsere ganze kgl. Familie in den ersten Tagen des Oktobers hier eintrifft, so werden während des Oktoberfestes drei Könige aus dem Hause Wittelsbach sich in unserer Mitte befinden: König Max, König Ludwig und König Otto von Griechenland. — Gestern Abend verstarb nach längerem Leiden der königl. Hofrath und Cassier der hiesigen Universitat, Dr. Ludwig Wahrad Mevissen, im 79.

Jahre seines, bis zum letzten Augenblicke thätigen Lebens.

Landau, 18. Sept. Prinz Luitpold benützt während seines hiesigen Aufenthaltes die Morgen zur Inspektion und die Nachmittage zu Ausflügen nach den schönsten Punkten unseres Gebirgs. Vorgestern war er auf der Marburg bei Hambach und gestern besuchte er die zeitgend gelegene Villa seines königlichen Vaters bei Rhodt. Der größte Theil der Gemeindevorsteher diesen wohlbedienten Dorfes von fast südländischem Aussehen zwölfhundert, mit dem Bürgermeister und Adjunkten an der Spitze, den Prinzen auf der Ludwigshöhe. Derselbe bemerkte unter anderm: daß es ihm wohl bekannt sei, wie brav sich die Gemeinde Rhodt während der jüngstvergangenen stürmischen Jahre gehalten habe; er spreche dafür ihren Vertretern seine volle Anerkennung aus. Nach gegen den Pfarrer und Distriktsschulinspektor Stahler von Rhodt, welcher dem Prinzen in Edenkoben vorgestellt wurde, sprach derselbe seine Freude aus, in ihm einen Mann kennen zu lernen, von dessen pflichtgetreuem Benehmen und segenreichen Wirken in Kirche und Schule er viel Rühmliches vernommen habe. Nachmittags gab die hiesige Artillerie dem Prinzen ein Fest in Edenkoben, welchem das gesammte hiesige Offizierscorps Theil nahm. Der Saal im Gasthof „Zum Schaaf" war sehr schön dekorirt und Abends wurde hinter dem reizenden Garten desselben ein wohlgelungenes Feuerwerk abgebrannt. Im Hintergrunde des Saales sah man die Ruine Landeck, mondbeschienene Höhenzug unseres Gebirgs in wahrhaft magischem Lichte. Das Schaufest hatte eine große Menge von Zuschauern angezogen, die, wie wir glauben, alle befriedigt vom Platze gingen.

(Pf. Z.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 17. Sept. Abends 5 Uhr. So eben hierher telegraphirten allerhöchstem Befehl gemäß wird morgen (Donnerstag) früh das 1. und übermorgen das 2. Bataillon des Garderegiments, somit das ganze Leibregiment per Eisenbahn nach dem Regierungsbezirk Hanau, also in Umgegend von Frankfurt Bockenheim, Hanau ꝛc.) abgehen. Die Besorgniß vor bevorstehenden Einsperren auswärtiger Truppen in Kurhessen ist nun mehr ohne Grund. (Z)

Kassel, 15. Sept. Die Verlegung der Regierung nach Bockenheim scheint nun außer allem Zweifel zu sein; gestern und heute sind die Befehle erhalten, sogefaumt sich dahin zu begeben. Die Auszahlung der Gehalte wird in sicherem Vernehmen nach im nächsten Monat durch die Staatskasse unverschmälert erfolgen.

Kassel, 19. Sept. Das heute ausgegebene 15. Stück der Gesetzsammlung enthält folgende Verordnung vom 17. Sept. 1850, die Verlegung des Sitzes der Regierung nach Wilhelmsbad betreffend: Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm der I., Kurfürst ꝛc. thun kund und zu wissen: Der die Pflichten des Staatsdienstes gröblich verletzende Widerstand der meisten Unserer obern Staatsbehörden in Kassel gegen Unsere verfassungsmäßigen Verordnungen vom 15. d. M. bis Mts. veranlaßt Uns, da es sich mit der Würde Unserer Regierung nicht vereinbaren läßt, daß dieselbe mit widerstehenden untergeordneten Behörden an einem und demselben Ort verweile, so lange diese Behörden nicht zu ihrer Pflicht zurückgekehrt sind, über den Sitz Unserer Regierung anderweite Bestimmung zu treffen. Wir werden es Unserer ernstesten Sorge sein lassen, den Gang der Staatsgeschäfte ungestört zu erhalten, und vertrauen dem gesetzlichen Sinn Unserer Unterthanen, daß sie Uns in Unseren auf die Erhaltung der Landesverfassung und der dieselbe wesentlich bedingenden, monarchischen Regierungsform, sowie auf die Aufrechterhaltung eines zur Führung Unserer, wie überhaupt jeder Regierung unumgänglich erforderlichen, gesetzlichen Zustandes gerichteten Bestrebungen unterstützen werden. Die zur Handhabung der Gesetze und insbesondere der Ordnung des Staatsdienstes erforderlichen Maßregeln werden Wir ohne Bezug ergreifen und wollen Unsere sämmtlichen Behörden und Staatsdiener hiermit ausdrücklich an ihre Pflicht erinnern, sowie vor den unvermeidlichen Folgen des Widerstandes gegen Unsere verfassungsmäßigen Anordnungen ernstlich verwarnen. Wir verordnen hiernach auf den Antrag Unserer Gesammtstaatsministeriums: der Sitz Unserer Regierung ist nach Wilhelmsbad verlegt. Urkundlich Unserer allerhöchsteigenhändigen Unterschrift und des beigedruckten Staatssiegels. Wilhelmsbad, 17. September 1850. Friedrich Wilhelm. (St. S.) velt. Hassenpflug. velt. Hapnau. velt. Baumbach. (Ausgegeben zu Kassel am 19. Sept. 1850.)

Heute Morgen ist das 1. Bataillon des Garderegiments auf der Eisenbahn nach Gießen abgegangen, um sich von da weiter nach Wilhelmsbad zu begeben. (N. H. Z.)

Hanau, 19. Sept. Seit einigen Tagen bezieht das Militär verstärkt und ganz seitwärtig die Wachen. Noch umfangreicher fuhr jedoch die Sicherheitsmaßregeln, welche in Wilhelmsbad getroffen sind. Eine Abtheilung von circa 100 Mann hält den Park besetzt, eine andere steht, während in dem Park Piquets auf verschiedenen Punkten aufgestellt sind und Husarenpatrouillen die Umgegend durchstreifen. Auf dem Eisenbahnhofe befindet sich auch eine starke Wache mit Sack und Pack aufgestellt und längs der Eisenbahn reiten Husarenabtheilungen hin und her. Die Minister v. Hassenpflug und v. Baumbach haben im Kurhause Wohnungen bezogen; doch sollen die Ministerialbureaus hierher in das Altstädter Schloß verlegt werden. (Z. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Rendsburg, 15. Sept. Vor dem Kieler Hafen liegen jetzt drei russische Linienschiffe, welche die vier Schiffe, die früher dort gelegen, abgelöst haben. — Dann die dänische Fregatte Dronning Maria, ein früheres Linienschiff, und die Fregatte Havfrue, welch letztere Contre-Admiral Tonte an das Schiff Stjold von Kopenhagen abgelöst und die Besatzung auf Dronning Maria übergegangen. Der Tanz tägt seine holsteinische Schiffe in holsteinische Häfen hinein. — Nahe der Schlei liegen 3 russische Kriegsschiffe. Alle nach dem Kanal befindenen Holländer werden von den Dänen nicht überlegt. (Z.)

Kiel, 16. Sept. Es gewinnt nach der heutigen Sitzung unserer Landesversammlung fast den Anschein, daß wir nicht lange das Glück haben sollen, hochrepublikanische Debatten zu hören; denn die Stadtbattersschaft hat, um der Versammlung Rechnung zu tragen, in der heutigen Sitzung dem Präsidenten ein Schreiben der Departementschefs des Innern und der Justiz zugehen lassen, worin es heißt: „daß, wenn die Regierung auch den jetzigen Zeitpunkt für nicht geeignet halte, um unsere innern Institutionen anzuändern, dieselbe doch nichts dagegen zu erinnern habe, daß ein Ausschuß oder mehrere Ausschüsse unter die von der Regierung der constituirenden Versammlung vorgelegten größeren Gesetzentwürfe gewählt wurden." In Folge dieses Schreibens wurde denn auch sogleich der vom Advokaten Claussen hierauf bezügliche Antrag angenommen und eine Commission von 9 Mitgliedern gewählt, welche hierüber zu berichten habe. Wahrscheinlich wird diese ganze Angelegenheit nun zur Verhandlung kommen und unsere Gesetzfabrikanten werden je radikaler je besser daraus losarbeiten. Daß die Stadtbattersschaft dieses Schreiben an die Versammlung nur erlassen, um nicht bei den spätteren Verhandlungen des Budgets und der Finanzbewilligungen auf Widerstand bei der Versammlung zu stoßen, weiß Jeder, welcher die Verhältnisse hier näher kennt.

Rendsburg, 17. Sept. Der bisherige Souschef im Generalstabe, Major Wynekken, remplacirt durch Major Sutterheim, wird nicht, wie es in andern Blättern geheißen hat, als Volontair-Offizier in unserer Armee dienen. Er ist heute in sein Vaterland zurückgekehrt. (H. C.)

Rendsburg, 17. Sept. Nach dem jetzt ausgegebenen Verzeichniß der heutigen Nummer der Reichszeitung Lagerethe aufgenommenen Verwundeten sind es 6 Offiziere und 117 Unteroffiziere und Mannschaften, sowie 11 Dänen. (H. N.)

Wien, 16. Sept. Die Lage der Dinge in Kurhessen gibt der heutigen Nummer der Reichszeitung Veranlassung zu folgenden Betrachtungen: „Als eine höchst traurige Episode in der Geschichte deutscher Gestaltungen muß der Zwiespalt angesehen werden, welcher in Kurhessen zwischen der Regierung und der Landesversammlung herrscht. Die Steuern sind verweigert worden. Die Unpopularität eines Mannes ist der Vorwand und der Gegenstand des Streites. Der Conflikt selbst ist sowohl vom Standpunkt der verfassungsmäßigen Freiheit, als von dem der Regierung höchst bedauerlich; lieser auf dem Grunde der Sache erscheint allerdings der Bruch zwischen den deutschen Großmächten; er wird überall hervortreten und sich zum Schaden aller großen Prinzipien geltend machen; die kurhessische Angelegenheit ist, wir wiederholen es, nur eine Episode. Wie die Sachen jetzt stehen, wird kaum ein Theil zurücktreten können. Die Verweigerung der Steuern kommt einer formlichen Revolution gleich, die Regierung kann durch diesen Schritt der Gränze der Gesetzte nicht mehr weiter führen, es droht Anarchie; die Gewalten, die sich einander gegenüberstehen, müssen vom Ausgang eines Kampfes ihr Bestehen abhängig machen. Auch hier fehlt der höhere Einfluß, der vermittelnd einschreiten sollte."

Berlin, 18. Sept. Gestern Mittag war von der Hand eines früheren preußischen Offiziers ein Schreiben aus Rendsburg eingetroffen, in dem es heißt: der holsteinische Sache droht ein größerer Schlag, als sie durch das Treffen bei Idstedt erlitten hat. Es heißt nämlich darin: „Nicht blos zwischen dem kommandirenden General und den höheren Offizieren seines Stabes, sondern mehr fortsetzende Zwietracht auch in der Stabsofficierschaft und in der Versammlung der Landesabgeordneten ist eine sehr bedeutende Meinungs-Verschiedenheit eingetreten. Es handelt sich dabei ganz besonders, dem demokratischen Prinzip das Uebergewicht zu verschaffen. Eine Folge dieser Bemühungen ist, wie der Bürgerfreund behauptet, die Absetzung des Obersten Bardeleben, welche ihr bisheriges Amt in einer oder anderen sogenannten Insurrektions-Armee gewidmet zu haben, nicht länger dienlich ist in der holsteinischen Truppen zu verwehren, somit sei der Name der Einheitlichkeit auf eine wirksame Weise ausgesprochen u. s. w. — Endlich scheint Preußen die Unhaltbarkeit seiner bisherigen insolirten Stellung einzusehen; von allen Seiten wird es zur Verständigung mit Oesterreich getrieben. Das Zusammenschrumpfen der Union die sie zu bloßen „schönen Ideen," um mit Hrn. v. Radowitz zu reden, hat anderseits den Gegnern unserer sich so nennenden Constitutionellen, welche ihr heißes Verlangen, an der Regierung Theil zu nehmen, nicht mehr verbergen können, und jetzt das Wiederaufleben des „passiven Widerstandes" in Kurhessen; in der That, was bedarf es mehr, um nun doch Schritte als nothwendig erscheinen zu lassen, welche noch vor Kurzer Zeit mit der Ehre Preußens unverträglich erschienen! Die kurhessischen Wirren werden vielleicht nirgends mit gleicher Spannung verfolgt, als gerade hier, zumal es von vornherein kein Geheimniß war, daß die Regierung über ihr Ver-

halten zu denselben durchaus nicht einstimmig war. Manteuffel hatte wirklich große Lust, nicht nur für den Kurfürsten zu intervenire, sondern sogar bei etwaigen Schritten anderer Staaten förmlichen Protest zu erheben. Aber unsere Constitutionellen hatten sehr Unrecht, wenn sie diese Absicht als nicht ganz passen Ministerium und sogar des Königs darstellten; sie vergaßen, daß Hassenpflug's Verhalten gegen Preußen in einem solchen Augenblicke, wie der jetzige, gar nicht in die Waagschale fallen kann gegen das solidarische Interesse aller Regierungen. Die Flucht des Kurfürsten scheint tödtlichsich noch den Ausschlag gegeben zu haben; mit großer Bestimmtheit wird heute versichert, daß bereits eine gemeinsame Intervention von Preußen Bayern (siehe den heutigen Corref.-Artikel von Würzburg 21. Sept.) und Hannover erfolgt sei. Ist ein solcher Schritt noch nicht erfolgt, so ist wenigstens nicht mehr daran zu zweifeln, daß er in kürzester Frist geschehen wird. (Lt.)

Frankreich.

C Paris, 17. Sept. Unter den vielen vorgeschlagenen „Lösungen der politischen Wirren" glauben wir auch noch die Aufstellen der „äußersten nationale" mittheilen zu sollen. Diese Zeitung geht von dem Gesichtspunkt aus, niemand wolle mehr etwas von der Verfassung wissen; es standen sich nur noch Monarchisten und Anarchisten gegenüber. Sie ladet daher den General Cavaignac und andere ehrliche Republikaner ein, sich mit den Verschwörungsmonarchisten zu verständigen, statt sich einem gesetzlosen Zustande anzuschließen. Dies Blatt sagt: „Es gibt keine konstitutionelle Partei mehr; es gibt nur noch gegenkonstitutionelle Meinungen, deren Wunsch und Willen ist, daß möglichst jener zu entkommen vor auf welchem Wege? Etwa durch die Monarchie? Dieser Weg ist einfach und leicht, er berufe jedermann, er stellt alle ehrlichen Parteien zusammen: Legitimisten, Orleanisten, Bonapartisten; zu diesem Ordnungsbanket laden wir Alle ein, welche Frankreich lieben, alle, welche ihm mit dem Schwerte oder mit dem Pfluge dienen können. Sollte man ihm die Anarchie vorziehen? Die Demokraten erklären, sie wollen keine Verfassung, keine Regierungsgewalt, keinen Präsidenten mehr; der Staat solle sich wie eine Fabrik regieren. Was soll denn aus Ruhm, Vaterlandsliebe, religiösen Gesinnungen werden? Cavaignac und seine Freunde sind Männer der Zukunft; sie können nur zwischen einer regelmäßigen Monarchie und einem gesetzlosen Zustand wählen." — „Courrier français" besteht auf einem Aufruf an das Volk über die Frage: Republik oder Monarchie. Hat man sich einmal für Republik entschieden, sagt er, so hat man die Wahl zwischen Königthum und Kaiserthum; ein Königthum mit dem Grafen von Chambord und dem Grafen von Paris, oder ein Kaiserthum mit Ludwig Napoleon Bonaparte.

C Paris, 17. Sept. Der Prozeß gegen die Angeklagten von Dran, der sehr interessant zu werden verspricht, hat am 9. Sept. zu Dran begonnen, ist aber nach Vertheidigung des Anklagezustes wegen Abwesenheit zweier Vertheidiger wieder auf den 13. vertagt worden. Die Angeklagten, 66 an der Zahl, worunter 7 auf flüchtigem Fuße, sind über gleiche Anzahl nach Staats- und Communalbeamten, während sich von aktiven Militärs nur 3 Soldaten und ein Regimentszahlmeister befinden. Man stößt in der langen Liste der Angeklagten auf die Namen von Mitgliedern des Straßen- und Brückenbau-Corps, des höheren Lehrerfaches, der Militär-Administration, von Angestellten der Präfektur, der Mairie, der Hospitäler ꝛc., von Literaten, Eigenthümern, Aerzten, ꝛc. und selbst auf den eines Polizeiagenten. Der Anklageakt lautet auf Theilnahme an einer Verschwörung zum Zweck, die Regierung umzustürzen und die Bewohner gegen die verfassungsmäßigen Gewalten in die Waffen zu rufen, oder den Bürgerkrieg zu erregen, mit den erschwerenden Umständen, sich Munition verschafft und theilweise sich am 21. Mai an den Landungsplatz des Dampfboots begeben zu haben, um dort gewisse Nachrichten zu vernehmen, welche das Zeichen zum Ausbruch geben sollten. Der Anklageakt hat zwar direkt nur eine in Algier, Dran und Mostaghim angebretete geheime Gesellschaft zum Gegenstand, deutet aber auf die Verbindung derselben mit den geheimen Gesellschaften von Paris und Lyon hin. Der Ursprung dieser geheimen Gesellschaft, deren Entdeckung vor zwei Monaten nicht geringes Aufsehen erregte, war ein im Mai oder Juni 1848 gegründeter Verein zur gegenseitigen Unterstützung unter dem Titel: „Tempel der Menschheit," der sich bald, hauptsächlich auf das thätige Betreiben der Angeklagten Andre Arnaud, in eine carbonarische Gesellschaft verwandelte, die sich die Verbreitung des Sozialismus zur Aufgabe machte. Die Aufnahme in die Gesellschaft fand unter gegenseitigen Formen Statt. Die Mitglieder nannten sich unter einander: „Guter Vetter" und führten als solche jeder einen besonderen historischen Namen. So gab es unter ihnen Saint Just, Aristogiton, Cato, Christus, Periclet, Benuid der 1., 2., 3., 4., Socrates, Scavola, Barbieux der 1., 2., Lafayette, Arnaud, Bayard, Carnot, Robespierre, Winkelried ꝛc. Die Gesellschaft war ganz hierarchisch organisirt und stand unter einem Großmeister, hatte ihre Casse und Kriegsvorräthe und harrte nur auf ein Losungswort von Paris oder besonder Ereignisse, um Algerien zu revolutioniren, als die zufällige fortheimliche Abgabe eines Briefes an den Versteher Arnaud beim Prokurator der Republik von Dran die Entdeckung herbeiführte. (D. J.)

Schweiz.

Bern, 3. Sept. „Auf der Oberfläche unseres politischen Lebens herrscht Ruhe, aber in der Tiefe wuhlt und gährt es." Diese Worte bilden gegenwärtig den Text der in- und ausländischen Presse über schweizerische Zustände und drücken auch die Lage der Eidgenossenschaft vollkommen aus. Es gab Viele, welche glaubten, mit der neuen radikalen Bundesverfassung sei die Schweiz in den Hafen der Ruhe und Ordnung eingelaufen; sie bedachten nicht, daß diese Verfassung in Folge eines Bürgerkrieges ins Leben gerufen und einer sehr bedeutenden Minderheit des Schweizervolks mit dem Bajonnet aufgedrungen worden war. Diese besiegte Minorität steht in der Bundesverfassung, welche Schweiz und ihren Staatenbund in einen Bundesstaat mit „starker Centralgewalt", umgeschaffen hat, immerfort u. mit Recht den Raubern ihrer Souveranetat, und bei jeder Gelegenheit tritt in den Wahlstatten der Versuch hervor, gegen Beschlüsse des Bundesrathes, die ihrer Wolfahrt zu wehren, Verwahrung einzulegen. So protestiren alle drei Urkantone in aller Form gegen die neue Bertheilung, oder vielmehr Zutheilung der Flüchtlinge, und mußten vom Bundesrath auf die Bundesverfassung hingewiesen werden, welche ihnen in dieser Beziehung Gehorsam auferlegt. Wenn also schon die kleinen Kantone wegen ihrer verlorenen Souveranetatsrechte gegen die Bundesverfassung eingenommen sind, so muß in Zukunft die Opposition von dieser Seite her um so gefahrlicher werden, weil sie in den Personen zusammentritt mit denjenigen, welche durch die neuen Gesetze Macht des Papstes in der Schweiz in Frage gestellt, die Hierarchie geschwächt, und somit die Religion in Gefahr sieht. Der Conservatismus ist gegenwartig thätiger als je, den 1847 verlorenen Boden wieder zu erobern. An der Spitze dieses immer offener hervortretenden Conservatismus steht Bischof Marilley mit seinem jüngst erschienenen Rundschreiben an die Geistlichen seines Sprengels, worin er den Kanton Freiburg, wenn nicht der Form, doch dem Wesen nach, mit dem Interdikt belegt, und die Geistlichkeit auffordert, der Landesregierung den Gehorsam zu verweigern. Dieses Wort hat verkannten wackren Dreißigen giebt Del in das Ohr des Petitionssturmes, welcher gegenwärtig durch den Kanton Freiburg geht. Die Haltung der Katholiken in Genf wird die Nobverwerkhalten entscheiden, und auch hier gibt Marilley das Losungswort. Der Bischof von Chur hat ebenfalls sein Schweigen gebrochen, und in einem Hirtenbrief alle Geistliche und Lehrer seines Sprengels von dem Besuche der vereinigten kantonalschule in Chur abgemahnt, indem durch diese Mischgeist der Behörden die Religion auf das höchste gefährdet sei. Der Bischof von St. Gallen lebt mit seiner Regierung in offener Fehde; er hat bei einigen Anlaßen die Rechte der Kirche auf das feierlichste verwahrt und erklärt, nur der Gewalt weichen zu wollen. Im Bisthum Basel ist es scheinbar um ruhigeren, aber auch hier bereiten sich Stürme vor.

Italien.

Von der italienischen Grenze, 15. Sept. Neben den Verwicklungen in Deutschland scheinen es vorzugsweise die Wirren in Piemont zu sein, welche die Aufmerksamkeit des Wiener Kabinets in Anspruch nehmen. Es läßt sich dies dem großen Interesse entnehmen, mit welchem die „Oesterr. Correspondenz", deren Beziehungen zu dem österreichischen Ministerium als bekannt vorausgesetzt werden dürfen, sich Tag für Tag mit dem zwischen Turin und Rom bestehenden Conflict beschäftigt. Die Zustände im königreich Sardinien wollen jenem Organe überhaupt nicht gefallen, hieben noch ganz abgesehen von dem, was die dortige Regierung gegen die katholische Kirche und deren Würdenträger unternommen hat. Piemont ist von jeher ein unangenehmer Nachbar der Lombardei gewesen, zumal in den letzten zwei Jahren, wo sich seine und die österreichischen Heere in heißen, blutigen Schlachten auf dem lombardischen Boden begegneten. Piemont wurde zwar besiegt, aber es hat sich als Nachbar nicht gebessert. Alle Ausbrüche Italiens sanden Schutz und Asylrecht in seinen Grenzen, und eine selbstständige Presse radikaler Art mochte Oesterreich am wenigsten schonen in den täglich hinausgeschleuderten Pamphleten und Schmähartikeln. Das liberale Ministerium der HH. Siccardi und d'Azeglio hielt die Dinge gehen bis sie ihm doch selber zu bedenklich wurden, als es gewissermaßen schon zu spät war; das Kabinet mußte zu Beschlagnahmen, Ausweisungen und andern Maßregeln schreiten, welche seine Partei keineswegs stärken, und ist deshalb heute in einer Lage, welche starke Zweifel an seinem längern Fortbestand erweckt. Es hat die liberalste und radikale Partei gegen sich und wird deren Starke fühlen, wenn es in Rom nicht zu einem Austrag kommt, der beide Parteien einigermaßen zufrieden stellt. Die Mittelpartei, die, wie überall, so auch hier, nicht hinlänglich organisirt um thatig genug ist, wird das Ministerium nicht zu halten vermögen. Seit lange hat die „Oesterr. Corresp." in diesem Sinne ihre warnende Stimme vernehmen lassen; heute steht sie den Sturz des sardinischen Ministeriums als nachste und nothwendige Folge des Scheiterns der mit Rom gepflogenen Unterhandlungen an. Ihren lebendigen Antheil für die Rechte der katholischen Kirche ist sie der Ansicht, daß der Papst nicht nachgeben werde, auch nicht nachgeben könne, und daß Piemont eine eitle Hoffnung hege, wenn es glaube, ihm werde gelingen, was selbst Napoleon gegen den Papst durchzusetzen nicht vermocht habe. Der Sturz des Grafen Cavour Kabinet ein, so ist die Meinung der „Oesterr. Corresp." folgende: „Das Bedurfniß einer conservativen Regierung ist im Königreich Sardinien (Piemont) groß, wir bedorfen aber, daß das gegenwärtige Turiner Kabinet nicht die Kraft habe, die allein richtigen Principien, welche zur Schaffung der Staaten beitragen sind, durchzuführen, selbst wenn es ihm nach den neuesten Erlebnissen hiezu nicht am rechten Willen fehle, wofür jedoch unserer Wissens keinerlei Anzeichen vorliegen."

Rußland.

Tarnowitz, 8. Sept. Ein ungewöhnlich großer Waldbrand, welcher in russisch Polen, unweit der preußischen Grenze, in der Gegend des Fabrikortes polnisch Kammig, ausgebrochen ist, hat

daselbst in einem besonderen Grade die Aufmerksamkeit auf sich. In dem dortigen Umfreise befindet sich nemlich ein bedeutendes Torflager, welches an einigen Stellen sogar zu Tage liegt und durch die vorherrschend gewesene Dürre in der letzten Zeit so stark angebrannt, daß es an den geringsten Funkenstrahlen empfänglich war. Dieses Torflager wird von den Kratau-Eisenbahnschauer-Einsendahnstrecke durchschnitten. In voriger Woche geschah es, daß beim Durchgange des Eisenbahnzuges einige Funkenstrahlen der Lokomotive entstohen, und in das nahegelegene Torflager hineinfielen; das Feuer zündete, glimmte anfänglich nur unbemerkt weiter, bis es später eine größere Ausbreitung gewann, immer mehr um sich griff und endlich hell aufloderte. Die polnischen Bewohner der einzeln stehenden erbärmlichen Hütten sahen dem Feuer anfänglich mit ihrer angeborenen Gleichgültigkeit zu, ohne sich zu bemühen, dem Feuer Einhalt zu thun; doch war es bald so stark daß diese unversöhnliche Nachlässigkeit in einen furchterlichen Schrecken verwandeln, so wie diese Menschen beseßen, mit welcher furchtbaren Kraft das Element des Feuers zu verheeren vermag. Auf der Oberfläche des Torflagers steht meistenweit ein mittunter in schönem Zuwachse erhaltener Tannenwald, welchem sich Hölzer verschiedener Gattung beifinden. Das von Feuer ergriffene Torflager brennt, verzehrt eine Baumwurzel nach der andern, greift weiter um sich, wobei es nach der oberstächlichen Luft strebt. Dieses gelingt ihm, es bricht empor, und die ihm zunächst liegenden Baumstöße, endlich einen liegenden Stamm, von diesem anderes Gehölz, und nun kann seiner furchterlichen Gewalt nichts mehr widerstehen, Alles was sein glühender Hauch umweht, wird von der sich ausbreitenden Flamme unbarmherzig zerstört und verzehrt. In ein paar Tagen stand eine beinahe tausendjährige schöne Ebene des mitunter herrlichen Forstes in Flammen und die ganze Umgegend ist in Dampf gehüllt. Die trockenen Aeste und Sträucher prasseln, die stärksten Stämme, deren kernige Wurzelstöcke zuerst ausgebrannt sind, krachen, ein furchtbar schöner Naturschauspiel entwickelt sich, bevor Zerstörung jeder menschlichen Kraft mit bestürzender Wuth Trop bietet. Schon fast 14 Tage wüthet das vernichtende Element ungestört fort. Dem Forstchreiten desselben ist bis jetzt zu steuern unmöglich gewesen, wobei allerdings ein nicht unbedeutender Theil der Schuld der Unbeschiedenheit der polnischen Einwohner, so wie dem Mangel an gehöriger Anordnung bei einem derglechen Vorfalle zur Last gelegt werden muß. Der größte Feuerschein leuchtet des Nachts bis in das preußische Gebiet hinein. Es läßt sich noch nicht absehen, welche Ausdreitung das vernichtende Element erreichen wird, und auf welche Weise man demselben am schnellsten und kräftigsten entgegenzutreten im Stande sein wird.

Neueste.

* Würzburg, 21. Sept. Wie wir so eben vernehmen, wird das barische Observationscorps bei Aschaffenburg durch Heranziehen von noch bedeutenden Truppenabtheilungen verstärkt werden. Zu Behuf dessen werden morgen die Batterie Roßenstengel und die halbe reitende Batterie nach obigen Bestimmungsort abgehen. — Da in unserer Nähe die Telegraphenlinie vollendet ist, so hat man gestern mit dem Probestücken in die Telegraphenstation, welche sich im Prinzenentbau am Hofstalle befindet, begonnen.

Frankfurt, 18. Sept. Die kleindeutsche Presse schleudert ihr ganzes Gift gegen Hassenpflug; aber wenn man dieser Wuth auf den Grund geht, so sieht man, daß sie bei diesen kleindeutschen Seelen nicht in Hassenpflug's anticonstitutionellen, sondern in Hassenpflug's antiunionistischen Maßregeln beruht Sie schrieen mit den Demokraten über Verfassungsbruch, meinen aber den Bruch mit der Union. Sie sordern, daß Preußen einschreite, vertangen aber nicht die Aechtung der Verfassung, sondern die Wiedereroberung Kurhessens für die Union! Sie haben auch nicht Lust, diese ganze Katastrophe den engern Rath in die Schuhe zu schieben, um ihn verhaßt zu machen. Mit Recht rust ihnen aber heute ein hiesiges Blatt zu: „Hat nicht Preußen den Hassenpflug dem Kurfürsten als Minister empfohlen? Kannte man Hassenpflug in Berlin so wenig, daß man nicht voraussehen konnte, welches Regiment er einführen werde? Wenn also von einer Mitschuld die Rede sein soll, so fällt diese eher auf Berlin, als auf Frankfurt?" Der Verlauf von Kleindeutscher Seite, die kurhessische Katastrophe zu Gunsten der Union anzubeuten, geht aber noch weiter. Man stellt hochtrabende Vergleiche an, wie man in Preußen und wie man in Kurhessen, wie man im Bereich der Union und wie man im Bereich des Bundestags Verfassungen heilig hält, und findet, daß Erfurt und Berlin constitutionelle Eldorados seien! Es muß schwer, hier ein mitleidiges Lächeln zurückhalten, und die Gothaer vergessen, daß sie mit solchen Betrachtungen der demokratischen Presse gleichsam den Stoff zur Satyre zutragen. Preußen mit seinen sinnreichen Detroyirungen, seinen famosen vetirten Kammern, seinem constitutionellen Oberhause hinzustellen, welche Albernheit! (Oest. Corresp.)

Stuttgart, 18. Sept. In Tübingen steht heute vor dem Schwurgericht der Fürst von Waldburg-Zeil, der Beleidigung der k. Staatsregierung angeklagt. — Abends bald 8 Uhr. Fürst Waldburg-Zeil ist in sechs Tagen Geldstrafe in Höhe von 1000 fl. und zu einer Strafe von 5 Monaten Festungsarrest und 200 fl. und zur Tragung der Prozeßkosten verurtheilt worden. Der Zulauf war stark, und die Demokraten sind mit dem Ergebniß der Verhandlung unzufrieden. Das Resultat ist übrigens das, daß Preußen vor der Schwurgerichte von der größten Wichtigkeit.

Braunschweig, 16. Sept. Der „Magdeb. Ztg." wird folgendes geschrieben: Aus zuverlässiger Quelle wird uns mitgetheilt (auch sängt die Nachricht bereits an, sich im Publikum zu verbreiten): „Nachdem der Herzog sich entschieden geweigert hatte, den preußisch-hänschen Projecten zu ratificiren, begab sich gestern Nachmittag das Ministerium nochmals zu Sr. Hoheit nach Richmond, und hat nunmehr seine Demission eingereicht." Ob die Demission angenommen, ist nicht bekannt. Es verlautet jedoch sich mit einem Ministerium unter dem Vorsitz Langwes, ja speciell mit einem Ministerium Campe-Koch-Pini. Ist die Nachricht begründet, so erscheint zugleich eine entschiedene Aenderung der bisherigen Politik als gewiß. Das Ganze ist indeß eben so plötzlich als unerwartet und überraschend gekommen. Eine andere Version ist, daß das Ministerium nur zu dem Fall zurtreten wolle, daß eine Aenderung der Politik überhaupt in Folge der Nichtratification eintreten solle.

Wien, 15. Sept. Baron Haynau ist hier angekommen. — Wie früher sur Ungarn, so ist jetzt auch für Wien die „Köln. Ztg." verboten worden.

Wien, 17. Sept. Das auf vorliegende Programm, betreffend die Uebergabe des Marschallstabes am 15. Sept., welchen die öffent. Armee in Italien dem Feldmarschall Grafen Radetzky verehrt hat, enthalt Nachstehendes: 14—15,000 Mann werden sich anfänglich der Porta Nuova in Mailand und Gloria auffellen. Unter einem prächtigen Zelte ist ein Altar errichtet. Um zehn Uhr feierliche Messe. Sämmtliche Fahnen und Standarten wehen vor dem Zelte. Alle Generäle, die sich in Italien befanden, sind mit ihren Generalstäben zugegen. Bei der Benedition ertönen die Salven sämmtlicher Geschütze auf den Mauern, Castellen und Forts. Nach dem Gottesdienste zieht sich der Marschall in seine Gemächer zurück. Die Generäle und Offiziere versammeln sich beim Gen. der Kav. Ritter v. Grozkowski, von wo sie sich in feierlichem Zuge zu Sr. Exc. dem Marschall begeben, welchem der General im Namen des Heeres, das unter seinen Befehlen stand, sich unterthänigst machte, den Marschallstab überreicht. Dieser feierliche Moment wird durch das Abfeuern sämmtlicher Geschütze verkündet. Die Truppen präsentiren die Gewehre und die Fahnen salutiren. Später ist in den Sälen der Delegation großes Mittagsmahl, zu welchem auch zwei Corporale, zwei Sergeanten und zwei Soldaten jeden Regimentes, deren Brust mit einem Tapferkeitszeichen geschmückt ist, geladen werden. Um sieben Uhr großer Zapfenstreich mit sämmtlicher Musikbanden. Ersteres wird der Radetzky-Marsch. Abends großes Ballfest im Casino. (K.)

Berlin, 18. Sept. Man vernimmt als verbürgt, daß das Benehmen der Dänen gegen die „Gefion" eine Berathung des Staatsministeriums hervorgerufen, in Folge deren durch den Major von Egel dem Hrn. v. Werthern nach Kopenhagen eine Depesche zugesendet worden ist, worin ihm aufgegeben wird, dem dänischen Gouvernement zu erklären, daß man jeden gegen das Schiff „Eckernförde" (so wurde bekanntlich die „Gefion" nach der Eroberung umgetauft) gerichteten Angriff einem Angriffe auf deutsches Bundesgebiet gleich erachten, und demgemäß die weiteren gegeinet scheinenden Maßregeln nehmen werde. — Nach Berichten aus Kopenhagen ist Major von Egel am Sonnabend von dort per Dampfschiff über Flensburg nach Eckernförde abgereist.

C Paris, 18. Sept. Gestern Abend sind 2 Beamte des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, der eine nach Berlin, der andere nach Wien mit Depeschen abgegangen, welche den betreffenden Gesandtschaften Instructionen wegen der Angelegenheiten von Schleswig-Holstein und Hessen-Kassel überdringen. — Man spricht von einer wichtigen Depesche des Generals La Hitte an den französischen Gesandten in Turin, die ihm den Auftrag gibt, die Ernennung des Erzbischofs Franzoni von dem dortigen Ministerium zu verlangen.

Turin, 12. Sept. Es ist keinem Zweifel mehr unterworfen, daß der Marquis d'Azeglio um jeden Preis eine Versöhnung mit Rom will, daß entweder er oder seine sämmtlichen Collegen das Cabinet verlassen. Lassen Sie sich durch nichts täuschen, der Papst wird erst nach der Freilassung des Erzbischofs Franzoni und nach Aufhebung der Siccardischen Gesetze mit Piemont unterhandeln, und Sie werden sehen, daß man hier nachgibt. Unsre Voltairianer sind wahrend nur behaupten, der Abbé Pendlet, Bruder des Redakteurs des Pariser Univers, der in hohem Ansehen am römischen Stuhle steht und dort einen Theil des französischen Clerus vertritt, habe den päpstlichen Hof zu dieser äußersten Strenge vermocht. (N. Pr. Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Durch unterzeichnete Buchhandlung ist zu beziehen:

Hand- und Adreßbuch für alle katholischen Kirche, Geistlichkeit und kirchlichen Institute.

Eine allgemeine Statistik der katholischen Kirche in den Ländern deutscher Zunge für 1850.

I. Jahrgang, 1. Abtlg. Preis 54 kr.

Inhalt: I. Kirchliche Kronik für das Jahr 1850.

Kirchlich-politische Ereignisse, Verein- und Missionswesen. — Politische Verhältnisse und Verfassung der Kirche in Deutschland und der Schweiz.

II. Kirchliche Statistik, Anhalt, Baden, Bayern, die beiden Hessen, Hannover, Luxemburg, Nassau umfassend.

Neue fränkische Buchhandlung.
Domgasse.

Gestorbene:

Den 20. Sept.

Anna Heinrich, Schneidermeisterstochter 14 J. — Simon Seubert, Kärnerkind 8. W.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 75.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 228. Würzburg, Montag den 23. September. **1850.**

Einladung zum Abonnement.

Wir erlauben uns, da mit Ende dieses Monats das III. Quartal des Abonnements der „Bayerischen Presse“ sich schließt, unsere verehrte Leser zu erinnern, möglichst frühzeitig ihre Bestellungen bei den zunächst gelegenen kgl. Postämtern oder Expeditionen zu bewerkstelligen, um ihnen mit dem 1sten des nächsten Monats vollständige Exemplare liefern zu können. Die „Bayerische Presse“ wird, wie seither, dem gesetzlichen Fortschritt innerhalb der Schranken der konstitutionellen Monarchie huldigen, und ebenso für die Einheit, Ehre und Größe unseres deutschen Gesammtvaterlandes, als gegen die soziale und politische Anarchie in allen ihren Formen entschieden kämpfen. Wir stellen daher an alle Gleichgesinnte die Bitte, unsere Bestrebungen unterstützen zu wollen, sowohl dadurch, daß sie zur Verbreitung der „Bayerischen Presse“ das Möglichste beitragen, als auch dadurch, daß sie uns geeignete Mittheilungen in dieselbe machen.

Das Abonnement für ganz Bayern beträgt vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Die Expedition der „Bayerischen Presse“.

Amtliche Nachrichten.

München, 22. Sept. Se. Maj. der König haben Sich bewogen gefunden, der von den Frhrn. Herrmann und Julius Rotenhan als Patronatsherrn für den Pfarramtskandidaten Johann Herrmann Krausold aus Eslinbach ausgestellten Präsentation auf die protestant. Pfarrei Remlingdorf, Dek. Memmelsdorf, die landesfürstliche Bestätigung zu ertheilen.

Demokratenspiegel.

Die Völker sind nichts als die Individuen der Menschheit, sagen wir mit dem Manifest, die Nationalität und das Gepräge der Individualität sind die Garantien ihrer Freiheit. — Aber dieses Gepräge der Nationalität muß fest und unverwischbar im Staate ausgeprägt sein, die Nation muß im Staate zum freien, selbstständigen Gebrauch aller ihrer Kräfte und Fähigkeiten gekommen sein, ehe sie daran denken kann, ihren Einfluß über die Grenzen des Staates hinaus zu tragen, oder gar den Staat, den Träger aller ihrer Kräfte und Gaben zu verläugnen und abzuschaffen. Gleich dem Individuum, welches ohne Charakter, ohne das Bewußtsein und die Ausbildung seines Selbst im Verkehr mit andern leichtsinnigen und freieren Individualitäten nur eine untergeordnete Stellung einnehmen und am Ende sich selbst unter dem mächtigen Einfluß des Fremden völlig verlieren muß, so würde auch Deutschland in der neuen Weltharmonie als ein passives Glied, den Einflüssen der fremden, in sich mehr concentrirten Nationalitäten hingegeben sein. Allen diesen kosmopolitischen Bestrebungen gegenüber, den Friedensmännern, der Lehre von der unbedingten Handelsfreiheit, wie diesen trügerischen Apostoln eines neuen Völkerrechts haben wir nur die eine Antwort zu geben: Deutschland muß für sich das nationale Stadium zurückgelegt haben, ehe es das kosmopolitische betreten kann. Glücklicherweise bedarf es keiner Anstrengung mehr, um dieser Wahrheit unter dem deutschen Volke Eingang zu verschaffen. Vielmehr ruft diese Wahrheit, erkannt oder unerkannt, so tief im Bewußtsein unserer Nation, daß dieser Ausgeburten Gegenstimm spurlos und einflußlos an allen Parteien vorübergehen wird. Deutschland ist auf den langen Leidensstationen seiner Geschichte wenigstens zu der Erkenntniß gekommen, daß es niemals von außen her, von der Hilfe der Fremden den Fortschritt und die Freiheit für sich erwarten darf. Das Manifest der europäischen Demokratie kann vielmehr nur dazu dienen, der deutschen Demokratie, und namentlich der Partei, welche sich in Norddeutschland gewöhnlich die demokratische nennt, den ganzen Unterschied zwischen ihrem durch und durch nationalen Streben und den Allerweltstheorien des socialen Evangeliums zur Erkenntniß zu bringen. Diese norddeutsche sogenannte Demokratie wurzelt im Handwerkerstande, in dem nicht besitzlosen Mittelstande. Will dieser Mittelstand durch die „ökonomische Association“ mit dem Proletariat aller Länder und Völker sich selbst und seinen Besitz ruiniren, so folge er nur noch länger den falschen Aposteln, den Mitgliedern der socialen Verschwörung im Auslande, welche seine anderen Zwecke kennen, als die Zwecke der Seite, welcher sie sich verschrieben haben, und keinem anderen Kultus anhängen, dem Kultus ihrer eigenen Persönlichkeit. — Die norddeutsche sog. demokratische Partei will vor Allem Deutschlands nationale Selbstständigkeit, Macht und Einheit. Die schleswig-holsteinische Sache hat das außer allem Zweifel gestellt; der nationale Gedanke hat sich eine Partei geschaffen, größer und mächtiger, als alle Parteifraktionen waren. Die Socialisten allein haben sich grundsätzlich der Noth des Vaterlandes verschlossen und in ihren Blättern oder unsere deutsche Sache eine dänische Sprache geführt. Will die deutsch-demokratische Partei sich rein bewahren von der Gemeinschaft mit solchem Verrath, so hat sie die Verpflichtung, sich loszusagen von einer Irrlehre, welche durch Ruge's berüchtigt gewordenen Ausspruch „der Inhalt des deutschen Geistes sei die Nichtrechthaberei“ hinreichend charakterisirt ist. — Die Ehrlichkeit ist die Pflicht aller Parteien, und die Männer der Extreme pflegen vor Allem andern mit der Ehrlichkeit ihrer Ueberzeugung sich zu brusten. Wir wollen auch im vorliegenden Falle nicht an der Ehrlichkeit dieser Ueberzeugung zweifeln. Aber diese Ehrlichkeit fordert gebieterisch von der demokratischen Seite die Anerkennung der Wahrheit, daß die Demokratie nicht auf dem gleichen Boden steht und nicht dieselben Ziele und Anegangspunkte erstrebt. Es ist eine Unwahrheit, wenn ein Mann, welcher auf dem Standpunkte dieser Augsichten Weltanschauung steht, sich als Führer einer Partei gerirt, welche sich zwar auch die demokratische nennt, aber von einem ganz verschiedenen Zwecke verfolgt, welche dem anhängt, was er verachtet, und den „Staat“ aufbauen will, dessen Beseitigung sein Streben ist. Läßt diese Partei sich willig betrügen, so trage sie ihre eigene Haut zu Markte. Aber die Führer, die zugleich das Evangelium der kosmopolitischen Demokratie predigen und dennoch auch der nationalen Sache zu dienen vorgeben, die für die Auflösung und für den Aufbau des „Staates“ in Deutschland mit denselben Redensarten arbeiten, diese Führer müssen aufhören, sich über „Ehrlichkeit“ zu rühmen. Ja und Nein zusammen, sagt Shakespeare, ist keine ganz Theologie, denn Niemand kann zweien Herren dienen, er muß dem Einen anhangen, oder den Andern verachten.

Deutschland.

München, 20. Sept. Die beabsichtigte Vermehrung der Zahl der Stadtgerichte in einigen Kreisen, als Vorläuferin der Einführung der neuen Gerichtsverfassung, soll nun im Laufe der nächsten Wochen definitiv angeordnet werden. — Man hört mit Befriedigung, daß der längst erwartete Entwurf eines Landwehrgesetzes nun wirklich zur Vorlage an den Landtag fertig ist; die Pflichtmäßigkeit zum aktiven Landwehrdienst soll gegen die bisherige Landwehrordnung mehrfach erweitert sein. — Die dem bei Aschaffenburg aufgestellten Truppencorps zugetheilte Artillerie bildet eine Division, welche Major Kriebel vom 3. trierischen Artillerie-Reg. zu kommandiren hat.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 19. Sept. Es verbreitet sich das Gerücht, der landständische Ausschuß wolle noch einmal an den Kurfursten senden, um ihn über die wahre Stimmung im Lande zu belehren und ihn zu bitten, daß er sich baldigst mit einem volksthumlichen Ministerium umgeben möge. Schwarzenberg soll diese Mission übernehmen wollen.

(Mainz. Ztg.)

Hanau, 19 Sept. Ein Correspondenz des Mainzer Journals theilt den wesentlichen Inhalt der Verurtheilungen einer in der deutschen Volksfahne abgehaltenen demokratischen Volksversammlung mit, in welcher Jedem auf das Dringendste an das Herz gelegt wurde, sich durchaus ruhig zu verhalten und den von dem ersten Gesetze beseelten Staatsdiener die Sache zu überlassen. Sodann kamen die Verhaltnisse in Darmstadt zur Sprache und wurde beschlossen, die dortigen Bestrebungen aus das Kräftigste zu unterstützen, namentlich auf Beschleunigung der vom Abgeordneten Lehne beantragten Steuerverweigerung hinzuwirken, indem hierdurch die kurhessische Frage eine sehr zu Statten kommende Stütze erhalte. Das ist ungefähr dasselbe Manover, welches man im März 1848 probirte, wo man die Gassenrevolution von Stadt zu Stadt weiter verbreitete, bis sie einen solchen Umfang

erhielt, daß sie nicht mehr bemessen werden konnte. Jetzt herrscht nur der Unterschied, daß sich die Revolution von der Gasse in die Kammern geflüchtet hat, wo sie auf „gesetzmäßigem" Boden desto sicherer und durchgreifender wirken soll.

Kassel, 21. Sept. Der bleibende landständische Ausschuß hat eine Erklärung, betreffend die Verordnung vom 17. Sept., erlassen, in welcher namentlich gegen alle verfassungswidrigen Handlungen des Ministeriums protestirt und das Recht der Mitwirkung und Zustimmung der Stände zu provisorischen Maßregeln gewahrt wird. — Das Generalvikariat hat nun auch nach der vom Ausschusse verrollständigten Anklage gegen Generallieutenant Baner kein strafrechtlich zu verfolgendes Moment erkannt und das darauf bezügliche Attenstück dem Ausschuß mitgetheilt.

Kassel, 21. Sept. Folgende Erklärung des bleibenden landständischen Ausschusses, die Verordnung vom 17. Sept. 1850 betreffend, ist erschienen: Durch die von den Ministerialvorstehern Hassenpflug, Haynau und Baumbach gegengezeichnete Verordnung vom 17. Sept. d. J. wird die Verfassung des Staates der Regierung in Kassel nach Willkührlehab angeordnet. Zugleich werden zur Handhabung der Gesetze und insbesondere der Ordnung des Staatsdienstes erforderliche Maßregeln in Aussicht gestellt, und die Behörden ermittelt sich an ihre Pflicht erinnert, den verfassungsmäßigen Anordnungen der Staatsregierung, als welche namentlich die Verordnungen vom 4. u. 7. Sept. bezeichnet werden, nicht längern Widerstand entgegenzusetzen. Abgesehen von der Frage über die Beelegung des Sitzes der Regierung und die dadurch verursachten Kosten, worüber der Standeversammlung ihre verfassungsmäßige Entscheidung vorbehalten bleibt, liegt jedenfalls in dem bleibenden Ausschusse die Pflicht ob (§ 102 der Verfassungsurkunde), das landständische Interesse und damit auch seine eigenen Rechte wahrzunehmen und in der verfassungsmäßigen Weise gegen alles dasjenige vorzuschreiten, worin derselbe eine Verletzung der Verfassung und der Gesetze erkennt. Zu den Rechten gehört nun insbesondere auch das Recht der Mitwirkung und Zustimmung zu allen nach § 95 der Verfassungsurkunde zu ergreifenden provisorischen Maßregeln, ohne welche dieselben keine Gültigkeit haben. Wir bringen deßhalb den von uns eingelegten Widerspruch gegen jede Mitwirkung zu den Verordnungen vom 4. und 7. Sept. d. J. hiermit ausdrücklich in Erinnerung, und werden nöthigenfalls auch wie vor von den uns nach § 61 der Verfassungsurkunde zustehenden Rechten Gebrauch machen. Inzwischen ist die Verfassungswidrigkeit dieser Verordnungen in Formeller und materieller Richtung allgemein anerkannt worden. Insbesondere aber haben in vollem Conversationshause mit der verfassungsotreuen Gesinnung des Volkes nicht nur die Verwaltungs- und Finanzbehörden des Landes die Vollziehung einer Verordnungen auf den Grund ihres Verfassungseides abgelehnt, sondern auch die höheren Gerichte, so oft dieselben Gelegenheit hatten, sich auszusprechen, haben dieselben für unvollziehbar, weil verfassungswidrig, erklärt. Und dennoch will das Ministerium für diese verfassungswidrigen Verordnungen Gehorsam fordern, um gegen die auf die Aufrechterhaltung der Verfassung erhobenen verpflichteten Staatsdiener Maßregeln ergreifen, zu die Welt glauben machen, als sei das Volk in dieser Frage nicht Eins mit den Behörden?! Wie dies aber auch das Ministerium das Land in Verwirrung bringt, so darf doch niemand daran zweifeln, daß diese Sache des Rechts auch aus dieser Prüfungen siegreich hervorgehen werde, wenn nur Alle in ihrer Pflicht treu und redlich ausharren. Kassel, 20. Sept. 1850. Der bleibende landständische Ausschuß: Schwarzenberg. Henkel. Bayhoffer. Graf. Kellner.

Hanau, 21. Sept. Das zweite Bataillon des kurhessischen Contingents ist heute hier durch nach dem nahe gelegenen Dorfe Großauheim und dem etwas entfernteren Großrodgenburg marschirt. — Von Fulda ist vorgestern die gegen den kurtigen Oberbürgermeister Mackenrodt wegen „verfassungswidriger Handlungsweise" an den landständischen Ausschuß, behufs weiterer Ueberweisung an die Generalstaatsprokuratur, gerichtete Anklage abgegangen. — Sowohl in Kassel, als in andern Wahlbezirken sind die betreffenden Behörden mit den Vorarbeiten für die neuen Standewahlen beschäftigt.

Hanau, 21. Sept. Das Husarenregiment ist auch im Amarsche begriffen. — Wie es heißt, soll auch mit dem 1. Oktober das Hofstheater von Kassel hierher verlegt werden. — Heute sind auch hier die wohlhabenderen Bürger zusammengetreten, um einen Fonds zu bilden, aus welchem den durch den Gehaltsentzug bedrängten Staatsbeamten Vorschüsse geleistet werden sollen.

Frankfurt, 10. Sept. Die „Köln. Zeitung" theilte in jüngster Zeit angeblich „Wiener Briefe" mit, deren Inhalt und Gepräge nur zu deutlich zeigen, daß sie irgend einem verkommenen Junkerhirne ihrer Entstehung verdanken. Der achte dieser Briefe in Nr. 215 vom 7. Sept. überragt an Gemeinheit, an Niederträchtigkeit und an Lügenhaftigkeit Alles, was in dieser Hinsicht noch gedruckt worden ist. Nachdem die Kölnerin für die englische Aristokratie noch aufgeschwärmt hat, nicht genug von dem Ebelsinn, dem Muthe, dem Patriotismus, der Bildung derselben zu schwatzen weiß, läßt sie diese Aristokratie, die österreichische hohe Aristokratie auf die verschrobte Weise durchpudeln. Wie sind nicht gewillt, irgend einer Aristokratie das Wort zu reden, aber wenn das Kölner Waschweib mit frecher Stirne behauptet, daß die hohe österreichische Aristokratie sich stets auf das Faulbett streckte, die rohen Genüsse der Tafel mit Pferden und Hunden theilte, sich geistig und materiell ruinirte, Herz und Sinn für ihr Volk und Land verloren — wenn sie behauptet, daß die ganze Geschichte dieser Aristokratie nichts weiter, als eine Chronique scandaleuse von der man sich mit Ekel und Verachtung abwendet, enthalte; wenn sie sogar behauptet, daß sie, wie von der politischen Bühne entfernt, ihre Namen auch nicht einmal auf dem Gebiete der Wissenschaften und Künste glänzen, von Unterstützungen für gelehrte Forschungen und Institute bei ihnen nie die Rede sei, sondern daß sie gleich den Buchstlepperen des Mittelalters sich (es ist buchstäblich) so profane und gemein bürgerliche Arbeitsweisen verachteten — so sind das solche boshafte, solche krasse Lügen, daß sie im Interesse der Wahrheit und Gerechtigkeit nicht ruhig hingenommen werden können. Entweder ist die Kölnerin die größte Ignorantin oder sie verschändet die Wahrheit. Notorium non datur. Es gibt keinen Adel der Welt, der eine Hingebung, eine Aufopferungsfähigkeit für das Vaterland seit Jahrhunderten und auch in der neuesten Zeit gezeigt, wie der österreichische. Es gibt aber auch keinen Adel der Welt, der mehr für das Volk und das Land gethan hat, als der österreichische, auch auf Unterstützung der Kunst und Wissenschaften betrifft, so steht die österreichische Aristokratie hinter keinem Adel zurück. Als die österreichische Monarchie in Gefahr kam, zusammenzubrechen, da war es vorab der österreichische hohe Adel, der in geschlossener Phalanx Thron und Vaterland schützte. Es ist weder in Italien noch in Ungarn eine Schlacht geschlagen, wo nicht zumeist alle Familien der hohen Aristokratie durch Glieder vertreten waren. Viele haben ihr Leben gelassen, Fürst Windischgrätz verlor 2 Söhne auf den Schlachtfeldern, und sein letzter Sohn ist ihm zum Krüppel geschossen worden. Viele brachen in durch Muth und ihre Kenntnisse zu ausgezeichneten Generalen, hohen Staatsbeamten und hohen Geistlichen. Eben zählt die österreichische Armee 4 Feldmarschallieutenants allein aus der Familie Schwarzenberg, und gewiß sie haben bewiesen, daß sie keine Weichlinge sind. Mag nicht etwa Fürstbischof Schwarzenberg wegen seiner vortrefflichen Eigenschaften seines reichen Wissens, seiner Mildthätigkeit hervorr kind hätte nicht die „Köln. Zeitung" aus der Art, wie Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg das Staatsschiff lenkt, merken müssen, daß dieser Mann so hervorragende Fähigkeiten besitzt, daß bei ihm selbst die raffinirtesten Intriguen, mit allen verbotenen Mitteln unterstützt, in ihr Nichts ersinnen? Es würde zu weit führen alle Namen der Familien zu nennen — aber die Esterhazy, die Lichtenstein, Colowrat, Kinsky, Clam, Auersperg, Schlick, Stahremberg, Taxis, kurz die ganze hohe Aristokratie hat nicht allein mit ihrem Blute ihre Pflicht gegen das Vaterland gethan, sondern auch ihre Schwerter haben sie redlich beigetragen, als das Vaterland in Noth gerathen war. Während die englische Aristokratie im Anslande ihre Geldmittel verprasst, und zu Hause die armen Pachter verhungern läßt, sind nirgends die Unterthanen so wohlhabend und wohlbefriedet, als bei den österreichischen hohen Adels, denn nicht allein die alte hohe Ritterschaft, sondern auch die Menschlichkeit und das Mitgefühl noch in starkem Grade innewohnt.

(D. B.)

Frankfurt, 19. Sept. Couriere der großdeutschen Clubisten kommen und gehen tagtäglich. Der Schwarm muß doch wohl zu plagen; zuerst wollte es sich zeigen, ob Großdeutschland gewillt ist, es zuzugeben, daß in Kurhessen das Preußenthum wuchere. Die Gothaer im deutschen Bunde mit dem Radikalismus wider den Willen der kurhessischen Armee und des bei weitem größeren Theil des hessischen Volkes herrschen. Als dieser erste Versuch, wo es in Kurhessen zur offenen Rebellion kommt, werden Bayern und Hannoveraner gleichzeitig einrücken. Zwar haben preußische offizielle Regierungsorgane gegen eine solche Einrückung ihr Veto Protest eingelegt, allein ich bin in dem Stande, die zu versichern, daß dieser Protest auch nicht den allergeringsten Eindruck gemacht hat. Man wird hier immer mehr der Ansicht, daß die Großtheorei oder vielmehr die Brauspreching einer Großmacht Seitens Preußens überhaupt nur eine reine Illusion ist. Die eigenen Organe liefern den besten Beleg. Sobald das kleine Neuschatz zur Sprache kommt, treten diese großpreußischen Blätter so kleinlaut auf, daß es Jammer erregt und daß jeder Patriot ju der Ueberzeugung kommen muß, daß Preußen nicht berufen sein kann, Deutschland zu vertreten. Erst muß man die eigene Ehre wahren und Neuschatel mit eigener Kraft erobern können und kann vielleicht wäre es am Platze, sich als eine einer Großmacht ähnliche Macht zu gerieren. Auch hinsichtlich Baden's haben bereits vorlaufige Besprechungen zu einem definitiven Einvernehmen gepflogen. Doch stellt man diese Angelegenheit vorerst noch in die 2. Linie. Man legt die Ansicht, daß in dem Falle man gezwungen werden könnte, einen ernsteren Auftreten sich herbei zu lassen, dieses Land durch eine zwischen dem Rhein und Main genommene Stellung, von selbst purgirt und somit leichteren Kaufes restaurirt würde. — Der von dem Gothaer Regiment so in gemeiner Gesetze gemißhandelte Dr. Wilhelmi hat Frankfurt verlassen, weder von dem hessischen Ministerium berufen war, in Kurhessen eine großpreußische Zeitung zu gründen, weil wieder hier und gibt in diesen Tagen hier Namens der Regierung das besagte Blatt heraus. Hierin können Sie übrigens abnehmen, was die Gothaer unter Preßfreiheit verstehen, und in welcher Weise ihnen als unter dem russischen Scepter zu leben wäre. Doch Sie haben ja selbst eine eclatante Erfahrung gemacht, was das heißt, gothaisch freie Presse. Nicht ein einziges großdeutsches Blatt soll in Kurhessen geduldet werden, und um nur es dennoch zu können, wendet es sich in den Russland süchten. Man sieht übrigens, daß die Gothaer selbst wenig Vertrauen auf ihre eigene Sache haben, sonst konnten sie das Großdeutschthum nicht so entsetzlich fürchten. (D. Volksbl.)

△ **Aus Baden**, 18. Sept. Wir haben noch immer Belagerungszustand und leiden sehr hart unter den Folgen desselben. Namentlich ist es die geheime Polizei, welche, aufs Beste organisirt, bei uns ihr Wesen treibt. Daß unter diesen Umständen jede freie Meinungsäußerung un-

verdrückt ist, versteht sich von selbst. Namentlich sind die Behörden den Anhängern der westeuropäischen Partei sehr auf dem Halse, und finden bei uns häufig Auswanderungen großentheils der Literaten und Journalisten statt. So wurde erst gestern wieder ein Literat, aus Karlsruhe ausgewiesen, weil er sich gegen die Politik des jetzigen Ministeriums ausgesprochen hatte. Auch vor einem Jahre in Karlsruhe erschienene badische Landeszeitung ist unterdrückt worden, weil sie sich mehrmals gegen die herrschende Politik ausgesprochen. Indeß gewinnt bei und die großdeutsche Partei immer mehr Boden, und ist es namentlich das Breisgau, welchen Bewohner ganz österreichisch gesinnt sind. — Seit ungefähr einem Jahre macht man die Bemerkung, daß sehr viele junge Leute, meistens von vornehmen Familien auf dem Breisgau in österreichische Militärdienste treten. — In wohlunterrichteten Kreisen spricht man von einem Wiedereintritt des früheren Staatsrathes Bolt in den badischen Staatsdienst. Wir wollen indeß die Bestätigung dieses Gerüchts erwarten. — Unter den jetzigen badischen Ministern ist es namentlich Regenauer, welcher bisweilen durch seine frühere Thätigkeit in der Kammer als Kompagnie der conservativen Partei hervorragt. Regenauer, war er die Seele des Landtags in seinem Lehrer der Mathematik. In Folge seiner Wahl in die zweite Kammer im Jahre 1831 machte er die Bekanntschaft des Finanzministers v. Boch. Durch diesen gelangte er zu der Stelle eines Finanzrathes und erwandt sich da durch eine unermüdliche Thätigkeit und Gewandtheit den größten Beifall seines Chefs. Zum Bevollmächtigten Badens bei der Generalzollverezeng gewählt, wußte er sich der süddeutschen Interessen sehr lebhaft annahm, zeichnete er sich auch hier sehr vortheilhaft aus. Im Jahr 1847 zum Staatsrath und Präsident der Oberrechnungskammer ernannt, stand er in Geschäftsthätigkeit seinem frühern Chef v. Boch in nichts nach und verwaltete sein Amt zur größten Zufriedenheit, bis er seinem Nachfolger Hoffmann Platz machte. Seit einem Jahre nun sehen wir Regenauer wieder an der Spitze der Finanzministeriums. Nur den großen Bemühungen dieses Mannes ist es zu danken, daß das Land sich aus seiner durch die letzte Revolution hervorgerufenen finanziellen Zerrüttung so schnell erholt hat, — Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben gestern wieder einige am badischen Aufstande Betheiligte, zu begnadigen geruht. — In unserm Lande, wo man an allen öffentlichen Zuständen einen so regen Antheil nimmt, sind es jetzt nebst der deutschen Frage die Vorgänge in Kurhessen, welche alle Gemüther beschäftigen. Während die Partei Preußens sich zur Verscherein des Benehmens des Landtagsausschusses aufspielt, so ist es die großdeutsche Partei, welche in dem Schritte Hoffnungsluge nur eine dem Verhältnissen entsprechende Nothwendigkeit sieht. — Der Ausmarsch der badischen Truppen nach Preußen wird nun doch nächster Tage erfolgen. Dieselben werden jedoch, wie man bestimmt versichert, Mainz umgehen. Auf den Ausspruch des Schiedsgerichts ist man sehr gespannt. Was man in letzter Zeit von einem Einrücken der Oesterreicher in Baden sprach, beschränkt sich die jetzt darauf, daß von Seiten Oesterreichs eine Note an Baden ergieng, worin in energischer Sprache nochmals gegen den Truppenmarsch protestirt und Widerrede wird, daß fast den ersten badischen Mann, der nach Preußen anmarschire, ein österreichisches Truppenkorps einrücken werde. Die nächste Zeit wird lehren, in wie weit sich diese Drohung bestätigt.

△ Aus Baden, 20. Sept. Sichrem Vernehmen nach wird das Verbot gegen die in Karlsruhe erscheinende badische Landeszeitung schon in den nächsten Tagen wieder aufgehoben werden. — Die Verlängerung des Kriegszustandes auf weitere vier Wochen hat allenthalben einen höchst unzufriedenen Eindruck gemacht, indem man glaubt, daß nun endlich die Zeit gekommen sei, wo man diese Ausnahmsmaßregel, welche bereits seit einem Jahre besteht aufheben kann, ohne neue Unruhen befürchten zu müssen. Uebrigens soll, wie bestimmt versichert wird, demnächst wenigstens eine bedeutende Erleichterung und Milderung dieser Ausnahmsmaßregel stattfinden. — Das Gerücht von dem Wiedereintritt des früheren Ministers Bek in den Staatsdienst bestätigt sich nicht. — Das Verbot gegen das deutsche Volksblatt wird demnächst wieder aufgehoben werden. — Das Gerücht von einer Verlobung des Herzogs von Nassau mit einer Prinzessin von Würtemberg bestätigt sich nicht.

Stuttgart, 20. Sept. Die demokratische „Tübinger Chronik" sagt heute in Betreff der Anwesenheit des Fürsten Waldburg-Zeil und seines Vertheidigers Schober in Tübingen, daß Abends 9 Uhr nach der gestern gemeldeten Schwurgerichtsverhandlung die Janitscharie auf der Säuggerstraug dem Vertheidiger Schober ein Ständchen brachten, wobei Touße auf den Präsidenten der aufgelösten Landesversammlung und auf den Fürsten Zeil ausgebracht und von der den ganzen Marktplatz bedeckenden Menschenmenge mit stürmischem Applaus begleitet wurden. „Schober bualle," so schreibt das erwähnte Blatt, „mit herzlichen Worten und erwandte zum treuen Ausharren an der Sache des Volkes, so jetzt wie und große Ehre ihre Opfer und Märtyrer erfordere, bis sie zur Geltung gelange; auf die Abgeordnetenwahl übergehend, bat er die Wähler des Bezirks, an ihrem bisherigen Vertreter festzuhalten. Der Fürst dankte für das ihm gewordene Zeichen der Anhänglichkeit und Achtung, wie er vor 21 Jahren stürmt habe und wo ihm heute ein so schlechter Empfang geworden sei. Er gelobte trog allem, was für ihn ergehen werde, auszuharren bei der Fahne, zu der er geschworen, und unerschüttert treu zu bleiben der Sache des Volkes." Ueber diese Rede enthält eine Mittheilung der „Württemb. Ztg." bemerkenswerth, welche sagt, daß Staatsrath Römer als Zeuge aufgetreten sei, und welcher dabei unter anderm geäußert habe, daß St. Maj. der König im Juni 1849 Willens gewesen sei, das Land zu verlassen, falls die Nationalversammlung in Stuttgart nicht gesprengt worden, im Einstand, der bis jetzt gänzlich unbekannt geblieben war.

Schwerin, 16. Sept. Er-Kammerpräsident Moritz Wiggers, ein Mitglied der äußersten Linken erläßt an die Er-Abgeordneten folgendes Schreiben: „An den Hrn. N. N. In Grundlage des § 109 der Staatsverfassung hat sich die am 1. Juli ds. Js. aufgelöste Kammer der Abgeordneten am 24. ds. Mts. in Schwerin zu versammeln. Selbstverständlich hat das am Schlusse der Versammlung sungirende Bureau die Einleitung für den bevorstehenden Zusammentritt zu treffen. Ich ersuche Sie demnach, den 24. ds. Mts. Mittags 12 Uhr, eine Sitzung, zu welcher ich Sie hiermit einlade. — In Betreff des Sitzungslokals werde ich am Abend vor der Sitzung in meiner Wohnung, in Sterns Hotel Auskunft ertheilen. Rostock, den 15. Sept. 1850. Moritz Wiggers." (Der Ex-Präsident hat sich hoffentlich auch nicht vermangeln, dem Ministerium „in Betreff des Sitzungslokals Auskunft zu ertheilen," damit dieses die werthe Gesellschaft zu finden weiß.)

Berlin, 19. Sept. Die „Breslauer Ztg." theilt heute die Antwort des Ministeriums auf die Adresse mehrerer Abgeordneten wegen Einberufung der Kammern mit. Dieselbe lautet wie folgt: Ew Hoch- und Wohlgeboren Vorstellung vom 20. v. M., worin Sie dramtegen, daß so schleunig als möglich die preußischen Kammern einberufen werden möchten, ist seitens des Staatsministeriums an mich, um die Herren Antragsteller zu bescheiden, abgegeben worden. In Folge dessen habe ich die Ehre, Ihnen Nachstehendes zu eröffnen. Die Frage, wann Se. Majestät dem König anzurathen sei, die Kammern einzuberufen, und welcher Zeitpunkt zum Zusammentritt derselben innerhalb der verfassungsmäßigen Frist auszuschlagen sei, ist auch schon die Erinnerung der Herren Antragsteller Gegenstand der gewissenhaftesten Erwägung des Staatsministeriums gewesen; es sind dabei die Verhältnisse des Staates im Innern und seine Beziehungen zum Auslande nach allen Richtungen hin in Betracht gezogen worden und in der Voraussetzung vom 20. v. M. ist keine Thatsache angeführt, welche bei den bezüglichen Berathungen außer Acht gelassen worden wäre. Die Regierung hat ihre Entschließung darüber lediglich auf die pflichtmäßige Ueberzeugung des Staatsministeriums, welches für seine amtlichen Handlungen und seine Unterlassungen verantwortlich ist, ankommt, so hat aus der gedachten Vorstellung kein Grund entnommen werden können, die Ansichten der Regierung in dieser Beziehung zu ändern. Diese Absichten öffentlich auszusprechen, liegt mir zur Zeit nicht ob, wie ich denn auch eines nähern Eingehens auf den Inhalt der Eingabe vom 20. v. M. mich enthalten zu dürfen glaube. Dagegen versteht es sich von selbst, daß das Ministerium bereit sein wird, zu seiner Zeit den versammelten Kammern die Gründe seiner Handlungsweise darzulegen. Berlin, 14. Sept. 1850. Der Minister des Innern. (gez.) Manteuffel.

Vermischte Nachrichten.

In ihrer Freitagsnummer theilt die in Hannover erscheinende „Niederl. Ztg." „zwei Wahrnehmungen" mit. Die erste: der hannoverschen Demokratie ist alle Erfindungsgabe völlig ausgegangen. Der Feldmarschall Haynau war vor einigen Wochen in Hannover anwesend gewesen, aber Niemand hatte daran gedacht, seine Anwesenheit für die Zwecke der Demokratie auszubeuten. Erst nachdem einige Ungarische Flüchtlinge den Feldmarschall durch Bauernknechte hatten insultiren lassen, pfapt unserer Demokratie eine Leuchtlugel! Sie hat sich drauf, schadenfalt, dieses mal sogar mehr wie gewöhnlich benommen. Das „deutsche Volk" (wie die Demokraten das nennen) sitt alles nach, was in Paris oder London vorgemacht wird. Allein der witliche Affe ist doch nur nach, was der Mensch ihm vormacht, nicht aber was das Vieh thut. Nachdem nun Jemand in England seine Indignation über das wüthige Benehmen eines Trupps Pöbel ausgebrochen hat, ein Benehmen, welches ein ächter Affe nicht nachgeahmt hatte, bestimmt sich „das deutsche Volk" dermaßen mehr wie schthentisch. Mitten ist offenbar vom Aftenthum mehr unschlungen gewesen, als sonst. „Ich vermuthe, sie haben ihm statt des Zimmerbades einen elektro-magnetischen Death, von Gutta-Percha umschlungen, angehangt, und nun geht es gar erst ins Weite mit der Agitation. — So hatten denn nun also dieses mal die Führer der hiesigen Demokratie ihre Insinationen erst aus einem Londoner Bierkeller holen müssen. Dies bewerkt, daß unsere Demokraten zur jetzt einen einheimischen Emeutenstoff nicht mehr disponibel haben müssen. Schleswig-Holstein ist, als völlig brunzt, bei Seite gelegt. — Die zweite Bemerkung ist, daß es nun abermals zwischen den Demokraten und der Bürgerwehr zu einem wüthigen Conflikte gekommen ist. Nicht zu einem Verfassungsbruche, wenn obgleich dergleichen jetzt an der Tagesordnung sind, so ging es doch ohne einen solchen ab, da der Larm nur zum Abend stattfand. Dafür ist es denn aber auch nicht bei einem Bruche geblieben, sondern es hat sogar deren mehrere gesetzt. Die Demokraten haben wiederum einen großen Anstoß an den sinntenfolgen der Bürgerwehr genommen, und zwar nicht allein mit ihren barbarischen Gemüthern, sondern auch mit ihren Unterleibern. — Ueber das abermalige heftig „brutale" Benehmen der Bürgerwehr an diesem Abende ist unter allen Demokraten nur eine Stimme. (Der Ausdruck „brutal" paßt ich selbst aus dem Munde eines solchen gehört, der damals eben vom Neustädter Markte derkam, wo er nun ein bischen ganz ruhig gesangen haben wollte, und dennoch auf eine brutale Weise mit Kolbenstößen mißhandelt worden war. Der Mann äußerte mich ernsthaft; er führe aber auch, unter furchterlichen Flüchen, hoch und theurer,

er wolle es morgen früh bei der Polizei anzeigen. Ja — sagte ich — es ist doch ein wahres Glück, daß es noch Polizei gibt, sonst wäre mit der Burgerwehr gar kein Auskommen mehr.

Neuestes.

Landau, 20. Sept. Prinz Luitpold ist heute durch das Annweiler Thal nach Pirmasens und Kaiserslautern abgereist.

Der kath. Fabrikrath von Zweibrücken erließ in Betreff des vom 2. Sept. d. J. vom Landkapitel Zweibrücken gefaßten Beschlusses folgendes Anschreiben: Hochwürdiger Herr Bischof! Das hier verbreitete Gerücht, die Gesellschaft des Zweibrücker Kapitels habe bezüglich unseres Stadtpfarrers einen dessen Person antastenden Beschluß gefaßt, veranlaßte den gefertigten unterzeichneten Fabrikrath der katholischen Kirche dahier, Hrn. Tafel hierüber zu befragen. Von demselben vernahm er die Bestätigung dieses Gerüchtes und erhielt zugleich Abschrift des Beschlusses der am 2. Sept. getyhin zu Wiesbaden abgehaltenen Pastoralconferenz des katholischen Landkapitels Zweibrücken. Nur mit tiefer Entrüstung hat der Fabrikrath von dem fraglichen Beschlusse Kenntniß genommen, wonach, bloß auf den Grund des politischen Glaubens und Wirkens des Hrn. Tafel die Pastoralconferenz die Ueberzeugung aussprechen sich berechtigt hält, daß Hr. Tafel sich von den Grundsätzen, die sie, die Konferenzmitglieder, für die der katholischen Kirche halten, faktisch losgesagt habe, wonach sogar verfügt wurde, daß sämmtlichen Dekanaten Mittheilung hievon zur Wissenschaft und zum Anschlusse gegeben werden soll. Der unterzeichnete Fabrikrath sinchtet zwar nicht, daß ein solches Aufsehen gegen einen Mann, — der seit vielen Jahren und bis zur Stunde seinem Amte auf das Würdigste und Eifrigste vorgestanden und sich darin die Liebe und das unbegrenzte, durch seine politische Wirksamkeit nicht geschwächte Vertrauen erworben hat, — den vielleicht ersehnten Zweck, Hrn. Tafel zu verdächtigen und ihn in den Augen seiner Pfarrangehörigen herabzusetzen, erreichen wird; kann jedoch dabei nicht gleichgiltig zusehen, und sieht sich verpflichtet, im Interesse der hiesigen katholischen Gemeinde Ew. Bischöflichen Gnaden von dem Schmerz und dem Unwillen Kenntniß zu geben, den der fragliche Beschluß bei seinem Bekanntwerden überall (!) hervorgerufen hat. Der gehorsamst unterzeichnete Fabrikrath erlaubt sich daher, Ew. Bischöflichen Gnaden vorzustellen, wie er der festen Ansicht ist, daß irgend Kränkungen, mögen sie von einer Seite kommen, woher sie wollen, welche dem Herrn Tafel zugefügt werden, nur bereiten können, daß der Zwiete in hiesiger Gemeinde, eine ihrer ersten Zierden, untergraben werde, daß die Absicht, Herrn Tafel zu verdächtigen, bei dem unbedingten Vertrauen, das er genießt, nie mit Erfolg gekrönt werden wird, und daß eine Entfernung desselben aus seiner jetzigen Wirksamkeit, wovon der unterzeichnete Fabrikrath jedoch nicht denkt, das Schlimmste befürchten ließe. Herrn Tafel, dessen politische Grundsätze und parlamentarische Thätigkeit den Beurtheilung seiner amtlichen Thätigkeit nicht in Betracht gezogen werden dürfen, — man müßte denn den von allen Regierungen nicht nur anerkannten, sondern feierlichst verkündeten Grundsatz, daß kein Religionsdiener wegen seines parlamentarischen Wirkens oder Stimmens je, oder von irgend Jemanden zur Rechenschaft gezogen oder gar verfolgt werden könne, vor aller Welt mißachten, — ist der unterzeichnete Fabrikrath, so weit er es vermag, zu schützen verbunden. Vollständigen Schutz gegen Angriffe und Verdächtigungen kann und wird ihm aber nur seine vorgesetzte kirchliche Behörde angedeihen lassen, um so mehr, wenn diese Angriffe von seinen Amtsbrüdern geschehen. Deswegen glaubt der gehorsamst unterzeichnete Fabrikrath seine Pflichte zu thun, wenn er sich vertrauensvoll Ew. Bischöflichen Gnaden nahert und an Sie das gezimende Ansuchen richtet, den besagten Pastoralconferenzbeschluß einer gerechten Würdigung zu unterziehen, und überhaupt Herrn Tafel, um ihn in seinem mühevollen erhabenen Amte mit seiner bisherigen Liebe und Anspreterung zu erhalten, gegen weitere Angriffe zu schützen. Ew. Bischöflichen Gnaden werden den Frieden einer Stadt, das gute Einvernehmen zwischen den verschiedenen Religionsgenossen, an welchem auch Herr Tafel so großen Antheil hat, nicht gleichgiltig ansehen, derselbe weiß sich bei gehorsamst unterzeichnete Fabrikrath Ew. Bischöflichen Gnaden anzuzeigen, daß von gegenwärtigen ehrfurchtsvollen Schreiben sämmtlichen Bischöflichen Decanaten der Pfalz zur Verneidung vorzeitiger Beschlüsse in dieser Ew. Bischöflichen Gnaden zur Würdigung und Entscheidung vorgelegten Angelegenheit Mittheilung geschehen ist. Ehrfurchtsvoll verharret Ew. Bischöflichen Gnaden gehorsamster Fabrikrath der katholischen Kirche zu Zweibrücken. Dr. Erdeltzing, Hentzig, Bruch, Schuler. Für richtige Abschrift: Dr. Erdeltzing.

Frankfurt, 18. Sept. Bei einer in der Umgegend Frankfurts stattgehabten Jagd ist dem Hrn. Carl v. Bethmann begegnet, seinen Jäger todt zu schießen. Bethmann ist ganz außer sich und kann sich gar nicht finden.

Frankfurt, 22. Sept. Die kurhessischen Minister sind entschlossen, mit Entschiedenheit gegen alle Verbrechen zu verfahren, die sich eine verfassungsmäßige Regierung zu Schulden kommen lassen; und darin kann man ihnen nur beistimmen. Denn wenn es auch in manchen Punkten zweifelhaft sein mag, auf welcher Seite das Recht sei, darüber kann der Natur der Sache nach, als auch der Verfassung nach, kein Zweifel obwalten, daß die Unterbehörden der Verfassungsmäßigkeit eines ihnen von der Oberbehörde zusammenden Befehles weiter nicht zu prüfen, sondern lediglich auszuführen haben. Die Verantwortlichkeit trifft allein diejenige Oberbehörde, von der der Befehl ausging; in diesem Falle also die verantwortlichen Minister, nicht die ausführenden Beamten. Hätte sich der Landtagsausschuß bezüglich die Minister in Anklagezustand zu versetzen, so würde er seine Competenz nicht überschritten haben; seine Anforderung aber, den Gehorsam zu verweigern, war jedenfalls strafbillig, ebenso wie das Verfahren der Kasseler Behörden, welche sich in offene Empörung gegen ihre Oberbehörde setzen.

△ Aus Baden, 21. Sept. In Betrag ist dieser Tage einem schweizerischen Handwerksburschen ins Wanderbuch geschrieben worden, er dürfe nicht in Baden wandern, weil er ein Schweizer sei. In Recht ist einem andern sogar die Durchreise mit der Bemerkung verfagt worden, er dürfe kein Schweizer mehr nach Baden reisen. — Es wird versichert, daß keine Truppen mehr nach Preußen verlegt werden sollen, sondern die noch im Lande befindlichen badischen Truppen in inländische Garnisonen kommen werden.

Darmstadt, 21. Sept. In der heutigen achten Sitzung der zweiten Kammer war vorerst vorhandene Maßen der Bericht des Finanzausschusses über die Provocation der Steuern bis zum Schlusse dieses Jahres und der Steuerverweigerungsantrag des Abg. Lehne durch die Herren Müller-Meisheyer und Diehm erstattet. Der Erstere verlas denselben in seiner ganzen Länge. Der Gesammtantrag des Berichts geht vorläufig dahin: A. Bezüglich der Gesetzesvorlage der Staatsregierung, die Verlängerung des Finanzgesetzes von 1845 auf das letzte Quartal 1850: 1) die zweite Kammer wolle diesem, unter derzualigen Verhältnissen den Rechten und Pflichten der Landesvertretung zuwiderlaufenden Ansinnen ihre Zustimmung versagen; 2) die zweite Kammer wolle gegen die Seitens des abgetretenen Ministers Jaup und der gegenwärtigen Räthe der Krone systematische Mißachtung der Vorschriften der Art. 67 und 68 der Verfassungsurkunde und die dadurch gegebene factische Aufhebung des ständischen Besteuerungsrechts feierlichen Protest einlegen. — B. Bezüglich des Lehne'schen Antrags: 1) die zweite Kammer der Stände wolle erklären und aussprechen, daß sogende Erlasse und Maßnahmen des abgetretenen Ministers Jaup und der gegenwärtigen Verwaltung die nachstehend erwähnten Grundlagen des pers. Staatsrechtes verletzen. (Kommen die 14 Beschwerdepunkte des Lehne'schen Antrags.) 2) Die zweite Kammer der Stände wolle zum Schutze der verfassungsmäßigen Rechte des Landes gegen die gesetzwidrigen, gegen die verfassungswidrigen, und darum nicht zu Recht bestehenden Regierungsmaßregeln feierlichen Einspruch erheben. — Der Abg. Hildebrand spricht vermittelnd; der Präsident setzt die Discussion auf Mittwoch Nachmittag; wahrscheinlich wird die Discussion auch noch den Donnerstag in Anspruch nehmen.

Darmstadt, 16. Sept. Morgen wird der Generalintendant v. Both als „Bundestagsgesandter" nach Frankfurt abgehen.

Wien, 12. Sept. Die Direktion der österr. National-Bank sieht sich veranlaßt, hiermit wiederholt zu erklären, daß das Zerstheilen der am 1. Juli und 1. Nov. d. J. Einzahlungsbenbanknoten à 2 fl. und Theilungsweise in Umlauf nicht statthinden darf und daß den Bankassen unterlagt ist für solche zerstheilte Banknoten irgend eine Vergütung zu leisten.

Kopenhagen, 17. Sept. Der Reichstag ist durch einen königl. offenen Brief vom 5. Oktbr. einberufen.

Rom, 12. Sept. Mittels Beschlusses der päpstlichen Studienkommission sind alle Gebühren bei der Erwerbung akademischer Grade, Matriculargebühren z. bgl. im Interesse der öffentlichen Studien aufgehoben worden.

London, 16. Sept. Der Bischof erklärte, der heilige Vater wolle Newman damit seine Zufriedenheit mit dem Eifer, der Frömmigkeit und Rechtgläubigkeit zu erkennen geben, womit er seit seinem Eintritt in die Kirche den katholischen Glauben vertheidigt habe. Nach dem üblichen Gebet, der Belegung des Glaubensbekenntnisses und einer Anrede überreichte der Bischof Newman den Doktorhut und Ring. — Seit lange hat kein Uebertritt solches Aufsehen erregt, als der L. Feilding's; die anglikan. Blätter sind mit ihren Reflexionen darüber noch immer nicht zu Ende. Interessant ist die Schilderung, die eines derselben, der „Coventry Standard", von Feilding entwirft: „Der Erbe eines Grafen, der Besitzer eines ansehnlichen Vermögens, ein junger Mann von liebenswürdigen Eigenschaften, von tiefer Religiosität, eifrig und thätig in der Erfüllung seiner Pflichten, — das ist Lord Feilding, und ohne Zweifel ist der Verlust eines solchen Mannes für die englische Kirche in diesen Tagen der Trübsal und Prüfung ein harter Schlag. Aber so hoch wir auch den persönlichen Charakter des edlen Lord achten, so können wir doch die Schwäche des Grafen nicht verkennen, die er durch sein anderweites Handeln (d. h. durch seinen Uebertritt) gezeigt hat," u. s. w. Der „Kirchen- und Staatszeitung" zufolge ist Lady Feilding bereits dem Beispiele ihres Gatten gefolgt. — Es sollen jetzt an 2000 Irländer in der Grafschaft Kent sein, die herüber gekommen sind, um bei der Hopfenernte zu arbeiten. Zwei Oratorianer sind von London dorthin gereist, um für ihre religiösen Bedürfnisse zu sorgen, und ein Prediger jener Gegend rühmt den wohlthätigen Einfluß, den dieselben auf das Betragen der Irländer ausüben.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Dikr. Nr. 553.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 229. Würzburg, Dinstag den 24. September. **1850.**

Kurfürstenthum Hessen.

„Soll ich von Deutschland nach den Erscheinungen; Wie die Alten sungen, so zwitschern die Jungen: oder umgekehrt so sagen? — Würtemberg und Hessen waren die bewegtesten" — so sprach schon im Frühjahre 1830 Gagern der Vater von den Ereignissen von 1818. — Dasselbe möchte man jetzt sagen, nur sind die Dinge ernster und gefahrdrohender, die Parteien geschlossener und erbitterter, die Charaktere härter. — Bei dem leidenschaftlichen Geschrei, das durch die Zeitungen erschollen wird, kein wahrhaftes Wathen über Personen und Sachen, dem ewigen Toben von Fälschung und Verfassungsbruch, wobei Niemand brachtet und Einer immer den Andern nachschreit, so ist es schwer, in dieser Sache ein sicheres Urtheil zu fassen, zumal auch Diejenigen, wir dieser dem Ministerium Hassenpflug entgegen jubelten, nunmehr, da die Gefahr zu groß wird, kleinlaut werden und in den Tadel einstimmen. Wir wollen versuchen, in dieser verhängnißvollen Sache, die für Deutschland und namentlich für die konstitutionellen Ihren in Deutschland eine schwere Krisis heraufführt, nach den Thatsachen zu urtheilen. — Worüber streitet man? Ständischer Seits sagt man: Nach §. 144 der Verfassung soll zum Zwecke der Bewilligung des Staatsbedarfes ein Voranschlag mit vollständigem Nachweise gelegt werden; das ist nicht geschehen; also waren die Stände nicht verbunden oder nicht im Stande, zu bewilligen. — Wir wollen zugeben, daß hier ein Fehler begangen sei. War denn das aber ein Grund, durch Nichtbewilligung der unter allen Umständen unentbehrlichen Steuern die Existenz des Staats aufs Spiel zu setzen? — Wer kann das behaupten! Kann man denn um einer Thatsache Form willen (und die Sache selbst das Steuerbedürfniß, ist ja unstreitig) so zum Aeußersten schreiten? War es nicht nach §. 143 die ausdrückliche Pflicht der Stände:

Für Aufbringung des ordentlichen und außerordentlichen Staatsbedarfes, so weit die übrigen Hilfsmittel zu dessen Deckung nicht hinreichen, durch Bewilligung von Abgaben zu sorgen?

Ist denn nicht der Fürst und seine Räthe vor Gott und Menschen auch dafür verantwortlich, daß Ordnung im Staate bleibe, und konnten sie nicht leicht zu dem Gedanken kommen, daß die Nothwehr geboten, zu thun, was die Gesetze freilich nicht gestatten? — Nein, wegen so fataler Ursachen thut man solche Schritte nicht, wenn man noch einigermaßen Anspruch auf gesunden Sinn macht. Dergleichen Argumente gehoren nur zu den juristischen oder absolutistischen Schulen, wo denen der politische Kern solcher Sachen zu stecken pflegt, und wer es wirklich ernst mit Wahrheit und Recht meint, der sollte solche Schalen bei Seite thun. Die Sache liegt ganz anderswo.

Der Streit dreht sich um die Personen der Minister und um das Politische System. Als im Sommer 1849 der Vertrag vom 26. Mai geschlossen war, glaubte der Kurfürst mit seinem damaligen Ministerium nicht regieren zu können. Er wollte dem Vertrage beitreten; die Minister fürchteten zu großen preußischen Einfluß. Doch kam der Vertrag zu Stande, und als nun auch wirklich Streitigkeiten zwischen Fürst und Ministern ausbrachen, halten die Minister eine Stupe in Berlin, und das um so mehr, als sich in der ganzen hessischen Staatsbeamtenschaft, die dort nicht blos die Behörden, sondern auch die Stände bildet, seit 1848 eine entschieden den preußischen Ansprüchen günstige Anstaffung gezeigt hatte. Die Stände befanden aus einer großeren unionistischen (wir brauchen den damals noch nicht passenden Ausdruck der Kürze wegen) und einer kleineren demokratischen Hälfte. Der Kurfürst wurde aber mit seinen Ministern nicht wahrhaft ausgesöhnt. Diese wußten, daß er sie zu entlassen denke, sobald das Budget bewilligt sei, und die Folge war, daß das Budget nicht zur Bewilligung kam, sondern andere Hilfe gesucht wurde. Darnach verbesserte sich begreiflich die Sache nicht. Am 24. Febr. v. J. wurde das Ministerium Eberhart wirklich entlassen, und Hassenpflug trat ein. Schon 1832 hatte Hassenpflug erbitterte Kampfe mit den Ständen gefuhrt, Anklagen gegen ihn waren erfolglos geblieben, der Haß aber eben dadurch gestiegen. Es war eine traurige, wenig Gutes verkundende Erscheinung, daß die hessische Verfassung schon im 2. oder 3. Jahre ihres Bestehens bis zur äußersten Grenze der Zwietracht von Regierung und Ständen gefuhrt hatte, und daß die Regierung im Geiste dieser Zwietracht fortging. Hassenpflug hatte aber persönlich seinen Gewinn davon. Schon 1837 mußte er der Abneigung des Fürsten, die er ebenfalls auf sich gezaben hatte, weichen. Man hatte ihn bei seinem Uebertritte in den preußischen Dienst mit Noth bewogen. Jetzt wurde er in Hessen bewilligt mit einem fast einstimmig angenommenen Antrage Boyetsdorff's, wodurch die Standeversammlung entschiedenen Mistrauen gegen ihn aussprach. —

(Forts. folgt.)

Louis Philipp.

(Fortsetzung.) Dieselben verliefen daher so gehemt als möglich der Stadt Zurich, und begaben sich nach Zug, wo sie ein kleines Haus miethelen. Bald aber wurden sie entdeckt und durch Vermittelung des Hrn. von Montrognon erhielten sie Aufnahme im Kloster Santa Clara bei Baumgarten. Der Herzog von Chartres besuchte verschiedene Länder Europas, ohne mit der nöthigen Barschaft versehen zu sein, und er verdankte lediglich seinem Talent und seinem Wissen die Mittel seiner Existenz. Nachdem er Basel besucht hatte, wo er seine Pferde verkaufte, durchstreifte er in Begleitung seines treuen Dieners Baptiste die Schweiz. Das Vermögen des unglücklichen Reisenden nahm mit jedem Tage mehr ab, und es entstand nun buchstablich die Frage, in welcher Weise der junge Herzog sein tagliches Brod verdienen sollte, als Herr von Montesquiou ihm dieselbe mittheilte, daß er ihm eine Lehrerstelle in der Akademie von Reichenau, einem Dorfe in der südwestlichen Schweiz, verschafft habe. Er mußte sich bei seiner Reise nach seinem Bestimmungsorte einer wissenschaftlichen Prüfung unterziehen, der er vollkommen entsprach — trotzem er damals noch nicht 20 Jahre alt war. Er nahm hier den Namen Chabaud Latour an. Hier war es, wo er das Schicksal seines Vaters erfuhr. — In Folge einiger Bewegungen in Graubunden verließ Mademoiselle von Orleans ihren Aufenthalt und begab sich unter dem Schutze ihrer Tante, der Prinzessin von Conti, nach Ungarn. In derselben Zeit kot Hr. v. Montesquiou dem Herzog von Chartres ein Asyl in seinem eigenen Hause zu Baumgarten an, wo er unter dem Namen Corby bis Ende 1794 verweilte, wodann er entdeckt, auch diese Zufluchtsstatte verlassen mußte. — Der Fluchtling wollte es nun versuchen nach Amerika zu gehen und sich in Amerika einzuschiffen, wo er Anfangs 1795 anlangte. Wegen Mittellosigkeit gab er sein Vorhaben auf, und da er mit einem Empfehlungsschreiben an einen Banquier in Kopenhagen versehen war, so reiste er zu Fuß durch Norwegen und Schweden und erreichte das Nordcap im August 1795, wo er einige Zeit verblieb. Nach Tornea zurückgekehrt, besuchte er von dort aus Abo aus Finnland, vermied aber Rußland aus Furcht vor der Kaiserin Katharina. Er besuchte nochmals Norwegen und Schweden und reiste dann, da er in Stockholm erkannt wurde, unter einem angenommenen Namen durch Dänemark. — Das Direktorium hatte sich vergebens bemüht, den Aufenthalt des jungen Prinzen zu entdecken. Man wollte, ihn bewegen sich nach den Vereinigten Staaten zu begeben, und zwar mit dem Versprechen, daß die Lage der Herzogin von Orleans verbessert werden soll und seine jüngeren Brüder ermächtigt werden sollen, sich mit ihm in Amerika zu vereinen. Das betreffende Schreiben kam ihm durch Herrn Westfort in Hamburg zu. Der exilirte Prinz nahm die ihm gemachten Anerbietungen an, und schiffte sich am 24. Sept. 1796 an der Einmündung an Bord des „Hamburgh Merchan" mit seinen getreuen Bauvoin ein. Nach einer Fahrt von 27 Tagen kam er in Philadelphia an. Im November jenes Jahres traf er mit seinen Brüdern zusammen, welche sich in Marseille eingeschifft hatten. Alle drei blieben nun während des Winters in Philadelphia. Sie befanden Mount-Vernon, erwarben sich hier die Freundschaft des Generals Washington, begaben sich dann nach dem Westen der Union und kamen nach einer beschwerlichen Reise nach Philadelphia zurück, von wo aus sie New-Orleans und später am Bord eines englischen Schiffes Havana besuchten. — Die Nuchsichtslosigkeit von Seite der spanischen Behorden zwang sie bald, Cuba zu verlassen. Sie begaben sich nach den Bahma-Inseln, wo sie vom Herzog von Kent sehr wohlwollend behandelt wurden, ohne daß man ihnen jedoch die Zahrt nach England auf einer englischen Fregatte, als hiezu nicht ermächtigt, gestatten wollte. Sie lebten daher nach New-York zurück, und schiften sich dort auf einem Kauffahrer nach Falmouth ein, wo sie im Februar 1800 anlangten. Ueber London gingen sie nach Twickenham, wo sie einige Zeit ruhig verlebten und von allen Klassen der Gesellschaft mit Aufmerksamkeit und Zuvorkommenheit behandelt wurden. Diese Ruhe war jedoch nicht von langer Dauer. Sie vernahmen die Verhaftung der Herzogin von Orleans in Spanien, und erhielten die bei der englischen Regierung nachgesuchte Ermächtigung, sich an Bord ei-

ner englischen Fregatte nach Minorca einschiffen zu dürfen. (Schluß folgt.)

Deutschland.

München, 22. Sept. An diesem Vormittag wurde vor einem aufgestellten Bataillon der 1ste Infanterie-Leib-Regiments, unter Beisein einer großen Menge von Zuschauern, vom Soldaten Johann Nesler des 3ten Inf. 2. Jägerbataillons die denkwürdigen Worte Ausgezeichnung bei Erstürmung der Düppeler Schanzen allerhöchst verliehene goldene Militär-Verdienst-Medaille durch den hiesigen Stadtkommandanten Frhrn. v. Harold feierlichst angehängt. — Der König hat die Anordnung allerhöchst zu erneuern geruht, daß alt- und treugediente Unteroffiziere bei Anstellungen vor den niederen Civilrechte besonderer Berücksichtigung finden sollen. Auf Grund dieser allerhöchsten Entschließung sind die kgl. Regierungs-Präsidien unter Hinweisung auf die Ministerial-Ausschreiben vom 12. August 1854 Nro. 21,268 vom 22. Dezember 1857 Nro. 6819 und 6. Juli 1842 Nro. 15,969 mit dem Auftrage hievon in Kenntniß gesetzt worden, sich hiernach bei Ertheilung der in ihr Kompetenz vermöchten Dienstposten genauest zu achten. Zugleich wurde Vorsehendes allen Militär-Behörden bekannt gegeben.

(A. Abl.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 20. Sept. Das Generalauditoriat hatte bekanntlich die beiden ersten Anklagepunkte der vom bleibenden Ständeausschusse gegen den Generallieutenant Bauer wegen Verfassungsverletzung, Mißbrauch der Amtsgewalt und Hochverrathes erhobenen Anklage zurückgewiesen. Der Ausschuß verwollständigte hierauf seine Anklage; es ist nunmehr auch in Betreff jener Punkte dem Oberappellgerichte die Untersuchung und Entscheidung aufgegeben worden. Das darüber dem bleibenden Standeausschusse zugegangene Aktenstück lautet: Anzeige aus dem Inquisitionsprotokolle des Generalauditoriats. Kassel den 18. Sept. 1850. Nr. 402. Betreffend die Vervollständigung der vom bleibenden Landständischen Ausschusse unterm 12. d. M. gegen den Generallieutenant Bauer hierselbst wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt 2c. erhobenen Anklage hinsichtlich der Anklagepunkte unter 1 und 2 der Anklageschrift. — Beschluß: Der unterm 13. d. M. dem diesigen Obertribunalgerichte in der vorbezeichneten Sache ertheilte Auftrag wird nunmehr auf sämmtliche in der Anklageschrift des bleibenden Standeausschusses vom 12. d. M. zur Anzeige gebrachte Akte ausgedehnt, welche beantwortenmaßen von dem Angeschuldigten, kraft der von ihm durch die Verordnung vom 7. d. M. die Civilgewalt des Kriegsfürsten betreffend, bis jüngsten Tanlichen vorgenommen worden sein. Es bleibt hierneben jedoch der Anklagepunkt unter 1, insoweit er die bloße Annahme des zur Verwirklichung dieser Verordnung ertheilten Auftrages durch den Angeschuldigten betrifft, ausgenommen, indem hierin allein ein Strafverbrechen zu versiegen. Der Antrag auf Eröffnung des Angeschuldigten mit geboten werden kann. Die zur Vervollständigung der Anklage hiernach weiter Eingabe des bleibenden Standeausschusses vom 16. d. M. wird beigefügt, und dem Beginnen von dieser Verfügung anhero Nachricht ertheilt. (gez.) v. Uslf, Obristallmajor. Gedruckt, Generalauditoriat.

(N. H. Z.)

Kassel, 20. Sept. Die Wahlen des großen hiesigen Ausschusses sind unter einer ungewöhnlich großen Betheiligung vor sich gegangen und der nun bekannt gewordene Ausfall derselben ist von der liberalen Partei mit Freuden vernommen worden.

Kassel, 20. Sept. Zu sämmtliche hier noch weilende kurfürstliche Staats- und Hofdiener ist der Befehl ergangen, sich bis Mitte der nächsten Woche bei Dienst über Stellen nach Wilhelmsbad, Frankfurt und Hanau zu begeben. — Auch die bei den Wasserkünsten in Wilhelmshöhe beschäftigten Techniker haben Order erhalten, ihre Verrichtungen einzustellen.

Hanau, 22. Sept. Der Staatsrath Baher hat am heutigen Tage die nachstehende Petition an den Kurfürsten kongl. Hoheit nach Wilhelmsbad abgehen lassen. „Königliche Hoheit! Die hochst Verordnung vom 19. d. M., durch welche Ihre Regierung nach Wilhelmsbad verlegt wird, beschuldigt die Staatsbeamten Kurhessens pflichtvergessen Verhaltens und fordert zugleich zu Denunziationen die Erwartung auf, daß dieselben Ihre Regierung in Ihren, auf die Erhaltung der Landesverfassung gerichteten Bestrebungen unterstützen würden. Königliche Hoheit! Der gehorsamst unterzeichnete Staatsrath von Hanau kann, den Thatsachen und Ereignissen zu folgen Zeit gegenüber, nur von der Voraussetzung ausgehen, daß Hochstihr über die allgemeine Stimmung des Landes falsch berichtet sind und noch fortwährend falsch berichtet werden, und hält es daher zur Pflicht, über die öffentliche Meinung, wie sie in Anlehnung der Maßnahmen Ihrer Regierung, insbesondere vom Monat November vorigen Jahrs sich kund gibt, Ihnen ein ebenso wahrheitsgetreues, als unumwundenes Zeugniß abzulegen. Ihre jetzigen Minister, königliche Hoheit! erklärt die allgemeine Stimme für Ihre ärgsten Feinde und ihr Wunsch, sie zu entfernen, muß sein theuerstes Haupt treffen. Aber dennoch treten sie nicht zurück, dennoch fahren sie fort, ihr verwerfliches Spiel zu treiben; ja sie verdammlichen sich lieber in einen Abgrund, als daß sie der Stimme der Vernunft und des Rechts Gehör schenken. Eine derartige Situation ist unerhört in den Annalen deutscher Fürstengeschichte. — Königliche Hoheit! Das hessische Volk steht nicht auf Ihrer Seite. Ihre gegenwärtige Regierung besitzt sich vielmehr, von geringen Bestrebungen und Gesinnungen abgesehen, in vollkommenster Isolirung vom Volke. Ihre Beherden sind lemeswegs zuverlässig, denn Haltung des Volkes wird Ihnen anderum melden, wie Diejenigen Ihrer Diener sind, welche Recht und Gesetz mit Füßen getreten und die Landesverfassung gebrochen haben. — Königliche Hoheit! Machen Sie Frieden mit dem Lande und beantworten Sie einen Anfang, welcher sein Angang sei auch wie er wolle, jedenfalls nicht zu Ihren Gunsten ausschlagen kann. Verlassen Sie, daß eine constitutionelle verfassungsmäßige Regierung mit Ministern fremdes Schlages unmöglich ist und Ihnen also nur diesen Ministern sein anderer Ausweg bleibe, als die Verfassung zu beseitigen und ein rein despotisches Regiment einzuführen! — Königliche Hoheit! Erkennen Sie unsere gehorsamste Bitte, geruhen Sie, den Sitz der Regierung wieder in die Hauptstadt des Landes zurückzuverlegen und Ihre pflichtvergessen Minister zu entfernen, wovon Sie Sich, der höchsten Zusicherung vom 11. März 1848 gemäß, mit Männern umgeben, welche das Vertrauen des Landes besitzen. Ehrfurchtsvoll verharret königlicher Hoheit gehorsamster Staatsrath zu Hanau, den 21. Sept. 1850."

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Flensburg, 16. Sept. Der „Kjöbenh. Correbs." enthält einen Artikel zur Widerlegung der in deutschen Blättern enthaltenen Nachricht, daß viehische Spekulationen der Graber deutscher Krieger auf schleswigschen Kirchhöfen stattgefunden haben. Das erwähnte Blatt, anderer Zeitig nicht erwähnend, beschränkt seine Widerlegung auf die Zerstörung des Denkmals des Obersten Schau in Flensburg angebrachten Platte, welche weggenommen sei, weil die Inschrift, in der es heißt, der Oberst sei „für die Freiheit" gefallen und ruhe hun in „feindlicher Erde", von dänischem Standpunkt aus betrachtet, als unpassend erscheinen müsse. Was sonst von Zerstörung gesagt wurde, verschont der „Correbs" ern, sei natürlich eine berechnete gemeine Lüge.

Von der Niederelbe, 20. Sept. Von einigen französischen Offizieren, welche am Sonntag durch Altona kamen, ist unserer Statthalterschaft ein noch abenteuerlicheres Anerbieten gemacht worden, als das des Majors Klarvelt war. Es wollen sich nämlich 2—3000 italienische und polnische Flüchtlinge, die in Frankreich leben, der Statthalterschaft zur Verfügung stellen. — Auf Holmo wird eine Contumazanstalt eingerichtet, wosselbst die gefangenen Schleswig-Holsteiner, die sie nach Kopenhagen gebracht werden, erst Quarantaine halten müssen. — Als auffallender Quelle wird der Deutschen Reform aus Kopenhagen berichtet, daß die „Gefion" bei der letzten Affaire bei Eckernförde wirklich von mehreren dänischen Kugeln getroffen worden ist; auch eine Bombe im Boot der Fregatte geplatzt, und zwar in der Nähe des Pulvermagazins, wodurch zwar Feuer entstand, welches jedoch glücklich wieder gelöscht wurde. (D. Ref.)

Nach einem von Seiten des Kieler Comite für Schleswig-Holstein ausgegebenen Verzeichniß betheiligen sich jetzt an Hilfsvereinen: In den Ämtern Hadersleben, Tondern 3, Apenrade 3, Bayern 27, Bremen 2, Braunschweig 3, Frankfurt o. M. 1, Hamburger Gebiet 5, Hannover 67, Großherzogthum Hessen 5, Kurhessen 9, Homburg 1, Lauenburg 5, Lippe (beide) 7, Lübeck 2, Nassau 4, Mecklenburg (beide) 18, Oldenburg 5, Oesterreich 24, Preußen 114, die vier sächsischen Herzogthümer 23, Königreich Sachsen 16, Fürstenthumer Reuß, Schwarzburg und Waldeck 16, Würtemberg 3, zusammen 424.

Frankfurt, 23. Sept. Die kurhessische Regierung hat sich bekanntlich an den Bundestag gewendet. Der Bundestag hat vorgestern Beschluß gefaßt: daß die kurhessische Regierung die Steuern nach wie vor erheben und den Wiederstand dagegen durch alle „verfassungsmäßigen" Mittel zu brechen suchen solle. Auf den Fall, daß sie hiermit nicht zu Stande kommt, ist den Regierungen von Hannover und Würtemberg (scheint eine Verwechselung mit Bayern zu sein) deren Gesandten den Auftrag mit Dank annehmen, aufgegeben worden, Truppen (10,000 Mann) bereit zu halten um beim ersten Wink zur kräftigen Unterstützung wieder die Hessen, die Verordnung vom 7. Sept. vertundigten Kriegszustandes in Kurhessen einrücken zu lassen. (Y) (D. Z.)

* Aus Baden, 21. September. (Hannan.) Welch' giftige Saate heutiges Tages noch in derjenigen Partei stehen, welcher wir die Gräuel der Revolutionszeit zu verdanken haben, das zeigt augenfällig wieder die Hetzjagd, die sie gegen einen alten trefflichen Degen anstellt, der ihr immer Zeit energisch zu Leibe gegangen war. Kaum hatte General von Hannan den Boden des gastlichen Englands betreten, als rohe Brauknechte — wie es scheint augestiftet von Flüchtlingen, — über den Sieger von Lemberger persielen und ihn aufs schmachvollste mißhandelten. Hannanein feiert noch der englische Pöbel, wohlverschaffert von dem deutschen Sauerteige der sozialdemokratischen und kommunistischen Emigration, die begangene Brutalität und „begrüßt" wer nicht mit einstimmt. Gleichzeitig läßt man den berühmten österreichischen General im Phantom in Frankreich Spießruthen laufen und setzt im eigenen Vaterlande die Mißethat der gefeuungsverwandten Malzgefellen fort; und um das Maas der Schmach voll zu machen äußern deutsche Blätter laut ihre Genug-

Digitized by Google

thnung über all' diesen Unfug, der hier begangen worden. Man sollte glauben, schon die natürliche Scheu vor einem grauen Haupte müßte die Menschen abhalten Hand an einen Mann zu legen, der in den sechziger steht. Ueberdieß hat Haynau nichts begangen, als daß er als tapferer Soldat wie irgend einer seine Schuldigkeit that gegen den mit Waffen in der Hand gegen ihn sich auflehnenden Feind, welche die Kriegsgerichte, deren Mitglied er nicht einmal war, gefällt haben. Ja noch mehr, er hat Gnade in dem Maße geübt, daß er eben der Gnadenübung wegen selbst in Ungnade fiel, von seinen Posten entfernt und in Ruhestand versetzt wurde. Und dieser Mann wird heute gerecht gerichtet zügellosser Haufen! Andere haben schon darauf aufmerksam gemacht, daß es am wenigsten den Engländern zusteht ein Urtheil über die kriegsrechtlichen Handlungen Haynaus zu fällen. Die Allgemeine Zeitung weiß mit Recht auf das Verfahren des englischen Obercommandirten auf den jonischen Inseln hin, welcher im vorigen Jahre 24 Personen hängen und vieles andere mit der neunschwänzigen Katze durchreißlen ließ, als die Bevölkerung, die eine griechische ist und mit ihren griechischen Brüdern vereint zu sein wünscht, einen Aufstandversuch gegen ihre englischen Zwingherren machte. Hat damals John Bull sich über diese Unthaten empört? Empört er sich aber das greuelvolle Elend, welches eine Jahrhunderte lang dauernde Politik der rassinirtesten Grausamkeit über Irland gebracht hat? Und was soll man nun gar über den Jubel sagen, den Deutsche über die Bestienei des englischen Pöbels aufstimmt?

A. Aus Baden, 22. Sept. Durch von Rango, wegen Betheiligung an der badischen Revolution zu zehn Jahr Zuchthaus verurtheilt, ist vom Großherzog begnadigt worden und hat heute seine Reise nach Amerika angetreten. Seine aus Frau und sechs Kindern bestehende Familie begleitet ihn. Er wurde unter Ueberschung zum Zuchthaus in Freiburg vorerst nach Basel abgeführt. — Das Großh. Bezirksamt Sädingen hat die Anordnung getroffen, daß von nun an die Angehörigen des dortigen Amtsbezirks, auch wenn sie von Aargauischen Aerzten behandelt werden, seine Arzneien mehr aus Aargauischen Apotheken beziehen dürfen. — Mehrere Revolu- und Rechtspeaklianten, welche an der badischen Maiecvolution betheiligt waren, sind durch Erlaß des Großh. Justizministeriums der Verfügung unter Aufsicht vorläufig enlsaet worden.

Darmstadt, 21. Sept. Am 13 d. M. legte der Director der Finanzministerial-Casse, Herr Schenk folgenden Gesetzentwurf vor: Das Finanzgesetz vom 7. Oktober 1845 wird auf die letzten drei Monate des Jahres 1850 ausgedehnt und in Wirksamkeit gesetzt, und es sind daher nach Maßgabe desselben die sämmtlichen direkten und indirekten Steuern, soweit solche durch besondere gesetzlichen Verfügungen bestimmt sind, bis zu Ende des Jahres 1850 fortzuerheben. — Der Ausschuß beantragte, mit Ausnahme eines Mitgliedes, dem Antrinnen, das Finanzgesetz zu prorogiren, die Zustimmung zu versagen.

Schweiz, 19. Sept. Die Meckenb. Ztg. enthält folgende Bekanntmachung des Gesammtministeriums: „Da zur Kenntniß des großherzogl. Gesammtministeriums gekommen ist, daß der Advokat Moritz Biggers zu Mosbach durch ein vom 15. d. M. datirtes Schreiben die Mitglieder der früheren Abgeordnetenkammer zu einer Versammlung in Schwetzingen auf den 24. d. M. eingeladen hat, insbesondere aber durch sandesherrliche Verordnung vom 14. d. M. das Staatsgrundgesetz vom 10. Oct. 1849 und die darauf begründete Landesvertretung aufgehoben worden sind, so sieht das Gesammtministerium sich veranlaßt, auf die Ungesetzlichkeit einer solchen Versammlung hiermit aufmerksam zu machen und den Theilnehmern der ehemaligen Abgeordnetenkammer die Theilnahme an jener Versammlung hiermit zu untersagen."

Berlin, 21. Sept. Dem eicentlirenden Gerüchte, als sei bereits eine energische Note von hier aus nach Kopenhagen in Betreff des Beschießens der Gefion abgegangen, darfen wir entschieden widersprechen. Bis gestern war noch kein offizieller Bericht des Hauptmanns v. Tscmbowski über diese Angelegenheit hier eingetroffen und durfte wohl auch erst mit dem Major Tgel eintreffen. Dem Vernehmen nach hat der Herzog von Braunschweig jetzt die Ratifikation der Waffenstillstands vom 2. laufenden, mit der Erklärung, wie er nicht erwarte, daß jemals deutsche Truppen zu Executionsmaßregeln wider Holstein verwendet werden, wenigstens wurden braunschweigische Truppen dies bestimmt nicht thun. — Sicherem Vernehmen nach unterliegt die Berufung der Cuxemiasmen an den Erz. Fürstbischof von Diepenbrock keinem weitern Zweifel mehr, nachdem die deshalb schriebenden Unterhandlungen durch die abgegebene Erklärung des Fuesbischofs ihr Ziel gefunden haben. Die allgemeine Stimme vereinigt sich nun dahin, daß die Wahl auf kein wurdigeres Haupt fallen konnte.

(N. Pr. Z.)

England.

London, 17. Sept. Der Zeitungsstreig über die niederträchtige Behandlung, der Baron Haynau ausgesetzt gewesen, dauert fort. Man erfahrt jetzt auch, daß ein flüchtiger Wiener, Offizier bei irgend einem revolutionairen Corps in den Tirolergegenden, Schreiber im Bureau der Brauerei war und das Signal zu der schandlichen That gegeben habe. Uebrigens wird in der Times mitgetheilt, daß der Absicht der Engländer vor strengen Executionen sonst gar nicht so groß gewesen, wenigstens hat doch Niemand dem Feldmarschall, Herzog von Wellington Vorwurfe gemacht über seine spanischen Executionen und dort gab es auch Tage, an denen 15 Mann gebangt und 30 Weiber ausgepeitscht wurden.

London, 19. Sept. Ju der Schenke, wohin sich Haynau geflüchtet hatte, wurde dieser Tage wieder ein Meeting abgehalten, und ein Dankvotum für die Brauer angenommen. Der Sessel, in dem Haynau in der Schenke gesessen, und der Besenstiel, mit dem er „verarbeitet" wurde, waren dabei zum Beschen aufgestellt. Der Meeting wurde mit Hurrahs auf Kossuth, Bem, Dembinski und die polnischen und ungar. Flüchtlinge, um Gregorius für Haynau geschlossen. — L. Mirschild veroffentlicht heute in den „Times", um seine Stelle zu retten, das Billet, welches Haynau auf seinem Comptoir erhalten habe: es sei eine in den ästchen Formen abgefaßte Bitte, Haynau die Brauerei zu zeigen, und von einem Gemmis unterzeichnet. Er weise sich, sagt Rothschild, über den Vorfall nicht anssprechen (ein Rothschild steht bekanntlich aber den Parteien), meine aber, die Thatsachen mußten genau bekannt werden.

** Aus der Schweiz, 22. Sept. Der Bischof von Chur hat die Differenzirung der kleinen Raths seinen Erlaß gegen die Protestantenschule zurück zu nehmen einfach abgewiesen, und gegen die ihm gemachten Belästigungen entschieden protestirt. Der Kirchenrath wurde am 1. d. M. von allen katholischen Kanzeln verlesen. In einer der darauf stattgehabten Berathung der Landesregierung wurde ein Antrag, den Bischof in Anklagezustand zu versetzen, verworfen.

Italien.

Turin, 14. Sept. Noch immer kann ich Ihnen weder Bestimmtes noch unsere nächste Zukunft mittheilen. Der Marquis d'Azeglio wird, unterstützt von den Gesandten Frankreichs und Englands, auf Freilassung des Erzbischofs von Turin und ist auch bereits seinen Collegen Siccardi mit seiner ganzen gesprächen Gewegenheit zu ofsern, denn die Stellung der Regierung muß in kurzer Zeit ganz unmöglich werden, da die Bevölkerung des Landes und die Geistlichkeit immer machtiger auftritt. Die Popularität Azeglio's ist ganz hin, er selbst den großen Insulten der Demokraten mehrmals nur mit Mühe entronnen. Ein Bischof hat einen sehr festigen Brief an den Minister Ritter Galvagno geschrieben, der ungefähr des Folgende enthält. Nach schreiber ist die Stellung der Regierungsorgane auf der Insel Sardinien, wo die Erzbischofe von Cagliari und Sassari nicht gemeint sind, nachzugeben. Illustrer liberalen Lobgreise ist der Muth gewachsen, je mehr ihnen Pinelli an die Spitze der Geschäfte trate, derselbe Pinelli, den sie als Sekretär des Ordens vom heiligen Mauritius und Lazarus so oft, so bitter verhöhnt und angegriffen hat.

(N. Pr. Z.)

Cagliari, 14. Sept. Noch hätten zu arbeiten, ist es zu Conflicten zwischen den Behörden und der Bevölkerung gekommen. In Folge der schon mitgetheilten Excommunication hat die Regierung den Hochwürdigsten Herrn Erzbischof gefangen nehmen lassen. Die Bevölkerung hat für ihren geistlichen Oberhirten Partei ergriffen. Es soll zu einem blutigen Kampfe gekommen sein, über dessen Ausgang und erst die nächsten Nachrichten Aufschluß geben werden. Der „Cvre di Savoia" zufolge wurde das Siempelbureau u. s. w. geblundert, die Archive und sämmtliche Register verbrannt. Von Turin aus ist in aller Eile ein Bataillon Jäger nach der Insel gesandt worden, um die Behörden zu unterstützen. — Der hohe Gesangene von Fenestrelle wird auf das Seegefängniß überwacht. Auf seinen Wunsch, man möge ihm einige Vertrauenspersonen zukommen lassen, hat man ihm einen Bücherkatalog gegeben, damit er sich die gewünschten Werke bezeichnen könne. Der Catalog wurde nach Turin geschickt, wo die Minister in einer Staatsrathssitzung ihm diejenigen Betrachtungsbücher bezeichnet haben, die er — ohne das Wohl des Landes zu compromittiren, lesen dürfte! — Das ungesunde Clima hat die Gesundheit des Erzbischofs schon angegriffen; nach einigen Berichten wird die wurdige Prälat sein Ende in der dortigen Kaserne finden. Wird der Bischof schon sehr angestrengtes Leben hier nicht lange mehr fristen können. — Die Freunde des Turiner Ministeriums arbeiten aus vollen Kräften auf die Einziehung der Kirchengüter und die Aufhebung der kirchlichen Orden hin. Der Provinzialrath von Nizza ist dem Beispiele des Rathes von Turin gefolgt und hat mit 2 Drittel der Stimmen die Unterdrückung der geistlichen Orden und die Confiscation der Kirchengüter beschlossen. Der Provinzialrath von Lomellina hat die Vermiederung der Bischümer und die Confiscation der Kirchengüter votirt. Dem „Avvenire" zufolge hat der Municipalrath von Alessandria die Vertreibung der „Bruder der christlichen Lehre" beantragt, „weil sie nicht nur nicht nützlich, sondern vielmehr schädlich seien!" — Der „Gazetta di Genua" zufolge hatte der Großherzog von Toscana den von der englischen Regierung verlangten Schadenersatz für dritsche Unterthanen, die bei den Unruhen in Livorno gelitten haben, bewilligt.

Amerika.

Der New-Yorker Zeitungen bringen nähere Nachrichten über die letzten Stunden des am 3. Sept. zu Poughkeepsie wegen vorbedachten Mords hingerichteten Cyffer Wehlen. Tags vorher, Nachmittags, besuchten ihn noch seine als liebenswurdig geschilderte Gattin und seine drei geistig begabten Tochter und schieden — da ihnen verheimlicht worden war, daß sie ihren Gatten und Vater nicht lebend mehr wiedersehen wurden — in seiner aufgeregtesten Stimmung als gewohnlich. Im dritten Tage Gefangenschaft Wehlter namentlich damit, Sentenzen als Andenken für seine Freunde in die Lieblingsbucher aus seiner Bibliothek einzuschreiben. Die letzte Nacht verbrachte er, da es Cyffer ist, daß kein Beuerbleiber die Nacht vor seinem Tode allein bleiben darf, in Gesellschaft des Gefangnißgeistlichen und eines Constablers, die er sich selbst hierzu erwählt hatte. Mit diesen Mannern unterhielt er sich über Gegenstande der Moral und Religion, las in der Bibel und andern Buchern mit vollkommener Aufmerksamkeit und Andacht, wie es schien, streckte

sich um zwölf Uhr auf eine eiserne Bettstelle und schlief bis halb zwei Uhr Morgens vollkommen ruhig, stieß auch beim Aufstehen kein Zeichen innerer Unruhe blicken. Wiederholt sprach er dagegen zu seiner Umgebung von seiner Frau und seinen Töchtern und drückte seine Freude darüber aus, daß sie in der Nähe von ihren Trost fänden. Dann sah er wieder in Erbauungsbüchern und sah nach dem Ausbruche eines New-Yorker Blts. so ruhig aus, „wie der sonnige saß von seinem Leiten thun bewegte Morgen." Inzwischen war im Hofraum zwischen den beiden Gefängnissen das Schafott aufgeschlagen worden, und gegen neun schon bei der Hinrichtung des Negers Washington Goode im Jahre 1849 gebraucht worden war. Die oberen Stockwerke und die Dächer der benachbarten Häuser waren mit Zuschauern dicht besetzt. Der Bostener Pöbel benahm sich so roh, wie er überall bei solchen Gelegenheiten zu thun pflegt. Unter andern wurde ein Haus, das verschlossen war, von ihm gewaltsam erbrochen und an den Meubeln große Zerstörung angerichtet. Im Hofe selbst befanden sich, außer den Beamten, noch 125 Personen als Zeugen, die dazu durch den Sheriff eingeladen waren. Nach dem festen einbruchlosen Gebete des Geistlichen, Hrn. Putnam, welches Webster knieend mit anhörte, wurde er zu der Richtstätte hinausgeführt. Er trug einen schwarzen Frack und sah sehr wohl aus, wohler als am Tage der Urtheilsverkündung. Während der Schaffrichter die nöthigen Vorrichtungen machte, unterhielt sich der Geistliche, Hr. Putnam unaufgefordert mit ihm, worauf Webster seine Hand herzlich schüttelte, ihm sein ganzes Lebewohl sagte und die Hoffnung aussprach, im Himmel mit ihm wieder zusammenzutreffen. Eben so schüttelte er noch seinen Gefangenwärter und dem Sheriff die Hand, bevor ihm die Kappe über die Augen gezogen wurde. Sheriff Tweedy rief jetzt seine Stimme: „Im Namen des Freistaats Massachusetts und gemäß des Vollziehungsbefehls der obersten Staatsgewalt, bin ich im Begriff, den Ausspruch des Gesetzes über John W. Webster der bei dem Märzgerichten des obersten Gerichtshofs des an Mr. George Parkman verübten Mordes überführt ist, jetzt zu vollziehen." Fast unmittelbar nach diesen Worten fiel das verhängnißvolle Fallbeil — nur wenige Zuckungen und Webster hatte ausgelebt. Sein im Gesicht wenig entstellter Leichnam wurde nach der Wohnung seiner Familie gebracht, um später so schnell als möglich im Familienbegräbniß beigesetzt zu werden.

Neuestes.

* Würzburg, 24. Sept. Dem bei Aschaffenburg aufgestellten Truppenkorps, welches in Kurzem in 6 Bat. Infanterie, 8 Cskadron Cheveauxlegers, eine reitende und eine Fußbatterie Artillerie stark sein wird, wurde General-Major v. Heilbronner nebst Generalstab zugetheilt.

Am 1. Oktober tritt der zwischen Preußen, Sachsen, Oesterreich und Bayern abgeschlossene Telegraphenvertrag in Kraft.

Stuttgart, 21. Sept. Der größere ständische Ausschuß ist auf den 25. d. M. nach Stuttgart einberufen, ohne Zweifel zur Prüfung der Wahlurkunden der neugewählten Abgeordneten zur Landesversammlung.

§ Luttgart, 22. Sept. Nach dem Ergebniß der bereits bekannt gewordenen Wahlen gehören 20 den demokratischen und 8 den andern Parteien an.

Dresden, 18. Sept. Die Linke unserer Sondervandtages hat wegen der in neuerer Zeit sich immer mehr häufenden Verfassungsverletzungen einen Protest gegen das Staatsministerium gerichtet.

Leipzig, 22. Sept. Die „Leipz. Ztg." theilt in einer außerordentlichen Beilage den Vertrag, die Bildung des Deutsch-Oesterreichischen Telegraphenvereins betreffend mit. Nach diesem Vertrage beträgt die Gebühr für eine Depesche auf eine Entfernung bis einschließlich 10 Meilen für 20 Worte 1 fl. Conventionsmünze. Diese Gebühr steigt jedesmal um denselben Betrag für weitere 15, 20, 25, 30, 35, 40 u. s. w. Meilen. Wenn die Depesche über 20 bis einschließlich 50 Worte enthält, so wird das Doppelte, und wenn solche über 50 bis einschließlich 100 Worte enthält, das Dreifache erhoben.

Hannover, 20. Sept. Am heutigen Morgen ist Frhr. v. Falcke im britischen Hotel an einem Schlaganfall gestorben.

Wien, 19. Sept. Man will wissen, daß Feldmarschall-Lieutenant Graf von Degenfeld mit seinem Armeekorps aus Vorarberg in dem Falle vorzurücken habe, als möglicher Weise Unruhen in Stuttgart ausbrechen sollten.

Wien, 19. Sept. Die heutige Wiener Ztg. enthält Nachstehendes: „Es macht gegenwärtig ein Individuum eine Mundreise durch Deutschland, welches sich den Namen Alexander Karl von den Fürsten Altieri beilegt, und sich als römischer Prälat und apostolischen Delegat qualisizirt. Dieses Individuum maßt sich an, ein Petschaft mit dem Wappen des hl. Vaters zu gebrauchen und selbst eine Urkunde mit der angeblichen Unterschrift Sr. Heiligkeit vorzuweisen." Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß dieses Individuum so wenig berechtigt ist, den angeraumenen Familien-Namen und angemaßten Charakter zu führen, als das Siegel des hl. Vaters zu gebrauchen, wie auch die Unterschrift Sr. Heiligkeit selbst nothwendig unecht sein muß.

Berlin, 21. Sept. Es wird versichert, schreibt die „Berl. Z.", daß am 15. Okt. die dreimalige Erklerung der staatenrechtlichen Wirksamkeit der Union nicht bevorstehe. Die Union dürfte sich daher eingeladen finden, auch noch weiter provisorisch bereit gehalten zu werden.

Leipzig, 19. Sept. Die Hrn. F.J.M. Baron Haynau hier widerfahrene Beschimpfung und Mißhandlung scheint von unserm Ministerium in sehr ernster Weise behandelt werden zu wollen. Der Angestellte, welcher in der Brauerei zuerst Hrn. v. Haynau den Braunschein unter seinem Namen bezeichnet hatte, ist sofort verabschiedet worden, und täglich wird noch einer oder der andre Theilnehmer des Brauereigeschäfts vor einen der Minister beschieden, um von demselben über einzelne auf den Ueberfall sich beziehende Umstände vernommen zu werden. Man behauptet, es sei den Eigenthümern der Brauerei von dem Kabinet die Bedingung gestellt worden, alle Arbeiter, welche in irgend einer Weise an der erwähnten Scene sich betheiligt haben, zu entlassen; geschehe dies nicht, so werde man zu noch viel strengern Maßregeln schreiten. (S. D.-Z.)

Vienna, 14. Sept. Der „Univers" meldet: „Man versichert bringt ein Antwortschreiben Sr. Heiligkeit des Papstes an die Adaltion des zu Paris erscheinenden „Univers." Es wird darin der Eifer des Pariser Blattes und sein unermüdliches Streben, den Interessen der Kirche zu dienen, auf das warmste anerkannt, gleichzeitig wird ihm jedoch empfohlen, seinen Eifer zu mäßigen und nur Hand in Hand mit den Ansichten und Gesinnungen des Oberhirten der Pariser Gemeinde vorzugehen.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Kaber.

Bekanntmachungen.

Die Zahaber Freyherrl. von Aufseßische Partial-Obligationen von den bereits Anlehen zu 50,000 fl. und 15,000 fl. werden hiemit eingeladen, sich Behufs einer ihnen zu machenden Eröffnung am

Sonntag den 29. Sept. 1850
Vormittags 10 Uhr
in der Wohnung des Unterzeichneten einzufinden.
Würzburg, 23. Sept. 1850.
Dr. Warmuth,
k. Rechtsanwalt.

Mit Gegenwärtigen erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich mich unter Heutigem mit meinem Schwiegersohne Herrn A. Wagner associrt habe, wodurch mit meinem bisherigen Geschäft ein Schnittwaarengeschäft verbunden wird, deren Firma unterstehend zu ersehen. Für das mir bisher geschenkte Zutrauen verbindlichst dankend, ersuche ich solches auch auf die neue Firma zu übertragen und füge nur die Versicherung bei, daß das Friseur- und Puzgeschäft wie es bisher betrieben wurde, mit noch größerer Ausmerksamkeit fortgeführt wird.

F. Rom jun.

Auf Obiges Bezug nehmend erlauben wir uns auf die geehrteste Anzeige zu machen, daß wir das Schnitt-, Putz- und Modewaarengeschäft unter der Firma

Rom & Wagner

auf hiesigem Platze ausüben werden und empfehlen und zu recht zahlreichem geneigtem Besuch.

Würzburg, den 23. September 1850.

Rom & Wagner.

Deutsche Volkshalle.

Die „Deutsche Volkshalle" wird in dem Sinne bestehen, daß sie einzig und allein Gott und sein heiliges Religion auf dem Gebiete der Politik zur Anerkennung und Geltung zu bringen; sie wird namentlich die großen allgemeinen Fragen der Gegenwart, welche die Unabhängigkeit der Kirche, die Freiheit des Unterrichts, die obrigkeitlichen, so wie die staatsbürgerlichen und gemeinschaftlichen Rechte und Pflichten, den Schutz des Eigenthums und die Erleichterung der arbeitenden Klassen betreffen, mit Ernst und Liebe besprechen, und mit allen Kräften des Tages und unbeschreckt durch irgend eine Gewalt, an den untrüglichen Maßstab derjenigen Wahrheiten legen, welche gemäß den Offenbarungen Gottes von der heiligen Kirche gelehrt und gehütet werden; auch die Bestrebungen nach Umgestaltung der Verfassung des gesammten deutschen Vaterlandes wird sie gemäß den Aufforderungen des Rechts, der Treue, der wahren Einheit und des confessionellen Friedens beurtheilen, und mit allen redlich und sittlich erfahrten Mitteln der Zerspaltung Deutschlands standhaft widerstreben.

Bestellungen für das vierte Quartal 1850 wolle man frühzeitig durch die verehrlichen Postanstalten machen und dabei, um Verwechselungen mit andern, ähnliche Titel tragenden Zeitungen zu verhüten, ausdrücklich angeben: „Die zu Köln erscheinende Deutsche Volkshalle."

Der Abonnementspreis beträgt bei allen preußischen Postanstalten und unseren Expeditionen: in Aachen bei Hrn. J. Hensen & Comp.; Bonn: Anton Luyenkirchen; Düsseldorf: J. W. Naumann 1 Thlr. 17 Sgr.; bei den Postanstalten sämmtlicher deutschen Staaten mit Einschluß Oesterreichs 1 Thlr. 26 Sgr. 6 Pf. (3 Fl. 48 Kr. Rh. oder 2 Fl. 50 Kr. C.-M. incl. Porto.

Die „Deutsche Volkshalle", welche sich eines täglich wachsenden Leserkreises erfreut und in 3,000 Exemplaren, besonders in der Abendexpedition, von Westdeutschen verbreitet ist, empfehlen wir zur Veröffentlichung von Anzeigen aller Art, wofür die Einrückungsgebühren sehr billig (nur 1 Sgr. 3 Pf. für die Petit-Zeile oder deren Raum) gestellt sind. Unsere vorgenannten Expeditionen, sowie die Hrn. Buchhändler J. Dölscher in Koblenz und C. Kreßling in Münster nehmen Anzeigen für uns an, und wird deren Aufnahme aufs Schleunigste besorgt. — Ueber unserer verehrlichen Abonnenten hat vierteljährlich 25 Zeilen frei zur Inseration.

Köln, im Sept. 1850.

Jos. Bachem & Comp.

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 21. Sept.
Weizen 13 fl. 29 kr. Korn 9 fl. 3 kr.
Gerste 8 fl. 18 kr. Haber 4 fl. 12 kr.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schernhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 230. Würzburg, Mittwoch den 25. September. **1850.**

Einladung zum Abonnement.

Wir erlauben uns, da mit Ende dieses Monats das III. Quartal des Abonnements der „Bayerischen Presse“ sich schließt, unsere verehrte Leser zu erinnern, möglichst frühzeitig ihre Bestellungen bei den zunächst gelegenen kgl. Postämtern oder Expeditionen zu bewerkstelligen, um ihnen mit dem 1sten des nächsten Monats vollständige Exemplare liefern zu können. Die „Bayerische Presse“ wird, wie seither, dem gesetzlichen Fortschritt innerhalb der Schranken der constitutionellen Monarchie huldigen, und ebenso für die Einheit, Ehre und Größe unseres deutschen Gesammtvaterlandes, als gegen die soziale und politische Anarchie in allen ihren Formen entschieden kämpfen. Wir stellen daher an alle Gleichgesinnte die Bitte, unsere Bestrebungen unterstützen zu wollen, sowohl dadurch, daß sie zur Verbreitung der „Bayerischen Presse“ das Möglichste beitragen, als auch dadurch, daß sie uns geeignete Mittheilungen in dieselbe machen.

Das Abonnement für ganz Bayern beträgt vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Würzburg im September 1850.

Die Expedition der „Bayerischen Presse“.

Kurfürstenthum Hessen.

(Fortsetzung.)

Ohne Zweifel galt dies theils der allbekannten regimentellen Starrheit des Charakters, dem Widerstande, den man von ihm gegen das preußische System der Politik besorgte, theils auch bediente man sich eines radikalischen Strafprozesses, der auf gehässige Weise in Gressmaid gegen ihn angestellt war. Hätte er sich der unionistischen Politik hingeben können, so würde wohl die Mehrheit ihn als den einzigen Mann betrachtet haben, der im Stande war, die außerordentlichen Schwierigkeiten jeder Regierung in Hessen zu überwinden. Wir haben hier nicht die Absicht, eine Politik zu vertheidigen, die sich entschieden einer Kammer widersetzte, welche zur großeren Hälfte eine Spaltung Deutschlands auf revolutionäre Gothaer Weise, zur kleineren Hälfte die reine Anarchie wollte; auch denken wir nicht die ungeheuren Schwierigkeiten in Kassel, Erfurt, Berlin Frankfurt, die Hassenpflug allein besiegen mußte, nachzuweisen. Der Meinung sind wir, daß die Durchführung einer nicht populären Politik mit nicht populärer Persönlichkeit vor Allem in Hessen eine Aufgabe war, die Hassenpflug nicht hatte unternehmen sollen. Allein seinem Fehler hielt die Politik seiner Gegner wohlig die Wage. Es ist namhaftig, die Anomien zu erwähnen, die ihm angethan wurden. Der offene Zweck war, ihn zu entfernen, und man scheute zu diesem Ende das Mittel, die Staatsverwaltung selbst zu ruiniren, nicht. Das Budget lag den Ständen vor. Am 22. Mai beantragte die Regierung außerordentliche Mittel zur Deckung des Defizit. Darauf berichtete der Finanzausschuß am 5. Juni mit folgender Conclusion: „Die Ständeversammlung, deren Vertrauen zum ermaligen Minister — — wo möglich noch mehr gesunken ist, sie wird nur in den gewesenen Formen so große Summen einer Verwaltung zur Verfügung stellen, in welcher sie das Unglück des Landes, das Verderben der Regierung erblickt. Es gibt nur eine Form, das ist das Finanzgesetz, welches die Interessen des Landes zu wahren geeignet ist, kein anderer Weg paßt zu dem Verhältnisse, in welchem die jetzt Versammlung zum Ministerium steht. — — Hiernach stellt der Ausschuß folgende Anträge: 1) Die freizelle Berathung des vorgelegten Gesetzentwurfs — abzulehnen; 2) den Budgetausschuß zu beauftragen, den Bericht über den Entwurf eines Finanzgesetzes für die Jahre 1850 und 1851 und über den damit vorgelegten Steuergesetzen baldmöglichst zu erstatten.“ — Der Wunsch der Regierung, auch nur über diesen Antrag der Berathung zu beschleunigen, wurde zurückgewiesen. Man wollte „ihr nichts zu Gefallen thun.“ — Jene Anträge des Ausschusses wurden angenommen. Hier liegt das ganze System, das man zeigt befolgt, klar gezeichnet. Unsere Dafürhaltens hatte die Regierung in der Stellung, die sie einmal hatte, nun die Berathung des Budgets fortsetzen sollen; es war ein Fehler, daß sie sich zur Auflösung entschied und vorher die Bewilligung der Steuern auf 6 Monate forderte. Der Budgetausschuß erklärte sich, wie zu erwarten war, am 12. Juni dagegen auch mit einer Menge kleinlicher Gründe. Wir geben auch hier den Schluß: „Wenn die Steuern nicht regelmäßig erhoben werden können, wenn die Zolle, die Consumtions- und Stempel-Abgaben nicht zur Einnahme gebracht würden, es gäbe dies eine schreckliche Verwirrung. Eine solche Zeit ist aber noch nicht gekommen; der Augenblick tritt nicht vor dem 1. Juli ein. Bis dahin kann das Finanzgesetz zu Stande kommen. — — Schlimmsten Falls wurde die Versammlung — im letzten Augenblicke — noch die Forterhebung der Steuern und Abgaben genehmigen können. Lost die Regierung die Ständeversammlung, ohne dies abzuwarten, also unzeitig auf, so hat sie, nicht diese, die Folgen zu verantworten. Der Budgetausschuß stellt hiernach den Antrag: die hohe Ständeversammlung wolle den vorgelegten Gesetzentwurf ablehnen.“ Es war das allerdings ein Verfahren, wie es freisinnige Parteien im Prozesse wohl treiben, nicht wie es in der höchsten Staatsfrage gelten soll; aber der Geist war einmal so. Die Stände trieben die Sache auf die Spitze, um Hassenpflug zu vernichten, und dieser lohte auf. Die Versammlung hatte damit den kleinlichen Zweck erreicht, dies Odium eines verderblichen Verfahrens auf die Regierung zu werfen; und diese hatte ihre Lage um so viel verschlimmert, als sie nun schon die Menschen an den Zustand der Zerrüttung, denn die Nichterhebung der Steuern hervorbringt, sich gewöhnen ließ. Man darf mit solchen äußersten Dingen kein Spiel treiben. Ist erst einmal durch Uebung die Scheu gewichen, so kehrt man sicher dahin zurück. So ist denn auch hier gegangen. Nachdem die halbrevolutionäre Partei in der innern Ständeversammlung nur die minorez, die ganz revolutionäre die größere Hälfte erlangt hatte, war auf erneuten Steuerbewilligungsantrag von jener Scheu nicht mehr die Rede. Jene kleinliche Chicane mit der Form des Finanzgesetzes wurde nun ganz nackt hingestellt; das jetzt der Moment der äußersten Gefahr, für den man am 12. Juni noch eine Bewilligung in Aussicht gestellt hatte, länast vorhanden war, kümmerte Niemand mehr. Staat und Regierung wurden Nebensachen, die Bekämpfung des eigenen Widerstandes Hauptsache. Die Bewilligung wurde abgelehnt. Wer kann zweifeln, daß der einzige Zweck dieser Ablehnung die Entfernung Hassenpflug's war? Das gestehen alle Stimmen ein; nur die offiziellen Aktenstücke beharren auf jener Spitzfindigkeit von Vorlegung des Budgets. Daß aber die sogenannte konstitutionelle Partei am allerreifsten diesen Weg trieb, dafür verdient sie mit vollem Rechte die Bezeichnung der halbrevolutionären. Die Regierung hat sich nun für berechtigt gehalten, ihrerseits ohne Bewilligung die Steuern auszuschreiben. Sie hat darin unstreitig sich von dem ordentlichen Gange der Verfassung entfernt, wenn auch der §. 141 versehen durch von den Ständen verlegt sein mochte und wenn es auch in den hessischen Gerichten nicht an Stimmen fehlt, die ihr Verfahren billigen. Die Beschlässe gegen sie sind durch Stimmenmehrheit gefasst. Wir halten das Verfahren für unzulässig. Betrachten wir aber die Lage der Dinge, wie sie ist, so müssen wir eben so viele Schuld auf die Stände als auf die Regierung bringen. Die Stände konnten die Bewilligung der Steuern verschieben, das war ihr Recht. Aber wenn sie so das „summum jus, summa injuria“ geltend machen wollten, wo lag dann ihr Recht, die Entfernung der Minister zu fordern? — §. 51 spricht dem Landesherrn ohne Einschränkung die Ernennung aller Staatsdiener zu. Wollten sie ihr Recht gebrauchen, so mußten sie ihm das feinige lassen. Das schien ihnen unverträglich, weil sie eine sog. konstitutionelle Theorie an die Stelle der Verfassung setzten. Seit der Revolution von 1688 hat die Krone von England ihre Rathgeber aus der Mehrheit des Parlaments genommen, und dadurch ist Englands Größe geschaffen. Das ist die glückliche Folge großer Staatsweisheit, die dort nach so schweren Kämpfen in einem Staate, dessen große Verhältnisse ohnehin die kleinste Reibung ferner Kreise entfernen, das ganze Leben durchdrungen. Diese Folge ist erreicht durch gegenseitiges Entgegenkommen; aber sie ist nichts weniger als Gesetz. Und in Wahrheit, jener Grundsatz darf nie Gesetz werden, so lange die Monarchie bestehen soll. Gibt man den Ständen das unbedingte Recht, durch Verweigerung von Steuern die Entlassung von Ministern, oder das Zugeständniß anderer Handlungen der Krone zu erzwingen; so erklärt man lieber geradezu: die Krone muß in Allem den Ständen gehorchen. Und will man dies verneinen: so hebe man die Monarchie auf. Dann hat man wenigstens Wahrheit. Dem sog. konstitutionellen Systeme eine

jede Regierung ohne Weiteres unmöglich zu machen, die nicht geradezu den Ständen gehorcht, wird von der anderen Seite mit Recht vorgeworfen, daß es eine Lüge sei. Wie denn freilich so Viele das monarchisch-konstitutionelle System auch nur als eine Abschlagszahlung à conto der im stillen Herzen erstrebten Republik betrachten und sich in diesem Sinne als Constitutionelle brüsten. — Das Wesen der constitutionellen Staatsform besteht aber nicht in diesem Herrschen Eines der Foltoren der Regierung, sondern in der Einigung Aller. Haben die Stände ein Recht, nicht zu bewilligen und ihrer Ansicht geltend zu machen, so hat der Fürst eben so gut ein Recht, seine Diener zu wählen. Freiheit soll allen Theilen in Ausübung ihrer Rechte werden. Das ist nur möglich, wenn sich Alle in dieser Ausübung mäßigen, wenn sie sich gegenseitig achten. Auf diese Weise ist es in England geschehen, daß seit der Revolution die Sachen niemals zu dem Aeußersten einer Verweigerung der Mittel und Wege zur Regierung gediehen sind. (Schluß folgt.)

Louis Philipp.

(Schluß.) Die Unruhen, welche zu jener Zeit Spanien bewegten, traten der Erfüllung ihres Wunsches hindernd entgegen, und nach einer mühseligen Fahrt kehrten sie nach Twickenham zurück, wo sie bis zum Tode des Herzogs von Montpensier, am 18. Mai 1807, ungestört nur ihren Studien lebten. Der Prinz wurde in der Westminsterabtei beigesetzt. Bald begann auch der Gesundheitszustand des Ersaten von Neuilly bedenklich zu werden. Die Aerzte empfahlen ihm ein wärmeres Clima und die beiden Brüder begaben sich nach Malta, wo der Graf von Beaujolais im Jahre 1808 starb. Er wurde in der Johanniskirche zu Lavaletta beerdigt. Der Herzog von Orleans verließ Malta und reiste auf Einladung des Königs Ferdinand nach Sicilien. In Palermo gewann er die Zuneigung der Prinzessin Amalia, mit welcher er sich mit Bewilligung des Königs und der Herzogin von Orleans im Jahre 1809 vermählte. Den Leiden des jungen Ehepaares wurde bis im Jahre 1814 durch den wichtigen Ereigniß bezeichnet. Unmittelbar nach Napoleon Abdankung und der Restauration der Bourbon'schen Familie schiffte sich der Herzog von Orleans ein, und kam am 18. Mai desselben Jahres in Paris an, wo er bald im Besitz der seinem Range gebührenden Ehren und Würden gelangte. — Napoleons Rückkehr im Jahre 1815 setzte aufs Neue seine Ruhe. Er schiffte seine Familie nach England, während er selbst auf den Wunsch Ludwigs XVIII. das Commando der Nordarmee übernahm, das er bis zum 24. März 1815 behielt, dann aber dem Herzog von Clermont übergab, um sich abermals nach Twickenham zurückzuziehen. — Nach den hundert Tagen begab sich der Herzog von Orleans wieder nach Paris, und zwar auf den Wunsch Ludwigs XVIII., daß die Prinzen von Geblüte einen Sitz in der Pairskammer einnehmen, in welcher er sich aber bei seinen liberalen Ansichten der Regierung so wenig beliebt machte, daß er sich aufs Neue nach England begab, wo er bis 1817 verblieb. In jenem Jahre kehrte er nach Frankreich zurück, wo er als Privatmann bis 1830 lebte. Es ist unnöthig, die Ereignisse einer Epoche zurückzurufen, welche mit der Ernennung Louis Philipps zum König endete. Seine Regierung und die Begebenheiten, die ihr folgten, leben zu sehr im Andenken Aller, als daß wir sie wieder in Erinnerung zu bringen brauchten.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Hanau, 22. Sept. Nach einem Bericht in der „Neuen Hess. Ztg." hat der hiesige Stadtrath heute folgende öffentliche Einladung erlassen: Es ist die Pflicht des Landes, den verfassungsgetreuen Staatsdienern, welche in der dermaligen Krise der Gefahr ausgesetzt sind, demnächst vielleicht auf längere Zeit ihre Besoldungen und dadurch die Mittel zu ihrem und der Ihrigen Unterhalt zu entbehren, auf jede zweckentsprechende Weise unter die Arme zu greifen. Der hiesige Stadtrath nimmt daher Veranlassung, hiermit öffentlich bekannt zu machen, daß alle diejenigen, welche sich bei diesem Unternehmen betheiligen wollen, eingeladen sind, sich zur vorläufigen Besprechung und Bildung eines Comités mit dem Bürgermeister Heyum und dem Staatsrechtsgelehrten C. P. Brandt und Fr. König ins Einvernehmen zu setzen. Hanau, am 21. Sept. 1850. Der Stadtrath dahier.

Fulda, 22. Sept. Die Kasseler Zeitung berichtet „aus glaubhafter Quelle" entgegen der Mittheilung, nach welcher die Hauptstaatskassendirection sich im Stande gesehen habe, die Gehalte und Löhnungen auch für die zweite Hälfte des Septembers zu zahlen, daß diese Auszahlung nicht stattfinden werde, den Beamten der Hauptstaatskasse vielmehr die Anzeige zugegangen sei, daß sie für persönlich zur Verantwortung der in jener Weise verwandten Gelder angehalten werden dürfen.

Kassel, 23. Sept. Gestern hat der bleibende Ständeausschuß auf Veranlassung von Eingaben aus Fulda zwei Anklagen wegen Verfassungsverletzung durch Vollziehung der „Verordnung" vom 7. d. Sept. gegen den Minister Hassenpflug und den Oberbürgermeister Mackenrodt dahselbst beschlossen. Dieselben sind bereits an das Generalinquisitorial hierselbst, beziehungsweise an die Staatsprocuratur zu Fulda abgegangen.

(N. H. Z.)

Die „Kasseler Zeitung" bringt unter dem 25. Sept. folgende Kurfürstliche Verordnung: Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm I., Kurfürst ꝛc. thun hiermit kund: „In Erwägung, daß nach dem Geiste der Grundgesetze des Bundes sowohl, als auch nach positiven Bundesbeschlüssen, insbesondere nach der authentischen Interpretation der Art. 57 der Wiener Schlußakte, wie sie in dem Bundesbeschlusse vom 28. Juni 1832 clirk. 1 und 2 enthalten ist, den Landständen ein Recht zur Verweigerung der zur Landesregierung erforderlichen Steuern in keiner Weise zustehe, daß demnach ein Beschluß von Landständen, welcher solche Steuerverweigerung direkt oder indirekt enthält, die Anwendung des landesherrlichen Besteuerungsrechtes hemmen könne; in fernerer Erwägung, daß in Kurhessen der Fall der Steuerverweigerung vorliege, auf welchen die Art. 25 und 26 der Wiener Schlußakte zur Anwendung kommen müssen, wird

beschlossen:

1) Die Kurfürstlich-Hessische Regierung wird aufgefordert, alle einer Bundesregierung zustehenden Mittel anzuwenden, um die ernstlich bedrohte landesherrliche Autorität im Kurfürstenthum sicher zu stellen;
2) Die Kurfürstlich-Hessische Regierung wird zugleich ersucht, ungesäumt der Bundesversammlung die in dieser Beziehung von ihr zu ergreifenden Maßregeln sowie deren Erfolg anzuzeigen.
3) Die Bundesversammlung behält sich vor, alle zur Sicherung oder Wiederherstellung der gesetzlichen Zustände erforderlich werdenden Anordnungen zu treffen."

Wir bringen diesen Bundesbeschluß, zu dessen Vollziehung die weiteren Anordnungen erfolgen werden, hierdurch zur allgemeinen Kenntniß. Kurfürstlich Oberster außerordentlicher Gerichtshof. Und des beigedruckten Staatssiegels. So geschehen Wilhelmsbad, 23. Sept. 1850. (L. S.) (gez.) Friedrich Wilhelm. vidt. Hassenpflug. Haynau. Baumbach.

Bundesbeschluß vom 28. Juni 1832, die Steuerverweigerung betreffend. Zur Ergänzung und theilweisen Erläuterung einzelner §§. dieser „Schlußakte" wurden in der Sitzung der deutschen Bundesversammlung zu Frankfurt am Main am 28. Juni 1832 folgende Artikel angenommen und als gültig für den ganzen deutschen Staatenbund bekannt gemacht. „I. Da nach dem Artikel 57 der Wiener Schlußakte die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staates vereinigt bleiben muß, und der Souverain durch keine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden kann: so ist auch ein deutscher Souverain, als Mitglied des Bundes, zur Verwerfung einer hiermit in Widerspruch stehenden Petition der Stände nicht nur berechtigt, sondern zur Erfüllung zu dieser Verwerfung geht aus dem Zwecke des Bundes hervor. II. Da gleichfalls nach dem Geiste des eben angeführten Art 57 der Schlußakte und der hieraus hervorgehenden Folgerung, welche der Art. 58 ausdrückt, keinem deutschen Souverain durch die Landstände bei zur Führung der Bundespflichten und der Landesverfassung nothwendigen Regierung erforderlichen Mittel verweigert werden dürfen: so werden Fälle, in welchen ständische Versammlungen die Bewilligung der zur Führung der Regierung erforderlichen Steuern auf eine mittelbare oder unmittelbare Weise durch die Durchsetzung anderweitiger Wünsche und Anträge bedingen wollten, unter diejenigen Fälle zu zählen sein, auf welche die Art. 25 und 26 der Schlußakte in Anwendung gebracht werden müßten. III. Die innere Gesetzgebung der deutschen Bundesstaaten darf weder dem Zwecke des Bundes, wie solcher in dem Art. 2 der Bundesacte bezeichnet und in dem Art. 1 der Schlußakte ausgesprochen ist, irgend einen Eintrag thun, noch darf dieselbe der Erfüllung sonstiger bundesverfassungsmäßiger Verbindlichkeiten gegen den Bund, und namentlich der dahin gehörigen Leistungen von Gebührungen, hindernd in den Weg treten. Gegenseitig hat derselbe wird behauptet, der hier wörtlich abgedruckte Bundesbeschluß gehöre unter die sogenannten Ausnahmsgesetze, und sei durch den Bundesbeschluß vom 2. April 1848 aufgehoben worden. Diese Behauptung ist unrichtig, einmal weil die Bundesversammlung niemals erklärt hat, daß der Bundesbeschluß vom 28. Juni 1832 als ein Ausnahmsgesetz zu betrachten sei, und dann weil die diesem Beschlusse zu Grunde liegende Absicht nicht auf Erreichung eines vorübergehenden Zweckes, sondern auf beständige Erfüllung der Pflichten gegen den Bund, und auf Herbeiführung der zur Führung der Regierung unter allen Umständen erforderlichen Mittel gerichtet war. Der Bundesbeschluß vom 2. April 1848, durch welchen alle Ausnahmsgesetze aufgehoben werden sollten, hatte überhaupt ein merkwürdiges Schicksal; es bestimmte die Aufhebung im Allgemeinen, unterließ es aber, die einzelnen Bundesbeschlüsse zu bezeichnen, welche als Ausnahmen gelten sollten. Da nun keine Behörde außerhalb des Bundestages ein Recht hat, das zu thun, was die Bundesversammlung im Jahre 1848 selbst unterließ, so bleibt nichts übrig, als nur solche Bundesbeschlüsse für aufgehoben zu betrachten, welche sich selbst ausdrücklich als Ausnahmsbestimmungen charakterisiren. Dieß ist aber bezüglich der Gesetze gegen die Steuerverweigerung in keiner Weise der Fall, da selbe nicht für eine bestimmte Zeit oder für einen vorübergehenden Zweck, sondern zur Begründung und Erhaltung der Artikel 57 der 58 der Wiener Schlußakte gesetzt wurden.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 19. Sept. Faß täglich tauchen jetzt in der Landesversammlung Anträge auf, welche durchaus nutzlos sind und sich bei den gegenwärtigen Verhältnissen wunderlich ausnehmen. Es wird wohl so fortgehen, bis über die finanzielle Vorlage Bericht erstattet und der Versammlung dadurch Gelegenheit dazu gegeben ist, sich mit dem eigentlichen Zweck ihrer diesmaligen Berufung zu beschäftigen. Einen solchen nutzlosen Antrag, den ich lautend: „Die Versammlung möge beschließen: einen Ausschuß zur schleunigsten Entwerfung einer Insäudigkeits- und Geschäftsordnung für den Justizausschuß niederzusetzen," motivirte heute der Prof. Stein. — Eine viel praktischere Berathung hatte der Antrag des Abg. Rosenhagen:

„Die Landesversammlung beschließt einen Antrag an die Staatsbehörden dahin, daß die politischen Vergehungen halber in Untersuchung gezogenen oder bereits verurtheilten Personen, mit Ausnahme der Spione, der Kriegs- oder Landesverräther, amnestirt werden." Veranlassung und Hintergrund dieses Antrags bildeten die harten Strafexkenntnisse, welche in jüngster Zeit wegen Preß- und politischer Vergehen gefällt worden sind, namentlich gegen Knolel, Otto Korb und Lerow. Der Antragsteller motivirte seinen Antrag folgendermaßen: Es sprach viel von politischer Verfolgungssucht, konnte aber doch den Satz dieser Verfolgungssucht nicht recht nachweisen, da er einräumen mußte, daß das Obergericht meistentheils ex officio eingeschritten sei, und er andererseits den Gerichten doch auch nicht vorwerfen wolle, sie hätten das Recht um ihrer politischen Ansichten willen gebeugt. Am treffendsten schien uns das Wort, was der Postor Sierk mit Beziehung auf die vom Hofg. Obergericht gefällten Strafexkenntnisse aussprach: „Daß man sich hüten müsse, durch zu harte Strafen Leuten in den Augen des Volks eine Martyrerkrone zu verleihen, welche ihnen der verdienten Beachtung preisgegeben sein würden." Gegen den Antrag wurde namentlich angeführt, daß zu einer so allgemeinen Maßregel, wie eine Amnestie, gar kein Grund vorliege, da überhaupt nur einige wenige Fälle angeführt seien, in denen bewiesen, soweit bekannt, noch gar kein Ausspruch der letzten Instanz vorliege. Die Versammlung entschied sich für einen Ausschuß zur Prüfung des Antrags. (H. B.-Z.)

Deutschland.

Karlsruhe, 23. Sept. 23. öffentliche Sitzung der zweiten Kammer. Die Tagesordnung führt nun zur Interpellation von Seiten des Abg. v. Soiron, die Verhältnisse in Kurhessen betreffend. Derselbe gibt zur Begründung derselben zuerst eine kurze ergänzende Darstellung der bekannten neuesten Ereignisse in Kurhessen. Er steht in der Voraussetzung, welche diese Wirren genommen haben, nur das Streben des kurhessischen Ministeriums, sich bei dem vorgenommenen Verfassungsbruch auf die Versammlung zu Frankfurt und auf die Waffengewalt zu stützen, und erklärt sich besonders dagegen, daß man sich von Seiten des kurhessischen Ministeriums auf die durch Bundesbeschluß vom Jahr 1848 aufgehobenen Ausnahmsgesetze vom Jahr 1832 berufe. Er fährt dann ungefähr in folgender Weise fort: Bei diesen Wirren ist es Sache der Union, Abhilfe zu gewähren. Nachdem hat sich von der Union nicht losgelöst und kann sich nicht losschagen. Aufgabe der Union ist es aber, bei inneren Zerwürfnissen in einem Unionsstaate durch das gesetzliche Schiedsgericht und auf andere Weise vermittelnd einzuschreiten. In dem vorliegenden Falle ist das Einschreiten um so mehr nöthig, weil es sich darum handelt, einen russischen deutschen Volksstamm gegen den Absolutismus und gegen ein verhaßtes Ministerium zu schützen; weil es sich handelt von Abwehr gegen Angriffe, bei welchen man freilich glücklicher Weise nicht auf die Mitwirkung des eigenen Heeres und der eigenen Beamten sich stützen konnte. An die Abschaffung des Absolutismus in Deutschland im Allgemeinen wird zwar kein Vernünftiger glauben; aber es ist nothwendig, diese hessischen Wirren so bald als möglich zu beenden. Zugleich liegt hierin eine Lebensfrage für die Union. Es handelt sich um die Frage, ob die Sympathie für die Union in Deutschland erkalten, oder ob die Union durch ihr Auftreten in dieser Sache die Sympathie des ganzen konstitutionellen Deutschlands für sich gewinnen soll. Ich stelle daher an den Hrn. Minister des Auswärtigen die Anfrage: ob und welche Verhandlungen bei dem provisorischen Fürstenkollegium über die Schlichtung der Wirren in Kurhessen eingeleitet sind, und besonders welche Instruktionen der badische Bevollmächtigte in diesem Punkte erhalten hat. Staatsminister Kluber erklärt hierauf: Der neueste Bericht des badischen Gesandten sei von dem 19. d. Mts. Bis dahin seien von keinem der beiden Theile, weder von der kurhessischen Regierung, noch von den hessischen Ständen Schritte bei dem Fürstenkollegium geschehen. Man wisse, daß eine Note von Seiten der königl. preußischen Regierung im vermittelnden Sinne an das kurfurstliche Ministerium gerichtet worden sei. Das Verhältniß der frühern hier einschlagenden Bundesgesetze, deren unbedingte Aufhebung von dem Interpellanten angenommen werde, sei nicht so einfach. Es seien durch Bundesbeschluß vom 2. März 1848 zwar die frühern Ausnahmsgesetze aufgehoben worden, jedoch nur im Allgemeinen; in manchen Fällen könne aber Zweifel entstehen, welche Gesetze darunter begriffen seien. — Im Allgemeinen (fährt der Redner fort) sind drei Wege zur Schlichtung dieser Wirren denkbar: ein zwar einseitiges, aber doch Gesetzgebung des Bundes, oder durch das Schiedsgericht der Union, oder endlich durch eine friedliche Lösung auf den Grund der hessischen Verfassung selbst, in welcher die Mittel zur Lösung einer solchen Kollision gegeben sind. Dieser dritte Weg ist gewiß der wünschenswerthe und der beste. Wenn er betreten wird, so ist kein Einschreiten von anderer Seite hier nöthig, und zugleich werden dadurch am besten andere Kollisionen, welche die beiden ersten Wege erschweren konnten, vermieden. In Rücksicht auf diesen Sachverhältniß wird man zugeben müssen, daß der Zeitpunkt für das Einschreiten von Seiten der Union noch nicht eingetreten ist. In das Materielle der Streitfrage finde ich mich nicht veranlaßt einzugehen, und muß wünschen, daß dieser Theil der Frage der Erörterung und Schlichtung derjenigen Behörde überlassen bleibe, welche diesen Streit zu schlichten berufen ist. — Staatsrath Mittermaier: Ich halte es der Zeitpunkt für das Einschreiten der Union noch nicht gekommen. Es sei vielmehr Pflicht des provisorischen Fürstenkollegiums, als der Unionsregierung, solche Zustände wie sie in Kurfurstenthum Hessen seien, nicht ferner zu dulden, sondern es auf alle Weise zu beendigen. Nicht minder sei es die Pflicht der Unionsregierung jedes unbefugte Einschreiten von anderer Seite zu hindern. Er stelle daher den Antrag: Mittelst einer Erklärung zu Protokoll die großh. Regierung zu ersuchen, allen ihren Einfluß bei der provisorischen Regierung der Union dahin zu verwenden, daß der verfassungswidrige Zustand in Kurhessen wieder hergestellt, und jeder Intervention von deutschen Staaten, die sich dem Bündniß vom 26. Mai nicht angeschlossen, oder nicht dabei beharren, vorgebeugt werden solle. — Staatsminister Kluber erinnert daran, daß dieser Gegenstand jüngsthin Gegenstand der Berathung war. Er wünscht daher, daß die Berhandlung hier nicht weiter in das Materielle der Sache eingehen möge. — Es sprechen darauf noch die Abgeordneten Zentner und Junghanns für den Antrag des Abgeordneten v. Soiron und der Abgeordnete Bader gegen denselben. Der Antrag wurde durch Stimmenmehrheit angenommen.

Stuttgart, 21. Sept. In der Vernehmung des Fürsten v. Waldburg-Zeil Trauchburg muß man das Walten der Nemesis darin erkennen, daß gerade er, der einzige seiner würtembergischen Standesgenossen, der mit demokratischer Tinte beseudelt ist, die Folgen der Errungenschaften praktisch zuerst zu fühlen bekommen sollte. Er hat zwar eine Richtigkeitsklage gegen den Ausspruch des Gerichts eingelegt, weil zwei Reutlinger Bürger eidlich zu bezeugen sich bereit erklärt haben sollen, daß einer der Geschworenen während der Verhandlung geschlafen habe; er wird aber schwerlich Etwas dadurch gewinnen, denn die Zeugen können nur beschworen, daß der Geschworene die Augen geschlossen gehabt, ob er aber geschlafen, vermögen sie nicht zu beschworen. Es möchte sogar ein solcher Eid gar nicht zulässig sein. Der betreffende Geschworene wird jedenfalls sich nicht schuldig bekennen; das Schließen der Augen ist Niemand verboten, und es kann sogar ein Geschworener einen sehr guten Grund dazu haben, um sich weder durch die imponirende Persönlichkeit des Angeklagten, wie in diesem Falle, bestechen, noch durch dessen widrige Erscheinung gegen ihn einnehmen zu lassen. Noch ein anderer Umstand verdient in dieser Geschichte hervorgehoben zu werden. Hr. Schober, der Vertheidiger des Fürsten, hat seine erste Schlacht verloren. Die Glorie der Unbestechbarkeit ist von seinem Haupte gerissen, und ein Einmal geschlagener General wird auch noch öfters geschlagen. Man hat sagt zwar, er habe schon zuvor an dem Gelingen gezweifelt, aber, seiner Schlauheit vertrauend, habe er wohl gedacht, wie eine Kriegslist sich zum Siege zu verhelfen. Er rief nämlich den Geschworenen zu: „Erklären Sie den Angeklagten in sämmtlichen Punkten für schuldig, aber ohne Vorbedacht." Damit wäre er gerettet gewesen; die Geschworenen gingen aber nicht in die Falle. Daher mag sich auch die Wuth der „Volksfreunde" schreiben, welche die Geschworenen beim Austreten aus dem Saale beschimpften und bedrohten. Reaktionäre waren dies keine, und man erkennt also daraus die Achtung jener Leute vor einer gesetzlichen Institution, die sie selbst als eines der theuersten Unterpfänder der Freiheit erklären. — (Die „Deutsche Kronik" bemerkt in Bezug auf das skandalöse Gebahren der Demokraten: Ist Das die Achtung vor dem Gesetze und der Ordnung, welche die Ochlokratie neuerdings in ihren Blättern erheuchelt? Ist Das der Dank für das gewiß bemerkenswerthe Zugeständniß der Schwurgerichte, daß man die Richter, die nach ihrem Gewissen und auf ihre Ehre ein unverletzendar mild-gerechtes Urtheil gefällt haben, verhöhnt und bedroht? Ist Das der gesunde Sinn des Volks, daß es, dem Ausspruch der Jury zum Trotz, dem Manne, der wegen gegründeter Anklagung gestraft wird, eben darum, weil er schmähte und gestraft wurde, ein Lebehoch bringt am Abend des Tages, der denselben beschämen und zur Reue und Besserung bewegen sollte? Ha! eine eiserne Zeit muß kommen! und Sternaden, wie die in Tübingen, sollte man mit Kartätschen allvorgnügen.) (K. Z.)

Darmstadt, 22. Sept. Unsere Demokraten haben mächtig Lärm mit ihren Haupttrümpfe in gleicher Zeit ausgespielt: Steuerverweigerung und ein Mißtrauensvotum gegen das abgetretene und das gegenwärtige Ministerium. Welch ein Triumph für die Demokratie, wenn unser Ministerium und die wenigen Conservativen in der Kammer sich auch nur auf eine Diätusion mit einer Partei einlassen, welche in ihren Gesetzlichkeiten alles im voraus beschließt, und die öffentliche Berathung nur benutzt, um dem Volke ihre Sophismen aufzudringen; für das monarchische Prinzip, wenn man die Sache ungefähr und unbekümmert in der Kammer ihren voraussichtlichen Weg gehen läßt, dann aber mit Energie auftritt und in den Geist unserer Verfassung von all den Schlacken kräftigst reinigt, die Haldbermaggie und Mattherzigkeit ihr seit dem März 1848 angeheftet haben! Letzteres schrint es hier selbst in den besseren Kreisen auch noch nicht ganz klar zu sein; schwarmen so noch hochgestellte Staatsmänner für die schleswig-holsteinischen Wirren. —

(K. D.-P.-A.-Z.)

Darmstadt, 23. Sept. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer brachte Abg. Jaup einen Antrag wegen der öffentlichen Rechtszustände in Kurhessen ein, welcher darauf gerichtet war, die Stände möchten aussprechen, daß die Haltung der dortigen Volksvertretung, besonders die sämtlichen Ausschüsse, volle Anerkennung verdiene, auch weiter die Staatsregierung zu ersuchen, sich bei dem Cabinet in Wilhelmsbad dahin zu verwenden, daß der Conflikt zwischen der Staatsregierung und der Ständeversammlung auf dem von der Verfassungskunde vorgeschriebenen Wege des Compromisses beseitigt, darum aber die Ständeversammlung wieder berufen werde. Nachdem der Antragsteller seine begründete Motion verlesen, wollte sie der Präsident dem competenten Ausschusse zuweisen, stieß aber auch Widerspruch; es erhob sich eine kurze Berathung, und bei der Abstimmung wurde diese Verweisung

mit 8 Stimmen gegen 7 verworfen, somit auch der Antrag selbst.

Dresden, 18. Sept. Die Fr. S.-Ztg. bringt heute folgenden Leitartikel. „Die Civilehe ist ein Vorzeuge der Revolution in christlichen Staaten, und sie ist der Theil der Revolution, welcher nicht sowohl der Kirche Abbruch thun soll, als dem Hause und dem Staate. Sie schließt die Nothwendigkeit der Gemeinschaft der Güter in Bezug auf die religiöse Ueberzeugung unter den Ehegenossen aus, obschon in eben dieser die Heiligkeit der Ehe, die Unverbrüchlichkeit des Bandes, das gegenseitige sittliche Verhältniß, die Mäßigkeit in guten und der Trost in bösen Tagen, der Segen der Kindererziehung bringt ist. Die Ehe verliert ihre Weihe in ihrem Ursprung, die religiöse Erbauung im Hause und die gemeinschaftliche in einer Kirche. Denn sie wird nur ein Band zur Gemeinschaft am Tisch und Bette, eine Anweisung zur Befriedigung sinnlicher und materieller Genüsse, und sie verliert den höhern Schmelz des Lebens und die Aussicht auf die Zukunft über das Grab hinaus. Binden die sinnlichen Reize und die Macht der Gewohnheit over die Gegenseitigkeit der Dienste nicht mehr, so fehlt das Heiligthum des Herzens im Hause. Die Civilehe verbindet Christen, Juden, Heiden, Ungläubige oder Freigemeinkliche, so lange sie etwas haben oder erwerben. Sie ist ein rein weltlicher Contract, der zuletzt wie eine Handelscompagnie ohne Umstände aufgelöst werden kann. Die Civilehe nimmt möglicher Weise ganz ungleiche religiöse Elemente und hat daher auch nicht die Schule einen Stützpunkt in sich. In der Civilehe liegt eben daher auch ein Ruin der Kirche, als einer Anstalt zur Gründung und Befestigung des Reichs Gottes auf Erden. Sie entschreitet sonach den Staat und entsittlicht dadurch denselben. Die Ehe, das Fundament der Gesellschaft, verliert durch die Civilehe ihren Ursprung, wird Hausche angeeht. Die Civilehe gefährdet das weibliche Geschlecht und erleichtert die wilde Ehe und Unzucht. Sie ist ein Beförderungsmittel des Proletariats, weisen sie den Wechsel der Ehe und ein Ehebruch erleichtert. Sie ist sonach dem Hause, dem Staate und der Kirche verderblich, bei uns sein gesühltes Bedürfniß. Also keine Civilehe!"

Wien, 17. Sept. Die der hiesigen Militärmannschaft zur Probe hinausgegebenen Percussionsbanden sind wieder abgenommen worden, und es wird die deabsichtigt gewesene Einführung derselben gänzlich unterbleiben. Die bisherigen Czakos der Infanterie erhalten in neuer Form einige Abänderungen, nub statt der Kolarde und Schlinge den k. k. Adler von Messing. Auch die in Vorschlag gebrachten neuen Kavallerieschelme bekommen an ihrer Vorderseite den kaiserlichen Adler als Bezierung. — Die Uebungen der Tambours der hiesigen Garnison mit Flagoletten werden fortgesetzt, so nächstens eine Probe mit dieser neuen Militärmusik, die allgemein anspricht, vor Sr. Majestät dem Kaiser stattfinden wird.

Italien.

Turin. Der vom Erzbischofe von Cagliari erlassene Bannfluch lautet: „In Erwägung, daß durch das Anlegen des Siegels und das Wegnehmen der Schlüssel gegen Mitglieder der Junta an der Thüre der Contaduria der Kirche, welche in unserer heiligen und religiösen Wohnung liegt, die canonischen Gesetze und besonders die Vorschrift des Concilium von Trient und der päpstlichen Einrichtungen verletzt worden sind, in Erwägung, daß man nicht durch die Unterhandlungschaft mit den weltlichen Gewalten entschuldigen kann, da dieses nicht mehr möglich ist, seit der Monitore am 13. Nov. 1849 in dieser Stadt und der Diöcese veröffentlicht worden ist — aus diesen Beweggründen u. durch die Kraft unserer Autorität erklaren wir, daß die Urheber, Mitheifer, Uebertreter sämmtlichen ic. sur die Siegelegung mit Wegnahme der Schlüssel, sowie auch die Urtheilenden mit dem Bannstuch belegt sind. Wir verbieten daher allen Beichtvätern, denselben Absolution ohne unsere Erlaubniß, mit Ausnahme in Todesfällen, zu ertheilen. Gegeben in Unserer entheiligten Wohnung den 4. Sept. 1850. Emmanuel, Erzbischof."

Portugal.

Wir entnehmen einem Schreiben aus Lissabon vom 3. Sept. Folgendes: „Es ist nur noch die Rede von einer militärischen Revolution, die jeden Augenblick ausbrechen und neuen Zwist der Umsturz des Ministeriums und die Bildung einer Regentschaft sein soll. Es ist unnöthig zu bemerken, daß man die Königin Marie zur Abdankung zwingen will. An allen Orten spricht man von dieser Angelegenheit, als von einer abgemachten Sache. Ein Journal sagt ganz offen, daß der Herzog von Saldanha an der Spitze der Verschwörung ist, und geht so weit, die Namen der Minister der Regentschaft zu nennen. Die Revolution sollte gestern den Gerüchten zufolge stattfinden; es scheint jedoch, daß man sie verschoben hat. Alle diese Gerüchte, vereint mit dem Elende, das in dem Lande herrscht, haben den Handel auch mehr als Gründe mit den Provinzen befunden sich in einer schwer zu beschreibenden Aufregung. Die Behörden haben nicht die nöthige Kraft, die Steuern einzutreiben, denn das Volk ist fest entschlossen, keine zu bezahlen. Ueberall erklärt man laut, daß man müde ist, den übertriebenen Luxus des Hofes von Thomar zu bezahlen. — Die Bank hat der Regierung eine Anleihe von 2,160,000 Franken verweigert, wodurch unser Finanzminister zu dem unglücklichen Menschen gemacht wird. — Die Geschäfte auf Hypotheken werden zu 2 und 2½% pr. Monat gemacht. Man kann daraus auf den Zustand des Landes schließen. Die Handelsleuten erleiden einen Abzug von 1, 2 und 3 Prozent pr. Monat.

Vermischte Nachrichten.

Als Nero von Efesbee im vorigen Jahre Socialphilosophie duce Proudhonio ankündigte, wendete sich eine arme Magd Mutter aus Dresden an den Senat der Universität und ersuchte denselben, dafür Sorge zu tragen, daß der Gefahr für das irdische und ewige Heil ihrer Söhne, welche in solchen Vorlesungen, so wie in dem notorischen Lebenswandel des Nero von Efesbee liege, gesteuert werde; der Senat hat diese Petition dem Unterrichtsministerium übergeben. Jetzt ist die Antwort ertheilt worden. In dem eben gedruckten Lectionscatalog sur das Wintersemester, welchen das Ministerium vorher durchgesehen und approbirt hat, ist von demselben Nero v. Efesbee wieder Socialphilosophie duce Proudhonio angekündigt! Wozu, fragen wir, die Berechtigung zu Privatvorlesungen, wenn 5. Juni, wenn man vollbet, daß die Lehre des Atheismus und der Revolution ihre Stimme vom Universitätskatheder her verkündet, daß von ihm aus der Blüthe der Jugend sittliches und politisches Gift unter der Autorität des Staates gebeten wird? Gehört das zur Lehrfreiheit, zur Freiheit der Wissenschaft, soll sie nicht zur Freiheit politischer Form der Zerstörung sein, so wollen wir von solcher Freiheit der Wissenschaft Nichts wissen!

Neuestes.

* Würzburg, 25. Sept. Bereits haben mehrere Zeitungen das Antwortschreiben, welches der hl. Vater an das „Univers" erlassen haben sollte, veröffentlicht. Wir werden dasselbe unsern verehrten Lesern erst dann mittheilen, wenn wir durch offizielle Mittheilungen über dessen Richtigkeit hiezu in Stand gesetzt sind.

Frankfurt, 23. Sept. Der Beschluß, welchen der engere Rath in seiner vorgestrigen Sitzung faßte, bezieht sich dem Vernehmen nach in seinen Erwägungsgründen darauf, daß nach dem Geist der Grundgesetze des Bundes und nach der im Jahre 1832 gegebenen authentischen Interpretation der Artikel 57 und 58 der Wiener Schlußakte den Landstänen einer deutschen Bundesstaats nicht das Recht zustehe, die zur Führung der Regierung erforderlichen Mittel zu verweigern, ein Fall, welcher gegenwärtig in Kurfürstenthum Hessen eingetreten sei. Der Beschluß soll dahin gerichtet sein, dasselbe dadurch Regierung aufgefordert sei, die geeigneten Mittel zur Aufrechthaltung der ernstlich bedrohten Landesherrschaft einwirken zu können. Kurfürstenthum Hessen greifen und die Bundesversammlung in Kenntniß davon zu setzen, welche Mittel sie zu diesem Zweck anzuwenden beabsichtige, — und daß die Bundesversammlung sich vorbehalte, alle zur Sicherung oder Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes im Kurfürstenthume Hessen erforderlichen Maßregeln anzuordnen. (N. Kor.)

Wien, 21. Sept. Der Gemeinderath von Wien überreichte dieser Tage der F.-J.-M. Haynau das Diplom als Ehrenbürger. In demselben wird des Attentats in London mit Entrüstung gedacht.

Paris, 17. Sept. Einen ganz neuen und gewiß sehr rein demokratischen Gedanken hat Emil de Girardin entdeckt, und er verarbeitet denselben in den sechsspaltigen Artikeln der „Presse," auf die Gefahr hin, von der Welt für verrückt gehalten zu werden. Girardin sagt, kurzgefaßt: Das Volk ist unumschränkter Souverän, so gut wie Ludwig XIV. es war; es ist es daher ein Unsinn, dem Volke eine Verfassung zu geben, wie zu gar einen Präsidenten und eine gesetzgebende Versammlung auf bestimmte Fristen. Solche Institutionen sind Beschränkungen seiner Vollgewalt. Ludwig XIV. konnte seine Minister zwei Stunden oder zwanzig Jahre behalten, je nachdem sie gut oder schlecht waren; darin besteht die wahre und absolute Souveränität; nur unter gut oder nicht. Also weg mit der Präsidentschaft, weg mit der gesetzgebenden Versammlung, weg mit aller Verfassung! Das Volk erwähle einen Ministerrath mit einem Ministerpräsidenten; dieser Collegium besorge seine Geschäfte, und wenn es ihm nicht mehr gefällt, so wähle es einen neuen. Da habt ihr eine wahre, eine vernünftige Lösung! Girardin ist übrigens besonders genug, einzuräumen, daß sein Vorschlag wohl schwerlich Annahme finden werde; dazu sei derselbe „zu absolut," in entfernt von den allen Irrthümern; aber er meint, „die nächste Revolution" werde ihn verwirklichen.

Die nächste Revolution, was soll die nicht alles thun!

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 24. September 1850.

	Geld.	Bavier.
Oesterreich Banknoten	116⅞	116⅝
„ 5% Metalique	79⅛	80¼
„ 4%	62⅝	63⅜
„ 3%	47	47½
„ 2½%	42⅞	43
„ 4½% Beikmann	—	76
„ 4%	—	66½
„ „ 500 Loose v. J. 1839.	100¾	100¼
„ „ 500 „ 1834.	156½	156⅜
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	86⅝	87⅛
„ Anl. 50 Prämien Scheine.	113	—
Bayern 3½% Obligationen	84½	83½
„ 4%	89½	89¼
„ 5%	100⅝	100⅜
Würtemberg 3½%	83⅝	83½
„ 4½ „	98	98½
Baden 3½%	81½	82
„ „ 25 Loose	30½	29½
„ „ 50 „	52⅜	53½
Nassau à 25 „	26	26½
Hessen Darmst. ß. 50 Loose	76⅝	76⅝
„ „ 25 „	28½	28⅝
Polen ß. 300	136	—
Sardinien Fcß. 36	33⅛	33⅜

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 235.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 231. Würzburg, Donnerstag den 26. September. **1850.**

Einladung zum Abonnement.

Wir erlauben uns, da mit Ende dieses Monats das III. Quartal des Abonnements der „Bayerischen Presse“ sich schließt, unsere verehrte Leser zu erinnern, möglichst zeitzeitig ihre Bestellungen bei den zunächst gelegenen kgl. Postämtern oder Expeditionen zu bewerkstelligen, um ihnen mit dem 1sten des nächsten Monats vollständige Exemplare liefern zu können. Die „Bayerische Presse“ wird, wie seither, dem gesetzlichen Fortschritt innerhalb der Schranken der constitutionellen Monarchie huldigen, und ebenso für die Einheit, Ehre und Größe unseres deutschen Gesammtvaterlandes, als gegen die soziale und politische Anarchie in allen ihren Formen entschieden kämpfen. Wir stellen daher an alle Gleichgesinnte die Bitte, unsere Bestrebungen unterstützen zu wollen, sowohl dadurch, daß sie zur Verbreitung der „Bayerischen Presse“ das Möglichste beitragen, als auch dadurch, daß sie uns geeignete Mittheilungen in dieselbe machen.

Das Abonnement für ganz Bayern beträgt vierteljährig 1 fl. 30 kr.

Würzburg im September 1850.

Die Expedition der „Bayerischen Presse“.

Amtliche Nachrichten.

Der Schuldienst zu Kleinsassen kgl. Landgs. Hilders ist dem von der Freiherrl. von Guttenberg'schen Spital'schen Gutsherrschaft auf denselben präsentirten Schuldienstverspektanten und dermaligen Schulverweser zu Rückersbach Adam Hemmerlein; der Schuldienst zu Thüngen k. Landgs. Karlstadt ist dem von der Frhrl. v. Thüngen'schen Gutsherrschaft auf denselben präsentirten Schullehrer Johann Gutmann zu Völkershausen verliehen worden; dem Schullehrer Michael Stang zu Gefall wurde die Schul- und Kirchendienerstelle zu Altersheim k. Dgs. Kub; dem Schuldienstverspektanten und Schulverweser Mender zu Waßmuthhausen die Schulstelle zu Pfaffenlind k. Dgs. Würzburg k. M.; dem Schuldienstverspektanten und dermaligen Schulverweser zu Brückenau Nikolaus Göbmann wurde die Schul- und Kirchendienerstelle zu Waldsassen k. Dgs. Kissingen und dem Schuldienstverspektanten und dermaligen Schulverweser Kaspar Senfert in Habichtsthal die Schulstelle Habichtsthal k. Dgs. Rothenbuch übertragen.

Kurfürstenthum Hessen.

(Schluß.) Aber in Hessen hat man vom Anfang an die Sachen auf den Streit gestellt, u. Hassenpflug stellt ein großer Theil der Schuld, wenn auch ein gleicher Theil in dem hessischen Charakter überhaupt u. in den grundsätzlichen Formen der hessischen Verfassung gesucht werden mag. Dem hündischen Charakter der ständischen Verhandlungen entsprach freilich auch der unglückliche Stellung, in die Regierung und Stände seit 1832 zu einander geriethen. Hassenpflug hatte sie mit Hilfe der Bundesbeschlüsse von 1832 durchgeführt. Aber jetzt war es unmöglich. Wollte die Regierung eine Politik durchführen, die nicht mit den Ansichten der Mehrheit der Versammlung stimmte, so war der Streit dazu nicht der Weg. Man mußte keine Persönlichkeit wählen, die an sich selbst schon den Streit bedeutete. Wollte man aber den Streit, dann mußte man bedenken, daß keine Bundesbeschlüsse von 1832 vorhanden und also nichts übrig war, als ein System von Gewaltthandlungen und Staatsstreichen, bei denen nur die gänzliche Rücksichtslosigkeit den Sieg hoffen kann. Da trifft das scharfe und bittere Wort Machiavell's: Leuten verstehen die Menschen ganz schlecht oder ganz gut zu sein. — So stehen sich die Dinge in Hessen. Große Fehler hat von beiden Seiten begangen. Die Ständeversammlung, namentlich die sogenannte constitutionelle Partei, hat nach unserer Ueberzeugung unter radikalischen Vorwänden geradezu pflichtwidrig gehandelt, und die Regierung hat mitgewirkt, um die Sache auf eine Spitze zu treiben, wo Niemand den Ausweg mehr sieht. Was soll aber nun geschehen? — Wie wir vernehmen, erwartet man in Kassel den Einmarsch fremder Truppen. Das wäre freilich für diese revolutionär-constitutionelle Partei das Bequemste. Sie konnte dann in ihrer Negative beharren, vorwährend der Verfassungsbruch schreien, die Lebenslasten aufwühlen, alle Regierung unmöglich machen und sich mit pharisäischer Selbstgenugsamkeit in ungesetzliche Sorge für ein ordnungsmäßiges Budget und gehörige ekatmäßige Belegung hüllen, recht wie es zum barocken Wesen, was ja dort regiert, gehört; Mücken seigen und Elephanten verschlucken. — Hr. Bayrhoffer, der Bundesgenosse der Kasseler Constitutionellen, erklärt: „Es scheint, als ob man den Ausschuß habe zu dem Zweck verlieren wollen, eine provisorische Regierung zu begründen; diesen Fehler würden sie begehen!“ — Darin spricht sich das richtige Gefühl der Lage aus. Man hat jede Regierung mit verfassungsmäßigen Mitteln unmöglich gemacht und wurde es nun recht gern sehen, wenn Andere es übernehmen wollten, die verfassungsmäßige Regierung, die jetzt ganz unvermeidlich ist, zu führen. Wir glauben aber, es ist ein unvermeidliches Gesetz alles politischen Lebens, daß jeder die Folgen seiner eigenen Handlungen tragen muß. Haben die hessischen Stände ihre eigenen Rechte über das eben so gute Recht des Fürsten gestellt, so müssen sie leben, was daraus folgt. Sie haben sich auf diese Weise die Wahl zwischen dem Aufhande, der provisorischen Regierung, der Republik und der vollen Anarchie selbst gestellt. Jene jugendhafte Legalität, jenes „ich kann die, Herr, daß ich nicht bin, wie ihre Zöllner“ läßt sich nur so lange spielen, als ein Anderer so thöricht ist, den Streit fortzusühren, die Last der Regierung auf sich zu nehmen unter Bedingungen, die nicht zu erfüllen sind. Die Hessen legen ein großes Gewicht auf ihre Verfassung. In der That aber ist diese Verfassung nur noch insofern gewesen, so lange sich eine Regierung fand, die ihre Consequenzen abstreiten konnte. Gegen diese ließ sich dann trefflich agitiren. Jetzt geht man von beiden Seiten in den äußersten Consequenzen fort. Man wird dann wohl dahin kommen, zu erkennen, wohin das führt. Aus Gründe läßt sich Manches lernen, nur selten anderen auch Politik. Das folgende Epigramm scheint für den gegenwärtigen Fall gemacht: Fehlet die Einsicht von oben, der gute Wille von unten. Führt sogleich die Gewalt, oder sie endet den Streit. Man kann nach Belieben auch die Worten „oben“ und „unten“ vertauschen. Für die hessische Bureaukratie aber, die unter der Maske des Constitutionalismus eine Staatsform erstrebt, in der ihre durch den seitigen Abschnitt der Verfassung so unbarmherzig sich organisirte Corporation unbedingt herrschte, ist ein anderes geschrieben: Republiken hab' ich gesehen, und das ist die beste, die dem regierenden Theil Lasten, nicht Vortheil gewährt. Also keine Staatsdiener-Republiken. — — Aber vielleicht glaubt man in Kassel oder anderswo, daß dieses der Weg sei, um durch die Union (wie ein Witzling von der früheren evangelischen sagte) Deutschland auseinander zu ziehen. Das kann eintreffen.

(D. Z.)

Zwei Erfahrungen aus Hessen-Kassel.

Die Bureaukratie hat die Revolution grob gegogen, an der wir kränkeln, sie hat den Staatsorganismus einer Lebenskraft nach der andern beraubt und ihn am Ende beinahe zu einer todten Maschine gemacht. Was Wunder, wenn der erste revolutionäre Sturm das ganze Formengebäude über den Haufen zu werfen droht. Obwohl dieser sie selbst zuerst bedrohte, ist sie doch zur Stunde am Nichts klüger geworden; im Gegentheil gewinnt es den Anschein, daß bei dem zweiten Sturme, der uns droht, sie wie früher wiederum den Anfang macht. In Hessen sieht sie gegenwärtig als Revolutionshirnin voran und freundet ganz unbedingt das Getriebe der Revolutionsmänner; die ganze Macht, welche der Organismus des Staats in ihre Hände legte, hat sie der Revolution zur Verfügung gestellt; die Bureaukratie ist es, welche den Kurfürsten mit seinem Ministerium außer Landes getrieben und dafür die Anarchie ins Land gerufen hat. Hessen liefert einen recht augenscheinlichen Beweis, wohin es mit einem Lande kommt, an dessen Entstittlichung früher von Unten und Oben mit Kräften gearbeitet worden war, in dem ein sogenannter Liberalismus in alle Aemter des Staates eingedrungt, alle Staatsstellen besetzt, die besseren Kräfte überall verdrängt, dagegen den Wühlereien der Demagogen einen freien Spielraum eröffnet hatte. An dem Uebel, welches Hessen durchfressen und in den gegenwärtigen, heillosen Zustand gestürzt hat, kränkeln mehr oder minder alle Staaten; wenn es nicht gehoben wird, so steht ihnen auch kein besseres Schicksal bevor. Oder wo ist ein deutscher Staat, der nicht eine von den Doctrinen des Liberalismus von Unten bis Oben

durchsäuerte Bureaukratie hat, des Liberalismus, der nichts als ein sündliche Introduktion des heiligen Geistes Anarchie und der Unterstützung der Anarchie Alles, Was hat die Hesse, welche allein aus und den Krallen der Revolution retten wird, eine höhere, hartnäckigere Feindin, als eben an der Bureaukratie? Diese schmiedete ihre Fesseln und sie stemmte jetzt noch die freie Bewegung der Kräfte, wenn die Zeit gekommen ist, zerschlagen hatte. Die Revolution in Hessen sagt, was noch einen anderen Beweis vor Augen: Wohl hat sie sich angewöhnt, die Militärgewalt als ein ganz untrügbares Mittel zur Unterdrückung und Vernichtung der Revolution anzusehen, und hat sich so zu sagen in dieser Gemüthsruhe auf der Bajonnette schlafen wollen. Wenn das Heer es gezeigt, wie trügerisch dieses Vertrauen ist, wie leicht die revolutionäre Demoralisation auch in einem stehenden Heere um sich greifen kann; Hessen gewahrt und eine ziemlich ähnliche Erfahrung. — Es ist ein großartiger Wahn, wenn man glaubt, daß im Staate, wo alles von den Grundfesten der Revolution, möge diese in das Rosenfarbenste des Liberalismus, in die Donnerwetter des Radikalismus oder in die Bärtchte der anarchischen Demagogie sich kleiden, angefressen ist, das Militär, wie eine Oase in der Wüste, sich geistig gesund und frisch erhalten könne, daß die militärische Disziplin eine unbedingbare Macht sei gegen das Gift der Revolution sei. Man täuscht sich, man will eigentlich sich täuschen, weil man nicht den Muth hat, der Gefahr keck ins Gesicht zu sehen, sie um die Lenden zu fassen und zu Boden zu werfen; man gleicht jenem Tapferen, der den Feind zurücken sieht, sich die Augen verbindet, dann das Gewehr schussfertig macht und endlich auf gut Glück, falls er angegriffen wird, loszuschießen gedenkt. Die Ereignisse in Hessen werden ohne Zweifel die Revolution in Deutschland in ein neues Stadium fördern. Es ist möglich, daß der Conflikt zwischen den deutschen Mächten, der auf Notenge chreibsel sich bisher beschränkte, in Kanonendonner nun ausbricht, ja wenigstens die Demagogie ihr sündgezwecktes Hallelujah singen wird. Gewiß ist so viel, daß sich da nun hier und dort eine Revolution in Deutschland ereignen wird, ob die Demagogen im landläufigen Ausdruck zu Kasse, welche Partei dabei betragen dabeyn, Recht haben oder nicht.

(D. Wtsbl.)

Deutschland.

München, 24. Sept. Wie wir vernehmen, hat Se. Maj. der König von Griechenland dem Ministerialrath im Staatsministerium des königl. Hauses und des Aeußern Dr. v. Schilcher das goldene Ritterkreuz des griechischen Erlöserordens verliehen. — Der Herr Major Trentini des königl. Infanterie-Regiments (Kronprinz) hat bis auf weiteres für den nach Afghanistan abgegangenen Herrn Major Kriebel das Kommando übernommen. Regiments interimistisch zu führen.

Zweibrücken, 21. Sept. Heute früh traf Prinz Luitpold hier ein, setzte jedoch seine Reise, nachdem er sich die Pferde im Landgestüte hatte vorführen lassen, ohne weiteren Aufenthalt fort. — Ein Artikel in einer der letzten Nummern der Speyerer Zeitung spricht seine Entrüstung über die jetzt häufig stattfindenden verleumderischen Denunzianten aus, versteht aber sogleich in den neuesten Fehler, anstatt zu belehren, zu rügen, nähren fast ausschließlich nur von Mitgliedern der Pfalzvereine und des Muckerthums her. — Bei dem Zweibrücker Bezirksgericht kam erst ein derartiger Fall vor; da waren aber die Denunzianten früher Mitglieder des Vaterlandsvereins, seiner Zeit hochgepriesen, von den hiesigen Volksautoren. Auch in Frankenthal wüthen, sicherem Vernehmen nach, die Denunziationen meistentheils von den Demokraten her.

(Pf. J.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Fulda, 22. Sept. Die „Kasseler Zeitung" berichtet aus glaubhafter Quelle, entgegen der Mittheilung, nach welcher die Hauptstaatsklassendirektion sich im Stande gesehen habe, die Gehälter und Belohnungen nach Maßgabe der Klassen der Beamten zu zahlen, daß diese Auszahlung nicht stattfinden werde, den Beamten der Hauptstaatskasse vielmehr die Anzeige zugegangen sei, daß sie pflichtlich zur Rückerstattung der in solcher Weise verwandten Gelder angehalten werden würden.

(N. H. Z.)

Kassel, 23. Sept. Bisher wurden alle an die kurhessischen Ministerien eingesandten Sachen von den Ministerialbeamten, resp. Referenten erbrochen, durchreitet und die Beschlüsse in der Reinschrift zur Signatur den abwesenden Ministern nachgeschickt. Jetzt ist die Verfügung über eingehende Sachen, welche an die Minister unverbunden und ob in Bezug auf Wilhelmsbad zur Beschlußnahme gestellt werden sollen.

(N. H. Z.)

Kassel, 23. Sept. Auch der Stadtrath von Eschwege hat einen motivirten Protest gegen die Verordnung vom 7. Sept. eingereicht.

Kassel, 24. Sept. Eine Anwerbungsliste wird versichert, daß die gestern von sämmtlichen hiesigen Obrigkeits- und Verwaltungsbehörden die entschiedensten Proteste gegen die Motivirung der Bestimmung in der Verordnung vom 17. d. M., „nach welcher der Regierungssitz nach Wilhelmsbad verlegt worden," dahin an die betreffenden Ministerien eingesandt sind. Die Verrichtungen nach haben viele hiesige Gewerbsleute beschlossen, ihre Forderungen an Staatsdiener so lange nicht einzuziehen und anzunehmen, als die Auszahlung der Gehalte unterbrochen wäre.

(N. H. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Von der Niederelbe, 21. Sept. Da der Finanzausschuß der Landesversammlung mit seinem Bericht gestern noch nicht fertig war, so vertagte sich unsere Landesversammlung bis zum nächsten Montag, wo dann die Finanzvorlagen der Regierung zur Prüfung und eventuell zur Berathung kommen werden. Inzwischen ist der Finanzausschuß sehr thätig und berath über das Wie der Deckung der nächsten Staatsbedürfnisse. Wie man hört, wird dieser Ausschuß der Landesversammlung einen Vorschlag machen, eine neue Zusatzanleihe zu erheben, die aber sich ausschließlich das Vermögen treffen soll. Man ist allgemein der Ansicht, daß, sobald die Landesversammlung mit der Berathung dieses wichtigen Gegenstandes zu Ende sein wird, sie auf Antrag des Departementchefs des Innern sich vertagen wird. — Die Waffenschmiede hatte in den nächsten Wochen nichts Entscheidendes zu erwarten sein, da ein Angriff auf die dänischen Positionen, so lange die dänischen Schiffe an der Küste und in den Häfen Schleswigs Stationirt sind, mit zu großen Opfern verbunden ist. Der General v. d. Horst ist gestern von seiner Expedition nach dem Westen nebst der Truppen wieder zurückgekommen.

(D. R.)

Darmstadt, 24. Sept. Die heute erschienene Nr. 44 des großherzogl. Regierungsblattes enthält eine Verordnung, die Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit betreffend: Ludwig III. von Gottes Gnaden Großherzog von Hessen und bei Rhein ꝛc. ꝛc. Wir haben Uns bewogen gefunden, zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu verordnen und verordnen hiermit wie folgt: Art. 1. Wer an öffentlichen Orten äußere Abzeichen, Fahnen, Schärpen, Cocarden und dergleichen, welche geeignet sind, den Geist des Aufruhrs zu verbreiten oder den öffentlichen Frieden zu stören, oder welche den Grundlagen der bestehenden Staatsverfassung feindselige Bestrebungen an den Tag legen, trägt oder aufstellt, wird, insoweit nicht der Thatbestand eines nach den bestehenden Strafgesetzen zu bestrafenden Verbrechens oder Vergehens vorliegt, mit einer Polizeistrafe von drei bis sieben Gulden oder Gefängniß bis zu fünf Tagen bestraft. Art. 2. Wer an öffentlichen Orten aufrührerische Geschrei erhebt, oder aufrührerische Lieder absingt, oder solche Lieder durch Zurufe mit Zurufe mit einer schwere Strafe nach den bestehenden Strafgesetzen bestraften, wird einer Polizeistrafe von drei bis sieben Gulden oder Gefängniß bis zu fünf Tagen bestraft werden. Art. 3. Insoweit eine auf den Grund der gegenwärtigen Verordnung erlassene Ordnung sich als zuwiderlaufend darstellt, ist dieselbe im Gefängniß und zwar mit vierundzwanzig Stunden für jeden Gulden zu verbüßen. Art. 4. Gegenwärtige Verordnung tritt mit dem Tage ihres Erscheinens im Regierungsblatte in Wirksamkeit. Urkundlich ꝛc. Darmstadt, 11. Sept. 1850. Ludwig. v. Dalwigk.

Aus den hohenzollernschen Fürstenthümern, 23. Sept. Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen ist am 20. in Sigmaringen angekommen. Als der Prinz in die Stadt eintrat, läuteten die Glocken vom Thurme der Stadtkirche und donnerten die Böllschüsse vom Zolypsberge. Der Bürgermeister begrüßte Se. königl. Hoh. Namens der Stadt und brachte ein Hoch auf Se. Maj. den König, J. Maj. die Königin, Se. königl. Hoh. den Prinzen von Preußen, und das gesammte königl. Haus. Darauf begab sich der Prinz in das fürstliche Schloß, an dessen Portale das gesammte Offizierkorps, die anwesenden Beamten, und die Geistlichkeit des Landes Aufstellung genommen hatten. Zu dieser sprach Se. königl. Hoh. ungefähr die folgenden Worte: „Meine Herren! Es ist ein sehr gemischtes Gefühl, mit welchem ich heute vor Ihnen erscheine. Ist es der Regierungswechsel, an sich schon ernst, der Sie zu ernsten, so sind es liegen hier noch besondere Gründe vor, welche die Besorgnißerregt noch früher erscheinen lassen. Die folgenschweren Ereignisse, welche in den letzten Jahren über Deutschland hereingebrochen, haben die angestammten Fürsten dieses Landes veranlaßt, die Regierung niederzulegen. Mir wissen es, — der König, mein Bruder, hat sich lange geweigert, die ihm angetragene Gewalt anzunehmen, schon damit es nicht irgendwie den Schein gewinne, als wenn seine andere Lösung der schwebenden Wirren erübrigte, als daß die Fürsten auf ihre Kronen Verzicht leisteten. Das aber ist entschieden nicht der Wille des Königs. Im Gegentheil will er die Rechte auch nicht Eines gefährdet wissen. Als aber Ihre bisherigen Regenten den ihrem Entschluß beharrten, hat sich der König nicht länger ihrem Wunsche widersetzt, und zwar auch um deshalb, weil durch die Uebernahme dieser Fürstenthümer durch die Krone Preußens die Verhältnisse nur früher eintraten, welche im Lauf der Zeiten ohnehin gekommen sein würden. Ich hatte aus allen diesen Gründen gewünscht, nicht selbst Ihnen entgegen zu werden. Allein auch dies ist noch aus einem ganz persönlichen Grunde mir sehr willkommen gewesen. Ich nehme Dies an als ein Zeichen des Vertrauens und des freudigen Gehorsame, welches Sie Ihrem neuen Landesvater entgegenbringen und werde bei dem König ein getreuer Dolmetscher Dessen sein, was ich hier gesunden. Meine Herren! Wenn Sie nun auch in Betracht kommen, als daß ich der erste Unterthan Sr. Maj. bin, und seinem Throne zunächst stehe. So gehe ich Ihnen denn auch in Seinem Namen die Versicherung, daß er Ihnen ein treuer und gerechter Gebieter sein wird, gleich seinen ältern Landesherren, und daß Ihnen in der Person seines Bruders, dessen Sie sich bisher kannte sollte, Preußens mächtiger Schutz nie fehlen wird. In den Offizieren sprach Se. königl. Hoh. noch besonders, wie folgt: Sie, meine Herren, haben die schöne Aufgabe zu lösen gehabt, nachdem Sie einen rühmlichen Kampf Fegreich bestanden und den Feind geworfen hatten, auf friedliche Wege zu wirken, und dem neuen Herrscher das Beispiel treuer Pflichterfüllung und wankellosen Gehorsams zu geben. Und nun lassen Sie mich hoffen, meine Herren, daß meine Worte, wie

Sie von Herzen kommen, auch in Ihren Herzen wiederklingen werde."

Schwerin, 21. Sept. Wie die Hamb. Nachr. melden, wird trotz des Verbots, welches das Ministerium in seiner Verordnung vom 18. erlassen hat, die angesetzte Abgeordnetenkammer am 24. d. M. in beschlußfähiger Anzahl in Schwerin auf Grundlage des § 99 des Staatsgrundgesetzes zusammentreten. Auch die meisten Abgeordneten von der Rechten, und unter diesen auch viele Beamte werden sich einfinden. Von dem abgetretenen Ministerium werden v. Liebehern, Meyer und Stover da sein; das Eintreffen Jhnen's soll noch dahin gestellt sein. Uebrigens hat das Ministerium es bei jenem allgemeinen Verbot nicht bewenden lassen, sondern noch speziell dem Schweriner Magistrate aufgegeben, die zusammentretende Abgeordnetenkammer zu überwachen, dieselbe, wenn ihre Versammlungen auf den Charakter provokativer und unbefugter Versprechungen zu kommen gewahren zu lassen, dieselbe jedoch, falls sie sich überall als die gesetzliche Vertretung des Landes hinstellen und als solche Schritte thun sollte, an weiterer Thätigkeit zu verhindern. Der Magistrat hat dem Vernehmen nach beschlossen, diesem Befehle zu gehorsamen und keinen Widerstand zu leisten. Es stehen dem vielleicht ernstliche Conflikte bevor, da die Kammer ohne alles Zuwisel offiziell und als Abgeordnetenkammer auftreten wird. Im Gegensatz zum Magistrat ist in der Bürgerrepräsentantenversammlung Schwerin's ein Beschluß bekannt, demzufolge der Bürgerausschuß es für den rechtsbegründeten Schiedsspruch feierlich Verwahrung einlegt, sein unwandelbares Festhalten an dem legal zu Stande gekommenen Staatsgrundgesetz erklärt und den Magistrat ersucht: 1) sich dieser Rechtsverwahrung anzuschließen; 2) die ihrem Zusammentreten obliegenden Verhandlungen mit mecklenburgischen Volkes in allen ihren, auf die Bewahrung der Verfassung gerichteten Beschlüssen kräftigst zu unterstützen, und außerdem 3) selbst die zu solcher Bewahrung sonst geeignete Schritte zu thun, um so mehr aber jedem verfassungswidrigen Beginnen zu begegnen. Dieser Antrag ist von Männer der verschiedensten politischen Richtungen unterschrieben und hat also unbedingt auf die Annahme beim Bürgerausschuß zu rechnen.

Hamburg, 21. Sept. Der noch immer hier weilende Major von Klaproth hat eine Erklärung in ein hiesiges Lokalblatt, den „Freischützen", einrücken lassen, worin er sich gegen die in vielen Blättern, und besonders in No. 215 des „Altonaer Merkurs", gegen ihn und sein, dem schleswig-holsteinischen Generalcommando gemachtes Anerbieten gerichteten Angriffen zu vertheidigen sucht. In dieser Erklärung stellt er sich als Mandatar der südwestlichen Comites dar, und behauptet, in deren Auftrage und vorzüglich im Auftrage des Mannheimer Comite's, welches den andern voranstand, gehandelt zu haben. Die Erklärung, welche ganz und gar nichts Neues und nicht geeignet ist, die ihm vom „Altonaer Merkur" gemachten Vorwürfe, daß er behufs seiner Rückreise sich in Rendsburg 25 Rthlr. habe geben lassen, zu entkräften (er gesteht selber ein, daß er solche von Hrn. v. d. Tann erhalten habe), daß ihrem Zweck ganz entspricht und ihn um sehr zum Abenteurer gestempelt. Man fragt hier allgemein: Ist Hr. von Klaproth wirklich von den südwestlichen Comités, die sich zur Unterstützung der Schleswig-Holsteiner gebildet haben, abgeschickt worden, um wegen der Bedingungen, unter denen das schleswig-holsteinische Generalcommando ein von den genannten Comites ausgerüstetes Hülfscorps annehmen würde, zu unterhandeln, wie kommt es, daß die ganze Sache unterbleiben ist, nachdem der General v. Willisen unter dem 23. v. M. dem Major von Klaproth geschrieben, „daß er unter jeder Bedingung junge Leute von guter Erziehung und Bildung, auf Grund empfehlender Papiere, als Freiwillige in die schleswig-holsteinische Armee aufnehmen werde," und wie sollten die Comités ihren Mandatar haben in die Lage kommen lassen, das nöthige Geld zur Rückreise sich erst von Hrn. v. d. Tann vorstrecken lassen zu müssen, was Hr. von Klaproth selbst zugibt nun was bis jetzt noch nicht zurückerstattet ist? Ueberhaupt findet man sehr auffallend, daß Hr. Klaproth ein hiesiges Lokalblatt zur Abwehr der ihm gemachten Beschuldigungen gewählt hat, und nicht, wie es stets Gebrauch war und noch ist, seine Vertheidigung in den hier zur Ansicht überstandt, in dem seine Ehre angegriffen worden, also dem „Altonaer Merkur"! (H-J.)

Pesth, 19. Sept. Görgey soll in bedrängten Geldverhältnissen sich befinden. Depeschenagenten haben Buchhändler und Redaktionen, worunter eine des Journals des Débats sind, ihre Feder erbeten. Der kürzlich in der „Allgemeinen Ztg." und dem Werke eines Stabsoffiziers entlehnte Brief, hatte, trotz Görgey's Stimmen bezüglich der öffentlichen Meinung, ihm einen freudigen Eindruck verschafft, und ihm die Worte entlockt: Gott sei Dank, es beginnt sich zu lichten. — Wie wir hören, haben den 150 ungarische Flüchtlinge in Konstantinopel Bewilligung erhalten, in die Heimath zurückkehren. Die ganze Emigration soll sich übrigens in den etendesten Umständen befinden, und die Schinsucht nach dem Heimathlande eine allgemeine sein.

Berlin, 22. Sept. Während man früher den Kaiser von Rußland von Warschau aus hier zum Besuch erwartete, erfahren wir jetzt, daß das preußische Königspaar sich noch im Laufe dieser Woche zu einer vertraulichen Familienzusammenkunft mit dem Kaiserpaare nach Warschau zu begeben beabsichtigt. Der Entschluß scheint sehr plötzlich gefaßt zu sein, allein nichtsdestoweniger fest zu stehen. Man bezeichnet bereits das Gefolge, welches die hohen Reisenden dorthin begleiten wird, um selbst der Tag der Abreise soll schon bestimmt sein. In jedem Falle dürfte diese Zusammenkunft von hoher politischer Bedeutung sein, wie sie denn wahrscheinlich überhaupt erst durch die neueste Wendung der Dinge in Deutschland hervorgerufen ist. — Nach einer veränderten Disposition wird der Nachfolger des Ministers v. Manteuffel hier schon heute eintreffen. — Der Staats-Anzeiger enthält ferner die Ablehnungsschreiben der Herzoglich Anhalt-Dessauischen und der Fürstlichen Regierung von Reuß ältere Linie auf die österreichische Einladung zur Beschickung der Bundesversammlung.

Berlin, 23. Sept. Die Nummer 263 des „preuß. Staatsanzeigers" enthält Folgendes: Jn der 29. Sitzung vom 18. d. M. sind dem protokollarischen Fürstenkollegium die folgenden Schriftstücke mitgetheilt worden: Der unterzeichnete kais. österr. Gesandte ꝛc. hat die Ehre, Sr. Excellenz dem Herrn Grafen zu Bernstorff, kgl. preuß. Ministerpräsidenten ꝛc., mit einstweiliger Führung des Ministeriums des Aeußern und des kgl. Hauses beauftragt, einen Abdruck des bei der am 2. d. erfolgten Wiedereröffnung der Bundesversammlung aufgenommenen, und für die bei diesem Akte noch nicht vertretenen Regierungen gefertigten Protokolle ganz ergegenst zur Wissenschaft mitzutheilen, und ergreift ꝛc. Berlin, 13. Sept. 1850. v. Prokesch-Osten. Sr. Excellenz Hrn. Grafen v. Brandenburg ꝛc. Der Unterzeichnete beehrt sich, dem kais. kgl. Gesandten, Hrn. Frhrn. v. Prokesch-Osten, den Empfang seiner Mittheilung vom 13. d. M., mit welcher der Herr Gesandte einen Abdruck des Protokolls der am 2. d. M. in Frankfurt am Main stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten mehrerer deutschen Regierungen überfendet, anzuzeigen. Wenn von Herrn Gesandten die Bemerkung hinzugefügt, daß das Protokoll für die in der als wiedereröffnete Bundesversammlung bezeichneten Versammlung noch nicht vertretenen Regierungen offen gelassen sei, so kann der Unterzeichnete nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß das Offenlassen des Protokolls seine Bedeutung auf die Regierung Sr. Maj. des Königs hat, da dieselbe in den zusammengetretenen Bevollmächtigten einzelner deutschen Regierungen ein die Gesammtheit des Bundes darstellendes Organ nicht anerkennen kann. Jndem er hierüber sich auf die dem Herrn Gesandten bereits bekannte, durch den kgl. Gesandten in Wien an das k. k. Cabinet gelangte Eröffnung der kgl. Regierung vom 25. v. M. bezieht, ergreift er ꝛc. Berlin, den 15. Sept. 1850. Graf v. Brandenburg. An Hrn. Frhrn. v. Prokesch-Osten ꝛc.

Frankreich.

Paris, 21. Sept. Das „Evenement" veröffentlichte unter der Aufschrift: Das legitimistische Ministerium," ein Rundschreiben des Hrn. v. Barthelemy, Sekretär des legitimistischen Comite's der Strasse Monsabor, dessen Präsident Hr. Berryer ist, an die Legitimisten in den Departements, das offenbar sehr eilt gehalten werden muß, da es keine Widerlegung erfahren hat. Dieses Rundschreiben muß als ein offizielles Manifest über die zu Wiesbaden beschlossene Politik der legitimistischen Partei betrachtet werden, und verdient als solches alle Aufmerksamkeit. Die verfenlichen Punkte desselben sind folgende: Der Graf von Chambord hat erklärt, daß er sich die oberste Leitung der Politik vorbehalte, in der Voraussicht plötzlicher Ereignisse aber und zur Sicherung der thatsächlichen Einheit in den Ansichten wie im Handeln, die allein im Stande sei, die legitimistischen Partei aufrechten könne, die Wünsche bezüglichen, denen er in Frankreich die Anwendung seiner Politik übertrage. Diese sind: der Herzog von Levis, der General de Saint Priest, Repräsentant der Centralcomité's der Departements, der Vicomte Walsh, Repräsentant der Rhone-Mündungen, Marquis de Pastoret und der Herzog Del Card'enie Art Quintenzwirat also, das bestimmt scheint, in Abwesenheit des Grafen von Chambord die Executivgewalt bei unvorhergesehenen Ereignissen zu übernehmen. Es ist daher ganz unrichtig vom „Evenement" ein Ministerium genannt wird). Das Rundschreiben bestätigt ferner die (schon früher angekündigte) unbedingte Verdammung der „Berufung an die Nation" durch den Grafen von Chambord „als die Negation des großen nationalen Prinzips der unwiderruflichen Geschichte in sich schließend". Das „Evenement" fragt, was Larochejacquelin hierauf antworten werde, gegen den diese Verdammung seiner Lieblings-Jdee, sie war einige Ermahnungen zur Unterwerfung unter die Disciplin und Autorität ganz besonders geeignet erschienen. Larochejacquelin hat jetzt im „Evenement" eine Antwort erlassen, in welcher er zuerst das Manifest als offiziell anerkennt. Er erklärt sodann, daß die in dem Manifest ausgesprochenen Ansichten sowohl dem Prinzip der Freiheit, als der Autorität zuwider seien, und daß seine Grundsätze denen entgegenstehen, die unter keiner Form der Souveränität des Volkes ihre Zustimmung geben können. Er verthedigt sodann die von ihm befürwortete Berufung an die Nation, die keineswegs ein revolutionärer Akt und gewiß zur Folge haben würde, daß das Volk den Zeiger der 900jährigen Monarchie vorwärts rücken würde. Er sagt am „Ob überlasse Anderen die Sorge, in Zukunft die Doctrinen zu vertheidigen, welche ich in einem Jrrthum unterstützen zu können glaubte, ohne dem Forum der öffentlichen Meinung Preis gegeben zu werden; ich werde immer den Autoritäten meiner Landes Ehre bieten, und wenn die Pflicht gebietet, durch welche es regiert wird, ohne mich die zu Zukunft zu bekümmern. Es wird mir erlaubt sein, zur Befriedigung meines Gewissens das politische Symbol, welches bis jetzt den Glauben meines ganzen Lebens hatte, zu behalten; aber es wird mir unmöglich sein, wenn dieses Manifest in Anwendung gebracht wird."

Paris, 23. Sept. Dem Vernehmen nach hat der Polizeipräfect beschlossen, jedes Aufsteigen im Ballon, welches nicht zu wissenschaftlichen Zwecke geschieht, und somit als die gesetzlichen Vorschriften, welche seit Kurzem als bloßer Schauspiel so häufig stattfanden, strenge zu unterfagen. — Für L. Napoleon werden jetzt genaue Modelle aller Kriegsschiffe angefertigt, aus denen das Geschwader zu Cherbourg besteht. — Prodhon und Girardin, deren Ansichten über die

zweckmäßige Einrichtung des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft stark von einander abweichen, belämpfen sich jetzt in ihren Organen, wobei es an gegenseitigen Anschuldigungen nicht fehlt. — Das „Bulletin de Paris“ behauptet, daß General Cavaignac trotz seiner Unpolitischkeit politisch sehr thätig sei; immer mehr bestätige es sich, daß alle republikanischen Schattirungen sich unter seiner Leitung vereinigen würden, um die Eröffnung der Session ohne Gnade der sogenannten Reaktion einen tüchtigen Stoß zu verpassen; man spreche selbst von einem Aufruhe an die Armee, der jedoch unterbleiben dürfte, weil die Republikaner jeder Farbe wüßten, daß die Armee ihnen nicht sehr zugethan sei. — Die „Debats“ folgern in einem gewaltig langen Artikel aus dem von 25 Generalräthen mehr oder minder entschieden ausgesprochenen Wunsche einer Verfassungs-Revision, daß das Land durch das Organ der Generalräthe, die Revision der Verfassung auf die Tagesordnung setze, daß das Land die Revision wolle und zwar auf dem gesetzlichen Wege. Aus der Sprache der Generalräthe gehe ferner deutlich hervor, daß das Land durch die Revision zur Stabilität gelangen wolle, welche die Republik ihm bisher nicht gegeben habe und nicht geben könne. Frankreich fühle, was es durch die ihm durch Ueberraschung aufgedrungene Februar-Revolution verloren habe; es wisse, daß die Republik ihm diese Verluste nicht ersetzen könne. Es sei unfruchtbar, aus der Lage gewonnen werden zu sein, welche 18 Jahre lang dem Glück und seine Wohlfahrt schuf, und dieses Gefühl sei von den Generalräthen so treu als möglich durch den Ruf: „Revision der Verfassung!“ ausgedrückt worden. Kurz, die „Debats“ geben deutlich zu verstehen, daß nur von Beseitigung der Republik und Wiedereinsetzung der Dynastie Orleans noch Heil und Rettung für Frankreich und die vom Sozialismus bedrängte Gesellschaft zu hoffen sei.

** Aus der Schweiz, 23. Sept. Das Zolldepartement erhebt Einsprache gegen die Verkehrshemmung an der Rheinfelder Brücke. Gegenwärtig macht die Nachricht die Runde, daß der Bundesrath mit Nachdruck die Regierung von Basel vermahnt habe, weil unter ihren Augen die dort weilenden Flüchtlinge in einer Weise conspirirten, welche die Sicherheit der Schweiz gefährden könnte. Wichtige hierauf bezügliche Akten befanden sich in den Händen des Bundesrathes. Allerdings fand in Genf neulich wieder ein großes Meeting von circa 2000 Flüchtlingen statt, präsidirt durch den bekannten Pd. Beter. Je anerkennenswerther diese Wachsamkeit des Bundesrathes gegenüber der Regierung von Genf ist, desto mehr möchten wir dieselbe auch der Regierung von Bern zuwenden, in Bezug auf das Treiben ihres speziellen Angehörigen, des genannten Pd. Beters, ehemaligen Bärstlerführers aus Bayern, nun aber Bürgers von Biel und General der „Schweizerlegion“ im badischen Aufstande. Das Gesetz des Kantons Bern (vom Juli 1832) begründet unter anderem als Hochverrath „jedes Unternehmen, welches die Herbeiführung einer Gestalt von Auslande oder die Vergrößerung einer solchen zum Zweck hat.“ Irren wir nicht, so war der Bäsimeisterei ein rauhenschimmiges Zeugniß für eine von Baden her drohende Gefahr, und daß dieselbe durch eine in Baden wandervirende „Schweizerlegion“ noch vergrößert wurde, wird niemand läugnen. Das Staunen über die Nachsicht gegen den genannten General wird aber noch größer werden wenn vernimmt, daß, auch in Zürich der Schweiz, er eine wandernde Legion kommandirt, und auf eigene Faust Wandervatten mit Signalement ausstellt, die von den Polizeibehörden mancher Kantone, wie Pässe visirt und mit dem offiziellen Siegel versehen werden. Ein Betreffender Paß der Art, worauf unter andern das regierungsrathliche Visa von Genf zu lesen war, mit der Unterschrift: Tourte (Ständerath?), veröffentlichte jüngst der Constitutionel. Ein anderer, mit dem im Constitutionel völlig übereinstimmenden Exemplar besitzen wir selbst. Darauf handelt es sich um die „Anwahme in die Legion,“ und wie zahlreich dieselbe sein muß, ergibt sich aus der Nummer unseres Exemplares, welches die Zahl zweitausend nun ein Uebenderes überträgt. Mit vollem Recht konnte daher jener Fr. Neff, welcher später in Rastatt den Preußen in die Hände kam und erschossen wurde in seiner Ode an den Republikaner Beter, denselben also anreden: Glücklich preis ich den Mann, an dem, wie an dir zetzt, hangt ein Eidgenossen, Sohne von deutschem Stamme, Waffen nicht Zaghaft dem Wink deiner Gebieterhand. Bekanntlich deabschickigten solche „Söhne von deutschem Stamme“ im Februar dieses Jahres einen Arbeitercongreß in Murten, und während die meisten andern verhaftet und ausgewiesen wurden, soll nur der Prases der verschwunden Beter, unangetastet geblieben sein, als Burger von Biel, gleich als ob in Biel das oben angezogene Gesetz des Kantons Bern nicht gelte, welches bestimmt, daß „der Hochverrath mit mindestens zehnjähriger Einsperrung bestraft werde, und die Theilnehmer an solcher Handlungen, selbst wenn sie ohne Erfolg geblieben je nach Umständen ebenfalls mit vier- bis zehnjähriger Einsperrung bestraft werden sollen.

Vermischte Nachrichten.

London, 14. Sept. Die Bettlerschlassäle haben nach Dicken's „Houshold Wrat“ folgenden Ursprung: Der Missionar, welche die erste Veranlassung zu diesen Anstalten gab, stand eines Tages im Jahr 1846 vor seiner Thure, als zwei Diebe zu ihm hingelaufen kamen, und ihn baten, sich eines armen Knaben anzunehmen, der von seiner Mutter gejagt und aus dem Hause gejagt worden war, weil es ihm einen Tag lang nicht gelungen war, irgend etwas Gestohlenes nach Hause zu bringen. „Und warum erbarmt ihr euch nicht des Kindes?“ frug der Missionar. „Warum?“ sagte einer der Bettbeller. Warum wir uns nicht erbarmen? Weißen Sie nur, was das für ein Leben ist, so ein Kleines von unser eins, Sie würden seinen Hund zum Stehlen abrichten. Ist gar eine saure Arbeit, ein Dieb zu sein, Herr — —“ Den Missionar fing der Casus zu interessiren an. Er mußte wohl interessant sein, wenn er zwei alte abgefeimte Spitzbuben zu ehrlichen Bittstellern machte. Er suchte den Knaben auf und fand ihn in dem beinahe leidenswerthesten Zustande, den man sich nur denken kann. Nachdem er ihn mit anständigen Kleidern versehen hatte, führte er ihn in's Musterarmenhaus nach Great-Peter-Street, welches von Lord Kinnaird gestiftet und erhalten wurde. Hier blieb der Knabe einige Monate, während der fromme Missionar sein Viertel der Kosten bezahlte. Aber er war selbst arm und kam auf den Gedanken, wohlthätige Reiche aufzuforbern, einen Zufluchtsort für ausgestossene Kinder zu gründen. Der Sekretär der bereits seit lange bestehenden Bettelschule versprach für Geldvertäge zu sorgen, währends der Missionar sich um ein passendes Lokal umsah. So entstand die erste Anstalt dieser Art in England in Old-Pyefteet, wurde später nach West-Münster und endlich nach Duck Lane verlegt, wo es jetzt noch blüht und zwar unter einem Dache, das früher eine Diebsherberge beckte.

In dem gemüthlichen Basseland erschien jüngst vor der Verhör-Commission unaufgefordert und ungehindert ein wegen Einbruches in Untersuchungshaft befindlicher Dieb, der gern auf acht Tage Urlaub erhalt hätte, um noch vor erfolgtem Urtheilsspruche — zu heirathen. Nachdem die Frage ob er denn so frei hermgehen dürfe, entschieden affirmativ beantwortet, bewilligte die Commission, in Rücktracht, daß Verlagter ein Landschaftler sei, gegen Caution großmüthig das naive Gesuch und ließ den Heirathslustigen ziehen.

Neuestes.

* Würzburg, 25. Sept. Gestern kamen 4 Eskadronen vom 2. Chevauxlegers-Reg. hier an und setzten heute früh ihren Marsch nach Aschaffenburg fort. — Se. königl. Hoheit Prinz Adalbert und Ihre k. k. Hoh. die Herzogin von Modena fliegen gestern im Kronprinzen von Bayern ab, und setzten nach mehrtägigem Aufenthalt ihre Reise nach München weiter.

Staufen, 23. Sept. Heute schenkte Löwenwirth Glaks Wittwe bereits diesjährigen rothen Wein aus. Er ist aus Augustrauben gewonnen und wog fast 74 Oechsle nach der Sechsleschen Wage.

Innsbruck, 17. Sept. Aus offizieller Quelle erfahren wir, daß Herr Professor Philipp zur Vollendung seines Werkes: „das Kirchenrecht“ einen halbjährigen Urlaub nachgesucht und erhalten hat. Er erbot sich hierbei auf die halbjährige Besoldung zu verzichten, welche unter seiner Anleitung zu Gunsten der hiesigen Universitäts-Bibliothek verwendet werden soll. (D. B.)

Berlin, 22. Die hiesigen höhern Kreise werden weniger beunruhigt durch die Verhältnisse in Kassel und Frankfurt, als durch die vor von Tag zu Tag unbequemer werdende Spannung zwischen dem preußischen und dem französischen Cabinet. Die Sprache unserer Gesandten in Paris, Graf. Hatzfeld, soll zum Zweck haben, über die Stimmung des Elysee unmissende Aufschlüsse zu geben und bestimmte Verhaltungsmaßregeln anzugegen zu nehmen. — In Bezug auf Kurhessen erfährt man, daß der diesseitige Gesandte am dortigen Hofe, Hr. v. Thile, die Weisung erhalten habe, sich nach Kassel zurückzugehen und dort zu bleiben, wohin auch der Sitz der Regierung verlegt werden sollte.

London, 17. Sept. Der kürzlich übergetretene Pfarrer Cyre Stuart Baltyrsh hat ein schönes Brief an seine früheren Pfarrkinder (zu Kidwordy in Leicestershire) veröffentlicht. Er rechtfertigt darin seinen Schritt folgendermaßen: Er habe immer geglaubt und gelehrt, daß der Herr eine sichtbare Kirche gegründet habe, mit der alle Getauften in Gemeinschaft stehen müßten; die englische Kirche habe er als einen Theil der katholischen Kirche angesehen. Durch die jüngsten Ereignisse habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß letzteres nicht der Fall sei; er glaube vielmehr, daß die englische Kirche zur Zeit der Reformation gerade so von der katholischen Kirche abgefallen sei, wie später die Methodisten von der evangelischen Staatskirche.

Petersburg, 16. Sept. St. Maj. der Kaiser hat dem kaiserl. öfterr. F.-Z.-M. Baron v. Haynau das Großkreuz des St. Annenordens I. Klasse verliehen. (N. M. Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger
Franz v. Faber.

Fremden-Anzeige.

Den 25. September 1850.

Adler. Kaufl.: Rottach v. Berg. Reichel v. Hanau. Walter v. Bobenhausen.

Deutscher-Hof. Rent. v. Lindenfels, und Graf v. Poppenheim, Offizier im Chevauxlegers-Reg. Taxis. Krämer, Kaufm. v. Stettin.

Kronprinz. Hopper, Kaufm. v. Basel. Gröbler, Part. v. Berlin. Pfister, Musiker v. Leipzig. Fräul. Haefel v. Bremen.

Rauf-Hof. v. Faltenhoffen mit 2 Töchtern, Bauverwalter im Ebenautze-Reg. Ruobach. v. Pöllnitz v. Kissingen. Braun v. Fettmilch v. München.

Schwan. Kaufl.: Friedlein v. Fürth. Seubel v. Fulda.

Wittelsb.-Hof. Kaufl.: Klauber v. Frankfurt. Hoffmann v. Schweinfurt.

Gestorbene:

Den 24. September.

Joseph Sendlinger, Kaufmann, 30 J. — Joseph Hasel, 3 M. — Maun Köstner, Tünchnerslind, 3 M. — Ottilie Franz, Schneiderskind, 13 M. — Eduard Semm, Buchbindersgehilfe, 24 J. — Babette von Perwerth, Obrigkeitsgattin, 50 J. 8 M. — Magdalena Pelewy, Hofmundkochstochter, 42 J. — Rosina Benkert, Betriebtarzt-gattin, 58 J. — A. Kirchner, Schreinerskind, 6 M.

Druck von Joseph Steib in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 232. Würzburg, Freitag den 27. September. **1850.**

Kurhessen und Preußen.

Die Ereignisse in Kurhessen und die gleichzeitigen Nachrichten vom schleswig-holsteinischen Kriegsschauplatz bewirken einen bedeutenden Umschwung in die politische Stimmung zu Berlin, die so lange Zeit ziemlich träge in sich selbst ausruhte. Es will uns bedünken, als wenn die preußische Regierung oder wenigstens einzelne Organe derselben, die kurhessische Angelegenheit unter einem zu kleinen und einseitigen Gesichtswinkel zu bemessen geneigt wären. Dies würde um so bedauernswerther sein, als dann die einzig fruchtbringende Nutzanwendung, welche auch jener traurigen Begebenheit für die allgemeine Angelegenheit Deutschlands erzielt werden könnte, verloren gehen müßte. Es beruht nämlich, wie es scheint, die Neigung vor, die kurhessische Krisis lediglich vom Unionsstandpunkt aus zu betrachten und anzubauen, und darin eine gewisse Schadenfreude, als handle es sich jetzt um die Strafe Kurhessens für den Abfall von der Union, mit neuen Entschließungen zur Distriktsmachung dieser Union zu verbinden. Unserem Ermessen müßten in solcher Lage die beiden Augenblick, wo auf ein jammervolles und weiter um sich greifendes Zerfallen der deutschen Mittelstaaten, und damit der Organisation Deutschlands überhaupt hinweiset, ganz andere Entschlüsse reifen. Es gehört kein tiefer staatsmännischer Blick dazu, um zu erkennen, welchen allgemeinen Sturm die Zerklüftung der kurhessischen Staatsverhältnisse hat. In vielen Artikeln wird bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß den Vorgängen in Kassel bald auch ähnliche Scenen in Württemberg und in Hessen-Darmstadt auf dem Fuße folgen würden. Wenn unsere Presse den Zusammenhang aller dieser Symptome vollkommen begreift, so wäre es noch bei weitem immer mehr Pflicht, endlich unumwunden die allgemeine Ursache dieser Zerrüttung zu erkennen und sie einzugestehen. Diese Ursache ist aber in nichts Anderem enthalten, als in dem fortdauernden Bruch der beiden deutschen Großmächte, und in dem dadurch hervorgerufenen Mangel einer leitenden Centralgewalt in Deutschland. Der österreichischen Politik macht man auch bereits nicht mehr die Anerkennung streitig, daß sie durch ihr consequentes Hindringen auf die Beschaffung einer neuen provisorischen Centralgewalt, dem gegenwärtigen Krankheitsprozeß Deutschlands entgegnig und auf dem entscheidenden Punkt beispringen, bestrebt gewesen. Wäre dies Bestreben nicht durch den Widerstand der in ihren eigentlichen Interessen dabei gar nicht betheiligten Unionspolitik an seinen reichen Erfolgen behindert gewesen, so würde den traurigen Decomgnisationen, die sich in der Mitte Deutschlands jetzt bereiten, bedarch zeitig ein organischer Damm entgegengesetzt worden sein. Durch die Herstellung einer neuen Centralgewalt für Deutschland würden nicht nur die großen leitenden Prinzipien der Zeit bereits ihre definitive Sicherung erfahren haben, sondern es würde auch die Norm gewonnen sein, solche allerdings weiter greifenden Zerfallenheiten, wie sie in Kurhessen jetzt vorgehen, sofort mit zu treffenden und für die allgemeine Sicherheit Deutschlands wirksamen Mitteln zu behandeln. Statt dessen zeigt sich jetzt neben und nach jenen Vorgängen das noch viel traurigere Schauspiel, daß die Instanzen verwirrt und geschwächt sind, von denen allein die Hülfe und Rettung bei einem neuen Gang der Revolution durch Deutschland angehen kann. Es ist bereits dahin gekommen, daß man in solchen Fällen nicht mehr weiß, wer eigentlich der Helfer sein soll und darf, und daß darum der Streit über die Helferfrage wichtiger zu werden scheint, als die Hülfe selbst und ihre dabei auf dem Spiele stehenden Prinzipien. Aus diesem Standpunkte müssen wir die Kurfürstlichgesinnten tadeln, mit der man in den Kasseler Verwirrungen einen Triumph der preußischen Unionspolitik erblicken und eine definitive Bestätigung derselben daraus entnehmen will. Auch die Union zeigt in ihrer jetzigen Hinfälligkeit und Standpunktslosigkeit Preußen nur auf das hin, was hier allein helfen kann: nämlich auf die baldige Einverständigung von Oesterreich u. Preußen und auf die Einsetzung einer starken, auf dem Niveau der europäischen Machtverhältnisse stehenden Regierung für Deutschland. Je schärfere Anstrengsamkeit die preußische Regierung den Zuständen in Kassel schenkt, um so mehr wußte man sich wundern, daß der dortige preußische Geschäftsträger, Herr von Thiele, in der letzten Zeit sozusagen von Kassel abwesend blieb und die ganze verhängnißvolle Zeit ruhig im Seebade auf Helgoland verweilte. Erst jetzt hat ihn die Regierung dorthin zurückberufen, nachdem sie sich in den letzten Tagen durch einen andern, jedoch ohne offiziellen Charakter, nach Kassel gesandten Beamten hatte Bericht erstatten lassen. Die Interventionsfrage, mit der man sich hier so viel und so eifrig beschäftigt hat, wird vielleicht bald eine ganz andere Gestalt gewinnen, als man Anfangs gedacht hatte. Die kurhessischen Volkszustände wergen sich an sich, wie man zugt einsieht, keiner bewaffneten Einmischung entgegen, aber sie erfordern eine Organisation, die nur durch die Autorität und die Mittel des deutschen Bundesorgans bewerkstelligt werden könnte. Es kann nicht fehlen, daß die preuß. Combinationslust nun auch die hessen-darmstädtischen Zustände sofort unter den Gesichtspunkt der im Namen der Union sich vollziehenden Rache auffaßt. Die erfolgte Eröffnung der hessen-darmstädtischen Kammern stellt allerdings auch dort Conflikte in Aussicht, welche dem deutschen Krankheitsprozeß neue Nahrung bieten dürften.

Deutschland.

München, 23. Sept. Im Justizministerium soll man gegenwärtig mit der Abfassung einer Verordnung beschäftigt sein, wonach in Zukunft jene Staatsdienstaspiranten, welche den Recurs bei einem Appellationsgericht oder einer Regierung zu erhalten wünschen, sich noch einer besonderen Prüfung zu unterziehen haben sollen. — St. Maj. der König Max hat die Maler Peter Heß und Fredor Dietz aus München mit Arkerion für die bekannte weltgeschichtliche Bildergallerie beauftragt, einen ähnlichen Auftrag hat auch die la Roche in Paris erhalten. — Sr. Maj. der König haben dem von beiden Kammern ausgesprochenen Wunsche gemäß die Reorganisation der Porzellain-Manufaktur in Nymphenburg allergnädigst zu genehmigen geruht. Die Preise der Erzeugnisse dieser berühmten Anstalt sind dadurch bedeutend ermäßigt worden. — Das Missverständniß des Handels und der öffentlichen Arbeiten hat auf ein desfalls eingereichtetes Gesuch des Münchner-Magistrats und des Collegiums der Gemeindebevollmächtigten hin, die Herabsetzung der Personenfahrten auf der Eisenbahnstrecke zwischen Nürnberg und München während der diesjährigen Oktoberfestwoche bewilligt.

München, 25. Sept. Das Wühlertreiben hat an der Anarchie in Hessen eine fette Weide gefunden; die demokratischen Blätter überströmen von konstitutionellen Phrasen und werden nicht satt mit Lobgesängen auf die herrliche Gestaltung der Dinge in Hessen. Der Einsichtigere wird sich nicht verwundern, daß eine große Zahl verlappter Revolutionsblätter, welche aber sorgfältig die Fratze nach dem Winde drehen und gewöhnlich sogar Feuchtigkeit eine gewisse Loyalitätshaltung zum Schein zu tragen sich angewöhnt hatten, nun plötzlich ihre Maske abwerfen und mit vollen Backen in das Revolutionsfeuer in Hessen und in Schleswig hineinblasen. Man sieht es auch hier den Demokraten in ihren Gesichtern, in ihren Worten und Handlungen an, daß sie eine baldige reiche Ernte für sich erwarten.

Von der Bleo, 23. Sept. Zur Charakteristik des Fabrikathasses von Zwerdbrücken, der die bekannte Freyhardtsche Rede im Saale des Hrn. Bischof hat abgehen lassen, kann ich Ihnen, so schreibt ein Correspondent dem M. Journal, einige ergötzliche Thatsachen mittheilen. Es sind dies diejenigen Momente, die, als der von Tafel selbst auserwählte Pfarrerverwalter, Herr Pfarrer Hofmann von Neuschweier, im Jahre 1848 einem erklärten Deutschkatholiken die kirchliche Beerdigung verweigerte, weil derselbe nicht mehr zur katholischen Kirche, also auch nicht in den Kreis seiner Amtsthätigkeit gehöre, — in einem Artikel des „Zwerdbrücker Wochenblattes" sämmtliche Bewohner Zwerdbrückens zur Leichenfeier, dieses braven, abgewiesenen katholischen Mannes" einluden. Die Folge dieser gegen den würdigen Pfarrerverwalter gerichteten Demonstration war eine an demselben Abende noch dem pflichtgetreu handelnden Priester gebrachte Katzenmusik und Fensterreimerien, wobei die Steine mit zur Fensterreimerien, wobei die Steine mit zur Anwendung kamen. Es ist bekannt, daß sie die Fenster nicht berührten, an denen die Blumenstöcke Ehren-Tafels aufgestellt waren. Pfarrer Hohmann verließ augenblicklich Zwerdbrücken. Es ist derselbe Fabrikrath, der bei der Firmungsreise des Hrn. Bischofs von Speyer im Jahre 1849 sich weigerte, denselben entgegen zu gehen und durch diese gemeingefährliche Verweigerung den Hrn. Erzwang, in einem benachbarten Dorfe Abtreigequartier zu nehmen und in einem anderen Hause als in dem des Pfarrers von Zwerdbrücken Gastfreundschaft zu suchen. Natürlich: es gehörte ja damals zum guten Tone, mit Ehren-Tafel über den Druck der Hierarchie auf die niedere Geistlichkeit zu schimpfen und die Träger dieser Hierarchie zu beleidigen; und jetzt sucht diese Partei Schutz gegen dieselbe niedere Geistlichkeit bei jenem von ihr mit Verachtung behandelten und geschmähten Tyrannen. Die Nemesis eilt schnell! Ein Mit-

glied des nämlichen Fabrikrathes wollte, wie man sagt, dieser Tage einen Geschäftsmann in Bieskastel vermögen, mit ihm in das Haus des dortigen Pfarrers sich zu begeben, um denselben wegen seines gegen Freund Schaz abgegebenen Votums zu züchtigen, und nur die Vorstellung, daß man dort von dem ziemlich handfesten Pfarrer eine schlimme Begrüßung zu erwarten habe, bewog den durch seine politische Chamäleonnatur zu Zweibrücken bekannten Mann von seinem Vorhaben abzustehen. Und solche Leute sind es, die Herrn Tafel Jeugnisse seines Katholicismus ausstellen, der Gesammtgeistlichkeit des Bisthumes gegenüber Ehren-Tafel als einen acht kirchlichen Priester darstellen und den Herrn Bischof durch Drohungen zwingen wollen, gegen Alle zu Gunsten des Einen und Einzigen einzuschreiten!

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 25. Sept. Der bleibende landständische Ausschuß hat heute Morgen folgende Einladung von Seiten des Ministeriums des Innern erhalten: Zum Zwecke der Berathung der auf den Antrag sämmtlicher Ministerialzustände zu erlassenden weiteren, die Handhabung des Kriegszustandes des betreffenden gesetzlichen Ausnahmemaßregeln ist eine Sitzung des Gesammtministeriums auf den 27. d. M., Vormittags 11 Uhr, in dessen Sitzungszimmer dahier anberaumt worden. Behufs der durch § 95 der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Zuziehung des bleibenden landständischen Ausschusses zu der um Gehör ersuchenden Mitwirkung abzugebenden Erklärung über die Wesentlichkeit und Unaufschiebbarkeit der gedachten, ungesäumt zu ergreifenden, die Sicherheit des Staates bezweckenden Maßregeln werden Sie hierdurch ergebenst eingeladen, sich in der gedachten Sitzung einzufinden, womit das weitere Geschäft verbunden wird, die Eröffnung Ihrer beschlußlichen Entschließung noch am Tage des Empfangs dieser Einladung an den Hofrath von Ende abgeben zu wollen. Wilhelmsbad, 24. Sept. 1850. Kurfürstliches Ministerium des Innern. (gez.) Hasenpflug.

Die Hauptstaatskasse ist vom Finanzminister Hasenpflug soeben angewiesen worden, feinerlei Zahlungen mehr zu leisten.

Fulda, 23. Sept. Unsere Landbürgermeister haben die Verordnung, den Kriegszustand betr., meistens unpublicirt gelassen; nur einige wenige sollen sich durch die Gendarmen, die von ihrem Commando dahier eine besondere Instruction hierzu erhalten hatten, zur Anlieferung der Placate haben verleiten lassen. (N. H. Z.)

Zu den kurhessischen Zuständen. Wörtlich aus den Verhandlungen des zweiten demokratischen Kongresses zu Berlin (als Beilage zu den Volksblättern angegeben): Sitzung vom 27. Okt. 1848: „Es folgen die Berichte über den Kriegsausschuß. Bayrhofer für Oberhessen sagt: „In Marburg besteht ein demokratisch-socialer Verein, ein Verein der Republikaner und eine Turngemeinde, welche zusammen einen Bezirksausschuß in Marburg gebildet haben. Oberhessen ist vollständig demokratisirt, hofft von Frankfurt, dem reaktionären Dorfe, worin Alles zu Nichts wird, nichts mehr, wartet nur auf die allgemeine demokratische Republik, welche von den Centralpunkten kommen muß. Auch die Bauern der dortigen Kreise fragen oft, ob die Republik nicht bald kommen werde. Wir wollen übrigens keine, als die soziale Republik; wir wollen kein bloßes Formenwesen! Unter den jüngsten Kursessen ist Hanau wesentlich demokratisch, auch in Kassel macht die Demokratie bedeutende Fortschritte."

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 22. Sept. Große Thätigkeit entwickelt die Kommission des Finanzausschusses, welche morgen ihren Bericht der Versammlung abstatten will. Es haben sich ihr aber auch ganz enorme Schwierigkeiten entgegengestellt; denn alle Arten von Steuern, Zwangsanleihen, Creirung von Kassenanweisungen und andere Finanzoperationen sind so ziemlich erschöpft, und es ist schwer, wieder etwas Neues aufzufinden, wodurch gegen 6 Millionen Mark, welche sich die Statthalterschaft noch ganz besonders vorbehalten hat. Man hat hin und her berathen und hat auch dem alten Zauberkreis der „gezwungenen Anleihe", auf den Grund- und Häuserbesitz und auf das Kapital nicht herausgekommen, welche der Versammlung empfohlen werden wird. Will dieser gezwungenen Anleihe wird es jedoch sehr übel gehen, denn bereits sind viele Güter und Häuser durch dieses Experiment so tief verschuldet, daß eine weitere Geldaufnahme nicht mehr möglich. Man denke aber auch, daß der Krieg bis jetzt die Summe von 34 Millionen Mark in den Herzogthümern verschlungen, wovon faß alles von Hostein, mit seinen 350,000 Einwohnern, aufgebracht werden soll. Schleswig hat nur Anfangs bis zum Waffenstillstande vom 12. Juli v. J. dazu beigetragen. — Allgemein ist man auf den Antrag des Grafen Reventlow-Farve gespannt, in Betreff der schnellen Anbahnung eines Friedens mit Dänemark; derselbe ersuchte in der letzten Sitzung den Finanzausschuß um schnelle Berichterstattung, da, bevor er seinen Antrag stellen könne, er Erkundigungen einziehen müsse.

△ **Aus Baden**, 25. Sept. Gegen Hundert Mannheimer Bürger sind wegen Theilnahme am badischen Aufstand unter polizeilicher Aufsicht gestellt worden.

□ **Vom Oberrhein**, 25. Sept. Unlängst war ein gewisser Johann Schmitt, der sich für einen politischen Flüchtling aus Luzern, gebürtig aus Würzburg, ausgab, und mit einem Gleitschein von der Oberwerwaltung des Oberrheins versehen war, in den Gasthaus zur Linde in Zaberen (Elsaß) gekommen. Sein interessantes Aeußere und sein gutes Benehmen verschaften ihm Zutritt. Er verschierte den Wirth, daß seine Familie ihn nicht lange in dieser mißlichen Lage lassen und ihm baldigst Geld schicken würde. Er ließ sich während seines Aufenthaltes das Essen auf das Zimmer bringen und bestellte Vormittags seine Kleidung bei zu schlecht an die Tafel. Nachdem dieser Mensch einige Wochen in dem Wirthshaus sich aufgehalten, verschwand er eines Mittags und bei näheren Nachforschungen waren einige Nebenzimmer erbrochen und für mehrere Hundert Franks Effekten entwendet. Er stellte sich nachher so, daß dieser kein Flüchtling sondern ein raffinirgauner Dieb war. Man ist des Verbrechers jedoch noch nicht habhaft geworden.

Wiesbaden, 23. Sept. Unseren sogenannten Deutschkatholiken und ihren Führern, Sittenpredigerle sich nennend, scheint es jetzt ganz so ergehen zu wollen, wie ihren Vorgängern zur Zeit der sinnvollen Lustspielen, die man mit dem Namen Lolalposse zu bezeichnen pflegt. Posse und die in derselben spielenden Akteure gefallen gewöhnlich nur in ihrer Lokalität und da nur so lange, als die an sich wertlose Posse den Reiz der Neuheit hat, Posse und Akteurs werden einige Zeit beklatscht, dann aber, da sie nicht mehr zu fesseln vermögen, fortgeschritten. Nachdem die fur den Deutschkatholicismus schwärmenden Protestanten allmälig den blauen Dunst, den die Helden dieser Sekte eine kurze Zeit um sich zu verbreiten wußten, von der Wirklichkeit zu unterscheiden angefangen; nachdem sich die Absurdenheit aller seiner Grundsätze in der Seele und die Lächerlichkeit der Gebahren ihrer Führer erkannt, fanden sie sich immer weniger als Zuschauer bei sogenannter deutschkatholischen Gottesverehrung ein, so oft auch die Akteurs wechselten. Das Schlimmste bei der Sache ist, daß von da auch die Besucher von den frühern Verehrern ausbleiben. Ein von Neuem erlassener phrasenreicher Aufruf zur Subscription von Beiträgen hatte schlechten Erfolg. In der sehr zusammengeschmolzenen Gemeinde herrscht Zwiespalt. Die wenigen Verbliebenen, welche nun die Last allein tragen sollen, suchen sich derselben zu entziehen und in den Schooße der protestantischen Kirche sich zu bergen. Mehrere sollen bereits um Aufnahme in denselben eingekommen sein. Mit ihrem sonstigen Sittenvorbilde, dem pfaffenfeindlichen Dr. Graf haben sich die Häupter ihrerwerten und denselben sogar von Gericht bescheiden lassen. Hr. Graf scheint hier seine Rolle als Prediger ausgespielt zu haben und wird sich bald nach einem andern Erwerb umsehen müssen. Sic transit gloria mundi!

(W. J.)

Wiesbaden, 25. Sept. Heute, um 11 Uhr Vormittags, ist die Wiedereröffnung unsers Landtags erfolgt. Vorsitzender ist der Abg. Wirth. Ministerpräsident Wintzingerode empfiehlt zuvörderst die Berathung über die rückständigen Budgets und kündigt die Vorlage einer Dienstpragmatik an. — Der Abg. Leister stellt den Antrag, die Kammer wolle der stammverten Haltung, welche das kurhessische Volk in seinem Kampf für die Aufrechthaltung der Verfassung an den Tag legt, volle Anerkennung." Dieser Antrag wird einstimmig zum Beschluß erhoben.

Schwerin, 22. Sept. Am heutigen Tage traf ein großer Theil von Mitgliedern der aufgelösten Abgeordnetenkammer hier ein. Die wir hören, wollten sich die Herren, und zwar jeder mit seinen politischen Freunden, zunächst als Privatleute über ihr Verhalten gegenüber dem 24. d. berathen. (Das Staatsgrundgesetz schreibt nemlich in § 99 vor, daß eine aufgelöste Kammer nach 12 Wochen, vom Tage der Auflösung an gerechnet, ohne Einberufung wieder zusammentreten soll, wenn die Anordnung der neuen Wahlen unterlassen wird.) Die Entschlossen wurden nun theils schon am dem Eisenbahnhofe, theils in den Gasthöfen durch den Polizeiwachtmeister Behncke aufgesucht und aufgefordert, sich alsbald im Polizeilokale einzufinden. Dort ist ihnen, mit Bezug auf die Ministerialverfügung, die Frage vorgelegt: ob sie die am 24. d. M. von den Herren M. Wiggers angesetzte Versammlung von früheren Abgeordneten zu besuchen gedächten, und ist jedem dabei zugleich angezeigt worden, daß er im Falle einer nicht Hiern bejahenden Antwort, nach vorgängiger Belehrung der Lage, Polizeihaft mit dem ferneren Bahnzuge des nächsten Tages durch Zwangsmaßregeln von hier werde entfernt werden. Dasselbe Präjudiz ist für den Fall angedroht, daß die Frage bejaht und dann nicht sofort die Nichtheilnahme an der Versammlung zugeschwert werde. Nur durch diese Zusicherung ist es Männern wie den Herren Oberst Nissen, Major Wedemann, Gutsbesitzern Engel Charlottenthal, Müller-Warnkenhagen, Kaufmann Havemann aus Grabow und Anderen gelungen, sich den weiteren Maßregeln der Polizei zu entziehen. (Meckl. Ztg.)

Schwerin, 23. Sept. Gestern und heute haben unter den Mitgliedern der sar aufgehobenen erklärten Abgeordnetenkammer Besprechungen über die gegenwärtige politische Lage stattgefunden und zu dem Endresultate geführt, daß einstimmig die Abgabe einer verwahrenden Erklärung an das Gesammtministerium beschlossen und vollzogen worden ist. Da mehrere Mitglieder für den Augenblick nicht anwesend waren, jedoch gebeten hatten, ihnen die Theilnahme an der beschlossenen Maßregel möglich zu machen, so wird die Uebergabe der Erklärung erst nach Einholung der betreffenden Unterschriften erfolgen. Es wird noch gemeldet, daß heute Nachmittag mehrere im Hotel de Paris versammelte Mitglieder der Linken (Moritz Wiggers, Kloß, Reinhard, Wendt, Bentler, Jesch, Wiechmann, Gerdes, A. M.), nachdem sie einer Aufforderung des Stadtwachtmeisters Behncke, auf dem Polizeibureau zu erscheinen, nicht Folge geleistet, durch mehrere Stadtdiener und Gendarmen dorthin abgeführt sind. Vorher hatten sie erklärt, als Abgeordnete hier zu sein, und namentlich M. Wiggers die ihn Arretirenden darauf aufmerksam gemacht, daß sie als solche nicht verhaftet werden dürften.

Wien, 23. Sept. In unsern politischen Kreisen hat die Nachricht, daß Lord Palmerston den

König von Preußen neuerdings angegangen, die Armee der Herzogthümer zur Waffenstreckung aufforderte, und zugleich die englische Flotte in eine Bivalor-Lieste angeboten habe. Sensation erregt. Ich bin auch im Stande hinzuzufügen, daß Fürst Schwarzenberg vor allem zu persönlichen Mißregeln und im äußersten Fall zur Einschreitung des Bundes gerathen hat, Lord Palmerston sofort in Kopenhagen und Berlin aus eigenem Antrieb handelt. Letztlich wird es noch gefügt von Rußland und Frankreich, während unser Cabinet allein sich bemüht, daß der König von Dänemark Amnestie, verfassungsmäßige Reorganisation der holsteinischen Armee und endlich Garantie für die unter dem Schutz des Bundes Geborenen politischen Akte verbreche. (N. Z.)

Berlin, 24. Sept. Die „Berl. Z." schreibt: Auf Eventualitäten in Dessau und Mecklenburg-Schwerin scheint man sich hier höheren Orts vollig vorbereitet zu halten. Jeder gewaltsamen Bewegung soll aber sofort mit der größten Energie begegnet werden. Man hofft, daß in dieser Beziehung beiden Regierungen bestimmte Zusicherungen gemacht worden.

Berlin, 24. Sept. Der „Pr. St.-Anz." bringt heute auch das ablehnende Antwortschreiben der mecklenburg-schwerinschen Regierung — das einzige noch rückständige von den bis heute — noch gebliebenen Staaten — auf die österreichische Einladung zum Bundestage.

Frankreich.

Paris, 22. Sept. Die von Hrn. v. Larochejaquelin, welcher als Führer einer legitimistischen Fraktion, der sogenannten „Rechten", angesehen wird, gegen das Wiesbadener Manifest in seinem abgegebene Erklärung ist von solcher Bedeutung, daß wir ihre vollständige Mittheilung folgen lassen. Das Schreiben lautet:

„Die in unseren Journalen veröffentlichten officiösen Artikel und selbst die halbamtlichen Erklärungen des Hrn. Pouyoulat können mich nicht verpflichten, das ehrerbietige Schweigen zu brechen, das ich zu beobachten dachte. Allein durch das vom „Evenement" veröffentlichte wahnsinnige Aktenstück bin ich gezwungen, auf meine Excommunication zu antworten. Für alle Legitimisten Frankreichs gelten die von Hrn. v. Bartholemy unterzeichneten Rundschreiben als von den in dem Manifest genannten fünf Personen unterzeichnet. Jedes Zweifeln daran wäre eine Lüge. Ich muß also zu meinem großen Bedauern auf ein officiöses Aktenstück antworten. Ich lasse mir meine Excommunication vollständig gefallen; denn es ist klar, daß wir nicht hierüber Einverständniß haben. Ich halte die Legitimität nicht für ein Ministerium; ich glaube, daß Frankreichs Repräsentanten unter der Republik eben so wenig, wie unter der Monarchie den Befehlen des Königs zu gehorchen brauchen; an dieser Theorie hatte ich niemals zgzweifelt. Die Aechter in der Nationalvertretung wurden künftig besser thun, als wir sie begangen worden sind; dies ist die Folge der gegebenen Befehle. Die Legitimität des „Droit national" war der Ausdruck der nationalen Souveränität aller Generationen der vergangenen neun Jahrhunderte. Ich fand keine schönere, mehr französische Rechtstitel, keine mehr verwirrige Aufgaben, als die diejenigen, welche seit so vielen Jahrhunderten das Gesetz unserer Väter gewesen sind. Ich verlangte, daß die Nation zu ihrem nationalen Prinzip zurückzukehren, und nicht, daß sie es erst schaffen solle. Man stellt uns jetzt das Legitimitätsrecht als ein Mysterium dar, worüber man nicht diskutiren dürfe, dessen Erforschung gefährlich sei; man stellt uns drei aufgedrückten Wahl vor, welche der Nation als eine Verletzung der Legitimitätsrechte dar. Ich kann in der Politik das nicht verheidigen, was ich nicht begreife! Wenn ich in einer spruchreifen Versammlung Unterhandlung, wo so Viele sich nicht erlaubt gewesen wäre, als Privatmann in unbegrenzter Liebe und Hingebung vor den Wünschen eines Prinzen in der Verbannung mich benehmen konnte, der nicht von mir verlangte, meine ehrlichen Ueberzeugungen aufzugeben, sondern nur sie zu verschweigen, so kann ich als Mann von politischer Ehrenhaftigkeit nicht noch für meine Freunde eine solche Demüthigung, wie die durch das sonderbare öffentliche Manifest bezweckte, hinnehmen, ein Manifest, das dem Grundsatze der Autorität, wie dem der Freiheit gleich verderblich werden könnte. Es handelt sich nicht mehr um Personen. Ich hatte die Berufung an die Nation nicht über das Prinzip der Legitimität verlangt; ich stellte bekanntlich die Frage so: Republik oder Monarchie? Auf diese feste, volksthümliche, nationale Grundlage der „Berufung an die Nation" gestützt, hätten die Legitimisten alle Chancen wiedergewonnen, die man jetzt leichtsinnig als je wieder aufgerichtet dem Thron im Prinzip die Monarchie proclamirt worden wäre, so hätte man sich für die Legitimität nur noch auf Vernunft, Dortommen, Ruhm und Nutzen zu berufen brauchen. Die Parteien konnten sich unter dem gegenwärtigen Umständen nun und vor neunhundertjährigem, von der Nation selbst wieder anerkannten Nationalrechte Frankreichs dengen. Man will es nicht. Ich kann Nichts dafür. Die harte Sprache des Manifestes ist nicht einmal durch ein einziges Wort über meine guten Absichten gemildert; künftig wagen Andere die Lehren verstehen, die ich meinen Irrthum bereuten zu können glaubte, aber Nation selbst wieder anerkannten Nationalrechte Frankreichs dengen. Man will es nicht. Ich kann Nichts dafür. Die harte Sprache des Manifestes ist nicht einmal durch ein einziges Wort über meine guten Absichten gemildert; künftig wagen Andere die Lehren verstehen, die ich meinen Irrthum bereuten zu können glaubte, aber Nation selbst wieder anerkannten Nationalrechte Frankreichs dengen. Man will es nicht. Ich kann Nichts dafür. Die harte Sprache des Manifestes ist nicht einmal durch ein einziges Wort über meine guten Absichten gemildert; künftig wagen Andere die Lehren verstehen, die ich meinen Irrthum bereuten zu können glaubte, aber Nation selbst wieder anerkannten Nationalrechte Frankreichs dengen. Man will es nicht. Ich kann Nichts dafür. Die harte Sprache des Manifestes ist nicht einmal durch ein einziges Wort über meine guten Absichten gemildert; künftig wagen Andere die Lehren verstehen, die ich meinen Irrthum bereuten zu können glaubte, aber

Italien.

Von dem Minister d'Azeglio entwirft der Correspondent der „Times" folgende Schilderung: „Nach Allem, was ich auf der Conferenz gesehen habe, hat die gute Sache der konstitutionellen Freiheit nicht durch die Gewalt ihrer Feinde, sondern durch die Schwäche und die Mißgriffe ihrer Freunde gelitten. Ich will d'Azeglio keinen Vorwurf machen; ich halte ihn für einen Ehrenmann; aber seine politische Haltung ist für einen wahren Staatsmann außerordentlich unklug und inconsequent. Er ist einer von denen, die sich für geborne Generale und Minister halten. Ohne je in der Armee gedient zu haben, wurde er Chef in Turin, de's Generalstab zu Vicenza und ohne irgend welche diplomatische Bildung bekleidet er den hohen Posten, welchen der Krieg mehr seinem Patriotismus, als seiner Fähigkeit anvertraut hat. Als Soldat nahm er an einem sächerlichen Feldzuge und einem etwas unrühmlichen Rückzuge Theil, und als Diplomat rennt er mit seinem Kopf gegen die härtesten Wände in der Christenheit, und bald wird er stehen oder capituliren müssen."

— Die Note Sr. E. des Cardinals Antonelli an den Marquis Spinola, Geschäftsträger Sr. Maj. des Königs von Sardinien beim h. Stuhle, lautet vollständig, wie folgt: Vom Vatican, 2. Sept. 1850. Die Ereignisse, welche in Turin in Folge des Abbruchs des Artikels Pfarro de Messi in den Blatt, Hauptcommissär Sr. M., vorgekommen sind, haben von Neuem der Kirche und ihrem erhabenen Oberhaupte tiefen Schmerz verursacht. Die durch eine Reihe von Thatsachen, welche die früheren, freilich in keiner Weise beachteten Protestationen Sr. Heiligkeit schon hervorgerufen haben, begangene Verletzung wird in der Hauptstadt Sardiniens, wo sich ohne Scheu in Fragen mischt, die einzig und allein zum Ressort der Verwaltung der Sakramente gehören, nun noch vergrößert. Die kirchliche Autorität hat gezlaubt, obengenannten Minister, am Ende seines Lebens angelangt, das Sakrament der Eucharistie nicht spenden zu dürfen, bevor er seine Stellung, in welcher er sich bei der Theilnahme an der Promulgation antiesonnischer Gesetze der Kirche gegenüber hineingeworfen hatte, durch einen gebührenden Akt rectificirt hätte; man hat sich angemaßt, den geheiligten Dienern hierauf ein Verbrechen zu machen, und in Folge dessen die Thore der Kirche ausschließen, welche sicht auf ihren Charakter, ohne der Natur eines Aktes, welcher dem heiligsten Theile des priesterlichen Amtes angehört, irgend welche Rechnung zu tragen. Hier folgte nun eine Reihe harter Maßregeln gegen dieses Amt selbst: die grausame Verbreitung des Pfarrers von der Kanzel und die ganzen religiösen Genossenschaft, der er angehörte, die augenblickliche und öffentliche Gefangennehmung des Hrn. Exprischofs von Turin, seine Einkerkerung in der Festung von Fenestrelle, ohne von den Durchsuchungen zu reden, die bald nachher an den Orten, wo sich der Prälat aufgehalten, stattgefunden haben. Die blose Erwähnung solcher Thatsachen scheint schon hinreichend, um zu zeigen, welch' schwere Verantwortung sich die Urheber derselben im Angesicht der Kirche haben zu Schul-

den kommen lassen. Nur den Dienern der Kirche steht die Entscheidung zu, wer zu der Participation der Sakramente zugelassen werden darf oder nicht; in der Ausübung ihres Amtes haben sie keine anderen Regeln zu befolgen, als diejenigen, welche ihnen von der höhern Autorität der Kirche, der sie unter allen Umständen sind zu heil. Devotion, welches ihnen anvertraut ist, anzuwenden, gegeben worden. Dieser Autorität steht allein die Prüfung und Entscheidung der Fragen zu, welche sich zuweilen über die praktische Anwendung der Regeln und Vorschriften der Klugheit, wonach sie in der Verwaltung der Sakramente zu handeln haben, erheben können. Dieses einmal festgesetzt, ist es einleuchtend, welche Sensation der Kirche durch die weltliche Behörde angethan worden ist, die sich das Recht angemaßt hat, über die Handlungen der geheiligten Diener in Sachen der Sakramente zu urtheilen, und wie schimpflich die feindliche Maßregeln sind, die man mit Verachtung des priesterlichen Amtes ergriffen hat, besonders aber das neue, gegen die ehrwürdige Person des Hochwürdigsten Hrn. Erzbischofs von Zurin begangene Attentat. Angesichts so beweinenswerther Ereignisse vermehrt sich immer mehr die Betrübniß, wovon das Herz des heil. Vaters wegen der beklagenswerthen Lage der kirchlichen Angelegenheiten in einem katholischen Lande wie Sardinien angefüllt ist. Damit Se. Heiligkeit den Pflichten, welche ihm sein erhabener Charakter als Oberhaupt der katholischen Kirche auferlegt, genugthue, hat der dem unterzeichneten Cardinal-Pro-Staatssekretär ausdrücklich befohlen, gegen diese beklagenswerthen Thatsachen zu reklamiren und förmlich Protest einzulegen nun in seinem Namen, die heilige Wiedergutmachung zu verlangen. Der heil. Vater, der die Ueberzeugung hat, im Laufe der traurigen Wechselfälle zwischen dem heil. Stuhle und Piemont ein auffallendes Beispiel von apostolischer Langmuth gegeben zu haben, gibt sich nun auch diesmal der Hoffnung hin, daß die Regierung Sr. Maj. des Königs von Sardinien zurückkommen, wie hart die Prüfungen sind, welche die Kirche von Piemont schon so lange geduldet, wie schmählich die Maßregeln, welche man zum großen Aergernisse der ganzen katholischen Welt gegen die verehrtesten Personen der bischöflichen Ordens Schlag auf Schlag ergriffen hat, und insbesondere gegen den, was die heil. Canones in Bezug auf Handlungen dieser Art bestimmen, zugeben werde, einen mit der Religion, die diese Regierung selbst zu bekennen wähnt, durchaus unvertäglichen Stand der Dinge aufzuheben, und daß sie erkläre, in den ihr unterworfenen Ländern nicht länger Dinge aufrecht zu erhalten und zu befehlen, welche unvereinbar sind mit den feierlichen Verträgen, welche der heil. Stuhl, stark in seinen Rechte, unaufhörlich anrufen wird. Indem ich Ew. Hochwohlgeboren ersuche, der kon. Regierung gegenwärtige Note mitzutheilen, darf der Unterzeichnete die Ehre re.

G. Cardinal Antonelli.

Amerika.

Das am 22. Sept. in Liverpool angekommene Postdampfschiff America brachte Nachrichten aus Newyork vom 11., telegraphische (über Halifax) vom 13. Die Kammer der Abgeordneten hatte die beiden hochwichtigen Bills angenommen, wonach Californien als Staat zugelassen werden und Neumexiko (Utah) einen von Texas abgesonderten Staat bilden soll und der Präsident hatte beide Bills gut geheißen. Die Senatoren von Californien nahmen sofort ihre Sitze im Oberhause ein. Der Congreß hatte beschlossen, sich am 30. Sept zu vertagen. Die Annahme der beiden bezeichneten Bills dürfte dieses Blut im Süden machen, besonders bei der feindseligen Haltung des wie es scheint zu bewaffnetem Widerstande entschlossenen Texas. Auch versichert der Washingtoner Correspondent des Standard, daß die gesetzgebende Versammlung von Texas sich um Beistand gegen die Centralgewalt an die Südstaaten gewandt und von Süd Carolina, Mississipi, Georgia und Florida zustimmende Antworten erhalten habe. Das würde alle Bürgerkriege bedeuten. Virginien, Alabama, Louisiana und andere Staaten haben jedoch abgelehnt, Texas mit Zuzug zu unterstützen.

Vermischte Nachrichten.

Der „Zuschauer" der „Neuen Preußischen Zeitung" enthält aus Berlin folgende Mittheilung: „Gestern glücklicherweise nachgewiesenen Demokratie." — In einer hiesigen Schulanstalt, wo die Kinder auf Kosten der Commune unterrichtet werden, hatte der Lehrer das Lernen der Gebote aufgegeben. Einer seiner Schüler antwortete ihm seinem Ueberdrusse des Postums: „Ich bin Demokrat, wie mein Vater, und Demokraten glauben an keinen Gott, brauchen also keine Gebote zu lernen." Nachdem der Lehrer sich von seinem Erstaunen über die Gottesläugnung erholt hatte, fragte er den Knaben, ob sein Vater nicht die Kirche besuche. „Mein Vater hat schon berechnet, wie viel Wohnungen aus der Kirchen gemacht werden können, wenn diese Wohnungen müssen die Barrikadenkämpfer umsonst bekommen, wenn das Volk wieder aufsteht." — Das nenne ich mir doch noch Demokratie!

Neuestes.

München, 25. Sept. Die A. Ztg. erklärt die Nachricht, daß zur Aufnahme des nächsten Landtags im Staatshause für den 1. Ztg. von Seite des Ministeriums bereits Vorbereitungen angeordnet seien, vorerst als unbegründet. Indessen werden Ende Oktobers die Landräthe zusammentreten, und nach Beendigung ihrer Arbeiten und Berabschiedung derselben sollen die Einberufungsschreiben für den nächsten Landtag erlassen werden.

Aus Frankfurt, 23. Sept. wird der N. M. 3. geschrieben: Aus sehr guter Quelle erfahre ich, daß Oesterreich die sämmtlichen neuesten Vorschläge Preußens sowohl in Betreff der sogenannten freien Conferenzen als anderer Fragen entschieden abgelehnt hat und auf den bisherigen Wege mit den bundesverfassungstreuen Regierungen Hand in Hand vorangehen sest entschlossen ist.

Frankfurt, 24. Sept. Der hiesige Gesandte am kurfürstlich hessischen Hofe, Graf v. Hartig, weilt seit einiger Zeit in unserer Stadt, eben so der bei demselben Hofe beglaubigte französische Minister Hr. d'Assailly. Vermuthlich wird sicherm Vernehmen nach eine Denkschrift des kurhessischen Ministeriums etwa 8—9 Bogen start, die Presse verlassen. Es wird in ihr das Verfahren der Stände staatsrechtlich beleuchtet und die Regierung in ihrem bisherigen Verhalten gerechtfertigt. (F. D.-J.

Stuttgart, 24. Sept Die wichtige Nachricht des Tages ist der wiederersolgte Eintritt des Freiherrn von Wächter-Spittler ins Kabinet. Seiner Ernennung zum Präsidenten des evangelischen Consistoriums steht gestern die zum Ehef des Departements des Kirchen- und Schulwesens.

Stuttgart, 25. Sept. Die Wahlen sind nun bekannt, daß also von 45 Demokraten, 10 Altliberale und 9 conservative Abgeordnete in der kommenden Landesversammlung sitzen werden.

Greifswalde, 25. Sept. Hr. Hassenpflug ist in zweiter Instanz von der gegen ihn gerichtet gewesenen Fälschungsanklage freigesprochen worden.

Hohenzollern-Hechingen, 23. Sept. Heute fand die feierliche Grundsteinlegung zum Beisetzungswerk der Stammburg Hohenzollern statt. Se. königl. Hoh. der Prinz von Preußen wohnte der Feierlichkeit bei und legte selbst zuerst Hand ans Werk. (Karlsr. Z.)

Aus der Landgrafschaft Hessen-Homburg, 25. Sept. Dermalen ist man in hiesigem Lande mit den Wahlen zum ersten ordentlichen Landtage beschäftigt.

Kuxhafen, 25. Sept. Ein von Friedrichshafen kommender hannover'scher Schiffer berichtet, daß am 23. d. M. vierzig Schiffe verschiedener Nationen von den Dünen auf der Eider verwiesen und dieser Fluß von letzteren blokirt worden sei.

München, 22. Sept. Nach Ein. Ztg. ist ihrer Befehl zur sofortigen Zusammenziehung einer Division unter Generallieutenant v. Tietzen in und bei Paderborn (hannover-braunschweig-kurhessische Grenze) eingetroffen; ebenso soll das Corps bei Wetzlar weiter verstärkt werden.

London, 23. Sept. Die neue Tabaksdose ist ein wahres Bedürfniß für die Nasenstumpfende Menschheit, denn ein sehr sinnreicher Mechanismus macht es unnöthig, sich zum Schnupfen der Finger zu bedienen.

T. D. Paris, 24. Sept. Die Heermusterung bei Versailles hat ohne Störung ihr Ende erreicht. In Folge des bonapartistischen Manifestes vom 10. Dez. „An Frankreichen in Paris" erschien dieses Blatt nun, als von ihm allein autgehend bezeichnet, sind die Course gesunken. (F. D.-J.)

Bern, 23. Sept. Die katholische Geistlichkeit hat den neulich erschienenen Gesetzentwurf über die gemischten Ehen, welchen der Bundesrath, in Ausführung eines Bundesbeschlusses der nächsten Bundesversammlung vorlegen wird, sehr ungnädig aufgenommen; besonders die Priesterpartei des Bisthums Lausanne und Genf ergossen in ihrem Organ, dem „Observateur", den Kampf gegen diesen vermeintlichen Eingriff in die Rechte der Kirche. Sie deutet hin auf die frühern Siege der Kirche über den Staat, auf die unstatthafte Hand, die über ihr walte; sie nimmt an die Erzbischöfe von Köln und Posen und fragt, ob man alle schweizerischen Bischöfe wie Marilley im schlosse Chillon einsperren wolle. Sie fordert die Bundesversammlung auf, nicht einseitig einzuschreiten, sondern zu unterhandeln; das canonische Recht sei noch eine Thatsache, über die man sich nicht hinwegsetzen dürfe, ohne einen Krieg heraufzubeschwören, dessen Ende sehr ungewiß ist. (F. D.-J.)

+ Madrid, 19. Sept. Die Königin hat den Präsidenten der französischen Republik zum Ritter des goldenen Vließes ernannt.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Frankfurter Course.

Den 26. September 1850.

	Geld.	Waare.
Oesterreich Banknoten	1156	1161
„ 5% Metalliques	80½	80⅞
„ 4% „	62⅝	63⅛
„ 3% „	46⅞	47⅜
„ 2½% „	42¾	43
„ 4½% Bethmann	—	73½
„ 4% „	65½	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	100½	100⅝
„ „ 500 „ 1834.	156⅞	157⅜
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	86⅝	86⅞
„ Anl. 50 Prämien Schein.	113	—
Bayern 3½% Obligationen	84¼	84⅞
„ 4% „	89¼	89⅞
„ 5% „	100½	100¾
Württemberg 3½% „	83	83½
„ 4% „	98⅞	99⅛
Baden 3½% „	81½	82
„ fl. 35 Loose	32½	32¾
„ 50 „	52⅝	53⅛
Nassau fl. 25 „	26	26⅛
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	76¾	76¾
„ „ 25 „	28⅝	28⅞
Preuß. fl. 500 „	136	—
Sardinien Ree. 36 „	33½	33⅞

☞ Seit 3 Tagen werden die Nummern der „Bayerischen Presse" in der Harmonie nicht mehr ausgelegt. Aus welchen Gründen und Ursachen dieses geschehe, darum erlauben sich diese öffentliche Anfrage

Mehrere Mitglieder.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30Kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrothof 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 233. Würzburg, Samstag den 28. September. **1850.**

Die Antwort Preußens auf die Einladung zur Beschickung der Bundesversammlung. Abermals ein Beitrag zu der eigenthümlichen Denk- und Handlungsweise der preußischen Regierung.

Die preußische Antwort weist die Beschickung der Bundesversammlung auf zwei Gründen zurück, einmal weil dieselbe rechtlich nicht mehr vorhanden sei, und weiter aus Gründen der Zweckmäßigkeit. In Bezug auf den Rechtspunkt bemerkt sie: „es habe für die preußischen Staatsregierung niemals einem Zweifel unterlegen, daß die Bundesversammlung durch rechtskräftige Handlungen der Regierungen im Jahre 1848 rechtlich und für immer zu bestehen aufgehört habe. Sie glaube nicht, daß je seit Jetzt bei irgend einer der deutschen Regierungen eine andere Absicht über die Bedeutung ihrer bezüglichen abgegebenen Erklärung obgewaltet habe, wenigstens liege kein Moment vor, welches einen Vorbehalt künftiger Wiederherstellung einschlösse, wohl aber viele, welche in anzweifelbafter Weise das Entgegengesetzte bekundeten." Was die Regierungen damals gedacht haben, als die Bundesversammlung ihre Wirksamkeit einstellte und auf den Reichsverweser übertrug, erscheint als völlig gleichgültig. Wir wollen zugeben, daß keine einzige Regierung an den Fall gedacht hat daß die Bundesversammlung nochmals in Wirksamkeit treten würde; man war eben nicht in der geistigen Fassung, sich alle Eventualitäten der Zukunft klar vorzuführen; aber so viel ist wenigstens gewiß, daß bei der Auflösung der Bundesversammlung von der Voraussetzung ausgegangen wurde, daß durch gemeinsame Vereinbarung zwischen Regierung und Nationalversammlung ein Bundesorgan an die Stelle gesetzt, eine andere Verfassung für Deutschland geschaffen werden würde, möglich, daß sämmtliche Regierungen mit Gewißheit an dieser Aufgabe glaubten und daher an einen Wiedereintritt der Bundesversammlung nicht gedacht haben. Bis die neue Verfassung vereinbart wäre, wurde das Provisorium des Reichsverwesers an die Stelle der Bundesversammlung gesetzt. Wenn man aber die damaligen Regierungen gefragt hätte, ob die bisherige Verfassung auch dann erloschen sein solle, falls sich unerwartigerweise Hindernisse der Vereinbarung zerschlüge, wenn man sie gefragt hätte, ob Deutschland gar keine Verfassung haben und der deutsche Bund aufgelöst sein solle, wenn eine neue Verfassung nicht zu Stande käme, so würden sie ohne Zweifel sammt und sonders, die preußische Regierung nicht ausgenommen, mit „Nein" geantwortet haben. Daß die alte Verfassung so lange fortbestehst, bis eine neue an ihre Stelle getreten, ist eine so einfache Sache, daß es sich in der That gar nicht der Mühe verlohnt, darüber einen besonderen Vorbehalt zu machen. So wenig man bei einem Gerichtsschlüsse ausdrücklich zu bemerken braucht, daß die gewöhnlichen Additions- und Subtraktionsregeln zur Anwendung kommen sollen, eben so wenig bedarf es einer Verwahrung, daß die alte Verfassung so lange gilt, bis sie durch eine neue beseitigt ist. Nur der preußischen Logik im Jahre 1849 war es vorbehalten, das Selbstverständliche in Zweifel zu ziehen. So wie sie durch den Mund des Herrn v. Botschwingh die Entdeckung machte, daß ein Bund oder ein Staat ganz ohne Verfassung sein könne und dabei Bund oder Staat bleibe, so hat sie auch jetzt die Entdeckung gemacht, daß mit der ausgedrückten Absicht ein neues Gesetz zu schaffen, das alte Gesetz aufgehoben sei, wenn nicht ausdrücklich das Gegentheil ausbedungen wäre. Es fällt mir dabei ein, daß ja auch ein preußisches Gericht im Jahre 1848 in einem Urtheilsspruche behauptete, Preußen habe den Augenblick der neue Verfassung nun also auch sein Ofen. Wie gesagt, dergleichen ist nur in Preußen, nur im Vaterlande des Landrechtes möglich, wo man vor lauter Bäumen und Wald nicht mehr sieht, wo man vor lauter Gesetzen nicht mehr begreift, daß doch irgend ein Gesetz immer noch gelten muß. Wie wiederholen, daß es schwer wird, gegen das absolut Widersinnige zu polemisiren, es gibt einmal gewisse angenommene Wahrheiten, die man bei Jedermann voraussetzen muß, wenn man sich mit ihm verständigen will. Wer nur z. B. bestreitet, daß die gerade Linie nicht die kürzeste Entfernung zwischen zwei Punkten, oder daß zwei mal zwei nicht vier wäre, mit dem kann man sich in keine mathematischen Erläuterungen einlassen. Wer die einfachsten Grundregeln nicht fähig ist in sein Bewußtsein aufzunehmen, mit dem kann man sich auch über die Folgerungen nicht verständigen, und eben so kann man sich auch in seinen juristischen Streit mit Jemanden einlassen, der da annimmt, es sei möglich, daß der Staat seine Verfassung aufhebe, bevor er nicht eine andere hatte. Was würde man von einem Arzte denken, der die Constitution eines Kranken verbessern wollte, und damit anfinge, ihm seiner bisherigen Constitution, seiner sämmtlichen Organe seines Lebens zu berauben. Was würde man von einem Gesetzgeber denken, der eine Commission zur Ausarbeitung eines neuen Gesetzbuches niedersetzte und dabei bestimmte, daß sämmtliche bisherige Gesetze schon jetzt, noch ehe die neue Gesetzgebung vollendet wären, erloschen seien, daß sämmtliche Gerichte schon jetzt aufhören sollten, bevor neue Gerichte eingesetzt wären. Und was würde man von einem Richter denken, der aus der bloßen Niedersetzung einer solchen Commission den Schluß ziehen wollte, daß das bisherige Recht nicht mehr bestehe, weil es nicht ausdrücklich gesagt sei. Freilich auch das haben wir in Preußen erlebt, wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Gerichte über Preß- und politische Vergehen keine Competenz mehr haben sollten, weil für die Zukunft Geschworenengerichte versprochen waren. Aber das ist alles so absolut widersinnig, daß es sich gar nicht widerlegen läßt. — Die preußische Staatsregierung geht allerdings von dem richtigen Satze aus, daß ein Gesetz nach der Absicht des Gesetzgebers interpretirt werden müsse, aber den baaren Unsinn darf man doch bei dem Gesetzgeber nicht präsumiren, selbst wenn er nicht ausdrücklich hinzufügt, daß der Unsinn nicht seine Absicht sei. Daß die deutschen Regierungen die Anarchie hätten proklamiren sollen, auf den Fall, daß die neue Verfassung nicht zu Stande käme (Anarchie und Verfassungslosigkeit sind völlig gleichbedeutend), darf ebensowenig präsumirt werden. Die Hoffnungen der deutschen Regierungen auf das Zustandekommen einer neuen Verfassung mögen so groß gewesen sein, wie sie wollen, sie mögen verhindert haben, daß man an die Möglichkeit des Fehlschlagens auch nur gedacht hat, immer sind diese Hoffnungen noch nicht gleichbedeutend mit gesetzlicher Bestimmung und diese Hoffnungen heben keine bestehende Verfassung rechtskräftig auf. Wenn die preußische Regierung daher die Ansicht äußert, daß die damaligen Regierungen damals sammt und sonders nicht gemeint hätten, die Bundesversammlung würde je wieder in Wirksamkeit treten, so kennt sie damit weiter nichts, als daß man sich damals Illusionen hingegeben hat, die nicht in Erfüllung gegangen sind. Aber wie sie daraus die Absicht ableiten will, daß man Deutschland habe verfassungslos machen wollen, das erscheint als eine wahre Beleidigung gegen die damaligen Männer und gegen sich selbst. Ich frage nochmals, was würde die preußische Regierung damals geantwortet haben, wenn man ihr gesagt hätte, wir soll es nun aber werden, wenn doch zuletzt keine neue Verfassung zu Stande kommt. Sollen wir nicht um jeder Möglichkeit willen Sorge tragen, daß alle Verfassungen so lange gelten, bis neue an ihre Stelle getreten sind? Ich glaube, sie hätten geantwortet: das ist überflüssig, weil es sich von selbst versteht; der Fall wird nicht eintreten, weil wir in der Paulskirche fehmfalle eine neue Verfassung fabriciren werden, aber sollte er dennoch eintreten, so bleibt freilich gar keine andere rechtliche Möglichkeit übrig, als daß die bisherige, rechtliche Bundesverfassung, die rechtlich noch nicht aufgehoben, auch faktisch wieder in Kraft tritt. — Mit dem Erlöschen der Provisorien beginnt wieder das Definitivum; entweder das neue, wenn ein solches rechtskräftig zu Stande gekommen ist, oder das alte, wenn kein neues da ist. Aber es scheint, als wenn die preußische Regierung nicht bloß neue Gesetze octroyirt, sondern als wenn sie der Welt auch eine neue juristische Logik octroyiren wollte.

Deutschland.

München, 26. Sept. Gestern fand am kgl. Kreis und Stadtgericht die Verhandlung über die schon oft besprochene Akten-Vernichtung aus der Registratur des Ministeriums des Innern statt. Als Angeklagte erschien ein 21jähriges Mädchen, Namens Aschenbrenner, Ministerialobersnschreiber von hier. Sie gestand, in den Sommermonaten von Mai bis Juli 1849 beinahe gegen 4 Centner Akten aus der Registratur, welche ihr zum Reinigen übertragen worden, genommen, und weil dieselben alt und unbrauchbar geschienen, an die Obstlerösran Wallner am Eingange in die Arkaden, verkauft zu haben. Vor dem Jahre 1848, zu welcher Zeit die Angeklagte ebenfalls die Registratur zu reinigen hatte, Akten verkauft zu haben, stellte dieselbe in Abrede, obgleich sich unter den bei der Obstlerfrau vorgefundenen Papieren solche befanden, welche dormals schon abhanden gekommen sind. Die Staatsanwaltschaft nahm in diesem Falle ein Diebstahlsverbrechen an und beantragte drei Jahre Arbeitshaus. Die

Vertheidigung stellte den Antrag auf 4 Monate Gefängniß. Indem der Gerichtshof der Ansicht der letztern beistimmte, daß dem Diebstahlsversuchen annahm, verurtheilte er die Angeschuldigten zu 7 Monaten Gefängniß. (A. Mh.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Greifswalde, 24. Sept. Das Appellations-Gericht hiesellbst hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung, auf die Appellation des Kurfürst. Hessischen Minister-Präsidenten Hassenpflug sodin erkannt:

daß das Erkenntniß des kgl. Kreisgerichts hierselbst vom 19. Juni d. J. dahin abzuändern, daß der Appellant von der unterm 9. Febr. d. J. erhobenen Anklage der Fälschung freizusprechen und die Kosten des Verfahrens in Ansatz zu lassen, die Akten jedoch zur weiteren Erwägung, ob und gegen wen eine anderweitige Anklage zu erheben sei, der kgl. Staatsanwaltschaft hierselbst vorzulegen.

Die erkennenden Richter waren: der O.-App.-Ger.-Rath Dr. v. Wächter, als Vorsitzender, die O.-App.-Ger.-Räthe Sonnenschmidt, v. Jerbst, Dr. Planck, und der Ober-Ger.-Assessor Conobruch. Referent: Dr. Planck. Oeffentliches Ministerium: Ober-Staatsanwalt Dr. Friedberg. Vertheidigung: Rechtsanwalt Dr. Anderssen. Der Ober-Staatsanwalt beantragte, gleich dem Vertheidiger, das Nichtschuldig. Die gesetzliche Bestimmung des Erkenntnisses wurde von dem Vorsitzenden dahurch motivirt, daß bei Gelegenheit der Vorunterstuchung sowohl, wie des Hauptverfahrens, Umstände zur Sprache gebracht seien, welche anscheinend weiterer Aufklärung bedürften. Besonders hervorgehoben wurden dabei: der „Zwang," welchen der vormalige Kasseller Rath von Hassenpflug erfahren haben will, und die Frage, ob etwa der kgl. Bauinspektor vermittelst seiner Bau-Abnahmes-Atteste nicht sowohl eine Genehmigung der vorgekommenen Nachlässigkeiten, als vielmehr eine unrichtige Bescheinigung habe ertheilen wollen. (N. Pr. Z.)

Kassel, 25. Sept. Obersinanzrath Zuschlag, Referent im Finanzministerium, hat den Befehl erhalten, unverzüglich nach Wilhelmsbad zu kommen. — Der Stadtrath von Meisungen hat eine der Bonner gleiche Adresse an den ständischen Ausschuß gerichtet. Zugleich ist in der Adressel, des Antrag gestellt, Preußen, als Unionsvorstand um Schutz gegen etwaige Angriffe von außen anzurufen.

Hanau, 25. Sept. Das Gerücht, daß der Kurfürst einen Wechsel in den Personen des Ministeriums, oder nicht im System, beabsichtige, gewinnt dadurch an Bestätigung, daß der frühere Staatsrath Scheffer seit vorigem Montag in Wilhelmsbad verweilt. Der frühere Minister Lepel ist heute dort angelangt. (N. H. Z.)

Kassel, 26. Sept. Die Erklärung des bleibenden landständischen Ausschusses in Betreff der Verordnung vom 23. Septr. 1850 lautet, wie folgt: Eine kurfürstliche Verordnung vom 23. Sept. 1850 bringt, mit dem Vorbehalt weitere Vollziehungsanordnungen, den Beschluß einer Bundesversammlung vom 21. d. M. zur allgemeinen Kenntniß, durch welchen die hiesige Regierung, aus Anlaß einer vermeintlich vorgekommenen Steuerverweigerung, aufgefordert wird, alle, einer Bundesregierung zuständen Mittel anzuwenden, um die ernstlich bedrohte landesherrliche Autorität im Kurfürstenthum sicher zu stellen. Wir aber können eine Bundesversammlung nicht als bestehend anerkennen. Die Bundesversammlung, welche bestimmt war, die bis dahin gelegenheit des durch die deutsche Bundesakte vom 8. Juni 1815 geschaffenen Bundes zu besorgen, hat selbst in der als ihre letzte bezeichneten Sitzung vom 12. Juli 1848 ihre Thatigkeit fur beendigt erklärt. Es geschah solches in einer Plenarsitzung, also in derjenigen Form, welche zur Ablassung und Abanderung der Grundgesetzen des Bundes wie zu Beschlussen, welche die Bundesakte selbst betreffen, geeignet war. Ein von der deutschen Nationalversammlung angenommenes Gesetz hat dessen eine provisorische Centralgewalt für Deutschland eingesetzt. Diese Nationalversammlung war in Folge eines Beschlusses der Bundesversammlung zusammenberufen und von Kurhessen auf den Grund des Gesetzes vom 10. April 1848 beschickt. Jenes von ihr angenommene Gesetz ist durch das Gesammtstaatsministerium am 19. Oct. 1848 im Gesetzblatt zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Durch den Landtagsabschied vom 31. Oct. 1848, also durch einen vom Landesherrn wie von den Landständen unterzeichneten und unterlegetten, auch als Staatsgesetz nach Maßgabe des § 86 der Verfassungsurkunde bekannt gemachten Vertrag ist vom Landesherrn, in vollster Uebereinstimmung mit den Landständen, die Anerkennung der provisorischen Centralgewalt für Deutschland anerkannt. Mit dem Eintritt ihrer Wirksamkeit hört, nach Inhalt des dieselbe einführenden Gesetzes, das Bestehen des Bundestags auf, demnach ist Bundestag und Bundesversammlung erloschen. Die Vorstände für die Ministerien der Justiz und des Innern, die sich als Mitglieder des landständischen Conseil provisoire vom 7. März 1850 die Erklärung abgegeben, daß ohne die Mitwirkung der Stände verfassungsmäßig der Bundestag nicht hergestellt werden könne. Es ist bislang wegen dieser Herstellung weder ein Gesetz, noch ein sonstiger Akt durch das Gesetz bedingter Mitwirkung ergangen. Die jüngste Sitzendversammlung hat nichtsdestoweniger am 29. August 1850 gegen die Herstellung des rechtsgiltig aufgehobenen Bundestags und alle darauf gerichteten Bestrebungen feierlichst protestirt. Wir, berufen das landständische Interesse wahrzunehmen, müssen daher das kurfürstliche Land gegen die Wiederherstellung des seit dem Septbr. 1850 zu Frankfurt gefaßten Beschlusses verwahren und erklären ihre Einmischung der dort gebildeten Versammlung in die Angelegenheiten Kurhessens für ein Attentat gegen die Sicherung und Unabhängigkeit dieses souveränen Staates, dessen Regent in seiner landesherrlichen Gewalt nirgends im Kurfürstenthum bedroht ist. Wie wir hiermit den kurhessischen Staat dem Schutze des Bundesrechts anvertrauen, so werden wir gegen Alle, welche zur Vollziehung des in Frankfurt gefaßten Beschlusses mitwirken werden, innerhalb der Grenzen unserer verfassungsmäßigen Befugnisse vorzusorgen wissen. Kassel, den 25. September 1850. Der bleibende landständische Ausschuß. Schwarzenberg. Henkel. Bayrhoffer. Gräfe. Kellner.

Wilhelmsbad, 27. Sept. Die „Kasseler Ztg." theilt das Urtheil des Gerichtshofes Appellationsgerichts in dem Prozesse gegen den Minister Hassenpflug in weiterer Fassung dahin mit: „daß der Appellant von der unterm 9. Febr. erhobenen Anklage der Fälschung frei zu sprechen, die Kosten des Verfahrens außer Ansatz zu lassen, die Akten jedoch zur weiteren Erwägung, ob und gegen wen eine anderweite Anklage zu erheben sei, der kgl. Staatsanwaltschaft vorzulegen seien."

△ Aus Baden, 26. Sept. Es bestätigt sich, was wir schon neulich berichtet haben, daß der fernere Ausmarsch der badischen Truppen nach Preußen unterbleibt. Die betreffenden Eröffnungen sind heute in geheimer Sitzung der Kammer mitgetheilt worden.

** Nach dem schweizerischen Courier vom 24. d. hat wiederr eine Gebietsverletzung stattgefunden, und zwar bei Jnsletten. Ein badischer Flüchtling der ehemalige Postsalter G. Holzschneider, suchte bei seiner Ehrau auf Schaffhauser Gebiet eine Zusammenkunft, wurde aber von 4 preußischen Soldaten vom Füsilierbataillon der 20. Regiments, welche mit Stocken bewaffnet waren, überfallen, niedergeschlagen und mit vom Leibe gerissenen Kleidern in seine Wohnung gebracht. Auch seine Gattin wurde mißhandelt. Der Mißhandelte beharrt sich in Untersuchung, die Preußen dagegen auf freiem Fuße.

Darmstadt, 25. Sept. Heute Mittag um 4 Uhr sollte die Berathung über den Bericht des Finanzausschusses, die Verlängerung des Finanzgesetzes für das letzte Quartal d. J. und den belannten Lehne'schen Antrag in unserer zweiten Kammer beginnen. Schon stundenlang vorher war die öffentliche Gallerie mit Zuhörern dicht gefüllt. Eben so fülle sich die reservirte Gallerie reichlich. Am Ministertische erschienen die Chefs der verschiedenen Ministerien: v. Dalwigk, v. Schenck, v. Lindelof und der Ministerialrath Maurer. Unter den Zuschauern, die in Begleitung einer entschiedlichen Krisis des von Müller-Melchiors und der zweiten Kammer in dieser Sache eingehaltenen ungehörigen Verfahrens, vom Staatsministerium an die Kammer geschickt ward. Dalwigk hatte sie seinem Schreiben zugegeben, auf die Abreise des Herrn Müller ihm Auftrag ertheilt habe, allenfalls ihm bekannt werdende verbrauchen Hindernisse auf die Sicherheit des Staats ihm anzuzeigen, wozu er als Chef des Ministeriums und einer wohlorganisirten sozialistisch-repubikanischen Partei gegenüber berechtigt gewesen sei, aber die Staatsanschauungen bei Müller-Melchiors habe er ihn niemals angewandt. Nachdem Müller vor ungefähr 14 Tagen den Heinrich Müller sogen lassen, er solle ihn mit weiteren Mittheilungen verschonen und ihn dabei 5 L. zustellen lassen. Am Schluß seines Schreibens hatte Dalwigk der gewaltsamen Oeffnung des Heinrich Müller'schen Pults erwähnt, welche Müller-Melchiors zugab, aber seine Berechtigung dazu in Abrede stellte. Diesem Verfahren der Zuthöfung zuwiderte Lehne kräftig, während Ministerialrath Maurer mit der Bemerkung: wo Verbrechen begangen würden, da sei der Sumpf, und vom Himmel erfahre man nicht, was in der Höhle vorgehe, die Lehne'sche Behauptungen bestritt. v. Dalwigk wiederholte mündlich, daß es die feine Absicht gewesen sei, über Herrn Müller-Melchiors Privatnachrichten zu erhalten. Präsident Möhr nahm zuletzt die Sache zu den Akten und wo die Debatte hierüber somit abgethan. Dalwigk, sprach das Wort ab, ehrend, bemerkte, daß Art. 15 der alten Geschäftsordnung, wonach sich die Ausschüsse mit den betreffenden Regierungskommissären bei gestellten Anträgen in Benehmen zu setzen und von diesen die erforderliche Auskunft einzuziehen haben, in Bezug auf den Lehne'schen Antrag vom Finanzausschuß durchaus nicht befolgt worden sei. Unter diesen Umständen werde sich die Regierung bei der Discussion nicht betheiligen, und hoffe er, daß die Kammer diesen Antrag mit der Vorlage auf Verlängerung des Finanzgesetzes nicht gleichzeitig behandeln werde. Müller-Melchiors, der Ausschussreferent, sprach heftig hiergegen, warf den Antisonisten, dem Ministerium sein „Desertiren" vom preußischen Bundtag vor; es sei ihm nie eine „bämischere" Behauptung in diesem Saal vorgekommen; vorgleich das Verfahren der Regierung in den letzten drei Jahren in Finanzsachen (bei drei von vier Landtagen mittelschlossenen Budgetverlängerungen) mit einem Spiel mit Pistole auf die Brust unter dem Rufe: La vie ou la bourse! warnte davor, einem Ministerium Dalwigk zu trauen, und schloß mit der Bemerkung, daß die Folgen dieses Mißtrauens, welche es auch sein möchten, auf diejenigen zurückfallen würden, die es verantwortlich machen würden. Nachdem zuerst verschiedene Anträge Lehne und den Verlängerungsvorschlag wegen ungenügenden und unvollständigen Berichts darüber an den Finanzausschuß zurückzuverweisen, und begründet dieselben. Um diese Frage drehte sich nun der Kampf. Wurden Volhards beide Anträge bejaht, so war der Vortheil für die Regierung dadurch größer; wurde es nur der zweite dieser Anträge, wie Eigenbrodt eventuell wollte, so kam die Finanzfrage, anbeirrt durch den Lehne'

schen Antrag, zur fortgesetzten Berathung und eine vielleicht für die Regierung günstigere Abstimmung, wie überhaupt der Lejeunsche Antrag an den Ausschuß zurückwanderte. Denn wie der Bericht des Finanzausschusses überhaupt ein feindschaftliches Parteiwerk, so ist insbesondere der den Lejeuschen Antrag behandelnde Theil desselben unvollständig und oberflächlich, was Rey, Miniserrath Maurer, und Rey deutlich nachzeigten. Aber einerlei! Bei der Abstimmung verwarfen die Ausschüsse mit 44 gegen 5 Stimmen den Waldorf'schen und mit 27 gegen 22 Stimmen den Eigenbrodtschen Antrag. Die Majorität hält sich also für genug instruirt und sie ruft dem Ministerium unbedingt ihr Va banque! die Sitzung war um 5½ Uhr Abends zu Ende.

Koblenz, 25. Sept. Die von Preußen angedeutete Maßregel zur Sicherung seiner Etappenstraßen durch Kurhessen, im Falle einer broodstehenden militärischen Besetzung dieses Staates durch Truppen eines nicht zur Union gehörigen Staates, scheinen ins Werk gesetzt werden zu wollen. Die hier stehenden beiden Bataillone des 15. Infanterieregiments begeben sich nemlich in Folge heute erhaltenen Marschbefehls morgen nach Köln, wo sie das dort stehende 18. Regiment ersetzen, welches Befehl zur Ausrücken nach der Umgegend von Paderborn empfangen hat, um von da aus die durch Kurhessen führende Straße zu besetzen. Ebenso hat heute die hier stehende mobile 12pfündige Batterie, unter dem Befehl des Capitän Wachter, Befehl erhalten, in den nächsten Tagen zu gleichem Zwecke nach der Gegend von Paderborn zu marschiren. Ob, wie man hört, das in Wetzlar stehende zweite Bataillon des 15. Regiments demselben nach Köln folgen und die ebenfalls der Wetzlar stehenden zwei Bataillone des 13. Regiments hierher kommen werden, darüber weiß man noch nichts Gewisses. Die hier stehenden 6 Landwehrcompagnien begehen jetzt die Kasernen.

Koburg, 26. Sept. Da in der jüngsten Zeit in hiesiger Stadt die nächtliche Ruhe durch Ferstreinwerfen und Legen von Kanonenschlägen wiederholt gestört, auch der Polizeibehörde bei Ausübung ihrer Pflicht vom lärmenden Haufen Widersetzlichkeit gezeigt wurde, sah sich das Staatsministerium veranlaßt, auf den von hohen Ständen bereits beschlossenen, aber noch nicht publicirten neuen Strafgesetzbuch die betreffenden Artikel über Aufruhr, Tumult u. s. w. unterm 23. Sept. als Verordnung bekannt zu machen. Nachdem weyerre, diese Verordnung enthaltende Maueranschläge nächtlicher Weile abgerissen oder besudelt worden, hat das Staatsministerium eine Belohnung von 100 fl. auf die Entdeckung der Urheber solchen Frevels gesetzt.

Schwerin, 23. Sept. So eben (4 Uhr Nachmittags) wird der Präsident der Kammer, Moritz Wiggers aus Rostock, unter einem großen Aufwande von Mannschaft von der Polizei abgeholt um gewaltsegrelt zu werden. Das Militär ist den ganzen Tag auf den Beinen gewesen, und es werden noch viele Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. Der Polizeimeister, Bürgermeister Stevenpel, ist heute über eine Stunde beim Großherzoge gewesen, wie man hört, wird ein Minister deßhalb seine Entlassung einreichen. (N. f. P.)

Schwerin, 23. Sept. Zu Folge der schon erwähnten politischen Maßregeln hat der Präsident der Abgeordnetenversammlung, Adv. Moritz Wiggers Folgendes bekannt gemacht: Da gegen mich und viele der hier anwesenden Mitglieder der zum 24. d. von mir eingeladenen Abgeordnetenkammer politische Verwittungsstrafen angeführt worden sind, welche dem gesetzlichen Zusammentritt der Kammer unmöglich machen, so kündige ich die auf morgen anberaumte Sitzung hierdurch ab. Schwerin, den 23. Sept. 1850. — Die beiden Staatsräthe außer Diensten, Meyer und von Lieberherr, haben gestern eine Versammlung, welche Mitglieder der Rechten der Kammer der Abgeordneten abhielten, berathen und daselbst die Erklärung abgegeben: „sie konnten die formale Gültigkeit der Staatsgrundgesetzes jetzt nicht mehr anerkennen." Beide Herrn haben zwar in der Kammer der Abgeordneten das Gelöbniß auf die Verfassung nicht abgelegt, der Minister a. D. v. Lügow hat derselben aber amtlich mitgetheilt, sie hatten dieß Gelöbniß bei ihrem Amtsantritte als Staatsräthe bereits abgeleistet. (N. fr. P.)

Oldenburg, 22. Sept. Die „Niedersächsische Zeitung" meldet: Tags nach der Rückkehr des Großherzogs von Rehme, welche vorgestern Nachts 1 Uhr erfolgte, ist ein Cabinetscourier mit Depeschen an den König Otto von Griechenland nach Alsfastenburg abgegangen. Man erinnert sich, daß im vorigen Jahre während der Anwesenheit der Königin Amalie vielfach die Rede davon war, daß die Königin ihren jüngsten Bruder, den Herzog Eitmar, zum Thronfolger in Griechenland bestimmen zu können. Es darf daher nicht wundern, daß gerade jetzt, wo die Zeitungen bereits von den Thronentsagungs-Absichten des Königs Otto sprechen, wiederum derartige Muthmaßungen auftauchen.

Berlin, 22. Sept. Gestern wurde uns in Potsdam, in einem Kreise, in dem man stets wohl unterrichtet zu sein pflegt, versichert, daß allerdings viel davon die Rede ist, dem Generallieutenant v. Radowitz schon in den nächsten Tagen eine sehr ehrenvolle und wichtige Sendung nach Frankfurt a. M. und vielleicht auch nach Wien übertragen zu sehen. Sie steht, wie man hinzufügte, in einer Weise, in der

(Maurerei in Preußen.) In den Ländern, wo der Regent, oder ein Prinz, oder sonstiger Verwandter der Fürstenfamilie Freimaurer ist, übernimmt derselbe meist das Protectorat seiner Logen. Die Loge besteht aus Ehrenmitgliedern, Mitgliedern, musikalischen Brüdern, Dienern, Brüdern, aus Lehrlingen, Gesellen, Meistern. Der Lufton (Ton eines Maurers) gemieth bei Aufnahme Vortheile. Luftonlogen sind größtentheils Pflegschulen der ächten Logen. Die höhern Grade sind mehr Ausschüsse der verständigern, durch die Zeit bewährten Brüder, man nennt sie Erkenntnißstufen. Mehr können sie, am Ausschusse für die Großlogen zu gründen, in diesen Ausschuß hat Staatos Lehen. Es gibt Töchterlogen, Mutterlogen, Provinziallogen (Westphalen hat seine und steht direkt unter der National-Mutterloge zu den 3 Weltlogen, die in Berlin unter Prinz Wilhelm von Preußen arbeitet). Großlogen haben Großmeister, Großbeamte ꝛc. Friedrich der Große wurde 1738 als Freimaurer aufgenommen, Braunschweig und gründete als Monarch 1740 die National-Mutterloge zu den 3 Weltlogen in Berlin, welche in kurzer Zeit 14 Töchterlogen zählte. Es gehörte zum guten Ton, Mitglied der Loge zu sein. Papst Clemens XII. belegte die Freimaurerei 1735 mit Bann und Excommunication, die Papst Benedict XIV. 1751 bestätigte. Da in Westphalen keine Maurer waren, sind die Breven hier nicht publicirt; diese beziehen den Generalvikar Dembrechanten Spiegel, spätern Erzbischof von Koln, als Maurer, und andere Fürstbischofe Munsters. Beim deutschen Reichstage wurde 1794 vom Kaiser Franz darauf angetragen, alle geheimen Verbindungen zu verbieten. Der gegenwärtige Zustand der Freimaurerei ist nun folgender für Deutschland und zwar zunächst für Preußen. Keine Freimaurerlogen hatte 1847 Oesterreich, Kurhessen, Baden, Dessau, Köthen, Homburg, Hohenzollern, Sigmaringen, Liechtenstein, Detmold, Schaumburg, Nassau, Reuß-Schleiz-Greiz-Lobenstein-Ebersdorf. Dagegen wo die Freimaurerei sich selbst im vormarzlichen absoluten Staate am thatigsten zeigte, hat der Prinz von Preußen, Wilhelm, nach seiner Aufnahme 1840 die Leitung der Freimaurer (seinem Bruder in der Würde folgend) als Großmeister sammtlicher Systeme übernommen. a) Die National-Mutterloge in Berlin hat in 20 starken Töchterlogen etwa 7500 Mitglieder, die nach dem aus der stricten Observanz entstandenen Systeme arbeiten, und hat mit den Johannisgraden 7 Grade. b) Die große Landesloge in Berlin zählt in 53 Tochterlogen 3770 Mitglieder, bearbeitet nach dem von Zinzendorfschen altschwedischen Systeme und hat 7 Grade. c) Die Loge Royal York zur Freundschaft in Berlin zählt 25 Töchterlogen, 1440 Mitglieder. Sie hat der höhern Grade 6 Erkenntnißstufen. — Die 61 deutschen Logen verschiedener Systeme wogen, außer den 164 preußischen, etwa 4600 Brüder, und mit ihnen in 225 Logen 17,200 Brüder. Im Jahre 1847 zahlen. Eine der Hauptlogen Berlins hat den Beschluß gefaßt, aus ihren Statuten denjenigen Paragraphen wegfallen zu lassen, welcher den Eintritt in dieselbe dem christlichen Glaubensbekenntnisse abhangig macht; der Prinz von Preußen hat dieser Linderung seine Zustimmung nicht versagen zu dürfen angesehen. Es hat unter Maurerei in ihrer Beziehung „zur katholischen Kirche" betrifft, so wird letztere fast stets als ein der Hauptsache huldigendes Institut verwerfen und ihm ihre Anerkennung versagen müssen, wogegen auch der Umwurf: „daß die Maurerei Religion und Sittlichkeit nicht gefährde," sie unerheblich anerkannt wird. — Westphalen hat viele Logen, dagegen das Munsterland außer zu Munster (Warendorf vorubergehend) keine. Zuerst war in Munster die Loge auf dem Domplatz in der Wohnung des J. C. Druse, dann bei Friscur Lucke, jetzt in der Lottogasse. — Unter den Preußen, besonders unter dem Meister Blucher, Fürst Feldmarschall, kam die Maurerei sehr in Aufnahme und fand man Adel, Patricier, Beamte, Kaufleute in der Loge, von welcher auch alle Wahlen u. dgl. Jede Repräsentation in die Hand genommen wird. In allen Breven steht man Maurer an der Spitze. Im Schluß will ich, da der Bruch zwischen den Beamten und den Fürsten in Preußen und die Sympathie offizieller preußischer Organe mich darauf bringen, bemerken, daß der Kurfürst schon als Kurprinz-Mitregent die Maurerei untersagte. — Jetzt frage aber einer die Räthe und Beamten der Stadt Munster bis zum Amtsdiener herab, ob sie Maurer sind, man wird fast nichts anders als Freimaurer finden, und so geht's noch an vielen Stellen mit den Lieferanten u. s. w.

Neuestes.

Frankenthal, 24. Sept. Beim hiesigen Zuchtpolizeigericht wurden in 4 Sachen 24 Individuen wegen verleumderischer Denunziation bestraft. Sie gehörten früher sammtlich demokratischen Vereinen an. (Was sagt die Speyerer Zeitung dazu, die kürzlich solche verachtliche Denunziationen „den Pinsoereinlern und der Maulerfeile" zuschrieb?)

Linz, 24. Sept. Die vierte Generalversammlung der kath. Vereine Deutschlands hat gestern ihre Eröffnung gefunden. Die Zahl der diesjährigen Mitglieder, die sich schon auf dreihundert belauft, beweist, daß das Interesse und Bedürfniß dieser Versammlungen unter den Katholiken immer mehr gehobt wird, und wir wollen und nicht bereren lassen, wenn selbst die A. Allg. Z. die jüngst über den lutherischen Kirchentag in Stuttgart sich so auszuhirschi verbreitet, von dieser so wenig wie von der vorjahrigen Generalversammlung in Regensburg Notiz nehmen wird. Es hat einen rührenden Eindruck gemacht, als diesen Morgen der große und noch blühende Kirchenzug von Linz von Andern gehört, die Tribune bestieg, und — selber eine lebendige Predigt — ergreifende Worte an die versammelten Tausende richtete. Auch der Hochwürdigste Bischof von Regensburg, sowie die HH. Prälaten von Metten, Kremsmünster, Hergogenburg u. A. besuchen die Versammlung, auch Ungarn fehlen nicht, und so weit dort die deutsche Zunge klingt, hat sie ihre Abgeordneten hieher gesandt. Von Mähren sind nicht weniger als 46 Vereine repräsentirt. Der erste Redner des Tages war und blieb Pfarrer Eberhard aus Ketheim, München hochverdienter Kampferer, und was er über den jugendlichen Kaiser von Oesterreich und die Aufnahme, die ihm von der Vorsehung zum Heile der Kirche wie des Staates geschellt sei, sprach, gehört wohl zu dem ergreifendsten, was je einem Redner zu sagen gegeben sein mag. Der Eindruck war so machtig, daß die Versammlung sofort beantigt wurde, um ihn nicht zu verwischen. Diesen Abend war eine Vorversammlung der ersten Versammlung vereinigt werden, alle Stimmen zeigen sich auf den Freiherrn von Andlaw und Baden. Daß wird noch erwartet, Dollinger ist bereits hier, und außerdem aus München an zehn Abgeordnete. (A. P.)

T. D. Berlin, 24. Sept. Der „Staatsanzeiger" bringt die Ernennung des Landraths v. Natzmer zum Minister der auswartigen Angelegenheiten. — Eine an den kgl. Geschaftstrager am kurfurstl. hessischen Hofe, Herrn v. Thile, gerichtete preußische Note vom 23. Sept. 1850, bezeichnet den Widerstand des kurhessischen Volks als einen legalen und das Unternehmen des kurhessischen Ministeriums als Verfassungsbruch; dies ist als Ansicht des preußischen Gouvernements mitzutheilen. Hieran schließt sich die Mahnung zur Rückkehr auf den verfassungsmäßigen Weg. — Hannover und Bayern haben dem Bundestag einen formellen Protest gegen eine proponirt gemeinsame Bundesexecutionscommission eingereicht.

Paris, 25. Sept. Die Permanenzcommission hat die beantragte sofortige Einberufung der gesetzgebenden Versammlung mit einer Mehrheit von nur 2 Stimmen verworfen, worauf die Course fielen. Auf morgen (26. d. M.) ist eine abermalige Sitzung derselben Commission anberaumt. (Fr. C.-Z.)

Berlin, 25. Sept. 33. WNB. Der Kaiser und die Kaiserin von Rußland werden unserm Könige auf Erdmannsdorf einen Besuch abstatten und zwar wird der 28. Sept. als der Tag der Ankunft des hohen Paares daselbst bezeichnet. Wie man hört, wird Kaiser Nikolaus einige Tage auf Erdmannsdorf verweilen, während die Kaiserin ihre Reise nach Ischl dahsigt fortsetzen wird.

Posen, 23. Sept. Das allgemeine Stadtgespräch bilden hier gegenwärtig die Mystificationen, deren Opfer mehrere hohen Geistlichen durch die unerhörte Frechheit des nunmehr als gemeiner Betrüger erkannten angeblichen Fürsten Alfred geworden sind. — Wer mag es jetzt wissen will, ist dieser Pseudo-Fürst ein Jude. Uebrigens hat er hier fleißend Lateinisch gesprochen und sich mit allen Klerikalverhältnissen durchaus vertraut gezeigt, sich aber auf kluge Weise gehütet, irgend eine geistliche Handlung vorzunehmen.

Turin, 20. Sept. Das klerikale Blatt Armonia bringt eine Korrespondenz aus Rom vom 13., woraus hervorgeht, daß Pinelli schließlich von dem heil. Vater an eine eigens bestellte Kardinalkommission gewiesen worden ist. Pinelli habe in Erwartung längerer Dauer der Verhandlungen ein Quartier gemiethet.

Die venezianischen Blätter „Opinone" und die „Croce di Venezia" berichten, daß 6 Bischöfe Piemonts mit Vollmachten mehrerer ihrer Collegen angekommen, sich zu Villanoveta versammelt, und von da den heiligen Vater schriftlich ersucht hätten, die Sieardischen Gesetze anzuerkennen. Die „Croce" ist ungläubig genug, die Namen dieser sechs Bischöfe anzugeben, sie sind solche die zu jener Zeit gegen die Gesetze des Herrn Sieardi und für den Hochwürdigsten Hrn. Erzbischof von Turin am kräftigsten protestirt haben! Wie glauben nicht wehr sagen zu brauchen.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

In der Stein'schen Buchhandlung (Marktgasse No. 318) ist so eben erschienen:
Der feinschöne Hausfreund. Vollständiger für 1851. Dritter Jahrgang. 4. mit farbigem Umschlage und vier Holzschnitten. Preis gleich den Vorjahr.
Derselbe enthält nebst dem üblichen Kalenderschein Theile, die Genealogie des k. Hauses, den 1000jährigen Kalender, Uebersicht der in Würzburg stattfindenden und abgehenden Posten, Briefsecretariat für deutsch-österreichischen Postverein, Ordinationsstempelmarken, Porto-, Zoll-, und Schiffsgelegenheiten, Münzverhältnisgleichheite zu 3, 3½, 4, 4½, und 5 pCt., Wechselrecht der Rheinprovinzen, Preußischen Rechts und ein umfassendes Jahrmärkterverzeichniß. — An erzählenden Texte: Der Tod Mechthens von Liebel, dessen Ursache und Folgen (1434—1562); der 25. Jahrestag des Jahres 1650; die Schacht bei Würzburg 1796; der Zhalermann; Mannigfaltiges (eine Antwort von Reckroten u. A.); die lebenslose Bleibigung, Interessantes die Schlesischen Preußen und seiner Regenten. Schließlich als Gemeinnütziges; Mittel gegen Verstimmen, Verbrennungen ꝛc.
Unter der Presse befinden sich Taschen-, Wand- und Gewinnerkalender.

Theater-Anzeige.

Sonntag den 29. Sept. 1850.
Erste Vorstellung im ersten Abonnement.
Zur Eröffnung der Bühne:
Die Schule des Lebens,
oder:
Königstochter und Bettlerin.
Romantisches Schauspiel in 5 Akten von Raupach.
Montag den 30. Sept.:
Norma.
Große Oper in 3 Akten von Bellini.

☞ Morgen Mittag zwischen 1 und 2 Uhr wird eine Beilage ausgegeben.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Hierzu das Erganzungsblatt Nr. 78.

Extra-Beilage zur Bayerischen Presse.

Würzburg, Sonntag den 29. September 1850.

Die Steuerverweigerung.

Dieser passive Widerstand, dieser Staatsstreich von unten, wo der Hochverrath in dem gleißenden Gewande der Verfassungstreue und Loyalität einhergeht: sie ist jetzt das Eldorado, das heimliche Ziel der Wünsche und der Hoffnungen aller moderhaft Constitutionellen, von Herrmann v. Beckerath ist Nichts als der Jünger, welchen die constitutionellen Pharisäer vorausschicken, um die deutschen Regierungen, insbesondere deren mächtigste, zu versuchen. Die Steuerverweigerung ein Staatsstreich von unten, denn noch niemals ist ein Gesetzgeber blödsinnig genug gewesen, zu meinen, daß der moderne Staat ohne Steuern bestehen könne, und seine Verfassung der Welt kann daher den Kammern das Recht beilegen, sämmtliche Steuern, oder — wie Hr. Dahlmann dies so treffend ausdrückt — den Staat selbst zu verweigern. Der constitutionelle Schluß, daß man ein Recht, welches in Betreff jeder einzelnen Steuer verfassungsmäßig unzweifelhaft ist, auch auf den Inbegriff der Steuern müsse übertragen können, ist ebenso schlagend und geistreich, als wollten die Fürsten aus dem Recht des Veto für jedes einzelne Gesetz die Befugniß herleiten, die legislatorische Wirksamkeit der Kammern überhaupt zu lähmen, oder als hätten die Minister mit der Executive auch das Recht, diese Executive beliebig zu sistiren. Die einzelne Steuer, so wie deren Erhebung und Verwendung mögen deßhalb die Kammern auf das gründlichste prüfen, und dann, sollte irgend genügende Gründe dafür beizubringen vermögen, beliebig bewilligen oder verweigern; den Inbegriff sämmtlicher Steuern aber, und insbesondere diejenigen Steuern, deren unbedingte Nothwendigkeit die Kammern selbst gar nicht in Abrede zu stellen wagen, lediglich aus Mißtrauen gegen das actuelle Ministerium zu verweigern, das ist Nichts als hochverrätherische Beeinträchtigung des den Fürsten verfassungsmäßig vorbehaltenen und garantirten Hoheitsrechts, ihre Ministerien beliebig zu ernennen, und wird deshalb mit Recht als ein Staatsstreich von unten, d. h. als Anfruhr behandelt, und zwar um so folgerichtiger und strenger, je mehr er bemüht ist, sein eigentliches Angesicht hinter der Larve des Patriotismus und der Verfassungstreue zu verbergen.

Intervention in Kurhessen oder nicht, und welche Stellung gedenkt Preußen zu ergreifen, wenn der „ungerechte Rath" benach zu einer bewaffneten Intervention fortschreitet. Die N. Pr. Z. gibt über vorstehende Fragepunkte folgende Antwort: Vor allen Dingen, wie es und bedünken will, eine wirkliche That, d. h. eine entsprechende Besetzung Kurhessens sobald die sogenannte Bundes-Execution die Kurhessische Grenze ohne Ueberschreitung Preußens überschreitet. Dann aber zunächst kein freiwilliges feindliches Entgegentreten, sondern so weit möglich ein bundesfreundliches Zusammenwirken, um die unbedingt, bundeswidrige und hochverrätherische Steuerverweigerung zu Boden zu werfen. Erst wenn dies geschehen, ist es an der Zeit, die sonstige Rechts- und Verfassungsfrage so wie die gegenseitigen Befugnisse Preußens und seiner Gegner einer nähern Erörterung zu unterwerfen, und es wird diese Erörterung dann um so leichter sein, als dafür in dem ebenfalls noch nicht aufgehobenen Bundesschiedsspruche vom 30. Oktbr. 1834 ein bestimmter Weg in der Form eines Bundesschiedsgerichts vorgezeichnet ist. Freilich wird Preußen dann auch nicht umhin können, eine bestimmte klare Stellung zu dem Bundesrechte einzunehmen, da es die Billigkeit überschreitet, zugleich die unbedingte Zuziehung und Zulassung zu den Verhandlungen des Bundes zu beanspruchen und dabei alle bundesrechtlich vorgeschriebenen Organe und Wege zu verwerfen, wie denn auch Preußen nicht unerwogen lassen darf, daß es seiner Zeit lediglich auf eigener Machtvollkommenheit in Sachsen und Baden eingeschritten ist.

Aber was soll nun werden in Kurhessen?

Hierüber hat sich in höhern politischen Kreisen folgende Ansicht festgestellt, und diese soll auch die Ansicht des Kurfürsten und seiner Regierung sein. Von militärischer Intervention in diesem Augenblick ist durchaus keine Rede, und die preußischen Sancho-Pansa's der Presse, welche mit Windmühlen fechten und schreien: „Preußen bricht seine Einwilligung, Preußen wird jeder militärischen Intervention entgegentreten, Preußen läßt sich nicht von Baiern abschneiden, Preußen verweigert fremden Truppen den Durchzug durch seine Etappen-Straßen ꝛc.!!" Diese Sancho Pansa's der Presse mögen sich beruhigen und ihren Athem schonen, denn es denkt bis heute kein Mensch an Intervention, weil zur Zeit keine nöthig ist. Dagegen ist nöthig, daß der Kurfürst seinen Minister Hassenpflug gerade in der jetzigen Epoche um keinen Preis aufgibt. Nur dadurch ist der Schlag, der auf das monarchische Prinzip geführt wurde, abzuwenden. Um den Preis der Entlassung Hassenpflugs darf und wird der Kurfürst die Steuerbewilligung nicht erkaufen, denn das hieße so viel, als sie um den Preis seiner Prärogative erkaufen, und damit wäre die Monarchie in Kurhessen vernichtet. Lieber Abdanken, als das thun! Aber von Abdanken ist nicht die Rede. Was jetzt zu thun ist, besteht einfach darin, nachzudenken, was verfaumt wurde, oder vielmehr das sehr stürmische, aber nicht eben so sehr energische und consequente Verfahren Hassenpflug's wieder gut zu machen, d. h. die Kammer zu berufen, versehen in bester Form ein Finanzgesetz vorzulegen, um von ihr die Bewilligung der Steuern zu verlangen. Sie wird sie bewilligen, denn bis dahin vergeht noch ein Monat, und die Leere der Staatskasse drückt bereits furchterlich. Gesetzt aber, die Kammer würde, trop der eingehaltenen Formen der Verfassung, dennoch die Steuern nicht bewilligen, oder vielmehr an die Bewilligung die Entfernung Hassenpflug's als Bedingung knüpfen, dann ist sie offen in die Bahn der Revolution getreten, und dann, aber auch dann erst, ist der rechte Moment der militärischen Intervention durch den Bund gekommen, der sich dann auch gewiß Preußen nicht widersetzen kann und wird, um den Krieg in Kurhessen vorzeht, dann morgen in Preußen vorgehen, und die Rettung des monarchischen Prinzips ist die erste und höchste Rücksicht in jedem monarchischen Staate. — Erst wenn die Steuern bewilligt sind, dürfte und könnte der Kurfürst den Minister Hassenpflug entlassen, denn dann ist der Schritt ein freier, verschuldeter, kein gezwungener; der Kurfürst kann einer Antipathie seiner Unterthanen eine Concession machen, aber er darf es nicht zugeben, daß ihm Zwang angethan wird.

(Dr. R.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 27. Sept. Dem Vernehmen nach hat gestern der Stadtrath über die Frage wegen Aufhaltung der Staatsdienereyschalte gegen Anbringung der Ansprüche an die Staatskasse, berathen. Es wird alsbald ein Comite zur Entwerfung eines Planes ꝛc. zusammentreten. — Auf die letzte Zuschrift des Ministeriums des Innern an den landständischen Ausschuß hat dieser gestern Abend sie folgt: Nach Inhalt des uns zugekommenen Schreibens des Kurfürstl. Ministeriums des Innern vom 24. d. M. soll zum Zwecke der Berathung der zu erlassenden weiteren, die Handhabung des Kriegszustandes betreffenden Ausnahmsmaßregeln die Zuziehung des unterzeichneten bleibenden landständischen Ausschusses auf den Grund des § 95 der Verfassungsurkunde Statt finden. Wir erwiderten hierauf, daß wir zur Handhabung eines Kriegszustandes, den wir als gesetz- und verfassungswidrig zum Gegenstand einer Anklage gemacht haben, jede Mitwirkung ablehnen müssen. Kassel, den 26. Sept. 1850. Der bleibende landständische Ausschuß. Schwarzenberg. Henkel. Bayrhoffer. Gräfe. Kellner.

(St. H. Z.)

Kassel, 27. Sept. Die N. Hess. Z. theilt eine Zuschrift mit, welche der Ausschuß an den Kurfürsten gerichtet hat. (Wir werden sie morgen auszüglich mittheilen.)

Deutschland.

Ludwigsburg, 23. Sept. Aus Veranlassung der Art und Weise, wie das verurtheilungswürdige Pubikum in Tübingen seine Achtung vor den Gesetzwarnen daselbst wegen der Schuldigerklärung des fürstlichen Schloßbanners von Oberschwoben an den Tag legte, können wir nicht umhin, auch aus unserm Schwurgerichtssaal ein Seitenstück zu obigem anzuführen. Nachdem die Geschworenen den Dr. Eisenlohr von Weinsberg, welcher bekanntlich der Aufforderung zum Hochverrath angeschuldigt war, für schuldig erklärt hatten, wurde über dieselben, und insbesondere über deren Obmann, Hrn. Rechtskonsulenten Hochstetter von Backnang, so geschimpft und losgezogen, daß man nur staunen mußte. Es hieß über erstere „dumme Esel von Bauern, Rindvieher ꝛc.", über Letztern, man stehts dem Kerl schon an seinem konfizirten Gesicht an ꝛc." Mit bitterm Gespött verließ ich den Saal, und hätte nur wünschen mögen, daß Diejenigen, welche so sehr über die Mündigkeit des Volkes schreien, um alle möglichen Exercitien für daßselbe verlangen, das freche Schimpfen und Lästern über ein Institut, nach welchem so lange geschrien wurde, hätten hören können. Diese beiden Fälle beweisen zur Genüge, auf welcher Bildungsstufe unser Volk steht. Statt den Spruch der Geschworenen, mag er ausfallen, wie er will, und mag man denselben unterstanden oder nicht durch anständiges Schweigen zu ehren, ruft man heute bei einem Nichtschuldig Hosiana, morgen, wenn der Wahrspruch auf Schuldig lautet: an's Kreuz mit ihnen. Mit Menschen, welche so urtheilen, kann man nur Mitleid haben: man möchte über sie weinen, wie Jesus über Jerusalem; aber sehr begreiflich ist es jetzt, warum gewisse Leute, die dem Volke stets nur zu schmeicheln wissen, blos um ihren ungemessenen Ehrgeiz zu befriedigen, leider einen, wenn auch nur vorübergehenden Einfluß auf daßselbe auszuüben im Stande sind.

(D. K.)

Koblenz, 24. Sept. Wenn Sie diese Zeilen erhalten, so wird die Stadtthat, von welcher Bornhofen bedroht ist, ohne Zweifel vollbracht sein; worgen frühe sollen die kreflichen Patres den heiligen Ort räumen: so lautet die Entscheidung des Kreisamts, und da der Verein auch in höhere Behörde schwerlich von Erfolg sein wird, so ziehen sie denn ab, die fremden Männer, das mit die nassauische Regierung nicht ferner durch ihre Gegenwart gefährdet werde. Wie leicht fonnen die ehrwürdigen Priester diese Schmach tragen, sie, welche nun da sind, für Aemere zu leben und für Aeltere zu pattern! Schwerer werden hart diese Frevelthat die unwohnenden Katholiken betroffen, welchen aus der Anwesenheit der Gottesmänner eine reiche Fülle gestigten Segens zu entströmen pflegte, welchen auf der Anwesenheit der Ordensmänner eine reiche Fülle gestigten Segens zu entströmen pflegte, welchen auf den

gen, welche das Heilige verfolgen, jene schalen Weltleute, jene holzernen Polizeimaschinen, jene winzigen Staatsmänner, die vor jedem Lebenshauche erschrecken, welches nicht aus den Bälgen ihrer Regierungsmaschinen hervorgetrieben wird. Kaum haben sie das Lämpchen ihrer weltlichen Autorität an der unauslöschlichen Flamme der kirchlichen Autorität wieder angezündet, so ist auch schon wieder ihre größte Sorge, das Licht, das neben ihnen leuchtet, zu verdrängen. Die Töpel wollen es auch heute nicht begreifen, daß der Staat, der die Kirche anfeindet, dem Monde gleicht, der nach der Vernichtung der Sonne strebt. — Die Katholiken Nassau's hatten sich übrigens dessen von ihrem Herzoge nicht versehen; früher waren sie gewohnt, in ihren kirchlichen Nöthen auf den Einfluß des Hrn. v. Gagern (Max) zu rechnen; dieser Einfluß aber scheint nie so mächtig Anderen in Frankfurt und in Gotha Schiffbruch gelitten zu haben, obschon Max v. Gagern nie für Klein-Deutschland geschwärmt hat; wie es die Minister gethan, denen der Herzog das Schicksal seines Landes anvertraut hat. — Die verjagten Patres werden sich nach Kesten begeben, wo sie beim Pfarrer gastliche Aufnahme finden.

(D. Bfch.)

Koblenz, 27. Sept. Nach den hierher gelangten Berichten wird das bei Paderborn jetzt sich bildende Corps allein 10,000 Mann stark werden. Auch das bei Münster stehende Corps soll eine imposante Stärke erhalten.

Darmstadt, 27. Sept. Die allgemein erwartete Kammerauflösung ist heute unmittelbar nach der Steuerverweigerung erfolgt. Man erwartet ein umfassendes Manifest der Regierung, Forterhebung der Steuern und sodann ein octroyirtes Wahlgesetz. Wir erkunden uns Folgendes voranzusagen: Alle Behörden des Landes werden die rettenden Ideen des Ministeriums anerkennen; der nothgedrungene Schritt wird nur von der Socialdemokratie angefochten werden; die Behörden werden die Steuern ausschreiben, das Volk wird sie zahlen und nur der Proletarienanhang der Demokraten wird einen leicht zu beschwichtigenden Widerstand entgegensetzen. Ob und wer auf diesen Widerstand für legal und das Verfahren unserer Regierung für Verfassungsbruch ansehen wird, steht dahin. Soviel aber steht fest, unsere Regierung wird mit eigenen Mitteln zum Ziele kommen; in wenig Wochen wird sie das ganze Land auf ihrer Seite haben, und es wird sich zeigen, daß sie in gleicher Weise sich täuschen, die neue Belebung der demokratischen Wühlerei hoffen, wie welche hiervon anderweitigen Nutzen zu ziehen glauben. Von Interesse ist übrigens, daß die in der Kammer erhaltenen Convenienzen manchen ehrlichen Demokraten zur Besinnung brachten, und namentlich bei der Abstimmung über den Lehnesschen Antrag der republikanischen Mehrheit manche Stimmen abhielten.

(F. D.-J.)

Breslau, 23. Sept. Eine wahrhaft lächerliche Spuede der sog. Deutschkatholiken (Ronge aner) Schlesiens hat hier stattgefunden — ähnlich der zu Stuttgart. Nachdem dieselbe eine Predigt vernommen aber einen ziemlich passenden Text: „Stauffet euch ein neues Herz und einen neuen Geist: warum wollt ihr sterben?“ (Ezechiel Ronge's)? Dann Ja (Prediger Hofferichter) will nicht, daß ihr sterbet: kehret um (ja) und lebet“, entblödete sich der Prediger nicht, auszujagen, daß die Vertreter (unter ihnen Reee von Elenbee) das religios-gleichgültige Volk durch die lebenserfüllende Kraft der neuen Lehre erretten, und den innern sittlichen (?) Halt desselben heben. Eine wahre Ironie! Die Erscheinung, daß der Streit zwischen Katholiken und Protestanten aufgehört (?), soll der schönste Beweis ihrer Thätigkeit sein. Gott geb's — doch die ganze Welt weiß davon Nichts. Nun — dazu gehört ein guter Magen! Die Wahlbarkeit der Frauen zu allen Gemeindeämtern ist erklärt. Gleichzeitig konnte Schlange gegen Eva nicht fein. Die Synode ist mit einem fröhlichen Mahle geschlossen worden — tief in der Nacht — natürlich mit den Frauen.

Frankreich.

Paris, 26. Sept. Ein hiesiges Blatt sprach davon, daß Lord Palmerston Willens wäre, die eigentlichen Urheber jener skandalösen Auftritte, deren Gegenstand Baron Haynau war, aus England zu verweisen, nämlich die Koryphäen der ungarischen und polnischen Emigration, welche die Preßfreiheite des Herrn Darsley gegen den Baron Haynau gerieth haben, allein es steht dem Lord Palmerston nicht frei, die Bestimmungen der Alien-Bill eigenmächtig zu ändern, obwohl mehrere Mitglieder des britischen Cabinets mit der Absicht umgehen, in der nächsten Session des Parlamentes zu erwirken, daß politischen Flüchtlingen nur unter gewissen Bedingungen und Garantien Gastfreundschaft in England gewährt würde. In dem Falle soll bereits Lord Palmerston die dabei interessirten Mächte vertraulich befragt haben, ob sie wohl ihr Flüchtlinge, die aus England zu entfernen wären, die Rückkehr in ihre Staaten nach den vereinigten Staaten tragen wollten, weil sonst das britische Parlament schwerlich die Alien-Bill modifiziren würde, wenn damit Geld-Ausgaben für den öffentlichen Schatz Englands verbunden sein sollten. Dem Vernehmen nach soll die französische Regierung schon darauf geantwortet haben, sie würde bereitwillig dergleichen Kosten mit Bezug auf Flüchtlinge ihres Landes übernehmen.

** Aus der Schweiz, 26. Sept. In sämmtlichen englischen Blättern ist zu lesen, Sir Robert Peel habe seine Entlassung als englischer Gesandter in der Schweiz eingereicht. Es ist dies in sofern unrichtig, indem Peel seine Entlassung nicht freiwillig eingereicht, sondern in Folge Aufforderung der englischen Regierung, welche nun zu sehr eingesehen, daß Peel auf seinem Posten vollkommen unhaltbar ist; nicht sowohl in politischer Beziehung, sondern vielmehr wegen verschiedener anderer Vorkommnisse. Abgesehen von seinem holz Montez-Skandal, wollen wir nur an sein Benehmen in Baden-Baden im vorigen Sommer, wo sein Benehmen zu den verschiedenartigsten Klagen Anlaß gegeben, erinnern.

Italien.

Dem „Echo di Mont-Blanc“ zufolge hat ein Major der Carabinieri, der von der Regierung nach Fenestrelle gesandt worden war, dem Hochwürdigsten Herrn Erzbischofe Mgsr. Franzoni bedeutet, daß man ihm die Thore des Gefangnisses gerne öffnen würde, wenn er sich nicht nach Frankreich gehen wolle, wo er doch besser für seine Gesundheit sorgen könne. Der Erzbischof hat dem Abgesandten geantwortet, daß er Fenestrelle nicht verlassen werde, bis man ihn wenigstens vor Gericht gestellt habe. — In einer Correspondenz aus Rom an den „Ami de la Religion“ lesen wir u. A. Folgendes: „Nicht der Erzbischof von Dporto, sondern der von Braga, noch kurz Cardinal ernannt worden. Mfgr. Antenoro wird ihm das Barett überreichen. Die übrigen zu diesem Zweck bestimmten Prälaten sind: Mfgr. Appolloni für Frankreich; Mfgr. Jinoscki für Köln und Breslau; Mfgr. Prosperi für Olmüz; Mfgr. Teodoli für Spanien.

Neuestes.

Frankfurt, 27. Sept. Die hiesigen Blätter lassen sich unter den 26. d. M. aus Berlin eine Nachricht melden, deren Bedeutung ihrem wahren Sinne nach etwa folgende wäre: Der Igl preuß. Geschäftsträger am kurfürstlichen Hofe, Herr v. Thiele, habe eine preußische Note vom 23. Sept. erhalten, worin Preußen sich auf Seite der kurhessischen Steuerverweigerer stelle, und eine Handlung für legal erkläre, welche es im eigenen Lande mit Zuchthausstrafe belegt hat; eben so sei das Unternehmen des kurhessischen Ministeriums, die gesetzliche Ordnung und die Sicherheit des Staates auf Grund des § 95 der kurhessischen Verfassung, welcher bei außerordentlichen Begebenheiten ausdrücklich Ausnahmsmaßregeln gestattet, wiederherzustellen, und zwar in derselben Weise, wie dies Preußen seit Jahr und Tag in Baden thut, mit Verfassungsbruch, und dies sei als Ansicht des preußischen Gouvernements (?!?!) dem kurfürstl. Ministerium mitzutheilen. (R. Z.)

Bern, 24. Sept. Aus guter Quelle vernehme ich eben, daß noch in diesem Herbste eine großartige Mission von den Vätern der Gesellschaft Jesu in Köln soll abgehalten werden. Deutschland bin ich im Stande, Ihnen bald Näheres darüber mitzutheilen. (Mz. Z.)

Stuttgart, 26. Sept. Dem Vernehmen nach wird die Eröffnung der Landesversammlung auf den 4. Oktbr. stattfinden.

Wien, 24. Sept. Gestern sind mehrere Reitpferde Sr. Maj. des Kaisers nach München gesendet worden, woraus geschlossen werden will, daß der Monarch nächstens eine Reise dahin antreten werde. Doch verlautet hierüber noch nichts Bestimmtes. (Z.)

Prag, 24. Sept. Gestern kam die Weisung vom Kriegsministerium an 30,000 Pferde für die Armee anzukaufen. (A. Z.)

Berlin, 26. Sept. Die Nachricht, daß der Generallieut H. v. Radowitz eine Sendung nach Frankfurt oder Wien erhalten solle, ist unbegründet.

(Fr. J.) Berlin, 27. Sept. In der gestrigen Sitzung des Ministerrathes wurde beschlossen, eine Note an die kurfürstl. hessische Regierung zu richten, welche das Verhalten Preußens bei Ausführung des Bundestagsbeschlusses anderten werde.

27) Neukölburg, 25. Sept. Es werden Vorbereitungen zu einem Winterfeldzuge getroffen. Imwischen wird eine längere Pause, jedoch ohne Laubruh, auf dem Kriegsschauplatze eintreten.

(F. D.-J.-Z.

Nach einer der Const. Zeitung auf zuverlässiger Quelle zugegangenen Mittheilung hat „der Dänische Hochstkommandirende, auf die Anfrage preußischer Seits, auf sein Ersuchen ertheilt, daß er in seiner Weise Feindseligkeiten gegen das neutrale Schiff „Oberon“ befohlen.“ Außer einigen unerheblichen Contusionen von abspringenden Holz und Eisensplittern hat die Mannschaft des Schiffes nichts erlitten.

Aus Lissabon wird vom 19. d. berichtet, daß seit einigen Tagen die Truppen fortwährend zum Ausrücken in Bereitschaft gehalten werden, da man den Ausbruch einer revolutionären Bewegung gegen das Ministerium besorgen zu müssen glaubte. Der König hat mehrere Corpschefs, die man im Verdacht hatte, daß sie in die Verschwörung verwickelt wären, rufen lassen und die Frage an sie gerichtet, ob es wahr sei oder nicht, daß sie der Regierung feindselige Plane verfolgten; diese Militäre erwiderten, man möge sie von ihren Stellen entlassen, wenn man den geringsten Zweifel an ihrer Loyalität hege. Es hieß, die Königin Dona Maria sei in großer Besorgniß wegen des Standes der Dinge und habe an den auf seinem Landgute weilenden Premierminister Grafen Thomar geschrieben, um ihn zur schleunigsten Rückkehr nach der Hauptstadt aufzufordern. Man erwartete eine Kabinetsänderung; man glaubte, der Herzog von Terceira und Hr. Silva Cabral würden in das Ministerium eintreten und Graf Thomar sich von der Leitung der Angelegenheiten zurückziehen. (Z. J.)

A. London, 25. Sept. Die führer Opposition gegen das Ministerium haben gestern beschlossen, bei Wiederbeginn der Parlamentssitzungen den Angriff auf das Kabinet mit aller Kraft zu beginnen und bis zur Vernichtung fortzuführen.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schaafhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die spaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 234. Würzburg, Montag den 30. September. **1850.**

Revolution und Gesetzgebung.

Revolution ist Umsturz, Gesetzgebung ist Ausbau; Revolution ist thatsächlicher Zustand ohne Rechtsbasis, Gesetzgebung ist das Ergebniß eines Rechtsirrthums im Staate. Darum sollten Beide stets als Gegensätze erschinen. Es hat wohl Fälle gegeben, bei denen man sagen konnte, daß die Gesetzgebung, sei es durch Unterlassen oder durch Handeln, die Revolution herbeiführte, aber nie wird man mit Beifall der Vernunft und des Rechtes sagen mögen, die Revolution sei ein rechtliches Mittel, Veränderungen im Staate herbeizuführen; denn das dem Staate Entgegengesetzte, das den Staat Aufhebende, kann unmöglich zu den Faktoren gezählt werden, welche den Staat erhalten. Andern Standpunkt nehmen die, welche in der Revolution einen Rechtsfactor des Staates erblicken. Allein es gibt zweierlei Arten der Revolution oder den Umsturzes, von denen die eine für den Moment unerträglicher sich darstellt als die andere, dies aber doch nicht ist. Alle Revolutionen, aller Umsturz ist und bleibt gefahrlich, aber der gefährlichste, verwunschwürdigste, unheilvollste ist der, welcher durch Gesetze geschieht; denn wo das Recht den Unsinn und das Unrecht heiligt, da ist der gründlichste Umsturz. Von jeher waren selbst die Revolutionsmänner bemüht, ihren bösen Treiben die Rechtsform zu verschicken, und solches Verfahren hat die Rechtlichen aller Zeiten am meisten empört. Als man den unglücklichen Ludwig XVI. unter schreibarer Beachtung einer gerichtlichen Form morderte, da empörte gerade diese Art des Verfahrens doppelt. Als der Taumel des Jahres 1848 seine Saturnalien feierte, da war für die das Recht ehrende Männer am Traurigsten, daß die Demagogen sich auf die Form des Rechtswegs zu spielen suchten. Es war dies wahrhaft widerlich, und die Regierungen mögen sich hüten vor Gesetzen, welche nichts weiter bezwecken, als ein Fesseln der Vernunft, des Rechts, der Gottesfurcht, ein Anreden von ehrwürdigen Grundlagen der Gesellschaft; mit dem Ehrenkleide von Recht und Gerechtigkeit angethan, sollte nach dem Willen der Demagogie das Unrecht einhergehen und die Lüge verewigt werden. Will man Beispiele, so lese man einen großen Theil der Gesetze jener unseligen Zeit. Gott hat von solcher heillosen Verstrickung Seitens der Demagogen die Staaten und Regierungen in etwas zurücktommen lassen, allein man würde sich sehr irren, wollte man die Gefahr als beseitigt ansehen, ja, es ist diese um so größer, je mehr den Förderern der Revolution vor der Hand kaum etwas Anderes übrig bleibt, als die Revolution durch die Gesetzgebung. Wenn der tolle Pöbel stürmt und zerstört, da ist der Gegensatz sehr bald gefunden; wenn aber die Revolution in die Gesetzgebung sich zu flüchten beginnt, dann arbeitet sie zwar mit weniger augenblicklichem Erfolge, aber um so sicherer. Sie greift zur Lüge, um ein Recht der Lüge aufzubauen, denn nichts als eitel Lüge und Gaukelspiel ist dieses Reich. Wie wollen nur einige von diesen Gesetzgebungsphrasen anführen. Mit der Organisation der Arbeit sollte dem Proletariat ein Pfand gegeben werden, worauf hin sie stehen sollte, um den Fuhrern der Empörung als Hebel dienstbar zu werden. Communismus war eine noch gröber auftretende Form für Diebstahl und Beraubung. Der Ausdruck Feudalstaat sollte alle möglichen Rechte des gröbsten Grundbesitzes — (die oft nicht im Entferntesten mit dem Lehn- und Herrschaftswesen zusammenhängen) — zerstören. Freiheit der Wissenschaft sollte die Zügellosigkeit auf das Feld der Intelligenz bringen — denn die wahre Wissenschaft war nicht gebunden und war frei.) — Geschworenengerichte bei politischen Verbrechen waren geeignet, nicht nur die Strafbarkeit zu garantiren, sondern auch den Verbrecher eine billige Ovation für die wenige Gefahr bringen zu lassen. Breitsche demokratische Grundlage mit monarchischer Spitze war der Weg zur grauenvollen ochsokratischen Republik. — Die Pflicht der Gesetzgebung ist es, diese Irrsäße zu verlassen und nicht zu wähnen, als wandle sie auf festem Boden, wenn auch der Kratter des Revolutionsvulkans augenblicklich nicht speit, er raucht noch, und in die Nähe dieses Rauches soll man die Gebäude der Gesetzgebung nicht bauen; schon um deswillen nicht, weil selbst dieser Rauch, dieser Typhos, Ihren und Begriffe verwirret. Man unterfuche nur mit Unbefangenheit, wieviel von jenen sogenannten Fundamentalbegriffen gewachen, wieviel gemacht sei; man unterfuche nur, was man sich unter jenem Feldgeschrei denkt und man wird die richtige Linie finden. Thut man dies nicht, so hat man, möge man es glauben oder nicht, mit der Revolution traniginrt; der Vortheil ist auf Seiten der Letztern, sie hat augenblicklich und praktisch nicht Alles gewonnen, aber grundsätzlich ungeheuer viel; sie hat sich festgesetzt; sie hat sich in Besitz gebracht, in einen Besitz, den die Menge glaubig verehrt. Revolution arbeitet durch ihre Gesetze maschinenmäßig weiter; es hängt Gewicht sich an Gewicht, der wahre Staat kann zuletzt nicht widerstehen, er hat durch seine Gesetze sich selbst den Untergang bereitet.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 27. Sept. Der bleibende landständische Ausschuß hat heute folgende Zuschrift an Se. königl. Hoheit den Kurfürsten abgehen lassen:

„Königliche Hoheit! Der von den Ministern Ew. königlichen Hoheit bei und nach Auflösung der letzten Ständeversammlung betretene Weg hat sich nach kurzer Zeit schon als ein verfassungswidriger erwiesen, nur geeignet, Fürst und Land an den Rand des Abgrunds zu führen. Das hessische Volk hatte auch, als es dieses voraussehen, die Hoffnung nicht aufgegeben, daß Ew. l. Hoheit endlich das Verderbliche des Rathe erkennen würden, dem Sie in jüngster Zeit gefolgt sind. Es hatte vom Eintritt dieser Erkenntniß die Wiederkehr einer bessern Zeit erwartet. Es hat sich getäuscht. Die Verordnung vom 23. d. M. beseht es, daß es nicht eine Rückkehr auf der Bahn der Verfassung zu gewärtigen hat, sondern daß auswärtige Hülfe stattfinden soll, um die Hindernisse zu beseitigen, welche die Verfassung selbst ihrem Umsturze entgegenstellt. Aber auch jetzt wird das hessische Volk festhalten an dem Rechte, das jeder Gewalt überdauert. Die Mitwirkung des Bundestags ist angerufen oder angenommen worden, um die Landesverfassung vernichten zu helfen; beselben Bundestage, der in 33jähriger Wirksamkeit sich die deutsche Nation mehr und mehr entfremdet hat, der den deutschen Fürsten Hoffnungen auf einen Schutz erweckt hat, den er in der Stunde der Prüfung nicht zu leisten vermochte; der dann unter Mißachtung Eurer königlichen Hoheit wie aller deutscher Regierungen sein Ende gefunden hat, und nach amtlicher, von den hermaligen Vorständen der kurfürstlichen Ministerien der Justiz, des Innern und des Aeußern den Landständen gegebenen Erklärung ohne der letztern Zustimmung nicht wieder sich ins Leben rufen können. Dieser Bundestag taucht wieder auf, obgleich ihn die Nation verwirft, obgleich ihn die Mehrzahl der deutschen Regierungen nicht anerkennt. Er macht die alten Ansprüche und Eingriffe den verpfändeten Worten zum Trotz, daß er nicht zu den früheren Zuständen und Formen zurückkehren, sondern ihm Eingetheil nur zu einer den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Neugestaltung gelangen wolle. Er verläßt selbst den Boden des Bundesrechts, der Garantien nicht achtend, die sogar diesen in dem im Jahre 1834 eingesetzten Schiedsgerichte den Landständen hatte gewähren wollen. Und dieser Bundestag wird von Eurer königlichen Hoheit Regierung anerkannt, ihren bestimmtesten Versicherungen zuwider! Die aufgelöste Ständeversammlung hat gegen diesen neuen Bundestag feierlich protestirt, dem bleibenden landständischen Ausschuß liegt nur ob, diesen Protest gegenüber jedem Anmaßen oder Einschreiten desselben zu erneuern. Das Anfehen der Regierung Ew. l. Hoheit ist gefährdet, nicht durch die Landstände, nicht durch die Behörden, nicht durch das Volk, sondern durch Rathgeber, die die Verfassung verkennen oder mißachten. Auswärtige Hülfe kann nur geeignet sein, dieses Anfehen mehr und mehr zu schmälern. Das Einschreiten des Bundestags besteht nicht zu Recht, es wäre, wenn stattfindet, doch unnöthig. Es wird darauf zu stützen gesucht, daß die Ständeversammlung die erforderlichen Mittel zur Führung der Regierung verlagt habe. Dieses ist jedoch nicht der Fall. Es ist den Landständen nicht einmal vorgelegt worden, auch nicht ein provisorisches; es ist sowenig in dem vorgelegten Entwurfe eines Gesetzes über Fortverwilligung der Steuern als in dessen Motiven auch nur mit einer Silbe des Bedürfnisses allsbaldiger Verwendung derselben gedacht worden, es ist nicht entfernt berührt worden, den Bedingungen zu genügen, welche §. 144 der Verfassungsurkunde an eine jede Steuerverweigerung klar und unzweideutig knüpft. Es ist zwar gesagt worden, daß durch Beignahme auf das letzte Budget die Erfordernisse der demnach zu erhebenden Steuern und Abgaben hinreichend nachgewiesen worden sei. Eine derartige Beignahme findet sich nicht, würde auch nicht geeignet sein, die der Regierung obliegende Verbindlichkeit zur Nachweisung des Staatsbedarfs zu erfüllen. Zudem wäre eine solche Beignahme ohne alle Beobrung gewesen, weil die finanziellen Bedürfnisse des Jahres 1849 so außerordentlicher Art waren, daß gerade regierungsseitig bei Vorlage des da-

maligen Budgets aufsährich den Landständen entwickelt wurde, es könne daffelbe für die Folge nicht maßgebend sein. Das Verhalten der Landstände hat nicht darauf hingezielt, der Regierung die Mittel zur Bestreitung der erforderlichen Ausgaben zu entziehen, vielmehr hat, wenn es wirklich an diesen Mitteln fehlt, die Regierung selbst sich ihrer beraubt. Denn sie hat im Monat Juni d. J. die vorletzte Ständeversammlung aufgelöst, ohne für uns die gesetzlichverfassungsmäßige Zeit der Berathung der Steuervorlage zu gönnen. Sie hat die letzte Ständeversammlung, die erst am 26. vorigen Monats berufen wurde, gedrängt, bis spätestens zum 31. über die Steueranforderung zu beschließen, und sie somit thatsächlich der Zeit der Erwägung eben so sehr beschaubt, wie die letzte thatsächlich der materiellen Berathung der erhobenen Anforderung jeden verfassungsmäßigen Anhalts baar gelassen hat. Wenn dennoch in einem Falle der landständische Ausschuß, im andern die Ständeversammlung es über sich genommen haben, die Forterhebung der indirekten Steuern vor deren ausdrücklicher Bewilligung zu genehmigen, so haben sie damit soß mehr gethan, als zulässig sein mochte. Die letzte Ständeversammlung blieb, als sie der Verwendung der indirekten und der Erhebung der direkten Steuern Anstand gab, der näheren Nachweisung des Bedarfs derselben gewärtig. Es war dieses eine gerechte Erwartung, der innerhalb weniger Tage zu genügen gewesen wäre. An die Kosten der Oberst Ministern war es, die deshalb nöthigen Vorlagen noch zu machen, es hatten dieselben dazu Zeit, denn es standen ihnen, wie die Erfahrung beweisen hat, nicht nur noch Mittel zu Gebot, um fur den Monat September die nothwendigen laufenden Ausgaben zu bestreiten, sondern sogar um eine außerordentliche Truppenaufstellung zu ermöglichen. Die Minister haben es vorgezogen, in Ew. Königlichen Hoheit den Glauben zu erwecken, es habe eine Steuerverweigerung statt gefunden. Dieselben haben auf diese grundlose Behauptung hin jene Auflösung der Ständeversammlung beantragt, deren Folgen schwer auf dem Lande lasten. Mögen Ew. K. Hoheit mit Ihrem hohen Scharfblicke die Verletzungen wird nicht ausbleiben, daß in den unzeitigen zweimaligen Auflösungen der Ständeversammlung die Ursachen der Verlegenheiten zu finden sind, die Ew. K. Hoheit mit dem ganzen Lande zu beklagen haben. Und doch sind diese Verlegenheiten noch immer nicht der Art, um nicht bei redlichem Willen leicht überwunden werden zu können. Dem kurhessischen Staate stehen reichliche Quellen der Einnahme neben den Steuern zu Gebote, sie fließen in jetziger Jahrezeit am ergiebigsten. Sie werden hinreichen, um die nothwendigen Ausgaben der Regierung so lange zu bestreiten, bis eine neue Ständeversammlung zusammentreten kann. Sollten Ew. K. Hoheit dieses bezweifeln, so geruhen Sie, die pflichtmäßigen Berichte der betreffenden Behörden darüber einzuziehen, die es wenigstens für den Fall werden behaltigen können, daß die Ministerien sich der bereits ausmpfohlenen Sparsamkeit befleißigen. Ew. K. Hoheit haben schon die Wahl einer neuen Ständeversammlung verordnet, in wenigen Wochen kann dieselbe zusammentreten. Unter deren Mitwirkung kann der ordnungsmäßige Gang des Staats erhalten bleiben ohne jede Ausnahmsmaßregel. Wir haben nicht unterlassen wollen, dieses Ew. K. Hoh. noch vorzustellen, um zu zeigen, daß es nur verfassungstreuer Rathgeber bedarf, um die Regierung ohne Schwierigkeiten auf den Boden der Verfassung und der Gesetze zurückzuführen. K. Hoh. überzeugen Sie Dieses! noch ist es Zeit zu erwägen, ob in Kurhessen fremde Gewalt treten soll an die Stelle von Recht und Gesetz! Ehrerbietigst verharret Ew. K. Hoheit der bleibende landständische Ausschuß. Namens desselben dessen Vorstand: Schwarzenberg. Kassel, am 26. September 1850.

Kassel, 27. Sept. Staatsrath Scheffer soll sich geweigert haben, bei der Bildung eines neuen Ministeriums sich zu betheiligen. Derselbe hat Wilhelmsbad wieder verlassen. Oberfinanzrath Zuschlag hat der Aufforderung, nach Wilhelmsbad zu kommen, bis jetzt noch keine Folge gegeben; man sagt, er werde seine Entlassung einreichen. Heute Morgen hatte das Oberappellationsgericht eine erst gestern Abend spät angesagte Sitzung, zu welchem Zwecke ist unbekannt. Auch der landständische Ausschuß hielt heute eine Berathung.

Kassel, 27. Sept. Polizeiunmsfar Müller ist seiner Haft entlassen, das Inkriminationsverfahren gegen ihn wird indeß fortgesetzt. Die Entlassung ist die Folge einer durch das Justizministerium veranlaßten Beschwerde der Staatsprocuratur.

Kassel, 28. Sept. Soeben erfahre ich aus zuverlässiger Quelle, daß der Finanzminister Hassenpflug an die Landtagsabgeordneten den Befehl hat ergehen lassen, 44,000 Thlr. an das Kriegsministerium abzuliefern. Zugleich ist der Direktion der Main-Weserbahn die Weisung zugegangen, bis Sonntag einen Extrazug nach Gießen zur Aufnahme und Beförderung eines Bataillons abgehen zu lassen. — In Folge eines am 26. d. M. gefaßten Gesammtbeschlusses des Comite besteht aus den Herren Oberbürgermeister Hartwig, Bürgermeister Henkel, Geheimrath Koch, Banquier Pfeiffer, Obergerichtsanwalt Aldberg, Obergerichtsanwalt Dr. Harnier, Obergerichtsanwalt v. Schlemmer, Kaufmann Knappe, Fabrikant Eggena, Oberpostmeister Nebelthau, Obergerichtsanwalt Dr. Oetker, und wird alsbald einen Aufruf erlassen. (N. H. Z.)

Wilhelmsbad, 28. Sept. Die „Kasseler Zeitung" enthält die nachfolgende Erklärung: „Die gestrige „Frankfurter Oberpostamtszeitung" (wie das „Frankfurter Journal" und die „Deutsche Zeitung") bringt eine telegraphische Depesche, wonach eine an das Publikum gerichtete kurfürstliche Note, Hrn. v. Thiele, gerichtete preußische Note, vom 23. Sept. 1850, den Widerstand der kurhessischen Volks als einen legalen und das Unternehmen des kurfürstlichen Ministeriums als Verfassungsbruch bezeichne; dies sei als Ansicht des preußischen Gouvernements mitzutheilen und schließe sich daran die Mahnung zur Rückkehr auf den verfassungsmäßigen Weg. — Die Unwahrscheinlichkeit dieser Angaben leuchtet bei nur einigem Nachsinnen von selbst ein, und nur für die mehr befangenen Gemüther können wir die bestimmte Versicherung für nothig halten und hiermit abgeben, daß die kurfürstliche Regierung eine preußische Note obiges oder dem ähnlichen Inhalts nicht erhalten hat."

Wilhelmsbad, 28. Sept. Heute geht sicherem Vernehmen nach die Deutschrift der Staatsregierung über die kurhessischen Wirren an die sämmtlichen resp. Höfe ab; die Deutschrift wurde sehr beeilt, da man ausdrücks den Vertrauf der Wirren nur nach den Berichten der hessischen Oppositionspresse zu beurtheilen schient. Die Deutschrift macht mit Beilagen etwa 17 Druckbogen aus. (Kass. Z.)

Fulda, 27. Sept. Gestern Abend durchzogen starke Patrouillen die Stadt; die Weisung des kommandirenden Unterpräfekten lautete: „in allen Gast- und Wirthshäusern sich nach fremden Soldaten zu erkundigen." Was dieses Manöver bedeuten soll, weiß hier niemand. (Han. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Schleswig-Holstein, 25. Sept. Der Aufruf zum freiwilligen Eintritt in unsere Armee hat den gehegten Erwartungen noch lange nicht entsprochen und hat unser Heer nicht auf die Stärke gebracht, die es in Stand setzt, die Offensive mit Erfolg ergreifen zu können. Statt 15—16,000 Mann, wie man gehofft hatte, die hinzukommen werden, sind seit der Dybsteer Schlacht nur etwas über 4000 hinzugekommen. Freilich trägt die Erschöpfung auch zum großen Theil die Schuld hieron, indem bei der Annahme zu sehr auf die politische Färbung Rücksicht genommen wurde. Es ist doch aber dem einmal so, und das Heer ist in seiner jetzigen Stärke zu schwach, die festen Positionen des Feindes mit Erfolg anzugreifen. Es soll auch eine solche Erklärung von dem kommandirenden General gegeben worden sein, mit dem Zusatze, daß das Heer noch mindestens um 10,000 Mann stärker sein muß, wenn die Offensive ergriffen werden soll. Diese Erklärung des Generals von Willisen soll zusammenhängen mit einem Antrag, der in einer der gehenen Sitzungen unserer Ständeversammlung zur Sprache gebracht worden sein soll und der dahin ging, die Verheirathten bis zu 30 Jahren und die Unverheiratheten bis zu 40 Jahren auszuheben. Der Antrag ist noch nicht definitiv gestellt worden; man hat erst die Stimmung der Landesversammlung erkunden und ihn erst dann eindringen wollen, wenn sich diese dafür ausgesprochen hat, daß man auf die Majorität rechnen kann. Inzwischen ist die schleswig'schen Flüchtlinge Himmel und Erde in Bewegung, um zu entscheidendem Angriff zu drängen, in der Hoffnung, daß unsere Waffen glücklich sein und die Dänen bis an der Königsau zurückdrängen werden. So wünschen diese Leute, daß sie nach Ost, Frau und Kind im Stiche gelassen haben, wieder in ihr Heimath zurück, und viele von ihnen sind auch entschlossen, im Falle das Glück der Waffen auf nicht bald günstig ist, dennoch zu den Ihrigen zurückkehren, von denen sie seit ihrer Entfernung von ihnen fast keine Spur gehört haben. (Z. Z.)

Deutschland.

Aus Frankfurt, 25. Sept., wird der „N. M. Z." geschrieben: Es scheint, daß die in den Berliner Blättern schon laut gewordenen preußischen Protestationen in der kurhessischen Angelegenheit wirklich sich geltend machen wollen. Wie wir aus gut unterrichteten Quelle hören, ist vorgestern dem kurfürstlichen Ministerium zu Wilhelmsbad eine Note des preußischen Kabinets, Berlin, vom 21. datirt, zugekommen, in welcher es im Wesentlichen heißt: Man habe zu Berlin in Erfahrung gebracht, daß die kurfürstliche Regierung sich nach Frankfurt an die Bundesversammlung um Hülfe und Intervention in ihren Conflete mit den Ständen und Behörden des Landes gewendet habe. Es wird nun wiederholt die Nichtanerkennung der Bundesversammlung als solcher, so wie aller und jeder Beschlüsse u. Schritte derselben, namentlich auch in der kurhessischen Angelegenheit ausgesprochen, und erklärt, das Berliner Kabinet müsse sich, in Rücksicht auf die politische Stellung sowohl, als die geographische Lage Kurhessens Preußen gegenüber, seine Entschlüsse im eigenen Interesse, wie im Interesse Deutschlands vorbehalten. So wird der Inhalt der preußischen Note angegeben, die aber ihren erklärenden Kommentar erst durch eine mündliche Erklärung des preußischen Geschäftsträgers am kurhessischen Hofe erhielt, dahin lautend, daß Preußen ein etwaiges Einrücken von Bundestruppen in Kurhessen, um dort nöthigenfalls den Beschlüssen der Bundesversammlung Kraft zu geben und Volzug zu verschaffen, nicht dulden werde. Es sieht sich erwarten, daß die kurfürstliche Regierung eine solche Protestation nicht schlechterdings hinnehmen wird. Es waren von Preußen zwei gleich unzulässige Eventualitäten in Aussicht gestellt. Einmal will es die bundestreuen Regierungen an der Gesteindmahung eines unbestreitbaren Rechts und an der Erfüllung einer unabweislichen Pflicht, nemlich der gegenseitigen Hilfeleistung, wenn dieselbe noch thut und verlangt wird, und den Beschlüssen der Oberste der obersten Bundesautorität hindern; auf der andern Seite stellt Preußen eine unverlangte, daher unberufene und unbefugte Einmischung seinerseits durch Einrücken preußischer

Truppen auf kurhessisches Gebiet in Aussicht. Beides ist, wie gesagt, in jeder Beziehung unzulässig. Wenn Preußen sich der Erfüllung seiner Verpflichtung gegen den Bund entziehen, wenn es dem gesetzlichen Organ, der höchsten Behörde desselben die Anerkennung versagen will, so kann ihm daraus doch unter keinerlei Umständen ein Recht erwachsen, die bundesgetreuen Regierungen daran zu hindern, ihrerseits die ihnen unbestreitbar zustehenden Rechte zu üben, ihre Pflichten zu erfüllen; noch viel weniger aber kann es sich ein Recht anmaßen, eine Hilfeleistung aufzudringen, wo solche nicht verlangt wird. Truppen auf das Gebiet eines andern deutschen Staates einrücken zu lassen, ohne daß die Regierung dieses Staates solches verlangt oder genehmigt. Wenn solches zugelassen würde, so wäre damit faktisch die Unabhängigkeit der betreffenden Regierung, hier der kurhessischen, in ihren Entschlüssen und Handlungen, die Souveränität des Landesherrn und das Gebiet einfließenden Rechten und Gewalten beseitigen, vernichtet. Die Zulassung einer solchen Anmaßung, eines solchen Uebergriffes von Seite Preußens wäre ein gefährliches Präjudeuz, es wäre der erste Schritt zur formlichen Mediatisirung und Subjugirung der sämmtlichen mittleren und kleineren deutschen Staaten durch Preußen, und die einfachste Weise die Verwirklichung jener bekannten Idee eines Großpreußens, das man zu Berlin so gerne an die Stelle eines großen mächtigen Deutschlands setzen möchte. Als im Mai vorigen Jahres preußische Truppen in Sachsen einrückten, um dort zur Erdrückung des Aufstandes mitzuwirken, geschah es mit der Zustimmung der Landesbehörde und seiner Regierung, welchen die durch die Bundesbeschlüsse gebotene Hilfe geleistet wurde. Ebenso in Baden. Darum sieht es auch weder Oesterreich noch irgend einer anderen deutschen Regierung ein, Einsprache dagegen zu erheben. Anders aber ist es im gegenwärtigen Falle mit Kurhessen, wo von dem deutschen Bundes freistehen muß, Hilfe da zu verlangen, wo es ihm angemessen dünkt. — Der oberste Bundesbehörde allein, welche die Pflicht hat über Ruhe und Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung im Innern wie über die äußere Sicherheit Deutschlands zu wachen, ihr selbst wenn ihr Dazwischentreten nicht angerufen würde, nicht nur das Recht, sondern selbst die Pflicht zu, dasselbe eintreten zu lassen, sobald das Interesse, die Sicherheit des ganzen Bundes es erfordert. Nimmermehr aber kann ein einzelner Staat eine solche Befugniß für sich in Anspruch nehmen oder gar üben wollen. Es wäre dies die schreiendste Rechtsverletzung, die maßloseste Willkür. Wenn demnach die kurhessische Regierung, wie ich höre, durch eine Note vom 23. sich von vornherein gegen jede unverlangte, daher ihr aufgedrungene preußische Hilfeleistung verwahrt hat, so hat sie dadurch nicht blos das eigene Recht und Interesse, sondern zugleich das aller andern deutschen Bundesglieder gewahrt, indem sie einem Prinzip entgegengetreten ist, dessen Zulassung die gefährlichsten, heillosesten Folgen für ganz Deutschland, dessen Untergang zur Folge haben müßte.

△ Frankfurt, 27. Sept. Heute sind eine Anzahl Sappeurs aller Stadtgarben hier eingetroffen, um unter die im Großherzogthum liegenden hess. preußischen Truppen eingereiht zu werden. Einige, welche dem hier liegenden Regimente zugetheilt worden sind, werden hier verbleiben, die andern morgen ihre Reise an ihre resp. Bestimmungsorte fortsetzen.

Darmstadt, 27. Sept. Die heute erschienene Nr. 45 des großherzogl. Regierungsblattes enthält nachstehendes großherzogl. Edict, die Auflösung der Ständekammern und die Anordnung neuer Wahlen betreffend. Ludwig III., von Gottes Gnaden Großherzog zc. Wir haben auf den Grund der Artikel 63, 64 und 65 der Verfassungsurkunde des Großherzogthums verordnet und verordnen wie folgt: Art. 1. Die dermalige Versammlung der Stände des Großherzogthums ist aufgelöst und die Wirksamkeit jeder der beiden Kammern der Landstände hört mit der Verkündigung dieses Edicts in denselben auf. Art. 2. Alle Rechte der in Beziehung auf den dreizehnten Landtag stattgefundenen Wahlen sind erloschen. Art. 3. Es sollen sobald als thunlich neue Wahlen angeordnet werden. Art. 4. Unser Ministerium des Innern ist mit der Vollziehung dieses Edicts beauftragt. Urkundlich zc. Darmstadt, den 27. Sept. 1850. Ludwig. v. Dalwigk.

Aus Nassau, 26. Sept. Das „Frankfurter Journal" wird durch seinen Correspondenten über die Bornhofer Angelegenheit so rasch bedient, daß man in Versuchung kommt, denselben auf dem herzogl. Kreisamte Nassau zu suchen. Am 16. d. M. detretirt das herzogl. Kreisamt Nassau auf das Gesuch der Redemptoristen um Gestattung des temporären Aufenthaltes, daß diesem Gesuche nicht zu willfahren sei, „weil die Bittsteller kirchliche Handlungen vornehmen wollten, dies aber von anwärtigen im Herzogthum nicht gepaßten und von der ständigen Staatsbehörde nicht angestellten Geistlichen nach der bestehenden Gesetzgebung unzulässig sei," und droht gewaltsame Ausweisung, welche der Bürgermeister zu Camp, ein sehr gehetzter Jünger der „Freien Zeitung" und williger Handlanger des Kreisbeamten bei den Maßnahmen gegen die Redemptoristen, unterm 21. auf den 25. ankündigt. Diese Expedientionsverspätung nicht erwartend, fondern die alsbaldige Ausführung des Hattiscberifs mit voller Sicherheit annehmend, meldet der Correspondent des „Frankfurter Journals" triumphirend: „Die Redemptoristen haben sich am 17. d. von der nassauischen Landesgrenze zurückgezogen." So schnell ist es nun freilich nicht gegangen; auch haben die Redemptoristen alsbald gegen die freiamtliche Decretur den Recurs an das Ministerium angezeigt, welchen der Herr Bischof ausführen wird. Ob sich der Kreisamtmann dadurch abhalten lassen wird, seinen Proscriptionsbefehl in Kraft zu setzen, muß man abwarten. Eine gewisse rettende That im Herzogthum Nassau vollbracht zu haben, wage ich allerdings nicht zu behaupten, nachdem derselbe die ihm durch § 28 der Amtsverwaltungsordnung auferlegte Pflicht darüber zu wachen, „daß allen Religionsgesellschaften die freie und ungestörte Ausübung ihres Gottesdienstes gesichert und jede Störung oder Behinderungen der erforderliche Schutz gewährt werde" so verstehen zu dürfen scheint, daß er die Priester der katholischen Kirche nur dann Messe lesen, die Sakramente austheilen und das Evangelium predigen läßt, wenn sie sich gegen ihr Verbleiben in der Volkmacht dazu nicht vom katholischen Bischofe, sondern von ihm, dem Kreisbeamten, ausweisen. Für den Fall, daß des eingelegten Recurses ungeachtet die Redemptoristen von Bornhofen ausgewiesen würden, werden dieselben sich in einen der benachbarten Flecken, welche ihnen das Gemeindebürgerrecht geschenkt haben, zurückziehen und die Verlegung der nassauischen Staatsbürgerrecht resp. die Ministerial-Entschließung auf den ergriffenen Recurs abwarten. Der Wallfahrtsgottesdienst wird für diese Zwischenzeit unterbrochen sein, da das bischöfliche Ordinariat verfügt hat, daß vom Ausgenblicke eines der angerufenen Ministerial-Entscheidung vorgreifenden gewaltsamen Einschreitens gegen die Wallfahrtsstifter durch den Kreisamt oder den radicalen Bürgermeister zu Camp in der Wallfahrtskirche zu Bornhofen alle und jeder nicht von jenen verrichtete Gottesdienst unter Strafe von selbst eintretender Suspension des dagegen handelnden Priesters zu unterbleiben habe. Diese Verfügung ist es wohl, die das „Frankfurter Journal" in eine Excommunicationsklage umgewandelt, mit überraschender Schnelligkeit in seinem letzten Tagesberichte über Bornhofen angezeigt hat. — Natürlich stehen die Katholiken des ganzen Landes der Ministerial-Entschließung mit größter Spannung entgegen. Wie jetzt haben schon vierzehn Gemeinden die Redemptoristen als Bürger aufgenommen, und bereits von drei Decanaten hat die Geistlichkeit dem Herrn Bischof für die Berufung derselben in einer Adresse gedankt. Gewiß wird das Ministerium hierauf mehr Rücksicht nehmen, als das Kreisamt Nassau, für welches eine andere Gesetzgebung zu bestehen scheint, als die im Nassauischen Verordnungsblatte publicirte, welche noch einer früheren Mittheilung in diesen Blättern nichts von einer Staatskirche, also consequent auch nicht von einer Anstellung der Diener irgend einer Kirche, am Wenigsten derer der katholischen, durch die Staatsbehörde etwas weiß. (M. Z.)

Dresden, 25. Sept. In Zittau sind von 6 Hauptwerksgesellen, die sich am vorjährigen Maiaufstande betheiligt hatten, 5 zur Todesstrafe und einer zu 20jährigem Zuchthaus verurtheilt worden. — Die wegen Theilnahme an der Maiinsurrektion vorigen Jahres in Haft befindlichen Bürgermeister Tzschucke und Lehrer Thürmer in Meißen sind in erster Instanz Ersterer zu 5½jähriger, Letzterer zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe ersten Grades verurtheilt worden.

Schwerin, 24. Sept. Von den Mitgliedern der ehemaligen Linken wird heute Abend folgende Erklärung durch die „Schweriner Zeitung" veröffentlicht: Am 10. Oktober 1849 ward die zwischen dem Großherzog und der Abgeordnetenversammlung vereinbarte Verfassung als das gültige Staatsgrundgesetz verkündet. Der Großherzog hatte diesem am 23. August v. J. gelobt, dasselbe treu und unverbrüchlich zu halten. Nicht minder leisteten die Mitglieder der ersten nach diesem Grundgesetz berufenen Abgeordnetenkammer das in demselben vorgeschriebene Gelöbnis, die Verfassung treu zu beobachten und zu bewahren. Einen Zweifel an der Gültigkeit dieser Verfassung war auf keiner Seite Raum gelassen, und dieselbe kann unbefugter in anerkannter Wirksamkeit, als ein von dem Großherzog eingehobter Schiedsspruch und eine auf diesen Schiedsspruch gegründete Verordnung des Gesammtministeriums vom 14. d. M. das Staatsgrundgesetz vom 10. Oktober 1849 für aufgehoben erklärte. Durch jener Gelöbnis auf die Verfassung des Landes gebunden und zur treuen Beobachtung und Bewahrung derselben verpflichtet, konnten wir jener Ministerialverordnung eine rechtliche Wirkung nicht beilegen. Wir erschienen daher nach der uns bindenden Vorschrift des §. 99 des Staatsgrundgesetzes ohne Einberufung in Schwerin, um zu der Verfassung gehörigen Versammlung der Abgeordneten am heutigen Tage zusammenzutreten. Diese Zusammentreten ward jedoch durch die von dem Ministerium über uns verhängten Landkundigen Gewaltmaßregeln der Polizei zu einer thatsächlichen Unmöglichkeit. Der Gewalt hatten wir nichts entgegenzusetzen als unser Recht. Wir scheuten uns Gewalt mit dem Gewaltigen, nicht unterlassen zu haben, um unserm Worte und unserer Pflicht zu genügen. Verwahrende Erklärungen an das Ministerium hielten wir für unnütz. Die Thatsachen bekunden auch ohne Worte, daß wir das Staatsgrundgesetz vom 10. Oct. 1849 für rechtlich aufgehoben nicht erkennen. Odorf. Der Landrath Graf Schlitz. 1540. Chr. Mitbrandt. Rapp. Raber. Mecklenburg. Genzke. F. Wendt. Wenzlaff. Reinhard. R. Joseph. Möller. C. Turk. S. Schnelle. J. Reding. Medrek. Henssß. J. Ritter. J. C. W. Bentler. M. Wiggert. Julius Wiggert. H. Jesch. J. H. Neverman. M. B. Karnatz. H. F. Deitert.

Linz, 26. Sept. Die katholische Versammlung faßte fort, ihre öffentlichen und geschlossenen Sitzungen zu halten. Die Redner in der ersten Abendversammlung, Professor Michaelis aus Paderborn, Licentiat Wick aus Breslau, Michaelis aus Luxemburg, Monfang aus Mainz dürfen wohl selbst zu den ersten Rednern des deutschen Bundes gezählt werden. Es schien uns, als sei ihnen auch begegnet, was der Prophet des alten Bundes spricht: der Engel habe ihre Lippen mit glühender Kohle gereinigt, so strömte das Feuer der Beredsamkeit von ihren Lippen. Weil sprach über die großen Lügen der Zeit, Michaelis schilderte mit Rührung u. Begeisterung die Schicksale des verbannten Bischofes Lurenz, der der freimaurerischen Partei in Luxemburg das Feld räumen mußte, und wie ihn das ganze Volk jetzt reklamire. Ich brauche Ihnen nicht weiter zu sagen, daß diese derselbe Michaelis

ist, der die Verbannung und Gefangenschaft des großen Clemens August getheilt hat. Mayong verbreitete sich über die bereits im Leben erschütterlichen wohlthätigen Folgen des katholischen Vereinslebens. Dr. Weierbach, der Kremsmünster, hielt einen höchst interessanten Vortrag über den Lebensmagnetismus. Dr. Sepp über die Grosthat einer katholischen Politik, nämlich die Freilassung der Kirche in Oesterreich, und über die Nothwendigkeit eines näheren Aneinanderschlusses zunächst der Bayern und Oesterreicher, solle das deutsche Vaterland aus den Stürmen der jüngsten Jahre glücklich hervorgehen, und nicht die Beute norddeutscher Annahung werden; Graf Stolberg erklärte sich über die hohe Bedeutung der Bonifarius-Vereine, deren Vorstand er selbst ist, Legationsrath Kieber aus Nassau zog eine interessante Parallele zwischen dem Wirken der politischen Vereine und ebenerein der Frankfurter Nationalversammlung und den katholischen Vereinen, Bus eiferte für die Nothwendigkeit der katholischen Associationen, als das einzige Mittel, die Gesellschaft zu retten. Heinrich aus Koblenz, selber noch im angehenden Jünglingsalter, über die Nothwendigkeit, die Jugend auf besseren Weg zu bringen, was um so ergreifender war, als sich im Redner eine wahrhaft reine katholische Jünglingsseele aussprach. Maier Stolz aus Jusprach sprach über die die Nothwendigkeit, die Kunst in dem Bereich der Kirche zu erhalten. Dr. Merz aus München redete über die Nothwendigkeit, mit dem Schwert der Wissenschaft die Gegner auf dem Felde zu schlagen, und die Heilige Revolutionsarmee bilde. Die meisten Vorträge schlossen mit gewaltigem Applaus des zahlreichen Auditoriums. Gestern war auch eine allgemeine Versammlung im hiesigen Volksgarten, der ein Ausflug in die Umgegend folgte. Eben beginnen heute wieder die Sitzungen. Gott gebe, daß der Eindruck ein nachhaltiger bleibe, und noch mehr die Wirksamkeit der katholischen Vereine.
(A. P.)

Berlin, 27. Sept. Wie die „P. Pr. Ztg.“ hört, wird der neue Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Dr. v. Radowitz, die von ihm für die Zukunft einzuhaltende Politik kürzlich in einer Circulardepesche an sämmtlichen Gesandtschaften darlegen. — Die Gerüchte von einer weiteren Veränderung im Ministerium entstehen, wie dasselbe Blatt behauptet, vorläufig jeder Begründung.

Frankreich.

Paris, 26. Sept. Die Geschichte der Reise L. Napoleon's in den Osten und Westen von Frankreich ist jetzt erschienen. Der Verfasser, Barrail, gibt als Zweck seines Buches an, daß dasselb dieß Zusammenkunft und den Händedruck, den das französische Volk und Napoleon gewechselt, heiligen solle. — Die französische Akademie hat in ihrer heutigen Sitzung ihr Bureau ernennert. Guizot ist zum Direktor und Pouqueville zum Kanzler ernannt worden. — Ein Sohn des Ministers Baroche, bisher im Ministerium des Auswärtigen angestellt, geht jetzt als Gesandtschaftssekretär nach Madrid. — Ueber die Unterdrückung des „Peuple de 1850“ verlautet, daß das Zuchtpolizeigericht zu dieser Maßregel durch eine vom öffentlichen Ankläger gegen die drei verantwortlichen Herausgeber des Journals erhobene Anschuldigung veranlaßt ward. Diese lautete dahin, daß die Herausgeber bezüglich des Cautionsgelds eine falsche Erklärung abgegeben hatten, indem sie nemlich angaben, daß dasselbe ihr eigenes persönliches Eigenthum sei, während doch der größere Theil dem von den Actionären aufgebrachten Kapital entnommen war. Das Gericht entschied, daß eine falsche Erklärung abgegeben worden sei, verurtheilte jeden der drei Angeklagten zu 3000 Frk. Geldstrafe und verfügte, daß das Journal nicht mehr erscheinen dürfe. — Die in Lyon wegen Errichtung einer geheimen Gesellschaft unter dem Namen „Mutuellisten“ angeklagten Personen sind vom Kriegsgerichte freigesprochen worden. Sie erklärten, daß sie Freunde der Ordnung seien und nicht entfernt eine gesetzwidrige Handlung beabsichtigt hätten. — Die katholischen Blätter weisen ganz kurz, daß Persigny, der kam beschuldigt, daß er der Anfüster des Artikels „Was der Präsident will“ sei, mit einer Mission beauftragt, Paris verlassen hat. Worin diese Mission besteht, wird nicht gesagt. L. Napoleon ergreift von Zeit zu Zeit diesen Ausweg, um sich dem, seinen Ministern gegenüber stets compromittirenden, Einfluße seines vertrauten Rathgebers Persigny zu entziehen. Der Präsident scheint es nicht aber sich gewinnen zu können, mit einer durch frühere Gemeinschaft der Unternehmungen und Geschicke ihm angebürderten Umgebung zu brechen; aber er strebt, so oft er Gelegenheit dazu findet, seine Unabhängigkeit wieder zu erlangen und sie hat gestern den Beziehungen zu seiner Regierung und zu den Führern der National-Versammlung herzustellen. Uebrigens ist man von allen Seiten bemüht, vor dem Wieder-Zusammentritte der National-Versammlung — an eine frühere Einberufung durch die Permanenz-Commission glaubt man schon nicht mehr — jeden augenfälligen Bruch zwischen den verschiedenen Fractionen der Partei der Ordnung, daß zu Stimmung dahier hereits wieder eine ganz ruhige, da die Devouirungen dem sogenannten napoleonischen Manifest saß seine ganze gegenwärtige Bedeutung genommen haben, was saß nicht minder von dem Ausschreiben Barthelmy's behauptet werden kann. Zum Oppositionsblatte, das unermüdlich gegen Alles eifert, was den Umstand, daß zu Versailles nach der Krone die Truppen bewirthet wurden, willkommenen Stoff zu der Behauptung, daß der Präsident durch solche Mittel die Armee für sich zu gewinnen suche, womit zugleich die angebliche Absicht seiner Anhänger, eine neue Vermehrung seiner Civilliste zu beantragen in Verbindung gesetzt wird. — Ein Journal in Dijon wird wegen einer Nachstreitigkeit des londoner Attentats auf Hapnan gerichtlich verfolgt. — Einem Gerüchte zufolge soll in nächster Kammer-Session ein neues Ministerium fosort die Präsidentschafts-Verlängerung beantragen.

Italien.

In Betreff der Ergebnisse der Mission des Hrn. Pinelli wird aus sonst zuverlässigen Quellen bestätigt, daß die Sendung trotz der entgegengesetzten Nachrichten vollständig gescheitert ist. Die piemontesische Regierung verlangte als nothwendiges Präliminar eine ehrenvolle Uebereinkunft die Absetzung des Msgr. Franzoni. Der heil. Vater forderte hingegen als Conditio sine qua non aller ferneren Unterhandlungen die sofortige Freilassung des Hochwürdigsten Hrn. Erzbischofs. Diese Extreme zu vereinigen, war bei dem bekannten Umständen sehr schwer, wenn nicht unmöglich. Der Minister mochte aber um jeden Preis eine Versöhnung herbeigeführt sehen, wie auch der „Gazette de Lyon“ aus Turin geschrieben wird, und hat den Ritter Pinelli beauftragt, einstweilen in Rom zu bleiben, um sich mit den dortigen Verhältnissen bekannt zu machen, ohne sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Azeglio scheint auf diesen erschlossen zu werden von der Bahn, die er seither betreten, gerne abtreten, wird aber von seinen Collegen, Sicardi an der Spitze, gehalten. Es bliebe ihm dann nichts Anderes mehr übrig, als das Ministerium aufzulösen, und ein gemäßigtes zu bilden. Der Ministerpräsident verspricht sich keineswegs die Zweckmäßigkeit dieser Maßregel, und auch der König ist sehr geneigt, darauf einzugehen. Es entsteht aber da die andere Frage: Wird das neue Ministerium die Majorität der Kammer für sich haben? Diese Frage müßte jedenfalls verneint werden. So müßte auch die Kammer aufgelöst, und, wenn man sich nicht der Gefahr aussetzen will, daß dieselben Männer wieder gewählt werden, ein neues Wahlgesetz ausgeschrieben. So unübermindlich diese Hindernisse auf den ersten Anblick auch scheinen mögen, so wäre ein wenig Muth schon hinreichend, sie alle mit einem Schlage zu beseitigen. Eine Maßregel müßte freilich gleichzeitig ergriffen werden, um der Hauptstadt sicher, als auch den ferneren Städten des Königreiche den Frieden und die Ruhe wiederzugeben, — die vielen Tausende von Flüchtlingen, die aus Ungarn, der Lombardei, aus dem Kirchenstaate und aus Toscana in Piemont zusammengeströmt sind, müßten unschädlich gemacht oder ausgewiesen werden, und dann wird Victor Emanuel seine bekannten treuen Unterthanen wiederfinden.

Neuestes.

München, 28. Sept. Reisende, welche von Salzburg kommen, haben hier die Nachricht verbreitet, daß der Kaiser von Oesterreich den am 30. dieses stattfindenden Passionsvorstellungen zu Oberammergau anzuwohnen gedenke.

△ Aus Baden, 27. Sept. Die gute Witterung, welche wir seit vier Wochen hatten, ist bei diesem Einfluß auf den Weinstock uns dürfte das dieszährige Herbstergebniß alle Erwartungen übertreffen.

Stuttgart, 28. Sept. Wie man sich unter dem Volke Sympathien erwirbt, mag man aus der „Tübinger Chronik“ ersehen. Gedachtes Blatt enthält ein Schreiben des Herrn Fürsten v. Waldburg-Zeil, worin er für den Empfang an seinem Prozeß vor den Tübinger Geschworenen dankt. Es heißt darin: „Etwas bedaure ich! Ich hatte im voraus erklärt, ich wünsche, im Falle einer Freisprechung, grade der gedrücktesten Klasse des Volkes, den Armen, eine freundliche Erinnerung an den 18. Sept. zurückzulassen, und hatte hierzu eine Summe bestimmt, welche etwa den Unterhalt eines dreimonatlichen Festungsarrestes, der Prozeßkosten und der Geldstrafe, mithin ungefähr 1000 fl., 12 bis 1500 fl. gleichkäme. Dies ist nun nicht erfolgt, und selbst beim besten Willen bin ich außer Stande, diesen meinen Wunsch in Anbetracht der bedeutenden Kosten, die mir nun auflagen, zu erfüllen. Sollte es aber meinem Vertheidiger gelingen, eine Nichtigkeitsklage gegen das gefällte Urtheil durchzusetzen, und ich später, wo immer, freigesprochen werden, so soll mein Wunsch nachträglich noch erfüllt werden!“

Wien, 25. Sept. Dem Vernehmen nach ist es im Antrage, zu gestatten und freizustellen, daß Briefmarken zugleich zum Versiegeln der Briefe verwendet werden können.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Fremden-Anzeige.

Den 29. September 1850.

Kronprinz. Weber, Kammerrefident v. Koblenz. v. Neumann, Lieut. v. Bayreuth. v. Zwehsel, Oberlieut. von Neubach. v. Rauscher, Lieut. v. Neubach. Zipperich, Buchbinder v. Neubach. Mad. Walter v. Oppenheim. Kfte.: Renee v. Köln. Seydlmann v. Mainz.

Schwan. Rühnert, Fabrikant v. Erfurt. Bechmann, Rent. v. Dresden. Kfte.: Weber v. Mannheim. Mehr v. Eichstätt.

Wittelsbacher Hof. v. Wendel, Gutsbes. v. Brettau. Zeiberger, Pfarrer v. Lisberingen. Mad. Fiehe v. Salzburg. Kfte.: Förder v. Neuenburg. Levy v. Leipzig. Löwhard v. Nürnberg.

Württemb. Hof. Mr. v. Mrs. Harles, Rentier m. Bed. v. London. Lord. k. k. Appell.-Ger.-Rath v. Passau. Kfte.: Fischer v. Marktbreit. Jank v. Kleischner v. Berlin. Hilberger v. Memmingen. Kleinhaed v. Nauwerper. Mayer v. Fretburg.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhof 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 235. Würzburg, Dinstag den 1. Oktober. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Se. bischöflichen Gnaden haben die neu begründete Lokalexplanei Holzhausen l. Landgerichts Schweinfurt dem Kaplan Martin Rudolph zu Pfersdorf übertragen.

Das Proletariat.

Die Armuth an und für sich macht noch nicht den Proletarier, sondern weit mehr der sittliche und religiöse Verfall, aber dieser greift sich nur zu leicht zu der Verarmung, welche in dem letzten Jahrzehnt mit furchtbarer Schnelligkeit überhand nahm. Woher diese Verarmung, die fort und fort das Proletariat vermehrt? Gewöhnlich nennt man die hohe Besteuerung, allein so gewiß es heilige Pflicht ist, die Steuern so mäßig als möglich aufzulegen, so gewiß liegt doch in ihnen nicht der Grund von der schnell um sich greifenden Verarmung, denn wer bezahlt die Steuern? Die Vermöglichen beinahe allein, das Wenige, das auch Aermere dazu beitragen, fließt ihnen zehn- und hundertfach wieder zu, indem sie durch Verwendung der Steuern zu Straßen, öffentlichen Gebäuden und dergleichen einen Verdienst finden, ohne welchen sie nicht leben könnten. Die wahren und hauptsächlichsten Ursachen sind die Zunahme der Bevölkerung und die in allen Ständen gesteigerte Genußsucht. Das Proletariat hat erst in neuester Zeit eine Schrecken erregende Verbreitung auf dem europäischen Continent gewonnen, nicht aber ob es nicht zu jeder Zeit Arme gegeben hätte, die in ihrer Unzufriedenheit mit Mißgunst und Verbitterung auf die Besitzenden geschaut hätten; allein früher war ihre Zahl zu gering, als daß sie große Beachtung gefunden hätte; sie stieg erst mehr und mehr mit der Gesammtbevölkerung und der Vermehrung der Genüsse. Was namentlich Deutschland betrifft, so hatte der dreißigjährige Krieg es entvölkert und unter denen, die übrig blieben, einen Kommunismus der Armuth und Noth herbeigeführt; später, als die Einwohnerzahl wieder zunahm, wurde sie doch immer wieder durch Krieg verringert, wie durch die Raub- und Brandzüge Ludwigs XIV., den sodenzüglichen Krieg und kann die französischen Revolutionskriege, in welchem Württemberg allein wenigstens 40,000 junge Männer verlor. Anders wurde es vom Jahre 1815 an, indem Deutschland in dieser Zeit beständige Frieden genoß und darum trotz der Cholera die Bevölkerung reißend schnell zunahm. Nach den ernsten statistischen Nachrichten wuchs die Bevölkerung Preußens in dem letzten Jahre allein um mehr als 200,000 Menschen, eine ähnliche Zunahme fand in anderen Staaten statt, und man führt hier gewöhnlich als ein Wachsthum der innern Macht eines Landes auf, aber ob mit Grund und Fug? In Nordamerika freilich wächst mit der Bevölkerung die Kraft des Staates; je mehr dort eine Familie Kinder zählt, desto reicher ist sie, und so auch der Staat; bei uns dagegen findet das gerade Gegentheil statt, und was namentlich die Macht der Staaten betrifft, so sind es wenigstens nicht Rußland, Spanien u. Ungarn, wo sie durch ein Wachsthum der Bevölkerung zunimmt, denn nur diese Länder haben noch Grund und Boden genug, um eine größere Bevölkerung zu ernähren; die andern Länder sind insgesammt schon zu sehr bevölkert, als daß der Mißernten noch mehr werden dürften, ohne Verlegenheit und Noth zu bereiten. Deutschland namentlich ist bereits so übervölkert, daß darin allein schon Grund genug zu der wachsenden Verarmung liegt. Mag es auch in günstigen Jahren so viel produciren als seine Einwohnerzahl bedarf, in mittlern und Tausend und aber Tausend bei jedem Mißwachs, so wie bei jeder Stockung der Gewerbe verarmen. Aber woher nun die schnelle Verarmung, die eben so unfaßbar um sich greift? Woher die traurig langen Gantlisten, welche wir allwöchentlich zu lesen bekommen? Dieselben führen auffallend viel Gewerbtreibende auf, namentlich: da der Grund und Boden nicht zunahm, so mußten sich deßto mehrere den Gewerben zuwenden; wo früher zwei Schneider arbeiteten, fingen jetzt sechs, wo 9 Maurer waren, sind jetzt 20 und so bei allen Gewerben; so lange die Lebensmittel wohlfeil waren und die Gewerbe blühten, konnten sich so viele auch durchdringen, allein schon die Theurung von 1842 gab ihnen einen gewaltigen Stoß, und ehe sie sich von demselben erholen konnten, folgten zwei weitere Theuerungsjahre, 1846 und 1847, und auf diese zwei Jahre, wo beinahe aller Verkehr stockte, was denkst es sonst mehr, um die vielen Gantungen unter einem übersetzten Gewerbsstande zu erklären? Mit einem Wort: unsere Bevölkerung ist so groß, daß sie das kaum nur in besonders günstigen Zeiten zu reagen vermag, jeder Mißwachs muß unter Allen, die keine Früchte zu verkaufen haben, zur Verarmung nothwendig verbreiten, zumal, wenn noch eine Stockung der Gewerbe dazu kommt. Aber wie helfen? durch Ersparnisse in der Staatshaushaltung. Man lasse sie einerlei, es ist Pflicht, so weit sie möglich sind, aber damit allein ist doch wenig zu helfen, oder woran soll gespart werden? An Militär, — kaum werden Gerber, Tuchmacher und andere Gewerbtreibende in ihrem Verdienst verkürzt, und durch die entlassenen Militärs zudem die Konkurrenz der obnehin zu vielen Arbeiter vermehrt. Oder soll an den öffentlichen Bauten gespart werden? dann leiden die Taglöhner, die Maurer, Zimmerleute und andere Handwerker. Und so ist es bei Allen, wo die Regierungen Ersparnisse eintreten lassen sollen, wenn nicht diese Ersparnisse zugleich darauf verwandt werden, denen, die dadurch unmittelbar verkürzt werden, und überhaupt den ärmeren Klassen zu Brod zu verhelfen. Und wie hieß durch Hebung der Gewerbe? Sobald sie stocken, ist die Noth um so größer, je schwunghafter sie zuvor betrieben wurden, und Stockungen treten immer ein, aber wenn dieß nicht, so dringt doch jede Erhöhung von den Preisen der Lebensmittel unter die Gewerbetreibenden, namentlich die Fabrikarbeiter zu Jammer und Elend, denn der Taglohn steigt nicht mit den Beodpreisen. Es gibt nur ein Mittel, eine vom Staat geleitete und unterstützte Auswanderung. Man antwortete darauf schon: Was? der Mensch ist das edelste Gut eines Staats, und er soll dieses hingeben? Allerdings, als Gut, wenn er Grund und Boden hat, ihn zu ernähren, aber haben wir den? Man weist auf die da und dort noch die liegenden Feldstrecken, dahin soll man Armen-Kolonien verpflanzen. Ist es möglich, sie urbar zu machen, so versäume man es ja nicht, aber nur nicht durch Verpflanzung armer Leute auf sie. Bekanntlich sind die bis jetzt versuchten Armen-Kolonien fast insgesammt mißglückt; man suchte zwar den Grund davon meistens in den Leuten, die faul, ungenügsam u. s. w. sein sollten, allein der Hauptgrund lag in einem großen Uebersehen der Unternehmer. In Nordamerika findet der Ansiedler einen Boden, der, hat er den Urwald ausgerottet, ihm schon im nächsten Jahre eine reichliche Ernte zu geben pflegt, er bedarf darum nichts, als starke Arme, Beil und Spaten und Lebensmittel auf ein Jahr; der Boden dagegen, welcher in Deutschland noch urbar gemacht werden soll, erfordert Jahre langen, mit großen Kosten verbundenen Anbau, bis er endlich eine sparsame Ernte liefert. Zum Anbau solcher Feldstrecken eignen sich darum nicht arme Leute, sondern vermögliche Bauern, die mehrere Jahre zuwarten können und ein Vermögen darauf verwenden können. Für unsere Armen müssen wir den Boden auswärts suchen, sei es nun in Rußland oder Ungarn, in Amerika oder in Australien, und eben weil es Arme sind, denen die Mittel zur Auswanderung fehlen, muß der Staat die Sache in die Hand nehmen, und zwar aus öffentlichen Mitteln sowohl zur Ueberfahrt als auch zur Ansiedelung in Gesellschaften helfen. Solche Unterstützung fordert schon die Gerechtigkeit, denn die Auswanderer machen nicht nur ihren glücklicheren Mitbürgern Raum zu freierer Bewegung, sondern sie lassen auch ihren Antheil am Vermögen des Staates, an Straßen, öffentlichen Gebäuden u. s. w. zurück. Noch dringender aber spricht die Billigkeit und christliche Liebe dafür. Es ist immer, selbst für den Armen, ein schweres Opfer, die Heimath zu verlassen, welches darum so viel als möglich erleichtert werden sollte. Sollte man darum selbst die nothwendigen auswandern, das Schwere des Scheidens nicht noch Kräften erleichtern und sie mit dem Nöthigen ausstatten? Sich selbst überlassen oder mit zu geringen Mitteln versehen, gehen Hunderte in ihr Verderben, und selbst diejenigen, welche ihr Fortkommen finden, werden meistens durch Heimweh lebenslänglich geplagt. Selbst dieser Schwere würde weniger empfindlich wenn, was der Einzelne nicht kann, der Staat thun würde, die Auswanderer in Gesellschaften vereinigen und sie so in der neuen Heimath ansiedeln. Sich selbst überlassene Gesellschaften, wenn sie sich zu bilden, lösen sich nach der Erfahrung meistens auf, und doß ist es die Ueberfahrung in Gesellschaften, welche am leichtesten gelingt und am gewissesten das Heimweh vermindert. Der Auswanderer setzt dann doch sein Leben unter Bekannten fort, hört die gewohnte Sprache, sieht vertraute Gesichter und findet leichter die nöthige Hilfeleistung. Deutschland kann für jetzt freilich keine Kolonien anlegen, wie das alte Griechenland und heutzutage England und andere Seestaaten, aber doß es seine Kinder so forschicken, wie die jetzt, thut der bevölkerten Ehre nicht Eintrag, als alle andere. Die Regierungen können doch Geund und Boden im Voraus für die Auswanderer ankaufen und für ihre

Reise Sorge tragen, sowie durch die Vortheile, die sie daran knüpfen, dahin wirken, daß sie sich nicht vereinzeln, sondern in Gesellschaft anbauen. So lange dieß nicht geschieht und eben dadurch für einen tiefen Abfluß der Uebervölkerung gesorgt wird, bleiben unsere Zustände stets gefährlich und nothwendig zu einer Katastrophe führend, es wäre denn, daß Krieg oder Pest die Bevölkerung verringerte. Hatte man die Millionen, welche in den Theuerungsjahren für Getreide in's Ausland gingen, früher nach und nach auf eine einfprechende Auswanderung verwandt, so hätten unsere Enkeln für die Bevölkerung ausgereicht und wohl auch die Hunderte von Millionen, welche die Revolution verschlang, wären erspart worden. Man überzeuge, sich doch endlich: Auswanderung thut dem alten Europa noth, wenn es bestehen soll, und zwar eine vom Staat geleitete Auswanderung.

Die Hyder der Revolution.

Was wird werden! Wohin sollen diese Verwirrungen führen, die in ganz Deutschland Geister und Herzen betrüben! So klagen und fragen viele Vaterlandsfreunde. Sie hatten wirklich geglaubt, die Guten, daß mit dem ersten Kanonenschuß gegen die Rebellen die Konfusion und die Revolution zu Ende war. Als es nicht mehr brachte und tobte, die Straßen und die Gärten still wurden, hatte das deutsche Volk geglaubt, der wilde Traum sei aus, den es fast 2 Jahre lang getheimt. Es ist Dies nicht zu verwundern. Es geht im Leben ebenso. Die Menschen halten blos für existirend, was sie sehen; wohin ihr Auge nicht reicht, trennt auch ihr Verständniß nichts. Erstaunt sind sie über den Erfolg, aber kein sie dich bewegen: sie bewundern die Blüthe oder erschrecken vor der Frucht, aber während sie sprosste und wuchs, geheimnißvoll, wie alles Wachsen in der Natur, dachte und sann Niemand. So glauben sie jetzt, selbst Die, welchen es Ernst ist um den Staat und seine Organisation, daß mit der Revolution geschlossen ist, weil das Nothwendigste in einem geordneten bürgerlichen Leben, die äußere Ruhe, Handel und Wandel hergestellt und möglich geworden ist. Als sie ihren Umwillen laut werden ließen, die Konservativen, da vor dem Aufruhr alle Zügen des Staatsorganismus krachten, glaubten sie ihre Pflicht gethan zu haben. Jetzt ist wieder die Ruhe, gute Zeit zu kommen, in der man aus den Zeitungen politisirt, weise diplomatische Fragen stellt, und wenn man die Ereignisse in die Vogelperspektive der alten Parteinamen, passend oder unpassend, hineingebracht hat, Alles gelesset zu haben glaubt, um wie ein Patriot zu schlafen. So wird es in ferne'scher Zeit hingehen lassen, bis ein neues Wesen in die Erscheinung tritt; dann wird man wieder einmal fühlen, wie man mit allem Eifer zu spät kommen mußte, weil man erst aufstand, als der Generalmarsch schon durch die Straßen wirbelte. Die Revolution ist im Vaterlande und ganz Europa noch sehr lebendig. Sie wird in ferne'scher Schlange, von der die griechische Sage erzählt, hatte sie sinnlich Köpfe, die Feuer und Gift ausspieen. In ihrer Nähe war Unheil und Verwüstung. Wenn man, wozu die Kraft eines Herkules erfordert war, den einen Kopf abhaelte, rasch wuchs ein neuer aus der Wunde. Die Jäger, welche glaubten, daß mit einem Schwertstreich das Ungeheuer besiegt sei, erschracken nach kurzer Zeit über ihre gräßliche Täuschung. Da ersann der sinnige Sohn der Athenene ein besseres Mittel zu ihrer Besiegung. Erst mit dem Schwerte schlug er ab das Haupt.... dann mit dem Feuerbrande brannte er den Rumpf aus, die Stätte zu ersticken, aus denen der Nachen immer von neuem wuchs war. Das Gleichniß ist treffend. Das Haupt der Revolution haben wir abgeschlagen; gegen die Demokraten hatten die Soldaten gesolfen; .... aber, da wir weiter Nichts thaten, so werden wir nächstens den Kopf wieder gewachsen finden, giftiger und grimmer als zuvor. Während ihm das Haupt fehlt, den Feuerbrand des Eifers und der Thätigkeit zur Hand, und ausgesogen und erstickt die schlimmen Säfte, welche die Revolution erzeugen und nähren. Während es Frieden ist, rastlos die Wirksamkeit fortgesetzt gegen die Grundübel des revolutionären Wesens, rastlos in Belehrung und Bekehrung, glühend in Wort und Begeisterung die schlummernden Elemente bekämpft und gesammelt, . . . das wäre die That eines Herkules, der nicht blos auf die Stärke des Bajonetts, sondern mehr noch auf die sinnige Kraft des Geistes baut.

(K. J.)

Deutschland.

München, 27. Sept. Dieser Tage (so sehen wir im neuesten Hefte des Katholiken) ist das Antwortschreiben Sr. päpstlichen Heiligkeit an den Episkopat von Bayern eingetroffen. Nachdem Se. Heiligkeit sich sehr beifällig über die abzuhaltende Berathung der Bischofe der beiden Kirchenprovinzen ausgesprochen, die sich sowohl über die zukünftige Stellung der Kirche der Staatsgewalt gegenüber, als über die innern Angelegenheiten, namentlich Hebung der Kirchenzucht, Wahrung der kirchlichen Lehre in hohen und niedern Schulen, Priesterexerzitien und Volksmissionen u. s. w. verbreiten soll, geht die Entscheidung dahin, selbige blos als einfache Berathung, und nicht als Provincialconcil betrachten zu wollen. Namentlich liegt in dem erwähnten Schreiben der hl. Vater ein starkes Gewicht auf die Errichtung bischöflicher Knabenseminarien, und sollen in diesen, um ihren kirchlichen Charakter zu wahren, scholae internae errichtet werden. Auch das ist noch hervorzuheben, daß der Papst die Bischofe anweist, am Conversate festzuhalten.

München, 29. Sept. Im Gasthofale des Krenzbräu's wurden gestern 17 Mitglieder des geschlossenen Arbeiter-Bildungs-Vereines arretirt und in polizeiliche Verhaft abgeführt. Uebrigens sind einige von den Arretirten, unter ihnen der Rechtsconzipient Mayerhofer, noch in der Nacht wieder entlassen worden; die Meisten werden jedoch Mehrzahl ist jedoch noch verhaftet. — Der Redakteur des „Volksboten", Ernst Zander, ist von der Anklage wegen dreier Preßmißbräuche durch das 1. Appellationsgericht von Oberbayern entbunden worden.

München, 29. Sept. Nachfolgend theilen wir unsern Lesern das für die künftigen Donnerstag den 3. Oktober dahier stattfindende Entshlungsfeier der Bavaria, vorläufig bestimmte Festprogramm mit. Sämmtliche Theilnehmer am Festzuge versammeln sich Morgens in der Ludwigsstraße, wohin auch die Festgerichte der Künstler und Gewerbe gebracht werden. Der Festzug wird sich folgend ordnen: 1) ein Trompeterchor; 2) sämmtliche Theilnehmer am Festzuge mit Musiker und Bannerträger; 3) die vereinigten Liedertafeln; 4) in der ersten Hälfte des Festzuges werden sammtliche Modelle der Bauwerke Konig Ludwigs und die Banner jener Städte getragen, welche König Ludwig mit Kunstdenkmalen beschert hat (München, Augsburg, Speyer, Köln u.) angeben von Deputationen dieser Städte oder Frauen und Jungfrauen in den bet. Trachten; 5) die zweite Hälfte des Festzuges bilden festwagen der Gewerbe und Künste, angeben von ihren Meistern, Gesellen und Lehrjungen in ihren Arbeitskostümen mit geschmackten Werkzeugen; 6) ein Festwagen der k. Erzgießerei mit riesenem Musikchor. Der so geordnete Festzug bewegt sich von da (in noch bestimmt werdender Stunde) nach dem Wittelsbacher-Pallaste, woselbst sich derselbe unter Absingen eines Festchors aufstellt und durch eine Deputation die Festgeschenke dem König Ludwig überreicht werden. Hierauf bewegt sich derselbe über den Marsmiliansplatz in die Ludwigsstraße bis wieselbe, woselbst angekangt sich sämmtliche Theilnehmer in einem offenen Kreise um das, gegenüber dem ehernen Standbilde aufgeschlagene festlich geschmückte Königszelt aufstellen. Nach Eintreffen des Konigs Ludwig und des k. Hofes beginnt die Feier mit der Zubel-Ouvertüre von C. M. Weber. Hierauf Enstsalzung der Bavaria, Festreden und zum Schlusse ein Lagens bizu com-

ponirter Festchor. — Nach der Enthüllungsfeier soll ein gemeinschaftliches Festmahl sämmtlicher am Festzuge Betheiligten — möglichst auf dem Festplatze — stattfinden. Die Tagesfeier schließt bei einbrechender Dunkelheit, mit einer Beleuchtung der Bavaria. — Sollte für Donnerstags ungünstige Witterung eintreten, so bleibt etwaig anderweitige Tagesbestimmung für diesen Festzug dem König Ludwig vorbehalten. Weitere gesetzliche Anträge, diesen Festzug wegen der großen Vorarbeiten auf den 9. Oktober zu verlegen, schwerden noch. Wie man vernimmt, würde auch der Mittwoch dem 2. dahier von Vorstellungen eingetroffene Konig von Sachsen, hiesige und die folgenden Oktoberfestlichkeiten anwohnen.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 28. Sept. Oberstaatsassessor Stern und Schwurgerichtsrath Duse sind gestern nach Wilhelmsbad berufen worden. Die „N. Hess. Ztg." berichtet: Das diesige Comite zur Beschaffung der nothigen Geldmittel behufs Aufzahlung der Gehalte wird sich dem Vernehmen nach alsbald mit andern bedeutendern Orten des Landes in Verbindung setzen, um die Betheiligung an den patriotischen Unternehmen möglichst allgemein zu machen. Namentlich wird durch Benachmen mit dem in Hanau vom Stadtrathe niedergesetzten Ausschusse se. sogleich erfolgen. — Morgen werden, wie es heißt, drei Bataillone Infanterie, und zwar vom zweiten und dritten Linienregimente, so wie ein Bataillon Schützen hier eintreffen. Das als Staatsgefängniß bienende an der Fulda liegende Kastell, welches unter dem Befehle des obersten Militärchefs steht und in der letzten Zeit der Strafvompagnie als Kaserne diente, soll ergangener Ordre zufolge schleunigst geräumt werden. Die gedachte Strafcompagnie ist nach Hofgeismar verlegt worden. — Seit vorgestern Mittag hatten 15 Mann Wache das Gebäude des Haus- und Staatsschatzes besetzt.

Darmstadt, 23. Sept. Daß unsere Kammer den extremen Beschluß einer Steuerverweigerung faßte und die Vermittlungsamendements (die übrigens nur in der Form sich unterschieden) verwarf, beruht, wie hier von niemand bezweifelt wird, auf Ueberreizung der Jahre der bewaffneten Propaganda in Süddeutschland. Man glaubte bei uns schon einen Schritt weiter gehen zu können, als in Kurhessen, und hat nicht blos die direkten, sondern auch die indirekten Steuern unbedingt verweigert, selbst die auf Staatsvertrag beruhenden. Deutlicher kann die anarchische Absicht nicht ausgesprochen werden. Daß der übrigens darauf wenig Zeit gemacht. Der eine Abgeordnete kündigte die neue Revolution an, der andere ließ unverhüllt Guillotinen und Laternenpfahle aus seiner Tasche hervorsehen, und es schien ihm bei seinen wüthenden Ausfällen über unsere Oktoberregierung nicht beizustellen, daß es in einem Lande, wo man, ohne sich Unannehmlichkeiten auszusetzen, der Regierung mit der Guillotine drohen kann, doch mit dem Despotismus nicht so arg sein muß. Nur wenigen Sozialdemokraten ist die Rolle zugewiesen worden, Ueble und Treue zum Regentenhasse zu brucken und nachzuweisen, daß gerade die demokratische Partei die wahre Freiheit und Ordnung will. Die Absicht hat bis übrigens jetzt erreicht, was sie im Jahr 1848 wollte. Damals drängte sie die Regierung dazu, aus eigener Machtvollkommenheit ein Wahlgesetz zu einer konstituirenden Versammlung zu oktroyren, jetzt hat sie es dadurch, daß sämmtliche Märzinstitute der republikanischen Partei übersitzt geworden sind, bezüglich derselben, daß die regelmäßige konstitutionelle Bahn verlassen werden muß, und daß selbst die unvermeidlichen Handlungen der Revolution, der kurzsichtige Theil der Liberalen, der erst kaum Feuer merkt, wenn sein Rock brennt, die Nothwendigkeit einsieht. Unsere Gerichte werden mehrfache Gelegenheit haben, sich über die Verantwortung der Steuern auszusprechen, einmal durch den gerichtlichen Stempel, dann durch die

Entschedung oder Unterschlagung indirekter Abgaben und Widersetzung gegen die Execution. Wir wiederholen es und die nächste Zukunft wird uns rechtfertigen: Sie werden einstimmig die ihnen zugedachte Rolle demokratischer Werkzeuge zurückweisen. In Altbessen besteht sich die Demokratie in der Jugend auf einige untauglische Affentheren, in Rheinpreßen auf 2 oder 3 Halbe. Die Gothaer Partei wird vorerst wenigstens zur Regierung halten und an den Wahlen nach dem octroyirten Gesetze Theil nehmen; freilich wird sie auch in auf dem nächsten Landtage eine Art von Opposition bilden; dass aber hier eine Verständigung nicht schwer fallen wird, zeigt der Umstand, daß neben Hrn. v. Dalwigk ein früherer Gothaer, Hr. Mauer, in der Kammer gegenüber saß und scharf gegen letzteren entgegentrat. Mit Ausnahme einiger Führer, die nicht mehr zurückkommen, werden auch die Altliberalen einsehen, fur wen sie am Ende wählen. Im Ganzen herrscht hier große Spannung, aber durchaus keine Aufregung; man ist überzeugt, daß die Regierung ihre Politik mit Consequenz verfolgen und daß sie zum Ziele gelangen werde.

Meiningen, 26. Sept. Auch in unserer Nachbarstadt Koburg hat sich ein politischer Klumor entsponnen und man spricht von einer Art von Belagerungs- oder Kriegszustand, welcher daselbst auf Anrufen der Ortspolizeibehörde eingetreten sein soll. Den Anlaß hiezu gab der Literat Feodor Streit, Herausgeber eines ultrademokratischen Wochblattes („Neue Vorkzeitung"), und seine Anhang, welcher Straßenexcesse, und Fensterwerfen begleitet, begangen haben soll. In dem neuesten Koburger Regierungsblatt werden die durch tägliche Wühlereien irregeleiteten Störer der gesetzlichen Ordnung vor weiteren Gesetzverhöhnungen gewarnt und erklärt gemacht, daß der Vorgang mit dem Bergchen der Magistrat gegen Streit einverstanden sei und die durchgreifendsten Maßregeln zur Aufrechthaltung der Ordnung anzuwenden befohlen habe. Diese Maßregeln bestehen vorläufig darin, daß die Bestimmungen des neuen Strafgesetzbuches „über Aufruhr" verkündet, daß die Vergerwehr zum Patrouilliren aufgeboten worden ist und des Nachts nicht über drei Personen auf der Straße zusammenstehen dürfen. Auf Befehl des Herzogs und des Staatsministeriums ist der Gehilfe Streits, ein gewisser Nolte, von der Polizei über die Grenze gebracht worden; Streit selbst sich freiwillig, um der Haft zu entgehen. (S. D.-Z.)

Zwickau, 28. Sept. Gestern Abend haben unruhige Auftritte in Meerane stattgefunden, über deren Ursache man Folgendes hört. Ein Schüler der dortigen Schule war vor einiger Zeit wegen eines Dispäpatis vom Rektor mit Schlägen gezüchtigt worden. Er wurde krank und starb, wie die Sektion gezeigt haben soll, jedoch nicht in Folge der erhaltenen Strafe, sondern an einem organischen Uebel. Nichtsdestoweniger verbreitete sich sehr bald unter der Menge die Nachricht, der Knabe sei in Folge von den in der Schule erhaltenen Mißhandlungen gestorben, er entfloh dem Unfall, man verlangte nach dem angeblichen „Mörder", der überdies bei einem Theile der Bevölkerung als Reaktionär verschrieen war, ergriff und mißhandelte ihn, bis es endlich einer Anzahl Bürger gelang, ihn unter der Form der Verhaftung der Wuth der Menge zu entziehen. Diesen Vorwitzig ist er flüchtig hier angekommen und hat die Hilfe der Kreisdirektion in Anspruch genommen. (L. Z.)

Hannover. Der hiesige „Wolfsfreund" enthält heute folgende, und wie wir leider glauben müssen, wohre Notiz: „Unsere gute Stadt Hannover, welche bereits 38 Vereine — worunter vier politische, einen „Ungarn-" und „Polen-", einen „patriotischen zur Unterstützung für politische Flüchtlinge", einen „Wehrmannsverein" u. s. w. in — ihren Mauern zählt, ist vor einiger Zeit noch um einen bereichert worden. Es ist ein „Verbrüderungsverein" gebildet. Vorzugsweise seine neuen Akademie sind die bekannten Herren Dr. M. und Tschl. St. (Mensching und Stechan's) Jünger beschelken ist, aller Wahrscheinlichkeit nach, die Lehrbuechen demokratisch auszubilden, sie für die großen Ideen einer socialen „Republik" empfänglich zu machen, sie bei vorkommenden Gelegenheiten zu Straßenexcessen zu benutzen. — Dieser Verein ist zur Zeit noch nicht vollständig organisirt, hat indessen doch schon an den Abenden des 11. und 12. d. M. beachtenswerthe Lebenszeichen von sich gegeben. Derjenige, welcher sich von der Lebensfähigkeit dieses Vereins überzeugen will, wolle sich gefälligst des Sonntags- und Montags-Abends nach der großen Duvenstraße hinbegeben, er wird dort unserer hoffnungsvolle Jugend fingend, lobend, tauchend in beträchtlicher Anzahl versammelt finden." Wir unsere Theils gratuliren unseren — wie lein Zweifel daran ist — friedliebenden, tüchtigen und wohlhabenden Hauswortsmeistern zu der unentgeltlichen „Ausbildung" ihrer gewiß oft harmlosen Lehrlinge.

Wien, 26. Sept. Die Reise des Kaisers nach Vorarlberg, die so lange beweifelt wurde, ist nunmehr offiziell beschlossen und wird übermorgen stattfinden. Daß der Zweck mehr ein politischer als militärischer sei, geht schon daraus hervor, daß die eigentlichen Truppenmanöver bereits vorüber sein und allenfalls nur kleine Revue abschließen werden, welcher St. Maj. noch beiwohnen konnte. Dagegen sind alle Anzeichen, daß sich hohe Gäste in Bregenz einfinden werden, Gäste, die keine anderen sind, als die Könige von Bayern und Würtemberg, welche den jungen Monarchen an den Grenzgebieten ihrer Länder begrüßen wollen. Was den König von Würtemberg betrifft, so mochte er wohl ernstere Fragen der allernächsten Zukunft zu berathen und zu beschließen haben. Die Wahlen in jenem Lande sind wiederum in der Mehrzahl demokratisch ausgefallen und alle Anzeichen da, daß die Landesvertretung von ihr entschiedenen, ja fast feindseligen, aber den Zeitverhältnissen entsprechend beschränkte Verfassungsform zurückweisen werde. Damit wäre aber der letzte Versuch der Verständigung gescheitert und die Regierung sähe sich zu Maßregeln genöthigt, zu deren Durchführung sie sich jetzt noch nicht früher entschließen mochte, bis sie für alle dazu erforderlichen Hilfsmittel versichert wäre. Darüber in das Reine zu kommen, ist ein bestimmter Zweck für die Begegnung der beiden Monarchen in Bregenz. Und es verdient Erwähnung, daß der württembergische Gesandte am hiesigen Hofe, Herr v. Linden, der Bruder des würtembergischen Ministers, von dem Fürsten Schwarzenberg zu der kaiserlichen Begleitung eingeladen worden ist. Selbstverständlich kann jetzt auch keine Rede von der Auflösung des österreichischen Armeecorps in Vorarlberg sein. (K. Z.)

Linz, 26. Sept. Die Versammlung hat unter Heutigem folgende Beschlüsse gefaßt: Eine Danksagerke an den Erzbischof von Turin und die Wahl Zuhaus als nächsten Versammlungsort.

Berlin, 24. Sept. Es bestätigt sich auch durch offizielle Mittheilungen, daß bereits von uns früher angedeutete Nachricht, daß es bei den schon eingetroffenen badischen Truppen in preußischen Garnisonen verbleibt, und kein weiterer Ausmarsch aus Baden stattfindet. Selbst bei dem hier befindlichen badischen Auditoriale sind schon darauf bezügliche Anzeigen gemacht worden. Die von Seiten unserer Regierung geschehene Zurückweisung der vielseitigen Besorgnißerregungen in Baden bis auf die größere Hälfte des jetzigen Standes ist zwar in Beziehung auf einzelne Regimenter und Bataillone, aber vielleicht auch Brigaden, zurückgenommen; jedoch wird der Zweck durch ein anderes Mittel erfüllt werden. Die dasigen Regimenter sollen nämlich ihre Kriegs-Pferden, ebenso wie alle übrigen Abtheilungen, in die Heimath senden, und dadurch in den um ein Drittheil schwächeren Friedensstand aus dem bisherigen Kriegsstande versetzt werden. Der Generalleutenant und frühere Kriegsminister v. Schreckenstein, dem man schon eine andere Bestimmung zuwies, behält das Commando der preußischen Truppen in Baden. (L.)

Berlin, 28. Sept. Es wird jetzt so oft von den preußischen Etappenstraßen durch Kurhessen gesprochen, daß es gut sein wird, wenn wir eben nur kurz es aufzeichnen, daß die Etappenkommission zwischen Preußen und Kurhessen, auf welche hier bekanntlich wenden muß, vom 6. Oktbr. 1815 datirt und in Kassel eingesehen worden ist. Es sind hienach zwei Straßen, welche den preußischen Truppen im Kriege wie im Frieden unter jeder Bedingung offen behalten werden sollen. Die eine geht von Heiligenstadt aus über Wigenhausen und Kassel auf Marburg, und die andere von Eisenach aus über Berka auf Hersfeld Alsfeld und Grünfeld.

Berlin, 28. Sept. Der St.-Anz. berichtet: In der Sitzung des provisorischen Fürsten-Kollegiums vom 24. d. konstatirte des stellvertretende Vorsitzende, Geheimer Legations-Rath von Spyhm, daß nunmehr erfolgte Einverständniß sämmtlicher, im provisorischen fürsten-Kollegium vertretenen Regierungen sinsichtlich der Ablehnung der denselben angetragenen Rückkehr zum Bundestage. Er glaubte dabei in Uebereinstimmung mit allen Mitgliedern des Kollegiums die zuversichtliche Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß sich ein gleiches Einverständniß auch in Bezug auf alle Konsequenzen dieser ersten hochwichtigen gemeinschaftlichen Schritted der uninotreuen Regierungen bethätigen, und daß es diesen Regierungen, indem sie nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern festvorwärts weiter gehen, alle Schwierigkeiten zum Heile Deutschlands und seiner Länder begrüßen wollen. Was den König von Würtemberg betrifft, so mochte er wohl ernstere Fragen der allernächsten Zukunft zu berathen und zu beschließen haben. Die Wahlen in jenem Lande sind wiederum in der Mehrzahl demokratisch ausgefallen und alle Anzeichen da, daß die Landesvertretung von ihr entschiedenen, ja fast feindseligen, aber den Zeitverhältnissen entsprechend beschränkte Verfassungsform zurückweisen werde. Damit wäre aber der letzte Versuch der Verständigung gescheitert und die Regierung sähe sich zu Maßregeln genöthigt, zu deren Durchführung sie sich jetzt noch nicht früher entschließen mochte, bis sie für alle dazu erforderlichen Hilfsmittel versichert wäre. Darüber in das Reine zu kommen, ist ein bestimmter Zweck für die Begegnung der beiden Monarchen in Bregenz. Und es verdient Erwähnung, daß der württembergische Gesandte am hiesigen Hofe, Herr v. Linden, der Bruder des würtembergischen Ministers, von dem Fürsten Schwarzenberg zu der kaiserlichen Begleitung eingeladen worden ist. Selbstverständlich kann jetzt auch keine Rede von der Auflösung des österreichischen Armeecorps in Vorarlberg sein. (K. Z.)

Linz, 26. Sept. Die Versammlung hat unter Heutigem folgende Beschlüsse gefaßt: Eine Danksagerke an den Erzbischof von Turin und die Wahl Zuhaus als nächsten Versammlungsort.

Berlin, 24. Sept. Es bestätigt sich auch durch offizielle Mittheilungen, daß es bei den schon eingetroffenen badischen Truppen in preußischen Garnisonen verbleibt, und kein weiterer Ausmarsch aus Baden stattfindet. Selbst bei dem hier befindlichen badischen Auditoriale sind schon darauf bezügliche Anzeigen gemacht worden. Die von Seiten unserer Regierung geschehene Zurückweisung der vielseitigen Besorgnißerregungen in Baden bis auf die größere Hälfte des jetzigen Standes ist zwar in Beziehung auf einzelne Regimenter und Bataillone, aber vielleicht auch Brigaden, zurückgenommen; jedoch wird der Zweck durch ein anderes Mittel erfüllt werden. Die dasigen Regimenter sollen nämlich ihre Kriegs-Pferden, ebenso wie alle übrigen Abtheilungen, in die Heimath senden, und dadurch in den um ein Drittheil schwächeren Friedensstand aus dem bisherigen Kriegsstande versetzt werden. Der Generalleutenant und frühere Kriegsminister v. Schreckenstein, dem man schon eine andere Bestimmung zuwies, behält das Commando der preußischen Truppen in Baden. (L.)

Berlin, 28. Sept. Es wird jetzt so oft von den preußischen Etappenstraßen durch Kurhessen gesprochen, daß es gut sein wird, wenn wir eben nur kurz es aufzeichnen, daß die Etappenkommission zwischen Preußen und Kurhessen, auf welche hier bekanntlich wenden muß, vom 6. Oktbr. 1815 datirt und in Kassel eingesehen worden ist. Es sind hienach zwei Straßen, welche den preußischen Truppen im Kriege wie im Frieden unter jeder Bedingung offen behalten werden sollen. Die eine geht von Heiligenstadt aus über Wigenhausen und Kassel auf Marburg, und die andere von Eisenach aus über Berka auf Hersfeld Alsfeld und Grünfeld.

Berlin, 28. Sept. Der St.-Anz. berichtet: In der Sitzung des provisorischen Fürsten-Kollegiums vom 24. d. konstatirte des stellvertretende Vorsitzende, Geheimer Legations-Rath von Spyhm, daß nunmehr erfolgte Einverständniß sämmtlicher, im provisorischen fürsten-Kollegium vertretenen Regierungen sinsichtlich der Ablehnung der denselben angetragenen Rückkehr zum Bundestage. Er glaubte dabei in Uebereinstimmung mit allen Mitgliedern des Kollegiums die zuversichtliche Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß sich ein gleiches Einverständniß auch in Bezug auf alle Konsequenzen dieser ersten hochwichtigen gemeinschaftlichen Schritted der uninotreuen Regierungen bethätigen, und daß es diesen Regierungen, indem sie nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern festvorwärts weiter gehen, alle Schwierigkeiten zum Heile Deutschlands und seiner Länder begrüßen wollen. Was den König von Würtemberg betrifft, so mochte er wohl ernstere Fragen der allernächsten Zukunft zu berathen und zu beschließen haben. Die Wahlen in jenem Lande sind wiederum in der Mehrzahl demokratisch ausgefallen und alle Anzeichen da, daß die Landesvertretung von ihr entschiedenen, ja fast feindseligen, aber den Zeitverhältnissen entsprechend beschränkte Verfassungsform zurückweisen werde. Damit wäre aber der letzte Versuch der Verständigung gescheitert und die Regierung sähe sich zu Maßregeln genöthigt, zu deren Durchführung sie sich jetzt noch nicht früher entschließen mochte, bis sie für alle dazu erforderlichen Hilfsmittel versichert wäre. Darüber in das Reine zu kommen, ist ein bestimmter Zweck für die Begegnung der beiden Monarchen in Bregenz. Und es verdient Erwähnung, daß der württembergische Gesandte am hiesigen Hofe, Herr v. Linden, der Bruder des würtembergischen Ministers, von dem Fürsten Schwarzenberg zu der kaiserlichen Begleitung eingeladen worden ist. Selbstverständlich kann jetzt auch keine Rede von der Auflösung des österreichischen Armeecorps in Vorarlberg sein. (K. Z.)

Linz, 26. Sept. Die Versammlung hat unter Heutigem folgende Beschlüsse gefaßt: Eine Danksagerke an den Erzbischof von Turin und die Wahl Zuhaus als nächsten Versammlungsort.

Berlin, 24. Sept. Es bestätigt sich auch durch offizielle Mittheilungen, daß es bei den schon eingetroffenen badischen Truppen in preußischen Garnisonen verbleibt, und kein weiterer Ausmarsch aus Baden stattfindet. Selbst bei dem hier befindlichen badischen Auditoriale sind schon darauf bezügliche Anzeigen gemacht worden. Die von Seiten unserer Regierung geschehene Zurückweisung der vielseitigen Besorgnißerregungen in Baden bis auf die größere Hälfte des jetzigen Standes ist zwar in Beziehung auf einzelne Regimenter und Bataillone, aber vielleicht auch Brigaden, zurückgenommen; jedoch wird der Zweck durch ein anderes Mittel erfüllt werden. Die dasigen Regimenter sollen nämlich ihre Kriegs-Pferden, ebenso wie alle übrigen Abtheilungen, in die Heimath senden, und dadurch in den um ein Drittheil schwächeren Friedensstand aus dem bisherigen Kriegsstande versetzt werden. Der Generalleutenant und frühere Kriegsminister v. Schreckenstein, dem man schon eine andere Bestimmung zuwies, behält das Commando der preußischen Truppen in Baden. (L.)

Berlin, 28. Sept. Es wird jetzt so oft von den preußischen Etappenstraßen durch Kurhessen gesprochen, daß es gut sein wird, wenn wir eben nur kurz es aufzeichnen, daß die Etappenkommission zwischen Preußen und Kurhessen, auf welche hier bekanntlich wenden muß, vom 6. Oktbr. 1815 datirt und in Kassel eingesehen worden ist. Es sind hienach zwei Straßen, welche den preußischen Truppen im Kriege wie im Frieden unter jeder Bedingung offen behalten werden sollen. Die eine geht von Heiligenstadt aus über Wigenhausen und Kassel auf Marburg, und die andere von Eisenach aus über Berka auf Hersfeld Alsfeld und Grünfeld.

Schweiz,

Bern, 24. Sept. Seit gestern hat die Bundesstadt wieder an Lebhaftigkeit gewonnen: der große Rath des Kantons Bern ist versammelt. Das Einzige von einigem Interesse war gestern die diesmal ohne Einstrache erfolgte Beeidigung Stockmar's, des Mannes aus dem Jura. Er benutzte heute seine Anwesenheit, um die Regierung über den Bezirk Pruntrut, welcher bekanntlich noch immer unter erreptionneller Administration steht, zu interpelliren. Der heutige Tag war wärmer; es galt einen Gegenstand, der für beide Haupt-Parteien gleiche Wichtigkeit hat; den von der Regierung beantragten Modalitäten der Staatsbesoldungen. Eigentlicher Widerstand gegen das Eintreten in das Gesetz fand nicht Statt. Die besten Redner der Opposition erhoben sich von Anfang, indem sie die Nothwendigkeit eines neuen Besoldungsgesetzes zugaben, gegen eine Herabsetzung. Ein Intermezzo führte die Energie herbei, mit der ein Hr. v. Wattenwyl dem Staate das Recht bestritt, über Kirchengüter zu verfügen. Die Opposition gab Furcht vor der einreißenden Aristokratie vor, wenn die Besoldungen so herabgesetzt würden, daß weniger Bemittelte dabei nicht existiren konnten. Auf Seite der Regierung wurde das Projekt in Schutz genommen und noch besonders Anfage der Staatswirthschafts-Kommission vorden hingegen auch von den Rednern der Ma-

forstät angeschen, als die schlimmste aller Aristokratien herbeiführend — diejenige des Geldes. Daß kein definitiver Antrag gegen das Eintreten des Projektes vorgebracht wurde, beyzeugt, daß die Opposition die Sache von vorn herein verloren gab; auch zwei untergeordnete Anträge von Mitgliedern der Linken wurden verworfen, zwar nur in einer Abstimmung, die mehr als alles andere zeigt, wie es das uns eigentlich steht. Auf der Linken zahlreiche Lücken; ein Zeichen der Gleichgültigkeit, wenn nicht gar Muthlosigkeit; auf der Rechten nicht der Platz für einen Mann leer! Morgen werden die einzelnen Besoldungen diskutirt. (K. Z.)

Italien.

Einem Briefe aus Rom vom 20. Sept. im „Univers“ entnehmen wir Folgendes; „Das seit so langer Zeit erwartete Consistorium wird endlich am nächsten Montag, den 23. Sept. gehalten werden. Es wäre allerdings noch immer möglich, daß ein neuer Aufschub für nöthig befunden würde; allein bis jetzt rechnet man darauf, daß die Nothwendigkeit nicht eintreten wird. Von den vierzehn zu promovirenden Cardinälen werden nur vier zugegen seint Mgr. Wiseman, der Erzbischof von Cahua, der Bischof von Fabriano und Mgr. Roberto Roberti, Auditor der apostolischen Kammer. Diese vier Prälaten befinden sich seit einigen Tagen in Rom. Die zehn übrigen werden das rothe Käppchen aus den Händen eines Nobel-Gardisten empfangen, welcher gleich nach dem Consistorium abgeht und angewiesen ist, auf geradem Wege und so schnell wie möglich zur Wohnung des Cardinals, zu welchem er abgeschandt ist, zu reisen und sich der neuen Eminenz noch in Reisekleidern vorzustellen. Er überträgt dem Cardinal den Brief des Cardinalsekretärs ein, in welchem ihn die Präsonsation mitgetheilt wird, und überreicht ihm sodann das rothe Käppchen. Der Prälat empfängt dasselbe wie auch es sogleich auf, (Es ist Brauch, daß der neue Kirchenfürst dem Nobel-Gardisten ein Geschenk macht; die Reisekosten beträgt, wenigstens in Frankreich, die Regierung. — Sie werden von ihm im Allgemeinen für die Installationsausgaben ausgesetzten Gebern entrichtet. Außer dem rothen Käppchen überreicht der heilige Vater dem neuen Kirchenfürsten den Cardinalshut, und zwar durch einen Prälaten, welcher den Titel Abiegat führt. Der Abiegat reist nicht sogleich nach dem Consistorium, sondern erst einige Tage später ab, und stellt den Hut dem Cardinale selbst zu überbringen, überbringt er ihn dem Staatsoberhaupte, dem König, der Königin, dem Kaiser oder dem Fürsten. Der Cardinal empfangt ihn dann von den Händen des Staatsoberhauptes während der heil. Messe, die bei dieser Gelegenheit mit einigen besonderen Ceremonien gefeiert wird. Von dem Empfänger des Cardinalhutes sowohl, wie von dem Staatsoberhaupte werden Reden gehalten. In Preußen hat man bis jetzt den König nicht katholisch gefunden, in dieser Hinsicht von den hergebrachten Formen entfernen müssen. Der Cardinalshut wird jedoch nach Köln und nach Berolau gebracht werden, und der Nuntiuß von Wien wird sich nach diesen beiden Städten begeben, um ihn selbst, im Namen seiner Heiligkeit, den beiden Cardinälen zu überreichen.

Neuestes.

Karlsruhe, 24. Sept. Die von der zweiten Kammer in ihrer heutigen Sitzung angenommenen Commissionsanträge in Betreff des Militärvertrags mit Preußen sind folgende: Die Kammer ersucht den Großherzog: 1) Bei den Unterhandlungen mit Preußen dahin wirken zu lassen, daß die Uebereinkunft vom 25. Mai d. J. zwischen der preußischen und der großh. badischen Regierung wegen Stellung und Verpflegung der k. preußischen Truppen im Großherzogthum Baden vom 1. Okt. 1849 an, und Verlegung der großh. badischen Truppen in preußische Garnisonen — in Erwägung, daß dieselbe in so weit sie die Verlegung der badischen Truppen in preußische Garnisonen betrifft, nicht zum vertragsmäßigen Vollzuge gekommen ist; daß für die Beseitigung der im Wege stehenden Hindernisse innerhalb einer befriedigenden Frist keine genügen den Garantien vorliegen; daß der Vollzug gegenwärtig nicht mehr in dem früheren Maße und zu dem Zwecke der Neubildung der badischen Heeresabtheilung nothwendig erscheint; daß durch die fortdauernde Anwendung der übrigen Bestimmungen ohne gleichzeitige vertragsmäßige Durchführung der Verlegung der großherzogl. Staatsstraße von und nach Landau Unzuträglichkeiten sich ergeben würden, — in entsprechender Weise abgeändert werde; 2) bei den Verhandlungen durch hochstihre Regierung insbesondere dahin wirken zu lassen; A. daß sich die der Entschädigungs-Berechnung des Art. 3 zum Grunde liegende Eventualmenge nicht vermindere: a) um die Zahl der bereits in preuß. Garnisonen untergebrachten Truppen von dem Tage ihrer Ankunft an gerechnet; b) um die Zahl der im Großherzogthum aufgestellten bad. Truppen von dem Tage an, an welchem sie dienstbereit erklärt sind und zum Dienste verwendet werden können; B. daß eine Verminderung der k. preußischen Besatzungstruppen, mindestens in dem Maße sie gegenwärtig vorhanden sind, nur in der Unterbringung der großherzogl. Truppen in Kasernen Raum zu gewinnen, dadurchersetzt nicht beanstandet werde; C. daß jedoch eine solche Verminderung keinen Einfluß auf die Besetzung der Festung Rastatt gewinne; — 3) die großherzogl. Regierung zu veranlassen, mit möglichster Beschleunigung den gegenseitigen Einwürfen so weit als möglich beseitigt, alle diejenigen Gesetzentwürfe vorzulegen, welche nöthig und zulässig erachtet werden, um die Organe der Verwaltung in den Stand zu setzen, die verfassungsmäßige Staatsordnung, die Freiheit der Person und die Sicherheit des Eigenthums selbstthätig zu schützen.

Was schon die Entschädigungsforderung Preußens an Baden für Mobilmachung seines Heeres anbelangt, so ist solche ebenfalls in dem Commissionsbericht ermäßigt; sie beträgt 2,614,820 Thaler. Der Commissionsantrag hierüber lautet: Die Commission stellt den Antrag: 1) zu Protokoll zu erklären, „die Kammer halt zwar an der Ansicht fest, daß die Forderung für militärische Hilfsleistung an Baden nur bis zu dem Betrage seines Matrikularbeitrages begründet sei. Sie findet aber auch in den aus dem Commissionsbericht erschlichen Anerbietungen der großh. Regierung gegenüber die Forderung Preußens für Mobilmachung und Verlegung der Armeeabtheilung des Großherzogthums aufgestellten Armeecorps unter der Voraussetzung, daß dieselben zu einer billigen Abfindung führen — keinen Anlaß, jetzt schon, bei noch obschwebenden Unterhandlungen, deren Ergebniß nur durch die ständische Zustimmung rechtskräftig werden kann einen Vorschuß zu fassen;“ 2) zu der Adresse die Zuversichtliche Erwartung auszusprechen, daß Se. Hoh. den Großherzog auszunehmen: „a) Gegen die im Widerspruche mit allen Rechtsgrundsätzen fortdauernde willkürliche Beschlagnahme der Antheile Badens an den Vereinszollein künften durch den k. preußischen Finanzminister nochmals entschiedene Verwahrung einlegen, nöthigenfalls aber: b) auf gerichtlichem Wege, etwa nach dem provisorischen Unions-Schiedsgerichte, nachdrücklich für die baldige rechtliche Erledigung dieses Gegenstandes werden zu lassen.“

T. D. Berlin, 29. Sept. Unsere fünfte und sechste Infanteriebrigade haben heute Vormittag den Befehl bekommen, sich fort marschfertig zu halten. (K. D.-Z.)

Paris, 28. Sept. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß eine bedeutende Coalition von Repräsentanten sich gebildet hat, die entschlossen ist, mit entschiedener Opposition gegen das Ministerium aufzutreten und dasselbe zu stürzen, wenn es nicht durch unzweideutige Erklärungen und Handlungen seine Unterwerfung unter die Souveränität der Nationalversammlung zu erkennen geben will. Diese Coalition wird ihr erstes Auftreten mit Interpellationen über die Umtriebe der Gesellschaft vom zehnten Dezember und die häufigen Truppenverlegungen, bei denen worden verfassungswidrige Kunstgriffe gebraucht worden, bezeichnen. Hierin findet also die gestrige Mittheilung des „Konstitutionnel“, wonach die „ultraparlamentarischen“ Repräsentanten in der nächsten Sessionder Nationalversammlung die alte Frage stellen wollen: „Wer regiert? ist die gesetzgebende Versammlung oder die Executivgewalt?“ ihre Erklärung. Die Truppenmusterung bei Versailles dauern ununterbrochen fort. Die Erfrischungen, namentlich Wein, werden dabei im reichen Maße gespendet. Der Ruf: „Es lebe Napoleon! Es lebe der Kaiser!“ wird immer häufiger unter den Soldaten gehört. Wie begreiflich, findet bei diesen Musterungen die strengste Ordnung und Polizei statt. So viel bis jetzt erzählt, hat bei der gestrigen Revue ein elegant gekleideter junger Mann, der sich an einen Nachbar mit der Frage wendte: „Wo ist denn das Wunderthier?“ sich sofort von den Polizei-Agenten verhaftet sah. — Louis Napoleon hat den General Roguet, der einst Page des Kaisers Napoleon war, zu seinem Adjutanten ernannt. Der Präfekt des Basses-Pyrees hat am 21. eine Verordnung erlassen, durch welche alle Clubs und öffentliche Vereine zur Besprechung von politischen Angelegenheiten oder Vorlesung politischer Journale, und das Abhalten von Banketten, welche der öffentlichen Ruhe gefährlich sein konnten, verboten werden. — Auf einer Insel bei Lyon hat sich eine Gesellschaft Diebe gebildet. Man hatte Wachen ausgestellt, um die Annäherung verdächtiger Personen zu verhindern.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Mittelpreise bisheriger Schranne vom 28. Sept.
Weizen 13 fl. 9 kr. Korn 9 fl. 26 kr.
Gerste 8 fl. 39 kr. Haber 4 fl. 14 kr.

Theater-Anzeige.

Mittwoch den 2. Oktober.
Zum Erstenmale:
Badekuren.
Lustspiel in 1 Akt von G. zu Putlitz.
Hierauf:
Ermuß aufs Land.
Lustspiel in 3 Akten von W. Friedrich.
Zwischen beiden Stücken:
Duett,
ausgeführt von der Familie Sterwitz-Lindor und Frln. Wredner.

Fremden-Anzeige.

Den 30. September 1850.

Adler. Khtr. Schleichmann s. Berlin. Merr u. Wunderheim, Demuth v. Frankfurt.

Krone. Prin. Wirthsch. v. Giers. Frl. Strand v. Aschaffenburg. Hrn. Pharmazeut v. Regensburg. Madame Schwendler, Großstadtrin v. Frankfurt. Kopp, Stud. von Aschaffenburg. Schmit, Kaufmann von Frankfurt.

Russischer Hof. Stud. Gerdtner v. Hrl. Dr. Maier, Professor v. Schlagern. Kaufl.: Surmann und Lohmaier v. Frankfurt.

Schwan. Spieß, Birkwol v. Meyerhofen. Frankberg. Kenner v. Brüssel. Stadtbaurr, Rentamtm. v. Kassel. Haas Kaufm. v. Augsburg.

Wittelsbach. Glaue v. Frankfurt. Wolf v. Nürnberg.

Württemberg. Weinkaufmer Agent N. Schwiesalut. Fränl. Landw. v. Schweinfurt. Sanitäter Gemeinschaftsarzt Dortmund.

Gestorbene:

Den 29. September.

Philipp Geier, Rentiergehilfe, 35 J. — Agatha Will, Schreiber-Wittwe, 78 J. alt.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhof 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 236. Würzburg, Mittwoch den 2. Oktober. **1850.**

Frankfurt und Baden.

Zur Geschichte von 1849.

Es ist das traurige Schicksal Deutschlands seit 1815 gewesen, daß die Leute, die 1848 im Sinne des Volkes trieben, niemals Selbstbeherrschung besessen haben; und davon war die Ursache, daß sie nicht bestimmte Formen der Verfassung, nicht feste positive Pläne erstrebten, sondern, daß sie einem allgemeinen, abstrakten Begriffe von Freiheit oder — in neuerer Zeit — Nationalität nachjagten; jener als unbedingter Anfeindung jeder Schranke der Willkür, dieser als unbedingter Einheit. Das ist der Grundfehler des Liberalismus; das ist vor Allem auch das schwere Verschulden der Jahre 1848 und 1849; und wir können unsere Leser nicht genug erinnern, wie nothwendig es ist, sich diese Erscheinung völlig klar zu machen. — Zu diesem Ende empfehlen wir ihnen vor Allem den zweiten Band von von Karl Jürgens: „Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerkes von 1848 und 1849," welcher den Zeitraum von der Auflösung des Gagern'schen Programms bis zu Ende der ersten Verfassungsberathung umfaßt. Freilich ist es kein erfreuliches Bild, das man hier erhält, aber ein lehrreiches. Nachdem man damit begonnen hatte, die zu Recht bestehende Verfassung zu verspötten und dann mit Füßen zu treten, war der Verfall der eigenen Souveränetät nothwendige Folge gewesen, und dieser Unsinn wucherte immer weiter in den Gemüthern, so wie dem Einzelnen die Erreichung seines Gelüstens nahe trat. So sehen wir denn auch einen Bruche von seinem Rechtsboden bis zu einer Revolution fortschreiten; wir sehen, wie schöne Worte von Beckrath zum Argumente werden, mit dem man das Recht siegreich darniederschlägt. Wir sehen überall in dieser Getreide der Parteimacherei, des Zeitungshetzens und — Lügens, des Schmeichelns und Erbebens neben Beschimpfung und Verdammung. Am gerichtigsten aber entwickelt sich der plumpe und doch so wirksame Kunstgriff, dem Gegner eine Coalition mit der Linken anzudichten, wohrend man selbst bei den Grundrechten in dem ganzen revolutionären Gange der Sachen solche gemacht hatte. Es ist im deutschen Volke ein Grund der Redlichkeit. Bon dem Teufelsen, dem Zartgewissen werdet man sich ab. Aber selten hat man Scharfblick genug, um selbst zu unterscheiden, wo denn Wahrheit und Treue liegen, und wo Lumpherei und Täuschung. Vorgefaßte Meinung, der Glaube an Personen, wohl gar an ein Zeitungsblatt genügt, und die plumpste Sophist nach um andenbigkeiten anerkannt. Man sieht da recht klar vor Augen, wie groß das Bedürfniß des Glaubens und der Autorität ist, wenn in den handgreiflichsten, einfachsten Thatsachen die Urtheilsunfähigkeit so grell hervortritt. — Eine sehr lichtvolle Seite der Sache aber besteht noch darin, daß jenes ganze Treiben auf der Hoffnung beruhte, die Regierungen würden sich der Revolution unterwerfen aus Furcht vor der Revolution. Leute wie Beckerrath wiesen die Appellation an die blinden Leidenschaften tugendhaft zurück und saselten, „die Versammlung habe auf der wahren Volksgesinnung, der wahren Vaterlandsliebe, die nicht den Umsturz, sondern die Befestigung der Zustände wolle, damit Freiheit und Einheit werden." — Und im Namen solcher Phrasen gab man den Regierungen das „Mattengift der Grundrechte" ein, welches Wort des intriguanten Beseler auch hier wieder vorkommt. Man that mit echt jesuitischem Prabadilismus das Böse und erwartete Gutes davon. Man preßte bestandig mit einer zweiten Revolution, und so meinte man es für seine Person, bei einem „ehrlichen anständigen, mäßigen Revolutionieren" lassen zu können. — Metternichpolexes sagt; „Man darf vor keinen Thren nur nicht nennen, was teufsche Herzen nicht entbehren können!" — So spielten die Centra immer auf dem Boden der Illegalität herum, und wollten ihre Revolution mit jenem „vermeint ehrlichen, aber mehr blos verkappten, anständigen, sauberlichen, aber energiosen und doch tief verderblichen Revolutionieren" zu Stande bringen. Und daneben prahlte man dann mit dem Bestande, denn die Versammlung des Regierungen gegen die Anarchie gekrieget." Aber, wird eine nahe Zukunft fragen, wie war es nur möglich, daß ein so klägliches Spiel mit so schwachen Mitteln einen solchen Grad der Gefahrlichkeit erlangen konnte? — Warum treten die Regierungen nicht mit Kraft und Ernst in die Versammlung in die Schranken des Rechts zu weisen, innerhalb deren allein Gutes gelingen konnte? — Wo in den Regierungen eine solche Schwache, ein solches Schlaffes, optimistisches Gehnlassen herrscht, wie es sich hier zeigt, da muß das Aergste folgen. Wir haben lange den Verstorbenen der Revolution in Baden nicht glauben wollen, wenn sie die Schuld ihrer eigenen Unthaten der Regierung zuwälzten. Allein hier liegt leider der Beweis. Hätte man doch bei Zeiten bedenken wollen, daß Gelegenheit Diebe macht! — Freilich der Eroberungsversuch der öffentlichen Meinung im Jahre 1849 ging dahin, daß man unbedingt der Frankfurter künstlich fabrizirten Mehrheit folgen müsse, um sich (und Deutschland nebenbei) zu retten. Aber was es mit diesem Retten auf sich hat, das werden unsere Leser sich aus einer anderen Schrift lernen, die wir als eine gleich lehrreiche und anziehende Lektüre nicht genug empfehlen können. — Es sind des ehemaligen Reichsregenten Franz Raveaux „Mittheilungen über die Revolution in Baden." — Das Buch ist ein wahrer praktischer Cursus der Revolution. Wir möchten unsere Revolutionäre bitten, einmal die Franz Raveaux'schen Lehren und seine Art die Sache zu beantworten: Ob sie nicht meinen, daß per modum revolutionis sie sich nur so ohne Weiteres an die Stelle der Regierung stellen konnten, und daß man ihnen als den wahren Volksmannern nach viel lieber und besser und ordentlicher gehorchen werde, als jenen? — Und wenn sie diese Frage beantwortet haben, dann mögen sie sich Franz Raveaux, dem Reichsregenten, lernen, wie es in einem Lande hergeht, wo die Revolution so trefflich organisirt war, wo ihr so ungemeine Fähigkeiten und Kräfte zu Gebote standen, wie in Baden. Wer da nicht die Sachgasse sieht, in die jede Revolution nothwendig hineinlaufen, der ist blind. — Das sind die Folgen jener politischen Weisheit gewesen, die sich jetzt wieder breit machen und das mögliche Fehlschlagen einer Reform der Bundesverfassung — das sie verschuldet — Denen zur Last legen möchte, die diesen Ausgang lange vorher gesehen. Aber hoffentlich hat man doch in Deutschland gelernt, daß in vielen Formen das Wahre und Rechte gefordert werden kann, wenn man sie recht gebraucht; wahrend alle Formen und Verfassungen vom Uebel sind, wenn man sie nur erfindet, um sie zu zerstören oder zu mißbrauchen.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 28. Sept. Für die nächsten Tage scheinen hier wichtige Dinge im Anjug zu sein. Das bisherige Militärgefängniß an der Fulda wird geraumt und zur Aufnahme von Gefangenen hergerichtet. Es ist eine Art von Kastell, trägt auch diesen Namen, und steht unter dem Befehl der Militärbehörden. Die Besetzung wird wieder auf ihren früheren Stand von 5 Bataillonen gebracht, und ein neuer Oberbefehlshaber soll bereits ernannt sein. (Kass. Z.)

Kassel, 29. Sept. Die nach Rinteln, Marburg und Rotenburg zum Zweck der Auflösung des Kriegszustandes entsendeten Commissarien sollen in ihre Garnisonen zurückverfen sein. Das preußische Truppencorps bei Warburg soll bereits 3000 Mann stark sein.

Kassel, 29. Sept. Die Besürchtung, daß die neuesslichen Behörden der Verbreitung der Kasseler Zeitung Hindernisse in den Weg legen würden, ist vollkommen in Erfüllung gegangen; von den Prabedlättern, die doch, wie ich hare, täglich zu Hunderten an das hiesige Postamt geschickt wurden, ist nicht ein einziges ausgetheilt worden, und ebenso verweigert dieselbe Behörde beharrlich die vierfachen Bestellungen, welche auf die Kasseler Zeitung gemacht werden, anjunehmen, weil sie von einer Kasseler Zeitung keine Kenntniß habe, sie auch deren Preis nicht wisse, und ihr von Frankfurt nichts darüber zugegangen sei. Die Neuheffische affektirt, die Kasseler Zeitung zu ignoriren, und die in öffentlichen Lokalen aufgelegten Exemplare werden heimlich wieder bei Seite geschafft. (Kass. Z.)

Hanau, 29. Sept. Gestern verließ und das erste Bataillon der hier garnisonirenden dritten Infanterieregiments, am nach Kassel zu marschiren. Dasselbe wird heute die Nacht hier, dort und in den umliegenden Dörfern bleiben, morgen nach Gersen marschiren und von da nach Kassel mit der Eisenbahn befördert werden. Ebenso soll von Fulda ein Bataillon des dort liegenden zweiten Regiments nach Kassel gehen, um die vortige Garnison auf der Stärke von fünf Bataillonen zu erhalten. Die von Kassel abgegangene Garde hat hier und in der Umgegend Quartier bezogen; der Kurfürst empfing das Regiment in der Nähe von Wilbel. Ein Bataillon desselben liegt in Groß-Krotzenburg und Rubrim, das andere in den Dörfchaften Rosdorf, Ober- und Niederrissigbeim rc. Nur beiden wird, in Gemeinschaft mit dem zurückgebliebenen zweiten Ba-

taillon des dritten Regiments, die Pferde in Wilhelmsbad verstellen. Der Stab und das Musikcorps liegen in Hanau. An der Spitze der in Kassel zu errichtenden Truppen soll, wie ich höre, Generalle'utenant v. Hanstein, Chef der 5ten Division, stehen und Vater unseres Kriegsministers, gestellt werden. Es war dieser Tage in Wilhelmsbad u. ging nach kurzen Verweilen nach Kassel ab. Von seinem entschlossenen Charakter ist eine strengere Durchführung des Kriegszustandes zu erwarten, um so mehr, als der ständische Ausschuß nun zum zweiten Male der Einladung des Ministeriums, bei der Berathung über die zur Sicherheit des Staates erforderlichen außerordentlichen Maßregeln zu erscheinen, keine Folge geleistet hat. Dazu ist der Ausschuß aber nach §. 95 der Verfassung verpflichtet. Eine noch grössere Ungeschicklichkeit lief sich der gesammte Ausschuß in seiner Erklärung auf die kurfürstliche Verordnung vom 23. d. Mts. zu Schulden kommen, worin der Bundesbeschluß vom 21. Sept. für Kurhessen publizirt wurde. Das Kurfürstenthum Hessen bildet nach dem ersten Paragraphen der kurfürstlichen Verfassung einen Bestandtheil der deutschen Bunde; der ständische Ausschuß gibt vor, bei allen seinen Schritten sich streng auf eben diese Verfassung zu stützen, und deunoch erklärt er, jeder Einmischung der Bundesversammlung in die Angelegenheiten Kurhessens für ein Attentat gegen die Sicherheit und Unabhängigkeit dieses souverainen Staates." Es thut uns herzlich Ausschuß, welcher auch existiren besteht, einen so offenen und geheimen Bestreben seit langer Zeit nur dahin ging, ihren diese Souverainetät zu untergraben, und welche keinen Augenblick anstehen wurden, die Selbstständigkeit des Kurstaates, sei es Preußen, sei es an die Social-demokratische Universalrepublik hinzugeben. (Kass. Z.)

Kassel, 30. Sept. So eben verbreitet sich das Gerucht, daß noch heute hier der Belagerungszustand verkündet werden und daß eine Suspension sämmtlicher Richterstamperseen bei den höhern Collegien erfolgen soll.

Kassel, 30. Sept. In der heute erschienen Gesetzsammlung befinden sich mehrere Verordnungen, welche jede Cognition über die rechtliche Gültigkeit verfehlen, sowie der am 4. und 7. Sept. l. J. erlassenen Verordnungen ausschließen, das Verfahren gegen diejenigen als stattfindet, und die Ausprüche der Gerichte dagegen für aufgehoben erklären, endlich dem Oberbefehlshaber die Verpflichtung auflegen, alles Entgegenstehende zu beseitigen.

Sodann werden auch nicht zum Militär gehörige Personen vor die Kriegsgerichte gestellt, wenn sie sich aufrührerische Handlungen schuldig machen, und endlich kommen die Bürgergarden unter das Militärkommando. — Ein Bataillon des 3. Linien-Infanterie-Regiments aus Hanau ist gestern Abend hier eingetroffen.

Wilhelmsbad, 30. Sept. Die Nachricht, daß eine preußische Note hier eingetroffen, welche die Steuerverweigerung in Kurhessen als legal und des Unterstützen des kurfürstlichen Ministeriums als Verfassungsbruch bezeichne, ist schon gestern amtlich als volkommen unwahr erklärt worden; heute die ich nun in der Lage, Näheres über jene preußische Noten angeben zu können, die allerdings hier angekommen sind, aber ganz andere Dinge enthalten, als was die Frankfurter Blätter irrthumlich darüber berichteten. In diesen bereits bekannten Noten an die kurhessische Regierung wahrt Preußen ganz einfach „seine Rechte" und protestirt in bekannter Weise, wie dies schon zum öftern Oesterreich gegenüber geschehen ist, gegen die Befugniß der Bundesversammlung, Beschlüsse mit zwingender Kraft als Organ des deutschen Bundes zu erlassen. Eine Drohung Preußens mit Intervention in Kurhessen ist in diesen Noten nicht enthalten, auch geht das denselben nicht hervor, welche Rechte Preußen eigentlich gewahrt werden sollen. (Kass. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 28. Sept. Der Finanzausschuß hat zwei Gesetzentwürfe ausgearbeitet, von denen der eine auf eine Vermögenssteuer, der andere auf eine nach Maßgabe des Einkommens aufzubringende, zu 4pCt. verzinsliche Anleihe hinausgeht. In dem ersteren finden sich folgende Bestimmungen: Alles bewegliche und unbewegliche Vermögen über 1250 Mark „Mobiliarwerthe nicht ausgenommen, muß 1pCt. Steuerbetrag erlegen. Die aus Selbstschätzung hervorgegangene Vermögensangabe wird durch eine Commission revidirt, von deren Entscheidungen an eine aus 2 Regierungspersonen und 2 Distriktsinwohnern zusammengesetzte Revisionsbehörde appellirt werden kann. Jeder leistern hat einer der beiden Regierungscommissarien, welcher den Vorsitz führt, bei Stimmengleichheit die entscheidende Stimme. Die eine Hälfte des Betrags muß bis Ende Oktober die andere bis Mitte November eingezahlt sein. Nach dem zweiten Entwurf soll alles Einkommen über 750 Mark Banco mit 4 vom 1. Juli 1849 aufgeschriebenen Einkommensteuer, ohne die bei der Grund-Hypotheken- und Kriegssteuer gestattete Kürzung zuzuschlagen, zu einem Beitrag herangezogen, dieser Beitrag noch vor dem 15. Oktober erlegt werden. — In der heutigen sehr langen Vormittagssitzung der Landesversammlung stellte Assauer den Antrag, über die zur Discussion des Finanzgesetzes übergingen, noch in der öffentlichen Frühsitzung die Ministerfrage zu erledigen und erklärte in seiner Motivirung, daß er keinen Schilling bewilligen würde, so lange nicht den gerechten Wünschen des Volkes in vierfem Punkte ein genügendes Gesetz zu Theil werde, dieser wieder von Rosenbagen, dem ursprünglichen Antragsteller des Amnestieerlasses bekämpft.

Deutschland.

Stuttgart, 1. Okt. Das Regierungsblatt v. 30. Sept. enthält folgende königl. Verordnung: Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Württemberg. Auf den Antrag unseres Gesammtministeriums haben wir in Gemäßheit des Art. 26. des Gesetzes vom 1. Juli v. J. beschlossen, die zum Zwecke der Vereinbarung über eine Revision der Verfassung neugewählte außerordentliche Versammlung in unserer Haupt- und Residenzstadt Stuttgart zusammenzuberufen und die Eröffnung der Sitzungen auf Freitag den 4. Oktober d. J. anzuberaumen. Wir ertheilen demnach, daß die Mitglieder dieser Versammlung am 3. Oktbr. d. J. sich dahier einfinden und dem ständischen Ausschuß davon Nachricht geben. Unser Ministerium des Innern ist mit der Vollziehung und Bekanntmachung dieser Verordnung beauftragt. Gegeben, Stuttgart den 28. Sept. 1850. Wilhelm. Müller, Wachter, Linden, Knapp, Pfizer. Auf den Befehl des Königs, der Cabinetsdirektor: Maurer.

Darmstadt, 30. Sept. Die Verordnung, die Forterhebung der direkten und indirekten Steuern für das erste Quartal des Jahres 1850 betreffend, lautet: Ludwig III. von Gottes Gnaden Großherzog ꝛc. Nachdem die zweite Kammer der am 27. d. M. aufgelösten Ständeversammlung die Justimmung zu der Verlängerung des Finanzgesetzes vom 7. Oktober 1845 auf die letzten 3 Monate dieses Jahres ungeachtet der nachgewiesenen Nothwendigkeit pflicht- und verfassungsmäßig verfagt hat und hierdurch die Erhaltung des Staats und des Staatskredits den dringendsten Gefahren Preis gegeben worden ist, so haben Wir in Ausübung Unserer Rechts und Unserer Regierungspflicht, für die Erhaltung und Sicherheit des Staats zu sorgen und in dringenden Fällen das Nöthige auch ohne Mitwirkung der Stände vorzukehren, auf den Grund des Art. 73 der Verfassungsurkunde verordnet und verordnen hiermit, wie folgt: Art. 1. Die bestehenden direkten und indirekten Auflagen, sowie solche durch die vorliegenden Gesetze und Verordnungen bestimmt sind, sollen nach Maßgabe des Finanzgesetzes vom 7. Oktober 1845 in den letzten 3 Monaten des Jahres 1850 forterhoben werden. Art. 2. Unser Ministerium der Finanzen ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt. Urkundlich ꝛc. Darmstadt, den 29. Sept. 1850. Ludwig.

Darmstadt, 30. Sept. Nachdem heute das landesherrliche Edikt die Steuern nach Art. 73 der Verfassung prorogirt hat, befindet sich sicherm Vernehmen nach bereits die Dienstesentsetzung in voller Thätigkeit, um dieses Edikt zu vollstrecken, für das Inland, wo sicher niemand daran zweifelt, ist diese Maßregel überflüssig, für das Ausland aber, wo man die Verhältnisse weniger kennt, noch wohl von Interesse. Ueberhaupt sollen von allen Seiten über die Stimmung im Lande solche Nachrichten eingehen, daß das Fiasko unserer Steuerverweigerer vielleicht den württembergischen Brüdern in Hall an sichern Ort Gelegenheit werde. Es wird sich jetzt klar zeigen, was für „Volk" hinter den „Volksmännern" steht. Der Veröffentlichung des neuen Wahlgesetzes steht man ganz in der Kürze entgegen.

Wien, 27. Sept. Die neuesten Berichte aus Constantinopel geben wenig Hoffnung zur Wiederherstellung der schwer leidenden Gesundheit weyland Erzherzog Friedrand d'Este. Der Kranke hatte bereits die hl. Sakramente empfangen. — Die österreichisch-preußischen Zollunterhandlungen haben sich, nach den als authentisch zu betrachtenden Mittheilungen der „Austria," zerschlagen. Preußischerseits habe das österreichische Ansuchen als nicht zeitgemäß abgelehnt, und von österreichischer Seite hat man sich entschieden erklärt, auf die vorgeschlagenen Verhandlungen nicht einzugehen, da solche nur den Verkehr mit landwirthschaftlichen und andern schädlichen Gegenständen beträfen, jedoch weder Differentialzölle zu Gunsten gegenseitiger Fabrikate, noch sehr Erleichterungen in der Ausfuhr der gegenseitig benöthigten Rohstoffe einbegriffen. Die demnach nicht aufgegebene Hoffnung auf eine im Laufe der Zeit erfolgende österreichisch-deutsche Zollvereinigung scheint sich vorzüglich auf die unerschütterliche Haltung Bayerns und Sachsens, auf einträgliche Veränderungen in der preußischen Kabinetspolitik zu begründen.

Berlin, 27. Sept. In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde der Antrag, daß die Stadtverordnetenversammlung dem Hrn. General v. Wrangel als Zeichen der Achtung und Liebe, sowie in Anerkennung seiner vielfachen Verdienste um unser Land, das Ehrenbürgerrecht der Stadt Berlin verleihen möge, mit 48 gegen 32 Stimmen angenommen.

(D. Ref.)

Berlin, 29. Sept. Die Voruntersuchung gegen den invaliden Unteroffizier Seseloge wegen des gegen den König verübten Attentats ist jetzt vollständig geschlossen und es liegen die Akten dem Staatsanwalt zur Beschlußnahme darüber vor, ob er eine Anklage erheben will oder nicht. Jedenfalls ist das Gutachten der Sachverständigen dahin ausgefallen, daß Seseloge nicht völlig zurechnungsfähig sei, man zweifelt aber daran, daß er für völlig unzurechnungsfähig erachtet sein wird, alles Bewußtsein von Recht und Unrecht abgesprochen werden ist, da er sich doch Jahre lang noch anungefechten in gesellschaftlicher Beziehung bewegt hat. Wird dem Seseloge hiernach eine wenn auch verminderte Zurechnungsfähigkeit zugestanden, so würde die That desselben demnach dem gerichtlichen Verfahren nicht entzogen sein.

(B. Z.)

Magdeburg, 26. Sept. In der gestrigen Plenar-Sitzung der deutschen Land- und Forstwirthe wurde die Wahl des Ortes für die nächstjährige allgemeine Versammlung zur Sprache gebracht. Salzburg und Innsbruck standen zur Wahl. Einstimmig wurde Salzburg gewählt; eine

stimmig fiel auch die Wahl eines ersten Vorstandes auf den Erzherzog Johann. Als zweiter Vorstand ward Hr. v. Horvath, Vorsteher des landwirthschaftlichen Vereins zu Salzburg, gewählt.

Rußland.

Die Rekrutirung findet im gesammten russischen Reiche gewöhnlich zur Winterzeit statt, weil sich da die Flüchtlinge weniger im Freien aufzuhalten vermögen. Weil es diesmal auf israelitische Knaben von 12—15 Jahren besonders abgesehen ist, die gewöhnlich bis zu ihrer Militärtreife eine Vorbildung in den Kolonien und bei den Kosaken am Don erhalten, dabei indeß zugleich für das Christenthum gewonnen werden — so ist es leicht begreiflich, daß israelitische Kinder gegenwärtig so zahlreich nach Galizien hinüberlaufen, wo sie bei ihren Religionsgenossen willige und sichere Beyrkeh finden. Der Eltern, gewöhnlich der ärmeren Klasse, angehörig, die keinen Regreß für ihre fortgelaufenen Knaben zu hoffen im Stande sind, und welche die im öfterr. Kaiserstaate ausgesprochene Gleichberechtigung aller Nationen zu sehr anlockt, werden sehr gern von russischen Behörden über die Grenze gelassen, um nur darauf lauern zu dürfen, daß man an der russischen Grenze eine mildere Polizei handhabe, denn alle Provenienzen werden eben so strenge wie vordem behandelt. Rußland entledigt sich auf vordesagte Art des unnützen Proletariats, während die Kinder Israels Galizien immer mehr bevölkern und der Armenaristokrat des Landesteil heranziehen. Die Juden, die jetzt in Galizien sich überall anlassen dürfen und außer wenigen leichten Handwerken, übrigens nur vom Schacher, Wucher und Ausschneiden der Getreide leben, was sie Handel zu nennen belieben, öffnen immer mehr Branntweinschenken und erhalten so den Bauer in sklavischer Abhängigkeit von sich, der, kein gütigen Fürst verlockt, nie auf den Schulden herauszukommen vermag; es hat sich kein Jude in Galizien zum Ackerbau bequemt, es sei denn, daß der Christ für ihn arbeitet.

Vermischte Nachrichten.

Wie im vorigen Jahre bei Berlin und Potsdam und neulich bei Köln, so ist es auch bei Posen jüngst vorgekommen, daß der Zündspiegel einer Zündnadel-Patrone, bis in die entgegenziehenden Reihen flog. Nach der „Weserzeitung" verschoben zu Posen beim Manöver ein solcher Zündspiegel das Kochgeschirr eines Musketiers, der sich, auf 50 Schritte Abstand, als Tirailleur gegen eine Füsilier-Linie befand. Die „Weserzeitung" bemerkt hierzu: „Noch immer können wir uns an die notwendigen großeren Distanzen gegen Truppen nicht gewöhnen, die mit Zündnadel-Gewehren bewaffnet sind. Ein mißverstandener Befehl, künftig ein- für allemal 100 Schritt von solchen Truppen bei Manövern entfernt zu bleiben, wird hoffentlich ähnlichen Unfällen vorbeugen."

Wieder ein Mittel, den Barrikadenkampf für die Zukunft unmöglich zu machen! Ein Herr Jobard (Nomen est omen!) und ein Oberst Jablonowsky (unter dem Titel Oberst thut es bekanntlich kein Pole) haben dem Kriegsminister der französischen Republik und der Akademie der Wissenschaften in Paris den Plan zur Erbauung einer Luftflotte eingereicht, welche vorzugsweise den Barrikadenkampf unmöglich machen soll. Jobard hat der Oberst Jablonowsky erklärt, er sei bereit, bei jeder europäischen Macht die Leitung einer Kriegs-Luftflotte zu übernehmen.

Gott sei Dank! Nun kann es ja nicht mehr fehlen; zwar haben Soldaten, wenn sie gut gefuhrt und schießlich nicht durch den Befehl im Stiche gelassen werden, ernstgenommen dieselben Resultate ohne Luftballons erreicht, die Herr Oberst Jablonowsky mit seiner Luftflotte in Aussicht stellt, aber wenn irgend ein Staat eine Anstellung als Luft-Oberst gerade übrig hat, so wäre es unrecht, wenn wir durch ein tieferes Eingehen in die Sache dem strebsamen Militär-Reformanten hinderlich wären. Nach unserer einfachen Ansicht kommt man zu demselben Zweck, wenn man das Bajonnet, die Axt und den Streitpickel braucht, und jenen mit den Waffen in der Hand Gefangenen sofort vor den Barrikaden mit im Angesichte der Emporer niederschießt. Interessen, wer Geschmack an Luftfahrtillen hat, kann es ja auch damit einmal versuchen.

Aus sicherer Quelle lann ich über den Bruch des unterseeischen Kentilles Telegraphen zwischen dem Cap Grinez und Dover folgende Aufklarungen geben, welche die Schadenstrede gewisser Anhänger anderer Telegraphen-Systeme als grundlos erscheinen lassen. — Der gegenwärtige Apparat des unterseeischen Telegraphen wurde nur probeweise angelegt, weil die Gegner des Brett'schen Systems im Voraus gegen den Versuch, den electrischen Telegraphen unter den Wogen des Meeres zu leiten, sich angelegen sein ließen, die öffentliche Meinung in England dagegen einzunehmen und die Capitalisten dafselbst einzuschüchtern. Nur mit großer Mühe konnte Brett die Summe von 2500 Pfund Sterling aufbringen, um die Kosten des ersten Probeversuches zu bestreiten, wie der dadurch gegenwärtige Apparat nur diese Summe gekostet, indem man sich dabei der größtmöglichen Oekonomie befleißen mußte, was zur Folge hatte, daß der jetzige Apparat nicht die gewunschte Solidität, die Brett ihm geben wollte, besitzt; und da gerade Oekonomie daselbe eine Feldespalte am Cap Grinez wieder gerissen hatte, wo der Trafikaden den brausenden Fluthen am meisten ausgesetzt ist, obwohl sie durch einen zwei Kilometer langeren Faden leicht umgangen werden konnte, so entstand ein Bruch am Trabtfaden, dessen Ausbesserung etwa 1000 Pfund Sterling kosten wird. Nachdem nun die praktische Anwendung des Brett'schen Systems durch gemeine Wasser bestens vollkommen bewahrt hat, überhaupten die brittischen Capitalisten den Erfinder mit Geld-Subscriptionen, so daß Brett zur Stunde schon über mehr als 10,000 Pfund Sterling verfugen kann. Mit diesem Capital gedenkt er den provisorischen Apparat seines unterseeischen Telegraphen vervollständigt und einen solchen, der wenigstens fünf abgesonderte Trafikaden zählen wird, zu erlegen. Bricht ein Faden, so bleiben die andern immer noch dienlich, so daß keine Unterbrechung in den Functionen seines Telegraphen mehr zu befürchten sein wird.

Am 22. Sept. stürzte der Nacht und regnerischen Wetter der Eisenbahnzug von Bayerlons nach Bataneia in einen tiefen Abgrund neben der Chaussee. Sammtliche vierzehn Passagiere, der Postilion, der Conducteur und der Wachtelhund kamen sammt den vier Pferden ums Leben.

Die „Debatt" enthalten ein langes Schreiben aus Californien, dessen Verfasser ein früherer Segar jenes Blattes ist, der sich verschlagener und ehrenwerther Mann zu sein scheint. Er entwirft von dem Zustande der Dinge in Californien ein Bild, das gegen die Schilderungen in den amerikanischen Blattern gestl abstcht. Er versichert, daß Zustande der Unordnung, die aus allen Theilen der Erde dahin geflossen sind, in Mangel und Elend sich befinden, daß die meisten der frischen Goldeager erschopft sind und daß Erfolg beim Goldsuchen schon zur Ausnahme und Zufallsgaben der darauf verwandten Bemühungen zur Regel zu werden beginne. Seine eigene Geschichte lautet keineswegs aufmunternd. Monate lang war er mit Goldgraben beschäftigt, ohne nur so viel davon zu bringen, daß er seinen Unterhalt bestreiten konnte. Endlich fand er mit einem Gefahrten einen ergiebigeren Landstrich, und zur Zeit seines Schreibens stand er sich wechentlich auf 25 Pfd. Sterling.

Neuestes.

* Würzburg, 2. Oct. Die ausführliche kurhessische Verordnung vom 28. Sept. 1850, die weitere Handhabung und Ergänzung der Verordnung vom 7. d. M. über die Erklarung des Kriegszustandes betr., werden wir morgen mittheilen.

München, 30. Sept. Noch einer heute hier angelangten Nachricht hat sich Se. M. der König nach Innsbruck begeben, woselbst heute der Kaiser von Oesterreich eintreffen wird. — Der Ex-Staatsminister v. d. Pfordten ist heuer zurückgekehrt und hat die Geschäfte bereits wieder angetreten. Nach einer telegraphischen Nachricht aus Athen vom 24. Sept. sind die griechischen Kammern auf den 30. Oktober einberufen.

Karlsruhe, 27. Sept. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, werden die gegenwärtig in der Mark Brandenburg befindlichen großh. badischen Truppenabtheilungen demnächst nach Westphalen marschiren, um dort einstweilen Standquartiere zu beziehen. Der weitere Ausmarsch dieselbeiger Truppen von hier aus bleibt vorläufig sistirt.

Leipzig, 27. Sept. „Freiwilligen Sammlung zu Erziehung wird aus Kuba folgendes Knaben geschrieben, von denen einer aus dem benachbarten Preußen, fünf aus Sachsen und zwei aus Böhmen sind, welche seit zwei Jahren als Brandstifter zu einer riesenhaften Untersuchung Veranlassung gegeben und die jetzt bereits 89 Brandstiftungen eingestanden, darunter 60 angelegte sehr bedeutende, wie z. B. die der Comenzer Schenken. Der Schaden, den sie angerichtet, wird auf mehr als 600,000 Thlr. angegeben, und doch sind dabei alle die Brande noch nicht gezählt, deren Urheber sie jenseits der Elbe im nordwestlichen Theile Sachsens wegen.

Aus Berlin vom 29. Sept. erhalten wir aus bester Quelle die Mittheilung, daß die Reorganisation vor wie nach sich dort auszubauen und angestort ihrem Berufe leben. Der Conflikt mit der Regierung soll sich zum Besseren gewendet haben.

Prag, 27. Sept. Der „Spiegel" entnimmt einer Correspondenz aus Constantinopel die Nachricht, daß Josuuth an seine Landsleute in London geschrieben habe, er werde im Monat Oktb. dort eintreffen.

D. T. 1) Hamburg, 30. Sept. Seit mehreren Tagen ist die holsteinische Armee vorgerückt; vorgestern Mittag ist auch der Generalstab angekommen. Friedrichstadt wird seit gestern Morgen von 8 Uhr bis gegen Tag ununterbrochen bombardirt; das Bombardement dauert noch um 10 Uhr Abends fort. Tonningen ist von zwei Compagnien genommen und besetzt worden. In Lunden soll eine Abtheilung dänischer Gefangener eingebracht worden und der Brückendorf soll es zu ernsten Scharmützel gekommen sein.

2) Wien, 30. Sept. Se. Maj. der Kaiser ist nach Verarberg gereist. Eine Zusammenkunft mit den Königen von Bayern und Württemberg ist bewerkstelligt. (Z-C-Z.)

Frankfurt, 1. Oct. Die Schriftstücke des preußischen Staatsministeriums in der kurhessischen Angelegenheit lauten wie folgt: I. Die neuesten Ereignisse im Kurfurstenthum Hessen nehmen die Aufmerksamkeit der kgl. Regierung in hohem Grade in Anspruch. Allerdings sind dieselben darauf innere Fragen der Kurstaates hervorgerufen worden; aber der gegenwärtige Zustand des Landes ist offenkundig ein für ganz Deutschland bedenklicher und gefahrdrohender. Deßhalb gebietet uns, auch abgesehen von dem Beitritte der kurfurst. Regierung zu einer von Seiten derselben neuerlich hintangesetzten engeren Gemeinschaft mit der Krone Preußen und anderen deutschen Staaten, schon das nachbarliche Verhaltniß, den sorgenden Blick auf jene Vorgange zu wenden. Wir konnen dies um so weniger von uns ablehnen, als zur Zeit in Deutschland zur Losung solcher Fragen kein allseitig anerkanntes Organ besteht und folglich alle Glieder des deutschen Bundes, besonders aber die naher betheiligten mehr wie je berechtigt sind, die Mittel zur Anwendung drohender Gefahren von dem gemeinsamen Vaterlande rechtzeitig ins Auge zu fassen. Doch vor Allem hält die königl. Regierung sich verpflichtet, in diesem wichtigen und entscheidenden Momente der kurfürstl. Regierung gegenüber nicht zu schweigen, sondern, ein eben so

offenes und ernstes, als aufrichtig wohlwollendes Wort an dieselbe zu richten. Sie thut dies um so lieber, als sie die Ueberzeugung hegt, daß, innerhalb der kurhess. Landesversammlung selbst, auch jetzt noch die Mittel sich darbieten, durch die Herbeiführung der dort vorgeschriebenen compromissarischen Entscheidung, den obschwebenden Streit, auf dem Beeintrachtigung der Autorität und Würde der höchsten Obrigkeit, auf friedliche Weise zu schlichten. Einen solchen friedlichen und gesetzmäßigen Weg zu betreten und zu verfolgen, dis den pflichttreuen Staatsdienern und Landesangehörigen kein Zweifel darüber bleiben kann, daß alle auf denselben liegenden Mittel wohlig erschöpft sind, dies halten sie für die heilige Pflicht einer deutschen Regierung. Wir konnen uns behalb nicht verhehlen, daß das vorgeschlagene Verlassen dieses Wegs, die Nichtbenutzung irgend einer verfassungsmäßigen Möglichkeit, um vor einseitigen Voraugehen mit Maßregeln der obrigkeitlichen Gewalt eine endliche Entscheidung für controvers gewordene Fragen zu gewinnen, in die Gefahr bringt, durch eigenes Unrecht die Gegner zum Unrecht aufzureizen und somit nicht frei zu bleiben von der Mitschuld an den verhängnißvollen, bis zu ihrem letzten Ziel unberechenbaren Folgen. Die! Regierung vermeidet behalb, auf das Einzelne der Irrungen zwischen der kurfürstl. Regierung und der Kammer, bezieh ungsweise des ständischen Ausschusses einzugehen. Allein wir können auch den eben bezeichneten Grunden nicht umhin, an die kurfürstl. Regierung das dringende Ersuchen zu richten, daß dieselbe aufs neue ihrer ernsthaften und gewissenhaften Erwägung die Frage unterziehe: ob wirklich bei dem Verhängen von Ausnahmsmaßregeln aber das ganze Land alle verfassungsmäßige Mittel erschöpft waren, um die, als deren höchstes Ziel bezeichnete Sicherheit des Staates und seines Bedarfs zu erreichen, und ob es also unvermeidlich ist, die unermeßliche Verantwortlichkeit auf sich zu laden, welche sich an Schritte knüpft, so nur die Möglichkeit einer gewaltsamen Lösung übrig lassen? Wir sprechen mit diesem dringenden Ersuchen zugleich die zuversichtliche Hoffnung aus, daß die kurfurstliche Regierung auch jetzt noch den friedlichen Weg des Rechts betreten werde. Sw. Hochwohlgeboren wollen dies unter obschriftlicher Mittheilung der gegenwärtigen Depesche dem kurfurstlichen Ministerium auf das entschiedenste andrucken. Auch wollen Sie die Aeußerung des Wunsches hinzufügen, daß die kurfürstl. Regierung in dieser unserer Eroffnung nur einen neuen Beweis unserer aufrichtigen Theilnahme an der Wohlfaet eines befreundeten Landes, zugleich aber auch die Erfüllung der uns obliegenden Pflicht erkennen möge, einer eigenen Land, sowie die mit uns in gleicher Lage befindlichen deutschen Staaten, vor den möglichen Folgen der jetzigen Zustände in Kurhessen zu schützen. Berlin den 12. Sept. 1850. (gez) Graf von Brandenburg. An den kongl. Geschaftsträger hr. Hrn. v. Thile Hochwohlgeboren zu Kassel.

II. In der Eroffnung, welche die kgl. Regierung unter dem 12. d. M. durch Ew. ic. an die kurfurstlichen Regierung hat gelangen lassen, haben wir schon darauf hingewiesen, daß zur Zeit in Deutschland nur die Losung solcher Fragen, wie die beitagenswerthen Differenzen in Kurhessen sich darbieten, kein auffassen unerkannten Organ bestehe. Es ist inzwischen zu unserer Kenntnis gekommen, daß die kurfürstliche Regierung sich an die Versammlung von Bevollmächtigten einiger deutschen Regierungen, welche in Frankfurt a. M. den Namen der deutschen Bundesversammlung angenommen hat, gewandt habe. Wir halten es daher für unsere Pflicht, die kurfürstl. Regierung daran zu erinnern, daß wir diese Versammlung weder als den deutschen Bundestag, noch als ein irgendwie berechtigtes Organ des deutschen Bundes anerkennen, und mussen dabei ausdrücklich und auf das entschiedenste erklären, daß wir irgendwelche Beschlusse, die von derselben im Namen des Bundes und als Akte der hochsten Bundesautorität in Bezug auf das Kurfürstenthum gefaßt werden möchten, als zu Recht bestehende Akte nicht anerkennen können und nicht anerkennen werden, und daß, welcher Art dieselben auch sein mögen, wir bei den Verhältnissen eines Landes, das, abgesehen von allen andern Bandnis vom 26. Mai v. J. hervorgehenden Verpflichtungen, schon wegen seiner geographischen Lage in den engsten und für beide Theile bedeutendsten Beziehungen zu der preußischen Monarchie steht, und jede weitere Entschlissung vorbehalten müssen, welche durch die Pflichten gegen Deutschland und insonderheit gegen unser eigenes Land erheischt wird. Ew. Hochwohlgeboren wollen dies der kurfurstl. Regierung erklären und derselben eine Abschrift des gegenwärtigen Erlasses übergeben. Berlin, den 21. Sept. 1850 (gez.) Graf v. Brandenburg. An den kgl. Geschaftstrager rc. Herrn v. Thile Hochwohlgeboren zu Kassel.

(Forts. f.)

Darmstadt, 30. Sept. Die heute erschienene Nummer 46 des großherzogl. Regierungsblattes enthalt eine Verfügung die Auflosung der Standerversammlung betreffend. Ludwig III. rc. Ein bedeutungsvolles Ereignis veranlaßt Uns, in dieser Verfügung zu Unserem treuen Volke zu sprechen. Zum zweiten Male in Laufe d. J. haben Wir Uns entschließen müssen, in Ausübung Unserer verfassungsmäßigen Rechtes die Ständeversammlung des Großherzogthums aufzulosen. Diese im Edikt vom 27. d. M. erfolgte Entschließung ist als unvermeidliche Nothwendigkeit hervorgerufen worden durch verfassungswidrige Verhalten der zweiten Kammer der Stände. Es hat hierbei die von unserer Regierung angesonnene Zustimmung zur Forterhebung der Steuern für die nächsten Monate verweigert! Mit dieser Steuerverweigerung hat die Kammer es unternommen, Unserer Regierung die Mittel für die Bedurfnisse des Staates zu entziehen, die Thätigkeit derselben gelähmt unmöglich zu machen. Es hat die Kammer beschlossen, welche von den Einwohnern dieses Landes gewählt sind, um verfassungmäßig mitzuwirken zur Erhaltung des Staates, wodurch das Wohl der Einzelnen bedingt ist! Fragt man, wie es zu solchem Beginnen kommen konnte, so geben darüber die Verhandlungen und Urtheile der Kammer Aufschluß, welche seit den letzten Jahren durch Mittel aller Art die Auflosung aller staatlichen Ordnung bezweckt. Diese Partei, durch Vereine eng verbunden, welche das Land mit verderblichem Netze überzogen haben, seindet jede Autorität an in der burgerlichen wie in der kirchlichen Ordnung, Unzufriedenheit, Mißtrauen, Verbitterung der sittlichen Scheu, welche Verbrechen achtet und schutzt, ist ihr nächstes Ziel. Dahin fuhren gehässige Vergleichungen der Verhältnisse von Hohren und Niederen, von Reichen und Armen, trugerische Vorspiegelungen, deren Erfüllung unmöglich ist. Mit Anwendung solcher Mittel, in ihrer verderblichen Wirkung durch die Unthätigkeit der Presse nach allen Orten verbreitet, ist es der Benutzung des durch Gesetz vom 3. Sept. 1849 erweiterten Stimmrechtes der Partei gelungen, schon bei dem zwolften Landtage mit überwiegender Majorität in die zweite Kammer der Stande zu treten. Ein Zusammenwirken Unserer Regierung mit einer solchen Partei ist in Anmaßung zur Forderung von Parteiwechen selbst nicht vor Eingriffen in die richterliche Gewalt zurückweich, zeigte sich alsbald unthunlich. Die Auflosung der Standerversammlung konnte nicht unterbleiben. Wir haben hierauf neue Wahlen nach den bestehenden Vorschriften angeordnet. Es konnte dies um Hinblick auf den stets herrschenden Geist der neuen Wahlordnung nur in der Hoffnung geschehen, daß ein besserer Gebrauch von der Wahlfreiheit gemacht werde. Indessen haben die Wahlen fur den 13. Landtag ein noch beklagenswerthes Ergebnis geliefert — bei den bekanntlich sorgfaltigsten Bemühungen der Umfurrpartei, bei der gestalteten Verwirrung der Begriffe in einem großen Theile der Wahler, bei der unterlassenen Theilnahme vieler der achtbarsten Staatsburger, durch welche sie, au wirksamer Bethatigung verzweifelnd, ihren Gesinnungen Ausdruck geben zu mussen glaubten. Sehr klein war in der neugebildeten zweiten Kammer die Zahl der Manner von wahrem Beruf für die Aufgabe des Volksvertreters. Dagegen hatte es in den bestehenden Partei an solchen nicht, welche als erklarte Feinde der Staatsordnung langst sich kenntlich gemacht haben. Die durch die Auflosung des 12. Landtages zurückgewiesenen Angriffe sollten auf dem 13. mit erhöhter Heftigkeit und Erbitterung aufgenommen werden. — bis zum Aeußersten. Willkur und leichtfertige Nichtbeachtung Gesetzesvorschrift zeigten sich bereits Zusammentritt der zweiten Kammer. Einer der ersten Anträge aber schlug vor, die Verweigerung aller Steuern zu beschließen, gestützt auf eine Anklage von Vorwürfen gegen unser Regierung; und unter dem Einflusse dieser Ansteindung nahm die Kammer von unserer Regierung eingebrachten Gesetzesvorschlag auf, welcher auf die nothwendige Forterhebung der Steuern in den letzten drei Monaten d. J. gerichtet war. Die Vorbereitung für die Berathung darüber im Ausschusse sei fast allein denen zu, welche mit Leidenschaftlichkeit ohne Gleichen Unserer Regierung gegenüber verfuhren. Die im erwähnten Antrage aufgestellten Behauptungen wurden auch hier auf ungehorige Weise mit der Steuerpropositon in Verbindung gebracht. Mit augenfälliger, vergeblich in der Kammer selbst mißbilliger Verletzung der in der Geschäftsordnung enthaltenen gesetzlichen Bestimmungen wurde jene Auffassung durch Benehmen mit den betreffenden Mitgliedern Unserer Ministerien unterlassen. Die Berathungen wurden hier auf unbestimmte Zeit verschoben. Sonach wurde ganz im Sinne des Ausschusses eine Reihe von Verordnungen und Verfugungen durch Kammerbeschlusse für Verfassungsverletzungen erklart, nach einer Berathung, welche die auffallendste Unkenntnis auch solcher Einrichtungen zeigte, welche bereits seit dem Beginn dieses Jahrhunderts Bestandtheil nicht mangelen konnte. So wurde in heftigen Ueberstürzung ein durchaus werthloser Anspruch gegen Verordnungen geschleudert, worin der ordnungsliebende Theil des Volkes nur Maßregeln erkannt hat, welche durch Umstände veranlaßt und nach Verfassung und Recht ergriffen waren zum Heile Aller. Aber bis zu dieser Muß von Pflichtvergessenheit und die staatsgefährlichsten Ansichten hat die Majorität der zweiten Kammer dadurch bethätigt, daß sie auf den Antrag des Ausschusses die Zustimmung zu der Forterhebung der Steuern in den letzten drei Monaten d. J. verfugt hat. Nachdem hiermit den Standen bereits im Jahr 1847 Staatsbetrieb fast die Jahre 1848—1850 vorgelegt worden war, hatten es die eingetretenen außerordentlichen Ereignisse bis jetzt unmöglich gemacht, zu der Feststellung des Staatsvoranschlags und zur Vereinbarung über ein neues Finanzgesetz für die gedachten Jahre zu gelangen, und es war die Wiederkehr des früher Finanzgesetzes mehrmals und zuletzt bis zum 1. Okt d. J. auf verfassungsmäßigem Wege verlängert worden. (Forts. folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

In der Stein'schen Buchhandlung (Marktgasse No. 318) ist so eben erschienen:
Der schuldlose Gerichtsbeamte für 1851. Dritter Jahrgang. 4. mit farbigem Umschlage und vier Holzschnitten. Preis gleich dem der Vorjahre.
Derselbe enthält nebst dem stadtisch-almanachischen Theile, die Oberamtsgegend betf. Hauses, den 100jährigen Kalender, Uebersicht der in Würzburg insbesondern und abgeordneten Behörden, Vorsteherverzeichniß der kreis-und-stadtischen Behörden, Graduationsdenkmeinen, Beam., Jubr., und Schriftgelehrten-Listen, Jubiläumsbegehungsfeste d. J. 3½, 4, 4½, und 5 jahr., Verzeichniß der Bezirks- und Landgerichte, Taxe und ein umfassendes Jahrmarktsverzeichniß. — An erzählenden Texte: Der Tod des Wächters von Sodel, dessen Ursache und Folgen (1544—1567); der St. Bonifazius-Tag 1850; die Schlacht bei Würzburg 1796; der Thalermann; Mannigfaltiges (eine Anekdote von Ancreon rc.); die bedeutsame Wettfahrt; Verbrennungen rc. Dann die Liste der Preise bedeuten sich Taschen-, Wand- und Comptoirkalender.

Druck von Joseph Stein in Warzburg.

Hierzu das Ergänzungsblatt Nr. 79.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Jahrgang 6 fl.
Halbjahrg 3 fl.
Vierteljahrs 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schornsteck 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 237. Würzburg, Donnerstag den 3. Oktober. **1850.**

Freie Conferenzen.

Frei wovon? fragen wir noch einmal. Ach, wären sie nur frei von aller Bubiterei mit der Revolution, zu welchem edlen Zeile würden sie die Nation führen! Wie kann man seine alten Sünden abthun, wenn man sie zwar erkennt, aber nicht bekennt, sondern beschönigt? Wie Thau vom Himmel würden runde ruchlattose Bekenntniße der Sünden von 1848 von den erhabenen Thronen Oesterreichs und Preußens herabfallen auf das lechzende Deutschland und „rechtschaffene Früchte der Buße" würden dicht und voll hervorsprießen aus der alten deutschen Erde. Wären sie nur frei, diese Conferenzen, von allen Pausiaischen und Erfurter Traditionen, frei von Franzosenthum und altmodigem französischen Constitutionalismus! Dann nun wenigstens muß doch Jedermann einsehen und sieht auch wohl wirklich Jedermann ein, daß dieses gestlose Schema nicht paßt auf das einige Deutschland, bestehend aus Oesterreich, Preußen u. s. w. bis einschließlich Dessau und Homburg, — Holstein und Limburg nicht zu vergessen. Nun gerieth Jedermann mit Händen daß, um unsere bunte Landkarte für diese achsgrane und gradlinichte Zeichnung brauchbar zu machen, wir mindestens eine neue Pauslerkriege haben müßten, aber eine wirklich kühn durchgreifende, eine die nichts so zaghaft-reaktionäre Anwandlungen hätte, wie die von 1848, eine solche, wie die Democratie sie uns anrobt. Waren sie nur frei endlich, die preußisch-österreichischen Conferenzen von den „Verheißungen", welche die Regierungen in ihrer Agonie sich haben aufpressen lassen durch Barrikadenhelden und Pobelrotten oder abschwagen von constitutionellen Schwachlingen die einige Tage lang für Führer dieser Pobelrotten sich hielten, um bald darauf Schutz zu suchen von ihrer Wuth bei den erwachten Fürsten und ihren treuen Armeen! Ist denn Deutschland durch seine dritthalbjährigen Erfahrungen immer noch so wenig gewitzigt, daß dieses Wort „Verheißungen" es auch jetzt noch terre seiten kann, in den Munde der Demokraten und Pseudo-Constitutionellen, die den einseitigen Bruch der theuersten, noch Form und Inhalt rechtsgiltigen „Verheißungen" billigen, anrathen, anstiften und nicht einmal einer Entschuldigung werth halten, — im Munde der Demokraten und Pseudo-Constitutionellen die aus lauter Gerechtigkeitsliebe schwärmen für das Steuerverweigerungsrecht der von Bayrhofer präsidirten Standeversammlung in Kassel und die Europa in Flammen setzen möchten, um das deutsche Halstein mit dem nicht deutschen Schleswig zusammenzuhalten.

Die Ereignisse in Kurhessen

Kassel, 30. Sept. Nachmittags 4 Uhr. So eben wird folgende Verordnung aufgegeben: Verordnung vom 28. Sept. 1850, die weitere Handhabung und Ergänzung der Verordnung vom 7. d. M. über die Erklärung des Kriegszustandes, betreffend. Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm I, Kurfurst zc. zc. thun hiermit kund: Der durch Unsere Verordnung vom 23. v. M. publicirte Bundesbeschluß hat auf den Zustand Unseres Landes, welchen wir bereits durch Unsere Verordnungen vom 4. und 7. d. M. dargelegt haben, die Art. 25 und 26 der Wiener Schlußakte anwendbar erklärt. Wir müssen hierin die Verpflichtung als eine um so unabweichlichere erkennen, durch die in der Verfassungsurkunde gegebenen Mittel weitere Vorsorge zu treffen, daß jedem Herrschritte zum Umsturze aller staatlichen Ordnung eine unüberschreitbare Grenze gesetzt werde. Nach §. 2 der Verfassungsurkunde vom 5. Januar 1831 bleibt die Regierungsform des Kurstaates monarchisch; nach §. 10 der Verfassungsurkunde vereinigt der Landesherr alle Rechte der Staatsgewalt zu verfassungsmäßiger Ausübung in sich. Mit dieser, durch die Verfassungsurkunde gesicherten Grundlage des Staates muß, wo die monarchische Regierung zu selbstständiger Wirksamkeit berufen ist, eine jede davon unabhängige Gewalt schlechthin vereinbar sein, in deren Berechtigung es gelegt sein könnte, die Rechte der Staatsgewalt anmaßlicher außer derjenigen selbstständigen Wirksamkeit zu setzen, welche sie bei außerordentlichen Fällen durch den §. 95 der Verfassungsurkunde anvertraut ist. Mit dieser Wirksamkeit Unserer Regierung darf demnach irgend eine Thätigkeit Unserer Gerichte und Behörden, welche Unsere, zur Sicherheit des Staates und der bestehenden öffentlichen Ordnung ergriffenen Maßregeln einer Beurtheilung zu unterziehen, und dieselben durch Entscheidungen oder Beschlüsse außer Anwendung zu bringen bezweckt, in keiner Weise in Widerspruch treten. Nur den Landständen kann es zustehen, durch Verfügung der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Bestimmung jene Maßregeln wieder im Wegfall zu bringen. Wir konnten erwarten, daß alle unsere Behörden, sowie die Gerichte jede Anordnung ihrer Competenz über den Boden, den wenn auch nur provisorisch geltende Gesetze bei außerordentlichen Begebenheiten zu begründen haben, verwehren würden. Wir müssen aber leider ersehen, daß von Gerichten Unseres Landes es unternommen ist, gegen die durch Unsere Verordnung vom 7. l. Mts. getroffenen Einrichtungen unmittelbar einzuschreiten, und Uns daher genöthigt sehen, dieser Uebergriffe abhilflose Verfügungen zu treffen, sowie alle Unternehmungen, von welcher Seite sie ausgehen möchten, die gegen die völlige Wirksamkeit Unserer Anordnungen in der bestagten Verordnung gerichtet wären, zur gebührenden Bestrafung zu bringen. und verordnen daher auf Grund des §. 95 der Verfassungsurkunde, und den Antrag Unseres Gesammtstaatsministeriums, was folgt: §. 1. Jede Cognition über die rechtliche Gültigkeit oder Wirksamkeit der gegenwärtigen, sowie der unterm 4. und 7. Sept. l. J. von Uns erlassenen Verordnungen ist ausgeschlossen, und wird jedes Verfahren hierüber unthatsäch erklärt, welches unmittelbar oder mittelbar darauf haben sollte, einen gerichtlichen Ausspruch über die Frage nach der rechtlichen Gültigkeit oder Wirksamkeit jener Verordnungen herbeizuführen. Jnglichen werden alle, hiermit im Widerspruche stehenden und auf die angeblich Verfassungswidrigkeit der Verordnungen vom 4. und 7. Sept. l. J. gegründeten Ansprüche der Gerichte für unwirksam erklärt und jedes deßfalls bereits eingeleitete gerichtliche Verfahren hierdurch aufgehoben. Dem Oberbefehlshaber liegt die Verpflichtung ob, alle und jede bereits eingetretenen Folgen solcher Aufbrüche mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu beseitigen und haben dabei alle Behörden und öffentliche Diener seinen Befehlen die schuldige Folge zu leisten. §. 2. Von den Kriegsgerichten fallen folgende Vergehen der nicht zum Militär gehörigen Personen unterstützt und bestraft werden: Jeder Ungehorsam und Widersetzlichkeit gegen Unsere im vorstehenden Patrographen erwähnten, zur Sicherheit des Staates erlassenen Verordnungen, oder gegen die in Gemäßheit derselben getroffenen Anordnungen und Verfügungen des Oberbefehlshabers und dessen Organe, sowie jedes gegen Unsere vorgehachten Verordnungen und deren Vollziehung gerichtete Unternehmen; ferner jede Verhinderung der Bekanntmachung von Anordnungen und Verfügungen, welche von Uns, Unsern Ministerien oder von dem Oberbefehlshaber und dessen Organen ausgegangen sind, insbesondere die unbefugte Annahme oder Zerstörung deshalbiger Plakate; sowie die in den §§. 19, 24, 25 und 28 der Verordnung vom 22. Okt. 1830. erwähnten Vergehen der Störung der öffentlichen Ruhe durch Zusammenlauf und Lärm, die Aufforderung zur Störung der öffentlichen Ruhe mittelst Aufreizung des versammelten Volksmenge, sodann die mittelbare Aufreizung zum Aufruhr durch öffentliche Unzufriedenheit erregende Reden, oder durch Verbreitung falscher Nachrichten von bevorstehenden Gefahren oder der Landesobrigkeit nachtheiligen Unternehmungen; endlich der Landfriedensbruch und der Landesfriedensbruch. Die hier genannten Vergehen, mit Ausnahme des Vergehens der Verhinderung der Bekanntmachung von Anordnungen und Verfügungen, welches nach den Kriegsgesetzen zu ahnden ist, sollen jedoch vorläufig nicht nach den kriegsrechtlichen Strafbestimmungen, sondern nach den Civilstrafgesetzen dem geltenden allgemeinen Rechte u. zwar an öffentl. Dienern wie Aufruhr, bestraft werden. Die Bestimmungen des §. 7 Unserer Verordnung vom 7. d. M. erleiden durch die vorstehenden Anordnungen keine Aenderung. §. 3. Kommen durch die, von den Staatsbehörden bei den Gerichten, den Staatspolizeibehörden, der Gendarmerie u. s. w. in Gemäßheit ihrer Verpflichtung zu bewirkenden Anzeigen oder auf sonstige Weise Zuwiderhandlungen und Vergehen der im §. 2 bemerkten Art zur Kenntniß des Oberbefehlshabers oder der demselben untergeordneten Commandanten, so ist von ihnen wegen Einleitung der weiter Erforderlichen, von dem Oberbefehlshaber wegen Zusammensetzung des Kriegsgerichts die nöthige Verfügung treffen. §. 3. Die nach §. 1 der Verordnung vom 7. Sept. d. J. den Befehlen des Oberbefehlshabers untergeordneten Bürgergarden sind hinsichtlich ihrer Einsetzung ihrer Thätigkeit an die Anweisungen gebunden, welche deßfalls von dem Oberbefehlshaber oder den unter dessen Befehlen stehenden Commandanten ergehen; Requisitionen der Civilbehörden wegen bewaffneter Einsetzung durch die Bürgergarden können nur an die Militärcommandanten, denen die Befehlen die Bürgergarden unterstellt sind, gerichtet werden. Lediglich diese Commandanten haben zu bestur-

men, ob und in welcher Weise die begehrte Hülfeleistung eingetreten habe. Sollten gleichwohl Requisitionen der erwähnten Art unmittelbar an die Burgergarden gelangen, so liegt dieser die Verpflichtung ob, dieselben an den vorgesetzten Militairkommandanten abzugeben. Gegen jenen dieserhalb sich zeigenden Ungehorsam und etwa eintretende Eigenmächtigkeit ist nach §. 6 der Verordnung vom 7. Sept. d. J. von dem Oberbefehlshaber beziehungsweise von dem ihm untergebenen Commandanten zu verfahren. Urkundlich Unserer allerhöchsteigenhändigen Unterschrift und des beigedruckten Staatssiegels. Wilhelmshöh, am 28. Sept. 1850. Friedrich Wilhelm. (St. S.) Vt. Hassenpflug. Vt. Haynau. Vt. Baumbach.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm I., Kurfürst ꝛc. ꝛc. Indem Wir die vorstehende Verordnung erlassen, um den einreissenden, durch die pflichtvergessene Ständeversammlung begonnenen Verwirrungen entgegenzutreten, sehen Wir Uns bewogen, noch über den Gegenstand, in welchem der Widerstand Unserer Behörden einen Anhaltspunkt zu finden glaubt, Unsere Willensmeinung, wie sie hinsichtlich der durch die Verfassungsurkunde auferlegten Pflichten besteht, fest und offen auszusprechen. Welche Verordnung nach §. 60 der Verfassungsurkunde von jedem Staatsdiener abzulegende Eid hat, hinsichtlich der Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber den Befehlen und Anordnungen, die von Uns unmittelbar oder von den Vorgesetzten der betreffenden Diener ausgehen, zeigt die im §. 61 enthaltene Aufzählung der Fälle, in welchen die Befreiung hiervon eintritt, in welchem Umfange Unsere Diener verbunden sind, Unsern Befehlen Folge zu leisten. Es ist dabei, was die Vollziehung eines höheren Befehles angeht, nur die verfassungsmäßige Form eines solchen eine Verantwortlichkeit begründen, so ist diese eben dadurch als vorhanden erklärt, wo die Anordnung in verfassungsmäßiger Form ergangen ist. Es ist dieses weiter durch den §. 42 des Staatsdienstgesetzes belegt, in welchem leinerlei Andeutung enthalten ist, daß einem in Dienstsachen von der höheren Behörde ergangenen Befehle auf die Verfassungsurkunde sich stützender Ungehorsam entgegengesetzt werden könne. Mit seiner Staatsordnung kann sich eine Einrichtung nicht vertragen, welche Dienern unter Berufung auf eigene Auffassung der Verfassungsurkunde zum Ungehorsam berechtigt. Nicht von den Gehorchenden, nur von den Befehlenden kann die überall nach der Verfassungsurkunde eintretende Verantwortlichkeit zu tragen sein, soll die Staatsform eine monarchische bleiben, die Vereinigung aller Rechte der Staatsgewalt in Unserm Landesherrn bestehen, die Verantwortlichkeit der Minister einen Sinn haben, die allgemeine Glaubwürdigkeit und Volksehrlichkeit aller Landesbeamten, von verantwortlichen Ministern contrasignirten Verordnungen noch eine Bedeutung behalten. Niemand werden Wir zugehen, daß er zum Gehorsam Angewiesene durch solchen Widerspruch in Wahrheit der Befehlende werde und daß in folgerechter Auffassung einer solchen Lehre in unterster Klasse der Diener die Ausführung von Anordnungen der Regierung selbst verhindern dürfen. Eine solche Auslegung der Verfassungsurkunde, wie sie Unsern Verordnungen entgegengestellt werden, haben Staatsverordnungen nimmer in Anspruch genommen; es besteht deßhalb kein Streit und die ohne verfassungsmäßige Berechtigung hervorgetretene Thätigkeit des bleibenden ständischen Ausschusses, der die durch die Ständeversammlung begonnene Rebellion fortsetzt, kann Unsern Dienern keinen Anhaltspunkt gewähren. Unsere Wissitze haben die Anerkennung ihrer Verpflichtung, die Dienstordnung zu handhaben, keine weitere Nachsicht mit einer solchen Gesetzmachung von Excessyschlichen besehen zu lassen, die nur im Missverstande oder Widersetzlichkeit ihren Grund haben kann. Urkundlich Unserer allerhöchsteigenhändigen Unterschrift und des beigedruckten Staatssiegels. Wilhelmshöh, am 28. Sept. 1850. Friedrich Wilhelm. (St. S.) vdt. Hassenpflug. vdt. Haynau. vbt. Baumbach.

Kassel, 30. Sept. Ein Bataillon des 3. Infanterieregiments ist gestern von Hanau und ein Bataillon des 2. Infanterieregiments von Fulda hier eingerückt. Die in Folge der Verhängung des Kriegszustandes nach Marburg beorderten Schützen sind heute von da wieder hierher zurückgekehrt; 2 Escadronen Husaren werden noch diesen Abend von Hofgeismar hier eintreffen. — Das Comite für die Auszahlung der Staatsdienergehalte macht soeben bekannt, daß alle activen Staatsdiener, alle pensionirten Staatsdiener, die Wittwen und Waisen von Staatsdienern, die Geldzinser der seligen Kurfürstin, welche aus der Hauptstaatskasse oder einer der hiesigen Rentereien oder Militärkassen die Zahlung zu empfangen haben, für den Fall, daß die Gehalte und Pensionen für den Monat Oktober nicht ausgezahlt werden würden, vom 4. Oktober d. J. an die ihnen gebührenden Beträge gegen Ausstellung von Gesinnungsurkunden im Rathhaus in Empfang nehmen können. (Z. D.-Z.)

Kassel, 1. Okt. Die Verordnung, welche dem Generallieutenant v. Haynau die Funktionen des Generals der Bauer übertragt, lautet wie folgt: Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm I. Kurfürst und souveräner Landgraf von Hessen, Großherzog von Fulda, Fürst zu Hersfeld, Hanau, Frislar und Isenburg, Graf zu Katzenellenbogen, Dietz, Ziegenhain, Nidda und Schaumburg ꝛc. ꝛc. Mit Beziehung auf Unsere Verordnung vom 7. d. M., die Erklärung des Kriegszustandes betr., verordnen Wir nach Anhörung Unseres Gesammtministeriums wie folgt: Indem Wir den Generallieutenant Bauer, wegen dessen eingetretener Erkrankung, von den Funktionen eines Oberbefehlshabers allergnädigst enthoben, haben Wir den Generallieutenant v. Haynau während der Dauer des Kriegszustandes zum Oberbefehlshaber allergnädigst ernannt, wonach sich jedermann zu achten. Urkundlich Unserer allerhöchsten Unterschrift und des beigedruckten Staatssiegels gegeben zu Wilhelmshöh am 28. Sept. 1850. Friedrich Wilhelm. (St. S.) vt. Hassenpflug. vt. Haynau. vt. Baumbach.

Kassel, 1. Okt. Der Oberbefehlshaber, Generallieutenant v. Haynau, hat nachstehende „Bekanntmachung" erlassen: Bekanntmachung des Oberbefehlshabers. Nachdem in den drei Jahren aus dem Militairstande mich in das Privatleben zurückgezogen, und seit März 1848 so manchem, der Gesinnung eines treuen Essen widersprechenden Treiben ruhig zugesehen habe, bin ich jetzt von Seiner königl. Hoheit dem Kurfürsten, mir völlig unverwurfen, während der Dauer des Kriegszustandes zum Oberbefehlshaber in unsern Vaterlande ernannt, und mit ausgedehnter Vollmacht versehen, dir, durch die Pflichtvergessenheit der Landstände, in Verweigerung aller zum Staatsbedarf erforderlichen Abgaben, wie durch Anmaßungen und Aufregungen des bleibenden Ausschusses, verbrüderlicher Widersetzlichkeit gegen die von den Landesherrn und Staatsregierung erlassenen Verordnungen, zu brechen, und die gesetzliche Ordnung des Staatswesens wieder herzustellen. Daß ich, als ein 71jähriger Greis, dem Rufe meines Landesherrn willige Folge leistend, das von mir selbst gewählte friedliche Stillleben gegen alle die Mühen und Anstrengungen eines in den Augen der Verständigen, der Verfassungsmäßigkeit erlassenen Amtes vertausche, wege sich jedermann, nicht allein als den deutlichsten Beweis darstellen, daß ich von der Rechtmäßigkeit und Verfassungsmäßigkeit der von Seiner somgl. Hoheit ergriffenen Maßregeln völlig überzeugt bin, sondern auch, daß ich dem von meinem Landesherrn in mich gesetzten Vertrauen, mit Treue, Gewissenhaftigkeit, mit Ernst und Nachdruck entsprechen werde, den die von nun an noch Widerspenstigen — sei es in passivem oder aktivem Widerstande — in solcher Weise lernen lernen werden, daß ich, im festen Vertrauen auf den Beistand meines allmächtigen Gottes, auch noch als ergrauter Greis, das mir anvertraute Amt der Gerechtigkeit zu verwalten und das Schwert der Obrigkeit mit Entschiedenheit zu führen weiß. Kassel, den 1. Okt. 1850.

Der Oberbefehlshaber v. Haynau, Generallieutenant.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Aus dem Schleswig'schen. „Nyt. P. Eftet." erklären die Mittheilung des „Hamb. Corr.", daß Schleswiger, die sich gewigert, in der dänischen Armee gegen ihre 2 Brüder zu fechten, nach Alsen geschleppt und dort blutig gepeitscht seien, für eine Fabel. „Dyvep." behandelt die gedachte Mittheilung und eine andere der „Const. Ztg.", der zufolge die ganze männliche Bevölkerung vom 16. bis 40. Lebensjahre nach Fridericia und Fühnen weggeschleppt sein sollte, mit mehr Feierlichkeit, indem sie bemerkt, wenn es auch der Wahrheit sich nicht nahe, alle solchen uns zugekommenen Berichte der schleswig-holsteinischen Blätter zu widerlegen, so könne man doch nicht zu jenen beiden Mittheilungen schweigen; beide seien ebenso infame als boswillige Lügen. Erstlich habe sich Niemand geweigert, gegen die Insurgenten zu fechten, und zweitens habe die Aushebung sich auf die 22—25jährige Altersclasse beschränkt, wie dies auch in Dänemark der Fall sei. (H. N.)

Rendsburg, 29. Sept. Nachdem in den letzten Tagen in umfassender Weise die dazu erforderlichen Vorkehrungen getroffen worden, ist heute Morgen in der Frühe der Angriff auf Friedrichsort unternehmen erfolgt. Von 7½ bis 10½ Uhr ist man hier in der Nähe der Festung kein Schall des schweren Geschützes, daß diesseits und jenseits der Eider nach Friedrichsstadt geschafft war, um die Batterien der Dänen zu demontiren und die Schanzen zu zerstören. Man hoffte, an diesem Ufer der Eider unsere Kanonen und Mörser so aufstellen zu können, daß die vom Feind erbauten Schanzen von hinten beschossen, und somit von der Stadt selbst wesentliche Beschädigungen abgewandt würden. Bis jetzt ist über den Ausfall des Gefechts keine Nachricht hier eingetroffen; man schließt indeß aus dem Aufhören der Kanonade, daß Friedrichsstadt von den Dänen geräumt sei. Wir haben bei der Gegend eine genügende Truppenstärke, um unsere Besitz, wenn man ihn genommen, gegen das dänische westliche Flankenkorps behaupten zu können. Man daß nunmehr übrigens wohl mit Recht allerheftigen einen Angriff seitens der Dänen auf der ganzen Linie erwarten. — Hinter Breckenkorf ließ gestern eine unserer Dragoner-Patrouillen auf eine feindliche Patrouille; es wurden einige Schüsse gewechselt und einer unserer Leute leicht verwundet. Auch bei Wohldre, das jetzt die Unsrigen besetzt haben, war gestern ein kleines Treffen, in dem sich 5 Bataillon 9 Mann an Verwundeten verlor. (H. N.)

Rendsburg, 29. Sept. Oberst v. Aster zog vorgestern gen Westen nach der Gegend von Friedrichsstadt; schon vorher hatte sich eine bedeutende Truppenstärke vorthin gezogen, während Willisen und v. d. Horst das feindliche Centrum und den linken Flügel der Dänen in Schach hielten. Seit heute Morgen früh verlautet aus ferner anhaltender Kanonendonner, daß der Kampf in der Gegend von Friedrichsstadt begonnen hat. Um 11 Uhr traf die Meldung ein, daß der Kampf immer lebhafter werde. Um 12 Uhr begab sich der General v. Willisen von hier nach dem Centrum der Armee und nach einigen Stunden werden wir vielleicht auch von dorther den Kanonendonner vernehmen.

Deutschland.

Wien, 27. Sept. Zur politischen Eintheilung Ungarns werden die nöthigen Vorerleitungen getroffen. Das ganze Kronland besteht aus fünf Distrikten (zu Preßburg, Pesth, Oedenburg, Kaschau und Großwardein), 45 Comitaten, 265 Stuhlgerichtsverwaltungsbezirken, mit einem Flächeninhalt von 3215⅔ □.M. mit 8,019,495 Seelen.

Innsbruck, 24. Sept. Gestern fand in unserer Pfarrkirche eine Feierlichkeit ganz eigenthümlicher Art statt. Es wurde nämlich die Beeidigung den neu gewählten Bürgermeisters, Hrn. Dr. Clemann, und der sechs Magistratsräthe vorgenommen. Um der wichtigen Handlung eine religiöse Weihe zu geben, bat der Magistrat die feierliche Anrufung des heiligen Geistes und die Abhaltung eines solennen Hochamtes veranstaltet, welches der Pfarrvermeser, Hr. D. Kometer, um 10 Uhr zelebrirte. Der Magistrat mit dem gesammten Bürgerausschuß und der Klerus der Stadt wohnten demselben bei, und die hiezu eingeladenen Civil- und Militärautoritäten erschienen dabei — mit dem Hrn. Statthalter an der Spitze — sehr zahlreich in Uniform. Nach Beendigung des Hochamtes hielt der Pfarrprovisor von den Stufen des Altars herab an die Vertreter der freien Gemeinde eine Anrede, in welcher er auf die Wichtigkeit des Eides aufmerksam machte und den Frommsinn der Repräsentanten belobte, indem sie dadurch, daß sie ihre Amtswirksamkeit mit der religiösen Weihe beginnen, zu erkennen geben, daß ihnen der Glaube an Gott als die Grundlage aller irdischen Wohlfahrt erscheine, und nur auf diesem Grunde der Wohlstand der freien Gemeinde gedeihen könne. Hierauf nahm der Herr Kreisprästident v. Kempter dem neuen Bürgermeister, Dr. Clemann, den Eid ab, dieser aber den sechs Magistratsräthen. Nach dem Schwur erscholl Trompeten- und Paukenschall.

(D. C.)

Berlin, 30. Sept. Der N. Pr. Ztg. wird aus guter Quelle mitgetheilt, daß in der schleswig-holsteinischen Frage zwischen England, Rußland ein Uebereinkommen getroffen worden sei; daß diese Mächte auf jede Weise die Fortsetzung der Feindseligkeiten zwischen dem dänischen und dem schleswig-holsteinischen Heere verhindern wollen. Es soll der König von Schweden sich bereit erklärt haben, die Erledigung der obschwebenden Streitfrage wegen der Herzogthümer auf der Grundlage des Bundesbeschlusses vom Jahre 1846 herbeizuführen.

Aus Hinterpommern, 26. Sept. Vorgestern fand in Köslin eine Schwurgerichtsverhandlung statt. Die Ordnergerichtsoffizieren Schmeiske und Thiel waren des versuchten Aufruhrs angeklagt. Beide werden als die Urheber der Steuerverweigerungsversuche betrachtet, die in Cöslin und seiner näheren Umgegend in Folge der bekannten Proklamationen des Clubs hierzu gemacht wurden. Die Anklage, die mit vollem Gefolge das Wesen und die Eigenthümlichkeit des Schwurgerichts berücksichtigt, gründet sich vorzugsweise auf den unbestrittenen Einfluß, den die Angeklagten auf die Bürgerversammlung und deren revolutionäres Gebahren ausgeübt hatten. Als Belastungszeuge trat ein Steuercontroleur auf, der als achtungswerther Conservativer hinlänglich bekannt ist, um ohne eine nicht unbedeutende Reihe von Bürgern der Stadt legen darauf Zeugnisse ab, die ihm direkt widersprechen. Sie erhärten ihre Anklage durch den Eid. Der Staatsanwalt resumirt die Anklage, nach ihm sprechen die Angeklagten, aeromagnirt von einem immer dichter werdenden Gedränge, das von der Straße und den untern Räumen kommt. Der Pöbel hatte sich eingefunden, um als Chorus auch hier neben jenen beiden Männern zu fungiren, deren Persönlichkeit es so oft in dem wilden Jahre ein passendes Relief und eine geeignete Beleuchtung hatte geben müssen. Der Lärm nahm endlich dergestalt zu, daß der Präsident, Hr. v. Jabowitzki, den wir seiner hervorstechenden Talente wie seiner loyalen Gesinnung wegen hier hochschätzen gelernt haben, genöthigt war, die Sitzung, als nicht mehr frei, zu unterbrechen und anzuordnen, daß sie frei von solchem Tag, an dem der Prozeß seinen Fortgang nahm, keine Zuhörer geduldet werden sollten. Man sieht gern von gerichtlichen Scenen, in denen die ganze Misere unserer moralischen und politischen Zustände so selbstgefällig sich präsentirte, und durfte sich nach dem Vorangegangenen nicht wundern, wenn man am andern Tage erfuhr, die Geschworenen hätten die Angeklagten fur nicht schuldig erklart.

(N. Pr. Z.)

Italien.

Im Großherzogthum Toscana ist die Verfassung gestürzt; ein Decret des Großherzogs vom 21. Sept. hat den „allgemeinen Rath der Deputirten" auf unbestimmte Zeit aufgelöst. Der „Monitore" vom 24. verkündigt: Wir Leopold II., Großherzog von Toscana ꝛc. ꝛc. ꝛc. In Erwägung, daß die politische Lage Europas, mehr noch die Italiens und ganz insbesondere Toscanas Uns nicht verstatten, neuerdings den Grundsatz einer verantwortlichen Regierung wieder in Kraft treten zu lassen, wie Wir ihn im Februar 1848 angenommen und wie er durch die Gewaltthaten des Aufruhrs vom Februar 1849 noch nun nach vernichtet wurde, den Wir aber hernach stellen wollen, sobald die Erneuerung der vorgegangenen Unordnungen nicht zu fürchten sein wird; in Erwägung jedoch, daß unter der Nothigung der Umstände jetzt der Zeitpunkt nicht bestimmt werden kann, wann der gegenwärtige Stand der Dinge sein Ende erreichen werde; in Erwägung endlich, daß inzwischen mit Beseitigung alles aber in der Verfassung sanktionirten Gewaltsatze — insoweit es nämlich die ordentlichen Zustände verstatten — für die Verwaltung gehörig und wirksam gesorgt werden muß, um Ordnung und öffentliche Ruhe aufrechterhalten, haben Wir verordnet und verordnen hiermit: Art. 1. Die allgemeine Deputirtenversammlung deren Sitzung am 10. Januar 1849 eröffnet durch die Revolution im Februar unterbrochen wurde, ist aufgelöst. Art. 2. Bis zu einer gelegentlichen neuen Einberufung der gesetzgebenden Versammlungen wird alle Gewalt von uns geübt, noch Verneuerung des Staatsrathes bei den vorgeschriebenen Fällen und unter Beibehaltung aller im Staatsgrundgesetz sanktionirten Grundsätze, so viel es nur immer die Umstände erstatten. Art 3. Unser Ministerrath ist mit Ausführung der gegenwärtigen Verordnung beauftragt. Florenz, den 21. Sept. Leopold. Baldasseroni. Landucci. Lami. (Diesen drei historischen Artikel folgt das Preßgesetz. Die wichtigste Bestimmung ist, daß künftig eine Journal vor dem Erscheinen dem Minister des Innern Bewilligung einholen muß. Auf die bereits erschienene Journale hat dies keine Anwendung. Der Minister des Innern kann jedes Journal einen Monat lang suspendiren, wo nur noch ein Neurus an den Ministerrath freisteht. Der Ministerrath darf jedes Journal für immer verbieten. Die Statthalter (Covernatori) und Präfekten können Journale suspendiren; nur in solchen Orten, wo der Sitz eines Governatore oder Präfekten sich befindet, durfen Journale erscheinen. Es folgen dann Strafsanordnungen fur die Zuwiderhandelnden.)

Neueste.

München, 1. Okt. Das seit dem 30. Sept 1848 daher erscheinende radikale Tagblatt „Grobian" hat aus Mangel an Abonnenten mit dem Schlusse dieses Quartals sein Erscheinen aufgegeben.

Frankfurt, 2. Oct. Eine heute aus Wien hier eingetroffene Depesche ruft die österreichischen Mitglieder der interimistischen Bundescommission in Form eines Urlaubes ab. R. Z.

Stuttgart, 30. Sept. Der blutrothe Bösewicht der „Ulmer Schnellpost" Ludwig Seeger wird am 2. Januar zurücktreten; der Grund weßhalb, ist bis jetzt noch nicht ruchbar geworden. Ohne Zweifel ist das Schiff der HH. Berleger im Sinken begriffen, und da pflegen es gewohnlich die Ratten zuvor zu verlassen.

T. D.1) Hamburg, 30. Sept. Zwei Schanzen der Außenwerke von Friedrichsstadt sind mit dem Bajonett genommen und dabei vierzehn Kanonen erbeutet worden. Die Stadt soll eng umschlossen sein.

2) Hamburg, 1. Okt. Alle offiziellen Nachrichten vom Kriegesschauplatze fehlen. Die Führer der Feldposten berichten das Nachstehende: „Die Besatzung von Friedrichsstadt sei durch Parlamentaire aufgefordert worden sich zu ergeben, habe jedoch solches verweigert. General von Willisen habe eine Stellung eingenommen, welche von nördlicher Seite her jede Entsetzung verhindert. Der Angriff auf Friedrichsstadt soll erneuert werden."

3) Turin, 27. Sept. Erzbischof Franzoni ist aus dem Lande verwiesen worden.

4) Hamburg, 1. Okt. Immer noch ist mon ohne bestimmte Berichte vom Kriegsschauplatze. Tommugen soll wieder von den Dänen besetzt worden sein. (S. C.-Z.)

Breslau, 27. Sept. Wie erfahren, daß der Fürstbischof v. Diepenbrock sich im Laufe des künftigen Monats nach Köln begeben wird, um aus den Händen des päpstlichen Nuntius, welcher dort erwartet wird, zugleich mit dem Erzbischofe von Geissel zu Köln, den Cardinalshut zu empfangen. (C. B.)

Die Times machen die komische Bemerkung: Ein Bayer stehe jeden Morgen als ein Vierfuß auf und gehe Abends als ein Faß Bier zu Bette. C.Paris, 30. Sept. Von den Assisen wurde dieser Tage der Prozeß über das legitimistische Complott der „Derrière" verhandelt. Von den Angeklagten sind vier abwesend, gegen welche lingehorsamsurtheile von zwei Jahr, ein Jahr und ein halb Jahr Gefangenschaft erlossen wurden; von den Anwesenden wurden vier zu halbjährigem Gefängniß verurtheilt, die übrigen freigesprochen.

(T. B.)

Frankfurt, 1. Oktober. Schluß der Schriftstücke des preußischen Staatsministeriums in der kurhessischen Angelegenheit. III. Die kgl. preuß. Regierung hat durch einen unter dem 12. d. M. an den kgl. Geschäftsträger am kurfürstl. hessischen Hofe gerichteten und von diesem zur Kenntniß des hochlöblichen kurfürstl. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten gebrachten Erlaß sich ausführlich über die Vorgänge im Kurstaate ausgesprochen. Sie hat dabei zunächst abgelehnt von dem Verhältnisse des Kurstaates zu dem Bundesstaate nur das Mindeste zu wissen, — nur von Maßregeln eines für Lösung solcher Fragen in Deutschland allseitig anerkannten Organs, und eine nochbarliche Pflicht hervorhebend — die kurfürstl. Regierung dringend zu der ernsten und gewissenhaften Erwägung aufgefordert: ob wirklich alle zu einer friedlichen und gesetzlichen Ordnung durch die Landesverfassung vorgezeichneten Mittel erschöpft seien? Der materiellen Rechtsfrage ist hierbei in keiner Weise vorgegriffen worden. Nachdem sodann der kgl. Geschäftsträger von der einstweiligen Verlegung des Regierungssitzes amtlich unterrichtet worden, ist er, einer ihm schon ertheilten Weisung gemäß, dem kurfürstl. Hofe nach Wilhelmsbad gefolgt. Auf den Grund seiner Instruktionen hat er sich dort wiederholt in dem Sinne des oben gedachten Erlasses vom 12. d. M. ausgesprochen und die Erwirkung der in Frankfurt a. M. unter dem Namen des Bundestags zusammengetretenen Bevollmächtigten auf diese Angelegenheit in Anspruch genommen. Die kgl. preuß. Regierung hat ferner, in einem zur Kenntniß der kurfürstl. Regierung gebrachten Erlasse vom 21. d. M., sich aufs Neue dahin erklärt, daß sie die erwähnte Vereinigung von Bevollmächtigten als den deutschen Bundestag oder als ein irgendwie berechtigtes Organ des deutschen Bundes anzuerkennen nicht vermag, mithin die Beschlüsse, welche derselben im Namen des deutschen Bundes in Bezug auf das Kurfürstenthum gefaßt wurden, als zu Recht bestehende Akte nicht anerkennen werde. Bei den Verhältnissen eines Landes, das schon wegen seiner geographischen Lage in den engsten und fur beide Theile bedeutendsten Beziehungen zu den preußischen Landen steht, hat Preußen sich zwar eine weitere Entschließung vorbehalten müssen, welche durch die Pflichten gegen Deutschland und gegen das eigene Land erheischt werden. Hierauf ist nun die am gestrigen Tage in Kassel erfolgte Publikation einer kurfürstl. Ver-

ordnung vom 23. d. M. gemeldet worden, nach welcher die in Frankfurt a. M. versammelten Bevollmächtigten am 21. d. M. einen Beschluß gefaßt haben, durch den diese Versammlung sich vorbehält, alle zur Sicherung oder Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes erforderlich werdenden Anordnungen zu treffen. Die königl. Regierung hat den Inhalt dieser kurfürstl. Verordnung in die der Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechende ernste Erwägung gezogen. Sie sieht darin jedoch keinen Grund zur Zurücknahme der von ihr früher abgegebenen oben angeführten Erklärungen. Sie erkennt vielmehr den gedachten Beschluß der in Frankfurt a. M. tagenden Versammlung vom 21. d. M. als einen Bundesbeschluß nicht an. Da ferner in demselben weitere Anordnungen in Betreff des Kurstaates vorbehalten sind, so behält auch die königl. Regierung ihrerseits sich alle weiteren, durch ihr Recht und ihre Pflicht gebotenen Entschließungen bevor. Indem der Unterzeichnete dies hiermit ergebenst zur Kenntniß des hochlöblichen kurfürstl. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten bringt, hat derselbe hinzuzufügen, daß die königl. Regierung eine von der Bestätigung des Bundesbeschlusses nicht abhängende volle Autorität der Regierung in dem Kurstaate, wie in allen deutschen Landen, auf das dringendste wünscht, und die neuerlichen Vorgänge auch deßhalb beklagt, weil sie das Gefühl der Unsicherheit des Rechtszustandes gesteigert und die Verwirrung selbst in die Gewissen der Unterthanen gebracht haben. Der Unterzeichnete benutzt diese Gelegenheit für den Ausdruck seiner ausgezeichnetsten Hochachtung. Berlin, den 26. Sept. 1850. Der königl. preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten v. Radowitz. An das hochlöbliche kurfürstl. hessische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu Kassel.

Kassel, 1. Okt. Der ständische Ausschuß hat aus Anlaß der neuesten Verordnungen die nachstehende Erklärung gegeben: Erklärung des bleibenden landständischen Ausschusses in Betreff der Verordnung und des Manifestes vom 28. Sept. 1850. Zur Verordnung vom 4. d. M. vom 23. l. M. sind zwei Erlasse mit dem Datum des 28. l. M. gefolgt. Der eine betrifft „die weitere Handhabung und Ergänzung der Verordnung vom 7. über die Erfüllung des Kriegszustandes," der andere spricht die Willensmeinung des Landesfürsten in der erklärten Absicht aus, um den einen Theil, durch die der Pflichtvergessenheit beschuldigte Ständeversammlung begonnene Verwirrung entgegenzutreten. Nicht um sich gegen solche, im Munde des Landesfürsten unerhörte Beschuldigungen zu erheben, vielmehr in der Ueberzeugung, daß Verwirrungen, wie sie, von wem auch verursacht, in diesen Lande vorhanden sind, auf solche Art nicht geschlichtet, noch beschwichtigt werden können, fühlet sich der bleibende landständische Ausschuß zu einer Erklärung veranlaßt, die einzig und allein auf Wahrheit und Recht gerichtet ist. Bei den Verordnungen vom 4. und 7. d. M. hatte die Regierung sich auf den Art. 54 des §. 95 der vom bleibenden Ausschusse abgetretene Mitwirkung nicht weiter ankomme, berufen. Diese Rechtsanstellung ist vor den Ausspruche der zuständigen Gerichte zusammengestanden. Danach steht fest, daß wenn bei außerordentlichen Begebenheiten auf den Grund des §. 54 der Verfassungsurkunde außerordentliche Maßregeln ergriffen werden sollen, dies nur mit Bestimmung des bleibenden landständischen Ausschusses geschehen kann. Der bleibende Ausschuß hat aber jede Mitwirkung zur weitern Handhabung des protestirten Kriegszustandes ausdrücklich abgelehnt. Nun verlasse die Regierung ihren früheren, jetzt freilich ganz ungangbar gewordenen Weg; sie spricht nicht weiter von der Zuziehung des Ausschusses, sondern nimmt ein neues Hilfsmittel zur Hand, welches sie durch die Verordnung vom 28. d. M. nimmt zwar noch den §. 95 der Verfassungsurkunde in Bezug, stützt sich im Wesentlichen aber auf den in der Verordnung vom 23. bekannt gemachten „Bundesbeschluß" und darauf, daß derselbe die Artikel 25 und 26 der Wiener Schlußacte auf den Zustand unseres Landes für anwendbar erklärt habe. (Forts. folgt.)

Darmstadt, 30. Septemb. Schluß der Berathungen die Auflösung der Ständeversammlung betr. Unsere Ministerien waren während dieser Zeit eifrigst bemüht, den Staatshaushalt in geregelten Zustande fortzuführen und überall Ersparnisse eintreten zu lassen, wo es ohne wesentliche Nachtheile für die Zwecke des Staates geschehen konnte. Wenn demungeachtet die fünfzigtägigen Ergebnisse der Staatsverwaltung keine günstigen waren, so konnte dieses nicht die Schuld der Regierung sein; es war vielmehr die Folge der Ereignisse, welche die Ergiebigkeit der Einnahmequellen verminderten und außergewöhnliche Staatsbedürfnisse hervorriefen; es war insbesondere die Schuld jener wühlerischen Partei, die ein Nachbarland ins Verderben stürzte und den Staat fortwährend nöthigte, sich gegen sie zu rüsten, derselben Partei, die jetzt wieder in der Majorität der aufgelösten Ständeversammlung ihr Haupt erhoben hat. Wie dem Allen, so ist die Fortsetzung der bestehenden Steuern bis zu Ende d. J. war alsbald noch der Eröffnung der Ständeversammlung zugleich ein nach den Resultaten der Jahre 1848 und 1849 abgeordnetes Budget, begleitet von einem erläuternden Vortrag Unseres Finanzministeriums, vorgelegt worden. Die Berathung hierüber ging, daß bei dem Fortbestand der bisherigen Einnahmequellen am Schluß der Finanzperiode noch ein beträchtlicher Ausfall an der Einnahme zur Ausgleichung der Ausgaben zu decken bleibe. Hatten die Stände auch die Ansicht der Regierung über die Nothwendigkeit einzelner Ausgaben nicht theilen wollen, so hätten sie doch den gelieferten Nachweisungen darüber nicht der mindeste Zweifel obwalten, daß die Forterhebung der bestehenden Abgaben zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse unumgänglich nothwendig sei. Dennoch verweigerte die Majorität der zweiten Kammer der Stände über diesen Gegenstand die Verweigerung war nach der augenscheinlichen Absicht der Führer geradezu gegen die bestehende Staatsordnung gerichtet, die dadurch untergraben werden soll. — Vertrauensvoll wurde bei Gründung der Verfassung die Steuerbewilligung als Recht, aber auch zugleich mit der heiligen Pflicht, für die Deckung aller wirklichen und nothwendigen Staatsbedürfnisse zu sorgen, in die Hände der Stände gelegt, nachdem der Ausschuß der Ständeversammlung von 1820 selbst ausgesprochen hatte: „es lasse sich nicht als möglich denken, daß Landstände, sei es aus zufälligen oder absichtlichen Ursachen, die Ersiens des Staats durch Verweigerung wahrhaft nothwendiger Steuern auf das Spiel setzen sollten, man müßte denn annehmen, daß es zu irgend einer Zeit Landstände geben könne, denen Mitglieder der Majorität nach zugleich meinerwidig und aller Einsicht beraubt waren; denn ein anderes ließe sich wohl nicht unterstellen, bei Maunera, die für das Staatswohl vereinigt, zu Erreichung dieses Staatswohls dem Staate selbst den Untergang zu bereiten trachteten. Was man damals sich nicht als möglich dachte, ist jetzt geschehen. Freveltyat wurde das Steuerbewilligungsrecht gehandhabt und die Existenz des Staates auf das Spiel gesetzt. Unsere Regierung befindet sich nun in der Lage, entweder ihre Verpflichtungen gegen auswärtige Staaten, namentlich auch gegen den Zollverein, wie ihre Verbindlichkeiten gegen die Gläubiger des Landes, die öffentlichen Diener, die bewaffnete Macht, die vielen Tausende, welche in den Unternehmungen des Staates für sich und ihre Familien Erwerb finden, die Unterhaltung und Fortsetzung der öffentlichen Bauten und Anstalten, einstellen, das Land der Anarchie und Auflösung Preis geben oder zu den Mitteln greifen zu müssen, welche die Verfassung für einen solchen außerordentlichen, bis jetzt in der ständischen Geschichte Deutschlands seit dem Erscheinen der Verfassung nicht dagewesenen Fall darbietet. Eingedenk Unserer Pflichten als Regent, Unseres geliebten Landes, konnen Wir zur Abwehr der dringenden Gefahren, womit der Staat bedroht ist, nicht zögern, von dem nach Art. 73 der Verfassungsurkunde Uns zustehenden Rechte, in dringenden Fällen auch ohne Mitwirkung der Stände das Nöthige zur Sicherheit des Staates vorzukehren, Gebrauch zu machen und die Forterhebung der Steuern in den letzten drei Monaten anzuordnen. Wir werden auch nicht unterlassen, zum Schutze der gefährdeten Ordnung weiterem Frevel zu begegnen; insbesondere sind Wir fest entschlossen, Unsere zum Heile des Volks bestehenden Rechte, das monarchische Prinzip unverrückt im Auge, zu wahren, mit Anwendung der in Unserem Rechte gegebenen Mitteln, welche die Ereignisse erfordern. Wir erwarten von treuen Alle, welche nicht schon der Ernst der Umstände zur Erkenntniß ihrer Pflicht vermögen sollte, hiermit nachdrücklich, und der Bahn derselben nicht zu weichen, damit sie den Folgen der Uebertretung und Auflehnung entgehen und Unsere Regierung der Nothwendigkeit von Maßregeln verdeutet Strenge überhoben werden. Wir Aber nur mit Schmerz Unser Großherzogthum in eine so außerordentliche Lage versetzt sehen können, so ist es auch Unser Wille, vor allem die Verfassung in ihrer Wirksamkeit gegen abermalige Störungen sicher zu stellen. Wir werden Unser treues Volk Unserer Besorgung anvertrauen, um Uns von neuem und würdigen Vertretern desselben in Besetzung der Ordnung und Beförderung des allgemeinen Wohls unterstützt zu sehen. Wir wollen hierin gerechten Wünschen und Erwartungen begegnen und haben darum auch das Vertrauen, daß alle rechtliche Männer, mit Gier Unserem Wirr folgend, in besonnener Theilnahme sich vereinigen. Zunächst aber zählen wir bei allen zum Schutz der bedrohten Ordnung zu treffenden Maßregeln auf die thätigste Pflichterfüllung Unserer Beamten, wie auch auf die Unterthägung aller eigenen, welches es mit Uns, mit ihrem Vaterlande und mit sich selbst wohl meinen. Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und des beigedruckten Staatssiegels. Darmstadt, am 29. Sept. 1850. Ludwig v. Dalwigk.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Bader.

Frankfurter Cours.

Den 2. Oktober 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1148	1153
„ 5% Metalliques	79	79½
„ 4½% „	67½	68½
„ 4% „	46½	46¾
„ 2½% „	42	42¼
„ 4½% Bethmann	—	67½
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	96½	99¼
„ „ 500 „ 1839.	153¼	154¾
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	85¾	86¼
„ Ztbl. 30 Prämien Scheine.	112	—
Bayern 3½% Obligationen	84	84½
„ 4% „	88¾	89
„ 5% „	100¾	100⅝
Württemberg 3½% „	82½	83¼
„ 4½% „	96¾	96¾
Baden 3½% „	81½	82
„ fl. 35 Loose	32½	32½
„ „ 50 „	52¾	53⅜
Nassau fl. 25 „	26	26¼
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	76¾	76⅝
„ „ „ 25 „	28¾	28⅝
Polen fl. 300 „	135½	—
Sardinien Lrs. 36 „	32½	33¼

Theater-Anzeige

Freitag den 4. Okt. 1850.

Der Freischütz.

Romantische Oper in 4 Akten von Carl Maria von Weber.

Gestorbene

Den 1. Oktober.

Anna Sartorius Hauptmannstochter 58 J. alt.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreibhofe 2. Distr. Nr. 532.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 238. Würzburg, Freitag den 4. Oktober. **1850.**

Vereinbarung Preußens mit Oesterreich.

Werfen wir einen Blick in die heute angekommenen Berliner Zeitungen, so kommt uns zuerst die offizielle „Reform" mit einem klagenden Artikel entgegen, in welchem Oesterreich zum hundertsten Male vorgeworfen wird, daß es auf den „sogenannten" Bundestag beharrt, in welchem es aufgefordert wird, das Bundes-Terrain zu verlassen und auf den preußischen Vorschlag einer freien Vereinbarung mit allen deutschen Staaten einzugehen. Preußen kommt uns hierbei vor, wie eine Macht, die in einem unbesiegbaren, strategisch unhaltbaren Bischofsitze lagert, und den Gegner, der eine vortheilhafte, von der Natur selbst vorgetheidigte Position einnimmt, zu einem Vortrage auffordert, unter der Bedingung jedoch, daß er, bevor derselbe zur Verhandlung komme, seine seine Stellung aufgebe und auch ihr flache Feld herabkomme. Folgt er nun dem verlockenden Ruf, so werden ihm nämmögliche Bedingungen gegeben; er muß sie verwerfen und erkennt sie dann zu spät, daß er sich von der List eines Gegners verlocken ließ, der ihn gar nicht in einen Vertrag, sondern nur aus einer festen Position ziehen wollte. In eine Vereinbarung Preußens mit Oesterreich jetzt unmöglich, weiters "der Bundestag tagt, so ist sie auch unmöglich, wenn derselbe nicht tagt. Alle Vorschläge, welche gemacht werden können bei einem freien Fürsten- oder Staaten-Congresse, können ganz eben so gut ohne denselben und jetzt gemacht werden. Wir können es uns recht gut denken, ohne das Lobgeld der Erfahrung erst bezahlen zu müssen, welche Anerbietungen Preußen und seine Verbündeten auf einen solchen Congresse Oesterreich und dessen Alliirten machen wurden. Es wären gerade die namlichen, welche schon bundet Male von unserer Seite verweigert worden sind. Diese vorausgesetzene Uneinigkeit nach der versuchten „freien Vereinbarung" würde uns in einer viel schwächeren Stellung finden, als diejenige ist, welche wir jetzt einnehmen. Wir halten aber mit unerschütterlicher Beharrlichkeit an der Ueberzeugung fest: je stärker Oesterreichs Stellung ist, je näher steht die Einigung mit Preußen hervor, je schwächer sie ist, je schwieriger wird diese werden. Darum werden wir nie dazu rathen, der bloßen Aussicht auf Einigung, die uns geboten wird, den gewissen Besitz von Macht, den wir errungen haben, zum Opfer zu bringen.

Deutschland.

München, 2. Oct. Se. Maj. der König von Sachsen ist gestern Abend mit J. k. Hoh. der Frau Herzogin Max in Bayern hieher zurückgekehrt. — Durch die nun ebenfalls erfolgte Rückkehr des königl. Staatsministers des Innern, Hrn. v. Zwehl, ist das Gesammtministerium wieder vollständig. Dem denkenden Vaterlandsfreund wird es nicht entgehen, daß jetzt ein Zusammenwirken dieser Staatsmänner um so nöthiger ist, als von allen Seiten dunkle Wolken den politischen Horizont täglich mehr umziehen und schreibbar die getraumte deutsche Einheit noch einer blutigen Lösung entgegengeht. Hoffen wir inzwischen, daß trotz des Anlaufes von 30,000 Pferden österreichischer Seits und der Errbeitung von Marschquartieren an der preußischen Bataillone der Weltfrieden dennoch nicht gestört werde. — Nachrichten aus Oberammergau zufolge hat Ihre Maj. die Königin am Montag der letzten Passionsvorstellung beigewohnt und wurde von den Bewohnern des festlich geschmückten Ortes auf die herzlichste Weise empfangen. Se. Maj. der König dagegen war zu der Vorstellung nicht erschienen, wie erwartet war, wahrscheinlich weil Hochstderselbe von der Zusammenkunft mit dem Kaiser von Oesterreich bis dahin nicht zurückkehren konnte. (A. Abz.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Aus **Kurhessen**, 28. Sept. Die Demokratie hat ihre Hauptsitze in Kurhessen zu Kassel und den übrigen Provinzialstädten, von wo sie ihre Wellenkreise in die kleineren Städte des Landes mit muthsamem Erfolge ausbreitet, faßt gänzlich unbemerkt von ihr ist die Grafschaft Schaumburg, wo das ruhige Wesen des niedersächsischen Stammes, der Wohlstand der Bevölkerung ihr Hindernisse in den Weg stellt. In den Städten wie Kassel und Hanau hat die demokratische Rührigkeit eine dem Anscheine nach sehr feste und umfangreiche Gestaltung, der „gleicher Vorwurf" fährt gewiß unter den Blattern ihrer Partei in Deutschland die derbste Sprache, der Kasseler demokratisch-sociale Verein ist nach den Namen der Führer unserer deutschen Revolution in Sektionen getheilt (Hecker, Blum, Blum u.), aber trotz dieses drohenden Riesennamen leidet dieser Verein, wie die noch bestehenden Vereine anderer Tendenz in der Provinz an der Ausgehrung, der nervus rerum, das Geld fehlt und die Thränahme des Volkes erhaltet mit jedem Tage mehr. Die unsauberen Bestandtheile, welche sich diese Einigungen fast überall erfreuten und zwar im reichen Maße, haben vielen ihrer vorherigen Freunde und Verehrer die Augen geoffnet. Das Bottchen der fahrenden Habe und des eben nicht gewissenhaften Erwerbes hatte zu diesen Vereinen ein zahlreiches Contingent gestellt; fragte man, „wie viel ehrbare Hausvater sind in der Vereinslste verzeichnet?" so wurde der Bürgerprasident oft in die größte Verlegenheit um eine Antwort gekommen sein. Die Bourgeoisie, diese faule und dabei vom Ehrgeize geblahte Drohne, hat bei der Verbreitung demokratischer Ideen wie überall zu Gvatter gestanden, sie hat das Kind gehatschelt und an dem wilden Knaben mit seinen vorlauten Reden sich erfreut; als er aber doch gar zu ungebardig wurde und seine Gesellschaft, von der er ausgehen war, ein allzu schmutziges und unsthetisches Aussehen trug, zogen sich die liberalen Vater zurück, auf den lateinischen Spruch hinweisend: „Est modus in rebus, sunt certi denique fines." Dieses ganze jammervolle Philisterthum sucht die Rettung seiner Person und seines Mammons bei der Demokratie in der preußischen Union, darum bellen sie mit den Demokraten gegen Hoffenpflug, sie würden ihn aber auf den Handen tragen, wenn er sie von den früheren, so lästig gewordenen rothen Freunden befreit hatte. Die ganze Erbärmlichkeit, das eigenthümliche schlafrige Naturell dieser Helden beim Bierglase und im Casino hat sich immer am deutlichsten bei den Wahlen zur Standeskammer gezeigt. Als das von der Bourgeoisie so hoch verehrte Ministerium Eberhard noch bestand, das von den Demokraten besonders in der letzten Zeit seines Bestandes ebenso angefeindet wurde, als das jetzige, thaten die liberalen Philister bei den Landtagswahlen eben so wenig, um die Wahl demokratischer Kammermitglieder zu hindern, als jetzt, sie zauslen nur, wenn durch ihre Schlafrigkeit rothe Wahlen zu Stande gekommen waren. Die charakteristische Eigenschaft dieser Menschen ist ihre schwach-weiße Färdung und ihr altes Mag und alte Grenzen überschreitender Hang gegen Bayern und Oesterreich, der deutlich genug die Spuren **confessioneller** Abneigung trägt. Unsere Gothaer wurden die **Knute** kussen, womit sie gepeitscht wurden, wenn dieselbe eine **preußische** wäre, sie sind zum Deportionsmut reif, wenn es nur der aufgeklarte preußische wäre. Als Preußen seine retirenden Truppen in Berlin und Baden vollbrachte, als die rothe Presse eine Maßregel verhangte, wie sie einen freien Landes nicht würdig war, da hatten unsere Schwarzweißen kein Wort der Entrüstung, wohrend sie Zeter schrien über die allzu große Freiheit, welche in Oesterreich der Kirche gewährt wurde und Thranen vergossen die Graber von Arad. — Wir haben also bis jetzt zwei Elemente des politischen Lebens in unserem Lande gefunden, wovon das Eine, an sich schwach an materiellen Kräften und an Zahl seiner Anhanger, den Umsturz mit Entschiedenheit will, wohrend das andere Element, das leider nur zu verherrschend ist, wegen seiner unsern Erbarmlichkeit von der Demokratie ins Schlepptau genommen wird. Doch es findet sich noch ein drittes acht conservatives Element, davon nachstens.

(M. J.)

Kassel, 1. Oct. Der Oberbürgermeister der Residenz hat so eben folgende Ansprache erlassen: Mitbürger! Harte Prüfungen habt Ihr bereits überstanden und dabei unerschüttertlich festgehalten an Gesetz und Ordnung. Das hat Anerkennung gefunden über die Grenzen Deutschlands hinaus. Aber noch schwerere Prüfungen stehen uns vielleicht bevor. Laßt Euch nicht irre machen in Eurem gesetzlichen Sinn! Es mag auch kommen, was da wolle. Mitbürger! seid ferner standhaft und besonnen! Unser gutes Recht wird siegen! Der Oberbürgermeister der Residenzstadt Kassel. Hartwig.

Kassel, 1. Oct. Heute Nachmittag wurde unter Trommelschlag die Verordnung vom 28. v. M. die Erweiterung der Bestimmungen über den Kriegszustand betreffend, in allen Straßen der Stadt bekannt gemacht. Das hiermit beauftragte Militärcorlochement bestand aus vier Unteroffizieren und acht Gemeinen, mit drei Trommlern vom Regiment Kurfurst. Nach Trommelwirbel las ein Unteroffizier die Verordnung vor; der Akt schien auf die Bevölkerung keinen Eindruck zu machen. — Der neue Oberbefehlshaber beschaftigt sich mit Organisation der verschiedenen Bureaux: Bureau der Justiz, der Polizei u. — Für morgen erwartet man entschiedenere Vorangehen von Sei-

ten der Militärdirektur, namentlich Verhaftungen und Maßregeln gegen die Presse.

Kassel, 2. Okt. Ueber die Bildung der Kriegsgerichte ist die nachstehende Verordnung erschienen: Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm I., Kurfürst ꝛc., verordnen hierdurch: da der besondere Grund, welcher nach den Vorschriften der Militärkriegsgerichtsordnung vom 21. März 1829 die Einsetzung eines Kriegsgerichts für jetzo eingetretenen Fall erforderlich mocht, — daß nämlich der militärische Grad der abzuurtheilenden Militärperson für die Art der Zusammensetzung des Kriegsgerichts entscheidend ist, — hinsichtlich der nicht zum Militär gehörigen Personen, die bei erklärtem Kriegszustand der kriegsrechtlichen Gerichtsbarkeit verfallen, völlig unanwendbar ist, — nach Anhörung Unseres Gesammtstaatsministeriums, zur Vollziehung des § 7 der Verordnung vom 7. u. des § 3 der Verordnung vom 28. l. M., was folgt:

Des von dem Oberbefehlshaber zur Aburtheilung der in den oben erwähnten Bestimmungen aufgeführten Fälle einzusetzende Kriegsgericht soll nach der Vorschrift im § 47, Lit. g der Militärstrafgerichtsordnung vom 21. März 1829 gebildet werden und als ein ständiges bestehen bleiben.

Urkundlich Unserer Allerhöchsteigenhändigen Unterschrift und des beigedruckten Staatssiegels. Wilhelmsbad, am 30. Sept. 1850. Friedrich Wilhelm. (St. 6.) vt. Hoffenpflug. vt. Haynau. vt. Baumbach.

Kf Kassel, 2. Okt. Noch Mittheilung der „N. Hess. Ztg." hat der Oberbefehlshaber an den Commandeur der Bürgergarde Herrn Seidler die Aufforderung erlassen, sich heute Morgen präcis 9 Uhr, persönlich bei ihm einzufinden. Herr Seidler hat seine Folge geleistet und ein Adjutant des Herrn Oberbefehlshabers, Hauptmann Fintz, die mündliche Erklärung erhalten, daß seine gesetzliche Vorschrift vorliege, welche den Herrn Oberbefehlshaber berechtige, den Commandeur der Bürgergarde in dienstlichen Angelegenheiten zu sich zu entbieten.

Kassel, im October. Man spricht hier von einem Plane, der in Bezug auf die Finanzverwaltung durch eine Verordnung ausgeführt werden sollte, und unter Alten, die es möglich will Fürst und Volk meinen, freudigen Anklang findet. Nicht Operationen, welche auf Flüssigmachung verfügter Geldquellen berechnet sind, sondern eine Reorganisation der obren Finanzbehörden soll ins Werk gesetzt werden, wodurch bedeutende Ersparnisse Statt finden und zugleich der Satz „Jeder Arbeiter ist seines verdienten Lohnes werth" Geltung erhält. Als Grundsatz, wenn auch nicht unbedingt, soll die im vorigen Jahre erschienene Broschüre: „Die kurh. Finanzverwaltung" dienen. Ist dieses wirklich der Fall, woran man bei den bekannten, auf Durchgang der hierüber gepflogenen Berathungen mit Sachkenntniß gestützten Broschüre nicht zweifeln kann: so möge der Wunsch nicht unbeachtet und unerfüllt bleiben, zum Zwecke der Ausführung jenes Planes vorzugsweise praktische Geschäftsmänner aus dem Dienste der Revisorate und Probaturen, welche die Verwaltung nach allen Richtungen hin kennen, in das Ministerium zu berufen. Dann läßt sich noch mehr mit Bestimmtheit erwarten, daß Einrichtungen gestaffen werden, die dem Lande zum wahren Heile gereichen. (K. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Rendsburg, 30. Sept. Die neuesten hier eingetroffenen Nachrichten reichen bis gestern 3 Uhr Nachmittags; was dieselben melden, ist wesentlich das Folgende: Das Gefecht ward durch unsere Kanonenboote, die durch das Dampfschiff „Rendsburg" auf der Eider nach Friedrichsstadt hingeschleppt waren, eröffnet. Um 7½ Uhr, wie gestern Abend bereits gemeldet schon fiel der erste Schuß. Die Kanonenboote No. 3, Lieut. Meyer, No. 6, Lieut. Fischer, und No. 12, Lieut. Meyer, führten die 10½ Uhr das Gefecht allein; das Kanonenboot No. 10, Lieut. Burow, kam auf der schleswigschen Seite auf den Grund, so daß es nicht werken konnte. Lieut. Andersen vom nicht armirten Dampfschiff „Rendsburg" machte im heftigsten Kugelregen mit seinem Boot wiederholt der abzubringen; seine Maschine ward indeß durch das feindliche Feuer so stark beschädigt, daß er unverrichteter Sache sich zurückziehen mußte. Das Kanonenboot No. 2 war bei der Ebbe auf den Strand gerathen, tag jedoch unterm Deiche gesichert gegen das feindliche Feuer und es wurde ohne Zweifel mit eingetretener Fluth wieder flott geworden sein. Um 10½ Uhr kam die Dotterie Christiansen, auf dem dieselben Eiderufer placirt, zum Feuern. Unsere Geschütze brachten die auf dem Eiderdeiche in einer sehr festen Schanze postirten feindlichen Geschütze zum Schweigen. Eine zweite Schanze auf der Chaussee wurde von den Unsrigen genommen, nachdem unter dem Feuer der dritten zwölfpfündigen Batterie, Hauptmann Held, der von den Danen gemachte Durchstich auf der Chaussee zugeworfen worden war. Die Dotterie hatte seinen westlichen Vorlust als 4 Pferde. Unsere Infanterie hatte ebenfalls damit mit in unserer Hand; unsere Jäger standen am Deich in sehr geringer Entfernung den Danen, die jenseits des Eider- und Tonnen-Kanals an den Häusern standen, gegenüber. Nachdem die erste Schanze auf der Chaussee genommen war, stürmte das 6. Bataillon (1. und 2. Comp.) auf die 2. Schanze; nicht vor diesem Bischause bekam es indeß ein so heftiges Stückfeuer- und Kartätschenfeuer, daß es sein Ziel nicht erlangte. Etwa 40 Mann, darunter der Lieutenant Apel, sollen bei dieser Affaire gefallen sein. Die unter dem Hauptm. Schöning stehende Abtheilung des 4. Jägercorps war unterdeß weiter westlich bei Mollerstein mit Booten über die Eider gegangen. Die beiden Compagnien nahmen Tönningen und Garding und mochten die dort befindlichen Danen zu Gefangenen. Heute Morgen zwischen 7 und 8 Uhr wurden die letzteren hier eingebracht, zuerst 44, dann 58 Mann mit 3 Offizieren, der Lieutenant Baron Wedel-Wedelsborg an der Spitze. Die dänische Hauptmann Buhl, der sich zur Wehre setzen wollte, soll gefallen sein; die Mannschaft scheint sich schnell ergeben zu haben. Unter den Gefangenen sind 12 Verwundete; von unsern Jägern sind 3 M. getödtet und etwa 8—10 verwundet. Einige Pferde der feindlichen Truppen sie gut wie eingeschossen. Wir stehen mit einer Anzahl Geschütze nordwestlich von der Stadt in einer Stellung, die die Chaussee nach und von Husum vollkommen beherrscht, so daß der Feind eben so schwer einwohnen als von Winnert her neue Truppen heranziehen kann. In der Stadt kannten 5-Husar, die bei der Beschießung einer hinter ihnen liegenden Brückwache Feuer fingen. Sie sehen, die Lage der Dinge ist für uns bis jetzt eine sehr günstige; deshalb freilich darf man immer noch nicht sanguinischer Hoffnungen unbedingt sich hingeben. Die Danen werden wissen, wie wichtig der Besitz von Friedrichsstadt ist, namentlich auch mit Rücksicht auf die dort befindlichen Schiffen, durch welche die Treene aufgestauet ist, und sie werden das Mögliche thun, um sich zu behaupten. Ob sie nicht jetzt auch auf geraden Wege hierher hinter ihren Verschanzungen bei Schleswig hervorkommen? Bis jetzt ist in dieser Richtung nichts von Bedeutung vorgefallen. Mehrere unserer Schwadronen mit 2 Geschützen der reitenden Batterie trafen jenseits Cropp gestern mit dänischer Cavallerie zusammen und wechselten einige Schüsse. Heute Morgen ist auch von dorther ein dänischer Husar wieder eingefangen hier eingebracht.

* Aus Baden, 2. Okt. (Zustöße.) Oefterreich hat seinen Willen durchgesetzt: die badischen Truppen marschiren nicht weiter nach Preußen. Diese Nachricht geht wie ein Lauffeuer durch das Land und bestätigt sich, wie wir aus sicherer Quelle zu melden im Stande sind. Die Freude hierüber ist allgemein sehr groß, denn nur mit tiefem Schmerz sah der Badenser seine Landeshimmer in die Fremde, nach dem Norden ziehen um dort noch Grundsätzen gebildet zu werden, denen er ganz abhold ist. Die Mißstimmung, daß der ferner Rückmarsch der badischen Truppen noch Preußen unterbleibt, hat bereits zu einer Versammlung in geheimer Sitzung gemacht worden. Wenn einige schwarzweiße Blätter noch immer die Wahrheit dieser Thatsache bestreiten, so ist das nichts anderes als die gewöhnliche perfide Weise, Sachen die nicht in ihrem Kram tauchen, abzuleugnen in Abrede zu stellen. Die Verbrüderung der preußischen Truppen in Baden befähigt sich vollkommen. Ihre Zahl wird um 8000 Mann verringert. — Die Freisprechung des kurhessischen Ministers Hassenpflug dem Oberappellationsgericht hat auch bei uns einen guten Eindruck gemacht. — Erst einiger Zeit tauchen wieder verschiedene Gerüchte über Knoyfenseden Misunternehmen in unserm Lande auf. Wenn wir auch gerne zugeben, daß dieselben bis jetzt grundlos sind, so zeugen sie dennoch von dem steten Wunsche des Landes, das Ministerium eine andere Politik verfolgen zu sehen. Uebrigens verlautet auch nur mittelbar, daß Baden sich wieder damit eine andere politische Richtung einschlagen und sich dem Einflusse Preußens nach und nach immer mehr zu entziehen suchen wird.

Aus Nassau, 26. Sept. Um die Redemptoristen zu Bornhofen gehässig zu machen, scheint man denselben die Verbreitung abenteuerlicher Sagen bei Länge Christi zum Zweck benutzt hat. Mittel, denken die Urheber dieser ganz grundlosen Beschuldigung. Hoffentlich werden dieselben entdeckt werden und dann die verdiente Strafe finden. Die bischöfliche Behörde hat bereits die Einleitung getroffen, indem sie Folgendes an den Kirchenrath Schröder erließ: „Auf Ordinariat des Bisthums Limburg an Herrn Dekan Kirchenrath Schröder zu Comp. Wir haben vernehmen müssen, daß in Bornhofen und der Umgegend ein superstitiöses Flugblatt, Gebete in Bezug auf die Länge des Leibes unseres Herrn enthaltend, massenweise verbreitet werde. Dasselbe muß einen Lug zu Gesichte gekommenen Exemplare nach zu urtheilen, erst kürzlich gedruckt worden sein und soll von Kobleng aus bezogen werden. Wie unzweifelhaft es auch von vornherein jedem Vernünftigen ist, daß kein katholischer Priester sich der Verbreitung solcher, durch die christliche Lehre und Gesetzgebung verletzter Machwerke bethelige, und wie Manches vielmehr für die laut gewordene Ansicht spricht, daß die auffallend rasche und massenweise Verbreitung des fraglichen Flugblattes das Werk eines Kirchenfeindes sei, so hat man doch mit wahrem Bedauren die ganz gegründete Beschwerdung hören müssen, daß die Herren PP. Redemptoristen dasselbe unter das Volk gebracht hätten, eine Beschuldigung, welche offenbar diese Priester gehässig machen muß. Wir beauftragen Sie nun, schleunigst das Ihnen über den Sachverhalt Bekannte einzuberichten, damit noch Umstände etwa vorhandene Spuren einer gefälligentlichen Verbreitung des Flugblattes behufs der Herabwürdigung der Kirche dem herzoglichen Justizamte zur weiteren Verfolgung angezeigt werden könne, sodann nach Befund der Sache wo möglich die Confiskation der vorfindlichen Exemplare bei obergländischen Druckbotette durch die weltliche Behörde zu bewirken und endlich den Herren PP. Redemptoristen dieses Reskript zur Kenntniß zu bringen, damit dieselben von dem Vorgange Nachricht erhalten, wonächst sie nicht verfehlen werden, das Voll entsprechend zu belehren. Wie geschehen, werden Sie uns anzeigen. Limburg 26. Sept. 1850."

Frankreich.

C Paris, 30. Sept. Man hat irrthümlich der französischen Regierung die Rolle einer Vermittlerin bei den Differenzen zwischen dem röm. und piemont. Hofe zugeschrieben. Ludwig Napo-

e on hat zu unumwunden seine Meinung über die Verhaftung des Erzbischofs Franzoni in Turin äußern lassen, als daß man ihn von Seite des Turiner Hofes zum Vermittler wahlen konnte. Ludwig Napoleon hat ziemlich vorgehalten, daß, wiewohl die Immunitäten und Freiheiten der katholischen Clerus in Frankreich längst abgeschafft sind, ein Bischof wegen Mißbrauch der Amtsgewalt nie eingeschreitet werden durfte, ohne daß der Staatsrath die Zulässigkeit der Anklage förmlich ausgesprochen hatte, während der Erzbischof von Turin in Folge eines bloßen Befehls des Cultus-Ministers nach dem Fort delle Fenestrelle abgeführt worden ist. Ludwig Napoleon theilt daher vollkommen die Ansicht des römischen Stuhles, daß, wenn der Erzbischof Franzoni sich irgend eines Verbrechens gegen die Sicherheit des Staates schuldig gemacht, ihm auf freiem Fuße vor Trybunale gestellt werden müsse. Es begreift sich von selbst, daß die Minister in Turin unter solchen Umständen wenig geneigt sind, einen Vermittler zu wahlen, der im voraus ihr Betragen mißbilligt, weshalb auch die „Gazette Piemontese“ mit Recht in Abrede stellte, daß der Hof von Turin die Mediation der französischen Republik angerufen habe, um den Streit mit Rom zu beenden. Es liegt vielmehr klar am Tage, daß die Minister Victor Emanuels unter der Inspiration Lord Palmerstons stehen, welcher einen vollen Bruch zwischen Piemont und Rom eifrig betreibt.

Italien.

Verona, 22. Sept. Nachstehendes ist der Inhalt der Adresse, mit welcher die am 16. d. M. stattgefundene Ueberreichung des von der österreichischen Armee in Italien dem Civil- und Militärgouverneur des lombardisch-venetianischen Königreich, Feldmarschall Grafen Radetzky gewidmeten, reich verzierten Marschallstabes begleitet war: „Ruhmgekrönter und unbesiegter Feldmarschall! Als die soziale Ordnung, zugleich mit der Wohlfahrt der Völker zu wanken anfing, als Anarchie und Aufruhr frech ihr Haupt erhoben, und, mit fremder Treulosigkeit verschworen, die Grundfesten unserer Monarchie erschüttern wollten, traten Ew. Excellenz, gestützt auf die Treue und die Tapferkeit der Soldaten, die Sie selbst erzogen hatten, kühn dem verheerenden Ungewitter entgegen. Ew. Excellenz wußten mit unbeugsamlicher Ausdauer alle Hindernisse, welche die Lage eines Befehlshabers beschwerlich machen konnen, zu besiegen und mit den Schaaren Ihrer Getreuen sind Sie siegreich aus einem Kampfe hervorgegangen, der Ihnen die immerwährende Bewunderung der Zeitgenossen und der Nachwelt, den Dank Ihres Kaisers und die Ergebenheit des gesammten österreichischen Heeres sichert. Das erhabene Beispiel Ew. Excellenz wirkte mit energischer Kraft. Ein gleicher Enthusiasmus für die Erhaltung der Monarchie durchdrang das ganze Heer; es schaarte sich wie Ein Mann um den Thron seines Kaisers, Verrath und Anarchie flohen beschämt vor der Macht der Tugend. Treffen eingedenk wünscht das österreichische Heer, es möge der Feldherr, Ihnen ein Denkmal seiner Liebe und seiner ehrfurchtsvollen Dankbarkeit zu weihen. Den Unterzeichneten ist das ehrenvolle Loos zu Theil geworden, Ew. Excellenz diesen Akt der Ergebenheit darzubieten; der Wunsch des Soldaten wahlt zu diesem Zwecke das Symbol der Ehre Ew. Excellenz, den Marschallsstab, mit dem Sie ihm den Pfad der Ehre und des Sieges zeigten. Mögen Ew. Excellenz dieses Symbol noch lange führen zur Vertheidigung des Thrones und des Vaterlandes, zum Stolz und zur Zufriedenheit eines Heeres, welches in Ihnen seinen verehrungswürdigsten Veteranen, seinen theuersten Befehlshaber, seinen ruhmgekrönten unbesiegten Feldmarschall erblickt. April 1850.“ — Hier folgen einige Unterschriften von Gemeinen, Unteroffizieren, Stabsoffizieren und Generalen, und am Schlusse stehen folgende mit eigener Hand geschriebene, bedeutungvolle Worte des erhabenen Monarchen: „Freudig und dankbar nehme ich Antheil an dem Ausdruck der Gefühle Meines tapferen Heeres. — Franz Joseph.“

Neuestes.

* Würzburg, 4. Okt. Gestern Mittags wurde der wegen Nothzucht zu 8jähriger Zuchthausstrafe verurtheilte 17jährige Schulaspirant Joseph Himmler von Rödelingen, Ger. Münnerstadt, in der Frohnfeste dahier am Fenster an seiner Halsbinde erhangt gefunden.

Ueber die Entdehung des Dr. Walz in Speier von seinen Functionen als Lehrer an der Gewerbschule und Mitglied des Revisionszinsausschusses kam der St. Ztg. von Seiten des Regierungspräsidenten Hohe eine Berichtigung zu, der wir Folgendes entnehmen: Walz war zur Zeit des vorzährigen Aufstandes Mitglied und Vorsitzender des Kantonalvertheidigungsausschusses; ferner war er als Vertrauensmann zur Ernehmung einer provisorischen Regierung von unter Denjenigen, welche gegen die Einsetzung der provisorischen Regierung stimmten, hatte nachher aber dennoch sich an der Wahl betheiligt. In dieser doppelten Eigenschaft gehört Walz zu den Amnestirten. Obwohl nun die Regierung dieszuklar gegen ihn hätte einschreiten konnen, so that sie es dennoch nicht. Im Mai l. J. war Dr. Walz unter den fünf Experten Stadtrathen, welche dem ehemaligen Civilcommissär Hilgard einen Besuch in Wiesenburg machten und, zur Rechtfertigung deßhalb aufgefordert, „die Sturm hatten“, der Regierung gegenüber „mit den einzigen durren Worten die denkwürdigste Erklärung abgegeben: sie hatten ihrem alkarmen geachteten Freunde Hilgard einen Besuch abgestattet.“ Auch dießmal ließ die Regierung noch Gnade für Recht ergehen, entließ Hrn. Walz zwar als Stadtrath, beließ ihn jedoch noch als Lehrer an der Gewerbschule. Nun hat aber Dr. Walz über Mitarbeiterschaft, welche bei Gelegenheit der Vermahrung der sogenannten Pfälzer Anlage in Speyer am August d. J. stattfanden, einen mißliebigen Artikel in das Frankfurter Journal geschrieben, in welchem die Regierung eine Verhöhnung der Civil- und Militärbehörden erkannte. Außerdem ist Walz wegen unerlaubten Gästeverkaufs aus seiner Apotheke zu einer 30 polizeilichen Strafe verurtheilt worden. Obwohl dieses Urtheil erst in erster Instanz gesprochen worden ist, „so stellen doch dessen Gründe eine solche Nachlässigkeit außer Zweifel, daß der Inhaber einer solchen Apotheke nicht mehr, wie es das Geschäft eines pharmazeutischen Mitgliedes des Revisionsrevisionsausschusses ist, zur Visitation anderer Apotheken vermuthet werden kann.“ Darauf hin ist denn die Entdehung des Hrn. Walz von seinen beiden Stellen erfolgt.

Frankfurt, 3. Okt. Die Mittheilungen aus Wiltzmeedab sprechen sich in Betreff der preußischen Noten dahin aus, daß karlsruhische Regierung ihren betrachte den von der preußischen Regierung in der karlsruhischen Frage eingenommenen Standpunkt als einen solchen, der eine Bundesversammlung gerichteten, und werde in diesem Sinne, nach gepflogener Berathung mit der Bundesversammlung diese Note beantworten, wenn es in diesem Augenblick nicht schon geschehen sei.

△ Aus Baden, 1. Okt. In neuester Zeit haben sich wieder unrechtmäßiger Weise eine Anzahl politischer Flüchtlinge an der Grenze aufgehalten. Es hat sich Badaren über die Ueberschreitung der Vorschriften von Seiten der Flüchtlinge ausgedrückt. — Die Unterhandlungen zwischen der großherzoglich badischen Regierung und der Schweiz wegen Fortsuhrung der bad. Bahn nach Basel sind im vollsten Gange und dürften demnachst ein befriedigendes Resultat liefern. Zuerst sieht man der Eröffnung der Eisenbahnstrecke zwischen Efringen und Haltingen in kurzer Zeit entgegen. Haltingen ist bloß eine Stunde von Basel entfernt.

Laut Privatnachrichten sind bei der am 30. Sept. zu Karlsruhe stattgehabten 12. Gewinnziehung der badischen 35-Loose nachstehende Nummern mit den höchsten Gewinnen erschienen, als: Nr. 201,273 mit 50,000 fl., Nr. 121,197 mit 15,000 fl.; Nr. 215,643 mit 5000 fl.; Nr. 147,548, Nr. 212,224, Nr. 215,639, Nr. 253,710 mit je 2000 fl.; Nr. 25,736, Nr. 27,389, Nr. 31,175, Nr. 215,051, Nr. 211,852, Nr. 211,880, Nr. 212,212, Nr. 249,202, Nr. 273,782; Nr. 316,363, Nr. 374,622, Nr. 374,634. Nr. 374,638 mit je 1000 fl.

Darmstadt, 2. Okt. Morgen dürfte eine Verordnung publicirt werden, welche alle politische Vereine aufhebt, und wird dies um so nothwendiger und gerechtfertigter erscheinen, wenn man erwägt, daß auf den 6. d. M. von Seiten des demokratischen Vororts in Mainz eine Generalversammlung der demokratischen Vereine der Rheinprovinz nach Worrstadt ausgeschrieben ist, wahrscheinlich um darüber zu berathen, auf welche Art die Steuerverweigerung ins Werk gesetzt werden soll, und wenn man dieser in Bewegung steht, wie die demokratischen Vereine in unserm Lande auf eine Weise organisirt sind, daß sie einen Staat im Staate bilden und alle Bemühungen der Regierung, die Ordnung im Lande herzustellen, durch fortwährende Agitation zu lähmen trachten. Nachst der Verordnung bezüglich der Aufhebung aller politischen Vereine, erwartet man noch im Laufe dieser Woche eine weitere Verfügung, welche die Preßvergehen der Cognition der Geschworenengerichte entzieht, und ist dieß um so dringender erforderlich, wenn man einen Rückblick auf die von den Geschworenengerichte in letzter Zeit gefällten Urtheile wirft, welche selbst den schwersten Vergehen, in politischen Fragen Straflosigkeit zu versprechen scheinen, und jede Achtung vor den Gerichten untergraben. Den beiden in Rede stehenden Verordnungen dürfte ein neues Mahlgesetz auf dem Fuße folgen, und wird dasselbe nach Allem, was wir darüber in Erfahrung bringen konnen, alle wahrhaft conservativen Bürger in jeder Beziehung dienen. (Z-D.-Z.)

Kassel, 2. Okt. Leider habe ich zu melden, daß die Cholera bei uns immer stärker auftritt und daß sie vorzüglich dem Militär bereits viele Opfer gefordert hat. (F. O.)

Von der weimarisch-hessischen Grenze, 4. Okt. Die zur Besetzung der kurhessischen Gränzen bestimmten preußischen Truppen scheinen in Eilmärschen zu kommen, denn schon trifft ein Bataillon derselben morgen in Eisenach ein, wie die heute dort angekommenen Quartiermacher melden. (F. Z.)

Rostock, 28. Sept. Der am 20. Dez. v. J. aufgelöste engere Ausschuß ist heute Mittag 12 Uhr in seinem ehemaligen Locale auf dem hiesigen Rathhause wieder restaurirt worden. (N. Z.)

Unglaublich und doch wahr. In Wiesbaden sind jetzt alle Zeitungen, mit Ausnahme des „Oesterreichischen Korrespondenten“, in jüdischen Handen; es muß also wohl alles kosher sein, was sie drucken.

Berlin, 1. Okt. Die kürzlich nach Arnswalde verlegten badischen Truppen haben eine neue Garnison in Paderborn erhalten. (Nd. Z.)

Berlin, 1. Okt. Ihre Majestät die Kaiserin von Rußland ist am 27. v. M. um halb 6 Uhr von St. Petersburg in Warschau angelangt. Es begleiten Allerhöchstdieselbe Jh. kk. Hh. die Prinzessin Louise der Niederlande und deren Tochter, die Prinzessin Marie. Die Kaiserin ist von dem großen Jubel von der Warschauer Bevölkerung empfangen worden.

Die „National-Zeitung,“ ein Organ der Berliner Demokratie, lobt das österreichische Ministerium auf Kosten des preußischen, und ruft aus: „Allen denen, die daran glauben und daran arbeiten, daß Deutschland durch Preußen seiner Ent-

richtung zugeführt werde, rufen wir zu: „Hütet Euch!“

London, 30. Sept. Zum Lordmayor von London für das nächste Jahr ist vorgestern Lord Mudgrove gewählt worden.

London, 30. Sept. Die Aufregung in Irland wächst zusehends. Man fürchtet blutige Auftritte.

Paris, 30. Sept. Lem „Abend-Monitteur“ zufolge ist heute Vormittag aus Turin die Nachricht hier eingetroffen, daß das piemontesische Ministerium dem Könige seine Entlassung eingereicht habe, weil es neuen Ministern das Geschäft überlassen wolle, ein freundschaftliches Abkommen mit Rom zu treffen.

— Aus der Schweiz, 1. Okt. Bei uns herrscht seine außerordentlich rege Thatgkeit, sowohl im politischen als im gesellschaftlichen Leben. Die verschiedenen Cantone sind mit der Revision ihrer Verfassung beschäftigt. Alle Städte und Städtchen sind mit Resevden, ganzen Familien, und einzelnen Personen angefüllt, welche von hier ein grünen Aesten aus den Bayern zurückkehren. Namentlich ist es Basel, das von Fremden wahrhaft überfüllt ist. Die täglich ankommenden Postwagen und Eisenbahnzüge sind mit Fremden aus allen Ländern angehaust.

— In Bern herrscht seit den letzten Wahlen eine große Erbitterung zwischen den Parteien. Der letzte Baseler Frachtmarkt war so bedeutend überfüllt, daß ungeachtet starker Anläufe kaum die Hälfte der Zufuhr abgesetzt wurde.

Turin, 27. Sept. Bianchi-Giovini, der von Kurzem ausgewiesene Redakteur an chef der „Opinione“, ist gestern in contumaciam wegen Preßvergehens zu einjähriger Gefängniß- und 2000 Fr. Geldstrafe verurtheilt worden; den Geranten der „Opinione“ traf sechsmonatliche Gefängniß- und 1000 Fr. Geldstrafe.

Turin, 27. Sept. Der Erzbischof von Turin, Monsignor Franzoni, ist von dem Appellhofe mit einer Mehrheit von 13 gegen 1 Stimme zu lebenslänglicher Verbannung verurtheilt und sein Einkünfte des Erzbisthums unter Sequester gestellt worden. Das Ministerium hat bereits drei Karabinere nach Fenestrelle geschickt, um ihn von dort an die Grenze zu bringen. Nach dem „Risorgimento“ würde Mons. Franzoni vorläufig nach Frankreich gehen. Ein gleiches Urtheil ist gegen den Erzbischof von Cagliari, Mons. Marongiu-Nurra, von dem dortigen Appellhofe gefällt und derselbe bereits auf einem Dampfschiff nach Civitavecchia geschafft worden.

Kassel, 1. Okt. Schluß der Erklärung des landständischen Ausschusses in Betreff der Verordnung und des Manifestes vom 28. Sept. 1850. Als ob das Land in offenem Aufruhr sich befände! Auch diese, mit der Wirklichkeit in allzu grellem Widerspruch stehende Behauptung wird zusammensinken; der Vorwurf des Aufruhrs kann auf der ruhig handelnden Vertretung unserer verfassungsmäßigen Rechte nicht haften. Es gibt aber keine „Bundesoberfammlung“, es gibt keinen Körper mehr, welcher einen „Bundesbeschluß“ zu fassen berechtigt wäre. Der bleibende landständische Ausschuß hat dies schon in seiner Protestation gegen die Verordnung vom 23. I. M. auf unwiderleglichste dargethan, und die klug handelnde Regierung, in einer Note an die kurfürstl. Regierung vom 26. Sept. l. J., hat dieselbe Ansicht mit noch stärkerem Ausdruck bestätigt. So schlimm steht es mit der äußeren Begründung, mit dem Inhalt der Verordnung aber steht es noch viel schlimmer. Der Eingang erinnert, daß nach §. 2 der Verfassungsurkunde die Regierungsform des Kurstaates monarchisch sei, und daß nach §. 10 der Landesherr alle Rechte der Staatsgewalt zu verfassungsmäßiger Ausübung in sich vereinige. Wohlstandig lautet der §. 2: „Die Regierungsform bleibt, so wie bisher, monarchisch, und es besteht dabei eine landständische Verfassung.“ Die Verfassungsurkunde aber hat eben die Bestimmung Wesen und Begriff dieser landständischen Verfassung festzustellen. In diesem Wesen und Begriff gehört die Theilnahme der Landstände an aller Gesetzgebung und das landständische Steuerbewilligungsrecht, aber auch der Rechtsschutz jedes einzelnen Bürgers, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Verpflichtung aller Staatsdiener zur Aufrechthaltung der Landesverfassung und selbst die wichtige Verantwortlichkeit hinsichtlich ihrer Amtsverrichtungen, welche, wenn die Landesverfassung verletzt wird, sowohl von der Ständeversammlung als dem Ausschuß bei den Strafgerichten in Anspruch genommen werden kann. Vermöge dieser Einrichtungen wird nicht etwa „der zum Gesetz gewordene Wille des Souverains“ Gesetzkraft der Befehlende“, allein es bringt die „folgerechte Auffassung“ derselben allerdings mit sich, daß selbst „die unterste Klasse der Diener die Annahme“ ungesetzmäßiger Anordnungen hindern kann, und zu hindern berufen ist. Der §. 146 der Verfassungsurkunde, wonach der Ersatz dem Einsetzen der Steuern und Abgaben vorangeht ist, wenn nicht in den deshalbigen Aussprechen und Verordnungen die landständische Bewilligung besonders erwähnt ist, gibt den besten Beleg, und wir verwarnen alle Staatsdiener, sich nicht durch Irrthum bestimmen zu lassen, welche sie von den Pflichten ihrer verfassungsmäßigen Pflicht abziehen möchten. Aber auch ganz andern, noch viel wichtigern Bestimmungen unserer Verfassung tritt die Verordnung vom 28. l. Mts. entgegen. Seit dem Edict vom 26. November 1843 ist die hessische Gesetzgebung unablässig bemüht gewesen, jenen Staatsdiener den vollkommenen Rechtsschutz, die Verfolgbarkeit aller seine pflichten und öffentlichen Rechte vor den Landesgerichten und diesen selbst die größte Unabhängigkeit und Selbstständigkeit von der Regierungsgewalt zu sichern. Indem die Verfassungsurkunde (§. 123) bis auf jene erste Grundlage eines wahren Rechtsstaats genügte, erhielt sie im §. 113 die Gewähr, daß niemand als Vertretung und Verfolgung des Rechtsweges vor den Landesgerichten gehindert werden soll, und spricht dabei aus, daß die Beurtheilung, ob eine Sache zum Gerichtsverfahren sich eigene, dem Richter allein, nach Maßgabe der allgemeinen Rechtsgrundsätze und solcher Gesetze gebühre, welche mit Bestimmung des Landes worden erlassen werden. Was aber thut die Verordnung vom 28. l. M.? Sie verbietet den Gerichten über die rechtliche Giltigkeit oder Wirksamkeit der Septemberverordnungen zu urtheilen; erklärt jedes Verfahren, welches einen gerichtlichen Ausspruch der Art veranlassen konnte, für unstatthaft, verwirft alle in dieser Beziehung bereits ertheilte Erkenntnisse, erklärt jedes darauf abhängige Verfahren für aufgehoben, und weist den Militairoberbefehlshaber an, die aus bergleichen Rechtssprüchen etwa schon hervorgegangenen folgen mit jedem ihm zu Gebot stehenden Mittel zu beseitigen. Der §. 114 der Verfassungsurkunde sagt selbst, daß niemand seinem gesetzlichen Richter, sei es in burgerlichen oder peinlichen Fällen, entzogen werden darf, es sei denn auf dem gesetzmäßigen Wege nach den Grundsatzen des bestehenden Rechts durch das zuständige obere Gericht. Hier unternimmt die Regierung durch eine Verordnung, im schneidenden Widerspruch mit den Grundsatzen des Rechts und der Rechtsprechung, Civilpersonen den Kriegsgerichten in rein bürgerlichen Dingen. Nach der Verfassungsurkunde dürfen außerordentliche Commissionen oder Gerichtshöfe, unter welcher Benennung auch sei, niemals eingeführt werden. Welche neue Bedeutung aber hatten die Kriegsgerichte unter solcher Voraussetzung? Gegen Civilpersonen findet nach der Verfassungsurkunde die Militairgerichtsbarkeit nur in dem Falle, wenn der Kriegszustand erklärt ist, und zwar nur innerhalb der gesetzlich bestimmten Grenzen statt. Diese Grenzen sind theils in der Verfassung selbst, theils in der Militairstrafgerichtsordnung vom 21. März 1820 und in der Verordnung vom 22. Okt. 1830 gegeben. Die Verordnung vom 28. überspringt sie sammtlich, unabgesehen, daß es dermalen für die Verhängung des Kriegszustandes an jeder gesetzlichen Voraussetzung fehlt. Der §. 115 der Verfassungsurkunde ertheilt das unschätzbare Recht, daß niemand anders, als in den durch Gesetze bestimmten Fällen und Formen zur gerichtlichen Untersuchung gezogen werden darf. Die Militairgerichte werden beschlahmet, wo und woher er Kenntniß von Zuwiderhandlungen und Vergehen bekommen mag, die Einleitung der Untersuchung befehlen, und die Zusammensetzung der Kriegsgerichte anordnen. So ist durch die Verordnung vom 28. l. M. Alles das wieder hergestellt, was Hessens hessischer Fürst zu der Sicherheit der Personen und des Eigenthums, für die Unabhängigkeit, das Ansehen und die Würde der ordentlichen Landesgerichte, für die Einschränkung und Beseitigung unnatürlicher Ausnahmszustände seit hundert Jahren gewirkt hatte; zerstört sind die wichtigsten und theuersten Rechte, welche das durch die Verfassungsurkunde vom 5. Jan. 1831 gewonnen hatte, Recht und Gerechtigkeit sollen sich dem unverhüllten Despotismus beugen. Eben deshalb mußte die Verordnung auch die Thätigkeit der Bürgergarde und jede Bewaffnung derselben aus die Anweisung des Militairgerichtsstandes finden und einem Justitute alle Bedeutung entziehen, welche nach §. 40 der Verfassungsurkunde eine bleibende Landesaufgabe sein soll. Wir aber erheben feierlichen Einspruch gegen diesen ärgsten Angriff auf Verfassung und Recht, auf Person und Eigenthum, Freiheit und Ehre unserer Mitbürger. Kassel, am 30. Sept. 1850. Der bleibende landständische Ausschuß: Schwarzenberg. Kellner. Henkel. Grote. Bayrhoffer.

Brauntweitscher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

In der Stetl'schen Buchenndlung (Marktgasse No. 316) ist so eben erschienen:

Der häuslichen Landwirth. Vollständiger für 1851. Drei- in Verbindung mit 3 tüchtigen Landwirthen, Forstmännern, Beam- ten, Jägern, Fischern, Gärtnern und andern Hausfreunden, unternommen und abgefaßter Volks-, Wirthschaftskalender und Taschenbuch für Stadt- und Landbewohner, Fabrikanten, Handwerker, Künstler, Fabrik- und Gewerbsleute, Handelsleute, Kaufleute, Beamte, Lehrer, Geistliche, Aerzte, Apotheker, Jäger, Forstleute, Gärtner, Fischer, Schäfer, Bauern, Dienstboten, Fabrikarbeiter, Taglöhner, Soldaten, Schiffer, Schiffsleute, Reisende, Fuhrleute, Wirthe, Brauer, Brenner, Oekonomen, Gutsbesitzer, Pächter, Verwalter, Gutsherren, Landwirthe

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schmalhofe 2. Distr. Nr. 553.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 239. Würzburg, Samstag den 5. Oktober. **1850.**

Das Proletariat.

Das Proletariat und der Sonntag.

Ein Sonntag in London und ein Sonntag in Wien, Berlin, Paris und andern Städten des Kontinents, welch ein Unterschied! Schreckende so groß, als der Unterschied zwischen der Haltung Englands in der letzten Sturmbewegung Zeit, und dem Schwanken, Wanken und Brechen von fast allem Bestehenden in andern Staaten. In den Palästen der Großen, und selbst am Hofe der Königin, endigt mit dem Beginn des Sonntags jedes laute Vergnügen, die Musik verstummt und der sich sonst noch im Tanze schwingende Fuß ruht, denn das Gesetz will es so; sodann, daß sich auf solche Weise seine Großen selbst auch den Gesetze fügen, gewinnt das englische Volk jene Achtung vor dem Gesetze, welche es vor allen andern Völkern auszeichnet, und ohne welche keine Freiheit und Ordnung möglich ist. Wie ganz anders verhält es sich damit in den meisten Staaten des Kontinents! Woher soll da das Volk auf Rathhäusern am Sonntage gemietet, freilich nur am Vormittage, denn dieser mag wohl dem Gottesdienste, nicht aber der Nachmittag dem Vergnügen entzogen werden. Wenn das Volk von Denen, die zu Wächtern des Gesetzes bestellt sind, dieses selbst übertreten sieht, wie sollte es das Gesetze des Landes anders halten, als wenn es eben muß? Wie sollte es sich ferner vom Gesetze und nicht von der bloßen Willkür der Beamten regiert glauben, wenn diese selbst die Gesetze im Einzelnen nicht beobachten? Dieser Wahn, wenn gleich im Allgemeinen falsch, ist dennoch sehr häufig, er lenkt, wenn der Beamte Strenge anwenden muß, den Unwillen auf dessen Person, untergräbt das Vertrauen zur Regierung, und richtet überhaupt weil mehr Schaden an, als man anzunehmen geneigt ist. Fast nirgends tritt ferner der Abstand zwischen Reichen und Armen, Vornehmen und Niedrigen mehr hervor, als in England, aber wenn der Paar des Reichs nicht nur sich dem Gesetze fügt, wie der Niedrigste, sondern auch mit diesem sich in der Kirche vor Gott beugt, so fühlt sich der sonst so mannigfach zurückgesetzte dadurch wieder mehr versöhnt mit dem sonst bestehenden Unterschiede; die Gleichheit in der Kirche macht ihn mit der Ungleichheit im sonstigen Leben weniger aufgeregt, so wie sie gleichzeitig die Bevorzugten mehr zu humanem Betragen gegen Andere zwingt. Wo dagegen die Beamten und überhaupt die höheren Stände sich von der gemeinschaftlichen Verehrung Gottes ausschließen, da graben sie eine Kluft zwischen sich und dem Volke, über welche hinüber sie als ein fremdes Geschlecht mit Mißtrauen betrachtet werden. Wenn endlich der Arbeiter in England der Woche Last zu Tage getragen hat, so kann er doch am Sonntage sein Haupt in Ruhe erheben und seines Daseins froh werden, so wie in der Kirche sich neue geistige Kraft sammeln und aus Gottes Wort die ihm so nöthige Ergebung und Hoffnung gewinnen; überdieß wird er durch die gebotene Stille doch mehr von Zerstreuungen und Vergnügungen, die seinen Wochenverdienst verzehren könnten, zurückgehalten. Auf dem Kontinent dagegen kommen solche genug vor, wo selbst der Sonntag den Arbeitern, Dienstboten und Lehrlingen nicht frei gegeben wird, Tausende müssen wenigstens Vormittags arbeiten, und kommt der Nachmittag, so haben sie von allen Seiten Lockung zu Gelbausgaben, welche, wenn sogar an und für sich klein, doch für ihre Verhältnisse zu groß sind; zugleich werden die Vergnügungen, welche sie dafür laufen, nicht selten durch Uebereilt für ihre Sitten verderblich und selbst zu Verbrechen führend, wie es denn bekannt ist, daß bei weitem die meisten Verbrechen am Sonntage zu geschehen pflegen. Wenn wir daher von den kirchlichen und religiösen Rücksichten sogar absehen, erscheint eine wahrhafte Feier des Sonntags selbst für das Wohl der bürgerlichen Gesellschaft von der allergrößten Wichtigkeit. Palmerston ist doch gewiß kein Pietist, und dessenungeachtet ist es sein Ministerium, unter dem erst seit neuester Zeit beschlossen wurde, daß die Post in England-keine Briefe mehr abgeben dürfte. Man bedenke die Handelsverhältnisse des englischen Volks, und man wird die Größe des dadurch aufgelegten Opfers zu schätzen wissen; würden es Regierung und Parlament aufgelegt haben, wenn sie nicht von dem wohlthätigen Einfluß der Sonntagsfeier überzeugt waren? Wiederum ist der bekannte Socialist Proudhon so wenig als Palmerston ein Pietist, und doch verlangt auch er eine wirkliche Siegberung des Sonntags als unentbehrlich für das Wohl des Volks. Anderer Meinung scheinen viele Staatsverwaltungen zu sein. Glaubt man doch, wie es scheint, die ganze Staatsmaschine müßte still stehen, wenn der Dampfwagen nicht selbst unter den Stunden des Gottesdienstes fortbrauste; mögen darüber die an der Eisenbahn Angestellten immerhin in keine Kirche kommen, was liegt an den paar tausend Seelen, wenn dafür ein paar tausend Gulden mehr eingehen? Ja, noch mehr, an nicht wenigen Orten werden sogar gerade an den Sonntagen Extrafahrten auf der Eisenbahn veranstaltet, damit doch die Leute schnell genug zu den üblichen Lustbarkeiten gelangt und die Arbeiter recht gewiß Gelegenheit erhalten, ihren Wochenlohn in Saus und Braus durchzubringen. Da muß man wohl an jenes: non olet (es riecht nicht) denken, womit Vespasian ein Geldstück von seiner Steuer auf die Cloake vorzeigte und damit die Einwürfe begen abwies; freilich das Geld, das man dadurch einnimmt, riecht nicht, aber das sittliche u. leibliche Verderben, welches man dadurch beförderet, möchte am Ende einen desto schlimmeren Geruch zurücklassen. Die Kunstreute, welche irgenwo ihre Künen am Sonntag schießen, sind dadurch nicht in Vermögensverfall gekommen, und die Eisenbahnaktien würden es auch nicht, wenn der Dampfwagen in den Stunden des Gottesdienstes stille stände und die Extrafahrten am Sonntage unterblieben, schon damit auch die an den Eisenbahnen Angestellten einen Sonntag erhielten, so wie eben damit die vielen Omnibusführer und Kutscher, welche nach ihren Fahrten die ihrigen richten müssen. Selbst viele Religiöse bedenken nicht, daß sie durch Laufen und Fahren an andere Orte des Sonntags Aergerniß geben; sie thun es freilich in anderer Absicht, nämlich um einen beliebten Prediger zu hören oder eine religiöse Gesellschaft zu besuchen, allein das sehen ihnen andere Leute nach an ein Beispiel trägt mit dazu bei, den Sonntag zum allgemeinen Reisetag zu machen und die Festzeiten an Weihnachten und Ostern in eine Zeit müßigen Herumjiehens zu verwandeln. Man wird einwenden, das Volk müsse auch seine Erholungen und Vergnügungen haben; vollkommen richtig, Niemand will es verhindern, daß sie dem Zwecke des Sonntags entsprechen, weniger berauben, als wir. Aber sind das Erholungen, nach denen die Arbeiter am Montage kaum zu arbeiten vermögen? Sind das wahre Vergnügungen, welche mit Schlagereien, Messerstichen und derlei zu enden pflegen? Unsere Vorfahren hatten auch ihre Erholungen und Gemüße am Sonntage, es brachten dazu besonders die Linden, unter welchen sich die Dorfbewohner zu versammeln pflegten, die Bürger- und Zunftstuben, wo die Glieder zusammenkamen, die Gänge, welche die Familien nach den Gottesdiensten in die freie Natur oder auf benachbarte Orte machten, und derlei mehr. Die Liebe, welche aus diesen Sonntagsunterhaltungen hervorgehen, sind nicht zu zahlen; ihr hauptsächlich verdankt es Deutschland, daß in nicht wenigen seiner Staaten die Verbrechen sogar noch mehr, als in England zugenommen haben, und alle Verhältnisse in ihrem innersten Grunde so unsicher und wankend wurden, wie die letzten Jahre sie gezeigt haben. Mit nur zu vielem Grunde machten darum die Bischöfe Oesterreichs auf diese Quelle unsäglichen Verderbens aufmerksam und baten die Regierung um Sorge für eine christliche Sonntagsfeier.

Preußens Stellung in der kurhessischen Angelegenheit.

Einmal will Preußen die bundestreuen Regierungen an dem Gebrauche eines guten Rechtes und der Erfüllung einer gebotenen Pflicht hindern: nämlich der gegenseitigen Hülfe, wenn solche Noth thut und verlangt wird, und der Befolgung der Befehle der höchsten Bundesautorität auf der andern Seite stellt Preußen sogar eine gar nicht verlangte und darum unbegangte Einmischung seinerseits in Aussicht. Beides muß als entschieden unzulässig zurückgewiesen werden. Preußen mag sich der Erfüllung seiner Bundespflichten entziehen, mag der obersten Bundesbehörde die Anerkennung versagen zu können vermeinen, — auf keinen Fall aber kann ihm hiezuch das Recht erwachsen, andere bundesgetreue Regierungen zu verhindern ihrerseits ihre Pflichten zu erfüllen; am wenigsten aber darf es sich solch Recht anmaßen, eine Einschränkung zuzwingen, wie sie gar nicht verlangt und zugestanden ist. Würde solchem Begehren nachgesehen, so wäre damit faktisch die Freiheit der betreffenden Regierung, hier der kurhessischen, in ihren Beschlüssen und Handlungen, ihre Souveränität vernichtet; es wäre offenbar der erste Schritt zur

Mediatisirung der mittleren und kleineren deutschen Staaten gethan. Die kurhessische Regierung wird hoffentlich das Radowitz'sche Amtsinnen gebührend zurückzuweisen haben und einem Principe entschlossen entgegentreten sein, dessen Zulassung die heillosesten Folgen für Deutschland haben, ja dessen ganze Existenz in Frage stellen müßte.

Deutschland.

München, 3. Okt. Gestern Abend versammelten sich zahlreiche Personen im Bahnhofe, um JJ. MM. König Ludwig und Königin Therese bei ihrer Ankunft zu begrüßen. Auch der griechische Konsul und der Pope waren anwesend, um den jüngsten Sohn feierlich zu empfangen. Bekanntlich ist aber dieser Monarch von Augsburg aus nach Hohenschwangau gereist. Den König Ludwig begleiteten enthusiastische Hoch die zu seinem Wagen und hatten noch lange hinter ihm her. Später begab sich eine Deputation des vereinigten Bürger- und Künstler-Comités in die Wittelsbacher Palast, um Se. Majestät zu befragen, ob wegen des überaus ungünstigen Wetters das bevorstehende Fest nicht verschoben werden und welchen Tag Se. Majestät hiezu bestimmen wolle. Der König beliebte dies ganz dem Gutdünken des Comités anheim zu geben und schickte zu diesem Zwecke eigenes seinen Adjutanten nach dem Schwemmelhaus, wo in dem mittelalterlichen Saal die Künstler und Gewerbtreibende in großer Zahl versammelten waren, welche diese Nachricht mit Jubel und donnernden Hoch's auf König Ludwig hinnahmen. Der Adjutant Major v. Jeetze schloß sich sodann der Gesellschaft an und theilte der allgemeine Fröhlichkeit. So lag man denn heute in einem Palaste an den Straßenseile die freudige Kunde, daß das Fest an dem nächsten von guter Witterung begünstigten Tag, welcher noch eigens bekannt gemacht werden soll, vor sich gehen wird. Der Festzug wird hiedurch an Glanz nur gewinnen, da einzelne Aenderungen in ihren Ausstattungen ohnehin sich allzusehr bestellen mußten. Den ganzen heutigen Tag über regnete es ununterbrochen, wonach die Enthüllungsfeier wohl kaum vor Sonntag oder Sonntag (vorsteht sich — vor dem landwirthschaftlichen Feste) stattfinden wird. — Das Fest-Comite der Künstler hat diesen Vormittag Audienz bei Sr. Maj. dem König Ludwig gehabt, und bei dieser Gelegenheit ein Hochstdemselben von den hiesigen Künstlern verfaßtes und mit vielen Handzeichnungen geschmücktes Album überreicht, dessen Titelblatt eine ausgezeichnete kalligraphische Arbeit von Ferdinand Seitz bildet. (A. Abz.).

Aus dem Landgerichte Starnberg berichtet die „Landshuter Zeitg." von Ereffen durch junge Bauernburschen, an deren Spitze der Sohn des Gemeindevorstehers, der in Verschneidung vorgefallen und alles bisher in dieser Art Dagewesene übertreffen. Die Geistlichkeit wurde auf die strahwürdigenste Weise insultirt und bei den armen Schusswehrleuten, die sich selbst zu erschrecken schienen, Fenster, Läden und Thüren eingeworfen.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 30. Sept. Der brüderliche Empfang der dem Hanauer Militär zu Theil geworden ist, scheint seinen Zweck verfehlt zu haben. Man hört von häufigen Reibereien dieser Soldaten mit den Bürgern. (Vorniße.)

Kassel, 2. Okt. Die Einzelnheiten für das Ausgaben der Gehalte an die Staatsdiener haben bereits die Summe von 45,000 Thlr erreicht, so daß das Bedürfniß abermalig gedeckt ist und die Auszahlung am 4. d. M. vor sich gehen kann und wird. — Den Offizieren ist gestern der Sold von der Regierung ausgezahlt worden. — Das preußische Beobachtungskorps bei Warburg soll bereits 12,000 Mann stark sein.

Kassel, 2. Oktober. Der wackere General v. Haynau zeigt eine solche Thatigkeit und Energie, verbunden mit Umsicht, daß man seinen Zweifel begen darf, er werde das ihm geschenkte Vertrauen glänzend rechtfertigen. Der Widerstand der hiesigen Behörden ist übrigens noch nicht gebrochen; dieselben wollen dem Vernehmen nach im passiven Widerstande bis aufs Aeußerste verharren und die hiesige 40 Bürgergarde beabsichtigt, den Befehlen des Korps-Kommandanten keine Folge zu leisten, dagegen aber ruhig die Waffen abzuliefern. Der Burgergarden-Kommandeur Seidler bekürchtete heute in das Kastell gebracht zu werden, weil er sich geweigert hatte, vor dem kommandirenden General zu erscheinen, und ließ deßhalb eiligst in der Stadt nach seiner Person nach einem Mann suchen, um einen Notariatsakt hierüber aufnehmen zu lassen. Ob der suspendirte Bürgermeister Henkel auch bei diesem Vorfall wieder als Notar fungirt hat, habe ich nicht erfahren.

Kassel, 2. Okt. Herr Seidler ist durch öffentlichen Anschlag seiner Stelle als Burgermeiscommandeur entsetzt und der Fabrikant Eggena an seiner Stelle ernannt. Herr v. Haynau hat unter dem Militär eine lange Anprache verbreiten lassen.

Kassel, 3. Okt. Die „N. Hess. Ztg." berichtet Folgendes: Der nach der Ernennung des Hrn. Generalmajors v. Starck als Kommandant von Kassel beauftragte Hr. Generalmajor v. Helmschwerd hat sich heute Morgen ebenfalls krank melden lassen. Da Hr. v. Heimschwerd als Kommandant das im heutigen Morgenblatt mitgetheilte Schreiben des Herrn v. Haynau an den Regierungskommandeur Seidler, sowie eine an den Bataillonschef Eggena übermittelt hatte, so sind auch an ihn heute Morgen die Erwartungsschreiben der Herren Seidler und Eggena abgegangen. Die sog. „Ordre" an Hrn. Eggena, lautet wie folgt: Ordre des Oberbefehlshabers. Nachdem der Regimentskommandeur der hiesigen Burgergarde, Hr. Seidler, sich geweigert hat, meine durch die allerhöchsten Verordnungen vom 7. u. 28. v. M. mir beigelegte Autorität als Oberbefehlshaber anzuerkennen und meine Befehle zu vollstrecken, so weise derselbe in Gemäßheit der §§ 1 u. 6 der Verordnung vom 7. Sept. 1. J., die Erklärung des Kriegszustandes betreffend, und des § 4 der Verordnung vom 28. Sept. 1. J., die weitere Ergauzung und Handhabung der angezogenen Verordnung betreffend, zweckmäßig weiterer Maßregeln, von seinen Funktionen als Regimentskommandeur der hiesigen Burgergarde suspendirt. Zugleich wird in Gemäßheit des schon angezogenen § 6 der Kommandeur des ersten Bataillons der hiesigen Burgergarde, Herr Eggena, mit der Verfehung der Stelle eines Regimentskommandeurs bis auf weitere Verfügung beauftragt und hat derselbe als solcher sich mit dem ganzen Offizierkorps der hiesigen Burgergarde morgen, Donnerstag, den 3. d. M., Vormittags neun Uhr im Schlosse Bellevue bei mir persönlich einzufinden. Kassel, am 2. Okt. 1850. Der Oberbefehlshaber: v. Haynau, Generallieutenant.

Dieser Ordre hat Eggena, einer der eifrigsten Anhanger des ständischen Ausschusses, wie zu erwarten war, nicht entsprochen, angeblich, weil die „Bestimmung" des ständischen Ausschusses zu der Einführung des Kriegszustandes nicht erfolgt sei. Bekanntlich wird aber eine solche Bestimmung in der Verfassung nirgends verlangt, sondern blos eine Zuziehung, und diese hat der Ausschuß durch sein Nichterscheinen selbst unmöglich gemacht. Die Burgergarde wird nun wohl aufgelöst und entwaffnet werden.

Herr, Seidler hat folgendes erwidert: Kassel, 2. Okt. 1850. Sr. Hochwohlgeboren dem Hrn. Generalmajor v. Helmschwerd, einstweiligen Stadtkommandanten hierf. Ew. Hochwohlgeboren haben mir ein von Herrn Generallieutenant v. Haynau vollzogenes Schreiben zugefertigt, durch welches ich von meinen Funktion als Regimentskommandeur der Bürgergarde suspendirt werden sollte. Infolge § 10 des Bürgergardengesetzes, das zur Vollziehung der Verfassungs-Urkunde erlassen wurde, muffen jedoch alle die Burgergarde betreffenden Anordnungen vom Miniserium des Innern ergehen, keinenfalls können nach Maßgabe dieses Gesetzes Suspensionen der Bürgergardenoffiziere durch Militärbefehlshaber erfolgen. Das in Rede stehende Schreiben kündigt sich zwar als Vollziehung der Verordnungen vom 7. und 28. v. M. an, allein da deren Bestimmungen die Genehmigung des ständischen Ausschusses noch erhalten haben, so sind dieselben, insofern dadurch verfassungsmäßige Gesetze abgeändert werden sollen, selbst verfassungswidrig. Ich vermag daher, ohne die Verfassung zu verletzen, zu deren Aufrechthaltung ich mit der Bürgergarde eidsige Mitwirkung angelobt habe, eine Suspension von meiner Stelle als Regimentskommandeur nicht als gesetzlich erfolgt zu betrachten. Der Regiments-Kommandeur Seidler.

Die Erwiederung des Herrn Eggena lautet wie folgt: An kurfurst. Commandantur der Residenz zu Kassel. Ew. Hochwohlgeboren haben mir ein von Herrn G. L. v. Haynau vollzogenes Schreiben zugesendet, wodurch der Regimentskommandeur der Bürgergarde von seinen Funktionen suspendirt und ich mit Verfehung seiner Stelle beauftragt werden soll. Infolge § 10 des zur Vollziehung der Verfassungsurkunde erlassenen Bürgergardegesetzes müssen alle die Bürgergarde betreffenden Anordnungen, namentlich in Betreffen auf die dadurch festgestellten organische Verhältnisse, vom Ministerium des Innern ergehen. Keinen Falls können, nach Maßgabe dieses, die jetzt nicht abgeänderten Gesetzes, Suspensionen, Ernennungen oder sonstige Beauftragungen von Offizieren der Bürgergarde durch Militärbefehlshaber gültig erfolgen. Das in Rede stehende Schreiben kündigt sich zwar als Vollziehung der Verordnung vom 27. an. Dieselben werden aber die obigen Einwürfe nicht beseitigt, da die Verordnungen die Bestimmung des bleibenden landständischen Ausschusses nicht erhalten haben, und also, in so fern dadurch verfassungsmäßige Gesetze abgeandert werden sollen, selbst verfassungswidrig sind. Ich vermag daher, ohne die Verfassung zu verletzen, zu deren Aufrechthaltung die Bürgergarde eidsige Mitwirkung angelobt hat, die mir angebachten Funktionen eben so wenig zu übernehmen, als es mir gestattet ist, eine Suspension des Regimentskommandeur als gesetzlich erfolgt anzuerkennen. Ich bedre mich, meine Hochachtung, in Erwiderung Ihres gestrigen Mittheilungen vom 2. Oktober zu Nr. 241 gehorsamst anzuzeigen. Der Bataillons-Commandeur: Eggena. — Dem Vernehmen nach ist heute Morgen ein Offizier vom Stabe des General Haynau mit Courierpferden nach Hanover abgegangen.

Kassel, 4. Okt. Am 4. Okt. 10 Uhr Morgens haben sämmtliche Truppen kriegsgerüstet und im Marschanzuge auf dem Friedrichsplatze zu erscheinen; im ersten Treffen steht die Infanterie in Angriffscolonnen mit vorgezogenen Teten, das Jagerbataillon auf dem rechten, das Schützenbataillon auf dem linken Flügel; dieses Treffen befehligt der Generalmajor v. Uff, Kommandeur der 2. Infanteriebrigade. Im 2. Treffen steht das Artillerieregiment mit abgeprotzten Geschützen, sowie die Pionniere und Handwerker-Compagnie. Im 3. Treffen steht die Kavallerie in Divisionscolonnen mit Eskadrons.

Hanau, 4. Okt. Der königl. preußische Generallieutenant v. Prese ist gestern in Wilhelmsbad angekommen und übernachte ein eigroßdutiges Schreiben des Königs an Se. königl. Hoheit den Kurfürsten. In diesem Schreiben wird, wie man hört, die Ansicht ausgesprochen, daß der König von Preußen einen großen Werth auf eine gütliche Schlichtung der kurhessischen Wirren lege, jedoch nur in so weit, als die Autorität der Regierung in seiner Würde erhalten bleibe. In dem Schreiben preußischer Truppen in Kurhessen zum Zweck der Legalisirung fämmtlicher Umtriebe, wäre nach dieser, unmittelbar von dem Inhaber der höchsten Macht in Preußen ausgegangenen Erklärung nicht mehr zu denken und alle die zahlreichen Berliner Correspondenzen und telegraphischen Nachrichten, welche das Gegentheil hiervon melden, haben, wie schon so oft, auch dieses

Mal wieder ohne allen Grund die Welt in Allarm versetzt. (K. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Flensburg, 29. Sept. Der König von Dänemark ist in Begleitung des Erbprinzen Ferdinand gestern Mittag auf dem Dampfschiffe „Gieder“ hier angekommen. Nach dem Einzuge in die Stadt, der in einem offenen Wagen an der Seite des Generals v. Bülsch Hoheit, besuchte der König die Lazarethe, sowie die Gräber der gefallenen Soldaten. Abends war die Stadt erleuchtet, und es wurde dem König ein Fackelzug gebracht. Heute Morgen um 8 Uhr hat der König sich nach Schleswig zur Armee begeben, wird aber heute Abend schon wieder zurückerwartet.

Altona, 1. Oct. Das folgende Nähere wird über die neuesten Vorgänge in den heutigen Blättern mitgetheilt: Es sind 77 Gefangene nach Glückstadt transportirt worden. Mit der Fregatt ist nach Rendsburg die Nachricht gelangt, daß unser Parlamentair den Befehl in Friedrichstadt bekommen habe, man werde sich nicht ergeben; die Insurgen werden demnach angreifen. (— Einer Mittheilung aus Rendsburg im „Altonaer Merkur“ zufolge war der Besatzung Friedrichstadt bis gestern, den 30., Nachmittags 2 Uhr, Bedenkzeit gegeben worden, mit der Erklärung, daß, wenn sie sich bis dahin nicht ergeben habe, die Stadt bombardirt werden solle. —) — Mißlingen steht bereit, eine etwaige Hilfe, den die Dänen vom Norden zusammen konnte, mit der Hauptmacht zurückzuweisen; so berichtet der „Hamburger“. — Dem Vernehmen nach sollte der Angriff v. d. Tann auf Friedrichstadt heute Morgen 7½ Stunden finden. In Friedrichstadt kommandirt der oft genannte Oberst Latour du Pin über etwa 3000 Dänen. — Auch Eiderstedt ist in unsern Besitz. — Von Rendsburg wird dem „Hr. Merkur“ von gestern geschrieben: Das Gefecht ward bei Friedrichstadt gestern durch unsere Kanonenboote, die durch das Dampfschiff „Rendsburg“ auf der Eyder nach Friedrichstadt hingeschleppt waren, eröffnet. Gestern Morgen 7¼ Uhr fiel der erste Schuß. Die Kanonenboote Nr. 3, Lieutenant Jasper, Nr. 6, Lieutenant Fischer, und Nr. 12, Lieutenant Meyer, führten die 10½ Uhr das Gefecht allein; das Kanonenboot Nr. 10, Lieutenant Burow, kam auf der schleswigschen Seite auf den Grund, so daß es nicht wirken konnte. Lieutenant Andresen vom nicht armirten „Rendsburg“ machte im heftigsten Kugelregen den Versuch, das Boot wieder abzubringen; seine Maschine ward indeß so stark beschädigt, daß er unverrichteter Sache sich zurückziehen mußte. Das Kanonenboot Nr. 2 war bei der Ebbe auf den Strand gerathen, lag gerade unter Feuer, ist aber sicher gegen das feindliche Feuer und es wird ohne Zweifel mit eingetretener Fluth wieder flott gworden sein. Um 10½ Uhr kam der Batterie Christiansen, auf dem dreifeitigen Eiderwall placirt, zum Feuern. Unsere Geschütze brachten die auf dem Eiderdeich in einer sehr festen Schanze postirten feindlichen Geschütze zum Schweigen. Eine zweite Schanze auf der Chaussee wurde von den Unsrigen genommen, nachdem unter dem Feuer der dritten 12pfündigen Batterie, Hauptmann Held, der von den Dänen gemachte Durchschnitt auf der Chaussee zugeworfen worden war. Die Batterie hatte seinen weiteren Verlust als vier Pferde. Die äußeren Schanzwerke waren damit in unserer Hand; unser Jäger standen am Deich in sehr geringer Entfernung den Dänen, die jenseits der Eider- und Tonnenkanals an den Häusern standen, gegenüber. Nachdem die erste Schanze auf der Chaussee genommen war, stürmte das 6. Bataillon (1. und 2. Comp.) auf die zweite Schanze; dicht vor dem Blockhause kamen es indeß ein so heftiges Stückkugel- und Kartätschenfeuer, daß es sein Ziel nicht erlangte. Etwa 42 Mann darunter der Lieutenant Apel, fielen bei dieser Affaire gefallen sein. Die unter dem Hauptmann Schöning stehende Abtheilung des 1. Jägerkorps ist unterdeß weiter westlich bei Vollerslem mit Booten über die Eider gegangen. Die beiden Compagnien nahmen Tönning und Garding um machten die dort befindlichen Dänen zu Gefangenen. Heute Morgen zwischen 7 und 8 Uhr wurden die letzteren hier eingebracht, zusammen 44, dann 59 Mann mit zwei Offizieren, die Lieutenante Baron Wedels-Wersteberg und Bomsen. Der dänische Hauptmann Buhl, der sich mit Wehr sperren wollte, hat sich gefangen; die Mannschaft scheint sich schnell ergeben zu haben. Unter den Gefangenen sind zwölf Verwundete; von unsern Jägern sind den Mann gebliebten und etwa 8 bis 10 verwundet. Friedrichstadt war von unsern Truppen so gut wie eingeschlossen. Wir stehen mit einer Anzahl Geschütze vorwärtlich von der Stadt in einer Stellung, die die Chaussee nach und von Husum vollkommen beherrscht, so daß der Feind eben so schwer entkommen, als von Wimmert her neue Truppen heranziehen kann. In der Stadt brannten fünf Häuser, die bei der Beschießung eines Theiles der äußeren Blockhäuser durch zwei Mörser unserer Schwadronen mit zwei Geschützen der reitenden Batterie trafen jenseit Erupp gestern mit dänischer Cavallerie zusammen und wechselten einige Schüsse.

Frankfurt, 4. Oct. Zugleich mit der Depesche, welche die beiden Bundescentralcommissäre von hier abfertigt, ist von Wien eine Antwort auf die bekannten preußischen Noten in der kurhessischen Angelegenheit hier eingetroffen, welche sich, dem Vernehmen nach, auf das entschiedenste gegen die von dem preuß. Ministerium in diesen Noten eingenommene Stellung ausspricht. Diese Antwort war in einem Ministerrathe beschlossen worden, in welchem der Kaiser selbst den Vorsitz führte. (K. Z.)

Darmstadt, 3. Oct. Die großherzogl. Verordnung, die politische Vereine betreffen, lautet wie folgt: Ludwig III. von Gottes Gnaden Großherzog ꝛc. Um bei der außerordentlichen Lage, worin sich das Großherzogthum dermalen befindet, dem verderblichen Einfluß, welchen politische Vereine nothwendig auf den Geist zu üben pflegen und den daraus entstehenden Gefahren für die öffentliche Ruhe und Ordnung vorzubeugen, haben Wir auf den Grund des Art. 73 der Verfassungsurkunde verordnet und verordnen wie folgt: Art. 1. Alle in dem Großherzogthum bestehenden politischen Vereine, ohne Ausnahmen, deren Zweck es ist, über öffentliche Angelegenheiten zu berathen oder auf dieselben einzuwirken — politische Vereine und Verbindungen — sind aufgelöst und die Bildung solcher Vereine und Verbindungen ist verboten. Art. 2. Diejenigen, welche in Zuwiderhandlung gegen Art. 1 einen politischen Privatverein oder eine politische Privatverbindung fortsetzen, oder einen solchen Verein oder Verbindung bilden, sollen, wie im Art. 172 des Strafgesetzbuches bestimmt ist, bestraft werden, und zwar: 1) die Anstifter oder Vorstände mit Gefängniß von zehn Tagen bis zu einem Monat; 2) die übrigen Mitglieder mit Gefängniß von drei bis fünfzehn Tagen. Der letztern Strafe unterliegen auch diejenigen, welche sich in einen durch Art. 1 geschlossenen Verein oder in eine solche Verbindung aufnehmen lassen, oder denselben beitreten. Ueberdies können die Gerichte die Confiscation der Papiere, Literalien und Bücher solcher Vereine oder Verbindungen aussprechen. Art. 3. Allen Angehörigen des Großherzogthums ist der Beitritt oder die Theilnahme an im Ausland gestifteten oder bestehenden politischen Vereinen oder Verbindungen (Art. 1) untersagt. Wer diesem Verbot zuwiderhandelt, wird, wie in Art. 183 des Strafgesetzbuches bestimmt ist, mit Gefangniß von einem bis funfzehn Tagen, und wer für den verbotenen Beitritt geworben hat, mit Gefangniß von zehn Tagen bis zu einem Monat bestraft. Art. 4. Sobald ein nichtpolitischer Verein ein zugleich politische Zwecke zu verfolgen oder in seine Verhandlungen zu ziehen beginnt, oder irgend ein Verein als ein politischer anbrechlich von der Obrigkeit verboten worden ist, unterliegt er ebenfalls allen Anordnungen dieser Verordnung. Art. 5. Gegenwärtige Verordnung will für die Dauer von sechs Monaten bestehen und mit dem Tag ihrer Verkündigung im Regierungsblatt in Kraft treten. — Urkundlich ꝛc. Darmstadt, am 2. Oct. 1850. Ludwig. v. Dalwigk.

Darmstadt, 3. Oct. Aus allen Provinzen kommen uns Nachrichten, daß die bisherige fast überall sich ein wahrer Eifer in freudigster Erfüllung der Steuern kundgibt und daß die Einwohner des Großherzogthums somit besseren Willen und klarere Einsicht von den unumgänglichen Bedürfnissen des Staatsbedarfs zeigen, als diejenigen, welche nach Maßgabe einer bisher in solcher Weise mißbrauchten, daß es selbst ihrer kleinen Partei gegenüber sich als weit überflüssig erwiest. (Darmst. Z.)

Berlin, 2. Oct. Nicht nur die in Arnswalde, sondern sämmtliche in den Marken garnisonirende Bataillone Landwehr (2,400 Mann) sollen nach Westphalen verlegt werden. Eben dahin sollen auch die die erste Abtheilung ergänzenden Mannschaften (2600 Mann) verlegt werden, „falls die Schwierigkeit der Durchfahrt bei Mainz gehoben, oder ihnen ein anderer Weg eröffnet wird.“ Von einer Verlegung der zweiten Abtheilung Bundestruppen (ebenfalls 3000 Mann) nach Preußen ist bekanntlich schon früher Abstand genommen worden. Auch dem 6. Armeekorps ist vorgestern der Befehl zugegangen, sich jeden Augenblick marschfertig zu halten. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, 30. Sept. Der „Constitutionnel“ enthält heute einen Artikel, den man mit Zug und Recht als das wahre Manifest des Präsidenten der Republik betrachten darf. Der unterzeichnete Verfasser desselben, Dr. E. Veron, schickt die Erklärung voraus, er spreche „für sich allein“, das Land zu ertrügen, indem er es über die allgemeine Politik des Präsidenten der Republik aufklären wolle, wozu er sich für vollkommen befugt, und sogar für verpflichtet halte, da er in dessen Plane eingeweiht worden sei, unter welcher Bedingung allein er sich zu einer Unterstützung des „Louisianismus“ ehrenhafter Weise haben verpflichten können. Dieses Geheimniß ist daher von der größten Wichtigkeit, weßhalb wir die Hauptstellen desselben hier wortlich folgen lassen: „Einige Redner und Schriftsteller bemerken um uns her sei keine andere Demonstrationsgefahr, als die, welche die Demokratie, ein Staatsstreich von Seiten des Präsidenten der Republik herbeiführen könnte. Alle Meinungen, alle Parteien haben bekanntlich ihre Lostlosrufe. Haben wir nicht im Jahre 1815 die alten Emigranten, deren vergangene Leiden ihre Kaltherzigkeit entschuldigen, royalistischer gesehen, als der Konig selbst war? Unter der im Jahre 1848 gefallenen constitutionellen Regierung ist die ultra-parlamentarische Partei erschienen. Es ist also ganz natürlich, daß wir unter der Präsidentschaft Louis Napoleon Bonaparte's, der mit 6 Millionen Stimmen ernannt worden ist, die Imperialisten haben. In ihrem übertriebenen Hoffnungen und Wünschen haben die Imperialisten vielleicht nur Eins im Auge: die Wiederkehr eines Kaiserthums und einen Kaiser. Man kann allerdings nicht leugnen, daß in diesem blinden Bekenntnisse ein ehrenwertes Nationalitätsgefühl liegt; denn am Ende war Napoleon doch der Einzige in Frankreich seit 60 Jahren, dessen Thron nur durch die Waffen der verbündeten auswärtigen Mächte zertrummert worden ist. Allein, da wir vor allen Dingen nur an die Interessen der Gesellschaft und die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage denken, so werden wir uns nicht zum Vertheidiger der Worte und Handlungen der mehr oder minder zahlreichen imperialistischen Partei aufwerfen. Wir bekümmern uns einzig und allein um die Worte und Handlungen des Präsidenten der Republik. Tagtäglich notirt man die geringsten Handlungen und Geberden Louis Na-

poleon Bonaparte's der Armee gegenüber. Ein Besuch in den Casernen, eine abgehaltene Musterung, ein den Offizieren und Unteroffizieren gegebenes Banquet wird als der entscheidendste Beweis angeführt, daß ein Staatsstreich im Werke ist: man muß auf Prätorianer rechnen können, um sich zum Diktator zu machen. Diese Insinuationen sind sehr weit von der Wahrheit entfernt, und wir unsererseits können den Präsidenten der Republik nicht genug wegen seiner aufgeklärten und heharrlichen Sorgfalt für die Armee loben. Die Armee hat heutzutage nicht die Welt zu erobern, alleine sie hat die edle Sendung, die Gesellschaft zu vertheidigen und die Civilisation zu retten. Das Staatsoberhaupt handelt im Verein mit dem Obergeneral, der ihn unterstützt, weislich daran, die Mannszucht, den militärischen Geist, das Wohlsein und die Munterkeit der Soldaten in jenen zahlreichen Regimentern zu unterhalten und zu überwachen, die Paris nicht verlassen konnten, ohne daß Ordnung und Sicherheit vor dem Gesetz darin aufhorten. Können diese Besürchtungen und Anschuldigungen wegen brüderlichen Gesinnungen des Präsidenten der Republik gegen die Armee gegründet und passend erscheinen, nachdem derselbe sich eben in socialen Fragen und Dossen unter die ganz Bevölkerung gemischt hat? Er hat auf seinen Reise alleerdings auch einige Regimenter gemustert; allein er hat besonders die Geistlichkeit, die Magistratur, die Maires, die Handelskammern, die Ackerbauer, die Fabrikanten ausgeforscht; er hat mit einem Wort sur die Religion, die Justiz, den Handel, die Industrie, den Handwerker, den Ackersmann dieselbe Sorgfalt bewiesen, wie für die Armee und den Soldaten. Der Präsident der Republik wird keinen 18. Brumaire unternehmen; er wird die mächtige Autorität, die 6 Millionen Stimmen zum Heile Frankreichs ihm gegeben haben, nicht mit einem Handstreich aufs Spiel setzen; er wird die verdiente Popularität, die ihm sein Muth und Gerechtigkeit seiner Handlungen und der ruhmvolle Zauber seines Namens bei der Armee geben, nicht zu einem Angriff gegen unsere Institutionen benutzen; er begreift, daß alle diese kostbaren und unbesiegbaren Kräfte nur zur Besiegung der Demagogie und der Socialismus aufgewendet werden müssen. — Louis Napoleon Bonaparte ist mit der Präsidentschaft der Republik bekleidet worden. Er glaubt noch immer, daß es des Land nunmehr auf gesetzlicher Weise erschütteren heißen würde, wenn man eine andere Regierungsform von früherem Datum an die Stelle dieser Republik legen wolle, die am Ende seit der Präsidentschaft des Ernsthaften vom 10. Dezember Lande doch friedliche Tage, schnelle Vermehrung der öffentlichen Einsunfte und einiges Wiederemporkommen in Handel und Gewerben gegeben hat. — Im Jahre 1852 erlöschen die Gewalten des Präsidenten. Seine Politik besteht darin, alle Mastregeln zu treffen, die geeignet vorzubereiten, daß dem Lande vom Augen sein kann, ganz als ob seine Gewalten ihm sur unbegrenzte Zeiten übertragen worden wären. — Man hat vom Präsidenten, wir verschern es, seine Gewaltsamkeiten zu fürchten. Gefahren sind nur von der Spaltung der Parteien und dem damit möglich gemachten Sieg der Demagogie und des Socialismus zu fürchten. Allein glücklicher Weise hat Niemand das Recht, in Betreff der Zukunft Frankreichs seine Hande in Unschuld zu waschen. Viele Generalstabe haben schon die Verfassungsrevision und die Verlangerung der Gewalten des Präsidenten verlangt; die Nationalversammlung wird also eine Initiative zu ergreifen haben. Wir hoffen auf ihren Patriotismus, ohne ihre Plane und Zota vorhersehen zu wollen."

C Paris, 1. Okt. Paris ist vollkommen ruhig und unterhalt sich über die schrecklichen Plane, welche die Rothen sur die Eroffnung der Legislative vorbereiten. Die Rothen wollen nämlich ein blutiges Seitenstück zu der orleanistischen Brandmarkung von Belleave-Square, sie klagen die legitimistischen Mitglieder der Nationalversammlung wegen der Reise nach Wiesbaden des Landesverrathes an auf Tod und Leben und den Herrn Grafen von Chambord citiren sie als der Mitschuld am Landesverrath hochst ordnachtig vor ihren Richterstuhl. Wenn die Nationalversammlung auf diese Bonsseade (man sieht, bei aller Todtheit ist die Montagne noch auf Eventualitäten gefaßt) nicht eingeht, so wird sich der Berg so lange jeder Abstimmung enthalten, bis den „weißen Verschworern" ihr Urtheil gesprochen. Die Montagne rechnet bei diesem Verhalten auf die Hilfe des tapfern Generals, der um jeden Preis „der Schauer der Situation" ein Ende machen will, auf den General Cavaignac, und seine Blauen. Und warum sollten sie nicht? Sind die Blauen, ja sind die Dreifarbigen nicht oft schon genug gewesen, den Rothen zu dienen als gehorsame Werkzeuge? Warum sollten sie auch dieses Mal nicht thoricht genug sein, dem Sie wissen ja, der Mensch ist das einzige Thier, das nicht durch Schaden klug wird. Aber was hilft's, wenn die Rothen und Blauen in Gemeinschaft sich der Abstimmungen enthalten, die Versammlung ist darum noch immer beschlußfahig, und lange werden die Herren das Schweigen nicht aushalten, man mußte Bater Mac nicht kennen und die andern Gäste von Toulangan und Bastet.

Vermischte Nachrichten.

Ein französischer Arzt, Dr. Gouteret, hat eine unfehlbare Methode entdeckt, alle, selbst die hartnäckigsten, Wechselfieber sofort zu heilen. Das Heilmittel besteht in der Sequng von 20 trockenen Schropfköpfen oder, wenn man diese nicht hat, 20 (sich gleichende, die der Arzt daraus befindliche Luft erwarmt ist, festzusgenden) Glasern auf den Rucken neben dem Rackgrath, von der Schulter bis zu den Weichen, worauf der Fieberanfall sofort aufhört und nicht wiederkehrt. Diese Methode ist auf Befehl des französischen Ministers des Unterrichts von einer Commission bewährter Aerzten Bricheteau und Bouillaud, als Commissaren der Akademie der Medizin, geprüft worden und ihr Bericht durchaus günstig und bestätigend ausgefallen.

Neuestes.

Frankfurt, 4. Okt. Gestern hat die Bundesversammlung auch ihrer Seits den deutsch-dänischen Friedensvertrag ratificirt u. zwar ohne Vorbehalte.

Stuttgart, 2. Okt. Heute Vormittag rückte eine Abtheilung reitender Artillerie von Ludwigsburg hier ein und verließ alsbald wieder die Stadt, indem sie die sechs Kanonen, welche seither die hiesige Burgerartillerie inne gehabt hatte, und welche auf der kon. Stadtwiesen gestanden waren, mit sich führte. (Schw. M.)

Darmstadt, 3. Okt. Nach Mittheilungen der „Darmst. Ztg." und des „Mainz. Journals" gibt sich ein außerordentlicher Eifer in der Errichtung der Steuern in den drei Provinzen des Großherzogthums kund.

Kassel, 3. Okt. Der Disziersrath hat das Anerbieten einer Privatgesellschaft gegen Cession die Lohnung zu beziehen, energisch abgelehnt, was als ein nicht gering zu achtendes Symtom anzusehen ist.

T. D. **Kassel**, 4. Okt. Unsere Burgergarde wurde heute aufgelost, ihre Waffen sollen bis heute Abends 6 Uhr abgeliefert sein. (Z. J.)

Hildburghausen, 1. Okt. Der Inhaber des hiesigen bibliographischen Institutes, H. Meyer, ist neuerdings wegen einer Artikel in dem von ihm herausgegebenen Unserstan auf Reausition der preuß. Regierung zu zweyhentlicher Festungsstrafe verurtheilt worden. Die Publication dieses Urtheils hat jedoch bis jetzt nicht erfolgen konnen, da Meyer der gerichtlichen Vorladung noch keine Folge geleistet hat. (K. J.)

Hamburg, 2. Okt. Es heißt, daß gestern Nachmittag der Obest v. d. Tann die Besitznahme sung Friedrichstadts unternommen, und zwar von der Südwestseite, da ein Cernieren im militärischen Sinne dort nicht möglich, weil in nordwestlicher Richtung die Treene anfgestaut ist und durch die Friedrichstädter Schleusen immer neue Nahrung erhalten kann. Das anholende Regenwetter hat das schon sowieso sumpfige Gebreich in der Gegend von Friedrichstadt in Morast verwandelt, so daß bei der von den schlesw.-holst. Truppen ausgeführten Erstürmung einiger Auferschanzen gar viele der Braven in dem Schlamm stecken geblieben sind. Das Bahnhofsgebäude von einer benutzerseite gelorderten Uebergabe Friedrichstadts, dann die Stadt von dänischen Parlamentär, der seinen Abzug für die Besatzung erbitten sollte, wiederlegt sich durch die einfache, aber von vielen Seiten bestätigte Thatsache, daß die feindliche Hauptschanze, welche die Chaussee suwarts beherrscht, gestern noch nicht genommen war, mithin die Danen noch keineswegs aller ihrer um Friedrichstadt befindlichen Vertheidigungswerke verlustig sein konnen. Die Danen haben Verstärkungen hergezogen und sind von Husum herunter nach Tonningen und Garding gekommen, welche Ortschaften die schlesw-holsteinischen Truppen, nachdem sie selbe einige Stunden gegen den andringenden Feind gut vertheidigt hatten, wieder verlassen haben. Bei der Affaire haben unsere danische Kriegsgefangene noch Kanonenboote mitgewirkt. Friedrichstadt soll etwas gelitten haben. Was ich Ihnen hier mittheile, sind einige verlässliche Einzelheiten über die Affaire, über den Ausgang oder über die Ereignisse seit gestern Vormittag verlauten nur dunkele Sagen sich durchkreuzende Gerüchte, die gar keinen Anhalt zur Mittheilung darbieten. (K. Z.-J.)

Wien, 1. Oct. Ernst August, König von Hannover, hat sich in das Album des Tiroler Radetzky-Vereins eigenhändig eingeschrieben, und für die edlen Zwecke des Vereins zwanzig Stück Friedrichsd'or in Gold übersenden lassen.

Linz, 27. Sept. Die Kommunalgarde sür die katholischen Bereich Deutschlands ist für das nächste Jahr Fulda gewählt worden.

Berlin, 30. Sept. Das hiesige Ministerium ist in diesem Augenblicke, wie dem M. C. geschrieben wird, mit der Ausarbeitung eines Entwurfes zu einem Gesetze, betreffend die Mitarbeitsbefugnisse der Union, beschäftigt, um es zur Zeit dem provisorischen Fürsten-Collegium und dem Unionsparlamente zur Beschlußnahme vorzulegen. So weit der Entwurf bekannt ist, findet hierin eine vollständige Concentrirung sämmtlicher Streitkrafte der Union statt, die unter den König von Preußen als obersten Kriegsherrn gestellt werden soll. Die militärischen Lehranstalten sollen nicht mehr vereinzelt, nach dem Umfange eines jeden Landes, sondern nach der militärischen Eintheilung in Armeecorps, Brigaden ꝛc. vorgenommen werden, wodurch jeder einzelne Truppentheil in steter Verbindung mit der gangen Heeresmassegehaltenwird und im Stande sei, alle Uebungen, Exercitien, Heeresmanoeuvre vorgenommen werden können, durchzumachen.

Berlin, 2. Okt. In der gestrigen 33. Sitzung des provisorischen Fürstencollegiums wurde auf den Antrag eines Mitglieds beschlossen, den Verfassungsausschuß zu beauftragen, mit Bezug auf den zum 15. d. M. bevorstehenden Ablauf des Provisoriums der Union Vorschläge wegen Ersatzen, was von diesem Zeitpunkte ab im gemeinsamen Interesse der verbündeten Staaten weiter zu geschehen habe. (C. C.)

Madrid, 27. Sept. In Cadir sind 6000 M. zur Einschiffung nach Cuba bereit.

Zurin, 28. Sept. Der Inzüchtof von Cagliari ist ebenfalls zu lebenslänglicher Verbannung verurtheilt.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Huber.

Gestorbene:
Den 1. Oktober.
Gertraud Diem, Del.-Witwe 79 J. Adam Knauer, Pfründner 64 J. alt. — Rhein, Kass., Privatier vormals Metzger, 65 J. alt.

Druck von Joseph Steib in Wurzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 80.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 240. Würzburg, Montag den 7. Oktober. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Würzburg, 5. Sept. Auf die erledigte Pfarrei Rodelser wurde Pfarrvikar Weckarth, auf die Pfarrkuratie Homburg Pfarrvikar Wiedenmayer, beide in gleicher Eigenschaft befördert.

München, 6. Okt. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten. Im Laufe des heurigen Jahres und zwar namentlich in jüngster Zeit haben so außerordentlich zahlreiche und theilweise verheerende Brände stattgefunden, daß der durch die Brandversicherungs-Hauptrechnung pro 18⁴⁹/₅₀ angezeigte Abgang von 944,295 fl. nicht mehr zureicht, die dem Jahre 18⁴⁹/₅₀ angehörenden Entschädigungen vollständig zu decken, viel weniger den weiteren Anforderungen bis zu dem Zeitpunkte zu genügen, wo die Hauptrechnung der allgemeinen Brandversicherungs-Anstalt pro 18⁵⁰/₅₁ vollendet und damit der Haupt-Abschluß für dieses Jahr veröffentlicht werden kann. Wenn nun auch zu erwarten ist daß augenblicklichen Zahlungs-Verlegenheiten der allgemeinen Brandversicherungs-Anstalt durch Vorschüsse aus der Staatskasse thunlichst wird abgeholfen werden, so ist Letztere doch nicht in der Lage, unbeschadet ihrer eigentlichen Zwecke so bedeutende Summen, als zur Deckung des ganzen Bedarfes voraussichtlich erforderlich sein würden, auf längere Zeit entbehren zu können. Es bleibt daher unter solchen Verhältnissen nichts übrig, als auf Grund des Artikels 32 der revidirten Brandversicherungs-Ordnung auch für das Jahr 18⁵¹/₅₂ zu einem vorläufigen Zuschen-Zuschlage zu schreiten, welcher hiemit zur Erleichterung der Detailberechnung dann mit Rücksicht auf den wahrscheinlichen Bedarf und auf die gesetzlich in 4 Klassen abgestufte Beitragsfähigkeit in der Art festgesetzt wird, daß von jedem Hundert des Versicherungs-Kapitals in der 1. Klasse 9 kr., in der 2. Klasse 10 kr., in der 3. Klasse 11 kr., in der 4. 12 kr. zur Erhebung kommen. Die Regierungen der sieben Kreise diesseits des Rheins und die untergeordneten mit Führung der Brandversicherungsfachen betrauten Polizeibehörden erhalten sofort den Auftrag, zur Erhebung der Beiträge die entsprechenden Einleitungen zu treffen, und die Perzeption in einer Weise zu betreiben, daß neben angemessener Schonung der Beitragspflichtigen die Brandassekuranzfachen in den Stand gesetzt werden, ihre Obliegenheiten gemäßer den Entschädigungsberechtigten möglichst ohne Verzögerung zu leisten. München, den 28. Sept. 1850. Auf Sr. Königl. Majestät Allerhöchsten Befehl. Graf v. Luxp. Durch den Minister der General-Sekretär, Ministerialrath Wolfanger.

Staatsministerium der Justiz und Staatsministerium des Innern. Seine Maj. der König haben allergnädigst zu befehlen geruht: daß die I. Gerichts- und Polizeibehörde Miesenbach sofort aufgelöst und ihr bisheriger Amtsbezirk mit demjenigen der I. Gerichts- und Polizeibehörde Rinbenhausen hinsichtlich der gesammten Gerichtsbarkeit und Polizeiverwaltung vereinigt werde; daß das Amtspersonal an der bisherigen Gerichts- und Polizeibehörde Miesenbeh, soweit am 1. Okt. 1848 eine Verpflichtung zur Uebernahme derselben an den Staat bestanden hat, bis auf Weiteres in den zeitlichen Ruhestand zu treten habe.

München, den 28. Sept. 1850. Auf Sr. Königlichen Majestät allerhöchsten Befehl. v. Kleinschrodt. Dr. v. Ringelmann. Durch den Minister der General-Sekretär Cyplen.

Eine schiedsrichterliche Entscheidung.

Aus der Mitte des betreffenden Volkes selbst kann diese, wie überhaupt, so auch in Kurhessen, stets nur so lange und so weit Platz greifen, als sich der Streit zwischen Fürst und Kammer innerhalb der Grenzen der Verfassung bewegt und lediglich die Interpretation zweifelhafter Verfassungs- und damit zusammenhangender Gesetzes-Bestimmungen zum Gegenstande hat. Sobald der Streit die Grenzen der Verfassung verläßt, sobald der Widerspruch der Kammer von exegetischen Zweifeln zum Verfassungsbruch und vollkommener Steuerverweigerung fortschreitet: in demselben Augenblicke wird die logische Dissonanz zur gewaltsamen Rebellion, mithin zu einem Kriegszustande, welcher nur durch die Mittel des Krieges beseitigt werden kann. Hielten wir es daher nicht für eine Ausübung der Berufungspflicht, so möchten wir es fast unterstützt nennen, dem brennenden, wohlorganisirten Aufruhr in Kurhessen gegenüber im Ernste von einer verfassungsmäßigen, schiedsrichterlichen Einschreitung zu sprechen, um so mehr, als überhaupt nicht der mindeste Zweifel darüber obwalten kann, daß die Steuerverweigerung, wie sie von der kurhessischen Kammer in Anspruch genommen wird, nach kurhessischem wie nach Bundesstaatsrecht gleich unberechtigt ist. Nach kurhessischem Staatsrecht, weil seine Regierungsform die monarchische, und daher der Verfassungsurkunde in seiner Weise ein Sinn untergelegt werden darf, welcher das Recht des Landesherrn, seine Minister zu wählen, mittelbar ganz in die Hände der Kammer legen müßte; nach Bundesrecht, weil der noch in voller Giltigkeit stehende Bundesbeschluß vom 28. Juni 1832 Art. 1. 2. bestimmt: „daß keinem Souveran durch die Landstande die zur Führung einer den Bundespflichten und der Landesverfassung entsprechenden Regierung erforderlichen Mittel verweigert werden dürfen, und daß die Fälle, in welchen ständische Versammlungen die Bewilligung der zur Regierung erforderlichen Steuern auf eine mittelbare oder unmittelbare Weise durch die Durchsetzung anderweitiger Wünsche und Antrage behalten wollten, unter diejenigen Fälle zu zählen seien, und die Art. 25 und 26 der Schlußakte in Anwendung gebracht werden mußten.“ Mögen daher immerhin bei dem vorliegenden Conflikte in Kurhessen andere untergeordnete Fragen zur Sprache gelommen sein, welche sich demnächst zur Entscheidung durch ein exponirtes Compromißgericht eignen, die Hauptfrage, die Steuerverweigerung, kann nur durch das Einschreiten und durch ein Bundesschiedsgericht ihre verfassungsmäßige Erledigung finden. Oder sollte das preußische Ministerium des Auswärtigen auch die Bundesgesetze nicht mehr als giltig anerkennen wollen? es würde sich dann selbst alles Recht absprechen, sich überhaupt in diese Sache zu mischen. Gilt das Bundesrecht nicht mehr, dann ist der Kurfürst von Hessen Preußen gegenüber ein souveraner völlig selbstständiger deutscher Fürst, dem es unbenommen ist, die benöthigte Hilfe gegen seine aufrührerische Kammer dort zu suchen, wo er dieselbe am besten zu finden meint, und der um so mehr für berechtigt erachtet werden muß, sich an Einmarsch preußischer Truppen auf das Bestimmteste zu verbitten, als ihm ja Preußen von seinem Standpunkte aus wiederholt auseinandergesetzt hat, daß es bis jetzt noch nicht an der Zeit gewesen wäre, mit Erklärung des Kriegszustandes oder sonstigen Ausnahmsregeln vorzugehen. Mehr aber der Krone Preußen, wenn sie mit Bayerischer gemeinschaftliche Sache macht, und wenn die Regimenter, welche daheim die Revolution zertreten, dort für dieselbe in die Schranken treten müßten.

Deutschland.

München, 1. Okt. Die Verwilderung, die seit dem Jahre 1848 in Niederbayern immer mehr um sich gegriffen und sich jetzt auf erschreckende Weise in vielfachem Mord, Brandstiftung und dergleichen „demokratischen Tändeleien“ zeigt, hat endlich zur Folge gehabt, daß die Staatsregierung an sämmtliche Distriktspolizeibehörden jener Provinz ein Schreiben erlassen hat, worin die „Misachtung und Verhöhnung der öffentlichen Ordnung“ besprochen, „zur kräftigen Mitwirkung bei Wahrung und Schützung der öffentlichen Sicherheit und des Rechtsfriedens“ aufgefordert und schließlich mit Absendung von Straf- und Executions-Commando's, auf Kosten der schuldigen Gemeinden, gedroht wird. Wir glauben kaum, daß dies das Uebel radicaler curiren, sondern höchstens eine momentane Einschüchterung zu Wege bringen dürfte. Das Uebel, das so schnell in Tage trat, sist tiefer und zwar in dem Beamtenstand, der an vielen Orten „roth gefleckt“ ist. Man trete nur auf einer Reise durch die genannte und andere Provinzen des Landes — zur Ehre Oberbayerns, wo der gerade, ehrliche Sinn des Gebirgsvolkes nicht in seiner Treue zum Königthum wankend gemacht werden konnte, möchte wir diese Provinz zu den Ausnahmen zählen — im Wirthshause in das sogenannte „Herrenstübchen,“ in welchem die „Herren“ vom Landgericht und anderen Behörden am Abende einzukehren pflegen, und man kann versichert sein, unter zehn Orten dieser Art in neun gewiß als erbaulichste Lektüre unserer edlen Zeitungen die Gisela hier auf dem Tische liegend zu finden. Was der „Herr“ für schmackhaft hält, behagt natürlich aus Nachahmungssucht dem rothen Bauer ebenfalls, und wenn ihm dergleichen gedruckte Mordpredigten noch dazu von dem Schreibergesindel, das in den Bureaux nisten, angepriesen werden, was Wunder, daß er diesen modernen Evangelium nicht folgen sollte. Die Ermahnungen der Geistlichen klingen nur tauben Ohren, die mit Aufbegungen gegen die „Pfaffen“ längst betäubt wurden. Das sind Geschichten, die jeder Vogel auf dem Dach bei uns weiß, — dem Anschein nach aber unsre hohen Herren am Staatsruder nicht. Wenn man die moderne politische Pfora erviren will, so gebrauche man nicht quacksalberude Schmierealien, die den Ausschlag nur mehr nach Innen treiben und den ganzen Staatskörper

sich und unbeilbar machen; man entire von Innen heraus und zwar kraftig. So allein ist Heilung möglich. Leider steht's so aber nicht allein bei und in Bayern mit dem Bauernfange, sondern überall in dem constitutionell gewordenen Deutschland.

München, 5. Oct. JJ. MM. König Max und König Otto sind diesen Nachmittag zum Oktoberfest hier eingetroffen, werden aber schon übermorgen nach Lehrenschwaige zurückkehren, woselbst Allerhöchstdieselben dem Besuche Sr. Majdes Kaisers von Oesterreich entgegensehen. — Gestern Abends 8 Uhr ist Fürst v. Schwarzenberg, k. k. Feldmarschall-Lieutenant und Minister-Präsident, hier eingetroffen. Ihm zu Ehren findet heute Nachmittags 4 Uhr ein diplomatisches Festessen statt. Mit dem soeben erfolgten Fürstenlongreß hat es seine Richtigkeit. Im Laufe nächster Woche werden der Kaiser von Oesterreich sowie die Könige von Bayern, Würtemberg und Sachsen in Hohenschwangau zusammentreffen. — Ihre Majestät die Königin Marie hatte sich von Oberammergau nach Hohenschwangau begeben, um dort ihren Gemahl, den König Max, bei seiner Rückreise von einem Ausflug an den Gardasee zu empfangen.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 3. Oct. Aus dem vom Obergerichtsanwalt Henkel, Mitglied des ständischen Ausschusses, an den Oberbreisdstobser, Generallieutenant v. Haynau, gerichteten offenen Schreiben theilen wir die folgenden Stellen mit: Herr Generall! Sie haben die sogenannte Oberbreisdstobserstelle während des sogenannten Kriegszustandes angenommen und in dieser Eigenschaft eine Proklomation erlossen, worin Sie Schmähungen und Verleumdungen auf die aufgelöste Standversammlung und den bisherigen landständischen Ausschuß schleudern. Ich war Mitglied jener Standversammlung und als solchem dieses Ausschusses, habe daher ein Recht, diesen Injurien gegenüber, welche seinen Falls zu Ihrem, wenn auch nur vermeintlichen, Amte gehören, ein Wort mit Ihnen zu reden, und ich finde dieses darum nicht unter meiner Würde, weil ich hier, daß Sie auch in den Freiheitskriegen ein tapferer Soldat und Ehren ein redlicher Mann waren, welche Eigenschaften der Untersellung Ramm geben, daß Sie bei Ihrem jetzigen Auftreten nicht aus boser Absicht, sondern als getäuschter, mißbrauchter Mann handeln. Darum das Folgende zu Ihrer Verständigung. Sie haben, wie Sie selbst sagen, bisher in der Stille und zurückgezogenheit gelebt und sich daher schwerlich von dem, was zwischen den Ständen und deren Ausschusse und Hrn Hasenpflug vorgekommen ist, selbst eigene gründliche Kenntniß verschafft. Nicht die Stände sind pflichtvergessen gewesen und haben die Steuern zu den nöthigen Staatsausgaben verweigert, sondern Herr Hassenpflug hat, um Conflikte herbeizuführen und Vorwande zu Gewaltstreichen zu finden, die verfassungsmäßig nöthige Bedingung jeder Steuerbewilligung, die Vorlage des Staatsgrundetats, zu erfüllen unterlassen und so durch eigene Schuld den Fall herbeigeführt, daß mit dem 30. Juni das Geld verstrichen war, bis wohin er die Steuern verschuwweise für die neue Finanzperiode erheben durfte, ohne daß auf der andern Seite das Budget festgestellt und die Steuerbewilligung für den Rest der Finanzperiode erfolgt gewesen wäre. Ganz unbefugter, verfassungswidriger Weise verlangte er über die Zeit hinaus, bis wohin pflichtgemäß das Budget festgestellt sein soll, weitere Steuervorschüsse, ohne auch nur irgend eine bestimmte Aussicht zu eröffnen, ob und wann er den Grundetat vorlegen werde. Und als die Stande sich diesem verfassungswidrigen, die Ordnung des Staatshaushalts untergrabenden Verlangen, ganz ihrer Pflicht gemäß, nicht fugten, sondern nur bereit waren, die Steuern vorläufig erheben und bis das Finanzgesetz darüber vereinbart wurde, auferwahren zu lossen, sosie er sie auf, erhob ein Jetztgesetzter über angeblische Steuerverweigerung, schrieb die Steuern auf sein eigen Haudt aus, erklarte das ganze Land im tiefsten Frieden in Kriegszustand, verband damit die Aufhebung der verfassungsmäßigen Freiheitsrechte und unterwarf Volk und Behörden der Willkür eines aber Gesetz und Recht erhabenen militarischen Dictators. Aber damit noch nicht genug, hat er nun auch noch den Rechtsweg gegen seine Gewaltthaten verboten, die Selbstbandigkeit und Unabhangigkeit der Gerichte vernichtet, und da bereits erfolgten Erkenntnisse aufgehoben und Civilvergehen und Civilpersonen den Militargerichten unterworfen. Lassen Sie sich, Herr General, durch irgend einen hebrumdeten Rechtskundigen alle die Paragraphen der Verfassung und die Gesetze aufschlagen, welche durch diese Maßregeln verletzt worden sind, und Sie werden finden, es ist ein ganzer Haufen, es bleibt wenig mehr von der Verfassung übrig.... Werfen Sie daher ein Amt ab, welches gegen göttliche und menschliche Rechte ongeht.

Kassel, 4. Oct. Der Oberdürgermeister hat auf das Schreiben des Generals Haynau, die Auflosung der Bürgergarde betreffend, folgendes erwidert: Auf Ew. Exc. soeben erhaltenes Schreiben von heute, brehre ich mich zu erwidern, daß ich in dem darin erwähnten Verhalten des Regimentscommandeurs und der übrigen Offiziere der Bürgergarde nichts zu erblicken vermag, was in irgend einer Beziehung gegen einzelne Gesetze zuwider wäre. Ich muß vielmehr deren Handlungen billigen und finde keinen gesetzlichen Grund, der die von Ew. Exc. angedrohte Auflosung der gesammten Bürgergarde rechtfertigen konnte. Die §§. 95 und 97 des Bürgergesetzes von 23. Juni 1832 brechnen die Falle, in welchen die Suspension oder Auflosung der Bürgergarde oder einzelner Abtheilungen derselben statthaft ist, wenn die Voraussetzung und Formen, unter welchen, und die Behorden, von denen sie ausgehen werden sollen. Demnach kann ich, da die in Bezug genommenen Spezialverordnungen verfassungsdienstig sind und meine Ehre, mit den Gesetzen schon angesprochen ist, Ew. Exc. die Befugniß, die hiesige Bürgergarde auflosen, nicht einräumen. Eine solche Handlung Ihrerseits würde verfassungs- und gesetzwidrig sein, und werde ich keinerlei Anordnungen treffen, um die Auflosung zu vermitteln. Kassel, den 4. Oct. 1850. Der Oberdürgermeister der Residenz: Hornsig." — Gegen Abend wurde an die Straßenecken folgende, die Auflosung der Bürgerwehr betreffende Bekanntmachung, gestelbt: „Nach der am 2. d. M. stattgefundenen Suspension der Regimentscommandeure der hiesigen Bürgergarde wegen Widersetzlichkeit gegen meine Befehle hat derselbe die Einstellung seiner Funktionen verweigert, der mit Versehung derselben beauftragte Commandeur des ersten Bataill. der Bürgergarde aber die Uebernahme dieser Funktionen, sowie die Anerkennung der Suspension der Regimentscommandeurs versagt, und meine Ordre, mit dem ganzen Corps der Offiziere bei mir zu erscheinen, nicht befolgt. Auch der nun mit Versehung der Stelle eines Regimentscommandeurs beauftragte Commandeur des zweiten Bataillons hat mir ausdrücklich erklart, daß er dem ihm gewordenen Auftrage nicht folge geben konne, weil sammtliche die Bataillonscommandeure und sämmtliche Hauptleute der Bürgergarde meine Ordre, heute Morgen um 9 Uhr sich bei mir einzufinden, mit Ausnahme eines Einzigen, durch Krankheit verhinderten, nicht befolgt; im Gegentheil schriftlich erklart, daß sie sich gesetzlich nicht verpflichtet hielten, meiner Aufforderung Folge zu leisten. Die hiesige Bürgergarde stellt sich demnach als ein bewaffnetes Corps dar, welches der Einwirkung meiner Befehle gänzlich entzogen ist und die Erhaltung der Sicherheit und öffentlichen Ordnung, sowie meiner Autorität erfordert es unaufschiedlich, daß die hiesige Bürgergarde aufgelöst werde und die Waffen abliefere. In Gemäßheit des §. 6 der Verordnung vom 7. Sept. l. J. spreche ich demnach die Auflosung der hiesigen Bürgergarde hiermit aus und befehle einem jeden Mitgliede dieses aufgelösten Corps, sofort sämmtliche ihm aus öffentlichen Mitteln gelieferte Armaturstücke k. Lederwerk, sowie die von ihm selbst oder aus sonstigen Privatmitteln gestellten Feuerwaffen, die letzteren mit einem, den Namen des Eigenthumers bezeichnenden ezedels-Zettel, zum Zwecke der Aufbewahrung, bei Meidung der im §. 2 der Verordnung vom 28. v. M. angedrohten Bestrofung durch das Kriegsgericht, an das Militar abzuliefern. Diese Ablieferung hat spätestens bis Donnerstag den 5. d. M. Nachmittags 2 Uhr zu geschehen. Wer nach dieser Zeit noch im Besitz von Waffen oder Armaturstücken ist, wird sofort mit Arrest bestraft werden. Kassel, den 4. Oct. 1850. Der Oberbreisdstobser v. Haynau, Generallieutenant."

Kassel, 4. Okt. Das Oberstenercollegium hat aus dem Finanzministerium die Weisung erhalten, aufsehbar binnen 48 Stunden die Steuern auszuschreiben und zwar unter Androhung einer Geldstrafe von 200 Rthlr. für den Director und von 30 Rthlr. für jedes andere Mitglied. — Am Nachmittag ward, wie schon gemeldet, die Besetzung mehrerer Zeitungspressen zur Ausführung gebracht. Kurz nach 4 Uhr wurde der Redakteur der „N. Hess. Ztg.", Oerter, von einem aus 8 Mann und einem Offizier bestehenden Detachement Husaren in seiner Wohnung verhaftet und in die Hauptwache am Anthor abgeführt. Obergerichtsanwalt Henkel sollte in seiner Wohnung verhaftet werden, war aber gestern in dem Standehause, wosselbst der Ausschuß Sitzung hielt. Die mit der Verhaftung beauftragten Husaren verfugten sich vor das Standehaus, um Henkel beim Austritten zu arretiren. Auf erfolgte Einsprache von Seiten eines Ausschußmitgliedes wurde dem Postzuge vorläufig Anstand gegeben. — Gegen 6 Uhr wurde die Auflosung der Bürgergarde in den Straßen der Stadt unter Trommelschlag bekannt gemacht. Von da an waren starke Kavallerie- und Infanteriepatrouillen in Bewegung. Die Bürgerwehr ist dem Befehl zur Ablieferung der Waffen nicht nachgekommen. Die Ruhe wurde nicht im mindesten gestort. — Gleichzeitig mit dem Oberstlieutenant Hilsebandt ist eine Deputation des Oberappellationsgerichts, bestehend aus den Obergerichtsanwalten Schlemmer, Schellenberg und Ebers und dem Staatsprokurator nach Wilhelmshad abgegangen.

Hanau, 2. Okt. Das kurfurstliche Oberappellationsgericht zu Kassel, hat dieser Tage eine höchst wichtige und interessante Entscheidung gegeben betreffend die Gultigkeit oder Ungultigkeit der von der Frankfurter Nationalversammlung und dezehungsweise dem Reichsverweser erlassenen Reichsgesetze. Unter den Motiven, daß diesen Reichsgesetzen gesetzliche Kraft nicht zugestanden werden kann, heben wir besonders hervor: weil die Bekanntmachung derselben sich überall nicht als einen Act der in Kurhessen den Landesherrn unter Beistimmung der Landstände zustehenden gesetzgebenden Gewalt darstelle, vermöge dessen einer Verordnung in Kurhessen Kraft verliehen werde; ferner, daß der Gultigkeit eines Reichsgesetzes aber schon der Umstand entgegenstehe, daß es für das deutsche Reich gegeben worden sei, und die hierbei zum Grunde liegende Unterstellung, daß die Bildung eines deutschen Reiches zu Stande kommen werde, nicht in Erfüllung gegangen sei, wohin es an dem Gebiete fehle, innerhalb dessen sich Reichsgesetze zu erweisen gehabt hätten. (Darmst. J.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Vor Rendsburg, 1. Okt., Abends. Die heute vom westlichen Kriegsschauplotze einlaufenden Be-

richte beweisen, daß der heutige Tag in Wirklichkeit ein sehr unglücklicher für die schleswig-holsteinischen Waffen gewesen, da die Dänen das Terrain nicht nur behauptet haben, sondern die Schleswig-Holsteiner bedeutend zurückgeworfen wurden. Als des Morgens früh der Kampf von den Schleswig-Holsteinern aufgenommen wurde, machten die Dänen von Friedrichsstadt und den vorliegenden Schanzen aus einen Ausfall gegen die Husumer Chaussee und warfen die schleswig-holsteinischen Truppen bis jenseits der Eider herzuck. Nur mit Mühe gelang es den Kanonenboten, die Tags zuvor genommenen Schanzen zu behaupten, da diese mit ihren schweren Geschützen so lagen, daß sie die Schanzen bestreichen konnten. Gleichzeitig erfolgte von Husum aus ein Angriff, der, da von den Schleswig-Holsteinern genommene Düning, diese wurden geworfen und die Dänen nahmen wiederum Besitz von der Stadt. Demnach waren schon um 10 Uhr Vormittags die schleswig-holsteinischen Truppen auf ihre Stellung zurückgedrängt, als ein neuer Angriff der 1. Jägergroupe auf Düning gemacht und dies auch mit einem ziemlich heftigen Angriff von diesen wieder behauptet wurde. Auch ist später wieder das Bombardement auf die Schanzen von Friedrichsstadt eröffnet worden, doch war der Erfolg wegen all zu großer Entfernung durchaus kein günstiger zu nennen, denn trotz eines heftigen und anhaltenden Feuerns schienen die Dänen nicht den geringsten Verlust erlitten zu haben. Der Kommandeur des dänischen Korps bei Friedrichsstadt ist der so oft kriegslustige ehemalige französische Oberst Latour du Pain, nach seinen Wendungen und Angriffen, die von den Dänen gemacht werden, muß er ein sehr bedeutendes strategisches Talent besitzen, und wird voraussichtlich das Ende dieser Expedition gerade so sein, wie es alle anderen bis jetzt waren, wenn nicht noch ungünstiger. Die Gerüchte, die hier verbreitet werden, daß die Dänen in Friedrichsstadt noch eine Verstärkung nachgeschickt hätten, um frei abziehen oder ihre Verwundeten verbinden zu können, sind völlig auf der Luft gegriffen und entbehren, wie der größte Theil der exaltirten Berichte, jeder Spur von Wahrheit. Im Centrum und rechten Flügel der Armee herrscht vollkommene Ruhe.

Vor Rendsburg, 3. Okt. Es ist noch immer keine Entscheidung vor Friedrichsstadt erfolgt und die Stadt befindet sich bis jetzt in den Händen der Dänen, welche die Unterbrechungen des Angriffs stets benutzten, um neue Schanzen aufzuwerfen. Das Bombardement von schleswig-holsteinischen Batterien hat den Dänen fast gar keinen Schaden zugefügt, da diese die ersten Häuserreihen der Stadt gegen die Eider zu Schanzen umgewandelt hatten. Mit dem blosen Bombardement kann man aber nichts machen, es müßten wirklich die Schanzwerke der Dänen mit Sturm genommen werden; der erste Versuch hierzu kam sehr theuer zu stehen und so wird man dieses wohl unterlassen und noch einige Tage vergeblich vor Friedrichsstadt liegen, um es durch Beschießen zur Uebergabe zu zwingen. Die Dänen werden es jedoch nicht übergeben, da sie in ihrer Position ganz fest und gesichert sind und auch über Husum so viel Verstärkungen längs der Chaussee heranziehen können, als sie wollen, besonders da Truppen wieder von den Ihrigen genommen ist und besetzt gehalten wird. Dieser jetzt vierzigtägige Kampf kostete sehr vielen Menschen das Leben, ohne daß das Endresultat damit erreicht werden wird; es war dieses bei dem so günstigen Terrain der dänischen Position mit ziemlicher Gewißheit vorauszusehen. Die schleswig-holsteinischen Truppen stehen jetzt noch da, wo sie gestanden haben, und nur die ersten beiden Vorverschanzungen sind genommen und nicht wieder von den Dänen zurückerobert, weil dieselben von den diesseitigen Geschützen gänzlich bestrichen werden können. Von Zeit zu Zeit wird heftig gefeuert, die Dänen erwidern jedoch nur schwach, da bei der jetzigen Entfernung es ohne Wirkung bleibt.

(N. Pr. Z.)

Stuttgart, 4. Okt. Nach vorhergegangenem feierlichem Gottesdienst wurde heute 11½ Uhr die dritte Landesversammlung vom Staatsminister Freiherrn v. Linden mit folgender Rede eröffnet: Hochzuverehrende Herren! Zum dritten Male ist an das württembergische Volk der Ruf ergangen, seine Vertreter zum Zwecke der Verfassungsrevision an diese Stätte zu senden. Dieser Ruf ist aus dem aufrichtigen Wunsche entsprungen, auf dem Wege der Vereinbarung mit dem Volk und Volk ein Werk zu gründen, welches das künftige Wohl Württembergs bedingen soll. Gewissenhaft hat die Regierung erwogen, was sie zum Zwecke dieser Vereinbarung zu bieten vermag; sie hat sich zu dem Ihnen vorzulegenden Verfassungsentwurfe nur dann entschlossen, wenn sie die Ueberzeugung gewann, daß mit möglichst bald der verderbliche Zustand der Unentschiedenheit beseitigt werde. Dabei wurde sie durch die Erwartung geleitet, die Vertreter des Volkes werden hierin und in der Stimmung des Landes, wie solche gegenüber der vorliegenden Aufgabe aus deutlichen Zeichen der neuesten Zeit zu entnehmen ist, dringende Gründe finden, von Wünschen und Bestrebungen abzustehen, welche die Regierung zu verwirklichen außer Stande ist. Es liegt nun an Ihnen, meine Herren, durch Ihre Beschlüsse wesentlich mitzuwirken, daß unseren öffentlichen Zuständen im Allgemeinen und insbesondere dem Landtage baldigst wieder die allerseits gewünschte Festigkeit zu Theil werde; die Regierung trägt in sich das beruhigende Bewußtsein, solches, so weit es immer geschehen konnte, erleichtert zu haben. Gerne wird die Regierung an diese wichtige Arbeit der Berathung von Gesetzentwürfen herantreten, durch welche bedeutende dringenden Volkswünschen hinsichtlich unserer bürgerlichen und gewerblichen Zustände entgegengekommen werden soll, insbesondere in Beziehung auf das Bürgerrechtsgesetz und seine Bestimmungen über die häusliche Niederlassung, die Gewerbeordnung, das Heimathsgesetz, die Revision der Strafgesetzgebung. Zur Vorbereitung wird es der Regierung gereichen, wenn sie, wie sie gegründete Hoffnung hat, in den Stand gesetzt werden sollte, nähere Anschichten auf die Feststellung der Eisenbahnverbindung mit den Nachbarstaaten zu eröffnen; wenn sie ferner in Beziehung auf die in mainfranconischer Lösung bei in den letzten Stadium angelangten Unterhandlung über die Postangelegenheit die nöthigen Vorlagen zu machen vermag. Wendet die Regierung sich zu den Verhältnissen Württembergs nach Außen, so befragt auch sie sich, daß es noch immer nicht gelungen ist, die Verfassungswerk so zu gestalten, wie es dem Bedürfniß des deutschen Volks entspricht; sie befragt dies um so mehr, als dadurch, wie der hohere Aufschwung des materiellen Wohlstandes gefährdet, so insbesondere das vereinte nationale Wirken vorwaltend gehemmt erscheint gegenüber den vorbereitenden wichtigen, für die Ehre und Integrität Deutschlands, wie für den Frieden und den gesetzlichen Zustand einzelner deutscher Lande so bedeutungsvollen Fragen. Von der Regierung, welche diese Fragen stets zum Gegenstand ihrer ernsten Fürsorge gemacht hat, ist nichts versäumt worden, was zu jenem Ziel führen konnte. Die Schritte, welche sie gethan hat, als alle Versuche, dasselbe zu erreichen, sich als mißlungen darstellten, waren für sie, wie jetzt wohl nicht mehr bezweifelt werden wird, nicht ein Akt willkürlichen Ermessens, sondern die Folge bestehender rechtlicher Verhältnisse — nicht zu ignoriren waren, tief in der Natur der Dinge begründeter Pflichten, welchen im Angesichte drohender politischer Verwicklungen ein doppeltes Gewicht zukommen mußte. Hierdurch, meine Herren, ist zugleich der Gang vorgezeichnet, welchen die Regierung auch künftig, wenn gleich stets unter sorgfältiger Pflege jeder Mittels zur Verständigung, zu gehen haben wird; die Regierung wiederholt aber, was sie in feierlicher Weise ausgesprochen: ihre gegenwärtige Stellung ist ihr zugleich rechtliche Grundlage und Ausgangspunkt für eine dem Bedürfnisse nationaler Einigung entsprechende Neugestaltung der deutschen Verfassung, und dieser Zweck, meine Herren, wird um so sicherer erreicht werden, je mehr die Volksvertretungen der einzelnen deutschen Staaten sich im Einklang mit ihren Regierungen das praktisch Mögliche und Ausführbare zum Ziel setzen. Die Regierung glaubt von dem gesunden Sinne und dem Patriotismus der Vertreter des Volkes erwarten zu dürfen, daß ihr die Revision der Verfassung im Wege der Vereinbarung nicht unmöglich gemacht, sondern daß diese Aufgabe auf eine Weise werde gelöst werden, welche, unter dem Schutze des Gesetzes, zum Wohl des Königs und des Volks, zum Segen des Vaterlandes gereicht. In dieser Erwartung, mit dem lebhaften Wunsche, daß sie erfüllt werden möge, erkläre ich im Namen Sr. Königl. Majestät diese außerordentliche Landesversammlung für eröffnet.

Darmstadt, 5. Okt. Ueber den Inhalt des neuen Wahlgesetzes vernimmt man, daß die erste Kammer nur zum Theil ein Wahlkammer bleiben wird. Sie soll im Wesentlichen aus den Prinzen, gewissen Vertretern der großen Grundbesitzer, aus den Repräsentanten der katholischen und evangelischen Kirche und aus von dem Regenten ernannten Mitgliedern bestehen. Die zweite wird aus indirekter Wahl der Steuerzahlenden, die nach der Größe ihres Steuerbetrags in Klassen eingetheilt werden, hervorgehen. In beider Hinsicht dürften also die Erwartungen derer, die seit 1848 etwas gelernt haben, befriedigt werden.

Vermischte Nachrichten.

Die Kinder haben einen eigenen Gott," ist eine alte Redensart, und wenn irgend ein Vorfall geeignet ist, die Wahrheit dieser Redensart zu bestätigen, so ist es wohl folgender, der sich am 13. v. M. zu Graf zugetragen hat. Das „Journal de Genève" erzählt nämlich: Ein Haus in der Straße Rivoli war gestern der Schauplatz eines ganz außerordentlichen Ereignisses. Der Concierge des Hauses hatte verschiedene Werthsege nöthig, die auf dem Estrich im siebenten Etage aufbewahrt lagen (es ist bekannte Sache, daß sich in einer Schweizer Stadt so enorm hohe Häuser finden wie in Genf), und schickte daher seine 13jährigen Töchterchen hinauf, um das Nöthige zu holen. Das Kind ging und nahm sein kleines 2½jähriges Brüderchen mit. Während das Töchterchen mit Hervorsuchen beschäftigt war, kletterte das Kind an Fenster hinaus, verlief aber im Augenblick das Dachfenster, wollt über das ja abschaffige Dach hinab, und wird so auf die Straße hinunter geschlendert. Wer sollte nicht erwarten, der Unglückliche sei zu Brei zerschmettert auf dem Pflaster unten angelangt? Keineswegs! Im gleichen Augenblick fuhr ein Fiaker hin und her durch die Straße, wurde aber glücklicher Weise mitten auf der Straße durch eine quer über dieselbe gehende Dame in momentanem Stillhalten genöthigt. In diesem Moment fällt das Knäblein aus dem siebenten Stockwerk dem Kutscher auf die Schulter, gleitet der Kutscher nach hinunter auf den Vordersitz vor Pferde und unter deren Füße. „Inzwischen" Weise bewegt, trotz des unerwarteten Schlages, keines derselben einen Fuß. Ein Vorübergehender wirft sich rasch auf das Kind, zieht es an sich und nimmt es auf den Arm. Wie groß war nicht das Erstaunen aller Zeugen dieser schrecklichen Scene, als sie sahen, daß das Kind ganz frisch und wohlauf war, und nur mit etwas weinerlichem Gesichte die Händchen nach dem Kopf hielt mit den Worten: Weh weh am Kopf! Man stelle sich die Danksagungen und das Entzücken der Mutter vor, die noch ganz zitternd und ohnmächtig ihr so wunderbar aus einem unvermeidlich geschienenen Tode gerettetes Kind aus Herz drückte.

In der New-Yorf Literary World berichtet eine amerikanische Dame aus Kairo vom Ende Julius: „Eine neue Entdeckung hat man so eben in Heliopolis gemacht. Einige Fellahs welche

Erde ausgraben, um sie in den Gärten zu verwenden, welche die Trümmer jener einst hochberühmten Priesterstadt bedecken, stießen auf zwei Steinpfeiler welche einst einen Eingang, vielleicht zu einem Tempel, gebildet zu haben scheinen. (Hylonen?) Die darauf befindlichen Hieroglyphen sind schön eingegraben und trefflich erhalten; auf der Einfassung (cartouche) steht der Name Thothmes III, unter dessen Regierung im Jahre 1491 v. Chr., nach Wilkinson, der Auszug der Israeliten stattfand. Auch fand man einen Theil einer Mauer, auf welchem jeder Backstein denselben Cartouche zeigt. Man hofft durch diesen Fund neue Aufschlüsse zu erhalten über die Geschichte einer Stadt, deren einziges bisheriges Denkmal der Obelisk Sesurtens I war, unter dessen Regierung im J. 1740 v. Chr. Joseph nach Aegypten kam. Die Pfeiler und andere alterthumliche Reste die man dort gefunden, wurden leider entfernt und, wie ich glaube, in den neuen Palast des Abbas Pascha, dieses unwissenden und wohltätigen Despoten, versetzt, wo sie jedem Auge verschlossen und in aller Finsterniß nicht an ihrem Platze sein werden.“

Neuestes.

Stuttgart, 4. Okt. Diesen Abend 4 Uhr war schon die erste Sitzung, worin Hr. v. Linden als Abgeordneter von Spaichingen vom Alterspräsidenten Schott dreidigt worden. Zum Präsidenten wurde sofort wieder Schoder mit 37, zum Vizepräsidenten Probst mit 36 Stimmen gewählt; beide nehmen sofort ihre Sitze ein. Zu Sekretären werden gewählt 5 von der Majorität (Winter, Ruoff von Bolingen, Vogel von Brackenheim, Rieche, Zech) und 2 von der Minorität (Wieland Notter, Maulen.

Darmstadt, 5. Okt. Das heute erschienene Regierungsblatt bringt in 32 Artikel eine auffert beschränkende „Verordnung über die Vervollständigung und Verbreitung von Druckschriften und verschiedene durch Druck, Rede, bildliche oder andere Darstellungen begangene fruchbare Handlungen.

Aschaffenburg, 3. Okt. Die Anschuldigung des Stauff-Görlichen Prozesses hat hier gestern begonnen und heute ausgesprieit. Wir hatten gestern Markt und zwar von beweitender Frequenz. Unter den Verkäufern war auch ein Laintwallerie-händler Namens Braun aus Winterberg im Sauerland da, der im Gasthaus zur Krone seit hielt. Zu ihm kam bei dem Morgen um 10 Uhr ein sitterer Mann und bot ihm mehrere Juwelen, verschiedenen Schmuck, Bracelets, Brochen ꝛc. zum Kauf an. Des Schmucks war viel und derselbe kostbar, was der Braun, der sie ehrlicher Mann bekannt ist, sogleich Verdacht erregte. Er entgegnete dem Verkäufer, er kaufe kaltedings solche Linge, könne sie aber nur heute taxieren, wenn Ueberkünger ihm einige Stunden Zeit liese, wenn derselbe etwa gegen 12 Uhr wiederkomme, wo sie dann bald Handels einig werden würden. Der Alte, treuherzig gemacht, ging in die Falle, überließ an Braun sämmtlichen Schmuck sammt dessen Behälter, eine alte lederne Brieftasche. Braun, durch die Umstände neugierig gemacht, untersuchte den ganzen Inhalt verselben und fand darin zu seiner Ueberraschung einen Heimatschein von — Heinrich Stauff, Oerhandler. Sein erstes war nun, die Anzeige bei Gericht zu machen, sein Nachstes ruhig zu Hause zu verweilen, während vom Gericht in die angrenzenden Zimmer Gendarmen postirt wurden, um Stauff Vater, die treue redliche Seele, welche bei den Darmstadter Assisenzungen gewöhnlich so gemüthlich schtummerte, zu greifen. Allein Stauff kam nicht um 12 Uhr, noch später: die Geschichte war vielleicht ausgeschwätzt, oder er roch Lunte, kurz er kam gar nicht. Jetzt steckte die Gendarmerie alle Segel auf, um den Verdächtigen der vielleicht Absetzen schon verlassen, einzubringen. Der Gesammtschmuck aus sieben großeren Stücken befand sich nebst Briefstasche in Aufbewahrung des Kronenwirths. Da erschien im Hause ein Postillon und erzählte, Stauff, dem diese Dinge gehören, habe ihn sorben ersucht, er solle Hrn. Braun sagen, dieser möge doch zu ihm kommen und ihm Geld oder sein Eigenthum zurückgeben. Auf Befragen, wo Stauff logire, wies der Postillon auf das gegenüber liegende Haus und Stauff Vater sah ganz vertrauen durch die Fensterscheiben nach Brauns Wohnung herüber. Was hierauf ergotgte, ergibt sich von selbst; Heinrich Stauff stebt so eben, 9 Uhr Morgens, vor Gericht und wird nun auf Nummer Sicher gebracht.

(Darmst. Z.)

Wiesbaden, 5. Okt. Seherm Vernehmen nach haben sich die hier wohnenden Engländer um einen geeigneten Platz zur Erbauung einer engl. Kirche an das Staatsministerium gewendet. Diese Kirche soll zu einer Art Episcopalkirche für alle englischen Kirchen in Deutschland erhoben werden.

Leipzig, 2. Okt. Der akademische Senat hat eine Sitzung gehalten und beschlossen, sich wegen Nichtertheilung der Doctorwürde-Verleihung gegen die wegen ihres Verhaltens bei der Wahl eines Abgeordneten der Universität zum Landtage suspendirten Mitglieder desselben, sowie um Anhebung dieser Suspension an das Ministerium zu wenden.

(Z. f. N.)

Homburg, 3. Okt. Friedrichsdorf wurde gestern noch stark beschossen. Bei der Kirche brennt es; das Pulvermagazin ist in die Luft gesprengt; die Einwohner sollen mrstens gestohen sein.

(Z. f. N.)

Wien, 1. Okt. In Ofen ist ein Verbot gegen das Anfertigen von Bracelettes, Busennadeln und sonstigen Schmuckſachen aus ungarischen Dukaten und Sechskreuzstücken erlassen worden, da mit diesen Arbeiten ein immer mehr zunehmender „Mißbrauch und Unfug“ getrieben werde.

Wien, 3. Okt. Die letzten Nachrichten über die schleswig-holsteinische Frage melden eine fast unerwartet günstige Wendung der Dinge. Oesterreich ist mit seinen Anträgen in Kopenhagen durchgedrungen, und die Noten-Antworte von Paris London und St. Petersburg sur seine Ansichten zu stimmen gewagt. Der König ist geneigt den Schleswig-Holsteinern Amnestie zu ertheilen, und die politische Verfassung der Herzogthümer im Verein mit dem Bundestag festzustellen, unter der Bedingung daß sofort alle Feindseligkeiten eingestellt werden. Die Ordnung des Bundestags vom 17. Sept 1846 wird als Grundlage angenommen werden. (A. Z.)

Salzburg, 3. Okt. Gestern Abend 8½ Uhr traf Se. Maj. der Kaiser Franz Joseph, von Ischl kommend, hier ein. Heute sehen wir große Festlichkeiten entgegen.

(A. Z.)

Kopenhagen, 1. Okt. Die Sache mit der „Gefion„ soll verantaßt haben, daß eine österreichische Note an den hiesigen Gesandten gerichtet worden ist, um von der hiesigen Regierung Aufklärung darüber zu vertangen. Oesterreich verlangt eine sotche Aufklarung im Namen des deutschen Bundes.

C Paris, 2. Okt. — Diese Abgeordnete zur gestrigen geheimen Versammlung werden dieser den Antrag stellen, zur Beisetzung der sterblichen Reste des Konigs Ludwig Philipp in das Familienbegrabniß zu Dreux die Genehmigung zu ertheilen. Die Regierung scheint zur Bewilligung dieses Begehrens geneigt und das Ministerium soll schon an die Leiter zu bezeichnenden Ceremonien denken, bei welcher die Prinzen der Familie Orleans anwesend sein wurden, jedoch unter Begleitung höherer Offiziere, welche einerseits den Auftrag hatten, ein würdiges Leichengefolge zu bilden, und anderseits jeden Grund zu Gerüchten über Manifestationen zu vermeiden.

Paris, 4. Oktober. Der Erzbischof Franzoni wird in Lyon bleiben.

London, 2. Okt. „Times“ und „Globe“ versichern, daß die Königin Isabella abermals in interessanten Umständen sich befinde.

Turin, 26. Sept. Die Mordthaten hören sich auf der Insel Sardinien in schrecklicher Weise. Im Bezirk Sassari allein wurden seit dem Jan. zwanzig Personen ermordet. Die Mörder bleiben meist straflos, da Niemand es wagt, Zeugniß zu geben.

Turin, 29. Sept. Der erzbischöfliche Palast ist unter Siegel gelegt und an dessen Hauptthür eine Verkündigung angeheftet, welche den Schuldnern des Erzbisthums verbietet, in eine andere als die kgl. Oekonomiecassen Summen abzuliefern.

„Petersburg, 20. Sept. Ein vor kurzem erschienener kaiserl. Ukas verbietet in diesem Jahre die Ausfuhr des Roggens aus Polen gänzlich.

T. D. 1) Berlin, 4. Okt. Auf den Wunsch der großherzoglich badischen Regierung werden die badenschen Truppen, welche sich jetzt in der Mark Brandenburg befinden, und die noch aus Baden zu erwartenden ihre Garnisonen in Westphalen erhalten.

2) Hamburg, 3. Okt. Auf dem Kriegsschauplatze ist bis jetzt immer noch keine entscheidende Wendung eingetreten. Die Beschießung von Friedrichstadt wird fortgesetzt. Dänning ist weder von dänischen noch von schleswig-holsteinischen Truppen besetzt.

3) Kassel, 5. Okt. Das Generalauditoriat hat, auf Anklage des ständischen Ausschusses, Untersuchung gegen den Generallieutenant v. Hapnau, wegen Bevorzugung, eingeleitet. Die Beschreibung von Friedrichshast wird fortgesetzt. Dönning ist weder von dänischen noch von schleswig-holsteinischen Truppen besetzt.

2) Hamburg, 3. Okt. Auf dem Kriegsschauplatze ist bis jetzt immer noch keine entscheidende Wendung eingetreten. Die Beschießung von Friedrichstadt wird fortgesetzt. Dönning ist weder von dänischen noch von schleswig-holsteinischen Truppen besetzt.

3) Kassel, 5. Okt. Das Generalauditoriat hat, auf Anklage des ständischen Ausschusses, Untersuchung gegen den Generallieutenant v. Hapnau, wegen Bevorzugung, eingeleitet. Die Beschreibung von Friedrichshast wird fortgesetzt. Dönning ist weder von dänischen noch von schleswig-holsteinischen Truppen besetzt.

4) Wien, 4. Okt. Dem Vernehmen nach soll zwischen Oesterreich, Bayern, Sachsen und Württemberg ein Offensiv- und Defensivbündniß geschlossen sein.

5) Kiel, 2. Okt. Sämmtliche russische Kriegsschiffe haben den Kieler Meerbusen verlassen.

6) Kopenhagen, 3. Okt. Der König ist gestern hier wieder eingetroffen. Bei der Abreise von Flensburg hat Se. Maj. erklärt: Flensburg solle künftig der Hauptsitz der Regierung des Herzogthums Schleswig sein und die erste Magistratsperson werde den Titel Oberpräsident führen. J.-P.-Z.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 5. Oktob.
Weizen 13 fl. 6 kr. Korn 9 fl. 34 kr.
Gerste 8 fl. 38 kr. Haber 4 fl. 13 kr.

Eben ist wieder eingetroffen:
Einsiedler-Kalender
für das Jahr 1851
mit vielen Kupfern. — Preis: 12 kr.
Zur Abnahme empfiehlt
Neue fränkische Buchhandlung.

Theater-Anzeige

Montag den 7. Oktober:
Martha,
oder:
Der Markt zu Richmond,
romantisch-komische Oper in 4 Abtheilungen
von F. v. Flotow.
Montag den 7. Okt. ist der Anfang des Theaters um 6 Uhr.

Gestorbene:

Den 6. Oktober.

Jos. Klüpfel, Pfründner, 48 J. alt. — Jos. Hänle, Realiteurssohn, 8 J. 6 M. alt.

Druck von Joseph Stein in Wurzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expeditions: Im Schmalhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Beilage und Aeußer frei.

Nr. 241. Würzburg, Dinstag den 8. Oktober. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Dem Schullehrer Balthasar Müller zu Gressthausen wurde die Schulstelle zu Lüffelsterz kgl. Lbg. Schweinfurt; dem Schuldienstesprüfkanten u. dermaligen Schulverweser zu Lüffelsterz J. Jobe wurde die Schul- und Kirchenvorsteherstelle zu Wartsteinach k. Lbg. Schweinfurt und dem Schullehrer Straßer zu Lohr die 1. Schulstelle zu Niedenberg k. Lbg. Brückenau übertragen.

Die Steuerverweigerung.

Nun, ihr Herrn Demokraten, dort in Darmstadt ist kein Haffenpflug von der Spitze des Ministeriums wegzuintriguiren — ein Mann, „so unpopulär wie Graf Seckendorf in Wien". Alles das, weßen die demokratische Kammer in Darmstadt das Ministerium beschuldigt, hat ein Mann wie Jaup gethan, ein Mann, der vor dem März das Ideal der Liberalen in Hessen war, ein Mann, an dessen Biederkeit und Redlichkeit laut zu zweifeln noch heute selbst die Demokratie nicht den Muth hat, ein Mann, dessen Thun und Lassen während der Zeit seiner Ministerpräsidentschaft genau und ängstlich mit der Verfassung harmonirte, der selbst zu Zeiten offener Rebellion sich kaum einen Schritt von der Verfassung zu treten wagte. — Und dennoch verweigert man diesem Nachfolger, der sich offen zu dem System Jaup's bekannte, dem man noch keinen Vorwurf machen kann, weil von ihm noch keine irgend bedangreiche Regierungshandlung ausgegangen ist, da er erst wenige Wochen an der Spitze des Ministeriums steht, — mir sagen, dennoch verweigert man dem Staatsminister v. Dalwigk die Steuern, obgleich, oder vielmehr weil, er das System Jaup's adoptirte!! — Wer erkennt hier nicht die Absicht, die günstige Gelegenheit zu ergreifen, um in die Bahn der kurhessischen Kammer einzulenken und an dem kurhessischen saftigen Martyrerthum theilzunehmen? Es ist ein Zudel im Lager der Demokratie! Nur Eines übersieht man, nemlich, daß diese zweite Steuerverweigerung zwar die darmstädtische Regierung nicht in Verlegenheit bringen wird, da die konservativen Bewohner sicherlich die Steuern bezahlen, daß aber dem Lande diese Steuerverweigerung, diese große demokratische That, das liberale Wahlgesetz kostet, und daß das allgemeine Wahlgesetz zum letzten Male in Hessen-Darmstadt zur Anwendung gekommen sein wird. — Es knüpfen sich aber noch andere Betrachtungen an dieses unsinnige Gebahren der Kammern der Kleinstaaten, und an die kleinstaaterei, so lange noch freie festgegliederte und mächtige Centralregierung Deutschlands vorhanden ist. Wir werden der Reihe nach in allen kleinen Kammern diesen Scandal erleben; diese legalen Zwerg-Propaganden in Kassel, in Darmstadt, in Stuttgart, in Wiesbaden u. sammtlich an sich unbedeutend, gewinnen dadurch an Bedeutung, daß sie gleichsam die Revolution verewigen; man gelangt nicht zur Ruhe, noch weniger zu Organisationen, und das eben ist's, was die Demokratie jetzt will. — Von den Putschen auf offener Straße hat man sich losgesagt, es genügt die stets lebendige Agitation in den Kammern, und das Abhalten jeder wahrhaft wohlthätigen Organisation. Ueber den Stoff zur Klage kommt man nie in Verlegenheit, die eine Kammer klagt die Regierung an, weil sie sich bei dem engern Bunde betheiligt, und nicht bei der Union; die andere Kammer klagt, daß man sich bei der Union betheiligt, und nicht beim engern Rathe; die dritte klagt über beides (wie z. B. in Darmstadt), und die vierte klagt, daß die Reichsverfassung des Parlaments durch den Fürsten von Hyve-Detmold noch keine Wahrheit geworden ist. Sie pfuschen in die große allgemeine, und in die kleine lokale, Politik; sie verlangen, daß durch eine Zauberruthe aus einem Chaos ein neues Deutschland konstruirt werde, und sie entziehen zugleich ihren Regierungen die Steuermittel, ohne welche weder im Kleinen noch im Großen etwas geschaffen werden kann. — Dieses Kammerunwesen muß aufhören, wenigstens so lange, bis aber Deutschland im Großen entschieden ist. Für die deutschen Großmächte aber muß die legale Revolution in den kleinstaatischen Kammern eine Mahnung sein, seinen Augenblick mehr zu zögern, sondern rasch und fest einen Bund zu schließen, der von diesem unseligen Kammergezänke nicht erreicht werden kann. Das Gebiet der Theorie muß verlassen, die Rechtsstreitgelüsten müssen bei Seite gelegt werden. Die Zeit des Handelns ist gekommen, die Verständigung in eine Nothwendigkeit geworden, und es kann sich bei dieser Verständigung nicht mehr darum handeln, ob der eine oder der andere Theil einen Vortheil mehr oder weniger zieht, sondern nur darum, daß das Ganze gerettet wird, denn die Monarchie ist in Gefahr, wenn hier trostlose Zwietracht in Deutschland nur noch Monate besteht. — Im Jahre 1815 drängte Napoleon's Wiedererscheinen auf der Weltbühne den Wiener-Kongreß zu Entschlüssen. Jetzt droht kein Napoleon — aber eine größere Gefahr droht an die Pforte; der Zerfall Deutschlands und die soziale Revolution stehen vor der Thür. Möchte man begreifen, daß diese kleinen Kammerwirren, in Kassel und in Darmstadt und überall, nur Symptome eines kochenden Kraters sind!

Süd- und West-Deutschland und Frankreich.

Je mehr die Verhältnisse in Deutschland und folgeweise in Europa sich verwickeln, je mehr sich insbesondere in dem Süden und Westen unsres Vaterlandes der Zunftgeist wieder aufhaust für eine weite gefahrvollere Eroberung, um so aufmerksamer folgen wir den Bewegungen und Zuckungen des von Parteien zerrissenen Frankreichs, wohl wissend, daß uns das Signal abermals von dort kommen wird, und daß es wohl nur eines Funkens und günstigen Windes bedarf, um den kaum gedämpften Brand der Revolution von Neuem zu einer verzehrenden Gluth zu entzunden. Nur die kurzsichtigen Fanatiker der Ruhe können sich darüber täuschen, daß die Revolution einen neuen Schlag vorbereitet, und daß die verfassungstreue Steuerverweigerung und der patriotische passive Widerstand in ähnlicher Weise ihre Nuancirung in die Hose der deutschen Fürsten machen werden, wie vordem die breiten Schüsse mit dem blutigen Mißverstandnis, freilich nur als Prolog zu dem Schauspiel, uns man in Frankreich in Szene setzen wird. Was aber ist es, was wir in Frankreich erblicken? Haß und Eifersucht nicht nur unter den verschiedenen Fraktionen der „großen Partei der Ordnung", sondern auch im Schooße dieser Fraktionen selbst, Haß und Eifersucht gesteigert zu einer Höhe, daß man sagen zweifeln muß, ob die Furcht vor dem Communismus noch stark genug ist, ihnen das Gleichgewicht zu halten. Damben die rothe Republik thatiger und hoffnungsreicher als je, und zwischen beiden Nichts als ein Präsident, der unbirrt durch irgendwelche Prinzipien, kann ein anderes Ziel kennt als seine Person, und deßhalb die Gierigkeit Frankreichs erfüllen wird wie es seine Wähler verlangen. Und die Armee, dieser „letzte Pfeiler der gesellschaftlichen Ordnung", ein treues Bild der Parteien und gefoert von diesen so wie von dem Präsidenten der Republik durch die Lockerung der Disziplin und durch die Anregung des Parteigeistes ihrer Führer. Was werden wir von diesen Saaten ernten?

Deutschland.

München, 6. Okt. Der erste Sonntag — der Hauptag des Oktoberfestes, die Preisvertheilung des landwirthschaftlichen Centralvereines von Bayern mit seinem herkommlichen (ersten) Pferderennen, wäre glücklich überstanden. Wir sagen „glücklich überstanden," weil dißtere Wolken, welche zur Minute sich zu entladen und darüber das ganze Volksfest zu stören drohten, diese Gunstgut über leidlich ausbeiten. Schon der frühe Morgen weckte uns mit dis gegen Mittag wahrenderm Regen, und schon sollten Vormittags Vorbehrungen zur Preisvertheilung an die Landwirthe z., in der k. Hofreitschule — statt auf der Festwiese — getroffen werden, als Kanig Max, wohl eingedenk der Tausend- und Tausenden von Landleuten, die weiche sich bei solcher Gelegenheit gerne verbrüdrängen, um den geliebten Landesvater zu sehen, die erfreuliche Bestimmung traf: jedenfalls auf die Festwiese zu kommen, selbst wenn das (Konigs-) Zelt ob Nasse durchschlagen sollte. Maurerschläge verkündeten alsbald kurz vor 2 Uhr die Ankunft des Konigs auf der Festwiese. Trotz drohender Wetterwolken wogte es schon um die Mittagsstunden zu Tausenden aus allen Ständen und Gegenden durch die dahin führenden Straßen, und als nach 1 Uhr dorten das vor dem Konigszelt die Eigenmonche Infanterie (2.) Inf.-Bat. der k. Landwehr anlangte, war bereits die Anhöhe daselbst von unabsehbarer Volksmasse besetzt. Eine halbe Batterie der k. Landwehr-Artillerie rückte zur Salutirung bei dortiger Ankunft und Abfahrt des Konigs aus. Schon nahte die zweite Stunde und alles drangte sich, um den Konig kommen zu sehen, an welcher Seite ja auch derselbe sich begeben werde. Mit der ersten Kanonensalve — welche die Absahrt des Konigs aus der Residenz verkundete, womit die zur Ankunft auf der Festwiese fortgesetzt wurde — erhoben sich die Blicke der Volksmasse in sichtlicher Freude nach

jener Gegend, von welcher der kgl. Wagen kommen mußte. Alsbald verkündeten schon von der Ferne von immer näher und näher ertönende Hoch das Herannahen desselben. Von einer Eskadr. Cavallerie der k. Landwehr geleitet, langte König Max, ihm zur Seite König Otto, in blauem, reich mit Silber gesticktem griechischem Costume, unter dem lebhaftesten Volksjubel am Königssteine an, in welchem sich bereits das gesammte diplomatische Corps, die Generalität und die hohen Staatsstellen, dann der Magistrat zum Empfange eingefunden hatten. Die vis à vis dem Königssteine auf der Anhöhe postirten 6 Regimentsmusiken begannen vereinigt die Volkshymne — heute begleitet von circa 90 Tambours (!) — zu spielen. Der Volksjubel wollte kein Ende nehmen, legen als von ferne abermals Hoch ertönten, in welche die Gesammtmasse beim Anblicke des Herannahenden der Königin Marie, ihr zur Seite die Prinzessin Luitpold, aufs neue rauschend einfiel, so daß sie darüber die Gesammtmusik sammt ihren 90 Tambours weit überdröhnte. Nach gegenseitig ceremoniellem Empfange begann nun die von dem König selbst vorgenommene Preisvertheilung an die Landwirthe zc., während welcher vorgenannte, auf 6 Regimentsmusiken bestehendes Musikkorps, verschiedene Stücke essen aufspielte. Nach gänzlich beendeter Preisvertheilung begann das Pferderennen. 20 Reunbahn, welche ¾ deutsche Meile beträgt, wurde, bei sehr nassem Boden, binnen 12—13 Minuten zurückgelegt. Nach Beendigung des Rennens kehrten König Max mit dem König Otto, die Königin Marie mit der Prinzessin Luitpold zc., im Gefolge der Landwehr-Cavallerie unter gleichem Volksjubel und dem Donner der Kanonen sofort zur Stadt zurück. Hinter dem Königssteine hatte sich ein vierspänniger mit Gemüsen und Früchten beladener, mit Guirlanden und Blumen festlich gezierter Wagen aufgestellt, den die Bamberger Gärtner gleich vor. Jahre zum Feste gebracht hatten. 4 dieser Gärtnerinnen stellten in Körbchen die schönsten ihrer Früchte, dem hohen Königspaare wohl zugedacht, während einer der mit angekommenen Gärtner den silbernen Pokal, welchen König Max denselben vor. Jahr zum Andenken gegeben, zum Ersatze für dasselbe bereit hielt, aber — leider mußte dies Vorkommen wohl dem König zu meinen entgangen sein, denn noch harrten sie des Königs, als solcher bereits die Rückfahrt schon angetreten. — Die Bamberger entschlossen sich nun zur Residenz noch zu fahren — ob sie dort auch noch vorgelommen, wissen wir nicht. —

Die unzählige Volksmasse, welche sich gestern der Anhöhe nahe auf dem Festplatze selbst aufgestellt hatte, zog sich nach Rückfahrt des Hofes zum Theil nach den dortigen Wirthshäuden, zum Theil nach der Stadt zurück. — Gestern Abend erschien König Otto an der Seite seines kgl. Bruders Max und der Königin Marie im Hoftheater und wurden von dem der Vorstellung der „Jungfrau von Orleans" zahlreich anwohnenden Publikum enthusiastisch begrüßt. — Morgen gehen die obengenannten Majestäten nach Hohenschwangau zurück, während der König und die Königin von Sachsen, welche dem heutigen Volksfeste gleichfalls anwohnten, nach Sachsen zurückkehren. — Die Enthaltung der Bayern wird, wenn der Himmel es gestattet am kommenden Mittwoch stattfinden. — Fürst von Schwarzenberg wird morgen Mittag 11 Uhr nach Bregenz abreisen, dort dem Kaiser von Oesterreich seine Aufwartung machen und dann denselben nach Hohenschwangau begleiten, wohin die nöthigen Nachrichten zufolge — auch König Otto von Griechenland begehen wird. — Heute sind Kuriere von Wien und Frankfurt, direkt an den k. k. Ministerpräsidenten, Fürsten Schwarzenberg abgekommen, hier eingetroffen. Ansserdem besuchten den öftern. Diplomaten mehrere hohe Personen mit ihrem Besuch. — Morgen findet ein Manöver nach Neu-Freiman statt, wozu 8 Bataillone Infanterie, 6 Eskadronen Cavallerie, 1 fahrende und 1 reitende Batterie Artillerie ausgerücken haben. Der Ausmarsch findet bei günstiger Witterung schon Morgens 6 Uhr statt. Vom 10. angefangen, wird die Infanterie wieder bis auf 50 Mann per Kompagnie beurlaubt.

Bliekastel, 3. Okt. Gestern kam der bekannte Christian Zinn, zur Freischaarenzeit Commandant der Sensenmänner, aus Frankreich hier durch, um sich in Zweibrücken der Staatsbehörde zu stellen. Wahrscheinlich war es die Noth, welche ihn zu diesem Schritte bewogen hat. Die übrigen politischen Flüchtlinge, welche sich bisher in der Nähe der Grenze aufhielten, wurden kürzlich gezwungen, im Innern Frankreichs ihren Aufenthalt zu nehmen. Nur zwei, König und Helwig, durften bleiben, der erstere, weil er sich freiwillig hergestellt, der zweite, weil er bei einer verheiratheten Tochter steht. Die übrigen, worunter die Herren Didier, Notär Schmidt, Roß, Mayer u. a. mußten theils in die Bretagne, theils entschlossen sie sich zur Auswanderung nach Amerika. (Pf. Z.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel 5. Okt. Beschlüsse kurfürstl. Generaladjutoriats auf die vom bleibenden landständischen Ausschusse gegen den Generallieutenant v. Haynau erhobenen Anklagen: Anfzug aus dem Inquisitionsprotokolle des Generaladjutoriats Kassel, am 5. Okt. 1850. Nr. 4240 betreffend die vom bleibenden landständischen Ausschusse gegen den Generallieutenant v. Haynau daher erhobene Anklage wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt, Verfassungsverletzung und Theilnahme am Hochverrath. Beschluß. Dem hiesigen Garnisongerichte wird diese Anklage des bleibenden Ständeausschusses vom 2. d. M. hierneben zugefertigt und dabei Nachstehendes eröffnet: Die Anklage hat zum Gegenstande, daß der Generallieutenant v. Haynau unter Berufung auf die ihm durch Verordnungen vom 7. und 28. d. M. dringende Ermächtigung einer Oberbefehlshabers über was dem Kommando diese hiesige Bürgergarde, Soldier, wegen verweigerter Anerkennung seiner Autorität vorbehaltlich weiterer Maßregeln die Suspension vom Dienste ausgesprochen hat. Insofern dem Generallieutenant von Haynau zu einer solchen, auf die Bestimmungen des Bürgergardengesetzes vom 23. Juni 1832 nicht zu gründenden, Handlung die Berechtigung fehlt, würde solche mit Rücksicht auf die von demselben eingenommene öffentliche Stellung und die hienach für den Fall der Nichtbefolgung seiner Anordnungen in Aussicht stehenden Gewaltmaßregeln als eine Vergewaltigung zu betrachten sein. Eine Berechtigung des Generallieutenant v. Haynau zu der dem Bürgergardenoberkommandanten Seidler gegenüber vorgenommenen Handlung liegt aber nicht vor. Denn, was zunächst die Verordnung vom 7. v. M. betrifft, so ist die Erklärung des Kriegszustandes, wie die Motive der Verordnung selbst ergeben, nicht in Folge einer Kriegserklärung gegen irgend einen Feind, sondern nur zur Aufrechthaltung der Sicherheit des Staats und der öffentlichen Ordnung, mithin als eine auf die innere Landesverwaltung bezügliche Anordnung erfolgt, und konnte sowohl, in so fern dadurch die gesetzlichen Bestimmungen über die Bürgergarden abgeändert werden, als auch hinsichtlich der landständischen Zustimmung und, da es sich nicht um Vollziehung oder Handhabung bestehender Gesetze handelt, nur auf die Vorschrift des § 95 der Verfassungsurkunde Absatz 2 (von den Worten: Auch kann zc. an) gegründet werden. Zu Rechtsbeständigkeit einer auf letzteren Weise zu erlassenden Anordnung gehört aber nicht nur eine vorangegangene Erklärung des Gesammtstaatsministeriums, daß die betreffenden Maßregeln zur Sicherheit des Staats oder zur Erhaltung der ernstlich bedrohten öffentlichen Ordnung wesentlich und unausseidlich sei, sondern auch die Zuziehung des ständischen Ausschusses zu dieser Erklärung, d. h. einstweiligen Suppletung des landständischen Consenses durch Zustimmung des Ausschusses. Während das erste Erforderniß in der Verordnung sich beurkundet findet, fehlt es an der Beurkundung des zweiten hingegen gänzlich, indem vielmehr das Gegentheil, daß ein Zusammentritt des bleibenden Ständeausschusses nicht stattgefunden habe, in der Verordnung geradezu gesagt ist. Bei einer solchen Sachlage kann die Contrasignatur der Minister dem fraglichen unzuverständigerweise einseitig erfolgten Erlasse allgemeine Verbindlichkeit nicht sichern. Die weitere Verordnung vom 28. v. M. schließt nun zwar jede Cognition über die rechtliche Giltigkeit oder Wirksamkeit der Verordnung vom 7. v. M. aus (§ 1), es ist dieser Ausspruch jedoch nicht rechtsverbindlich. Die Verordnung vom 28. kündigt sich nämlich nicht als eine solche an, welche in Folge einer Zustimmung des Ausschusses erfolgt sei, sondern bezieht sich allgemein in dem, dem § 1 zunächst vorhergehenden Satze, auf den § 95 der Verfassungsurkunde, dessen Absatz 2 von den Worten: Auch kann zc. an, hiernach allein in Betracht gezogen werden kann. Es ist nun aber die Vorschrift des § 95 in Anschung der bei außerordentlichen Maßregeln vorher erforderlichen Zustimmung des landständischen Ausschusses als beobachtet nicht nachgewiesen, was aus Folgendem hervorgeht. Nach dem Eingange der Verordnung vom 7. v. M. hat der bleibende Ständeausschuß eine Frist zur Einsichtung zum Erlaß der darin enthaltenen Bestimmungen allgemeiner Wirksamkeit eingelegt. Im Anfange und in der Verordnung vom 28. v. M. aber wird verkündet, daß der gedachte Ausschuß die von der Ständeversammlung begonnene Rebellion fortsetze. Nach dem dabei weiter Angeführten bezieht sich dieser Ausspruch auf das Verhalten des Ausschusses, den Verordnungen vom 4. und 7. v. M. gegenüber. Folgerweise wird hierdurch dargelegt, daß sich derselbe mit der Staatsregierung auch hinsichtlich des Erlasses der Verordnung vom 28. nicht in Einverständnisse befinde. Denn diese letztere ist gerade zur Handhabung und Ergänzung der Verordnung vom 7. v. M. erlassen worden und wenn der Ausschuß damit einverstanden gewesen wäre, hätte von seinem Verhalten als von einer fortgesetzt werdenden Rebellion nicht gerednet werden können. Hiernach steht nicht anzunehmen, daß die in der Verordnung vom 28. v. M. stattgehabte allgemeine Verziehung auf den § 95 der Verfassungsurkunde von Sinn haben solle, daß eine Zustimmung des landständischen Ausschusses zu den fraglichen Maßregeln stattgefunden habe. Eine solche Zustimmung ist deßhalb auch nicht durch die ministerielle Contrasignatur bezeugt und beurkundet. Damit kömmt die von dem bleibenden Ständeausschusse in glaubhafter Form ertheilte Mitteilung über die der vorliegenden Verordnung vorangegangenen Verhandlungen überein, indem danach der gedachte Ausschuß seine Theilnahme an der deßfallsigen Berathung und Beschlußfassung geradezu abgelehnt hat. Wäre aber auch eine Zustimmung des bleibenden Ständeausschusses erfolgt, so würde die Verordnung nichts desto weniger unzuständiger Weise erlassen sein, weil dieselbe geradezu Bestimmungen der Verfassungsurkunde aufhebt, eine solche Aufhebung aber nach Maßgabe der im § 153 der Verfassungsurkunde enthaltenen Vorschriften nur unter Mitwirkung der ständischen Gesetzgebung bewirkt werden kann. Hiernach ist der erhobenen Anklage, in so weit sie das Vergehen einer Vergewaltigung als indicirt darlegt, stattzugeben und wird demnach dem Garnisongerichte auf den Grund des § 33 der Militärstrafgerichtsordnung Auftrag ertheilt, die Untersuchung gegen den genannten Generallieutenant, einzuleiten und hierin bis zu weiterer Rechtliche zu verfügen. 2) Dem bleibenden landständischen Ausschusse wird hiervon Nachricht ertheilt v. Ufff, Generalmajor. Eichenberg, Generaladjutant. Anzug aus dem Inquisitionsprotocolle des Generaladjutoriats. Kassel, am 4. Oktober 1850 Nr. 432. Betreffend die von dem permanenten landständischen Ausschusse gegen den Generallieutenant von Haynau dahier, wegen Anstiftung der hiesigen Bürgergarde erhobene Anklage. Beschluß: Die Eingabe des bleibenden landständischen Ausschusses vom

heutigen Tage wird dem hiesigen Garnisonsgericht unter Bezugnahme auf die zur Nr. 424 Jn.-Nr. gegebene Entscheidung zur Untersuchung und weiteren rechtlichen Verfügung hier neben zugefertigt und 2) dem bisherigen landständischen Ausschuß hiervon Nachricht ertheilt. v. Uexk, Gouvernementer Eichenberg, Generalauditor. An den permanenten landständischen Ausschuß hier.

Hanau, 6. Okt. Eine gestern Abend von Kassel hier angekommene Deputation, bestehend aus den Oberappellationsgerichtsräthen Schoten, Schellenberg und Ehmers, sowie dem Generalstaatsprokurator Kerstig begab sich heute Vormittag nach Wilhelmsbad, um Sr. k. Hoheit dem Kurfürsten eine auf die jüngsten Ereignisse in Kassel sich beziehende Adresse des Oberappellationsgerichts zu überreichen. Es wurde diesen Herren die Antwort, da die Minister nicht anwesend seien, (sie hatten sich seit Mongens nach Frankfurt begeben) konne der Kurfürst sie nicht empfangen; derselbe wolle sie morgen erwarten. — Zugleich ist der Obristlieutenant Hildebrand als Beauftragter des Obristencorps von Kassel hier anwesend. Er hatte Mittags Audienz bei Sr. k. Hoheit, von dem man nur erfahren, daß sich der Kurfürst geäußert, es bedurfe ihn, daß man unterstelle, er verlege die Verfassung, oder wolle sie verlegen. Hr. Hildebrand soll auf 4 Uhr Nachmittags nochmals vorbeschieden sein. Näheres hat über den Erfolg seiner Sendung nicht verlautet.

(S. O.-Z.)

Hanau, 7. Okt. 1½ Uhr Nachmittag. Die Sendung des Obristleutenants Hildebrand und der Deputation des Oberappellationsgerichts an Sr. k. Hoh. den Kurfürsten ist ohne Erfolg geblieben.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Flensburg, 1. Okt. Der außerordentliche Regierungskommissär hat folgende Bekanntmachung erlassen: Da öffentlichen Blättern zufolge die sogenannte Statthalterschaft in Kiel Schedemünze ausgeprägt zu lassen beabsichtigt, so werden alle Bewohner des Herzogthums Schleswig hierdurch vor der Annahme solcher Münze verwarnt und darauf aufmerksam gemacht, daß dieselbe jeder Garantie ermangelt, indem sie als gesetzlich gültige Münze nicht wird anerkannt und ein Anspruch an die Staatskasse so wenig in Beziehung auf diese Münze, als auf irgend welche von einer der insurrectionellen Regierungen ausgestellte Repräsentiven, namentlich die sogenannten Kassenscheine, wird zugestanden werden.

Vor Rendsburg, 3. Okt. Die sogenannte Belagerung von Friedrichstadt dauert fort; doch nur von einer Seite, wie solches auch nur möglich, denn die beiden andern Seiten, sind von Wasser umgeben und die vierte, nördliche Seite steht den Danen offen. Es wachsen täglich neue Schanzenwerke aus der Erde und bei dem moorigen Terrain kann man gar nicht wissen, wie und wo die Dänen ihre Schanzenanlagen alle haben; ein Sturm ist deßhalb nicht gut zu wagen und sind deßhalb die Aussichten, am Friedrichstadt in Besitz zu bekommen, sehr schwach, zu Terrainkunde behaupten, daß bei den angewandten Mitteln gar keine Aussicht auf Erfolg sei. Man erwartet auch in den nächsten Tagen auf Aufgeben des ganzen Planes. Das Bombardement dauert ebenfalls nur sehr schwach und in 8 bis 10 Minuten langen Pausen sei immer ein Schuß von den schleswig-holst. Batterien, während die der Dänen ganz schweigen. Ein Vordringen mit Massen ist ganz unmöglich, weil nur ein schmaler Chausseeweg und einige Damme durch dieses Marschland passirbar sind. Fast scheint es aber auch, daß es mit diesem Angriff gar nicht ernst Ernst gemeint sei, sondern man will durch diese Art, mit dem Feinde sich zu engagiren, bewirken, daß derselbe seine festen Positionen im Centrum verlassen soll und selber in die Offensive übergehe, wie solches gleichfalls bei dem Angriff auf Missunde beabsichtigt worden war; allein darin wird man sich auch diesesmal gewaltig täuschen, denn die Dänen wollen vorläufig nur Schleswig bis zu ihren festen Positionen behalten, alles Weitere hoffen sie auf dem Wege der Unterhandlung mit den Großmächten zu erreichen um ihre Kräfte zu schonen. Sie vertheidigen deßhalb auch nur ihren Landstrich innerhalb ihrer Schanzen und lassen sich auf ein Vorscheinen nicht ein. Hier sind sie aber auch gänzlich gesichert und werden von der schleswig-holsteinischen Armee nicht herausgebracht werden.

Kiel, 3. Okt. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde der Departementschef Francke von dem Dr. Müller wegen der in den „Hamburger Nachrichten" von gestern enthaltenen Mittheilung über die Friedensmänner interpellirt. Der Departementschef gab eine ausführliche Darstellung des Thatsachlichen, sollte den Vorstehungen der Friedensmänner die größte Anerkennung und wünschte ihren Bemühungen den Erfolg, den die aufopfernden Anstrengungen dieser hochst ehrenwerthen Männer, den Frieden zu bewirken, verdienen müßten. Er erklarte es für seine volle Ueberzeugung, daß die schleswig-holsteinische Sache ruhig einem Schiedsgericht überlassen werden könne; so gut sei sie bestellt. Auf die in dieser Zuversicht habe, so habe er keinen Anstand genommen, dasselbe den Friedensmännern zu erklaren, vorbehaltlich der Zusammensetzung des vorgeschlagenen Schiedsgerichts. Die Friedensmänner hatten mit dem dänischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Kopenhagen den wichtigen Conferenzpunkt der Unterzeichnung gehabt, und auf eine schriftliche Anfrage habe man sich auch dort für eine solche Entscheidung erklart. Die Friedensmänner hatten nur, gemeint, daß Manner in diesem Gerichte Sitz nehmen mußten, die an dem Kriege zwischen Deutschland und Dänemark nicht Theil genommen und nicht in dieser Sache halten. Auf die Schwierigkeit der Zusammensetzung sei aufmerksam gemacht worden. Es sei auf die alten Recesse, namentlich den gültigen Koldinger Recess von 1533, hingewiesen worden. Es sei aber kein Versuch in Betreff eines Stillstandes des Krieges gemacht, weßhalb von den Friedensmannern zu erwarten sei, daß sie dafür, daß diesseits den Atrocitäten, Abnormitaten und Schießlichkeiten, die täglich im Schleswigschen vorfielen, entschieden entgegentreten werde. Wenn indeß von Dänemark eine auf Grundlage der angeführten Recesse fundirte Proposition gemacht werden würde, so werde er den zweiten Theil des Landes diese mittheilen, wenn sie nicht ganz ungebörig sei. Dr. Müller dankte für die ausführliche Beantwortung seiner Frage. Die Antwort des Departementschefs stimmt wesentlich mit dem von den Herren Sturge und Gen. veröffentlichten Bericht überein.

(D. M.)

Altona, 4. Okt. Die „H. N." veröffentlichen eine Widerlegung des bayerischen ehemaligen Feldcaplans Fisser der vom „Flensb. Corresp." und dänischen Blattern gegen die bayerischen Soldaten erhobenen Beschuldigungen, als hatten diese in der Kirche zu Stenderup die scheußlichsten Greuel verübt. Verlautet hat das dänische Ministerium dadurch sich veranlaßt gefunden, den Gegenstand in amtliche Behandlung zu nehmen, deren Resultat demnächst amtlich veröffentlicht werden dürfte.

Kiel, 4. Okt. Die langen geheimen Sitzungen der letzten Tage, zu denen gestern und vorgestern auch noch Abendsitzungen kamen, haben, wie man hort, die Verhandlungen der Landesversammlung endlich zum Schluß gebracht. Als das Wesentlichste der Beschlüsse, soweit sie vor die Oeffentlichkeit treten werden, wird bezeichnet eine gezwungene Anleihe, welche vom Vermogen und vom Einkommen erhoben werden wird; vom Vermögen zu 1 pCt., vom Einkommen nach dem Maße der letzten Jahre, falls nicht eine Veränderung von mindestens ¼ des Betrags nachgewiesen werden kann.

(N. fr. Pr.)

Koburg, 2. Okt. Unsere Ständeversammlung hat die vom Staatsministerium in den letzten Tagen getroffenen außerordentlichen Vorkehrungen zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung einstimmig genehmigt und zum Gesetze erhoben. Am 9. d. M. wird eine Abtheilung gothaischer Soldaten hier eintreffen; die Familie des Staatsministers von Seebach ist von hier nach Gotha abgereist, da ihr nach den Insulten der letzten Tage — ein Pobelhaufe zertrümmerte beinahe alle Fenster in der Wohnung des Ministers — der Aufenthalt hier verleidet worden ist. (L. Z.)

Wien, 1. Okt. Unsaums Zustände sind zum Verzweifeln traubrig, und seit Jahrzehnten, immer rübrigen Feinde benutzen sie, um das Minsterium darüber anzuklagen, was eine Folge jahrelangjährigen Unrechts ist. Ein kurzer Anstieg, den ich dieser Tage in die nahen Grenzgemeinde von Preßburg und Tyrnau machte, hat mich mit eigenen Augen überzeugt; das gesegnete Land liegt zur Zeit wild und unangebaut, viele Grundbesitzer stehen am Abgrund des Ruins, denn das Mißwahrend der zwei letzten Jahre nicht nur keine Rente gezogen, sondern die schwersten Auslagen machen mussen. Wie mag es nicht im Innern des Landes und nach der kürkischen Grenze hin aussehaun? Es ist eine Riesenarbeit, aus diesem Chaos Stück um Stück zu ordnen, und bei dem besten Willen, denn die Regierung zeigt, ist es doch nicht minder wahr, daß sie die Größe der Uebel, womit sie zu kämpfen hat, noch gar nicht in ihrer ganzen Größe zu überseben vermag. Demnach wird auch der Plan einer deutschen Colonisirung auf bessere Zeiten vertagt werden mussen.

Wien, 3. Okt. Was die Ernennung des Hrn. von Radowitz zum preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten hier für einen Eindruck gemacht habe? Keinen sonderlich günstigen. Einige fromme Seelen meinen zwar, daß Hr. von Radowitz, weil er ein katholischer Katholik sei, auf seinem jetzigen hochverantwortlichen Posten in sich gehen und eine Politik ändern werde, welche vollkommen geeignet ist, Deutschland an den Rand des Verderbens zu bringen. Diese Meinung wird aber nur von sehr wenigen getheilt, weil man weiß, daß Hr. v. Radowitz bei weitem mehr Diener seiner kgl. Gebieterin, als der katholischen Kirche ist. Wäre er das letztere mehr, so würde die Politik, der er huldigt, die seinige unmöglich sein können. Glauben Sie das einem echten Katholiken! Nie vermöchte ein solcher die Hand zur Spaltung Deutschlands zu bieten. Wenn der König von Preußen die gegenwärtige preußische Politik für seinen eigenen Gedanken erklärt hat, so bleibt dem Hrn. v. Radowitz, nachdem er den Ministerposten angenommen hat, nur übrig, diese Politik unter einigen geringen Modifikationen fortzusetzen. Und so erwartet man denn hier im Ganzen die Fortsetzung des seit zwei Jahren getriebenen Spiels. Darauf deutet auch ein Leitartikel der „Deutschen Reform" vom 25. Sept. hin. Zwerlassig hat dieses Spiel Deutschland Macht und Ansehen nach Außen nicht erhöhet, und eben so wenig hat es sein inneres Glück gefördert. Es muß also dieses Spiel, gelinde gesagt, ein eminent der wahren Staatsweisheit widersprechendes genannt werden. Ist es politische Beschränktheit, oder politischer Starrsinn, daß dasselbe von Preußen nicht endlich aufgegeben wird? Vielleicht beides. Es hat nur noch gefehlt, was jetzt geschehen ist, daß nämlich der hessische Steuerverweigerungs-Ausbruch von preußischer Seite für legal erklärt und für gut befunden worden ist, der furchtsischen Regierung? Alle demokratischen und republikanischen Schattirungen im Unisono. Ihnen hat das preußische Cabinet sich jetzt durch offenkundige Akteusäcke beigesellt. Ein schlimmer Anfang der amtlichen Thatigkeit des neuen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Preußens! Wie soll das Alles enden! Der jetzige Zustand der Dinge ist wahrhaft unerträglich; er verletzt das Rechtsgefühl, er verletzt den gesunden Menschenverstand. Nur wenn Preußen auf den Rechtsboden der Bundesverträge zurückkehrt, wo leider kein Arzthein vorhanden, können die deutschen Wirren in befriedigender Art gelöst werden.

Berlin, 5. Okt. Wundersame Personen werden über den Inhalt einer neuerdings von dem russischen Cabinet an das österreichische gerichteten Note in Gang gebracht. Aus zuverlässiger Quelle können wir versichern, daß der Inhalt dieser allerdings vorhandenen Depesche der ist, daß Rußland ausspricht, es werde für den Fall einer zwischen Preußen und Oesterreich ausgebrochenen Streitigkeit sich auf Seiten dessen stellen, welcher den Vertragen von 1815 am nächsten stehe.

Berlin, 5. Okt. Zwischen dem Minister des Auswärtigen Herrn v. Radowitz und dem Herrn v. Manteuffel soll neuerdings wieder eine Spannung eingetreten sein, welche letzteren leicht vermögen konnte, sein Portefeuille vor dem Zusammentritte der Kammern niederzulegen. Die Reise Sr. Hoheit des Herrn v. Manteuffel nach Sanssouci zum Könige soll darauf Bezug gehabt haben. Es heißt gleichzeitig, daß Herr v. Radowitz sich sehr willfährig zeige, dem österreichischen Cabinette und dessen Verbündeten Concessionen zu machen, und von energischen Maßregeln abrathe. Die hier accreditirten fremden Gesandten sollen es übrigens dem Herrn v. Radowitz nicht sehr freundlich angenommen haben, daß er sich von ihnen abstlichtige und zur Zeit gar nicht personlich mit ihnen verkehre. — In diplomatischen Kreisen erachtet man es für keinen Beweis freundlicher Gesinnung Rußlands gegen Preußen, daß Herr v. Meyendorff als russischer Gesandter von hier abberufen worden ist. Man hält es sogar für leicht möglich, daß der russische Gesandtschaftsposten hier vorläufig nicht wieder von einem Gesandten, sondern nur von einem Geschäftsträger verwaltet werde. Hohren Orts soll man wegen der Abberufung des Herrn v. Meyendorff etwas verstimmt sein. — Aus guter Quelle vermögen wir die Mittheilung zu machen, daß im Laufe d. M. die Zusammenberufungsschreiben an die Kammern ergehen werden und deren Zusammentritt dann am 8. oder 10. November d. J. erfolgen wird. (A. Z. C.)

Posen, 2. Okt. Ueber die desertirten Tschertessen gehen wir hier den Bericht der ministeriellen „Const. Cor.", da die anderweitigen Nachrichten sich vielfach widersprechen: Am 1. d. M. lieferte der Distrikts-Commissarius in Kruchwitz 10 Tschertessen bei dem Landrathsamte Inowraclaw ab, welche ihrer Angabe nach am 29. v. M. aus ihrer Garnison Sterniewsfer im Lowiczer Kreise desertirt waren und am 30. die diesseitige Grenze überschritten hatten. Zugleich überstanste der gedachte Beamte eine an ihn ergangene Requisition des Commandeurs der kaiserlichen Reitertruppen um Auslieferung der Deserteurs. Die sämmtlich bewaffnet, mit Flinten, Pistolen, Säbeln u. s. w. stark bewaffneten Züchtlinge erklärten bei ihrer Vernehmung, in preußischen Militärdienst treten zu wollen. Man stellte ihnen das Unthunliche der Ausführung dieses Vorsatzes und die Nothwendigkeit ihrer Auslieferung in Gemäßheit der bestehenden Kartellconventionen vor. Hierauf gaben sie die Erklärung, freiwillig nach Rußland zurückkehren zu wollen. Als man ihnen aber bemerkte, daß sie vor Allem ihre Waffen abgeben und sich militärisch escortiren lassen mußten, weigerten sie sich, Folge zu leisten, und als darauf der Mittmeister von Itow mit einem Theil der in Inowraclaw liegenden Dragonereskadron ankam, um zur gewaltsamen Entwaffnung der Deserteurs zu schreiten, ergriffen diese die Flucht, die Bromberger Chaussee entlang, wobei sie zugleich ihre Gewehre abfeuerten, und einen Dragoner-Unteroffizier tödteten und mehrere Dragoner verwundeten. Das Militair erwiderte nun das Feuer, wodurch zwei Tschertessen fielen und einer verwundet wurde, zwei wurden eingefangen. Die übrigen sind begaben sich nach dem Vorwerk Krusewice und setzten sich dort fest, indem sie ein lebhaftes Feuer auf das nahrückende Militair unterhielten, wobei mehrere Einwohner-Bauer des Vorwerks angeschossen wurden. Es wurde nun ein Infanteriecommando vom 4. Regiment von Bromberg geholt, mit dessen Hilfe wer der Flüchtlinge schwer verwundet gefangen genommen wurden, während der fünfte in dem Vorwerksbaus, wo die Tscherkessen sich zuletzt festgesetzt hatten, und welches sie endlich selbst in Brand steckten, todt zurückblieb. Von den Infanteristen ist leider ebenfalls ein Mann gefallen und Einer leicht verwundet.

Neuestes.

Karlsruhe, 5. Okt. Der Prinz von Preußen hat seine in hiesigem Schlosse befindliche Canzlei aufgelöst und die desfallsigen Beamten nach Koblenz beordert.

Berlin, 2. Okt. In der heutigen Sitzung der Philologen-Kongresse wurde Erlangen zum nächsten Versammlungsort und Prof. Döderlein zum ersten, Prof. Nägelsbach zum zweiten Vorsitzenden vorgeschlagen, welchen Anträgen die Versammlung zustimmte.

Paris, 2. Okt. Ein Mitglied der provisorischen Regierung, der edle Jude Cremieux, hat die prachtvolle Domäne und den Wald von Soon erkauft und 800,000 Fr. war darauf angezahlt. Die Steile eines provisorischen Regenten muß wohl ziemlich einträglich gewesen sein, denn im Februar 1848 hatte der Jude Cremieux notorisch kein Vermögen.

Rom, 26. Sept. Der Erzbischof von Cagliari ist hier angekommen und hat bereits eine Audienz beim Papste und beim Cardinal Antonelli gehabt.

Turin, 1. Okt. Nach der „Italia libera" hätte der Großherzog von Toscana zu Gunsten seines Sohnes abgedankt. — Man erwartet die Ankunft Pinelli's aus Rom.

T. D. 1) Hamburg, 5. Okt. der Sturm auf Friedrichstadt hat begonnen; die Holsteiner sollen bis zum Marktplatz vorgedrungen sein.

2) Hamburg, 6. Okt. Man spricht von bedeutendem Verlust; es geht das Gerücht, der Sturm sei abgeschlagen worden.

3) Hamburg, 6. Okt. Der offizielle Bericht des Oberbefehlshabers, Generals v. Willisen, datirt aus seinem Hauptquartier Süderhaft, bestätigt die früheren telegraphischen Angaben. Der Sturm auf Friedrichstadt geschah am 4. d. M. Abends. Bei dem Bombardement ist die halbe Stadt nebst der Hauptkirche in Asche gelegt worden. Der Verlust der Holsteiner ist sehr bedeutend; das Herr hat sich bis nach Süderstapel (soll wohl Wesselnden südöstlich von Friedrichstadt am rechten Ufer der Eider) zurückgezogen.

4) Wien, 6. Okt. Feldzeugmeister Heß ist von hier nach Komaiu, in Nordungarn, abgereist. Es wird offiziell widerlegt, daß österreichische Truppen in Sachsen eingerückt seien. (S. D.-Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Rabet.

Theater-Anzeige.

Mittwoch den 9. October 1850.

Zum Erstenmale:

Geistige Liebe,

oder:

Gleich und gleich gesellt sich gern.

Lustspiel in 3 Akten von Dr. Fr. Lederer.

Vorher:

Der neue Poet.

Schauspiel in 1 Akt von Kotzebue.

Zwischen und nach beiden Stücken:

Ballet

ausgeführt von der Familie Jerwitz - Lindor und Frl. Meibner.

Verzeichniß

der aus dem Keller

des kgl. Julius-Hospitals dahier

pro 1850/51 zum Verkaufe bestimmten selbstgezogenen Weine.

				fl.	kr.
		A. In Bouteillen zu einer bayer. Maas.			
I.	1834r	Würzburger geb. gefriegelt, per Bouteille		—	39
II.	1834r	Rödelseer schwarz	" " "	—	48
III.	1841r	Stein A. roth	" " "	1	12
IV.	1834r	Stein A. grün	" " "	1	45
V.	1822r	Stein A. weiß	" " "	3	37
		B. In Eimern bayer. Aicht.			
I.	1846r	Fahrer B.	per Eimer	16	—
II.	1846r	Fahrer A.	" "	18	—
III.	1842r	Astheimer	" "	18	—
IV.	1846r	Reybacher-Stein	" "	20	—
V.	1846r	Oberdürrbacher (Kreuzberg)	" "	22	—
VI.	1846r	Pfaffenberger	" "	24	—
VII.	1841r	Heinrichsleimer	" "	24	—
VIII.	1842r	Stein	" "	27	—
IX.	1841r	Pfaffen	" "	30	—
X.	1834r	Stein	" "	36	—
XI.	1846r	Rödelseer	" "	40	—

Hiebei wird Folgendes bemerkt:

1) Der bouteillenweise Verkauf findet täglich, jedoch ausschließlich nur in den Vormittagsstunden von 11 bis 12 Uhr statt.

2) Zur Weinabgabe in größeren Quantitäten, insbesondere in Eimern, jedoch nicht unter 1/4 Eimer, sind die beiden Wochentage Dinstag und Freitag von 2—5 Uhr Nachmittags festgesetzt.

3) Jede Weinabgabe findet nur gegen gleich baare Zahlung in kassamäßiger Münze mit Ausschluß der Goldmünzen statt.

4) Bezüglich portofreier Aufträge von Seite auswärtiger, direkt an das unterfertigte Rentamt gerichtet, werden pünktlich besorgt; dabei wird aber auch gewärtigt, daß vor Absendung der Weine die Bestellen von diesem für die baare Zahlung gesorgt wird.

5) Die bisher bei Wein-Abfüllungen üblichen, von den Käufern zu tragenden Aichgebühren für den Büttner à 24 kr. per Eimer bestehen zur Zeit noch fort.

6) Auf Verlangen wird die Verpackung von Bouteillen durch den diesseitigen Büttner besorgt und per Bouteille 6 kr. in Ansrechnung gebracht.

7) Nach dem Wunsche der Käufer werden die zum Weineinfüllen nöthigen Fäßchen hierorts gestellt, und für ein halbeimeriges à fl. 24 kr., für ein eineimeriges 2 fl. berechnet.

Würzburg, den 1. October 1850.

Königl. Julius-Hospital. Rentamt.

Filser.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrenkhofe 2. Thür No. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 242. Würzburg, Mittwoch den 9. Oktober. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 8. Okt. Se. Maj. der König haben Sich unterm 3. Okt. l. Js. allergnädigst bewogen gefunden, auf die bei dem Kreis- und Stadtgerichte Baireuth erledigte Rathsstelle den 1. Landgerichtsassessor Frieder. Aug. v. Schallern zu Kissingen, seiner allerunterthänigsten Bitte entsprechend, zu befördern; dann auf die in Würzburg erledigte Advokatenstelle den Advokaten Dr. Karl Friedrich zu Schweinfurt, seiner allerunterthänigsten Bitte entsprechend, zu versetzen; ferner den Landrichter Franz Haud zu Pottsch die nachgesuchte Quieszirung auf Grund der nachgewiesenen Funktionsunfähigkeit nach § 22 lit. D der IX. Vers.-Beil. auf die Dauer von 2 Jahren zu bewilligen; auf das Landgericht Pottsch den Landrichter Karl Kaspar Ammerdoffer zu Hilders, seiner Bitte gemäß zu versetzen; zum Landrichter von Hilbred den l. Landgerichtsassessor Johann Georg Steinbach zu Kartstadt allergnädigst zu befördern.

Würzburg, 9. Okt. Die katholische Pfarrei Esleben, Lgerchts. Werneck, wurde dem Priester Franz Förster, Pfarrer zu Eisenfeld, Lgerchts. Dettenburg, übertragen.

Der Schuheinst zu Erlach, l. Gerichtsbezirk Marktbreit, ist dem von der Fürstl. Schwarzenberg'schen Patronatsherrschaft auf denselben präsentirten Schuldienstesverweser und dermaligen Schulverweser zu Rodelsee Karl Schlicher; der Schuldienst zu Rodelsee, l. Lgerchts. Marktbreit, dem von der dortigen Kirchengemeinde auf denselben präsentirten Schuldienstesverweser und derzeitigen Schulverweser zu Unsanden, Pl. Bruch, übertragen worden; dem l. Lehrer zu Rothenbuch Jos. Ab. Schmuck wurde die Schulstelle zu Laudenbach, Lgerchts. Miltenberg, übertragen.

Die neue Taktik der Demokraten.

Die demokratische Partei ist von der Offensive auf die Defensive zugetrieben; sie ist Strebt für Schritt von der Souveränetät eines Diktators mit unbeschränkter Machtvollkommenheit zu der Rolle eines Geschlagenen herabgesunken, welche nur noch in einem Vergleich und Vertrag seine Rettung suchen kann. Entweder wetterstert der Geschlagene mit den herumgegangenen homerischen Helden in Schimpfwörtern, wer es packt derselbe, welcher jüngst noch an die Macht als Fürter als das Recht appellirte, auf das Recht, das auf seiner Partei siehe, und das doch Recht bleiben müsse. Die Volksparteі ist über Nacht die Rechtspartei geworden; an einem schönen Freitagmorgen hat sie sich alle Tiraden gegen das bestehende historische Recht aus dem Sinne geschlagen, und wie in der französischen Revolution der abgeschaffte Gott wieder eingesetzt wurde, so soll sich bei uns plötzlich der durchsocherte Rechtsboden unter den Schritten der neuen Rechtsmänner schließen. Daß dieses Recht mit der Schlauheit eines Advokaten der Partei wiederirt und zur wachsenden Nase gemacht wird, versteht sich, denn mit dem Appellieren an das Recht ist noch nicht die Ehrfurcht vor den unwandelbaren, ewigen Formen des Rechts wiedergefehrt. Woher kommt diese umstimmung und diese neue Taktik der Volksmänner? Sie haben sich als Barometer der Volksstimmung ausgegeben, und dieser ist auf Null herabgesunken. Man kann es sich nicht länger verhehlen, wie trügerisch und haltlos die öffentliche Meinung ist, wie sie in Extremen hin und her schwankt, und wie ihr das Stetige und Nachhaltige ganz abgeht. Man klagt, das deutsche Volk habe den Eifer sinken und auf vorübergehende kleine Anfälle der Lendenschaft die Flügel in Tandengedult ermattet hängen lassen. „Da die Helden der Worte endlich zum Wirken und Handeln berufen wurden, zu dem sie sich so lange vermessen hatten, da brach die Vergiftung des Innern in eklem Eiter aus, und Grausamkeit, Raschsucht, Blutgier und Menschenmord befleckten den deutschen Namen, wo Niemand mitten im Flor der Gesittesbildung und der häuslichen Sitte diese greife Verwilderung in und gesaht hätte." Die hochgegriffene und ideale Schöpfung eines souveränen, nach Oben wie nach Unten gleich selbstständigen und unabhängigen Volkes läßt sich mit Anlauns Staate vergleichen, welche alle Schönheiten und Vorzüge hatte, aber unglücklicher Weise todt war. Die Eingenommenheit von sich selbst und ihrer Macht und die selbstsiegere Vergötterung ihres Systemes und Wertes konnte bei den Herren gegen die traurige Wirklichkeit und den angenscheinlichen Thatbestand nicht langer Stand halten; so sind denn wenige sind die Getauschten, während die Andern ihre Tauschung und ihren Selbstbetrug beschämt zu verdecken suchen, und an die Zukunft appellieren, welche ihre Chimären und Hirngespinste doch noch verwirklichen werde. Die Getauschten, welche von ihren Träumen noch nicht erwacht sind, und sich auf ihrem Lager im Zustand des Halbwachens und Halbschlafens unruhig hin und her bewegen, versuchen einen Aufruf, um das träge Volk aufzurütteln, und es nochmals mit künstlichen Mitteln anzuregen. Als ein solches Aufregungsmittel kam ihnen die Reaktivirung des deutschen Bundestages willkommen, welche sie nach allen Seiten auszubeuten sich bemühigen. Sie machen Tiraden gegen das wieder aus dem Grabe auferstandene Gespenst der Metternich'schen Politik, — dieses finale und letzte Expediens unserer Staatsquacksalber, um den so lange und bis zum Ueberdrusse ausgebeuteten Widerwillen des Volks gegen den Bundestag noch einmal auszubeuten. Diese Staatsphilosophen, von welchen Friedrich der Große sagt, daß er ein Land durch sie regieren lassen würde, wenn er es zu Grunde richten wollte, üben ihre schulmeisternde Politik damit, daß sie einen Schulbegriff an die Spitze stellen, logische und unlogische Consequenzen daraus ziehen, und diese Weise ein allein seligmachendes System machen und natürlich Alles, was dazu nicht paßt, abschneiden. Allein auch dieses verfagt die gehofften Wirkungen: das abgehetzte Volk kann gegen den Bundestag nicht mißtrauischer sein, als es gegen die Convente der Volksmänner ist; es will nun einmal, nachdem es Lob und Gut, Ehre und Wohlstand auf diese Weise verloren hat, nicht aufs Neue in der großen Politik Geschäfte machen, da es weiß, daß ihm diese Spekulation ein verdecktes Spiel ist, daß nicht mit Gewinn, sondern mit Hader und Streit endigt. Das Volk hat sich mißmuthig von dem politischen Markte zurückgezogen, und es wird schon noch einige Zeit brauchen, bis es aus seinem Widerwillen sich zu dem wiederzuerwerben Streben nach politischer Bildung wieder herausarbeitet. Daß es sich aufs Neue als Mittel zu eigennützigen Zwecken mißbrauchen lasse, steht vor der Hand nicht zu erwarten; es gilt also für jene Manner des Umsturzes, sich nach anderen Mitteln umzusehen, um ihre Theorien zur Geltung zu bringen, und man sprichtet auf den Boden des Rechts, wie bekanntlich in Paris ein Stadtviertel so sehr mit Verbrechern und Bagabunden gefegnet ist, als daß, in welchem sich das Polizeigebäude befindet!

(Schluß folgt.)

Deutschland.

München, 6. Okt. Bei der heute stattgehabten Preiscvertheilung für landwirthschaftliche Produkte rc. ergab sich folgende Vertheilung der Preise auf die einzelnen Kreise: und zwar Preise für allgemeine und spezielle Leistungen auf dem Gesammtgebiete der prakt. Landwirthschaft: auf Oberbayern 11, Niederbayern 12, Pfalz 4, Oberfranken 2, Mittelfranken 8, Unterfranken und Aschaffenburg 2, Oberpfalz und Regensburg 19, Schwaben und Neuburg 13 Preise; ferner Preise für erfolgreiche und verdienstliche Bestrebungen der Beamten, Geistlichen, Schullehrer und Gemeindevorsteher zur Förderung der Landwirthschaft: auf Oberbayern 1, Niederbayern 5, Pfalz 2, Oberfranken keiner, Mittelfranken 5, Unterfranken und Aschaffenburg 1, Oberpfalz und Regensburg keiner, Schwaben und Neuburg 2 Preise. 44 männliche und 25 weibliche Dienstboten erhielten Preismedaillen mit Ehrendiplomen. Die Gemeinden Zipfen in Mittelfranken und Otterfing in Oberbayern erhielten die große silberne Preismedaille mit Ehrendiplom und Preisbuch, einen Schäufel- und Hausleptlug, die Gemeinde Großostheim in Unterfranken die große silberne Preismedaille mit Ehrenzeichen und Preisbuch. (Pr. M. Z.)

München, 7. Okt. JJ. lt. Majestäten Max und Marie sind heute heute Vormittag 10 Uhr nach Hohenschwangau abgereist. Höchstdieselben wurden vom Staatsminister Dr. v. d. Pfordten, dem k. Kämmerer und Vice-Oberst-Stallmeister Frhr. v. Freyberg und den beiden Adjutanten Graf Reichberg und v. Strang begleitet. Fürst Schwarzenberg ging — wie von uns voraus gemeldet — um 11 Uhr ab. — König Otto verweilt noch hier und wohnte heute dem feierlichen Gottesdienste in der griechischen Kirche bei. — Von den fruher in griechischen Diensten gestandenen Offizieren aus dem bayerischen Heere ist eine nahmhafte Anzahl mit Orden ausgezeichnet worden von dem griechischen Monarchen bedacht worden. — Wegen Ablebens Sr. Maj. Louis Philipp, weiland König der Franzosen, wurde eine Hoftrauer von 14 Tagen — nämlich vom heutigen bis einschlüssig 20. ds. — angeordnet. — Das letzte Zeltmanöver mit Bivouak findet morgen statt. Daßelbe wird wie das heutige — dem der Kriegsminister Luber und Fürst Schwarzenberg beiwohnten — durch den Prinzen Eduard von Sachsen-Altenburg kommandirt, und werden die Generale Graf Berri und v. Hartmann als

Treffen-Kommandanten fungiren. — Gestern starb dahier der pensionirte Generallieutenant Rey. Graf von Tattenbach. — Dem Vernehmen nach wurde der Professor an der hiesigen Central-Veterinärschule, Dr. Krenzer (Vorstand der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde), seines Dienstes entlassen. (L. Ab.)

Augsburg, 8. Oct. Entgegen der frühern Anordnung weilten Z.Z. MM. der König und die Königin von Sachsen nur bis zum 6. des. in München, kamen mit dem Abendzug bospitalen Tages hier an, übernachteten im Gasthof zu den „Drei Mohren" und setzten mit dem nächsten Morgenzuge unmittelbar ihre Reise nach Dresden fort.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 7. Oct. Die K. Z. bringt folgende Nachricht: Gestern Abend 11 Uhr wurden dem verhafteten Heuaegeber der N. Hess. Ztg., Fr. Oetker, zwei Schreiben des Kreispolizeimandators v. Haynau an den Kastellkommandanten vorgelesen, worin der Grund der Verhaftung dahin angegeben wurde, daß er, Oetker, sich gegen den kr. v. Haynau, wodurch die Neue Hess. Zeitung unterdrückt worden solle, zweier, den Buchdruckereidiener Scheel aufgefordert habe, fortzudrucken, bis weiter eingeschritten werde, und daß er sich dadurch einer Aufreizung zur Widersetzlichkeit gegen die Befehle des kr. v. Haynau schuldig gemacht habe. In dem zweiten Schreiben mit dem Kastellkommandant aufgefordert, Herrn Oetker „anzuweisen," sofort ein „Abmachungsgeschreiben zu erlassen," damit die Neue Hess. Zeitung, „auch heute (5. Oct.) wieder erscheinen," nicht forterscheine. Für den Weigerungsfall, der durch Protokoll zu konstatiren sei, werden „weitere Maßregeln" in Aussicht gestellt. In einem dritten Schreiben wird Herrn Oetker eröffnet, sein zuständiges Gericht sei noch nicht vollständig gebildet und daher habe die Vernehmung noch nicht Statt finden können. Oetker protestirte gegen seine Gefangenhaltung und verlangte sofortige Freilassung, was aber nicht gewährt wurde. (K. Z.)

Kassel, 7. Oct. Die „N. Hess. Z." bringt folgende Nachrichten. Hr. Oetker ist noch immer in Haft; es ist ihm als Grund der Verhaftung angezeigt, daß er den Drucker aufgefordert habe, seine Zeitung weiter zu drucken, gegen den Befehl des Polizeikommandanten. — Auch der landständische Ausschuß hat die Festsetzung Oetkers gefunden. Sämmtliche Auditeurs haben die Mitwirkung bei dem Kriegsgerichte verweigert, was dem Vernehmen nach auch von mehreren sonst dazu ausersehenen Personen geschehen sein soll. — Vom Obergerichtsanwalt Henkel ist auch ein gedrucktes Schreiben an Sr. k. Hoheit den Kurfürsten erschienen.

Hanau, 7. Okt. Die Deputation des Oberappellationsgerichts hat eine vierstündige Audienz bei Sr. k. Hoheit dem Kurfürsten gehabt. Anwesend bei derselben war der Ministerialvorstand v. Baumbach, jedoch in vollständiger Polizeiuniform. Die allerseits überaus freundliche von Oberappellationsgerichtsrath Schotten mit kräftigen und warmen Worten begleitet. Die Entgegnung des Kurfürsten bestrafte sich auf den Satz: daß Er eine Theilung der Gewalt nicht zulassen könne, und daß Er jene Thatsache, die Ihn zu seinen landesherrlichen Rechten berufen wollte, als Anmaßung entschieden zurückweisen müsse. Die Erwiderung, daß jede vermuthete derartige Anmaßung ganz fern liege, die Wahrung von Gesetz und Recht dagegen als hochheilige unbedingte Pflicht erscheine, wurde mit den Worten abgeschnitten: Dann würden also die Staatsdiener befehlen und ihnen müsse Folge geworden. Jede weitere Bemerkung blieb fruchtlos. Die Deputation wird morgen früh nach Kassel zurückreisen. Der Generalstaatsprokurator Reissing hat sich bereits heute Nachmittag nach Kassel begeben. Oberappellationsgerichtsrath Elwers hat um eine besondere Audienz gebeten und solche erhalten. Man sagt, er habe die Hoffnung, die Ministerialvorstände v. Haynau und v. Baumbach von Hessenpflug's Seite abzubringen. Seit Nachmittag ist er wiederholt in Wilhelmsbad anwesend, jedoch verlautet noch nichts über den Erfolg seiner Bemühungen. Die nach Wilhelmsbad berufenen außerordentlichen Ministerialreferenten Bechtel, Koch und Stern sind theilweis mit Finanzministerialgeschäften, namentlich Organisationen, beauftragt. Verfassungswidrige Anmuthungen wurden ihnen durchaus nicht gemacht. Ohne alle Beraumerichtungen kann ihre Thätigkeit nur eine geringe sein. Es fehlt das nöthige Personal, es fehlen die Akten, ja sogar die Gesetzbücher!

(K. Z.)

Hanau, 7. Okt. Der von dem Offizierkorps zu Kassel an Se. k. Hoheit den Kurfürsten abgesendete Dienstlicoment Hilkebrand ist (mit dem Postwagen) hier, welcher sich dem Obristlieutenantanten Freiherrn v. Haynau mitgeschickt worden war) heute früh um 3 Uhr nach Kassel zurückgereist. Seine Mission ist eine so erfolgtose gebliehen, daß Se. k. Hoheit den Abgesandten hat verhaften lassen wollen, indem Höchstderselbe gesaußert, er verlange unbedingten Gehorsam und werde er jede Entlassung, die Ihnen wirde, ertheilen, da ihm andere Offiziere zu Gebote ständen. — Wie man hört, sind der k. k. österreichische und der k. bayerische Gesandtschaftsträger in der Nähe des Kurfürsten. — Bei Hildebrands Rückkunft in Kassel werden dort die für die Dauer seiner Abwesenheit eingetretenen Maßregeln des Vorbereitungsdienstes, Generallieutenant v. Haynau, insbesondere die Entwaffnung der Bürgerwehr, ihren Fortgang nehmen, es müßte denn des Festen Verhaftung, hinsichtlich deren sich der landständische Ausschuß an das General-Auditoriat gewendet hat, seine weitere Thatigkeit behindern. Der hiesige Kommandant, General v. Ziegelmann, hat bis jetzt noch keine öffentlichen Verfügungen getroffen. Ein von vielen Turnern der Umgegend besuchtes gestern hier gehaltenes Turnfest, hat keine Störung erlitten. Die Verhandlungen der Verordnungen vom 28. v. M. ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Auch von den Verwaltungsbehörden der Polizeibehörde bezüglich dem Stadtrath zugeschickten derhalbigen Placate, hat letzterer remittirt.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Schleswig-Holstein, 5. Okt. Von den in den letzten geheimen Sitzungen der Landesversammlung gefaßten Beschlüssen haben wir nachträglich noch folgende zu erwähnen: Die Staatsbankerschaft wird aufgefordert, das Heer über die gegenwärtige Etatsstärke zu vermehren und diese Vermehrung schnellmöglichst zu beschaffen. Zu diesem Zwecke werden, außer der für das zweite Halbjahr 1850 für das Kriegsbudget bewilligten Summe von 11,261,890 Mark, noch weitere 3,292,687 Mark bewilligt. Ferner wird die Staatsanleihe-Deputation ermächtigt, ein weiteres halbes Prozent (außer dem bewilligten 1 Prozent) als Anleihe vom Vermögen aufzubringen, falls sich zeigen sollte, daß der Ertrag der andern beschlossenen außerordentlichen Rückschreibungen nicht zum Zweck des festgestellten Kriegsbedarfnisses hinreichen würde.

Neustadt, 5. Okt. Von heute Morgen an reist sich fast Wagen an Wagen mit Verwundeten, die von Friedrichstadt hier eingebracht werden. Gestern Abend gegen Sonnenuntergang begann die Erstürmung der Schanzen. Zweimal — heißt es — waren wir zurückgeschlagen und erst beim dritten Angriffe sei es uns gelungen, in die Stadt hineinzudringen. In den verschiedenen Straßen sich noch mitten in der Nacht ein heftiger Bajonnetkampf entsponnen habe. Gleichzeitig habe der Feind aus den Fenstern geschossen. Beim Sturm der Schanzen sind von den Unsrigen Viele verwundet und umgekommen, zuletzt noch durch die in die Luft gesprengten Schanzen, die von Feinde unterminirt gewesen sind. Besonders getitten haben das 6. und 15. Bataillon. Friedrichstadt hat die ganze Nacht gebraunt. — Zuverlässigere Nachrichten sind erst im Laufe des Nachmittags zu erwarten.

Der Neue Leip. Ztg. enthält über den Kampf bei Friedrichstadt, am 4. Okt. folgenden Näheer: Von der Eider, 4. Okt. Die Stadt bietet einen traurigen Anblick dar. Noch stehen die Thurmer der Kirche; aber es war mir schmerzlich zu hören, daß Befehl gegeben war, sie in Brand zu stecken, weil sie zu bedeutende Beobachtungspunkte darboten. Die Augeln werden gläsern gemacht. Der Commandirende selbst gab den Befehl zum schießen. Frauen und Kinder soll man aus der Stadt hinausgelassen haben, die Bürger und Dienstmädchen aber hat man zurückbehalten.

Wissen hat aus Südertapel vom 4. Oct. einen Bericht an den „Hamb. Correspondent" erstattet, aus dem wir Folgendes entnehmen: „Der Sturm hat heute gegen Abend flattgefunden und ist von den Truppen mit ausgezeichneter Tapferkeit ausgeführt worden, daß er unter einigermaßen günstigen Verhältnissen sicher von Erfolg gewesen wäre. So aber sahen die Truppen theils auf Gräben, welche erst im Verlaufe Feuer überbrückt werden mußten, theils auch auf noch nicht völlig zerstörte Werke feindwärts und rückwärts, so daß es trotz der glänzendsten Tapferkeit nicht möglich wurde, den Ort in die Gewalt zu bekommen. Der Feind führte seine Vertheidigung mit Muth und Umsichtigkeit. Leider hat es nicht vermieden werden können, daß ein großer Theil der unglücklichen Stadt niedergebrannt ist. Auf die Kriegsführung wird es keine entscheidende Einwirkung ausüben. Unsern Verlust schätze ich auf 2 bis 300 Mann. Auch diesmal ist der Verlust an Offizieren groß; das 6. Bataillon hat alle seine Hauptleute todt oder verwundet aus dem Platze gelassen. Auf den Geist der Truppen hat das Ereignis in keiner Weise nachtheilig eingewirkt, und ich glaube, daß es eben so wenig im Lande gescheehen wird."

Südertapel, 5. Okt. Gestern hat den ganzen Tag eine lebhafte Kanonade mit großem Erfolge stattgehabt. Es sollte um 5½ Uhr Nachmittags geführt werden. Der Sturm ist nun auch, aber leider erfolglos, ausgeführt. In drei Colonnen rückte die Infanterie vor, doch kam es nur am Eiderdeiche zum eigentlichen Sturmen. Beim Anrücken, das mit „Schleswig-Holstein" erfolgte, begann auf der ganzen Vertheidigungslinie ein mörderischer Kleingewehrfeuer. Unsere Truppen gingen gut vor, namentlich das 6. Bat, fiesen aber auf solchen Widerstand, daß man die schon genommene Schanze wieder aufgeben mußte, das 15. Bat. wich zurück, als dessen Munitionskarren in die Luft flog. Das Kanonenfeuer wurde auch während des Sturmes fortgesetzt und ein großer Theil der Stadt, namentlich die Hauptkirche, brannten. Gegen Mitternacht wurde das Gefecht abgebrochen. Der Verlust an Todten und Verwundeten ist bedeutend. Das 6. Bat. soll von 20 Offizieren 14 verloren haben.

Hamburg, 6. Okt. Morgens 9 Uhr. (Wrt. tel. Bur.) Bei dem Sturm auf Friedrichstadt folten die Holsteiner bedeutenden Verlust an Mannschaften erlitten haben, darunter 16 Offiziere. Gestern Mittag waren sie noch nicht im Besitz der Stadt. Eine gewöhnlich zuverlässige Quelle besagt, daß der Sturm abgeschlagen sei.

* Aus Baden, 6. Okt. Die Sitzung der II. Kammer, worin über Mathys Bericht, wegen den badischen Truppen berathen ward, ist zu wichtig, als daß wir nicht ausführlich darauf eingehen sollten. Die Sitzung war zwar eine geheime, doch hatten sich die Verhandlungen theils durch öffentlichkeit gelangte, Anfaltsvoraus-Berichte, theils auf in mündlichen Anderungen in die Oeffentlichkeit gelangte, Anfaltsvoraus-Berichte, theils auf den Sitzungsbericht genauer Bericht erstatten zu können. Die II. Kammer konnte sich wundern,

daß, wie aus dem Commissionsbericht ersichtlich ist, der Geist der badischen Soldaten und das kameradschaftliche Verhältniß zwischen Offizieren und Soldaten schon jetzt so sehr sich entwickeln konnte, daß unsere im Lande verbliebenen Truppen — etwa 3000 Mann — ihre Erziehung in Preußen nicht mehr nöthig hätten. — Diese Frage, sowie die damit zusammenhängende über das Wiederentlassen der Prügelstrafe, fand aber schon nach der frühern Verschärfung des Hrn. v. Baggenback die Erledigung, indem er das Verhalten der badischen Truppen unter sich, wie gegen ihre Quartiergeber öffentlich aber auch lobend erkannte und zweitens zu erwarten steht, daß er seine Zuhumanität der Offiziere gegen seine Soldaten bald wird. Ohne Zweifel ist zu den Notizen die im Bericht vom Kriegsrath Vogelmann geliefert wurden, über den Unterschied der Vergütungsansätze für Service, Fourage und Brod, welche, weil man in Baden diese Dinge theurer bezahlt, als in Preußen, einen großen Mehrzuwand für Baden bilden, auch das weitere Beronlen gekommen, daß die nicht einkasernirten Truppen der Preußen, die in 7 Compagnien, also aber 1400 Mann bestehen, zuerst zurückgezogen werden sollten, daß überhaupt die Besatzung Baden nur aus den Reservekompagnien stattfinden und die übrigen Orte frei bleiben sollten. Man könnte so den Geist des Landes besser entdecken und gegen Exceße wären Executionsbataillone stets bereit. Diejenigen, welche aus finanziellen Gründen, auf ein Mehreres als im Commissionsantrag enthalten ist, dringen wollten, werenter nach Reflexionen in den früheren Commissionssitzungen der Abgeordnete Hoffmann gehören wird, konnten hervorheben, daß Baden kaum dem Militärvertrag wenigstens 10,000 Mann Badener oder Preußen bereit halten und bezahlen muß, während der bundesmäßige Präsenzstand nur 6000 Mann beträgt. Bleibe es beim Militärvertrag, so habe Baden für diesen Winter noch für 180,000 fl. Wollbecken anzuschaffen, bezahlt das Brod um 100,000 fl. jährlich theurer, als es die Preußen nach den Mauzer Tarifsätzen vergüten und die Verköstigung der 1400 Mann nicht einkasernirter preußischer Truppen kosteten in Baden einen Zuschuß von jährlich etwa 50,000 fl. über die Vergütungssumme die Preußen an die Kostgeber zu bezahlen habe. Diese Kosten, konnte man denken, waren zu ersparen, wenn Baden auf seinen eigenen Füßen stände und nur seine eigenen Truppen im alten Präsenzstand behalte. Gegen wurde von „Kennern der Staatsverhältnisse" hervorgehoben, daß die finanzielle Frage in den Hintergrund gehöre, wo es sich um das „Dasein" handle und nicht blos um eine „ärmliche Selbstständigkeit, wie sie die kleinen Staaten seit 30 Jahren zu haben scheinen". „Auch wäre in letzterer Beziehung bei Württemberg, Sachsen, Hessen u. nur der Umstand nöthig, daß die Preußen in Baden stehen, die württembergische, sächsische und hessische Occupation in Vorarlberg, Böhmen und bei Kreuznach. Denn kleine Staaten konnten sich nicht aufrecht zwischen Großstaaten stellen, sie mußten sich an den einen oder andern halten. Das Interesse der Preußen diktire die Politik der kleinen und in Preußen werde es wohl noch andere Rechner geben, als der Finanzminister, und die edle Berechnung einleuchten, daß das Interesse Preußens als Großstaat einen Zusammenhang mit Baden gebieterisch erheische, so wie umgekehrt das Geschick Badens an das des preußischen Culturstaates der allein schon die Hälfte Deutschlands ausmache, gebunden sei u. nicht, selbst nicht in dem Militärvertrag gelöst werden dürfte." Diese politische Auffassung der vorliegenden Frage hat in der großdeutschen Partei der Kammer eine entschiedene Widerlegung gefunden.

(Schluß folgt.)

△ **Aus Baden**, 6. Okt. Bou der Bundesthorpte in Bern ist an die Großh. bad. Regierung eine Note ergangen, worin Genugthuung für die Gebietsverletzung bei Schaffhausen verlangt wird.

△ **Karlsruhe**, 6. Okt. **Kammerbericht.** Bei Eröffnung der Sitzung der zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Bek bringt der Abgeordnete Matty seine Interpellation, die Rückbehaltung der Zölle furs 2. Quartal 1850 von Seite des k. p. Finanzministeriums vor. Finanzminister Regenauer beantwortet dieselbe dahin, daß nach einer Mittheilung des k. p. Finanzministers allerdings auch der Zollbetrag von 34,350 Thaler für das 2. Quartal 1850 wieder zurückbehalten werden sei, weil Preußen von uns eine Entschädigungsforderung zu machen habe. Die Regierung habe nicht versäumt die geeignete Schritte zu dieser Sache zu thun und werde dieselbe ganz nach dem Kammerbeschluß vom 28. Sept. fortsetzen. — Matthy glaubt sich damit nicht zufrieden geben zu dürfen, und stellt den Antrag, die Sache der Budgetcommission zur Berathung zu überweisen, damit diese der Kammer Vorlage darüber machen könne. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Sofort richtete der Abgeordnete Jaunhann seine gestern angezeigte Interpellation wegen der rheinpfälzischen Staatsschuld an den Finanzminister. Regenauer erwidert, die großherzogl. bad. Regierung habe nie unterlassen, diese Forderung geltend zu machen u. alle möglichen Schritte angewendet, jedoch vergebens; jetzt werde nach der Instruzagsordnung weiter verfahren werden. Nachdem noch der Abgeordnete Häuffer eine Interpellation wegen des Kriegszustandes angezeigt, wird zur Abstimmung aber das ganze Gesetz, die Civilprozeßordnung betreffend, geschritten und daselbe mit allen gegen 2 Stimmen (Seiron und Weller) angenommen.

Aus Thüringen, 2. Okt. Nicht minder interessant ist es, wie gerade in dem als treue Gegnerin der Union geltenden Staaten sich die gemäßigt liberale Presse über das Verhalten Preußens in der letzten Krisis äußert. So heißt es, z. B. diesethalb in den vielgelesenen „Deutschen Blättern aus Thüringen": „Will Preußen etwa in seiner Feindseligkeit gegen den Bund zu Gunsten der hessischen Demokratie einschreiten? In welche Lage setzte es sich dadurch? Die ganze Steuerverweigerungsbewegung würde sich in manchen anderen Staaten wiederholen; die Demokratie wird sich tüchtig auf Kassel beziehen und aus dem Verlauf der Begebenheiten beweisen, daß es gar keines Oberhauptes im Staate bedürfe, um Ruhe und Ordnung zu handhaben. Aber Preußen und die Union wollen bei ihrem Einschreiten in die hessischen Verhältnisse sich nur passiv verhalten, sie wollen nur Ruhe und Ordnung, die Demokratie nämlich in die gesetzlichen Schranken weisen. Warum aber dann nicht offen mit dem Bund Hand in Hand gehen; warum ihn noch immer durch den Nichtbeitritt schwächen? Liegt darin nicht weiter die Gefahrdrohung, daß die Union etwas anderes, als das Beste des allgemeinen Vaterlandes beabsichtige.

Hannover, 3. Okt. Es erscheint doch nicht ganz überflussig, das Zeitungsjubiläum über die Bedeutung der Anwesenheit Herrn Detmolds in Hannover aufzuklären: Die Fremde, welche man von der einen, sowie die Besorgniß, welche man von der andern Seite daran gefnupft hat, sind gleich überflussig gewesen. Herr Detmold ist einfach deßhalb hierher berufen worden, um mit ihm über die brennenden Fragen des Augenblicks persönliche Rücksprache nehmen zu können, und ihm sind gewisse Communikationen gemacht, gewisse Instruktionen zu geben. Läugnen läßt sich nicht, daß allerdings in unserer Stadt das Gerücht geht, Herr Detmold sei hier, um sich wegen eigenmächtigen Vorgehens in der kurhessischen Frage zu rechtfertigen. Allein der Ungrund dieses Gerüchts liegt auf der Hand. Denn es wäre in der That seltsam ebenso unverantwortlich gewesen sein, wenn Herr Stüve den hannoverschen Bevollmächtigten in einem solchen Augenblicke ohne genügende Instruktion gelassen hätte, als wenn Herr Detmold eigenmächtig auf dem Wege vorgeschritten wäre, welchen das Bundesrecht seiner Regierung doch mit Nothwendigkeit vorschrieb. (N. C.)

Frankreich.

* **Straßburg**, 6. Okt. Seine königl. Hoheit der Großherzog Leopold von Baden haben dem Verfasser der Geschichte der Germanen Hrn. v. Ring die Insignien der Ritterordens vom Zähringer Loewen nebst einem huldvollen Handschreiben überschickt. Es ist dies ein Beweis von dem Interesse, welches dieser Mann, das im Interesse der französischen Wissenschaft geschrieben ist, auch jenseits des Rheins findet. — Großes Aufsehen erregt die von Seite der großh. bad. Behörde erfolgte Verhaftung eines französischen Beamten, eines Notars, wegen angeblichen Angriffen auf badischem Gebiet. Die Behörde in Neubreisach hat sogleich bei der badischen Regierung die nöthigen Schritte für die Freilassung des Verhafteten gethan.

Italien.

Die Nachrichten aus Turin reichen bis zum 28. Sept. Es wird unsern Lesern noch im frischen Andenken sein, was man nicht alles aufgeboten hat, um an dem Hochwürdigsten Erzbischof Mgr. Fransoni irgend etwas zu finden, wozu man eine Anklage begründen könne. Was ist bei einem solchen Verfahren nicht alles möglich? Der Erzbischof ist vor der weltlichen Behörde — wegen Mißbrauch in kirchlichen Dingen — mit 13 gegen 1 Stimme zur sofortigen und ewigen Verbannung und zum Verlaste aller seiner Güter verurtheilt worden. Gleich nach diesem zu Turin gefällten Urtheilsspruche wurden drei Gendarmen nach Fenestrelle geschickt, um den Hochwürdigsten Erzbischof aber die Grenze zu transportiren. Die That ist himmelschreiend und verabscheuungswürdig, und es bedarf weiter keiner Worte. — Das kalbamitische „Pouvoir" enthält aber die niemals gelesenen Angeschuldigungen einer bekannten Zeitung, aus welchem wir nach sogenb Einiges mittheilen: Daß Demagogen und Atheisten solche Werke vollführen, ist begreiflich. Die Philosophen des 18. Jahrhunderts, welche von den Jesuiten bekämpft, von den Parlamenten beschimpft wurden, benutzten den von Parlamenten und von Jansenisten gemeinschaftlich den Jesuiten erklarten Krieg, um diese furchtbare und berühmte Gesellschaft zu vernichten. Dann hatte man doch einen starken Feind weniger; denn die Jesuiten sind eine Schaar von Soldaten, wie Klembert sagte, und die Jansenisten z. nur Guerillabanden und Räuber. Wenn man den Papst auch für schwach halten; er ist doch ein so fürchterlicher Gegner, als daß man es wagte, ihn direkt und mit eigener Kraft anzugreifen. Das haben die Revolutionäre zu Rom erfahren. Der sterbende Papst hat sie besiegt und in alle Welt zerstreut. Die philosophischen Marquis und Abbe's schicken sich jetzt gleichfalls, einen jungen König gefunden zu haben, der für sie die Kohlen aus dem Feuer holen soll. Man sollte kaum glauben, wie sich die Gemüthgiten so täuschen lassen können. Ist es nicht traurig, daß man den Katholiken eine so klare, so elementare Wahrheit wiederholen muß, als die ist: daß der Papst sich der Kirche des Katholicismus; wie nur Katholiken sind, da regiert und herrscht er, nicht für sich, sondern für seine Getreuen, für seine Kinder. Der Papst ist König zu Turin, zu Paris, zu Wien ꝛc.; sein Königreich ist wirklicher, solider, älter und dauerhafter, als alle Reiche der Welt, denn es ist auf den unwiderlichen Grundsatz, auf die Achtung, die Zärtlichkeit und die Anhänglichkeit der Katholiken gegründet. Bom Papste, vom Bischofe verlangt man den Segen, was aber von den Königen? Der Papst hat also auch die Gesetze des Katholicismus zu überwachen. Er hat nicht allein das Recht, es ist obendrein seine Pflicht, für die Interessen des Katholicismus zu sorgen. Die Regierungen haben diese erhabene Herrschaft gewissermaßen mit einem neidischen Auge angesehen, trotz aller Versuche hat keine gegen den überwindlichen Felsen etwas vermocht. Die Völker kommen zuletzt immer zur Einsicht, und wissen wohl, daß auch der Papst ihre Dorfjaunt ist. Für ei-

nen Fürsten, der gegen den Papst kämpfen will, bleibt gar nichts Anderes übrig, als zuerst der Verführer seines Volkes zu werden, dasselbe dem Protestantismus in die Arme zu treiben, wie Heinrich VIII. es gethan. Aber andern Fürsten hat dies nicht mehr gelingen wollen. Der religiöse Glaube ist immerhin noch stärker, als der politische. Die Geschichte hat es bewiesen, daß die Päpste stets auf ihrem Throne sitzen, als alle Könige. Uebern daher der Protestanten nicht in Dummheit gefallen sind, so werden sie nicht dulden, daß der König den Papst unterdrückt, der auch ihr König ist. Die Piemontesen sind Bürger, aber sie sind auch Katholiken; mit dem Oberhaupte ihres Glaubens Krieg zu führen, heißt sie selbst bekriegen. Die Regierung in Piemont ist gleichgewerfe in den Händen einiger Freimaurer, Literaten und Poeten, die sich für Philosophen halten, und eine hohe Meinung von sich hegen, weil sie über die Religion und die Priester lachen. Diese großen Geister, die sich nichts aus dem Glauben machen, tauschen sich, wenn sie glauben, das Volk sei ihnen so gesinnt. Der Papst ist nicht der Philosophen Haupt, und behauptet daher in ihn als Usurpator; er ist aber das Haupt des Volkes, welches glücklicherweise von ihren Hirngespinsten bewahrt worden ist. Und wenn es diesen Freigeistern gelingt, das Land umzuwälzen und den König zu stürzen, wie es ihnen mit Camus, Mirabeau gelungen ist, Frankreich und Ludwig XVI. zu stürzen, so wird das piemontesische Volk doch die Philosophen-Regierung und den politischen Glauben überleben ꝛc. Die Turiner Blätter enthalten nichts über den Austritt des piemontesischen Cabinetes. — Nachrichten aus Rom vom 24. Sept. zufolge wird die Einstellung des Kirchenstaats in fünf Provinzen oder Departements dem Anschrine noch bald ausgeführt werden. Das Nähere darüber haben wir früher schon mitgetheilt. — Hr. v. Rayneval, französischer Gesandter beim hel. Stuhle, hat dem Papste ein Schreiben des Präsidenten der Republik überreicht, in welchem dieser über die beiden jüngsthin erlassenen Edikte seine Zufriedenheit ausspricht. — „Der Civilta cattolica" zufolge ist Msgr. Amici, Generalkommissär der Marken, nach Verona gesandt worden, um mit Radetzky über die Vermehrung der Kosten zur Unterhaltung der im Kirchenstaate stehenden österreich. Truppen zu unterhandeln. — In Ivola (Sizilien) hat ein Aufstandsversuch stattgehabt, wurde jedoch bald wieder unterdrückt. (T. Bl.)

Rom, 30. Sept. St. Heil. Papst Pius IX. hielt dieser Tage Vormittag im Vatican ein geheimes Consistorium, in welchem er nach einer Allocution folgende Prälaten promovirte: 1) Zum Erzbischof von Capua den bisherigen Bischof von Andria Msnf. G. Cosenza, heute mit dem Purpur bekleidet; 2) zum Erzbischof von Cambray den Bischof von Angouleme Msgr. N. S. Register; 3) zum Erzbischof von Erlau den Bischof von Rosenau A. Barkakovics; 4) zum Erzbischof von Mexico Msnf. L. de la Garza, bisher Bischof von Sonora; 5) zum Bischof von Teramo (Neapel) Msnf. P. Tocrone, zeither Bischof von Bova; 6) zum Bischof von Byeux Msnf. G. Bergeri, Domherr und Official in der Diocese Bergomo; 7) zum Bischof von Treviso Msnf. A. Farina, Rektor des Locenums und Canonicus zu Vicenze; 8) zum Bischof von Angouleme Msnf. C. Cousseau, Prof. und Priester zu Poitiers; 9) zum Bischof von Nolnau Msnf. St. Rallarieff, Canonicus zu Kaschau; 10) zum Bischof von Zips Msnf. K. Zabodsky, Dr. Theol. um Diocesanpriester in Kaschau; 11) zum Bischof von Hildesheim Msnf. E. J. Werdelin, Generalvicar und Canonicus desselben Diocese; 12) zum Bischof von Sebaste in partibus (Cilicien) Msnf. St. Dekowsky, Deputirter Suffragan und Domherr in Culm. Hierauf verkündete St. Heiligkeit folgende Cardinals: Cardinalpriester: 1) Msnf. N. Fornari, Erzbischof von Nicäa, Nuncius in Paris, geboren zu Rom den 23. Januar 1783, reservirt in petto im geheimen Consistorium vom 21. Dez. 1846; 2) Msnf. D. d'Aftrol, Erzbischof von Tentoule, geb. in Touro 13. Okt. 1772; 3) Msnf. J. J. Bonnet y Orbe, Erzbischof von Toledo, geb. in Pinos bella Valle 17. Merz 1782; 4) Msnf. Conſenza, Erzbischof von Capua, geb. in Neapel 20. Febr. 1788; 5) Msnf. J. M. H. E. Mathieu, Erzbischof v. Besoncon, geb. in Paris 20. Januar 1796; 6) Msnf. Wilhelm Arendt von Dreveskamp, Erzbischof von Sevilla, geboren in Coviear 9. Januar 1779; 7) Monſignenr Th. Gousset, Erzbischof von Rheims, geboren zu Montigny-les-Cherlieure 1. Mai 1792; 8) Monſignenr M. J. G. Freiherr v. Semeran Beck, Erzbischof von Olmuz, geb. in Wien 21. Juli 1792; 9) Msnf. J. Geissel, Erzbischof von Koln, geb. zu Gimmeldingen 4. Febr. 1796; 10) Msnf. P. P. Figueredo de Cunha e Mello, Erzbischof von Braga, geb. in Favoreo 19. Jun. 1770; 11) Msnf. N. Wiseman, Erzbischof von Westminster, geb. in Sevilla 2. Aug. 1802; 12) Msnf. J. Peri, Bischof v. Gubbio, geb. in Gubbio 13. April 1776; 13) Msnf. M. v. Diepenbrot, Fürstbischof von Breslau, geb. in Bocheid 9. Jan. 1798. Cardinaldiakone. 1) Msnf. Roberto Roberti, Generalauditore der apostolischen Kammer, geb. in S. Giusto bei Forme 23. Dez. 1785. Zu Cardinälen Consistorium bewilligte der Papst den Metropoliten von Cambray, Erlau und Mexico, auch den Erzbischofen von Port d'Espagne, von Newyork, von Orleans und Cincinnati das Pallium.

Vermischte Nachrichten.

Paris. Ein Apotheker aus Lorient, Namens Lagrange, hat sich seit langerer Zeit mit der Erfindung einer neuen Art von Geschossen von außerordentlich mörderischer Wirkung beschäftigt. Die mit der Prüfung derselben beauftragte Commission hat vor einigen Tagen in Gegenwort des Vicеadmirals Lahuffe, des Contreadmirals Laguerre und des Divisionsgenerals der Artillerie Laplace Versuche damit angestellt. Das Resultat derselben hat alle Erwartungen der Anwesenden bei weitem übertroffen. Jedes dieser Geschosse soll überall, wo es hintrifft, mit einer außerordentlichen Gewalt explodiren, furchtbare Zerstörungen erregen, und alle sich in der Nähe befindenden Personen erstücken oder blenden. Die Mitglieder der Commission sagen von Bewunderung der Experimente zu dem Erfinder: „Sie sollten an der Spitze der Annalen des Friedenscongresses stehen; denn auch Ihrer Erfindung ist wohl an einen Krieg mehr zu denken." Lagrange macht sich anheischig, mit einer Kanonenschaluppe von 4 Geschützen in weniger Minuten den Linienschiff in den Grund zu bohren. Die Regierung unterhandelt mit ihm über den Ankauf des Geheimnisses.

In Cirencester, dem altrömischen Corimum, in der englischen Grafschaft Gloncester, sind umfassende Ausgrabungen im Gang, und man hofft, sagt die „Times", eine ganze alte Stadt zu Tage zu fördern. Sehr dem vorsprüngen kann auch ansehnenen schönen Mosaikboden hat man nicht weniger als dreißehn andere, jedoch weniger bedeutende, aufgefunden, zwei Säulenschäfte, metallene und irdene Gefäße, Münzen ꝛc. in großer Anzahl. Das „archaologische Institut" wird nächstes Jahr seine Versammlung in Bristol halten und Cirencester besuchen.

Neuestes.

* Würzburg, 9. Okt. Morgen Vormittags wird die feierliche Messe und Uebergabe einer neuen Fahne an das hier garnisonirende 9. Regiment stattfinden. In Abwesenheit des Hrn. Divisionsch wird Hr. Domprobst Thinnes diese feierliche Handlung auf dem Exercierplatze vor dem Sandertore vornehmen.

Frankfurt, 7. Okt. Der König von Württemberg traf heute Abend 6 Uhr, von Stuttgart kommend, hier ein, und nahm sein Absteigquartier im Gasthof zum „Römischen Kaiser."

Rördlingen, 2. Okt. Die Könige Ludwig und Otto haben von Aschaffenburg kommend auf der Durchreise nach München die hiesige Stadt berührt und sind im Hotel Wadt abgestiegen, wo die allerhöchsten Gäste das Mittagsmahl nahmen. Die städtischen Behörden machten ihre allerunterthanigste Aufwartung, die Bürgerwehr Parade und gab Ehrenwachen ab.

Als die Konige das Hotel verließen, schrie die Schildwache aus vollem Hosse dreifach donnerndes „Hoch!" König Ludwig sagte in seiner sordialen Weise: Danke Sie Gott! — Nein, Majestät, ich bin hiesiger Bürger! — Was haben Sie für ein Gewerbe? — Ich bin Glasermeister! — Ah, sagte König Ludwig, da haben Sie gewiß in den Jahren 1848 und 49 gute Geschäfte gemacht! — Lakonischer konnte die Nordringer Loyalität nicht bezeichnet werden.

(Schl. A.)

Wien, 4. Okt. In der verflossenen Nacht wurde aus der hiesigen Franzisekanerkirche das Tabernakel und ein werthvoller Kelch entwendet. — Wir konnen die erfreuliche Mittheilung machen, daß sich das ganze Offizierskorps der Armee einstimmig und freiwillig erboten habe, um den Bau des Kriegsdampfschiffes „Radetzky" zu fördern, durch einen achtzehnmonatlichen Gegenabzug und zwar, die Stabsoffiziere monatlich 40 fr., die subalternen Offiziere 20 fr. als Beitrag zu leisten.

Madrid, 1. Okt. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten schickt heute einen Courier nach Paris ab, welcher die Insignien des Ordens des goldenen Vließes für den Präsidenten der Republik, die Großkreuze des Ordens Karls des III. für die Minister d'Houtpoul und Lozitte und eine Anzahl Kreuze desselben Ordens für verschiedene Notabilitäten überbringt.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 8. Oktober 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	103	102⅞
„ 5% Metallique	78½	78⅝
„ 4% „	61	61⅛
„ 3% „	45⅜	45½
„ 2½% „	41½	41⅝
„ 4½% Bethmann	—	74
„ 4% „	—	64
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	97	97½
„ „ 500 „ 1834.	155½	155⅞
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	85½	86¼
Ditto. 50 Thalmer Scheine.	112	—
Bayern 3½% Obligationen	84	84½
„ 4% „	88	88½
„ 5% „	100½	100⅝
Wirtemberg 3½% „	82¾	83⅛
„ 4% „	98¼	98⅝
Baden 3½% „	81½	82
„ fl. 35 Loose	32¼	32½
„ 4% „	52⅝	53⅛
Nassau fl. 25 „	26	26⅛
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	76⅜	76⅝
„ „ „ 25 „	25⅝	25⅞
Polen fl. 300 „	135½	—
Sardinien Lot. 36 „	32½	33¼

Theater-Anzeige

Wegen Vorbereitung zum Oberon bleibt die Bühne am Freitag den 11. Oktober geschlossen und findet für die dadurch ausfallende Abonnements-Vorstellung

Donnerstag den 10. Oktober statt:

Zum Erstenmale:

König Renés Tochter.

Lyrisches Drama von Heinrich Herz. Im Versmaße des dänischen Originals übersetzt von A. Peo.

Hierauf:

Die gesährliche Tante.

Lustspiel in 4 Akten und einem Vorspiele von Albini.

Druck von Joseph Steib in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 81.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schmalzhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 243. Würzburg, Donnerstag den 10. October. **1850.**

Die neue Taktik der Demokraten.

Schluß. Statt sich auf's Neue mit Gut und Blut für eine Sache zu verschreiben, bei welcher man nur Gut und Wohlleben suche, statt den Rechtsboden mit muthwilligem Spiel fort und fort zu durchlöchern und gegen das bestehende Recht mit Wort und That loszuziehen, fange man an, das Recht, diese Schutzmauer aller Berathen, anzuerkennen, statt einem illegalen Vermehrungskrieg bot man die Stellung eines s. g. legalen Widerstandes, einer passiven Widerseßlichkeit eingenommen. Hätte die alte von dieser Partei ausgesäete Begriffsverwirrung aber das, was Recht ist, nicht ihre bittern Früchte getragen, so könnte man über diese Resignation der Partei sich nur freuen, und die Regierungen würden gewiß das Ihrige thun, den Verirrten einen so wenig als möglich beschämenden und demüthigenden Rückzug anzubahnen. So lange aber diese Parteisucht es so offen zur Schau tragen, daß sie nicht scheuen sondern nur Waffenstillstand begehren, daß sie auf ihre Forderungen, wenn sie sich gleich als unmöglich beweisen, nicht verzichtet, sondern dieselben blos auf gelegenere Zeit verlagt haben, so lange man für den Radikalismus zwar die Gegenwart, aber nicht die Zukunft verloren gibt, und die Zwaterepublikaner nicht das Soll, aber das Muß vor der Hand aufzugeben haben, können die Regierungen im Interesse des Volkes, das am leichtesten mit Hilfe seiner fünf Sinne zur Besinnung und Einsicht kommt, die schmähliche und heillose Niederlage, welche jenes Treiben der Volksparteien erlitten hat, nicht mit dem Schleier mitleidiger Liebe zudecken, sondern müssen wünschen, daß die Geschichte der beiden letzten Jahre eine warnende Lehrweisterin für die künftigen Zeiten abgebe, indem die schädlichen Früchte jenes sonderbaren Schwindelbaroms offen zu Tag gelegt und ihre ungeeigen Geburten vor dem vernünftigen Volkswillen an den Pranger gestellt werden. Die letzte Waare, mit welcher die Demokratie Geschäfte machen will, ist das angebliche Recht der Steuerverweigerung. Die Rollen der Advokaten, welche dieses Recht zu verteeten haben, fallen in den süddeutschen Ländern bereits ausgetheilt sein. In der That, die Demokraten beuten den Satz, daß das Geld die Welt regiere, nach allen Richtungen hin mezglichst gut aus: da es ihnen bis jetzt an der geistigen Macht zur Regierung fehlt, suchen sie sich wenigstens die materielle Macht in die Hände zu spielen! Sie deklamiren gegen die bestehenden Lasten, als Bluegel am Beruf der Steuerpflichtigen, und wollen sich in unbeschränkter Weise das Recht der Steuerverweigerung an. Wir können es uns erklären, wie man diese neue Lehre, welche Sein und Nichtsein des Staates in die Hände der Volksvertreter einseitig niederlegt, als eine nothwendige Folgerung aus den Grundsätzen der Volkssouverainetät ableitet. Anfangs wurde das Steuerverweigerungsrecht nur auf einzelne Steuerzwänge angewendet, um die Minister flugsam zu machen: frei den ruhmwürdigen Marzlagen hat man die letzten Consequenzen aus dieser heillosen Lehre gezogen, und eine Steuerverweigerung en bloc — für direkte und indirekte Steuern — ist das moderne Mißtrauensvotum, welches die Kammern einem ihnen mißliebigen Ministerium in jedem Augenblick und aus den unbedeutendsten und grundlosesten Veranlassungen und Voraussetzungen hinzuschleudern nicht nur bereit sind, sondern sich für berechtigt oder gar verpflichtet halten. Die Steuerverweigerung möchte sich in unseren Tagen gerne als das souveraine Mittel herausstellen, die Regierung zur Einhaltung der Verfassung im Sinne der Demokraten zu nöthigen und eine „legale" Revolution zu bewirken. Wie begreiflich recht wohl, daß dieses Mittel eines gesetzlichen Widerstandes mit vieler Klugheit und Schlauheit gewählt ist, und in den Augen mancher Steuerpflichtigen als eine sehr populare Maßregel erscheinen mag, dem Wesen geistiger Horizont nicht aber die Grenzen seines unmittelbaren augenblicklichen Vortheils hinausgeht, wird diese Steuerverweigerung sehr bequem und vortrefflich finden, und in dieser Hinsicht möchte der üble Umbruch, welchen die Diskussionsstimmung bei Manchen zurückließ, durch diesen Akt, welcher die Steuern nicht blos herabsetzt, sondern ganz annullirt, verwischt werden. Freilich wäre auch diese Freude, wie die Popularität derer, die sie bereitet haben, eine schnell vorübergehende, denn an eine solche Maßnahme der Stände wußten sich Maßregeln der Regierung anreihen, welche die Steuern nur vermehren und das Zustand der Landstände als ein immer kostspieligeres und fruchtloseres herausstellen würden: aber die Demokratie lebt vom Augenblick, von der Hand in den Mund, sie ergreift die Gelegenheit am Schopf, und vertraut auf die Zukunft immer aufs Neue, da sie weiß, daß alle Eventualitäten ihre zwei Seiten haben, und es ihren Advokaten nicht schwer werden wird, immer diejenige hervorzukehren, welche in ihren Kram paßt: Sie schreckt vor den Gefahren, welche dem Konstitutionalismus überhaupt durch ihre Handlungen drohen, nicht zurück; im Gegentheil heißt sie dieselben willkommen, denn der Konstitutionalismus selbst ist ein Dorn in den Augen dieser Zeatrepublikaner, weil er nach ihrer Ansicht den Hemmschuh bildet, um den Wagen des Staats in das breite Fahrgeleise der gartenen Republik abzuzleiten! Die konstitutionelle Monarchie hat keine gefährlicheren gehenen Feinde als die Radikalen und Demokraten! Darüber, daß jede Verweigerung unentbehrlicher Abgaben von Seiten der Landstände ebenso unvernunftig als gewissenlos ist, und sich nur mit dem Zweck radikalen Umsturzes alles Bestehenden vertragen, wollen wir kein Wort verlieren. Habe man den Staaten das unbedingte Recht, durch Verweigerung der Steuern die Krone zu zwingen, so wäre das so viel als die Cessirung, daß die Regierung in Allem den Ständen gehorchen muffe, d. h. man würde die Monarchie vernichten. „Einem s. g. konstitutionellen Systeme, welches eine jede Regierung ohne Weiteres unmöglich macht, die nicht gewillt ist, den Ständen gehorcht, wird mit Recht vorgeworfen, daß es eine Lüge sei. Wie denn freilich so viele das monarchisch-konstitutionelle System auch nur als eine Abschlagszahlung á conto der im Stillen erstrebten Republik betrachten, und sich in diesem Sinne als Konstitutionelle brüsten." Die neueste Taktik unserer Demokraten ist der Scheinkonstitutionalismus!

Deutschland.

München, 8. Okt. Se. Maj. der König hat dem Generalleutenant im Generalquartiermeisterstab und Referenten im Kriegsministerium, Karl Frhr. v. Heidel genannt Heidegger, für die zurückgelegte temporistreue 50jährige Dienstzeit das Ehrenkreuz des Ludwigsordens verliehen und den Generalleutenant Prinzen Otwald von Sachsen-Altenburg mit dem Volzug der feierlichen Deputation beauftrag, wozu eine vollständige Brigade anzuziehen hat. — Das Observationskorps bei Aschaffenburg wird sobald noch nicht aufgelöst werden und erhält die Mannschaft 3 kr. Zulage per Tag, welche unter der Rubrik: „Kantonirungs-Zulage" verrechnet wird. Uebrigens ist auch von einer Vermehrung des genannten Korps vorläufig noch nichts bekannt. (A. Ab.)

Die Ereignisse in Kurhessen

Kassel, 8. Okt. Heute früh wurden durch den Generalstabsleutenant Taub, gegenwärtig Adjutant des Generals v. Haynau, sämmtliche hier befindliche Preßen versiegelt und mit starken Wachen besetzt. — Nachschrift. Soeben, 11 Uhr Vormittags, erfährt man, daß das Generalkadiatoriat suspendirt ist.

Kassel, 8. Okt. Die trotz des Belagerungszustandes in irgend einem verborgenen Winkel fort erschinnende Neuheffische Zeitung klatscht in ihrer gestrigen Nummer aus, daß zwei Appellationsräthe einflußreichen Personen verfassungstreuen Rath ertheilten, und droht, solche dem öffentlichen Hasse zu denunciren. Es ist dies ein deutliches Symptom des, von dem neuhessischen Lese-Museum und der von da aus inspirirten Bureaukratie geübten, wahrhaft schauflichen Despotismus. Während die Presse sowie die Behörde mit schroffer Hintansetzung des Dienstgeheimnisses sofort an den Thorgeselschaften, in den Subelblattern und auf den Gassen nachrzählt werden, soll die Minorität nichts Geeignetes, als selbst dem gewohnten feuerschaftlichen Umgange entfagen. — Denn von etwas Weiterem ist hier und kann nichts die Rede sein. — Der verhaftete Oetker hat von dem Civilkommissar des Obergerichts ein unbedingtes Entlassungs-Mandat angewirkt, wogegen aber dem Staatsanwalt, welcher um Instruktion nach Wilhelmsbad berichtet, die Appellation offen steht. — Oetker hat die Erlaubniß erhalten, täglich eine Stunde im Kastell spazieren zu gehen, jedoch darf er bis Weiteres nicht betreten. (K. Z.)

Hanau, 8. Okt. Meinem gestrigen Berichte über den Empfang der Deputation des Oberappellationsgerichts und über die von Se. Königl. Hoheit dem Kurfürsten dabei gesprochenen Worte kann ich noch nachtragen, daß Se. Königl. Hoh. bemerkte, die Competenz der Gerichte solle durchaus nicht weiter beschränkt werden, als es der Kriegszustand mit sich bringe, diese Beschränkung theile sich aber auch den auf Grund des § 95 gegebenen Gesetzen von selbst her. Die Staatsgewalt könne seine bloße sein und die Gerichte könnten nicht die Befugniß in Anspruch nehmen, über die Erlasse der landesherrlichen Gewalt Cur-

schreibungen zu geben, durch welche diese Erlasse für unwirksam erklärt würden." Was den Oberstlieutenant Hillebrand betrifft, so kann ich trotz aller gegentheiligen Behauptungen versichern, daß er nur mit Urlaubniß des Oberkommandanten von Kassel nach Wilhelmsbad kam, und bloß deßhalb, um sich von der Sachlage genau zu unterrichten; wäre er ohne Urlaub gekommen, so wurde er ohne Zweifel sofort verhaftet worden sein.

(K. Z.)

Wilhelmsbad, 9. Okt. Der Commandant Gerstand ist, wie man aus Kassel erfährt, zurückgetreten. Auf eine Aufforderung des Generals v. Haynau, die Commandantur zu übernehmen, und sich seinen Befehlen zu fügen, haben fast alle Stabsoffiziere ablehnend geantwortet. Einstweilen hat sich jedoch der Major v. Bartrieben von Kurfürstlichen Garden bereit gefunden. Der Oberst v. Ulrf hat seinen Abschied eingereicht. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Uebernahme der höhern Offiziere daselbe thun. (K. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 5. Okt. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung hat in Folge beßfalligen Beschlusses der Versammlung der Präsident folgende in den geheimen Sitzungen gefaßte Beschlüsse publicirt: Die schleswig-holsteinische Landesversammlung hat in ihrer 27. und 28. Sitzung und 31. geheimen Sitzungen vom 2. und 3. Okt. d. J. in Betreff der Finanzvorlage und ihre übrige legten Kriegsbudgets für die beiden letzten Quartale 1850, sowie des Nachtrags zu demselben folgende Beschlüsse gefaßt: 1. 1) Die Verwendung der überschießenden Einnahmeverwilligung für die ersten sechs Monate des Jahres 1850 auf die Ausgaben des Kriegsbudgets für das zweite halbe Jahr 1850 nachträglich genehmigt werde. 2) Die Zustimmung zur Verwendung der von Deutschland und anderen Landern eingegangenen und noch ferner eingehenden freiwilligen Beiträge nach dem Zwecke der Geber zur Kriegführung. 3) Daß die für Lagerethe und Verpflegung und sonstige besondere Zwecke als Gaben eingegangenen 43,673 Mark nicht mit zum disponiblen Kassenbehalt zu rechnen seien. II. 1) Die Statthalterschaft aufzufordern: das Kriegsherr aber die gegenwärtige Etatsstärke zu verwehren und diese Verwehrung schleunigst zu bewirken. 2) Der Verwehrung schnellmöglichst zu Folge des Krieges beantragte Ausgabesumme für das Kriegsbudget, für das zweite halbe Jahr 1850 von der Versammlung festgesetzt auf 11,261,890 Mark, zu bewilligen, so wie ferner 3) für die Verwehrung des Heeres über die Etatsstärke 3,292,657 Mark zu bewilligen. 4) Dem Departement des Kriegswesens die interimistische Verwehrung für den Kriegswehr bewilligten Fonds, mit Ausnahme der für die außerordentliche Verstärkung über die Etatsstärke bewilligten Summe von 3,292,657 Mark, zu gestatten. III. 1) Daß die Summe von 1,250,000 Mark in Kassenscheinen zu 2½ Mark emittirt und der Kassenschwierigkeit zu Hülfe kommen, bis deßfalls Erforderlichen autorisirt werde, sowie daß die betreffenden Paragraphen der Verordnung vom 31. Juli 1848, die Emittirung der Kassenscheine betreffend, auch auf diese neu zu emittirenden Kassenscheine Anwendung leiden. IV. 1) Daß die zur Deckung der genehmigten Mehrausgabe erforderlichen Summen durch eine Einkommensteuer nach Maßgabe des Vermögens und des Einkommens aufgebracht werden, und zwar in Gemäßheit der beiden angeschlossenen Gesetzentwürfe Anlagen A und B nebst Anhängen. 2) Daß die Statthalterschaft zu autorisiren sei, ein weiteres halbes Procent als Anteihe vom Vermögen und als dritten Termin anzuschreiben, falls sich ergeben sollte, daß der Betrag der andern beschlossenen außerordentlichen Anschreibungen nicht zum Zweck des festgesetzten Kriegsbedürfnisses hinreichen würde. Die Versammlung wurde darauf bis zum 25. November vertagt.

Kiel, 5. Okt. In der gestrigen Sitzung der Landesversammlung wurde der Antrag der Minorität des Ausschusses auf Annehmung aller politischen Verbrecher mit Ausnahme der Landesverräther mit 38 gegen 36 Stimmen angenommen.

Vor Rendsburg, 5. Okt. Wir haben diesfrmal eine der entschiedensten Niederlagen der schleswig-holsteinischen Armee zu melden, die wohl nur stattfinden kann, der Sturm auf Friedrichstadt ist von den Danen mit Bravour abgeschlagen, wobei vielleicht, wie einen geringen, die Schleswig-Holsteiner dagegen einen sehr bedeutenden Verlust haben, und abermals müssen wir den Verlust vieler tuchtiger Männer beklagen. Die Details sind etwa folgende: Bis gegen Abend des gestrigen Tages wurde das Bombardement auf die feindlichen Schanzen fortgesetzt und mehrere auch theilweise zerschossen, obgleich es bis dahin eben glaubte, den größten Theil derselben unschädlich gemacht zu haben. Um 5 Uhr Abends wurde die Infanterie, welche außer dem 1. Jägercorps und 6. Bataillon durch das 3, 12 und 15. Bataillon verstärkt worden war, zum Sturme commandirt und dieser Truppe heranzezogen, und um 6 Uhr begann der Sturmangriff auf die Schanze und auf den wenigen pfahlbraben Dämmen. Die ersten Schanzen wurden nach einem 1stündigen Kampfe genommen, doch alsdann ging es sehr schlecht, die Wege waren durch Graben und Kanale durchschossen, so daß erst diese von den Pionieren und Pontonieren aufgefuhrt werden mußten. Während dessen eröffneten der Feind aus maskirten Batterien und Schanzwerken, auf die man gar nicht gerechnet hatte, ein mörderisches Kartätschfeuerfeuer, welches die heranstürmenden Glieder in Massen darniederstreckte. Das die Bataillon heute nach großem Verlust bis dicht vor Zinnberg kamen, ist kaum glaublich und jedoch mit so lebhaftem Feuer empfangen, daß es sich trotz der Verstärkung durch das 15. Bataillon zurückziehen mußte. Gegen 10 Uhr befanden sich die Truppen auf der Retirade, von der feindlichen Infanterie, die aus der Stadt debouchirte, verfolgt, die Batterie Christiansen drehte die gegen das Elbufer hin stehenden Kanonen gegen die feindliche Infanterie vorgerichtet war, die Truppen wurden darauf bis nach Sanderstapel zurückgezogen, wo sie die Nacht biwonakirten. Der Verlust ist ein sehr bedeutender und wird auf 400 bis 500 Mann, worunter 30 bis 40 Offiziere, zu veranschlagen sein, das 6. Bataillon hat durch das Verbrennen Spontan des Hauses, in welchem die sämmtlichen todte dieses Zuges sind ertrunken. Das 6. Bataillon hat seine sammtlichen Offiziere verloren, genug, der Ruckzug war ein äußerst klaglicher und der von dem General v. Willisen erlassene Armeebericht, der werder mit Phrasen Alles verschonen will, konnte dennoch den tiefen Eindruck, den diese Expedition gemacht, nicht verwischen. (M. P. Z.)

Von der Eider, 5. Okt. Gestern Abend Punkt 6 Uhr hat der Sturm auf Friedrichstadt von allen Seiten begonnen. — Den ganzen Tag war die leichteste Kanonade gegen die feindlichen Werke unterhalten; unter der Deich, der Seeher Chaussee, dem Drager Deich, dem Kanonenboten, der diesseitigen starkbesetzten Schanze bei der Fähre vernahm man einen mit wenigen Unterbrechungen anhaltenden Gefechtsdonner. Endlich 5½ Uhr, als der Beschluß zum Sturmen bereits gefaßt sein mochte, überflog das Drohnen und Krachen alles Dasherige, die Erde erbebte. Plötzlich hörte man von allen Seiten die eigenartigen Hörner, der Trommeln, das Hurrah-Rufen unserer sturmenden tapferen Krieger. Der Feind hatte den Tag über, wie bisher, nur vereinzelt das diesseitige Feuer erwidert, er war kaum irgendwo zu erblicken gewesen. Es ruhte eine unheimliche Stille über der Stadt. Jetzt mit einmal, als unsere Colonnen von Seeth her im Sturmschritte anrücken gegen die Schanzen und das Blockhaus am Greve'schen Pfole, sieht man überall in den Garten, den Verschanzungen und Verhauen den Feind sichtbar werden, Tausende stehen, wie aus der Erde gewachsen, plötzlich da, um den Sturm abzuschlagen. Es begann ein unaufhaltliches Gewehrfeuer, dazwischen das Pfeifen der Cohrjnol-Batterie, das Krachen von Minen, das Pfeifen von Granaten. Ein furchtbarer Kampf entspann sich, man hörte deutlich deutlich das Hurrah, das Schreien und Rufen und dazwischen das Singen unseres Nationalliedes. Immer wilder entbrannte der Kampf, beleuchtet von dem Feuer der Stadt, deren Brand, sich selbst überlassen, mehr und mehr um sich griff. Bald war die Stadt ein Feuermeer, die verkommliche Kirche und ganze Quarree der Hauptstraße standen Stadt sah man von den Flammen ergriffen. Zwischen dem Krachen der Kanonen, dem Zischen und Pfeifen der Kugeln hörte man das Hurrah unserer Soldaten, aber auch schon die Jammertöne der Verwundeten. Dieses wilde Wogen und Toben wahrte von 6 Uhr bis gegen 11 Uhr, fast 5 Stunden, und immer schien sich der Kampf meistens auf einem Punkte zu halten. Im ersten Anlaufen gingen die Unsrigen weit vor, mußten jedoch wieder zurück, später dörte man 3, 4 Mal die Signale zum Avanciren, ununterbrochen konnte das Schießen unserer Krieger, die mit Todesverachtung sich gegen die Schanzen warfen, dort aber auch eine tapfere und tröstige Gegenwehr fanden. Endlich gegen 11 Uhr ertönten die Signale zum Zurückziehen; der Feind war zu stark, dabei gedeckt in seinen Schanzen in den Garten und äußern Häusern, er konnte noch nicht zum Weichen gebracht werden. Einige Schanzen sind von den Unsrigen genommen; sie haben in der Nacht die diesseitige Stellung behauptet. Unser Verlust ist groß gewesen. Mit dem Einstellen des Sturmens trat plötzliche Stille an die Stelle des furchtbaren Getöses, alles schien gerne die Ruhe zu suchen, die Gluth der flammenden Stadt sahe sich von selbst noch immer mehr an.

Rendsburg, 6. Okt. Nachdem wir nicht unerheblichen Hindernisse, die das Terrain der Marschgegend, vom Feinde obendrein aufs stärkste verschanzt, bot, überwunden zu haben glaubten, stürzten in der Nacht vom 4. zum 5. die Unsrigen sich noch Friedrichstadt hinein, fanden aber hier zu ihrer großen Verwunderung die Schanzen und wurden vom Feinde auf den Fenstern beschossen; brennende Balken stürzten auf sie herab. Die Nachstürmenden wurden sortwährend vom Feinde beschossen, so daß sich keine hinreichende Anzahl in die Stadt hineinwerfen konnte, um den sie ferer erwartenden Widerstand überwältigen zu können. Eine von mehreren Seiten breiten Gräben so eben gefchlagene Brücke ward in dem Augenblick, als die Unsrigen sie passirten, so gewaltsam von einer feindlichen Granate getroffen, daß sie zerbrach und eine ganze Section der Unsrigen ins Wasser stürzte und hier ihren Tod fand. Da wir die Stadt nur von der einen zugänglich gemachten Seite einnehmen konnten und jener Unfall einen fortgesetzten Sturm unmöglich machte, sahen wir uns genothigt, vom Sturm abzulassen und uns mit unseren früheren Positionen vor Friedrichstadt zu begnügen. Der Verlust auf feindlicher Seite, wie der unserersteit, ist nicht unerheblich. Derselbe war aber bei unserer Offiziere und Truppen theils verwundet, theils gefallen, darunter 16 vom 6., 7 vom 11., 4 vom 15. Bataillon und 5 vom 1. Jägercorps. Von der übrigen Mannschaft mögen zwischen 3—400 lampfunfähig gemacht worden sein; man rechnet gegen hundert Todte. Friedrichstadt bietet ein schrecklich Bild der Verwüstung dar, es hat sich die Hälfte desselben ist entweder eingeaschert oder zerrammert, und was noch steht, ist der völligen Zerstörung gewärtig; denn wir können uns dürfen unserer Absicht, den Feind von dort zu vertreiben, nicht aufgeben; ist dies nicht auf die eine Weise gelungen, so muß es auf eine andere Art geschehen. Deutte Morgen hat man es wieder nach jener Richtung hin schießen hören; der Beweis, daß, wenn auch der Sturm, so doch nicht der Kampf im Allgemeinen dort eingestellt worden ist.

(K. Z.)

Karlsruhe, 7. Okt. Achtzehnte öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Die Tagesordnung führt zur Berathung des von Hofrath Zopfl erstatteten Kommissionsberichts über den Gesetzentwurf, die Aufhebung der befreiten Gerichtsstände betreffend. Der Berichterstatter, Hofrath Zopfl: Die Hauptveranlassung, welche gegen den Gesetzentwurf gemacht worden sei, bestehe darin, daß das Recht des befreiten Gerichtsstandes ein vertragsmäßiges sei. Solche Rechte seien persönlicher Natur (s. s. g. Statutrechte) wurzeln aber in nationalen Ansichten, und müssen sich mit der Entwickelung dieser auch verändern können; sie gehören vom juristischen Standpunkte aus nicht zu den jura quaesita. Der Redner erinnert die grundherrlichen Hh. Abgeordneten daran, daß sie nicht als Vertreter ihrer Standesgenossen, sondern als Mitglieder eines legislativen Körpers in diesem Saale sitzen. Was den Vorwurf einer ungleichen Behandlung der Standes- und Grundherren anbelange, so sei nur Etwas den Standesherren zugestanden worden, was die Grundherren nie gehabt haben. Denn im Art. 14 der Bundesakte seien rücksichtlich der Grundherren die beschränkenden Worte enthalten: „nach Maßgabe der Landesgesetzgebungen", während Dies hinsichtlich der Standesherren nicht gesagt sei. Das Zweckmäßige und Wünschenswerthe einer allgemeinen Regulirung der Verhältnisse und Rechte der Grundherren erkennt der Redner an, macht aber zugleich darauf aufmerksam, daß der Grundsatz der Nothwendigkeit der Aufhebung der befreiten Gerichtsstände im Jahr 1849 von den Ständen bereits ausgesprochen worden sei. Bei der namentlichen Abstimmung über den Gesetzentwurf im Ganzen erhält derselbe, da sich abermals Stimmengleichheit ergibt, durch die entscheidende Stimme des Vorsitzenden, der sein Votum ausführlicher motivirt, die Zustimmung der Kammer.

Stuttgart, 7. Okt. In der dritten Sitzung der verfassungsrevidirenden Landesversammlung richtete Frhr. v. Wächter-Spitl an Staatsrath Duvernoy eine auswärtigen Angelegenheiten die Interpellation, ob es wahr sei, daß die württembergische Regierung den dänischen Friedensvertrag ratificirt habe und was die rechtliche Basis sei, von welcher aus die Regierung diese Ratification vollziehen zu müssen glaubte. — Frhr. v. Linden: Ich könnte fragen, was der zweite Satz dieser Interpellation für einen Sinn habe, ich will mich indeß an die Hauptsache halten. Die württembergische Regierung hat diesen Frieden ratificirt unter Vorbehalt aller Rechte des deutschen Bundes. Die Ratification selbst wird seiner Zeit zur Kenntniß der Kammer gebracht werden. — Sofort begründete A. Seeger seinen Antrag wegen Aushebung der Verpflegungsgelder an Schleswig-Holstein. Wir verschonen das Publikum mit den bis zum Ekel wiederholten Tiraden über den Bruderkampf in Schleswig-Holstein und mit den historischen Deductionen, die Dr. Seeger an denselben daher vorausgehen und daraus wegfallen können. Des Pudels Kern, in einen Bombast märzerrungener Phrasen eingehüllt, ist der: Es ist die Pflicht jeder Volksvertretung, laut zu protestiren gegen das Preisgeben deutscher Ehre, und da unsere Regierung nicht im Widerspruch mit andern größern deutschen Regierungen handeln darf, so ist das Wichtigste, was wir thun können, daß wir Schleswig-Holstein durch die Ausbezahlung der Kosten für den Transport und die Verpflegung der württembergischen Truppen eine Unterstützung gewähren. Die Kosten werden die Summe von 50,000 fl. nicht übersteigen. — Frhr. v. Linden: Es kann nicht Sache eines Ministeriums sein, in derselben Weise und von denselben Motiven sich bestimmen zu lassen, wenn es sich von einer Belastung der Steuerpflichtigen handelt, welche hier mit so großer Begeisterung vorgebracht worden sind. Der Rechtspunkt ist gar nicht beachtet worden, Württemberg ist rechtlich gar nicht verpflichtet zur Bezahlung dieser Summe, es ist von Seiten der württembergischen Regierung ein sehr bedeutender Vorschuß zur Verpflegung der Truppen geleistet worden, bis diese an die Herzogthümer kamen; kort angekommen, mußten die Herzogthümer sie verpflegen. Ich muß auch dagegen protestiren, als hätten die deutschen Regierungen die deutsche Ehre preisgegeben, das ist keineswegs geschehen, die Rechte Deutschlands sind gewahrt worden, man hat sich an das strenge Recht gehalten; man hat sich an das Recht gehalten, meine Herren, und das ist der beste Weg, die Ehre zu wahren. Ehre man früher schon mit seinem Rechtsboden geblieben, dann hätte die Ehre weniger Gefahr gelitten. — Romer: Ich schweige von der Verwunderung über den Widerspruch, welchen Schleswig-Holstein nicht blos dem kleinen Dänemark, sondern der vereinigten Diplomatie von Europa entgegensetzt, und bedauere diesen müssen auch wir uns vereinigen, nicht mit den Waffen in der Hand zwar und auch nicht in der Ueberzeugung, daß wir die Gegenwart für uns haben, sondern in der Hoffnung, daß die Zukunft unser ist. Die Summe von 37,000 fl., um die es sich hier handelt, ist gewiß für ein Königreich nicht von dem Belang, daß es sie nicht entbehren könnte. — A. Seeger als Berichterstatter verzeiht heftig dagegen, daß man sich der Ausgabe dieser kleinen Summe weigere, während man da und dort Regimenter hinspazieren lasse. Die Versammlung werde sich aber das merken und bei der Berathung des Kriegsbudgets sagen, wozu man diese Millionen — die neuen Armeen ausgenommen — habe. Verwahren wir uns feierlich gegen die Preisgebung Schleswig-Holsteins, rief der Redner zum Schlusse aus, rufen wir den Regierungen zu: Verlasset das Volk, geht seine Rechte auf, das Volk wird nicht unterjochen, aber wir werden unterjochen. — Der Antrag wird mit allen gegen zwei Stimmen (v. Linden, Sattler) angenommen. — Sofort Uebergang zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zu dem dringlichen Antrage Süskind's: die Versammlung wolle dem Volk und den Ständen in Kurhessen ihre Sympathieen aussprechen. Hr. Süskind bringt zum Anfang der Begründung seines Antrages die kurhessen unbegründete Behauptung vor, das hessische Ministerium habe von den Ständen die Bewilligung zum Fortbezug der Steuern ohne Erfüllung der verfassungsmäßigen Bedingungen verlangt, um dann nach erfolgter Verweigerung der Steuern einen plausiblen Vorwand zum gänzlichen Umsturze der Verfassung zu finden, hat es aber natürlich für gänzlich überflüssig, diese seine Behauptung auch zu beweisen. Sodann folgt natürlich eine Philippika gegen den Bundestag, welchen Hr. Süskind den sogenannten thatsächlichen Bundestag nennt. Darauf folgen einige unverständliche Floskeln von nationaler Erhebung der Nation und von Deutschland als geographischer Begriff. — Mack: Der Antrag Süskind's zerfällt sehr bestimmt in zwei Theile, in die kurhessische und in die deutsche Frage. Soweit der Antrag die kurhessische Frage betrifft, bin ich ganz für denselben. Die Verweigerung des Budgets, das ganze Verhalten von Seite der kurhessischen Minister ist nicht gerechtfertigt und ich spreche dem Verhalten des kurhessischen Volkes meine volle Anerkennung aus. Hinsichtlich der deutschen Frage aber ist zu bemerken: Wir haben thatsächlich zwei Unionen in Deutschland, die Erfurter und die Frankfurter; wenn man sich in Kurhessen der letztern Frage nun gegen die eine, für die andere Union sich erklärt, so erklärt man sich überhaupt für eine der beiden Unionen. Das sollte vermieden werden, wie man auch in Nassau und in Baden das vermieden hat. Indeß erklare ich mich selbst keineswegs für eine der beiden Unionen; sie mögen mit meiner eigenen Vergangenheit brechen, wollte ich der Frankfurter Union Befugnisse einräumen, welche der frühere Bund hatte. Ich stelle daher den Antrag, daß statt des zweiten Theils des Süskind'schen Antrags zu Protokoll erklärt werde, daß man gegen die württembergische Regierung die Erwartung aussprechr, sie werde den Eingriffen in das Verfassungsrecht des kurhessischen Volks nicht beitreten. Süskind formulirt seinen Antrag in dieser Sinne, indem er noch beifügt: „oder wenn der Beitritt bereits erfolgt sein sollte, daß sie ihren Rücktritt erkläre." Der Antrag Süskind's in seinem ersten Theile wird mit 48 gegen 8 Stimmen angenommen. Der Antrag Mack's zum zweiten Theil wurde mit 42 gegen 14 Stimmen und der Antrag Süskind's wurde auch in seinem zweiten Theile mit 44 gegen 12 Stimmen angenommen.

Hechst, 6. Okt. Endlich ist gegen die Theilnehmer an der Mißhandlung und lebensgefährlichen Bedrohung des ehemaligen Reichsministers Hecscher, welche so viel Aufsehen gemacht hat, ein Straferkenntniß ergangen. Sieben hiesige Einwohner, worunter ein schon früher mehrfach wegen gemeiner Verbrechen peinlich bestrafter Uhrmacher und ein Bandagist, sind zu mehrjährigen Oraverten, fnd zu Correktionshauöstrafen von 2½ Jahr bis zu vier Monat verurtheilt. (A. Z.)

Wien, 1. Okt. Die Bankdirektion erließ folgende Bekanntmachung: Da im Januar 1851 der letzte Zinsen-Coupon der österreichischen Bankaktien fällig wird, so hat die Direktion der pr. Aktien. Nationalbank beschlossen zur Hinausgabe neuer Couponsbogen zu schreiten. Diese Coupons werden auf einem halben Bogen, bis Ende 1860, ausgefertigt — somit zwanzig an der Zahl sein — jeder derselben enthält die Namen des Kassendirektors, J. C. v. Weitenhiller, und des Kassiers der Aktienkasse, v. Derra, und über denselben wird mit einer Stampiglie, das Siegel der öffent. Nationalbank enthaltend, und mit einer geschriebenen Zahl versehen werden. Zur Erleichterung der Hh. Aktionäre im Ausland wird die Beilegung neuer Couponsbogen auch in Augsburg und München, Frankfurt a. M., Leipzig, Mannheim, Amsterdam, durch die gefällige Vermittlung der geehrten Handlungshäuser Joh. Lor. Schäfer, M. A. v. Rothschild u. Söhne, Frege u. Comp., H. L. Hohenemser u. Söhne und des k. k. öffer. Generalconsulat in Amsterdam, Hrn. Philipp J. Krieger, im Namen der prin. öffent. Nationalbank gütigst unentgeltlich besorgt werden.

Wien, 10. Okt. Se. Mj. wird am 16. d. Mts. geschrieben: Ich bin in der Lage, Ihnen eine wichtige kaiserliche Entschließung mitzutheilen; sie betrifft die neue Organisirung des Kriegsministeriums. Dasselbe wird auf einen geringen Theil seiner bisherigen selbstständigen Wirksamkeit zusammenschmelzen, und die eigentliche Oberleitung der Armee St. Maj. der Kaiser, oder respective die unmittelbar unter ihm stehende Armee-Centralkanzlei übernehmen. Nur die sogenannte Militia stabilis bleibt unter dem Kriegsministerium, das heißt, z. B. die administrativen Zweige des Verpflege-, Berechnungs- und Sanitätswesens. Alles was zur mobilen Armee gehört, auch das Fortifikationswesen wird ausgeschieden. St. Majestät behält sich alle Avancements vom Lieutenant aufwärts, soweit sie nicht der Befugniß der Regimentsinhaber ausnahmsweise zustehen, vor. Indessen wird eine ständige hohe Militärconferenz gebildet, welche Majestäten auch vor jenen Kriegsminister ist, um, wenn es in der Allerhöchsten Entschließung lautet, seine Verantwortlichkeit zu erleichtern. Noch einige andere wichtige Beschlüsse in Bezug auf das Militärwesen werden erwartet.

Wien, 4. Okt. Die Ernennung des Herrn v. Radowitz wird seit Tagen von allen Zeitungen als bereits vollzogen besprochen. Conservpondenz sagt von ihr: „Erhabene Naturen sühten in sich mitunter den Drang, selbst das teuerste Glück sich unterthänig zu machen. Diesen Versuch schreint Herr v. Radowitz machen zu wollen. Wird doch bei diesem Spiele nur die Ruhe Deutschlands und Europa's, vielleicht auch Preußens selbst, der göttliche Preis sind so viel Diadratsirungen, so sind so viel Quadratmeilen Landes und etliche Millionen unionsfrischer Bevölkerung mit einem Anhange passfenter Militär-Conventionen, und was sonst dazu gehört. — Einst ist aber jetzt schon leider! nur zu gewiß. Die Union steht jetzt nicht mehr blos propagandistisch, sie tritt gewaltsam, erobernd auf. Der Kurfurst von Hessen widerstrebt der Union, der Widerstand des Volkes und der Behörden verschneht ihm vom Sitze der Regierung, Preußen

nimmt die Partei der Bevölkerung, um sie sammt dem Regenten in die Union hinein zu zwingen. Beispiele sind vorhiberrich, und wer weiß, ob es nicht im Interesse liegt, das kurhessische Drama auch anderwärts in Scene zu setzen, etwa in Darmstadt und Würtemberg, wo auch demokratische Kammerwehrheiten die vorübergehende Unterstützung monarchischer Kräfte recht passend und angenehm finden konnen.

Preßburg, 1. Oct. Von Steinamanger, vom 27. Sept., wird der „Preßb. Ztg. berichtet. Daß einsame Wirthshaus (Csárda) an der Herrenstraße, an der Straße von Sárvár nach Kleín-Zell, war in der Nacht vom 26. auf den 27. d. M. der Schauplatz einer tragisch endenden Räubergeschichte. Gegen Mitternacht, als die Bewohner derselben schon im tiefsen Schlafe lagen, pochte ein in Hof gefahrener Fremder an das Fenster eines Hofzimmers, worin die Dienstmagd schlief. Erwacht, wieß diese sein Begehren um Branntwein zurück, und als er das Haus in Brand zu stecken drohte, entspann sich zwischen beiden ein Wortwechsel, welcher die Wirthin aus dem Schlafe weckte. Um die Ursache desselben zu erforschen, öffnete diese die gleichfalls in den Hof mundende Küchenthüre, an der bereits vier fremde Männer standen, welche sogleich durch die Küche ins Schauzimmer traten. Sie verlangten Wein, und als die Wirthin Licht machte, bedeckte der Eine sein Gesicht, verlöschte das Licht, und verließ das Zimmer, in dem er auch nicht mehr erschien, die Anderen traten mehrere Gläschen Wein, bezahlten den Preis dafür und erhoben sich endlich unter Entschuldigung der verursachten Störung, um die Schenke zu verlassen. Der Eine aber drang unter dem Vorwande, sich bei dem Wirthe gleichfalls entschuldigen zu wollen, trotz der Abwehr der Wirthin, in das halbgeöffnete Schlafzimmer des Wirthes, welcher zwar erwacht, doch immer ruhig im Bette geblieben war. Als auch der Zweite in dasselbe Zimmer getreten war, wurde der Wirthin bange, sie ging nach, erspieh aber bei dem Eintritt in das Zimmer einen Fanzschlag ins Gesicht; betäubt davon zusammengesunken, wurde sie sogleich unter das Bett geschoben. Nun erst erhob sich der Wirth, erhielt in Augen mit den Räubern mehrere Streiche, war aber so glücklich, sich ihrer entwinden und in ein zweites Nebenzimmer entkommen zu können, ein ihm gelegentlich Hackenbeil fuhr mit großer Gewalt in den Thürstock. Als diese Thür gesprengt wurde, eilte er in das dritte Zimmer, wo sich sein gelabenes Doppelgewehr befand; kaum damit zur Gegenwehr gerüstet, sprang auch hier die Thure, und der Erste von den Eingedrungen schlug eine Pistole auf den Wirth an, welcher aber so viel Geistesgegenwart besaß, mit der einen Hand die Pistole zu parieren, die im selben Augenblick sich entladend, ihm Hand und Vorderarm verbrannte, ohne ihn zu verwunden. — Das Weib desselben Augenblick von Sein des Wirthes war das Abbrucken seines Doppelgewehres, von dem getroffen der eine Räuber todt, der andere tödtlich verwundet zu Boden stürzte. Der dritte und der im Hofe wachende vieren Mörder entflohen. Die Aussagen des Verwundeten, der im Laufe des nächsten Tages an den Folgen seiner Wunde verschied, und Nebenumstände führten die Behörde sogleich auf die Spur der Entflohenen, die noch am nämlichen Tage eingezogen und der That geständig waren. Die vier Räuber waren ein Schmiedegeselle und drei Ochsenknechte eines vier Stunden vom Raubplatze entfernten Dorfes.

Schweiz.

Bern, 27. Sept. Die Radikalen schließen ihre Reihen dichter und ihre über das ganze Land verbreiteten Vereine erwachen zu erneuter Thatigkeit. Von Bedeutung in solcher Beziehung ist die beschlossene enge Verbrüderung, in welche sie mit dem Jura treten wollen. Vor einigen Tagen wurde eine patriotische Versammlung unter der Leitung Stockmar's in Münster gehalten, zu welcher die radikalen Ausschüsse des Jura Abgeordnete geschickt hatten. Auf die Aufforderung des Präsidenten flatteten die Delegirten Bericht ab über den öffentlichen Geist in ihren Bezirken, über den ganzen Jura, daß die Regierung durch ihre Maßregeln überall an Boden verliere und daß mit wenigen Ausnahmen die liberale Meinung überall im Wachsen begriffen sei. Einstimmig wurde hierauf die Gründung eines Vereins aller freisinnigen Demokraten im Jura beschlossen, dessen Zweck sein solle, der Reaktion entgegenzutreten, für den ganzen Jura soll ein Centralkomite die Angelegenheit leiten, die einzelnen Ausschüsse stehen fortwährend unter einander und besonders mit dem alten Kantonstheil in Verbindung. Der Radikalismus im Großen Rath ist noch gleich stark wie anfangs und rechnet die Zahl seiner Anhänger auf 106, während die Conservativen 120 stark sind. Dieses Verhaltniß ergibt sich aus der heute vorgenommenen Wahl von 5 Oberrichtern und einem Zuchthausverwalter, welche nebst den Suppleanten des Obergerichts, mit Beseitigung der bisherigen radikalen Oberrichter, aus der Regierungspartei genommen wurden. — Laut amtlichen Mittheilungen ist durch Erlaß des preußischen Transportamtes Truppen-Zurückgang den Einwohnern der aargauischen Gemeinden Mumpf und Stein das Betreten des badischen Staatsgebiets bis auf Weiteres untersagt. (O.-P.-A.-Z.)

Neuestes.

⊙ Landau, 6. Oct. Hr. v. Bittersdorf hat gestern das benachbarte Bad Giesweiler verlassen und ist nach Frankfurt abgereist.

△ Aus Baden, 7. Oct. Das neueste k. Regierungsblatt enthalt eine landesherrliche Verordnung wornach die direkten und indirekten Steuern für die Monate Oktober und November wie bisher zu erheben sind.

△ Aus Baden, 8. Oct. Von Seite des Gr. Kriminalamts in Karlsruhe wird unterm 5. d. M. ein Steckbrief gegen den Dr. Jur. J. B. Oppenheim aus Frankfurt am M. erlassen, welcher zur Zeit der badischen Revolution in seiner Eigenschaft als Redakteur der Karlsruher Zeitung verschiedene Preßvergehen sich zu Schulden machte, und in einer Reihe von Leitartikeln zur Theilnahme an der badischen Revolution aufforderte. — Die Großherzogin Wittwe Stephanie von Baden ist nach Nerau abgereist. — Bei der letzten Ueberfahrt des Rhein-Dampfschiffes „Ludwig I." verschert, ein Ausspreng aus hohem Munde die Aufmerksamkeit sehr in Anspruch, der dahin geht, daß die Abberufung k. k. Oesterreichischen Landeskommissäre von Frankfurt als eine Kriegserklarung zu betrachten und nun, da Preußens Gewalt erschopft sei, das Schwert zwischen ihm und Oesterreich zum Austrag komme.

Karlsruhe, 7. Oct. Se. Großh. Hoheit der Prinz Friedrich, zweiter Sohn des Großherzogs, hat sich gestern nach Constanz begeben, um Se. Maj. den Kaiser von Oesterreich sobald derselbe in Bregenz ankommt, im Namen seines erlauchten Vaters zu begrüßen.

Mannheim, 5. Oct. Gestern gegen Morgen starb hier nach langerem Leiden Baron von Herding, Bruder des hier wohnenden Fürsten von Ysenburg.

Hannover, 5. Oct. Daß Legationsrath Detmold, der noch immer hier ist, gestern das Abtreten des Gutsbes-Ordens (siehe klasse) empfangen und zur königl. Tafel geladen wurde, ist ein Beweis, daß er seine Abhimmung in der ffischen Frage vollständig gerechtfertigt hat. (O. C.)

Wien, 4. Okt. Der große Andrang liberalchen Tyrnen hat die k. k. Stadthauptmannschaft veranlaßt, energische Maßregeln zu ergreifen, die dem oesterreichischen Lebenselement dieser Gesellschaft ein Ziel setzen, und gleich nach erfolgter Reorganisation der stadthauptmannschaftlichen Bezirke in Wirksamkeit treten werden. Nebst Einführung der Dienstbotenbücher werden auch Arbeitsbücher für die sogenannten weiblichen Handarbeiterinnen vorgeschrieben, und unter fremde Kontrolle gestellt werden. Jede Weibsperson, welches nur ein einziges Mal gegen diese polizeilichen Vorschriften verstößt, wird für beständig von Wien ausgewiesen. Unterschleifgeber treffen empfindliche Strafen. (O. C.)

Berlin, 7. Okt. Die vorgestrige 34. Sitzung des provisorischen Fürstenkollegiums begann, wie die „Const. Ver." berichtet, mit der Verlesung einer Note des kaiserl. österr. Kabinets über die kurhessische Angelegenheit, sowie der diesfeits darauf ergangenen Antwort. Jene Note beruft sich vornehmlich darauf, daß preußischer Seite die Rechtsverbindlichkeit der Beschlüsse des Bundestages für diesjenigen Regierungen, welche sich diesen Beschlüssen freiwillig unterworfen würden, nicht bestritten worden, die Unterwerfung der kurhessischen Regierung aber eine freiwillige sei. Die diesfeitige Antwort entgegnet hierauf, daß es sich gar nicht um die Frage der Anerkennung des Bundesbeschlusses vom 22. v. M., sondern um dessen Ausführung handle, diese aber eine solche sei, welche die allgemeine Ruhe und den Frieden Deutschlands, sowie die Interessen Preußens und seiner Verbündeten, erheblich gefährde, und der sich zu widersetzen Preußen dahre das begründetste Recht habe.

Paris, 4. Okt. Ein belannter Demokrat wollte vor einigen Tagen seinen Sohn in das Collège Charlemagne bringen. Der Direktor sagte ihm: verbieten Sie Ihrem Sohn zu zerrathen, daß Sie roth sind! Sie kennen den natürlichen Oppositionsgeist der Jugend, da ist und die Lehrer roth sind, so sind die Jungen's im höchsten Grade monarchisch und reactionair gesinnt.

* Paris, 7. Okt. Louis Napoleon empfing gestern die Insignien des goldenen Vließes nebst einem eigenhändigen Schreiben der Königin von Spanien. Die ihm übersandten Insignien sind dieselben, welche Karl V. trug.

** Aus der Schweiz, 7. Okt. Oberrichter Müller von Marl ist in Luzern eingetroffen, um den Landesverrathsprozeß fortzusetzen. — Aus Schaffhausen geht uns die Nachricht zu, daß mit Würtemberg und Bayern ein neuer Salzlieferungsvertrag abgeschlossen wurde, da die Anerbietungen der Saline Rheinfelden weniger vortheilhaft waren. — In vielen Orten des Kantons Schaffhausen hat die Weinlese bereits begonnen und ist zur rechten Zufriedenheit ausgefallen.

** Aus der Schweiz, 8. Okt. Gestern ist der große Rath von Zürich zusammengetreten. — In Bern tagt gegenwartig ein schweizerischer Freimaurerskongreß. — Der Züricher Postwagen ist in vorletzter Nacht zwischen Winterthur und Islikon angegriffen und beraubt worden.

△ Bern, 6. Okt. Der badische politische Flüchtling Karl Hippeler ist des Asyls für unwürdig befunden, und aus der Schweiz ausgewiesen worden.

Rom, 24. Sept. Eine französische Freistunde ist in Rom nach der Institution des hl. Ludwigs der Franzosen gegründet worden. Dieselbe steht unter der Direktion der Brüder der christlichen Lehre. Der Oberbefehlshaber der französischen Armee in Rom, General Gemeau, hat angeordnet, daß die Kinder der Militärs diese Schule besuchen.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Theater-Anzeige

Samstag 12 Oktober.

Zum allerhöchsten Namensfeste Sr. Maj. des Königs Maximilian II.

Oberon, König der Elfen.

Große romant. Feen-Oper in 3 Aufzügen mit Ballet, Musik von C. M. v. Weber.

Druck von Joseph Stein in Wurzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die spaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 244. Würzburg, Freitag den 11. Oktober. **1850.**

Bundestag oder nicht Bundestag?

Das ist jetzt die praktische, die wahrhaft „brennende" Frage des Augenblicks, gegen die alle anderen Fragen als klein und unbedeutend in den Hintergrund treten. Entweder Deutschland ist in seine Atome aufgelöst, der deutsche Bund, der Nachfolger von Kaiser und Reich, hat aufgehört, nur die gemeinsame Sprache bildet einzig und allein noch das Band, welches die deutschen Völker umschlingt, — dann allerdings gibt es auch keine das einige Deutschland repräsentirende Behörde, keine oberste Bundesgewalt mehr. — Oder aber deutscher Bund und deutsche Bundesverfassung existiren noch, — dann muß es auch nothwendig eine bundesverfassungsmäßige Gewalt geben. Diese oberste Bundesgewalt ist aber keine, als lediglich der Bundestag. Das ist unendlich klar und einfach. — Würde im Jahre 1848 durch die Berufung der Nationalversammlung und die Einsetzung der provisorischen Centralgewalt der deutsche Bund oder, was dasselbe ist, die deutsche Bundesverfassung (denn nur durch die Verfassung und in der Verfassung hat der Bund rechtliche Existenz) nicht sofort und unbedingt aufgehoben, so traten nunmehr zwei Möglichkeiten ein: entweder das Werk der Nationalversammlung kam rechtlich zu Stande; dann war die alte Bundesverfassung definitiv erloschen, die neue Reichsverfassung mit ihren Organen trat an ihre Stelle; oder aber es scheiterte dieses Werk; dann traten das alte Recht, die alte Verfassung wieder in volle Kraft, und weil es keine Verfassung ohne verfassungsmäßige Gewalten gibt, — die provisorischen Gewalten aber ihrer Natur gemäß aufhören mußten, sobald die Entscheidung über das Definitivum getroffen war — eben darum auch die alten verfassungsmäßigen Gewalten, welche sich in den beiden verschiedenen Formen des Bundestages darstellen. Die Aufhebung des Bundestages geschah mithin provisorisch allerdings sofort durch die Konstituirung jener provisorischen Gewalten; aber definitive nur unter Bedingung, daß eine Vereinbarung mit der Nationalversammlung zu Stande kommen werde. Weil diese in der Natur des Verhältnisses liegende Bedingung, briefe tacita conditio, nicht eingetreten, sondern vielmehr ausgefallen ist, eben darum ist es auch gewiß, daß der Bundestag noch heute rechtlich existirt. — Die Existenz des Bundes wird aber von Niemand abgeleugnet, auch von Preußen nicht. Wenn darum Preußen und seine Bundesgenossen die Beschlüsse der in Frankfurt wieder begonnen Bundesversammlung nicht als rechtsverbindlich anerkennen wollen, so ist es nur eine nothwendige juristische Konsequenz aus ihrer eigenen Rechtsansicht, wenn ihnen vorgeworfen wird, daß sie in Auflösung gegen Bundesrecht und Bundesverfassung begriffen seien und sie weiter befürchtet, daß sie mit bundesverfassungsmäßigen Mitteln zum Gehorsam gezwungen werden müssen, sobald sie ihn bei irgend einem Anlaß verweigern. Ein Ausweg, eine Vermittelung ist hier nicht möglich. Die Vorschrift des Bundesrechts lautet klar und bestimmt. — Die Bundesversammlung hat das Recht und die Verbindlichkeit, für die Aufrechterhaltung der Bundesakte und übrigen Grundgesetze des Bundes, der in Gemäßheit ihrer Kompetenz von ihr gefaßten Beschlüsse u. s. w. zu sorgen, auch zu diesem Ende, nach Erschöpfung aller andern bundesverfassungsmäßigen Mittel die erforderlichen Exekutionsmaßregeln ... in Anwendung zu bringen. (B. Schl. A. Art. 31.) — Die Folgen sind unbezweifelbar, wenn es zu diesen Aeußersten kommt. Aber wessen wird die Schuld sein, wenn Deutschland auf's neue in blutigen inneren Kriegen sich zerfleischt: der bundesgetreuen Regierungen, welche gewissenhaft an Recht und Vertrag festhalten, oder derer, welche sie mit Füßen treten? — Das Banner der Hydramysterien durchzog im Jahre 1849 siegreich die deutschen Länder, in denen die Revolution ihr Feldzeger aufgeschlagen hatte, und das preußische Schwert schmetterte die reichsverfassungsstützigen Republikaner zu Boden, heißt es in Nr. 225 der „N. Pr. Z." — Wie tief betrübend, sagen wir hinzu, wurde es sein, wenn dasselbe Banner, welches im Jahre 1849 so siegreich die Revolution zu Boden warf, im Jahre 1850 an den Spitze der Revolution durch die deutschen Länder ziehen sollte!

Deutschland.

München, 7. Okt. Nach der Entscheidung Sr. Maj. des Königs Ludwig soll das Siegesthor, welches Allerhöchstderselbe erbaut und als ein bleibendes Denkmal des Ruhmes „dem bayerischen Heere" gewidmet hat, am 15. Okt. d. J. als am Tage des Geburtsfestes der regierenden Königin und des Namensfestes J. M. der Königin Therese eröffnet werden. Auf den Tag vorher sind die sämmtlichen kgl. bayer. Militär-Max-Joseph-Ordensritter „als die hervorragendsten Träger dieses Ruhmes" zu Sr. Maj. zu Tafel geladen. Das betreffende Ausschreiben mit der Einladung dazu ist heute an sie ergangen. Es dürfte von Interesse sein, hier einige Notizen die Bedingungen betreffend, unter denen allein die Auszeichnung mit dem Militär-Max-Josephsorden erlangt werden kann, so wie über den gegenwärtigen Bestand der Ordens mitzutheilen. Der Orden wurde gestiftet am 1. Januar 1806 von den allerhochstseligen König Max Joseph, und zwar, wie die Stiftungsurkunde besagt, zur Belohnung solcher Kriegsthaten, welche mit Einsicht, Geistesgegenwart und Tapferkeit, auf freiem Antriebe und mit Lebensgefahr zum Nutzen und Frommen des allerhöchsten Dienstes ausgeführt worden sind, und welche das erhabene Gepräge des Ungewöhnlichen und ganz außer den Grenzen der Pflicht Liegenden auf sich haben. Ein versammelter Ordenskapitel untersucht nach Anleitung der bestehenden Ordensstatuten die solche Thaten bewahrenden Zeugnisse, und legt das motivirte Abstimmungsprotokoll Sr. Maj. dem Könige zur allerhöchsten Entscheidung vor. Aus diesen wenigen Notizen schon erhellt zur Genuge, daß König Ludwig mit vollem Rechte in den mit einem so schwer zu erringenden Orden geschmückten Helden die hervorragenden Träger des bayerischen Kriegsruhmes erblicken konnte. Die Zahl der noch lebenden Ritter des so selten und nur für höchste Auszeichnung verliehenen Ordens ist begreiflicher Weise verhältnißmäßig nur noch sehr gering. Gegenwärtig leben noch die folgenden Mitglieder des Ordens in Bayern: Großmeister: 1) Se. Maj. der König. Großkreuz: 2) Se. Maj. der König Ludwig. Kommandeure: 3) Heinrich Lill Graf v. Reuß und Plauen, Feldzeugmeister, pens.; 4) Karl Frhr. v. Diez, charakt. General der Kavallerie, pens. Ritter: 5) Karl v. Schnitling, Har. Oberst, pens.; 6) Karl v. Mann, char. Oberst, temp. pens.; 7) Max Frhr. v. Nesselrode-Hagenport, Gen.-Maj. pens.; 8) Heinrich v. Stonor, char. Gen.-Lieut. pens.; 9) Casimir Graf v. Oravenreuth, Gen.-Maj. à la suite; 10) Karl Frhr. v. Drieffenbach, char. Gen.-Maj. pens. 11) Ferd. v. Regnier, char. Oberst pens.; 12) Anton Frhr. v. Gumppenberg, Gen.-Lieut. und Kommandant der 2. Inf.-Division; 13) Joseph v. Spengel, char. Gen.-Maj. und Vorstand der Administrations-Kommission der Militär-Zahlen-Höfe; 14) Joseph v. Morgand, Oberstlieut. pens.; 15) Wilh. Graf v. Pfeuschig, Gen.-Lieut. und Kommandant des 1. Armeekorps; 16) Leopold Graf v. Tauffkirchen, char. Gen.-Maj. pens.; 17) Anton v. Heiligenstein, char. Oberstlieut. pens.; 18) Lothar v. Otto, char. Major pens.; 19) Joh. v. Fleischmann, char. Gen.-Maj. pens.; 20) Max Graf v. Seyssel d'Aix, char. Gen.-Lieut. pens.; 21) Gustav v. Pfahlberd, Oberst pens., 22) Jakob v. Frisch, Gen.-Maj. und Kommandant der 3. Inf.-Div.; 23) Karl Graf v. Pappenheim, Feldzeugmeister und Gen.-Adjutant; 24) Christian Frhr. v. Weber, Gen.-Lieut. pens.; 25) Friedr. Karl Graf v. Saporta, Gen.-Maj. pens.; 26) Anton Frhr. v. Westernach, char. Major pens.; 27) Ludwig v. Madrour, char. Gen.-Maj. und Kommandant v. Rosenberg; 28) Heinrich v. d. Mark, Gen.-Lieut. und Kommandant der 2. Kav.-Div.; 29) Klemens Graf v. Lodron, auch. Oberstlieut.; 30) Karl Theodor, königl. Prinz von Bayern, Feldmarschall und Generalinspekteur der Armee; 31) Leopold Frhr. v. Zandt, Gen.-Maj. und Gen.-Adjutant; 32) Max v. Schlägel, Oberstlieut. im 12. Inf.-Reg. König Otto von Griechenland; 33) Anton Ritter v. Halder, char. Oberst, pens.; 34) Willy. v. Baligant, Gen.-Lieut. und Präsident des Generalauditoriats; 35) Heinr. Graf v. Giuiot du Pontreil, Gen.-Maj. und Brigadier der 4. Inf.-Div. Ehrenritter: Friedr. Heinr. Frhr. v. Pechmann, ehemals Hauptmann, nun geh. Oberhofrath. (N. M. Z.)

München, 8. Okt. Wie gestern mitgetheilt worden, hatte Nachm. 2½ Uhr das olympischen Spiele auf dem Frhrn. v. Therese-Platz statt. In festlichem Zuge, an der Spitze ein Musikkorps und die hier jetzt bestimmten (Geld-) Preise und Fahnen zogen 25 Backergesellen in Trieots und Lederwammen, dann 10 Wagnergesellen mit je einem Rad an der Hand laufend, welchen sich die Preisgesellen anschlossen, und sich sodann an nach dem Frhrn. v. Therese-Platz begaben. Daselbst umliefen, je ihr Rad an der Hand nebenher treibend, die ganze Strecke der Rennbahn (½ Meile) in 7 Minuten, binnen welcher Zeit der erst Angekommene mit lautem Beifall begrüßt wurde. Diese trefflichen Läufer machten Hrn. C. Fr. Gruber, welcher dieselben einübte, alle Ehre. — Nach diesem begannen nun die olympischen

Spiele, welche von 25 Bäckergesellen trefflich durchgeführt wurden, bestehend 1) in Leidringen, Stabringen, Luxenreiben, (Turnierscheiben) und Nackenringen; 2) in Gruppenstellungen von berühmten Bildungen. Vier niedliche Mädchen in mediceischem Costume mischten sich mit ihren sinnigen Kränzen unter dieselben und gaben dadurch den vorgeführten Vorstellungen männlicher Stärke und Kraft ein freundlich zartes Bild; 3) Steinschleudern und Wurfspießwerfen. Sämmtliche Darstellungen unter der gediegenen Leitung des Turnlehrers Hrn. Lorenz Gruber einstudirt und trefflich durchgeführt, fanden wohlverdiente Anerkennung und Zujauchze lauter Bewunderung lohnte den Meister und die Darsteller. Zum Schlusse — gegen 5 Uhr — folgte nun die feierliche Preisevertheilung.

München, 9. Okt. Heute fand die feierliche Enthüllung des kolossalen Erzstandbildes der Bavaria statt. Mehrere Tage vorher einen Festtag, deren die Geschichte wohl wenige zu zählen vermag, bot dasselbe. Um die neuen Bormittagsstunde belebten bereits Tausende den Maximiliand-(Tull-)Platz, auf welchem die Aufstellung des damit verbundenen Festzuges der Gewerbe und Künstler, als Huldigungsfeier der Ausstellungsstadt Ludwig I. bestimmt war. Allmählich kamen die verschiedenen Seiten riesige Festwagen der verschiedenen Gewerbe Münchens, der Vorstadt An und Haidhausen, Züge von Arbeitern, Sänger und Künstler mit ihren Fahnen und Standarten heran, und ein wahres Leben begann, wie es wohl in solcher Weise dorterstehl noch nicht vorgekommen. Gegen 11 Uhr setzte sich der Festzug und Defilirplatz ab durch die Bayerstraße über die Theresienwiese in folgender Ordnung nach dem Festplatze in Bewegung: I. Musikcorps zu Pferd. Festwagen: 1) der Haidhauser Bürgerschaft mit der Büste König Ludwigs; 2) der Gärtner, Obstler und Früchtenhändler; 3) der Müller und Metzger; 4) der Bäcker, Sonditer und Schiffschaffer; 5) der Alt- und Jungzweger und der Garköche; 6) der Bierbrauer und Schaffler; 7) der Gastwirthe (Oberpollinger). II. Musikcorps. Festwagen: 8) der Weber, Bortenmacher, Knopfmacher, Lederer, Schneider, Siebmacher, Tuchmacher, Strumpfstricker und Tuchscherer; 9) der Schuhmacher, Sattler, Riemer, Zeichner, Sattler, Kürschner, Weißgerber, Rothgerber, Buntstempfer, Kammmacher und Hutmacher; 10) der Schwertfeger; 11) zweiter Festwagen der Haidhauser Bürgerschaft; (alle Gewerbe); 12) der Vorstadt An mit der Knerrische. III. Die Münchner Gesangsvereine mit ihren Fahnen und Standarten. IV. Musikcorps. Zug der Baugewerke, Festwagen: 13) der Maurermeister; 14) der Steinmetze; 15) der Zimmermeister und Kupferschmiede; 16) der Schlosser; 17) der Spängler; 18) der Hafner; 19) der Dekorationsmaler, Vergolder, Staffeurer, Tapezierer und Kakirer; 20) der Wachszieher; 21) der Drechsler; 22) der Gärtner. V. Musikcorps der I. Erzgießerei-Arbeiter und 23) Festwagen der bildenden Künstler, an dem sich noch der Festwagen der Bamberger Gärtner anreihte. (Die nähere Beschreibung dieser Festwagen und deren Geleite folgt.) — Als der Festzug am Festplatze angelangt war, zog derselbe sofort an der Büste des Königs vorüber, der Bavaria, aufgeschlagenen geschmackvoll dekorirten Tribüne vorüber, in welcher König Ludwig und Therese mit dem König Otto unter großem Volksjubel, dann die daher befindlichen höchsten Personen ze. bereits angelangt waren. Mit gewohnter Milde empfing König Ludwig jeden Einzelnen, so sich mit seinem Festwagen vorbeiten genaht, beglückte hierauf mit dem König Otto, je die Tribüne verlassend, die meist in kolossaler Größe gehaltenen Darstellungen der betr. Gewerbe und Künste. Nach beendigtem Festzug begann nun ein von sämmtlichen beim Zuge betheiligt gewesenen Musikchören angeführter Instrumentalchor, eigens hiezu komponirt und bezüglich von Kunstbeamten hatte sich der dicht um die Tribüne gebildete engere Kreis der anwesenden Volksmasse etwas gelichtet und Alles harrte dem nun zu erwartenden Momente — der nun zu folgenden Enthüllung der Bavaria. Lautlose Ruhe trat ein. In ehrfurchtsvoller Haltung umstanden Tausende und Tausende den gefeierten König Ludwig, dem Momente dorrend, der dessen grosartige Schopfung dem Volke vor Augen stellen sollte. Ein Zeichen und eine Bretterwand von circa 70 Fuß Höhe und 40 Fuß Breite stürzt in einem Stücke unter dem Donner der Kanonen über den Berg, ein zweiter Wink und die zu beiden Seiten derselben befindlichen Bretterwände stürzen weiters krachend zusammen und — „Bavaria", der Sinnbild des bayerischen Vaterlandes, stand von Flammen der bengalischen beleuchtet vor den Augen der flammenden Böllomenge welche in endlosen Jubelruf ausbrach. Gleichzeitig eilten aus dem Hintergrunde die Sänger der hiesigen Gesangvereine mit ihren Fahnen und Standarten ein dreimaliges Hoch anstimmend, das entzückend von Tausendfachem Echo fand. Der Maler Teichlein begann hierauf eine Festrede und schloß dieselbe mit dreimaligem Hoch auf den Besitzer der Künste — auf den König Ludwig, welche bis in den fernsten Theil des Festplatzes tausendfachen Widerhall fanden. Ein Festsalang, vorgetragen von sämmtlichen Gesangsvereinen mit Instrumentalbegleitung, bester eigens componirt und dirigirt von Kun, schloß den hiersichen Akt. Als König Ludwig und Therese mit dem König Otto ze. ze. hierauf den Festplatz verließen, erhoben sich nimmer enden wollende Hoch auf den Gefeierten, welche ununterbrochen entlang des ganzen Rückweges fortdonten. (N. N.)

München, 9. Okt. Nach einer heute ausgegebenen Belonnutmachung des k. bayerischen Oberkämmererstabs wird Se. Maj. König Otto von Griechenland am Freitag Vormittag große Cour halten. Die Herren der ersten und zweiten Rangsklasse werden um 11 Uhr, jene der dritten Rangsklasse und die Offizierscorps der Garnison um 1½ Uhr vorzusprechen. Am Sonntag wird Se. Majestät nach beendigter Kirchenparade sämmtliche Truppen der Garnison und die gesammte Landwehr auf dem Dultplatze defiliren lassen, daher bereits sämmtliche Abtheilungen kommandirt sind. (A. Bb.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 9. Okt. Ich theile Ihnen eine Nachricht von der größten Wichtigkeit mit. Das gesammte Offizierscorps mit wenigen Ausnahmen hat heute früh seinen Abschied eingereicht. Die Offiziere des 1. und 2. Infanterieregiments, einstimmig, die des Hanauer dritten Regiments einstimmig, die des Schützenbataillons einstimmig, die der Artillerie bis auf einen, die des 1. Jägerbataillons bis auf einen, die des ersten Husarenregiments, Leibhusarenregiments, einstimmig, von der Kurfurst-Husaren-Eskadron nur zwei. Gestern Abend hatte die Kabinetsordre und Regimentskommandeure zu dem Herrn Generallieutenant v. Haynau gesordert, wo ihnen dieser gesagt haben soll, daß es sich feinerseits nicht um eine Verfassungsverletzung bei der Ausführung der ihm von Sr. Königl. Hoheit ihm Kurfürsten ertheilten Befehle handle; habe die Verfassung ebenowohl beschworen, und könne eine Weigerung seinen Verordnungen gegenüber nicht dulden. Die versammelten Offiziere sollen Generallieutenant v. Haynau hierauf die bestimmteste Erklärung gegeben haben, daß sie es mit ihrer Ehre und ihrer Pflicht unvereinbar hielten, irgend Schritte, welche gegen die Verfassung gingen, zu thun. — Mit diesen Schritte, heißt es, werde eine Entscheidung unserer, das Staatsleben störenden Zustände herbeigeführt werden. Man zweifelt kaum, daß die Offiziere des gegenwärtig zu Hanau garnisonirenden Leibgarderegiments, sowie die des 2. Infanterieregiments zu Fulda, diesem Entschlusse folgen werden. Das gestern durch eine hohe Ordre suspendirte Generalauditorat hat diese Suspensation nicht angenommen, vielmehr haben sämmtliche Garnisonsauditeure ihre Betheiligung an dem von General v. Haynau eingereichten Kriegsgesuche versagt. — Es sind über 200 Offiziere, welche ihr Abschiedsgesuch eingereicht haben.

Kassel, 9. Okt. Die „Neue Hess. Zeitung" zeigt an, daß sie von heute an genöthigt sei, in Gotha zu erscheinen. Die heutige Nummer berichtet erstaunlich folgende Weisheit zum S. d. M.: Gestern Nachmittag hat das hiesige Garnisonsgericht noch einem mit dem Lieutenant v. Cornberg und andern bei der Verhaftung des Herrn Oetker gegenwärtigen Personen vorgenommenen Verhör sowohl dem Generallieutenant v. Haynau als dem Kassenkommandanten die sofortige Freilassung Oetkers angedroht. Bis jetzt ist die Freilassung nicht erfolgt.

Kassel, 9. Okt. Die Zeitungsdrucker sind auch wie vor verstegelt und die Druckereien militärisch besetzt. Die Neue Hessische soll deßhalb wieder in Gotha gedruckt werden, und die heute erschienene Nummer dieses Blattes giebt bereits die Engelhard-Reyherische Hofbuchdruckerei in Gotha als Druckort an. Die Post versendete trotz des Verbotes des Oberkommandanten diese Nummer, ganz als wenn sür sie keine Regierung bestände. Oetker behindet sich noch im Casteli; es scheint auch keine Aussicht vorhanden, daß er bald wieder in seinen Fuß gesetzt werden würde, denn es Haynau nimmt von den gegen ihn verfochten Einschätzerungen des nunmehr suspendirten Auditoriats keine Notiz, ebensowenig als von dem tödlichen Antrag des landständischen Ausschusses auf Verhaftnahme. Generalmajor Gerland, beförderter Stadtkommandant und Vorsteher des Garnisonsgerichts, ist gleichfalls suspendirt worden und statt seiner wurde der Oberstlieutenant von Bardeleben ernannt. Ein guter Theil der Offiziere hat, wie ich bereits gestern meldete, seine Entlassung genommen; an ihre Stelle werden Unterofsiziere rücken, und wie man hört, einige darunstädter Offiziere. Die Unterofsiziere sind Schwaben und thun ihre Pflicht, die neue Verfassung nach Gutbefinden anllegen zu wollen, haben sie sich, trotz des von ihren nächsten Vorgesetzten gegebenen schlimmen Beispiels, nicht ansteckt lassen. (K. Z.)

△ Aus Baden, 6. Okt (Schluß des in Nr. 142 abgebrochenen Berichte.) Die großdeutsche Partei der Kammer trat, wie oben angegeben, den Anstassungen der vorliegenden Frage mit Energie entgegen. Es wurde eine Kündigung des Vertrags verlangt, auf die Rohe und den jetzigen Stand der Verhältnisse gestützt. Gott sei Dank, daß für Rastadt eine Besatzung von Bundestruppen (bald österreichische bald preußische) verlangt; ebenso sehr sei es zu wünschen, daß das Land von den preußischen Truppen mit denen es beschworumt sei, befreit werde. Ein Redner hob hervor, daß die Politik des Bundestaates und Baden verschieden Interessen mit Preußen zu einer unerträglichen Occupation aber nicht zu einem Bundesstaat hingedrängt habe, daß der alte Bundesstaat nie Baden so niedergedrückt habe, wie die Unionspolitik, von der überdies weder die deutschen Völker noch die deutschen Fürsten ernstlich etwas wissen wollten, wie man aus den Mißlingen erkennen könne. Diese Meinung wurde von der großdeutschen Partei der Kammer geltend gemacht und mit großem Scharfsinn und Geiste ausgeführt. — Die Regierungskommissäre, die mit der Kündigung des Vertrags zugleich eine Kündigung der Unionspolitik und damit das Einberufen des Erfurter Parlaments hören zu müssen erwarteten, mußten unsres Erachtens stärkere Anträge als die der Kommissäre ablehnen, weil ihnen die Verhandlungen zur Erleichterung Badens nur mit diesem Kommissionsbericht anzubahnen schienen. Sie werden annehmen, daß Preußen nicht aus Großmuth, sondern aus eigenem Interesse Baden erst erretten und dann gegen andere Gewalten stützen wolle, mußten aber gerade durch die Kommission auch ihren Regierungsgewalt gefordert haben: über der Dankbarkeit gegen Preußen die Finanzlage und die Wohlfahrt des Landes nicht

zu vergessen. Sie konnten auf das Versagen Rastadt nicht mehr mit preußischen sondern mit Bundestruppen zu besetzen, fragen, wo denn der Bund sei? Sie sollen sich dagegen erklärt haben, während ihrer Verhandlung über unsere Einrichtung, den Stand der Dinge innerhalb 4 Wochen der Kommission wieder zur weitern Berathung vorzulegen. Ob die Unterhandlungen nicht scheitern werden, dieß freilich steht nun dahin. — Von einigen Rednern wurde auch gelteud zu machen gesucht, daß Oesterreich in Rastadt nur mit Rücksicht auf den Kriegszeit ein Besatzungsrecht habe; im Frieden, also jetzt, habe es nur die wenigen Genietruppen zu liefern durch welche der Festungsbau und mit ihm ein namhafter Verdienst im Gange erhalten bleibe. Die noch einquartirten Truppen bestanden im Ganzen aus 5000 Mann Bahern (in Lagern und Cantonirungen) und 2150 Mann Preußen. Die Occupationsausgaben blieben zum Theil im Lande, und monatlich komme gegen 70,000 fl. preuß. Geld noch herein. Daß Preußen nicht seine Macht gebrauche habe, um den Rückmarsch der baierischen Truppen zu vervollständigen und Baden also zur Abberufung seiner Truppen an der preußischen Armee zu verhelfen, dieser Vorwurf ist mehrfach geltend gemacht worden. — Dies ist im Wesentlichen der Inhalt der verschiedenen Vorträge in der geheimen Sitzung der zweiten Kammer am 28. September.

⊙ **Karlsruhe**, 8. Okt. Kammerbericht. In der heutigen 30. öffentlichen Sitzung der zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Bekk interpellirte der Abgeordnete Häusser den Minister des Innern wegen des Kriegszustandes. Minister v. Marschall erwidert: Sie haben nicht die Kammer vorzugsweise Gesetze über die Presse, das Versammlungs- und Vereinsrecht, so wie die Bürgerwehr berathen sehen, könne die Aufhebung des Kriegszustandes nicht erfolgen. Hierauf knüpfe zur Diskussion des neuen Staatsdienergesetzes geschritten.

△ **Aus Baden**, 9. Okt. In Baden-Baden starb am 5. d. M. der großherzogliche Hofrichter Geh. Rath Ph. v. Jagemann in einem Alter von 70 Jahren. — Nächster Tage findet eine allgemeine Diskolation mit im Großherzogthum besiegenden l. preuß. Truppen statt. — Die Commission vom Großherzogthum Baden und Frankreich werden demnächst zur amtlichen Aufnahme des Rheinthalweges schreiten, welcher die Souveränetätsgrenze zwischen Frankreich und dem Großherzogthum Baden bildet. — Das Convictgebäude in Freiburg soll seither vom preußischen Militär als Lazareth benützt wurde, wird nun geräumt und zur Aufnahme von Seminaristen hergerichtet werden.

Stuttgart, 9. Okt. Vierte Sitzung der verfassungsrevidirenden Landesversammlung. Am Ministertische: Das Gesammtministerium. Tagesordnung: Bericht der Finanzcommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Forterhebung der Strafern bis letzten Decembere 1850. Berichterstatter: Schnizer. Die Commission stellt den Antrag, dem Gesetze unter der im Wahlgesetze vom 1. Juli n. J. ausgesprochen Beschränkung zuzustimmen, daß über diesen Termin hinaus der § 114 der Verfassungsurkunde keine Anwendung finde. Im Falle der Annahme des Gesetzentwurfs beantragt indeß die Commission auch noch, in der Adresse an die R. Regierung auszusprechen, daß durch diese Zustimmung noch keineswegs über die verfassungsmäßige Zulässigkeit der R. Verordnung vom 28. August und über etwaige Erhebung nicht verwilligter Steuern überzaupt entschieden sei, und die Staatsrechtliche Commission unter Hinweisung auf § 18 des Rechenschaftsberichts des Ausschusses mit alsbaldiger Berichterstattung über diese Frage zu beauftragen. Der Berichterstatter Schniz her führt aus, daß in dem Commissionsantrage durchaus kein Vertrauensvotum für die Regierung liege, dies weder auch noch dem, was man von ihrer dreimonatlichen Wirksamkeit wisse, allzu verehrig. Auch sei die Finanzkommission abgezogt, daß sie ein unbedingtes Vertrauensvotegerungsrecht habe. Aber manchhabe einen Boden für die Berathung des Verfassungsentwurfs gewinnen wollen. Die Regierung hat die Gewalt des Volkes zwei dreimal auf die Probe gestellt, bei den letzten Wahlen hat sich der Umgewalt des Volkes deutlich bewiesen, aber trotzdem ist dreimal, während man bei jedem Ministerwechsel immer weiter rechts griff, die Landesversammlung in ihrer wesentlichen Zusammensetzung diesselbe geblieben. Möge sich die Regierung dies gefagt sein lassen. Ferner sieht in dem Commissionsantrage ein Vertrauensvotum gegen die Regierung und will die Steuern blos bis zum 1. November verwilligen, da er die feste Ueberzeugung hat, daß die Regierung auch freie Vereinbarung einer den Grundrechten entsprechenden Verfassung will. Wenn die Steuern bis letzten Dezember verwilligt werden, so heißt das, meint Herr Fetzer, mit dem Budget, nicht aber mit der Verfassung fertig werden, ist aber das Budget verwilligt, so wird man uns vorjagen. Fürst Waldeburg-Zeil für den Commissions-Antrag, möchte zwar lieber die Steuern verweigern und gegen die Minister eine Anklage schicken, aber da er erkennt, daß zu letzterem kein günstiger Zeitpunkt mehr ist, verzichtet er nach dem Rathe Uhlands darauf, weil er glaubt, daß die Justiz, die man mit verbundenen Augen meint, zuweilen auf dem linken Auge sieht, aber das rechte Auge zubindet. Wenn ein Ministerium mit preußischem Parlament, Verwurderung der Civilliste um 500,000 fl., Aufhebung der Spanagen, Streichung des Ministeriums des Innern, des geheimen Raths, des Kirchenraths ꝛc. vorgelegt würde, dann müßte die ganze Linke sich auf die rechte Seite setzen, da dann dies noch geschehen ist, so setzt sich der Redner wieder auf seinen alten Platz. Der Finanzminister erklärt die tropfenweise Steuerverwilligung für den Ruin des Staatshaushalte, unter welchem das Volk und der Staatscredit Noth leide. Die Regierung werde sich eine Abfindung des Steuerprovisoriums nicht gefallen lassen. Frhr. v. Linden bekämpft die Vorträge Waldburg-Zeill und Fetzers. Den letztern erklärte als einen unmotivirten seiner Aufmerksamkeit unwerth, sonst würde er auf denselben anderes antworten. Er ermahnt zur Verständigung, denn das Volk wolle Verfassung. Der Antrag Fetzers, welcher dahin modificirt ist, daß die Steuern bis letzten November verwilligt werden sollen, wird abgelehnt und der Commissionsantrag sammt seinen Zusätze, wie er oben angegeben ist, angenommen.

Darmstadt, 6. Okt. Die hier erschienene Verordnung über die Presse setzt zur Verpreygen folgende Strafen fest: Angriff auf die Unverletzlichkeit des Großherzogs, dessen verfassungsmäßige Gewalt oder die Thronfolge, auf die bestehende Regierungsform, die Rechtsstatute der Ehe, der Familie oder der Eigenthumsrechte, der Deutlichkeit des Edikts wird mit Geldstrafe von 10—100 Gulden und Gefängniß nicht unter 8 Tagen oder Correctionshaus bis zu 8 Monaten, — Aufforderung (wenn auch ohne Erfolg) zur Widersetzlichkeit gegen den Ungehorsam gegen die Obrigkeit oder die bestehenden Gesetze und Verordnungen mit Gefängniß oder Correctionshaus bis zu 2 Jahren, — Aufforderung zu Gewalthätigkeiten gegen eine der Ständekammern mit einer Geldstrafe von 25 bis 500 fl. und mit Gefängniß nicht unter einem Monat oder Correctionshaus bis zu einem Jahr, — Anstiftung boswillig falscher, verunruhigender, Mißtrauen oder Haß erregender Nachrichten oder Gerüchte mit Geldstrafe von 10 bis 100 fl. und Gefängniß von 8 Tagen bis 3 Monaten, — Angriff gegen Staatsbehörden mit Correctionshaus bis zu einem Jahr, Beleidigung von Staats- oder öffentlichen Beamten und Offizieren in Beziehung auf ihre Dienstverrichtungen mit Correctionshaus bis zu 6 Monaten oder Gefängniß, — Veröffentlichung eines Anklageakts vor seiner Verlesung in öffentlicher Schwurgerichtssitzung mit einer Geldstrafe von 20 bis 200 fl., — Aufforderung zu Geldeinträgen, um eine ausgesprochene Geldstrafe zu umwissen (wenn), mit 20 bis 200 fl. bestraft, — Aufforderung (wenn auch ohne Erfolg) zu einem sonstigen, mit Corrections- oder Zuchthaus bedrohten Vergehen mit 25 bis 500 fl. Geldstrafe oder mit Gefängniß nicht unter einem Monat oder Correctionshaus bis zu einem Jahr bei geringeren Verbrechen oder Vergehen mit 10 bis 250 fl. Geldstrafe und Gefängniß nicht unter 8 Tagen oder Correctionshaus bis zu 6 Monaten bestraft. Diese Strafen kommen auch bei Aufforderungen zu den oben bezeichneten Handlungen durch öffentliche und mündliche Aeußerungen in Anwendung. Die Uebertretung über Preßvergehen obiger Art gehört den Hofgerichten (in Rheinhessen den Kreisgerichten), auch dann, wenn damit ein vor die Assisen gehörendes Verbrechen oder Vergehen zusammentrifft. Unterwerfung oder Verwichtung einer Druckschrift wegen strafbaren Inhalts kann auch dann interveten, wenn eine Verurtheilung nicht erfolgt oder eine Person, gegen welche eine Anklage gerichtet werden konnte, nicht gegeben ist. Folgen sodann presspolizeiliche Bestimmungen wegen Angabe des Druckorts, des Druckers und Verlegers, Quotisation des verantwortlichen Redakteurs ꝛc. nebst Strafe für Uebertretung dieser Bestimmungen.

Darmstadt, 9. Okt. Das heutige Regierungsblatt enthält die Verordnung, die Berufung einer außerordentlichen Ständeversammlung betr. Im Eingang erklärt die Regierung: nachdem es wiederholt bei Berathung der Verfassung mit dem 1849 nicht gelungen, in der Landesvertretung Manuren Wirksamkeit zu verschaffen, welchen das Wohl des Volkes wahrhaft am Herzen liege, und welche sich zu dessen Beförderung mit der Regierung vereinigen, vielmehr einer der Staatsordnung feindliche Partei sich die Mehrheit bemächtigt habe ꝛc. ꝛc. w., so könne sie noch so betrübenden Erfahrungen und in so gefahrvoller Zeit einen aufmerksamen Beruf in seitheriger Weise mit ihren Pflichten nicht vereinigen. Hienach wird, auf Grund des Artikel 73 der Verfassungs-Urkunde, die Berufung einer außerordentlichen Ständeversammlung verordnet, welche die den Ständen verfassungsmäßig zustehenden Rechte ausüben, und an welche die geeigneten Vorlagen, zunächst ein Gesetzesvorschlag über die Zusammensetzung der landständischen Kammern und die Wahlen der Abgeordneten, gelangen sollen. Folgen Bestimmungen über die Zusammensetzung der Wahl der außerordentlichen Ständeversammlung. Dieselbe besteht aus 2 Kammern, die erste aus den 10 durch die 50 Höchstbesteuerten des Großherzogthums, dann 9 durch die Wahlkreise gewählten Abgeordneten, ferner dem katholischen Landesbischof, den protestantischen Präsidenten, dem Universitätskanzler und dem vom Großherzog ernannten Staatsdienern (höchstens 8). Die zweite wird aus 56 gewählten Abgeordneten gebildet. Die Wahlen sind indirekt. Urwahler ist jeder Staatsbürger, welcher 25 Jahre zählt und seit Anfang des Jahres Verfassungsrecht besitzt: ausgenommen sind die in der Ausübung ihres Staatsbürgerrechts Gehinderten und die Almosenempfänger. Zum Wahlmann wählbar ist jeder Urwähler. Wählbar zur zweiten Kammer ist jeder 30 Jahre alter Staatsbürger, mit Ausschließung der obigen bei den Kategorien und den jüngsten Verbrechens oder Vergehens Verurtheilten: für die Wählbarkeit in die erste Kammer ist überdies 150 fl. jährliche direkte Steuer oder 2000 fl. reines Einkommen erforderlich. Oeffentliche Beamte bedürfen zum Eintritt in eine der beiden Kammern keines Urlaubs.

Mainz, 4. Okt. Rein, diese verfassungswidrige Wirthschaft ist denn doch nicht zum Aushalten! Horet und staunet, wie selbst ihm, dem Erhabenen, es ergangen ist! Classisch tänzelnd schritt Herr Müller-Melchiors, den vernichtenden Entschluß im Angesichte, aber die Rheinbrücke nach Cassel zu. Als Sturmbock der Steuerverweigerung konnte er natürlich an ein Zahlen der Brückengebühr nicht denken, die Verfassungswidrigkeit des Hinein aber ist wahrhaft entsetzlich! Herr Müller-Melchiors wurde gestellt, er weigerte die die Zahlung, man drohte ihm mit Pfändung. — Händel sollen ein Protokoll über seine Weigerung

aufnehmen, das Brüdergeld auf dem Wege der Klage an ihn fordern, und somit die Gerichte über die Frage der Steuerverweigerung entscheiden lassen. Hänlein aber erwiderte: in seinem Mandate stünde nur von Bezahlen des Druckergeldes und keine Spitze von Protestation. Luthmer bezahle der Herr, aber wanzle wieder zurück nach Mainz. Damit Basta! Alles Parlamentiren half nichts, und da Herr Müller-Melchiors sich denn doch nicht gar zu arg und zopt schon selbst auf den Mund schlagen wollte, so mußte er, wie er gekommen war, wieder nach Mainz zurückkehren. O der Schmach! Ihn Ihn so tief zu kranken! Ist denn aller Aleipelt vor den Baiern des Volkes geschwunden? Gar bitter muß die Erfahrung gewesen sein, denn Leute von Augenmaß behaupten, Herr Müller-Melchiors sei bei der Rückkehr ungefähr ¾ Zoll kleiner gewesen, als auf dem Hinwege!

(W. J.)

Frankreich.

Paris, 5. Okt. Die Redakteurs des „Univers," die Herren Louis Veuillot, Melchior du Sac, Eugene Veuillot, Roux-Lavergne, Jules Gondon, Coquille, E. Tacconet, und der Gerant Barrier haben an den buchwärdigsten Herrn Erzbischof ein vom 3. Okt. datirtes Schreiben gerichtet, worin sie sich dem „allerdings harten Urtheile" desselben gegen ihr Journal als gehorsame Söhne der Kirche unterwerfen, und erklären, daß sie sich bestreitigen werden, seine Ermahnungen gewissenhaft zu beräcksichtigen. „Wir hatten vor, heißt es unter Anderem, zum höchsten Richterstuhl in katholischen Angelegenheiten unsere Zuflucht zu nehmen, am aufgeklärt zu werden. Dadurch wollten wir keineswegs das höchstes Recht Ihrer Person, noch auch eine Macht schwächen, welche so kräftig ist in der Erhaltung der wahren Lehre und der Verbesserung der Sitten. Ueberzeugt jedoch von der Tragweite, die Ew. Hochw. selbst den Vorwürfen zu geben gedenkt, so wie auch über den inneren Werth unseres Werkes beruhigt, werden wir unser Vorhaben, zu recurriren, aufgeben und bitten Sie daher, unsere Unterwerfung, Gesinnungen für die Kirche, für die Autorität und für Ihre Person eingedenk zu sein." Die unterzeichneten Redakteure ersuchen dann den Hrn. Erzbischof, in seiner Gerechtigkeit berücksichtigen zu wollen, die viele Nachsicht man mit Leuten haben müsse, welche in einem Journale in so kurzer Zeit die Wahrheit gegen die immer unwürdige Angriffe zu vertheidigen haben, und erklären schließlich, daß das „Univers" durchaus nicht das Organ der Geistlichkeit sei, wie man es so gerne bezeichne, sondern ausschließlich das Werk von Laien. Der Hochwürdigste Hr. Erzbischof hat an die genannten Redakteure an demselben Tage ein sehr freundliches Antwortschreiben erlassen, in welchem es u. A. heißt: „Eure Unterwerfung, meine Herren, unter die bischöfliche Autorität erfüllt meine Seele mit Freude, wegen der Ehre, die der Religion und der Kirche daraus erwächst. Diese Unterwürfigkeit ist aber auch nur Sie die wertete: alles wollen wir. Sie nach Frankreich führen." Der Erzbischof entgegnete: „Ich gehe hin, wohin die Regierung mich transportirt." Man bat ihm im Namen des Ministeriums Reisegeld an. Der Erzbischof erklärte, daß er von der Regierung durchaus nichts annehmen werde. Unterdessen war das Gerücht verbreitet, Msgr. Franson sei nach Frankreich in die Verbannung gebracht. Von Rom und Fern strömte Alles zusammen, um den muthigen Glaubenskämpfer die schuldigen Huldigungen darzubringen. Seine Reise schien nicht die eines Verurtheilten, sondern eines Triumphators zu sein. Den Bergbewohnern stoßen die Thränen auf den Augen. Sie baten inieend um bischöflichen Segen. Um 6 Uhr Abend kam er in Briançon an, wo er in einem Gasthofe sein Absteigequartier nahm. (Forts. in der folgenden Nummer.)

Neuestes.

Der N. M. Ztg. wird aus Frankfurt, 7. Okt. geschrieben: Man versichert allgemein, daß

ernstlichen Auftritten kommen? Es läßt sich auf diese Doppelfrage heute noch keine bestimmte Antwort ertheilen; nur so viel ist gewiß, daß jene ihrer bisherigen Gleichgültigkeit sich entnommen haben und wieder selbstthätig zu werden beginnen. Bei ihrem Wiederzusammentritt in die Geschäfte wird die gesetzgebende Versammlung diese zahlreiche, lärmende, nicht selten gesahrliche Menschenklasse wieder ganz bereit finden, von neuem an den parlamentarischen Verhandlungen mit mehr oder weniger irregelenter Leidenschaftlichkeit sich zu betheiligen, und die Abenteurerlust in Putereien mehren sich. Gestern erhob sich Hr. Poitevin, der schon mehrere solche Fahrten zu Pferd und zu Eisel unternommen, auf einem großen Vogel Strauß. Er war von drei andern Reitenden begleitet. Von der Erde hinweg sah er auf dem Riesenvogel, in einer Höhe von 100 Metres aber kletterte er zu einem Fenster in den Rachen.

Italien.

Die piemontesischen Blätter bringen heute das amtliche Erkenntniß gegen den Hochwürdigsten Hrn. Erzbischof von Cagliari, Msgr. Marongiu-Nurro. Auf die dem wurdigen Prälaten am 21. Sept. gestellte Alternative, entweder die von ihm ausgesprochene Excommunikation binnen 24 Stunden auszurufen und im Gange zu retrahiren, oder das Land zu verlassen, antwortete derselbe am demselben Tage Abends 8 Uhr, daß er die Wirkungen der Kirchengesetze, deren Wächter er sei, nicht widerrufen könne. Im Uebrigen sei er in Allem, was dem Willen Gottes, der durch die Gesetze der Kirche ausgedrückt wird, nicht zuwiderlaufe, der Regierung des Königs stets sehr unterthan. — Ein Beiblatt des Turiner ministeriellen Blattes enthält das Requisitorium des Generaladvokaten gegen den Erzbischof von Turin. Wir heben daraus hervor, daß das öffentliche Ministerium erklärte, es wolle von der Frage, ob der Minister Santa Rosa excommunicirt gewesen sei oder nicht, absehen. Es sei viel mehr Sache jedes Gläubigen, sich darüber zu entscheiden, wenn er dem Minister die Sakramente verweigert habe, sich einen Mißbrauch seiner Gewalten habe zu Schulden kommen lassen. Also ein Bischof mißbraucht seine Gewalt, wenn er selbst einem mit der Excommunikation Behafteten die Sakramente verweigert. Die „Armonia" veröffentlicht einen Revisbericht des Cocher. Hrn. Erzbischofs, dem wir Folgendes entnehmen. Nachdem der würdige Prälat das gefällte Urtheil mit der heiligen Ergebung, mit dem ruhigen Muthe, die dem tapfern Glaubenskämpfer eigen sind, angehört hatte, ließ er von seinen Kleidern die Abzeichen der bischöflichen Würde entfernen. Der Staatsrath, welcher Hausstrage war, den Erzbischof bis an die Grenze zu führen, fragte, wo er ihn hingehe. Msgr. Franson antwortete hierauf mit Würde: „Ich habe das Recht, in Piemont zu bleiben. Meine Pflicht ruft mich in die Diocese. Wenn mich die Regierung aber verbannen will, so gehe ich, wohin man mich schickt." Man entfernte sich. Alsso wollen wir. Sie nach Frankreich führen." Der Erzbischof entgegnete: „Ich gehe hin, wohin die Regierung mich transportirt." Man bot ihm im Namen des Ministeriums Reisegeld an. Der Erzbischof erklärte, daß er von der Regierung durchaus nichts annehmen werde. Unterdessen war das Gerücht verbreitet, Msgr. Franson sei nach Frankreich in die Verbannung gebracht. Von Nah und Fern strömte Alles zusammen, um den muthigen Glaubenskämpfer die schuldigen Huldigungen darzubringen. Seine Reise schien nicht die eines Verurtheilten, sondern eines Triumphators zu sein. Den Bergbewohnern stoßen die Thränen auf den Augen. Sie baten inieend um bischöflichen Segen. Um 6 Uhr Abend kam er in Briançon an, wo er in einem Gasthofe sein Absteigequartier nahm. (Forts. in der folgenden Nummer.)

Neuestes.

Der N. M. Ztg. wird aus Frankfurt, 7. Okt. geschrieben: Man versichert allgemein, daß schon in diesen Tagen die Bundesversammlung von Seite Rußlands und Frankreichs anerkannt und mit Gesandten beschickt werde.

Frankfurt, 9. Okt. Die neue Hessische Zeitung läßt sich in ihrer letzten Nummer mit großem Behagen von hier aus melden, „als vor einigen Tagen Hoffestzüge im Gefolge des Kurfürsten in einer Woge 1. Ranges in das Theater getreten, habe von allen Seiten ein hunderstimmiges Geschrei die bereits begonnene Aufführung so lange unterbrochen, bis der Verhaftte sich aus dem Theater entfernte u." An dieser Erzählung ist, wie wir der Neuen Hessischen zu ihrem Bedauern versichern können, auch nicht eine Silbe wahr. (M. J.)

Wien, 5. Okt. Wir wir hören, haben folgende österreichische Regimenter die Bestimmung erhalten, als Bundestruppen an die hessische Grenze aufzubrechen: Die Division des FZM. v. Parrot, welche jetzt in Böhmen steht, mit den Brigadegenerälen Baron Horvath, Graf Leiningen und Baron Gleichen, in sieben Division gehören die Miguel, Hauguwitz und Wellden und das 16. und 18. Jägerbataillon; dann das Dragoner-Regiment König von Bayern und das Ulanenregiment Erzherzog Karl, nebst einer reitenden und zwei Fußbatterien. Die zweite Division soll aus dem Vorarlberg kommen und steht unter Sr. kaiserl. Hoheit dem Erzherzog Leopold; dieser ihm kommandiren die Generale v. Collery, v. Gorger und Baron Blomberg. Die drei zu dieser Division gehörigen Regimenter sind: Erzherzog Ludwig, Nugent und Benedek mit dem 1. und 7. Jägerbataillon vom Kaiser-Regiment; von Reiterei gehört dazu das Chevauxgers-Regiment Fürst Windischgrätz und das Kürassier-Regiment Erzherzog, dann eine reitende und zwei Fußbatterien. (K. J.)

Von der österreichischen Grenze, 6. Okt. Wie wir aus bester Quelle vernehmen, rücken diese Tage zwei österreichische Armeedivisionen, die eine aus Vorarlberg, die andere aus Böhmen, an die hessische Grenze vor. Sie bestehen aus 6 Regimentern Infanterie, 4 Jägerbataillonen, 4 Cavallerieregimentern und einer entsprechenden Anzahl von Geschützen. Beide Abtheilungen, lauter Kerntruppen, die auf den italienischen und ungarischen Schlachtfeldern ihre Bravour bereits erprobt haben, bilden eine imposante Macht von etwa 30,000 Mann, die schon bis zum 18. Okt. in der Gegend von Fransfurt versammelt sein wird. (W. J.)

Wien, 7. Okt. Es hilft kein Verbergen mehr, schreibt ein Correspondent der „Ztg. Ztg.", die Spannung zwischen Oesterreich und Preußen ist seit Jahren nicht schroffer und schwieriger gewesen, als diesen Augenblick. Um vor der Oeffentlichkeit wenigstens den Schein zu retten, sind in der letzten Zeit mehrere preußische Noten und die darauf ertheilten Antworten im strengsten Geheimniß gehalten worden, indem der darin angeschlagene Ton noch mehr dennruhigt haben würde, als bereits schon der Fall ist.

Berlin, 8. Okt. Aus zuverlässiger Quelle wird der „Const. J." mitgetheilt, daß nochdem der Frieden mit Dänemark allseitig ratificirt ist, die „Gefion" durch ein preußisches Schiff nach Bremerhafen convoyirt werden wird.

T. D. Paris, 8. Okt. In der Permanenz-Commission stellte O. Barrot wegen des Gerüchts über beabsichtigte Staatsstreiche eine Interpellation. General d'Hautpoul widersprach diesen Besorgnissen, verweigerte aber der Armee zu verbieten: Vive l'Empereur zu rufen.

Turin, 5. Okt. Das Obergericht von Thurgau hat sich für die Herausgabe der dem Dittator Gegg, Jos. Wild und dem Oberst Kawierch abgenommenen Kriegskasse von 7650 fl. an die badische Regierung entschieden.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Wirthschaftsbehörde: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Beisätze und Beilagen frei.

Nr. 245. Würzburg, Samstag den 12. Oktober. **1850.**

Der revolutionäre Jubel über die Vorgänge in Hessen.

Vor nicht gar langer Zeit hatte der bayerische Radikalsaft in der Kammer die Erfindung einer „legalen Demokratie" gemacht; in Hessen-Kassel geht das Erfindungsgenie weiter, man hat dort eine „legale Revolution" auf die Welt gebracht. Durchsieht man die öffentlichen Blätter, so findet man brünstige in jener Zeile einen Jubeltausbruch über diese glückliche Erfindung; man glaubt, nun einen Anlaß gefunden zu haben, ganz vollständig seine revolutionnaire Gesinnung in die Welt hinaus verkünden zu können, ohne daß man sich zu sehr compromittirt. Wer in der Welt darf etwas gegen eine „legale Revolution" einwenden? Ganz ohne Scheu traut man daher seine Sympathie für die Kammer in Hessen aus, für ihre Handlungen, und zum Theil für ihre Gesinnungen und Pläne; man ist voll Bewunderung über das tactfeste Benehmen des landständischen Ausschusses, voll Dankbarkeit für die kräftige Wahrung der Constitution, und die proclamirte Abschaffung des deutschen Bundes; voll Entzücken über das Benehmen der Bureaukratie, namentlich der Gerichte, welche der Revolution offen sich anschlossen; man preist in tagtäglichen Hymnen das Benehmen des Kasseler Magistrats, der Bürgerwehr, die imposante Haltung des Volkes, und mehrt sogar mit frommer Angewerbrehung, daß man in Kassel am Jahrestage der Constitution einen feierlichen Gottesdienst abgehalten habe. — Die Revolution in Kassel ist das Prodstück des großen Schauspiels, welches man in allen deutschen Staaten mit Jubelgruß von Oesterreich aufführen wollte. So fing waren die Gesichtsdreier unter den Hauptrevolutionärs, daß sie einen sofortigen totalen Sturz der Monarchie nicht für möglich hielten; man kam daher auf die Erfindung einer Staatsform, wo das Königthum nichts mehr, eine einzige, demselben zur Seite gestellte revolutionaire Kammer aber Alles war, wo es dieser gegeben sein sollte, jeden Augenblick den Gang der ganzen Staatsmaschine durch Steuerverweigerung zu hemmen, und die Anarchie herbeizurufen. — Was in Kassel geschehen und geschieht, das sollte allenthalben zur Ausführung kommen, die sog. legale Revolution, die Revolution durch eine übermächtige, der Monarchie und allen Grundlagen der bestehenden Gesellschaftsordnung feindliche, aus allen Wühlern Schreiern eines Volkes zusammengesetzte Kammer, diese sollte der Monarchie und den gegenwärtigen Gesellschaftszuständen das Genick brechen, und uns die Freuden einer vollendeten Demagogenherrschaft bescheeren. Wie leicht begreiflich daher, daß man in allen Kreisen der revolutionären Welt, in den Staublammern der Bureaukratie in den Cafehäusern und sonstigen politischen Literatisumpf, so gut wie in den Demokraten- und Wühler-Clubs, ein Hosianna der Revolution in Hessen zujauchzt!

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 9. Okt. Hr. Henkel hat seit mehreren Tagen seine ständige Wohnung im landständischen Hause genommen, da er daselbe nicht verlassen kann, ohne verhaftet zu werden. — Staatsprokurator Moetz, zugleich Oberauditeur beim hiesigen Generalauditoriat, ist des letzteren Amtes enthoben worden. Dem Benehmen nach soll Advokat Schimmelpfennig aus Hersfeld als Auditeur dem Kriegsgericht beigezogt werden. — Nach Mittheilungen in der „Dornisse" waren die heute Morgen von vier Bürgergarden die Wachen niedergezogt worden. Die Generale v. Uslf und Gerland sollen dem Benehmen nach vor ein Kriegsgericht gestellt werden. — Der Gendarmerieoommandant Stähle hat sich beide Beine gebrochen. — In Hersfeld ist der Bezirksdirektor v. Benning suspendirt worden. — Die „N. Hess. Z." berichtet: General-Lazarus hat vom 7. Offizierscorps creirt, daß er Vollmacht zur Bewilligung der erbetenen Abschiede habe, den Petenten jedoch eine 24stündige Bedenkzeit zugestehe. — Auch der neu ernannte Commandant von Kassel, Oberstlieutenant v. Barbeleben, hat seinen Abschied verlangt. — Heute Morgen haben sämmtliche Offiziere hiesiger Garnison, mit Ausnahme von 14, folgendes Entlassungsgesuch eingereicht: Die unterzeichneten Offiziere erlösen Angesichts des Conflicts von Pflichten, welcher ihnen einerseits durch die Pflicht des Gehorsams, andernteils durch die edlich übernommene Verpflichtung auf Beobachtung der Verfassung beworfen, um so mehr durch die Entscheidung kurfürstlichen Generalauditoriats noch mehr befestigten Ueberzeugung von der Verfassungswidrigkeit der Verordnungen vom 7. und 28. Sept. d. J., daß sie sich gedrungen fühlen, nunmehr den Abschied zu nehmen, wobei sie zugleich den dringenden Wunsch aussprechen, so lange bei den respektiven Corps und Compagnien belassen zu werden, bis im Interesse der Disciplin, sowie namentlich zu Verhütung einer etwaigen freiwilligen Auflösung des Regiments Allerhöchstenorts Vorsorge getroffen worden ist, wobei sie jedoch noch schließlich die Erklärung abgeben müssen, daß sie in der Zwischenzeit der Eingabe des Abschieds und der Ertheilung desselben einer jeden Anordnung die Folge versagen müssen, die sie für einen Ausfluß der Verordnungen vom 7. und 28. September halten. — Bis jetzt (Abends 8 Uhr) haben noch weitere 10 Offiziere ihre Entlassung eingereicht.

Kassel, 10. Okt. Man vermimmt, daß auf die Weisung des Oberbefehlshabers an das hiesige Offizier-Corps, sich entweder unbedingt seinen Befehlen zu unterwerfen, oder die Dimission einzureichen, eine große Zahl der letzteren entschlossen habe. Genaueres läßt sich im Augenblicke nicht darüber berichten. (K. J.)

Kassel, 10. Okt. Wenn in verschiedene Blätter die Nachricht übergegangen ist, es hätten „über 200 Offiziere" ihre Entlassung eingereicht, so muß man erklärend sagen, wofür sonst alle diese Offiziere kommen sollen; es befinden sich deren hier kaum etwas mehr als einhundert, und wenn auch die Mehrzahl dieses Hunderts in der ersten Aufwallung dem Beispiele der Bataillonskommandanten zu folgen sich bereit erklärte, so sind sie damit in Wirklichkeit um endgiltig noch nicht aus dem Dienste getreten und ihr Mann unter der Augen von gar Vielen unter ihnen ganz andere Ansichten äußern, als die, welche sie aus mißverstandenem militärischem Ehrgefühl in Gesellschaft ihrer Kameraden zur Schau tragen zu müssen glauben. Lieutenant Bauer ist nicht, wie gemeldet wurde, von Oberstlieutenant Petri, seinem nächsten Chef, verhaftet worden, ebensowenig haben andere Offiziere dem Generallieutenant v. Haynau einen Protest überge ben, oder gar Miene gemacht, denselben verhaften zu wollen. Ueber solche Ungenauigkeiten die betreffenden Offiziere nicht wenig ungehalten. (K. J.)

Kassel, 10. Okt. Nachfolgend thrile ich Ihnen die Rede mit, welche Herr Generallieutenant v. Haynau den gestern zu ihm behufenen Regimentscommandeuren und übrigen höhern Staatsoffizieren gehalten hat: „Meine Herren! In vierundzwanzig Stunden wird es sich zeigen, ob der Kurfürst ein Herr hat, welches seinem Fahneneide und mit diesem seinem Verfassungseide treu ist. Es ist fast unbegreiflich, wie Gewissenlosenheit über die Ausführbarkeit und Giltigkeit der Verordnung entstehen konnte; jeder Sie, meine Herren, den § 108 der Verfassungsurkunde, und Sie werden deutlich sehen, wie eine Verordnung durch die Contrasignatur eines Ministers volle Giltigkeit und Ausführbarkeit erhält. Ich selbst habe Ihnen am 8. Jan. 1832 den Verfassungseid abgenommen, und bin daher gewiß nicht gewigt, irgend etwas von Ihnen zu verlangen, was gegen die Verfassung wäre. Ich bin daher die Verfassung beschworen und werde meinen Eid treu halten. Se. königl. Hoheit will die Verordnung ausgeführt haben und wird sie ausführen. Ganz Europa sieht auf uns. Wegen Sie sich also, die Verordnung anzuführen, so werden fremde Truppen solches vollführen, und dann werden Sie die Verfassung zertrümmert haben, statt sie zu schützen. Denn darauf können Sie sich verlassen, daß man eine so freie Verfassung nicht wird bestehen lassen, wie die unsrige. Wer also mit seinem Fürsten und seiner Verfassung ist, der kann es nur dadurch beweisen, daß er die Verordnung treu und pünktlich ausführt. Meine Herren! sagen Sie den übrigen Offizieren und ich bin überzeugt, daß sie von ihrem Irrthum zurückkommen und treu sein werden ihren Fahnen und Verfassungseid. — In Folge hier an Ansprache haben sämmtliche Offiziere (mit Ausnahme des beinahe ganzen Corps der Kurfüst-Husaren, bis auf einen, den Lieutenant v. Stein) ihren Abschied eingereicht. Weiter haben sich ausgeschlossen von der Abschiedsnahme: vom 3. Infanterieregiment: Lieutenant der Reserve der Lieutenant Bauer; von dem 1. Infanterieregiment Lieutenant v. Posberg und Lieutenant v. Reinhard; vom 2. Infanterieregiment keiner; vom 3. Infanterieregiment Lieutenant Schmidt; vom Schützenbataillon keiner; ferner Capitän v. Oberhauen von den Jägern und Lieutenant Oberneuffab. — Die Offiziere der Kriegsschule dagegen sollen ebenfalls ihre Entlassung eingereicht haben. (F. D. J.)

Hanau, 10. Okt. Nachdem die Nachricht, daß das Offizierscorps um seine Entlassung gebeten, Bestätigung gefunden hatte, brief der Regierungscommandant, Oberst Weiß (welcher im Ministerium des Portefeuille des Kriegs führte) die Offiziere seines Regiments, soweit sie hier anwe-

send sind (ein Bataillon ist seit kurzem nach Kassel verlegt), und stellte denselben vor, daß es, im Fall die Entlassung ihrer Kameraden in Kassel angenommen werde, Strempflicht sei, mit denselben gleichen Schritt zu halten. Einhellig wurde ihm beigestimmt, und es leidet keinen Zweifel, daß die Offiziere des um Wilhelmsbad cantonnirenden Leibgarderegiments, sowie die der hier und in der Umgegend stehenden Husaren- und Artillerieabtheilung dem Beispiele folgen werden.

Marburg, 10. Okt. Unsere Gesellschaft steht fast ohne Ausnahme auf Seiten des Kurfürsten, und wenn ihr auch hie und da etwas mehr Muth und Entschlossenheit zu wünschen wäre, so hält sie doch fest an dem von ihr geschworenen Eide.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Der Armeebefehl des Generals v. Willisen lautet vollständig: „Hauptquartier Rendsburg, den 6. Okt. 1850. An die Armee. Die Tage vor Friedrichstadt sind nicht glücklich gewesen, aber sie sind Ehrentage für die Armee geworden. Der Sturm am 4. auf den von Natur und Kunst gleich festen Platz ist eine so schöne Waffenthat, wie irgend eine Armee sie aufzuweisen hat. Alle Waffen haben ihre Pflicht gethan. Der Oberst v. d. Tann hat das ganze Unternehmen mit gewohnter Thätigkeit und mit Ruhe geleitet, aber unaufgeräumt geleitet. Das 1. Jägerkorps hat seinen alten Ruhm bewährt, das 11. und 15. Bataillon haben sich ruhmvoll benommen; das 6. Bataillon aber hat zwei Drittheile seiner Offiziere auf dem Platze gelassen. Das Bataillon darf mit Stolz den Namen „Friedrichstadt“ in seine Fahnen schreiben. Die Artillerie hat sich, wie immer, ausgezeichnet betragen. Die schwierigen Einleitungen, durch das sehr schlechte Wetter ungeheuer erschwert, sind von ihr mit der größten Umsicht angeordnet und mit größter Standhaftigkeit durchgeführt worden. Die Pionniere sind vor keiner Schwierigkeit zurückgetreten. Nur unüberwindlich Hindernisse konnten solcher Tapferkeit Schranken setzen. Zum zweiten Male haben wir versucht, durch weitliegende gewagte Unternehmungen den Feind zum gleichen Kampfe aufs freie Feld heraus zu locken; es hat auch diesmal nicht gelingen wollen. Wir müssen, wie es scheint, ferner Geduld haben. Durch das Aufgeben des Angriffs ist gegen die frühere Lage Nichts verloren. Unser Verlust ist sehr schmerzlich, aber das Selbstbefühl der Armee kann nur zunehmen dadurch, daß sie auch vor solchen schweren und gefahrvollen Unternehmungen, wie die gegen Friedrichstadt, nicht zurücktreten, sie vielmehr ruhmvoll, wenn auch nicht glücklich, bestanden. Jeder, welcher die Armee in diesen Tagen gesehen, wird ihr die vollste Anerkennung nicht versagen. Ich danke allen Truppentheilen, welche an dem Unternehmen haben Theil nehmen können, im Namen des Vaterlandes für das, was sie dabei geleistet haben. Das Vaterland rechnet auch ferner auf ihre volle Hingebung. Ich erwarte von den Truppen ihre Berichte, um einzelne hervorstehende Handlungen durch Beförderung belohnen zu können. Der commandirende General v. Willisen.“

Vor Rendsburg, 7. Okt. Man ist endlich im Generalstabe zu der Einsicht gekommen, daß eine Belagerung von Friedrichsstadt, wie sie bisher geschah war, zu den Unmöglichkeiten gehört, und hat demnach seit gestern Abend dieselbe entschieden aufgegeben. Heute befindet sich bereits das schwere Geschütz, die Baterien und die Infanterie auf dem Wege zur Festung, nachdem gestern den Morgen noch ein kleiner Kampf zwischen einer feindlichen Recognoscirungspatrouille und der schleswig-holsteinischen Infanterie stattfand. Die Patrouille zog sich bei Ankunft der diesseitigen Position noch einigen Schüssen zurück, wurde jedoch von der Infanterie noch eine Strecke verfolgt und verlor mehrere Todte und Verwundete.

Jetzt kann man bis zum Eintritt des Frostwetters den Krieg für beendigt halten, und da dieser noch gute 3 Monate dauern kann, so können wohrend dieser Zeit noch manche Ereignisse eintreten, welche die Streitigkeiten auf einem anderen Wege als durch Waffengewalt zu Ende bringen. (N. Pr. Z.)

Flensburg, 3. Okt. Die „Flensb. Ztg.“ theilt mit, daß bis heute ungefähr 40 Dänen, meist Leichtverwundete, worunter 2 Offiziere, aus Friedrichstadt hier eingebracht seien und daß in Husum ungefähr eine gleiche Anzahl liege. Auch spreche man, schreibt das erwähnte Blatt, von 40 Kimbowpfenn friedrichstadt, worunter nicht wenig Frauen und Kinder, die bereits als Opfer gefallen seien.

Deutschland.

Mainz, 8. Okt. Unterm 28. August hat der Minister des Innern, v. Dalwigk, ein Ausschreiben an sämmtliche Regierungskommissionen erlassen, in welchem den Behörden eingeschärft wird, ihre für das Publikum bestimmten Bekanntmachungen nicht mehr in öffentlichen Blättern erscheinen zu lassen, welche eine der Regierung feindselige Tendenz befolgen, indem nicht zugegeben werden könne, daß solche Blätter von den Organen der Regierung selbst unterstützt wurden.

Koburg, im Okt. Unser Herzogthum gehört zu denjenigen deutschen Ländern, in denen die Wühlereien der Demokraten am wenigsten thätliche Bethätigung gefunden haben. Die größte Rolle hiebei hat der Rechtsanwalt Fredor Streit gespielt, ein junger Mann, der seit 1844 die Universität verlassen, die juristische Prüfung gut bestanden und zu schönen Hoffnungen berechtigt hat. Im Beginne seines Aeceffes bei einem benachbarten Justizamte war derselbe in die geistige politische Bewegung von 1848. Von Jugend auf exaltirt, und in dem Glauben, zu einer großen Rolle bestimmt zu sein, kehrte er dem juristischen Gamaschendienst den Rücken, trat ohne alle finanziellen Mittel als Agitator für „die deutsche Republik“ und für „die gleiche Freiheit“ auf, ward Herausgeber zweier demokratischen Zeitschriften, Vorstand des demokratischen Bürgervereins und permanirender Präsident der „Volksversammlungen“, war fast drei Viertelsahr lang wegen versuchten Hochverraths in Untersuchungshaft und benutzte dann die wiedererlangte Freiheit, um das frühere Treiben mit erhöhter Energie fortzusetzen. Dieser Fredor Streit ist es, der gegenwärtig die Federn der Justizbehörden, die spähenden Augen der Polizei und die Neugierde des kleinstädtischen Publikums auf die seltsamste Weise in Anspruch nimmt. Seit drei Wochen nemlich ist er verschwunden, Steckbriefe sind hinter ihm erlassen, die Polizei und Gensd'armerie forschen und fahnden nach ihm aber Orten, er aber geht fortwährend durch die heftigsten Artikel in seinen Blättern Lebenszeichen von sich, verwahrt sich gegen den Verdacht der Flucht und erhebt aus seinem wahren Versteck heraus criminelle Anklagen gegen diesigen Behörden, die ihn verfolgen lassen. Als endlich dieser Streitsache sogleich die maßlosesten Verunglimpfungen des Bürgermeisters Oberlander enthielt, war durch diese Artikel die Masse so aufgeregt worden, daß man bei nächtlicher Weile dem Bürgermeister die Fenster einwarf. Solche Exesse wiederholten sich in den folgenden Nächten und der Magistrat glaubte daher zu einer strengen Aufsicht auf den Einhalt der Polizeistunde in den Wirthshäusern dann genommen zu können; aber die öffentliche Mahnung an die Polizeistunde hatte formliche Straßentumulte zur Folge, welche nicht unbeutlich an das Jahr 1848 erinnerten. Nun erwachte die Bürgerwehr aus langem Schlummer und stellte die nächtliche Ruhe wieder her; einige fremde Landwerksgesellen wurden aus der Stadt gewiesen und das Staatsministerium publicirte einstweilen aus dem von den Landständen bereits genehmigten thüringischen Strafgesetzbuche die Artikel für Aufruhr und Tumult. So ist es gelungen, weiteren Exessen Einhalt zu thun. Es scheint aber, als ob die ganze hiesige demokratische Presse dem Erlöschen nahe sei. Sie hat sich nur gehalten durch die Fähigkeit des Rechtsanwaldten Streit, der Verfasser, Redakteur und Drucker in einer Person ist. Sobald jedoch das Werkzeugsbesitz desselben zu Ende sein wird, erwartet ihn das Gefängniß und zwar voraussichtlich auf lange Zeit; denn er ist in zahlose Preßprozesse verwickelt, die wohl sämmtlich einen üblen Ausgang für ihn haben werden; außerdem steht ihm ein Zwangsbott wegen verweigerten Zeugnisses vor dem Untersuchungsrichter und wegen versuchten Hochverraths dann täglich ein verurtheilendes Erkenntniß entgegen. Seine Thätigkeit wird also bald auf Monate hinaus gebrochen sein und dann wird es unserer demokratischen Partei an jedem kreibenden Elemente fehlen. Wir bedauern in dem Rechtsanwaldten Streit ein an sich bedauernswerthes Ehrgeize untergegangenes Talent und wünschten übrigens seine zähe Andauer und seine unermüdliche Rührigkeit vielen unserer konstitutionellen Parteifahrern. (Ist bereits oerhaftet.) (D. Z.)

Schwerin, 7. Okt. Die heutige Mecklenb. Ztg. erhält unter „Amtliche Bekanntmachungen“ zwei Verordnungen. Die erstere betrifft zur Deckung der außerordentlichen Landesbedürfnisse für den Zeitraum vom 1. August b. J. bis zum 1. Februar 1851 „nach erfolgter Zustimmung des engern Ausschusses von Ritter- und Landschaft“, für die zweite Hälfte des laufenden Jahres eine außerordentliche Grundsteuer und eine außerordentlichen Contributionen angeordnet. — Die zweite Verordnung sagt, daß durch die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes vom 10. Okt. v. J. auch die in dasselbe aufgenommenen Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 27. Dezember 1848, betreffende die Grundrechte des deutschen Volkes, in Mecklenburg-Schwerin — das Staatsgrundgesetzes ihre Kraft verloren haben. Da es jedoch zweifelhaft schienen könnte, ob nicht dem gedachten Reichsgesetze dessenungeachtet noch eine selbständige Gesetzeskraft verblieben sei, dasselbe aber nur als ein Theil der beabsichtigten, dennnächst nicht zu Stande gekommenen Reichsverfassung im voraus bestimmt worden sei, daher seine Bedeutung verloren habe, so werde dasselbe außer Wirksamkeit gesetzt.

Wien, 5. Okt. Die Vorgänge in beiden Hessen sind ihrer innersten Natur nach ein Kampf zwischen dem Prinzip der Volkssouveränetät und dem monarchischen Prinzip. Ich kenne mich nicht, Denjenigen, der das letztere vertigen will, einen Feind des menschlichen Geschlechts zu nennen. Die Geschichte kraft das Prinzip der Volkssouveränetät Lügen, denn wäre dasselbe allgemein gültig, so müßte die Demokratie die Staatsform gewesen sein. Davon schweigt die Geschichte: sie kennt Monarchien, die weit über Abrahams Jünasfreichen, aber keine einzige Republik, viel weniger eine Demokratie, die sich eines gleich hohen Alters rühmen konnte. Die Republiken des Alterthums haben ursprünglich Könige vorgestanden, wie Jeder weiß, der sich mit ihrer Geschichte auch nur so oberflächlich beschäftigt hat. Das beweist dasjenige hin, daß die Monarchie, auf den Beirath der großen Familienhäupter beschränkt, weit eher die Urform des Staats gewesen sei, als die Demokratie. Reine Demokraten gab es im Alterthume übrigens gar nicht; fessen demokratischeste Staaten hatten Sklaven, folglich einen herrschenden und einen beherrschten Theil der Bevölkerung. Was die Monarchie als älteste bekannte Staatsform war, so folgt von selbst die historische Ausschließung des Prinzips der Volkssouveränetät, das in seiner jetzigen Auffassung ein Produkt der spätesten Zeiten ist. Der notwendige Schutz hat die Monarchien der ursprünglichen Zeit gegründet, wie Jeder, der zu denken vermag, anerkennen muß. Aus dem Verhältnisse des Vaters zu den Kindern, des Stammesoberhauptes zu den Stammesgliedern allein kann die erste Monarchie hervorgegangen sein, ja schon das Verhältniß des Stammesoberhauptes war ein monarchisches. Was, das Volk wäre der Souverän in Staaten, die sich seit Jahrhunderten bis auf die gegenwärtige Zeit

entwickelt haben! Sind nicht diese Monarchien lebendige Organismen mit dem Zwecke der Selbsterhaltung, der Vervollkommnung und des Schutzes Aller? Was haben denn die Anhänger der Volkssouveranetät in unserer Zeit zu diesem großen Zwecke beigetragen? Die Zerrüttung Deutschlands, das Unglück Baierns, die Manen Latours, Lambergs, Lichnowsky's und Auerwalds geben Zeugniß. Das Prinzip der Volkssouverenetät ist ein zerstörendes, und kein schaffendes. Wenn aus einer Revolution, die im Namen dieses Prinzips unternommen wird, gute Früchte sich ergeben, so sind sie nicht nach der Revolution erzielt worden, sondern in Ergebung der Nothwendigkeit, in das Chaos wieder Vernunft, Ordnung und Recht zu bringen. Das monarchische Prinzip hat noch stets gut machen müssen, was das Prinzip der Revolution, welches deutsch ist mit dem der Volkssouverenetät, gevermeint hat. Das staatenerhaltende, monarchische Prinzip besitzt hiezu nicht nur das Recht, sondern auch die Macht, wenn seine Träger treu bleiben ihrem hohen, Gott entstammten Berufe. (K. Z.)

Wien, 7. Okt. Wie wir glaubwürdig vernehmen, scheidet der Oest. Correspondent, ist die kurhessische Angelegenheit Gegenstand der Monarchenkonferenz in Bregenz. Oesterreich wird vorschlagen, der Bundesoberversammlung in ihren Maßnahmen gegen Kurhessen freien und ungehinderten Spielraum zu lassen. — Wie wir hören, ist eine Circular-Depesche des kgl. preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. v. Radowitz, bei der hiesigen Gesandschaft eingetroffen, welche das Programm über die einzuschlagende auswärtige Politik enthält. Die Rede des Grafen v. Stadion nach Frohdorf scheint von dem erwünschten Erfolge begleitet zu sein. Wie wir hören, ist der von den beiden im Exil befindlichen französischen Königsfamilien beantragte Vergleich bereits unterfertigt worden. Die Herzogin von Orleans, vorgestern von Obergwyern in Frohdorf eingetroffen, hat demselben gleichfalls ihre Zustimmung ertheilt. So viel über den Inhalt dieses Vergleichs verlautet, wird der Herzog von Orleans als legitimer König von Frankreich anerkannt, ist aber verpflichtet, den Grafen von Paris an Kindesstatt anzunehmen, da ihm selbst ein Nachfolger fehlt.

Berlin, 8. Okt. Die „Deutsche Reform" gibt auf einem Umwege den Inhalt des eigenhändigen Schreibens des Königs von Preußen an den Kurfürsten von Hessen, indem sie berichtet; die „Hann. J." laßt sich aus Frankfurt den Inhalt des Schreibens folgendermaßen praesiren: Der König spricht in demselben unter Versicherungen seiner freundschaftlichen Gesinnungen den Wunsch aus, daß der Kurfürst zur Beilegung der inneren Wirren den Weg des friedlichen Vergleichs betreten und sich sowohl mit Preußen als den übrigen deutschen Regierungen über ein Vorgehen in Kurhessen verständigen möge. Eine Verletzung der landesherrlichen Autorität des Kurfürsten werde Preußen nie zugeben und mit seinem Wunsche verbinden, daß eine solche nicht erfolgen könne. — Das Schreiben ist am 3. durch den G.-L. Beseke dem Kurfürsten überreicht worden. — Demselben Blatte zufolge hat die kurhessische Regierung eine Note nach Berlin abgehen lassen, worin sie gegen eine Verletzung Kurhessens durch Preußen, unter welcher Form immer, protestirt.

Berlin, 9. Okt. Der Minister-Präsident, Graf v. Brandenburg Exc., wird sich am 16. oder 17. d. M. nach Warschau begeben, um Se. Majestät den Kaiser von Rußland bei Gelegenheit Allerhöchstdessen Anwesenheit daselbst Namens Sr. Maj. des Königs zu vertilkommen. — Wie wir hören, wird Exc. Min. Graf Reden von Oesterreich und der Rückkehr von der Reise nach Vorariberg sich nach Warschau begeben, um daselbst Se. Maj. den Kaiser von Rußland zu begrüßen. — Das von uns bereits früher mitgetheilte Gerücht von einer Vermählung Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich mit der Prinzessin Sidonie von Sachsen, Tochter Sr. K. H. des Prinzen Johann, wird jetzt auch von verschiedenen andern Seiten her gemeldet. (N. Pr. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 5. Okt. Der Reichstag wurde heute eröffnet, der Ministerpräsident machte nach kurzer Rede die Vorlagen der Regierung, wozu auch die Vorlage des Londoner Protokolls in Aussicht gestellt wurde. In Betreff der Verbindung Dänemarks mit Schleswig wurde die Aufhebung der Grenze und die Einführung der Consumtionssteuer in den großen Städten Schleswigs erwähnt. Die Finanzen wurden als sehr günstig bezeichnet, so daß die Regierung von den in voriger Session bewilligten 2 Millionen Schatzscheinen keinen Gebrauch zu machen nöthig habe, da die Einnahmen die Ausgaben decken.

Italien.

Ueber die weitere Reise des Hochw. Herrn Erzbischofs von Turin bleibt uns noch Einiges kurz mitzutheilen. Die Nachricht von der Ankunft des muthigen Bekenners in Brianzon verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch die Stadt. Von allen Seiten strömte das Volk herbei, um den verfolgten Prälaten zu sehen. Die gesammte Geistlichkeit der Stadt brachte ihm ebenfalls ehrfurchtsvolle Huldigungen dar. Am anderen Tage freierte Franzoni daß heil. Meßopfer, und mußte auf inständiges Bitten der Geistlichkeit für einige Tage in der Pfarrwohnung einkehren. Das Begeisterung der Bevölkerung, den Hochwürdigsten Prälaten ist kaum zu beschreiben. Msgr. Franzoni selbst wurde zu Thränen gerührt. Napoleon erröthete über die Huldigungen, die die Katholiken Pius VII. darbrachten. Ich besehle meinen Soldaten, sagte er, aber er befiehlt über die Herzen und die Gewissen. So sprach auch die piemontesischen Minister, die noch lange nicht das Genie von Napoleon haben, über die Ehrenbezeugungen der Katholiken Frankreichs für Msgr. Franzoni erröthen müssen. Am 30. Sept. hat er Brianzon verlassen, um sich nach Gap begeben. Der Weg war mit frischem Laubwerk bedeckt, die um seinen Wagen daran und mit Blumen schwenkend anriefen: „Geht den Wagen, welcher den Cardinal von Turin enthält!" Alle, schreibt man aus Gap, welche, wie ich, das Glück gehabt haben, einige Stunden in der Nähe des Msgr. Franzoni verweilen zu können, haben das wirklich Schöne und Heilige Derselbe in seinem Charakter bewundert. Msgr. Franzoni betrachtet sein so edles und standhaftes Benehmen als etwas ganz und gar Natürliches, und begreift nicht, wie es für einen Katholiken möglich sei, anders zu handeln, und wundert sich über die Lobeserhebungen, die ihm zu Theil werden. Sein Benehmen ist einfach und zugleich seine Unterhaltung begreifend; er erzählt ohne Groll und ohne alle Bitterkeit über die Leiden seiner Gefangenschaft ic. — Am 2. Okt. hat Msgr. Franzoni in Begleitung des Hochw. Erzbischofs von Gap und unter Herbeiströmen einer großen Volksmenge, die um den bischöflichen Segen bat, Gap verlassen und ist nach Grenoble gereist. Das Capitel und die gesammte Geistlichkeit der Stadt sind dem würdigen Prälaten in feierlichen Zuge entgegengereilt, um ihn zu empfangen. Die Bevölkerung ist hinter der Hochw. Geistlichkeit nicht zurückgeblieben, und hat nur mit Mühe einen Durchbrechung von Huldigungen. Von Grenoble wird sich Msgr. Franzoni nach Lyon begeben.

Rußland.

Von der russischen Grenze. Noch nie hat Rußland, selbst im Jahre 1812 nicht, so große Kriegsrüstungen gemacht und zugleich seine gesammte offensive und defensive Diplomatie so sehr in Bewegung gesetzt, als jetzt. Außerordentliche Truppenaushebungen, Aufkündigung aller Anleihen aus den Staatscredibsinstituten lassen schwer auf dem ganzen Lande, besonders auf den westlichen Provinzen. Im Königreich Polen sind sehr starke Truppenmassen in den Gouvernements Warschau, Augustowo und im Bereich zusammengezogen. In dem südwestlichen Theile des Reichs aber sind alle auf Kriegsfuß gesetzten Truppen aus ihren Garnisonen in ein großes Corps concentriet worden, worüber der Kaiser selbst die Heerschau vornehmen will. Mit seinen drei Söhnen wird der Herrscher hier erwartet; es heißt, daß er indessenbore Kiew, Odessa, Sebastopol, Bessarabien berühren werde. Es gilt die religiösnationale Begeisterung allgemein im Volke zu entflammen; ein heiliger Krieg, heißt es, für die Sache des Slaventhums u. die Rechtfertigungsbrief sei durch die Nothwendigkeit der Dinge unabwendbar geworden. (Wanderer.)

Amerika.

Tod in der Nacht vom 5. zum 6. Okt. in die Mersey bei Liverpool eingelaufene königliche Postdampfboot „Asia" hat neuere Nachrichten aus den vereinigten Staaten nach Europa überbracht, aus New-York bis zum 25. Sept. Im Congreß ist die Bill zur Unterdrückung des Sklavenhandels im Distrikt von Columbia vollständig durchgegangen, und zwar mit 33 gegen 19 Stimmen in dem Senat, mit 124 gegen 47 im Haus der Repräsentanten.

Vermischte Nachrichten.

Der einigen Tagen ereignete sich auf dem Zuge nach Neapel ein komischer Vorfall. Ein ausländischer Fliegler, der sein Schießpulver nicht erfunden, fuhr mit einigen Studenten und jungen Kaufleuten nach besagter Richtung und erkundigte sich sehr angelegentlich dabei nach den Thalern, welche an den Stangen neben der Bahn liefen. Man sagte ihm, daß diese die telegraphische Berbindung herstellten und daß es nicht allein oben, sondern auch unten in der Erde dergleichen gelegt worden seien. Oben gingen die Nachrichten, unten die Pakete und Briefe. Besagter Knochenhauer war von dieser Nachricht so erschüttert, daß er auf der nächsten Station eine Tasse schwarzen Kaffee trank, seine Feder und seine Handschuhe und Taschentuch ihm hinein reichte. Für diese so sogenannte Erfindung verabsamte der Betrogene nicht, eine Anzahl Flaschen Wein den Mitreisenden zum Besten zu geben.

Reisende aus Ungarn erzählen, daß sich der berüchtigte Räuber Rosa Sandor noch immer im Bakonver Wald aufhalte und eine Bande von mehr als 1200 Köpfen um sich versammelt habe. Sogar kaiserliche Truppen sollen sich in seiner Gefangenschaft befinden, und erst kürzlich hat man in jenem Walde acht Gendarmen an zum Theil an den Bäumen aufgehängt gefunden, die man nur an den unbersiegenden Uniformstücken als solche erkannte. Merkwürdig bleibt es, daß Rosa Sandor bisher stets den Händen der Gerechtigkeit zu entgehen und die Verbindungen seiner Genossen unter einander und mit sich selbst zu erhalten wußte. Der kühne Räuber ist zum guten Theil auch politischer Parteigänger und hat darum das ganze Magyarenthum zu treuen Bundesgenossen. Er war bereits vor der Revolution eine Art Notabilität und wurde während des Revolutionskampfes in den Augen des Volkes mit einer neuen Glorie umgeben; sagt sindet er überall, wo er sich zeigt, Hilfe, und es werden ihm Asyle und Ausgänge offen gehalten. Der Bakonver Wald ist noch vollkommener Urwald, und Militär kann in seinen Dickichten nicht operiren; den dort einheimischen Führern aber ist in der Regel nicht zu trauen. Vor einem etwaigen Angriff auf solches Terrain ist jede Leitung unmöglich. — Auch aus

Croatien kommen bennruhigende Nachrichten über Zunahme der Unsicherheit der Person und des Eigenthums. — Der Bruder des Justizministers Schmerling ist mit raschem Avancement zum Sectionsrath der Centralbaucommission in Frankfurt angestellt worden.

Nicht weit von dem Dorfe Jhonk bei Pesth ist ein einzeln stehendes Einkehrwirthshaus „zur Gelse" genannt; dahin kam unlängst ein Bauer, der eben ein Paar Ochsen verkauft hatte, mit seiner Tochter, und zahlt auf einem Tische seinen Erlös. Der Wirth warnte ihn in der Nacht nicht weiter zu gehen; denn im nahe gelegenen Walde, den er passiren müsse, sei es nicht sicher. Der Bauer merkte sich die Warnung, und gab, als der Wirth die Stube verlassen hatte, dasGeld seiner Tochter in Verwahrung und machte sich mit ihr auf den Weg. Kurze Zeit darauf kam das Mädchen athemlos in das Wirthshaus zurück, und erzählte den Leuten daselbst freywerig und unzusammenhängend, daß der Wirth den Mord selbst begangen habe, wie ihr Vater im Walde erschlagen worden sei. Inzwischen kommt der Wirth zurück, lockt das Mädchen unter dem Vorwande, ihr einen der Vater Auskunft zu geben, in ein abseitiges Zimmer, packt, knebelt sie bis auf's Hemd und berandt sie des Geldes, welches sie auf den Befehl ihres Vaters um den Leib gebunden hatte. Hierauf versperrt der Räuber die Thür und besprich sich mit seinem draußen harrenden Weibe, wie er das Mädchen im Backofen verbrennen wolle, damit nichts verrathen würde. Während die Ruchlosen in der That hierzu die Anstalten treffen, gelingt es dem Mädchen, mit Lebensgefahr aus dem Fenster zu entspringen, und eine eben in der Ortgand freifende Gensdarmeriepatrouille anzuhalten, welcher sie den ganzen Vorfall erzählte. Die Gensdarmen eilen alsbald in das Wirthshaus, fanden in der That den Backofen zum Glühendwerden geheizt, bemerkten aber sonst keine weiteren Anstalten zum Brodbacken. Die Wirthsleute werden sogleich festgenommen, das Haus wird untersucht, und das geraubte Geld wirklich vorgefunden.

Neuestes.

* **Würzburg**, 12. Okt. Das hohe Namensfest Sr. Majestät unserst allergnädigsten Königs wurde heute in herkommlicher Weise durch ein solennes Amt im hohen Dom unter Beiwohnung unserer Civil- und Militär-Autoritäten mit militärischer Parade gefeiert.

München, 10. Okt. Der zum rector magnificus an unserer Hochschule für das kommende Studienjahr ernannte Prof. v. Hermann hat in Folge seiner Resktivirung als Minsterialrath die Rektoröstelle abgelehnt.

München, 10. Okt. Der II. Landgerichtsassessor Th. Mayer zu Dötzingen, bekanntlich Mitglied der Abgeordnetenkammer, wo er seinen Sitz auf der Linken hatte, ist auf Grund administrativer Ermessungen quiescirt worden.

Kempten, 10. Okt. Heute Vormittage traf der Kaiser Franz Joseph hier ein, dem 2 Stunden später der König Max folgte. Beide Majestäten kamen von Hohenschwangau und setzten nach dem Pferdewechsel sogleich ihre Reise nach Bregenz fort, wohin ihnen in der verflossenen Nacht der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg schon vorausgereist ist. Die Ankunft des Ministerpräsidenten Dr. v. d. Pfordten wird auf heute Nachmittage angekündigt. (Kempt. Z.)

Stuttgart, 10. Okt. St. Maj. der König hat sich heute Morgens mittelst eines Extrazuges nach dem Bodensee (Bregenz) begeben, um eine Zusammenkunft mit Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich zu nehmen. In seiner Begleitung befindet sich Staatsrath v. Linden, Oberstallmeister Bar. v. Taubenheim und Kabinetsdirektor v. Mauller.

Kassel, 9. Okt. Die Pergay'sche Buchhandlung in Aschaffenburg hat scheinungst 10 Exemplare der Heinhaus'schen Spezialkarte von Kurhessen von der Luchardt'schen Verlagshandlung dahier verlangt. Diese hat sie im allgemeinen Landeseinteresse verweigert.

Nach einer dem „Lichtgr. A. Z." zugegangenen Mittheilung wird in Kurzem von Seiten Rußlands, Englands und Frankreichs eine definitive Erklärung an die kriegführenden Theile in Schleswig-Holstein ergehen, welche die vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten verlangt. Vor etwa 10 Tagen erst sei diese Erklärung berabredet und festgestellt worden.

Berlin, 9. Okt. Die Const. Ztg. will heute wissen, daß die preußische Regierung den Bevollmächtigten der Unionsregierungen anheimgestellt habe, das Provisorium am 15. Oktober zu verlängern oder die Union aufzulosen. Diese selbe Zeitung knüpft daran die traurige Bemerkung, daß nun also an kein Definitivum zu denken sei. — Die N. Pr. Ztg. bemerkt hierzu, daß jene Alternative eine Gesinnung ist, und daß, wie sie bereits berichtet, am 15. Okt. das Provisorium nicht verlangert, die Union vielmehr in ein Bündniß übergeführt wird, von welchem man hört, daß es der Macht und dem Ansehen Preußens entsprechender sein werde, als die Union.

Breslau, 7. Okt. Nach einer Mittheilung der Oderzeitung haben gestern in der Sandkirche, nach dem Nachmittagsgottesdienste, 28 Protestanten das katholische Glaubensbekenntniß abgelegt.

Athen, 2. Okt. Die Engländer stellen schon wieder neue Entschädigungsforderungen an Griechenland. Die erste betrifft englischer Handelsschiffe die von Korinth nach Patras Korinthen verladen, und Verzögerungen darin erlitten haben sollen. Die Eigenthumer verstehen sind es nun, welche um Schadloshaltung Schritte thun. Außerdem hat der englische Gesandte Hr. Wyse ähnliche Ansprache auf gleichen Grund für englische Kaufleute zu Volitza erhoben. (R. M. Z.)

Dsfende, 6. Okt. Der seidene Zustand der Königin von Belgien, die wie Ihre Leser wissen sich seit einigen Wochen hier aufhält, hat sich in den letzten Tagen so sehr verschlimmert, daß aller Wahrscheinlichkeit nach der so hart geprüften Familie von Orleans ein neuer schmerzlicher Verlust bevorsteht. Obwohl sind die große Mutter der hohen Kranken, ihre Brüder Joinville und Aumale, ihre Schwester Prinzessin Clementine um sie versammelt, und scheinen in ihren schwarzen Gewändern schon im voraus um sie zu trauern. (A. Z.)

Der Beilage der heissischen Centralzeitung entnehmen wir u. a. folgendes Aktenstück (aus der Kasseler „Hornisse") zur richtigen Würdigung der hessischen Presse. Bemerkungen werden nicht nöthig sein.

„Königliche Hoheit!

Sollten die Gerüchte sich bestätigen, welche in der Stadt umgehen, so wird dies vermuthlich der letzte offene Brief sein, den Sie erhalten. Es heißt nemlich, Königl. Hoheit, Sie wollten Ihrem Volke Schweigen auferlegen.

Königl. Hoheit! Wenn Sie noch nicht ganz jenen finstern Mächten verfallen sind, die sich ein für allemal vorgenommen haben, Sie in Ihr eigenes Verderben zu stürzen, so überlegen Sie, was Sie thun. Das Schweigen des Volkes, sagt ein altes Wort, ist der Tod der Fürsten. Wenn diese Briefe nicht mehr zu Ihnen reden, so wird statt meiner die Luft, der Abend, die Nacht sprechen, so wird der Schlaf Ihnen erzählen, daß sich das Angstlich Ihres Volkes von dem Polizei abgewandt hat, wo ein Verbrecher es wagen darf, die Geschichte des hessischen Fürstengeschlechts mit dem Schandpfahl zu endigen.

Königl. Hoheit! Man hat Ihnen gesagt, daß es eine verbrecherische Frechheit sei, in der Weise, wie es geschehen, mit Ihnen zu reden. Königl. Hoheit! Hätte die Wahrheit gesprochen werden sollen, so hatte man die Feder bei Seite legen, den Briefwechsel mit Ihnen abbrechen müssen. Unter gebildeten Menschen ist der Umgang mit Fälschern und Betrügern ein Grund des Ausstoßens aus der Gesellschaft.

Königl. Hoheit! Sie haben als Rechtserklärung für die Gewaltmaßregeln die Sie jetzt engreifen, die Unruhe Ihres Volkes angeführt. Das ist Hohn. Ihr Volk ist ruhig wie der Tod, still wie das Grab. Seine einzige Thätigkeit ist die, mit zitternden Ange auf den Zeiger zu schauen, der nächstens die zwölfte Stunde Ihres Regiments anzeigen wird. Das Volk ist unruhig, weil es seinen Fürsten leichtsäuberig in den Tod rannten sieht.

Königl. Hoheit! Ihre ehemaligen Unterthanen haben nur eine Rebellion gemacht, die Rebellion für ihren angestammten Fürsten. Ihr ehemaliges Volk hat seine Stimme erhoben gegen die freche Verspottung der Krone durch Ihre Minister, es hat ihre Rebellion des Meineids gegenüber die drei Finger aufgehoben, welche Treue der Verfassung und dem Fürsten geschworen haben. Königl. Hoh.! Ihr Volk hat mehr für Sie gethan, als es thun durfte. Es hat Sie zu retten gesucht, während es schien, daß Sie aufgehört hätten, Ihren Kindern ein Vater zu sein.

Königl. Hoh.! In meinen Augen hat Ihr Volk keine Rebellion gemacht, indem es sich bewaffnete. Oder war es nicht genug, Sie ein halbes Jahr mit Bitten und Beten zu beschwören, Ihrem eigenen Wort, Ihrer eigenen Verfassung treu zu bleiben; genügten sechs Monate des Flehens und Betteins nicht, wenigstens die Hand nicht an das ewige Recht des Menschen zu legen, das da nicht haltet, unter der Herrschaft der ausgemachten Cyklopsfetzt zu können?

Kgl. Hoheit! Sie haben die Stürme heraufbeschworen und Ihr Volk ist ruhig geblieben. Sie haben Ihrem Volke geboten, was nie ein Fürst zu bieten wagte: Ihr Volk antwortet, indem es nur Ihnen Ihr Recht spricht. Ihrem Sie Ewig, kgl. Hoheit! Waren Sie nicht ein Glied in der Kette der europäischen Konterrevolution, Ihr Thron stände seit 6 Monaten leer, der Name Ihres Geschlechts wäre erloschen.

Kgl. Hoheit! Die Rebellion, von der Sie reden, ist Ihr Werk, Sie haben in offenen Aufruhr gegen Ihr Volk, Ihr Wort, Ihre Gesetze, Sie haben sich erwort gegen den Gott, unter dessen Schutz Sie sich gestellt, gegen die Geschichte, deren Enkel Sie sind, gegen die Zukunft, deren Träger sie sein konnten. Kgl. Hoh.! Und dieser Rebell sind Sie geworden, um eines Spitzbuben willen. Herr! eine schmachvollere Rebellion wird die Geschichte nicht zu erzählen.

Kgl. Hoh.! Die Tage der Fürsten sind vorüber, auf ewig. Sie waren vorüber ohne die Thaten der letzten Jahre, denn die Menschheit duldet keine Fürsten mehr. Was den gekrönten Herren noch übrig blieb, war ein ehrenvolles Ende. Kgl. Hoh., es scheint, als hatten Sie dieses Ende verscherzt.

Kassel, am 7. Sept. 1850.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Theater-Anzeige

Sonntag den 13. Okt. 1850.

Kabale und Liebe.

Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.

Montag den 14. Okt.

Muttersegen

oder

Die neue Fanchon.

Schauspiel in 6 Aufzügen mit Gesang von W. Friedrich, Musik von F. Schäffer.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 5 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 246. Würzburg, Montag den 14. October. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 13. Okt. Se. Maj. der König haben Sich allergnädigst bewogen gefunden, unterm 12. Juli l. Js. dem königl. Universitäts-Rentbeamten und Hauptkassier Franz Sauer zu Würzburg das Ritterkreuz des Verdienstordens vom h. Michael zu verleihen.

Das Proletariat und die unehelichen Kinder.

Ohne Behälfte der Wohlthätigkeitsanstalten von Privaten vermag der Staat für sich allein dem Hauptübel unserer Zeit nicht hinlänglich entgegenwirken; um nun in Großen daselbe zu erreichen, wird von einer weisen Staatsregierung gefordert, die Quellen der Armuth zu verstopfen. Als besonders nahrungsreiche Quelle, aus welcher das Proletariat stets neue Zufüsse erhält, bezeichnen wir die bestehenden Bestimmungen über die unehelich gebornen Kinder. Hier handelt es sich um einen Krebsschaden der Gesellschaft, welcher viel zu wenig erkannt wird, so offen er auch da liegt und so weit er schon seine verderblichen Wirkungen verbreitet hat. Will man den Umfang des Uebels erkennen, so bedenke man, daß in manchen grossen Städten das fünfte, vierte, ja selbst das dritte im Durchschnitt aber wenigstens das zweite Kind ein uneheliches ja sein pflegt. Zwar ändert sich glücklicher Weise dieses Verhältniß, indem besonders auf dem Lande über die Hälfte der unehelich geborenen durch die spätere Heirath der Eltern legitimirt wird. Zudem ist die Sterblichkeit unter den unehelichen Kindern grösser, als unter den andern; dreißigvierzehntel werden das richtige Lebensalter nicht überschreiten, wenn wir annehmen, daß der funfundzwanzigste Mensch in Deutschland ein unehelich geborener und unlegitimirt gebliebener sei. Rechnen wir hierauf weiter, so ergibt sich, daß Deutschland über $1\frac{1}{2}$ Millionen solcher Bewohner zählt. Wundern wir uns darum nicht mehr über die große Menge der Proletairer, denn diese Alle sind mit wenigen Ausnahmen geborene Proletairer, und bleiben es nicht nur ihr Lebenlang, sondern ihre Kinder und Enkel werden es in der Regel ebenfalls, und warum das? Grösstentheils darum, weil es die Gesetzgebung ihren Erzeugern gar leicht macht, sich ihrer Vaterspflicht zu entziehen oder sich doch mit ein paar elenden Gulden von derselben loszukaufen. Man hat an den alten Gesetzen wider gefallene Mädchen viel gemildert, namentlich um das Verbrechen des Kindsmords seltener zu machen, aber ist dieser Zweck erreicht worden? Nein, denn der Hauptzweck, welcher so manche zu dieser gräßlichen That treibt, blieb in unserer Gesetzgebung fort und fort stehen, daß sich nämlich, wie schon gesagt, die Väter unehelicher Kinder von der Pflicht, für sie zu sorgen, leichten Kaufes befreien um alle Folgen ihres bedauernswürdigen Vergehens allein auf die Mutter walzen können. Schon der Ernst der Vaterschaft wird dieser ungemein erschwert, und was vorlangt sie endlich nach Chikanen aller Art und einer Menge von Geld und Zeit kostenden Gängen? Vielleicht 10 bis 12 Gulden für das Wochenbett und 14 Gulden jährlich für das Kind bis zum 14. Lebensjahr bestehen. Von da an hat der Vater für das Kind nichts mehr zu thun, und hat er das von dem Gericht Gesprochene geleistet, so meint er eben damit auch vor Gott genug gethan zu haben, und wie mit dem Gerichte diesseits, so auch mit dem jenseits in aller Ordnung zu sein, hat er die Zahlung schwarz auf weiß bescheint, und so ist die Sache für immer abgemacht. Und freilich in tausend Fällen leistet der Vater nicht einmal so viel, zahlt sogar nicht die ihm zugesprochene Kleinigkeit, sondern das durch ihn unglücklich gewordene Mädchen muß aufs neue von Gericht zu Gericht laufen, um die Schuld einzuklagen, und am Ende heißt es: Er hat nichts, kann also auch nichts bezahlen. Und warum hat er nichts? Weil er lieber müßig herumgeht, als arbeitet, oder wenn er arbeitet, es sich lieber in Wirthshäusern wohl sein läßt, als daß er für sein Kind sparte. So muß dann die Mutter darben und sich aufs allerelendeste behelfen, um ihr Kind zu ernähren, während der Vater sich aller Pflicht für dasselbe entziehen darf. Ja, darüber sicher Kinder müssen doch zufrieden sein, wenn sie wenigstens den Namen ihres Vaters führen dürfen, denn selbst dieses kann sogar bei anerkannter Vaterschaft verlagt werden. Es ist diese Bestimmung fast noch gramer, als die andern, denn manche Väter, und wenn nicht sie, so doch ihre Familien schämen sich wenigstens ein Kind, das ihren Namen führt, im Elend aufwachsen zu lassen, und sorgten deshalb für dasselbe. Weiter fällt durch Verlagung der Namensführung ein weiterer Flecken auf Mutter und Kind. Wer daher jene Bestimmung aus alten Gesetzen hervorgesucht hat, gegen die frühere Praxis Oeffnung verschafft hat, der hat gewiß nicht geringes Unheil zu verantworten. Man sagt, es konnten angesehene Familien durch die Führung ihres Namens von solchen Kindern beschimpft werden, aber sie dürften ja nur für das leibliche und geistige Wohl des Kindes sorgen, dadurch wurde der Makel seiner Geburt am besten getilgt. Die Mutter, welche ihr Kind aussetzt, verfällt, wie sie es verdient, einer schweren Strafe; aber was thut sie denn im Grunde anderes, als was bei solchen Gesetzbestimmungen dem Vater ganz ungestraft hingeht, ja, sogar erlaubt ist? Sie sucht durch Aussetzung des Kindes die Sorgen und Pflichten für dasselbe auf andere zu walzen, das thut ja der Vater auch, wenn er die Sorge für sein Kind der Mutter allein zuwendet und ihm sogar seinen Namen verlagt. Es ist aber nicht allein Kindesaussetzung, sondern auch noch viel Schlimmeres, was daraus hervorgeht, wenn die unehlich zur Mutter Geworfene sich verlassen sieht und nichts als Elend vor Augen hat. Ihre Manche haben schon ihren und ihres noch ungebornen Kindes Jammer in den Wellen begraben und noch Andere sind zu der unnatürlichen That der Kindsmords geschritten. Man gehe die Geschichte solcher Unglücksfeligen durch, sie ist mit geringen Verschiedenheiten bei fast allen eine und dieselbe; erst noch ehrbare Mädchen wurden sie zum Falle gebracht und von ihrem Verführer verlassen durch Scham und Furcht vor dem hereinbrechenden Elend zu dem Verbrechen getrieben; bei dem ersten Erwachen aus dem Taumel der Verzweiflung lehrten Entsetzen und Grauen in ihrem Innern ein, und suchen sie oft mit schwindarer Besonnenheit das Schreckliche zu verbergen und wenn es entdeckt ist, es vor sich selbst und vor dem Gerichte in mildernem Lichte darzustellen, so wechseln doch damit im Schlaf wie im Wachen furchtbare Träume und Visionen, oft wahnsinnartige Zustände. Unsere Gesetzgebung thut freilich fast noch mehr, sie läßt den ersten und hauptschuldigen Urheber des Gräßlichen ohne alle Strafe, in allen bürgerlichen Ehren und Würden, und richtet ihre ganze Strenge allein gegen die unmittelbare Thäterin. Eine Anstalt, wie die Klosterfür bußende Magdalenen, wäre wohl geeigneter für solche Arme, die durch die That für immer von der Gesellschaft und ihrer Bestimmung gerissen sind, als ein Zuchthaus; in einer solchen ließe man sie am besten verborgen vor der Welt ihren Schmerz ausweinen und in Reue zu den Füßen des Gekreuzigten Versöhnung mit Gott suchen. Doch wenn es durch die Treulosigkeit des Verführers nicht dahin kommt, so geht doch fast immer Sünde und Schande und Elend über Elend aus seinem Verbrechen hervor.

Die französisch-konstitutionellen Verfassungen in Deutschland.

Welcher Minister in irgend einem deutschen Staate, dessen Verfassung der kurhessischen gleich oder ähnlich, erkennt sich des allgemeinen Beifalls? Wer wird nicht gehaßt und auf das Bitterste angegriffen, wenn er sich den maßlosen Kammerprätensionen, den demokratischen Kunstgriffen, den radikalen Umtrieben entgegengetzt? Welcher Minister bringt es weiter, als daß er einem blosen Schattenspiele oder bis zu politischen Manipulationen, sei es nun bei dem Wahlgeschäfte, sei es bei den Kammergliedern? Stwe meint, die jetzigen Verfassungen waren auf gegenseitiges Vertrauen, Ergänzen und Nachgeben berechnet; das mag im glücklichen Falle wahr sein, aber in gewöhnlichen Fällen findet nur ein gegenseitiges Interesse statt, und die wahre Macht der Fürsten und der Minister beruht in den französisch-konstitutionellen Staaten auf einem fortschreitenden Demoralisationsprozesse im Volk, der alle Schichten desselben allmählig durchdringt, fortwährendem Mißverstand, Emmenen, Meuterien, Revolution und Barrikaden erzeugt. Dann das offene Geheimniß oder das innerste Wesen dieser französisch-konstitutionellen Verfassungen, an denen fast alle deutschen Länder krank darniederliegen, besteht in einer Lüge, d. h. in republikanischen Einrichtungen mit monarchischen Formen, also in einer verlogenen Republik, die nur die monarchische Form zum Deckmantel nimmt, den sie so lange zu bewahren sucht, bis sie genug erstarkt ist, um ihn verächtlich bei Seite werfen und aller Welt zurufen zu können: Seht, so klug sind wir gewesen, bisher haben wir Versteck gespielt, jetzt wollen wir frei und offen auftreten! Das Uebel liegt in den ganz unbrauchbaren Verfassungen selbst, mit denen fur jeden braven, patriotischen, deutschen Minister ein Kampf unvermeidlich ist. Französische Schliche, Intriguen und Kabale können nachgerade] werden,

können einen geschmeidigen Minister eine Zeitlang populär machen, aber die Saat wird reifen und die Stunde des Gerichts schlagen, so daß einst schonten Morgens Fürst und Minister à la Louis Philipp und dessen Ministerium im Kabriolet davonrollen und unter einer Verkleidung bei Nacht und Nebel ihr gesahrvolles Leben bergen müssen. Sapienti sat!

Deutschland.

München, 11. Okt. Heute Nachmittag 3½ Uhr ist Königin Marie unerwartet von Hochzeitschwangau hier eingetroffen. Die neuesten Nachrichten von dort lauten: daß am 9. Vormittags Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich von Zell-See, dem Königl Mar in Reutti empfangen und nach Hohenschwangau begleitet wurde. Dort übernachtete der österreichische Monarch, während Fürst Schwarzenberg nach in der Nacht (2 Uhr) nach Bregenz abging, um den König von Württemberg zu empfangen. Der Kaiser von Oesterreich ist erst gestern Morgens 7 Uhr, mit König Max mit Staatsminister Dr. von der Pfordten um 5 Uhr dorthin abgegangen und heute hat bereits eine der wichtigsten, vielleicht die Gestaltung Deutschlands regelnde Berathung im benannten Städtchen Vorarlbergs stattgefunden. — Der hiesige constitutionell-monarchische Verein für „Freiheit und Gesetzmäßigkeit" hat beschlossen eine Reihe Volksschriften herauszugeben, und den Anfang mit einer illustrirten „Chronik der neuesten Ereignisse für das Volk" in Bayern zu machen. Er hat zu diesem Behuf für die beste Bearbeitung des ersten Bändchens „die Geschichte der ersten Hälfte des Jahres 1848 enthaltend" einen Preis von 30 Ducaten ausgesetzt, und wird bei Beurtheilung der eingehenden Bearbeitungen hauptsächlich auf eine klare und wahrheitgetreue Darstellung der wichtigsten Ereignisse, auf eine moralische und principielle Betrachtungsweise und dem Standpunkte der constitutionellen Monarchie, endlich auf populären und zugleich würdigen Styl sehen.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Hamburg, 9. Okt. Dem Vernehmen nach hat gestern hier eine Versammlung von holsteinischen Gutsbesitzern und anvern Hochbetheuten dieses Landes stattgefunden, die über die Andahnung einer Verständigung mit der dänischen Regierung beriethen, indem das Land die Kriegslasten zu sehr empfinde und die Steuern fast nicht aufzubringen seien.

Die Ereignisse in Kurhessen

Kassel, 10. Okt. Heute ist ein allerhöchster Befehls hier eingetroffen, durch welchen der Generalmajor v. Uslf und der Obrist d'Orville ihres Amtes als Mitglieder des Generalauditoriats enthoben sind. (N. H. Z.)

Kassel, 10. Okt. General v. Hapnau hat vom Kurfürsten folgene Vollmacht erhalten: Wir Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm Kurfürst u. s. w. ertheilen auf den Antrag Unseres Gesammtstaatsministeriums Unserem Oberbefehlshaber, Generallieutenant v. Hapnau, die Vollmacht, in Unserem Namen Offizieren aller Grade den verlangten Abschied zu verweigern, so wie diejenigen, welche ohne den Abschied zu begehren, den dienstlichen Gehorsam verweigern sollten, unter Entsetzung von ihren Aemtern sofortigen Bestrafung zu überweisen, auch die durch solche Verabschiedung und Amtsentsetzung erforderlich werdenden Beaufstragungen mit Commando vorzunehmen und uns zu definitiver Besetzung der erledigten Stellen die nöthigen Anträge vorzulegen. Urkundlich rc. Wilhelmsbad, den 6. Okt. 1850. Friedrich Wilhelm. vdt. Hassenpflug. Hapnau. Baumbach. Allerhöchste Vollmacht für den Oberbefehlshaber Generallieutenant v. Hapnau."

Kassel, 11. Okt. Zum Hinblick auf vorstehende Vollmacht hat General Hapnau an das kurfürstliche Offizier-Corps folgende Ordre erlassen: Unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen unseres Vaterlandes haben Se. k. Hoh. der Kurfürst sich veranlaßt gefunden, mir eine ausgezeichnete Vollmacht allergnädigst zu ertheilen (bekannt). Wäre es möglich, daß ein kurhessischer Offizier in einem Zeitpunkte, in welchem der Landes- und Kriegsherr sich auf die Treue und Anhänglichkeit seines Heeres verlassen muß, schwanken konnte, wohin seine Pflicht ihn ruft, wäre es möglich, daß ein Einer oder zweie meiner speciellen kennte, was die Treue ihm gebietet, wege er wohl bekennen, welches Urtheil die Geschichte über seine Handlungsweise fällen würde, wie alle deutschen Heere, ja alle Truppen der Welt einen Offizier beurtheilen müßten, der in einem Augenblick wie der gegenwärtige seinen Fürsten und Kriegsherrn, seine Fahne und seine Truppe verläßt. Wer sind jetzt im Kriegszustande, — welcher Offizier darf und wird im Kriege seine Fahne verlassen? Der Zeitpunkt ist aber gekommen, wo unser allergnädigster Kurfürst bestimmt wissen muß, ob und welche Seiner Offiziere bei Vollziehung der in völlig verfassungsmäßiger Form von Ihm ertheilten Befehle Anordnungen meinen Befehlen willige, treue und hingebende Befolgung leisten, oder den kurfürstlichen Dienst verlassen wollen. Ein Jeder unter uns muß und soll sich jetzt entscheiden, ob er in seinem Fahneneide getreu, dem Fürsten mit Ehre und Hingebung dienen, und seinem Verfassungseide gemäß den § 13 der Verfassungsurkunde zu gültig anerkennen — oder ob er mit Vorbedacht diese Eide brechen, seinen Fürsten in der Noth verlassen und die Verfassung verletzen will. Indem ich nochmals auf den Inhalt meiner Ordre Nr. 4 vom 2. d. M. hinweise, will ich hier nur noch Folgendes bemerken: Ich habe mich dazu geäußert sich in der Verfassungsurkunde, damit Jedermann an der Conicrastigkeit der verantwortlichen Minister — auf den ersten Blick — erkenne, ob eine allerhöchste Verordnung allgemein glaubwürdig und vollziehbar ist. Wer daher — ohne Beachtung dieser Paragraphen — nach Gutdünken und Belieben wollte, die eine von dem Minister contrasignirte allerhöchste Verordnung für ihn glaubwürdig und vollziehbar sei, der bricht seinen Verfassungseid, indem er andere Proben für die Giltigkeit der Verordnung geltend machen will, als die Verfassungsurkunde gesetzlich vorschreibt. Ein Jeder wähle jetzt — uns bestimme sein Schicksal für immer. Die etwa einzelnen Abschiedsgesuche sind von den Offizieren eigenhändig zu schreiben und haben die Commandeure der in und um Kassel stehenden Truppen mir dieselben binnen 24 Stunden im Original einzusenden, zugleich aber auch ein namentliches Verzeichniß der den Abschied nachsuchenden Offiziere beizufügen. Von sämmtlichen Commandeuren aller übrigen Truppentheile des Armeecorps erwarte ich, daß gleiche Meldungen und Verzeichnisse 24 Stunden nach Publication dieser Ordre an mich abgefasrt werden. Alle Generale und Commandanten, sowie sämmtliche nicht regimentirten Offiziere, einschließlich der Generalstabsoffiziere, haben ihre etwaigen Abschiedsgesuche 24 Stunden nach Empfang dieser Ordre an mich einzusenden. Der Commandeur des Armeecorps: v. Hapnau, Generallieutenant.

Kassel, 11. Oktober. Etwas Entscheidendes ist seit gestern nicht vorgefallen, und über die Entlassung des Kriegsministers Oberstlieutenant Scheffer hat man wiederholentlich Behauptungen, nur so viel ist gewiß, daß die Zahl Derer, welche zu dem Kurfürsten halten, sich mit jeder Stunde größer herausstellt, und der gewaltige Lärm, daß alle Offiziere ihre Entlassung nehmen wollten, allgemach verstummt. Die Neue Hessische Zeitung erschient wirklich in Gotha und beginnt die Unterschriften, welche sich bis jetzt zahlreiches benommen haben, aufzuführen. Offizierstellen sind dieselben noch nicht angeboten worden, und daß dieselben sich geweigert hätten, solche anzunehmen, ist reine Erfindung. (K. Z.)

Frankfurt, 12. Okt. Die „Frankfurter Oberpostamtszeitung" sieht sich heute in die unangenehme Nothwendigkeit versetzt, widerrufen zu müssen, was sie gestern als positive Nachricht gemeldet hat, nämlich Nachricht nämlich, „daß in Hanau der Regimentscommandeur, der daselbst liegt, die Offiziere seines Regiments berufen und ihnen vorgestellt habe, daß es, im Fall die Entlassung ihrer Kameraden in Kassel angenommen werde, Ehrenpflicht sei, mit denselben gleichen Schritt zu halten" u. s. w. Den Inhalt dieses Artikels erklärt Oberpostamtszeitung in der heutigen Nummer der „Oberpostamtszeitung", in so weit er ihn betreffe, für unwahr.

Wilhelmsbad, 13. Okt. Nach dem amtlichen Theil der „Kass. Zeit." ist Hr. Hassenpflug von der Verwaltung des Finanzministeriums enthunden und dieselbe dem Regierungsdirektor Volmar zu Eschwege übertragen.

* **Aus Baden**, 11. Okt. (Die badische II. Kammer.) Seit zwei Monaten saß ist die badische Kammer wieder in Thätigkeit. Abgesehen von rascher und genauer Prüfung der vielen Budgetvorlagen, wie sie weniger in den Dikkussionen der Sitzungen als in denen der Kommissionsfügungen hervortreten kann, wurden in den Abtheilungen Gesetzesvorlagen gepruft und eine ansehnliche Anzahl von Petitionen schnell und gewissenhaft erledigt. Keine Sonne der Lebenskraft störte den Geschäftsgang. — Einen höchst ungünstigen Eindruck hat die Anstellung zweier preußischer Professoren an die Lucren Rastatt und Heidelberg gemacht. Man sagt allgemein, daß es am preußischen Militär, das man im Ueberfluße habe, genug sei, und man nicht jetzt auch noch preußische Lehrer brauche, um die Jugend zu modeln. In manche Eltern schicken ihre Söhne sogar auf andere Lyceen, wo keine badischen Lehrern anstellschicksl unterrichtet wird. — Aus dem benachbarten Seekreise und Schwarzwalde eilten gestern viele Leute nach Bregenz, um den jugendlichen österreichischen Kaiser für den so viele Sorgvathen ins ans berichten, daselbst zu sehen.

Von Lörrach der österreichischen Grenze, namentlich dem Breisgauer Bezk, in Freiburg, ist obenangst eine Adresse an den Kaiser von Oesterreich abgegangen, worin er der bei uns für ihn herrschenden Sympathien versichert wurde. — Frhr. v. Wilkersdorf soll vermuthlich wieder eine bedeutende Stellung im badischen Staatsdienste einnehmen.

Wien, 9. Okt. Der französische Gesandte an auserem Hofe, Herr de la Cour, ist von seiner Reise aus Tirol und Italien wieder zurückgekommen. Die an ihn gelangten Depeschen aus Paris, so wie die, welche die hiesige Regierung direkt von Herrn v. Hübner erhalten hat, stimmen darin überein, daß das französische Ministerium in der bekannten Angelegenheiten Hahn in Italien auf Oesterreich zu gehen entschlossen ist. Es wird nämlich als Thatsache hier angesehen, daß Frankreich den Bundestag in Frankfurt, sobald sich auch England dazu bereit findet, auerkennen und es denselben bis dahin auch allein mit all seinen Einflusse unterstützen wird. — Instruktionen, welche auch der hiesige Ministerium an alle französischen diplomatischen Agenten in Deutschland erredirt worden, ermächtigen dieselben in diesem Sinne, wenn auch in allen einzelnen Fällen, wie z. B. in den hessischen Streitigkeiten, mit besonderer Rücksicht auf die streng legalen und konstitutionellen Grundsätze zu handeln. Man verbreitet auch, daß Frankreich auf die Expansion Preußenlands, nach den Traktaten von 1815, dringt und jede territoriale Veränderung im Verein entschieden ablehnt. Dies ist, wenn ich, wie ich glaube, gut unterrichtet bin, das Resultat der letzten in Paris gehaltenen Berathungen, an welchen der Präsident selbst Theil genommen hat. (C. Bl. a. B.)

Berlin, 6. Okt. Ein Correspondent des „Ploen" gibt über die jetzige Stellung des Mi-

ntsteret den unswärtigen Angelegenheiten, und über die Ansichten der preußischen Armee, im Falle die kurhessischen Truppen ihrem Fürsten den Gehorsam verweigern sollten, folgende bezeichnete Aufschlüsse: Man macht die Bemerkung, daß seit der General v. Radowitz im Besitz des Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten ist, diese sich ausschließlich in den betreffenden Ministerium oder vielmehr von dem betreffenden Minister bearbeitet, und seitdem die Vorträge und Conferenzen im k. Cabinet seltener geworden sind. Ein Verhältniß, das ganz dazu geeignet ist, den neuen Chef des Departements und als einen Mann vorzuführen, der in den Hauptangelegenheiten selbst, die sich den Ansichten an höchster Stelle bekannt ist, und daß er seltener wie sein Vorgänger es nöthig hat, Anfragen zu machen, oder sich dort Bescheid zu holen. In Beziehung auf die kurhessischen Angelegenheiten, richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit jetzt ganz vorzüglich auf einen, hinsichtlich des Prinzips für alle Regierungen und besonders für alle Militär-Staaten gleich wichtigen Punkt, auf das Verhalten der kurhessischen Truppen. Die Parteien sehr verschiedener Färbung, die sich aber in ihrem Haß gegen die Monarchien vollständig vereinigen, hoffen darauf, daß jene Truppen dem Kurfürsten und ihrem Vorgesetzten den Gehorsam verweigern werden. Trifft dieser ärgerliche Umstand wirklich ein, dann tritt die ganze Angelegenheit in ein anderes Stadium, Preußen wird und kann sodann die bis jetzt befolgte Politik unter keinen Umständen fortsetzen, schon, wie wir bereits erwähnten, des Prinzips wegen, da das Band des militärischen Gehorsams die Grundfeste ist, auf welcher die Sicherheit des eigenen Staates noch bis diesen Augenblick allein basirt ist. Unter solchen Umständen naht sich ein sehr entscheidender Augenblick, auf ihn wartet ganz besonders auch unsere Armee, deren Grundsätze, wie es allgemein bekannt ist, fest sind. Sie wurde sich in dem Augenblick mit Verachtung von Dessen abwenden, wenn sie dieselben dort erschüttert sähe.

Berlin, 7. Okt. Der Fürst Friedrich von Hohenzollern-Hechingen (geb. 16. Februar 1801) wird mit Fräulein von Schenk-Gegern den 21. Okt. in Gorlitz getraut werden, und erhält hiese dann den Titel einer Gräfin von Sigmaringen. Obgleich evangelischer Religion, hat sie eingewilligt, die Kinder katholisch erziehen zu lassen. Der König von Preußen hat den Brandenburgischen Erbcoberceremonienmeister Frhrn. v. Stillfried, der auch katholischer Confession ist, mit Leitung dieser Angelegenheit beauftragt.

Berlin, 11. Okt. Wie wir hören, wird Hr. v. Radowitz den am hiesigen Hofe Bevollmächtigten Englands, Frankreichs und Rußlands eine Erklärung der diesseitigen Regierung in Bezug auf das zwischen diesen Mächten obgeschlossene Bündniß zu Gunsten der Pacification in den Herzogthümern zugehen lassen. — Wie wir hören, hat das 7. Cuirassier- und das 10. Husaren-Regiment aus ihren Standquartieren Halberstadt, Quedlinburg, Aschersleben und Schönebeck nach der hessischen Grenze aufgebrucht. (M. Pr. Z.)

Berlin, 16. Okt. Die „N. Z." enthält eine Mittheilung über die gegenwärtige Stellung Baden zu Preußen, die Züchtung verdient. Es lautet: Schon beginnt der Rückmarsch der badenschen Truppen nach der Provinz Westphalen. Es ist dies ohne Zweifel nur der Beginn der ganzlichen Rückkehr dieser Truppen in ihre Heimath. Wie sehr man auch in offiziellen Berichten den Sachverhalt zu verdecken bemüht ist, alle Privatberichte aus Baden stimmen darin überein, daß in Besitzung des Großherzogth. durch die Preußen in so hohem Grade unpopulär ist, daß selbst die preußischen Offiziere und Soldaten in ihrer bortigen socialen Stellung wesentlich darunter leiden. Waren bisher der Großherzog persönlich aus einem gewissen Dankbarkeitsgefühle und die vermittelnde Großherzogin Stephanie fast die einzigen Stützen des preußischen Einflusses am Hofe in Karlsruhe, während der präsumtive Thronfolger und der ganze Hofadel, wie die höheren Schichten der Gesellschaft überhaupt ihren Widerwillen gegen die „preußische Mediatisirung", wie man es nennt, offen zur Schau tragen, so kann es nun, nachdem auch die Kammer sich zum Organe der Unliebsamkeit der preußischen Besetzung in mehr oder minder direkter Weise gemacht hat, auch mehr Bänder nehmen, wenn die preußische Politik auf dem Punkte steht, von Neuem eine entschiedene Niederlage in Baden zu erleiden. Man glaubt wenigstens, daß die Kündigung des gegen preußisch-badenschen Militärvertrags in nicht zu langer Zeit nachfolgen, und daß dann Oesterreich, welches alle Mittel im Großherzogthum und am Hofe in Karlsruhe speziell in Bewegung setzt, mit seinen Plänen schließlich doch durchdringen werde. Der Prinz von Preußen wird daher mit Sicherheit bald nach dem Geburtstage des Königs wieder nach Boden zurückkehren, um durch seinen persönlichen Einfluß möglichst noch eine Aenderung dieser für Preußen so ungünstigen Sachlage herbeizuführen.

Die National-Zeitung berichtet: „Wir vernehmen, daß dem Buchdrucker der Erfurter Parlaments-Archiven, Herrn Julius Sittenfeld, die Mittheilung gemacht worden, er könne seine Presse und Lettern nun fortschaffen. Hr. Sittenfeld soll bereits den Auftrag ertheilt haben, den Zurücktransport jener Gegenstände auszuführen."

Frankreich.

Paris, 5. Okt. Aus London wird hieher berichtet, daß das dortige Comite, aus flüchtigen demokratischen und socialistischen Verbrechern gebildet, sich in verschiedene Sektionen getheilt, ansehnliche Fonds zur Verfügung habe, und alle vierzehn Tage an die mit ihm verbundenen Unter-Comite's in Deutschland (zu Köln, Hannover, Bremen, Hamburg und an vielen andern Orten) und andern Ländern den Befehl regelmäßig Rundschreiben abschicke, um ihnen die Lage auseinander zusetzen und das einzuhaltende Verfahren zu bezeichnen. Das Londoner Comite hat seit Kurzem die Taktik angenommen, daß es von allen äußersten Schritten absteht, und innerhalb der constitutionellen Grenzen zu verbleiben ostensibel. „Diese Taktik" — so lautet ein Artikel des „Siècle" — „ist weit gefährlicher, als die bisher befolgte; denn die Demagogen rechnen darauf, durch ihre erheuchelte Mäßigung die Constitutionnellen dahin zu bringen, daß sie sich ihnen in die Arme werfen."

Paris, 7. Okt. Graf Siccardi bleibt für alle wohlgesinnten Rathsfolge der französischen Regierung taub, und will dem Papst am jeden Preis die Stirne bieten. Den König Victor Emanuel beherrscht er durch die Furcht, daß, wenn der Hof von Turin nachgibt, in Piemont die Revolution ausbrechen wurde. Um die ouvwirtige Presse für sich zu gewinnen, zeigt sich Siccardi mit Decorationsbändern in Fülle. Zwei Hauptredakteure der einflußreichen Pariser Blätter haben soeben den Orden der heiligen Mauritius und Lazarus erhalten. Wenn Sie unsere größeren Blotter aufmerksam lesen, werden Sie leicht in deren Besprechung der piemontesischen Zustande die Inspiration des Grafen Siccardi finden, manche Artikel tragen den Stempel des Kanzleistyles. — In Ehren der Wahrheit muß ich sagen, daß Hr. Armand Bertin, Hauptredakteur des Journals des Debats, das ihm von Siccardi angebotene Commandeurkreuz des Mauritius- und Lazarus-Ordens mit dem Bedeuten abgelehnt hat, daß er selbst aus den Händen Ludwig Philipps das Kreuz der Ehrenlegion nie annehmen mochte, was allerdings richtig ist. Die dem Hrn. Armond Bertin zugedachten Comthurzusinnen des Mauritius-Ordens wurden dem Haupt-Redakteur eines andern Pariser Tagblattes verliehen, die von diesem auch angenommen worden sind. Ferner sind ein halb Dutzend Ritterkreuze des nemlichen Ordens unter zwei Publicisten vertheilt worden, welche in den Pariser Hauptblättern die italienischen Angelegenheiten besprechen, und dem Grafen Siccardi als einen großen und um sein Vaterland hoch verdienten Staatsmann täglich Ehrenkronen um die Schläfe winden.

Italien.

Turin, 2. Okt. Es wird Ihnen nicht uninteressant sein zu vernehmen, daß man sich in Turin sehr viel mit den Zuständen Deutschlands beschäftigt. Daß es nun an Parallelen zwischen Toscana und Hessen-Kassel, sowie Mecklenburg-Schwerin nicht fehlt, können Sie denken. Dasselbe geringe Vertrauen das man in Süddeutschland zu der preußischen Politik hat, hore ich hier von vielen Seiten aussprechen, und es ist bemerkenswerth daß sardinische Journale, wenn sie einerseits auch bittere Galle über den Metternichschen System der Verwaltung ausgießen, doch andererseits das jetzige Streben der österreichischen Regierung dem Nationalgefühl Rücksicht zu tragen keineswegs verkennen. Es liegt etwas verschlichtes darin, welches ich mit Freuden hervorhebe. (A. Z.)

England.

London, 8. Okt. Die Times erzählt, daß einer ihrer Correspondenten den Kirchhof von Glasgow besucht und dort vergeblich das Monument Doniel O'Connell's gesucht habe. Er hat erfahren, daß die Herren, welche das Geld vorgeschossen, um den Leichnam des Agitators von Genua nach Irland zu schaffen, bis jetzt den Sarg noch als Pfandobjekt besitzen; die 350 Pfund, die zuerst gezeichnet worden waren, sind für das gothische Fenster in Pater Mathew's Kapelle verausgabt worden, und O'Connell's Hund in Merrion-Square steht zu vermiethen.

Rußland.

Petersburg, 7. Okt. Auf den Vorschlag des russischen Ministers des Innern ist vom Staatsrath bestimmt worden, daß bei jedem Generalgouvernem, in dessen Bezirk Juden wohnen, aus der Zahl derselben einer oder zwei, mit der Genehmigung des Ministers aus drei, angestellt werden sollen, um bei den Wahlregen, welche eine nähere Kenntniß der jüdischen Glaubensvorschriften und Gebräuche erfordern, Beistand zu leisten. Diesethen sollen hauptsächlich auf den Rabbinern gewohlt werden. Sie haben einen Dienstreis zu leisten. Die Zeit ihres Dienstes ist unbestimmt. Für letztern erhalten sie eine Pension, die aus der Kronschreiskasse-Steuer entnommen wird, und deren Betrag von 300 bis 900 Silberrubeln nicht übersteigen darf. Zugleich sind sie, so lange ihr Dienst währt, von allen Abgaben befreit, und haben noch fünfzehnjährigem ersprießen Dienste Anspruch auf Belahnungen, Medaillen zur Gwoldnutz, und Verleihung des persönlichen Bürgerrechts.

Von der polnischen Grenze, 8. Okt. Reisende erzählen von der großartigen Festlichkeiten, welche zur Verherrlichung des Aufenthaltes des Kaiserl. Ehepaares in Warschau veranstaltet worden sollen. Dem in Polen stehenden Adelsstand, genannt Szlachta, mit einem in jedem Gouvernement residirenden Adels-Marschall (Marszalek Szlachty) an der Spitze, ist von Alters her, ein Lebenslegien ihrer politischen Thätigkeit und ihre Anhänglichkeit an das kaiserliche Haus an den Tag zu legen. Diese Festlichkeiten werden nicht blos ein offizielles Gepräge haben, sondern ein Zeichen der Dankbarkeit sein, welche der Adel dem Kaiser schuldet. Denn seit zwei Jahren ist der polnische Adel erst wieder in seinen bevorzugten Stande mit Auszeichnungen und Vorrechten organisirt worden; so haben die Adligen in den einzelnen Gouvernements ihre periodisch wiederkehrenden Zusammenkünfte unter dem Vorsitze des Marschalls, die Angelegenheiten der einzelnen Creisorte werden nur durch die Vermittlung ihrer Bureaux der höchsten Behörde oder der Person des Kaisers zur Entscheidung vorgelegt; ausser den Kindern des hochsten Beamtenstandes ist es nun auch allein den Söhnen der Adligen gestattet, die höheren Gymnasialklassen zu besuchen,

vieler anderer Vorrechte gar nicht zu erwähnen. (Schl. f.)

Vermischte Nachrichten.

An einem Sonntag hatten drei Demokraten die besondere Thätigkeit in ihrer Partei entwickelt, eine Besprechung über die Zukunft ihrer Partei. Dr. L. schilderte in lebhaften Farben, daß die Kraft der Demokratie durch die „reaktionären Gesetze“ gebrochen wäre, und ließ unbedachtsamer Weise seinen Mund überfließen von der Trostlosigkeit seiner eigenen Lage, seitdem es seine offene Demokratie meist gabe. (!) Der Dr. L. hatte zur Zeit an der Spitze verschiedener demokratischer Verbrüderungen gestanden, wodurch er größtentheils seine Existenz sicherte. Wider Erwarten stimmten ihm seine beiden Freunde der Kaufmann K. und der Lehrer B., in seinen Klagen bei. Ein Wort gab das andere, und so ließ sich denn der Dr. L. zu den Aeußerungen hinreißen, daß er ein besseres Los, als Rückfall für das eigene Wohl sich so lange der conservativen Parteien anzuschließen, bis die Demokratie, was man als sicher voraussetzte, wieder oben auf käme. Der Kaufmann K. sagte aber noch hinzu, daß es nothwendig wäre, in Stetem, wenn auch versteckten Zusammenhange mit der Demokratie zu bleiben. Gegen Beide sprach sich entschieden der Lehrer B. aus, er verliere auch durch das Unterdrücken der Demokratie, aber er wolle ehrlich uns offen bleiben, er werde seine Ehre und sein Gewissen der Erhaltung seiner Existenz nicht zum Opfer bringen. — Der Montag Morgen sühnt die drei Demokraten zusällig an einem andern Orte zusammen. Der Dr. L. ist entschlossen, seine angesprochene Absicht auszuführen, begeht sich nämlich in das Vorzimmer eines Mannes, der einflußreich genug auf die conservative Partei ist, um ihm den Gesammtzuwachs vorzutragen und seine Vermittelung zur Aufnahme mit den Conservativen anzubieten. Angekommen an seinem Ziele, steht er, wen der Lehrer B. so eben aus dem Hause schlupft, in welches er eintreten will, und muthmaßt, daß dieser dort gewesen ist, wo er selbst hin will. Nachdem er geduldig aschichamdrirt hat, öffnet sich die Thür zu dem Cabinet und heraus tritt der Kaufmann K. Der Herr des Hauses empfing den Dr. L. mit sichelem Blick. So eben, sagte er, sind zwei Ihrer Freunde hier gewesen, welche Sie in den schwächsten Farben geschildert haben und mir anriethen, Ihnen nicht zu trauen, während sie sich Beide bereit erklärten, mich stets in vollständige Kenntniß von den Absichten Ihrer Partei zu setzen; der Lehrer B. hat mir den Abfall von seiner Partei mitgetheilt und sich in Aussicht auf Beschäftigung, die ich ihm vielleicht zu verschaffen im Stande sein, zu jeder Spionirung bereit erklärt. Der Dr. L. sah sich von seinen Freunden verrathen und theilte dem Herrn des Hauses Wort für Wort die am Tage vorher gehaltene Unterredung mit. — Bitte, verehrteste Demokraten! nehmen Sie eine Prise Contenance zu dieser schönen und wahren Anekdote!

Neueste.

Gotha, 10. Okt. Aus sicherer Quelle macht die L. Zeitung folgende Mittheilung: Die durch verschiedene öffentliche Blätter gegangene Nachricht, nach welcher der Regent der gothaischen Lehnsverschreibungsbank in Kassel eine Lebensversicherung des Oberbefehlshabers von Hoyman bei der jetzigen gefährlichen Stellung desselben für unwirksam erklärt habe, entbehrt jedes Grundes.

△ Von der badischen Grenze, 11. Okt. Hr. Notar Bauer, dessen Verhaftung in Neubreisach unter dem Vorwande, daß er auf badischem Boden gezagt habe, wir unlängst gemeldet haben, ist nach neuntägiger Haft wieder in Freiheit gesetzt worden.

△ Vom Oberrhein, 11. Okt. Die vergangene Woche sowohl als die laufende war für die Traubenlese sehr schlecht, fast allenthalben seben dieselben sehr übel aus und die anhaltenden Regengüsse bringen sie zum faulen, die sie reif sind. Allenthalben wo der Reif hinkam, und dies geschah auf mehreren Punkten, besonders am Fuße der Gebirge, fällt das Blatt ab und die Frucht trocknet, ohne zu reifen.

△ Freiburg i. B., 12. Okt. Von unserem Korrespondenten in Basel kommt uns so eben die Nachricht von einem höchst beklagenswerthen Unglücksfalle auf dem Rheine (bei Markt im Baselschen) zu. Es verunglückte nämlich daselbst ein kleines Schiff mit 25 Personen, von welchen nur 11 kounten gerettet werden.

Bregenz, 10. Okt. Se. Maj. der Kaiser ist so eben (4 Uhr) unter dem Donner der Geschütze, unter Glockengeläute und Jubel hier eingetroffen und im Gasthof zur Post abgestiegen.

Stuttgart, 11. Okt. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde der Antrag der Finanzkommission: „Die Landesversammlung wolle beschließen, bei Berathung des von der Regierung vorgelegten Hauptfinanzetats die drei Jahre neun Millionen in Vorschlag zu nehmen,“ allgemein angenommen. Hierauf verlas der Präsident ein königl. Reskript, wonach die Versammlung auf drei Wochen vertagt wurde, damit die Kommissionen Zeit zu ihren Arbeiten erhalten. Es wurde daher zur Wahl des Ausschusses geschritten. Zu den neben dem Präsidenten aus fünf Mitgliedern bestehenden engern Ausschuß wurden gewählt: Stockmaier, Rödinger, Schmizer, Mohr, Seeger. (Z. D.-J.)

Hannover, 7. Okt. Dem „H. C.“ wird geschrieben, daß das Ministerium, wie schon anderweitig gemeldet, Hrn. Detmold's Verhalten in Frankfurt keineswegs billigte. Der Bundesbeschluß wegen Kurhessen werde von ihm ganz abgesehen von seiner Berufung auf die Bundesbeschlüsse von 1832, anerkannt, und Hannover werde an dessen Ausführung nach Maßgabe der weiteren Bundesbeschlüsse Theil nehmen.

** Aus der Schweiz, 11. Okt. In Freiburg ist in der Nacht vom 9. auf 10. d. ein Aufstand gegen die Stadt entstanden, der aber alsbald unterdrückt war. Viele Verhaftungen sind vorgenommen worden.

△ Aus dem Elsaß, 12. Okt. Seit einigen Wochen treibt sich im Elsaß ein Mensch herum, der sich für einen Literaten aus Bayern ausgab und verschiedene Male verschwand, bis sich die Polizei veranlaßt fand ihn zu verhaften, wo sich dann herausstellte, daß derselbe ein aus dem Zuchthause Entsprungener war. — Der Zug der Auswanderer durch unsere Provinz nach Havre war noch nie so stark, wie gegenwärtig. Namentlich ist es Württemberg und die bayerische und badische Pfalz, welche ein beträchtliches Contingent liefern. — Die Frequenz der Elsäßer Eisenbahn war im Laufe dieses Jahres sehr bedeutend. — An der Abtheilung der Paris-Mooburger Eisenbahn nach Saarburg wird mit großem Eifer gearbeitet. Mehrere Tausend Arbeiter sind auf dieser Strecke beschäftigt und wird die Zahl derselben noch bedeutend vermehrt werden.

Brüssel, 11. Okt. Die Nachrichten über das Befinden der Königin lauten schlimmer, die ärztlichen Berichte fassen kaum noch einen Schimmer von Hoffnung. Gestern communicirte sie und erpreßt die letzte Oelung in Gegenwart ihrer ganzen Familie, bei welcher auch noch der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha eingetroffen ist. Die Königin hat mehrermal den Wunsch geäußert, nach Laeken geführt zu werden, die Aerzte widersetzten sich aber wegen der außerordentlichen Schwäche der Kranken. (Z. D.-J.)

Die französische Occupationsarmee in Rom wird eine Verminderung erfahren; das 22. Linien- und das 25. leichte Inf.-Reg. haben Befehl zum Abmarsch erhalten.

C Paris, 8. Okt. Die Ordensverleihung des goldenen Vließes, welche die Königin von Spanien dem Prästenten verliehen hat, worüber vielfache Vermuthungen und Commentare angestellt werden, muß zunächst dem persönlichen Einfluß des Generals Narvaez zugeschrieben werden, dessen Gemahlin eine geborne Tascher de la Pagerie, Nichte der Kaiserin Josephine, mithin Base Ludwig Bonaparte's ist. Die Königin Isabella hat sich um so leichter bestimmen lassen, dem Präsidenten eine solche Auszeichnung zu gewähren, als dieser mit der größten Gewissenhaftigkeit der spanischen Regierung alle Effekten der Herzogin von Montpensier auslosgen ließ, welche nach der Flucht der Familie von Orleans in Frankreich zurückgeblieben waren.

T. D. Berlin, 10. Okt. Die preußischen Vorschläge wegen Fortführung der Union nach dem §. 2. M. bezwecken, in wesentlicher Uebereinstimmung mit dem Entwurfe der Fürstenconvention, — Feststellung der Unauflöslichkeit des Vertrages und somit der Verpflichtung zur Verfassung und zum Schiedsgerichte. Das gegenwärtige Provisorium erlischt; aber definitiv werden sofort 1) der eben gemachte Vertrag, 2) Gemeinzukeit bezüglich der Verfassung über den weiteren Bund, 3) der Fürstenvertrag. (K. Z.)

T. D. Berlin, 11. Okt. Preußen bringt ein Definitivum an die Stelle des Provisoriums in Vorschlag. Das Bündniß mit seinen Zwecken, die Verfassung desselben und das Schiedsgericht bleiben bestehend, die Aufnahme aber wird der Zeit und den Umständen untergeordnet. Definitiv aufgelöst werden sofort mit seinen Rechten, unter andern gemeinsame Vertheidigung über Verhältnisse zum weitern Bunde, sowie über ein dem Fürstenvollegium ähnliches Organ.

(K. J.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Frankfurter Course.

Den 13. Oktober 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1558	1165
„ 4% Metallique	76½	76¼
„ 4% „	61	61⅓
„ 3% „	45¾	46⅛
„ 2½% „	41	41⅝
„ 4½% Bethmann . . .	73	—
„ 4% „	—	64
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	98½	97
„ 500 „ „ 1834.	154⅛	155½
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	81¾	82⅜
„ 2½% „ Prämien Schein.	112	—
Baiern 3½% Obligationen . .	84	84½
„ 4% „	88⅞	89
Württemberg 3½% „ . . .	100¾	100⅝
„ 4% „	82¾	83¼
„ 4½% „	98⅛	98⅝
Baden 3½% „	81½	82
„ fl. 35 Loose	32½	32⅞
„ „ 50 „	52⅝	53⅛
Nassau à 2%	26	26¼
Hessen Darmst. fl. 50 Loose .	76¾	76⅞
„ „ „ 25 „ .	26½	26⅞
Polen fl. 300 „	135⅞	—
Sardinien Lots. 36 „ . . .	32⅞	33¼

Theater-Anzeige.

Dienstag den 15. Okt.

Abonnement suspendu.

Zum Allerhöchsten Geburtstag Ihrer Majestät der Königin Marie

Bei festlich erleuchtetem Hause:

Die weiße Dame auf Schloß Avenel.

Komische Oper in 3 Akten von Boieldieu.

Fremden-Anzeige.

Den 13. Oktober 1850.

Ritter, Geistzeuge, Privatier v. Amsterdam. Kaufl.: Werner a. Hebersheim, Müller a. Darmstadt. Beide v. Frankfurt. Gärtcher v. Nürnberg. Besorer v. Hanau. Schiefsinger a. Ebersdorf. Neubert a. Bremen. Hirsch v. Frankfurt. Unvergagt v. Bremen. Haas v. Frankfurt. Gabe v. da.

Kronprinz, Baron v. Thüngen, v. Weitersdorf. Freiherr v. Imhof v. da. Spieß, Regierungsrath v. Rörnberg. Rabbinger v. da. Dornet, Kaufmann v. Schierfurt.

Schwan. Holzhauer, Kand. med. v. Jena. Ritter.: Wölfer v. Offenbach. Horn v. Frankfurt. Weismann v. Magdeburg.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 247. Würzburg, Dinstag den 15. Oktober. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Würzburg, 15. Okt. 1) Dem Schullehrer Johann Kaspar Günder zu Gerach wurde die I. Schul- und Kirchendienerstelle zu Rekendorf, I. Dkg. Bannach, 2) dem Schullehrer Albert Trost zu Neubessingen die Schul- und Kirchendienerstelle zu Burghausen, Lkg. Arnstein, 3) dem Schullehrer Johann Weber zu Weisbach die Schul- und Kirchendienerstelle zu Oberesdorf, kgl. Lkg. Bischofsheim übertragen.

Die Emancipation des Volkes.

Unter den Gemeinplätzen, welche das politische Gepäck der Demagogen bilden, ist einer der abgeschmacktesten ohne Zweifel der: „Das Volk hat aufgeboren, unmündig zu sein; es hat sich emancipirt.“ Man darf nicht vergessen, daß im Sinne jener Menschen das Volk nicht die Gesammtheit der Nation ist, sondern die Gesammtheit der Arbeiter, ja für Viele nicht einmal Dies, sondern die Hefe der untern Volksklassen, der schlechte Haufen, wie man sich sehr gut ausgedrückt hat. Was ist denn die Emancipation? Es ist die Mündigkeitserklärung Desjenigen, den das Gesetz nicht für reif genug erklärt, um über seine Person und sein Eigenthum verfügen zu können. Um einen Minderjährigen für mündig zu erklären, müssen wichtige Gründe vorhanden sein; man schreitet zu dieser Maßregel nur mit der größten Vorsicht, nach angestellter Untersuchung und unter Aufsicht der Obrigkeit, und wenn genugsam dargethan ist, daß der Jüngling, den man zum Manne machen will, die nöthigen Burgschaften darbietet, den in ihn gesetzten Vertrauens würdig ist. Der für mündig erklärte Minderjährige genießt aber keine vollständige Freiheit; er kann nur bestimmte Handlungen vornehmen; für andere bedarf er des Beistandes eines Vormunders, oder selbst eines Familienrathes; endlich kann er gezwungen, wenn er Verweise von Unfähigkeit gibt wieder unter Vormundschaft gestellt werden. — Was für ein Unterschied ist nun zwischen dem Volk und dem Minderjährigen im Sinn des Gesetzes? Soll diese Masse ohne Bildung und Erfahrung, welche die Demagogen als Volk bezeichnen, mehr Rechte einräumen, als der Jüngling? Ist die Masse weniger leidenschaftlich, als der junge Mann, weniger dem Irrthum, den Fehlern und den Verbrechen ausgesetzt? Ist es schwerer, sie zu verführen? Ist sie weniger von gewissenlosen Rathgebern umringt? Werden ihre Handlungen minder schwere Folgen nach sich ziehen? — „Das Volk hat sich frei seines höchsten Willens mündig gemacht.“ Es sei. Aber indem es die Schranken durchbrach, die seine Unerfahrenheit schützten, hat es da nicht mit seinen Interessen zugleich weit größere und wichtigere Interessen gefährdet? — Es sind dies Fragen, die man nicht einfach durch Bejahung oder Verneinung schroff beantworten zu können. — Man hat das emancipirte Volk schon öfter am Werke gesehen; jedesmal, so oft es unfluggerweise sich selbst überlassen wurde, oder durch Gewalt Das erlangt hat, was seine Schmeichler, die Freiheit genannt haben, hat es sich den beklagenswerthesten Verheerungen, den gehässigsten Ausschweifungen überlassen. Es war nicht nur die Kluft der überschwenglichen Kraft, daß irrend durch Unbesonnenheit, daß sich täuschend aus edlen Triebfedern; es war ein Wahnsinniger, der nach allen Seiten hin Unruhe verbreitete; ein Wüthender, der sich allen möglichen Excessen überließ; ein Verbrecher, der sich mit den abscheulichsten Freveln besudelte; ein wildes Thier, das sich in Strömen Blutes berauschte. Die Geschichte der Könige ist das Martyrerthum der Völker, hat man gesagt; könnte man dieser Verläumdung nicht den wahren Satz entgegenstellen: die Geschichte der Emancipation des Volkes ist die Schmach der Menschheit? Um die Emancipation des Volkes zu rechtfertigen, legt man ihm einerseits die Kenntniß aller Dinge, die Allwissenheit, andererseits die Souveränetät bei. Eine zweifache Lüge! Die Masse ist unwissend, voller Vorurtheile und vorgefaßter Meinungen. „Das Volk ist ein Thier mit vielen Zungen und wenig Augen“, hat der große Friedrich geistreich gesagt. Es gehört Dem, der ihm schmeichelt; es ist der wahre Rabe der Fabel; es reicht die Hand seinen Feinden, stößt die seiner Freunde zurück; es verbannt Aristides, es kreuzigt Jesus, befreit Barnabas, und vergöttert einen Marat. — Niemals hat die Masse die Souveränetät anders, als durch Usurpation ausgeübt. Eine Nation hat unstreitig das Recht, ihre Geschicke zu regeln; allein Nation ist nicht gleichbedeutend mit Volk im Sinne der Demagogen; es ist der Unterschied des Ganzen und des Theiles; so oft die Gewalt in die Hände des Volks (der Masse) fiel, war die Nationalsouveränetat gefährdet, das Verbrechen der besiegten Nation vorhanden. Wenn ein König, meist nur der Schwachheit oder des Irrthums schuldig, in Konflikt mit der Nation kommt, wird er strenge bestraft, sei es durch die Menge selbst oder unter dem Einflusse ihrer Leidenschaften und ihrer Gewaltthätigkeit; man stürzt ihn ein, man verjagt ihn, man tödtet ihn; man beschimpft ihn noch im Grabe. Wenn die rohe Masse sich gegen einen vom übrigen Theil der Nation geliebten König empört, wenn sie die Straßen mit Blut überschwemmt, seine Soldaten ermordet, die öffentlichen Gebäude plündert und in Brand steckt, so erreicht man ihr Ehrenlasten, weiter ihr Nationalbelohnungen, und sogenannte Nationalgesänge überliefern diese Greuelthaten der Nachwelt. — Und doch, wer von Beiden hat der Gesellschaft das meiste Böse zugefügt, abgesehen selbst von aller Absicht? Aber was sind diese Exzidien, diese Marmorn, diese Inschriften, diese Beschlüsse und Volksgesänge? Eitle Demonstrationen der sogenannten Parteien, deren Lüge die Nachwelt nicht täuschen wird. Der Monarch, der irrte, oder aus Schwäche fehlte, wird in den Annalen der Nation ein mitleidswerthes, vielleicht anerkennendes Blatt haben, während der Name des Pöbels die Geschichte ein entehrendes Brandmal aufdrücken wird. — Das emancipirte Volk, oder, um den rechten Ausdruck zu gebrauchen, die emporten Massen sind der Verachtung und der Züchtigung werth; das wahre Volk, d. h. die Nation, erspart ihnen die Verachtung nicht; was die Strafe betrifft, so findet sie der Schuldige in seiner eigenen Schuld, denn das Elend aus der Rotte der Massen ist niemals größer, als nach Revolutionen.

J. de F.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Hamburg, 10. Okt. Ueber die seltene Vorsicht, mit der die Dänen sich in Friedrichstadt verschanzt hatten, berichtet ein Augenzeuge, der den Sturm auf Friedrichstadt mitgemacht hat, in der „Altonaer Reform“ Folgendes: Waren die die Schanzen umgebenden Pallisaden glücklich durchbrochen oder zerstört, so traten unsere Füße auf zugespitzte scharfe Gegenstände, welche sich auf nähere Untersuchung als umgestützte Zeltreggen landgaben, deren scharfe, eiserne Zähne nach oben gerichtet und deren Ballen und Eisenspitzen so weit mit kolcrer Erde übermorsen waren, daß die scharfzugespitzten Zähne nur etwa einen Zoll über die Oberfläche hervorragten; dieser Damm voll Eisenspitzen mußte unter dem dichtesten Kugelregen theils überschritten, hinweggeräumt oder zerstört werden, nur welche furchtbaren Schmerzen die etwa Verwundeten oder tödtlich Getroffenen beim Hinfürzen auf diesem Marterweg zu erdulden hatten, läßt sich kaum denken. Aber noch nicht genug, kaum war auch diese Hindernis überwunden, so waren die Erdaufwürfe der Schanzen selbst zu übersteigen; hier gähnten nicht etwa allein die Mündungen der dänischen Kanonen, Flinten und deren Bajonnette Tod und Verderben drohend entgegen, sondern auch den Schanzgraben selbst lugten die Spitzen unzähliger Pfählen hervor, welche so tief eingegraben und so beseftigt waren, daß ihre Spitzen und Schneiden etwa einen Fuß aus der Erde hervorragten; dazu die Dämmerung und alle Gravel eines mit Erbitterung ausgekämpften und abgewehrten Sturmes.“ Nach diesen Proben wird man sich einen Begriff von den Leiden und Mühen der Stürmenden, wie von ihren Verlusten machen können. (Magd. Z.)

Rendsburg, 10. Okt. Die sämmtlichen Geschütze vor Friedrichstadt sind bereits hier eingetroffen, die Position ist aufgegeben, indem die Truppen bis dieselbst der Linie zurückgegogen sind und nur die Vorposten, wie früher, jenseits der Linie beim Dorfe Sudersdorf angestellt sind; die Dänen, welche vor einem abermaligen Angriff Furcht haben, befestigen sich noch stärker im Westen an der Eidermündung bei Kollingbuttel und Ramstedt, indem sie dort große Schanzwerke und Blockhäuser aufführen. — Der Verlust bei dem Sturme auf Friedrichstadt dürfte nahe an 500 betragen, von denen wohl an 200 todt oder auf dem Platze geblieben, theils gefallen und theils ertrunken sind; die Uebrigen sind meistens sehr schwer durch Kartätschenkugeln verwundet und Viele werden noch an ihren Wunden sterben.

(D. R.)

Hamburg, 10. Okt. Die Vermehrung der schleswig-holsteinischen Armee um 10,000 Mann wird auf das Ernstlichste vorbereitet. Bereits ist die entsprechende Zahl von Uniformen in Arbeit gegeben, und zwar werden 5000 Waffenröcke, Mantel und Beinkleider in Altona angefertigt, 5000 aber werden durch das hiesige Schneideramt bezogen.

Rendsburg, 10. Okt. Die Statthalterschaft soll Willens sein, nächstens nach Kiel überzusiedeln. Das Ministerium der auswärtigen Ange-

legenheiten hat sich bereits von hier dorthin begeben.

Mendsburg, 11. Okt. Von bayerischen Offizieren wurden bei Friedrichstadt verwundet: Oberst v. d. Tann (leicht an der Hand), Major Atroffer (desgleichen am Fuß). An Lieutenant v. Schanzenbach flog eine Granatkugel so nahe vorbei, daß er vom Luftstrahle umsturzte und noch am folgenden Tage schwer athmete. Dr. Henke (wenn wir nicht irren, aus Erlangen) ist gleichfalls verwundet..

Deutschland.

Wien, 11. Okt. Eine der nächsten Schöpfungen unserer Regierung wird der vielfach vermißte Reichsrath sein. Diese wichtige Institution würde um vieles unsre jetzigen Zustände und noch das Vertrauen auf ihre Dauer befestigen.

Bregenz, 12. Okt. Gestern nach erfolgter Ankunft des Königs von Württemberg war großer Empfang bei St. kais. Maj., es wurden die Militär- und Civilbehörden vorgestellt, und namentlich die ersteren strömten im glänzendsten Staate nach dem Gasthof zur Post, dazwischen an Equipagen, mehr oder minder elegant, alles was eben in Bregenz aufzutreiben war. Neben dem öfter. Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg ist von bayer. Seite der Staatsminister von der Pfordten und von württemb. Seite Frhr. v. Linden anwesend — im jetzigen Augenblick drei bedeutsame Namen. Gegen 12 Uhr fuhr der König von Württemberg bei dem Kaiser vor und wurde von dem Hause von den dort befindlichen Offizieren und Civilbehörden der Stadt auf freundschaftliche begrüßt. Der König sah außerordentlich gut aus, er trug die Uniform als Husarenoberst seines ungarischen Husarenregiments mit der Attila, über die Brust das große Band des Stephansordens und das Commandeurkreuz des auf dem Schlachtfelde erworbenen Maria-Theresia-Ordens. Der Kaiser kam ihm unten an der Treppe entgegen und geleitete ihn unter freundlichste in seine Gemächer. Ueberhaupt bemerkte man zwischen den beiden Monarchen das beste und herzlichste Einvernehmen. Nach der Unterredung der beiden Monarchen, die ziemlich lange gedauert, begab sich der König von Württemberg in sein Quartier zurück und empfing einen Besuch des Königs von Bayern, dessen Erscheinen ebenfalls das größte Interesse überall erregt. Unterdessen hatten mehrere Dampfboote von fast allen Ufern aus des Sees zahlreiche Gäste gebracht, und als im Gasthof zur Post um 5 Uhr das kaiserliche Festmahl begann, waren der Platz vor demselben und die Straßen mit hin- und herwogenden Menschenmassen angefüllt; die Musik des 3 Regiments Wellington spielte vor dem Hause, welchem erkönte die öfter. Volkshymne „Gott erhalte unsren Kaiser" und das deutsche Nationallied, das wir mit den Engländern gemein haben. Aufmerksam lauschte die Menge zu den Fenstern, und es war komisch anzusehen, wie bei plötzlichen Regengüssen so plötzlich die Straßen mit Regenschirmen aller Farben bedeckt waren. Drinnen aber bei der saal. Tafel waren unterdessen die bemerkenswerthe Trinksprüche ausgebracht. Zuerst erhob sich Se. Majestät der Kaiser und sagte: „Auf das Wohl meiner werthen Gäste, der beiden Majestäten von Bayern und Württemberg, meiner treuen Alliirten." Der König von Bayern erwiderte mit lebhafter Betonung: „Auf das Wohl Sr. Maj. des Kaisers!" Nun erhob sich der König von Württemberg und sprach: „Se. Maj. der Kaiser hat mir erlaubt das Wohl der österreichischen Armee auszubringen; ein alter Soldat macht nicht viele Worte, aber er folgt dem Ruf des Kaisers wohin es auch sei. Den dessen Wunsch der Armee bring' ich aus, indem ich sage: Es lebe der Kaiser!" Hierauf entgegnete der Kaiser im herzlichen Tone: „Im Namen der ganzen Armee danke ich; es kann mir und der Armee nur zur größten Ehre gereichen, und wir sind stolz darauf mit so tapfern Cameraden vor den Feind zu gehen." — Die Illumination am gestrigen Abend sief prog des Regens außerordentlich glänzend aus. Neben wirklich sinnreicher und prachtvoller Beleuchtung in Fenstern und Transparenten bemerkte man auch das kleinste Haus, die mehrigste Hütte so gut als möglich verziert, namentlich an einigen der letztern las man freundliche Inschriften. Eine sagte: „Wenn ich auch nur ein Schmerbrod habe und mein Beutel sehr schwach ist, so geschieht doch alles was ich kann zur Ehre meines Herrn und Kaisers." An einem andern Hause bemerkte man ein großes Herz mit den Worten: „Hier ist du einquartiert." Bis spät in die Nacht wogten zahlreiche Menschen durch die Straßen. Der Kaiser fuhr im offenen Wagen überall hin, wo er sich sehen ließ von donnerndem Jubelruf empfangen und begleitet; doch hatte das Wetter gar kein Erbarmen mit den festlichen Aufzügen.

Berlin, 10. Okt. In der „N. Bremer Ztg." wird der Vortrag mitgetheilt, mit welchem Herr v. Radowitz dem Fürstenkollegium in der letzten von ihm präsidirten Sitzung den Zustand der kurhessischen Angelegenheit darlegte. Dieser Vortrag lautet nach dem gemachten Protokoll: Die kgl. Regierung steht in der Angelegenheit der kurhessischen Angelegenheit den sächsischen Antrag auf bundesmäßige Verfassungstreue. Sie erkennt an, daß die in Frankfurt unter der Bezeichnung des früheren Bundestags zusammengetretene Versammlung von Vertretern einzelner deutschen Regierungen, gelänge es derselben, ihren Entscheidungen eine eingreifende thatsächliche Folge zu geben, im Besitze der Regierung in Deutschland erscheinen konnte, welcher die Regierung sich nicht, und daß sie der Publikation solcher Beschlüsse die öffentliche Erklärung ihrer rechtlichen Nullität ihrerseits entgegenstellen wird. Bei der weitern Frage aber den Vollzug solcher Beschlüsse wird die königliche Regierung unterscheiden zwischen Beschlüssen, die ihre Anwendung auf Staaten haben, deren Regierungen bei dem sogenannten Bundestage betheiligt sind, und denen auch anderen Beschlüssen, die sich auf die Regierungen der Staaten beziehen, die diese Mitbetheiligung von der Hand gewiesen haben. Für den Kreis der letzteren Staaten bekennt die königliche Regierung hinsichtlich der Anwendung sogenannter Bundesbeschlüsse zu einem absoluten Interesse. Sie erklärt, daß sie innerhalb dieses Kreises den Vollzug rechtlich nichtiger Beschlüsse nicht dulden, daß sie entschieden in dem Versuch, solchen Beschlüsse eine thatsächliche Folge zu geben, mit den in diesem Falle erforderlichen Mitteln entschirden und ausreichend zu begegnen. Bezüglich der Anwendung der sog. Bundesbeschlüsse auf den Bereich von Staaten, deren Regierungen an diesen Beschlüssen Theil genommen, wird sie jedermal den einzelnen Fall im Auge fassen und dabei die Erwägung anstellen, ob sie sich für als unpflichtet darstellt, oder aber ob es für Preußen und die mit ihm gemeinschaftlich handelnden Staaten oder überhaupt für das gesammte Vaterland ein höheres Interesse gebührt. Als einen Fall der letzteren Art muß die königl. Regierung es betrachten, wenn der Vorbehalt, womit der sogenannte Bundesbeschluß vom 21. Sept. d. J. sich selbst und den königl. Regierung ihrerseits einstweilen nur den Vorbehalt ihrer eigenen eventuellen Handelns entgegenstellt, sich zu einem faktischen Eingreifen in die höchst beklagenswerthen kurhessischen Verwickelungen steigern sollte. Die königl. Regierung kann ein solches Vorgehen einer in ihren Augen völlig nichtigen Autorität nur für entschieden nachtheilig halten und sie hält sich für verpflichtet, dasselbe, wenn es zu ihrem Bedauern eintreten möchte, energisch zurückzuweisen. Dies sind die Ansichten und Ueberzeugungen der königl. Regierung, wonach sie bisher in der kurhessischen Angelegenheit gehandelt hat und ferner handeln wird.

Berlin, 11. Okt. Der „Const. Zeitung" gehen aus zuverlässiger Quelle die Vorschläge zu, welche die preußische Regierung über die fernere Gestaltung der Union bei dem bevorstehenden Ablauf des dermaligen Provisoriums an das Fürstencollegium hat gelangen lassen. Dieselben verfolgen ein doppeltes Ziel, einmal den ursprünglichen Zweck und Umfang der Union aufrecht zu erhalten, und ferner den gegenwärtigen Staatenbestand der Union durch ein der Sachlage angemessenes Definitivum zu sichern. In ersterer Beziehung schlägt die preußische Regierung vor, das Bündniß vom 26. Mai sei nach seinen drei wesentlichen in dem betreffenden Statut angegebenen Zwecken aufrecht zu erhalten und für unaufhebbar zu erklären. Dieser dreifache Zweck begreift das Bündniß zu gegenseitiger Hilfeleistung und gemeinsamem Handeln, ferner die Verpflichtung, den unirten Staaten eine Gesammtverfassung mit gemeinsamem Parlament zu geben, wodurch der deutsche Bundesstaat hergestellt würde, und endlich die Verpflichtung, für eben diese unirten Staaten ein gemeinsames Schiedsgericht einzurichten. Es bleibt also die Absicht der unirten Regierungen, dieselben, aber auch nur diese, mit anderen Worten: die Union bleibt bis dahin, wo ihre vollständige Verwirklichung den europäischen Verhältnissen nach als möglich und angemessen erscheint, d. h. bis auf unbestimmte Zeit vorbehalten, sie bleibt provisorisch. Innerhalb dieses Provisoriums sollen aber zweitens diejenigen Bestimmungen, welche schon bei der gegenwärtigen Lage der Dinge ausführbar erscheinen, sofort ins Leben treten. Diese sind das Bündniß selbst, und was daraus folgt, die Verständigung und das gemeinsame Vorgehen der jetzt in der Union repräsentirten Staaten in allen Schritten, welche das Verhältniß der Union zum weitern Bunde und die Construktion des letztern betreffen, so wie endlich die Einsetzung oder der Fortbestand eines Fürstenrathes in diesen Behufe. Diese Vorschläge der preußischen Regierung hat das Fürstencollegium einstimmig beschlossen, den einzelnen Regierungen zur Rückäußerung zuzufertigen.

Berlin, 12. Okt. Die Angelegenheit der preußischen Entschädigungsforderung an Baden soll bereits im Ministerium zum Vortrage gekommen sein und man soll den Beschluß gefaßt haben, sich einstweilen mit dem Anerkenntniß der badischen Regierung, daß sie überhaupt für die von Preußen geleistete Hilfe eine Entschädigung zu leisten verbunden sei, zu begnügen. Die Höhe dieser Entschädigung soll einer weitern Verständigung vorbehalten bleiben, wobei das diesseitige Ministerium alle möglichen Rücksichten walten lassen will. (C. Z.)

England.

London, 10. Okt. Die Uebertritte zur katholischen Kirche mehren sich. So eben erst liefen sich ein anglikanischer Pfarrer, Namens J. W. Trowon und ein bemittelter Tage H. B. Nixon, Esq., aus Dorsetser, ein Verwandter des ersteren, in den Schooß der römisch-katholischen Kirche aufnehmen. Die anglikanische Geistlichkeit ist nicht blos wegen dieser zahlreichen Uebertritte, sondern auch wegen der fortdauernden Angriffe im Parlament auf ihre aristokratische Stellung und übermäßige Besoldung, wegen des Unsichgreifens der Katholicismus, wegen ihrer Unthätigkeit gegenüber den freieren Denkungsart und wegen des Oxforder'schen Prozesses, wo sie sich von der Regierung im Stich gelassen sah, in großer Aufregung.

Frankreich.

C Paris, 10. Okt. Die Geschütze, welche im Palais Bourbon zur Vertheidigung der National-Versammlung aufgestellt sind, eine Batterie, nebst der zugehörenden Munition sind gestern durch frische, aus Vincennes gekommene ersetzt worden, da die alten, seit zwei Jahren dort befindlichen für unbrauchbar befunden worden sind. Die neuen

Geschütze und Munitionswagen sind gestern unter der Escorte eines Infanterie-Bataillons eingetroffen. — Das Theater-Lesungsfeyn genugt Hrn. Cartier nicht. Er hat den Polizei-Commissären durch Mandschreiben befohlen, nach jeder ersten Vorstellung eines Stückes ihm genau die Stellen zu bezeichnen, welche das Publicum mit Beifall oder Mißfallen angenommen habe, damit sofort alles gestrichen werde, was geeignet sei, die einheimische Stimmung zu überreizen oder deren Urtheil irrezuleiten. — Erzbischof Fransoni hat seine längere Zeit in Lyon zu wohnen beabsichtigt, hat mit den höchsten Behörden Besuche gewechselt und die ganze Geistlichkeit bei sich empfangen.

Paris, 11. Okt. Bekanntlich wird der Cardinalshut den neu ernannten Kirchenfürsten vom Papste selbst eingehändigt, aber das rothe Barett kann sowohl von einem päpstlichen Abligaten als vom weltlichen Staatsoberhaupte, auf dessen Gebiet sich die neu ernannten Cardinäle befinden, überreicht werden. Da im Elysée-National keine Napelle besteht, in welcher diese feierliche Ceremonie vor sich gehen konnte, so wird wahrscheinlich Ludwig Napoleon die Marschierkirche dazu wählen. Auch wird von einem andern Ceremonie gesprochen, welche sich im Elysée-National verwirklichen soll. Ich meine die Aufnahme Ludwig Napoleons als Ritter des goldenen Vließes. Da durch den Tod des spanischen Generalcapitains (Marschall) Cienfuegos eine Kette dieses Ordens disponibel wurde, so hat die Königin Isabelle dieselbe dem Neffen des Kaisers verliehen. — Nach den Statuten dieses Ordens muß die Kette in Gegenwart von wenigstens vier Rittern, welche das Ordenscapitel vorstellen, dem Recipiandae um den Hals gehängt werden, nachdem dieser auf das Evangelium geschworen hat, für die Aufrechthaltung und Vertheidigung der katholischen Religion selbst das Leben zu opfern. Man sagt, daß zu dem Ende absichtlich mehrere Ritter des goldenen Vließes die Reise von Madrid nach Paris unternehmen werden.

Paris, 12. Okt. Aus guter Quelle erfahren wir Folgendes über die gestrige Sitzung der ständischen Commission. Verwerfen wurde der Antrag auf sofortige Einberufung der gesetzgebenden Versammlung, weil Präsident Dupin die Lage nicht als so ernst betrachtet, daß sie nothwendig wäre. Der Antrag vom Kriegsminister einen Tagsbefehl zu verlangen, welcher „aufrührerische Rufe" verbiete, wegen Besurchung von hierarchischen Gescheis gerichtlich zu belangen, wurden abgelehnt. Frage stellungen an die Minister wurden bis zum Beginn der Sitzungen der gesetzgebenden Versammlung verschoben, man hielt es aber für Pflicht der Commission, die Aufmerksamkeit auf solche die öffentliche Ruhe gefährdende Manifestationen hinzuweisen und ware darüber eine motivirte Tagesordnung zu beschliessen. Mehreren bedenklichen Mitgliedern wurde der Auftrag, ein Protokoll der Sitzung mit einer strengen Rüge zu verfassen, welches bei Uebereinstimmung der Ansicht auf den Tisch des Hauses gelegt werden soll. Man war sehr unangenehm berührt, daß der Präsident diese aufrührerischen Rufe durch sein Benehmen gebilligt und ermuntert, der Kriegsminister aber keinen Schritt dagegen gethan. Nur die Gewißheit, dieselbe sei die letzte gewesen, verhinderte entschiedenere Schritte.

Italien.

Florenz, 3. Okt. Der Präsident des Ministerrathe hat an den Präsesten und Gouverneur des Großherzogthums ein Rundschreiben erlassen, worin er ihm, nach Auseinandersetzung der Gründe, welche den Großherzog zur Erlassung der Dekrete vom 21. und 22. September bewogen haben, anempfiehlt, fortgesetzig dafür zu wachen, daß die darin enthaltenen Anordnungen streng vollzogen werden und gegen jeden Agitator kraftig einzuschreiten, da St. laif. Hoheit fest entschlossen sind, sie in ihrem vollen Umfange, aber mit Mäßigung aufrecht zu erhalten, um jene materiellen und staatlichen Verbesserungen zu erleichtern, die sie Toskana und für das Wohl der ganzen Halbinsel nothwendig sind.

Belgien.

Brüssel, 9. Okt. Herr Godard machte am vorigen Sonntag eine neue Luftfahrt, und zwar in Begleitung seines Bruders Louis Godard und der Herren Gaston de Nicolai, Julien Fargan, Mathieu Magas und Louis Deschamps, Registrant des Hippodromes zu Paris. Der Ballon, welcher vierzehn bis sünfzehn Metres im Durchmesser hält, stieg Abends 5 Uhr 23 Minuten am Hippodrom auf und nahm seine Richtung gegen Montmorcy. Die Nacht war so wenig finster, daß man alle im Kahne enthaltenen Gegenstände vollkommen genau erkennen konnte. Eine gabelleuchtete Station der Nordbahn zog die Aufmerksamkeit der Reisenden auf sich. Die auf dem Bahnhofe befindlichen Reisenden und Beamten erblickten auch den Ballon. „Sie sind über Creil!" rief man ihnen zu und begrüßte sie mit wiederholten Hurrahs! Man suhr rasch; eben so rasch folgte sich der Lärm ein. Man ritt ihn zu bestehigen. Pasteten, Gestügel, Brod, Wein, Alles wurde in wenigen Augenblicken verzehrt, während die Landleute ihnen beständig in Ermangelung eines Ortsnamens denjenigen des Departements zurufen. So über das Dise-and dann über das Somme-Departement hin gingen, kamen sie gegen zwölf Uhr Nacht schrechten Regen. Daß es die Nordbahnstation Albert im Pas-de-Calais sei, erfuhren sie von den Beamten der Station selbst. Auch von diesen wurde der Ballon mit lauten Jurufen begrüßt. Gleich darauf hatte er sich vermuthlich etwas zu tief gesenkt: das Seil verwickelte sich in die Zweige eines Baumes; es wurde schwer, wieder loszukommen. Nachdem dies aber gelungen, stieg der Ballon mit äußerster Geschwindigkeit. Das Barometer zeigte bald eine Höhe von 3000 Metres. Der Ballon flog immer schneller, und das Schauspiel, welches sich den Augen der Reisenden darbot, war ungemein interessant. Rechts und links, vor und hinter sich erkannten sie an den Beleuchtungen alle großen Sammelpunkte der Bevölkerung. Hr. Godard, welcher bereits von Arras aus zwei Luftfahrten gemacht, erkannte diese Stadt vollkommen; eben so verschiedene Dörfer und noch weiter Orte. Dann ließen sie rechts liegen; links von Lille kamen sie über das Marsefd. In der Gabelbeleuchtung unterschied man aufs genaueste die Grandplace, die Rue Esquermoise, hieraus Roubrir und später Tourcoing. Die Nacht wurde schwarzer. Man kam über's Belgische. Die Landleute zogen an, daß man sich dem Meere nahete. Man sah in den Wohnungen der Landleute kein Licht mehr. Mitunter, wenn man einer Stadt oder einem Dorfe nahe kam, hörte man noch, durch Vermittelung des Mundes, die Musik aus den Tanzsalen. Aber auch diese wurde immer seltener. Es war halb 10 Uhr. Man mußte sich also genau umsehen. Das Rauschen der Bäume gleich so sehr dem Mauschen eines fließenden Wassers, daß man die Nähe eines solchen vermuthen konnte. Ein in der ferne abgebrannies Feuerwerk zeigte die Landschaft abermal mit Bäumen besetzt. Hier war ein Niederfteigen gefahrlich. Weil jedoch der Compaß immer die Nähe des Meeres anzeigte, entschloß sich Herr Godard deunoch dazu. Er empfahl zweier seiner Reisegefahrten, kräftig das zum Oeffnen des oberen Ventils bestimmte Seil anzuziehen, um möglichst viel Gas hinauszulassen. Der Ballon begann zu sinken, schlug aber sortwaerd gegen die Zweige der Bäume und zerbrach sie unbarmherzig. Da gewahrte Herr Godard einen freistehenden dicken Baum; er warf ein Seil um dessen Stamm und brachte so den Ballon zum halten. Die Reisenden stiegen gesund und vergnügt auf die liebe sichere Erde. (D. Z.)

Amerika.

New-York, 24. Sept. Die neuesten Nachrichten aus Californien lauten sehr bedenklich, indem in Sacramento der Bürgerkrieg ausgebrochen und ein Theil dieser schnell aufgeblühten Stadt in Asche gelegt worden ist. Der Grund liegt in den Streitigkeiten zwischen den Eigenthümern des Bodens und den Goldgräbern, die sich nicht viel darum kümmern wollen, wem ein Grund zugehört. Schon hatte man sich der Hoffnung hingegeben, der verdrießlichen Handel auf friedlichem Wege geschlichtet zu sehen, als die Gräber aufs Neue schwierig wurden. Nun scheint es, daß die Festsetzung zweier Gräber auf einem Schiffe die Veranlassung zum Ausbruch der Empörung gab. Etwa 60 ihrer Kameraden wollten sie mit Gewalt befreien, und als der Major der Stadt Dorr Bis gelow und die Mitglieder des Gemeinderathes diesem Vorhaben sich widersetzen wollten, entspann sich ein Kampf, in welchem dieser, sowie auch der Steuereinnehmer getödtet wurde. Aber auch die Insurgenten verloren einige Leute. Dieser Vorfall gab das Signal zu einem allgemeinen Kampfe indem sich etwa 800 Gräber zusammenrotteten, während die Einwohnerschaft um die gesetzliche Autorität sich schaarten. Zugleich sandte man um Hilfe nach Benizia und San Francisco, von wo alsbald der Wiegouverneur, Herr Mac-Dougal eintraf, der die Stadt in Belagerungszustand erklärte. Diese Ereignisse trugen sich am 14. August zu. Am 15., als eben das Schiff unter Segel ging, das diese Neuigkeit überbrachte, wurde ihm noch die Nachricht zugeschickt, daß die Gräber die Stadt und Asche in Brand gesteckt hatten, weil sie der Gewalt nichts durchzusetzen vermocht hatten.

Neuestes.

* Würzburg, 15. Okt. Heute Morgens verkündete Kanonendonner das hohe Geburtsfest Ihrer Majestät der Königin Marie. Um 10 Uhr fand feierlicher Gottesdienst im hohen Dome statt, welchem sämmtliche königliche und städtische Behörden beiwohnten.

München, 13. Okt. Von Sr. Maj. dem König Otto von Griechenland erhielten den griechischen Erbforsten: dem königl. Hof und Oberpostrath Yhle, die Oberseitenamts M. Aschenbrier bei der Gendarmerie und H. Leeb im zweiten Infanterieregiment, und der Lieutenant Mingung von der Leibgarde der Hartschiere.

Frankfurt, 14. Okt. Der gestern von der „Deutschen Zeitung" dahier durch ein Extrablatt verbreitete Nachricht, der Kurfürst von Hessen habe abgedankt, erklärt die heutige „Kasseler Zeitung" als eine „rein aus der Luft gegriffene Lüge."

Frankfurt, 14. Okt. Der Herzog von Nassau hat sich mit einer Prinzessin von Anhalt-Bernau, Tochter des Prinzen Friedrich, verlobt.

Karlsruhe, 12. Okt. Der von dem erzbischöflichen Domkapitel in Freiburg beurkundeten Ernennung des Domkapitulars, Geheimenrathes und Professors Dr. von Hirscher zum Domherrn der Metropolitankirche zu Freiburg wurde die landesherrliche Bestätigung ertheilt.

Kassel, 13. Okt. Die Sterblichkeit in unserer Stadt ist bedeutend und wir haben durchschnittlich in der Woche 30 bis 36 Todten, im Laufe voriger Woche 62 und diese Woche 70 Todte gehabt. Seit mehreren Tagen ist die Witterung unfreundlich, rauh, kalt und regnerisch und eine der höchsten Bergspitzen in unserer Nähe war gestern mit Schnee bedeckt. Das sogenannte Preußen-Fieber hat sich hier bedeutend gelegt und man erwartet keinen Vorrheil von den so vielfach angefundigten preußischen Truppen.

— Den Offizieren ist ihr Abschied noch nicht erheilt worden; die Zahl derer, welche ihn verlangten, soll sich auf 107 belaufen. Oefter ist noch in Haft, die Pressen sind versiegelt, trotzdem erscheint die „Hornisse", sie wird, wie es scheint aufserhalb gedruckt. Zur Redaktion der Neuen Hessischen ist Dr. Pfaff aus Gotha abgegangen. (K. Z.)

Leipzig, 12. Okt. Unsere Cavallerie geht durch den vom Kriegsministerium angeordneten Ankauf von einigen hundert Remontepferden ihrer Berwollständigung entgegen. —

Wien, 8. Okt. Im Monate Dezember wird eine Commission von fünf Generalen, deren Präses Se. Majestät der Kaiser ernennt, zusammentreten, um aus den einlaufenden schon jetzt einlaufenden Individual-Schilderungen der Stabsoffiziere Hauptleute und Rittmeister zu bestimmen, ob die betreffende Person sich zur vorzugsweisen oder nur zur Beförderung im Range oder zu seiner Vormachung eigne, ob seine Belassung am Posten wünschenswerth oder die Entlassung vom Dienste nothwendig sei. Der hienach verfaßte Totalausweis wird dazu dienen, um über den Grad der Befähigung zur Vorrückung in höhere Chargen allenfallsthen Orts in genauer Kenntniß zu sein.

Wien, 9. Okt. Auf das Gesuch der Tiroler Schützen, eine freiwillige Schwadronkompagnie nach Schleswig-Holstein schicken zu dürfen, ertheilte das Ministerium dem Statthalter von Tyrol den Auftrag, den Ausmarsch solcher Schützenkompagnien zu verbieten und nöthigenfalls mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Berlin, 12. Okt. Die N. Pr. Ztg. meldet: In der diesseitigen Presse wird die Nachricht, wie es scheint, geflissentlich verbreitet, als stehe eine Einigung zwischen Preußen und Oesterreich über die in Bezug auf Hessen zu ergreifenden Maßregeln in naher Aussicht. Wie sehr wir auch eine solche Einigung wünschen, so müssen wir doch bemerken, daß dieselbe weder in diesem, noch in einem andern Punkte, „in naher Aussicht steht."

Wie wir hören, sagt die N. Pr. Ztg., steht Rußland trotz der anlengbaren friedlichen Gesinnung seiner entscheidenden Staatsmänner auf dem Punkte, die Bundesversammlung in Frankfurt anzuerkennen.

Turin, 5. Okt. Eine telegraphische Depesche der öster. Reichszeitung lautet: Die neue Anleihe ist mit Rothschild definitiv abgeschlossen.

Brüssel, 12. Okt. Die Königin hat gestern Morgen um 8 Uhr 10 Minuten den letzten Seufzer ausgehaucht." Luise Maria Therese Charlotte Isabella, Prinzessin von Orleans, war geboren zu Palermo den 3. April 1812; sie starb also in einem Alter von 38 Jahr, 6 Monaten und 8 Tagen.

Die „F. D-P-A-Z." veröffentlicht in ihrer Beilage zu No. 245 die am 17. Sept. 1850 gehaltene III. Sitzung der Bundesversammlung, in welcher die Zustände im Kurfürstenthum Hessen zur Sprache kamen, wie folgt: Der kurhessische Gesandte hielt folgenden Vortrag: In den offenkundigen Zuständen Kurhessens liegt sich der Kampf der Prinzipien der Revolution gegen die Monarchie zu Tage; in diese sich nach so fundamentalen Gesetzen des Bundes, mit Ausnahme der freien Städte, die Basis aller deutschen Bundesstaaten und muß schon an sich die Aufmerksamkeit dieser hohen Versammlung auf diesen Kampf gerichtet sein, so liegen noch noch spezieller Veranlassungen vor, welche die entscheidendere Thätigkeit der Bundesversammlung in Anspruch nehmen möchten, und der kurhessische Bundesgesandte ist daher angewiesen, die durch die Sachlage gebotenen desfallsigen Anträge vorzulegen. Um der hohen Versammlung eine kurze Uebersicht der Sachlage zu geben, möchte es genügend sein, folgende Punkte hervorzuheben. Mit dem Schlusse des Monats Juni l. J. war die Periode vollendet, in welcher auf den Grund des für das Jahr 1849 erlassenen Finanzgesetzes die Erhebung der Steuern und Abgaben stattfand. In häufiger Anwendung hat sich die Praxis im Kurstaate gebildet, daß, wenn das Budget zur Zeit der Berendigung der Steuerperiode noch nicht zur Verabschiedung gekommen, durch ein, wie sich von selbst versteht, mit Zustimmung der Stände erlassenes Gesetz die Forterhebung der Steuern und Abgaben auf 6 Monate verlangert wurde. Demgemäß hat die Regierung vor der Mitte Juni eine solche Vorlage gemacht, mußte aber leider bemerken, daß die damalige Ständeversammlung, die das am Ende Februar von St. l. Hofrei dem Kurfursten eingelegte Ministerium sofort mit einem Mißtrauensvotum empfangen hatte, diese Vorlage in einer Weise behandelte, daß eine volluge Ablehnung derselben in Aussicht stand. Um eine formelle Steuerverweigerung nicht zur Erscheinung kommen zu lassen, erfolgte die Auflösung der Ständeversammlung im Laufe des erwähnten Monats. Durch Berabredung mit dem bleibenden ständischen Ausschuß ward festgestellt, daß die indirekten Abgaben bis zur Eröffnung der Ständeversammlung, für welche neue Wahlen ausgeschrieben waren, vom 1. Juli an erhoben, aber provisorisch werden sollten, während alle direkten Einnahmen unerhoben blieben. Die neuen Stande konnten erst im Monat August wieder eröffnet werden, und indem denselben zugesagt wurde, daß die Vorlage eines ungetarbeiteten Budgets binnen 4 Wochen erfolgen solle, wurde zugleich ein Gesetz vorgelegt, welches wegen des bereits seit dem 1. Juli ausgeübten gebliebenen Steuerzuges, die Verrechnung der Steuern bis zum Schluß des Monats Sept. verlangte. Sowohl der Entwurf dieses Gesetzes, als die von der Ständeversammlung mit demselben vorgenommene Umgestaltung ist aus der Verordnung vom 4. September ersichtlich, wovon ein Exemplar hier beiliegt. Daß durch diesen Vorgang eine eigentliche Steuer- und wirkliche Steuerverweigerung durch Landstände zu Tage gekommen, kann einem Zweifel nicht unterliegen, wie dies in der eben angeführten Verordnung näher dargelegt worden. — Der §. 95 der Verfassungsurkunde, welcher dahin lautet:

„Ohne ihre (der Stände Bestimmung) kann kein Gesetz gegeben, aufgehoben, abgeandert oder authentisch erlautert werden. Im Eingange eines jeden Gesetzes ist der landständischen Zustimmung ausdrücklich zu erwähnen. Verordnungen, welche die Handhabung oder Vollziehung bestehender Gesetze bezwecken, werden von der Staatsregierung allein erlassen. Sind sie von der Landstande nicht versammelt sind, zu solchen ausnahmsweise erforderlichen Maßregeln, welche bei außerordentlichen Begebenheiten, wofur die vorhandenen Gesetze unzulanglich sind, von dem Staatsministerium, unter Zuziehung des landständischen Ausschusses (§. §. 102) auf den Antrag der betreffenden Ministerialvorstande für wesentlich und unaufschieblich zur Sicherheit des Staates oder zur Erhaltung der ernstlich bedrohten öffentlichen Ordnung erklärt werden sollten, ungesaumt geschritten werden. Hierauf aber wird nach dem Antrage jenes Ausschusses sobald als möglich die Einberufung der Landstande veranlaßt, um über die Bestimmung zu den, in gedachten Fällen erlassenen Anordnungen zu erweiten."

berechtigt die Staatsregierung, bei außerordentlichen Begebenheiten provisorische Gesetze zu erlassen, und wurde daher durch die erneuerwahnte Verordnung die Forterhebung aller Steuern angeordnet. — Die betreffenden oberen Finanzbehörden wiegerten die Vollziehung dieser Verordnung, sowie von den Anderen der Verwendung von Stempelpapier widersprochen wurde, indem sie sich die Besugniß beimaßen, unter Berufung auf ihren, die Beobachtung und Aufrechthaltung der Landesverfassung verschworen Eid, den Gehorsam den sie verweigern, weil sie eine Verfassungswidrigkeit in der Verordnung vom 4. Sept. zu finden wahnten. Eine ständische Steuerverweigerung mit ihrem unermeßlichen Eingriffen das ganze Staatsleben kann den Fortgang desselben in den gewöhnlichen Formen nicht zulassen, und die kurfurstlich hessische Regierung sah sich daher genothigt, auf den Grund des §. 95 der Verfassungsurkunde in Gemäßheit der durch den Bundesbeschluß vom 28. Juni 1832 gegeben Anweisung, den Kriegszustand für den Kurstaat durch die Verordnung vom 7. laufenden Monats auszusprechen, von der ein Exemplar hier beigefugt wird. Auch dieser Verordnung ward der Gehorsam von den Behörden und Gerichten verweigert, indem eines Theils der Bundesbeschluß vom 28. Juni 1832 als durch den Bundesbeschluß vom 2. April 1848, welcher die sog. Ausnahmsgesetze und Beschlusse ohne nähere Feststellung aufhob, als nicht weiter giltig behauptet, sowie den Verordnungen, die auf den Grund der §. 95 der Verfassungsurkunde erlassen wurden, die Eigenschaft von rechtlich unbeschränkte Auslegung der Kurhessischen Verfassung sich stützt, ist so allgemein in die den Ministerien zur Vollziehung unmittelbar untergeordneten Organe eingedrungen, daß derselben mit allen Kräften entgegen getreten werden muß.

(Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 12. Oktob.
Weizen 13 fl. 8 kr. Korn 9 fl. 46 kr.
Gerste 8 fl. 45 kr. Haber 4 fl. 12 kr.

Bekanntmachungen.

Nachruf.

Durch die Anordnung Sr. Bischofl. Gnaden ist unser Hochw. Hr. Koperator Georg Mann aus unserer Mitte entrissen worden; dieser schmerzliche Verlust an diesem wahrhaft frommen und ehrwürdigen Priester, dessen heiliger Eifer und unermudliches Bestreben wir jetzt durch Zunehmen Schmerz empfinden. Möge er den sinnlichen Dank der Gemeinde hinnehmen und ihr treu eingedenk sein; wir wünschen, daß Gott diesem Kinderfreund ein recht langes Leben schenke, und uns bald ja recht bald wieder mit seiner angenehmen Gegenwart beglücke.

Hennungen, am 10. Okt. 1850.

Im Namen der Gemeinde:
Kraus, Vorsteher.
Eimel, Pfleger.

Bekanntmachung.

Die Inskription der Schüler zur Aufnahme in die k. Kreis-Landwirthschafts- und Gewerbsschule dahier findet für jene Schüler, welche diese Anstalt abzuwechseln Schuljahre bereits besucht haben, und solche pro 1850-51 wieder zu besuchen gedenken, Dinstag den 29. Oct.; die Inskription der sich neu Anmeldenden dagegen Donnerstag den 31. Okt. l. J., jedesmal früh 8 Uhr statt. Näheres, Beilage Nr. 239 des Intelligenzblattes vom 10. Oktober S. 3045.

Würzburg, 8. Okt. 1850.

Königliches Rektorat.
Dr. Horn.

Theater-Anzeige.

Mittwoch den 16. Okt.
Michel Perrin
oder:
Der Spion wider Willen.
Lustspiel in 2 Aufzügen von L. Schneider.
Vorher:
Der Weg durchs Fenster.
Lustspiel in 1 Akt von M. Friedrich.
Zwischen und nach beiden Stücken:
Ballet.

Gestorbene:
Den 14. Oktober.
Joseph Sturm, Braulnecht, 23 Jahr alt, von Ansbach, verunglückt durch Sturz vom Malzboden in der Brauerschen Brauerei.

Druck von Joseph Stoib in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Am Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 248. Würzburg, Mittwoch den 16. Oktober. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 14. Okt. Se. Maj. der König haben geruht, den königl. Landgerichtsarzt Dr. v. Könitz zu Ettmann, behufs der Wiederherstellung seiner Gesundheit auf Grund des §. 22 Lit. D der IX. Verfassungsbeilage auf die Dauer eines Jahres in Ruhestand zu versetzen.

Welche Partei hat in Hessen recht, welche unrecht?

Diese Frage kann nur erst dann erörtert werden, wenn faktisch festgestellt ist, wem darüber die Entscheidung gebührt. Die Competenzfrage muß zuvorderst entschieden sein. Der Kurfürst von Hessen, unser der Stände des deutschen Bundes, erkennt das Organ desselben als zu Recht bestehend an, und verlangt dessen Schutz, der ihm zugesagt worden; eine Zusage, von deren Erfüllung am Ende das Schicksal des Bundes, welcher zu Frankfurt seine Vertretung hat, abhangig ist. — Man kann zu Frankfurt sich die entscheidende Stimme in allen deutschen Angelegenheiten wahren. Man muß sie sich wahren, in den Angelegenheiten der Staaten, welche dem deutschen Bunde von Neuem ausdrücklich beigetreten sind. Die Grenzen von Kurhessen müssen jetzt von Oesterreich, Bayern ꝛc. ebenso gut vertheidigt werden, als die Grenzen von Oesterreich und Bayern selber. Wenn er sein Lustgebäude ist, der Bund, welcher jetzt zu Frankfurt regenerirt worden, so muß der Einmarsch eines preußischen Truppencorps in Kurhessen gerade so betrachtet werden, wie der Einmarsch eines ähnlichen Truppencorps in Böhmen. Wenn wir nicht die Länder unserer deutschen Alliirten schützen konnen und wollen, so werden diese nicht wissen, warum sie uns noch langer alliirt bleiben sollen. — Oesterreich und die mit ihm verbündeten Staaten konnen nicht umhin, die kurhessische Frage, den nicht mit ihnen verbundeten Staaten gegenuber, als eine innere zu betrachten, von welcher jede fremde Einmischung abgewiesen werden muß, und auf welche Preußen und seine deutschen Alliirten nicht eher einen Einfluß gewinnen konnen, als bis sie sich innerhalb des Bundes gestellt haben. — Wir hegen auch gar keine Besorgniß, daß eine solche Auffassung und Behandlung der kurhessischen Angelegenheit den Frieden Deutschlands in irgend einer Weise compromittiren konnte. Der deutsche Bund würde nur ein Prinzip bezüglich der Länder, welche thatsächlich zu ihm gehoren, aufstellen, das Preußen selbst stillschweigend seiner Union langst aufgestellt und selbst in Anwendung gebracht hat. Wir wenigstens halten die preußische Regierung nicht so ubermüthig und siegesscher, daß sie uns ein gleiches Recht mit sich selbst bestreiten wurde. Wenn der deutsche Bund in der Ordnung der inneren Angelegenheiten thatsächlich zu ihm gehorender Staaten von Preußen gestort wurde, so mußte Preußen den Krieg mit uns suchen. Und sucht es denselben, so laßt er sich uberhaupt nicht ausweichen. Daran zu glauben, haben wir aber bisher noch keinen ganz genügenden Grund gefunden.

Das Entlassungsgesuch des kurhessischen Offiziercorps

„Dieses," schreibt die „Deutsche Zeitung", „bildet ein freudiges Ereigniß, weil die hessische Armee ihren Constitutionalismus dadurch auf das Glänzendste an den Tag gelegt hat. Der Schritt, den das kurhessische Offiziercorps gethan, ist ein ehrenvoller; er zeigt uns, daß dieses Corps tief durchdrungen ist von einem Sinne für Recht und Gesetz." So die Meinung dieses „acht constitutionellen" Blattes über dieses Chaos von Anarchie und Pflichtvergessenheit; so seine Sympathien für den Umsturz und die Auflösung aller Staatsordnung; so seine Anschauung von der eigentlichen Bedeutung des Verfassungseides, und so der Zweck klar und unumwunden dargelegt, den die Constitutionellen im Auge hatten, als sie im Bunde mit den offenen Revolutionären die Bedingung des Militairs auf die Verfassung mit so eitender Hast betrieben. — Nirgend einleuchtender als gerade jetzt in Knehesien zeigen alle Thatsachen, welches Gift der Verderbniß für die gesammte staatliche Ordnung in dem Verfassungseide des Militairs und in der damit nothwendig gegebenen Begriffsverwirrung liegt. Diese Begriffsverwirrung dokumentirt sich schon von vorne herein darin, daß die hessischen Offiziere die Verfassung für verbindlich halten, weil sie von ihnen beschworen worden ist, während doch die Verfassung als Landesgesetz für jeden Staatsangehörigen gleich verbindlich ist, ob beschworen oder nicht beschworen; aber eben auch nicht mehr verbindlich, als jedes andere Landesgesetz. — Findet hierin der Conflict der Pflichten der Treue und des Gehorsams schon seine einfache Lösung, so hat der Soldat bei unbefangener Auffassung des Sachverhältnisses auch selbst bei dem gelesteten Verfassungseide noch darin eine ganz klare und unzweideutige Stellung, daß er eben in dem Verfassungseide dem Landesherrn als seinem obersten Befehlshaber und Kriegsherrn Treue und Gehorsam schwört. Bei der kurhessischen Anarchie tritt aber noch ein zweites Anzeichen totaler Begriffsverwirrung dazu hervor, daß die Offiziere sich nicht an das halten, was in der Verfassung sie angeht und was ihr Verhältniß regelt, sondern daß sie sich zu Richtern über fernliegende, jedenfalls nicht zu ihrer Competenz gehörende politische Streitfragen aufwerfen und in demselben Augenblicke, wo sie den ihrem Verhältniß fremden Verfassungsbestimmungen das eidliche Gelobniß der Nachachtung zu halten vermeinen, gerade den verfassungsmäßig geleisteten Eid der Treue und des Gehorsams gegen den eben in der Verfassung als obersten Kriegsherrn anerkannten Landesherrn verletzen.

Deutschland.

München, 14. Okt. Heute Vormittag fand in der Michaelskirche die Trauerfeierlichkeit für den König Maximilian Joseph I. statt. Da dieser herrlich durchgeführte Requiem von Mozart hatte zahlreiche Zuhörer, der selbst unterblieben Tondichters dahingegeben.

König Ludwig, dann die Prinzen Luitpold, Adalbert und Carl wohnten dieser Kirchenfeier an. — Die hier erscheinenden „Neuesten Nachrichten" bringen bekanntlich seit langer Zeit fast regelmäßig jede Woche unter der Chiffre „r" Artikel, welchen man bisher, besonders in der „deutschen Frage", einen halboffiziellen Charakter beizulegen gewohnt war. In der Freitagsnummer des genannten Blattes sprach dieser r-Korrespondent gelegenheitlich der kurhessischen Streitsache über Verfassungsmesser und speziell über uns zunächst liegende politische Verhältnisse sich in einer Art aus, daß in dem gestrigen Blatt der „N. Nachrichten", nun als Commendantenschreck Friedrich Rohmer, eine Erklärung folgen, in welcher jenem r-Artikel ein Angriff auf unsere Verfassung gezieben und der Autor zur Nennung seines Namens aufgefordert ward. — Heute wurde nun Friedrich Rohmer auf die kgl. Polizei geladen und befragt, ob er eine derartige Polemik fortsetzen wolle. Da seine Antwort bejahend lautete, so wurde ihm mit der Ausweisung aus der hiesigen Stadt gedroht. Rohmer hat sich die schriftliche Aufertigung dieser Drohung erbeten, hat aber diesen Abend das Detret der Ausweisung, München innerhalb 14 Tagen zu verlassen, selbst erhalten.

Augsburg, 15. Okt. Se. Maj. König Max kamen in Begleitung des Ministerpräsidenten Hrn. Dr. v. d. Pfordten gestern Abend kurz nach 6 Uhr auf der Reise von Bregenz nach München mit einem Extrazug von Kaufbeuren hier an, und setzten dieselbe nach kurzem Aufenthalt mit dem gewöhnlichen Abendzuge in die Residenz fort. Mittags kam Ihre kgl. Hoh. die Großherzogin Mathilde von Hessen-Darmstadt auf ihrer Reise nach München hier durch. (A. Ztb.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 14. Okt. Alles ist hier in der größten Spannung auf die Dinge die da kommen sollen. Es wird gefabelt, gelogen und stundrich mit Neuigkeitsberichten herumgefaselt, daß man darüber beinahe die Besinnung verliert. Die Offiziere warten auf ihren Abschied, während die Unteroffiziere ansagen, ihre Unsicherheit mit deren Benehmen offen zu erkennen zu geben. So kann ich einen recht wackern Zug von Seite des 1. Bataillons vom 3. Regimente, welches derzeit hier garnisonirt, Ihnen mittheilen. Als das Offizierskorps beschlossen hatte, bei Sr. Kgl. Hoheit um Bewilligung seiner Abschiede zu bitten, vereinigten sich sammtliche Unteroffiziere des 1. Bataillons vom 3. Regimente und beschlossen einstimmig, auch ohne Offiziere treu und redlich der Pflicht als Soldaten nachzukommen, jeden Befehl, welcher von Seiten ihres Fürsten gegeben, pünktlich zu vollbringen, ja man beabsichtigte sogar, in einer Adresse an Se. Kgl. Hoheit diesen Beschluß zu erkennen zu geben. Es ist dies ein schones Beispiel, welches gewiß Anerkennung verdient! (K. Z)

Hanau, 15. Okt. Sowohl in Frankfurt, als hier und in Wilhelmsbad treiben sich Agenten herum, welche neben andern Lügen auch die aussprengen, daß die an der kurhessischen Grenze stehenden bayerischen Truppen bereits die Erklärung

abgegeben hätten, daß sie das Benehmen der ausgeschickenen kurhessischen Offiziere vollkommen billigten, auch unter keiner Bedingung gegen Kurhessen marschiren würden. Der Zweck bei Aufstreuung solcher Gerüchte ist offenbar der, die zu einem großen Theil in Kurhessen schon eingeführte Anschauungsweise noch mehr zu verstärken. Daß dieses Vorbringen eine offenbare Lüge sei, bedarf wohl keiner Berichtigung für Jeden, der den vortrefflichen Geist der bayerischen Armee kennt; immerhin aber bleibt es bezeichnend, daß man sich nicht scheut, den vielbanderstobrigen Ruhm einer der ausgezeichnetsten Armeen Deutschlands beflecken zu wollen, um märe es in der That von Interesse, Kenntniß von dem Namen eines solchen Lügners und Verläumders zu haben, damit man Gelegenheit erhalte, denselben vor das Forum der Oeffentlichkeit zu führen. (R. Z.)

Frankfurt, 12. Okt. Man war hier vorbereitet, daß ein bedeutender Theil der höhern kurhessischen Offiziere, fängst in einem gewissen Sinne bearbeitet sei, daß aber auch die niedern Offiziere so massenhaft den Gehorsam versagen und ihre Entlassung einreichen würden, wurde von Niemand vermuthet. Uebrigens kann ich nur wiederholen, daß unter diesen Jüngern noch vor zwei Wochen ein ganz entschieden anderer Geist geherrscht hat, und daß erst in letzter Zeit in Folge von Einflüsterungen der jetzt sich zeigende Geist in das Offiziercorps gekommen ist. Uebrigens, wenn die jetzige kurhessische Regierung ihre Stellung richtig erfennt, und mit der gehörigen Energie vorgeht, so kann der an sich betrübende Umgebersinn eines Offiziercorps für Kurhessen und seinen Landesfürsten von guten Folgen sein. Niemals ist der Regierung eine bessere Gelegenheit gegeben gewesen, das Land (von den widersprechigen Beamten abgesehen) von einem sich aufsehenden Offiziercorps zu befreien und neue, anwerdorbene Elemente an dessen Stelle zu setzen. Sollte es in Kurhessen an den geeignanten Staatsmännern fehlen, dann gewiß würden andere deutsche Staaten, namentlich das stammverwandte Großherzogthum Hessen, helfen Armeecorps auch in unserer Zeit den alten Ruhm der Treue und Tapferkeit glänzend und unbefleckt bewährt hat, gerne Männer abgeben, auf die das Vaterland und der Fürst in Zeiten der Noth vertrauen können. Ueber das Betragen der kurhessischen Offiziere herrscht unter den hiesigen verschiedenen Offiziercorps eine große Indignation; gleichen äußern die großherzoglich hessischen Offiziere, welche nach Offenbach und Darmstadt viel hierher kommen. Nur das preußische Offiziercorps beobachtet Stillschweigen. Sowohl von der Umgebung des Prinzen von Preußen, wie aus der des Generals Prinker waren die letzte Zeit über mehrere Offiziere Inkognito in Kassel. Der Zweck der Reise dieser Herren ist nicht bekannt.

Karlsruhe, 14. Okt. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde über die Wahlberechtigung der Gemeindebürger der folgende Passus angenommen: Wahlberechtigt sind alle Gemeindebürger; ausgenommen sind diejenigen: 1) die wegen eines Verbrechens zu einer peinlichen Strafe oder zu den letzten fünf Jahren vorher zu einer nähren Redaction in dem Sinne, daß die fünf Jahre, welche dazwischen liegen müssen, erst anfangen nach erstandener Freiheitsstrafe); zu einer Arbeitsstrafe von sechs Monaten, oder wegen Diebstahls, Unterschlagung, Fälschung oder Betrugs zu irgend einer Strafe verurtheilt worden sind, in so fern sie nicht Wiederherstellung in den vorigen Stand erlangen; 2) welchen die Wahlberechtigung durch ein anderes Gesetz ganz oder zeitweise entzogen ist. Bei allen diesen ruht auch das Recht der Stimmgebung in der Gemeindeversammlung.

Vom Rhein. Die berüchtigte Gaunerbande aus dem Elsaß, hat auch in unserer Gegend ihr diebisches Gewerbe zu treiben begonnen. Am 7. d. M. kam nach dem Weister Ilgungen ein elsässischer, wohlgekleideter Herr, ging auf das Haus einer begüterten Bauerwittwe zu, freischte und fragte ein paar Ochsen; er sah vor, der Postbalter von Nordhausen zu sein und des andern Tages werden die erkauften Ochsen abgeholt und bezahlt werden. — Inzwischen trat ein jüngerer Mann ein, der mit einem Wagen zu Essen, sei von dem Kruzifix, in der Mauernicke, herein wieder und erzählte sein Mißgeschick: Er sei nemlich ein ungarischer Graf, sein Kutscher und Kammerdiener hätten ihn verlassen, Wagen, Pferde und alle Habseligkeiten mitgenommen und ihm sei nichts, als ein kostbares, mit Diamanten besetztes Kreuz und goldener Ring geblieben, das er nun versetzen wolle, um seine Heimath erreichen zu können. Der angebliche Postbalter von Nordhausen taxirte das Kreuz auf 2000 fl. und versprach, wenn die Bauerwittwe es nicht als Versatz gegen eine gewisse Summe annehmen wolle, dem unglücklichen Grafen, zu Nordhausen, das verlangte Geld zu borgen. Das versuchte Spiel, treuherzig gemacht, entlehnte bei ihren Nachbarn 268 fl. und die Tochter legte noch ihre silberne Schnürkette von 30 Loth dazu und gaben es dem ungarischen Grafen, der das Kreuz versiegelte und binnen 30 Tagen einzulösen versprach. Postbalter und Graf gingen zusammen weg, die gutmüthigen Bauersleute erkannten den Betrug zu spät, als sie in Nordhausen von dem wirklichen Postbalter enttäuscht wurden. Die Gerichte sind den Gaunern auf der Spur. Möge das leichtgläubige Landvolk durch solche Gaunereien sich warnen lassen, um nicht zu spät die Leichtsläubigkeit zu büßen. (W. Z.)

Darmstadt, 14. Okt. Heute wurde in einer Sitzung des Cassationshofes über die vom Beschwerdeführer des Studenten Zendt aus Schotten, Hofgerichtsadvokaten Merk, gegen den in der Anklage wegen Ehrenkränkung ergangenen Ausspruch des Assisenhofes erhobene Nichtigkeitsbeschwerde entschieden. Auf den Antrag des Staatsprokurators Oberconsulenten Dr. Schmitthenner, hoch der Cassationshof die erhobene Nichtigkeitsbeschwerde verworfen. So wird denn Zendt, welcher den Weg der Gnade zu betreten sich energisch weigert, den Rest seiner Strafe mit 5 Monaten im hiesigen Correctionshause bei Suppe und Brod verbüßen müssen.

Köln, 12. Okt. Graf Daonini, welcher von St. Heiligelei abgesendet worden ist, um dem Herrn Erzbischof v. Geissel die Beförderung zur Cardinalswürde zu überbringen, ist heute Abend über Paris, wo derselbe in gleicher Eigenschaft dem apostolischen Nuntius Fornari die Ernennungsbreven überreicht hatte, hier angelangt und im erzbischöflichen Palais abgestiegen. Der Abegat Mont. Prospere, welcher erst später mit dem Biret von Rom abreiste, wird wahrscheinlich mit dem päpstl. Nuntius Biale Prela, welcher den feierlichen Akt der Impositon im Dom Namens des heiligen Vaters vornehmen beauftragt ist, hierher kommen, um sich hier zu beheimat. Nur das ist bekannt, daß vorher der Erzbischof von Olmütz das Cardinalsbiret in der kaiserlichen Hofkapelle in Wien aus den Händen des jungen Kaisers unter Assistenz des päpstlichen Nuntius empfangen wird. Auch wird die feierliche Imposition für den Fürstbischof von Breslau nicht hier, wie die Zeitungen irrthümlich berichten, wie es aber anfangs beschlossen zu sein schien, sondern zu Breslau durch denselben päpstlichen Nuntius stattfinden. (M. J.)

Leipzig, 14. Okt. Den Prozessoren Haupt, Jahn und Mommsen sind die in der gegen sie eingeleiteten Untersuchung wegen ihrer angeblichen Betheiligung an den Maiunruhen des Jahres 1849 gefällten Urtel erster Instanz nunmehr publicirt worden. Prof. Jahn ist freigesprochen, dagegen Prof. Haupt zu einem Jahr und Prof. Mommsen zu 9 Monaten Landesgefängniß verurtheilt worden. (L. A. Z.)

Rostock, 10. Okt. Heute, am Tage, wo Mecklenburg vor einem Jahre das seltene, ungetheilte Glück zu Theil wurde, Besitzer eines reformatischen Staatsgrundgesetzes zu werden, heute, an diesem emig unvergeßlichen Jahrestage der Mecklenburgischen Gründung, finde ich in der biesigen Zeitung einen staatsbürgerlichen Fehdebrief an die Ministerial-Verordnungen vom 14. d. M., unterzeichnet von dem Corps der Schweriner und Rostocker Stadtverordneten, welches letztere vor kurzem noch das Glück hatte, ein Mitglied in seiner Mitte zu tragen, das auf dem letzten Rostocker Pfingstmarkte die Eigenthumsrechte der Conditoren auf gewisse Schaumtorten nicht zu respektiren oder zu unterschreiben wußte — genug, unterzeichnet von sämmtlichen 69 Stadtverordneten der Städte Rostock und Schwerin sind diese Worte, welche — durch die Ministerial-Ersten vom 14. d. M. ist der Spruch der Compromiß-Instanz verkündigt und zugleich das Staatsgrundgesetz vom 10. Okt. 1849 für aufgehoben erklärt. Bei den hierdurch herbeigeführten Wirren sind zugleich die materiellen Interessen unserer Vaterlandes und unserer Communen tief gefährdet, und es erfordern uns unterzeichneten Bürgerrepräsentanten Schwerins und Rostocks nothwendig, daß alle Städte des Landes zu gemeinsamen Schritten sich einigen. Wir sordern deßhalb die Bürgervertreter aller Städte Mecklenburgs auf, sich zu diesem Zwecke am Mittwoch, den 16. d. M., Nachmittags 2 Uhr in dem Saale zu Bellevue zu versammeln. Schwerin und Rostock, am 1. Okt. 1850." Auffallend ist es, daß die Stadtverordneten Schwerin's und Rostock's nicht den ersteren Ort wieder zu dieser Staatsgrundgesetzlichen Versammlung gewählt haben; Spötter wollen wissen, es sei dies deßhalb geschehen, um nicht abermals die Schweriner Polizei mit ihren Gegenwart zu beehren, die Rostocker Polizei sei so böse nicht, und wäre es einmal mit dieser zu versuchen sein. Gleichviel, ich werde nicht ermangeln, Ihnen die Resultate dieser communalichen Versammlung mitzutheilen.

Innsbruck, 5. Okt. Die J. Ztg. veröffentlicht folgendes Aktenstück, daß die Auflösung des hiesigen Turnvereins veranlaßt hat. Gegenüber hat' am den Turnrath des Innsbrucker Turnvereins. Bei Gelegenheit der Auflösung des Münchner Turnvereins wurden auch Correspondenzen des Innsbrucker Turnvereins vorgefunden und mit Beschlag belegt. Der Hr. Minister des Innern hat von dieser Correspondenz Einsicht genommen und sich hieraus die Ueberzeugung verschafft, daß sich der Innsbrucker Turnverein keineswegs auf seinen ofterstidten Zweck körperlicher Uebungen beschränkt, sondern, daß er allerdings politische und zwar mit den gleichnamigen ausländischen, von der benachbarten Regierung bereits unterdrückten Vereinen identische Zwecke verfolge. Die Correspondenz und mit dem Münchener Turnverein drabschlägigen Erwiderungen bloß gelegentliche materielle Zwecke, sondern stehen eine dauernde Verbindung mit jenen ausländischen politischen Vereinen herzustellen, mit denen sie nach dem Wortlaut der Briefe „Hand in Hand gehen wollen, für deren gemeinsame Zwecke sie Beiträge erklären, Gut und Blut einzusetzen, und mit denen sie Alles zu theilen gelobten, was der Himmel über Deutschland verhängen werde." Da es sonach erwiesen vorliegt, daß der Innsbrucker Turnverein sich als ein politischer Verein gerire, aber die in dem allerhöchsten Patente vom 17. März 1849 vorgeschriebenen Formalitäten nicht erfüllt hat, überdies gegen die Anordnungen des §. 15 dieses Gesetzes mit anderen Vereinen durch schriftlichen Verkehr und durch Aufsendunge in Verbindung getreten ist, so wird in Folge ausdrücklichen Befehls des Hrn. Ministers des Innern auf Grundlage des §. 26 des Vereinsgesetzes die Auflösung des Innsbrucker Turnvereins hiermit ausgesprochen. Hiervon wird der Turnrath des Innsbrucker Turnvereins in Gemäßheit des §. 26 seines Statthaltereriasses vom 29. d. M. Zahl 110 z. P. zur eigenen Nichtschnur und zur angemessenen unverweilten Verständigung der Vereinsmitglieder mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß jede weitere Versammlung oder sonstige Wirksamkeit des Vereins für die dabei sich Betheiligenden die in dem Vereinsgesetze angedeuteten strafrechtlichen Folgen nach sich ziehen würde. Innsbruck, 30.

September 1850. Königl. kais. Polizeidirektion. Wanjek."

Theresienstadt, 6. Okt. Vorgestern langte mit dem Abendtrain durch Privatkorrespondenz die detaillirte Nachricht über die Waffenbrüderschaft der beiden Divisionen Se. kgl. Hoh. des E. H. Leopold aus Tirol und des Feld-M. Parrot von 3. Armeekorps in Böhmen, die jedoch die jetzt der offiziellen Bestätigung ermangeln in hiesiger Festung'an, und war augenblicklich überall verbreitet. Man kann sich den Jubel der Mannschaft nicht vorstellen. Es war ein Miniaturbild jenes Moments, als es in Mailand hieß: „Radetzky wird nach Turin!" — Die Truppen ergehen sich der enthusiastischen Jubel bei dem Infanterieregimente Don Miguel, dessen Mannschaft sogleich alle Lokalitäten seiner Kaserne illuminirte. An diesem Abende war die gewöhnliche Retraite mit Musik, welch' letztere unaufgefordert, die Volkshymne anstimmte, und von einer unabsehbaren Menge Soldaten begleitet, in einer sonnabendigen Begeisterung durch die Festung zog. Man sah überall Soldaten aller Waffengattungen sich umarmen und die Lüfte ertönen von dem unaufhörlichen Eljen à Cäsäzär! und Kvviva Imperatore: — welches bis spät in die Nacht wogte. worden sind." Der Antrag wird verworfen, da die Fortexistenz ohnehin bald abgelaufen ist und daß ferner keine großen Neuen mehr Statt finden, die außerordentliche Einberufung der National-Versammlung nicht für nöthig gehalten, versammelt sich aber heute nochmals um 12 Uhr, um die Protokolle der letzten und vorletzten Sitzung in Ordnung zu bringen. Es scheint die Absicht des Ausschusses zu sein, dem Kriegsminister Zeit zu lassen, wegen der diesmal konstatirten reglementsund verfassungswidrigen Demonstrationen der Militärs unter den Waffen die Untersuchung einzuleiten, da er in der vorletzten Zusammensitzung des Ausschusses diese Demonstration selbst getadelt, ihre Konstatirung jedoch unmöglich erklärt hatte. Wenn nichts geschieht, so wird es an der National-Versammlung sein, die in vier Wochen wieder zusammentritt, seinen Beschluß zu fassen. (K. Z.)

Pesth, 8. Okt. Frauen und Mädchen gehören nicht unter die Menschen in Ungarn. Mehrere Ortsrichter in der Gegend an der Waag haben nämlich bei der Volkszählung nur die Männer aufgenommen, und haben bemerkt: Hier besitzen sich so viel und so viele Tausend Menschen! Anderen will selbst in Ungarn auch ihre Devotion ein Lustre sein. In dem Marktflecken Sowosfar nächst Pesth haben sich sämmtlich eingewanderte Schwaben als Magyaren einschreiben lassen und ein Schneider taufte sich gab an: Paul Hosenlechner, geborner Ungar aus Schwechat bei Wien. Man kann sich das Gesicht der Beamten denken, als sie diese Angabe lasen.

Frankreich.

Paris, 12. Okt. Der ständige Ausschuß der National-Versammlung hat sich gestern Nachmittag um 1 Uhr, wie angekündigt, versammelt. Der Präsident der National-Versammlung, Herr Dupin, am Morgen erst aus Offenbe zurückgekehrt, führte den Vorsitz. Von neunundvierzig Mitgliedern, woraus der Ausschuß besteht, waren dreißig zugegen, worunter die drei Vicepräsidenten der Nationalversammlung und diesmal auch Berryer, der Min. des Innern und der Kriegsminister vorgeladen worden. Die Nachricht von der Anwesenheit des Kriegsministers d'Hautpoul ist irrig. Da die Ausschußmitglieder die strenge Geheimhaltung ihrer Berathungen absichtlich aufgegeben zu haben scheinen, so lassen sich diesmal ausführliche und authentische Mittheilungen machen. Zuerst wurde das Protocoll der vorhergegangenen Sitzung, mit dessen Abfassung Léon Faucher beauftragt war, vorgelesen und der Billigung des Ausschusses unterworfen. Da Faucher über die Vernehmung des Kriegsministers zu leicht hinweggegangen war und die vorgefallenen Debatten zwischen diesem und dem Ausschusse nicht in ihrer ganzen Schärfe und Bestimmung niedergegeben hatte, so wurde die Umarbeitung des Protokolls beschlossen und Hrn. Faucher sofort drei neue Mitglieder zu diesem Behufe beigegeben. In der heute Statt findenden Sitzung soll die neue Redaktion dem Ausschuß vorgelegt werden. Hierauf nahm der Ausschuß die Mittheilungen seiner Mitglieder, die der letzten Revue in einer Tribüne neben dem Präsidenten der Republik beigewohnt hatten, entgegen. Dieselben erklärten, die Haltung der Truppen sei im Allgemeinen vortrefflich gewesen, und daß einige Schwadronen nach dem Vorüberziehen Zurufe: Es lebe Napoleon! und: Es lebe der Kaiser! gerufen haben, und erwähnten insbesondere eines Rittmeisters von den Kürassieren, der in ihrer Nähe unter Säbelschwenken und auffallender Betonung das letztere Wort ausbrachte. Kameriolirte bemerkte bei dieser Gelegenheit, daß vor einigen Tagen erst ein Invalide, der in Afrika amputirt worden, vor Kriegsgerichtlich zu zweijähriger Gefängnißstrafe verurtheilt worden sei, weil er: Es lebe die demokratische und soziale Republik! gerufen hatte, und stellte den Antrag, den Kriegsminister vorzuladen und kategorisch zu befragen, ob er wegen der nicht weniger aufrührerischen Rufe bei der letzten Revue die Untersuchung einleiten lassen wolle oder nicht. Dieser Antrag ging jedoch nicht durch. Der Ausschuß entschied endlich nach einer lebhaften, mehr als zweistündigen Unterhandlung, daß alle von seinen Mitgliedern angegebenen Thatsachen förmlich zu Protokoll genommen werden sollten, um demnächst zu der Ansicht gelangen zu können, in Folge als Dokumente zu dienen, und ernannte sofort eine Commission von sechs Mitgliedern, unter denen D. Barrot, Monnet und Perier genannt werden, zur Redaktion des neuen Sitzungs-Protokolls und einer Resolution, deren wesentlicher Inhalt folgender sein soll: „Der Ausschuß hat mit Vergnügen die ruhige und schneidige Haltung fast sämmtlicher Truppen gesehen; er heißt und tadelt die aufrührerischen Rufe, die unter Anregung und so zu sagen auf den Befehl einiger Cavallerie-Offiziere im Beisein des Präsidenten der Republik und des Kriegsministers ausgestoßen worden sind." Der Antrag wird verworfen, da die Fortexistenz ohnehin bald abgelaufen ist und daß ferner keine großen Neuen mehr Statt finden, die außerordentliche Einberufung der National-Versammlung nicht für nöthig gehalten, versammelt sich aber heute nochmals um 12 Uhr, um die Protokolle der letzten und vorletzten Sitzung in Ordnung zu bringen. Es scheint die Absicht des Ausschusses zu sein, dem Kriegsminister Zeit zu lassen, wegen der diesmal konstatirten reglements- und verfassungswidrigen Demonstrationen der Militärs unter den Waffen die Untersuchung einzuleiten, da er in der vorletzten Zusammensitzung des Ausschusses diese Demonstration selbst getadelt, ihre Konstatirung jedoch unmöglich erklärt hatte. Wenn nichts geschieht, so wird es an der National-Versammlung sein, die in vier Wochen wieder zusammentritt, seinen Beschluß zu fassen. (K. Z.)

Paris, 12. Okt. Wie wir vorausgesagt, nimmt das Treiben in der Französischen Armee eine immer tollere Wendung und muß mit der Zeit eine Katastrophe hervorrufen. Wer die Armeen zu politischen Demonstrationen aufrufen, bem wachsen sie, wenn er nicht selbst ein großer Heerführer, ein Sieger ist, über den Kopf, und es ist, wenn der erste Anstoß gegeben, kein Halten mehr auf der steilabschüssigen Bahn. Die Manöver der Versailles mit ihren Champagner- und Wurst-Vertheilungen, mit ihren Rufen und Redensarten sind dem gesunden Sinne der Armee über Alles, auftosenden Zeit. Was die Parteien in Frankreich durch ihre Organe in der Zeitungs-Presse fürchten — einen Staatsstreich, für den die so unterworfenwillig intelligenten französischen Bajonnette gewonnen werden sollen, das fürchten wir nicht, — das heißt nicht zwar, denn dazu gehören Fähigkeiten, sondern wir fürchten die Untergrabung der Disziplin, das Verschwinden des Respects und die Zuchtlosigkeit, welche bei dergleichen Schmanzereien beginnen und später unter ganz anderen Umständen fortgesetzt werden. Nach einem Siege macht der Heerführer mit der Armee was er will — was der Heerführer nicht konnte es kommen, daß die Armee mit ihren Führern machte, was sie wollte.

Paris, 13. Okt. Das Journal „Pruyte von 1830" zeigt heute an, daß es, in Folge der gegen dasselbe verhängten zahlreichen Geld- und Gefängnißstrafen, aufhören werde zu erscheinen. Sämmtliche Redakteren dieses letzten Organes der radikalen Partei nehmen in einem herzbrüllenden Artikel, in welchem sie noch einmal dem Lavaspron ihrer glühenden Empfindungen freien Lauf lassen, Abschied vom Publikum. Folgender Schluß wird eine Idee von der Sprache des Artikels geben: „O, Louis Bonaparte, der Du die dreiköpfige Gewalt verschlingst, nimm Dich in Acht! Du bist der Feste, der unserem Sturze nachfolgen wird. Wie jenes Opfer der Restauration, wie Didier, rufen wir, die Geachteten der Reaktion, Dir zu: Gib Acht, die Geldgaste, der Jesuitismus und der Constitutionalismus werden Dich verschlingen. Möge diese Warnung unsere letzte Rache sein. Republikaner, Brüder! Ihr seid der Revolutionen zweite Reihe! auf Wiedersehen."

(D. J.)

Belgien.

Brüssel, 13. Okt. Gestern Nachmittag 2 Uhr nahm der Justizminister von Tesch, in Begleitung mehrerer anderen Minister und Beamten, auf ihrer Eigenschaft als Civilstandsbeamter des kgl. Hauses, die urkundliche Beschreibung des Todes der Königin Louise auf. Die Todtenkapelle, worin der Saal besonders eingerichtet wurde, ist schwarz ausgeschlagen, dem Paradebett gegenüber ein Altar errichtet und das Ganze durch gelbe Wachskerzen erleuchtet. Die Königin ist wie in den letzten Tagen ihrer Krankheit gekleidet, ihre Züge sind unverändert. Ein Zeichner, Hr. van Eyck, von Ostende, hat das Bild der Verblichenen gezeichnet. Das Publikum wurde noch nicht zugelassen, weil der Körper vorher einbalsamirt werden soll, womit Dr. Lefebure, Leibarzt des Königs, noch heute Morgen Vorwittag um 10 Uhr wird die Leiche von Ostende nach Laeken gebracht werden, wo sie den letzten Wunsch der Verblichenen gemäß (und nicht in der Kirche Sainte-Gudule in Brüssel) beigesetzt wird. Man versichert, die Königin Amalie habe ihre geliebte Tochter bis zu ihrer letzten Ruhestätte begleiten wollen; sie soll nun aber den Wunsch ausgedrückt haben, einer Feierlichkeit nicht beizuwohnen, welche mit ihrer gegenwärtigen Lage in so lebhaftem Widerspruch stehe. Die Landestrauer dauert ein halbes Jahr, vom 11. Okt. 1850 bis 11. April 1851. Den allen Seiten gehen Nachrichten von Beileidsbezeugungen für ein der Verstorbenen zu errichtendes Denkmal ein. (L-D-J.)

Brüssel, 13. Okt. Der Minister des Innern und des Krieges haben heute ein Programm des Ceremoniells bekannt machen lassen, welches beim Leichenbegängnisse der Königin beobachtet wird. Morgen um 10 Uhr geht der Trauer-Convoi, welcher die Leiche nach Laeken bringen wird, von Ostende ab, wo Bürgergarde und Besatzung vom Palaste bis zum Bahnhofe Spalier bilden, während Glockengeläute und Kanonenschüsse den Augenblick, wo der Sarg auf den Leichenwagen gebracht wird, die Ankunft des Convois und nach Brüssel ankündigen. An den Stationen zu Brügge, Termonde und Mecheln werden die Behörden versammelt sein; die Bürgergarde und die Truppen werden unter den Waffen stehen und die militärischen Honneurs machen. Gegen 3 Uhr trifft der Convoi am Bahnhofe in Laeken ein, wo die Prinzen, Behörden &c. seiner harren, und sich sofort der Trauerzug bilden, welcher den Leichenwagen nach der Kirche dieser königl. Residenz geleitet, wo die Königin, ihrem noch in den letzten Augenblicken kundgegebenen Wunsche gemäß, in einem Gewölbe beigesetzt werden soll. Vorher werden die Reichen Ueberreste zwei Tage auf einem belegirten Trauergerüste ausgestellt bleiben. Außer dem Begräbnißgottesdienste zu Laeken wird, auch in der hiesigen Cathedralkirche ein solennes Trauer-Hochamt abgehalten werden. Die Ex-Königin Amalie und ein Theil ihrer Familie werden den König nach Laeken begleiten und wenigstens bis nach der Beerdigung bei ihm bleiben. Die Herzogin von Orleans wollte gestern Abends nach England zurückreisen. Der Herzog von Nemours ist noch bettlägerig und bleibt bis zu seiner Herstellung in Ostende, wo man gestern zur Einbalsamirung der Leiche der Königin schritt, nachdem die ärztliche Verschsau erfolgt war. Die Ministerien haben bereits der von der Armee, den Behörden &c. anzulegenden Trauer die betreffenden Weisungen erlassen. Das hiesige diplomatische Corps legte sofort Trauer an, bevor ihm noch der Tod der Königin amtlich kundgethan wurde. — Aus Gent, Antwerpen, Brügge &c.

erfahrt man, daß überall sofort die allgemeine Trauer sich in bezeichnender Weise kundgab.

(K. J.)

Neuestes.

* Würzburg, 16. Okt. Die zuerst durch Nr. 374 der mittelfränkischen Ztg. verbreitete Angabe eines der Universitäts-Bibliothek Würzburg zugegangenen Verlustes von 10,000 Bänden muß in der Art berichtigt werden, daß die im Sept. 1845 vollzogene Uebergabe der Bibliothek an einen neuen Vorstand einen Abgang von beiläufig 600 Bänden hauptsächlich theologischen Werken wahrnehmen ließ, wovon bisher einige im Lokale wieder aufgefunden, andere von den Entziehern der Bibliothek zurückerstattet worden sind. Wiewohl die amtliche Behandlung oder die Entscheidungsursache und Deckung des noch immerhin sehr schmerzlichen Verlustes noch nicht beendigt ist, sind gleichwohl die bemessensten Vorkehrungen getroffen, um ähnliche Vorgänge für die Zukunft zu verhüten. Nicht anderweit kann es übrigens bleiben, daß nach der Erfahrung aller fast einem unsolchen Verbrauch bestimmter und mit Liberalität in der vielseitigsten Benützung anhängen gegebener öffentlicher Bibliotheken einzelne Berufe unvermeidlich sind.

* Würzburg, 16. Okt. Gestern machte man einen Probeversuch mit dem Telegraphen nach Bamberg. In einigen Tagen wird seine Wirksamkeit ins Leben treten.

München, 14. Okt. Gestern starb dahier der k. Staatsrath im außerordentlichen Dienst, Ritter v. Kobell in seinem 71sten Lebensjahre.

Frankfurt, 15. Okt. Legationsrath Detmold ist von Hannover wieder angekommen, und wohnte heute einer Berathung im Bundespalaste bei.

Karlsruhe, 12. Okt. In der 33. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer übergibt Staatsrath Frhr. v. Mosch all einen Gesetzentwurf, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, sodann einen weitern zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse.

Stuttgart, 14. Okt. Se. Maj. der König ist in einem Ertrabug der Eisenbahn von Friedrichshafen hier angekommen. Im Gefolge Sr. Maj. war die Reisebegleitung, welche die Fahrt an den Bodensee mit angetreten hatte, darunter auch nach der Ausicht der kurfürstlich hessischen Regierung unzweifelhaft den Beruf, darüber zu wachen, daß den Bundesregierungen auch die Mittel nicht fehlen, welche zu sich erforderlich sind, um die aus einer staubsichen Steuerverweigerung hervorretretenden Entwickelungen mit Erfolg beleitigen zu können. Daß bei der Verwirklung dieses Punktes nicht davon die Rede sein kann, dem Ermessen der Regierungen, in welcher Weise solche Mittel zur Anwendung zu bringen im einzelnen Falle als angemessen erschienen konnte, vorgreifen oder sonst überall darauf einwirken zu wollen, versteht sich so von selbst, daß es völlig genugen möchte, auf diesen Punkt, als einen gar nicht mit zu stellenden Antrage beruhten, hingewiesen zu haben. Daß bei der Erwahnung tauglicher Mittel nicht von der zu Gebot stehenden bewaffneten Macht die Rede ist, versteht sich von selbst; es kommen vielmehr Anordnungen und Bestimmungen der Regierungen in Betracht, welche Gesetz Kraft haben, oder zu solcher Kraft gelegentlich erhoben werden können. Es muß ihnen die innere Beschaffenheit einwohnen, jede Möglichkeit auszuschließen, ihrer Befolgung, ohne unzweifelhaften Ungehorsam zu begehen, sich entziehen zu können. Die kurfürstl. hess. Regierung glaubt nach der bisherigen Darstellung die nachstehenden Antrage vorlegen zu sollen: Hohe Bundesversammlung möge beschließen:

1) daß eine Steuerverweigerung, wie solche in den Ziffern I. und II. des Bundesbeschlusses vom 28. Juni 1832 unterstellt werde, in dem Beschlusse der kurhessischen Ständeversammlung vom 31. August b. J. enthalten sei; 2) daß die

Paris, 12. Okt. Ueber den Abschluß eines Handelsvertrags zwischen Frankreich und dem Kirchenstaate wird gegenwärtig zu Rom unterhandelt. — Die päpstlichen Nobelgardisten Graf Ubertali, Herzog Caetani und Marquis Bevdini sind mit den Insignien für die neu ernannten Cardinäle, den hiesigen Nuntius Fornari, den Erzbischof von Rheims und den Erzbischof von Köln, hier eingetroffen. Fürster hat sich sofort seiner Sendung entledigt; die beiden letztern sind gleich weiter gereist. — Der Assisenhof hat heute ein früher in contumaciam erlassenes Urtheil gegen den Geranten des „Peuple" und den Verfasser des angeschuldigten Artikels vollständig bestätigt; der eine ist zu 10, der andere zu 15 Monaten Gefängniß und jeder zu 3000 Fr. Gelbstrafe verurtheilt.

T. D. Turin, 7. Okt. Die Armonia will aus zuverlässiger Quelle wissen, daß Mazzini sich fünf volle Tage heimlich in Rom aufhielt, in der verborgenen Clubs der Unita italia sei man so weit gegangen, die Ermordung des heiligen Vaters zu besprechen. (Nopd.)

Von der polnischen Grenze. Aus dem Lage, wo die Tscherressen zu Znoworalor beerdigt wurden, traf dort ein Schreiben von Paskiewicz ein, worin er sie die Entschenen, die sie seinem Negimente gehörten, um eine humane Behandlung bat; er hatte hinzugefügt, daß es sämmtlich gebidete und wohlhabende Leute von guter Abkunft waren, die wohl eine freundliche Behandlung anbrsten zu ihrer Pflicht zurückgeführt werden konnten. Sie sollten wegen Insubordination in ein weniger geachtetes Corps versetzt werden und waren deshalb nach Preußen geflüchtet.

Schluß der gehaltene III. Sitzung der Bundesversammlung: Welche hohe, die Sicherheit von ganz Deutschland bedrohende, Bedeutung die in einem Bundesstaate vorkommende, sträfliche Steuerverweigerung in sich trägt, hat der in der 22. Sitzung der hohen Versammlung vom Jahre 1832 gefaßte Bundesbeschluß erkannt und jede Regierung eines Bundesstaates hat danach die Verpflichtung übernommen, den Fall gegen einen solchen Vorgangs auf das kraftigste entgegen zu treten, damit in ihrem Theile die Sicherheit des Ganzen bewahrt bleibe. Der Deutsche Bund hat aber auch nach der Ansicht der kurfürstlich hessischen Regierung unzweifelhaft den Beruf, darüber zu wachen, daß den Bundesregierungen auch die Mittel nicht fehlen, welche zu sich erforderlich sind, um die aus einer staubsichen Steuerverweigerung hervortretenden Entwickelungen mit Erfolg beleitigen zu können. Daß bei der Verwirklung dieses Punktes nicht davon die Rede sein kann, dem Ermessen der Regierungen, in welcher Weise solche Mittel zur Anwendung zu bringen im einzelnen Falle als angemessen erschienen konnte, vorgreifen oder sonst überall darauf einwirken zu wollen, versteht sich so von selbst, daß es völlig genugen möchte, auf diesen Punkt, als einen gar nicht mit zu stellenden Antrage beruhten, hingewiesen zu haben. Daß bei der Erwahnung tauglicher Mittel nicht von der zu Gebot stehenden bewaffneten Macht die Rede ist, versteht sich von selbst; es kommen vielmehr Anordnungen und Bestimmungen der Regierungen in Betracht, welche Gesetz Kraft haben, oder zu solcher Kraft gelegentlich erhoben werden können. Es muß ihnen die innere Beschaffenheit einwohnen, jede Möglichkeit auszuschließen, ihrer Befolgung, ohne unzweifelhaften Ungehorsam zu begehen, sich entziehen zu können. Die kurfürstl. hess. Regierung glaubt nach der bisherigen Darstellung die nachstehenden Antrage vorlegen zu sollen: Hohe Bundesversammlung möge beschließen:

1) daß eine Steuerverweigerung, wie solche in den Ziffern I. und II. des Bundesbeschlusses enthaltene authentische Interpretation der Art. 37 und 58 der Wiener Schlußakte durch den Bundesbeschluß vom 2. April 1848 nicht beruhet sein sowie; 3) daß den Verordnungen und Vorschriften, welche in Anwendung des Bundesbeschlusses vom 28. Juni 1832 von den Bundesregierungen ergehen, die Kraft von Gesetzen einwohnen sei, deren Befolgung sich weder durch Berichte und anderen Beweisen, noch die Unterlassung, schwere Pflichtverletzung unter irgend einem Vorwande entziehen konnten. Endlich 4) glaubt der kurfurstlich hessische Gesandte sich darauf beschranken zu müssen, es hervorzuheben, daß es nur der Erwägung der hohen Versammlung überlassen bleiben konne, in wie weit dieselbe durch die bisherigen Vorgänge und Mitheilungen hinreichende Veranlassung bestimmen habe, von Amtswegen Maßregeln zu ergreifen, welche in Bundesgesetzen ihre Grundlage haben. — Präsidium beantragt, die hohe Versammlung wolle beschließen: diese Angelegenheit einem Ausschusse zur sofortigen Prüfung und Begutachtung zuzuweisen. — Hierüber wurde zur Abstimmung geschritten und einhellig beschlossen: in Gemäßheit des Präsidialantrags einen Ausschuß von drei Mitgliedern zur Begutachtung dieser Angelegenheit zu wählen. Bei der sonach erfolgtem Wahl dieser Mitglieder wurden als solche bestimmt die HH. Gesandten von Bayern, Würtemberg und Liechtenstein. — Auf Antrag des Präsidiums wurde hierauf die Sitzung geschlossen. Fr. Thun. Hyanthe. Rostiz und Jänckendorf. Detmold. Reinhard. Hasserpflug. Münch. Bülow. v. Scherff. v. Oergen. Dr. v. Linde.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 15. Oktober 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1160	1170
" 5% Metalliques	78⅝	79
" 4½ "	61½	62
" 3% "	45⅞	46⅛
" 2½% "	41	41¼
" 4½% Bethmann	—	73
" 4% "	—	64
" fl. 250 Loose v. J. 1839.	90½	97
" " " 1834.	154¼	155¼
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	81⅞	82⅛
" Anhl. 50 Prämien Scheine.	112	—
Bayern 3½% Obligationen	84	84½
" 4% "	88¾	89
" 5% "	100⅞	100⅞
Würtemberg 3½% "	82⅞	83¼
" 4½ "	98½	98⅝
Baden 3½% "	81½	82
" 35 Loose	32⅝	32¾
" 50 "	52⅜	53⅛
Nassau à 25 "	26	26¼
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	50⅝	51⅛
" 25 "	25⅝	26⅛
Polen fl. 300 "	135⅞	—
Sardinien Kst. 36 "	32¼	33¼

Fremden-Anzeige.

Den 15. Oktober 1850.

Roter, Kfm.: Blume v. Bernbach. Eisinger v. Frankfurt. Tschentsch v. Zürich. Finck v. Würzburg.

Schwarz. Graf v. Bentzel-Sternau v. Bamberg. Boerstein. Graf Bouren v. Wien. Frhrl. Bauer v. Wiesbaden. Khn.: Sigmund v. Zürich. Gärtner v. Hanau. Haas v. Worms. Frl. Bauer v. Wiesbaden.

Schwan. Iolander, Kapitain v. England. Kaufl.: Maier v. Wertheim. Schäffer v. Schwingen.

Wittelsb.-Hof. Kaufl.: Schirmer v. Bebenhrim. Silchlein v. Köln. Mahn v. Pesth. Reichel, Beamter v. Hannover. Hellmuth, Revisor v. Heidelberg.

Württemb. Hof. Graf Wimmer v. Mai. v. Bibra. Ord. hz. rus. Chevalier v. Reden. Reichsrann. Bürger meister v. Marktbreit. Saudern, Ingenieur v. Bamberg.

Gestorbene:

Den 14. Oktober.

Maria Hügel, Fischerskind 3 M. alt.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 83.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 249. Würzburg, Donnerstag den 17. Oktober. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Die 1. Schaafstelle zu Wörth Bez. Miltenberg wurde dem von der Fürstl. Löwenstein'schen Standesherrschaft auf dieselbe präsentirten Schullehrer Eymelt zu Pflochsbach und die Schulstelle zu Pflochsbach Gerichtsbezirks Rothenfels dem von der Fürstl. Löwenstein'schen Standesherrschaft präsentirten Schuldienstverpflantanten und dermaligen Schulverweser zu Kleinkeubach Eustach Pfeiffer übertragen.

Die „nationale Partei".

Immer mehr stellt es sich heraus, wo die wahren und gefährlichen Feinde des Staates eigentlich zu suchen sind. Durch Kasernenluften und Fensterneinwerfen wird keine Revolution gemacht, mit Pflastersteinen kein Thron erschüttert und durch Barrikaden keine Stadt, geschweige ein Staat erobert, wie wiederwärtig und polizeisch unerträglich derartiger Skandal auch ist. Aber es gibt eine noch immer zahlreiche Klasse von Menschen mit drei bis vier an sich ganz richtigen, aber einseitigen Gedanken, welche hochmüthig wähnen, die bisher schlechte und thörichte Welt müsse ihnen erst zurechtgerückt und zu Verstande gebracht werden, und welche übermüthig auf ihre „hohe Bildung" mit unbeugsamem Dünkel und mit einem Schwall tönender Redensarten jede polizeiwidrige Ungezogenheit zu ihrem Privatvortheil auszubeuten und sie zur Leiter ihres eigensüchtigen Ehrgeizes zu machen suchen, indem sie die tobenden Haufen als „das Volk" bezeichnen, der Regierung sagen, „was das Volk will" und ihr die Mittel angeben, das „Volk zu beschwichtigen". Diese Klasse von Menschen spukte schon langst unter uns, bevor ihnen die Märzereignisse einen neuen Wirkungskreis in die Hände spielten; in der Kirche und in der Wissenschaft, in der Kunst und im Leben wirkten sie seit vielen Jahren minder geräuschvoll, aber auf das verderblichste, nur hatte es dahin gebracht, daß aller sittliche Ernst des geistigen Lebens wie verschwunden war und die Formel und die Redensart, die Heuchelei der Geistesleerheit in allen Gebieten des Geistes sich auf der Oberfläche breit machte. Die Kanzeln, die Katheder und die Literatur waren großentheils in den Besitz dieser Helden des seichten Geschwätzes übergegangen, welche ohne Ehrfurcht vor dem ewigen Geiste, dem Urquell alles wahren Lebens, zum Theil selbst ohne Achtung von der Erstarrung eines solchen Geistes, dieser Wissenschaft, eindringende Erkenntniß, einige Originalität verstehen zu machen und vollends auf der Menschenwelt zu verbrängen suchten. Die volle reiche Gotteswelt überpinselten sie vor den Leuten durch die Schablone ihrer Thorheiten mit den drei oder vier Farben, die ihnen eben zu Gebote standen. Es kam der Sturm aus Westen, die unteren Volksschichten regten und hoben sich, wie lange nicht geschehen, der Schaum der Oberfläche wurde zusammengetrieben, massenhaft aus der Tiefe neuer Schaum erzeugt, und bald schien das Ganze eine unergründliche Tiefe des Unglaubens, der Unwissenheit, der Eitelkeit — es war, als wollte nun nach langer Vorbereitung das Ungeheuer des faulen Geschwätzes wahrhaft die ganze Welt verschlingen. Aber es gibt einen Zaffen, an welchem die Wogen des Unverstandes zerschellen, wie wild sie gegen ihn anbrausen, und es gibt einen Willen, welchem die Völker gehorchen, ohne daß sie es wissen. Die Wogen haben sich beruhigt und der Schaum treibt nun zerstreut umher und verschwindet mehr und mehr, während Jedermann seine Verkehrt, Ohnmacht und Nichtigkeit erkennt. Wie überhaupt in der Welt Gottes nichts vergeblich geschieht und kein Rückschritt möglich ist in ihr, so sind auch die Jahre 1848 und 1849 nicht vergeblich gewesen für die Welt, und ein Rückschritt in die „vormärzliche Zeit" ist eine Unmöglichkeit; wir haben eine Errungenschaft, die uns sicher bleibt für alle Zukunft: die Herrschaft der dunkelhaften Schwätzer, der superklugen Weltverbesserer ist ein Ende gemacht! Vielleicht stehen wir erst am Anfange des Endes, aber der Kampf hat begonnen und der Sieg wird gewiß, der Sieg des Gottesgeistes über die Gespenster menschlicher Eitelkeit. Die Regierungen der vormärzlichen Zeit hatten schon zum großen Theil die Feinde des Staates und der menschlichen Gesellschaft erkannt, aber sie sahen sich durch die schreinbare Macht derselben gendthigt, mit ihnen zu coquettiren, und sie begnügten sich, Vorbeugungsmaßregeln gegen die üblen Folgen ihres Treibens zu ersinnen. Nunmehr aber ist den Regierungen nun, was noch viel mehr sagen will, ist dem Volke klar geworden, auf wie schwachlichen Füßen der Feind steht, wie jämmerlich seine Waffen, wie ohnmächtig sein Wille. Die Furcht vor dem Feinde ist geschwunden mit der Achtung vor ihm, und alles was erversichert und verleumdet hat seit Jahrzehnten, ist wieder zu Ehren gekommen. Die Regierungen werden seine vorbengenden Maßregeln gegen den Feind mehr anwenden, sondern werden ihn ganz aus dem Felde schlagen, und das Volk wird sich nicht mehr von den Maulmachern und Heuchlern auf die Schlachtbank führen lassen. Die klassende Zwiespalt zwischen Regierenden und Regierten, welchen der Feind durch alle Mittel der Sophistik und Verleumdung hervorgebracht und immer mehr erweitert hat, wird sich endlich schließen; das Volk wird zu der Erkenntniß kommen, daß es wahrhaft sich selbst regiert, also wahrhaft frei ist, wenn die besten, die religiös sittlich und wissenschaftlich gebildeten Männer und seiner Mitte die Zügel der Regierung in starken Händen halten, und die Regierungen werden streben, sich als das zu beweisen, was sie sein sollen: Männer, die da wissen, was das Volk will, wahrhaft will, kraft seiner göttlichen Natur, und sie thun schwerlich Unrecht. Sie werden immer mehr alle Schichten des Volkes erwecken zum Licht und Leben des Geistes, indem sie in weisen Gesetzen dessen sittlichen Willen aussprechen. Damit dies aber möglich werde, muß das Volk auf der Hut sein, sich nicht abermals durch seine Feinde betören zu lassen. Täglich spinnen diese neue Lügengewebe, um den durch die Ereignisse aufgeklärten Blick des Volkes wieder zu verschleiern, und es auf's Neue zu der Thorheit zu verleiten, in ihren Knechtesdienst sich zu begeben. Sie haben sich überzeugt, daß sie aus eigner Macht gar nichts vermögen und daher nicht ablassen dürfen, das Volk gegen seine Regierungen zu hetzen und zu treiben, um im Wirrwar der Revolution mit ihrem guten Rathe, wie die Revolution zu beruhigen sei, wieder bei der Regierungen Gehör zu finden. Eine der Lügen, welche die gefährlichen Seichtigkeitskrämer jetzt ausstreuen, ist, daß diejenigen deutschen Regierungen, welche unter der ausdrücklichen heiligen Versicherung den Bundestag wieder zusammenberufen haben, um ehrgeizigen Plänen Preußens gegenüber einen festen Boden zur Neugestaltung Deutschlands zu gewinnen, eine antinationale, despotische und unrechte Politik verfolgten und daß dagegen sie selbst, die Partei, welche Deutschland halbiren und seinen geschichtlich ausgebildeten Organismus zerstören will, sich selbst die „nationale Partei" nennt. In diesem Stile sagt das Neue Dresdner Journal, „jeder von Preußen abfallende Staat falle Oesterreich und dem Despotismus zu" — „die Herrschaft des Bundestages und Oesterreichs sei gleich der Fremdherrschaft" ꝛc. Solche Verleumdungen dem Volke wirft zu machen, wird ausdrücklich als Absicht und Zweck der „nationalen Partei" ausgesprochen. Die Lüge ist der Feste Vorderben; das Wort der Schrift bestätigt sich immer aufs neue in so schlagender Weise, daß der Lügner durch seine eigenen Waffen sich tödtlich verwundet.

Deutschland.

München, 15. Okt. Gestern Abend ist Se. Maj. der König Max hierher zurückgekehrt. Nach der heutigen Kirchenparade und den in den Kirchen aller Glaubensbekenntnisse abgehaltenen Gottesdiensten zur Feier des Geburtsfestes der Königin Marie wurde die Eröffnung des Siegesthores festlich begangen. Die Landwehr in größter Zahl, die Linientruppen, (nach Leibregiment, Kuirassiere und reitende Artillerie vorüberging, von dem ersten und zweiten Regiment je ein Bataillon, von der schweren Artillerie eine Batterie), deren Musikcorps unter Streck's Leitung Eh'elard's große Messe in der überfüllten St. Michaelskirche aufführten, stellten sich nach der von dem schönsten Wetter begünstigten Parade längs der Schwabingerlandstraße in unübersehbaren Kolonnen auf. Da die Eröffnungsfeier erst hinter Mittag begonnen ward, so gesellten sich zur Landwehrinfanterie auch deren Artillerie und Kavallerie, welche Truppenmassen einen überaus glänzenden Anblick gewährten. Am Siegesthor war der Magistrat, die beiden Bürgermeister an der Spitze, gegenwärtig, in deren Nähe ein Detachement König Ludwigs die Ehrbietungsbezeugungen als ein neues herrliches Kunst-Monument die Ludwigsstraße zierenden Siegesthores niederleate. In ziemlicher Entfernung von diesem durch eine zahlreiche Zuschauermenge besetzten Schauplatze wurden die üblichen Reden gehalten. König Max, ihm zur Seite König Otto, gefolgt von einem zahlreichen Generalstabe inspizirte sämmtliche Truppen und wurde, namentlich auch von der Landwehr, sowie die Königin Marie, die zu Wagen die Reihen passirte, mit jubelrichen Hochrufen begrüßt. Am Schlusse defilirten sämmtliche Mannschaften an den tt. Majestäten vorüber, wobei sich die Bivouaks wieder-

halten. Se. Maj. König Max äußerte sich in wohlwollenden Worten über Haltung der Landwehr wie der Linie. (A. Ab.)

München, 15. Okt. Das in dem Ausweisungserlasse Fr. Jolmers angegebene Motiv lautet dahin: „daß ihm die Bewilligung zum ferneren Aufenthalt in der Stadt München und Umgebung nicht enthielt werden kann, nachdem er den Aufenthalt fortgesetzt benützt, um Anfregung und Mißstimmung gegen die Staatsregierung zu erwecken."

Aus Augsb. Postzeitung wird aus Freising, 12. Okt., über die Versammlung der bayerischen Bischöfe geschrieben: „Die Berathungen der versammelten Bischöfe haben neuen Fortgang. Ueber die Hauptgegenstände und ein glückliches Resultat erzielt. Nach den Vorbildern in Würzburg und Wien ist eine Einigung der Ansichten über die kirchlichen Bedürfnisse und Aufgaben betrachtlich leichter geworden. Man soll bereits über die Katechismusfrage, das gesammte Unterrichtswesen, das Pfründenwesen, selbst Ehesachen, so große Schwierigkeiten bietet, über das kirchliche Vereinswesen ꝛc. gemeinsamen Beschluß erzielt haben. Die Beschlüsse sind der Art, daß alle Freunde der Freiheit der Kirche von der Ausdehnung durch die Staatsbureaukratie und der Erneuerung kirchlichen Lebens und Wissens daraus sehr sich freuen dürfen. Zugleich soll man wie, daß auch das vom Ministerium den Kammern vorzulegende neue Religionsedikt fast durchgängig den Wünschen der guten Katholiken und Protestanten entsprechend sein soll. Schon in der nächsten Woche hofft man mit den Berathungen zu Ende zu kommen, worauf nur die mit der Abfassung von den Vorsitzenden zu vollziehenden Memorandums Beanstragten zurückbleiben werden."

Augsburg, 16. Okt. Se. Maj. der König haben dem ehrwürdigen Hrn. Domkapitular v. Schmidt, dem bekannten Verfasser vieler anziehender Kinder-Schriften, und dem Kommanthur-Kreuz des Verdienst-Ordens vom hl. Michael zu erheben geruht, welches derselbe heute aus den Händen des k. Regierungs-Präsidenten Hrn. Frhr. v. Welden dahier empfangen hat, mit dem von Se. Maj. hinzugefügten Beisatze, daß es Allerhöchst Ihnen leid thue, dieser seichen Ihrer Anerkennung der Verdienste des greisen Schriftstellers denselben nicht selbst überreichen zu können.

Aus dem Oberamt 15. Okt. 9. Okt. Dieser Tage wird aus fast sämmtlichen Ortsfesten des Oberamts Horb eine Adresse, unterzeichnet sowohl von den bürgerlichen Collegien, als von vielen andern Bürgern, an die hohe Landesversammlung abgehen, deren Inhalt kurz folgender ist: 1) Die hohe Landesversammlung solle nicht wieder, wie schon zweimal, mit Berathung über deutsche Angelegenheiten die kostbare Zeit zubringen und die Noth des eigenen engeren Vaterlandes darüber vergessen. Die Regierung sege ihr nun dieszmal einen vollen Verfassungsentwurf vor, und dieser biete Rechte und Freiheiten, mit denen jeder vernünftige Mensch zufrieden sein könne. Die hohe Kammer solle daher diesen Entwurf unverändert annehmen, so wolle es die große Mehrzahl der Unterzeichneten. Sollte aber die Kammer dies nicht wollen, so möge sie wenigstens in entgegenkommender Vereinbarung mit der „wohlmeinenden" Regierung den Entwurf berathen und zu stadt, ohne dem Lande eine neue Verfassung gegeben und in seinem Falle auseinander gehen, vielmehr Vereinbarung wollen die Unterzeichneten, darum hätten sie ihren Abgeordneten gewählt, nicht, wie ein bekannter Parteiblatt sage, um Opposition zu machen oder durch ihre Wahl der Regierung ein Mißtrauensvotum zu geben. 2) Solle die hohe Landesversammlung keine Steuerverweigerung und in keinem Falle anssprechen. Das seie nicht, sondern mache das Uebel und die Verwirrung im Lande nur noch größer. — Ja, sie die Unterzeichneten, erklärten hiermit auf das Bestimmteste, daß sie, wenn auch Steuerverweigerung ausgesprochen würde, sie dennoch pünktlich ihre Steuern fortbezahlten. Schließlich wird die hohe Landesversammlung in festfügen, mitunter sast werden Motoren an den ernsten Beruf erinnert, den sie unter gegenwärtigen Verhältnissen habe; sie solle insbesondere in ihrer Mehrheit mehr an das denken, was dem Volke, als was Vielen aus ihrer Mitte Noth thue; die Geschichte werde ohnehin über sie dereinst richten und ewieder sie bald gerne vergessen machen oder aber in ruhmreichen Andenken bewahren. Wie ich höre, gehen diesen sesten Inhalts dieser Tage nicht blos von Oberamts Horb, sondern von vielen andern, wo nicht sämmtlichen des Landes, nach Stuttgart ab. (D. B.)

Darmstadt, 15. Okt. Sicherem Vernehmen nach ist aus dem Ministerium des Innern das Ausschreiben an die Regierungskommissionen wegen Anordnung der Aufstellung von Wahlmannerlisten für den bevorstehenden außerordentlichen Landtag bereits vor einigen Tagen erlossen worden. In Folge dieses und der darin empfohlenen raschen Inangriffnahme durfte mit einiger Sicherheit der Zusammentritt der Kammern in der zweiten Hälfte des Monats Dezember — aber kaum vor diesem — erwartet werden. (D. J.)

Mainz, 8.–Okt. So sehr man auch in Mainz und der gesammten Provinz von der Nothwendigkeit materieller Verbesserungen durchdrungen ist, wenn anderes wir nicht gegen alle Nachbarstaate fortwährend zurückstehen wollen, so hat dies doch nicht verhindert, daß unsere seitherigen Vertreter, statt die hohen Fragen der Dringlichkeit zu besasten, nach wie vor ihr republikanisches Steckenpferd ritten, und so die gerechten Erwartungen unserer Stadt und Provinz auf unverantwortliche Weise mißkannten. Dessenungeachtet hat die Staatsregierung ihre Ansichten in Bezug auf einzuführende Verbesserungen in unserer Provinz in keiner Weise geändert, sondern, wie wir im Augenblick vernehmen, vor wenigen Tagen erst einen Zlußbaukundigen in unsere Stadt gesandt, um die günstige Lokalität zur Anlegung eines Winterhafens auszuforschen und einen Kostenanschlag anzuarbeiten. Weiter vernehmen wir zu unserem Vergnügen, welches sicher alle Rheinfreunde mit uns theilen werden, daß unserer Regierung Auftrag ertheilt hat, den Plan zu einer stehenden Brücke über den Rhein und die nöthigen Kostenüberschläge zu entwerfen zur Herstellung einer Eisenbahnverbindung von Mainz nach Darmstadt, zum Anschluß an eine Eisenbahn nach Frankfurt, resp. Mündgen, Wien ꝛc. Die Besorgnisse einer stehenden Brücke über den Rhein in unserer nächsten Umgebung, und des Baues der in Rede stehenden Eisenbahn, ist eine außerordentliche, und es würden hierdurch unserer Stadt Vortheile erwachsen, von denen sich Wenige eine richtige Vorstellung zu machen vermögen. Die Brücke würde und da bei breite auf dem ganzen Stromgebiete von Basel die Rotterdam nicht eine einzige stehende Brücke existirt, den Winter hindurch den ganzen Transit über den Strom zuführen, und die Eisenbahn würde unsere Stadt zu einem Stapelplatze auf dem Uebergange von Frankreich nach dem südlichen Deutschland, Oesterreich, der Donauprovinzen und der Türkei erheben. Die Vortheile dieser Bauten für unsere Stadt, die Provinz und das ganze Großherzogthum sind unberechenbar, und mit Sehnsucht sehen wir der Ausführung entgegen. Wir erkennen übrigens in dieser wichtigen Angelegenheit den ganzen Ernst der Regierung, welche nicht nur bestrebt ist, die Ordnung im Lande dauernd herzustellen, sondern auch mit aller Entschiedenheit eine Besserung der materiellen Interessen anzubahnen, welche so dringend der eingreifenden Thätigkeit der Regierung bedürfen, wenn anders die Wunden wieder geheilt werden sollen, welche eine lange schon andauernde Revolution dem Lande geschlagen hat.

Köln, 14. Okt. Nachdem am vorgestrigen Tage der Arjutant bei der päpstlichen Nobelgarde, Herr Graf Dandini, unserem hochverehrten Hrn. Erzbischofe die päpstlichen Bullen und sonstige Dokumente über die im Consistorium vom 30. v. Mts. stattgehabte Erhebung Sr. Erzbischöflichen Gnaden zur Cardinalswürde überbracht hatte, begab sich heute um 11 Uhr das gesammte Pastoral-Collegium nach hiesigen Stadt zu Sr. Eminenz, um Hochderselben in feierlicher Audienz seine Fronde über diese Erhebung an den Tag zu legen. Der Herr Stadtdechant, Dompfarrer Dr. Fiz brachte Sr. Eminenz den Ausdruck der Gesinnungen, die den kölnischen Clerus bei dieser Gelegenheit durchdringen, und bekräftigte, daß diese dem Oberhirten gewordene hervorragende Stellung in der Kirche zu innige Verbindung nach verstärken werde, in welcher die untergebene Geistlichkeit zu Hochdemselben stehe. In der darauf folgenden Erwiderung, welche der Cardinal sichtbar ergriffen und mit bewegter Stimme gab, äußerte sich Hochderselbe, daß er mit einer gewissen Freude diese große Auszeichnung empfangen hätte. Auf die hohe Bedeutung, daß dieselbe nicht ihm, sondern der katholischen Kirche Deutschlands gelte, in dieser aber der Kirchenprovinz Köln und dem hiesigen Erzbischöflichen Stuhle, welcher dies in die letzten Dezennien seine treuen Anhänglichkeit an den päpstlichen Stuhl so glorreich bekundet habe; sie gelte dieser Stadt Köln, an deren Namen sich in der Kirchengeschichte so vieles Große knüpfe. In dieser Ueberzeugung sei ihm die Cardinalswürde, welche er vor so vielen anderen würdigen und ausgezeichneten Bischöfen Deutschlands erhalten habe, ein neues Band an seine geliebte Erzdiözese, deren Wohl, deren aus dem treuen Zeiten überkommene Stütze er einzig und allein sei seinem Streben, oft verkannt, als Ziel vor Augen gehabt habe. Unter Mithilfe seines Clerus, welcher der unmittelbare Lehrer und Führer seiner ihm anvertrauten Heerde, sei, werde er unter Gottes Beistand fortfahren und hoffe er, daß fort und fort die Kölnische Erzdiözese dem päpstlichen Stuhle treu zugethan bere dem gegenwärtigen glorreichen Inhaber desselben, dem heil. Vater Pius IX. Urfache besonderen Trostes und besonderer Freude sein werde. Ein von den Pfarrern gesprochenes Amen bekräftigte diesen Wunsch. Nachdem hiernach noch Se. Eminenz sich in gewohnter Leutseligkeit über mehreres, die Seminarsanstalten Betreffende mit den Pfarrern unterhalten hatten, wurde diesen noch die Freude, dem Herrn Grafen Dandini vorgestellt zu werden und in diesem einen ritterlichen, kenntnißreichen, der deutschen Sprache mächtigen Mann kennen zu lernen. (D. B.)

England.

Dublin, 11. Okt. Die von der Nationalvonde zu Thurles ernannte Commission für Einleitung der nöthigen Schritte zur Gründung einer katholischen Universität hat einen Aufruf an die Geistlichkeit und das Volk veröffentlicht, worin der Zweck und die Vortheile einer solchen Anstalt auseinander gesetzt und die Mittel angegeben werden, durch welche sie zu Stande kommen könne. Der Aufruf ist von allen Mitgliedern der Commission unterzeichnet, nämlich von den Erzbischöfen Cullen, Murray, Slattery und M'Hale und den Bischöfen Cantwell, Haly, Foran und Derry. Murray und Haly werden heute zu den Bischöfen gerechnet, welche in Betreff der königlichen Colleges toleranter gesinnt sind, als die Majorität; — ein Beweis, daß über diese Frage, über die Errichtung der katholischen Universität, welche auch der hl. Vater dringend empfohlen hat, der irische Episcopat Einer Ansicht ist.

Frankreich.

Paris, 13. Okt. Kaum ist der Vertrag zwischen den Führern der Majorität und dem Elysee abgeschlossen, so kündigen einzelne Abtheilungen des stimmenden Heeres ihren Gehorsam auf und fallen drohendes Geschrei von Verletzung der Gesetze und der Constitution erthnen. Wunderverweise sind es dieselben Organe, welche seit Monaten nichts als den Umsturz der Constitution predigten, um Frankreich zu retten, und jetzt schreien sie: Verrath! und stellen sich als Wächter und Beschützer vor die bedrohte Bundeslade des Volkes hin, weil der Umsturz der Verfassung die Gewalt in andere, als in die von ihnen in Bereit-

schaft gehaltenen Hände spielen soll. Wahrlich, die politische Charlatanerie ist nie mit mehr Schamlosigkeit getrieben worden. Wem soll man das Volk vertrauen? Es muß sehen, wie die Parteien, gleich der bösen Mutter in Salomo's Urtheil, das Kind über todten, als in Besitze eines Andern wissen wollen. Am Egoismus scheitern alle Berechnungen und Bundnisse. Es wird zuletzt nur ein Zerhauen des Knotens übrig bleiben. Aber den großen Alexander spielen soll — das ist die Hauptfrage der politischen Zukunft Frankreichs und vielleicht ganz Europa's. (Ueber Ehrist Frankreich und ganz Europa heuer eine sehr alexanderlose Gegend.)

Italien.

Die „Strega" von Genua enthält Folgendes: „Die Demokratie wacht, sie wacht selbst in Rom; auf den verlassenen Gräbern vor dem Thore San Pancrazi schleift sie den Dolch der Rache: den Dolch, welcher, wie ein neues Damoklesschwert, kaum an einem Härchen gehalten, über dem Haupte des Mastai hängt." Die „Armonia" bemerkt dazu voll gerechter Entrüstung: In Sardinien, wo man das Wort des Papstes verachtet, wo man die Censur, die der Papst schleudern kann, verlacht, wo man die Bischöfe einkerkert, und sie dem Papste zum Trotze verbannt, gibt es auch überdies noch Menschen, die sich vereinigen, um gegen den Papst zu conspiriren, die den Entschluß gefaßt haben, ihn zu ermorden, die die Neuigkeit verbreiten: der Dolch der Rache ist über dem Haupte des Papstes aufgehängt. Man öffnet sich nicht, solches mit lauter Stimme, — öffentlich auszusprechen, man braucht sich, und zwar ungestraft in einem katholischen Lande, welches den Papst als legitimen Souverän und als Oberhaupt der Kirche anerkennt. Die Worte sind von Leuten geschrieben und gebraucht, welche die Abschaffung der Todesstrafe verlangt, welche unaufhörlich gegen die Inquisition zu Felde zieht, und die Worte: Amnestie, unaufhörlich auf ihren Lippen trägt. Hiernach urtheile man über die Partei, die solches angrtzettelt, und die Regierung, die es duldet. — Einer Correspondenz des „Cattolico" von Genua aus Neapel zufolge bedroht den Hochwürdigsten Bischof von Neapel Sanfelice, welcher seit den Erzbischofen von Turin und Cagliari bereits widersahren ist. Die Ursache dieser neuen Appellazione come d'abuso ist die vom genannten Bischofe angesprochene Suspension a divinis zweier Geistlichen, die sich an einer von den Demokraten als Leben gerufenen Subscription betheiligt haben. — Der König von Sardinien hat am 7. Oktober eine große Heerschau über die in dem Lager von St. Maurice versammelten Cavallerieregimenter abgehalten. — Der Gonfaloniere der Stadt Bagno Aripoli, der dem Beispiel des Florenzer Gonfaloniere gefolgt ist, und eine Adresse des Gemeinderathes gegen die zu Wiederherstellung der Verfassung an den Großherzog von Toskana gerichtet hat, ist seiner Stelle entsetzt worden. — Das „Univers" theilt Briefe aus Rom vom 4. Okt. mit, denen zufolge die von St. Heiligkeit im Consistorium vom 30. Sept. gehaltene Allocution gedruckt veröffentlicht ist. In Bezug auf die piemontesischen Angelegenheiten soll der pl. Vater erklärt haben, daß die mit der Prüfung dieser delicaten und schwierigen Frage beauftragte Commission den Bericht noch nicht vollendet gehabt habe, und er werde das heilige Collegium in einem nach dem öffentlichen Consistorium zu haltenden geheimen Consistorium damit unterhalten. In dem am 3. Okt. gehaltenen Consistorium schreibt der hl. Vater gar keine Allocution gehalten zu haben. Die piemontesische Frage wird durch die jüngsten Mißregeln gegen die Erzbischofe von Cagliari und Turin noch viel verwickelter. Diese arme Verurtheilung hat der hl. Vater am 2. Okt. erfahren. Msgr. Morangiú-Nurra ist schon seit 4 Tagen hier anwesend. Seine Ankunft in Rom hat einen tiefen Eindruck hervorgerufen. — Das „Giornale di Roma" kündigt an, daß 461,210 römische Thaler, die von dem Verkauf der Ernstkäse auf den Staatsschatz herrühren, zur Einlösung des Papiergeldes verwandt worden sind. — Nach einer uns zugegangenen Privatmeldung, die wir übrigens, so glaubwürdig sie auch ist, nicht verbürgen können, haben sich die Erscheinungen an dem Marienbilde zu Rimini wesentlich verändert. Die Bewegung der Augen soll aufgehört haben, dagegen aber ein anhaltender Thränenerguß bemerkt worden. Da die wegen des Todtschlages Bischofs Laurent nach Rom gesandten Deputation ihren Weg über Rimini genommen hat, so hoffen wir bald von Letzterem aus einen genaueren Bericht über diese wunderbare Erscheinungen zu erhalten.

Amerika.

New-York, 28. Sept. Gestern wurde nach dem neuen Gesetze ein Eklave aus Baltimore, der übrigens schon zwei Jahre hier lebte, verhaftet und, nach richterlichem Erkenntniß, sofort unter Polizeibegleitung nach Baltimore geschafft. Dieser Vorfall bewirkte eine große Aufregung unter der farbigen Bevölkerung, welche zu blutigen Auftritten Veranlassung gegeben haben würde, wenn die Polizei, die zu diesem Zwecke mit Revolvers bewaffnet war, nicht auf der Hut gewesen. Die Schwarzen haben erklärt, sie wurden mit bewaffneter Hand ähnliche Gewaltthaten zurückweisen und eher auf dem Platzerstäbe sterben, als sich wieder in die Sklaverei zurückbringen lassen. Es leben hier Hunderte flüchtiger Sklaven, welche wie man leicht denken kann, durch die Abolitionisten aufgehetzt und in ihrem verzweifelten Vorhaben bestärkt werden. In Pittsburg ist die Aufregung unter den flüchtigen Sklaven nicht minder groß; viele derselben sind nach Canada ausgewandert. In Boston ist das Jenny-Lind-Fieber so möglich noch toller, als hier. Sie hat gestern dort ihr erstes Concert, und es wird unerhört klingen, daß ein Billet, das erste bei der Versteigerung ausgebotene, mit 925 Dollars bezahlt worden ist. Ein gewisser C. Dodge, ein dortiger Gesangslehrer war der glückliche Ankäufer, dessen Portrait schon an allen Läden hängt. Diese seltsame Tollheit wird man bekannt und verspaft sich Kunden. Bei und ist Alles Spekulation, selbst der Jenny Lind-Enthusiasmus. In dem Gasthofe, wo die Sängerin abgestiegen, kostet die Einrichtung ihrer fünf Zimmer nicht weniger als 13,000 Dollars. Nach dem ersten Concerte waren, trotz des scheußlichen Wetters Tausende vor dem Gasthofe versammelt und gingen erst, als die Sängerin sich gezeigt, aus einander.

Neueste.

Frankfurt, 16. Okt Feldmarschall-Lieutenant v. Schönhals verläßt schon Morgen Frankfurt und begiebt sich direkt nach Wien.

Stuttgart, 15. Okt. Der Cassationshof hat in seiner heutigen Sitzung die Nichtigkeitsklage des Fürsten v. Waldburg-Zeil, welcher sich darauf stützte, daß ein Geschworner geschlafen haben soll, aus dem Grunde abgewiesen, weil das Gesetz blos die persönliche Anwesenheit der Geschworenen erfordert, während die Aufmerksamkeit auf die Verhandlungen den Geschworenen des Einzelnen überlaßt. — Eine Antwort, welche der französische Staatsmann Thiers einem gekrönten Haupte in Baden gab, ist unter den jetzigen Verhältnissen wohl sehr beherzigenswerth. Auf die Frage, was wohl die Franzosen thun würden, wenn es in Deutschland zu einem Kriege käme, versetzte der schlaue Franke: Wir Franzosen sind wie die Kinder, die sogleich tanzen wollen, wenn sie irgendwo eine Geige hören.

Leipzig, 14. Okt. Einer der am schwersten gravirten Demokraten, welchen Betheiligung an den Maireignissen 1849 offenkundig ist und von ihm selbst nicht geleugnet worden, ist der Student Julius Schanz. Dieser Jüngling, durch lange Haft mürbe gemacht und vielleicht auch überzeugt von der Nutzlosigkeit seines frühern Wirkens, hat vor einiger Zeit an den König ein poetisches Begnadigungsgesuch gerichtet, von dem er sich große Erfolge versprich und seitdem sehr aufgeregte Gemüthsruhe gezeigt, durch welche er seine ehemalige Freunde sehr compromittirt hat. In Folge dieser Gemüthsruhe sind neuerdings wieder mehrere Studenten, zwei Sprachlehrer, ein Turnlehrer u. ein Schuhmacher verhaftet worden. (Z. D.-Z.)

Wien, 12. Okt. Hr. Meyer in Hildburghausen sangt jetzt an, auch in Oesterreich sein „Geschenk zur Weihnachtsfeier" anzubieten. Es heißt (Z.) so ruft Hr. Meyer jetzt und Oesterreichern zu, einigt Euch in dem Ruf: „Bildung für Alle!" Fragt nicht den Wiederhall Eurer Kreuzgänge, fragt nicht Eure Preßverschaft, fragt nicht die Bevertreter Eurer Gehebramtheit, welche auf Diplomen und Doktorhüten einherstolziren, fragt die Leute mit den Hasenherzen nicht, welche erschrocken ein Kreuz schlagen, wenn der Ruf ertönt: „Bildung für Alle!" als wäre es ein Frevelruf der Empörung; fragt auch nicht darnach, ob die Hüter und Pfleger der Volksrohheit ein Anathema gegen mein Beginnen schleudert; — fragt einzig und allein die Stimme Eures Herzens, und prüft an Demjenigen, was ich Euch biete, ob ich die Mittel zum Zweck richtig erkenne und recht gebrauche. — Ja, Ja, fragt nur Hrn. Meyer in Hildburghausen, ob er die Mittel richtig erkannt hat, um seinen Pasel bei uns zu verkaufen.

Gratz, 13. Okt. Hier erschienende „Observateur" erklärt, nicht nur habe Bischof Maxilley seinerlei Antheil am letzten Putsch gehabt, Freiburg, sondern er habe auch unumgestaft empfohlen, niemals den gesetzlichen Weg zu verlassen. Der „Observateur" versteht gesunde Unterschung. (Diesen Putsch-Versuch wurde von allen katholen Zeitungen absichtlich dem Bischof in die Schuhe geschoben.)

T. D. Rom, 10. Okt. Der außerordentliche Gesandte Piemonts, Ritter Pinelli, hat seine Pässe begehrt, weil der römische Hof in Bezug auf die Differenzen mit Piemont Weisungen ertheilt, auf die er nicht eingehen zu können glaubte. (K. Z.)

Brüssel, 14. Okt. Der König und die Königin Amalie treffen heute Mittags zu Laeken ein. Alle Mitglieder der Familie, mit Ausnahme der gestern Abends nach England abgereis'ten Herzogin von Orleans und vielleicht des unpäßlichen Herzogs von Brabant, sind daselbst versammelt. Unser König soll lebhaft den Wunsch hegen, daß seine Schwiegermutter ihren künftigen Aufenthalt bei ihm nehme, damit die Erziehung seiner Tochter unter ihrer Leitung vollendet werde. — Noch immer ist unsere Stadt das Bild wahrhafter Trauer, welche sich am gestrigen Sonntage besonders bemerklich machte. Alle öffentlichen Vergnügungen sind eingestellt und die meisten Laden und Magazine sorthwährend geschlossen. Heute werden dem Könige zu Laeken Condoleng-Adressen des Gemeinderathes, der Bürgergarde u. überreicht. Ein großer Theil der Bevölkerung trägt Trauerkleider. Die Witwen-Gesellschaft von Flandern hat beschlossen, daß alle ihre Mitglieder Trauer tragen sollen. Das hiesige diplomatische Corps hat durch den päpstlichen Nuncius den Wunsch ausgedrückt, dem Könige den Ausdruck seines Schmerzes und seiner Theilnahme darüber zu bezeugen, daß derselbe wird auch der heutigen traurigen Feierlichkeit zu Laeken beiwohnen. Das Gewölbe, welches die Königin dort aufnehmen wird, befindet sich vor dem Altare der hl. Jungfrau, und es heißt auch, daß die Leiche ihres im Jahre 1834 verstorbenen Sohnes dort beigesetzt werden soll. Unser einem Monumente für die Königin beschäftigt man auch, eine wohlthätige Anstalt zu ihrem Andenken zu errichten.

Die F. D.-Z. bringt in einer außerordentlichen Beilage Nro. 246 die IV. Sitzung der Bundesversammlung geschehen Frankfurt a. M. 21. Sept. 1850, wie folgt: In Erwägung, daß nach dem Geiste der Grundgesetze des Bundes sowohl als auch nach positiven Bundesbeschlüssen, insbesondere nach der authentischen Interpretation der Art. 57 und 58 der Wiener Schlußakte, wie sie in

dem Bundesbeschlusse vom 28. Juni 1832 Ziff. I. und II., enthalten ist, den Landsassen ein Recht zur Verweigerung der zur Führung der Regierung erforderlichen Steuern in keiner Weise zustehe, daß demnach kein Beschluß von Landständen, welcher eine solche Steuerverweigerung direkt oder indirekt enthält, die Ausübung des landesherrlichen Besteuerungsrechts hemmen könne; in fernerer Erwägung, daß in Ansehung der Fall der Steuerverweigerung vorliege, auf welchen die Art. 25 und 26 der Wiener Schlußakte zur Anwendung kommen müssen: beschließen: 1) die kurfürstlich hessische Regierung wird aufgefordert, alle einer Bundesregierung zustehenden Mittel anzuwenden, um die ernstlich bedrohte landesherrliche Autorität im Kurfürstenthum sicher zu stellen, 2) die kurfürstlich hessische Regierung wird zugleich ersucht, angesaumt der Bundesversammlung die in dieser Beziehung von ihr zu ergreifenden Maßregeln, sowie deren Erfolg anzuzeigen, 3) die Bundesversammlung hat sich vor, alle zur Sicherung oder Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes erforderlich werdenden Anordnungen zu treffen. Auf erfolgte Umfrage des Präsidiums erklärten sich sämmtliche Herren Bevollmächtigte mit dem Antrage einverstanden. Präsidium bringt bei dieser Gelegenheit zur Kenntniß der hohen Versammlung, daß die Herren Bevollmächtigten von Bayern und Hannover angezeigt haben, sie hätten den in der vertraulichen Sitzung vom 12. d. M. an sie gestellten Ersuchen bezüglich der von ihren höchsten Regierungen in Bereitschaft zu haltenden schleunigen Bundeshilfe bereits entsprochen.

Ratifikation des Friedensvertrags mit Dänemark.

Nachdem der königl. sachsische Gesandte im Namen des in der Sitzung vom 2. Sept. d. J. wegen Ratifikation des Friedensvertrages mit Dänemark niedergesetzten Ausschusses Vortrag erstattet hatte, daß das Gutachten des Ausschusses dahin: Hohe Bundesversammlung wolle den Friedensvertrag vom 2. Juli ratificiren, dabei aber eine Verwahrung der Rechte des deutschen Bundes einlegen, um dadurch die auf der Fassung des Art. 4 möglichen Zweifel zu beseitigen, 2) solche Maßregeln beschließen, welche zu Pacificirung des Herzogthums Holstein nöthig erscheinen werden und Einrichtungen daßin treffen, daß die Verhältnisse und Einrichtungen des Bundesstaates Holstein in einer den Rechten des Bundes und Holsteins entsprechenden Weise dauernd geordnet werden. — Indessen beantragt der Ausschuß zur Zeit nur den ersten Theil seines Gutachtens, der einem Pleuarbeschluß unterzogen, zur Ausführung zu bringen, während er, was den zweiten Theil desselben betrifft, sich speziele Anträge noch vorbehalten muß. Um sie stellen zu können, werden einmal noch Vorschläge, wie sie nach Art. 4 des Friedensvertrakats in Aussicht gestellt sind, erwartet werden dürfen, und dann hofft der Ausschuß in Kurzem in den Stand gesetzt zu sein, seine speziellen Anträge mit günstigerer Aussicht auf einer nächstfolgenden Berathung stellen zu können, als er es heute vermöchte. Was den, von Seiten des königl. dänischen herzogl. Holstein-Lauenburgischen Gesandten, gestellten Antrag auf ein an die Statthalterschaft zu Rendsburg zu erlassendes Jubibilorium betrifft, so ist der Ausschuß des Dafürhaltens, das dieß Maßregel, allein und vereinzelt, nicht ausreichend sein würde, die Ruhe und Ordnung herzustellen und zugleich die Rechte des Bundes und des Bundeslandes zu sichern. Der Ausschuß muß sich daher fernere Anträge vorbehalten, hat indessen, um künftige Wiederholungen zu vermeiden, nicht unterlassen, in den ersten Theil gegenwärtigen Vortrages schon die Materialien zu Beurtheilung der stattfinden Streitfragen aufzunehmen. — Der Ausschuß berührt sich sie folgenden Entwurf eines Bundes-Plenarbeschlusses vorzulegen. 1) Der deutsche Bund, nachdem derselbe von dem Friedensvertrage Einsicht genommen hat, welcher von Sr. Maj. dem König von Preußen im Namen des Bundes, Kraft der durch die Bundescentralcommission am 20. Januar d. J. ausgefertigten Vollmacht mit Sr. Maj. dem König von Dänemark zu Berlin am 2. Juli d. J. abgeschlossen worden ist, und erklärt hiermit die Annahme dieses Friedensvertrages und ertheilt demselben die Ratifikation.

Nachdem von mehreren Herrn Bevollmächtigten erklärt wird, hierüber vorerst Instruktionen einholen zu müssen, gibt der königl. baische Herzogl. Holstein und Lauenburg'sche Herr Gesandte zu Protokoll: Der Gesandte müsse jede Verzögerung der von hoher Versammlung rücksichtlich der Ratifizirung des Friedensvertrages, sowie rücksichtlich der dem Bunde vorbehaltenen Intervention zu fassenden Beschlüsse im Hinblick auf die in der ersten Sitzung entwickelten Gründe bedauern, erkaube sich daher, falls von Einzelnen der Herren Bevollmächtigten über die Vollziehung von dem Ausschuß beantragten Classifikation ad hoc Instruktionen zu ihren, hohen und höchsten Regierungen einzuholen seien, hoher Versammlung den dringenden Wunsch anheim zu geben, daß die Frist zu deren Einholung möglich kurz bemessen werden möge. Hierauf wurde die schleunigste Instruktionseinholung beschlossen, um spätestens nach Verlauf von acht Tagen abstimmen zu können. Fr. Thun. Hahn. Oldenburg. Mündt. Jandenhoff. Detmold. Reinhard. Hasenpflug. Münch. Bülow. v. Scherff. v. Derzen. Dr. v. Linde.

In der Beilage zu No. 247 der „F. O.-P.-A.-Z." wird das Protokoll der Plenarversammlung, gehalten Frankfurt a. M., 30. Sept. 1850 die Ratifikation des Friedensvertrags mit Dänemark betreffend, mitgetheilt, wie folgt: Präsidium. Nachdem die in der Sitzung vom 21. d. M. angesetzte Frist zur Instruktionseinholung über den Commissionsantrag in Betreff des mit Dänemark abgeschlossenen Friedensvertrages vom 2. Juli d. J. verstrichen ist, so eröffnet Präsidium das Protokoll der Sitzung vom 21. dieses Monats. Gegenstand. Der Commissionsantrag lautet folgendermaßen: Der deutsche Bund, nachdem derselbe von dem Friedensvertrage Einsicht genommen hat, welcher von Sr. Maj. dem König von Preußen im Namen des Bundes, Kraft der durch die Bundescentralcommission am 20. Januar d. J. ausgefertigten Vollmacht mit Sr. Maj. dem König von Dänemark zu Berlin am 2. Juli d. J. abgeschlossen worden ist, erklärt hiermit die Annahme dieses Friedensvertrags und ertheilt demselben die Ratifikation, unter Verwahrung gegen jeden aus dem vierten Artikel des Vertrages etwa herzuleitenden Zweifel an der vollen Geltung und Wirksamkeit der Gesetze und Rechte des Bundes. 2) Die Ratifikationsurkunde ist hiernach auszufertigen und zu vollziehen und wird die kais. österr. Präsidialgesandtschaft ersucht, die Auswechselung derselben gegen die Ratifikationsurkunde Sr. Maj. des Königs von Dänemark zu vermitteln. 3) Die beglaubigte Abschrift des Friedensvertrags vom 2. Juli ist in das Archiv niederzulegen. 4) Der Ausschuß wird beauftragt, bald thunlichst spezielle Anträge über den zweiten Theil seines Gutachtens vorzulegen.

Umfrage: Oesterreich: tritt dem Ausschußantrage bei. — Königreich Sachsen. Die königl. sachsische Regierung tritt den von dem Ausschusse in der 21. Sitzung gestellten Anträgen bei, und spricht dabei ihre lebhafte Genugthuung darüber aus, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Wiederherstellung des Status quo ante, wie solches, nach Maßgabe des Art. II. des Friedenstractates und der von den königl. preußischen Unterhandlern gleichzeitig abgegebenen verwahrenden Erklärung gestehen, eine fortdauernde Basis des Friedens sei, daß aber diese erfreuliche Benutzung dieses Abkommens für den Deutschen Bund, und für das Herzogthum Holstein insbesondere, sich nur dann erwarten lasse, wenn der Bund, unter Zurückweisung der Verwendung nicht deutscher Streitkräfte im deutschen Bundesgebiet, die Pacification des Herzogthume Holstein sich selbst vorbehalte und die Wiedereinsetzung der Behörden im Herzogthume, wie solche bis zum Jahre 1848 bestanden, im Einvernehmen mit Sr. Maj. dem könige von Dänemark, Herzog zu Holstein-Lauenburg übernehme; endlich ist sie der Ansicht, daß, indem der Bund auf dem beantragten Vorbehalt durch Gesammtbeschluß den abgeschlossenen Frieden ratificirt, er den Herzogthümern in dieser Weise seinen unzweideutigen Willen der Beendigung des Kriegszustandes zu erkennen gebe. — Bayern. Die k. Regierung, von der Voraussetzung geleitet, daß die Bestimmung des Art. III des Friedensvertrags vom 2. Juli 1850 alle Rechte unzufeße, die dem deutschen Bunde vor dem Kriege zugestanden, somit namentlich alle in dem Beschlusse der Bundesversammlung vom 17. Septbr. 1846 vorbehaltenen, wie dieß im Zusammenhange mit der Mittheilung der Bundescentralcommission vom 20. Januar d. J. an sie, sowie der kgl. preuß. Regierung ersichtlich ist, — ertheilt ihrerseits dem in Frage stehenden Friedensvertrage die Genehmigung, indem sie ihrem Beitritt zu dem Antrage, wie er von dem Ausschusse gestellt worden ist, erklärt. — Hannover: Der kgl. Bevollmächtigte ist derzeit noch ohne Instruktionen. — Württemberg. Die kgl. württemb. Regierung geht mit der kgl. Bayer. von der Voraussetzung aus, daß durch Art. III. des Friedensvertrags mit Dänemark vom 2. Juli 1850 dem deutschen Bunde alle Rechte vorbehalten seien, die ihm vor dem Kriege zugestanden, somit namentlich alle diejenigen, welche der Beschluß der Bundesversammlung vom 17. Sept. 1846 vorbehalten habe. In dieser Voraussetzung und in der Zuversicht, daß die hohe Bundesversammlung ihren Befugnissen und ihren Pflichten gemäß, recht bald Einleitungen treffen werde, um die Verhältnisse und Einrichtungen des Bundesstaats Holstein in einer den Rechten des Bundes und Holsteins entsprechenden Weise dauernd zu ordnen, tritt die kgl. württemb. Regierung der Ansicht bei, daß der Bundesversammlung zum 21. Sept. 1850 von dem Ausschusse gestellten Anträgen bei und ertheilt ihrerseits dem Friedensvertrage mit Dänemark vom 2. Juli 1850 ihre Genehmigung. — Kurhessen. Der kurfürstl. Gesandte sieht sich in der Lage, dem vorliegenden Antrage mit Beziehung auf die von dem königl. Bayerischen Bevollmächtigten in Bezug gegebene Erklärung beizustimmen. — Großherzogthum Hessen. Die großherzogl. Regierung ertheilt dem im Namen des deutschen Bundes abgeschlossenen Friedensvertrag vom 2. Juli d. J. nach dem Antrage des Ausschusses dieser hohen Versammlung, ebenso und unter derselben Voraussetzung, wie solches von Seiten der königl. Bayer. Regierung geschehen ist, ihre zustimmende Genehmigung. — Dänemark, wegen Holstein und Lauenburg: wie Oesterreich. — Niederlande wegen Luxemburg und Limburg: wie Oesterreich. — Mecklenburg-Strelitz: wie Oesterreich. — Liechtenstein: Der Gesandte tritt der kaiserlich österreichischen Erklärung bei. — Schaumburg-Lippe: Der Gesandte hat dem Antrage beizustimmen. — Hessen-Homburg: Der Gesandte tritt dem Commissionsantrage bei. — Präsidium erklärt sonach, daß bis zur nächsten am 3. Okt. d. J. statthabenden Sitzung das Protokoll offen gehalten und dann in dieser Sitzung der förmliche Beschluß gezogen werden würde. Hiemit wird die Sitzung geschlossen. Fr. Thun. Hofsitz und Jandenhoff. Aplanter. Detmold. Reinhard. Hasenpflug. Münch. Bülow. Scherff. Derzen. Holzhausen. Strauß.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Georg v. Faber.

Gestorbene:

Den 16. Oktober.

Regina Mahler 56 J. alt, Gastwirthstochter von Mergentheim.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Dstr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 250. Würzburg, Freitag den 18. Oktober. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Würzburg, 18. Okt. Der k. Landgerichtsarzt Dr. phil. Schuhmann zu Königshofen wurde auf Grund des § 19 der IX. Verfassungsbeilage in seinwollen Ruhestand versetzt; auf das hiedurch erledigte Landgerichts-Physikat Königshofen der k. Landgerichtsarzt Dr. Math. Schreiner in Hofheim berufen und das hiedurch sich eröffnete Landgerichts-Physikat Hilbers dem praktischen Arzte Dr. Karl Göthe zu Würzburg verliehen.

Die kurhessischen Offiziere.

In den meisten öffentlichen Blättern wird die Haltung der hessischen Offiziere besprochen. Wie die meisten Urtheile der heutigen sind, so bewegen sich auch diese Raisonnements in rein französisch-constitutionellem Fahlen und Denken. Soll die Verweirung der Begriffe so weit überhand nehmen, daß nicht mehr fest steht, was militärische Pflicht heißt? Die hessischen Offiziere brechen mit dieser, wenn sie in ihrem passiven Widerstande gegen die Befehle ihrer Kriegsherren verharren, wenn sie in dem Augenblicke der Gefahr ihren Abschied einreichen. Gehorsam ist die Tugend, um die der Niederre sich bewerben darf, und Gehorsam, nicht subjektives Ermessen der erhaltenen Befehle, ist auch die Tugend, ohne die der Offizierstand gar nicht denkbar ist. Arendrt hierin der von den hessischen Offizieren geleistete Verfassungseid etwas? Nein, denn von einem Umsturze der hessischen Verfassung war nicht die Rede. Wie lagen die Verhältnisse? Der Kurfurst von Hessen verlangte von seinen Standen die Bewilligung von Steuern, die Stände verweigerten dieß, weil das Budget nicht vorgelegt sei; der Kurfurst löste die Standeversammlung auf und schrieb die Steuern aus; der Ständeausschuß protestirte hiegegen und es entstand eine verschiedene Auslegung verschiedener Verfassungsparagraphen. Das kurfurstl. Ministerium behauptete, in seinem Rechte zu sein; der standische Ausschuß behauptete das Gegentheil. Die hessischen Civilbehörden verweigerten darauf dem Kurfursten den Gehorsam; dieser verfügte den Belagerungszustand — und die Offiziere verweigern den Gehorsam. Hat diese ganze Sache etwas mit dem Eide auf die Verfassung zu thun? Wenn es sich hier bei dem Soldaten, bei dem Offizier nicht um blindes Gehorchen handelte, so ist Alles, was bisher als Begriff des Soldatenthums festgestanden hat, falsch. Und worauf berufen sich die hessischen Offiziere? Auf den Ausspruch der Gerichtshöfe. Seit wann hat ein Gerichtshof über die Berechtung des Fahneneides und der Fahnentreue zu rasisonniren? Der Offizier, der seine militarische Pflicht sich von Gerichtshöfen sich auslegen läßt, bricht schon mit dem Offizierstande. — Aber, wird man einwenden, es handelte sich in Hessen nicht, wie es das hessische Ministerium darstellt, um eine bloße verschiedene Auslegung der Verfassungsparagraphen, es handelte wirklich um den Umsturz der Verfassung und da mußten die Offiziere ihren Eid, den sie auf dieselbe geleistet hatten, halten. — Wir sagen wieder: nein! Wenn die Offiziere hier ihren Eid auf die Verfassung einseitig halten, so brechen sie in demselben Augenblicke den Eid der Treue und des Gehorsams gegen ihren Landesherrn. Nach altritterlichen und militärischen Begriffen ist das der erste, wichtigste Eid, und wer diesen bricht, bricht mit dem Gott da oben im Himmel. Der Eid auf die Verfassung wurzelt erst in jenem, denn der Fürst, dem sie geschworen haben, war eher als die Verfassung, und nur auf seinem Befehl und um seinetwillen, als für sie der Hauptheil der Verfassung, haben sie auch diese beschworen. — Die Lage der hessischen Offiziere ist beklagenswerth geworden, durch das schwache Benehmen der obersten Führer, die sich in Auslegungen und Klügeleien eingelassen, und dadurch Unsicherheit in die Untergebenen gebracht haben. — Wir möchten die hessischen Offiziere im Namen ihrer ruhmvollen Kriegsvorfahren beschwören, umzukehren auf den Weg der Pflicht. — Wie die Verhältnisse sich jetzt gestaltet haben, so handelt es sich nicht mehr um Verfassungsfragen, sondern es handelt sich um die Selbstständigkeit Hessens, um die Ersterni des Fürsten, um die Erhaltung und Ehre der hessischen Armee. Verlassen die Offiziere in diesem Augenblicke der Krisis ihre Truppen und ihren Fürsten, so begehen sie einen Akt der Felonie — und Landgraf Philipp wird nichts von diesen Rittern wissen wollen. — Alle Anerbietungen, der Disciplin wegen bei den Truppen vorläufig anzuharren, aber ohne die Befehle des Generals v. Hahnau befolgen zu wollen, sind unmilitärisch, sind bürgerlich-constitutionelle Auslegung. Die Frage ist allein die: zurückzukehren auf den Weg der Soldatenpflicht u. Soldatentreue, oder zu beharren auf dem Wege des Abfalls und des Fahnenbruchs. Hier gibt es keinen Mittelweg!

Deutschland.

München, 16. Okt. Morgen früh wird Se. Durchl. der Fürst Taxis zu dem Beobachtungstorps nach Aschaffenburg abreisen. Die sämmtlichen Beurlaubten des zweiten Armeekorps sind einberufen. — Die Königin Marie mit ihrem königl. Gemahl brachte ihren gestrigen Geburtstag auf dem Rotschauer-Schlößchen bei Ebenhausen zu, wo sich sämmtliche Glieder der kgl. Familie Theil nahmen; auch Prinz Karl von Bayern war von Tegernsee und Prinz Luitwold von seiner Jagdexcursreise zur Feier dieses Tages hier angekommen. Abends zurückgekehrt besuchten sie noch das festlich erleuchtete Theater, wo mit Unterbrechung der Vorstellung Se. Majestät der Königin mit Reclamation begrüßt wurde. — Die diesen Abend ausgegebenen „Neuesten Nachrichten" bringen folgenden beachtenswerthen Artikel: „Der r-Korrespondent der „Neuesten Nachrichten" erklärt hiemit zum letzten Male, daß die „Neuesten Nachrichten" kein halbvoll zielles Blatt und die r-Artikel durchaus nicht offiziöser Natur sind. Herr Friedrich Rohmer verlangt in Nro. 286. die Nennung des Namens des r-Korrespondenten; Letzterer kann aber Herrn Rohmer gar nicht den Beruf zuerkennen, eine solche Aufforderung ergehen zu lassen. Dies auf die anmaßende Aufforderung des Herrn Rohmer, der die Pridatanstichten eines Dritten unter seine unbefugte Censur stellen will. Uebrigens würde es dem r-Korrespondenten sehr lieb sein, wenn aus der Rohmer'schen „Oeffentlichen Aufforderung" das hohe kgl. Staatsministerium die Veranlassung entnehme, in einem halboffiziellen Organe die Artikel des r-Korrespondenten sammt und sonders zu dementiren." — Gestern fand dahier in hohem Alter der pensionirte Generalmajor Karl Kirchpfeifer, Ritter der französischen Ehrenlegion rc. und langjähriger Kommandant des Infanterie-Regiments Prinz Karl zu Augsburg. — Der k. k. Ministerpräsident, Fürst von Schwarzenberg, ist gestern Vormittags von Bregenz hier eingetroffen, um sich Nachmittags 4 Uhr nach Salzburg abzureisen. Während seines kurzen Aufenthalts empfing der österreichische Diplomat mehrere Mitglieder des hiesigen diplomatischen Korps.

(A. Kbg.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 17. Okt. Das Publikum glaubt hier nicht mehr an einen ernstlichen Conflikt der beiden deutschen Großmächte, vielmehr macht man sich darauf gefaßt, daß binnen Kurzem von beiden Seiten ein Einrücken in Kurhessen erfolgen werde. — Die Berufung des Oberappellationsraths Eivers nach Wilhelmsbad beschäftigt die ganze Stadt und die fabelhaftesten Gerüchte circuliren; so heißt es bald, der Kurfurst habe den Prinzen Friedrich zum Mitregenten angenommen, dieser wurde dann in Kassel residiren, dagegen der Kurfurst seinen Wohnsitz in Frankfurt behalten; bald soll wieder ein neues Ministerium ernannt sein und man bezeichnete mit größter Zuversicht die Namen. — Dinge von Wichtigkeit ereignen sich in diesem Augenblicke hier nicht, Jedermann ist gespannt und stündlich erwartet man, daß wohl irgend etwas Entscheidendes geschehen werde. Die Presse sind noch immer besetzt und Oeffentlichkeit sind noch immer im Kasseli. Die „Neue Hessische Zeitung" wird, so viel man hört, nicht in Gotha, sondern hier in der Stille gedruckt, sowie auch die berüchtigte „Hornisse," welche seit vorgestern ein neues Kleid bekam und in größerem Format erschien. Der Inhalt ist vor wie nach derselbe, und noch einige Dingend Colportirere, welche die Fremden in Gasthäusern umschwärmen, sucht man die Waare an den Mann zu bringen. Die Cholera hat seit einigen Tagen viele Opfer gefordert und sich namentlich im Zuchthause festgesetzt. Die Witterung hat sich heute plötzlich verändert und ein heiterer Himmel breitet sich über Kassel aus.

(K. Z.)

Frankfurt, 16. Okt. Es wird nicht überflüssig sein, diejenigen Veränderungen hier namentlich aufzuführen, welche die neue Verfassung in unser öffentliches Leben bringen soll: 1) Eine größere Anzahl von Bürgern mit gleicher Stimmund Wahlberechtigung (§ 7 n. 8). 2) Directe Wahl des gesetzgebenden Korpers nach Wohnbezirken der Bürgerschaft (§. 45 u. 46). 3)

Preßfreiheit und Preßfreiheit (§. 16. u. 25.). 4) Vereinsrecht und Versammlungsrecht (§. 32 u. 33). 5) Persönliche Ergänzung und Erneuerung des Bürgervorsteher (§. 102.). 6) Trennung der Gewalten (§. 122, 128 u. 140.). 7) Oeffentlichkeit der Gerichte und Gerichtsgang (§. 96 u. 126). 8) Geschworne (§. 124). 9) Bürgerliche Trauung (§. 23). 10) Abschaffung der körperlichen Züchtigung und der Todesstrafe (§. 15.). 11) Anstehung der Konskription (§. 26). 12) Aufstellung eines Schulrathes (§. 26 u. 150). 13) Aufstellung einer Gewerbekammer (§. 150). 14) Absonderung des Staatsvermögens vom fürstlichen Vermögen (§. 160). 15) Freies Petitionsrecht an alle Behörden (§. 30). 16) Das Recht, öffentliche Beamte wegen ihrer amtlichen Handlungen gerichtlich zu verfolgen: ohne vorgängige Genehmigung der Behörden (§. 31). 17) Die Aufschiebung straffälliger Kamten von aller Begnadigung oder Strafmilderung (§. 85). 18) Aufstellung eines großen Raths (§. 114—120) und 19) für den Fall von Verfassungsstreitigkeiten das Berufungsrecht an eine Rechtsfakultät. — Der Senat hat nun, wie wir hören, in seiner gestrigen Sitzung eine Commission zur Begutachtung der, ihm vom gesetzgebenden Körper übergebenen Verfassungsbarkeit niedergesetzt. (B.)

— Karlsruhe, 16. Okt. Die wesentlichen Bestimmungen des jüngst in der ersten Kammer vorgelegten Regierungsentwurfs sind in Folgendem enthalten: Censur und Concessionen bleiben aufgehoben; dagegen werden die Cautionen, und zwar in erhöhtem Maßstab, wieder eingeführt; zur Zeitschriften oder Zeitungen, die nicht mehr als zweimal wöchentlich erscheinen, sind 2000 fl., für solche aber, die öfter erscheinen, 4000 fl. Caution in Gold oder inländischen Staatspapieren auf den Namen des verantwortlichen Redakteurs zu stellen. Dieser muß badischer Staatsbürger, über dreißig Jahre alt, und nicht zu einer peinlichen Strafe verurtheilt sein. Auch wird er, wenn er bereits mehr als einmal wegen Preßvergehen verurtheilt war, und binnen 6 Monaten nach Zuerkennung des letzten Urtheils an abermals ein solches beginne, auf 2 Jahre von der Redaktion einer Zeitschrift oder Zeitung ausgeschlossen. Das Hausiren mit Druckschriften, das Anbieten, Vertheilen und Anschlagen derselben ohne besonderer Polizeierlaubniß ist verboten. — Die Verabung einer Verbrechens oder Vergehens durch Druck und Druckschriften soll gleichgestellt. Verweisfaltigungsart gilt als Strafverschärfungsgrunde. Verantwortlich für den Inhalt einer Druckschrift sind nach dem Verfasser der Herausgeber, dann der Verleger, Drucker und endlich der Verbreiter. So lange ein Urtheil nicht ergangen ist, kann das Verfahren gegen mehrere der verantwortlichen Personen oder gegen Eine zu späterer Reihe verantwortlicher gerichtet werden, die sich jedoch, außer im Fall vorsätzlicher Mitwirkung, durch Nachweis der Ursache, einer vor ihr verantwortlichen Person im Bereich der Staatsgewalt befreien kann. Für den Inhalt einer Zeitschrift oder Zeitung haftet außer allen Umständen und sammtverbindlich mit dem Verfasser der verantwortliche Redakteur, wenn er nicht seine Schuldlosigkeit darthun kann, u. selbst dann, wenn er wegen Abwesenheit die Redaktion nicht besorgen kann u. nicht ein anderer verantwortlicher Redakteur für ihn bestellt ist. Beschlagnahme von Druckschriften erfolgt durch die Polizei oder durch die Gerichte auf Antrag des Staatsanwalts, wegen mangelnder Anzeige durch das Verbergen oder Drucken, des Orts und der Zeit des Drucks, wegen Ermangelung eines verantwortlichen Redakteurs mit den gesetzlichen Erfordernissen, wegen mangelnder Caution, unerlaubter Verbreitungsart, und endlich, wenn der Inhalt der Schrift ein ex officio zu verfolgendes Vergehen begründet, welche Verfolgung durch Handschrift erst zum Drucke abgegeben, also noch nicht gedruckt ist. Ganz im gleichen Umfang kann die Beschlagnahme auch auf Antrag eines Privatklagers erfolgen. — Die competenten Behörden für die Aburtheilung von Preßvergehen, so weit diese nicht vor Schwurgerichte gewiesen sind, sind die Hofgerichte in Versammlungen von fünf Richtern. Die Verhandlung soll in der Regel öffentlich sein. (K. Z.)

Stuttgart, 16. Okt. Der Staatsanzeiger enthält in seinem amtlichen Theile die Statuten St. Nr. 1), des Königl. katholischen Lehrerbildungsinstituts. Dan ist sieht die Ausnahme St. Maj. des Kaisers Franz Joseph I. von Oesterreich unter die Großmeister des Ordens der württembergischen Krone, welche sodann auch an den Fürsten Felix zu Schwarzenberg und Karl Grafen v. Grünne verliehen worden ist. Der Statthalter von Tyrol, Graf v. Bissingen-Nippenburg, als Mitglied der württembergischen Ritterschaft des Schwarzwaldkreises früher ritterschaftlicher Mitglieder des württembergischen Kammer des Adelsgeordneten, erhielt den Friedrichsorden und der österreichische Major v. Mertsimmel das Ritterkreuz des württembergischen Kronordens. — Dem Vernehmen nach hat eine gewisse Anzahl von Mitgliedern der gemäßigten Linken sich dahin verbunden, Alles aufzubieten, um eine Vereinbarung mit der Regierung über die Verfassung zu ermöglichen. — Der Ulmer Bürgerartillerie sind vorgestern glückwünsch die 4 Kanonen abgenommen worden, welche sie vom k. Arsenal leihweise im Gebrauch hatte.

Ludwigsburg. Nach dem hiesigen Tagblatt haben die sämmtlichen Geistlichen des Bezirks Ludwigsburg in Betreff der Gemeinderathswahlen Erlassen: Wer ein offenes Auge hat für die Erscheinungen der Zeit und für unsere Volkszustände, der wird den gegenwärtigen großen Zerfall der christlichen Zucht und Sitte sowohl in Familien als in Gemeinden nicht verkennen. Unter den Ursachen dieses Zerfalls steht aber oben an, daß die christliche Gesinnung in Vielen verlorengegangen ist. So viele gibt es, die das Bewußtsein des Sonntags als einer heiligen Ordnung Gottes die so alt ist als die Welt, fast völlig verloren haben. Man verlegt auf diesen Tag nicht selten Geschäfte, für welche man die Werktage zu gut erachtet; oder man nimmt ihn in Anspruch blos zu sinnlichen Genüssen, zum Schlafen, zu essen, als den Gieß zu einer Ruhe und Stärkung kommen lassen. Durchdrungen von dieser Ueberzeugung, und darin bestärkt durch die häufigen, jüngst auch in unserem Bezirk am Sonntag vorgefallenen blutigen Unthaten, haben die sämmtlichen Geistlichen von Stadt und Amt Ludwigsburg in gemeinschaftlicher Berathung beschlossen, für die Wiederherstellung einer würdigeren Sonntagsfeier mit verstärktem Eifer durch Amt und Beispiel zu wirken. Wir haben deshalb ein Gesuch an die Staatsregierung gerichtet, und wenden und nun mit der gleichen Bitte an sämmtliche Bewohner des Bezirks. Wir glauben eine heilige Pflicht zu erfüllen, wenn wir nicht auch auf diesem Wege unsere Ueberzeugung und Erfahrung aussprachen von dem reichen Segen, den die Heiligung des Sonntags für Zucht und Ordnung in den Gemeinden, für den Frieden in Haus und Ehe, für das Gedeihen der Erziehung, insbesondere für Sittlichkeit und Gottesfurcht, ja selbst für die Oekonomie und das äußere Wohlbefinden des Volkes bringt. Wir bitten daher unsere Mitbarger aus allen Standen, vom Civil und vom Militar, insbesondere die Obrigkeiten, Lehrer, Eltern, Herrschaften, Meister, sowie auch die letzige Jugend, so freundlich als dringend, sich in gleichem Sinn und Streben an uns anzuschließen, und durch eigenes Beispiel und Ermahnung Anderer mit uns zusammenwirken, daß dem Tag des Herrn seine Ehre wieder werde, damit so durch Gottes Hulfe auch in unserem nähern Kreise die fromme Zucht und Sitte der Vater und mit ihr Segen und Gedeihen wiederkehre.

Rastadt, 15. Okt. Am 23. d. M. wird hier eine Conferenz der badischen Militairgrenze stattfinden. Dieselbe wird von dem hiesigen Hofprediger Leo eingeleitet und von dem preußischen Pfarrer Wermelskirch präsidirt werden. Auf ihr sollen die nachsterben vom meiningischen Pfarrer Schinzel aufgestellten Sätze durch den altenburgischen Pfarrer Nürnberger, den sondershausischen Pfarrer Kuhnau und den rudolstadt. Pfarrer Gebring vertheidigt werden: 1) Die Augsburgische Confession ist die geschichtlich gewisse und feste Grundlage der in den Bekenntnissen noch zu Recht bestehenden lutherischen Kirche; 2) die Augsburgische Confession ist der schriftgemäße Ausdruck des in dieser Kirche gültigen und allein segensfähigen Glaubens- und Lehrgehaltes; 3) die Augsburgische Confession ist in dieser Kirche der nothwendige Ausgangs- und Anknüpfungspunkt aller gesunden Bethätigung an der sog. innern Mission.

Rostock, 15. Okt. In Beziehung auf eine Aufforderung von Stadtverordneten der Städte Schwerin und Rostock vom 1. d. M. ist folgende Antwort an den hiesigen Magistrat ergangen: „Das Ministerium des Innern hat Kenntniß genommen von dem Antrag einer zweiten Bürgerrepräsentanten der Städte Schwerin und Rostock, welcher in der Rostocker Zeitung vom 10. d. M. abgedruckt ist, und durch welchen die Bürgervertreter aller Städte Mecklenburgs aufgefordert werden, sich am 16. d. M. in Rostock zu versammeln, um sich über gemeinsame Schritte in Bezug auf die Verordnung vom 6. d. M. wegen Aufhebung des Staatsgrundgesetzes zu einigen. Dieses Unternehmen ist ein durchaus unberufenes und ungesetzliches. Die Thätigkeit der Bürgerausschüsse hat sich lediglich auf die innern Angelegenheiten der einzelnen Communen zu beschränken, und darf weder auf allgemeine Staatsangelegenheiten ausgedehnt werden. Ein Zusammentreten von Mitgliedern mehrerer Bürgerausschüsse zu dem Zwecke der Einigung aller Städte des Landes zu gemeinsamen Schritten" enthält einen Versuch, die Thätigkeit der gedachten Ausschüsse über die gesetzliche Sphäre auszudehnen, welcher von der Landesregierung gewehrt werden darf. Das Ministerium des Innern sieht sich daher veranlaßt, die angekündigte Versammlung hiedurch zu verbieten, und allen Mitgliedern der Bürgervertretungen die Theilnahme an derselben bei einer Strafe von 100 Rt. Cour. oder verhältnißmäßiger Gefängniß zu untersagen. Der Magistrat wird ersucht, das Verbot jedem Mitgliede des dortigen Bürgerausschusses einzeln zu insinuiren und wie solches geschehen hierher anzuzeigen. Schwerin, 11. Okt. 1850. Großherzogl. Mecklenburgisches Ministerium des Innern. Gr. v. Bülow.

Hamburg, 13. Okt. Wir haben gesehen, daß das matte Debut des neuen preußischen Ministers des auswärtigen in der kurhessisch-deutschen Frage, bei seiner eigenen Partei (den Gothaern) mit Achselzucken und Spott begrüßt wurde. Die „deutsche Reform" und andere halbmissleriselle Blätter kamen darauf mit einer Art Komentar zu diesem Ministerprogramm, die Hrn. v. Radowitz Worte und Ansichten unterstehen, die er eigentlich gar nicht gedacht hatte; das befriedigte einen Theil der Gothaer. Jetzt aber kommen die Berliner bezahlten Berichterstatter, und komentiren den Komentar noch einmal, und siehe da, die alte dreimal ausgewrefte Zitrone liefert eine ganz neue Limonade, an der sich Jeder wie an ein Evangelium glauben. Diese Methode ist sehr bequem. Die Kabinete, an die solche Ministernoten gerichtet sind, lesen sie ohne Komentar, und werden wenig affektirt davon; sür die Leser draußen aber folgt der hinkende Bote mit den halboffiziellen Komentaren nach, am diesen durch das Ministerium gesiebt, wenn sie dem Diner nicht tun haben. — Will man das Alles an einem Beispiel erklärt haben, so müssen wir zeigen, wie die „Hamburger Nachrichten" die Erläuterung der „deutschen Reform" zur Note des Herrn v. Radowitz an die kurhessische Regierung erklären. Das geschieht in den „Hamburger Nachrichten" mit folgenden Worten: „In rechtlicher Beziehung erkennt Preußen den Bundestag nicht an, und erklärt seine Beschlüsse für null und nichtig. Unter dem politischen Gesichtspunkte wird es nicht dulden, was über den Kreis jener in Frankfurt vertretenen Regierungen hinausgreift, also z. B. seine Intervention in Schleswig-Holstein. Es wird aber auch die Ausführung eines Beschlusses, der sich inner-

halb jenes Kreises hält, nicht zugeben und ihr thatsächlich entgegenstreiten, wenn diese Auofuhrung einen polnischen Nachtheil für Preußen und seine Verbündeten bedingt. Dieses ist der Fall in Kurhessen, und dabei ist dort jede fremde Intervention für Preußen ein casus belli.“ — Wenn noch ein vierter Kommentator hinzukommt, so wird am Ende Hr. v. Radowitz mit den vereinten Napoleon, dessen Note manchmal die Kaiserin Eugenie, so gern sie sprechen wollte, erstaunen machte! — An dem Tage, wo Hr. v. Radowitz der österreichischen Regierung und dem Frankfurter Bundestag das wird sagen können, was ihm seine Schildknappen schon vor acht Tagen sagen ließen, daß diese Tage, wenn sich's nicht mehr um politische Raten, sondern um Kriegsdarlehnen. Aber dieser Tag wird, zum Schmerz der Konstitutionellen von preußen Wasser, nicht kommen; das preußische Kabinet wird nie zugeben, seine Worte auch seiner Thaten auch seinem Rechte abzuwägen, um Hr. v. Radowitz hat wohl manchmal schon Unterschiede, aber er ist durchaus kein Freund von „fahnenschwenken.“ (D. G.)

Wien, 13. Okt. Wahrend man hie und da nicht daran zu zweifeln scheint, daß Frankreich und England den Bundestag nicht anerkennen werden, soll der französische Gesandte in London (ob auf Verfügung oder Verantwortung?) erklärt haben, die Regierung werde den Bundestag anerkennen, wenn dieser in Schleswig-Holstein und in Kurhessen bewaffe, daß er regieren könne. Mit dieser Nachricht trifft das Gerücht zusammen, daß Fürst Gortschakoff in Frankfurt seinen Abschied anzubringen soll.

Die Neue Freie Presse zu Frankfurt hat, nach einer veröffentlichten Berechnung, an 200,000 Menschenleben gekostet. Auch dabei erneuert sich die alte Erscheinung, daß die obersten Führer, welche das unglückliche Volk in den Tod getrieben haben, für ihre Person meist glücklich mit dem Leben davon gekommen sind.

Berlin, 14. Okt. Wie habe seiner Zeit einer Uebereinkunft zwischen Rußland, England und Oesterreich Erwähnung gethan, welche die Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Dänemark und den Herzogthümern, sowie die nöthigenfalls gewaltsam durchzuführende Pacification des Herzogthums Holstein zum Zweck hatte. Es ist heute zu sagen, daß in diesen Tagen Hr. v. Radowitz eine gleichlautende Note an die Vertreter der drei genannten Mächte erlassen hat, worin in ganz ausschließender Sprache die Stellung Preußens zu seiner Uebereinkunft dargelegt wird. Der Minister des Auswärtigen hält, dem Vernehmen nach, in dieser Aktenstück den Standpunkt fest, welchen Preußen in seinen Protesten gegen das Londoner Protokoll eingenommen hat und verwahrt sich im Namen der Anrechte des deutschen Bundes gegen alle willkürlichen Eingriffe des Auslandes in eine wesentlich deutsche Frage, sowie namentlich nochmals gegen alle die Rechte Deutschlands in Holstein geltend einseitigenden Festsetzungen über die Erbfolgefrage in den Herzogthümern. (A. M.)

Berlin, 15. Okt. Die beiden über das Verhältniß Kurhessens zur Union und zum Bundesschiedsgerichte zu erstattenden Berichte des Verfassungsausschusses sind, wie wir hören, von gestern in einen Bericht zusammengezogen und so dem provisorischen Fürstencollegium vorgelegt worden. Es soll darin entwickelt sein, wie die Entscheidung über das Verfahren der von der Union zurückgetretenen Staaten gegenwärtig nicht mehr unter den formell juristischen, sondern unter den politischen Gesichtspunkt gestellt werden müsse, wie es sich gegenwärtig in Deutschland nur noch um den Austrag des großen Streits der beiden Staatenparteien handeln könne, die in Frankfurt und Berlin ihre Vertretung gefunden haben. (C. C.)

Frankreich.

Paris, 13. Okt. In der gestrigen Sitzung der Permanenzkommission wurde das Protokoll, welches die verfassungswidrigen Manifestationen des der letzten Revue tadelt, fast einstimmig angenommen. Ein einziges Mitglied, der Graf Daru, stimmte dagegen. Auf Antrag des Präsidenten Dupin, der vom General Bedeau lebhaft unterstützt wurde, beschloß man den Tadel auch auf das Ministerium auf, weil es trotz der erhaltenen Verwarnung und des gegebenen Versprechens die strafbaren Demonstrationen nicht unterdrückt habe. In Anbetracht jedoch, daß die Haltung der Truppen im Ganzen tadellos war, und daß nur einzelne Abtheilungen, durch den Beispiel ihrer Befehlshaber verführt, mehr auf Gehorsam, als auf eigenem Antriebe, sich ungeziemliche Herausforderungen zu Schulden kommen ließen, hielt es die Commission vor der Hand nicht für nöthig, die Nationalversammlung zusammen zu berufen, und vertagte sie auf eine unbestimmte Zeit. Die Dringlichkeit wurde mit Stimmenmehrheit der Sitzung beigewohnt hatten, bejahigten sich nicht bei den heutigen Berhandlungen. Ein Mitglied der Commission erklärte, daß es sich der Verpflichtung zur Verschwiegung der Verhandlungen für entbunden halte, „da dieselbe, wie aus verschiedenen Mittheilungen zu anderen Journale zu ersehen, auch von anderen Mitgliedern nicht inne gehalten wurde“ (nach dem bekannten Rechtsgrundsatze: Wenn es Diebe gibt, darf ich ein Dieb sein). Die Journale und Correspondenzen besprechen die gestrige Sitzung sehr lebhaft. Die ministeriellen Zeitungen suchen den in derselben gefassten Beschluß nach Kräften zu bemänteln. Die Gazette versichert, die Commission nehmen sich lebhaft an die Besprechung, die eine Maus geboren — und daran mag allerdings etwas sein. Die Andere meint, beim Zusammenwirken der Versammlung werde die Revue von Satory kein Mensch mehr denken; man habe weder einen Tag, noch einen Nächte aufgeführt. Inzwischen scheint sich unter diesen Lächerlichmachungsbestrebungen doch einige Unruhe zu verbergen. Man sieht, daß das Elysee einem sehr ernsten Kampfe, einer harten, feindlichen Verbindung entgegengeht; man hofft zu siegen, indem man von Zeit zu Zeit nachsieht, ob jener Stein bereits an sich zum Kampfe. Man sondirt allerlei Manövers: man sucht durch allerlei Mittel und Mittelchen die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, die sich aber bis jetzt außerordentlich schwerhörig zeigt. Die Gegner des Elysee werfen die Frage auf: Kann Louis Napoleon eine Verfassungsrevision oder Präsidentschaft ohne einen Staatsstreich erlangen? Es versteht sich, daß sie selbst diese Frage sogleich mit „Nein“ beantworten. Das Elysee, sagen sie, hat durch den Constitutionel erklärt, daß es keinen Staatsstreich beabsichtigt, weil es einen solchen von der Mehrheit der Kammer nicht erwarten könne. Wenn die Mehrheit sie die Verfassungen der Präsidentschaft stimmt, so hat sie ihre Befugnisse überschritten, die Verfassung verletzt, und folglich einen Staatsstreich aufgehoben: sie hat es nicht, so muß der Präsident abdanken, ehe die Constituante zusammentritt, um durch eine Revision der Verfassung eine Wiederwahlsverbot möglich machen kann. Da nun nicht anzunehmen ist, daß das Elysee die Macht niederlegen werde, um sich den Chancen eines doppelten sehr zweifelhaften Scrutiniums auszusetzen, so muß man dem ersten Programm des Elysee zufolge erwarten, daß es einen Aufruf an das Volk erlasse, was sonstitutionswidrig und folglich ein Staatsstreich sein wurde. Diese Logik klemmt das Land zwischen einen Staatsstreich und eine Revolution; sie bietet ihm die traurige Aussicht, daß es, wenn es sich für das Eine entschieden, damit das Andere verworfen.

(C. Z.)

Italien.

Rom, 5. Okt. Von den neuernannten Cardinalen waren hier anwesend die Mons. Wiseman, Roberti, Cousenza und Pecci. Am Nachmittage nach dem Consistorium empfingen sie in ihren Wohnungen die Ovationen sowohl von den hier anwesenden Prälaten, den römischen Adeligen und ihren respektiven Landsleuten. Am Dienstag präsentirten sie sich Sr. Heiligkeit und erhielten in feierlicher Audienz das rothe Birett, worauf der Cardinal Wiseman im Namen der Uebrigen die übliche Kurede an den Heiligen hielt. Sie soll worden sein dann von Cardinal-Defan dem h. Collegium vorgestellt. Am Mittwoch war große Festtag beim spanischen Gesandten. Im feierlichen Consistorium am Donnerstage erhielten sie dann unter Anwesenheit des diplomatischen Corps und mit den üblichen Ceremonien aus der Hand Sr. Heiligkeit den Cardinalshut. In der unmittelbar darauf folgenden feierlichen Audienz hielt der Cardinal Wiseman wieder die übliche Anrede an den Papst. Am Nachmittage desselben Tages besuchten sämmtliche vier in Großgalla St. Peter, unter Begleitung einer großen Menschenmenge und allen Ständen. Man kann überhaupt sagen, daß der Eindruck, den die Ernennung dieser Cardinäle hervorgebracht, ein durchaus günstiger gewesen. Besonders wurde der Cardinal Wiseman gefeiert, nicht allein von seinen hier gegenwärtigen Landsleuten, sondern namentlich von den Italienern. Ueberall nahm er den Ehrenplatz ein. Außer dem Cardinal Norfolk, welcher aber Italienisch fast immer in Frankreich lebte, hatte England seit der traurigen Reformation seinen Cardinal mehr. Wiseman wird aber nicht, wie wir früher mittheilten und hier allgemein angenommen war, in Rom bleiben, sondern als Bischof von Westminster nach England zurückkehren. Er selbst ist der Ansicht, daß diese seine neue Stellung ihn mehr den englischen Angelegenheiten zuwenden werde, daß aber den seinen Entschluß ausgesprochen, nicht zu weichen, bis die englische Regierung mit Gewalt ihn auswiesen werde. „Nur deswegen,“ sagt er, „habe ich das Cardinalat angenommen, damit wir einmal England gegenüber eine Stellung einnehmen können.“ Unstreitig hat schon seit mehreren Jahren der Entwurf zur Verwandlung der apostolischen Vicariate Englands in formliche Bisthümer und Anknahme derselben in die Hierarchie vor. Dieser Entwurf sollte jetzt in Ausführung gebracht und in Consistorium festgestellt proclamirt werden. Dagegen sind in sehr öffentlichen Kreisen, schon bevorgen Widerspruch, weil er, wegen seiner Einseitigkeit, für die englische Regierung verletzend erscheinen konnte. Nichtd desto weniger ist aber dem Vernehmen nach jener Entwurf in Wirksamkeit gesetzt, und sortan wird England vielleicht, der Hierarchie einverleibte Bisthümer haben, wie sie vor einigen Jahren, aber von den protestantischen Bischümern verschiedenen Namen. Wahrscheinlich wird nach Wiseman's Rückkehr in England ein Nationalconcil gehalten werden. Wir dürfen nach Wiseman's Versicherung von einem solchen Ausgezeichnetes für die Hebung des katholischen Glaubens in England erwarten. Der Verwickelungen mit der englischen Regierung wird es aber gewiß nicht fehlen. Schon im fünftigen Monat wird England seinen neuen Cardinal sehen; denn Wiseman wird, wie er jetzt zum wenigsten beabsichtigt, am 20. d. Rom verlassen, um noch einen kurzen Aufenthalte in Neapel — wohin er sich begab — sogar an Audienz bei der königlichen Regierung gehen soll — nach England zurückkehren.

Belgien.

Brüssel, 15. Okt. Gestern Vormittag um 10½ Uhr wurde die Leiche der Königin mit feierlichen Pomp, unter dem Geläute aller Glocken nach Oostende gebracht, wo sie auf den Bahnhof zu Ostende gebracht, um nach Laeken gebracht zu werden. Die allgemeine Theilnahme gab sich sowohl in Ostende als auf allen Stationen, welche der Zug berührte, zu erkennen. Dieser fuhr um 11 Uhr ab und traf um 10 Uhr 40 Minuten an dem nach Laeken führenden Wege ein. Hier waren Bürgerwehr und Truppen, welche theils Spaliere bilden, theils das Leichengefolge begleiten sollten, aufgestellt und ebenso hatten sich die zu der Feierlichkeit eingeladenen Beborden und Beamten, sowie die Geistlichkeit von Brüssel und der Gegend eingefunden. Um 1 Uhr ging der Zug von der Station ab und erreichte die Kirche in Laeken bald nach 5 Uhr, wo der von 12 Unteroffizieren getragene Sarg unter den Katafalk gesetzt wurde. Diese einfache Kirche, welche die Verstorbene zu ihrer Ruhestätte gewählt hatte, war schwarz ausgeschlagen, ohne alle weitere Verzierung. Nach 5½ Uhr war die Feierlichkeit beendigt. Heute und morgen

wird das Publikum zum Paradebett zugelassen ist. Die Herzogin von Orleans ist gestern Abend wieder nach England zurückgekehrt; die Königin Marie Amalia aber, die Prinzessin und ihre Brüder, die beiden Prinzen, begleiteten den König nach Laeken. Der Herzog von Nemours ist seit seiner Ankunft in Belgien krank. Ein ligl. Dekret vom gestrigen Tag beschränkt den Bau einen neuen Pfarrkirche in Laeken zu Ehren der verstorbenen Königin.

(F. D.-J.)

Neuestes.

München, 15. Okt. Se. Maj. der König hat den Kaufmann Ludwig v. d. Pforten (Bruder des Ministers) zum bayerischen Konsul in Malta ernannt.

Karlsruhe, 15. Okt. Auf Antrag der Minderheit der Commission erklärte die 2. Kammer in ihrer heutigen Sitzung nach lebhafter Debatte zu Protokoll, daß sie alsdann, wenn eine Bundesgewalt, welche die Vertretung der Bundesglieder nach außen übernehme, endgiltig eingesetzt werde, den Aufwand für ein besonderes Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten nicht für nothwendig erachte und bereits der großh. Regierung für den gedachten Fall die Aufhebung desselben empfehle.

Gotha, 15. Okt. Soeben rücken die ersten preußischen, zur Besetzung der hessischen Grenze bestimmten Truppenabtheilungen hier ein, bestehend in einer Fußbatterie des 4. Artillerieregiments; morgen wird eine Abtheilung des 9. Husarenregiments folgen.

T. D. Dresden, 16. Okt, Mittags 12 Uhr. Die zweite Kammer hat heute die Stellen derjenigen Abgeordneten, welche nach dreimaliger Ladung nicht erschienen sind, für erledigt erklärt.

(K. Z.)

Hannover, 16. Okt. Die bis jetzt nur als ein Gerücht in vielen Blättern verbreitete Nachricht von einem Ministerwechsel findet jetzt ihre Bestätigung. Das Ministerium Stüve ist abgetreten, und unser Bevollmächtigter bei der deutschen Bundesversammlung, Herr Legationsrath Detmold, mit der Bildung eines neuen beauftragt. Ob derselbe selbst einen Sitz darin einnehmen werde, ist noch unbekannt, da er in Frankfurt nicht leicht zu entbehren sein dürfte. (K. Z.)

Rendsburg, 12. Okt. Der Major Wissper wird die Armee verlassen. Während der Vorgänge vor Friedrichstadt fungirte er bei dem das Commando führenden Obersten v. d. Tann als Stabsoffizier, und man meint, daß namentlich der Sturm am 4. auf Altoffer's heftiges Andringen unternommen worden sei. (H. N.)

Rendsburg, 13. Okt. Eine unserer Zeitungen, welche vielleicht in der Tretm. Gesandtschaft gegenüber, poßirt war, ist gestern von der Düne aufgehoben worden; sie bestand aus 1 Offizier und 25 Mann des 3. Infanteriebataillons. Zu bedauern ist, daß durch Gefangennahme der ganzen Feldwache die strenge Bestrafung der Schuldigen unmöglich gemacht ist; da ein derartiges Anstehen von Feldwachen nur durch große Fahrlässigkeit von Seiten der Commandirenden kann mandeurirt dem Feinde gelungen kann. (M. Fr. Pr.)

Altona, 14. Okt. Der vor Friedrichstadt erlittene Verlust der schleswig-holsteinischen Armee wird jetzt mit ziemlicher Bestimmtheit auf 500 bis 900 Mann an Todten und Verwundeten geschätzt.

Altona, 15. Okt. In Rendsburg war gestern Abend wiederum eine kleine Pulver-Explosion, welche die Fenster der Stadt erzittern machte. Ein Schutthaufen vor dem Laboratorium ward nemlich von den Arbeitern umgewandt, in welchem sich einige Patronen befanden; wahrscheinlich fielen einige Zündhölzchen hinein, genug es explodirte und 4 bis 5 Menschen wurden verwundet. Die Explosion war so bedeutend, daß man zuerst glaubte, ein Pulverkarren sei in die Luft geflogen.

(N. Corresp.)

Bregenz, 14. Okt. Am 12. war auch der preußische General v. Röln mit 15 anderen preußischen Offizieren, von der Infanterie, den Husaren und Ulhlanen, von Rouftanz nach Bregenz gekommen, um den Kaiser zu begrüßen. Sie begaben sich zuerst zum kommandirenden Feldmarschall-Lieutenant v. Legeditsch und wurden sodann dem Kaiser vorgestellt, der sie zur Tafel lud.

Ueber das Revolutions-Centralcomite in London gibt ein Pariser Blatt interessante Nachrichten. Mazzini, Struve und Comp. haben für die laufenden Geschäfte wegen der Reichhaltigkeit verschiedene Sektionen gebildet. Es gibt da eine Correspondenzsektion, Unterstützungssektion, publicistische Sektion, Finanzsektion und eine geheime Clubsektion. Alles das agitirt, arbeitet und conspirirt. Alle 14 Tage reisen Agenten ab und bringen den verschiedenen Untercomiten in Deutschland, Frankreich, Holland, Polen und Italien mündlich die Verhaltungsbefehle. Man schreibt nichts mehr.

Berlin, 15. Okt. Es bestätigt sich immer mehr, daß die Union, deren jetziges Provisorium heute abläuft, sich in ein Unionsbündniß verwandeln wird, dessen Hauptzweck wechselseitiger Schutz nach Außen und Innen ist.

Paris, 14. Okt. Die „Patrie" sagt nach Meldung der Rückreise Persigny's nach Berlin: „Wir wissen nicht genau, was für eine Mission ihm übertragen ist; aber wir haben alle Ursache, zu glauben, daß sie mit den ernsten Verwicklungen, deren Schauplatz Deutschland in diesem Augenblick ist, in Verbindung steht. Die Abwesenheit Persigny's wird nicht über drei Wochen dauern." — Nach demselben Blatte verschärfe vorgestern in einem politischen Salon ein hochgestellter Spanier, daß das Band des goldenen Vließes, welches Isabella an L. Napoleon überschickt hat, das nämliche sei, welches Ludwig Philipp getragen habe, und welches seine Familie heutzutage als letzten Rest ihrer Größe zurückerhalte. Das „Bulletin de Paris" sagt in Bezug auf das letzte Protokoll der Permanenz-Commission: „Die Commission mißbilligt förmlich die zu Satory Statt gehabten Kundgebungen, die Aufreizungen, wodurch dieselben veranlaßt wurden, und die Nicht-Repression welche denselben folgte. Dies sind die fast wörtlichen Ausdrücke des von der Permanenz-Commission genehmigten und von Duvin, O-Barrot, Lastepre, Bedeau und Leon Faucher redigirten Protocolls." — Ein Journal sagt heute: Der „Constitutionnel" greift die Permanenz-Commission mit einer Art von Heftigkeit an, der sich Verachtung beimischt. Dieses Verfahren schwächt leider die ernste Bedeutung des letzten Votums der Commission nicht im Mindesten und ist nicht sehr geeignet, das gute Einvernehmen zwischen der parlamentarischen Gewalt und der vollziehenden Gewalt herzustellen. — Die „Presse" kommt in einem langen Artikel auf ihre Anempfehlung der Abschaffung des neuen Wahlgesetzes und auf die Nothwendigkeit einer Berufung an die ganze Nation zurück, weil nur dadurch die Schwierigkeit beseitigt werden könne, worein die Verfassung von 1848 das Land versetzt habe. Sie behauptet, die Nationalversammlung werde bei jedem Versuche, die Verfassung gegen Louis Napoleon aufrecht zu erhalten, ohnmächtig sein, weil sie selbst das Beispiel der Verletzung dieser Verfassung gegeben habe.

Paris, 15. Okt. Im Schluß des heutigen Ministerraths ist wieder ein Courier mit Depeschen, die sich auf die schleswigholsteinische Angelegenheit beziehen, nach St. Petersburg abgefertigt worden. Der Erzbischof Donnö von Bordeaux ist in Lyon eingetroffen, um den Martyrer Franzoni seine Ehrfurcht zu bezeugen. Mehrere Bischöfe werden zu gleichem Zwecke erwartet.

In der heutigen Sitzung der Plenarversammlung, gestehen Frankfurt a. m. 3. Okt. 1850, zeigt der Präsident an, daß der zeitlich abwesende königlich hannoversche Herr Gesandte den königl sächsischen Herrn Gesandten substituirt habe.

Ratification des Friedensvertrags mit Dänemark.

Das Präsidium schreitet zur schließlichen Abstimmung über den auf den heutigen Tag in der letzten Sitzung festgesetzten Gegenstand bezüglich der Ratification des am 2. Juli d. J. im Namen des deutschen Bundes mit Sr. Majestät dem Könige von Dänemark abgeschlossenen Friedensvertrages. — Hannover. Der substituirte Gesandte tritt, erhaltenem Auftrage gemäß, Namens der königl. hannoverischen Regierung der in der Sitzung vom 30. v. M. zu Protocoll gegebenen königl. bayerischen Erklärung bei. — Hierauf wurde einstimmig beschlossen, wie folgt: 1) Der deutsche Bund, nachdem derselbe von dem Friedensvertrage Einsicht genommen hat, welcher von Sr. Maj. dem Könige von Preußen im Namen des Bundes, Kraft der durch die Bundes-Commission am 20. Januar d. J. ausgestellten Vollmacht, mit Sr. Maj. dem Könige von Dänemark zu Berlin am 2. Juli d. J. abgeschlossen worden ist, erklärt hiermit die Annahme dieses Friedensvertrags und ertheilt demselben die Ratification, unter Verwahrung gegen jeden aus den hierin Art. des Vertrages etwa herzuleitenden Zweifel an der vollen Geltung u. Wirksamkeit der Gesetze u. Rechte des Bundes. 2) Die Ratificationsurkunde ist hiernach auszufertigen u. zu vollziehen und wird die kaiserl. österr. Präsidialgesandtschaft ersucht, die Auswechslung derselben gegen die Ratificationsurkunde Sr. Majestät des Königs von Dänemark zu vermitteln. 3) Die beglaubigte Abschrift des Friedensvertrags vom 2. Juli ist in das Bundesarchiv zu hinterlegen: 4) Der Ausschuß wird beauftragt, bald thunlichst spezielle Anträge über den zweiten Theil seines Gutachtens vorzulegen. Der kaiserl. österr. Präsidialgesandte erklärt, daß er die in ähnlicher Form ausgefertigte Ratificationsurkunde im Namen des deutschen Bundes unter heutigem Tage vollziehen und unverzüglich die Auswechselung bewerkstelligen werde. Se. Majestät dem Könige von Dänemark ausgestellte Ratifikationsinstrument vornehmen werde. Fr. Thun. Rochlitz und Jänkendorf, auch für Hannover. Hylander. Reinhard. Hassenpflug. Mayer. Mandy. Balow. Schaeff. Oertgen. Dr. v. Linde. Staufz. Holzhausen.

Verantwortlicher Redakteur u. Herausgeber: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 17. Oktober 1850.

	Geld.	Bayer.
Oesterreich. Bankaktien	1160	1170
„ 5% Metalliqu.	78½	79
„ 4% „	61½	62
„ 3% „	45½	46½
„ 2½% „	41	41½
„ 4% Verbannin	—	73
„ 4% „	—	64
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	96½	97
„ 500 „ 1854.	154½	155½
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	81⅞	82⅝
„ Zinl. 50 Prämien Scheine.	112	84½
Baiern 3½% Obligationen	84	84½
„ 4% „	88⅝	89
„ 5% „	100⅛	100⅝
Württemberg 3½% „	82⅜	83½
„ 4% „	88⅞	89⅝
Baden 3½% „	81⅞	82
„ fl. 35 Loose	32½	32½
Sachsen 4% „	32⅜	33⅛
Nassau fl. 25 „	26	26½
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	76⅞	76⅞
„ „ „ 25 „	28⅝	28⅝
Polen fl. 300 „	135½	
Sardinien Lrst. 36 „	32½	33½

Theater-Anzeige.

Freitag den 18. Oktober.

Lucia von Lammermoor,

große Oper in 3 Aufzügen von Donizetti.

Montag den 21. Oktober.

Oberon, König der Elfen,

große romantische Feenoper in 3 Akten mit Ballet, Musik von K. M. v. Weber.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schmelzle 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 251. Würzburg, Samstag den 19. Oktober. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 17. Okt. Se. Maj. der König haben Sich bewogen gefunden, den praktischen Arzt Dr. Joseph Gerlach, dermal zu Mainz, in provisorischer Eigenschaft zum ordentlichen Professor der Anatomie u. Physiologie an der medizinischen Fakultät der k. Universität Erlangen zu ernennen, und zur Wiederbesetzung der an der Lateinschule zu Neuburg erledigten Lehrstelle der 3. Klasse, den Studienlehrern der 2. und 1. Klasse, Schuppner und Gerstinger die Vorrückung zu gestatten, so wie die hiedurch erledigt werdende Lehrstelle der 2ten Klasse, dem Studienlehrer an der Lateinschule zu Kitzingen, Franz Kemmer zu verleihen.

München, 17. Okt. Laut hier heute erschienenen Ministerial-Reskripten wurde befohlen: 1) daß nicht nur die bisherigen schon in Aktord gegebenen Montur-Materialien geliefert werden sollen, sondern auch außerdem bis längstens Mitte Januar 1851 eine Nachschaffung derselben sowohl für Infanterei als Kavallerie in angemessenen Quantitäten zur Ablieferung gegeben werden müssen. 2) Findet eine Ausgleichung des Pferdestandes bei den Cavallerie-Regimentern statt, und wird hiezu die ältere Mannschaft zur Berittenmachung der anzukaufenden Remonten einberufen. 3) Sollen sämtliche Burlaubte des königl. Infanterie-Regiments König schleunigst auf dem kurzesten Weg einberufen werden und haben sich somit diese beiden Bataillone „marschbereit" zu halten.

Der Soldat ein Staatsdiener!

Das ist entweder Unsinn, oder man hat den Doppelsinn des Wortes Dienen zu einer nichts als pfiffigen Begriffsverwirrung benutzt. Freilich dient man auch dem, zu dessen Vortheil man thätig ist, zu dessen Besten man wirkt, und in dieser Bezeichnung ist sogar ein Vater Diener seiner Kinder, ein Regent Diener seiner Unterthanen. In eigentlichem Sinne aber ist man nur Diener deß, von dem man Befehl und Gehalt zu empfangen, dem man Gehorsam zu leisten hat. Wer ist der Staat, daß der Soldat in diesem rechten und wahren Sinne sein Diener sein konnte? Ist er etwas Anderes, als das Ganze der Rechts- und Machtgliederung in einem Volke? Und von einem solchen invisibilen totale soll der Soldat, der Offizier nämlich, Befehl und Gehalt empfangen? Welcher Widersinn! Nur da konnte man den Militär Staatsdiener nennen, wo ein roher Absolutismus das bekannte l'état c'est moi zur Wahrheit gemacht. Wo man ihn aber nur deßhalb so nennt, um ihm eine gleiche Stellung etwa mit dem unabhängigen Richter zu geben, — damit man ihn doch ja durch eine schöne Theorie über den Verfassungseid hemmen möchte, das Gewissen in Verwirrung bringen, ja seinem kriegerischen abtrünnig und widersetzlich machen könne, — da widersetzt man dem Nothwendigen, dem Wirklichen, und führt, wenn die Absicht gelingt, nur Zerrüttung und Auflösung herbei. Denn (wie die Schrift „von einem deutschen Soldaten", Leipzig 1847, so schön sagt) Dienstfeier und Enthusiasmus für seinen Stand, Ehre und Treue, Tapferkeit, blinder Gehorsam und die Frommigkeit der That, das sind die Eigenschaften des wirklichen Soldaten. Diese Wirklichkeit will dasein; wo man sie vernichtet, wird der entweichliche Soldat bis zur Vernichtung seiner Standesehrung fortgetrieben. Nur der personificirten höchsten Staatsgewalt, nur dem Landesfürsten kann der Soldat dienen, folgen und gehorchen, und eine Armee, in welcher jeder Offizier, der Verfassungsurkunde in der Hand, sein Commando seines Beschlohabers auslühre, wenn er durch Vergleichung mit jener nicht erst dessen Verfassungsmäßigkeit berechnet hat, ist die grimmigste Satyre, — selbst da, wo das Militair auf die Verfassung verpflichtet ist. Denn in allen wohlgeordneten Staaten der Welt gehört es zur Verfassung, es siehe in deren paternem Anschreiben oder nicht, daß der Soldat dem Befehle seines Vorgesetzten sich weder widersetzen noch entziehen dürfe. Thut er es dennoch, etwa weil er sich über die Verfassungsmäßigkeit der Absichten, für welche die Befehle ertheilt werden, ein anderes Urtheil gebildet, oder von Andern hat bilden lassen, so bricht er gleichzeitig Verfassungs- und Fahneneid. Denn wo der Soldat Gehorsam schwört, da schwört er nicht, dort zu gehorchen, wo die That mit seiner Ueberzeugung übereinstimmt, sondern auch da, wo dies nicht der Fall ist. Hätte der Eid auf die Verfassung einen andern Sinn, als da zu binden, wo man unabhängig und auf eigne Verantwortlichkeit hin handelt, so wäre es ein grausamer Frevel, ihn in einen Eid aufzunehmen, der strengen und unverbrüchlichen Gehorsam gegen Vorgesetzte als die Hauptsache enthält. Wenn aber gleich für den Unbefangenen kein Zweifel bleibt, welche Haltung, Treue, Ehrenhaftigkeit und Pflicht dem Soldaten vorschreiben, auch wenn er den Namen eines auf die Verfassung verpflichteten Staatsdieners tragen muß, so möge die kurhessische Verwirrung doch allen Regierungen eine dringende Mahnung sein, dem Militair überall eine reine, klare, von Staatsdienerthum und Verfassungseid unverworrene Stellung zu erhalten oder wiederzugeben.

Deutschland.

München, 17. Okt. Nach einer jüngsten Verordnung aus unserem Staatsministerium des Kriegs werden nun auch von vier Bataillonen Infanterie und einer entsprechenden Abtheilung Cavallerie und Artillerie des ersten Armeekorps sofort sämmtliche Burlaubte eingezogen. Die betreffenden Bataillone sind zwei vom 11. ein Bataillon vom 7. und ein Bataillon vom 15. Infanterieregiment. Seit diesem Morgen haben endlich auch vier Schwadronen der hiesigen Cavallerieregiments das volle per garnisonierende Infanterieregiment Marschbereitschaft erhalten. An die Garnison von Augsburg ist dieselbe Weisung ergangen. — Dieser Tage verstarb hier der vormalige Commandant und Oberst des 3. bayerischen Infanterieregiments, Generalmajor Karl Reichsfreiherr, in seinem 75sten Lebensjahr. (A. Z.)

München, 17. Okt. Daß der Eidmarsch bayerischer Truppen in Kurhessen beschlossen ist und zur Ausführung kommt, erschrint nach dem halboffiziellen Artikel, welchen diesen Abend die „Neue Münchener Ztg." bringt, unzweifelhaft. Dieser Artikel sagt u. A.: „Die Folgezeit wird zeigen, auf welcher Seite die wahren Freunde der Verfassung in Kurhessen, auf welcher ihre Feinde stehen. Uebrigens liege es die wahre Natur der gegenwärtigen Verwirklung in Kurhessen ganz verkennen, wenn man sie von so beschränktem Gesichtspunkte auffassen wollte. Es gilt viel Höheres: es gilt in Kurhessen Lösung zweier für die ganze Lage Deutschlands entscheidenden Fragen. Es gilt neben der Sicherung des auf höchste bedrohten monarchischen Prinzips, insbesondere die Entscheidung der kapitalen Frage, ob es den anmaßenden Prätensionen eines einzelnen Staates gestattet sein kann, nicht allein sich selbst den ihm obliegenden Verpflichtungen gegen den Bund zu entziehen, sondern sogar auch die anderen treu an der Bundesverfassung haltenden Regierungen an der Erfüllung dieser Verpflichtungen ihrerseits und unter sich zu hindern. Es gilt zu wissen, ob es in Deutschland wirklich schon dahin gekommen ist, daß das kein plakisir eines Einzelnen mehr gilt als Gesetz, Recht und geheiligte Verträge! Es gilt die Entscheidung, ob der Bundesgenosse die Hülfe des andern, die er wünscht und verlangt, nicht mehr annehmen, der andere sie nicht mehr leisten darf, weil dies den Sonderzwecken eines dritten nicht zulagt! Es gilt die Entscheidung der Frage, ob Preußen, das solche Anmaßung sich erlaubt, wirklich schon faktisch die Alleinherrschaft in Deutschland besitzt, und alle andern Regierungen und Volksstämme bereits dem von Preußen beliebig diktirten Gesetze sich fügen, dessen Diktatur anerkennen müssen!"

Karlsruhe, 16. Okt. In ihrer heutigen Sitzung nahm die zweite Kammer das neue Gemeindegesetz in toto mit allen gegen 6 Stimmen an. Insferem wurde auch das Gesetz über den Anschluß der badischen Postverwaltung an den deutsch-österreichischen Postverein angenommen. — Vom Fehrn. v. Andlaw ist der zweite Theil seiner Schrift über den „Aufruhr und Umsturz in Baden," der die deutsche Frage behandelt, erschienen. — Das heutige Regierungsblatt enthält eine Verordnung, die Uebertragung von Untersuchungshandlungen in Disziplinar- und Criminalsachen gegen Militärpersonen an Offiziere betreffend.

Stuttgart, 13. Okt. Es ist bekannt, daß unsere Landesvertsammlung die von der Staatsregierung verlangten Steuern bewilligt hat. Man schließt hieraus ja nicht, daß die Mehrzahl der Abgeordneten einen persönlichneren Weg, als den bisherigen, der Staatsregierung gegenüber einzuschlagen gedenke; sie hielten vielmehr, daß diese Steuerfrage eine Erstlenfrage viel mehr für sie selbst, als für die Staatsregierung sei, und handelten dabei dem Triebe der Selbsterhaltung folgend. Daß eine Steuerverweigerung bei uns ganz dieselben Folgen wie im Großherzogthume Hessen haben und eine entschiedene moralische Niederlage der Staatsregierung herbeiführen würde, wurde von der Abgeordnetenkammer wohl erwogen und im vollsten Maße berücksichtigt.

Biden, 14. Okt. In Kurhessen werfen Steuerverweigerer die Staatsordnung über den Haufen, der Bundestag ist berufen und verpflichtet, einzuschreiten Preußen aber protestirt dagegen, denn Kurhessen ist von anderem Fleisch und Blut als Baden. Doch hinter dem stolzen Proteste der läuft ein Privatbrief von hoher Hand, worin dem Kurfürsten preußischerseits gerathen wird, er möge Oesterreich und Preußen gemeinschaftlich die Schlichtung der Differenzen mit seinem Lande übertragen, und er dürfe versichert sein, daß man seine Regierungsautorität nicht im mindesten werde beeinträchtigen lassen. Also Preußen und Oesterreich sollen schlichten und einschreiten in Kurhessen, nicht aber der Bundestag, nicht die Union, voilà die Bundescommission! — Es geht nichts über eine gewandte Politik! Und doch sagen die Gothaer in der konstitutionellen und in der Kölnischen Zeitung, Preußens Politik sei von dem schlauen Oesterreich überholt und umgarnt worden! Wie ist das möglich in einem Staate, wo der Herkules der Diplomatie, wo Talleyrand-Radowitz die Zügen in den Händen hält? — Noch eine Aufgabe sollte der Schatten von Bundescommission erfüllen, er sollte die fremden Diplomaten abhalten, sich beim Bundestag akkreditiren zu lassen, denn so lange die Bundescommission noch nicht ganz todt war, waren die Gesandten Rußlands, Englands, Frankreichs, Belgiens ꝛc. noch schwindar in Berührung mit dem Scheinvolcan; sein Uebergang macht sie frei, nun werden sie Bundesbedürfniß anerkennen müssen, was eben Preußen verhüten möchte. Alles sehr gut berechnet; nur Schade, daß auch auf der andern Seite gute Rechner sind. — Während man aber preußischerseits der Bundescommission alle Rechte und das ganze Ansehen des frühern Bundestags zuwiderte, laugnet man doch dieser Commission ihr Gesetz binnen, daß sie eine Nachfolgerin, eine Stellvertreterin des Bundestages gewesen sei; man läugnet die Fortdauer des Bundes, in so weit Oesterreich Konsequenzen daraus zieht, man bestätigt aber die Fortdauer des Bundes, in so fern Preußen Konsequenzen daraus zieht. Ist das ehrlich? Gewiß nicht. — Ist die Autorität des Bundestags in die Hand des Reichsverwesers, ist sie in die Hand der Bundescommission übergegangen, so gehört sie von dieser wieder in die Hand des Bundestags zurück; denn urplötzlich spurlos verschwinden, gleich jenem Strom in der Sandwüste, das kann sie nicht.

(D. R.)

Aus Wien 14. Okt. macht der „Dest. Correspondent“ folgende höchst merkwürdige Mittheilung: Die deutschen Wirren betreffend, soll zwischen dem französischen und englischen Kabinete bereits ein lebhafter Notenwechsel stattgefunden haben, dessen Resultat ein zwischen beiden Mächten in dieser Angelegenheit geschlossenes Bündniß sein soll. Ungeachtet aller Widersprüche wird die Reise des Hrn. Persigny mit dieser Frage in Zusammenhang gebracht; ja man behauptet sogar, es seien alle auswärtigen Mächte zu der Erklärung aufgefordert worden, ob das Vorgehen Preußens die Verträge des Jahres 1815 verletze oder nicht. — In wohlunterrichteten Kreisen spricht man von einem österreichischen Proteste, der noch vor Abreise des Ministerpräsidenten, Fürsten von Schwarzenberg, abgefaßt worden sein soll, und in dem die Einziehung der preußischen Besatzung in Hamburg gefordert wird; weil es sonst jeder deutschen Macht freistehen müßte, mit deutschen Truppen irgend einen Theil des deutschen Reichs zu besetzen. — Se. Maj. der Kaiser haben befohlen, daß die neuen, für die k. k. Kriegsflotille in Italien im Bau begriffenen großen Dampfboote, u. z. jenes auf dem Lago maggiore mit dem Namen des Heldenmaschalls „Radetzky“, jenes aber auf dem Gardasee mit dem Namen des ausgezeichneten Chef des Generalstabes der Armee „Heß“ bezeichnet werde. Diese beiden Schiffe von 100 Pferdekraft, welche im Verhältniß der Seen, welche sie befahren, sehr groß gebaut werden können, werden jedes mit 8 schweren Kanonen armirt.

Berlin, 16. Okt. Der „Köln. Z.“ wird das Vorschlagen des alten wörtlicher Auszug auf den Vorschlagen des Herrn v. Radowitz an das Fürstenkollegium, die Union betreffend, mitgetheilt: — Preußen wird den Gedanken einer engeren Bundesstaats-Einigung nicht aufgeben. Es wird auf Anerkennung des freien Unionsrechtes aller deutschen Staaten beharren. Erst dann, wenn der deutsche Bund von 1815 die Gestaltung angenommen hat, zu welcher alle seine Mitglieder zustimmen können und wollen, und wenn innerhalb des Bundes die Union derjenigen Staaten ins Leben getreten ist, welche zur gemeinschaftlichen Gesetzgebung auf parlamentarischen Grundlagen mit nachdrücklicher Executivgewalt sich verbunden haben, erst dann ist die große Krise beendet, die über Deutschland schwebt. Bis dahin aber, daß zur schnellsten Verbindung der Bundesstaatsverfassung geschritten werden kann, erkennt Preußen es für angemessen, daß die Staaten, welche im Provisorium zusammenstanden, vereinigt bleiben und, ihrem Bedürfniß gemäß, sich durch eine entsprechende Entwickelung des Bündnisses vom 26. Mai 1849 befriedigen. Zu diesem Behufe folgt nun die Besprechung des Unterstellungsentwurfes. Dieselbe ist in folgenden drei Punkten zusammengefaßt: 1) Schutz gegen innere und äußere Angriffe jeder Art; 2) gemeinschaftliche und übereinstimmende Handlung in Bezug auf die Neubildung des weiteren Bundes; 3) die Vereinbarung über Constituirung der Union auf Grundder erforderlichen Modifikation der Verfassung vom 28. Mai 1849.

Vermischte Nachrichten.

Uhlich auf der Messe. (Kein Witz, sondern Wahrheit.) — Unter den Inseraten zur Magdeburger Messe in der dortigen Zeitung befindet sich auch einer von dem berühmten „Propheten“ Uhlich, worin derselbe das zu Stande kommende Landvolk an den bedeutenden Messsonntagen zum Besuche seines freigemeindlichen „Gottesdienstes“ einladet. — Darauf sind zwei andere Inserate erschienen, wovon das eine ihn einladet, bei dem diesjährigen Mangel an außerweitigen Curiositäten doch auch einmal seine Aufwartung zu machen, damit auch andere aber es noch wünschenswerther findet, daß er mit der Kunstreitertruppe des Herrn Renz in Verbindung träte, und die Zwischenacte von deren Vorstellungen durch Vorträge ausfüllte. — Ob er einer von beiden Aufforderungen nachgekommen, darüber fehlen uns die Nachrichten.

Neuestes.

* Würzburg, 19. Okt. Vorgestern wurden die ersten telegraphischen Versuche zwischen hier und Aschaffenburg vorgenommen, welche zur größten Zufriedenheit ausfielen.

* Würzburg, 19. Okt. Wir theilen nachstehend Stellen aus der Antwort mit, welche die „N. Münchner Ztg.“ auf die persönen Angriffe des „Nürnberger Korrespondenten“ ertheilt: „Der „Nürnberger Korrespondent“ hat allen Grund zur Neuerung seines eben so bekannten als gerechten Unwillens über die Art und Weise seiner Sinne geben, nicht einmal die „N. M. Z.“ kann es ihm recht machen. Thäte sie wie er, wechselte sie im Laufe von wenig mehr als einem Jahre drei- oder viermal die Farbe, wäre sie der Reihe nach conservativ, dann demokratisch, großdeutsch, dann kleindeutsch, dann noch einmal großdeutsch gewesen, um am Ende noch wieder einen kleindeutschen Firniß anzuziehen; hätte die „N. M. Z.“ alle diese Phasen voll der grellsten Widersprüche und auffallendsten Farbenwechsel mit dem „N. Kor.“ durchgemacht: hätte sie, wie er so oft gethan, über Dinge abgesprochen, ohne dieselben genau zu kennen, hätte sie jetzt nur gut bekundet, gleich von vornherein die praktische Angelegenheit zum Gegenstande einer mindestens gesagt, unbefehlen Polemik zu machen, und dadurch die obendies bereits hinreichend aufgeschaften Leidenschaften noch mehr zu entflammen, dann wäre ihre ganze Zwiespalt gelungen, beim „N. Kor.“ in besserer Gunst zu stehen, als es wirklich der Fall ist.“ — „Wir hatten es — offen gestanden — als der „N. Kor.“ seinen ersten Artikel gegen uns brachte, nicht der Mühe werth erachtet, den in solcher Weise, wie es geschehen war, uns hingeworfenen Handschuh aufzuheben, da wir gewohnt sind, Verdächtigungen und Schmähungen das Schweigen der Verachtung entgegenzusetzen. Wären es uns nicht darum zu thun, den Bemühungen eines Theiles der Presse — und der „Nürnberger Korresp.“ kann sich mit gutem Grunde zu diesem Theile zählen — die öffentliche Meinung irre zu leiten und dadurch Mißtrauen und Beunruhigung in die Gemüther zu bringen, soviel an uns ist eingezogenen, entgegenzutreten. Wären es uns nicht darum zu thun, den Bemühungen eines Theiles der Presse — und der „Nürnberger Korresp.“ kann sich mit gutem Grunde zu diesem Theile zählen — die öffentliche Meinung irre zu leiten und dadurch Mißtrauen und Beunruhigung in die Gemüther zu bringen, soviel an uns ist entgegenzutreten, so würden wir auch jetzt es für unnöthig erachten, auch nur ein Wort dem „N. Kor.“ zu erwidern.“ — „Wenn der „N. Kor.“ für die Steuerverweigerer in Kurhessen, den Hrn. Bayerhoffer, der mit dem berüchtigten Germain Metternich jenes saubere Manifest zu Frankfurt erschien ließ und nachher auf dem bekannten Demokratencongreß zu Berlin sich befand, den Hrn. Simon Trierdemokraten bekannte, und für selben Gleichgesinnte so lebhafte Sympathien jetzt hegt, so ist das Geschmackssache, der Geschmack aber ist bekanntlich sehr verändberlich: den preußischen Steuerverweigerern war der „N. Kor.“ seiner Zeit nicht so hold, und für die preußischen Offiziere, die auf Befehl ihrer Vorgesetzten die Ehre, vom König selbst berufene Nationalversammlung auseinanderzusprengen, hatte er kein Wort des Tadels.“ — „Welche Wunde muß es dem „N. Kor.“ geschlagen haben, seine geliebten Steuerverweigerer im Großherzogthum Hessen von dem ganzen Volke so schmählich desavouirt und ein von der Regierung ohnpatirtes neues Wahlgesetz, das doch wahrlich allen allgemeinen Grundsätzen enthält, von dem gesunden Sinn der Bevölkerung freudig begrüßt zu sehen!“ — „Der „N. Korresp.“ spricht von einem feigen „Verseck“ aus dem wir uns hervorwagen, von einer „Maske“ die wir abreißen und daß. Was die Maske betrifft, so haben wir nie eine getragen, wir haben nie Lust noch Anlaß gehabt, uns ein anderes Gesicht anzuschaffen als das der Natur uns gegeben; Masken tragen nur die politischen Tartüffe, welche die Kunst besitzen müssen, zu schillern, um jeden Augenblick ihre Schlangenhaut in anderem Lichte und Farbenspiele erscheinen zu lassen, so daß sie recht eine Gemsenhaut zum Durchrennkommen, der eine sie für roth, der andere für blau, der dritte für schwarz sie nehmen kann; was aber die „Versteckt“ betrifft, so waren wir noch nie in der Lage, welche suchen zu müssen, da wir stets unsere Fahne frei entwickelt und unsern Gegnern offen uns Gesicht gezeigt haben. Feig ist nur, der bei dem Muth seiner Meinung nicht den Muth hat, mit vollem Visirhelm in der Regel am Alle zu verrathen: wie sind uns bewußt unserer offen aufgepflanzten Fahne stets treu geblieben zu sein.“

Die Ulmer Zeitung meldet: Auf der Kanzlei sind die Einberufungsschreiben für die Beurlaubten, aus und alle Eventualitäten gerüstet zu sein, ausgefertigt.

△ Aus Baden, 17. Okt. An den Rastatter Festungswerken wird seit einiger Zeit mit großem Eifer gearbeitet.

Karlsruhe, 17. Okt. Das heute erschienene großherzogliche Regierungsblatt enthält die Verlängerung des Kriegszustandes und des Standrechts auf weitere 4 Wochen mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß bei vorkommenden polizeilichen Strafexekutionen das Maß von 8 Monaten Gefängniß nicht überschritten werden dürfe.

Kassel, 16. Okt. Das Merkwürdigste ist offenbar, daß unsere „Volksfreunde“ so arglos sich und über Nacht sich für die Hochhaltung des Eides begeisterten und namentlich auf Duldung des Verfassungseides dringen, während sie doch seit zweijahren gegen dieselbe Verfassung conspiriren und sie sammt der Monarchie umstürzen möchten! Sie, die so oft nachzuweisen sich bemühen, wie unmo-

ralisch es sei, die Soldaten und Beamten einen Eid schwören zu lassen! Erscheint ein solches Auftreten Seiten dieser „Volksfreunde“ nicht als die elendeste, niederträchtigste Heuchelei?

Kassel, 17. Okt. Die Zahl der Offiziere, welche hier ihren Abschied nicht verlangt haben und nicht verlangen werden, ist 38. (K. Z.)

Kassel, 17. Okt. Die Demokraten betheiligen sich nur deswegen an dem allgemeinen Widerstande, weil sie hoffen, bei dieser Gelegenheit alle Furcht. Autorität gründlich zu ruiniren; sie stehen erst in zweiter Linie, und treiben die perfiden Constitutionellen vor sich her zum Angriffe, sachen aber hinterher über einen Muth, der sich an seinen Interessen ereignet. Unser sochen Umständen ist es tief zu beklagen, daß es keine Partei gibt, welche für die Verfassung ohne Nebenabsichten einzustehen, Muth u. Beruf besitzt. Einer solchen Partei allein möchte es möglich sein, die Regierung in ihren Rechte zu unterstützen. In Ermangelung einer Parteiunterstützung im eigenen Lande wird also wohl die Regierung nur mit fremder Hilfe wieder die Oberhand erlangen können. Als Siegerin wird sie aber dem Impulse Derjenigen folgen müssen, die ihr zum Siege verholfen haben. Die kurhessische Verfassung wird in allen Punkten, worauf sich der regierungsfeindliche Widerstand gegründet hat, Veränderungen erleiden müssen. — Der Bund wird sich die Gelegenheit nicht nehmen lassen, dem Preußen wieder auf die Beine zu helfen, wenn seine Stellung ihm Offenbergzieht erlaubte, der Revolution auch unter der constitutionellen Maske den letzten Zufluchtsort abzuschneiden. Darum drängt es die kurhessische Regierung zum Beharren auf der eingeschlagenen Bahn, darum läßt sie sich von preußischen Roten und militärischen Ausstellungen nicht beirren. Sie weiß, daß in diesem Falle hinter ihr das Interesse aller europäischen Regierungen steht, und daß für die Sache des Widerstandes in Kurhessen die gehme und die wilde Revolution Sympathien hegt. Das Truppenfiasco in Wilhelmsbad und in Frankfurt hängt nur mit der Zusammenziehung der nöthigen Streitkräfte zusammen. In kurzer Zeit wird das letzte Wort gesprochen und der Hauptschlag getroffen werden. Unterdessen mögt sich unsere Widerstandspartei in Träumen von neuen Minister-combinationen und von einer Abdankung der Kurfürsten, von dem wieder das Eine, noch das Andere, zum wenigsten für jetzt, irgend eine solche Gegenerklärung hat.

Aus dem Fuldathale, 16. Okt. Gestern kam die offizielle Nachricht hierher, daß ein fünfpreuß. Armeekorps in diesenigen Ortschaften westmarischen Antheil gelegt werden soll, welche an Kurhessen und Bayern (Rhöngebiet) grenzen. Das Gerücht war schon lange hier verbreitet, daß an der bayerischen Grenze längs Kurhessen, Weimar und Meiningen bayerische Truppen aufgestellt werden sollten, und dies scheint nun sich verwirklichen zu wollen.

Berlin, 16. Okt. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht in seiner vom heute datirten No. 285 die in der 33. und 34. Sitzung des provisorischen Fürsten-Collegiums am 1. und 4. d. M. demselben vorgelegten Aktenstücke, wie folgt:

Abschrift einer Weisung des k. k. Ministerpräsidenten, Fürsten v. Schwarzenberg, an den k. k. Gesandten zu Berlin, d. d. Wien, den 27. September 1850.

Graf v. Bernstorff ist vor einigen Tagen zur Herstellung seiner geschwächten Gesundheit auf Urlaub nach Triest abgezogen. Der für die Dauer seiner Abwesenheit mit der Besorgung der geschäftlichen Geschäfte betraute Graf v. Dyrell hat mir vorgestern eine noch an den königl. Gesandten gerichtete Depesche des Berliner Hofes vom 22. d. M. mitgetheilt, welcher Abschriften von zwei am 12. und 21. d. M. an den königl. Geschäftsträger zu Kassel ergangenen Weisungen angefügt waren. Die von der königl. preußischen Regierung in diesen hier abschriftlich mitfolgenden Aktenstücken aufgestellten Behauptungen lassen sich in nachstehende Sätze zusammenfassen:

Preußen erklärt: „daß es Kurhessen der Verpflichtungen, welche daffelbe durch seinen Beitritt zu dem Bündnisse vom 26. Mai 1849 eingegangen ist, nicht als enbunden betrachte; daß der verschiedene Standpunkt, welchen die deutschen Regierungen zu der wegen erfolgter Bundesexecution eingekommen haben, als eine Thatsache zu gelten habe, welcher bei Behandlung deutscher Fragen Rechnung getragen werden müsse; daß, abgesehen von allen Theorieen und formellen Fragen, zu Tage liege, daß eine Versammlung, an welcher Preußen und die übrigen deutschen Regierungen nicht betheiligt sind, faktisch der Bundestag nicht sei, und daher nicht erwarten könne, ihre Beschlüsse als Akte der hochsten Bundesautorität allgemein anerkannt zu sehen; daß Preußen alle wie immer gearteten Beschlüsse, welche von dieser Bundesversammlung im Namen des Bundes in Bezug auf das kurhessische Verfassungswerk gefaßt werden mochten, als zu Recht bestehende Akte nicht anerkennen könne und nicht anerkennen werde, und die königl. Regierung sich demnach, solchen Beschlüssen gegenüber, jede weitere Entschließung vorbehalten müsse, welche die Pflichten gegen Deutschland und insbesondere gegen den eigenen und erbeischen werden; daß bei den Umständen, als zur Zeit in Deutschland zur die Lösung von Fragen, wie die vorliegende es ist, kein allseitig anerkannte Organ zustehe, alle Glieder des deutschen Bundes, und insbesondere die näher Betheiligten, mehr wie je berechtigt und verpflichtet seien, die Mittel zur Abwendung drohender Gefahren von dem gemeinsamen Vaterlande rechtzeitig in das Auge zu fassen; daß die Geltendmachung dieser Berechtigung, und die Erfüllung dieser Verpflichtung vor allen andern Preußen zukomme, indem sie auf dem Bündniß vom 26. Mai 1849 beruhe, und wenn die geographischen Lage des Landes, nicht nur die engen und für beide Theile bedeutendsten Beziehungen zu der preußischen Monarchie ergeben, sondern auch dieser Beziehungen wegen die aus den kurhessischen Wirren erwachsenden Gefahren Preußen zunächst bedrohen; daß sowohl Mittel und Wege gefunden werden müssen, um eine Beständigung der kurhessischen Verhältnisse möglich zu machen, an welcher Preußen und die mit ihm auf demselben Standpunkte stehenden Regierungen sich zu betheiligen vermochten; daß für den Fall, wo dieser Weg nicht gefunden und eine einseitige, daher unberechtigte Lösung der Frage irgendwo versucht werden sollte, die Regierung sich alle diejenigen Schritte vorbehalten müsse, welche nach Umständen ihr Recht am Bund, sowie die Rucksicht auf die Sicherheit und die ganze Stellung des eigenen Staats, ihr zur Pflicht machen konnten; daß aber das königl. Kabinet die Ueberzeugung hege, es werde sich innerhalb der kurhessischen Landesvertretung selbst und auch noch die Mittel finden lassen, durch die Herbeiführung der dort vorgeschriebenen compromissarischen Entscheidung den obschwebenden Streit, ohne Beeinträchtigung der Autorität und Würde der Regierung, auf friedliche Weise zu schlichten. — Die königl. Gesandtschaft ist beauftragt worden, die drei eben erwähnten Schriftstücke, welche diese Erklarungen enthalten, ohne Zogerung zu meiner Kenntniß zu bringen, damit das k. k. Cabinet über die Auffassung und Stellung Preußens nicht im Zweifel sei. Wir müssen uns für diese Eröffnung zu dem verbindlichsten Danke, für die heutige Auffassung des kgl. Hofs und die Stellung, welche derselbe einnehmen zu wollen anklindigt, nicht nur durchaus neu, sondern selbst im entschiedenen Widerspruch mit seinen frubern, ja mit seinen unmittelbar vorher gegebenen Erklarungen sind, und es und daher nur wiklommen sein konnte, den Standpunkt kennen zu lernen, auf welchen Preußen sich nunmehr stellen zu wollen scheint. Ohne uns auf eine abermalige Erörterung der schon öfter und grundlich besprochenen Rechtsfrage einlassen zu wollen, ob die aus dem Bündniß vom 26. Mai geschlossenen Regierungen und namentlich Kurhessen dessenungeachtet gehalten werden können, in verpflichtenden Beziehungen zur Union zu bleiben, wollen wir nur auf die bei jeder Veranlassung von dem kgl. preuß. Hofe abgegebenen bundigen Erklarungen hinweisen, vermöge welcher jeder Regierung die volle Freiheit des Willens und Entschlusses gewahrt bleiben sollte. Diese Erklarungen haben auch neuerlich eine formliche Bestätigung in dem Vortrag des Königs Landtag, indem Se. Maj. den zu Berlin versammelten Fürsten die feierliche Versicherung ertheilen, daß Preußen keinen derselben zurückhalten wolle, sondern im Gegentheil Werth darauf legte, daß deren Entschließungen das Werk freiester Selbstbestimmung seien. Obwohl diese Freiheit des Willens als von selbst verstanden angenommen werden müßte, hielten wir es doch immerhin für nützlich, auf jene Erklarungen des preußischen Cabinets, und auf das Unterpfand des königlichen Wortes zurückzukommen, um den Beweis herzustellen, daß selbst Preußen sich bis jetzt der Anerkennung der Unabhängigkeit der Gliedern des deutschen Bundes im Grundsatze nicht verfagt habe. Wie verträgt sich aber diese Anerkennung mit der Beschränkung, welche nunmehr Kurhessen auferlegt werden will, sich nicht nach eigenem Ermessen den Standpunkt wählen zu dürfen, den es zu den widerrechtlichen Bundesversammlung einzunehmen für gut findet? und wie verträgt sich die von Preußen selbst vertretene Ansicht, daß die Verschiedenheit der von den deutschen Regierungen zu dieser Versammlung eingenommenen Standpunktes als eine Thatsache zu gelten habe, welcher bei Behandlung deutscher Fragen Rechnung zu tragen sei, mit der Erklarung, daß Preußen alle wie immer gearteten Beschlüsse in Bezug auf das Kurfürstenthum als zu Recht bestehende Akte nicht anerkennen werde und denselben gegenüber sich jede weitere Entschließung vorbehalten müsse? Wenn Niemand es dem Kurfürsten verwehren kann, die Bundesversammlung anzuerkennen, sich in ihr vertreten zu lassen und von ihr Schutz und Unterstützung anzusprechen, hat wohl auch niemand das Recht, gegen Beschlüsse dieser Versammlung Einsprache zu erheben, welche nur innere Angelegenheiten Kurhessens berühren, und nur in dessen Staate zur Ausführung gebracht werden sollen. Solchen Beschlüssen sich wohl gar entgegentreten zu wollen, wäre eine Gewaltthat, welcher gegenüber die bundestreuesten Regierungen es nicht mehr bei Verwahrungen bewenden lassen konnten, und welche nicht nur im grellen Widerspruche mit den Erklarungen sein würde, die Preußen selbst den Anlaß war uns vorgenommenen Einberufung der Bundesversammlung abgegeben hat, sondern auch in keiner Weise und daher auch nicht durch das angebliche Gebot einer als Nothwendigkeit gefühlt gemachten Convenienz zu entschuldigen wäre. Aus dem kgl. Cabinet müsse die Absicht nicht verkannt werden, die Bundesversammlung vermeiden zu wollen, wenn sie sich in Wirksamkeit zu setzen, sprach sich daffelbe in einer Eröffnung vom 5. v. M. dahin aus: daß es dieser Versammlung „alle und jede Anerkennung versagen und deren Beschlüsse für diejenigen Bundesglieder, welche treuen Theil an derselben genommen hätten, im vorliegenden als durchaus unbindlich und unverbindlich erklären müßte.“ Als wir es hierauf deffenungeachtet für unsere Pflicht hielten, unseren Entschluß auszuführen, ward und auf die nach Berlin erlassene Einladung zur Theilnahme an den Verhandlungen des einberufenen verfassungsmäßigen Bundestags am 25. v. M. die Erwiderung ertheilt, daß Preußen diese Theilnahme nicht nur ablehnen müsse, sondern auch für den Fall, wo „eine solche Versammlung in Frankfurt zusammen kommen und die Formen des alten Bundestages annehmen sollte, das k. Cabinet allbort etwa gefaßten Beschlüsse ohne Rücksicht auf Majorität oder Minorität des Stimmenverhältnisses, lediglich als Uebereinkünfte zwischen einer Anzahl deutscher Regierungen ansehen, ihre Wirksamkeit aber diesen Kreis hinaus durchaus abweisen und keinerlei Anwendung derselben auf sich zulassen werde“. Wir haben zwar den Entschluß, diesen Ausdruck dieser Erklarungen waren, anfrich-

richtig bedauern müssen, und jedoch darauf beschränkt, den sich hierdurch in Deutschland ergebenden Zwiespalt zu beklagen, und unsere Rechtsverwahrungen einzulegen, ohne Preußen und die sich ihm anschließenden Regierungen in der von ihnen eingenommenen Stellung zu beirren. Wollte dagegen die fgl. Regierung, wie es den Anschein gewinnt, nunmehr die Gesinnungen verlegen, welche sie selbst durch ihre Erklärungen vom 5. und 25. v. M. der Thätigkeit der Bundesversammlung zu ziehen beabsichtigte, wollte sie den in der Anerkennung dieser Versammlung zur Uebereinstimmung gelangten Staaten sogar das Recht abstreiten, in ihren eigenen Landen zu handeln und die Wirksamkeit des aus ihrer Theilnahme wieder hervorgegangenen Central-Organes in diesem Bereiche gelten zu lassen, eine Befugniß, welche Preußen und seine Verbündeten für ihren Verein und diesen Umfang in vollster Ausdehnung seit anderthalb Jahren nicht nur gefordert, sondern auch, aller dagegen erhobenen Einwendungen ungeachtet, zur Anwendung gebracht haben, so müßte eine solche eigenmächtige Einsprache gegen die Ausübung eines nicht nur unzweifelhaften, sondern auch von Preußen selbst schon anerkannten und feierlichst für sich und seine Verbündeten in Anspruch genommenen Rechtes, mit Entschiedenheit zurückgewiesen, einer Verletzung oder Störung der Ausübung dieses Rechtes aber in geeigneter Weise begegnet werden. Wenn Preußen die Bundesversammlung, in welcher übrigens, was wir zur Berichtigung eines Irrthums nur nebenbei erwähnen wollen, von 17 Stimmen, aus welchen sie verfassungsmäßig besteht, bereits 9 ganz und 2 halbe Stimmen vertreten sind, nicht anerkennen will, so wollen wir die zwar nicht rechtliche Auffassung — für jetzt thatsächlich dem Ermessen der königl. Regierung anheimstellen. — Dagegen müssen wir die Erwiederung der Ausrichtigkeit, mit welcher das königl. Cabinet aus seine dermalige Auffassung mitgetheilt hat, ebenso bestimmt erklären, daß wir dem schon zur Genüge verhandelten Grundsatze getreu bleiben, daß die Bundesverträge mit den daraus abzuleitenden Rechten und Verpflichtungen noch in voller Kraft bestehen, jedem Genossen des deutschen Bundes die volle Freiheit gewahrt werden muß, mit und auf dem Boden dieser Verträge aufzutreten, und wir daher auch fest entschlossen sind, die bundestreuen Regierungen innerhalb des Bereiches ihrer Gebiete in der Geltendmachung ihrer Rechte mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen, ohne uns durch irgend einen unberechtigten Einspruch beirren zu lassen. — Es dürfte hiernach in diesen Staaten gehörig mißverstanden sein, wenn es derselben bedarf und ihn aussprechen, versichert sein müssen und demnach eines weitern Sieges ebenso wenig bedürfen, als festen Anbringen geübet werden könnte. Diese Zusicherung ist gewiß auch geeignet, Preußen, wie das übrige Deutschland, gegen die ihnen in Folge der Kurhess. Wirren etwa drohenden Gefahren sicherzustellen und daher die Besorgnisse des kgl. Cabinets vollkommen zu beschwichtigen. Ob der von Preußen angekreutete Nachweg, um die nur durch Formfragen verwickelte Angelegenheit einer Auslgleichung zuzuführen, möglich sei, ohne die Autorität der Regierungsgewalt, um deren Aufrechthaltung es sich doch vor allem handeln muß, für immer zu vernichten, ist nicht an uns zu entscheiden, zu hierüber an anderen Orten abzuvernehmen sein wird. Ehe. Erwel. haben gegenwärtige Depesche, deren Fassung wir unserm hiesigen Gesandten Frhrn. v. Maj. des Allerhöchsten stattgehabten Ministerrathe einhellig beschlossen worden ist, durch Mittheilung einer Abschrift zur Kenntniß der kgl. Regierung zu bringen und ihre dieselbe zur ernstesten Erwägung zu empfehlen. Empfehlen ꝛc. (Sch. f.)

Frankfurt, 18. Dct. Die D. P. A. J. bringt ein weiteres Protokoll über die 3. Sitzung der Bundesversammlung am 3. d. M. Es sind in demselben zunächst drei Erklärungen der dänischen Gesandten enthalten, die Ratifikation des Friedens die für den Aufenthalt von Bundestruppen in den Herzogthümern Schleswig und Holstein beanspruchten Verpflegungsgeldern und die im Herzogthum Holstein beabsichtigte Aufbringung von Scheidemünze betreffend. Der Rest der Sitzung war den kurhessischen Angelegenheiten gewidmet. Der kurhessische Gesandte trug auf die Ernennung Ersatz der kurfürstlichen Regierung zur Kontrolirung der Bundesversammlung. Präsidium ergreift diese Veranlassung, um in Erwägung der Wichtigkeit, welche die kurhessischen Angelegenheiten im gegenwärtigen Augenblick haben, den Antrag zu stellen, „daß der dritte Gegenstand der 1. Sitzung d. J. zu diesem Zwecke erneuter Ausschuß nicht eher bis auf Weiteres fortzubestehen habe, sondern ihm auch aufzutragen wäre, die Anfuhrung der in Bezug auf die kurhessischen Angelegenheit von der Bundesversammlung gefaßten Beschlüsse fortwährend im Auge zu behalten und davon der Bundesversammlung fortlaufende Kenntniß zu geben. Diesem Ausschusse waren auch die von dem kurfürst. hessischen Hrn. Gesandten so eben mitgetheilten Aktenstücke zu übergeben.„ Unter allseitiger Zustimmung wurde beschlossen, diesen Antrag zu genehmigen. Der bayerische Gesandte findet in den so eben hervorgehobenen Motiven für den Vorschlag des Ausschusses den Umfang der Geschäfte des für die kurhessischen Angelegenheiten gebildeten Ausschusses die Berichtigung zu dem Vorschlage, diesen Ausschuß um zwei Mitglieder zu verstärken. Es wurde allseitig beschlossen: diesem Vorschlage beizutreten. Bei der hierauf vorgenommenen Wahl von zwei weiteren Mitgliedern für den Ausschuß fiel die Mehrheit der Stimmen auf die Herren Gesandten von Hannover und Großherzogthum Hessen.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Kober.

(Eingesandt.) Erwiderung auf den Leitartikel in der bayerischen Presse Nro. 246 v. 14. Dtt. l. Jz. „das Proletariat und die uneheliche Kinder betr.“ Dieser Aufsatz hält zur Minderung der unehelichen Geburten, und zur Erzielung einer besseren Erziehung der unehelichen Kinder, worauf das Proletariat seinen vorzüglichen Zuwachs gewinne, sie nothwendig, die Väter derselben mehr in Anspruch zu nehmen. Wohl an und für sich ein guter Gedanke. Bekanntlich hat aber eine jede Sache zwei Seiten, und nur dann, wenn sie von der zweifachen Seite gehörig genommen wird, kann man auch ein richtiges Urtheil darüber gewinnen. Der Referent dieses will hier seine gemachten Erfahrungen mittheilen, und überläßt das Urtheil hierüber dem weiseren Ermessen Anderer. — Die Erfahrung desselben hat nun bewiesen, daß unter den unehelichen Müttern sich Verführte, aber auch Verführinnen zu nennen sind. Jene gehören so hat derselbe zu seinem großten Leidwesen die traurige Erfahrungen gemacht, daß solche Verführerinnen aus dem Leidverdienste ein Gewerb machen, und eben deswegen auch Ehemannger zu verführen suchen. Ein solche gebar nun ein uneheliches Kind. Man war begierig, welcher Seite sie dasselbe als Vater ihres Kindes angeben würde. Die erwachsene, männliche Jugend sachte darüber, und sagte: die N. N. soll die Armenbuchse zu allen jenen schicken, welche sich mit ihr eingelassen haben, und von einem Jeden 2 Kronthaler sich geben lassen so wird sie mehr erhalten, als die übliche Alimentation abgeben kann. Es war bemerkt einen ledigen Burschen als Vater ihres Kindes an, schlug sogar viele Burschen als Jeugen vor; Keiner aber bezeugte es. Warum?! —

Soll solche Verführerinnen auch das Gesetz in Schutz nehmen? — Der Code Napoleon weist die unehelichen Mutter mit der Alimentationsklage ab; die bayerische Gesetzgebung unterstützt sie aber ohne Ausnahme. In der Mitte liegt die Wahrheit. — Entweder ist die uneheliche Mutter eine Verführte oder eine Verführerin. Ist sie eine Verführte, was durch ein gewissenhaftes Leumundszeugniß von dem rebellionen Pflegschaftsrathe nachgewiesen werden kann, so möge dem göttlichen Gesetze gemäß der Schwangerer zur Ehelichung derselben, oder zu einer ausreichenden Alimentationszumme, um sich mit einem Anderen verehelichen zu können, von etwa 1000 fl. verurtheilt werden. Kann oder will er sie nicht leisten, so soll er sie ehelichen. — Ist sie aber eine Verführerin, welches ebenfalls durch ein gewissenhaftes Leumundszeugniß des treffenden Pflegschaftsrathes hergestellt werden kann; so soll sie mit ihrer Defloration und Alimentations-Klage gerade so gewiesen, und auch so behandelt werden, als angreifende Verführte verurtheilt werden. Eine von einem Ehemann geschwängerte Person, welche dessen Ehestand wußte, wäre auch vom Gerichte nicht blos abzuweisen, sondern auch zu einer angemessenen Strafe zu ziehen. Vorzüglich der Verführerinnen sollte auch der strengsten Verbrechen wieder die Befugniß eingeräumt werden, gegen dieselben mit kanonischen Strafen fürzufahren. Denn seit der Suspension der Kirchenstrafen von Seite der Staatsregierung haben die Kindermorde nicht ab, sondern vielmehr zugenommen, was die Criminal-Untersuchungsakten sattsam nachweisen.

Mancher Verführer wird durch Errichtung von Findelhäusern dem Proletariate seinen Zuwachs und den unehelichen Kindern mehr noch und nach abzuschneiden. Es ist wohl wahr, daß der heil. Vinzenz a Paula die Findelhäuser ins Leben gerufen hat, aber wohlgemerkt — in Frankreich unter dem Könige Ludwig XIV. — Wer die Geschichte Frankreichs unter Ludwig XIV. kennt, wird auch wissen, daß die Findelhäuser besonders jene Kinder aufzunehmen hatten, welche von gewissenlosen Müttern angelegt wurden; um sie vor einem grausamen Tode zu bewahren, und so viel wie möglich für eine gute Erziehung derselben zu sorgen. Die Errichtung von Findelhäusern in Bayern, besonders auf dem Lande, wäre doch noch nicht so tief gesunken ist, wie Frankreich, wurde nur eine Provokation zu noch mehreren unehelichen Geburten werden. Denn die Erfahrung hat gezeigt, daß jene unehelichen Mutter, für deren Kinder gesorgt wurde, und welche sich dann wieder verlangen mußten, um so eher wieder geschwängert zurücklamen; dahingegen Jene, welche sich mit der Ernährung und Erziehung ihrer unehelichen Kinder selbst plagen mußten, sich vor jedem sinnbahren Umgange um so mehr in Acht nahmen. Es ergaben sich nur seltene Ausnahmen in dieser Beziehung. — Es frägt sich nun aber: Wie kann den unehelichen Kindern, die von ihren Muttern gewöhnlich keine gute Erziehung zu erwarten haben, eine bessere Erziehung verschafft werden? — Durch gute Volksschulen. Wohl entsprechen gegenwärtig die Volksschulen nicht immer dem christlichen Prinzipe einer wahrhaft guten Erziehung in religiös-sittlicher Hinsicht, es ist weniger, wenn der Schullehrer diesem Prinzipe nicht huldigen. Eine Besserung der Volksschulen kann aber auch und nach dahurch bewirkt werden, wenn diese allmählig den Schulbrudern und Schulschwestern, wo es möglich ist, übergeben werden. Dann wird auch die Erziehung vom Geiste des Christenthums belebt und getragen werden. Es ist aber auch zur Minderung der unehelichen Geburten, als des faktischen Beweises der immer größer werdenden Demoralisation, woran alle Stände ohne Ausnahme Theil nehmen, durchaus nothwendig, daß Missionen in Städten und auf dem Lande gehalten werden, wie nicht nur einmal, sondern, wenn sie nachhaltig wirken sollen, dahstens nach 5 Jahren in derselben Gegend wiederholt werden. Der Nutzen derselben hat sich durch die ganze Geschichte des Christenthums bewiesen. Ueberhaupt enthindet die Kirche von den Fesseln des Polizeistaates, so räumt sie die ihr zugewiesenen Freiheiten ein und sie wird ihrem Berufe gemäß die göttliche Erlösungsanstalt der Menschheit in jeder Beziehung sein.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 84.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrannhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 252. Würzburg, Montag den 21. Oktober. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 19. Okt. Se. Maj. der König haben unterm 7. Okt. allergnädigst zu genehmigen geruht, daß zu Regensburg eine Filiale der königl. Bank, welche die Benennung „königl. Filialbank Regensburg" zu führen hat, errichtet werde.

Gutta, saepe cadendo, cavat lapidem!

(Durch den stets fallenden Tropfen wird der Stein ausgehöhlt.)

Das ist der Wahlspruch, unter dessen Schutze die demokratische Presse jetzt gegen die Armeen zu Felde zieht. Mit der Anfeuerung zum Ungehorsam, zum Widerstande ist es nicht gethan — der militärische Sinn hat sich instinktartig und voll Abscheu von den verdorbenen Lehren abgewendet, die jene Apostel des Umsturzes gepredigt. Nun soll es auf andere Art versucht werden und wird, wie wir unter allen möglichen Verpflanzungen lesen, in der That täglich versucht. — Man sieht die Armeen, man lobt den Soldatensinn, faßt seine ehrenhaftesten Gefühle wo möglich zum Ausdruck einer That zu fassen, die anfangs mit Judel, sogar von den Gutgesinnten begrüßt, nur zu bald bittere Reue hervorrufen würde! — Für Adressen, für Collectiv-Beschwerden, für laute Meinungskundgebungen in regierungsfeindlichem Sinne, haben die Armeen sich unzugänglich gezeigt. Darum versucht man es mit Anreizung zu Adressen, zu Collectiv-Beschwerden, zu lauten Meinungskundgebungen regierungsfeindlichem Sinne. Man trennt — um den Soldaten zu überreden, ihm die zwar appetitlich kostende, aber der Natur des Soldaten widerstrebende Kost genießbar zu machen, — den Landes- und Kriegsherrn von seiner Regierung. Man sagt ihm: „Die geschworne Treue, von der Du nun einmal nicht lassen willst, magst Du dem Kriegsherrn halten, aber in einem constitutionellen Staate darfst Du Dich gegen Maßregeln der Regierung auflehnen. Das thut der Monarchie, das thut Deiner soldatischen Treue keinen Schaden! Hier ist einer Deiner Generale von dem zeitigen Ministerium ungerecht behandelt worden, — dort verletzt ein verhaßter Minister irgend eine papierne Clausel, — spricht Dich aus, lege Deinen Wunsch mit in die Wagschale, Du darfst es, dem eigentlich fordert es Deinen höchsten Herrn, eigentlich erhält Die Deine Adresse den geliebten General, eigentlich verhilft Deine laute Meinung der guten Sache zum Siege. — Daß aber der Wunsch des Soldaten auch dieknal eine Drohung ist, das sagen sie ihm nicht! — Natürlich! — Ist von der verführerischen Speise nur erst gekostet worden, der Wunsch nach mehr wird sich dann schon einstellen. Darauf rechnen jene, weil ihnen kein Mittel zu schlecht ist! — Das ist klug berechnet und eben deßhalb um so verderber — und weil verdbe — auch um so gefährlicher! — Gegen Soldaten eine Revolution zu machen, das geht nicht, so lange die Führer den Kopf nicht verlieren. Die Herren der Londoner Genfer, und Brüsseler Comites und des Congresses auf Jersey sind endlich so weit, das zugestehen zu müssen und gestehen es wirklich zu, wenn nicht alle Mittheilungen von dort her lügen. — Wie wäre es aber, wenn wir mit den Soldaten Revolution machten? Das geht vielleicht! Nur müssen wir anfangs leise auftreten, wir müssen für das Soldatenthum, für die vollbrachten Thaten, für Mitterlichkeit und Ehrenhaftigkeit, für Treue und blinden Gehorsam schwärmen, müssen ihm sagen: Wie, Ihr, die Ihr Alles gemacht, die Ihr die wankenden Throne gestützt, die Ihr die Revolution besiegt, Euch will man reduciren? Euch will man Euere beliebtesten Generale nehmen? Euch will man mißhandeln, um in einem ganz friedlichen, ganz passiven Verfassungsstreit mit eisernem Fustritt die Saat des Rechtes zu zertreten? Wer das gethan, was Euch das Vaterland dankt, wer hat ein Recht auf bescheidene Dankbarkeit und der kann wagrlich mitreden, wo Ungerechtigkeiten begangen werden sollen! — Wäre nur erst eine Adresse aus der Armee für irgend etwas, oder für irgend jemand erreicht, dann ließe sich schon weiter arbeiten. Die Adresse gegen irgend jemand und gegen irgend etwas würde nicht lange auf sich warten lassen! — Nicht der Tadel, nicht das Begehren der Soldaten von Seiten der Demokraten war gefährlich. So lange es bei Worten blieb — drehte man dem gefeierten Demokraten den Rücken; — wollte er zur That schreiten, schlug man ihn todt! — Aber das Lob, oder die Ermahnung, oder die Empfehlung ansscheinend ehrenhaften Thuns ist gefährlich, und in diese Phase des demokratischen Insultirr-Prosesses sind wir eingetreten, wenn die Zeichen der Zeit nicht trügen. — Wir wollen vor der Hand nicht auf die einzelnen Erscheinungen eingehen. An Andeutungen haben wir es nicht fehlen lassen, sobald sie deutlich in dieser neuen Gestalt zeigt. Aber wachen wollen wir, daß wir uns von dem tonlos und gleichformig fallenden Tropfen nicht einschläfern lassen und den Stein für zu fest halten, als daß der anschmenb so ohnmächtige Tropfen eine Wirkung auf ihn haben konnte. Der Stein ist zwar im Fener geglüht u. im Eis nachtlicher Einsamkeit gehärtet, — Stahl springt ohnmächtig von ihm ab u. Pulver sprengt ihn nicht — aber:

Gutta, saepe cadendo, cavat lapidem!

Deutschland.

München, 18. Okt. Nach der heute getroffenen Verfügung marschiren vorläufig keine Truppen in Kurhessen ein. Es wurden nämlich als Stabsquartier-Orte bestimmt: Aschaffenburg, Würzburg, Bamberg und Schweinfurt. Dem Kommandirenden, Fürst von Thurn und Taxis, welcher seinen Sitz in Würzburg zu nehmen hat, bleibt die Distolation der Truppen überlassen. Vom 1. Armeekorps haben 8 Bataillone, und zwar vom 1., 3., 11. und 15. Infanterie-Regiment je zwei, und acht Eskadronen, und zwar vom 1. und 5. Kuirassier-Regiment je vier, sodann noch drei Batterien Artillerie Marschbereitschaft erhalten. Die vier Eskadronen des hiesigen Kuirassier-Regiments marschiren am Montag den 21. ds., mit möglichster Benützung der Eisenbahn, nach Bamberg ab; jene in Landshut garnisonirenden vier Eskadronen folgen. Die Garnison Fürstenfeldbruck hat in München, und die Garnison Landsberg in Neuburg a. D. eingerücken. Der Ausmarsch der Inf.-Bat. hat zu erfolgen, wenn die Stärke der Kompagnien auf 100 Mann durch die Einrückenden angewachsen ist. — Nach einem Korrespondenzartikel der „Allg. Ztg." aus München wäre zur Marschbereitschaft im Ganzen an 22 bis 24 Bataillone ergangen, denen die entsprechende Zahl Reiterei zur Seite stehen wird. Diese Truppen, verbunden mit den königl. sächsischen, sollen im nöthigen Fall zum Einschreiten in Kurhessen bestimmt sein.

Heidelberg, 12. Okt. In die Reihe der Anstalten und Vereine mit dem schönen Zweck, Arme zu unterstützen, ist zu dem Sparvereine noch ein neuer gekommen. Wir meinen den von hiesigen Jungfrauen gestifteten Federsterger Kreuzerverein. An der Spitze stehen 10 Oberfammlerinnen. Diese verpflichten sich, wöchentlich je einen Kreuzer zu geben und sich ferner 10 Sammlerinnen zu wählen, von welchen ebenfalls jede wöchentlich einen Kreuzer gibt. Jede von diesen übernimmt es, wiederum 10 Personen auf die gleiche Weise zu gewinnen. Der Zweck ist Unterstützung der hiesigen Armen für die Bedürfnisse des Winters. Den Statuten gemäß wurde nach Ablauf von 6 Monaten am 11. d. M. Rechnung abgelegt und über die Verwendung des eingezagenen Geldes verfügt. Die Einnahme betrug 333 fl.

△ Karlsruhe, 18. Okt. Nach einem Privatschreiben aus Basel, dauern in der ganzen Schweiz die Werbungen für Neapel nach wie vor fort und werden namentlich auch viele badische Flüchtlinge gewonnen. — Auf dem Balle der zur Vorfeier des Geburtsfestes Sr. Maj. des Königs von Preußen auf Veranstaltung der Offiziere hiesiger kgl. preuß. Garnison im Museum stattgefunden, machte eine Aeußerung eines unserer höchsten Staatsbeamten in dem Kreise an den solche gerichtet, einen freudigen Eindruck. Zu einem Gespräche über unsere gegenwärtigen badisch-vaterländischen Verhältnisse nemlich bemerkte derselbe, daß seinem Ermessen nach unsere Regierung wieder auf eigenen Füßen stehen werde". Mit diesen Worten mag wohl das Gerücht von Verlegung des preußischen Hauptquartiers von hier nach Freiburg, und von gemeinschaftlicher Besetzung unseres Landes durch preußische und badische Truppen in Verbindung stehen, wonach eine in das Oberland von Rastatt aufwärts und eine in das Unterland von Rastatt abwärts zu stehen kamen. Hierher wurden mit Anfang des nächsten Monats 2 Bataillone Badener kommen. — Die neueste Nummer des großh. Regierungsblatts enthält eine Ministerialverfügung, die Aufsenvorstellungen und Bittgesuche betreffend. — In der Sitzung der ersten Kammer kündigte der Abgeordnete Geh. Rath v. Hirscher eine Interpellation an die Regierung über den gegenwärtigen Stand der Kirchenfrage an. Man ist sehr gespannt darauf.

* Aus Baden, 19. Okt. Der Abmarsch einiger tausend Mann der im Großherzogthum Baden liegenden 1. preuß. Truppen wird nun nächster Tage stattfinden. Es werden dafür badische Truppen an ihre Stelle treten. Während diese Nachricht nun allenthalben einen ziemlich günstigen Eindruck machte, kam bald nachher die Verord-

nung, wornach der Kriegszustand im Lande auf weitere vier Wochen verlangert wird und zerstörte die Hoffnung, nun endlich wieder einen erträglichen Zustand im Lande anbahnen zu sehen. Daß man unter dem Kriegszustande bei uns sehr leicht, kommen sie sich herein und ich will nur folgende zwei Beispiele anführen: In F. wurde eine junge Dame verhaftet und in das Gefängniß abgeführt weil sie die Melodie eines Freiheitsliedes in ihrem eigenen Zimmer bei offenem Fenster sang. Ein junger Mann von adeliger Familie erhielt von einem preußischen Unteroffiziere auf der Straße eine Ohrfeige weil er das Lied: „Gott erhalte Franz den Kaiser“ sang. Diese Thatsachen sind so sprechend, daß ich mich füglich jeder weitern Bemerkung enthalten kann. — Prinz Friedrich, aus Bregenz wieder in Karlsruhe eingetroffen, sucht vorzuwerben allein seinen Einfluß aufzubieten, um den Großherzog zu Einschlagung einer andern Politik zu bewegen, was ihm auch noch und auch zu gelingen scheint, denn bereits vernimmt man Thatsachen, welche hoffen lassen, das jetzige Ministerium Marschall-Stüber werde dadurch einem andern Platz machen. — Ferdorf von Blittersdorf war gestern in Karlsruhe und hatte Audienz bei Sr. k. k. Hoheit dem Großherzog. — Herr von Ahlens ist von seiner diplomatischen Privatmission aus Wien wieder zurückgekehrt. — Herr von Andlaw ist aus Linz wieder in Karlsruhe eingetroffen. — Die Verurtheilungen wegen Theilnahme am Hochverrath dauern fort. Fast kein Tag vergeht, wo uns nicht die Blätter ganze Listen bringen.

Stuttgart, 17. Okt. Fürst Konstantin v. Waldburg-Zeil-Trauchburg, wegen Beleidigung der Staatsregierung zu zumonatlicher, auf der Festung zu erstehender Kreisgefängnißstrafe verurtheilt, hat sich in einer Eingabe an S. Maj. den König gewandt, in welcher er erklärt, seine Wähler können versichert sein, daß in seinem landständischen Beruf nicht Hohn und Spott nach beendigtem Landtag seine Strafe antreten lasse, und zugleich bittet, daß der Antritt der Strafe erst mit dem 1. Nov. zu erfolgen habe. S. Maj. der König soll auch bereits heute seine Entscheidung dahin abgegeben haben, daß der Fürst seine Strafe bewilige, übrigens von der neuen gesetzen Erwartungen der Deutscher Wähler Umgang nehme. Endlich soll bereits das Kriminalurtheil von diesem höchsten Gnadenakt in Kenntniß gesetzt sein mit dem Auftrag, dafür zu sorgen, daß der Fürst mit dem 1. Nov. d. J. seine Strafe antrete.

Aus Rheinhessen, 16. Okt. Ein schwerer Beweis, daß die demokratische Partei in unserm Lande, welche bisher unbedingt dem Particularismus sich zuneigte und jeden Anschluß an Oesterreich wie an Preußen lebhaft bekämpfte, die Republik als verloren betrachtet, liegt unstreitig darin, daß zwei Organe dieser Partei, der „Hessische Volksfreund“ und das „Mainzer Tagblatt“ wieder wie beide in dieser Sache für gut unterrichtet halten müssen, jetzt übereinstimmend den Anschluß an Preußen predigen. Hochst auffallend ist aber diese Sprache, wenn man sich erinnert, wie vor noch nicht langer Zeit diese beiden Blätter wetteiferten, ihre Gesinnungsgenossen herabzusetzen; und daß sie jetzt für Preußen stimmen, wo das Unionsparlament fast als ausgegeben betrachtet werden kann, während sie daselbst lästerten, als für Erfurt gewählt wurde. Es sind dies Zeichen der Zeit, welche uns so mehr der Beachtung werth sind, als man anzunehmen berechtigt ist, daß die Demokraten wissen, was sie erstreben. Nicht minder beachtungswerth erscheint uns der Umstand, daß die Organe der Demokratie seit der Vorgänge in Kurhessen sich weit glimpflicher über die Gothaer aussprechen, als dies früher geschah, wo sie namentlich die Führer dieser Partei auf jede Weise herabzusetzen und zu beschimpfen sich abmühten. Es sind dies jedenfalls Momente, welche bei der Lage der Verhältnisse Aufmerksamkeit erregen müssen. (A. D. Z.)

Wien, 15. Daß die fortwährenden Besetzung Hamburgs durch preußische Truppen Gegenstand einer protestirenden Note der österreichischen Regierung an das Berliner Cabinet geworden ist, darf als zuverlässig angesehen werden. Es wird allerdings darin anerkannt, daß der der preußischen Waffenehre dort widerfahrene Schimpf eine vollständige Genugthuung verlangt habe, und daher gegen den eigentlichen Act der Occupation keine Einsprache erhoben, wohl aber gegen die Fortdauer derselben, welche bereits ein ganzes Jahr überschleppt und allen Anschein hat, sich in eine bleibende Besatzung zu verwandeln. Dazu kommt, daß der Hamburger Senat in seiner Weise die Intervention nachgesucht hat, noch weniger sie hermalen verlangt; denn aus dem Umstande, daß er als der Schwache schweigt und ruhig das Recht des Starkeren hinnimmt, kann doch nicht auf seine Zustimmung gefolgert werden. Im Gegentheil liegen dringende Motive vor, daß die Hansestadt an der Ehre ihr selbstständiges, unabhängiges Regiment lebendig zurückwünscht. Preußen sollte schon darum so gerechtem Begehren willfahren, um zu beweisen, daß Hamburge Verbrieben bei der Union ein durchaus freiwilliges, selbst von dem Scheine eines Zwangs entferntes sei. Herr v. Graffen, der hanseatische Geschäftsträger am kaiserlichen Hofe, hat in letzter Zeit mehrfache Conferenzen mit dem Fürsten Schwarzenberg gehabt. (L. Z.)

Wien, 16, Okt. Es lösen sich in Kurhessen auch die letzten Bande der Staatsordnung. Das gesammte Offizierkorps hat den Gehorsam gekündigt, und den Abschied nachgesucht, und die Unterofficiere haben sich verbunden, kein Offizierpatent anzunehmen. „Verfassungstreue“ Verlobung erreicht ihren Zweck; es steht allein, die Regierung ist hilflos. Das ist die faule Frucht der schlechten Saat, das ist der der Segen der Beeidigung des Militärs auf eine Verfassung, mit der ein Richterkollegium den Fingern beherrschen, und die Regierung lähmen kann. — Wir wissen noch nicht, ob man in Olmützmoskau durch dieses unerhörte Ereignis zur Gehorsamsaufmahnung seitens des Offizierkorps zum Nachgehen sich entschließen wird, oder ob man vorwarts, d. h. zur Auflösung der Armee schreiten wird, denn für beide Ansichten sollen in der Umgebung des Kurfürsten Stimmen sich erheben. Aber das wissen wir, daß diese Auflösung in jedem monarchischen Staat eine Abnormität ist, und daß in Kurhessen entweder die Monarchie oder die Verfassung fallen muß. — Das leuchtet klar in die Augen, wenn man die gegenwärtigen Zustände in Hessen-Darmstadt mit denen in Hessen-Kassel vergleicht. In Darmstadt ist die Regierung weiter gegangen als in Kassel, und doch ist in seinem Gebiete, seiner Verwaltung, seiner Militärherrschaft eingefallen, der Regierung in ihren Maßregeln für die saluus publica hindernd in den Weg zu treten. In Darmstadt ist die Verfassung nicht, wie in Kassel, für ein goldenes Zeitalter und für Engelmenschen berechnet. Die Gewalt ist vollkommen in der Regierung zusammen und sie ist dafür verantwortlich. In diesem Sinne ist eine konstitutionelle Staatsform möglich. In Kurhessen ist der Beamte ein Autokrat, der Minister ist Sklave der Bureaukratie, der Fürst theilt nicht die Gewalt mit dem Volk, sondern das Volk wiegt ihm soviel Gewalt zu, als es fur nöthig befindet; die reaktionäre Herrschaft ist für den Verfassungsmeineide und die Offiziere. Das ist die gepriesene kurhessische Verfassung. — Wie ist da zu helfen? Wir fürchten nicht anders, als auf dem Wege, auf welchem Hannover von seinem Staatsgrundgesetz befreit wurde. Der Thronfolger hat glücklicherweise diese kurhessische Verfassung nicht beschworen und seine Gewalt für ihn gezogen Kurfürsten ein Regiment viel Verfuhrerisches haben, da ihn von der Laune seiner Beamten abhängig macht. (D. C.)

Linz, 11. Okt. Wir haben aus der Zeit der Missionsfeier noch etwas nachzuholen, was zur Charakteristik gehört. Kaum hatten die von der glaubigen Gemeinde berufenen ehrwürdigen Väter ihr Werk begonnen, so errichtete auswerk der Pfarrkirche, bloß durch eine Hauserreihe getrennt, ganz unmittelbar vor den Fenstern des Pfarrhofes, wo die Missionäre logierten, — ein Seiltänzer mit seiner Bande ein Gerüst, auf welchem tagtäglich gespielt wurde. Ob der Zufall diesen Menschen nach Linz geführt, oder ob die hohere Hand sie für „Gebildeten,“ damit auch diese etwas für sich haben, denselben bestellt ersuhr man nicht genauer. Es genügt zu wissen, daß das Landvolk, auf welches möglicherweise die Spekulation hatte abgesehen sein können, keine Notiz von dem Gaukler genommen hat, so daß der arme Teufel dießmal wirklich sehr arm und verlassen zugesehen hat. Also ein Zufall oder Vorsehung hier sein Ziel verfehlte, dagegen die katholische Kirche mit Füßen getreten habe, ist unerörtert geblieben, sintemalen auch die Polizei sich mit solchen Kleinigkeiten nicht mehr zu befassen hat — und ein Fremder aus einem zweiten Erdteil selbst sich hinreichend zu orientiren im Stande sein konnte. Die Gesinnungstüchtigkeit und Sinnesbildung sollte nämlich noch großartiger manifestirt werden, und zwar auf eine Weise, die jede Frage nach dem Zweck noch überflüssiger machte. Was meint man, was für ein Stück ersten Abend der Versammlung des Katholiken-Vereins Deutschlands in Ling im k. k. Theater aufgeführt worden sei? Was sagt ihr dazu? Den Gegen erwahnt: „Keine Jesuiten mehr.“ Ja wahrhaftig, dieses elende Bretterstück, wie gemacht zur Schande einer besseren Bühne, wurde auserlesen als das Vorzüglichste, was die Komödianten zur Befriedigung ihres Publikums an diesem Abend mit Hilfe des Soufleurs (im Vorbeigehen gesagt — eine Person mit heiserer Lunge) obsiegen mußten. Das Gebrüll des Komödianten, recht wahr! Aber zur Ehre der Linzer sei es gesagt, daß der Tempel der modernen Bildung sehr leer war, was in der That auf einen besseren Geschmack der Ausgebildeneren schließen läßt. Man sagte auch, die Auswahl dieses Stückes sei vielleicht einer Laune der Jugend zu danken, der Amtsgehilfen eines hiesigen Advokaten, welch letzterer ersterwähnten Hauptes zuzuschreiben, als einer boshaften Absichtlichkeit. Darin sind Viele mit uns übereinstimmend, daß die Schaubühne in den Städten wesentlich viel zu der bei einer großen Klasse der Städter herrschenden Verbauten- und Gemüthsverwilderung beigetragen hat, und wir hoffen trotz alle dem, man werde sie in neuerer Zeit in Frankreich erschienenen Theatergesetze auch der Nachahmung werth finden, nachdem man schon so vieles tief Eingreifende von dort zu kopiren fur gut gefunden hat. Was nützt aller Jugendunterricht, was nützen alle fortgesetzten Bemühungen der Religionslehrer, wenn der verschwerische Ton der Bühne ungefehrt das Entgegengesetzte lehren darf, insbesondere durch Verbreitung und Anschmückung jener Tageslügen, womit die Geschichte von den Theaterdichtern so schändlich entstellt wird, um alles dasjenige mit einem gehässigen Schleier zu überziehen, was der menschlichen Gesellschaft nicht folgt. Gibt es noch Hunderte und Hunderte, welche unbedingt den Komödianten Glauben schenken, weil die Thoren glauben, man dürfte Das und Jenes auf der Bühne nicht sagen, wenn es nicht wahr wäre. Thoren, die nicht wissen, daß eben die Phantasie dort Platz genommen hat, und nicht die Geschichte.

Berlin, 13. Okt. Die Ungewißheit aller Verhältnisse dauert hier, ganz wie bisher, fort: und wo möglich wird sie täglich noch größer. Mit vornehmer Miene theilen neulich einige Blätter die Nachricht mit, Lord Palmerston sei mit der bisherigen Auffassung der kurhessischen Verhältnisse durchaus einverstanden: es kann also kein Zweifel sein. Preußen hat es nach dem Vorbilde jenes „liberalen“ Diplomaten darauf verstanden, einen Mittelweg aufzufinden, auf dem es sich den Schein des liberalismus bewahrt, und doch nicht in die Gefahr kommt, ihn bethätigen zu müssen. Darauf weist auch die Haltung der ministeriellen „Preußischen Reform“ und Konstitutionellen Correspondenz“ hin. Aber was Preußen denn schließlich thun wird, darüber wissen wir nach allen offiziellen Ergussen in Noten und Zeitungsartikeln nicht das

Mindeste. Es scheint vielmehr das Eine festzustehen, daß man in den maßgebenden Kreisen selbst nicht weiß, wie man sich aus der übler Lage heraushelfen soll, in die man mit seinen hochtönenden Redensarten ganz muthwillig gerathen hat. Nur nicht handeln! — Das ist der Wahlspruch dieser täglich mehr an Haft verlierenden Regierung. — Nach Außen hat Preußen durch seine Halbheit nach allen Seiten hin so gut wie allen Einfluß verloren: im Innern die Misstimmung, welche noch eine bestimmte, in ihrer Art feste und energische Politik verfolgen, binnen Kurzem von Hrn. v. Radowitz verdrängt werden. Für diesen spricht man selbst unter den Anhängern des Hrn. v. Manteuffel von solgender Zusammensetzung des neuen Ministeriums: Hr. v. Radowitz, Premier-Minister; Hr. v. Sydow (der jetzige Unterstaats-Sekretär): Auswärtiges; Mathis: Inneres; Auguß von der Heydt: Finanzministes; sein Bruder Daniel von der Heydt: Handelsminister; Wrangel: Kriegsminister; Ladenbergs und Simons werden bleiben.

Berlin, 16. Oct. Die „N. Pr. Z." enthält Folgendes: Das Schreiben des Ministers von Radowitz an das kurhessische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ist sämmtlichen preußischen Gesandtschaften mittelst Circulars vom 27. Sept. mitgetheilt und unter Zurückweisung desselben bemerkt worden: Preußen habe vorgemieden und werde es vermeiden, über die Fragen des innern hessischen Staatsrechts in Bezug auf das dortige Zerwürfniß abzusprechen. Aber es könne die Augen nicht verschließen für die weit über die Grenzen des Kurstaates hinausgehende Bedeutung dieser Zwistigkeiten. Man habe deßhalb zunächst der kurhessischen Regierung dringendes Wunsch ausgesprochen, daß sie den durch die Landesverfassung selbst dargebotenen Weg compromissirischer Entscheidung gehen und so ihrer Autorität eine neue Grundlage gewinnen, von Deutschland aber große Gefahren abwenden möge. Als die kurhessische Regierung die Frankfurter Bundesversammlung um ihre Dazwischenkunft angegangen, habe Preußen es aufsuchen müssen, daß es die Beschlüsse der Versammlung nicht anerkennen werde, und sich demselben gegenüber alle weitere Entschließungen vorbehalten müsse. Nachdem nunmehr mittelst förmlicher Verordnung ein sogenannter Bundesbeschluß publicirt worden sei, habe Preußen seine obige Erklärung auf diesen Vorgang in unzweideutiger Weise anzuwenden. Da es das unberechtigte Einschreiten einer von Preußen nicht anerkannten Autorität in einem zwischen den beiden Theilen des letztern bestehenden und mit den preußischen Landen in den nächsten und wichtigsten Beziehungen bestehenden Lande nicht zuzugeben vermöge, so habe es gegen die kurhessische Regierung seine Nichtanerkennung jenes vermeintlichen Bundesbeschlusses ausgesprochen und auch seinerseits sich andrerseits alle weitere Schritte vorbehalten, durch seine Pflicht gebotene Entschließungen vorbehalten müssen. In gleicher Weise werde Preußen bei dem weitern Fortgang der Sache den Schritten von der andern Seite seine Schritte hindernd entgegenstellen. Es gäbt die Hoffnung nicht auf, hierdurch noch zu rechter Zeit die Anrufung der Frankfurter Versammlung folgenden Gefahren abzuwenden. „Gleichzeitig theilt es am Schluß mit den oben erwähnten Schritten bei der kurfürstlichen Regierung haben wir und gegenüber dem kaiserlichen Cabinete bemüht, auch an dem Verlauf dieser Angelegenheit auf neue die unabweisliche Nothwendigkeit hervorgehoben, daß über Fragen solcher Art eine Verständigung zwischen allen deutschen Regierungen herbeigeführt werden müsse, statt für die Vertreter eines Theils dieser Regierungen die Rechte des aufgelassen Bundestags in Anspruch zu nehmen. Wir werden nicht aufhören, hierauf hinzuwirken. Es kann übrigens niemantem mehr als uns am Herzen liegen, daß die kurhessische Sache, in welcher den bisherigen Maßregeln der Regierung nicht bloß revolutionäre Parteien, sondern die conservativsten Männer des Landes, die bewährtesten Diener des Kurfürsten, in der Ueberzeugung, hierdurch ihrer Pflicht nachzukommen, gegenüberstehen, nicht zu einer dauernden Erschütterung der einzigen sichern Autorität und der Sicherheit in Deutschland gereiche. Dessbalb widersprechen wir einer Verfahrungsweise, welche das Uebel nur steigern kann und in ihren weitern Folgen und selbst der Mittel berauben würde, die Revolution siegreich zu bekämpfen."

Vermischte Nachrichten.

Daß der Zuschauer lügt, ist eine alte Geschichte und darüber nicht weiter mit Demokraten zu streiten. Daß aber auch Demokraten, und noch dazu solche, wie Diktator Goegg und der Pfaffische Assisen-Revisor d'Ester, in den Verdacht der Unwahrheit kommen können, das ist neu. Wir wurden's gar nicht glauben, wir es nicht eine demokratische Autorität wie Franz Raveaux, der es ergählt. In seinen Mittheilungen über die badische Revolution" ergählt dieser Ex-Regent des deutschen Reiches Seite 123. — „Ein Assisenburger, welcher sich in unserem Gasthofe befand, ergählte uns: wie Microslawski zu Preußen von allen Seiten umzingelt habe, es würde kein Mann mit dem Leben davon kommen u. s. w. Auf die Frage, wer ihm dies mitgetheilt habe, antwortete er: der Diktator Goegg. Einer der Anwesenden bemerkte ihm, wenn Goegg es ihm ergählt habe, so möge er es nicht weiter ergählen, denn es sei unwahr." (Ein Diktator, ein deutscher Diktator, und lügen! Vielleicht gar Tendenzlügen!) „Der Assisenburger konnte Anfangs vor Erstaunen darüber, daß ein Goegg lüge, kaum weiter sprechen, fuhr aber dann fort, absliche Mittheilungen zu machen. Unter Anderen sagte er: er wisse aus dem Munde des Finanzministers Hemsich, daß noch über eine Million Gulden in Kasse sein. Auch hieraus wurde ihm derselbe Rath ertheilt, indem die Anwesenden sämmtlich von der Unwahrheit dieser Angaben überzeugt waren. Als im Verlauf des Gespräche die Rede auf Trützschler kam, und Niemand gehört haben wollten, Trützschler sei in Mannheim gefangen genommen und den Preußen übertiefert worden, äußerte der Assisenburger: er könne hierüber ganz bestimmt zuverlässige Mittheilungen machen, da ihm d'Ester gesagt habe, Trützschler sei wohlbehalten in Rastatt angekommen. Auch hieraus entnehme ihm ein Anwesender: Wenn d'Ester dies gesagt habe, so sei es ganz bestimmt gelogen. Der Assisenburger war hierauf wie aus den Wolken gefallen und fragte ganz betroffen: „„Meine Herren, wem soll man denn noch glauben, wenn man von solchen Herren belogen wird?"" — „„Keinem!"", war die einstimmige Antwort. Er wurde hierüber so ungehalten, daß er sich sogleich zur Abreise entschloß, und wir gaben ihm den guten Rath mit auf die Reise, nichts zu erzählen, was er nicht mit eigenen Augen gesehen habe." So ergählte Franz Raveaux in seinen Memoiren und man muß gestehen: es ist starker Tabak, an dem der ehemalige Cigarren-Handler und spätere Reichsregent seine demokratischen Gesinnungsgenossen und namentlich seinen Kölner Landsmann d'Ester riechen läßt. „Wenn d'Ester dies gesagt habe, so sei es ganz bestimmt gelogen!" Schlechter Kredit für einen Kassen-Revisor!

Neuestes.

Würzburg, 21. Oct. General v. Schmalz wird dieser Tage hier eintreffen und das Commando über das 2. Armeecorps übernehmen. — Heute Vormittag verließ uns die noch hier gemeinsirende halbe Batterie des 3. Artillerie-Reg. um sich der halben Batterie desselben Regiments, welche vor einigen Wochen in Aschaffenburg in Garnison rückte, anzuschließen. — Heute früh ist Generallieutenant v. Tombaare nach seinem Stabsquartier Aschaffenburg abgereist. — In einigen Tagen wird eine Escadron Chevauxlegers in Garnison hier einrücken. — Das 1. Bataillon des hiesigen 9. Regiments wird übermorgen seinen Marsch nach Bamberg über Dettelbach antreten. — Die Frau Freiherr Wolfgang wird heute eine Comp. des hiesigen Artillerie-Regiments verstärkt und die Mannschaft unter dem Commando des Hauptmanns Jalobi marzirt daher aufbrechen. — Vorgestern wurden die ersten telegraphischen Depeschen von Aschaffenburg nach München befördert.

Aus Frankfurt, 12. Oct. wird dem „Oesterr. Corr." folgendes Erfreuliche in Betreff der neuen Phase, welche am 15. Oct. der Union bevorsteht, geschrieben: Die Union wird abermals einen Schritt näher zu ihrem Grabe gebracht werden, wenn ihr auch ein friedlicher Tod auch nicht beschieden ist. Alle Nachrichten, die wir erhalten, stimmen darin überein, daß weder ein Directorium, noch das bisherige Provisorium beliebt ist, sondern eine blaße Allianz ohne jede parlamentarische Zuthat, und von der ursprünglichen Union soll nur die Idee gewahrt werden. Wenn dieses wirklich der Fall ist, so wird auch einmal das Räthsel klar, wie es möglich gewesen, daß Hr. v. Radowitz mit Hrn. v. Manteuffel sich zu einem und demselben Ministerium bestelligen konnte, da doch vor der Ernennung des Hrn. v. Radowitz beider Staatsmänner Ansichten über die Zukunft der Union himmelweit auseinander gingen. Es wird also in diesem Falle klar, daß sich Gotha über die Erscheinung des Hrn. v. Radowitz eher zu betrüben, als zu freuen habe. Eine Union, die zu einer Allianz zusammenschrumpft, hat für den weitern Bund nichts Beruhigliches mehr, und findet man nur erst die rechte Formel zur Verständigung, so wird die materielle Verständigung von nun an ein Leichtes sein.

Wegen der Anweisung von Rohmer enthält das „Deutsche Volksblatt" eine gehrängte Ueberssicht, welche wir unsern Lesern zur Verständigung nicht vorenthalten zu können glauben, um so mehr, da sämmtliche Blätter von Rohmers-Farbe sich beeidigthen lassen, zu berichten, die Anfregung darüber sei maßlos, etwas maßlos übertrieben ist. Herr Rohmer ist nebenbei bemerkt durch seine Ueberspanntheit und die hohe Meinung, welche er von sich hegt — strebe er doch sogar nach einer Ministerstelle — hinlänglich bekannt, aber daß seine Anhänger die vom Hanstein empfundene Aufregung für sich theilen, ist Stimmung der Agenten ausgeben, grenzt an Narrheit. — Der Correspondent eines Blattes, das feinerlei Art von offiziellen Charakter hat, der „Neuesten Münch. Nachrichten", sieht in den kurhessischen Wirren ein trauriges Zeichen der im Volke gefunkenen Moralität, wenn Verstehern angestellter Beamten der revolutionären Presspagande, indem sie durch ein Verfassungsparagraphen sich zu decken suchen. Es sei Pflicht, derartigen Plänen nachdrücklich zu begegnen. Diese Intervention sei geboten durch das annoch geltende Bundesrecht, das der Bundestag wahren werde. Diese Klugdenungen Bundesfeindlicher zu schenken, herrscht — selbst alle „Bayern von Ehre" (!) dringend auf; „der Clmfland, daß bei den sonst aberhandnehmenden Confiskationen dieser Artikel confiscirt worden ist, genügt, um ihnen die ernsteste Bedeutung zu geben. Es ist Gefahr im Verzug. Unsere theuersten Güter sind bedroht, wenn sie nicht gewahrt, in dieser Artikel anstruirt, nicht vom Ministerium verlangt werden." So spricht ein nüchterner Mensch, der das Jahr 1850 und seine eigene Bedeutung begriffen hat, u. der da weiß, was man der öffentlichen Ruhe schuldig ist. Rohmer hat also sich wieder einmal lächerlich gemacht; die Anweisung enthält darum viel zu viel Ehre.

Wiesbaden, 18. Oct. Dem Vernehmen nach ist vorgestern ein höherer preußischer Stabsoffizier hier eingetroffen, um mit dem Ministerium auf Grund der noch zu Recht bestehenden Stapponver-

Digitized by Google

träge in Unterhandlungen wegen Einquartierung einer preußischen Truppenabtheilung nach Weilburg zu treten. (N. A. Z.)

Kassel, 17. Okt. Wenn die Verhältnisse hier nicht so ernster Natur wären, so hatte man Gelegenheit oft nach Herzenslust zu lachen. So wird erzählt, der Abgeordnete v. Schenk sei eines Tages die Königsstraße entlang gegangen und als er sich umgesehen, sei ihm ein Offizier von Kurfürst-Husaren auf dem Fuße gefolgt. Schenk hätte hierauf seine Schritte verdoppelt und als er abermals rückwärts blickte, ja seinem Schreck wahrgenommen, daß auch der Offizier ein Gleiches gethan. Der Abgeordnete, so wird erzählt, glaubend, als es sei auf ihn abgesehen, fangt nun im Sturmschritt zu laufen an und erreicht auf diese Art das Ständehaus; doch wie groß ist sein Schreck, auch der Offizier befindet sich wieder in seiner Nähe. Schenk reißt an der Glocke des Portals und rutt: schnell aufgemacht! aufgemacht! und nach wenig Augenblicken befindet sich der Aengstigte im Innern des Ständehauses und stellt erwattet auf den Portierssteel mit der Einbildung, es sei auf seine Verhaftung abgesehen. — Sie können aus diesem Vorfall ersehen, welchen Muth diese Herren vom Ausschuß besitzen! (K. Z.)

Wien, 12. Okt. Die bis zur Einberufung beurlaubten Mannschaften und Unteroffiziere des in Böhmen dislocirten Armeecorps haben den Befehl zur Einrückung erhalten.

Wien, 16. Okt. Nachmittags 3 Uhr. Bayerbrazzy, der Verfasser der „Bekenntnisse eines Soldaten", ist vom Hofgager zu Innsbruck entlassen worden. (T. C.B.)

Wir hören mehrfach Besremden darüber, daß in allen Kriegsberichten aus Schleswig-Holstein niemals des „Ereisten der Esten" (Gagern) beklinglt wird. Zur Aufklärung die Notiz, daß der gedachte Stabs-Major sich einer besondern Bewaffnung erfreut: „sein Degen hat nämlich zwar einen kühnen Griff aber keine Klinge."

Berlin, 18. Okt. Der zunächst den Ammern vorzulegende Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Minister ist, wie wir vernehmen, nunmehr das Stadium der Berathung im Staatsministerium vollständig durchlaufen. Derselbe enthält in drei Abschnitten die Bestimmungen über die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Minister und die Strafen, dann über das Verfahren in den Kammern bei Anklagen gegen die Minister und endlich über das gerichtliche Verfahren vor dem Oberribunal. Das Ganze umfaßt 34 §§. (C. C.)

Berlin, 19. Okt. Der König von Preußen hat unter dem heutigen dem Ministerpräsidenten Graf von Brandenburg und Genera l v. Wrangel den schwarzen Adlerorden verliehen.

C Paris, 16. Okt. Welche Folgen die Unterrichtsfreiheit in Frankreich hat, kann aus folgender, sehr erfreulichen Mittheilung ersehen werden. Die Jesuiten haben in kurzer Zeit allein in den Provinzen, Paris nicht gerechnet, 29 Collegien und 5 Seminare errichtet, werden also bei fortgesetzter Thätigkeit bald den Unterricht größtentheils in Händen haben. Diese Collegien und Seminare sind in folgenden Städten: Collegien: 1 in Arles, 1 in Tarascon, 2 in Angers, 1 in Arras, 1 in St.Etienne, 2 in Orthez, 1 in Sennis, 2 in Besançon, 1 in Bordeaux, 1 in Roubaix, 1 in Vaillaul, 1 in Valenciennes, 1 in Soissonnes, 1 in Draguignan, 1 in Brignolles, 1 in Nantes, 1 in Pignelin, 1 in Nimes, 1 in Poitiers, 1 in Rennes, 1 in Redon, 2 in Saint-Brieuz, 1 in Toulouse, 2 in Bannes; Seminare: 1 in Carcassonne, 1 in Dijon, 1 in Marseille, 1 in Corbigny, 1 in Brives, 1 in Sarlat, 1 in Saint-Flor, 1 in Montmorillon.

T. D. Paris, 18. Okt. Die Permanenzkommission der gesetzgebenden Versammlung gibt zu Protokoll, daß über das Ministerium Tabet auszusprechen sei, wegen der Anfnahme des bekannten Artikels des „Konstitutionell" in den „Moniteur". (Z. O.-Z.)

Freiburg, 11. Okt. Die hiesigen Conservativen organisiren eine große Volks-Versammlung um endlich dem Volke sein so lange vorenthaltenes Recht der Abstimmung über die neue, von den Radikalen „oktroyirte" Verfassung zu wahren und an den Bundesrath eine Petition um Revision der Cantonal-Verfassung zu unterzeichnen. Die radikale Regierung ist in großer Besorgniß. Die freisinnigen Herren „Verfechter der schrankenlosen Freiheit" haben sich bewogen gefunden, gegen die conservative Presse eine Censur einzuführen. (Gesinnungstüchtige Blätter, wie die Köln. Z., werden das sehr in der Ordnung finden. Das Frankf. J. spricht bereits seine Genugthuung darüber aus).

Florenz, 11. Okt. Ritter von Pinelli ist von seiner vermuglichen Sendung nach Rom bereits hier eingetroffen.

Athen, 5. Okt. Die Angelegenheit in Betreff der Entschädigungsforderungen, welche der englische Gesandte für mehrere englische Kaufleute wegen Verzögerungen erheben hat, die sie bei Ladung von Korinthen erlitten haben wollen, scheint sich gütlich ausgleichen zu sollen. Herr Wyse hat selbst geäußert, daß die Sache durchaus ohne Bedeutung sei.

Berlin, 16. Okt. Schluß der in der 33. und 34. Sitzung des provisorischen Fürstenkollegiums, am 1. und 4. ds. Mts., vorgelegten Aktenstücke: In Erwiderung der Mittheilungen, welche die kgl. Gesandtschaft zu Wien in Folge erhaltener Weisung vom 22. d. über kurhessische Ereignisse betreffend, der kais. Regierung gemacht hat, ist dem ergebenst Gefertigten der Auftrag zugekommen, die anliegende Depesche, deren Fassung in einem unter dem Vorsitz Sr. Maj. des Kaisers stattgehabten Ministerrath einhellig beschlossen worden ist, abschriftlich zur Kenntniß der kgl. Regierung zu bringen und ihr zugleich die darüber Erwägung zu empfehlen. Der Gefertigte benutzt u. s. w. Berlin, den 30. Sept. 1850. (gez.) v. Protesch-Osten. An Seine, des Hrn. Generallieutenant u. s. w. v. Radowitz, Exc. Mit meiner unter dem 26. d. M. an Ew. Hochgeboren gerichtete Eröffnung in der kurhess. Angelegenheit hat sich dem beiliegenden Gegenstand betreffende Mittheilung der k. k. österr. Gesandtschaft gekreuzt. Sie aus der abschriftlich anliegenden Note des Frhrn. von Prokesch vom heutigen Tage und aus dem ihr in Abschrift beigefügten Erlasse des k. k. Ministerpräsidenten vom 27. d. M. ersehen wollen. Unsere Erwiderung hierauf liegt bereits in der eben angeführten, Ew. u. unter dem 27. d. Mts. erthalten Instruktion, auf deren Mittheilung an den Hrn. Fürsten v. Schwarzenberg wir der Rückäußerung entgegensehen. Doch unterlasse ich nicht, zur Vermeidung von Mißverständnissen, zu der Depesche an den Frhrn. v. Prokesch vom 27. d. M. noch folgende Bemerkungen zu machen, die Ew. u. durch Vorlesung des gegenwärtigen Erlasses zur Kenntniß des k. k. Ministerpräsidenten bringen mögen. Unsere in Wien mitgetheilten Instructionen für den k. gl. Geschäftsträger am kurfürstl. hess. Hof ergehen, daß wir bei unseren Erklärungen in der kurhess. Sache zunächst abgesehen haben von den bis jetzt ungelösten Verpflichtungen, welche Kurhessen durch seinen vollkommen freiwilligen Betritt zu dem Bundniß vom 26. Mai v. J. eingegangen ist. Die dieser Bündniß betreffenden Argumente in dem Erlasse des Frn. Fürsten v. Schwarzenberg vom 27. d. Mts. sind deßhalb ohne Anwendung auf unsere Mittheilungen über den vorliegenden Gegenstand. Was sodann den uns vorgeworfenen Widerspruch zwischen unseren verschiedenen Aeußerungen über die in Frankfurt a. M. unter dem Namen des deutschen Bundestags zusammengetretene Bevollmächtigtenversammlung angeht, so können wir denselben nicht einmal als einen scheinbaren gelten lassen. Um des Friedens willen und in der trotz des großen Hindernisses der Rückkehr Oesterreichs zu dem sogenannten Bundestage von uns festgehaltenen Hoffnung eine Verständigung zwischen den deutschen Regierungen, beschränkten wir uns in dem Erlasse vom 5. v. M. auf eine Erklärung gegen jedes Hinübergreifen der Beschlüsse jener Versammlung in die Verhältnisse der in ihr nicht vertretenen Glieder des deutschen Bundes. Hiermit sprachen wir aber keineswege aus, daß wir hinsichtlich aller die Verhältnisse der an dem sogenannten Bundestage theilnehmenen Regierungen betreffenden Beschlußnahmen und hinsichtlich ihrer Ausführung der Erklärung der Landesrechte ihren Nichtgiltig stehen bleiben würden. Auch die gleichfalls von dem Wunsche, daß noch ein Weg der Verständigung übrig bleiben möge, eingegebene Bezeichnung solcher Beschlußnahmen, als Uebereinkünfte einer Anzahl deutscher Regierungen, brachte eine solche Beschränkung nicht mit sich. Unsere Absicht war nur die, hierin, an die als Akte der deutschen Bundesautorität rechtlich wirkungslosen Beschlüsse in derselben Weise, wie an eine jede ohne unsere Zuziehenkunft beschlossene Uebereinkunft zwischen selbstständiger Staaten, lediglich den Maßstab unseres Rechts und der aus unseren Verhältnissen hervorgehenden Pflichten anzulegen. Dies um nur dies haben wir in der kurhess. Sache gethan, deren nahe Beziehung auf Preußen und seine Rechte und Pflichten einer Nachweises nicht bedarf. Hieran werden wir festhalten. Wir sind deshalb weder eines Widerspruches mit uns selbst, noch der Verletzung irgend eines von uns anerkannten Rechts zu zeihen. Auch haben wir und jeder Verbreitung ein Conflikte entstehen, welcher aus einer Verletzung des Bundes einer Gemeinschaft mit Oesterreich und mit den übrigen deutschen Regierungen sowohl in Betreff der Erwägung der kurhess. Sache, als hinsichtlich der übrigen, die Interessen Deutschlands berührenden großen Fragen geltend gemacht und den Weg für deren Verbeiführung bezeichnet. Wir können es daher nur als eine Verletzen nicht stehenden Bundesglieder nicht zur Betretung dieses Weges nothigen, müssen aber auch ihnen allein die Folgen ihrer Schritte beimessen. Endlich erwähne ich noch, in Bezug auf den Schluß der Depesche des Herrn Fürsten von Schwarzenberg, daß wir in dem rechtlichen Austrage eines Zwiespalts zwischen Regierung und Unterthanen überhaupt keine Erschütterung, sondern eine Neubegründung der durch den Zwiespalt selbst erschütterten obrigkeitlichen Autorität sehen, und daß wir solchen Nachtheil davon am wenigsten in Deutschland zu besorgen haben, wenn mit einer der wenigen gleichkommenden Bereitwilligkeit die deutschen Regierungen nicht saumen, sich über ein neues Centralorgan des Deutschen Bundes zu vereständigen. Berlin den 30. September 1850. von Radowitz. An den königl. Geschäftsträger v, Herrn Grafen v. Drolla, Hochgeboren. Wien.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Bekanntmachung.

Diejenigen Besitzer von Partial-Obligationen der früheren v. Aufseßschen Anlehen zu 50,000 fl., und zu 15,000 fl., welche bei der am 29. Sept. 1850 stattgefundenen Verlosung zu erscheinen verhindert waren, werden hiermit eingeladen, sich Behufs der Kündgabe der hiebei gefallen Beschlüsse im Laufe künftiger Woche in der Kanzlei des Unterzeichneten einzufinden.

Würzburg am 18. Okt. 1850.

Dr. Warmuth,
k. Rechtsanwalt.

Gestorbene:

Den 19. Oktober.

Friedrich Kluber, freiherrlich v. Thüngen'scher Justizamtmann, 79 J.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schottfeld 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr, die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 253. Würzburg, Dinstag den 22. October. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 19. Oct. Se. Maj. der König haben sich allergnädigst bewogen gefunden, den Professor am Lyzeum zu Bamberg Dr. Joh. Nep Sepp zum außerordentlichen Professor an der philosophischen Fakultät der k. Hochschule München zu ernennen.

München, 20. Oct. Se. Maj. der König haben durch allerhöchste Entschließung vom 18. nachstehende Ernennungen, Beförderungen und Versetzungen in der Cavallerie und Artillerie allergnädigst zu verfügen geruht: In der Cavallerie: ernannt werden zu supernumerären Majoren: der Rittmeister Ernst Hacht im 3. Chev.-Reg., der Rittmeister Wilh. Frhr. v. Waldenfels vom 3. Chev.-R. im 2. Ch.-R. Befördert werden zu Rittmeistern: die Oberlieutenante: Friedr. Frhr. v. Falkenhausen vom 3. Chev.-Reg. und Jos. von Deyder vom 4. Chev.-Reg.; zu Oberlieutenants: die Unterlieutenante: Stephan Frhr. v. Medina vom 2. Chev.-Reg., Alex. Graf von Guiot du Ponteil vom 4. Chev.-Reg., Theobald Frh. von Podewils vom 1. Chev.-Reg., sämmtliche im 2. Chev. Reg.; Friedr. Faber, Adjutant des Generalmajors und Brigadiers v. Leidbrunner, im Chev.-Reg. — In der Artillerie: Ernannt werden zum Regimentskommandanten der Oberstlieutenant Karl Brobeffer im 3. Art.-Reg., bisher 1. Adjutant des Art.-Korps-Kommandanten Generallieutenants Prinz Luitpold von Bayern, k. Hoh., mit der Ernennung zum Referenten beim Artillerie-Kommando; Marim. Freiherr von Leonrod im 1. Art.-Reg. Befördert wird: zum Oberstlieutenant der Major Stephan von Saint Germain im 2. Art.-Reg. mit Belassung als Artilleriedirektor. Versetzt wird: der Oberstlieutenant Xaver Hamel, bisher Referent beim Artillerie-Korps-Kommando, zum 3. reitenden Art.-R. Konigin. Diese Offiziere haben sich unverzüglich in ihren Regimentern zu begeben. — Weitere Beförderungen, namentlich in der Infanterie, in der gegenwärtig gegen 50 Offizierstellen vacant sind, stehen bevor.

Die Kurhessischen Offiziere.

Was ist es, dessen das kurhessische Offizierkorps seinen Kriegsherrn beschuldigt, und wo liegt der Grund, der so viel Ehrenmänner bewogt, ihren angestammten Landesherrn seinen Unterthanen- und Verfassungs-Eid zu brechen? Hat der Kurfürst die beschworene Verfassung verletzt und in welchem Punkte, oder fürchtet man nur, daß eine Verletzung der Verfassung in naher Aussicht stehe? Gewiß muß es ein großer, sonnerklarer Grund sein, der diese Männer bewogen hat, ihren Kriegsherrn in der Stunde der Gefahr zu verlassen; gewiß muß es ein unverletzbarer Verfassungsbruch sein, der ein Offizierkorps bestimmen kann, seinen verfassungsmäßigen Oberbefehlshaber mit den Waffen- und den Verfassungseid zu brechen und ihn des beschworenen Gehorsam zu verweigern. Wo aber ist in Kurhessen dieser große, sonnenklare Bruch, wo ist der unverletzbare Verfassungsbruch, unverletzbar genug, um ein Offizierkorps seiner beschworenen Treue zu entbinden? Sind die hessischen Offiziere in der That so unkritische Politiker und gewegte Staatsrechtslehrer, um über die obrigkeitlich aufgestellten Bestimmungen der kurhessischen Verfassung vollig im Klaren zu sein, und über die jüngsten Ereignungen ihren Kriegs- und Landesherrn ohne Bedenken den Stab brechen zu können, oder genügt ihnen das Gutachten, wie es ihnen beliebt, will, nicht ganz unparteiische Richter und Beamten, um sie über alle Zweifel und Scrupel hinwegzusetzen? Ohne Bedenken oder und ohne Scrupel müssen sie sein, wenn sie so handeln konnten, ihrem über allen Zweifel erhabenen Fahnen- und Verfassungseid, diesen beiden Eiden, womit sie gleichmäßig beschworen, dem Kurfürsten als ihrem Kriegs- und obersten Führer Treue und Gehorsam zu bewahren, eine solche Auslegung zu geben, die es ihnen gestattet, ihren Kriegsherrn, nicht nur zu verlengnen, sondern sich offen und ohne Rückhalt seinen gesahrlichsten Feinden anzuschließen, und in deren Reihen gegen ihn zu kämpfen, und doch ist die Frage, die gegenwärtig in Kurhessen bewegt wird, die schwierigste und feinste des konstitutionellen Staatsrechts, diejenige, welche neben dem absoluten Veto den Charakter einer Staatsverfassung bestimmt, diejenige, in welcher sich die monarchische und parlamentarische Regierungsform scheidet, die Frage von deren Beantwortung das Stehen oder Fallen der deutschen Throne abhangt, es ist die Frage nach dem Rechte der Steuerverweigerung, und nach dem Rechte des Fürsten dieser Steuerverweigerung zu begegnen. Ist es nun das hessische Offizierkorps, welches zur Lösung dieser Fragen berufen ist, oder ist die Frage unwiderruflich gelöset, wenn der Eine der beiden streitenden Theile seine Meinung ausgesprochen hat? Ihr Kurfürst und Kriegsherr sagt Ja, die Beamten sagen Nein, und zwischen beiden steht der Offizier — und verlengnet seinen Fahneneid, weil er der Richter über Beide zu sein glaubt, und die Meinung der Beamten approbirt. Ist das auch verfassungsmäßig? Ueberdies aber, was hat man denn dem Offizierkorps eigentlich verfassungswidriges angesonnen? Sollte sie alle Gesetze brechen und wie machen? sollten sie die Verfassung beseitigen und den Absolutismus ausrichten helfen? war nicht Alles, was man von ihnen verlangt die Durchführung einer durch die Umstände unerlaßlich gebotenen, formell durchaus legalen Bewegung, deren materielle Gültigkeit sich bis jetzt noch nicht einmal faßen, denen die Verfassung diese Besugniß ausdrücklich beilegt, und eventuell die Unterdrückung eines unter allen Umständen verfassungswidrigen activen Widerstandes? Was sollte wohl aus einem Staat und noch mehr aus einer Armee werden, wo jeder Offizier die materielle Gültigkeit eines Befehl prüft, hat der Offizier überhaupt das Recht, Zweck und Motiv eines ihm ertheilten Befehls zu wissen, und Ausführung sie dahin zu beantworten, oder genügt es für ihn zu wissen, daß der Befehl von der rechten Quelle kommt? Man zehe die Consequenzen und man wird nicht unverseht bleiben. Wie aber mag es der kurhessische Offizier denn rechtfertigen, die Ausführung eines Befehls um deswillen zu verweigern, weil er befürchtet oder vermuthet, daß derselbe mit einer „nichtverfassungsmäßigen" Verordnung in Verbindung stehen könnte? Und der Absicht in dieser Augenblick, der Absicht mit der Clausel „unbeschadet ihrer Rechte und Ansprüche als Staatsdiener" zeigt er deutlich von solcher Gewissenhaftigkeit, wie es bewußten Conflikte zweier Eide unvermeidlich wäre, aber ist es nicht vielmehr eine zeitgemäße Demonstration gegen den einen Eid, eine militärische Fortsetzung des passiven Widerstandes, nicht viel besser, als wenn die Offiziere bei offener Rebellion in die Reihen der Rebellen eingetreten wären? Wie gar leicht ist der jetzigen Bewirrung und Aufregung der Gemüther die „öffentliche Meinung" mit der Stimme des eigenen Gewissens zu verwechseln, doch wird die Täuschung bald verschwinden, wenn die Offiziere ernstlich und vor Gott erwägen, von welcher Seite ihnen der Rath zugekommen ist und von welcher Seite ihren Thaten Beifall gespendet wird. Oder wäre es nicht ein vollkommener Widerspruch, sollte der Verfassungseid jedem einzelnen Offizier die Verpflichtung auferlegen, jeden ihm ertheilten Befehl in Anlehung seiner Verfassungsmäßigkeit zu prüfen? Wem aber nicht ferne, warum den einen und den andern, und wo soll der Einzelne diese Prüfung bemirken? Entscheidet er selbst oder wendet er sich an einen Advokaten oder an seinen Obristen? Aus diesem Dilemma kommt man auch nicht dadurch heraus, daß man den Verfassungseid als eine Restriction des Gehorsamsgelobdes bezeichnet, oder denselben dahin auslegtet, daß er dem Fürsten die Sorge der Armee entziehen solle, falls er die ganze Verfassung in Frage stelle, und die Thätigkeit der höheren verantwortlichen Organe, so wie die verfassungsmäßigen Garantien suspendire. Denn, sehen wir auch davon ab, daß dieser Fall in Kurhessen nicht vorliegt, welcher sind für die Offiziere die höheren verantwortlichen Organe; sind es die Kammeren und die Beamten, oder ist es der Landesherr und die obern Behördehaber? was heißt ferner die ganze Verfassung in Frage stellen, und ist nicht in einer monarchischen Verfassung, als welche die kurhessische anerkannt wird, bereichert ist, der Fürst der wesentliche Theil; durfte die Offiziere ignoriren, daß die höheren Beamten jetzund in völlig revolutionärer Haltung und hochverrätherischem Gebahren dem Kurfürsten gegenüberstanden, deren Fortsetzung nunmehr gebuldet werden konnte? Ueberdies aber, was hat eine politische Institution überhaupt mit dem Eide zu thun, wenn man sie auch vor politischer Verantwortlichkeit schützen, davor schützt ebenfalls der Befehl des militärischen Vorgesetzten; vor dem Gewissen schützt Eins auch mehr wie das Andere, weshalb auch nicht abzusehen ist, wie durch den Vorfall einer politischen Verantwortlichkeit der Offiziere eine Veränderung erleiden solle. Es bleibt daher nur die Wahl, entweder hat jeder Offizier in jeder Lage jeden Befehl zu prüfen, oder er ist überall vor Gott und Menschen völlig gerechtfertigt, wenn er die Befehle seiner ordentlichen Vorgesetzten in unbedingtem Gehorsam vollzieht! Was aber ist nun der Verfassungseid? recht verstanden für den Soldaten, nichts als der Fahneneid, geschworen seinem verfassungsmäßigen Kriegsherrn, der allein persönlich gegen Gott und politisch durch seine Minister für die Verfassungsmäßigkeit seiner

Befehle verantwortlich ist, weshalb in England auch nur der König und sonst Niemand die Verfassung beschwört, alle Uebrigen dagegen den Unterthaneneid leisten. Im zeitgemäßen Sinne dagegen ist der Verfassungseid eine Falle für die Soldatentreue, erfunden von der Demokratie, um die Gewissen zu verwirren, und eingeführt auch den Fürsten, weil sie den unlieboaren Widerstand und die Tragweite desselben nicht ermaßen. — Mit tiefem Schmerz stehen wir vor dem tiefen Fall der ruhmreichen kurhessischen Armee, noch mögen wir es nicht glauben, doch die Zeit drängt, und verlorene Ehre ist unwiederbringlich dahin.

Deutschland.

München, 19. Okt. Formation des k. Armeecorps am Main. Commandirender: der Gen. der Cavallerie Hr. Fürst v. Thurn und Taxis: Chef des Gen.-Quartiermeisterstabs: Hr. Oberst v. Hagens; Artillerie: Commandant Hr. Oberst v. Schmitzlein vom 1. Artill.-Reg.; Ingenieure: Hr. Oberst v. Hermann. — 1. Division. Divisionär: Hr. Generalmajor Frhr. v. Dambver. 1. Infanteriebrigade: Generalmajor und Brig. Hr. Graf du Ponteil; diese besteht aus dem 14. kaiserl. österr. Jäger-Bat., dem 1. und 2. Bat. des 11. und dem 1. und 2. Bat. des 4. Inf.-Reg. 2. Inf.-Brigade: Generalmajor und Brig. Hr. Frhr. v. Dalles; diese besteht aus dem 1. und 2. Bat. des 1., dem 1. u. 2. Bat. des 6. Inf.-Reg. und dem Jäger-Bat. z. 3. in Frankfurt. 1. Cavallerie-Brigade: Generalmajor und Brig. Hr. v. Haldbrunner, diese besteht aus 4 Eskadr. des 2. und 4 Eskadr. des 6. Chev.-Reg. Artillerie: 2 fahrende Batt des 1. und 1 reitende Batt. des 3. Art.-Reg. — II. Division. Divisionär: Gen.-Lieut. und Divisionär Hr. v. Lesnire. 3. Inf.-Brigade: Gen.-Maj. und Brig. Hr. Frhr. v. Großschedel, diese besteht aus dem 1. Bat. des 9., dem 2. Bat. des 14. und dem 1. und 2. Bat. des 10. Inf.-Reg. 4. Inf.-Brigade: Gen.-Maj. und Brig. Hr. v. Hartmann, diese besteht aus dem 2. Bat. des 3., dem 2. Bat. des 7., dem 1. und 2. Bat. des 15. Inf.-Reg. 2. Cavallerie-Brigade: Gen.-Maj. und Brig. Hr. v. Parseval, diese besteht aus 4 Eskadr. des 1., 4 Eskadr. des 2. und 4 Eskadr. des 3. Chev.-Reg. Artillerie: 1 fahrende Schpsbünder-, 1 zweispfünder- der und 1 reitenden Batt. des 3. Art.-Reg. — Sonntag Vormittag gehen von hier mittelst Extrabahnzug die 2 Batt. des 1. Art.-Reg. ab. — Wie wir vernehmen, haben die Flügeladjutanten Sr. Maj. des Königs: Graf v. Rechberg-Rothenlowen und Strung von Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich zu Bregenz beide das Ritterkreuz des Ordens der eisernen Krone erhalten. — Der Commandirende des II. Armeecorps, General der Cavallerie, Fürst Thurn und Taxis hatte gestern die Abschiedsaudienz bei Sr. Maj. dem König.

München, 20. Okt. Inhaltlich einer nach Athen abgegangener offizieller Depesche, gedenkt Se. Maj. der König Otto von Griechenland, am Nov. mit dem k. k. österreichischen Dampfschiff „Mariana" dort einzutreffen. Heute und denn die beiden fahrenden Batterien des hiesigen 1. Artillerieregiments je eine halbe Batterie (weil die Mannschaft noch nicht komplett ist) nach Bamberg abgegangen. Morgen früh geht die reitende Artillerie ebenfalls mittelst der Eisenbahn nach ab, während die 4 Kniraffirt-Eskadronen die Route über Ingolstadt einzuschlagen haben, wohin heute bereits 1 Offizier, 5 Unteroffiziere und 50 Soldaten als Quartiermacher abgegangen sind. Diese 4 Eskadronen sind als Garnisonstruppen nach Bamberg bestimmt. — Uebermorgen werden die beiden andern halben Batterien der fahrenden Artillerie mit der Eisenbahn, und dann ferner noch 3 Munitions-Reserven, 1 Abtheilung Artillerie-Handwerker und 1 Feldlaboratorium abgehen. Am Mittwoch endlich werden die beiden ersten Bataillone des Infanterieregiments König nach Franken befördert werden. (A. Ab.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 19. Okt. Wippermann ist vonEisenach Randreise zurückgekehrt und soll, wie wir oben vernommen, seine gianzenden Geschäfte gemacht haben, überhaupt kommt man von der Illusion, als wurde Preußen in Kurhessen die Aufsehung der Behörden unterstützen, stündlich mehr ab. Hr. Eisers war vor einigen Tagen wieder hier, begab sich aber nach kurzem Verweilen zurück nach Wilhelmsbad. Die Mittheilungen, welche derselbe hier gemacht, haben die Bauernwuth natürlich nicht zahmen geführt. (K. Z.)

Kassel, 19. Okt. Die Neuesten lassen allgemach die Köpfe hängen, und ihre Koryphäen halten die Sache für verloren; der sicherste Beweis hierfür ist, daß im Lager derselben Streit ausgebrochen ist, und Einer dem Andern Vorwürfe zu machen beginnt. Schon vor einigen Tagen waren sie sehr erbittert darüber, daß sie sich mit der angeblichen Ministerkrisis so lange ihre gefährt hatten. In Kurzem wird der Ruf erschallen: Sauve qui peut! Henkel sitzt noch immer in seinem Asyl; er ist „in das Standehaus" verreist, wie seine Freunde sich auszudrücken pflegen. Dritter schreibt vom Kassell aus lange Briefe an den Oberkommandanten, welche in der Neuen Hessischen abgedruckt sind. Zwei Bataillone, eines vom zweiten Regimente und eines vom dritten, verlassen Kassel wieder, um nach Fulda und Hanau zurückzukehren. Die militärischen Vorsichtsmaßregeln sind in den letzten Tagen verstärkt worden: so hat General v. Hahnau eine Ordre erlassen, welche einem jeden Corps Plag und Stellung für den Fall einer militärischen Operation anweist. Der Glockenthurm von St Martin soll besetzt werden, um das Stürmläuten zu verhindern, ebenso der Bahnhof und einige offene Stadtthore. (K. Z.)

Kassel, 20. Okt. Im Lande beginnt die bessere Ansicht nach und nach sich Bahn zu brechen, und wenn auch erst wenige sich erheben, so wird der Stimmen immer mehr, die Widerspruch zu legen gegen das Treiben einer pflichtvergessenen Beamtenaristocratie, welche an die Stelle des constitutionellen Thrones ein souveränes Schreibtuberregiment setzen möchten. So bringt der „Hessische Volksfreund" in einer seiner neuesten Nummern folgende Erklärung an Zu- und Umgebung stus Bunbert: Mit den Neuherren und ihrem wollen konstitutionellen Prinip auf demokratischer Grundlage — soll eigentlich heißen: eine Regierung unseres Kurfursten, welche sich uns gefallen lassen, von der Ständekammer und den Staatsdienern regiert zu werden — zu gehen und zu schreien, heißen jetzt sehr Viele für eine Ehre und sprechen sich öffentlich aus. Dagegen schweigen Diejenigen, welche mit aller Liebe und Hestenstreue zu ihrem angestammten Landesherrn halten und mit tiefster Verachtung auf jenes eidbrüchige Treiben hindlicken, so daß es den Anschein gewinnt, als seien Diejenigen, die sich ihres gerechteten Eides unter allen Verhältnissen bewußt sind, der, nur eine geringe Zahl, sind doch ist es in der Wirklichkeit anders, wenthalb es jetzt wohl Pflicht eines Jeden sein dürfte, sein treues Festhalten an unserem rechtmäßigen Landesherrn und das Vertrauen in dessen Regierung öffentlich auszusprechen. Der Unterzeichnete scheut sich wenigstens nicht, dieses hiermit aus vollstem Herzen zu thun. — Ein wünschen wäre, daß Jeder seine Gesinnung so frei und offen äußerte und nicht zaghaft und furchtsam daßetze; denn es gezieme uns Männern, muthvoll zu sein und für unsere Gesinnung und Ueberzeugung zu leben und zu sterben.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 17. Okt. So eben komme ich aus dem Constitoriussaale, wo in öffentlicher Sitzung die so lange hinausgeschobene Publikation des Urtheils in Lasaurie's bekannter Rechtssache (wegen revolutionärer Reden) stattfand. Das Urtheil war ein freisprechendes und zwar in der Weise, daß Lasaurie nicht die Untersuchungskosten zu tragen, aber auch seinen Anspruch auf Genugthuung fallen die, ihm durch den Prozeß verursachten Auslagen und Verluste habe. Der Defensor Lasaurie's, Obergerichtsadvokat Clausen, erbat sich sofort eine Abschrift der Erkenntnißgründe und, wie ich höre, wird Lasaurie jetzt mit einer Forderung als Schadenersatz an das Oberappellationsgericht sich wenden. (N. fr. Pr.)

Altona, 17. Okt. Wie man vernimmt, werden Prälaten, Ritterschaft und Gutsbesitzer am 25. d. eine Zusammenkunft haben, um sowohl über die neuerdings ausgeschriebenen Anleihen als über die Andahmung eines Friedens mit Dänemark zu berathen. (H. W.)

Frankfurt.

Frankfurt, 19. Okt. Sicherem Vernehmen nach hat die Bundesversammlung in einer ihrer letzten Sitzungen einen Beschluß hinsichtlich Badens gefaßt. Nach demselben wird das badische Land einstweilig durch die Festung Rastatt innerhalb drei Monaten von sämmtlichen preußischen Besatzungen geräumt werden, gleichzeitig aber auch in dieser Zeit das badische Militär in die Heimat zurückgeführt sein. Das österreichische Armeecorps verbleibt zur Verfügung des Großherzogs in Vorarlberg in den bisherigen Dislokationen. (M. J.)

Aus Baden, 19. Okt. Die Sammlungen von Beiträgen für Schleswig-Holstein fangen nun auch bei uns in Baden an, sehr ins Stocken zu gerathen und werden, wenn es so fortgeht bald ganz verstegen. — Vergangene Woche haben sich wieder mehrere arbeits- und nahrungslose badische Flüchtlinge, welche früher in Thurgau Arbeit hatten, und nun nach dem Innern der Schweiz verwiesen wurden, in Folge ihres Gesuchs der badischen in Baden gestellt. Einige darunter haben Zuchthausstrafen bis zu 8 Jahr. Zwei wegen Theilnahme am badischen Aufstande verurtheilte aber leisten flüchtige Bürger von Freiburg haben sich in den letzten Tagen zu weit über die Grenze gewagt und sind gefangen genommen und in das Zuchthaus abgeführt worden.

⊙ **Von der badischen Grenze**, 19. Okt. Eine so eben erschienene Verordnung des Bundesraths weißt alle diejenigen deutschen Flüchtlinge aus der Schweiz aus, welche blos eine geringe Geld- oder Gefängnißstrafe haben.

Aus Baden, 21. Okt. Sicherem Vernehmen nach hat die großh. badische Regierung alles württembergische Papiergeld für im badischen Lande nicht giltig erklärt. Dieselbe Maßregel ist von der k. württembergischen Regierung gegenüber dem badischen Papiergeld verfügt worden. — Im Oberlande circulirt eine Petition gegen Aufhebung des Kriegszustandes.

Karlsruhe, 19. Okt. Die erste Kammer hat heute eine geheime Sitzung gehalten, in welcher die Verhältnisse des Großherzogthums zu Preußen einer ernstlichen Betrachtung unterworfen wurden. Die Mehrheit der Kammer erklärte sich entschieden gegen die Militärconvention vom 25. Mai d. J., und es wurde ein Antrag gestellt, an einer Adresse die großherzogl. Regierung zur Kündigung dieses Vertrags geradezu aufzufordern. Da man aber auf die politischen Folgen aufmerksam machte, welche diese Kündigung herbeiführen könnte, so wurde der Antrag an die verstärkte Commission zurückgewiesen, welche über die Kündigung in einer baldigen Sitzung berichten soll. Regierungscommissär v. Marschall wurde zur Verstärkung der Commission gewählt. Es ist zwar Zweifel, daß von der ersten Kammer eine energische Erklärung an die Regierung abgegeben werden wird. Ueber den Beitritt Badens zum Definitivum der Union oder zu dem Schutz- und Trutzbündniß, welches eventuell an dessen Stelle gesetzt werden soll, herrschen in den Ministerien jetzt noch Verschiedenheiten der Meinung; die Wahrscheinlichkeit ist aber dafür, daß dieser Beitritt abgelehnt werden wird. In gewissen Kreisen ist eine ängstliche Spannung be-

merthar, zu deren Erregung auch die schnell verbreitete Nachricht von der Ankunft des russischen Gesandten in Frankfurt nicht wenig beiträgt. (K. Z.)

Aus dem Fuldathale, 16. Okt. Gestern kam die offizielle Nachricht hieher, daß ein kgl. preußisches Armeekorps in diesjährigen Dritschaften weimarischen Antheils gelegt werden soll, welche an Kurhessen und Bayern (Rhöngebiet) grenzen. Der betreffende Bezirksdirektor erwartet einen preußischen Stabsoffizier, welcher mit ihm die Aemter Gersa, Dermbach, Kaltennordheim und Ostheim bereisen wird, um die nöthigen Anordnungen treffen zu können. (Römhild bei Königshofen im Grabfeld ist bereits von Preußen besetzt.)

Dresden, 18. Okt. Zu dem am heutigen Tage begonnenen Paßkartenwechsel dahier, welcher die Ausnahme des Königreichs Bayern in den bereits bestehenden Paßkartenverein und die Verabredung weiterer Bestimmungen über die Einrichtung und Anwendung der Paßkarten, als einer wesentlichen Erleichterung für den Verkehr, zum Zwecke hat, haben sich die Gesandtschaften der sämmtlichen deutschen Staaten angemeldet: 1) aus Preußen der Geh. Oberregierungsrath Franz und der Geh. Legationsrath Hellwig; 2) aus Bayern der Legationsrath Baron v. Tautphoeus; 3) aus Sachsen der Geh. Regierungsrath Körner; 4) aus Hannover der Vorsteher der Verwaltung (zugleich mit für Schaumburg-Lippe); 5) aus Braunschweig der Kreisdirektor v. Hohnhorst; 6) aus Mecklenburg-Schwerin der Regierungsrath v. Bassewitz; 7) aus Koburg-Gotha der Ministerialrath Brückner; 8) aus Altenburg der Regierungsdirektor v. Schweinitz; 9) aus Hamburg Dr. Asher; 10) aus Bremen der Senator Dr. Olbers; 11) aus Sachsen-Weimar der Geh. Regierungsrath Schambach (zugleich mit für die Fürstenthümer Reuß älterer und jüngerer Linie). (Dr. Z.)

Wien, 16. Okt. Das Neugiseldi-Bureau meldet: Der hiesige katholische Verein hat einen Aufruf an alle katholischen Schriftsteller und Gelehrten erlassen, um Aufsätze gegen die Civilehe und deren Einführung einzusenden. Die Aufsätze müssen 4—6 Oktav-Druckseiten fallen, und es werden die zwei vorzüglichsten derselben mit 25 und 10 fl. CM. honorirt. Die Gefahr der Einführung der sogenannten Civilehe, die im gegenwärtigen Augenblicke aber Oesterreich schwebt," hat, wie sich der Verein ausdrückt, eine vielseitige Besprechung dieser verhängnißvollen Frage nothwendig gemacht.

Wien, 17. Okt. Nach einer hierher gelangten telegraphischen Depesche hat Se. Maj. der Kaiser die Rückreise von Bregenz am 14. angetreten, verlieh heute Innsbruck und wird daher, wie wir schon früher berichteten, entweder heute noch oder morgen früh in Schönbrunn eintreffen. Die Adresse des Monarchen nach Warschau wird dann ohne Aufenthalt erfolgen. — In gut unterrichteten Kreisen wird versichert, daß die Verhandlungen in Bregenz und die früheren mit Rußland, die Entwaffnung der Schleswig-Holsteiner in erste Linie gestellt haben. Rußland, England und selbst Frankreich hatten in dieser Frage mit einer Intervention gedroht, worauf Oesterreich die Einberufung durch den deutschen Bund vorgezogen, und sich mit den deutschen Mächten hierüber in Verhandlungen eingelassen hat. (O. C.)

Wien, 17. Okt. Die Reise des Kaisers nach Warschau ist nunmehr offiziell angezeigt und in der Hoffnung steht sie heute in Aussicht Bereitschaft, da Se. Maj. nur wenige Stunden hier verweilen werden. Der neuernannte russische Minister Hr. v. Meyendorf ist speciell von dem Kaiser selbst zur Begleitung eingeladen worden. Dagegen soll Fürst Schwarzenberg anfangs seine Theilnahme abgelehnt haben, weil er eine Begegnung mit dem Prinzen von Preußen vermeiden wollte. Neueren Nachrichten zufolge wird das preußische Cabinet sich jedoch nur durch den Grafen Brandenburg vertreten lassen. Dagegen ist nach der Zusammenkunft mit dem König von Württemberg in Bregenz die Anwesenheit des Kronprinzen dieses Landes in Warschau nicht ohne Bedeutung. (K. Z.)

Berlin, 18. Okt. Je mehr Anerkennung das Verhalten des kurhessischen Offizierkorps gerade in jenen Kreisen und Presborganen findet, welche nach ihrer ganzen Vergangenheit gerade nicht in dem Verdachte übergroßer Loyalität und Treue stehen, welche im Gegentheile seit 20 Jahren das Ihrige dazu beigetragen haben, alle Beziehungen der Vertrauens und der Ehrfurcht, der Staatsgesellschaft zu lockern, die Autorität der Obrigkeit zu zerstören und der monarchischen Staatsgewalt die Grundlagen ihrer Stellung und Wirksamkeit zu untergraben, — um so mehr ist es Pflicht aller Conservativen und eine dringliche Aufgabe für die Regierungen: sich von ganzem Herzen der vorliegenden Thatsache zu vergewissern und nicht durch zweideutigen, oder wenigstens deutungsfähigen Stillschweigen einen Anlaß fortwuchern zu lassen, der die Staatsgesellschaft mit voller Auflösung bedroht. In Kurhessen hat sich zum ersten Mal in ganzen Deutschland die Bedeutsichkeit des militärischen Verfassungseides bewährt. Zum ersten Mal in der Geschichte hat hier ein ganzes Offizierkorps seinen Landesherrn in der Stunde der Gefahr verlassen und seinen Befehlen den Gehorsam aufgekündigt. Schwerlich dürfte es ein ernstes nennendes mori für die constitutionelle Monarchie Deutschlands geben, wenn ein solcher Akt des Abfalls unbestraft durchgehen und vielleicht gar noch eine staatsrechtliche Legitimation in Deutschland erhalten sollte. (N. Pr. Z.)

Berlin, 19. Okt. Die Voruntersuchung gegen den zweiten Unteroffizier Seselage wegen des am 2. Mai verübten Attentats ist mit Einbeziehung des schon früher in diesen Blättern besprochenen Gutachtens des Medizinalkollegiums schon seit mehreren Wochen geschlossen. Obwohl beide Sachverständige erster Instanz darin übereinstimmt haben, daß Seselage völlig unzurechnungsfähig sei und gerichtlich gar nicht gestraft werden könne, so sollen doch Attentat und Verurtheilung dieses Ausspruchs wesentlich von einander abgetrennt sein und hieraus soll man Veranlassung genommen haben, die Entscheidung der höhern Medizinal-Instanz einzuholen, welche denn auch angefassen ist, daß bei Seselage wohl eine Verminderung der Zurechnungsfähigkeit vorliege, daß er aber keineswegs im juristischen Sinne völlig straflos sei. Dieses Gutachten soll in logischer und medizinischer Beziehung auch bei weitem den Vorzug vor dem Gutachten erster Instanz verdienen, da die fixen Ideen des Seselage offenbar zwar fortgereicht haben, ihn in den Gedanken zu versetzen, als hätte er Gründe zur blutigen Rache gegen des Königs Majestät, da diese fixen Ideen aber nimmermehr so weit gegangen sein können, ihn zu der Ansicht zu verleiten, eine solche blutige Rache sei erlaubt, wie dies schon auf der ganzen Heimlichkeit und wohlberechneten Entleitung seines Planes hervorgeht. Seselage würde also hiernach in seiner Strafbarkeit juristisch einem Menschen gleich zu stellen sein, der angeblich Ursachen zu einer Rache gehabt hätte und sich hat verleiten lassen, solche zu befriedigen. Durch den Ausspruch des Medizinal-Collegiums wird sich der Staatsanwalt jedenfalls in die Lage gesetzt sehen, daß er die Anklage gegen Seselage erheben muß, und es läßt sich vermuthen, daß die Akten bereits der Rathskammer zur Beschlußnahme vorliegen. Mag diese nun auf die Anklage erkennen oder nicht, so geht die Sache dann an den Anklage-Senat des Kammergerichts, der definitiv über die Anklageerhebung zu entscheiden hat. (B. Z.)

Frankreich.

§ Straßburg, 19. Okt. Die Handelskammer von Rheims hat so eben an den Minister des Ackerbaues und des Handels eine Reklamation eingesandt, in Betreff der Nichtausführung der Zweigbahn von dieser Stadt an die Straßburger Linie. Die Arbeiten dieser Verzweigung sind kaum begonnen und von 13. für ihre Ausführung bewilligten Millionen ist blos eine ausgegeben worden. Die Handelskammer von Rheims macht bei der Berathung die im Gesetze in Betreff der Erbauung der Paris-Straßburger Eisenbahn eingeräckte Klausel geltend, welche dahin lautet, daß diese Verzweigung zu gleicher Zeit an die Hauptlinie vollendet sein soll. Und nun, da die große Linie in zwei Jahren vollendet sein soll, ist es offenbar, daß die Zweigbahn von Rheims weit entfernt sein wird, in der nemlichen Zeit fahrbar zu sein, wenn die Arbeiten so fortgeführt werden.

□ Aus dem Elsaß, 19. Okt. Personen, welche der Herzogin von Orleans nicht ferne stehen, versichern, daß dieselbe gegenwärtig viel hoffnungsvoller sei, als früher; auch die romantische Bewegung ist gar nicht mehr stark; die napoleonistische Partei sichtet sich zu sehen. Man sieht sich um so mehr wieder nach dem monarchischen Zustande zurück, da man, und nicht mit Unrecht, sich der Hoffnung hingibt, es werde dann der frühere Wohlstand unter der Handel- und Gewerbtreibenden Masse wieder zurückkehren und die Politik erreichen die er unter Ludwig Philipp hatte.

Italien.

Das „Univers" bringt Briefe aus Rom vom 10. Okt. Der St. Vater hat bereits in der Form eines apostolischen Breves, das Breve erlassen, wodurch England der bischöflichen Hierarchie einverleibt wird. Am 6. Oktober hat der heilige Vater die Zöglinge des englischen Collegiums in Rom, in welchem sich eine große Anzahl von Convertiten befinden, empfangen. Sie dankten ihm wegen der Ernennung des Msgr. Wiseman zum Cardinal. Der Papst antwortete in Gegenwart des gedachten Cardinals mit vieler Herzlichkeit: „Anfangs war es nicht meine Absicht, den neuen Cardinal nach England zurückschicken. Ich dachte ihn hier zu behalten, um aus seinem Kenntnissen Nutzen zu ziehen. Ich habe aber eingesehen, daß der Augenblick nun da ist, die Hand an das große Werk zu legen, wofür Ihr auch danket. Ich glaube nicht, daß etwas zu fürchten sei. Aus einer Unterredung, welche ich kürzlich mit Lord Minto gehabt habe, habe ich entnommen, daß die englische Regierung der Ausführung meines Planes kein Hinderniß in den Weg legen wird. Ich sende also St. Eminenz nach England, und lade Euch Alle ein, zu beten, ohne Unterlaß zu beten, damit der Herr alle Schwierigkeiten beseitige, damit auch die Millionen Eurer Landsleute, welche von uns noch getrennt sind, in die Kirche eintreten mögen." Der Papst sprach sodann sehr von Seiten der englischen Regierung Nichts zu fürchten sei, und er hoffe fest, daß die Vorsehung ein Werk begünstigen wolle, wovon die kirchliche Zukunft Englands abhange.

Vermischte Nachrichten.

Der Volksbote erzählt folgende treffende Anekdote: In Frankfurt, wo das preußische Militär sich jetzt so „national" anmaßlich benimmt, passirte vor einigen Jahren ein auch acht „nationales" Stückl. In einem Gasthause saß ein ganzes Korps preußischer Offizire beisammen und alle miteinander wußten nicht genug Spottgeschichten von den Oesterreichern zu erzählen. Unterdessen war ein ältlicher Herr in einem einfachen Mantel eingetreten, der ihnen die ganze Weil' ruhig zuhörte und um den sie sich auch nicht kümmerten. Endlich fing er an: Meine Herren, ich habe die so bitterlich Geschichten ergötzlich erzählen sie, daß ich Ihnen auch eine Thatsache erzähle. Als ich im Kriege 1815 in Paris stand, kam ein preußischer Offizier zu mir, und als ich ihn fragte: von welchem Regiment sind Sie? erwidert' er: „Von dem Regiment, das keinen Pardon giebt und keinen Pardon nimmt." Wo kommen Sie denn her? frag' ich ihn weiter. „Aus der Zeugenschaft," war die spaßige Antwort. Da dacht' ich: Du bist doch ein Windbeutel wie alle Preußen! Darüber wollten selbige preußische Offiziere

fuchswilb auf den Feemben losfahren, der aber gelassen seinen Mantel auseinanderfschlug, so daß seine österreichische Generalsuniform, bedeckt mit Orden, sichtbar wurde. Verdutzt stammelten die preußischen Helden Entschuldigungen; der österreichische General aber gab ihnen lächelnd zum Bescheid: Meine Herren, ich habe Ihnen nur eine kleine Lehre geben wollen, daß Sie an öffentlichen Orten doch etwas vorsichtiger mit Ihren Aeußerungen sein möchten. Damit wünscht er ihnen einen freundlichen guten Morgen und ließ die schwarzweißen Lecker einander mit langen Nasen anschauen.

Luxemburg ist in der jüngsten Zeit der Schauplatz einer Gaunerei gewesen, die in den Annalen dieser Kunst ausgezeichnet zu werden verdient. Hr. Jonny Tomes, früher in seiner Heimath, dem luxemburgischen Oesling, Johann Thomas geheißen, reist nach London und tritt als Gesandten Luxemburgs auf, der die Mission hat, für eine in seinem Vaterlande neu zu errichtende Universität, so wie für mehrere höhere Lehranstalten Professoren der englischen Sprache zu engagiren. Er tritt mit mehreren Personen, die ihm geeignet scheinen, in Unterhandlung, stellt ihnen nach gegenseitiger Verständigung an Diplom aus, das mit allen nöthigen Formen, dem luxemburgischen Staatssiegel und der Unterschrift des Hrn. Wellmar, Ministers des Unterrichts ꝛc., versehen ist und dem Inhaber desselben ein jährliches Gehalt von 4000 Frs., und im Falle der Verabschiedung eine angemessene Pension verspricht. Am Schlusse wird der künftige Hr. Professor gebeten, an den Schmoller der Regierung, seinen Diplome gemäß, eine Stelle an einer Universität, die für alle Welt eine Fabel ist, der andere an dem Dierkircher, der dritte an dem Lechternacher Gymnasium beaufpracht. Noch größer aber natürlich ist die Ueberraschung der Diplomas-Inhaber, als ihnen des Pudels Kern enthüllt wird und man vor ihren Augen die ganze schmutzige Intrigue und sehr fein ausgeklecksten Staatssiegel und Unterschriften abklebt. Baar eingezahlte 25 L. St., eine kostspielige Reise und eine aufgegebene Stellung zu Hause werden der Lohn für die Leichtgläubigkeit sein. Aber auch He. Jonny Tomes sieht seiner Vergeltung entgegen; denn nicht lange nach der Abreise der Engländer hatte er die Frechheit, sich wieder im Luxemburgischen sehen zu lassen, und so wurde er bei Weiß-Wampach aufgegriffen und erwartet nun in Luxemburg sein Urtheil. Er soll ganz naiv gestanden haben, er sei gekommen, um sich zu rechtfertigen. Möge es ihm gelingen!

Neuestes.

* Würzburg, 22. Okt. Se. Durchl. der General der Cavallerie und Commandant des Armeekorps am Main, Fürst v. Thurn und Taxis ist gestern von München kommend hier eingetroffen.

T. D. Frankfurt, 19. Okt. In Folge einer Depesche aus Hessen soll die bewaffnete Einschreitung in Kurhessen definitiv beschlossen sein. (A. Z.)

Stuttgart, 19. Okt. Der neueste Staatsanzeiger bestätigt, daß der Abgeordnete für Lenkerch, Dr. Fürst v. Waldeck, Sec. Mos. den König um Gnade gebeten habe. Er bestätigt dieses unter ausdrücklicher Hervorhebung des Wortes bitten und Gnade.

Aus Gotha geht uns die Nachricht zu, die ich Ihnen als Curiosum mittheile, daß nemlich der dortige ältere Bürgerverein in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt hat, alle Gleichgesinnten im Lande zu einer öffentlichen Erklärung zu veranlassen, daß sie der gothaischen Partei; durch welche der Name Gotha's in ganz Deutschland lächerlich gemacht worden sei, durchaus nicht angehören.

Königstein, 17. Okt. Heute ist der letzte Frongehworfte Gefangene unserer Festung, der vormalige Oberstlieutenant Heintz, von hier abgeführt worden. Er ist zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Rostock. Auf dem Convent des ritterschaftlichen Amtes Güstrow d. d. 30. Mai. Mos. wurde unter anderm nachstehender Beschluß gefaßt: „Mit dem 15. k. M. läuft das Provisorium für die der Union beigetretenen Staaten ab, worüber die auf dem heutigen Amtskonvente versammelten Eingesessenen des ritterschaftlichen Amts Güstrow, den Herrn Deputirten draufragen, sich an den löblichen engeren Ausschuß zu wenden, um dahin darauf hinzuwirken, daß der Ablauf dieses Provisoriums wohl ein geeigneter Moment sei, daß der löbliche engere Ausschuß bei der mecklenburg-schwerinischen Landesregierung gegen die Union remonstrire, um dadurch ein Aufgeben der Union von Seiten der schwerinischen Landesregierung herbeizuführen. Sie verwahren sich jedoch ausdrücklich dagegen, daß in diesem Auftrag auch keineswegs eine Anerkennung des bisherigen Provisoriums liegen solle.

Die k. österr. Gendarmerie wird mit Signalpfeifen aus Messing versehen, und es ist vorsanfig eine Lieferung von circa 15,000 Stück derselben ausgeschrieben worden.

T. D. Wien, 20. Okt. Die Militärdebatte verbietet den Redaktionen der Zeitungen, über die Militärbewegungen Mittheilungen zu machen. Veranlassung zu dieser Maßregel gab das Gerücht wegen der Marschbereite nach den deutschen Bundesstaaten. (A. Z.)

Berlin, 19. Okt. Der Generalvikariat Se. Maj. des Königs, commandirender General des Armeecorps, Generallieutenant Graf v. v. Gröben hat das Oberkommando der preußischen Operationsarmee an der kurhessisch-preußischen Grenze übernommen und wird an der Bacha erwartet.

Berlin, 19. Okt. Auch der letzte der noch mit der katholischen Kirche schwebenden Conflicte — der wegen Besetzung der Religionslehrer an den katholischen Gymnasien — scheint allseitig befriedigend gelöst zu werden. In Trier hat man sich dazu verstanden, den vom Bischof designirten Geistlichen durch ein Colloquium vor der wissenschaftlichen Prüfungscommission fine facultas docendi nachweisen zu lassen. (B. Z.)

Berlin, 19. Okt. Das Einberufungs-Patent für die Kammern dürfte in den letzten acht Tagen zu erwarten sein und die Sitzungen selbst am 11. komm. Mts. beginnen. (C. Z.)

Berlin, 19. Okt. Des Königs Maj. haben den kais. russ. Feldmarschall-Fürsten v. Warschau, Grafen Paszkiewicz-Erivanski, zum Chef des 1. Linien-Infanterie-Regiments zu nennen geruht.

Düsseldorf, 18. Okt. Der Dichter Ferdinand Freiligrath hat gestern Abend einen Ausweisungsbefehl erhalten, innerhalb 14 Tagen den preußischen Staat zu verlassen, widrigenfalls er zwangsweise über die Gränze gebracht werden soll.

C Paris, 18. Okt. Der Graf von Lusker einer der angesehensten Manner Schleswig-Holsteins, ist mit einer, von einer großen Zahl achtbarer Bürger dieser Herzogthümer unterzeichneten Adresse hier angekommen, in welcher sie ihre Rechte geltend machen und Frankreich und England anrufen, den verderblichen Krieg zu Ende zu bringen.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 21. Oktober 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1154	1159
„ 5% Metalliques	78½	78⅝
„ 4% „	61⅞	62
„ 3% „	45⅞	46¼
„ 2½% „	41	41⅜
„ 4½% Bethmann	—	73
„ 4% „	—	74
„ fl. 250 Prose v. J. 1839.	96½	97
„ 500 „ 1834.	154¼	156½
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	81⅞	82⅜
„ 2½% 50 Thalern Scheine.	41½	—
Bayern 3½% Obligationen.	84	84¼
„ 4% „	89½	89⅞
Württemberg 3½% „	100¼	100⅝
„ 4% „	92¾	93¼
„ 4½% „	98½	99¼
Baden 3½% „	81¾	82
„ fl. 35 Loose	32½	33½
„ „ 50 „	52½	53½
Nassau fl. 25 „	26½	26⅞
Dessau fl. 50 Loose	76¾	76⅝
„ „ 25 „	24¾	25⅛
Polen fl. 300 „	134½	—
Sardinien Frs. 36 „	33¾	33⅝

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 19. Okt.

Weizen 13 fl. 3 kr. Korn 8 fl. 47 kr.
Gerste 8 fl. 25 kr. Haber 4 fl. 17 kr.

Edictalladung.

Nachdem gegen den fürzl. Thurn und Taxisschen Forstgehilfen Richard Burger von Baiersbronn, gegenwärtig in Traustadt, unterm 15. Juli d. Js. der Universalconkurs erkannt worden, und dieses Erkenntniß die Rechtskraft beschränken hat, werden folgende Edikttage festgesetzt:

I. Zur Anmeldung der Forderungen, in deren Nachweisung auch zur Gemeinmachung der Vorzugsrechte

Mittwoch der 20. November 1850.

II. Zur Vorbringung von Einreden, sowohl gegen die Richtigkeit der angemeldeten Forderungen als auch gegen die in Anspruch genommene Vorzugsrechte, dann zur Schlußhandlung

Mittwoch der 18. Dezember 1850.

Alle Diejenigen, welche gegen den Forstgehilfen Burger aus was immer für einem Grunde eine rechtliche Forderung haben, werden andurch aufgefordert, an den bezeichneten Terminen entweder persönlich oder durch einen Rechtsanwalt hierorts zu erscheinen, auch die nothwendigen Handlungen vorzunehmen, — und zwar unter dem Rechtsnachtheile, daß das Nichterscheinen am ersten Edikttage den Ausschluß der Forderung, das Nichterscheinen am zweiten Edikttage den Ausschluß der treffenden Handlungen zur rechtlichen Folge hat.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche etwas von dem Vermögen des Gemeinschuldners in Handen haben, aufgefordert, solches bei Vermeidung doppelten Ersatzes dem Gerichte zu übergeben und wird der Gläubigerschaft noch eröffnet, daß zur Zeit außer den monatlichen Besoldungsabzügen des Forstgehilfen Burger im Betrage von 4 fl. Zahlungsmittel nicht bekannt sind.

Salzheim, 20. Sept. 1850.

Kgl. Gerichts- und Polizei-Behörde.

Ley.

Teicher.

Theater-Anzeige

Mittwoch, den 23. Okt. 1850.

Zum Erstenmale:

Farminelli,

oder:

König und Sänger.

Historisch-romantisches Schauspiel mit Gesang und Ballet in 3 Akten von W. Friedrich (Verfasser der neuen Hanskow).

Donnerstag, den 24. Okt.

Zum Benefiz der Familie Zerwig-Lindor.

Zum Erstenmale:

Die Müller,

oder:

Dänischlicher Rendez-vous-Ausdruck Leiter.

Großes komisches Ballet in 2 Akten. Musik von Meyer. Beeher auf allgemeines Verlangen:

König Renés Tochter.

Lyrisches Drama in 1 Akt von H. Herz. Hierauf:

Lucrezia Borgia. (2. Akt.)

Große Oper von Donizetti.

Druck von Joseph Stelz in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhof 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 254. Würzburg, Mittwoch den 23. Oktober. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 21. Okt. Se. Maj. der König haben sich unterm 18. Okt. l. Js. allergnädigst bewogen gefunden, die beiden Appellationsgerichts-Assessoren Fr. Wilh. v. Grundherr und Friederich Escherich zu Wechsel-Appellationsgerichtsräthen in Aschaffenburg zu ernennen.

München, 22. Okt. Se. Maj. der König haben dem Nachgenannten der Bewilligung zur Annahme und Tragung die ihm verliehene fremde Ordensdekoration allergnädigst zu ertheilen geruht: dem königl. Brunnenarzt Dr. Balling zu Kissingen zu dem ihm von Sr. Maj. dem König von Württemberg verliehenen Ritterkreuze des Ordens der württembergischen Krone.

Das l. b. Regierungsblatt No. 51 vom 21. Okt. enthält eine „Bekanntmachung, die Haltung des Gesetzes vom 25. Juli 1850 über die Ueberweisung der Depositen und Einstandskapitalien von der k. Staatsschuldentilgungsanstalt an die k. Bank zu Nürnberg betreffend".

Erfolgs-Verschiedenheit nach Revolutionen.

Die Weltgeschichte lehrt, daß Revolutionen das Glück der Völker selten und fast nie unmittelbar begründen. Die Ereignisse der jüngsten Zeit bekräftigen diese Lehre. — Blicken wir auf Frankreich, den Herd der europäischen Revolutionen! Die Februar-Revolution beschenkte Frankreich eine Republik, welche Niemand verlangte, Niemanden befriedigt, Niemand mag, die sich alle erdenkliche Mühe gibt, sich an Mann zu bringen, und welche Frankreich, trotz den unbestrittenen Genie seiner Söhne, mit Anstand abzuschütteln nicht vermag. In Deutschland vermochte die Revolution nur das unzweifelhafte Zeugniß der Rathlosigkeit jenes Volkes auszustellen, das einst groß und mächtig unter den Völkern, wie die Königseiche unter den Bäumen, jetzt an der Professorenweisheit dahinsiecht. — Was Preußen durch die Revolution gewonnen, mag es selbst am besten wissen. — Die Preußen haben die Kaiserkrone gesehen, aber diese glanzende Kleinod, der Indegriff so heißer Wünsche, ist in ihren Händen nun einmal — und vielleicht auf immer verschwunden. Und sollte noch so großen Opfern, die Preußen der Revolution brachte, Bedingen uns Sigmaringen und etwa der Erwerb von noch ein Paar derlei Musterländchen der einzige Preis so großer Anstrengungen bleiben, dann möchten wir Preußen um seinen Gewinn wahrlich nicht beneiden, dann war „des Lärmens zu viel für so wenig Wolle". — Nur Oesterreich, dem bereits entworfen geglaubten Oesterreich Schwarzenberg's, hat die Revolution neues Glück, neue Kraft und Herrlichkeit bringen zu sollen. — Früher und rascher als andere Staaten von dem aus Frankreich herüberstürmenden Orkan ergriffen, gewaltig erschüttert dem Untergange nahe, gelangte Oesterreich zu der Erkenntniß seinen Gebrechen, zu der Erkenntniß zwar großen Wahrheit, daß der Fortbestand Oesterreichs nur in der organischen Einheit des gesammten österreichischen Vaterlandes eine Zukunft habe, — und entfaltete das neue Banner des Einen und ungetrennlichen Kaiserreichs mitten im Kampfe mit starker Hand, damit es über alle Nationen, über alle Sonderheite der gesammten Monarchie hochflatternd herrsche. — Und in dieser ausgesprochenen Einheit des Kaiserreichs steht der Kern, der Lebensnerv der Märzverfassung, das weit nur tangere dieser neuen magna Charta Oesterreichs; in ihr liegt die Bedingung — ist das Wort zum Fleische geworden — der möglichen Größe, Kraft und Herrlichkeit des Einigen Oesterreichs. — Daß diese in der Marzverfassung ausgesprochene Einheit des Kaiserreichs alt eine durch den außergewöhnlichen Drang der Ereignisse grundsätzlich vollendete Thatsache dastehe, das hat Oesterreich der Revolution zu verdanken. — Daß blutige, tief erschütternde Stürme, die dem stark gelockerten österreichischen Völkerbunde nach dem natürlichen Gange der Ereignisse den Untergang bereiten mußten, Oesterreich zur Einigung, die verschiedenen Länderheile zu einem Kaiserreiche führten, das war der Gewinn Oesterreichs bei der Revolution, das war das alte Glück Oesterreichs, das ihm auch diesmal treugeblieben.

Eine neue Erniedrigung

der Dirigkeit von Gottes Gnaden, eine abermalige Anerkennung Seitens der durch Gottes Rathschluß auf den Thron berufenen Fürsten, das sie ihr Recht nicht von Oben, sondern von Unten haben, ein neuer Sieg der Gottlosen in dieser unseligen Zeit des Unglaubens, ein neues Zeichen, daß der Erzfeind nicht blos in den Köpfen hungriger Advokaten, lebensmüder Literaten und unbeschäftigter Doktoren sein Wesen treibt, sondern auch vor sich eingesitzet hat, welchen das Schwert nicht umsonst gegeben ist, ein neuer, aber starker Stoß dem ist, setzt der Monarchie in Hessen-Kassel bevor; stärker denn je weil zwei lehrreiche Jahre hinter uns liegen, stärker denn je, weil nicht mehr, wie im März 1848, dieselben entschuldigenden Momente vorliegen! Und wer trägt denn die Schuld Josef Schauschuk? Auf wen fällt denn die ungeheure Verantwortung, daß die letzten Sänken der Monarchie, daß die Fundamente der von Gott gesetzten Obrigkeit so tief, so unrettbar erschüttert werden? Preußen ist es, Preußens unselige Politik, Preußens auswärtiger Minister, dessen wechselvolle Lebenshahnen den Jahren der Anarchie mit dem Labyrinthe der Revolution nicht fehlzahlen dürfen, dessen unfreundliche und dundesfeindliche Noten dem rebellischen Aufschaffe Muth und Anhauer eingeflößt, dessen begriffsverwirrende Tiraden im Vereine mit geheimnißvollen Artikeln der Deutschen Revue dem eines vernünftigen Conservativen Begriffe von Ehre und Fahnenedd wankend gemacht, dessen magischer Zauber sein dämonischer Neid über fast alle Beamte und bis in die höchsten Gerichtshöfe zu verbreiten gewußt hat! O möchten doch dem, der da zu seinem Volke gesprochen hat: „Ich und mein Haus wollen dem Herrn dienen", auch zu rechter Zeit die Augen aufgehen, damit er sich dem Einflusse des Mannes entziehe, welchem nur zu gegründeter Mißtrauen von allen Seiten entgegentritt, und damit er in die Bahn einlenken könne, welche allein der Weg des Heils und des Rechte ist, — Frankfurt! Tao walte Gott zu Deutschlands Frommen!

Deutschland.

München, 21. Okt. Daß die Aufstellung des Armeecorps am Main seit vorgestern eifriger betrieben wird, als Anfangs beabsichtigt war, bestätigt sich. Veranlassung hiezu hat ohne Zweifel eine am Abend des 18. aus Frankfurt eingetroffene Note gegeben, dem gleich nach ihrem Eintreffen wurde der Staatsminister des Kriegs zu Sr. Maj. dem König durch einen Ordonanzoffizier beschieden und nach längerer Berathung wurde noch in der Nacht der Befehl zum unverzüglichen Abmarsch der Artillerie gegeben, ohne daß diese vorerst das Einrücken der einberufenen Mannschaft abwarten durfte. Uebrigens scheint es doch noch nicht so kriegerisch aufzugehen wie die neuesten Berichte aus Frankfurt lauten, denn das k. Kriegsministerium erließ heute den Befehl, daß eine von Lindau eingetroffene Abtheilung von 4 Offizieren, 12 Unteroffizieren, 2 Spielleuten und 230 Gefreiten und Gemeinen bei k. 8. Inf.-Reg. nach dem Garnisonsorte Passau abzumarschiren hat und dort ungesäumt beritaubt werden solle. Zu allem diesem kommt noch, daß bisher weder vom hier garnisonirenden Inf.-Leib-Reg. noch vom Regiment Kronprinz ein Mann über den bisherigen Präsenstand, von 80 per Compagnie, einberufen worden ist. Um so bouverdurer lautet daher das verbreitete Gerücht, als hatte bereits schon die Landwehr die Weisung zur Uebernahme des Garnisonsdienstes erhalten. Vom Inf.-Reg. König geht übermorgen vorerst das 1. Bataillon und vom nächstfolgenden Regiment das 2. Bataillon ab. Die Quartiermacher beider Bataillone haben morgen abzugehen. Von jeder Compagnie bleibt vorläufig 1 Offizier, 1 Sergeant und 2 Korporale hier, welche die einrückende Mannschaft nachtransportiren. Die Mannschaft erhält täglich in Franken eine Zulage von 3 kr., muß aber selbst menagiren. Die die Einquartierungen wo möglich nur auf Tach und Nacht sach geschehen sollen. — Einem hier in glaubwürdigen Kreisen verbreiteten Gerüchte zufolge, soll der Bürgermeister zu Eichstädt, Karl Nar, welcher bekanntlich Landtagsabgeordneter ist, zum dortigen Landrichter und Stadtkommissar befördert worden sein. (A. Bl.)

Nürnberg, 21. Okt. Von zwei Locomotiven gezogen, kam gestern Abend gegen 7 Uhr ein großmächtiger, aus 43 Wagen bestehender Transport Artillerie (Mannschaft, Pferde, Geschütze und Munition) mit einem Extrazug auf der Eisenbahn hier an und setzte nach kurzem Aufenthalt die Reise nach bis Bamberg fort. Die Pferde sollen allein 21 Wagen. Durch diesen Extrazug gerieth denn der Bahnhof auf der ganzen Linie in ein solches Derangement, daß der Güterzug nach München, der hier in der Regel um 4 Uhr abgeht, erst um 7 Uhr abgehen konnte, und der Münchener Mittagszug, der hier bei gewöhnlichem Lauf der Dinge um 6½ Uhr eintrifft, um Mitternacht noch nicht hier war.

(N. Korr.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 20. Okt. Der Stadtcommandant, der Generalmajor v. Helmschwerd, hat, nach Bericht der „Neuen Hess. Ztg.", auf die Aufforderung des kurfürstl. Oberegierichts, auf Grund des § 123 der Verfassungsurkunde zu bewirken, daß Dr. Oetker sofort seiner Haft entlassen werde, gestern ablehnend geantwortet; als Grund ist angeführt, weil das Kassel nicht unter der Stadtcommandantur stehe. — Der Staatsrath a. D. Scheffer veröffentlicht eine Erklärung, in welcher er sich völlig überzeugt erklärt, daß der seit Sept. i. J. eingetretenen Regierungsmaßnahmen die gesetzlichen und rechtlichen Rechte und namentlich in der Landesverfassung ihre entsprechende Begründung finden und durch die offenkundigsten Vorgänge zur Nothwendigkeit geworden sind. (K. Z.)

Kassel, 20. Okt. Die Cholera ist fortwährend im Zunehmen, es finden täglich an 20 Beerdigungen statt. In dem ganzen Orte Jwyhausen ist wohl der 10. Theil der Bevölkerung an dieser Krankheit gestorben. — Die „Neuhessische Zeitung" und die „Boenisse" sind mit dem Vornehmen unserer Offiziere sehr zufrieden. Die letztere geht mit dem Gedanken um, für die nächsten Tage ein großes Verbrüderungsfest aller Demokraten, Steuerverweigerer, widerspänstigen Beamten und abschiedslustigen Offiziere anzuordnen. (K. Z.)

Kassel, 21. Okt. Manche Symptome tauchen auf, denen zufolge unser Offizierkorps allmählig einer besseren Ueberzeugung Raum zu geben und den gethanen Schritt zu bereuen anfangt, indem man einsieht, daß man von der Demokratie, welche sich selbst die Finger nicht verbrennen will, vorgeschoben und hyprit sei. Besonders haben die das Benehmen des Offizierkorps mißbilligenden Artikel der „Neuen Preußischen Zeitung", und noch mehr der, wie man weiß, vom Prinzen von Preußen inspirirten „Mehrzeitung" stutzig gemacht, und zwar um so mehr, als ein gegenwärtig hier fungirender preuß. höherer Staatsbeamter die Hoffnung der Sympathien des preuß. Gouvernements zu erwecken gewußt hätte. Im Uebrigen ist denn doch auch eine nicht geringe Zahl ihrem Landesherrn treu ergebenen Civilstaatsdienern vorhanden, welche, was schon längst hatte geschehen sollen, in durch das ganze Land verbreiteten Petitionen ihre Ueberzeugung von der Nothwendigkeitslosigkeit der ergangenen Verordnungen auszusprechen im Begriffe stehen. In einen Erfolg der Berufung des Herrn Oberappellationsgerichtsrathe Dr. Elvers, so sehr man ihn wünscht, glaubt man nicht, da ein Jeder einsieht, daß die Dinge nun einmal viel zu sehr engagirt sind, als daß ohne völlige Umtragung des monarchischen Prinzips an eine Jnrücknahme der Verordnungen gedacht werden konne. (K. Z.)

Kassel, 21. Okt. Seit heute Morgen herrscht unter dem Offizierkorps eine lebhafte Bewegung und man will wissen, daß eine wichtige Nachricht, ja wohl gar die Bewilligung des Rücktrittsgesuches des Offizierkorps, von Wilhelmshöhe angelangt sei. Den General v. Uslf und General v. Helmschwerd sah man mit mehreren anderen höheren Offizieren in den Vormittagsstunden auf den Platz im lebhaftesten Gespräch eindergehen, so wie mehrere von den höchsten Civilbeamten. Mit dauger Erwartung sehen unsere Neubesitzer den Ankunftszeit fremder Truppen entgegen. Die Militärpferde sind wieder zum größten Theil eingezogen worden; man weiß nicht ob in Folge der Verminderung der Garnison durch den Abmarsch der Truppen nach Fulda und Hanau, oder aus irgend einem andern Grunde. Vergangene Nacht und diesen Morgen hat es stark geschneit, und wie wenn den mit einigem Frost, der jetzt in einigen Straßen den wieder nachließ, überrascht. (K. Z.)

Der N. M. Zeitung schreibt ein Correspondent aus Frankfurt mit vieler Grundsicherheit und Wahrheit folgendes: Die Dinge in kurhessen haben seit meinem letzten Briefe noch immer nicht eine definitive Erledigung gefunden; der dort vorherrschende Zustand wird dadurch soetwahrend peinlicher und bedrohlicher; es ist höchste Zeit, daß diesem Wirrwir ein Ziel gesetzt werde, und der Bundestag seine Pflicht thue! Mittlerweile fahrt die gesinnungslachige Presse — die Gothaer im berüchtigten Unverstandnisse mit ihren Tessendorf, den Demokraten und Anarchisten — unermüdlich fort, die offentliche Meinung zu berücken und zu verwirren; es gibt in Wirklichkeit keinen publizistischen und staatsrechtlichen Unsinn, den nicht diese Presse zu Tage fördert, um eine in ihren tiefsten Grundlage hattede Sache zu einer edlen, rechtverdeten zu stempeln. Die „Koln. Zeitung" beweist in endosen Leitartikeln: die Stände mußten das Steuerverweigerungsrecht haben, weil sie sonst des Mittels entbehrten, ihren Willen durchzusetzen! Die „Deutsche Zeitung" führt mit aller Grandlichkeit eines Doktrinars aus: jeder untergeordnete Staatsdiener habe das Recht und die Pflicht, den Wollzug einer — wenn auch in verfassungsmäßiger Weise mittelst Contrasignatur des betreffenden Ministers erlassenen Verfügung des Landesherrn zu verweigern, wenn ihm diese verfassungswidrig scheine! Die entschiedensten Organe der Demokratie endlich überstromen von Gefühlen verfassungsmäßigen Sinnes und feuriger Loyalitat, um den Kurfürsten auf die rechtlichen Verhalten des kurhessischen Offizierkorps, das sich wahrhaft in hochstem Grade glaublich fühlen muß, eine solche Auerkennung von dieser Seite erringen zu haben! und damit auch der stumpfsinnigste Schwachkopf zur „verfassungsstreuen" Begeisterung angefachet wird, muß der verhaßte Name „Auflösung" als Schreckbild der verfassungsfeindlichen dienen! — Es braucht nur eines Blickes auf die Mittel, welche von Seite der zahmen und der rücksichtslosen Wühler für den angeblichen Zweck der Erhaltung der kurhessischen Verfassung in Anwendung gebracht werden, um zur Ueberzeugung zu gelangen, daß es diese nicht ist, was angestrebt wird, sondern der Sturz des bisherigen Zustande auf eigener Anschauung kennt, der weiß, daß das Spiel, welches dort getrieben wird, keinen anderen Zweck hat, als unter legalem Schein die Plane der Umsturzpartei durchzusetzen; sie ist im offenen Kampfe, den sie sich so leicht gedacht, unterlegen; — die Erfahrung macht klug, man tritt nicht mehr in offene Linie mit den Waffen in der Hand den Regierungen gegenuber, man verschanzt sich hinter einzelne, wilkurlich ausgelegte und schamlos verdrehte Paragraphe der Landesverfassung, — um unter dem Vorwande für deren Erhaltung zu kampfen, sie zu untergraben zu vernichten, die Landesregierungen und die Bundesmacht selbst zu Maßregeln zu zwingen, auf zu widersetzen vermag, — in scheinbar legaler Weise zu lahmen und ihnen unter dem Vorwand rein verfassungsmäßiger Haltung — den Todesstoß zu versetzen! Daß es die Demokratie ist — und nicht die Partei der Konstitutionellen — welche in Kurhessen die Dinge lenkt und leitet — und daß der Zweck der ganzen dortigen Bewegung die Förderung der Plane der ersteren ist — und die verfassungstreue Haltung nur als Maske zur Täuschung der leichtgläubigen Menge dienen muß — dieß ist jedem einleuchtend, der die Elemente kennt, aus welchen vorwiegend der aufgelöste Landtag und der Landtags-Ausschuß bestehen, die Bevorzugung der Wahl eines „Bayerhofer" zum Landtagspräsidenten zu zuerdigen weiß. Kein Vermünftiger wird im Ernste glauben, daß die Demokratie zur Erhaltung der konstitutionellen Monarchie — der konstitutionell-monarchischen Verfassungsform kämpft und einsteht; wer das glauben konnte, der mag mit gleichem Recht den Fuchs für den besten Beschützer des Hühnerhofes, den Wolf für den sorgsamsten Wächter der Lämmerheerde halten! — Nein, nicht die Erhaltung der bestehenden Verfassung ist es, was in Kurhessen angestrebt wird, sondern deren Umsturz, und dieser soll wieder nur das Mittel werden, weiter greifende Plane für ganz Deutschland zur Reife bringen, wozu wir bereits auf dem besten Wege sind. In der That — die Vorgänge in Kurhessen, besonders die Schritte des dortigen durch die schmählichsten Wortspiegelungen verleiteten Offizierkorps — bildet den glänzendsten Sieg der Demokratie, den sie bisher in Deutschland errungen hat, und sie darf gleicher, ja noch bedeutenderer Erfolge sicher sein, — wenn sie hinsichtlich mit der Verbindung der Partei, die sich par excellence die „Konstitutionnelle" nennt, ihre Thätigkeit und Klugheit im gleichen Maße unterstützt, wie bisher. Die nächste Aufgabe, die in Kurhessen zu losen war, bestand darin, die landesherrlichen Autorität in ihrem Fundamente zu untergraben; dieß gelang der Demokratie durch mittelst Ausbeutung der unionistischen Gelüste der sogenannten Konstitutionellen; damit ward eine beinahe einstimmige Opposition gegen die Regierung geschaffen; der Landesherr sollte vor allem gezwungen werden, in der deutschen Frage seine eigene bessere Ueberzeugung zu verläugnen; gelang dieß, so war der Sieg der Demokratie gesichert; denn die geringe Zahl der Konstitutionellen in der Standeversammlung war ohnehin machtlos; und wäre an die Stelle des gegenwärtigen großdeutschen Ministerium ein kleindeutsches getreten, es hatte denselben energischen Widerstand von Seite der demokratischen Kammermajorität gefunden, wie das gegenwärtige; und der Kampf hätte — hoffnungslos für die Regierung — damit geendet — der Demokratie definitiv den Sieg zu verschaffen. Diese Plane schreiten an der festen Haltung des Kurfürsten und seiner Minister; daher die grenzenlose Wuth, mit der die Organe der Demokratie über diese herfallen. Sie sehen also, der Zweck, der dort erreicht werden soll, ist ein durchaus verwerflicher; und die Mittel, die zu dessen Ausführung angewendet werden, durchaus rechtswidrige; es ist der Kampf der Demokratie gegen die ganze zu Recht bestehende Ordnung in Deutschland, die hier unter neuen Formen und unter Anwendung neuer Waffen entbrannt ist, und zu Tag, Verwirrung aller Rechtsbegriffe, schamlose Verdrehung von Recht und Gesetz, — dieß sind die neuen Waffen, mit welchen die Demokratie den Regierungen gegenüberstritt; ihre besten Bundesgenossen die Unentschiedenheit der deutschen Großmächte, und die Kurzsichtigkeit und Leichtgläubigkeit eines großen Theiles der Landbevölkerung! Ihr Sieg ist gewiß, wenn diese beiden Uebel nicht bald gehoben werden!

Aus Baden, 19. Okt. Die Grenzüberwachung ist neuerdings wieder verschärft worden, indem auch die Zollaufsichtsmannschaft gleich der Grenzarmerie mit der politischen Controlirung des Personenverkehrs beauftragt worden ist. Dieselbe hat alle Handwerksburschen, deren Pässe oder Wanderbücher nicht in giltiger Form sind, festzuhalten und der betreffenden Behörde vorzuführen: ebenso alle in das Land eintretenden fremden Handwerksbrche, welche nicht über 4 fl. Reisegeld sich ausweisen können; alle Handwerksburschen, welche nicht in ihrer Geburtsstadt, die längs der badischen Grenze in die Schweiz einwandern wollen; die aus der Schweiz unmittelbar einwandernden Handwerksgesellen, die nicht Angehörige des Großherzogthums sind; alle badischen Soldaten und polnischen Flüchtlinge, welche aus der Schweiz in ihre Heimat zurückkehren wollen; ausländische Bettler, Vagabunden und Landfahrer; andere Reisende, die nicht mit den gehörigen Pässen versehen sind. Besonders soll aber das Grenzaufsichtspersonal aus der Schweiz zurückkehrende Flüchtlinge, sowie andere nach den Umständen verdachtige Reisende genau visitiren, ob sie keine aufrührerischen Schriften bei sich tragen. — Die Beschwerden wegen des Paßzwanges und Vereinsrecht in Baden nach dem Gesetzentwurf, der demnächst in der zweiten Kammer zur Berathung kommen wird, inständige unterliegen soll, bestehen im Wesentlichen in folgenden Bestimmungen: Politische Vereine müssen ein Verzeichniß ihrer Vorsteher und Mitglieder, sowie ihre Statuten binnen drei Tagen nach der Gründung der Bezirkspolizeibehörde vorlegen und derselben überhaupt auf den Verein bezügliche Auskunft jederzeit auf Verlangen mittheilen. Unbedingt verboten

Digitized by Google

ist ihnen der Zusammenkritt mit andern politischen Vereinen zu gemeinsamen Zwecken, namentlich in der Weise, daß die einen den Beschlüssen und Organen des andern unterworfen oder mehrere solcher Organe unter einem gemeinsamen Organ zu einem geschlossenen Ganzen vereinigt werden; eben so die Erlassung von Beschlüssen in Form von Gesetzen, Verordnungen oder Amtsverfügungen. Beschlüssen, beziehungsweise aufgelöst können sie werden, wenn sie den angeführten Bestimmungen zuwiderhandeln, die Zulassung von Abgeordneten der Polizei verweigern und endlich aus Gründen des öffentlichen Wohls, letzteres jedoch nur durch Ministerialbeschluß. Von polizeilichen Versammlungen, die in geschlossenen Räumen stattfinden sollen, muß der Polizeibehörde 24 Stunden vor dem Beginn Anzeige gemacht werden; solche, die unter freiem Himmel abgehalten werden sollen, dürfen der vorgängigen schriftlichen Erlaubniß der Behörde. Die Polizei kann zu dreifachen Abgeordnete schicken, welchen ein guter Platz einzuräumen werden muß, und deren Aufzeichnung die Beweiskraft öffentlicher Urkunden zukommt. Dieselben sind auch befugt, die Versammlung unter Umständen aufzulösen, wozu auch die Vorfragen in bestimmten Fällen verpflichtet sind. Während der Tagung versammelt ist, darf keine weitere Versammlung von sechs Stunden vom Ort seines Seines keine Volksversammlungen unter freiem Himmel stattfinden. Falle die Auflösung einer Versammlung nicht auf die erste Aufforderung der betreffenden Beamten erfolgt, kann sie durch Militärgewalt zur Ausführung gebracht werden.

(N. Fr. Ztg.)

△ Aus Baden, 20. Okt. In der gestrigen geheimen Sitzung der I. Kammer kam der Militärvertrag vom Frühjahr 1850 zur Sprache. Ein Mitglied machte die Regierung auf das Recht der Kündigung dieses Vertrags aufmerksam. Die Sache wurde an die Commission gewiesen. Die Verhandlungen dieser Sitzung werden sehr geheim gehalten. Nur die Mitglieder der II. Kammer haben Zutritt auf der Gallerie. — Was wir vor einiger Zeit als Gerücht mitgetheilt haben, bestätigt sich. Nächsten Tag werden 10,000 Mann von den im Großherzogthum Baden liegenden k. preußischen Truppen das Land verlassen und ihren Rückmarsch nach Preußen antreten. — Dem badischen Unterrichtswesen stehen demnächst bedeutende Reformen bevor. — Nach verschiedenen uns aus der Pfalz zugehenden Schreiben gibt man daselbst alle Hoffnungen auf ein auch nur mittelmäßiges Herbstergebniß auf.

Hannover, 18. Okt. Die von den Tagesblättern der verschiedensten Farben seit 8 Tagen angenommene Unmöglichkeit, daß das Ministerium Stave im Amte bleiben könne und werde, ist zu nicht geringer Ueberraschung der Gegner wie der Anhänger der gegenwärtigen Minister unverhohlen durch die absolute Unmöglichkeit convirt, ein anderes Ministerium zu Stande zu bringen. Das Ministerium Stave tritt also, wie wir unzweifelhaft versichern können, vorläufig nicht zurück, und nur im Departement des Kriegs, wo ganz abgesehen von der letzten Krisis ein Wechsel eingetreten sein würde, wird General-Major Jacoby für Herrn Brott eintreten. (W.-Z.)

Luxemburg, 18. Okt. Wir hoffen daß im Stande zu sein, die kirchliche Frage wiederum vollständig zu beleuchten. Heute wollen wir unsern Lesern nur so viel mittheilen, daß die nach Rom abgegangene Deputation bereits seit acht Tagen zurück ist, und die befriedigendsten Nachrichten mitgebracht hat. — Mehr als 2000 Briefe sind in Rom zu Gunsten unsers viel verleumdeten Oberhirten eingegangen, von jener von verschiedensten Seiten her. Namentlich hat sich der deutsche Episcopat einstimmig und aufs Dringendste für unsern Oberhirten verwendet, und vollständig die Lage der Dinge bei uns nach Rom berichtet.

Wien, 18. Okt. Man erzählt bereits längere Zeit von einer russischen Note, durch welche der Kaiser von Rußland der österreichischen Regierung zur Schlichtung der deutschen Angelegenheiten eine bedeutende Heeresmacht zur Verfügung gestellt hat. In wohl unterrichteten politischen Kreisen verlautet dagegen, nicht ohne dem Aufsehene großer Bestimmtheit, daß in dieser Note, deren Existenz nicht in Abrede gestellt wird, von militärischer Hilfe nichts enthalten ist, daß aber Rußland erklärt habe, Oesterreich habe das Recht, auf die Verträge von 1815 sich zu berufen, wie dies bis jetzt geschehen, zu wachen, und Rußland werde Sorge tragen, daß kein Vertragsbruch von seiner Seite erfolge. — Wir hören, daß die londinische Regierung im Einvernehmen mit England bezüglich der an Oesterreich zu leistenden Kriegsentschädigung den 75 Millionen Anstand, auch die Regierungen von Neapel, Toscana und Rom bestimmt machen wolle. Der Grund, welcher dafür geltend gemacht werden soll, besteht darin, daß auch diese Länder eine kurze Zeit mit Oesterreich im Kriege verwickelt waren. — Aus achtbarer Quelle vernehmen wir, daß in der kurhessischen Angelegenheit vor Verwidigung der Warschauer-Conferenz von keiner Seite ein ausschlaggebender Schritt unternommen werden wird; daher jedenfalls diese Angelegenheit Gegenstand der Diplomaten-Conferenz in Warschau sein dürfte. (D. G.)

Berlin, 19. Okt. Ueber das Gerücht des Uebertritts der zehn Tscherkessen, worüber wir unlängst berichteten, sind ganz unwahre Angaben in die Blätter übergegangen. Aus der zuverlässigsten Quelle vernehmen wir in dieser Beziehung Folgendes. Der an der Eisenbahn von Warschau nach Schlesien liegende Flecken Sternierwire war mit seinen Umgebungen belegt und sollte von diesen geräumt werden, um für 1 Bataillon Infanterie und 1 Escadron Kosaken Platz zu gewinnen, welche während des drabhichtigten Aufenthaltes Ihrer Maj. der Kaiserin von Rußland im Schlosse zu Sternierwice daselbst den Dienst thun sollten. Da sich hierzu in der Ausführung gebrauch werden sollte, verweigerten die Tscherkessen den Ausmarsch, weil sie sich gekränkt fühlten, daß nicht ihnen die Bewachung der Kaiserin anvertraut worden sollte. Als sie hierauf der Feldmarschall Fürst Paskiewitsch bedeutete, daß von Seiten ihrer Treue nur Anhänglichkeit an das kaiserliche Haus nicht die Rede sei, sondern lediglich der Befehl des Kaisers, dem ihre Dislokation nach Sternierwice gar nicht bekannt gewesen, den Quartierwechsel hervorgerufen habe, marschirten sie ruhig nach ihren neuen Cantonnements, bis auf die letzten, welche heimlich den Weg nach Preußen einschlugen. Es ist hiernach allerdings nur um so mehr zu bedauern, daß die Widersetzlichkeit der letztern gegen die gesetzlichen Vorschriften unseres Landes zu einem so traurigen Resultate geführt hat.

(C. C.)

Frankreich.

Paris, 18. Okt. Guizot und Thiers haben sich versöhnt! Man spricht in Paris von nichts Anderem. Man ergeht sich als Einzelheiten des feierlichen Augenblicks; man ergeht sich, wie dem großen Geiste des kleinen Thiers die Flügel gewachsen, als er zu seinem Freunde Guizot gesagt: „Lassen Sie mich nur machen: in acht Tagen gibt es keine dreifeig Legitimisten mehr in der Kammer!“ Er wollte sie natürlich nicht vertreiben, sondern bekehren. Und der Thiers gilt für einen politischen Wundermann. So hat er bereits den lange sich sträubenden Berryer überzeugt, daß jetzt die beste Politik sei, die Verlangerung der Präsidentschaft auf neue vier Jahre zu unterstützen. Das Elysee nähert sich dem Ausschusse; der Constitutionnel hat dazu gestern den ersten Schritt gethan. Auch dies ist ein Werk des Hrn. Thiers. Die verhöhnischste Stimmung der Mehrheit des Ausschusses in seiner gestrigen Sitzung zeigte, daß Hr. Thiers mit einflußreichen Mitgliedern persönlich noch unsonst gesprochen. Kurz, die Versöhnung Thiers mit Guizot ist ein politisches Ereigniß. (D. Z.)

Italien.

Turin, 11. Okt. Die „Voce nel deserto“, Journal des Advokaten Brofferio, eines der Führer der äußersten Linken, spricht sich über die von der Regierung gegen Mgr. Franzoni ergriffenen Maßregeln, natürlich vom Standpunkte des Radikalismus, der Revolution, aus, auf dem doch die Regierung ebenfalls steht: „Der Apvelhof hat am 25. Sept. gegen den Erzbischof von Turin ein Verdammungsdecret erlassen, und die Gerichte des Landes haben sich beeilt, es zu vollziehen. Mag sich derjenige, der in den öffentlichen Angelegenheiten nur eine angenehliche Genugthuung sucht, darüber freuen; uns hat diese Maßregel andere Gefühle aufzuerdungen. Seit Jahren sind wir der Grausamkeit ein Opfer gewesen, und deshalb ist es uns sehr schmerzlich, daß man heute auf dieselbe willkürliche Weise gegen unsere Feinde verfährt, womit man morgen gegen uns wieder verfahren kann. Wir haben noch nichts gehört und auch nichts gelesen, welches die Ungesetzlichkeit einer derartigen Handlung entschuldigen könnte. Wir wissen uns ein Sophismus der Juristen glauben machen können, daß man unter einem Statute, welches die persönliche Freiheit gewährleistet, einen Staatsbürger ohne alle gesetzlichen Formen aus dem Lande jagen darf. Die Verwerrung der Gewalten ist der empfindlichste Schlag, der man dem constitutionellen Rechte nur immer versetzen kann. Unglücklliches Land, wo man gleichzeitig zusieht, wie der Richter die politische Arena betritt, und zugleich die Functionen eines Staatsrathes, eines Ministers, eines Gesetzgebers, zu die höchste souveräne Gewalt ausübt . . . Wenn das Ministerium in den Tagen der Krisis, in einem Conflikte mit der clericalen Partei, einen Staatsstreich, eine revolutionäre Maßregel für nothwendig erachtete, so hatte es den Muth haben sollen, sie anzuführen. Es hat aber vorgezogen, zu einem Mittel seine Zuflucht zu nehmen, welches der Gewalten mit Füßen tritt, ohne sie zu vernichten, und welches sein Zeichen der Kraft, wohl aber eine Heuchelei ist. Mögen endlich auch Andere den Eifer, womit die Magistratur der „öffentlichen Meinung“ genugthun zu müssen gelandt hat, belohnen; in unseren Augen — wir sagen es ohne Schmeichelei — wird derselbe nicht Anderes gethan, als was sie 1814, 1817, 1833 und 1849 that, sie hat der Regierung gedient.“

Vermischte Nachrichten.

(Versammlung der Fischtlinge in Aarau.) In der letzten Woche des Septembers fand auf Anregung Schlopfel's eine Versammlung in Aarau Statt, die nur von den Vertrauten, wie Becher v. Stuttgart, Spengler, Doktor Solger, Liebenkracht, Henrici, Weisser, Hausser u. a. m., besucht war, da die Einladungen zu derselben nur an bewährte Oeffentlichkeit erhielten. Der erste Gegenstand der Berathung war der gegenwärtige Zustand von Deutschland. Die Versammlung wurde darauf aufmerksam gemacht, daß eine Reaberung früher eintreten dürfte, als man zu glauben etwa geneigt wäre, und möge Jeden die große Sache treu und getreu finden; zum zweiten Male habe die deutsche Nation den Augenblick ihrer Einheit und Freiheit verträumt, möge nicht der Augenblick der Entscheidung die deutschen Demokraten und Republikaner im Schlafe überraschen. „Wir,“ hieß es, „sind von der Verfassung als Schützer und Kämpfer für die deutsche Freiheit berufen, lasset uns unsern Beruf erfüllen, bis zu einem ehrenvollen Siege oder zu einem ehrenvollen Tode!“ — Der zweite Hauptgegenstand der Versammlung war Geld. Es wurde ein Comite von Schweizern gebildet, welches den Auftrag hat, Geld zu sammeln, angeblich um die Auswanderung der Nargauischen Flüchtlinge nach Amerika zu ermöglichen.

Einige der kostbarsten Gegenstände zur großen Ausstellung in London sind aus Ostindien angemeldet, z. B.: Ein großes orientalisches Zelt mit vergoldeten Stangen und einem Dach von schönsten Cashemir-Shawltuch, welches aber auch mit Gold und Silber gestickt ist; ein Etui aus schönem Opal, in Gold gebunden, und auf dem

Decket mit Diamanten und Rubinen verziert; ein prachtvolles Bett und sechs Stühle, ans Elfenbeinschnitzerei bestehend, ein Geschenk des Nabob Nasim für die Königin von England; ein Bettkissen aus Gold- und Silberfaden mit den Namen Victoria und Albert darauf, die Anfangsbuchstaben Diamanten, die andern große Perlen; hundert und zwanzig lebensgroße Figuren, welche die verschiedenen Beschäftigungen der Hindus vorstellen, wobei jede gehörigen Handwerksgeräthe.

Anekdote vom jetzigen türkischen Sultan.

Beim Anfange der Regierung des jetzigen Sultans faßten die Ulema's den Entschluß, ihn wo möglich von Durchführung der Reformen abzuhalten, welche, weil verfassend gegen den religiösen Sinn und den angebornen Stolz der Türken, diesen stets unwerth gewesen waren und allerdings auch in Folge unserer Ereignisse nicht die vom Sultan Mahmuth erwarteten guten Resultate geliefert hatten. Den Zweck zu erreichen wählten die Muftis das Mittel, auf den religiösen Aberglauben des jungen Fürsten einzuwirken. Als er nun eines Tages, seiner Gewohnheit gemäß, am Grabe seines Vaters betete, vernahm er eine Stimme, die aus der Tiefe kam: „Ich brenne! Wo bin ich? Ich brenne!“ Sie seinen nächsten Gebete geschah dasselbe. „Ich brenne!“ rief es immerfort uns Nichts weiter. Darauf fragte der Sultan den Obersten des Imams, was dieses zu bedeuten habe, und erhielt zur Antwort: Das sein Vater zwar ein großer Mann, doch unglücklicher Weise ein etwas zu großer Reformator gewesen und daher wohl zu fürchten sei, daß er deshalb in der andern Welt eine schwere Strafe zu leiden habe. Der Sultan gebot erst seinem Schwager, dann Mehreren seines Hofes an derselben Stelle zu beten, und jedesmal erklangen die nämlichen unheilbringenden Worte. Nun erstörte der Sultan, daß er zu einem bestimmten Tage sich in feierlichem Zuge zu seines Vaters Grabe begeben wolle, und erhob sich dahin mit glänzendem Gefolge, worunter die angesehensten Lehrer des mahomedanischen Gesetzes. Kaum daß er seine Andacht begonnen, erschallten die Worte: „Ich brenne!“ aus Allen zugleich, nur der Sultan nicht. Den seinem Zuge Typisch aufstehenden Tisch er seine Wachen und befahl ihnen das Pfaster fortzuräumen und das Grab zu öffnen. Vergebens widersetzten sich die Muftis, nannten es vergebens eine große Entweihung und warnten vor den fürchterlichen Folgen. Der Sultan behartte. Das Pfaster wurde entfernt, der Grund aufgegraben, und in einer geschickt angelegten Höhle fand sich zwar kein brennender Sultan, aber ein Derwisch. Der junge Monarch sah ihn eine Zeitlan fest und schweigend an, und sagte dann ohne weitere Bemerkung oder den geringsten Ausdruck von Zorn: „Du brennst? So müssen wir dich im Bosporus abkühlen! Binnen wenigen Minuten stack der Derwisch in einem Sacke und lag der Sack im Bosporus, der Sultan aber ritt in seinen Palast zurück, gelogt von seinem Hofstaat und seinen Ministern, die immerwährend riefen: „Maschallah. Allah ist groß; es gibt keinen Gott außer Gott, und Muhammed ist sein Prophet!

Die New-Yorker Blätter treiben die Begeisterung für Jenny Lind ins Lächerliche: Ein Pfirsichkern, der in dunkler Nacht auf ihrem Fenster geworfen wurde, ist für einen Dollar verkauft worden, und einer ihrer Handschuhe wurde von einem Specutanten zum Küssen angeboten — der Kuß auf der Außenseite zu einem Dollar, auf der Innenseite zu zwei Dollars.

Neuestes.

§ Würzburg, 23. Okt. Pfarrvikar Mayr hat die Pfarrei Motten erhalten.

München, 20. Okt Gestern wurden im kgl. Staatsministerium der Justiz die über den Entwurf des Notariatsgesetzes in einer Reihe von Sitzungen gepflogenen Berathungen vollendet. An denselben haben unter dem Vorsitze und der Leitung des Herrn Staatsministers der Justiz die Herrn: Ministerialrath v. Molitor, Appellationsgerichtsdirektor v. Kittiani, Oberstaatsanwalt Petersen, Landrichter von Mechelen und die Herrn Rechtsanwälte, Seyboth und Buchner Theil genommen.

München, 21. Okt Man erwartet dieser Tage die Einberufung der Landrathe der acht Kreise. Die bereits beschlossen gewesene Hinausgabe des Landtagsabschieds der 2. Kammer unterbleibt, weil die Zeit bis zur Berufung der Kammern zu kurz hiezu ist. — Die Provinzialsynode der bayerischen Erzbischöfe und Bischöfe in Freising hat gestern mit einem feierlichen Hochamte ihre vierzehntägigen Berhandlungen geschlossen; wie man vernimmt werden die Bischöfe persönlich Sr. Maj. dem Könige ihre Beschlüsse überreichen. — Unser Justizminister, Hr. von Kleinschrod, hat einen 2monatlichen Urlaub gestern angetreten, um seine leidende Gattin in das mildere Klima von Pisa zu begleiten. Inhaber hat Staatsrath Frhr. v. Pelkhoven das Justizportefeuille interimistisch wieder übernommen. — Pferde-Ankauf für die Armee ist angeordnet.

— Die „Münchn. Ztg.“ enthält Folgendes: „München, 20. Okt. In der Beilage zu Nro. 291 der „Deutschen Zeitung“ vom 18. l. M. Seite 7 linke Spalte findet sich folgender Artikel: „Und ich weiß aus guter Quelle, daß erst in allernenester Zeit die Korpskommandanten z. B. den Auftrag erhalten haben, sich den Effizieren ihrer Korps zu Genehmigung zu erkundigen und darüber nach München Rapport zu erstatten. Eine derfaßliche Meldung dahin lautend, daß die Offiziere „„strengkonstitutionell““ gesinnt seien, soll an höchster Stelle einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht haben.“ Wir sind ermächtigt zu erklären, daß diese Angaben ganz unwahr sind.

Die Gesammtstärke des am Main aufzustellenden Armeekorps wird einstlichen des österreichischen Jägerbataillons auf 40,000 Mann angegeben.

Nürnberg, 21. Okt. Durch telegraphische Depesche wurden gestern Nachmittag noch die Generale v. Oesture und v. Daller angewiesen, sich unverzüglich auf ihre Posten zu begeben; sie reisten heute unserer Stadt.

Nürnberg, 21. Okt. Das Unglück bei dem gestrigen Brande der Cramer-Klett'schen Maschinenfabrik ist leider ungleich bedeutender, als man glaubte. Nicht nur, daß sehr werthvolle Maschinen und Modelle zu Grunde gegangen sind, ist auch der Verlust von Menschenleben zu beklagen. Namentlich ist der grässlich verstümmelte Leichnam eines jungen Mannes, Sohn einer Pfarrersgattin aus Koburg, der als als Modellzeichner in der Fabrik beschäftigt war, gestern Nachmittag aus dem Schutt herausgezogen worden. Zwei weitere Personen werden zur Stunde noch vermißt. Der Schaden wird auf beiläufig 160,000 fl. angegeben. (N. Kor.)

Aschaffenburg, 21. Heute früh um 8 Uhr marschirte das seither hier garnisonirende 1. Bataillon des 11. Regiments, sowie eine Eskadron Chevauxlegers und eine halbe reitende Batterie von hier ab, um sich in Alzenau und den weiteren Orten an der bayerisch-hessischen Grenze gelegenen Ortschaften aufzustellen.

Frankfurt, 12. Okt. Fürst von Thurn und Taxis, Oberbefehlshaber des in Ober- und Unterfranken aufzustellenden Armeekorps ist heute Morgen 9 Uhr hier eingetroffen und hat sein Absteigequartier im Gasthause zum „Römischen Kaiser“ genommen. Heute Mittag empfing derselbe die Besuche vieler höhern Stabsoffiziere.

Stuttgart, 19. Okt. Vorgestern nahm Fürst von Waldburg-Zeil von den Lokalitäten auf dem Hohenasperg Einsicht, um sich seine künftige Demokratenresidenz zu besehanen.

Wien, 17. Okt. Ich breite mich, Ihnen auf das Zuverlässigste mitzutheilen, daß die italienische Anleihe nicht durch Zwang, sondern durch Banliers gemacht wird, und daß die bedeutensten Häuser Mailands schon Anerbietungen gemacht haben. Vorr. Rothschild hält sich jedoch ziemlich zurück, weil er von andern Seiten bessere Vorschläge zu erhalten hofft. (C. Bl. a. B.)

Berlin, 20. Okt. Nach einer verlässigen Mittheilung haben nunmehr sammtliche im Auslande befindliche preußische Gesandte, diplomatische Agenten und den Gesandtschaften attachirte Beamte, den vorgeschriebenen Eid auf die Verfassung abgelegt. (Wost. Z.)

Nach Berichten aus Turin vom 14. d. steht ein völliges Abbrechen aller diplomatischen Beziehungen zwischen Rom und Sardinien und die Erlassung des päpstlichen Interdikts gegen die piemontesischen Beamten, welche die Sicardi'schen Gesetze vollziehen, in Aussicht, wenn auf die letzte vom päpstlichen Hofe abgegangene Note keine günstige Antwort von Seiten Piemonts erfolgt. (N. M. Z.)

Paris, 19. Okt. Nach einigen Symptomen der Spaltung in der demokratischen Partei scheint hinsichtlich der bevorstehenden Ersatzwahl im Departement du Nord Eintracht in derselbe gekommen und die entschiedsten zu sein, keinen Anheit an der Wahl zu nehmen. Diese Enthaltsamkeit der gesammten Demokratie, wodurch sie gegen das Gesetz vom 31. Mai, welches einem Theile derselben das Wahlrecht wegectroirt hat, protestirt, ist von mehr als einem Gesichtspunkte betrachtet eine nichts weniger als gleichgültige Erscheinung. Jene werden sich nicht der Illusion, daß das Verhältniß der conservativen zur demokratischen Partei nach dem neuen Gesetze wahrzunehmen; denn da die Demokraten aus Taktik gar nicht, die Conservativen aber, wie gewöhnlich, größtentheils aus Bequemlichkeit nicht wählen werden, so wird jeder Anhaltspunkt fehlen, um auf das Verhältniß der gegenseitigen Kräfte und Meinungen einen Schluß ziehen zu können, weil man nicht wird bestimmen können, wie viel Wähler auf der einen Seite und Pflichtvergessenheit, wie viel auf der anderen aus Protestation gegen die Beschränkung des Wahlrechtes zu wählen unterlassen haben. Das ist nicht allein das Mißliche für die Partei der Ordnung; auch mißlicher, als unter gewissen Umständen doch bekenntlich, kann es für sie werden, daß der gemäßigste Theil der Demokratie eine völlig gesonderte Stellung einnimmt, daß er, so weit man ihm kraft eines Gesetzes von höchst problematischem Rechtsboden seine politischen Rechte nicht entzogen, auf die Uebung derselben verzichtet, um mit einem gemäßigten Schritte zu machen, welche die Partei der Ordnung für Feinde aller und jeder Gesellschaft hält. Diese thatsächliche Aussheidung der Demokratie unter einer Republik, so daß die monarchischen Parteien allein das „legale Land“ bilden, ganz wie unter der Monarchie, ist eine jener Abnormitäten, für deren üble Folgen man sich Niemand weder den Himmel noch den Zeitpunkt bestimmen kann, die darum aber nicht minder unausbleiblich sind.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Fremden-Anzeige.

Den 22. Oktober 1850.

Adler. Dessauer Kfm. v. Frankfurt. Goldne Kfm. Wandheim. Rief Kfm. Pfenzhein. Frl. Müller v. Mainz. Krongrinz Schuhgeist. Oberd. Art.-R. Prinz Friedrich. Baron v. Schleiseim Oberl. u. Adjutant. Wahler Kfm. v. Berlin.

Wittelsb. H. Baron v. Rocken v. Westphalen. Frau Sächer v. Ansbach. Frl. Gehe Postrathstochter v. Bamberg. Frank Kfm. v. Stuttgard. Rief Kfm. v. Frankfurt. Riedwanger Kfm. v. Berlin. Lubermann Kfm. v. Graf Frl. v. Rust v. Hallenberg.

Gestorbene

Den 21. Oktober.

Bauer Joh. Bapt, 69 J. 3 M. alt, Administrator.

Hiezu das Erganzungsblatt Nr. 85.

Druck von Joseph Steib in Warzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrafhofe 2. Distr Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 255. Würzburg, Donnerstag den 24. Oktober. **1850.**

Preußische Consequenz.

Was die Union ohne Zustimmung Oesterreichs und seiner Verbündeten gethan hat, das erklärt Hr. v. Radowitz, darf der Bundestag ohne Zustimmung Preußens nicht thun. — Kurhessens Lage, sagt der preußische Minister, muß dieses Land in den Augen Preußens als sehr wichtig erscheinen lassen. Wir bestreiten diese Thatsache nicht, aber sonnen nur nicht daraus folgern, daß Kurhessen, wegen seiner Wichtigkeit für Preußen, eine preußische Politik befolgen müsse, ebenso wenig wie, daß Preußen, welches auch für den Kurstaat wichtig ist, darum die kurhessische Politik einschlagen muß. Der Kurfurst von Hessen darf sich ohne die Zustimmung Preußens seine Alliirten wahlen, so unliebsam die Ausübung dieser Macht auch jenem Staate erscheinen mag. Aber auch der Verfassungsstreit in dem Kurstaate nicht ausgebrochen, wie hätte Preußen es verhindern können, daß nach seinem Beispiele Oesterreich mit jenem Lande eine Militärconvention abgeschlossen, derjenigen ähnlich, welche jetzt zwischen Preußen und Braunschweig besteht? Preußen hat sich so viele Freiheiten eigenmächtig genommen, sich so viele Rechte durch seine eigene Interpretation der Bundesakte beigelegt, daß es jetzt in die großten Verlegenheiten gerath, wenn andere Staaten nur ein Theilchen der Rechte für sich geltend machen, welche es selbst so sehr und so unbedacht ausgesprochen hat. Es war ein zweischneidiges Schwert, das Preußen seit dem 26. Mai 1849 gegen seine Gegner geschwungen hat und das jetzt beginnt, tief in das eigene Fleisch zu schneiden. — Das ist der ärgste Bankerott, den die Politik eines Staates machen kann, wenn sie gezwungt wird, einem andern Staate die Rechte freitig zu machen, welche sie selbst als allgemein giltige Rechte der Welt verkündet hat. Preußen, indem es die Union bildete, vertheidigte das Recht zu Unionen. Indem es seine Militairconvention abschloß, vertheidigte es das Recht zu Militairconventionen. Indem es Hamburg besetzte, anerkannte es das Recht anderer Staaten das Gebiet ihrer Alliirten auf deren ausgesprochenen Wunsch mit Besatzungen zu belegen. Freilich dachte Preußen damals, daß seine Union, seine Militairconventionen, seine Besetzung fremden Gebiete, die einzigen praktischen Deductionen seiner eigenen schönen Theorien bilden würden. Das Blott hat sich jedoch gewendet, und indem Preußen jetzt gegen die Anwendung seiner eigenen Lehren protestirt, gibt es der Politik, welche es bisher befolgt hat, das schmachvollste Dementi.

Göttliches Recht und menschliches Gesetz.

Ohne Religion, ohne Anerkennung eines über der Welt und den Menschen waltenden und von der menschlichen Willkür unabhängigen göttlichen Willens und Gesetzes gibt es überhaupt kein Recht, und kein Staatskünstler, der Recht machen will ohne Rücksicht auf das göttliche Recht, wird es jemals weiter zu bringen vermögen, als zu Gesetzen, deren Verbindlichkeit er selbst nicht weiter auseinehen darf, als wie seine Macht reicht, denselben Geltung zu verschaffen. Es ist dies der bekannte, von blos menschlichem Standpunkte nicht unbegründete Satz, daß das Recht der Menschen nicht weiter reiche als deren Macht, — ein Satz, der wahr ist, obschon er philosophisch klingt, ein Satz, der alle Produkte menschlicher Willkür in ebenso viele Werke der Gewalt verwandelt, und der die Wahrheit wie die Heiligkeit des Rechts an keinem andern Maßstab messen kann, als an der Zahl der Köpfe und an der Kraft der Fäuste, die hinter dem philosophischen Gesetzesfabrikanten stehen. Oder wie mag ein Mensch oder einen Thron, seines Gleichen, beherrschen, wenn ihm nicht Gott die Herrschaft als ein Amt gegeben; wie mag ein Mensch das kleinste Ding sein eigen nennen, wenn nicht Gott der Herr als Obereigenthümer durch das Gebot: „du sollst nicht stehlen und nicht begehren deines Nächsten Gut" sein Eigenthum geschützt? Haben Eigenthum und Herrschaft keinen bessern Grund als menschliches Gesetz und menschliche Gewalt: wer konnten die nicht tadeln, denen Eigenthum und Diebstahl gleichbedeutend sind, und die nicht müde werden in Versuchen, ob es ihnen vielleicht auch gelingen möchte, die Herrschaft und das Privilegium der willkürlichen Gesetzesmacherei gewaltsam zu erringen. Dem was Menschen willkürlich eingesetzt, das mögen Andere ändern; was die Gewalt erzwungen, mag die Gewalt, wenn sie's vermag, beseitigen; ist heut das Eigenthum nur heilig, weil es die Mehrheit so beschlossen hat, oder weil die Besitzenden noch die Mächtigen, wer konnte es den Nichtbesitzenden verargen, wenn sie sich mühen dir Zahlung nach Köpfen zu erzwingen, oder die Macht durch gewaltsamen Aufruhr zu wechseln? Umsonst wird man im menschlichen Gesetz nach einem Rechtsgrunde suchen; Gewalt und abermals Gewalt, Aufruhr die heiligste der Pflichten, und seine ruhmvollere That als siegreiche Revolution: so steht es im Gesetzbuch Frankreichs.

Deutschland.

München, 22. Oct. Die Aufstellung des Armeekorps am Main hat folgende Dislokation und Formation. Das Hauptquartier verlaufig Wurzburg, das 1. Divisionsstabsquartier Aschaffenburg, das 2. Bomberg. Die zur 1. Division bestimmten Truppen werden vorläufig am Untermain von Aschaffenburg gegen Gemunden re. und jene der 2. Division in der Umgegend von Bamberg auf- und abwärts der Mainlinie postirt. Kommandirender: General der Kavallerie, Fürst von Thurn und Taxis mit seinen Adjutanten und einem Ordonnanzoffizier. Generalquartiermeisterstab: Chef, Oberst v. Hagens, 1 Stabsoffizier, 2 Hauptleute. Artillerie: Kommandant, Oberst Schnitzlein vom 1. Art.-Regiment. Stabsoffiziere: Ingenieure: Oberst Hermann v. Hörbach, 1 Hauptmann, 2 Ober- oder Unterlieutenants. Kommandantschaft des Hauptquartiers: 1 Stabsoffizier, 1 Adjutant, 2 Kompagnien des 3. Jägerbataillons und 4 Eskadron des 5. Chevauxlegers-Reg als beständiger Hauptquartierwache, zugleich für die Feldgendarmerie und den Botendienst bei den Corps und den Divisionen. Sanität: als funkt. Stabsarzt Dr. Stutz, Reg.-Arzt im 2. Chev.-Reg. Administration: Chef, Oberkriegscommissär Schultheiß; 1 Kriegskommissär, Kriegsrechnungskommissär Schubel vom 2. Armeekorpskommando; 1 Verpflegungskommissär, Reg.-Quartiermeister Koch von der Hauptkriegskasse; 1 Unterquartiermeister 2. Klasse, Fambach vom 5. Jäg.-Reg. Justiz: Stabsauditor Kobler vom 2. Armeekorpskommando. Post: 1 Feldpostverwalter mit Briefträgern, Postillonen und Wagen. Erste Division: Divisionär, Gen.-Maj. Pambour, mit seinen Adjutanten; Gen.-Quartiermeisterstab, Major Schedel und Hauptmann v. Bothmer; Artilleriekommandant, Major Kriebel vom 3. Art.-Reg. mit 1 Adjutanten; Ingenieuroffiziere, 1 Hauptm. und 1 Lieut.; Sanitat, als funkt. Stabsarzt Dr. Vogel, Reg.-Arzt im 7. Inf.-Reg.; Administration, als Verpflegungskommissär, Reg.-Quartiermeister Rörer vom Jawaldenbesitz, Aktuar Müller vom Gener.-Reg.; Justiz, Reg.-Auditor Kuhner vom 6. Chev.-Regiment. 1. Infanterie-Brigade: Generalmajor und Brigadier Graf v. Giuot du Ponteil mit seinem Adjutanten; Justiz, Reg.-Auditor Dümler vom 4. Inf.-Reg.; das 14. k.k. österreichische Jägerbataillon, das 1. und 2. Bataillon des 11. und das 1. und das 2. Bataillon des 4. Inf.-Reg. II. Infanteriebrigade: Generalmajor und Brigadier Frhr. von Haller mit seinem Adjutanten; Justiz, Reg.-Auditor Schieer vom 1. Inf.-Reg.; das 1. und 2. Bataillon des 1., das 1. und 2. Bataillon des 6. Inf.-Reg. und das 1. Jägerbataillon in Frankfurt. I. Kavalleriebrigade: Generalmajor und Brigadier v. Heilbronner mit seinem Adjutanten; Justiz 1. Bataillons-Auditor Feitzsch vom 2. Chev.-Reg.; 4 Eskadrons des 2. und 4 Eskadrons des 6. Chev.-Regiments. Artillerie. 2 fahrende Batterien des 2. eine reitende des 3. Art.-Regiments und eine Munitionsreserve mit einer halben Art. Kompagnie. Zweite Division: Divisionar, Generallieutenant v. Lesure mit seinen Adjutanten; Generalquartiermeisterstab, 1 Major und 1 Hauptmann; Artillerieskommandant, 1 Stabsoffizier des 1. Art.-Reg. mit einem Adjutanten; Ingenieuroffiziere, 1 Hauptmann und ein Lieutenant; Sanitat, als funkt. Stabsarzt Dr. Semmer, Reg.-Arzt im 6. Chev.-Reg.; Administration, als Verpflegskommissar Reg.-Quartiermeister Hauschnedt vom 2. Inf.-Reg., Aktuar Jngenfeyer von der Zeughaushauptverletzung; Justiz, Reg.-Auditor Gelch vom 3. Inf.-Reg. III. Infanteriebrigade: Generalmajor und Brigadier Freiherr v. Spitzenberg, mit seinem Adjutanten; Justiz, Bat.-Auditor Greb im 9. Inf.-Reg.; 1. Bat. des 9., 2. Bat. des 14., danu 1. und 2. Bat. des 10. Inf.-Reg. IV. Infanteriebrigade: Generalmajor und Brigadier v. Horrmann mit seinem Adjutanten; Justiz, Reg.-Auditor Keller vom 15. Jäger-Regiment. 2. Bat. des 3., 2. des 13., danu 1., und 2. Bat. des 15. Inf.-Reg. II. Kavalleriebrigade: Generalmajor und Brigadier v. Parseval mit seinem Adjutanten; Justiz, Regiments-Auditor v. Winzenti im 1 Kuraff.-Reg.; 4 Eskadrons des 1., 4 Eskadrons des 2. Kuraff.-Reg. und 4 Eskadrons des 3. Chev.-Reg. Artillerie: eine fahrende Oplinder Batterie und eine 12pfündner Batterie des 1., eine reitende Batterie des 3. Artill.-Reg. und eine Munitionsreserve mit einer halben Artillerie-

Kompagnie. Große Artill.-Reserve: 1 Subdivision der Artillerie mit einem Adjutanten, eine Kompagnie des 1. Artill.-Reg., eine Abtheilung Artilleriehandwerker und ein Feldlaboratorium.

Aus der Pfalz, 20. Okt. Wie sehr eine Partei, die stets von Versöhnung spricht, bemüht ist, Haß und Zwietracht zu erregen und die Parteispaltung auch aufs geselligе leben übertragen, beweist der Umstand, daß die einzelnen Zeugenaussagen in dem großen politischen Prozeß Aleu, welche Privatgehässigkeiten und Drohungen dadurch hervorgerufen werden. Uebrigens hat man Unrecht, dies der Verlegung des Aufgebeimmisses zuzuschreiben. Sämmtliche Zeugenaussagen müssen, der Compizität wegen, jetzem einzelnen Angeklagten und seinem Vertheidiger mitgetheilt werden und bei dieser Gelegenheit scheint denn zu jenem, wahrhaft diabolischen Zwecke, Abschrift davon genommen worden zu sein. (P. Z.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Vom Main, 20. Okt. Wie ich von gut unterrichteter Hand vernehme, hat Se. kgl. Hoheit der Kurfürst von Hessen an alle deutschen Souveräne ein Schreiben in Betreff der jetzigen Wirren im Kurstaate ergehen lassen, in welchem er die Lage der Dinge und die sehr Gefahrung des monarchischen Prinzips darlegt, wenn diesem anarchischen Zustande nicht durch kräftiges Zusammenwirken von allen Seiten rasch ein Ziel gesetzt würde. Von Seite der Bundesversammlung ist energisches Einschreiten beschlossen, und dürften in den nächsten Tagen schon die Bundestruppen in Kurhessen einrücken. Allerdings glaubt man, daß dann auch preußische Truppen einrücken werden, aber gewiß nur, um mit den andern deutschen Truppen im gleichen Sinne zusammenzuwirken, nicht um in Kurhessen mit denselben zu treten. Preußen wird wohl zusehen, ehe es ein solches Wagniß beginnt, das ihm theuer zu stehen kommen würde. Wenn nicht Alles trügt, hat man von Berlin aus an verschiedenen Orten im Auslande angeklopft, um außerdeutsche Hilfe für sich zu gewinnen, was allerdings mit den deutschen Gesinnungen, mit denen man sich stets brüstet, nicht sehr harmonirt, auch sonst nicht sehr ruhmvoll ist: inwiefern hat man doch so viel damit erreicht, daß man die Gewißheit erlangt hat, sich überall verabscheut und abgewiesen zu sehen.

(M. Z.)

Kassel, 22. Okt. Nachdem diesen Morgen die Direktoren der einzelnen Finanzverwaltungen auf ihren Büreaux erschienen waren, und die Verordnungen, wonach die ganze obere Finanzverwaltung umgestaltet wird, emfangen hatten, verließen dieselben sofort das Finanzgebäude. Die Verordnungen haben in der Stadt einen außerordentliche Sensation hervorgerufen. — Die Ehrlera hat bis jetzt noch nicht im mindesten nachgelassen. Heute wurde bei der Parade der Trommelschläger plötzlich von derselben ergriffen, er fiel um und mußte weggetragen werden; gleiches widerfuhr gestern einer Schildwache. Die Schulen sollen der Krankheit wegen auf vier Wochen geschlossen werden. (K. Z.)

Kassel, 23. Okt. Es ist doch eine schöne Sache, daß uns die mit dem honestum zu verbinden, zu deutsch: vortheilhaft in Patriotismus zu machen! Das Comite für Anschaffung der Staatsdienergehalte macht dem Vernehmen nach zunächst für das formulargemäßige Cessions-Instrument einen entsprechenden Abzug, und das verehrliche Ministerium Hassenpflug, oder eigentlich das Land, zahlt für die ihm gelieferten Zweie 5 Prozent Verzugszinsen und außerdem an die Hrn. Advokaten, welche vollkommen in ihrem Rechte sind, so viel Einzelklagen anzustellen, als Gehaltsbetreffungen vorliegen — wir sind natürlich eine wie die andere sanct — für jede die Prozeßkosten ganz. (K. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Rendsburg, 19. Okt. Die offizielle Verlustliste der Schleswig-holsteinischen Armee in den Gefechten bei Friedrichstadt und Tönning vom 28. Sept. bis 5. Okt. d. J. ist nunmehr erschienen. Gefallen sind 12 Offiziere, 10 Unteroffiziere und 51 Gemeine; verwundet 23 Offiziere, 43 Unteroffiziere und 406 Gemeine; vermißt werden 3 Offiziere, 9 Unteroffiziere und 141 Gemeine (die jedoch keineswegs alle als Gefangene anzusehen sind). Am meisten gelitten haben das 6. und 11. Bataillon, die in Summa mit resp. 211 und 149 Gefallenen, Verwundeten und Vermißten aufgeführt sind; sodann das 1. Jägercorps und das 15. Bataillon (resp. 77 und 64). Außerdem sind 2 Aerzte verwundet. Leichtverwundete, die bei ihren Truppentheilen geblieben, sind nicht mitgerechnet. (K. C.)

Altona, 20. Okt. Die Gesion ist in den außern Hafen von Eckernförde gebracht und die Fortbringung jetzt von Dänemark zugestanden worden. (Wes.-Z.)

△ Freiburg, 21. Okt. Gestern wurde bei dem Direktor der hiesigen Liederlasel Hrn. J. Heim eine polizeiliche Haussuchung vorgenommen und verschiedene Papiere namentlich Musikalien mit Beschlag belegt. — Der berüchtigte ehemalige badische Hauptmann v. Müller, welcher später die italienische Insurrektion mitmachte, lebt nun als Flüchtling in der Schweiz. Eine Verordnung des großh. Ministeriums des Kriegs, verfügt, daß Soldaten, welche wegen Aufsetzung, Abänderung, Nichtbesitzes die öffentliche Oewalt u. s. w. in Kriegsgefangenschaft genommen sind, zur weitern Ausbildung in der Disciplin, auf 6 Wochen in Dienst genommen werden. — Zu der deutschen Flotte im schwäbischen Meer, dem Bodensee, wird nächstens ein Schaffhauser Dampfboot, das einzige Dampfschiff, das bis jetzt in Konstanz den für 6000 Pf. St. bestellt, soll aus Eisen construirt werden, und hat so niedrige Dampfröhren, daß es auch bei hohem Wasserstande unter den Brücken von Konstanz, Stein und Schaffhausen passiren kann. — Heute hat hier in Freiburg die Weinlese begonnen.

Stuttgart, 22. Okt. Aus guter Quelle können wir versichern, daß das K. Ministerium des Innern die in den öffentlichen Blättern für Schleswig-Holstein angekündigte Kollekte nur zum Zweck der Unterstützung der durch die Ereignisse in Schleswig und Holstein Verunglückten von Seiten des hiefür niedergesetzten Komitees gestattet hat, und daß wegen der Art des Gebrauches dieser Erlaubniß bereits Besprechung an die K. Stadtdirektion ergangen ist.

Stuttgart, 22. Okt. Wir sind in den Stand gesetzt, unsern Lesern die Mittheilung zu machen, daß die Verhandlungen des Staatsgerichtshofes in der Anklagesache der Landesversammlung gegen den Staatsrath Freiherrn v. Wachter-Spittler einen Kostenaufwand von 2457 fl. 38 kr. verursachen, daß aber diese Summe noch eine erheblich höhere sein wurde, wenn nicht ein Mitglied dieses Gerichtshofs auf Diäten- und Reisekostenersatz verzichtet hatte. Auch sind in obige Summe die Kosten des noch nicht vollendeten Drucks der Verhandlungen, welche voraussichtlich auf etwa 300 fl. sich belaufen werden, noch nicht eingerechnet.

Aus Oberhessen, 20. Okt. Obgleich unsere Demokratie auf der im Juli d. J. zu Salzhausen stattgehabten Versammlung den Beschluß faßte, daß man sich im Falle der Detroyrung eines Wahlgesetzes „an einem solchen Verfassungsbruch nicht betheiligen dürfe und daher der Wahl enthalten solle," so ist unser „Volksparter" im Augenblicke dennoch aus purer „Prinzipienliebe" dafür, daß man sich ihrerseits am bevorstehenden ostroyirten Landtage durch Wählen und Schwahlenlassen betheiligt, zumal die Herrn Demokraten sich mit der Hoffnung tragen, bei den nächsten Wahlen zu siegen, eine Hoffnung, die sie ganz besonders darauf begründen, daß bei früheren, namentlich bei den letzten Wahlen selbst die Hochstbesteuerten für die demokratischen Candidaten gestimmt hätten. Würde nun diese Hoffnung sich erfüllen, dann würde es den „Volksfreunden" noch gelingen, das verhaßte Ministerium Dalwigk zu stürzen. Dies der neue Operationsplan unserer Demokratie, die jetzt nicht mehr aus „Demokraten" oder „Republikaner", sondern aus lauter „Volksmännern" besteht. Sollte es unter solchen Umständen nicht an der Zeit sein, die Conservativen allen Ernstes zu ermahnen, diesmal besser als früher ihre Pflichten zu erfüllen und einmal die Schlafmützen bei Seite zu legen, damit der Regierung nicht neue Verlegenheiten bereitet und dem Lande nicht neue Lasten aufgebürdet werden?

(Wr. Z.)

Weimar, 20. Okt. Das gestrige Regierungsblatt brachte die mit dem letzten Landtage ausgearbeitete neue Verfassung für das Großherzogthum. Dieselbe ist jedoch kein ganz neues Werk, sondern es bildet die von dem Großherzog Karl August zuerst verliehene Verfassung die Grundlage, was auch schon in der Ueberschrift „Neudirtes Grundgesetz über die Verfassung des Großherzogthums vom 5. Mai 1816" hervortritt. Das revidirte Grundgesetz ging mit vier kleinen Aenderungen als das frühere, indem das Wahlgesetz nicht mit in die Verfassung aufgenommen worden ist, daher auch ein Aenderung des Wahlgesetzes im Wege der gewöhnlichen Gesetzgebung möglich ist, während zu einer Aenderung der Verfassung Anwesenheit von drei Vierteln der Landtagsabgeordneten, eine Majorität von zwei Dritteln und ein achtägiger Zwischenraum zwischen Beschlußfassung und Berathung erfordert wird. Sehr wichtig sind die Bestimmungen des revidirten Grundgesetzes über das Steuerverwilligungsrecht. Kommt nämlich bis zum Schlusse der dreijährigen Finanzperiode eine Vereinbarung über das Budget nicht zu Stande, so können die früher verwilligten Steuern noch sechs Monate forterhoben werden. Wird binnen dieser sechs Monate an dart nur noch das, was zur Erfüllung derjenigen Staatsverbindlichkeiten erforderlich ist, deren Leistung im Rechtswege von der Staatsklasse gefordert werden kann, vom Ablaufe des Staatsjahres, von indirekten Steuern und ausschließlich von weiter auszuschreibenden Steuern verausgabt werden. Die Landtage selbst verfallen in ordentliche und außerordentliche; die ordentlichen werden im letzten Jahre der dreijährigen Finanzperiode zusammengerufen, die außerordentlichen nach besonderer Anordnung des Landesfürsten. (D. Allg. Z.)

Eisenach, 21. Okt. Heute früh 1 Uhr meldete eine Estafette unsern Bezirksdirektor; sie brachte die Nachricht von der Ankunft eines preußischen Truppenkorps von 4000 Mann, die theils hier bleiben, größtentheils aber die nahegelegene furhessische Grenze besetzen werden. Wirklich kamen heute Mittag 4000 Mann in Extrazügen an und wurden größtentheils mit denselben alsbald weiter befördert. Heute Abend sind noch 4000 Mann, unter ihnen auch reitende Artillerie, angesagt; sie sollen auch zum Theil in die an Bayern grenzenden Ortschaften des Eisenacher Oberlandes verlegt werden. Die Marschordre von Berlin kam per Telegraph gestern Abend 9 Uhr in Erfurt an, und schon um 10 Uhr ward Generalmarsch geschlagen. — In Fladungen (an der eisenachbayerischen Grenze) sollen bereits Bayern eingerückt sein.

Schwerin, 18. Okt. Nicht ganz unerwartet circulirten hier allerlei Gerüchte von einer bevorstehenden Ministerkrisis. Ohne dieselben verbürgen zu wollen, theilen wir nur mit, daß die Herren von Bülow und v. Brok ihre Entlassung gegeben haben und v. Dewitz-Wisow und von Blücher-Kuppentin zu deren Nachfolgern designirt sein sollen; nur v. Schröter würde als Minister-Präsident bleiben. (K. C.)

Hannover, 20. Okt. Die Ministerkrisis ist zu Ende; das Ministerium Bennigsen-Stüve bleibt einstweilen im Amte. Stüve hat sich, einer Korrespondenz der „N. Bremer Ztg." vom 18. d. M. zufolge „erboten, sein Entlassungsgesuch zu-

rückzunehmen, wenn der König auf drei Bedingungen eingehe: 1) den Hauptmann Grafen v. Platen auf seiner Reise zu entfernen; 2) die bisherige Berathungen organischen Gesetze zu publiciren; 3) dem Legationsrath Detmold Instruktion zu ertheilen, in Frankfurt auf Wiederherstellung des Bundes, aber mit einem Volksbeirathe, zu dringen." Eine gleichlautende Nachricht bringt die ministerielle Correspondenz des „Hamb. Corr." (3. f. N.)

Oldenburg, 19. Okt. Das Ernennte ist geschehen. Durch großherzogl. Verordnung vom heutigen Tage ist der Landtag aufgelöst und ein neuer auf den 18. Dez. d. J. berufen, dessen Dauer auf 8 Wochen bestimmt ist. Die Neuwahlen sollen sofort vorgenommen werden.

Wien, 19. Okt. Außerordentlich beschleunigt ist der Kaiser aus Bregenz zurückgekehrt, zumal soll die Begegnung mit dem Könige von Württemberg, der im Glanze seines militairischen Ruhmes erschien, Eindruck auf ihn gemacht haben. Man spricht davon, daß das Husarenregiment, dessen dermaliger Inhaber der König ist, auf alle Zeiten seinen Namen tragen solle. Ungewissheit herrscht noch darüber, ob der Kaiser Alexander, Erzherzog Karl, Wellington und der verstorbene Friedrich Wilhelm III. genießen, als bleibende Gedächtniß an die französischen Feldzüge. — Die bessere Erkenntniß, welche, wie es scheint, der württembergischen Landesvertretung gelungen ist, hatte die Frage einer österreichischen Intervention vorläufig beseitigt und die Verständigung der beiden Monarchen wird nur dazu beitragen, jene Erkenntniß zu erhalten und den demokratischen Elementen der Kammer die nöthige Mäßigung anzuempfehlen. Wenn wir gut berichtet sind, so ist vom politischen Gegenstande vornehmlich einer betreffs gemeinschaftlicher und nächster Maßregeln berathen worden. Dieser ist die Besetzung Badens durch Preußen, welche der König von Württemberg mit doppelt mißgünstigen Augen betrachtet, als durch die Abtretung seiner Hohenzollern obendies die preußische Macht im Herzen seines Landes fest gefaßt hat. Es ist wohl anzunehmen, daß, wenn sich das Berliner Cabinet zur Zurückziehung seiner Truppen aus Baden und umgekehrt der Heimsendung der badischen Truppen in ihr Vaterland verstehen würde, man ihm in seinen norddeutschen Unionsplänen freiere Hand belassen und keineswegs principielle Hindernisse bereiten würde. (K. Z.)

Stettin, die preußische Regierung hat in England zwei Kriegs-Dampfregatten, jede mit sechs Zwölfpfündigen Bomben-Kanonen, gekauft. Sobald der „preußische Adler, hierher zurückgekehrt ist, werden auf ihm 4 Offiziere, 4 Unteroffiziere und 30 Mann nach England abgehen, um die beiden Fahrzeuge dort in Empfang zu nehmen und hierher zu geleiten, wo sie alsdann armirt und zu einer großen Uebungsreise in die Nordsee ausgerüstet werden sollen. Das Commando wird wahrscheinlich der Lieutenant Jachmann oder Herrmann übernehmen.

Italien.

Schreiben des heiligen Vaters Pius IX. an den Erzbischof von Vercelli. Unserem Ehrwürdigen Bruder Alexander, Erzbischof von Vercelli, Gruß und apostolischen Segen. Wenn die hocht traurigen Ereignisse, die sich in Piemont tagtäglich anhäufen, Dir sowohl, wie auch Unsern übrigen Ehrwürdigen Brüdern, den Bischöfen der Kirchenprovinz Vercelli, den größten Kummer verursacht haben, so können Wir die tiefe Betrübniß oder vielmehr den Kummer, die unser Herz anfüllen und zerreißen, unmöglich mit Worten wiedergeben. Indem wir aber fest vertrauen, daß Unsere Ehrwürdigen Brüder die Bischofe des ganzen Königreiches, die Geistlichkeit und alle nach gutem Glaubigen mit der Kraft der himmlischen Gnade, welche vom allmächtigen Gotte ersteht werden muß, muthig und mit großer Seele widerstehen werden, haben wir es für nothwendig erachtet, Allen auseinanderzusetzen, welches das wahre Sachverhältniß und der Stand der Dinge ist, damit sie nicht überlistet oder in Irrthum geführt werden. Der apostolische Stuhl ist, einer liebenden Mutter gleich, stets bereit, seine wohlwollende Hand auszustrecken, um geeignete Mittel anzuwenden, und die Wunden zu heilen, die jenen Theile der Kirche Jesu Christi geschlagen werden. Dieses Ziel, was Uns so sehr am Herzen lag, hat aber nicht erreicht werden können, wie wir es gewünscht hätten. Wie konnten in der That Unterhandlungen ersolget werden, die den Weg zu Conferenzen bahnen, und Traktate, welche über die nothwendigen und gerechten, der Kirche zu gewährenden Freiheiten enthalten, herbeiführen sollen, da die piemontesische Regierung durch den jüngst zu Uns gesandten achtbaren Mann behauptet, daß sie, indem sie unlangst die bekannten Gesetze promulgirte, nur von ihrem Rechte Gebrauch gemacht habe; wonach allerdings jedes vorhergegangene Benehmen mit dem apostolischen Stuhle ausgeschlossen wird, angeachtet doch zwischen dem heiligen Stuhle und dieser Regierung eine feierliche Convention existirt. Nicht genug, daß dieser Mann ein so absurdes und unhaltbares Prinzip aufstellt, er sagt es gar noch hinzufügend, daß diese Gesetze bestimmt seien, die Freiheit der piemontesischen Kirche gehörig zu sichern, und daß sie, indem sie anfangs dahin zielen, den heiligen Stuhl an der Schmeichlung und Anbrottung jener heilsamen Grundsätze, auf welche die Vereinigungsweise sich stützt, mit theilnehmen zu lassen, und ihn zu bewegen, einen angezeigtermaßen, und in jeder Hinsicht lobenswerthen Bischof, der schon sehr betrübt und verfolgt worden ist, zu strafen, weil er seine Pfarrer belehrt hat, welchen die Sakramente zu spenden, und welchen sie zu verweigern sind. Eine Gewalt, die, wie ein Jeder weiß, einzig und allein der Kirche zusteht. Wie konnte überdies der apostolische Stuhl einer neuen Uebereinkunft Glauben schenken, da ein anderes feierliches Concordat verachtet und mit Füßen getreten wurde, von welcher scherzlich zu beklagenden Handlung die piemontesische Regierung nicht einmal Erwähnung gethan haben will. Mit dem bittersten Schmerze thuen Wir dieses Alles kund, Ehrwürdiger Bruder, damit Du einsehest, daß durch das Benehmen jener Regierung, der Wir entgegenkommen wollten, Unsere Absichten vereitelt sind. Und Wir konnen sicherlich nicht dahin gelangen, ohne Zugeständnisse zu machen, die dem heil. Stuhle und Unserem eigenen Gewissen zum großen Nachtheile sein würden. Erhoben wir deshalb unsere Augen zum Himmel, beten wir mit demüthigem Vertrauen und beschworen den Geber und Erhalter des Glaubens, Jesum Christum, damit er, in dessen Handen die Herzen der Menschen sind, mit seiner allmächtigen Kraft Jene auf die Wege der Wahrheit und der Gerechtigkeit führen, damit er mit seiner göttlichen Hulfe allen Guten Stärke verleihen und sie enthusiasmiren möge, die Wahrheit und Gerechtigkeit zu beschützen, in den innersten Herzen gehen Wir Dir und den andren Ehrwürdigen Brüdern, Deinen Suffragan-Bischofen, sowie sammtlichen Geistlichen jener Diocesen und allen getreuen Gläubigen den Beweis Unseres besonderen Wohlwollens, und das Unterpfand aller himmlischen Gnaden, den apostolischen Segen. Gegeben zu Rom in St. Peter, Pius IX., Papst am 6. Sept. 1840. Im fünften Jahre Unseres Pontifikates.

Belgien.

Brüssel, 20. Okt. Gestern haben die Erzherzogin Amalie und die ganze königliche Familie in der Schloßkapelle zu Laeken gemeinsam das heilige Abendmahl empfangen. Heute früh hörte die Erzherzogin mit zweien ihrer Kinder eine stille Messe in der Pfarrkirche zu Laeken, wo sie nachher das Grab der Königin Luise besuchten und daselbe mit Weihwasser besprengten. Die Abreise der Erzherzogin mit ihren Angehörigen nach Claremone, welche auf heute festgesetzt war, ist bis morgen Vormittag verschoben worden.

Amerika.

San Francisco, 15. August. Während das Land täglich an Reichthum und Bevölkerung zunimmt, haben wir schon das sehr traurige Ereigniß, den Ausbruch einer Revolution zu melden; denn nichts anderes, als eine gehörig organisirte Revolution durch Presse und Affociation sind die letzten Ereignisse in Sacramento, von wo uns noch so eben vor Postschluß genannte Nachrichten zugehen. Schon seit etwa einem halben Jahr kamen hier mehrere Publicisten aus New-York und Boston an, welche eine Zeitung, die „Sacramente Times", gründeten und ihre sozialistischen Lehren ganz nach der Methode der New-Yorker Tribune predigten. Der Philosoph Greelay, ein langjähriger Mitarbeiter des letztgenannten Blattes, wurde Hauptredakteur der Times, und nun wurden die verderblichen Lehren gegen das große Eigenthum predigt, namentlich hat ihnen die Landverbestig in Californien einen sehr reichen Stoff. Die Sanatters, welche sich auf solchen Ländereien ansiedelten, behaupteten geradewegs, daß die bestehende Recht hätten, diese Niederlassungen zu besitzen, als der als Eigenthümer aufgebende Besitzer, sie forderten den Grundsatz der Gleichheit und erkannten solche als fingirte Dokumente nicht an, es kam darauf zu Klagen bei den Justizbehörden und auch wohl zu einzelnen Thätigkeiten, die ersteren mußten natürlich den Besitzern Recht geben, und so wurden die Squatters von den Besitzungen durch die Behörden vertrieben. Alle diese Punkte wurden eifrig benutzt, um in der Presse, in der sich noch ein inzwischen erschienenes Wochenblatt fand, welches dieselben Prinzipien des Socialismus verfocht, discutirt zu werden und die usurpatorischen Besitzer des Landes zu kritisiren. Auch hatten die Redakteure in Sacramento einen bedeutenden Anhang, der in Versammlungen über dieselben Fragen berieth. Als nun am 10. d. M. eine Anzahl Squatters verhaftet wurden, welche sich der gerichtlichen Ex-Mission widersetzt hatten, fand schon ein kleiner Auflauf statt, der sich jedoch bald verlief, doch am 14. d. M. Morgens zog eine Masse, aus etwa 100 Menschen bestehend, nach dem Gefängniß, um sie zu befreien, der Major rückte mit sammtlicher Polizeimannschaft aus und es gelang ihm, sie den Angreifer die Menge zu zerstreuen, doch schon gegen 11 Uhr Morgens hatte sich der Sturm gegen 800 bis 1000 Menschen angesammelt, welche denn auch wirklich das Gefangniß stürmten und die Gefangenen befreiten; die Polizeimannschaft hatte inzwischen von ihren Waffen Gebrauch gemacht und mehrere waren von den Bewaffneten gefangen, darunter auch der Ex-Sheriff, welcher des Letzteren entwichen und nun gegen die Angreifenden ihre Schußwaffen und es gab eine gräßliche Scene. Der Major, der Sheriff, der Steuer-Obercontrolleur und viele Polizeisoldaten blieben auf dem Platze; es herrschte die furchterlichste Verwirrung. Die Aufgegriffenen wurden immer stärker durch Zugang, den sie von den Arbeitern und der Umgegend erhielten; die Polizei wurde von vielen bewaffneten Bürgern der Stadt unterstützt und schon gegen Mittag erschien ein gedrucktes Manifest der Insurgenten im sozialistischen Styl; sie erklärten darin die Absetzung des Landersiegs für eine unrechtmäßige, den Beborden als solche, wie von den Besitzern ausschließlich eingesetzt sein, ihre Ansprüche mit der Verfassung der Union im Widerspruch stehend, und daß man unter solchen Umständen die Waffen ergreifen müsse um die Rechte Aller zur Anerkennung zu bringen. Es wird demnach Sacramento und die Umgegend in Kriegszustand erklart, und Jeder, der Leben und Eigenthum geschützt wissen wolle, aufgefordert, sich den Insurgenten anzuschließen, andernfalls wurde mit der Gewalt der Waffen verfahren werden. Der Tag ging unter dem größten Schrecken

der Einwohner vorüber, doch fanden sonst keine Gewaltthaten statt. Am folgenden Tage früh Morgens kam eine bedeutende Masse Volkes in die Stadt geströmt, es herrschte der größte Terrorismus; einige, die bei verübten Gewaltthaten am Eigenthum Widerstand zeigten, mordeten, andere zündeten Häuser an; bei Abgang des Berichtes herrschte Schrecken und Angst. Was fliehen konnte, floh; es sind Stafetten nach San Jose und nach San Francisco abgesandt, um schnelle Hülfe zu verlangen, und wirklich befinden sich bereits Compagnien der Bürgergarde und Feuerlösch-Mannschaften unterwegs; der Major von hier ist aufgebrochen mit zwei Compagnien, und hat eine Aufforderung an die Bürger erlassen, ihm zu folgen.

Vermischte Nachrichten.

*Hr. Tirel hat in einer Flugschrift: „Die Republik in den Kutschen des Königs“ nachgewiesen, wie die provisorischen Regenten nach der Februar-Revolution nichts Eiligeres zu thun hatten, als sich der Pferde und Wagen „des Tyrannen“ zu eigenem Gebrauche zu bemächtigen. Republikaner Ledru-Rollin war auch darin antik-tugendhaft: er nahm für sich und seine Familie vorlieb mit fünf Wagen und 22 Pferden, nebst zehn Kutschern und einem Vorreiter. Leider dauerte dieses politische Kunststeter-Herrlichkeit nicht lange, und Bürger Ledru-Rollin sah sich bald Cavrieren, bespannt mit den Pferden Judas und Grifon.“ Wobei zu bemerken, daß Grifon auf Deutsch nicht allein Grauhart, sondern auch Esel heißt. Unter den von Leden-Rollin getendenzten Pferden befand sich auch ein Trompeur (Betrüger), ein Rôdeur (Landstreicher), ein Envieux (Neidhammel), ein Filou (Gauner) u. s. w.

Neueste.

* Würzburg, 24. Oct. Heute früh um halb 8 Uhr verließ das 1. Bataillon des 8. Regiments unsere Stadt, um seinen Marsch nach Bamberg anzutreten.

München, 22. Oct. Der Admarsch der beiden Bataillons des Infanterie-Regiments König ist vorläufig eingestellt worden.

* Aschaffenburg, 23. Oct. Schon länger ging das Gerücht um, in der unmittelbaren Nähe des „Beobachtungscorps am Main“ befanden sich preußische „Beobachter“. Diesem Gerüchte gibt nachstehender Vorfall eine ziemliche Bestätigung. Es saßen nemlich im „Adler“ mehrere bayerische Offiziere und andern Gäste zusammen, die Conversation drehte sich um die hessischen Zustände und jeder der Anwesenden gab sein Votum ab, nur einer schwieg. Dies war ein harmloser Kaufmann, der in Tuch machte und sich nicht um Politik kümmerte. Diesem gegenüber saß ein bayerischer Offizier, welcher den schweigsamen Gast fixirte, denn dessen Züge verriethen einen andern Geist, als den kaufmännischer Spekulation, und überdies hatte unser Bayer sein vis-à-vis schon gestern durch längeres Beobachten wegen der Verabredung zur Gewißheit, daß der Kaufmann ein preußischer Offizier sei, mit welchem der Bayer in Schleswig-Holstein den Dänen gegenüber gestanden. Letzterer wandte sich daher plötzlich mit der Frage an den Fremden: „Herr Kamerad, sie schämen sich wohl Ihrer Uniform?“ Der Preuße ist darob ganz verblüfft, entfernt sich eilig und verliert auf dem Rückzuge seine Visitenkarte, welche seinen Namen und Stand als k. preuß. Offizier enthält. (Ein schöner Beleg für die sogenannte „preußische Ehre“)

Frankfurt, 21. Oct. Das einzig interessante Neue was ich mittheilen kann, ist daß in der preußischen Kammer das lange gefürchtete Interdictum uporunis barbarum erlassen worden ist, und daß in Folge dessellben die Kinderbetterie sammt und sonders weichen müssen, während den Schnurre und Backenbarten noch einige Frist ocroyirt ist. Im Großherzogthum Hessen ist man, wie die jüngsten Tage durch die That gelehrt haben, darin mit beschaffig eine Expuration des Beamtenkopfes vorzunehmen.

Frankfurt, 23. Oct. Gestern Nachmittag ist der Oberbefehlshaber des 2. bayerischen Armeekorps, General Fürst v. Thurn und Taxis, hier angekommen und im römischen Kaiser abgestiegen. Seine Durchlaucht fuhren gleich nach ihrer Ankunft zu dem Grafen Thun und hatten mit demselben, so wie mit mehreren andern Offizieren, eine lange Unterredung. Darauf besichtigte der Fürst die bayerische Kaserne, erhielt Abends von der Musik des bayerischen Jägerbataillons eine Serenade, empfing das bayerische und österreichische Offizierkorps und begab sich sodann noch am späten Abend zu dem von Wilhelmsbad herübergekommenen Kurfürsten von Hessen. Da sie ganz unerwartet 14 österr. Jägerbataillon erhielt von den Fürsten noch in der Nacht Marschbefehl und hat sich vor der Hand nach Aschaffenburg zu begeben. Schon morgen in der Frühe wird es Frankfurt verlassen und an seine Stelle das erste bayerische Bataillon einrücken, das aus Rheinbayern kommt. (K. Z.)

Heidelberg, 21. Oct. Es steht unserer Universität, wie wir vernehmen, ein neuer Verlust bevor. Professor Joepfl soll einen sehr vortheilhaften Ruf von München aus erhalten haben, wonach er keinen Anstand nehmen könnte, in sein Vaterland Bayern zurückzukehren. (F. D.-Z.)

Stuttgart, 20. Oct. So eben verbreitet sich hier die Nachricht, daß eine unserer Brigaden den Befehl erhalten hat sich mobil zu machen.

Wiesbaden, 22. Oct. In der heutigen 18. Sitzung des Landtags hat das Staatsministerium offiziell die Verlobung Sr. Hoh. des Herzogs mit Ihrer Durchl. der Prinzessin Adelheid Marie von Anhalt-Dessau angezeigt.

Interessant ist es und, aus dem „Etoyk“ zu ersehen, daß der Toast des Königs von Württemberg bei dem Bundesgastmahl zu Bregenz noch weit entschiedener gelautet hat, als er in dem Berichte der „Allg. Ztg.“ wiedergegeben wurde. Der ritterliche Greis rief nämlich am Schlusse seiner Rede mit jugendlichem Feuer: „Wenn Se. Majestät der Kaiser befiehlt, so werde ich marschiren!“

Von der hessischen Grenze, 17. Oct. Wie ich vernehme, wird für den Fall, daß es wirklich Ernst werden sollte, Feldzeugmeister Baron Heß neben dem Erbherzog Albrecht das Oberkommando über das böhmische Truppenkorps erhalten. Die Dispositionen sind bereits in der Art getroffen, daß das ganze Korps binnen wenig Tagen nach allen Seiten hin verwendbar ist.

* Berlin, 20. Oct. Die Rüstungen, welche der bisher verbündeten Staaten auf die preußischen Vorschläge über die fernere Gestaltung der Union werden das Bündniß vom 26. Mai vielleicht noch weiter alteriren. Von Baden, Nassau und Schwerin ist es bekannt, daß sie der Union nicht besonders zugethan sind; aber auch Braunschweig und Oldenburg sollen, wie glaubwürdig mitgetheilt wird, nicht mehr mit der gegenwärtigen Unionspolitik einverstanden, und geneigt sein, sich der ferner anzuschließen. Träte dieser Fall ein, so würde Preußen im nordwestlichen Deutschland, wie im Südwesten, an politischem Einfluß bedeutend verlieren.

(M. Z.)

Berlin, 21. Oct. Wie haben vor einiger Zeit berichtet, daß die Majorität im Ministerrathe den Beschluß gefaßt hat, der Kammer sofort bei ihrer Eröffnung das Budget für 1851 vorzulegen, daß die Minorität dagegen gestend zu machen gesucht hat, das Budget erst später und vorerst die deutsche Frage als Gegenstand eines Vertrauensvotums vorzulegen. Dem Beschlusse gemäß wird nun das Budget sofort vorgelegt werden, die Opposition aber wird höheren Vernehmen nach die Ansicht der Minorität des Ministerrathes adoptiren und versuchen, durch Kammerbeschluß die Berathungen über das Budget hinauszuschieben, um vorerst die polnischen Fragen zur Entscheidung zu bringen. (N. P. Z.)

Erfurt, 19. Oct. Als Curiosum theile ich Ihnen noch mit, daß in einigen Räumen des einstigen sogenannten Unionsparlaments jetzt eine Räthschule für arme Mädchen etablirt ist.

Breslau, 19. Okt. Es kann aus verbürgter Quelle versichert werden, daß der Pseudo-Altieri an der russischen Grenze verhaftet worden und seinen Einzug in Warschau nicht als päpstlicher Legat, wie ans Danzig früher berichtet worden, sondern als russischer Gefangener gehalten hat.

(Schles. Z.)

** Von der Schweizergrenze, 20. Oct. Einem uns zufällig zu Gesicht gekommenen amtlichen Berichte entnehmen wir, daß innerhalb einem Monat 200 Ungarn aus der Lombardei nach Lugano desertirt sind.

Bern, 15. Okt. Der aus Sardinien verbannte Erzbischof von Turin, Franzoni, befindet sich gegenwärtig in Genf in der Nähe des aus Freiburg verbannten Bischofs Marilley.

Genua, 15. Okt. Der hier erscheinende Cattolico bestätigt die Angabe, daß Pinelli Rom nicht freiwillig verlassen, sondern seinen Paß zurückgefordert erhalten habe.

T. D.-U.) Wien, 22. Okt. Zwei Armeekorps, ein innerösterreichisches und ein mährisches, sollen mobil gemacht werden.

2) Berlin, 23. Okt. Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich wird morgen (24. d. M.) Wien verlassen, um sich nach Warschau zu begeben. Allerhöchstderselbe wird durch den kgl. Flügeladjutanten, Generaladjutanten v. Lindheim, im Namen unseres Königs in Dresberg begrüßt werden.

(F. D.-Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Suber.

Frankfurter Cours.

Den 22. October 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	1154	1159
„ 5% „ Metalliene	78¼	78½
„ 4% „ „	61½	62
„ 3% „ „	45¾	46¼
„ 2½% „ „	41	41¾
„ 4½% Getmann	—	73
„ 4% „	—	64
Baden fl. 250 Loofe v. J. 1839.	96½	97
„ „ 500 „ „ „ 1834.	154¾	155½
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	81¾	82¼
„ Zthl. 50 Prämien Schein.	112	—
Bayern 3½% Obligationen	84	84½
„ 4% „	88¾	89
„ 5% „	100¾	100⅝
Würtemberg 3½% „	82½	83¼
„ 4½ „	98¼	98⅝
Baden 3½% „	81½	82
„ fl. 35 Loose	32½	32½
„ 50 „	52⅝	53⅛
Nassau fl. 25 „	26	26¼
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	76¾	76⅞
„ „ 25 „	28¾	28⅝
Polen fl. 300 „	135¼	—
Sardinien Zch. 36 „	33⅞	33⅞

Theater-Anzeige

Freitag, den 25. Okt. 1850.

Gastspiel der Fräulein Meller von Stadttheater zu Danzig.

Marie,

oder:

Die Regimentstochter.

Komische Oper in 2 Akten von Donizetti.

vorher:

Der Lügner und sein Sohn.

Lustspiel in 1 Akt, nach Collin D'harleville bearbeitet.

(Berichtigung.) In dem gestrigen ersten Leitartikel Zeile 16 von Oben ließ „Königsecke“ statt Königreiche.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrafhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 256. Würzburg, Freitag den 25. Oktober. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Dem Schullehrer Johann Stephan zu Neubach wurde die Schul- und Kirchendienerstelle zu Greßthal Lbg. Eurdorf übertragen.

Italienische Zustände.

Es mag in der ganzen Prozedur gegen den Erzbischof von Turin ein geheimnißvoller Sinn liegen, den ich nicht herausfinden kann, zu entdecken; aber so wie der Fall nie erschienen, befürchte, daß das Turiner Kabinet der Sache der konstitutionellen Regierung in Italien damit einen tödtlichen Schlag versetzt hat. Das Experiment einer Konstitution konnte allein mit einiger Sicherheit in Piemont gemacht werden, da das Volk vernünftig in seinen Ansichten, betriebsam in seinen Gewohnheiten, und gemäßigt in seinen politischen Wünschen ist, und es war eine Aussicht vorhanden, daß, wenn die Kammern hier günstig gewirkt hätten, das Beispiel allmählig in andern Staaten nachgeahmt worden wäre. Die Fürsten wollen ihrer Dynastie volle Sicherheit geben, indem sie dem Volke durch seine Vertreter Antheil an der Gesetzgebung gewähren; und ich zweifle nicht, daß der Großherzog von Toskana, der Papst von Rom, und der König von Neapel, wenn sie gesehen hätten, daß mittelst der Konstitution die Monarchie besteht, daß die Eigenthum geachtet und die Rechte Aller in Sardinien gesichert waren, der Reihe nach das Experiment nach einem kleinen Maßstabe versucht haben würden, bis es endlich eine volle Entwicklung erhalten hätte. Ich will nicht behaupten, daß, nach der Erfahrung der letztverflossenen zwei Jahre, irgend etwas diese Fürsten hätte bewegen können, Kammern, die aus solchen republikanischen Tollhäusern zusammengesetzt waren, wieder einzuberufen, aber ich bin überzeugt, daß ein gutes Beispiel nicht verschmäht worden wäre, und daß die Sicherheit, die eine wohlgeordnete konstitutionelle Regierung der Krone gibt, früher oder später selbst die despotischesten Regierungen auf diese Bahn geführt haben würde. Aber wenn man sieht, daß in dem Musterstaat Piemont der erste Akt des reinen Patrioten Cesare Balbo darin besteht, einen bestehenden Vertrag zu verletzen — Gesetze, die ein abgeschlossenes Konkordat vernichten, zu erlassen — und mit dem römischen Hofe Streit anzufangen, so wird kein Monarch Muth empfinden, einen Baum, der solche Früchte trägt, in seine Staaten zu verpflanzen, und alle werden sich dagegen wehren, als ob es die Cholera oder die Pest wäre. Sie sehen welche Wirkung bereits für Toskana daraus entstanden ist: hier wurde die Konstitution durch ein großherzogl. Dekret suspendirt und, unter dem Schutz der fremden Bajonette, ein sehr strenges Preßgesetz erlassen. Ich erwarte, daß nächstens ein anti-konstitutionelles Edikt in Rom und in Neapel erlassen, und schließlich jede Hoffnung auf eine freie Regierung in allen Ländern von der Grenze von Tirol bis zur Meerenge von Messina erstickt werden wird. Die größten Feinde der italienischen Freiheit sind immer die italienischen Liberalen selbst gewesen: nicht weil sie gleichgültig oder verrätherisch gegen die gute Sache, sondern weil sie gar zu hitzig waren, ihren Freunden Besorgnisse einflößten und ihren Feinden Waffen in die Hand gaben. Das Prinzip war immer sehr schön in der Theorie, wurde aber in der Praxis äußerst schlecht angewendet; und so finden wir, daß, obgleich die Forderungen, welche die Piemontesser stellen, so gerecht waren, daß sie nicht wohl verweigert werden können, die Art, wie ihre Errungenschaften ausgebeutet werden, unerträglich ist. Selbst in Piemont wird sich, wie ich gar nicht zweifle, wenn die Kammern erst wieder versammelt sein werden, gar manche Stimme dagegen erheben, obgleich zur den Augenblick alles einverstanden zu sein scheint und von allen Seiten ein antipapstlicher Kreuzzug für die Constitution gepredigt wird. So erscheint nur höchst zweifelhaft, ob, wenn Piemont, wie man behauptet, durch und durch italienisch ist, eine Constitution in dem nordwestlichen Winkel wird aufrecht erhalten werden können, wenn in allen übrigen Theilen der Halbinsel ein anderes Regime verwaltet. So lange die Constitution in Toscana, Rom und Neapel bloß in suspenso schwebte, war der Abstand nicht so groß, da man noch immer hoffen konnte, daß nach vollkommener Wiederherstellung der Ruhe, die Kammern wieder eröffnet werden würden; aber wenn der Protest und die feierliche Erklärung, die so eben von Florenz ausgegangen sind, einen Widerstand in Rom und Neapel finden, kann kann man der constitutionellen Freiheit getrost ein Requiem singen und die wahrscheinliche Dauer derselben selbst für Piemont berechnen. Wenn wir Italien mit einer Hand, und nicht wie die Geographen sagen, mit einem Fuß oder Stiefel vergleichen wollen, so ist Piemont der Daumen, die Lombardei der Zeigefinger, Toscana der Mittelfinger, Rom der vierte und Neapel der kleine Finger. Kann man wohl dem Daumen eine Richtung geben, der die übrige Hand zu folgen sich weigert, und wird nicht der Daumen, so sehr er sich auch sträuben mag, am Ende nachgeben müssen? Wenn der so hoch gerühmte Lehre von der Nationalität wahr ist, so kann eine einzelne Provinz von Italien nicht von politischer Verbindung mit dem übrigen Theile abgesondert leben, und ich sehe voraus, daß die Constitution dieselbe des Po und des Ticino entweder von selbst weichen muß, oder daß die übrigen Staaten sich verbinden werden, um sie niederzudrücken, oder wenigstens auf Null zu reduciren. Piemont hat gegenwärtig nur noch einen Freund in Europa, nemlich Lord Palmerston, und ich fürchte, dem edlen Lord wird bald keine andere Wahl übrig bleiben, als auf diese enge Freundschaft Verzicht zu leisten, oder eine neue Revolution in Italien hervorzurufen, um die Regierungen zu stürzen, die sich so hartnäckig weigern, seine Universalmittel zu gebrauchen.

Deutschland.

Aus Bamberg wird der „N. M. Ztg." über die Demokratie folgende Mittheilung gemacht: Den beiden Häuptern der „fränkischen" Demokraten und Republikaner dahier, den HH. Heinkelmann und Titus wurde kürzlich ein Bankett im Bierhause zur Rose, dem Versammlungsorte des aufgelösten Arbeitervereins, von ihren hiesigen Gesinnungsgenossen gegeben. Es sollen etwa 130 Theilnehmer dabei gewesen sein, fast durchaus Handwerksgesellen, von wirklichen Bürgern außer den bekannten wenigen eingeschriebenen Demokraten kaum etliche, und auch diesen soll das Fest nicht sonderlich behagt haben, so daß sie alsbald der Einladung dazu und seines Verlaufes überdrüssig in der Stille sich wieder davon machten. Diese auf den engen Raum der Bierstube beschränkte Ehren-Demonstration abgerechnet, hat die Rückfehr jener beiden HH. in ihre Heimath bis jetzt unsere Stadt in feinerlei Aufregung versetzt; es ist solches „Ereignis" spurlos an ihr vorübergegangen, wie überhaupt die „fränkischen" Demokratie ihren Hauptsitz oder „Vorort", wenn sie semals ihn hier hatte, völlig verloren hat. Man denkt daran und spricht darüber höchstens nur noch bei ganz abfonderlichen Anlaffen. So einer war neulich, als der Regenschirmmacher Braun der ältere von hier vor Gericht stand. Dieser Mann war, ohne Zweifel wegen seiner Körper- und Barts-Größe, im Jahre 1848 der Auslauser, Stadt- und Landbote, und Bannerträger der jüngsten Demokraten, und trug bei deren Zügen zu den von ihnen in der Umgegend, z. B. Bamberg, Staffelstein, veranstalteten „Volks"-Versammlungen ihnen die „deutsche Reichsfahne" voran, stand auch in deutschen gewöhnlich mit solcher neben den HH. Titus, Heinkelmann, Pyrl, Reinhard, zunächst der Rednerbühne, und gab das Zeichen, wenn zur Rede mit Beifall- oder sonstigem Ause Chorus gemacht werden sollte. Indeß wurde er wegen mehrfacher Anschuldigung von Diebstahl, Majestätsbeleidigung und Mißhandlung seiner Ehefrau in Untersuchung und zur Haft gebracht, hiernach vor einigen Tagen in öffentlicher Sitzung des Kreis- und Stadtgerichts abgeurtheilt. Obgleich sein Vertheidiger, Hr. Dr. Eugen Schneider darzuthun suchte, daß die Anklage wegen Majestätsbeleidigung durch das Amtssiegel zu niedergestalten sei, erfolgte dennoch verurtheilender Ausspruch. Das Gericht erkannte den Meister Braun der Majestätsbeleidigung zweiten Grades und des mit Waffen verübten Vergehens der Körperverletzung gegen seine Ehefrau schuldig und verhängte Arbeitshaustrafe von 1 Jahr und 3 Monaten mit Schärfung durch Entziehung der warmen Speise jeden dritten Tags in den letzten Wochen der Strafzeit. Von der Anklage des Verbrechens angezeichneten Diebstahls bei seiner Ehefrau wurde er nur deßhalb freigesprochen, weil nach den vorliegenden Thatumständen der ehelige Gütersstand zwischen ihnen nicht gesetzlich eröffnet, ob er sein oder seiner Ehefrau Eigenthum genommen sei, sich gebracht. Die Vertheidigung ergab, daß Braun im Branhaus zum steinernen Hause, früher der Lieblingsort der Demokraten seiner Klasse, gegen Soldaten und andere Personen über König Ludwig und König Max beleidigende Aeußerungen sich erlaubt, die Soldaten aufgefordert hatte, ihre „Gewehren" von diesem Könige anzuziehen und weggumwerfen u. dgl. Einige Trunkenheit dabei war Grund zur Milderung der Strafe, dagegen der Umstand sehr getrübt, besonders wegen vielfacher politischer abgestrafter Mißhandlungen der Ehefrau, Arbeitsscheue re. Die Verurtheilte fand

nicht räthlich, gegen das Strafverfahren mit Schärfung zu engreifen, beruhigte sich vielmehr sogleich dabei, und ist bereits in das Strafverhörsstaus abgeführt worden. Natürlich waren seine demokratischen Freunde und Genossen über diese öffentliche Verhandlung und Verurtheilung wenig erfreut, und verschern jetzt, daß sie längst keine Gemeinschaft mehr mit Hrn. Braun gehabt, ihn aufgegeben, was insofern richtig sein mag, als er schon längere Zeit in Untersuchungshaft war.

Frankfurt, 23. Okt. Bei den gestern beendeten Wahlmännerwahlen zur nächsten gesetzgebenden Versammlung der freien Stadt Frankfurt hat die conservative Partei, welche sich frei Kurzem als Reformverein constituirt hatte, gesiegt, indem von 75 Wahlmännern, welche zu wählen waren, 44 dieser Partei angehören; nur in der Klasse der Kaufleute haben die Gothaer ihre Candidaten durchgebracht, in der Klasse der Gesehrten deren nur sechs, in der der Gewerbetreibenden gar keinen. — Durch diese Wahlen haben die unabhängigen, wenn auch fruchtlosen Umtriebe des s. g. Bürgervereins an der Ecke der Eschenheimergasse, Frankfurt der Union zuzuführen, wohl definitiv ihr Ende erreicht. (K. Z.)

Frankfurt, 24. Okt. Diesen Morgen um zehn Uhr ist das 14. kaiserl. Jägerbataillon in Begleitung von zwei Compagnieen dazu. Jäger vom 3. Bataillon von hier abmarschirt, um über Offenbach und Seligenstadt zu den übrigen bei Aschaffenburg stehenden bayer. Truppen zu stoßen. Die ofterr. Jäger sollen, wie es heißt, die Vorhut bilden, wenn das Einrücken in Kurhessen beginnt; an die Stelle derselben kam etwas vor zehn Uhr das aus 8 Compagnieen bestehende 1. Jägerbataillon hier an; es kommt von Mainz und hat den Zweck der Platz über Mannheim hierher geführt worden. Auf dem Roßmarkte haben die beiden Truppentheile eine Zeit lang gegenüber, um sich zu begrüßen und nach einem kurzen Gebete Absicht zu nehmen. Das ganze Offiziercorps zu Pferde, der wackere Z.M.v. Schirnding an der Spitze, war den ankommenden Bayern entgegengeritten, so wie er auch bei der Wegsiehenden bis vor die Thore der Stadt geleitete. Das Musikcorps des Frankfurter Linienbat. marschirte an der Spitze des Zuges, preußische Musik war keine zugegen, wohl aber im Gefolge des Feldmarschallieutenants eine ziemliche Anzahl preußischer Offiziere; auch sah man viele kurhessische Uniformen. — Das Menschengedränge in den Straßen war ungewöhnlich stark, denn die Scheidenden waren bei der Bevölkerung beliebt. Am meisten wurden die Augen der Menge auf den jungen Baron Reischach von Civallart-Uhlanen gezogen, der sich mitten in dem glänzenden Generalstabe durch seine schmucke, hier noch nie gesehene Uniform auszeichnete. Gestern Abend waren die Offiziere ein Abschiedsfest, wie viele Frankfurter Bürger anwohnten und wo es an kriegerischen Trinksprüchen nicht fehlte. Auch wurde ein Gedicht auf den König von Württemberg, als Bannerträger des preußischen Reichs vorgetragen, das stürmischen Beifall erndtete. (K. Z.)

Aus Baden, 20. Okt. Die Regierung legt den Kammern eine Unzahl von Gesetzentwürfen vor, die freilich den athekanten Wust unserer Gesetzgebung nicht aufräumen, sondern nur ultradikale Bestimmungen ändern sollen, unter welchen die Aufhebung des Adels besonders sehr bedenklich erscheint. Will man die Angabe dieser Vorlagen den badischen Blattern überlassen, und will man sich nicht in Konjekturen ergehen, ob Hr. v. Savigny oder der preußische Truppenkommandant diese Gesetzesänderungen als hinlängliche Bürgschaften anerkennen und die Aufhebung des Ausnahmszustandes, so ziehen die eigene Stellung des Oberpostenkorps, und welchen die politischen Manöver des Unionsvereins fast nothwendig machen, genehmigen oder aufsehen wird, — so ist über diese gesetzgeberische Thatigkeit der badischen Kammern, wahrlich wenig zu sagen, was außer den Grenzen des Landes ein besonderes Interesse hatte. Ihrer Natur nach sind diese Gesetze wieder Provisorien, welche das Schicksal aller Provisorien haben werden. (K. M. Z.)

△ Aus Baden, 22. Okt. In der öffentlichen Sitzung der 2ten Kammer (21. Okt.) unter dem Vorsitze des Präsidenten Bett wurde die Diskussion über den Commissionsbericht eine Amnestie betreffend, vorgenommen. Der Commissionsantrag geht dahin, die betreffende Sache dem General-Staatsministerium mit der Bitte empfehlend zu überweisen, die gegen Minderbetheiligte an der Revolution einschweben zurückgelegten Untersuchung nebst allen Folgen vollständig niederschlagen. Regierungskommissär Stabel erklärt, zur Regierung sei mit den Ansichten der Commission einverstanden. Der Commissionsantrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. — Kaufmann Sachs von Mannheim früher Abgeordneter der 2. badischen Kammer und der deutschen Nationalversammlung ist verurtheilt worden, binnen 14 Tagen bei Vermeidung der Summe von 5000 fl. als darlehensweisen Vorschuß auf den Matrikularbeitrag an die Reichskasse bei der großherzogl. General-Staatskasse in Empfang nahm und nach Stuttgart überbrachte. Nächster Tage wird die Auszahlung der von Seite Preußens seither innehaltenen auf Baden fallenden Zollvereins-Quote an die badische Regierung erfolgen.

Karlsruhe, 23. Okt. Von der schwankenden Stellung, in welche unsere Regierung der preußischen Union gegenüber gerathen ist, werden Sie wohl aus den Verhandlungen der ersten Kammer und den preußischen Blättern einiges vernommen haben; der letzte entschiedene Grund zu dem Verhalten unseres Ministeriums scheint aber noch nicht gegeben zu sein. Es liegt in Karlsruhe, und zwar in dem von Preußen in letzter Zeit zur Sprache gebrachten Verlangen, seine dortigen Etappentruppen zu besetzen, falls Bundestruppen zur Unterstützung der kurfürstl. Regierung in dem Lande einrücken würden. Etappenstrassen gibt es nämlich auch in Baden, und das Recht, solche Etappenstrassen hat nicht nur Oesterreich, sondern auch Bayern. Schon in der Wiener Congreßacte ist von diesen Straßen die Rede, es gehen dieselben fur Oesterreich von Bregenz über Ulm ans oder Stockach, Freiburg nach Bersach, dann von Ulm über Heidelberg nach Frankfurt. Es bieten mit Rücksicht auf einen etwaig gegen Frankreich festgesetzten Strategem kam seit dem Jahre 1840 die Verbindung von Ulm oder Bregenz mit Rastadt, welche für das durch Bundesgesetze bestimmte österreichische Drittheil der Besatzung dieser Festung über Constanz, Donaueschingen und Offenburg nach Rastadt führt. Würde nun Preußen seine Etappenstrassen in Kurhessen besetzen, so wäre man hier seinen Grund anzuführen, warum nicht Oesterreich in Baden ganz dasselbe thun konnte und dürfte; eine Einsprache unserer Regierung würde wohl schwerlich eine solche Occupation der ganzen oberen Hälfte des Landes abwenden können, da Preußen, wie man weiß, in Kurhessen so gleichsam gegen den in Folge der Besetzung des Badischen Unterlandes durch preußische Truppen nicht minder von dem Hauptlande abgeschnitten, als die preußischen Rheinlande von den Ostmarken durch die Besetzung Kurhessens von Seite der Bundestruppen, und hat es Preußen im vorigen Jahre, nach Beendigung des badischen Feldzugs, dem jetzt in Frankfurt liegenden bayerischen Jägerbataillone verweigert, zur Besetzung der bayerischen Etappenstraße in Mannheim einzurücken, so daß baselbe, schon vor der Stadt angekommen, wieder umkehren und in Seckenheim sich einquartieren und dann nach Frankfurt weiter ziehen mußte: so läßt sich schwer absehen, mit welchem Recht Preußen in Kurhessen nun daselbe thun will, was es den Bayern in Baden nicht zugestand. Damals gab Bayern nach; ob aber heute dem gegen den Willen der kurfurstlichen Regierung in Ansicht gestellten Einmarsch preußischer Truppen in Kurhessen nicht in gleicher Weise ein eben so von Bayern unbefugter Einmarsch österreichischer Truppen in unserm Oberlande, und bayerischer im Unterlande folgen werde, — darüber macht man sich hier die ängstlichsten Vorstellungen, $\frac{1}{2}$ um so mehr, als man weiß, daß die preußischen Truppen jetzt schon Anstalten treffen, das ganze Land von Rastadt aufwärts zu raumen und sich jenseits der Murg und beim Neckar zu concentriren. In diesem Fall würde das durch die bald zweijährige preußische Occupation tief niedergedrückte Land vollends zu Grunde gerichtet werden, und unseres Elendes wäre kein Ende. Dies ist der Grund, warum mit Hand und Fuß endlich alle Parteien des Landes, die wahrnehmigen Oberländer voraus, nicht aufgenommen, sich gegen die fernere Besetzung auch durch die preußischen Truppen sträuben, die eigenen zurückverlangen, und, mit Begrabung aller ehemaligen Pratensionen, von den Ufern des Landgrabens aus Deutschlands Geschicke dirigiren zu wollen, nichts weiter mehr begehren, als den völligen Ruin des Landes, so weit es noch gehen mag, durch administrative Reformen in Ordnung und sparsamsten Haushalt fernerhin abzuwenden. (K. Ztg.)

Wien, 21. Okt. Ein vollkommen Eingeweihter sagt heute: „Unsere äußere politische Lage hat sich seit vierundzwanzig Stunden sehr geändert.“ Es herrscht eine bemerkenswerthe Verwunderung über Bayern. Meyerer Reformen im Innern

nichtdest vorher; und die revolutionairen Deutschen, die den Besitz der Festung ihren tapferen Vertheidigern nicht entreißen konnten, hatten nun zu gressen Erfolg in der Einschwörung der Wohnungen der harmlosen Einwohner, deren Sache sie kommischer Weise die ihrige nannen. Sie trieben diese Opfer ihres eigenen Barbarei, entblößt und verwundet ein Asyl innerhalb der dänischen Linie zu suchen; und diesen muthwilligen, grausamen und mißlungenen Angriff, den General Wilisen, „eine so schöne Waffenthat, wie je von einer Armee ausgeführt ward", zu nennen wagt, fiel mit einer ganzen Wuth gerade auf die Bevölkerung, deren Vertheidigung Deutschland mit so großem Eifer zu seiner Sache gemacht. Wohl mag die Bevölkerung Schleswigs mit Schaudern von solchen Alliirten sich abwenden; und wohl mag Europa seine Stimme erheben zur Verurtheilung der Männer, welche einen Theil der Verbrüderigkeit und der Pflicht, sich durch die Zerstörung einer Stadt, die sie zu nehmen nicht stark genug waren mit Schmach beladen. Wenn es wahr ist, wie es wahrscheinlich ist, daß die Holsteiner bei dem Ueberfalle dieses Hauptreichs großen Muth entwickelten, aber durch „unabreißlicher Hunger" zurückgetrieben wurden, so bleibt die ganze Verantwortlichkeit dieser Blutvergießens auf dem General und seinem Stabe, die muthwilligerweit ihre Armee einem unausführbaren Unternehmen aussetzten, berufen. General Wilisen kannte unfreitig die Stärke der feindlichen Stellung und die Unzulänglichkeit seiner eigenen Macht, dieselbe zu nehmen, recht gut. Er selbst benutzte die Zwischenzeit vor der Schlacht bei Idstedt dazu, Schanzen von betrachtlicher Stärke um Rendsburg aufzuführen, die ihn wahrscheinlich in den Stand setzen würden, auf gleiche Weise mit seinen Truppen zurückzuweichen. Er hatte sich aber nie mals von „dem kaltblütigen Unternehmungsgeiste" oder von den politischen Animositäten der Insurgentenführer zur Genehmigung dieser blutigen und unheilvollen Expedition forreiren lassen sollen, die, selbst wenn sie glücklich ausgeführt wäre, doch den Ausgang des Krieges nicht ändern werde.

Frankreich.

○ **Aus dem Elsaß, 21. Okt.** Der Entwurf für Vereinigung der Elsenbahnlinien der Straßburg und vom Nord, ist soeben entgültig genehmigt worden. Die Entfernung des Verbindungswegs wird ungefähr 1. Kilometer betragen. Der Vereinigungspunkt wird in la Chapelle errichtet werden. Die Arbeiten werden sofort beginnen. Wenn sie beendigt sind, können die Waaren in einigen Minuten von einer Elsenbahn zur andern gebracht werden, ohne die Waggons zu wechseln.

Rußland.

Warschau, 18. Okt. Bei Gelegenheit des fünfzigjährigen Thronjubiläums des Fürsten Paskiewitsch hat der Kaiser von Rußland an denselben nachstehendes Schreiben erlassen: Fürst Johann Theodorowitsch! Fünfzig Jahre Ihres ausgezeichneten, dem Throne und dem Vaterlande geleisteten Dienstes sind bereits verflossen. Seit dem Beginn Ihrer militairischen Laufbahn als Flügeladjutant Unseres geliebten Vaters haben Sie glanzenden Antheil genommen und sind allen Kriegen, die unter der Regierung des Kaisers Alexander I. geführt worden, überall hervorleuchtend durch musterhafte Einsicht und persönlichen Muth. Diesen zurückgelegten Jahre hindurch die sorgreichen militairischen Aemter bekleidend haben Sie in der glänzendste Weise Ihre Fertigkeit bewährt, die sich durch Thaten auszeichneten, welche, indem Sie den russischen Waffen neuen Ruhm erwarben, die Macht und den Umfang des Kaiserthums vergrößerten. Ihre Siege in Persien und in der asiatischen Türkei stehen zu einem eben so glorreichen als für Rußland vortheilhaften Frieden. Der zweitägige Sturm von Warschau, mit Ihrem eigenen Blut bezeichnet, hat der treveltaten Empörung ein Ende gemacht. Indem Sie das Heer befehligten, welches bestimmt war, Meinem hohen Bundesgenossen und Freund, dem österreichischen Kaiser, Hilfe zu leisten, wußten Sie den Oberbefehlshaber der Empörer zu unbedingter Ergebung zu zwingen und Ungarn die rechtmäßige Regierung wiederzugeben. Alle diese Siege werden Ihren Namen mit unvergänglichen Zügen in der Geschichte aufzeichnen, und er wird von nun an unzertrennbar von Rußlands Ruhm bleiben. Nicht minder rühmlich sind ihre Leistungen in Friedenszeiten durch die Erfüllung der wichtigen Pflichten eines Oberbefehlshabers der activen Armee, wie der Unseres Statthalters im Königreich Polen. Durch Ihre unermüdliche Fürsorge ist das Ihnen anvertraute Heer zu einer in allen Beziehungen musterhaften Ordnung gebracht worden. Durch ihre weise Thatigkeit und angestrengte Bemühungen sind alle Zweige der Verwaltung im Königreich zu dem von Mir gestellten Ziele geführt worden, zum Wohle und Heile Aller und eines jeden Einzelnen. Angenehm war es Mir immer, Ihre Verdienste anzuerkennen und zu belohnen; heute, bei Gelegenheit Ihres fünfzigjährigen Dienstjubelfestes, habe Ich befohlen, einen Feldmarschallstab mit einer diamantenen Einfassung zu schmücken. Indem Ich selbigen Ihnen übergebe, erneuere ich den Ausdruck meiner steten und wahren Gefühle der Anerkennung für Ihre erhabenen Thaten, die Ihnen ein so gutes Recht auf Meine, wie des Vaterlandes und der Nachwelt Dankbarkeit erworben haben. Ich verbleibe Ihr wohlgeneigter wohlwollender Nikolaus. Warschau, am 5/17. Oktober 1850.

Vermischte Nachrichten.

Augsburg, 20t Okt. Vor dem kgl. Kreis- und Stadtgerichte wurde gestern dahier ein ebenso interessanter Herenprozeß verhandelt, wie jüngst der der „Lechs" in München war. Auf der Anklagebank saßen Maria Nagler von Birkenhausen, 47 Jahre alt, Witwe und Mutter von 6 Kindern, und Barbara Deschner von Mering, ledige Taglöhnerstochter, 44 Jahre alt, und Walter von 4 noch lebenden Kindern; Beide sind beschuldigt des ausgezeichneten Betrugs durch Mißbrauch des Aberglaubens und der Religion. Die Nagler, deren eingebundenes Haupt mit Telemale und funkelnden Augen auf ein böses Weib vulgo Here genannt, schießen läßt, spricht gut deutsch, und kann trotz erzwungenen Demuth einen bissigen Ton nicht unterdrücken, und macht, während sie spricht fortwährend Kniffe. Die Viktoria Schmidt, eine robuste Gestalt, spricht gemessen und deutlich und bekundet eine heftigere Natur als die Nagler durch ihre Unschuld. Aus dem Verhöre der Angeklagten und der 10 vorgeladenen Zeugen erfuhrt man, daß die Nagler unter dem Vorgeben, ihr Sohn sei ihr erkrankenen und es müsse eine Monarchenseele durch Messenlesen erlöst werden, von einer Bernwarten Hillmayr, einer Wittwe, Vermögen hatte, die Summe von 885 Gulden in verschiedenen Raten erpreßte. Damit die Puritat nicht verletzt werde, schwagte sie einer Mitschrau, protestantischer Religion, Namens Wenk, vor, es sei eine Seele zu erlösen, wenn das geschehen sei, werde sie in einer Kutsche nach Augsburg zurückkehren. Auf Aeußerungen des Beerdenes von Seite der Wenk, daß sie nicht zu einer Durchsuchtaugte, sagte die Nagler, durch die Erlösung werde sie in einen solchen Zustand der Gnade versetzt, daß Wündchargig Wohlgefallen an ihr finden werde. Die Wenk gab 15 Gulden zum Eine Weibsperson Namens Steinherr gab 50 Gulden, die sie selbst entlehnen mußte; denn die Nagler hatte ihr gesagt, in eine Hohle zu Birkhausen hatten sich mehrere Monarchen mit ihren Schätzen geflüchtet und seien dort gefangen; diese Seelen seien zu erlösen. Die Viktoria Schmidt war beauftragt, die Messen lesen zu lassen und nach Attolting zu wallfahren, wohin auch der Fürst Windischgrätz wallfahre. Die Schmidt machte zu diesem Behufe Reisen nach München und bride Angeklagte kontrahirten wegen des Seelenerlosens mit drei angeblichen Jesuiten Namens Gebrüder Blondmaier und Hoffmann. Von diesen Dreien hat aber Niemand etwas gehört noch gesehen; von einem Hoffmann jedoch wußte die Polizei in München, daß er nach Straßburg gereist sei. Bei den Verhore sagt die Nagler: „Das habe ich nicht gethan des Geldes wegen, sondern wegen der Seelenheile. Vor drei Jahren sei sie auf die Gant gekommen, „weil sie mehr Schulden als Vermögen hatte." Ein Prozeß mit einem Juden habe alles verschlungen. Man habe ihr den ehelichen Namen genommen und gesagt, sie sei eine Schapzaberin und habe sich dem Teufel verschrieben, weil sie eine Erschrimung von ihrem verstorbenen, 14jährigen Sohn gehabt habe. Er sei ihr erschienen wie ein Bischof „in ornepore", und in ihrer Kammer sei also eine Helle gewesen, und Tag und Nacht habe sie kein Ruhe gehabt. Wenn sie es allein hätte vollenden können, wäre sie zu keinem Geistlichen gegangen. Bei ihrem Sohne sei auch eine Monarchenseele gewesen, und ihr Sohn habe ihr gesagt, der Monarch habe keine Ruhe, weil er sich nach Lovetta und in das Romanische verlobt habe und das Geistbre nicht erfüllen könne. Die Brüder Blondmaier habe sie das gebeichtet, und der habe gesagt, diese Seele müsse jedenfalls eine vornehme Seele sein; denn eine gewöhnliche Seele könne sich nicht so weit verloben; da gehören wenigstens 1000 fl. dazu, und er könne nur beten u. fasten. Die Schmidt habe ihr von dem Baron bath 30, 40 auch 100 fl. gegeben, die sie dem Blondmaier eingehändigt hätte, der dann nach Rom gereist sei; wenn die Stunde schlage, würden diese Herren schon kommen. Sie hoffe, daß Gott ihr diese Gnade gebe. Von dem Herrn Prasidenten Dr. Weissinger befragt, ob sie die am Kopfe gelitten habe, antwortet die Nagler, daß es ihr Gottlob nie im Kopfe gefehlt habe. Vom Hrn. Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, wie sie annehmen konnte, daß ihr unschuldiger Knabe wegen einer besoffenen Monarchenseele leiden solle, und wie sie einer solche Versündung sich erkläre, antwortet die „Hexe" sie ist die Allmacht, ich bin nicht die Allmacht. Schon oft habe ich es von meinem Vater und von den Geistlichen gehört, daß der Unschuldige für den Schuldigen leiden müsse." Die Jesuiten hätten ihr gesagt, daß Fürst Windischgrätz eine Wallfahrt nach Attolting mache, weil er ein Sünder sei gut durchgekommen sei. Die beiden Blondmaier, welche zwei schöne Herren gewesen sein, hätten deßhalb der Schmidt gerathen, auch nach Attolting eine Wallfahrt zu machen. Aehnliches bummes Zeug schwagen die beiden Angeklagten wahrend der ganzen Dauer des Prozesses fortwährend viel zusammen, und geben vor, daß sie fest daran glauben. Die Schmidt, die als eine durchtriebene Person geschildert wird, die von sechs Vätern sechs Kinder hatte, hat von der Nagler 140 Gulden erhalten, wovon sie nichts für sich verwendet haben will, obwohl sie sogar einer Kleider das Geruht verbreitet hatte, sie habe in der Lotterie gewonnen. „Sie habe sich gestimmelt und lasse sich's nicht nehmen, daß die Blondmaier Geistliche waren." — Hr. Borgias Fleischmann, Gnardian des Kapuzinerklosters in Wemding, bem die Glaubwürdigkeit der Beweise über die Seelenfeier mittheilte, sagte sogleich die ganze Sache sei ein Betrug und machte bei der Obrigkeit die Anzeige. Hr. Fleischmann erklärte in der öffentlichen Sitzung, daß er es im Interesse der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Mäßigkeitslehre für Pflicht halte, augenblicklich Anzeige zu machen, da sonst auch, weil man bei ähnlichen Vorkommnissen gewöhnlich sei, wenigstens indirekt, die Schuld solchen verbrecherischen Treibens und Aberglauben der Geistlichkeit in die Schuhe zu schieben. — Nachmittags 3 Uhr begann das Plaidoyer. — Der Staatsanwalt, Hr. Heberer beantragte nach Berleugnung des Falles der Nagler 6, und für die Schmidt 5 Jahre Arbeitshaus. Die Erstere vertheidigte Hr. Dr. Barth, l. Advokat, die Letztere Hr. v. Eberz, Adv.-Conc. Die Herren Vertheidiger trugen auf Freisprechung an für die unglücklichen Bethörten, die ihre Unschuld unter Thrä-

nen betheuern. Das Urtheil sprach die Angeklagten des beschuldeten Verbrechens schuldig und lautete für die Nagler auf 4 und für die Schmidt auf 3 Jahre Arbeitshaus. (Augs6. Tgbl.)

Das Problem, den Inhalt eines Kreises ganz genau im Viereck darzustellen, die sogenannte Quadratur des Cirkels, beschäftiget wegen des wichtigen Einflusses auf Mathematik und auf Kunst schon seit vielen Jahren unzählige Mechaniker und Mathematiker. Alle Berechnungen boten eine Menge Bruchtheile, und nur annäherungsweise konnte ein Resultat gefunden werden. Der Cassier Joseph Prantner in Graz soll, nach der Grazer Zeitung, nach vieljährigem Fleisse die vollständige Lösung erreicht haben, und hat dieselbe in zwei meisterhaften Zeichnungen dargestellt. Ein Exemplar wird St. Maj. dem Kaiser, das andere der Königin von England überreicht werden.

Neuestes.

2 Würzburg, 25. Okt. In der Schlacht, welche am 2. u. 3. Sept. 1796 Erzherzog Karl bei Würzburg gegen die französische Armee unter Jourdan gewann, kämpfte zu rühmlich zwei Würzburgische Grenadierkompagnien, welche dem k. k. Grenadierbataillon Paulus zugetheilt waren. Namentlich zeichneten sie sich beim Angriffe auf das Kürnacher Holz aus, wurden auf die Franzosen mit dem Bajonette warfen. Nur vier Veteranen leben noch von jenem Corps, nemlich: Oberkriegskommissär Schenk, Controleur Heid, Hausmeister Speth und Craminator Senfert. Diesen ward nun in spätern Alter eine besondere Freude zu theil, dem von einigen Tagen (54 Jahre nach jener denkwürdigen Schlacht) überlante St. k. k. Hoheit Erzherzog Albrecht, Sohn des berühmten Feldherrn, für jeden der Veteranen eine prachtvolle silberne Medaille, geziert mit dem Brustbilde des Erzherzog Karl. Das Begleitschreiben enthält huldvolle Anerkennung der bewiesenen Tapferkeit und drückt den Wunsch aus, es möchten diese Medaillen den Empfängern die lebendige Erinnerung sein an ihren einstigen Fahnenreu und „Waffengefährten", sowie au jene denkwürdige Epoche überhaupt. — Bei der heute Vormittag stattgefundenen Parade überreichte St. Durchlaucht der General der Cavallerie und Commandant des II. Armeekorps, Fürst Taxis, den Veteranen diese Medaillen. Der Hochstkommandirende hielt eine ergreifende, gneck- und zeitgemäße Ansprache, bei vier Geheerten waren tief gerührt und brachten dem huldvollen Spender ein Hoch, wahreud das 9. Inf.-Regiment den alten, tapferen Waffengefährten die militarischen Ehrenbezeugungen erwies.

2 Würzburg, 25. Okt. Das gestern von hier abmarschirte 1. Bat. des 9. Reg. hat Contreordre bekommen und wird derselben zufolge heute von Dettelbach seinen Marsch nach Schweinfurt fortsetzen.

München, 23. Okt. Aus zuverlässiger Quelle erhalten wir die Nachricht, daß das in Tirol und Vorarlberg stehende k. k. österreich. Armeekorps den Befehl zur Marschbereitschaft erhalten hat.

Augsburg, 24. Okt. Gestern Abend führen auf der Eisenbahn St. Maj. König Otto, sowie Ihre Maj. die Königin Therese und die Frau Großherzogin Mathilde von Hessen von Hof zurück nach München. — Diesen Morgen marschirte das zweite Bataillon des 3. Infanterie-Regiments „Prinz Karl" mit dem Stab und der Regimentsmusik nach dem Eisenbahnhofe, von wo dasselbe mittelst Extrazug nach Bamberg weiter befordert wird.

Stuttgart, 24. Okt. St. Königl. Majestät haben dem kgl. bayerischen General-Major v. Bosch, Kommandanten der Bundesfestung Ulm, das Commenthurkreuz des Ordens der Württembergischen Krone verliehen.

Kassel 21. Okt. Die der Cavallerie und Artillerie auf den 1. Nov. zugeschriebenen Rekruten werden dem Vernehmen nach nicht einbrordert werden. Die Reduktion der Armee wird auf alle Weise betrieben, so daß es fast scheint, als wolle man zunächst die Offiziere isoliren, um ihnen dann den verlangten Abschied zu geben.

Kassel, 21. Okt. Was die Entlassungsgesuche der 107 Offiziere betrifft, so muß vor Allem darauf erinnert werden, daß sie diesen Schritt nur in der ersten Aufwallung und gemeinsam gethan haben; dazu waren sie durch einige wohldekannte Personlichkeiten, deren Einfluße schon aus kameradschaftlichen Gründen schwer zu widerstehen war, angefeuert worden; hinterher aber, als General v. Haynau die Gesuche von Jedem einzeln eingereicht verlangte, nahm die Sache eine andere Wendung; die große Mehrzahl strabte sich jetzt, dieses zu thun, so daß nur etwas über 20 einzelne Entlassungsgesuche nunmehr wirklich eingereicht worden sein sollen. (K. Z.)

Sachsen. Nach einer ministeriellen Bekanntmachung belauft sich die Zahl der wegen Theilnahme am Maiaufstande zur Untersuchung Gezogenen und von dem Bezirksgerichte Leipzig Abgeurtheilten auf 4297. Bei 182 wegen ihrer Theilnahme an jenem Aufstande Verurtheilten ist die erkannte Strafe im Gnadenwege mehr oder minder ermäßigt worden.

Hannover, 20. Okt. Die Offiziere der hiesigen Garnison hatten sich vor einiger Zeit in corpore gegen die Begünstigung der Communalabgaben ausgesprochen; in Folge dessen ist vom Ministerio des Innern jetzt der Beschied gekommen, daß die Offiziere der Garnison, wenn sie nicht Hausbesitzer sind, von allen Communalabgaben befreit sind und bleiben. (H. B.-H.)

Aus Lübeck vernimmt man, daß die dortige Regierung durch die neueste Wendung der Dinge sich bewogen finden dürfte, von der linien zurückzutreten.

Wien, 20. Okt. Erzherzog Leopold übernahm bereits das Commando seiner in Vorarlberg stationirten Division und bezieht vorlaufig das Hauptquartier in Innsbruck.

Wien, 21. Okt. Es geht das Gerücht von einem Congreße in Erdmannsdorf, wo unter unmittelbarer Betheiligung der Minister Schwarzenberg und Radowitz die beiden Kaiser von Oesterreich und Rußland und der König von Preußen sich zusammenfinden sollen. Dies letztere Gerücht ist selbst in den diplomatischen und Hofkreisen accreditirt. (L. Z.)

Dem N. Cor. wird aus Berlin geschrieben: Kurz, vor Postschluß gehen uns noch folgende wichtige Mittheilungen zu, die wegen der Kürze der Zeit wir heute freilich nur anzudeuten und begnügen müssen. Zunächst wird aus wiederholt, und auf das Bestimmteste, wiewohl ohne Angabe von Details, versichert, daß so eben hier eine sehr freigesinnte Correspondenz eingetroffen sei, und die nächsten Tage in dieser Beziehung wichtige Ereignisse bringen würden. Sodann sieht wohl im Zusammenhang hiermit die Nachricht, daß die Generale Fürst Radziwill und Graf v. d. Groeben, (die beiden Chefs der aufgestellten Observationskorps) den Befehl erhalten hatten, unter gewissen Contingentsätzen, ihre Truppen genau bezeichnet worden sind, und in Hessen einmarschiren, ohne vorher noch erst hier anzufragen. Ferner: der Graf Brandenburg sei von dem Kaiser von Rußland in Warschau ziemlich unfreundlich empfangen worden, der Kaiser habe sich offen für die oster. Politik erklärt. Endlich soll auch hier soeben ein formeller Vertrag zwischen England und Preußen zum Abschluß und zur Unterzeichnung gekommen sein, der ein Schutz- und Trutzbundniß zur gewisse Fälle formulire.

T. D. Kopenhagen, 21. Okt. Zu Anfang des nächsten Monats wird durch einen kgl. dänischen Beaufragten im Herzogthum Lauenburg von den öffentlichen Beamten und dem Militar der Eid der Treue für den Konig-Herzog abgenommen werden. (H. B.-H.)

Paris, 22. Okt. So eben tangt die Nachricht an, daß General d'Hautpoul zum Generalgouverneur von Algier, und an seiner Stelle General Schramm zum Kriegsminister ernannt worden ist.

Uri. In Altorf hat eine nicht unbedeutende Militärmeuterei stattgefunden. Die Rekruten weigerten sich, bei dem schlechten Wetter unter Zelten im Lager zu kampiren und zogen einen Abend trotz aller Abmahnung heim zu übernachten. Am folgenden Morgen, den 15., trafen die Deserteurs wieder im Lager ein, wie sie gegangen, und als die Offiziere sich nicht anschicken, die Manöver oder Instruction zu beginnen, sondern sich ferne hielten, bildeten die Soldaten einen Kreis, liefen die Trompeter spielen und tanzten in bunten Reigen. Auf erhaltenen Bericht über den Vorfall erschienen Hr. Landamman A. Muheim und Landesbahnmann B. Muller als Deputirte der Regierung, und von diesen verlangten die Offiziere die Bestrafung der Feldbaren und zwar sofortige Absassung der 5 oder 6 Radelsführer, ansonst sie sich mit so ungehorsamen und muthwilligen Truppen nicht ferner befassen würden; das ganze, aus Conservativen und Radikalen bestehende Offizierkorps legte Epauletten und Degen vor der Front ab und trat hinter dieselbe. Die Regierungsdeputirten schienen anfangs etwas schwach sich zu benehmen, doch ist es nun zu einer Verständigung zwischen der Regierung und den renitenten Offizieren gekommen, letztere, in ihre Functionen Wiedereingesetzt, aufgefordert, werden in den Truppen auf ihre Plätze zurückkehren, die Dienstauszeichnungen (Epauletten und Degen) werden ihnen vor der Front überreicht und die Aufführer der ungehorsamen Soldaten in Verhaft gesetzt. (Ostg. Z.)

Bern, 21. Okt. Die vom Bundesrathe aufgestellte Commission zur Vorberathung der Fragen über Kleidung, Bewaffnung und Ausrüstung des Bundesheeres hat ihre Verhandlungen geschlossen. Ihre Vorschläge sind: Den Waffenrock sollen tragen die Fußtruppen; dagegen die Cavallerie und Artillerie behalten ihre bisherigen kurzen Uniformröcke. Die Beibehaltung oder Abschaffung der Epauletten führte zu heftigen Verhandlungen herbei; man entschied sich für Beibehaltung der bisherigen Unterscheidungszeichen der Offiziere. Auch das Lederzeug und dessen Tragweise bleibt die bisherige.

Turin, 19. Okt. Die beiden Kammern sind auf den 5. Nov. wieder zusammenberufen.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Jobst.

Gold- und Silber-Sorten.

	fl.	kr.
Neue Louisd'or	11	5
Friedrichsd'or	9	42
Dukaten	5	36
20 Frank-Stücke	9	28
Doppiastücke 10 fl. Stücke	19	46½
Preußische Thaler	1	45¾
5 Frank Thaler	2	21

Bitte.

☞ Der vor einigen Wochen in seiner eigenen Wohnung meuchlings verwundete, pflichtgetreue, stadtische Waldforster Ackermann ist gestern nach schweren Leiden seinen Wunden erlegen. Derselbe hinterläßt eine Wittwe nebst vier Kindern, von Letzteren steht das älteste erst im sechsten Lebensjahre und die unglückliche vermögenlose Wittwe befindet sich in der kummervollsten Lage, ohne Beispiele von edlen Menschenfreunden ihre Kinder und sich fernerhin nicht erhalten zu können. Wir unternehmen es an diese Menschenfreunde die dringendste Bitte um eine Gabe zu richten, und unterziehen uns dabei der Verbindlichkeit über die Verwendung später uns auszuweisen. Herr Banquier Oehninger in Würzburg und auch die Exp. der B. Pr. ist bereit, Beiträge anzunehmen.

Erdach im Odenwalde den 14. Okt. 1850.

Das Hülfs-Comité.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schaafhofe 2. Distr. Nr. 833.
Einrückungsgebühr: die gehaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 257. Würzburg, Samstag den 26. Oktober. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 26. Okt. Se. k. Maj. haben allergnädigst geruht, den bisherigen Professor Dr. Franz Ditterich zu Prag in provisorischer Eigenschaft zum ordentlichen Professor der Therapie und Klinik an der medizinischen Fakultät der Universität Erlangen zu ernennen.

Demokratische Bankette als Barometer demokratischer Pläne.

Gegen Ende des vorigen Monats hat zu Nürnberg bekanntlich eine Art Festversammlung der „freigesprochenen und amnestirten bayerischen Patrioten (!)“ Statt gefunden, bei welcher Gelegenheit die HH. Schmitt, ehemaliger Abgeordneter, Berchem, Redakteur des Eisvogels, Dr. Frey und Dr. Morgenstern aus Fürth Toaste ausbrachten. Hr. Schmitt dankte für den festlichen Empfang der ihm und seinen Freunden geworden und äußerte sich u. a.: die Zukunft werde beweisen, daß sie — d. h. die Freigesprochenen und Amnestirten — keine Unbankbaren seien; kommt ihre Zeit, dann werde sie Männer in ihnen finden. Sie wurden ihre Nachen nicht der jetzigen Willkür beugen. Hr. Dr. Frey gedachte seiner pfälzischen Landsleute, die noch verhaftet seien und von ein Spezialgericht gestellt werden würden, was gezogwidrig sei, und brachte den verhafteten Pfälzern ein Hoch. Hr. Dr. Morgenstern endlich sprach von jener Verbrüderlichkeit, die durch Schweigen sich ausdrücke. — Hr. Dr. Morgenstern scheint sich erst in jüngster Zeit auf diese „schweigende Verbrüderlichkeit“ verlegt zu haben, da er, wie bekannt, auf jener pfälzischen Volksversammlung unmittelbar vor dem Ausbruche der „glorreichen Erhebung für die Reichsverfassung“ noch sehr laut dem „pfälzischen Volke“ den „Bruderzwist der Franken“ ausrichtete, strikch ohne zu sagen, wer ihm denn zu solchem „Bruderzwist“ in Franken Vollmacht gegeben habe, und vorher schon auf dem ansgelösten Landtage oft mit Hrn. Pfarrer Bertmann um die Wette laut geworden ist. Wie sehen indeß hier von diesen Dingen ab und halten uns an die Versammlung in Nürnberg, deren Theilnehmer theils durch die politische Rolle, die sie bereits gespielt, theils durch die Aeußerungen, die wir oben angeführt, sattsam bewiesen, daß eine Solidarität unter ihnen besteht, und daß ein gemeinsamer Plan, ein gemeinsamer Ziel ihre Handlungen leiten, daß wenn auch die totale Verausgleichung aller ihrer Ansichtige noch die Amarsche, welche der bei weitem größten Mehrzahl derselben zu Theil geworden, sie von dem einmal betretenen Wege abzuhringen vermochte. — Zufälligerweise fand auch in New-York ein demokratisches Bankett im Laufe des Septembers Statt, dessen Theilnehmer aber aus leicht begreiflichen Ursachen etwas freier mit ihren Ansichten hervorgingen und Hrn Dr. Morgenstern's Theorie von der „schweigenden Verbrüderlichkeit“ wäre hier nicht am Platze gewesen. Hören wir, in welcher Weise der „New-York Herold“ dieses Bankett beschreibt und sagt: „Die französischen und deutschen sozialistischen New-York haben in Lamartine Cottage zu New-York ein Banket gegeben. Das Comite bestand aus den HH. Agguarsparse als französischer und Metternich (dem von Frankfurt her berüchtigten guten Freund des Hrn. Bayerhofer, Prasidenten des kurhessischen Landtags), als deutscher Präsident, Cormier; als Vater und Sohn, Dr. Mueller (aus der Pfalz), Sorg, Rose, Dr. Jonasson und Menetrier. Als Festkommissäre fungirten die HH. Fröhlich, Herausgeber des „Demokraten“, Kurer, Herausgeber der „Staatszeitung“, Maas, Leopric u. s. w. Um 1 Uhr setzte sich der Zug der Theilnehmer vom pariserer Hotel aus nach Hoboken in Bewegung unter dem Vortritte einer Musikbande, welche den „Chant du Depart“, die „Marseillaise“ und den „Chant des Girondins“ spielte. Ein Bursche in der Tracht aus der Zeit der provisorischen Regierung Frankreichs trug eine rothe Fahne mit den unanstößigsten Worten „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Solidarität und sozialistische Vereinigung.“ — An dem Zuge wie am Banket nahmen ungefähr 200 Personen Theil, worunter auch einige Frauen. Nach beendigter Mahlzeit erhob sich zuerst Hr. Agguarsparse und sprach wie folgt: Bürger, ich trank auf die Souveränetät des Volks. Nur zwei Worte, um meine Gedanken auszudrucken Das Volk wurde getauscht, seine Freunde wurden verfolgt, eingekerkert und verbannt. Ledru-Rollin, Raspail, Louis Blanc, Caussidiere, Considerant u. Laufen Anderer, welche für die Freiheit ausgetreten, sind im Kerker oder in der Verbannung. Was haben sie gewollt? Die Ausführung, dessen was die Revolution versprochen hatte. Die Freiheit ist groß, wie Gott, heilig, wie die Vernunft. Wir wollen die Freiheit, aber die Freiheit, welche eine Tochter der Ordnung ist; wir wollen die Freiheit, weil wir das Volk zu uns emporheben wollen; wir wollen die Brüderlichkeit und die Konsolidation. Die Februar-Revolution war eine sozialistische, keine monarchische Revolution; wir haben uns nicht für eine Veränderung der monarchischen Form geschlagen. Das Volk hatte das Palais und das Volk sorgt für alle Bedürfnisse derer, die darin wohnen. Man nennt uns Rothe, als wenn wir uns wie jene vom Jahr 93 in Blut gebadet hatten. Wir nehmen diesen Namen an, ja wir sind roth, aber von Patriotismus und Menschlichkeit. (!) Heute sind wir an den Händen Ehrengarnierts und der Monarchisten, allein wir sind stark, und die Throne der Konige, der Urheber aller Verbrechen (!), werden in Flammen aufgehen und ihre Asche wird in alle Lüfte zerstreut werden. Das Volk ist hochherzig trog allen Verläumdungen. Vergebich opfert man jetzt alles den Schulern Loyolas, eine Nation läßt sich nicht fesseln, und eines Tages wird Gerechtigkeit geübt werden, denn alle Herzen schlagen für die Freiheit. — Bürger! Nuhm sei der sozialistischen Fahne! Der Socialismus geht mit Riesenschritten vorwärts. Uhnlich war der Tyrann des Socialismus (!) und sein achtzehnhundert Jahren wartet das Volk auf den Triumph desselben; und weil er ewig ist, so kann er nie unterzehen. Der Socialismus ist die Auferstehung der Gesellschaft (!), er ist ein christliches Prinzip (!), mit dem wir alle Menschen vereinen. Ich trinke die demokratische, socialr und allgemeine Republik!“ — Nach dieser mit ungeheurem Beifalle aufgenommenen gewiß charakteristischen Expektoration spielte die Musik die „Marseillaise“, worauf Hr. Germain Metternich eine Rede voll gleichen Unsinns hielt, nach deren Schluß die „Marseillaise“ gespielt wurde. Dann trat ein zweiter Deutscher, ein Hr. Kaufmann auf, der zuerst um Nachsicht bat, weil er sich nicht geläufig in französischer Sprache auszudrucken könne; es sprach: „Bürger! Eine politische Revolution genugt nicht. Wir sind von Lamartine, Garnier, Pages und mehren andern Mitgliedern der provisorischen Regierung betrogen worden; das Volk aber wird einst strenge Rechnung über ihre Thaten halten, und dieser Tag wird blutig werden, denn die Guillotine wird von Neuem aufgerichtet werden wie im Jahre 93.“ (Mehre Stimmen: Nein, nein, keine Guillotine! Andere Stimmen: ja, doch; sie ist nöthig.) Hr. Kaufmann fortfahrend: „Was uns noth thut ist eine allgemeine Republik. Wir werden alle Brüder sein, und um dieß zu erreichen werden wir nothigenfalls bis zur ersten Revolution zurückgehen. Was noch betrifft: ich will die Guillotine, ich bin ein blutdürstiger Mensch.“ (Schluß folgt.)

Deutschland.

München, 24. Okt. Während der Vorstellung im kgl. Hoftheater erschien gestern Abend ein kgl. Ministerialbeamter in der Loge St. Maj. des Königs Max, was natürlich die Aufmerksamkeit des Publikums in höchsten Grade erregte. Es sollen wichtige telegraphische Nachrichten aus Wien hier angelangt sein. Gleichzeitig soll auch der öfter. Legationsrath aus dem Theater abberufen. — Heute wollte man hier wie Bestimmtheit wissen, daß Einrücken der Bayern in Kurhessen sei auf morgen bestimmt und werde gegen Hanau zu erfolgen, wahrend die Preußen ihre Stellungen in der Wetterau und Eisenachischen Ortegend besetzen. Beides halten Eingeweihte ohne kindlichen Zusammenstoß für möglich. Von welcher Art übrigens jene die Aufregung vermehrenden Gerüchte sind, möge aus dem heute kursirenden hervorgehen, daß nämlich 150,000 Mann Oesterreicher gegen Schlesien vorgerückt sein im Begriffe stehen. — Diesen Morgen wurde das 1. Bataillon des Infanterie-Regiments Königs auf der Eisenbahn nach Franken befordert, morgen folgt das 2. — Die Truppen beim Armeekorps am Main sollen nur unter Dach und Fach einquartiert und zum Marschiren angehalten werden, weil die Quartiervergütungen nach dem jüngsten Einquartierungsgesetz sehr kostspielig sind. Die Kantonirungszuge von täglich 3 kr. erhöht jeder Mann. (A. Ztg.)

München, 24. Okt. Zufolge eines jüngsten Befehls aus dem Staatsministerium des Krieges soll der Ankauf von Pferden für die Armee sofort wieder aufgenommen, und sollen für die Cavallerie wie Artillerie 1860 Pferde schleunig angekauft werden. Eine bedauliche Bekanntmachung besagt: In München, Augsburg, Wurzburg und Ansbach, dann in den verschiedenen Garnisonen des Abgerückten wird durch Militärkommissionen eine grossere Anzahl Militärdienstpferde angekauft.

Frankfurt, 23. Okt. Es ist nicht zu verhehlen, daß die Leistung der bundesgesetzlichen Hilfe an die kurhessische Regierung nicht länger verzögert werden kann. Die Finsten, welche den Bewohnern Kurhessens, oder vielmehr dem irregeleiteten Beamten- und Militärstande dieses Staats gewährt worden sind, um die Bahn der gesetzlichen Ordnung wieder zu betreten, sind nutzlos und verzögernden, ja, gefährlich erwiesen, als diesen Gehorsam durch die dem Bunde zu Gebote stehenden Mittel herbeizuführen. Diese Mittel können, wie begreiflich, keine andere als militärische sein, und es ist kein Geheimniß, daß Bayern mit der Anwendung derselben beauftragt ist. Zwar wird auch von Hannover gesprochen, daß dem gleichen Auftrag erhalten hat; allein wir wissen nicht, inwiefern dieser Staat vorstehen genügen wird, weil die noch nicht gelöste Ministerfrage in der Mitte liegt. Indessen betrachten wir diesen Umstand als einen von geringerer Erheblichkeit, da es nicht darauf ankommt, daß große Heeresmassen in Kurhessen einrücken, sondern darauf, daß überhaupt Bundestruppen, als die sichtbaren Träger der Bundesautorität, daselbst erscheinen, um das Volk Kurhessens und insbesondere, daß ein höherer Richter besteht, der sich keinen doktrinären Angelegenheiten der Verfassung zu unterwerfen und solche als Richtschnur seines Benehmens zu befolgen hat. — Die Aufgabe dieser Bundestruppen wird es sein, den Kurfürsten wieder in die Regierung seines ganzen Landes einzusetzen. Der Widerstand, der sich in Kurhessen gezeigt und den Bestand der Regierung unmöglich gemacht hat, ist darum, weil er sich in passiven Formen kleidete und nicht in Strafenaufruhr ausartete, nicht minder ein gewaltthätiger, daher ungesetzlicher, und kann, soll nicht die Ruhe von ganz Deutschland aufs Spiel gesetzt werden, nicht geduldet werden. Erst in zweiter Linie kommt die Verfassungsfrage, die ihre gesetzliche Lösung erhalten wird, wenn nur erst der Staat seine verfassungsmäßige Spitze, den Regenten, wieder erhalten hat. — Wir wissen ferner, daß die kurhessische Regierung alle vorgeschriebenen Formen erfüllt und die zu Erlangung der ihr unentbehrlichen Bundeshilfe nöthigen Schritte gethan hat. Wenn schon Bundestruppen in Kurhessen einrücken, so geschieht es in Folge der offenen Darlegung der gesetzwidrigen Zustände jenes Landes von Seiten der kurhessischen Regierung, so wie der von ihr vergebens angewandten Mittel zur Herstellung der landesherrlichen Autorität. Die Bundestruppen werden einrücken, weil die kurhessische Regierung die Bundesversammlung darum angegangen und die Ueberzeugung gewährt hat, daß auf anderem Wege die Ruhe und Ordnung in Kurhessen nicht aufrecht zu erhalten ist. Wir zweifeln nicht, daß die kurhessische Regierung jede andere Hilfe, sie möge von einer Seite kommen, von welcher sie wolle, abgelehnt hat, und nöthigenfalls Protest dagegen einlegen wird. Der letztere Umstand ist für die fernere Behandlung der Sache entscheidend. Mag man den Kurfürsten von Hessen als Bundesglied, oder als Regenten eines souveränen Staates betrachten, so ist niemand befugt, ihm eine Hilfe aufzunöthigen, die er nicht in Anspruch genommen hat, und deren er nicht bedarf. Für die benachbarten Staaten kann und muß es gleichgiltig sein, durch wen Ruhe und Ordnung in Kurhessen hergestellt wird, wenn nur ihr eigenes Interesse dabei nicht gefährdet erscheint. Letzteres kann aber nicht behauptet werden, sobald die Truppen der am Bunde haltenden Staaten als Fremdentruppen anzusehen sind. Sollte in einer solchen militärischen Maßregel gleichwohl eine Beeinträchtigung des eigenen Interesse gefunden werden, so konnte es nur zufrieden, weil das politische System, zu dem die kurhessische Regierung sich bekennt, als ein feindseliges, den eigenen Einfluß schmeides betrachtet wird. Im letzteren Falle wäre die Leistung unbestimmer Hilfe nichts als ein Angriff auf dieses System selbst, und es würde alsdann nicht die Sache Kurhessens, sondern die des ganzen Bundes auszufechten sein.

*Aus Baden, 23. Okt. (Entschädigungsansprüche an Bayern.) Es wird zur Ihre Leser sehr von Interesse sein, Näheres über die Ansprüche zu erfahren, welche das Großherzogthum Baden und das Großherzogthum Hessen, sowie Nassau an das Königreich Bayern machen, von denen unlängst in unsern Kammern die Rede war, und wo demnach wurde, daß Bayern sich weigere, dieselben anzuerkennen. Meinen wenigstens Vorliegen liegen amtliche Quellen zu Grunde. Ich will mich aber keineswegs in Details einlassen, sondern mich kurz mit dem Geschichtlichen befassen und alle Rechtsdeduction bei Seite lassen. — In Folge des Lüneviller Friedens, durch welche alle auf dem linken Rheinufer gelegenen deutschen Gebietstheile an Frankreich abgetreten wurden, verlor auch Baden den größern Theil seines 2/3 Theile des vormaligen Kurstaats der Rheinpfalz. Es ist daher nun auf die Beibehaltung des kleinen übererstes der diesseits des Rheines gelegenen pfälzischen Lande seinen Werth mehr, schon weil sie vom Hauptlande zu isolirt lagen und es warf deßhalb den Rest der Rheinpfalz in die allgemeine Landermasse aus der diesjenigen deutschen Fürsten, welche durch den Rheinbundsvertrag Vortheile erlitten haben, nach Art. 12 des Lüneviller Friedens vom deutschen Reiche entschädigt werden sollten. Für diese freiwillige Abtretung hatte sich Bayern angemessene Vergütung stipulirt und erhielt sie auch durch § 2 des Reichsdeputationsschlusses vom Jahr 1803 in sehr reichlichem Maße (sowohl Areal als Bevölkerung und die Einkünfte der erhaltenen Gebietstheile waren bedeutend größer als die der abgetretenen) von diesem in die allgemeine Entschädigungsmasse eingeworfenen Theile der Rheinpfalz erhielten für ihre Verluste auf dem linken Rheinufer: — Baden die Oberämter Ladenburg, Bretten und Heidelberg nebst den beiden Städten Mannheim und Heidelberg; — Hessen die Aemter Lindenfels, Umstadt u. Otzberg (wovon dem Hause der Grafen Erbach-Erbach-Fürstenau; — Nassau das Amt Kaub mit Zubehörde; — Fürst Leiningen die Oberämter Borberg und Mosbach. Diese neuen Erwerbungen waren aber in Folge der Kriege sehr mit Schulden belastet. Daß die neuen Besitzer die auf ihren erworbenen Landestheilen haftenden Schulden übernehmen mußten, darüber waltet kein Zweifel ob; die Staatsschulden und -verbindungen lasten nämlich aber auf der Gesammtrheinpfalz; in ihrem frühern Bestande vor der Abtretung, also sowohl auf dem diesseits rheinischen, als auf dem jenseits rheinischen Theile. Die auf diesem Theil, der nun an Frankreich abgetreten ward, haftenden Schulden und Lasten sollte nun Bayern übernehmen, weil es ja dafür anderwärts reichliche Entschädigung erhalten hatte; Bayern weigerte sich aber hartnäckig, die ihm nach Verhältniß zufallenden 3/5 der rheinpfälzischen Schuld zu übernehmen, trotz den besondern Bestimmungen, die der Lüneviller Frieden sowohl als der Reichsdeputationsschluß darüber enthielten. Die Sache konnte natürlich nicht lange so bleiben: denn die vormals kurpfälzischen Beamten und Pensionäre (die Geistlichkeit versteht sich von selbst), verlangten Alimentirung und die Staatsgläubiger forderten ihr Guthaben zurück! Um diese nun unter dem obwaltenden Streite nicht unschuldig leiden zu lassen, übernahmen die neuen Besitzer mit Vorbehalt aller Rechte und des Rückgriffs auf Bayern sowohl die Auszahlung der Besoldungen und Pensionen als auch theilweise die der Gläubiger; diese letztern nahmen diese nur theilweise Befriedigung nicht an, sondern wendeten sich an die vermöge eingesetzte Bundesversammlung, welche sich lange Zeit damit beschäftigte und sie endlich an ein Austrägalgericht verwies und das Oberappellationsgericht zu Zelle dazu bestimmte, welches den Streit dahin entschied, daß Bayern Dreifünftel und Baden in Gemeinschaft mit den übrigen betheiligten Regierungen Zweifünftel an der fraglichen Schuld zu übernehmen hätten. Die betreffenden Regierungen vollzogen sofort diese Entscheidung, nur Bayern that es nicht. Deßhalb wendeten sich die Gläubiger abermals an die Bundesversammlung um den Rest ihrer Forderung (Bayern 3/5 also 60 %) zu erhalten. Die Sache wurde nun nochmals an jenes Austrägalhof verwiesen und diesmal an das Oberappellationsgericht in Lübeck, welches die unerwartete Entscheidung gab, daß die jetzigen Besitzer die ganze Schuld an die Gläubiger abzutragen hätten. In den Entscheidungsgründen war aber ausdrücklich gesagt, daß Bayern nicht verpflichtet wäre von der Abtretung der linkrheinischen Gebietstheile seine Landen abgetretenen Staatsschulden mit Dreifünftel zu concurriren und nur die Verpflichtung zur Zahlung gegenüber den betreffenden Gläubigern als nicht begründet erachtet. Auch diesem Erkenntniß wurde sofort von Baden und den mitbetheiligten Staaten Folge geleistet; aber desto dringlicher war daher an die gedachte Feststellung und Realisirung der Forderungen an Bayern. Dieses wies aber alle ihm deßhalb gemachten Anf einen Theil der Forderungen Bericht leistenden) Vorschläge zum Vergleich oder Compromiß zurück und machte nicht angenommene Gegenvorschläge. Es waren deßhalb die betreffenden Regierungen Baden; Hessen und Nassau genöthigt, ihre Ansprüche wieder vor die Bundesversammlung zu bringen, was mittelst einer Denkschrift geschah. Nach dieser belaufen sich die Forderungen der 3 Regierungen an Bayern auf 7 Millionen. Die Auflösung des Bundestags verschob die Entscheidung dieser Sache bis jetzt.

△ Aus Baden, 23. Okt. Das Verdot, Ansetzen aus schweizerischen Apotheken zu beziehen, das jüngst von der Behörde in Constanz erlassen wurde, ist wieder aufgehoben. — Nachdem wird, wie wir soeben erfahren unseren Ständen ein Landwehrgesetz vorgelegt und die Bürgerwehr aufgehoben werden. — Frhr. v. Blittersdorf hat Baden-Baden verlassen und ist nach Frankfurt am M. zurückgekehrt. — In der Pfalz wird gegenwärtig viel Fleiß auf den Anbau von Runkelrüben (Mangold) verwendet. Der Ertrag soll

Stuttgart, 24. Okt. Der Herr Fürst Waldburg-Zeil zeigt den Staatsanzeiger „vorerst einer Lüge", weil derselbe die Nachricht enthält, er habe sich an St. Maj. den König um Strafaufhub gewendet. Von einer Lüge kann aber in diesem Falle um so weniger die Rede sein, als die Redaktion freiwillig in einer ihrer nächstfolgenden Nummern diesen Irrthum beim, nachdem auf bester Quelle unterrichteten Berichter, berichtigte, daß der Herr Fürst an das Justizministerium sich gewendet habe, was aber im Grunde auf dasselbe herauskommt, da der Departementschef der Justiz doch nur im Namen St. Maj. des Königs Gnadenakt übt. Wie sind überzeugt, daß der Herr Fürst für sich Se. Maj. den König nicht um Gnade bitten wird, weil dieß in seinen Verhältnissen gar zu traurig herauskäme, deßhalb hoben wir auch heraus, daß er sich hinter seine Wähler gesteckt habe. Wir müssen also „vorerst" aber auch nachher die Lüge des doppelt mediatisirten Herrn Fürsten mit gebührender Würdigung zurückweisen, und ihn bitten, seine allerdings verzeihliche Hitze etwas über sich gewinnen zu lassen, aber nicht an Anderen auszulassen.

Aus Rheinhessen, 21. Okt. Die Art und Weise, wie der rheinhessische Bezirksrath, hoffentlich zum letztenmale, die Geschworenenliste festhellte, hat neuerdings gezeigt, daß derselbe, unter Verkennung seiner Bestimmung, nur als das Organ einer Partei betrachtet werden darf, welche alle Andersdenkende von der Theilnahme an öffentlicher Angelegenheiten systemasig auszuschließen sich bestrebt. So hat, um nur ein Beispiel anzuführen, die Stadt Worms, welche etwa 9000 Einwohner mit Inbegriff von 800 Israeliten zählt, 23 Bürger zu der Geschworenenliste gestellt, worunter sich 10 Christen und 13 Israeliten befinden, und erfreuen sich Letztere keineswegs der bürgerlichen Vertrauens hatten, sondern nur aus dem Grunde, weil dieselben sich durchgängig der demokratischen Partei angehören, dieser sehr auffallenden Ausziehung. Nach unserem, auch den Mitgerrungsgenossen beigetheilten neuen Geschwo-

Verantwortlicher Redakteur Jos. Buhl.

ungefähr bestimmt der souveräne Bezirksrath nach eigenem Ermessen die Männer, welche die Jury zu bilden berufen werden sollen; und wenn auch der Regierung das Recht zusteht, von der aufgestellten Liste von 300 Namen 100 zu streichen, so wird diese Maßregel wohl dadurch illusorisch, daß der Bezirksrath breihundert volle Candidaten aufstellt, sie streicht dann auch die Regierung wen sie wundert, so bleiben doch immer 200 Rothe übrig. Das Gesetz über Bildung der Geschworenengerichte bedarf einer gänzlichen Umgestaltung, und zweifeln wir nicht daran, daß die nächste Kammer dieser Ansicht beipflichten wird. (L. D.-Z.)

Hamburg, 21. Oct. Ein Corresp. der „D. Volkshalle" gibt über die jetzigen Zustände in Holstein folgende sehr zu beherzende Aufschlüsse: In allen Blättern haben Sie die Nachricht wiederholt und mit großer Dreistigkeit aufgestellt, daß in Holstein Niemand vor den beiden Kammern zu erscheinen wünsche, sondern mit Freuden den letzten Heller hergeben werde, um das Vaterland gegen den Erbfeind zu vertheidigen. Dem muß mit aller Entschiedenheit widersprochen werden; es gibt allerdings exaltirte Gemüther und Hahnenköpfe genug, die Alles daran setzen, die friedlichen Bürger im Lande zu naturhalten: aber es gibt auch eine starke, sich täglich mehrende Friedenspartei, und in einzelnen Städten und Distrikten beginnt die Stimmung gegen die Statthalterschaft sehr bedenklich zu werden. Diese hat denn auch schon längst gefühlt, daß ohne eine „Armee" gegen den Hülfeverlen nicht verfügen werden, es müsse daher durch Blutvergießen die Sympathie im Lande selbst und in Deutschland neu angefacht werden. Deshalb brang die Statthalterschaft auf die letztgenannten selbstgeschlagenen Unterhandlungen bei Mißstände und Feuerbrandstiftet. Schlimmes soll sich lange und beharrlich gemeigert haben, diese Kämpfe, deren Resultat er voraussah, anzuzuhmen; der Statthalter Beseler wußte aber seinen Widerstand zu beseitigen, indem er es geltend machte, „daß ohne Thaten der Armee die Unterhandlungen in London nicht würden aufgebrochen werden können". Die Folgen dieser unnützen und unpolitischen Blutvergießens werden aber schwerlich so erheblich werden, wie der Statthalter Beseler sie wünschen möchte, denn Preußens Rüstzeit und seine Geldmittel sind so groß, daß allen Anforderungen weder 200,000 Thlr. monatlich auf, noch auf je 1000 Seelen 100 Thlr. von der freiwilligen Anleihe unterbringen. Wenn sich übrigens die Augsburger „Allgemeine Zeitung" von ihrem Rendsburger Corresp., Haas von Raumer, schreiben läßt, die Hamburger Börse habe von der letzten Anleihe von 21,000 Thlr. der freiwilligen Anleihe einen Credithrief für ganz Europa ausgestellt, so ist das ein completer Unsinn; denn wie wollen 21,000 Thlr. an einem Platze sagen, wo auch im Anfang dieses Jahres ein einziger Kaufmann 500,000 für mich wohlthätigen Zweck zeichnete, und wo Millionen übernommen worden wären, wenn man dem Papier den geringsten Credit zugetraut hätte. — Wenn ferner behauptet wird, die Abgaben würden im Lande nicht drückend befunden, so empfehle ich die Verhandlungen der in der letzten Sitzung der Altonaer Stadtverordneten zu lesen. Es wird darin mitgetheilt, daß zwei der angesehensten Männer Altona's, Hr. Senator Baur und Hr. H. H. Eggers, wegen der unerschwinglichen Abgaben und dem schleswig-holstein. Staatsverbande treten werden, sowie, daß ein Antrag gestellt und angenommen wurde zur Verbesserung des Looses, da bei den hohen Abgaben und der daraus folgenden Verarmung das bisherige Pfandlokal seinen genügenden Raum darbiete. Die verbürgte Falta sind bereitere Zeugen für die Stimmung des Landes, als alle Correspondenz-Artikel der „Kölnischen Zeitung" und anderer von Unwahrheiten oder Klatschereien lebender Blätter. — Wem sollte nicht bei dem Elende, welches dieser unglückselige Krieg über so viele Familien in Deutschland und Dänemark gebracht hat, das Herz bluten, und wer sollte nicht gerne sein Scherflein für die verwundeten Brüder hergeben; aber Jeder, der es mit dem unglücklichen Lande wohl meint, sollte die Mittel zur Fortsetzung des Krieges standhaft verweigern, allen Illusionen entsagen und sich belehren lassen, daß Beitrage wohl die Herrschaft des regierenden Beseler und seiner Genossen verlängern, — der Sache selbst aber nicht fördern können. Wir wollen übrigens auch das nicht verschweigen, daß die Organisation des Heeres viel zu wünschen übrig läßt, den Soldaten alles Vertrauen zu ihren Führern fehlt, eine allgemeine Niedergeschlagenheit (um nicht zu sagen Demoralisation) im Heere eingerissen ist, und daß es im Lager an allen nothwendigen Bequemlichkeiten, oft sogar an Stroh fehlen soll, immer weiter um sich greift. Die Ansbehnung der 19jährigen Mannschaft wird die Stimmung im Lande nur verschlechtern; es ist daher im Interesse christlicher Gesinnung und aufrichtiger Menschenfreundlichkeit zu wünschen, daß einem Zustande ein Ende gemacht werde, den nur Solche verlangert zu sehen wünschen, die unter den Schleswig-Holsteinern ganz andere Interessen verfolgen. — Dr. Hechscher ist jetzt wieder hier, und wieder ist sich ganz seinen Lieblingsideen. Es ist wahrhaft zu bedauern, daß die reichen Talente dieses ausgezeichneten Mannes verloren gehen, der erst jetzt wieder Proben seines Ermuthes dadurch abgegeben hat, daß er unaufgefordert bei dem Herzog von Nassau die Begnadigung des Verbrechers, der vor zwei Jahren in Hopst ermorden wollten, nachgesucht hat.

Berlin, 23. Oct. Der Ministerpräsident Graf Brandenburg wird jedenfalls nicht früher aus Warschau hierher zurückkehren, als bis er mit dem Kaiser von Oesterreich vort zusammengetroffen ist, der erst am 24. d. M. in Karlsruhe erwartet wird. (S. L.)

Der Reise des früheren Ministers Hrn. von Schleinitz nach Braunschweig liegen, wie verlautet, wichtige auf die Erhaltung Braunschweigs für die Union gerichtete Motive zum Grunde. (Berl. Z.)

Bekanntlich sind die Gerüchte von einer Reise von Hessen im Augenblicke am Hoflager des Kaisers von Rußland in Warschau. Hier hatte derselbe bei einem dreitägigen Verweilen auf der Durchreise an entscheidender Stelle Veranlassung genommen, in der bestimmtesten Form zu erklären, daß er im Falle einer Theilnahme des Kurfürsten etwa im Interesse eines anderen Erbfolgers — man sprach bekanntlich bisher immer von einer projectirten Abdankung zu Gunsten des Großherzogs von Hessen — nimmermehr auf seine Erbansprüche verzichten werde. (N.-Z.)

In Bezug auf die falschlich verbreitete Nachricht, daß im Staatsministerium bereits der Beschluß gefaßt worden, die Kammern zum 10. November zusammenzurufen, bemerken wir, daß die Berathung nach Beschlußnahme über den Termin der Eindernfung erst demnächst stattfinden soll. (D. N.)

Der engere Ausschuß in Mecklenburg scheint in dem Ablauf des Provisorinms Anlaß nehmen zu wollen, das Verhältniß der Lösung entgegenzuführen, und wird hierin von der ritterschaftlichen Versammlung zu Güstrow unterstützt.

Berlin, 23. Oct. Heute früh hat der Prinz Carl reitet heut nach Cösel, um den Kaiser Franz Joseph daselbst zu begrüßen. Der General-Major von Hirschfeld, Commandant von Potsdam und Commandeur der 1. Garde-Infanterie-Brigade, wird Sr. Königl Hoh. dahin begleiten. — Die Cöln. Ztg. hat jetzt sich veranlaßt gefunden, daß die preußische Regierung den Bevollmächtigten des Fürstencollegiums den Entwurf eines Protestes gegen die Rechtsgültigkeit der Form vorgelegt hat, unter welcher (als Bundesversammlung) die in Frankfurt vertretenen Regierungen den Friedensvertrag mit Dänemark vom 2. Juli d. J. ratificirt haben.

Berlin, 23. Oct. Die Constitutionelle, die Bossische und die Spenersche Zeitung sind nach immer mit Erörterungen über die jetzige Wendung der Unionsangelegenheit beschäftigt. Ersteres Blatt erklärt sich fortdauernd sehr entschieden gegen das ziemlich unklare provisorische Definitivum, welches nach den Erklärungen vom 8. Oct. jetzt in der Union angestrebt wird, und meint: „die populare Auffassung könne nicht lange folgen in die Künstlichkeit und in das Raffinement diplomatischer Andeutungen." „Es gehe Dinge, welche durch das Urtheil des gesunden Menschenverstandes treffender kritisirt werden, als durch staatsrechtliche Ausführungen." Auch die Spenersche Zeitung klagt über die Unklarheit Haltlosigkeit der gegenwärtigen Position in der Unionsfrage, während die Bossische — gestern alle Schwierigkeiten der Lage aufdeckend und auf mancherlei Nachgiebigkeiten vorbereitend — fast wieder sehr kategorisch wird und von energischem Festhalten am Bundesstaate, von der Erzwingung der Führerschaft in Deutschland und vom nothhaltigen Widerstande gegen alle Zumuthungen und Forderungen Oesterreichs redet.

Berlin, 23. Oct. Die Verhandlungen wegen der badischen Militairangelegenheit sollen, wie die „N. Z." meldet, im Augenblicke zwischen der hiesigen und der Karlsruher Regierung auf's eifrigste lebhaft sein. Seit der Zusammenkunft des Prinzen Friedrich Carl von Preußen mit dem Kaiser von Oesterreich in Bregenz soll die antipreußische Stimmung am Hofe zu Karlsruhe zum offenen Durchbruch kommen, so daß alle Bemühungen von hier aus, die daraus wahrscheinlich unmittelbar hervorstehenden Ereignisse auch abzuwenden, vergeblich sein dürften.

Berlin, 23. Oct. Bei der am letzten Sonntag stattgehabten Controle-Versammlung der Garde-Landwehr ersten Aufgebots wurde den Landwehrmännern angezeigt, daß sie sich auf eine mögliche dreimalige auch in diesem Winter erfolgende Einberufung gefaßt machen müßten. Es wurden namentlich diejenigen eingezogen werden, die ein bis drei Jahre der Landwehr fehlen, ohne den Feldzug in Baden mitgemacht zu haben. Es scheinen diese Mittheilungen an die Landwehr aus Vorsicht für die hänslichen Interessen derselben zu erfolgen, um ihnen eine nahe und dringende Aussicht auf wirkliche Einberufung zu eröffnen; wenigstens sind ähnliche Mittheilungen schon früher erfolgt, ohne daß sie regelmäßig in Anwendung gekommen waren. (Berl. Z.)

Berlin, 24. Oct. Der „Staatsanzeiger" bringt folgenden halbamtlichen Artikel: Die bei Wetzlar cantonnirenden kgl. Truppen, unter dem Commando des Generals v. Boain, haben den Befehl erhalten, sich mit den in Thüringen stehenden kgl. Truppen zu vereinigen. Sie haben zu dem Ende gestern den Marsch auf der Straße Gießen-Fulda angetreten. Man versteht, daß Ersteres augenommen, und werden am 25., spätestens am 26. d. M. sämmtlich das großherzoglich sächsische Gebiet erreicht haben.

Türkei.

Belgrad, 12. Oct. Ein Gegenstand von Wichtigkeit ist durch die hier lebenden österreichischen Katholiken in Anregung gebracht worden. Dieselben haben heute dem k. k. Konsulate ein Gesuch überreicht, worin sie um Erwirkung freier Religionsübung petitionirten. Von den jetzigen 900—1000 Fremden sind beiläufig 200 katholisch. Die katholische Gemeinde aus. Bis zum Jahre 1845 bestand für selbe gar kein Gotteshaus; erst im genannten Jahre ward ein kroatischer Priester von der österreichischen Regierung hier bestellt, der an Sonn- und Feier- und auch in Oesterreich landesüblichen Festtagen den Gottesdienst verseht. Das ist aber auch Alles. Der katholische Geistliche darf nicht den Kranken besuchen, sie nicht versehen, nicht zu Grabe geleiten; das dem Gottesdienst gewidmete Lokale besteht in nichts Anderem als dem Corridor des Konsulatsgebäudes, der zugleich der Zusammelplatz aller mit Amt und Haushalt verbundenen Geschäfte abgibt. Die Gemeinde sucht daher nicht nur um das Recht freier, öffentlicher Religionsübung im engern Sinne an, sondern auch um die Erlaubniß, seine eigene Kirche beschaffen zu dürfen und verspricht sich von der Verwendung des in seiner Stellung gewiß

sehr eifrigen Konsuls, Hrn. Radosavljevic, das gewünschte Resultat. Es ist jedoch ein günstiger Erfolg in dieser Angelegenheit nicht eben leicht abzusehen. Zwar genießen die Juden in Serbien und der ganzen Türkei völlige Religionsfreiheit, desgleichen auch zum guten Theil die Katholiken in Bosnien und Bulgarien — allein diese sind sämmtlich Landeskinder, während die betreffenden Potenten nur Fremde sind.

Neuestes.

□ Würzburg, 26. Okt. Heute früh verließ und der Commandant des gegen die kurhessische Grenze gestellten bayer. Armeekorps, Fürst von Thurn und Taxis und hat sich mit seinem ganzen Generalstabe nach Aschaffenburg begeben. Auch haben marschiren heute eine Esk. des 5. Chev.-Reg. u. eine große Anzahl von berittenen Gendarmen.

Im Verlaufe der nächsten Woche werden hier das 1. und 2. Bat. des 1. Regiments, dann ein Bat. des 14. und 15. Reg. eintreffen.

§ Würzburg, 26. Okt. Nachdem das von dem hiesigen Schwurgerichte am 7. d. J. ausgesprochene Todesurtheil gegen Heinrich Schuhmann von Hoffetten, wegen des Verbrechens eines qualifizirten Doppelmordes überwiesen wurde, bereits die allerhöchste Bestätigung erhalten hat, und der Scharfrichter sich schon hier befindet, so wird in der nächsten Woche an einem noch nicht anzugebenden Tage dem Delinquenten das Todesurtheil publizirt werden, worauf dann die Hinrichtung erfolgen wird. — Näheres werden wir seiner Zeit berichten.

✕ Würzburg, 26. Okt. Auf der hiesigen Brücke ereignete sich vor einiger Zeit folgendes Curiosum: Ein praktischer Arzt begegnete einer Dame, die auf denselben sogleich zueilte, und über Unwohlsein klagte, worauf der Doktor nach mehreren Fragen die Patientin aufforderte, sie möge die Zunge herstrecken, und die Junge herausstreckte, was auch zur Befriedigung des vorübergehenden Publikums sogleich geschah, wobei aber zu bemerken ist, daß der Doktor während dieser Scene sich baldigst entfernte.

München, 24. Okt. Die „Neuesten Nachrichten" bringen heute wieder einen — Artikel. Der Verfasser dieser Artikel ist jetzt ermittelt. Nach einem Correspondenz-Artikel des N. Corr. ist es ein gewisser Dr. Müller.

In München geht die Rede davon, daß der Bundestag Truppen zur Pazifizirung Holsteins abschicken werde.

Bamberg, 24. Okt. Heute Morgens ist die reitende Batterie des 3. Artillerieregiments, welche am Montag Nachts hier eintraf, nach Ebern wieder abmarschirt.

Ludwigshafen, 23. Okt. Gestern kam es auf den „Hemshöfen" wofelbst das Kirchweihfest gefeiert wurde, zwischen preußischen und bayrischen Soldaten zu einer sehr bedeutenden Schlägerei, wobei die Letzteren verschiedene Verwundungen erhielten. Die Weinlese in Rheinbayern ist theils beendigt, theils nimmt sie überall ihren Anfang. Das Produkt wird seiner Güte nach als trinkbar bezeichnet.

Frankfurt, 24. Okt. Man erwartet hier in den nächsten Tagen schon den größern Theil der in Baden stehenden pr. Truppen; sie ziehen in ihre Heimath zurück, um den badischen Truppen Platz zu machen. Eben Quartierbilleten für die durchgehenden wird dem Vernehmen nach schon seit zwei Tagen geschrieben.

In Offenbach wurden gestern die österreichischen und bayrischen Truppen bei ihrem Durchzug von dem dort liegenden Großh. hessischen Militär auf das freundschaftlichste aufgenommen und eine Strecke auf der Chaussee nach Seligenstadt begleitet.

Frankfurt, 25. Okt. Die Division Bonin, welche in Westar concentrirt war, wird auf den vertragsmäßig zustehenden Etappenstraßen des Großherzogthums und Kurfürstenthums Hessen theilweise durchmarschiren. Die betreffenden Regierungen haben dagegen nichts einzuwandt, da hiermit keine Occupation der Etappenstraßen, sondern nur ein Durchmarsch nach der Provinz Sachsen bezweckt wird. (F. J.)

Eisenach, 23. Okt. Eben ist durch den Telegraphen die Ordre hier angelangt, daß die in unserer Gegend stationirten zahlreichen preußischen Truppen nach Kassel aufbrechen sollen. Einige preußische Jägerbataillone sind schon vorgestern über Schleusingen nach Meiningen und von da nach Orla, an der preußisch-bayerischen Gränze, gegangen. — Reisende, welche soeben aus Kassel kommen, bringen die Nachricht mit, daß das Offizierkorps, sowie mehrere Behörden aufgelöst werden. (F. J.)

Hannover, 22. Okt. Die Angaben der offentlichen Blätter über die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Oesterreich und Preußen bestehen sollen, sind größtentheils erfunden. Sie sind aus derselben Fabrik hervorgegangen, aus welcher die „Kölnische Zeitung" die persönliche Charakteristik Detmold's geschöpft hat; der Verfasser dieser Schmähschrift unterschändet sich nur durch einen leichten Anstrich von Anstand und Bildung von der gemeinen Masse unseres geistigen Proletariats. Wer Detmold kennt, der kennt ihn nicht, und wer seine tiefe Kunstkraft kennt, seine Verehrung für alles Ernste und Wahre, muß sich mit Verachtung von solchem Gesellen abwenden, der eben an Andern gar nichts zu sehen vermag, was er nicht selber besitzt. (K. Z.)

Wien, 22. Okt. Ein zwischen Bayern und Oesterreich abgeschlossener, die freie Donauschiffahrt betreffender Vertrag ist zum Abschluß gekommen. Eine die Donauwirth treffende Regulirung des Stromes wird vertragsmäßig von beiden Seiten bedungen.

Berlin, 23. Okt. Nach der „Constitutionellen Zeitung" hat Hr. v. Persigny der hiesigen Regierung das Ansinnen der französ. überdraht, Schleswig-Holstein mit Waffengewalt „zur Ruhe zu bringen".

Erfurt, 21. Okt. Nach gestern Abend unvermuthet eingezogener Ordre haben sich die hiesigen Garnisontruppen zu schleunigem Abmarsch fertig machen müssen. Das 19. Inf.-Reg., welches hier lag, ist heute in großer Hitze ausgerückt, soeben ist das 32. Reg., welches noch gestern nach eine von Lukau hier durchgehende Compagnie ergänzt wurde, von den umliegenden Ortschaften aufgebrochen. Auch die noch hier bleibenden Bataillone des 31. Regiments, unsere ältesten Garnisontruppen, werden noch ausrücken, sobald neue Truppen von Berlin her werden angekommen sein. Die Richtung des Marsches geht über das Eichsfeld nach Nordwesten, und dem Vernehmen nach sollen die Truppen die preußische Militärstraße in Hessen besetzen. (M. C.)

** Aus der Schweiz, 23. Okt. Die Untersuchung über den Putsch-Versuch in Freiburg ist in vollem Gange und sind erst gestern wieder eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen worden, sowohl in Freiburg als in den übrigen Theilen Cantons. — Der bekannte italienische Erzbischof Franzoni ist in Genf eingetroffen. — Bischof Marilley ist aus den Canton Genf ausgewiesen worden, diese Ausweisung aber auf Verwendung und unter Bedingung einstweilen wieder zurückgenommen worden. — In Folge Beschlusses des Bundesrathes, demnach alle weniger gravirten Flüchtlinge aus der Schweiz ausgewiesen und in ihre Heimat beordert werden — erhielten gegen 500 badische Flüchtlinge die Schweiz.

Paris, 23. Okt. Der Ablegat Apolloui, der von dem Papste beauftragt ist, den Kardinal-Erzbischofen von Toulose, Rheims und Besançon das Barett zu überreichen, der gestern Morgen in Paris angekommen. Dieselben, sowie die Cardinäle Mathieu und Gousset, sind von dem päpstlichen Nuntius, Cardinal Fornari, dem Präsidenten der Republik vorgestellt worden. Nachsten Donnerstag soll in der Kirche von St. Cloud der Präsident der Republik den beiden neuen Cardinälen das Barett überreichen. Dem Cardinal d'Astros, dem dritten neu ernannten Cardinal, der sich sich wegen hohen Alters nicht nach Paris begeben konnte, wird das Barett von dem Kardinal Fornari überbracht werden.

Rom, 10. Okt. Ich kann Ihnen die Mittheilung machen, daß in Folge der Erhebung der Erzbischöfe von Köln und Breslau zur Cardinalswürde Se. Majestät der König von Preußen ein überaus freundliches, anerkennendes Schreiben an Se. Heiligkeit den Papst gerichtet haben. Wie ich vernehme, wird der persische Nuntius, Wiste Presa, sich auch nach Berlin in einer Sendung an Se. Maj. den König begeben.

Rom, 14. Okt. Cardinal Wiseman hat seine Rückreise nach London über München angetreten.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Edictalladung.

Nachdem gegen den fürstl. Thurn und Taxisschen Forstgehilfen Richard Burger von Bolsterlohr, gegenwärtig zu Traustadt, unterm 15. Juli d. Js. der Universalconkurs erkannt worden und dieses Erkenntniß die Rechtskraft beschritten hat, werden sodann Ediktalage festgesetzt:

I. Zur Anmeldung der Forderungen, zu deren Nachweisung auch zur Geltendmachung der Vorzugsrechte

Mittwoch der 20. November 1850.

II. Zur Verhandlung von Einreden, sowohl gegen die Richtigkeit der angemeldeten Forderungen als auch gegen die in Anspruch genommenen Vorzugsrechte, dann zur Schlußhandlung

Mittwoch der 18. Dezember 1850.

Alle Diejenigen, welche gegen den Forstgehilfen Burger aus was immer für einem Grunde eine rechtliche Forderung machen, werden andurch aufgefordert, an den bezeichneten Terminen entweder persönlich oder durch einen Rechtsanwalt hierorts zu erscheinen, auch die nothwendigen Handlungen vorzunehmen, — und zwar unter dem Rechtsnachtheile, daß das Nichterscheinen am ersten Edikttage den Ausschluß der Forderung, das Nichterscheinen am zweiten Edikttage dem Ausschluß der treffenden Handlungen zur rechtlichen Folge hat.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche etwas von dem Vermögen des Gemeinschuldners in Handen haben, aufgefordert, solches bei Vermeidung doppelten Ersatzes dem Gerichte zu übergeben und weder der Gläubigerschaft noch eröffnet, daß zur Zeit außer den monatlichen Besoldungsabzügen des Forstgehilfen Burger im Betrage von 4 fl. Zahlungsmittel nicht bekannt sind.

Sulzheim, 30. Sept. 1850.

Kgl. Gerichts- und Polizei-Behörde.
Lep.
Tischer.

Theater-Anzeige.

Sonntag, den 27. Okt. 1850.
Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.
Drama in 3 Abtheilungen von Louis Angely.
Montag, den 28. Okt.
Zweites Gastspiel der Fräulein Meise vom Stadttheater zu Danzig.
Mit veränderter Besetzung!
Martho,
oder:
Der Markt zu Richmond.
Romantisch-komische Oper in 4 Abtheilungen von W. v. Flotow.
Vorher:
Der Kurmärker und die Picarde (I. Theil).
Genrebild in 1 Akt von Schneider.
Zum Schluß zum Erstenmale:
Der Kurmärker und die Picarde (II. Theil).
Genrebild in 1 Akt von Schneider.

Druck von Joseph Stoib in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 86.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schmalspor 2. Dieser Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 258. Würzburg, Montag den 28. Oktober. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 25. Okt. Vom kgl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten wurde unterm 22. Okt. d. J. die Errichtung einer Gewerbs- und Handels-Kammer für die Stadt Bamberg nach der allerhöchsten Verordnung vom 27. Jan. l. Js., bestehend aus einem Gewerberathe, dann einem vereinigten Fabrik- und Handelsrathe, den desfalls gestellten Anträgen entsprechend, genehmigt.

München, 26. Okt. Se. Maj. der König haben sich unterm 24. l. J. allergnädigst bewogen gefunden, die in Erledigung gekommene Appellationsgerichtsrathsstelle in Amberg dem Kreis- u. Stadtgerichtsrathe Dr. Steppes zu Würzburg zu verleihen.

Demokratische Bankette als Baromeker demokratischer Plane.

(Schluß.)

Da erhob sich der franz. Präsident Hr. Apygausparte und sprach: „Ich darf die Aeußerung des Vorredners nicht durch Stillschweigen von meiner Seite bekräftigen. Wir dürfen solche Erinnerungen nicht wach rufen, denn durch die Guillotine kommen wir nie zur Freiheit und wir Franzosen zumal können die Aeußerungen des Hrn. Kaufmann nicht billigen." Hr. Dr. Marx erging sich hierauf in langen Tiraden über den Sozialismus, zu dessen fester Begründung sowohl als zur gänzlichen Ausrottung aller eingewurzelter „Vorurtheile" er die Abfassung eines sozialistischen „Katechismus" anempfahl, der in die Hände aller Kinder kommen solle. — Schließlich wurde zur Deckung der Kosten für die Musik im Betrage zu 28 Dollard ein Sammlung veranstaltet. — Nicht ein einziger Amerikaner wohnte diesem „schonen Feste" bei! — Wir haben die Schilderung dieser zwei demokratischen Feste hier neben einander gestellt, und wollen hier noch einige Betrachtungen über dieselben anknupfen — Vor allem ersehen wir daraus, daß die jetzt unterlegene demokratische Partei keineswegs auf die Durchführung ihrer verderblichen Plane verzichtet — in Nürnberg wie in New-York haben wir dieß offen ausgesprochen. Hier offener und rucksichtsloser, dort vorsichtiger, wenn auch nicht minder verstandlich. Die in Nürnberg Versammelten warten auf „ihre Zeit", und der in New-York mittagende Hr. Kaufmann — leider ein Deutscher! — will diese Zeit mittelst der Guillotine, und zwar nur mittelst der Guillotine herbeiführen! Hr. Schmidt erklärt in Nürnberg, daß die Zeit, wenn sie gekommen — an ihnen, den „Freigesprochenen und Amnestirten" — „Manner" finden werde. — Was wohl Hr. Schmidt unter diesem Ausdrucke verstehen mochte? Hr. Schmidt hat ferner auch geäußert, daß er und seine Freunde „ihren Nacken nicht der jetzigen Willkür beugen wurden." Nun fragt es sich wohl vor Allem: was versteht Hr. Schmidt unter „Willkühr", was unter „jetziger Willkur"? Unseres Wissens hat Niemand in Bayern seinen Nacken vor „Willkür" zu beugen, wohl aber vor dem Gesetze. Das aber schreibt dem Hrn. Schmidt unbequem, und Gesetze ihm gleichbedeutend mit Willkur! Daß Hr. Schmidt selbst lieber Gesetze vorschreibe, als sich vor ihnen beugte, ist und allerdings schon genugsam bekannt; eben so, daß seine politischen Gesinnungsgenossen so, wo sie im kurzen Freudenrausch momentaner Herrschaften leben, den „Gesetzen", die sie zu geben beliebten, mit jeden auch den „willkürlichsten" Mitteln Geltung zu verschaffen wußten. — Wir sind deßhalb auch der Meinung, daß in einem wohlgeordneten Staate wie Bayern den Gesetzen Achtung verschafft werden muß, und diese bindet es nicht, daß man von „Willkür" spricht, wo es sich um Gesetz und Ordnung handelt! (N.M.Z.)

Der Eid der Armee auf die Verfassung.

Welche Stellung hat ein Offizierkorps, welches auf die Verfassung beeidigt ist, in dem Fall anzunehmen, wenn ein gerichtliches Erkenntniß gegen Verfügungen des betreffenden Ministeriums vorliegt?

Der Soldat kann jeder Frage auf jeder Feld folgen, wenn er zu der einen, großen und unerschütterlichen Wesenheit seines Standes festhält, die ihm den unbedingten Gehorsam zur zweifellosen Pflicht macht.

Entsteht ein Streit über die Meinung irgend eines Paragraphen, irgend einer Verfassung, so sind die Richterstühle des Landes, in dem sich dieser anmuthige Zwiespalt erhebt, nicht mehr Richter, sondern Partei, gleichviel, auf welcher Seite. Bleiben sie aber selbst Richter, so können Richter möglicherweise irren, und ein Prozeß in zweiter Instanz rechtlich anders entscheiden werden, als in der ersten, wofür uns ein neuestes Beispiel in Greifswalde keinen ganz abzuweisenden Beleg liefert. Keine Verfassung der Welt unterwirft das Staatsoberhaupt einem Gerichte des Landes, und selbst für Justizgesetzen über den Sinn der Verfassung werden Schiedsgerichte aus Unbetheiligten ernannt.

Die Richter, die Civilbeamten haben nicht unbedingten, nicht soldatischen Gehorsam dem Landesherrn geschworen. Ein Atmosphären, ein Erwägen, ein Vergleichen von Vortheil ist also möglich, — in einzelnen Fällen sogar Pflicht.

Der Soldat hat aber vor allen Dingen seinen Vorgesetzten unbedingten Gehorsam geschworen; dafur ist er aber auch jeder Verantwortlichkeit enthoben und, tritt eine solche ein, so hat sie jedesmal Derjenige zu tragen, von dem der Befehl ausgeht. In jeder Instanz also der Landesherr.

Hat ein Gericht sich gegen Verfügungen des Ministeriums ausgesprochen, so mag ein unbetheiligtes Schiedsgericht entscheiden, welche Subtilität in der Auslegung eines Verfassungsparagraphen Recht hat. Vor allen Dingen aber müssen die streitenden Parteien von vornherein die Competenz eines solchen Schiedsgerichts anerkennen, denn nur dann kann der Ausspruch desselben eine überhaupt bindende Kraft gewinnen.

Hat das Staatsoberhaupt die Competenz eines Schiedsgerichtes über sich anerkannt, so geht diese Anerkennung stillschweigend auch auf die ihm unbedingten Gehorsam schuldige bewaffnete Macht über, und werden die dann zu gebenden Befehle bestehen auch dem Sinne des schiedsrichterlichen Spruches angemessen sein.

Auf keinen Fall aber kann dem Soldaten, gleichviel in welcher Stellung, ob beschlend oder gehorchend, die Deutung überlassen bleiben, ob er überhaupt zu gehorchen hat oder nicht, das heißt, ob bei dem und dem Worte, dem und dem Satze der Verfassung, oder dem und dem Verfahren eines auf die Verfassung verpflichteten, das absolute Recht auf Seite der einen oder der andern Partei, einer oder der andern Person ist.

Auch der Landesherr hat die Verfassung beschworen; sein ist also auch die Verantwortung: wenn ihm bewiesen wird, sie verletzt zu haben.

In wiefern daher der Ausspruch eines Gerichts — also ein gerichtliches Erkenntniß, einen Unterschied in der Verpflichtung eines Soldaten machen könnte, läßt sich wohl nicht absehen. — Wenigstens hält, wenn die Frage auch im ersten Augenblick etwas Blendendes und scheinbar Verwirrendes hat, — der Gegenstand seine schärfer eingehende Untersuchung aus, so wenig das Urtheil erster Instanz bei einem Gerichtshofe hin u. wider das Kriterium des Urtheils zweiter Instanz aushält.

Die erste und letzte Instanz des geschworenen Gehorsams hält aber unter allen Umständen aus. An ihm zersplittern auch die spitzfindigsten Fragen. — Wer ihm ist 2 mal 2 gleich 4, wenn der Radnistt auch sonnenklar 5 herauskrechet.

Ist das Ministerium ein bloßes Proviant-, Fourage-, Besoldungs-, Remonte- ꝛc. Amt — wie in England — so mag allenfalls ein Bedenken, ein Atmosphären möglich sein. Ist es aber auch auf irgend eine Art mit dem Commando betraut, oder kommen seine Befehle durch die militärischen Vorgesetzten an die militärischen Untergebenen, so ist die künstlich verrenkte Frage gleich wieder eingerenkt. Der Befehlende ist verantwortlich, nicht der Gehorchende. — Den Eid der Treue und des Gehorsams hebt keine Deduktion aus S so und so der Verfassung auf.

Gleichwie muß sich allerdings jede Armee preisen, an der dieses Danaer-Geschenk der Vereidigung auf die Verfassung, trotz der Mäzengewitter, vorübergegangen ist. Dadurch kann der Soldat aber auch da, wo ein solcher Eid gefeistet worden wußte, von dem Augenblick an, wo der Befehl des dazu Berechtigten gegeben wird, nicht mehr in Zweifel darüber sein, was er zu thun hat.

Es konnte höchstens geschehen, daß man in Ausführung dieses Befehls sein Leben verliert.

Nun, und dazu sind wir da! (D. B.)

Deutschland.

München, 25. Okt. Am Sonntag früh 6 Uhr hat die zweite Hälfte der 8. und 9. Batterie des 1. Artillerieregiments nach Bamberg abzugehen. Die Kompletirung des Pferdestandes geschah auf den übrigen Abtheilungen. Diese haben jedoch sogleich wieder durch Remonte ergänzt zu werden, wohnach bereits Abtheilungen dieses Regiments nach den Pferdedepots Rohrschwang, Rottenfels und Schweigangen abgesendet worden. Die schwere Artillerie und das Feld-

Laboratorium sind jetzt gleichfalls organisirt und haben am Dienstag nach Bamberg abgehen und vorläufig dort zu verbleiben. Rittmeister Jenison ist zum Ankauf von Pferden nach Norddeutschland abgereist.

(A. Ab.)

Dillingen, 23. Okt. Diesen Morgen 7 Uhr verließen von dem dahier in Garnison gelegenen kgl. 3. Chevauleger-Regiment 4 Eskadronen unter dem Kommando des Hrn. Obersten die hiesige Stadt, um Marsch geht vorläufig nach Bamberg.

△ Aus Baden, 24. Okt. Zwei Ereignisse sind es, welche — seit gestern unsere politischen Kreise im höchsten Grade in Aufregung nehmen. Der Bundesbeschluß wornach die preußischen Truppen Baden zu verlassen hätten — und die eilige Besetzung der weimar- kurhessischen Grenze mit sichtlich Mann preußischen Truppen. Was die erstere Nachricht betrifft, welche sich bestätigt hat, so zweifelt man sehr daran, daß Preußen diesen Beschluß beachten wird. In Betreff der Besetzung von Kurhessens Grenzen mit preußischen Truppen, so glaubt man jetzt mehr als je an eine baldige friedliche Ausgleichung der Sache und an jetzt in Zweifel, ob es zu einer Ueberschreiten der Grenze kommen wird. — In Wirtemberg ist in der Person eines jungen Mädchens von 19 Jahren, die Urheberin verschiedener im Jahre 1848 verübten großen Brandstiftungen, die einen Schaden von über 60,000 fl. verursacht — entdeckt worden. Sie hat ihr Verbrechen bereits eingestanden. — Die Verhandlungen zwischen den gr. Sachsen und der k. Württembergischen Regierung über den Anschluß der württembergischen Eisenbahn an die badische sind nunmehr beendigt und die Vertrags-Abschließung erfolgt. So viel man erfahrt wird die Richtung über Bretten und Bruchsal nicht eingeschlagen werden. — In Bretten wird die Errichtung einer Sparkasse vorbereitet. — In Wordwig verunglückte am 20. d. ein Fuhrmann beim Fuchsmineradone heimtreibe. Amtliche Nachforschungen haben jedoch bis jetzt zu keinem Resultate geführt. — Eine auffallende Erscheinung ist die große Theilnahmslosigkeit, welche im ganzen Seekreise für die Schleswig-Holsteiner herrscht, ungeachtet verschiedene öffentliche Aufrufe zur Betheiligung an dieser Nationalsache aufgefordert haben.

* Aus Baden, 25. Okt. (Die badische Kammer über die Amnestie.) Aus den Verhandlungen unserer zweiten Kammer über die Amnestie theile ich Ihnen folgendes Ausführliche mit: Nachdem die Kommission den Antrag gestellt hatte, die an der badischen Revolution weniger Betheiligten zu amnestiren, — erklärte sich Regierungskommissär v. Stabel im Namen der Regierung dahin, daß die Regierung selbst eine solche Amnestirung wünsche. Abg. Keller: Ich glaube, diejenigen Badener, die sich stets bis zur konstituirenden Versammlung gut verhielten und erst im Drange der Regierungslosigkeit sich an der neuen Ordnung betheiligten, sollten ebenfalls an der Gnade Theil nehmen. Die Lage von Deutschland, die Karlsbader und Frankfurter Beschlüsse hatten Alles erbittert und Niemand glaubte an die Möglichkeit der wahren konstitutionellen Monarchie; die radikalen Blätter läugneten alle Wohlthaten und alles Gute unserer eigenen Märzrevolution. Was konnten, was sollten die Bürger thun. Die Verschwörer und Aufstifter trifft mit Recht alle Strenge, doch nicht so die Bürger, denen die Beamten das Muster der Anhänglichkeit an die neue Regierung gaben. Wenn z. B. ein Advokat unter der neuen Regierung seines Amtes wartete und die Desertaure gerichtlich verfolgte, so that er seine Schuldigkeit und beging keinen Hochverrath und demnach ist derselbe Mann nun als ein Hochverräther verurtheilt. Der Ehrvorsam gegen eine faktisch bestehende Gewalt wurde von jeder Regierung als Hochverrath verfolgt, selbst Heinrich VIII. in England verfolgte Niemanden, der seinem vor ihm gestürzten Vorgänger auf dem Throne huldigte. Die französischen fünf Revolutionen und Restaurationen haben niemals den Gehorsam gegen eine faktische Regierung verfolgt, selbst der Staatsgerichtshöfer Klüber hält diesen Gehorsam für kein Verbrechen. Nicht jeder konnte aus Baden fliehen; der aber beging kein Verbrechen, der damals Gehorsam leistete. Der Redner trug schließlich darauf an: die Amnestie auf Diejenigen anzudehnen, die bis zur Einsetzung der provisorischen Regierung sich unthadelhaft betragen haben und nur durch Dienste und Handlungen für dieselbe zur Untersuchung und Bestrafung kamen. — Regierungskommissär v. Stabel: Es seien hier wichtige Gesichtspunkte, auf die bei der Amnestie Rücksicht genommen werden wird. —

Abg. Fischer: Wir hatten durch unsere Gesetzgebung das Volk selbst verdorben. Die Gemeindeordnung hat nur für die Prozeßkrämer einen Werth, die Prozeßordnung ist vollends gar ein Marktnichtsgut, das Alles den Advokaten in die Tasche setzt. Wegen des Pfründenwesens sind unerhörte Klagen aufgetzt; 50,000 Fugner wurden jedes Jahr damit gezogen. Dieses Gesetz war die offene Revolution gegen alle moralischen Grundsätze; man lernte und lehrte den Betrug und den Meineid. Unter dem Schutze unserer Gesetzgebung ist alles Schlechte gefördert geworden; sind in Gesinnung und Handlungen getrieben worden, ist der Kirchenbesuch aufgehoben und alle Religiösität begraben worden, daß Niemand mehr den Wald vor den Bäumen sah und Alles in die Revolution stürzte: Ich will mit unserm Heiland Allen verzeihen haben, die nun als reuige Sünder am Kreuze hängen, die nicht wußten, was sie thaten. (Fortsetzung folgt.)

Darmstadt, 20. Okt. Der Erbprinz Heinrich der Niederlande, schon seit langer Zeit designirter Statthalter des Großherzogthums, wird nun ganz bestimmt am 23. d. M. hier eintreffen, um vor der Kammer den Eid auf die Constitution zu leisten. Wie man sagt, soll die Kammer jetzt nicht abgewiesen sein, wenn eine jährliche Civilliste von 40,000 Fr. zu bewilligen sei. Der deutschen Frage hat Herr Willmar, Präsident des Ministeriums, in einer der letzten Sitzungen eine Erklärung abgegeben, und zwar dahin, daß der „alte Bund" der zwar während der Jahre 1848 u. 49 seine Thätigkeit unterbrochen habe, in der Wirklichkeit mit dem Rechte nach jetzund unbewesitt fortbestehe, und daß Luxemburg deßhalb seinen Anhalt daße nehmen könne, um mit Bundesversammlung in Frankfurt zu beschicken. In Bezug auf die an Hrn. v. Scherff ertheilte Instruktionen deutet Herr Willmar nur an, daß Oesterreich die Bundesversammlung zunächst nur behufs vorzuehmender Revision der Bundesgesetzgebung zusammengerufen habe, und daß die hiesige Regierung ihrem Vertreter nur solche Instruktionen ertheilen könne, die Christahne gestattet habe. Die Kammer hat sich mit dieser Erklärung vollständig genügen lassen, und mit dem einzigen Vorbehalt, daß Herr v. Scherff bestmöglichst durch einen geborenen Luxemburger ersetzt werde, die Vertretungskosten aufs neue bewilligt.

(Köln. Z.)

Wien, 20. Okt. Vorgestern sind hier neue Depeschen aus Berlin für Hrn. v. Bruck eingetroffen, als Erwiderung auf eine aus Bregenz gegen die letzte von Hrn. v. Radowitz eingesandte Note. Das preußische Cabinet legte nämlich in dieser Note ein großes Gewicht auf sein Recht, sich in die kurhessische Angelegenheit einmischen zu können. Fürst v. Schwarzenberg macht hiefür Recht abhängig von dem erneuerten Eintritte Preußens zum Bundestag. Hr. v. Radowitz lehnt nicht mehr, wie man uns versichert, so wie früher diese Ansicht ab, er stellt sich blos auf das Terrain der Verständigung zwischen engerem und weiterem Bunde. Man glaubt, daß zu dieser Verständigung der König von Bayern seine Mediation angeboten hat.

(D. Z. a. B.)

Wien, 22. Okt. Seit einigen Tagen bemerkt man in Pest Individuen in türkischer Militär-Uniform. Es sollen Ex-Honvedd sein, die nach der Capitulirung Komorns in die Türkei gingen, dort, wie ihre Kleidung zeigt, Militärdienste annahmen, und jetzt wieder, man weiß nicht auf welche Weise zurückkehrten. Nach auswärtigen Blättern sind Desertirungen aus der Türkei eben nichts seltenes, natürlich sind es meist junge Herrn, die auch in der ungarischen Armee Couriere oder „geborne Offiziere," und zwar Hauptleute waren, die kein Pulver riechen konnten, aber desto fleißiger aus einem Gasthause in das andere in beschnürter Uniform spazierten, Karten spielten, aßen, tranken, oder immer — liefen. Läßt sie die schlechte Behandlung, oder das Beschwerliche des Militärdienstes nicht bleiben? Worin ersteres der Fall, dann wollen wir ihn Wort verlieren, aber auch Berichten zu hören sein, wie es mit ihrer die Ungarn geschätzt und geliebt, und ihre Lage ist nichts weniger als erbärmlich. Die Flüchtlinge sind daher seige Abenteurer, die in der Meinung, dort eben so ein müßiges Leben, wie während des ungarischen Krieges zu finden, leichtsinnig aus Ungarn entwichen, und noch leichtsinniger, anbankirend auf eine dem ungarischen Volke eben nicht zur Ehre gereichenden Art auch von hier sich aus dem Staube machten se.

Berlin, 24. Okt. In Betreff der Vorschläge, welche Graf Brandenburg in Warschau zu machen habe, enthält die „Deutsche Reichszeitung," eine Mittheilung, wonach Preußen gegen Vertagung des Parlaments der Union, von Oesterreich das Versprechen erhalten hätte, die Verfassung. Ferner: in Betreff der Stellung Deutschlands genehmigt Preußen den Eintritt des Gesammtstaates Oesterreich in den Bund, die Beseitigung einer Volksvertretung bei der zu schaffenden deutschen Centralstelle und verlangt dagegen vollständige Parität mit Oesterreich. Abgesehen von der Centralgewalt, in welcher Frage erklärt sich Preußen, namentlich in der konfessionellen und schleswig-holsteinischen Frage, mit Oesterreich gemeinschaftlich zu handeln. — Die „Spener. Ztg." bespricht in einem längern Artikel die günstigen Erfolge der österreichischen Politik in Deutschland. Den Hauptgrund für diese Erfolge findet sie darin, weil Oesterreich immer wisse, was es wolle und anstrebe, und vorsichtig dabei verharre, Preußen dagegen in einem steten Schwanken zwischen Geben und Zurücknehmen sich bewege. Die Unionspolitik Preußens, heißt es weiter, habe sich unanführbar erwiesen, noch unausführbarer aber sei die jetzt angestrebte der freien Vereinbarung. Schließlich wird von dem Ministerium die Annahme einer festen Politik und Darlegung derselben vor den Kammern gefordert.

Berlin, 24. Okt. Von preußischer Seite ist ein entschiedener Einspruch die von der Bundesversammlung „im Namen des deutschen Bundes" vorgenommene Ratifeation des Friedenvertrages mit Dänemark nach Kopenhagen abgegangen. Preußen erkennt diese Ratifikation nur insofern an, als sie von den einzelnen Regierungen, welche an der Bundesversammlung sich betheiligen, erfolgt ist. Die mit Preußen verbündeten Staaten haben zu diesem Schritt Preußens ihre Zustimmung ertheilt.

(Z. D. Z.)

England.

London, 20. Okt. Die „Morning Post" und andere Blätter sprechen sich über das katholische Erzbisthum Westminster ganz ähnlich aus, wie die „Times". Dagegen enthalt Palmerston's Organ, der „Globe", einen Artikel, welcher in seiner halbofficiellen Fassung zeigt, daß die Regierung in der That, wie Lord Minto versichert hat, nicht die mindeste Schwierigkeiten machen wird. „Einige Blätter", heißt es darin, „scheinen sehr alarmirt darüber zu sein, daß Cardinal Wiseman als Erzbischof von Westminster von Rom zurückgekehrt. Wir bemerken, daß derselbe ebenso gut Bischof war, als er England verließ, wie er es jetzt ist: seine geistliche Jurisdiction ist in nicht vergrößert, und sein Titel ist auf weltliche Angelegenheiten ist, wie früher, Null. Nach einem Statue Heinrich's VIII. kann kein Geistlicher als Bischof anerkannt werden, der nicht nach den Bestimmungen dieses Statute ernannt ist: nach diesem Gesetz konnen alle Ceremonien den Vatican aus Dr. Wiseman, nicht mehr machen, als er vorher war. Was die Annahme des Titels: „Erzbischof von Westminster" angeht, so ist dieselbe entschieden eine geringere Anmaßung, als

die schon lange gebuldete Annahme des Titels: „Erzbischof von Tanon“ durch Dr. M'Hale. Der 24. §. der Katholiken-Emanzipations-Acte verbietet dem katholischen Clerus, den Titel eines Bisthums der Staatskirche anzunehmen, — und was man auch immer von Dr. Wiseman's geistlichen Prätensionen halten mag, nach der klaren Absicht jener Bestimmung ist dieselbe nicht verletzt, so lange nicht der Titel eines wirklich existirenden Bischofs (z. B. von London) usurpirt wird. Das Recht, einen Bischof anzustellen, schließt nicht eine weltliche Macht über das Land ein, worüber derselbe bestimmt ist.“

London, 23. Okt. Die Schwenkung der „Times“ in der deutschen Frage, ist nun vollständig eingetreten. Die Summe ihres neuesten Leitartikels ist: „In Deutschland muß Ordnung werden; vor allen Dingen muß dem Krieg in Schleswig-Holstein ein Ende werden. Preußen nahmen des Bundes abgeschlossenen Friedensvertrags ein Ziel gesetzt und dann die kurhessische Frage zu Gunsten der constitutionellen Freiheit geschlichtet haben. Das Unheil in den Herzogthümern und die bisherige Kraftlosigkeit des unter Oesterreich Vermittelung abgeschlossenen Friedens ist nur die Frucht des Mangels einer Bundesmacht, welche Deutschland so tief begehrt und so wenig erlangt hat. Wäre Preußen mit seinem Friedensvertrag in der Hand nach Frankfurt gegangen und hätte die tapfere Ausführung desselben verlangt, so wäre man sofort zum Ziel gekommen; anstatt aber dieser Weg einzuschlagen, hat es alles versucht, das Dasein einer Bundesmacht zu untergraben, von welcher allein jener Casus foederis zu erlebigen ist. Die erneuerte Bundesversammlung in Frankfurt mag das ganze Deutschland vertreten oder nicht: es besteht für sie doch unzweifelhaft trotz der einzig giltigen Verträge, an welchen wir selbst betheiligt sind, und durch welche der deutsche Bund zusammengehalten wird. England kann sich unmöglich zu der Behauptung bekennen, daß diese Verträge lebgültig durch die jüngsten Verwicklungen in Europa gelöst sein. Sie mögen der Abänderung und der Verbesserung gar sehr bedürfen, aber sie bestehen und bieten einzig und allein den festen Boden für die Erneuerung eines Bundesvertrags zwischen den deutschen Staaten. Welche Meinung wir aber das vergangene der unfruchtbar Versuchen dieser deutschen Bundesversammlung unterhalten mögen, gewiß ist, daß es gegenwärtig keine andere Vertretung von Deutschland gibt, und daß das Aufstehen einer gewissen Anzahl von Staaten aus dem Bund die Rechte der zurückstehenden offenbar unberührt läßt. Die inneren Angelegenheiten eines nationalen Körpers wie die deutsche Bundesversammlung liegt es einer fremden Regierung nicht ob, einer Person oder Partei in ihren Lieblingsbestrebungen zu folgen. Fremde Staaten müssen einfach die Thatsachen nehmen, wie sie selbige vorfinden, und wenn es die bisherige Regierung für zweckmäßig hielt, das Nebelbild der Frankfurter Nationalversammlung oder die ephemere Erscheinung des Verwesers eines nicht vorhandenen Reichs im Jahr 1848 anzuerkennen, so hat der gegenwärtige Bund der Bundesversammlung sicherlich einen weit stärkeren Anspruch auf Anerkennung. Ueberdies, obgleich die französische Regierung den aufrichtigen Wunsch vorgethan hat, in diesen Fragen gemeinsam mit England zu gehen, steht kaum zu gewärtigen, daß die neuerlich von den französischen Ministern in Paris und sonst gebrauchte Sprache mehr als die unserer Cabinette darauf berechnet ist, diese Erörterungen zu einem Abschluß zu bringen, und wir hoffen bald zu hören, daß die völlige Anerkennung der Bundesversammlung zu Frankfurt seitens Frankreich und England sofort zur Folge haben wird.

Italien.

Rom, 12. Okt. Der „Osservatore Romono“ bringt heute eine Correspondenz aus Ancona in Bezug auf die Ankunft Radetzky's in jener Festung, die auch als ein Zeichen der Zeit gelten kann. Lange Zeit hindurch waren wir Alle gewohnt, den alten Helden nur als „das insome Ungeheuer“ bezeichnen zu hören; dann, als seine Siege selbst den erbittersten Feinden Achtung abgenöthigt, milderten sich auch hier die Ausserungen, und man vernahm nicht selten sogar ein Wort der Anerkennung. Aber wer hätte zu vermuthen gewagt, daß ein italienisches Blatt den Marschall noch einen „italienischen Helden“ nennen würde, weil er „Italiens Befreier“ sey? Wer hätte geglaubt, daß er ohne Mißverbreitung den selben Provinzen durchreisen werde, in denen Zanobine noch seinen Blutes fließen? Uebrigens soll der Marschall in Ancona, bekanntlich einem der schlimmsten Revolutions-Nester, selbst vom Volke mit grenzenlosem Jubel empfangen worden sein. Auch in der Romagno war, Privatbriefen zufolge, viel Volk längs der Straße versammelt, durch die der Feldherr kam; man wundert sich aber keine Einfachheit, konnte wenentlich nicht begreifen, wie ein so hoher Herr ohne Bedeckung reise, und brente sich seiner Leutseligkeit. Die Berichte heben hervor, wie er in ganz einfacher Uniform erschienen sei, nur mit einer pöstlichen und koferl. Bronce-Medaille geschmückt. Der Gouverneur seines Gefolges trage solche Decorationen tragen; er gehe zwar gebückt, sehe aber sonst frisch und hrier aus. Die Aucnitaner, die seine Büste unter einem prachtvollen Baldachin aufgestellt hatten, feierten seine Anwesenheit mit Beleuchtung und Feuerwerk, und hatten ausserdem Feste vorbereitet, als er nach einem Besuche bei der Madonne zu Loretto plötzlich nach Toslana abreiste. Hier, wo man auch von seiner Ankunft sprach, haben wir ihn schwerlich zu erwarten, um so weniger, da er bereits in Ancona wertvolle Geschenke Sr. Heiligkeit entgegen genommen.

Vermischte Nachrichten.

Von London aus ist folgende Aufforderung nach Deutschland ergangen: „An die Demokraten Deutschlands. Bei der Neuwahl des Flüchtlings-Comite durch den deutschen Arbeiterverein mit der Sorge für die Flüchtlingsinteressen betraut, fanden wir es vor Allem dringend, Unterstützungsgelder beizuschaffen. Die Kosse ist erschöpft, der Winter noht und es muß für Nahrung, Kleidung und Bettstellen nun mehr gesorgt werden — bisher haben die meisten Flüchtlinge auf der Boden geschlafen. Der Versuch durch Anlegung einer kleinen Industrie — in Bürstenmacherei — die Leute so nuzbar zu beschäftigen, daß sie ferner jede Unterstützung entbehren konnten, hatte bis zegt nicht günstigen Erfolg, — es fehlte am nöthigen Fond für Lin- und Verkauf en gros. Wir richten darum an unsere Freunde die ernste Bitte um schnelle Beihilfe. Mr. Diez ist mit Empfang der Gelder beauftragt. London im Sept. 1850. Das social-demokratische Flüchtlings-Comite. August Willich. Karl Schapper aus Posan. Adolph Meyer aus Würtemberg. Joseph Schärtner aus Honan. Oswald Dietz aus Wiesbaden. August Gebert. Franz Bauer.“

Die armen Teufel! ruft die F. S. Z. aus, im Lande der „Freiheit“ muffen die Freien hungern und dursten und auf dem Boden schlafen, während der reaktionäre John Bull gemächlich sein Roastbeef verzehrt, den Porter aus der „patriotischen“ Barklay-Brauerei trinkt und in Cedernbuen von den verhungernden Revolutionsschwindlern träumt. — Daß es mit der Bürsteninduskrie jetzt nicht vorwärts will, laßt sich begreifen, da die Borste kein so nothwendiges Möbel für einen Continental-Demokraten ist. — Wenn die jetzigen Bürstenbinder so eine à la Barklay „patriotische“ Gin-Distillation angelegt hätten, da hätte sich eher etwas in Deutschland zur sie thun.

Das sogenannte italienische Nationalcomite, bestehend aus den Herren Mazini, Saffi, Saliceti, Sirtori, Montecki und Augostini, hat eine lange Adresse an die Italiener erlassen, welche in sehr schwülstiger und roher Sprache abgefaßt ist. Es wird darin angefahrt, daß bei dem Falle der römischen Republik die romischen Abg. die Hrn. Mozini, Saffi und Montecki zu einem Nationalcomite mit ausgedehnten Vollmochten ernannt hätten. Daraf gestützt, erklären sie am Eingange ernannten Parteistehen, daß das Ziel, welches das Comite sich stecke, „die Unabhangigkeit, Freiheit und Einheit Italiens“ sei, und das Mittel „Krieg und eine italienische Constituante“. Das Comite fordert alle Italiener und italienische Provinzen auf, sich um die Fahne zu schaaren; es verheißt ihnen einen endlichen Erfolg. Die Mitglieder des Comite's sprechen in dieser Adresse ferner aus, daß sie die Krone der Bewegung in einer solchen Weise organisirt hätten, wie sie gegenwärtigen Umstände es gestattet hätten; sie weisen auf die Nothwendigkeit hin, daß Italien eine unabhängige Notion werde. Die Adresse ist aus London vom 8. Sept datirt.

Neuestes.

* Würzburg, 28. Okt. Gestern Vormittag um 11 Uhr traf eine Ingenieur-Compagnie hier ein und wurde sofort auf der Festung Marienberg logirt. — Die Einquartirung beginnt bereits in der Umgebung von Würzburg. — Das 1. Bataillon des 9. Regiments, welches uns in der vorigen Woche verlassen hat, ist in Mümerstadt angekommen, wofelbst 2 Compagnien in der Stadt, die Uebrigen in den zum Landgericht gehörigen Ortschaften einquartiert worden.

Aschaffenburg, 25. Okt. So eben, Mittags 12 Uhr, ist das k. k. österreichische 14. Jägerbotaillon nebst zwei Compagnien des k. bayerischen 3. Jägerbotaillons hier eingerückt.

Frankfurt, 25. Okt. Wie ich soeben aus guter Quelle vernehmen, ist Graf Bernhard von Rechberg zum Bundescommissär in Kurhessen ernannt worden. Nochdrägkich will ich hier noch beifügen, daß der General der Cavallerie und Commondant des 2. bayer. Armeekorps, Gr. Durchlaucht der Furst v. Thurn und Taxis bei seiner Anwesenheit dahier am 22. d. von der kgl. preuß. Kommandantur zwei Gefangenwärter als Ehrenpoften empfing. — Se. Durchlaucht haben auch den kais k. preuß. General v. Peucker einen Besuch abgestattet. (N. M. Z.)

Karlsruhe, 26. Okt. Se. Kgl. Hoheit der Großherzog haben gestern, den Minister des Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Staatsminister Klüber, seines Dienstes in Gnaden zu entheben, und den Geheimen Legationsrath Ludwig Freiherrn Rudt von Collenberg-Bodigheim zu Hochstihrem Staatsminister des Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen.

△ Koblenz, 26. Okt. Bei der heutigen gehenmen Verhandlung der ersten Kammer über den mit Preußen abgeschlossenen Militärvertrag wurde der Minoritätsantrag, nemlich, daß keine baidschen Truppen mehr nach Preußen verlegt, die komgl. preußischen Truppen in Baden vermindert, und die Entschädigung herabgesetzt werden sollen, angenommen.

* Köln, 25. Okt. Heute begann die Assisenverhandlung gegen Dr. Becker, Herausgeber der ehemaligen „Westdeutschen Zeitung“. Derselbe brachte in der bereits genannte Zeitung mit folgenden Worten: „Woher mit dem Königthum! Es lebe die soziale Republik!“ Noch kurzer Berathung der Geschwornen erfolgte die Freisprechung.

Hildesheim, 23. Oct. Dem Vernehmen nach wird am 10 November d. J. die Conservation unseres neuen Polizei, Msgr. Bedeho, durch den Cordinalerzbischof von Köln stattfinden, wozu auch die Bischofe von Paderborn, Fulda und Mainz eingeladen sind. (Grenz. Z.)

Oederburg, 24. Okt. Nachmittage 2 Uhr 40 Minuten. So eben ist St. Mojt. der Kaiser von Oesterreich hier eingetroffen und wird binnen einer Stunde die Reise nach Worschau fortsetzen.

Wien, 23. Okt. Die gestrige Wiener Zeitung enthielt die zu Bregenz schon erfolgte Verleihung des Kaiserlichen Stern Sanfenan an Se. Mojt. den König von Bayern. Wie ich eben aus guter Quelle höre, hat der Oberst des Regiments bei Se. Mojt. dem Kaiser um die Erlaubniß nachgesucht, mit einigen seiner Offiziere nach Wien

sich begeben zu dürfen, um dem erlauchten Oberhaupte des Regiments seine Aufwartung zu machen; an der Gewährung dieser Bitte ist nicht zu zweifeln.

Wien, 24. Okt. Eine Nachricht, die vor Kurzem erst durch die meisten deutschen Blätter lief und zuerst von der „Kölnischen Zeitung" gebracht ward, meldete mit einem Anscheine von Bestimmtheit, daß England bezüglich der eventuel bevorstehenden Intervention des deutschen Bundestages in Kurhessen einen Protest abgegeben habe. Hierauf erklärt nun der Oest. C. aus vollkommen zuverlässiger Quelle, daß ein solcher Protest weder zu Wien noch zu Frankfurt a. M. eingelaufen ist, und daß englische Kabinet auch sonst keine Veranlassung gefunden hat, sich über die Beschaffenheit der kurhessischen Wirren öffiziel zu erklären.

Wien, 24. Okt. Heute Vormittag wurde dem neuernannten Kardinal Fürst Erzbischof von Olmütz, Somerau-Beck, in der k. k. Hofburgkirche, nach vorgegangenem feierlichem Hochamte, der Kardinalshut durch Se. Maj. den Kaiser selbst überreicht. Um k. k. Hofwagen hatte den Hrn. Erzbischof um 10 Uhr aus dem deutschen Ordenshause nach der k. k. Burg abgeholt. Demselben folgten mehrere k. k. Hofwagen mit der Begleitung des Kirchenfürsten.

Salzburg, 24. Okt. Die heute stattgehabte Wahl zum Erzbischof von Salzburg fiel auf den hiesigen Domkapitular Mr. v. Tarnoczy.

Berlin, 24. Okt. Die Lage der kurhessischen Angelegenheiten, soweit sie Preußen betrift, ist, wie wir aus verlässiger Quelle vernehmen, im Augenblicke folgende: Nachdem der Kriegsminister, Hr. v. Stockhausen, und der Minister des Auswärtigen, Hr. v. Radowitz, im Ministerium des Auswärtigen eine zweistündige Konferenz gehabt hat der Kommandirende des längs der hessischen Grenze aufgestellten preußischen Armeekorps, Generallieutenant Graf v. d. Groeben, seine letzten Befehle erhalten, dahin lautend, etwa in Hessen einrückende Bayern zurückzuwerfen. Im Staatsministerium soll bei dem desfallsigen Beschlusse Einstimmigkeit geherrscht haben. Sobald der Graf v. d. Groeben diesen Befehl erhalten, begaben Hr. v. Radowitz denselben auch dem österreichischen Gesandten am hiesigen Hofe, Hrn. Ritter Protesch v. Osten, mit, der seiner Seite die Nachricht auf telegraphischem Wege an den Grafen Thun sandte. (N. Pr. Z.)

Paris, 23. Okt. Es sind bis jetzt 66 politische Gefangene von Toulon nach Belle Isle gebracht, darunter Gumard, Madrasi und fast alle Berurtheilte vom Versailler Prozeß.

T. D. 1) London, 25. Okt. Nach der englischen Presse sollen Frankreich und England Preußen auffordern, die gegen Dänemark eingegangenen Verbindlichkeiten zu erfüllen und dadurch die schleswigsche Angelegenheit zu Ende zu bringen. Gestern war eine Sitzung des Ministerraths Über großbritannischen Maj. hinsichtlich des Begehrens, dieser Aufforderung sich anzuschließen. „Times" will behaupten, es stehe eine russisch-französische Besetzung des Rheins und Schleswigs in Aussicht. „Globe" bemerkt: England könne ernste Maßregeln von Seite Frankreichs und Russlands schwerlich befürchten. (T. D.-L.)

2) Siegen, 24. Okt. Das von Wetzlar her anrückende preußische Truppenkorps ist nicht gegen Kassel gezogen, sondern auf der Etappenstraße von Alsfeld (großh. hessisch), Herofeld (kurhessisch) in der Richtung von Fulda und Eisenach vorgegangen, zur Vereinigung mit dem Truppenkorps im Thüringischen. (A. Z.)

Protocoll: Herr Graf v. Thun vom Deutschen Bunde, und Herr von Bulow von seiner Regierung, die Auswechselung der Ratifications-Urkunden vornehmen, welche über den am 2. Juli d. J. zwischen Se. Maj. dem Könige von Preußen in Seinem Namen und im Namen des Deutschen Bundes und Se. Maj. dem Könige von Dänemark unter Vermittlung Großbrittanniens geschlossenen Friedens-Vertrag ausgestellt worden sind, sind zu diesem Zwecke zusammen gekommen, in Gegenwart des sehr ehrenwerthen Heinrich Richard Lord Cowley, welcher von der Regierung Ihrer Großbritannischen Maj. ermächtigt worden ist, diesem Akte als Repräsentant der vermittelnden Macht beizuwohnen. Die Unterzeichneten haben hierauf ihre Ratificationsurkunden vorgezeigt und vorgelesen, wovon die des Grafen v. Thun von demselben im Namen des Deutschen Bundes und Kraft des in der Bundes-Plenar-Versammlung vom 3. Okt. d. J. gefaßten Beschlusses; die des Herrn v. Bulow von Sr. Maj. dem Könige von Dänemark ertheilten Vollmacht. Nachdem diese Urkunden von gehöriger und rechtmäßiger Form befunden worden, ist deren Auswechselung vorgenommen worden. Urkundlich dessen haben die Unterzeichneten das gegenwärtige Protokoll unterfertigt und denselben die Insiegel ihrer Wappen beigedruckt. Geschehen zu Frankfurt a. M., den 26. Okt. 1850. (gez.) Graf Fr. Thun. (L. S.) Cowley. (L. S.) Bulow.

Berlin, 25. Okt. Der „Preuß. Staatsanzeiger" veroffentlicht in seiner Nr. 295 den von der preußischen Regierung gegen die Ratifikation des Friedens mit Dänemark durch die Bundesversammlung als solche in Kopenhagen erhobenen Protest. Derselbe lautet wie folgt: Nach Abgang meines letzten Schreibens an Sie, vom 23. d. M., hat das amtlich veröffentlichte Protokoll der Sitzung der in Frankfurt versammelten Bevollmächtigten deutscher Regierungen vom 3. d. M., in welchem der Beschluß über die Ratifikation des Friedenstractates vom 2. Juli v. niedergelegt ist, zur Kenntniß der kgl. Regierung gekommen. Die darin enthaltene Erklärung, daß der Beschluß sich, mit welche dem Anspruch enthalten, daß diese Ratifikation als im Namen des deutschen Bundes und durch denselben geschehen angesehen werde, machen es der kgl. Regierung zur Pflicht, sich, dem kgl. dänischen Gouvernement gegenüber, über die Bedeutung dieses Aktes auszusprechen, und ich ersuche Sie daher, dem kgl. dänischen Minister die folgende Erklärung abzugeben. Die kgl. Regierung kann nicht umhin, die von ihr wiederholt ausgesprochene Grundsatze über die rechtliche Unzulässigkeit und Nichtigkeit aller von den in Frankfurt versammelten Bevollmachtigten gefaßten Bundesbeschlüsse als solcher auch auf diesen Fall in Anwendung zu bringen und sie legt daher hiermit feierlich Verwahrung dagegen ein, daß der am 3. des. Mts. in Frankfurt gefchrene Akt als ein rechtsgültiger Beschluß einer wirklichen Bundesvolenversammlung betrachtet werde, da eine solche ohne die Theilnahme Preußens und der übrigen in Frankfurt nicht vertretenen Regierungen nicht existiren kann. Indem aber die kgl. Regierung den ausdrücklichen Wunsch nach einem wirklichen und vollständigen Frieden von 2. Juli aufsich und in demselben mithin diese Ratifikation als von Seiten der Regierungen von Oesterreich, Sachsen, Bayern, Hannover, Wurttemberg, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Niederlande für Luxemburg und Limburg, Mecklenburg-Strelitz, Liechtenstein, Schaumburg-Lippe und Hessen-Homburg vollzogen erblickt. Dieser Auffassung gemäß, zweifelt die kgl. Regierung auch nicht, daß das kgl. dänische Gouvernement in der durch diese Regierungen geschehenen Ratifikation, in Verbindung mit den später durch Vermittlung Preußens übergebenen weiteren Urkunden, diejenige Erganzung erblicken werde, welche laut der zu Protokoll gegebenen Erklärung des kgl dänischen Geschäftsträgers vom 6. Sept. 1850 als erforderlich bezeichnet wurde, um die Ratifikation des Friedenstractats durch die Gesammtheit aller den deutschen Bund bildenden Staaten zu konstatiren. Die kgl. Regierung knupft daher gern an diese Erklarung den Ausdruck ihrer Hoffnung, daß baldigst eine Verständigung über die weiteren zur Herstellung eines friedlichen Zustandes zu treffenden Schritte unter allen betheiligten Regierungen eintreten werde. Wir sind unserseits dazu immer bereit. Berlin, 21. Okt. 1850. (gez.) Radowitz. An den kgl. Gesandten rc. Hrn. Frhrn. von Werther Hochwohlgeboren zu Kopenhagen. Zu diesem Proteste hat das Fürstenkollegium, dem er mitgetheilt wurde, seine volle Zustimmung ausgesprochen, indem es Verpflichtung erkennt, als Mitglied preußische Fürstenkollegium erklart sein volles Einverstandniß damit, daß die in Frankfurt am M. von den dort versammelten Vertretern mehrerer deutschen Regierungen am 3. d. M. mit dem Namen des Beschlusses einer Bundesplenarversammlung erfolgte Ratifikation des Friedensvertrags vom 2. Juli d. J. als ein giltiger Bundesbeschluß oder überhaupt als ein Akt einer deutschen Bundesautorität nicht zu betrachten, vielmehr lediglich als die Erklarung der Regierungen von Oesterreich, Sachsen, Bayern, Hannover, Wurttemberg, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, die Niederlande fur Luxemburg und Limburg, von Mecklenburg-Strelitz, Liechtenstein, Schaumburg-Lippe und Hessen-Homburg über deren Gutheißung des Friedensvertrages anzusehen sei. 2) Das provisorische Fürstenkollegium theilt vollkommen den von der kgl. preuß. Regierung ausgesprochenen Wunsch und die Hoffnung, daß baldigst unter allen betheiligten Regierungen eine Verständigung über die zur Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedenszustandes in den Herzogthümern Holstein und Schleswig erforderlichen Schritte werde erzielt werden.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 26. Oktob.
Weizen 13 fl. 10 kr. Korn 9 fl. 53 kr.
Gerste 8 fl. 33 kr. Haber 4 fl. 26 kr.

Handels-Berichte.

Mainz, 25. Okt. Die Durchschnittspreise der auf unserem heutigen Markte in der Fruchthalle zahlbar verkauften Früchte stellen sich; Waizen 8 fl. 17 kr.; Korn 6 fl. 48 kr.; Gerste 6 fl. 23 kr.; Haser 6 fl. 44 kr.

Bekanntmachung.

Zur Ergänzung der abgängigen Pferde wird durch eine Kommission des kgl. 2. Artillerieregiments (vorant Zoller) dahier eine ziemliche Anzahl mittäridienstauglicher Pferde inländischer Zucht aus freier Hand angekauft.

Es werden daher die Inhaber tauglicher und fehlerfreier Pferde eingeladen, dieselben in dem Hofe der alten Kaserne und zwar von Mittwoch, den 30. d. anfangend täglich von 8 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 4 Uhr Nachmittags zur Musterung vorzuführen, wobei bemerkt wird, daß die Pferde nicht unter 4½ und nicht über 7½ Jahre alt sein dürfen.

Würzburg, den 23. Okt. 1850.

Aus der Pfarreisetzung zu Schlierreth sind in drei Wochen 400 fl. und aus dem Gotteshausfonde daselbst ständlich 300 fl. gegen gerichtliche Hypothek ausgelehen.

Schlierreth, den 25. Okt. 1850.

J. Schmitt, Sttspf.

Für die Waldforstverwitwe Assmann in Erbach ist eingezangen unter Chiffre A. B. 2 fl.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrafhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Stempel und Gebühr frei.

Nr. 259. Würzburg, Dinstag den 29. Oktober. **1850.**

Erfolg eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen.

Eine Pause der Erwartung ist jetzt in der hohen Politik eingetreten. Man kann Alles gewärtigen und kann Nichts wissen. Die nachdenkenden Politiker fesen wohl ein, daß ein Krieg zwischen Oesterreich und Preußen für beide kriegführende Parteien gleich verderblich sein muß. Der mögliche Gewinn, welchen die siegende Partei hat, kann in gar keinem Verhältnisse stehen zu dem gewissen Verlust, den auch diese erleiden muß. Auch im deutschen Kriege wurde das Schlachtengluck am Ende die deutsche Frage nicht entscheiden. Europa würde vielleicht passiv zusehen wie Deutschland sich schwächt und zerfleischt, jedoch bei dem Friedensschlusse würden auch die nicht deutschen Großmächte activ dazwischen treten wollen. Und während die deutschen Hauptmächte auf einem Terrain sich als Gegner gegenüberstehen, fühlen sie zu gleicher Zeit, daß sie auf einem andern ferne Alliirte sein müssen. Sie haben einen gemeinsamen Feind, den sie gemeinsam bekämpfen müssen, und stehen jetzt in Gefahr sich untereinander zu betrügen. Die Ueberzeugung, welche viele einsichtige Personen haben, daß in einem Kriege zwischen Oesterreich und Preußen jeder Schlag, der den Gegner trifft, zweischneiden um den eigenen Leib verletzen wird, läßt sie schließen, daß der Friede trotz allen drohenden Anzeichen dennoch geschieht ist. Auch wir glauben an die Wahrscheinlichkeit desselben. Aber wir sind seiner nicht gewiß. Es ist ein gefährliches Spiel, mit brennenden Lunten in der Nähe von Pulvermagazinen zu wandeln. Die Hand, welche sie trägt, mag nicht die Absicht haben, daß sie zünde, aber der Zufall, ein Luftzug, ein spielender Kind kann das Feuer zuwege bringen. Je öfter die Kriegsdrohungen sich wiederholen, je stärker in die Trompete geblasen wird, desto weniger werden die Hauptleiter die Leitung allein in der Händen behalten. Ein kleiner fürstlicher Pfiffen, ein kühner Generaal, der einen vorgeschobenen Posten kommandirt, mag einen Schritt vorwärts thun, der nicht wieder zurückzumachen ist, und der unbereuhenbare und allen Parteien unangenehme Conflagrazyen in seinem Gefolge haben kann. Wir haben hier die kurhessische Frage allein im Auge. Sie mag glücklich beseitigt werden, und dann, dann haben wir erst die Aussicht, daß in der nächsten Woche eine ähnliche, vielleicht noch schlimmern Symptomen begleitet, auftauge. Wie die Angelegenheiten jetzt in Deutschland stehen, so sind Verbindungen zwischen seinen beiden Großmächten auf allen Punkten zu gewärtigen. Wenn das Gefühl unmittelbarer Gefahr auch momentan verschwindet, das Gefühl der Sicherheit wird darum nicht an ersten Stelle treten, bevor eine definitive Lösung der deutschen Verwickelung gefunden worden ist. Aller Augen werden jetzt nach Warschau gerichtet sein. Es ist wahr, und traurig ist es, das es wahr ist, daß jede Uneinigkeit zwischen Preußen und Oesterreich die Macht Rußlands uns seinem Herrscherd vergrößert. Es würde gewiß nicht in Rußlands Politik liegen, die Einigkeit in Deutschland herzustellen, wenn die Uneinigkeit in Deutschland nicht einen Feind groß machen würde, der auch Rußland bedroht — die Revolution. Wie sind darum auch überzeugt, daß es dem russischen Monarchen daran gelegen ist, einen Friedensbruch zwischen Preußen und Oesterreich zu verhindern. Die Natur der Zwistigkeiten, welche zwischen beiden Staaten obwalten, scheint uns jedoch einer schnellen Ausgleichung derselben nicht forderlich zu sein. Es sind mehr als zwei deutsche Staaten, welche einander gegenüberstehen, denn auch die Mittelstaaten werden ihre Stimmen zur Geltung zu bringen wissen. Wir machen und darauf gefaßt, noch längere Zeit in der unangenehmen Schwebe zu bleiben, in der wir uns heute befinden, indem wir jedoch mit Zuversicht auf ein friedliches Ende obschwebender Streitigkeiten Rechnung machen.

Deutschland.

München, 27. Okt. Gestern mit dem letzten Bahnzuge ist der Oberst Graf v. Montfort in Begleitung des Mitmeisters Baron Grabe und des Oberstlieutenants Baron Berchtschingner, sämmtlich von dem in Bregenz garnisonirenden Kürassier-Reg. Sunstenau, welches Se. Maj. der Kaiser Franz Joseph bekanntlich schon bei der Zusammenkunft in obiger Stadt Sr. Maj. dem König Max verliehen hat, hier angekommen, um heute dem erlauchten Oberst-Reg.-Inhaber Namens des ganzen Regiments ihre Aufwartung zu machen. König Max empfing dieselben mit der gewohnten Freundlichkeit und lud sie sämmtlich persönlich auf morgen zur königl. Tafel. Obigen k. k. Kürassier-Regt. hat von nun an den Namen „König Max" zu führen. — Der bereits schon gemeldete Artillerietrain ging heute ab. — Rittmeister Aethalm und Vetrinärarzt Thimm werden weiters als Kommission zum Ankauf von Pferden für die Armee bestimmt. Gegen hundert Remonte sind bereits aus den Militärgestüthen hier eingetroffen; das Doppelte wird noch erwartet, da das erste Artillerie-Regiment allein deren gegen 500 bedarf. — Wegen strengster Verschwiegenheit der Operationen in der Armee wurde ein k. Reizgminissterial-Restript erlassen, welches sich auf sämmtliche Individuen sowohl in den Bureaux als aktiven Kriegsdienst ausdehnt, und wobei auf Kap. 45, § 500 Jiff. 8 der Dienstdvorschriften für die Armee hingewiesen ist. — Der k. bayerische Gesandte am russischen Hofe Graf v. Brav, welcher schon längere Zeit hier in Urlaub verweilt, kommt heute früh — dem Vernehmen nach in größter Eile berufen, von seinen Gütern hier an und begibt sich diesen Abend nach Warschau. — Aus sicherer Quelle wird mir mitgetheilt, daß Ordre an die Main-Armee ergangen, deren Inhalt zufolge die diesseitige Grenze nicht überschritten werden soll, um jeden Conflikt mit Preußen zu vermeiden. Dieser läßt neuerdings die Absicht einer friedlichen Ausgleichung vermuthen. — Nach Ingolstadt sollen 2 Bataillone als Ersatz für die bereits ausmarschirten in Garnison verlegt werden. (A. Z.)

Frankfurt, 25. Okt. Gestern verfügte sich eine große Anzahl der in Frankfurt befindlichen Gesandten und Diplomaten nach Wildensbuch zu dem Kurfursten. Es hatte dem Vernehmen nach diese Konferenz eine Besprechung über diejenigen Maßregeln zum Zweck, welche nunmehr zunächst von der kurhessischen Regierung zu ergreifen sein werden, um die wirre Lage Kurhessen's einer Regelung zuzuführen. Die militärische Frage soll dabei hauptsächlich in's Auge gefaßt worden sein, wobei es als leitender Grundsatz bezeichnet worden wäre, daß man vor Allem darauf bedacht sein müsse, daß kein Anlaß oder kein Vorwand zu äußeren Konflikten gegeben werde, daß aber jede unbewaffnete Einmischung eines andern Staates mit Entschiedenheit zurückzuweisen sein würde. Eine Reorganisation des kurhess. Armeekorps und zu diesem Zwecke eine zeitweilige Auflösung der Regimenter scheint beschlossen; bis zum Zustande der Reorganisation würde das Kurfurstenthum durch österr. und bayer. „Bundes-Auxiliartruppen" besetzt werden. An die hannoversche Regierung soll von Frankfurt aus eine wiederholte Aufforderung ergangen sein, zu diesem Behufe ebenfalls ein Truppenkorps an der kurhessischen Grenze aufzustellen. Die hannoversche Regierung unterliegt es früher, einer ersten darauf gerichteten Aufforderung zu entsprechen, weil der Ministerpraesident Stüve, wie verlautet, in Folge der noch immer nicht gehobenen Kabinetskrisis sich nicht sie befugt erachtete, eine politische Maßnahme von so großer Bedeutung zu ergreifen. Diesen Grund scheint man indeß hier nicht gelten lassen zu wollen. Man erblickt in ihm vielmehr nur einen Vorwand, der dazu dienen solle, der brennenden kurhessischen Frage möglichst aus dem Wege zu gehen. — Das Gerücht, das hannoversche Kabinet habe zur Einwirkung der hessischen Frage neue Vermittlungsvorschläge gemacht, ist, wie wir von zuverlässiger Seite vernehmen, ohne allen Grund. Uebrigens ist die Hoffnung, daß die deutschen Wirren nicht zu einem Konflikte führen werden, hier noch keineswegs aufgegeben. Jetzt, wo von der einen und der anderen Seite Truppen in's Feld gestellt sind, werden die ernstlichen Unterhandlungen erst recht beginnen. — In den nächsten Tagen schon wird der Durchmarsch des großeren Theiles der noch in Baden stehenden preußischen Truppen durch unsere Stadt nach Preußen beginnen. (Es sollen nur noch etwa 6000 Mann in Baden bleiben, welche den Seeund Donaukreis besetzt halten werden.) (N. Kor.)

△ Aus Baden, 25. Okt. Der sich seit einigen Jahren in Freiburg aufhaltende Student Hrubach aus Boburg ist dieser Tage verhaftet und aus dem Großherzogthum Baden ausgewiesen worden, weil es sich mit Geldsammlungen für politische Flüchtlinge befaßte. — Deutsche Flüchtlinge, welche aus der Schweiz in ihre Heimath zurückkehren, um sich den Behörden zu stellen, schildern die Verhältnisse der Flüchtlinge als höchst traurig und ziehen dieselben vor, lieber in der Heimath im Zuchthause, als in der Schweiz in Armuth und Druck, denen sich die Beachtung der Asylgesetze noch zugesellt, zu leben. Zwischen Karlsruhe und Berlin werden gegenwärtig eifrige Verhandlungen in Betreff der badischen Militärangelegenheiten gepflogen. Unserer Kammer wird nächstens eine Regierungsvorlage gemacht werden, worin die Abschiessung einer Anleihe von acht Millionen verlangt wird.

Stuttgart, 25. Okt. Noch 10 Tage und unsere Landesversammlung tritt zum Wiederbeginn ihrer Arbeiten nochmals zusammen — ohne Zweifel das letzte Mal. Sollte sie sich auch diesmal feigherzig zeigen, so wird ihre Auflösung nicht lange ausbleiben, obgleich man bereits von einer nochmaligen Vertagung spricht, die indeß schwerlich eintreten wird. So viel man bis jetzt vernimmt, gehören die zurückgebliebenen Commissionen einem gefährlichen Gang, und als solche die sogenannten Constitutionellen gehen darin fast einmüthig mit den Demokraten. Eine absolute Steuerverweigerung, wovon sie das gehäufteste an dem Beispiele von beiden Hessen gesehen haben, nicht wagend, wollen sie das Budget so bescheiden, daß es gar nicht möglich ist, damit eine gesondrete Staatsverwaltung zu führen und zugleich den Bundesexigenzen zu genügen. Freilich nehmen sich diese superklugen Herren heraus, die Rechtsbeständigkeit der Bundesmilitärverfassung zu bestreiten und somit den Militärrotat auf ein Minimum herabdrücken zu wollen, wie es den demokratischen Interessen angemessen erscheine. Doch daran konnten sie sich leicht bei Zeiten verbrennen. Vernommen wird unsere Regierung durch all das nicht beirren laßt, auf ihrem als richtig erkannten Wege fortzuwandeln, um endlich einmal wieder zu einem geordneten Zustande zu gelangen. (K. Z.)

Gotha, 25. Okt. Unsere Stadt befindet sich in nicht geringer Aufregung. Vor einigen Tagen traf nämlich hier eine telegraphische Depesche ein, welche nebst der Anfrage, ob der Herzog gegenwärtig in Gotha sich aufhalte, den Befehl des preuß. Kriegsministeriums für denselben enthielt, den Oberbefehl über eine Armeeabtheilung, dem Vernehmen nach in Rheinpreußen, zu übernehmen. Bekanntlich ist der Herzog in preuß. Militärdienste und hat die Charge eines Generalieutenants.

Aus Weimar, 25. Okt. Das Regierungsblatt veröffentlicht jetzt das Gesetz in Betreff der Verantwortlichkeit der Minister. Wir geben Ihnen für heute nur die wesentlichsten Bestimmungen daraus. Eine gegen die Minister gerichtete Anklage muß vor den aus 12 Mitgliedern bestehenden Staatsgerichtshof gebracht werden, zu welchem sechs Mitglieder vom Großherzog, sechs von dem Landtage gewählt werden, der dieselben aber aus den Räthen der Gerichtshöfe zu wählen hat. Den Vorsitz dieses Staatsgerichtshofs hat der Oberappellationsgerichtspräsident, der als Vorsitzender ebenfalls eine Stimme hat. Eine Begnadigung oder Niederschlagung der Anklage gegen einen oder mehrere Minister kann der Großherzog nur im Verein und mit Zustimmung des Landtags durch ein mit diesem vereinbartes Gesetz vornehmen. (L. Z.)

Hamburg, 25. Okt. Gestern passirte hier, wie es schien incognito, der General Haby durch, um sich nach Kiel zur Statthalterschaft zu begeben. Der genannte General ist, wie es heißt, seit dem vorigen Jahre in dem Herzogthümern eine beliebte Persönlichkeit; man flüstert von einer vertraulichen Sendung, deren Inhalt man natürlich nicht kennt. Aber aus der Sendung und der Gesandten will man schließen, daß man es in Berlin für nöthig gehalten habe, den Eindruck einer unwillkommenen Sendung durch einen willkommenen Gesandten zu mittern. Man bringt die Sendung des General Haby in Verbindung mit dem Andringen der Großmächte auf Beseitigung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit mit gewissen Vorgängen im Schooße des preußischen Ministeriums, endlich mit einem drohschlagenden oder schon getroffenen Arrangement der deutschen Frage, die für Schleswig-Holstein nicht weniger als günstig sein kann. (Nrdd. fr. Pr.)

Hannover, 24. Okt. Die „Nieders. Ztg." vom 22. d. enthält folgenden Artikel über die Ministerkrisis: Das Ministerium Bennigsen, das bekanntlich nach Außen hin bisher so ziemlich überall Fiasco zu machen pflegte, ist nun auch im Innern mit einem glänzenden Fiasco aufgetreten. Dieses Ministerium hat den Muth, oder besser den Uebermuth gehabt, dem Könige eine große Anzahl harter, diesen und das monarchische Prinzip verletzender Bedingungen (man spricht von 30) vorzuschreiben, unter denen es gnädigst geruhen würde, die süße Herrschaft für ewige Zeiten fortzuführen. Unter den Bedingungen soll auch eine Art Proskriptionsliste solcher Diener, die bisher dem König treu gedient haben, gewesen sein, ferner die Forderung, den ministeriellen Aubetern große Ehre und Ehren (z. B. Hrn. Windhorst) anderweitig wegen seiner früheren Anhänglichkeit an den Minister Flacke und wegen der schön geschriebenen Noten, die überall heitere Aufmerksamkeit erweckten, zu verleihen, wodurch zugleich die Nothwendigkeit entstanden wäre, die Hrn. Ministerialvorstände zu Staatsministern zu machen, um sie von ihren Hintermännern zu unterscheiden. Dem Gerüchte nach hat der Graf Bennigsen am verflossenen Sonnabend diese Bedingungen dem Könige im Namen des Ministeriums (mit Ausnahme des Kriegsministers Prott, der einem solchen Coup nie gegen seinen König und Herrn beitreten würde) vorgetragen, jedoch die Antwort und Beantwortung, die ein solchen Begehren verdient, gefunden. Graf Bennigsen soll nochmals zum zweiten Mal wagen, ein Minister bleiben zu wollen unter Vorschrift von Bedingungen, die einen moralischen Todschlag gegen den Thron involvirten. Denn wenn die Diener der Krone ihren König und Herrn nöthigen wollen, die Ausübung seiner konstitutionsmäßigen Rechte theilweise dahin, daß die Hrn. Minister ihnen Antworten, wie sie der Verfasser eines moralischen Todschlags gegen die Krone vorhanden. Nie, nie darf der König seinen Ministern solchen Versuch gestatten! Wir hoffen, die Gewißheit zu haben, daß Se. Maj. dem Grafen Bennigsen die verdiente Begegnung dabei angedeihen lassen.

Berlin, 29. Okt. Das „Corresp.-Bureau" sagt: Nach einer Mittheilung, welche hier in gut unterrichteten Kreisen circulirt, soll der Inhalt der von Preußen in Warschau gemachten Propositionen zur Herbeiführung einer Einigung mit Oesterreich im Wesentlichen auf folgende Punkte hinauslaufen: Aufgeben der Union und Theilnahme an freien Conferenzen unter vollständiger Gleichberechtigung beider Mächte; einer Einsetzung einer Commission zur Beilegung der Differenzen in Schleswig-Holstein und Hessen.

Berlin, 26. Okt. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so steht, trotz den Gegenversicherungen der officiellen Presse, eine Ministerkrisis in Aussicht. In unterrichteten Kreisen gewinnt diese Ansicht täglich mehr an Gewicht und Wahrscheinlichkeit. Es ist weiterhin gegründet, daß zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Innern schon zur Zeit des Erfurter Parlaments hinsichtlich der Aufrechthaltung der Union Meinungsverschiedenheit obwaltete und Herr v. Radowitz damals die Ansichten des Grafen Brandenburg theilte, an der Union festzuhalten. Es ist ferner gegenwärtig, daß zwischen dem Herrn von Radowitz und Hrn. v. Manteuffel in dem Ministerrathe andauernde entschiedene Differenzen stattfinden und in der nächsten Umgebung des Königs keine Sympathien für Ersteren zur Geltung kommen. (L. Z.)

England.

London, 19. Okt. Es ist eine bekannte Sache, daß die „Times," so besonnen und richtig sie vielfach in politischen Fragen urtheilen, an Beschränktheit und Perfidie Alles hinter sich zurücklassen, sobald ihre Vorurtheile gegen das arme Irland oder gegen den Katholicismus ins Spiel kommen. Ihr heutiger Leitartikel über Kardinal Wiseman übertrifft beinahe alles Bisherige. Wiseman selbst gibt der Verfasser desselben das Zeugniß, er sei „eins der gelehrtesten und fähigsten Mitglieder der römisch-katholischen Priesterschaft in England"; gegen seine Ernennung zum Kardinal hat er auch nichts einzuwenden, und erinnert ihn nur daran, daß England seine Würde anerkennt, welche einem Engländer ohne ausdrückliche Ertaubniß der Königin von einem „fremden Hofe" übertragen wird. Aber seine ganze Wuth läßt er an der Wiseman gleichzeitig übertragenen Würde eines „Erzbischofs von Westminster" aus. Westminster ist so „der Sitz des Hofes und des Parlaments von England," an seinen Namen knüpfen sich die ruhmreichsten Erinnerungen der englischen Geschichte; dort sind die „Gräber unserer Staatsmänner, unserer Kriegshelden und unserer Könige," — und ein römischer Priester will einen Erzbischof von Westminster ernennt! Das ist in That und Wahrheit „einer der größten Aktes von Thorheit und Impertinenz, welche der römische Hof je begangen, seit die Krone und das Volk von England sein Joch abgeschüttelt haben!" Nebenbei wird der heilige Vater auch belehrt, daß Westminster nie in alten Zeiten ein Bisthum, sondern nur ein Kloster gewesen ist; daß nur Heinrich VIII. einmal einen Bischof von Westminster ernannt hat, und daß er sich also hierbei einen schismatischen König zum Vorbilde genommen. Daß der heilige Vater diesen Schritt bloß darum gethan, um englische Katholiken zu Verrägern gegen ihn, namentlich für die Weigerung Palmerston's, den englischen Konsul Freeborn zu Rom abzuberufen, zu strafen, das kennt man auch an der „Times" unglaublich vor. Sie tröstet sich endlich damit, „die Gesetze des Landes würden diesen Akt nie anerkennen, und die öffentliche Meinung werde ihn verfluchen und desavouiren, wenn es Seine Gnaden der Titular-Erzbischof von Westminster für gut befinden sollte, seine Diözese zu betreten."

London, 24. Okt. Rußland und Frankreich haben also den ersten ernsten Schritt gethan, dem von den drei Mächten unterzeichneten Londoner Protokoll Geltung zu verschaffen: sie haben England eingeladen, mit ihnen zu Preußen die peremptorische Aufforderung zu stellen, im Widerspruch zu dem mit Dänemark abgeschlossenen Friedensvertrag nicht länger den Krieg in den Herzogthümern Schleswig-Holstein zu begünstigen, widrigenfalls Frankreich an den Rhein u. Rußland in Schlesien einrücken werde. Das britische Ministerium hat dieses wichtigen Gegenstand gestern in einem Cabinetsrath in Berathung gezogen u. durch die „Times" haben wir zuerst von dieser neuen bedeutenden Verwicklung erfahren. Es scheint, die britische Regierung habe anstatt dieser kriegerischen Maßnahmen vorgeschlagen, jede der drei Mächte solle sie sich eine ernstliche Vorstellung an die preußische Regierung ergehen lassen. (F. C.-P.-A.-B.)

Schwyz, 17. Okt. Die heutige „Schwyzer Zeitung" enthält über die jüngsten Freiburger Ereignisse unter der Aufschrift: „Freiburger Allarm" folgenden Artikel: „Der nächtliche sinn- und thatlose Spaziergang der Bauern von Remund nach der Stadt Freiburg war so recht wiltkommenes Wasser auf die Mühle jener Heuchlerpresse, welche die Volksmeinung von Freiburg so gerne ungehört seit vielen Jahre verläumdet, um dadurch nicht das Sittengericht der öffentlichen Meinung. Jetzt meint sie ein Hackein gefunden zu haben, an dem sie sich gegenüber dem Benehmen des freiburgischen Volkes festhalten könne, und die Freude darob schaut ihr aus allen Falten heraus. Diese gnädigen Herren und Obern schreien, was sie allfällig zur Erklärung der Unruhen und der 17000 Burger des Kantons Freiburg thun wirden, nur als Auswuß ihrer Huld und Gnade anzusehen und halten daher jetzt dafür, durch den Baurenaufzug von Remund sei ihre hochmögende Huld und Gnade verwirrt worden. Eine derartige Handlungsweise paßt zum Gebiete des Rechts wie der Politik verurtheilt sich selbst. Die hunderttausend Freiburger Bauern von Remund, oder seien es auch dreihundert gewesen, wie die höchsten und daher wohl übertriebenen Angaben besagen, sind nicht das ganze Freiburger Volk, und sind nicht die 17,000 ehrenwerthen Bürger, welche die ihnen feierlich gewährleistete, aber gewaltsam vorenthaltene Volkssouveränetät zurückverlangen. Und jetzt sollen 17,000 entgelten, was ein paar Hunderte verschuldet haben mogen?! Schöne Gerechtigkeit, saubere Konsequenz! „Das Geschrei

von „Rebellion“ und „Rebellen“ endlich, daß mit so häßlicher Ostentation von jener Seite erhoben wird, welche zu unbedenklich ist, die Lüge des Aufruhres geschwungen, oder wenigstens mit Nachsicht geschützt hat — ist fürwahr keiner weitern Beachtung werth. Barer Ekel befällt Einen, wenn man solche Dinge liest und hört. Vollends der Cynismus der Freiburger Regierung, die in ihrem Bericht an den großen Rath noch gestern Gräuel der Entmündung wider den Versuch einer Empörung zu manifestiren weiß, während sie selbst nur in Folge einer Rebellion, und zwar der unerhörten Rebellion ohne Volk besteht. Das hat noch gefehlt, um dieses Regiment noch mehr der Achtung gesinnter Menschen zu entkleiden! Darf ein solches Organ der radikalen Partei leugnen, daß diese einen einzigen Tag saumen würde, eine ihr mißliebige Regierung, die sich einer radikalen Volksmehrheit aufzuwängt hatte, wegzupurschen?! Wie konnte sich diese Partei einer solchen Enthaltsamkeit rühmen wollen, so sie zu irgendwelchen schon des Aufruhrs sich bedient, um eine Minderheit zur Beherrscherin der Mehrheit zu machen?! Nach wie vor verlangen wir das das Volk von Freiburg Schutz für seine heiligen unveräußerlichen Rechte. Das zu gewähren ist Pflicht der eidg. Bundesbehörden. Kommt dem Volke von Freiburg endlich Gerechtigkeit, so wird es auch seine Ruhe, seine Zufriedenheit, sein Glück wieder finden. Möge es inzwischen in starker Geduld ausharren und sich jedes Versuches gewaltthätiger Selbsthilfe sorgfältig enthalten, nicht als ob es dazu gegenüber einem durch und durch pflichtvergessenen Regimente nicht vollständig berechtigt wäre, sondern weil es durch ruhige Ausdauer sicherer an sein Ziel gelangen wird und weil, wenn es den angestrebten Zweck auch vermittelst Anwendung von Gewalt erreichen würde, sein Sieg leicht zu theuer erkauft sein möchte.“

Neuestes.

* Würzburg, 29. Okt. So eben rücken zwei Infanteriebataillone hier ein; das 1. Bataillon des 6. Regiments wird bis morgen früh 5 Uhr hier verweilen, dagegen das 2. Bataillon des 4. Regiments heute Mittag nach Darmstadt abgehen nach Abschaffenburg befördert werden.

Nürnberg, 28. Okt. Heute sind 8 Eskadron Kürassiere von München re. hier angekommen.

Nürnberg, 28. Okt. Gestern Nachmittag 3 Uhr, kam abermals ein 32 Wagen zählendes Konvoi mit Artillerie nebst Mannschaft und Pferden auf der Eisenbahn von München hier an und fuhr alsbald nach Bamberg weiter.

Fürth, 25. Okt. Von dem in Tyrol liegenden Oesterreichischen Militär haben zwei Brigaden den Befehl erhalten, bei nun 29 d. Mts. sich marschfertig zu halten. Sie sollen durch Bayern vorerst bis Aschaffenburg rücken und den Succurs bilden für die vort aufgestellten bayerischen Truppen. (A. Z.)

‖ Aschaffenburg, 27. Okt. Heute Nachm. hat sich der beim hiesigen Hauptquartier kommandirte Regiments- und fungirende Brigadearzt Dr. k. k. Chev.-Regiments Tanz, Ritz, in seinem Zimmer im Gasthof zum Freihof mit einem Rasirmesser den Hals abgeschnitten. Eine Herzkrankheit und hiedurch entstandenen Melancholie soll Ursache dieses Selbstmordes sein.

„ Aus der bayerischen Rheinpfalz. Unsere Mostherbe sind bereits um 25 pCt. gefallen, so, daß das Fuder um 28 fl. verkauft wird.

Frankfurt, 27. Okt. Schon gestern wurde in militärischen Kreisen bekannt, daß der allgemein verehrte Obercommandant der gesammten in der hiesigen Stadt stehenden Truppen, der k. k. österreichische F.M.L. Baron v. Schirnding abberufen sei und durch den k. k. österreichischen F.M.L. Graben Leiningen-Westerburg ersetzt werde. Heute vernehmen wir, daß der Graf Leiningen bereits angekommen ist und sofort das Commando übernommen hat, was ungefähr durch einen Tagesbefehl der Truppen bekannt gegeben worden ist.

Frankfurt, 28. Okt. Unser der ersten Armee, unter dem Befehle des F.Z.M. Grafen Wratislow, haben, wie man so eben erfährt, das 7. Armeecorps, unter F.M.L. v. Appell in Bologna und das 9. Armeecorps, unter F.M.L. Grafen Schaffgotsch in Görz, Marschbefehl erhalten. Die Brigaden der Generalmajore v. Handel, v. Neischach, v. Corsinti sollen sogleich auf der Lombardei und Venezig nach Tirol aufbrechen. Das Hauptquartier der ersten Armee soll von Wien nach Böhmen (vermuthlich nach Prag) verlegt werden. (Fr. P.-Z.)

Frankfurt, 28. Okt. In dem ultraliberalen Londoner Blatt „Daily News“ finden wir in dessen neuester Nummer einige Angaben über den Congreß zu Bregenz, wie mit solcher Bestimmtheit bisher noch von keinem deutschen Blatt mitgetheilt worden sind. Demnach wäre der Gegenstand der Berathungen in Bregenz, welchen auch der russische Staatsminister Graf Nesselrode anwohnte, die Frage gewesen, auf welche Weise die Stöße zu überwältigen sei, welche Preußen dem sasschen Constitutionalismus, besonders in Hessen-Kassel, leihe. Dieser Vorhaben auszusetzen, hätten die Monarchen ein Protokoll unterzeichnet, und von dem Grafen Nesselrode als dem Vertreter des Kaisers von Rußland sei dasselbe gebilligt und gegengezeichnet worden, in welchem sich jene verpflichten, eine Armee von 200,000 Mann wohl zu machen, von welchen Oesterreich 150,000 Mann und den Rest die übrigen Monarchen zu stellen hatten. Diese Armee solle der Bundesversammlung in Frankfurt zur Verfügung gestellt werden, um deren Beschlüsse zu vollziehen. In der weitern Ausführung des Artikels wird darzuthun gesucht, daß mit diesem Resultat des Congresses zu Bregenz auch die bisherige Haltung zusammenhänge, welche Frankreich und Rußland, Preußen gegenüber, in der deutsch-dänischen Frage eingenommen haben. Es gelte, Preußen zur Anerkennung der Bundesverfassung zu nöthigen.

△ Aus Baden, 26. Okt. In den mehreren badischen Blättern nach dem „Frankf. Journal“ gebrachte Mittheilung von der erfolgten Anwerbung Fillers nach Amerika, entbehrt allen Grundes. Filler dränket sich, wie wir auf genaue Erkundigung erfahren haben, noch in der Schweiz und führt einen fremden Namen, unsere preiz Kammer hat in ihrer 38. öffentlichen Sitzung das Jagdgesetz, mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

△ Karlsruhe, 26. Okt. Ja der heutigen Sitzung der 2. Kammer wurde das Gesetz über die Aufhebung der besseren Gerichtsstände nach den Vorschlägen der 1. Kammer einstimmig angenommen.

„ Karlsruhe, 26. Okt. Seit einiger Zeit bemerkt man an unserm Hofe eine immer größere antiprussische Stimmung, die seit der Auflehnung des Prinzen Friedrich von Hessen noch zunehmen scheint. Die Ursache dieser Erscheinung ist nicht genau bekannt, doch wird sie einerseits von einem Ministerwechsel. Die österreichische Partei gewinnt immer mehr Einfluß.

Heidelberg, 26. Okt. Hofrath Zepf hat heute, bei der Wiedereröffnung seiner Vorlesungen, erklärt, daß sie in der „Oberpfalz-Zeitung“ vom 23. d. M. enthaltene Nachricht von seiner Berufung nach München eine allen Grundes entbehrende Unwahrheit, sodann die in dem „Frankf. Journal“ vom 24. d. M. in einem angeblich aus Franken eingesandten Artikel gemachte Unterstellung, daß er, ein badischer Staatsdiener, die Spottschrift in der Sache im Interesse der Krone Bayerns bearbeite, eine niedertrachtige Verleumdung sei. Wer mit den neuesten Vorgängen in Baden bekannt ist, kann über den Grund und Zweck solcher Verdächtigungen nicht im Zweifel sein.

In Ulm soll vom nächsten Jahre an eine „Oberschwäbische Zeitung“ mit demokratischer Tendenz, unter Redaktion des bisherigen Schnellpost-Sezger und dem Protektorate des Hrn. Fürsten Zeil, gegründet werden. Wie Sezger und Zeil zu einem Zeitungsunternehmen sich vereinigen können, ist nur Denen klar, welche überzeugt sind, daß Sezger dem Manne seinen Hochachtung an ein Prinzip ist, denn sonst wäre ein übereinstimmendes Wirken dieser beiden Männer nicht denkbar. Der Fürst, einer streng katholischen Richtung zugethan, und Sezger der Beschürger des Deutschkatholizismus! Muß mit drehsaab an seinen Beifand dieser Blätter glauben, wenn er sich überhaupt zu Stande kommt. Ueberhaupt, meint man, werde der demokratische Schwindel des hocharistokratischen Herrn Fürsten nicht allzu lange anhalten, namentlich wenn er sieht, daß es ihm nicht gelingen wird, eine Mehrheitsung Derjenigen herbeizuführen, die er als Steinadelichen anfieht, und welchen untergeordnet zu sein er nicht verschmerzen kann. Ob er aber nicht dennoch jetzt schon wieder eingelenkt hätte, nachdem er in der Paulskirche zu weit links sich verirrt hatte, wenn man nachher seinem Treiben gar keine Aufmerksamkeit geschenkt hätte, läßt sich wohl vermuthen, aber nicht mit Bestimmtheit behaupten.

Eisenach, 26. Okt. Von einem nach der „Krenzzeitung“ bereits ertheilten Befehle, die Bayern, falls sie die hessische Grenze überschreiten sollten, zurückzuweisen, ist den in unserer Gegend stationirten Truppen Nichts bekannt, überhaupt nichts von ihrer eigentlichen Bestimmung.

Kassel, 27. Okt. Major v. Voigt Rheetz, welcher sich längere Zeit hier aufgehalten hat, und dessen Einstafferungen das bedauerliche Verhalten unserer Offiziere allgemein beigemessen wird, soll bei dem Corps der Truppen des Generals v. Gröben an unserer Grenze gegen Thüringen, Chef des Generalstabs geworden sein. Die Zahl unserer Offiziere, die ihre Entlassung einzeln nicht mehr einreichen werden, beläuft sich, wie ich höre, auf etwa 70. (K. J.)

T. D. Kassel, 28. Okt. Sämmtliche hiesige Regimenter haben verwichene Nacht Ordre erhalten, in die Provinz Hanau aufzubrechen und sind bereits zum größten Theil abmarschirt. Nur das Schützenbataillon bleibt einstweilen zur Bewachung des Zeughauses und des Kastells, hat jedoch Anweisung, sich den Einrichtungen fremder Truppen als abgelöst zu betrachten. — Oetker wurde heute Vormittag seiner Haft entlassen. (K. J.)

Köln, 25. Okt. Sechs Irsulten-Patres sind zur Abhaltung der Mission bereits hier eingetroffen. Die Herrn PP. Rob. Hafstacher und Jos. Klingelsuffen sind den 20. Juni, die PP. Moser, Ketterer und Willmers der St Severinskirche zugetheilt. In beiden Kirchen wird morgen, sowie am Allerheiligenfeste und an den beiden folgenden Sonntagen um 9 Uhr Predigt sein, wonach das Hochamt folgt; um Donnerstag morgen der hochwürdige Hr. Weihbischof Baudri und am Allerheiligenfeste Se. Eminenz der Hr. Kardinal Erzbischof von Geissel celebriren. An allen dazwischen liegenden Wochentagen sind in jeder der genannten Kirchen drei Predigten, Morgens um 8 Uhr, Nachmittags um 2½ Uhr und Abends um 6½ Uhr. (K. Z.)

§ Dresden, 24. Okt. Unterm Heutigen wurde von der hiesigen Kreis-Direktion das Verbot des fernern Betriebes der in Frankfurt a. M. erscheinenden „Neuen Deutschen Zeitung“ verfügt.

Dresden, 25. Okt. Es ist ein Befehl erlassen: kein Militär mehr auf die Verfassung zu beeidigen. (A. Z.)

Dresden 27. Okt. Nach einem Kriegsministerialbefehl hört das Tragen der deutschen Cocarde in unserer Armee auf.

Kiel, 25. Okt. In der gestrigen Versammlung der Inhaber adeliger Güter, die aber nicht sehr stark war, ist beschlossen worden, daß die Versammlung ohne friedlichen Gesinnungen in Form einer Declaration den deutschen Regierungen kundgeben wolle. Die Versammlung war convocirt vom Grafen Moltke-Grünholz, als ersten Prälaten der Ritterschaft. — Wie wir aus guter Quelle vernehmen, hat die Stattshalterschaft beschlossen, auf den Antrag der Landesversammlung wegen Amnestirung der politischen Verbrecher in der Ab-

gemeinheit, wie er geflellt worden, nicht hinzuleiten, sondern bei jedem einzelnen Fall, sobald er rechtskräftig entschieden ist, die Exemplifikation dem Erwägung zu ziehen.

Oldenburg, 22. Okt. Dem Auflösungspatente ist heute der Landtagsabschied gefolgt.

Wien, 24. Okt. In Folge der letzten Depeschen aus Berlin haben, wie der „Neuen Preß Zeitung" geschrieben wird, Ministerconferenzen Rathgeschlagen, welche eine Concentrirung der Armee bis Läufig 150,000 Mann nach sich zogen. Um Wien herum werden beiläufig 60,000 Mann concentrirt, wozu die Marschordres sowohl an die ungarischen als auch an die italienischen Regimenter bereits abgegangen sind. (L. D.-Z.)

Wien, 24. Okt. Die Oester. Korr. schreibt: „In gut unterrichteten Kreisen wird erzählt, daß Se. Maj. unser ritterlicher Kaiser beabsichtigt als Oberbefehlshaber an die Spitze der Bundesarmee treten dürfte. Ohne der Diskretion, welche wir uns bei der Erwähnung militärischer Bewegungen zur Pflicht gemacht haben, nahe zu treten, können wir melden, daß eine hoch imposante Aufstellung projektirt ist, zu welchem Behufe auch ein Theil der herrlichen italienischen Armee hieher soll. Die Zahl der jetzt bereit stehenden Infanteriebataillons allein wird auf 90—100 angeschlagen."

In Wien wurde vor einigen Tagen ein Mädchen geboren, dem die Nirnschale und das Gehirn fehlen, und durch eine plattgedrückte Fleischmasse ersetzt sind. Das Kind lebt noch und es hat diese Erscheinung die Aufmerksamkeit der Aerzte in wissenschaftlicher Beziehung auf sich gezogen.

Triest, 21. Okt. Sämmtliche im hiesigen Hafen liegende Kriegsschiffe haben die Weisung bekommen, sich segelfertig zu halten. Einige derselben sind bereits abgegangen.

Berlin, 26. Okt. Auch ein Theil der hiesigen Garderegimenter hat jetzt Order erhalten, sich marschfertig zu halten, um nach 2. Garbe-Brieg, 21. Okt. Sämmtliche im hiesigen Hafen liegende Kriegsschiffe haben die Weisung bekommen, sich segelfertig zu halten. Einige derselben sind bereits abgegangen.

Berlin, 26. Okt. Auch ein Theil der hiesigen Garderegimenter hat jetzt Order erhalten, sich marschfertig zu halten, um nach 2. Garbe-Brieg zu marschiren. Ferner sind Reserven einzuziehen. — Die „Deutsche Wehrzeitung" berichtet, daß der Fürst Paskewitsch den Offizieren des 1. preußischen Infanterieregiments, zu dessen Chef er ernannt worden, in Warschau ein Festmahl von 150 Gedecken gegeben, bei welchem der Kaiser von Rußland folgenden Trinkspruch ausgebracht: „Unsern alten Waffengefährten. Könnte diese Brüderschaft immer dauern!"

Paris, 23. Okt. Der „Charivari" bringt einen witzigen Artikel über Persigny. Kaum ist der arme Mann aus dem Postwagen gestiegen, sagt das boshafte Blatt, saum hat er Zeit gehabt, bei Frères provenceaux zu sprechen und in der Oper zu gehen, so gerath d'Hautpoul in Verzweiflung. Wo ist Persigny? ich will Persigny, man bringe mir ihn todt oder lebendig. „Sie müssen sogleich nach Berlin, fährt d'Hautpoul ihn an, sobald er ihn erblickt; man will zu Berlin dumme Streiche machen; reden sie den Leuten in's Gewissen, ꝛc."

Paris, 26. Okt. Ueber die Haltung, welche die ganze legitimistische Partei in der Provocationsfrage einhalten wird, kann ich Ihnen mit Bestimmtheit melden, daß dieselbe vereint mit der gesammten Linken eine entschieden feindliche sein wird. Es ist das keine aus ihren Organen abstrahirte Voraussetzung, sondern eine gewisser Massen moralisch vollbrachte Thatsache, indem man allen Mitgliedern der Partei durch vertrauliche Cirkular-Schreiben des Regenschaftsrathes, der nun in Wiesbaden den ernannte Commission gelaust hat, ihr „Ehrenwort" abverlangt hat, gegen jede Verlängerung der Gewalt des Prinzen Ludwig Bonaparte zu stimmen, und die meisten das „Ehrenwort" an die Commission bereits eingeschickt haben.

** Straßburg, 25. Okt. Gestern brach in den Gebäulichkeiten der Paris-Straßburger Eisenbahn Feuer aus, das, obschon bald gelöscht, doch nicht unbedeutenden Schaden verursachte.

Luzern. Der Regierungsrath hat einen Gesetzesvorschlag über Niederlassung der Juden vorgelegt, wonach denselben die bleibende Niederlassung gänzlich verboten, den Besuch von Märkten und Messen nur unter besonderer Erlaubniß des Regierungsrathes gestattet ist.

Lissabon, 12. Okt. Heute Abend 5 Uhr starb der Herzog von Palmella, als einer der ersten Staatsmänner Portugals bekannt.

Lissabon, 12. Okt. Die Lorberen, die Vicecount Palmerston jüngst gepflückt an den Küsten Griechenlands, scheinen ihm keine Ruhe zu lassen; er rührt sich zu einer neuen Aernte an der Tajomündung. Die portugiesische Regierung befindet sich in diesem Augenblick ganz in derselben Lage, wie jüngst König Otto, sie hat eine englische Execution in Aussicht, hier wie in Griechenland dieselbe Ungerechtigkeit, derselbe Geist der Chicane in den Reclamationen, derselbe Mißbrauch des Rechtes des Stärkern. Englands stellt vier Forderungen; die beiden ersten sind nicht von Belang, Exportzölle auf und eine Erbschaft betreffend. Die beiden letzteren aber zeigen recht klar, wie Lord Palmerston die Lehre von der Verbindlichkeit (Solidarität) der Regierungen versteht. Ein britischer Viceconsul zu Villa-Real de Santo-Antonio, Louis Cassian, verlangt von der portugiesischen Regierung unter verschiedenen Titeln Entschädigung für ihm zugefügten Schaden. Dieser Schaden aber ist ihm während der Revolution zugefügt worden. Es ist das dieselbe Geschichte, wie bei der Entschädigung, die Palmerston für die brasischen Kaufleute in Livorno verlangte, die ihm aber nicht gezahlt wurde, weil Oesterreich, Preußen, Rußland und sehr wohlweislich auch Frankreich sich dieser Zahlung auf das Energischste widersetzten. Ebenso wie nun eine Macht finden, die Portugal gegen „seinen ältesten und getreuesten Alliirten", wie sich England gern nennt, in Schutz nimmt. Die zweite Reklamation betrifft sich auf einen Arzt Kallay, der zugleich Missionair war und durch seine Predigten große Aufregung auf den canarischen Inseln erregte. Da die katholische die anerkannte Staatsreligion Portugals ist, so mußte die Regierung gegen ihn einschreiten; er verlangt nun eine ungeheure Entschädigung und der edle Viscount wird sie für ihn erpressen.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 28. Oktober 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1131	1139
„ 5% Metallique	76½	76⅞
„ 4%	59⅞	60
„ 3%	44⅝	45⅛
„ 2½%	40¼	40⅝
„ 4½% Bethmann	—	72⅞
„ 4%	—	63⅛
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	94½	95½
„ „ 500 „ „ 1835.	154½	155½
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	81⅞	82⅝
„ Ztbl. 50 Prämien Scheine.	112	—
Bayern 3½% Obligationen	88	88½
„ 4%	88⅝	89
„ 5%	100⅜	100⅞
Würtemberg 3½%	82⅛	83⅛
„ 4½%	98½	98⅞
Baden 3½%	81½	82
„ fl. 35 Loose	32½	32½
„ „ 50 „	52⅝	53⅛
Nassau fl. 25 „	26	26¼
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	76½	76⅞
„ „ „ 25 „	28½	28⅝
Polen fl. 300 „	135½	—
Sachsen Loose Nro. 36	33⅜	33⅝

Gold- und Silber-Sorten.

	fl.	kr.
Neue Louisd'or	11	5
Friedrichsd'or	9	41½
Dukaten	5	36
20 Frank-Stücke	9	28
Holländische 10 fl. Stücke	9	40½
Preußische Thaler	1	45½
5 Frank-Thaler	2	21

Bekanntmachung.

Zur Ergänzung der abgängigen Pferde wird durch eine Kommission des kgl. 2. Artillerieregiments (vacant Zoller) dahier eine ziemliche Anzahl militärdienstfähiger Pferde inländischer Zucht aus freier Hand angekauft.

Es werden daher die Inhaber tauglicher und fehlerfreier Pferde eingeladen, dieselben in dem Hofe der alten Kaserne und zwar von Mittwoch, den 30. bs. anfangend täglich von 8 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 4 Uhr Nachmittags zur Musterung vorzuführen, wobei bemerkt wird, daß die Pferde wenigstens 4½ und nicht über 7½ Zoll alt sein dürfen.

Würzburg, den 26. Okt. 1850.

Edictalladung.

Nachdem gegen den fürstl. Thurn und Taxisschen Forstgehilfen Richard Burger von Balmertshofen, gegenwärtig zu Trautkirchen, unterm 15. Juli d. Js. der Universalconkurs erkannt worden und dieses Erkenntniß die Rechtskraft beschritten hat, werden solgende Edittage festgesetzt:

I. Zur Anmeldung der Forderungen, zu deren Nachweisung und zur Geltendmachung der Vorzugsrechte

Mittwoch der 20. November 1850.

II. Zur Vorbringung von Einreden, sowohl gegen die Richtigkeit der angemeldeten Forderungen als auch gegen die in Anspruch genommenen Vorzugsrechte, dann zur Schlußhandlung

Mittwoch der 18. Dezember 1850.

Alle Diejenigen, welche gegen den Forstgehilfen Burger aus was immer für einem Grunde eine rechtliche Forderung haben, werden andurch aufgefordert, an den bezeichneten Terminen entweder persönlich oder durch einen Rechtsanwalt hierorts zu erscheinen, auch die nothwendigen Handlungen vorzunehmen, — und zwar unter dem Nachtheile, daß das Nichterscheinen am ersten Edikttage den Ausschluß der Forderung, das Nichterscheinen am zweiten Edikttage den Ausschluß der treffenden Handlungen zur rechtlichen Folge hat.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche etwas von dem Vermögen des Gemeinschuldners in Handen haben, aufgefordert, solches bei Vermeidung doppelten Ersatzes dem Gerichte zu übergeben und wird der Glaubigerschaft noch eröffnet, daß zur Zeit außer den monatlichen Besoldungsabzügen des Forstgehilfen Burger im Betrage von 4 fl. Zahlungsmittel nicht bekannt sind.

Sulzheim, 30. Sept. 1850.

Kgl. Gerichts- und Polizei-Behörde.
Ley.
Tricher.

Theater-Anzeige.

Mittwoch den 30. Okt. 1850.
Das Glas Wasser,
oder:
Ursachen und Wirkungen.
Politisches Intriguen-Lustspiel in 5 Akten von Scribe, übersetzt von A. Cosmar.

Fremden-Anzeige.

Den 28. Oktober 1850.

Adler. Köppel Oberl. v. Amberg. Kfte. Böttler v. Mainz. Keller v. Bremen. Rehnagel v. Nürnberg. Privatier. Prevorlost v. Mainz. Lottmann v. Bremen.

Krone. Gras v. Wilnis. Graf Rechbern Limpurg v. Holland. Graf Rechbern Limpurg Gaber v. Ansbach. Oberjäckl Unteraspetheter v. Ansbach. Troyman Reg. Kathier v. Regensburg.

Schwan. Schmitt Baumeister b. Sendelbach. Friedlieb Kand. med. v. Weissenhain. Gottlieb Kand. med. v. Holland. Kfte. Singer v. Prag. Fürner v. Hof.

Mittelst. Hof. Angel, Privatier mit Sohn v. Aschaffenburg. Kaufl.: Philippi v. Oger. Liebold v. Reichenburg. Unger v. Schweinfurt. Werner, Fabrikant v. Bamberg. Adam Schulz v. L. Degler v. Regensburg.

Würtemb. Hof. Jung, Student v. Landau. Kaufl.: Schmitz v. Grevenbroich. Marx v. Mannheim. Bander v. Kitzingen. Frost, Detter v. Nürnberg. Böhm, Student v. Bamberg. Boerts, Student v. Würzburg.

Druck von Joseph Stelz in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlig für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schmalkasse 2. Distr. Nr. 333.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 260. Würzburg, Mittwoch den 30. Oktober. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 28. Okt. Se. Maj. der König haben Sich unterm 22. Okt. allergnädigst bewogen gefunden den gepruften Rechtspraktikanten Franz Bortholme aus Königshofen zum zweiten Assessor des Landgerichts Marktheidenfeld zu ernennen; dem Landgerichte Alzenau einen Aktuar extra statum beizugeben und diese Stelle dem gepruften Rechtspraktikanten Max Bauer aus Baiburgen, dermalen in Aschaffenburg zu verleihen.

Würzburg, 30. Okt. Das erledigte Landgerichtsphysikat Bischofsheim wurde dem prakt. Arzte Dr. Franz Bauer in Lohr verliehen, und die Resignation des Priesters Mathäus Stäblein auf die katholische Pfarrkuratie Homburg, Bezg. Marktheidenfeld, genehmigt.

Communismus.

Kaum wird man es glauben, wenn man es liest, wie weit schon in der ersten Revolution die communistische Theorie gediehen war. Man leugnete ohne Bedenken alle Resultate der früheren Geschichte, ja das Bedürfniß einer solchen Geschichte selbst. „Die Menschheit ist urkräftig, sie vermag ohne Schwierigkeiten durch eigenes inneres Leben alle jene Entwicklungen und Errungenschaften zu erfegen, die wir in schwadsinnigem Glauben sur nothwendig halten, weit wir nicht wagen, eine andere Gestalt der Gesellschaft und wahrhaft auszudenken. Daher keine Regierung, kein Staat, keine Wissenschaft, kein Eigenthum mehr; die Städte mußen zerstört, die Künste verlassen, die höhere Bildung unmoglich gemacht, die Schriftstellerei abgeschafft, die besondere Erziehung aufgehoben werden. Stände, Beamte, Künstler, Gelehrte, Besitzer, — Alles wird nivellirt.“ „Die Mitglieder des Comite,“ sagt Buonarotti, „überzeugt, daß nichts einer Nation unwichtiger ist, als zu glänzen und von sich reden zu machen, wollten der falschen Wissenschaft allen Vorwand nehmen, sich der gemeinschaftlichen Pflichten zu entziehen und dem individuellen Trieb ein anderes Glück zu bereiten, als das der Gesellschaft. Sie waren sehr entschieden, alle theologischen Dissinsionen von vorn herein zu vernichten, und begriffen, daß das Aufhören der Gehalte und bald besteht haben würde von der Manie, Schongeisterei zu zeigen und Bücher zu machen.“ „Da die Landwirthschaft und die nothwendigsten fertigkeiten den wahren Ernahrerinnen der Gesellschaft sind,“ fahrt er an einer andern Stelle fort, „so sind die Menschen nach dem Gesetze der Natur berufen, sie zu üben. Das Dasein der grosen Stadte ist ein Zeichen der Krankheit des öffentlichen Lebens; je bevölkerter eine Stadt ist, desto grosere Anzahl sieht man von Bedienten, sittenlosen Frauen, verhungerten Schriftstellern, Dichtern, Musikern, Malern, Schongeistern, Schauspielern, Tänzern, Priestern, Dieben und Bänkelsangern aller Art.“ Es versteht sich von selbst, daß man über die Gemeinsamkeit der Güter vollkommen einig war; dennoch sagte der Reß gefunden Menschenverstand des diesem Comite, daß auch durch die absoluteste Gütergemeinschaft zwar materieller Communismus, aber nicht geistige Gleichheit geschaffen werde. Dieß hält Babeuf an, der Urheber der Freiheit und Gleichheit seinen Augenblick an, an die heiligsten, unantastbarsten Rechte; ja, an die absolute Bedingung des Daseins der Menschen Hand zu legen; es soll keine durch Kenntniß oder Bildung ausgezeichneten Männer mehr geben, keine Wissenschaft, kein geistiges Leben; und damit diese wahrhaft fürchterliche Gleichheit thatsächlich werde, soll allen Kindern eine gleiche Erziehung gegeben werden, in der Keiner mehr lernen soll, als lesen, schreiben, rechnen, die Geschichte und die Gesetze der Republik, etwas Orthofaxie von derselben, ihre Statistik und ihre natürlichen Erzeugnisse; ja, sie erklaren nach Rousseau's Vorgange, daß die Vervollkommnisse der Wissenschaften und Künste selber an sich ein Uebel sein!

Deutschland.

München, 27. Okt. Hr. Becchini erzählt über den viel besprochenen Vorfall: Vergangenen Freitag wurde ich zu dem Polizeidirektor Graf Reigersberg gerufen, der mir wörtlich Folgendes sagte: „Ich habe Sie vorgeladen, um Sie zu warnen; Sie erklarten sich in jeder Nummer Ihres Blattes „Grobian“ für die sozialle Demokratie, Sie allein regen die Arbeiter bestandig auf, Sie sind Mitglied der Arbeitervereine und der allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung; es ist meine Pflicht und mein Wille und sieht in meiner Machtvollkommenheit, nach einer Verordnung vom Jahr 1815 Leben, der den Frieden der Gemeinde oder den Frieden einer Familie stort, anzuwenden oder in ein Zwangsarbeitshaus schaffen zu lassen, und ich werde Sie nächstens ganz unvermuthet in ein Zwangsarbeitshaus schaffen lassen, wenn Sie so fortfahren, wie bisher, durch die Zeitung, in Wirthshäusern, in Vereinen und Versammlungen Ihre Meinung zu verbreiten. Sie wissen, daß ich der Mann dazu bin.“ Ich wollte hierauf etwas erwidern, doch er ließ mich nicht zu Worte kommen und sagte: „Ich lasse mich mit Ihnen in kein Disputat ein. Sie haben nun meine Meinung gehört, es wird nachster Zeit über Sie kommen.“ Ich verlangte die Warnung schriftlich, er verweigerte mir Dieß mit den Worten: „Ich gebe Ihnen nichts schriftlich, statt schriftlich werde ich Sie holen lassen.“ (Die genannte Verordnung, die jedoch im Jahr 1845, nicht 1815, erschienen ist, spricht von Bettlern, heimathlosen Dirnen, lose Lowerk, Gesindel, liederlichen Dirnen, Personen, die wegen Mangel an Beweisen von der Anklag entlassen sind ꝛc.) Ich verlangte sofort Aufklarung bei dem Minister Zwehl, zu diesem Kenntniß ich den Vorfall brachte; er erwiderte mir: „Wenden Sie sich zuerst an die Regierung.“ Ich sagte, daß ich Dieß nicht kenne, da ich nichts Schriftliches in Handen habe. „Dann warten Sie ab, bis die Polizei es thut; die Polizei ist übrigens zu Drohungen berechtigt.“ Berschoni beabsichtigt, den Vorfall sowohl der Kreisregierung als dem Magistrat zur Kenntniß zu bringen.

Bamberg, 28. Okt. Der seit mehreren Tagen dahier vermißte General v. P. wurde gestern Morgens bei Burgebrach von Bauern in einem Sumpfe steckend aufgefunden, wohin sich derselbe in einem Anfalle von Gemüthskrankheit verirrt haben mag. Derselbe war noch lebend, jedoch von den nothigsten Kleidungsstucken entblößt, und nur der zufalligen Erkennung durch einen Durchreisenden war es zu verdanken, daß Hr. v. P., der sich nicht zu legitimieren vermochte und durch seine Reden seinen getrübten Gemüthszustand fortwährend verrieth, nicht auf die bei solchen Auffindungen herkommliche Weise hieher transportirt wurde. (N. Corresp.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 27. Okt. Gestern Abend sind 52 Abschiete von Wilhelmsbad hier angekommen für diejenigen Offiziere, welche man zuerst entfernen wollte. Die übrigen wollte man noch ihm Dienst festhalten. (N. H. Z.)

Kassel, 28. Okt. Nachrichten aus Eisenach besagen, daß das in Weglar gestandene preußische Corps auf Thuringischen Boden angekommen sei, und sich dort mit dem aus Erfurt gekommenen vereinigt habe. Die Stimmung der kurhessischen Soldaten ist eine gedrückte, aber rühmend muß erwahnt werden, daß die Disciplin in musterhafter Weise aufrecht erhalten wurde. Ein Theil unserer Bsborden hat die Wahlen für den nachsten Landtag ausgeschrieben, und hie und da werden sie auch vorgenommen, trotzdem, daß die Landesregierung hierüber nichts verlaut hat. Man sieht darauf, daß die Wiedrspanstigkeit unserer Beamtenoligarchie noch die alte ist, und daß sie jetzt formlich Republikchen spielt. (K. Z.)

Fulda, 28. Okt. Zusolge gestern Abend eingetroffener Order von Wilhelmsbad ist so eben 12 Uhr unser Regiment, begleitet von den Offizieren der Burgergarde und einer grosen Volksmenge, welche ihm am Thore der Stadt ein Lebewohl und Hoch zurief, abgezogen. Der Marschbefehl lautet nach Gutdunken, allwo das Weitere erwartet werden soll. Das Regiment muß sammtliche Effekten mitnehmen, nur das Kasernenmventar bleibt zurück. — Unsere Burgergarde hat seit heute des Morgens die Wachen der Stadt bezogen. (Z. Z.)

Bockenheim, 29. Okt. Heute Morgen um 5 Uhr ist, in Folge einer Nacht um 1 Uhr eingetroffenen Estafette, Generalmarsch geschlagen worden. Nachdem die hier in Besatzung stehenden kurhessischen Truppen sich alsbald versammelt hatten, ist denselben verkündet worden, daß Beurlaubungen bis zu 30 Mann per Compagnie eintreten sollen. Die zum Cadre bestimmten 30 Mann sind sofort abgezählt und der Ueberrest der Mannschaft auf Urlaub entlassen worden.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Schleswig-Holstein. Die amtliche Verlustliste der schleswig-holsteinischen Armee in den Gefechten bei Fredrichstadt und Tonning theilt die Namen folgender Bayern mit: Friedrich Tay aus Nurnberg, Schuß durch die Wade; Oberjager Ferdinand Roppelt aus Bamberg vermißt (muthmaßlich todt); Unteroffizier Ludwig Adam aus Pläun-

erg, Schuß durch die Brust; Peter Herfinger aus Baireuth, wernigt; Martin Hölzlein aus Kitzingen, vermißt. Der Oberjager Wilhelm Henke ist seiner Tapferkeit wegen zum Fähndrig befördert worden.

Bonder Niederelbe, 24. Okt. Obgleich die Friedensratifikationen zwischen Preußen (nebst den Limonostaaten) und Dänemark bereits seit mehreren Wochen ausgetauscht sind, ist doch noch eine ganze Reihe von Streitpunkten zwischen Berlin und Kopenhagen zu erledigen. Zum Zwecke dieser Erledigung befindet sich nun Freiherr von Pechlin seit einigen Tagen in Berlin. In erster Reihe wird unter seinen Forderungen die stehen, daß die preußische Regierung die angeblichen Werbungen für das schleswig-holsteinische Heer inhibire und die noch dienstpflichtigen Freiwilligen, die in dasselbe eingetreten, bei Androhung der für Deserteure festgesetzten Strafe zurückberufe. Nachdem durfte es sich um Nachnahme des preußischen Protestes gegen die im Namen des deutschen Bundes von der Bundesversammlung erfolgte Ratifikation des Friedens vom 2. Juli handeln. (Wes.-Z.)

Kiel, 25. Okt. Ueber die Verwaltungsmaßnahmen und Resultate der gestrigen geheimen Sitzung der Ritterschaft und Gutsbesitzer, welche noch Abends spät wieder fortgesetzt wurde, ist bis jetzt wenig im Publikum bekannt geworden. Die Convocation war von dem Grafen Magnus von Moltke von Grimbodzi in seiner Eigenschaft als Landrath, mithin amtlich Vorsitzenden erlassen worden, um gestellt auf die Wahl einer Revisionscommission für die Aufsetzung zur Vermögenssteuer, sowie Berathung über die etwaige Möglichkeit, einen Frieden anzubahnen. Es waren im Ganzen 25, nach andern Angaben 29 Personen gegenwartig, und diese scheinen nach einer heftigen Debatte mit 16 gegen 9 oder 13 gegen 12 Stimmen zu dem Beschluß gekommen zu sein, eine Friedensadresse zu erlassen, entweder für sich allein, oder in Verbindung mit den Städten, welche zur Mitbetheiligung aufzufordern. (A. M.)

---

* Aus Baden, 25. Okt. (Kammer. Fortsetzung.) Der Abg. Zittel: Ich brauche keine Rede mehr zu halten doch will ich bemerken, daß man nicht aus Mitleid, sondern aus Klugheit Amnestie gibt. Ich möchte daß in dem Antrag das Wort „minder" gestrichen werde. Wir denken jetzt schon ganz anders von den Verbrechern: früher war die Entrüstung, jetzt ist das Mitleid größer. Die Ungleichheit liegt auch in der Behandlung von Staatsbeamten und Bürgern; der Beamte wird sich selbst, wenn er auch betheiligt war, wohl zu schützen wissen und wird den Civilcommissär einsetzen, aber nicht sich, der die Verfügungen desselben mit unterschrieb. Ich selbst habe Soldaten klagen und weinen hören, daß ihre Offiziere sie verlassen hatten und daß nun der Revolution abertausen wären. Wer Offiziere bleiben in der Hoffnung, eine Gegenrevolution zu machen. Damals hat man die entwichenen Offiziere härter gehadelt, als man nun die gebliebenen tadelt. Wahrend die Offiziere geblieben, statt zu entweichen, so hatte man einen Umschlag bewirken können, aber man hatte dazu seine Mannes (Brave!) Wie Familien sind an Zwietracht gekommen, weil sie ein unbedachtes Wort gesprochen. Viele Familien hatten lieber das Zuchthaus vorgezogen, — wegen nichts — als an den Bettelstab sich gebracht zu wissen. Es ware eine Thorheit, wenn man die Feinde der Verfassung amnestiren wollte; allein nicht alle waren Feinde der Verfassung: Viele kamen aus Schwachheit, aber viele auch aus Leichtsinn in den Streit. (— Brave!!! —) Der Abg. Zentner: Es gibt noch weitere Kategorien, als die im Bericht genannten, z. B. diejenigen, welche schon in den Strafanstalten sind. Auch von diesen gehörten Viele der Gnade empfohlen. Viele, welche weniger gravirt sind, stehen noch in Untersuchung bei den Oberkriechten und doch will der Commissionsbericht blos die bereits zurückgelegten Prozesse für aufgehoben erklären. Ich glaube man muß etwas weiter gehen und nicht blos die zurückgelegten Prozesse für aufgehoben erklären. Man muß auch diejenigen, welche noch in Untersuchung sind, oder hineinkommen, der Gnade empfehlen. Ich wünsche die Regierung möge in diesem Sinne handeln. — Minister der Justiz: Schon vor einem Jahre, wo noch jedes gegen eine Amnestie aufgebrodt war hat man die Aemter und Gerichtshöfe angewiesen, nur die wichtigern Untersuchungen aufzunehmen. Man wollte nur die Leiter und Anstifter greifen, namentlich solche welche Stellen bekleideten. — Der Abg. Blankenhorn: Ich theile die Ansichten der Abg. Weller und Zittel. Man muß gerecht sein und nicht die Großen laufen lassen und die Kleinen hängen: — ein Hochschwörer Richter war sich ins Ausland geflüchtet, lebte bequem dort, kam, um der provisorischen Regierung zu huldigen und ging dann wieder in das Ausland. Dieser Beamte ist noch in Ehren und Würden. Ich bin kein Freund der Freischärler, aber man muß gerecht gegen Alle sein. — Der Abg. Stoffer: Man hatte Rücksichten nehmen sollen auf die meisten betheiligten Flüchtlinge, einer Ministerpräsident Freiherr von Marschall: Die Kommission hält dafür, daß der einzelne Fall sich hier nicht unter eine Formel bringen lasse. Maaß halten ist nöthig, allein zu milde darf man auch nicht verfahren, sonst wurde dieß abermals zu Begriffs-Verwirrungen führen. Viele haben viel gelitten, die nicht viel zu leiden verdienen, die Staatsbeamten sind aber nicht wilder behandelt worden, als die Bürger. In dieser Sache habe ich genau geblickt. Ob man da bleiben oder gehen solle, ist eine schwierige Frage; es sollte hier Niemand einen Stein auf den Andern werfen. — Der Abg. Zell weist die Behauptung, die ein Redner gemacht, daß Amtsmannaner, die Schuld an der ganzen Revolution hätten entschieden zurück. Man hat sich — sagt er sodann — Ideale über Verfassungen gebildet, und diese Ideale wollten Manche durch die Massen verwirklichen; allein das ist nicht durchzuführen. Das hat man zuerst in Frankreich erlebt und erfahren. Bürger und Bauer wollen Ordnung und Friede, — keine Ideale! — (Allgemeines Bravo!)

(Schluß folgt.)

* Aus Baden, 28. Okt. Bald nach der geheimen Sitzung der ersten Kammer vom 25. d. M. fand ein Ministerrath statt, der mehre Stunden dauerte. Prinz Friedrich wohnte demselben bei. Bei Tagesanbruch empfing der Minister des auswärtigen Regierungsrath, Frhr. v. Kübler, seine Entlassung, und wurde an dessen Stelle Frhr. v. Rüdt ernannt. Rüdt ist ein entschiedener Anhänger der großdeutschen Partei und somit durch seine Ernennung zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ein Systemwechsel eingetreten, der von hoch ist möglichen Folgen sein wird. In der Nacht vom 26. auf 27. d. herrschte im Hotel des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten große Thatigkeit. Prinz Friedrich fuhr um 4 Uhr Morgens daselbst vor und verweilte bis 5 Uhr, um welche Zeit zwei Couriere abgesandt wurden. Der eine nach Wien, der andere nach Berlin. Wichtige Ereignisse stehen bevor. Der Minister des Innern, Frhr. v. Marschall soll seine Entlassung eingereicht haben; sie wurde jedoch vom Großherzog nicht angenommen. — Nachschrift. So eben geht mir durch besondere Gelegenheit die Nachricht zu, die in Bregenz liegenden k. k. österr. Truppen hatten Marschbefehl erhalten.

Karlsruhe, 28. Okt. Ueber die geheime Sitzung unserer ersten Kammer, welche den Minister v. Rüdt ernannte, bin ich in der Lage, folgende Einzelheiten mittheilen zu können. Herr Klüber trat sowohl dem Mehrheits- als Minderheitsantrage der ersten Kammer entgegen, indem er behauptete: „er müsse bei der bisherigen Politik verharren, auch wenn ihn der Fluch des Landes treffen sollte." Mehrere Mitglieder der Kammer, welche sich durch ihr mutvolles Auftreten in dieser zur Lebensfrage unseres so arg heimgesuchten Landes den tiefsten Dank des badischen Volkes erworben haben, darunter namentlich der Frhr. v. Ringl, und die Hrn. v. Hirtcher und Lauer traten dem Minister Klüber lebhaft entgegen, und wiesen nach, wie bei längerer Fortdauer der gegenwärtigen Verhältnisse Baden nicht nur dem bereits eingetretenen materiellen Ruine vollständig verfallen, sondern auch der badische Staat als solcher Gefahr laufe, aufgelöst werde. — So wenig wir den Ausgang der ganzen Sache mit Gewißheit zusammengefaßt zweifelnd Kammer erwarten dürfen, daß sie der beschlossenen Adresse vollständig beitreten werde, so hat die Entschiedenheit der ersten Kammer doch die so folgenreiche Krisis herbeigeführt, und und von einem Ministerium befreit, dessen Ungeschicklichkeit und Aufopferung unter unserer Interessen, bereits das Unglaubliche in Baden vollbracht hat. — Hr. v. Rüdt gehört der großdeutschen Richtung an und wir hoffen, er werde energisch alle die vielen Quellen unseres Elendes zu verstopfen suchten und Baden seine natürliche Stellung in Deutschland wieder geben. Wir hoffen vor Allem, daß er die unzähligen in die Staatsverwaltung blos ihrer Klüberschen Gesinnung wegen gezogenen Elemente zu beseitigen und jenen Männern Genugthuung zu verschaffen wissen werde, welche auf allen Wegen verfolgt worden sind, weil sie ihrer besseren Ueberzeugung, der großen deutschen Richtung treu geblieben sind. — (K. Z.)

Berlin, 26. Okt. Heute Morgen um 10 Uhr fand eine Plenarsitzung des Staatsministeriums statt. Neu angekommene Depeschen aus Warschau sollen den Grund der Berathung gebildet haben. Gut unterrichtete Personen sind versichert, daß die Warschauer Depeschen keineswegs angenehmen Inhalts seien, vielmehr sollen sich Differenzen zwischen Rußland und dem Grafen Wrangel durchaus keine günstige Erledigung gefunden haben. Man bezeichnet heute Abends die „freien Conferenzen" als abgethan, und soll jeder Bedenken der Unterhandlung auf die Allianzvertrage zurückgewiesen sein. — Der dem Grafen v. d. Groben ertheilte Befehl, die Bayern, sobald sie den kurhessischen Boden betreten, zurückzuweisen, ist aber in Kraft getreten. (K. Z.)

England.

*London, 25. Okt. Der ministerielle „Globe" bespricht in einem Leitartikel die traurigen Zustände in Schleswig-Holstein, welche auf eine so bedauerungswürdige Weise die falsche Politik Preußens hervorgeführt habe, und bis auf den heutigen Tag noch mehr zu verwickeln suche, indem er unter Anderem sagt: Kann behauptet werden, daß Preußen mittlerweile kein Mögliches oder überhaupt etwas gethan habe, den abgeschlossenen Vertrag auszuführen? General Williesen, der Befehlshaber des Insurgentenheeres, ist ein Preuße und hat sich vergebt, daß man nicht ein paar hundert preußische Soldaten in voller Uniform die Grenze überschreiten sieht, um sich in die holsteinische Armee einreihen zu lassen. Von sechzehn Offizieren eines einzigen Regimentes, welche bei dem Angriff auf Friedrichstadt gefallen sind, waren nicht weniger als elf in preußischen Diensten. In diesem Augenblick ist in Berlin unter den Augen des preußischen Kabinets für die Einrichtung von Freiwilligen für Schleswig-Holstein ein Bureau eröffnet. Alles dieses, sagen wir, muß so grobes Mißtrauen zu einer Macht erwecken, die sich zu dem Versuch, den Frieden zwischen Dänemark und den Herzogthümern wieder herzustellen, verpflichtet hat, daß wir uns nicht wundern dürfen, wenn andere Regierungen sich einen so schwachen Standpunkt zum Angriff auserlesen. Frankreich und Rußland halten sich durch die Verträge des vorigen Jahrhunderts für verpflichtet, Schleswig dem König von Dänemark zu garantiren, und Protokollen für die Aufrechthaltung dieser Garantie können sicherlich nicht für Verletzungen des Völkerrechts gelten. Tief bedauern wir, daß die preußische Regierung übersehen hat, wie ihre Connivenz gegenüber dem fortgesetzten Krieg in Holstein die englischen Sympathieen ihr

gar sehr entfernen muß. Preußen kann überzeugt sein, daß die öffentliche Meinung in England längst der bevorstehenden Invasion in den Ereignißhimmen entgegen gewesen ist; es kann auch übergeugt sein, daß die englische Regierung sich niemals bei der Verringerung der Seemacht zu einem so unbeschränkten Umfang herbeigen wurde, die daffelbe von der russischen Uebermacht abhängig machte. England hat seinen continentalen und protestantischen Verbündeten treuen Willen schon hinlänglich bewiesen. Dies haben wir gethan, indem wir dem König von Dänemark von dem Versuch seiner militairischen Bezwingung Nachricht abriethen. Dies haben wir zum zweitenmal gethan, indem wir an die Stelle der von Constantin und Rußland empfohlenen Maßnahmen friedliche Gegenvorstellungen treten ließen. Aber Preußen möge erwägen, daß dieser gute Wille unerforscht nicht immer im Stande sein wird, die gerechten Klagen unserer Macht zum Schweigen zu bringen. Sein Verharren bei einer eigenmächtigen als graden und ehrlichen Politik kann nur damit enden, daß es von Seiten Frankreichs und Rußlands einem so sehr unannehmlichen Zwang unterworfen wird, den zu verhindern das englische Cabinet bei allen seinen günstigen Dispositionen weder den Willen noch die Macht haben kann."

Italien.

Die piemontesische Regierung schreitet in ihren Feindseligkeiten gegen die Kirche immer weiter vor. Vor einigen Tagen meldeten wir, daß man zu Novelle einen armen Augustiner vor Gericht geschleppt hat, weil er ein Gläubigen von der Kanzel aufgefordert, sur den Erzbischof von Turin zu beten. Heute berichtet die „Fratellanza" von Cuneo, daß zu Dronero ein Missionar, Namens D. Riola, verhaftet und ins Gefangniß abgeführt worden ist, weil er einige Denkzetteln gepredigt hat, in seinen Predigten aufrührerische Worte zu finden. Die „Compana" von Turin berichtet ferner folgenden Vorfall: „Der Domkapitular Rosagni ist vor das Tribunal erster Instanz geladen worden. Er zeigte den von der sirchlichen Autorität vorgeschriebenen Text der Messe an den Alt, wodurch seine Obern ihm diese Profanation erlaubt hatten. Das Tribunal schritt nun sowohl gegen den Prior. Rosagni, als gegen den Generalvikar ein, der jenem erlaubt hatte, Protest einzulegen. Da dieser jedoch den Beschl von seinem Bischofe empfangen hat, so mußte das Gericht folgerichtig auch gegen den Bischof verfahren. Doch auch der Bischof hat nur nach den vom hl. Vater allen sardinischen Bischöfen gegebenen Instruktionen gehandelt, mithin dürfte wohl nichts Anderes übrig, als dem Papste den Prozeß zu machen." Dem „Echo di Mont-Blanc" zufolge trifft die Regierung in Savoyen bereits die Anstalten, um die Kirchen- und Klostergüter allmälig zu konfiscieren, was den "Cattolico" von Genua zu folgender Bemerkung veranlaßt, worin er die Plane der jetzt in Piemont regierenden Partei zusammenfaßt: „Die katholische Regierung wird bald aufhören, die Religion des Staates zu sein, dagegen werden die Güter der Kirche Staatsgüter werden." Die Regierung geht in ihren Usurpationsgelüsten jedoch noch viel weiter. Wie es scheint, will sie den Bischofen sogar die Leitung und Ueberwachung des theologischen Unterrichts nehmen und sich selbst zwingen. „Wenn wir wohl unterrichtet sind," sagt das „Echo di Mont-Blanc," so hat der höhere Unterrichtsgerath in Sardinien unlängst die Professoren der Theologie der verschiedenen Diocesen aufgefordert, ein vollständiges und detaillirtes Programm anzuzeichen über das, was sie lehren und nicht lehren, über die Fragen, die sie stellen, über die Autoren, denen sie folgen, und über ihre ganze Lehrmethode." Die Tragweite dieser neuen Usurpationsgelüste ist wohl kaum zu ermessen. Der Universitätsrath hat durchaus kein Recht, ein Programm des theologischen Lehrkursus zu verlangen, und man wird gerne zugeben, daß die Professoren der Theologie in Piemont sich dem Ansinnen der Regierung nicht fügen können. Denn nur die Bischöfe haben die Mission empfangen, zu lehren und das depositum fidei unverletzt zu bewahren. Nur ihnen steht es zu, in ihren respektiven Diöcesen den theologischen und religiösen Unterricht zu leiten und zu überwachen, so wie auch Dispositionen heranzubilden, um sie in den Rebriten des Apostolats zu unterstützen. Hierzu geht nothwendig hervor, daß die Professoren, selbst die von der Universität ernannten, ihre eigentliche Mission die dogmatischen und moralischen Wahrheiten der katholischen Kirche amtlich zu lehren, nothwendig von ihren respektiven Bischöfen empfangen, und sich durchaus ihrer Leitung unterwerfen müssen. Der Regierung hat somit keine Schwierigkeiten darbieten. Das Ansinnen der Regierung ist aber höchst aufreizendringend in seinen Folgen. Durch die vom Universitätsrathe geforderte Maßregel wird die Anarchie in die Kirche geführt werden, da dadurch Leute mit dem religiösen Unterrichte betraut werden, die vermöge ihrer Unwissenheit und der Leitung des Bischofs stehen. Diese Maßregel hieße in der That nichts Anderes, als dem Universitätsrathe das Recht zuerkennen, den theologischen Unterricht zu leiten, zu überwachen und zu regeln, was mit andern Worten ebensoviel ist, als den Universitätsrath vor die Bischöfe zu stellen, welche doch allein kraftvoll sind, das Glaubensvermächtniß zu bewahren und die Kirche zu regieren; es hieße die Allgewalt des Staates über rein geistliche Angelegenheiten ausdehnen, Laien zu Richtern des Glaubens, der katholischen Lehre und der Orthodoxie des theologischen Cursus bestellen. Das hieße aber weiterung die von Gott festgesetzte Ordnung umstürzen. Diese wenigen Bemerkungen mögen für heute genügen. Wir werden bei Gelegenheit auf diesen Gegenstand zurückkommen.

Rom, 7. Okt. Im Ermäßung der fortwährend in solcher Zunahme begriffenen Fortschritte der katholischen Religion und der stets wachsenden Zahl ihrer Bekenner hat am Sc. Heiligkeit Papst Pius IX., nach Anrufung des hl. Geistes und eingeholten Gutachten der Kardinale, welche die Kongregation ab propagenda fide bilden, nach dem Wunsch der katholischen Bitare von England und vieler dortiger angesehenen Geistlichen und Laien beschlossen, die Hierarchie der katholischen Bischofe in England wieder herzustellen, die ihren Namen von den Sitzen, die durch das gegenwärtige apostolische Schreiben errichtet werden, führen sollen. Zu diesem Ende hat dem apostolischen Schreiben, „mit dem Titrlite von London zu beginnen, so wird derselbe in zwei Bischofssitze eingetheilt, den von Westminster, den wir zum Erzbisthum erheben, und den von Southwark, den wir ihm, so wie die übrigen, die wir gleich nennen werden, als Suffragan-Bisthumer unterordnen; die Diocese von Westminster umfaßt den Theil des besagten Distrikts, der sich nördlich von der Themse erstreckt, und begreift die Grafschaften Middlesex, Essex und Hertfort; der von Southwark, südlich von der Themse, umfaßt die Grafschaften Surry, Southampton, Surrey, Sussex und Kent, nebst den Inseln Wight, Jersey, Guernsey und andern nahe gelegenen Inseln. — Im Distrikt des Nordens besteht nur ein Bischofssitz, der seinen Namen von der Stadt Hagustad führt, und den einen ganzen Distrikt umfaßt. — Auch der Distrikt von York wird zwei Diocese bilden, deren Bischof seinen Sitz in Beverley haben wird. — Im Distrikte von Lancaster werden zwei Bischofe sein, der eine, der von Liverpol, nebst der Insel Mona, die Distrikte Holandsdale, Amondernefs und WestDerby zur Diocese haben wird; der andere, dessen Sitz in Salford sein wird, seine Jurisdiktion über Salford, Blackburn und Leyland erstrecken. Die Grafschaft Chester, obschon sie zu diesem Distrikte gehört, vereinigt er mit einer andern Diocese. — Im Distrikte von Wales werden zwei Bischofssitze errichtet, nämlich der von Shrop und der von Menerick und Newport vereinigt. Die Diocese von Shrop umfaßt im nördlichen Theile des Distrikte die Grafschaften Anglesey, Carnarvorn, Denbigh, Flint, Merioneth und Montgomery, zu welchem wir die Grafschaft Chester, die vom Distrikte von Lancaster getrennt wird, und die Grafschaft Shrop vom Distrikt des Zentrum schlagen. Wir weisen dem Bischofe der vereinigten Sitze von Menerick und Newport die südlichen Grafschaften des Distriktes Brecknock, Clamorgan, Caermarthen, Pembroke und Radnow, so wie die englischen Grafschaften von Monmouth und Hereford, als Diocese an. Im Distrikte des Westend errichten wir zwei Bischofssitze Clifton und Plymouth, ersterer umfaßt die Grafschaften Gloucester, Somerset und Wilts; letzterer die Grafschaften Devon, Dorset und Cornwall. — Der Distrikt des Zentrums, von dem wir bereits die Grafschaft Shrop getrennt haben, erhält zwei Bischofssitze, Nottingham und Birmingham; dem ersteren weisen wir die Grafschaften Nottingham, Derby und Leicester, und die von Lincoln und und Rutland, die wir von dem Distrikte des Ostens trennen, als Diocese an, dem letzteren die Grafschaften Stafford, Warwick, Buckingham und Oxford. — Im Distrikte des Ostens wird schlüßlich nur ein Bischofssitz errichtet, der seinen Namen von der Stadt Nordhampton nimmt, und die gegenwärtige Grenze des Distrikts, mit Ausnahme der Grafschaften Lincoln und Rutland, die wir der Diocese Nottingham zugewiesen haben, umfaßt.

Türkei.

Konstantinopel, 12. Okt. Die heil. Orte im Morgenland haben bekanntlich in Folge der Kreuzzüge in den Besitz von abendländischen Christen. Im Verlaufe der Zeit geriethen aber die an diesen heiligen Orten befindlichen Gebäude, Kirchen ic. zum Theil in Verfall; die lateinischen Mönche, welche die Sorge für deren Unterhalt übernommen, hatten nicht immer die zum Neubau oder zur Wiederherstellung nöthigen Mittel, die Unterstützung aus dem Abendlande blieb oft längere Zeit aus, und so kam es daß die lateinischen Mönche mehrmals die ihnen in solchen Fällen von den Griechen angebotenen Geldbeiträge annahmen, und diesen dann dafür den Besitz der mit ihrem Gelde neu aufgebauten oder ausgebesserten Theile der heiligen Stätten ließen. So gehört z. B. ein Theil der Auferstehungskirche in Jerusalem den Griechen, weil sie einmal eine eingefallene Kuppel der Kirche wieder aufbauten. Die lateinischen Mönche versuchten nun zwar später, wenn sie in besseren Umständen waren, dieser von den Griechen abgetretene Kircheneigenthum gegen Zurückzahlung ihrer früher geleisteten Beiträge wieder an sich zu bringen. Die Griechen aber gingen nie darauf ein, und wenn auch die Mönche, was mehrmals der Fall war, von der Pforte Fermane erhielten, die sie in ihr früheres Eigenthum wieder einsetzten, so wußten die Griechen doch jedesmal nachher — für Geld war zu von jeher den türkischen Machthabern alles feil — von derselben Pforte wieder Gegenbefehle zu erwirken, und so blieb es stets beim Alten. Zu neuester Zeit hat nun Frankreich — Dr. v. Bolla war besonders in dieser Angelegenheit thätig — die Sache wieder in die Hand genommen und bei der Pforte es durchzusetzen gewußt, daß die lateinische Kirche wieder in den alleinigen Besitz der hl. Orte eingesetzt werde. (A. Z.)

Vermischte Nachrichten.

Die Direktion des Luftballons ist nun erfunden, und zwar zu Madrid von einem Herrn von Modemayor. Die erste Expedition des Luftschiffes war von Madrid nach Cannon projektirt, doch hat man wirklich stattgefunden. Dem „Indrpendant" von Tontouse wird unter dem 18. Okt geschrieben: „Wir haben verflossenen Sonnabend zwischen 4 und 5 Uhr Nachmittags das Luftschiff über uns schweben gesehen. Alle Bewohner von Pibiliier aus Billeglo hatten ihre Blicke nach der Luftregion gerichtet, welche der Ballon in etwas östlicher Richtung gegen Paris zu verfolgte. Alle Augenzeugen äußerten den lebhaften Wunsch, das großartige Unternehmen moge gelingen. Ein Brief

aus Madrid enthalt folgendes über den Ballon oder vielmehr das Luftschiff „Urbe“ des Hrn. v. Montemanor: Das Luftfahrzeug ist von einer kolossalen Aerohülle und überdieß mit Allem, was man bisher in dieser Art gesehen haben mag. Dieser ungeheure Ballon nimmt über 2 Millionen Litres Gas ein, hat 16 Metres im Umfang und tragt leicht 15 Personen. Der Apparat, welcher ihm, undenkmmert um den „Zug der Winde, jede beliebige Richtung zu geben vermag, ist eben so genial erdacht, als eingerichtet. Er besteht in mehreren grossen Flügeln, die sich wie die der Vögel bewegen, mit denen sie auch grosse Aehnlichkeit haben. An dem Vordertheile des Luftschiffes ist eine kolossale Rohre angebracht, die mittelst eines inneren Mechanismus eine grosse Masse Luft einsaugt, die wieder von einer anderen, am Hintertheile des Schiffes angebrachten Rohre, mit grosser Kraft gegen den Ballon getrieben, das Fahrzeug in eine ausserordentlich schnelle Bewegung versetzt, welche man bei ruhiger Luft auf 60 Lieues pr. Stunde annehmen kann, das durch das Einsaugen der Luft und durch die Bewegung der Flügel verursachte Geräusch ist so stark weite Ferne hören, und man glaubt, eine Fregatte mit vollen Segeln und vollem Dampf durch die Lufte steuern zu sehen. (Wir sind auf die nachsten Nachrichten darüber gespannt.)

Der „Nationale“ veröffentlicht eine Aufpeache des „Italienischen National-Comites“ an die Italiener, in welcher dieselben von der Errichtung einer obersten Central-Behörde zur Einleitung einer neuen Revolution in Kenntniß gesetzt und zur vollen Einkracht unter einander, so wie mit den Patrioten der anderen Länder ermahnt werden. Dieses Dokument ist aus London vom 8. September datirt und im Namen des Comites von Joseph Mazzini, Aurelio Saffi, Aurelio Saliceti, Joseph Sirtori, Mathias Montecchi und Fr. Agolini (vom Letzteren als Secretär) unterschrieben. Das Comite leistet seine legale Existenz aus einem am 4. Juni 1849 von mehreren Mitgliedern der romischen Constituirenden unterzeichneten Beschlusse ab, durch den Mazzini, Saffi und Montecchi zu Mitgliedern eines italienischen National-Comites, mit der Befugniß, noch zwei andere Mitglieder hinzuzuziehen, ernannt wurden. Das lange und schwulstige Manifest enthält folgende Stelle: „Eine Periode neuen Lebens beginnt für die europaische Demokratie, für die gerechte Sache der Volker. Ein Bundniß ist abgeschlossen worden zwischen den Männern des Gedankens und des Handelns der verschiedenen Nationen, die für die Wahrheit und das einzige Recht gegen die Lüge und die Willkür kämpfen. Die italienische Nationalpartei muß jetzt eine ihren Kräften und ihrer Sendung entsprechende Haltung annehmen. Das Wort, welches das vervollständigte und formlich constituirte Nationalcomite heute an seine Bruder richtet, ist nur der Vorlaufer einer Reihe von Acten, die bestimmt sind, den Triumph der Nationalidee wissam anzubahnen. Die Grundsätze, die unsere Handlungen leiten werden, sind bekannt. Sie sind in unserem Mandate festgestellt und durch wiederholte grosse Kundgebungen des Nationalwillens bekräftigt worden. „Einabhängigkeit, Freiheit, Einheit“ als Ziel der „Krieg und die italienische Constituirende“ als Mittel.“

Neuestes.

* Würzburg, 30. Okt. Heute Vormittag wurde dem Heinrich Schuhmann von Hofstetten das allerhöchsten Orts bestättigte Todesurtheil publizirt, welches derselbe mit vieler Fassung vernahm, mit der Bitte, man möge die ihm zugesetzende Frist von 3 Tagen zur Vollziehung des Urtheils gewähren, und sohin wird die öffentliche Hinrichtung am Samstag erfolgen.

* Würzburg, 30. Okt. Gestern Vormittag wurden die Redakteure und Verleger der hier erscheinenden Zeitungen vor das kgl. Stadtkommissariat geladen, und denselben ein Ministerialreskript eröffnet, nach welchem sie moralische Verpflichtung hatten, in wahrend des jetzt bewaffneten Friedens feindesi Nachrichten über die Starke, den Stand und die Aufstellung der bayerischen und der übrigen Bundestruppen aufzunehmen. Die Redakteuren der „Bayerischen Presse“, des Abendblattes, des Stadt- und Landboten wie des Punsch erklarten diese Verpflichtung an, insoferne dieselbe von den übrigen Redaktionen der bayerischen Blätter beobachtet wurde.

Der „N. M. Z.“ wird aus Würzburg folgender Vorfall berichtet: Der Gendarmerie-Stationskommandant Konrad Stock zu Tann wollte am 24. d. M. mit den Sachsen-Weimar'schen Gendarmen zu Geisa im Orte Schleid, Weimar'schen Gebiets, das jeden Monat ubliche dienstliche Zusammentreffen abhalten. Da Schleida jedoch, was Stock vorher nicht wußte, bereits von lange. preußischen Truppen besetzt war, so wurde Stock vor den kommandirenden General gefuhrt, welcher ihn um den Zweck seiner Dahinkunft befragte und ihn unter der Erwiderung, daß der Gendarmerie-Gegenzweck nunmehr aufgehort habe, mittelst Militärbegleitung über die Grenze zurückbringen ließ.

München, 27. Okt. Gegen Abend ist der kgl. preußische Gesandte, Hr. v. Bockelberg nach langerer Abwesenheit von Berlin hier wieder eingetroffen.

Ueber die Verhaftung eines bayr. Grafen in Salzburg wegen eines Verbrechens bringt die „Landbötin“ nun folgendes Nahere: „Eine vielfach raitirte Nachricht von der Verhaftung des Grafen Arco-Stepperg in Salzburg wegen einer an einem unmundigen Kinde begangenen entehrenden Verbrechens hat folgenden wahrscheinlich Grund: der Genannte, wegen seiner zugellosen Leidenschaften langst berüchtigt, mußte vor 14 bis 15jahren Zeuge eines heftigen Auftritts, welcher zwischen seinem Stallmeister und einem Pferdeknecht stattfand, ersterer, ein Mann von Kraft und Muth, hatte den Knecht, der sich seinen Befehlen widersetzte, mit einem Stocke tüchtig durchgeprügelt. Der Knecht, ein Bursche von 18 bis 19 Jahren, schwur damals blutige Rache. Vor einigen Tagen nun, als der Graf in seinem Zimmer mit Malen beschäftigt war, erschien ein Bursche, der sich als Maler ausgab, und bat um Arbeit. Der Graf, der gerade einen Gehilfen brauchte, nahm ihn an, und ließ ihn sogleich an einem Bilde arbeiten. Da trat der Bursche plötzlich hinter den Grafen, und versetzte ihm mit einem Messer einen Stich in den Rücken, der ihn zu Boden warf. Der Bursche, der sich nun für den Knecht zu erkennen gab, der vor 14 bis 15 Jahren Zeuge der Mißhandlung seines Vaters durch den Grafen gewesen war, hatte sich nun an ihm gerächt. Der Graf ist in Folge dessen gelähmt, und wird wahrscheinlich sein Leben lang ein Krüppel bleiben.“

Ueber die Verhaftung eines bayr. Grafen in Salzburg wegen einer Verbrechens bringt die „Landbötin“ nun folgendes Nahere: „Eine vielfach raitirte Nachricht von der Verhaftung des Grafen Arco-Stepperg in Salzburg wegen einer an einem unmundigen Kinde begangenen entehrenden Verbrechens hat folgenden wahrscheinlich Grund: der Genannte, wegen seiner zugellosen Leidenschaften langst berüchtigt, mußte vor 14 bis 15jahren Zeuge eines heftigen Auftritts, welcher zwischen seinem Stallmeister und einem Pferdeknecht stattfand, ersterer, ein Mann von Kraft und Muth, hatte den Knecht, der sich seinen Befehlen widersetzte, mit einem Stocke tüchtig durchgeprügelt. Der Knecht, ein Bursche von 18 bis 19 Jahren, schwur damals blutige Rache. Vor einigen Tagen nun, als der Graf in seinem Zimmer mit Malen beschäftigt war, erschien ein Bursche, der sich als Maler ausgab, und bat um Arbeit. Der Graf, der gerade einen Gehilfen brauchte, nahm ihn an, und ließ ihn sogleich an einem Bilde arbeiten. Da trat der Bursche plötzlich hinter den Grafen, und versetzte ihm mit einem Messer einen Stich in den Rücken, der ihn zu Boden warf. Der Bursche, der sich nun für den Knecht zu erkennen gab, der vor 14 bis 15 Jahren Zeuge der Mißhandlung seines Vaters durch den Grafen gewesen war, hatte sich nun an ihm gerächt. Der Graf ist in Folge dessen gelähmt, und wird wahrscheinlich sein Leben lang ein Krüppel bleiben.“

Das „Kieler Korrespondenzblatt“ meldet aus Kiel vom 25. Okt. die am vorigen Tage erfolgte Ankunft des Generals Hahn und des Statthalters Beseler. Auch der Statthalter Graf Reventlow ist dort anwesend.

Breslau, 25. Okt. Wie wir so eben vernehmen, wird die feierliche Uebergabe der Insignien des Cardinalats an unsern Herrn Fürstbischof am Montag, 4. November, in hiesiger Kathedralkirche stattfinden. (Schl. R.-Bl.)

Schleidth, 27. Okt. Den heute hier versammelten Landwehrmännern wurde eine Ordre aus dem Kriegsministerium vorgelesen, nach welcher jeder, welcher dem ergangenen Aufrufe Folge leistet und in die schleswig-holstein. Armee eintritt, als Deserteur betrachtet werden soll.

Paris, 26. Okt. Die Vorgänge, welche dem Rücktritt d'Hautpoul's herbeigeführt haben, fangen an, sich aufzuklären. Noch den Tag vorher hatte d'Hautpoul eine Conferenz mit L. Napoleon, nach welcher er sich nichts weniger als beunruhigt wegen seiner Stellung zeigte. Was aber beschlossen ward, kann Niemand angeben, aber Jedermann wird es mit Zuversicht aus den weiteren Ereignissen errathen. Am folgenden Tage begab sich d'Hautpoul in den Ministerrath und kündigte seinen Collegen an, ihrem Entwurfe ein Projekt an, daß er auf L. Napoleon's dringendes Verlangen ausgearbeitet habe. Er las darauf den bekannten Plan zur Zerstückelung des Comando's von Changarnier vor und kündigte an, daß die Generale Carrelet, Randot, und Guesmiller bereits durch den Telegraphen nach Paris beschieden seien, um mit Changarnier die Commando's der vier neu gebildeten Divisionen zu theilen. Sechs unter Changarnier stehende und mit ihm sehr vertraute Generale sollen gleich auf Paris entfernt und Changarnier selbst aufgefordert werden, die Tuilerieen sofort zu räumen und das Hotel des Divisions-Commando's auf dem Platze Vendome zu beziehen. Die Minister hörten dieses Projekt mit Erstaunen an; Lahitte ergriff zuerst das Wort und brohte mit seinem augenblicklichen Rücktritte, wenn dasselbe nur ernstlich discutirt werden sollte. Die Minister Baroche, Rouher, Romain Desfosses und selbst Fould folgten seinem Beispiele; nur Dumas schien d'Hauptpoul unterstützen zu wollen. Von seinen Collegen fast einstimmig in Stiche gelassen, begab sich dieser sofort zu L. Napoleon und reichte seine Entlassung ein, die zwar zugern, jedoch ohne Zaudern angenommen wurde. Den Generalen Carrelet, Rondon und Guesmiller wurde sofort durch den Telegraphen Gegenbefehl zugeschickt; allein nur die beiden letzteren erhielten ihn noch in rechter Zeit; Carrelet, der Marseille schon verlassen hatte, ist von Paris eingetroffen, nachdem er unterwegs gar kein Hehl daraus gemacht, daß er zur Uebernahme eines Divisions-Commando's nach Paris beschieden sei. Die Umgebung des Präsidenten äußert ganz unverholen ihr Mißvergnügen über das Mißlingen des in aller Stille angelegten Projektes, den General Changarnier, der durch sein Schweigen weit unbequemer ist, als Andere durch ihr Sprechen, über Bord zu werfen. Dagegen soll L. Napoleon selbst, geteen seiner vorsichtigen und ausweichenden Politik, ganz zufrieden sein, sich d'Hautpoul, der ihn mit der Nationalversammlung ganz unvermeidlich in Handel verwickelt hätte, auf gute Art vom Halse geschafft zu haben, besonders da er in dem neuen Kriegsminister ein viel besseres Gegengewicht gegen Changarnier gefunden zu haben glaubt.

** Aus der Schweiz, 27. Okt. Der Erzbischof Franfoni hat Genf wieder verlassen und ist nach Lyon gereist. Der Zweck seiner Anwesenheit in Genf war eine Zusammenkunft mit dem Bischof Marilley. Wie man verschert, wird Bischof Marilley Genf nun doch verlassen müssen.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Bader.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Hiezu das Erganzungsblatt Nr. 87.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schmalhofe 2. Dicke Nr. 553.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 261. Würzburg, Donnerstag den 31. Oktober. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Auf die I. Assessorstelle an dem königl. Landgerichte Würzburg I. M. wurde der erste Assessor des Landgerichts Königshofen, Franz Joseph Hartlaub und auf die I. Assessorstelle des Landgerichts Königshofen der erste Assessor des Landgerichts Mannerstadt, Franz Wiesner, beide ihrer Bitte gemäß versetzt; zum I. Assessor des Landgerichts Mannerstadt wurde der II. Assessor des Landgerichts Werneck, Franz Xaver Meyer, und zum II. Assessor des Landgerichts Werneck, der Accessist der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg, K. d. J., Matthäus Mann von Dettelbach allergnädigst ernannt.

Deutschlands Zustände.

Ewald, der berühmte Orientalist, und einer der sieben Göttinger Professoren gibt im zweiten Hefte der Jahrbücher für biblische Wissenschaften sein Urtheil ab, welches folgendermaßen lautet: „Fürst gegen Fürst, Deutscher gegen Deutschen, völlige Zerstörung und zerstörender Ungrund der Ansichten und Bestrebungen bis in die einzelnsten Beziehungen, in Folge davon immer größere Verengung des Blicks und des Zieles, immer stärkere Selbstsucht und Selbstflucht, immer weiterer Eindruch des verthierten kleinlichen schwachen Sundeins: das ist im Großen die Geschichte Deutschlands seit sechs bis sieben Jahrhunderten und das unendliche Weh, welches weder ein prachtigisches oder hombargisches, noch ein preußisches oder österreichisches Vaterland aufheben kann. Fürsten und Adel hatten schon längst vor der Reformation ein deutsches Vaterland verloren, und welche fürchterlichen Greuel der Ansichten wie der Thaten daraus gerade zunächst in diesen Höhen der Gesellschaft schon lange vor dem dreißigjährigen Kriege hervorgehen, kann man mehr als hinlänglich aus der Geschichte der Grumbachschen Händel in Franken ersehen. Auch das unsägliche Unheil, welches die deutsche Geschichte der letzten Jahre bezeichnet, fließt zuletzt nur aus dieser Quelle, diesmal aber (und das ist das eigentliche Neue) ursprünglich weit mehr durch die Schuld der Sprecher und Rathgeber des gemeinen Volkes, als durch die Fürsten und den alten Geburtsadel. Was edel und was nothwendig war an der deutschen Erhebung des Jahres 1848 war allein dies endlich klar und stark gewordene Streben nach Wiederstellung eines deutschen Reiches: dies konnte gelingen, wenn Gagern und alle damals zu öffentlichem Wirken Berufenen den ursprünglichen Gedanken in seiner vollen Reinheit und Gewalt festgehalten, wenn sie von der einen Seite alle Franzosenei und alles Unchristenthum, von der anderen alles Liebäugeln mit Ungarn, Italien und Polen aufs Strengste und Festeste vermieden, und statt an der deutschen Bundesversammlung eine würdige Rache zu nehmen, vorläufig nur die noch vorhandenen Bande deutscher Einheit fester anzezogen; wenn sie statt einen Fürstenlag zu hindern, vielmehr die versammelten wie die einzelnen Fürsten alle aufs Bayartischeste beschworen hatten, die deutsche Einheit fester zu knüpfen, wenn sie ihnen ein rigenes wildes Herz und ein williges Wolf entgegengestellt hätten. Ein ernster Auftreten und ein reines Wollen hätte sogleich in den ersten Tagen und Wochen Alles entschieden. Verbesserung der Bundesversammlung als eines Länderhauses, neben ihr ein deutsches Volkshaus aus den einzelnen Landtagen gewählt, Bürgschaft für alle deutschen Fürsten gehörenden außerdeutschen Länder mit angemessener Gegenerstung, diese bescheidenen, aber vollkommen hinreichenden neuen Einrichtungen, wären als eigentlich schon sich von selbst verstehens ins Leben getreten, und die Welt hätte dann das neue Schauspiel gesehen, daß ein großes Reich, auch ohne einen einzelnen Kaiser oder König an seiner Spitze zu haben, aus einträchtigen glücklichen Völkern und Fürsten bestehen konnte. Leent doch die ganze große europäische Gesellschaft, obwohl nur aus Furcht vor Schimmern, sich immerhin in Freien sich gegenseitig ertragen, indem jedes Glied von ihr gegen die übrigen so viel gilt, als es innere Kraft besitzt und zeigt: und die deutsche Gesellschaft sollte sich nicht gegenseitig vertragen können? wer hat bewiesen, daß das unmöglich sey? warum beweist man nicht, daß schon der geringste Gedanke an deutsche Trennung und Sonderung, an ein preuß. Kaiserthum oder wie man sonst die preußischen Sonderstreben benennen mag, der Anfang neuen unabsehbaren Uebels ist? gibt es auch nur irgend eine denkbare Schwierigkeit, war welcher der einzig richtige und wardige Gedanke an Herstellung einer vollen deutschen Einheit zurückweichen sollte? wenn Preußen noch immer keinen einzig wahren Staatsmann hat, auch nach seiner bisherigen Geschichte kaum einen solchen haben kann, soll deswegen Deutschland zerreißen und zu allem übrigen neues Elend geschaffen werden? Wenn Preußen ein christlicher Staat sein will; warum übt es denn nicht in der That die allererstes christlichen Pflichten gegen die deutschen Länder einzeln und im Ganzen? soll das Christenthum unter uns bestänbig nur den Unterthanen vorgehalten werden? soll das Jahr 1848 nicht wenigstens dies mit unauslöschlichen Zügen gelehrt haben, daß die alte deutsche Politik, wie sie dann noch vorzüglich auch von Preußen ausgeübt, ja von 1817—1848 allein durch Preußen möglich wurde, ein Grund alles deutschen Verderbens ist?„ Wir wünschen aufrichtig daß durch dieses offene und auf Wahrheit beruhende Bekenntniß des Herrn Ewald bei recht vielen von seinen politischen Glaubensgenossen Eingang finden möge.

Der Verfassungseid der kurhessischen Offiziere.

Die Pflicht selbst ist für alle Offiziere, mögen sie auf die Verfassung vereidet sein oder nicht, völlig gleich, ja diejenigen, welche ihre Soldatenpflicht zwei Mal beschworen haben, sollten sich um so mehr für gebunden halten, nicht gerade breitigen Theil der Verfassung zu verlegen, welcher sich speziell auf ihre Pflichten bezieht,— es müßte denn sein, daß die kurhessischen Offiziere ihren Verfassungseid zunächst auf die Pflichten der Steuererheber und Gerichts-Assessoren und dann erst auf ihre eigenen verfassungsmäßigen Pflichten bezögen! Auf welchen Befehl aber und wem haben die kurhessischen Offiziere den sog. Verfassungseid geleistet: etwa den Gerichts- und Finanz-Behörden, oder den Ständen, oder gar dem Hrn. Bayhofer nebst demokratischen Clubs? Ist es nicht ihr Kriegs- und Landesherr, dem und auf dessen Befehl sie, wie den Fürsten, so auch den Verfassungseid geleistet haben, breit gleichbedeutend mit dem einzigen Unterschiede, daß der Verfassungseid die Contrasignatur des kriegsherrlichen Befehls durch einen verantwortlichen Minister bedingt, und dies nicht als Voraussetzung des Gehorsams der unteren Grade des Offizierkorps, sondern als eine politische Garantie für den Oberbefehlshaber und als ein Recht der Stände, sobald deren Befugnisse und Pflichten in Geldbewilligungen oder sonst concurriren. Ja, was noch mehr ist, in dem Musterstaate aller Constitutionen, in Altenglang, wird ein jeder hohe General einen mündlichen Befehl seines Königs in jeder Lage für völlig anbreichend halten, da — wie dies eine authentische Aeußerung besagt — die englischen Generale die minsterielle Contrasignatur nur als Beglaubigung der Königlichen Unterschrift betrachten. — Dem Unrechte allerdings soll Niemand dienen, sei es mit, sei es ohne Constitution, das wird ihn sein Gewissen auch ohne Verfassungseid lehren. Warum nun haben die kurhessischen Offiziere nicht einmal statt nach der „Verfassungsmäßigkeit“ nach dem „Rechte“ gefragt; die Frage, ob der Kurfürst, seinen rechtlichen Unterthanen gegenüber, im Rechte oder im Unrechte? und ob eine Regierung die Formen einer Verfassung überall zu respektiren im Stande sei, wenn von der andern Seite sowohl Form als Wesen mit Füßen getreten wird, wurden sie sich nach ihrem Grosse sen leichter haben beantworten können, wenn (wie ein berühmter Heerführer sagte), „während einer Revolution kenne ich kein anderes Recht als meines Schwertes Länge!“ Dies das Recht, und die Verfassung des Soldaten ist: „Ehre, Treue und Gehorsam; diese beschwort er, wenn er den Degen umgürtet, und diese darf er auch nicht verleugnen, bis man ihm den Degen auf den Sarg legt.“

Deutschland.

Aschaffenburg, 27. Okt. Der General der Cavallerie Fürst Taxis hat an alle unter ihm stehenden Truppen Abtheilungen folgenden Tagesbefehl erlassen: „Soldaten! heute stößt das kaiserlich königl. österreichische 14. Jäger-Bataillon zu dem meinem Kommando allergnädigst anvertrauten Truppen. Es sind dies die Söhne jener Helden, selbst Helden, die vor 36 Jahren unter den Befehlen des unvergeßlichen Feldmarschalls Wrede Uns lagen zur Seite standen. Es sind dies die braven Schützen, die sich auf den Schlachtfeldern Italiens und Ungarns unvergängliche Lorberen erkämpften und das Zeichen der Tapferkeit, nach dem wir Alle dürsten, glänzt auf ihrer Brust. Sie haben das königl. 3. Jäger-Bataillon in Frankfurt wie Brüder verlassen, wie Brüder nehmen wir sie in unsere Reihen auf. Sie sollen bei Uns alle Tugenden des Krieges wiederstehen. Die Treue für König und Vaterland, die voll=

derte Mannszucht und der hohe Muth waren ja von jeher des Erthcil der bayerischen Krieger. Euer General sagt das feste, das unumschränkte Vertrauen in die Pflicht-Treue aller Grade aller Waffengattungen und ist unablässig mit der Wohlfahrt, der Ehre der unterhabenden Truppen beschäftigt. Hauptquartier Würzburg, den 24. Oct. 1850. Taxis, General der Kavallerie."

Frankfurt, 30. Oct. Gestern Abend beendigten die Wahlmänner die Wahlen zum gesetzgebenden Körper. Die Gothaer Partei hat die vollständigste Niederlage erlitten, und sind mit wenigen Ausnahmen blos Conservative und Großdeutsche erwählt worden; selbst diese Wenigen verdanken ihre Stelle dem freien Willen der Conservativen, welche es nicht für Recht erachteten, wenn die Gegenpartei gar nicht vertreten wurde. Dies ist z. B. der Fall mit Dr. Souchay. Nur Dr. Jucho, R. Naso und J. Reiß wurden selbstständig von den Gothaern durchgesetzt. Bemerkenswerth bleibt, daß durch die bornirte Gehässigkeit einer der Wahlmänner gegen die ausbrüderische Beraberung alle Katholiken durchgefallen waren. Erst als man begreiflich machte, daß nach der Verfassung ohne Katholiken der gesetzgebende Körper seine Gültigkeit hatte, besann man sich eines Bessern und wählte v. Guaita, Louis Brentano, Springsfeld, Link, Ott, Dr. Schaffner und Hauptmann Hemmerich. Eben so viele Juden zu wählen, hätten diese Männer des Anstandsgefühls sicher kein Bedenken getragen. (K. Z.)

* Aus Baden, 27. Oct. Ich bin im Stande, Ihnen Ausführlicheres über die letzte geheime Sitzung der ersten Kammer mitzutheilen, worin der Militärvertrag mit Preußen zur Berhandlung kam. Der Hauptsprecher für den zur Annahme des Vertrags lautenden Antrag war Freiherr v. Rink. Er griff sehr den Minister v. Rüdder wegen seiner Politik an und hob hervor, wie unerschwingliche Lasten für das Land dieser Vertrag enthalte. Der Vertrag sei eine reine Finanzfrage und von der Politik sei eine wohl zu trennen; man möge ihn daher hinnehmen, bei einem Kriege zwischen Oesterreich und Preußen könnte die Truppen des letztern den größten Theil Badens doch nicht behaupten, und vor revolutionären Aufständen habe man sich selbst nach Zurückziehen der preuß. Truppen nicht zu fürchten so lange die Oesterreicher in Vorarlberg stünden. Minister von Rüdder erwidert: Gerade in frühern Zeiten habe der Norden Deutschlands immer viel Sympathie für Baden gehabt. Baden sei sogar geographisch auf den Norden angewiesen, insofern nämlich Deutschland nach Stromgebieten betrachtet, in Stromgebiete eingetheilt werden müsse. Der Rhein aber strome nach dem Norden hin. Ueberhaupt sei Baden der natürliche Vermittlungspunkt zwischen Süden und Norden und durchaus Handelsweise an das Letztere gewiesen gestellt. An das Zusammenkommen der Union glaube er freilich kaum mehr, er wisse nicht was aus ihr noch werde, er wisse aber auch nicht was noch aus dem Bundestag werde, oder was überhaupt die Zukunft noch bringe. Wohl sei der Militärvertrag anfangs von der Politik getrennt gewesen in Folge des preußen Ereignisse sei er es nicht mehr. An der bisherigen Politik müsse er aber festhalten, selbst wenn ihn der Fluch des Landes treffen sollte, er werde ihn ertragen, und er hoffe sich dereinst vor dem höchsten Richter darüber verantworten zu können. Er wisse, daß er isolirt stehe. — Die Debatte, an welcher Legationsrath von Marschall, Spitz, Regenauer für den Ministerialantrag, Lauer und Hirscher für den Majoritätsantrag Theil nahmen, war für diesen Hang außergewöhnlich lebhaft. Prinz Friedrich und Frhr. v. Andlaw waren in dieser Sitzung nicht zugegen, während sie in der letzten geheimen Sitzung anwesend waren. Nachdem der Majoritätsantrag — welcher lautet: „daß von der in gedachter Uebereinkunft vorbehaltenen Kündigungsbefugniß Gebrauch gemacht und Unterhandlungen auf der Grundlage einer Bundesbefestigung in Anstatt gepflogen werden" sollen — verworfen, wurde der Entwurf der Ministerial der Kommission angenommen. Er lautet wörtlich also: „Durchlauchtigster Großherzog Gnädigster Fürst u. Herr! E. kgl. Hoh. ließen den Kammern und zwar zunächst der zweiten — in geheimer Sitzung die Uebereinkunft vom 25. Mai d. J. wegen Stellung und Verpflegung der kongl. preuß. Truppen im Großherzogthum Baden vom 1. Oct. 1849 an, und wegen Verlegung großh. bad. Truppen in preuß. Garnisonen, so wie den zu dem Artikel VII. dieser Convention vereinbarten Vorbehalt zur Kenntnißnahme und so weit solches verfassungsmäßig erforderlich ist, zur nachträglichen Genehmigung vorlegen. Die k. Kammer. E. k. H. getreuen Stände hat zur gründlichen Prüfung dieser Vorlage und des hierüber von der zweiten Kammer ihr zugegangenen Adreßentwurf eine Kommission niedergesetzt, deren Bericht in geheimer Sitzung berathen und hierdurch die Eigenschaften gewonnen, daß die Uebereinkunft vom 25. Mai d. J., so weit sie die Verlegung der großh. bad. Truppen in preuß. Garnisonen betrifft, nicht zum vertragsmäßigen Vollzug gekommen ist, daß für die Beseitigung der im Wege stehenden Hindernisse, innerhalb einer bestimmten Frist keine Garantien vorliegen, daß überdieß die wesentlichen Voraussetzungen, von welchen bei der Verlegung ausgegangen wurde, nicht in Erfüllung gegangen sind, dieselbe hiernach der Neubildung der bad. Heeresbestimmung nicht forderlich erscheint, letztere vielmehr ebenfowohl und mit wesentlicher Erschwerung der Staatslasten im Lande bewirkt werden kann, daß durch die fortdauernde Anwendung der übrigen Bestimmungen der Uebereinkunft vom 25. Mai ohne gleichzeitige Verlegung der bad. Truppen der großh. finanzhaushalt zerrüttet wird, und daß sich auch die Gefahr nicht vermindert hat, erlegten unverschwänglichen Lasten zu trugen außer Stand ist. Die 1. Kammer E. k. H. getreuen Stände hat daher heute in geheimer Sitzung beschlossen: E. k. H. unterthänigst zu bitten: 1) Hochstihre Regierung anzuweisen, von weiterer Verlegung bad. Truppen in k. preuß. Garnisonen gänzlich Umgang zu nehmen, auch so bereits die Verlegungsorte großh. Truppen in Anwendung der durch Art. V. Abs. II der Uebereinkunft der großh. Regierung vorbehaltenen Befugniß, baldthunlichst zurückzuziehen, damit eine gleiche Anzahl der k. p. Besatzungstruppen in Baden aufzustehen und dieselben bei Berechnung der nach Art. III zum Grunde liegende Kontingentzahl verminderen a) in der Zahl der in preuß. Garnisonen einmal richten großh. bad. Truppen von dem Tage ihrer Ankunft daselbst, um die Zahl der im Großherzogthum aufgestellten bad. Truppen von dem Tage, an welchem sie zum Ausmarsche bereit waren, oder zum Dienste verwendet werden können; b) daß eine Verminderung der kongl. preuß. Besatzungstruppen mindestens in soweit sie notwendig sind, um die Unterbringung sämmtlicher großh. bad. und kongl. preuß. Truppen in Kasernen Raum zu gewinnen, baldmöglichst stattfinde; c) durch Herstellung Regierung durch Maßgabe der in Folge der Unterhandlungen sich ergebenden Sachlage die Anwendung der Befugniß, welche der Art. 1 Abs. III. der Uebereinkunft vom 25. Mai d. J. der großh. Regierung vorbehalten hat, einzutreten zu können.

△ Aus Baden, 28. Oct. Am 24. d. Mts. sind auch den Kasematten zu Rastatt drei Militärstrafinge entwichen; sie haben die Richtung nach Frankreich genommen. Bis jetzt konnte man ihnen nicht habhaft werden.

Aus Thüringen, 27. Oct. Aus Erfurt erhalten wir die Nachricht, daß daselbst ein Urfehl des Kriegscommissariums wegen Einberufung der Reserven und Einstellung der Landwehr eingetroffen sei. — Das Contingent des Großherzogthums Weimar, 3 Bataillone, soll ebenfalls mobil gemacht werden und einen Theil der Observationsarmee bilden.

Luremburg, 25. Oct. Der Prinz Heinrich der Niederlande ist vorgestern hier eingetroffen und hat durch die Eidesleistung auf die Verfassung seine Statthalterschaft angetreten. Sein Empfang war weit davon entfernt, ein freundlicher und herzlicher zu sein, ungeachtet der Prinz denselben in seiner Rede vor der Kammer als einen solchen bezeichnete. Im übrigen sagte er, er wisse, wie sehr das Land an seiner Nationalität hänge und daselbe möge seine Anwesenheit als Gewähr für die Aufrechthaltung derselben ansehen und ferner, „er erfülle die Intention Sr. Maj., wenn er dem Großherzogthume die Vortheile seiner nationalen Institutionen in ihren Relationen zu Deutschland, mit dem es durch die Verträge des deutschen Bundes vereinigt wäre, zu erhalten suche."

(K. Z.)

Aus Leipzig, 20. Oct. wird d. D. C. geschrieben: Die hiesige „Deutsche Allg. Ztg." hat unter der Ueberschrift des Herrn Heinrich Brockhaus rehöret wird, geht in ihrem sinnlosen Wüthen gegen Alles, was katholisch und österreichisch ist, so weit, daß sie sich erstreckt, in einer ihrer letzten Nummern zu sagen: „Der Kardinal-Erzbischof von Prag, Fürst Schwarzenberg, ist erfüllt von dem glühendsten Eifer, seinen Namen jenen herrschsüchtigen Prälaten anzureihen, welche im Laufe von Jahrhunderten Oesterreich Segenbaus zur Unruhsamkeit verführt, und dadurch unsäglichen Unheil über die Völker der Monarchie gebracht haben," und noch viel Schlimmeres folgt in dem von ruchloser Hand geschriebenen Artikel. In der That, diesen Kirchenfürsten von engherzigen Sitten, unvergleichlicher Frömmigkeit und Milde, sein Leben anderen Streben kannt, als der Reich Christi auf Erden zu verbreiten, weltlicher Herrschaftsplane, zu sagen, wie in dem Artikel geschieht, wenn auch etwas verdeckt, Gotthsucht zuzuschreiben, ist der Gipfel äußerster, fluchwürdigster Libellistenboshcit und Zeitungsschreiber-Nichtsnutzigkeit. Der infame Artikel enthält die Anklage, daß die Kirche in Oesterreich „ihren außerordentlichen Einfluß zu Aufrechthaltung gegen die dem gleichen Streben Bekämpfung verbandt, alle Revolutionen sein durch die sogenannte Freiheerkei ermöglicht worden, und nur eine unbedeutende katholische Kirchengewalt könne die Throne und mit ihnen alle heiligen Interessen der Menschheit retten und erhalten." Diese fein sollende Anklage enthält das indirekte Eingeständniß, weswegen die Revolutionäre, so sehr sie auch sind, Sie empfehlen, daß ihnen die geistige Herrschaft, die sie zum unerlöschen Schaden der Menschheit so lange geführt, unwiederbringlich aus den Händen gleitet. Sie wissen, daß nicht nur in katholischen Ländern, sondern auch in den protestantischen, die Einsicht tiefe Wurzel geschlagen hat, daß die Menschheit ihr Heil verloren ist, wenn sie nicht zu Gottes Gesetzen zurückkehrt. Und weil unsere heil. Kirche mit apostolischer Gewalt das große, Gott wohlgefallige Werk mit so sichtlichem, mit so unaufhaltsamem Erfolge fordert, darum gesteren diese Selbstgötter gegen sie mit höllenensstimmter, durch Cristum den Herrn ohnmachtiger Wuth. — In den Werken, welche zur Verbreitung der Grundsätze des Katholicismus und der Freiheerkei des Meiste beigetragen haben, gehört unstreitig das Brockhaus'sche Konversationslexikon. Herr Heinrich Brockhaus bereitet die zehnte Auflage vor. Ist das nicht ein großartiges „Zeichen der Zeit?"

Aus dem Mecklenburgischen, 24. Oct. Seit die Demeraatie von aller Beibeiligung an den ihr im Jahre 1848 und 1849 so gelang gewordenen Regierungsgeschäften zurückgedrängt ist, übernimmt sie es, Ministerlisten zu fabriziren und allerhand Unsinn zu verbreiten. Es ist allerdings nicht unbegründet, daß die Vereinigung beider Regierungen durch den nächsten Landtag zu machende Vorlagen ihre Schwierigkeiten hat, aber zu Krisen, wie die oben erwähnte, zu führen, dazu war die Lage der diesseitigen Regierung jener gegenüber noch nicht kritisch genug. — Die Demokraten würden allerdings auch in die Hände klatschen, wenn es dazu käme, daß beide Regierungen wieder wegen der Folgezeit in Differenzen geriethen, noch lieber würden sie es sehen, wenn Graf Bülow, der ihnen zu einer Zumessung bis jetzt noch keine Ursache gegeben, seine Demission

nahme: doch hat dieses einstweilen noch nichts zu bedeuten.

Wien, 25. Okt. Es ist natürlich, daß jetzt mit einiger Spannung Nachrichten aus dem Norden erwartet werden. Die Berliner Abreise schlagen im Ganzen einen sehr friedlichen Ton an. Die „deutsche Reform" will wissen, daß eine Einigung zwischen Oesterreich und Preußen nicht so schwer fallen würde, wenn nicht die deutschen Königreiche dazwischen stünden, welche eigentlich nur scheinbar mit Oesterreich Hand in Hand gingen, in der That aber beabsichtigten, vermittelst der dritte deutsche Großmacht bestehen, welche in Zukunft zwischen Preußen und Oesterreich den Ausschlag geben solle. Deshalb, meint die „deutsche Reform", hatten jetzt die süddeutschen Könige ihre Ergebenheit „gegen ihren Kaiser und Kriegsherrn" so offenstlich und demuthsvoll erhoben: „durch diese schriftliche Ergebenheit sich durch die Anrufung seiner oberherrlichen Autorität soll eben seine Neigung zur Ausübung solcher Autorität zum Kriege gegen den norddeutschen „Empörsommling" gruber und gefleigert werden." Das sind die eigenen Worte, welche das preußische ministerielle Organ braucht. Es ist genugsam bekannt, daß Preußen, nachdem seine Aussicht auf die alleinige Oberherrschaft über Deutschland hinschwand, einen Dualismus begründen, und die Herrschaft in Deutschland mit Oesterreich theilen wollte. Oesterreichs Bündniß mit den Mittelstaaten, welches diesen Plan hindert, in den Weg tritt, ist natürlich stets den Berliner Staatsmännern ein Dorn im Auge gewesen, und sie werfen daher einen neuen Zwiespalt in diese Seitenblick auf die stattgefundene Zusammenkunft in Bregenz. (Mz.)

Wien, 25. Okt. Die „Oldenburger Post" bringt heute eine Darstellung der ernsten Tage des Augenblicks, welche der Wahrheit zum großen Theile nicht entbehrt. Sie stellt zwei mögliche Falle auf, daß nämlich den in Kurhessen einrückenden Bundestruppen augenblicklich mit Gewalt entgegengetreten, oder daß Preußen sich „Namens der Union" auf eine theilweise Besetzung der kurhessischen Lande beschränke, in welch' letzterem Falle zwar der Conflikt aufgeschoben, aber nicht aufgehoben sei. Aus ähnlich gutem Vorkommen klar, daß eine Besetzung des Landes im Namen der Union, ja welcher das überhaupt nicht gehört, eine ebensowenig zu rechtfertigende als zu duldende Gewaltthat wäre. Bekanntlich hat Preußen mit Kurhessen eine sogenannte Cooperationsunion vor vielen Jahren abgeschlossen, wodurch ihm der Durchmarsch auf mehreren kurhessischen Straßen und die Kantonirung daselbst gewährleistet wird. Ausgenommen davon ist die Hauptstadt Kassel. In keinem Falle ist Preußen berechtigt, in jene Anordnungen, welche dort zur Beseitigung revolutionäre Umtriebe unmittelbar erforderlich schienen, irgendwie störend einzugreifen.

Wien, 26. Okt. Amtl. Wenn der Kaiser morgen sich auf der Rückreise von Warschau einige Tage in Krakau aufhalten. Man sagt, daß auch der Kaiser von Rußland dahin kommen werde. Von Seite der dortigen Komune werden bereits Vorbereitungen zu großartigen Empfangsfeierlichkeiten getroffen. — Der Hofunterhalt Sr. Maj. des Kaisers ist heute mit einer Hofstuhe und zahlreicher Dienerschaft nach Krakau abgegangen, um Vorbereitungen zu einer großen Hofjagd zu treffen, die daselbst stattfinden wird. (Oest. C.)

Wien, 26. Okt. Gestern ist ein von Herrn von Prokesch in Berlin abgesandter Courier eingetroffen und sofort nach Warschau abgegangen. Der österreichische Gesandte soll sich für den Fall Instruktionen erbitten, wenn unvorhergesehene Ereignisse ihn in die Nothwendigkeit versetzen, seine Pässe zu verlangen. Dies wäre denn wohl auch der nächste Schritt, der einer Kriegserklärung vorausgehen müßte. — Die vor einiger Zeit gemeldete Nachricht, daß die österreichische Regierung die deutsche Zollreinigung aufzugeben habe, muß ich dahin modifiziren, daß mit Preußen fernerer Rotenwechsel, als ganz zweck- und nutzlos, allerdings eingestellt bleiben wird, daß dagegen mit anderen deutschen Nachbarstaaten, zumal den südlichen, die Verhandlungen fortgehen werden. Man soll sich bereits über die Einsetzung einer permanenten Zollkommission geeinigt haben. (L. Z.)

Pesth, 22. Okt. Nach einer aus sehr verlässlicher Quelle zugeflossener Notiz hat sich der ehemalige Kriegsminister der ungarischen Armee, General Mosaros, in Temesvar zur Disposition gemeldet, und es liegen in der That so viele günstige Chancen aus der Zeit seiner Wirksamkeit vor, daß zu hoffen steht, das Urtheil gegen ihn werde kein allzuhartes sein.

Berlin, 28. Okt. Alle Berichte aus Warschau stimmen darin überein, daß der Graf von Brandenburg als Gesandter seines Königs wie für seine eigene Person mit der größten Auszeichnung und aufrichtiger Freundlichkeit aufgenommen ist, daß derselbe aber bisweilen in Gefahr ist, Gast bad, sobald er als Gesandter der jetzigen preußischen Regierung auftritt. Man giebt ihm alsdann offen zu erkennen, daß es an und für sich schwer sei, mit einer Regierung in Unterhandlung zu treten, die in ihrer Politik keine bestimmte Richtung einschlage, und von daß man augenblicklich bereit sei, das preußische Kabinet ernstlich entschiedenen sei, die etwa dort einzugehenden Verpflichtungen ohne Treben und Deuteln einzulosen. Uebrigens sind sämmtliche auf dem Wiener Congreß vertretenen Mächte von dem Wunsche nach einem Arrangement mit Preußen beseelt, verhehlen es aber durchaus nicht, daß Preußens junge Heer von Nadowitz großen anderwärtige Politik leitet, im Falle eines Arrangements nicht Garantien werde geben müssen, als man dies sonst braun pflegen wurde. (M. Pr. Ztg.)

Berlin, 28. Okt. Die aus London hier in Berlin eingegangene Mittheilung, Frankreich und Rußland beabsichtigten, Preußen aufzufordern, die gegen Dänemark eingegangenen Verbindlichkeiten zu erfüllen und dadurch die Schleswigsche Angelegenheit zu beendigen, ist die N. Pr. Z. von unterrichteter Seite her als von der Wahrheit nicht weit entfernt bezeichnet worden. (N. Pr. Z.)

Dänemark.

Aus Kopenhagen, 20. Okt. vermimmt man, daß die dort herrschende Partei sich gegen die Thronfolge des Großherzogs von Oldenburg erkläre, und beabsichtige die Einverleibung mit diesem Ländern, dessen Persönlichkeit den Herzogthümern zugesagt haben würde, geschieht sei. Man will dort keinen deutschen" Prinzen auf dem Throne. Am meisten Aussicht zur Thronfolge soll der Herzog Christian von Glücksburg haben, der, obgleich er nicht der Augustenburger ge, für einen guten Danen gilt. Seine Schwiegermutter, Schwester Christian VIII. und Gemahlin des Prinzen von Hessen, ibt in Kopenhagen großen Einfluß auf der Lage der Dinge. Der Herzog soll bereits nach Warschau gereist sein, obgleich die Audienz noch nicht verlangen. In den Herzogthümern würde man in Betreff der Erbfolge wenig einzuwenden haben, wie immer diese frage geschichtet werden durfte, denn die große Masse des Volkes denkt kaum daran, sich für die Erbrechte des Herzogs von Augustenburg zu schlagen. Auch dem „Gesammtstaate" würde man sich fügen, es gibt sogar viele Einsichtsvolle, welche die Trennung von Dänemark nicht wünschen, um diesen Seestaat bei Deutschland festzuhalten. Wofür man aber Gut und Blut opfert, das ist die lockende Verbindung Holsteins mit Schleswig unter gemeinsamer Verwaltung und Landesvertretung mit einer gemeinschaftlichen Armee als Bürgschaft für diese Verbindung. Diesen natürlichen und vertragsmäßigen Wunsche steht nun das Projekt der sogenannten Eidervänen, Schleswig zu incorporiren und zu danisiren, im Wege. Diese überwiegende dänische Partei, an deren Spitze das sogenannte Casino-Ministerium steht, bereit sich, durch massenhafte Absetzung der deutschgesinnten Beamten, Lehrer und Geistlichen Schleswigs die Incorporation zur vollendeten Thatsache zu machen und sollte auch durch die Einwirkung der Großmächte die Verwaltung Schleswigs eine separirte werden, so dürfte es dann nicht gut möglich werden, die plazirten Danen und deren dannieren den Einfluß los zu werden. Diese eiderdänische Partei, die herrschende, besteht abrigens nicht, wie in manchen Blättern behauptet wird, aus Demokraten, obwohl man ihre Gesetze Demagogen nennen kann; sie ist vielmehr eine Zusammensetzung von puren Nationalfanatikern und liberalen Bureaukraten. Die eigentliche Demokratie, deren Organ „Kioevenhavnposten" zieht auch hier die Zivilisation der fanatischen Chimäre wenigstens dem Fanatismus der Nationalität vor; sie bildet mit der puren, nur die eigenen Interessen fordernden Reaktionäre die Opposition. Erstere ist nicht zahlreich, Schleswig zu beeinträchtigen, da ihr das Wohl des Deutschen eben so am Herzen liegt, letztere würde in der Reaktionäre der Herzogthümer gern ein Stütze suchen gegen die heimische Bourgeoisie und Bureaukratie. Die Aristokratie mochte gerne den Krieg beendigt sehen, theils um eine Truppenmacht nach Kopenhagen zu ziehen, theils um den Eiderdänen das Mittel, die Massen gefügt zu halten, entziehen zu können. Die Demokratie hofft nur viel auf mit ihren humanitarischen Senfzern, die Aristokratie aber zeigt oft unverhohlen ihren Haß gegen das jetzige Regiment. Zu den letzteren gehört der Baron Juel-Brockdorf. Obwohl aus verwandten dänischen Geschlecht und einer der reichsten Grundeigenthümer, weigerte er sich, sein verfallenes Schloß Wadewar zu einem Lazarethe herzugeben, und das Commando, welches das Haus nicht entbehren konnte, mußte Gewalt anwenden.

Frankreich.

Paris, 26. Okt. Nachdem die Ceremonie der Ueberreichung des Biretts an die neuernannten Cardinale in der Kapelle St. Cloud brendet war, hielt der Abbegat Mgr. Hyssloni an den Präsidenten der Republik eine kurze Anrede, worauf dieser folgende erwiderte: „Ich danke Ew. Excellenz für die freundlichen Gesinnungen, die Sie mir im Namen des h. Vaters bezeugen. Mit der größten Genugthuung habe ich gesehen, daß Se. Heiligkeit Frankreich drei Cardinalshüte verliehen hat. Dies ist ein neuer Beweis von Zuneigung des Stellvertreters Christi für unsere Nation, und hier besonderen Hochschätzung des französischen Klerus, der sich wegen seines Verdienstes, seiner Tugenden und seiner Anhänglichkeit an die großen Prinzipien, auf denen die kath. Religion beruht, ausgezeichnet hat. Ich fühle mich geehrt, einer Feierlichkeit zu assistiren, wo sich die geistliche Gewalt mit der weltlichen Macht in vollkommener Eintracht zeigt. . . Ich bitte Sie, mich der besten Wünsche theilhaftig zu machen, wodurch S. Heiligkeit auf Frankreich auf auf meine Regierung den Segen des Himmels herabsleht; ich fühle mit aufrichtig, daß diese Gesinnungen, welche Erkenntlichkeit an den Tag legen zu können, und bitte Ew. Excellenz, zu den Füßen des Oberhauptes der Kirche meine aufrichtige Verehrung niederlegen zu wollen." — Aus der bei dieser Gelegenheit von Se. Exc. dem Cardinal Gousset, Erzbischof von Reims, gehaltenen Rede sind wir folgende Stelle hervor: „Die Würde des Cardinals, stets groß in sich selbst, scheint mir in diesem Augenblicke durch den persönlichen Charakter desjenigen, der sie erhielt, des Papstes ehemals, der auf eine so wurdige Weise den Stuhl des h. Petrus inne hat, noch viel größer. Die Geschichte des unsterblichen Pius IX., hauptsächlich in Bezug auf seine Leidrei und den Sieg über die Widerwärtigkeit, versechtet sich in die Annalen von Frankreich, in die Geschichte unserer Armee, welche, beseelt von dem großmuthigen Gesinnungen, die sie in Allen ausschreien, sich durch den Ostrauch, den sie vom Siege gemacht hat, durch die Achtung gegen den gemeinsamen Vater der Glaubigen noch weit größer gezeigt hat, als durch die wohlbekannte Tapferkeit unserer Anführer und durch die Tapferkeit unserer Soldaten. Ich verhehle mir nicht die Verdrießlichkeit, welche ich

gegen die Kirche und ihr Oberhaupt, gegen das Staatsoberhaupt und die Regierung übernommen habe. Der Purpur, den ich trage, wird mich an die Rothwendigkeit der Hierarchie und der Subordination erinnern, sowohl in der weltlichen als in der kirchlichen Ordnung. Er wird mich daran erinnern, daß je höher Jemand erhoben ist, desto mehr Muth, Liebe und Ergebenheit gegen Gott und Unterwerfung unter die Gesetze, durch die Anhänglichkeit an die öffentliche Wohlfahrt, durch Abtödtung seiner selbst, durch Ausübung der evangelischen Liebe rc. Wenn die meiner väterliche Sorgfalt anvertraute Bevölkerung, indem sie meine Erhöhung sieht, erkennt, wie sie es in der That erkennt, daß es in den Augen der Kirche und der Regierung keine Privilegien der Geburt gibt, daß die Warden sowohl den Kindern des Volkes, als denen der Großen verliehen werden, so muß ich meinerseits anerkennen, daß es, indem ich Fürst der Kirche geworden bin, für mich eine dringende Pflicht ist, nach dem Ausdrucke des berühmten Hinmar, eines meiner Vorgänger, der Diener des christlichen Volkes zu werden, und mir mehr als mehr die Gesinnungen derjenigen anzueignen zu suchen, der sich in Wahrheit Diener der Diener nennt" rc. — Der Präsident der Republik antwortete hierauf: Sie haben mit mir nicht von Erkenntlichkeit zu reden; nicht ich, sondern Sie selbst haben sich durch Ihre Wissenschaft, Ihre Tugend und die Erbauung, die Sie dem Volke, sowie Ihren Collegen im Angelegenheit mitgetheilt worden sein, welche Lord Palmerston in Gemeinschaft mit Frankreich an Preußen richten will. Ueber diese Angelegenheit vernimmt man das Folgende: Es sei nun außer Zweifel, daß das französische Cabinet sich mit Oesterreich und Rußland vereinigt hat, um den Krieg zwischen Dänemark und Deutschland zu beendigen; diese drei Mächte hätten England den Antrag gemacht, sich mit ihnen zu vereinigen, um Preußen zu verhindern, den Herzogthümern ferner indirekt Hilfe zukommen zu lassen. Es sei, fügt man hinzu, eine ernste und unpolitische Maßregel von Seite Frankreichs, die Hände zu einem Plane zu bieten, der dahin zielt, russische Truppen in den Norden Deutschlands zu führen um die Bewegungen Preußens zu überwachen. Die neuesten Nachrichten aus London lassen an dem Zutritt Lord Palmerstons zu diesem Bunde zweifeln. Es ist wahr, die französischen Diplomaten geben sich den Anschein zu glauben, diese Intervention führe zu nichts anderem, als zur Beendigung des fraglichen Krieges, welcher für den englischen Handel sehr nachtheilig ist, was vermuthen läßt, daß Lord Palmerston nachgeben werde, um so mehr, da die auswärtigen Cabinete dem englischen zu verstehen gegeben hätten, die Intervention werde mit oder ohne Mitwirkung Englands erfolgen.

Neuestes.

* Würzburg, 31. Okt. In dem Intelligenzblatt für Unterfranken und Aschaffenburg Nr. 256 veröffentlicht das kgl. Kreis- und Stadtgericht dahier, daß das über H. Schuhmann von Hoffstetten erlassene Todes-Urtheil Samstag 2. Nov. l. J. Vormittags zum Vollzuge kommen werde.

Frankfurt, 28. Okt. Der vorgestern hier stattgehabten Ausweechslung der Ratifikationen des Friedensvertrages von Seiten des deutschen Bundes und Dänemark's ist, wie aus gutunterrichteter Quelle verlautet, bereits gestern die Absendung eines Inhibitoriums an die Statthalterschaft gefolgt. Die Statthalterschaft wird dahin angewiesen, nach nunmehr von Seiten des deutschen Bundes abgeschlossenem Frieden sofort die Feindseligkeiten gegen Dänemark einzustellen und das Heer in Holstein auf den Bestand des Bundeskontingents zu reduziren. Dem Vernehmen nach sind Oesterreich und Hannover mit der Exekution dieses Beschlusses beauftragt. (N. Corr.)

O Frankfurt, 30. Okt. Der Civilcommissarius des deutschen Bundes, Graf Rechberg befindet sich im bayerischen Hauptquartier zu Aschaffenburg.

Stuttgart, 28. Okt. Wie wir aus guter Quelle erfahren, ist an das gesammte königl. Offizierkorps die Aufforderung ergangen, sich zu erklären, ob es felddienstfähig sei. (D. B.)

Ulm, 28. Okt. Dem Vernehmen nach ist heute Vormittag auch hierher ein Einberufungsbefehl gelangt. Von den Bereitschaften der hier garnisonirenden drei württemb. Infanterieregimenter (3. 7. 8.) sind zu jeder Compagnie, bei der bisher ca. 50 Mann mit den Unteroffizieren präsent waren, heute 46 Mann einberufen worden, die Einberufungsbefehle für die übrige Mannschaft liegen parat. Diese Einberufung der Bereitschaft hat sofort bei allen Regimentern stattfinden und Viele glauben an einen Ausmarsch auf württembergischen Truppen. (U. Z.)

Stuttgart, 29. Okt. Von dem Kriegsministerium ist heute Nachmittag der Befehl an sämmtliche Regimenter ergangen, ihre Bereitschaften einzuberufen. Die Infanteriecompagnie wird dadurch auf 200 Mann gebracht werden. (F.-D.-Z.)

Stuttgart, 29. Okt. Wenn in verschiedenen Blättern gemeldet wird, die um Abschied eingekommenen Offiziere hätten diesen auch bereits schon erhalten, oder wiederum, es sei eine bestimmte Zahl Abschiedsformulare hier angekommen, derlei, oder sonstig, so wissen wir gut thun, auf solche Nachrichten keinen Werth zu legen. Lästigkeiten ist hierüber noch nichts entstanden. Die hier verbliebenen Pioniere halten, bis sie durch andere Truppen abgelöst werden, den Pulverthurm besetzt, die Schanzen geben die gewöhnlichen Wachen. Der Staatsschatz ist an das Militärkommando abgegeben und von demselben, wie es heißt, mit nach Hanau abgeführt worden. Von seiten des Kriegsministeriums sind Infanterieregiments sammt Zugartillerie ging auf der Eisenbahn, die Husaren sammt reitender Artillerie auf der Landstraße über Fritzlar ihrem neuen Standquartier entgegen. Heute gehen das zweite Bataillon des ersten Regiments, das Jägerbataillon, ein Theil der Artillerie und das zweite Husarenregiment ab. Alle Waffen und Offiziere werden aus den Zeughaus mitgenommen. (K. Z.)

Gotha, 29. Okt. Der seit dem 26. August dieses Jahres auf unbestimmte Zeit vertagte Landtag ist vom Staatsministerium auf den letzten d. Mts. einberufen worden.

Leipzig, 26. Okt. In der Lausitz schwebt jetzt ein Brandstifterprozeß gegen 10 Knaben, von denen der jüngste 11½, der älteste 18½ Jahr alt ist. Sie haben in den Jahren 1846—1848 49 Brandstiftungen begangen, welche mit Einschluß von 89 Brandstiftungen, in 61 Orten in der Oberlausitz und den angrenzenden Landestheilen verübt wurden. Die Untersuchung ergab, daß die jungen Verbrecher einer Bande von Böhmischen sich beschamende Verbordenheit entwickeln.

Hannover, 26. Okt. Das neue Ministerium ist gebildet. Kammer-Rath v. Münchhausen erhielt die auswärtigen Angelegenheiten und, so lange kein Finanzminister vorhanden ist, einstweilen auch die Finanzen; Oberbürgermeister Lindemann das Innere; Generalmajor Jacobi den Krieg; v. Rössing die Justiz; Kammer-Rath Meyer das Kultus. Heute Nachmittag haben die neuen Minister drei dem Könige Audienz, um ihr Programm vorzutragen. Wahrscheinlich erfolgt morgen die Ernennung. — Zugleich erging folgende Proklamation: „Ernst August, von Gottes Gnaden rc. Wir haben uns veranlaßt gefunden, Unseren bisherigen Ministerialvorständen die von denselben wiederholt nachgesuchte Entlassung von dem Amte am heutigen Tage in Gnaden zu ertheilen. Eingedenk der wichtigen Dienste, welche die Ministerialvorstände Uns und dem Lande in gefahrvoller Zeit geleistet, haben Wir zu dieser Entlassung nur ungern Uns entschließen können. Um ihren nützlichen Rath für wichtige Fälle der Regierung auch ferner zu erhalten, haben Wir dieselben sammtlich zu Mitgliedern Unseres Staatsrathes ernannt. In der von Uns getroffenen Wahl der neuen Minister werden Unsere getreuen Unterthanen die Gewähr finden, daß Wir den Gang, welchen Wir in der Regierung Unseres Landes während der Dienstführung der nun entlassenen Ministerialvorstände eingehalten haben, im Wesentlichen nicht zu verändern beabsichtigen. Um so sicherer erwarten Wir, daß Uns in diesen ernsten Unsere getreuen Unterthanen das Vertrauen und die Anhänglichkeit, welche sie während der schweren Zeit der letzten Jahre, fast mehr als irgend ein anderer deutscher Stamm, Uns bewahrt haben, auch ferner Unserer Regierung unvermindert bethätigen werden. Dann dürfen Wir mit Zuversicht auch hoffen, daß unter dem Schutze der Allmächtigen es Uns gelingen werde, das Land durch die noch immer drohenden Gefahren sicher hindurch zu führen. Hannover, d. 28. Okt. 1850. E. August v. Münchhausen. Lindemann. v. Rössing. Jakobi. Meyer."

Altona 27. Okt. In den hiesigen „Adreß-Comptoir-Nachrichten" (ein Intelligenzblatt Altona's) werden mehr und mehr Stimmen laut, die eine Annäherung des Friedens ersehnen. Es soll, meinen die Friedensfreunde, die Statthalterschaft durch eine Petition mit etwa 100,000 Unterschriften veranlaßt werden, in Kopenhagen den Vorschlag zu machen, die Streitigkeiten zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark durch ein „unparteiisches Schiedsgericht erledigen zu lassen.

Kiel, 26. Okt. Die Friedensverhandlungen werden sehr darauf gedrungen die Civilliste einzuführen und es haben deßwegen mehrere Berathungen im Cultusministerium stattgefunden. Die Resultate sind dem Publikum nicht bekannt, nur kennt man eine Aeußerung des Kultusministers nach welcher derselbe das Institut der Civilliste sowohl von Seite der Wissenschaft, als von Moral, wie der Politik, für verwerflich erkläre, welches uns Leben zu rasen, er sich niemals herbeilassen werde.

T. D. Berlin, 30. Okt. Die „Konstitutionelle Zeitung" veröffentlicht heute folgende Nachricht: Eine vorgestern hier eingegangene kaiserl. russische Note soll in bestimmten Andeutungen die Erklärung abgeben, der Kaiser von Rußland werde jeden Angriff auf die Bayern in Kurhessen als nir Kriegserklärung von Seite Preußens betrachten. (F.-D.-Z.)

Turin, 21. Okt. Die Deputirten und die Senatoren des Königreichs sind für den 5. Nov. zur Wiedereröffnung des Parlaments einberufen worden.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Kobell.

Theater-Anzeige.

Gastspiel des Opernsängers Hrn. Walter vom Stadttheater zu Augsburg.

Freitag, den 1. November 1850.

Zum Erstenmale:

Die Vorleserin.

Schauspiel in 2 Akten nach Bayard.

Hierauf:

Die weiße Dame auf Schloß Avenel.

(II. Akt.)

Zum Schluß zum Erstenmale:

Vorenz und seine Schwester.

Bauerveille-Burleske in 1 Akt. von W. Friedrich.

Für die Waldhüterswittwe Affemann in Erbach sind ferner eingegangen: Von A. K. 24 kr. Transport von früher 2 fl. Summa 2 fl. 24 kr.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Dirn Nr. 553.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 262. Würzburg, Freitag den 1. November. **1850.**

Preußens Plan auf die Bildung eines großpreußischen Staates.

Es erregt ein eigenthümliches Gefühl, wenn man im Hinblick auf die ernste Gestaltung der deutschen Fragen den tiefen Gründen nachforscht, welche sie so sehr verwickelt haben. Wir wollen Preußen gern vergeben, wir wollen seine Handlungsweise sogar nicht eine unpatriotische nennen, wenn nur nachgewiesen werden konnte, daß dieselbe einigermaßen den Vortheil der Nation zu fordern vermöge. Allein ob wir auch die leidenschaftlichste Unterstützung in dieser Frage anstellen, immer und immer wieder dringt sich uns die Ansicht auf, Preußen könne nicht Anderes als Deutschland zerreißen und die abgerissenen Theile abpflanzen, oder allenfalls mit souveräner Gewalt an die Spitze Deutschlands treten und durch die Entzweiung Oesterreichs mit dem deutschen Elemente den Keim tödtlicher Krankheit in das Herz desselben pflanzen wollen. Die erste dieser Richtungen ist offenbar persid gegen Oesterreich wie Deutschland, die zweite wollen wir in sittlicher Beziehung nicht näher kennzeichnen, denn sie ist, Dank sei dem Himmel, unmöglich. Ja, es ist ein unmögliches Beginnen, ganz Deutschland in die Formen eines Bundesstaates zu gießen, ohne Rücksicht das Ansehen der deutschen Fürsten und die specielle Existenz der kleineren Staaten gänzlich aufzuheben. Dieses Problem vermochte allenfalls nur die rothe Revolution mit dem Gefolge ihrer bekannten Thaten zu lösen. Einem monarchischen Staate mit, sei es auch nur conservativ thorenten Staatsmännern, wird und muß die Lösung unter allen Umständen mißlicken. Die zu Frankfurt ausgearbeitete Reichsverfassung nicht minder, als der von den verbündeten Regierungen im Mai 1849 in Umlauf gesetzte Entwurf sind politische Mißgeburten, an deren Lebensfähigkeiten allenfalls Gegern und Dahlmann glauben konnten, nicht aber Hr. v. Radowitz, der unter seinen sonst ziemlich seltenen Verdiensten namentlich das für sich geltend machen kann, kein Katheder- oder Klubpolitiker zu sein. Nackt und kahl ausgesprochen reducirt sich daher der preußische Plan auf die Bildung eines großpreußischen Staates im nächsten Hinblicke auf Nordteutschland und mit dem selben Vorsatze, die Unionsfürsten allmälig zu Schattenfürsten herabzusetzen, Hannover und Sachsen endlich mürbe zu machen, sie vermöge des nationalen Druckes der stärkeren preußischen Interessen zur Anerkennung der Suprematie von Potsdam zu nöthigen, das militärisch besetzte Hamburg in einer Art politischer Vergeßlichkeit und Zerstreuung zu behalten, und zur Erleichterung des Gelingens einstweilen eine feste Position in Baden zu fassen u. bei jedem Anlaße das schwarz-roth-goldene Banner auszustecken. Weder als deutsche, noch als europäische Macht darf Oesterreich dulden, daß dieser Plan jemals zur Ausführung gelange. Weit entfernt, den durch die preußische Politik nahegelegten Versuchungen nachzugeben und etwa in Bezug auf Süddeutschland ähnliche Absorbirungsgelüste zu nähren, kann es aber auch nicht zugeben, daß sein historischer, durch die Verträge vom Jahr 1815 verbürgter Einfluß auf Deutschland erlösche, ein zu verhältnißmäßiger Macht erwachsener Nachbar in seinem Rücken sich festsetze, die Kraft von Mittelenropa, die in den wichtigsten Streitfragen entscheiden werden konnte, durch den diametralen Gegensatz der Interessen, Gesinnte und Bestrebungen Oesterreichs und Preußens gleich Null gemacht werde, — am wenigsten aber kann es ihm gleichgiltig sein, wenn es die deutsche Idee, das deutsche Nationalbewußtsein, denen es mit größter Bereitwilligkeit und in umfassendster Weise Rechnung zu tragen entschlossen ist, als Element der Auflösung gegen sich selbst benutzt sehen soll. Dieß zur Beherzigung derjenigen, welche, irregeführt durch die sophistischen Plaudereien und Entschuldigungen der norddeutschen Presse, die wahre Bedeutung der Frage, um die es sich im tiefsten Grunde handelt, nicht erkennen. Nie war eine ungerechtere Sache, ein gewaltthätigerer Vorsatz mit einem solchen Aufwande von Phrasen und Formeln bedeckt worden, als jetzt durch Preußen. Es hat dabei nicht über mit der Eigenthumlichkeit des deutschen Geistes spekulirt. Bei Staatsmännern vom Fach kann dieß Zusammenwerfen von Dingen, die nicht zur Sache gehören, dieß mit eitlen Begründungen umflochtene System der Negation auf keinen Beifall zahlen, am wenigsten aber sie in ihren ernsten Entschließungen beirren. Jeder Deutsche, ganz Deutschland hat jetzt die freie Wahl, mit oder gegen Oesterreich zu sein. Oesterreich wollte und will zur Stunde, daß unter Aufrechthaltung des konstitutionellen Systems in allen deutschen Einzelstaaten alle friedlich und einträchtig zusammt ein Organ zur Vertretung der höchsten Interessen der Nation nach Innen und Außen schaffen. Wie gestehen offen und rückhaltlos, daß wir an der Intensität und der Klarheit des deutschen Nationalbewußtseins einerseits und nach dem Geschicke der deutschen Politiker anderntheils, Eventualitäten und Möglichkeiten zu berechnen, insofern in Zwiefel gerathen müssen, als obiges Programm, ungeachtet es in beiden Beziehungen so viel des wahrhaft, ja einzig Befriedigenden darbietet, nicht allerwärts jene warme Aufnahme fandet, die es verdient. Wir haben gesehen, daß für Oesterreich Lebensinteressen auf dem Spiele stehen. Es hat, wenn es nachgäbe, Unermeßliches zu verlieren; Preußen will auf seine Unkosten erwerben, das ist der Unterschied. Nur Gebauer, Pfistiker und Pedanten konnten glauben, daß Oesterreich den durch das Unionsexperiment beabsichtigten Krystallisationsproceß ruhig geschehen lassen werde, ohne sein Veto dagegen einzulegen. Deutschland gleicht nicht den von Wädern umschlossenen Freistaaten Nordamerikas, die sich nach Gefallen ausdehnen mögen, da ihnen nirgends ein imposanter, politischer Widerstand entgegenzutreten vermag. Die Vergrößerung eines europäischen Groß- und Kleinstaates nach Außen ist ohne den Widerspruch der betheiligten Macht nicht denkbar. Und gerade darin äußert sich das höchste Maß der preußischen Gewissenlosigkeit, daß, während der klare Wortlaut der europäischen Verträge dem einigen Deutschland die vollste und freieste Befugniß der selbstständigen Constituirung einräumt, das uneinige auf die Passivität der übrigen Mächte nicht rechnen kann. Am wenigstens dürfte Europa finden, daß Preußen sich einseitig vergrößere. So ist es Preußen, welches das einzige zulässige Mittel einer friedsamen Constituirung von sich stößt, die gefährliche Einmischung des Auslandes geradezu provocirt, und möglicher Weise zu einem Kampfe treibt, dessen Beginn Oesterreich, dessen Ende wahrscheinlich Preußen bitter beklagen wurde.

(Reichszeitung.)

Krieg oder Frieden.

Y Wenn nur dies die Alternative wäre, dann würden wir das Loos aus den Falten unserer Politik eben so ruhig ziehen, wie einst jener Römer aus den Falten seines Gewandes. Die Frage liegt aber leider nicht so einfach, denn wenn man auch, sobald der erste Kanonenschuß gefallen, sagen kann, daß, wo und mit wem der Krieg begonnen, — schwerlich wird es Jemand wagen, vorher zu bestimmen wie derselbe verlaufen und wie er ein Ende nehmen wird. Ganz Europa gleicht mehr oder weniger einer gefüllten Mine und bedürfen sind deren Wirkung am Tragweite bei der ersten Explosion völlig unberechenbar. Bei diesem verworrtesten Kriege handelt es sich hauptsächlich um Gegensätze, politischer Systeme und Prinzipien, Gegensätze, welche im Verlaufe ihre falschen Vertheidiger nöthigen werden, ihre Reserve bei der bisherschenden Revolution zu suchen. Oder wäre es etwa von obngefähr, wenn dieselben Leute, die seit zwei Jahren als Klageweiber des Bruderzwerds in Großem vergnügung die Hände reiben? — Wäre es von Ohngefähr, wenn das jetzige Geschrebe, dessen Vorstellende „Tagend" eine bis dahin unerhörte Freiheit ist, von einem europäischen Kriege mit einem Leichtsinn spricht, als sei dies nur ein Hasenjagen? — Die Revolution weiß wohl, welche schwierige Arbeit ihr erspart wird, wenn die deutschen Heere sich gegenseitig zerfleischen, und die bramarbasirenden Feiglinge sind darum jetzt so fröhlich, weil mit jedem erschossenen Soldaten sich das Objekt ihrer Angst um eine Quote vermindert. Kann all dieses angeführte für Preußen verborgen sein? Nein, aber Verblendung ist der Vorrad des Gerichtes! Die Lunte wird immer näher an das Pulverfaß gerückt, und Preußen scheint sein gefährliches Spiel auf die Spitze zu stellen. Will es wirklich erst abwarten bis von einer Seite die Russen mit ihren kolossalen Truppenmassen, und auf der andern Seite französische Heereshaufen auf Deutschland zueilen, und dem zerrissenen Deutschland, jedem nach seiner Art und Weise, das Band der Einigkeit und Bruderliebe zu überreichen?

Deutschland.

München, 28. Okt. Obwohl der Justizminister v. Kleinschrod einen zweimonatlichen Urlaub angetreten hat, so werden doch die Vorbereitungen der Gesetzentwürfe, welche Seitens des Justizministeriums dem nächsten Landtag zur Berathung

unterbreitet werden sollen, nicht die einzelne Untersuchung erlassen. Es sind hier nur die Materialsammlung und dann die Gesetzentwürfe über kameralistische Anweisungen, die sammtlichen Strafgesetze. Dieselben werden und zwar in folgender Ordnung vorgelegt werden und zwar in folgenden selbstständigen Abtheilungen: 1) das Polizeistrafgesetzbuch, 2) der Polizeistrafprozeß, 3) Revision des ersten Theiles des Strafgesetzbuches vom 1813, 4) Revision der Strafprozeßnovelle vom 10. Nov. 1848, 5) die Kompetenz der Standgerichte, 6) Militärstrafgesetzbuch, 7) Militärstrafprozeß. Die Kompetenz der Standgerichte soll auf die Fälle beschränkt werden, daß sie nicht über 5 Jahre Strafarbeitshaus erkennen können; dagegen will man bei Revision des Strafgesetzes bei gewissen Verbrechensfällen die Strafe herabsetzen. Der Militärstrafprozeß ist die Novelle vom 10. Nov. 1848 nachgebildet.

München, 30. Okt. Se. Maj. der König haben, wie wir vernehmen, die k. k. Offiziere, welche als Deputation bei von Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich Allerhöchst Ihnen verliehenen Kniesschirrregiments Sr. Maj. aufgewartet haben, durch Ordensverleihungen ausgezeichnet. Es haben der Chef Graf Montecuculi Kommerherrwürde, der Verdienstkreuz vom hl. Michael und der Rittmeister Frhr. v. Gebe, so wie der Oberlieutenant Frhr. v. Beslichingen das Ritterkreuz desselben Ordens und Sr. Maj. des Königs Allerhöchsteigenen Händen erhalten.

(N. M. Z.)

Die Augsb. Postztg. scheidet aus den Inhalt des an die streitenden Theile in den Herzogthümern zu richtenden Vielleicht schon an den Ort seiner Bestimmung abgegangenen Jahibitoriums: Die holstein. Armee erhält den Befehl, Schleswig gänzlich zu räumen, der König von Dänemark wird in seine Rolle als Landesherr Holstein wieder eingetreten, während die Rechte und Rechte wahrt und in seine Obhut nimmt, die auf dem bekannten Bundesbeschlusse von 1846 resultiren. Verweigern die Holsteiner den Gehorsam, so requirirt die Bundesversammlung Bundeszwang, und zwar nicht allein von den „bundesgetreuen“ Staaten, sondern vorschlagsweise auch von einigen Gliedern der baierischen Union, deren geographische Nähe sich vorzugsweise dazu eignet. Findet man auch von dieser Seite Renitenz, so wird durch andere Truppen exekutivisch gegen die betreffenden Regierungen verfahren werden. — Dem Marsche der Bundestruppen nach Holstein hin — sagt derselbe Korresp. — kann Preußen seinen Widerstand entgegensetzen, weil dieser einer Kriegserklärung gegen die übrigen Großmächte gleich käme. Es muß also ruhig zusehen, wenn feindliche Heere sich in seinem Rücken aufstellen. Dadurch allein aber schon werden alle seine Kriegsoperationen in der Mitte Deutschlands unmöglich gemacht.“

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 29. Okt. Heute früh sind durch 2 Extrazüge das zweite Bataillon des ersten Linien-Infanterieregiments und das Jägerbataillon von hier abgegangen. Ebenso ist das erste Husarenregiment von Hofgeismar eben hier angelangt, um heute Vormittag gegen 10 Uhr auf der Straße nach Hanau weiter zu marschiren. Generalieutenant v. Hopfgarten geht mit seinem Stabe um 12 Uhr Mittags mit einem Extrazug, welcher gleichfalls den Rest der Artillerie befördert, von hier ab. Die Bürgergarde hat zum Schutze des Staatsschatzes, welcher sich im Verwahrsam des Geheimen Staatsrathes Schoten befindet, eine Wache von 70 Mann in dem Oberrentheiter Rathshause bezogen. Die bisherigen Militärwachen in den Buchdruckereien sind gestern sämmtlich zurückgezogen worden. — Fremde Truppen sind bis zur Stunde noch nicht hier eingetrafft. (F. O.-Z.)

Hanau, 30. Okt. Der Generalstab ist heute von Kassel hier angekommen. Heute Morgen sind die Husaren und die Artillerie von hier nach Bruchköbel rc. verlegt worden. Das 3. Infanterieregiment steht zum Abmarsch nach Wechselhausen bereit. (Fr. J.)

Aus Baden, 25. Okt. (Kammer.) (Schluß.)

Der Abg. Schmitt: Der Abg. Fischer ist viel zu weit gegangen, wenn er unsere Gesetzgebung als die Mutter der Revolution erklärte, denn die Gemeindeordnung war ein treffliches gesetzgeberisches Werk und nicht die Prozeßordnung hat das Langmen bei uns eingeführt. Ich will nur auf den Schadenersatz bei den verletzten Polizeirichtern an der Revolution übergehen und da glaube ich, daß der Regent nicht blos die Strafe, sondern auch den Schadenersatz nachlassen kann. Bisher hat man das letztere als finanzsache angesehen und es lediglich diesem Ministerium übergeben. Es ist eine schwere Frage, sich ganz Gewissenlos ruinirt werden durch diese Schadenersatzverurtheilungen und die Regierung macht damit gar nichts gut. Wo die Betheiligung an der Revolution keine schweren Folgen hatte, sollte man auch diesen Schadenersatz nicht fordern. — Der Abg. Böhme: Unsere Revolution stammt nicht aus den deutschen Verhältnissen, sie stammt aus Baden allein, und die Schwurgerichte waren eine Schule derselben. Da man aber doch Steckbriefe auf die badische Revolution geworfen, will ich namentlich Zittels Bemerkung über die Staatsdiener aufgreifen. Eine Partei Verwegener, hinter der die Masse stund, und eine Militärmeuterei waren den Staatsdienern gegenüber. Da gehörte Muth dazu, Muth zum Bleiben, als zum Gehen, und das Bleiben der Staatsdiener hat viel Schlimmes verhütet. Mehrere haben freilich gefehlt und sind gegangen; allein das Verhalten der Staatsdiener, nicht ihr Stehen oder Bleiben ist die Hauptsache. Die meisten Urtheile waren nicht härter gefroffen, als die hohen. Ich wünsche, daß nicht immer dieser Stand angegriffen werde. Fischers Worte sind sehr wahr, und schon vor 4 Jahren habe ich das gesagt, was Fischer gegen die Prozeßordnung vorbrachte. Ich weiß, wie rauig die Soldaten waren, und wie sehr sie sich nach den Offizieren sehnten, ich kenne manchen auf den jüngeren Offizier, welche auf Rath von oben her ihren Compagnien blieben, ich bedaure, daß sie Handlungen vornehmen mußten, die nach dem Gesetz strafbar waren; mit ihnen ist man strafbar verfahren. Aber eine Gegenrevolution war nicht möglich. Die Führer waren fort, und ihnen um anderen Ufern, sowie Asylrecht in den Ländern des Auslandes war. Allerdings die Aktionsverantwortlichkeit konnten nichts gegen die Revolution, sie waren durch Zittel und seine Freunde gelähmt und uneinstuftos, so gut als die Revolutionsverantwortlichen wir uns seine Vorwürfe zu und wurden zur Rechtfertigung nicht zugelassen. Sie haben Amnestien gewarnt, denn die Amnestierten waren die eifrigsten Umsturzmänner. Ich will keine Gemeinschaft mit Rebellen, sie und wir können nicht zusammensein, will also nicht Amnestie damit auch wir einst freundlich behandelt werden sollen. Ich berufe auf dies. Ich habe Strumpfe gesehen, wo die schwersten Verbrecher freigesprochen und geringe hart verurtheilt wurden. Allein ich bin für den Commissionsantrag und dessen Erweiterung, weil die Ungleichheit in den Urtheilen zu groß ist. Ich hoffe die Gnade der Regenten wird dort aufgreifen. Ich bin für Amnestie. Weil wir Karl sind, darum wollen wir gnädig sein. Zitkel: Wir sind sogar reaktionär, bis auf einen gewissen Punkt, aber nicht in das Unbestimmte. Die konstitutionelle Regierung ist früher von den Radikalen überholt worden, damals wurden wir konservativ. Unsere Hoffnungen sind von den Radikalen getäuscht worden, aber nicht die Übrigen. — Vogelmann: Nicht Baden hat die Revolution gemacht, sondern die Trostlosigkeit Deutschlands und die fremden Wühler. — Lamey: Man hat die Revolution in verschiedenen Dingen gesucht, in sozialen auch, die in anderen Ländern keine Revolution erzeugt haben: es gibt noch freiere Gemeindeordnungen in andern Ländern und doch haben sie keine Revolution dort hervorgebracht, es giebt noch ältere Prozeßordnungen in andern Ländern und doch brach darum keine Revolution aus. Es ist mit den Untersuchungen eine schwierige Sache, und hätte man voraussehen können, wie ausgedehnt diese würden, so hätte man es wohl anders gemacht. Ich muß doch noch hier die Klassen druckschlichen, die nicht verurtheilt wurden, sondern die frei gesprochen wurden. Es steht den Assisenrathen schlecht an, daß sie es nicht ohne Spott ertragen können, wenn die Gerichte Jemand, der sich selbst gestellt hat, und die Kammer eine Amnestirung vollzogen hat, die Innocenten traf, welcher frei gesprochen wurde. (Zittel.) Der Kommissionsantrag ist eine Beleidigung für die Regierung, denn man weiß wir ihr der Tyrannei nicht zutrauen, aber die Mindestbetheiligten noch stets die Untersuchungen fortgeführt. — Ihr kenne die Betheiligten öfters genauer, als Andere und weiß, wie viele begnadigt werden sollten. Die Frage der Begnadigung hängt genau mit unserer Lage zusammen. Ich gebe nichts für die Unterdrückung der Revolution, wenn nicht in Jahresfrist alle Spuren der Revolution im Lande verschwunden sind. Ich will nur die Fälle betroffen, sondern fast alle Familien, selbst die konservativsten. Ich will noch von den fiskalischen Prozessen, die noch der Kriegsgefangenschaft, dem Verhaft, dem Urtheil und der polizeilichen Aufsicht nachhinken, sprechen. — Die Prozesse, die zur Zeit noch vom Hofgericht verhandelt werden, sind ebenso. Aber noch stärker ist es mit den fiskalischen Prozessen vom Mainsthand. Ich will einen Fall erzählen: Einem Schuhmacher wurde sein Laden geplündert von den Soldaten. Er erhielt von der provis. Regierung Ersatz und muß nun nach seinem Vermögen Steuern zahlen. Auschauungsgeber zurückgeben. — Der Fiskus hat überlaufen, er ist so gut als Prozesse an und findet sich dann zuletzt ab. Es ist ganz abenteuerlich, erst jetzt nun in die Verfassung die Vermögenskonfiskationen sein aufgehoben, und jetzt erklärt man sammtverbindlich alles Vermögen mit Beschlag bei den Betheiligten. Ich muß nächstens eine Interpellation auf Wiederherstellung der Konfiskationen einbringen, wenn das so fortgeht; denn man belegt nun das ganze Vermögen mit Beschlag, nicht nur den nothigen Theil. Es ist darin ein folosales Unglück über das Land gebracht, ebenso ist es mit den Vermögenszusammenzügen. Alle Frauen stehen sie nicht mit ihren Männern bestellt wollen, müssen ihr Zeigebrechten vor der Beschlagnahme zu retten suchen, und Prozesse über die Vermögensabsonderung beginnen, und der Staat, der alle Betheiligten für 3 Millionen haftbar erklärt, kommt auf Widerspruchsklagen und Absonderung sei zulässig, weil das Vermögen nicht den Gläubiger sei! In welcher Schule der Lüge hat dieß der Fiskus gelernt. Müssen die Frauen und Kinder der Hochverräther nicht auch leben? Selbst in der Gantmasse liquidirt der Fiskus unaufhörlich seine 3 Millionen. Wer verliert? Nicht der Gantmann, nicht die Hochverräther, aber die unbetheiligten und ehrlichen Gläubiger. Nicht diese Gläubiger kommen ruinirt werden vom Fiskus. Der Fiskus solle doch wenigstens sich auf einen Theil seiner Vermögens beschränken. Ich hoffe, die Begnadigungen werden sich mehren, und die achtbaren Männer und den Strafaustalten entlassen werden. — Schaffs: Man kann über die heutige Frage ganz Bücher schreiben. Ich will nicht davon sprechen, denn man kann nicht Alles unter eine Schablone bringen; allein es laufen noch Haubewühler im Lande herum, die klagsfrei gesprochen wurden. Formell freilich ist das gerechtfertigt, aber materiell nicht. Bei der Abstimmung wird der Commissionsantrag angenommen.

Karlsruhe, 29. Okt. Die Kommission der 2. Kammer für die Prüfung der mit Preußen geschlossenen Militärübereinkunft und alles dessen, was damit zusammenhängt, hat sich gestern schon versammelt. Dieselbe war einstimmig der Ansicht, daß die politische Frage, ob Baden an den Bund-

mit mit Preußen festhalten oder ob wir uns mit dem neuen Bundestag vereinigen sollen, nicht nur in genauer Verbindung mit dem Militärvertrag stehe, sondern für die Entschließung der Kammer die Vorfrage bilde. Ebenso war man darüber allerseits einig, daß man sich mit der wegen Zusicherung nicht begnügen dürfe, die Regierung deutschgesinnte Männer in der deutschen Politik, wenigstens dabei nicht beruhigen dürfe. Die Commission beabsichtigt deßhalb, die Vorfrage der deutschen Politik in den Vordergrund zu rücken und sich vollständigen Aufschluß darüber zu verschaffen, wie sie sich deßhalb Namens der Regierung denke. Sie hat deßhalb Namens der auswärtigen Angelegenheiten werde der 2. Kammer heute sein Programm mittheilen; dies geschah jedoch nicht, vielmehr hat der Herr Minister erklärt, er werde den Stand der deutschen Frage genau studiren, und, wenn dieses geschehen, in der Commission erscheinen. Sie hat deßhalb Versicherung, daß hinsichtlich der deutschen Politik kein Systemswechsel eintreten werde, findet natürlich nirgends Glauben. (M. J.)

Stuttgart, 29. Okt. Wichtig ist eine Nachricht der „Ulmer Schnellpost", welche von hier aus hatte ist und folgendermaßen lautet: „Die Wahrscheinlichkeit nach steht auch der jetzigen Landesversammlung keine lange Dauer bevor. Die Verfassungskommission hat in einer ihrer letzten Sitzungen beschlossen, im Wesentlichen auf den Artikeln des Verfassungsentwurfs der Landesversammlung nachschlüssig der Grundrechte Bürgerrechte zu Deutschland, also namentlich auf der unbedingten Verwerfung des Bundestags zu beharren. Uebertrieb stehen, wenn auch keine Steuerverweigerung, doch so bedeutende Ersparnißanträge in Aussicht, daß soll, wie der stereotype Ausdruck lautet, „wohl auch mit dieser Kammer trotz der „besseren Erkenntniß", die sie gewonnen hat, soll — nicht regieren lassen wird." Bei der nahen Beziehung eines der bedeutenderen Mitglieder der Verfassungskommission zu der hermaligen Redaktion der „Ulmer Schnellpost" läßt sich diese Nachricht als zuverlässig annehmen. Wenn auch die Commissionsanträge noch kein Kammerbeschluß sind, so weiß doch Jedermann, daß sie meist großen Einfluß üben, und alsdann stände freilich — wenn solche Commissionsanträge zum Beschluß erhoben würden — auch diesem Landtage keine lange Dauer bevor.

Aus Thüringen, 24. Okt. In den von preußischen Requartierungen und Märschen durchzogenen Ortschaften fängt man rasch an, diese Wohlthaten der Unionspolitik zu empfinden. In dieser Jahreszeit, wo die Räume nur sind, weil die gedroschenen Feldfrüchte sie füllen, überfluthen uns die preußischen Truppen, und gehören wir schon zu den Verrierrsplätzen des herrlichen Kriegsheeres, das den Bauern hier weit schrurer, als seiner Zeit in Schleswig-Holstein, bei der Hand zu sein scheint. In Preußen mag es sein, daß man auf das Soldatenwesen etwas mehr zugeschnitten ist; gibt man doch den größten Theil der Landesvertheidigungslasten des Staates dafür aus. Hier ist das weniger der Fall. Vorabergedenk mag ein militärischer Gast gern mit am Ofen und Tisch sitzen; aber wenn er uns selber kann noch Platz daran läßt und ganz Miene macht, als wolle er hier Winterquartier nehmen, so ist das doch zu viel verlangt, wenn es denn einmal sein müßte, doch sehr andere Wünsche. Unser friedliches und „ländliches Land", wenn man so sagen darf, hat keine Traditionen, welche die Herzen nach dem Kamertone an der Syree stimmen könnten, und daß unsere Regierungen dies zu vergessen scheinen, wird den Leuten immer schwerer erklärlich. Die Aussicht auf Wiederverbreitung der Cholera durch die Ueberhäufung mit Soldaten ist auch nicht erfreulich, und so stimmt sich alles trüber und trüber. (Dresd. J.)

Gotha, 28. Okt. Neuerem Vernehmen nach werden die Truppen der sächs. Herzogthümer zu einem Corps vereint, welches mit einer preußischen Jägerabtheilung die bayerisch-hessische Grenze besetzen soll. Es wird deßhalb eifrig an der Ausrüstung unseres dritten Bataillons gearbeitet, welches dann mit den übrigen zwei Bataillonen zu dem weimarischen Contingente stoßen und einen Truppenlayer von 5000 Mann bilden wird. Die auf diese Weise von Unionstruppen entblößte Stadtpenfrasche durch Thüringen die Hessen wurde aber dann von preuß. Militär bezirk und eine ausmittelst Verbindung von preuß. Ober-Thüringenoberys mit den im Regierungsbezirke Erfurt cantonnirenden Truppendivisionen ermöglicht werden. — So eben ist die 6Pfünder Zugbatterie des 4. preuß. Artillerieregiments hier eingerückt. (K. Z.)

Wien, 26. Okt. Se. Maj. der Kaiser haben von Schanzarbeitsprämien zu Essegg, welche zur Frit, als sich diese Festung in den Händen der Insurgenten befand, die ihnen unter der Bedingung ihres Eintritts in die Rebellenarmee angebotene Freiheit angeschlagen haben und es vorgezogen, in ihren Kerkern zu verbleiben, 15 hiesr Sträflinge a voll 50 Gnadengaben, den übrigen aber die Hälfte ihrer noch zu vollstreckenden Strafzeit mit der weiteren Milderung zu erlassen geruht, daß sie den Rest der Strafe in leichten Eisen zu vollstrecken haben werden. (K.)

Wien, 26. Okt. Dem tapferen Cheevarteger-Regimente des Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz wurde bekanntlich vom Kaiser Franz auf ewige Zeiten das Vorrecht ertheilt, stets barfuß zu dienen. Die Zeit brachte diese Begunstigung in Vergessenheit. Als Se. Maj. der Kaiser Franz Joseph I. vor einigen Tagen den Vorgang daselbe beschätigte, und aber dessen treffliche Haltung seine volle Zufriedenheit aussprach, erinnerte er in Beziehung auf obige Geschichte den Obersten an die geschichtlichen Thatsn. Der Oberst breitte sich, bei dem Regimente in's Gedächtniß zurückgerufen, und — in wenigen Stunden waren die Stiefel verschwunden. Man versichert, daß dieser Zug den Kaiser ganz angemein gerührt habe.

Wien, 28. Okt. Die Conferenz in Warschau scheint eine entscheidende, jedenfalls aber beschleunigte Wendung genommen zu haben. Se. Maj. der Kaiser und der Fürst Schwarzenberg haben bereits Warschau wieder verlassen, befinden sich heute in Krakau und werden, einer so eben eingelangten telegraphischen Depesche zufolge, schon morgen Vormittags hier eintreffen. Indessen werden die Truppendewegungen auf allen Punkten und bis nach den äußersten Grenzen der Monarchie im großen Maßstabe betrieben. (A. J.)

Berlin, 24. Okt. Es sind in diesen Tagen hier auf halboffizielle Weise Mittheilungen aus Frankreich über die kürzlich entdeckten Umtriebe der gefährlichen politischen Gesellschaft, der Todtenkund genannt, eingegangen. Bei dieser Gelegenheit sind in einer Seefadt an der westlichen Küste zwei Preußen als Emissäre des Bundes verhaftet worden. Sie gehoren zu einer Gesellschaft, die aus der Schweiz ausgewiesen, nach Amerika gegangen, von da aber unter anderem Namen nach Frankreich zurückgekommen, und hier Sinnesgenossen und Mittel gefunden hatte, das Werk der Agitation für die blutrothe Republik mit großem Eifer wieder aufzunehmen. Nach den vorgefundenen Papieren haben sie noch in diesem Augenblicke sehr Verbindungen mit fast allen Ländern des Continents und namentlich auch in Preußen. Somit erhält der Ausfall des Häuptlichen Landesverraths-Prozesses noch unvermuthete Nachträge.

Vermischte Nachrichten.

Der Ex-Reichs-Regent Franz Raveaux gibt (in seinen „Mittheilungen über die badische Revolution") folgendes sehr treffendes Urtheil ab: „Der Prinz von Preußen," schreibt Raveaux, „Manteuffel, Brandenburg, Gerlach, Stahl, Arnim, sie sind Alle unsere Feinde. Wir hassen sie und wir kämpfen gegen sie auf Leben und Tod, aber Ihr Männer der Gagern'schen Partei, unsere ehemaligen Freunde, Bastarde zwischen Absolutismus und Freiheit, die Ihr die Frechheit habt, das Volk zu betrügen, indem Ihr den Fürsten schmeichelt, und die Fürsten zu besiegen, indem Ihr ihnen huldigt, Ihr, der Ihr kennen andern Gott kennt, als Euer eigenes Ich, denen Vaterland, Fürst, Volk nur als eine Leiter zur Stufe Eures Ehrgeizes dienen sollen, — Ihr seid verachtet von allen Parteien. Die Geschichte wird Euch den Stempel aufdrücken, den Ihr Andern aufdrücken." — So äußert sich der Reichs-Regent a. D. über den „Erbkaiser" und über „die Edlen des Edelstrn".

Einem an die M. Post gerichteten Schreiben eines römisch-katholischen Geistlichen Namens F. Dateley entnehmen wir folgende Stelle: „In London allein gibt es eben so viele Katholiken wie in Rom selbst. Die genauste Kunde, die man daruber erhalten kann, stellt die Zahl derselben auf mindestens 170,000 fest. In Liverpool, und ich glaube in diesem Betreff vollkommen gut unterrichtet zu sein, ist ein Drittel der Bevölkerung katholisch, in Preußen nahezu aber ganz die Hälfte, wahrend Manchester, Birmingham, Bristol und alle unsere großen Städte wichtige Niederlassungspunkte für die irländischen katholiken bilden, an welchen, wie hinzugefugt werden mag, von Seiten unserer eingebornen Bevölkerung eine bestandige Annahrung stattfindet. Noch eine andere Betrachtung drängt sich uns auf. Converkiten treten regelmäßig zu uns, und zwar in steigendem Verhältniß. Die Zeitungen melden allerdings dann und wann einige der hervorragendsten Uebertritte; hinter diesen aber findet sich eine Menge verstecken Fall, deren Zahl nur Gott und die Geistlichkeit kennt. Ich spreche aus Erfahrung."

Von den Heldenthaten der Republik kommen täglich neue Berichte zum Vorschein. Da ist kürzlich eine Broschure von einem Hrn. Tirel erschienen, der Stadtmajor um Sch. E. Pyisyps war. Darin wird berichtet, wie ein Bataillon des Königs am 24. Februar auf dem Carousselplatz erschossen wurde, und wie der Mörder dem Gemordeten Uhr, Kette und Borse nahm und stehen den Fußes zu Leon-Reklin lief und zum Lohne für sein Heldenthat eine Aktienstelle im Musee des Louvre verlangte — und erhielt! und behielt bis zur Zeit, wo der gegenwärtige Direktor anfstellung wurde! — Die Rothen hatten sich immer gerühmt, die Republik hatte sich die Hände durch keinen Diebstahl befudelt. Hr. Tirel berichtet, daß alle Kleider, Kleinodien, Waffen, Geld der Königl. Familie eine Beute der Gebrauchsherwurden. Der Verlust der Hofbeamten und der Dienerschaft wird allein auf eine halbe Million Frs. angeschlagen, und dem Sekretär des Königs wurden 25,000 Frs. in Geld genommen; zerschlagen wurden 23,000 Gläser und Krystallgefäße und 45,000 porzellanene Gefäße, und Waren auch für 20,000 Frs. Gold gewonnen wurde. Unter den sogenannten Civilinvaliden, die eine Zeitlang im Tuilerienschlosse verpflegt wurden, befand sich ein Lumpist, der durch einen Bajonnetstich verwundet worden und durch einen Diamanten erstickt wurde, den er verschluckt hatte. Der größte Spaß, den der Ausbruch hier gebraucht werden kann, ist, daß die Pferde, deren sich die Mitglieder der provis. Regierung und die Minister bedienten, auf Kosten der ehemaligen Civilliste erhalten wurden. Ledru-Rollin soll fur sich allein 6 königl. Wagen in Beschlag genommen haben, nebst 22 Pferden, deren Unterhalt sich wohrend 75 Tage 27,750 Frs. kosteten, welche die Civilliste bezahlen mußte. Die provis. Regierung trank vom 4. bis 28. Marz 1300 Flaschen Wein aus dem L. Keller. Spater wurden noch extra 1310 Flaschen an Hrn. Marrast, und 1360 an Hrn. Garnier-Pages verabfolgt. Sie wissen, Garnier-Pages war der Finanzminister der Republik, dem man die 45 Centimes-Steuer verdankt.

Neuestes.

* Würzburg, 1. Nov. Seitdem das Telegraphen-Institut in das Leben getreten ist, werden durch viele Zeitungen telegraphische Depeschen mitgetheilt, welche als Gerüchte dem Publikum aufgetischt werden, und auf ebenso unsicherer Grundlage beruhen, als gerabezu eingefundte Correspondenz-Artikel. Dieses zur Beurtheilung beratiger Mittheilungen.

△ Aus Baden, 29. Okt. In Pforzheim hat sich ein Verein von Frauen und Jungfrauen zur Unterstützung der dortigen Armen mit Holz und Kleidern während des Winters gebildet. — Die aus Rastatt entsprungenen Militärstraflinge sind bereits wieder eingebracht worden. — Ein Theil der im Großherzogthum liegenden k. preuß. Truppen hat Marschbefehl erhalten; wohin ist bis jetzt nicht bekannt. — Man sieht einer umfassenden Reform unseres Volksschulwesens entgegen. — Auch bei uns werden jetzt die Brieffrankatur-Marken eingeführt.

Leipzig, 28. Okt. Aus zuverlässiger Quelle wird gemeldet, daß der Befehl zur Mobilmachung von 2 Brigaden ergangen sei.

Hamburg, 28. Okt. Preußen schickt fortwährend Offiziere und Soldaten in voller Uniform in das holsteinische Lager; Letztere haben ein Jeder einen Schein, worauf steht: „auf ein Jahr beurlaubt, um in schleswig-holsteinische Dienste zu treten." — Gestern sind wieder 91 Mann Preußen durch Altona gekommen, die alle von Lilienkron in Berlin abgefertigt wurden und freie Beförderung hierher empfingen; in Rendsburg aber erhält jeder 10 Rthr. Die Statthalterschaft erhält ihre Befehle aus Berlin und bekommen sich nicht um das Wohl des Landes, nicht um den Jammer und die Noth, welche sie umgibt, nicht um die zunehmende Niedergeschlagenheit des Volkes. In der letzten Zeit sind aus Hessen und Hannover auch Soldaten angekommen, und es mögen nun wohl an 6000 Mann fremder Truppen im holsteinischen Lager sein. Hier in Hamburg sind 400 Stück Uniformen und Pickelhauben von der Statthalterschaft bestellt. — Wüssen halten Viele, seit der Niederlage bei Friedrichsstadt, für einen Verräther — ein Urtheil, dem ich durchaus nicht beipflichten kann. Ich habe öfter Gelegenheit gehabt, ihn persönlich zu sprechen und nach meiner Ueberzeugung ist er durch und durch Gothaer: konfus, exaltirt, ewig vermittelnd, jeder energischen Handlung, gleichviel ob eine Heldenthat oder eine Schurkerei, vollständig unfähig — kurz, der geborene General der Konstitutionellen. Daß dergleichen Leute in der Praxis oft noch gefährlicher sein können, als offenbare Verräther, will ich deßhalb nicht leugnen. — Er genießt keineswegs eines großen Vertrauens. Neuerdings hat er wieder den Versuch bei Friedrichstadt auf 200 bis 300 Mann geschätzt, jetzt stellt sich derselbe auf 728 Mann heraus. — Wenn Wüssen es ahnte, einen wie ungünstigen Eindruck seine Spiegelfechtereien auf die grundsätzigen Bewohner Schleswig-Holsteins machen, so würde er vorsichtiger sein. Obwohl daher auch der Augenschein zeigt, daß die Rüstungen eifrig betrieben werden, Freiwillige zuströmen, die Munitionshäuser und die wegen Untermasch zurückgestellten eingeübt werden, sind obwohl von gewisser Seite die bestimmtesten Versicherungen gegeben werden, daß an Friedensverhandlungen so wenig gedacht wurde, daß vielmehr der erste günstige Zeitpunkt zu einer bedeutenden That benutzt werden würde, so zweifeln doch Wenige, daß der Waffenstillstand nahe vor der Thüre ist; daß es nach einem Waffenstillstand zwischen Schleswig-Holsteinern nicht wieder gestattet werden wird, zu den Waffen zu greifen, sieht Jeder klar ein. Freilich scheinen auch die Dänen durch die Concentration ihrer Truppen bei Schleswig und durch die Verstärkung ihrer Artillerie auf im Unternehmen sich vorzubereiten. (K. Z.)

Kiel, 25. Okt. Nach der „W.-H." soll der in der Versammlung der Prälaten und Gutsbesitzer gefaßte Beschluß folgenden Passus enthalten: „Prälaten und Gutsbesitzer, überzeugt, daß bei der Lage der europäischen Verhältnisse der Streit mit Dänemark nicht durch das Schwert entschieden werden kann, daß aufhin fernerer Blutvergießen ebenso grausam als nutzlos ist," sehen sich veranlaßt, laut und öffentlich ihr Verlangen nach Frieden auszusprechen. Sie wenden sich an das Herz des Landesherrn, an die Gerechtigkeit der deutschen Regierungen und an die Weisheit der Großmächte, um baldmöglichst die Erfüllung dieses Wunsches zum Segen beider Länder wirksamst zu sehen." Abends desselben Tages versammelte sich das Corps der Ritterschaft und faßt dieser Erklärung unter der Voraussetzung beigetreten sein, daß es sich von selbst verstehe, wie ein Frieden, der die alten Rechte der Herzogthümer und namentlich das der Verbindung derselben nicht wahre, kein Segen dringender Frieden genannt werden könne.

Wien, 28. Okt. Die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft hat Befehl erhalten, Remorqueurs zum Transport von kroatisch-serbisch-walachischen Grenztruppen bereit zu halten. (L. N. d. B. B.)

Berlin, 28. Okt. Wie wir vernehmen, berichtet die „Lith. Cor.", ist diesseits die Nachricht eingegangen, daß die französische Regierung das Verbot gefaßt habe, die Getreideeinfuhr nach Frankreich zollfrei zu gestatten.

** Aus der Schweiz, 29. Okt. Von Seite der Regierungen in Oesterreich und Bayern sind sehr verbindliche Anfragen an den Bundesrath gestellt worden, in Bezug auf die verschiedenen Zweige der Gesetzgebung und Verwaltung in der Schweiz.

T. D. 1) Berlin, 30. Okt. Die verschiedenartigsten Gerüchte durchtreuzen die Stadt. Nach einem solchen hätte Hr. Staatsminister v. Manteuffel sein Entlassungsgesuch eingereicht, nach einem andern sollte eine neue sehr beträchtliche Mobilisirung des Heeres befohlen worden sein. (Kf.)

2) Berlin, 31. Okt. Die umlaufenden Gerüchte lauten augenblicklich minder kriegerisch. Die russische Note soll mehr gegen die Politik des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten gerichtet sein. Man spricht von dem Aussehen eines Mißlieds des Ministeriums. — Der Feuervertrag mit Belgien soll vorläufig verlängert sein.

F. O.-P.-A.-Z.)

Die „Daily News" vom 26. Okt. bringen folgende Instruktionen des preuß. Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. v. Schleinitz, an den preuß. Gesandten in Kopenhagen, Baron v. Werther, vom 7. Okt.: Wie Ew. Exc. aus meiner angeschlossenen Mittheilung von heute ersehen werden, ist der Augenblick gekommen, wo die lange verzögerte Ratifikation des Vertrages vom 2. Juli als eingetreten angesehen werden muß. Aus diesem Grunde trage ich kein Bedenken, Ew. Exc. die nachstehende Darlegung über die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten zu machen. — Was wir in dieser Sache wünschen und ersehnen, ist die Beendigung der Leiden, die Dänemark und Schleswig-Holstein so lange heimgesucht und den Frieden in Deutschland und Europa bedroht haben. — Wir haben in dieser Angelegenheit keinen andern Wunsch und kein anderes Interesse, als die wirksame und dauernde Wiederherstellung der friedlichen und gedeihlichen Beziehungen zwischen der Krone Dänemark und den Herzogthümern, und nicht einen teuren Frieden, dem neuer Streit folgen muß. —

(Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Rader.

Gold- und Silber-Sorten.

	fl.	kr.
Neue Louisd'or	11	5
Friedrichs'dor	9	51½
Dukaten	5	30
20 Frank-Stücke	9	37½
Holländische 10 fl. Stücke	9	46½
Preußische Thaler	1	45
5 Frank-Thaler	2	21

Badische allgemeine Versorgungs-Anstalt.

Mit dem Ende November l. Js. schließt sich die XV. Jahresgesellschaft dieser Anstalt, und es können die dahin sowohl neue Beitrittserklärungen als Nachzahlungen auf früher gemachte theilweise Einlagen bei jedem Geschäftsfreunde und bei der Hauptkasse gemacht werden.

Den Stand der Anstalt weist der für das Jahr 1849 erstattete gedruckte Rechenschaftsbericht nach, welcher bei jenem Geschäftsfreunde unentgeldlich in Empfang genommen werden kann.

Es beträgt hienach das Gesammtvermögen aller Jahresgesellschaften am 31. Dezember 1849 4,665,588 fl. 56 kr.

Die Zahl der Einlagen war in den XIV Jahresvereinen	42,327	
Davon sind durch Tod oder Auswanderung der Besitzer abgegangen	4,452	
mithin Rest:	37,875	
und zwar: volle Einlage	12,806	
theilweise Einlagen	25,069	
	37,875	

Von den durch die Statuten zur Deckung des Aufwandes für die Verwaltung angewiesenen Einnahmen ergibt sich vom Jahre 1835 bis 1849 ein Ueberschuß von 350,307 fl. 47 kr., welcher den Theilnehmern der Anstalt zu gut gekommen ist; es ruht derselbe baurschaftlich daher, daß die Kapitalien sehr gut und ohne Verlust angelegt worden sind, und namentlich die mit der Anstalt verbundene Hinterlegungskasse — bei welcher Gelder zu 3% Zins angenommen und nach kurzer Kündigung zurückbezahlt werden — einen unerwarteten Zugang bei dem Publikum gefunden hat. Am 31. Dezember 1849 betrugen diese Hinterlegungen 705,069 fl., welche größtentheils zu 4½—5% untergebracht worden sind, so daß allein hieraus ein Gewinn zum Besten der Mitglieder von jährlichen 10—14,000 fl. erwachsen ist.

Seit der Gründung der Anstalt sind an Renten bezahlt, resp. zu gut geschrieben worden;

von 1837 bis 1849	1,271,101 fl. 54 kr.
Hiezu die Renten pro 1850	167,041 fl. 3 kr.
Summa:	1,438,142 fl. 57 kr.

Unter Bezugnahme auf obige Bekanntmachung diene den Betheiligten zur Nachricht, daß die Renten von vollen Einlagen der Jahresgesellschaften 1835 mit 1848 bei dem Unterzeichneten erhoben werden können.

Würzburg, den 29. Oktober 1850.

Gregor Dehninger.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Scherkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 263. Würzburg, Samstag den 2. November. **1850.**

Monarchie und Demokratie.

Es würde große Oberflächlichkeit verrathen, wenn man den politischen Kampf unserer Tage lediglich als einen Kampf um Verfassungsformen begreifen und behandeln wollte. Es handelt sich um etwas wesentlich Höheres, nemlich um den Bestand und die Organisation der Gesellschaft selbst. — Das conservative Prinzip trachtet, die natürliche und nothwendige Gliederung derselben festzuhalten und, sofern es Noth thut, zu entwickeln. Das Prinzip der demokratischen Bewegung strebt feuerfrisch jeden Verband, jede Artikulation der Gesellschaft aufzulösen, und sie auf eine wirr durcheinandertreibende Masse stimmberechtigter Atome zurückzuführen. Das conservative Prinzip will daher Interessenvertretung, das demokratische strebt lediglich nach individueller Vertretung, und so kommt es, daß in Versammlungen, welche auf dem allgemeinen Wahlrecht ohne Census und Klassifikation hervorgegangen sind, am liebsten mit der Entwicklung der sogenannten allgemeinen unveräußerlichen Menschenrechte debattirt wird. Man abstrahirt da von Leben, Geschichte und thatsächlich vorhandenen Zuständen; man stürzt sich in den bodenlosen Schund anmaßahrbarer Ideen, und da Europa nicht unter so glücklichen Verhältnissen wie Amerika existirt, sondern dicht zusammengeballte Proletariermassen aufzuweisen hat, da es größere Sensibilität für schimmernde Ideale vermöge seines höheren und feineren Gesellschaftsbaues besitzt, so kann es nicht fehlen, daß Socialismus und Kommunismus sich an die Fersen der Demokratie heften. Das lehrt dieser Zustände ist ein allgemeines, die Erlebnisse der letzten Jahre, die fortwährenden Zuckungen im Herzen des Weltsystems legen es bis zur Evidenz dar. Nichts natürlicher, als daß die banlbare Gesellschaft derjenigen Gewalt den Preis zugestehen und sich neigt, welche sie vor dem Unwesen und Verderben der Anarchie bewahrt und zwar in solcher Weise, daß die hieraus berechneten Wahrsegen Wirksamkeit und Dauer verheißen. Diese Gewalt ist in Deutschland, Oesterreich und Italien unbestritten die Monarchie. Sie war es, welche besonnener, erfahrener, staatskundiger als die konstituirenden Parlamente, welche der Sturm des Jahres 1848 entwirbelte die Rettung der Gesellschaft bewirkte. Sie gewann hierdurch neues Ansehen und erhöhte Geltung in den Völkern. Das Jahr 1848 bezeichnete die tiefe Demüthigung des monarchischen Prinzips und seinen durch maache frühere Fehler veranlaßten Verfall; bereits das folgende brachte die sittliche und politische Restauration desselben. Die Völker wenden sich den Regierungen weiter mit dem vollen Maße ihres Vertrauens zu. Hiermit erledigt sich die Frage, in welchem Grade das Verfassungswesen überhaupt anzufassen kommt; hieraus fließt die weise Begrenzung des konstitutionellen Prinzips, damit es selbst rechte Lebensfähigkeit erlange und der allgemeinen Wohlfahrt wahrhaft fromme. Für's Erste darf es nicht die Massen entzügeln, sondern muß derart organisirt werden, daß in der Vertretung die positiven Interessen sich äußern, wohrhafte Bedürfnisse und billige, vernunftige Wünsche sich aussprechen können. Für's Zweite darf die Regierung in seinem Angedrücke gehemmt und unmöglich gemacht werden, wie dies z. B. in Kurhessen der Fall. Wo die Regierung durch wie immer geartetes materiellen Zwang zum Rückschritte genöthigt werden kann, da herrscht faktisch das Prinzip der Volkssouveränetät u. des Selbstgouvernements, das, welches Erfahrungen England und Frankreich damit noch fernerhin machen mögen, bei uns, gelinde gesagt, unannehmbar erscheint, und die kräftigste Stütze der Ordnung, Gesittung und der moglichen Freiheit, die Monarchie gefährdet.

Deutschland.

München, 21. Okt. Se. Maj. der König Otto wird am 10. Nov. hier abreisen und, wie schon früher gemeldet, am 21. Nov. (griech. Zeitrechnung) über Wien in Athen eintreffen. Ihre k. k. Majestäten Max und Marie werden sich nach der Abreise des erlauchten Bruders und Schwagers nach Nymphenburg begeben, da in der hiesigen kgl. Residenz noch viele Reparaturen im Innern vorzunehmen sind. — Einem kgl. Kriegsministerialreskripte zu Folge wurden nachstehende Oberoffiziersernennungen der Kavallerie zu Hauptleuten befördert: Hugo v. d. Tann im 1., Gb. Zoller im 2. und Graf Taufkirchen im 3. Art.-Reg. —

Dieser Tage wurde eine Anzahl Personen der k. Hofbaltung pensionirt. Dieser Umstand und mehrfache Verabredungen die in der Lesung der k. Hofzimmer projektirt sein, deuten auf nambafte Erspartungen, die in diesem Zweige beabsichtigt werden. — Die Ausweisung Rohmers ist keineswegs zurückgenommen, wie einige hiesige Blätter behaupten, denn dem Betheiligten ist bis heute hievon nichts bekannt worden. (N. Ab.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 28. Okt. Zu den schadlichen Institutionen sind nicht so sehr die demokratischen als die sogenannten konstitutionellen und durcaukratischen Elemente zu zählen. Dr. Bayhoffer und die Einschüchterten seines Anhanges wurden diesmal eigentlich nicht so sehr für die Steuerverweigerung, welche sie unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen für bedenklich erkannten. Vielmehr ist als die Seele der Steuerverweigerung Staatsrath Widermann anzusehen, welcher die schreckende Volksvertretung durch allerhand Zusagationen und durch die im entscheidenden Augenblick hingeworfene Aeußerung, es scheine ihr der Muth der That zu fehlen, zu dem verderblichen Beschlusse fortrig, auch nachher nicht blos Verbindungen nach Außen, namentlich Berlin, sondern auch den Zusammenhang zwischen den ständischen Elementen und der Bureaukratie so geschickt zu unterhalten verstand, daß die revolutionaren Reklamationen des ständischen Ausschusses und die renitenten Beschlüsse der Behörden, wohl vorbereitet, zu gleicher Zeit wie mit einem Schlage erfolgten. So gut nun auch die Plane des schlauen Unterhandlers angelegt waren, am alle Elemente im Innern des Landes sich dienstbar zu machen, so hat er sich doch darin verrechnet, daß der Entschieb jenseits unserer Landesgrenzen liege.

Kassel, 30. Okt. Dem Vernehmen nach hat der hier versammelte Congreß der Bevollmächtigten der Zollvereinsstaaten beschlossen, sich bis auf Weiteres zu vertagen. (N. H. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 28. Okt. Ueber die Mission des Generalmajors v. Hahn an die Statthalterschaft erfahren wir, (N. Pr. Ztg.) daß derselbe den Auftrag hat, der Statthalterschaft kund zu thun, wie es im Interesse der Herzogthümer sei in den bevorstehenden Unterhandlungen Preußens und Oesterreichs mit Dänemark nothwendig sei, die friedliche Gesinnung dadurch zu manifestiren, daß von Seiten der Herzogthümer kein weiterer Angriff auf die dänische Position stattfinde, sondern daß man sich lediglich auf die Defensive beschränke. Gegen etwaige Weigerungen soll geltend gemacht werden, daß alsdann sämmtliche in der schleswig-holsteinischen Armee befindliche preußische Unterthanen, so weit sie noch zu den Reserven oder Landwehrmannschaften gehören, unverzüglich in ihre Heimath zurückberufen werden sollen. Da nun fast aber die Hälfte aller Fremden und besonders der größte Theil der Offiziere aus Preußen besteht, so ist zu erwarten, daß die Statthalterschaft wohl jenem Antrage folge geben wird, was gleichzeitig dazu dienen wurde, ein wenigstes Blutvergießen zu verhindern, denn ein Sieg der schleswig-holsteinischen Waffen ist noch allen bisherigen Erfahrungen kaum zu erwarten. — Nachträglich dürfte es wohl von Interesse sein, den Bestand unserer Ritterschaft in der Abendstyung vom 24. dieser Monats, betreffe der Anbahnung eines Friedens, kennen zu lernen. Es ist an sämmtliche deutsche Regierungen eine Deklaration erlassen, worin die Lage des Landes in gedrängter Kürze dargelegt wird, und zum Schluß der Ausspruch gethan: Prälaten und Gutsbesitzer sind zusammenden überzeugt, daß bei der gegenwärtigen Lage der europäischen Verhältnisse der Streit der Herzogthümer mit Dänemark nicht durch das Schwert entschieden werden kann, daß mithin fernerer Blutvergießen ebenso unglos als grausam ist; weshalb sie sich veranlaßt sehen, laut und öffentlich ihr Verlangen nach Frieden auszusprechen. Sie wenden sich an das Herz des Landesherren, an die Gerechtigkeit der deutschen Regierungen, an die Weisheit der Großmächte, am dadurchmöglicht die Erfüllung dieses Wunsches zum Segen beider Länder verwirklicht zu sehen.

△ Aus Baden, 30. Okt. Wohlunterrichtete Personen versichern den nahe bevorstehenden Rücktritt Badens von der Union. — Hr. v. Porbeck wird nachster Tage aus Berlin zurück erwartet. — Zwischen der gr. bad. und der herz. braunschweigischen Regierung ist eine Uebereinkunft geschlossen worden, vermaß die rechtskräftigen Erkenntnisse der herz. braunschweigischen Gerichte in bürgerlichen Streitsachen von den gr. Staatsbehörden, dann zu vollziehen sind, wenn die Zuständigkeit der Letztern in dem einzelnen Falle nach diesseitigen Gesetzen beurtheilt, ausser Zweifel ist. — Das Ereignis des Tages ist nur un-

mer der Ministerwechsel, und geben sich zu den verschiedenen Mutmaßungen, ja nach einer Seite die verschiedensten Interpretationen Raum, die sich ergeben kann. Einige sagen, daß Rüher seine Entlassung erhalten, nicht verlangt habe; Rüher trat schroff gegen oftroyirschen Einmischungen entgegen und wollte von der Einschlagung einer andern Richtung durchaus nichts wissen. — Die Bepackung des Frankfurter Journals, Prinz Friedrich sei in großer Verstimmung aus Berlin zurückgekehrt, gehört zu den vielen Lügen, welche dieses Blatt täglich in die Welt trägt.

Eilvolle, 30. Okt. Allgemeine Aufregung hat heute hier eine That hervorgerufen, die in unsern Zeiten zu den seltenen Erscheinungen gehört. Ein Kindermord hat sich, in dem nahgelegenen Klindworth'schen Landhause am Rhein am hellen Tage zugetragen ward. Ueber das Sachverhältniß ist folgendes bekannt geworden: Der preußische Regimentsadjutant v. Zadorowsky, welcher seither in Mainz in Garnison stand, wurde unlängst nach Düsseldorf versetzt, und weil er von seiner Gemahlin, einer zu Hof Trais wohnenden Schwester der Freifrau von Bodelschwingh, getrennt lebt, so übergab er sein fünfjähriges Söhnchen der Pflege seines Dienstmädchens im Hause des Hrn. Staatsrathes von Klindworth. Dieses Kind ist, das heute früh gegen 11 Uhr von zwei Soldhingen, die in einem Wagen am Klindworth'schen Garten landeten, noch dem bereit stehenden Fahrzeuge geschleppt wurde. Auf die Anzeige der Dienerschaft (v. Klindworths selbst sind anwesend) beim hiesigen Bürgermeister hat dieser sofort die Hilfe der Landjäger requirirt, und wenn einsichtsvolle Gerichte nicht täuschen, so dürfte der Verbrecher bereits bekannt und es durch gerichtliches Einschreiten dem Vater des Kindes möglich werden, dasselbe wieder zu erhalten. (N. A. Z.)

Leipzig, 29. Okt. Endlich ist die längst erwartete Bericht der Deputation der ersten Kammer über den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze gegen den Mißbrand der Presse bei der Kammer eingegangen, welcher sich, wie natürlich, im Allgemeinen mit dem Entwurf der Regierung einverstanden erklärt, im Besonderen aber noch einige schärfende Verordnungen angebracht wissen will. Zudem zu dem §. 6 soll gegen das bloß ministerielle Verbot einen einmaligen Rekurs an das Gesammtministerium zu. Der § 12 ist von der Commission ganz umgeändert worden. Sie will ihn in folgender Fassung geben: „Die verantwortliche Redaktion einer Zeitschrift dürfen nur solche, 25 Jahre alte und sonst ehrenfähige, im Königreich Sachsen wohnhafte wohnhafte Personen übernehmen. Ausgenommen von den Rechten, die verantwortliche Redaktion einer Zeitschrift zu übernehmen sind: Diejenigen, 1) welche von öffentlichen Aemtern oder der Ausübung ihres Berufs entweder oder fortgesetzt sind; 2) welche a) wegen einer vorsätzlichen Handlung zu Zuchthaus- oder Arbeitshausstrafe oder b) wegen der in den betreffenden §§ des Criminalgesetzbuches erwähnten Handlungen, oder c) wegen des Versuchs der unter b aufgeführten Verbrechen oder der Verleitung eines unbedingt wenigstens mit Arbeitshausstrafe bedrohten, unter c gedachten Verbrechens zu einer Strafe verurtheilt, oder d) wegen eines der unter b bezeichneten Verbrechen oder eines mit Zucht- oder Arbeitshausstrafe bedrohten Verbrechens oder wegen der unglaublichen Theilnahme an demselben sich in Untersuchung befunden; 3) welche wegen Verletzung ständischen Lebenswandels oder Bagabundirend in einer öffentlichen Correktions- oder Arbeitsanstalt detinirt worden oder detinirt worden sind. Diejenigen Mitredakteure, welche zwar keine Verantwortlichkeit haben, aber in ihrer Eigenschaft als Mitredakteure auf der betreffenden Zeitschrift mitgenannt werden, müssen denselben Erfordernissen genügen." Der § 15, in Betreff der Cautionen, soll folgende Fassung bekommen: „Die Caution ist bei der Staatskasse nach der Wahl des Deponirenden entweder in baarem Gelde oder in 1. sächsischen, mengstens 4 pCt. gewährenden Staatsobligationen, welche nach dem Nennungswerthe angenommen werden, zu erlegen." Was die Entziehung des Postbriefes nach § 19 betrifft, so soll dieselbe nur für auswärtige Zeitungsverlagshandlungen, so täglich der inländischen Zeitungen die Regierung durch die §§ 28—31 hinreichend gegen verbrecherische Zeitschriften gedeckt sei. Nach § 22 sollen die Redaktionen die eingesendeten Berichtigungen ohne alle Bemerkungen oder Zusätze aufzunehmen gehalten sein. Dieß vorläufig das Wesentlichste aus diesem Bericht. (L. Z.)

Luxemburg, 27. Okt. Ich habe Ihnen die Hauptstellen der Rede des Prinzen Heinrich der Niederlande beim Antritt seiner Statthalterschaft mitgetheilt, und will Ihnen daher heute den entsprechenden Passus aus der in Folge dessen von der Kammer an den König gerichteten Adresse hersetzen. Obwohl dieselbe der Hauptsache nach nur eine Umschreibung der Rede ist, so enthält dieselbe doch gerade in Bezug auf das Verhältniß zu Deutschland einige nicht unwesentliche Abweichungen. Die bezügliche Stelle lautet: „Sie werden dem nationalen Wollen genügen, Prinz! und die Interessen Luxemburgs achten beruhigen, indem Sie mit besonderer Sorgfalt über die Aufrechthaltung unserer Institutionen in unseren Beziehungen zu Deutschland wachen. Wir haben in unseren Grundgesetzen die Macht des Föderativbandes, welches uns mit dem deutschen Bunde vereinigt, angenommen und proclamirt und dieses Band gewissenhaft beachtet. Wie sehr aber auch — wir sagen es laut — die jüngsten Ereignisse Befürchtungen in uns erwecken mußten, so werden wir doch kein fremder Macht das Recht einräumen, weder in, noch für Luxemburg etwas vorzunehmen, was seiner Nationalität und seinen Gesetzen zuwider sein könnte. Und ist es wichtig, Prinz! daß Luxemburg Deutschland gegenüber sobald als möglich seinen Vertreter habe, damit nicht seine Interessen mit Interessen, die uns fremd sind, verwechselt werden." (Köln. Z.)

Hannover, 28. Okt. Die verfassungsmäßige Beeidigung der neuen HH. Minister hat heute stattgefunden. Ihnen ist von Sr. Majestät der Titel Minister und das Prädicat Excellenz beigelegt worden (was bekanntlich beim letzten Ministerium nicht der Fall war). In diesem Augenblick (11 Uhr Abends) werden die verschiedenen Ministerien an sie übergeben.

Berlin, 30. Okt. Die von uns bereits gestern erwähnte russische Note an die preußische Regierung in Betreff der kurhessischen Angelegenheit erklärt, daß Rußland ein feindliches Auftreten Preußens gegen Kurhessen durch seine Truppen in Hessen als eine Kriegserklärung an Rußland ansehen werde. Die Note hat übrigens das Eigenthümliche, daß sie den russischen Gesandten am hiesigen Hofe anweist, die Meinung Sr. Maj. des Königs von Preußen selbst über den Inhalt derselben sich zu erbitten.

— Authentischen Nachrichten aus Warschau zufolge hat bereits am ersten Tage der Unterhandlungen, während der mündlichen Conferenzen, eine Einigung zwischen Preußen und Oesterreich in Bezug auf mehrere der obschwebenden Fragen stattgefunden, und hierdurch wurde die Hoffnung aufgeregt, daß es wenn dies auch in den andern Fragen und bei den schriftlichen Conferenzen der Fall sein. Der Graf von Brandenburg ist seinerseits eifrig bemüht, die zwischen Oesterreich und Preußen streitigen Punkte auf friedlichem Wege auszugleichen, und dürfte mit dieser Bemühung um so glücklicher sein, da einfachige Fremde ihm zur Seite stehen, die es offen aussprechen, daß auf beiden Seiten gefehlt worden sei. Was aber auch der Ausgang der Konferenzen sein möge, die in Warschau versammelten Staatsmänner glauben, nach Briefen von dort, nicht an den Krieg, selbst für den Fall nicht, daß inzwischen es schon zu einem Conflikt in Hessen gekommen sein sollte.

— Ueber einen Rücktritt des Hrn. v. Manteuffel aus dem Ministerium liefen in letzter Zeit die widersprechendsten Gerüchte herum. Uns wird von glaubhafter Seite mitgetheilt, Hr. v. Manteuffel selber habe sich neuerlich in vertrautem Kreise in dieser Beziehung dahin ausgesprochen, daß der Minister-Krisen stets als etwas Schlimmes für den Staats-Kredit erachte und, wo sie nicht geradezu nothwendig halte, eine solche um der Erklärung zu einzelnen Fragen willen herbeizuführen. Er werde wegen etwaniger Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Dingen nicht auch dem Ministerium treten, so lange ihn das Vertrauen Sr. Maj. bethre und sein Gewissen ihm das Bleiben gestatte. Sollte aber unter diesen verschiedenen Umständen sein Austritt aus dem Ministerium etwa nothwendig werden, so würde dies für ihn die Veranlassung sein, sich gänzlich von den öffentlichen Geschäften zurückzuziehen. (Pr. Z.)

Schweiz.

Bern, 19. Okt. Die „Eidg. Ztg." meldet: „Die Regierung von Freiburg hat von den in der Nacht vom 4. auf den 5. im dortigen Kanton stattgehabten beklagenswerthen Ereignissen und von den ergriffenen Sicherheitsmaßregeln auch der Nachbar-Regierung von Bern Anzeige gemacht. Sie verband mit dieser Mittheilung die Anfrage an die Regierung von Bern, ob sie in vorkommenden ähnlichen Fällen ihrer bundesbrüderlichen Hilfe versichert sein könne. Nun hat der Regierungsrath eine von dem Präsidenten Bischof eingeleitete Untersuchung eröffnet, in welcher fragliche Ereignisse Aufschluß erhalten werden, und auf welche Anfrage bereitwillig Zusicherungen gegeben werden. Im weiteren wird dann auch bemerkt, man habe dafür, die wiederholt im dortigen Kanton erfolgten Verhaftungen aus eine Folge einzelner mit der Bundesverfassung in Widerspruche stehender Bestimmungen der Verfassung des Kantons Freiburg, und der Art ihrer Einführung. Wenn man daher Willens sei, derartigen Ereignissen vorzubeugen, so solle man darauf bedacht sein, diese Uebelstände zu heben.

Aus der innern Schweiz, 22. Okt. Es liegt wohl außer Zweifel, daß der jetzige Bundesrath, welchen ein Haufen übeberzeugter Bauern in Freiburg verjagten, ein planloses Ergebniß einer Empörung war über die seit Jahren dauernde Unterdrückung, über die Verarmung der ersten und bestigsten Rechte, und den von dem Adel seinen Leuten beigebrachten Jammer. Es ist begreiflich, daß gute katholische Volk in Freiburg zu entschuldigen; keinesweges aber die Folge einer Verschwörung, an deren Spitze etwa Bernhard Meyer gestanden. — Dieser unüberlegte Streich bringt übrigens dem guten Volke neue Ketten, denn es ist eingetreten, was die Radikalen längst beschlossen, das Volk von Freiburg durch Dekrete in Fesseln des Radikalismus zugänglich zu machen. — Man gesteht dies mit naiver Offenheit; die neue in Bern erscheinende Zeitung, „der Bund", welche als Organ des Bundesrathes in's Leben getreten ist, gibt sogar den scheinlosen Rath, es möge vorderhand in seinen Gesinnungen noch durchaus ultramontan sei. — Es bedarf jedoch eines solchen Geständnisses nicht, denn es liegt seit 3 Jahren am Tage, daß im Plane der Bundesbehörden liegt, dieses Volk so lange zu knechten, bis es murre genug, gegen die Bundesrevision, bei ihm Heiligsten seinen Widerstand mehr leistet. — Das Volk von Freiburg ist ein frommes, gut katholisches Volk; daß ist sein großes Verbrechen, welches ihm den Ingrimm der ganzen radikalen Partei zuzuziehen hat. — Im Canton Luzern, dem zweiten großern Cantone, mit einer katholischen Bevölkerung, hat das Volk den entbrannten Charakter nicht, wie das von Freiburg; es ist ein stilles, gemüthliches Völkleln. Hätte es klage führen, so wäre mit ihm am leichtesten gegen die ihm ebenfalls auf den Nacken gesetzten exekalen Despoten zu fechten; allein gerade an solchen steht es ihm, und so scheint die Verfassung auch dieses

Volk noch einer längeren Prüfung auszusetzen zu brauchen, hat man hier die Erfindung gemacht, daß bei Wahlen die Zahl der für oder gegen Stimmenden blos durch eine alles Vorstand der Wahlversammlung hingestellte Creatur abgeschätzt, nicht aber abgezählt werden soll, so daß die Angabe des Vorstandes über die Zahl der Stimmenden immer absolute Gültigkeit hat. Es versteht sich, daß man immer solche zu Vorständen ernennt, welche, wenn auch nur 1/9 Radikale gegen 100 Conservative stimmen, die Mehrheit auf radikaler Seite sehen. — Man ist deswegen im Canton Luzern entschlossen, die Wahlversammlungen nicht mehr zu besuchen, um das Schauspiel eines Betruges zu ersparen, gegen den sich zu schützen, man kein Mittel besitzt. — Offenbar waltet auch hier der Plan, dieses katholische Volk durch eine heillose Regierung, die an seiner Spitze steht, von seinem sogenannten Aberglauben zu bekehren und es auf den Armen des so gütig geschmähten Ultramontanismus allmälig in die des Janitscharenthums und des Unglaubens hinüberzuleiten; denn nur dann ist und bleibt es eine sichere Beute des Radikalismus. Wenn je ein Volk verdient, Theilnahme der Katholiken in Europa würdig ist, weil man ihm sein Heiligstes, seinen Glauben mit Gewalt entreißen will, so sind es die Bevölkerungen von Luzern und Freiburg; sie sind schuldlos den teuflischen Mitten der schweizerischen Revolutionäre und Ungläubenden preisgegeben. —

Ich will zum Schlusse noch einige Worte über den Canton Bern verlieren. Die Regierung hat noch immer den Muth nicht, den Kampf mit dem Radikalismus aufzunehmen; sie segelt bald hin, bald her, spielt die gütige, milde, nachsichtige; sei ihrem ersten Auftreten hat sie noch nicht eine nur ein paar Mal den Muth zu einem energischen Schritte, freilich immer in einer ganz unvergorenheiten Sache gehabt; sie schläft in Kammer und Sorgen ein, während ihre Gegner eine bewegte politische Thätigkeit entwickeln. Selbst in den Großen Rathe geradezu wie die Herrscher und Beherrschten benehmen. In der ersteren, die Regierung stützenden Partei beginnt der Unwille über diese Kraft- und Thatlosigkeit der Regierung sich zu grossen: der äußere Theil des Volkes fühlt es, daß er durch die Schwäche derselben Gefahr laufe, der radikalen Bande allerdings zur Beute hingeworfen zu werden. Dieser Unwille wird die Vergangenheit nur noch vermehren, ohne daß er grössere Thatkraft hervorrufen wird. — Die Schwäche besitzt nicht mehr die Kraft, dem Schlamme der Revolution, in welchem sie klebt, sich zu entwinden: sie wird sich daher noch längere Zeit in selbem herumwälzen, bis der Zeitpunkt kömmt, wo die europäische Revolution in Bande gelegt und sie selbst verdientermaßen zertrümmert wird. (C. Bth.)

Italien.

Venedig, 24. Okt. Gestern kamen die Kriegsdampfer Bulcan und Marsovan und das Kriegsschiff Germania hier an und nahmen vieler Truppen an Bord, welche wohl diesen Abend noch Triest abgehen werden. An der Riva del Schiavoni und vor der Kaserne Sepolero stimmte es bis in die Nacht hinein wie ein Bienenschwarm. Alles stand voll bewaffneter Soldaten, die sich an den schmalen Steg drängten. So am Ferrarischen Regiment auf dem Kriegsfuß, mit seinen Handwerkern, seinen Pferden und Bagagen, ist eine kleine Welt und braucht einen gewaltigen Raum. Der Abschiedsschrei erfolgte so plötzlich und dringend, daß es nur wenige Stunden und nur das nothdürftige zu ordnen. Ein Hauptmann klagte nur, daß seine Compagnie kaum Zeit gefunden ihre aufgetrennten Schuhe in gehörigen Stand zu setzen. Mit jedem Zahnzug von Padua kommen fortwährend Truppen an. Sollte der Scirocco, der das Meer über die Lagunen peitscht und den ganzen Marcusplatz unter Wasser setzt, noch andauern, so werden die armen Soldaten, die sehr eng im Schiffsraum liegen, auf der Ueberfahrt viel leiden. Das niedere Volk ist auf seine Weise gut unterrichtet von dem, was draußen vorgeht, obwohl es keine Zeitungen liest. Der braune Waffenlärm, der heute durch den Canal grande fuhr, erzählte mir manches von dem austro-preußischen Streit. (K. Z.)

Rußland.

Warschau, 26. Okt. Der gestern in den mit asiatischer Pracht geschmückter Salen des Rathhauses zu Ehren des Fürsten-Statthalters von der Stadt Warschau gegebene Ball hielt mit dem Marschallsaale in Bezug auf Glanz und Luxus durchaus gleichen Schritt. Der Administrator entwarf den Kongreß von Polen hat mit Rücksicht auf die im Kaiserthume Rußland erlassene und am 1. Mai d. J. beständige Verfügung die Verordnung veröffentlicht, daß vom 1. Januar 1851 an, wie dies im Kaiserthum Rußland anbefohlen ist, den Israeliten im Königreich Polen andere Kleidung vorgeschrieben sein soll, als jüdische Kleidung zu tragen. Von diesem Verbote sollen wieder Kinder unter 10 Jahren noch Greise, welche das 60. Lebensjahr erreicht haben, ausgeschlossen sein; diese waren nämlich nach den bisherigen Verordnungen von dem Verbote jüdischer Kleidung zu ändern, befreit. In Betreff der Greise auf der unbemittelten Classe, denen es schwer fallen würde, sich alsbald einen Rock, wie ihn die christlichen Bewohner des Königreichs zu tragen pflegen, oder eine Kleidung nach russischem Schnitt anzuschaffen, hat indeß der Administrationsrath verordnet, daß bezüglich der in den Gubernien wohnhaften Israeliten der Regierungscommissionen, und bezüglich der in Warschau ansässigen dem Warschauer Generalkriegsgouverneur das Recht zustehen solle, sie in diese Kategorie gehörigen israelitischen Israeliten den neuen Verordnungen verbienenden Fällen zu gestatten, nur ihre bisherige jüdische Kleidung zu tragen, wenn sie nämlich dieselbe bis jetzt nicht geändert hatten, und zwar gegen Erlegung der durch die Verfügung des Administrationsrathes vom 5. November 1845 hierüber festgesetzten Summe. Diese Erlaubnißscheine dürfen nur auf einen einzigen bestimmten Termin ertheilt und unter keinen Vorwand erneuert werden. Besitzenden haben diese Erlaubnißscheine nur Gültigkeit für den betreffenden Person, auf deren Namen sie ausgestellt sind, und dürfen sie durchaus nicht auf die Familie der mit einem solchen Scheine versehenen Personen ausgedehnt werden. (Schles. Ztg.)

Amerika.

New-York, 12. Okt. Die hiesigen deutschen Lehrer haben vor einigen Tagen eine Association gebildet; der Zweck derselben soll hauptsächlich der sein, deutsche Bildung auf amerikanischen Boden zu verpflanzen und zu verbreiten. Bisher haben sich noch nicht alle Lehrer betheiligt; aber democh ist so ziemlich schon jeder Zweig der Wissenschaften vertreten, besonders Sprachstudium u. s. w. Dr. Körner ist Präsident, Rechts-Caratorinvogel Möller ist protocollirender, Hr. Kraus correspondirender Secretair, und der Lehrer Breisach Rechnungsführer. Von den eigentlichen Deutschen ist für das Unternehmen wenig oder gar nichts zu hoffen, weil die Meisten von ihnen wenig Sinn für wahre Bildung haben. Es ist also mehr Aufgabe des Vereines, auf die Anglo-Americaner zu wirken, und in Richtung, welche deutsche Kunst und Wissenschaft bei ihnen geniest, die jetzt aber durch allerlei ihnen angelommene, unlautgliche Eindringlinge mitunter wankend gemacht wird, zu fördern. — Die große deutsche Schauder-Association in New-York, von der man den betheiten Arbeitern goldene Berge versprach, ist bereits in voller Auflösung begriffen. Jedermann will Vorsteher, Werkmeister oder Zuschneider sein, und wenn das nicht geht, dreht er stuchend dem ganzen Convent den Rücken.

Vermischte Nachrichten.

Die „Patrie" enthüllt eine große kommunistische Verschwörung, die ihre Fäden durch ganz Europa spann. Ihr Wahlspruch ist: „Ohne Gnade und Barmherzigkeit!" Nicht nur alle Fürsten, sondern überhaupt alle Glieder der Kommunisten sollen ausgerottet werden, niemand zu ziemlich ein Jeder, der noch einen Rock ohne Loch im Ellbogen sein nennt. Einer der deutschen Radelsführer dieser Verschwörung habe gedroht: sie wurden keinen auf dem Schlachtfelde schonen, und ihre intimsten Freunde massakriren, wenn sie nicht unbedingte Kommunisten sein wollten.

Neueste.

* **Würzburg, 2. Novbr.** Heute früh um 10 Uhr wurde (wie wir bereits anmeldeten) das Todesurtheil an Heinrich Schuhmann wegen qualifizirten Doppelmordes vollzogen. Derselbe wurde um 8 1/4 Uhr unter militairischer Eskorte u. unter einem Zulauf von Tausenden von Menschen von der Strafanstalt abgeholt, wo der Stadtpfarrer Ruland unter Assistenz des militairischen Lazarett-Kaplans Buttner begleiteten denselben. Er hatte 3 letzten Tage u. auch früher schon die reumüthigsten Gesinnungen an den Tag gelegt und auf wahrhaft christliche Weise sich zum Tode vorbereitet. Die Hinrichtung selbst verlief ohne Störung.

München, 30. Okt. Man liest im heutigen „Zaglblatt" eine Erklärung des Advokaten, Hofrath Dr. Schaus, daß alle über den Grafen v. St. St. aufgetretene Gerüchte über Verleitung und des Mißbrauchs eines jungen Mädchens, welche dessen Tod zur Folge gehabt hätten, und die Verhaftung des Grafen durch 24 Gendarmen in seinem Schlosse zur nächtlicher Zeit, allen und jeden Grundes entbehren und daß man das Nähere hierüber zu gewärtigen habe.

Karlsruhe, 31. Okt. Einmaddierjährige öffentliche Sitzung der zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des Präsidenten Bekk. Nach Eröffnung der Sitzung erhob sich der Minister des groß. Hauses, der Minister des auswärtigen Hr. Freiherr Frhr. v. Rüdt, und sprach folgendes: „Hochgeehrte Herren! Da ich heute zum ersten Male die Ehre habe, in Ihrer Mitte zu erscheinen, so halte ich es für meine Pflicht, einige wenige Worte an Sie zu richten. Allem bin ich nicht im Stande Erklärung ermächtigt, daß die Entlassung des Hrn. Staatsministers Klüber von der Leitung des ihm bisher anvertrauten Ministeriums keinen sogenannten Systemwechsel in sich schließt. Was sodann mich betrifft, so habe ich hier, unter den schwierigsten Umständen, angetreten, worin zu welchen mich die Gnade Sr. königl. Hoh. des Großherzogs berufen, nicht gewünscht. Nur die unzweideutigsten Beweise eines unbedingten, mich hochgeschätzenden Vertrauens Sr. königl. Hoheit, die Gewißheit, die ich verlange, daß ich mich der kräftigsten Unterstützung derjenigen Herren zu erfreuen haben werde, deren Kollege zu sein ich nunmehr die Ehre habe, daß wir einig, Hand in Hand gehen können, mußten es mir als eine unabweisbare, wenn gleich schwere Pflicht erscheinen lassen, dem Rufe meines gnädigsten Herrn persönliche Wünsche und Neigungen zum Opfer zu bringen. Ich verkenne die Schwierigkeiten nicht, die in einer Zeit, wie die gegenwärtige, nach den verschiedensten Seiten zu bewältigen sind. Aber was auch kommen mag, Eine werden wir unerschüttert zur Richtung unseres Handelns nehmen: das Wohl Badens und des mit ihm unauflöslich verbundenen Fürstenhauses. Die Politik der großh. Regierung kann nur eine Politik der Offenheit, der Wahrheit, der Redlichkeit sein, des freundschaften Entgegenkommens nach allen Seiten, eingegangene Verpflichtungen zu achten, Rechte, festbestehende Interessen unseres Landes mit Festigkeit vertreten — und dann furchtlos noch innen wie nach außen. — Dieses Land ist ein deutsches Land; wir stehen und fallen mit Deutschland; darum erstreben wir vor allem ein einiges Deutschland und stark, in einer kräftigen gemeinsamen Gewalt, unterstützt durch nationale Vertretung. — Auf diesem Wege kann wohl eine freundliche Verständigung mit Ihnen, hochgeehrte

Herren, wir leicht seit; auf diesem Wege werden Sie auch ferner uns Ihre Unterstützung nicht versagen."

Darmstadt, 30. Okt. Professor Dr. Hillebrand (Steuerverweigerer) in Giessen ist in den Ruhestand versetzt worden. (Mainz.)

Langen, 1. Nov. Der Rückmarsch der Preußen aus Baden hat begonnen. Heute und morgen sollen mehrere tausend Mann hier durchkommen; Einquartierung ist angesagt, desgleichen in Egelsbach, Sprendlingen, Jtzadurg, Ober- und Niederrad. Heute Nacht war in Jtzadurg ein Abtheilung rother Husaren einquartirt, welche als Remonte nach Baden ziehen sollte, nun aber wohl den Weg wieder zurück einschlagen durfte.

(K. Z.)

Kassel, 30. Okt. Das Kadettenkorps ist aufgelöst. — Mehrere Familien höherer Ministerialbeamten treffen Anstalten, nach Hanau zu ziehen.

Hanau, 1. Nov. Morgens. Heute sollen hier und in der Umgegend 15,000 Bayern einrücken. Eine Anfrage an das hessische Volk ist dreifach verneingegangen, worin erklärt wird, daß sie als Freunde in das Land kommen, in der Absicht, die Verfassung aufrecht zu erhalten. — Mittags 1 Uhr. So eben ziehen unter dem Fürsten Thurn und Taris 6000 Mann Bayern in Stadt, bei denselben befanden sich 24 Stück Geschütze und das früher in Frankfurt garnisonirende österreichische 14. Jägerbataillon, sie werden bei den Bürgern einquartirt. Es werden deren auf den Abend noch mehr erwartet. Zwei tausend davon kommen auf die nahen Dörfer.

(K. Z.)

Weimar, 30. Okt. Die an der eisenachhessischen Grenze concentrirten Truppen betragen nunmehr 24,000 Mann, und werden schon in den nächsten Tagen auf 30,000 steigen.

Altona, 30. Oktob. Die Statthalterschaft hat die durch General v. Hahn gemachten Waffenstillstands-Anträge abgelehnt und wird sich nicht darauf einlassen. General v. Bahn wird daher unverrichteter Sache zurückkehren. (N. Corr.)

Berlin, 27. Okt. Als ich Ihnen vor einiger Zeit von der Möglichkeit einer Dumbrüderei schrieben, glaubte ich nicht, daß meine Ansicht gerechtfertigt zu sehen. Jetzt heißt es von sehr glaubwürdiger Seite, daß Hr. v. Radowitz mit Hrn. Simson von Königsberg in Unterhandlungen über dessen Anstellung als Unterstaats-Sekretär getreten sei. (Kl.)

Berlin, 30. Okt. Nach den Aufschlüssen des Kaisers von Rußland sollen Männer wie Gagern und Rewentlow in einer und derselben Reihe wie Hecker und Struve. (K. O.-P.-Z.)

Brüssel, 30. Okt. Durch Erlaß des Ministeriums des Jnnern sind die Kammern auf den 12. Nov. d. J. zusammenberufen.

Haag, 28. Okt. Als gestern Mittags die Königin ihre gewöhnliche Spazierfahrt machen wollte, stellte sich ein unbekannter Mann vor die Pferde und wollte sie nicht von der Stelle lassen. Die Schießwache riß ihn weg, worauf er festgenommen und nach dem Stadthause gebracht wurde. Die Ursache seines sonderbaren Benehmens ist noch nicht bekannt.

T. D. Berlin, 31. Okt. Die „Neue Pr. Ztg." berichtet: Oesterreich habe auf der Conferenz in Warschau von sechs durch den Grafen v. Brandenburg vorgelegten Punkten vier angenommen, und zwar abgelehnt. Letztere beiden Punkte betreffen: 1) in der Zusammenberufung Preußens, 2) daß Präsidium der zukünftigen deutschen Centralgewalt zwischen Preußen und Oesterreich abwechselnde (bei diesem Punkte war Rußland auf Seite der preußischen Forderung); 2) in dem Orte, an welchem beide Mächte in freier Conferenz zusammenzutreten hätten: Preußen nennt Dresden, Oesterreich nennt Wien. (A. D.-Z.)

C Paris, 29. Okt. Die Diplomatie, sagt „Bulletin de Paris", ist überzeugt, daß der Kaiser von Rußland seine der deutschen Mächte zum Krieg bringen will; er wünscht vielmehr, daß sie sich verständigen, damit die Revolutionäre die bestehenden Verwirklungen nicht benutzen können, um Deutschland umzustürzen.

(Schluß der Jnstruktion des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten rc.) Unsere Wünsche werden vollständig erreicht, unsere Jnteresse durchaus befriedigt werden, wenn in Bezug auf die Wiederherstellung jener Beziehungen und auf die Erbolgestrage alle rechtmäßigen Ansprüche und insonderheit die von und gewohnten Rechte des deutschen Bundes volle Anerkennung finden werden. — Etwas Anderes als dieses kann, und wird sogar, die königl. Regierung nicht wünschen oder wollen. Wir voraussetzen daher nicht, daß unter allen unseren Ansichten über diese Dinge die Mittel, um zum Ziele zu gelangen, ohne Schwierigkeiten werden gefunden werden. — In Gemäßheit des Art. 46 des Tractats wird die königl. hänische Regierung sich vor Allem an den deutschen Bund zu wenden haben, und dies ist ohne Zweifel auch ihre Absicht, weil sie gewiß nicht wünschen kann, sich selbst die schwere Verantwortung für eine Verletzung jenes Tractats aufzubürden. Sie hat sich zum Zwecke der Ratification mit den Repräsentanten verschiedener, in Frankfurt am Main versammelter Regierungen in Beziehung gesetzt und, da sie in Wirklichkeit souveräne Rechte in Holstein und Lauenburg hat, es veranlaßt, daß sie in jener Versammlung vermittelst durch ihren Bevollmächtigten in deren Berathungen und Beschlüssen Theil genommen hat. Bei näherer Erwagung der Frage mußte die dänische Regierung indessen erkennen, daß diese Verfahrungsweise, während sie wohl für die Ratification des Vertrages hinreichen mag, sofern die in Frankfurt vertretenen Regierungen betrifft, doch nicht zu etwas Weiterem führen kann. — Der deutsche Bund wird weder rechtlich noch faktisch in Frankfurt repräsentirt. In rechtlicher Hinsicht ist dies von uns aus übergangenen Gründen bereits dar, und die entgegengesetzte Behauptung kann den „reaktionären Bundestag" nicht zu einem allgemein anerkannten Organe des Bunds machen. Daß die in Frankfurt vereinigten Bevollmächtigten faktisch nur die Minorität der deutschen Regierungen vertreten, daß eine solche Minorität nicht die Gesammtheit des deutschen Bundes bildet, ist außer allem Zweifel. Beschlüsse der Frankfurter Zusammenkunft, welche eine Bundesautorität in Beziehung auf die Herzogthümer anspreche, würden, werden von und unbedingt zurückgewiesen werden; und da wir die Thätigkeit eines von uns nicht anerkannten Bundesorgans in Deutschland nicht zulassen können, so würde jene Maßregel der Frankfurter Versammlung unvermeidlich von unserer Seite Gegenmaßregeln hervorgerufen. Wir werden keine militärische Jntervention dulden, die dort beschlossen werden möchte. — Je nothwendiger dieser Enthaltung aus den Rechten, die wir festhalten, und den Pflichten, die zu erfüllen wir gebunden sind, folgt, um so bestimmter müssen wir die dänische Regierung darauf hinweisen, daß jeder fernere Schritt, die Jntervention des sogenannten Bundestages behufs der Ratification der Herzogthümer zu bewirken, seines Zieles verfehlen und wahrscheinlich vielmehr zu einem Kriege führen wurde, der über die Grenzen Dänemarks und der Herzogthümer hinausgehen, und vielleicht irgendwo den Krieg von neuem Gebiete fern zu halten. — Da dies klar ist, so wird man erwarten dürfen, daß das Kopenhagener Cabinet nicht länger einen Schritt zu einer anderweitigen Erledigung verzogern werde. — Wir haben zu verschiedenen Malen schon erklärt, daß während der Dauer der deutschen Verfassungskrisis das Recht, Bundesangelegenheiten, die nicht in der Competenz der Centralkommission liegen, zu erledigen, allein den Mitgliedern des Bunds selbst zusteht und daß unter solchen Umständen ein rasches vorschreiten allein durch die vereinte Thätigkeit Preußens und Oesterreichs, die im Namen und Auftrage aller anderen deutschen Regierungen handeln, thunlich ist. — Dieser Ueberzeugung ist vollständig auf die schleswig-holsteinische Frage anwendbar. — Wenn, wie es die Nothwendigkeit erheischt, diese Frage schleunig zu erledigen ist, so möge, unter Beiseitsetzung aller Fragen über die Revision der Bundesverfassung, eine Commission bloß für den fraglichen Zweck gebildet werden. — Sollte die königl. dänische Regierung das Expriesliche dieses Weges zugeben, des einzigen auf welchem zu einem erfolgreichen Resultate zu gelangen ist, so würde sie zugleich erkennen, daß der nächste Schritt, der zu thun wäre, ein bestätigter Vorschlag an den Bund zu Wien sein müßte. Unseren Ansichten gemäß dürfte eine, von Preußen und Oesterreich bestimmte Bundescommission, mit dem Auftrage, in Hamburg oder einer anderen passenden Stadt zusammenzutreten, dasselbst mit einem Bevollmächtigten des Königs von Dänemark festsetzen, auf welche Weise der IV. Artikel des Vertrages zur Ausführung zu bringen sei, in gemeinsamer Berathung die Mittel einer gerechten und dauerhaften Pacification der Herzogthümer erwägen und ihren Regierungen über fernere Fragen, die entstehen möchten, Vorschläge vorlegen. — Berlin, den 17. Okt.

(Oes.) Radowitz.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 1. November 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1130	1143
„ 5% Metalliques	76½	77¼
„ 4% „	59⅝	60¼
„ 3½ „	51⅝	52⅜
„ 2½% „	40¼	40¾
„ 4½% Bethmann	—	72⅜
„ 4% „	—	63⅝
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	94¾	95¼
„ 500 „ 1834.	154⅞	155½
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	91½	92¼
„ Ltbl. 50 Preußen Scheine.	112	—
Bayern 3½% Obligationen	88	88½
„ 4% „	99½	99
„ 5% „	100⅞	100⅝
Würtemberg 3½% „	82¼	83⅛
„ 4½ „	96⅜	96⅝
Baden 3½% „	81½	82
„ fl. 35 Loose	32½	33½
„ 50 „	52⅞	53⅜
Nassau fl. 25 „	26	26½
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	76⅝	76⅞
„ „ „ 25 „	38½	38¾
Polen fl. 300 „	135½	—
Sardinien Loose fl. 36 „	33⅜	33⅝

Theater-Anzeige.

Sonntag den 3. Nov. 1850.

Oberon, König der Elfen.

Große romantische Feenoper in 3 Aufzügen mit Ballet. Musik von Carl Maria v. Weber.

Montag den 4. Nov. 1850.

Graf Egmont.

Trauerspiel in 5 Akten von Göthe.

Die Ouverture, Entre-Akts und die zu der Handlung gehörende Musik von Beethoven.

Dienstag den 5. November.

(Bei aufgehobenem Abonnement.)

Große Vorstellung der Bäuerreichischen Reitergesellschaft Vorher zum Erstenmale wiederholt:

Badeluren.

Lustspiel in 1 Akt von G. zu Putlitz.

Gestorbene:

Den 1. November.

Barbara Romeis, 30 Jahr alt, Gärtnersfrau.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 88.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einsichtsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 264. Würzburg, Montag den 4. November. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 2. Nov. Se. Maj. der König haben Sich unterm 29. d. M. allergnädigst bewogen gefunden, die erledigte Revisions-Beamtenstelle am Hauptzollamte Markbreit, dem bisherigen Assistenten des Hauptzollamtes Passau, Ferd. Rosher in provisorischer Eigenschaft zu verleihen.

Würzburg, 4. Dkt. Durch allerhöchste Entschließung vom 2. l. M. ist die Versammlung der Landräthe für die Jahre 1849/50 und 1850/51 auf Dienstag den 26. Nov. l. Js. festgesetzt.

Politische Weltschau.

1.

⊙ Unter allen politischen Weltfragen ist es die deutsche und die mit ihr eng verbundene Unterhessische, welche die allgemeinste Theilnahme in hohem Grade in Anspruch nimmt. — Die deutsche Frage erlaubt im Augenblicke kaum eine irgend haltbare Beurtheilung; an einer Lösung dieses Räthsels von Seite der Diplomatie scheint man nachgerade zu verzweifeln. Oesterreich hat den engsten Rath zusammengerufen, dessen Eröffnung in Frankfurt am 2. September stattfand. Preußen hat zwar die von Seite Oesterreichs erfolgte Einladung zur Beschickung des Bundestags entschieden abgelehnt, jedoch seinen casus belli daraus gemacht. Indeß werden die Verhandlungen zwischen den beiden Mächten fortgehen. Während Preußen „freie Conferenzen" unter den deutschen Höfen in Vorschlag brachte und man sich veranlaßt sehen konnte, den Weg der „freien Conferenzen" als denjenigen zu bezeichnen, der von Oesterreich und Preußen bei ihrer Verhandlungen in der deutschen Frage eingeschlagen werden dürfte, sie ist nun auch dieser bereits dem Schicksal aller bisherigen Versuche verfallen, indem Oesterreich jede andere Conferenz als auf dem Wege des Bundestags entschieden ablehnte. Somit in Verbindung steht auch der Bundesbeschluß über Oesterreichs Antrag auf Bestellung einer neutralen Commission beim Bundestag zur Verwaltung des Bundesvermögens. Durch die Abberufung der österreichischen Mitglieder bei der interimistischen Bundescommission und Ersetzung derselben durch unbetheiligte Persönlichkeiten, zeigt Oesterreich volle Neue, wie wenig es gewonnen ist, seinen einmal eingeschlagenen Weg und die bisher befolgte Politik zu verlassen, Angesichts dessen ermangelt Preußen nicht, mit Entschiedenheit aufzutreten und zum Positiven zu schreiten. Auch fangen die ministeriellen Organe bereits an, eine sehr entschiedene Sprache zu führen, wodurch auch an kriegerischen Demonstrationen nicht fehlt. Daß übrigens Rußland sich bemüht, die deutschen Mächten so viel als möglich zu verlangern liegt klar zu Tage, „denn im Trüben ist gut fischen" (sagt ein Sprichwort). Der eigentliche Schwerpunkt der deutschen Politik ist deshalb auch nicht in Wien, nicht in Berlin, sondern in Petersburg zu suchen. Rußland will eine Restauration des Bundestags in seiner Strikung nach den Verträgen von 1815. Rußland will ernstliche Mißhelligung der bisherigen Politik Preußens; Rußland will das Haus Oldenburg auf dem dänischen Throne! Was will Rußland nicht Alles! — aber gewiß nichts, was im Interesse Deutschlands wäre. Auch spricht man von der Anerkennung des „engern Rathe" durch Rußland, und Begünstigung eines Gesondten bei demselben. Im engern Rath hat Dänemark die Ratification des Friedensvertrags beantragen lassen. Preußen hat seine Ablehnung der Beschickung des Bundestags, welche auch von Seite der übrigen Unionsregierungen erfolgte, eine Druckschrift folgen lassen, worin es die Motive seiner Handlungsweise darlegt. Dadurch dringt die Kunde von einer Erneuerung der Union von ihrer gegenwärtigen Gestalt auf unbestimmte Zeit. Nicht eben einfacher wird die Sache durch ein Schutz- und Trutzbündniß zwischen Oesterreich, Bayern, Württemberg und Sachsen, das abgeschlossen worden sein soll. Für dieses, so wie für lebhafte Verhandlungen überhaupt sprechen die Zusammenkunfte der Monarchen dieser Länder, sowie die Geschäftigkeit ihrer Minister, während auch eine russische Note auf rasche Entscheidung der deutschen Angelegenheiten dringen soll. Uebrigens glaubt man an eine nicht mehr entfernt stehende Lösung des gordischen Knotens mit dem Schwerte. Große bayerische Truppenmassen, denen österreichische folgen sollen, bewegen sich on die Mainlinie und die kurhessische Grenze. Preußen marschirt 80,000 Mann hoch nach Kurhessen. Auch ist von einem Ultimatum Oesterreichs die Rede, welches die Ueberschreitung der kurhessischen Grenze ohne Bewilligung des Bundestags für einen casus belli erklärt. Von Hannover scheint bald eine engere Vereinigung der 4 Königreiche bald eine Art kleiner Union in Norwegen angestrebt zu werden. — Währenddem am 2. September in Frankfurt der Bundestag eröffnet wurde, trat am nemlichen Tag in Kurhessen ein Ereignis ein, das schwere Folgen noch sich zog, und vielleicht noch schwerern in Aussicht stellt. Nachdem nemlich wenige Tage vorher der Landtag eröffnet, ein demokratischer Präsident und ein bleibender ständischer Ausschuß gewählt, so wie ein feierlicher Protest gegen die Wiederherstellung des Bundestags erlossen worden war — verweigerte die Kammer die Bewilligung der direkten Steuern ohne Finanzgesetz. Die Folge dieses Beschlusses war die Auflösung der Ständekammern, die Einberufung der Bevölkerung, und (4 Sept.) eine Verordnung des Ministers Hassenpflug, die Forterhebung der Steuern und Abgaben betreffend. Ein Kammerbeschluß forderte alle Finanzbeamten auf, der Verordnung keine Folge zu leisten, und erließ eine Proklamation an das Volk von Kurhessen. Dieser vom permanenten Ausschuß zurückgewiesenen und für nicht gültig erklärten Maßregel des Ministeriums folgte schnell die Verhaftung des ganzen Landes in den Kriegszustand, ohngeachtet allenthalben die tiefste äußere Ruhe herrschte. Diese Verordnung sind unter dem Volke und allen Beamten die entschiedenste Mißbilligung und wurde ihr gar keine Folge geleistet. Der ständische Ausschuß stellte den Antrag das Ministerium in Anklagestand zu versetzen und zu verhaften, welchen Antrag das Oberappellationsgericht zurückwies. Die Entfernung des Kurfürsten und seiner Minister aus Kassel, die Verlegung der Regierung in die Provinz Hanau erregte neue Aufregung. Die Regierung wurde indeß nach Wilhelmsbad verlegt und im Bezirk Hanau bedeutende Truppenmassen zusammengezogen; eine neue Verordnung verschärfte den Kriegszustand; der Oberbefehlshaber Haynau belobte Befehl, welche man als im Widerspruch mit dem Gesetze bezeichnete und welche zur Folge hatten, daß ein Theil der Offizierskorps seine Entlassung einreichte, denn auf der einen Seite stand die Disciplin, auf der andern die Verfassung, es war also dieser Schritt nothwendig um dem gegenseitigen Bürgerkrieg auszuweichen. Eine Verordnung des Ministeriums Hassenpflug hebt alle obern Finanzbehörden auf um die Verwaltung der Finanzen zu vereinfachen. Wenden wir uns sofort nach dem Großherzogthum Hessen, so begegnen wir der am 12. September erfolgten Eröffnung der gaudemotorischen Ständekammer, der Steuerverweigerung von Seite derselben und in Folge dessen der Auflösung durch den Ministerpraesidenten v. Dalwigk im Namen des Großherzogs. Der Auflösung folgte ein Manifest des Großherzogs, die Verfügung zur Forterhebung der Steuern, eine Verordnung gegen die Vereine und andere derartige Maßregeln. Indeß zeigte sich allenthalben das Volk sehr eifrig in Einzahlung der Steuern und legte dadurch seine Mißbilligung des Schritts der „Volksvertreter" entschieden an den Tag. Ein scharfes Preßgesetz und ein neues Wahlgesetz sind eine ausserordentliche Steuerverweigerung sind reflexen worden. Mehrere Bromte, welche an dem Steuerverweigerungsbeschluß Theil genommen, sind abgesetzt worden. (Schluß folgt.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Der vom deutschen Bunde ernannte Civilcommissar Graf v. Rechberg hat an die Bewohner Kurhessens folgende Anbrache erlossen: Von dem Deutschen Bunde durch Beschluß vom 25. Dkt. zum Civilcommissar ernannt und beauftragt, die landesherrliche Autorität in dem Kurfürstenthum wieder herzustellen, bringe ich hiermit nochstehenden Beschluß der hohen Bundesversammlung zur öffentlichen Kenntniß: „Zur Wiederherstellung der gesetzmäßigen Ordnung im Kurfürstenthum Hessen sind, nachdem die kurfürstliche Regierung durch ihren Bundestagsgesandten am 15. d. M. die Hilfe des Bundes in Anspruch genommen hat, nach Anleitung des Art. 26 und 31 s. der Schlußacte die erforderlichen Executionsmaßregeln von Seiten des Bundes, in Uebereinstimmung mit den Vorschriften der Executionsordnung, insbesondere des Art. 6 zu verfügen, in Anwendung zu bringen." Bewohner Kurhessens! Indem ich in Gemäßheit dieses Beschlusses auf Befehl des Bundes mit dem unter dem Oberbefehl des kgl. bayerischen Generals der Cavallerie, Herrn Fürsten v. Thurn und Taxis, stehenden Armeecorps die kurhessische Grenze überschreite, erkläre ich die Versicherung, daß die einrückenden Truppen die ihnen obliegenden schweren Pflichten mit aller Schonung, welche die Verhältnisse gestatten, erfüllen werden, und daß die durch die militärische Besetzung des Landes unvermeidlichen Lasten, namentlich denjenigen Angehörigen des Kurfürsten-

thume, die der Wiedereinsetzung der landesherrlichen Autorität seinen Widerstand entgegenstellen, so viel als möglich werden erleichtert werden. Ich kann mit Zuversicht hiefür versichern geben, weil ich den mit Kriegerischen Geist kenne, der die Truppen, wie den bewahrten Führer, der sie beseligt, beseelt. Treu ihrem erprobten Rufe, werden sie Schonung vorwalten lassen, wo ihre Pflicht es erlaubt; sie werden aber auch mit unerbittlicher Strenge jeden Widerstand niederdrücken, jeden Widerstand brechen. — Der Bund erwartet eine schnelle, durch nichts gehemmte Unterwerfung unter die von ihm getroffenen Verfügungen. Nur durch die baldige Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes können dem Lande die großen Opfer erspart werden, die eine wirksame militärische Besetzung ihm auferlegen würde. Bewohner Kurhessens! Die einrückenden Truppen sind Bundes- und mithin Freundestruppen. Sie kommen nicht, um Euch zu unterdrücken, sondern nur im Namen des hierzu von Eurem Landesherrn aufgeforderten Bundes die gestörte Ordnung wieder herzustellen und Euch die Wohlthaten einer geregelten, auf die Gesetze sich stützenden Verwaltung zurückzugeben. Mit der Durchführung dieser Aufgabe als Civilcommissär des Bundes beauftragt, fordere ich im vollen Gefühle der mir hierdurch gewordenen Verantwortlichkeit die sämmtlichen Behörden, so wie alle Angehörigen des Kurfürstenthums auf, den Anordnungen und Verfügungen, die ich im Namen und aus Auftrag des Bundes treffen werde, unweigerliche Folge zu leisten. Meine Aufgabe wird es sein, dafür Sorge zu tragen, daß nach allen Seiten hin Gerechtigkeit gehandhabt werden könne. Das kurhessische Volk hat sich von jeher durch Ordnungsliebe, Treue und Anhänglichkeit an sein angestammtes Fürstenhaus ausgezeichnet. Diese Tugenden hat es noch jetzt wieder bewährt, indem es bei den von einigen der größten Städte des Landes ausgehenden Umtrieben, welche bezweckten, die Regierung der Mittel zur Fortführung der Verwaltung zu berauben, sich im Ganzen nicht betheiligte. Es wird auch ferner den Einflüsterungen böswilliger Aufwiegler kein Gehör schenken. — Sollte sich mich in dieser Erwartung getäuscht sehen, so würde ich gezwungen sein, jede Auflehnung gegen die im Namen des Bundes erlassenen Anordnungen mit allen mir zu Gebot stehenden Mitteln zu unterdrücken, und es würden sich die Schuldigen die Folgen ihrer strafbaren Handlungen lediglich zuzuschreiben haben. Hanau, den 1. Nov. 1850. Im Namen des Deutschen Bundes: Graf v. Rechberg, Civilcommissär.

Hanau, 1. Nov., Nachm. 3 Uhr. Soeben sind die Bundes-Kurhiar-Truppen, über 10,000 Mann stark, in hiesige Stadt eingerückt. Der Zug gewährte ein glänzendes und imposirendes militärisches Schauspiel, und fand in folgender Ordnung statt: Zuerst eine Abtheilung Chevauxlegers vom Regiment Taxis in kleinern und größern Abtheilungen, sodann ein Bataillon österreichischer Kaiserjäger, hierauf eine Abtheilung der schönen Bayerischen Uhl, dann eine Abtheilung baier'scher Jäger. Nunmehr, umgeben von einem glänzenden Generalstabe aller Waffengattungen, und eingeholt von dem kurhessischen Oberbefehlshaber, Generallieutenant von Hannau und diesen Adjutanten, der Kommandirende der Main-Armee, Generallieutenant Fürst von Thurn und Taxis. Diese Gruppe gewährte einen prachtigen Anblick. Hierauf folgten wieder Chevauxlegers und die Fußbatterie Rosenstengel, letzterer wieder Chevauxlegers vom Regiment Taxis und endlich mehrere Bataillone Infanterie, zuletzt nochmals Reuter und die zweite Abtheilung der Batterie Luz, und endlich das schöne Regiment König. Die eingerückten Truppen bestanden im Ganzen aus ungefähr 9 Bataillons Infanterie, 2 Regimentern Cavallerie und 4 Batterien Geschütz. Sie waren geführt, außer dem Oberbefehlshaber, von den Generalen Damboer, Hasler und Graf du Vonteil. Alles war im besten Stande und die Truppen voll kriegerischer Haltung. Der Einzug selbst dauerte ununterbrochen über 2 Stunden, von 12½ bis 2¾ Uhr. Es war ein seltenes schönes Schauspiel, doch erschlich den Zuschauer dabei ein wehmüthiges Gefühl, daß durch die Eifersucht der Parteien und die unselige Verblendung und haßstarrige Verstocktheit der Menschen dies Alles so kommen mußte, während, wenn die Offiziere ihre Schuldigkeit gethan hatten, wir ihrer der Hilfe nicht bedurft haben wurden. Auf der andern Seite aber haben wir auch die erfreuende Gewißheit, daß die deutschen Regierungen das gute Recht unsers Kurfursten und seiner Regierung nicht verlassen haben. Und wahrlich, die Hilfe, die sie ihm durch das Organ des Deutschen Bundes haben angedeihen lassen, wer sie sieht, sie sehen hat kommen sehen, muß Respekt vor ihr haben. (K. Z.)

Hanau, 2. Nov. Von den gestern eingerückten Truppen ist die Vorhut sogleich auf der Leinhauser Straße weiter gezogen. Bei dieser Vorhut befinden sich die oster. Jäger, Ebevauxlegers mit 20 Kanonen. Hier sind gestrichen 1 Bataillon vom 1. Inf.-Reg. (König), 1 Bataillon vom 14. Inf.-Reg. (Jandt), 1 Bataillon vom 6. Inf.-Reg. (Herzog Wilhelm), 1 Compagnie vom 3. Jägerbataillon, 2 Schwadronen Chevauxlegers und eine halbe Batterie 6Pfünder, nebst dem Generalstab, der Feldgendarmerie und Feldwache des Oberbefehlshabers, Generals der Kavallerei, Fürsten von Thurn und Taris. Nach dem Einrücken der Truppen wurden hier zwei landesherrliche Verkündigungen angeschlagen. Gegen 4 Uhr Nachmittags belegte eine starke Abtheilung die Hauptwache und die nächste eine andere Abtheilung den Bahnhof. Graf Rechberg hat den Kriegsstand proklamirt, die Abliefernng der Waffen binnen 24 Stunden verfügt, desgleichen die Auflösung aller politischen Vereine, das Verbot von Volksversammlungen ꝛc. Das Erscheinen der Zeitungen, versichert man, werde keine Zugeständnisse hängt von der Erlaubniß der Regierungsbehörde ab. (K. Z.)

Hanau, 2. Nov. Der Einzug des Armeecorps des Fürsten von Thurn und Taris in hiesiger Stadt war sehr imposant. Diese ausgezeichneten Truppen von trefflicher Haltung präsentirten auf dem Paradeplatz von St. Durchlaucht. Die Einwohner, welche gerade ihren allgemeinen Buß-, Bet- und Danktag feierten, schienen frappirt von diesem kriegerischen Schauspiel. Sie hatten an einen Einzug der Bundestruppen immer noch nicht recht glauben wollen, versteht sich die Bevölkerung im allgemeinen ruhig. Ein Theil des Corps rückte gleich gegen Gelnhausen vor; eben dahin ist heute auch schon das Hauptkorps abgegangen, während die Vorhut nach Saalmünster marschirt. In Hanau bleibt jedenfalls eine starke Besatzung zurück. Der Chef Rechberg folgt unmittelbar den Truppen und scheint in erster Linie sich auffhalten zu wollen. Gestern hat er eine Verfügung an das Obergericht erlassen, den vorschriftsmäßigen Stempel wieder zu erheben und die ihm untergeordneten Gerichte zu gleichem anzuhalten. Von kurfürstlicher Seite begleitet den Bundescommissär Grafen Rechberg der Staatsrath Scheffer als Civilcommissär. Kurhessisches Militär ist bis auf eine kleine Wache am Regierbevollmächtigtenhäude (dem alten Schloß) und wenigen Ordonnanzen nicht mehr hier. Sein Ausgang, der zwei Stunden vor dem Einzuge der Bayern um 11 Uhr Vormittags erfolgte, war ein trauriger. Jede Compagnie war nur noch 25 Mann stark und die Offiziere schirmen sehr niedergedrückt. Die Wachen zu Wilhelmsbad sind vom 1. kurhessischen Lehrregiment bezogen. (K. Z. 3.)

Wien, 2. Nov. So eben erhält ich den wörtlichen Inhalt der heute Morgen verkündeten Bekanntmachung, deren Wortlaut der folgende ist: Im Namen des hohen deutschen Bundes und Kraft der mir von demselben ertheilten Vollmachten wird hiermit verordnet: I. Die Stadt und der obere Vermaltungsbezirk Hanau sind vorläufig in den Kriegsstand erklärt. Sollten Widersetzlichkeiten gegen die als nothwendige Folge des Kriegsstands getroffenen Maßregeln stattfinden, so müßte der verschärfte Belagerungsstand, bei welchem die Funktionen der Civil- und Polizeibehörden an die Militärbehörden übergehen, ausnahmsweise verhängt werden. II. Während der Dauer des Kriegsstandes ist das Tragen von Waffen und Abzeichen aller Art verboten. Die Bürgerwehr mit alle Besitzer von Waffen werden hiermit aufgefordert, ihre Waffen innerhalb 24 Stunden auf dem Rathhause abzuliefern. Diejenigen, welche dieser Verordnung nicht vollig nachkommen werden sich die Folgen ihres Ungehorsams selbst zuzuschreiben, und die Confiskation ihrer Waffen zu gewärtigen haben. Die abgelieferten Waffen können nach Aufhebung des Kriegsstandes auf dem Rathhause wieder abgeholt werden. III. Es dürfen in Kriegsstande der Dauer keine Volksversammlungen, es sei zu politischen oder nichtpolitischen Zwecken, abgehalten werden. Die politischen Vereine sind hiermit aufgelöst. Vereine zu nicht politischen Zwecken bedürfen zu ihrem Fortbestehen der ausdrücklichen Bestätigung der kurfürstl. Behörden. IV. Zeitungen, Journale und Flugschriften können nur nach vorheriger Genehmigung der betreffenden Regierungsbehörden erscheinen. Die kurfürstlichen Behörden werden hiermit beauftragt, diese Verordnungen zu veröffentlichen, und sind für deren Vollzug verantwortlich gemacht. Frankfurt, am 1. November 1850. Der Civilkommissär Graf v. Rechberg.

Hanau, 2. Nov. Nachstehendes ist der Wortlaut der landesherrlichen Verkündigung, das Einrücken von Bundestruppen in die kurfürstlichen Lande betreffend: Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm ꝛc. ꝛc. ꝛc. Unsern lieben getreuen Angehörigen, in welchem Bundestruppen in den Kurstaat einrücken, erheischt es, an euch, Unsere geliebten Unterthanen, ein Wort des Vertrauens zu richten, dem Wir verfassen uns mit fester Zuversicht auf die Treue Unseres Volkes, das es uns an Beweisen derselben nicht hat fehlen lassen. Was ihr vorgehen seht, ist die Frucht der verfassungsmäßigen Steuerverweigerung der Ständeversammlung, die wir aufgelöst haben. Die Verfassungsurkunde gibt Uns die Befugniß, sie liegt Uns die Pflicht auf, bei solchen außerordentlichen Begebenheiten Maßregeln zu ergreifen, welche die Sicherheit des Staates gewährleisten, in welcher die Ordnung des Staatshaushalts eine wichtige Stelle einnimmt. Wir erliefen auf der Grund der Verfassungsurkunde im Laufe des vorigen Monats Verordnungen, welche von Uns als unabweislich nothwendig erachtet wurden, um die Mittel zu bewilligen den Bestand der Verfassung zu erhalten, als sie nur eine vorübergehende Geltung haben konnten. Die Aeußerungen Unserer Behörden, durch welche auch eine große Zahl Unserer Offizierkorps sich beirren ließ, machte die Wahrung der erlassenen Verordnungen unmöglich, so daß Wir Uns genöthigt sahen, die Bundesmacht in Anspruch zu nehmen, deren Nothwendigkeit von den in der Bundesversammlung vertretenen Regierungen anerkannt ist. Wir würden Unsern von Gott uberkommenen landesherrlichen Pflichten unterliegen werden, wenn wir dulden wollten, daß willkürlich aufgestellte Ansichten Unserer Staatsdiener den Gang Unserer Regierung bestimmen sollten, und neben und über der Uns aus ererbten Rechten, Kraft der Verfassung Unseres Landes zustehenden, von Gott Uns anvertrauten Gewalt eine andere, in den Dienern des Staates liegende Macht in schroffer gesetzlicher Weise sich geltend machen dürfte. Kaiserl. österreichische und königl. bayerische Truppen werden an dem Tage, an welchem diese Verkündigung veröffentlicht wird, in Unser Land einrücken, um in Ausführung der von der hohen Bundesversammlung gefaßten Beschlüsse Unsere Verordnungen zur Vollziehung zu bringen und den verfassungsmäßigen Zustand aufrecht zu erhalten. Indem Wir Unsern treuen Unterthanen dies verkünden, vertrauen Wir festhl unter diesen außerordentlichen Verhältnissen auf ein gesetzliches und ruhiges Verhalten Unserer Unterthanen, erklären jedoch ausdrücklich, daß die Besetzung Unseres Landes durch Truppen des deutschen Bundes einzig und allein den Zweck hat, geordnete gesetzliche Zustände, wo sie gestört sind,

zurückzuführen, und wo sie durch die Treue Unserer Unterthanen unverletzt bestehen, zu erhalten und zu befestigen, und daß Wir ernstlich darauf Bedacht nehmen, von Unseren treuen Unterthanen jeden Nachtheil so viel als thunlich abzuwenden und alle die unverweidlichen Folgen eines voraussehenden Kriegsunfalles nach Möglichkeit zu erleichtern. Urkundlich Unserer allerhöchsteigenhändigen Unterschrift und des beigedruckten Staatssiegels. Wilhelmsbad, 28. Oct. 1850. (L. S.) Friedrich Wilhelm. vdt. Hassenpflug. vdt. Bolmar. vdt. Hapnau. vdt. Baumbach.

Kassel, 2. Nov. So eben rücken 3000 Mann Preußen in unsere Stadt ein. (F. J.)

Deutschland.

Dresden, 30. Oct. Den Redaktionen der hiesigen Zeitungen ist folgende polizeiliche Weisung „zur Beachtung" zugekommen: Nachdem der zwischen der Krone Preußen in Vollmacht des deutschen Bundes mit der Krone Dänemark abgeschlossene Friedensvertrag neuerdings von der Bundesversammlung zu Frankfurt ratificirt und dadurch auch für Sachsen verbindlich geworden ist, hiesten laut Verordnung hoher Ministerien des Innern für Schleswig-Holstein und damit zusammenhangende öffentliche Belanntmachungen ohne Erlaubniß erlassen, noch geduldet werden. Dresden, 30. Oct. 1850. Die Stadtpolizeidirektion.

Wien, 29. Oct. Es verlautet nun, daß für den Fall, daß Preußen seine Ausführung schon gefaßter, aber noch zu fassender Bundesbeschlüsse thatsächlich widersetzen sollte, mithin die Bundesversammlung zu den äußersten Mitteln des Zwanges zu schreiten sich durch Pflicht und Ehre gezwdthigt sahe, die Monarchen von Oesterreich und Rußland sich einverstanden hätten, daß der Kampf sich auf die Frage, um die es sich gerade handelt, beschränken müsse, und nicht in einen Krieg zwischen Preußen und Oesterreich, als europäischen Großmächten, übergehen dürfe. Zu dem Ende, heißt es, werde der Kaiser Nikolaus dieß dem preußischen Kabinete kundgeben lassen, und zwar mit der ausdrücklichen Erklärung, daß, gerade Preußen durch Sachsen oder von Schlesien aus, eine Invasion in Oesterreich versuchen wollte, Rußland sich auf des letztern Seite stellen werde. Dagegen, heißt es, habe auch Oesterreich die Verpflichtung übernommen, auf Preußen keinen Angriff durch Sachsen oder durch Schlesien zu unternehmen. Sonach wurde die Demarkationslinie durch die österreichisch-preußische und die sächsisch-preußische Grenzlinie gebildet werden.

Berlin, 1. Nov. Heute Mittag um 12 Uhr trat der Ministerrath im Staatsministerium zusammen. Als Gegenstand der Berhandlungen wird uns zunächst bezeichnet der Bericht über die Mißverpräsidenten Grafen v. Brandenburg über seine Sendung nach Warschau, die unten erwähnte, gestern Abend hier eingetroffene russische Note und schließlich die Beantwortung der Frage: ob man sich unter den obwaltenden Umständen mit Oesterreich zu verständigen habe oder nicht.

— Gestern Abend ist hier eine russische Note eingegangen, die abgesandt zu sein scheint, um den Eindruck der vorangegangenen, auch von uns erwähnten Note zu mildern. Dieselbe wünscht, es möge die preußische Regierung auf die österreichischen Vorschläge eingehen, und stellt die Meinung auf, es könne für Preußen bei gerechter Abwägung der Verhältnisse die hessische Angelegenheit nicht ein casus belli sein; denn sei Preußen auch ein Militärstaat, so könne es doch seine militärische Ehre nicht alterirt, wenn 6000 Bayern in Hessen einrücken, während Preußen berechtigt sei, die im gehörigen Etappenwesen durch den Kurfürstenthum vollständig auf mit beliebig starker Macht zu besetzen, und es ihm freistehe, sonst noch eine Truppenmacht von jeder Stärke aufzustellen.

— Oesterreich hat in Warschau die bestimmte Erklärung abgegeben, daß es den Krieg mit Preußen nicht wolle, daß es aber, wenn nicht eine Verständigung zwischen beiden Mächten bald zu Stande komme, gezwungen sei, von dem in Bregenz abgeschlossenen Vertrage Gebrauch zu machen, d. h. eine Armee von 200,000 Mann aufzustellen, wovon Oesterreich 150,000, Baiern und Württemberg 50,000 Mann stellen würden.

— Wie wir hören, wird, nachdem gestern Vormittag bis 2 Uhr der Herr Kriegsminister speziell militärischen, und unmittelbar darauf der Herr Minister-Präsident Bereich über seine Sendung nach Warschau Sr. Maj. dem Könige abgestattet haben, eine Mobilmachung der gesammten preußischen Armee 17 Millionen Thaler kostet, also nur dann zu empfehlen sein dürfte, wenn ein Krieg unausbleiblich wäre. (N. Pr. Z.)

Frankreich.

C Paris, 1. Nov. Sonnabend Mittag erstattete General Changarnier, daß im Kriegsministerium ein Abrufungsdekret gegen seinen Freund den General Neumayr, vorbereitet werde. Der Befehl kam aus dem Elysee, Neumayr hatte den Soldaten auf der Ebene von Satory verboten zu rufen: vive l'empereur! — Changarnier gab dem ersten Impuls seiner ungestümen Natur nach und begab sich sofort zum Kriegsminister und fragte den Minister, ob die Nachricht richtig sei. General de Schramm erwiderte, die Sache habe ihre volle Richtigkeit, er lasse überhaupt eine neue Organisation für die Pariser Armee ausarbeiten. „Ich weiß nun nicht," sagte Changarnier, „ob wenden der Nationalversammlung Redeschaft von den Gründen geben, die mich hindern, mich diesem Detret zu unterwerfen!" Der Kriegsminister verlor dem allmächtigen Parlamentsgeneral gegenüber die Fassung und erklärte ihm, er wolle alle Mißregeln vorläufig laßpariren. Abends war eine große Versammlung verschiedener Parlaments-Mitglieder bei dem General Changarnier; gestern Vormittag fuhren sämmtliche Minister zu ihm in die Tuilerieen. Es kam zu äußerst heftigen Explikationen, endlich rief Changarnier: „Das ist nicht mehr auszuhalten, ich werde die Kommission der Permanenz zusammenberufen, et on avisera!" Die Minister entfernten sich äußerst aufgeregt. Der Präsident hält sich in dem Elysee verschlossen. Das ist der Conflit — wer wird nachgeben? Changarnier gewiß nicht, und der Präsident? Ich bore und ich glaube es, daß Changarnier nicht nur ein Wortwam, der Präsident wolle sich Changarnier's um jeden Preis entledigen. Die Sache ist die: L. N. Bonaparte war durch Changarnier's stetes Schweigen lebhaft beunruhigt, er sandte ihm einen alten Kameraden aus Afrika zu und ließ ihn bitten, sich über zwei Punkte zu erklären. Der Unterhändler sagte zu dem General: Sprechen Sie sich auf über die Dotation und über die Prolongation, dann wird der Präsident, der Ihren ritterlichen Charakter kennt, absolutes Vertrauen zu Ihnen haben und wird Ihnen carte blanche in Armeeangelegenheiten geben." Solche Ruanen wurden dem General gemacht und gingen vergeblich, denn Changarnier sagte zwar von der Dotation, sie sei nothwendig, aber über die Prolongation beobachtete er seine gewöhnliche Zurückhaltung. „Wir werden sehen, was die Nationalversammlung sagt!" sprach er und ein Wort mehr. Auf diesen Bericht erwiderte der Präsident: „Schätzen sich Gut, ich kann ihn nicht fur mich gewinnen, aber ich will den „neuen Mont" hindern, „Herzog von Abtemarle" zu werden!" Heute dauert die Unterhandlung fort; ich bore, daß Schramm, außer sich über seine schwierige Lage, Changarnier angeboten hat, er möge selbst für Neumayr ein Kommando suchen und er wolle ihm das große Band der Ehrenlegion geben. Die Permanenzcommission ist heute zusammengetreten, man weiß noch nichts über die Verhandlungen in derselben, Oraf Molé ist nicht getommen, er hat sich, wie wir immer in ähnlichen Angelegenheiten, durch Unwohlsein entschuldigen lassen. Man hofft man auf einen Rückzug des Elysee, und das „Bulletin de Paris" scheint einen solchen allerdings anzudeuten, wenn es meldet, daß die Entsetzung Neumayr's schon vor dem Eintritte Schramm's in das Kriegsministerium beschlossen worden sei, und daß General Neumayr ein viel bedeutenderes Commando erhalten werde.

Italien.

Turin, 17. Oct. Die Unruhe des reprästentativen Lebens macht sich auch hier geltend. Kaum beruhmt sich die ministerielle Partei, daß sie gekräftiget als je dastehe, und daß der Eintritt des Grafen v. Cavour eine die dagewesene Solidarität der Ansichten im Kabinete vermittelt habe, so tauchen bereits Gerüchte auf, welche die Existenz des Kabinets in Abrede stellen. Sowohl die konstitutionell-conservativen, als die radikalmilitarischen Blätter trachten dieses Phänomen aus den Schwankungen, welchen das Gemüth des Ministerpräsidenten ausgesetzt ist, zu erklären. Thatsache aber ist, daß in allerletzter Zeit mehrere gebeime Clubbs entdeckt worden sind, welche entschieden revolutionäre Tendenzen verfolgen. Die Emigration war nicht unthätig, und wenn sie auch eine oberflächliche Freundschaft für den piemontesischen Thron und die piemontesische Regierung offenbart, so ist der Ruquin bekanntlich ganz andere Tendenzen, als solche, welche den Bestand des Hauses Savoyen zu verbürgen geeignet wären. Es ist in ganz Italien ein Gehrmniß, daß, wenn im verflossenen Jahre Piemont im Kampfe gegen Oesterreich gesiegt hätte, auch in Turin das Signal zum republikanischen Losbrechen gegeben worden wäre. Der Sieg Oesterreichs war daher indirekt auch der Sieg des monarchischen Prinzips in Sardinien. Daß diese Wahrheit von den sardinischen Staatsmännern bis zur Stunde nicht begriffen werden will, ist eine Eigenthümlichkeit, die ihrem Talente keine Ehre macht. Ueberall sind die aus Lyon verjagten Mundo verschwert, daß die neuesten Entdeckungen, die so ziemlich auf eine weit verzweigte und sehr bedeutende Conspiration hindeuten, selbst die gemäßigst Liberalen sehr stutzig gemacht haben.

Vermischte Nachrichten.

Von dem Krankenlager des Dichters Heinrich Heine berichtet Alfred Meißner, der den Schwerleidenden vor Kurzem besuchte, folgendes Nähere: Es ist in der That ein schreckliches, ein entsetzensvolles Dulden, in dem sich Heine befindet. Die Paralyse hat innerhalb eines Jahres, wenn auch keine Fortschritte gemacht, doch keine Linderung erfahren. Unfähig, sich zu erheben, zu kaum fähig, sich umzuwenden, liegt er nun seit zwei Jahre schon an sein Bett gefesselt, hat er, der Poet, der so lange seinen Baum, sein Stück blauen Himmel gesehen, das sonst kaum Raum fit geschlossen, das rechte hat nur einen Schimmer des Lichts und kaum das Licht des Tages nicht vermogen. Fruchtbare Schmerzen stören seine Nächte, und nur die Morphine schafft ihm Erleichterung. Die Hoffnung einer Genesung ist längst aufgegeben und auch der Wunsch, sie zu hoffen, kaum vorüber, daß dieser Zustand anders als mit dem Tode endigen werde. Er spricht davon mit der äußerordentlichsten Ruhe und Fassung. Wenn Heine sich in letzter Zeit auch mehr in einer religiösen Stimmung behagte, so war es eine solche, welche die Lehre des Christenthums annahm. Heine's Thätigkeit in diesem elenden Zustande ist vielleicht oft größer, als seine frühere. Heine schreibt, schafft und dichtet noch fortwährend. Mehrere Stunden täglich ist er mit dem Diktiren seiner Memoiren beschäftigt, die unter der Hand eines Sekretärs mächtig anwachsen. Heine's Leid ist gebrochen, nicht sein Geist, der sich auf dem Krankenbette mit prometheischer Kraft und Ueberwuth erhebt. Sein Arm ist lahm, nicht seine Satyre, die noch immer das furchtbare Messer führt, sein Körper so abgemagert, aber nicht sein Geist. Reich den Memoiren ist ein ganzer Band von Gedanken in dem Krankenlagers fertig geworden. Darunter zum Beispiel eine Ballade, welche die Schlacht von Hastings

schildert. Sie werden erst nach seinem Tode erscheinen.

Von Zeit zu Zeit mag es von Nutzen sein, ein Augenmerk auf die Bestrebungen der revolutionären Parteien Mitteleuropas zu richten. Die verschiedenen Emigrationen, welche, seit sie sich in ihrem früheren Hauptquartier „Paris“ verlaßt behaftigt fühlten, London zu ihrem Centralpunkt gewählt haben, werden niemals sich zur Ruhe geben. Sie haben so Vieles verloren, daß sie gerne das Wenige, was ihnen übrig geblieben, ihre Zeit und ihre geistige Thatigkeit als Einsatz wagen, um bei einer nächsten Revolution, auf welche sie Alle ihre Hoffnungen setzen, ein großes Loos zu ziehen. Es liegt in der Natur der Sache, daß ein Theil ihrer Machinationen nicht lange ein Geheimniß bleiben kann. Ihre Mittheilungen müssen an zu viele Personen gerichtet werden, als daß auf die Verschwiegenheit Aller gezählt werden konnte, und so fallen ihre Schriftstücke manchmal in unberufene Hände. Auf diese Weise ist nun ein Correspondent des Lloyd zu einem demokratischen Sendschreiben gekommen, welches er zur Benützung eingesendet hat, und das allerdings nicht ohne vielseitiges Interesse ist. Wir ersehen zuvörderst aus demselben, daß eine Central-Behörde in London besteht, welche sich zur Leitung eines Bundes berufen glaubt, der, weit verzweigt, sich über viele Theile von Deutschland — nicht von Oesterreich — erstreckt und der größtentheils aus Männern der arbeitenden Klasse gebildet ist. Die große Schwierigkeit für diese Londoner Behörde besteht aber darin, sich Gehorsam zu verschaffen. — Sie beklagt sich bitter darüber, daß in der Schweiz sich Vereine ohne einen bestimmten Partei-Charakter bildeten, welche „aus Leuten aller Fraktionen der Bevegungspartei, von entschiedenen Communisten und selbst ehemaligen Conservativgliedern bis zu den zaghaftesten kleinbürgerlichen Demokraten und ehemaligen Pfälzer Regierungs-Mitgliedern“ bestehen, und welche die Autorität der „Central-Behörde“ usurpirten. Es werden nun Leute mit Nennung ihrer Namen von jener Behörde so gut wie in die Acht erklärt, die sich unterfangen, auf eigene Faust Demagogie zu treiben. — Jener Schweizer Verein wird charakterisirt als „eine Armee von lauter Offizieren und Unteroffizieren,“ da sie fast kein einziger Gemeiner, kein Arbeiter gehörte. Nachdem verschiedene dieser unabhängigen Vereine in ihren Bestrebungen dargestellt werden, besagt das Sendschreiben: „Ein anderer Versuch ähnlicher Art ging früher schon von Struve, Heigel, Joh. Becker und Anderen aus, die damals in Genf vereinigt waren. Diese Leute haben sich nicht gescheut, ihren Versuch einer Verbindung geradezu für den Bund auszugeben, und die Namen von Bundes-Mitgliedern zu diesem Zwecke zu mißbrauchen. Sie täuschten natürlich Niemand mit dieser Lüge. Ihr Versuch war in jeder Beziehung so lächerlich, daß die wenigen in der Schweiz gebliebenen Mitglieder dieser nie zu Stande gekommenen Verbindung sich schließlich an die erstermähnte Organisation schließen mußten. Je ohnmächtiger diese Coterie aber war, desto mehr prunkte sie mit hochklingenden Titeln, wie: „Central-Ausschuß der europäischen Demokratie“ u. dgl. m. Auch hat in London das Streben in Verbindung mit einigen anderen entsündigten großen Männern diese Versuche fortgesetzt. Manifeste und Aufforderungen zum Anschluß an das „Central-Bureau der gesammten deutschen Emigranten“ und den „Central-Ausschuß der europäischen Demokraten“ sind nach allen Theilen Deutschlands geschickt worden, doch auch diesmal ohne den geringsten Erfolg. Die angedeihlichen Verbindungen dieser Coterie mit französischen und anderen nicht-deutschen Revolutionären existiren gar nicht. Ihre ganze Thatigkeit erstreckt sich auf einige kleine Intriguen unter den hiesigen deutschen Flüchtlingen, die dem Bund direkt nicht berühren, und die angefahrlich und leicht zu überwachen sind. Alle solche Versuche haben entweder denselben Zweck, wie der Bund, nämlich die revolutionäre Organisation der Arbeiter-Partei; in diesem Falle vermischen sie die Centralisation u. dgl. mit die Kraft der Partei durch die Zersplitterung und sind daher entschieden schädliche Sonderbündeleien, oder sie kennen nur den Zweck haben, die Arbeiter Partei abermals zu Zwecken zu mißbrauchen, die ihr fremd oder direkt feindlich sind.

(Fortsetzung folgt.)

Neuestes.

* Würzburg, 4. Nov. So eben erhalten wir aus zuverlässiger Quelle die Nachricht, daß Fulda durch 5000 Mann Preußen besetzt wurde, welche ihre Vorposten bis eine Stunde vor der bayerischen Grenze vorgeschoben haben.

München, 2. Nov. Das heute vom Kassationshofe verkundete Urtheil in der Reklamationssache des Redakteurs und Herausgebers der Speyerer Zeitung Hrn. Kolb lautet auf Verwerfung des Kassationsgesuches, Verurtheilung des Herrn Kolb in die Kosten und zu einer Geldstrafe von 70 Gulden. (N. M. Z.)

München, 2. Nov. Die Angaben der Times bezüglich einer eventuellen Besetzung der preußischen Rheinprovinz und Schlesiens werden von der Neuen Münchener Zeitung offiziell für vollkommen unbegründet erklärt. — An der Stelle des in Pension getretenen Generalmajors v. Parseval erhielt Generalmajor v. Flotow das Kommando der schweren Kavallerietruppen beim Truppenlovos am Main. — Seit einigen Tagen ist das projektirte Bildung von Sanitatskompagnien fur jeder Heer soll nach dem Vorbilde der in der österreichischen Armee bereits bestehenden Sanitatskompagnien im Ministerium des Kriegs beschlossen und nachstens in Ausführung gebracht werden.

Augsburg, 3. Nov. Einer offiziellen Mittheilung zufolge sind in Bayern bis 31. d. M. nicht weniger als 232 österreich. Offiziere mit 11,356 Soldaten und 2720 Pferden pr. Eisenbahn an unserer Stadt vorbeikommen und den vorausgegangenen bayer. Truppen als Succurs dienen. Nach der Marschordre regulirt sich der Durchmarsch auf folgende Weise: Sonntag den 3. d. kommen 89 Offiziere, 2000 Mann mit 353 Pferden; Montag 123 Offiziere, 4693 Soldaten mit 1150 Pferden; Dienstag 69 Offiziere, 2193 Soldaten mit 827 Pferden, und Mittwoch 11 Offiziere, 373 Soldaten mit 390 Pferden.

Stuttgart, 2. Nov. Gestern hielt Se. kgl. Hoh. Prinz Friedrich eine der zeitweisen Gerichtssonntagsreden im Hofe der Infanterie-Kaserne ab, bei welcher Gelegenheit er, dem Vernehmen nach, äußerte, daß eine Einberufung sammtlicher Beurlauber aller Waffengattungen erfolgen werde.

Ludwigsburg, 1. Nov. Mit dem eilf Uhr Zug kam heute Fürst Zeil in Begleitung eines Civilcommissairs hier an, um sogte in dessen Begleitung im Laufe des Nachmittags an einem eigenen Wagen den Weg nach dem Aberg weiter fort, um daselbst seine funfmonatliche Kriegsgefangnißstrafe anzutreten. (W. St.)

Wien, 29. Oft. Graf Montecuculi ist als Civilcommissär Italiens abberufen und bestimmt, im Ministeriums des Innern die eigents für die italienischen Provinzen gebildete Sektion zu übernehmen.

Wien, 30. Oft. Ueber das Resultat der Warschauer Conferenz verlautet nichts; nur so viel wird versichert, daß daselbst ein fur Oesterreich höchst erfreuliches sei, und eine Aenderung der preußischen Politik nur sich bringen durfte. Eine kaiserliche Proklamation wird, wie man hofft, in einigen Tagen erschienen, und dürfte von dem energischen Vorgehen Oesterreichs Zeugniß geben. (D. C.)

Berlin, 31. Oft. Der päpstliche Nuntius, Monsignore Viale-Prela, ward vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorgestern dem Konige in Sanssouci vorgestellt. Die Ansnahme oeseiben von Seite des Konigs war eine sehr ausgezeichnende. Der Prälat ward dann zur koniglichen Tafel geladen. Morgen wird derselbe in der hiesigen St. Hedwigskirche das Hochamt halten. Uebermorgen wird er in Breslau eintreffen, wo die Feier der Uebergabe des Cardinalshutes am 4. November stattfinden wird. Von Breslau begibt sich der Nuntius nach Köln, wo am 12. Nov. die Feier stattfinden wird. An der Feier in Köln werden die Bischofe von Munster, Trier Paderborn und Limburg theilnehmen. Auch der Erzbischof von Straßburg wird zu der Feier in Köln erwartet. In Begleitung des Nuntius befindet sich Don Giovanni Pasti. Den Nobelgardisten hat Se. Maj. der König den rothen Adlerorden verliehen. Der Nuntius, ein großer Kunstkenner, besucht hier die Werkstätten unserer Künstler. Namentlich begab er sich sofort zu Peter v. Cornelius. In der deutschen Literatur ist er auf eine überschwenglich Weise bewandert.

Berlin, 31. Oft. Perfigny hat nach der Köln. Z. geäußert: Frankreich werde Preußens Politik befordern, da es nicht gewillt sei, den Absolutismus bis an seine Granzen vordringen zu lassen.

Berlin, 1. Nov. Von verschiedenen Seiten geht uns die Bestätigung der Nachricht zu, daß Hrn. Simson auf Königsberg der Antrag in einer confidentiellen Stellung im auswärtigen Ministerium gemacht, daß derselbe von diesem aber abgelehnt worden sei. (N. Pr. Z.)

Halle, 30. Oft. Ein Emissar, der in den Häusern umherging, um die Bildnissen von Kossuth, Bugo, Heeker, Heinrich v. Gagern und v. Closen zu verkaufen, wurde von Studenten ergriffen, und in Anbetracht seiner frechen demokratischen Gefühle mitgetheilen, wurde unter den Jubel einer zahlreich versammelten Menge gestern auf die Straße geworfen.

London, 29. Oft. Die Times besprechen heute die militarischen Stellungen und Bewegungen in Deutschland. „Preußen“, rust sie, „preußisch-klein ist Alles, was bisher gegen die Bewegung in Deutschland, durch welche der Handel gestort wird und alle Schrecken einer ungewissen oder eingebildeten Gefahr losgelassen sind. Unsere Hoffnung auf eine friedliche Beilegung der schwebenden Fragen beruht auf der Thatsache, daß sich die Preußische Regierung selbst in die Verlegenheit versetzt hat, mit der Stellung so unbalthar ist, daß sie sollen muß unter dem allgemeinen Zorn Deutschlands und des übrigen Europa's u. s. w.

‖ London, 30. Oft. „Le Globe,“ das anerkannte Organ Lord Palmerstone, dringt auf die sofortige Einberufung des Generals Willisen, und der andern preußischen Offiziere, weil Schleswig-Holstein der schleswig-holsteinischen Armee eine offene Verlegung des Berliner-Friedens von Seite Preußens bildet.

T. D. 1) Berlin, 1. Nov. Wir leben heute in der „Deutschen Reform“ einen durchaus beruhigenden Leitartikel, worauf besonders auch hervorgeht, daß auf die russische Note, die turkische Frage betreffend, eine ziemlich freigreifende Sprache, bei Gelegenheit einer telegraphischen Depesche, welche das Einrücken der Bayern in Hanau meldet. Es werde dadurch die Möglichkeit eines Conflictes nahe gebracht, sagte sie. Die „Reform“ glaubt, daß (angeblich) einseitige Uebereilung die Schuld des vollbrachten Einmarsches trage. — Der Kaiser von Rußland hat am 29. Oft. Nachts Warschau verlassen und ist nach Petersburg zurückgekehrt. (F. D.-Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Berichtigung.

In der letzten Nummer unseres Blattes lese man im Artikel „München“ Oberleutenants statt Oberstlieutenants.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Thür Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 265. Würzburg, Dienstag den 5. November. **1850.**

Oesterreich und Preußen.

Eine der vornehmsten Ursachen von Oesterreichs Einfluß in Deutschland besteht in der Uebersicht der deutschen Regierungen zu der Redlichkeit seiner Absichten. Die Thatsache läßt sich nicht ablengnen, daß die deutschen Staaten in demselben Grade Preußen mißtrauen, wie sie Oesterreich vertrauen. Die Ursache dieser Erscheinung ist nicht eine vorübergehende, sie ist eine permanente. Sie liegt nicht in dem Charakter einzelner Persönlichkeiten; sie ist in den innerlichen Zuständen der beiden Großstaaten begründet. Oesterreich und Preußen sind während der letzten dreißig Monate nicht Rivale in Deutschland gewesen, denn Preußen hat ein Ziel angestrebt, welches Oesterreich gar nicht erreichen wollte. Preußen wollte seinen Einfluß in Deutschland vermehren, Oesterreich wünschte den seinen nur zu erhalten. Preußen wollte wachsen, erobern, herrschen. Es wollte Staaten mediatisiren, ohne den Namen Mediatisirung zu gebrauchen, ihre Truppen durch Militärconventionen an sich ziehen, ihre Politik durch seine Gesandten vertreten, das heißt, beherrschen, um den Rest von Macht, der ihnen dann übrig geblieben, durch ein Unions-Parlament neutralisiren, in welchem seine Unterthanen die große Mehrheit der Stimmen gehabt hätten. Oesterreich hatte solche Pläne nicht. — Es würde nicht sehr schwer sein, Preußen davon zu überzeugen, daß die Franzosen in der Augenwerf auf sich zu reißen suchen werden. Keine Verbindamkeit in der Welt wird aber irgend einen Preußen zu dem Glauben bewegen können, daß man in London beabsichtige, Köln oder Koblenz zu englischen Städten zu machen. Die Anwendung dieser Sätze auf deutsche Verhältnisse ist nicht schwer zu finden. Welcher König auch in Preußen herrsche, welches Ministerium auch dort regiere, welche Politik dort auch befolgt werde, unmöglich werden andere deutsche Staaten der Besorgniß nicht erwehren können, daß Preußen ihre Selbstständigkeit bedrohen werde, ja müsse. Bedarf Frankreich des deutschen linken Rheinufers, um wie unendlich näher liegt nicht Preußen das Gelüste, ja das Bedürfniß, Braunschweig, Hamburg, Hannover, Hessen, Sachsen, Oldenburg, Holstein und noch eine große Anzahl anderer deutscher Staaten an sich zu bringen. Diese und andere deutsche Länder werden aber nicht einen ähnlichen Vergrößerungstrieb von Seiten Oesterreichs voraussehen, weil sie wissen, daß das Vergrößerungsbedürfniß nicht da ist. — Diese thatsächliche Lage der Dinge hat dem preußischen Vertrauensbündniß drei Könige abwendig gemacht, und vier Könige Oesterreich als Alliirte zugeführt. Die Union schreitet einfach an der Unmöglichkeit, den deutschen Mittelstaaten ein Zutrauen zu Preußen und seinen Absichten einzuflößen. Der Bundestag in Frankfurt konnte darum zu Stande kommen, weil von der Eider bis zur Donau das Vertrauen zu der österreichischen Erhaltungspolitik im Gegensatze zu Preußens Vergrößerungspolitik fest begründet war. Diese moralische Ursache hat Oesterreich stark in Deutschland gemacht. Die preußischen Politiker haben dieses Faktum wohl erkannt, und wir können es ihnen von ihrem Standpunkte aus kaum verargen, wenn sie sich bemühen, Oesterreich aus der starken Position, welche es zeigt einnimmt, hinauszudrängen. Sie wollen nichts Anderes, als daß Oesterreich selbst das natürliche Verlangen, welches es den deutschen Regierungen einflößt, entwerfe. Die ministerielle Presse Preußens schreibt die Schuld an dem Zerwürfnisse in Deutschland hauptsächlich auf den „Ehrgeiz" der Mittelstaaten, welche sie ja so weit treibt, ihre eigene Unabhängigkeit sicher zu stellen. Besonders ist Bayern derselben ein Dorn im Auge. Wenn die Mittelstaaten nicht wären, heißt es in Berlin, so würde eine Aussöhnung zwischen den beiden Großstaaten nicht mehr schwer herzustellen sein. Man gibt Oesterreich nicht unverhüllt zu verstehen, daß man die Herrschaft über Deutschland, da man sie nicht allein hat erringen können, jetzt gerne mit demselben theilen wolle, unter den Bedingungen jedoch, daß kein Dritter an derselben Theil habe. — Oesterreich ist zu ehrlich, um seine Hand zu der Erreichung eines solchen Dualismus in Deutschland zu bieten. Aber es ist auch zu weit, um es zu thun. Dieser Dualismus würde Preußen freie Hand im Norden geben, wo gerade die kleineren Staaten sich befinden, welche, wenn Oesterreich sie verläßt, hilflos in die Gewalt ihres mächtigen Nachbars fallen müssten. Er würde dann das Mißtrauen der großeren Südstaaten auf Preußen weit höher gegen Oesterreich, als gegen Preußen entstehen lassen. Oesterreichs jetzige treue Verbundete würden sich dann voll gerechten Zornes über das Spiel, welches daßselbe mit ihnen getrieben, gegen dieses rückte und sich nothgezwungen an das neu entworfene und mit einer starken „Zulage" versehene Preußen anschließen, um zu verhindern, daß Oesterreich im Süden das thue, was Preußen bereits im Norden gethan hatte. Oesterreich, wenn es Lust hat, das Gegenstück Programms zu einer Wahrheit zu machen, braucht blos einen Truppenmarsch gegen die Mittelstaaten zu machen. — Die in Berlin projektirte Dualismus ist nur ein kurzer Umweg zu der auch in Berlin projektirten unitarischen Beherrschung Deutschlands. Oesterreich wird diesen Vorschlag zur Gute von der Hand weisen müssen. Oesterreich will seine Macht in Deutschland nur auf der Basis der Verträge, des Rechts und der Redlichkeit ruhen lassen. Es will seinen Einfluß in jenem Lande nicht durch unbefugte Uebergriffe verkürzen, noch durch rechtlose Vortheile vermehren lassen.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 2. Nov. Heute um 10 Uhr Vormittags rückte königl. preußische Militär zum holländischen Thore, auf der Straße von Marburg her, hier ein. Die Truppen haben in der letzten Nacht um 12 Uhr Marschbefehl erhalten und die ganze Nacht durchurch marschirt. Voran befand sich General v. Trezow mit seinem Stabe; ihm folgte das 12. Husarenregiment, das 18. Linieninfanterieregiment (jede Compagnie 180 Mann stark) und ein ganz vorzüglich zusammengestelltes ferner eine Batterie Artillerie. General v. Trezow reichte beim Einmarsch am Thore mehreren Bürgern die Hand u. sprach mit den freundlichsten Worten die Versicherung aus, daß er und sein Corps als Freunde kamen, und deßhalb um eine freundliche Aufnahme bäten. Hierauf ist ihm erwidert worden, daß er mit solchen Ansichten den Bewohnern willkommen sei. Die preußischen Truppen beziehen die hier stehenden Kasernen nicht, sondern werden bei den Bürgern einquartiert. Ebenso besetzen dieselben außer den Thoren seine Wachen innerhalb der Stadt. — Gegen Mittag werden weitere Zuzüge preußischer Truppen in der Richtung von Eschwach her erwartet, ebenso ist bereits ein Kürafferregiment angemeldet, welches um 1 Uhr von Offendorf aus dessen Umgegend her hier eintreffen soll. Die Begegnung zwischen Militär und den hiesigen Bewohnern ist freundlich. Mehrere hohere preußische Offiziere haben dem nach hier verweilenden hessischen Commandanten, Oberst von Stark, die Versicherung der freundschaftlichsten Gesinnungen ausgedrückt. Die Bürgergarde bezieht die Wachen in der Stadt und wird für Aufrechthaltung der inneren Ruhe und Ordnung Sorge tragen. (Fr. D.-J.)

Fulda, 2. Nov. In diesem Augenblicke ist die preußische Avantgarde dahier eingezogen, bestehend aus ungefähr 1600 Mann Husaren, Infanterie, Jäger und Artillerie. Die Generäle v. Groben, Radziwill und Katte befinden sich hier. Morgen werden diese Truppen hier bleiben, aber auch neue Massen eintreffen. Unsere Bezirksdirektion hat heute von Wilhelmsbad Ordre erhalten, für die Unterkunft einrückender Bayern und Oesterreicher Sorge zu tragen und über die Ankunft der letzteren zu berichten; dagegen hat nun die Regierungsbehörde den Einmarsch der Preußen per Estafette berichtet. Die Bayern sind auch von der Rhön in einige kurhessische Dörfer eingerückt. Auf einer Anhöhe vor der Stadt sind preußische Husaren aufgestellt. Die Thore der Stadt sind besetzt. (F. J.)

Gelnhausen, 2. Nov. Gestern wurden wir hier plötzlich von dem Einmarsch der Bayern überrascht. Die Truppen betrugen sich sehr gut. Ihre Mannszucht ist eben so tüchtig, als ihr Aussehen und ihre Haltung vortrefflich. In der ganzen Gegend herrscht übrigens tiefe Ruhe, da die Einwohner überhaupt nur wenig Theil an der Bewegung nehmen. Man hätte die Steuern gern bezahlt, erbot sich auch hierzu, wenn sie die Beamten nur angenommen hätten. Diejenigen, welche solches aber uns gebracht, tragen große Verantwortlichkeit. Mögen wir nur wenigstens mit einem blauen Auge davon kommen! Die Einwohner sind gern noch Alles ertragen. — Heute traf nun das Hauptquartier St. Durchl. des Fürsten v. Thurn und Taxis bei uns ein, mit dem Civilkommissär des Bundes, Graf Rechberg und dem kurh. Civilkommissär Staatsrath Scheffer. Wie man hört, ziehen die Truppen morgen weiter nach Hochstädten und gegen Fulda. Sie sind voller Kriegsmuth, wir aber wünschen, daß ein blutiger Conflikt, besser Falgen gar nicht abzusehen waren, vermieden werden möge! Preußen wird ein solch Unglück nicht über das deutsche Vaterland bringen, Gott verhüte es! Es würde nie eine enarme Verantwortung auf sich laden, wenn es sich den deutschen Bundestruppen widersetzen wollte, welche sich

vollkommen auf dem Boden des Rechts bewegen, während die Preußen, die niemand rief, gegen deren Einmischung protestirt der Landesfürst förmlich protestirte, nicht das mindeste Recht haben, in die kurhessische Angelegenheit sich zu mengen. Wie sollten darum auch immer auf einen solchen gestützte Maßregeln, Mitten unter den einmarschirten bayerischen Truppen sein wir heute gegen Schaaren beurlaubter kurhessischer Soldaten, ein recht schmerzlicher Anblick für uns; jene, trotz des mühsamen Marsches auf den durch den Regen grundlos gewordenen Straßen, munter voll freigerischen Muthes und guter Haltung, ihrer ernsten Bestimmung, deren Ausgang noch jedem unbekannt, entgegenziehend; diese still und in sich gekehrt, den Stab in der Hand, der Heimat zuwandernd!

(K. Z.)

Aus dem Hauptquartier an der eisenach-hessischen Grenze, 2. Nov. Gestern Abends ist die Ordre zum Einrücken in Kurhessen und zwar zunächst in Fulda eingetroffen. In Folge dessen ist das in Eisenach stationirte Bataillon sammt dem Generalstabe heute früh mittelst Extrazuges nach Gerstungen, um von da noch heute bis Hünfeld zu gehen und morgen in Fulda einzutreffen. In ihm wird der größere Theil der auf der Linie von Gerstungen bis Gersa stationirten Truppen folgen. — Der Eilmarsch bezweckt den heranziehenden Truppen zuvorzukommen. Doch ist heute die HH. vom Generalstabe selbst, ob sie Befehl zum Zurückdrängen derselben erhalten wurden, wie denn auch die Bayern noch keinen zum Angriff erhalten haben.

Kassel, 3. Nov. Im Ganzen befanden sich gegenwärtig, mit den gestern eingerückten Truppen, wenigstens 6000 Mann hier. Das Kommando führt General v. Tiezen und Generalmajor v. Koch.

Hanau, 3. Nov. In Folge des ergangenen Befehls, die heute Nachmittag um 2 Uhr die Waffen zu abzuliefern, wurde eine größere Zahl derselben nach dem Neustädtischen Rathhause gebracht und befindet sich in Empfang genommen. Nachmittags fuhlte sich ein Theil der hiesigen königl. bayerischen Besatzung, Infanterie und Cavallerie, auf dem Markte auf. Die Kanonen wurden bespannt und ziemlich starke Infanterie- und Cavalleriepatrouillen durchzogen die verschiedenen Straßen der Stadt, während kleinere Pikets vor denjenigen Häusern sich aufstellten, in denen die Controle wegen Ablieferung der Waffen vorgenommen wurde, was der Reihe nach in allen Straßen theils schon geschah, theils noch geschehen wird. Durch diese militärische Bewegung kam eine größere Lebhaftigkeit in die sonst am Sonntag ziemlich stillen Straßen unserer Stadt. Da gestern bereits ein Theil von den hier verbliebenen Truppen weiter marschirt ist, wurde die Zahl der Besatzung nur noch auf etwa 2300 Mann bestehet, wurden theilweise Umquartierungen, resp. Verwiederungen einzelner Einquartierungen vorgenommen. Die Hauptwache ist mit 60 bis 70 Mann, der Bahnhof mit 30 bis 40 Mann und die Wachen der Hauptthore verhältnißmäßig besetzt. Im übrigen waltet die größte Ruhe und die Wirthshäuser sind ebenso stark als sie, wöhnlich am Sonntage besucht. (Fr. D.-Z.)

Hanau, 3. Nov. Das hiesige Obergericht hat seine Anstehung gegen die Gesetze auch auf die Anordnungen der Bundesbehörde ausgedehnt, und auf den Befehl des Bundescommissärs wegen sofortiger Erhebung der Stempel durch das Obergericht und die Untergerichte, abschleunig verfügt, und sich nur dazu bequemt, jenen Befehl den Untergerichten „nachrichtlich“ mitzutheilen. In der Nichtberechtigung des Commissärs und der den Befehl zersetzenden Verfügung des Obergerichts, die wir auch von anderer Seite behalten finden, ist zugleich wieder jene, unsern ganzen Zuständen eigene reaktionäre Zweideutigkeit zu erkennen, welche um jede Widerstandsfähigkeit ein quasilegales Mäntelchen zu hängen sucht. (K. Z.)

Fulda, 3. Nov. Das preußische Militär verschiedener Waffen, welches von gestern auf heute übernachtet hat ist heute Morgen bis auf eine halbe Stunde vor Neuhof (3 Stunden von hier nach Hanau zu) vorgerückt und andere Truppen, preußische Infanterie, feuerfeste und Artillerie, sollen weiter eingerückt. Alle Freundlichkeit die Preußen gesinnt sind, kann man daraus ermessen, daß sie nicht nur die Thüren ihrer hiesigen Infanteriekaserne, sondern Tages zuvor auch die des Marstalls im hiesigen kurfürstlichen Schlosse mit Aexten eingeschmissen und sich in Besitz dieser Räumlichkeiten gesetzt haben. Die Truppenmasse, welche im Augenblick zwischen Hünfeld und Neuhof sich bewegt, mag nach einem ungefähren Ueberschlag an 5000 Mann betragen. Die Bayern sind heute in Neuhof eingetroffen. Ebewaufgerissen bilden ihre äußerste Spitze und grüne Husaren die der Preußen. Zwischen beiden Truppen liegt eine Distanz von kaum einer halben Stunde. (K. Z.)

Hanau, 4. Nov. Es haben uns jetzt alle bayer. Truppen verlassen, um zu der Hauptmacht bei Schlüchtern zu stoßen, bloß 2 Bat. Infanterie, 1 Escadron Reiter und eine halbe Batterie sind im Augenblick noch hier, indeß werden stündlich neue Truppen, darunter auch Oesterreicher, von Würzburg und Heilbronn her erwartet.

Frankfurt, 4. Nov. Wie wir vernehmen, hat General v. d. Groben, nachdem er in Hessen eingetreten, an die kurfürstl. Regierung ein Schreiben gerichtet, in welchem er in den höflichsten Ausdrücken diesen Einmarsch motivirt als Zweck desselben die Besetzung der Provinzen zustehenden Etappenstraße angibt, sowie beifügt, daß er sich in keinerlei Weise in die innern Angelegenheiten des Kurstaates mischen werde. Auf dieses Schreiben und die Nachrichten hin, daß Kassel und Fulda wirklich durch preußische Truppen besetzt seien, hat die kurfürstliche Regierung sofort feierliche Verwahrung gegen einen solch gewaltthätigen Eingriff in die Unabhängigkeit des Staates und in die Selbstständigkeit der kurfürstlichen Regierung erhoben, und ihrem Gesandten in Berlin den Befehl gegeben, sofort diese Stadt zu verlassen, und hat sie sogleich alle Verbindungen mit ihm durch die kurfürstlichen Regierung beglaubigten kgl. preußischen Gesandten formell abgebrochen. Ferner vernimmt man, daß die kurfürstliche Regierung sich gestern noch an den deutschen Bund um Schutz und Hilfe gewandt hat.

(K. Z.)

Frankfurt, 4. Nov. Der kurhessische Gesandte in Berlin, Herr v. Dörnberg, ist abgereist. Die Verwahrung lautet wie folgt: Die kgl. preuß. Regierung hat durch kgl. preuß. Truppen die Grenzen des Kurfürstenthums Hessen überschritten und am heutigen Tage Kassel, die Haupt- und Residenzstadt Sr. kgl. Hoheit des Kurfürsten von Hessen, militärisch besetzen lassen und durch das abschreitlich anliegende Schreiben des k. preuß. commandirenden Generals Grafen von der Groben, der kurfürstl. Staatsregierung hiervon Kenntniß gegeben. Ebenso hat ein Eilmarsch königl. preuß. Truppen in die Provinz Fulda stattgefunden. — Sowohl dieser Einmarsch königl. preuß. Truppen, als auch die Besetzung kurhessischer Gebietstheile durch dieselben, hat ungeachtet der durch der Note des kurhessischen Ministeriums des Aeußern vom 23. Sept. dieses Jahres dem königl. preußischen Ministerium des Aeußern ausgesprochenen vorsätzlichen Verwahrung, ohne eine deßfallsige Requisition seitens der kurfürstlichen Regierung und gegen deren Willen stattgefunden. Durch diese Landnahmsweise der königl. preußischen Regierung ist die Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit des Kurfürstenthums, sowie demselben durch das deutsche Bundesrecht, als einem deutschen Bundesstaate, gewährleistet ist, beeinträchtigt worden. — Im Auftrag und im Namen Sr. königl. Hoheit des Kurfürsten von Hessen erklärt das kurfürstl. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, daß es allerhöchstenselben zustehende Rechte gewahrt wissen will, sagt gegen die Verletzung der Souveränetät Sr. königl. Hoheit des Kurfürsten hiermit feierliche Verwahrung ein und beruft sich auf die Vertretung und den Schutz des durchlauchtigsten deutschen Bundes. Wilhelmshöhe, den 2. Nov. 1850. Kurfürstl. Hessisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. (gez.) Baumbach.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Vor Rendsburg, 28. Okt. Man hofft hier auf einen baldigen Winter, um den Angriff über die festgefrornen Moore, Sümpfe und Gräben aufführen zu können. Das klingt recht schön, wenn man sich nur den Zeit kann, daß ganze Terrain um ein Bedeutendes erweitert würde und die Dämen bei ihrer großen Zahl dieses Terrain überall besser besetzen könnten. Die Macht der dänischen Armee ist seit den letzten 14 Tagen enorm verstärkt worden, alle Reservemannschaften und die zeit einererirenden Rekruten aus Dänemark und Nordschleswig sind zur Armee herangezogen, so daß sie bereits mindestens eine Stärke von 42 bis 45,000 Mann zählt. Außerdem wird aber Tag und Nacht an den Befestigungen des Centrums und des rechten Flügels gearbeitet, so wie an den Verbindungspunkten derselben bei Hellingbeck und an den Verbindungspunkten des Centrums mit dem linken Flügel. Der linke Flügel bei Missunde ist zu jeder Jahreszeit gesichert wegen seiner Stellung hinter der Schlei. Nun wird sich in einigen Wochen die ganze Linie von Eckernförde bis Friedrichstadt in einem Vertheidigungszustand befinden, wie ihn eine mit kriegswissenschaftlichen Talenten ausgerüstete Armee in einer Zeit von 4 Monaten, bei fast ununterbrochener Ruhe, ausgeführt zu Stande ist. Lange Infanterie-Schanzen, hinter welchen hohe Wälle sich befinden, die mit Geschütz von schwersten Kaliber bespickt, wechseln mit zahlreichen Blockhäusern, vor welchen Sternschanzen, Redouten und Laufgräben angebracht sind, alle Werke mit genauer Berechnung angelegt, so daß eins das andere ergänzt. Auf der ganzen Linie befinden sich in den Wällen und Schanzen gegen 1000 Stück 600 schwere Geschütze, die man von Kopenhagen zu Schiffe nach Flensburg gebracht hat und die meistens von alten Kriegsschiffen herrühren. — Unter diesen Umständen ist, auch wenn das gehoffte Frostwetter eintreten sollte, nicht viel Günstiges für die schleswig-holsteinische Armee zu erwarten. Möchte man also noch vor dieser Zeit die Sache in Frieden zu Ende bringen!

Deutschland.

Frankfurt, 30. Okt. Man ist durchaus im Ungewissen darüber, wie das neue hannov. Ministerium sich zur Bundesfrage stellen werde. Den Premierminister v. Münchhausen hält man für entschieden und treu, ebenso den Kriegsminister, Generaal Jakobi. Dagegen bezweifelt man, daß Lindemann und Mayer nur noch im erhöhten Maße die Bedenklichkeit theilen werden, welche Stüve der Ausführung des Bundesbeschlusses in Bezug auf Kurhessen entgegengetzt hat. Der hannöv. Bundestagsgesandte Detmold ist in einer hoch unangenehmen Situation. Er hatte sich noch vorem heftigen Kampfe der Meinung der übrigen Bundestagsgesandten gefügt, und auf eigene Verantwortlichkeit Namens Hannovers seine Zustimmung zu dem Bundesbeschlusse gegeben. Die Nothwendigkeit desselben hatte er auch gewiß nicht verkannt; wohl aber mochte es ihm nicht unbekannt sein, wie sehr die Popularität seines Vaterlandes vom Vorgehen Stüve durch ein Zurückziehen auf den Bundesbeschluß vom 28. Juni 1832 gefährdet.

Frankfurt, 3. Nov., Nachmittags 3 Uhr. So eben treffen die Quartiermacher des seither in Karlsruhe stehenden k. preußischen 28. Inf.-Regiments hier ein und verkünden uns für morgen die Ankunft zweier Bataillone und für übermorgen des 3. Bataillons des genannten Regiments. Auch 2 Schwadronen vom 6. Ulanenregiment sind bereits angekündigt. Wie es heißt, sollen aus Baden überhaupt in diesen Tagen 4000 Mann preuß. Truppen hier eintreffen. Die Be-

stimmung dieser Truppen ist noch ganz unbekannt; man sagt jedoch, sie wurden theils hier, theils in den Ortschaften unserer Umgebung einquartiert werden. (Z. J.)

Frankfurt, 3. Nov. Abends. Nach den, dem hiesigen Quartieramte heute Nachmittag zugegangenen Anzeigen sollen die morgen und in den nächsten Tagen hier aus Baden eintreffenden preußischen Truppenabtheilungen angeblich nur einen Tag hier verbleiben und sodann in das Kurhessische einrücken. Das Quartieramt hat aber diese unserer Stadt zugedachte Exquartierung protestirt und die heute Abend gegen 6 Uhr war von ihm dieselbe noch nicht bewilligt. Auch die heute Nachmittag 3 Uhr angekommenen circa 20 Mann des morgen hier eintreffenden 28 preußischen Regiments kamen auch gegen 8 Uhr per dem Main-Neckar Eisenbahnhof, ohne Quartierbillete erhalten zu haben. Auf die vom Quartieramt erhobene Protestation gegen die Einquartierung soll ein preußischer Offizier geantwortet haben, daß er dann die Mannschaften auf eigene Autorität einquartieren werde. — Heute Abend 7 Uhr kamen zwei Offiziere mit 4 Mann in 2 Wagen mit österreichischem Vorspann und starker bayrischer Bedeckung, in der Richtung von Hanau kommend, hier durch nach Sachsenhausen in's Deutschordenshaus, in welchem sich bekanntlich die stationirten hiesigen preußischen Bataillone befindet. Die Waffen werden wahrscheinlich morgen weiter nach Mainz transportirt werden. (F. J.)

Frankfurt, 4. Nov. Von den seit mehreren Tagen aus Baden angesagten preußischen Truppen ist heute ein Bataillon des 28. Regiments, das bisher in Durlach gelegen, auf der Main-Neckar-Bahn hierher gekommen und nachdem die Einquartierung in der Stadt durch die hiesigen Behörden abgelehnt worden war, auf der Straße nach Oberursel im Naßauischen weiter gezogen. Heute Abend oder morgen kommt aus Baden ein zweites Bataillon von demselben Regiment, nach wie vor das vorzüglich Regiment und so fort, bis es heißt, das dortige preuß. Corps auf 6000 M. vermindert ist. (K. Z.)

Frankfurt, 4. Nov. Die Besetzung der Citadpreußischen in Kurhessen durch Preußen nimmt einen ernsten Charakter an; doch ist noch Hoffnung zur Erhaltung des Friedens, da Oesterreich dagegen sein. Sollte das Verhältniß es aber anders wollen, und unsere Hoffnung getäuscht werden, sollte der Vater der Union nur in den Hintergrund geschoben sein, um durch neue Umwahrheiten zu erreichen, was durch das alte Blendwerk nimmermehr erlangt wurde; sollte die heute in Kassel Etappenstraßen jetzt die Aufgabe erhalten, dem in Dunst aufgelösten Unionsgedanken wieder eine körperliche Hülle zu verleihen, und sollte sie schon Kattenland mit seinen lieblichen Wiesengründen und waldumsäumten Hügelreihen der großpreußischen Krone durch Belegung aller Höhen und Orte eingeschlossen werden wollen, — dann freilich, dann sind wir am Ende, und des Schicksals eiserne Würfel mögen fernen entscheiden! Ehe ein Preußen war, war Deutschland, und ehe der schwarze Adler an den Gestaden der Ostsee seine stolze Brust aufbrauste, kämpften die hochgesinnten Söhne der Lahn und der Fulda für die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes. Der Name der Hessen war unter den ersten, als es galt, die Anmaßungen römischer Cäsaren niederzuwerfen; die hess. Bauern standen im vorderesten Gliede, als dem Corsen das Uebermaß gesprochen wurde, und wahrlich Der, welcher die Theorie von der Hochgesinntheit Hessischer Straßen erfunden hat, streicht im Jahre 1850 das Kattenvolk noch nicht aus der Geschichte! Merkwürdige Idee, diese Etappentheorie! Um von Eisenach nach Wetzlar, von Paderborn nach Erfurt gelangen zu können, wird das ganze Land besetzt, von Kassel bis nach Fulda, und werden die Bewohner mit einer Einquartierung von zehn und zwanzig, ja gar noch mehr Tausenden von Soldaten heimgesucht. Vergebens sieht man sich um nach dem Grunde zu einer solchen Maßregel, nach dem Rechte zu einem solchen Gewaltschritte. In den Etappenconventionen erhält Preußen eine derartige Befugniß nicht; auch war noch nirgends davon die Rede, daß dem Durchmarsche preußischer Truppen durch Kurhessen auf der festgesetzten Route jetzt oder in Zukunft irgend ein Hinderniß in den Weg gelegt werden solle. Die Bundestruppen sind in den Kurstaat eingerückt, zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung, und nicht als Feinde Preußens, es müßte denn das Unmögliche möglich sein, daß resp aller Verwahrung man in Berlin durch das Hissen der Fahne von Oelbanken nähme, je nach Umständen auch einmal für die ungesetzliche Ordnung in die Schranken treten zu wollen. Die von den Gothaern mit großer Geschäftigkeit in all ihren Blättern verkündete Maßregel der Ernennung des Königsberger Commissairs zum hiesigen Kurstaatsrefernten hätte mit diesem Gedanken in Zusammenhang gebracht werden dürfen, wenn nicht der energische Entschluß des Königs das Gewebe der Lüge und der Untreue zerrissen und durch die Entlassung des Generals v. Radowitz dem schlimmen Spiele ein plötzliches Ende bereitet hätte. (K. Z.)

Meiningen, 4. Nov. Heute rückte zu unserm hiesigen Jägerbataillon unter dem Commando des Majors v. Peez hier ein, und zwar so unerwartet, daß die Staatsregierung und der Magistrat nicht eher Nachricht hiervon erhielten, als bis die Truppen sich auf dem Markte angestellt hatten und ihre Einquartierungsbillete verlangten. Zwischen dem Herzogthum Meiningen und dem Königreich Preußen besteht gar keine Durchmarsch- und Etappenconvention und es hatte daher am formliche Erlaubniß zu diesem bewaffneten Durchzug nachgesucht werden müssen. Daß dies unterlassen wurde, ist wohl nicht bloß auf Rechnung der Eile zu bringen.

Wien, 1. Nov. Gestern ist ein Aufruf des Kaisers „an seine treuen Grenzer" zur neuen wehrvollen Kraftanstrengung abgegangen, und wurde von einer schwungvollen Proclamation ihr auf hier weilenden Regiments-Chef begleitet. Die Documente sollen von dem vertrauten Freund des Banz, General Denkstein, überbracht werden. Aus der heutigen Wiener Ztg. werden Sie ersehen haben, daß der Kaiser den Marschall Radetzky mittelst Telegraphen hierher berufen hat. Z. Z. Belegung der Grenzen mit ungarischen Zwangantheuen hat bereits stattgefunden. Man erwartet nachster Tage schon ein kaiserliches Manifest bei Gelegenheit der großen Recruitirungsanschreibung. — Der preußische Gesandte Graf Bernstorff hat heute Wien verlassen, wie einige sagen, um nach seinem neuen Amtssitze in Berlin verschwand zu wirken, wie andere meinen, um nicht mehr zurückzukehren. Leider ist die letzte Meinung vorwaltend, weil die Erzherzogin Sophie mit der Königin von Preußen dieser Tage eine Zusammenkunft in Dresden haben sollte, und diese nun nicht stattfinden wird.

Berlin, 1. Nov. Ich kann die weitere Nachricht nicht verschweigen, daß Hr. v. Manteuffel auf dem Austritt der HH. v. Radowitz und v. d. Heydt bestand und, von dem König aufgefordert ein bestimmt formulirtes Programm einzureichen, dies in einer Weise that, daß Preußen seine bisherige Politik nach außen aufgeben und nach innen durch liberale Institutionen vorangehen sollte. Als Nachfolger der beiden genannten Minister wurden Hr. v. Bodelschwingh und Hr. v. Patow bezeichnet. Dies ist die alte Widerstreit des „praktischen Verstandes" gegen die „Ideen", — daß der König mitten inne zwischen beiden Richtungen steht, weiß man; auf welche Seite aber zuletzt sein Gemüth sich neigt, ist leicht zu errathen.

(A. Z.)

Berlin, 1. Nov. Man dörfe hin und wieder auch von den Aeußerungen des Kaisers v. Rußland die außerordentlichsten Dinge. Gutsprechung des Bregener Vertrages zur Aufrechthaltung des Bundestages und zur Durchführung der Execution gegen Kurhessen hatten in Warschau stattgefunden. In Schlesiwig sollte Rußland positiv die bewaffnete Intervention des Bundestages unterstützen. Von Preußen sollte überdieß die Herstellung mehr geordneter und sicherer Zustände im eigenen Lande verlangt worden sein! (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 26. Okt. Der neue Kriegsminister, General Schramm, hat beim Antritt seines Amtes folgenden Tagsbefehl an die Armee erlassen; „Soldaten! Durch das Vertrauen des Präsidenten der Republik zum Kriegsministerium berufen, habe ich den vollen Umfang der Pflichten erkannt, die mir sehr schwierige Stellung auferlegt, und ich habe sie nur mit den festen Entschluß angenommen, sie mit Sorgfalt für die Armee, Achtung für unsere Institutionen, Ergebenheit und Treue gegen das Staatsoberhaupt zu erfüllen. Aus diesen Gründen bin ich berechtigt, auf die Mitwirkung der Generale zu zählen, die an unser Signe stehen, und die durch ihre tadellosen Dienste, wie durch die unablässige Sorgfalt, mit der sie sich mit eurem Wohle beschäftigen, eurer vollen Achtung und aller eurer Sympathien würdig sind. Seiwerden auch bei meinen Bemühungen, eure Interessen zu verbessern, die Treue, die ihr dem Vaterlande schuldet, gelten zu machen, und diesen den gerechten Lohn zu sichern, unterstützen. Fahret demnach fort, euch um eure Ehre zu sorgen, die euer Vertrauen in so hohem Grade rechtfertigen. Sie haben jetzterm, wie ich es selbst in einer militärischen Laufbahn von fünfundvierzig Jahren gelernt habe, eben so zu achten, wie zu beschützen, und sie werden euch wie mir das Beispiel der Achtung für die hierarchische Autorität geben, der sie, wie sie wissen, alle ihre Erfolge verdanken, und die, indem sie die Aufrechthaltung der Disziplin sichert, die Stärke der Armeen ausmacht. Paris, 25. Oktbr. 1850. Der Kriegsminister de Schramm."

Italien.

Die Nachrichten aus Turin reichen bis zum 26. Oktbr., sind aber ohne besonderes Interesse. Der Finanzminister Nigra ist seit einigen Tagen erkrankt. Graf von Pralormo, piemontesischer Gesandter zu Paris, ist um seine Abberufung eingekommen, weil die guten Beziehungen zwischen der Turiner und der französischen Regierung bedeutend abgenommen haben sollen. — Die „Armonia" vom 23. Okt. verschwindet in dem Manner der Direktion dieses Blattes und vieler Diözesanen eine Zuschrift an den Hochwürdigsten Erzbischof von Turin. Ein schmerz Zeugniß des Glaubens und der kindlichen Ergebenheit der Turiner Katholiken gegen ihren verbannten Oberhirten. — Vor der Eröffnung der Kammersitzung, mehrere neue Senatoren ernannt werden, damit das Ministerium Azeglio-Cavarri den Senat vor Allem auf seine Seite bekommt. — Der Gesundheitsrath von Genua hat auf von Triest kommende Schiffe wegen einiger daselbst vorgekommenen Cholerafälle eine Quarantäne von 6 Tagen gelegt. — Der „Gazzta di Bologna" vom 23. Okt. zufolge war Seine Eminenz Cardinal Wiseman Tags vorher daselbst angekommen. Auf seiner Reise von Rom durch Toscana ist der würdige Prälat überall glänzend empfangen worden. — Der „Osservatore romano" vom 18. bringt folgende bemerkenswerthe Zeilen über das Ende der römischen Republik: „Die römische Republik von 1849 lieferte sich nur durch Mord erhalten. Anrona, Jesi, Sinigaglia, Rimini, Faenza, Imola ꝛc. ꝛc. werden auf lange Zeit die blutigen Spuren dieser mörderischen Anarchie zeigen, und sich ihrer Grausamkeiten erinnern. Die Bevölkerung des Kirchenstaates ist in weniger als 4 Wochen von mehr als 1000 Menschenmorden Zeuge gewesen, wo die Thäter fast immer ungestraft davon kamen. So kann man bestimmt sagen, daß man unter der Päpstlichen Gesetzgebung nicht verurtheilt ist, den Mordelmord zu verbinden, und daß es dagegen nicht einmal eine Strafe gibt ꝛc.

Vermischte Nachrichten.

(Die Bestrebungen der revolutionären Parteien Mitteleuropas. Fortsetzung.) Die Arbeiter-

Partei kam unter Umständen sehr gut andere Parteien und Partei-Fraktionen zu ihren Zwecken gebrauchen, aber sie darf sich keiner andern Partei unterordnen. Diejenigen Leute aber, die in der letzten Bewegung an der Regierung waren und ihre Stellung dazu benutzten, die Bewegung zu vertrathen und die Arbeiter-Partei, wo sie selbstständig auftreten wollte, niederzudrücken, diese Leute müssen unter allen Umständen fern gehalten werden. Die besagte Schrift geht dann zur Schilderung über Wirksamkeit und ihrer Aussichten in verschiedenen europäischen Ländern über. In Belgien, seitdem die Hauptmitglieder des Bundes im Jahre 1848 „verholtet, zum Tode verurtheilt, und zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt wurden," gestehen sie ein, daß es ihnen wegen der „bestehenden Polizeiverhältnisse" sehr schlecht gehe, und daß nur in Brüssel sich eine „Gemeinde" erhalten habe. Ueber die Schweiz erwartet man erst genauere Mittheilungen. In Frankreich werden Verbindungen mit den deutschen Arbeitern in Besançon und in den übrigen Orten am Jura erhalten. Ueber Deutschland läßt sich die Schrift sehr ausführlich aus: „Der Bund hat seinen Hauptsitz in Deutschland: in Köln, Frankfurt a. M., Hanau, Mainz, Wiesbaden, Hamburg, Schwerin, Berlin, Breslau, Liegnitz, Glogau, Leipzig, Nürnberg, München, Bamberg, Würzburg, Stuttgart, Baden. In leidenden Kreisen sind ernannt: Hamburg für Schleswig-Holstein; Schwerin für Mecklenburg; Breslau für Schlesien; Leipzig für Sachsen und Berlin; Nürnberg für Bayern; Köln für Rheinland und Westphalen. Die Gemeinden in Göttingen, Cuxhaven und Brüssel bleiben vorläufig in direkter Verbindung mit der Centralbehörde, bis es ihnen gelungen ist, ihren Einfluß hinreichend auszudehnen, um neue leitende Kreise bilden zu können. Die Bundesverhältnisse in Baden werden erst bestimmt werden nach dem Bericht des dortigen aus in die Schweiz geflüchteten Emissärs. Wo, wie in Schleswig-Holstein und Mecklenburg, Bauern- u. Land-Taglöhner-Vereine bestehen, ist es den Bundes-Mitgliedern gelungen, direkteren Einfluß auf sie zu gewinnen, und sie theilweise ganz in seine Hand zu bekommen. Die sächsischen, fränkischen, hessischen und nassauischen Arbeiter- und Taglöhner-Vereine stehen ebenfalls größtentheils unter der Leitung des Bundes. Die einstweilen noch Mitglieder der Arbeiterverbrüderungen gehören auch dem Bunde an. Die Centralbehörde macht alle Gemeinden und Bundesmitglieder darauf aufmerksam, daß dieser Einfluß auf die Arbeiter-, Turner-u. Taglöhnervereine rc. von der höchsten Wichtigkeit ist, und überall gewonnen werden muß. Sie fordert die leitenden Kreise und direkt mit ihr correspondirenden Gemeinden auf, in ihren nächsten Briefen speziell zu berichten, was in dieser Beziehung geschehen ist." Der Emissär nach Deutschland, der für seine Thätigkeit ein Anerkennungsbuvum von der Centralbehörde erhielt, hat überall nur die zuverlässigsten Leute in den Bund aufgenommen, um ihren größeren Lokal-Kenntniß die Ausdehnung des Bundes überlassen. Es wird von den Lokal-Verhältnissen abhängen, ob die verschiedenen revolutionären Leute direkt in den Bund aufgenommen werden konnten.

Schluß folgt.)

Neuestes.

* Würzburg, 5. Okt. Eine gestern Abend dahier angelangte Mittheilung bringt die Nachricht, daß auf der Bamberg-Nürnberger Bahn zwei Militärzüge so heftig auf einander liefen, daß mehrere Wagen zertrümmert wurden. Mehrere Verletzungen sollen vorgekommen sein.

Mannheim, 2. Nov. Das in Karlsruhe, Durlach, Bruchsal rc. garnisonirende k. preußische 29. Linieninfanterieregiment hat Marschordre nach Rastheffen erhalten, und geht morgen und übermorgen bataillonsweise nach Frankfurt a. M. Auch das hier stehende 30. Regiment erwartet täglich Befehl zum Abmarsche. Man sieht die kurhessischen Angelegenheiten hier überall als eine für Preußen willkommene Gelegenheit an, seine Truppen aus Baden zurückzuziehen, und die Union endlich definitiv aufzugeben.

Gotha, 2. Nov. In unserm Landtage ist gestern Seitens des betreffenden Ausschusses der Antrag gestellt worden, dem dänischen Friedensvertrage die ständische Zustimmung zu verweigern, weil die Rechte der Herzogthümer und resp. Deutschlands durch denselben verletzt würden.

Wurzen, 30. Okt. Da der Gutsbesitzer und ehemalige Landtagsabgeordnete Arndt aus Roitzsch sich der Seitens der Behörden an den Tag verabredeten Pfändung und aufrührerischen Maßregelungen wider ihn verhängten Untersuchung durch die Flucht entzogen hat, so ist vom königlichen Landgericht Wurzen, so lange Arndt nicht zurückkehrt, über dessen sämmtliches Mobiliar- und Immobiliarvermögen die Beschlagnahme und gerichtliche Verwaltung zu verhängen beschlossen und der Amtslandschöppe zum Gerichter Herbst in Rent ansetzen 25. Okt. zum Arndt'schen Vermögensverwalter bestellt worden. (Dr. Z.)

Wien, 31. Okt. Sr. Eminenz der Cardinal Wiesemann, Erzbischof v. Westminster ist von Rom hier angekommen.

Berlin, 31. Okt. Graf Brandenburg ist heute früh nach Berlin zurückgekehrt. So viel von den Mittheilungen desselben über die Stellung des Kaisers von Rußland zu unsern brennenden Fragen verlautet, scheint der letztere die deutsche und die dän. Frage als völlig von einander getrennt zu sehen und sehr verschiedenen Standpunkte aus zu betrachten. Während er die Erhebung der Schleswig-Holsteiner schlechtweg als Rebellion pflichtvergessener Unterthanen gegen ihren rechtmäßigen Landesherrn ansieht und daher, von der Nothwendigkeit einer gewaltsamen Pacificirung der Herzogthümer überzeugt, eine solche auch zu unterstützen gewagt ist, erscheint ihm die in deutsche Verfassungsfragen als eine solche, die ganz und lediglich Deutschland angehe und ohne fremde Einmischung zur Entwickelung gelangen muß. Von irgend einer Einwirkung auf die einzelnen Phasen der letzteren will er sich daher gänzlich fern halten; hochstens würde er sich zu einer Mahregel entschließen, die im Interesse seiner eigenen Sicherheit liegt. Falls nämlich Oesterreich wirklich in einen Krieg verwickelt n. gemthigt werden sollte, einen Theil seiner Truppen aus Ungarn zurückzuziehen, so steht zu erwarten, daß die Unzufriedenen dort und in Galizien die Gelegenheit zu einem neuen Aufstande benutzen. Derselbe könnte leicht die Polen zur Nachahmung reizen und auch auf den Generalrand der Empörung in den russ. Kaiserstaat werfen. Um dieser Lebel vorzubeugen, ist der Czaar gewillt, im Falle eines deutschen Krieges Ungarn und Galizien zur Sicherheit mit seinen eigenen Truppen zu besetzen, womit, nach den neuesten Berichten, gegenwärtig bereits der Anfang gemacht worden soll. (Fr-D.-Z.)

Berlin, 1. Nov. Man erfährt, meldet die Berl. Ztg.), daß von Oesterreich die Vorschläge Preußens in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit abgewiesen sind.

Berlin, 2. Nov. Dem Vernehmen nach hat der Generaladjutant Graf v. d. Groben nachträglich von hier aus den Befehl erhalten, die Bayern in die Provinz Hanau einzuladen, den Eintritt in die Provinzen Kassel und Fulda aber nicht zu gestatten.

— Der Verkauf und die Verbreitung folgender Schrift ist sie den Umfang des preußischen Staates durch den Minister des Innern verboten worden: „Hermann's von Lehmann Weissagung über das Brandenburgische Haus." (N. Pr. Z.)

Warschau, 30. Okt. Um 1 Uhr in der Nacht reiste Se. Maj. nach St. Petersburg ab, begleitet von den General-Adjutanten Grafen Orlow und Adlerberg.

Von der polnischen Grenze, 29. Okt. Die russischen Truppen, welche eine zeitlang sich wenig haben blicken lassen, so daß man fast zu glauben mögen, sie seien in ihre Steppen zurückgegangen, sind auf einmal wieder zum Vorschein gekommen. Seit einigen Tagen werden nämlich mit der Warschau-Krakauer Eisenbahn eine Menge Truppen auf Krakau zu befördert. Es steht fest, daß die russischen Truppen, wenn auch nicht nach Ungarn, so doch an die galizische Grenze, unweit der ungarischen Grenze, sich hingegeben werden. Daselbst werden sie einstweilen als Wächter stehen bleiben, um, damit wenn Oesterreich nöthig hätte, seine Truppenmacht im Westen zu entfalten, die Russen alsdann den Osten vor österreichischen Monarchie, besonders Ungarn, daß bei einer Entrückung der österreichischen Streitkräfte und dem Osten jedenfalls sich aufs Neue wieder erheben möchte. (Brest. Z.)

T. D. 1) Berlin, 3. Nov. Die ministerielle „Deutsche Reform" vertraut, nach dem Ausgang der gestrigen Krondverhaltung, auf Erhaltung des Friedens. — Der Prinz Regent hat auswärtigen Angelegenheiten, Hr. v. Radowitz, hat seine Entlassung genommen.

Bestätigung der bereits mitgetheilten Nachricht, welche also lautet: Frankfurt, 3. Nov. Nach so eben hier eingegangenen sichern Privatnachrichten aus Berlin von gestern hat Herr v. Manteuffel in der Sitzung der Gesammtministeriums wiederholt die Modalmachung der neuen preußischen Armeekorps beantragt, und, als diese von sämmtlichen übrigen Ministern verweigert wurde, sofort seinen Abschied eingereicht, der auch angenommen wurde.

2) Wien, 2. Nov. Die heutige Nummer der amtlichen Wiener Ztg. enthält folgende Erklärung: Zwischen Frage besteht vollkommene Solidarität zwischen Rußland und Oesterreich. Nebst Nobrzby sieen noch mehrere andere Generale zu einem Hauptkriegsrath einberufen. Von Preußen sind beruhigende Vorschläge vorliegend, jedoch insofern nicht annehmbar erscheinend, als sie gleichzeitig hinsichtlich Kurhessens ein unannehmbares Einschreiten des deutschen Bundes behindert werden wollten. Von der Annahme der Rückvorschläge Oesterreichs werde nun Krieg oder Frieden abhängen. (Fr. D.-Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Huber.

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 2. Novbr. Weizen 13 fl. 5 kr. Korn 10 fl. 6 kr. Gerste 8 fl. 33 kr. Haber 4 fl. 43 kr.

Frankfurter Course.

Den 1. November 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1150	1156
" 5% Metallique	78	78¼
" 4%	60½	61
" 3%	45¾	46¼
" 2½%	41¾	41¾
" 2½% Bethmann	72	—
" 4%	63¾	—
fl. 250 Brese v. J. 1839.	97¾	97½
" 500 " 1834.	155	155¼
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	86¼	86¾
" 2141. 50 Prämien Scheine.	121½	—
Baiern 3½% Obligationen	88	88¼
" 4%	88	88½
" 5%	100½	100⅝
Würtemberg 3½%	92¾	93¼
" 4½ "	98½	98¾
Baden 3½%	81½	82
" fl. 35 Loose	32¼	32½
" 50 "	52⅝	53⅛
Nassau fl. 25	26	26¼
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	76¾	76¾
" 25 "	28½	28⅝
Polen fl. 300	135½	—
Sattinien Zeck. 36	33⅞	33⅞

Für die Waldforstbeamtswittwe Affemann in Erbach sind ferner eingegangen: Von Sch. 12 fr. Transport von früher 2 fl. 24 kr. Summa 2 fl. 36 kr.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Dist. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Würzburg, Mittwoch den 6. November.

Nr. 266. **1850.**

Die moderne Politik.

In die moderne Politik hat sich ein großer verderblicher Grundirrthum eingedrangt und scheint in ihr sich geltend machen und behaupten zu wollen, der voraussichtlich von vornherein alle Staatsweisheit zur Staatsthorheit macht, und die Staaten, die ihm huldigen, auf einen grossen Zweig kommen lassen, vielmehr sie im rapidesten Fortschritt dem Verderben und Untergange entgegenführen wird. Dieser Grundirrthum ist kein anderer, als der ungeheure Wahn, daß ein christlicher Staat, unbeschadet seines Fortbestandes und seiner Wohlfahrt, sich von Christenthum und der christlichen Kirche lossagen und trennen, also von dem Felsengrunde des göttlichen Heils und Segens abtreten und auf dem Flugsande weltlicher Klugheit und menschlicher Weisheit sich fest gründen und erbauen, dauerhaft erhalten und unversehrt und glücklich bestehen könne. — Ansichten wie diesen Grundirrthum, zu finden wir wohl allerlei in ihm, was ein Reich, Land und Volk gottlos machen, entsittlichen, verderben und zerstören kann, jedoch nichts, was es fromm, sittlich, gerecht, treu, groß, stark und glücklich zu machen vermag. Denn in diesem Grundirrthum ist eine völlige Verleugnung Gottes und seiner Gnade und seines Segens, eine schnöde Verachtung und Verwerfung des Christenthums, das doch einzig und allein das Salz der Welt ist, welches sie vor geistlicher Auflösung und moralischer Fäulniß und Verwesung schützt, eine von Gott selbst in seinem heiligen und wohlbegründeten Worte verfluchte freischliche Vermessenheit und ein übermüthiger Trotz auf eigene Vernunft und Kraft enthalten und ausgesprochen, der in der That nichts Geringeres ist, als eine stolze Auflehnung wieder Gott und seinen Gesetzen, ein Zerreissen aller Bande der gottlichen Zucht und Ordnung, und eine wahnwitzige Herausforderung treffen, der auch heute noch mit seinem starken allmächtigen Arm Gewalt übt und zerstreut, die hoffartig sind in ihres Herzens Sinn. — Eine Politik, die diesen Grundirrthum in sich aufnimmt, ist eben dadurch dem göttlichen Gericht schon verfallen, und alle ihre Grundsätze und Unternehmungen sind von vorn herein dem Verderben geweiht. Wundern wir uns deßhalb nicht, wenn Staaten, die an dem Gängelbande solcher Politik gleitet werden, plötzlich aus ihren bisher festen und sichern Bahnen wanken, wenn sie wie Irrsterne ohne Regel und Ordnung hin und herschweifen, immer anderswohin gerathen, als sie denken, heute einen Weg betreten, von dem sie morgen schon wieder abtreten, heute einen Rath beschließen, von dem der nächste Tag schon klar macht, daß nichts aus ihm wird, wenn sie von Tage zu Tage sich unaufhörlich verlaufen, verirren und festrennen, so daß sie zuletzt nicht mehr wissen, wie und wo aus und ein, und am Ende in ihrer Thorheit erliegen und versinken. Das kann nicht anders sein. Denn Gott erhebt die Weisen in ihrer Klugheit. Er weiß der Weisen Gedanken, daß sie eitel sind. Und die auf den Herrn hoffen, werden nicht zu Schanden. Aber zu Schanden müssen sie werden, die losen Berächter. — Es ist doch eine ungeheure Verblendung, ja eine heidnische Verfinsterung des Verstandes, der in dem Wahne sich an den Tag legt, daß man Staaten, Länder und Völker ohne Gott regieren und ohne Gottes Gnade und Segen glücklich machen, ja sie nur vor dem Verderben und Untergang bewahren kann. Ein Kind kann es einsehen, daß dies unmöglich ist, aber die moderne Staatsklugheit kann es nicht erkennen, was ein Kind einsehen vermag. Den Weisen und Klugen ist's verborgen, aber den Unmündigen ist's offenbart. — Da treitet die moderne Politik auf dem Steckenpferde deutscher Einheit, wie weiland der am Jergarten der Liebe taumelnde Cavalier, umher; sucht tausendfach projektend das große Wort im Munde: ein einiges, großes und starkes Deutschland! Und stehe, unter dem Posaunenstoß dieser windbeuteligen Prahlerei wird Deutschland immer uneiniger, immer kleiner, immer kraftloser und vor aller Welt zu Spott und Schande. Und warum? Weil ihr's ohne Gott, ja wider Gott einig, groß und stark machen wollt! O der Thorheit! Kann auch etwas ohne und wider Gott gelingen? Sept doch, ihr Politiker, auf der Schule der Frankfurter Nationalversammlung, was ihr ohne Gott vermögt? Deutschland einig machen? Ja die Einigkeit, die Gott gelingt, wird Deutschland bald genug durch Bürgerkriege ganz zu Grunde richten. — Ihr bunter Cuch so weiß uns so sing. Aber der im Himmel sitzt, lacht über Euch, und der die Welt an dem Zügel seiner Almächtigkeit gangelt und leitet, der spottet Euer und Eurer Weisheit und Klugheit. Eure Weisheit ist Thorheit vor Gott! — Will die moderne Politik nun vom Christenthum und der Religion ganz und völlig abstrahiren, und gilt es ihr einerlei, ob sie Türken und Heiden, und ein Volk, das aller Religion baar und ledig ist, zu regieren und zu bandhaben hat, so wird sie doch das wenigstens zugestehen müssen, daß ohne Moral und Sittlichkeit, ohne Gesetzlichkeit und Gehorsam ein Staat und Volk nicht bestehen kann. Denn es ist und bleibt ewig wahr, und kein Mensch kann's leugnen: Gerechtigkeit erhöhet ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben. Deßhalb kennt die moderne Politik in ihrem Urbilde eines nicht christlichen Staats auf Recht und Gesetzlichkeit tod und will einen Rechtsstaat gründen, in dem allein Recht und Gerechtigkeit, und nebenbei noch viel Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit herrscht und das Ruder führt. Aber hier finden wir sie abermals von aller Weisheit und Einsicht völlig verlassen und hingehen im verkehrten Wesen zu thun was nicht taugt. (Fortsetzung folgt.)

Oesterreichs Bürgschaft und Preußens Pfiffigkeit.

Y Meiner Ansicht nach ist nicht der leiseste Grund vorhanden, um dem ersten Willen und der unbedingten Hingebung Oesterreichs zur Ausführung der eingegangenen Verpflichtung zu mißtrauen. Es wäre gut, wenn einige Mittelstaaten sich immer als ebenso zuverlässig bewiesen, wie es Oesterreich bis zu diesen Augenblick gethan hat. Es gibt eine Garantie, die in den Personen liegt, welche fruchtlich von Denen nicht in ihrem ganzen Gewichte gefühlt und verstanden werden kann, die keine innere Verwandtschaft mit jenen Charakteren haben. Ich finde es z. B. ganz natürlich, wenn die Persönlichkeit des Herrn von Radowitz den kleinen Unionsstaaten für die Festhaltung einer bestimmten Zusicherung keine Bürgschaft gibt. Der feste Glaube, daß die Zusicherung wenigstens so lange gehalten werden würden, wie dieser betreffende Minister noch an der Spitze stehe, kann unmöglich vorhanden sein. Sthon morgen kann ihm eine ganz unerwartete Aufregung seiner heutigen Erklärung in den Sinn kommen, und es ist nicht gar unmöglich, daß er mit der unbefangensten Miene von der Welt ankündigen setzt, wie er etwas das Gegentheil von dem brabsichtigt hätte, was Andere in seinen Worten gefunden. Von jener artikofratischen Ehrenhaftigkeit, der es unmöglich fällt, an dem eigenen Worte zu brehen und zu deuteln, haben unsere meisten Staatsmänner sich leider nur zu wenig erhalten. — Die Bortheile, welche der öhrer. Diplomatie aus jenem hohern sittlichen Charakter erwachsen, sind ganz unberechenbar; sie gewähren ihr namentlich der Vrauch. Diplomatie gegenüber eine moralische Ueberlegenheit, die durch alle diakektischen Künste und sonstige kleinliche Pfiffigkeiten leicht aufgewogen werden kann. Selbst dann, wenn große Weitklugheit und Menschenkenntniß mit dieser fremden Ehrenhaftigkeit und Wahrhaftigkeit nicht verbunden sein könnten, würde, wenn man auch nur den äußern Erfolg und nicht den sittlichen Werth im Auge hat, der Vortheil doch immer auf der Seite liegen, die sich Bertrauen und Respekt zu erwerben weiß. Denn auch in der Politik gilt das Sprichwort: Ehrlich währt am längsten. Glücklicherweise aber schließt die strengste, ritterliche Ehrenhaftigkeit jene untergeordnete Schlauheit keineswegs aus, ja man kann wohl behaupten, daß die rechte Weltklugheit und die rechte Menschenkenntniß, die rechte Würdigung aller, in Betrachtung kommender Motive und Persönlichkeiten nur da anzutreffen ist, wo sich auch jene höhern Charaktereigenschaften vorfinden. Die gewöhnliche Pfiffigkeit, die nichts weiter als pfiffig ist, ist zuweilen recht heimlich dumm und begeht die allergrößten Bötzen eben weil sie die sittliche Natur der Menschen nicht voll in Rechnung bringt. Wir kennen einen Staat, der gewaltige Heereskräfte besitzt, dessen Finanzen vergleichungsweise im geordnetes, blühenden Zustande sind, der dennoch rein bloß an diesem Mangel an Ehrenhaftigkeit und Wahrhaftigkeit, an dieser sittlichen Schwäche seiner Staatsmänner in Grunde geht und auf dem Punkte ist, moralisch Bankerott zu machen. Brauche ich noch zu sagen, wie dieser Staat sich nennt?

Die ministerielle österreichische Correspondenz über das Ergebniß der Warschauer Conferenzen.

Die Conferenzen in Warschau sind beendet, ein Gestalt geht durch die Welt, daß die Stunde der Entscheidung näher gerückt ist. — Mit fieberhafter Aufregung werden über den muthmaßlichen Erfolg der stattgefundenen Besprechungen Nachrichten verbreitet und aufgefaßt, und den eigenen Wünschen und Hoffnungen entsprechend ausgebeutet. Wir erlauben uns von der allen dem Glauben

entgegenzutreten, als ob die künftige innere Gestaltung Deutschlands ihre Lösung in Warschau zu finden gehabt hätte. Es ist und bleibt dies eine innere Angelegenheit der deutschen Staaten und des deutschen Volkes. Niemand ist weiter davon entfernt, in die inneren Angelegenheiten Deutschlands hineinfinden zu wollen, als der kaiserlich russische Hof, niemand ist weiter davon entfernt, eine solche fremde Einmischung, sowie jede Aufstiftung der gerechtfertigten Unzufriedenheit, hervorrufen zu wollen, als Oesterreich. So gewiß aber auch die inneren Angelegenheiten Deutschlands in seinem Schooße selbst mit Ausschließung jedweden fremden Einflusses ausgetragen werden müssen, so gewiß ist auch, daß der deutsche Bund auch Nachbarn als politische Körper ein Gleiches, der großen europäischen Staatssystems bildet, daß auf der Grundlage der völkerrechtlichen Traktate ruht, und auf denselben sein politisches Dasein, wie seine Berechtigung und seine Verpflichtungen ableitet. Wo daher diese Traktate alterirt und die Bedingungen der völkerrechtlichen Anerkennung des Bundes in Frage gestellt werden, beginnt die Anzeigepflicht eine europäische Sorgfalt zu gewinnen, und die Garanten der Wiener-Verträge erhalten den Anlaß und das Recht, ihre Interessen und Ansprüche vom Standpunkte dieser Verträge zu wahren. Wenn daher deutsche Bundesstaaten dem einzig gesetzlichen Organe des Bundes die Anerkennung versagen, und demnach sind, die deutsche Nation nach Außen hin vertreten zu können, Jenen jeder Kraft und Leitung zu berauben, können wir da überrascht sein, wenn auch das Ausland zu untersuchen beginnt, ob auch ein Deutschland überhaupt noch bestehe, und wer das Recht habe, in seinem Namen das Wort zu führen und zu handeln? Preußen, das für liebergriffe und Machtvergrößerung im Nathronary und Duttenberg in ganz Europa geworfen wird, hat es auch zu antworten, daß die deutschen Angelegenheiten zum Gegenstande der Verhandlungen mit fremden Mächten erwachsen konnten. So viel uns bekannt ist, hat es aus dieser Demüthigung der eigenen Würde und des deutschen Namens nur geringen Gewinn gezogen. Es liegt eben in der Natur ungerechter Forderungen und ehrgeiziger Absichten, daß sie selten auf Sympathien stoßen. Ein Staat, der sich auf Kosten seiner Nachbarn vergrößern will, findet sehr selten eine zweite Macht, die an solchen Plänemein gleiches Interesse, wo der eroberungssüchtige Staat sieher findet. Oesterreich, das an den Verträgen festhält, das keine Vergrößerung aus seiner Vertheidigung sucht, das jedem sein Recht läßt, und sein eigenes wohrt, Oesterreich steht nirgends auf Mißtrauen oder Eifersucht. Seine Stärke liegt eben in der Rechtlichkeit und Uneigennützigkeit seiner Politik. (Schluß folgt.)

Deutschland.

München, 4. Nov. „Wir haben neulich eine telegraphische Depesche der „Allgemeinen Zeitung" mitgetheilt, nach welcher der Kaiser von Rußland erklärt haben sollte, er werde einen Widerstand Preußens gegen das Einziehen der Bayern in Kurhessen als eine Kriegserklärung gegen sich betrachten. Wir glauben nun nicht widerlegt werden zu können, wenn wir jene Angabe als völlig unbegründet erklären. Zu Warschau sind, wenn wir recht unterrichtet sind, und wir glauben es zu sein, allerdings europäische Fragen zur Sprache gekommen, aber von solchen, welchen Charakters Rußland in die innern Fragen Deutschlands war keine Rede, so wenig als früher. Alles beschränkte sich auf einen Wunsch des Kaisers, daß die kurhessische Frage zu keinem Conflikte zwischen der Autorität der zu Recht bestehenden Bundesversammlung auf der einen und Preußen auf der andern Seite Anlaß geben möge. Der Kaiser Nikolaus hält nach wie vor fest an den bestehenden Verträgen als der einzigen Richtschnur seiner ganzen Politik. (N. M. Z.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Schlüchtern, 3. Nov. Das Hauptquartier des Generalcommando und des Hauptmunitionsparks ist hier und die Truppen sind concentrirt. Das k. k. österreichische Jägerbataillon steht an der Spitze der Brücke, unter General Hellbrunner, auf der Straße nach Fulda, gegen Neuhof hin. Der morgende Tag scheint also ein entscheidender werden zu sollen in diesen Wirren. Die andere Division des Corps wird noch nicht auf der Straße von Bebra so bald eintreffen. Die Stimmung der Truppen ist in der rechten Flanke des von Hanau über Gelnhausen und Schlüchtern operirenden gegen Fulda vor.

Schlüchtern, 4. Nov. früh. Ein preußischer Parlamentär war hier. Der commandirende General und der Bundescommissär haben die Pferde gesperrt, und daß keine Wagen der commandirenden Generals, Fürsten von Thurn und Taxis, und des Bundescommissärs Grafen Rechberg unverzüglich nach Neuhof vorgehen, auch das ganze Hauptquartier morgen mit dem frühesten dahin aufbrechen soll. Wir sehen dieses als ein für uns günstiges Resultat der stattgehabten Verhandlungen an, und sind sehr gespannt auf das Nähere derselben. Im Augenblick kam auch ein Armeecourier von Frankfurt an, der sogleich, da der Obergeneral und der Civilcommissär des Bundes nicht mehr hier waren, ihren nach Neuhof folgte. — Die Truppen waren auch heute viel in Bewegung. Sie sind theils hier und vor der Stadt gegen Fulda zu aufgestellt, theils concentrirten sie sich zwischen hier und Neuhof; namentlich soll ein bedeutender Theil derselben auf dem sogenannten Distelrasen, einer Anhöhe eine Stunde vorwärts von hier, an der Straße nach Fulda, campiren. — Aus Fulda ist die Nachricht hier eingetroffen, daß General Graf von der Grüben, Quartiermeister und kurhessischer Chef des Stabs, gesagt habe, wenn es sich bestätigt, den Gewaltstreich der unbefugten Einmischung Preußens in die kurhessischen Angelegenheiten noch erhöhen würde. — Hier herrschte heute große Angst und Besorgniß vor dem Ausbruch eines Krieges. Die Leute dachten ernstlich ans Flüchten und packten zum Theil auch schon ein. Allein, entschieden gegen den Krieg und möchte sich lieber Alles gefallen lassen, als einen solchen zu erleben. (A. D. Z.)

Fulda, 4. Nov., Nachm. 1¼ Uhr. So eben erschallen die Signalhörner und wirbeln die Trommeln den Alarmmarsch durch die Straßen; die Bayern und Preußen standen sich bis auf Entfernung von einer Viertelstunde vor Neuhof gegenüber. Die Preußen werden, den Verlautbaren nach, den ersten Angriff abwarten. — 2½ Uhr Nachmittags. Unter lautem Hurrarufe ziehen in gestrecktem Trabe zwei Schwadronen Isl. preuß. Kürassiere zum Gerathoe hinaus nach dem Petersberge zu, um allenfallsigen Einzug von der Rhön her zurückzuweisen. Sicherlich ist Verfügung getroffen, daß der Frankfurter oder kaiserlichen Straße abgefahren, doch vernimmt man zur Stunde noch nichts von irgend einem Zusammenstoß oder Gefecht. — 4½ Uhr Nachmittags. Noch immer sind die Truppen auf dem Alarmplatze aufgestellt, die Bagage wird nach der Richtung von Kunfeld zurückbringen; bereits beginnt es dunkler zu werden, aber von einem Vorrücken der Bayern weiß man noch nichts gewahr. Alle Zugänge der Stadt sind stark besetzt; dem Anschein nach werden die Truppen diese Nacht im Freien bivouakiren. — 5½ Uhr Abends. Artillerie und Cavallerie stehen in die Stadt zurück; die aufgestellten Truppen suchen ihre Quartiere wieder auf. Ob sich in der Nacht die eben geschilderte Scene von heute Nachmittag wiederholen wird, weiß man nicht. Alles ist auf den nächsten Morgen gefaßt. (Z. D. Z.)

Hanau, 4. Nov. Gestern haben 18 Officiere der kurhessischen Armee, welche ihren Abschied nachgesucht hatten, denselben erhalten; unter denselben befindet sich der Generalmajor von Uslar und noch zwei andere Stabsofficiere.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Rendsburg, 1. Nov. Es ist begreiflich, daß die Sendung des Generals Hahn, noch Kiel die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Grade erregt hat. Wir glauben zur Berichtigung mannigfacher irrthümlicher und unbegründeter Gerüchte die nachfolgenden Mittheilungen, welche uns aus zuverlässiger Quelle zugehen, machen zu dürfen. Der General Hahn war beauftragt der Statthalterschaft ein Schreiben des preußischen Ministers Hrn. v. Radowitz zu überbringen und persönlich den Inhalt dieses Schreibens zu erläutern, in welchem der Statthalterschaft der Abschluß eines Waffenstillstandes mit Dänemark angerathen ward. Die Statthalterschaft hat darauf in einem Antwortschreiben die Bedingungen mitgetheilt, unter welchen ein Waffenstillstand abzuschließen bereit sei. Diese sind, wie wir mit Sicherheit vernehmen, folgende: 1) der im Süden der Demarcationslinie, welche in Folge der Berliner Waffenstillstandsconvention v. 10. Juli 1849 gezogen ward, belegene Theil der schleswigschen Festlande, mit Ausnahme der Insel Fehmarn und der südwestlichen Westerseln, sowie des im Norden der Demarcationslinie, östlich von der Stadt Flensburg belegenen Angeliterschen Landdistrikts und des Fleckens Hoyer, werden von den dänischen Truppen geräumt und von der Statthalterschaft mit dem Herzogthume Holstein gemeinsam regiert; 2) die dänischen Kriegsschiffe werden in den Gewässern jenes Gebietes der Herzogthümer; 3) sämmtliche Kriegs- und politische Gefangene werden bedingerlos ausgeliefert, und alles aus politischen Gründen mit Beschlag belegte Privateigenthum wieder zur Disposition der Eigner gestellt; 4) die zum dänischen Kriegsheere wieder Mannschaften gegen Angehörige der Herzogthümer nicht auf Vertragen entlassen; 5) die Schiffahrtsverhältnisse werden beiderseits möglichste Erleichterung und Begünstigung zu Theil; 6) der Waffenstillstand wird auf die Dauer eines Jahres geschlossen und darüber hinaus stillschweigend verlängert, insofern nicht eine Kündigung mit sechswöchiger Frist von der einen oder andern Seite erfolgt. In gleicher Zeit mit diesen Vorschlägen sich wiederholt auch darüber gesprochen, daß sie den von dänischer Seite zu erwartenden Vorschlägen die eingehendste Erwägung widmen werde. (S. C.)

Berlin, 1. Nov. General Hahn ist, wie die „Nationalzeitung" meldet, von seiner Mission erfolglos zurückgekehrt. Seine Vorschläge sind jetzt in ihrem ganzen Umfange bekannt. Sie kommen die Einrichtung einer Austrägalinstanz in Hamburg, zusammengesetzt von Preußen, Oesterreich und Dänemark. Zugleich sollten die Feindseligkeiten auf 6 Monate eingestellt werden. Es wird, wie in wohlunterrichteten Kreisen verlautet, heute Hrn. v. Radowitz die Antwort der Statthalterschaft zugehen. Dieselbe lehnt jenen Vorschlag ab, indem sie erklärt, daß Schleswig-Holstein erkenne vollkommen an, wie wünschenswerth der Friede sei, sowie sich aber nicht zum drittenmal auf einen Waffenstillstand gerade während des Winters einlassen, und alle die Vortheile aus der Hand geben, welche gerade ein Festzug in dieser Jahreszeit gewähre. Sie schlage daher Waffenruhe vor, längstens bis zum 1. April, wo die Dänen hinter die Demarcationslinie von 1849 zurückgehen. — Es ist kein Zweifel, daß diese Bedingungen von Dänemark werden zurückgewiesen werden, da sie eben nur gestellt scheinen, um die preußischen Vorschläge nicht direkt von der Hand zu weisen und die Verantwortlichkeit für einen Abbruch der Unterhandlungen auf Seiten Schleswig-Holsteins zu bekunden. Hr. v. Radowitz hat übrigens durch ein besonderes Schreiben Hrn. v. Gagern aufgefor-

dert, zu einer Lösung in seinem Sinne bei der Staatsbankerott mitzuwirken. Ueber die erhaltene Antwort verlautet nichts.

Karlsruhe, 4. Nov. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer, richtete der Abg. Welcker folgende drei Fragen an den Minister des Aeußern: 1) Wird des Ministers angelegentlichste Bemühung von Allem dahin gerichtet sein, daß in dieser unglücklichen Zeit des deutschen Vaterlandes die großherzogl. Regierung, im Vereine mit andern deutschen Regierungen, den äußersten Gefahren begegne, mit welchen der gegenwärtige Parteikampf nach außen und nach den Rechtszuständen im Innern die Nation, zunächst aber die Monarchie, bedrohen? 2) Wird die Regierung dem Bunde mit Preußen treu bleiben, jedenfalls aber einer unbefreiten Wiederherstellung des Raubmaßregelse des deutschen Bundes jenen Widerstand, und geheimen Verwahrungen entgegen wirken, welche die Rechte der deutschen Volksstämme untergraben und schutzlos der Willkür überliefern, dagegen aber unter dem Vorwande des behutsch „aufgestellten monarchischen Prinzips einseitig nur den Regierungen in unseren Rechtsstreitigkeiten gewaltsame Hilfe darbieten? 3) Wird der Herr Staatsminister dahin wirken, daß die Regierung zur Förderung der gegt doppelt nothwendigen großen Einigung des ganzen badischen Volks mit seinem Fürsten nach den Wünschen dieser Kammer dem alten badischen Ruhme der ehrsten Humanität durch Aufhebung des kriegsgerichtlichen und durch ausgezehrtere Amnestie dahmäßigkeit entsprechen?

Stuttgart, 4. Nov. Der von der Finanz-Kommission an die Landesbertretung gestellte Antrag betreffend die Einberufung der Beurlaubten, geht dahin, die Landesversammlung wolle beschließen, die Regierung um Vorlage eines Gesetzes dahin zu welchem Zweck die Einberufung von Beurlaubten von ihr angeordnet worden sei, und derselben zugleich zu bemerken, daß eine Verwilligung zu einer solchen Ausgabe nicht vorliege, ferner die Landesversammlung möge die nothigen Schritte thun, um einer solchen Wiederholung vorzubeugen. Der Kriegsminister erklärt, daß er im Namen Sr. Maj des Königs einen Vortrag zu erstatten habe, weßhalb er auf eine geheime Sitzung antrage. Es werden deßhalb die Galerien geschlossen. Nachdem die geheime Sitzung nur kurz gewährt, wurde die Sitzung wieder öffentlich. Reischer erklärte, die Mittheilungen des Kriegsministers seien von der Art, daß sie wohl in öffentlicher Sitzung hätten gemacht werden können, es handle sich bloß um eine Ersparniß von 300,000 fl. Uebrigens habe man über den Zweck der Einberufungen eigentlich nichts erfahren. Es wäre von Interesse zu erfahren, ob wirklich ein Bundniß zwischen Oesterreich, Bayern und Württemberg abgeschlossen worden sei, das die benannten Länder zu solchen Rüstungen verpflichte, und ob die Regierung ein solches Bündniß nicht zur Kenntniß der Kammer bringen wolle. Frhr. v. Linden erklärt die Rüstungen für die Sicherheit des Landes als unumgänglich nöthig. Wenn überall gerüstet werde, könne Württemberg nicht allein zurückbleiben. Der Kriegsminister erklärt, daß durch diese Rüstungen der Etat weder jetzt, noch in Zukunft überschritten werde. Abg. v. Seeger fragt, ob diese Rüstungen vielleicht zum Zwecke der Beihilfe zur Ausführung des Bundesbeschlusses in Betreff Kurhessens gemacht werden. Frhr. v. Linden antwortet hierauf, es seien allerdings mit diesen Rüstungen auch Bundeszwecke verbunden.

Wien, 31. Okt. Das heute dem Ergehnisse der von dem k. k. Militärgerichte über die Mörder des Kriegsministers Grafen v. Latour geführten Untersuchung ist bei weitem das Interessanteste durch die Aufschlüsse, welche es über die Oktoberbewegung mittheilt. Das Schlußwort des Urtheils unterstellen die Uebergangung auf, daß der an dem Kriegsminister verübte Mord nicht das Werk eines momentan aufbrausenden Fanatismus, eines tiefeingewurzelten Volkshasses, sondern ein vorbereitetes Unternehmen gewesen. Wir überlassen es den Lesern der Schrift, sich diese Ueberzeugung zu schaffen, und beschränken uns auf einen bis jetzt unbeleuchteten Punkt hinzuweisen, nämlich die Einwirkung ungarischer Einflüsse auf die Oktoberrevolution. Durch ein in den Akten befindliches Schreiben Kossuth's an Pulszky, vom 25. August, wird der letztere ermächtigt, jene Journalisten, welche die magyarischen Interessen vertreten würden, vierteljährig mit 400 fl. CM. zu besolden, und mit Schreiben vom 14. Sept. ersuchte Graf Batthiany dem Pulszky, daß wenn er zur Gewinnung der Sympathien zur Ungarn in Wien einige Tausend Gulden benöthige, er sich diese einstweilen bei dem Bankier N . . . anweisen lassen könne. In dem amtlichen, im ungarischen Hoffanzleigebäude aufgefundenen Kassejournale findet ein großentheils namentliches Verzeichniß von Emissären und Journalisten, an welche bedeutende Posten zu 500, 1000, zu sogar 2000 fl. CM. ausgezahlt worden sind, überdieß erscheinen daselbst Auslagen für Studenten, Honorare an die Redakteure für Verschreibungen, Reisegelder für die von Wien entwiesenen ungarischen Leihgarden u. s. w. Erwägt man, daß die gesammten Auslagen von der ungarischen Ministerialkanzlei unter Pulszky im Sept. 1848 fast zwei Ausweise 922810 fl. für den Okt. 41,477 fl. betragen, und daß im ersteren Monate an regelmäßigen und unverdächtigen Zahlungen nur 1200, im folgenden 5,756 fl. CM. in Abschlag gebracht worden konnen; daß ferner Pulszky mit Schreiben vom 4. Okt. den Pulszky ermachtigt, seine ganze Baarschaft für das revolutionare Interesse aufzubieten und allenfalls auch ein Anlehen bei dem erwähnten Banquier zu machen; daß endlich am 10. Oktbr. einer magyarischen Agentschaft 10,000 fl. CM. angewiesen worden: so ergibt sich die Ueberzeugung, daß magyarisches Geld und magyarische Anmiegelung die Grundbebel jenes unnatürlichen und ewig beklagenswerthen Aufstandes bilden. Bei dem später vorhabseten Sekretär Pulszky's haben sich schriftliche Notate vorgefunden, woraus hervorgeht, daß am Tage der Abreise Latour's gegenene Grenadiere von einer namentlich bezeichneten Division des Bataillons Richter 8 fl. pr. Mann für eine daselbst abgenommene Kanone, und dem Mörder Jurkowicz 30 fl. ausgezahlt worden. In einem zu Preß aufgegriffenen Briefe an Nyary befindet sich ein Schreiben, worin ihn sein seinem Chefe Pulszky zuzuschreiben sei, wenn der Oktoberaufstand in Folge der Besetzung der Grenadiere gelang. In seinem Verhore bestätigt er, daß er mit den Anzahlungen an Studenten, Klubbisten u. dgl. betraut gewesen, und daß Pulszky selbst die Hauptes des Aufstandes, namentlich Fenneberg, mit Geld bethetzigt habe. Als das gefügliche und zugleich gefahrlichste Werkzeug der magyarischen Partei wird Dr. Taufenau, der zu London lebend, bezeichnet. Seine Mitschuld bei der Ermordung des Grafen von Latour unterliegt keinem Zweifel, und somit wird von diesem rohen Volksmeuchler auf Befehlen der letzte Schein irgend einer politischen Berechtung abgestreift, indem er als ein feiles und durchaus unselbstständiges Instrument hingestellt wird.

(Dest. Cor.)

Berlin, 3. Nov. Ueber die gestrige wichtige Kronberathung geht sich die „Deutsche Reform" veranlaßt, folgende Mittheilung zu machen: Es handelte sich darum, ob Preußen, Angesichts eines Conflikts, welcher an einem Punkte des deutschen Vaterlandes jetzt faß unvermeidlich erscheinen kann, sofort die Anstalten zu einem allgemeinen europäischen Kriege treffe. — Daß Preußen der Besetzung Kurhessend durch bayerische Truppen nicht ruhig zusehen dürfe, war wiederholt und klar ausgesprochen worden, und wäre es auch nicht ausgesprochen gewesen, es wäre an und für sich unmöglich. Aber sollte man noch dem hoffnungsvollen Ausgange der eben beendigten Verhandlungen über die allgemeine deutsche Frage nichtsdestoweniger in dem möglichen kurhessischen Conflikt noch die ganze Bedeutung dieser deutschen Frage überhaupt erblicken? Oder war es gestattet, zwar das Recht und das unmittelbare Interesse Preußens in Kurhessen zur Geltung zu bringen, und doch gleichzeitig die friedlichen Hoffnungen im Ganzen zu bewahren, welche durch das Entgegenkommen der Mächte bei den neuesten Conferenzen begründet worden? Dies waren die Fragen, welche in ganzer Ernst und die ganze Besonnenheit unserer Staatsleiter in Anspruch nahmen, und in deren Beantwortung der gewiß gleich große Patriotismus derselben leider sich nach verschiedenen Richtungen theilte. Es ist allerdings schwer, sich mit voller Unbefangenheit den friedlichen Gesinnungen anzuvertrauen, wenn doch in der wichtigsten augenblicklichen Frage dem einseitigen Vorgehen nicht entschieden Halt geboten wird, obgleich freilich diese Frage durch die eingetretene Milderung des in ihr-haber im Bordergrund stehenden allgemein-deutschen Momente an und für sich einen gemeinsamen Hemmbin Raum gab und darfte. Niemand im Rathe der Krone konnte der Ansicht sein, daß Preußen nicht -sofort seine Operationsmaßregeln in Kurhessen zu begianen hatte: überdies traf schon wahrend des Ministerraths die Nachricht ein, daß die Truppenabtheilung des Generals Thiten bereits in Fulda eingetroffen sei, und daß Kassel am heutigen Abend von preußischen Truppen besetzt sein würde. Gleichzeitig brachten anderweitige Nachrichten der Versicherung, daß die bayer. Truppen selbst den Zusammenstoß vermieden würden. Unter solchen Umständen, bedurfte es wohl kaum der ernsten Vorstellungen, welche den leitenden Personlichkeiten der Räthe Sr. Maj. ihrer Mehrzahl nach nicht der Ansicht, daß es an der Zeit sei, sich durch eine Mobilmachung der ganzen preußischen Armee unbil der Landwehr zu einem allgemeinen Krieg bereit zu machen und den Bundestag beschluß vorbereitend zu helfen. Von competenter Seite muß besonders getend gemacht werden, daß schon die Einberufung den Krieg selbst anfeindbar und unverweidlich nach sich ziehen würde. Vor kurzer Zeit vielleicht wäre dieser Entschluß mahrscheinlicher nothwendig gewesen, als er es jetzt ist. Es ist nicht bekannt, ob neuen Verhandlungen aber schien er nicht nothwendig, und da er eben noch nicht unabwendbar war, schien das allgemein europäische Interesse ebenso, wie das preußische, ihn zu untersagen. Leider ist unter den Rathen der Krone darüber eine Schrankung eingetreten, welche zum Bedauern verschen eine bleibende Folge haben dürfte, aber was immer in Bezug auf die Personen erfolge, wir hoffen; daß die Sache, für welche allein beide Theile, wenn auch mit verschiedenen Mitteln, einzutreten gedachten, daß die Ehre und das Interesse Preußens auf dem Wege des Friedens eben so sicher gewahrt werden, wie wenn es zu unversiegts durch den Krieg zu wahren bemüht war. Nicht in der Auffassung des preußischen Interesses gingen die Ansichten auseinander, sondern nur in der Auffassung der jetzigen Bestrebungen der fremden Mächte. Gott wolle, daß diejenigen Recht behalten, welche Vertrauen hegten: man daß Mißtrauen berechtigt gewesen, so würde Gott wenigstens auch bei spaterer Enttauschung die Vertrauenden nicht zu Schanden werden lassen.

Vermischte Nachrichten.

(Die Bestrebungen der revolutionären Partei in Mittelnropa. Schluß.) Wo dies nicht möglich ist, muß aus den Leuten, welche revolutionar brauchbar und zuverlässig sind, welche aber noch nicht die kommunistischen Consequenzen der jetzigen Bewegung verstehen, eine zweite Klasse von Bundesmitgliedern gebildet werden. Diese zweite Klasse, der die Verbindung als eine blos locale und provinzielle darzustellen ist, muß sorthwährend unter der Leitung der eigentlichen Bundesmitglieder und Bundesbeporten bleiben. Mit Hilfe dieser weiteren Verbindung kann den Einfluß, namentlich auf die Bauern- und Turn-Vereine, sehr leicht sest organisirt werden. Die Einrichtung im Einzelnen bleibt den leiten-

den Kreisen überlassen, deren Bericht auch herüber die Centralbehörde baldigst entgegensieht. Schließlich theilen wir noch mit, daß in Schleswig-Holstein mit der Armee Verbindungen angeknüpft sind. Der nähere Bericht über den Einfluß, den der Bund hier gewinnen kann, wird erwartet. England wird in solgender Weise als wichtig für die Bestrebungen des Bundes geschildert: Für die Kreise ist der stärkste des ganzen Bundes. Er hat sich namentlich dadurch ausgezeichnet, daß er seit mehreren Jahren die Kosten des Bundes, besonders die der Emissärreisen fast ausschließlich aufgebracht hat. Er hat sich noch in der letzten Zeit durch Anstalten neuer Elemente verstärkt, und leitet fortwährend den hiesigen Bund. Verdienstvoll, so wie die entschiedene Fraktion der hier anwesenden deutschen Flüchtlinge. Die Centralbehörde steht durch einige hierzu delegirte Mitglieder in Verbindung mit der ensschieden revolutionären Partei der Franzose., Engländer und Ungarn. Von den französischen Revolutionären hat sich namentlich die eigentlich proletarische Partei, seinen Chef Blanqui ist, an uns angeschlossen. Die Delegirten der Blanquistischen geheimen Gesellschaft sind hier in regelmäßiger und offizieller Verbindung mit den Delegirten des Bundes, denen sie wichtige Vorarbeiten für die nächste französische Revolution übertragen haben. Die Ebene der revolutionären Ghartiften-Partei stehen ebenfalls in geregelter, intimer Verbindung mit den Delegirten der Centralbehörde. Ihre Journale stehen uns zur Verfügung. Der durch zwischen dieser revolutionären, selbstständigen Arbeiter-Partei und der mehr zur Verfohnung mit der Bourgeoisie hinneigenden, von O'Sonnor geführten Fraktion ist durch die Delegirten des Bundes wesentlich beschwungt worden. In gleicher Weise steht die Centralbehörde in Verbindung mit der fortgeschrittensten Partei der ungarischen Emigration. Diese Partei ist nöthig, weil sie viele ausgezeichnete Militärs enthält, die bei einer Revolution dem Bunde zur Verfügung stehen werden." Die Thatsache, daß in Belgien dieser socialistisch-communistisch-revolutionäre Bund so ganz unerhört ist, daß er in Oesterreich seine Wirksamkeit gefunden hat, hingegen in den kleinen deutschen Staaten und in deren unmittelbarer Nähe einem so günstigen Boden unterwirft, gibt den Einschlägen einen bedeutsamen Wink, wo und wie einer solchen Propaganda entgegengewirkt werden muß. Wenn die deutschen Mächte erst mit einander einig geworden, so wird es ihnen nicht sehr schwierig werden, den London Propagandisten ihr Handwerk zu erschweren. Wie dahin wird ihnen freilich ein lohnendes Feld für ihre Thätigkeit eröffnet bleiben.

Das Wort Union ist ein wahrhaft diplomatisches Wörtlein; man kann davon streichen, so viel man will — es bleibt immer daselbe übrig. Am 26. Mai war es noch vollständig Union; nach dem Rücktritt von Sachsen und Hannover immer noch eine unio; durch die Provisorien blieb man uni. Bald wird nichts davon übrig bleiben als un; und wenn man das n auch streicht so behält man immer noch ein u, für welches die Deutschen sich leicht genug ein x machen lassen.

Neuestes.

* Würzburg, 6. Nov. In der verflossenen Nacht wurden 2 Personen todt gefunden, die eine in der Büttnersgasse, die andere hinter dem Kugelsange. Wie man vernimmt sollen Beide vom Schlage getroffen worden sein.

München, 4. Nov. Durch königl. Kriegsministerial-Reskript hat das 2. Bataillon des hier garnisonirenden Infanterie-Regiments „Kronprinz" den Auftrag erhalten, ungesäumt sämmtliche Beurlaubte einzuberufen und sich „marschbereit" zu halten. Von derselben hohen Stelle wurde verfügt, daß ein Bataillon Artillerie zu 6 Kompagnien neu errichtet werden soll.

München, 4. Nov. Ueber die bereits erwähnte Bildung von Sanitätskompagnien ist heute das betreffende Kriegsministerialreskript erschienen. Demselben zufolge werden unverzüglich zwei solche Compagnien gebildet, eine für jedes der beiden Armeekorps; sie bestehen unmittelbar unter dem betreffenden Corpskommando, und haben zu bestehen aus je 1 Hauptmann, 2 Oberlieutenants, 2 Unterlieutenants, 1 Bataillonsarzt, 1 Unterzahlmeister, 1 Feldwebel, 10 Unteroffizieren, 5 Obergefreiten und Gemeinen. Dieser Zahl werden von andern Truppentheilen noch 5 Unterärzte und 35 Unteroffiziere und Gemeine zugetheilt. Die Offiziere und Aerzte sind beritten, und jede Compagnie erhält für den Transport der Verwundeten und die Fortbringung der (im Restreit genau bezeichneten) ärztlichen Requisiten und sonstigen Gerätschaften zwanzig zweispannige Wägen und 44 angeschirrte Pferde. Die Bataillonsärzte sind bereits bestimmt in den Personen des Dr. Leuf vom 6. Infanterieregiment, und Dr. Rabus vom 1. Chevauxlegersregiment; die Offiziere, sowie die Unteroffiziere und Mannschaft sind durch die Armeekorps-Kommandos in geeigneter Ermgung der hierüber allgemeinen und besonderen Bestimmung aus den diesen Commandos unterstellten Infanterieabtheilungen auszuwählen und zur Versehung zu den Sanitäts-Compagnien zu beantragen.

Von der Rhön, 4. Nov. Die österreichischen Truppen, welche bestimmt waren, am Main ein Reservecorps zu bilden, haben, wie wir hören, jetzt den Befehl erhalten, sogleich über Schweinfurt und Brückenau zu der Division des Fürsten von Thurn und Taxis zu stoßen. Morgen spätestens dürften deren Spitzen sich mit den Bayern vereinigt haben. Bis dahin wird der Fulda schwerlich etwas bedeutsames vorgefallen sein. Es sollen Tyroler Kaiserjäger sein, welche zuerst als Vorhut in unsere Gegenden eintreffen. (K. Z.)

Frankfurt, 2. Nov. Nach heute von Berlin hier eingetroffenen Nachrichten wären Aussichten auf eine friedliche Lösung der kurhessischen Angelegenheit vorhanden. Preußen würde den einrückenden Bundestruppen keinen Widerstand leisten wollen. Diese allein würden ihre Aufgabe zu Ende führen. Der Abmarsch dürfte die Bundestruppen in Kassel eingezogen sein. (K. Z.)

Mannheim, 4. Novbr. Im Großherzogthum findet gegenwärtig eine ziemlich allgemeine Truppendislokation statt. Preußen zieht seine Mannschaften aus dem Oberlande zurück um konzentrirt sie an deutscher Oberrheinseite. Die badischen Bataillone beziehen Garnisonen im Oberland.

Mainz, 3. Nov. Leider ist es vorgestern Abend im Brauhause zum Korb, und gestern Abend im Brauhause zum grunen Wald, wie in der Gradergasse zu Schlägereien zwischen österreichischen und preußischen Soldaten gekommen, wobei sogar Blut geflossen sein soll.

Dresden, 31. Oct. Durch Kriegsministerialordre von gestern erhielten sämmtliche Beurlaubte der Armee, einschließlich der Kriegsreservisten, mit einziger Ausnahme der gesetzlich anerkannten Ernährer hilfsbedürftiger Familien, insgleichen alle zum Forst-, Finanzwes- und zur Polizeiunterstützung beförderten Mannschaften Befehl, sofort bei ihren Partien zu Standquartier einzurücken. Durch Verordnung von gestrigem Tage ist der sofortige Ankauf von ungefähr 2700 Pferden für die Armee befohlen worden.

Wien, 1. Nov. Die nächsten Beschlüsse erwartet man in Betreff Badens, da, wie ich höre, dem Ministerrath ein Ultimatum unterliegt, welches in Betreff der Räumung des Großherzogthums an Preußen gestellt werden soll, zugleich mit der Aufforderung, Rastatt als Bundesfestung gemeinschaftlich zu besetzen.

Wien, 2. Nov. Man will hier wissen, man sei in Warschau übereingekommen daß Rußland bei der Bundesversammlung durch einen Gesandten vertreten werde. Als solchen bezeichnet man den Fürsten Gortschakoff, der auch schon seine Pässe-Anstalten getroffen habe, um dem an ihn diesfallig ergehenden Ruf folgen zu können. (A. Z.

Aus dem Kanton Neustadt. Ich erlaube mir, Ihnen hier einige Notizen über die Mostpreise mitzutheilen. In Ruppertsberg, das bekanntlich den besten Traminerwein in der Pfalz erzeugt, gilt derselbe 3 fl. 30 kr. die Vogel (40 Liter); der weiße wurde daselbst zu 2 fl. verkauft. In Deidesheim galt der gemischte 2 fl. 30 kr., in Musbach 1 fl. 30 kr., in Hambach 1 fl. 12 kr.

T. D. 1) Berlin, 4. Nov. Graf v. Brandenburg erklärt, daß Hr. v. Manteuffel das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und das Präsidium übernehme. — Graf Bernstorff königl. preuß. Gesandter in Wien, wird hier erwartet.

2) Berlin, 4. Nov. Nach der „deutschen Reform" hat auch Hr. Ladenberg seine Demission gegeben; dieselbe ist jedoch nicht angenommen worden. Das königliche Staatsministerium hat die Eröffnung der Kammern für den 21. d. M. beschlossen. — Der königliche Legationssecretär Hr. v. Rosenberg ist mit Depeschen, welche sich auf Aufstellung der freien Conferenzen beziehen, nach Wien gereist.

3) Kiel, 3. Nov. Ein t. f. öster. Offizier ist mit einer Bundesstagsdepesche eingetroffen, betreffend die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten. Im Unterlassungsfalle wird mit Exekution durch Bundestruppen gedroht. (F.-D.-Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Bober.

Am Dienstag den 12. Nov. d. J. früh ½9 Uhr findet die feierliche Glockenweihe durch den Hochwürdigsten Hrn. Bischof Georg Anton von Würzburg in der Stadtpfarrkirche dahier statt, zu welcher kirchlichen Feierlichkeit ergebenst einladet.

Eibelstadt, 5. Nov. 1850.

Die Stadtgemeinde- u. Kirchenverwaltung.

Theater-Anzeige.

Mittwoch, den 6. Nov. 1850.
Zum Erstenmale wiederholt:
Geeignete Liebe,
oder:
Gleich und gleich gesellt sich gern.
Lustspiel in 3 Akten von Dr. F. Leberer.
Hierauf:
List und Phlegma.
Vaudeville in 1 Akt von Angely.
Zum Schluß zum Erstenmale:
Alte Sünden,
oder:
Tänzerin und Obrigkeit.
Lustspiel in 1 Akt von H. Kerndorff.
Donnerstag, 7. Nov.
Bei aufgehobenem Abonnement:
Zweite und letzte
Große Vorstellung der Beranet'schen Reiter-Gesellschaft mit dressirten Pferden.
Vorher:
Der brave Bort.
Schauspiel in 1 Akt von Kotzebue.
Wegen Vorbereitung zum Propheten bleibt die Bühne am Freitag den 8. Nov. geschlossen.
Samstag den 9. Nov. 1850.
Zum Erstenmale:
mit erhöhten Eingangspreisen
Der Prophet.
Große Oper in 5 Akten von Meyerbeer.
Mit neuen Dekorationen, neuer Gaderobe, Ballet und Schlußschauhalet.
Preise der Plätze:
Erster Rang 1 fl. 45 kr., Sperrsitz u. zweiter Rang 1 fl. 12 kr., Parterre 48 kr., Amphitheater 30 kr., Gallerie 18 kr.

Der außergewöhnliche Kostenaufwand, welche diese Oper erfordert, macht es unmöglich, sie zu den gewöhnlichen Preisen oder im Abonnement zu geben.

Druck von Joseph Stelz in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 89.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schraffhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 267. Würzburg, Donnerstag den 7. November. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 6. Nov. Se. Maj. der König haben Sich vermöge allerhöchster Entschließung vom 27. Okt. d. Js. allergnädigst bewogen gefunden, dem k. Salinen-Inspektor Joseph Knorr zu Reichenhall den Ritterkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael zu verleihen.

Würzburg, 7. Nov. Der erledigte 1. Knabenschuldienst zu Marktsteft ist dem protestantischen Pfarramtscandidaten und bisherigen Pfarrverweser zu Fürth, Johann Stephan Anfoberg von Ansbach übertragen worden.

Die moderne Politik.

(Schluß.) Ist denn Recht und Gerechtigkeit so wohlfeiles Kauf zu haben, daß man nur eine Verfassung zu Papier zu bringen und etliche hundert Gesetze zu fabriciren, darüber einige Schwurgerichte zu bestellen bemüht ist, um sie zur Kraft und Geltung zu bringen? Ist Gesetzlichkeit und Gehorsam das Produkt eines äußeren Zwanges, das durch polizeiliche Maßregeln zu erzielen steht? Oder setzt das Eine wie das Andere nicht einen inneren Sinn der Zucht und Ordnung als Grund und Boden voraus, in dem es wurzelt und aus dem es erwächst? Die moderne Politik scheint es völlig zu vergessen und außer Acht zu lassen, daß die Staaten und Völker, deren Zügel sie ergreift, Sittlichkeit und Bruchstücke einer Welt der Sünde sind, in der kein Grund und Boden für Recht und Gerechtigkeit, für Gesetzlichkeit und Gehorsam sich findet, und daß eben das Christenthum allein es ist, das einen neuen heiligen Humusbegrund um Boden der göttlichen Zucht und Ordnung, auf dem Recht und Gerechtigkeit, Gesetzlichkeit und Gehorsam gedeiht, in der Welt der Sünde, und also auch in den Staaten und Völkern erzeugt und schafft. Das Christenthum, und also auch die christliche Kirche, die durch die Predigt des göttlichen Worts und die heiligen Sakramente das Christenthum an und in die Welt bewegt und in der Welt erhält, ist die Politik selbst zur Gründung eines blühenden Rechtsstaats völlig unentbehrlich, wenn dieser Rechtsstaat ein solcher sein soll, in dem Recht und Gerechtigkeit waltet, Gesetzlichkeit und Gehorsam herrscht, und von dem die Sittlichkeit nicht geschieden und ausgeschlossen sein soll. Hat uns doch unsere Zeit die Entsittlichung der Staaten und Völker in grosartiger Weise vor's Auge gestellt, die eine Frucht jener unglaublichen Zeit ist, in der das Christenthum durch rationalistische Aufklärung und Saugungen der menschlichen Weisheit aus der Kirche und Schule verbannt ward, und die Revolution, die im Jahre 1848 Throne und Staaten so mächtig erschüttert hat, was ist sie anders, als die konsequente Ausbildung der Autonomie der praktischen Vernunft, der vollendete Subjektivismus, der im Rationalismus seinen Grund und seine Wurzel hat. Jener Mensch ist kraft der Autonomie seiner Vernunft souverän. Volkssouveränität, Autonomie der Volksvernunft, ist die zum Absolutismus gesteigerte Spitze des Rationalismus, die allen positiven Rechtsgrund, alles positive Recht aufhebt, alle Bande der göttlichen und menschlichen Zucht und Ordnung zerreißt, und die Welt und den Staat völlig verkehrt und auf den Kopf stellt. O, daß doch die deutschen Regierungen sich vor dem Constitutionalismus hüten und in Acht nehmen wollten, den die Frankfurter Nationalversammlung aus dem tollen Prinzip der Volkssouveränität abstrahirt und pronunciert hat, und der sich nun in einzelnen Staaten theils Geltung schon verschafft hat, theils Geltung zu schaffen strebt. Dieser Constitutionalismus ist nicht der englische, und wird auch nicht, wie der englische, von einer christlichen Gesinnung und Gesittung des deutschen Volks, das so zum großen Theil schon entchristlicht ist, getragen. Er ist nicht auf eine beschränkte Mitwirkung im Interesse des Landes und Volks bei der Regierung, sondern auf das eitdliche Ziel der Alleinherrschaft des Volks gerichtet. Er drängt die Könige und Fürsten auf der ihnen von Gott angewiesenen und darum pflichtmäßigen und unverletzlichen Stellung in der Regierung, die, wenn sie auch von den Regenten ausgegeben würde, dennoch die schwere Verantwortlichkeit vor Gott auf den Regenten festhält, völlig weg; er setzt gegen Gottes Willen und Ordnung die dem Volk verantwortlichen Minister als souveraine Herrscher und Regenten ein, und knechtet diese wiederum durch die erst jetzt erfundene und in der Mode gekommene Popularpolizei, die Schriftpolizei und Klugschrift, die es gibt und geben kann. So sind die Könige und Fürsten, die, sie mögen sich wenden wie sie wollen, doch allzeit für alle Handlungen der Regierung Gott verantwortlich sind und verantwortlich bleiben, den Ministern, die Minister dem Volke in seinen Vertretern unterworfen, und das Volk, das mit dem Recht seiner Souveränität abgefunden wird, die es nicht hat und niemals haben kann, wird seinen Vertretern, die lediglich ihre sogenannte Ueberzeugung sich zur Norm ihres Verhaltens dienen zu lassen haben, und also ganz eigenwillig verfahren dürfen, und daher auch in den meisten Fällen sich gar wohl Mittelsmänner geriren, knechtbar und unterthan. O glücklicher Staat, der so gründlich verkehrt ist! O glückliches Reich, das so grundlich auf dem Kopfe steht! Es steht nur noch eins, daß nämlich der Souveränitätsschwindel auch das Thierreich ergreift, und die verkehrte Welt ist fertig, die verkehrte Welt, wie sie den kleinen Kindern auf Bilderbogen zur Ergötzung vorgestellt wird, in der das Schwein den Schlachter schlachtet, der Ochse den Hirten weidet, der Hecht den Fischer angelt, das Pferd auf dem Stallknecht spazieren reitet. Zu solcher Verkehrtheit will es nur noch dem modernen Politikt auf dem besten Wege, und der Staat, der Gott und Gottes Gnade nicht bedarf, der ohne Gottes Segen fertig werden kann, und sich von dem Christenthum und der christlichen Kirche losgagt, ist der erste Akt in dem tollsten Trauerspiele: Die verkehrte Welt. Wahrlich der Schaden unserer Zeit ist vergwesselt stehe. Die Zukunft der Gegenwart sind hergzerreißend genug. Wer sieht das nicht mit Augen? Wer greift das nicht mit Händen? Unordnung, Ungesetzlichkeit, Ungehorsam, Zuchtlosigkeit, Auflösung und Zerrüttung saft überall. Aber die moderne Politik scheint davon nicht die mindeste Ahnung zu haben. Sie wurde sonst nicht thun, was sie thut, den Jammer unserer Zeit und ihr namenloses Unglück nicht in die Zukunft verpflanzen, nicht auf die künftige Generation vererben. Das thut sie aber, thut es dadurch, daß wie sie den Staat von der Kirche, so auch die Schule von der Kirche trennt. Es ist ein verderbliches, unglückschwangeres Prinzip, das die Schule widernatürlich und widerrechtlich der Kirche entreißt, und sie zur Staatsanstalt stempelt. Dies Prinzip, wenn es durchgeführt wird, rainirt alle Schulen von Grund aus. Der Staat greift dadurch in die heiligsten Grovolksrechte der Eltern, schneidet der Kirche ihre Zukunft völlig ab, und zieht sich seinen eignen Untergang in der heranwachsenden Generation auf. Zwar will der Staat, indem er die Schule an sich nimmt, wie er sagt, selbige der Kirche nicht ganz entziehen, es soll auch noch in der Schule als Staatsanstalt der Religionsunterricht nicht ausgeschlossen werden, der Staat will nur mit der Kirche theilen. Aber es liegt nun einmal in der Natur des Christenthums, daß es ein getheiltes Wesen nicht verträgt, und auf einem Gebiete, das halb oder ein Viertel christlich, und halb oder drei Viertel staatlich, nicht christlich ist, nicht fortkommen, nicht gedeihen kann. Vom Christenthum und im Christenthum heißt's und gilt's: Entweder ganz, oder gar nichts! Es ist ein ganz unzulässiger Illusion, und verräth eine völlige Unbekanntschaft mit dem Christenthum, wenn man dem Staatsschulen durch Einsickung eines dürftigen Religionsunterrichts eine christliche Jugend heranzuziehen. Etliche Stunden Religions-Unterricht in der Woche reichen wahrlich nicht aus, die Jugend christlich zu bilden. Die ganze Schule muß christlich sein. Der ganze Unterricht muß von Christi Geist erfüllt, durchdrungen und getragen werden. Die Lehrer müssen christliche Persönlichkeiten sein, die aus dem guten Schatze ihres Herzens allen Gegenständen des Unterrichts eine christliche Weihe zu verleihen wissen. Anders gedeihet das Christenthum in der Schule, anders die christliche Jugend in der Schule nicht. Nur in der Schule die eine christliche Anstalt ist, vermag das Christenthum sich ganz und ungetheilt zu behaupten; nicht in einer Schule, die eine Staatsanstalt, zumal Anstalt des modernen, von der christlichen Kirche geschiedenen Staats ist. In der Schule und in der Schule vor allen Dingen sein Interesse verfolgen. Die Interessen des Staats sind aber ganz andere, als die des Christenthums. Intelligenz ist die Losung der Staatsschule. Aber sehet Euch vor: Ich gibt auch eine Intelligenz, die nicht vom Gott ist, eine Intelligenz des Satans, die, womit der Teufel Esa verführte, als er ihr vorspiegelte: Ihr werdet sein wie Gott, und wissen, was gut und böse ist. Und ist es nicht diese Intelligenz, die den Menschen, dies Gewächs von Staub, aufstäubt, als wäre er wie Gott? Ist es nicht diese Intelligenz nicht, die in dem Lehrstande die Revolution so viele Apostel und Jünger gefunden hat; daß so viele Lehrer Demokraten vom reinsten Wasser sind. Aber ist das zu verwundern? Das macht sich ganz von selbst. Ist die Schule Staats-Anstalt, und keine

kirchliche Institutionen, sollen in der Schule nicht christliche Unterlagen, sondern moderne Staatsbürger gezogen werden, die Anstalten in den Kammern, in den Ständeversammlungen, die Wege zu machen wissen und wollen, Volksopernhäuser, von deutschen Grundrechten, von Constitutionen mitsprechen können, so muß ja in den Staatsschulen nothwendig ein politisches Element vorwalten, und die Lehrer Staatskünstler, ein jeglicher nach seiner Weise, und verlieren darüber Kindes-Wort, christliche Gesinnung und Bildung aus den Augen und aus dem Sinn, wenn sie selbe das nicht früher schon verloren oder vielmehr niemals gehabt haben. O möchten die Regierungen sich warnen lassen; und Gott nicht nehmen wollen, was Gottes ist. Sonst nimmt Gott ihnen wieder, was ihr ist. Eines gegen das Andere. Das ganze Unglück unserer Zeit, der Jammer der Revolution, was ist er anderst, als ein Strafgericht Gottes über die Verachtung und Verwerfung seines Worts in Kirchen und Schulen, welche von denen, die Gott nach der Schrift zu den Säugammen und Pflegern, zu den Schutzherrn und Schirmherren der Kirche und Schule bestellt hat, nicht blos gehindert, sondern auch gefördert ist. Es hätten die nimmer existiren mögen vor Gott gewacht, und mit Fleiß darüber gehalten, daß keine falsche Lehre, keine Weisheit dieser Welt, das Wort Gottes aus der Kirche verdränge und aus den Schulen vertrieben hätte, dann wäre das Jahr 1848 ohne Revolution in Deutschland hingegangen, dann wären keine Heerden von Demokraten, Radikalen, rothen Republikanern in Deutschland, sondern christliche Unterthanen, die Gott fürchten, und den König ehren, die ihren Fürsten und ihrer Obrigkeit gehorsam unterthan sind, dann rnhte Gottes Gnade und Segen auf Deutschland, und das deutsche Volk wäre gedieben, ein Volk Gottes. Aber Deutschland hat sich losgesagt von Gott und seinem Worte, es hat sich aufgestehen wider den Herrn, es hat Gott versucht, verworfen; darum hat Gott es wieder verworfen. Und die moderne Politik, statt zu Gott zurückzuführen, führt nur noch weiter von Gott ab, und legalisirt den Abfall von Gott und Gottes Wort sogar durch die modernen Verfassungen, in denen sie den Staat vom Christenthum und der Kirche scheidet, denn selbst die Jugend in den Staatsschulen den heiligenden Einflüssen des Christenthums entzieht. Gott wolle von einer solchen modernen Bildung unser theueres Vaterland in Gnaden behüten. Aber ohne Umkehr und Wiederkehr zu ihm thut es es nicht.

Die Meinungsfabrik zu Berlin.

Es gibt eine Anstalt zu Berlin, die an Vollkommenheit der Einrichtungen alle anderen übertrifft. Es ist die Meinungsfabrik, die nach und nach schon viele ächte Waare außer Absatz gebracht und dafür Modefurrogate in Umlauf gesetzt hat. Sie hat in Schlagwörtern stets das Neueste und weiß es mit großem Nutzen zu verwerthen. Ein Charlatan hat je bessere Inhalteschriften für seine Pillen gefunden und ein täuschenderes compère-Spiel einzuleiten verstanden, als die Direktoren dieser Fabrik. Dieselben bauen vorzüglich in nationalen Ideen, in französischen Verfassungswaaren, in Rechtsdeduktionen (Fälschern sehr anzuempfehlen), in Königsworten aller Farben, in freier Verwaltung und anderen Bodenmitteln, und haben jedergzeit Artikel für und gegen, so wie man sie eben brauchen kann, zur Hand. Sie wissen auch mit vielem Talente gute Waaren zu bisdreditiren und die übrigen zu Mann zu bringen. Jüngstich sind sie weichherzig, und weffen Leute, die sie rühmt haben, unterzubringen. Sie machen jetzt ein ganz Gefolgt in deutschen Souverainitäten, die sie zum eigenen Gebrauche zu verarbeiten verstehen. Der Stoff ist wohlfeil, wird erst der Demokratie zur Appretirung übergeben, bekommt dann eine erste schwarzroth-goldene Farbung, und nimmt wieder eine schwarz-weiße in großer Vollkommenheit an, die allgemein bewundert wird. (Niederd. J.)

Die ministerielle österreichische Correspondenz über das Ergebniß der Wurschauer Conferenzen.

(Schluß.)

Wir können auch unsere Leser auf das Bestimmteste versichern, daß diese Politik beim russischen Kabinet nicht nur in ihren allgemeinen Umrissen, sondern auch in einzelnen Motivgeln ungetheilte Zustimmung gefunden hat. Rußland, als Garant der Wiener Verträge, wird Hand in Hand mit Oesterreich zu allen Gewaltmaßregeln greifen, die sich in Aufrechthaltung und Vertheidigung dieser Verträge allenfalls ergeben sollten. Oesterreich ist entschlossen, die Bundesacte als die gesetzliche Basis festzuhalten, aus der die zeitgemäße Neugestaltung Deutschlands sich auf gesetzlichem Wege zu entwickeln hat. Aus der Bundesacte wird auch Oesterreich das Recht und die Mittel ableiten, ausweisen einretretenden Schwierigkeiten und Beharrlichkeiten in Hessen oder Holstein zu begegnen. Preußen hat allerdings bestimmte Drohungen für den Fall der Verwirklichung dieses Entschlusses ausgesprochen. Es freut uns, die Versicherung aussprechen zu können, daß eine solche Drohung in keinem verletzten Sinne gemacht hat. Was wäre Oesterreich, wenn es seine Rechte vor Drohungen hingäbe, und eben nur so viel in Europa zu gelten einwilligte, als ein übermuthiger Nachbar gestattet. Oesterreich hat sich auch sogleich in die Verfassung gesetzt, um solchen Drohungen gewachsen zu sein. Nachdem die für die Mobilmachung einer großen Armee unverwendlichen Posen abgerechnet sind, begreift wohl jeder, daß Oesterreich auch nicht um einen Schritt von seinem Rechte zurücktreten wird. Wir hoffen, man werde auch in Berlin sich über diesen Punkt keiner Täuschung hingeben. So träumerische Pläne von Macht und Größe, wie sie als ein Rest des Uebererregten der Revolutionsjahre in einzelnen Köpfen in Berlin zu spucken scheinen, mögen wohl schon in der Seele eines kühnen Eroberers auf siegreichen Schlachtfeldern gereift sein. Aber das Unternehmen ist neu und originell, sie am Schreibtische in Ausführung bringen zu wollen, und eine Weltherrschaft zu gründen, durch Abfassung von Paragraphen zur Constituirung eines nach unerhörten Rechtes. Ehe wir uns diesen Gesetz-Artikeln beugen, wollen wir im Vertrauen auf unsere starke kriegsgewohnte Armee doch noch einen Gang daran wagen.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 2. Nov. Die Thätigkeit des Ständeausschusses ist wieder angeleitet. Die „N. A. Ztg." berichtet, daß derselbe heute Morgen eine Sitzung gehalten und einen Protest sowohl gegen die landesherrliche Verfügung vom 28. v. M., als gegen die Proclamation des Bundesexecutionsmajors Grafen Rechberg beschlossen hat. Dasselbe Blatt meldet ferner: Die preußischen Truppen haben die Wache bei dem Haus- und Staatsschatze mit übernommen, was, sichern Vernehmen nach, nur darauf beruht, daß der Commandant Generalmajor v. Starf bei seinem Abgange in einem Schreiben an den Commandeur der Truppencorps besonders für die Erhaltung des öffentlichen Eigenthums verantwortlich erklärt habe. — Die in unserm gestrigen Blatte bezeichneten weiter erwarteten Truppen sind gegen Mittag hier eingetroffen.

— Fulda, 3. Nov. Nach der „D. Z." hat Graf v. d. Gröben erklärt, er beeige die Executionsstufen, zu welchen auch die Leipzig-Fuldaer-Strafe seit dem vorigen Jahre zu rechnen sei; man werde die Bayern nur dann angreifen, wenn dieselben das Corps von dieser Straße verdrängen wollten. Die vorgeschobenen Abtheilungen haben den Befehl, nicht anzugreifen.

Gelnhausen, 4. Nov. Was in verschiedenen Blättern von Unterhandlungen erzählt wird, welche zwischen General Fürst von Thurn und Taxis und General v. d. Gröben gepflogen worden waren, ist ich in der Kürze Ihnen nach den glaubwürdigsten Mittheilungen vollkommen richtig angeben zu bezeichnen. Aber was mir von einem Briefe des preußischen Generals an den Oberrommandanten des Bundescorps. Zu diesem soll neuerdings verschärft werden, daß dem Einrücken der Preußen in Kurhessen keine feindlichen Absichten zu Grunde lagen. Preußen bezweckt nämlich nicht „als die Erhaltung friedlicher und militärischen Verhältnissen wieder hergestellt sind, Alle Maßregeln zu treffen, welche geeignet sind, eine Verständigung mit den Oberkommandanten des Bundescorps zu erzielen, sind, wie die Bundestruppen sich auf die ausschließliche Occupation der Provinzen Hanau und Fulda beschränkten, während Preußen das übrige Theil des Kurfürstenthums besetzte. Fürst Thurn und Taxis hat, wie man vernimmt, auf diese Vorschläge abgeantwortet. Gerne zu einem Arrangement mit dem preußischen General über die Besetzung des Landes sei keiner vorhanden, da ihm selbst ausschließlich die im Rechte fußende Aufgabe geworden, ganz Kurhessen zu besetzen. Preußen könne auf seinen Truppenwegen ungehindert marschiren lassen; von Seiten des Fürsten werde ihm dabei nicht in den Weg gelegt werden. Zur Hinwegräumung aller Hindernisse, welche dem Oberbefehlshaber des Bundescorps in den Weg gesetzt werden sollten, sobald er zur gänzlichen Durchführung seiner Aufgabe, der Besetzung des ganzen Landes, schritte, werde er ungesäumt vorgehen müssen. Es stehe ihm dazu bis jetzt eine Truppenmacht von 45,000 Mann zu Gebote. Dieß sei der wesentliche Inhalt der Depesche, die verhandlungen. — Wie man ferner vernimmt, hat die oberste Regierungsbehörde in Fulda den einrückenden Preußen die Einquartierungen von Amtswegen verweigert, und sie nur gestehen lassen, weil sie nicht anders konnte. Der Bezirksdirektor erklärte, ohne eine besondere Anordnung seiner Regierung zu haben. (D. J.)

Fulda, 5. Nov. In der letzten Nacht Schießen wir wie im tiefsten Frieden; nur einige Ausnehmerke und Mühlen wurden durch die Truppen, welche sie zu besetzen hatten, beunruhigt. Heute gegen 9½ Uhr Vormittags rückte der größte Theil der Truppen, Infanterie, Cavallerie und Artillerie aus und nahm eine Stellung gegen die Höhe, die Leipziger- und Frankfurter Straße, welche die Truppen auf der letzten gegen 12 Uhr Mittags verließen und sich in ihre Quartiere verfugten. Wenn nicht das Landkrankenhaus und mehrere geeigneten Posten stark besetzt und zur Vertheidigung hergerichtet wurden, so konnte man vermuthen, es werde auf irgend eine Weise eine Vertheidigung angebahnt; so viel scheint auch allem hervorzugehen, beide Armeen, Preußen wie Bayern als die Preußen, dürften bestimmter Weisungen entbehren, den ersten Angriff zu unternehmen; wenigstens deutet Alles darauf hin, daß die Preußen doch vorsichtig zu Werke gehen, um den Schein des ersten blutigen Conflikts von sich ferne zu halten. — Im hiesigen Casthof zum „Kurfürsten" hielt sich heute Morgen um Reisender auf, in hessen Hattung und Benehmen man die Militärperson nicht verkennen konnte. Als er nun allerlei Fragen über Stärke und Aufstellung der königlich preußischen Truppen in der Gegend an einen Anwesenden richtete, wurde er verhaftet, und ein preußischer Freiwilliger veranlaßte, daß er arretirt wurde. Er behauptete nun selbst, daß er keine Legitimationspapiere hatte, preußischer Ulanenrittmeister zu sein, auf Urlaub sich zu befinden und zufällig in Civilkleidung zu reisen. Zu seinem Glücke wurde er von einem preußischen Kurassierofficiere als Bekannter recognoscirt und seines Arrestes enthoben. (A. D. Z.)

Hanau, 5. Nov. Die dahier gelegene Esla-

dren bayerischer Chevauxlegers hat gestern Mittag unsere Stadt verlassen und ist nach Geisenhausen marschirt. Gegenwärtig liegen noch hier zwei Bataillone Infanterie, eines vom 14. Regimente und eines vom Regimente König mit dem Stabe und herrlichen Musik, und sodann eine halbe Sechspfundbatterie Heydt, im Ganzen etwa 2000 Mann. Die Bayern richten sich hier gemüthlich ein und verkehren mit den Bürgern freundlich, dagegen herrscht unter ihnen gegen die Ankündigungen Preußens eine sehr aufgeregte Stimmung. (St. J.)

Schlüchtern, 5. Nov. Ueber die Verhandlungen, welche durch einen Parlamentair von Seite des Generals v. d. Groben mit dem Beschlshaber der Bundestruppen anzuknüpfen versucht worden waren, hört man, daß v. d. Gröben das Ansinnen gestellt hatte, daß Fulhaische zu räumen, unter der Bedingung, daß die Besetzung von Kassel den preuß. Truppen ausschließlich verbliebe. Auf diesen Antrag ist von Seite der Bundesbehörden nicht eingegangen, im Gegentheil angekündigt worden, daß mit dem Vorrücken nicht inne gehalten werden würde. Darauf hin fand bei den preuß. Truppen eine rückgängige Bewegung statt, während auf deren linker Flanke von Gelnhausen und Motten der die öster.-bayerischen Colonnen erschienen, um die Verbindung mit Thüringen abzuschneiden. Die durch Hanau gekommene Bundesdivision steht bis jenseits Neuhof und beherrscht die Anhöhen um Fulda. Das Hauptquartier ist in Fulden, eine Stunde jenseits Neuhof, allen befindet sich auch Graf v. Rechberg, der Bundescivilkommissar, und der Territorialcommissär, Staatsrath Schaffer, der dem General ad latus beigegeben ist. (St. J.)

Fulden, auf der Straße nach Fulda, 5. Nov., Morgens 8 Uhr. Die Nachrichten, welche gestern in Schlüchtern verbreitet und allgemein geglaubt waren, auch durch das Vorgehen der Hauptquartiere bestätigt schienen, haben sich bei näherer Sachse nicht als gegründet erwiesen. Es haben keine Verhandlungen stattgefunden, noch weniger ist eine Uebereinkunft zu Stande gekommen. Die preußischen Vorposten sind nur etwas zurückgegangen, die diesseitigen stehen jenseits Neuhof. Das Hauptquartier der Bundestruppen befindet sich in Fulden, 2 Stunden vorwärts Schlüchtern. Die Lage der Dinge ist noch dieselbe und nichts ist entschieden. Der commandirende General Fürst v. Thurn und Taxis und der Bundescommissar Graf Rechberg, begleitet von dem Territorialcommissär Staatsrath Schaffer, waren heute gestern Abend hier. Die Truppen rasten heute auf die bisherigen großen Strapazen bei dem schlechten Wetter, welche sie stets in der besten Stimmung und Andauer ertragen. (F. D.-J.)

Deutschland.

Frankfurt, 6. Nov. Außer dem ersten Bataillon des 28. preußischen Infanterieregiments sind bis heute keine weiteren Truppen aus Baden an Frankfurt vorbeigekommen. Die Ursache soll darin liegen, daß dieses Bataillon die Aufgabe in der Stadt vorweigert worden wäre, um den Plan, Frankfurt mit preußischen Truppen anzufüllen, als vereitelt angesehen werden müßte. Anderdem soll sich auch die herzogl. nassauische Regierung weitere Einquartierungen verbeten haben. Das Bataillon vom 28. Regimente ist, wie wir schon vorgestern meldeten, im Nassauischen, wo nicht, wie verschiedene Blätter wissen wollten, im Kurhessischen einquartiert. (K. Z.)

Hanau, 5. Nov. Die zum 8. Bundescorps gehörigen Truppentheile werden sich, wie wir vernehmen, auf dem linken Mainufer von Aschaffenburg bis Frankfurt concentriren. Dahin sollen vier Regimenter Württemberger und die ganze Großherzoglich Hessische Division beordert sein. Die in Friedberg gelegenen Darmstadtischen Truppen sind bereits gestern in Offenbach angekommen. In diesem Corps dürfte ein Theil der durch Württemberg ziehenden österreichischen Bataillone stoßen. (K. Z.)

Karlsruhe, 3. Nov. Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich, daß zur Besetzung des Gränzgebiets eines Theils des Oberrheinkreises eine mobile Brigade aus fünf badischen Bataillonen (1, 2, 6, 8, 10), zwei Schwadronen des 1. Ritterregiments und der leichten Batterie gebildet wird.

Stuttgart, 2. Nov. Die Anträge der Finanzcommission der Kammer der gestern von dem Kriegsminister in geheimer Sitzung erhobenen 300,000 fl. lauten wie folgt: Die Versammlung wolle beschließen: 1) Die angesonnene Verwilligung als formell und materiell nicht begründet abzulehnen, 2) gegen jeden Aufwand zu protestiren, der sich durch Kriegsereignissen ergeben sollte. Wir haben nicht nöthig, hiezu etwas zu bemerken, die Anträge reden für sich selbst.

Dresden, 4. Nov. Das Kriegsministerium erließ unter dem Heutigen folgende Verordnung: Die politischen Verhältnisse haben sich plötzlich verändert, demnach wird es möglich, den Urlaub einer großern Anzahl von Leuten einzutheilen. Die Märte, welche am 6., 7., 8., 9., 10., und 11. d. Mts. angeordnet waren, werden nicht abgehalten. Der früher zur Completirung der Reiterei angeordnete Remonte-Einkauf in Dresden und Borna dauert fort. Zur Beruhigung der Bevölkerungen wird ferner bekannt gemacht, daß es möglich sein wird, die Mehrzahl der Kriegsreservisten gleich nach ihrem Eintreffen wieder in ihre Heimath zu entlassen. Kriegs-Ministerium. Rabenhorst.

Wien, 31. Okt. Die kaiserliche Regierung ist mit der päpstlichen in Erörterungen gerathen, weil letztere über die allzugroßen Kosten der österreichischen Occupationstruppen in Ancona, Ferrara und andern Orten Beschwerde geführt hat. Da indeß der römischen Curie zu bedenken gegeben worden, ob sie ohne Beistand derselben stark genug sei, sich in ihrer wiederhergestellten Macht zu erhalten, so ist zu erwarten, daß man andererseits die Verpflichtung erkennen werde, für den Unterhalt der Interventionsarmee zu sorgen. Wenn Frankreich seine Truppen bezahlt, so ist das Verhältniß ein ganz anderes. Denn die Franzosen haben eigenmachtig Rom besetzt; der Einmarsch der Oesterreicher dagegen auf ausdrückliches Nachsuchen des Papstes erfolgt.

Berlin, 4. Nov. Der „Preußische Staatsanzeiger“ enthält in No. 310 im amtlichen Theil die folgende allerhöchste Ordre: Mit Bezug auf Meine Ordre, durch welche ich den Staatsminister v. Radowitz auf seinen Antrag von der Ministerium des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten entbinde, will Ich, bis zur Ernennung seines Nachfolgers, hierdurch den Präsidenten des Staatsministeriums, Grafen v. Brandenburg, und während der Dauer der gegenwärtigen Krankheit desselben, dem Minister des Innern, Frhrn. v. Manteuffel, die einstweilige Verwaltung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten übertragen. Sanssouci, den 3. Nov. 1850. (gez.) Friedrich Wilhelm. (gegengez.) Graf v. Brandenburg. An das Staatsministerium. — Eine zweite königl. Ordre vom 2. d. M. verfügt die Einberufung der Kammern auf den 21. d. M.

Der Baron v. Rosenberg, bisher diesseitiger Legationssekretair in Frankfurt, hat sich gestern Abend nach Wien begeben, um während der Abwesenheit des Grafen v. Bernstorff daselbst die Geschäfte der preußischen Gesandtschaft zu übernehmen. Er soll zugleich, wie die „Neue Preuß. Zeitung“ meldet, mit der Ueberbringung einer Note betraut sein, in welcher die preußische Regierung sich bereit erklärt, in die freien Conferenzen nach den vom Warschauer Congreß gemachten Vorschlägen einzugehen, daran jedoch die Forderung einer Einstellung der österreichischen Rüstungen knüpft. Wenn aber Oesterreich, heißt es weiter, dessenungeachtet in seinen Rüstungen fortfahren wurde, so werde auch Preußen seinen Rüstungen die Vollendung geben. — In der gestrigen Sitzung des Ministerrathes wurde, neben Festsetzung des Termins für die Einberufung der Kammern, die Wiederbesetzung des Ministeriums des Auswärtigen berathen. Die Verwaltung desselben wurde dem Minister des Innern auf drei Tage provisorisch übertragen. Da die Berufung des Grafen Bernstorff aus Wien mit der resumirten Besetzung zusammenhängt, steht vorläufig noch dahin. Man zweifelt, daß derselbe sich in diesem Augenblicke der Uebernahme unterziehen werde. — Heute fand eine Sitzung des Ministerraths im Justizministerium statt. Man spricht von dem Rücktritte des Hrn. v. Sydow sowohl als Unterstaatssekretair im Ministerium des Auswärtigen als vom Präsidium im Fürstenkollegium.

— Die „Kölnge. Corresp.“ berichtet: An den Generallieutenant v. d. Gröben ist telegraphisch die Weisung ergangen, „unter allen Umständen“ einen Zusammenstoß zu vermeiden; nur wenn der General „zusehen, daß die Bayern nicht in Kassel (!) einrücken.“ — Wie wir hören, ist gestern die Annahme der freien Conferenzen unter den von Oesterreich gestellten Bedingungen nach Wien erklärt, und die betreffende Depesche noch in der vergangenen Nacht befördert worden.

Breslau, 31. Okt. Der Cardinal u. Fürstbischof von Breslau hat, wie es in dem Erlaß vom heutigen Tage heißt: „zur Bethätigung seines tiefen Dankes gegen Se. päpstliche Heiligkeit, und zur würdigen, dem edlen Sinn Hochstderselben entsprechenden Feier des Tages,“ welchem ihm das Hochamt und das Cardinalat feierlich im Auftrage Sr. Heiligkeit überreicht wird,“ dem Hospitale zur schmerzhaften Mutter die Summe von 1500 Rthlr. zuzuwenden beschlossen und sofort zahlen lassen. (Schl. K.-Bl.)

Vermischte Nachrichten.

Einer zuverlässigen Mittheilung auf England entnehmen wir, daß dort die Gewehrfabriken außerordentlich beschäftigt sind, und daß wöchentlich ansehnlich starke Sendungen nach dem Kontinente im Auftrage gekommissionirter Besteller von sich abgehen. Nicht ohne Grund vermuthet man unter diesen die verschiedenen propagandistischen Komites, welche sich durch im Jahr 1849 mögl.ch gewordenen Papierexemissionen in Ungarn, Venedig, Rom ꝛc. in den Besitz nahmhafter Agitationsfonds zu setzen wußten. In dem That sind auf verschiedenen Punkten Deutschlands und Italiens seit einiger Zeit Gewehre zu Spottpreisen verschleudert worden. Die Propaganda soll neuerdings sehr guten Muthes sein, und erwartet ihr größtes Heil von den Bestrebungen der absolutistischen Partei, indem sie von dem Siege derselben einen gänzlichen Bruch des Vergerschmit mit der Regierungen hofft. Die Perspire, aber zugleich auch die Leerheit solcher Erwartungen liegt am Tage.

— Zungdeutschland u. Judendeutschland war einige Zeit in Gram versunken, weil es hieß, Heine, der graufe Dichter, sei fromm geworden! Die „Deutsche Zeitung aus Böhmen“ und nach ihr auch die ehe ende Augsburgerin bringt nun folgende tröstliche Nachricht: „Zu letzter Zeit hat sich allgemein das Gerucht verbreitet, Heine sei fromm geworden.“ „Er beweret, er thut Buße, er wird ein St. Magdalenus,“ hieß es da und dort. Ich hörte drei mal große Versicherung, dem sei schon darauf auf eine besondere Versichsmerkung jenes Zustandes, auf einen Collapsus seiner Gesteschtätigkeit. Wahrlich, die sind nie in seine Nähe gekommen, welche diese Nachricht zuerst unter das Publikum brachten. Heine erträgt sein angeborenes leiden ganz ohne Zerknirschung irgend welcher Reuigung, durch den Gesichtsausdruck seines Menschen. So weit er davon entfernt ist, sich für einen Sünder zu halten, so weit ist er auch von Bußtagsstimmung entfernt.“ Letzteres scheint richtig zu sein.

— Wir lesen in einem sächsischen Blatte folgende Annonce: „Durch die am 23. Oktober Morgens halb 1 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner guten Frau, Anwie geb. Bibbel, von einem kräftigen Knaben, dürfte eine lustige Generation der Demokratie seine uble Acquisition gemacht haben. Freudig theilt solches seinen Freunden und Be-

lannten mit, der Med. Prakt. Wund- und Geburtsarzt Stolpen. Dr. Karl Kreßschmar."

Aus dem Elsaß, 27. Okt. Der ehrwürdige Priester Nicolaus Olivieri von Ornay, von besseu Bemühungen zur Befreiung von Negerinnen ich Ihnen früher gemeldet, ist vor einigen Wochen wieder mit 22 jungen Negerinnen in Marseille angekommen. Er hat dieselben persönlich in Kairo gekauft, um den Preis von mehr als sechstausend Franken. Der Regierung allein mußte er mehr als tausend Franken Aufklärung zu ertheilen. Mit ihnen legte er die gefahrvolle Reise von Alexandrien bis Marseille glücklich zurück. Hier brachte er die 22 Kinder einstweilen in dem Hause des guten Hirten, Nazareth genannt, unter, bis er sie in verschiedene Klöster vertheilt haben wird. Zünfe derselben führte er von Marseille nach Straßburg, wo die in Angers gebildete angezeichnete Vorsteherin des Klosters zum guten Hirten sie mit wohrer Mutterliebe aufnahm. Wier dieser Negerinnen mögen ungefähr das siebente, eine das neunte Jahr erreicht haben; vier sind das Dorofar, eine aus Cardofan. Die Letztere ist zwei schwarzer, als die Anderen, auch lebhafter. Alle zeigen eine ungemeine Gelehrigkeit, und nebst einer großen Lebhaftigkeit eine ungemeine Folgsamkeit. Sie haben eine wohllingende Sprache, voll Vocalen, es soll, nach der Aussage des Herrn Olivieri, ein verdorbenes Arabisch sein. Er selbst spricht Arabisch mit ihnen und wird sehr gut verstanden. Die Damen von Straßburg mochten sich eine Freude daraus, die kleinen Negerinnen nach Hause zu holen und zu bewundern, sondern auch für ihre Pflege die Mittel darzubieten. Auf die Zeit der Taufe werden sie auch Pathenpflichten erfüllen und für ihre Zukunft sorgen. Die früheren Negerinnen, welche Herr Olivieri so versorgt hatte, haben meistens den Ordensstand gewählt. Sie haben außerordentliche Fähigkeiten gezeigt; auch die sind in Straßburg machen in der französischen Sprache und in den weiblichen Arbeiten bewundernswerthe Fortschritte. Sie sind an das neue Leben schon ganz gewöhnt und fühlen sich heimlich und wohl im Umgange mit den frommen Schwestern. Den Herrn Olivieri und seine alte Haushälterin, welche schon dreimal die Reise von Genua nach Kairo und wieder zurück gemacht hat, lieben sie herzlich, so daß die Abreise derselben ihnen verheimlicht wurde, um sie nicht zu tief zu erschüttern. — Herr Olivieri trägt schon im Aeußeren das Gepräge eines Gottesmannes, welcher Tag und Nacht nur an sein heiliges Werk denkt, und mit seinem unbeseglichen Vertrauen auf die göttliche Vorsehung alle Hindernisse und Schwierigkeiten kühn überwindet. Nochmal erlaube ich mir den Aufruf an Deutschlands katholische Frauen, auch ein Scherflein zur Beförderung dieses Gotteswerkes beitragen zu wollen.

Neueste.

München, 5. Nov. Der größte Theil der in hiesigen Militär-Bureau kommandirenden Offiziere erhielt Befehl, bei ihren betreffenden Regimentern einzurücken.

Landau, 4. Nov. Dem Vernehmen nach kam gestern Abend spät ein Adjutant des Kriegsministeriums hierher und conferirte längere Zeit mit unserm Festungskommandanten. Er reiste hierauf in der Nacht noch weiter nach Germersheim. Es müssen hier sorgwohrend einige Ebrevaurlegerspferde zum Ordonnanzreiten gestattet sein. — Eben wird bekannt gemacht, daß von heute an die Festungsthore schon um 5 Uhr geschlossen und um halb 7 Uhr Morgens geöffnet werden. Niemand von der Besatzung darf sich über den Rayon von der Festung entfernen. (Pf. Z.)

Frankfurt, 3. Nov. In Nassau bereitet sich ein Ministerwechsel vor. Der Herzog sucht schon lange nach einem Couse für den gegenwärtigen Minister. Mit ihm fällt eine der letzten mit der gothaischen Partei sympathisirenden Ministerien. Hr. Präsident Bollpracht soll, so wird versichert, der Ausnahme in den preußischen Staatsdienst gewiß sein. Noch von andern Mitgliedern des Berliner Verwaltungsrathes erfuhlt man daß sie im Besitze gleicher Zusicherungen seien. (N. Z.)

Frankfurt, 4. Nov. Drei preußische Bataillone aus Baden sind hier angekündigt: Graf Leiningen, der österreichische Kommandant, hat ihnen die Einquartirung hier verweigert.

Frankfurt, 5. Nov. Dem altern hiesigen Bürgermeister wurde heute Abend in die amtliche Anzeige zugegangen, daß ein österreichisches Bataillon vom Regiment Benedec, welches seither im Vorarlberg gestanden, auf dem Marsche hierher begriffen sei, um das türkisch von hier abgegangene k. österreich. 14. Jägerbataillon zu ersetzen. (F. J.)

Frankfurt, 5. Nov. Zu Eile übersende ich Ihnen folgende wichtige Nachricht, die wohl wohr sein muß, da solche mir von spezifisch gothaischer, sonstihn in den preußisch-deutschen Angelegenheiten sehr gut unterrichteter Seite zugeht. Preußen gibt nach und erkennt den Bundestag an; seine Truppen in Kurhessen sind bereits auf dem Rückmarsche begriffen. Sie freudig uns diese Nachricht ist, so hat solche dennoch eine sehr traurige Seite: nemlich die, daß dieses Entgegenkommen Preußens nicht aus freier Ueberzeugung hervorgegangen ist, sondern erst von Warschau her diktirt werden mußte. Mochte diese abermalige Lehre, daß wir nur durch Einigkeit stark sein können, sie die Fürsten und Völker Deutschlands und namentlich für die nächstigsten derselben nicht wiederum unbeherzigt verloren gehen! (M. Z.)

Frankfurt, 6. Nov. Nach einem hier verbreiteten Gerücht (dessen Zuverlässigkeit wir jedoch in keiner Weise verbürgen können) wäre Graf Brandenburg gestorben. (Fr. D.-J.)

Detmold ist von Frankfurt abberufen, und an seine Stelle tritt Düring. (J. f. N.)

Karlsruhe, 5. Nov. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer stritt Hr. Geh.-Rath v. Hirscher eine Anfrage an den anwesenden Präsidenten des Ministeriums des Innern. Seine persönliche Ehre, daß wir nur durch Einigkeit stark sein können, sie die Fürsten und Völker Deutschlands und namentlich für die nächstigsten derselben nicht wiederum unbeherzigt verloren gehen! (M. Z.)

Frankfurt, 6. Nov. Nach einem hier verbreiteten Gerücht (dessen Zuverlässigkeit wir jedoch in keiner Weise verbürgen können) wäre Graf Brandenburg gestorben. (Fr. D.-J.)

Detmold ist von Frankfurt abberufen, und an seine Stelle tritt Düring

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die spaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 268. Würzburg, Freitag den 8. November. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Würzburg, 8. Nov. Durch allerhöchste Entschließung vom 5. Nov. wurde der Docent an der k. Universität zu Prag, Dr. Josef Heinzel, zum ordentlichen Professor der Geburtshilfe an der medizinischen Fakultät an der Universität Würzburg und zum Vorstande der Lehranmeisterinnen und der Entbindungsanstalt zu Würzburg ernannt.

Die bayerische Armee.

Die norddeutsche Presse hat sich seit längerer Zeit daran gewöhnt, Bayern zum allgemeinen whipping-boy (Prügeljungen) zu machen. Wenn im einzelnen partikularen Lande die Zustände anerfreulich sind, so muß Bayern meistens herhalten, um als Sack zu dienen — experientia lit in vili corpore. Ist doch blos schon seine Existenz eine seiner Hauptsünden! „Napoleonisches Königreich“ . . . . „Rieder-Vertrag“, das sind zeit die Worte, die täglich in gewissen Blättern wiederkehren, ohne daß der Norden irgend zu der Einsicht gekommen wäre, was er an diesen Reichen Deutschlands besitzt, oder sich die Frage beantwortet hatte, wer denn eigentlich Herr sein soll, wenn der Berliner Arm positiv nicht so weit reicht, und Oesterreich nicht mehr zu Deutschland zu zählen ist? So lange nicht etwa die Main-Linie oder das gothische Vaterland („nicht so weit als die deutsche Zunge klingt“) zur Verwirklichung kommt, so lange wird im Südwesten ein staatliches Drittes liegen — mag daselbe nun in Baden, Würtemberg und Bayern zerfallen, oder in Eins zusammengeschmolzen werden. Wer sich einbildet, daß diese drei Staaten weiteß Nichts als französische Schöpfungen sind, der pflegt sich eine Politik zurecht, welche Alles, nur nicht gefährlich ist. Ohne irgend wie den Werthbeigber Bayerns oder seiner Politik abgeben zu wollen, glaube ich Sie doch versichern zu dürfen, daß das aus Bayern's „Fragment“ erbaute Werk Friedrich Wilhelm des Dritten über seine Schwogerin, die spätere Friederike von Hannover: „Nicht schlechter sein, als alle Andern, die Andern um Nichts besser sein,“ hier vollständig Platz greift. Namentlich aber ist es ein großer Irrthum, sobald man sich einbildet, das bayerische Heer mit wohlfeilen Siegen vernichten zu können. Es war immerhin wahr sein, daß beim Vorbrund der März-Revolution das Kriegsmaterial in Baiern sich nicht in dem Zustand befand, wie ihn ein angenblicklliches nachmärzliches Auftreten erfordertez dieser Uebelstand ist binnen der zwei letzten Jahre abgeholfen; man war gleichsalls darin bedacht, das das bayerische Parade-Exercitium dem preußischen nachsteht, allein der bayerische Soldat hat sich auf dem Schlachtfelde noch stets mit dem größten Muthe geschlagen, und auf den Marschen eine Ausdauer gezeigt, die sich mit jeder Truppe zu messen im Stande ist. „Die „Neue preuß. Zeitung“ meinte vor einigen Tagen in Bezug auf die bayerischen Rüstungen: „man solle Bayern nicht zur Pulverfasser anzünden,“ wenn Sie jedoch einen Vergleich ziehen zwischen dem hiesigen kräftigen Menschenschlage vom Gebirge an bis nach Franken hinein, und dem Rheinländer, dem Schlesier, dem Pommer, der nur die Ebene kennt, so werden Sie, abgesehen von aller geschichtlichen Erfahrung, schon von vornherein dem Bayer als Soldaten den Vorzug geben. In dieser körperlichen Kraft gefestigt sich dann ferner einmal eine echt deutsche bekannte Lust, zu raufen, und eine durchgehende Sicherheit im Gebrauche der Schießwaffe, wie Sie dieselbe nur in Tirol und der Schweiz antreffen. Das Scheibenschießen bildet eine der ersten Vergnügungsarten der Süddeutschen; Privatmann oder Soldat, ein Jeder versteht vortrefflich, mit der Büchse umzugehen, und Sie finden hier in jedem Stande, Alt und Jung, sehr viele Leute, welche für persönliche Ausgleichungen sehr mannigfaltig geübte Pistolenschützen sind. Diese durchgehende Lust an der Waffe kennt der Norden nicht. Je weiter Sie nach der Küste hinaus sehen, um so seltener werden Sie im Volke den Einzelnen mit dem Gewehre vertraut finden. Der norddeutsche Soldat muß meistens als Rekrut das Schießen erst lernen; der Süddeutsche tritt mit dem sichern Auge und der geübten Hand in der Regel ein. Wollen Sie außerdem die ihm oft vom Norden aus zum Vorwurf gemachte größere Bewirthschaftlichkeit und Unempfindlichkeit gegen den feineren Comfort bei dem Bayer in Anschlag bringen, welche doch im Felde jedenfalls eine Tugend nur mehr, so kommen Sie gewiß zu dem Resultate, daß der Kern der bayerischen Armee so vortrefflich ist, als er nur sein kann. „Allein die höhere Bildung der Preußen, der Kinder aus dem Staate der Intelligenz“ . . . . Ja freilich, wenn die Schulkenntnisse der gemeinen Soldaten im Kriege auch ein Gewicht in die Schale werfen, so dürfen die Russen gar keinen Anspruch daraus machen, ein brauchbares Heer zu haben. Wir wollen es zwar anerkennen daß das preußische Offizierkorps theoretisch vielleicht das bestgebildete ist, welches Europa aufzuweisen hat, und in ihm ein Corps-Geist herrscht, der sein persönliches Schwanken des Einzelnen im Augenblicke der Gefahr zusammen faßt. Allein es fehlt ihm an Erfahrungen, ohne welche alle Theorie sehr leicht zu einem äußerst gefährlichen Doktrinarismus umzuschlagen droht. Die preußische Armee befindet sich in dieser Hinsicht in derselben Lage, wie am Anfange unseres Jahrhunderts — lange Unbeständigkeit, Garnison-Dienst, auf Stelle getriebenes Theoretisiren. Wie aber im Beamtenthum sein eigentlich schöpferischer Staatsmann, so wachst auch unter solchen Verhältnissen sein eigentlich genialer Feldherr auf. Der Umstand, daß eine unbedeutende Anzahl bayerischer Offiziere seiner Zeit in Griechenland war, darf dagegen freilich in strategischer Beziehung nicht zu sehr angeschlagen werden; aber nachsichtlich des „Sich auerkennen,“ wie man hier sagt, auf dem Marsche und überhaupt im Kriegsleben, mag diese Erfahrung dem doch immer ihre guten Früchte getragen haben, und was an mathematischer Praxision vielleicht abgeht, wird reichlich durch das Talent ersetzt, das gegenwärtig noch Haudegen wie Bücher besitzt, ist die Frage; die bayerische Natur ist zu solchen Personlichkeiten recht eigentlich angelegt, und ich sollte denken, auch heut zu Tag liefere man mit Maschinen noch keine Schlachten. (L.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 5. Nov. Die Preußen behaupten sich hier mit großer Gemachlichkeit. Sie halten auf dem Friedrichsplatze täglich Parade mit Musik, besetzen die gewöhnlichen Wachen und stellen sogar vor die kurfürstl. Gebäude, vor das Museum, Ministerium rc. Posten hin. Hier und in einigen Dorfern bei Kassel mogen wohl 7000 Mann einquartiert sein. Es gibt Haudchezer, welche 20 Mann im Quartier haben. Für die Meisten ist es eine drückende Last, da Viele, namentlich in jetzigen Zeiten, kaum für sich Nahrung zu beschaffen vermogen. Wou einem Abmarsche der Truppen verlautet nichts, wohl aber von einer Verstärkung derselben, sobald man ernstlich beabsichtigt, auch den Miethern Einquartierung zu geben. Man sit hier über die nachste Gestaltung der Verhältnisse in ganzlicher Ungewißheit. Daß es die Verschiedenheit der Ansprengen Lügenhafter Gerüchte nicht fehlen lassen, kann sich Jeder denken, der diese Sorte kennt. Widerwartig ist es, mit anzusehen, wie sie darauf ausgehen, die Preußen für sich einzunehmen, ihnen wohlreden und dabei im Herzensgrunde doch nicht trauen. — Seit gestern sind die Namen von achtzehn Offizieren, die den Abschied erhalten haben sollen, in Vieler Munde.

(K. Z.)

Kassel, 6. Nov. Die Verfügung des Kurfürsten, den Eintmarsch der Bundestruppen betreffend, steht seit heute früh an den Straßenecken angeschlagen. Gegen 7 Uhr Ubr Morgens wurde Generalmarsch geschlagen. Die hiesige preußische Infanterie, welche sich sehr schnell auf dem Friedrichsplatze versammelt hatte, rückten sofort 2 Bataillone Jägerleure zur Eisenbahn, um auf derselben die Bedra zu fahren und dann sofort den Marsch nach Hanseld fortzusetzen. Die Nachricten, daß die Bayern durchreisten, daß Radowitz abgereisen ist, daß 10 Offiziere entlassen sind, haben die Gesichter der Neubesten zu einer sahrbaften Länge ausgedehnt. (K. Z.)

Hanau, 6. Nov. Die beiden hiesigen Jusstjämter 1 und 2 verwenden bereits wieder den bisher noiirten Stempel, das hiesige Obergericht dagegen fährt in seiner Weigerz gegen die Anordnungen der Bundesbehörden fort. Der Redakteur der „Hanauer Zeitung“, F. A. Kittseiner, ist dem Hauptquartier der bayerischen Truppen ins Fuldaische nachgereist, um von dem Bundescommissär die Einsiegelung seiner Pressen und die Erlaubniß zum Wiedererscheinen seiner Zeitung zu erwirken. Kommandant in hiesiger Stadt ist der bayerische Oberst von Pfretzschner vom Regiment Konig.

Nachschrift. Nach glaubwürdigen, wiewohl noch nicht verbürgten Nachrichten, welche soeben von Fulda eintreffen, sind die Bayern gestern, nachdem die Preußen sich zurückgezogen, friedlich eingezogen und haben namentlich die Oberstadt Löberstraße besetzt. Gewiß ist jedenfalls, daß die beiden Bundesdivisionen von Neubof wie von Motten her sich gestern früh um 8 Uhr ge-

gen Fulda in Bewegung gesetzt haben und den Befehl hatten, den Eintritt in die Stadt nöthigenfalls mit Gewalt zu erzwingen. Den Tag vorher schien es bei dem Vorpostenfeuer zum Kampfe kommen zu wollen; auf preußischer Seite fiel ein Schuß, ob absichtlich oder aus Versehen, worauf die bayerischen Reiter, welche dieselbe die Vorhut bildeten, auf die preußische Linie einsprengten; es kam indeß zu keinem Zusammenstoß, da die Preußen sogleich rückwärts gingen. Bei Fulda hatten die letztern Verschanzungen aufgeworfen und sich in dem Lazarethgebäude, dem Spitale, auf dem Petersberge, an den Brücken über die Fulda und in der Grenzmühle festgesetzt. (K. Z.)

Fulda, 6. Nov. Nach einer regnerisch dürftigen Nacht, welche die Einwohner jedoch ruhig und unbeirrt vom Kriegsgetümmel hingebracht haben, wird heute, bald 12 Uhr Vormittags, alarmirt. Dem Vernehmen nach sollen die Bayern einen Salzwagen, der den ausmärtigen Cantonnementen zugeführt worden wäre (wo, weiß man nicht), weggenommen haben. Wir bemerken, daß die k. preuß. Truppen ihre volle Verpflegung aus den hier errichteten Magazinen empfangen. Nach einem andern Gerichte hätte der hessische Vorpostenkommandeur in den Cantonnementen der Bayern Generalmarsch schlagen hören und hatte darüber hierher Meldung gemacht. — Allem Anscheine nach wird man den hiesigen Ort mit allen zu Gebote stehenden Kräften vertheidigen, indem die ernstesten Vorkehrungen zu diesem Zwecke getroffen werden. — Außer den früher genannten Corps'en sind jetzt noch v. Bose, v. Wengel und Prinz Karl mit den Truppen. Heute Nachmittag sollen die sich gegenüberstehenden Commandeure v. Thurn u. Taxis und von der Groben eine Unterredung pflegen; man ist gespannt, welches Resultat diese Besprechung herbeiführen wird. Der Prinz von Preußen ist schon gestern Abend angemeldet und man sieht sämmtlich der Ankunft desselben entgegen. — 4 Uhr Nachmittags. Die ausgerückten Truppen kehren von ihren Aufstellungen eben wieder zurück und beziehen ihre bisherigen Quartiere oder Bivouaks. — Der Prinz von Preußen ist zur Zeit noch nicht eingetroffen. Alle Gerüchte über einen blutigen Conflict, der zwischen den sich gegenüberstehenden Heeresmassen erfolgt sein soll, sind erdichtet und scheinen nur ersonnen zu sein, um ängstliche Gemüther zu beunruhigen. — Nachmittags 4 Uhr. Die Preußen stehen bei Löschenrodt, 4½ Stunde von hier an der Frankfurter Straße, bayerischen und österreichischen Truppen gegenüber; die Bayern sind jedoch schon über die Löschenroder Brücke vorgerückt. Uhr. Die Sachen stehen auf der Spitze; unsere Stadt gleicht einem Lager. Soeben sind wieder große Truppenmassen als im Anmarsch angesagt.

Von der Rhein-Weser-Wasserscheide, zwischen Schlüchtern und Neuhof, 6. Nov. Der gestrige Rasttag war den Bundestruppen auf ihre anstrengenden Märsche bei dem rauhen Wetter, das alle Wege grundlos gemacht hatte, nöthig. Leider ist das Wetter heute noch übler. Es regnet nun auch am Tage, während bisher nur Nachts. Und gerade der heutige Tag ist zum weitern Vorrücken der Truppen auf der Straße nach Fulda bestimmt. Der commandirende General und der Bundescommissär werden um 9 Uhr Vormittags auf dem Hauptquartier Fulden aufbrechen. Ihr Vormarsch ist unterstützt und gedeckt in der rechten Flanke von der über Brückenau vorrückenden Division Man ist äußerst gespannt, was von Seiten der Preußen geschehen wird. Ohne ihr Eindringen würde die Sache ohne Zweifel sich rasch und zur Zufriedenheit aller wahren Freunde Deutschlands und der gesetzmäßigen Freiheit erledigt haben.

Deutschland.

Frankfurt, 3. Nov. Es ist allerdings wahr, daß Lord Cowley nicht accreditirter Gesandter Englands bei der deutschen Bundesversammlung ist, und daß er daher auch als solcher das Protokoll bei Auswechslung der Friedensratifikationen zwischen Dänemark und dem deutschen Bund nicht unterschrieben hat. Die Bundesversammlung hat ferner die Reaktivirung des Großmächten noch nicht offiziell angezeigt, und darin liegt die Ursache, daß diese bis jetzt auch noch keine Gesandten bei ihr accreditiren konnten. Der Grund, weshalb die Bundesversammlung diesen Schritt noch nicht gethan, ist einzig und allein in der Schonung zu suchen, die man gegen Preußen beobachten zu müssen glaubte. Sobald die Bundesversammlung bei den Großmächten offizielle Anzeige von ihrer Reaktivirung gemacht, und diese durch Accreditirung von Gesandten ihre erneuerte Anerkennung ausgesprochen hatten, blieb für Preußen keine andere Wahl, die Bundesversammlung aufs neue anzuerkennen, oder einen Krieg mit ganz Europa zu beginnen. Um Preußen nicht in diese schlimme Alternative zu versetzen, hat man die provisorische Centralcommission als Vertreterin des deutschen Bundes, dem Auslande gegenüber noch fortbestehen lassen. So gewiß man auch einer Sache war, daß die Großmächte nach einmal erfolgter offizieller Anzeige von der Reaktivirung der Bundesversammlung nicht anstehen würden, und nicht anstehen konnten, ihre Gesandten von der alsdann erfolgenden Bundescentralgewalt abzuurtheilen und sie statt dessen bei der Bundesversammlung zu accreditiren, so hat man es doch bis jetzt, in der Hoffnung einer Verständigung mit Preußen, unterlassen, das Verhältniß auf diese letzte, entscheidende Spitze zu treiben. Jetzt wird man genöthigt sein, auch diese letzte Schonung gegen Preußen fallen zu lassen. Der beste Beweis, daß England die Bundesversammlung anerkennen wird, sobald es nur in die Lage versetzt ist, einen solchen offiziellen Schritt thun zu können, liegt eben in der „offiziösen" Betheiligung Lord Cowley's bei dem Schlußprotokolle, in welchem Graf Rechberg nicht nur Oesterreichs und nicht im Namen einzelner deutscher Staaten, sondern ausdrücklich im Namen des deutschen Bundes auftritt. Dieses eben auseinandergesetzte Verhältniß ist auch die einzige Ursache, weshalb der hier verweilende russische Gesandte, Fürst Gortschakoff, seine Accreditirung an die Bundesversammlung noch nicht bewerkstelligen konnte. Ebenso ist es keinem Zweifel unterworfen, daß die französische Regierung keinen Augenblick anstehen wird, ihren Gesandten bei der Bundesversammlung zu accreditiren, sobald sie offiziell die Wiedertretung Deutschlands wieder übernommen hat. Den preußischen Blättern kann dieser Stand der Sache nicht unbekannt sein; wenn sie trotzdem fort fahren, Publikum vorzuspiegeln, daß die Nichtaccreditirung der fremden Gesandten in einer Abneigung der Kabinette gegen die Bundesversammlung liege, während die Ursache doch einzig und allein in dem Wunsche der Bundesversammlung zu suchen war, Preußen so wenig wie möglich zu compromittiren, und daß sie lange wie möglich offen zu erhalten, mit allen Dehors des freien Einschlusses sich der Bundesverfassung zu unterwerfen. Die falsche Maxime der preußischen Blätter, die Unkunde des Publikums auszubeuten, um es in falschen Erwartungen und Spannungen ein paar Tage länger zu erhalten, ist noch jederzeit zum Nachtheile Preußens ausgeschlagen. Nicht nur wird der Entlastung hiedurch um desto grösser, sondern die Bundesversammlung wird auf diese Weise gewissermaßen moralisch gezwungen, den Schleier früher zu lüften, den sie aus milden Anstandsrücksichten gegen eine in diesem Augenblicke diplomatisch sehr unglückig gestellte Macht zu deren Gunsten noch gern einige Zeit über diese Verhältnisse gebreitet hätte. Es kann der Bundesversammlung nichts daran liegen, Preußen vor der öffentlichen Meinung Demüthigung zu bereiten. Die hiesigen Staatsmänner sind zu weise, um der preußischen Regierung ihre obnehin so schwierige Lage auch nur die Zukunft noch mehr zu erschweren. So weit es unbeschadet des Rechtes möglich ist, das Ansehen der preußischen Regierung zu stärken will man von keiner Seite aus freudiger die Hand bieten, wie von hier aus. Aber die preußischen Blätter scheinen es so recht con amore darauf anzulegen, alle Russichten unmöglich zu machen, welche die Bundesversammlung zu gewähren gedachte. Nur war eine Regierung mehr in der Lage, auszuruhen: Gott bewahre mich vor meinen Freunden!, als eben die preußische. Ohne die geschäftige Dazwischenkunft der preußischen Zeitungen, wovon man leider die ministerielle „Deutsche Reform" selbst nicht ausnehmen darf, würde Preußen gewiß noch immer in einer kommoden Lage sein, sich zu fügen, wie jetzt. Es ist nichts gefährlicher, als sich durch nur halbunterrichtete und nur halbgebildete Federn vor der Oeffentlichkeit vertreten zu lassen. (Möchte dieser Uebelstand doch bald eine gründliche Abhilfe finden!) (D. Wchs.)

Karlsruhe, 6. Nov. In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer erschien der neue Minister des Auswärtigen, Freiherr v. Mdtt, zum erstenmal in seiner jetzigen Eigenschaft. Er richtete folgende Worte an die Kammer: D. H. H.! Durch die Gnade und das bedeutsame Vertrauen Se. königl. Hoh. des Großherzogs berufen, habe ich heute zum erstenmale die Ehre, an dieser Stelle in dem Kreise zu erscheinen, welchem ich seit vielen Jahren schon, aus Ihrer Mitte, gemeinschaftlich mit Ihnen nach demselben Ziele gestrebt, welches die Regierung des Großherzogs unverrückt mit festigkeit verfolgen wird: das Heil unseres Fürsten, unseres Landes. Sie werden, D. H. H., nicht erwarten, daß ich im gegenwärtigen Augenblick irgend eine spezielle Frage der Politik auch nur entfernt berühre. Nur das Eine kann ich mir hervorheben, daß unser Volk, ein integrirender Theil eines großen Ganzen, durch die mannigfachsten festbegründeten Interessen, tiefverzweigte Sympathien verschiedener Art mit unserm Gesammtvaterlande und den verschiedensten Seiten hin eng verknüpft ist; auch darum fordert das gegenwärtige Stadium der Dinge dringend eine Einigung aller deutschen Staaten. In einer ernsten, bedeutungsvollen Zeit, wie die gegenwärtige, ist mehr als je ein offenes, vertrauensvolles Zusammenwirken derer nöthig, die berufen sind, durch Rath und That die wahren Interessen des Landes zu fördern. Mit dieser Ueberzeugung, D. H. H., hoffe ich, werden Sie mich willkommen heißen. Sie haben sie, selbst mit Opfern, nie verfagt, wo es sich um das Wohl des Landes handelte.

Stuttgart, 6. Nov. Nachdem in der heutigen Sitzung der Landesversammlung, in Betreff der von der Regierung zum Zweck der Rüstungen geforderten 300,000 fl., bei dieselbe verweigernde Kammermehrheit, die Ansicht obsiegen angenommen war, wurde die Versammlung durch den Minister des Innern im Namen des Königs für aufgelöst erklärt. Das Auflösungsdekret setzte hinzu, daß nicht mehr nach dem Wahlgesetz vom 1. Juli gewählt werden könne, und deshalb für die Funktionen des Ausschusses der Ausschuß der am 10. August 1. J. aufgelösten Kammer zurückgerufen werde. Ueber die Arbeiten der Verfassungsrevision bedaure sich St. Maj. der König weitere Beschlüsse vor. — Präsident Schober schloß nach Verlesung der Auflosungsverordnung die Sitzung nicht, sondern sagte: „Ich, als Präsident dieser Versammlung, weise das Verfassungswidrige des Verbots, einen Ausschuß zu wählen, zurück und fordere die Mitglieder zur Wahl einer Ausschusses in Gemäßheit des §. 192 auf." Frhr. von Linden warnte vor einer Uebertretung der k. Verordnung und forderte die Versammlung auf, sich zu fügen, worauf sich die Mitglieder der äußersten Rechten, unmittelbar nach dem Abreten des Ministeriums entfernten. 43 Mitglieder blieben und schritten zur Wahl (ein Theil derselben in Eile, nämlich: a) engeren: Stockmayer, Rovinger, Schnizer, Mohl, Seeger; b) den weiteren: Reyscher, Mack, Tafel, Jeger, Schweickhardt, Pfaller. Beim Namensaufruf fehlten nur: Geigle, Kuhn, v. Linden, Roth, Scheffold, v. Steffelin, Walther und Wulken (letzteren von der Linken). Schließlich versicherte Schober, der Ausschuß werde die verletzte Verfassung nach Kräften vertheidigen und stelle

e unter den Schutz des Hochsten. Schnizer aber hatte noch in Anwesenheit der Minister gerufen: „Die Verfassung ist gebrochen!“ — Der Ausschuß versammelte sich sogleich, das Publikum aber entfernte sich still und ruhig.

Hamburg, 4. Nov. Es ist factisch, daß der hier stehenden preußischen Truppenabtheilung, von circa 3500 Mann, seit gestern Ordre ertheilt wurde, sich marschbereit zu halten. Uebrigens ist in Betreff der Richtung, wohin die preußischen Truppen abmarschiren sollen, bis jetzt nicht einmal den Officieren Näheres bekannt geworden. Man vermuthet natürlich, nach der hessischen Grenze, in Bezug auf die dortigen Conflicte, wobei anderweitig die Muthmaßung laut wird, Preußen wolle seine Truppen nicht ferner zum Schutze Hessens da die Statthalterschaft ihr Waffenstillstandsvorschläge abgelehnt) an der Grenze stehen lassen. (Weser-Ztg.)

Hannover, 5. Nov. Die heute durch die Gesetzsammlung veröffentlichte Bekanntmachung des königl. Gesammt-Ministeriums, die Unterstützung des schleswig-holsteinischen Krieges betreffend, lautet: Nachdem der zwischen den deutschen Staaten und dem Königreich Dennemark abgeschlossene Frieden auch von der hiesigen königl. Regierung genehmigt und somit nach der am 26. v. M. erfolgten Auswechselung der Ratificationen auch für das hiesige Königreich verbindlich geworden ist, finden Wir Uns veranlaßt, solches zur öffentlichen Kunde zu bringen, und hierdurch warnend darauf aufmerksam zu machen: daß gegenwärtig alle Schritte diesseitiger Unterthanen zur Unterstützung des Krieges der Schleswig-Holsteiner wider das Königreich Dänemark als mit den Grundsätzen des Völkerrechts unvereinbar zu betrachten sind, und den Umständen nach den Bestimmungen des Criminalgesetzbuches unterworfen sein werden, welche derartige die Staatssicherheit gefährdende Handlungen mit Strafe bedrohen.

Wir wiesen namentlich darauf hin, daß nach dem Art. 130. 2 und 3 des obengedachten Gesetzes mit Verhältnis Derjenige bestraft werden soll, welcher „die mit anderen Mächten errichteten, die Aufrechthaltung des äußeren Friedens unmittelbar betreffenden Staatsverträge oder die bestehenden Neutralitäts-Verhältnisse absichtlich verletzet“, so wie Derjenige, welcher „als Werber hiesige Unterthanen zum auswärtigen Kriegsdienst verleitet.“ Zuwiderhandlungen, — zu welchen Unterstützungen der Verwundeten und Nothleidenden in Schleswig-Holstein und nur dazu bestimmte Sammlungen nicht zu zählen sein werden, — würden die Obrigkeiten und Gerichte in die Nothwendigkeit versetzen, den erwähnten Gesetzen Geltung zu verschaffen. Wir vertrauen aber gern zu dem bewährten Rechtssinn der hiesigen Unterthanen, daß sie alle Schritte vermeiden werden, durch welche unter Nichtachtung der bestehenden Gesetze Unserem ernsten Bestreben, in Gemeinschaft mit den verbündeten Regierungen dem Fortgange des Krieges in einer die Rechte und Interessen des gemeinschaftlichen Vaterlandes nachtheilig verletzenden Weise Einhalt zu thun, nur größere Schwierigkeiten würden bereitet werden. Hannover, den 3. Nov. 1850.

Berlin, 5. Nov. Zu der „Spenerschen Ztg.“ findet sich folgende Berichtigung: Zu der durchaus irrigen Erfindung gehört auch eine ausnehmend saftige Quelle wissen, auch die Nachricht eines gestrigen Abendblatts, daß die von dem Minister v. Manteuffel abgesandte Note erklärt, Preußen habe die Union und ihre Verfassung aufgegeben, und werde das gewaltsame Einschreiten der österr. Coalition in Hessen und den Herzogthümern vor sich gehen lassen. Die Note erklärt, daß Preußen gegen die Union nichts aufzuhren werde, und spricht die Hoffnung aus, daß man sich in Bezug auf Hessen und die schleswig-holsteinische Angelegenheit verständigen werde. Die Note verlangt ferner kaltpovnisch die Einstellung der Rüstungen von Seiten Oesterreichs und Sachsen, um erstere sich bereit zur sofortigen Beschickung der „freien Conferenz.“

Berlin, 5. Nov. In einigen Kreisen der hiesigen Bevölkerung herrscht Mißstimmung über die jüngsten politischen Entscheidungen der Regierung, und in dem Schooße mehrerer conservativen Vereine werden Demonstrationen vorbereitet, um sowohl St. Maj. dem Könige als dem Ministerium Kenntniß von dieser Mißstimmung zu geben. Bei dem Herrn Minister v. Manteuffel ist sogar schon eine Deputation erschienen, welche Klagen und Bedenken über die „Nachgiebigkeit Preußens“, über die „Opferung seiner Machtstellung“ ausgesprochen und das Verlangen gestellt haben soll, daß unsere auswärtigen Angelegenheiten eine energischen Auftretens, sollte auch der Krieg darüber ausbrechen, hingewiesen hat. Der ganze Schritt der Deputation scheint durch eine entschiedene Verurtheilung der wahren Sachlage hervorgerufen. Es handele sich bei den Differenzen des Ministerrathes in den letzten Tagen gar nicht um die Frage: Krieg oder nicht Krieg, sondern um die Frage: Demonstration oder nicht Demonstration. — Nicht dem Kriege, wohl aber der nutzlosen, kostspieligen und bedenklichen Demonstration einer unentschlossenen, thatlosen Politik ist die Mehrheit des Ministeriums entgegengetreten. Diesebe Seite des Cabinets, welche den Abmarsch preußischen Militärs verlangte, hatte es nicht sowohl auf den durch solche Maßregel sicherlich in nächste Aussicht gebrachten Kampf, als auf die „moralische Wirkung“ des Auftretens selbst abgesehen. Das mußte bedenklich erscheinen, auch diese Angelegenheit des enormen Kostenpunkts, der für eine parthielose und den Einbruch auf das Heer wollen, wenn etwa 200,000 Mann Landwehren zu einer Demonstration aufgeboten werden sollten, um vielleicht in 8 Tagen wieder entlassen zu werden. Dem Kriege selbst, wo er durch Preußens Recht, seine Ehre und sein Interesse geboten ist, waren Herr von Manteuffel und die ihm gleichgesinnten Collegen niemals abgeneigt, wie sie dem überhaupt den phantastischen Plänen gegenüber der Politik das Wort redeten, welche das ganz ist, was sie sein will, und auch durch die That bewährt, was sie zu thun entschlossen ist. Das ist auch noch heute, wie wir überzeugt sind, die Gesinnung des Ministeriums, und gewiß wird weniger als je der Krieg gescheuet, und wird weniger wie je Anstand genommen werden, ihn zu beginnen: wenn Unterdrückungsgelüsten und fremden Anmaßungen gegenüber die Wahrung der Rechte und der Macht Preußens es fordert. Was aber die Demonstrationen der conservativen Partei betrifft, so kennen wir hier nur wiederholen, was wir so vielen Erscheinungen des Deputationswesens gegenüber schon mehrmals aussprechen mußten; daß solche Cundgebungen in allgemeine politische Angelegenheiten nur Verwirrung erzeugen und nicht zum Segen der vaterländischen Politik gereichen können. (N. Pr. Z.)

Berlin, 5. Nov. Die Demissionsgesuche der HH. Minister v. Ladenberg und v. d. Heydt sind von des Königs Majestät nicht angenommen worden. Dr. v. Ladenberg hat sich in dem gestrigen ersten Ministerrathe übergangen lassen, daß er, genau auf seiner in der Kammer Sonnabends gegebenen Ansicht gezeuy, dennoch im November-Ministerium verbleiben könne. Daß Hr. v. d. Heydt weiter auf seine Entlassung dringen werde, steht nicht zu erwarten.

— Auch der Kriegsminister, Hr. v. Stockhausen, Excellenz, hat bei Entlassungsgesuch eingereicht, natürlich nicht in Folge der Beschlüsse vom Sonnabend, sondern aus besondern persönlichen Gründen.

— Wenngleich heute aus Fulda berichtet wird, daß die preußischen und bayerischen Truppen in dortiger Gegend sich ganz nahe gegenüberstehen, so scheint man hier noch nicht zu hoffen eine Veranlassung zum Kriege geben wird. Krieg oder Frieden hangt allein von der Antwort aus Wien auf die letzte Note der diesseitigen Regierung ab. Die „Politik des Vertrauens“ hat keine längere Dauer, als die diese Antwort eingetroffen sein wird. Wartet Oesterreich die preußischen Bewilligungen, den Frieden zu bewahren, nicht nach ihrem wahren Werthe, so wird das gegenwärtige Ministerium eine Mobilmachung der gesammten Armee in dem Sinne beantragen, in welchem sich die Majorität des Ministeriums in der Sonnabendsitzung ausgesprochen hat, d. h. nicht des Demonstrirens willen. (N. Pr. Z.)

Schweiz.

Bern, 5. Nov. Der Gesetzentwurf über die gemischten Ehen veranlaßt in der katholischen Kirche im gegenwärtigen Augenblick bemerkenswerthe Bewegung. Außer der Zustimmung des Bischofs von Sokothurn wurde in der heutigen Sitzung des Nationalraths auch eine Verwahrung des Bischofs von St. Gallen mitgetheilt mit an die betreffende Commission gewiesen. Eine Vorstellung des Bischofs Marilley in der gleichen Angelegenheit wurde entgegen der Ansicht des Praesidenten und mehrerer Nationalräthe, welche auch diese Zuschrift der Commission überweisen wollten, einfach ad acta gelegt. Die große Mehrheit des Nationalraths ging nemlich von der Ansicht aus, daß Marilley nicht mehr Bischof von Lausanne sei, und in dieser Eigenschaft sich nicht an den Nationalrath wenden könne. Eine Petition aus Freiburg verlangt Intervention des Bundes in diesen unglücklichen Kanton; wegen ihrer ungezemenden Ausdrucke wird sie aber auf acta gelegt. Der Ständerath begann die Verhandlung über die eidgenössische Staatsrechnung des Jahres 1849. (Z. D.-J.)

Niederlande.

Der „Indyendance Belge“ wird aus dem Haag geschrieben: „Das (bereits erwähnte) Votum der Luxemburgischen Kammer in Bezug auf die Abfendung eines Vertreters beim Bundestage zu Frankfurt hat hier in den ministeriellen Regionen einen großen Aufsehen gemacht. Der Minister des Auswärtigen hat über diesen Gegenstand eine lange Conferenz mit dem Könige gehalten, der nicht umhingehen zu wollen schient. Da er Hrn. v. Scherff sein volles Vertrauen schenkt, so will er ihn nicht erfassen lassen, und zwar um so weniger, da es jetzt den Schein trüge, als ob die Kammer ihn dazu gezwungen hätte. Ein Zurückziehen ist unvermeidlich, wenn die Kammer auf ihrem Wunsche besteht, da man vom Könige sein Angestandniß zu gewärtigen hat. Wie verlautet, ist bereits durch Courier an den Prinzen Heinrich die Weisung ergangen, den Luxemburgischen Staaten 'mitzutheilen, daß der König darauf einen Grund zu erkennen vermöge, den jetzigen Gesandten in Frankfurt sein Vertrauen zu entziehen und der Kammer unter Hinweisung auf den Artikel der Verfassung, welcher vom Könige die Ernennung seiner Vertreter bei den fremden Machten ohne irgend welche Controle anheimstellt, das Bedauern St. Majestät darüber auszudrücken, daß sie einen Beschluß der Krone angreifen zu müssen geglaubt habe.“

Neuestes.

Aus der Pfalz, 5. Nov. Sämmtliche Rheinübergange gegen Baden sind dem Vernehmen nach von bayerischen Truppen besetzt worden (Pf. Z.)

Freiburg. Hr. Althaastrath Thorin ist den 31. Okt. wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Der Staatsrath hat überhaupt, vor definitiver Ausnahme der Hochverrathsprocedur durch den Untersuchungsrichter alle jene Verhaftete provisorisch entlassen, welche gegen Leistung einer hohen Schuldhaftrieit nicht besonders groß erschient. Die Zahl dieser provisorisch Entlassenen steigt auf 60.

Ein Heilbronner Blatt erzählt: Als Fürst Feli zum Thore des Absrgs hereingefahren sei, habe ihn der bejammertes Hoch auf den Fürsten der Demokratie ihn aus den benachbarten Fenstern empfangen. Es scheint, daß alle die Reaktion selbst unter diesen politischen Gesangenen sich eingeschlichen hat, indem sie einen Fürsten unter sich anerkennen. Dominos ist der Rest Jahr jedenfalls, und wurde ganz anders lauten, wenn sie den demokratischen Fürsten hätten ihren.

Wiesbaden, 6. Nov. Die „Freie Z.“ sagt: „Es wird allgemein mit Bestimmtheit behauptet,

Digitized by Google

daß die Beschickung des Bundestags in einem bereits vorgefaßten stattgehabten Ministerrath beschlossen worden sei.

Aus Memmingen wird berichtet, daß dort am 3. und 4. Nov. die erste Einquartirung von öster. Reitern war.

*Die „Deutsche Zeitung" Nr. 310 bespricht in einer Correspondenz aus Berlin vom 3. Nov. die jetzige Stellung Preußens, und zeigt deutlich, in welcher Rasereo dir Gothaer Partei sich befindet; der Wortlaut ist folgender: In Gift möchte ich die Feder tauchen, da sie Zeugniß ewiger Schande abtegen soll, in das blutsüße Gift, daß der Leser es nicht weiter verbrechen dürfte, was ein beklagenswerther Berichterstatter von Preußens Erniedrigung melden muß. Man hat das Vaterland geopfert, ohne Schwertstreich Preußen den Feinden unter dir Füße gewerfen, — v, daß die Heldenkänge aus ihren Gräbern aufstanden und sich tosgagen von einem Geschlechte, dem der Name eine Luß geworden, für welchen die Väter gestritten, geblutet und gestorben! Dahin hat man uns gebracht, daß sich alle Begriffe von Recht und Ehre zum Knäuel verwieren, daß Niemand mehr weiß, wo Freund oder Feind, seitdem die Furcht regiert und der Polizeistock politischer Babnen anzuweisen will. Ich eite zur Sache und aber diese hinzukommen. Sie hören, was geschehen, nur aber das Wie? denke ich Ihnen auf beser Quelle Aufschlüsse ertheilen zu können. Hr. v. Radowitz war durch die zwingende Gewalt jenes Polizeiblicks dahin gedrängt worden, vor etwa 14 Tagen dem Wiener Cabinet die Conexsion zu machen: man stehe für den Augenblick davon ab, die Misterherfühung als anerkannt anzuerkennen. Oesterreich, durch solche Nachgiebigkeit zur äußersten Anmaßung angestachelt, stellte darauf ein dreifaches Verlangen an Preußen. Zurs Erste solle der Verfassung vom 26. Mai definitiv entsagt werden, was gleichbedeutend mit Entsernung aller Verbündeten und mit Verlust jeglicher Sympathie in Deutschland war. Zum Zweiten hatte sich Preußen in der kurhessischen Sache den Beschluß en der sogenannten Bundesversammlung in Frankfuet zu fügen und für deren Ausführung seine Truppen gemeinschaftlich mit denjenigen Oesterreichs und Baierns im Kurstaate einschreiten zu lassen. Drittens sollte Preußen dazu mitwirken, die Statthalterschaft in Holstein in Folge des vom sogenannten Bundestag erlassenen Inhibitoriums mit gewaffneter Hand zu zwingen. Entschrenderes, als diese Forderungen, konnte Nichts geacht werden. Es handelte sich jetzt um deren Annahme oder Verwerfung. Hr. v. Radowitz nannte die Anträge einen Schimpf ohne Gleichen und widerlegte sich selbst mit allen Kraft tiefster Entrüstung, indem er eine Haltung Oesterreich gegenuber verlangte, wie sie, auch bei Unterstützung und Bestellung der Anfunens durch Rußland, Preußens Ehre gebiete. Die Mobilmachung der gesammten preuß Armee sollte als entsprechende Antwort auf solch schmachvolles Verlangen dienen, um gleichzeitig die Mittel zur Hand zu haben, der diplomatischen Abwehr den etwa erfoderlichen militärischen Nachdruck zu geben. Das paru bellum. si vis pacem galt hier sicher für geboten, handelte es sich doch nicht mehr um Spiegelfechterei! Die preußischen Ehre angemessene Zuversicht weisung jener Forderungen unterstützten Hr. v. Ladenberg und Hr. v. Bodelschwingh. Hr. v. Manteuffel dagegen erklärte, daß er auf alle Anträge ohne Ausnahme eingehen werde, um nur zur Verständigung mit Rußland und Oesterreich zu gelangen, da ihm diese um keinen Preis zu theuer sei. Ihm stimmten Graf Brandenburg, den die Wucht moskowitischer Drohung niedergedrückt zu haben schien, v. Stockhausen bei, während der König seiner schon seine Stimme der sich herausstellenden Mehrheit unterworfen wollte. Die Majorität entschied endlich gegen Hrn. v. Radowitz und Hrn. v. Ladenberg. Die Folge davon war ihre Entlassung und Preußens Sturz in den tiefsten Abgrund einer von allen Parteien mit dem Schrei des Entsetzens erkannten, nur von den sozialen Demokraten mit ihren gefinnungsstarken Antworden nicht empfundenen Schmach.

Luzern. Der prachtvolle Kirchenschatz von St. Urban ist nach dem Luzerner-Boten um 60,000 Fr. an einen Israeliten aus Frankfurt und einen Pariser Silberhändler verkauft worden.

Mailänder Briefe vom 2. Nov. melden, daß der Fechtmarschall Graf Radetzky zum Ehef der deutschen Bundeswarme und Graf Giulai zum Nachfolger ersehen ernannt worden sei.

Turin, 30. Dtbr. Laut Correspondenz des „Communie italiene" hatte der Papst den König, die Minister und die bei den Siegerschaften Gesiegen betheiligten Parlamentsmitglieder exkommunizirt. Die neuesten Turiner Blatter schweigen noch zu dem Ereignis. Hr. Barrot ist, nachdem er dem Minisserpräsidenten d'Azeglio eine scharfe Note der französischen Regierung übergeben, nach Paris abgereist. Dem Vernehmen nach will der Unterrichtsminister Boncompagni, der soll durch Herrn Gioja oder den Marquis Alfieric ersetzt werden.

In Californien ist durch das Fallissement mehrerer großer Banquier- und Handelshäuser eine finanzielle Krisis veranlaßt. In San Francisco werden die abgebrannten Stadttheile wieder aufgebaut, zum Theil schöne dreistockige Häuser. — Auch an den Flüssen Klamath und Umpqua hat man reiche Minen entdeckt. — In den Vereinigten Staaten dauert die Aufregung über die Sklaven-Bill noch immer fort. Die Blatter sind mit Berichten von Procedturen gegen flüchtige Sklaven gefullt. — Aus Porte-au-Prince auf Hayti wird gemeldet, daß wahrscheinlich ein Vertragsentwurf zwischen den Vereinten und Domingenern nächstens abgeschlossen werden soll, marschirt die kgl. preuß. Infanterie hier ab. Eine Executionsarmee, von 25,000 Mann k. k. österr. Truppen mit 60 Geschützen, soll angeblich durch Sachsen nach Holstein marschiren. Die Statthalterschaft werde, sagt man, nur der Gewalt nachgeben.

2) Berlin, 6. Nov. Graf Brandenburg ist gestorben.

3) Berlin, 6. Nov. Nach der „Deutschen Reform" wurde in der heutigen Berathung des Musterlumes, bei welcher Se. Maj. der König den Vorsitz führte, die Mobilmachung des gesammten Heeres, mit Einschluß der Landwehr beschlossen. (Z. D.-J.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Gold- und Silber-Sorten.

	fl.	kr.
Neue Louisd'or	11	5
Friedrichsd'or	9	51½
Dukaten	5	36
20 Franks Stücke	9	27
Holländische 10 fl. Stücke	9	47½
Preußische Thaler	1	45
5 Franck Thaler	2	21

Bekanntmachungen.

Eichenstamm- Nutz- u. Brennholz-Versteigerung im Spessart.

Das unterfertigte Forstamt versteigert
Mittwoch den 20. d. Mts.
Vormittags 10 Uhr
anfangend im Gasthause zur Rose dahier.

I. Aus dem Revire Lohrerhraft Abtheilungen Kohlbrede, Lichtenauerweg u. Pomig: 50 Eichen- Commerzial- u. starke Nutzholzstämme auf dem Stock;

in den Abtheilungen Kuezegrund und Mathesbütteneier:

50 Eichenabschnitte zu Commerzial-, Bau- und Nutzholz geeignet,
3½ Klftr. schuhiges Eichen-Stahlmüsselholz
2 „ „ „ Musselholz 1. Klasse
2 „ „ „ 2. „
75 „ Brennholz bestehend in Buchenkworz, Pengel- und Asholz, Eichenkworz-Scheit 2e und 3r Klasse und Asholz.

II. Aus dem Reviere Lohr Abtheilungen Bildereotschener, Herrnbrunnsrain, Hernbrunn und Kuchengraben:

44 Eichenbau- und Nutzholzabschnitte,
1³⁄₄ Klftr. schuhiges Eichenmüsselholz 1. Klasse
1 „ 3 „ „ 2. „
31 „ Brennholz, bestehend in Eichenkworz-Scheit 2r und 3r Klasse und Asholz.

III. Aus dem Reviere Frammeesbach in den Abtheilungen Fürstenweg, Bollerweg und Hartmannsrain:

67 Eichen-, Bau- und Nutzholzabschnitte
6½ Klftr. Eichenmüsselholz 2r Klasse und
10 „ Eichenkworzholz.

Das Eichenstamm- und Musselholz, sowie das Buchenprugel- und Buchen- und Eichenkworzholz wird in freier Konkurrenz, das übrige Brennholz hingegen für den Lokalbedarf mit Ausschluß der Handler versteigert.

Die Eichen auf dem Stocke kommen sammt dem Astholze zur Versteigerung.

Sammtliches Materiale ist numerirt, dasselbe kann daher täglich eingesehen werden und die betreffenden k. Revierförster sind angewiesen, solches den Strichhustigen auf Verlangen vorzeigen zu lassen.

Lohr, den 5. November 1850.

Königliches Forstamt.
Carben.

Bekanntmachung.

Die zum Nachlaß der verlebten ledigen Margaretha Jung von Aschaffenburg gehörigen Effekten als Betten, Leibwäsche und Kleidungsstücke werden

Montag, den 11. Nov. l. Js.
Nachmittags 2 Uhr

im diesgerichtl. Sekretariat dem öffentlichen Verkauf ausgesetzt.

Steigbhustigr erhalten hiervon Nachricht.

Würzburg, den 31. Okt. 1850.

Kgl. Kreis- und Stadtgericht.
Seuffert.

Heusinger.

In der Paul Halm'schen Buchhandlung (an der Universität) ist eingetroffen und für 12 Kreuzer zu haben:

Kalender für Zeit und Ewigkeit

für 1851.

Einsiedler-Kalender

für 1851.

Theater-Anzeige.

Samstag den 9. Nov. 1850.
Zum Erstenmale:
mit erhöhten Eingangspreisen
Der Prophet.
Große Oper in 5 Akten von Meyerbeer.
Mit neuen Dekorationen, neuer Garderobe, Ballet und Schlittschuhlaufen.

Preise der Plätze:
1. m. 45 kr., Sperrsitz u. zweiter Rang 1 fl. 12 kr., Parterre 48 kr., Amphitheater 30 kr., Gallerie 18 kr.

Der außergewöhnliche Kostenaufwand, welche diese Oper erfordert, macht es unmöglich, sie zu den gewöhnlichen Preisen oder im Abonnement zu geben.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schraffeck 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 269. Würzburg, Samstag den 9. November. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 7. Nov. Die kathol. Pfarrei Arnstein, Dpgs. gleichen Namens, mit einem fassionsmäßigen Reinertrag von 1244 fl. 6 kr. 5 hl, ist in Erledigung gekommen.

Die Stimmung im Volke.

Nachdem die traurigen Erfahrungen aus den beiden letzten Jahren dem deutschen Volke die große Politik entlockt haben und seine maßlosen Erwartungen und Träume bitter enttäuscht worden sind, beschäftigen vor der Hand nur noch zwei politische Ereignisse die Gemüther Aller, — der Krieg in Schleswig-Holstein und der kurhessische Verfassungsstreit. Der erstere wird als ein Vermächtniß der deutschen Nationalversammlung betrachtet, als der letzte Anklassirer von Bestrebungen, an welchen sich der alte Satz bewahrheitete, daß wer zu viel beansprucht, am Ende auch das Mögliche nicht erreicht; der letztere wird als ein Streit der konstitutionellen Monarchie gegen den Absolutismus und die hereinbrechende Reaktion dargestellt; sie bedem Herzogthümer im Norden und Kurhessen genießen eine Popularität in der Volksstimmung, welche, wenn das Recht mit ihr Hand in Hand ginge, eine gewaltige Macht und ein sicherer Grund der Hoffnung als alle Geldunterstützungen wären, welche man mit Wochensammlungen, Lotterien, Concerten und Festen mühsam aufzubringen sucht. Allein in beiden Punkten hat man die Frage des Rechtes viel zu wenig beobachtet, und wir werden dem deutschen Volke der letzten Jahre kein Unrecht thun, wenn wir der Masse desselben den Rechtssinn geradezu absprechen. Das deutsche Volk hat in dieser Zeit nicht zuerst gefragt, was Rechtens, sondern was nützlich und frumvoll sei: ob diese Bestrebungen seinen Nutzen und seine Ehre mehr gefordert als gefährdet haben, darüber wird jetzt wohl kein Streit mehr sein können! — In Zeiten, wie diejenigen, in welchen wir leben, gibt es leider keine öffentliche Meinung; die unerhörtesten Begriffsverwirrungen und Rechtsverdrehungen machen sich kund; die rechtlichen Leute werden nicht gehört oder schweigen, weil jeder Thor, den man in ruhigen, regelmäßigen Zeiten übersieht, und den die Volksmeinung frei zum Tagesbelen erhoben hat, ihnen mit Geschrei über Reaktion den Mund auf den Hals legen kann. In den Clubs und Vereinen reißt Einer den Andern fort, und die Mehrzahl sagt sich vielleicht im Stillen, daß man unklug und unrechtlich handle, daß man aber sich nicht ausschließen, daß man nicht anders könne. Wettifern vollends eine blasröthe und eine blutrothe Partei mit einander um den Siegespreis der Volksgunst, so werden sie sich in den Demonstrationen gegen die Partei der Ordnung und des Rechts überbieten, sich in Uebertreibungen und Ueberforderungen steigern, und die öffentliche Stimmung wird im Ausstreich an den Meisten Verstehenden, im Abstreich, weil an den am Wenigsten Haltenden verlauft! In solcher Zeit, wo der Unverstand wie eine tyrannische herrschende Mode mitgemacht wird, wo ein viel gepäffigeres Denunciir- und Anschwärzungssystem in Bewegung gesetzt wird, und alle Freiheit viel gründlicher gelähmt ist, als es zu der Zeit unserer sogenannten Bedrückung — zu solcher Zeit gibt es keine öffentliche Meinung, sondern nur einen blinden Zug durch die Massen, dem Alles wie im Taumel folgt, eine unbewußte dämonische Macht, welche die Geister berauscht und in die Irre treibt, und der Spruch, daß Volksstimme Gottesstimme sei, läßt sich nicht anders, denn mit bitterer Ironie auffassen. — Es ist wahr, die letzten Monate haben und viele und haargenaue Beweise von der Wandelbarkeit und Bestechlichkeit der menschlichen Dinge an die Hand gegeben; das Volk ist in der größeren Mehrzahl zu ruhigerer Ueberlegung und rechtlicherem Sinne zurückgekehrt, und es fangt an, über die Verwirrungen, zu welchen es sich im Unverstande fortreißen ließ, niedergeschlagen und gedemüthigt zu sein. Das souverane Volk war zu souverän, um sich länger von einer Kamarilla von Volksschmeichlern und Volkstyrannen mit verbundenen Augen hetzen und als Spielball der Leidenschaft und Ehrsucht einiger Wenigen mißbrauchen zu lassen. Der verwüstige Volkswille bezeugte wenigstens so viel Vernunft, daß er seinen fünf Sinnen traute und die Schmarotzerpflanzen, welche sich am kräftigen Stamme des Volkes hinaufwanden, erkannten. Das politisch reife und schon in der Wiege staatsmännisch dreinsehende Volk wurde nach manchen bittern und kostspielgen Enttäuschungen seine Unfähigkeit und Befähigtheit in politischen Dingen zwar; die Einen erkannten die Unbankbarkeit, mit welcher sie ein in so langenen Jahren erworbenes und gerechtfertigtes Vertrauen zu der Regierung fallen gelassen hatten; die Anderen wurden gegen die vermeintlichen Volksmänner zum Mindesten ebenso mißtrauisch, als gegen die Regierung. — Auch in anderen Schichten der Gesellschaft hatte trotz aller Rechtshaberei und eigensinnigen Thorheiten sich Stimmung sichtlich umgeschlagen: sie schmachteten nach Ruhe und forderten Schutz gegen die anarchische Partei von der Regierung, die sie bisher nicht hatten zu Kräften kommen lassen wollen; statt Lärm zu provociren und aller Reaktion zu lamentiren, wollen sie Ordnung und verlangen nach einem festeren Zustande; sie hatten seiner Zeit mitgehosten, durch überspannte Forderungen diesen Zustand der Unwissenheit und des Mangels an öffentlichem Vertrauen anzubahnen und zu unterstützen; sie hatten in den Geschrei über Verrath geschimpft, wenn die Regierung bei mit umgangen schien, das Auswärtige, was von den Volksherren ausfotropirt worden war, abzuschneiden und hinzuzufügen, was nicht schien durfte, aber sie waren auch bitter enttauscht in ihren Hoffnungen zum Volk, das sie zu erfüllt von übertriebenen Forderungen, bei will gegen das Zoll- und Leistungs- und Ausfuhrverzeichnungen und Willen, zu schwach in Erlöhtheserregung und Mäßigung wie Erfahrung erkannt hatten. Aus der Mittelpartei hat sich die Partei der politisch Blasirten herausgebildet, welche den Weltschmerz über die Gegenwart im Bergen, zwischen zwei Feuern stehend, in politischer Kritik und rechts und links anschlagen und in interessellosen Besserwissen sich verzehren. Der alte Liberalismus hat es selbst eingesehen, daß er in Volksgunst auf den Oppositionsbänken bessere Geschäfte gemacht hat als in den Märzlagen, welche ihn zu der Regierung erhoben. — Bei dieser Stimmung im Volke ist es nicht zu verwundern, wenn die Angelegenheiten Kurhessens und der beiden Herzogthümer den Wühlern einen willkommenen Stoff bieten, das erschlaffte Volksbewußtsein wieder aufzustacheln und neues Mißtrauen gegen die Regierung anzufachen. Es ist keine Frage, daß unser Streitpunkte in ganz modernem Sinn ausgebeutet und damit ganz andere Zwecke verfolgt werden, als sie vorliegen, welche man zur Schau trägt; aber ebenso wenig läßt sich erkennen, daß viele ältere Kräfte in diesen beiden Fragen sich in Unmuth und Aerger verzehren, und der Regierung entfremdet werden, und daß es deswegen überaus wünschenswerth wäre, wenn die obschwebenden Fragen sich möglichst bald in eine vollendete Thatsache auflösen. In dem Streit in Schleswig-Holstein wird die deutsche Ehre verpfändet; der Flach der deutschen Revolution lastet auf diesem Kriege, und die Ehre wird durch eine Revolution nie geretlet, aber immer auf das Spiel gesetzt! In Kurhessen wird auf beiden Seiten schwer gesehlt; auch das gute Recht der Regierung ist durch verfehlte Maßregeln zu seiner Wahrung verstellt worden; persönliche Abneigungen und Verdächtigungen, welche grossentheils gestissentlich hervorgerufen wurden, haben die Frage des Rechts verwickelter gemacht; mit jedem Tage wird der jetzige Zustand ein unleidlicherer, — es bedarf eines Machtspruchs von dem rechtlich und thatsachlich fortbestehenden Centralorgan Deutschlands; ihm voran muß ein Richterspruch gehen von derselben Behörde gefällt; aber dieser Richterspruch spreche nach oben wie nach unten das „Schuldig" aus, wo eine Schuld ist, nur auf diese Weise wird sich mit dem zweischneidigen Schwerte der Knoten lösen und das Rechtsbewußtsein im Volke gestärkt und befriedigt werden! (W. St.)

Deutschland.

München, 6. Nov. Das neueste Regierungsblatt (Nro. 53) enthält eine Bekanntmachung aus dem Staatsministerium des Cultus und der Finanzen, der zufolge der Forstschule zu Aschaffenburg von nun an die Benennung: „Forstlehranstalt zu des Königreich Bayern" angenommen hat, und für die Aufnahme in dieselbe die Aufforderungen in mehreren Punkten gegenüber den früheren gesetzlichen Bedingungen erhöht werden. — An alle Commandobehörden des Heeres ist, wie ich vernehme, ein Kriegsministerialrescript ergangen, durch das genau bestimmt wird, welche Abtheilungen der Regimenter Jäger-Bataillone u. s. w. bei dem Ausmarsch der letzteren in den Garnisonsorden als sogenannte „Depots", zu verbleiben haben. Diese Depots, nunmehr auf je ein die zwei Compagnien festgesetzt, haben den Zweck die neuzugehenden Mannschaften zu exerciren und für Nachschaffungen an Materiel aller Art Sorge zu tragen, damit erforderlichen Falles der verlangte Ersatz den betreffenden Heeresabtheilungen sofort nachgesendet werden könne. — Mit dieser Bestimmtheit erzählt man sich heute, daß eine

Zurückberufung der sämmtlichen Bayern, die in Schleswig-Holstein in der Armee dienen, verfügen wird. — Der k. bayer. Gesandte am russischen Hofe, Graf Bray, ist nach Petersburg abgereist.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 6. Nov. Die „Neue Hessische Zeitung“ veröffentlicht in Folgendem die Erklärung des diesbezüglichen landständischen Ausschusses, in Betreff der landesherrlichen Verabschiedung d. d. Wilhelmsbad den 28. Okt. 1850: Eine von den Ministern der Kurfürsten contrasignirte Verkündigung gibt offenes Zeugniß, daß es das kurhessische Volk nie an Beweisen der Treue gegen den Monarchen habe fehlen lassen. Dennoch eröffnet die nämliche Verkündigung, daß österreichische und bayerische Truppen als Bundesexecution einrücken, um die Vollziehung der erlassenen Septemberverordnungen zu sichern, und den für das Land verhängten Kriegszustand aufrecht zu halten. Damit haben die Minister die Landesherrliche Gewalt in fremder Macht übertragen. Sie lassen das Heft der Regierung aus den Kurfürsten Händen an den Commissär einer Versammlung von Regierungsbevollmächtigten übergehen, die sich den Namen der deutschen Bundesversammlung zueignet. Schon ist den Landes-Besetzung auch unsere Truppen in nächste Folge gewesen. Bereits ist diese Erklärung vom 25. Sept. d. J. haben wir, mit der letzten Ständeversammlung übereinstimmend, gezeigt, daß die früher bestandene Bundesversammlung auf rechtsgiltige, von der Landesregierung als solche anerkannte Weise erloschen und durch kein Gesetz, durch keinen souveränen Act Kurhessen verbindlichen Art wiederhergestellt sei. Deßhalb ist von uns damals schon jede Einmischung der zu Frankfurt gebildeten Versammlung in die Angelegenheiten Kurhessens als ein Attentat gegen die Sicherheit und Unabhängigkeit dieses Staates dargestellt und der Schutz des Völkerrechts dagegen angerufen. Kraft unserer Pflicht, als landständische Vertreter des Landes, müssen wir nunmehr die auf Befehl der Frankfurter Versammlung erfolgte militärische Besetzung als einen ungerechten und ungerechtfertigten Angriff bezeichnen. Wir legen die feste Zuversicht, daß selbst hiefern zugeneigter sehen werden, daß sie sich dadurch geschworenen Treue stets bewußt sich bleiben werde. Niemand wird sich irren in der Voraussetzung lassen, daß der Anruf fremder Hilfe nöthig geworden sei, um die gesetzmäßige Ordnung wiederherzustellen, die von Seiten des Volks niemals gestört worden ist. Es hat kein Staatsgenosse wider Gesetz und Obrigkeit sich aufgelehnt; die Staatsdiener jedes Standes, treu dem Eide, den sie auf Verfassung und Landesherrn geschworen, leisteten, eingedenk der in dieser liegenden Vorschrift, daß keine Dienstanweisung etwas enthalten darf, was den Gesetzen zuwider ist, haben in ihrem Verhalten sich streng an Gesetz und Verfassung gebunden; wo einer etwa hiergegen fehlte, wurden die Gerichte thätig und haben, wie in der Verfassung gebietet, ohne jede fremde Einwirkung nach den bestehenden Rechten und den verfassungsmäßigen Gesetzen entschieden. Das ganze Volk steht fest und stolz an dem Banner der Verfassung in der allein der Regenten Macht und Ansehen wurzelt. Gegen solche Gesinnungen mit Waffengewalt zu setze zu ziehen, das kann nicht Deutschlands Wille sein. Kassel, den 5. Nov. 1850. Der bleibende landständische Ausschuß. Schwarzenberg. Henkel. Gräfe. Kellner.

Kassel, 6. Nov. Durch allerhöchste Ordre haben nun folgende Offiziere der kurhessischen Armee ihren Abschied erhalten: Hr. Gen.-Major v. Ueff, Hr. Oberstlieutenant v. Bardeleben (vom 1. Husarenregiment), Hr. Oberstlieutenant v. Ochs (vom 2. Husarenregiment), Hr. Oberstlieutenant Göbcke (vom 2, Husarenregiment), Hr. Oberstlieutenant Bobicker (vom 2. Huf.-Reg.), Hr. Major Reckeins (v. Reg. Kurfürst), Hr. Major Rainer (v. Reg. Kurfürst), Hr. Hauptmann Brunecke (vom Reg. Kurfürst), Hr. Hauptm. v. Ulsar (v. Reg. Kurfürst), Hr. Hauptmann Wöckel (v. 2. Huf.-Reg.), Hr. Hauptm. Hanstein (vom 2. Jäger-Bat.), Hr. Rittm. v. Baumbach (v. 2. Huf.-Reg.), Hr. Hauptm. Krapp (v. Reg. Kurf.), Hr. Hauptm. Bode (v. Reg. Kurf.), Hr. Hauptm. Beß (vom Reg. Kurf.), Hr. Rittm. v. Buttlar (v. 2. Huf.-Reg.), Hr. Rittm. Ernst (v. 1. Huf.-Reg.), Hr. Hauptm. v. Berlepsch (v. 1. Huf.-Reg.). Oberstlieutenant Stehle von der Artillerie-Brigade.

Fulda, 6. Nov. Heute Morgen unternahm ich einen Ausflug nach der „bayerischen“ Vorpostenkette hin, um mich mit eigenen Augen vom Stande der Dinge zu überzeugen. Ich war etwa 1¼ Stunde weit gekommen, als ich im Walde einen scharfen Pfiff hinter mir vernahm und beim Umblicken zu meinem großen Erstaunen einen preußischen Husaren gewahrte, der mich einrief, jedoch nach kurzem Examen wieder passiren ließ mit der Bitte, wenn ich Bayern oder Oesterreichern begegne, dieses zu verschweigen, daß ich so weit hin Preußen getroffen habe. Während des Gespräches blickte er beständig scharf gegen die Lichtung des an einem Abhange sich hinziehenden Waldes und unterbrach sich plötzlich mit der Frage, ob ich erkennen könne, ob die Zigeuner, die man in der Ferne aufsuchen sah, Bayern oder Oesterreicher, Reiter oder Fußvolk seien? „Es sind Reiter“, fügte er jedoch sofort hinzu, „ich sehe es eben an einer Schwenkung.“ Der Mannritt bis an die Lichtung vor, sah dann ab, stemmte eine Ansdohe seitwärts verkehrt hinan und stellte sich auf. Im bayerischen Lager erfuhr ich, daß Fürst Taxis dem General v. d. Groben eine peremptorische, heute Mittag 12 Uhr ablaufende Frist gesetzt habe, die wohin er sich erklären möge, ob er den bayrisch-österreichischen Truppen den Marsch durch Fulda gestatten wolle oder nicht. Um 10 Uhr war noch keine Antwort zurück; die preußischen Vorposten, — welche, so wie die der Bundestruppen strengsten Befehl haben, nicht zu feuern — fingen bereits am Morgen an, den österreichischen Jägern das bisher eingenommene Terrain zu überlassen. Um 11 Uhr begannen die Bundestruppen ihre Vorposten einzuziehen und sich gegen die Stadt in Bewegung zu setzen, die von den den Preußen einsetzen, mit einiger Freilassung der Chausseen, verbarrikadirt ist (auch Tranchen und Verhaue sind angebracht), während zugleich kein Zuhrwerk, kein Pferd zur Stadt hinausgelassen wird. Die Bayern und Oesterreicher, die bei dem schlechtesten Wetter forcirte Märsche zu machen hatten und jetzt seit vielen Nächten im Freien kampiren, wollen den Preußen die bezeichneten Quartiere in der Stadt linie haben, sind kaum mehr zu halten und breite muß sich unsere Lage entschieden. Von unsern Thürmen aus hatte man gestern Abend ein schönes Bild: ringsum die weitgedehnten Waghfeuer längst den Hohen, an einzelnen Punkten den Hauptpoften — enger zusammengerückt und meist gerade an den pittoresken Stellen an den Vorsprüngen der Hügel. (K. Z.)

Von der obern Fulda, 7. Nov. Die gegenseitige Stellung der k. preußischen und der Bundestruppen in unserer Gegend ist heute folgende: Erstere halten das Fuldathal bis auf eine Viertelmeile südlich von der Stadt Fulda, nemlich bei zur Fuldabrucke bei dem Dorfe Kohlhaus, die Stadt Fulda, die gegen das Rhongebirg aufsteigenden Höhen bis Flörsenberg und Weltert, ferner von Dronzell, Langenbieber, Dörmbach, Niederbieber, Mittgeis und Langenberg einerseits, wie die gegen den Vogelsberg sich erhebenden Hügel andererseits, mit den Dörfern Ober- und Niedergiesel, Kleinpilgrisreug, Hainzell, Kleinlüder, Malges, Mabertell ꝛc., sodann den Peters- und Frauenberg, die Dörfer Horas, Kämmerzell, Rieseß ꝛc. besetzt. Die Bundestruppen sind zum Theil in der Hauptrichtung von Neuhof bis zur Fulda concentrirt, zum Theil haben sie die Abhänge des Rhongebirgs und die Ortschaften Bilgerzell, Ober- und Unter-Dirlos, Dippertshausen, Diedershausen und Eichenzell auf der Offseite der Fulda, wie auch mehrere Dörfer auf der Westseite besetzen inne.

Hanau, 7. Nov. Heute wurde die Verpflegsstunde rückten in unsere Nähe folgende weitere bayerische Truppen von Aschaffenburg kommend, ins Kurquartiernehmen ein: Drei Bataillone Infanterie vom 4., 6. und 9. Regiment, die ganze 6. Sechspfündner Batterie Dill, und 4. Schwadronen Chevauxlegers vom 1. Regiment. Von letzteren kam jede Eskadron zum Theil von der vorgeschobenen, abgezogenen in hiesige Stadt und wurde bei den Bürgern einquartiert, die übrigen Truppentheile zogen auf der Straße nach Gelnhausen weiter. Sämmtliche Truppen betragen 3500 Mann. (K. Z.)

Neuhof, 6. Nov. Die bayerischen Truppen sind seit heute Morgen, obgleich unsere Vorposten bis auf eine Viertelstunde vor Fulda stehen. Es fallen von Zeit zu Zeit kleine Neibungen vor, welche gewöhnlich eine Alarmirung der preußischen Truppen zur Folge haben, da die Vorposten nur auf 10 Minuten von einander stehen. Wie bahen seit vier Uhr Alarmlonne drinnen, von der Ankunft der in Gilmärschen vorgehenden weitern Verstärkungen wird aber schwerlich vorgerückt werden. Bis jetzt waren die österreichischen Jäger beständig auf Vorposten, mit alleiniger Ausnahme eines Tages. Das Wetter noch immer nicht zum Besten. Von der Bevölkerung wurden wir überaus herzlich empfangen, dagegen hören wir Klagen, daß von unserer Seite den Bauern die Pferde vom Wagen abgespannt worden seien, um die Fourage weiter zu führen. Morgen weiterens soll das Regiment Wellington und noch zwei österreichische Jägerbataillone zu uns stoßen; sie kommen sammt den bayerischen Kürassierregimentern von Brückenau her. (K. Z.)

Neuhof, 7. Nov. Abends. Auch heute sind wir in unserer Stellung verblieben; Fulda ist förmlich verschanzt, alle Brücken und Stege über den Fluß sind von den Preußen abgetragen, die Häuser der Vorstadt Kohlhaus von den Bewohnern verlassen und mit Militär besetzt, die Läden in der ganzen Stadt geschlossen, und beständige Alarme um preußischen Hornruf, auch Scharmützel dort an Artillerie zu mangeln. (K. Z.)

Schlüchtern, 7. Nov. Nachdem die Unterhandlungen zwischen den beiden Generalen, wie sich erwarten ließ, ergebnißlos geblieben und die Truppen einen Tag von den Strapazen der vorigen Tage ausgeruht, brachen sie gestern gegen Fulda zu auf, um sich den Weg, der ihnen keine Hindernisse in den Weg; bei Neuhof jedoch fanden sich ziemlich zahlreiche Abtheilungen der königlich preußischen Truppenkorps. Man machte Halt. Es wurde parlamentirt. Da aber der königlich preußische Befehlshaber erklärte, daß sein Befehl dahin lautete, sich den vorrückenden Bundestruppen nicht zu widersetzen, so gab der Bundesgeneral seinen Leuten sogleich Befehl, sich in Schlachtordnung aufzustellen. Seine Anordnungen wurden mit so schnellem Erfolge vollführt, daß in kürzester Frist ganz Neuhof und Umgegend von den Kanonen der Bundesartillerie beherrscht war. Die preußischen Truppen machten gleichfalls Miene, Widerstand leisten zu wollen. Es war eine lange Weile, in welcher die berittenen Truppen sich kampfbereit gegenüberstanden. Anerkennenswerth war besonders das Verhalten des Bundesgenerals, welcher sich nicht durch seine günstigere Stellung, bei der er alle Chancen hatte, zu einem Angriffe bewegen ließ. Die Sache endete mit dem Rückzuge der Preußen, welcher, wie es scheint, ihrer ungünstigen Stellung eine wendung, dieselbe aufgeboten vorzugehen und gegen Fulda hin rückten. Nicht unwahrscheinlich dürfte es sein, daß die Preußen ihre Stellung bei Neuhof verlassen hatten, um in größeren Massen eine günstigere bei Fulda einzunehmen, worauf die Nachrichten zu schließen erlauben, daß von dieser letzten Truppen gegen Fulda hin dirigirt werden. (K. Z.)

Hanau, 7. Nov. Zufolge einer an hiesige bayerische Offiziere aus dem Hauptquartiere der Bay-

ern bei Fulda auf gelangten Nachricht hätten sich die Preußen dorthin zurückgezogen und Fürst von Thurn und Taxis verpflegte Heute seinen Einzug in Fulda halten wollen. (K. Z.)

Frankfurt, 4. Nov. Der Einmarsch der preußischen Truppen in Kurhessen ist nicht nur im Widerspruche mit der deutschen Bundesverfassung, er widerspricht auch der mit Kurhessen abgeschlossenen Etappenkonvention. Ja, noch mehr, er hatt nicht einmal das Prinzip der freien Umrung, welches die preuß. Staatsregierung an Stelle der Bundesverträge setzen wollte, so daß Preußen durch diese einzige That ein dreifaches Wort bricht, das Wort gegen den deutschen Bund, das Wort gegen Kurhessen und das Wort gegen sich selber. Preußen ist gerade gelangt, überhaupt gar kein Verhältniß und keinen Vertrag, weder aus alter, noch aus neuer Zeit, mehr für kündend zu erachten, sondern einzig und allein von seiner Willkür und seinem augenblicklichen Vortheile sein Verfahren abhängig zu machen. Daß eine solche Auflösung jedes Rechtsverhältnisses und eine solche vollständige Rückkehr zu dem Faustrechte weder von den übrigen deutschen Staaten, noch von den europäischen Mächten geduldet werden kann, liegt auf der Hand. Besonders beachtenswerth ist aber der Umstand, wie sich Preußen eben zuerst in die Lage versetzt sah, seine neuen, mit der deutschen Bundesverfassung unvereinbaren Grundsätze zu brechen. Darin liegt der erste Beweis, daß der Prinzip der freien Union für Preußen ein wenigstens zurzeit ist. Wir wollen ganz ehrlich zugestehen, daß Preußen nicht mögen zusehen kann, wenn diejenigen Strecken, die seine westlichen Theile mit der östlichen Monarchie verbinden, durch fremde, der Union nicht angehörige Truppen bedroht werden. Es liegt in der deutschen Natur, allgemein anerkannt war, waren auch die preuß. Etappenstraßen gesichert, freilich aber durch Preußens Lösung von dem deutschen Bunde auch dieses Rechtsverhältniß gelockert ist, und besitzen die einzelnen Staaten, wie Hannover, Kurhessen u. s. w. jeden Augenblick auch nicht von Preußen aufgestellten Prinzipe der freien Umrung die Verbindung der verschiedenen Theile der preuß. Monarchie gefährden können, seitdem ist Preußens Lage nicht nur in diplomatischer, politischer und rechtlicher Rücksicht, sondern selbst in militärischer Rücksicht ganz unhaltbar geworden. Im diese und eigenem Verschulden erwachsenen Nachtheile zu heben, steht es frei gegeben, die illusorischen Bestimmungen der Separatverträge mit den einzelnen deutschen Staaten ebenfalls zu brechen: so in diesem Augenblicke mit Kurhessen. Und wenn ihm dann nachgegeben und seinem Verlangen, Kurhessen sortwährend besetzt zu halten, nicht willfahrt känft doch die preuß. Argumentation zur Deckung der Etappenstraße hinaus), genügt wärde, so würde gar bald auch Hannover, Darmstadt u. s. w. an die Reihe kommen. „Das eben ist der Fluch der bösen That, daß sie fortzeugend Böses muß gebären." Der ewige Verfassungsbruch Preußens zwingt es ja immer neuen Vertragsbrüchen, weil eben seine Sicherheit auf die Gesammtheit der früheren Verträge begründet war. Es scheint, als wenn die preuß. Staatsmänner sich bis jetzt nicht recht klar bewußt gewesen sind, wie eben Preußen durch den Rechtsstand des deutschen Bundes die allergrößten Vortheile gewonnen hat, wie es nicht mit dem Aufgeben des deutschen Bundes und mit der Emanzipirung der einzelnen deutschen Staaten von ihren Bundespflichten Preußen nothwendiger verloren gehen muß. Man braucht in der That nur die geographische Lage Preußens zu betrachten, um sich zu überzeugen, daß bei einem Bruche Preußens seinen schlimmsten Grundfeind hätte erfinden können, als den der freien Umrung der deutschen Staaten. Wir wollen gerne zugeben, daß der deutsche Bund auch ohne Preußen nicht bestehen kann, aber Preußen, ungerechnet vom deutschen Bunde, ist eine baare Unmöglichkeit. Sobald Preußen sich vom deutschen Bunde losgesagt, hatte es nur noch die Wahl, sich selber aufzulösen, oder sämmtliche bisherige deutsche Bundesstaaten, Oesterreich nicht ausgenommen, sich mit Gewalt einzuverleiben. Es hatte nur noch zwischen seinem eigenen Untergange und zwischen dem Gelingen eines abenteuerlichen Eroberungskrieges zu wählen. Wenn es an diese letztere Chance je ernsthaft gedacht hat, so wird es dieselbe doch jetzt wohl als eine Unmöglichkeit betrachten. Abgesehen von der grenzenlosen Widerrechtlichkeit und Unmoralität, die ein solcher Plan in sich schloß, liegt seine Erfolglosigkeit bei jetziger Sachlage zu offen auf der Hand, als daß noch der bloße Versuch preuß. Staatsmann auf ihn beharren könnte. Zu seiner eigenen Rettung bleibt daher Preußen gar nichts übrig, als möglich schnellst zurückzukehren, bevor ihm dieser Rückzug von seinen Feinden, jetzt mit Recht erbittert, unmöglich gemacht werden wird. Wenn Preußen sich auf diesen festgerechtigten Versuche die Lehre ziehen will, daß der Vertragung der Rechtsvertrage Niemand mehr gesahrdet wird als es selbst, so wurden wir die 18 Millionen, die dieses falsche Experiment gesostet hat, immer noch nicht als zu vergessen betrachten. Wenn theuer erkaufte Erfahrungen, uns nur besseren und uns zur richtigeren Einsicht für die Zukunft bringen, so ist immer noch Gewinn dabei. Aber das Schlimmste ist theures Lehrgeld, ohne daß man etwas lernt. (Z. B.)

Stuttgart, 7. Nov. Der illegitime, sogenannte süddeutsche Ausschuß debattirt nun seit vier ihm gestern betretenen Bahn der Widersetzlichkeit. Er hat sich heute Mittag gegen 12 Uhr in das Standehaus begeben, wo ihm begegnete, was nachstehendes, auf seine Veranlassung aufgenommenes Protokoll erzählt: Als der volle Ausschuß heute zu Abhaltung seiner Sitzungen zu bestimmten Stunden eintrat, wurde derselbe von einem dort befindlichen städtischen Polizeiofizianten eingeladen, sich zu dem im Antwartszimmer befindlichen Polizeikommissär zu begeben. Auf die Erklärung des Präsidenten, daß sich der Polizeikommissär, wenn er etwas von demselben wolle, sich zu ihm zu begeben habe, tritt der städtische Polizeikommissär Schnell in Civilkleidern dem Ausschusse mit der Eröffnung entgegen, der Stadtdirektor habe ihm befohlen, das Zimmer Niemand zu öffnen. Auf die Frage, wie er dazu kommen könne, den Ausschuß an Erfüllung seiner Verrichtungen zu verhindern zu wollen, berief sich derselbe lediglich auf den ihm von dem Stadtdirektor ertheilten Befehl, welchem er nachzukommen habe. Als er zur Erklärung aufgefordert wurde, ob er nicht wisse, daß dieses sein Beginnen verfassungswidrig sei, und ob er nicht vor Annahme dieses Auftrages Gelegenheit gehabt unter Berufung auf die Verfassung protestirt habe, bemerkte er: „daß er den Auftrag einfach angenommen habe, übrigens den Ausschuß bitte, sich an den Stadtdirektor selbst zu wenden." Auf die Aufforderung des Präsidenten, den Stadtdirektor herzurufen, kamen er dem Ausschuß aber diesen Vorgang Zutritt erhielten möge, entfernte sich der Polizeikommissär um den Stadtdirektor zu rufen. Inzwischen wird bemerkt, daß der Polizeikommissär die Herausgabe der Schlüssel, welche diesen Morgen dem Kanzleichen Kanzleidiener Straub abgenommen worden waren, ausdrücklich verweigert, und auf das Verlangen, diesen spezifischen Befehl vorzulegen, erklärt habe, nicht im Besitze eines solchen zu sein. Der Ausschuß begab sich sofort mit einem in der Kanzlei befindlichen Schlüssel in sein Sitzungszimmer, wo nun dieses Protokoll aufgenommen wurde. Unterzeichnet: (Schober. Rödinger. Stockmayer. Schniger. Seeger. Mohl. Fetzer. Pfaff. Tafel. Schmid. Schwenk. Harbt. Reyscher war anfangs nicht anwesend, erschien aber später. Sofort saßte der Ausschuß mehrere Beschlüsse, unter anderem erließ er an die städtischen Behörden eine Aufforderung, es möchten dieselben Maßregeln dagegen ergreifen, daß nicht weder, wie es heute geschehen, der städtische Ausschuß seine Verrichtung störe, noch Polizeiofizianten verhindert werde, sich in seinem Sitzungslokale zu versammeln. Als der Stadtdirektor, auf den der Ausschuß eine Zeit lang wartete, nicht erschien, ging derselbe auseinander.

Wien, 3. Nov. Die Bewegungen unserer Truppen nach Berarberg und Böhmen dauern fort; man sieht sich weniger durch die ansprechende kriegerische Stellung Preußens, als durch die noch immer gefahrdrohenden Zustände Deutschlands überhaupt dazu veranlaßt, welche es leicht, auch wider Willen, in eine für den europäischen Frieden gefährliche Rolle drängen konnten. Dabei ist die Lage Frankreichs in Betrachtung gezogen, wo sich augenscheinlich ein neuer Umschwung der Dinge vorbereitet.

* Berlin, 6. Nov. Nach einer Aufforderung der N. Pr. Z, welche wir unsern Lesern wörtlich folgen lassen, ist deutlich zu ersehen, in welchem glänzenden Zustande sich in diesem Augenblicke die preuß. Finanzen befinden, und daß diese selbst sehr geneigt sein muß, geht hauptsächlich darand hervor, daß diese Zeitung, da der Krieg noch nicht einmal begonnen hat, sich nicht hergegeben haben würde, um eine solche Petition zur Hilfeleistung zu veröffentlichen. Sie lautet: Wie in dem Mittelungsmonat des Jahres 1859, 1864 und 1865 so ist auch eine freiwillige Anleihe zum Platz, um, wie damals gegen den innern, so jetzt gegen den äußern Feind zum Kampfe im Voraus bereit zu stehen. Mit dem freien Erbieten zu solcher Hilfe werden unsere Freunde zugleich den nahe bevorstehenden Kammern den Weg bringen, um sie zur That und zum Kampfe des Vaterlandes zu gehen haben, und werden damit zugleich den sinnlosen Vorwurf abwenden, als sei es unsere Partei, welche den Krieg unter jeder Bedingung vermieden sehen wolle.

Berlin, 6. Nov. Das Demissionsgesuch des Herrn Minister von Stockhausen-Crefeld, ist von des Königs Majestät nicht angenommen worden.

— Der heutige Ministerrath, der zogen 1 Uhr endete, und welchem von halb 12 Uhr bis 12 Uhr Sr. Majestät der König beiwohnte, hat die Mobilmachung der preußischen Armee beschlossen, wie wir heute zuversichtlich folgenden Vorgängen. Als der Hochstkommandirende des in Hessen eingerückten diesseitigen Truppen-Corps, General-Lieutenant Graf von der Groeben, den bayerischen Ober-Befehlshaber, Fürsten von Thurn und Taxis, einlud, gemeinschaftlich eine Demarkationslinie im Kurfürstenthume Hessen zu ziehen, lehnte derselbe dies Ansuchen ab und ließ nicht undeutlich merken, daß er Willens sei, weiter in Hessen vorzugehen, als eine Demarkationslinie dies erlauben würde. In Folge dieser Weigerung des Fürsten von Thurn und Taxis trug der General v. Beyer, Chef des Stabes des Fürsten Thurn an, ob nicht weitere Exekutionsschritte in Hessen zu stiften seien, da Preußen in Wien Erörterungen zu Gunsten des Friedens gemacht habe. Graf Thun schien Anfangs einverstanden mit dieser Ansicht, beharrte sich aber vor, erst den „Bundesbeg" zu befragen, um dieser entschieden ablehnenden auf Antrag Bayerns und Kurhessens dahin, eine Sistirung der Exekutionsschritte im Kurfurstenthum nicht eintreten zu lassen. In Folge dieser Nachricht hat der Mobilmachungsbefehl den obigen Beschluß gefaßt.

— Der Graf v. Bernstorff wird zwar erst morgen hier eintreffen, jedoch soll die Antwort der österreichischen Regierung auf die letzte preußische Note vom Sonntage bereits heute hier eingetroffen sein. Dieselbe soll den hier gehegten Erwartungen nicht entsprechen, sie soll zwar im Uebrigen ziemlich conciliant sein, aber die Forderung enthalten: daß Preußen Kurhessen räumen möge. Wenn dieses auch gut unterrichtet sind, so wird die Regierung Sr. Maj. des Königs jetzt die Sache als dahin gediehen ansehen, wo der Schluß ihrer letzten Note zur Anwendung kommen muß. Dieser Schluß lautet etwa folgendermaßen: Die Regierung erwarte nach diesen Entgegenkommen auch ein Einsehen von Oesterreich; sollte sie sich aber trotzdem in dieser Erwartung getäuscht sehen, so würde sie sich in der

Nothwendigkeit befinden, sich in vollständige Kriegsbereitschaft zu setzen. (N. Pr. Z.)

Berlin, 6. Nov. Dem Vernehmen nach hat Lord Palmerston eine vertrauliche Mittheilung hierher gelangen lassen, in welcher er bedauern soll, daß England wegen der zur Zeit in Preußen geltenden Handelspolitik für den Fall eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich der preußischen Regierung keine andere Unterstützung angedeihen lassen könne, als durch Noten und höchstens durch Kreuzern.

— Frankreich hat hier die Mittheilung machen lassen, daß es für den Fall des Conflictes zwischen Preußen und Oesterreich vorerst sich „zurückhalten“ verhalten werde.

— Hr. v. Radowitz hat sich gestern beurlaubt, und wird, wie wir hören, heute nach Erfurt übersiedeln. (N. Pr. Z.)

Neuestes.

* Würzburg, 9. Nov. Beim Schlusse unseres Blattes geht uns die briefliche Nachricht zu, daß gestern die Preußen die österr. Vorposten vor Fulda angegriffen und denselben vier Mann getödtet haben.

München, 5. Nov. Es wird Ihren Lesern gewiß interessant sein zu erfahren, mit welchen ärztlichen Requisiten und Geräthschaften die so eben in der Bildung begriffenen Sanitätskompagnien für ihren, nach den Erfahrungen in der k. k. österr. Armee so vortheilhaften, Dienst im Felde ausgerüstet werden sollen. In der Zeughausreihung einer jeden der beiden Compagnien gehören nämlich: 1 chirurgisches Instrumenten-Etui, 40 Stück einfache Tragbahren, 20 Krampen und 40 Schaufeln, 8 dreifüßige Feldkessel, 8 Stück Proßsäcken zur Aufnahme der Verwundeten bei der Nacht, 8 Stück Kochrene Laternen, 8 eiserne Kochkessel, 4 eigene Vorrichtungen zur Erleichterung der Verwundeten bei zerschmetterten untern Gliedmaßen, 4 blauweiße Fahnen, 4 Signallaternen mit rothgefärbten Gläse und mit Wachskerzen zu beleuchten, auf 12 Fuß hohen Stangen, zur Bezeichnung der Verbandplätze, 4 Pfunde Badeschwamm, Pfunde schwarze Seife, und 4 Pfunde mit Oehen übergare zur Aufbewahrung von Verbandgeräthe und Labemitteln. Jede Compagnie wird nach der vorgeschriebenen Formationsstarke sammt den von anderen Truppen zugetheilten in allem 243 Köpfe und 67 Reit- und Zugpferde zählen, und eingetheilt sein in zwei Glieder und vier Züge. Die Uniform der Mannschaft besteht in dem hellblauen Waffenrock mit scharlachrothem Kragen und Aufschlägen, Knöpfe weiß mit aufgeprägten Adlerschilde, als Kopfbedeckung den Jägerhelm mit rother Huppe und der Schirmmütze. (A. Z.)

München, 6. Nov. Man will wissen, daß es nun doch zur Einweihung der seit Jahren ausgebauten Basilika (St. Bonifazius-Kirche) dahier kommen werde. König Ludwig, der ehemalige diese Kirche sammt dem dazu gehörigen Kloster erbaut und ausgestattet hat, habe nachdem die deßhalb zwischen dem Kultusminister und den Benediktinerabtei in Metten, Scheyern und Augsburg noch zu verhandelnden Angelegenheiten wegen Grundung dieser neuen Abtei geordnet sind, die alsbaldige Uebergabe verlangt, es hange also blos mehr von der erzbischöfl. Entscheidung ab, ob die Einweihung noch in diesem Herbste oder nächstes Frühjahr stattfindet; wahrscheinlicher ist das erstere. Die oben genannten drei Abtein werden zusammen 12 Ordensmitglieder senden, welche unter einem Abt vereinigt, die pfarrlichen Obliegenheiten übernehmen. Das Institut für Studirende (Gymnasium), welches bereits seit längerer Zeit von Benediktinern geleitet wird, bleibt von der Abtei getrennt.

Karlsruhe, 7. Nov. Das Kriegsministerium macht bekannt, daß der Generalstab die nach Preußen verlegten badischen Truppen von Berlin nach Münster verlegt wurde.

Frankfurt, 8. Nov. Der von Fulda heute hier eingetroffene Taxische Postkondukteur brachte die Meldung, der dortige Commandeur gestatte nicht mehr, daß der Postwagen durch die Stadt fahre.

Mainz, 7. Nov. Auch die Truppen unserer Großherzogthums sollen wohl gemacht werden, und wie wir hören, zu dem österreichisch-bayerischen Armeecorps bei Aschaffenburg stoßen. Die in Friedberg und Bußbach liegenden Reiter haben schon Marschordre erhalten. (M. Z.)

Mainz, 7. Nov. Ueber worden bei dem letzten Streite, als derselbe auf die Straße sich gezogen hatte, auch zwei Civilisten von den Soldaten so bedeutend verwundet, daß der Eine derselben in Folge der erhaltenen Verletzungen bereits gestorben ist. (Mainz. Z.)

Dresden, 4. Nov. Die noch nöthigen 1700 Pferde sollen innerhalb 12 Tagen angekauft werden. Gelingt das nicht, werden sie ausgehoben. Heute und Morgen werden hier gegen 12,000 Mann konzentrirt sein. Ein Theil der Armee wird wahrscheinlich an der Leipzig-Dresdner-Eisenbahn nach der Mitte derselben hin zu stehen kommen.

Hannover, 6. Nov. Unsere Notiz über eine Sendung nach Frankfurt a. M. mußen wir heute dahin berichtigen, daß nicht der Herr von Düring, sondern der gestern zum geh. Regierungsrath ernannte Generalsecretär im Ministerium des Innern, von Hammerstein, dorthin abgehen wird. Zweck seiner Mission ist: Instructionen und Vollmachten zu überbringen, welche dem Herrn dann sofort als Bundesexilcommissär nach Holstein zu gehen behuf Ausführung des Bundesbeschlusses. Sollte die Statthalterschaft sich widersetzen, so wird sofort mit entsprechender Truppenmacht eingeschritten werden. Es wird also endlich ernst hier Ernst! (N. Z.)

Hamburg, 5. Nov. Auch der bayerische Gesandtmann Walmenich hat seinen Abschied genommen und ist nach Bayern zurückgekehrt. — Preußen hat die angebotene Vermittelung eines Waffenstillstandes zurückgenommen.

Hamburg, 5. Nov. Morgen früh 8 Uhr wird die preuß. Reserve aus den 8. Husarenregiment Hamburg verlassen, das Jägerbataillon folgt übermorgen; ihr Bestimmungsort ist zunächst Perleberg. Das 12. Infanterieregiment hat noch keine definitive Ordre in Betreff des Abmarsches erhalten; er dürfte jedoch ebenfalls binnen wenigen Tagen stattfinden.

Wien, 3. Nov. Was das Vorrücken der Truppen betrifft, so heißt es, wolle der Ministerrath dem Marschall Radetzky den Antrag vorlegen, daß am Main eine aus Bayern und Oesterreichern zu gleichen Theilen combinirte Observationsarmee in einer Stärke von 80,000 Mann aufgestellt werde. Dieselbe würde dem Bundesstaate beigegeben sein und sowohl zum Schutze als nöthigenfalls auch zur Execution bereit sein.

Wien, 4. Nov. Wie wir hören, ist für den kommenden Monat eine neue Versammlung von Bischöfen ausgeschrieben, um die Verathungen über die Unterrichtsfrage wieder aufzunehmen.

Berlin, 5. Nov. Der Prinz von Preußen hat das Commando der 4 rheinischen Armeekorps niedergelegt und alle militärischen Geschäfte aufgegeben.

London, 3. Nov. Die Aufregung, welche durch die Wiederherstellung der kath. Hierarchie over vielmehr durch die fanatischen Mißdeutungen dieser Maßregel durch jelolische Anglicaner und unwissende Journalisten hervorgerufen ist, nimmt noch fortwährend zu, und läßt ein Wiederaufstehen der alten, für ganz verschwunden gehaltenen Popery-Gespenst's sehr befürchten. Wir theilen, um unsern Lesern ein Bild des Lärms zu geben, eine kurze Uebersicht des Wichtigsten mit, was die Blätter, die uns an Einem Tage zugekommen sind, darüber bringen. Der „Standard“ meldet: „Zu unserer Freude sehen wir aus einer Menge von Briefen, die wir diesen Morgen erhalten haben, daß das Land zu seiner Pflicht erwacht. Jede Pfarre in England muß zusammentreten und sich kalt und bestimmt aussprechen, und jede Pfarre, die nicht dazu verdammt ist, einen tractarianischen Pfarrer zu haben, wird es thun. Wir können nicht glauben, daß irgend eine beträchtliche Zahl des Clerus oder Volks niederträchtig genug ist auf einen Wink der Untergebenen der Whig-Regierung zu warten.“ In demselben Blatte macht ein Pfarrer darauf aufmerksam, daß es jetzt wohl zeitgemäß sei, die Feier des 5. Nov. wiederzubeleben. „Dieser Tag ist ein Feiertag, der Jahrestag der Entdeckung der s. g. Pulververschwörung (popish plot) unter Jakob I. 1605 und zugleich der Landung Wilhelm's III. 1688.) Bisher habe man das für diesen Tag bestimmte Officium meist vernachlässigt, um nicht unnöthige Widerkeit zu unterhalten; jetzt solle aber jeder Geistliche „in seiner Predigt noch ein Knallen protestantischen Gefühls lobe“, seine Gemeinde zur Feier dieses Tages ermahnen. — Der „Sun“ meldet: „Die Zeitungen der Hauptstadt und des Landes wimmeln von Briefen, hauptsächlich, doch nicht ausschließlich von Geistlichen, in welchen zu öffentlichen Demonstrationen gegen die Schritte der römischen Kirche aufgefordert wird.“

(Schluß folgt.)

New-York, 25. Okt. Durch päpstliche Bulle vom 19. Juli d. J. welche vorgestern hier einlief, ist New-York zu einem Erzbisthume erhoben, und sind die Bischofssitze von Boston, Hartfort, Albany und Buffalo denselben als Suffragane untergeordnet. Der Erzbischof von New-York wird wahrscheinlich nach diesem Winter selbst nach Rom gehen, um sich das Pallium zu holen.

T. D. 1) Wien, 7. Nov. Marschall Radetzky ist gestern Nachmittags 4 Uhr unter dem Jubel des Volks hier eingetroffen. Der preußische Legationssekretär v. Rosenberg ist mit Depeschen bezüglich der Wiener Conferenzen angelangt. Situation erscheint fortwährend kritisch. Der Depeschenwechsel mit dem Norden ist ungemein lebhaft. Kriegerische Artikel der Oest. Corr. und der Wien. Ztg. treiben das Silberagio in die Höhe. (A. Z.)

2) Berlin, 7. Nov. Es ist in der politischen Situation keine Aenderung eingetreten. Die Preußische Staatsanzeiger“ veröffentlicht heute die Mobilisirungsordre. Hr. v. Ladenberg führt den interimistischen Vorsitz des Staatsministeriums. Eine Antwort auf die Depesche, welche nach Wien am 2. Nov. geschickt worden, ist noch nicht eingegangen, nur vorläufig erfährt man, daß eine Wiener Note hier übergeben worden ist, daß aber bestreitenden Befehle zur Mobilisirung des Heeres. Dem k. k. österreichischen Civilcommissär Grafen v. Rechberg soll von Wien (?) anempfohlen worden sein, bei den Operationen in Kurhessen jeden Angriff möglichst hinanzuzuhalten (H.D.-v.-Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Theater-Anzeige.

Sonntag den 10. November.
Zum Erstenmale:
Die Rose von Avignon.
Romantisches Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Montag den 11. Nov. 1850.
Eine Familie.
Original-Schauspiel in 5 Akten und einem Nachspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Hierauf:
Der Kurmärker und die Picarde (I. Th.)
Genrebild mit Gesang und Tanz in 1 Akt von Schneider.
Zum Schluß zum Erstenmale wiederholt:
Die Rückkehr des Landwehrmannes
oder:
Der Kurmärker und die Picarde. (II. Th.)
Genrebild mit Gesang und Tanz in 1 Akt von Dr. Colenfeld.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg. Hierzu das Ergänzungsblatt Nr. 90.

Extrabeilage zur Bayerischen Presse.

Sonntag den 10. November 1850.

Frankfurt, 9. Nov. Die in Kurhessen eingerückten k. preußischen Truppen haben die Feindseligkeiten gegen das Bundesexecutionscorps heute begonnen. Wir theilen hierdurch den Thatbestand nach offiziellen Berichten mit, um allen Entstellungen von irgend einer Seite durch Darlegung des wahren Sachverhalts sogleich nach Möglichkeit vorzubeugen. — Am 8. d. M. rückte der k. bayerische General der Kavallerie, Fürst von Thurn und Taxis, auf der Straße nach Fulda mit der Avantgarde vor. Die Absicht war nur, eine Veränderung der Quartiere und eine Recognoscirung auszuführen. Die erstere war nothwendig, weil die Bundestruppen in den bezogenen Quartieren keine Lebensmittel erlangen konnten. Um den preußischen Truppen aber auch keinen Vorwand zu Feindseligkeiten zu geben, hatte die Cavallerie der Avantgarde die Säbel nicht gezogen, auch waren die Gewehre der Infanterie nicht geladen. Vor dem Dorfe Bronzell empfing die Bundestruppen plötzlich ein lebhaftes Tirailleurfeuer. Eine Abtheilung des k. k. 14. Jägerbataillons und die Schützencompagnie des 1. Bat. des bayr. 11. Infanterieregiments gingen in zerstreuter Ordnung weiter fort. Die preußischen Truppen wurden hinter das Dorf zurückgeworfen, und das Dorf von den Bundestruppen behauptet. Leider ist die Verwundung von 5 braven kaiserl. Jägern und des der Avantgarde zugetheilten Oberlieutenants Petrovic zu beklagen, von denen 2 schwer verwundet sind. Die preußischen Truppen ließen es nicht bei diesem einzigen völkerrechtswidrigen und vollkommen unberufenen Angriff bewenden, sondern gaben auch später auf den Commandanten der Avantgarde, Generalmajor Heilbronner, sowohl als auf den ersten Adjutanten Freiherrn v. Lamotte, der über Bronzell hinaus mit einer Recognoscirung beauftragt war, Feuer. Während man hiernach anzunehmen allen Grund hatte, daß der mit Blut bestätigte gewaltsame Widerstand gegen den Vollzug der Bundesbeschlüsse in Betreff der kurhessischen Frage, auf dem betretenen Wege fortgesetzt werde, traf am 8. ein preußischer Parlamentär im Hauptquartier in Löschenrod ein, und überbrachte ein Schreiben des k. preußischen Generals Graf v. d. Gröben an Se. Durchlaucht den Fürsten von Thurn und Taxis, worin der Graf v. d. Gröben erklärt: er werde auf Befehl, den er von Berlin erhalten habe, morgen den 9. Novemb. **um 12 Uhr Fulda räumen und sich auf die Etappenstraße zurückziehen.** F.-O.-P.-Z.

Neuhof, 8. Nov. Heute wurde Bronzell von den Bundestruppen erstürmt. Die Preußen, welche dieses etwa eine Stunde vor Fulda gelegene Dorf stark besetzt hatten, eröffneten auf eine Patrouille des 14. öster. Jägerbataillons ein Tirailleurfeuer, wodurch von diesem 5 Mann verwundet wurden. Darauf hin vereinigten sich eine Abtheilung Schützen vom bayerischen 11. Inf.-Reg. mit den Oesterreichern und nahmen das Dorf mit Sturm. Die Preußen zogen sich auf Fulda zurück, welches morgen, wie man bestimmt wissen will, von denselben ganz geräumt werden wird, um eine zweite Aufstellung bei Kassel zu nehmen, da Fulda durch den rechten Flügel der Bundestruppen schon völlig umgangen ist. (K. Z.)

Löschenroth, 8. Nov. Ich berichte Ihnen den Beginn der Feindseligkeiten zwischen den Truppen des deutschen Bundes und den preußischen, an welche man in den letzten Tagen kaum mehr geglaubt hatte. Die Preußen hatten dem Vorrücken am 6. und 7. nicht nur keinen Widerstand entgegengesetzt, sondern sogar friedliche Absichten vorgeschützt. Wenn die Patrouillen der Vorposten sich begegneten, steckten die Preußen in der Regel die Säbel ein, reichten den Bayern die Hand und versicherten, nichts Feindliches vor zu haben, sondern sich als gute deutsche Kameraden zu betrachten. — Am 8. ließ der Fürst v. Taxis gegen Fulda vorrücken und als man den leicht und nachdrücklich zu vertheidigenden Uebergang über das Fuldathal unbesetzt fand, entstand allenthalben die Meinung, daß es auch heute zu nichts Ernstlichem kommen, daß man ungehindert in Fulda einrücken werde. Der Fürst ließ daher die Vorhut wie bisher **mit verforgtem Säbel und ungeladenem Gewehr** marschiren. Als sich die Spitze der Avantgarde dem Dorfe Bronzell näherte, fand sie daselbe mit Infanterie besetzt, welche, ohne durch einen Parlamentär eine Erklärung vorhergehen zu lassen, wie dies, wenn kein Krieg erklärt ist, wohl Sitte gewesen wäre, Feuer gab. Die ersten Schüsse von den Straßen gingen über die vordersten Truppen, an deren Spitze der General von Heilbronner ritt, hinweg; die nächsten Salven aber trafen in die Reihen der österr. Jäger, welche links der Straße gegen das Dorf vorangegangen waren. Fünf wurden verwundet, einer von ihnen schwer. Erst jetzt luden die Jäger und machten ihr Feuer nach dem Dorfe, das dort wohl manchen Feind getroffen haben mag. Gleichzeitig mit den Jägern war rechts der Straße bayerische Infanterie vom 11. Regiment vorgegangen, welche

aber durch das feindliche Feuer nicht litten. Das Dorf wurde unmittelbar hierauf von den Preußen geräumt und von den Bundestruppen besetzt. Auf eine Recognoscirungsabtheilung aus bayer. Chevauxlegers bestehend, welche gegen das Dorf vorgeschickt worden war, wurde von einem Piket preußischer Husaren wiederholt Feuer gegeben, welches jedoch nichts schadete. Der Commandant der Bundestruppen begnügte sich mit der Besetzung des Dorfes Bronzell, das sogleich zur Vertheidigung eingerichtet wurde, und nahm mit seinen Divisionen bei Löschenroth die Stellung. — Dieses der wahrheitsgetreue Hergang des Anfangs eines blutigen Dramas, das sich nun entrollen, und über welches niemand triumphiren wird als Deutschlands Feinde. Von einem Augenzeugen, der kein Bayer und kein Preuße ist. (F.-D.-Z.

⁂ Brückenau, 9. Nov. Der Bruderkrieg hat begonnen, das „herrliche Kriegsherr" der Preußen hat die mit versorgtem Säbel und ungeladenem Gewehre einherziehende Avantgarde der Bundestruppen mit Tirailleurfeuer angegriffen. Fünf Kaiserjäger wurden verwundet. Dieser Angriff ist eines Truppencorps ganz würdig, welches als Bundesgenossen der hessischen Bureaudemagogen und steuerverweigernder Landtagsausschüsser auftritt. O „preußische Ehre!" wie gleichst du der punica fides!

Hanau, 8. Nov. Von Fulda vernimmt man Beschwerden über Bedrückungen Seitens der Preußen. Wie dieselben nicht nur das kurfürstliche Schloß, die Kaserne, alle öffentlichen Gebäude und sogar die Räume des bischöflichen Palastes in Beschlag genommen und zu militärischen Zwecken verwendet haben, erstrecken sich ihre Anmaßungen auch auf das Eigenthum von Privatleuten. Einem Fuhrmanne wurden seine drei Pferde abgespannt und in die Kaserne fortgeführt. Es hielt ihm lange schwer, dieselben wieder zurück zu erhalten, endlich hatte er dieses nur dem Umstande zu verdanken, daß inmittelst ein anderer Fuhrmann mit 3 Pferden angelangt war, dem man nun die seinigen abspannte und fortführte, jenem aber die ersteren wieder zurückgab. Das ist die angekündigte „Freundschaft." (K. Z.)

Landau, 8. Nov. Aus Zweibrücken erhalten wir die Nachricht, daß das fälschlich verbreitete Gerücht, die politischen Gefangenen würden von dort nach Landau abgeführt, unter denselben große Aufregung hervorgerufen habe. Mehrere weigerten sich Abends, in ihre Zellen zu gehen, und konnten nur durch ernstliche Vorstellungen und durch das Aufmarschiren einer Abtheilung Soldaten dazu vermocht werden. (Pfz. Z.)

Aus Baden, 7. Nov. Dem „Schwäbischen Merkur" zufolge soll Frhr. Franz v. Andlaw, früher bei der großh. Gesandtschaft in Wien angestellt, zum Oberhofmarschall ernannt sein.

Stuttgart, 8. Nov. Das Ständhaus ist heute mit einem Posten von 9 Mann unter einem Unteroffizier besetzt, und an drei Eingangsthüren stehen Schildwachen. In der Stadt hatte sich das Gerücht verbreitet der sich so nennende Ausschuß der aufgelösten Revidirenden beabsichtigte um 11 Uhr mit Hrn. Schoder an der Spitze eine Sitzung im Ständehause zu halten, deßhalb fanden sich viele Neugierige ein, deren Schaulust aber nicht befriedigt wurde, da die Erwarteten nicht erschienen.

Gotha, 8. Nov. Durch Estafette wurde der Herzog in der Nacht vom 6. zum 7. d. M. benachrichtigt, das eine österreichisch-bayerische Truppenabtheilung von 10000 Mann die Grenze des Herzogthums zu überschreiten beabsichtige. Hierauf reiste der Herzog sogleich nach Berlin ab.

Die Oesterreichische Korrespondenz vom 5. Nov. schreibt: Auf Befehl Sr. Maj. des Kaisers werden die ersten Landwehrbataillons und die vierten Feldbataillons sämmtlicher Regimenter durch Einberufung der Urlauber, dann durch eine ausgeschriebene Rekrutirung von 76,000 Mann auf den Kriegsstand gebracht, und auf den geeigneten Aufstellungspunkten eine große Armee konzentrirt. Oesterreich wird der Welt den Beweis liefern, daß es im Stande und Willens sei, seine eigenen und seiner Bundesgenossen Rechte mit ausreichenden Mitteln zu schützen.

Berlin, 7. Nov. Einer Mittheilung aus Spandau zufolge ist der als Strafgefangener daselbst detinirt gewesene Professor Kinkel in verwichener Nacht mittelst einer Strickleiter aus dem Gefängnisse entkommen und zur Zeit noch nicht wieder verhaftet worden.

Berlin, 7. Nov. In den hiesigen höheren Kreisen wird erzählt, daß Se. Maj. der König vorgestern den bewegtesten Abschied von Hrn. v. Radowitz in Sanssouci genommen habe, wobei er ihn als seinen treuen und theuersten Freund bezeichnete. Der König soll zugleich die Worte ausgesprochen haben, „daß er hoffe, daß sie sich beide bald auf ihren Wegen wieder zusammenfinden würden." Es mag dieser Ausspruch die Veranlassung sein, daß sich gestern hier die Meinung verbreitete, Hr. v. Radowitz würde in das Ministerium zurücktreten.— Hr. v. Radowitz soll noch ein Handschreiben Sr. Maj. des Königs erhalten haben, welches die vollkommenste Harmonie mit den Intentionen des abgetretenen Ministers ausspricht und in warmen Worten die kurze Periode seiner Amtsführung zu den glücklichsten Zeiten höchstihrer Regierung rechnet.

T. D. Berlin, 8. Nov. Oesterreichische Truppen, von Bamberg kommend, sollen in Koburg eingerückt sein; man vermuthet sie auf dem Marsch nach Holstein begriffen. Der Herzog von Koburg soll sich hier befinden. (F.-D.-Z.)

Verantw. Redacteur u. Eigenthümer: Fr. v. Faber. Druck von Jos. Stetb in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 270. Würzburg, Montag den 11. November. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 10. Nov. Se. Maj. der König haben sich unterm 7. Nov. f. J. allergnädigst bewogen gefunden, auf die in Schweinfurt offene Advokatenstelle den Advokaten Bernhard Rod v. Rothenfels, auf allernterthänigstes Ansuchen, zu versetzen.

Das preuß. Attentat in Kurhessen.

So ist denn der erste thatsächliche Bundesbruch durch Preußen vollführt, seine Heeresmacht hat unaufgefordert, auf die Bitte eines des Kurfürsten von Hessen, eines Theil seines Landes besetzt, und schemt bestimmt zu sein, der aus Rustrag der Bundesversammlung und auf Anrufen des Kurfürsten zur Wiederherstellung seiner landesherrlichen Autorität in dessen Staatsgebiet eingerückten Bundesmacht offen Widerstand entgegenzusetzen. Dieser beklagenswerthe Schritt Preußens ist zugleich ein Angriff auf die Bundesgesammtheit, auf den konkreten Bundesstaat, gegen den er gerichtet ist, und — von dem Bundesverhältnisse ganz abgesehen — ein unverantwortlicher Attentat gegen einen, von der europäischen Staatenfamilie als unabhängig anerkannten Staat; er begreift nicht nur eine Verletzung des deutschen Bundesrechts, sondern auch des allgemeinen internationalen Rechtes; er müßte, soferne er nicht ohne Verzug zurückgenommen wiede, nicht nur die Einsprechung der Bundesmacht provozirn, sondern es wäre selbst Gefahr da, daß er auch die Einmischung der gesammten europäischen Staatenfamilie hervorrufen konnte; — er ist eine Kriegserklärung nicht nur gegen den deutschen Bund, sondern gewissermassen gegen Europa! Welches ist der Rechtstitel, auf welchen sich Preußen bei der militärischen Besetzung des Gebietes eines deutschen Bundesstaates, eines unabhängigen, selbstständigen Staates, wie Kurhessen, berufen konnte? Liegt ein besonderer Vertrag in Mitte zwischen Preußen und Kurhessen, der ersteres zu solchem Einschreiten ermächtigte? In keiner Weise, Preußen hat gegenüber Kurhessen nur das Recht der Benützung der Etappenstrassen in letzterem Lande, und dieses darf es nur nach Maßgabe der betreffenden Konvention ausüben: es kann und darf aber nicht einzelne Punkte des Kurstaates willkürlich militärisch besetzen — gegen den bestimmt ausgesprochenen Willen des Landesherrn. — Oder kann Preußen bei seinem Vorliegen gegen Kurhessen sich auf eine Bestimmung des Bundesrechts berufen? Ebenso wenig; das Bundesrecht gestattet die Besetzung eines Bundesstaates durch die Heeresmacht anderer Bundesstaaten nur in dem Falle, wenn diese durch die Bundesversammlung hiezu berufen ist, wenn sie auf deren Beschluß und Befehl agirt: dieß ist im vorliegenden Falle bezüglich der preußischen Heeresmacht in keiner Weise gegeben; im Gegentheile Preußen intervenirt in Kurhessen gegen den Willen der Bundesversammlung und scheint sich bei von dieser aufgeborenen Bundesmacht offen widersetzen zu wollen. Wenn sich demnach Preußen bei der Besetzung kurhessischen Gebietes weder auf einen bekonteren Rechtstitel noch auf das spezielle Bundesrecht berufen kann, so ist es nur der allgemein völkerrechtliche Rechtstitel — der Sorge für die Sicherheit und Selbsterhaltung des preuß. Staats, welcher einem solchen extremen Schritte zur Stütze dienen konnte; allein, wie, wo, durch wen ist dem in der kurhessischen Angelegenheit die Sicherheit und der Bestand des preußischen Staates gefährdet? Denkt irgend eine der bundesgetreuen Regierungen nur entfernt daran, dort die Rechte oder die Interessen Preußens zu verletzen oder zu beeinträchtigen? Nicht eine Spur hievon! Preußen selbst hat bis jetzt nicht eine einzige Thatsache zu ermähnen vermocht, welche hierauf hindeuten konnte, es fällt also auch dieser letzte denkbar Rechtstitel für sein unerhörtes Vorgehen in Kurhessen weg — es stellt sich daselbe rein nur als ein Akt der schwedesten Willkür und Eigenmächtigkeit dar! Allein welche Motive konnten Preußen hiezu bestimmen? Kann es sein Wille sein, in Kurhessen die Sache der Revolution gegen den Landesfürsten zu vertheidigen? Dieß ist undenkbar um im Widerspruche mit den bestimmtesten Erklärungen Preußens; kann es hinwieder die gestörte landesherrliche Autorität daselbst wieder herstellen wollen? dieß ist aber ebenso unmöglich als unstatthaft; unmöglich, weil der Bundesbeistand zu ohnehin schon die umfassendsten Mittel zur Abhilfe ergriffen und in's Werk gesetzt hat; unstatthaft, weil Preußen ohne eine Aufforderung des Kurfürsten sich in diesen Angelegenheiten nicht einmischen darf, und es die höchste Anmassung ist, einem unabhängigen Staate eine Hilfe aufzudrängen zu wollen, die er nicht verlangt. — Wenn nun auf allen diesen Wegen das Räthsel der preußischen Einmischung in Kurhessen sich nicht lösen läßt, so bleibt nun mehr ein Motiv über, das jene Einschreitung als erklärlich und begreiflich erscheinen läßt — es ist dieß das bittere Gefühl gekränkten Stolzes und gekränkter Selbstsucht. Preußen glaubte und erklärte, ohne seinen Willen und ohne seine Zustimmung könne in Deutschland nichts geschehen, es glaubte sich einfach auf Negation beschränken zu können, um der Durchführung eines Willens in Deutschland versichert zu sein; es glaubte das Bundesrecht, die Bundesverfassung und die Bundesversammlung als für alle Zukunft begraben erklären zu können, um frei nach seiner Willkür und seinem Belieben in Deutschland hausen zu können! — Alle diese Hoffnungen und Erwartungen sieht es nun vernichtet; und kommt denn doch nicht in Deutschland ohne seine Mitwirkung geschehe: so konzertirt es unaufgefordert, ja gegen den Willen der Betheiligten in Kurhessen, nicht um das Gegentheil von dem zu thun, was der von ihm verworfene Bundestag will, sondern zu dem gleichen Zwecke! Die nächste Zukunft wird lehren, ob der Bund, ob die europäischen Mächte eine so übergreifende Anmassung und Willkürlichkeit eines einzelnen Staates ungeahndet zu belassen gedenke. (N. M. Z.)

Deutschland.

München, 9. Nov. Infolge eingetroffenen Nachrichten aus Rhein hat König Otto die Rückreise dahin wiederholt, und wie man sagt auf unbestimmte Zeit verschoben. — Man spricht von einer aus Wien eingetroffene telegraphischen Depesche, wonach sämmtliche bundesfreundlichen Regierungen den diplomatischen Berkehr mit Preußen abbrechen sollen. — Oberst v. Heß ist heute über Wien von Warschau eingetroffen und wurde Nachmittags von Se. Maj. dem König in einer Audienz empfangen. — Generalkienteant und Staatsrath im ordentlichen Dienste v. Lesuire, auch bekanntlich Kommandant der zweiten Armeedivision der Main-Armee, hat aus Gesundheitsrücksichten um Pensionirung eingegeben.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Schlüchtern, 8. Nov. 7 Uhr Abends. Heute hat der kommandirende General der Bundestruppen, Fürst von Thurn und Taxis, eine Diversion gegen Fulda gemacht. Die erste Division ist auf der Straße von Neuhof, die zweite Division gleichzeitig auf der Straße von Brückenau vorgerückt. Das Resultat dieser Bewegung ist uns noch nicht bekannt; doch muß etwas vorgefallen sein, weil der sonst Morgens hier eintreffende Eilwagen von Fulda noch nicht da ist. Wir sehen mit großer Spannung diese Nacht oder morgen Nachrichten von dem entgegen. Indessen ist heute der General Haller v. Hallerstein mit einem Korps Truppen aller Waffen (3 Schwadronen vom 1. Chevauxlegersregiment aus Zweibrücken, 1 Bataillon und 8 Geschützen) von Gelnhausen her hier angelangt, so daß nun unser seit einigen Tagen ganz gedrängtes Städtchen wieder besetzt ist. Die Vortruppen der Oesterreicher vom Bavarkerglschen Korps des Feldmarschall Baron von Legerdtsch sind von Bamberg schon in unserer Nähe, bei Brückenau eingetroffen, wodurch der Bundesarmee eine wesentliche Unterstützung der trefflichen Truppen zugeht. (K.-D.-J.

Fulda, 8. Nov. Heute Morgen um 8½ Uhr war Allarm. Die Baiern hatten nach 6 Uhr in der Gegend von Bronzell einem, die Vorpostenkette inspicirenden k. preußischen Adjutanten das Pferd verwundet, einem andern Offiziere durch den Aermel seines Mantels geschossen. Auf diesen Vorgang haben die preußischen Truppen Feuer gegeben und daselbe bis gegen 8 Uhr unterhalten. Sonach wären die Feindseligkeiten und der unglückseligste Krieg, der Deutschland in zwei Heereslager zerklüften kann, eröffnet. Wer kann absehen, wann die Schwerter sich wieder in Frieden senken werden? Es wäre eine ganz besondere weltgeschichte Merkwürdigkeit, wenn wieder in Hessen, wie vormals durch den Schmalkaldenbund, das Kriegsei für Deutschland ausgebrütet würde, das, wie jenes, unendlich viel Jammer und Elend über die vaterländischen Gauen verhängen würde. (K. D.-J.)

Hanau, 9. Nov. Heute früh ist hier die sichere Nachricht eingetroffen, daß gestern jenseits Neuhof ein blutiger Conflikt zwischen der beiderseitigen Vorpostenketten stattgefunden hat. Eine starke Patrouille k. k. österr. Jäger war in der Nähe der preußischen Vorposten angekommen, und letztere gaben Feuer, durch welches fünf österr. Jäger gefährlich verwundet wurden. Daß Preußen hiemit Einmarsch seiner Truppen in Kurhessen nicht als Vorkämpfer für angeblich verletzte Rechte des

kurhessischen Volks aufzutreten beabsichtigte, wird jetzt von jedem Unbefangenen klar sein: eine Proklamation hätte dies somit längst verkünden müssen. Die hier dieser Tage eingetroffene Schwadron Chevauxlegers ist schon in Folge dessen nach Langenschwalbach abgerückt; eine Schande sonder gleichen rufte eine andere gleich starke Cavallerieabtheilung hier hier ein. In der Gegend, wo das bayerische Hauptkorps sich befindet, welche zu den ärmsten Theilen Kurhessens gehört, herrscht schon starker Mangel an allen Lebensmitteln. Heute ist, als Folge hiervon, der kurhessischen Verwaltungsbehörde die Weisung zugegangen, sehr beträchtliche Sendungen von Brod, Fleisch, Heu, Hafer, Stroh und Branntwein nach dem Hauptquartier der Bundestruppen zu beschaffen. So lastet denn schon die ganze Wucht des Kriegs auf unserm Provinzland. (F-D-J.)

Hanau, 9. Nov. Seit heute früh weht man hier, daß es zwischen den bei Fulda gegen einander stehenden kompl. preußischen und den Bundestruppen zu einem, wenn auch unbedeutenden, doch blutigen Conflict gekommen ist. Man sagt, daß 6 öster. Jäger verwundet worden. Gewiß ist, daß mehrere Staffetten in letzter Nacht hier durch nach Frankfurt geritt sind, heute früh aber wieder zurückverbieten von hier nach Fulda befohlen ist. Starke preußische Truppenmassen sollen in der Gegend hinter Fulda stehen. Eine Abtheilung Chevauxlegers ist heute von hier nach der bortigen Gegend aufgebrochen. Es wird erzählt, daß die Aeltesten verschiedener Städte, darunter Realisierung, wie bereits gemeldet, vorbehalten worden ist, beschlossen haben, die Wiederanstellung auf den Fall zu erbitten, wenn ihnen nichts gegen die Verfassungsurkunde angemuthet werde. Nach dem Einrücken der Executionstruppen dürfte dieses Hinderniß nicht mehr im Wege stehen. — Der von hier aus mit mehreren Unterzeichnern verwiesene Nach Kassel gesendete Artillerielieutenant Bauer hat seinen Zweck, die Einholung des im dortigen Zeughaus noch zurückgebliebenen Kriegsgeraths, nicht erreicht, derselbe ist vielmehr von dem preußischen Commandanten abgewiesen worden.

(F-D-J.)

Frankfurt, 10. Nov. Die heute noch rückständig gewesenen Posten von Gisenach über Fulda, sind heute Morgen hier eingetroffen. Es ist damit die Bestätigung der von und bereits gestern Abend mitgetheilten Nachricht, wegen der Ueberlassung der Stadt Fulda an die Bundestruppen eingangen. Die k. preußischen Truppen haben sich auf die ihnen vertragsmäßig zustehende Etappenstraße nach Hersfeld, über Hünfeld und Neukirchen, zurückgezogen. Die Bundestruppen, ihrerseit haben Montags ihren Einzug in Fulda gehalten.

Stuttgart, 7. Nov. Unter dem heutigen erlieh Se. Maj. der König folgende Ansprache an das Volk: Württemberger! Durch die allgemeine Lage Deutschlands, höchst bedenkliche Lage Deutschlands zu militärischen Maßregeln genöthigt, welche sowohl zum Schutze des eigenen Landes als zur Erfüllung der Pflichten gegen den deutschen Bund unabweislich geworden sind, waren Wir in der Lage, bei der Landesversammlung das Ansinnen stellen zu lassen, zur Anschaffung des unumgänglichen Bedarfs an Pferden für Artillerie und Fuhrwesen die Summe von 300,000 fl. zu verwilligen. — Die Landesversammlung hat aber hiebei ein Verhalten gezeigt, welches Uns unmöglich machte, mit derselben weiter verhandeln zu lassen. Sie hat beschlossen, nicht nur die angesonnene Verwilligung als formell und materiell unbegründet abzulehnen, sondern auch gegen jeden Aufwand zu protestiren, welcher durch eine tragischen Kriegerüstungen ergeben sollte, indem sie nur zu den Kosten einer in den Augen jenes Uebelgesinnten vollkommen unausführbaren bewaffneten Neutralität ihre Erwägungen in Aussicht stellte. — Dieses Verfahren ist nicht nur im direkten Widerspruch mit unseren Rechten und Pflichten als Mitglied des deutschen Bundes, sondern bedroht auch so offenbar die Interessen unseres Landes, daß es einer nähern Beleuchtung in der That nicht bedarf. Nur wenige Unkenntniß der Verhältnisse oder über Volke können sich verbergen, daß der Uns angesonnene Schritt eine feindliche Besetzung des Landes mit allen sie begleitenden Uebeln in unmittelbare Aussicht gestellt hätte. — Dazu kam, daß nach den bereits vorliegenden Berichten der Verfassungscommissäre über sehr wichtige Abschnitte der Verfassung solch' unverhöhnliche Gegensätze mit Unserem Verfassungsentwurf sich herausstellten, daß an eine Vereinbarung mit dieser Versammlung nimmermehr zu denken war. — Wir mußten daher abermals zur Auflösung schreiten, und da das Gesetz vom 1. Juni v. J., welches überhaupt nur einen transitorischen Charakter haben konnte, offenbar nicht mehr angewendet werden kann, nachdem die Theilnahmslosigkeit an den nach diesem Gesetz vorgenommenen Wahlen in einem steigenden Maße sich herausgestellt hatte, so bleibt nach Erwägung aller thatsächlichen und rechtlichen Beziehungen kein anderer Weg übrig, als das Werk der Verfassungs-Revision in denjenigen Stand zurück zu versetzen, in welchem es sich vor Erlassung des Gesetzes vom 1. Juli v. J. befand. — Schon hieraus folgt, daß Wir erbeten Euch hierüber die bestimmte Zusage, daß keineswegs von einer definitiven Rückkehr zu dem früher Bestandenen die Rede ist, sondern daß nur die Verfassungs-Revision auf einem Wege vereinbart worden soll, welcher ursprünglich als der nächste sich darbot und daher gewählt worden wäre. Dieß werden Wir auch die Einleitung treffen, sobald nur immer die Umstände es erlauben. — Eine nothwendige Folge von dem Verlassen des Gesetzes vom 1. Juli v. J. war, daß auch kein Ausschuß aus dieser Versammlung, für deren Wahl obgedachtes Gesetz lediglich seine Anwendung gefunden hatte, gebildet werden konnte, daß somit zwischen dem Ausschuß und der künftig zu wählenden Versammlung zum voraus ein unlösbarer Widerspruch begründet worden wäre, welcher nothwendig zu den bedenklichsten Conflicten hätte führen müssen, und welchem Wir ehrbietigst Kraft §. 89 der Verfassungsurkunde vorzubeugen uns verpflichtet sahen. Damit aber die verfassungsmäßige Kontrole Unserer Regierung seinen Augenblick finde, so berufen Wir den letztbestandenen nach der Verfassung vom Jahr 1819 gewählten Ausschuß hieher in Thätigkeit, und wir Wir hiermit in das zur Zeit allein berechtigte Organ der Landesvertretung zu erblicken vermögen, so werden Wir gegen die etwaige Constituirung eines anderen Ausschusses mit allen gesetzlichen Mitteln energisch einzuschreiten nicht verfehlen. — Indem Wir auch im Uebrigen einzuweilen das, was nach des Landes Wohl gedeihen ist, nach §. 89 der Verfassungsurkunde festsetzen werden, setzen Wir der Ueberzeugung, daß Wir hierin nur dem Gebote einer unabweisbaren Nothwendigkeit folgen, und vertrauen zu Unserem getreuen Volke, vertrauen zu allen Unseren Behörden und Obrigkeiten des Landes, daß sie die Gründe dieses Unseres Verfahrens erkennen und sich mit Uns bereinigen werden, wenn etwa von Uebelwollenden zu besorchtenden Versuche der Störung der öffentlichen Ordnung rasch und kräftig zu begegnen. — Hiebei bedarf es der Versicherung nicht, daß, indem Wir von den Uns durch §. 89 der Verfassung erheilten Befugnissen Gebrauch machen, Wir auch hierbei Uns in dieser Verfassung die Rücksichtnur für Unsere Regierungshandlungen erkennen, und nur in so weit zu den durch dieselbe zugelassenen außerordentlichen Maßnahmen schreiten werden, als das Staatswohl es gebieterisch erheischt. — Württemberger! vertraut Eurem Könige, der vierundzwanzig Jahre lang die Förderung Eures Wohls zum Gegenstande seiner wärmsten Fürsorge gemacht hat, und der nie aufhören wird, diesem Ziele seine Kraft, sein Leben zu weihen. Wilhelm. Miller. Wächter-Spittler. Linden. Knapp. Pfizer.

Stuttgart, 8. Nov. Nach dem Beobachter hat der sogenannte Ausschuß der aufgelösten Revidirenden eine Adresse an Se. Maj. den König gerichtet, dieselbe aber vom K. Geheimen Kabine unerörtert zurückerhalten. Ebenso erging es einer Anfrage an das Gesammtministerium, des Inhalts, daß dieser Ausschuß sich konstituirt habe, indem der Aufwärter des K. Geheimenrathe, dem erhaltenen Auftrag gemäß, die Anzeige nicht annahm. — Das Ständehaus ist noch immer mit Militär besetzt.

Heilbronn, 8. Nov. Durch den Nordlinger Heilbronner Omnibus erhalten wir heute die Nachricht, daß gestern in Nördlingen drei Züge mit österreichischen Truppen, worunter sich Croaten befinden sollen, eingetroffen seien und die ganze Stadt von Militär wimmle. Für den Abend soll noch für 900 Mann Reitrei Quartier bestellt worden sein. Beinahe hatte dabei ein Zusammenstoß eines Militärzuges mit dem gewöhnlichen Personenzug stattgefunden, welcher aber durch zeitiges Bremsen von beiden Seiten noch glücklich verhütet wurde. Ein Militärzug bestand aus 64 Waggons mit 4 Lokomotiven. (D. T.)

Aus dem Herzogthum Gotha, 7. Nov. Von Berlin aus ist ein telegraphischer Befehl nach Erfurt gelangt, welcher die Beförderung weiterer Truppentheile nach Hessen angeordnet hat; bereits sind gestern mehrere Bataillone und ein bedeutendes Infanterieregiments nebst vielem Artillerietrain und 100 Pferden auf der thüringischen Eisenbahn direct an die hessische Grenze gebracht worden.

Dresden, 9. Nov. Die heutigen Blätter enthalten die folgende Kriegsministerialverordnung an die Beurlaubten der Armee: Die veränderten politischen Verhältnisse machen erneuert eine vollständige Einberufung der Beurlaubten der Armee erforderlich. Die bereits bei den Truppen eingetroffen gewesenen, aber wieder auf Urlaub entlassenen Mannschaften haben hiernach sofort in ihre betreffenden Garnisonen zurückzukehren. Die Eisenbahnen werden sie auf Kosten des Staats befördern. Dresden, den 7. Nov. 1850. Kriegsministerium. Rabenhorst. — Auch die Verordnung wegen Ankaufs von 2700 Pferden für die Armee ist erneuert worden.

— Hamburg, 7. Nov. Heute Morgen hat der Abmarsch der preußischen Infanterie von hier begonnen. Morgen und übermorgen werden die Ueberreste noch folgen. Als Ziel des Marsches wird Eisenach genannt.

Wien, 5. Nov. Heute sind die Militärconferenzen eröffnet worden, wovon mehrere der in den letzten Revolutionstagen ausgezeichneten Generale Theil nahmen, wie Wallmoden, Schlik und Wimpffen. Auch der Erzherzog Albrecht ist beigezogen und deshalb hier angekommen. Morgen wird sich Radetzky präsentiren und erwartet man auch den Ban Jellachich. Die Rüstungen gehen nunmehr mit Kraft vorwärts. Die Kriegsanleihe wird jede Privatkorrespondenz der strengsten Controle unterzogen. Alle Redakteuren sind wiederholt bei geschärfter Strafe vor indiscreten Mittheilungen verwarnt worden. — Ich vernahm Ihnen als zuverlässig zu melden, daß 12,000 Mann des böhmischen Armeecorps unter Commando Clam's um im Namen des Bundes zur Erfüllung der Friedensstipulationen in Schleswig-Holstein zu intervenieren. Dieselben sollen ihren Weg über Bayern, Hessen und Hannover direct nach Rendsburg nehmen und auf diese Weise preußischen Gebiet vermieden werden. Man hofft auf die Mitwirkung Hannovers. Unter allen Umständen seien Sie überzeugt, daß Oesterreich vor der consequenten Vollstreckung der übernommenen Anträge nicht zurücktreten wird. Auch bestätigt sich, daß ein Theil der österreichischen Flotte, d. h. eine Fregatte, zwei Corvetten und vier Dampfer in Triest segelfertig gehalten werden, um auf den ersten Befehl nach der Nordsee abzugehen. — Noch verneh me ich aus guter Quelle, daß der Plan vorliegt, den Marschall Radetzky zum Generalissimus der österreichischen Armee zu ernennen. (F. J.)

Wien, 6. Nov. Der mit telegraphischer Depesche von Berlin bereits hier angemeldete Baron von Rosenberg, kgl. preuß. Legationssekretair, ist

gestern hier eingetroffen. Wie man von Außen her vernimmt, wäre derselbe der Ueberbringer der neuesten preußischen Vorschläge, gestützt auf die Ergebnisse der Warschauer Conferenz, und wenn namentlich der „Neu Preußischen Zeitung" zu trauen ist, so bezogen sich dieselben zunächst auf die Eröffnung sogenannter freier Conferenzen. Wenn indessen wahr wäre, was hinzugefügt wird, daß nämlich Oesterreich aufgefordert werden solle, seine Rüstungen einzustellen, so müssen wir dem entgegen bemerken, daß es die gewöhnlichste Pflicht der Vorsicht erheischt, sich bei mangelnden Garantien jedenfalls sicher zu stellen, eine Pflicht, welche unsere aufsichtige Regierung bestimmt nicht aus den Augen verlieren wird. Preußen hat eine so lange und kostbare Zeit mit leeren Verheißungen vergeudet, daß wir uns nicht enthalten konnten, den Gang neuer schleppender Verhandlungen mit einer gewissen Scheu zu betrachten. Nicht an Oesterreich — an Preußen liegt es jetzt, den Beweis zu liefern, daß es die Verpflichtung im Interesse des Friedens ernst und aufrichtig will. — Der Marsch des vorarlbergischen Armeekorps wird nicht verstehen, Sensation zu erregen, und die Spannung der politischen Lage zu erhöhen. So freudig wir es begrüßen, so können wir doch nicht verhehlen, daß die bloße Kunde des Marsches der österreichischen Armee, daß die Entfaltung ihrer ruhmvollen Fahne unser Herz höher schlagen macht. — Glück, Ehre und Gesinnen begleite diese treuen, kriegserprobten Schaaren. Möge ihr Beruf ein friedlicher sein. Möge ihnen in allen deutschen Landen ein freudiger Ruf der Eintracht und brüderlichen Freundschaft entgegentönen, der sie in dem wackern Bayerlande aus allen Herzen empfängt. Sollte aber das Schicksal es anders fügen, sollten in unglücklicher Stunde des deutschen Bundes und Oesterreichs Waffen verletzt, und die Armee zu ihrer Vertheidigung berufen werden, so wage Gott der Allmächtige mit ihr sein! (D. C.)

Wien, 6. Nov. Radetzky fuhr gestern Nachmittag vom Glogginzer Bahnhof in einem Hofwagen zur kais. Burg. An seiner Seite im Wagen saßen F.-Z.-M. v. Heß und Graf Grünne. Er hatte noch an demselben Abend Gelegenheit, dem Kaiser einen Besuch ab, und hatte eine Unterredung mit dem Fürsten v. Schwarzenberg und dem Kriegsminister, diesen Morgen mit dem Kaiser.

Die Versuchung, die grossen Manöver schalle nach Wien hat einen doppelten Zweck. Man will nicht nur in möglichst kalter Luft einer Kriegserfahrung Nutzen ziehen, sondern auch durch seine Gegenwart der hier, am Olmütz und in Böhmen versammelten Armee einen Führer zeigen, dessen Name alle mit Begeisterung erfüllt. Anderseits will man den Marschall wegen der bevorstehenden Entscheidung der italienischen Zwangsanleihe zu Rathe ziehen. Man versichert dagegen, daß der alte Feldherr nicht mehr nach Italien zurückkehren werde. Die kriegerischen Besorgnisse sind nach keinesweges gänzlich verschwunden. Dies beweist schon der Stand des Silbergeld. Auch wird unsere Diplomatie höhere Forderungen stellen, als man sich anzuwärts, besonders in Berlin denkt. Der Gedanke an Oesterreichs militärischer Ueberlegenheit herrscht in hohen Regionen ebenso fest wie im Heer, das zwar im allgemeinen um die politische Frage und was daran hängt unbekümmert, oder von Ehrfurcht vor dem Rad des Kaisers, zugleich von Durst nach Thaten, Anspannung und Besorgnissen durchdrungen ist. Sie werden sehen, daß es nicht so leicht sein wird durch diplomatische Mittel hellgezogene Schwerter wieder in die Scheide zurückzustoßen. (A. Z.)

Prag, 4. Nov. Heute wird im Amtsblatt der Prager Zeitung vom bohmischen Landescommando bekannt gegeben, daß sowohl für die schwere als für die leichte Cavallerie, ferner zur Artilleriebespannung Pferde angekauft werden. Aus Ungarn und Polen werden in wenigen Tagen 14 Bataillone Infanterie und Cavallerie zur Verstärkung des böhmischen Armeecorps eintreffen. Das böhmische Armeecorps ist jetzt 60,000 Mann stark und wird mit den Verstärkungen 80,000 Mann zählen. Die Prager Besatzung selbst zählt 10,000 Mann. Es scheint, daß auch diese Besatzung verstärkt werden soll, da ein hiesiger Eisenwaarenhändler plötzlich mit der Lieferung von 2000 eisernen Bettgestellen beauftragt wurde. Die neuaufzunehmenden Bataillone werden vorerst bei Jungbunzlau einQuger bezogen, weßhalb auch die Lieferung von 1000 Centnern Mehl hier nach Jungbunzlau bereits eingeleitet ist. Die Truppen werden jedoch erst in der zweiten November-hälfte eintreffen, und daraus zu schließen ist, daß vom 9. Nov. an auf der Prag-Dresdner und Prag-Wiener Strecke der Verkehr der Lastzüge amtlich eingestellt wurde. In den letzten Tagen wurden 120 Wagen von hier nach Olmütz geschafft um zum Truppentransport verwendet zu werden. Heute gingen 40 Kanonen von hier nach Theresienstadt ab. In Prag erwartet man in den folgenden zwei Tagen 3000 Mann Einquartierung durchziehender Truppen.

Berlin, 7. Nov. Die Berl. Ztg. meldet: Nach glaubhaften Mittheilungen hat der zeitige Dirigent der auswärtigen Angelegenheiten, Minister v. Manteuffel, eine Notifikation an die Cabinette der auswärtigen Höfe gerichtet, worin er sich über den Stand der Angelegenheiten und die diesseitigen Ansichten darüber ausspricht. Das preußische Cabinet sei geneigt, den Frieden zu erhalten; es wolle den Krieg nicht und täusche sich nicht über die Gefahren, welche derselbe mit sich bringen würde; aber es würde der Ehre und Selbstständigkeit Preußens nicht vereinbar, um den Frieden zu erhalten, und jeden Angriff mit Entschiedenheit und Kraft zu begegnen wissen. — Der Inhalt der am Sonntage nach Wien abgesandten Note ist gleichzeitig von hier aus nach Petersburg gemeldet worden. — Zum Oberbefehlshaber der combinirten preußischen Observationstruppen ist der General von Strotha ernannt, der vor einigen Tagen in Kreuznach eingetroffen ist. — Der russische Gesandte, Hr. v. Budberg, hat heute die bestimmte Forderung an unsere Regierung gestellt, sich über den Sinn und Zweck der preußischen Rüstungen zu erklären.

Berlin, 7. Nov. Der Deutsche Ref.-r enthält heute folgenden offiziösen Artikel: Der intermistische Vorsitz im Staatsministerium ist nunmehr dem Minister der geistlichen rc. Angelegenheiten, Hrn. v. Ladenberg, welcher gestern Abend zu Sr. Maj. nach Sanssouci befohlen war, übertragen worden. Die Sitzungen des Staatsministeriums fand bereits unter dem Vorsitze des Hrn. v. Ladenberg statt. Wir freuen uns, mittheilen zu können, daß auch diese Sitzung unter den Mitgliedern des Ministeriums die Zuversicht auf ein durchaus einmüthiges Wirken gestärkt hat. Besonders scheinen die beiden Mitglieder des Kabinets, welche die Provinz Westphalen mit den Grafen Brandenburg im November 1848 für die Rettung des Thrones und des Vaterlandes eintraten, nach dem Hingange des Ministerpräsidenten sich zu um so festerem Zusammenwirken an einander zu schließen.

Berlin, 7. Nov. Hr. v. Prokesch, der hiesige Gesandte, hat gestern ein vorläufiges und gestern das bestimmte Verlangen gestellt, daß die preußischen Truppen unverzüglich vom kurhessischen Gebiete zurückgezogen würden, sowie daß Preußen der Pacifikation von Schleswig-Holstein in der vom Bundestage beschlossenen Art und Weise seine Unterstützung leihe. (C. Z.)

Berlin, 7. Nov. Der Nachfolger des Hrn. v. Sydow im Präsidium des Fürstenkollegiums wird der Herr Geh. Rath v. Bulow sein. Den Oberbefehl über die preußischen Operationstruppen wird nach der „D. Ref." der Prinz von Preußen übernehmen. Ihm zur Seite wird der General v. Prittwitz stehen. Die Truppen in Baden sollen theils nach Kreuznach, theils nach Wetzlar kommandirt sein. — Sr. k. Hoheit der Prinz Albrecht werden in diesen Tagen zurückerwartet. Er wie Prinz Karl werden Commandos übernehmen. — Wie es heißt, würde der Prinz von Preußen kgl. Hoheit den Befehl des Gardekorps übernehmen. Se. Maj. der König sollen ebenfalls sich persönlich an die Spitze der Armee stellen wollen — Der kurhessische Gesandte, Freiherr v. Dörnberg, hat den Protest des Kurfursten von Hessen gegen den Einmarsch preußischer Truppen überreicht. Es wurde ihm darauf nothwort, daß die preußische Regierung auf den Protest keine weitere Rücksicht nehmen könne und werde. Der kurhessische Gesandte wird dieser Tage Berlin verlassen.

Italien.

Nach einem Briefe in dem „Salut public" von Lyon sollen zur Beilegung des Zwiespaltes zwischen Piemont und Rom friedliche Unterhandlungen eingeleitet worden sein. Von der angeschickten Intervention des Fürsten Esterhazy, heißt es in diesem Schreiben unter Anderem, um zwischen Turin und dem heiligen Stuhle eine Versöhnung zu bewerkstelligen, erwartet man sehr viel. Der Fürst hat sich zu dem Fürsten von Schwarzenberg begeben müssen, um einen für beide Theile ehrenvollen Vergleich zu Stande zu bringen. Die letzten Depeschen, welche zwischen dem österreich. Gesandten und dem Minister des Aeußern zu Turin gewechselt worden, sollen die Versicherung geben, daß die sardinische Regierung gesonnen ist, die Feindseligkeiten einzustellen, wenn man mit einem Mittelweg einschlagen. Die Erzbischöfe von Cagliari und Turin sollen zurückkehren dürfen: ihre Diözesen sollen sie als Titulare behalten, aber während einer gewissen von den vermittelnden Mächten naher zu bestimmenden Zeitraume Coadjutoren zur Seite haben, um den politischen Leidenschaften Zeit zu lassen, sich zu beruhigen."

Vermischte Nachrichten.

In dem, wenige Jahre nach der Julirevolution erschienenen Werke des ehemaligen passau'schen später niederländischen Ministers in Bayern Clausen des Heinrich's v. Gagern), betitelt „Mein Antheil an der Politik", sind auch einige Briefe des Ministers Frhrn. v. Stein an den Herausgeber abgedruckt, in denen einem folgende denkwürdige Stelle, bezüglich auf den Verhandlungen des Steuerbewilligungsrechts der Kammern, vorkommt, die wir unsern Lesern wieder in den hessischen Conflikt, die beklagenswerthen Conflikte und Verwirrungen herbeigeführt worden sind, — enthalten ist. Er schreibt: „Mit der unbedingten Bewilligung, ein mißfälliges Ministerium durch Verweigerung der Abgaben verdrängen zu dürfen, stürzt man jede bestehende Verfassung, sie sei monarchisch, aristokratisch, demokratisch, es dauert der revolutionäre Zustand fort. Dann kann jede Opposition Gehorsam und Abgabenzahlung zur Bedingung der Entfernung oder der Anstellung gewisser Personen machen, so hat aller Gehorsam ein Ende. — Die Bewilligung oder Verweigerung von Abgaben ist nichts Willkürliches; es kann dies Recht nur nach bestimmten Grundsätzen, mit Beobachtung großer heiliger Pflichten, ausgeübt werden."

„Fraser's Magazine" macht bei Gelegenheit einer kritik des Buches; „Ueber den Verfall Englands", welches der große französische Historiker Lehon-Rollin zum Druck sur die in London gefundenen Freistadt geschrieben hat, folgende Enthüllung über dessen Abkunft: Hr. Lebru-Rollin ist jetzt 44 oder 46 Jahre alt, da er 1806 oder 1808 geboren ward. Er ist der Enkel jenes berühmten Taschenspielers oder Magiers, der unter dem angenommenen Namen des großen zu Anfang dieses Jahrhunderts seine Kunststücke machte. Unter der Konsulats-Regierung und zur Zeit Napoleon's machte Comte Kunstreisen durch alle Departements von Frankreich und auch über dessen Grenzen hinaus. Er war von allen Celebritäten seiner Zeit der berühmteste und glücklichste, mit Ausnahme etwa des großen russischen Magiers, der damals Frankreich und ganz Europa in Erstaunen setzte. Die Comte, die Alexandre, die Bosco sind Stümper gegen ihn. Kein Wunder also, wenn er sich ein beträchtliches Vermögen zusammen spielte, zu dessen Erben er Lebru-Rollin, seinen Lieblings-Enkel, einsetzte. Und wäh-

end fessen Minderjährigkeit wachs das Kapital ergestalt, daß Ledru-Rollin bei seiner Mündigwerdung eine Jahresrente von fast 100,000 Frs. bezog. Sein Reichthum verschaffte ihm zuerst Kredit bei der republikanischen Partei. Doch seine Betheiligung an der „Reformen“ kostete ihm große Summen, wofür er aber auch in der Februar-Revolution Mann des Volkes und Mitglied der provisorischen Regierung wurde. Der Geist seines magischen Großvaters lebt in ihm fort; nur mit dem Unterschiede, daß Ledru-Rollin's Cocomotage sich nicht damit begnügt, das Geld aus den Taschen verschwinden zu machen, sondern um Krone und Zepter spielt. Bekanntlich hat er viele Eingewühte bei seinen politischen Kunststücken: daher das Ueberraschende derselben, manchmal zu seiner eigenen unangenehmen Ueberraschung, wie am 13. Juni 1849.

(Z.)

Neuestes.

* Würzburg, 11. Nov. Wie wir so eben aus sicherer Quelle vernehmen, wird in Bruckneun ein großes Spital für sämmtliche Bundestruppen errichtet, und sind die dazu gehörigen Vorbereitungen schon getroffen.

§ Aitzingen, 8. Nov. Heute wollte der in der hiesigen Mainmühle beschäftigte Müllergeselle Wolfgang Ebert das Uebrieb an der Mainmühle öffnen, während dessen derselbe aus den von den Fluthen des Mains ergriffenen Kahn fiel, und ertrunken ist. Die Leiche des Verunglückten wurde noch am nämlichen Tage aus dem Maine gezogen.

⊙ Ochsenfurt, 8. Sept. Heute Abend 6 Uhr wurden der Ortsnachbar Peter Lehrmann und dessen Ehefrau von Kleinochsenfurt todt in ihrem Keller aufgefunden. Nach ärztlichem Gutachten haben Beide den Erstickungstod erlitten, und zwar in Folge der Ausdünstung von ungefähr 50 Eimern neuen Mostes, welche sie in ihrem verhältnißmäßig kleinen Keller aufbewahrt haben.

Landau, 8. Nov. Von heute an werden die Thore wieder zur festen Zeit wie früher geöffnet und geschlossen.

Frankfurt, 7. Nov. Dem General v. Schreckenstein in Baden ist gestern von Berlin aus der Befehl geworden, alle Streitkräfte zu concentriren und mit denselben eine Stellung zwischen der Murg und dem Neckar einzunehmen. Es dürften sich auf diese Anordnung diejenigen Nachrichten zurückführen lassen, welche die vollständige Zurückziehung der preußischen Truppen auch dem Großherzogthum Baden betreffen. Selbst die beiden Schwadronen vom 6. Ulanen-Regiment, welche, wie man von hier gemeldet, bereits vor mehreren Tagen um Frankfurt hinweg nach nassauischen Ortschaften in der Nähe abmarschirt sein sollten, befinden sich zur Zeit noch in Baden. Die große, feindliche Regierung scheint sich jetzt ziemlich entschieden für den Bundestag beigestellen zu wollen, da wir kurz vor Postschluß erfahren, daß sie ihre Zustimmung zu der Aufstellung eines österreichischen Korps am linken Mainufer in und um Seligenstadt ertheilt hat. Diese Abtheilung wird aus den beiden Infanterie-Regimentern Benedek und Wellington und den Regimentern Chasanteigers Windischgrätz nebst einer Batterie bestehen. Die Truppen sind im schleunigsten Anmarsch und werden am Sonntage Seligenstadt erreicht haben.

(R. Z.)

Frankfurt, 8. Nov. Die heutige Börse bot einen wo möglich noch trüberen Anblick dar, als die gestrige. Man hatte Nachricht von einem Rückgange der preußischen Staatsschuldscheine um neun Procent, und eine solche beispiellose Erschütterung der sonst so festen berliner Börse, noch ehe ein Kanonenschuß gefallen, war allerdings geeignet, große Besürzung hervorzurufen.

Karlsruhe, 8. Nov. Vorgestern erschienen in der Commission, welche von der zweiten Kammer zur Prüfung der Uebereinkunft mit Preußen niedergesetzt worden, Staatsminister v. Rüdt, Staatsrath Regenauer und Oberst v. Roggenbach. Dieselben machten folgende Mittheilung; Preußen hat seine Entschädigungsforderung von 2,000,000 Thl. vorläufig auf 1,870,000 Thlr. herabgesetzt, und sich bereit erklärt, die Zollgefälle frei zu geben, falls Baden die Forderung in der erwähnten Größe anerkenne. (D. Z.)

Karlsruhe, 8. Nov. Die Commission, welche von der zweiten Kammer zur Prüfung des Bündnisses mit Preußen niedergesetzt wurde, hat vorgestern eine Sitzung gehabt, in der die Ansicht, daß Baden einer Verhältnissen des Bundnisses aufrecht erhalten müsse, durchdrang und eine dahin zielende Adresse an den Großherzog beschlossen wurde, deren Wortlaut wir morgen mittheilen werden.

Mannheim, 8. Nov. So eben vernehmen wir, daß der kgl. preußische Generalstab hierher verlegt wird. (Mannh. Z.)

Wiesbaden, 8. Nov. Unsere Beurlaubten sind einberufen. Die Mobilmachung unseres Kontingents erfolgt; auch Pferde-Ankäufe werden dem Vernehmen nach vorgenommen. (Fr. Z.)

London, 3. Nov. (Fortsetzung.) Man will bemerkt haben, daß die Tory-Presse in den Provinzen im Allgemeinen die Sache mit weniger Heftigkeit bespricht, als die Whig- und „liberalen“ Blätter. — Die heutigen „Times“ haben eine eigene Rubrik: „Proteste gegen Pavisimus“. Da rin lesen wir erst von einem „Meeting der Pfarrgenossen von St. Anna“ (es waren aber nur 60 bis 70 Personen, Augustiner und Presbyter aller Grade und Orden), der Bericht füllt 1½ Spalten). Wie dort patemisirt wurde, zeigt die Resolution eines Independenten-Predigers (Bailey heißt der Lügner), nach „romischer Moral“ sei Ehebruch und Mord zum Nutzen der Kirche keine Sünde, wie er selbst bei Lignori gesehen habe. Dann folgt ein Bericht über die Aubienz der Deputation des Clerus und Volks bei dem Bischof von London. In Liverpool hat eine Deputation von Geistlichen und Laien der Stadt und Nachbarschaft eine „Demonstration“ beantragt, in Leeds der Dechant ein Meeting der Geistlichkeit berufen, zu Gloester der „kirchliche Verein“ einen dutzendfach motivirten Protest erlassen in die „Kreuz Zeitung Post“ bringt ein Schreiben M. W. Grey's, worin im Auftrage Lord J. Russell's erklärt wird, die Errichtung der päpstlichen Bisthümer sei ohne Sanction und Billigung des Ministeriums geschehen, und Lord Minto sei zu Rom wegen dieser Maßregel nie befragt worden und habe sie nie gebilligt (vermuthlich hat der brave Vater oder Lord Minto aber sonst Jemand gefragt). — In einer andern Spalte gibt sich der Bischof Ullathorne von Birmingham noch einmal Mühe, die ergrimmten Fanatiker über einzelne Punkte aufzuklären: solche Stimmen verhallen aber in dem allgemeinen Geschrei. Es ist ein trauriger Anblick, in einem „freien“ Lande solche Intoleranz und bei dem „gentleman“ englischen Volke solche verkehrte Auffassung der einfachsten Sachen zu finden.

(Schluß folgt.)

London, 5. Nov. Die ganze Demonstration am heutigen Guy Fawk's-Tag bestand in etwas lebhafteren Betheiligungen der Straßenjungens, als in den früheren Jahren. Unter andern sah man einen Aufzug mit einem Esel, der einen Carbinalshut trug, und auf welchem ein sächerlich maskirter Bursche mit der Tiara saß; voraus zogen Jungen in allerlei geistlichem Mummenschanz. Der Zug bewegte sich unter grossem Volksbeifall nach der Börse, wo er von den Jobbers bewirthet wurde. Welche Ehre würde man in London erleben, wenn man in Dublin oder Rom die Würdenträger der anglicanischen Kirche in dieser pobelhaften Weise zum Gegenstande öffentlichen Spottes machte!)

Paris, 8. Nov. General Lamoriere zeigt der Permanenz-Commission ein Mord-Complot von Mitgliedern der Gesellschaft des jetzten Dezember gegen Dupin und Changarnier an; der Minister Barothe, darüber von Faucher, Monet und Bazet interpellirt, stellt das Complot in Abrede. Auf den Antrag des Staatsrathes und des Ministers Baroche hat der Präsident der Republik die Gesellschaft des jetzten Dezember durch ein Decret aufgelöst. Einen Gerichte zufolge billigt Frankreich die bundestagsschische Besetzung Kurdessens.

T. D. 1) Berlin, 8. Nov. (verspätet). Die ministerielle „Deutsche Reform“ berichtet das Folgende: Die kgl. Regierung rüstet nur behufs ernstlich, um die Erhaltung eines ehrenvollen Friedens wo irgend möglich noch zu erzielen. Die Anwort des k. k. öhrr. Cabinets ist heute eingegangen. Das Staatsministerium befindet sich über dieselbe in Berathung. Ein entscheidender Beschluß wird erst unter dem Vorsitz Sr. Maj. des Königs und nach der Ankunft des Grafen von Brnstorff, welcher durch Unwohlsein behindert wird, abgefaßt werden. — Im Königreich Sachsen ist die Einberufung der Reserven nicht eingetreten worden. (Z-D.-Z.)

2) Wien, 9. Nov. Die Lage ist höchst kritisch. Oesterreich fordert das unbedingte Preisgeben der Fusion und die Anerkennung des Bundestags. Die desfallsige Note ist bereits zu Berlin, aber die Einschreitung zurück bis zu Dresdners Ankunft verschoben. Die Wiener Blätter zweifeln an der Erhaltung des Friedens, obwohl die „Deutsche Ref.“ dieselben noch Hoffnung hatte.

(A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Strang v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 10. November 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1030	1051
„ 5% Metallique	73½	74
„ 4% „	—	—
„ 3% „	—	—
„ 2½% „	39	—
„ 4½% Bethmann	—	—
„ 4% „	—	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	92	93
„ „ „ 1834.	144	146
Preußen 3½% St. Schuld-Scheine.	—	—
„ Thl. 50 Prämien Scheine.	—	—
Bayern 5% Obligationen	—	—
„ 4% „	—	—
„ 3% „	—	—
Württemberg 3½% „		79½
„ 4½% „	93	93½
Baden 3½% „		79½
„ fl. 35 Loose	30½	30½
„ 50 „		51
Nassau fl. 25 „	25	25
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	73½	74½
„ „ 25 „	27	27½
Polen fl. 300 „	—	—
Sardinien Frc. 36 „	32	33

Interessant für den Lehrerstand!

Wir besitzen einige Hundert Exemplare von der

Erklärung des Würzburger Diöcesan-Katechismus für Schullehrer, herausgegeben von Pfarrer Schnin Volkach

die wir, um damit aufzuräumen, per Exemplare für nur 18 Kreuzer abgeben.

Paul Ham'sche Antiquariats-Buchhandlung in Würzburg.

Theater-Anzeige.

Dienstag den 12. Nov. 1850.

Zum Erstenmale wiederholt:

mit erhöhten Eingangspreisen

Der Prophet.

Große Oper in 5 Akten von Meyerdeer.

Mit neuen Dekorationen, neuer Garderobe, Ballet und Schlittschuhfahrt.

Preise der Plätze:

Erster Rang 1 fl. 45 kr., Sperrsitz n. zweiter Rang 1 fl. 12 kr, Parterre 48 kr., Amphitheater 30 kr., Gallerie 18 kr.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

☞ Gestern wurde eine Beilage ausgegeben.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl. —
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 453.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 271. Würzburg, Dinstag den 12. November. **1850.**

Der verderbliche Pfad des Berliner Cabinetes.

Ein kurzer Ueberblick des heutigen Standes der Dinge wird einem allgemein gefühlten Bedürfnisse des Publikums begegnen. — Das Benehmen Preußens in zwei flagranten Fragen des Tages läßt nunmehr befürchten, daß jene so natürliche und so billige Grenzlinie nicht eingehalten, und ein Uebergriff auf das selbstständige Gebiet der bundestreuen Regierungen versucht werden will. Der König von Dänemark, als Herzog von Holstein und Lauenburg Mitglied des deutschen Bundes, und in der Bundesversammlung zu Frankfurt vertreten, hatte auf Grund des von Preußen selbst im Namen des Bundes abgeschlossenen Friedens die Dazwischenkunft der Bundesversammlung zum Behufe der Pazifizirung der Herzogthümer, und der Schlichtung des dort ausgebrochenen Kampfes in Anspruch genommen, und diese Versammlung konnte, theils in einfacher Anwendung der Grundgesetze des Bundes, theils in Vollstreckung des in seinem Namen geschlossenen Friedenscontraktes, — theils endlich, um nicht eine vorgängig deutsche Frage der sonst unfehlbar eintretenden materiellen Einwirkung nicht deutscher Mächte ausschließlich anheim zu geben — nichts anders, als jenem Begehren sofort zu willfahren. Was that Preußen? Es erklärt in, zur Kunde des Publikums bereits gebrachten Aktenstücken — ein solches dargethan gefesmäßigen, von ganz Europa gewünschten, und dem von Preußen selbst abgeschlossenen Frieden entsprechendes Beginnen des Bundes — nicht dulden zu wollen! In Kurhessen andererseits entsteht in Folge der zwischen dem Landesherrn und seinen Ständen eingetretenen Zerwürfnisse ein Zustand der Anarchie, dem ein Ende gemacht werden muß, will man nicht im Herzen Deutschlands der noch immer auf ihre Wiederherstellung hoffenden Revolution eine willkommene Stätte der Vorbereitung und des Weitergreifens schaffen. Der Kurfurst erbittet sich zu diesem Behufe die Hilfe des Bundes; und dieser muß sie ihm leisten, will er nicht zugleich die Grundgesetze seines Bestehens und seiner Pflicht, dem Wiederaufstehen der Revolution mit allen seinen Mitteln entgegenzutreten, in die Schanze schlagen. Allein auch hier begegnet er abermale dem Widerspruche Preußens, welches, ohne Anführung irgend einer Verletzung, und bloß aus Rücksichten politischer Convenienz und sogenannten Staatsinteressen es nicht erlauben will, daß ein deutscher Fürst auf seinem eigenen Gebiete die bundesphlichtgemäße Hilfe seiner Mitverbündeten verwende! Die Durchführung eines solchen Systems der Prapotenz und Einschüchterung würde gerades Weges zur Vernichtung der Unabhängigkeit aller deutschen Staaten und folgeweise zum völligen Umsturz des von Europa anerkannten deutschen Staatenbundes führen. Sie kann von Oesterreich durchaus nicht zugelassen werden. Die militärischen Kräfte des Kaiserstaates sind bereit zu Bewegungen gegen, um seinen dießfälligen Demonstrationen den gebührenden Nachdruck zu sichern. Eine große Armee, versehen mit allen Hilfsmitteln zum Kriegsführen, wird in diesem Augenblicke an den geeigneten Aufstellungsplätzen versammelt. Endlich ist das in Vorarberg aufgestellt gewesene Korps unter dem Befehle des F.-M.-L. Legedics bereits in Bayern eingerückt, um in Verbindung mit den braven Truppen unsers treuen Verbündeten, des Königs von Bayern, den Ereignissen der Zukunft entgegen zu gehen. Auch in Württemberg, in Sachsen und andern bundestreuen Ländern, rüstet man sich mit Macht, um die eigene Selbstständigkeit zu sichern, die Rechte des Bundes zu wahren und ersten Pflichten zu genügen. Wir haben die Ueberzeugung, daß bei diesem Beginnen Oesterreichs Kaiser auf die treue Mitwirkung seiner Völker, die fühlen müssen, daß es sich bei jenen Fragen nicht nur um die Rechte, sondern zugleich auch um die wichtigsten politischen und materiellen Interesse des Gesammtreiches handelt, wird zählen konnen. Bis zum letzten Augenblicke wollen wir aber die Hoffnung nicht aufgeben, daß Preußen noch Anstand nehmen wird, durch eine Gewaltthat den Frieden, dieses große Bedurfniß der vielgeprüften Zeit, — zu Niemands Vortheil, es sei denn zu jenem der ewigen Feinde des Volkergluck's und der Volkerruhe, zu brechen.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Fulda, 9. Nov. 1 Uhr Nachmittags. Eben rucken die ersten bayer. Truppen bei uns ein. — 2 Uhr Nachmittags. Starke Massen Chevauxlegers, Schützen, Infanterie und Artillerie im Gefolge des Oberbefehlshabers Fürsten von Thurn und Taxis durchziehen mit fliegendem Spiele die Stadt und stellen sich auf dem Domplatze auf, sie werden hier Quartier nehmen. — Das Hauptquartier der Bundestruppen ist heute nach Fulda verlegt worden. — Abends Alle Feindseligkeiten sind eingestellt. Die Preußen haben nicht blos Fulda geräumt, sondern auch die Straße nach Kassel freigegeben. Sie behalten sich blos ihre Etappenorte vor. Diese freundschaftliche verfohnliche Ausgleichung muß jeden wahren Vaterlandsfreund mit inniger Freude erfullen; wir hoffen, daß nun auch der gestrige betrübende Vorfall sich zu gegenseitiger Zufriedenheit ausgleichen werde. (Z.-D.-Z.)

Von der obern Fulda, 9. Nov., Abends. Ein großer Theil der Bundesarmee überschritet heute in der Stadt Fulda und der nächsten Umgegend. Morgen Vormittag wird derselbe wahrscheinlich über Marbach, Rückers und Künsfeld, auf der Straße nach Kassel weiter marschiren. Auf dieser Straße werden die Bundestruppen jenseits Künfeld die Orte Burghaun, Rotenkirch, Neukirchen, Oberaschen, Hersfeld, Unterhaune berühren, an Hersfeld (Stadt von 7000 Einwohnern, an der preußischen Etappenstraße gelegen) vorübermarschiren, aut ihren Weg über Friedlos, Blankenheim und Breitenbach bis Bebra fortsetzen, bei welchem letztern Orte sie auf der Eisenbahn nach Kassel gelangen werden. Die Entfernung von Fulda bis Bebra beträgt 7½ Meilen und die von Bebra bis Kassel 6 Meilen; die Truppen konnen also am 12. die. M. in Kassel eintreffen. (Z.-D.-Z.)

Fulda, 9. Nov. Die bei Brunzell verwundeten Jäger wurden in dasselbe Wirthshaus getragen, wo der Fürst von Thurn und Taris sich einlogirt hatte; sie wurden von demselben sogleich besucht, wobei der schwerer Verwundete nur eine Klage hatte, die, daß sein Stutzen nicht geladen gewesen und er schon auf die erste Charge von Seiten der Preußen gefallen sei. Die Kugel ist ihm durch die Brust und rechte Schulter gedrungen, man hofft ihn indeß zu retten, der 2. ist an der Kniescheibe verwundet, der 3. am Knöchel und der 4. an der Wade. (K. Z.)

Hanau, 9. Nov. Für die Verpflegung der Bundestruppen ist folgendermaßen gesorgt. Von hier gehen auf Anordnung der Militärkommandos täglich nach den Hauptquartieren ab: 9000 Pfund Fleisch, 18,000 Pfund Brod 40,000 Pfund Heu, 42,000 Pfund Stroh, 1000 Maas Branntwein, 1200 Pfund Salz und 50 Pfund Pfeffer. (K. Z.)

Fulda, 10. Nov. Gestern Abend brachte das hier cantonnirende Offizierkorps, unter Begleitung einer fohrmen Fackelmusik, dem Oberbefehlshaber der Bundestruppen, General der Cavallerie, Fürsten v. Thurn und Taxis, seine Glückwünsche zu dessen Namensfeste dar. Auf Befehl des Bundeskommissärs haben der Obergerichtspräsident v. Warnsdorf, der Obergerichtsrath Pfeiffer, das vormalige Mitglied der aufgelösten Ständeversammlung Dr. med. Weinzierl und der als Privatmann sich hier aufhaltende Oesig von Schweizer, jeder einen Offizier und sünfzig Mann als Einquartierung erhalten. Die Burgergarde ist vom Garnisonsdienste entbunden worden, dagegen nicht aufgelöst und entwaffnet. Sämmtliche Bundestruppen waren in den Dom heute Vormittag zur Kirchenparade eingerückt. (F. O.-Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Altona, 9. Nov. Der hiesige „Merkur“ enthält die folgende Erklarung: In einer am 24. v. M. abgehaltenen Versammlung von Prälaten und Gutsbesitzern der Herzogthümer Schleswig und Holstein ist die Veroffentlichung der nachstehenden Erklärung beschlossen worden: „Prälaten und Gutsbesitzer der Herzogthümer Schleswig und Holstein erklaren, daß es sie tief bekummert, noch immer kein Zeichen der Anerkennung des klutigen Krieges zu sehen, der zwischen zwei Völkern geführt wird, die seit Jahrhunderten denselben Herrscher hatten und durch so manche Bande und gemeinschaftliche Interessen eng an einander geknüpft waren. Die einzigen Resultate, welche dieser traurige Krieg gehabt hat und bis jetzt gezeigt hat, sind Verwüstung aller Wohlfahrtsquellen nach haben kann, sind nächst einer maßlosen Erschopfung der Kräfte beider Länder eine steigende Erbitterung der Gemüther, welche die Versohnung von Tage zu Tage mehr erschwert. Prälaten und Gutsbesitzer überzeugt, daß der Streit zwischen Dänemark und den Herzogthümern nicht durch das Schwert entschieden wird, daß mithin ein ferneres Blutvergießen eben so grausam wie nutzlos ist, halten es für ihre Pflicht, laut und öffentlich ihr Verlangen nach

Frieden aufzusprechen. Sie wenden sich an das Herz des Landesherrn, an das Mitgefühl und die Gerechtigkeit der deutschen Regierungen und an die Weisheit der Gesammtheit, um als ersten Schritt zum wirklichen Frieden die Einstellung der Feindseligkeiten zu erlangen. Prälaten und Gutsbesitzer glauben sich hier jeder Aeußerung aber die Basis der Unterhandlungen, die künftige Stellung der Herzogthümer betreffend, enthalten zu müssen und können nur den schnellen Wunsch aussprechen, daß die Conferenzen bald einen Saamen der Zwietracht zerstören u. den Segen des Friedens in diese früher so glücklichen Länder von neuem zurückführen möge!“ Die Berathung wurde vorstehenden Erklärung ist bisher unterblieben, weil das Corps der Ritterschaft in einer am dreifachen Tage abgehaltenen Versammlung dieser Erklärung nur mit einigen Modificationen beitreten zu wollen beschloß, nach welchen der specielle Antrag auf Waffenstillstand wegfallen und der Wunsch baldiger Vereinbarung näher dahin präcisirt werden sollte, daß dieselbe auf dem Wege billiger und gerechter Feststellung der gegenseitigen Ansprüche herbeigeführt zu erstreben sei. Da nun die mit den Mitgliedern der ersten Versammlung behufs gutsogenen Unterhandlungen bisher zu einem bestimmten Ziele nicht geführt haben, so muß ich mich gegen die gemeinschaftliche Versammlung von Prälaten und Gutsbesitzern verpflichtet achten, den von derselben gefaßten Beschluß, wie hiermittelst geschieht, zur öffentlichen Kunde zu bringen. Itzehoe, den 6. November 1850. M. Moltke, vorsitzender Prälat.

Hannover, 6. Nov. Im Nachstehenden übersende ich Ihnen das von dem Bundestage an die Statthalterschaft erlassene Inhibitorium. Es lautet, wie folgt: „Antrag auf dem Protokoll der 11. Sitzung der Bundesversammlung, geschehen am 25. Okt., §. 33, Holstein. — Die Bundesversammlung hat demnach mit Stimmenmehrheit beschlossen: 1) sofort nach erfolgter Auswechselung der Ratifikationsurkunden über den Frieden vom 2. Juli der Statthalterschaft in Kiel, als der faktisch bestehenden obersten Landesbehörde Holsteins, ihren festen Willen kundgeben zu lassen, daß sie fernere Feindseligkeiten nicht dulden werde, die Statthalterschaft daher gemessenst angewiesen werde, dahin Sorge zu tragen, daß kein Angriff erfolge, die holsteinischen Truppen vielmehr sämmtlich der Eider zurückzugehen werden, und daß auf Verlangen derselben von mindestens 4 Plätzen, die Bundesprästdialgesandtschaft aber zu ersuchen, diese Intimation an die Statthalterschaft auf geeignetem Wege zu bewerkstelligen; 2) hiebei der k. dän. hohen Regierung gegenüber die bestimmte Voraussetzung auszusprechen, daß den Bestimmungen des Friedens vom 2. Juli gemäß, wie sie namentlich nach Maßgabe des Schreibens des englischen Bevollmächtigten vom 4. Juli interpretirt worden müssen, auch kgl. dänischerseits keine Anordnung militairischer Maßregeln auf Holstein erfolge, daß auch in Folge der Beurlaubung holsteinischer Truppen eine angemessene Verringerung der dänischen Armee im Lauf des Schleswigs stattfinden werde; 3) einen Bundescommissär zu ernennen, zu diesem Endzweck aber die königlich hannover'sche Regierung durch Vermittelung zu ersuchen, einen ihrer höheren Beamten zu benennen, welcher zur Uebernahme dieser Funktion geeignet ist, und demselben zu alsbaldiger Antrittsreise zu veranlassen, damit er seine Vollmacht und Instruktion in Empfang nehme; 4) den Ausschuß zu beauftragen, einen Entwurf dieser Vollmacht und Instruktion unverzüglich vorzulegen; 5) den Executionsausschuß mit alsbaldiger Eröffnung seiner Gutachtens über die möglicherweise nöthig werdenden eventuellen Executionsmaßregeln zu beauftragen; endlich 6) die kgl. dänische, herzoglich lauenburgische höchste Regierung von dem gegenwärtigen Beschlusse und namentlich von der unter Nr. 2 derselben gefertigten Voraussetzung in Kenntniß zu setzen.“ (H. N.)

Deutschland.

Karlsruhe, 8. Nov. Die von der Commission der zweiten Kammer in Betreff des Bündnisses mit Preußen an Se. k. Hoheit den Großherzog beschlossene Adresse lautet, wie folgt: Durchlauchtigster Großherzog! Ehrfurchtsvoller Fürst und Herr! Euere königliche Hoheit haben den Kammern, und zwar zunächst der zweiten in geheimer Sitzung zu Ueberreichung vom 25. Mai d. J. wegen Stellung und Verpflegung der k. preußischen Truppen im Großherzogthum Baden vom 1. Okt. 1849 an, und wegen Verlegung großh. badischer Truppen in preußische Garnisonen, sowie den zu dem Art. VII. dieser Convention vereinbarten Vorbehalt zur Kenntnißnahme und sowohl solche verfassungsmäßig erforderlich ist, zur nachträglichen Genehmhaltung vorlegen. Die zweite Kammer Ew. königl. Hoheit getreuen Stände hat zur grundlichen Prüfung dieser Vorlage eine Commission niedergesetzt, deren Bericht berathen und hierdurch die Ueberzeugung gewonnen, daß die Uebereinkunft vom 25. Mai d. J. wegen der Verlegung der großh. badischen Truppen in preußische Garnisonen betrifft, nicht zum vertragsmäßigen Vollzuge gekommen ist, daß für die Beseitigung der im Wege stehenden Hinternisse innerhalb einer bestimmbaren Frist keine Garantien vorliegen, daß die wesentlichen Voraussetzungen, von welchen bei der Verlegung ausgegangen worden, nicht in Erfüllung gegangen sind, theils nicht mehr bestehen, daß durch die fortdauernde Anwendung der übrigen Bestimmungen der Uebereinkunft vom 25. Mai ohne gleichzeitige Verlegung der badischen Truppen die Staatskasse zur Unzeit belastet wird, und das Land auf die Dauer in ihm bisher durch außerlegten unerschwinglichen Lasten zu tragen außer Stand ist, daß die Forderung Preußens für Mobilmachung und Unterhaltung des zur Unterdrückung des Aufstandes im Großherzogthume aufgestellten Armeekorps, so weit sie den Matricularbetrag Badens übersteigt, nicht gerechtfertigt ist, und daß der berechnete Aufwand ohnehin nur zum geringeren Theile durch Belämpfung des badischen Aufstandes veranlaßt und gemacht wurde, daß die großherzogliche Regierung zur Erzielung einer billigen Abfindung neuerliche Verhandlungen eingeleitet hat, deren Ergebniß nur durch die ständische Zustimmung rechtskräftig werden kann, daß aber die von kgl. preuß. Finanzministerium angeordnete Rückbehaltung der Zollgefälle in allen Fällen unstatthaft ist, sowohl wegen der Unzulässigkeit einer Compensation des Zinsenden mit dem Liquiden, als auch, weil die erwähnte Entschädigungsforderung von der kgl. preuß. Regierung gemacht wird, hinsichtlich der Zollgefälle aber nicht besitzen, sondern die Vereinsstelle die Schuldnerin ist. Die zweite Kammer Eurer kgl. Hoh. getreuen Stände hat daher heute in öffentlicher Sitzung beschlossen: Eure kgl. Hoh. unterthänigst zu bitten: I. Bei den Unterhandlungen mit der kgl. preuß. Regierung auf eine entsprechende Abänderung der Uebereinkunft vom 25. Mai d. J. insbesondere aber dahin wirken zu lassen: 1) daß sich die der Entschädigungsberechnung des Art. III zum Grunde liegende Contingentszahl vermindere, a) um die Zahl der in preuß. Garnisonen einmarschirten großherzogl. Truppen von dem Tage ihrer Einkunft daselbst, b) um die Zahl der im Großherzogthume aufgestellten badischen Truppen von dem Tage an, an welchem sie zum Ausmarsche bereit waren oder zum Dienste verwendet werden konnten; 2) daß eine Verminderung der kgl. preuß. Besatzungstruppen aufgehalt der Festung Rastatt eintreten solle, sowie in Folge dessen, daß für die Unterbringung sämmtlicher großherzogl. badischer Truppen in Kasernen Raum zu gewinnen, baldmöglichst stattfinde; 3) daß von weiterer Verlegung bad. Truppen in k. preuß. Garnisonen Umgang genommen, auch die bereits dahin abgegangenen großh. bad. Truppen, sobald es die Umstände erlauben, zurückgezogen werden. II. Gegen die im Widerspruch mit allen Rechtsgrundsätzen fortdauernde Sperrung der Antheile Badens an den Vereinszollerträgnissen durch den k. preußischen Finanzminister nochmals entschiedene Verwahrung einlegen, nothigenfalls aber auf geeignetem Wege, etwa durch zwei preuß. Unionsschiedsgerichte, nach dreijährigem Ablaufe die baldige rechtliche Erledigung dieses Gegenstandes wirken zu lassen. III. Höchste ihre Regierung anzuweisen: Eine Auflösung der Uebereinkunft vom 25. Mai d. J. durch Anwendung der Bekanntschaft, welche die Artikel 1. Absatz 3 um Art. 7, Absatz 2 einräumen — so weit sie nur mit Preußen und denjenigen deutschen Staaten zusammen zu gehen, welche sich durch das Bündnißstatut vom 26. Mai 1849 und zu den Zwecken desselben verein einigt haben.

Mainz, 10. Nov. Im Laufe des heutigen Tages, spätestens morgen werden die großherzogl. badischen Truppen auf ihren Rückmarsche aus den bisherigen Garnisonen in Preußen hier eintreffen; bereits waren für dieselben Quartiere in unserer Stadt bestellt, da aber Gegenbefehle eintrafen, werden jetzt die genannten Truppen ohne Aufenthalt und so schnell als möglich per Dampfboot weiter nach Mannheim befördert werden.

(Mainz. J.)

Dresden, 7. Nov. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer nahm der Minister des Auswärtigen v. Beust das Wort, um sich über die am 2. Nov. angeordnete Mobilisirung der Armee auszusprechen. Der Hauptinhalt des langen Vortrags ist folgender: Nachdem die sächsischen Regierung ist die Berechtigung der „Bundesversammlung“ zu den von ihr getroffenen Maßregeln ebenfowenig zweifelhaft, als ihre eigene Verpflichtung, denselben in sehr Bezierung Folge zu leisten und sich anzuschließen. Was die Rüstungen selbst betrifft, so warten sie, wie der Minister erzählte, durch eine von dem hiesigen preußischen Gesandten überreichte Note des Herrn v. Radowitz veranlaßt, welcher ziemlich kategorisch die Frage an das Ministerium stellte, welche Haltung man hier den zu erwartenden Conflikten in Kurhessen gegenüber einnehmen gedenke. Herr v. Beust bemerkte darauf, daß Sachsen die „Bundesversammlung“ ruhig unterstützen werde, doch glaubte die Regierung zugleich befürchten zu müssen, sofort mit in diese Conflikte gezogen zu werden, und rüstete deshalb, modificirte aber auch sofort die Rüstungen, als Hr. v. Radowitz auf dem Ministerium getreten war. Als Herr v. Beust seinen Vortrag geendet, wurde ihm von mehreren Seiten der herzlichste Dank ausgesprochen, die Angelegenheit selbst aber endlich an die erste Deputation gewiesen.

(D. A. Z.)

Berlin, 8. Nov. Der hiesige Gemeinderath beschäftigte sich gestern zum Antauf von Pferden behufs der Mobilmachung zur Armee mit der Summe von 60,000 Thlr. aus Communalfonds. Aus einem amtlichen Schreiben des Generals v. Brangel an die Militär-Commission geht hervor: das dritte Armeekorps wird mit Ausnahme der Landwehr-Cavallerie in seiner ganzen Stärke mobil gemacht, sowie die Truppen, welche mobil gemacht sind, treten von dem Augenblicke, an welchem sie aus der Garnison abrücken, auf den Feldetat. Sämmtliche Festungen, für welche die Kriegsarmirung nicht bereits bestehen ist, werden unverzüglich armirt. Außer der Kriegsschule werden auch die Reitschule, die Artillerie- und Ingenieurschule, sowie die sämmtliche Divisionsschulen unverzüglich aufgelöst.

(Berl. Z.)

Berlin, 9. Nov. Die Deutsche Wehrzeitung sagt in Bezug auf die jetzigen allgemeinen Rüstungen: „Kommt es zum Kriege, so wird er ein eben so blutiger, als erbitterter sein, denn es kommen Elemente in diesen Conflikt mit hinein zusammen, die früher nur einzeln gewirkt haben. Wir haben Religionskriege, Bürgerkriege

Nationalitätskriege, Cabinetskriege, Eroberungskriege, Kriege der Nichtbesitzenden gegen Besitzende, Kriege für politische Ideen ꝛc. ꝛc. Der Krieg aber, der jetzt zum Ausbruch kommt, hat etwas von allen diesen Elementen in sich, und eben deswegen soll sich Jeder, in besitzen Hand es liegt, etwas dazu zu thun, wohl bedenken, ehe ein so furchtbares Strafgericht über die Meist berauschwören wird. Wie oft hat man von dem Jahre 1848 die Aeußerung gehört; es gibt keinen Krieg mehr; Krieg ist bei der jetzigen Stufe der Civilisation unmöglich! — Und wie besorgt sieht jetzt Jeder, nach den Erfahrungen der beiden letzten Jahre, in die Zukunft!“

Vermischte Nachrichten.

(Die Pulververschwörung.) Für Leser, welche mit der Geschichte Englands seit der Reformation nicht genauer bekannt sind, wird eine kurze Bemerkung über die sogenannte Pulververschwörung interessant sein. Unter Jakob I., dem Sohne der Maria Stuart, faßte ein gewisser Robert Catesby, aus einer alten angesehenen Familie, dessen Vater mehre Male um des Glaubens willen im Kerker gestessen, den schrecklichen Entschluß, die furchtbarn Bedrückungen der Katholiken dadurch zu rächen, daß er das Parlamentsgebäude, während der König und drei Häuser darin waren, in die Luft sprengte. Er und an 10 Mitverschworene kamen in November 1605 sollte der Plan ausgeführt werden, da wurde die Verschwörung am 5. November entdeckt. 8 der Verschworenen wurden verhaftet, wurde dem Jesuiten Garnet, der in der Beichte von dem Vorhaben etwas erfahren, aber nachdrücklich davon abgehalten hatte, die Todesstrafe hingerichtet. Die Regierung schärfte das Verbrechen einiger an allen Katholiken durch neue Bedrückungen. Es wurde eine alljährige Feier des 5. November, als des Jahrestags der Entdeckung des „papistischen Complotts angeordnet. Später wurde der 5. November noch dadurch für die Anglikaner bedeutungsvoll, daß an diesem Tage im Jahre 1688 Wilhelm von Oranien landete, welcher den kath. König Jakob II. vertrieb; auch dieses Ereigniß wurde von nun an 5. Nov. gefeiert.

Konstantinopel, 23. Okt. So eben langt aus Pera die Anzeige von einem furchtbaren Unglücksfalle ein, der sich im Arsenal zugetragen hat. Es ist nemlich um 10½ Uhr das Arsenalschiff „Fazli Schewket“ durch eine Explosion theilt in die Luft geflogen, theils untergesunken, wobei gegen 800 Mann das Leben verloren haben sollen. Nähere Details über die Veranlassung dieses haarsträubenden Ereignisses konnten wegen der herrschenden Verwirrung noch nicht eingezogen werden. So viel man erfuhr, war früh Morgens um Bord des „Fazli Schewket“ Ihlidal (Entlassung der ausgedienten Mannschaft) gewesen, worauf sich der Kapudan Pascha sammt Gefolge auf ein anderes Schiff begab. Unmittelbar darauf fand die Explosion statt; man weiß nicht, ob durch einen unglücklichen Zufall oder wie man behauptet — durch absichtliche Brandlegung herbeigeführt. Der Capitän des Linienschiffes, Achmed Bey, soll sich unter den Todten befunden. Von den Personen, die auf dem Verdecke waren, sollen sich 150—200 gerettet haben. Die Erschütterung war so groß, daß in dem vom Schauplatz des Unglücks weit entlegenen öffentlichen Internuntiaturhotel die Fenster heftig klirrten und die Erde wie bei einem Erdbeben zitterte.

Kommunistische Gelüste.

Wir entnehmen nachstehenden Artikel dem „Corsaire.“ Da ähnliche Ansichten und Gelüste auch in unserm Vaterlande im Schwunge sind, so liegt die Anwanwendung zu nahe, als daß es nöthig wäre, noch näher darauf hinzuweisen.

„Ich sage es Ihnen in der That, diese armen Reichen sind jetzt die Unglücklichen auf Erden, darum mindert sich auch täglich ihre Zahl. Ich möchte nicht reich sein, selbst wenn man mir 50,000 fr. Renten dafür geben würde.“

„Wenn sie sich gegen die Republik gutmüthig zeigen, Diners und Feste geben und an den Luxus von ehedem erinnern, wenn sie mit ihren flotten Gespann prachtvoll einherfahren, so finden sich gleich ein Sozialist unterwegs der schreit:

— „„Das geschieht, um das Volk zu demüthigen!““

„Selbst die Freude des Almosengebens, die reinste und heiligste von allen denen, welche der Reichthum gestattet, ist ihnen so vergällt worden.“

„Wenn ihre gastfreundliche Hand an eine schmucke und freie ihren Ueberfluß ausgstreut hat, so werden sie anstatt des Dankes oder eines Segens jene Worte wie ein Todtengeläute hören:

— „„Zum Teufel! das ist nur ein Beschuß.““ oder: „„Pfui taufend! sie haben Furcht.““

„Jüngst wollte ein Arzt, der Vorsteher der Armandie ein Reicher, der zehnthigt war, sein Gut zu verlassen, um leben zu können, daßelbe um ein Viertel an einen seiner Pachter abtreten. Man war beim Notar, der Verkaufscontrakt war bereit und wartete bloß auf die Unterschrift der beiden Unterzeichner. Da kömmt die Gemahlin in aller Eile mit verstörtem Gesicht herbeigeflogen:

— „Schafskopf!“ schreit sie ihrem Manne zu, „du willst dich also bestehlen lassen!“

— „Aber das ist ein ganzes Geschäft,“ stammelt der Mann zu; „ich sage ihn, ohne daß es es merkt; das ist vermaal so viel werth als das, was ich ihm verschenke.“

— „Ich sage dir, du wirst bestohlen! Das ist eben der Antheil, der und bei der Theilung zufällt, und in 18 Monaten haben wir es umsonst und seine Haut noch obendrein!“

„Durch diesen Beweisgrund besiegt, geht der Bauer fort, läßt den Verkäufer und den Schreiber stehen, und kehrt auf seinen Hof zurück.“

„In der Provinz betrachten sich die Reichen nur noch als Nutznießer ihrer Güter; sie gehen in den Wiesen, Parken und Garten zitternd herum, und beschonen alles daß mit jenem schwermuthsvollen Blicke, mit welchem man die Freunde betrachtet, welchen man ein ewiges Lebewohl sagen muß, und haben werden sie in dieser hohen Betrachtung durch indiskrete Blicke gestört, welche über die Hecken und Umzaunungen hinschauen, und sich dabei schon im Voraus im Besitz ihrer Güter träumen.“

„Ein ehrenwerther Eigenthümer von Berri wurde seit einigen Monaten von einem Taglöhner geplagt, welcher ihm mit aller Gewalt sein Gut verrichten wollte. Der Besitzer machte ihm vergeblich den Einwurf, daß die Zeiten schlecht sind, und daß er kein vorrathiges Geld habe.“

— „„Das ist gleich, mein Herr,““ sagte der Andere. „„Sie sollen die Ringmauer ausbessern lassen. Wir kommen ohne Schüsssel zu Ihnen herein.““

— „Aber mein Freund, ich habe nur ehrliche Leute um mich herum, und habe nichts zu fürchten.“

— „„Ihre Schloßmauern zerfallen, Ihr Dach senkt sich, daß es einem weh thut, es ist nicht gerheuer bei Ihnen, Sie müssen das Alles ausbessern lassen.““

— „Aber ich sage Dir, daß ich kein Geld habe.“

— „„Oh, wenn Sie fürchten, die Arbeiter nicht zahlen zu können, so sagen Sie's grade heraus. Ich bin kein Faullenzer und arbeite gerne umsonst.““

— „Ach, Du bekümmerst Dich also sehr um mein Gut.“

— „„Das ist ganz einfach. Sie wissen, daß man im Dorfe sagt, daß im Jahre 1852 die große Theilung gemacht werden wird, und dann bekommt ich Ihr Schloß. Und in der That ich bin gar nicht reich, wenn so viel daran auszubessern wäre, möchte ich es nicht einmal.““

Neuestes.

München, 10. Nov. Abends. Der Hr. Generallieutenant Frhr. v. Gumppenberg, Kommandirender der 2. Inf.-Armee-Division zu Augsburg, wurde mittelst des Telegraphen heute hieher beordert. Man sagt, derselbe sei zum Nachfolger des Hrn. Generallieutenants v. Lesaire bestimmt. — Die Thätigkeit in allen Zweigen der militärischen Verwaltung ist außerordentlich und es wird von Seite der Regierung nichts versäumt, was der im Felde stehenden bayerischen Armee in irgend einer Beziehung erspriußliche sein könnte. So ist man gegenwärtig im Kriegsministerium mit Organisationen der Feldpatrey beschäftigt. Mit den künftigen Festmessen wird der Chevauxlegersang der Truppen, wie im öster. Heer, verbunden. — Die Ordre zur Einberufung sämtlicher Beurlauben erfolgte heute Nachts 11 Uhr. In die übrigen Landestheile und die Pfalz wurden Estafetten abgesendet. Man spricht auch von Einziehung einer neuen Legion, in welche die pensionirten Offiziere wieder eingereiht wurden und die zu Besatzungen in den Festungen und zu den Garnisonen größerer Städten verwendet werden solle. — Die Zeughausdirektion beaufragt die hiesige Gewerbsmeister mit der Anfertigung von 30000 Gewehren und 25,000 Säbeln. Mehrere tausend Gewehre werden abgeändert, nemlich percussionirt.

(A. Ab.)

Frankfurt, 11. Nov. Hr. Fürst Gortschakoff ist heute um 2 Uhr Nachmittags von dem kais. österreichischen Herrn Präsidial-Gesandten Grafen von Thun-Hohenstein in feierlicher Audienz empfangen worden, und hat seiner Ernennung des Credits übermeicht, welches ihn in der Eigenschaft als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Seiner Majestät des Kaisers aller Reußen bei dem deutschen Bunde beglaubigt.

(F. J.-J.)

Karlsruhe, 9. Nov. Die Schiffbrücke von Knielingen gegen 2 Stunden von hier) ist auf bayerischer Seite von einer starken Militärabtheilung besetzt, und wird seit Kurzem allnächtlich durch Abführung von zwei Schiffsjochen gesperrt.

Karlsruhe, 10. Nov. Sorben hörte ich auf der sächsischen Gränze in unser Ministerium den von Rieber mit Preußen abgeschlossenen Militärvertrag definitive gekündigt hat.

(K. Z.)

Köln, 9. Nov. Um 8 Uhr am Abende sollte der Nuntius Viale Prela und der päpstliche Abgesandte, Monsignore Prosperi Bauy, schon hier eintreffen. Dieselben wurden die Straßen vom Eisenbahnhofe zu Deutz, der Schiffbrücke, die Gereonsgasse und Köln bis zum erzbischöflichen Palais auf herrliche illuminirt und mit Fahnen decorirt; auf dem Rheine brannten Feuer, stiegen Raketen auf und Böller gelöst. Fast ganz Köln war auf die Beine gerathen, so daß in den Straßen ein Gedränge wie selten zuvor. Gegen 10 Uhr hetzte die Deputation der Domkapitels, die in Düsseldorf die hohen Gäste empfing, zurück. Ein unabsehbarer Zug, das Musikchor der Kürassiere an der Spitze, dann eine Ehrengarde zu Pferd, eine ungewöhnliche Reihe von Wagen, besetzt mit den hohen Geistlichen, der Deputation nach Düsseldorf, der nach Deutz, mit andern hohen Beamten u. a. m. bewegte sich nun zum Cardinal-Erzbischofe; Fackeln schlossen den Zug.

Kassel, 10. Nov. Auf Anordnung der Bürgergardekommandanture, die ihrem Gelüste, sich einmal den Preußen zu zeigen, nicht widerstehen konnten, zog gestern die Bürger- und Schützengarde am Friedrichsplatze auf, um da einige Exercitien vorzunehmen, die mit „gewohnter“ Präcision ausgeführt wurden. Wer weiß, wie lange man noch Angriffsévolonnen formirt hätte, wenn nicht der Himmel einen fürchterlichen Platzregen geschickt und die sämmtliche Waffenmacht

sofort andeinander gejagt hätte. Das Schauspiel wird nicht verfehlt haben, auf die zuschauenden Preußen auf lange Zeit einen imponirenden Eindruck zu machen.

Hanau, 11. Nov. Die D.-P.-A.-Z. läßt sich in ihrer gestrigen Beilage von hier aus melden, daß „die 18 verabschiedeten Offiziere, deren Reaktivirung wie bereits gemeldet, vorbehalten sei, beschlossen hätten, die Wiederanstellung in dem Fall zu erbitten, wenn ihnen nichts gegen die Verfassungsurkunde zugemuthet würde." Aus dieser Quelle kommen wir hiegegen versichern, daß diese Offiziere, welche um ihren Abschied ohne Vorbehalt eingekommen waren, deuselben auch ganz einfach und ohne allen Vorbehalt erhalten haben, und in dem betreffenden Reskripte von Reaktivirung nicht die Rede ist. (K. Z.)

Hamburg, 7. Nov. Nachmittags 3 Uhr. Heute sind die letzten preußischen Truppen von hier abgezogen.

Wien, 8. Nov. Die Bundesintervention in Schleswig-Holstein soll beschleunigt werden, und noch vor Anbruch des strengen Winters stattfinden. (T. C. B.)

Salzburg, 8. Nov. In der Nacht vom 5. auf den 6. d. verschied im Schlosse Ebenzweier bei Gmünden St. kais. Hoh. Erzherzog Ferdinand von Oesterreich d'Este, k. k. österreichischer Feldmarschall. An seinem Sterbebette standen dessen durchlauchtigster Bruder, Erzherzog Maximilian d'Este und der von hier dahin berufene ausgezeichnete Med. Dr. und Professor Koenig. Der Sterbegebete sprach der katholische Dechant vom Münster. Der sterbende Erzherzog betete andachtig mit dem zugesprochenen Priester, und sah bei vollem Bewußtsein mit der christlichen Ergebung dem letzten Augenblick entgegen. Als kaum vom Kirchthurme des nahen Münster die elfte Stunde geläutet, stand das Herz des Erzherzogs still — es hatte aufgeschlagen. (A. Z.)

Berlin, 8. Nov. Wie erfahren aus zuverlässiger Quelle, klagt die „Nationalzeitung", daß die Mobilisirung des Heeres nicht entfernt die Absicht hat, unter etwaigen Eventualitäten die Sache Preußens als die nationale zu proklamiren und unter diesem Banner vorzugehen. Es ist vielmehr das spezifisch-preußische Interesse auch bei diesem Schritte mehr als je das allein maßgebende, und zwar nicht etwa ein wirkliches, praktisches Interesse dieses Preußenthums, sondern allein das jener bereits so viel besprochenen sogenannten „preußischen Ehre", die soll jetzt wieder durch gewahrt werden, daß, indem man in der Mitte von 500,000 bewaffneten Männern nachgibt, man der Welt den Beweis liefert, daß diese Nachgiebigkeit nicht eine erzwungene, sondern eine frei aus der innersten Herzensneigung entspringende Staatsklerker hervorwachsende sei. Die Union ist und bleibt definitiv aufgegeben. In Kurhessen wird der Bundestagspolizei kein Hinderniß entgegengestellt. Ja es wird der Bundesexecutionsarmee, welche Holstein zu pacifiziren hat, freien Durchzug durch Preußen gestattet. Die angeblich nothwendige Concentrirung der preußischen Streitmacht leiht zugleich den bequemen Vorwand, die preuß. Truppen aus Baden und Hamburg zurückzuziehen, und so einen lange von Oesterreich sehnlich gehegten Wunsch mit Anstand zu erfüllen.

London, 3. November. (Schluß.) Aber die Anglicaner kennen eben nur eine Staatskirche, nur eine durch das Gesetz geschützte Kirche, und nur durch die Minister ernannte Bischöfe, und finden es darum unbegreiflich, wie ein italienischer Bischof oder „Potentat" Diöcesen errichten und Bischöfe ernennen kann, ohne die Minister und das Parlament zu fragen. Durch die päpstliche Bulle sind allerdings die alten bischöflichen Sitze abgeschafft, aber das alles doch nur in foro ecclesiae, dem Staate gegenüber ist gar nichts geändert, er kann alles ignoriren, ebenfowenig wie die apostolischen Vikare, werden ihm die Bischöfe die Lust fallen. Die Polizeistrafen sind allerdings durch die päpstliche Bulle empfindlich vertieft; sie beriefen sich immer darauf, die englisch-n Bischöfe seien die rechtmäßige Nachfolger der Apostel, ja einige gingen so weit, zu behaupten, Rom selbst schrine sie als solche anzuerkennen; darum sind sie jetzt entrustet darüber, daß Rom neben den alten Bisthümern neue errichtet und die alten anderweitig sür aufgehoben erklärt. Ihr Widerspruch ist also erklärlich; aber die andern Schreier haben kein anderes Motiv für ihre Proteste, als den Haß gegen Rom und den Neuger über das Wachsthum der Kirche in England. Gegen die bestehenden Gesetze verstößt die Maßregel des hl. Vaters nicht; denn es ist den katholischen Bischofen nur verboten, die bischöflichen Titel der anglicanischen Diöcesen anzunehmen, also erlaubt, andere Titel zu führen. Es fragt sich demnach, ob man es bei den jetzigen Gesetzen bewenden läßt, — denn ist den katholischen Bischöfen gesetzlich nicht beizukommen, oder ob auch das Parlament fanatisch genug ist, durch neue Gesetze, wie man vorschlägt, die kaum bewilligte Katholiken-Emancipation wieder zu beschränken. Ob sich aber das englische Volk, welches sonst einen fast abergläubischen Respect vor dem „Gesetze" besitzt, zu unGesetzlichen Demonstrationen fanatisiren läßt, das muß sich bald zeigen, wahrscheinlich bei Cardinal Wiseman's Ankunft. (T. B.)

Warschau, 30. Okt. Unter den das Königreich Polen betreffenden Verordnungen haben sofort die allerhöchste Sanktion erhalten: die Aufhebung der Zollschranken zwischen Rußland und Polen; das Heirathsverbot niederer Beamten, nach welchem diese ohne vorlaufige Bewilligung des Administrationsrathes keine Ehe schließen dürfen; dann die Aufhebung der Dorfrichter, statt deren sollen nun wie in den übrigen russischen Gouvernements den Bezirkspolizeikommissaren entsprechende Hülfsleute zugetheilt werden. Die Hoffnungen auf eine allgemeine Amnestie und Begnadigung der politischen Gefangenen sind bedeutend herabgestimmt worden, nachdem die in Zamose beterniert gewesenen ehemaligen polnischen Bandenführer, Ludowiczyk und Heinrich Ludienski, zwar ihrer bewilligten Gnade, aber nur auf ausdrücklichen Befehl des Kaisers im Gegensatze zu den früheren Versprechungen des Fürsten Statthalters, in das Innere von Rußland abgeführt worden sind. (Wanderer.)

Aus glaubwürdiger Quelle vernimmt man, daß der Pforte neuerdings Bemerkungen der russischen Gesandtschaft unter der Hand über Festungen politischer Flüchtlinge in der Armee und im Staatsdienste gemacht worden sind, wie dies auch von der Pforte. Gesandtschaft vor Kurzem geschehen sein soll. In Folge dieser Bemerkungen wird nun die Aufnahme von Flüchtlingen in die öffentlichen Dienste der Pforte gänzlich eingestellt werden, und mehrere angestellte sollen nun noch subalterne Stellungen in der Armee erlangen.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 9. Novbr.
Weizen 13 fl. 22 kr. Korn 10 fl. 20 kr.
Gerste 8 fl. 41 kr. Haber 5 fl. 8 kr.

Gold- und Silber-Sorten.

	fl.	kr.
Neue Louisd'or	11	5
Friedrichs'dor	9	41½
Dukaten	5	36
20 Franf-Stücke	9	27
Holländische 10 fl. Stücke	9	47½
Preußische Thaler	1	45
3 Franf Thaler	2	21

Bekanntmachung.

Im Wege der Hilfsvollstreckung werden auf Anbringen eines Gläubigers mehrere Schreinerwaaren, Spiegel, dann Oelgemälde ꝛc.

Donnerstag den 21. November 1850 Nachmittags 2 Uhr
im 4. Dist. Nro. 280 dem öffentlichen Verkauf gegen baare Zahlung ausgesetzt und Steigliebhaber hiezu eingeladen.

Würzburg, den 4. Nov. 1850.
Königl. Kreis- und Stadt-Gericht
Seuffert
Heusinger.

Eichenstamm- Nutz- u. Brennholz-Versteigerung im Spessart.

Das unterfertigte Forstamt versteigert
Mittwoch den 20. d. Mts.
Vormittags 10 Uhr
anfangend im Gasthause zur Neue bahier.

I. Aus dem Revier Lohrerstraß
Abtheilungen Kohlstocke, Lichtenauerweg u. Bomig:
50 Eichen- Commercial- u. starke Nutzholzstämme auf dem Stocke;
in den Abtheilungen Kurzergrund und Maxhüttenrein:
50 Eichenabschnitte zu Commerzial-, Bau- und Nutzholz geeignet,
3½ Klftr. 6schühiges Eichen-Prügelmaterial 1. Klasse
2 " " " " Mussel-holz 1. Klasse
2 " 3 " " " 2. "
75 " Brennholz bestehend in Buchenlooz-, Prügel- und Astholz, Eichenkurz-Scheit 2r und 3r Klasse und Astholz.

II. Aus dem Revier Lohr
Abtheilungen Wildpretschneer, Herrnbrunnsein, Herrnbrunn und Küchengraben:
44 Eichenbau- und Nutzholzabschnitte,
1⅜ Klftr. 6schühiges Eichenmüssetholz 1. Klasse
1 " 3 " " " 2. "
31 " Brennholz, bestehend in Eichenkurz-Scheit 2r und 3r Klasse und Astholz.

III. Aus dem Revier Frammersbach in den Abtheilungen Fürstenweg, Vollersweg und Hartmannsloh:
67 Eichen-, Buan- und Nutzholzabschnitte
6½ Klftr. Eichenmüssetholz 3r Klasse und
10 " Eichenknorholz.

Das Eichenstamm- und Müssetholz, sowie das Buchenprügel- und Buchen- und Eichenknorholz wird in freier Konkurrenz, das übrige Brennholz hingegen für den Lokalbedarf mit Ausschluß der Händler versteigert.

Die Eichen auf dem Stocke kommen sammt dem Abholze zur Versteigerung.

Sämmtliches Materiale ist numerirt, dasselbe kann daher täglich eingesehen werden und die betreffenden k. Revierforster sind angewiesen, solches den Steigliebhabern auf Verlangen vorzeigen zu lassen.

Lohr, den 5. November 1850.
Königliches Forstamt.
Carben.

Theater-Anzeige

Mittwoch, den 13. Nov. 1850.
Mein Mann geht aus.
Lustspiel in 2 Akten, frei nach dem Französischen bearbeitet von Louis Schneider.
Hierauf:
Der Kapellmeister von Benedig.
Komische Oper in 2 Aufzügen von Breitenbach.
Neu bearbeitet von Louis Schneider.

Gestorbene:

Den 11. November.

Kath. Gerster, Drechslerfrau, 55 J. — Gg. Joseph Illrich, Gymnasiast, 16 J. — Kathar. Rom, Friseurfrau, 66 J. — Joseph Heidt, Hofzimmerwerkmeisters-Wittwe, 59 J. alt.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr. Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrafhofe 2. Distr. No. 533. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 272. Würzburg, Mittwoch den 13. November. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 12. Nov. Se. Maj. der König haben Sich unterm 8. Nov. l. Js. allergnädigst bewogen gefunden, auf die bei dem Kreis- und Stadtgerichte Würzburg erledigte Rathsstelle den Kreis- und Stadtgerichtsrath J. Schmitt in Aschaffenburg, auf die dadurch bei dem Kreis- und Stadtgericht Aschaffenburg eröffnete Rathsstelle den Kreis- und Stadtgerichtsassessor Karl August Lehner in Würzburg, bisher daselbst zum Assessor beim Kreis- und Stadtgerichte Würzburg den dortigen Protokollisten und Acceßisten Bernhard Horn zu befördern, und zum Protokollisten an dem Kreis- und Stadtgerichte Würzburg den Appellationsgerichts-Acceßisten in vermaligen Landgerichtsfunktionär in Kronach Karl August Wilhelm Bruder in provisorischer Eigenschaft zu ernennen.

München, 12. Nov. Se. Maj. der König haben durch allerhöchste Entschließung von heutigen nachfolgende Versetzungen und Beförderungen allergnädigst zu genehmigen geruht: Versetzt wurden: die Oberstleutnants Maximilian Bruckmüller von der Gendarmerieregimentsgarde zum Unterfranken und Aschaffenburg in jener in der Pfalz, Alois v. Spitzel von der Gendarmerieregimentsgarde von Mittelfranken zu jener von Oberfranken; die Unterstleutenants Ferd. Kreutzer von der Gendarmerieregimentsgarde von Schwaben und Neuburg zu jener von Oberbayern, Adam Sartorius von der Gendarmerieregt. von der Pfalz zu jener von Mittelfranken, Anton Schampermeier von der Gendarmerieregimentsgarde von Oberfranken zu jener von Mittelfranken, Georg Preßl, vom 10. Inf.-Reg. Albert Pappenheim zur Gendarmerie von Unterfranken, Georg Vogel vom 1. Art.-Reg. Prinz Luitpold zur 2. Oberreitercompagnie, Gustav Graf zu Castell vom 2. Artill.-Reg. vac. Zoller zum 3. (reitenden) Artill.-Reg. Königin. Befördert werden: zu Hauptleuten 1. Klasse: die Hauptleute 2. Klasse Friedr. von Douwe im 7. Inf.-Reg. Karl Pappenheim, Nikolaus Hohenberger im 6. Infanterie-Regiment Herzog Wilhelm, Heinrich Ritter v. Thierer im 4. Inf.-Reg. Gumppenberg, Mich. Schaller im 7. Inf.-Reg. Karl Pappenheim, Jos. Schraudenbach im 9. Inf.-Reg. Wrede, Adalb. Hoggenstaller im 13. Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, Joh. Winterstein im 9. Inf.-Reg. Wrede, Adam Zappel im 14. Inf.-Reg. Zandt, Nep. Frz. v. Pfistein im 7. Inf.-Reg. Karl Ludwig Pappenheim, Ludwig Ritter v. Brentano-Mowitz im 12. Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, Jos. Reuß im 11. Inf.-Reg. Pfenburg, Art. v. Dietz im 4. Inf.-Reg. Gumppenberg, Gg. Pfaum im 9. Inf.-Reg. Wrede, Philipp v. Dorthu im 10. Inf.-Reg. Albert Pappenheim, dann die Oberstleut. Wilhelm Aign vom 2. Art. vacant Zoller im 1. Art.-Reg. Prinz Luitpold, Johann Ebert vom topographischen Bureau des Generalquartiermeisterstabes im Generalquartiermeisterstab: zu Rittmeistern: die Oberstleutnante Ludw. Graf v. Zoltenbach vom 2. Kuraff.-Reg. Prinz Adalbert im 3. Chev.-Reg. Herzog Maximilian, Gg. Granbaner vom 4. Chev.-Reg. König im 1. Chev.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg; zu Hauptleuten II. Klasse: die Oberlieutenante Hermann Gregor im 3. Inf.-Reg. Prinz Karl, Xav. Bram im 15. J.-R. Prinz Johann v. Sachsen, Marim. Graf v. Sprett im 12. Inf. Reg. König Otto von Griechenland, Frdr. Frhr. v. Trenberg bisher Bataillonsadjutant, vom 4. Jäger-Bat. im 8. Inf.-Reg. Seckendorf, Max Graf v. Rambaldi vom 2. Inf. Reg. Kronprinz im 1. Inf.-Reg. König, Karl v. Orff, bisher Adjutant des Generalmajors Grafen Berri de la Roka, im Inf.-Leib-Reg. Adolph v. Moor, bisher Adjutant des Kommandanten der 1. Inf.-Division Generallieutenant Frhrn. v. Hohenhausen, vom Inf.-Leib-Reg. im 15. Infanterie-Reg. Prinz Johann von Sachsen, Franz Murmann, bisher Regiments-Adjutant, im 6. Inf.-Reg. vac. Herzog Wilhelm, Karl Frhr. v. Krauß vom 2. Inf.-Reg. Kronprinz im 3. Inf.-Reg. Prinz Karl, Adolph Rudolf vom 5. Inf.-Reg. Großherzog von Hessen im 9. Inf.-Reg. Wrede, Frider. Pollath, bisher Reg.-Adj., vom 10. Inf.-Reg. Albert Pappenheim im 9. Inf.-Reg. Wrede, Joh. Weininger im 11. Inf.-Reg. Pfenburg, Ferd. Frhr. v. Lindenfels vom 7. Inf.-Reg. Karl Pappenheim im 12. Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, Adalb. Bechtold vom 10. Inf.-Regiment Albert Pappenheim im 14. Inf.-Reg. Zandt, Frz. v. Tausch vom 2. Inf.-Reg. Kronprinz im 3. Jäger-Bat., Hugo Graf v. Drom im 4. Inf.-Reg. Gumppenberg, Maximilian Aschbrivier von der Gendarmerieregimentsgarde von Oberbayern im 14. Inf.-Reg. Zandt, August v. Schreibin im 3. Jäger-Bat., Alexander v. Gilardi vom 7. Inf.-R. Karl Pappenheim im 8. Inf.-Reg. Seckendorf, Joh. v. Herder im 6. Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm; zu Oberlieut.: die Unterl. August v. Baumen von der Gendarmerieregimentsgarde von Unterfranken und Aschaffenburg in jener von Schwaben und Neuburg, Ernst Wernbla im 15. Inf.-Regiment Prinz Johann von Sachsen, Johann Mühlhölzl vom 2. Jäger-Bataillon im 2. Infanterie-Regiment Kronprinz, Christian Ferdevr v. Lindenfels im 16. Inf.-Reg. Albert Pappenheim, Gustav v. Locher vom 1. Jäger-Bat. im 3. Inf.-Reg. Prinz Karl, Ludwig Rock vom 15. Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen im 7. Inf.-Reg. Karl Pappenheim, Frider. Frhr. v. Lindenfels, Franz Martin und Adolph Mayerhofer im 2. Inf.Reg. Kronprinz, Ludwig Zech von Deubach Frhr. zu Sulz im 1. Inf.-Reg. König, Karl v. Grandorf im 13. Inf.-Reg. Hertling im 4. Inf.-Reg. Gumbenberg, Otto Graf Bergbe v. Trips vom 5. Inf.-Reg. Großherzog von Hessen im 11. Inf.-Reg. Pfenburg, Friedrich Goes im 3. Jäger-Bat., Friedrich Tannermann, Bataillons-Adjutant, im 14. Inf.-Reg. Zandt. (Schluß folgt.)

Eintracht macht stark.

Die Demokratie weiß was sie will, und will was sie weiß. Der Hauptfarbe ordnet sich jede Schattirung unter. Ihr Hauptwunsch ist eine geschlossene Bewegung in Masse gerade auf das Ziel los. Die äußerste Richtung derselben, die rothe Partei, bildet den leitenden Hauptkern; die Nebenfarben, gehen gehorsam mit. Einwagen in nern Zwidspalt läßt sie nach Außen hin nicht merken.

Wie taktlos und zerfahren ist dagegen das zerrissene und planlose Streben der sogenannten Gemäßigten! Die ganze Gesellschaft sieht aus, wie ein Gespann von Pferden, rings um den Wagen gespannt. Jeder zieht seinen Strang nach einer andern Seite hin, und wenn nicht der solideste Staatswagen dabei in Trummer geht, so ist es nur seiner Güte und Festigkeit, nicht den zudemden Kräften zu danken. —

Der gleichgültige, abwartende, feige Philister weiß nicht, was er will und was er wollen muß, um ungeschoren zu bleiben; der gute Mann meint, es müsse sich alles von selbst machen, es werde auch ohne ihn gehen. Mühig hält er seinen Kopf hin und läßt Alles über sich ergehen. Wenn ihm das Wasser über dem Kopf gegangen ist und er berhalten muß, um die Zeche zu bezahlen, dann schreit er: „Wer hätte das gedacht! Das hätte ich wissen sollen!"

Schlimmer, ja der Schlimmste ist, wer das Bessere wohl weiß, aber es nicht thut; wer die Eitelkeit des Einen und die Schwachsopfigkeit des Andern, so wie den Streit und die Verwirrung auf allen Seiten benutzt, um für seine Person Nutzen zu ziehen.

Wer aber weiß was er will, und will was er weiß; wer es treu und redlich mit der guten Sache meint; wer alles, ja sich selbst für dieselbe einsetzen kann; wer mit seiner Ueberzeugung und für seine Ueberzeugung muthig und offen stehen und streiten kann, der ist der Freind aller jener derz- und kopfstolzen Halbmänner, die Alles gedankenlos geschehen lassen, anstatt daß sie in ihm ihren Vorkämpfer und Führer sehen sollten.

Jeder, der in die Revolutionen und die Tränmereien der kommunistischen Republik nicht will, der ist, wie er auch sonst noch denken möge, ein Angehoriger der konservativen Partei, und als solcher sollte er denken und handeln. Seine besonderen Gedanken und Pläne sollte er klüglich auf den Spiele lassen und sich ehrlich und thätig dem Haupt- und Gesammtzwecke unterordnen, damit von der Gesammtheit das Gesammtziel erreicht werde.

Eintracht macht stark; aber bei der schmachvollen Zerrissenheit und planmäßigen Zerreißung der verschiedenen konservativen Kräfte muß jedes rechte Streben der Zerstörungssucht, Demokratie gegenuber zweifelhaft werden. Die Entschiedenen müssen natürlich, wie überall, voran gehen und die Halben und Schwachen müssen mitgehen, denn ihre besonderen Zwecke werden ja nur mit dem Hauptzwecke erreicht, wenn sie überhaupt werth sind, erreicht zu werden. —

Ein ganzes, einiges, starkes konservatives Heer muß sich gestalten, ohne kleinliche Wortklauberei und ohne Zwiespalt, sonst ist kein Erfolg im Kampfe mit der Demokratie möglich. Wehe Denen, die das wissen und wissen können und doch nicht thun! — Nur Entschiedenheit bringt Entschedung! (N. A. Z.)

Der Wille des Volkes.

Das Volk will Einigung und Verständigung mit der Regierung; es weiß nichts von unfruchtbaren

baren Theorien und leidet in seiner überwiegenden Mehrheit nicht an demokratischem Schwindel. Wer Euch anderes sagt, der kennt das Volk nicht als den Seinen! — Das Volk will jene Zustände, damit seine materielle Wohlfahrt auf dem Wege ihrer Entwickelung und Ausbildung nicht länger aufgehalten werden; der gesunde Sinn des Volkes will eine starke Regierung, denn es fühlt, daß nur durch eine solche das Recht, die Freiheit und das Wohl Aller wahrhaft geschützt ist. Trennt das Unsern Gebotenen und auch den trügerischen Umgebungen einzelner Stadtbezirke mit unbefangener Seele hinaus unter das Volk — und ihr werdet diese Sätze bewahrheitet finden. Wohl mag in den Schenken und auf öffentlichen Plätzen unter Ihm vielleicht Einer oder Zwei Euch Beifall stimmen mit sagen, ohne es erkennen, was er sagt: wir brauchen keinen König, Republik wollen wir, wie in der Schweiz und in Amerika! — Fragt Ihr, wer es ist, so ist's — wenn nicht ein radikaler Arzt oder Advokat, sehr wahrscheinlich ein Gevatter-Schneider oder Bauschuhmacher, dessen Verhältniß im Staaten sind, wie seine Kenntnisse. In den stillen Hütten aber, wo die stetige und geordnete Mehrheit wohnt, werdet Ihr ein anderes Wort hören. Dort wird man Euch sagen: „wir haben Vertrauen zu unserem König, wir wollen Frieden haben mit der Regierung, damit Ruhe im Lande sei," so sagt das Volk, und so sagen auch wir, die wir in Mitte desselben leben, Hand in Hand mit ihm gehen und seine Wünsche und Gewohnheiten aus langjähriger Erfahrung kennen. — Wenn wir daher unsere Augen nicht dem Lichte des Tages verschließen, so werden wir erkennen die Zeichen der Zeit, die denn doch — sage man und träume man, was man wolle, der fortreissenden Bewegung der Demokratie ganz und gar nicht günstig sind, sondern — Dank den demokratischen Uebertreibungen! — unverkennbar auf den entschiedenen und nachhaltigen Sieg der konservativen Elemente hindeuten, die in dem monarchischen Prinzipe repräsentirt werden.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 10. November. Es ist, als hatte man es darauf abgesehen, unsere Neubesitzen beständig irre zu führen. Kaum haben sie sich von den Gastmählern und Wirthshausbänken, wo sie sich auf Freude über die Rüstungen Preußens gütlich thaten, erboben, so werden sie schon wieder durch die Nachrichten, daß die Preußen sich nicht nur auf ihre Etappenstraße, sondern wie wirksetzig bewaffnet wird, sogar nach Eisenach zurückgezogen haben, daß kaiserliche Vorposten bereits in Hersfeld angekommen seien, daß Preußen sich mit Oesterreich gemeinigt habe rc. niedergeschmettert. Die reuigen Beamten berechnen sich schon, wie viel Mann Bayern ihnen ins Quartier gelegt werden dürften, wenn es auf einen Uebergriffsbefehl in Fulda 50 Mann beträgt. Nach diesem Verhältnisse wurde die Redaktion der Neubesitzen Zeitung ein ganzes Bataillon bekommen. — Die hiesigen preußischen Truppen sollen Befehl erhalten haben, stets zum Abmarsch fertig zu sein. (K. Z.)

— Fulda, 11. Nov. In den Operationen ist für einige Stillstand eingetreten. Das Herr soll sich von seinen Strapazen etwas erholen; mehrere Tage und Nächte hintereinander auf freiem Felde zu campiren, ohne hinlängliche Nahrung, wie sie in dem armen Landstriche kaum beizuschaffen war, hat der Mannschaft etwas zugesetzt. Kranke haben wir indeß noch keine, auch ist ihr frohlicher Muth auch immer der alte. Die Truppen liegen in und um Fulda einquartirt, und zwar in größeren Abtheilungen bei den bekannten Anstiftern des Widerstandes, wie es recht und billig ist; denn warum die unschuldige Menge entzelten lassen, was verhältnißmäßig nur von wenigen Aufwieglern ausgegangen ist? Die Preußen sind wirklich bis Hersfeld zurückgegangen, ob sie dort aber nicht weiteren Widerstand versuchen werden, bleibt ungewiß, eine Convention, daß die Straße nach Kassel von ihnen freigegeben sei, liegt nicht vor. (K. Z.)

— Fulda, 11. Nov. Wer heute nach Fulda kam, der mußte eher glauben, in einer freundlichen Garnisonsstadt, als in einem Feldlager sich zu befinden. Der Himmel hatte sich endlich ein wenig wieder gelichtet. Die Parade zog mit Musik auf und diese spielte noch gerade Zeit auf dem schönen Platze vor dem kurfürstlichen Schlosse, wo auch die Hauptwache ist und die schöne Statue des hl. Bonifacius, eine Zierde, der Stadt, sich erhebt. Gleich daneben ist das Hotel zum „Kurfürsten", wo der commandirende General Fürst von Thurn und Taxis und der Bundescommissär Graf Herberg wohnen. Das Hauptquartier des preußischen Generals Grafen v. Groben ist wieder in Bacha; seine Truppen halten aber noch Hersfeld besetzt, durch welches bekanntlich eine preußische Etappenstraße führt. Die Vorhut der Bundestruppen steht 1½ Stunden von hier vorwärts gegen Hersfeld. Die verwundeten österreichischen Jäger (nur 4, nicht 5, wie Anfangs irrig angegeben) gehen sämmtlich Hoffnung der Genesung, falls kein ungünstiger Umstand ihre Lage verschlimmert. (K. D.-Z.)

— Fulda, 11. Nov. Von Hünfeld aus theilt sich das 1. preußische Armeekorps und marschirt einerseits nach Hersfeld, andererseits über Buttlar nach Bach, zurück. Gestern Vormittags um 11 Uhr war Hünfeld von demselben vollständig geräumt. Diese Nachrichten haben jene Lügenanten, welche von den Preußen nach Hünfeld bestellt waren, um ihre Zahlungen in Empfang zu nehmen und solche auch bekommen haben, mit hieher gebracht. — Die kurfürstlichen Steuereheber gehen heute schon die Steuerzettel aus, um die Steuern einzuforbern. — Vor Bronzell steht man an der Spitze eines etwa 8oher aus die Chaussee gelegenen Ackers fünf baumhohe Pfähle eingeschlagen; hinter diesen Pfählen ist eine Abgrabung, wodurch eine Art Brustwehr gebildet wird. Auf diesem verhängnißvollen Plätchen sind die preußischen Füsiliere mit Zündnadelgewehren aufgestellt gewesen, welche die österreichischen Jäger verwundet haben. Der Augenschein ist beachtenswerth kann sinfzehn Schritte von diesem Platze entfernten Hütte will zum Gedächtniß dieses Ereignisses das Plätchen unversehrt erhalten und gibt mit größter Bestimmtheit an, daß die Preußen zuerst geschossen, dann erst hätte man die österreichischen Jäger ihre Stutzen laden sehen und hätten sie das Feuer eines preußischen Offiziers vernommen, während sich die Preußen aus dem Dorfe zurückgezogen. Ersteren Vorfall will der Augenzeuge in seiner Hütte mit angesehen haben; dann hatte er sich ins zweite Haus gestuchtet, und als er dort wahrgenommen, wie bayerische Artillerie aufgefahren worden sei und die österreichischen Jäger das Dorf im Sturm angriffen, habe er sich nach dem Walde zurückgezogen. Wie viele Schuffe beiläufig gewechselt worden, wußte der Mann nicht. Im allgemeinen gab er an, es sei eben nicht viermal geschossen worden. Warum unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt geschossen worden ist, bleibt unerklärlich. Das Plätchen aber selbst mit seiner Einrichtung, den Pfählen zum Auflegen der Gewehre wie zum Büchsenstande, wird und ewig denkwürdig bleiben.

(K. D.-Z.)

Hanau, 11. Nov. Gestern wäre es hier beinahe zwischen bayrischen Soldaten und hiesigen Civilpersonen zum Conflikte gekommen. In der sogischen Bierwirthschaft zum Deutschen Hause am Steinheimer Thore, im Hauptlokale der Demokraten, hatten sich nämlich gestern Abend einige bayerische Soldaten eingefunden, welche ihren König hoch leben ließen, während die Civilpersonen, großtentheils Turner, Heckerlieder sangen und es an sonstigen Reckereien nicht fehlen ließen. In Folge dessen hat der Inhaber der Bierwirthschaft Jakob Koch, sein Lokal unter dem Vorwande des Mangels an Bier geschlossen. Zweck dieses Manövers ist indessen, die Bayern aus der Wirthschaft fern zu halten, indem die Turner nach wie vor ihre Besuche und Zusammenkunfte darin zu halten fortfahren.

— Herr Kutschiener, der Redakteur der Hanauer Zeitung, ist aus dem Hauptquartier der Bundestruppen unverrichteter Sache wieder anher zurückgelangt, und hat sich gestern nach Wilhelmsbad begeben, um bei Herrn Hassenpflug wegen Miebererscheinens seiner Zeitung einen nochmaligen Versuch zu machen. (K. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 11. Nov. Die preuß. Politik bleibt sich immer gleich; es ist ihr einmal unmöglich, eine aufrichtige Sprache zu führen, selbst wenn sie sich Gewissbort vorbehalten kann, daß ihre Worte nicht buchstäblich genommen werden und auf der Stelle aufgebrochen werden können. Der General v. d. Groben versichert in seinem Schreiben an die kurfürstliche Regierung, daß die Preußen sich durchaus nicht in die inneren Angelegenheiten Kurhessens mischen wurden. Da nun aber die Bundestruppen durchgreifen sollen, so darf kaum die kurfürstliche Regierung bei Durchführung der inneren Angelegenheiten des Landes zu unterstützen, so darf sie daraus auch von den Preußen nicht verhindert werden, wenn jene Versicherung nicht abermals eine Unwahrheit sein soll. Wenn die preuß. Truppen sich dem Einmarsche der Bayern Oberhessens widersetzen, wie namentlich in Kassel anerzogen, so widersprechen sie sich dadurch denjenigen innern Anordnungen, welche die kurfürstliche Regierung für diese Landestheile getroffen hat und noch treffen will. Die Entwaffnung der Bürgerwehr, die Dürchführung des Kriegszustandes, die Absetzung renitenter Beamten und die Einsetzung von deren Nachfolgern, die Einkreibung von Steuern u. s. w. — das alles sind ohne Zweifel Dinge, die zu den inneren Angelegenheiten Hessens gehören, und wenn die Preußen, die zur Unterstützung dieser Maßregeln herbeigerufenen Truppen von dem größeren Theile des Landes abwehren; mischen sie sich also sehr direkt in die inneren Angelegenheiten, ja sie heben gerade die Regierung des Kurfürsten für diese Landestheile auf. Es müßte denn sein, daß sie sich selbst wider den Willen des kurfürsten zur Durchführung aller inneren Maßregeln aufdrangen wollten, welche die kurfürstliche Regierung verfügt. Dann wäre aber wieder eine Einmischung anderer Art vorhanden. Wollen denn die preuß. Staatsmänner nie einsehen, daß brech solche auf der Lust gegriffenen Vorwänden und Aussüchte Niemand getäuscht wird, daß sie damit gar Nichts erreichen, als ein tägliches Wachsen der Mistrauens gegen den Vorsatz mit ihnen und gegen ihren Charakter? Wir werden zwar nie eine Politik rechtfertigen, welche die Verträge verletzt; will man sie aber doch einmal einschlagen, so ist es immer noch ehrenvoller und würdiger, wenn man offen mit der Sprache herausgeht, als wenn man Thatsachen, die sich ja doch nicht verbergen lassen, durch leere Redensarten zu vertuschen sucht. Wahrlich, wer zwei Drittheile des ganzen Landes besetzt, und dadurch die Ausführung jener Verordnung der inneren Regierung unmöglich macht, der sollte nicht die Stirne haben zu der Behauerung, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes nicht mischen zu wollen.

Stuttgart, 11. Nov. Dem heutigen „Beobachter" ist ein fliegendes Blatt beigegeben, welches die Adresse des Pfendo-Ausschusses der aufgelösten Landesversammlung an Sr. Maj. den König enthält.

Karlsruhe, 10. Nov. Heute Mittag reiste Oberst v. d. Tann, aus Holstein kommend, hier durch. Wie er selbst erzählt, hat er nicht blos Urlaub von der schleswig-holsteinischen Armee, sondern seinen vollständigen Abschied aus derselben genommen, und ist gesonnen, sich zu dem bayerischen Armeecorps zu begeben, welches gegen Hessen operirt; er glaubt, daß er bei dem Generalstab angestellt werden wird. (D. A. Z.)

Wien, 8. Nov. Durch achtzehn Monate sind wir den Irrgängen der preußischen Verbandlungs-

Digitized by Google

kunft unerörtert nachgetreten, um die gegenwärtige Krise zu vermeiden. Noch vor einem Monate hatte die leiseste Bereitwilligkeit Preußens vielleicht uns entwaffnet. Heute hat man uns mit ganzlicher Verblendung auf einer Bahn verharret, von der es erkennen mußte, daß sie zum Kriege führt. Preußen ließ alle Fragen bis auf jenen Punkt gelangen, wo sie gelöst oder zerbauen werden müssen. Preußen hat Oesterreich und den deutschen Bund bis dahin getrieben, sich zu bewaffnen. Mit 100,000 Mann auf der Grenze, kann man nicht warten und die Kräfte des Landes aufgeben, um zuzusehen, wie eine berechnende Diplomatie die Sache auf die lange Bank zieht. Die Truppen stehen sich mit gespannten Hahne gegenüber; die Sache ist dringend, sie duldet keinen Aufschub. Jede Stunde kann den Zusammenstoß herbeiführen; das Schicksal Deutschlands darf nicht der Entscheidung des Zufalls anheimgestellt werden. Wir fragen: Will Preußen die Union aufgeben, will es sich auf den Standpunkt der Bundesakte stellen? Ja oder Nein? Nicht wir, die Verhältnisse stellen die Frage so kategorisch hin. Und man zögere nicht mit der Antwort. Herrschen bewegen sich und nennen auf einander treffen, die dies Ja oder Nein aussprechen soll. (C. C.)

Wien, 8. Nov. Wir haben seit acht Tagen an die Möglichkeit des Krieges gegläubt, heute glauben wir fast nicht mehr an die Möglichkeit des Friedens. Diese ernsten Worte sind jedoch nicht ohne Betrübniß aus. Es mag auch Denen gejemeu, welche, wie wir, das Bewußtsein haben, daß Oesterreichs Sache eine gerechte und billige ist, die eine freudige Zuversicht in die geprüfte Kraft seines Heeres und in das bewährte Genie seiner Feldherren setzen, darüber hinaus zu fühlen, daß ein Kampf zwischen Stammesgenossen entbrennen muß. Wir setzen demselben wahrscheinlich heute zum letzten Male Worte. So wie der erste Schuß fällt, wird kein Oesterreicher Zeit und Lust haben, den Gefühlen des Bedauerns Raum zu geben. Er wird dann seinen andern Wunsch hegen, als den, die erklärten Feinde seines Landes niederzuwerfen und sie unschädlich zu machen. — Es bleibt Oesterreich jetzt wenig mehr übrig, als der Welt die Gerechtigkeit seiner Sache darzulegen. Seit fast zwei Jahren hat Preußen sich bestrebt, Oesterreich aus der Stellung, welche es kraft historischer Rechte, kraft allgemeiner europäischer Verträge in Deutschland einnahm, zu verdrängen. Diesem Angriffe auf ein gutes Recht hat dieses Land bisher nur defensive Maßregeln entgegengesetzt. Die meisten der deutschen Mächte, welche Preußen bei seinem Vornehmen unterstützten, haben sich bereits von demselben abgewandt. Das Gebäude seiner Größe, welches Preußen auf einem Boden, der ihm nicht gehörte, aufführte, ist schnell zusammengebrückelt Die Ueberreste derselben sind werthlos, und die Erhaltung derselben unmöglich geworden. Oesterreich hatte sich mit Geduld und Mäßigung gewappnet. Er hatte das Recht, schon vor langer Zeit gewaffnet gegen die ungerechtfertigten Uebergriffe Preußens aufzutreten. Es hat nicht Gebrauch von demselben gemacht, weil es glaubte, daß selbst ohne Anwendung äußerer Gewalt die widerrechtliche Schöpfung Preußens einstürzen müßte. Preußen, das nicht länger vermag, die Union zu erhalten, hatte den Plan gefaßt, die Union und zu verbanden. Oesterreich sollte ihm Rechte dafür bewilligen, daß er ihm Unrecht aufgab. Wir sollen Preußens Macht auf rechtmäßige Weise vergrößern, blos, weil es versprechen wollte, sich künftighin nicht auf unrechtmäßige Weise zu vergrößern. Man wollte die Union aufgeben, da sie werder rechtlich, noch factisch haltbar war — gegen eine gute Vergütung. Das Aufgeben eines unrechtmäßigen und gefährlichen Eroberungsplanes sollte als eine Concession gelten, für welche man von unserer Seite Gegen-Concessionen erwarten wollte. Wenn es die „Ehre" Preußens verlangte, durch die Gründung einer deutschen Union Oesterreich aus Deutschland zu drängen, so mag seine „Ehre" es vielleicht verlangen, mit gewaffneter Hand die Union aufrecht zu halten. Ein Unrecht mag das andere als Consequenz nach sich ziehen. Die Union an und zu verbannen, kann aber keine „Ehre" welcher Seite sie auch sei, gebieten. Die „Ehre Preußens" hat leider diesen Staat auch gebeten, gegen den Willen des Kurfürsten von Hessen und gegen den Protest von dessen Bundesgenossen in sein Land einen Einfall zu machen. Die Gründe, welche von preußischer Seite zur Rechtfertigung dieser Schritte angeführt worden sind, wurden auch einem Cäsar in die Feder diktirt haben, wenn dieser Hessen und in andere deutsche Staaten rechtfertigen konnen. Es wurden somit die deutschen Staaten, welche sich Preußen nicht anschließen wollen, noch abhangiger von dem Willen jenes Staates sein, als selbst die Staaten, welchen sich ihm angeschlossen haben Einem Preußen ist es verlangt, gegen den Willen der Landesherren seine Heere in solche deutsche Staaten einmarschiren zu lassen, welche mit Oesterreich verbunet sind, was wohne in solchem Falle aus Oesterreichs Ehre werden? Wenn ein Staat seine Ehre darein setzt, ehrenhaft und ehrlich zu handeln, so kann, darf und muß Oesterreich dieselbe nicht leiden. Wenn es aber das seine Ehre nennt, zu erobern, Verträge zu brechen und seine Willkühr zum Gesetze sue andere zu erheben, so muß diese „Ehre" zu vor unserem Schwerte Rechenschaft geben, brvor ihr eine Gasse geöffnet werden kann. Ohne den Wunsch größer zu werden, als es ist, mehr Macht zu erringen, als es bereits besitzt, setzt Oesterreich jetzt gewaffnet da, zur Abwehr gegen diejenigen, welche ihm das Seine rauben wollen. Wenn Preußen Willens ist, zu erklären, was Oesterreich erklärt, daß es bestehende Verträge achten, und seine Bevgrößerung auf unerlaubtem Wege anderen Staaten will, so wird zu Deutschland dauernd hergestellt werden. Wo nicht, nicht. Oesterreich fordert nicht mehr, als es gehen will. Es fordert nicht mehr, als das Recht fordert. Was das Recht aber fordert, das auch zu fordern, ist Oesterreich zur Stunde bereit Seine Heere haben ihre Schwerter aus der Scheide gezogen, aber sie sind nicht zum Schlagen gehoben. Sie müssen aber auf diejenigen niederfallen, welche Willkühr und Gewalt ihr Recht und ihre Ehre nennen. (Lt.)

Wien, 8. Nov. Der vielgenannte kürsichs Feersführer Omer Pascha war früher Kadet-Feldwebel bei Erzherzog Stephan Infanterie und an der Tour zum Fähnrich. Seine Name als Chrsi war Lalas. Damals verwundete (wir glauben zu Klagenfurt) einer der Kadeten des Regiments, ein Italiener, mehrere seiner Kameraden, und Lalas selbst bekam zwei Messerstiche in die Hand; denn Lalas vertheidigte jenen deutschen Kadeten, den der Italiener wegen seiner Liebenswürdigkeit ermorden wollte und am Ende auch erstach. Lalas wurde deshalb von der Liste der zu Avancirenden gestrichen. Dazu verlor sein Vater, ein Grenzoffizier, seinen Posten. Diese zwei Umstände verleideten dem jungen Lalas seine Stellung so sehr, daß er nach Bosnien desertirte und Turke wurde.

Berlin, 9 Nov. In der Sitzung des Königlichen Oberlandsgerichts brachte die endgultige Entscheidung in der Untersuchungssache wider den ehemaligen Bürgermeister Zimmermann aus Spandau, welcher Mitglied der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. gewesen und demnacht in dem Rumpfparlamente zu Stuttgart mitgetagt hatte. Auf Grund jener Vorgange wurde er unter die Anklage des versuchten Hochverraths rc. gestellt. Die Geschwornen sprachen den Angeklagten schuldig und der Gerichtshof verurtheilte ihn zu zwölfjähriger Freiheitsstrafe. Der Angeklagte sigte hiergegen die Nichtigkeitsbeschwerde ein. Der Gerichtshof trug Oberlandsgerichtsrath Schütz auf, die Nichtigkeitsbeschwerde zu verwerfen. (D. R.)

Berlin, 9. Nov. Unter den deutschen politischen Flüchtlingen an der französischen Grenze zeigt sich seit kurzem eine auffallende Bewegung. Viele Flüchtlinge, die in das Innere von Frankreich gebracht waren, sind in das Elsaß zurückgekehrt; andere halten sich in Straßburg und der Umgegend heimlich auf und suchen auf die Geister die Wachsamkeit der französischen Behörden zu täuschen. Gleiche Wahrnehmungen wurden im Kanton Basel gemacht. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Flüchtlinge die jetzigen Verhältnisse in Kurhessen zu einer neuen Erschütterung zu benutzen versuchen möchten. (C. C.)

Berlin, 9. Nov. Das C.-B. schreibt: „Der russische Gesandte, Baron von Budberg, hat an Hrn. v. Manteuffel als den jetzigen interimistischen Minister des Auswärtigen die Anfrage gerichtet: welche Stellung die preußische Regierung der gesammten Armee unterzulegen sei? — Hr. v. Manteuffel hat hierauf eine sehr entschiedene Antwort gegeben und insbesondere hervorgehoben, daß Preußen, angelangt an diesem entscheidenden Punkte, sich nicht durch auswärtige Einflüsse behindern lassen kann und seine Wehrkraft gegen die provocirenden Anmaßungen jeder Seite bereit halten werde; er wünsche, daß das russische Cabinet hiervon Kenntniß erhalte."

Berlin, 10. Nov. Unsere auswärtigen Beziehungen stellen sich, namentlich was die Allianz mit England betrifft, immer günstiger. Frankreich, der Zweibund, die spanische Regierung, sichern sich immer mehr der österreich. russischen Politik zuzuneigen. So meldet eine Privatdepesche, daß die französische Regierung damit umgehe, offiziell sich für das Recht Oesterreichs und des Bundestags in der kurhessischen Frage zu erklären. — Herr v. Radowitz hat erklärt, daß er in Rücksicht auf die Zeitverhältnisse, sein mehrerwähntes Memoire nicht veröffentlichen werde.

Berlin, 10. Nov. Das C.B. sucht die Flucht Kinkel's durch folgende Phrase in politisches Dunkel zu hüllen: „Nach Allem, was man über die näheren Umstände seiner Entweichung erfährt, gewinnt es den Anschein, als sei derselbe von einer Seite her begünstigt worden, auf welcher das Mitgefühl mit den Kerkerleiden des unglücklichen Dichters nicht schwacher empfunden wurde, als das Gebot der strengen Pflichterfüllung gegen den mit den Waffen in der Hand ergriffenen Revolutionär. Es gibt wohl Wenige, die nicht eben so gern dem Entflohenen das Gelingen seiner That, als den Behörden die Befreiung von der traurigen Last der Bewachung gönnen." — Ueber die Art und Weise, in welcher die Flucht ermöglicht worden, hört man noch immer nichts Directes. Man erzählt, daß es von anfenher gelungen sei, eine vollständige Offiziers-Uniform mit Helm und Schärpe in Kinkel's Zelle zu schaffen. Mit dieser bekleidet, soll der Gefangene unter dem Anschein eines Offiziers der Ronde unangesehten das Zuchthaus verlassen und das Fuhrwerk, das für ihn bereit stand, erreicht haben. Im Zelle ersitzten zwei Schüsse!, von denen der eine in einem Schrank aufbewahrt wurde. Dieser soll erbrochen und mancherlei Anstalt getroffen worden sein, um auf falsche Spur der Art der Flucht zu leiten. Nach der „Voss. Z." soll ein Wärter bereits arretirt sein. — Bekanntlich wurden schon früher bedeutende Geldsummen von der Demokratie zusammengebracht, um bei Gelegenheit die Transportirung Kinkel's nach Naugard zu leiten, gewaltsame Befreiung zu versuchen, was die Einschlagung eines andern Weges durch die Colorte zur Folge hatte. Man will wissen, daß für die jetzige Flucht eine sehr bedeutende Geldsumme, man sagt ca. 30,000 Thlr., beschafft worden sei. So viel steht fest, daß die Ermöglichung der Flucht ein neues Beweis für das Zusammenhalten der Revolutionspartei und für das Fortbestehen der geheimen und ausgedehnten Verbindungen derselben ist.

England.

London, 7. November. Das heutige Tagesereignis ist ein von den hiesigen Blättern veröffentlichtes Schreiben Lord John Russels an den Lord-Bischoff v. Durham. Im Verlauf des Schreibens werden die Schritte des heiligen Stuhls als unvereinbar bezeichnet mit der Suprematie der Krönigin, mit den Rechten der anglikanischen Bischofe und Geistlichkeit und mit der geistigen Unabhangigkeit der Nation, die sogar in

katholischen Zeiten behauptet worden sei. „Ich gestehe indessen," fährt Lord John Russel fort, „daß meine Besorgniß nicht so groß ist wie mein Unwille." Der englische Protestantismus sei alt, frei und stark genug, als daß er eine Bezwingung oder Beeinträchtigung zu fürchten habe. Indessen sollte das Gesetz und Roms Verfahren in ernste Erwägung gezogen werden. „Eine Gefahr jedoch beunruhigt mich viel mehr als jener Angriff eines auswärtigen Souverains. Geistliche unserer eigenen Kirche, welche die 39 Artikel unterschrieben und mit ausdrücklichen Worten das Supremat der Königin anerkannt haben, sind mit ihren Gemeinden allzuweit gegangen und haben sie Schritt für Schritt an den Rand des Abgrunds geführt. Die Verehrung der Heiligen, der Anspruch auf Unfehlbarkeit der Kirche, der abergläubische Gebrauch des Zeichens des Kreuzes, das Himmurmeln der Wandlung, alles sollte die Sprache verdeckt werden, in welcher sie geschrieben ist, die Empfehlung der Ohrenbeichte und die Anwendung der Buße und Absolution — alle diese Dinge sind von Geistlichen der anglikanischen Kirche als der Annahme würdig bezeichnet und werden nun offen von dem Bischof von London der Geistlichkeit seiner Diöcese gegenüber gebadelt."

Frankreich.

Paris, 8. Nov. Das Journal des Debats bringt uns haarsträubende Enthüllungen über die Gesellschaft des 2ehten Dezember. Das Journal sagt: „In der gestrigen Sitzung der Permanenzkommission gab ein Mitglied die folgende Erklärung. „Am 29. Okt. hielten 26 Mitglieder der Dezembergesellschaft eine außerordentliche Sitzung. Sie verhandelten in derselben das Verbahren, den Präsidenten der Nationalversammlung, Hrn. Dupin, und den Oberkommandanten der Pariser Armee, Gemral Changarnier, umzubringen, weil beide das hauptsächliche Hinderniß zur Erreichung der Gesellschaftszwecke seien. Der Vorsitzig wurde einstimmig angenommen. Man beschloß die Volksrecher der beiden Morde durch das Loos zu bestimmen. Es wurden 24 aufschriebene und 2 mit den Buchstaben C und D bezeichnete Zettel in einem Hut geworfen. Das jenige Mitglied, welches den Zettel mit C zogen, erklärte sogleich energisch, den Beschluß des Vereins ausführen zu wollen. Der mit D Zettel mit D zog, schwieg. Der Präsident verkündete dann, der Tag zur Ausführung des beschlossenen Vorhabens werde festgestellt werdrn. Spätere Berathungen sieben vermuthen, daß man den Tag der Eröffnung der Nationalversammlung gewählt.""

Nachdem die Commission sich die ganze Sitzung hindurch mit diesen Enthüllungen beschäftigt, beauftragte sie drei ihrer Mitglieder, sich zum Minister des Innern zu verfugen und ihm zu erklären: die Commission sei hocht erstaunt, daß die Behörde es nicht für nöthig gefunden, dir Herren Dupin und Changarnier von den gegen sie gerichteten Anschlägen zu unterrichten, und daß keine Maßregeln getroffen seien, die hocht gefährliche Gesellschaft unschadlich zu machen. Die Commission hat dann beschlossen, am Sonnabend noch eine außerordentliche Sitzung zu halten." Was diese Erzählung des Debats, die kein anderes Journal enthält, zu bestätigen scheint, ist ein heute im Moniteur erschienenes Dekret des Präsidenten, welches die Dezembergesellschaft auflöst. Inzwischrn wird sie wohl, so gut wie alle von der Polizei angfestellte Gresellschaften, die geeigneten Mittel finden, im Gehemen fortzubestehen.

Vermischte Nachrichten.

Einer der interessantesten Betrugsprozesse schwebt gegenwärtig in der Vormerkuchung. Ein Bauer Hamann in Mrrowf wollte von seiner Frau geschieden frin und leitete deßhalb einen Prozeß beim hiesigen Ehrengerichte ein. Der Prozeß schwebte langere Zeit, weil kein Gründe vorbanden waren, und der Bauer, verdrießlich darüber, wendete sich deßhalb an einen Privatschreiber (Winkelschreiber), der ihm versprach, seine Sache durchzusetzen, da er einen Assessor kenne, der beim Kreisgericht beschäftigt sei. Es wurde auch nicht lange, so erhielt der Bauer eine Vorladung vom Kreisgericht. Der Winkelkonsulent führte den Baurr indessen nach der Wohnung des Assessors, da derselbe den Termin im Hause abhalten wolle. In der, in der Hochstraße gelegenen hocht elegannten Wohnung des Assessors kand der Bauer Aktenstücke vor und wurde von einem kleinen buckligen Manne zu Protokoll vernommen. Es wurde ihm indessen eröffnet, daß er einen Vorschuß von 25 Thalern zahlen müßt, was auch geschah. Nachdem die Sache längere Zrit gespielt, erhalt der Bauer die Nachricht, daß die Ehescheidung bewilligt sei, er müsse jedoch eine Caution von 500 Thalern stellen. Der Bauer suchte das Geld zu schaffen, vermochte indessen nur 300 Thlr. zusammenzubringen. Es wurde ihm inzwischen von dem Assessor gedroht, daß, wenn er nicht binnen 14 Tagen die volle 500 Thlr. anschaffe, die Execution bei ihm vollstreckt werdrn würde. Der Bauer, voll Angst, schaffte das Geld und begab sich sofort zu dem Assessor, den er nicht zu Hause trat. Er begab sich deßhalb selbst nach der Kasse des Kreisgerichts, um dort das Geld zu zahlen, damit nur keine Zwangsmaßregel gegen ihn vollstreckt werden möge. Die Kasse wußte von der ganzen Sache nichts, und der Bauer wurde deßhalb zum Staatsanwalt geführt, der deglrich sagte, daß ein Betrug vorliege. Es wurden Schaymänner nach der Wohnung des angeblichen Assessors gesendet, wo sich ermittelte, daß derselbe erst seit wenigen Tagen dort wohnte. Der Bauer bezieht sich hierauf sofort nach Nixdorf und findet daselbst zu seinem großen Erstaunen den Assessor, den Winkelconsulenten und zwei Gerichtsdiener, welche im Begriff sind, die Execution bei ihm zu vollstrecken. Diese Gerichtscommissionr, welche mirrte, daß die Sache nicht mehr richtig sei, nahm sofort die Flucht. Indessen zwei in Nixdorf anwesenden Gendarmen verfolgten sie und holten sie in der Nähe des Gallschen Schlosses ein. Den angeblichen Assessor wurde ein vielfach bestraften Betrüger Namens Knopf entdeckt und die ganze saubere Gesellschaft verhaftet. In Nixdorf wurden die Akten vorgefunden, welche der angebliche Assessor geführt hatte, so wie noch andere Papiere, welche auch die Spur anderer Verbrechen ergeben haben sollen. Der Ehescheidungscommission hatte bei der Vollstreckung der Execution der Frau des Bauers noch 1 Thaler und rine Stöffel voll Eierkuchen abgeschwatelt. (T. Ref.)

Neuestes.

München, 11. Nov. Eine Bekanntmachung der Generalverwaltung der k. Posten und Eisenbahrn vom 10. Nov. zufolge ist wegen fortgesetzter Truppentransporte der Gutertransport auf den Eisenbahnen, mit Ausnahme bestehender Silgutsforderung bis auf Weiteres eingestellt.

Frankfurt, 9. Nov. Hr. Detmold, den die Zeitungen von hier abberufen sein ließen, sitzt hier so fest als je, seine Vorschläge sind in Hannover angenommen, und der rein gestern hier anwesende Hr. v. Dammerstein geht als Bundestagscommissar nach Schleswig-Holstein. (A. Z.)

Braunschweig, 7. Nov. Der „D. Reichsz." nach ist in Folge des gestrigen Beschlusses des preußischen Ministeriums auch hierher die Aufforderung zur Mobilisirung des Truppencorps gelangt.

Wien, 6. Nov. Feldmarschall Radrtzky ist zum Generalissimus der österreichischen Armee ernannt. Man glaubt, daß derselbe seinen bisherigen Aufenthalt nun in Wien nehmen werde.

Wien, 7. Nov. Die „Oester. Cor." sagt über den gestirn Marschalls Ankunft Folgendes: Zu einem Momente schwerer Entscheidung an den Thron seines Monarchen berufen, wird er die Fälle seiner Erfahrungen zum Besten des Staates gelten machen können. Seine bewährte Einsicht, sein auerkannt scharfer Blick, seine prosunde Kenntniß aller militairisch-politischen Beziehungen des Westtheils saffen seinen Rath vorzugsweise wünschenswerth erscheinen. Der Marschall ist aber nicht blos ein Mann guten Rathes, er ist auch ein Mann der entschiedenen That. Die Lobrerarn, womit er sich auf den Schlachtgefilden Italiens bedeckte, gestatten seinen Namen zu den besten der Helden aller Zeiten und verknüpfen denselben mit den ruhmvollsten Erinnerungen der österreichischer Geschichte. Allein es dürfte bei diesem Anlasse in Erwägung gezogen werden, daß er auf dem Felde einer noch weit größeren und bedeutsameren Thätigkeit die Proben seines eminenten Feldherrn-Talentes ablegte, indem er sich bei der Leitung der größten Armee aller Zeiten auf dem Schlachtfelde bei Leipzig bethriligte. Die „Wiener Zeitung" konnte mit vollkommenem Rechte sagen, der Name des Marschalls bedeute an sich den Sieg. Während der Monarch dem gefiern in der Residenz eingetroffenen Marschall die ehrenvollste Aufmerksamkeit erwies, indem er ihm den Van von Croatien bis Brud und seinen Adjutanten Freiherrn Koller von Rosenstein bis Glogaitz entgegensandte und ihn gastlich unter das Dach des kaiserl. Hauses aufnahm, als dessen seine Stütze sich Radetzky so oft erwies: verbreitete sich auch in der Stadt ein Gefühl der Freude über diese Ereignisse. Ein viterlicher Monarch, ein herrliches Kriegsheer mit dem unbesiegten Feldherrn und dem guten österreichischen Rechte zur Seite, vorbürgen jedenfalls einen glücklichen Ausgang unserer Krisis, sei es im Frieden, den wir auf das Innigste wünschen, sei es im Kriege, den wir wo möglich, vermieden sehen möchten, aber einmal entkannt durchaus nicht fürchten.

T. D. 1) Berlin, 11. Nov. Die ministrrielle „Deutsche Reform" sagt in ihrem heutigen Hauptartikel: Die königliche Staatsregierung grbe die Hoffnung nicht auf, daß der an die gesammte Wehrkraft des Landes gerichtete Aufruf dazu führen werde, auf dem Wege beschleunigter Verhandlungen die vertragsmäßige Feststellung der Preußen gebührenden Machtstellung in Deutschland zu erlangen. Die preußische Nation möge darauf vertrauen, daß die gebrachten Opfer nicht fruchtlos bleiben werden. (S. D.-Z.)

2) Athen, 5. Nov. Die Kammern werden nächsten Montag am 11. Nov. eröffnet. J. Maj. die Königin ist wohl. Es herrscht Ruhe im Lande. (N. M. Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Kober.

Frankfurter Coors.

Den 12. November 1850.

Geldsorten Bankaktien		Geld.	Papier.
Oesterreich. Banknoten		1052	1062
„ 5% „ Metallique		73	73½
„ 4% „		55⅞	—
„ 3% „		40½	—
„ 2½% „		38	—
„ 4% „ Bethmann		99	—
„ 4% „		100	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.		91⅞	92⅜
„ „ 500 „ 1835.		135	146
Preußen Kassen-Anweisungen		80	82
„ Thl. 50 Prämien Scheine.		—	—
Badenser 35½% Obligationen		80	—
„ 5%		86	—
„ 5%		97½	98
Würtemberg 35½%		78¾	79½
„ 4%		93	93¾
Baiern 3½%		74⅝	75⅛
„ fl. 35 Loose		30⅞	30⅝
„ 50 „		50	50½
Nassau fl. 25 „		84½	85¼
Hessen Darmst. fl. 50 Loose		74⅝	75⅜
„ „ 25 „		24½	25⅛
Polen fl. 300 „		—	—
Sardinien Lrs. 36 „		32½	33

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Hirzu das Erganzungsblatt Nr. 91.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Scharfhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 273. Würzburg, Donnerstag den 14. November. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 12. Nov. Schluß der allerhöchsten Entschließungen die militairischen Beförderungen ꝛc. betreffend. Ingwig Graf v. Lösch vom 9. Inf.-Reg. Wrede im 10. Inf.-Reg. Albert Pappenheim, Guido v. d. Tann im 12. Inf.-Reg. Otto gegen Otto von Griechenland, Heinr. Frhr. v. Gumppenberg im 4. Jäger-Bat., Friedr. v. Winckler vom 15. Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen im 7. Inf.-Reg. Karl Pappenheim, Wadzeck v. Eisenstein vom 9. Inf.-Reg. Wrede im 8. Inf.-Reg. Sckendorff, Alexander Graf v. Leutbihing im 6. Inf.-Reg. vacant Herzog Wilhelm, Georg Mitter v. Rauscher vom 2. Chevauxl.-Reg. Taxis im 1. Chevauxl.-Reg. König, Max Frhr. v. Biedersd vom 3. Chevauxl.-Reg. Herzog Maximilian im 1. Chevauxl.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, Friedr. Windisch, Bat.-Adjutant im 1. Art.-Reg. Prinz Luitpold, Marim. Königer von der 1. Duvrierskompagnie im 2. Art.-Reg. vacant Zoller, Georg Hang, Bat.-Adjut., im 2. Art.-Reg. vacant Zoller, Ludw. Hofreiter im 1. Art.-Reg. Prinz Luitpold, Karl Frhr. v. Lotterberg im 3. reitenden Art.-Reg. Königin, Peter Minges vom 3. reitenden Art.-Reg. Königin im 2. Art.-Reg. vacant Zoller, Anton Dreff im 1. Art.-Reg. Prinz Luitpold z. zu Unterlieutenanten: die Junker Heinrich v. Wallade im 12. Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, Joseph v. Bell v. Pino im Inf.-Leib-Reg. Wilh. Horn im 3. Inf.-Reg. Prinz Karl, Christian Frhr. v. Haller v. Hallerstein im 4. Inf.-Reg. Gumppenberg, Karl Lindhamer im 1. Inf.-Reg. König, Leopold Dr. Ahna im 11. Inf.-Reg. Ysenburg, Ferd. Kurz im 8. Inf.-Reg. Sckendorff, Ludwig v. Schallern vom 8. Inf.-Reg. Sckendorff im 2. Inf.-Reg. Kronprinz, Franz Lang im 13. Inf.-Reg. vacant Hertling, Otto Schon im 5. Inf.-Reg. Großherzog von Hessen, Wilh. Beith vom 12. Inf.-Reg. König Otto von Griechen im 2. Inf.-R. Kronprinz, Sigmund Zehrer im 15. Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, Max v. Puchpech im 7. Inf.-Reg. Karl Pappenheim, Ludwig Frhr. v. Lotterberg vom 12. Inf.-Reg. König Otto von Griechenland im Inf.-R. Wrede, Karl Drthmayer im 2. Jäger-Bat. Johann Riehl im 10. Inf.-Reg. Albert Pappenheim, Friedr. Biondino im 3. Inf.-Reg. Prinz Karl, Oskar Ritter v. Xylander im 3. Jäger-Bat. Moriz Dreff im 3. Inf.-Reg. Prinz Karl, Hubert Bernhard im Inf.-Leib-Reg. Leon v. d. Mark vom Inf.-Lehreg. im 2. Inf.-Reg. Kronprinz, Eduard Frhr. v. Sazenhofen im 2. Chev.-Reg. Taxis, Eduard Schlagintweit vom 1. Chev.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg im 3. Chev.-Reg. Herzog Maximilian, Franz Graf Zinzzer von Kirchberg und Weissenhorn im 4. Chev.-Reg. König, Friedr. Graf v. Zech-Lodning vom 6. Chev.-Reg. Herzog von Leuchtenberg im 3. Chev.-Reg. Herzog Maximilian, Ferdinand Frhr. v. Schrottenberg vom 6. Chev.-Reg. Herzog von Leuchtenberg im 5. Chev.-Reg. Leiningen, Franz Frhr. v. Mandt im 2. Chev.-Reg. Taxis, Joseph Hemfel im 2. Kürass.-Reg. Prinz Adalbert, Jos. Seemaider, Gustav Ehrlich und Mathh. Schmaiß im 2. Artill.-Reg. Prinz Luitpold, Oskar Reu im 3. reitenden Artillerie-Reg. Königin, Maximilian Speck im 2. Artillerie-Reg. vacant Zoller, Ludwig Perninger vom 2. Artill.-Reg. vacant Zoller im 1. Artillerie-Reg. Prinz Luitpold, Franz Frhr. v. Krug-Bebenburg und Karl Frhr. v. Maffenbach im 2. Artill.-Reg. vak. Zoller, Baptist Burkart im Genie-Reg. Friedr. Nagel vom Ingenieurkorps im Genie-Reg., der Regimentskaktuar Math. Leißner von der Gewehrfabrik-Direktion im 6. Inf.-Reg. vak. Herzog Wilhelm; ferner die Unteroffizier: Wilh. Roding im 5. Inf.-Reg. Großherzog von Hessen, Heinrich Faulhaber im 6. Inf.-Reg. vak. Herzog Wilhelm, Ferd. Reithmaier im 7. Inf.-Reg Karl Pappenheim, Andreas Pechtl im 4. Inf.-Reg. Gumppenberg, Simon Wahler im 12. Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, Wilh. v. Staudt im 7. Inf.-Reg. Karl Pappenheim, Ud. Panich im 13. Inf.-Reg. vak. Hertling, Marim. Schopf im 2. Inf.-Reg. Kronprinz, Joseph Jager vom 4. Inf.-Reg. Gumppenberg im 15. Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, Johann Haas und Wilhelm Clericus im 12. Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, Joh. Kon. Meyer vom 1. Artill.-Reg. Prinz Luitpold im 4. Inf.-Reg. Gumppenberg, Joh. Kröller im 7. Inf.-Reg. Karl Pappenheim, Jakob Planett im 6. Inf.-Reg. vak. Herzog Wilhelm, Franz Fleischmann im 4. Jäger-Bat., Friedr. Starck vom 1. Art.-Reg. Prinz Luitpold im 9. Inf.-Reg. Wrede, August Korbring vom Genie-Reg. im 7. Inf.-Reg. Karl Pappenheim, Ferd. Meitter vom 1. Inf.-Reg. König, Theod. Breyer und Oskar Ritter v. Trautteur vom 6. Inf.-Reg. vak. Herzog Wilhelm, dann Peter Hünn vom Inf.-Leib-Reg., sämmtliche im 10. Inf.-Reg. Albert Pappenheim, Ludw. Hacker im 9. Inf.-Reg. Wrede, Kaspar Strigl vom 2. Inf.-Reg. Kronprinz im 4. Jäger-Bat., Friedr. Strogel im 13. Inf.-Reg. vak. Hertling, Eugen Bernreither und Marim. Rudolph vom 1. Inf.-Reg. König im 10. Inf.-Reg Albert Pappenheim, Karl Preu vom 1. Inf.-Reg. König im 15. Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen, Jul. Balden im 3. Inf.-Reg. Prinz Karl, Adolph Forcgott vom 3. Inf.-Reg. Prinz Karl von Hessen im 3. Jäger-Bat., Ed. Gries vom 3. Inf.-Reg. Prinz Karl im 15. Inf.-Reg. Prinz Joh. von Sachsen, Friedr. Rotter vom 3. Inf.-Reg. Prinz Karl im 3. Jäger-Bat., Adolph Bühler vom 2. Inf.-Reg. Kronprinz im 2. Jäger-Bat., Theod. Hellmann vom 3. Inf.-Reg. Prinz Karl im 4. Jäger-Bat., Franz Klein und Albert Cramer im 1. Art.-Reg. Prinz Luitpold; zu Junkern: die Unteroffiziere Otto Schropp im 6. Chev.-Reg. Herzog von Leuchtenberg, Anselm Bauer vom 1. Art.-Reg. Prinz Luitpold im 2. Art.-Reg. vak. Zoller, Adolph Frhr. Stromer von Reichenbach vom 1. Art.-Reg. Prinz Luitpold im 3. reitenden Art.-Reg. Königin, Wilhelm Weigand vom 1. Art.-Reg. Prinz Luitpold im 2. Art.-Reg vak. Zoller, Leeuh. Binder im 2. Art.-Reg. vak. Zoller, Ferd. Gaab vom Genie-Reg. im Ingenieur-Korps, Nepomuk Eger und Bruno Wolfrum im Genie-Reg., beim Art. Korps Horst vom Genie-Reg. im Ingenieur-Korps. Dieses wird für unverweilte weiter geeignete Verfügung mit dem Bemerken eröffnet, daß die Versetzten und Beförderten unverweilt und ohne Aufenthalt zu ihren Abtheilungen abzugehen haben. München, den 10. November 1850. Auf Seiner Königlichen Majestät allerhöchsten Befehl. (gez.) v. Lüder. Durch den Minister der General-Sekretär (gez.) v. Gouner.

München, 12. Nov. Se. Maj. der König haben vermittelst allerhöchster Entschließung vom 29. Okt. d. J. jedem der beiden Armeekorpskommando's einen zweiten Natuskmäßigen Stabsauditor beizugeben, demgemäß zum Stabsauditor beim 1. Armeekorpskommando den Gendarmerielieutenandor, Regimentsauditor L. Klaffe Karl Gehm, und zum Stabsauditor beim II. Armeekorpskommando den Regimentsauditor L. Klasse vom kgl. 6. Chevauxlegersregiment (Herzog von Leuchtenberg), Magnus Kuhner, allergnädigst zu befördern geruht.

Der Wahn der Unmöglichkeit des Communismus.

Unter diesem Titel enthalt das neueste Heft der historisch-politischen Blätter eine Reihe von Reflexionen, die von so erschütternder Wahrheit sind, daß wir glauben dieselben unseren Lesern mittheilen zu sollen. Erkenntniß der Gefahren und Uebel ist unerläßliche Vorbedingung der Rettung. — Vor zwei Jahrzehnten, so heißt es dort, war man noch in Deutschland geneigt, den Communismus als ein ganz ungeheuerliches Hirngespinnst einiger wahnwitziger, moralisch verkommener Menschen zu betrachten. Als derselbe in der Schweiz, dem in allem Schlimmen in der neueren Geschichte Europa voranschreitenden Centrallande, praktisch zu gestalten sich anfing, der Schweizer Weitling als Prophet dieser Greuel im Anfange der Vierzigerjahre auftrat und durch seine Agenten die Arbeitervereine in der ganzen, namentlich aber in der westlichen Schweiz zu seinen Zwecken bearbeiten ließ; als die eidgenössischen Behörden, der damals noch conservative Vorort Zurich, dadurch aufmerksam gemacht am Ende gegen ihn einschritten, ihn formellen und zur Rechtfertigung dieser ihrer von den Radicalen angegriffenen Handlungsweise einen Theil des geheimdiplomatischen Briefwechsels, den man in den aufgegriffenen Correspondenzen der atheistisch-communistischen Arbeitervereine gefunden hatte, der Oeffentlichkeit übergaben, wurdigte man dieses Ereigniß in Deutschland kaum einer Aufmerksamkeit, man brachte es höchstens zu einem Achselzucken über den Unsinn der Communismus, und war geneigt, die warnenden Stimmen Derjenigen, welche auf das Umsichgreifen des Communismus die Möglichkeit eines Krieges der Besitzlosen gegen die Besitzenden aufmerksam machten, für einen noch größeren Unsinn als den Communismus selbst zu erklären. — In Frankreich hatte man das Uebel in seiner wahren Gestalt viel früher erkannt; es mag dieses zum Theile auch daher kommen, weil es dort viel früher und viel mehr als in Deutschland um sich gegriffen hatte. Als im Jahre 1831 die Frage der Stellung der Pairie in den Kammern zur Sprache kam, war es neben anderen Rednern vorzüglich der Herzog von Noailles, welcher auf die innere Verwandtschaft der Demokratie mit dem Communismus und den con-

sequenten Uebergang der ersteren in den letzteren aufmerksam machte und folgende warnende Worte sprach: „Es handelt sich nicht mehr um die politische Erbschaft, die gegenwärtige Berathung ist verjährt, sondern bereits um die Civilerbschaft, um das Recht der Erbschaft; nicht mehr um das Gleichgewicht der Staatsgewalten, ein artifizielles Uebergewicht, sondern um den großen Kampf zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Diese feuerdartige Lehre vom Eigenthume, die man noch neulich als eine tolle Chimäre verrückter Köpfe betrachtete, bespricht man kalt in allen ihren Eingeweiden; sie hat in der Presse ihr Organ, auf der Nationaltribüne ihre ferilich noch etwas schüchterne Vertheidiger, und bereits hat sie einen erfindereichen Akt durch Thatsachen, die Entlegen verbreiten." — Der edle Herzog mochte diese Warnung damals mystisch noch Unglaubige zugerufen haben; allein es sind nicht zwei Jahrzehnte, blose Minuten im Leben eines Volkes, vorbereitstoffen, und die Unglaubigen sind naher dem Entsetzen der Tagesereignisse von ihrem Unglauben zurückgekommen. Zeit zweifelt dort fast Niemand mehr an der Möglichkeit eines zerstörenden Einbruches des Communismus. Man möchte jetzt dem Liebel vorbeugen; allein man hatte demselben zu sorglos und zu lange zugesehen, der revolutionären Demokratie zu lange freien Spielraum gelassen, damit sie nicht Mittlerweile einen zum üppigen Wachsthume tauglichen Boden zubereite; es fragt sich, ob man in Frankreich noch die Mittel zur Besiegung des Uebels besitzt; Schulherrentfesungen, Beschränkungen der Wahlfreiheit werden sicher nicht, vielleicht nicht einmal die Umwandlung des Landes in einen Militärstaat, in eine Regierung in ein Militärregiment helfen. Die Gefahr, welche für Frankreich droht, ist für die große Mehrzahl der übrigen europäischen Staaten ebenfalls vorhanden; der Communismus ist für diese durchaus nicht eine Unmöglichkeit; er ist eine Consequenz des politischen Entwicklungsganges der Menschengesellschaft in Europa, und eben deswegen die Gefahr der ihn herbeiführenden, als man glaubt. Wir wollen hierüber einige Gedanken, die wir jedoch ohne nähere Ausführung blos einfach hinstellen, hier folgen lassen.

Auf Besitz und Eigenthum war beinahe der ganze Staats- und Gesellschaftsverband im Mittelalter gegründet; die meisten der staatlichen und socialen Verhältnisse waren fort und fort in einem unmittelbaren Bezug zu Grund und Boden; sogar Diejenigen, welche sich mit der Zeit von dieser Gebundenheit an Grund und Boden losgemacht hatten, blieben in einem unmittelbaren Verbande zu seinem stehen. Wie nun Besitz und Eigenthum, so hatten auch die anderen auf ihnen sich entwickelnden, oder unmittelbar an sie gebundenen politischen und socialen Verhältnisse eine bestimmte, nicht leicht zu überspringende Rechtsgrenze; sie ruhten alle so gut wie Besitz und Eigenthum, auf einem historischen Rechtsboden; das Recht der Fürsten so gut, wie die Rechte und Pflichten der Unterthanen, die Verfassungsheit der Stände, die Rechte und Pflichten der höheren und niederen Elemente der Gesellschaft; — kurz, das ganze Wohnhaus der europäischen Menschengesellschaft war im Mittelalter vom Fundamente bis zum Giebel vom Kitte des historischen Rechtes durchdrungen.

Diese Verhältnisse sind jetzt durch die falsche Richtung, welche der Entwicklungsgang der europäischen Menschheit genommen hat, wesentlich verändert worden; von der historischen Rechtsgrundlage unserer staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse ist gar wenig mehr übrig geblieben; das Rechtsgebäude ist bis auf seine Fundamente abgetragen, und auch diese sogar liegen dem Sturme der Zeit offen. Das Recht des Eigenthums und die Herrschaftsrechte der Fürsten sind noch Ueberbleibsel von diesem Rechtsgebäude, sie haben, wenn auch nicht ganz, doch theilweise dem Zerstörungsbauche der Zeit widerstanden. Allein der Augenblick ist da, wo man auch an ihnen rüttelt und zu der ersten Frage gezwungen wird, ob sie

ihnen nicht die gegenwärtige Form der europäischen Staaten, die Form der jetzigen europäischen Gesellschaft dem Uebergange bestimmt sei; — Der menschliche Geist besolgt in seiner richtigen oder falschen Entwicklung mit einer Art von Nothwendigkeit einen gewissen Gang, der sich sehr oft voraus bestimmen läßt; nachdem beinahe das ganze Socialsystem der früheren Zeit zertrümmert worden, darf man wohl annehmen, daß das bisher im Zerstörungsgange verstoßene Eigenthum, — die Basis jener Zustände, — und die Monarchie, — deren Spitze, Schutz und Blathe, — ausnahmsweise verschont bleiben werde?! Ohne Umkehr von dem falschen Entwicklungsgange gewiß nicht —

Der falsche Entwicklungsgang nahm seinen Anfang nicht von Unten herauf, aus den unteren Schichten der Gesellschaft, sondern von oben herab, von der von allen Schranken des Rechtes sich loswindenden Fürstengewalt. Im Kampfe mit dem Lehenswesen, durch Hilfe des demokratischen Elementes der Städte stürzte sich die absolute Monarchie allmälig auf, und tauchte mit ihr die Idee einer alles überragenden, alles beherrschenden Staatsomnipotenz auf, für welche man den Ausdruck „Souveränetät" erfand. — Man verstand unter diesem abstrakten Begriffe nicht blos eine, über allen Rechtsverhältnissen stehende, sondern eine solche, welche diesen den Willen und Recht sogar erzeugende Gewalt. Ja, man ging noch viel weiter, und raumte dieser Staatsomnipotenz, — der Ausgeburt des schrecklich irre gegeadten menschlichen Hochmuthes — welche man an der Person des „Souveräns" verkörperte, nicht nur die Befugniß ein, die bestehenden Rechtsverhältnisse zu ändern, zu zerstören und dafür neue zu schaffen, sondern man sprach sie sie sogar die Gewalt an, über die Gewissen, den Glauben der Unterthanen zu herrschen. — So kam es, daß gestützt auf den Titel dieser Staatsomnipotenz, Heinrich VIII. von England und das arsstokratische Patriciat in Bern ihren Unterthanen den Glauben vorschrieben, daß man in Deutschland den Grundsatz aufstellte „cujus regio, ejus religio," daß Ludwig XIV. endlich ohne widersprochen zu werden, anszusprechen wagte: „l'etat c'est moi!" — Vom Boden eines alle Lebensverhältnisse durchdringenden, sie alle beschränkenden, lediglich vorhandenen Rechtes, welches allen Gewalten, den Fürsten so gut, wie den Unterthanen, war man auf die Glatteisbahn einer über alles Recht hinausgesetzten, als einzige schöpferische Quelle desselben verkündigten Willkür gelangt. — Die Lehre von der Souveränetät und der praktischen Anwendung war der Anfang des Untergangs des historischen Rechtsbodens in Europa.

Diese Lehre drang nun, ja maßte von Oben nach Unten dringen. Die Souveräne hatten, indem sie sich über das Recht stellten, ihren eigenen Rechtsboden unterwühlt; sie waren sicher nicht mehr Herrscher von Rechts-, sondern blos von Gewaltwegen. Was natürlicher, als daß man ihrer Gewalt bald eine andere entgegenstellte, daß man der königl. Majestät als Gewalt gegenüber die Volksmajestät und Volksgewalt auf den politischen Kampfplatz rief. Diese fand sich in der günstigen Lage, daß sie für ihre Begehrlichkeiten so gute Rechtstitel als die ersteren anzuführen vermochte, d. h. sie bewurfe keine, da jene die ihrigen mehr entgegengesetzen hatte. Es begreift sich bei der Erbsünde des Hochmathes, welche dem menschlichen Geschlechte eingeboren ist, daß bei diesem verfachten Wechsel des Trägers der Souveränetat der Wahn der Staatssallmacht nicht verloren ging; der Versuch ging vielmehr nur dahin, dieses mit allen seinen Attributen von der Person des Fürsten auf das Aggregat der Volksherren, das Volk hinüberzuleiten.

(Forts. folgt.)

Deutschland.

München, 12. Nov. Das k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten hat unter dem 31. Okt. den Beschluß gefaßt, die Herstellung der Personen- und Transportwagen für die k. Eisenbahnen zu Submission anzuordnen, und von nun an alle neuen Wagenlieferungen gleich der Lokomotivlieferungen mit vorzugsweiser Berücksichtigung der inländischen Industrie zur Verakkordirungswege zu bewerkstelligen. — Das am 12. d. M. erschienene k. Regierungsblatt No. 54 enthält eine k. Allerhöchste Verordnung, wonach die k. Verordnung vom 9. Dez. 1848 in Bezug auf die Besetzung der Landwehr-Ober- und Unteroffizierstellen außer Wirksamkeit, und die Bestimmungen der Landwehrordnung vom 7. März 1826 über die Ernennung der Ober- und Unteroffiziere der Landwehr vom heutigen Tage wieder eintritt. Eine weitere Allerhöchste Verordnung betrifft die Aufgabe neuer Loupons bis 1869 der 2prozt. Rational-Staatsobligationen. Dieselbe Kammer enthält das Ergebniß des k. Staatsraths-Ausschusses vom 31. Okt. — Zu der dahier neu errichteten 1. Sanitätsschwagnie wurden nachfolgende Offiziere versetzt: Hauptmann Aut. Hamfer vom 15. Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen als Kompagnie-Kommandant, die Oberlieutenants Paul Friebel vom 2. Inf.-Reg. Kronprinz nad Friedr. Pfeuffer vom Inf.-Leib-Reg.; die Unterlieutenants Jos. Würding. vom 4 Jägerbat. u. Ph. Braunmühl vom Inf.-Leib-Reg.

— Der Major im fürstlich Kuirassierregiment v. Wrede wurde versetzt in gleicher Eigenschaft zu den Truppen in Eichstädt ertraute und hierher zurückkehrte, ist hier mit Tod abgegangen. — Der mit einer Sendung nach Wien betraute und erst kürzlich von da zurückgekehrte Oberst v. Heß, ist zur Uebernahme des Commandos seines Regiments nach Hanau abgegangen. — Von einem weitern Truppen-Durchzuge verneimmt man nichts, und somit ist auch von einer Uebernahme von Wachtposten durch die Landwehr keine Rede. — Die Militärmäntel erhalten bei der Inf. helblaue und bei der Artillerie dunkelblaue Halskragen, wie solche längst die Chevauxlegers grün und die Cürass blau haben.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Fulda, 12. Nov. Herr Dr. Weinzierl, der sich von hier in der Nacht des verflossenen Sonntabends fortbegeben, hat in Hanfeld den Bürgermeister Fürster, demselben beigliedert der aufgelösten Ständeversammlung, aufgefordert, sich mit diesem weiter geflüchtet. Wohin sich beide Herrn begeben haben, ist nicht bekannt. Die dem Herrn Dr. Weinzierl zugedachten fünfzig Mann Einquartierung mußten, weil der Quartierträger nicht gefunden werden konnte, zurückgezogen werden. Die Einquartierung mit dem Hrn. v. Schweiger ebenfalls wieder abgenommen worden. (F. D.-Z.)

Kassel, 12. Nov. Wana die bayer. Quartiermacher hier einrücken werden, darüber ist man zur Stunde noch in Ungewißheit. Zu Hersfeld sind sie gestern Nachmittag noch nicht gewesen, wohl aber in Bretenbach am Harzberg, was mit Bestimmtheit behauptet wird. Auch noch hier liegenden Preußen werden wohl nicht ohne auseinanderscheiden, als die sie Nachricht vom Herannahen der Bayern erhalten haben. (K. Z.)

Fulda, 12. Nov. Die Truppen liegen noch ruhig in ihren Quartieren, blos die Vorhut wurde gegen Hersfeld zu ausgedehnt, morgen aber beginnt der Weitermarsch. Seit heute Tagen befindet sich in Kassel ein Kurier. General v. v. Gröben hat wegen des durch die preuß. Fäßliere veranlaßten blutigen Zusammenstoßes bei Bronzell ein Entschuldigungsschreiben an den Fürsten Thurn und Taxis gerichtet. Nach dem Abmarsch unseres Corps sollen von Schweinfurt der übrige Regimenter als Reserve in Fulda einziehen. Die kurfürstl. Steuerrechter geben heute schon ihre Steuerzettel aus, um die Steuern einzuforbern. (K. Z.)

Marburg, 12. Nov. (Morgens 10 Uhr.) Gestern Abend um 8 Uhr wurde die Stadt in große Aufregung versetzt. Die Preußen liefen Allarm schlagen und besetzten die Thore; es hatte sich nämlich das Gerücht verbreitet, daß die Bay-

ern und Oesterreicher im Raumarsch feiern. Die Einen liefern sie schon ganz unmittelbar vor Marburg am Schutzenpfuhl, einem Wirthsaus vor der Stadt, Pulver gefaßt haben, die Andern wollten wissen, daß diese Bundestruppen über Alsfeld und Kirchdorf im Großherzogthum Hessen heranzogen und in einigen Stunden das kurhessische Gebiet bei dem Städtchen Schwarzenberg betreten würden. Da das Gerücht sich noch nicht bestätigt hat, so athmen unsere Neukessen wieder auf, die Armen, die jetzt fortwährend bald in Entsäzden sind über die Nachrichten aus Berlin, und einige Stunden nachher wieder die Köpfe hängen lassen. Einen großen Eindruck hat die Nachricht hervorgebracht, daß den wiederständigen Bürgern in Fulda und den demokratischen Landtagsabgeordneten eine so respektabele Einquartierung zu Theil geworden. Ein achtbarer und besonnener Bürger Marburgs äußerte sich so eben gegen mich, daß alle Deputirten, welche an dem Unglück schuld seien, eine solche Zahl von Soldaten ins Haus haben müßten, damit ihnen für alle Zukunft der Lust verschlagen werde." (K. Z.)

Frankfurt, 12. Nov. Der Bundescommissär Graf v. Rechberg ist zum wirklichen kais. ofter. gehenmen Rath ernannt worden. — Einige Truppen sind heute den Morgen die Fortschaffung der seither unter einem hinter der Hauptwache errichteten Schoppen und unter Bedeckung zweier Schildwachten gestandenen acht preußischen Kanonen in den Rambof, wo bekanntlich ein Bataillon preußischer Infanterie, die Artillerie und Cavallerie kaserniert.

Karlsruhe, 10. Nov. Se. königl. Hoheit der Großherzog hat nachstehendes erlassen: An die Truppenabtheilungen der mobilen Brigade. Soldaten! Ihr seid nun in Dienstthätigkeit getreten, und Aller Augen im Vaterlande sind auf Euch gerichtet. Euer Siegesfahne ehrenhaftes Tragen, festeres Sich Euch zur Bewährung meines Armeekorps unter die Waffen gerufen, hat Meine und aller guten Burger Anerkennung verdient und gefunden. Mit voller Zuversicht sehe ich mit den wohren Freunden des Vaterlandes in einem großen Theil des Landes die höchsten Güter des Bürgers, die Religion, die Gesetze, das Eigenthum und die persönliche Sicherheit Eurem Schutze anvertraut. Soldaten! Ihr werdet das in Euch gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen wissen; Ihr werdet Euch als treue, besonnene Sohne unseres schwer heimgesuchten Vaterlandes bewähren; Ihr werdet im Verein mit den guten Bürgern zuversichtig dazu beitragen, bestehe aufzurichten von dem harten Schlage, mit welchem böse Leidenschaften und Verirrungen es niedergeworfen haben. Ihr könnt nicht verlennen, was von Eurem Betragen abhängt! Die Wohlfahrt Eures Heimathlandes steht auf dem Spiele, wenn Ihr Eure beschworenen Pflichten vergessen könntet. Ich gemachten bittern Erfahrungen können Euch hierüber in keinem Zweifel lassen. Soldaten! Eure Kameraden in Preußen sind meiner Aufforderung treu gefolgt, sie haben ihre Aufgabe richtig aufgefaßt und gelöst; sie haben überall dem badischen Soldatennamen nur Ehre gemacht und dadurch in den entferntesten Gegenden wesentlich beigetragen, die alte Meinung zu befestigen gewußt, welche unselige Ereignisse in Baden leider hervorgerufen hatten. Ich rechne darauf, daß ein edler Wetteifer Euch beseelen wird, in wahrer Vaterlandsliebe Euren Kameraden nicht nachzustehen, damit das Vertrauen auf die Pflichttreue des badischen Heeres und die Ehre seiner Waffen wieder jüngt und erstarkt aus dem Kampfe schwerer Zeiten wieder erstehen. Der Himmel segne unser Vaterland durch die Treue seiner Söhne. Karlsruhe den 7. Nov. 1850. (gez.) Leopold.

Karlsruhe, 11. Nov. Die Freude über die Rückkehr unserer Truppen spricht sich unter allen, deren Sinn nicht durch den Preußen-Fanatismus umdüstert ist, wie er vor Wochen in Karlsruhe namentlich zur Zeit der Musterung unserer Soldaten gewuthet hat, insbesondere aber auf die theilnahmsvollste Weise unter den Großherzlichen aus, welche die Söhne unseres Vaterlandes in sehr lieben, als daß sie die innigste Freude über die Wiederkehr derselben zurückhalten konnten, welche schändte Hingebung der prositschtigen Polizei Preußens als Geistel gestellt hat. — Die Verstärkung z. unserer Truppen kostetete nahe an 600,000 fl. so daß Einsenthalt derselben in den unwirthlichen Gegenden Preußens, — wo von der Cholera heimgesuchten Cantonements viele Opfer an Menschenleben — und was hat die ärgerliche Maßregel genützt? Vielleicht nur soviel, daß die heimkehrenden Soldaten in Folge der schlechten Behandlung in Preußen — wo der schlechten Stellung der Berpflegung, — unter der baufen Regierung hinsichtlich der Verpflegung z. gedacht worden sind, und mit hohem Kenntnis dessen, was unser Preußenthümer den „deutschen" Sinn der Preußen zu nennen belieben, mit einer um so gründlichern Abneigung gegen Preußen erfüllt sind, aber welche und was andere Briefe von Soldaten bereits ein recht deutsches Bild geben. Dies ist der Dank, den wir den Preußen, nachdem sie ihre eigene Revolution in Baden unterdrückt, und in Nordbus ausverhalb Jahre lang 18,000 Mann stark in Baden gelebt und gehaust, auf unsere Kosten „große Politik" im Südwesten Deutschland gespielt und am Ende erst noch eine Rechnung von drei Millionen Gulden gemacht haben, — allein und ausschließlich auch schuldig sind, daß wir ihnen glückliche Reise wünschen — vorausgesetzt, daß dieselbe schleunigst angetreten werde. (D. Z.)

Berlin, 9. Nov. Der „Staats-Anzeiger" enthält in seinem amtlichen Theile folgendes: „Wir Friedrich Wilhelm rc. rc. verordnen nach dem Antrage Unseres Staatsministeriums, was folgt: §. 1. Nachdem Wir mittelst Ordre vom 6. d. M. die Mobilmachung Unserer Armee angeordnet haben, ergeht an alle der Reserve oder Landwehr angehörende oder auf unbestimmte Zeit vom stehenden Heere beurlaubte preußische Unterthanen, welche sich mit oder ohne obrigkeitliche Erlaubniß im Auslande befinden, Unser Königlicher Befehl, sich ungesaumt nach ihren bisherigen Wohnorten zu begeben und bei der ihnen vorgesetzten Militairbehörde sich zu melden. §. 2. Denjenigen (§. 1), welche diesen Befehle spätestens bis zum 15. Dez. d. J. getreulich Folge leisten, ertheilen Wir hiemit Unsern landesherrlichen Pardon dergestalt, daß dieselben von allen gesetzlichen Strafen befreit sein sollen, insofern ihnen keine andern strafbaren Handlungen, als der unerlaubte Austritt aus Unsern Königlichen Landen oder der Eintritt in fremden Civil- oder Militairdienst zur Last fallen. §. 3. Dagegen haben diejenigen (§. 1), welche binnen der vorstehend bestimmten Frist nicht zurückkehren, strenge Ahndung nach dem Gesetze zu gewärtigen rc."

Berlin, 11. Nov. Dem Vernehmen nach ist in dem Ministerrathe, welcher am Sonnabend unter dem Vorsitze Sr. Majestät im hiesigen Schlosse stattgefunden, außer der auf die letzten Depeschen aus Wien zu ertheilenden Antwort auch eine vielleicht bald zu erlassende Proklamation berathen worden.

— Der Graf v. Bernstorff ist aus Wien, wie es heißt krankheits halber, noch nicht eingetroffen; dagegen hat er entschieden die Ansichten des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten abgelehnt.

— Das eigenhändige Schreiben Sr. Maj., welches der Flügel-Adjutant Sr. Maj., Major v. Manteuffel, an den König von Hannover überbracht, hat allerdings Verschwichtigt zwischen den beiden Souveränen veranlaßt, welcher einer gegenseitigen Annäherung günstig ist; wenn aber die Presse bereits von den sichern erfolgten oder doch in Aussicht stehenden Abschluß einer Convention zwischen den beiden Regierungen spricht, so fehlt hierzu noch jegliche Berechtigung.

— Der Prinz-Regent von Baden, Großherzog hat aus militärischen Rücksichten Fulda geräumt und sich auf Hersfeld gezogen. (N. Pr. Z.)

Frankreich.

C Paris, 11. Nov. General Neumayr hat seine Entlassung verlangt, sie wurde ihm aber nicht gewährt, sondern nur die Versetzung in Disponibilität. An seine Stelle ist General Gueswoller zum Commandanten der 14. und 15. Militairdivision ernannt worden. — Heute um 1 Uhr Nachmittags wurde die wieder aufgenommene Session der gesetzgebenden Versammlung unter dem Vorsitz des Präsidenten Dupin eröffnet. Der Zudrang war sehr groß. Der Palast der Versammlung hat eine eigene Besatzung in den 58. Linien-Inf.-Reg. erhalten, außerdem sind noch die Gebäude noch die 5. Legion der Pariser Nationalgarde und eine starke Bürgerregimentheilung unter dem Befehl des Oberstlieutenants Folg. Der Präsident kündigte der Versammlung mit eigenthümlicher Betonung an, es sei ein Antrag wegen des Polizeiverwirklichkeit Von der Versammlung eingebracht worden. Nach der Verlesung der Abtheilungen wird die Sitzung aufgehoben. Morgen Wahl des Bureaus.

Italien.

Florenz, 2. Nov. Gestern Abends gegen halb 10 Uhr wurde der Oberstwachtmeister der großherzoglichen Gendarmerie, Enrico Oberardi, der sich in dem Kaffehaus l'Americano befand, ohne alle Veranlassung von einer Seite, wie Augenzeugen versichern, in dem Augenblicke, als er das Lokal verlassen wollte, angefallen und mit seinem eigenen Säbel, der ihm aus der Scheide gezogen wurde, wiederholt dergestalt verwundet, daß er zu Boden stürzend, bewußtlos sein Lebenszeichen mehr gab. — Dann packte ihn der Mörder bei den Haaren, und schleppte ihn in einen Gang, der zu einer Seitenthüre des Kaffehauses führt, wo er ihn, im Blute gebadet, liegen ließ, und mit dem Säbel eiligst die Flucht ergriff. — Oberardi lebt, trotz der schweren Verwundungen noch, und konnte die Tröstungen der Religion empfangen. Die Justiz ist auf der Spur des Thäters. (D. C.)

Die „Armonia" enthält folgenden Artikel: „Alle Journale haben behauptet, der Appellhof habe mit 13 Stimmen gegen 1 die Beurtheilung des Hochwürdigsten Hrn. Erzbischofs von Turin, Mgr. Franzoni, ausgesprochen. Einige Blätter haben ihre Behauptung sogar damit bekräftigt, daß sie die ministerielle Rache auf das Haupt des diffidierenden Richters herabriefen. Wir können nun unsererseits versichern, und versichern hiemit nach sehr zuverlässigen Nachrichten, daß sich dem Antrete der Verhandlung mehrere Richter entgegengestellt haben. Wir können ferner versichern, daß mehrere von den geladenen Richtern bei ihrem Eintreten in den Gerichtssaal nicht einmal wußten, worum es sich handeln sollte, und bei Vermehrung des Requisitoriums des Hrn. Perfoglio natürlich hoch erstaunten. Der Vortrag des Generaladvokaten Perfoglio dauerte anderthalb Stunden; unmittelbar darauf sollte die Berathung stattfinden. Einige Räthe verlangten Zeit, um so wichtige in dem Requisitorium enthaltene Fragen gehörig prüfen zu können. Diese gerechte und billige Anforderung wurde jedoch verweigert. Ebenso wollte man nicht zugeben, dem Urtheile eine Auseinandersetzung der Motive vorausgehen zu lassen. Wir bemerken ferner, daß der erste Theil des Requisitoriums bis auf den heutigen Tag noch ein Geheimniß ist. Wie ist dieses Alles mit dem konstitutionellen Systeme in Einklang zu bringen?"

Neuestes.

München, 11. Nov. Der preußische Gesandte am kgl. Hofe dahier hat München nicht verlassen.

München, 12. Nov. J. kais. Hoh. die Prinzessin Luitpold von Bayern ist heute nach 12½ Uhr von einer gesunden Prinzessin glücklich entbunden worden.

Alzey, 12. Nov. Gestern Abends wurden einige preuß. Soldaten in der Gegend von Kirch-

heimbolanden bemerkt und verbreitete sich drßhalb das Gerücht vom Anrücken einer preuß. Truppenabtheilung. Darauf wurden die daselbst garnisonirenden bayer. Truppen, circa 80 Mann stark, alarmirt und rückten bisselben nach Ernstweiler, 5 Stunden entfernter Orte Sombach aus. Erst heute Abend gegen 5 Uhr, nachdem sich das Gerücht als unbegründet erwiesen hatte kehrten dieselben in ihre Quartiere zurück. In derselben Zeit erschien heute hier in Alzey der königl. bayerische Landcommissär von Kirchheimbolanden in voller Uniform in einem Extrawagen, stieg im Gasthaus zum Darmstädter Hof ab und zog beim hiesigen Bürgermeister Erkundigungen ein, ob in Alzey und dessen Umgegend preußisches Militär einquartiert sey, oder nicht. Zugleich erzählte derselbe, daß bereits die Rekutenstaffe und sämmtliche Akten des Landcommissariats nach Kaiserslautern geflüchtet worden seyen. Dieß gedankenlose Aufstehalt begab sich derselbe mit dem Trost, daß sich nur drei preußische Soldaten hier befänden, nach Bechenheim, 1½ Stund von hier, um weitere Erkundigungen einzuziehen.

(Z. J.)

Frankfurt, 13. Nov. In einem Schreiben aus Wien in der „Kölnischen Zeitung" heißt die von Oesterreich an Preußen in Form eines Ultimatums gestellten Forderungen also angegeben: 1) Binnen acht Tagen Kurhessen, und 2) binnen sechs Wochen Hamburg und Baden zu räumen! 3) Förmlich und feierlich der Union zu entsagen! Der Protest v. Otten ist ermächtigt, für den Fall der „Nichtgewährung der gestellten Forderungen" seine Päße zu verlangen. — Das vorstehende österreichische Ultimatum wird in seinen drei Punkten auch von einem Wiener-Correspondenten der L. J. bestättigt mit dem Zusatze daß Hr. v. Prokesch Instenkiow erhalten hat, für den Fall der Nichtgewährung der gestellten „Forderungen" seine Päße zu verlangen. Die Mobilisirung der preußischen Armee dürfte bereits die Antwort enthalten. Dir hiesige preußische Gesandtschaft ist faktisch bereits so gut wie abberufen.

Frankfurt, 13. Nov. Das „Journal de Frankfort" will aus guinunterrichtiger Quelle vernommen haben, daß die Verhandlungen gestern Mittag (den 12. d.) in Kassel eingeleitet seien.

Stuttgart, 11. Nov. O Mertwürdigkeit! was hat sich begeben mit diesen konsequenten Demokraten, seit sie ihre Fahne senken mußten vor dem lustig im Winde flatterndem Banner der seit ausgerotteten und sich auf die Recht vertrauenden Regierung? Die vor einigen Tagen gleich allen rechtmäßigen Regierungen von ihnen noch so sehr verachtete und mißachtete preuß. Regierung ist urplötzlich der Hort, die Hoffnung unserer Demokraten geworden; sie alle schwören jetzt zur schwarzweißen Fahne und haben die rothe und die schwarz-roth-goldene unter den Nagel gehängt — bis Preußen, wenn zu solchen Dingen gratulirt werdrn darf, — von seinen neuen Alliirten der Anarchie überliefert ist! Für jetzt stimmen Demokraten und Preußen zusammen im Haß gegen den deutschen Bund, der doch allein noch im Stande ist, in dieser Zrit der Begriffsverwirrung und der trostlosen Zustände Deutschland nach Außen Recht und Ansehen zu verschaffen.

Hannover, 8. Nov. Die Sendung des Majors v. Manteuffel hat allerdings hier einen günstigen Eindruck gemacht, nicht aber in der Art und aus den Gründen, welche von der Zeitung für Norddeutschland angeführt werden, sondern weil von preußischer Seite eine im hohen Grade bedeutungsvolle Nachgiebigkeit documentirt werden. Auch ist es unwahr, daß Hr. v. Manteuffel am 6. d. fast den ganzen Tag beim Könige gewesen sei. Mit dem Schreiben des Königs von Preußen steht die Thatsache in Verbindung, daß bereits in der nächsten Zeit der ehemalige Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. v. Schleinitz, den hiesigen Gesandtschaftsposten wieder einnehmen wird.

(M. Z.)

Altona, 9. Nov. J. Benedey hat folgenden irrigerischen Aufruf erlassen, den wir ohne Commentar mittheilen: „Ja, auch die Demokratie muß Krieg wünschen; aber Krieg der Revolution gegen Rußland! Wer dieser Fahne ausschlägt, dem Folge das deutsche Volk — in den Tod, wenn es sein muß, denn das wäre ein Krieg um die Sache der Völker, und wer in ihr untergeht, stirbt wenigstens mit Ehren für die Menschheit und nicht in Schmach für den alten Unsinn. Aber wer die Fahne des Bürger, des Bauvertrieges für den verrotteten Romulus Augustulus, oder die „preußische Ehre" in der Hand des Hrn. v. Manteuffel und Hrn. v. Radowitz will, der ist mit Blindheit geschlagen, und arbeitet am Untergange seines Vaterlandes mit. Ja, Krieg, auch wir wollen ihn! aber nicht eher, als bis in Deutschland eine Fahne weht, unter die das deutsche Volk, das ganze, sich schaaren; denn erst so wird ihm eine Bürgschaft, daß nicht am Ende des Krieges, — den gegenwärtig dir Halbheit gezwungen anfangt, um den heute die Goitzaer „heulenk" bei Hrn. v. Radowitz und Hrn. v. Manteuffel bittflehen, und den die alten Interessen der Reaktion allein andeuten wieder, — Deutschland, Preußen, Oesterreich und alle deutschen Stämme am Grabe ihrer Freiheit und ihres Vaterlandes, zu ewiger Knechtschaft und ewigen Russenjoch erwachen würden."

Berlin. Wegen der angeblichen Mobilmachung von 500,000 Mann und im Nothfalle noch von 100,000 mehr, stellt der Volksbote folgende Berechnung an: der ganze Etat, gegenwärtig beiläufig 15 Millionen Einwohner, und da die Weiber und Mädel vermuthlich doch nicht mit „mobil gemacht" werden, so wird man für diese wohl die Hälfte abziehen müssen. Es bleiben also vor der Hand nur etwa 7½ Millionen männlichen Geschlechts. Die Kinder in den Wiegen werden auch wohl erst „mobil" gemacht werden müssen, angenommen, sie sollten dem Schreppschabrjrpanzen von Preußen schreien heißen; und überhaupt wird's mit den Buben bis zum 17. Jahre wohl nichts sein; die Alten, bereits Dienstunfähigen, desgleichen, die Kranken, dir Lahmen und dir Blinden, vielleicht auch die Tauben, dir dudelsich sind, wird's bei der edlen Königin von Preußen war, — diese Alle wird man wohl auch abziehen müssen, und sie werden sicher wenigstens auf die Hälfte der männlichen Bevölkerung hinaufkommen. Demnach bliebrn also nur noch 3,750,000 Mann übrig. Wenn man aber hiroon 500,000 „unter die Waffen" stellen wollte oder könnte, so sieht dieß gerade so viel, als wenn sechzehn Mann unter die Waffen stellen. Mit dem Maul geht das freilich recht leicht und auf dem Papier kostet's nichts; aber daß dirs in der Wirklichkeit sich nicht thun läßt, ist auch klar. Will man z. B. jrden sechzehn Kaufmann, jrden sechsten Uhrmacher, Schneider, Schuster, Zimmermann, Maurer, oder jrden sechsten Bauer zum Soldatenrock pressen? Und womit wollt' man denn in Preußen, einen verhältnißmäßig so kleinen, und im Ganzen keineswegs reichen Lande eine solche Armre auch nur ein paar Monate unterhalten, zumal wenn man den Krieg im eigenen Lande führen muß? Wrr der gewaltig hohen Steuersatz wird sich wenig mehr aufpumpen lassen. Aber angenommen, daß die Berliner „ächten Deutschen" selbige 500,000 Mann wirklich mobil machten, — wir viel können sir davon gegen den Feind bringen? Da muß einmal erstlich die Besatzungen abgezogen werden, die sie nothwendig in ihren Festungen lassen müssen, ferner die Garnisonen, die sie nothwendig in vielen Städten haben müssen; und endlich darf nicht übersehen werden, daß auch dir russischr und die französischr Grenze nicht bloß gelassen werden können, sondern dort auch eine gehörige Anzahl Truppen stehen muß. Zu allem Uebrigen kommt noch die ganze eigenthümliche Lage des Landes, das auf der Landkarte gerade' ausschaut wie ein Verbrechrn, so daß die Berliner ihre Truppen ungeheuer auseinanderbreiten müssen. Schlägt man hiergegen aber diejenigen Truppenmassen an, welche die bundestreuen Staaten ohne solche ungeheurr Ueberdehnung ihrer Kräfte im's Feld stellen können, so wird man sich durch jene papiernen 500,000 Mann keinen Berliner Sand in die Augen streuen, viel weniger sich schrecken lassen.

Paris, 11. Nov. Alle Vorbereitungen zur Bildung eines Observationskorps am Rhein sind bereits vom Kriegsministerium getroffen. Zu diesem Zwecke sind in trgterer Zeit bedeutende Lieferungsverträge abgeschlossen worden.

T. D. 1) Wien, 12. Nov. Graf Dohoff hat aus Berlin anonymer erscheinende Vorschläge überbracht. Die Aufsichten gestalten sich friedlich. Die ministerielle Oester. Corr. versichert, daß kant sichern Mittheilungen Oesterreichs Haltung dem Geist der Gerechtigkeit und Mäßigung zu Berlin begegne.

2) **Krakau**, 11. Nov. Russische Militärcolonnen bewegen sich westwärts, wahrscheinlich zur Besetzung österreichischer Ostprovinzen, falls Krieg ausbrechen sollte. (E. D.-Z.)

3) **Konstantinopel**, 2. Novbr. In Aleppo wurde ein großr Jahd Christen ermordet, und das Frankenquartier verwüstet. Das türkische Militär soll den Gräueln unthätig zu. (A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Eichenstamm-Nutz- u. Brennholz-Versteigerung im Speessart.

Das unterfertigte Forstamt versteigert
Mittwoch dem 20. d. Mts.
Vormittags 10 Uhr
anfangend im Gasthause zur Rose dahier.

I. Aus dem Revier Lohrerstraß
Abtheilungen Kohlstocke, Lichtenauerweg u. Bomig:
50 Eichen-Commercial- u. starke Nutzholzstämme auf dem Stocke;
in den Abtheilungen Kurzergrund und Mathshütterrain:
50 Eichenabschnitte zu Commerzial-, Bau- und Nutzholz geeignet,
3½ Klftr. Gschubiges Eichen-Pfahlmaßholz,
2 " " " " Mußelholz 1. Klasse
2 " 3 " " " 2. "
75 " Brennholz bestehend in Buchenkurz-, Prügel- und Astholz, Eichenkurz-Scheit 2r und 3r Klasse und Astholz.

II. Aus dem Reviere Lohr
Abtheilungen Wildpretschoner, Hornbrunnteiche Hornbrunn und Nußgrasboden:
44 Eichenborke- und Nutzholzabschnitte,
12¼ Klftr. Gschubiges Eichenmußelholz 1. Klasse
1 " " " " 2. "
31 " Brennholz, bestehend in Eichenkurz-Scheit 2r und 3r Klasse und Astholz.

III. Aus dem Reviere Frammersbach in den Abtheilungen Fürstenweg, Bollerswog und Hartmannsruh:
67 Eichen-, Bau- und Nutzholzabschnitte,
6½ Klftr. Eichenmußstockholz 3r Klasse und
10 " Eichenkurzholz.

Das Eichenstamm- und Mußstockholz, sowie das Buchenprügel- und Buchen- und Eichenkurzholz wird in freier Konkurrenz, das übrige Brennholz hingegen für den Lokalbedarf mit Ausschluß der Handler versteigert.

Die Eichen auf dem Stock kommen zuerst dem Astholze zur Versteigerung.

Sämmtliches Materiale ist numerirt, daßselbe kann daher täglich eingesehen werden und die betreffenden k. Revierforster sind angewiesen, solches den Strichhaltigen auf Verlangen vorzuzeigen zu lassen.

Lohr, den 5. November 1850.

Königliches Forstamt.
Carben.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 535.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 274. Würzburg, Freitag den 15. November. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 14. Nov. Se. Maj. der König haben Sich allergnädigst bewogen gefunden, die Lehrstelle der Philosophie am Lyzeum zu Bamberg dem bisherigen Verweser derselben, Priester Dr. Johann Rasenberger, in provisorischer Eigenschaft zu ertheilen.

Das Resultat der Warschauer Conferenz.

Wie gewöhnlich sind die allerverschiedenartigsten und falschesten Gerüchte auch über das Resultat der Warschauer Conferenz in den Zeitungen ausgeschrieen. Namentlich wird überall der Glauben verbreitet, als wenn der Kaiser von Rußland sich direkt in die innern Angelegenheiten Deutschlands gemischt und uns seinen Willen diktirt habe. Es ist aber gerade das Gegentheil der Fall. — Wir wollen nicht läugnen, daß ein solcher diktatorischer Machtspruch, selbst wenn er zu Gunsten unserer Sache ausgefallen wäre, uns auf hohem patriotischen Rauchfichen mit derselben Trauer und Beschämung erfüllt haben würde, wie unsere Gegner. Ein Volk, welches unfähig ist, seine innern Rechtsverhältnisse selbst zu ordnen, und sich diese Rechtsverhältnisse vom Auslande diktiren lassen muß, ist verloren, und wären wir vom Auslande getroffenen Bestimmungen auch noch so zweckmäßig und weise. Ebenso steht es schlecht mit einem Volke aus, welches nicht mehr die Kraft in sich selbst hat, die bestehenden Gesetze aufrecht zu erhalten, und dessen Regierung gezwungen ist, das Ausland um Hülfe zur Durchführung seiner eigenen Gesetze anzurufen. Es würde uns daher tief betrübt haben, wenn Oesterreich einen solchen Schritt gethan und irgend einer Großmacht zu direkter Einmischung in die Streitigkeiten der deutschen Bundesstaaten unter sich aufgefordert hätte. So gerecht die von Oesterreich erhobenen Ansprüche sind, so würden wir dieses Mittel doch immer für ein Mittel der Verzweiflung erachtet haben, welches uns auf die Länge das Schicksal Polens bereiten müßte. Ohnedem würden durch eine solche Einmischung Rußlands auch die andern Großmächte, Frankreich und England, einen Rechtstitel zu gleicher Einmischung erhalten haben, die ebenso nach entgegengesetzter Richtung hin stattgefunden haben könnte. Wäre dieses aber auch nicht der Fall gewesen, und hätten sich beide Großmächte den Schritten Rußlands angeschlossen, so wäre eine Präjudiz für künftige Fälle gegeben und unsere Rechtsohnmacht wäre als ein fait accompli für die Zukunft constatirt. — Welt entfernt, eine dritte Hilfe Rußlands zu provociren, war es daher die Aufgabe Oesterreichs, in Warschau sich Sicherheit zu verschaffen, daß jeder kriegerische Konflikt mit Preußen von den Großmächten immer nur als ein innerer Bundeskrieg, als ein res domestica betrachtet, und daß jede gewaltige Einmischung des Auslandes fern gehalten und prinzipiell als ungiltig festgestellt werde. Wenn dieses erreicht wurde, so war dadurch nicht nur die Unabhängigkeit des deutschen Bundes bei rein innern Rechtsstreitigkeiten festgestellt, sondern zu gleicher Zeit wurde auch der Gefahr vorgebeugt, daß aus dem deutschen Bruderzwiste ein allgemeiner europäischer Krieg sich entwickeln und daß Deutschland das Schlachtfeld derselben werden könne. — Dieses Resultat ist nun in Warschau wirklich erreicht worden. Der Kaiser von Rußland hat sich dahin entschieden, daß es dem deutschen Bunde überlassen bleiben müsse, auf dem in der Bundesverfassung gesetzlich ausgesprochenen Wege seine innern Differenzen zu schlichten, und er hat dadurch nicht nur selbst jeder direkten Einmischung entsagt, sondern auch den beiden andern Großmächten diese Möglichkeit genommen. Weit entfernt also, unsere Unabhängigkeit anzutasten, hat er vielmehr dieselbe von Neuem besiegelt und sich als der bewährteste Schutz derselben bewiesen. Er faßt nicht nur unsere Unabhängigkeit selber nicht an, sondern er schupt uns auch vor jedem Versuche, der etwa von anderer Seite her gegen dieselbe gemacht werden konnte. — Einer Prüfung aber konnte sich der Kaiser von Rußland nicht entziehen, und diese Prüfung bestand darin, welches Organ er selbst als das rechtmäßige Organ anerkennen hatte. Denn diese Frage berührt nicht allein das innere Verhältniß der deutschen Bundesstaaten zu einander, sondern zu gleicher Zeit auch das diplomatische Verhältniß Rußlands zu Deutschland. Wenn Rußland aber eine andere Großmacht mit dem deutschen Bunde verhandeln will, so muß es sich vorher darüber entscheiden, wer das rechtmäßige Organ des deutschen Bundes sei, damit es wisse, an wen es sich zu wenden habe. Diese Prüfung ist allerdings zu Gunsten der Bundesverfassung ausgefallen und der Kaiser hat die Anerkennung der Bundesversammlung als Organ des deutschen Bundes erneuert. — Wenn nun dennoch die innern Rechtsstreitigkeiten Deutschlands zu einem Kriege mit Preußen, oder mit sonst einem deutschen Bundesstaate führen sollten, so ist ihm derjenige Charakter geschwert, den er auch in der That nach der Bundesverfassung hat, nemlich der Charakter eines Exekutionskrieges von Seiten der höchsten Bundesbehörde gegen einen renitenten Bundesstaat. Alle, die es mit Deutschlands Unabhängigkeit wohlmeinen, gleichviel ob Preuße oder Oesterreicher, müssen ein solches Ergebniß als das glücklichste betrachten, was nur irgend zu erwarten stand. Mögen die Würfel des Krieges alsdann fallen wie sie wollen, unsere Grenzen sind durch den Ausspruch des Kaisers von Rußland gedeckt, und das innere Zerwürfniß wird wenigstens nicht dahinführen, daß zuletzt der Fremde sein Schwert in die Wagschale wirft, oder vielleicht gar die Gelegenheit benutzt, Deutschland wieder um eine Grenzprovinz kleiner zu machen. — Diejenigen Blätter aber, welche eben in Bezug auf die Warschauer Conferenzen Oesterreich anklagen, es habe Deutschland in die Dienstbarkeit Rußlands gestellt, sind entweder ganz falsch berichtet, oder suchen absichtlich das Nationalgefühl des deutschen Volkes durch Lügen aufzuregen. Es ist eine Unwahrheit, wenn in die Welt hineingeschrieen wird, Preußen sei durch gewaltsame Drohungen Rußlands zur Nachgiebigkeit gezwungen, Preußen hat vielmehr in Warschau ebenso gut wie Oesterreich die Versicherung empfangen, daß Rußland sich in einen etwaigen innern Krieg nicht hineinmischen werde, und wenn daher seine andere Furcht oder sein anderes Interesse Preußen von einer fernern Resistenz gegen die Bundesversammlung zurückhält, so kann es ruhig die Waffen ergreifen. Rußland hat freilich die Bundesversammlung anerkannt, aber es hat sich nicht zum Executor der Beschlüsse derselben aufgeworfen. — Möglich, daß der moralische Eindruck einer solchen Rechtsanerkennung auch bei Preußen seine Wirkung nicht verfehlt, aber wer nur einigermaßen unbefangen urtheilt, wird zugeben müssen, daß Rußland wegen seiner eigenen völkerrechtlichen Verhältnisse doch irgend eine Wahl treffen mußte, und daß es nicht zu verwundern ist, daß es bei dieser Wahl sich an die doch nicht aufgehobenen Verträge halten zu müssen glaubte. Wenn man die bloße Anerkennung einer höchsten Regierungsgewalt schon eine Einmischung nennen will, so läßt sich wenigstens nicht ableugnen, daß eine solche Einmischung durch das gegenseitige Verhältniß der Völker zu einander geboten und von jeher sowohl als ein Recht wie als eine Pflicht anerkannt worden ist. Uebrigens hat der Kaiser von Rußland in Warschau noch eine zweite Erklärung abgegeben, die allerdings Oesterreich auf indirekte Weise bei vorkommenden Fällen zu Gute kommen kann, die aber keineswegs zur Parteinahme für Oesterreich, sondern aus denjenigen Rücksichten erfolgt ist, die Rußland zur Deckung seiner eigenen Grenze nehmen muß. Wenn nämlich Oesterreich durch den Kampf in Deutschland sich genöthigt sehen sollte, seine ungarischen und galizischen Provinzen dergestalt von Militärmacht zu entblößen, daß der Ausbruch dort von Neuem sein Haupt erheben könnte, so hat der Kaiser von Rußland die Erklärung abgegeben, er werde die Ruhe dieser Provinzen zu schützen wissen, sei es durch Aufstellung einer russischen Armee an der Grenze zur Verhütung eines Ausbruchs, sei es durch Einrücken im Falle eines wirklichen Ausbruches von Aufruhr. Eben so wenig wird sich ein vernünftiger Deutscher es für eine Einmischung in innere Rechtsstreitigkeiten halten, wenn Rußland einen Aufruhr in Galizien und Ungern nicht dulden will. Wie gesagt, dies sind die Resultate des Warschauer Congresses.

Deutschland.

München, 13. Nov. Z. f. Hoh. die Prinzessin Luitpold befindet sich dem heute erschienenen Bulletin zufolge mit dem neugeborenen Kinde vollkommen wohl. Die feierliche Taufe J. k. Hoh. der neugebornen Prinzessin, welche die Namen Therese Charlotte Marianne Auguste erhalten wird, erfolgt morgen Donnerstag um 11. dieses Nachmittags 2 Uhr in dem Thronsaale des Saalbaues. Se. Exc. der Erzbischof von München-Freising vollzieht die feierliche Taufe, für welche so eben das Programm erschienen ist. Ihre Majestäten Max und Marie sowie Königin Otto und die anwesenden Prinzen und Prinzessinnen des k. Hauses werden der heiligen Taufhandlung beiwohnen. — Fürst Schwarzenberg hat von Sr. Maj. den Hausorden vom heiligen Hubertus erhalten.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Aus Fulda erhalten wir folgenden Tagesbefehl; Das Armeekorps hat durch die großen Anstrengungen, die es seit dem Ausmarsch aus den Garnisonen mit der größten Ausdauer und dem unwetterbarsten Pflichtgefühle überwunden hat, und in Stand gesetzt, am bestimmten und zur bestimmten Stunde der Versammlung die erste Division und den gesammten Train der Schützen und Genieabtheilungen mit der zweiten Division zu vereinigen, die das Rhönsgebirg in Eilmarschen überschritten hatte. Wir konnten die schönen Positionen von Neuhof, Lütschenrothe und Bromzell mit überraschender Schnelligkeit besetzen, und das rauhe Schritt zur Schritt unsere Vortheile festhalten. Der Nachmarsch vom 7. auf den 8. war ein Muster von guter Disziplin und vollkommener Stille. Beim Anbruch des Tages standen unserere Colonnen in der von mir befohlenen Ordnung; die Avantgarde konnte sogleich unter dem Schutze der Batterie Rosenstengel den Thalgrund überschreiten, und mit der dem Feinde fremden Schnelligkeit, mit der dem tapfern Hrn. General v. Heilbronner eigenthümlichen Entschlossenheit sich des Dorfes Bromzell bemachtigen, während die erste und zweite Division durch ihre imposante Stellung auf den Höhen von Lütschenrothe und den Besitz dieses Schlüssels zur Position von Kohlhaus und Fulda sicherte. Der Angriff des k. k. 14. Jägerbataillons mit der ersten Schützenabtheilung des k. k. ersten Infanterie-Regiments Ysenburg wurde mit viel Ordnung und Entschlossenheit ausgeführt. Zudem ich nun sammtlichen HH. Generalen, Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten des vereinigten Armeecorps, insbesondere dem Hrn. General v. Heilbronner, dem k. Hrn. Major v. Pfister, den Hrn. Hauptleuten Weiß vom k. k. 14. Jägerbataillon und Schaffner vom k. k. ersten Infanterie-Regiment und dem Hrn. Oberleutenant Ferdinand Petrowitz vom 14. Jägerbataillon die wohlverdiente Anerkennung aussprache, fahle ich mich sehr glücklich den so eben durch Courier von Frankfurt eingetroffenen, von der hohen Bundesversammlung ausgedrückten Dank den vereinigten Truppen bekannt zu geben, wonach die volle Zufriedenheit der hohen Versammlung mit ihrem ausdauernden, musterhaften Verhalten in Erfüllung ihrer oberaus schwierigen und an Entbehrungen und Strapazen reichen Aufgabe öffentlich ausgesprochen wird. Es bleibt mir nun nur noch übrig, die Namen jener Tapfern bekannt zu geben, welche die Ehre des Tages mit ihrem Blute bezahlten. Vom k. k. 14. Jägerbataillon wurden verwundet: der Gemeine Wosak leicht, die Gemeinen Schulz, Kamenar, Müller, Brobasta schwer; Prestschütze erhielten: der Ob. Oberleutenant Frh. v. Horn vom k. k. 3. Ches.-Reg. Lenningen, Hann die Gemeinen Riel, Mugl und Knie vom k. k. 11. Inf.-Reg. Ysenburg. Jetzt, wo ich den Armeekorps einige Tage Ruhe gönnen kann, sind alle Vorkehrungen zu erneuten Anstrengungen zu treffen, vor allem aber die größte Ordnung und Schonung in den Cantonemaads entreten zu lassen. Gegeben Hauptquartier Fulda, den 11. Novber. 1850."

Fulda, 12. Nov. Verschiedene Bewegungen deuten darauf hin, daß die Bundestruppen nicht lange rasten, sondern weiter vorwärts gehen werden. Zu Hersfeld sperren schon seit mehrer die Preußen den Weg, so daß selben hier, wie man hört, die Streitkräfte zusammenziehen. Wollen sie nochmals einen blutigen Conflict veranlassen; wollen sie wirklich Krieg? Die Bundestruppen weichen von ihrem Wege der Pflicht nicht ab; sie gehen vorwärts, dies ist bestimmt erklärt. Die Preußen haben auch nicht einen Schein der Rechts, ihnen diese Weg gewaltsam zu sperren, denn sie es dennoch wiederholt, so treffen sie alle schweren Folgen der Brennbarkeit. — Wie die „N. Hess. Ztg." dieser Tage von hier meldete, so hatte General v. d. Groben wörtlich folgenden Tagsbefehl erlassen: „Die Ehre Preußens und das Vaterland ist in Gefahr. Derjenige Bruderstumm, den wir im vorigen Jahr auf der Schmach zeutteil, preist uns als Feinde an. Meine Briefe sind gegeben. Führt sie aus! v. Groben." Wir können nicht glauben, daß der General v. d. Groben so gehrochen, das sind keine verbindliche, sondern tief unfreundliche Worte. Niemand denkt daran, der Ehre Preußens zu nahe zu treten. Es wolle nur nicht allein oder vorzugsweise herrschen; es nehme die ihm rechtmäßig gebührende und von Niemand ihm bestrittene Stellung im Bunde ein und führe ihm freudig die Hand reichen; es wird ohne Schwertstreich mächtiger dastehen als je. Das Vaterland ist dann auch nicht mehr in Gefahr: das sich absondernde Preußen stürzt es allein in solche. Kein Bruderstamm aber greift Preußen feindlich an, am wenigsten einer, „den es von tiefer Schmach errettet." Solche Worte sind Lügen und Verläumdungen. Ein preußisches Corps ist im Juni 1849 durch die Rheinpfalz marschirt. Die Landvoll Zujurgenten, welche nicht den mindesten Halt im Volke hatte, zerstaubte ohne Widerstand vor den Preußen wie Spreu im Winde. Sie würden ganz ebenso vor ihnen nur um vier zwei Tagemärsche weiter Kurhessen ein, wie vorgestern Thurn und Taxis zerfläubt sein. Dies erredet nicht den geringsten Zweifel. Wo ist also die „Errettung aus der Schmach?" — Bayern greift Preußen nicht an, wir ganz unrichtig behauptet wird. Von Bayern ist gar keine Rede. Ein Corps Bundestruppen steht, aufgeboten vom Bundesfursten, in Kurhessen ein, um vorgetagmäßige Bundespflicht zu leisten, und Preußen wirft sich ihm entgegen, zu gegen feierliche Protestation des Landesfursten in den Weg. Wer ist da der Angreifer? Hierüber kann doch ebenfalls nicht der mindeste Zweifel sein. (Z. D.-Z.)

Fulda, 13. Nov. Heute erfolgte nur geringe Dislocationsveränderung in den Cantonnements der Bundestruppen. Die Vorhut, unter General v. Heilbronner, ist nach Rückers und Hünfeld aufgebrochen. An letzterm Orte trennt sich bekanntlich die Straße nach Bacha im Weimarschen, wo das preußische Hauptquartier ist, von der nach der kurhessischen Stadt Hersfeld, auf der gleichfalls noch von Preußen besetzten Etappenstraße derselben. Hier in Fulda sind für die ankommenden, worunter auch das österreichische Jägerbataillon, das uns gestern Abend noch durch seine schöne Musik erfreute, andere Truppen eingerückt und zwar von allen Waffen. Es bestehen sich darunter auch 8 k. k. M. unter dem General v. Haller in Schlüchtern gestandenen; in diesen Städtchen sollen, wie es heißt, bayerische Kürassiere einrücken. Das Hauptquartier bleibt vorerst noch hier. Man sieht dies als ein Zeichen an, daß die zwischen den Cabinetten gepflogenen Verhandlungen wohl noch zu keinen für alle Theile ehrenvollen und befriedigenden friedlichen Ausgange führen werden, was alle Patrioten wünschen; denn deutsche Brüder sind es, welche einander gegenüber stehen, und ist der Bruderkrieg im Interesse Aller zu vermeiden: wer würde sich darüber nicht bezüglich freuen? (Z. D.-Z.)

Fulda, 13. Nov. Das k. k. österreichische 14. Jägerbataillon, sowie einige Schwadronen k. bayerischer Ehrenuarliegerei, mehrere Bataillone Infanterie und 1 Batterie Artillerie haben sich heute Morgen um 8 Uhr gegen Hünfeld vorwärts bewegt. Andere Bataillone bayerischer Infanterie von verschiedenen Regimentern sind wieder eingetroffen und haben sich gestern Abend hier gesammelt. — Man erzählt sich, heute sei das Mitglied der aufgelosten Ständeversammlung Dr. theol. Mathäus, Subregens des hiesigen Priesterseminars, ebenfalls mit 30 Mann Cinquartierung belegt worden. Ob dieses in Folge einer gestichtenen Denunciation, oder weil man früher an den geistlichen nicht den Sold gezahlt hatte, geschehen sei, wird nicht gesagt. — Die Steuern werden ganz ordnungsmäßig eingezahlt und die Steuerschichtigen verhöhren sich, daß, nachdem sie ihren Pflichten nachgekommen, man ihnen baldthunlichst die übrigen Lasten abnehmen werde. (Z. D.-Z.)

Fulda, 13. Nov. Heute ist die Vorhut der Bundestruppen auf Hünfeld vorgerückt, um die Straße über Hersfeld nach der preußisch-thüringischen Grenzbahn zu gewinnen. Die vermalig ein Insammenstoß mit den preußischen Truppen erfolgen werde, wird bezweifelt, letztere haben sich zwischen Bacha und Hersfeld concentrirt. Morgen in der Frühe bricht das Hauptquartier von hier auf. Der Erbprinz Weimzerl, welcher der Cinquartierung aus dem Wege gegangen, ist bis heute noch nicht hieher zurückgekehrt.

Hanau, 13. Nov. Bei der hiesigen bayer. Commandantur soll heute früh die Nachricht eingetroffen sein, daß gestern Nachmittag um 4 Uhr die Bundestruppen ihren Einzug in Kassel bewirkt hatten. — Das hier garnisonirende Bataillon des 13. bayer. Regiments erhielt heute Marschbefehl, und zwar um 12 Uhr von hier aus, es marschirt heute schon Abends 10 Uhr ab. Morgen treffen Cavallerie und Artillerie hier ein. Der Erbprinz von Isenburg ist gestern Abend hier eingetroffen, ist aber heute schon wieder abgereist. Die Truppen werden hier ganz gut aufgenommen.

Frankfurt, 14. Nov. Man darf den Wiener Correspondenten der „Times" in der That für gut unterrichtet halten. In der neuesten Nummer des englischen Blattes finden wir einen Bericht aus der österreichischen Hauptstadt vom 6. November, worin derselbe gemeldet wird, daß Graf v. d. Groben bestimmte Befehle erhalten habe, jeden Zusammenstoß in dem Kurstaat zu vermeiden. Hier in Frankfurt hat man erst am 9. v. diesen Befehlen aus Berlin vernommen. Der Wiener Berichterstatter schreibt ferner, es sei gewiß, daß die Hauptstadt von Kurhessen für jetzt eben sowohl

beseitigt ist. 3) Die Erledigung der kurhessischen und der holsteinischen Fragen wird nicht besondern Commissionen überlassen; vielmehr werden diese Punkte auf Grund der Bundesgesetze geschlichtet. Oesterreich hat auf der andern Seite die freien Conferenzen zugestanden, auf welchen Preußen so hartnäckig beharrt. Auch soll, wie man sagt, bei der Reorganisation der deutschen Bundesgewalt auf der Basis der Verträge von 1815 das Präsidium zwischen Oesterreich und Preußen getheilt werden, was indessen noch der Bestätigung bedarf, da Oesterreich bisher unnachgiebig seine Präsidialrechte geltend macht. Endlich, wenn Preußen die Supermatie des Bundestags anerkennt, so wird diese Centralgewalt nichts bewirken können, wenn es eine engere Allianz mit andern deutschen Staaten schließt, zu der es thatsächlich durch die Bestimmungen der Bundesgesetze berechtigt ist."

Kassel, 12. Nov. Auch Rastatt wird von Preußen geräumt, und es werden sich nur noch seine preußische Truppen mehr in Baden sein. — Auf heute Nachmittag 4 Uhr hat der Präsident der zweiten Kammer die Sitzung der Commission zur den Militärvertrag mit Preußen angesagt. Dies ist ohne Zweifel auf Veranlassung der Regierung geschehen, welche wahrscheinlich über den veränderten Stand der Dinge Erklärungen abgeben wird.

(M. Z.)

Karlsruhe, 13. Nov. St. kn. Hoheit der Großherzog hat an die aus Preußen zurückkehrenden Truppenabtheilungen folgende Proklamation erlassen: Soldaten! Mit derselben Innigkeit, mit der Meine Thränen Euch in fernen Gegenden gefolgt ist, heiße Ich Euch nun willkommen in der Heimath. Ihr habt manche Mühseligkeit mit Ausdauer und Festigkeit bestanden und durch Euer pflichtgetreues und ehrenhaftes Betragen dem Vaterland einen großen Dienst geleistet. Ich zolle Euch dafür Meinen und des Vaterlandes innigen Dank. Ihr habt das Vertrauen, das Meine Unterthanen in den badischen Truppen durch Euer Verhalten wieder hergestellt. Die angethanene Schmach über Eure Rückkehr mag Euch ein Beweis sein, welche Hoffnungen das Vaterland auf Euch baut. Euer Beispiel werde nachgeahmt auf Eure Kameraden, so daß ich mit Zuversicht Meinem Armeekorps bei Sich und des Vaterlandes Ehre der Gefahr wieder übergebe. Mit tiefer Trauer erfüllte Mein landesväterliches Herz der Verlust eines bewährten Führers und Veteranen der ruhmwürdigsten Zeit Meines Armeekorps, so wie leider mehrerer Eurer Kameraden, die nach dem unerforschlichen Rathschlusse der Vorsehung in fremder Erde Boden nicht mehr betreten sollten. Soldaten! Verharret ferner auch auf der Bahn der Pflicht und Ehre zum Heile des Vaterlandes, das der Himmel in seinen Schutz nehmen möge. Karlsruhe, den 12. Nov. 1850. Leopold. A. v. Roggenbach.

Frankfurt, 7. Nov. Nachdem der vorgestrige „Beobachter" seinen unwahren Bericht über die von mehreren Gemeindevorstehern des Oberamts Freudenstadt an die Landesversammlung gerichtete Bitte veröffentlicht hat, theile ich Ihnen den wahren Wortlaut dieser Adresse in Nachstehendem mit: „Hohe Landesversammlung! Zweimal schon ist die Hoffnung des Volks, daß sein Recht gewahrt werden, daß seine Rechte und Freiheiten durch eine rasche und friedliche Vereinbarung gesichert werden, so mochte es ja nur dem Schwierigkeiten, welche sich der alten Handelsfirmen widersetzen, und mit neugebauten werden, wie von Fachkreisen noch Ersteren viele gegenüber Widerbetheiligung des deutschen Handels), der neue Aufschwung des gesammten österreichischen Konsularwesens, wie es in Deutschland noch nicht dagewesen ist, bringen aus zur Uebergnügung, daß der Kaiserstaat zur Hegemonie unserer volkswirthschaftlichen Interessen berufen sei. Wir sind überzeugt, daß bereitwillig dabei auch im Ganzen die österreichische Presse in dieser Hinsicht da! Ja, lassen Sie in Ihren Schulen Ihre Knaben und Jünglinge die orientalischen Handelsstraßen nach Heeren und Ritter studieren, damit nicht die Engländer allein Nutzen von unseren Schätzen ziehen. Erfüllen Sie den ganzen österreichischen Osten und Süden mit dem Bewußtsein seiner Weltaufgabe, damit eine Schienen bald die Kaiserstadt mit dem „goldenen Hafen" von Konstantinopel verbinden und wir nun nicht mehr lange der schlechten Post über Suez, weil britische Selbstsucht es so will, den zentral-amerikanischen Verkehrsmittelpunkt gegenüber, zu sprechen haben.

Berlin, 12. Nov. Das Aufgeben der Stellung von Fulda Seitens des Grafen v. d. Groeben hat die Besorgniß erregt, als ob Preußen zurückbrechen oder den Forderungen Oesterreichs. Wenn auch dieser Wechsel der Stellung schon durch militärische Rücksichten geboten wäre, so wollen wir auch nicht unerwähnt lassen, daß die kurhessische Frage unzweifelhaft die schwächste Seite der von Preußen, Oesterreich gegenüber, erhobenen Forderungen ist; denn einmal kann es Preußen selbst nur wünschen, die gesetzliche Autorität im Kurfürstenthum Hessen wieder hergestellt zu sehen, und dann hat Preußen selbst in engerer Wachtvollkommenheit und allein diese gesetzliche Autorität herzustellen. (N. Pr. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 9. Nov. Der Depeschenwechsel nach Berlin, Wien und Frankfurt ist sehr lebhaft. Des Gemälder, durch das Abtreten von Fürst v. Radowitz etwas beruhigt, sind wieder durch die plötzliche Anfnahme seines Systemes Seiten des preußischen Cabinets in erwartungsvolle Aufregung gebracht. Nur freut man sich, daß Preußen jetzt endlich im eigenen Interesse gezwungen wird, seine zahlreichen Officiere und Truppen aus Holstein zurückzuziehen. Dieser Cabinet soll übrigens, während man in dieser Beziehung dem ehrenhaften Beispiele der sächsischen und hannöverschen Regierungen volle Anerkennung schenkt, zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß gegen gewisse andere

Staaten, die den Frieden viel früher ratifizirt haben und dennoch den holsteinischen Krieg ganz öffentlich unterstützen, schriftliche Beschwerde nichts nützen, sondern daß, wo es möglich ist, ernstere Maßregeln zu ergreifen sind. Die nächste Veranlassung ist die neuliche, schon in den Zeitungen publizirte Uebersendung von 100,000 Mt. Pco. von Bremen nach Kiel. Es soll beschlossen sein, sofort einen Kriegsdampfer nach der Weser zu schicken, um eine beruhigende Erklärung des Senats zu erzwingen, und widrigenfalls den Hafen für die zeit zwar kurze Dauer der Schifffahrt zu blokiren. Auch wird man in Frankfurt und bei dem Kurfürsten von Hessen, um dadurch die Passagen zu beschleunigen, über die, wie schon mehreren Leuten, z. B. der Brestauer, geschrieben wird, nach Holstein strömenden hessischen Offiziere und Soldaten sehr ernstliche Klage führen. (L. Z.)

Neueste.

Spener, 12. Nov. Das „Spr. Anzeigeblatt" schreibt von hier: Von den vielen Gerüchten, die gegenwärtig wieder einmal die Runde machen, ist das wohl das gangbarste, das die königl. Regierung, Angesichts der drohenden Zeiteneinsprache, bereits ihren Umzug nach einer der Festungen beschlossen habe; da dieß Gerücht allenthalben Glauben findet, so trägt es auch nicht wenig zur Beunruhigung der hiesigen Einwohnerschaft bei. Wir sind im Stande zu versichern, daß der Sitz der königl. Regierung nicht verlegt wird. Nach einer Erklärung des hohen Präsidiums wird der königl. Regierungspräsident unter allen Umständen treu seiner Pflichtvorenen Pflicht auf seinem Posten zu Speyer ausharren und seine Schuldigkeit thun, wie er auch ein Gleiches von sämmtlichen äußeren Beamten und Dienersten erwartet. Die Zusammenziehung preußischer Truppen bei Kreuznach wird ein Beleten der Pfalz nicht zur Folge haben. Sollte dieß aber wider Erwarten doch geschehen, so wird es als eine feindliche Demonstration angesehen werden und der Schuß nicht lange auf sich warten lassen.

Aus Frankfurt erhalten wir Briefe vom 11. d., welche sämmlich bestätigen, daß sich die Verwirklungen zum Frieden neigen. Einer derselben bestätigt mir, daß Ministerkonferenzen aller deutscher Regierungen stattfinden werden, welche jedoch wohl zu unterscheiden wären von den „freien Conferenzen" nach preußischer Auffassung. Die Bundesversammlung wird fortbestehen und ihre Wirksamkeit keineswegs die auf weiteres einstellen, wie eine sei vorgeffern umlaufende Angabe wissen wolle. Daß man an eine Sistirung der Wirksamkeit der Bundesversammlung nicht denke, beweist wohl die heutige Anerkeitirung des russischen Gesandten Fürsten Gorschakoff, welcher in einer um 2 Uhr dazu anberaumten Sitzung sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Erwähnenswerth dürfte sein, daß Lord Cowley, der englische außerordentliche Botschafter, der Ueberreichung der Creditive beigewohnt haben soll. Man will wissen, daß er sowohl als der französ. Gesandte Graf v. Tallenry dem Empfang ihrer Beglaubigungsschreiben entgegensehen. (A. Z.)

Stuttgart, 11. Nov. Beim Gerichtshofe in Eßlingen ist nun die Klage gegen den pfendofändischen Ausschußvorhandlungen gemacht, und bei dieser Gelegenheit wird das ganze Gebahren dieses Ausschusses zur Sprache gebracht und entschieden werden, ob derselbe das Recht hatte, das Ministerium „verfassungsbrüchig" zu titulieren, wie es in der an Se. Maj. den König gerichteten Adresse heißt.

— Wildbad, 13. Nov. Der Kurfürst hat 11 Premier- und 13 Secondlieutenants den nachgesuchten Abschied zu bewilligen gerugt.

Aus Holstein, 9. Nov. In den nächsten Tagen werden von einer Anzahl bewährter Männer aus allen politischen Parteien Volksversammlungen im ganzen Lande abgehalten, in welchen die Bevölkerung ihre Wünsche frei und offen aussprechen soll, selbst ihr Verhalten bei etwa eintretenden mißlichen Verhältnissen. (D. A. Z.)

Berlin, 12. Nov. Die Ernennung des Hrn. Ministers v. Manteuffel zum Minister des Auswärtigen ist erfolgt und dürfte ehestens veröffentlicht werden.

Paris, 8. Nov. Die Redakteure des Univers, Eugene Veuillot und Louis Veuillot, haben vom Papste, auf zwar Ersterer den Sylvesterorden, Letzterer ein vom Kardinal Antonelli im Auftrage St. Heiligkeit verfaßtes Schreiben erhalten, worin die Redaktion für ihre dem Katholizismus geleisteten Dienste belobt und zum Fortfahren in der bisherigen Weise ermuntert wird.

Paris, 12. Nov. Die Botschaft des Präsidenten der Republik wurde heute der gesetzgebenden Versammlung übergeben. — Bei der heutigen Wahl eines Präsidenten der gesetzgebenden Versammlung wurde von 574 Stimmenden Hrn. Durin durch 383 wieder gewählt. — Gottfried Kinkel ist hier angekommen. Bei einem ihm zu Ehren gegebenen Essen wurden verschiedene revolutionäre Trinksprüche ausgebracht und von diesen Gemokraten ihre Freude über seine gelungene Flucht ausgesprochen. Der Polizeipräfekt soll ihm die Weisung erhalt haben, Paris und Frankreich sofort zu verlassen. Er will sich in Havre nach Amerika einschiffen.

T. D. Wien, 12. Nov. Der königl. preußische wirkliche Geheime-Rath, Hr. Graf v. Dönhof-Friedrichstein, hat annehmbare und entscheidende Vorschläge von Seite der preußischen Regierung überbracht; es werden die Friedensaussichten dadurch in erfreulicher Weise vermehrt. Die ministerielle „Oesterreichische Correspondenz" bestätigt, daß, laut zuverlässiger Mittheilung, Oesterreichs Haltung dem Geiste der Gerechtigkeit und Mäßigung in Berlin begegne.

Rom. Die Allocution über den Streit mit Piemont, welche der Papst in dem Consistorium vom 1. d. gehalten, lautet vollständig: „Ehrwürdige Brüder! In unserer Ansprache an Euch, ehrwürdige Bruder, welche Wir in dem Consistorium vom 20. Mai d. J. hielten, hatten Wir mit Bedauern kurz hingedeutet auf die Thatsachen, welche unlängst gegen die Rechte der Kirche in den Staaten unseres geliebten Sohnes in Christo, des Königs von Sardinien, beschlossen und sanktionirt worden waren, und Euch gleichzeitig wissen lassen, daß Wir beabsichtigen in Eurem Schooße bei gelegener Zeit jene dringende Sache genauer zu erörtern. Inzwischen trugen Wir Uns noch immer mit der Hoffnung, daß der Kirche für ihre Verletzung Genugthuung geschehen wurde, und Wir es Euch dann vermeiden konnten. Da es aber Erwarten ganz anders eingetroffen ist, halten Wir Uns jetzt verpflichtet, kurz zu wiederholen, wie Wir in dieser Angelegenheit von Anfang Uns verhalten haben, und mit Schmerzen zwar, aber ebenso aufrichtem Muth gegen alles zu verwahren, was sowohl in den festlandischen als überseeischen Gebieten jenes Reiches gegen die Rechte der Kirche beschlossen worden und geschehen ist. Es ist Euch bekannt, ehrwürdige Brüder, daß am 27. März 1851 eine feierliche Uebereinkunft zwischen den päpstlichen und königl. Bevollmächtigten geschlossen worden ist, welche von Gregor XVI., Unserem Vorgänger ehrwürdigen Gedachtnisses, und Karl Albert seligen Angedenkens genehmigt und besiegelt wurde; es ist Euch ferner ohne Zweifel bekannt, daß jene Uebereinkunft hauptsächlich darauf ging, den bereiten Gerichtsstand der Geistlichen, wie er in jenen Staaten nach heiligem Canonischen Rechten seit vielen Jahrhunderten ununterbrochen in Uebung, und nach kürzlich abgeschlossenen Verträgen aus Gnade der römischen Päpste in einigen Punkten erweitert worden war, nunmehr in neue und engere Grenzen eingeschränkt werden sollte. Die Nachgiebigkeit Unseres Vorgängers in dieser Sache erregte damals in den subalpinischen Provinzen großes Verwundern, als habe man zu viel zugestanden, auch enthielt sich die Regierung des Königs mehrere Jahre lang die Gesetze jener Uebereinkunft auf der Insel Sardinien einzuführen. Aber schon im Jahre 1848 verlangte dieselbe Regierung eine neue Uebereinkunft, und am 14. Sept. besselben Jahres ernannte sie zu diesem Behufe bevollmächtigten Legaten den Wortlaut eines Entwurfs, der in wenig Artikel gefaßt und von einer Einleitung sehr gewichtigen Inhalts begleitet war. Unser Legat entschied sich hierauf sehr bald, daß die Forderung in dieser Ausdehnung, und mit den Erläuterungen wie sie vorgebracht worden, in ferner Weise angenommen, in nicht einmal früher unterhandelt werden könnte, um sich über gegenseitige Zugeständnisse zu vergleichen, weil die Regierung nicht das Mindeste vorschlug, wozu sie sich etwa gegen die Kirche verpflichten wollte. Unser Legat schlug daher neue Bestimmungen vor, die ihm geeignet schienen die Wünsche der Regierung zu befriedigen, um über den Vorschlag nöthigenfalls erklären zu können. Wir wissen aber nicht, ob jemals solche Anträge nach Rom gelangt sind. Man durfte also erwarten, daß die kgl. Regierung die Unterhandlung auf andere Zeiten vorbehalten habe, und zwar wegen der bekannten Drangsale unter denen soll ganz Italien litt, und die mit jenen Unsrer weltlichen Herrschaft zu verlassen. Als Wir kurz nachher bei ruhigeren Zuständen in der Nähe von Neapel die Gelegenheit erwarteten, um nach Rom zurückzukehren, wurde dortsin ein neuer außerordentlicher Bevollmächtigter (bekanntlich war dieß Graf Siccardi) geschickt, der neben anderen auch den Auftrag hatte, einen unterschriebenen Verhandlungen den Vertrag wieder anzuknüpfen, nach Beendigung der anderen Geschäfte jedoch erklärte, daß er von seiner Regierung abberufen sei, und auch wirklich abreiste ehe noch in der Sache etwas geschehen war. (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Courz.

Den 14. November 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1042	1047
„ 5% Metalliques	74⅝	72¼
„ 4½% „	58⅜	„
„ 4% „	41⅜	„
„ 2½% „	37	„
„ 4½% Bethmann	98½	„
„ 4% „	93	„
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	80¾	81¼
„ „ „ 1834.	143½	144½
Preußen 3½% St. Schuld-Scheine.	87½	88½
„ Tlr. 50 Prämien-Scheine.	116	„
Bayern 3½% Obligationen	80	„
„ 4% „	86	„
„ 5% „	97½	97⅝
Würtemberg 3½% „	78	78½
„ 4% „	93¼	93⅝
Baden „ 3½% „	77½	77⅝
„ fl. 35 Loose	30	30¼
„ „ 50 „	56½	56⅝
Nassau fl. 25 „	23	23¼
Herzog Darmst. fl. 50 Loose	74½	75
„ „ „ 25 „	23	23½
Polen fl. 300 „	„	„
Sardinien Loos 36 „	„	„

Gold- und Silber-Sorten.

	fl.	kr.
Neue Louisd'or	11	5
Friedrichsd'or	9	42
Dukaten	5	36
20 Franc-Stucke	9	27
Holländische 10 fl. Stucke	9	47½
Preußische Thaler	1	45
5 Franc Thaler	2	21

Druck von Joseph Stoib in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreiberhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 275. Würzburg, Samstag den 10. November. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 15. Nov. Se. Maj. der König haben vermöge allerhöchster Entschließung vom 9. Nov. l. J. allergnädigst geruht: Jeder Kreisregierung für den beiden Kammern gemeinschaftlichen Kanzlei drei Kanzlisten, welchen die Uniform der Regierungs-Sekretäre 1. Klasse, jedoch mit einfachen Litzen ohne Verzierung, am Kragen, zukommt, beizugeben und in Folge dessen zu Kanzlisten zu ernennen, und zwar bei der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg: die Zunftjuraten Johann Heinrich Dasch von Mainbernheim Philipp Joseph Sauer und Jonas Pfeiem von Würzburg.

Würzburg, 16. Nov. Dem Schuldienstverweser Johann Georg Wolfmeier von Oppenlauer Elias Wohlmacher wurde der Schul- und Kirchendienst daselbst in standiger Eigenschaft übertragen.

Die Parteien in Preußen.

Während der Pause gespannter Erwartung, welche jetzt eingetreten ist, dürfte es nicht ohne Interesse sein, einen Blick auf die Parteien zu werfen, welche sich in Preußen gebildet haben, und auf die Stellung, welche sie dem Kriege gegenüber einnehmen. Ein oberflächlicher Beobachter könnte der Meinung sein, daß, da sie alle gleich gewaltig laut für die „Ehre Preußens“ und für den Krieg eifern, ein augenblickliches Einverständniß unter ihnen herrschen geworden. Aber ist es nichts weniger als dieses der Fall. Die demokratische Partei, unzweifelhaft der Kopfzahl nach die größte in Preußen, wünscht den Krieg zu ihrem eigenen Interesse. Sie ist von Haß erfüllt gegen ihr Königshaus, wie gegen alle Dynastien, und hat nicht einmal Liebe zu der Idee des preußischen Staats. Nur eine Minorität derselben mag ein specifisch deutsches Gefühl besitzen; ihre große Mehrheit betrachtet diesen Krieg, wie jeden andern, der in Europa von Konstantinopel bis Kopenhagen, von Cadix bis St. Petersburg ausbrechen könnte, als ein willkommenes Mittel zum Beginn einer allgemeinen Revolution. Sie steht den Krieg entstehen mit derselben bewußten Freude, mit welcher Mazzini, Louis Blanc, Ledru Rollin zur Genossen denselben begrüßen werden. Sei das Resultat des Kampfes, welches es wolle, sie weiß, daß es ihre eigene Lage nicht verschlimmern kann. Sie ist entschlossen, den ersten besten Moment zu benutzen, um die Ruhe kommt, sie anzureifen, zu ihren Werkzeuge zu machen, um zu einer späteren Zeit ihren feinen Leib hinweg zur Macht zu schreiten. Die Einigkeit der großen Mächte bildete bisher das große Gewicht, welches die Demokratie in Deutschland zu Boden drückte. Die demokratische Partei weiß, daß deren Uneinigkeit sie von diesem Drucke befreien wird. — Die Partei der Kreuzzeitung, die ultra-conservative und par excellence preußische, welche der demokratischen schroff gegenübersteht, fährt auch eine kriegerische Sprache, ohne jedoch die Gefahren eines Krieges für sich selbst zu verkennen. Sie weiß, daß ihre muthsam besetzte Macht bei der ersten verlorenen Schlacht rettungslos zusammenbrechen müßte. Sie weiß auch, daß ihr eine gewonnene Schlacht keinen Vortheil bringen könnte. Wenn sie doch jetzt eine martialische Attitude annimmt, so geschieht es theilweise aus dem Impuls, welcher alle Leute, die ihr Vaterland lieben, dazu treibt, dem fremden Gegner gegenüber Front zu machen, dabei derselbe Unrecht oder auch Recht, theilweise auf einer allgemeinen Abneigung gegen Oesterreich und Bayern, theilweise, weil sie jetzt gar kein anderer Ausweg übrig bleibt, als mit den Wölfen zu heulen. Dennoch sind wir überzeugt, daß die klügsten, patriotischsten und einflußreichsten Männer dieser Partei, die zu ermessen verstehen, welchen Gefahren ihre Dynastie und sie selbst durch einen deutschen Krieg entgegengehen, diesem sein werden, welche noch in dem letzten Momente zu einem Frieden mit Ehren rathen werden. — Die Gothaer Partei, welche in einer sehr zerflossenen Stellung noch in Preußen vorhanden ist, und gerne ihren stark in Verruf gekommenen Namen mit dem der constitutionellen Partei vertauschen möchte, scheint am allerlistigsten nach einen deutschen Krieg — nach einem Kriege um jeden Preis. Die guten, blödsinnigen und politisch ganz unzurechnungsfähigen Leute, welche diese Partei bilden, sind in der That der Meinung, daß der Krieg sie rehabilitiren und ihre Chefs Gagern, Dahlmann, Bassermann u. s. w. wiederum zur Macht emporheben könne. Sie haben keine Ahnung davon, daß sie höchstens zu einem Tritte tauglich sind, auf dem ihre erbittersten Feinde, die Demokraten, zur Macht emporsteigen können. Es ist charakteristisch von diesen Leuten, welche sich vorzugsweise deutsch nennen, daß sie die Ersten und die Eifrigsten gewesen, einen Krieg zwischen deutschen Stämmen als eine nothwendige deutsche Aufgabe zu predigen. Sie haben jetzt kein sehnlicheren Wunsch, als recht bald von einem Zusammenstoße zwischen Bayern u. Preußen in Kurhessen, zu hören. Wie alle ohnmächtigen und impotenten Parteien sind sie gewaltig fuhn mit dem Munde. Wenn der Tag der Gefahr kommt, werden sie sich jedoch unzweifelhaft zeigen — wie sie sich in Frankfurt gezeigt haben — unweise, unmächtig und unzuverlässig. — Ohne Zweifel fühlen die Männer, welche an der Spitze der preuß. Regierung stehen, die ganze Gefahr ihrer Lage, falls sie in einen ausbrechenden Krieg sich auf die Demokraten ihres Landes oder auf die Gothaer, deren unfreiwillige Werkzeuge — das sind sie ja auch im Jahre 1848 gewesen — stützen müßten. Die Wunden, welche dem Könige die Revolution in den Märztagen schlug, werden nie vernarben. Der Prinz von Preußen, welcher wie ein Mann, der außer dem Gefege steht, verkleidet, auf Feldwegen, aus seinen Residenzen fliehen mußte, wird nie einen Vertrag mit den Demokraten freiwillig schließen wollen. Die Mitglieder der Dynastie fühlen überhaupt instinktmäßig die starre Consequenz in dem demokratischen Prinzipe heraus, welches sich den Thron zugewinnen, wie anders als feindlich handgegeben kann. Man ist in Berlin wohl entschlossen, den Krieg zu beginnen, ohne Concessionen an die Revolution selbst, oder an ihr Mittelglied, die Gothaer, zu machen. Ob er sich enden kann, ohne solche Zugeständnisse, diese Betrachtung erfullt gewiß die preußischen Staatsmänner, und nicht ohne Grund, mit schweren Sorgen.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Fulda, 10. Nov. Gestern zog das Hauptquartier mit der Avantgarde um 2 Uhr hier ein; General Fürst Taxis wurde, sowie die Truppen sehr gut empfangen. Die einrückenden Truppen stellten sich auf dem Domplage auf, Fürst Taxis ließ die Offiziere vortreten und dankte denselben für den an den Tag gelegten Eifer mit herzlichen und doch soldatischen Worten. Dann trat er zu dem 1. Jäger-Bat. und ließ sich einen Mann vorstellen, den auch er über die Verwundung seines Kameraden trösten wollte. Zur Erläuterung des Vorfalles folgendes: Die bei Bronzell verwundeten Jäger wurden in unser Hauptquartier nach Vosbeurod gebracht und dort bestens gepflegt. Es drängte mich, diesen armen braven Leuten auch meinen schwachen Trost zu geben, ich trat vor das Lager und sprach ihnen Muth zu, sie benutzten es wiewenger als ein öfter. Jäger, der neben einem der Verwundeten in voller Rüstung stand und bitterlich weinte. Ich schloß aus dieser erschütternden Mitleidsbezeugung, daß der einem „Mitvorstandsaß“ Geopferte sein Bruder sein müßte, und sprach ihn herzlicher. „Mein unbrovierte er mir, unter heftigem Schluchzen, er ist blos ein Kamerad; haben wir gemacht die zwei Feldzüge in Ungarn immer nebeneinander, wie paßirt — und jetzt muß ihn schießen ein so Maleß — Frik! (Prenße).“ Die Offiziere der Kompagnie, alle, als sie den betrübten trostlosen Kameraden vorzuflehen, die Wunde sei nicht todtlich — umsonst — er glaubte, der Freund müsse sterben, und er würde ihm dann in's Grab folgen. Dieser war es nun, den der Fürst Taxis selbst beruhigen wollte, indem er ihm vorsprach, der Verwundete solle im Spitale zu Fulda gut unbergebracht werden und er könne ihn dann täglich besuchen. Dieser Zuspruch von seinem eigenen General schien ihn zufrieden zu stellen! Daß ein solcher Zug die Liebe und das Vertrauen einer Truppe für ihren neuen General, der ihr in Gesinnungen und Tüchtigkeit nur dem Rufe nach bekannt ist, schnell gewinnt, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. (A. M. Z.)

Fulda, 14. Nov. Es sind Gegenbefehle gekommen, aus das Hauptquartier bleibt noch einige Tage hier. Der Grund der Zögerung liegt darin, daß man von Stunde zu Stunde die völlige Räumung Kurhessens von den preuß. Truppen erwatet. Es soll dies in Folge einer in Wien zu Stande gekommenen Uebereinkunft geschehen. Die in Schlüchtern gelegenen Avantvost ist seit gestern in der Stadt, nachdem die Avantgarde die Hünfeld vorgeschoben war. Ein Theil der Reiterei ist links in die Dörfer auf den Straßen nach Vaulerbach und Alsfeld gelegt worden. Das Corps des F.-M.-L. Legedisch kam gestern in Bischofsheim an der Rhön, 6 Stunden von hier, an. Der hiesige Bürgerverein ist von Polizeidirektor bis auf Weiteres geschlossen und die Ausgabe der Hornisse und Neuen hessischen Zeitung verboten worden. v. Marschall, Oberzeichtsprästident, ist, um der starken Einquartierung zu entgehen, um seine Entlassung eingekommen. Ein Gleiches that der Obergerichtsrath Meyer. Es verlautet bemerkt zu werden, daß Graf Rechberg

Bundescivilkommissär, immer zu Pferde mit vorauf ist, so auch bei dem Zusammenstoß bei Bromzell, obgleich sein Körper gerade nicht für Kriegestrapazen geschaffen zu sein scheint. Er befindet sich stets an der Seite des Fürsten von Thurn und Taxis. (K. Z.)

Deutschland.

Vom obern Neckar, 10. Nov. Die Auflösung der Nevidirenten, in Verbindung mit der Auflösung des Gesetzes vom 1. Juli 1849, hat allerwärts auch in unserer Gegend unter allen Gutgesinnten den besten Eindruck hervorgerufen, und die Regierung hat sich durch diese Maßregel, zu welcher es doch endlich kommen mußte, den aufrichtigsten Dank alles wahren Vaterlandsfreunde erworben. Man ist nachgerade des Treibens von Versammlungen, die das Revolutionsprinzip im Lande permanent zu machen suchten, und dieses zu seinen geordneten Zuständen kommen ließen, herzlich satt geworden. Die demokratische Partei ist durch das thatkräftige Auftreten der Regierung verblaßt, und setzt jetzt ihre Haupthoffnung auf einen Krieg, welcher, wie sie meint, Deutschland in neue Verwirrung stürzen und aus dem allgemeinen Unglücke ihren Revolutionsgelüste einen neuen Aufschwung anfachen lassen werde. Wir vertrauen inzwischen zu Gott, der Deutschlands Geschicke lenkt, daß diese ihre Erwartung nicht wird erfüllt werden. Möge jedenfalls unsere Regierung auf dem von ihr betretenen Wege fest und unbeirrt weiter gehen und mit konsequenter Energie diejenigen Maßnahmen ergreifen, welche uns von der jetzigen Unstätigkeit unserer Verhältnisse erlösen und dem Geist des Ungehorsams und der Entsittlichung in Vereinen und in der Presse steuern! Das Volk hat das Vertrauen zu seinem königlichen Führer, der in langer Regierung die übergroßen Proben seiner Weisheit und landesväterlichen Gesinnung gegeben, daß es mit der Hilfe Gottes seiner Weisheit und seinen Heldenarm gelungen werde, das Staatsschiff Württembergs auch jetzt durch die hochgehende Brandung glücklich und unversehrt hindurchzuführen.

Stuttgart, 14. Nov. Die heutige Württ. Z. bringt das Protokoll der 12. Sitzung, welche der neugewählte Ausschuß der ausgelosten Landesversammlung in Gegenwart sämmtlicher Mitglieder (mit Ausnahme von Mack, welcher sich in Urlaub [Wer hat ihn ertheilt?] befinden soll,) am 11. Nov. hielt, und deren Beschlüsse dahin lauten: 1) der unterm 6. Nov. 1850 von der Landesversammlung „verfassungswidrig" erklärte Ausschuß erachtet es für seine „heilige" Pflicht, ohne Rücksicht auf die an der Verfassung und gegen den Bund des Ausschusses verübte Gewalt, seinem „gesetzlichen" Beruf nach Kräften obzuliegen; insbesondere 2) die Rechte des Landes „den Vorschriften der Verfassung gemäß, zu wahren, 3) bis zur Beendigung der Staatsgerichtsverhandlungen alle mit allen ihm zu Gebot stehenden „gesetzlichen" Mitteln den Bestimmungen der Verfassung und vertragsmäßigen Rechten der Staatsgläubiger gemäß, sowie im Interesse des Staatskredits fortzuführen! 4) gegenwärtiges Protokoll der Oeffentlichkeit zu übergeben. Unterzeichnet: Schober, Rödinger, Stockmayer, Stängle, Mayer, Rudolph A. Seeger, Freyeisen, Tafel, Zeyer, Schweickhardt, Pfähler." Diese Erklärung einer gegen den Befehl der Regierung und gegen die Bestimmung des §. 89 unserer Verfassungsurkunde sich als „Ausschuß" gerirenden Versammlung von Privaten ist ein offener Aufruf zum Ungehorsam und zur Unbotmäßigkeit gegen die bestehende rechtliche Regierung. Der Pseudoausschuß hat sich des Hochverrathes schuldig gemacht, und diejenigen, welche seine Befehle und Verordnungen annahmen, sind in gleicher Verdammniß. Der §. 89 der Verfassung hat den Nothstand des Staates vorgesehen; dieser ist wie durch den drohenden äußeren Krieg, so durch innere Zerwürfniß veranlaßt worden, und über die Zweckmäßigkeit seiner Anwendung kann bei Allen, welche für Ordnung und Recht noch Sinn haben, kein Zweifel sein. Die Maßregel der Regierung war eine verfassungsmäßige, und Privaten (die Mitglieder des Pseudo-Ausschusses sind aber nichts anderes) steht bloß das in dem §. 36 ff. der Verfassung bestimmte Beschwerderecht der Staatsbürger, aber keineswegs ein Befehl und Aufruf zur Widersetzlichkeit zu. Die Lauf dem Boden der Verfassung stehende Regierung hat nicht bloß das Recht, den verfassungsmäßigen Gehorsam der Staatsdiener und Staatsdiener zu fordern, sondern auch die heilige Pflicht, mit der ganzen Schärfe des Gesetzes gegen diejenigen einzuschreiten, welche durch Anwendung offenbarer Staatsstreiche zu verrufachen wollen, und den verderblichen Hochverrath predigen. Die Regierung wird ihre Pflicht nicht verabsäumen, solche Angriffe gegen ihr gutes Recht in die Schranken zu weisen, und das Vertrauen aller rechtlichen Burger zu rechtfertigen, welche in dem Regimente des §. 89 vor der Hand die einzige Wahrung der Verfassung, des Rechtes und der Ordnung im Lande erkennen. (W. St.)

Dresden, 10. Nov. Ueber die Stellung und Verwendung unserer Truppen kann ich Ihnen folgende Mittheilungen machen, die Ihnen um so erwünschter sein werden, da von dergleichen in einem Theile der sächsischen Militairs und Vorsicht, in dem andern aus Ignoranz nicht die Rede ist. Ich selbst würde Anstand nehmen, Ihnen darüber zu schreiben, wenn sich überhaupt solche Dinge ganz verheimlichen ließen, was sich in diesem Fall um so weniger wird thun lassen, als ich Gelegenheit hatte, schon seit einigen Tagen preußische Beobachter zu sprechen. Unsere brave Armee, unter der Führung des jetzigen Kriegsministers Rabenhorst, eines allgemein beliebten und tüchtigen Militairs, wird die Vorhut gegen Preußen ausmachen und sich zu diesem Zwecke nach zwei Seiten, bis Oschatz und Grossenhayn, der preußischen Grenze gegenüber ausbreiten. Leipzig wird von Besatzung ganz entblößt sein, da es sich nicht halten lassen würde. Ob die Regierung wenigstens für einen moralischen Halt dieser Stadt sorgen wird, indem sie den jetzigen, ohnehin in Unterschung befangenen Bürgermeister, dessen unpatriotische Gesinnungen wohl erwarten lassen, daß er die Schlüssel der Stadt die Schaaren des Prinzen entgegengehen heißt, sofort absetzen und durch einen guten und patriotischen Mann ersetzen wird, ist eine Frage, die wohl in den nächsten Tagen bejahend beantwortet werden wird. Es gibt Gottlob noch Männer genug in Leipzig, die nach dem Musterbilde jenes Mannes handeln würden, der Hardenberg's Versuch, ihn mit 100,000 Mann in den Jura-Gebirgen zu vertheidigen, nicht bei der kurzen Theilung Sachsens für die sächsische Grenzlinie diesseits Freyberg zu fliehen sollte, ohne Prunken mit seinem Patriotismus abwies. — Bei dem ersten Zusammenstoßen, welches auf irgend einem Punkte zwischen preußischen und Bundestruppen folgen werde, wird Sachsen bis Dresden hinter die Elbe und einer starken öfter. Armee, die hart an der böhmischen Grenze steht, befreit werden, so daß man die Gesammtzahl der dann zum Schutze Sachsens verringten Truppen wohl auf 50,000 Mann schätzen kann. Unsere Königliche Familie ist von Trauer über die neue Wendung der Dinge tief erfüllt, ein Zug, der um so rührender von einer starken Seite Beleidigungen, die selbst das Königl. Haus von Preußen erfahren mußte, wohl das versöhnlichste und mildeste Herz sich hatte verbittern müssen.

Leipzig, 10. Nov. Die „Neue Preußische Zeitung" bietet in ihrer neuen Richtung Alles auf, um die Stadt Dresden und das ganze Königreich auf Baiern zu lenken; so erstindet sie in beispiellos gehässiger Weise, daß diese deutsche Macht alles Ernstes damit umgehe, das Großherzogthum Baden zu theilen, und daß auch Hessen und Würtemberg Stücke davon zugewonnen werden sollen. Und am folgenden Tage will sie Baiern und seine Verbündeten als russische Vasallen darstellen, die von der russischen Gesandtschaft zu Berlin Befehle empfangen, indem sie sagt: „Wie wir hören, ist russischer Seits eine Depesche an den Fürsten Thurn und Taxis von hier (Berlin) abgegangen, in welcher dieser bayerische Oberbefehlshaber auf die Gefahr aufmerksam gemacht wird, welche für seine Regierung aus einem eigenmächtigen Vorgehen auf hessischem Gebiet erwachsen dürfte." Und in dem nämlichen Blatte, in welchem diese Erfindung steht, in dem vom 8. November, hält diese Zeitung einen Sermon über die Verbindlichkeit der Gebote Gottes und über sein Gericht!

Berlin, 11. Nov. Zuverlässigen Nachrichten zufolge hatte das Ministerium ben von Wien aus gestellten Anträgen durchgehends nachgegeben und daher insbesondere die Einstellung alles und jedes Widerstandes gegen die Maßregeln des Bundes in Hessen und Holstein zugesagt und auf die Sistirheit der Clappenstrafen vorbehalten. Auch das formelle Aufgeben der Unionsverfassung steht in naher Aussicht. (D. Z.)

Berlin, 13. Nov. Die Presse ergeht sich in den wunderlichsten Versionen über die Reden, welche am vergangenen Sonntag der öfter. Gesandte, Ritter Prokesch von Osten, bei Sr. Majestät dem Könige in Sanssouci gehabt. Der Gesandte hatte die Audienz nachgesucht; sie wurde ihm bewilligt und, sind wir fest gut unterrichtet, hatte sie keinen andern Zweck, als daß die Affaire bei Bronzell hier in ihrer Bedeutung ganz auf das zurückgeführt wurde, was sie wirklich nur ist. (N. Pr. Z.)

Belgien.

Brüssel, 12. Nov. Für die wiederjährigen Kinder des Königs Leopold ist auch den hiesigen Gesetzen ein Untervormund (subrogé-tuteur) in der Person des Herzogs v. Nemours ernannt worden. Der Familienrath, welcher den Untervormund zu ernennen hatte, bestand von mütterlicher Seite aus dem Herzog von Nemours, dem Herzog von Aumale und dem Prinzen von Joinville, vertreten durch den Grafen de Gigny, General Jacqueminot und General Evain; von väterlicher Seite: Prinz Albert, vertreten durch Hrn. J. van Praet, Hrn. v. Gerlache, erster Präsident des Cassationshofes, und Hrn. Leclercq, Staatsprocurator. Der König hatte für seine Person dazu abgeordnet Hrn. Conneau, Intendanten der Civilliste. Der Untervormund wurde ermächtigt, die Erbschaft der Königin unter Vorbehalt der Rechtswohlthat des Inventars, Namens seines Mündel anzutreten. — Heute wurden die Kammern eröffnet. Der König wohnte nicht bei.

Neuestes.

München, 14. Nov. Se. Maj. der König hat durch allerhöchstes Handschreiben vom 11. d. den auf Nachsichten unterm 10. Aug. l. J. aus der Armee entlassenen Oberstlieutenant Frhrn. Ludwig v. d. Tann wieder in seine Stellung als Oberstlieutenant und früheren Anciennetät anzustellen und denselben zum 1. Flügeladjutanten zu ernennen geruht. (A. Z.)

⊙ Speyer, 14. Nov. Ueber das Anrücken von preußischen Truppen gegen Kirchheimbolanden konnen wir folgendes Nähere mittheilen: Vier preußische Offiziere machten einen Spaziergritt nach genannten Orte, und als sie in Erfahrung gebracht hatten, daß in diesem Städtchen bayerischer Militär liege, begaben sie sich sogleich wieder auf den Rückweg. — Gerüchtehalber ist in Belagerungszustand erklärt.

Frankfurt, 15. Nov. Aus dem Hauptquartier, welches vor der Stadt bei der Mainzer Warte liegt, sind heute in aller Früh von preußischen Artilleristen die Munitionsvorräthe genommen und in das Nassauische abgeführt worden. (K. Z.)

Heidelberg, 11. Nov. Die preußischen Truppen sind jetzt in und um Heidelberg zusammengezogen und Generallieutenant v. Schreckenstein tritt morgen mit seinem gesammten Corps den Abmarsch an. Wahrscheinlich wird man die Eisenbahn wählen, denn sicherem Vernehmen nach hat das

Corps die Versammlung, in Civilkleidern nach Westphalen zu gehen, um den dort von Truppen entblößten Gegenden zur Besatzung zu dienen.

(D. Z.)

Karlsruhe, 12. Nov. Die Haltung der „Karlsr. Ztg." erregt hier Aufsehen und Erstaunung; zu einer Zeit, wo die Regierung ihre entschiedene Annahrung an die in Frankfurt vertretenen Verbündeten in offiziellen Akten zu erkennen gibt, ist das Regierungsorgan in den Händen eines preußischen Juden, der seine Gesegenheit vorübergehen läßt, wo er nicht seinem verbissenen Aerger auf die Partei des Bundesrechts Luft machte.

Karlsruhe, 13. Nov. Wenn die jetzt kein Systemwechsel der badischen Regierung stattfand, der neue Staatsminister denselben (hinsichtlich der preußischen Union) vielmehr von der Initiative der preuß. Regierung abhängig machte, so drängt doch die Natur, oder vielmehr die Unnatur der Verhältnisse, in welche das Ländel-Marschall'sche Regiment" unter Land zu den Nachbarländern gewohnt, als zu sich selbst versetzt hat, zu einer Entscheidung, und wie nicht zu zweifeln, zu einem totalen Systemwechsel hin. — Zu nachster Zeit müssen im Schooße des Staatsministeriums Fragen von tiefeingreifender Bedeutung zur Erörterung kommen, welche vom einem Lande zum andern, Vermittelt in Zwischenräumen wiederkehren sehen und deswillen keine Rede mehr sein kann, weil es sich um Feststellung von Regierungsprinzipien handeln muß. Von diesen Fragen dürften einige sehr brennend werden. Wir beschränken uns dar rauf eine derselben näher zu bezeichnen. — Baden zählt über 900,000 Katholiken und 400,000 Einwohner von gemischter Konfession. Die katholische Kirche aber ist in Baden mehr als soll in irgend einem andern deutschen Lande der unwürdigsten bureaukratischen Bevormundung unterworfen; in Baden haben, wie sich durch Zahlen nachweisen läßt, namentlich in früheren Jahren die Katholiken im Staatsdienste die unglaublichsten Zurücksetzungen erfahren; — hier zu Lande wurde gegen ihre Confession mit seinem Lande bureaukratischen Zelotismus vorgefahren, welches an dem Zerfall unseres Staates so große Schuld trägt. Die Katholiken Badens wissen dies, und wir werden bald erfahren, wie groß ihr Ingrimm ist um die Errungung einer würdigeren Stellung ihrer Kirche und ihrer selbst. — Der Chef des Ministeriums des Innern, v. Marschall, hat es bereits von der Kanzel gewiesen, der katholischen Kirche diejenigen Zugeständnisse, wenn vorerst auch nur grundsätzlich, zu machen, die in Preußen, Oesterreich und den meisten deutschen Staaten derselben schon lange gemacht sind und von seiner Macht der Erde länger verweigert werden können. — Der Hr. v. Marschall hat vor einem Vierteljahre das einzige Organ der Katholiken, und daß einzige in Baden sehr verbreitete conservative Organ, das „Deutsche Volksblatt" mit dem Verbote belegt, es verweigert jetzt noch, selbst dem ausdrücklichen Wunsche höchster Personen gegenüber, der Zurücknahme des Verbotes, — lediglich, weil das Volksblatt der katholischen Richtung angehört, und weil es unter den Katholiken eine große Verbreitung besitzt.

(K. Z.)

Stuttgart, 14. Nov. Außer der gerichtlichen Untersuchung, welche die Regierung gegen den Ausschuß der außerlobten Landesversammlung durch den Staatsanwalt beim Gerichtshof zu Eßlingen einleiten ließ, ist nun heute den Mitgliedern des Ausschusses von der k. Stadtdirektion eröffnet worden, daß, da sie sich fortwährend als Ausschuß gerieren und gestern sogar ein Protokoll über ihre Wirksamkeit veröffentlichten, auf Grund des Polizeistrafgesetzbuches wegen angemaßter Amtsgewalt gegen sie werde einschreiten werden.

Wien, 12. Nov. Der frühere preußische Bundestagsgesandte, Graf v. Dönhoff, ist von Berlin hier angekommen, und hat wichtige Eröffnungen Seitens seiner Regierung überbracht; nach denselben versichert Preußen förmlich auf die Union, und jeden ferneren Widerstand gegen die Pacification Kurhessens und die Pacification Holsteins durch Bundestruppen. Um sich aber einen Entwurf zu einer künftigen Gesammtverfassung Deutschlands zu einigen, sollen in Dresden sogenannte „freie Conferenzen" stattfinden. Während der Dauer derselben bestände die Bundesversammlung rechtlich fort, enthielte sich aber thatsächlichen Eingreifens, in die Angelegenheiten solcher Staaten, welche den Bundestag noch nicht beschickt haben. Der in den Conferenzen berathene und angenommene Verfassungsentwurf würde der Bundesversammlung zur endgiltigen Entscheidung vorgelegt werden. In Betreff des Verfassungsentwurfes hören wir, daß ein Directorium, aus den größern Staaten bestehend, behufs der Bildung einer starken Executivgewalt geschaffen werden soll, derselben aber, wie es scheint, von preußischer Seite keine Vertretung im ständischen Kammern der Einzelstaaten beigegeben werden will; ohne Zweifel um sich das Majorationsrecht der Volksvertretung in einem später wieder einzuberufenden Parlament für günstigere Zeiten vorzubehalten. Oesterreichs Gedanke scheint, wie schon öfter angegeben, die Vertretung der Interessen jedes einzelnen Staates, oder jedes nach Stämmen geordneten Staatenvereins durch Ausschüsse, welche gleichsam als Sachverständige in der Regel einzeln ihr Votum abgeben, nicht aber in ungeordneter, massenhafter Versammlung nach Kopfzahl, Entscheidung zu fassen hätten. Aehnlich wurde es dekanntlich Jahrhunderte lang auf den deutschen Reichstagen gehalten.

(K. Z.)

Lecce, 5. Nov. Truppenweise langen hier vom Spitzgen täglich die zur Neapel geworbenen Schweizer an, und werden sogleich mit Pferd und Kind hieher gegegenen Transportirschiffen übernommen, verpflegt, dann auf Stellwägen die Monza, und von dort mit Umgehung Mailand's nach Novi befordert. Und wo da gehen sie nach Carosta, gegenüber von Piacenza. Bis jetzt sind auf diese Weise etwa 2000 Mann hier durchpassirt, und es sollen noch 3000 nachfolgen.

Berlin, 12. Nov. Die Flucht Kinkel's aus Spandau betrachtet man hier allgemein als ein Ereignis, wie es der Regierung im Augenblicke nicht erwünschter kommen konnte.

London, 12. Nov. Cardinal Wiseman ist angekommen.

Königin Victoria, heißt es, habe mit eigener Hand einen Teppich gestickt, der zur großen Industrieausstellung im Hyde-Park kommen soll und Prinz Albert wird einen Preis darauf festsetzen. (Also auch Bildhauer?) Ferner wird das Publikum den ausschgabaren Diamant „Koh-i-nur" zu sehen bekommen, welchen England im Penjabsch erbeutet hat.

Bern, 4. Nov. In einer hiesigen Buchdruckerei ist eine Flugschrift erschienen mit dem Titel: „Comité national. Manifeste et circulaires. Aux Italiens." Sie stellt den nahen Ausbruch einer allgemeiner europäischen Revolution in Aussicht und ruft die nationale Partei Italiens zur Wachsamkeit auf; die Stunde der Befreiung Italiens sei nahe.

Strasburg, 13. Nov. Vorgestern ist hier zufolig ein deutschtiefes Verbrechen entdeckt worden, das, wenn es zur Ausführung gekommen wäre, die schrecklichsten Folgen hätte nach sich ziehen können. In unserm Schauspielhause scheinen nämlich von einem liebelthäter alle Vorkehrungen zu einer Brandanlegung getroffen worden zu sein, nicht allein um das große und schöne Gebäude selbst und alles, was darin enthalt, zu zerstören, sondern vielleicht eine größere Zahl Menschen, als selbst bei dem Theaterbrande in Karlsruhe, dem schauderhaftesten Tode zu überantworten. Man fand nämlich in dem ersten Unterbau der Bühne ein Paket Zündhölzchen, welches in einer der Logen lag, die zur Bewegung der Coulissen dienen, so daß nicht zu vermuthen ist, daß dies Paket zufallig vergessen worden, um so mehr, da noch andere Schwefelhölzchen unter Holzspäne gemengt waren welche von einer Schreinerarbeit herrührten, die durch die Maschinerie der „Wasserfeuer" nöthig geworden war. Hoffen wir, daß bei der Oeffentlichkeit dieser Thatsache, im Vereiu mit den strengen Aufsichtsmaßregeln, die sie hervorrufen wird, genügen, die Ausführung der frasbaren Anschläge zu verhindern, deren Vorhandensein solche Lassen vermuthen lassen.

(F.-D.-J.)

Rom. (Fr. Sch. der pöpstl. Allocution bezüglich Piemonts.) Wir hoffen daher, daß die k. Minister eine geeignete Zeit für das Geschäft, nämlich Unser Rückkehr nach Rom, abwarten wollten. Wenige Monate nachher hören Wir, daß dieselbe königl. Regierung dem Parlament einen neuen Gesetz-Entwurf vorgelegt habe, welcher den bereiten Gerichtsstand der Geistlichen und der Kirche gänzlich aufheben, den Laiengerichten gar eine Entscheidung über die Ernennung der Patrone für die geistlichen Einkünfte übertragen sollte (il giudizio circa la nomina dei patroni in benefizi ecclesiastici) und noch verschiedene andere Dinge festlegt oder in Bälde einzuführen versprach, gegen alles Recht der Kirche und sicherlich nicht ohne Gefährdung der Religion. Sobald Wir Nachricht von diesem Entwurf erhielten, trugen Wir unserm Cardinal-Staatssecretair auf, sogleich seine Stimme zu erheben, und das gleiche befahlen Wir Unserm apostolischen Nuncius in Turin. Da aber weder des einen noch des andern Mahnung fruchtete, so waren Wir genöthigt, gegen gedachte Neuerung Uns zu verwahren, nachdem sie von den Kammern angenommen und von dem Ministerium alsbald genehmigt worden war. Bei diesem Vorgang und seinem Ende ist nicht allein zu beklagen, daß die heiligen Rechte der Kirche, welche durch so viel Jahrhunderte nach Sanction der Kirchenfatzungen in Kraft bestanden, verletzt und mit Füßen getreten (conculcati) worden sind, sondern daß gar viele Klagevorte und Censuren, welche in der Verhandlung in der einen oder andern Kammer theilnahmen, und deren Meinung schließlich siegte, ohne Anstalt sich oder der Laiengewalt die Befugniß anmaßten ohne Unsre Zustimmung sogar gegen Unsre Verwahrung die feierlichen Verträge mit dem apostolischen Stuhle über die Ausübung jener Rechte zu brechen und sie für null und nichtig zu erklären. Ihr seht nun, ehrwürdige Brüder, wie und von welcher Bedeutung jene Angelegenheiten sind, Ihr werdet wohl ermägen, in welchen Zustand alles Heilige geraten müßte wenn man die Rechte der Kirche nicht mehr achtet, wenn man ihre heiligen Satzungen geringschätzt, wenn man sich nicht mehr um ein unantastbarbares Besitzthum kummert, nicht mehr die Verträge hält, welche zwischen dem heiligen Stuhl und der Landesobsphet vereinbart worden sind. Gewiß feuchtet es jedem ein, wie dringend und wichtig, nicht blos für die Religion, sondern für die Staatsordnung, für öffentliche Sicherheit und für privatrecht, daß solche Kirchenverträge für heilig und unverletzlich gehalten werden, denn wenn ihre Kraft und Rechte mißachtet und mit Füßen getreten werden, dann fällt gleichzeitig die Geltung aller andern öffentlichen oder bürgerlichen Vertrage. Auf die Berufung der Kirche und des heiligen Stuhles durch Uns Sanction hat der geachten Gesetze folgten in kurzer Zeit andere, als die königlichen Minister und die Laienrichter die heiligen Prälaten, Unsre ehrwürdigen Brüder, die Erzbischöfe von Sassari und Turin vor Gericht luden; unser mußte im eigenen Hause ein Fluch bestehen, diesen brachte man mit Waffengewalt in die Gefängnisse der Hauptstadt und verurtheilte endlich beide zu einer bürgerlichen Strafe, aus keiner andern Veranlassung, als weil sie nach den Pflichten ihres Amtes den Priestern ihrer Erzbisthümer das Verhalten vorgeschrieben hatten, damit sie ihr und ihrer gottesfürchtigen Heerde Gewissen bezüglich jenen neuen Gesetzes rein halten. Und damit nicht sich die Laiengewalt das Recht an oberste Vorgesetzten zu urtheilen,

welche die Hirten der Kirche nach ihrer Pflicht in Gewissensfragen verkünden hatten. Spitze gebogen und eine andere und viel schwerere Unbill, als eine hervorragende Person, welche, wie allen bekannt, ganz vorzüglich zu jenem unrechten Gesetz gerathen, und sich gewaltet hatte ihren Antheil an jenem Vorgange öffentlich zu mißbilligen, von dem Erzbischof von Turin für unwürdig erklärt wurde die letzten Tröstungen der Sterbenden zu spenden. Da wurde derselbe Erzbischof von einem Haufen Soldaten auf seiner Kirche geschleppt (strappato) und in eine Festung unter strenger Bewachung geworfen, der Pfarrer aus der religiösen Gemeinschaft der Serviten aber, der pflichtschuldig ihm gehorcht hatte, wurde mit Gewalt aus Turin vertrieben, und seine Ordensbrüder aus ihrem Turiner Kloster gewiesen, und in ein anderes gebracht, als ob es der Laiengewalt zukäme über die Verwaltung der heiligen Sakramente und über die Vorschriften bei ihrem Empfang ein Urtheil zu haben. Aber mit genug! Derselbe Streit über Verabreichung der Sakramente und die neuen Vorschriften in Gewissensfachen, welche schon früher von genanntem Erzbischof erlassen waren, wie er dazu von Uns brevalmächtigt worden, wurde vor den Appellationshof von Turin gebracht, der ohne Verzug am 25. Sept. beschloß, daß der Erzbischof sich über die Grenzen des königlichen Gesetzes begeben müsse, und daß gegen denselben Erzbischofsums unter Sequester zu stellen seien. Fast gleichzeitig, nämlich am 21. desselben Monats, verfügte der Appellationshof der Insel Sardinien dasselbe gegen Unsern ehrwürdigen Bruder, den Erzbischof von Cagliari, dem zum Verbrechen gemacht wurde, daß er mit ganz allgemeinen Worten, wie sie nur vorsichtig sein vorschreibt, als den Kirchenstatuten verfallen erklärte, welche das Heiligthum des erzbischöflichen Palastes verletzt und mit Gewalt in die erzbischöfliche Kanzlei zu dringen versucht hatten. In Folge dieser Urtheil sahen sich diese Prälaten aus ihrem Bisthum vertrieben, der Verwaltung ihrer geistlichen Güter und der Ausübung ihrer Bischöfe beraubt, und mußten sich der eine nach Frankreich retten, der andere in diese Unsre hohe Residenz begeben. Es gibt aber außerdem noch manche andere uns keineswegs unbedeutende Dinge, welche die subalpinische Regierung gegen die Rechte der Kirche und zum Schaden der Religion eingeführt und angeordnet hat, worüber Wir mißen Wir zu höchstem Bedauern das verderbliche Gesetz über die öffentliche Erziehung und über die höhern und untern, öffentlichen und Privatschulen rechnen, welches unterm 4. Okt. 1848 erlassen worden. Die oberste Leitung derselben wurde mit einer einzigen und theilweisen Ausnahme bei den bischöflichen Seminarien durch jenes Gesetz dem königlichen Minister und den ihm untergeordneten Behörden übertragen, und nach den Bestimmungen des Artikel 58 desselben Gesetzes förmlich erklärt, daß keine andere Behörde das Recht habe, sich in die Schulerziehung, in die Leitung des Unterrichts, in die Ertheilung der wissenschaftlichen Grade und Bestallungen der Lehrer zu mischen. Es wurden also in jenen katholischen Staate alle Schulen jeder Art, als Lehrstuhle, auch jene über kirchliche Wissenschaften, wie es das Gesetz ausdrücklich erwähnt, wie nicht minder der erste Unterricht der Kinder in den Elementen der christlichen Glaubens, womit das Gesetz die Unterlehrer an den Schulen beauftragt hatte, kurz alles und jedes der Aufsicht der Bischöfe entzogen. Und damit auch der letzte Zweifel hierüber schwände, werden in demselben Artikel die geistlichen Rectoren denen beigezählt, welche von dem königlichen Minister und seinen Unterbehörden ohne Beiziehung irgendeiner andern Behörde entfernt oder eingesetzt werden können. Nicht allein, daß dadurch die Priester willkürlich jener besondern Befugniß beraubt werden welche sie seit vielen Jahrhunderten, wenigstens in der Mehrzahl jener wissenschaftlichen Institute Kraft königlicher und päpstlicher Constitutionen, oder nach den Stiftungsurkunden besaßen, sondern man ließ ihnen nicht einmal die Oberaufsicht bei jenen Unterrichtsfächern, welche sich auf Glaubenslehren, christliche Gebräuche oder auf den göttlichen Dienst beziehen. Noch aber hofften Wir daß wenigstens bei der Ausführung des Gesetzes einigermaßen die bischöfliche Autorität berücksichtigt werden würde. Schon hat jenes Gesetz augenscheinlich seine verderblichen Früchte getragen, indem täglich vergiftende Begriffe und Grundsätze, die unvereinbar sind mit der unversöhnerlichen Lehre der Kirche, nicht allein in Broschüren und Flugblättern der frechen Presse unter das Volk gestreut, sondern auch von einigen öffentlichen Lehrern der Jugend Angefloßt und offen vertheidigt werden. Wir finden keine Worte, ehrwürdige Brüder, den allzuherben Schmerz auszudrücken den Wir bei Empfang dieser Nachrichten empfanden. Ohne Verlust eines Augenblicks werden Wir Uns auch über diese Sache des Nähern unterrichten, und nichts unterlassen was von Uns geforder werden kann, da Uns ein Gott das Amt geworden über den Glauben zu wachen und ihn und die Brüder zu erhalten. Endlich wurde, wie Ihr wißt, von der subalpinischen Regierung eine von den ersten Personen des Reichs mit dem Auftrag hierhergeschickt die Unterhandlung wieder anzuknüpfen und mit dem heiligen Stuhle die geistlichen Angelegenheiten zu ordnen. Wir hofften Wir könnten sie aber durchaus nicht zur Ueberreichung ihrer Beglaubigungsschreiben unter den üblichen feierlichen Formen zulassen. Deßhalb hat sie sich Uns theilt privatim vorgestellt, theils mit Unserm Cardinal Pro-Staatssecretar verkehrt, und bei den Besprechungen über die obengenannte Gesetz bezüglich der geistlichen Gerichtsfreiungen die Bevamtung aufgestellt: daß durch die Verkündung desselben die Laiengewalt nur ihr Recht geübt trotz dem Wortlaut der Kirchensatzungen und der Concordate mit dem apostolischen Stuhle. Sie sieht daher die Schuld des Vorgefallenen auf die Geistlichkeit und die heiligen Prälaten, besonders den Erzbischof von Turin, Unsern ehrwürdigen Bruder, der damals wegen seiner standhaften Pflichterfüllung in strenger Haft gehalten wurde. Ueber diesen vortrefflichen Kirchenfürsten eiferte sie noch viel härter, als sei er ein Mensch, dem wenig an Ruhe und Frieden des Volkes liege; sie erklärte dabei, daß sie baumschichtig von ihrer Regierung beauftragt sei, auf die Verfegung dieses Prälaten außerhalb der Grenzen des Königreichs zu dringen. Nachdem dieß gesagt war, konnte man sich auch bei dem übrigen nicht zurechtfinden, und vergebliche Versuche wurden von ihr und dem genannten Cardinal gemacht, irgendeinen Ausweg zu ersinnen, wie der Vertrag Stande gebracht werden konnte. Weit entfernt aber in der Zwischenzeit auf dem eingeschlagenen Wege eine zu halten, wurden von der Regierung in derselben Zeit jene beiden Urtel der Laiengerichte in geistlichen Angelegenheiten erlassen, und sowohl an dem vorerwähnten Erzbischof als an dem von Cagliari vollstreckt. Nichtsdestoweniger wollen Wir hiermit bezüglich jener Sondergerechtsame der Kirche und der Geistlichkeit alle wissen lassen, daß Wir die von der subalpinischen Regierung im vorigen Jahre gemachten Vorschläge nicht zurückweisen, und auch heute keinen Anstand nehmen die Bestimmungen der Kirchengesetze über jene Gegenstände mit Mäßigkeit auf Ort und Zeit zu mildern, und zwar wie es Uns in dem Herrn räthlich erscheinen wird, und damit die Kirche auf andern Gebieten eine freiere Uebung ihrer Rechte erlange, besonders da auch Uns sein geringeres väterliches Wohlwollen beseelt wie es die römischen Päpste, Unsre Vorgänger, gegen das berühmte Land Savoyen bekanntlich immer gehegt haben. Auch geht Uns die Trübsal und die Qual sehr nahe, welche unter solchen Umständen Unsre Brüder in jenen Staaten dulden müssen, und wir sind bereit zu ihrer Erlösung alle geeigneten Mittel zu gebrauchen nach dem unveränderlichen Geist der heiligen römischen Kirche, die wie eine sorgende Mutter immer bereit war ihren Söhnen in Angst und Drangsal beizustehen, und durch ihre apostolischen Diener das zerknirschte Israel wieder aufrichten zu helfen. Von der Macht aber die Uns gegeben ist, aufzubauen nicht zu zerstören, konnen Wir hier keinen Gebrauch machen, solange es noch scheinen könnte als würde durch Unsre Strafe, Unsre Nachsicht und Unsre Zugeständnisse gebilligt, was zu Unserm Bedauern dort verhandelt, beschlossen und gethehen ist gegen das Recht der Kirche, das Mißachtung der kanonischen Gesetze, gegen feierliche Verträge; ja sogar mit Verletzung des Verfragsrechts überhaupt, und endlich gegen die Priester und Bischöfe die nur ihre Amtspflichten vollzogen zur Beruhigung der Gewissen und zur Verwaltung der Sacramente. Da sei Gott vor, ehrwürdige Brüder, daß Wir jemals Unser Macht zum Verderben der Kirche und des katholischen Glaubens mißbrauchten! Nein, im Gegentheil wollen Wir beharrlich alle Kräfte zum Nutzen der Religion und zur Erhaltung der heiligen Rechte der Kirche anstrengen. Mit diesem Vorsatz erheben Wir heute in dieser Versammlung Unsere apostolische Stimme, beschweren Uns feierlich über die obengenannten Vorgänge und über alles andere, was auf den feststehenden wie uberfreischen Gebieten der piemontesischen Fürsten gegen die Rechte der Kirche oder zum Schaden des Heiligen geschehen oder anzuführen versucht worden, und verlangen von allen die es angeht, daß sie aufhören, die Priester und heiligen Diener der Kirche zu beunruhigen, und ohne Verzug alle Unbill gegen das Heilige werker gut machen. Inzwischen, ehrwürdige Brüder, wollen wir nicht aufhören demüthige Bitten und Gebete zu dem Gott der Barmherzigkeit zu senden, und die unbeflecte jungfräuliche Gottesmutter wie die heiligen Apostel Peter und Paul anzurufen, sie möchten ihr demüthiges Flehen mit Uns vereinen, damit er seine Rechte aufstrecke und mit seinem heiligen Arm jenes herrliche Stück vom Weinberge des Herrn vertheidige!"

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Bekanntmachung.

Auf Anbringen eines Gläubigers werden zwei k. k. österreichische Staatsschuldverschreibungen, im Nominalwerthe, jede zu 100 fl. im 20 fl. Fuße, d. d. Wien, 1. März 1846

Mittwoch den 27. d. Mts.

Vormittags 9 Uhr

im diesgerichtl. Sekretariate öffentlich versteigert, und Erstehlustige hiemit in Kenntniß gesetzt.

Würzburg, 13. November 1850.

Kgl. Kreis- und Stadtgericht.

Sauffert.

Frohlich.

Theater-Anzeige

Sonntag, den 17. Nov. 1850.

Die Maler.

Schauspiel in 5 Akten mit Gesang von Friedrich v. Schiller.

Montag, den 18. Nov.

Doktor Faust's Hausläppchen, oder:

Die Herberge im Walde.

Posse mit Gesang in 3 Akten von J. Hopp.

Musik von Kapellmeister Hohenstreit.

Gestorbene:

Den 14. November.

Julius Maria Schwind, Bürgermeisterskind, 4 M. — Georg Obert, 9 M. — Johann Georg König, 9 M. — Georg Häußler Wegmacherskind, 26 W. — Bernard Fleschmann, Gutsbesitzer, 3 J. — Theresia Anderer, Schloßverwalterstochter, 24 J.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 92.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 532.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Brief und Gelder frei.

Nr. 276. Würzburg, Montag den 18. November. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 16. Nov. Se. Maj. der König haben durch allerhöchste Entschließung vom 13. d. nachstehende Beförderungen im Stabe der verschiedenen Waffen allergnädigst zu genehmigen geruht, nämlich: zu Obersten: die Oberstlieutenante Karl von Lindpaintner, Adjutant des Kriegsministeriums und Referent im Kriegsministerium, im Inf.-Leibregimente, wie bisher extra statum, Xaver Ritter von Tenz, Kommandant des 10. Inf.-R. Albert Pappenheim, Wilhelm Carrier, Kommandant des 4. J.-R. Gumppenberg, Karl Brofferer, Kommandant des 3. reitenden Art.-Reg. Königin. Zu Majoren: die funktionirenden Majore: Karl Löhr bei der Kommandantschaft Würzburg, Xaver von Ziegler im Inf.-Leibregiment, Maximilian Friermann im 12. J.-R. König Otto von Griechenland, Joseph Wanz im 14. J.-R. Zanet, Joseph Lurgazy im 4. Inf.-Reg. Gumppenberg, Philipp Mayer im 15. J.-R. Prinz Johann von Sachsen, Karl Rummer im 1. Jäger-Bat., Franz Pierling im 12. J.-R. König Otto von Griechenland, Georg Lindhamer im 3. J.-R. Prinz Karl, Karl Kaiser im 4. Jäger-Bat., Coelestin Müller im 10. J.-R. Albert Pappenheim, Ludwig Ritter v. Jenisch, im 6. Chev.-Reg. Herzog von Lenchtenberg, Maximilian Frhr. v. Pfeffelrode-Hugenpoet im 1. Chev.-R. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, Karl Frhr. v. Aretin-Weldegg im 5. Chev.-R. Leiningen, Wilhelm Zoller im 2. Kürass.-R. Prinz Adalbert, Konrad Rittmann im 6. Chev.-R. Herzog von Leuchtenberg, Cemil Hocht im 3. Chev.-R. Herzog Maximilian, Wilhelm Frhr. v. Waldenfels im 2. Chev.-R. Taxis, Leonhard Zeller bei der Zeughaus-Hauptdirektion, Karl v. Reck im 1. Art.-R. Prinz Luitpold, Aloys Westner, Referent beim Art.-Depot-Kommando, Maximilian Herzogen im 2. Art.-R. vacant Zoller; zum der Rittmeister Friedrich Frhr. v. Steinling, bisher 1. Adjutant des Kommandanten der 1. Cavalleriedivision, Generallieutenants Prinzen Eduard von Sachsen-Altenburg, Hoheit, im 1. Kürass.-Reg. Prinz Karl.

Würzburg, 15. Nov. Auf die erledigte 1. Assessorstelle bei dem kgl. Landgerichte Karlstadt wurde der 1. Assessor des k. Landgerichts Alzenau P. Z. Weigand, seiner Bitte gemäß versetzt.

Die Liberalen und die Conservativen.

Die Partei des Radikalismus oder der Revolution schmückt sich gerne mit dem Namen der „Liberalen;“ die, welche ihr entgegenstehet, wird mit dem Namen der „Konservativen“ beschimpft. Aber nie hat es vielleicht Parteinamen gegeben, welche mit größerer Unschicklichkeit gewählt und angewendet wurden, als die beiden Ausdrücke „liberal“ und „conservativ“. — „Conservativ“ hat gar keine, und „liberal“ eine sehr unbestimmte innere Bedeutung. Den ersten dieser beiden Titel kann sich jeder beilegen, welcher einen gegebenen Zustand der Dinge aufrecht zu erhalten bestrebt, derselbe sei übrigens so gut oder so schlecht als er wolle, kurz jeder ist „conservativ“, der Macht hat und sie nicht aufgeben will. Dieß liegt in der Natur der Sache. — Mehr innern Gehalt hat das Wort, „liberal“, doch hier hat die Geschichte gerichtet, und die Erfahrungen unserer Tage zogen immer mehr, was unter „Liberalismus“ verstanden wird. — Allerdings läßt sich unter „conservativ“ auch jene Richtung verstehen, welche nicht allen, sondern nur zu hastigen Neuerungen widerstrebt, und hauptsächlich bemüht ist, die Grundveste der Gesellschaft zu stützen; ebenso wird der „liberale“ gerne sich blos als den Feind des Despotismus und der Willkür darstellen wollen; in diesem Falle aber wären beide Ausdrücke zuletzt gleichbedeutend, folglich ihre Wahl als Gegensätze sehr ungenau und unrichtig. — Die eigentliche und erschöpfende Eintheilung kann nur eine sein: in christliche Staatsanschauung einerseits, in unchristliche und antichristliche anderseits. Christenthum oder Nichtchristenthum — das ist die Frage in unsern Tagen, wie im Religiösen, so im Politischen. — Im eigentl. Sinne „conservativ“ ist, wer den Staat auf eine christliche Pflichtenlehre aufbauen sich bestrebt. Jene also, die auf christlicher Grundlage den Staat erbaut wissen wollen, das sind die wahren Conservativen; denn nur was die Menschheit ihrer ewigen Bestimmung entgegenführt, ist „conservativ.“ Dem Conservativen muß das Christenthum das Erste und Letzte sein im Religiösen und Politischen, ihm muß das christliche Vaterland und sein Wohl über Alles gehen: für diese Ueberzeugung muß er nicht nur freudig Gut und Blut einsetzen, sondern fest entschlossen sein, die Schmach, womit ihn die Feinde des Christenthums versteckt und offen überhäufen, mit Starkmuth zu ertragen. — Sagt daher jemand, er sei „conservativ“, und will das Christenthum nicht in seiner Unverletztheit, in seiner Einheit, in seinem ganzen sittlichen Ernste, in seiner übereirischen Richtung, so täuscht er entweder sich oder andere. — Es gibt also zwei große Heerlager, das „liberale“ und das conservative“. Sie bekämpfen sich, folglich wollen sie Widersprechendes. Was will nun das „liberale“? Es finden sich drei hervorstechende Merkmale des „liberalismus“. Diese sind: 1) ein mehr oder weniger feindliches Verhältniß zum Christenthume; 2) ein unbestimmter Gleichheitsdrang; 2) eine entschiedene und nicht immer sehr weit sehende Vorliebe für die sogenannten materiellen Interessen, d. h. Handel und Gewerbe (?). Seine Neigen ergangt der Liberalismus im Religiösen auf Leuten, deren Vernunft den Druck der Religion nicht verträgt; im Politischen grossentheils aus jener Klasse, welche sehr wenige oder gar keine eigenen Rechte zu vertreten hat, und es daher sehr begreiflich und nothwendig findet, daß Niemand solche besitze, oder wenn sie sie hatte, als der Staaat ihm zum Leben geben will. Es ist dieß ein prysterster Neid gegen die natürlichen Grundlagen der Macht; Geburt und Reichthum, welche im Namen der Staatsidee unterdrückt werden sollen. — Die Feindschaft zwischen Liberalismus und Christenthum offenbart sich in unzweideutiger Weise, in protestantischen sowohl als katholischen Ländern. — Die Glaubensfäge sind dort wie hier Gegenstand beständiger Anfgriffe und Bekrittelungen; wer immer dieselben angreift, wird von den Liberalen den größten Männern seines Jahrhunderts beigesagt. Der Klerus unterliegt beständigen Verdächtigungen; mischt er sich in öffentliche Angelegenheiten, so schilt man ihn rauhweg: halt er sich davon ferne, so heißt es, er sei für das öffentliche Wohl gleichgültig: ist er streng und ernst, so forcht man von kopfhängerei; mischt er sich in gesellige Kreise, so werden ihm alfogleich schlechte Beweggründe, Herrschsucht, Fanatismus vorgeworfen. Wird der Geistlichkeit von der Staatsgewalt die mögliche Freiheit gestattet, so spricht man vom Pfaffenregiment, hierarchischen Bestrebungen (und „ultramontanen Anläufen“, nicht wahr Herr „Bund?“) während doch im Staate gar nichts einer strengern Aufsicht unterworfen ist, als gerade die Versammlet der kirchlichen Behörden. — Während die Liberalen selbst oft Freimaurer sind, reisen sie gegen geheime religiöse Gesellschaften, Kongregationen, Propagandem u. s. w., die nur in ihren Köpfen sind. Stets von Freiheit sprechend, wollen sie reliöse Genossenschaften, die nicht das Glück haben, ihren Ideen zu entsprechen, unterdrücken, oder „unschädlich machen“ wie sie sich anderswo. Schroffe entschiedene sie aufrichtig genug, angestehen, es sei Christenthum habe sich überlebt und müsse humanern Tendenzen Platz machen, mit denen es sich leichter leben ließe.“ — Die Gleichgültkeit gegen das Christenthum aber muß zuletzt zum Hasse desselben, zum Verschwinden jeder moralischen Achtung, sonst Bedürfniß zurückzuführen; die ausgesprochene Gleichheit muß sich in sehr kurzer Zeit gegen das Bevmögen und die Familie kehren, d. h. in Socialismus und Communismus umschlagen.“

Warum nehmen unsere Revolutionäre Partei für Preußen?

Niemand kann verkennen, daß die große Masse der ganzen und halben Revolutionäre in Deutschland seit den letzten Wochen entschieden Partei für Preußen und gegen Oesterreich und den Bundestag nimmt. Ich wundere mich auch keinen Augenblick darüber. Alle Fühlen recht gut, daß mit dem Siege Oesterreichs die Revolution verloren ist und daß mit dem Siege Preußens die Revolution gewonnen hat. Natürlich behalten sie sich vor, nach vorgewonnenem Siege mit den preußischen Musterium von Neuem anzubinden. Aber davor fürchten sie sich nicht. Das preußische Ministerium steht in seiner Politik mit ihnen auf demselben Boden der Revolution und Willkür, auf einem Boden, wo sie zu Hause sind und wo seine Regierung ihnen auf die Länge widerstehen kann. Auf diesem Terrain müssen sie die Schlacht gewinnen, das Terrain aber, welches Oesterreich gewählt hat, das Terrain des positiven Rechts bietet unseren Revolutionsmännern gar keine Stellung dar, und sobald es erst entschieden ist, daß für die Zukunft alle Staatsfragen nur auf diesem Terrain ausgefochten werden sollen, sind sie ein für allemal verloren. Darum stammen sie sich jetzt mit Leidenschaft an den letzten Vertreter der Willkür, an das Ihnen sonst so verhaßt preußische Ministerium an. Welches sich doch in dem obersten Grundsatze mit ihm einverstanden, in dem

Grundsatze nämlich, daß in politischen Dingen Alles erlaubt ist, was wünschenswerth und zweckmäßig erscheint, und daß keine Partei und kein Volk an frühere Rechtsfragungen gebunden ist, so bald sie unvortheilhaft erscheinen. Wenn zwischen ihnen und dem preußischen Ministerium über das letzte Ziel der Bewegung eine noch so große Differenz herrschen, über das Mittel sind sie sich einig. Dieses Mittel heißt Gewalt, im Gegensatze zu dem Mittel, welches Oesterreich und die Bundesversammlung vertreten, im Gegensatz zu dem Rechte.

Deutschland.

München, 15. Nov. In militärischen Kreisen hält man es noch für bestimmt, daß im Laufe der nächsten Woche der größte Theil der Truppen der hiesigen Garnison auswärtscantonniren soll. So lange die Rüstungen in Preußen dauern, wird auch bei uns kein Stillstand eintreten. Gestern wurde u. A. Befehl ertheilt, daß jedes unserer Infanterieregimenter unverzüglich 1000 Uniformen soll anfertigen lassen — ein Befehl, der die Angaben, daß unsere Infanterie vermehrt wird, bestärkt. — Der Schriftsteller und Dichter Kaulbach wurde gestern von der Polizei der Stadt verwiesen; Kaulbach ist ein geborner Preuße und wohnt seit mehreren Jahren hier. — Durch ein höchstes Kriegsministerial-Reskript vom 13. d. M. sind neuerdings 13 Kadetten und Unteroffiziere der Kavallerie zu Junkern befördert worden. — Literat Kaulbach, Mitarbeiter der „Leuchtkäfer" und Verfasser der jüngst mit Beifall belegten „romantischen Bärenhäuter", und Hr. Rod, Redakteur der in Rudolstadt erscheinenden allgemeinen deutschen Anzeigen, wurden heute ausgewiesen. Der erstere als Preuße und radikaler Schriftsteller wird kaum bei den höhern Stellen Asyl sie finden; anders dürfte es sich mit Hrn. Rod gestalten, der als „Redner" der vorparlamentarischen Versammlung den Schutz der Vereinigten Staaten anrufen wird und zu diesem Zweck bereits den in Augsburg wohnhaften Konsul, Banker Karl Obermayer, um Vertretung angezogen hat. (Hr. Karl Obermayer befindet sich gerade in Wien.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 13. Nov. Der bleibende ständische Ausschuß ist noch immer in früherer Weise thätig. Gestern hat derselbe gegen den Bezirksdirektor Ungewitter zu Fritzlar eine Anklage wegen Verfassungsverletzung beschlossen und an die betreffende Staatsprokuratur zur Veranlassung des strafgerichtlichen Verfahrens abgehen lassen. Hr. Ungewitter hat sich diese Ungnade dadurch zugezogen, daß er seinen Verwaltungsbeamten aufgegeben, die vorgeschriebenen Stempelnzu verwenden.

Hersfeld, 14. Nov. Unsere Stadt ist zur Zeit noch von preußischen Truppen besetzt, und zwar von 3 Bataillonen Infanterie und einer Batterie Fußartillerie von 8 Geschützen. Ein Bataillon Inf. vom 15. Reg. ist jedoch heute Nachmittag ausmarschirt und wie verlautet wird, vorgeschoben gegen Fulda, von wo aus man den Einmarsch der Bundestruppen stündlich erwartet. — Die preußischen Truppen scheinen sich selbst hierauf gefaßt zu halten, indem bei Tag und bei Nacht mit großen Abtheilungen eine fortwährende Bewegsichkeit und Aufmerksamkeit unterhalten wird. — Auf der Straße von hier nach Fulda sind nur die ersten Dorfschaften von Preußen belegt. Weiter hinaus gegen Hünfeld und Fulda ist Alles geräumt. Dagegen stehen in unserer Umgebung, namentlich nach Bacha zu, fast an allen Orten Truppen und in unserer unmittelbaren Nähe ein Reg. Husaren und ein Reg. Kürassiere. Fürst Radziwill befand sich gestern in Friedewald 2 Stunden von hier mit ansehnlicher Truppenzahl; ich weiß aber nicht, ob er noch da ist. Hier kommandirt Generallieut. v. Tiesen, und unter ihm General Koch und ein Brigadier der Kavallerie, Graf Solms. (K. Z.)

Fulda, 15. Nov. Seit einigen Tagen befindet sich ein engtischer Diplomat, ein Attache der brittischen Gesandtschaft in Stuttgart, der den berühmten Namen Wellesley trägt, im Hauptquartiere der Bundestruppen. Bei Gastmahlen und Zusammenkünften der Generale ist er stets Aufmerksamkeit, welche das Verhalten Großbritanniens zu der deutschen Frage, insbesondere zur Bundesversammlung in Frankfurt erregt, ist auch wohl dieser Umstand nicht ohne Bedeutung. — Hier rücken für die ausmarschirten 4 Schwadronen des schönen kgl. bayer. Kürassierregiments ein. Der commandirende General Graf v. Thurn und Taxis war dem Regiment entgegengeritten und befand sich bei seinem Einzuge in die Stadt an dessen Spitze. Abends traf auch ein Bataillon des 15. kgl. bayer. Inf.-Reg. hier ein, das in nahen Dorfern einquartirt gewesen war.

Fulda, 15. Nov. Die Bundestruppen stehen nach wie vor in und um Fulda, so daß ihre Vorposten auf der Straße nach Hersfeld bis Neukirchen sich ausdehnen. Außerdem haben sie konzentrirte Stellungen vorwärts Fulda über Hünfeld hinaus. Das k. k. Corps unter FZM. Legeitsch steht in dem nahen Franken, und wird in den ersten Tagen erwartet. Das Hauptquartier ist hier und wird wahrscheinlich hier noch einige Tage verweilen. Gestern trafen Offiziere von englischer Gesandtschafts-Attaché angekommen, um ebenfalls die Bundestruppen zu begleiten. Der Herr Bundescommissär, Graf v. Rechberg, entwickelt eine energische Thätigkeit. Das hiesige Ordnersicht ist von ihm bereits zum Gehorsam zurückgeführt, und scheint derselbe sein vorzüglichstes Augenmerk darauf zu richten, daß die landesherrliche Autorität wieder in allen Ständen und irregeführten Staatsdienern in volle Anerkennung gebracht werde. Auch hat derselbe eine Anordnung erlassen, die den Satz enthält: „Es erscheint zur möglichsten Schonung der Unschuldigen und zur gerechten Busse der Schuldigen recht und zweckmäßig, daß alle diejenigen öffentlichen Beamten und Diener eines jeden Standes und jeden Ranges, sowie alle Unterthanen, welche sich direct oder indirecte bei den Steuerverweigerungen und Widersetzlichkeiten gegen die Regierung Sr. königl. Hoheit des Kurfürsten notorisch betheiligt haben, bei der Einquartierung der Truppen des Bundes-Executionscorps in Kurhessen als Widersetzliche alsdald und vorzugsweise darf belegt werden." Es ist sicher, daß die Freche aber gerechte und feste Behandlung der Sachen und Personen, welche den Herrn Bundescommissär leitet, zur raschen Heilung unserer franken und zerrissenen Zustände wesentlich beitragen wird, da ihm die pflichtgemäße Unterstützung der Ministerien und einer nicht geringen Anzahl treu gesinnter Staatsdiener zur Seite steht und er durch die Wünsche des Kerns des Volks getragen wird. Man glaubt hier allgemein, daß Preußen sein mindestens sehr abgeeiltes Verfahren in der kurhessischen Angelegenheit schon in der Kürze ausgeben und somit auch denjenigen Verblendeln die Augen öffnen werde, welche in Preußen eine Stütze des Radicalismus und ihrer selbstsüchtigen, treulosen Absichten sahen. (K. Z.)

Hanau, 16. Nov. Gestern langte aus München der Kommandeur des Regiments König, Oberst Hoß, welcher bisher eine Botschaft am Wiener Hofe hatte, in hiesiger Stadt bei seinem Reg. an und löste den Oberstlieutenant v. Pfetten in der Stadtkommandantur ab. Letzterer reiste heute wieder nach München zu dem dort zurückgebliebenen 3. Bat. des Reg. König. Oberst Hoß erhielt gestern Abends von dem Musikkorps des Reg. unter Fackelschein eine Abendmusik gebracht und wird von den Truppen als ein ausgezeichneter Offizier und wegen seiner Bildung und Humanität allgemein geachteter Mann geschildert. — Auf heute Mittag ist der Einmarsch von weiteren 5 Komp. vom 2. Bat. des Reg. König hier angelagt. Die 6. Komp. bleibt vorerst in Abhaltung zurück. — Nach Briefen aus Hünfeld hat sich am 11. Nov. der dortige Bürgermeister mit Erbepuitte, auch gewesenes Parlamentsmitglied der äußersten Linken, Jod. Ad. Förster, aus besagten Stadt gestüchtet, und am 12. Nov. ist die Avantgarde des Fürsten v. Thurn und Taxis in der Stärke von 3300 M. daselbst eingerückt. — Das hiesige Obergericht beharrt noch immer in seiner Aemtung.

Frankfurt, 15. Nov. Heute im Laufe des Tages wurden alle Transportwagen der Main-Neckarbahn hinauf nach Heidelberg beordert, um morgen um in den folgenden Tagen die in und um Heidelberg die hart an die sächsische Grenze concentrirten preußischen Truppen an den Main zu führen, von wo sie weiter in ihre Heimath ziehen werden. Rastatt wird dem Bundesbeschlusse von 1841 gemäß nach dem Abzuge der Preußen von zwei Bataillonen Bayern und einem Bataillon Oesterreichen sosort besetzt werden.

(K. Z.)

Rastatt, 14. Nov. Aus dem heutigen Lagesblatte wurden dreitig Militärstrafinge, die sich an der letzten Revolution minder betheiligt und den großern Theil ihrer Strafzeiten abgebüßt haben, durch die Gnade unsers edlen Regenten, des Großherzogs Leopold, aus der Strafkompagnie entlassen. Diese Leute leben nun theilweise zu ihren fruheren Regimentern und Bataillonen zurück, theilweise werden sie mit Urlaub in ihre Heimat entlassen.

Stuttgart, 15. Nov. Der „Staatsanzeiger" enthält dieses Abend in seinem amtlichen Theile eine königliche Verordnung, betreffend die Suspendirung des Verbots der Stellvertretung im Kriegsdienste. — Ueber das von und gemeldete Einschreiten der Polizei gegen die Mitglieder des Ausschusses theilt der „Beobachter" Folgendes mit: „Gestern Abend und heute Vormittag wurden die Mitglieder des Ausschusses einzeln auf die Stadtdirection geladen und ihnen daselbst ein Ministerialerlaß eröffnet, wonach gegen sie, wenn sie fortfahren, als Ausschuß zu sitzungen und zu berathen, Polizeihaft, Protokolle vom 11. d. M. ausfahren wollen, eine Untersuchung auf Grund des Art. 1 des Polizeistrafgesetzes (wegen Ungehorsams) eingeleitet werden soll. Die Vorgeladenen bescheinigten die Eröffnung unter Verwahrung gegen die Zuständigkeit der Polizeigewalt in dieser Angelegenheit und mit Vorbehalt der geeigneten Schritte gegen dieses Verfahren." Quousque tandem?

Wien, 11. Nov. Der württembergische Gesandte, Herr v. Linden, hatte gestern eine lange Conferenz mit dem auswärtigen Ministerium. Es handelte sich dabei um nichts Geringeres, als die nunmehr eingetretene Eventualität einer österreichischen Intervention. Die Auflösung der Bundesversammlung und die Nichtzahr zu der alten vormärzlichen Verfassung läßt in jenem Lande Zustände erwarten, die den hessischen analog sind. Auch hat die Regierung erklärt, daß sie auf die Armee kein unbedingtes Vertrauen zu setzen vermöge; das Volk ist zu systematisch durchwühlt, als daß sich von dem Wege der Verständigung etwas hoffen ließe. In der heutigen Ministerconferenz soll die Sache bereits zur Berathung gekommen sein, und nach den in Bregenz eingegangenen Verpflichtungen würde sich Oesterreich dem Ansinnen nicht entziehen können. Die stärkste Hoffnung auf Erhaltung des Friedens ruht unstreitig bei Radetzky, dessen Stimme bis jetzt fortwarend zur Mäßigung und Zurückhaltung gerathen hat. Es fürchtet man, daß er zu spät gerufen worden sei und daß ein unglücklicher Zufall bei den sich gegenüberstehenden Armeen das Signal zu dem verderblichsten Kriege geben könne. L. Z.

Wien, 11. Nov. Der Gemeinderath von Wien ist gesonnen, sich an den Feldmarschall Radetzky zu wenden, derselbe möge erlauben, daß die vor dem Kärnthnerthore nun zu erbauende Brücke den Namen „Radetzky-Brücke" erhalten dürfe. Auch hat man den Plan, die an der Brücke anzubringenden eisernen Geländer mit Darstellungen aus dem italienischen Feldzuge

in Baderlei zu schmücken, welche am meisten geeignet sind, den Namen des Festmarschalls zu verherrlichen. Gewiß eine schöne und lobenswerthe Idee, die das Bauwerk erst zu einem wahren National-Denkmale machen würde. Auf der Mitte der Brücke beabsichtigt man, eine Reiterstatue des Marschalls aufzustellen. Da dieselbe sehr breit sein wird, so läßt sich ein herrliches Werk erwarten. Beurtend ist hiebei auch, daß der Marschall über diese Brücke nach Italien zog, als ihn der Kaiser mit der Besiegung des italienischen Aufstandes beauftragt hatte, und daß er, als siegbringender Feldherr von Italien zurückkommend, wieder über diese Brücke seinen Einzug hielt. (D. C.)

Wien, 11. Nov. Wir wundern uns gar nicht darüber, wenn Preußen sich jetzt bereit erklärt, die Union, welche es gründen wollte, aufzugeben. Es sind nun mehr denn achtzehn Monate seit der Zeit verflossen, als Preußen den Grundzug ausstellte, daß jeder deutsche Staat das Recht habe, einen Sonderbund im Bunde mit anderen deutschen Staaten abzuschließen, und daß derselbe durch eine Militär-Convention seine Heeresmacht mit der eines anderen Staates verschmelzen dürfe. Damals war die neue Doctrin welche Preußen lehrte, vortheilhaft für dasselbe. Aber das Spiel hat sich gedreht, und Preußen geriethe beute in die gefährlichste Klemme, wenn es jetzt Oesterreich einstele, die Union anzuerkennen, aber zugleich die von Preußen aufgestellten Prinzipien, welche die Bildung derselben bedingen, nur für zu bewilgen. — Wenn Oesterreich und seine Verbündeten heute den Boden verließen, auf welchem sie sich als Bundestag konstituirten; und den Boden vom 26. Mai betreten würden, um unter sich eine Union zu gründen, um unter sich Militär-Conventionen abzuschließen, was würde dann aus Preußen werden? Die österreichische Union würde ganz Süddeutschland umfassen — denn das Baden nicht länger mit Preußen verbunden bleiben kann, liegt klar zu Tage — und sie würde auch durch Sachsen Hannover und Hessen tief in das preußische Gebiet hineinragen, und bei sichern Gelegenheit in jener Richtung noch mehr Verbündete zu finden. — Ziele dann Braunschweig an Hannover, so wäre die Verbindung zwischen den zwei Hälften der preußischen Monarchie vollkommen gesprengt. Wenn die deutschen Verbündeten Oesterreichs dann noch dem preußisch-französischen Muster Militär-Conventionen mit uns abschließen, statt welcher von Cmden nach Triest ein gewaltiges österreichisches Heer die ganze Länge Deutschlands besetzt hielte, was würde dann aus Preußen, welches aus der Vereinigung mit den Duodezstaaten, die ihm zugefallen, doch wahrlich keine so große Kraft ziehen konnte, um der österreichischen Union ein Gegengewicht zu bieten? Es waren sehr zweifelhafte Lehren, welche Preußen im Mai 1849 vortrug. Sie waren damals dazu bestimmt, ein Deutschland ohne Oesterreich zu bilden; sie können heute auf das Vortrefflichste dazu benützt werden, ein Deutschland ohne Preußen, oder mit Preußen in dem weiteren Bunde, zuwege zu bringen. — Jene Macht schuldet uns Dank dafür, daß wir es verschmähen, nach ihrem hohen Beispiele zu handeln, daß wir die Waffen, welche sie gegen uns schmiedete, jetzt, da sie in unsere Hande gefallen, nicht gegen sie selbst anwenden. Es ist ein Gewinn zur Preußen, daß Oesterreich und seine Verbündeten die Union nicht anerkennen. Es ist ein Glück für jenen Staat, daß ihm ein Weg geöffnet bleibt zur Umkehr aus der gefährlichen Sackgasse, in welcher ein Verrann dasselbe mit Preußens und seiner Verbündeten Lage, den anderen deutschen Staaten gegenüber, ist eine ungleich günstigere auf dem Bundestage, als außer demselben. Man hat sich diese Wahrheit nicht recht klar machen wollen. Sonst wurde Niemand es aufsprechen mögen, daß es eine Cassation sei, wenn Preußen das unionistische Prinzip verlaßt, ein Prinzip, welches, dem preuß. Sonderbunde gegenüber, einen weit mächtigeren Sonderbund in Deutschland begründen müßte, oder daß es eine andere Concession wäre, wenn Preußen sich auf dem Bundestage vertreten läßt, eine Vertretung, wodurch es ihm doch allein möglich wird, die bereits verlorene Macht wiederherzustellen. — Man wird und vielleicht auf alle diese Argumente eine Frage zur Antwort geben: „Würde sich Preußen jetzt zum Kriege gegen Oesterreich rüsten, wenn Oesterreich von ihm seine Demüthigung, seine Erniedrigung verlange?“ Wir antworten hierauf: es steht Preußen allerdings eine Demüthigung bevor, mit der aber Oesterreich ganz und gar nichts zu thun hat: die Demüthigung, nicht stark genug gewesen zu sein, um gewisse unmoralische Versprechungen einzulösen, nicht mächtig genug, um ein brabsüchtiges Unrecht zur Ausführung zu bringen. — Wenn Menschen im Bewußtsein, unrecht gehandelt zu haben, sich selber zürnen, so suchen sie ihren Zorn gern gegen Andere auszulassen. Das ist auch bei Staaten der Fall. Preußen kann uns jetzt gar nicht verzeihen, daß es uns ein Unrecht hat zufügen wollen, und es affektirt, als eine große Beleidigung aufzunehmen, daß wir uns dasselbe nicht haben gefallen lassen. Das Gefühl gegen einen allen Mitleiten, als er in der Noth war, falsch und unredlich gehandelt zu haben, das Bewußtsein, die Absicht gehabt zu haben, auf dessen Unglück das eigene Glück zu gründen, mag sehr peinigend, sehr demüthigend sein. Wir können die Leiden, welche man uns zufügen wollte, selbst vergeben, wir haben keine Macht über uns, daß derjenige, der und unrecht that, sich selber verzeihe. Wir wollen unseren Gegner nicht demüthigen; wenn ein höheres Gesetz ihn zwingt, sich vor sich selber zu erniedrigen, so reicht unsere Macht nicht so weit, um dieses verhindern zu können. (Bl.)

Berlin, 14. Nov. Nach einer vom Grafen v. Bernstorff ihrer telegraphirten Nachricht ist die Antwort des öster. Cabinets auf die am 9. Nov. von hier abgegangenen entschiedenen Vorschläge am 12. Nov. Abends von Wien abgegangen und wird hier am 15. Nov. Morgens 8 Uhr eintreffen. Bon dieser Rückäußerung Oesterreichs ist bereits soviel durch telegraphische Andeutungen bekannt, daß niemand mehr an einen Krieg glaubt. Die russisch-öster.-preußische Allianz ist vorläufig wieder angeknüpft. Wir sagen „vorläufig“, weil das preußische Land in seinen demnächst zusammenkommenden Vertretern seine Meinung doch auch zu sagen hat. Die zusammentretenden Kammern werden der wahren Stimmung in den preußischen Landen zu doch bald den unzweifelhaften Ausdruck verleihen. (F.-P.-Z.)

Berlin, 14. Nov. Heute sind auf das ganze Heer der auch von der Presse mit größerer oder geringerer Verschärfung der Wahrheit aufgenommenen Gerüchte einzuhalten, beschränken wir uns folgende Gerüchte zu widerlegen, die geeignet sein dürften, auch den mehr Unterrichteten glaubhaft zu erscheinen und einer falschen Anschauung der obschwebenden Verhältnisse Raum zu machen: Der General Graf v. d. Groben hat sich als Hochstkommandirender der in und um Hessen stehenden preußischen Truppen nie in dem Falle zu besinden geglaubt, seine Entlassung als solcher einreichen zu müssen, und hat dies eben so wenig gethan, als die unter ihm kommandirenden Generale Zastrow und Radziwill und v. Bonin. Auch ist nie daran gedacht worden, daß Se. Kgl. Hoheit der Prinz von Preußen den Grafen v. d. Groben im Oberkommando ersetzen solle. — Die Ernennung des Ministers v. Manteuffel zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat in diesen Tagen hervor, vielleicht ist von derselben in unterrichten Kreisen weniger die Rede, als je zuvor. — Von den Unionsregierungen sind bis auf Schwerin und Baden nunmehr die Erklärungen, welche den preußischen Vorschlägen zustimmen, bei dem Fürstenkollegium eingegangen. (N. Pr. Z.)

Berlin, 14. Nov. Der Generallieutenant v. Radowitz, welcher unter dem 11. d. M. in die Reihe der activen Generäle zurückversetzt ist, hat einen unbefümmten Urlaub zu einer Reise nach England erhalten, um sich daselbst von den neuesten Fortschritten in der artilleristischen Technik und in der Construktion der eisernen Brücken zu unterrichten.

Jnowraclaw, 9. Nov. Wie ich soeben erfahre, ist aus Rußland ein Schreiben hier eingegangen, nach welchem die hiesigen Tscherkessen russischer Seite begnadigt sind und ihrer etwaigen Heimkehr Nichts entgegengestellt werden soll.

Schweiz.

Bern, 14. Nov. Der schweizerische Geschäftsträger in Paris soll die Entfernung des Bischofs Marilley von der Grenze gefordert haben, da französischer Regierung aber wenig geneigt sein, dem Ansinnen zu entsprechen. Louis Napoleon sei nicht gar gut auf den Bundesrath zu sprechen, weil dieser es unterlassen hat, ihn in diesen Sommer in Straßburg begrüßen zu lassen, und da es irgerweise hieß, es sei dies neulich bei Gelegenheit der Anwesenheit des Kaisers von Oesterreich in Bregenz geschehen, so habe der französische Gesandte in Bern neuerdings den Auftrag erhalten, sich beim Bundesrath über diesen verbrechen Unterschied zu beschweren. (Bost. Z.)

Amerika.

Die amerikanischen Blätter besprechen die Erhebung des Bischofs von New-Yort zum Erzbischof in einem Tone, der gegen den der englischen Blätter über die Wiederherstellung der katholischen Hierarchie in England sehr vortheilhaft absticht. Der neue Erzbischof wird wahrscheinlich diesen Winter selbst nach Rom reisen, um sich das Pallium zu holen. Ohne Zweifel sind auch die Bischöfe von New-Orleans und Cincinnati zu Erzbischöfen erhoben. Das erste Erzbisthum in den vereinigten Staaten war Baltimore, vor 2 Jahren kam St. Louis hinzu; anderem besteht noch im Distrikt Oregon das Erzbisthum Walla-Walla. — Pater Mathew kam am 23. Sept. zu St. Louis an, predigte in der Kathedrale und wollte in der Woche darauf das Mäßigkeitsvorsprechen abnehmen. Er hat in den vereinigten Staaten bisher an 250,000 Personen das Gelübde abgenommen, zu New-Orleans allein 14,000. — Aus Brasilien wird gemeldet, daß am 4. Sept. im „Journal du Commercio“ ein vom Kaiser unterzeichnetes, mit Zustimmung der Kammern erlassenes Dekret veröffentlicht ist, wodurch der Sklavenhandel verboten und für Sklavenhändler erklärt wird. Sklaven, die auf Schiffen gefunden werden, müssen auch einer Niederstallung außerhalb des Reichs gebracht werden; kein Brasilier darf sie in Dienst nehmen.

Vermischte Nachrichten.

Die „Ellen Anne“, ein londoner Handelsfahrzeug, hatte vorige Woche im britischen Kanal ein naturhistorisches interessantes Abenteuer. Es war trübes Wetter, bei frischem Wind, und der Kapitän saß ruhig in der Kajüte, als er ein potonatorigtes Getöse über sich hörte. Da man in diesen Gewässern von Seeraubern nichts weiß, so glaubte der Kapitän Anfangs, die Schiffsjungen hätten hinter seinem Rücken aus Mig ein Feuerwerk losgebrannt. Das war aber nicht der Fall. Er kam endlich, daß vier Deckplanken und den Zugen gerissen und stellenweise wie von Flintenkugeln durchbohrt waren; und die Löcher, 3 Zoll tief, waren so gebahrt, daß die Kugeln senkrecht aus den Wolken abgeschossen zu sein schienen; die Matrosen zeigten sich mehr oder weniger verletzt. Ein Meteorstein war gottgut und hatte das Deck bombarbirt. Solche Erscheinungen sollen im Mittelmeer nicht selten sein, in nordischen Gewässern war dieses Phänomen bisher nicht vorgekommen.

Neuestes.

München, 19. Nov. Laut Ministerialreskripts wurde die Bewilligung zur Einführung der bayer.

el me (Kaqnets mit Schweif) als Kopfbedeckung für die Landwehr nicht erlaubt.

§ Bischofsheim, 14. Nov. Der Webergeselle Michael Paul von Oberrieb hat gestern einer sich ihm zugesellten ledigen Weibsperson aus dem Badischen über die Saalbrücke in Hammelburg, zog seinen Rock aus, übergab ihn seiner Gesellschafterin zum Halten auf kurze Zeit, stürzte sich hierauf über die Brücke in die Saal, aus der er noch nicht aufgefunden ist. Die Ursache zu diesem Selbstmorde ist unbekannt.

Karlsruhe, 15. Nov. Den Seiten der kgl. preuß. Regierung ist soeben die Uebereinkunft vom 25. Mai d. J., als auch der Vertrag vom 12. Okt. 1849 wegen der Besetzung der Festung Rastatt gekündigt worden.

Aus Nassau, 13. Nov. Der zwischen dem Bischof und der herzogl. Regierung zu Wiesbaden wegen Einführung der Redemptoristen in Bornhofen entstandene Conflikt, welcher auch in den radikalen Blättern mit den grellsten Farben als ein Produkt der Uebergriffe einer immer mehr sich entfaltenden ultramontanen Partei darzustellen suchte, scheint dadurch beseitigt zu sein, daß das herzogl. Staatsministerium, die Rechtsverhältniß einer Ausweisung erkennend, dem Ansuchen der besagten Ordensmänner, sie wieder in den Besitz ihres Eigenthums zu setzen, welche zu dem Bündnisse vom 26. Mai 1849 gehören, beharrt; wir wollen auch ferner dabei verharren und unter keiner Bedingung die Zahl der Vertrags- und Wortbrüchigen vermehren! Will Preußen die deutsche Sache, will es sich selbst aufgeben, mag es auch die Schmach eines solchen Verfahrens allein tragen. Wir wenigstens wollen ihm hierzu durch seinen Vertragsbruch, durch treulosen Wankelmuth auch nur den geringsten Vorwand leihen. In der „Nass. Allg. Z." vom heutigen finde ich nun einen dem badischen Landtagsblatt entnommenen Artikel d. d. Karlsruhe den 7. November, worin es heißt: „In der gestrigen Kammersitzung erklärte der Minister v. Rüdt, daß die Regierung von Nassau gegen den Einmarsch preußischer Truppen protestirt habe." Ich stelle daher an die hergzgl. Regierungscommissäre die Anfrage: Ist es wahr, daß die herzogl. Regierung gegen den Einmarsch preußischer Truppen protestirt hat? und wenn sie ja sagte, diese Frage mit einem entschiedenen Nein beantwortet wird: Ist der herzoglichen Regierung bekannt, was den Minister eines befreundeten Staates zu Abgabe solcher unwahren Behauptungen veranlaßt hat? — Der Ministerpresident v. Wintzingerode antwortete sofort: Was die angeblichen Proteste der nassauischen Regierung gegen den Einmarsch preußischer Truppen betrifft, so werden die nächsten Tage das Gegentheil beweisen. Soviel der herzogl. Regierung bekannt ist, können bloß falsche Zeitungsnachrichten den badischen Minister zu jener Erklärung veranlaßt haben. Uebrigens wird die herzogl. Regierung stets bereit sein, daß der Einquartirung auf die Einwohner des Herzogthums so wenig als möglich belästigen wird.

Koburg, 12. Nov. Unsere Ständeversammlung, vor kurzem erst vertagt, ist durch Circularschreiben des Staatsministeriums behufs der Berathung wichtiger Angelegenheiten auf heute einberufen worden.

Meiningen, 14. Nov. Wie hier verlautet, hat die Mehrheit der Unionsstaaten uns so auch Meiningen, gegen das einseitige Beginnen Preußens, in Verzichtleistung auf die Union und das Parlament es gethan, gegen die freien Conferenzen, Protestation erhoben. Unsererseits liegt den betreffenden Regierungen weniger daran, die Union aufrecht zu erhalten, als Preußen fühlen zu lassen, daß sie keinen Löwenvertrag mit demselben abgeschlossen haben, welcher den Stärkeren berechtigt, nach Belieben über die Rechte anderer zu schalten. (L. D.-Z.)

Hamburg, 14. Nov. Die „Gefion" ist gestern von Cuxenhafen in Travemünde angekommen. Sie wird vom Kapitän Thatscher geführt. Auf derselben weht die preußische Kriegsflagge.

London, 11. Nov. Das katholische Blatt „Tablet" schleudert einen fulminanten Artikel gegen Lord John Russel wegen seines Briefs an den Bischof von Durham. Es bezeichnet ihn als den neuen Zwingherr Irlands, mit Anspielung auf den berüchtigten Katholikenverfolger dieses Namens unter Karl 2, der zuerst von der protestantischen zur katholischen, und dann von der katholischen wieder zur protestantischen Kirche übergetreten. Ebenso, meint das Journal habe Lord J. Russel früher, als er diese Hülfe des katholischen Irlands für seine Zwecke brauchte, mit O'Connell und den Katholiken geliebäugelt, um sie nun zu verraten und zu verfolgen.

Paris, 13. Nov. In der heutigen Sitzung der gesetzgebenden Versammlung, verlängerte der Präsident das Ergebniß für die Wahl des Vicepräsidenten. Es stimmende 358. Es erhielt General Bedeau 355 Stimmen und wurde zum Vicepresidenten ernannt.

Genf, 14. Nov. Das Ergebniß bei den Großrathswahlen am 11. d. ist wirklich so auffallend als unvorhergesehen. Der Radikalismus hat einen glanzenden Sieg über den Conservatismus errungen, denn von den exaltesten Landvolken — größtentheils ehemenerische und tuchtige Männer — wurde kein einziger zum Deputirten gewählt, ein Ostracismus wodurch der Großrath nun ganz aus Radicalen, der Regierung Ergebenen besteht und keine Opposition mehr hat. (L. Z.)

Stuttgart, 14. Nov. Ich muß Ihre Leser heute abermals vom Hrn. Fürsten Zeil unterhalten, der sich par tout in den Kopf gesetzt zu haben scheint, ein berühmter Mann werden zu wollen. Weil er in der Welt des Spiels Fiasco machte, so sucht er als Sylvio Pellico die Kerker zu ruhren. Als Vorläufer ohne Zweifel ist in den hiesigen Buchhandlungen eine Schrift eingetroffen, „Meine Grundsätze" betitelt, in der Neugierlichkeit der deutschen Buchhandlungen zu suchen ist. Deßhalb wurde sie auch in Schaffhausen dem Hrn. Fürsten zugewendet, und die deutschen Ringkämpfer mögen sich zu spät vor den Kopf schlagen, daß sie ein Geschäft hinausstießen, bei welchem ihr Schweizer College ansehnbar große Summen gewinnen wird, da Jedermann ungemein begierig sein wird, Alles das zum zweiten Mal zu lesen, was der Fürst am 18. Sept. benkwürdigen Andenkens in Tübingen zu seiner Vertheidigung gesprochen hat, um was man Länger und Breite im Merkur und Beobachter schon einmal lesen konnte. — Dieselbe erwähnte Schrift wurde von der hiesigen Stadtdirektion mit Beschlag belegt. — In der Vorrede sagt wenigstens der Hr. Verfasser selbst, der Inhalt der Schrift sei Nichts als seine Vertheidigungsrede, nur etwas weniger pikant. Auf Zureden von Freunden habe er nämlich verlegenste Stellen weggelassen, um dem Vorwurfe persönlicher leidenschaftlicher Gehässigkeit auszuweichen. Wie edelmuthig! und doch, sollte man es glauben, während den Hrn. Fürsten die edelsten Motive leiten, hört man von Seiten der Hrn. Fürsten aufsprechen, er habe die saure Linquante nur deßhalb so verbunnt, um die Gourmandise des Staatsanwalts nicht tuschern daruach zu machen. Der Fürst erklärt im Eingang seiner Rede, daß er gegen die Competenz des Gerichts, vor welches er gestellt sei, protestiren könnte; doch er protestirt nicht, da ihm die Richter, vor denen er stehe, die competentesten sind, — das Volk, und er stehe es als eine Belohnung dafur an, daß er vor Jahren allein in der Kammer der Standesherren für Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens sich aussprach, daß er vor diesen Richtern zu erscheinen habe. Wollte etwa der Fürst mit dem Wort „Belohnung" darauf hindeuten, daß Urdank des Volks Lohn sei? Einer der Hauptgründe, zu welchen sich der Fürst bekennt, ist folgender: „Nicht gegen, nein für das Volk muß die Aristokratie sein, wo immer das Volk im Recht ist; nicht dynastischen Zwecken muß der Adel sich hingeben, seine Stellung muß eine freie sein nach jeder Seite!" Sinder Gehorsam gegenüber der Dynastie schränkt ihn der Hauptgrund der Aristokratie zu sein. Wir denken, diesen Grundsatz habe nicht blos die Aristokratie, sondern jeder Bürger von ächtem Schrot und Korn, und die Hervorhebung dieser Pflicht als einer speziellen Adelspflicht (natürlich des auf Grundbesitz basirten Adels, denn der Hof- und Titularadel wird vom Fürsten mit stillschweigender Verachtung gestraft) klingt fast wie eine Anklage gegen die Standesgenossen oder gegen die Regierung, als ob diese blinden Gehorsam vom Adel gefordert oder auch nur erwartet hätte. Ersteres wollte der Fürst wohl nicht; wenn er Letzteres beabsichtigte, so gehörte diese Beschuldigung in die Kategorie ungegründeter Voraussetzungen, mit welchen sich die fürstliche Phantasie bemuhigt. (Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Mittelpreise tiefer Schranne vom 16. Novbr.
Weizen 13 fl. 20 kr. Korn 10 fl. 54 kr.
Gerste 8 fl. 56 kr. Haber 5 fl. 42 kr.

Frankfurter Cours.
Den 17. November 1850.

		Geld.	Papier.
Oesterreich	Banaktien	1090	1100
„	5% Metalliques	74½	74⅝
„	4% „	—	—
„	3½% „	—	—
„	3% „	39	—
„	4½% Bethmann	—	—
„	4% „	—	—
„	fl. 250 Loose v. J. 1839.	92	92½
„	„ 1834.	145	146
Preußen	3½% St. Schuld Scheine.	—	—
„	2101. 50 Prämien Scheine.	—	—
Bayern	3½% Obligationen	—	—
„	4% „	—	—
„	5% „	—	—
Württemberg	3½% „	80¼	80⅞
„	4% „	95⅛	95⅞
Baden	3½% „	—	—
„	fl. 35 Loose	30⅝	31
„	„ 50 „	50⅜	51⅛
Nassau	fl. 25 „	25½	25⅝
Hessen Darmst.	fl. 50 Loose	76½	77
„	„ 25 „	27	27½
Preuß.	fl. 300 „	—	—
Sardinien	Anl. 36 „	33½	34

Theater-Anzeige.
Dienstag, den 19. Nov. 1850.
Der Wirrwarr,
oder:
Der Muthwillige.
Lustspiel in 5 Akten von August Kotzebue.
Hierauf
zum Erstenmale wiederholt:
Große pantomimische Balletvorstellung.
Die Müller,
oder:
Das nächtliche Rendez-vous auf der Leiter.
Komische Pantomime in 2 Abtheilungen, arrangirt von Balletmeister Hrn. Jerwig-Lindor.

Gestorbene:
Den 17. November.
Ursula Wolf, 39 Jahr alt, Gärtnersfrau. — Karl Lohr, 63 J., Pfaßmajor.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrafhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 277. Würzburg, Dinstag den 19. November. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Würzburg, 19. Nov. Auf die erledigte 1. Assessorstelle des k. Landgerichts Kissingen wurde der 2. Landgerichtsassessor von Wolfach August Widermann befordert, und die Stelle eines 2. Assessors des k. Landgerichts Wolfach dem geprüften Rechtspraktikanten Philipp Fuchs aus Sachsenheim dermalen zu Kissingen, allerhöchst übertragen.

Die schleswig-holsteinische Frage.

Die drei Mächte verlangen dringend und einmüthig, daß der Friede in den nordalbingischen Herzogthümern hergestellt werde, Bei der entschiedenen Unmöglichkeit, welche sich von Seite der Statthalterschaft kundgibt, kann dieser nur auf einer von zwei Weisen herbeigeführt werden: durch das Einschreiten des deutschen Bundes oder durch das Einschreiten der drei Seemächte. England hat ein in die Augen springendes Interesse, jede Intervention von Seite Rußlands und Frankreichs hintanzuhalten, und es vermag dieselbe das nicht anders zu verhindern, als indem es sie überflüssig macht. Die englische Politik erfordert es gebieterisch, daß die holsteinischen Angelegenheiten durch die deutschen Mächte allein geordnet werden. Preußen allein kann und will die schleswig-holsteinische Frage nicht in die Hand nehmen. Der deutsche Bund kann es thun und will es thun. Rußland wird gewiß durch seinen in Frankfurt accreditirten Gesandten eifrig daran mahnen, daß der deutsche Bund innerhalb seines Gebietes seine Pflichten erfülle. Es wird England und Frankreich als Mitunterzeichner des Londoner Protokolls, von den Schritten benachrichtigen, welche es in Frankfurt behufs der Pacification Schleswig-Holsteins vornimmt, und die letztern Mächte werden sich nicht einem Vorgehen des Bundes in Sachen der Herzogthümer feindlich entgegenstellen können, noch irgend eine Maßregel billigen dürfen, welche Preußen sich veranlaßt sehen sollte, zur Vereitelung der Absicht des Londoner Protokolls zu ergreifen. Rußland will nicht mit Preußen gemeinsame Sache machen. Frankreich wird es aus vielen Ursachen nicht thun. England aber kann es nicht, selbst wenn es wollte, weil Preußens Verhältniß zu den Herzogthümern seinem Verhältniß zu denselben schnurstracks entgegengesetzt ist. Die Verordnung des Fürsten Gortschakoff in Frankfurt muß die Entschließungen des englischen Cabinets bezüglich der jetzt in Deutschland obschwebenden Fragen beschränken, und wir würden uns gar nicht darüber wundern, wenn England in diesem Momente in Berlin eine Rolle spielte, die während der letzten Jahre seinem Cabinete sehr fremd geworden: die des Friedensstifters. Die Lage der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten und die Verbindlichkeiten, welche England bezüglich derselben gegen Frankreich und Rußland eingegangen ist, muß es jetzt wünschen lassen, daß es zu seinem Bruch zwischen Oesterreich und Preußen komme. Aber wir glauben sogar, daß unabhängig von den hämisch-feindseligen Verwickelungen, England einen Krieg in Deutschland nicht wünschen kann. Die Schwächung Deutschlands zum Vortheile von Rußland und Frankreich, wozu derselbe doch führen müßte, ist zu sehr gegen das britische Interesse; und auch die Gefahr, in einen neuen Continentalkrieg verwickelt zu werden, konnte hierdurch für England erwachsen. Nichts aber ist dem Theile des englischen Volkes, welche die politische Macht in Handen hat, verhaßter als dieser Gedanke. Die Engländer haben es längst erkannt, daß ein Krieg auf dem Kontinente ihnen gar nichts einzubringen vermag, als den Verfall ihrer Industrie und ihres Handels und die Vermehrung ihrer Schuldenlast. Kein Ministerium vermochte sich bei der jetzigen Stimmung in jenem Lande zu halten, welches England in die Lage brächte, an einem Kriege auf dem europäischen Festlande Theil nehmen zu müssen.

Deutschland.

München, 17. Nov. Wie man in militärischen Kreisen vernimmt, haben einige Generalstabsoffiziere Befehl zur Bereitschaft erhalten, um beim Stabe in das vormierende I. Armeekorps einzutreten. — Wegen Mangel an Raum in den Kasernen sollte heute das 3. Bataillon des Infanterieregiments „Kronprinz“ nach Fürstenfeldbruck mit der Eisenbahn abgehen. Dasselbe war bereits im Kasernenhofe zum Abmarsch aufgestellt, als plötzlich Gegenordre gegeben wurde. Jene Mannschaft, welche nun nicht mehr Platz in den Kasernen findet, soll auf Dach und Fach in der Stadt einquartiert werden, womit heute bereits der Anfang gemacht wurde. — Heute kam unvermuthet an das hiesige Quartieramt die Weisung, für 1500 Mann auf unbestimmte Zeit, jedoch ohne Verpflegung, Quartier bei den hiesigen Bürgern zu bestellen. Diese Mannschaft, theils vom Inf.-Leibregiment, theils vom 2. Inf.-Reg. Kronprinz, mußte die Kasernen aus dem Grunde räumen, um den einberufenen Beurlaubten und Konskribirten Platz zu machen. Sämmtliche Studirende hiesiger Universität, welche militärpflichtig sind, wurden von ihren betreffenden Behörden zur schleunigsten Stellung bei ihren Korps einberufen. — Gestern wurde Dr. Dr. A. Buddeus nach einer polizeilichen Anordnung aus hiesiger Stadt verwiesen. — Dem Redakteur des „Eilboten“ Herrn Gottbelf, wurde heute von der Polizei die nun, nach dreimaligen Universitätsstudien und Examen nöthige Aufenthaltserlaubniß verweigert.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Fulda, 16. Nov. Nach den verschiedenen Dislokationsveränderungen, welche in den letzten Tagen in dem Bundeskammercorps unter dem Oberbefehl des Fürsten von Thurn und Taxis vollzogen worden, cantonirt dasselbe nun in angemessener Aufstellung den Preußen gegenüber, von welchen es eine über Hasselstein, Eiterselb und Rotenkirchen gezogene Linie schiedet, welche nach Ueberreinkunft vorerst kein Theil überschreiten soll. Die Bundestruppen sind nicht bis an diese Linie gerückt, sondern haben ihre Vortruppen zu Burghaun und Gruben, 1 bis 1½ Stunde jenseits Hünfeld aufgestellt, wo die Commandanten der Vorhut General von Heilbronner und der ersten Division Generallieutenant von Damboer ihre Hauptquartiere haben. Der Commandant der zweiten Division, Generallieutenant von Peucker, hat das seinige zu Marbach, rückwärts Hünfeld gegen Fulda. In letzterer Stadt bleibt das Hauptquartier des Commandirenden und des Bundescommissärs. Weiter rückwärts stehen die Truppen nur noch bis Löschenrod. Das ganze Corps ist also auf den kleinen Raum von 6 bis 8 Stunden im Gevierte concentrirt, nördlich die Burghaun und Gruben, westlich bis Salzschlirf, Großenlüder und Hasenfeld, südlich bis Löschenrod, östlich bis Gotthards- und Friesenhausen. In zweiter Linie schließt sich unmittelbar das vorarlbergische Corps des F.M.L. Baron Legeditsch an letzteres an, welches heute und morgen nach Brückenau, Schlüchtern und vorwärts bis gegen Löschenrod rückt. Eine so starke Streitmacht, daß sie diese arme Gegend ohne schleunigste Errichtung von größeren Magazinen nicht erhalten kann. F.O.P.S.

Kassel, 17. Nov. Man erwartet hier den Civilcommissär des Bundestruppen mit Bestimmtheit im Laufe dieser Woche noch zurück. Der, laut Sr. k. Hoh. der Kurfürst mit den Kurfürstlichen Farben zu gleicher Zeit eintreffen werde. — Das kurfürstliche Schloß zu Rotenburg ist zur Aufnahme des Fürsten von Thurn und Taxis und des Civilcommissärs in Bereitschaft gesetzt. K.Z.

Hanau, 17. Nov. Briefe aus Hanseln vom 16. d. M. schildern die Verwüstungen, welche im Fuldaischen von den abgezogenen Preußen an Waldungen, Obstbäumen, Zehnten, Gebäulichkeiten rc. angerichtet worden, und bemerken hiezu, daß unterm 15. eine Aufforderung von den Behörden an die Beschädigten ergangen sei, durch vereidigte Taxatoren den Schaden ermitteln zu lassen, um ihn seiner Zeit an Preußen liquidiren zu können. — Am 15. war aus dem preußischen Lager in Hersfeld ein Parlamentär bei den Bundestruppen in Hünfeld angelangt. Derselbe soll, wie man hört, die Nachricht überbracht haben, daß preußischen Seits weder dem Durchmarsch durch Hersfeld, noch den Einmarsch der Bundestruppen in Kassel ein Hinderniß werde bereitet werden. — In Hünfeld und der dortigen Umgegend ist die Autorität des Kurfürsten noch allen Seiten hin, diesem Briefe zufolge, wieder hergestellt, die Steuern werden willig eingezahlt und die Burrau's der Rentmeister und Erheber sind von Morgens bis in die Nacht von Steuerzahlenden überfüllt. (K. Z.)

Aus dem Hanuthale, 17. Nov. Seit dem 13. l. M. ist die Vorhut der Bundestruppen bis in das Haunthal vorgerückt. Die am weitesten vorgeschobene Spitze hat den Flecken Burghaun, — eine Stunde von Hünfeld, an der Straße nach Hersfeld — besetzt, während sich das Hauptquartier derselben mit dem Kommandeur, Generalmajor von Heilbronner, zu Hünfeld befindet. Die zu Burghaun liegenden Truppen bestehen aus einer Schwadron königl. bayer. Chevauxlegers vom 6. Regimente, und zwei Kompagnien Schützen des königl. bayerischen 11. Infanterie-Regimentes. — Sowohl die militärische Haltung der

Bundestruppen, als auch ihr sonstiges Benehmen namentlich ihrem Quartiergeber gegenüber, hat allenthalben einen guten Eindruck gemacht und bedeutenden Gerüchte, die aber dieselben durch unsere schlechte Presse, — namentlich die Korrespondenz-Artikel der Neuheissischen Zeitung aus Fulda, verbreitet worden waren und die unter unserm Landvolke manche Besorgnisse erregten, haben dadurch ihre thatsächliche Widerlegung gefunden. Besonders lobend hervorzuheben ist das sehr anerkennenswerthe Verhältniß, das zwischen den Offizieren aller Grade statt findet, die humane Behandlung, welche die Vorgesetzten ihren Untergebenen angedeihen lassen, und die kindliche Anhänglichkeit und Zuneigung, welche die gemeinen Soldaten und Unteroffiziere gegen ihre Offiziere hegen. Wann das weitere Vorrücken nach Kassel Statt finden wird, ist bis jetzt noch ungewiß. Möglich, daß wegen der immer noch drohenden Haltung der Preußen, welche die Strafe von Bacha bis Hersfeld, und die Orte des Haunthales bis auf 2½ die drei Stunden von Hünfeld besetzt halten, abgewartet werden soll, bis das Bundesheer mehr concentrirt sein wird. Das Wahrscheinlichere aber ist, daß in Hoffnung der Erhaltung des Friedens noch nicht aufgegeben ist, und man bei den obschwebenden diplomatischen Verhandlungen in der Kürze einer friedlichen Beilegung entgegensieht. — So kampfesmuthig auch die Bundestruppen sind, so sehr wünschen sie doch auch, daß Preußen einlenken und nicht einen deutschen Bruderkrieg anfstiften möge, dessen Folgen für Deutschland so Verderblich auf Jahre dem Rhine nahe bringen würden.

— Die Steuern sind hier allenthalben für die Zeit vom Monate Julius l. Js. zur Erhebung ausgeschrieben worden. Niemand weigert die Zahlung. Die Landrente beklagen sich nur darüber, daß ihnen die Steuern, zu deren Zahlung sie immer bereit gewesen, nicht früher abgenommen worden seien, da so ohne Zweifel eine Niederlage möglich sei. Die Gelderheber von zwei Gemeinden des Rentereiherzirks Burghaun erschienen alsbald, als sich das Gerücht verbreitete, die Steuern sollten erhoben werden, unaufgefordert bei dem Rentbeamten zu Burghaun und lieferten die Steuern vom Monate Julius bis einschließlich November, welche von den gesetzlichen Terminen regelmäßig fortgezahlt worden waren, als Hierdurch erhält die von der gothaischen und demokratischen Presse unseres Landes in so vielen Zeitungsartikeln, welche im Auslande sinnschriftlich unserer Angelegenheiten Begriffsverwirrung hervorgebracht, — gepriesene wardige Haltung des Volks seine nöthige Deutung. Das Volk selbst hat an der ganzen Bewegung gar keinen Antheil genommen und die Ursachen und Wirkungen derselben waren ihm gänzlich unbekannt. Sein anfangsganger guter Verstand lehrte es die richtige Auslegung der Verfassung, daß Steuerverweigerung, als mit dem thätlichen Angriffe auf den Fortbestand des Staates identisch und zu demselben Ziele führend, nicht nur nicht dem Zwecke der Verfassung entspreche, sondern sogar verfassungswidrig sei. — Gebe nur Gott, daß die Anschuldigen nicht für die Sündigen büßen müssen. Die Concentrirung so bedeutender Heeresmassen in unserer Gegend, die schon seit 14 Tagen anhaltende ständige Einquartierung der verschiedenen Truppen, das dadurch verbrgeschobene Aufsehren sämmtlicher Feldarbeiten und Fuhrgen, das Herannahen des Winters — sind Beförderten, daß die Noth in unserer ohnehin nicht reichen Gegend einen fürchterlichen Grad erreichen würde. (K. Z.)

Hersfeld, 15. Nov. Nach Abgang meines heutigen Berichts erfahre ich so eben, daß ein Waffenstillstand auf unbestimmte Zeit mit einer bedeutenden 24stündigen Kündigungsfrist abgeschlossen ist. Die zwischen hier und Bacha stehenden preußischen Truppen sollen nun mehr ausgedehnt werden und zwar auf der Alsfelder Straße rechts und links bis Niederaula und Hattenbach hin; auf der Homberger Straße bis Obergeis; auf der fuldaer Straße bis Neukirchen und Rhina, auf der Kasseler Straße bis Breitenbach, und endlich bis nach Eisenach hin. Hier in der Stadt bleibt General v. Tiezen mit einer Brigade, ein Bataillon des 6. Jäger-Reg. und die Artillerie. (K. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 13. Nov. Die dänischen Offiziere sind sämmtlich aus der Armee getreten, und eine Anzahl anderer hat gleichfalls ihren Abschied gefordert, der jedoch meistens nicht bewilligt worden ist. Mit erwarten hier jeden Tag einen Bundes-Commissär und in friedliebenden Kreisen rechnet man darauf, daß die Statthalterschaft diesen wohl einigen Gehor geben dürfte. Allmählig fängt man denn jetzt auch hier an einzusehen, daß die Sache ihrem Ende entgegengeht und daß es sich eigentlich nur noch darum handelt, wie die Führer hier sich mit Ehren zurückziehen können. Der Zeitpunkt dazu dürfte aber gekommen sein, wenn der Bundes-Commissär die Folgen eines längern Widerstandes darlegt.

Hamburg, 14. Nov. Die „H. N.“ veröffentlichen das Schreiben des Grafen von Thun-Hohenstein an die Statthalterschaft der Herzogthümer vom 30. v. M. Dasselbe lautet: „Durch den in beglaubigter Form anliegenden Extrakt des Protokolls der Bundesversammlung vom 3. Okt. d. J. gibt der kais. öster. präsidirende Gesandte der deutschen Bundesversammlung der Statthalterschaft die Kenntniß von der, Seitens des deutschen Bundes erfolgten Ratifikation des zwischen Seiner Majestät dem König von Preußen im Namen desselben und Seiner Majestät dem Könige von Dänemark, Herzog von Holstein und Lauenburg am 2. Juli d. J. abgeschlossenen Friedenstraktates. Aus dem ferner anliegenden beglaubigten Protokoll-Extrakte vom 25. Okt. wolle Dieselbe ersehen, wie es der Wille der Bundesversammlung ist, diesen Friedensvertrag zur wirklichen Ausführung zu bringen und ferneres Blutvergießen in dem Bundeslande Herzogthum Holstein nicht zu dulden. — Nachdem nunmehr laut dem gleichfalls abgeschlossenen Protokoll vom 26. d. M. die Auswechselung der Ratifikationen stattgefunden hat, so ist der Zeitpunkt eingetreten, wo der in dem Bundesbeschlusse vom 25. M. bezeichnet ist, und welcher es der Bundesversammlung zur Pflicht macht, dafür Sorge zu tragen, daß der Frieden zur Wahrheit werde. Wenn die Bundesversammlung in der, der Ratifikation des Friedensvertrags inserirten Verwahrung sich selbst und Holstein als die Rechte wahrte, welche aus den Verhältnissen dieses Herzogthums als Bundesland fließen und hierauf den bei Fassung des Bundesbeschlusses vom 17. Sept. 1846 eingenommenen Standpunkt festhält, so muß sie auf der andern Seite auch ihre in dem Hauptzweck der Bundes und positiven Anordnungen der Bundesgesetze begründete Pflicht erfüllen, die Ruhe im Bundesgebiet und die gesetzlichen Beziehungen dieses Bundeslandes zu seinem rechtmäßigen Landesherrn wieder herzustellen. Der Unterzeichnete gibt sich der festen Ueberzeugung hin, daß die Statthalterschaft als faktisch noch bestehende oberste Landesbehörde die Bundesversammlung in diesem Bestreben kräftig unterstützt und den Bundesbeschluß vom 25. Okt. ohne Verzug in Ausführung bringen werde. Die Bundesversammlung hat die begründetste Ursache anzunehmen, daß auch königl. dän. Seits alle Maßregeln getroffen werden, um eine Störung der Waffenruhe zu vermeiden. Gegenwärtigem Erlasse wird in Kurzem ein Bundescommissär nachfolgen, welcher beauftragt werden wird, für Vollzug des Bundesbeschlusses vom 25. Okt. zu sorgen, denselben zu überwachen und zugleich im Einvernehmen mit dem Landesherrn an den Einleitungen und künftigen Verhandlungen Theil zu nehmen, durch welche die staatlichen Verhältnisse Holsteins in einer den Rechten und Interessen dieses Bundesstaates und des Bundes selbst entsprechenden Weise zu ordnen sein werden. Die Statthalterschaft wird, ohne daß es weiterer Auseinandersetzung bedarf, den Stand der Angelegenheit und ihre eigene Verantwortlichkeit richtig zu würdigen wissen. Sie wird daher erkennen, daß es an ihr ist, friedliche Gesinnungen zu bethätigen und jedenfalls fernere Angriffe Seitens der holsteinischen Armee und dadurch aufgeregte Blutvergießen zu verhindern. Nur dies kann der Weg sein, auf dem die Fürsorge der Bundesversammlung für die Interessen des Bundeslandes einen Erfolg haben kann. Die Nichtbefolgung der Anordnungen des Bundes müßte diesen Erfolg nicht erschweren, sondern auch unausbleiblich die Maßregeln herbeiführen, deren die Bundesversammlung vor Allem überhoben zu sein wünscht, zu denen sie aber nach den Grundgesetzen des Bundes dem legitimen Landesherrn Holsteins, dem Bundesfürsten und dessen Benollierung selbst und auch als Organ des deutschen Bundes, diesen in seiner Eigenschaft als europäischer Großmacht verpflichtet ist. Frankfurt 30. Okt. 1850. Im Namen des deutschen Bundes. Der kais. öster. präsidirende Gesandte der deutschen Bundesversammlung. (gez.) Fr. Thun.

Karlsruhe, 46. Nov. Heute kam das neue Vereinsgesetz in der zweiten Kammer zur Berathung. Die Vorschläge der Commission, die sich im Wesentlichen nur wenig von dem früher ausgezogweise mitgetheilten Regierungsentwurf entfernten, wurden größtentheils angenommen. Die auffallende Bestimmung der Regierungsvorlage, welche den Ausschließungen der in den Kammerlungen abgetretenen Polizeibeamten die Beweiskraft öffentlicher Urkunden zuerkennt, war übrigens nicht in den Commissionsentwurf aufgenommen worden. (K. Z.)

Dresden, 14. Nov. Es ist hier folgender Aufruf erschienen: In der in der neuesten Zeit eingetretenen politische Krisis erfordert große Opfer zum Besten unseres Vaterlandes, um nicht die drückendste Lage geraten, diejenigen zum Dienst einberufenen Kriegsreservisten, welche, Frau und Kinder in ihrer Heimath zurücklassend, nur mit schwerer Sorge diese theure Pflicht erfüllen können. In dieser Noth zu helfen, erscheint jetzt als dringender Beruf, und es haben sich daher Unterzeichnete vereinigt, um durch freiwillige Beiträge zur Unterstützung derartiger Kriegsreservisten und ihrer Familien zu sammeln und den Ertrag an das Kriegsministerium mit der Bitte um zweckmäßige Verwendung zu übergeben, sondern auch Beiträge anderer Vaterlandsfreunde für den erwähnten Zweck und zur Ueberreichung an die genannte Behörde anzunehmen. Sollten mit der gleichen Gabe Ehrenzeichen verbunden sein, so ersuchen sich jeder der Unterzeichneten, solche anzunehmen und getreulich zu berechnen. Johann, Herzog von Sachsen. Alban Graf Schönburg. Graf Einsiedel-Wolkenburg. Frhr. v. Friesen-Rötha. E. v. Heimb. Dr. Harleß. C. R. Graf Einsiedel-Reibersdorf. Frhr. v. Schönberg-Bibran. v. Schönberg-Purschenstein. v. Erdmannsdorf. v. Nostitzhan. v. Posern. Frhr. v. Gablenz-Stauchitz. v. Oeynhausen. Wimmer. v. Carlowitz. v. Cadby v. Könneritz. v. Römer. v. Miltitz. v. Nostitz-Wallwitz. v. Metzsch. Müller C. v. Polenz. v. Schönfeld. Starke. v. Biederwald. Gottschalk. Löhr. (Größtentheils oder ausschließlich Mitglieder der ersten Kammer.)

Dresden, 16. Nov. In dem Augenblicke, als man den Urheber des Attentats beigrgt, esh der Telegraphendraht zwischen Sachsen und dem mit ihm verbündeten Bayern an mehreren Stellen, und man brauchte mehrere Tage, um diese Stellen aufzufinden und auszubessern. Zu nicht nur die von Leipzig nach Bayern, sondern auch die von Dresden nach Böhmen führenden Leitungen der Staatstelegraphen wurden an verschiedenen Stellen zerstört. Das Finanzministerium setzt durch Bekanntmachung vom gestrigen Tage auf Entdeckung des Urhebers dieser Zerstörung eine Prämie von 300 Reichsthalern und bemerkt ausdrücklich, die Zerstörung sei in einer Weise erfolgt, „welche an der verbrecherischen Absicht der Thäter nicht zweifeln lasse.“

Digitized by Google

Luxemburg, 7. Nov. Heute fand eine lebhafte und stürmische Sitzung unserer Kammer statt. Es wurde nämlich eine Interpellation an die Regierung gerichtet, ob der Papst wirklich beabsichtige, den Monsignor Laurent nach Luxemburg zurückzusenden und ob die Regierung ihre Zustimmung dazu geben würde. Herr Willmar sah sogleich die verlangten Erklärungen, die darin bestanden, daß die Regierung jetzt mit Rom in Unterhandlungen stehe. Nun wurde sogleich die folgende Tagesordnung auf das Bureau niedergelegt, über welche die Versammlung sogleich berathschlagte: „Nach Anhörung der Erklärungen der Regierung erklärt die Kammer hiermit gegen die eventuelle Rückkehr des apostolischen Vikars Laurent sowohl für sich, als selbst bei der Aufsicht auf ein abgeschiedenes Conventsgut zu protestiren, und geht hinsichtlich der an die Regierung gerichteten Interpellation zur Tagesordnung über."

Wien, 13. Nov. Se. Maj. der Kaiser hat mit Befehlschreiben vom 6. d. M. den k. k. Rittmeister Karl Fürsten v. Liechtenstein zum kaiserl. Adjutanten ernannt. — Die Leiche Sr. k. k. Hoheit, Erzherzog Ferdinand Este, ist heute in der schwarzen Ueberzogenen Burgkirche beim herkömmlichen Gepränge aufgebahrt. Morgen Nachmittags findet das feierliche Leichenbegängniß statt. — Seit 1. d. M. wird beinahe tägtch Militärrath gehalten, welchem Se. Maj. der Kaiser präsidirt, und FZM. Radetzky, der Kriegsminister und die Generals-Adjutanten des 4 ob. Armee-Oberkommandos beiwohnen. In diesem Militärrathe werden alle wichtigen, die Armee betreffenden Gegenstände berathen und zum Beschlusse gebracht. — Demnächst soll hier eine große militarische Feierlichkeit stattfinden, welche einige Aufmerksamkeit mit jener haben wird, welche der Kaiser von Rußland bei seiner Anwesenheit veranstaltet hat; bei dieser Gelegenheit soll Feldmarschall Radetzky den Truppen als Herzog von Custozza und Novara genannt werden. — Der hiesige hohe Klerus, den Herrn Fürst-Erzbischof Eduard Milde an der Spitze, machte vorgestern dem Feldmarschall Grafen v. Radetzky eine Aufwartung. (Z. C.)

Berlin, 14. Nov. Die „Deutsche Reform" setzt in ihrem letzten Abend-Leitartikel in Bezug auf die angeblichen Zugeständnisse Oesterreichs die Spiegelfechterei mit den Worten „freie Conferenzen" und „freie Unirung" fort, ohne ihr Publikum darüber aufzuklären, daß sie unter diesen Worten heute etwas ganz anderes verstehen muß, als sie früher darunter verstanden hat. Der absichtlichen Entstellung und Verdrehung der Sachlage gegenüber, wie sie von der Berliner Presse tagtäglich und unermüdlich vorgenommen wird, bleibt uns nichts übrig, als eben so unermüdlich in unserer Berichterstattung ja fein: beschiedene Conferenzen hat Oesterreich nicht zugestanden, sondern nur vorläufig berathende und verständigende; das Prinzip der freien Unirung hat Oesterreich nicht anerkannt, soweit es nicht schon in Artikel XI. der Bundesacte bei richtiger (nicht preußischer) Interpretation bestehen enthalten ist. Wenn aber die „Deutsche Reform" nur irgend andeutlich sagt, aber doch durch eine geschickte Anordnung ihres Gedankenganges bei jedem unbefangenen und minder mißtrauischen Leser die Meinung zu erwecken sucht, Oesterreich habe die Forderung der Anerkennung des Bundestages als des zu Recht bestehenden Organs über den deutschen Bund gänzlich aufgegeben, so ist das eine der gewöhnlichen Manöver dieses Blattes. Daß während der Dauer der freien Conferenzen, in welchen man sich eben vorläufig über die Modalitäten des Beitritts Preußens zum Bundestage und der nur von diesem vorzunehmenden Berfassungsrevision verständigen will, Oesterreich auch Tag für Tag in Preußen bringen wird, den Bundestag anzuerkennen und an seinen mittlerweile zu fassenden Beschlüssen Theil zu nehmen, liegt in der Sache selbst. So lange man sich über eine schwierige Frage zu verständigen sucht, sieht man nicht ihre Spitze heraus. Mögen aber nun die freien Conferenzen zu einer Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen in den materiellen Fragen führen oder nicht, in dem einen wie in dem andern Falle wird die unanfechtbliche feste formelle Forderung Oesterreichs an Preußen immer wieder die sein: Anerkennung des Bundestags.

Berlin, 16. Nov. Wie wir hören, ist die Disposition der Truppen nunmehr schleunigst getroffen. Die sogenannte Disarmee wird Schlesien zum Kriegsschauplatz haben, auch drei Armeekorps stehen, wovon das erste und zweite gehört, und von Sr. Majestät dem König persönlich besehligt werden. Die sogenannte Reservarmee wird aus dem Garde-Armeekorps und aus dem dritten und vierten Armeekorps bestehen, Westphalen und die Rheinprovinz zum Kriegsschauplatz haben und von dem Prinzen von Preußen besehligt werden. Der Rest der Armee wird unter den Befehlen des Generals v. Wrangel in Thüringen und Sachsen operiren. — Die Landwehr-Kavallerie zweiten Aufgebots war bisher bekanntlich nicht zur Einberufung bestimmt, ist aber jetzt ebenfalls mobil gemacht. (Konst. Z.)

Frankreich.

Paris, 14. Nov. In einem hiesigen hohen Cirkel, wo besonders die russischen Diplomaten sich oft bewegen, erzählte man unlängst, die vom „Journal des Debats" gegebene Nachricht, Kaiser Nikolaus hatte sich geweigert, während seines letzten Aufenthaltes in Warschau den Besuch des Königs von Preußen zu empfangen, wäre ganz authentisch. Als nämlich die Kaiserin von Rußland in Warschau ankam, schrieb ihr der König von Preußen, um seinen devotesten Besuch ihr zu melden. Die Czarin bereite sich, ihrem Gemahl davon in Kenntniß zu setzen, der sogleich seinen Hofjäger nach Warschau zurückschickte, um der Kaiserin einen Brief zu überbringen, worin es unter anderm hieß: „Sie (die Czarin) wäre frei, ihren Bruder zu empfangen, wenn sie es wünschte; jedoch, da der Czar selbst binnen 15 Tagen in Warschau einzutreffen gedächte, möchte sie dem König von Preußen zu lesen, der seine Reise nach Warschau so einzurichten, daß er schon wieder von dort abgereist wäre, wenn der Kaiser seine Gemahlin eingeholt hätte." — Gerade die falschen Deutungen, welche die Berliner Blätter dem Zusammentreffen des Kaisers Nikolaus mit dem Prinzen von Preußen in Warschau zu geben suchten, sind Ursache, daß der Czar jetzt die vom König von Preußen gewünschte Zusammenkunft entschieden abgelehnt hat. Kaiser Nikolaus hätte nicht anders können, als seinen Schwager persönlich gut zu empfangen, was dann zu den übertriebensten Commentaren der kleinwinkischen Preße Anlaß gegeben hätte. Der Czar mag nicht leiden, daß heutzutage, wo öffentliche Meinung Deutschlands über die Haltung der russischen Politik in der deutschen Frage zu beirren. Auch der viel besprochene Tadel in französischer Sprache, welchen preußische Blätter dem Czar bei dem Gastmahl in Warschau, zu welchem General Brandenburg mit mehreren preußischen Offizieren gezogen wurde, in den Mund legen, wird von den Russen, welche den hiesigen Salon der Fürstin Lieven besuchen, rein in Abrede gestellt, und dabei als Beleg angeführt, daß der Kaiser Nikolaus, der vortrefflich deutsch spricht, gewiß nicht vor preußischen und russischen Offizieren in französischer Sprache einen Trank ausgebracht hätte, welcher einer deutschen Armee gelten sollte.

Dem „Gazo" meldet man aus Paris: Die polnische Emigration in Frankreich ist großtentheils in einem sehr elenden Zustand, jede Sympathie der Franzosen für die polnische Nation und ihre Emigration überhaupt ist gänzlich erloschen, und Niemand zeigt nur noch Pole zu sein, um seinen Erwerb zu verlieren. Diese Abneigung zeigt sich nicht nur bei den Einwohnern, sondern auch bei der französischen Regierung, welche die Polen nach und nach aus allen Aemtern zu verdrängen sucht. Von den bei Wegund Brückenbau-Direktionen angestellten Polen sind bereits zwei Drittel entfernt. In Paris ist die Zahl der im Staatsdienste stehenden Polen bereits bis auf vier reduzirt. Am schlimmsten ergeht es den Emigranten, die kein Handwerk oder keine Kunst verstehen; mit solchen ist es so weit gekommen, daß sie sich nicht mehr ihre Subsistenzmittel verschaffen können und daher nach den Vereinigten Staaten auswandern müssen. In Neu-Orleans sanden die Polen eine willige Aufnahme und auch ununterbrochene Beschäftigung. Die Berichte aus der Türkei lauten über die neue Emigration nicht günstig. Mehrere sind bereits entlassen die türkischen Regimenter, weil sie sich nicht schön hielten, die von der Commission vorgeschriebene Prüfung abzulegen. Die Polen zu Schumla sind ganz unthätig. In fanatischem Anfalle beschlossen sie, ihren Commandanten Koscielski anzuklagen, welcher schandliche Attentat nur durch die Dazwischenkunft des englischen Gesandten auf friedliche Weise verhindert worden. Seit der Abreise der Gräfin Batthyani nach Konstantinopel herrscht dort die größte Einformigkeit. In dem gastlichen Hause der Gräfin war für allerlei geselige Unterhaltung gesorgt. Kossuth's Gemahlin trägt heute weniger zur Geselligkeit bei, denn ihr stolzes Benehmen stößt Jeden von ihr zurück.

C Paris, 16. Nov. In der heutigen Sitzung der gesetzgebenden Versammlung reichte der Finanzminister Fould zwei Gesetzentwürfe ein: 1) zur Regelung resp. nachträglicher Bewilligung mehrerer von Präsident der Republik während der Vertagungszeit eröffneter Kredite im Betrage von 1,659,000 Fr.; 2) über den Rückkauf der Aktien der Gesellschaften der vier Kanäle und des Rhone-Rhein-Kanals. Der Minister verlangt die Dringlichkeit, welche nach kurzer Erörterung bewilligt wird. Ein weiterer Gesetzentwurf von 300,000 Fr. und mehrere Berichte über andere Commissionen werden ebenfalls eingereicht, der wichtigste derselben betrifft den Handelsvertrag zwischen Frankreich und Sardinien, für den die Debatte auf Montag den 18. d. M. anberaumt wird.

Neuestes.

⊙ Haßfurt, 14. Nov. Heute früh 7 Uhr hat sich der Irrsinn Wolf Bracher, Schnittwarenhändler aus Zeil aus seinem Hause entfernt, und sich nach vorheriger Entkleidung eine halbe Stunde von Zeil entfernt in den Mainstrom gestürzt, in welchem er auch ertrunken ist. Geistesschwäche soll die Ursache dieser Selbstentleibung sein. Der Verunglückte hinterläßt 3 Töchter und ein bedeutendes Vermögen.

Von Hrn. Generallieutenant v. Lesuire ist dem „N. Cor." folgende Zuschrift als Berichtigung einer kürzlich in der „Allg. Z." enthaltenen, seine Person betreffenden Nachricht zugekommen: „Meine angeblich aus Gesundheitsrücksichten nachgesuchte Pensionirung ist zur Zeit Erfindung irgend eines müßigen Kopfes, und wird die militärischen Bewegungen der mir anvertrauten Division anbefangt, so hat dieselbe die ihr geworbenen höheren Befehle uns Aufgaben pünktlich vollzogen. Hiernach sollen unter meinem Kommando über die gleichzeitige Besetzung von Fulda und Hanau durch angeblich an der Rhön versammelt gewesene Truppen ꝛc. in sich selbst zusammen. Generallieutenant v. Lesuire."

In Folge der Flucht Kinkels aus Spandau sind jetzt Untersuchungen Zuchthausstrafe wegen Verdachts der Beförderung verhaftet worden. Bei einem verhesteten fand man bei der Haussuchung baar 150 Stück Doppel-Friedrichsd'or und ein noffes Seil. In der Nacht der Flucht herrschte starkes Regenwetter. (N. Pr. Z.)

Karlsruhe, 16. Nov. Kraft hat die Redaktion der Karlsruher Zeitung wieder, weil wohl von nun an wieder statt der preußischen die badischen Interessen in unserem Lande vertreten. Hofrath Platz, der bisher die Leitartikel schrieb, kehrt wieder nach Wertheim zurück. Nächsten Sonntag verlassen die Preußen Rastatt, wie dem Gemeinderath der Stadt amtlich angezeigt wurde.

(R. Z.)

Heilbronn, 17. Nov. Morgen soll hier das erste Bataillon Oesterreicher von Nördlingen per eintreffen, seine Bestimmung scheint Rastatt zu sein. Andere Truppentheile sollen über Nenlingen gegen das Klnzigthal ziehen. (K. Z)

Mainz, 17. Nov. Meinen Bericht über die Beschlagnahme der „Mainzer Zeitung" habe ich dahin zu ergänzen, daß diese Zeitschrift durch Beschluß des Festungsgouvernements vollständig unterdrückt ist.

§ **Vom Obermain**, 17. Nov. Der Aufruf der „Deutschen Zeitung", für Unterstützung der entlassenen hessischen Offiziere, findet bei unsern Demokraten großen Anklang, und wird demnächst eine Agitation beginnen, um den Conservativen Geld für die „verunglückten" hessischen Offiziere abzutrotzen. Mehrere eifrige Propagandisten sollen sich bereits Vernehmen nach schon hiezu Aufgaben getroffen haben, die noch jener Aufruf erschinen.

Gießen, 13. Nov. Professor Wippermann ist bereits entlassen, ob mit oder ohne Pension, ist noch nicht gewiß: es soll ihm aufgegeben sein, seine Anstructe nach den bestehenden Gesetzen nachzuweisen. Er hat seine Entlassung bereits selbst am schwarzen Brette seinen Zuhörern angezeigt. Die nicht verlautete Exemplare seines „offenen Briefes" sind gerichtlich confiscirt, der Verleger, Buchhändler Nicker, ebenfalls in gerichtlicher Untersuchung.

Hannover, 14. Nov. Die Landdrostei hat ein neues Verbot gegen die Agitationen für Schleswig-Holstein erlassen.

Aus **Schleswig-Holstein**, 15. Nov. Die Landesversammlung ist auf den 25. d. M. nach Kiel einberufen.

Mecklenburg-Schwerin hat die von Berlin aus gestellte Forderung, seine Truppen mobil zu machen, abgelehnt.

Oldenburg, 14. Nov. Oberst Mosle ist gestern nach Berlin zurückgekehrt. Er wird dort bald das Todesurtheil über die Union zu vernehmen haben. Die neuesten friedlichen Nachrichten haben die Hoffnung wieder gestärkt, daß unter dem großen Eindrucke der letzten Tagesereignisse und vor dem zu erwartenden Votum der Kammern die preußische Politik in eine drutsche sich umwenden würde. (WWZ.)

Wien, 14. Nov. Der heutige ministerielle Oest. Correspondent bringt nun auch die von uns in No. 275 der „Bayerischen Presse" mitgetheilte Nachricht über die noch obschwebenden Verhandlungen zwischen Oesterreich u. Preußen, wie folgt: Aus vollkommen verlässlicher Quelle erfahren wir, daß Preußen die von Oesterreich gestellten Forderungen in der Hauptsache bereits erfüllt habe. Namentlich ist bis auf die Etappenstraßen genannt. Aus Schleswig-Holstein sind alle preußischen Offiziere und Freiwilligen zurückberufen; die unbedingte Auflösung des Fürstenkollegium und der Union ist zugesagt. Die „freien Conferenzen" über die weitere Einigung Deutschlands sollen noch in diesem Monate beginnen. Die Frage über den Ort, wo dieselben abgehalten werden sollen, ist noch in der Schwebe. So viel ist gewiß, daß Fürst v. Schwarzenberg und Graf v. Bernstorff auf diesen Anlasse nach Dresden abreisen werden, wo auch Herr v. d. Pfordten eintrifft.

Berlin, 15. Nov. Eine heute hier eingegangene Note Oesterreichs verlangt Beendigung der Bundesexecution in Kurhessen und Parisirung Holsteins, bevor die freien Conferenzen begonnen werden könnten. Die preußische Besetzung der Etappenstraßen in Kurhessen wird als durch die betreffenden Verträge nicht gerechtfertigt bezeichnet. (K. Z)

Berlin, 16. Nov. Wie die „Const. Zeitung" vernommen, ist Se. königl. Hoh. der Prinz von Preußen zum Commandeur des Gardecorps und des 3. und 4. Armeecorps, welche sich in Schlesien vereinigen werden, ernannt worden.

Paris, 13. Nov. Die von dem italienischen Flüchtlinge-Comite in London ausgeschriebene Anleihe hat, dem „Constitutionnel" zufolge den Namen geändert und heißt jetzt „Anleihe der antipapistischen Gesellschaft". Mit Hülfe dieses lockenden Namens hofft das Comite, durch eine Penny-Subskription, die in England eröffnet werden soll, das Geld zusammen zu bringen.

Paris, 15. Nov. Nach heute hier eingetroffenen Nachrichten ist im Departement der Drome ein neues, mit dem von Lyon zusammenhängendes sozialistisches Complot entdeckt worden. Nach dem „Courrier de la Drome" ist die Sache sehr ernsthaft.

Sarajevo, 2. Nov. Ganz Bosnien und die Herzgowina sind in Waffen, der Bürgerkrieg hat mit allen seinen Schrecken und Gräueln sich entzündet. Sarajevo ist unter die Kanonen des verschanzten Lagers von Goritze gestellt und zittert vor ihm dem Losbrennen, wie in vor Ausbruch Umgebung sich schon befinden. Diese Stadt mit ihren 60,000 Einwohner, mit Reichthum und großen Waarentagern ist dem Untergange geweiht, wenn es der an die Aufständischen geschickten Deputation aus der Stadt nicht gelingen sollte, sie von dem beabsichtigten Besuch abzubringen. Aber Nichten konnte, sich; man vergrub in die Erde und versteckte am feuersten Orte, was und wie es irgend ging. Abtheilungen von 60 Mann Cavallerie ziehen Tag und Nacht in allen Richtungen durch die Stadt, vor dem von franken Soldaten überfüllten Militärspital sind Kanonen aufgepflanzt, alle Truppen aber im Lager concentrirt.

Stuttgart, 14. Nov. (Schluß des gestern abgebrochenen Artikels „Meine Grundsätze" des Fürsten Waldburg-Zeil) Er ist wahr, die Souveränität ruhte für ihn nicht dort verloren gegangen: sollte aber der Fürst so sehr auf die Souveränetät verzichten, daß er sich bedwegen zur Volkssouveränetät bekennt? In der That, es ist ein eigen Ding um diese fürstliche Demokratie, und das Volk würde sich bei ihr wo möglich noch übler befinden, als bei der bürgerlichen Demokratie. Uebrigens hignet der Fürst, daß das Volk seine Dienste angenommen habe, „nicht weil, sondern obschon, oder nicht obschon, sondern weil er ein Fürst war, aber im guten Sinn des Wortes!" Wir bitten unsere Leser aber meine Selbstlob nicht zu nehmen, wird es ja doch in einer Vertheidigungsrede angebracht! In dieser Gabe der Unterscheidungen geht ihm wohl auch des Zeugniß, das sich der Fürst ablegt, „daß er die größte Mäßigung beobachtet, — nichts von dem verrathen habe, was ihm unter dem Siegel der Verschwiegenheit früher anvertraut worden war," denn zur Bewahrung eines anvertrauten Geheimnisses gehört blos Rechtschaffenheit und keine Mäßigung, und wer dieser hat, hat nichts mehr als seine Schuldigkeit gethan! — Von den politischen Grundsätzen des Fürsten erfahren wir nicht viel mehr, als daß er im Jahr 1848 dem Traumbilde des Zustandekommens eines deutschen Nationsrechts sich hingab, endlich aber zu der Ueberzeugung gelangt ist, „daß nur eine abermalige Erhebung des deutschen Volks in den Boden einen könne, auf welchem ein neues mächtiges Deutschland vielleicht noch erblühen kann, das ohne diese Erhebung unfehlbar zu Grunde geht!" Versteht der Fürst damit eine sittliche Erhebung des Volkes, so sind wir ganz mit ihm einverstanden; uns aus aber nicht den Vorwurf des Mißverständnisses zuziehen, wollen wir gleich unsern Zweifel aussprechen, daß der Fürst das Wort Erhebung in diesem Sinne genommen habe. Er spricht ja von einer abermaligen Erhebung, und meint also eine neue Revolution! Wou dieser wünscht er, daß die Stunde der Entscheidung bald eintrete und sieht ihr mit Entschlossenheit entgegen, wenn er gleich einsieht, „daß es leicht geschehen konnte, daß die Bewegung, die kaum stattfindet, erst nach Strömen Blutes wieder in eine politische Richtung gebracht werden könnte." Dieser Grundsatz ist grundschlecht, und die Nachkreit, mit welcher er ausgesprochen wird, möchte nicht sowohl an der Treue gegen die Dynastie, als den der Treue gegen das Volk von Seite heffen, der sich so fuller Lehre bekennt, zweifeln lassen. Daß auf ler Revolution ein schwerer Fluch lastet, zeigt uns jeder Blick auf das heutige Deutschland, und die Klagen, welche der Fürst erhebt, wären in vieler Hinsicht wohlbegründet, wenn er den ersten und letzten Stoßseufzer gegen die Revolution ausgestoßen würde. — Besonders Unglucke erfreut sich in den fürstlichen Augen Staatsrath Römer. Er sagt der Fürst: Ein Minister kann sich unangenehmen Aeußerungen gegen seinen König erlauben, deren Wiederholung selbst dem ultrademokratischen Novocur unschicklich erschien! Ich könnte den Commentar hiezu in jenen Andeutungen Revocur's suchen, die wir mitgetheilt möchte, — die Folgen für den Ersminister Römer würden nicht die angenehmsten sein! Doch das Klagen und Zeugnißabgeben in eigener Sache überlasse ich dem Erzpublikaner Römer! Vielleicht sind diese Stellen diejenigen, von denen der Fürst selbst fühlte, daß sie ihm den Vorwurf persönlicher leidenschaftlicher Gereiztheit leicht zuziehen könnte! — Der Hr. Fürst sagt am Schlusse: „Sollte man mich aber zwingen, noch deutlicher zu reden, so soll es an pikantem Detail nicht fehlen." Es riecht Dies stark nach einem Schreckschuß, von dem aber Niemand sich wird einschüchtern lassen. Man wird den Hrn. Fürsten eben so unbedingt lassen, wie jeden andern Staatsbürger, wenn er nichts thut, was ihn mit den Gerichten in Conflikt bringt; geschieht Dies aber, so verlangt die von ihm selbst zum Panier erhobene Gleichheit Alter vor dem Gesetze, daß man ihn keineswegs schont, und wenn sein Ahnenstolz noch so sehr sich dagegen empört, daß man ihn auf 24 Monate sondernirte. Ich wenn trotz dieser Strafung der Gerichtshof in Ulm die gegen ihn erhobene Klage weiter verfolgen, welche er durch eine Beleidigung dieser Behörde sich zugezogen hat, und sein Richter wird sich schenen, eine weitere Freiheitsstrafe gegen den erlauchten Gefangenen auf Hohenasperg auszusprechen, die wohl kaum unter 4 bis 6 Wochen als Festsetzung der Maasse ausfallen dürfte. Vielleicht erscheint dann der zweite Theil der heute angegebenen Broschüre unter dem Titel „I mili Prigioni" oder wie man einen „Demokratenfürsten" im Gefängniß versaulen läßt, mit dem Motto: Wie man sich bettet, so schläft man!

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Kobell.

Gold- und Silber-Sorten.

	fl.	kr.
Neue Louisd'or	11	5
Friedrichs'or	9	42½
Dukaten	5	36
20 Frank-Stücke	9	37
Holländische 10 fl. Stücke	9	47
Preussische Thaler	1	45
5 Frank-Thaler	2	21

Gestorbene:

Den 19. November.

Anna Fehrer, Weinwirths-Wittib 63 J. alt.

Fremden-Anzeige.

Den 18. November 1850.

Adler. Mäuler Arntier von England. Kempf, Kaufm. v. Erfurt. Marx, Kfm. v. Mannheim.

Cronprinz. Horn, Seminar-Inspektor v. Bayreuth. Dr. Bolling, k. Med.-Rt von Schweinfurt. Schamberneier, Gendarmerie-Lieutenant v. Bayreuth. Wagner Apotheker, v. Dondorf.

Wittelsbach. Peyser Militar v. Albertsdörfer.

Druck von Joseph Stoll in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schellhofe 2. Distr. Nr. 533.
Ankündigungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 278. Würzburg, Mittwoch den 20. November. **1850.**

Mit Gott für König und Vaterland.

Der Stundenzeiger der Geschichte kennt keinen Stillstand, entwerfer zurück, beharrlich und bewußt zurück zu Dem, welcher der Anfänger und Vollender unseres Heils, oder vorwärts, unrettbar vorwärts in den Abgrund der Revolution. Daher auch einmal die ernste Frage, ob rechts ob links, ob vorwärts ob zurück, die Frage, gleich ernst für Zeit und Ewigkeit, ob mit ob wider Gott, ob mit dem alten Recht, wie's durch Jahrtausende geworden, ob mit dem neuen Unrecht einer neuen Zeit, wie es vom Abend bis zum Morgen wechselt. Wir haben unsere Wahl getroffen, wir kämpfen nur mit und Gott für König und für Vaterland, und fern sei es von uns, selbst in der größten Noth, jemals Busßschaft zu treiben mit jenen Sympathien, deren Magnetnadel in den Abgrund zeigt. Mit Gott! und außerdem nur noch mit denen, die mit uns unter dem Panier des Kreuzes kämpfen wollen, unter dem Panier, in welchem ein gläubiges Auge noch immer die Verheißung liefet, mit der schon Constantin sein Heer zum Siege führte: „Mit diesem Zeichen wirst Du siegen," und Gott allein ist es, der den Sieg verleiht. Was sind die Sympathien der Völker, mögen sie auch wie Meereswogen brausen, was sind sie vor Dem, der Meereswogen mit seinem Hauche hinwegthut wie ein sulsches Rechenexempel mit dem Hauche seines Mundes, und der auch heute seine Ehre keinem Götzen lassen wird? was sind sie vor Dem, den unsere Väter noch preisen müssen, daß Er darniederlegte den Riesen seiner Zeit, ohne der Menschenhände zu bedürfen? Oder die Kleingläubigen, die keine andere Kraft haben, als die Stärke von Roß und Reisigen, und die keine bessere Hoffnung kennen, als die Zahl und die Sympathien der Massen. Ein böses Gewissen macht auch den Muthigsten feige, und sind Gott und das Recht mit uns, was kümmern uns die Antipathien des Frevels und der Revolution?

Deutschland.

München, 17. Nov. Am 24. d. findet die feierliche Einweihung der St. Bonifaciuskirche und die Uebergabe derselben sowie des Stiftsgebäudes an den bereits zum Abte daselbst ernannten Paul Bieter statt. Mit dieser Abtei tritt zugleich die früher schon projektirte Pfarrei in das Leben, wozu mit einem bringenden, durch die große Vermehrung der Bevölkerung entstandenen Bedürfniß abgeholfen wird. Die Stadt München verdankt, nebst den großartigen Schöpfungen, deren König Ludwig während seiner 22½jährigen Regierung so viele in das Leben gerufen, auch die Gründung und Dotation dieses prachtvoll ausgeschmückten Gotteshauses einzig der Munificenz desselben. Bau und Einrichtung sowohl der Kirche als der Abtei wurden bereits während seiner Regierung vollendet, wie König Ludwig denn auch während derselben, gleichsalls aus seinen Mitteln, die Dotationssumme zurückgelegt hatte. Er, wie gesagt, vom König Ludwig angeschafften inneren Einrichtungsgegenstände von Silber und Bronze, die Ornate, der Himmel, die Fahnen ꝛc. zeugen von der Pracht und zugleich von dem Geschmack womit dieselben, sämmtlich nach den Zeichnungen des rühmlich ausgezeichneten Bauarchitekten von St. Bonifaz, Ziebland, von hiesigen Gewerbsmeistern ausgeführt wurden. Sie werden in der Kirche 3 Tage lang, am 19., 20. und 21. Nov. Nachmittags von 1 bis 3 Uhr zur Schau für das Publikum ausgestellt. (A. Z.)

Die „Landbötin" meldet aus München vom 18. Nov.: „Wie verlautet, soll der erst kürzlich beförderte Hr. Oberst v. Wrobesser bei k. k. tritenden Artillerie-Regiments (Königin) mit dem Kommando über die Artillerie des alsbald in Oberstranken aufzustellenden Armeekorps betraut werden. — Der gegen Frieder. Rohmer längst verfügte politische Ausweisungsbeschluß hat endlich auf erhobenen Rekurs durch die k. Regierung von Oberbayern die Bestätigung erhalten. — Gegen die dahier verweilenden Literaten Lehseld, Robert Lecke und Dr. Buddeus wurde gleichfalls die Entziehung des ferneren Aufenthaltsgenusses in München polizeilich verhängt."

Die Ereignisse in Kurhessen.

Nachträglich theilen wir folgende 2 Schreiben des Grafen v. d. Gröben an Fürsten von Thurn und Taxis mit. „Fulda, am 8. Nov., Abends 6 Uhr. Euer Durchlaucht haben heute wieder meine Vorposten gedrängt und es ist leider von Ihren Truppen angriffsweise verfahren worden. Ich war bereit, Sie in meiner Stellung zu empfangen, da ich die Ehre meiner Waffen wahren muß. Wie ich es Hochdenselben aber vorausgesagt, daß die unglücklichen Mißverständnisse zwischen unseren Staaten gewiß in Kurzem sich ausklären mußten, so ist auch jetzt schon ein umsöhnender Schritt geschehen. Gerade in dem Augenblicke, da Sie aus Ihre Kugeln sendeten, erhielt ich aus Berlin die Weisung, zur Beschaffung wahrer Friedfertigkeit Fulda zu räumen und mich auf die Etappenstraße Hersfeld und Bacha, zurückzubegeben, wenn sich die militärischen Verhältnisse darnach noch regeln ließen. Ich deabsichtige daher diesen höheren Befehl ungesäumt Folge zu leisten, wenn Ew. Durchlaucht mich darin unterstützen wollen und zwar am 9. Marbach und Hünfeld, am 10. Rasdorf, Buttlar und Bacha und mit meinen, die Etappe Hersfeld eben erreichenden Truppen dort zu belegen. Ohne Zweifel werden alle fernere nach abweichenden Ansichten in diesen Tagen beseitigt oder verschoben werden, was ich zu Gott nicht hoffe, unsere Feindseligkeiten einen reinen und entschiedenen Charakter annehmen. Ew. Durchlaucht theilte ich diese meine An- und Absicht anumwunden mit. Morgen Mittag 12 Uhr ist Fulda geräumt. Ich werde meiner Avrierzeugen den Befehl geben nicht zu laden, wenn Sie dasselbe thun. Folgen Sie in einem Abstande von ½ Meilen ruhig nach. Ew. Durchlaucht wollen begreifen, wie schwer es einem alten Soldaten werden muß, sein Terrain ohne Schwertstreich zu räumen. Ich füge mich indessen nichtsdestoweniger einer höheren Ehre, indem dadurch eine tiefe Beruhigung finde, daß dieser Schritt, so Gott will, der Beginn einer freudigen Lösung aller der Schwierigkeiten und Differenzen sein möge, welche zur Zeit noch obschweben, wodurch mit hoffentlich dann auch die Gelegenheit geboten sein wird, verlönlich die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung und Verehrung zu wiederholen, womit ich mir zur Ehre mich unterzeichne; Ew. Durchlaucht ganz gehorsamster Karl Graf v. d. Gröben, kgl. preußischer Generallieutenant und kommandirender General."

Hünfeld, 10. Nov., Morgens 10 Uhr. „Damit die unglücklichen Verhältnisse des 8. Novbr. sich nicht wiederholen, so schlage ich Euer Durchlaucht vor: der letztgenannten, von meinen Truppen bezogenen Linie gegenüber eine andere von Oberaschenbach, Hofstellen, Standorf, Malges, Steinbach, Eitersell, bis Neukirchen an der Fulda zu besetzen, und das Land zwischen beiden Linien von jeder Seite unbetreten zu lassen. In dieser Stellung erwarten wir beide die höheren Weisungen." Graf v. d. Gröben drückt dann aus, wie „ungemein dankbar" er sür den „überaus gütigen Empfang" sei, den sein Sohn bei Fürst Taxis gefunden, und spricht die Meinung aus, daß es auf Seite des Fürsten unnöthig sei, „ein Protokoll darüber aufnehmen zu lassen, wer zuerst geschossen hat." Dann fährt er fort: „Meine Truppen hatten bis zu 6. nicht geladen, als aber an diesem Tage meine Feldwachen von Ihren Truppen zurückgetrieben wurden, erstere ich Denselben selben offen, daß dadurch die Feindseligkeiten von Ihrer Seite eröffnet worden. Sie eröffneten mir alsdann, daß Sie den Befehl hätten, mich zu belagiren, und als nun am 8. Ihre Truppen ohne Rücksicht auf meine Stellung dicht anrückten, fielen von preußischer Seite die ersten Schüsse und hatten den höchst bedauernswerthen Erfolg. Ich frage: ob die kgl. bayer. Truppen es sich würden haben gefallen lassen, wenn ich mit den kgl. preuß. ihnen auf den Hals gegangen wäre? Gewiß nicht! Und doch blieb ich dann noch ruhig in meiner Stellung, ohne weiter einen Schuß zu thun. Lassen Sie mich indeß von dem Vergangenen absehen, und nur verbinden, daß nicht erneuerte Schritte geschehen, die das Uebel unheilbar machen, doch darüber sind wir einig. Ich kenne Ew. Durchlaucht, und das ist mir die sicherste Gewähr. Ihre Theilnahme an dem Verlust meines vorherrlichen Braven von Brandenburg, dieses Schülers unserer Ehre, rührt mich tief. Sie ist Ihrer würdig. Genehmigen Sie die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung und Verehrung, mit der ich mich zeichne Euer Durchlaucht ganz gehorsamster (gez.) v. d. Gröben, Generallieutenant."

Fulda, 18. Nov. Die Verpflegung der Bundestruppen findet bei der Aushäufung derselben, in den schlechten unfruchtbaren Landstrichen von Kurhessen, Schwierigkeiten, die man sich nicht voraussehen konnte, weil man ein längeres Stehenbleiben der Bundestruppen in ihren jetzigen Cantonnements nicht angenommen hatte. Zwar hören wir, daß Behufs der Provianteinkaufsanstalt, Seitens der kurhessischen Regierung, Weisungen an die Bezirksdirektionen ergangen sind, doch dürfte es immerhin von Interesse bleiben, die baldigste Verlegung der Bundestruppen in die nördlichern Theile des Kurstaates bewirken zu können, wo den Bedarf

nissen der Soldaten genügende Abhilfe geleistet werden kann.

Hanau, 19. Nov. Gestern wurde die Execution gegen das hiesige Obergericht verhängt. Am Morgen frühzeitig hatte sich ein bayerscher Officier auf dem Stadtschlosse eingefunden und sich die Hausnummern der Wohnungen der einzelnen Mitglieder des Obergerichts angeben lassen und solche angemerkt. Die Ansicht dieses Beginnens stellte sich bald heraus. Die auf gestern bestimmt gewesenen Schwurgerichtssitzungen für das wierte Quartal d. J. waren bereits eröffnet worden, als die Nachricht dorthin gelangte, daß den Mitgliedern des Obergerichts Executionsmannschaft in ihre Wohnungen gelegt würde. Der Präsident, Obergerichtsrath v. Pfischofshausen, suspendirte darauf augenblicklich die Sitzung bis auf Nachmittag 3 Uhr, und trat mit seinen übrigen Collegen zur Berathung zusammen. Mittlerweile wurde die Execution vorgestatt in Ausführung gebracht, daß jedem Mitglied, Räthe und Assessoren 15 Mann, der Obergerichts-Direktor dagegen 25 Mann in die Wohnung eingelegt erhielt. Zwei Wohnungen waren verschlossen, und wurden von den Soldaten durch einen Schlosser eröffnet, und eine Wohnung war nicht zu finden, da der Miether aus der selbigen aber erst aufgezogen war. — Um 3 Uhr des Nachmittags war wieder die Schwurgerichtssitzung, zu welcher sich ziemliches Publikum eingefunden hatte, wieder eröffnet, aber um sogleich wieder geschlossen zu werden. Der Präsident, Obergerichtsrath v. Pfischofshausen, erklärte nämlich in einer Ansprache, „daß Ereignisse eingetreten seien, welche es zweifelhaft liesen, ob das Obergericht überhaupt wieder thätig sein könne, die aber auf ihn den Eindruck gemacht hätten, daß er sich bewogen gefunden habe, seinen Abschied zu begehren; ein weiteres Mitglied des Gerichts befinde sich mit ihm in gleicher Lage. Er sei also verhindert, den Schwurgerichtssitzungen vorzustehen, und da diese Verhinderung nicht wahrscheinlich seiner Thätigkeit, sondern einer Thatsache eingetreten sei, so sei die Inzieh ung des Stellvertreters nicht plagegrissen, vielmehr müsse abgewartet werden, bis das Oberappellationsgericht neue Präsidenten ernannt haben werde; er habe daher die Sitzung nur so lange auf und stelle es den Geschworenen anheim, sich wieder nach Hause zu begeben." Hierauf ging man auseinander. Wie bezweifeln indeß, ob das Verhalten des Präsidenten vor erhaltenem Abschied, wie er es eingehalten, ein gesetzmäßiges gewesen. — Noch an demselben Abende haben hier auch dem Vernehmen nach die Obergerichtsräthe v. Bischofshausen und Hünersdorf ihren Abschied eingereicht. (K. Z.)

Hanau, 19. Nov. Wie wir hören ist zwischen den Regierungen von Bayern und Kurhessen eine Vereinbarung im Werke, bezüglich der Fortleitung des elektromagnetischen Telegraphen von Aschaffenburg aus über Hanau nach Frankfurt. Man glaubt, daß die Herstellung dieses Telegraphen schon in aller Kürze stattfinden werde. (K. Z.)

Karlsruhe, 18. Nov. Die höchste Cabinetsordre, gemäß welcher die Festung Rastatt vollständig von badischen Truppen belegt wird, ist heute ausgegeben worden. Die Besatzung bilden das schon dort befindliche Bataillon und die weiters, welche bereits nach Rastatt beordert sind. Zum Commandanten dieser Festung ist Major Ludwig ernannt. (K. Z.)

Rastatt, 15. Nov. Der Gouverneur der Festung verkündete heute offiziell der Gemeindebehörde, daß nächsten Sonntag die sämmtliche preußische Besatzung die Festung verlassen werde. Die tapfere Garnison nahm wie vor der Revolution, so badischen Militär und den öfter. technischen Truppen bestehen, sowie auch den Ausbau der Festung eine auf Oesterreichern beschendere Direktion kunftig, wie früher, leitet. Zugleich machte der Gouverneur darauf aufmerksam, daß aus diesen veränderten Einrichtungen Nichts für die Ruhe und Sicherheit der Stadt zu fürchten sei, denn bei den etwaigen Anzeichen von Regungen, wie sie vor der Revolution sich kund gaben, werde er von seinen angebenhaten Vollmachten Gebrauch machen, und mit unbeugsamer Strenge die Schuldigen — Civil- oder Militärpersonen — zu fassen und zu strafen wissen. Nur aber seine Leiche solle die Revolution in Rastatt abermals das Haupt erheben können. Dem guten Bürger werde er Schutz und Schirm, dem schlechten und wühlerischen Schrecken und Verderben sein. Generallieutenant v. Gayling ist der Mann, Wort zu halten. (N. Fr. J.)

Wiesbaden, 16. Nov. Nach der Rumort des Minister-Präsidenten Wingingerode in der heutigen Sitzung der Landstände zu schließen, welche derselbe auf eine Interpellation des Abgeordneten Großmann gegeben hat, haben wir in den nächsten Tagen die Einquartierung preußischer Truppen im Herzogthume zu erwarten. Der Minister-Präsident sagte nämlich, daß diese Einquartierung so wenig drückend als möglich gemacht werden solle. (M. J.)

Berlin, 16. Nov. Die „Deutsche Reform" meldet: Der bisherige französische Gesandte am hiesigen Hofe, Hr. v. Persigny, ist abberufen worden und wird durch den fruhern französischen Gesandten in München, Hrn. Lefevbre, ersetzt werden. — In Betreff der gestern hier angelangten österreichischen Note vorn wir, daß zunächst noch Erklärungen und Ergänzungen aus Wien und aus Frankfurt verlangt und erst nach Eingang derselben ein weiterer Beschluß gefaßt werden darfte. — Die gestrige Sitzung des Fürstencollegiums war eine vertrauliche, so daß Details über diese Festsitze, die bis zu beobachteten Discretion kaum unverfälscht zur Oeffentlichkeit gelangen können, nur mit großer Vorsicht aufzunehmen sein werden. Der Hauptinhalt der Berhandlungen wird indeß dem Vernehmen nach richtig angegeben, wenn man sagt, die preußische Regierung habe erklärt, daß sie die Unionsverfassung nicht aufgeben werde, daß sie Baudnis halte und bewahren und mit ihren Verbündeten in den deutschen Angelegenheiten auch weiter gemeinsam handeln wolle. Die fernern Mittheilungen haben sich auf rein militärische Maßregeln bezogen, die von den verbündeten Regierungen unverzüglich zu treffen sein werden.

Berlin, 16. Nov. Man vernimmt, daß in der gestrigen Sitzung des provis. Fürstenvollziums von preußischer Seite erklärt ist, Preußen und Oesterreich hätten sich in Warschau darüber verständigt, alle deutsche Regierungen zu gemeinschaftlicher Revision der bisherigen Bundesverfassung in freien Ministerial-Conferenzen einzuladen. Dagegen habe man Oesterreich bei der definitive Aufgaben der Unionsverfassung durch einen feierlichen Act verlangt. Preußen habe darauf erklären lassen, der Unionsvorstand werde die Verfassung nicht einführen und sehe dieselbe demnach als vollständig aufgehoben an. Durch einen feierlichen Act könne dies nicht geschehen, wenn nicht auch die übrigen Bundesregierungen zustimmten. Diese Zustimmung verlangte nun gestern der preußische Bevollmächtigte. Natürlich werde ihm erwidert, daß man auf dergleichen nicht vorbereitet sei und vorläufig nur das aus den Verträgen fließende Recht wahren musse. — Wie hieraus erhellt, ist ein Beschluß in der gestrigen Sitzung des Fürstencollegiums noch nicht gefaßt worden. Die Schwierigkeiten, einen solchen zu fassen, erklaren sich wohl unter anderm aus dem Verhältnisse, welches die in Aussicht stehende Execution gegen Schleswig-Holstein in Beziehung auf den Truppendurchmarsch dem Unionsstaate Braunschweig auferlegen wurde. (K. Z.)

Berlin, 17. Nov. Die öffentliche Aufmerksamkeit wurde in der letzten Zeit durch die Eröffnung der Eröffnung der Kammern, welche in der laufenden Woche bevorstehn, abgelenkt. Bei der Nähe des Termins wird das allgemeine Interesse an der Kammereröffnung wieder lebhafter. Dem Vernehmen nach wurde bald nach der Eröffnung ein Antrag auf Genehmigung einer Contrete — dem seitens des Gouvernements Ausschluß über die mit Oesterreich gepflogenen Unterhandlungen gegeben und dem die gewechselten Noten und Depeschen vorgelegt werden sollen — eingebracht werden.

Berlin, 17. Nov. Ein gestern Nachmittag gegen den Minister v. Manteuffel beabsichtigtes Attentat beschäftigt heute die öffentliche Aufmerksamkeit. Ein Mann (er soll früher Schullehrer gewesen sein), von dem erwiesen ist, daß er die Absicht, den Minister v. Manteuffel zu ermorden, vorher geäußert hatte, wurde mit einem Dolch und zwei geladenen Pistolen bewaffnet gestern Nachmittag in den Wohnungen des Ministers angetroffen und verhaftet. Die bereits eingeleitete Untersuchung wird hoffentlich das Weitere ergeben. — Hr. v. Manteuffel hat in der letzten Zeit so oft bereits seine Dimission eingereicht, ohne daß sie angenommen worden, daß man sich Anstand nehmen muß, diese Nachricht immer von Neuem zu wiederholen. In diesem Augenblick liegt die Sache aber ernster. Persönliche Widerstreit, der sich in der Ministerial-Sitzung vom 2. zwischen Hrn. v. Radowitz und Hrn. v. Manteuffel entsponnen hatte, liegt jetzt zwischen Letzterem und Herrn von Ladenberg vor. Ohne daß diese Differenz, die sich bei der Berathung über die letzte österreichische Note ergeben, bereits zu einem bestimmten Antrag geformen wäre, hat doch Hr. v. Manteuffel, da er wohl fühlen muß, daß der friegerisch gesinnte Hr. v. Ladenberg die öffentliche Meinung hinter sich habe, und da namentlich auch der Prinz v. Preußen nun entschieden gegen ihn Partei genommen hat, vorgestern Abends in der bestimmten Absicht, seine Dimission einzureichen, den Hrn. von Manteuffel entsponnen hatte, liegt jetzt zwischen Letzterem und Herrn von Ladenberg vor. Ohne daß diese Differenz, die sich bei der Berathung über die letzte österreichische Note ergeben, bereits zu einem bestimmten Antrag gekomm

Neueste.

Würzburg, 20. Nov. Die Fälle, welche vor dem am 25. d. W. beginnenden Schwurgerichte Zeugen zur Verhandlung kommen werden, sind folgende: 1) Am 25., 26. und 27. Nov.: Georg Nies, Taglöhner aus Oetternhausen, wegen Verbrechens der Körperverletzung 3. Grades. 2) Am 28. Nov.: Christian Schenk, Bättengeselle aus Mainstockheim, wegen Raubes 3. Grades. 3) Am 29., 30. Nov. u. 2. Dez.: Wendelin Kaufmann aus Neustadt a. d. S., wegen Amtsehrenbeleidigung durch die Presse. 4) Am 2., 3. u. 4. Dez.: Philipp Hammerbach, Bauer aus Wommlingen, wegen Brandstiftung 1. Grades. 5) Am 5. und 6. Dez.: J. Behling, Zimmergeselle von Wiebthal, wegen Brandstiftung 1. Grades. 6) Am 7. Dez.: St. Gärtchenberger u. Würzburg, wegen Preßvergehens. 7) Am 9. und 10. Dez.: Leo Kirchgeßner von Sulzbach wegen Kindsmord. 8) Am 11. Dez.: Barbara Müller von Maiersbach wegen Raubes 3. Grades. 9) Am 12. und 13. Dez.: G. Herrmann, Dienstknecht v. Waldbach, und Abraham Jakob, Bodengeher von Kleinlüftadt, wegen Kindsmordes. 10) Am 14. Dez.: Dietl, Schlossersloh von Ochsenfurt, wegen Fälschung öffentlicher Urkunden.

Frankfurt, 17. Nov. In Hanau werden zwischen heute und morgen österreichische Truppen ein Bataillon Banderi und eine Schwadron Husaren — erwartet. Die Quartiermacher sind deßwegen sind bereits angelangt.

Mannheim, 16. Nov. In gehemmer Sitzung soll unserer zweiten Kammer eröffnet worden sein, daß die großherzogliche Regierung den förmlichen Rücktritt von der Union nun nicht länger mehr aufzuschieben gewagt; die gothanische Majorität dieser Kammer jedoch stürmisch für Festhaltung daran verlangt haben. Wir werden nun bald eines schönen Morgens mit der Nachricht von der Kammerauflösung überrascht werden.

Stuttgart, 18. Nov. Es bedarf kaum der Bemerkung, daß die in der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung enthaltene Nachricht, von einer Mission österreichischer Truppen von Seiten der Württembergischen durchaus grundlos ist. (St. M.)

Hannover, 17. Nov. Es ist hier ein österreichischer General angekommen, welcher viel mit Kriegsminister, General Jacobi, verkehrt.

Schleswig-Holstein. Die Dänen haben in der Nacht vom 14. auf den 15. Nov. eine Feldwache des 11. Bataillons bei Breckendorf überfallen und einen Unteroffizier nebst 16 Mann derselben gefangen genommen. Sie waren im Besitz des Feldgeschreis und der Parole, und hatten auf diese Weise den Wachposten getäuscht. Verrath muß also im Spiele gewesen sein.

Kiel, 16. Nov. Es scheint sich zu bestätigen, daß die schleswig-holsteinische Sache keinen Zwiespalt zwischen Oesterreich und Preußen mehr veranlassen und die Vereinigung nicht aufhalten wird. Dem Vernehmen nach ist hier die Meinung aus Berlin eingetroffen, daß man nicht weiter als bis zum 15. Dez. nicht entwaffnet ist, die Exekution vollzogen werden soll. Die Antwort unserer Regierung soll dahin lauten, daß die Schleswig-Holsteiner die auf den letzten Mann für ihr Recht und ihr Vaterland zu sterben wissen würden. Die Haltung des Landes muß diese Antwort rechtfertigen. Freilich wird Preußen vielleicht mit dem Durchmarsch der Exekutionstruppen verschont bleiben, aber Hannover wird ihn ruhig gewähren. (Z.)

Die Modifmachung der preußischen Armee hat ihren ungehinderten Fortgang. (N. Pr. Z.)

London, 15. Nov. Am 5. d. hat das Unterhaus hier trotz Palmerston's Protest gegen eine Einmischung erklären lassen, sobald die schleswig-holsteinische Angelegenheit nicht beendigt wurde, sei der Kaiser entschlossen und bereit, seine Armeen in Deutschland einmarschiren zu lassen. Wenn wahr ist, daß ein preußischer Staatsmann erklärt haben soll, Preußen könne keinen Krieg mit Rußland vertragen, dann Finis Borussiae. (D. Z.)

Straßburg, 15. Nov. Das Kriegsministerium hat die scheinbare Einberufung sämmtlicher Beurlaubten in der Armee anbefohlen, da dieselbe vervollständigt und nothsgenfalls auf den Kriegsfuß gesetzt werden soll. Die Besatzungen im Elsaß erhalten vorläufig eine Verstärkung von etwa 6000 Mann.

Straßburg, 17. Nov. Unsere Militärdivision erhält vorläufig eine Verstärkung von vier Regimentern Infanterie, welche bereits auf dem Marsche hierher begriffen sind. Die Maßregeln, welche die französische Regierung trifft, haben zum Zwecke, auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein. Das in der Botschaft des Präsidenten gesprochene neutrale Verhalten wird unter seiner Bedingung außer Beachtung gelassen. (M. J.)

Madrid, 11. Nov. Die Erbschleiche von Toledo und Sevilla haben aus den Händen der Königin die Cardinalinsignien erhalten.

Rede des Hrn. Domdekan v. Hirscher in Betreff des gegenwärtigen Standes der Kirche, gehalten am 5. Nov. d. J. in der ersten badischen Kammer. Sie lautet: Durchlauchtigster Hr. Präsident, hochgeehrteste Herren! Wir haben furchtbare Erschütterungen erlebt. Was am meisten erschrecken mußte, war eine weitverbreitete die zum Grunde gehende Unsittlichkeit, war ein jeden Rechtssinn verläugnendes Gelüsten nach fremdem Eigenthum, und war ein, auch das ruchloseste Mittel, wenn es zum Zwecke diente, nicht verschmähender Ehrgeiz. In seiner Ueberraschung ob solcher Tatsheit der Zustände fragte man sich, woher und wie das Alles gekommen? Man fand, daß man seit langer Zeit in dieser Aufklärung gehuldigt habe, welche das Leben braußen machte und den Menschen der Selbst- und Weltverläugnung überhob — jener Aufklärung, welche nicht nur von dem Christenthum Umgang nahm, sondern pantheistisch selbst Unsterblichkeit und Vergeltung beseitigte. Man begriff, daß aus dieser Aufklärung, welche durch Wort und Beispiel allmählich selbst in die niederen Kreise drang, Anderes nicht erwachsen konnte, als sich gezeigt hat. Man fand ferner, daß man die öffentliche Wohlfahrt zu einseitig in die Blüthe von Kunst und Gewerb gesetzt, die Menschenerziehung zu sehr mit Verstandesbildung verwechselt, und die Festigkeit der Staaten völlig oberflächlich auf die Macht der Bajonette gegründet hatte. Man begriff, daß der Fortschritt in der Technologie mehr eine Erschwerung als eine Lösung der sozialen Frage sei, daß die Verstandeskultur ohne Adel der Gesinnung blos zu Selbstsucht geschickt machte, und daß die Soldaten nur Waffen seien, um zu gut gegen, als für das Gesetz brauchbar sei. Man klagte auch die öffentliche und häusliche Erziehung an. Man sagte: die Geistlichkeit hat ihre Aufgabe nicht genügt; die Grundlage des Christenthums erwiesen sich bei den Massen unwirksam; auch im Angesichte der Katastrophen schien sich sogar nicht Wenige dieses Standes verlassen zu, als die Andern hatten, oder behäuptigten wenigstens keine Macht weder ihn. Auf den Universitäten und in den Kommern, sagt man, sind seit lange Lehren vorgetragen worden, welche eine Umwätzung des Bestehenden oder auch einer entfernter vorbereiten; aus den Mittelschulen seien zwar unfromme, weltersiche, und Alles meisternde Geist gepflegt; welcher der geborene Feind des Gehorsams und der Ordnung ist; und daß die Volksschulen einen andern Geist nicht haben konnten, als ihre Lehrer, versteht sich von selbst. Welches aber dieser Geist gewesen, hat sich genugsam zu Tag gelegt. Was die Familienerziehung betrifft, so ward man dieser vor, es sei Frommigkeit und Zucht aus ihr gewichen, und die Kinder wissen nichts von Gebet, wenig oder gar nichts von Ehrfurcht und Gehorsam gegen die Eltern, eben so wenig von Bescheidenheit und Zügelung der Wünsche. Was aber im Hause ist, pflanzt sich, sagt man fort auf Schule und Staat. —

Die von selbst sich ergebende Frage war nun, was zu thun sei, um das Uebel, welches und betroffen, in, der Wurzel zu heben, d. i. jene tiefere Ideen, von welchem der ganze Umfang nur eine verworfenen Knubschung war, zu heilen? — Früher hat man die Aufklärung als das Heil zur öffentlichen Wohlfahrt gepriesen; es schien, als wäre Alles vortrefflich, wenn man endlich der Hexen und Gespenster, und weiter den Theil und die Hölle aus den Köpfen herausgebracht hatte. Es ging zur Aufklärung fleißig, aber die Revolution kam doch. Freilich um es beiläufig zu sagen, hat man den Teufel zwar aus den Köpfen, aber nicht aus den Herzen herausgebracht. Wiederum kam der Fortschritt an die Tagesordnung. Vorwärts, hieß es. Fehlt dem Volke noch Manches, so muß es wenigstens nach Jahren im Vollbesitz alles Wissbaren sein. Man setzte sich in der That in Athem; es regnete sogenannte Verbesserungen und Wohlfahrtsgesetze ohne Zahl. Aber die Revolution kam doch; und wäre sie auch nicht gekommen, so würde sich wohl das Volk durch all das nicht wesentlich weniger gefühlt haben. Andere setzen, wenn sie nicht gekommen hätte, was zu verlangen und zu geben verbrecherisch ist — Ansehen und Macht. Die Bureaukraten und Polizeimanner dagegen verweinten, die Altregierenz sei es, was die Welt beglücke. Controlen über Controlen, dann gehts ehrlich zu; Demuthsuh und Gängelband an allen Orten, dann laufts in Ordnung. Aber die Revolution kam doch. Mißtrauen und pedantische Mesticrei reizt gerade zu Widersetzlichkeit und Excessen. Nachdem aber die genannten und ähnliche Volksbeglückungsversuche zu Schanden geworden, suchte man das Heilsmittel einer anderen, einer neuen Grundlage zu öffentlichen Wohlfahrt. Welches sollte diese sein? — Die Vertreter des Christenthums, die Sprecher der Kirche traten auf und sagten: Es ist wahr, es haben sich bei dem Volke und noch mehr bei dessen Führern schlechte Grundsätze aufgethan, und es ist die Furcht vor Gott, der Sinn für Recht und der Gehorsam gegen Gesetz und Obrigkeit gewichen. Der eigentliche Grund davon aber ist, weil es gelungen, den Glauben an das Evangelium, an Christus und sein Gesetz zu untergraben. Man hat von der Religion abgelassen, und damit von der Gewissenhaftigkeit und häuslichen und bürgerlichen Tugend. Stellt den Thor des Christenthums her, so habt ihr, wenn auch nicht Alles, doch das gethan, ohne welches alles Andere nichts ist. Wer Gott nicht fürchtet, wird auch keinen König und kein Gesetz achten. Wollt ihr aber, so fuhren die Vertreter des Christenthums fort, wollt ihr den Thor dieser Religion und, daß sie alle Klassen der Gesellschaft durchdringe, um ein tugendreiches und gesegnetes Leben zu führen, so müßt ihr deren Pflege ohne Verkümmerung Jenen überlassen, denen dieselbe von ihrem Stifter anvertraut ist: ihr müßt die Kirche frei geben. Was ihr mit eurer Bevormundung, eurer halben Beseitigung und kaum verhüllten Feindseligkeit gegen das positive Christenthum gethan, das hat dieß ihr gethan. Ihr setzt der Geistlichkeit vor, sie habe vielfach keinen, vielfach verderblichen Einfluß auf das Volk geübt. Aber wer hat sie erzogen und in die Hand genommen? Nicht die Kirche hatte sie zu erziehen, nicht die Kirche hatte sie anzustellen, nicht die Kirche hatte Macht über die Unwürdigen. Ihr hattet sie zu prüfen, zu ernennen, angestellt und gehegt. Was eure Erziehung und Leitung tauge, das habt ihr gesehen. Gebt der Kirche ihre Geistlichkeit wieder. Und weiter sprachen die Vertreter des Christenthums: Ihr klagt die Schule an, und daß sie nicht gelistet habe, was sie sollte. Aber die Schule ist, wie die Lehrer. Wer hat diese Lehrer gebildet? — Es gibt keine Bildung, als die durch die Ideen und Gnaden des Christenthume. Wer

durch diese nicht in seinem Innersten verebelt ist, mag Alles sein, aber gebildet ist er nicht, nämlich nicht humanistisch in dem eigentlichen Menschenwesen. Welchen Einfluß übte nun das Christenthum auf die höheren und niederen Schulen, z. B. wie sorgte man, daß die Lehrer an jenen und diesen christliche, d. h. in Ansicht, Gesinnung und Wandel durch das Evangelium und seine Gnaden den veredelte Männer seien? Wie man gesorgt habe, daß die Volksschullehrer dieses seien, erhellet klar darauf, daß die Sprecher dieses Standes sich und die Schule von der Kirche emancipirt haben wollten, und Widerwillen zeigten gegen alles Kirchliche, einzig ausgenommen die Güter der Kirche. Und wie man gesorgt habe, daß christlicher Geist an den gelehrten Schulen herrsche, wird erschrecklich darnus, daß man bei Anstellungen an diesen Schulen auf der Religiosität des Menschen nicht fragte, daß man den Religionsunterricht vielfach an den Nächsten den Besten anwies, in der Benotung der Schüler die Religion nicht höher ziehen ließ, als die Gesangslehre und Schönschreibekunst, und daß man Lehrer gewähren ließ, welche es liebten, ihrer Unkirchlichkeit vor den Schülern Luft zu machen. Daß hier sie es ja auch in der That dahin, daß immer Weniger von den Jünglingen sich dem geistl. Stande zuwendeten. Das Alles hat seine Früchte getragen: und soll es vom Grund aus besser werden, so sorget, daß unsere Schulen wieder christliche werden. Und damit dieses geschehe, so gebt derselben den ihr gebührenden Einfluß wieder. Ihr klagt die Vertreter des Christenthums: Ihr klagt die Familien an, und nehmet mit Betrübniß wahr, daß in denselben der alte Glaube und seine Kraft, daß Zucht und strenge Sitte, daß Einfachheit und Genügsamkeit abhanden gekommen. Wenn die Familien zerfallen, sagt ihr, wie können die Staaten bestehen? Ganz richtig. Allein wer trägt die Schuld dieses Verfalles? — Wie lange schon durfte der Unglaube, der Indifferentismus, die Kirchenfeindlichkeit, die sittliche Frivolität, der Grundsatz der Emanzipation des Fleisches ꝛc. durch die Presse in allen Weisen für sich wirken? Die Bücher und Tagblätter dieser Richtung lagen an allen Orten auf und drangen in jede Familie. Selbst das niedrigste Schmutzblatt suchte sich pikant zu machen durch irgend einen Anfall auf Religion und altväterliche Sitte. Sogar durch Volkskalender wurde das Gift verbreitet. Und wer das ganze Jahr kein Blatt der kl. Schrift las und keine Predigt hörte, las diese Schriften, und war frei, der Kirche der Arbeit und des unfehlbaren Pedantismus des Gewissens hierdurch los zu werden. Man nannte das Fortschritt, und Keiner fühlte ein Interesse, hinter der Fortschreitenden Zeit zurückzubleiben. Aber das war radicale Auflösung der Zunahmente aller sozialen und sittlichen Ordnung. Wer nun hätte dem furchtbaren Uebel entgegenreden können und sollen? — Die Regierungen sagen, wir konnten nicht: die Presse war frei. Es sei hier dahingestellt! Es ließe sich darüber Vieles reden. Jedenfalls aber war die Kirche und Schule es, welche entgegentreten konnte und sollte. In der That wurden diese Gewissellosen in den Schulen von den nachfangenen Gemüthern den Jünglige entlarvt und die Jugend aller Klassen und Orte vor solch ruchlosem Getrieb mit Abscheu erfüllt; und wurden diese Greuelthaten von der Geistlichkeit in Wort und Schrift bekämpft, und ward ihre Schrift durch die Familien verbreitet und ihr Wort in Predigt, Christenlehre, Beicht, überhaupt aller Orten mit Anstrengung und Andauer geltend gemacht, fürwahr, dann mochten manch Einzelne dem bösen Geiste sich hingeben, die Massen aber blieben frei, ja wurden durch den Gegensatz mit dem Verfuchen in Glaube und Tugend nur desto fester. Allein, sagten die Vertreter und Sprecher des Christenthums, die Geistlichkeit und das Lehrerpersonal, wie es aus einer Hand hervorgegangen, war dieser Aufgabe im Ganzen nicht gewachsen. Zudem habt ihr die antikirchliche Presse frei gegeben und Reklamationen gegen sie drangen nicht durch, die kirchliche Presse dagegen habt ihr überwacht und drengt. Ebenso habt ihr das freie Wort überall jugellos gewähren lassen, aber ob auch in der Kirche? Wo wäre am 3. B. vor vor zwei Jahren denkbar gewesen, daß Missionen statt fänden, und in großem Maßstab auf die Massen und deren christliche Orientirung wirkten? — — Gebt uns also Freiheit. Gebt der Kirche Freiheit in Beidem — in Wort und Schrift. — Und wenn sprachen die Vertreter des Christenthums: Niemand kann auf Erden einen Zweck erreichen ohne materielle Mittel. Die Kirche besitzt, trotz ungeheurer Verluste, diese Mittel; aber sie hat keinen Theil an deren Verwaltung, und verfügt nicht über deren Verwendung. Was sie als gut, ja was sie als nothwendig erkennt, vermag sie nicht auszuführen, sobald sie die Mittel, welche ihr an sich genommen, verfagen zu wollen glaubt. Und wo die Mittel auch gewährt werden, ist nicht die Kirche es, welche dieselben gewährt und verwendet, sondern ihr. Nun ist es aber eben so unnatürlich als breinträchtigend, wenn die Kirche die Erfüllung ihrer Zwecke dem Ermessen, dem Wollen — ja nicht selten dem Willen Anderer soll zu verdanken haben. Und es ist eben so unnatürlich als entwürdigend, wenn das, was sie zu geben hat, bei Dritten erhoben werden muß. Wer in der Welt nichts geben und nichts entziehen kann, ist ohne Ansehen, und in dem Maße sinnet Ansehensfosigkeit — namentlich auf Disciplin ohne Einfluß. Gebt uns alle im Interesse Sache, welche im Interesse des kirchlichen Ansehens der Kirchengüter zur Verwaltung und Verwendung wenigstens soweit als es jene Sache und dieses Interesse fordert. Ueberhaupt sund darin faßten die Vertreter und Sprecher des Christenthums, und der Kirche als der Bewahrerin desselben, ihre Forderungen und Verwahrungen zusammen) übertragt, gebt der Kirche jene Selbstständigkeit zurück, ohne welche sie nicht lebendig wirken, und jenen Einfluß auf Glauben und Leben der Völker nicht üben kann, welchen sie als Hüterin und Pflegerin des großen Völkerbildungsinstituts, — des Christenthums — zu üben die Mission hat. Verkümmert ihre Stellung nicht? Diese und ähnliche Reden sprachen die Vertreter und Sprecher der Kirche wurden gewichtigt, und ihre Wahrheit anerkannt. Die beiden Großstaaten Deutschlands — Oesterreich und Preußen — gaben der Kirche wenigstens der katholischen) eine genügende Selbstständigkeit zurück, vertrauend, daß dieselbe die ihr gewährte Freiheit treu und weise gebrauchen, des Tugend der Völker erwecken, und damit der gesellschaftlichen Ordnung und Wohlfahrt ihre feste und einzig ausreichende Stütze geben werde. Es waren sicher nicht die in Frankfurt hipulirten Grundrechte (so sehr auch die Freiheit des religiösen Bekenntnisses zu den Grundrechten gehört), es war nicht die in Frankfurt ausgesprochene Kirchenfreiheit, was die Großstaaten bewog, der Kirche Freiheit zu geben, es war vielmehr die Ueberzeugung, daß die Kirche nur im Stande der Freiheit dem Staate das werden und sein könne, was sie soll. (Schluß f.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.
Den 19. November 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1150	1155
„ 5% Metalliques	73½	73⅝
„ 4½%	56½	—
„ 3½%	42½	—
„ 2½½%	30	—
„ 1½% Bethmann	69	—
„ 4%	62	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	91¼	91⅞
„ 500 „ „ 1834.	146⅛	146⅞
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	79½	80
„ Thlr. 50 Polnische Scheine.	117	—
Bayern 3½% Obligationen	82½	—
„ 4% „	87	—
Baden 3½% „	90½	91¼
„ 4½% „	95¼	95⅝
„ fl. 35 Loose	30½	31
„ „ 50 „	50½	51½
Nassau fl. 25 „	25½	25⅝
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	76½	77
„ „ 25 „	27	27½
Polen fl. 300 „	—	—
Sachsen Ser. 36 „	33½	34

Bekanntmachungen.

Der unterm 4. v. M. auf Donnerstag den 21. l. M. Nachmittags 2 Uhr D. 4 Nr. 280 ausgeschriebene Mobiliarversteigerung wurde sistirt.

Würzburg, 19. Nov. 1850.

Kgl. Kreis- und Stadtgericht.
Sauffert.

Fröhlich.

Bekanntmachung.

In der Berlassenschaftssache der Bauersehefrau Friedrich und Anna Maria Dittmann von Unterspiesheim ist die öffentliche Versteigerung des beweglichen sowohl als unbeweglichen Vermögens verfügt worden, und soll das bewegliche Vermögen, bestehend in 10 Stück Rindvieh, 4 Mutterschweinen, 5 Faselschweinen, Schreiner-Handwerkszeug, Haus- und Bauernausstattungsstücken, Getraide- und Futtervorräthen, gegen sogleich baare Bezahlung, — das unbewegliche Vermögen, bestehend aus Wohnhaus mit Nebengebäude und Gemeinderecht, Brennhaus, 4 geschlossenen Holzantheilen und 26 walzenden Feld- und Wiesengrundstücken, gegen Zahlung des Kaufschillings in 4 Martinifristen an den Meistbietenden versteigert werden.

Zur Versteigerung des beweglichen Vermögens wird Termin auf

Dinstag den 26. November l. J.

und die folgenden Tage jedesmal von früh 10 Uhr die Abends 4 Uhr, — zur Versteigerung des Grundvermögens Termin auf

Dinstag den 3. Dezember l. J.

Vormittags 10 Uhr

im Wohnhause Nr. 1 zu Unterspiesheim anberaumt, und werden zahlungsfähige Kaufsliebhaber hiezu mit dem Bemerken eingeladen, daß die bewegliche Habe den Meistbietenden sogleich zugeschlagen, fur den Zuschlag des Grundvermögens aber die vormundschaftliche und obervormundschaftliche Genehmigung vorbehalten wird.

Zur Beschlußfassung über den Hauschlag des Grundvermögens, zur beschließlichen Eröffnung an die Betheiligten, zur Aufnahme allenfallsiger weiterer Angebote, dann zur Anbringung und Begründung aller Forderungen, welche gegen die Nachlaßmasse geltend gemacht werden wollen, wird endlich Termin auf

Donnerstag den 5. Dezember l. J.

Vormittags 10 Uhr

im Gemeindehause zu Unterspiesheim anberaumt und werden alle Forderungsberechtigten hiezu unter dem Rechtsnachtheile der spateren Nichtberücksichtigung bei Auseinandersetzung der Verlassenschaftsmasse vorgeladen.

Sulzheim, 15. November 1850.

Königl. Gerichts- und Polizeibehörde.
Ley.

Theater-Anzeige

Donnerstag den 21. November.

Gastspiel des Herrn Walter vom Stadttheater zu Augsburg.

Die Hugenotten,
oder:
Die St. Bartholomäusnacht.

Große Oper in 5 Akten von Giacomo Meyerbeer.

Gestorbene:

Den 19. November.

Karl Schiertinger, Eisenbahnbau-Sektions-Ingenieur, 35 J. 9. Monat alt.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrafhofe 2. Distr. Nr. 535.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 279. Würzburg, Donnerstag den 21. November. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 19. Nov. Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, auf die eröffnete Stelle eines I. Assessors des Landg. Kaufstadt den I. Assessor des Landgerichts Aitenau, Peter Joseph Weigand, seiner Bitte gemäß, zu versetzen.

Die prinzipielle Feindschaft gegen das Recht.

So lange die Welt steht, sind Rechte verletzt, Verträge gebrochen und Gesetze übertreten. Völker und Individuen haben Betrug und Gewaltthat an einander verübt, Unterthanen haben sich gegen ihre Obrigkeit aufgelehnt, Obrigkeiten haben sie ihren übertragene Gewalt gemißbraucht und unrechtmäßig zu erweitern gesucht; die Geschichte ist reich an Beispielen. Aber keine Periode hat die Weltgeschichte bis zu den Revolutionen unseres Zeitalters aufzuweisen, in welcher das Recht nicht im Grundsatz unumstößlich festgehalten, in der das Unrecht nicht als die Ausnahme gegolten und eben darum das Recht als die Regel bestätigt hätte. Keine Zeit hat sich je so weit verirrt, daß sie das Unrecht als erlaubt, das Verbrechen als lobenswerth proklamirt hätte. — Unserer Zeit ist es vorbehalten geblieben, das Recht im Prinzipe zu negiren und damit zugleich die Möglichkeit jedes menschlichen Zusammenlebens in Frage zu stellen. Nicht der Kampf gegen die Monarchie oder das Eigenthum, nicht der Kampf gegen ständische Gliederungen oder gegen die Rechte der Kirche, mit einem Worte nicht die feindliche Tendenz gegen bestimmte positive Rechte, sondern die prinzipielle Feindschaft gegen das Recht als solches ist die Signatur der revolutionären Bewegung unserer Zeit. Die Majestät des Rechtes zu vernichten, und statt ihrer die Willkür, das Belieben, die Zweckmäßigkeit, oder wie man es nun sonst nennen mag, auf den Thron zu setzen, das ist das Ziel und Wesen unserer Revolution. Es gibt darum eigentlich nur zwei politische Parteien in dem gegenwärtigen großen Kampfe, die Partei des Rechtes und die Partei der Revolution. Wer nie und unter keiner Bedingung, aus keiner Rücksicht und in keinem Punkte das Recht verlassen und verrathen will, der gehört zur Partei des Rechts; zur Partei der Revolution dagegen gehören alle, die das Unrecht gutheißen, sei es auch nur in einer einzigen Frage, sei es auch nur um ein Jota, wegen im Uebrigen ihre Lebensgestaltungen noch so verschieden, wegen ihre religiösen Bekenntnisse noch so auseinandergehend, mögen ihre Ansichten über den materiellen Werth bestehender Rechtsnormen noch so abweichend sein. — Wo es den Kampf um den Grundsatz gilt, da ist die leiseste Concession und das Aufgeben des ganzen Grundsatzes ein und dasselbe. — So leicht es nun auch ist, die Unterscheidungsmerkmale theoretisch festzustellen, so schwierig ist es doch, im Leben die Parteien scharf zu sondern. Der Erklärungsgrund liegt nahe. Es gibt keinen Menschen, der ganz von allen Positiven losgelöst wäre, dessen Seele nicht an irgend einer positiven, durch das Recht geschützten und geschirmten Beziehung hinge. Auch der äußerste Radikale hat doch zuletzt sein Leben lieb. Wenn die Revolution dies Recht in Frage stellen sollte, so würde er es mit allen Kräften vertheidigen. Je mehr es nun solche Gegenstände der Liebe und Anhänglichkeit für einen Menschen gibt, je „conservativer" er in diesem Sinne ist, um so später wird er mit der Partei des Rechts in äußern Widerspruch gerathen, um so länger wird er mit ihr den Kampf gegen die Revolution gemeinsam zu führen scheinen. Aber unsere Zeit hat einmal den Beruf, Herzen und Nieren festzuprüfen und die geheimsten Triebfedern offenbar zu machen. Kommen muß sie jeden Menschen, dem die innere Rechtsgesinnung fehlt, doch der Tag, an dem es offenbar wird, daß er den Kampf gegen die Revolution nicht um des Rechtes, nicht um des Grundsatzes, nicht um Gottes willen führte. — Die Revolution bekämpfen, so lange sie unsere Neigungen antastet, das kann jeder; für das Recht, welches nur dann Recht bleibt, wenn es über allem menschlichen Belieben steht, auch da eintreten, wo es mit unsern Herzensneigungen nicht mehr übereinstimmt, das ist die schwierige Aufgabe, das ist die Aufgabe, welche von nicht gar vielen gelöst zu werden scheint.

Deutschland.

München, 19. Nov. Se. k. Hoh. Prinz Luitpold werden morgen um 8 Uhr k. Hoh. Feldmarschall Prinz Karl am nächsten Freitag zur Main-Armee abgehen. Trifft nicht Gegenordre ein, so marschirt das 1. und 2. Bataillon des Infanterie-Leib-Regiments am nächsten Montag dahin ab. — Bereits sieht man dahier Offiziere der neu gebildeten Samiäts-Kompagnien in ihrer schönen Uniform. — Das 3. Bataillon des Infanterie-Regiments Kronprinz, welches auf einige Zeit nach Fürstenfeldbruck dislocirt werden sollte, ist nicht dahin abgegangen, sondern wurde in der Stadt auf Dach und Fach einquartiert. Die Mannschaft dieses Bataillons menagirt in der Kaserne und hat sich daher täglich mit Sack und Pack dort einzufinden. — Wie gehen eine Abtheilung Artillerie, so haben uns heute 2 Eskadrons Kürassiere verlassen, um zu ihren Regimentern ins Kurhessische zu rücken. (M. Bl.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Hünfeld, 18. Nov. Gestern hatten wir das in hiesiger Stadt noch nicht erlebte Schauspiel einer feierlichen Kirchenparade, abgehalten von den hier liegenden, zur Vorhut der Bundestruppen gehörenden österreichischen Jägern, deren fernliche Musik während des Hochamts angemessene Stücke spielte. Es war ein erhebender und erbauender Anblick, diese Kerntruppen, welche auf den Schlachtfeldern von Italien und Ungarn so oft dem Tode in das Auge gesehen, in unserer alten ehrwürdigen Kirche zur gemeinsamen Gottesverehrung und im tiefsten Gebete zum Lenker aller Dinge vereinigt zu sehen. Im Nachmittage wurden durch einen bayerischen Offizier — 23 an Gerüche der Auflehnung stehende Personen aufgezeichnet, um diesen vorzugsweise mit Einquartierung zu belasten.

(K. Z.)

Fulda, 18. Nov. Wie vor 8 Tagen war auch am gestrigen Sonntage wieder große Kirchenparade dahier, doch das Wetter leider abermals nicht günstig. Einen imposanten Anblick bot deren die bayerischen Kürassiere in ihren saftigen weißen Mänteln und blanken Stahlhelmen, den langen Palasche gezogen. Auch die Infanterie war in vortrefflichen Zustande und mit Bezwingen hörte man ihre Musik nach der Parade, beliebte Stellen aus Don Juan spielen. Ich kann Sie wiederholt versichern, daß Haltung und Disciplin aller dieser Truppen ausgezeichnet sind, wie sich Jeder überzeugen kann, der ihre Cantonnements besucht. Alle gegentheiligen Nachrichten, namentlich einiger kleindenscher Blätter sind durchaus unbegründet. Einzelne Bedrückungen fallen natürlich immer vor, wo große Heeresmassen marschiren, bivouakiren und cantonniren; wer aber wollte deßhalb eine ganze brave Armee verunglimpfen? — In den Cantonnements, wie ich sie Ihnen neulich angegeben, ist Alles ruhig. Die Oesterreicher haben die ihnen in dem nahen Bayern vorerst noch beibehalten und sind noch nicht in Kurhessen eingerückt, ein wahrscheinlich aus dem schon sehr stark belegte Land nicht noch mehr zu belasten. Sie stehen aber schon geraume Zeit mit dem Corps des Fürsten von Taxis in Verbindung und sind nur wenige Stunden von hier entfernt.

Fulda, 18. Nov. Ich habe, wie gestern, nichts oder wenig Neues zu schreiben. Die Truppen liegen ruhig in ihren Cantonnementen, welche ich vorgestern angesetzt habe. Das österreichische Corps ist zwar nicht, wie bestimmt war, dem Taxischen auf der Schlüchtern-Fuldaer Straße nachgerückt, weil namentlich die Gegend von Ruhsel seither schon durch starke Truppenanhäufungen belegt war; allein es steht doch mit demselben in Linie und in engster Verbindung. Weiters, Brückenau ist sind stark belegt. Beide Corps sind schlagfertig und zu jeder Operation bereit. Aus Kassel erhalten wir Nachrichten, welche noch immer auf feindliche Gesinnungen der Preußen deuten. Sollten sich der Eisenbahn bemächtigen und wider Willen der Regierung bemächtigt, versehen also fortwährend aufrupatorisch im Lande. Die Eisenbahnbrieftaben widersetzte sich, und berief sich auf das Ministerium. Der preußische Commandant aber erklärte kurz, er sei jetzt Herr hier und werde die Bahn sperren, sobald man den Truppen von Hanau Lebensmittel auf der Bahn zukommen lasse, oder gar sie selbst darauf befördere. Die Bahnzüge werden von der preußischen Militärbehörde strenge controlirt.

(K-D.-Z.)

Kassel, 19. Nov. Die Neuherfische beginnt eine Jeremiade an die Berliner Reform mit den Worten: „Alles was Kurhessen jetzt erduldet und in der nächsten Zeit noch erdulden wird, leidet es um Preußens Willen. Ein solches Geständniß, so traurig an und für sich, hat doch wenigstens das Gute, daß es wahr ist, denn bisher hatte man der Kasseler Bürgerschaft mit unverwüstlicher Schamlosigkeit vorgeschwatzt, es geschehe Alles um „Deutschlands" Willen. Gottfried Weber, Gabriel Rießer! der große Patriot aus Hamburg hat nun auch seine Stimme erhoben für Recht wider Gewalt in Kurhessen. Die Neuherfische

gibt, ihm dafür den Bruderkuß, den Hr. Gabriel wird einzuhämen lassen und hängen neben den Hagen'schen, den weltberühmten, als er die schöne Rede gehalten in der Paulskirche für den preußischen Kaiser und den Untergang Deutschlands.

(K. Z.)

Hanau, 20. Nov. Von der, den Mitgliedern des hiesigen Obergerichts am 15. d. M. eingetheilten militärischen Execution ist dieselbe außer bei den beiden, welche ihren Abschied eingereicht, noch bei zwei anderen Mitgliedern gestern wieder zurückgezogen worden. Das Eine war als Instructionsrichter nicht in der Lage, Stewel zu verwenden und das Andere hatte sich gleich nach dem Eintreffen der Bundestruppen für Nachgiebigkeit ausgesprochen. Man hofft auf ähnlichen Grunde und in Berücksichtigung einer eigenthümlichen Stellung als Vorstand einer Collegiums, daß dem Obergerichtsdirektor Mackeldey das Executionskommando ebenfalls noch heute wieder werde zurückgezogen werden. Wie übrigens bei der Auflehnung der Behörden und Staatsdiener das Volk sich gleich anfangs völlig passiv und theilnahmslos verhalten hat, so hat der fernere Widerstand derselben im besonneren Theil der hiesigen Bevölkerung durchaus keinen Rückhalt. Die Dinge haben bereits bei den Offizieren ihren Kulminationspunkt erreicht, man setzt die Sache als abgemacht an, und wünscht sich je eher je lieber aus den gegenwärtigen drückenden Zuständen heraus, weßhalb man jeden fernern Widerstand, als diesen Zeitpunkt verzögernd, mißbilligt. Daher haben denn auch die beiden eingereichten Abschiede bei diesem Theile durchaus keinen Eindruck gemacht. Anders, die Gast- und hauptsächlich die Bierwirthe, sind natürlich anderer Ansicht und stellen ihre ganze Hoffnung auf einen Krieg zwischen Oesterreich und Preußen. Sie unterlassen daher nicht, allerlei darauf bezügliche Gerüchte zur Beunruhigung der Gemüther auszuspringen, wie z. B. das hier gestern und vorgestern allgemein gelaubte Gerücht, daß der König von Preußen in Folge einer Militärrevolte abgedankt habe, was natürlich ebenso unwahr war, als die kürzliche Nachricht der Deutschen Zeitung von der Abdankung des Kurfürsten.

(K. Z.)

Frankfurt, 20. Nov. Die Deutsche Zeitung theilt folgendes Schreiben mit, das der König von Preußen eigenhändig an Hrn. v. Radowitz, unmittelbar nach dessen Rückkritt, gerichtet hat: „Sanssouci, 5. Nov. 1850, nach 6 Uhr Abends. Soeben gehen sie zur Thür hinaus, mein treuer und theuerster Freund, und schon nehme ich die Feder, um Ihnen ein Wort der Trauer, der Treue und der Hoffnung nachzusenden. Ja Ihre Ihre Entlassung auf dem auswärtigen Amte gezeichnet, Gott weiß es mit schwerem Herzen. Aber ich habe ja in Freundestreue noch mehr thun müssen. Ich habe Sie im versammelten Rathe um Ihres Entlassungsbegehrens willen gelobt. Das sagt Alles und bezeichnet meine Lage schärfer als es Bücher vermöchten. Ich habe Ihnen ja meinen tiefsten Herzen für ihre Amtsführung. Sie war die meisterhafte und geistreiche Ausführung meiner Gedanken und meines Willens. Und diese kräftigten und hoben sich an Ihrem Willen und Ihren Gedanken, denn wir hatten dieselben. Es war trotz aller Tribulationen eine schöne Zeit, ein schöner Moment meines Lebens und ich danke dem Herrn (den wir beide bekennen, und auf den wir beide hoffen) so lang' ich athme, dankbar dafür sein. Gott der Herr geleite Sie und führe in Gnaden bald unsere Wege wieder zusammen. Sein Friede bewahre, umsagre und beselige Sie bis auf Wiedersehen. Das zum Abschied von Ihrem ewig treuen Freunde

Friedrich Wilhelm."

△ **Aus Baden**, 18. Nov. Gestern haben sämmtliche preußische Truppen, welche seither die Besatzung von Rastatt bildeten, die Festung verlassen und ihren Rückmarsch nach Preußen angetreten. Im Laufe des heutigen Tages werden 2 Bataillon badische Truppen und 100 Mann Osterreicher in Rastatt einrücken. — Neuerdings spricht man in wohlunterrichteten Kreisen von der nahe bevorstehenden Abdankung des Großherzogs, Auflösung der Kammern und Entlassung des Ministers v. Marschall. In wie weit diese Gerüchte gegründet sind, wird die nächste Zukunft lehren.

— Aus Anlaß des großherzogl. Namensfestes sind mehrere politische Gnadenakte erlassen worden, wie verlautet, begnadigt worden. — Major v. Ludwig ist zum Stadtkommandanten von Karlsruhe ernannt worden. — Seit gestern ist der ganze Oberrhein- und Seekreis sowie Hohenzollern von den k. preuß. Truppen gänzlich geräumt. — Die Verurtheilungen von politisch Angeklagten dauern fort und werden, wie es scheint, auch immer mit Erkenntnissen angefüllt. Seit unserm letzten Bericht sind 42 Erkenntnisse erfolgt. Zwei fanten freisprechend 40 auf eine Zuchthausstrafe von 1 bis 9 Jahr. — Viele politische Flüchtlinge, welche zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt waren, haben sich ihren Behörden gestellt und ihre Untersuchungen von Neuem führen lassen, indem sie auf ein freisprechendes Urtheil rechnen. — Das sechste badische Inf.-Bataillon ist in Karlsruhe eingerückt und wird die dortige Besatzung bilden. — Hofrath Mahl, der belannte Redakteur der mittelrheinischen Zeitung, welcher wegen Hochverrathe-Anklage 1½ Jahr Zuchthaus war, hat sich seiner Behörde in Mannheim gestellt. Sie werden sich erinnern, daß vor mehreren Monaten eine den höhern Klassen angehörende Dame in Baden-Baden wegen Gelbverschleichung verhaftet wurde. Inzwischen dieser Untersuchung soll sich dringender Verdacht gegen sie gewendet haben, die Wärterin bei im Irrsinne unter denselben Umständen verstorbenen Gemahlin zu Bruchsal zu sein. Man ist auf das weitere Resultat der Untersuchung sehr begierig. — Von dem bekannten und sehr beliebten Romanschriftsteller Otto Müller in Mannheim (seit mehreren Jahren Redakteur des Mannheimer Journals) sind wieder drei Romane unter der Presse und werden nächstens erscheinen. Personen, welche Gelegenheit hatten, das Manuskript zu lesen, geben ihr Urtheil dahin ab, daß dieselben äußerst interessant und spannend sind und den ausgezeichneten Roman „ein deutsches Dichterleben" noch übertreffen.

Wiesbaden, 18. Nov. Wie wir aus zuverlässiger Quelle so eben ersehen, wurde der hiesige Agent der kölnisch Dampfschiffahrtsgesellschaft gestern von deren Direction benachrichtigt, daß bis auf Weiteres auf den kölnischen Dampfbooten keine Reisenden weiter befordert werden können, da dieselben sämmtlich zum Truppentransport verwendet werden mußten. Wir erwarten heute daher noch den Durchmarsch preußischer Truppen. Unsere Militärmusik ist angewiesen, dieselben bei Erbenheim auf der Straße nach Frankfurt entgegen zu gehen, um dieselben hierher zu geleiten.

(M. Z.)

Gotha, 16. Nov. Koburg und Hildburghausen werden in den nächsten Tagen durch Preußen besetzt; dieselben werden heute schon in Schleusingen erwartet, wo gestern für zwei Regimenter Quartier angelegt worden ist. Alle Vorräthe von Schießmunition sind aus Erfurt nach Erfurt geschafft, sogar die noch in Arbeit gewesenen Zündnadelgewehre; auch soll die Fabrik aus Sömmerda nach Magdeburg oder Spandau verlegt werden. In Erfurt sollen 15,000 Mann garnisonirten. Die Truppenmärsche haben seit acht Tagen aufgehört, dagegen kommen große Transporte an Gummiwood hier durch.

(N. Hess. Z.)

Hamburg, 15. Nov. Beim Senat ist eine Aufforderung der preußischen Regierung, auch unser Truppen mobil zu machen, vor einigen Tagen eingegangen, so wie eine gleichlautende Forderung an alle von der „Union" noch nicht zurückgetretenen Staaten gerichtet wurde. Der Senat hat sich zu einer bestimmten ablehnenden Antwort bewogen gefunden, was bei den hier allgemein als zwecklos angesehenen preußischen Rüstungen und der meistens traurigen Schwenkung des Personal-Cabinets schon in Berufsthätigkeit unserer — schmachlichen Finanzverhältnisse nur allgemeine Billigung finden kann.

(Köln. Z.)

Wien, 16. Nov. Endlich ist man in Berlin zu der Einsicht gekommen, daß Oesterreich gar keine feindlichen Absichten gegen die „Ehre Preußens" im Schilde geführt hat. Die conservativen Journale, die Reform und die Neue Preußische Zeitung, sie alle sind voll des Lobes Preußens Ehre eigentlich gar nicht bedroht beschädigt wird, wenn jenes Land eine noch bessere Stellung in Deutschland einnehmen wird, als es jemals eine hatte. Beide Zeitungen beweisen heute durch ihre Leitartikel, was wir freilich schon viel früher bewiesen hatten, daß dieses Land die reichischen Absichten gegen Preußen hegt, und gewiß nicht auf ersten besten feine Macht vergrößern will. Uns nimmt es nur Wunder, wie überhaupt zu irgend einer Zeit seit dem März 1848 irgend ein verständiger und redlicher Mensch es hat aussprechen können, daß Oesterreich in irgend einer Weise von Rechten Preußens zu nahe treten gewollt. Die „Constitutionelle Zeitung," das Organ der Gothaer, ist hingegen zu dieser Zeit emsig beschäftigt, „die Gemüther vor Verzweiflung zu schützen." „Preußens Ehre" verlangt nach diesem beschriebenen Blatte bloß — daß „Oesterreich Ehre" untergehe. Die Parität der beiden deutschen Großmächte ist durchaus nicht daß, wonach die Neue Preußische Zeitung so lüstern ist; die einzige Oberherrlichkeit Preußens in Deutschland, oder wenigstens die Verbannung Oesterreichs aus Deutschland. Weil Oesterreich weder mit Güte noch mit Gewalt in eine solche Stellung gebracht werden kann, daran ist Preußen auf ewig beschimpft, und die patriotischen Gemüthen von Worbis, welche nicht wissen, die Entschädigen eines blutigen Bürgerkrieges erlangen können, hätten sich darum in Sack und Asche, und vergießen ihre Thränen in langen Leitartikeln. Es sind diese Klagen natürlich ein abgekartetes Spiel zwischen Eborlaband, welche dem Bankerott nahe stehen, und der unter ihnen. Ohne wir unsere Leser-Mitgliedern eine künstliche Abreaction erregen möchten, dessen Zlufhen sie selbst möglicher Weise wiederum stolt machen könnten. Sie werden jedoch ihren Zweck nicht erreichen. Die Indignation mag auf ein Paar Stunden hergestellt werden, der nüchterne, praktische Verstand wird jedoch schnell wieder die Oberhand gewinnen. Wenn Preußen über eine kurze Zeit seine Stellung in Deutschland nicht allein behauptet und befestigt, sondern auch verbessert und erfährt haben wird, so wird sich kein Bürger jenes Landes von den Gothaern, welche die Maske des preußischen Patriotismus vor das Gesicht nehmen, nun ihren Hetzzug und ihren Eigennutz zu verstecken, dem sie so gerne das beste Blut Deutschlands opfern möchten, einreden lassen, daß Preußen, indem es gewonnen, etwas verloren hat, oder daß es sich ernsthaft, indem es emporgestiegen ist.

Berlin, 18. Nov. Gestern, Sonntag, begab sich der bisherige Gesandte der französischen Republik am hiesigen Hofe, Hr. Rayneval, mit dem um 11 Uhr abgehenden Bahnzuge nach Potsdam und überreichte daselbst Sr. Maj. dem Könige im Beisein des interimistischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. v. Manteuffel, das Schreiben des Präsidenten der französischen Republik, welches ihn von der hiesigen Mission zurückberief.

— Während französische Blätter bald von 4 Regimentern, bestimmt, die Besatzung Straßburgs zu verstärken, bald von 14,000 Mann sprechen, welche ein Beobachtungskorps um jene Stadt bilden sollen, wird der N. Pr. Z. aus zuverlässiger Quelle aus Paris berichtet, daß die Regierung selber die Stärke der um Straßburg zu bildenden Beobachtungskorps auf 50,000 Mann angibt. Nach allem den Rüstungen aber, welche die französische Regierung angeordnet hat, scheint es auf eine weitere Mobilisirung der französischen Armee abgesehen zu sein, und nicht blos auf die von 50,000 Mann. Denn man allein auf den in Limousin, in der Bretagne, Normandie u. s. w. angeordneten Pferdeankauf blickt, so dürfte diese

Maßregel allein auf die Mobilisirung einer Armee von mindestens 200,000 Mann schließen lassen.

Neuestes.

Würzburg, 21. Nov. Gestern Nachmittags um 2 Uhr fand die feierliche Beerdigung des, seine Ernennung durch den letzten Armeebefehl nur um wenige Stunden überlebenden, k. Ploymajors Carl Adolph Ebhr statt. Derselbe, seit 43 Jahren dem Militärverbande angehörend, machte sämmtliche Feldzüge zwischen 1809 und 1815 mit. Das Offizierkorps, sowie Abtheilungen sämmtlicher hier garnisonirenden Waffengattungen und der Landwehr wohnten dem Conducte an. Nachdem die militärischen Ehrenbezeugungen mit den herkommlichen drei Salven beendet, sprach Herr Domkapitular Dr. Götz ergreifende Worte am Grabe des Verblichenen.

§ Kissingen, 18. Nov. Heute Vormittags hat sich in der Hafelmühle bei Strolsbach ein Soldat vom k. k. öster. Infanterie-Regiment Benedek in seinem Quartier durch einen Schuß aus seinem Dienstgewehre in den Mund entleibt.

Karlsruhe, 19. Nov. Der Kriegszustand ist verschärft worden. Die Verschärfung beschränkt sich jedoch nur auf die badischen Truppen, auf welche man mit Recht ein wachsames Auge hat, obschon sie in ihren neuen Cantonnements im Oberlande die vorzüglichste Haltung beobachten. — Die größere Strenge ist in einer Verordnung auf das neue Truppenkorps sehr zweckmäßig. Wenn die badischen Offiziere selbst ein Pistol geben und die traurigen Erfahrungen beherzigen, welche sie nicht ohne eigene Verschuldung machen mußten, so darf Baden, wenigstens jetzt wieder, mit Vertrauen auf seine Armee blicken.

Köln, 18. Nov. Die Forts unserer Stadt sind bestellt, sowie die Luneten und die Coponnieren zur Aufnahme von Truppen wohnbar gemacht, die Wälle mit dem nöthigen Geschütze versehen und die Pappeln auf dem Glacis umgehauen. Köln wird in Kurzem eine Besatzung von 15,000 Mann haben; die Artillerie-Festungsmannschaft sind bereits gebildet und mit den Transporte der Pulvervorräthe und den Friedensmagazinen vor der Stadt in die Kriegspulvertheurme beschäftigt.

Bereits wird an preußische Blätter von Jägerapyramidalen Hohenmauths gedichteten, die in dem kurhessischen mörderischen Vernichtungskriege auf Seite der nach „Nachsicht“ und „Gnade“ retirirenden Preußen vorgefallen sein. Um nur einen davon zur Charakterisirung aller übrigen emporzuheben, so wird dem „Magdeburger Korrespondenten“ geschrieben, daß ein preußischer Poerd'yper-Jährich einen bayerischen Offizier aus einen Unteroffizier „gefangen“ genommen, aber vorgezogen habe, „ihr wieder laufen zu lassen“ — ob nur aus „militärischen Rücksichten!“ ist nicht dazu geschrieben.

Hannover, 18. Nov. Aus sicherer Quelle geht uns die Mittheilung zu, daß 13,000 Mann Truppen sofort auf den Kriegsfuß gesetzt werden sollen.

Hamburg, 17. Nov. Ende der Woche ist hier für Rechnung der preußischen Regierung eine Million Pfund Blei angekauft worden.

Berlin, 17. Nov. Die Landwehr-Kavallerie 2. Aufgebots war bisher nicht zur Einberufung bestimmt, ist aber jetzt ebenfalls gemacht. (C. Z.)

Berlin, 17. Nov. Nach glaubwürdigen Mittheilungen hat der jetzige Waffenstillstand in Kurhessen, welcher Preußen in den Besitz der Grenzpaßstraßen und von Kassel setzt, dahin seinen Grund, daß man preußischer Seits auf eine Regelung der kurhessischen Angelegenheiten wie der Herzogthümer durch Commissionen dringen will, die auf den freien Conferenzen gebildet werden.

(Berl. Z.)

Berliner Blätter, welche sich rühmten, uns Patriotismus nicht über die Truppenbewegungen berichten zu wollen, lassen gleichwohl 3 Armeen an verschiedenen Punkten der Monarchie sich concentriren und nennen bereits deren Oberbefehlshaber.

Zürich, 10. Nov. Der Bundesrath hat Genf aufgefordert, seine Flüchtlinge dem Bundesbeschlusse gemäß, auf acht Stunden zu internieren. Es ist mit dieser Mahnung besonders auf die in Genf verweilenden französischen Flüchtlinge abgesehen, und hängt zusammen mit den Verschwörungen, die man im südlichen Frankreich entdeckt hat; wahrscheinlich ist von Paris aus eine desfallige Weisung an den Bundesrath ergangen.

St. Gallen, 15. Nov. Der Gr. Rath hat heute nach zweitägiger Diskussion mit 84 gegen 54 Stimmen die Motion des Hrn. Oberst Ritter auf Verfassungsrevision angenommen. Der Termin der Volksabstimmung, welche durch eine Regierungsvorlage einzuleiten werden soll, ist auf den 19. Januar 1851 anberaumt.

(N. Z. Z.)

Paris, 16. Nov. Man will, falls der deutsche Conflict einen so ernsten Charakter annimmt, daß die offene Ausstellung einer Observationsarmee gerechtfertigt erscheint, dem General Changarnier nebst Ertheilung der Marschallswürde den Oberbefehl dieser Armee übertragen, denselben auf diese Weise von Paris entfernen und den, Ludwig Napoleon persönlich ergebenen, General Baraguay d'Hilliers an seine Stelle setzen. Ich kann Ihnen verbürgen, daß das Ministerium, übereinstimmend mit der Umgebung des Präsidenten, diesen Plan hegt, mit dem man um so leichter zu reussiren hofft, als der General Changarnier wohl schwerlich sich weigern könnte, eine so ehrenvolle Beförderung anzunehmen. — Der 11. und 12. Nov., für welche Tage bekanntlich ein allgemeiner Aufstand im Süden angesagt war, sind ohne alle Ruhestörung vorüber gegangen. Der „Constitutionnel“ schreibt die Nichtausführung des Planes der Dazwischenkunft der englischen Polizeimaßregeln zu.

Nom, 9. Nov. Man erwartet hier eine Verstärkung der französischen Garnison, indem außer dem 53. Regimente noch ein anderes französisches Regimenter Marschbefehl erhalten haben. Gutunterrichtete wollen wissen, es sei zwischen der hiesigen und der französischen Regierung ein Vertrag über ständige Besetzung einiger Theile des Kirchenstaats durch französische Truppen der Linie verzeichnung nahe. Dr. Duteert soll zu diesem Zwecke als Gesandter der französischen Regierung hierher kommen. (N. M. Z.)

Turin, 11. Nov. Der Senator Cibrio hat das Portefeuille des Ministeriums des öffentlichen Unterrichts definitiv übernommen und gestern bereits den Eid in die Hände des Königs abgelegt.

Florenz, 11. Nov. Se. k. k. Hoheit der Großherzog haben dem Präsidenten der französischen Republik, Louis Napoleon Bonaparte, das Großkreuz des toskanischen St. Josephsordens verliehen.

(Schluß der Rede des Hrn. Domdekan von Hirscher.) Es ist, durchaus richtige Hr. Präsident, vorhergetretene Herren, nicht zu bezweifeln, daß auch die hohe Regierung Badens in ihrer Weisheit die ebengerachte Ueberzeugung der deutschen Großstaaten theile, und der Kirche ihre nothwendige Selbstständigkeit zu gewähren die Absicht habe. Aber seitdem die deutschen Großstaaten gekannt haben, hängt die Erwartung des Landes, weit immer auch nichts bestimmtes verlautet hat, nachgerade an in dieser Beziehung vorgelegt zu werden. Ich hielt es daher für angemessen, der hohen Regierung Veranlassung zu geben, sich öffentlich über ihre Absicht hinsichtlich der Kirchenfreiheit auszusprechen, und (wie nicht zu bezweifeln) die Erwartung des Landes durch bestimmte Zusage zu beruhigen. Es handelte sich daher die Anfrage: Was in dieser Angelegenheit etwa bereits geschehen sei, und die wann man der Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in Baden auf Grundlage der kirchlichen Selbstständigkeit mit Bestimmtheit entgegensehen dürfte? Man war vielleicht geneigt zu vermuthen, daß bezüglich auf die katholische Kirche die gerechte Regelung von jenen Staaten, in welchen die Diözesen der Oberrheinischen Kirchenprovinz liegen, in gemeinsame Berathung gezogen worden wäre, und gemeinsame Beschlußnahme geordnet werden würden. Seitdem aber Wirttemberg in dem neulich den Ständen vorgelegten Verfassungsentwurf aber das, was es der Kirche verfassungsmäßig zu gewähren beabsichtigt, unabhängig von anderen Regierungen sich ausgesprochen hat, so läßt sich erwarten, daß Baden sofort das Gleiche thun, und ihr Beispiel daran gut stauden, es möchte vom Tische der hohen Regierung aus die Erklarung abgegeben werden, daß sie nach auf diesem Landtag eine das Kirchenconstitutionsedikt von 1807 nach den Forderungen der Kirchenfreiheit umgestaltende Vorlage zu erwarten sei, aber daß wenigstens unverzüglich eine auf Stiftern der Staats- und Kirchenbehörde zusammengesetzte Commission zur Feststellung der Präliminarien jener Vorlage werde niedergetzt werden.

Die kirchlichen Zustände in England.

Die heutigen englischen Zeitungen bringen eine weitläufige Beschreibung der Inauguration des neuen Lord-Mayors von London, eine Festlichkeit, welche gewöhnlich durch die bei derselben gehaltenen Reden der großen Bürdenträger des Staates Bedeutung erhält. Lord John Russell wurde mit rauschendem Beifall begrüßt, und man wußte, daß derselbe den jüngsten Brief an den Bischof von Durham gab, in welchem er sich in ungewein scharfer Weise gegen die Ernennung römisch-katholischer Bischöfe für England mit englischen Titeln ausgesprochen hatte. In der Rede, welche der englischen Premier spater hielt, erwähnte er zuvorderst, daß England sich bemühen würde, den europäischen Frieden, welcher jetzt bedroht sei, zu erhalten; dann ging er sofort auf den kirchlichen Gegenstand über, der jetzt die Gemüther in England vorzugsweise beschäftigt, sprach aber in sehr verschulicher Weise. Er citirte das Beispiel der Königin Elisabeth, welche zur Zeit einer weit ernsteren Krise, als diejenige, von welcher England jetzt bedroht ist, Männer der religiösen Confessionen, wenn sie nur dem Throne und dem Lande treu waren, als Rathgeber um sich versammelt hatte. Dieser Satz sollte anzweifelhaft die Ernennung des Herrn Sheil, eines Katholiken, zum Gesandten in Florenz, durch welchen Mission sier auch der diplomatische Verkehr mit Rom vermittelt wird, rechtfertigen. Lord Truro, Lord Kanzler von England sprach sich bei dieser Gelegenheit in weit schärferer Weise gegen die „Anmaßungen“ des Papstes aus. In der That beschäftigt sich jetzt ganz England, die Staatsmänner, die Presse und das Volk, mit den jüngsten päpstlichen Verordnungen. Dieselben wurden wie katholischer Kirche in heidnischen Ländern, von Bayern verwaltet, welche zunachst der Autorität der „Propaganda“ gehorchten, und die ihre Bischofstitel in partibus infidelium entlehnten. Diese Bischöfe waren nicht permanent an die ihnen zugetheilten Diöcesen gebunden, sondern konnten auf Anordnung der Propaganda zu jeder Zeit von Missionsorten anderer Lande berufen werden. Die rasche Zunahme der Katholiken in England, theilweise durch die Einwanderung der Irlander, theilweise durch zahlreiche Uebertritte, bestimmten den heiligen Vater zur Errichtung einer permanenten Hierarchie in jenem Lande, in Folge welcher der Kardinal Dr. Wiseman zum Erzbischof von Westminster und andere Pralaten zu Bischofen anderer Diöcesen ernannt wurden. Gegen diese Ernennungen machte sich sofort eine furchtbare Opposition geltend, die sich aber nicht auf das Gesetz von England stützen kann. In der katholischen Emanzipationsakte ist es ausdrücklich angeführt, daß römisch-katholische Bischofe ihren Titel nicht von dem Orte, wo sie ihren amtlichen Bischof nennt, entleh-

nen können. Es folgt mithin, daß sie ihre Titel von solchen Orten entlehnen dürfen, die einem anglikanischen Bischofe nicht zum Titel gedient, und nur dieses ist geschehen. Ferner sprechen manche Analogien zu Gunsten der päpstlichen Anordnung. In Irland wie in manchen der britisch-amerikanischen Colonien bestehen bereits römisch-katholische Episcopate, die ihre Titel von Städten in Irland und in den Colonien hernehmen, und die haben diese Länder bei Kirchenregiment führen. Ferner hat England selbst in solchen Ländern, welche die anglikanische Kirche nicht als Staatskirche anerkennen, gerade nach denselben Prinzipe verfahren, welches jetzt von Seite Roms befolgt wird. Schottland, wo bekanntlich die presbyterianische Kirche die herrschende ist, ist in anglikanischer Kirchenprovinzen eingetheilt, und von Bischöfen, welche sprechenden Städten ihre Titel entnehmen, regiert worden. Dann hat die Königin von England einen anglikanischen Bischof von Jerusalem ernannt, der über mehrere türkische Provinzen seine Jurisdiktion ausübt, und der anglikanische Bischof von Gibraltar schließt in seine Diöcese alle diejenigen Städte des Mittelmeers ein, in welchen Capellen der englischen Hofliche bestehen, wie z. B. Genua, Triest, Smyrna, in die ewige Stadt selber, in welcher das Haupt der katholischen Christenheit seinen Sitz aufgeschlagen. Ferner kann angeführt werden, daß das Weltexpanet in England, sonst auch Methodismus genannt, welche sich trennte, aber gerade dieselben, wie die römischen Katholiken bestehen, auch ihre Bischöfe in England ernennen, und denselben englische Titeln verliehen. Um die gewaltige Aufregung, welche sich des englischen Volkes aus einem Anlasse, der in anderen protestantischen Ländern kaum wurde beachtet werden, bemächtigt hat, verstehen zu können, muß man die politischen und kirchlichen Verhältnisse England näher in's Auge fassen. Die große Revolution von 1688, von welcher das englische Volk seine Freiheit herdatirt, war nicht allein gegen die Polizei, sondern auch gegen die Religion des katholischen Königs Jakob II. gerichtet. Mit dem Könige fiel auch seine Kirche, und die Emancipation O'Connel sie zu befreien wußte, von einer kirchlichen, wie von einer politischen Unterthanschaft niedergedrückt, von welcher die neuere Geschichte kein so schreiendes Beispiel aufzuweisen vermag. Aber auch, seitdem die Emancipation der Katholiken durchgesetzt wurde, steht ihrer Religion in großer Theil des englischen Volkes feindselig gegenüber, und zwar nicht allein aus kirchlichen, sondern auch aus politischen Motiven. Der Protestantismus in England ist auch wesentlich unterschieden von dem Protestantismus in jedem anderen Theile der Welt. Die nichtenglischen Protestanten haben nämlich ihrer Zeit die katholische Kirche verlassen und eine neue Kirche gegründet. Die englischen Protestanten behaupten aber, in der katholischen Kirche verblieben zu sein, und sie nur von ihren Auswüchsen gereinigt zu haben. Die Priester der anglikanischen Kirche nehmen für sich die apostolische Nachfolge in Anspruch, was bekanntlich von anderen protestantischen Geistlichen nicht geschieht. Dem katholischen Prediger ist es höchst gleichgültig, wenn ein römischer Priester seine rechtmäßige apostolische Succession in Abrede stellt; nicht so dem anglikanischen Priester. Gerade, weil seine Verwandtschaft mit der römischen Kirche die nächste ist, ist seine Empfindlichkeit gegen deren Einfluß um größten. Ein Theil der anglikanischen Geistlichkeit hat als Argument gegen die Zulassung der katholischen Bischöfe, daß, da seine priesterliche Würde eine rechtmäßige sei, die Ernennung dieser Bischofe überflüssig wäre. Diese nun sie zu, behauptet er, so wurde schon dadurch die anglikanische Priesterschaft in Frage gestellt werden. Zu allem diesem kommt, daß während der letzten Jahre von Seiten eines zahlreichen, besonders des jüngeren, Theils des anglikanischen Clerus, eine große Annäherung an die römische Kirche stattgefunden hat, eine Annäherung, die in vielen Fällen zu Uebertritten anglikanischer Priester und Laien zu den Schoß der römischen Kirche geführt hat. Jene Bewegung entstand in Oxford und die neue Partei, welche sich dort bildete, entlehnte ihren Namen von dem dortigen Professor der Theologie Dr. Pusey, obgleich es jetzt unerkannt ist, daß ihr bedeutendster Mann Dr. Newman war, der bereits römischer Priester geworden ist. Die Puseyiten haben ihren Weg zurückgefunden zu den Dogmen der römischen Kirche; sie nähren sich dieser auch in ihren äußeren gottesdienstlichen Gebräuchen, verehren Heilige, ermahnen zur Ohrenbeichte, glauben Absolution ertheilen zu können ꝛc. Unter ihnen gibt es Viele, welche sich von den römischen Katholiken durch nichts, als durch den Namen unterscheiden, welche laut genug erklären, sich als gute Protestanten und als Feinde des Papstes geriren, die aber — zu ihnen zählt man auch die Bischöfe von Bath und Wells, von Exeter, zu selbst den Bischof von London — doch von der größeren Masse der Anglikaner mit vielem Mißtrauen angesehen werden. Die Puseyiten, oder die Anglo-Katholikenchurchmen nennen, zeichnen sich auch dadurch aus, daß sie sich durch Zusammenberufung der „Convocation" einer großen kirchlichen Versammlung, von dem Einflusse der Krone möglichst unabhangig zu machen streben, während die low-churchmen nur in der unerschütterlichen Aufrechthaltung der obersten kirchlichen Gewalt des Staates bei den britischen Monarchen das Heil für ihre Kirche erblicken. Nebenbei sei bemerkt, daß die Puseyiten ihre zahlreichen Anhänger unter den höhern Ständen, besonders unter den Frauen, finden. Es ist leicht erklärlich, daß in Betracht dieses in der anglikanischen Hochkirche entstandenen Schisma und der zahlreichen Uebertritte von Priester und Laien zur römischen Kirche, die Installirung einer römischen Hierarchie in England eine große Agitation hervorrufen mußte. Bereits haben sich alle Politiker dieses Gegenstandes bemächtigt. Lord John Russell, entschieden, aber gemäßiget, als seine vorzüglichen Opponenten, wird wahrscheinlich die neuen Bischofe bestätigen, die den römischen Bischöfen die führung englischer Titel zu verbieten, und am ihnen die gesetzliche Anerkennung ihrer Würde zu versagen. Vielleicht auch, daß die Whigs den Versuch machen werden, alle Puseyiten aus kirchlichen Aemtern zu vertreiben, was geschehen konnte, wenn sie die bekannten 39 Glaubensartikel der englischen Kirche durch andere verwehren, welche ein high-churchman nicht zu unterschreiben im Stande ist. Die Tories, unter der Anführung des Hrn. d'Israeli, werden die Schuld alles Vorgefallenen auf das Whig-Kabinet; die Gunst, welche Lord John Russell der katholischen Hierarchie in Irland erwiesen hat, sei, so behaupten sie, Veranlassung zu den „Uebergriffen" Roms gewesen. Die ultra-torystische und ultra-protestantische Partei hingegen, wird das alle Geschrei gegen die Katholiken-Emancipation neu beginnen, und obgleich vergebens, die erneuerte Unterdrückung von zehn Millionen ihrer Mitbürger anzustreben suchen. Wie klar die interessanten Gefichte bei einem Theile des englischen Volkes erregt worden sind, läßt sich denken, wenn bei einem öffentlichen Gastmahle am 10. Nov. der Lord-Großkanzler von England sich nicht enthalten konnte, in Beziehung auf den Kardinal Wiseman Gloster's Worte zu citiren: „Wir treten deinen Hut, du Kardinal, mit Füßen, dem Papst und seinen Bischöfen zum Trotz. (Kl.)

Eine schaudererregende Schilderung von der Verfolgung der Christen in Aleppo.

Am 16. Okt. Abends um 9 Uhr erhob sich das volkreiche Stadtviertel Bab-el-Neran wie ein Mann; Flintenschüsse verkündeten die nahende Gefahr. Bald nachher wurde das Christenquartier übersfallen, eine Menge Häuser geplündert und Abscheulichkeiten jeder Art dabei begangen, während der Generalstatthalter, Zarif-Pascha, sich mit den Truppen in die Kaserne Schek-Zabrak flüchtete und die Truppen den Plünderern nicht den geringsten Widerstand entgegensetzten, vielmehr sie alle Christenhäuser austrauben ließen. Mit gewauer Noth entkam ein französischer Angehöriger Clermont der Wuth dieser Raubbolen; nicht so glücklich war ein Pfarrer der Schismatiker, Josef Kuffak; sein Haus wurde geplündert und er selbst unter tausend Martern getödtet; sein Körper wurde in Stücke zerhauen und auf die Straße geworfen. So ging es die Nacht hindurch. Am folgenden Morgen strömten sie den Bewohnern von Bab-el Neran und Kurlik noch hermüthende Araber, welche von Plünderung Nachricht erhalten, und nun ward was sich auf das bewährteste und reichste Christenquartier, Saide, daß man in der vergangenen Nacht nicht angegriffen hatte, weil es jede Nacht seit verschiedenen wurde; die Meuterer mehreten sich auf alle Weise bewaffnet und sprengten endlich die Thore von Saide; von Morgens 7 Uhr bis Mittags wurden während 12 Stunden alle möglichen Gräuel begangen; die christlichen Kirchen niedergebrannt, ohne daß die Ortsbehörde den geringsten Schritt that, diesen Verbrechen ein Ziel zu setzen. Zarif Pascha, obgleich er etwa 1500 Mann Truppen zu seiner Verfügung hatte, mirte sich nicht: er erklärte, er könne die Verantwortlichkeit auf Sich nicht nehmen, er habe die Truppen, und seine Absicht sei, sich in kein Gefecht einzulassen. Endlich kam der Divisionsgeneral Kerim-Pascha mit Truppen und Geschütz, kehrte aber, als er den Stand der Dinge angesehen hatte, „in guter Ordnung" wieder um. Die Verwendungen der europäischen Consuln bei Zarif-Pascha erhielten keine Antwort, und so hatte die Rube werde bald wieder hergestellt sein. Die Consuln wendeten sich nun an den Musselim (Vorsteher) der Stadt, einen einsichtsreichen Mann, und stellten ihm vor, weil es keine Regierung mehr gebe, so solle er dieselbe übernehmen. Er erschien auch wirklich an der Spitze von 200 Mann bei der Citadelle und versuchte den Ordnung herzustellen; suchte sie zu beruhigen; allein die neuen Hoffnungen waren nicht von langer Dauer. Zarif-Pascha, um ein Lebenszeichen zu geben, hatte 4 der plünderuden Araber verhaften lassen; die empörten Stadtviertel erhoben sich aufs neue, Schwärme von Arabern drangen ein, und der Pascha war genöthigt, seine Gefangenen losgeben zu lassen, um nicht die Austritte der letzten Tage erneuert werden. Allein diese Nachgiebigkeit genügte den Meuterern nicht. Am 19. Morgens plünderten sie die Waffenvorräthe, und stellten dem Pascha und der Stadt mehrere Bedingungen, worunter die Rückkehr des Pascha in seine Residenz und der Gruben in ihre Posäße; die Auslieferung des griechischen Patriarchen; das förmliche Versprechen, in Aleppo keine Conscription vorzunehmen, was auch von den Grossen des Landes und den europäischen Consuln unterzeichnet werden sollte; die Auslieferung der Steuerregister und die Abgabe von Pulver und Kugeln. Bei Abgang der Nachrichten, um 2½ Uhr Nachmittags, dauerten die Unterhandlungen über diese Bedingungen noch fort.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Theater-Anzeige.

Freitag den 22. November.

Gastspiel des Herrn Ratkowsky vom Stadttheater zu Düsseldorf.

Czaar und Zimmermann.

Komische Oper in 3 Akten von A. Lorzing.

Gestorbene:

Den 19. November.

Ursula Geißler, 51½ Jahr alt, Rentbeamten-Tochter.

Druck von Joseph Stetz in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Vierteljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Sedenhof 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 280. Würzburg, Freitag den 22. November. **1850.**

Die deutsche Gesinnung der Gothaer.

In den Zeiten höchster Bedrängniß und Gefahr für das Vaterland bewährt sich der ächte, der wahre Patriotismus, in solchen Kreisen ist es der Patriot, der Vaterlandsfreund im wahren Sinn des Wortes, der mit aufrichtiger Freude und unbedingter Hingebung Alles, Gut und Blut, seine ganze Habe, sein Leben dem Vaterlande weihet, der ihm selbst das größte Opfer — das seiner Ueberzeugung bringt, wenn er erkennt, daß ihr Vermeintlichung nur durch das Verderben des Vaterlandes erreicht werden kann. Nicht so thr Deutschesten der Deutschen — unsere Gothaer! Sie, die unaussprechlich von dem Glücke, der Macht, der Wohlfahrt, der Einigung des deutschen Vaterlandes schwagen, bedenken sie nicht, jetzt, wo die fürchterlichste Gefahr — wie seit zwei Jahrhunderten nicht — das Vaterland bedroht — wo der unselige Bruderkrieg an die Pforten pocht — wo Deutsche bereits gegen Deutsche das Schwert gezückt — mit der vollen Wuth der Raserei den unheilvollen Brand anzufachen, der — einmal entzündet, unaufhaltsam das ganze Vaterland ergreifen wird — die Glut zu schüren, die leider nur zu sehr schon unter den deutschen Brüderstämmen um sich gegriffen — den unseligen Haß, der sie seit Jahrhunderten gegeneinander waffnete, aufs Neue anzustacheln, den Norden Deutschlands gegen den Süden zu hetzen, alle Scheußnisse des Bürgerkrieges über das arme Vaterland heraufzuschwören! Mit unseliger Emsigkeit schuren, bezahlen, wühlen sie an allen Ecken und Enden; mit teuflischer Lust ziehen sie das dem Moder längst vergangener, längst vergessener Zeiten Alles hervor, was den Haß der deutschen Brüderstämme zu entflammen vermag; taub gegen alle Lehren und Warnungen der Geschichte heulen sie diese auf, um alle Schmach und Schande, mit der unseligen Verblendung früherer Jahrhunderte den deutschen Namen befleckt, aufs Neue in'e Leben zurückzurufen! Ihr Fanatismus kennt kein Maaß, kein Ziel, keine Grenze: sie lechzen nach Bürgerblut, ihr Ungestüm, ihre Ungeduld vermag kaum den Augenblick abzuwarten, wo das Signal ertönen soll zum Bürgerkriege, der Tod und Verderben, Jammer und Trauer über alle deutschen Lande verbreiten soll! Und dieß Alles, um, wie die Gothaer sagen, das deutsche Vaterland glücklich, stark, einig zu machen! Die späte Nachwelt wird sich' gerneinlosen Wahnsinn unerklärlich finden, der des Vaterlandes Glück dadurch schaffen will, daß er es in das unabsehbarste Unglück stürzt, ihre es dadurch stark machen will, daß er den Bruderkrieg heraufbeschwört, in dem die edelsten Kräfte der Nation sich aufreiben, sich erschöpfen müssen, der es dadurch zur Einigkeit führen will, daß er den Haß, den Unfrieden, den Kampf der deutschen Bruderstämme gegen einander entflammt! Nein, wer solch' wahnsinnige, verbrecherische Gedanken zu fassen, zu ihrer Ausführung aufzufordern vermag, der ist kein Freund des Vaterlandes, kein Patriot, kein Deutscher! Ihm ist es nicht um das Glück, die Wohlfahrt, Macht und Ehre Deutschlands zu thun; für ihn gibt es nur ein Ziel, nur ein Streben, — seinen Meinungen und Ideen um jeden Preis, selbst um jenen des Verderbens der deutschen Nation, den Sieg zu verschaffen! Mag der wuthentfirt Bürgerkrieg das deutsche Vaterland zerfleischen, mag das namenlose Unglück alle deutsche Gauen verheeren, mögen Ströme des rothen Blutes den deutschen Boden röthen, Tausende und abermal Tausende von Leichen auf den Schlachtfeldern Deutscher gegen Deutsche sich auftürmen, mögen unsere blühenden Städte in Trümmer versinken, unser Wohlstand, unsere Bildung, die Errungen verhängnißvollen dreißigjährigen Krieges unrettbar vernichtet werden, mag Deutschland, der Spielball fremder Eroberer, nach Erschöpfung seiner letzten Kräfte in jene Schwäche und Auflösung zurückversinken, — in der es gerade vor zwei Jahrhunderten nach dem Ende eines dreißigjährigen Kampfes darniederlag! — Was kümmert das Gothaer alle jene Verblendeten, wenn nur bereits — und sei es über den Trümmern des deutschen Gemeinwesens — der Bundesstaat nach der Idee der Gothaer sich erhebt! Deutschland mag im brudermörderischen Kampf verbluten, mag zu Grunde gehen, wenn nur ihre Bundesstaatsidee triumphirt! Dies ist der Patriotismus, dies ist die Aufopferungsfähigkeit, die Vaterlandsliebe, die deutsche Gesinnung der Deutschesten der Deutschen, der Gothaer! So erprobt sich in der ernsten Prüfungsstunde ihre Gesinnungstüchtigkeit, ihr vielgepriesenes Deutschthum!

(N. M. Z.)

Deutschland.

München, 20. Nov. Wie verlautet, hat die k. Staatsregierung beschlossen, den in Dresden stattfindenden Ministerkongreß zu beschicken und wird Staatsminister Dr. v. d. Pfordten dieser Tage dahin abgehen. — Sämmtliche seit dem 15. Juli f. J. bevollerten aber zur hiesigen Garnison verlegten Offiziere und Mannschaften marschiren morgen Vormittag ihre Aufwartung bei dem Feldmarschall der Armee, Sr. k. Hoh. dem Prinzen Karl von Bayern. — Der Vorstand der Zeughausdirektion, Hr. Oberst v. Athaer, erhielt den Charakter eines Generalmajors. — Die Bevollmächtigten Serbiens von Oesterreich wird hier erwartet. — Der Landwehrmännerrn, welche sich bei den Vorkommnissen der Jahre 1848/49 durch Dienstfeuer k. besonders hervorgethan haben, ist eine entsprechende Auszeichnung zugedacht und es ist zum Zwecke der Berathung hierüber zur einigen Tagen ein aus Landwehr-Stabsoffizieren bestehende besondere Kommission zusammengetreten worden. — Bei der am 29. d. dahier beginnenden Schwurgerichtssitzung werden zum ersten Male in Oberbayern auch 2 Israeliten als Geschworne fungiren. (A. Ab.)

Die Ereignisse in Kurhessen

Aus Kurhessen, 18. Nov. Mit jedem Tage tritt es schlagender ins Licht, in welche schlimme Lage Preußen mit seinem Sonderbunde, der keinen andern Zweck hatte, als ihm die Herrschaft in Deutschland zu verschaffen, Deutschland in Preußen aufgehen zu lassen, nicht blos das deutsche Vaterland überhaupt, sondern dieses Land, kurhessen, insbesondere versetzt hat. Galt es Preußen wirklich um Deutschlands Wohl, um des gemeinsamen Vaterlandes Macht und Größe, so mußte es von Anfang der Märzrevolution an Oesterreich aufrichtig die Hand reichen und gemeinschaftlich mit der ersten deutschen Großmacht, als welche sie der König selbst anerkannte und in Uebereinstimmung mit den deutschen Fürsten des Vaterlandes Geschicke zu ordnen, das bisher Versäumte nachzuholen, die Bundesverfassung angemessen zu reformiren, den Interessen der deutschen Nation und ihren gerechten Forderungen Rechnung zu tragen suchte. Ohne Oesterreich ist kein großes, mächtiges, blühendes Deutschland denkbar, sondern nur ein verstümmeltes, seiner Hauptlebensquelle beraubtes, ohnmächtiges, zwischen Rußland und Frankreich und Oesterreich selbst eingepreßtes. Nur im innigsten Bunde mit einander können Oesterreich, Preußen und das übrige Deutschland gedeihen, ein großes, mächtiges, geachtetes Ganze bilden, und der deutsche Bund, die deutsche Nation, sie inmitten der europäischen Staaten die ehrenvolle Stelle einnehmen, die ihnen gebührt. Die ganze deutsche Geschichte weist uns darauf hin, und König Friedrich Wilhelm III., durch die bittersten Erfahrungen belehrt, hatte dies so wohl erkannt, daß ihm sein Sohn und Nachfolger auf dem Todtenbette versprechen mußte, zum innigen Bunde mit Oesterreich festzuhalten, nie mit Oesterreich zu brechen. Und Friedrich Wilhelms IV. Mutter, die Königin Luise, eine der herrlichsten deutschen Frauen, hatte dieselben Ansichten gehegt. Dennoch ließ sich Preußen verleiten, auf den unglückseligen Plan der Union einzugehen, welche ein preußisches Erbkaiserthum gründen, mithin, während sie sophistisch die Einheit und Größe Deutschlands beständig im Munde führten, das Vaterland zertheilen, zerfleischen und von neuem in alle die traurigen, ja noch großeren Wirren stürzen mußten, aus die wir waren, welchen es durch die Befreiungskriege von 1813 und 1814 kaum erst glücklich entgangen war. So schnell vergißt man und auch die blutigsten Lehren der Geschichte! Preußen, statt als redlicher deutscher Bundesgenosse Oesterreich um sa aufrichtiger die Hand zu reichen, je ärger die Stürme der Revolution tobten und um mit ihm für sichere Aufrechthaltung der rettenden Vertragenheiten Oesterreichs, und siebaugelte mit jenem Plane der Idealogen und Revolutionäre, ahne den Muth zu haben, entschieden darauf einzugreifen, wahl zahlend, daß er jeden praktischen Podenz entbehre, nicht ausführbar sei, ohne den Schimpf der Revolution erst recht zu offnen, Deutschland in unabsehbare innere und äußere Kriegz zu stürzen. Es schlug den unglücklichen Mittelweg der Union ein, den schon mehr von ihm mit gleich wenig Glück versuchten des Separatismus, des Fürstenbundes von 1785, der Demarkationslinie von 1795, der Rheinischen Kaiserreichs" von 1806. Derselbe Weg mußte zu denselben traurigen Resultaten führen: zur Zerspaltung des Vaterlandes und mithin zu

dessen Ohnmacht dem Ausland gegenüber, zu innern Schmähe und Anarchie, zur Lähmung des Handels und der Industrie, zur gänzlichen Zerrüttung. Wie mächtig und geachtet stand Deutschland, trotz aller Schwächen und Fehler des alten Bundes, im Jahr 1840 dem Ausland gegenüber da, und wohin haben es die preußischen Sonderbestrebungen nun gebracht! Welch tiefen Schmerz kann jeder fühlende Vaterländer darüber nur betrachten. Erst in den neuesten Tagen, nachdem Oesterreich im Verein mit dem größten Theil Deutschlands – die bundestreuen Staaten bilden zwei Drittel, die nationalsinnen nur ein Drittel des Bundes – die Herstellung des Bundes mit zeitgemäßen Reformen kräftig in die Hand genommen hat, haben wir Hoffnung in deutsches Vaterland zu hegen. Freilich ist dazu nöthig, daß Preußen seine separatistischen Bestrebungen aufgibt, und sich dem gemeinsamen Vaterland, dem deutschen Bund, wieder anschließt, von dem es sich nie hätte trennen sollen, daß es also die den Bund zerreißende preußische Union offen und ehrlich aufgibt. Es hatte dies besser schon längst thun sollen, nachdem auch der Blinde einsah, daß von keinem „deutschen Bundesstaate" mehr die Rede kein konnte, und der Verblendetste begriff, daß es sich nun blos noch um ein vergrößertes Preußen, um die Spaltung, die Zerrüttung Deutschlands handle. Wie konnte man sich jenen reinen Portikularinteressen immer noch in der Maske der Einheit Deutschlands, das man zerriß, zerfleischte, zu täuschen hoffen? Aber auch jetzt, wenn auch spät, und nachdem viel Uebrigen, schwer wieder gut zu machenden angerichtet, ist es noch Zeit, sich dem Bunde wieder zuzuwenden und die dem Vaterland geschlagenen Wunden wieder zu heilen. Es kann dies wohrlich nicht die Ehre verletzen, sondern ist nur der Ehre gemäß. Man spricht so viel von der preußischen Ehre, von Verletzung der preußischen Ehre! Uns ist die Ehre eines jeden deutschen Bruderstammes und namentlich die des mächtigen, ruhmreichen preußischen heilig. Aber eben weil dieser Bruderstamm mächtig und ruhmreich ist, braucht er nicht so empfindlich zu sein. Es gibt eine wahre und eine falsche Ehre. Die wahre Ehre verlangt, das Unrecht anzugeben, sich dem Rechte zuzuwenden. Im Unrechte aber ist jeder Separatismus, der das gemeinsame Vaterland zerreißt, im Unrechte und zwar im stärksten Unrechte ist ein unbewiesene gewaltsames Einmischen in die Angelegenheiten eines andern Bundesstaates, wie die Invasion Preußens in Kurhessen, die so großes Unglück über dieses Land gebracht hat. Das Unrecht anjedem, sich dem Rechte zuwenden, ist ehrenvoll, ist wahrer Ehre gemäß. Falsche Ehre wäre es aber, bei einer dem deutschen Vaterlande, dessen Wohl man doch immer im Munde führt, verderblichen Politik verharren zu wollen, bei der von der Geschichte bereits gerichteten preußischen Partikularpolitik von 1785, 1793 und 1806. (F. D.-Z.)

Aus Kurhessen, 20. Nov. Eine Beleuchtung des Circularrescripts des deutschen Bundes in Kurhessen an die Gerichte, den gesetzmäßigen Stempel wieder zu erheben, ist theilweise auf Widerspruch gestoßen und hat in öffentlichen Blättern mehrfach Mißdeutungen und falschen Auslegungen unterlegen. Sie ist, namentlich nachdem die Stempelzwangsmaßregel zu deren Beseitigung eingetreten sind, als eine Beeinträchtigung des richterlichen Gewissens und der Rechtsprechung selbst angesehen worden. Davon handelt es sich aber durchaus nicht, sondern um eine reine Administrativmaßregel, was die Erhebung des Stempels lediglich ist, und nicht um eine Gesetzesänderung, wie fälschlich hat vorgestellt werden wollen. Daß die Erhebung des Stempels eine rein administrative Sache ist, ergibt sich nicht blos aus den deßfallsigen Verhältnissen in andern Staaten, sondern auch aus dem Verhalten vieler Gerichtsbehörden in diesem Lande selbst, welche keinen Anstand nehmen, die Sache so zu nehmen, und den Stempel per Verfügung des Bundescommissärs gemäß zu erheben. (F. D.-Z.)

Fulda, 20. Nov. Heute fanden einige Desolationsverabredungen statt. Das 2. Bataillon des 15. Regiments marschirte aufs Land und 1 Bataillon des 14. Regiments rückte dann dafür ein. Das 2. Kurassierregiment bezog Cantonnements in der Nähe der Stadt. Die beiden schönen Kürassierregimenter bilden mit einem Chevaurlegersregiment eine Brigade unter General v. Flotow, der sich hier befindet. Es herrscht noch immer die größte Ruhe in der Hauptstadt. (F. D.-Z.)

Kassel, 20. Nov. So sind es denn schon 20 Tage, daß Kassel, wenigstens seitden Oberneustadt, preußische Soldaten beherbergen muß. Aus willigem Gehorsam gegen den preußischen Commandirenden hat nämlich der Stadtrath die hier liegenden Preußen, etwa 1500 Mann, seit dem 9. sämmtlich in die Cantonnalquote vertheilt, weil es dem Herrn Commandirenden so bequemer ist. Die Klage der Hausbesitzer jenes Stadttheils aber hiese ungerechtigkeit haben bis zum Augenblick nichts gefruchtet. Selbst dort, so wird mehrseitig behauptet, sollen verschiedene, notorisch gegen besonders gesinnungstüchtige Hausbesitzer noch ein neuer Mann im Quartier gelegt worden sein, weil es dem Herrn Commandirenden so bequemer ist. Die Klage der Hausbesitzer jenes Stadttheils aber diese

wüstlichen Umsonspolitik. Durch diese Politik war das Mißtrauen zur gegenseitigen Staatsmaxime erhoben worden, und begreiflich ist es, daß dieses so lange genährte und durch so viele Handlungen gerechtfertigte Mißtrauen nicht auf einmal schwinden konnte. Gelingt es nun, dieses Mißtrauen von Grund aus zu heben und in Deutschland naturgemäße Verhältnisse herzustellen, so werden wir selbst die ungeheuern Opfer, die gebracht werden mußten, nicht allzusehr zu beklagen haben. — Sollten die blinden, auch jetzt noch nicht belehrten Anhänger der Gothaer und der Radowitzschen Politik nach ferners Opfer zu bringen haben, so werden sie dieselben nicht aber nicht beschweren, vielmehr als hohe Ehrung anerkennen, daß die Schuppen so großen Unheils sich ihrer Erfolge weder rühmen noch erfreuen mögen. Die Genugthuung wird aber nur werden, daß es sich bewahrheiten wird, daß Preußen dasjenige, was es zu erreichen berechtigt ist, auf dem nun eingeschlagenen Wege mit Sicherheit erreichen wird, während die Verfolgung des frühern Weges es täglich vom Ziele weiter entfernen und am Ende ins Verderben führen müßte. Diese Wahrheit, die wir so oft und eindringlich geltend gemacht haben, ist uns so viersach und mit so großer Lebhaftigkeit neuerdings worden, daß wir an uns selbst hätten irre werden können. Bald aber, so Gott will, wird die Zeit kommen, wo man uns freie Preußenfreundlichkeit, von der wir nichts in uns empfanden, vorwerfen, vielmehr erkennen wird, auf welcher Seite die wahren Freunde Preußens und Deutschlands zu finden sind. (Z-D-Z.)

△ Aus Baden, 19. Nov. Es war früher bestimmt, daß die durch die Ereignisse vom vorigen Jahre etwas verspätet zur Ziehung gekommene Mannschaft, welche 1850 militairpflichtig, erst mit der 1851 pflichtigen aufgeboten werden sollte. Ein neuerer Befehl ordnet jedoch an, daß diese Aushebung sofort vorzunehmen, und findet diese schon am 16. Dez. statt. — Man wird sich wohl noch der im Februar vorgekommenen Geschichte von dem Verschwinden der jungen Gattin eines königl. preuß. Stabsoffiziers erinnern. Diese sollte machte damals sehr großes Aufsehen, weil es hieß, die junge Frau sei auf dem Wege von Köln nach Karlsruhe ermordet worden. Jetzt hat sich durch die gerichtliche Untersuchung ergeben, daß dieselbe nicht ermordet wurde, sondern mit einem jungen Engländer nach Frankreich entflohen ist. — Die vor einiger Zeit eingeleitete Eisenbahnbrücke auf der Strecke von Freiburg nach Efringen ist jetzt wieder vollkommen hergestellt. — Das Gerücht vom Abbruch der Eisenbahnverbindungen zwischen der großh. badischen und der Basler Regierung ist bis jetzt ganz unbegründet.

Karlsruhe, 20. Nov. Mit den Antrag des Hrn. v. Hirscher auf Befreiung der Kirche von bürokratischer Bevormundung wird eine neue Epoche in der Entwickelung der badischen Zustände beginnen. — Es muß anerkannt werden, daß seit einiger Zeit Alles, was für das Land Gutes geschah, von der ersten Kammer eingeleitet ist, aber man darf auch nicht verschweigen, daß die Erfolge derselben noch viel größer sein würden, wenn alle Mitglieder ihre Sitze auch wirklich einnähmen. Daß sie dazu früher keine Lust hatten, finden wir sehr begreiflich, jetzt aber fordern die höchsten Interessen, daß Keiner fehle. Das preuß. Hauptquartier wird den 28. d. M., die letzte Abtheilung des Bergsträngkorps den 29. Dez. das Großherzogthum abgehen. Rastatt wird von badischen Truppen, nämlich dem 3., 5. und 9. Bataillon, 1 Schwadron und der Artillerie besetzt. — Hoffen wir, daß der Bundestag dieser für die schwebenden Verhältnisse so unzureichenden Anordnung bald ein Ende machen werde. — Vorgestern ging Hr. v. Meysenbug als außerordentlicher Minister nach Berlin, gestern Frhr. v. Andlaw nach Wien ab. Es ist eine gute Vorbedeutung, daß man den Letzteren wieder verwendet. (K. Z.)

Stuttgart, 19. Nov. Die radikale Presse hat offenbar zu srüh ein Triumphgeschrei darüber erhoben, daß ein großer Theil der Mitglieder des ständischen Ausschusses vom 10. August 1849 wieder eingetreten sich gezwigert haben soll, denn das Ministerium hat nach dem jetzigen Stand der Dinge nicht nur keine Schläppe erlitten, sondern vielmehr Das vollkommen erreicht, um was es ihm allein zu thun sein konnte. Es wird sich eine Kommission aus der Mitte jenes Ausschusses als kontrolirende Behörde der Staatsschuldenzahlungs- und Suspentationsklasse bilden, ohne alle weitere ständische Besugniß, und in diese Kommission werden die eifrigsten Mitglieder des alten Ausschusses eintreten, die nicht, um der Regierung Verlegenheiten zu bereiten, sondern nur aus formellen Gründen abgelehnt hatten. Sie gingen von dem Geschäftspunkte aus, daß ihr Mandat erloschen sei und nicht durch 4. 85 wieder belebt werden könne; dagegen machte sich die Meinung bei ihnen geltend, daß das Ministerium die Befugniß habe, eine Kommission zusammen zu berufen, die eben so wohl aus Mitgliedern des alten Ausschusses, wie aus andern Männern bestehen könne.

Leipzig, 19. Nov. Jetzt ist es die Gothaische Partei, die Partei der Unterwerfung unter Preußen, welche in Sachsen der Regierung, wenn nicht ernste Verlegenheiten bereitet, so doch ihr das Bewußtsein des Daseins eines feindlichen Prinzips im Innern einflößt. Unter dem Beamtenstande, der von jener Partei unterminirt ist, gibt sich Sucht nach Opposition kund. Vergeblich wußt das Ministerium zu Drohen mit Absetzen und Verordnungen sich ab, es fehlt zu ihrer Vollziehung an willigen Organen. Der Stadtrath und das Stadtkollegium zu Leipzig werden von bekannten Gothaern geleitet; die meisten Mitglieder dieser beiden Kollegien schwören nicht auf die Selbstständigkeit Sachsens, sondern schwimmen für Preußen, in dessen Oberherrschaft sie das einzige Deutschland erblicken, im Grunde aber nur für Interessen, deren Befriedigung sie von Preußen erwarten.

Luxemburg, 16. Nov. Die Abgeordnetenkammer hat heute nach vierstündiger Erörterung in der deutschen Bundesangelegenheit eine motivirte Tagesordnung angenommen. In der Nachmittagssitzung wurde das Budget der öffentlichen Arbeiten angenommen, worauf sich die Kammer bis zum zweiten Dienstag im Februar 1851 vertagte, vorbehaltlich der Befugniß des Präsidenten, sie außerordentlich einzuberufen, wenn die Umstände es erfordern sollten.

Berlin, 19. Nov. Se. Majestät der König werden übermorgen Allerhöchst selbst die Kammern im weißen Saale des Königlichen Schlosses eröffnen.

— Auch gestern Abend war der Ministerrath und zwar von 5—10 Uhr versammelt. Heute Vormittag trat derselbe wieder um 10 Uhr zusammen. — Gegenstände dieser sich schnell folgenden Berathungen sollen die Kammervorlagen sein.

— Der Peregsetzentwurf, wie er dem Staatsministerium nach den gemeinsamen Berathungen Seitens der Ministerien des Innern und der Justiz zugegangen, hat die preußischen Leben, daß die in die bureaukratische Willkür zum Theil Bocherthäre hinauswirft, um dieselbe zur Hinterthüre wieder hereinzulassen. (N. Pr. Z.)

Berlin, 19. Nov. Die k. Botschaft, mit welcher die Kammern übermorgen werden eröffnet werden, bildet den Berathungsgegenstand eines langen und sehr früh Vormittagsministerrathes. Ich höre, daß der Zeit dieser Botschaft von dem Könige persönlich entworfen sei, daß man aber in Folge der heutigen Berathung zahlreiche Aenderungen darin vorgenommen hätte. Was den Hauptpunkt der augenblicklichen Politik betrifft, so höre ich schon jetzt, daß darin der Wunsch einer Erhaltung des Friedens auf das Lebhafteste ausgesprochen, zugleich aber die bestimmte Versicherung ertheilt wird, die Ehre und die Interessen Preußens zu wahren, indem man entschlossen sei, wenn Dieß nicht anders möglich, es selbst mit Waffengewalt zu thun. — In Betreff des vollen Aufgehens der Union wird die Hoffnung ausgesprochen, daß Preußen auch fernerhin noch mit seinen bisherigen Bundesgenossen eng verbunden bleibe, wiewohl man bedauern müsse, daß Dieß auf der bisherigen Basis, wie Preußen sie durch die Verfassung vom 28. Mai geboten habe, nicht möglich sei. Es wird wir schließlich bemerkt, daß dieses gerade gegenwärtig so unendlich wichtige Aktenstück an einer großen Unbestimmtheit des Ausdruckes in seinen wesentlichsten Abschnitten leide, so daß die Absichten der Regierung nicht präzis genug hervorreten. — Von Seiten der englischen Gesandtschaft ist eine Note eingegangen, welche im Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens die beingenstes Vorstellungen macht. (N. Z.)

Berlin, 19. Nov. Die „Spenersche Zeitung" enthält folgende, auch von der „Deutschen Reform" aufgenommene Notizen: Die Stärke der im Kurfürstenthum Hessen zu versammelnden bayerischen und kaiserl. österreichischen Truppen beträgt zept 43,000 Mann, das Corps des Grafen von der Gröben ist dagegen nur 17,000 Mann stark. Wie wir hören, faßt die diesseitige Regierung den Umstand, daß der Kurfürst in seinem Lande eine solche Truppenzusammenziehung der österreichischen Regierung gestattet hat, als einen unmittelbar gegen Preußen gerichteten feindseligen Akt auf, wegen dessen Preußen, sobald die Stunde der Entscheidung gekommen ist, mit dem Kurfürsten von Hessen abrechnen wird. Da es indeß nicht in der Absicht liegen kann, die 17,000 Mann in gegenwärtigen Augenblicke einer doppelt so starken Uebermacht aufzuopfern, so soll Graf v. d. Gröben den Befehl erhalten haben, sich, wenn er gedrängt wird, weiter zurückzuziehen — bis auf Weiteres!

England.

London, 14. Nov. Die heutigen „Times" sprechen sich über die Stellung Englands so aus: „Ein einiges Deutschland, d. h. ein durch das Band eines Bundes zur Vertheidigung seines Gebiets vereinigtes Deutschland ist für uns die große Schranke zwischen der Macht Rußlands auf der einen und Frankreich auf der anderen Seite. Wenn die Hauptmacht Deutschlands unserig sind, so ist weder der Norden noch der Süden mächtig genug, es mit den etwa gegen sie geschickten Heeren aufzunehmen, und selbst die Neutralität der einen Hälfte der Nation in einem solchen Kampfe ist die Zerstörung der anderen. Aber wenn diese Macht nicht bloß getheilt, sondern feindlich sind, so paralysiren sie einander und die ganze Schranke zwischen Rußland und Frankreich ist vernichtet. Wir können als Engländer also in diesem unnatürlichen und beklagenswerthen Kampfe keine Partei ergreifen: unser Feind ist der Krieg selbst, nicht dieser oder jener kriegführende Theil. Die Politik unserer Lander und aller wahre Wohlfahrt Europa's wird in gleicher Weise leiden, mag nun Oesterreich aus seiner alten Stellung im deutschen Bunde verdrängt, oder Preußen durch seine unsinnige Mißachtung der Bundesgesetze und der europäischen Mächte gedemüthigt, niedergeworfen und geschwächt werden. Beides wäre für unsere continentalen Interessen treffen die Ursachen berechendster Größe, beides die Zerstörung eines Gebäudes, an welchem die englischen Staatsmänner mitgebaut haben, als an dem stärksten Bollwerk des Friedens von Europa. . . . Es war die Pflicht und liegt noch jetzt in der Macht Englands, gemeinsam mit Rußland und Frankreich die Integrität des Bundes in Europa und den einzigen bekannten und festen Grundlage, der der Verträge von 1815, wiederherzustellen durch Anerkennung der Frankfurter Bundesversammlung als des gesetzlichen Organs des Bundes; denn nichts kann frevoler sein, als die Vorwände, auf welche ihn man die Autorität des Bundestags laugnet, während die Existenz des Bundes zugestanden wird. Der ganze Bau muß zusammen fallen oder fallen: die Verträge, welche den Bund geschaffen haben, haben auch den Bundestag geschaffen, und die nämlichen Verträge gaben Preu-

fen die Rheinprovinzen und setzten die Grenzen in ganz Europa fest. Die Bundes-Auctorität in Deutschland vernichten, heißt den Schlußstein des Gewölbes wegnehmen und den Continent der stärksten oder kriegerischsten Macht zur Beute geben. Aber England hat durch seine Unthätigkeit, um seinen starkeren Ausdruck zu gebrauchen, diese große Gefahr wachsen lassen, und wir fürchten sogar, daß es die Verirrungen der Zwietracht begünstigt hat, die an diesem Unglück Schuld ist."

London, 16. Nov. Folgende Adresse an die Königin (wie es heißt, ist sie von Card. Wiseman verfaßt) soll zum Unterzeichnen in den kath. Kirchen aufgelegt werden und circuliren: „Die Unterzeichneten in England wohnenden römisch-katholischen Unterthanen Ew. Majestät wagen es, Ew. Majestät Throne zu nahen, um die Gefühle ihrer ungeschwächten und unverbrüchlichen Treue gegen Ew. Majestät Königliche Person, Krone und Würde auszusprechen. — In einem Augenblicke, wo man versucht, unsere Loyalität zu bestreiten, halten wir es für unsere Pflicht, diesen unseren Gefühlen einen Ausdruck zu geben. — Jahrhunderte lang von den Privilegien der Verfassung und von den Rechten, welche ihre Mitunterthanen genossen, ausgeschlossen, blieben die Katholiken ihrer Unterthanenpflicht gegen die Krone dieses Reiches treu und ließen sich an Bereitwilligkeit, die Rechte und Prärogativen derselben gegen jeden Feind zu vertheidigen, Niemand übertreffen. Und jetzt, da wir unter Ew. Majestät weisen Regierung gleichmäßig wie andere die Wohlthaten der Verfassung genießen, sind wir mehr als je von denselben Gefühlen der Treue und Anhänglichkeit beseelt und gleicherweise bereit, bei jeder Gelegenheit die Aufrichtigkeit der Versicherungen unserer Loyalität zu beweisen, — Dank theuerste der Privilegien, zu welchen wir so durch die Weisheit der britischen Gesetzgebung zugelassen sind, ist dieses, daß wir die Religion unserer Väter in Gemeinschaft mit dem römischen Stuhle offen bekennen und ausüben dürfen. Durch sie haben wir es als eine heilige Pflicht geerbt, dem Kaiser zu geben, was dem Kaiser ist, wie wir Gott geben, was Gottes ist. Wie immer daraum unsere Kirche zu irgend einer Zeit zur Herstellung ihres regelmäßigen Regierungssystemes unter ihren Mitgliedern auf dieser Insel gethan hat, wir wünschen innigst und aufrichtig, Ew. Majestät zu versichern, daß sie mit dieselbe Organisation eine rein kirchliche und ihre Autorität eine rein geistliche ist. Sie lässt jedes Bischöfchen von den Rechten der Auctorität, Gewalt, Jurisdiktion und Prärogative Ew. Majestät als unserer Souveränin und als der Souveränin dieser Reiche unberührt und vermindert nah schwacht nicht im Geringsten unsere treue Ehrfurcht, unsere Loyalität, Treue und Anhänglichkeit an E. Maj. erhabene Person und Thron; und wir verschern Ew. Majestät unterthänigst, daß keiner unter Ew. Majestät Unterthanen feierlicher, unablässiger und inniger für die Festigkeit des Thrones Ew. Maj. für die Erhaltung des Lebens Ew. Majestät und für das Glück der Regierung Ew. Majestät bet, als die englischen Katholiken, in deren Religion Loyalität eine heilige Pflicht und Gehorsam eine ehrliche Tugend ist."

Vermischte Nachrichten.

Man erzählt sich in Köln eine fürchterliche Geschichte, welche trotz Politik und Festlichkeiten in allen Kreisen verflicht, besprochen und kommentirt wird. In der Gegend von Bitburg lebte ein Mann lange Zeit mit seiner Frau in Unfrieden. Sie trennten sich, aber kurz vor der Scheidung söhnten sie sich wieder aus, lebten friedlich kurze Zeit zusammen und gingen zur Kirmestzeit auf die Tanzmusik, sie verließen diesen Ort zusammen, der Mann kehrte aber allein zurück, tanzte recht lustig und verließ am Ende den Saal allein. — Am andern Tage fand man die Frau in einem benachbarten Wasser der Art ertrunken, daß Jemand ihren Kopf so lange unter Wasser gehalten, bis sie erstickt war. Der Verdacht fiel natürlich auf den Mann, welcher auch verhaftet und trotz seiner vorschwörenden Versicherung der Unschuld vom Geschwornengericht zum Tode verurtheilt wurde. Er ist vor etwa sechs Wochen auf dem hiesigen Neumarkte hingerichtet worden, versicherte aber noch vor dem Tode im tiefsten Angenblicke seinem Beichtvater, er sterbe unschuldig. — Am vorigen Sonnabend stellte sich bei dem hiesigen Gerichte ein Mann und erklärte, er habe die Frau aus Aerger, daß sie sich mit ihrem Gatten versöhnt, in jener Nacht ermordet.

Dem wird von den Aeltürken seiner vielen Vorschläge wegen, für welche das Ministerium günstig gestimmt sein soll, als der gefährlichste Neuerer angesehen, und besonders gehaßt. Auch in der Türkei trägt die potnische Emigration alle ihre Fraktionen zur Schau. In Sjumla wurde eine von ihnen angezettelte kommunistische Verschwörung, die mit der Ermordung ihres Anführers beginnen sollte, nur durch das Dazwischentreten der großherrlichen Truppen verhindert. An der Spitze dieser Verschwörung stand ein mehrere Kopfdicke jetzt, derselbe, welcher in Ungarn auf Bem geschossen hat, genannt. Die Bedingung, welche die türkische Regierung den polnischen Flüchtlingen bei der Aufnahme in die Armee stellte, nämlich, daß sie binnen Jahresfrist die turkische Sprache erlernen, und eine militärische Prüfung ablegen sollten, hat bis jetzt Vielen von ihnen mehrere Polen die ihnen für den Fall der Nichterfüllung derselben zugesicherten 600 Piaster sich auszahlen ließen, und ausgetreten sind, sich nach London und Nordamerika zu begeben.

Ein Blatt aus Bourbon spricht von einer merkwürdigen Entdeckung auf Madagaskar. In einem benachbarten Flußbette wurden nämlich ungeheure fossile Eier entdeckt. Die Schalen sind ¼ Zoll dick, der Umfang eines Eies beträgt der Länge nach 2 Schuh 8 Zoll und in der Mitte 2 Fuß 2 Zoll. Der Inhalt eines derselben, welches geöffnet wurde, beträgt 2 Gallons 7½ Pinten. Welchem Thiere mögen diese Eier wohl angehört haben? Einer Vogelart können sie kaum. Dem Eingeborenen wissen sie nicht unbekannt, und sie sagen, daß eine alte Tration von Madagaskar von Riesenvögeln erzählt, welche groß genug gewesen sein sollten, um einen Ochsen wegzutragen. Das wäre ein blos etwas kleinerer Maaß, als das des Vogels Roc in den orientalischen Mährchen, der gewöhnlich wurden, als einen Elephanten mit seinem Rüsselrohre im Kampfe sah, um diese Thiere auf einmal in die Lüfte zu tragen.

Neuestes.

* Würzburg, 22. Nov. Der hiesige Handelsstand hat sich veranlaßt gefunden, darauf aufmerksam zu machen, daß in Frankfurt a. M. alle Tresor-Scheine, mit Ausnahme der 1. preußischen und der 1. Leipziger, nur à 1 fl. 36 kr. per Thaler im Kurse stehen.

* Hildesheim, 20. Nov. Ueber das preußische Lager bei Bischofa erfahren wir durch einen Augenzeugen Folgendes: Die eigenthümliche Lage des durch zwei steile, waldbewachsene Berge gegen Süden gedeckten Ortes ist vom preußischen Commandanten auf's Beste benutzt. Diese Berge waren von Gefolgs und weiten jedes Vorgehen auf der Kreuzstraße, welche Bacha zum Knotenpunkt hat. Im Rücken dehnt sich ein Wiesengrund, welcher von der Werra durchschnitten u. durch anhaltendes Regenwetter saß zum Sumpf geworden ist, auf ihm befindet sich ein großer Artilleriepark und jede Spur der üppigen Grasdecke ist durch Wasserpfuhlen und Morästen zerstört. Noch weiter rückwärts, wo das Terrain trockener, erhebt sich ein Zeltlager, welches von Ferne gesehen, den Anblick einer volkreichen Stadt gewährt. Alle Ortschaften wimmeln von Spitzhelmen; in der elendsten Hütte liegen 8—10 Mann, für welche zwar an jedem Morgen pr. Kopf 20 kr. an den Hüttenbesitzer ausgezahlt werden, welcher aber die vorgeschriebenen Nahrungsmittel viele Stunden weit herbeischaffen muß. Heu und Stroh wird durch Juden von nah und fern herbeigeschafft, denn der Bedarf der Cavallerie ist sehr groß. Faßt alle Pferde befinden sich entweder ganz unter freiem Himmel, oder höchstens unter Zeltdächern.

Lübeck, 17. Nov. Beim Granen des Tages zog die preußische Besatzung der Fregatte „Eckernförde", die gestern Abend von Travemünde hier ankam, mit klingendem Spiele ab, um sich ihrem Regimente in Kurhessen zu begeben. Es heißt jetzt, das Schiff solle von Bremen und mit Matrosen und Marinesoldaten der deutschen Marine besetzt und sodann wirklich nach Bremerhaven geführt werden.

Paris, 19. Nov. Der Pr. St.-S. weilet amtlich, daß der außerordentliche Gesandte der französischen Republik von Persiany, gestern Mittag in einer Privataudienz dem König das Schreiben des Präsidenten der französischen Republik übergeben habe, worauf er von dem hiesigen Gesandtenpersonen abberufen worden ist.

Die zu Innsbruck gefangenen Tscherkessen haben sämmtlich den Wunsch, in die persische Armee einzutreten, und hat ihr Anführer, ein Fürst, wiederholt nach den Bedingungen gefragt, welche zum Grade eines Offiziers erforderlich sind. Er will sich und seine Landsleute vollständig unterhalten, da er rsche Einkünfte von seinen Besitzungen am Kaukasus bezieht.

Basel, 21. Nov. Der aus Spanien entflohene Dichter Gottfried Kinkel ist in der Schweiz eingetroffen. Fickler, welcher sich noch immer in der Schweiz befindet, wird sich demnächst nach Amerika begeben.

Von der russischen Grenze, 17. Nov. An der polnisch-preußischen Grenze werden bedeutende Truppen-Concentrirungen angestellt und erhalten wir die Nachricht, daß die russisch Warschau stationirten Armeecorps sich in Marsch nach der schlesischen Grenze gesetzt haben.

T. D. 1) Berlin, 20. Nov. Von Braunschweig ist die Erklärung eingegangen, daß es den Durchmarsch von Bundestruppen nach Holstein nicht gestatte, wenn Preußens Unterstützung gegen jeden Zwang in Anspruch nehme. (Z. C.)

2) Athen, 12. Nov. Die Kammern wurden gestern durch J. Maj. die Königin eröffnet. Ueberall herrscht vollkommene Ruhe. Die Königin ist wohl. (N. M. Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Frankfurter Course.

Den 21. November 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1054	1050
" 5% Metalliques	73½	73½
" 4% "	56	—
" 3% "	41⅞	41⅞
" 2½% "	38⅜	38⅜
" 4½% Bethmann	68	—
" 4% "	62	—
" fl. 250 Loose v. J. 1839.	90½	90¾
" 500 " 1834.	145	145¼
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	79½	80
" Thlr. 50 Prämien Scheine.	—	118
Baiern 3½% Obligationen	82½	83
" 4% "	87	—
" 5% "	98⅜	99¼
Württemberg 3½%	95	96½
" 4½ "	95⅝	96⅛
Baden 3½% "	78	78½
" fl. 25 Loose	30⅝	30⅞
" 50 "	56⅜	51¼
Nassau fl. 25 "	24¾	25
Hessen Darmstadt fl. 50 Loose	76¾	77⅝
" " 25 "	27½	27⅝
Polen fl. 300 "	135	—
Sardinien Zcs. 36 "	33½	34

Gold- und Silber-Sorten.

	fl.	kr.
Neue Louisd'or	11	5
Friedrichsd'or	9	43
Dukaten	5	36
20 Frank-Stücke	9	23
Holländische 10 fl. Stücke	9	47
Preußische Thaler	1	45
5 Frank-Thaler	2	21

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrannhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Stempel und Gebühr [illegible]

Nr. 281. Würzburg, Samstag den 23. November. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 21. Nov. Se. Maj. der König haben unterm 19. Nov. l. J. Sich bewogen gefunden, den ersten Assessor des Landgerichts Heidenheim, Johann Paul Zitzmann in gleicher Eigenschaft an das Landgericht Ritzingen und den Landgerichts-Aktuar Johann Freiherr Zeiller von Kitzingen, seiner Bitte gemäß, als ersten Assessor an das Landgericht Heidenheim zu berufen.

Würzburg, 23. Nov. Dem Schuldienstspectanten und dermaligen Schulverweser Valentin Sauter in Abtsroda, k. bayhl. Weyhers wurde die Schulstelle daselbst in Huldiger Eigenschaft übertragen.

Der Wahn der Unmöglichkeit des Communismus.

(Schluß.)

Den Durchgangspunkt zu diesem Wechsel, der eben den großen politischen Kampf unserer Zeit hervorgerufen, und als Eingang zu dem Bandasenthum des Communismus zu betrachten ist, bildete die aus dem Sturze der absoluten, in falscher Form hervorgegangene und in dieser sich fortentwickelnde constitutionelle Monarchie. England, wo zuerst die Idee der absoluten fürstlichen Staatsallmacht durchgeführt wurde, sah auch zuerst für einige Zeit deren Uebertragung auf die Massen durch seine Revolution verwirklicht; aus dem Kampfe der beiden, um diese Allgewalt sich herumwerfenden Mächte, der fürstlichen und volksthümlichen, ging durch eine Art von Friedensvertrag zwischen beiden das Mixtum compositum der constitutionellen Monarchie hervor. Man theilte die Omnipotenz nemlich in zwei Stücke, wovon man das eine dem Fürsten überließ, das andere aber der an die Spitze des Volkes als seine Vertreter sich hinstellenden Aristokratie als Beute hinwarf; damit war die Staatsallmacht der Fürsten gebrochen und ihr allmäliger gänzlicher Uebergang auf ein anderes Element vorbereitet. Für den Vertrag tröstete man den Fürsten mit dem geschichtlich und moralisch unwahren Satze, „daß der fürst nicht unrecht thue, wenn und leitete daraus die verhängnisvolle Folgerung ab, „daß er nicht verantwortlich sei.“ — Der Umstand, daß das Parlament in England seit dreihundert Jahren mit seiner Beute sich begnügte, ist noch kein Beweis, daß dieses dort immer, oder daß es anderwärts so der Fall sein werde, vielmehr zeigt es andern Ländern die Erfahrung, daß unmittelbar hinter dem Constitutionalismus unserer Zeit die Demokratie sich emporhebt, als sogenannte Legaldemokratie ihre Verwandtschaft zum Constitutionalismus und ihre gemeinsame Abstammung mit selbem nachzuweisen sucht, wobei in einzigen Bestreben auf Sturz der constitutionellen Theilung der Staatsgewalt, auf ausschließliche Uebertragung derselben auf die Massen gerichtet ist. — Der heutige Constitutionalismus trägt in sich weder die Kraft eines Prinzips, noch eine materielle Macht; er muß der Demokratie, die beides in sich vereinigt, weichen.

Aber glaubt ihr, daß die Massen, deren Hachtuth und Begierlichkeit man aufs Höchste gerirgt mit der Beute, welche die demokratischen Führer ihnen zuzuwerfen gedenken, zufrieden sein werden! — Wenn es einmal in Europa dahin kommen sollte, daß die historischen Rechte der Throne vernichtet, die Monarchien gestürzt, der große Haufen dagegen wirklich zum Souverän, zu einem über alle Rechte stehenden, nur von seiner Willkür abhängigen Herrscher ausgerufen werden sollte, glaubt Ihr, daß der nimmersatte Wagen dieser vergötterten, damit aber eigentlich mehr vertheierten Massen mit der substanzlosen Speise eines logischen Begriffes, der Fiction von Staatsgewalt, geeignet blos als Mittel zum Beutemachen für die an der Spitze stehenden demokratischen Intriganten, sich zufrieden stellen werde? Thoren sind, die das glauben, Menschen, die aus der Weltgeschichte kein Blatt gelesen und von menschlichen Herzen keinen Zug kennen; die Massen werden wirkliche Speise für sich verlangen; da aber in dem zerrissenen Entwicklungsgange nichts mehr als das Eigenthum verschont wurde, so ist es auch das Einzige, was zum Verschlingen noch übrig geblieben. Sie werden diesen letzten Rest des historischen Rechtes, viel fetter als alle Phrasen von Volksmajestät, Volksherrschaft und Volkssouverenetät, und darum gerade für den gierigen Schlund der Massen geeignet, sicher verschlingen.

Wißt ihr das Geheimniß nicht, daß die Zahl der Besitzlosen viel größer, als die der Besitzenden ist, daß durch Souveränisirung der großen Haufen und das mit logischer Gewalt sich aufdrängende Prinzip der Wahrheit eigentlich nur die Besitzlosen zum Herrscher erklärt worden sind, welche nicht ermangeln werden, das letzte Ueberbleibsel von Recht, das Eigenthum, als Unrecht, und Raub denselben aus den Händen der Besitzenden als Recht zu erklären. Es ist freilich ein Geheimniß nur für Solche, die Augen haben und nicht sehen, die Ohren besitzen und nicht hören wollen; für die Sehenden und Hörenden aber wundert es als offenkundige Thatsache auf allen Straßen der Städte, in allen Landestheilen, in in allen Staaten herum. Es ist wirklich merkwürdig, wie es noch jetzt so viele Leute gibt, welche in der Thatsache befangen sind, als sei die Zahl der Besitzenden größer, als jene der Besitzlosen, während das Verhältniß gerade umgekehrt ist. Wir stellen eine sehr genaue Berechnung auf, wenn wir für die meisten Länder Europa's, mit Abrechnung des weiblichen Geschlechtes, das Verhältniß der Besitzenden zu den Besitzlosen, wie 1/3 zu 2/3 angeben.

Die Bevölkerung der Städte, namentlich der größeren, zählt in unserer Zeit, wo Alles in die Städte sich hineindrängt, und deren Einwohnerzahl daher in einer reißenden Progression zunimmt, in einem weit größeren Verhältnisse als dem angegebenen zur Klasse der Besitzlosen, d. h. aller Jener, welche ausser gar Nichts besitzen, indem sie mit Nothhn. Elend bereits wirklich im Kampfe liegen, oder selbe für die nächste Zukunft in Aussicht haben, oder Tag aus Tag ein nur so viel erwerben, um für sich und die Ihrigen knapp die unmittelbarsten Lebensbedürfnisse zu bestreiten; aber kann Jener, deren Besitz so gering ist, daß derselbe für keinesweges von der Gier einer allgemeinen Gütertheilung abzuhalten geeignet ist. — Man mache nur eine Rundschau in den Städten, gange beim Königspallaste an und steige bis zu den Taglöhnerhütten und öffentlichen Armenanstalten herunter, und man wird finden, daß die Zahl der Wohnstätten sehr gering ist, wo wirklich mehr Besitzende als Besitzlose wohnen. Die großen Proletariatheere in den Städten sind keine Fiction, sondern leider eine nur zu traurige Wirklichkeit. — Das Verhältniß auf dem Lande ist zwar günstiger; allein auch hier ist die Zahl der Besitzlosen größer, als jene der Besitzlosen. — Vorerst wird Niemand bestreiten, daß die Zahl der Dienstboten und Taglöhner viel größer ist, als jene der Dienstherren und Grundbesitzer ist. Es stehen in der Familie von diesen gehört der größere Theil zur Klasse der Besitzlosen; ja es ist sogar ein Gebot der Nationalwohlfahrt, die unbedingte Gütertheilung in den Familien zu erschweren, der allzureichen Vermehrung der besitzlosen Familienglieder in besitzende Hindernisse in den Weg zu legen, weil die Erfahrung beweist, daß durch allzugroße Begünstigung der Güterheilung zwar eine große Zahl von Besitzenden geschaffen, ihr Besitz aber selbst mit der Zeit auf ein solches Minimum zurückgebracht wird, daß er der Besitzlosigkeit gleich kommt. Es findet hier das Paradoxon, „daß die Vermehrung der Zahl der Besitzenden die Besitzlosigkeit vergrößert,“ seine volle Anwendung. — Man hat in Frankreich auf eine Totalbevölkerung von vierundzreißig Millionen die Zahl der Besitzenden und direkte Steuern Entrichtenden auf höchstens fünf bis sechs Millionen angegeben; das Verhältniß wird in Deutschland nicht viel günstiger sein. — Der Wahlsieg der Socialisten in Paris und anderen Gegenden ist daher gar nichts so Unbegreifliches; es ist ein Beweis von ganzlichem Mangel an Fähigkeit zur Auffassung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse, wenn man die Niederlage in den neuesten Wahlkämpfen in Frankreich einer vollverletzten Gesinnung eines betreuenden Theiles der besitzenden Bourgeoisie zuschreibt und ihr vorwirft, daß diese aus politischem Wahnwitze für das stimme, was sie vernichten werde. Der Sieg ist lediglich einem einigeren, massenhaften Zusammenwirken der besitzlosen Klasse zuzuschreiben. Wir behaupten, daß bei diesen Wahlkämpfen nicht nur die ungeheure Mehrzahl der Besitzenden gegen den Socialismus gestimmt hat, sondern, daß sogar nach dem vorliegenden Zahlenverhältniß der Für- und Gegenstimmenden, ein namhafter Theil von Denjenigen, welche zur Klasse der Besitzlosen gehören, auch gegen Gründen, die ihnen nahe lagen, gegen und nicht für die Socialisten gestimmt haben. Wie lange wird man aber bei der reißend um sich greifenden Demoralisation auf die Stimmen von solchen Leuten rechnen können? — Ist nicht die Absicht vorhanden, daß in Frankreich die Zahl der Besitzlosen zu einem wohlgegliederten Wahlheere sich organisirt und in den unblutigen Wahlschlachten einen sicheren Triumph erringt, und sind wir in Deutschland und anderwärts etwa so fern von den Zuständen Frankreichs? Hinausgeworfen zum großen Theile aus dem Gebiete der historischen Rechte, herangetrieben nur zum allerkleinsten Theile lediglich nur noch auf dem Boden faktischer Zustände. Wie lange werden diese dauern? Die Armeen haben dieselben noch für einige Zeit in

stanz quo erhalten; aber wie lange werden diese zu einem solchen Dienste sich gebrauchen lassen; Gehorchen nicht je nothgedrungener zur Klasse der Besitzlosen, sind nicht sie vorzugsweise der Vertheilung ausgesetzt, weil die ganze Reaktionskraft der Antiparteien auf sie gerichtet ist, und das Bewußtsein des Besitzes, das Gefühl der Sicherheit, die Bedingungen des Wohlstandes sie augenscheinlich am Vermag Disciplin allein sie dagegen zu schützen?

Die Gefahr ist also wirklich und nicht blos eingebildet, und wir dürfen mit gutem Rechte sagen: es ist ein Wahn, den Communismus für unmöglich zu halten. Damit sei nicht gesagt, als könne der Communismus je auf die Dauer die Welt regieren; er läuft gegen die von Gott selbst gegebenen Grundlagen der menschlichen Gesellschaft, allein er kann hereinbrechen wie ein Barbarenheer, und den größeren Theil von Europa in einen grauenvollen Trümmerhaufen verwandeln.

Will man am Schlusse dieser blos skizzirten politischen Betrachtung und nach den Heilsmitteln fragen, womit ein so entsetzliches Uebel abgewendet werden könne, so antworten wir: Es gibt keinen wahren und einen falschen Communismus: dieser, der von uns geschildert, ist die Absolutheit menschlichen, ja diabolischen Hochmuthes; jenen findet ihr bescheiden und demüthig in den Hütten unseres Heiles, es ist der Communismus christlicher Demuth, Liebe und Barmherzigkeit. Dieser allein ist das Gegengift, das jenen zu tödten vermag.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 21. Nov. Der hiesige Bezirksdirektor Wachs hat die Landtagswahlen für die nächste Ständekammer angeordnet. Die Wahlen sind bereits eingeleitet und werden den 22., 23 u. 24. d. M. vorgenommen. Man glaubt, daß die Berathlegung diesmal groß sein werde. In Abgeordneten für die Stadt Kassel sind von Seiten des hiesigen Bürgervereins die Herren Obergerichtsanwalt Schwartzenberg und Gebeimerath v. Schenk in Vorschlag gebracht. Herr Generallieutenant v. Hapnan ist durch höchste Ordre in den Ruhestand zurückversetzt, mit der Erlaubniß, die Armeeuniform zu tragen. (K. Z.)

Kassel, 21. Nov. Die Darstellungssammlung von Seiten der Neuwerken für die wahrscheinlichen Offiziere nimmt einen jammervollen Verlauf. Vor einigen Tagen war kaum so viel gezeichnet, um die Monatsgage eines Offiziers zu decken. Rathet euch, ihr Neuwerken, besonders ihr Gebrüder-u. Staatsdrathe mit den gesicherten 2000 Thalern, greift nur herzhaft in eure Börsen, ihr habt ja Zeit und Ursache genug dazu.

Hanau, 22. Nov. Das hiesige Obergericht befindet sich gegenwärtig in einem Gährungsprozesse. Die Krisis ist noch nicht durchgeschlagen und man vermimmt noch nichts davon, ob ein Beschluß wegen Wieder- und Nachrechnung des Stempels gefaßt worden ist, und haben Sitzungen hierfest Gerichts seit dem 18. d. M. nicht stattgefunden. — Diese ganz einfache Sache scheint dadurch erschwert zu sein, daß man die beiden Seiten derselben nicht von einander zu trennen weiß und sich in der Ansicht festgefahren hat, in den Exekutionsmaßregeln liege ein Eingriff in die Rechtspflege vor. Aber es handelt sich nicht um die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Verordnung vom 4. September l. J., welche mit Zwang entschieden werden soll, sondern um Erzwingung des dieser Verordnung nach § 108 der Verfassungsurkunde Seitens der Behörden und Staatsdiener schuldigen, von dieser aber beharrlich verweigerten Gehorsamkeit. Jene Frage über die innere Verfassungsmäßigkeit der Verordnung gehört nicht zur Cognition oder Kenntnißnahme der, der obersten Staatsbehörde untergebenen Behörden, sondern muß auf die im § 100 der Verfassungsurkunde vorgeschriebene Weise von den Landständen ausgetragen werden. Die Rechtspflege selbst wird gar nicht berührt. Es ist daher eine Begriffsverwirrung, in den zur Aufführung gebrachten Zwangsmitteln etwas Anderes zu erblicken, als die Erzwingung des verweigerten schuldigen Gehorsams, oder die Wiederherstellung des gestörten Subordinationsverhältnisses. — Die Truppenzüge haben aufgehört, es passiren nur noch einzelne Truppen unserer Stadt, welche ihren Ruhequartieren nachgehen werden. (K. Z.)

Deutschland.

△ Aus Baden, 20. Nov. Wir sind im Stande, das seit einigen Tagen verbreitete Gerücht von der nahe bevorstehenden Auflösung der Kammern und der Thronentsagung des Großherzogs Leopold für grundlos zu erklären. Die Neubildung des badischen Heeres nimmt einen raschen Fortgang, wenn dieselbe beendet ist, besteht die badische Armee aus 15 Inf.-Bat., jedes zu 900 Mann. Die große badische Jodvirektion hat eine Benachrichtigung erlassen, worin in Anbetracht, daß mit verschiedenen Zollbegünstigungen großer Mißbrauch getrieben wird, folgendes verordnet wurde: 1) darf von allen Gegenständen, welche Hausthiere, junge Kinder in den Bezirken der Hauptämter Rhäingen, Thiengen, bei Rheinfelden und der Schweizerinsel an der Schweiz in das Großherzogthum einbringen, der Zoll, sobald derselbe von der Gesammtmenge einen Kreuzer oder mehr beträgt, ergoben und 2) darf die für den Grenzverkehr eingeräumte Zollfreiheit an der Grenzstrecke der freigelichen Hauptämter an Sonn- und Festtagen unbedingt aufgehoben werde. — Aus Anlaß des großherzogl. Namensfestes sind im Ganzen 75 politische Gefangene und 30 Militärstrafinge begnadigt worden. Unter Ersteren befinden sich solche, welche bis zu 6 Jahr Zuchthausstrafe verurtheilt waren.

Karlsruhe, 21. Nov. Der Präsident des großherzogl. badischen Ministeriums des Innern hat unterm 14. d. an sämmtliche Hh. Amtsvorstände das nachfolgende Rundschreiben erlassen: „Die kgl. preußischen Truppen werden in Bälde auch dem Großherzogthum zurückgegeben werden; der Schutz des Landes ist daher dem großh. Armeekorps wieder anvertraut. Nach den Erschütterungen, denen das Land durch die schmachvolle Revolution des vorigen Jahres Preis gegeben war, und mitten in den Wirren, in welchem jetzt die deutschen Verhältnisse sich befinden, sehen wir uns auf unsere eigene Kraft angewiesen. „Sie werden die große Bedeutung dieses Augenblicks für unsere höchsten vaterländischen Interessen nicht verkennen. Jetzt handelt es sich darum, alle und jede Kraft aufzubieten, um das Ansehen der Gesetze und die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Nur dadurch werden wir größere Nachtheile von unserem Vaterlande abwenden. Ich fordere Sie daher auf, mit allen Nachdruck die bestehenden Gesetze, insbesondere jene, welche über die Handhabung des Kriegszustandes erlassen wurden, zu vollziehen. Sie werden unnachsichtlich allen Versuchen der Umsturzpartei mit rücksichtsloser Strenge entgegen treten, wie sie immer, welche sich politische Wahlrechten zu Schulden kommen lassen, und namentlich Solche, welche versuchen sollten, Soldaten zum Ungehorsam oder zur Treulosigkeit zu verleiten, sofort als Kriegsgefangene vorhalten, vernehmen, und vor die Kriegsstandgerichtsamtliche stellen. Sie werden Wirthshäuser in die Hauptstraße Auflauf zu führen, und es sind dieselben, in welchen Unordnungen gebildet werden, nach den bestehenden Anordnungen ohne Weiteres zu schließen. Mit aller Amtsverschwiegenheit werden Sie auch die Presse beobachten, und in jedem Falle, wo Sie ein Einschreiten für nothwendig halten, die vorgeschriebenen Anzeigen treffen, und dem außerordentlichen Landeskommissar davon zur weitern Maßnahme unverzüglich Anzeige erstatten. So nothwendig es ist, die Polizei mit aller Strenge zu handhaben, so verfehle ich mich auf der andern Seite doch zu dem Tadel und der Kenntniß der örtlichen und persönlichen Verhältnisse der Herren Amtsvorstände, daß sie keine unnöthige Härte und Strenge anwenden, und damit zur Mißstimmung gegen die Regierung und ihre Behörden anreizen. Wenn die Herren Amtsvorstände meiner früheren Aufforderung gemäß sich gehörig über die Zustände in allen einzelnen Gemeinden ihres Bezirks und über die dort einflußhabenden Personen unterrichtet haben, so kann es ihnen nicht schwer fallen, wo Mißstände jemals werde da zu entweichen, wo es den obbezeichneten Anordnungen ist. Ich halte es daher für unumgänglich nothwendig, daß die Herren Amtsvorstände sich mit den Truppenkommandanten, welche als Polizeidistriktsbefehlshaber fungiren, in ein freundliches Einvernehmen setzen, so wie den örtlichen und persönlichen Verhältnissen, so weit Dies als nothwendig erscheint, genau unterrichten und mit ihnen, so weit immer möglich, zusammenwirken. Bon allen erfolgreichen Maßregeln ist den Herren Landeskommissären und hiesigen Stelle auch nur einige Anzeige zu machen. v. Marschall."

Stuttgart, 19. Nov. Nachdem sich zum Eintritt in den von der Regierung berufenen süddeutschen Ausschuß in der Sitzung vom 14. August 1849 von den Mitgliedern hier eingefunden haben, nämlich Nach von Waldung-Wolfegg-Waldsee, Graf von Rechberg und Knapp über Graf von Hohenlohe-Langenburg war die jetzt durch seine Gesundheitsumstände abgehalten), so mußte natürlich zunächst auf Bildung dieses Ausschusses verzichtet werden, da über Antrag der Regierung von den Herren Hofer von Lobenstein, v. Sautter und Weiel sich bereit erklärt haben, an einer Commission zur Verwaltung der Staatsschuld Theil zu nehmen, zu deren Zusammensetzung der Regierung nach § 192 der Verfassung unzweifelhaft das Recht zusteht, so soll zwar Baiern und die Regierung zur größeren Beruhigung der Staatsgläubiger zum Beitritt dieser Commission geschritten sein, worüber demnächst amtliche Bekanntmachung zu erwarten steht.

Stuttgart, 21. Nov. Hinsichtlich des Conflikts zwischen unserer Staatsregierung und dem von ihr nicht anerkannten Ausschuß der Landesvertreter, welch letzterer sich in Folge der Bezirksdirektionsverweiser, Oberamtmann Mojer, auf die letzte Schrift des Ausschusses an ihn dem Ausschusse die Antwort erstheilt hat, daß er den von ihm gegen den Ausschuß gethanen Schritt für vollkommen verfassungsmäßig halte und daher die Mitglieder des Ausschusses wiederholt vermahnt haben wolle, sich als Ausschuß zu gerirren und die in dem Protokoll vom 11. Novemb. gefaßten Beschlüsse in Vollzug zu setzen.

Wien, 18. Nov. Die lithographirte „Oest. Corresp." enthält folgende wichtige Aeußerungen: „Mehrere Blätter entnahmen der „N. Pr. Ztg." die Nachricht, daß in Folge der österreichischen Rüstungen in den Vorschlag Preußens, die Rüstungen und Truppenmärsche gegenseitig einzustellen, eingegangen sei. Wenn wir gut unterrichtet sind, ist diese Nachricht unrichtig; im Gegentheil soll der Ministerpräsident Fürst v. Schwarzenberg mit Bestimmtheit angesprochen haben, dem begründeten Ansinnen des Berliner Cabinets entsprechen zu können, weil die österreichische Regierung nicht berechtigt sei, Rüstungen und Truppenmärsche, die in Folge der Bundespflicht angeordnet wurden, ohne Zustimmung des gesetzlich bestehenden Bundes wieder rückgängig zu machen. Das Gerücht, daß Fürst Felix Schwarzenberg im Falle eines Zusammentritts der Frankfurter Nationalversammlung daben solien."

Wien, 19. Nov. Preußen hat mit dem Unionsverfassung vom 28. Mai fallen lassen, was Oesterreich natürlich bestens acceptirt. Diese Thatsache ist bereits im Fürstenellegium von Preußen mitgetheilt, mit der Hinzufügung, daß nun die Union den Charakter eines einfachen Schutz- und Trutzbundnisses annehme. Zwar rief diese Erklärung einen gewaltigen Sturm hervor, und man sordette Entscheidung darüber, ob dieser Umstand einer von Preußen beabsichtigten Auflösung der Union gleichstehe, aber es erfolgte

seine nähere Antwort darauf. Die holsteinische Frage ist in dem Sinne des Zuhibitoriums des deutschen Bundes beseitigt; man fordert von Preußen nicht, daß es dasselbe unterstütze, sondern nur, daß es gewähren lasse, ohne jedoch seine Länder für den Durchzug von Bundestruppen zu öffnen. Auch die kurhessische Frage ist bis auf einen Punkt ausgeschlichen. Oesterreich hat von Preußen zweitägige Erklärung in Bezug auf Absicht und Dauer der Besetzung Hessens durch die Bundestruppen zugesagt, und eine solche Erklärung vom deutschen Bunde soll bereits in genügender Weise gegeben worden sein. Preußen hatte ferner eine Beschleunigung der freien Conferenzen verlangt, so jedoch, daß eine Verständigung in Vorconferenzen zwischen Oesterreich und Preußen vorausgehe, in welchen die wichtigsten Vorfragen wegen der deutschen Verfassungsfrage festgestellt werden sollen. Dieß hat Oesterreich zugestanden, und bereits hat Dr. v. Brofesch die Vollmacht zu diesen Vorconferenzen erhalten. Zum und Ort der nun folgenden eigentlichen Conferenzen aller deutschen Staaten sind zwar noch nicht bestimmte bestimmt, indeß scheint der alleinige Grund dazu darin zu liegen, daß Oesterreich wiederholt auf Wien zurückkommt, wogu man sich hier noch nicht entschließen kann. Von Nürnberg, Augsburg und Dresden ist die Rede. Wenn man von der ersten Stadt, wobei dann Bayern in erster Linie mitbetheiligt wäre. Endlich hat Preußen die Einstellung der Rüstungen verlangt; Oesterreich spricht denselben Wunsch aus, und sagt hinzu, daß es sich mit seinen Verbündeten am deutschen Bunde darüber benehmen werde, um gemeinschaftlich. (A. Z.)

Berlin, 19. Nov. Die hier anwesenden Abgeordneten haben sich in Parteiversammlungen darüber berathen, wie sie gegenüber dem Ministerium und einer deutschen Politik sich verhalten sollen. Der eigentliche Rächer, an deren Spitze Graf Arnim-Boppenburg steht, will das Recht Preußens gewahrt wissen, ist aber gegen jede „Ueberstürzung" und wird sich auf alle Wahrscheinlichkeit nach für das Ministerium erklären, wenn dieses beweisen kann, daß es in den Verhandlungen mit Oesterreich einen im Sinne der Rechte des Landes erwollen Frieden sucht und, falls dieser nicht zu erlangen wäre, die Entscheidung dem Schwerte anheimgibt. Die Linke scheint den schärfsten Angriff auf das Ministerium beschlossen zu haben. Bis ich recht berichtet, so ware sie gesonnen, einen Antrag auf Mißtrauensvotum zu stellen. Was in diesem Falle geschehen würde, liegt der Feder vorbehalten. (D. Z.)

Berlin, 20. Nov. Die „Deutsche Reform" weiß brad den Vorwurf zurück, daß in dem Aufgeben der Unionsverfassung ein Act politischer Unterordnung von Preußen unter Oesterreich enthalten sei. Preußen habe sich wie dazu angelassen, andern Staaten die Schließung einer Union zu untersagen; aber daß irgend ein Bundnis sich ein müsse, den „Bundestag" für ganz Deutschland zu repräsentiren, den Gedanken habe es längst abgewiesen. Es könne nicht zugeben, wenn die Frankfurter Versammlung als „Bundestag" thatsächliche Handlungen vornehme, wie z. B. in der holsteinischen und holsteinischen Frage. Nicht eher könne eine Entscheidung der Gewalt durch „Bundestruppen" stattfinden, als bis die „freien Conferenzen", das neue Organ Deutschlands, sich geäußert hatten.

— Wie wir hören, sind hierzlich aus St. Petersburg Depeschen eingegangen, welche eine sichere Gewähr dafür bieten, daß das dortige Kabinet entschlossen ist, eine sachgemäße Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich in jeder Weise zu fordern.

— In Betreff Kurhessens und Schleswig-Holsteins soll man jetzt mit der Verfassung so weit vorgeschritten sein, daß es kaum noch einer weitern Diskussion zu bedurfen scheint. Preußen hat dabei, wie man sagt, den specifisch preußischen Standpunkt festgehalten.

— Der interimistische Minister des Auswärtigen empfing gestern den päpstlichen Nuntius Viale Prela. Monsignore werden sich zunächst von hier nach Posen begeben.

Aachen, 19. Nov. Wenn man die kleinbrutschen Zeitungen liest, sollte man glauben, die Wehrpflichtigen, welche eben sich unter die Fahnen reihen, hätten die Gothaer Professoren abgelöst, welche stets mit Stentorstimmen in die Welt hinausbrüllen, daß sie „mit Gut und Blut" für „den Erbkaiser", für „den beschworene Reichsverfassung", für „die Union", für „die Beschlüsse der Erfurter Parlamente", gegen „Manteuffel", für „Manteuffel", endlich für „die freien Conferenzen" eintreten würden. Zu allem Glück ist unser Volk indeß etwas gelöser, ehrlicher und verständiger, als jene pausbackige Weltreformer-Partei. Das Volk wird seine Schuldigkeit thun, daran ist nicht zu zweifeln, — wenn man aber glaubt, dasselbe durch Zeitungsleaden in die Gluthitze der „Begeisterung" für die Hirngespinnste der Professoren versetzen, oder etwa, Gott weiß, wen Esel in der Fluren Fernen zu bannen, so möchte man wohl sehr auf dem Irrwege sich befinden.

Krefeld, 18. Nov. Man sollte fragen, wie es möglich sei, daß die Elevelnschen Blätter schreiben konnten: „das Volk sei begeistert für die getroffenen Kriegsmaßregeln zur Ehre (?) Preußens und Recht (?) Preußens zu verscheiden; die Einbernufenen verließen mit frohem Muth und Kinder, Familien und Altes, was ihnen theuer sei, ihrer höhern Pflicht, zur Rettung der Ehre ic. des Vaterlandes einzutreten, zu gringen." — Diese Phrasen gehen entweder aus Unkenntniß hervor, oder es sind absichtliche Lügen. Denn anstatt der Begeisterung findet man überall Jammer und Trauer um den der Familie entrissenen Vater und Ernährer; Thränen des Schmerzes kann man fließen sehen, das ist die weitumherposaunte Freude, welche die jetzigen Verhältnisse verursacht hat, aber auch die Begeisterung, — die Begeisterung, sondern nur die nämliche Trauer zu finden. Daß die Gothaer und Conforten Alles aufbieten, zum Hasse gegen Oesterreich und seiner Verbündeten zu entflammen, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Oesterreich, so lautet der Schauerlegende, sei an allem Unheil Schuld, es sei der erbitterte Feind des Volksfreiheit, es wolle in Preußen den Absolutismus und die russische Knute einführen; von jeher sei Oesterreich der Feind der deutschen Einheit gewesen, u. a. m. Diese saubere Sippschaft denkt, wie einer ihrer Väter sagte: „Nur drauf gelogen und verstummt, es bleibt doch etwas hängen." Ja, es ist leider schon viel zu viel dagegen geblieben, aber die verwünschten Verstummungen sind doch etwas zu plump, und wollen nicht recht Platz greifen. Man denkt der Sache etwas mehr nach; es will dem Volke nicht recht in den Kopf, daß das verheißene Reich Preußens Tage getrieben, bei welchem wir sie nicht so rasch erwarten. Was den Sieg der Wahrheit am meisten fördert, das sind die bodenlosen Angriffe, welche die kriegshanenlustigen Blätter sich gegen den Königs Majestät erlauben. Mehr und mehr begreift man es, daß die Demagogen den König zwingen wollen, weil sie für sich im Trüben zu fischen hoffen; aber der König soll sich nur auf sein Volk verlassen. Will er den Krieg, den unvermeidlichen, wohlan, dann folgt ein treues Volk: will er ihn nicht, — und wie könnte er einen Bruderkrieg wollen? — dann wird er auch nicht nach den Schreien fragen, die sich zu die Häupter des Volks ausgeben, und doch nur darum oben schwimmen, weil sie der Schaum des Volkes sind.

(D. Blth.)

England.

Dublin, 17. Nov. Der Erzbischof Murray von Dublin hat auf morgen eine Versammlung der kathol. Geistlichkeit der Stadt und Umgegend berufen, um eine Begrüßungsadresse an den Papst.

Clerus in England, und eine Danksagung an den hl. Vater für die Wiederherstellung der Hierarchie in England zu beraten. — Ein Mitglied des Dubliner Stadtraths hat angekündigt, er werde in der nächsten Sitzung dringen, der Stadtrath möge in officio „er halte den Brief, Lord Russel's an den Bischof v. Durham für eine grobe Beleidigung der kathol. Einwohner des Landes, für des Premierministers unwürdig und für geeignet, die unter allen Confessionen und Parteien des Landes (Irlands) bestehende Harmonie zu zerstören." — Die kathol. Mitglieder zu Drogheda brachsichtigen eine Meeting zu halten, um ihren Deputirten Sir W. Somerville, ersten Secretär für Irland im Ministerium, aufzufordern, sein Mandat niederzulegen, weil er als Mitglied eines Ministeriums, welches gegen die Katholiken so feindlich auftrete, ihr Vertrauen nicht mehr besitze.

— Vom 17. Okt. bis 14. Nov. sind für die katholische Universität fast 3200 Pf. als einmaliger, und 241 Pf. als jährlicher Beitrag gezeichnet.

** Aus der Schweiz, 20. Nov. Die Zeitungsleser erinnern sich wahrscheinlich noch, daß vor mehreren Jahren ein Schriftverfasser im Zürcher See ertrunken ist. Derselbe fuhr nämlich Abends spät, nachdem es schon ganz Nacht geworden war, von Zug weg nach Arth, obgleich man ihn auf die Gefährlichkeit des Weges zur Nachtzeit aufmerksam gemacht und ihn hinlänglich gewarnt hatte. Als er nun mit seinem Fuhrwerk, wo mit einer Laterne eine kurze Strecke vor dem Pferd und Wagen hergetragen wurde, dennoch aber gefahr das Unglück, wie die öffentlichen Blätter berichteten. Man fand zwar den Wagen und das Roß wieder, nicht aber den Fuhrmann und sein Gut. Nunmehr aber hat er sich herausgestellt, daß derselbe, nachdem er auf dem Wagen gesessen war, das Roß abschließlich dem See zugejagt, sich dann verborgen gehalten und geflüchtet und nach Amerika entkommen ist. Obschon er einen frechen Raubzug angewendet, wurde er dasselbe von einem Reisenden erkannt und soll jetzt auszeliefert werden. Er war ein Reisender eines Handlungshauses in Freiburg i. B.

Italien.

Nach einem Briefe aus Rom soll man dort wenig Hoffnung für die Regulirung der piemontesischen Differenzen durch die französische Diplomatie haben. Den Worten nach hat der Vice-Staatssekretär an alle europäischen Mächte eine Denkschrift gerichtet, in welcher er die Lage des römischen Hofes in Bezug auf England auseinandersetzt. Er thut darin dar, daß er sich in seiner Hoheit in die englische Polizeigewalt, daß er keine weltliche Macht, sondern nur geistliche Gewalt den englischen Gesetzen widerrechtliche Maßregeln genommen habe. — Graf v. Montalembert hat an den Fürsten Peter Odescalchi, Präsidenten des römischen Gemeinderaths, ein Schreiben gerichtet, in welchem er sich für seine Ernennung zum „römischen Bürger" bedankt. In diesem Schreiben spricht er unter Anderem: „In Frankreich sind wir gewohnt, der Stadt Rom eine Art von kindlicher Verehrung zu zollen, weil sie und das Vaterland aller Katholiken scheint. Aber wir würde sich nicht glücklich schätzen, ihr durch ein besonderes Recht anzugehören? Wer sollte nicht das Recht auf diesen Titel, welcher an die Thaten des alten Roms, die das neue Rom angenommen, gereimigt und verewigt hat, indem es der schützenden Hand des Stellvertreters Jesu Christi übergeben wurde, erinnert. Durch ein Privilegium einzig in seiner Art hienieden hat diese Weltmajestät auf ihre Glorie so weit ausdehnen können, indem sie sie dem zugestellt, was sie enden wird. Der Heldenmuth und die Einsicht der alten römischen Bürger standen sich so mit der unvergleichlichen Größe des Roms der Päpste ebenbürtigt, welches schon dreimal länger gedauert hat, als das Rom der Brutus' und der Cice-

Digitized by Google

Zweimal Beherrscherin der Welt, haben ihm seine Heiligen und Martyrer ein bei weitem ausgedehnteres und unsterblicheres Recht erkauft, als das seiner Cäsaren und Triumphatoren war. Mit Stolz nenne ich mich Sohn einer solchen Mutter, und ich danke Ihnen, daß Sie mir das Recht dazu gegeben haben. Indem Sie den Titel, mit dem Sie mich beehrt, den beiden Oberbefehlshabern der französischen Truppen in Rom verliehen haben, haben Sie bewiesen, daß Sie, wie wir, die Sendung unserer Soldaten verstanden und in ihnen kein feindliches Heer, sondern eine Befreiungsarmee gesehen. Und indem Sie mir die nämliche Auszeichnung verliehen, haben Sie erklären wollen, daß Sie die Absicht haben, die Bewilligungen zu belohnen, wie ich in der Nationalversammlung meinen Vaterlanden gemacht, um die Wiederherstellung der päpstlichen Macht in Rom herbeizuführen und zu sichern. Die Gerechtigkeit zwingt mich, mir nur einen sehr kleinen Theil Ihrer Erkenntlichkeit vorzubehalten. Sie muß sich auf eine große Anzahl von Personen, außer mir, erstrecken. Der klugen Beharrlichkeit des Hrn. d. Fallour und seiner ministeriellen Collegen; dem beredsamen und muthigen Bericht des Hrn. Thiers, der so viel zur Aufklärung dieser Frage beigetragen; der energischen Entschlossenheit der Majorität der Nationalversammlung; dem Präsidenten der Republik, dem geterenen und loyalen Dolmetscher der Wünsche des Landes; mit einem Wort der Einheit der großen Ordnungspartei in Frankreich verdankt Rom das Glück, den Papst in dem vollen Besitz seiner Freiheit u. seiner Gewalt zu sehen. Möge die Zukunft dieser glücklichen Vergangenheit entsprechen; möge die Stadt, die mir heute eine so große Ehre erwiesen, lange Zeit das freiwollende Sanktpeit daerbieten, daß sie heute ganz Europa gibt, und nimmer in der Freundschaft Frankreichs eine neue Sicherstellung der väterlichen Souveränetät des Papstthums finden."

Vermischte Nachrichten.

Die Gräcketen in London haben wieder etwas von sich hören lassen. Die Kinder Galliens und Germaniens erheben drüben an der Themse von Zeit zu Zeit ein Mordgeschrei, das zu uns herüberklingt, wie das Brüllen der Raubthiere Abends aus fernen Wäldern. Ihr jüngster Ruf ist folgender:

„An die Demokraten Europa's!

„In England als Geächtete lebend und bemzufolge besser im Stande, die politischen Bewegungen des Festlandes zu beurtheilen, haben wir alle Combinationen der coalisirten Mächte und ihre Vorbereitungen zu einer neuen Invasion Frankreichs, um den Heerd der allgemeinen Republik zu löschen, mit Aufmerksamkeit verfolgen können. Die Könige und die Aristokraten Europas haben begriffen, daß es hohe Zeit sei, Dämme zu errichten gegen die populäre Fluth, welche ihre erschütterten Throne wegzuspülen droht." Jetzt folgt die Aufzählung aller in Deutschland, Polen und Italien bereitstehenden Heere der „Reaction." „Deutsche Blätter (die Neue Deutsche Zeitung) und unsere Privatbriefe offenbaren und die geheimen Pläne der Mächte, deren Bevollmächtigte sich am 25. Okt. in Warschau versammelt hatten. Es ist in jener Conferenz beschlossen worden, daß ein Scheinkrieg zwischen Preußen und Oesterreich der Bewegung der Soldaten, welche der Czaar in blinde Werkzeuge gegen den Verbreiter der Freiheit verwandelt, zum Vorwand dienen soll. Diese Thatsachen gestatten keinen Zweifel mehr. Manorganisirt in diesem Augenblick die Anbrottung aller Republikaner. Wenn die Demokratie nicht auf ihrer Hut ist, werden Polen, Ungarn, Deutschland, Italien, Frankreich bald von Neuem der Wuth der wilden Sobalesta der Czaaren verödgegeben sein, welcher den Barbaren, um sie zum Kampfe anzufeuern, die Verwüstung und die Plünderung Europas verspricht. Vor dieser uns drohenden Gefahr, Auf! Auf! französische, deutsche, italienische, polnische und ungarische Republikaner, schutteln wir die Erschlaffung ab, welche uns entnervt und unsern Unterdrückern einen leichten Sieg bereitet. Auf! Lassen wir auf die Tage der Ruhe und der Schande Tage der Anstrengungen und des Ruhmes folgen, die uns der heilige Krieg der Freiheit bereitet. Wenn ihr jene Gefahren prüft, so werdet ihr verstehen, daß es Tollheit wäre, den Angriff des gemeinschaftlichen Feindes länger zu erwarten; wir müssen uns rüsten und der Gefahr, die uns droht, zuvorkommen. Unser Heil ist in uns selber; wir dürfen nur auf unsere eigenen Kräfte zählen und, aufgeklärt durch die Vergangenheit, uns gegen die Verratherein der Zukunft verwahren. Vermeiden wir vor Allem die Falle, welche uns die Schlangen der Diplomatie legen. Die Schüler der Metternich und der Talleyrand brüten in diesem Augenblicke über die Plane, die Fackel der Revolution auszulöschen, indem sie durch die Invasion, welche sie vorbereiten, Frankreich mit einem Nationalkrieg stürzen, worin die Völker einander hinschlachten würden zum Nutzen der Feinde ihrer Befreiung. Nein, Bürger, kein Nationalkrieg mehr! Die von den Despoten zwischen den Nationen, in die sie sich getheilt hatten, errichteten Barrieren erstören sur uns nicht mehr, und die zu einem Volke gewordenen Völker, Frankreich an ihrer Spitze, vorauf wir — République universelle! mit dem fruchtbaren Rufe unserer Märtyrer geschrieben haben!" London, 10. November 1850.

Unterzeichnet für ihre Vereine: die Franzosen Adam, Barthelemy, Capceau, Fanou, Gante, Thierry; die Polen Sawadiewicz, Warotwosky; die Deutschen Dieg, Gebert, Schärtner, Schapper, Willich; die Ungarn Mosday, Szumoy.

Wer sich in Schweden zum erstenmal eines Diebstahls schuldig macht, erhält eine Tracht Prügel und wird auf kurze Zeit ins Gefängniß gesteckt; beim zweitenmal erfolgt die doppelte Strafe; der dritte Diebstahl wird mit vierzig Paar Hieben und Arbeitslosigkeit bestraft. Wer den letzten Schlag des vierzigsten Paares überstanden hat, ist für die Dauer seines Lebens mit Schimpf und Schmach belastet; er ist geachtet in der bürgerlichen Gesellschaft, in welcher er nur noch ein elendes Dasein führen kann. Daher bittet der Verurtheilte meist selten, daß ihm ein paar Hiebe mochten geschenkt werden, und läßt sich nur ringen, um der Besserung hoffen, so willkührt man ihm. Hat aber jemand nur 39 Paar Hiebe empfangen und kehrt er später aus dem Correctionshause zurück, dann ist er in den Augen des Volkes wieder ehrlich und seiner nimmt Anstand mit ihm umzugehen.

Neuestes.

München, 17. Nov. Die Ulmer Schnellpost enthält in einer Münchner Correspondenz eine Darstellung der Ursachen, die den Rücktritt des Dr. Feuk von der Redaktion des Nurnb. Corr. herbeigeführt haben. Der Sachverhalt ist folgender: Ein sehr hochgestellter Mann hat einen Ministerialrath R., Schwiegersohn der verwitweten Besitzerin des „Korrespondenten", zu sich beschieden und ihm eröffnet, daß er dem Staat einen großen Dienst leisten würde, wenn er die Besitzerin des „Korrespondenten" zur Entlassung des Dr. Feuk von der Redaktion vermögen würde, und ihm zugleich die Drohung hinzugefügt, daß der „Korrespondent", beharre er bei seiner bisherigen Richtung, seine einzige amtliche Annonce — was bisher die Hauptemnahme des Blattes bildete — mehr erhalten werde. Hr. R. habe nun sofort seinen Sohn mit entsprechenden Instruktionen nach Nürnberg abgesandt — und Hr. Dr. Feuk wurde entlassen.

Aus Baden, 20. Nov. Vorgestern Abends ist unter militärischer Bedeckung ein vornehmer Gefangener, ein preußischer hoherer Offizier, auf dem Transport nach Preußen durch Freiburg gekommen und wußte im dortigen Kriminalgefängnisse übernachten. Die Gefangenwache wurde bis zu seiner am andern Morgen erfolgten Weiterbeförderung verstärkt.

Mannheim, 20. Novbr. Bei dem gestrigen Durchmarsche der Artillerie durch unsere Stadt liefen einige freche Burschen unter den Mißkommandirten der Menge auch den Ruf erdönen: „Hecker hoch!" aber die Strafe folgte auf dem Fuße. Der badische Lieutenant M . . . . , der sich zufällig unter den Anwesenden befand, hatte sich die Schreier mitten aus den umgebenden Volkshaufen heraus u. überlieferte sie einigen preußischen Soldaten, die gerade in der Nähe waren. In sicherem Gewahrsam erwarten die 3 Revolutionsknabndaten die gerechte Strafe eines von den badischen Artilleristen nur aus Achtung vor der Mannszucht mit stiller Verachtung und nicht auch mit thatsachen Gegendemonstrationen bestraften Versuche. Möchte der hiesige Bürgerschaft dem Beispiele jenes wackeren Offiziers folgen, um wir wenigen Unverbesserlichen, wenn auch nicht zur Vernunft, doch aus Furcht vor gerechter Ahndung jeder Gesetzesübertretung, zum Schweigen zu bringen.

Hildesheim, 16. Nov. Am 24. November, Morgens 9 Uhr, wird die feierliche Conferration unsers Bischofs Werlein von Sr. Em. dem Cardinal Erzbischof Johannes von Geissel, im Beisein Assistenz der Bischofe von Paderborn, Münster und Osnabrück, in der hiesigen hohen Domkirche vollzogen werden.

Berlin soll auf der Londoner Industrieausstellung recht fromm erscheinen; es soll nemlich von dort aus ein großes Prachtexemplar der Bibel dahin gesendet werden.

[Die „N. Pr. Z." sagt, die Gothaer seien selbst an ihrem Untergange Schuld, sie hätten sich zwischen die Thüre gestellt, und seien nun zerquetscht.

Die „N. Pr. Z." ist sehr glücklich, weil der englische „Globe" ihren Witz über die bayerischen Bierfässer aufgewärmt hat. Die Brauknechte des Herrn Bartley werden hier einst Sinnes sein mit dem Zuschauer der Kreuzzeitung.

T. D. Berlin, 21. Nov. Aus der heute von Sr. Majestat dem Könige bei Eröffnung der Kammern gehaltenen Thronrede theilen wir vorläufig das Folgende mit: Meine Absicht, den Bundesverfassungen deutscher Staaten eine entsprechende Verfassung zu verschaffen, ist bisher unerreicht geblieben. An dem Gedanken, der meinen bisherigen Bestrebungen zu Grunde liegt, werde jedoch, in Hoffnung auf die Zukunft, festgehalten, dessen Verwirklichung, auf neuen Grundlagen, aber erst wieder aufgenommen, wenn über die künftige Gestaltung des deutschen Bundes entschieden ist. — Ich hoffe, daß die darauf bezüglichen Verhandlungen bald zu einem gedeihlichen Ende führen werden, ich hoffe, daß unsere Erhebung genügen werde, unser Recht zu wahren; sie ist, wenn dies erreicht wird, gesahrlos für die Ruhe Europas; denn mein Volk ist eben so besonnen, wie kräftig. Meine suchen nicht Krieg und wollen Niemandes Rechte schmälern; aber wir wollen eine Einrichtung des Gesammtvaterlandes, der die Stellung Preußens angemessen sei. (T.D.P.J.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Theater-Anzeige

Sonntag, den 24. Nov. 1850.

Brazilea.

Romantisches Schauspiel mit Gesang und Tanz in 4 Abthlg. von P. A. Wolff. Musik von C. M. v. Weber.

Montag, den 25. Nov. 1850.

Uriel Acosta.

Trauerspiel in 5 Akten von Karl Gutzkow.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Hiezu das Erganzungsblatt Nr. 94.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreiberhof 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 282. Würzburg, Montag den 25. November. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 22. Nov. Ein Kriegsministerialreskript vom 20. Nov. enthält folgende Beförderungen, Ernennungen und Versetzungen im Auditoriatsdienste. I. Befördert werden: Zu Regiments-Auditoren I. Klasse die Regiments-Auditore II. Klasse: Wartha mann bei der Stadt- und Festungskommandantschaft Vermersheim, Hautmann vom 2. Infanterie-Regiment bei der Leibgarde zu Hartschiere. Zu Regiments-Auditoren II. Klasse die Bataillons-Auditore Martin vom 2. Jäger-Bataillon bei der Festungs-Kommandantschaft Landau; Wimmer bei der Kommandantschaft Nürnberg. Zu Bataillons-Auditoren die Unter-Auditore Steinel im Genie-Regimente, Hofyl im 13. Infanterie-Regimente. II. Ernannt werden: Der Regiments-Auditor I. Klasse Gramm der Leibgarde der Hartschiere zum Gendarmerie-Korps-Auditor. Zu Unterauditoren die Auditors-Praktikanten Jetin aus Ansbach bei dem 1. Armee-Korps-Kommando, Schamberger aus München beim 2. Armee-Korps-Kommando, Strobelsinger aus Neuhausen bei der Artillerie-Korps-Kommando. III. Versetzt werden: Der Regiments-Auditor II. Klasse v. Schmid vom 7. zum 2. Infanterie-Regiment, der Regiments-Auditor II. Klasse Burger vom 5. zum 6. Chevaux-Reg., der Regiments-Auditor II. Klasse Wall von der Festungskommandantschaft Ulm zum 7. Inf.-Reg., der Bataillons-Auditor Brunnhuber vom 1. zum 2. Jäger-Bataillon, der Unterauditor Ströbe vom 2. Armee-Korps-Kommando zum 12. Inf.-Reg., der Unterauditor Grimm vom 2. Armee-Korps-Kommando zum 1. Jäger-Bataillon, der Unterauditor Map vom 11. Inf.-Reg. zum 2. Armee-Korps-Kommando, der Unterauditor Kropp vom 1. Armee-Korps-Kommando zum 5. Chevaux-Regiment.

München, 23. Nov. Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, unterm 18. Nov. l. Js. den l. Gesandten am päpstlichen Stuhle, Grafen Karl von Spaur, unter Belassung seiner derzeitigen Diensteseigenschaft, zugleich zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei des Königs von Sardinien Maj. zu ernennen, und als solchen bei dem Hofe zu Turin zu beglaubigen, ferner den Ministerialrath Max Neumayer zum k. Geschäftsträger bei der k. württembergischen Regierung in Stuttgart zu ernennen, und unterm 19. Nov. l. Js. den k. Kammer-Junker und Rittmeister im Chevauxlegers-Regimente Herzog Maximilian, Maximilian Frhrn. v. Seefried-Buttenheim, auf sein allerunterthänigstes Ansuchen zu Allerhöchst ihren Kämmerer zu befördern.

München, 24. Nov. Se. Maj. der König haben allergnädigst zu genehmigen geruht, daß die katholl. Pfarrei Motten, Dek. Brückenau, vom Bischofe von Würzburg dem vermaligen Vikar derselben, Priester Martin Mohr, verliehen werde.

Würzburg, 25. Nov. Durch allerh. Reskript vom 22. d. M. wurde der Regierungsrath Georg Wilhelm Kahr als Staatsanwalt für die bevorstehenden Conscriptions- und Ausbebungs-Verhandlungen bei dem Rekrutirungsrathe von Unterfranken und Aschaffenburg aufgestellt. — Die Schulstelle zu Gaibach, l. Dg. Volkach, wurde dem von der Gräflich Schönborn'schen Staatsherrschaft zu Wiesentheid auf dieselbe präsentirten Schullehrer Michael Kamm zu Zeilitzheim übertragen. — Schullehrer Anton Kamm zu Gaibach, Dtg. Volkach, wurde auf sein Ansuchen unter belobender Anerkennung seiner langjährigen treuen und ersprießlichen Dienstleistungen in den wohlverdienten Ruhestand versetzt.

Der Radikalismus in Freiburg.

Daß das eigentliche Wesen der Demokratie nur der umgekehrte Despotismus ist, haben die Redlichen und Einsichtigen aller Orten hinlänglich Thoren genug gepredigt. Noch lauter sprechen die Thatsachen. Aber ihre Augen sind so blind, als ihre Ohren taub. Es gibt für die demokratisirten Massen einmal keine Lehre als die, welche so oder so handgreiflich unmittelbar über sie selbst kommt. In den schreiendsten Thatsachen gehören in dieser Beziehung die Freiburger Zustände, welche ein St. Gallener Volksblatt folgend schildert: „Es gibt so ganz Europa kein Land, wo die Radikalen ihre Heuchelei so dreist und heimisch treiben wie in der Schweiz. Und es gibt hinwieder in der Schweiz keinen Kanton, wo die Heuchelei des sogenannten Freisinns offener sich darlegt als im Kanton Freiburg. Hier haben die Heuchler des Liberalismus die Freiburger des Volkes, die freisinnigen Gleisner aus allen Kantonen ein schweres Stück Arbeit, wenn sie die grinsende Grimasse der radikalen Zwingherrschaft noch länger mit der Schminke des Freisinns verkleistern wollen. Hier ist der demokratische Lehrsatz: „mit dem Volke sang an, mit dem Volke hör' auf", zur denkwürdigen Ironie geworden. Die Staatsverhältnisse im Kanton Freiburg sind für die sogenannte Partei des Fortschritts in ganz Europa eine purtio honteuse; für die Schweiz ein wahrer Schandfleck, dessen sich jeder ehrliche Schweizer vor den gesammten civilisirten Welt billig schämen muß. Sie sind ein wahrer Hohn auf den Republikanismus, auf die Demokratie, auf die öffentliche Moral und auf unsere Zeit überhaupt. Wir wollen ein flüchtiges Bild in kleinster Miniatur von den damaligen Freiburger Zuständen aufrollen und dann den Leser selbst urtheilen lassen, ob wir mit obigem zuviel gesagt haben. Als im November 1847 Freiburg kapitulirte und von „ehrgenössischen" Truppen besetzt wurde, versammelten sich einige hundert Personen im dortigen Theater und ernannten eine provisorische Regierung. Diese berief auf den 10. Dez. eine Volksversammlung zur Wahl eines neuen großen Rathes. Die Leiter dieser Versammlung schlossen alles, was nicht radikal war, davon aus. Der Präfekt schlug die Kandidaten vor, wählte selbst vier Stimmenzähler nach seinem Gefallen und ertlärte mit diesen seine Kandidaten für gewählt. Eidgenössische Bajonette bildeten dabei Spaliere und gaben diesen summarischen Verfahren Glanz und Nachdruck. Der also erwählte große Rath beschloß neun Jahre im Amte bleiben zu wollen. Er machte eine Verfassung und bestimmte wieder: vor neun Jahren dürfe nichts daran geändert werden. Er begnügte sich auch, diese seine Machwerkstatt selbst gutzuheißen — das Volk ward bekanntlich nicht befragt. In dieser Verfassung hat der große Rath die nagelneue Bestimmung aufgenommen, daß kein Staatsrath alle subalternen Beamten bis auf die Richter selbst zu wählen habe. Das ist gewiß hocht demokratisch, aber das gleichfolgende ist es gewiß noch mehr. Die Amtsdauer dieses Staatsrathes ward beschiedentlich auf 6 Jahre beschränkt, allein nur in der wohlthätigen Absicht, damit der seltige ultrapeite große Rath im letzten Jahre seines Amtes noch eine Regierung nach seinem Gefallen auf weitere 8 Jahre einsetzen konne! Gewiß ein ausgedacht! Denn im Grunde ist es nun gerade so, als ob die Staatsräthe gleich anfangs auf 16 Jahre gewählt worden wären. Diese 1855 neuzumählende aber vielmehr lebtglich zu bestätigende Regierung wird vermuthlich mit dem ein Jahr später bereit vom Volke erwählten neuen großen Rath in diametralen Gegensatz sich befinden, aber gleichwohl auf gut demokratisch unbedingten Gehorsam verlangen, gleichwie auch 1847 jeder Freiburger bei Verlust der Wahlfähigkeit gezwungen wurde, der ihm gütigst wider Willen bescherten Verfassung den Eid der Treue zu schwören. Man sieht, die Freiburger haben einen strengen Meister. Sie dürfen nicht wählen, nicht verwerfen, nicht die Verfassung annehmen, und beim Eide nicht murren. Dafür ist aber — dies sei ihr Trost — ihre Regierung laut radikalen Blättern eine über die Maaßen freisinnige Regierung, eine ächt demokratische, eine so recht aus dem „Volke" hervorgegangene Regierung! Die versteht's, die weiß dem Conservatismus die Zähne, die zuvanzt die Pfaffen, die läßt die reichen Dicke zu Herz, die treibt die Reaktionäre zu Paaren! Und die Verfassung — ja das ist eine ausgeschuldigt liberale; an der haben die doch gewiß liberalen eidgenössischen Räthe kein Jota auszusetzen gehabt. Was etwa daran nicht nach der neuesten Mode ist, muß sich damit genügsam resignirt lassen, — und so ist so durch nach nachgerade vollständig Volk, gleich den Juden nach dem Ausjug aus Aegypten, einige Zeit in der Wüste herumirren muß, doch immerhin mit der sichern Verheißung, wenn die Zeit erfüllt ist, ins gelobte Land radikaler Glückseligkeit eingehen zu dürfen. Und bis dahin der Prüfung und Buße mit 9, respektive 16 Jahren nicht zu lang zugemessen ist, das beweise, wenn es noch eines Beweises bedürfte, am besten das jetzige ungestüme Gebahren des Freiburger Volkes, das die Wohlthaten seiner radikalen Freunde, mit 18,000 Stimmen bei der Bundesversammlung um das Patronat eines freien Volkes, um das Selbstkonstituirungsrecht, petitionirt.

Deutschland.

München, 22. Nov. Die preußische Thronrede ist im Laufe dieses Vormittags auf telegraphischem Wege im Ministerium vollständig angelangt. Hr. v. d. Pfordten brachte sie sofort persönlich nach Hof. — Fürst Wrede, Reichsrath und ehemaliger Regierungspräsident wurde auf sein allerunterthänigstes Ansuchen zum Oberstlieutenant à la Suite und Flügeladjutant Sr. Maj. des Königs ernannt, ein Titel welcher ihn zur Tragung der betreffenden Uniform

illusorm berechtigt. Derselbe ist bereits in das Hauptquartier des Fürsten von Thurn und Taxis abgereist. (A. Abz.)

Karlsruhe, 19. Nov. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer wurde das Sekretariat die Anzeige, daß zur Prüfung und Berichterstattung über die Motion des Geh. Rathes Fischer in Betreff der Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und katholischer Kirche in der letzten Vorberathung eine Commission gewählt worden sei, bestehend aus: Hofrath Jöpfl, Frhrn. v. Andlaw, und Regalienvogt v. Türckheim.

Mainz, 22. Nov. Ihm mit seinem Baum in der letzten Sitzung der hiesigen Stadtkammer in Uebereinstimmung zu bleiben, hat sich Dr. Wilder-Melchiors geweigert, seiner Pflicht als hessischer Staatsburger Genuge zu leisten und die schuldigen Steuern zu zahlen. Er hat sich lieber „pfänden" lassen.

Wien, 18. Nov. Jakob Venedey, von dessen Geschichtswerk mir in der Bundeszeit viel zu leiden hatten, richtete in der „Zeitung für Norddeutschland" einen Aufruf an die Oesterreicher und verlangt, daß sie nicht gegen Schleswig-Holstein ziehen möchten, damit sie nicht denselben Frevel an den Herzogthümern begehen, welchen einst Gagern in der Paulskirche begehen wollte — Ausschluß aus Deutschland. Herr Venedey scheint selbst konnte seine verkehrte Zusammenstellung machen, als diese Venedey'sche. Gagern wollte das alte, ehrwürdige Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland vermichten, Oesterreich aber will das alte ursprüngliche Verhältniß der nordischen Herzogthümer zu Deutschland erhalten, retten. Wo ist da eine Aehnlichkeit mit des Gagern'schen und österreichischen Verfahren? — Indem Gagern einen Einheitsstaat und eine preußische Kaiserwürde aufrichten und mit Oesterreich einen vollerrechtlichen Bund schließen wollte, machte er einen Schritt durch das Herz des Vaterlandes, zerriß was die Natur vereinigt hatte, und gewohnte Oesterreich was jeder Nachbarstaat dem Nachbar, dem Fremden, nicht aber wie dem Bruder gewohnt ist, an derselben Mutterbrust großgegangen, mit dem Bruder dieselben Schmerzen, dieselben Freuden getheilt hatte seit vielen Jahrhunderten. Verfährt Oesterreich so mit Holstein oder selbst mit Schleswig? Holstein bleibt, was es war, ein deutsches Land, Schleswig aber, das nie ein deutsches Land war, sondern das nur mit Holstein deutsch zusammenlebte, wird auch in der Zukunft nicht so innig mit Dänemark zusammenwachsen, nun nicht noch in traulichem Verhältniß mit Holstein, also mit Deutschland zu bleiben. Das alles aber hindert die Integrität des dänischen Staates nicht, welche die Großmächte garantirt haben, welche Garantie nur gegen die einzige unbedingte Lossreißung von Dänemark schützt, wie der deutsche Bund die Herzogthümer gegen die unbedingte Lossreißung von Deutschland schützt. — So verstand der Bundesbeschluß von 1846 die Sache, so versteht sie das loubeuer Protokoll, und so wird sie so eben durch die Bundesexecutionstruppen in Erfüllung gebracht werden, da der Landtagsabschaft zu Kiel verbindet genug ist, auf einen Vergleich im Sinne des Bundesbeschlusses von 1846 jetzt nicht eingehen zu wollen, während damals die Herzogthümer vollkommen damit einverstanden waren. Freilich, es lag eine Revolution zwischen jenem Beschluß von 1846 und dem heutigen Tage, die Absolutismen Schleswigs hatten unterstützen in der Paulskirche getagt, die Revolution hatte Schleswig als eine deutsche Provinz proklamirt und Ströme von Blut sind seitdem in Folge dieses revolutionären Machtspruches geflossen. Allein das alles zerreißt alle, bestehende, geheiligte Verträge nicht, und an den Tage, wo die Herrschaft der Revolution gebrochen wurde, hatte der Zustand des schleswig'schen Deutschthums aufgehört und das alte Recht und die alten Verträge stehen unversehrt und in vollster Geltung wieder vor uns.

(D. C.)

Berlin, 16. Nov. Während über die Frage: „ob Krieg, ob Frieden" noch immer die alte Ungewißheit fortdauert, häufen sich tagtäglich die Anzeichen, daß wir auch betreffs der innern Verhältnisse Preußens und in einer entscheidenden Krisis befinden. Die Gothaer sind der Verzweiflung näher als je: aber „um des Vaterlandes Willen" mögen sie die Hoffnung noch immer nicht aufgeben. Doch erwarten sie die „Wiedergeburt" Deutschlands vom Prinzen von Preußen, bald von seiner Gemahlin; zeigt sich sie wieder voller Entzücken, daß Hr. v. Vincke sich in Betracht der schweren Zeit bewogen gefunden hat, seine Bereitwilligkeit zur Annahme einer Wahl als Kammermitglied zu erklären. „Solch ein Mann," meint die „Constitutionelle Zeitung," „ohne ihn kein parlamentarischer Sieg, mit ihm keine Niederlage!" Schon hat Hr. v. Saucken-Tarputschen seine Gesinnungsgenossen unter den Abgeordneten zu Partei-Versammlungen eingeladen — und es wird also allem Anschein nach nicht an harten parlamentarischen Kämpfen, an herrlichen Reden und patriotischen Stoßseufzern fehlen! Es ist aber auch in der That an der Zeit, daß Leuten wie diesen, wenn sie jetzt ernstlich böse sind! Glaubten sie doch nach dem Beschl zur Mobilisirung der Armee ihres Sieges schon ganz gewiß zu sein, so daß sogar Hr. v. Beckerrath aus Krefeld, Hr. Simson aus Königsberg und Hr. Milde aus Breslau eiligst sich in Berlin einfanden — in der Erwartung, mit der Bildung des Ministeriums beauftragt zu werden! Als sie vergeblich gewartet hatten, gegen sie ganz in der Stille wieder ab — nie aber wäre ihnen jetzt noch zuzumuthen, noch langere Geduld mit diesem Ministerium zu zeigen. Ein „liberales" Kammermitglied hat sogar seinen gepreßten Herzen nun durch ein an den Kriegsminister gerichtetes Sendschreiben Luft machen können, das durch seine Thaten so sehr an den Frühling 1848 erinnerte, daß kurz nach seinem Erscheinen die Confiscation erfolgte. Selbst die „Vossische Zeitung" tritt heute mit ungewohnter Entschiedenheit gegen das Ministerium auf; es kann also seinen Zweifel zwischen fein — eine neue Zeichen der Dinge ist es, daß nicht nur aber diese Erscheinungen, sowie die Verboten eines neuen Sturmes von unten her zu betrachten? Ich glaube es nicht: ich sehe in ihnen nur ein Zeichen des nahen, gänzlichen Falles der „Liberalen". Sie konnten jetzt noch Hrn. v. Manteuffel in eine ziemlich „liberale" Bahn im Zaumen bringen, wenn sie sich ihm anschlossen; durch ihre heftige Opposition werden sie ihn sicher Mitten hinein treibt in die Arme der Kreuzzeitungspartei drängen, oder doch bewirken, daß er dieser die Wege bereitet.

(Kl.)

Berlin, 18. Nov. Inmitten der Gegenstände des Staunens die sich seit einiger Zeit auf dem Cabinette des Ministers v. Manteuffel vor dem Cabinette des Ministers v. Manteuffel vor dem Ausland vorbereitet, ist die Verwunderung darüber keiner des preußischen Staats und der „Deutschen Reform" die auf so vielen sonst gefaßten Zeitungsleser mit der Nachricht daß ein Hr. Seelig Cassel zum Hauptredakteur des genannten, als das ernsteste polemische Organ des Ministeriums sehr wichtigen Blattes ernannt sei. Nur dieses Erstaunen der Schnelligkeit zu Erklärungen hervorgerufen ist, mag die Ueberraschung aus vielen sinnlichen Grund gewinnen. Allerdings ist die Toleranz des Hrn. v. Manteuffel, einen Juden, der noch dazu, wie Kladderadatsch wissen will, so Stockjude ist, daß er am Sabbat nicht schreibt, die Haupttodsünden seines amtlichen Evangeliums anzuerkennen einer Anerkennung werth, wenn sich einerseits erinnert wie der Name Manteuffel auf der Liste der Gegner der Judenemancipation beim verewigten Landtage prangte, und wenn man sich andererseits nicht erinnern kann, daß Hr. Cassel Nachdiese auf publicistische Leistungen mitzubringen im Stande ist, die solche Toleranz in dem Herzen eines Parteiorganes erzeugen mögen; und allerdings ist es seiner auffallend, daß gerade am Vorabend eines Kampfes mit dem deutschen Bunde, sei es durch Waffen oder durch parlamentarische Debatte, das mit der Logik und der Feder streitende Blatt einem Leuker ohne anerkannten Namen übergeben wird. Allein das Geheimniß ist leicht zu lösen wenn man ihm näher kommt: die Redaktion der Deutschen Reform ist faktisch in den Händen des Ministers selbst, der sich durch seinen Privatsekretär Rino Cauer vertreten läßt, die leitenden Artikel werden von Räthen des Ministeriums, von besoldeten Publicisten und von Freunden des Ministeriums geliefert, während das technische und ökonomische Element in den Händen des Dr. N. und des Hrn. von N. ist. Aber alle die anonymen Herrschaften bedürfen, schon des Passgefühles wegen, einen greifbaren Namen, einen Strohmann, einen Prügelknaben. Das ist der Grund, warum noch vor acht Tagen keiner gefunden war, der die wenig auf den Ruhm der Selbständigkeit ansprucht machende Stelle annehmen mochte, und das ist wohl auch der Grund warum man zu solcher Wahl griff, und das ist wohl auch der Grund warum Hr. Cassel es mag die Verantwortlichkeit der Redaktion eines so einflußreichen Blattes auf seine schwachen Schultern zu nehmen. Der Hauptgrund ist, man braucht den Machtherr der nicht redigirt, einen Redakteur a non redigendo.

(A. Z.)

Berlin, 21. Nov. Aus Paris gehen und von verschiedenen wohlunterrichteten Seiten Mittheilungen zu, nach welchen es nicht zweifelhaft ist, daß für den Fall eines Conflictes zwischen den beiden deutschen Großmächten die Kriegspartei in Frankreich Ueberwacht erlangen u. gegen den Rhein operiren werde.

Berlin, 21. Nov. Zur Feier der Eröffnung beider prvuß. Kammern fand heute Vormittag in der Domkirche für die Abgeordneten evangelischer, und in der Hedwigskirche für die Abgeordneten kath. Confession Gottesdienst statt. Aus den beiden Kirchen begaben sich die Abgeordneten und den weißen Saal, der sich um 11 Uhr zu füllen begann. Die Tribunen waren bereits um 10 Uhr geöffnet worden, und hatten sich alsbald mit Publikum gefüllt, darunter die Correspondenten der einheimischen und fremden Blatter. Unter den Abgeordneten fand eine sehr lebhafte gegenseitige Begrüßung statt. Um 11 Uhr erschienen die sämmtlichen Minister in Staatsuniform, zugleich auf der reservirten Tribüne ziehe vollzählig das diplomatische Corps, unter dem namentlich die Vertreter von Oesterreich und Rußland die Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen. Um 11 Uhr 20 Minuten traten der Kronprinz Regent der Hof-Marschall Graf Pückler, der König eu, gefolgt von Sr. kgl. Hoheit dem Prinzen Wilhelm und den anwesenden Prinzen des kgl. Hauses. Se. Majestat trugen die Uniform des ersten Garderegiments zu Fuß. Von dem ehrfurchtsvollen Schweigen der Versammlung begrüßt, nahmen Se. Majestat der König auf dem Thron Platz, während die kgl. Prinzen zur rechten und zur linken des Throns, hinter Sochstdemselben und den kgl. Hochseinen, und zur linken Seite des Thrones die Hrn. Minister standen. Se. Majestat geruhten aus den Händen des Ministerpräsidenten v. Ladenberg Exc. das Manuskript in Empfang zu nehmen und lasen, langsam und deutlich die folgende

Thronrede.

Meine HH. Abgeordneten der ersten und zweiten Kammer! Inmitten einer schweren Zeit sehe Ich Sie mit Vertrauen wieder um Meinen Thron versammelt und heiße Sie von Herzen willkommen. Seit dem Schlusse Ihrer letzten Sitzung ist Meine Regierung mit Eifer bemuht gewesen, die mit Ihnen vereinbarten organischen Gesetze ins Leben zu rufen. In allen Theilen des Landes ist die Einführung der Gemeindeordnung begonnen worden und nur die in dem Gesetze begründete Berücksichtigung der manigfaltigen bestehenden Verhältnisse hat ein gleichmäßiges Fortschreiten der Angelegenheit in den verschiedenen Theilen der Monarchie verhindert. Obgleich das Geschäft der vorläufigen Veranlagung der Grundsteuer nach Maßgabe des Gesetzes vom 24. Febr. d. J. noch nicht überall beendigt ist, so wird Meine Regierung doch dafür Sorge tragen, daß Sie von den Resultaten der Arbeit möglichst bald Einsicht erlangen. Die großartigen Eisenbahnbauten, in deren Ausführung Meine Regierung durch Ihre Zustimmung in den Stand gesetzt ist, sind mit aller Kraft und

mit Erfolg zu Angriff genommen worden. Auch die sonstigen öffentlichen Arbeiten haben in befriedigender Weise Fortgang genommen und zur Verbesserung der Lage der dabei beschäftigten Klassen wesentlich beigetragen. In Folge der fortschreitenden Besserung des Verkehrs haben sich Handel und Gewerbe im Laufe des Jahres gehoben und zum Theil einen lebhaften Aufschwunges erfreut. Der Schifffahrtsverkehr in den Häfen des Landes ließ eine steigende Regsamkeit in den Umternehmungen erkennen. Die eingeführten Verbesserungen des Postwesens, denen sich ein umfassender Postvereinsvertrag mit anderen deutschen Staaten und Verhandlungen mit auswärtigen Regierungen zum Zweck der fernern Erleichterungen des gegenseitigen Verkehrs angereiht haben, lassen ihren ersprießlichen Einfluß bereits erkennen. Schon fingen wir an, uns der wiederkehrenden Sicherheit zu erfreuen, als ein Vorversuch gegen Mich selbst uns einen Blick in den sittlichen Abgrund eröffnete, an dem wir uns noch immer befinden. Ich rede nicht von Meinem Leben — es steht in der Hand des Allmächtigen — die Gefahr, aus der Ich wunderbar errettet worden bin, hat Mir die Gemüthsruhe verschafft, unsichtige Dinge mit Anhänglichkeit und Treue aller Theilen des Landes zu empfangen; Ich rede von der tiefen Verwirrung aller Begriffe, welche zum Königsmord aufruft, von der Mißachtung göttlicher und menschlicher Gesetze, die bei dieser traurigen Gelegenheit zu bemerken gewesen ist. Die Presse des Umsturzes trägt einen nicht geringen Theil der Schuld, und da es in der letzten Kammersession nicht möglich war, die provisorische, als unzulänglich erkannte Preßverordnung vom 30. Juni pr. zu berathen, so hat Meine Regierung es für ihre Pflicht gehalten, auf Grund des Art. 63 der Verfassungsurkunde eine weitere provisorische Preßverordnung zu erlassen. Diese Verordnung sollte aber nur ein vorübergehendes Mittel zur Beseitigung offenkundiger Mißstände sein. Es wird Ihnen deshalb zugleich mit derselben der Entwurf eines umfassenden, auf die Dauer berechneten Preßgesetzes vorgelegt werden. Bei der Berathung desselben werden Sie mit Meiner Regierung bemüht sein, die Ansprüche vernünftiger Freiheit mit den Bedingungen der Sicherheit des Staats u. der Gesellschaft in Uebereinstimmung zu bringen. Die Vorbereitungen zur Ausführung der in der Verfassung-Urkunde enthaltenen Bestimmungen über das Verhältniß der Kirche zum Staat sind im unausgesetzten Betriebe, und Meine Regierung wird es sich angelegen sein lassen, die ihr hierin gestellte schwere Aufgabe in gehöhrender Berücksichtigung aller berechtigten Interessen möglichst bald zu lösen. Der Entwurf des Unterrichtsgesetzes ist seiner Vollendung nahe. Um den Umfang der Vorarbeiten macht es unmöglich, denselben Ihnen schon bei Eröffnung der Kammerstzungen vorzulegen. Ein Gesetzes-Entwurf über die Medizinal-Verfassung wird Ihnen in nächster Zeit mitgetheilt werden. Auch der lange vorbereitete Entwurf zum Strafrecht wartet Ihrer Berathung. Die Verminderung der Verbrechen in Meinem Lande mit der Monarchie macht den Erlaß eines Wahlgesetzes für dieselben erforderlich; Ich empfehle Ihnen die beschleunigte Berathung dieses Entwurfs, denn Sie werden mit Mir wünschen, die Vertreter jener Landestheile bald in Ihrer Mitte zu sehen. Meine Herren Abgeordneten, auf dem Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1851 werden Sie entnehmen, daß nicht nur im Allgemeinen eine Steigerung der Staats-Einnahme eingetreten, sondern auch auf möglichste Beschränkung der Ausgaben Bedacht genommen ist. Demnach ist es nicht ausführbar, mit den gewöhnlichen Einnahmen den in Folge der Verschwörung des Jahres 1848 erhöhten Bedarf des Staats zu decken. Eine außergewöhnliche Anspannung der Steuerkraft des Landes ist deshalb nicht zu vermeiden. Die Prüfung der darauf gerichteten Vorschläge Meiner Regierung empfehle Ich Ihrer sorgfältigen Erwägung. Ueber die Benutzung des Credits von Achtzehn Millionen Thalern zu militärischen Zwecken wird Ihnen vollständige Rechenschaft gegeben werden. Noch sind aber die Ersahrten, durch welche Sie zu jener Bewilligung vermocht worden, nicht beseitigt. Meine friedlichen Beziehungen zu den europäischen Großmächten sind zwar nicht unterbrochen, aber leider war Meine Absicht, den deutschen Staaten eine ihren Bedürfnissen entsprechende Verfassung zu verschaffen, bisher nicht zu verreichen. Ich halte an dem Gedanken, der Meinen bisherigen Bestrebungen zum Grunde liegt, in Hoffnung auf die Zukunft fest, werde aber diesen Verwirklichung auf neuen Grundlagen erst dann wieder aufnehmen, wenn über die künftige Gestaltung des gesammten Deutschen Bundes entschieden sein wird. Ich hoffe, daß die hierauf bezüglichen Verhandlungen bald zu einem gedeihlichen Ende führen werden. Der Friede mit Dänemark ist abgeschlossen und rathsicht, daß aber noch nicht in allen Punkten ausgeführt werden konnte. In einem benachbarten deutschen Lande haben Zerwürfnisse der widerwärtigsten Art stattgefunden. Ein von einer Seite gemachter Versuch, in dieselben einzugreifen, drohte die Rechte Preußens zu verletzen und hat zu Mißverständnissen geführt, in welche wir unmittelbar hineingerieth sind. Unsere auf die Bedingungen unserer geographischen sowohl, als auch der militairischen Lage gegründeten Einwendungen haben bei dem Landesherren und bei seinen Verbündeten bisher nicht die gehörige Beachtung gefunden. Außerdem haben auch in Gegenden, welche fern von dem Schauplatze jener Verwicklungen liegen, in der Nähe unserer Grenzen, Truppen-Zusammenziehungen stattgefunden, durch welche die Sicherheit der Monarchie bedroht ward. Da habe auch Ich das lange Beaufstarrte nicht länger aufsehen dürfen, Ich habe die vollzie Kriegskraft des Landes aufgerufen, mit Sieg und Freude sehe Ich, wie das preußische Volk sich allenthalben erhebt wie Ein Mann und sich Meinem in Tapferkeit und Treue bewährten Heere anschließt. In kürzester Zeit werden wir Stärker gerüstet dastehen, als jemals in allen oder neuen Zeiten. Wir suchen nicht den Krieg, wir wollen Niemandes Rechte schmälern, Niemandem unsere Wirksthätigkeit aufdrängen, wir fordern eine Einrichtung des Gesammtvaterlandes, die unserer gegenwärtigen Stellung in Deutschland und Europa angemessen ist und der Summe der Rechte entspricht, welche Gott in unsere Hand gelegt hat. Wir haben ein gutes Recht, das wollen wir verhandeln und so lange in kräftiger Rüstung unter den Waffen bleiben, bis wir der Geltung dieses Rechts gewiß sind! Das sind wir Preußen, das sind wir Deutschland schuldig, Ich hoffe, daß unsere Erhebung genügen wird, unser Recht zu wahren, sie ist, wenn dieses erreicht wird, gesichtet für Ihre Mühr von Segen. Mein Volk ist in demselben Maaße besonnen, wie es kräftig ist. An Ihnen, Meine Herren, ist es, Mir die Mittel zu gewähren, durch welche die Erreichung des Zweckes bedingt ist. Ich beklage die Opfer, welche deshalb der Nation auferlegt werden müssen, aber Ich weiß, Ihr Eifer, Meine Herren Abgeordnete, wird nicht hinter dem des gesammten Volkes nicht zurückbleiben; Sie werden uns den Beweis liefern, daß unsere Verfassung, an der ich unverbrüchlich festhalte, ein kräftiges Handeln nicht lähmt, sondern fördert. Und wie in dem Aufschwung des Momentes alle Parteien im Volke verschwunden sind, wie Volk und Herr sich mit Mir und untereinander Eins fühlen, so werden auch Sie, die Vertreter dieses herrlichen Volkes, einmüthig und fest zu Mir stehen in den Gefahren der Gegenwart. Wohlan denn: Unsere Losung sei: „Eintracht in Treue, Gottvertrauen in Unsern Gräfte — im alten ächten preußischen Geiste.“ Damit hat uns Gott oft und weit geholfen, und wird uns noch weiter helfen. Das ist Meine Zuversicht!“

Ein tiefes Schweigen der Versammlung begleitete den Eingang und den von den materiellen Interessen und Gesetzes-Vorlagen sprechenden Theil der Rede und ein tiefer Eindruck war bemerkich, als Se. Majestät von den Moralzustand auf Seine Person und von der glücklichen Rettung sprachen. Bei den Worten Sr. Majestät, daß Er die von Ihm gegebene Verfassung unter allen Umständen aufrecht erhalten werde, brach die Versammlung in einen freudigen Jubel aus, der sich, die Rede unterbrechend, wiederholte, als von der Kriegsmacht die Rede war, welche Preußen zur Vertheidigung seiner Rechte in diesem Augenblick aufstelle. Als aber Se. Majestät mit erhobener Stimme die Stellung Preußens in Deutschland darlegten und zum Schluß die unbedingte Wahrung der „Rechte“ Preußens verkündeten, da brach ein wahrhaft stürmischer Jubel aus, das Hurrah unter lebhaftesten Bravorufen und von den Tribünen wiederholte sich mehrere Minuten lang, immer aufs Neue, die Versammlung, selbst die königlichen Prinzen, schwenkten begeistert die Hüte. Darauf trat der Minister-Praesent Jhre, empfing aus den Händen Sr. Majestät die Thronrede zurück, erklärte im Namen des Königs die Kammern für eröffnet und ersuchte die Mitglieder, sich in die bereit gehaltenen Amtslokale zu begeben. Unter dem wiederholten Ruf der ganzen Versammlung: Es lebe Se. Majestät der König! erhoben Allerhöchstdieselben Sich vom Thron, begrüßten die Versammlung mit Verneigen in der Verbindung jener Hochrufe und verließen, worauf sich die Abgeordneten in ihre Lokale begaben.

Berlin, 22. Nov. Heute wurden in der zweiten Kammer Graf Schwerin zum Präsidenten und Tribunalrath Dr. Simson von Königsberg, zum Vicepräsidenten, beide mit großer Mehrheit, gewählt. — In der ersten Kammer wurde Graf Rittberg durch 85 Stimmen zum Präsidenten ernannt; Staatsminister Camphausen erhielt 45 Stimmen. (Z. D.-Z.)

Berlin, 22. Nov. Wird Preußen loslichagen? Man bezweifelt es allgemein. Das Ministerium ist aber diesen Punkt gestellter Absicht, der König will nicht von einem Kampfe wissen, aus dem Preußen nur durch eine Verbindung mit der revolutionären Partei siegreich hervorgehen könnte. Man will die Sympathien der Völker nicht in den Kampf führen, um ihnen nicht positive Concessionen machen zu müssen. Ein Gericht bezeichnete die Vermeidung eines Kampfes als eine Erniedrigung Preußens. Ein Gericht, das Gerücht gewinnt an Wahrscheinlichkeit, da die berühmten Rechtsgelehrten v. Savigny und Stahl ein Gutachten über die Differenzen zwischen Oesterreich und Preußen haben abgeben müssen, welches sich gegen einen Krieg aussprechen soll.

Vermischte Nachrichten.

Coburg. Das geht noch über's Spaß. Wir Coburger hätten demnach für die ganze Union, die schon im Sarge liegt und nur der Leichenrede des Furstenconglisigns erwartet, büßen müssen. Wir sahen von unserer nicht mehr jungfräulichen Festung von den 30,000 Oesterreichern und Bayern viele, die nicht da waren, und die da waren, sahen nur und die Festung auch. Sie bezahlten, die Festung sei Unionsfestung gewesen und jetzt heerenlosen Gut und sie hätten vom Jahr 1562 her alle Anspüche auf den Unionsmachtaß. Da zog unser Herzog die preußische Kuerassierunifform an, wir Coburger zogen die Jahne und unsere drei Kanonen ihren gehörigen Platz durch die Schießscharten. Holt Euch den Vertrag von 1562 selbst, er liegt auf der Festung! riefen wir, und nach drei Tagen zogen die eingeschworenen Bayern-Oesterreicher ab. Jetzt aber tragen wir die Festung ab, um künftigen Verwechslungen vorzubeugen. Von preuß. Regimentern, die uns an der Grenze schützen sollen, wissen wir hier nichts. (Dorfz.)

Neuestes.

Frankfurt, 23. Nov. Um Täuschungen und betrügischen Spekulationen auswärts vorzubeugen, diene hiemit unsern Lesern zur Nachricht, daß der nachsteyende Artikel der „N. Würzb. Ztg.“

durchaus unwahren Inhalts ist: „Würzburg, 21. Nov. Nach heute erhaltenem offiziellen Börsenbericht von Frankfurt a. M. werden dort, mit Ausnahme der k. preuß. und k. sächsischen Truppenscheine, jene aller übrigen kleinen Staaten und Städte nur mit 9 fr. unter ihrem Nennwerthe, also zu 1 fl. 36 kr., im allgemeinen Verkehr angenommen.“ — Fortwährend werden hier die Kassenscheine sämmtlicher deutscher Bundesstaaten im allgemeinen Verkehr nach ihrem Nennwerthe angenommen. (F. J.)

△ Aus Baden, 21. Nov. Die 2. Kammer hat in ihrer neunten Sitzung mit allen gegen drei Stimmen, das ihr von der Regierung vorgelegte Vereinsgesetz angenommen. — In einer der nächsten Sitzungen wird der 2. Kammer eine Regierungsvorlage, die Anschaffung einer Anlehe bete, vorgelegt werden, da für den größten Theil des außerordentlichen Budgets keine Mittel zur Deckung dieser Ausgaben vorhanden sind. — Der große, ehemalige Hauptmann Thoma, welcher zur Zeit der Revolution die Stelle eines Regimentsobersten und nachher die eines Commandanten der Bürgerwehr mehr begleitete, ist zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren verurtheilt worden. — Die letzten zwei Batterien badischer Artillerie, welche in Preußen gelegen haben, sind nun ebenfalls zurückgekehrt. — Die Ankunft der badischen Truppen hat allenthalben im Lande die größte Freude verursacht. Das Benehmen der Truppen ist musterhaft, und sind dieselben vom besten Geiste beseelt. — Der neulich hier durch passirte Staatsgefangene war der zu vier Jahr verurtheilte Sigmaringische Hauptmann v. Topf. — Sigmaringen wird nun nur von ungefähr 50 Mann Preußen besetzt bleiben und werden diese unter dem Commando der Gensdarmerie gestellt werden. — In der Aula zu Freiburg hielt heute Herr Professor Schmidt seine Antrittsrede. Gegenstand derselben war: das Kriegsrecht der Römer im Lichte unserer Zeit. — Ein Theil der badischen Truppen ist seit Anfang des Monats an der Schweizer-Grenze verwendet und hat den Besatzungs- und Polizeidienst daselbst übernommen.

△ Aus Baden, 22. Nov. Se. Exc. Herr Minister v. Marschall hat an sämmtliche Amtsvorstände des Landes Ausschreiben ergehen lassen, worin denselben von dem Abmarsche der königl. preuß. Truppen aus Baden Anzeige gemacht und dieselben zugleich aufgefordert werden, die bestehenden Gesetze mit allem Nachdrucke zu handhaben, namentlich die über den Kriegszustand; der Limitsurpatrei mit Energie entgegenzutreten und ein scharfes Augenmerk auf die Presse zu haben.

Stuttgart, 22. Nov. Fürst Waldburg-Zeil erklärt im heutigen „Beobachter“, 1) daß er allen Angriffen gegen seine Grundsätze das absoluteste Schweigen entgegensetzen werde; 2) daß die Wurtembergische Buchhandlung dieselben herausgab, ohne seinem Wunsche, die letzte Korrektur ihm zu überlassen, zu entsprechen, und „so möge Manches darin enthalten sein, was er noch geändert haben würde.

Kassel, 21. Nov. Durch direkte Verfügung des Finanzministeriums an die Rentenein Fulda, Meinhof, Großenlinder, Schlüchtern, Salmünster und Steinau sind dem „Commissär des Bundescommissär“ Staatsrath Scheffer die daselbst befindlichen Fruchtvorräthe zur Verfügung gestellt worden.

Köln, 22. Nov. Heute Morgens fand sich an den Straßenecken unserer Stadt einmal wieder eines jener gedruckten Placate, wie wir sie im Jahre 1848 dort oft gesehen. Der Inhalt ist: — die Bewaffnung geschehe nicht zu Gunsten der Freiheit, sondern zur Stärkung des Despotismus; es gebe aber „ein Mittel, allem Unwesen und allem Elend ein Ende zu machen: die einige und unheilbare Republik.“ Sehr bald natürlich wurden die Leken weder gereinigt; die Zeit, wo der Unsinn Eindruck machen und zu verbrecherischen Hoffnungen anregen konnte, ist hier vorbei.

(F. Z.)

⊙ Vom Rhein, 21. Nov. Unter dem Titel: „Der Bund der Völker“ gibt Karl Heinzen seit dem 1. Nov. d. J. in New-York eine republikanische Wochenschrift heraus. Die erste Nummer ist soeben zur Versendung gekommen.

Agram, 18. Nov. Nach einer im dienstlichen Wege hieher gelangten Nachricht des Omer Pascha aus Serajewo ist der Sultan vergiftet worden.

Berlin, 19. Nov. Die „Nationalzeitung“ berichtet: Wer erhalten aus Hamburg eine Mittheilung, welche wir nicht vorenthalten wollen, da sie uns auf sonst gutunterrichteter Quelle zugeht, die aber jedenfalls mit Vorsicht aufzunehmen ist. Danach hätte die Statthalterschaft den Plan, sich an die englische Regierung mit dem Vorschlage zu wenden, Holstein auf dem deutschen Bunde treten zu lassen und es unter Englands Krone zu nehmen. Das Land würde dann der 2. Sohn der Königin Victoria als Herzog annehmen, der dies zur Bolljährigkeit unter einer inländischen Vormundschaft zu stehen hätte.

Berlin, 22. Nov. Aus guter Quelle erfahren wir, daß die französische Regierung die Anerkennung des Bundestags beschlossen hat. Ebenso wird uns von einer Weisung des Herzogs von Cumberg an die Legitimisten berichtet, nach welchen dieselben sich zur Ruhe verhielten, ob mit oder ohne L. Napoleon an der Spitze erklären sollen. Die Rüstungen werden in Frankreich immer stärker betrieben.

Berlin, 24. Nov. Die „Deutsche Reform“ enthält folgenden Artikel: „Paris, 19. Nov. Ich beeile mich, Ihnen folgende kurze, bedeutungsvolle Nachricht mitzutheilen. Es ist gewiß, daß Gen. General Changarnier mit dem Präsidenten sich vollends ausgesöhnt, und als Preis der Aussöhnung das linke Rheinufer bezeichnet hat.“

Paris, 22. Nov. Im Arbechet-Departement ist die Ruhe wiederhergestellt; es sind Verhaftungen vorgenommen worden. — Der Entdecker des Dezembrisiren-Complots, Alay, ist wegen Verleumdung verhaftet. — Der Aufenthalt Cretin wird den Anlaß zur Auflösung des Club der Bourbonen erneuern. — Zwei Repräsentanten wollen die Wiederherstellung der Seinepräfectur beantragen.

Verona, 15. Nov. So eben erfahren wir, daß auf Befehl des Feldmarschalls Radetzky dessen Pferde, Equipagen u. s. w. von hier nach Wien geschickt werden sollen. — Der französische kommandirende General Oudinot in Rom soll dem Vernehmen nach durch Castellane ersetzt werden.

(F. D.-Z.)

§ Von der italienischen Grenze, 20. Nov. Es heißt, d'Azeglio werde auf dem Kabinet ausscheiden und als Gesandter nach Paris gehen. Auch der Finanzminister wird austreten. Sig. Giacietto Collegno wird als Präsident des Ministerrathes bezeichnet.

** Aus der Schweiz, 21. Nov. Die französische Gesandtschaft hat neuerdings Reklamationen an den Bundesrath gerichtet und zwar, wie berichtet wird, auf Denunciation des Präsidenten des Oberheimischen Departements, welcher nach Bern und Paris berichtete, daß öfters von mehreren Flüchtlingshäuptern Zusammenkünfte in Bieredsen stattfänden. — Das französische Cabinet hat ernste Reklamationen wegen der limitrophe der französischen, englischen und italienischen Flüchtlinge in Genf erhoben. — Die schweizerische Bundes-Zeitung schreibt aus dem St. Immerthale, daß die dortigen Rothen laut davon sprechen, einen Zug nach Bern zu unternehmen, um den Bundesrath aufzuheben, der den Radikalen namentlich den Rothen schon längst nicht mehr gefällt. Dem Bundesrath und der Bundesverfassung schreiben sie alles Unheil zu, das angeblich über Europa und die Schweiz hereingebrochen. Wir zweifeln aber sehr daran, daß es zu wirklichen Exzessen kommen wird und halten die ganze Geschichte für eine der demokratischen Maulmachereien.

In Athen wurden am 11. Nov. die Kammern eröffnet. Die Thronrede drückt volle Zufriedenheit mit den Zuständen der Nation aus. Manukordatos war nach Paris, Metaxas nach Konstantinopel abgegangen. (A. Z.)

Brüssel, 22. Nov. Kardinal Wiseman ist, auf Grund des alten Gesetzes aus England verbannt, in Ostende angekommen. (A. Z.)

T. D. Brüssel, 24. Nov. Die Independance läugnet die durch das klerikale Journal de Bruxelles behauptete Anwesenheit des Cardinals Wiseman. (A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Kober.

Frankfurter Cours.

Den 24. November 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	104½	105
„ 5% Metalliques	73½	73½
„ 4%	56	—
„ 3%	41¾	41¾
„ 2½%	36⅞	36⅝
„ 4½% Bethmann	—	69
„ 4%	—	62
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	90½	90⅔
„ 500 „ 1834.	145	145½
Preußen 3½% St. Schuld-Scheine.	79½	80
„ Ditto. 50 Prämien Scheine.	—	118
Bayern 3½% Obligationen	82½	83
„ 4%	87	—
„ 5%	98⅞	99¼
Wurtemberg 3½%	80	80½
„ 4%	95⅝	96¼
Baden 3½%	78	78½
„ fl. 35 Loose	30¾	30⅞
„ „ 50 „	50⅜	51¼
Nassau fl. 25 „	24⅜	25
Hessen Darmst. fl. 35 Loose	76⅞	77⅜
„ „ „ 25 „	27⅛	27⅝
Polen fl. 300 „	135	—
Sardinien Anl. 36	33½	34

Gold- und Silber-Sorten.

	fl.	kr.
Neue Louisd'or	11	5
Friedrichsd'or	9	43
Dukaten	5	36
20 Frank-Stücke	9	27
Holländische 10 fl. Stücke	9	47
Preußisch Thaler	1	45
5 Frank Thaler	2	21

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 23. Novbr.

Weizen 13 fl. 15 kr. Korn 10 fl. 52 kr.
Gerste 8 fl. 54 kr. Haber 5 fl. 37 kr.

Bekanntmachung.

Im Wege der Hilfsvollstreckung werden Montag den 16. Dezember l. J. Nachmittags 2 Uhr

D. 3 Nr. 254 verschiedene Hausgeräthe gegen baare Zahlung öffentlich versteigert, wozu Steigerlustige eingeladen werden.

Würzburg den 16. November 1850.

Kgl. Kreis- und Stadtgericht.
Senffert.
Meißner.

Theater-Anzeige

Donnerstag den 28. Nov. 1850.

Zum Allerhöchsten Namensfeste Sr. Majestät des Königs Maximilian II.

Bei festlich beleuchtetem Hause.

Bei aufgedoberm Abonnement und erhöhten Eingangspreisen.

Zum Zweitenmale wiederholt:

Der Prophet.

Große Oper in 5 Akten von Meyerbeer.

Mit neuen Dekorationen, neuer Garderobe, Ballet und Schlittschuhsahrt.

Preise der Plätze:

Erster Rang 1 fl. 45 kr., Sperrsitz u. zweiter Rang 1 fl. 12 kr., Parterre 48 kr., Amphitheater 30 kr., Gallerie 18 kr.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Scherrhofe 2. Distr. 535.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Brief und Geber frei.

Nr. 283. Würzburg, Dinstag den 26. November. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Würzburg, 26. Nov. Dem Lehrer, Georg Conrad Carolus zu Oberpleichfeld ist die I. Schul- und Kirchendienerstelle zu Oberschwarzach, Landg. Gerolzhofen, übertragen worden.

Napoleon.

Nichts kann gegenwärtig, wo eine furchtbare Krisis über diesen Erdtheil zu schreiten beginnt, interessanter sein, als das Urtheil eines großen Mannes, zu dessen Füßen Europa lag: wir meinen Napoleon, und lassen wir auszüglich einige Bruchstücke aus seinen Betrachtungen, die er auf St. Helena schrieb, hier folgen: „Die Grundlage unserer politischen Gesellschaft ist so mangelhaft und schwankend, daß sie den Untergang droht; der Sturz wird fürchterlich sein und alle Nationen des Continentes mit sich fortreißen; seine menschliche Kraft ist im Stande den Lauf der Dinge aufzuhalten: sonder die Birn fällt, wenn sie reif ist, ebenso werden die Staaten zu Ende ihres Herbstes in Verwesung übergehen. Das ganze civilisirte Europa findet sich in derselben Lage, wie einst ein Theil Italiens unter den Cäsaren. Der Sturm der Revolution, von dem sich einige Weisen über die ganze Oberfläche von Frankreich ausbreiten, wird bald den ganzen Theil der Weltlugel, den wir bewohnen, mit einer furchtbaren Nacht bedecken, und erst, wenn die Natur die brennbaren Stoffe erschöpft hat, wird der Donner aufhören zu rollen und ein heiterer Tag anbrechen. Die Welt kann nur durch Ströme Blutes gereinigt werden. Nur ein furchterlicher Sturm kann die verpestete Luft reinigen, welche ganz Europa einhüllt. Wenn wir und dem Laufe der Ereignisse hingeben, wird uns dasselbe Schicksal treffen, welches einst das romische Reich erfahren hat, gegen welches die Barbaren des Nordens nur vergebliche Anstrengungen gemacht haben würden, wären die Römer nicht entartet gewesen." Hören wir weiter, was der große Corse über den Charakter unserer Zeit überhaupt und zum Ruhme der großen Nation geschrieben. Er sagt: „Sie werden mich anklagen, sie verachtet und zu Sklaven gemacht zu haben; ihre Kriecherei, ihr Durst nach Gold und nach Auszeichnungen waren es, durch die sie mir zu Füßen gelegt wurden. Konnte ich einen Schritt thun, ohne sie zu treten? In der That, ich hatte nicht nöthig, ihnen Schlingen zu legen, um sie zu fangen, es genügte mir, ihnen den Becher der Auszeichnungen und der weltlichen Reichthümmer zu zeige, und, gleich einem Schwarme ausgehungerter Fliegen, seh man sie dann gierig darauf hinstürzen, um sie zu sättigen. Die Slaven benutzten einen Herrn, ich bedurfte der Slaven nicht. Was soll man von 40 Millionen Bewohnern denken, die sich bitter über die Bedrückungen eines einzigen Individuums beklagen, wenn wirklich ein einziges Individuum sie bedrückt? Nach allen diesen Betrachtungen ist es unmöglich, daß sie lange in Frieden leben können, und wenn selbst Gott ihnen das Paradies verliehe, mußten sie es aus's Neue verlassen, weil sie aus dem Stande der Unschuld getreten sind, sur welchen es geschaffen ist." — Die Habgier, der Neid, die Eitelkeit, die falsche Ruhmsucht und die endose Zahl von Bedürfnissen und unbezwinglichen Leidenschaften versogten sie wie Furien durch das sturmbewegte Leben; sie sprechen beständig von Tugend, Großmuth und Liebe, während, einem unheilbaren Krebse ähnlich, das Laster, der Eigennutz, der Ehrgeiz an den verborgensten Fasern ihres Herzens nagen. Sie kennen sehr gut den Gebrauch unserer Zeit, so zu thun, als dienten sie Gott und liebten die Menschen, um sich dann insgeheim aller Arten der schmachvollsten Handlungen hinzugeben: unter der Maske der Heuchelei, mit der sie sich sortwährend bedecken, verbergen sie sorgfältig ihre Blöße und ihre Verbrechen und äußerlich zeigen sie Tugenden, die sie nicht besitzen; sie affen sich gegenseitig durch eine schmeichlerische Sprache und obgleich Keiner unter ihnen an die Ehre des Anderen glaubt, spielen sie aus Feigheit mit einander die eingelernte Rolle, da ihnen der Muth mangelt, sich zu zeigen, wie sie sind. Die Besten unter ihnen sind die, welche man am hänfigsten verdammt, weil sie sich nicht zu verstellen wissen, und die falsche Tugend der Anderen hebt ihr Laster noch greller hervor. So ist mein Jahrhundert: alle Bande der Freundschaft und des Wohlthuns sind zerrissen und existiren nur noch der Form nach; auf allen Seiten ist man sich der Lügen bewußt, schwunden und hat nichts zurückgelassen als sein Leichenkuch, mit dem sie, obgleich ohne gesunden Sinn und Menschenverstand, spielen wie die Kinder mit ihrer Puppe. Das Gesetz ist nur ein leeres Wort, dem die Gewalt Werth verleiht, wer sich ihm nicht entziehen kann, muß sich ihm natürlich unterwerfen. Die Gewalt theilen sich in die Beute der ganzen Welt. Die Vorzimmer täuschen sich gegenseitig durch eine conventionelle Heuchelei, öffentlich durch gesährliche und schädliche Bethenerungen, so daß der Betrogene den Betrüger noch ehren muß."

Deutschland.

München, 24. Nov. Sämmtliche im Jahre 1848 provisorisch angestellten Offiziere wurden durch die Gnade Sr. Maj. des Königs definitiv ernannt. — Sämmtliche Offiziere, welche im topographischen Bureau dahier kommandirt waren, erhielten Beweis ihrer Gnaden bei ihren resp. Abtheilungen. — Nachdem der französische Gesandte, Hr. Leserve, an der Tafel Sr. Maj. des Königs spritze, ist derselbe Abends 7 Uhr nach Paris abgereist. Verschiedene Gerüchte kreuzen deßhalb. — Se. Maj. der König haben durch allerhöchste Entschließung vom 16. Nov. zu genehmigen geruht, daß sämmtlichen Hauptleuten der Infanterie, welche das 50. Lebensjahr bereits erreicht oder schon überschritten haben, auf Märschen zu reiten erlaubt werde, und daß dann denselben, welche von dieser Erlaubniß Gebrauch machen und sich dazu ein Pferd selbst anschaffen, auch vom Tage des Ausmarsches an, eine leichte Pferdration vom Aerar verabreicht werde. (A. Ab.)

Zweibrücken, 22. Nov. Die Zuchtpolizeikammer des k. Appellationsgerichts hat in ihrer heutigen Sitzung die Studenten Geiger von Landshut und Herder von Erlangen, welche in erster Instanz zu 2 Jahren Gefängnißstrafe verurtheilt worden waren, freigesprochen; bei Pfarrvikar Krebswald von Pirmasens wurde die Gefängnißstrafe von 3 Jahren auf 6 Monate herabgesetzt. — Vor einigen Wochen wurden die Studenten Bieber von Zweibrücken und Schmidt von Wehenheim, in erster Instanz zu 2 Jahren verurtheilt, gleichfalls freigesprochen. Das Hauptmotiv dieser milden Ansichten des hohen Gerichtshofes war die Rücksicht auf „die jugendliche Unerfahrenheit" der Beschuldigten. (Pf. Z.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Wilhelmsbad, 20. Nov. Der Kurfürst hat auf den von der Ständeversammlung vorgeschlagenen fünf Mitgliedern derselben den Obergerichtsanwalt Schwarzenberg, den Oberpostmeister Nebelthau und den Staatsrath Wippermann zu Mitgliedern des landständischen Ausschusses für die Mitwirkung bei der Verwaltung des Hausschatzes und des Staatsschatzes bestimmt. — Der Obergerichtspräsident v. Wiesenhütter zu Fulda wurde in den Ruhestand versetzt; der Obergerichtsrath Abee zum Direktor des Obergerichts in Fulda ernannt, und die Obergerichtsräthe v. Hoffschlausen, v. Carlshausen, Hünersdorf und v. Meibom zu Hanau, ferner Dienes, Pfeiffer und Platner zu Fulda haben den erbetenen Abschied erhalten.

Hanau, 24. Nov. Von den 17 Unterrichtern der Provinz Hanau, Justizbeamten und Assessoren, haben 13 ihre Anstellung angezeigt; von den 4 übrigen steht dieselbe ebenfalls zu erwarten, da einer der Justizbeamten ein darauf bezügliches Circular unter seinen Collegen mit Unwillen gerissen hat. Verwerkenerich ist dabei, daß das Obergericht die Ertassung eines direkten Befehls an die Untergerichte sorgfältigst vermiedet und sie nur zur Berichterstattung aufgefordert hat, ob sie seit der Proklamation des Grafen von Rechberg den Stempel wieder verwendeten, während das Obergericht in Fulda einen solchen direkten Befehl ertheilt hat. Man sieht also, daß beide Obergerichte hierin verschiedene Wege gehen. (K. Z.)

Hanau, 25. Nov. Die Preise der Lebensmittel stehen in Fulda so hoch, daß z. B. das Pfund Butter 40 Kr. und das Pfund Obstfleisch 20 bis 36 und 40 Kr. kostet.

△ Aus Baden, 22. Nov. Der Kommandant des großh. 1. Inf.-Reg. Oberstlieutenant v. Porbel in Lörrach erklärt das allgemein verbreitete Gerücht, daß badische Soldaten in Lörrach das Soldatlied gesungen, für unwahr. — Der an einem Tage des Sechserlei gemachte Versuch eines wühlerischen Demokraten, badische Soldaten von ihrer Pflicht abwendig zu machen, ist an dem festen und biedern Sinne derselben gescheitert. Der Wühler wird vor das Kriegsgericht gestellt werden, und seiner verdienten Strafe gewiß nicht entgehen. — Die rothe Schweizerische Nationalzeitung, das Organ der deutschen Flüchtlinge in der Schweiz, wird doch täglich spißfindiger. So sagt sich dieselbe in ihrer Nummer vom 21. d. angeblich aus Paris, mit dieser Wichtigthuerei schreiben, „daß die Aufstellung eines Truppencorps

an der deutschen Grenze gegen eine Revolution in Baden gerichtet sei, wo schon lange von ohne Unterlaß das Feuer unter der Asche glimme." Wenn der Correspondent der „Nat.-Ztg." recht unterrichtet sein wollte, so müßte er wissen, daß in Baden an „Revolution" und „Barrikaden" nicht gedacht wird. Die Leute haben ihren Irrthum hinlänglich eingesehen und sind seit den Putsch eine so lehrreiche Erfahrung gezogen, daß an eine Wiederholung dieser Tragi-Comödie gar nicht zu denken ist. — Das neueste großh. Regierungsblatt verkündet den Beitritt Badens zum deutsch-österreichischen Postverein.

Karlsruhe, 22. Nov. Die aus Preußen zurückgesehenen badischen Truppen zeigen ein äußerst jämmerliches Aussehen, welches selbst der Fremde über die erlebte Mißwirthschaft auf Kosten Badens nicht weigern will. — Ein noch viel traurigeres Aussehen hatten aber die Artilleriepferde aus den preußischen Garnisonen mitgebracht; es war musterhaft vor dem Abmarsche und Jedermann sah mit Vergnügen die prächtige Bespannung vor den neuen vortrefflichen Geschützen. Jetzt sind die Pferde dürr und auf den Rippen steht schon der Mangel geschrieben, welcher seitdem leider mußten. — Der Schaden, welchen die völlig unpflege Verpflegung den Pferden, Geschützen zc. beigefügt hat, ist gewiß sehr beträchtlich und wird mit den übrigen Kosten, welche das sinnlose Mannöver der badischen Truppenaufstellung unserem Staate verursacht, nahezu eine Million antmachen — Die Artillerie wird auf einige Zeit in Gottesau verbleiben, um Mannschaft und Pferde zu restauriren; später wird sie dann zur Besetzung des Landes verwendet werden. — Noch über zugerichtet soll die noch auf dem Rückmarsche befindliche Kavallerie sein; die Pferde sollen sehr Noth gelitten haben, daß sie von den Rheinlanden aus mit dem Dampfschiff hierher verbracht werden. (K. Z.)

Karlsruhe, 23. Nov. Heute kam ein Gesetz über Kriegszustand in der zweiten Kammer zur Berathung. Den wesentlichen Inhalt desselben bestimmt, ein Judikatrikt der Commission, bei den Einfluß der Stände auf die Dauer solcher Ausnahmszustände festzustellen bezweckte. Nach dem Wortlaut desselben soll, während die Stände versammelt sind, eine Verlängerung des Kriegszustandes, nachdem derselbe zwei Monate von den ersten Verkündigung an gewährt hat, nur mit deren Zustimmung stattfinden. Welcher beantragte dagegen, daß der Kriegszustand in keinem Falle länger als drei Monate dauern solle, wenn die Regierung nicht von einem befraßlich zusammen zu berufenden außerordentlichen Landtag die Zustimmung zur Verlängerung desselben erhalte; erfolge die Verlängerung aber während des Zusammenseins der Stände, so soll der Kriegszustand die Dauer von vier Wochen nicht überschreiten. — Schaaf wollte dagegen der Regierung das Recht gegeben wissen, den Kriegszustand so lange dauern zu lassen, bis von Seiten beider Kammern Einsprache dagegen erfolge. Noch weiter ging Bobme. Er betrachtete die Verhängung des Kriegszustandes als eine reine Vollzugsmaßregel, die ausschließlich in der Macht der Regierung stehe, die auch allein die Verantwortlichkeit dafür zu tragen habe, und erklärt sich von diesem Standpunkte gegen sämmtliche obenerwähnte Anträge. Der Behauptung des Justizministers Stabel, daß die Regierung die jetzt das Recht habe, den Kriegszustand als eine reine Vollzugsmaßregel, die ausschließlich in der Macht der Regierung stehe, die auch allein die Verantwortlichkeit dafür zu tragen habe, und erklärt sich von diesem Standpunkte gegen sämmtliche obenerwähnte Anträge. Der Behauptung des Justizministers Stabel, daß die Regierung die jetzt das Recht habe, den Kriegszustand zu publiziren und nach Belieben andauern zu lassen, ohne die Stände zu fragen, trat namentlich Soiron lebhaft entgegen, indem er ausstellte, daß nach diesem Grundsatz das Bestehen der Verfassung selbst lediglich der Willkühr der Regierung preisgegeben sein würde. Stabel motivierte später seine Aeußerung mit der Chef des Innern. v. Marschall, sprach aus, daß wenigstens faktisch an eine Fortdauer solcher Ausnahmszustände gegen den Willen der Stände wohl niemals zu denken sein werde, falls derselbe wirklich der Ausdruck der öffentlichen Meinung des Landes sei. — Das Endresultat war, daß der Paragraph nach der Fassung der Commission angenommen und sämmtliche übrige Anträge verworfen wurden. (K. Z.)

Aus Thüringen, 23. Nov. Nach neuern Nachrichten aus Erfurt wird der Stand der Bataillone des zweiten Landwehraufgebots von 480 auf 1000 Mann erhöht. Die Truppen Citadelle (der Petersberg), welche bereits auf Kriegsfuß gesetzt worden ist, erhält eine Besatzung von 10,000 Mann. (K. D.-Z.)

Von der eisenach-hessischen Grenze, 23. Nov. Ich bin im Stande, Ihnen Synoptisch über den Bestand der in Kurhessen stehenden preußischen Truppen anzugeben. Es sind nämlich außer den in Kassel selbst liegenden zwei Bataillonen sechs Regimenter Infanterie, sieben Regimenter Cavallerie, also außer dem Geschütze von drei Batterien, mit der jetzt hinzugekommenen Reserve höchstens 24,000 Mann, während die Bundestruppen in Hessen und den benachbarten Bayern aber 43,000 Mann betragen. Dieses mag auch die Ursache sein, daß in und um Eisenach noch starke Truppenzusammenzüge von Fernem stattfinden und mit großer Eile betrieben werden. So kam heute Mittag durch Eisenach die Oder an das in Langensalza kantonirende Husarenbataillon des 11. Regiments habe schnell nach Eisenach aufbrechen; so hat dasselbe schon heute Abend in den zwischen Langensalza und Eisenach liegenden weimarischen Dörfschaften einquartiert wird. Im Ganzen erwartet man schon dieser Tage 6000 Mann. (K. D.-Z.)

Leipzig, 23. Nov. Folgende Thatsachen geben einen Commentar zur preußischen Thronrede. In die Festung Torgau sind 8000 Mann eingerückt; in Belgern, Schkeuditz und Süptig sind viele Truppen mit zahlreicher Artillerie aufgestellt; auf den vielen Elbkähnen sammeln sich 50,000 Mann unter dem unmittelbaren Befehl des Königs, dessen Hauptquartier nach Gradit angelegt ist, wo zu des Monarchen Empfang im Schlosse Tag und Nacht die erforderlichen Arbeiten betrieben werden. Im Bereiche jener Festung sind 400 Reiter, 1300 Pferde, 2000 Schweine requirirt und bereits abgeliefert, und hat Brod dafür ausgestellt. Alles andere Schlachtvieh im Festungsbezirke ist abgeschätzt worden und darf nicht an fremde Hand verkauft werden. — Je aufmerksamer man unter Berggenwärtigung solcher und anderer Vorgänge die preußische Thronrede prüft, desto mehr stärkt einem darauf der Verdacht, der Krieg zwischen Preußen und der Verfassung Deutschlands, „die seiner gegenwärtigen Stellung in Deutschland und Europa angemessen ist." Die „gegenwärtige" Stellung Preußens besteht aber darin, daß es für sich die Hälfte Deutschlands zu repräsentiren und demzufolge die Hälfte der deutschen Centralgewalt in seine Hand zu bringen strebt; seine gegenwärtige Stellung besteht darin, daß es den Artikel 11 der deutschen Bundesakte, der alle Bandnisse verbietet, welche gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesstaaten gerichtet sind, durch das Recht der „freien" Unirung beseitigen will; seine gegenwärtige Stellung besteht darin, daß es aus „geographischen" Rücksichten, wie sonst aus Gründen in die Staaten des linken Rheinufers, so in Kurhessen eingerückt ist, um kraft „Rechtes der vollendeten Thatsache", wie sich unlängst sogar die tagendsame Kreuzzeitung ausdrückte, in Deutschland zu arrondiren, oder kraft des „Etappenrechtes" nicht durch die Rheinbahn hindurchzumarschiren, sondern in permanenten, so lange es ihm paßt, und das konnte möglicherweise lang dauern, stehen zu bleiben. — Auf diese Grundlagen hin will Preußen in den freien Konferenzen unterhandeln, und zur Unterstützung solcher Ansprüche wird die ganze Heerkraft aufgeboten!

(K. Z.)

Hannover, 19. Nov. Die bodenständige Stattgalterschaft hat hieher und nach Braunschweig den Justizrath Schieden als außerordentlichen Bothschafter gesandt, um zu erwirken, daß keine Bundesbeerungen durch Hannover und Braunschweig gelassen würden, wenn diese nach Holstein ziehen wollten, dort die Execution zu vollziehen, wie sie in dem Frieden bedungen ist, welchen Preußen mit Dänemark abgeschlossen und wo von allen Bundesregierungen, ebenfalls auch Hannover und Braunschweig, ratificirt wurde. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr v. Münchhausen, hat zwar den Justizrath Schieden privatim empfangen und seinen Auftrag mündlich gehört, aber keine Antwort in der Zumuthung ist aber Herr v. Münchhausen vermuthlich nicht. Herr Schleyden ist noch Braunschweig gereist, um dort selbst Inact zu verfolgen. (H. C.)

Wien, 19. Nov. Der Schleier fängt an, sich zu lüften. Die heute telegraphisch uns zugekommene Nachricht von den Rüstungen in Frankreich hat all den Verdächtigungen plötzlich den rechten Ausdruck gegeben. Es ist, als wenn es wie Schuppen von den Augen fiele. Die deutsche Frage erscheint fesundar, der Kampf des Conservationismus gegen die Revolution ist die Losung der Gegenwart, der Preis der Entscheidung. Diesmal ist der Anmarsch der russischen Truppen keines der üblichen, in regelmäßigen Zwischenräumen wiederkehrenden Gerüchte, sondern diesmal ist er voller Ernst der Thatsache und Wirklichkeit. Journalhundertlausend Mann werden die Winteraquartiere in Polen beziehen, um mit dem ersten Nahen der Frühlingstage nach dem Rhein aufzubrechen. Das Interesse monarchischer Selbsterhaltung ist der unversöhnliche Antagonismus zwischen Preußen und Oesterreich. Von fester Hand und Beweisführung halten keine Mißverständnisse Stich. Die Streitmacht, welche sich zwischen Rhein, Main und Neckar concentrirt, wird keine vorübergehende Demonstration sein, sondern sich zu einer dauernden Thatsache gestalten. Die Demokratie Deutschlands muß mit ihrem Siege selbst in Festen gefeiert und ihr Feuerwerk zu Ende gebrannt sein, ehe sie sich ernsthaft und einen ebenwollen Feind ihrer erhalten wissen wird. Und wir sehen um so getroster allen Eventualitäten entgegen, da Oesterreich auch für einen unwahrscheinlichen Fall so gute Vorsorge getroffen hat.

Berlin, 23. Nov. In Uebereinstimmung mit

den neuesten telegraphischen Depeschen aus Paris geht auch der „N. Pr. Z.“ anderweitig aus zuverlässiger Quelle die Nachricht zu, daß die zu bildende französische Rheinarmee vorläufig eine Stärke von gegen 90,000 Mann haben wird, daß eine Aufstellung zwischen dem Preußischen und dem General Changarnier stattgefunden und daß der letztere, Lieber sich dem Fürsten Felix den Krieg und fur die Gewinnung der Rheingrenze schwarmt. — Der englische Gesandte am hiesigen Hofe, Graf v. Westmoreland, dessen Ankunft man bereits vor einiger Zeit angekündigt hatte, und der dann gestern Abend bestimmt hier eintreffen sollte, ist gleichwohl auch heute noch nicht hier angekommen und dürfte nach einer aus London uns zugekommenen Mittheilung erst gegen das Ende der künftigen Woche hier zu erwarten sein. Seiner Ankunft sieht man hier mit Spannung entgegen, weil er Depeschen der englischen Regierung überbringen soll, in welchen dieselbe (in Rücksicht auf die Vorgänge in Frankfurt) dringend von einem Kriege zwischen Oesterreich und Preußen abmahnt. — Die russischen Erklärungen in Bezug auf die holsteinische Frage sollen der Art sein, daß sie einen Zweifel über die Haltung, welche Preußen auf diesem Gebiete der Politik von dem Cabinet von St. Petersburg zu erwarten habe, nicht zulassen. Der Zar, für welchen Se. Maj. der Kaiser den Entschluß ausgesprochen hat, Preußen mit voller Macht anzugreifen, ist bestimmt und einfach formulirt worden. Ein gewaffneter Widerstand gegen executive Verdnigung des holsteinischen Krieges ist als eine Kriegserklarung Preußens gegen Rußland zu betrachten. Weniger Gewicht scheint der Kaiser darauf zu legen, durch wen eine solche Execution nöthigenfalls vollstreckt würde.

Schweiz.

** Aus der Schweiz, 22. Nov. Der große Rath von Bern hat sich am 20. d. M. aufgelöst, nachdem er noch drei Gerichtspräsidenten gewählt und das Gesetz, die Abberufung der Beamten, angenommen hatte. — Als Professor der Anatomie und Physiologie hat der kleine Rath von Basel nach dem Antrage des Erziehungsrathes den Hrn. Dr. Karl Bruch von Mainz, Privatdozent in Heidelberg, berufen. — Solothurner Blätter berichteten jüngst, wie seit dem Verbote der Verbungen sich die Zahl der nach Neapel Angeworbenen verhältnißmäßig habe. Briefe aus Neapel bestätigen diese Nachrichten. Wöchentlich treten 30—40 Mann ein. Aus Basel ließ sich bis jetzt nur ein Bürger engagiren; dagegen mehrere Mitglieder des Baseler Gautlioverein's, sowie der Präsident der Sektion Genf. — Uri hat ein Gesuch beim Standerath um Nachlaß der Sonderbundskriegskosten eingereicht.

Italien.

Turin, 24. Nov. Gänzlich unerwartet brach vorgestern in der Deputirtenkammer ein Sturm gegen das Ministerium los, der, ungeachtet der verschiedenen Pinelli's Worte u. anderer, eine sehr gereizte Stimmung hinterlassen hat. Die Posterform, sowie die Senatorenkammer sie aufgearbeitet, war mit großer Stimmenmehrheit genehmigt worden, absehen der neue Briefkarif und die Linientaxe, sind eine Entfernung im Königreich in Bezug auf den Verkehr der ärmeren Klassen in nahegelegenen Ortschaften von vielen zu hoch befunden war. Nach dieser Abstimmung kam die provisorische Steuererhebung für die Monate Dezbr. und Januar an die Reihe. Die Deputirten Pallieri, Sineo u. a. von der Rechten, von der Linken und vom Centrum sogten bei dieser Gelegenheit den Ministern bittere Dinge aber Mangel an Sparsamkeit, über Geheimnißkrämerei, Trägheit, Siebenbleiben u. dgl. Hr. Sineo von der Linken sie wunderbarerweise fast in die Tonart der Armenia und des Literator Romano ein, und ging so weit die unsichgerichtete Communication im Königreich, inel. Straßenraubes und Diebe, in greellster Färbung zu schildern. Die Forderung des Ministeriums, provisorisch der Pflanz für 1850, die Staatsgelder im Monat Dezbr. zu verausgaben und in das nicht votirte Budget von 1851 einzutragen, erregte deßhalb großen Anstoß, weil später mehrere Ersparnißgesetze für die sechs letzten Monate des Jahrs 1850 von den Kammern beschlossen worden waren, welche gar nicht in Betracht kommen sollten. Man wollte keine Inconsequenz begehen, und Hr. Farina schlug beobalb den ganz vernunftigen Mittelweg ein, das Ministerium zu ermächtigen, im Einklang mit den Gesetzen vom 29. Januar und 29. April, sowie den Ersparnißgesetzen zu verfahren. Die Minister gingen hierauf gegen alles Erwarten nicht ein, und der neue Handels- und Marinenminister, Graf Cavour, erhipte sich (ganz gegen seine sonstige Gewohnheit) so sehr, daß er diese Frage fast zu einer Krise, zu einer Cabinetsfrage steigerte. Er erklärte das Nichtgewahren der ministeriellen Forderung für einen Beweis mangelnden Vertrauens der Kammer gegen das Ministerium. Pinelli verlieh den Präsidentenstuhl, mehrere sich vermittelnd in die Verhandlungen. Es gelang endlich die Gemüther etwas zu beschwichtigen, es war glucklicherweise 6 Uhr Abends geworden und man ging heim um sich abzukühlen und die Frage bei ruhigerem Blute wieder vorzunehmen. Gestern wurden uns allerhand Complimente gewechselt, sog. motivirte Tagesordnungen vorgeschlagen und gegenseitige Versprechungen gegeben, das Budget in sorgfältigste, specielste Ueberlegung zu nehmen, sich der größten Sparsamkeit zu befleißigen, und dahin zu arbeiten, daß der unglückliche provisorische Zustand durch positive ausgabenfreie Annahme des Budgets endlich einmal beseitigt würde. Die Minister Galvagno und Cavour hatten alle Hartnäckigkeit zu Hause gelassen, und bewirkten dadurch, zumal von mehreren Seiten behauptet wurde, daß ein einziger Monat Steuererhebung nach den Principien der laufenden Valuta ein unbestätigtes Gebahren sei, das für sie günstige Resultat, daß die Zmonatlichen Steuererhebungen u. s. w. von 122 Abstimmenden mit 99 Stimmen angenommen wurden. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 21. November. Es scheint wirklich, daß Herr v. Persigny die Grenzen der ihm bei seiner letzten Reise von Paris nach Berlin mitgegebenen Instructionen überschritten hat. Wenigstens hat der hiesige preuß. Geschäftsträger in einer Unterredung mit dem General Lahitte Aeußerungen durchblicken lassen, welche Herr v. Persigny nicht im Geringsten befugt war dem Spiele Hof einzuflechten. Da wirklich solche Hoffnungen dazu beigetragen haben dürften, die Mobilisirung der preußischen Armee, welche in einem früheren Cabinetsrath verworfen worden war, dennoch zur Ausführung zu bringen; so hat Ludwig Napoleon, um das Benehmen des Herrn v. Persigny vollends zu desavouiren, ihn nun abberufen, und verweist der Mission des Herrn Persigny in Berlin ein Ende zu machen. Vorgestern Abend ist das Abberufungsschreiben des Herrn v. Persigny von hier nach Berlin abgegangen. Um der Abberufung desselben noch mehr Nachdruck zu verleihen, wird Herr v. Persigny den Herrn Armand Peterer, bisherigen Gesandten in Schweden, zum Nachfolger haben. Herr Armand Peterer hatte bekanntlich, als er noch vor einem Jahre die französische Republik in Karlsruhe repraesentirte, in seinem diplomatischen Berichte die preußische Unions-Politik als eine Kokketerie mit der Umsturz-Partei bezeichnet. Herr Armand Peterer hat derzeit die Verfassung des Herrn Manteuffel, mit den durch die Bedürfnisse der Neuzeit bedingten Modificationen, als das wirksamste Mittel betrachtet, den Kreis der Revolution in Deutschland zu schließen, und in diesem Sinn auch während seiner Mission an dem Hof von Munchen gehandelt. Man kann versichert, daß Ludwig Napoleon über das neuste Benehmen des Herrn v. Persigny so aufgebracht ist, daß Letzterer seine bisherige Stellung im Elysée-National nicht mehr einnehmen wird. Aus diesem Anlasse soll Ludwig Napoleon zu einem französischen Diplomaten, der nächster Tage nach Deutschland reist, gesagt haben: „Sie dürfen es überall laut erklären, daß die Erhaltung des Weltfriedens der Zweck meiner verdoppelten und unermüdeten Bemühungen bleibt, die Regierungen sollten, statt sich aus einen Continentalkrieg einzulassen, vielmehr auf der Grundlage der Gerechtigkeit, welche jetzt in Europa bei Weitem noch nicht existirt ist, sowern unermüdet dahin arbeitet, alle Volker anszusöhnen. Um den Socialismus völlig auszurotten, bedürfen wir eines dauerhaften Friedens. Was mich anbelangt, so betrachte ich die Rettung der Gesellschaft als die höchste Aufgabe meiner Mission.“ Der Mann, zu dem Ludwig Napoleon diese gewichtigen Worte gesprochen, wiederholte dieselben am nämlichen Abend in einem politischen Kreise.

England.

London, 18. Nov. Die Aufregung des London Volkes gegen den Katholicismus und noch mehr gegen den Puseyismus ist aus den Spalten der Journale, aus den geschlossenen Räumen der Klubbs und Meetings herausgetreten auf die Straße. Gestern Morgen unmingten Tausende von Menschen die neue Kirche von Sankt Barnabas (Pimlico) und obwohl die Polizei Vorkehrungen getroffen hatte, um sich bei der Ankunft der Volk gegen die Puseyistische Geistlichkeit dieser Kirche durch ein lobendes Geschrei, durch Angriffe auf die Kirchenthüren und zweitens durch Störung des Gottesdienstes Luft. „Schlagt die Thuren ein, sort mit dem Papstthum, weder mit den Papisten Diener!“ — Es konnte ein unaufhörliches, wildes, und zwar nicht besonders Maß in der gewöhnlichen Bedeutung des Wortes, sondern es war anfanbig gekleideter Pöbel, der auf diese frevenliche Weise den Gottesdienst und den Priesten der Königin störte. Nur mit äußerster Energie und Mäßigung gelang es der Polizei, größeres Unheil abzuwenden. Der amtsmäßige Inspisser ist verhaftet, er heißt Gosling und ist Bruder des gelehrten Parlamentsmitgliedes Henry Drummond (was Vielen auffallen will). So eben steht er vor Gericht des Polizeijoses von Westminster.

Rußland.

Kalisch, 19. Nov. Die von angebvolte Distoerirung russischer Streitkrafte an die Grenze von Galizien und entlang der preußischen Grenze hat bereits ihren Anfang genommen und dürfte in kurzer Zeit, wenn die Ereignisse in Deutschland es gebieten sollten, in großartigem Maßstabe erfolgen. Es sind im Verlaufe des vorigen Sommers viele Truppen von den in Polen vorgenisirten Infanterieregorts aus Polen wegen Verpflegungsrücksichten herausgezogen und in das benachbarte Litthauen, sowie nach Wolhynien und Podolien verlegt worden. Diese Truppen sollen nun wieder zurückgezogen werden und an den Grenzen concentrirte Stellungen einnehmen. Es ist in Folge dieser Nachrichten ein panischer Schrecken in die ländliche Bevölkerung Polens gefahren, die nun abermals eine große Einquartierungslast zu tragen haben wird. Der hier bereits eingetretene Winter wird diese Calamität noch vergrößern. — Aufserdem cursiren in Polen fortwährend sehr obenteuerliche Gerüchte, und an die baldige Zurückkunft des Kaisers nach Warschau wird noch fortwährend geglaubt. — Der Chef der sämmtlichen Artillerie der activen Armee, G.-L. Gillenschmidt, ist von Warschau nach St. Petersburg gereist. (C. Bl. a. B.)

Vermischte Nachrichten.

Paris. Schon wieder ein Mordschrei aus London, diesmal aber aus dem Kreise der Ehefe der sogenannten Emigration. Levra-Mollin, Mazzini und B. Ruge sprechen in dem „Wort du Peuple“ also zu den „Deutschen“: „Durch eure Insurrektion von 1848 habt ihr gezeigt, daß ihr euch

für die großen Prinzipien der Freiheit, welche die Welt erleuchtet haben, zu enthusiasmen wißt. Ihr habt es gezeigt durch das bei allen Völkern vergossene Blut eurer Märtyrer, und selbst jener Zeit hat das Herz vom Deutschland nicht aufgehört, mit denselben Pulsschlägen, wie das von Polen, Ungarn, Italien und Frankreich zu schlagen. Damals sind ihr besiegt worden, weil ihr nicht genugsam verstandet, daß nur der Sturz eurer zahlreichen Tyrannen die nationale Einheit bewirken, daß nur eine einzige und unbesiegbare Demokratie euch die Freiheit und die Unabhängigkeit geben, daß die deutsche Nation nicht auf Kosten der anderen Nationen eine Existenz erlangen, daß sie nur durch die europäische Union der andern Völker in einer legitimen Weise constituirt werden konne. Die Zurückweisung war ohne Zweifel grausam, denn die Tyrannen, die ihr schuwet, haben euch an Rußland verkauft. Ja, eure Enkelungen, die Vernichtung eurer Freiheit, der Untergang eurer Unabhängigkeit — Alles was euch drückt und empört, ihr verdankt es jenen, Vasallen des Czaars geworden, Despoten. Was sind die kleinen Armeen einer großen Nation gegen die vier Millionen von eurer großen russischen Heeres, das im Begriff steht über euch herzustürzen? Was sind jene Oesterreicher, jene Preußen, jene Baiern anders als ebenso viele Russen unter verschiedenen Fahnen und Uniform? Und könt die Stimme, der sie geborchen, nicht aus Petersburg? Wäret ihr nicht zu einer sinnvernen Anstrengung bereit, so würde man sagen können, Rußland habe Deutschland nicht erobert und Europa sei sofachlich von der Wolga bis zum Rhein, von der Donau bis zu den Küsten des baltischen Meeres. Däuscht euch nicht: jene schleswigsche Frage, welche so viel großmüthiges Blut kostete, jene hessische Frage, welche das denkwürdige Exiliret einer sich für das Recht aufopfernden Armee bot, — alles Dies ist von einer hohen, schrecklichen Bedeutung.

Völker, aber für die verbündeten Revolutionäre ist es nur ein blutiges Spiel, ein eitler Vorwand, der andere Pläne verhüllt und der sie autorisiret, den Heerbann ihrer Sklaven zu einer Kinderzäuberung aufzurufen. Sehet diesen König von Preußen, welcher sich wider Willen bei dem Scheer eines ganzen Volkes erhebt, als wolle er nur über seiner Nation und die Ueberbleibsel eines elenden Constitutionalismus vertheidigen; wisset ihr, was er im Schilde führt? Er will unterhandeln, sich zu neuen Rückzug offen lassen und den Schein gewinnen, als welche er der unwiderstehlichen Uebermacht Oesterreichs, Bayerns und Rußlands. Und wenn er von dem Sturme fortgerissen worden geht, wird ihr, wem er entgegenenlt? Einer verbreiteten, berechneten Niederlage! Noch eine Weile, und ihr werdet den Ruf des Verraths vernehmen! Wilhelm von Preußen wird Karl Albert von Savoyen ins Leben rufen. Was er sucht ist nicht ein Sieg, welcher seiner Revolution geboren würde, sondern eine Niederlage, die ihm seine Krone erhält. Also kein Zwiefel mehr. Der Despotismus und die Freiheit, die Tyrannei und die Demokratie stehen einander gegenüber. Rusfe oder Demokrat, das ist die Frage; alles Uebrige Spiegelfechterei. Deutsche, was habt ihr in einer solchen Gefahr zu thun? Euch von eurem Tyrannen, welche die Diener Rußlands sind, befreien, um euch mit Rußland zu befreien. Man wird euch zu Sklaven der Russtandes machen. Wohlan! Segnet den Tag, welcher euch geschlattet, in einem furchtbaren Aufschwunge eure Unabhängkeit als Nation und eure Rechte als Bürger zu erobern. Um frei zu sein habt ihr euch nur zu erinnern, ihr, die ihr Franken waret. „Eure Väter waren", Tacitus zu glauben, „unbesiegbar, weil sie einig waren, weil ihre Bataillone nur aus Mitgliedern Einer Familie bestanden." Erschickt, wie sie, leben Hader. Habt nur Eine Familie: die Demokratie; habt nur Einen Namen: die teutsche Republik. Laßt in den Thälern und auf den Bergen den Nationalgesang den alten deutschen Bardit, ertönen, und auch ihr, ihr werdet siegen."

Neuestes.

Frankfurt, 25. Nov. Heute Abend rauften sich wieder einmal die hier liegenden Preußen und Bayern. Der obere Theil der Zeil und Fahrgasse war stundenlang von denselben truppweise besetzt, und nur mit vieler Mühe gelang es den Offizieren und starken Patrouillen, die Soldaten in ihre Kasernen zurück zu bringen. Von beiden Seiten fielen Verwundungen vor, so soll ein bayerischer Unteroffizier einen Hieb in die Nase erhalten haben. — Bei dem österreichischen Fußvolk sah man dieser Tage furze schwarze Kamaschen, die über die gewöhnlichen blauen Hosen angezogen, bis zur Hälfte der Wade reichten. Sie sollen den Fuß warm halten und die Hosen schonen. Bei der französischen Armee in Algier, insbesondere bei den Zuaven, ist diese zweckmäßige, den Turken nachgeahmte Fußbekleidung bekanntlich längst eingeführt. Die Hosen bekommen dadurch das Ansehen der Pluderhosen der alten Landsknechte, wie sie jetzt noch in einem Theile der Schweiz und im badischen Hauenstein von den Bauern getragen werden. (K. J.)

Fulda, 24. Nov. Se. Durchlaucht der commandirende General Fürst von Thurn und Taxis hielt heute wieder, wie an den beiden vorhergegangenen Sonntagen, Kirchenparade, nachdem er selbst mit seinem Stabe dem Gottesdienst im Dom beigewohnt hatte. Die Truppen wurden nach demselben auf dem Domplatz aufgestellt, vom Fürsten gemustert und defilirten hierauf in treffender Ordnung vor demselben: 1 Bataillon des 14., 1 Bataillon des 15. Regiments, Jäger, Ehevauxlegers und Kürassiere. (Z. Ztg.)

Stuttgart, 24. Nov. Fr. Romer erläßt heute sowohl in der „Württ. Ztg." als im „Schwäb. Merk." einen Aufruf zu Gunsten der kurhessischen Offiziere, indem er sich zur Annahme von Beiträgen erbietet.

Hamburg, 21. Nov. Der Senat hat die Aufforderung Preußens, seine kleine Truppenmacht ebenfalls mobil zu machen und sie auf den Kriegsfuß zu stellen, nach einem gestrigen Vorschlage, abgewiesen, mit der Bemerkung, daß er sich bei allen vorkommenden Eventualitäten neutral verhalten werde. (Z. N. u. H.)

Lübek, 20. Nov. Heute gegen Mittag trafen 25 deutsche Matrosen aus Bremerhaven (von der Besatzung des „Ernst August") hier ein. Dem Vernehmen nach werden dieselben noch heute nach Travemünde gehen, um mit der Fregatte „Gefion" sogleich in See zu stechen. Der Mind ist günstig, und soll bei Kiel noch günstiger sein. Die Eintritt des Frosts sein Winterquartier erreichen, so ist freilich seine Zeit mehr zu verlieren. (Lüb. Z.)

Prag, 20. Nov. Dem Prager Großhandlungshause Jbelauer ist gestern von Berlin der Auftrag zugekommen, an unsern Kunstverein 1000 fl. C.-M. als Beitrag zu Gunsten Preußen für das zu errichtende Radetzkymonument anzuzahlen. Es ist dieses Factum in einem Momente doppelt bemerkenswerth, wo Wiener und Berliner Blätter eine so friegerische Sprache gegeneinander führen, und wo die ersten wissen wollen, daß der greise Marschall zum Generalissimus der österreichischen Armee designirt sei. (C. Bl. a. B.)

London, 21. Nov. Die meisten fremden Gesandten haben dem Cardinal Wiseman seit seiner Ankunft ihre Aufwartung gemacht.

Paris, 21. Nov. Für Preußen gibt es hier wenig Neigung, und die Mißgunst hat sich in öffentlichen Blättern bereits vielfältig kundgegeben, die nie aber so heftig als in der heutigen Nummer der „Assemblée nationale", die mit wahrhaft nach Vernichtung strebender Heftigkeit gegen eine muthmaßliche Annäherung an Preußen zu Felde zieht. „Daß Preußen jemals ein natürlicher Verbündeter Frankreichs sein könne", heißt es darin, „ist eine völlig unbegründete Voraussetzung, und wenn das Berliner Cabinet sich verleiten lassen sollte, das Zeichen zu einem europäischen Conflict zu geben, so würde es uns über alle Maßen ungerecht und unpolitisch dünken, zu behaupten, Frankreich müsse die Solidarität einer solchen Sache übernehmen und Preußen in den Kampf folgen . . . Als es sich darum handelte, gegen die Nachkommen Karls V. zu ringen, war es kein Wunder, daß Frankreich in Deutschland einen Hebel zu gewinnen suchte, um jene Macht zu erschüttern, kein Wunder, daß es diesen Hebel einen Stützpunkt zu geben trachtete. So konnte damals, unter Frankreichs Schirm, jene vom Kurfürsten v. Brandenburg, ein Konig von Preußen erschaffen . . . Wir unserseits haben mit Berlin nichts zu schaffen; und wenn friedliche Daznischenkunft, wenn gegenseitige Zugeständnisse nicht vermögen den Sturm zu beschworen, wenn Preußen nicht Maßregeln zeigt und sein gutes Recht zu beweisen im Stande ist, so kennen wir keine andere Politik Frankreichs, als Neutralität, der wenn Frankreich gezwungen wird, thatkrastig aufzutreten, keine andere Allianz als die mit Oesterreich"

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Kaber.

Frankfurter Cours.

Den 25. November 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	—	990
„ 5% Metalliques	66½	66⅝
„ 4% „	50	50½
„ 3% „	35	35⅛
„ 2½% „	35	35¼
„ 4½% Bethmann	60½	—
„ 250 Loose	24	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	—	86¼
„ 500 „ 1834.	—	142
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	78	78½
„ Präm. Scheine.	—	117
Bayern 3½% Obligationen	82¼	82⅝
„ 4% „	87	87
„ 5% „	98½	99
Würtemberg 3½% „	—	79⅛
„ 4% „	94½	95
Baden „ 3½% „	—	77½
„ fl. 35 Loose	29½	30%
„ 7 „	50½	50¾
Nassau fl. 25 „	24½	24⅝
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	75¾	76¼
„ „ „ 25 „	27	27¼
Polen fl. 300 „	1	45
Sardinien Pres. 36 „	33	33½

Gold- und Silber-Sorten.

	fl.	kr.
Neue Louisd'or	11	3
Friedrichsd'or	9	48½
Dukaten	5	36
20 Frank-Stücke	9	27
Holländischer 10 fl. Stück	9	47
Preußischer Thaler	1	45
5 Frank-Thaler	2	21

Bekanntmachung.

Am Samstag den 30. November l. J. Vormittags 9 Uhr werden bei der Oeconomie-Commission des königlichen 2. Artillerie-Regiments (vacant Zolles) eine größere Anzahl noch nicht gebrauchter und gut erhaltener Halbstiefel und Bundschuhe an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert, wozu Kaufsliebhaber hiemit eingeladen werden.

Würzburg, den 25. November 1850.

Theater-Anzeige

Mittwoch den 27. November 1850.

Der Barbier von Sevilla.

Komische Oper in 2 Akten von Rossini.

Gestorbene:

Den 23. November.

Regina Hofstein, Unterauffschlagsamtsdienerswittwe, 59 J. — 1 Kind.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrafhofe 2. Distr. Nr. 333.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 284. Würzburg, Mittwoch den 27. November. **1850.**

Die Nothwendigkeit einer Volksvertretung beim Bunde.

Die „Hannoversche Zeitung" sagte vor einigen Tagen in einem Leitartikel unter anderm:

„Wir betrachten es als eine Nothwendigkeit, daß bei dem Central-Organ des Bundes eine Vertretung der Stände an den Einzelstaaten Statt finde, nothwendig zur Stärkung jenes Mittelpunktes, nothwendig um annähernde Gleichförmigkeit herzustellen zwischen der Verfassung der Ganzen und der Bestandtheile. Die vertretende Versammlung möge beschränkt sein in ihren Befugnissen, geschirmt vor dem Eindringen verderblicher Elemente durch ein richtiges Wahlgesetz."

„Wir sehen daneben in einer dreigetheilten Vertretung, in Deutschland Stimme um Stimme abgewogen und verlangen Bürgschaften, daß es warten, daß sie ein mehr geistiges wie materielles Gegengewicht bilden würde wider Sonderinteressen, die naturgemäß hier und da hervortreten in einem Centralorgan, besiehend aus den Gesandten der Einzelregierungen."

Wir unsererseits (N. Bl. 33) haben zu jeder Zeit und nachdrücklichst beim Bunde ausgesprochen, und können daher dem Gedanken der Hannoverschen Zeitung im Allem Wesentlichen nur vollkommen beipflichten.

Im Jahre 1848 waren, wie bekannt, die Verlangen des sogenannten Volkes, d. h. derjenigen, welche die Umsturzung betrieben, diesen Namen für sich als Monopol in Anspruch zu nehmen, gleich Pilzen aus der Erde aufgeschossen: was bestand, wurde unbedingt als schlecht und untauglich erklärt, und dem einfachen Grunde, weil es eben bestand, natürlich; denn der allgemeine Umsturz war ja das Ziel der Partei, welche sich der Bewegung bemeistert hatte, und um alle Hebel in Bewegung zu setzen, sie für ihre Zwecke auszubeuten.

Aber von den viel- und maßlosen Forderungen, deren Gewährung allerdings zur Erreichung der Zwecke dieser Partei sicher hatte führen müssen, waren wohl zu unterscheiden jene Verlangen der wirklichen deutschen Volker, welche den Stempel der innern Berechtigung an sich trugen; welche heute noch wie damals in den Herzen aller wahren Vaterlandsfreunde mit gleicher Wärme, und wir sagen geradezu unauslöschlich und unvertilgbar fortleben; und unter diesen steht das allgemeine Verlangen nach einer Volksvertretung beim Bunde unzweifelhaft in erster Reihe.

Daß man auch diese Verlangen von Seite der Umsturzpartei mißbrauchte und in ihrem Sinne zu verderben und zu verkehren gesucht hat, kann an dieser Wahrheit so wenig etwas ändern, als etwas an sich Gutes darum etwas an sich Schlechtes wird, weil eine schlimme Hand zu bösem Zwecke es mißbrauchen wollte.

Wir sagen und wiederholen: das Verlangen nach einer Vertretung auch des Volkes, nicht blos der Fürsten und Regierungen, beim Bunde, ist ein vollkommen berechtigtes, und daß es als solches auch von den Fürsten und Regierungen anerkannt werden ist, dafür zeugen die bekannten Erklärungen, die gegebenen Zusagen, das feierlich verpfändete Wort Aller ohne Ausnahme, daß diesem gerechten Verlangen des deutschen Volkes Rechnung getragen, daß es bei Feststellung der künftigen Verfassung Deutschlands erfüllt werden solle.

Zum Beweise, daß es ihnen mit der Erfüllung ihrer Zusagen Ernst sei, stellten sie bei der Aufzählung der künftigen Bundesorgane im Art. 2 der Uebereinkunft ausdrücklich „die Nationalvertretung" sogleich neben „die Bundesregierung", und Art. 8 gab die Modalitäten der Bildung und Zusammensetzung dieser Nationalvertretung näher an. Art. 9 bestimmte, daß die Nationalvertreter durch die Landesvertretungen in den einzelnen Bundesstaaten gewählt werden sollen. Nach Art. 10 soll die Bundesregierung die Nationalvertretung berufen, und zur Berathung und Auflösung derselben berechtigt sein, im Falle der Auflösung aber binnen 6 Monaten die neue Wahl vollzogen und die Versammlung berufen werden. Art. 11 besagt: „Der Nationalvertretung liegt die Mitwirkung zur Bundesgesetzgebung zu. Ohne Zustimmung derselben kann die Bundesregierung den Bundesgesetzen keine Gültigkeit ertheilen. Die Nationalvertretung hat das Recht der Initiative zur Gesetzgebung in allen Angelegenheiten, welche der Bundesgesetzgebung zugewiesen sind." Art. 12. „Die Zustimmung der Nationalvertretung ist erforderlich zur Feststellung der Bundesausgaben und der zu ihrer Deckung nöthigen Matrikularumlagen. Der Beschluß darüber, so wie der Nachweis über die Verwendung wird alle drei Jahre von der Bundesregierung vorgelegt. Die Matrikularbeiträge werden auf die einzelnen Bundesstaaten nach dem Art. 8 festgesetzten Maaße ihrer Bethеiligung an der Nationalvertretung vertheilt. Ueber die Frage, welche Ausgaben als die Bundesausgaben zu betrachten sind, und auf die hierfür Maßstab angewendet werden kann, bleibt besonderer Verabredung vorbehalten. — Art. 13. „Die Nationalvertretung kann Anträge oder Wünsche bezüglich aller gemeinsamen Bundesangelegenheiten an die Bundesregierung bringen." — Art. 14. „In folgenden Fällen kann ein Beschluß der Nationalvertretung nur mit vier Stimmenmehrheit von zwei Dritttheilen gültig gefaßt werden: 1) wo es auf Abfassung oder Abänderung von Grundgesetzen des Bundes ankomme; 2) bei Annahme neuer Mitglieder in den Bund; 3) in Religionsangelegenheiten." Nach Art. 17 hat die Bundesregierung das Recht, durch Gesetz Ueberschreitungen ihrer Bundesbefugnisse zu untersagen, das nach erlangter Zustimmung sämmtlicher Bundesglieder an die Stelle der Bundesakte vom 8. Juni 1815 und der Wiener Schlußakte vom 15. Mai 1820 zu treten hat. Kraft Art. 18 soll dieses Grundgesetz von den einzelnen Regierungen der Bundesstaaten mit den Vertretungen und der Aufforderung mitgetheilt werden, die Wahl der Nationalvertretung vorzunehmen, und nach Vollendung dieser Wahl (Art. 19) die Nationalvertretung einberufen und derselben das Bundesgesetz zur Vereinbarung vorgelegt werden u. s. w.

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

München, 23. Nov. Die Krise in Deutschland ist auf einen Punkt gediehen, wo in den nächsten Tagen schon die Lösung kommen muß, die Würfel fallen müssen, die über Krieg oder Frieden entscheiden. Es muß sich jetzt zeigen, ob Preußen zu der verlassenen Bahn des Rechtes zurückkehren, oder es dahin bringen will, daß der gordische Knoten, den es geschürzt hat, mit dem Schwerte zerhauen werde. Preußen hatte bekanntlich in Betreff der kurhessischen Frage zu Wien und Frankfurt noch schriftliche Garantien für die Behauptung seines Rechtes der Benützung seiner Etappenstraßen in Kurhessen verlangt. Diese Garantien sind ihm von beiden Seiten eben so bereitwillig als in umfassendster Weise und bester Form, so vollständig gegeben worden, als es sie nur immer wünschen konnte. Man hat zu Wien wie zu Frankfurt dadurch dem Verlangen, wie sehr man von dem aufrichtigen Wunsche beseelt ist, die freundlichen Beziehungen zu Preußen zu erhalten, wie sehr man geneigt ist, den gerechten Verlangen Preußens Rechnung zu tragen und wie gerne man zu einer friedlichen Lösung der obschwebenden Differenzen die Hand bietet. Als Preußen sich so nun, durch diese Garantien, nachfolge aufrichtige Streben zu bethätigen; es bleibt ihm kein Vorwand, auch nicht der Schatten eines Rechtes mehr, die Besetzung des kurhessischen Landesgebiets, wohin es vom Landesherrn so wenig, als von irgend einer andern Seite gerufen wurde, keinerlei noch länger aufrecht zu halten, und die Handhabungen auch ferner in dem Besitze der ihnen übertragenen Aufgabe zu hemmen. Alle nur immer erdenklichen und erwünschten Garantien sind ihm gegeben: es muß also Kurhessen räumen, wenn es wirklich aufrichtig den Frieden will, wenn es ihm um das Recht zu thun ist. Kommt es nun demungeachtet Kurhessen nicht, so gibt es den klarsten Beweis, daß Kurhessen gegenüber andere Art hat, daß seinem Verhalten ganz andere Motive und Hebel zu Grunde liegen, als die angebliche Wahrung seiner Etappenstraßen, deren Benützung ihm Niemand bestreitet. Wie gesagt, die nächsten Tage schon müssen die Entscheidung bringen.

— München, 25. Nov. Als Divisionskommandanten für das 1. mobile Armeekorps sind Se. kgl. Hoheit Prinz Luitpold und Generalleutenant Frhr. v. Hohenhausen ernannt. Beide gehen dieser Tage von hier ab. — Se. Hoh. der Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg, Kommandirender der 1. Kavalleriedivision, ist erkrankt und zwar so, daß derselbe bettlägerig ist. — Jene Mannschaft des 2. Bataillons des Inf.-Leib-Reg. welche sich heute auf der Wache befand, wurde noch Abends abgelöst. Dieses Bataillon geht morgen von hier auf der Landstraße ab, während das Regiment Kronprinz mit der Eisenbahn befördert werden wird. Abends soll erhöht auch noch eine Batterie Marschbefehl für morgen erhalten. — Von andere für übermorgen. — Die gesammte Garnison, bis auf die Depotlommagnen, wird in dieser Woche ausmarschiren. — Wegen der Truppenconzentrirungen im Departement des französischen Niederrheins, dürfte nun auch ein besonderes Augenmerk auf die Pfalz gerichtet werden. — Der Major der Hofmarschall des Prinzen Luitpold, hat diese Stelle niedergelegt, um in seiner Eigenschaft als Obersteutenant im Generalstab wieder in aktive Mili-

lärdienste zu treten, derselbe soll auch bereits im Hauptquartier des 8ten Armee-Corps eingetroffen sein. Der Landwehr-Generalmajor vom Corps des Prinzen Ludwig wurde zu jenem Hauptstaff ernannt. — Der Oberst und Inf.-Reg. „Kronprinz" Hr. Kraßenstein, hielt diesen Nachmittag nach beendeten Exercitien an seine Truppen eine kräftige Ansprache, in welcher er auf den nahe bevorstehenden Ausmarsch, die bevorstehenden Strapatzen ic. hinwies, und die Wunschsicht zum Dienstreise und Treue ermahnte; die Mannschaft antwortete mit bestimmenden Zurufen. — Der Kassationshof hat heute Mittag sein Urtheil in Sache der Pfalzer Angeklagten gefällt und das Urtheil des Appellationsgerichtes in Zweibrücken dahin modifizirt, daß von den 333 Angeklagten nur 15 harte Strafen zu gewärtigen, die übrigen jedoch Amnestie überwiesen wurden. Auf das Nichtigkeitsgesuch der Kassationsklager bezüglich der Flüchtigen u. s. w. wurde nicht eingegangen. (A. Ztg.)

Die „Landbötin" enthält aus München, 25. Nov. Folgendes: Die schon früher projektirt gewesene aber wieder etwas verschobene Aufstellung „der gesammten nicht in Italien befindlichen, diesseits und jenseits des Rhein" wurde nun gestern durch kgl. Kriegsministerialreskript angeordnet. — Der Obristlieutenant und Commandant des ersten Jägerbataillons Wilhelm Many wurde unter Beförderung zum Obristen extra statum am 13. Inf.-Reg. zur Zuziehung des Chefs der Verwaltung der mobilen Armee bestimmt.

Frankfurt, 23. Nov. Die deutsche Verfassungsfrage wird, je näher wir dem Kriege kommen, was leider wahrscheinlicher als je ist, bald in den Hintergrund treten und die deutsche Territorialfrage zum Vorschein kommen. Noch einige Tage, und es wird sich in Dresden und dann nicht mehr die Rede sein von Bundestag und Unionsrecht, von Mitpräsidium und freien Conferenzen. Schon naht Ulmo, an welchem die Abrechnung stattfindet. Die Grundursache des Krieges wird freilich immer die politische Verfassung Deutschlands bleiben, aber seine Wirkung nach außen ist ein Territorialkrieg. Wenn dem so ist, auch für die Armeen verständlicher. Wenn der Oesterreicher gegen den Preußen losgeht, so denkt er an sein Kaiserhaus und allenfalls an Schlesien; wenn der Bayer in Kurhessen auf den Preußen losschlagen soll, geschieht es ernstlich nur um der drohenden Gefahr willen, worin sich Bayern vor einem Angriff der Preußen auf Frankfurt gebiet befindet. Wenn Preußen den Krieg wirklich beginnt — und die intellektuelle Urheberschaft des Krieges wird wohl ihm zugerechnet werden müssen — wird es denselben vom Standpunkt des „eroberten Staates" führen, darnach den Ausspruch so Prahlt, des politischen Lehrmeisters Napoleons, befolgend, daß Preußen seiner Natur und seinem Beruf nach ein erobernder Staat sei. Seine Heere werden nicht im Namen Deutschlands, so nicht einmal im Namen der Union, sondern lediglich unter der Fahne des hyzyschen Preußens aufgeboten.

(K. Z.)

Frankfurt, 26. Nov. Die bekannten Anstritte von vorgestern haben sich gestern Abend in verstärkter Maße wiederholt. In Gruppen zu Hundertea wogten die Preußen und Bayern, und diesmal auch die Oesterreicher auf der Zeil hin und her, und jedes schiefe Wort gab Veranlassung zu Thätlichkeiten. Schwere Verwundungen sollen bisher keine zu klagen sein, obgleich viel von Schädelbrüchen und Nasenbeinen erzählt wird. Wer den ersten Grund zu diesen Raufereien gegeben hat, möchte im Einzelnen schwer zu ermitteln sein; die allgemeine Ursache liegt in der politischen Spannung zwischen Preußen und den übrigen deutschen Staaten, in der fast von allen Preußen, selbst von den Rheinländern, gegen die hier liegenden 25er gehegten, ja Gewohnheit gewordenen Unart, nichtsweiß. Truppen zu bannen, oder sich sonst gegen dieselben übermüthig zu benehmen, ein Uebel, das durch den Aufenthalt in Baden, wo das preuß. Militär ungebemmt schalten und walten konnte, nur vermehrt wurde, endlich zur Rückerinnerung an den Duell bei Kandern, wo wenige Jahr vorher die selben preußischen und bayerischen Bataillone einander in den Haaren lagen. Letzteres hätte vermieden werden können, wenn man preußischerseits ein anderes Regiment hierher gelegt hätte. Man scheint es aber nicht ungerne zu sehen, wenn gerade die Rheinländer mit den Bayern in Fehde geraten. Im Uebrigen haben zu unsern Bodauern diese Rheinländer noch eine andere Gewohnheit von ihren Kameraden an der Spree sich angeeignet; — sie tegen viel Werth auf fratesische Redensarten, sobald es ernstlich zum Treffen kommt; so haben wir mit eigenen Augen gesehen, wie Rebellisch und Consorten, um anzudeuten, daß ihr ganzer Trupp von 30 bis 40 Mann durch die Schnarzgasse in Pickelhauben mit gezogenen Säbeln und hellem Kriegsgeschrei vor einigen wenigen Bayern bavonlief. Eine Anzahl erzoberter preußischer Waffen, darunter auch Husarensäbel, wurden von den Bayern als Trophäen auf die Hauptwache gebracht, um anzudeuten, es sei richtig, daß die Preußen ihre Wunden meist am Hintertheile des Kopfes haben, die Bayern ihre Schmisse im Gesicht. Um weiterm Unfug nach Kräften zu begegnen, werden heute Abend die Patrouillen an Stärke verdoppelt, und machen die Bayern, um die Raufluft zu ermäßen, die heiden Nachmittag einen weiten Uebungsmarsch in die Umgegend.

(K. Z.)

△ Aus Baden, 24. Nov. In ihrer Sitzung vom 22. d. M. hat die 2. Kammer das ihr von der Regierung vorgelegte Preßgesetz mit allen gegen eine Stimme (Weicker) angenommen. Zell wollte Unterzeichnung aller Artikel durch die Verfasser, ein Antrag, der heftig bekämpft und dann verworfen wurde. — Der beiden Bürgermeister der Stadt Karlsruhe, der Oberst der Bürgergarde und eine Deputation des Gemeinderaths und Bürgerausschusses überreichten gestern dem seitherigen Oberkommandanten der k. preuß. Truppen in Baden, Herrn General von Schreckenstein Ehrenkreuz und Diplom. — Seine k. Hoheit der Großherzog haben den Obristlieutenant Ludwig, Kommandant des Artillerieregiments, zum Kommandant der Bundesfestung Rastatt ernannt. Hauptmann Deusch ist zum Gnieoberstetor, Hauptmann Schellenberg zum Artillerieobristor und Hauptmann von Dusanek zum Platzmajor der Bundesfestung ernannt. Die Besatzung der Schiffskanonierboote auf Rhein und Neckar wurde die Verhältnisse und Jahreszeit schon fast dreimonatlich entlassen, dauert die Holzversendung noch dem Niederrhein ununterbrochen fort. — Die offizielle Karlsruher Zeitung enthält an der Spitze ihrer heutigen Nummer einen warmen Aufruf an die k. preuß. Truppen beim Abmarsche aus dem Großherzogthum. Derselbe ist unterzeichnet: — Ein zweiter Leitartikel desselben Blattes und von demselben Verfasser vertheidigt die gegenwärtige innere Politik Badens. — Das Urtheil des großh. Hofgerichts des Mittelrheinkreises gegen Obergerichtsadvokat Imgbaum, auf 6 Jahre Zuchthausstrafe lautend, ist oberhofgerichtlich bestätigt worden. — In Karlsruhe starb der großh. Oberforstmeister a. D. Freiherr von Drachsels im 66 Jahre seines Lebens.

Mainz, 25. Nov. Die Demokraten haben sich dieser Tage Ersatzmänner für ihren Bezirksrath gewählt, von 5000 bis 6000 Stimmberechtigten wählte 3824. Wie unverdrossenheit man diese Wahlen sind und mit welcher zähen Ausdauer sie auf eine neue Revolution speculiren, beweist wieder eine heute Nacht an den Häusern und Straßenecken angeschlagene und in einer Masse von Exemplaren verbreitete Schand- und Brandschrift, in welcher das preußische Heer und die Landwehr in einem Ton zugellosser Roheit zu offenem Aufruhr aufgefordert werden. Das aus einer Winkelpresse hervorgegangene Flugblatt schließt mit dem originellen Wunsche: Um Nachdruck wird gebeten! (M. Z.)

Gotha, 22. Novbr. Die preußischer Seits neuerdings im Fürstenvollzuge geforderte Mobilisirung der thüringischen Contingente, welche preußischen Armeekorps einverleibt werden sollen, hat heute, Verhandlungen nach, die Genehmigung der seit gestrigen Tage zu Weimar gepflogenen Conferenzverhandlungen abgegeben. Der Staatsrath Seebeck, bekanntlich der Vertreter der thüringischen Staaten im Fürstenvollzuge, hat nach sicheren Mittheilungen schon zu Berlin sich bestimmt gegen diese Modifmachung erklärt, da das aus derselben zu hoffende Resultat mit zu den für die betreffenden Staaten dadurch bedingten finanziellen Opfern nicht im Einklang stehen würde.

(L. Ztg.)

Berlin, 19. Nov. Dem unbefangenen Beobachter des augenblicklichen Treibens in unserer Hauptstadt tritt unwillkürlich in manchen Beziehungen die Zeit des Jahres 1848, wo immer neue Staaten im Staate sich bewerkbar und worfsam zu machen suchten, vor die Augen, Bezirks-, Wohl- und Hilfsvereine, Ressourcen und Cassinos formen sich wieder zu politischen Clubs, sie beraten die zu treffenden Maßregeln, entwerfen Adressen und drängen sich auf alle mögliche Weise der Oeffentlichkeit vor. Selbst in die inneren und äußeren Verhältnisse des Landes, als ob wir ohne Krone und ohne ein verantwortliches Ministerium wären. Alles glaubt sich wieder zugleich veranlaßt und befähigt, mitzusprechen und mitzuregieren zu wollen. Dadurch steigert sich mit der Verwirrung der Begriffe auch die Aufregung und die Unsicherheit der Gemüther. Selbst ruhige Bürger schüttelt bedenklich den Kopf, während zweier Tagespresse nach wie vor mit dem Ausdrucke „allgemeinste Sympathie" sehr verschwenderisch zu Werke geht. Unter solchen Umständen verdraagt man, zur großen Beunruhigung der Gemüther, oft durch die lersten und unwahrscheinlichsten Gerüchte, wie durch Nachrichten, erregenden Beweisbarungen oder doch von der Fortsetzung der wieder angeknüpften Verhandlungen. Dieselben Blätter, welche noch vor einigen Wochen nur in der Abhaltung der freien Conferenzen eine Garantie für die Wahrung der nationalen Interessen Deutschlands fanden, erklären sie in ihrer jetzigen Gestalt für unnütz und ganz unzureichend. Schon in diesem Umstande erblickt man eine Bestätigung des von der conservativen Partei gemachten Aussprechens, daß es nur darauf abgesehen ist, unsere Regierung zu überstürzen und zu Schritten zu veranlassen, welche sie immer mehr mit den Staaten des deutschen Bundes verfeinden.

Berlin, 23. Nov. Die C. Ztg. meldet Folgendes: Die von mehreren Blättern gegebenen Andeutungen über die Nachrichten, welche Graf Westmorland aus dem englischen Cabinet mitbringen werde, scheinen auf Mißverständen zu beruhen, die von dort bereits hier eingegangen sind. Danach hätte das englische Cabinet die Ansicht, daß ein von Preußen gegen Oesterreich begonnener Krieg ein durchaus ungerechter sei, daß Preußen am besten thäte, den Bundestag zu beschicken, bei dem auch England einen Gesandten beglaubigen wolle, und daß Preußen die Verpflichtung habe, die Schleswig-Holsteiner unter allen Umständen zur Ruhe zu bringen oder wenigstens beingen zu lassen. Man versichert uns, daß in der That der König selbst sich im Falle eines Krieges an die Spitze einer Operationsarmee zu stellen beabsichtige. In den zahlreichen Vorbereitungen, welche zu diesem Zwecke erfolgen, gehört die Bildung eines „militärischen Hauses des Königs" an der Oberstenliste, für die hierzu bereits besondere Uniformen angefertigt werden, u. die in Auftrag gegebene Erbauung eines eisernen Zeltes für den Gebrauch des Königs im Felde. Dem Garde-Corps ist in einem Tagesbefehle mitgetheilt worden, daß es statt dem persönlichen Commando Sr. Majestät stehen werde. Der königliche Marstall hat Befehl erhalten, in diesen Tagen von Berlin aufzubrechen. Ein Theil der Pferde geht nach Schlesien, ein anderer Theil nach dem Rhein. Auch die königlichen Stallmeister haben Befehl erhalten, sich reisefertig zu halten.

Berlin, 23. Nov. Der heutige Leitartikel der „D. Rf.“ sucht den Leser über die gegenwärtigen politischen Verhältnisse Deutschlands und über die „Combinationen der Staaten gegen einander“ zu orientiren und kommt dabei zu folgendem Resultat: „Die Aufgebung des Bundestags von Seiten Oesterreichs ist seine Parteiconcession, seinem an verhängnißvoller Consequenz wie die Größe des Momentes, an das Bedürfniß Deutschlands. Die freien Conferenzen, die wir verlangen, drücken zuerst wieder die Einigkeit aus, und sie ist der erste Schritt zur Einheit. In ihnen verschwindet die Partei, und es wird möglich werden, dem Ganzen eine starke Form zu geben. Aber die Ereignisse sind so ernst, daß selbst in diesen „freien Conferenzen“, deren nähere Zusammensetzung, Bedingnisse, Basis wir einer weiteren Betrachtung anheimgeben, blos ein diplomatisches Spiel zu sehen, neben denen die Consequenzen des Parteibundestages fortwirken. Darum wiederholen wir, daß ein Verfall Oesterreichs in Ungarn, Italien, ein weiteres Vorgehen in Hessen, einem Ablehnen der „freien Conferenzen“, einem Festhalten an der Parteibedeutung des Bundestages gleich sieht.“

Berlin, 23. Nov. Es möchte nicht uninteressant sein, nachstehendes bedeutungsvollen Aeußerungen des Monsieur v. Manteuffel über die gewitterschwüle Weltstunde der Gegenwart zu erwähnen, welche hierselbst den besten Eindruck gemacht haben. Sie lauten: „Alles rust Krieg und immer Krieg und sucht Mißtrauen gegen mich zu säen, weil gestern die Mobilmachung publicirt und heute noch nicht zu Schlachten geschlagen sind. — Krieg ist ein inhaltschweres Wort. Die Mehrzahl der heutigen Generationen weiß nicht, was Krieg bedeutet, und dann weiß man wol, wo der Krieg anfängt, aber nicht wo er aufhört. Ist die Fackel erst entzündet, wer vermag der Flamme dann Einhalt zu thun?

Ebenso, wer kann sagen: ich will keinen Krieg? Bündnisse aber über Tod und Leben der Völker, über Hunderttausende und abermals Tausenden zu bestimmen, das Wohl oder Wehe über Millionen unbedachtsam heraufzubeschwören, kann nur ein blutdürstiger Tyrann oder ein eitler Thor. Darum möge das Volk die heilige Versicherung hinnehmen, daß, so lange ich Sitz und Stimme im Ministerium habe, ich von Preußens Ehre kein Haar breit vergeben werde. Kein Jahr 1806 soll für Preußen wiederkehren!“ (P. Z.)

Berlin, 23. Nov. 2. Kammer. Nach der Verlesung des Protokolls theilt der Präsident die Namen der durch die gestrige Wahl ernannten Schriftführer mit. — Eine Eingabe mehrerer polnischer Abgeordneten, die hierauf verlesen wird, geht dahin, daß sich die Unterzeichneten unter feierlicher Verwahrung der völkerrechtlichen und nationalen Rechte ihre polnischen Landsleute gegen jeden und der Verfassung des preußischen Staats abzuleistenden Nachtheil nunmehr zur Verdrängung der Verfassung aus jenem Theile der Monarchie, der ihnen Antheil an der Gesetzgebung gewährt, durch die Kammer bereit erklären. Abgeordneter Herr v. Kurowski bemerkt, daß diese Erklärung die Gültigkeit der Verfassung anzuweisen scheine und daß nach seiner Meinung die polnischen Abgeordneten nur dann zum Verfassungs-Eide zuzulassen sein, wenn diese Meinung in ihnen zu gehöriger Licht gestellt sei. Der Präsident jedoch ist der Ansicht, daß ein solcher Vorbehalt gegen die Verfassung, selbst wenn er in der Erklärung enthalten sein sollte, keine Gültigkeit haben werde, indem der Schwur ein unbedingter und strikte verpflichtender sei. Das Haus tritt auf Befragen dieser Meinung des Präsidenten bei und entscheidet sich somit für die Zulassung der Unterzeichner jener Erklärung.

Berlin, 24. Nov. Die „Nat. Ztg.“ ist mit den in die Adreßcommission gewählten Personen nicht zufrieden; sie fürchtet, daß die Verständigungsversuche von Seiten des Ministeriums eine nur zu willige Aufnahme finden würden. Die genannte Commission hat sich gestern Nachmittag bereits constituirt und auf den Antrag des Präsidenten Graf v. Schwerin beschlossen, daß der Vicepräsident Simson aufgefordert werde, mit Rücksicht auf die erneuerlich eingetretene Nothwendigkeit einer Vertretung permanent den Commissionssitzungen beizuwohnen. Die Commission hat ferner beschlossen, das Staatsministerium aufzufordern, ihr in einer morgen anzuberaumenden Sitzung die nöthigen Erörterungen zu machen. — Der Abgeordnete Herr Jacoby hat sich nach der „Volks-Ztg.“ noch immer auf einem Punkte, der durch den gegenseitigen Notenwechsel im Wesentlichen wenig verschoben ist. Preußen ist bei seinen Forderungen stehen geblieben und Oesterreich befindet sich in der Lage, auf die wiederholt preußischerseits aufgestellten Propositionen zu antworten. Diese seien: 1) Verschickung der freien Conferenzen, 2) Sistirung des Bundestags und der Austrägerung seiner Beschlüsse in Kassel und Holstein.

Berlin, 24. Nov. Die N. Pr. Z. spricht sich über die innern Verhältnisse des gegenwärtigen Ministeriums in folgender Weise aus: „Nicht ohne tiefe Wehmuth können wir es wahrnehmen, wie wir und da, selbst in den Kreisen der Regierung, bedenkliche Symptome zunehmender Zerrissenheit und Schwäche sichtbar werden. Im Schoße des Ministeriums selbst zeigt sich eine nicht länger zu verbergende Spaltung, eine Spaltung, nun so beklagenswerther, je verwerflicher die Gründe sind, welche die Dissidenten zu leiten scheinen. Nichts ist von Männer, welche Vertrauen nicht nur verdienen, sondern auch besitzen, links ein Mann (Ladenberg) welcher es nicht verwinden zu können scheint, daß sein Name bisher nicht bedeutend genug befunden worden ist, zur Bezeichnung eines Ministeriums zu dienen, und ein sein Secundat suchender Mensch“, der es auch nicht verargen wird, wenn wir gegen ihn laffeile Mißtrauen hegen, welches er bereitst gegen eine andere Stelle aussprach, und wenn wir uns mit derselben Leichtigkeit von seiner Person trennen, wie er selbst von seinen vermeinten Principien (v. d. Heydt).“

Berlin, 24. Nov. Von General v. Brauchitsch weiß man, daß er an seinen Monarchen ein freimüthiges und entschiedenes Sendschreiben richtete, worin von einem Kriege mit Oesterreich ernstlich abgerathen, weil er Preußen in die hoch schlimme Nothwendigkeit versetzen würde, die schmutzige Demokratie, in deren Niederkampfung der alte General ein großes Geschick bewiesen hat, nolens volens zum Bundesgenossen zu nehmen. Diese Anschauungsweise steht nicht allein in den Kreisen der obersten Generalität. „Man weiß“, sagt man von dieser Seite, „auf die Sympathien der Völker hin, als auf den wahren Stützpunkt der preuß. Kriegspolitik. Natürlich ist überall nur das „eigentliche“ Volk gemeint: in Holstein die, welche sich den Märzbewegungen „mit aller Kraft“ angeschlossen haben; in Hessen der verfassungstreue soziale Democrat Bayhoffer und die Offiziere die von Bayhoffer ihren Eid sich auslegen lassen, eine besonders dem preuß. Militär zu empfehlende Kameradschaft; in Mecklenburg die Verehrer des Tagsatzungsvorsitzenden etc. Sachsen die Anhänger des Unverstandsbandiagen: „Dem Stande der steuerverweigernde Kammermajorität; in Württemberg die Partei der entgültigen Frankfurter Reichsverfassung und ihre Grundrechte; in Berlin das noble Volk, welches am 18. März Dormittags jauchzte, und Nachmittags Barrikaden baute; überall aber die Offiziere, die ihre Kriegsehren im Eide fassen.“ (N. Z.)

Oderberg, 22. Nov. So eben sind per Nordbahn folgende Munitionsgegenstände nach Pardubitz erpedirt worden: 11,540 leere Wurfbomben, 1137 Glyphänge Pulverfäcke, 1066 Brandrohren, 3820 Feuerballen und 32 Centner gedrehte und geschmolzene Lunte zur Füllung der Hohlkugeln. Auf dem Wiener Bahnhofe liegen laut Meldung 1200 Centner Pulver in 30 Wagen verpackt, zur Expedition bereit.

(T. C. B.)

Frankreich.

Paris, 23. Nov. Die gestrige Parteiversammlung der Legitimisten soll hinsichtlich ihres weiteren Verhaltens beschlossen haben: klugen und rücksichtsvollen Widerstand gegen jeden Versuch, jedes Auskunftsmittel, welches das monarchische Prinzip verletzen oder gefährden könnte, dagegen strenges Festhalten an der Staatsverfassung. Diese Politik sei einstimmig und mit großem Beifall angenommen worden, sagt man, und Herr Berryer habe sich damit einverstanden erklärt. Nichts thun, sagt man, heißt gesagt haben, sei jetzt die trefflichste Handlung.

England.

London, 23. Nov. Die antipapistische Bewegung hat im Liverpool zu einem großen Meeting Veranlassung gegeben, welches vorigen Mittwoch in dem Amphitheater abgehalten wurde, um eine Adresse an die Königin zu beschließen. Zu dieser angeblich zahlreich besuchten Volksversammlung hatten sich auch viele Katholiken eingefunden. Der Lordmayor führte den Vorsitz. Bezeichnend in diesem Meeting waren die unermüdlichen Versuche mehrerer katholischer Geistlichen, zu der Versammlung zu sprechen, um ihre Sache zu vertheidigen. Der erste Antrag eines Anglikaners lautete dahin, zu beschließen, „daß die Schrift des Papstes ein Angriff sein auf die Prärogative der Krone und eine Verunkrachtigung der Freiheiten des Volkes“; hiergegen versuchte ein katholischer Geistlicher, Mr. Walmsley, sich Gehör zu verschaffen; die Unterbrechungen waren aber so häufig und der Lärm wurde so groß, daß der Mayor das Meeting auflösen drohte; dem Geistlichen gelang es endlich, einen Gegenantrag zu stellen: „der Papst habe die Prärogative der Krone nicht verletzt“. Ein Sturm des Unwillens und der Mißbilligung folgte; einige andere katholische Priester versuchten dann zu Wort zu kommen: vergebens. Hierauf vergalt eine Schaar von Katholiken mit Eselsrufen, die Gellerischen Gleichen mit Eselsohren, als ein anglicanischer Pfarrer das Wort nehmen wollte, und es entstand nun ein so furchtbarer Tumult, daß die Polizei einschreiten und die Ordnung wiederherstellen mußte. Dem Anglikaner gelang es endlich, sich Gehör zu verschaffen, und einstimmig wurde eine Adresse an die Königin beschlossen, die ein Abdruck des Unwillens über das Verfahren des päpstlichen Stuhls und eine Bitte an Ihre Majestät sein solle, Schritte dagegen zu thun. Ebenso wurde eine Dankadresse an Lord John Russell beschlossen. So erzählt der „Sun.“

Neuestes.

* **Würzburg**, 27. Nov. Das 2. Bataillon des hier garnisonirenden 9. Inf.-Reg. hat Marschbefehl erhalten. — Dr. Mahlmeister, Reg.-Arzt vom 12. Inf.-Reg. wurde zum Stadtarzt ernannt.

München, 25. Nov. In Folge der Ernennung des Hrn. Nar, früherm Bürgermeisters von Eichstätt, zum 1. Landrichter und Stadtkommissär daselbst war eine neue Wahl eines Abgeordneten des dortigen Wahlbezirks nothwendig geworden. Dieselbe fand am 22. statt und hatte für Hrn. Nar das höchst ehrenvolle Resultat, daß er mit 135 gegen 35 Stimmen wieder gewählt wurde.

(N. Z.)

Hanau, 26. Nov. Von den hiesigen Anwalten hat ein Theil seit der Proklamation des Grafen v. Reichberg den bis dahin verweigerten Stempel wieder angewendet; der andere Theil dagegen verweigert, an das Obergericht sich lehnend, beharrlich die Verwendung desselben zu seinen Eingaben. Heute hielt das Obergericht, zum ersten Male seit Monaten, wieder Sitzung, in der Kriminalkammer Sitzung. Hierin sowohl, wie in der morgigen Kriminalkammersitzung, wird die Stempelfrage wohl noch einmal, und hoffentlich auch zum letzten Male zur Sprache kommen.

(K. Z.)

Mannheim, 24. Nov. In Folge der energischen Unterfuchung Seitens des hiesigen Polizeiamtes über die bei dem neulichen Durchmarsche der großh. badischen Batterien durch unsere Stadt

vorgekommenen Demonstrationen im Sinne der Revolution, wurden die drei Jndividuen, welche „Decker hoch“ geschrieen hatten, zu einer 2monatlichen Korrektionshausstrafe verurtheilt und unter dem Gesetzigen bereits nach Bruchsal abgeführt.

(K. Z.)

Rendsburg, 23. Nov. Der Magistrat veröffentlicht heute auf Verfügen des Gouvernements, daß alle Einwohner der Stadt sich zur 3 Monaten zu verproviantiren haben, sowie ferner, daß die einzelnen Familien die Zahl ihrer Glieder auf die möglichst kleinste Zahl beschranken und den Uebrigen einen Aufenthalt außerhalb Rendsburg verschaffen mogen, damit für den fall einer Belagerung keine unnöthige Ueberfüllung der Stadt entstehe.

Wien, 23. Nov. Der „Oesterr. Korresp.“ erklärt die im kathol. Blatt für Wahren erwähnte Sekte der Jungkatholiken für einen Schers.

Berlin, 24. Nov. Jm Schooße des Ministeriums zeigt sich eine nicht langer zu verbergende Spaltung; Hr. v. Ladenberg, heimlich ferundirt durch v. Radowitz, möchte das Ministerium sprengen, oder wenigstens Manteuffel aus demselben verdrängen.

Posen, 22. Nov. Nach einer gestern uns zugegangenen Nachricht aus dem Königreich Polen wird Seitens Rußlands auch an der russischen Grenze ein Observationskorps aufgestellt, und die dazu bestimmten Truppen befinden sich bereits auf dem Marsche. Zugleich rücken aus den benachbarten russischen Provinzen neue Truppen in Polen ein. Unter den Truppen, welche sich nach der preußischen Grenze bewegen, befindet sich auffallend und unverhältnißmäßig viel Cavallerie und Artillerie. (K. Z.)

Turin, 19. Nov. Die Deputirten-Kammer hielt heute Lurze Sitzung. Kaum waren 70 bis 80 Deputirte versammelt, als Pinelli das Zeichen zum Schweigen gab. Der Minister des Jnnern bestieg sodann die Tribune und las den Königl. Dekret, welches die Parlaments-Session von 1850 für geschlossen erklärt und die Kammer von 1851 auf den 23. d. M. einberuft. Der König wird die nächste Session vor den vereinigten Kammern mit einer Thronrede eroffnen. Der Verlesung des Dekrets folgte nicht die mindeste Sensation. Das nämliche Dekret verlas Galvagno hierauf im Senate. Auf die Thronrede ist man sehr gespannt; sie wird auf die piemontesisch-romischen Beziehungen eingehen. (K. Z.)

T. D. Wien, 25. Nov. Die Besorchungen sind hier, wegen Her- Haltung der Kriegspartei in Preußen, immer noch im Zunehmen. Die ministerielle „Oesterreichische Correspondenz“ spricht sich heute in diesem Sinne aus. Der Zahnweeh ist bei und in der Art abgeändert worden, daß die Stelle wegen der Verfassung ausgelassen ist.

(F. O.-P.-A.-Z.)

Cardinal Wisemann's Denkschrift über die Wiederherstellung der kath. Hierarchie in England.

Der beschränkte Raum unserer Blatter gestattet uns natürlich nicht, diese mit umfangreicher Klarheit und Bestimmtheit zu unsrer bereits bekannten statistischen und sprachlichen Gewandtheit, welche alle Schriften des gelehrten Cardinals auszeichnet, verfaßte Denkschrift vollständig mitzutheilen. Wir glauben aber unsern Lesern eine Uebersicht über den Jnhalt derselben, bei der wir uns soviel wie möglich an die Worte der Schrift selbst halten, nicht vorenthalten zu dürfen, da wir wäre gewiß wünschenswerth, daß die Denkschrift durch eine vollständige Uebersetzung auch in Deutschland bekannt würde.

Die Einleitung gibt eine kurze Uebersicht über die der Wiederherstellung der Hierarchie vorhergegangenen Verhandlungen. 1847 beschlossen die apostolischen Vikare auf einer Versammlung zu London, zwei aus ihrer Mitte nach Rom zu schicken, um in ihrem Namen die Wiederherstellung der Hierarchie zu betreiben. Ich war einer der Deputirten und verfaßte die Denkschrift, welche wir dem h. Stuhle überreichten. Die Bischofe erkannten darin einfach eine Verwaltungsmaßregel, welche sie zur Leitung ihrer Heerden für nothig hielten.“ Diese Denkschrift wurde Anzuge auf neuer Denkschrift bewirkte, daß die Angelegenheiten wenden wieder den Bischofen noch den Papste in den Sinn . . . . Der Hauptgrund, den sie anführten, war die absolute Nothwendigkeit der Hierarchie für die innere Organisation und gute Verwaltung. Der h. Stuhl übertrug die Sache der Congregation der Propaganda; nach reiflicher Ueberlegung wurde eine Verfassung entworfen. Die apostolischen Vikare wurden aufgefordert, die beste Diocesan-Eintheilung und die geeignetsten Orte für die bischöflichen Sitze zu bestimmen. Nachdem dieses geschehen war, wurde das Breve abgefaßt und gebracht. Da sich wegen eines praktischen Punktes Schwierigkeiten ergaben, wurde die Publikation verschoben. 1845 wurde ein anderer Bischof (Allathorne) nach Rom geschickt, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, und nur die römische Revolution hat die Sache bis jetzt verzögert. Die Sache ist diese ganze Zeit dadurch nicht gehemmt gehalten: alle Katholiken wußten davon, die Blätter besprachen sie, es wurde bekannt, daß das Capitel von Westminster dem Parlament dagegen petitionirte . . . . Der Verfasser erhielt schon Briefe mit der Adresse: „N. Wiseman, Erzbischof von Westminster.“ Und warum wird nun dieser Akt, von dem man schon vor drei Jahren sprach und worauf damals kaum Jemand achtete, jetzt denn so wüthend angegriffen?“

§. 1. Die königliche Suprematie und die von der Krone ernannten Bischofe..... Fruher waren in England die Katholiken von den Privilegien der Verfassung ausgeschlossen, weil sie die geistliche Königliche Suprematie nicht anerkannten, oder, was dasselbe ist, weil sie die päpstliche Suprematie in geistlichen Dingen anerkannten.... Jm Jahr 1829 ging die Emancipationsakte durch: die Katholiken wurden von aller Verpflichtung, die königliche Suprematie in kirchlichen Dingen zu beschworen, also auch von der Verpflichtung, sie anzuerkennen, befreit, und es wurde fur sie ein eigener Huldigungseid abgefaßt, in dem jene Erklarung des Glaubens an jenen Grundsatz fehlte. Ein Katholik war also von 1829 in den Augen des Gesetzes eine Person, welche die königliche Suprematie nicht anerkannte und darum vom vollen Genuß der bürgerlichen Rechte ausgeschlossen war. Nach 1829, also auch 1850 ist ein Katholik eine Person, welche die königliche Suprematie noch nicht anerkennt, aber trotzdem jene Rechte besitzt. Die Differenz und die Katholiken erkennen der Königin keine Autkoritat zu, sich in ihre religiosen Angelegenheiten zu mischen, ihre Geistlichen anzuweisen und zu ernennen . . . . Sie begrenzen, in welchen diese ihre Kuktoritat ausuben; sie erkennen also auch den Bischofen, welche die Konigin kraft ihrer Suprematie einsetzt, keine Autkoritat zu, sie zu lehren und zu leiten. Diese geistliche Prorogative ist also auf diejenigen beschrankt, welche freiwillig der sogenannten „englischen Kirche“ angehören und von dieser englische Kirche, innerhalb welcher die königliche Suprematie vollständig ausgeübt wird, reservirt der Staat alle Würde, Ehre und Dotation, er bewilligt bafür aber denen, welche ausserhalb derselben leben wollen, vollständige Duldung, volle Freiheit, ihre Religion auszuüben, so lange diese Handlung nicht gegen die Gesetze und die Rechte Anderer verstoßt. Wenn also die Konigin einen neuen Bischof ernennt, so distinguirt der Katholik: als Souverän und Ertheilerin von Ehrenstellen gibt die Konigin der gewählten Person eine Würde, einen Rang und ein Einkommen; sie ertheilt einen Sitz im Oberhause, einen Titel und Einkünfte: das Alles erkennt der Katholik an. Aber weiterhin kraft der geistlichen Suprematie übertragt derselbe Souverän jener Person eine geistliche und kirchliche Jurisdiktion, und diese erkennen nur die Mitglieder der Staatskirche an . . . . Diese Grundsatze sind wohl zu beachten; denn in Zeitungen und Adressen wird jetzt fastschlich angenommen, die Katholiken fingen jetzt erst an, die Autkoritat der englischen Bischofe zu laugnen und die geistliche Suprematie der Krone zu bestreiten . . . . .

§. 2. Welche war die Ausdehnung der den Katholiken bewilligten Duldung? Haben sie ein Recht, Bischofe oder eine Hierarchie zu besitzen?.... Den Katholiken in England ist volle Duldung bewilligt, d. h. volle Freiheit, ihre Religion zu bekennen und auszuüben. Das Gesetz macht einige Ausnahmen, aber die Ausfuhlung derselben beweist nur, daß das Gesetz außer diesen keine andere Beschränkungen kenne.... Nun ist aber die katholische Kirche wesentlich eine Episcopal-Kirche, und wenn man fragen wollte: „Jhr Katholiken seid volle religiose Duldung haben, aber keine Bischofe, um euch zu regieren,“ so ware das ein Widerspruch in sich selbst. Als darum die Katholiken emancipirt wurden, wurde ihnen erlaubt, einen Episcopat zu haben, d. h. eine Corporation von Bischofen, welche sie in Gemeinschaft mit dem Papste, dem anerkannten Haupte der Kirche, leiteten. Die bischofliche Leitung in der kathol. Kirche kann aber popular Art sein, durch Diocesan-Bischofe mit einem Erzbischof — und das ist die eigentliche und vollkommene bischofliche Regierungsform —, oder durch apost. Vicare.... Hatte man nun gesagt: „Jhr durft eure Religion ausüben und eine kirchliche Regierung haben, aber diese nicht in ihrer eigentlichen und vollkommenen Form, sondern nur in der unvollkommenen Form, wie sie sich ausgebildet wurde, als ihr noch keine Gewissensfreiheit hattet“, so ware das eine Tyrannei und eine falsche Auslegung der Gewissensfreiheit gewesen. Aber das Gesetz sagt das auch nicht, ... ja das hat der Fall, daß wir hoher eigentliche Bischofe statt der apost. Vicare haben wurden, ausdrücklich vorgesehen..... Das Gesetz macht eine Restriction. Nun heißt aber ein Rechtsgrundsatz: exclusio unius est inclusio alterius, d. h. wenn der Gebrauch eines Dinges ausdrücklich verboten wird, so ist damit der gesetzliche Gebrauch desselben, was nicht verboten ist, erlaubt..... Die Emancipations-Acte verbietet aber Jedem, den Titel eines Bischofs oder Erzbischofs der Staatskirche anzunehmen, folglich steht frei, jenen andern Titel anzunehmen.....

(Forts. folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Kaber.

Bekanntmachung.

Wegen dringender Dienstlegsgeschäfte findet der tägliche Ankauf an Pferden dahier im Hofe der alten Kaserne nur in den Vormittagsstunden statt, wogegen in den Nachmittagsstunden die Verkäufer bezahlt werden, was den Pferdebesitzern in Bezug auf die Ausschreibungen vom 26. Okt. und 20. Nov. d. J. zur Nachachtung eroffnet wird.

Würzburg, 27. Nov. 1850.

Königl. Bezirks-Kommando.

Interessant für den Lehrerstand!

Wir besitzen einige Hundert Exemplare von der

Erklärung des Würzburger Diöcesan-Katechismus für Schullehrer, herausgegeben von Pfarrer Schonin Volkach, die wir, um damit aufzuräumen, per Exemplare für nur 18 Kreuzer abgeben.

Paul Halm'sche Universitäts-Buchhandlung in Würzburg.

Gesterbene:

Den 26. November.

Ehrenz Thereſia, 7 M. alt.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Hiezu das Erganzungsblatt Nr. 95.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrafthof 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die spaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 285. Würzburg, Donnerstag den 28. November. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 26. Nov. Se. Maj. der König haben Sich unterm 25. d. allergnädigst bewogen gefunden, die in Rothenfels erledigte Advokatenstelle dem Appellationsgerichts-Recrsitten August Ketterle von Wesserbronn, zur Zeit Advokaten-Konzipienten in Augsburg zu verleihen, ferner den Forstei-Förster Andreas Jakob Fischer zu Rothenfels — auf Ansuchen — in den Ruhestand zu versetzen und demselben in Anerkennung seiner mehr als 30jährigen eifrigen und treuen Dienstesleistungen die Ehrenmünze des Ludwigsordens zu verleihen; den Forstwart in Nesthaid a/E. zum Forstei-Förster in Rothenfels provisorisch zu ernennen.

Die Nothwendigkeit einer Volksvertretung beim Bunde.

(Fortsetzung)

Im Art. 1 der Uebereinkunft also schon war die Prinzipfrage, ob Nationalvertretung beim Bunde oder nicht, im bejahenden Sinne entschieden worden, und die folgenden hier angeführten Artikel stellten die Grundnormen für Zusammensetzung, Wirkungskreis, Befugnisse und Aufgabe der künftigen Nationalversammlung fest. Die ganze Münchener Uebereinkunft vom 27. Februar 1850 umfaßte nur 19 Artikel, und davon beschäftigen sich 10, also mehr als die Hälfte mit der künftigen Volksvertretung beim Bunde. Diese Ziffern sind selbstredend und bedürfen keines Kommentars; sie zeigen den ernstlichen Willen und Entschluß der drei losinigischen Regierungen, den begründeten Wünschen und Verlangen des deutschen Volkes gerecht zu werden, und wir sind überzeugt, daß sie heute noch wie damals bei den von ihnen, in der Münchener Uebereinkunft aufgestellten Grundsätzen treu beharren.

Diese Uebereinkunft mit den darin enthaltenen Vorschlägen wurde gemäß Art. 19 derselben sofort der k. k. öfter. und der k. preuß. Regierung zur Kenntniß gebracht. Am 13. März erfolgte die Mittheilung an das k. k. öfter. Kabinet durch eine Kollektivnote der drei Königreiche, und noch am demselben Tage wurde auch die zustimmende Antwort desselben angekertigt, und dem k. preuß. Kabinete, so wie den übrigen deutschen Regierungen davon Mittheilung gemacht.

Die vom 13. März datirte „Antwort des k. k. öfter. Kabinets auf die Kollektivnote der Königreiche" erklärte dessen „lebhafte Befriedigung" über die von deren Gesandte gleichzeitig ihr zugegangene Mittheilung der Uebereinkunft und die darin enthaltenen Vorschläge in der deutschen Verfassungsangelegenheit, und sprach ausdrücklich „die volle und dankbare Anerkennung der kais. Regierung für das bundesfreundliche und gemeinnützige Streben der kgl. Regierungen, einen Weg zur Verständigung über die Grundzüge einer Bundesverfassung zu vereinbaren," aus. Als Beweis davon stellte sie die Sorgfalt auf, „mit welcher die ihr gemachten Vorschläge geprüft worden seien, und als Resultat dieser sorgfältigen Prüfung die ihr dadurch gewordene Ueberzeugung, „daß ein nach den beantragten Grundzügen auszuführendes Verfassungswerk nicht nur den Anforderungen entsprechen, welche die Regierungen, wie die Völker an dasselbe zu stellen berechtigt sind, sondern auch Oesterreich die Möglichkeit biete, sich daran zu betheiligen."

Es hieß in der Antwortnote des k. k. öfter. Kabinets weiter: „Die kais. Regierung hat sich bereits wiederholt und ohne Rückhalt darüber ausgesprochen, daß sie, abgleich an den Bundesverträgen vom Jahre 1815 festhaltend, so lange dieselben nicht auf bundesgesetzlichem Wege eine Abänderung erfahren haben werden, auch nicht minder die Nothwendigkeit einer zeitgemäßen und umfassenden Revision dieser Verträge und der aus ihnen hervorgegangenen Bundesverfassung anerkenne, zu derselben mitzuwirken gerne bereit sei, und sich eben so willig finden lassen werde, billigen, auf die Bedürfnisse der Gegenwart begründeten, und mit den Anforderungen des Rechtes vertäglichen Ansprüchen alle Berücksichtigung angedeihen zu lassen.

„Es sind in dieser Beziehung namentlich in den letzteren Jahren zahlreiche Wünsche geltend gemacht worden, welche sich im Wesentlichen auf folgende Verlangen zurückführen lassen:

„Jüngere Vereinigung der einzelnen deutschen Bolksstämme;

Einsetzung eines vereinfachten und in seiner Wirksamkeit kraftigeren Bundesorganes, und

angemessene Theilnahme der Nation an der Gesetzgebung in gemeinsamen Angelegenheiten."

In Betreff des letztgenannten Punktes hieß es dann weiter ausdrücklich:

„Die Einberufung einer Abgeordnetenversammlung befriedigt das Verlangen nach angemessener Theilnahme an der Gesetzgebung in gemeinsamen Angelegenheiten."

Ferner:

„Die Feststellung der gemeinsamen Bundesangelegenheiten umfaßt Alles, was dem Wirkungskreise der vollziehenden wie der gesetzgebenden Bundesorgane zuzuweisen sein dürfte, um die Förderung des Gemeinwohles, die Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit des Bundes und seiner einzelnen Glieder und die Gewährleistung eines geordneten Rechtszustandes zu verbürgen, ohne dadurch die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Staaten zu gefährden, da dieselben nur jene Beschränkung dieser unveräußerlichen Rechte anzuerkennen haben werden, welche der gemeinsame Bundeszweck unerläßlich macht, durch dessen Erreichung ihre eigene Wohlfahrt gefördert wird."

Nach ausführlicher Motivirung „erkennt das kais. Kabinet vom Standpunkte des Rechts wie von jenem der Politik nicht nur die Zweckmäßigkeit, sondern auch die Ausführbarkeit der von den kgl. Höfen von Bayern, Sachsen und Württemberg gemachten Vorschläge, und tritt denselben vollkommen, jedoch unter Voraussetzung bei: daß die in diesen Vorschlägen enthaltenen Grundzüge bei der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs und nicht minder bei der Vereinbarung über denselben in ihrer Wesenheit werden beibehalten werden; daß insbesondere die dem Bundesorgane zuzugestehende, gesetzgebende und vollziehende Gewalt auf die im Art. 1 der mitgetheilten Verfassungsgrundlagen bezeichneten Gegenstände zu beschränken und innerhalb der dadurch angedeuteten Grenzen zu üben sein werden" u. s. w.

„Wenn diese Voraussetzungen sich verwirklichen sollten, wird die kais. Regierung sie in ihrem Ministerialprogramm vom 26. Mai 1848 vorbergesehenen Bedingungen mit wahrer Befriedigung als erfüllt ansehen können, und sich an der unter diesen Verhältnissen nicht nur möglichen, sondern im allgemeinen Interesse selbst wünschenswerthen Bildung eines solchen deutsch-öfter. Bundes mit Freuden und zuversichtig der Uebereinigung beschäftigen, daß ein auf den vorgeschlagenen Grundlagen ruhendes Bundesverhältniß zwischen dem vereinigten Oesterreich und dem vereinzten Deutschland nicht nur mit der Einheit des Kaiserreichs vollkommen vereinbar sei, sondern auch für beide gleich erspriesslich, die Burgschaft einer schönen und glücklichen Zukunft in sich trage."

Also mit voller Entschiedenheit hat sich auch das k. k. Kabinet dafür ausgesprochen, daß der künftigen Bundesregierung eine Nationalvertretung zur Seite gestellt werde, indem es an seinem Beitritt zu der Münchener Uebereinkunft die ausdrückliche Bedingung, als grundsätzlichen Bedingung knüpfte, daß die Vorschläge derselben in ihrer Wesenheit bei Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs beibehalten werden. (Schluß folgt.)

Deutschland.

München, 26. Nov. Heute Vormittags ist Se. kais. Hoh. der Erzherzog Leopold, bekanntlich Oberbefehlshaber der 1. Armeedivision des gegenwärtig in Bayern stehenden k. k. vereinbergischen Armeekorps, zum Besuche an unserm kgl. Hofe dahier eingetroffen. Se. kgl. Hoh. der Großherzog von Hessen, dessen erlauchte Gemahlin, geb. kgl. Prinzessin von Bayern sich schon seit einiger Zeit auf Besuch bei Ihren kgl. Eltern hier befindet, wird dem Vernehmen nach in Bälde gleichfalls hier eintreffen. — Das Besizel des Fürsten Wrede wurde von dem Präsidenten der Kammer der Reichsräthe Frhr. v. Stauffenberg und dem Landwehrgeneral Grafen Bierregg nachgekauft, der sich nun ebenfalls als Besonders zum Contrist in die Armee meldeten. Stauffenberg begleitet längst den Rang eines Oberstlieutenants á la Suite, ohne jedoch in Aktivität gewesen zu sein. — Durch kgl. Ministerialreskript wurde die Verpflegung der kgl. bayer. Truppen in Kurhessen normirt. Die Offiziere erhalten demnach eine volle Gage als Zulage, können aber nur auf ein Quartier von Zank und Fach Anspruch machen. Der Mannschaft vom ersten Unteroffizier abwärts ist gleichfalls halbe Löhnungs Zulage und volles Quartier mit Kost bewilligt worden. — Zum Kommandanten des hiesigen Artillerie-Depots ist Hr. Oberstl. Hammel bestimmt worden. — Hr. Oberst v. Brodesser geht morgen nach Bamberg ab, um das von uns schon früher gemeldete Artillerie-Kommando zu übernehmen. — Eine Batterie Artillerie ist heute mit der Eisenbahn abgegangen, eine andere wird morgen und eine dritte übermorgen folgen. Wegen Mangel an Wagen konnten heute nicht alle Truppen abgehen die

Marschbefehl hatten. Diesetben folgen morgen wie überhaupt die Truppentransporte die ganze Woche anhalten dürften. — Mit dem 1. Bataillons des Infanterie-Regiments „Kronprinz", das heute von hier nach Bamberg abging, hat auch der Generalmajor von Brandeis Graf Berri München verlassen. Derselbe begibt sich mit dem 3. und dem übrigen Bataillonen seiner Brigade nach Kulmbach, woselbst einstweilen dessen Standquartier aufgeschlagen wird.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Aus Holstein, 23. Nov. Die Stimmung und die Wünsche Holsteins weichen augenblicklich mehr denn je von den gewöhnlichen Zeitungsberichten ab, und wir haben hier wieder einen Beleg dafür, wie sehr oft die Fernersehenden über das wahre Sachlage gründlich irren können. Nur mit dem größten Widerwillen ist ganz allgemein die letzte Zwangs-Anleihe eingezahlt worden; eine vorhergehende Aufforderung zu freiwilliger Zeichnung hatte im ganzen Lande kaum 40,000 Thlr. gebracht. In Hamburg sind die Aufforderungen in einer Anleihe soll ohne Erfolg geblieben, obwohl diese Stadt durch die mannigfachsten Bezeigungen ein Holstein geteilet ist. Der Grund davon ist vorwiegend, daß in Hamburg eine klare Einsicht in die wahre Stimmung und die wahren Vorbehalte Holsteins herrscht, also dies an entfernten Orten der Fall ist. Sonst wurde Hamburg sicherlich nicht gegen Bremen zurückgestanden haben; es enthält aber seine Mittel einer Sache vor, die jedenfalls nicht durch Uffurvotum, sondern allein durch Preußen und Oesterreich eine den beiderseitigen gerechten Ansprachen Rechnung tragende Schlichtung finden kann. Die bei weitem überwiegende Majorität unseres Landes sieht das ein, und ist insofern mit sich einig, — der herrschenden Partei und ferner ihr Glück und ihren Wohlstand zum Opfer zu bringen. Wer sich von dieser Wahrheit vollständig überzeugen will, der komme selbst nach Holstein; er rede mit Leuten aller Stände, er gehe ins Lager, um sich von dem Eifer der Soldaten zu überzeugen; nur verlehre er nicht lediglich mit wenigen Beamten, welche der Erhebung Aemter, Gehaltserhöhungen und eine an Willkür grenzende Ausdehnung ihres Einflusses verdanken. (N. Pr. Z.)

Vor Rendsburg, 23. Nov. Es ist dieser Tage von Seiten der hiesigen Regierung in Verbindung mit dem General v. Wildem, in Aberacht, daß welliche Werke außer Vertheidigungsan Namen des Bundes im Lande einrichten konnte, um die Armee zu entwaffnen, der Beschluß gefaßt worden: sich gegen ein solches Corps zu verthedigen, und zwar soll die Armee alsdann in der Festung Rendsburg und deren Umgebung bei Feindesnähe eine große Aufstellung nehmen. Es werden bereits nach denjenigen Seiten hin, wo die Festung am schwächsten war, neue Fortifications-Anlagen gemacht, und die Festung selbst so viel als möglich verstärkt.

Frankfurt, 25. Nov. (Das Antwortschreiben der holsteinischen Stattlhalterschaft an den Präsidenten der Bundesversammlung Grafen Thun. 1.) Am 20. October hatte der Präsident der Bundesversammlung der Statthalterschaft ein Schreiben zugehen lassen, worin er derselben die Notification des von Preußen im Namen des deutschen Bundes geschlossenen Friedens anzeigte, und sie demzufolge aufforderte, alle Feindseligkeiten einzustellen und jede Drittheit der Regierung zu beklauben. Ein Schreiben ähnlichen Inhalts war zu gleicher Zeit an die königl. dänische Regierung gerichtet. — In ihrem Antwortschreiben hat die Statthalterschaft sich dahin ausgesprochen, daß sie diesem Verlangen nicht gehorchen werde. Sie hat zu gleicher Zeit die Gründe mitgetheilt, auf welche gestützt, sie ihre Widersetzlichkeit für gerechtfertigt hält, und bei der Wichtigkeit dieser Angelegenheit mag es nicht überflüssig erschienen, diese Gründe etwas näher zu prüfen. — Wenn es bloß darauf ankäme, sich des Beifalls des großen Haufens zu erfreuen, so hat die Statthalterschaft leichtes Spiel; sie mag sagen was sie will, sie mag die Thatsachen entstellen, sie mag behaupten, daß zuweilen zwei sind sie. In jener gegenwärtigen Stimmung wird der große Haufe ihr immer Recht geben. Die große Masse hat einmal Partei für den Kampf der Schleswig-Holsteiner genommen, theils aus verwerflichen repräsentativen Gründen, theils aus wenigen ursachen und in ihrer ursprünglichen Quelle anerkennungswerthen nationalen Sympathien. Wo aber einmal eine solche Parteinahme der Massen Platz gegriffen hat, da hört jede sichtende Kritik und jede Unterscheidung der verschiedenen in Frage kommenden Punkte vollständig auf. Eine solche Parteinahme ist immer schrankenlos, und wer sich ihrer einmal erfreut, kann während der Dauer derselben reden und thun, was er will; man gibt ihm in allen Stücken Recht. So sind wir denn auch übergeugt, daß die widersetzliche Antwort der Statthalterschaft von dem ehrigen Parteigefühle des großen Publikums als eine große That bejubelt werden wird, trotzdem, daß sie alle Thatsachen entstellt, die allernumwärtsten Grundsätze verhehlt und die allerverletztesten Schlüsse zieht. Bei dem denkenden und gemäßigteren Theile der Menschen wird sie ihrer Sache aber durch diese Antwort nur Schaden gebracht haben. — Der eigentliche Kern des langen Absehaugsschreibens reduzirt sich auf folgendes Raisonnement: es würden an die Statthalterschaft von verschiedenen Seiten verschiedene Aufforderung gemacht, welche Aufforderungen sich untereinander widersprächen, und daher dürfe sie keiner einzigen Folge leisten, und sei daher Verpflichtung nach allen Seiten hin baar und ledig. — Wäre die Sache nicht so ernst, so würde man sich eines Lachens über diese hier eigenthümliche Schlußfolgerung nicht enthalten können. Wenn Rechtsansprüche an jemand gemacht werden, die sich gegenseitig widersprechen, so läßt sich daraus allerdings schließen, daß sie nicht gleich stark im Rechte begründet sein können, und daß der eine dem andern weichen muß; keineswegs aber geht daraus hervor, daß sie sammt und sonders nichtig sind. Was würde man von einem Manne sagen, der deshalb, weil von irgend einer Seite her unbegründete Ansprüche an seine Güter gemacht würden, um auch die begründeten Ansprüche des Andern nicht mehr gelten lassen wollte, und der eine gerechte Schuld sich zu bezahlen weigerte, bloß weil auch von anderer Seite der eine ungegründete Anforderung auf dieselbe Summe eingegangen sei. Darauf läuft aber die ganze Schlußfolgerung der Statthalterschaft hinaus. „Da nicht alle zu gleicher Zeit das Gut besitzen können, so geht daraus hervor, daß niemand ein Recht darauf hat, und deßhalb bin ich berechtigt, es selbst zu behalten." Das ist die Logik der Bankerotteurs, aber nicht die wahre Logik der rechtlichen Menschen. Wenn die Statthalterschaft widersprechende Anforderungen an sich gerichtet sah, so hatte sie zu prüfen, welche von diesen Anforderungen im Rechte begründet und welche dagegen als verwerflich zu betrachten seien. Nur wenn sie bei sorgsamer Erwägung zu dem Resultate kam, daß keine einzige dieser Anforderungen im Rechte begründet sei, durfte sie den Schluß ziehen dürfen, daß sie weder der einen noch der andern Folge leisten dürfe. Aber die Aufforderung der Bundesversammlung bloß aus dem Grunde abzulehnen, weil Preußen, Oesterreich und die andern Großmächte etwas anderes wollten: das ist jedenfalls ein krudes Stück und documentirt eine politische wie juristische Moral, als eigentümliche Rechtstheorie.

(F. D.-P.-A.-Z.)

* Aus Baden, 25. Nov. Wenn in verschiedenen Zeitungen des Landes fortwährend die Behauptung aufgestellt wurde, und dem neulichen Ministerwechsel sei ein Systemwechsel verbunden, so ist dieß eine sehr unrichtige Behauptung und können wir versichern, daß es mit dem Rücktritt des Herrn von Klüber sein Bewenden nicht haben, sondern auch die übrigen Minister über kurz oder lang ihre Stellen verlassen werden, indem der Großherzog seit entschlossen ist, sobald die preußischen Truppen vollends aus Baden werden abmarschirt sein, den Bundestag zu beschicken. — Durch die Fortdauer des Kriegszustandes in unserm Lande, machen sich die materiellen Nachtheile, welche derselbe hervorbringt, immer mehr bemerklich. Zu diesen großen und sehr empfindlichen Nachtheilen rechnen wir nicht nur die für unsere ohnehin erschöpften Finanzen fast unerschwinglichen Summen, welche für die Occupationstruppen aufgewendet werden müssen; sondern wir verstehen darunter hauptsächlich den unberechenbaren Schaden, den der einzelnen Bürger des Landes neben der Kreditslosigkeit, in die Baden gefallen ist, erleiden müssen. Der erste Grund dieses Mißverhältnisses ist allerdings in der Revolution zu suchen; die Fortdauer aber dieser Kreditslosigkeit ist gewiß nur die Folge der Fortdauer des Kriegszustandes. Es lange nämlich die Regierung nur mittelbar des Kriegszustandes regieren zu können glaubt, gibt sie zu erkennen, daß sie die Zustände des Landes noch nicht für Vertrauen erregend hält; wenn nun die Regierung, welche doch die politischen Zustände des Landes am besten kennen muß, denselben kein Vertrauen schenkt, so ist es um so weniger zu verwundern, wenn Fabrikanten und Kapitalisten, einheimische sowohl, als auswärtige, Mißtrauen hegen. So lange aber dieses Letztere nicht aufhört, ebensolange wird der Verkehr stocken, der Kredit noch mehr sinken und schwinden, Handel und Gewerbe nicht nur nicht blühen, sondern statt Fortgang Rückgang nehmen. Daß hierdurch der größere Theil des Bürgerstandes sehr leidet, wird gewiß Niemand in Abrede stellen.

△ Aus Baden, 25. Nov. Herr Legationsrath Freiherr von Andlaw ist als großh. Cabinets-Courier nach Wien abgereist. — Die oberrheinische Dampfschiffahrt ist seit dem 20. d. M. eingestellt. — Am 22. d. Abends wurde von der Burgerwache in Constanz ein Corpslieutenant Oberkommandanten der k. preuß. Truppen, welche die Besatzung Badens bilden, ein großer Fackelzug mit Musik gebracht. — Aus den Kasematten in Rastatt ist vorgestern wieder ein Gefangener entwichen, und nach der Schweiz entflohen. — Auch Mannheim ist jetzt von den k. preuß. Truppen geräumt.

Stuttgart, 26. Nov. Eine Verordnung des k. württembergischen Ministeriums verfügt, wie folgt: 1.) Es wird das zum Zusammentritt des nächsten Landtags an der Stelle des Ausschusses eine provisorische Schultheorenordnungscommission, bestehend aus den Prälaten und Pfarrern, welche in dieser Beziehung dem ständischen Ausschusse zugehören, niedergesetzt, und zwar ernennen Mar in dieselbe aus der Zahl der am 10. August 1849 gewählten Mitglieder des ständischen Ausschusses: den Fürsten von Waldburg-Wolfegg-Waldsee, den Grafen v. Rechberg, den Direktor Herter, den Kanzleidirektor Duvernoy und den Prof. v. Sautter, den Frhrn. Hofer v. Lobenstein, den Rechtslonsulenten Beisel, den Professor Dr. Ruhe, von welchen Mitgliedern Wir zum Vorstand der Commission bestellen den Grafen v. Rechberg, und zu seinem Stellvertreter den Direktor v. Sautter. 2) Diese Commission hat sich in Allem auf das genaueste an die bestehenden Gesetze zu halten, wie für Verwaltung des Staatsschuldenwesens, insbesondere nach den Vorschriften der Verfassung und des revidirten Staatsschuldenzahlungs-Statuts vom 22. Febr. 1837 zu achten, und die Beamten und Diener der Staatsschuldenzahlungs-Kasse haben ihren in dieser Beziehung ergehenen Anordnungen pünktlich Folge zu leisten.

Lübek, 23. Nov. Heute Morgen ist die Fregatte „Edernförde" von der Tiefenbinder Höhe unter Segel gegangen. Admiral Brommy befindet sich persönlich an Bord derselben. Zwei mit dem Fahrwasser genau bekannte Lootsen von Fehmarn werden das Kriegsschiff durch die Belte steuern. Die Fregatte segelt gegenwärtig 26 Kanonen und hat ungefähr 100 und einige zwanzig Matrosen sast aller Nationen zur Besatzung.

Digitized by Google

Das hiesigen Romgorodsaperrcollegium zugehörige Schiffsdampfboot „Nowgorod“ sollte die Fregatte bis gegen Lalund begleiten; da aber heute beim Abfegeln eine leichte frische Brise wehte, erwies sich der Dampfer, obwohl bekannt als tüchtiger Segler, doch jetzt als auch überzählig. Wahrscheinlich wird der „Nowgorod“ der „Ritterschaft“ nun zur Seite stehen, um denselben unter Umständen sogleich zu Hilfe kommen zu können. Mochten wir recht bald ihre glückliche Ankunft in Bremerhafen erfahren! (K. Z.)

Berlin, 23. Nov. Der Prinz von Preußen hat einen Paroleerlaß an das Gouvernorps erlassen, worin es heißt: „Ich habe Mich überzeugt, daß selbe belebt, die Tapferkeit und der Muth, den die einzelnen Theile derselben auf verschiedenen Kampfplätzen gleichmäßig bewiesen haben, und wovon ich Augenzeuge selbst theilweise sein konnte, sind wie Waffe, daß, wenn der entscheidende Augenblick eintritt, jeder Einzelne sein Leben einzusetzen bereit ist, um Preußens Ehre gegen jede Antastung zu wahren. Kameraden! in dieser Gesinnung laßt uns nun zusammenhalten und, treu unserm Eide, die Befehle des Königs erwarten.“ Und in den nächsten Tagen, vielleicht schon heut oder morgen, wird das gesammte jetzt hier versammelte Gardecorps seinen Ausmarsch beginnen. Wohin, ist Niemanden bekannt gegeben. Nur ist den Soldaten angezeigt worden, daß sie jeden Tag zum Abmarsch bereit sein müßten und demgemäß alles dazu Erforderliche in Stand zu halten und Effecten, die ihnen zugehören, aber nicht mitgenommen werden können, anderweitig unterzubringen hätten. — Die in der jetzigen Kammer erfolgten Wahlen für die Adreßcommission werden von kundiger Seite in folgender Weise charakterisirt. Antiministeriell sind von diesen Wahlen: Schwerin, v. Patow, v. Bincke, D. Camphausen, v. Rieshsoen, v. Sedenhorff, Gentze, Harkort, Ulfert (9). Für eine entschiedene Politik durch das gegenwärtige oder ein anderes Ministerium: Geppert, Bauer (Stargard), Lavergne-Peguilhen, Falk, Ellwanger, Bonsert, Dhm, Bodelschwingh (Hagen), Bodelschwingh (Magdeburg) (9). Ministeriell: v. Kleist-Retzow, v. Uechtritz, v. Bernuth, Keller (Barmen) (4). (Köln. Z.)

Berlin, 24. Nov. Die C. Z. berichtet Folgendes: Das an dem Willen und an der Macht Preußens verzweifelnde Baden hat sich, die preußische Erklärung vom 15. dieses Monats benutzend, durch eine rasche Wendung gänzlich von Preußen losgemacht. „Da Preußen die Unionsverfassung aufgebe, so ohne es ausgesprochen, das vorgeschlagene Bündniß zu Schutz und Trutz und zum gemeinschaftlichen Auftreten bei den freien Conferenzen könne ihm nicht convenireu, denn es müsse wünschen, nach dem Aufgeben der Union in den vollen Besitz seiner Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zurückzutreten. Ueberdies habe man Preußen durch die plötzliche Rückberufung seiner Truppen jeden Schutz factisch entzogen, und die badischen Truppen seien nicht verwendbar für Preußen, weil sie die Ruhe im eigenen Lande aufrecht halten und die Bundesfestung Rastatt besetzen und schützen müßten.“ Wenn es ist zu erwarten, daß andere Staaten und Truppencorps folgen werden. Wie sehr jetzt haben die meisten Unionsstaaten mit ihren Erklärungen zurückgehalten, bis ihnen von preußischer Seite die vertragsmäßigen Mittheilungen über den Stand der Verhandlungen mit Oesterreich und über die fünftige deutsche Politik Preußens gemacht sein. Diese Mittheilungen werden bis jetzt bekanntlich gegen die ausdrückliche Bestimmung der Verträge verweigert.

Berlin, 25. Nov. Allerdings hat die „D. Ref.“ unter ihren heutigen hervorzuhebenden Neuigkeiten den Eingang einer neuern drohenden Note des russischen Cabinets nicht erwähnt, ihr Existenz aber läßt kaum noch einen Zweifel über deren Eintreffen bestehen. Nachdem dieser Artikel an Hardenberg erinnert, für den es trotz seiner großen Friedensliebe endlich auch keine freie Wahl mehr gegeben, wird die „Besürchtung“ ausgesprochen, daß Preußen unter seine Feinde auch den Kaiser von Rußland zählen dürfte. Hieran reihen sich die nachstehenden bedeutungsvollen Worte: Niemanden als Rußland, unserm treuen Verbündeten, der selber im eigenen Lande die Volksfreuden und Volksbegeisterung gegen die Zumuthungen fremden Heerkünstlen aufrief, und mit dem Fürsten selbst und seinem Hause und die Niederlage eines von Gott und der Volksbegeisterung geschlagenen Eroberers beleuchtete, kann deutlicher sein, daß der Krieg gegen Preußen bedeutungsvoller für die eigenen Lande werden dürfte, als man eigentlich erwarten möchte. Zu einem solchen Uebertritte wurden 1812 die Grundzüge eines deutschen Nationalaufstandes entworfen; wir werden die Erfahrung haben dem geschichtskundigen Leiter der russischen Weltmacht nicht zu erläutern brauchen. Am Schlusse des Artikels heißt es, daß Preußen an dem Ziele angekommen sei, wonach es seine weitern Concessionen machen könne. Auch der Reichsrath hat in „N. P. Z.“ ist gegen jede weitere Concession an Oesterreich.

Berlin, 25. Nov. Herr von Profelch, der sich schon seit längerer Zeit zur Adresse rüstete, soll gestern der hiesigen Regierung im Namen der sämtigen erklärt haben, daß er seine Pässe fordern werde, wenn das Ministerium nicht innerhalb 24 Stunden die definitive Räumung Kurhessens von preußischen Truppen erlassen habe. — Hierauf fand die erste Sitzung der Adreßcommission der zweiten Kammer statt, welcher auch die Minister beiwohnten. Der Sitzung präsidirte Graf Schwerin in seiner Eigenschaft als Kammerpräsident; ein Referent ist noch nicht ernannt. Die Sitzung soll sehr lebhaft gewesen sein. Von der Linken wurde der Minister Manteuffel gefragt, ob den gegenwärtigen Stand der politischen Verhandlungen interpellirt, und soll sich derselbe in seiner Auseinandersetzung auf die Mittheilung, daß Preußen volle Parität mit Oesterreich verlange, beschränkt, dagegen eine weitere Darlegung wegen der noch obschwebenden Verhandlungen abgelehnt haben. Diese Erklärung der Linke nicht zufrieden gestellt haben. Dagegen hat Herr von Bodelschwingh sich mit Wärme gegen ein Mißtrauen gegen das Ministerium ausgesprochen und insbesondere hervorgehoben, daß es jetzt vor Allem nothwendig sei, dem Feinde gegenüber einig und darauf darf ja sein, daß in der ersten Kammer sanden heute, nachdem eine Adreße an Se. Majestät beschlossen war, die Wahlen der Vicepräsidenten statt; es wurden gewählt zum ersten Vicepräsidenten: v. Jordan, zum zweiten: Geheimerath Brüggemann. In der zweiten Kammer war Prüfung der Wahlen auf der Tagesordnung. — Ueber den Austritt Bayerns aus der Union berichtet die „Nationalzeitung“: Die fortschreitende Isolirung Preußens und die unausbleibliche Wirkung der letzten Eröffnungen im Fürstencongreß wird durch eine neue Thatsache bezeugt. Nach dem „Lonst. Bl.“ hat Baden sich nun bereits auch formell losgesagt, indem es den Antrag Preußens vom 15. auf Aufhebung der Union angenommen hat.

Berlin, 25. Nov. Aeußerem Vernehmen nach, berichtet die „Neue Pr. Ztg.“, sind am letzten Sonnabend bei der Gesandtschaft Depeschen aus Petersburg eingegangen, die es zweifelhaft machen, daß die Stellung, welche Oesterreich zur Zeit in Deutschland einnimmt, von Rußland gebilligt wird, und daß also ein Krieg gegen Oesterreich jederzeit auch einen Krieg gegen Rußland sein würde. Die Mittheilungen der Regierung, vorzugsweise über die am Abend vorher aus Petersburg hier eingetroffenen Depeschen, haben auf die gestern (Sonntag) zu einer Berathung versammelte Adreßcommission einen bedeutenden Eindruck gemacht. — Am Sonnabend, sagt gleichzeitig mit den aus St. Petersburg eingetroffenen Depeschen, traf auch eine österreichische Note hier ein, welche ziemlich bestimmt verlangt, daß die preußischen Truppen die durch das Kurfürstenthum Hessen gebenden Etappenstraßen räumen sollen, während die österreichische Regierung sich zu Garantien für die Sicherheit dieser preußischen Militärstraßen erbietet.

Berlin, 25. Nov. Kurz vor Postschluß gehen uns folgende wichtige Nachrichten zu: Durch Vermittelung des Sechandlungsdirektors Bloch ist mit dem Hause Rothschild in London unter Vorbehalt der Genehmigung der Kammern Anwerden der Regierung eine Anleihe im Betrage von 10 Millionen Pfund Sterling abgeschlossen worden, und zwar unter folgenden Bedingungen: die Anleihe ist eine fünfprozentige; sie wird dem Hause Rothschild inklusive 2 Prozent Provision zu 96 Prozent zugeschlagen; die Papiere dürfen hier nicht an die Börse gebracht werden; der Schluß der Zeichnung wird zu 1 Thlr. 22 Sgr. berechnet. — Ebenso wichtig ist die Nachricht: Heute früh sind entschiedene Depeschen hier angekommen. Oesterreich verlangt die sofortige Raumung Kurhessens von preuß. Truppen, und es sagte Hr. v. Prosch bei Uebergabe der Depeschen hinzu, daß er, falls nicht der sofortige Befehl innerhalb 24 Stunden ertheilt werde, seine Pässe verlangen würde. Schon um 10 Uhr trat unter dem Vorsitz des Königs der Ministerrath im Schlosse zu Bellevue zusammen, doch herrschte hier eine solche Ueberzeug der Ansichten zwischen den Ministerien, daß man zu keinem Entschlusse gelangen konnte. Wie ich sodann höre, hat Hr. v. Prosch heute Nachmittag noch in Folge der ihm aus dem auswärtigen Ministerium gemachten Notifikationen die Bedrängt ein drei Tage verlängert, so daß also spätestens bis Donnerstag die Frage über Krieg oder Frieden entschieden sein muß. Genauere Mittheilungen über diesen wichtigen Gegenstand Ministerrath muß ich mir wegen der Kürze der Zeit bis morgen aufsparen. Für den Augenblick nur die Andeutung, daß man hier noch die definitive Entscheidung in die Länge zu ziehen sucht, daß Hr. v. Prosch aber sategorisch eine ganz bestimmte Antwort verlangt. Die Effekten befinden sich in seinem Hotel bereits heute gepackt worden. (N. Kor.)

Schweiz.

** Aus der Schweiz, 25. Nov. Von der Regierung von Wallis ist dem Bundesrathe die Anzeige gemacht worden, daß ungeachtet aller ihrer Maßnahmen die Werbung für den fremden Dienst immer lebhafter betrieben werde, und daß dieß um so leichter geschehe, als die Angeworbenen, selbst wenn sie ohne Papiere sind, in den savoiischen Staat Eingang finden. Der Bundesrath hat in Folge dieser Mittheilung die Intervention des savoiischen Ministeriums nachzusuchen beschlossen. — Der erst vor einem Jahre als Deputirter Nachfolger an die Universität Basel berufene Professor Schnabel will Basel wieder verlassen, um einem Rufe nach Heidelberg zu folgen. — Der Nationalrath hat in seiner Sitzung vom 23. d. ein Verbverbot für ausdwärtige Staaten in Vorschlag gebracht.

Italien.

Turin, 23. Nov. Diesen Morgen 11 Uhr fand die feierliche Eröffnung des Parlaments für 1854 statt. Der Thronrede war sehr kurz; sie berührte die freundlichen Beziehungen mit allen Mächten, Rom ausgenommen, wo man das feinige gethan zu haben glaube, sie berührte das feste Begründetsein der konstitutionellen Zustände, die gegenseitige Zuneigung und Liebe zwischen Fürst und Volk. Alsdann erklärt der Minister des Innern das Parlament von 1851 auf königlichen Befehl für eröffnet. (A. Z.)

Neuestes.

* Würzburg, 28. Nov. Heute früh fanden Kanonendonner das hohe Geburtsfest Sr. Majestät unsers allergnädigsten Königs Max II. an. Um 10 Uhr fand feierlicher Gottesdienst im hohen Dom statt, welchem sämmtliche Civil- und Militair-Behörden beiwohnten.

* Neustadt a/M., 26. Nov. Heute kam im Wohnhause des Drtsnachbars Mich. Joseph Gutting dahier muthmaßlich durch Unvorsichtigkeit Feuer aus, wodurch daselbe mit Stallung im angebliches Schaden zu 800 fl. niederbrannte und das Wohnhaus des Drtsnachbars Joseph Greser nicht minder beschädigt wurde.

Frankfurt, 27. Nov. Gegen Erwarten und trotz der starken Patrouillen begannen gestern Abend die Exzesse aufs Neue. Von den Bayern, die vom Marsche ermüdet in den Kasernen blieben, kamen nur wenige auf die Straßen, diese wenigen wurden aber von den massenhaft versammelten Preußen, wo sie sich blicken ließen, förmlich überfallen und zu Boden geschlagen; so sah ich einen Bayern, der mit einem Hieb über das Gesicht in den Russischen Hof geführt wurde; in der Friedberger Gasse wurden zwei Häuser, in welche sich einzelne derselben geflüchtet, längere Zeit von den Preußen belagert. Unter solchen Umständen ist auf heute Abend neues Unglück zu befürchten.

(K. Z.)

Fulda, 25. Nov. Einer Aufforderung des Territorialkommissärs Staatsrath Schiffer zufolge, welche sich in unserem Bezirksblatte findet, sollen sich alle Diejenigen, welche preußische Truppen verpflegt oder an ihren Feldern durch preußische Truppen Schaden erlitten haben, mit ihren Forderungen melden, da diese Forderungen demnächst gegen Preußen geltend gemacht werden sollen. (Z. Z.)

Wien, 23. Nov. Zwei tägliche Personenzüge und sämmtliche Frachtzüge der Nordbahn sind eingestellt worden.

Hildesheim, 21. Nov. Die Inthronisation unseres Bischofs wird heute mit gewohnlich großen Feierlichkeiten begangen. Der Cardinal Erzbischof von Köln und drei andere Bischöfe weilen als Gäste in unserer Stadt. (J. f. N.)

— Nach dem C.-B. soll sich nunmehr herausgestellt haben, daß die Flucht Kinkel's unter Beihilfe zweier Gefängnißbeamten bewerkstelligt und nicht durch ein Fenster geschehen ist, sondern daß Kinkel durch jene Beden über den Hof und aus dem gewöhnlichen Eingang des Zuchthauses geführt worden, daß er einen Tag in Spandau geblieben und in der Nacht nach Potsdam gegangen sei, um sich hier gleichfalls einen Tag aufzuhalten habe. Von hier aus sei er über hanover, Münden nach Beemen und von dort nach London gegangen. Manche dieser Angaben klingen ziemlich unwahrscheinlich. Factisch ist aber, daß Kinkel sich in London befindet.

T. D. Athen, 19. Nov. Die Fieber-Epidemie dauert fort. Der Charakter derselben hat sich verschlimmert, die Aerzte sind der Ansicht, daß vor 3 Wochen keine Aenderungen hierin eintreten wird, und daß es gut wäre, wenn Se. Maj. nicht vor Ende Nov. alten Styls hier ankommen wurde. (N. M. Z.)

Cardinal Wisemann's Denkschrift über die Wiederherstellung der kath. Hierarchie in England.

(Forts. u. Schluß.)

§. 3. Wie konnten die Katholiken ihre Hierarchie erlangen? ... Wenn die Katholiken dieses Landes überhaupt eine Hierarchie erhalten sollten, so konnte das nur durch den Papst geschehen; er allein konnte sie geben. Das ist keine neue oder unbekannte Lehre, sie ist schon lange unsern Staatsmännern ebenso bekannt gewesen, wie Lenen, der die katholischen Grundsätze kannte. Lord Russell sagt in seinem C.-B. 1846 im Unterhause: „Es scheint mir nicht, daß wir das Eindringen päpstlicher Bullen in das Land verhüten können. Es gibt gewiß päpstliche Bullen, welche zur Anstellung von Bischofen und Hirten in der katholische Kirche durchaus nöthig sind; und es wäre unmöglich, die Einbringung solcher Bullen zu hindern."

§. 4. Verstößt die Errichtung einer katholischen Hierarchie gegen die Prärogative der Krone?... Eine von einigen Hundert Juristen unterzeichnete Adresse behauptet, durch diese Maßregel „habe ein fremder Potentat in Ihrer Majestät unbezweifelte Prärogative eingegriffen und sich das Recht angemaßt, Erzbischofe und Bischofe zu ernennen und ihnen einen Rang und Jurisdiction zu geben" ... In diesen und in andern Documenten, auch in dem Briefe des Premier wird von den Acten des Papstes gesprochen, als seien dieselben wirklich und wirksam. Der Papst „hat sich ein Recht angemaßt, das Land vertheilt, Bischofe ernannt." Wenn nun aber nach dem Eide, den die Nicht-Katholiken ablegen, der Papst „in England keine geistliche und kirchliche Gewalt und Jurisdiction hat", so folgt, daß für sie die Katholiken) die Acte des Papstes reine Nullitäten sind, daß es für sie gerade so ist, als hätte der Papst gar nicht gesprochen. ... Die Errichtung der Hierarchie ist ein Act, den das Gesetz ignorirt, es ist ein Act geistlicher Jurisdiction, der nur für die Gewissen derjenigen bindend ist, welche aus Ueberzeugung die päpstliche Suprematie anerkennen.

§. 5. Ist die Wiederherstellung der Hierarchie auf „freche und hinterlistige Weise geschehen", wie Lord J. Russell behauptet? Seine Mittheilung jenes Briefes an Lord Russell fuhrt der Cardinal fort: „Es war notorisch, daß nicht allein in Irland die katholische Hierarchie anerkannt wurde, — sondern daß diese kirchliche Regierungsform allmälig auf den größten Theil unserer Colonien ausgedehnt ist. Anstralien erhielt durch das Erzbisthum Sidney mit Suffragauen zu Maitland, Hobart-Town, Adelaide, Perth, Melbourne und Port Victoria. Dieses geschah ganz offen und es wurde nie dagegen remonstrirt. Diese Prälaten nahmen ihre Titel an, und wurden als Bischofe anerkannt und salarirt, und zwar von mehreren aufeinanderfolgenden Ministerien. In ahnlicher Weise wurden Bestimmungen worden Kingston, Toronto, Bytown und Halifax zu Diocesen gemacht. Diese Titel werden durch die Lokalregierungen anerkannt (wird durch Beispiele bewiesen). Neuerdings hat der h. Stuhl in Westindien eine neue Kirchenprovinz errichtet und mehrere apostol. Vikare zu Bischofen ernannt. Guiana hat durch 20 Jahre einen Vikar apostol. und seine Bischofe ernannt. Gibraltar hat durch einige Jahren durch den Papst zu einer Diocese gemacht, — Niemand hat dagegen remonstrirt" ... Weiter wird auf die von der Königin in andern Ländern errichteten anglikanischen Bisthümer verwiesen „... „1841 oder 42, als der h. Stuhl die Errichtung einer Hierarchie in Nord-Amerika beabsichtigte, erhielt ich den Auftrag, darüber die Meinung der Regierung zu sondiren. Ich kam nach London, und der Unterstaatssekretair im Colonialministerium, dem damals Lord Stanley vorstand, antwortete: „Was geht uns das an, ob Sie Sich apostolischer Vikar oder Bischof oder Muffti oder Imaum nennen? Wir haben kein Recht, Sie zu hindern, unter Sich jeden beliebigen Titel anzunehmen." Der Sekretar sprach dieses Unfangs als seine Privatmeinung aus; nach einigen Tagen sagte er mir aber, sein Departementschef sei derselben Meinung. Russell selbst hat sich am 9. Juli 1845 und 5. Febr. 1846 auch dahin ausgesprochen, es sei „lächerlich und absurd", Jemand zu verbieten, einen Titel anzunehmen. ...

§. 6. Der Titel: „Erzbischof von Westminster." ... Nach der Diocesen der katholischen Kirche erhält ein Bischof seinen Titel immer von einer Stadt; ein „Territorial"-Titel wird nie gegeben. So nicht in Skandinavien der katholische Bischof nicht „Bischof von Bandiemensland", wie der anglikanische, sondern „Bischof von Hobart-Town". Bei der Wiederherstellung der katholischen Hierarchie in England war es natürlich und schicklich, daß der Erzbischof in der Hauptstadt seinen Sitz erhielt; das ist zu allen Zeiten Regel gewesen ... Der Titel „Bischof von London" war ungeschickt; Stouthwark bildet ein eigenes Bisthum; das Erzbisthum nach einem unbedeutenden Theile von London, die Fünfburg oder Islington zu benennen, hätte dasselbe lächerlich gemacht und Spottereien ausgesetzt; und keiner dieser Theile bildet auch ein „Town" oder „City"; es bleibt also nur Westminster übrig ... Aber Westminster besteht aus zwei sehr verschiedene Theilen. Den einen bildet die stattliche Abtei mit den nahen Palästen und königlichen Parks: dort mögen der Dechant und das Capitel von Westminster ungestört schalten. Ich besuche diesmeyr, wie ich oft gethan, die ehrwürdige alte Kirche und spreche mein Gebet am Grabe St. Edwards und denke an die alten Zeiten, wo die Kirche sich blühend, das ganz für eine Krönung stattfand, und wo ganze Schaaren stündlich dort beteten, ohne daß Gottesdienst war. Aber in ihren weltlichen Rechten und im Besitz ihrer Würden und Titel will ich sie nicht stören. So oft ich hingehe, will ich mein Eintrittsgeld bezahlen, wie Andere, und mich gedultig von dem Schweizer herumführen lassen und ihn ohne Widerspruch anhören, wenn er mich zu abscheulichen Monumenten führt, damit ich sie bewundere, und mir ein Loch in der Mauer zeigt, wo ein Beichtstuhl gestanden. Aber dieser herrliche Bau, seine Kunstschätze und reichen Dotationen bilden nicht den Theil von Westminster, welcher mich angeht. Daneben liegt ein anderer Theil, welcher zu dieser Pracht schrecklich contrastirt. In alten Zeiten hatte eine Abtei mit vielen Geistlichen und reichen Einkünften hingereicht, um sich herum ein kleines Paradies zu schaffen. Das ist jetzt nicht so. Hart an Westminster-Abtei liegen verborgene Labyrinthe von Elendhöfen, Höfen und engen Straßen, Reiher der Unwissenheit, der Verkommenheit und des Lasters, wie des Schmutzes, der Armuth und des Elends; ihre Atmosphäre ist Typhus, ihr Lufthauch Cholera; dort wohnt eine fast zahllose Menschenmenge und ein großer Theil derselben ist, wenigstens dem Namen nach, katholisch. Das ist mein Bischofssitz. ... Der Kardinal schließt mit einem strengen, aber gerechten Tadel gegen die Bemühungen der anglikanischen Geistlichen, das Volk aufzuhetzen, und dankt dem englischen Volke, daß es sich nicht zu Gewaltthaten habe verleiten, und den Katholiken, daß sie sich durch feindseligen Angriffe nicht haben reizen lassen, Gleiches mit Gleichem zu vergelten.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 27. November 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	—	880
„ 5% Metalliaue	—	60
„ 4% „	—	47
„ 3% „	—	36
„ 2½% „	—	33
„ 4½% Bethmann	53	—
„ 4% „	47	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	—	137
„ 500 „ 1834.	—	134
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	—	76
„ 2tel. 50 Thalerin Scheine.	—	113
Bayern 3½% Obligationen	—	82
„ 4% „	—	84
„ 5% „	96	96½
Wurtemberg 3½% „	—	77
Baden 3½% „	92½	93
„ fl. 35 Loose	—	76
„ „ 50 „	48	49
Nassau in 25 „	—	24½
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	72	72½
„ „ 25 „	—	26
Polen fl. 300 „	—	—
Sardinien Lire 36 „	—	32½

Bekanntmachung.

Wegen dringender Dienstesgeschäfte findet der tägliche Ankauf an Pferden dahier im Hofe der alten Kaserne nur in den Vormittagsstunden statt, wogegen in den Nachmittagsstunden die Verkäufer bezahlt werden, und den Pferdehöfern in Bezug auf die Kaufsverbindungen vom 26. Okt. und 20. Nov. d. J. zur Nachachtung eröffnet wird.

Würzburg, 27. Nov. 1850.

Druck von Joseph Stuber in Wurzburg.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 286. Würzburg, Freitag den 29. November. **1850.**

Die Nothwendigkeit einer Volksvertretung beim Bunde.

(Schluß.)

Ganz in Uebereinstimmung hiemit sind auch die feierlichen Erklärungen, welche bei Wiedereinsetzung des engeren Rathes der Bundesversammlung der k. k. Präsidialgesandte sowohl, als die Bevollmächtigten aller betreffenden Glieder des Bundes abgegeben haben.

Es wäre überflüssig, auf der anderen Seite die zahlreich wiederholten feierlichen Zusicherungen aufzuzählen, welcher von preußischer Seite und namentlich auch zur Zeit der Unionsbestrebungen in gleichem Sinne dem deutschen Volke gemacht wurden. Bekanntlich ist sogar in preußischen Diplomen nicht selten Preußen als derjenige Staat hingestellt worden, unter dessen Auspizien allein für Deutschland eine wahrhaft konstitutionelle Verfassung zu Stande kommen könne, während man sich nicht scheute, Oesterreich und die mit ihm verbündeten Königreiche, trotz der vorliegenden unumstößlichen Beweise des Gegentheils, der Absicht zur Volksverkürzung des Absolutismus zu beschuldigen.

Auch nichtpreußische Blätter haben wiederholt in ähnlichem Sinne gesprochen, und selbst eine Frankfurter Correspondenz vom 10. Nov. in der Allg. Ztg. (Beilage zur Allg. Z. vom 14. Nov.) sagte erst vor wenigen Tagen noch von Preußen: „Man hofft in sich doch immer noch trotz aller Vorgänge in Erfurt und im Fürstenkollegium diejenige Macht, welche die größere Leichtigkeit und Bürgschaft gewährt für die Ausführung der Volksvertretung bei dem zukünftigen Centralorgan Deutschlands, wenn diese auch nur in den Ausschüssen aus den bestehenden landständischen Versammlungen der Einzelstaaten bestehen kann."

Inzwischen hatte die Allg. Ztg. schon in ihrer Beilage vom 10. Nov. in einem Artikel aus Berlin vom 5. Nov. mit der Ueberschrift: „die Warschauer Conferenzen" sechs Punkte aufgezählt, welcher von preußischer Seite als Grundlage der Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen zu Warschau vorgeschlagen worden seyn, und diesselben lauteten, wie folgt:

1) Bildung des Bundesrathes mit 17 Stimmen und den „Befugnissen der ehemaligen Bundesversammlung"; 2) Aufnahme des gesammten Oesterreichs in den Bund; 3) gemeinsame Handhabung an der Exekutive durch Oesterreich und Preußen; 4) Aufgabe des Princips zwischen den beiden Großmächten; 5) Recht zur Unirung, wenn sich gewisse Staaten freiwillig und ohne mit der Bundesoberfassung in Widerspruch zu stehen, uniren wollen; 6) Wegfall einer Volksrepräsentation beim Bundesrathe als zur Zeit nicht mit ihm vereinbar."

Die Nichtigkeit dieser sechs Punkte ist seitdem von seiner Seite in Abrede gestellt oder widersprochen worden; ja dieselbe behauptet, brachten auch noch einige Berliner Blätter, und namentlich die „Spener'sche Zeitung" vom 12. in allem Wesentlichen ganz gleichlautende Angaben; letzteres Blatt nannte unter den preußischen Vorschlägen ausdrücklich „die Herstellung einer allgemeinen Bundesverfassung ohne Beigabe einer nationalen Repräsentation, wogegen Preußen sich das freie Umirungsrecht unterhalte des Bundes und für die auf Grund dieses Rechtes vereinigten Staaten eine parlamentarische Institution ausbedungen hätte."

Den letzteren Zusatz, die parlamentarische Institution für die kraft des verlangten Umirungsrechtes vereinigten Staaten betreffend, finden wir sonst nirgends unter den anstrücklich gemachten Vorschlägen erwähnt, und wir haben daher guten Grund, die Richtigkeit desselben in Zweifel zu ziehen; dagegen sind wir berechtigt, so lange nicht in bestimmter, kategorischer Weise ein Dementi von Seite der preußischen Regierung dagegen erfolgt, alle anderen Punkte für richtig zu halten.

Wie übrigens für heute die Lust wir ersten, und halten uns blos an die zwei unter Ziffer 5) und 6) aufgeführten, welche in der innigsten Beziehung zu einander stehen.

Preußen will demnach auf der einen Seite keine deutsche Nationalvertretung beim Bundesrathe, während es das Recht zur freien Umirung für die Staaten verlangt, welche sich freiwillig und ohne mit der Bundesverfassung im Widerspruch zu stehen, uniren wollen. Es schlägt also vor, dem deutschen Volke die Erfüllung der ihm feierlich von Preußen selbst, wie von allen deutschen Regierungen gemachten Zusagen zu verweigern. Es hat diesen Vorschlag zu Oesterreich gemacht, in der Hoffnung, auch dieses dafür zu gewinnen. Wir wollen aber Oesterreich wahrhaft zu beleidigen glauben, wenn wir auch nur einen Augenblick annehmen könnten, es werde Preußen auf die Bahn folgen, wohin dieses es verleiten will. Wir hegen im Gegentheil das vollste Vertrauen, daß Oesterreich, wie bisher, so auch in Zukunft, immer treue Treue dem gegebenen Worte bewahren, jene konsequente Haltung behaupten wird, die seine Stärke ausmacht, und ihm das Vertrauen aller wahrhaften Patrioten in Deutschland gewonnen hat. Wir sind durchdrungen von der bestimmtesten Ueberzeugung, daß alle Regierungen, welche an der Münchener Uebereinkunft sich betheiligt haben, oder später erst mit derselben ihr Wesentlichen übereinstimmend sich ausgesprochen, und bei ihrer Betheiligung am engeren Rathe zu Frankfurt ihre feierlichen Zusagen dem deutschen Volke erneuert haben, darum unerschütterlich festhalten und nicht einen Zoll breit von ihrem guten Rechte, das dem deutschen Volke durch jenes verpfändete Wort verbrieft ist, verzichten werden. Wir haben diese Ueberzeugung, weil die Regierungen sicherlich so gut als wir das Bewußtseyn haben, daß sie durch verweigerte Erfüllung ihrer Verheißungen, durch Zurücknahme ihres verpfändeten Wortes Niemanden einen härteren Stoß versetzen würden, als sich selbst, daß durch solchen Wortbruch ihr Vertrauen gänzlich verscherzt wäre, daß sie sie ferner werden müßte, daß sie selbst das Feld pflügen und vorbereiten würden für den Samen einer neuen Revolution, welchen anzustreuen geschäftige Hände bald aus Werk gehen würden. Ja, wir wiederholen es, dem gerechten Verlangen des deutschen Volkes nach einer Nationalvertretung kein Rechnung tragen, dasselbe stunde zurückversetzen, hieße der Revolution aufs Neue Thür und Thor öffnen, einer Revolution, deren Tragweite jeder sich selbst ermessen mag.

Wir hätten geglaubt, Preußen hätte nicht so schnell die Früchte vergessen, die ihm seiner Zeit die Nichterfüllung der in der Proklamation von Kalisch gemachten und durch Art. 13 der Bundesakte zur doppelten Zusage der Einführung einer landständischen Verfassung für das ganze Land, getragen hat, daß es bereits jetzt dem deutschen Volke gegenüber mit einem ähnlichen Versuche hervortritt.

Aber in einem noch andern Lichte erscheint die Sache, wenn wir das Verlangen der Verweigerung einer Nationalvertretung für das gesammte Deutschland zusammenhalten mit dem andern Verlangen Preußens, nemlich des freien Umirungsrechtes.

Vor Allem scheint uns nicht recht klar, wozu ein Bund im Bunde nöthig sein soll, wenn die Umgestaltung der Bundesverfassung in einer Weise vorgenommen wird, die alle Bundesglieder befriedigt und den Wünschen und Bedürfnissen der deutschen Nation entspricht. Dann aber drängt sich die Frage auf: wer soll darüber den inappellablen Entscheid geben, ob ein von einer Anzahl von Bundesgliedern unter sich beabsichtigter engerer Bund mit der Bundesverfassung im Widerspruch stehe oder nicht? Wir können nur einer Zustung die Kompetenz zu solcher endgültigen Entscheidung zuerkennen, und diese Instanz ist die Bundesversammlung oder der Bundesrath — der Name ist uns hier gleichgültig — selbst. Will Preußen aber auch diese Instanz als die einzig berufene anerkennen, so bleibt uns doch noch ein, gerade durch die Ankündungen der „Spener'schen Zeitung" hervorgerufenes, und zwar sehr erhebliches Bedenken. Dann fragt es sich, wird Preußen consequent auf sich selbst, wenn es noch seine Volksvertretung beim Centralorgane des gesammten Bundes zulassen will, auch bei irgend einem engern Bunde, den es etwa schließen möchte, jede Idee von Zulassung einer parlamentarischen Institution in diesem engern Bunde ausschließen? Wenn nicht Alles trügt, ist dies nicht der Gedanke Preußens und wenn es auch nicht als Warschau formlich ausgesprochen hat, daß es seiner etwaigen Union einer parlamentarische Institution bringenden das Recht verlangt, so scheint es doch, wie wir vielerlei Merkmalen hervorgeht, dieses Recht als selbstverstanden stillschweigend in das feine Umirungsrecht mit einzugreifen. Man braucht aber wahrlich keine sonderlich Seherkraft, um zu erkennen, wohin es führen müßte, wenn Preußens Plan gelänge, jede Volksvertretung beim deutschen Bunde zu beseitigen, dagegen ein Unionsparlament ins Leben zu rufen. Dies würde nothwendig zu Vergleichen Anlaß geben, das Odium der verweigerten Volksvertretung würde man vollends auf Oesterreich hinübermälzen wissen, wie man es zum Theil schon versucht hat, und man würde das Vertrauen, dessen dasselbe in Deutschland sich erfreut, untergraben; Preußen würde man feinerseits mit dem Heiligenschein des Konstitutionalismus umgeben und die Berechnung, daß bei der entschiedenen Stimmung des gesammten deutschen Volkes für Errichtung einer Nationalrepräsentation, endlich die Sympathien desselben

nach jener Seite sich wenden würden, wo es auch nur einige Hoffnung auf Erfüllung leuchten sehen würde, diese Berechnung wäre ganz richtig; Preußen käme so auf einem Umwege und auf die bequemste und leichteste Weise zu dem Ziele, das es auf geradem Wege zu erreichen nicht vermochte: das deutsche Parlament wäre durch ein großpreußisches ersetzt, und alle Frage davon hätten wir auch bald ein Großpreußen an der Stelle eines eigenen, großen, mächtigen, Deutschlands.

Wer zu solchen Resultaten die Hände bieten will, der mag das freie Uniirungsrecht ohne Flur und bestimmt vorgezeichnete Schranken in dem eben angedeuteten Sinne, und ohne vorherige bestimmte Antwort und Erklärung Preußens über seine Absichten in Betreff der einer Sonderunion etwa beizugebenden parlamentarischen Institutionen, zugestehen; wir haben die feste Ueberzeugung, daß das Eingehen auf diesen Vorschlag Preußens ohne die Garantien von Wien, Frankfurt und Berlin der Selbstzerstörung von vornherein in den neuaufzurichtenden Bau des deutschen Bundes legen, dagegen das wirksamste Mittel zur Beförderung und Verwirklichung ehrgeiziger Pläne Preußens anwenden hieße.

Die Gestaltung der Volksvertretung beim Bunde aber muß und wird als das Verderblichste, was für Deutschland je ersonnen werden könnte, von vornherein zurückgewiesen werden. Die Erfüllung der gerechten Erwartungen des deutschen Volkes wird allen denen Heil bringen, die dazu den festen Willen, Entschlossenheit und Thatkraft befunden.

Deutschland.

München, 27. Nov. Das Kommando der Feldgendarmerie ist dem Oberstlieutenant und Kommandanten der Gendarmerie-Kompagnie der Haupt- und Residenzstadt München, Zehner, übertragen. Major Horn im k. 2. Inf.-Reg. Kronprinz wurde zum Kommandanten des k. 1. Jägerbataillons ernannt. Se. kais. Hoh. der Erzherzog Leopold ist gestern Abend um 7 Uhr wieder in sein Hauptquartier Nördlingen zurückgereist.

— Der Aestor der Armee, der General der Kavallerie und General-Kapitain der Leibgarde Hartlieb, Fehr. v. Hartlieb-Walsporn, hat auf seine Bitte von Sr. Maj. dem König die Erlaubniß zum Eintritt in den Stab des Fürsten von Thurn und Taxis erhalten und wird dieser Tage dahin abgehen. Auch Se. königl. Hoh. der Prinz Luitpold und Se. kgl. Hoh. der Herzog Max in Bayern werden dieser Tage von hier abreisen, und wird Letzterer das nach ihm benannte Chevauxlegers-Regiment in der Pfalz übernehmen. —

Das 3. Bataillon des Infanterie-Regiments „König" hat nun auf morgen Mittag Marschbefehl erhalten. — Die Equipagen des Prinzen Luitpold gehen morgen mit der Eisenbahn ab. — Der königliche Generallieutenant Prinz Luitpold von Bayern hat heute wegen Uebernahme des Kommando der zweiten Division des ersten Armeecorps sein bisheriges Commando über die gesammte Artillerie dem Generalmajor und Brigadier Karl Weichshaupt übergeben. Das Hauptquartier des Prinzen Luitpold kommt vorläufig nach Bamberg, wohin sich Se. k. Hoh. morgen Mittag begibt. Oberstlieutenant v. d. Tann wird den Verrichtungen nach dem Generalstab des königlichen Feldmarschalls Prinzen Karl zugetheilt. Prinz Karl soll demnächst zur Inspection der Truppen am Main von hier abreisen. — Se. Armand Lefevre erhielt vor seinem Abgange nach Berlin von Se. Maj. dem König den Civilverdienstorden.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 22. Nov. Nach so eben eingegangener Nachricht sind die Bundestruppen bis Wehrda, drei Stunden von Hersfeld, in dem Fulda- und Hauntthale, vorgegangen. Dagegen verschanzen sich die kgl. preuß. Truppen am Hersfeld, ziehen Laufgräben und legen Dämme an. — Die Mobilisirung schreitet durch ganz Preußen bereits beendigt, die Truppen nehmen ihre angewiesenen Stellungen ein und concentriren sich. Vorwärts rasseln marschiren Reserve und größere Abtheilungen Reserven, Infanterie und Artillerie, aus Westphalen kommend, mit Benützung der Eisenbahn, in der Richtung nach Hersfeld hier durch. Die Reserven zu den hier befindlichen kgl. preuß. Corps sind nun sämmtlich eingetroffen und es werden mit denselben häufige militärische Uebungen angestellt.

Oberaula, 23. Nov. Wenn es noch ein Bischen so fort geht, so dürften unsere Bauern bald der Gefangen gemeinen, „der Preußen" sei bereits unumschränkter Herr im Land, wohin es unsere neubefestigten Vaterlandsbeschützer lieber heute, wie morgen bringen möchten! Vorgestern sandte Herr Wolf, zweiter Verwaltungsbeamter zu Hersfeld, einen Eilboten hierher und in das benachbarte Dorf Waldshausen, welcher den Bürgermeistern hoher Strafe und Androhung militärischer Exekution acht zweispännige Wagen und sechs Vorlegpferde nach Hersfeld zu schicken, deren Besitzer sich, bei zwei Rthlr. Strafe für Jeden, bei ihrem Eintreffen in Hersfeld bei dem hiesigen Bürgermeister Bozza zu melden hätten. Die Bauern, an Gehorsam gegen die Obrigkeit gewöhnt, haben alsbald Folge geleistet und sind nicht zurückgekehrt; sie thun der preußischen Armee die vom Verwaltungsamte bei Strafe befohlenen Kriegsfuhren. Sie wissen nicht, was sie thun; aber das Verwaltungsamt sollte es wissen, welches Vergehen sich die Behörde zu Schulden kommen läßt, welche die Unterthanen zu Diensten für die Armee anhält, gegen deren Unterstützung unsere Staatsregierung so energisch uns, Gott gebe es! nicht ohne baldigen Erfolg protestirt hat.

Fulda, 26. Nov. Heute Vormittag musterte Se. Durchl. der commandirende General Furst von Thurn und Taxis das von hier nach benachbarten Orten marschirende 1. Kürassierregiment. Das 2. Kürassierregiment ist noch nicht vollzählig in die Stadt. Jedes dieser Regimenter, welche mit dem 3. Chevauxlegerregiment eine Brigade bilden unter dem braven General v. Alotom, zählt hier 4 Schwadronen; aus den zurückgebliebenen Schwadronen derselben wird ein drittes Regiment dieser Waffe gebildet. Ebenso sollen aus den 9 übrigen Kavallerieregimentern 9 neue Regimenter errichtet formirt werden. Wie man hört, wird die bayerische Armee auf 80,000 Mann gebracht, in 4 Armeecorps, von denen 2 gleich mobil sind und 2 vorerst immobil bleiben. Die beiden mobilen sind das 2. Armeecorps, welches eben unter dem Fürsten von Taxis in Kurhessen steht, und das 4., unter dem Generallieutenant v. Thumpenberg zu Bamberg. In diesen geht heute der Hauptmann v. Krenze vom Generalquartiermeisterstabe von hier ab, ein sehr tüchtiger Offizier, Sohn des in der wissenschaftlichen Welt rühmlichst bekannten Geheimraths von Krenze in München. Ferner tritt Oberst von Hagens aus dem Generalquartiermeisterstabe des Fürsten v. Taxis als Chef des Generalquartiermeisterstabes der 2. Division des 1. Armeecorps, welche Prinz Luitpold von Bayern befehligen wird, in dieses Corps über. Major Schedel und Hauptmann Graf Bothmer, bisher bei der Division des Generals Damborn in Hanseld, ersetzen diese Offiziere im Generalquartiermeisterstabe des 2. Armeecorps. Remecorps und Hauptmann von Pillemont begibt sich von hier zu dem Generalstabe der eben genannten Division. Die beiden unmobilen Corps werden, das 1. von dem Generallieutenant Grafen von Pfenburg zu München, das 2. von dem Generalmajor von Schmalz zu Würzburg befehligt.

(K. Z.)

Kassel, 27. Nov. Nachdem sämmtliche Reservisten der hier liegenden beiden Bataillone vom 32. k. preuß. Regiment eingetroffen sind, mag jetzt die Besatzung aus etwa 2000 Mann bestehen, die sämmtlich in der Altstadt einquartiert sind. Heute treffen in Westhessen und Umgegend 1600 Mann Preußen ein, die vorerst einquartiert bleiben werden. Zu Anfang nächsten Monats ist für jene Gegend ein Kavallerie-Regiment zur Einquartierung angemeldet. Die hiesige Besatzung ist vom Morgen bis zum Abend um sogenannte Kameradschaftlichkeit, der bei den Preußen sehr in's Kleinste geht, Vater Wrangel's Herz würde vor Freude springen, wenn er sähe, wie sie Hand in Hand mit Bundessoldaten derselben Waffengattung zugleich besetzen und die reichlich Gelegenheit finden, neubefestigte Weisheit in vollen Zügen einzuschlürfen. Wir möchten dem preuß. Kriegsministerium den Rath ertheilen, die Soldaten, welche lange Zeit hier zugebracht haben, ehe sie nach Preußen zurückkehren, an der Grenze eine gehörige Cauarantaine anbehalten zu lassen. — Se. Waffenmann ist nach Berlin gereist, um daselbst das Handwerk zu grüßen. Der Moment ist günstig.

(K. Z.)

Fulda, 27. Nov. So sehr man einen friedlichen Verlauf der Wiederherstellung der landesherrlichen Autorität und der verfassungsmäßigen Regierung unter den Auspicien der Bundestruppen das gute Recht des Kurfürsten gegen jeden Widerstand durchzukämpfen. Die Bundestruppen sind konzentrirt und nehmen geeignete Stellung für den demnächstigen Durchbruch ein. Auch sollen die österreichischen Hilfstruppen zum sofortigen Nachrücken an der nahen bayerischen Grenze sich in Bereitschaft setzen. (Der Fortsetzung des Berichtes müssen wir wegen Mangels an Zeit auf morgen verschieben.

(K. Z.)

Hanau, 28. Nov. Heute hat unsere Stadt ein zugleich kriegerisches und festliches Ansehen. Ueberall wogen Truppen durch die Straßen und an den Plätzen glänzende Uniformen aller Waffengattungen. Es gilt der Ehre, um den Waffenruhm des Königs von Bayern, des Bundesgenossen unseres Kurfürsten. Nachdem bereits gestern das Musikchor und die Tambours des Regiments Knig den Vorabend des Festes mit einem großen Zapfenstreich eingeweiht hatten, wurden heute Morgen beim ersten Tagesgrauen die Truppen Morgens mit einer großen Revelle und obermaliger herrlicher Musik des genannten Regiments überrascht, welche durch die Hauptstraße der Stadt vom Nürnberger bis zum Frankfurter Thor zog. Um 8 Uhr sammelten sich sämmtliche hier liegende bayerische Truppen auf dem Paradeplatze zu einer großen Kirchenparade, der ersten, welche wir seit dem Einzuge der Bundestruppen hier hatten. Die neu erbaute katholische Kirche war zu diesem Behufe festlich geschmückt und dem Kommandeur ein besonderer Stuhl mit rothem Scharlach eingeräumt worden. Der Einzug in die Kirche mit fliegenden Fahnen und in schönster militärischer Ordnung bei einem herrlichen Musikchor, das Hochamt mit Predigt, welche die Räume nicht zu fassen vermochten, waren vor und um die Kirche in Reihe und Glied aufgestellt. Nach Anordnung des Militärkommandos sand nur eine Messe statt, welche um 9 Uhr von dem hiesigen Pfarrer und Dechanten Kalb celebrirt wurde, und während welcher das ausgezeichnete Musikchor mit mehreren Hymnen und mehrere vorzügliche Stücke aus verschiedenen Opern exekutirte. Die Feier machte einen imposanten und erhebenden Eindruck. Nach der kirchlichen Feier fand sodann auf dem Paradeplatz eine große Parade statt. Die Musik spielte das Lied „Gott save the King" und mit einem dreimaligen Hurrah auf den König schloß die Feier für den Vormittag.

(K. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 25. Nov. Von der heute wieder eröffneten Landesversammlung wurde der frühere

Präsident Bargum als solcher worder ernährt. Aus seiner Antrittsrede heben wir die folgenden Sätze hervor: Unsere Besonderung sag bat sich, seitdem wir uns trennten, wenig geändert. Unser Herr steht dem dänischen noch in derselben Stellung gegenüber. Wir werden es dafürnattig erfahren, weshalb die Absichten die Offensive nicht haben ergreifen können oder sollen. Zwar von Süden scheint ein ernsthaftes Gewitter zu brechen. Wenn wir auf die Verhandlungen des Bundestages sehen, die voraussichtlich eine nicht geringe Zeit in Anspruch nehmen werden, so entsteht die Frage: werden wir nicht gehindert werden an unserm gesetzlichen Thun durch deutsche Truppen; es könnten zwar auch Croaten sein. Ich hoffe indeß, es wird zu einer solchen Calamität nicht kommen. Ich hoffe, daß Deutschland es nicht zugeben werde, und wenn ich diese Hoffnung ausspreche, so möchte ich, daß ich deutsche Fürsten und das deutsche Volk nicht zu trennen nöthig hätte, wenn auch eine Trennung jetzt gerechtfertigt erscheinen könnte. Indeß hat doch ein deutscher Fürst hoffen Thron für deutsches Interesse und Recht zu kämpfen und zu streben wußten, sich unserer Sache angenommen. Wenn übrigens ein Gewitter heraufzieht, so weiß niemand, wo es einschlägt. Unsere Zukunft ist in Gottes Hand. Und so schreiten wir denn zur Erfüllung unserer pflichtmäßigen Thatgeschäfte. — Zum ersten Vicepräsidenten wurde Mommsen, zum zweiten Claussen gewählt. Die darauf von dem Präsidenten der Versammlung mitgetheilte Regierungsbotschaft weist den Antrag auf Amnestie zurück, weil man den Gerichten nicht vorgreifen dürfe.

Frankfurt, 28. Nov. Zur Feier des Geburtsfestes Sr. Majestät des Königs von Bayern war heute solenner Gottesdienst im Dome, dem das ganze diplomatische Corps, die Officiere und der bayerische Theil der Garnison anwohnte. In der Frühe war bei bayerischer Musik durch Schellenhausen gezogen, um den Tagesanbruch zu feiern. In Frankfurt selbst waren der Spannung mit den Preußen wegen alle weitern öffentlichen Festlichkeiten unterblieben.

Gestern Abend wurden alle Truppen schon um 5 Uhr in ihren Kasernen sich einfinden; lung verher wurde noch auf der Zeil ein preußischer Artillerist, der im Verein mit mehreren Kameraden zwei Bayern mit dem Säbel angefallen, von einem österreichischen Officier verhaftet. Preußische aus Baden rückkehrende Truppen ziehen immer noch täglich durch die Stadt.

Δ Aus Baden, den 26. Nov. Gestern ist ein k. preuß. Cabinets-Courier aus Berlin in Carlsruhe eingetroffen. Er überbrachte, so viel wir erfahren, Depeschen, welche auf den Abmarsch der Preußen aus Baden, und der Badenser aus Preußen Bezug haben.

Stuttgart, 25. Nov. Wie wir erfahren, so hat der König, nachdem die zur Zeit anhängige Untersuchung wegen der bekannten politischen Bewegung in den Monaten Mai und Juni v. J. so weit vorgeschritten ist, daß die Berathungen der Anklagekammer demnächst beginnen werden, auch seinen Rath für die peinlichen Gnadensachen, welcher sich der Mehrzahl derjenigen in den Prozeß verwickelten Personen, welche von der im Febr. l. J. ertheilten Amnestie ausgeschlossen waren, das gerichtliche Verfahren niedergeschlagen geruht.

Stuttgart, 27. Nov. Wir erfahren so eben, der Pfarrdauschuß, welcher gegen die Anstellung der „Deutschen Kronik" in der Privatwohnung des Rechtsbeistandes Schober seine s. g. Sitzungen hält, habe sich angemaßt, den bei der K. Staatsschuldenzahlungskasse Angestellten, unter Androhung gerichtlicher Belangung, die Weisung zugehen zu lassen, die aus den Mitgliedern des alten Ausschusses gewählte provisorische Staatsschuldenverwaltungs-Commission nicht anzuerkennen!

Dresden, 25. Nov. Heute Morgen sah es sehr kriegerisch aus in unserer Stadt. Waren schon gestern eine Menge Munitionswagen in der Richtung nach Pirna und Königstein abgegangen: so rückte heute Morgen die ganze Pontons-Abtheilung aus, wohl ein fünfundzwanzig Zug, der dieselbe Straße einschlug, und gar kein Ende nehmen wollte. Mit dem hiesigen Bäcker sind bedeutende Brodlieferungscontracte abgeschlossen worden. (N. Ztg.)

Gotha, 25. Nov. So eben erfahren wir, daß die aus der Mitte der hiesigen Landtagsmitglieder dar einger Zeit erwählten 8 Commissarien auf den Anfang l. Mts. nach Koburg einberufen sind, um über die Lage der Staatsregierung gemachten Vorlagen in Betreff der Union Koburgs und Gotha's mit den Koburger Commissarien in Berathung zu treten. (L. J.)

Düsseldorf, 26. Nov. Gestern gegen Abend wurden in die meisten der hiesigen Wein- und Bierschenken durch unbekannte Hand ganze Packete von Zettein mit folgendem Inhalte vertheilt. Dieselben enthielten eine Ansprache an das Volk, worin dasselbe darauf aufmerksam gemacht wird, daß der etwa bevorstehende Kampf nicht der Baltsache, sondern dynastischer Interessen wegen geführt werde, daß das Volk nicht aber seine Sache zum Siege bringen, sich es den Fürsten verbieten und die Republik konstituirt habe werde. Die Polizei hat sofort die eifrigsten Nachforschungen nach den Verbreitern dieser aufreizenden Flugschriften angestellt, bis jetzt ist es ihr noch nicht gelungen, ein Resultat zu erzielen. Die Schrift wurde übrigens mit gänzlicher Theilnahmslosigkeit gelesen, und obschon es sich bei diesen Zettelen gezeigt hat, daß für solche Wühlereien die Zeit vorüber ist, so fürchtet man doch, daß man aus diesem Vorfalle in Berlin ein neues Argument entnehmen werde, bei den bevorstehenden Kammerdebatten über das Preßgesetz die Presse neuen Einschränkungen zu unterwerfen. Auch wird dieses fatale Ereignis nicht dazu geeignet sein, die Mißstimmung, welche in den hohern Staatsregionen gegen unsere Stadt besteht, zu vermindern.

(Z. D. f. R.-Z.)

Posen, 22. Nov. Der „Gonner" berichtet, angeblich aus zuverlässiger Quelle, daß der Preußologat Karl Ritter wirklich auf der Warschauer Citadelle sitz. Ein Gensdarmenoberst brachte ihn von Pleck nach Warschau, wo er nun eine Zeitlang gefangen, sondern sogar einige seiner polnischen Verwandte. In Warschau selbst wurde erst von dem Oberpolizeimeister Abramowicz verhaftet, und aus dem Römischen Hotel auf die Wache des sächsischen Plages abgeführt. Einige Tage später brachte man ihn mit großem Pomp in einer Kutsche von dem Herrn Abramowicz selbst begleitete ihn bei diesem Umzuge zu Pferde. Alle Welt ist jedoch in Warschau überzeugt, daß dies alles nur zum Scheine geschehen, um das Publikum zu täuschen, und Niemand zweifelt daran, daß der Pseudo-Ritter ein russischer Spion ist, den man später ganz in der Stille werder entlassen wird.

Berlin, 26. Nov. Die „D. Ref." hält an die „Freunde des Friedens um jeden Preis" eine mahnende Ansprache. Ihre Erklärungen für den Frieden äußert sie, seien niemals auf irgend eine Furcht basirt gewesen. Die feige Furcht stehe vor der Ueberwacht sei überhaupt keine Eigenschaft einer stolzen preußischen Herzens. Rußland habe keinen Anlaß, sich in den jetzigen Streit einzumischen. Es lasse sich überdies mit der politischen Stellung des russischen Reichs nicht vereinbaren, daß der Radzivilor Alexanders gegen Preußen das Schwerdt zöge. Preußen habe in seinen gerechten Forderungen einen sehr starken Rückhalt erreicht. Auf diesem stehe es mit blanker Waffe zu muthigem Sinn.

— Im Staatsministerium scheint der Beschluß gefaßt worden zu sein, vorläufig von dem in denselben herrschenden Widerspruch der Prinzipien soweit in den Hintergrund abzutreten, und zwar zu Gunsten der Herstellung des gegenwärtigen Ministeriums. Inzwischen mag es angemessen erscheinen sein, bei den gegenwärtigen Rüstungen des Militärstaates Preußen einem Militär an der Spitze des Ministeriums zu haben; man spricht davon, der kommandirende General Graf zu Dohna in Königsberg sei zu dieser Stellung ausersehen.

— Eine vor mehreren Tagen erlassene Cabinetsordre beauftragt den Präsidenten v. Puttkammer mit der Wahrnehmung der spezielen Angelegenheit des Departements des Innern, weil Hr. v. Manteuffel durch das auswärtige Amt zu sehr in Anspruch genommen wird.

Von der Spree, 26. Nov. Morgen Abend läuft der Termin ab, bis zu welchem der österreichische Gesandte abzureisen gedroht hat, wenn bis dahin nicht Befehl zur Räumung Kurhessens gegeben sei. Das Ministerium ist noch zu keinem festen Entschlusse gekommen, und möchte erst die Antwort des Grafen Dohna aus Königsberg, wie die Präsidentschaft des Ministeriums angeboten wurde, abwarten, ehe es eine entscheidende Antwort gibt. Mit dem österreichischen, befürchtet man hier, wird auch der russische Gesandte abreisen, und dann dürfte sogleich der Einmarsch der Truppen beider Großstaaten beginnen. (K. Z.)

England.

London, 25. Nov. Die „Times" donnert gegen Preußen. Die Thronrede des Königs ist ihr viel zu kriegerisch, und sie fürchtet, daß bei der allgemeinen lebhaften Aufregung, die sie selbst die conservative Partei in Preußen ergriffen wäre, die Kammern in ihrem Eifer noch weiter gehen möchten. „Wenn die Regierung so weit gegangen ist, und der König vom Throne jene drohenden Erklärungen gegeben hat, auf die wir aufmerksam machten, so muß man fürchten, daß der populäre Führer einer solchen Versammlung betrachtlich weiter gehen werde. So daß die gegenwärtige Kriegsgefahr nicht so sehr aus der inneren Schwierigkeit der deutschen Frage hervorgeht, als aus dem inneren Zustande Preußens, und dieses Land-steht Gefahr, durch seine Doppeltzüngigkeit und dann durch seine gewaltthätige Heftigkeit die ewige Schande auf sich zu laden, den ersten Kanonenschuß abzufeuern, welcher den deutschen Bund auffasen und den allgemeinen Brand den Europa's bedrauen. In diesem Unternehmen steht Preußen allein, und hat keinen unseren Staatsmann in Europa gefunden, der seine Politik gutheißt. Das ist der Grund unserer Zaffnung, daß es ohne offenen Krieg die Rothwendigkeit fühlen mag, sich aus einer solchen Stellung zurückzuziehen; denn ganz Europa Trog zu bieten in Betreibung solcher Rechte, wie der König von Preußen sie jetzt in Anspruch nimmt, die thatsächlichen de-facto-Rechte zu verzichten, welche seiner Krone durch den Frieden von 1815 zugewiesen sind, ist eine That von solcher unsinnigen Extravagang, daß wir nicht daran glauben, daß wenn es noch zu wahrscheinlich wäre." Von Hrn. v. Radowitz sagt das seitende Blatt: „Seine Gegenwart hier wird ihn befähigen, seinen Souverän in der glaubwürdigsten Form davon in Kenntniß zu setzen, daß alle englischen Staatsmänner einstimmig entschlossen sind, gegen eine Politik aufzutreten, welche zu so verderblichen Ergebnissen zu führen droht."

Frankreich.

Paris, 25. Nov. Die Thronrede des Königs von Preußen betrachtet man hier ziemlich allgemein als ein zweideutiges und darum eigentlich wenig sagendes Dokument, und auch die pikfeine Haltung der Börse demselben gegenüber bewiesen hat. Dieses Urtheil findet sich heute auch durchweg fast in allen Blättern von den verschiedensten Farben, und muß deshalb wohl richtig sein. Das „Journal des Debats" z. B. sagt: „Der Stil ist der Mensch; man findet in dieser Rede den ganzen König von Preußen wieder mit seinem doppelten Hinneigung zu Krieg und zu Frieden, mit seinen unerklärlichen Schwankungen von Stunde zu Stunde, von Paragraph zu Paragraph." „Dieselbe Schwierigkeit," — meint das Blatt dann weiter — „auf die man stößt,

wenn man die Politik Preußens beurtheilen will; bal man nicht in Bezug auf die Osterreichs. Das wiener Cabinet bal immer eine sehr bestimmte Mißtrauen befolgt. Es hat den Vorbehalt, zu wissen, was es will, und was es nicht will. Man gibt als gewiß an, daß es, obwohl sehr verfochtlich in allen anderen Punkten, entschlossen ist, in Bezug auf den engeren Bundesstaat nicht nachzugeben und keine Transaction, betreffend eine Ligue, anzunehmen, die ohne es und gegen es eine neue Conföderation schaffen würde." Die verschiedenen bikanischen Blätter bezeugen der kriegerischen Erhebung des preußischen Volks, die sie mit einer Erbebung für die Sache der Freiheit identificiren, vollen Beifall und Sympathie. Dabei erkennt man ziemlich deutlich im Hintergrunde auch die geheime Absicht, daß der erste Kanonenschuß in Deutschland auch in Frankreich nicht ohne Wiederhall bleiben werde.

Italien.

⊙ Aus Italien, 24. Nov. Gestern ist in Turin das Parlament feierlich eröffnet worden. Das italienische Nationalanlehen nimmt einen ziemlich guten Fortgang. Die Desertion der Ungarn nimmmt immermehr überhand. Die bevorstehende neue Konscription in der Lombardei wird nun die Desertion noch vermehren. Die turiner Kammer hat bis jetzt nicht besonders viel vollbracht und auch das Auftreten des Ministeriums, ist nicht, wie man es erwarten sollte. Nicht nur, daß es die höchsten Stellen an seine Intimis vergiebt, wie die Stelle als Präsident des Cassationshofes (Oemargkarita), eine bedeutende Sinekure in dem St. Moriz- und St. Lazar-Orden (Pinelli) die Gesandtenstelle in London (der eine Ryglise) jene in Paris der andere.

Neuestes.

* Würzburg, 29. Nov. Das noch hier garnisonirende 2. Bataillon des 9. Inf.-Reg., welches der I. Division des I. Armee-Corps zugetheilt ist, hat heute früh unsere Stadt verlassen. In Folge dieses Ausmarsches hat die Landwehr mehrere Wachen bezogen.

Bei der am 26. Nov. zu Wasserburg stattgefundenen Neuwahl ist der Abgeordnete Hr. Dr. Ruland mit 211 gegen 13 Stimmen wieder gewählt worden.

Frankfurt, 28. Nov. Dem Vernehmen nach bal auch der bayerische Gesandte am Berliner Hofe gleich dem seine Pässe zu nehmen, falls nicht die preuß. Truppen auf das schleunigste aus Kurhessen zurückgegogen werden. (J. J.)

Wien, 23. Nov. Die „Kreuzzeitung" entfiel dieser Tage die Aeußerung, Osterreich werde durch die Napoleonischen Könige zum Kriege gedrängt. Und wer sind diese „Napoleonischen" Könige? Sachsen, Bayern und Württemberg. Und was ist Preußen für sein Königreich? — Ein Osterreichisches. Friedrich II., übrigens ein filzemeister, rechtlicher Charakter, aber Gitanz und Form liebend, um erforderlichs auf Sachsens polnische Königskrone, bestürmte den Kaiser Leopold so lange mit seinem Königsgrüße, bis dieser, besonders durch den drohenden spanischen Erbfolgekrieg und durch Friedrichs Versprechen eines Hilfskorps von 10,000 Mann bewogen, nachgab, und gestattete, daß der kurfürst von Brandenburg am 16. Nov. 1700 die preuß. Königskrone sich aufsetzte.

Wien, 25. Nov. Die eisernen Pfähle fallen. Jede Aussicht auf Erhaltung des Friedens scheint heute so gut wie ganz aufgegeben. Ban Jellachich soll diese Nacht, Radetzky mit seinem Stab morgen zur Armee abgehen. Seit dem November 1848 hat man in den Wiener Vorstädten noch nie ein so bewegtes Kriegerleben und buntes Soldatengetümmel gesehen wie heute. In manchen großen Gasthöfen sind bis 200 Soldaten einquartiert.

Königstein, 27. Nov. Unsere Bergveste birgt jetzt eine Menge Kostbarkeiten, denn nicht nur sind, wie man hört, die Schätze des grunen Gewölbes und der Rüstkammer hier untergebracht, sondern auch die werthvollsten Gewälde der Bildergalerie und bedeutende Vorräthe von Hafer geschafft worden sein.

T.D. Frankfurt, 28. Nov. Heute sollen Se. Durchlaucht der k. k. österreichische Herr Ministerpräsident Fürst von Schwarzenberg und der preuß. Minister des Aeußern Hr. v. Manteuffel in Olmütz zu einer persönlichen Besprechung der obschwebenden „großen Fragen" zusammentreffen. (K.Z.)

Schwurgerichtsverhandlungen.

I.

Würzburg, 28. Nov. Der erste Fall unseres Schwurgerichtshofes war Körperverletzung und das Verbrechen falschen Denunciation der Gerücht. — Georg Ries von Oettershausen, Lbg. Vollach, bal mit seinem Bruder Michael Ries, welcher sich dieser Untersuchung später durch die Flucht entzogen hatte, auf der Kirchweih daselbst, einen gewissen Georg Back, Knecht von Wadenbrunn, im Hofe geschlagen und ihm zwei leichte Stichwunden versetzt. Georg Back, der früher ganz gesund war, wurde auf der linken Seite gelahmt und stumpfsinnig, was früher an ihm nie wahrgenommen wurde. Georg Ries und sein Bruder suchten die That zu läugnen und einen gewissen Koniger als Thäter anzugeben, was die Zeugen in Abrede stellten. Die Geschworenen sprachen ihn schuldig als Gehülfe in Körperverletzung mit Waffen, in Verbindung mit dem Vergehen des Betrugs am guten Namen. Das Urtheil lautete auf 4 Monat geschärfte Gefängnißstrafe. Präsident: Appellationsgerichtsrath Graf von Spreti; Staatsanwalt: Appellationsrath Dr. Lotz; Vertheidiger: Rechtspraktikant Hantz. Die Geschworenen waren: Bauer, Frankenberger, Sauer, Adami, Englert, Schopenhoy, Markert, Dr. Bermuth (Obmann), Dr. Rossbach, Clement, Bauch, Bertenz.

Die Begründung der mitgetheilten Motion des Herrn Domdekan v. Dirscher.

Ihr Wortlaut ist: „Hochgebrietste Herren! Auf meine Anfrage, bis wann in unserm Lande der Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat auf Grundlage der kirchlichen Selbstständigkeit mit Bestimmtheit entgegen zu sehen sei, ist von Seiten der hohen Regierung erwidert worden, man müsse erst ruhigere Zeiten abwarten. Wenn diese gekommen, werde man die Kirchenfrage mit den Regierungen der oberdeutschen Kirchenprovinz aufs Neue in Berathung nehmen. Damit, hochgebriebte Herren, ist diese Angelegenheit wollig ins Unbestimmte vertagt. Dan wir gewiß, bis wann die gesorderten ruhigen Zeiten kommen werden! Und wenn diese endlich gekommen, wie lang die Verhandlungen der Regierungen, bis ein gemeinsamer Beschluß erzielt ist, darüber mögen wir Ich erinnere nur an die einschlägigen seiner Zeit zu Frankfurt gepflogenen Verhandlungen. Aber warum sollen denn zur Gewährung der von der katholischen Kirche und Landes erstellten Bitten ruhigere Zeiten und Verhandlungen mit anderen Regierungen erforderlich sein? — Ich will diese Bitten, wenigstens die vornehmsten derselben, einzeln anführen, und ich kann mich glauben, daß auch nur Eine darunter sei, welche nicht in unserer Zeit, wie sie ist, und ohne Anstrengung mit anderen Regierungen bewilligt werden könne. Ich will von jeder dieser Bitten nachweisen, daß ihre Gewährungen der burgerlichen Gesellschaft Gewinn, weil der Kirche reichere christliche Wirksamkeit gebe. Was aber dem Lande und der Ordnung und Wohlfahrt in demselben Gewinn schafft, dafür ist jede Zeit die rechte, und das wollen wir ordnen ohne fremden Antheun."

„Die erste, und noch meinem Ermessen weitaus wichtigste Bitte, welche ich herum auch in meinem Schlußantrage namentlich aufgeführt habe, ist die um Herstellung von Seminarien, worin Jünglinge, welche sich dem geistlichen Stande widmen wollen, während ihres Studiums an den Mittelschulen beruflgemäß erzogen werden. — Wenn der geistliche Stand der Kirche und dem Staate das sein und leisten soll, was seine Aufgabe, so muß er geistlich sein, d. h. er muß ungebeugtheit fromm sein, er muß stitenrein sein, er muß ein zurückgezogenes, dem Gebete und den Studien gewidmetes Leben lieben, er muß für seinen Beruf — für Pflanzung und Pflege von Glauben und Tugend begeistert, und mit Selbstaufopferung dazu thätig sein. Allein Niemand wird etwas Tüchtiges, wenn er dazu nicht erzogen, am wenigstens aber wird Jemand ein Geistlicher in dem angegebenen Sinne, wenn er nicht von Jugend an zu solchem gebildet worden. Darum bittet die katholische Kirche des Landes im Hinblicke hierauf, was ihre Geschichte ihr sin kann und soll, so laut sie vermag, vor Allem um eine berufsgemäße Erziehung ihrer Geistlichkeit.... Es bestanden allen Orten, namentlich in Schwaben und dem jetzigen Baden Klosterschulen, in welchen Knaben und Jünglinge den vollständigen Gymnasialunterricht, zugleich aber eine fromme und sittenstrenge Erziehung empfingen. Ich erinnere nur an Stadt, St. Blasien, Ettlingen, St. Peter, St. Trudpert, Allerheiligen, Schuttern, Schwarzach... Aber den Katholiken Badens hat die Unbild der Zeit alle ihre der Erziehung der heranwachsenden Jugend gewidmete Anstalten geraubt, ohne daß sie, wie jene in Würtemberg, bisher irgend einen Ersatz erlangen konnten. Zwar bitten und drängen sie seit mehr als sieben Jahren um Herstellung von niederen Seminarien, Convicten oder wie man die Erziehungsanstalten für Gymnasien und Lyceen, die sich dem geistlichen Stande widmen wollen, nennen mag; aber ohne Erfolg. Deßhalb bringe ich hiefür Verhandlung vor dieses hohe Haus, weil dieselbe für die katholische Kirche unseres Landes eine Lebensfrage ist. Wir müssen die gedachten Seminarien oder Convicte haben schon um eine genugend zahlreiche, noch weit mehr aber, um eine wahrhaft würdige Geistlichkeit zu erlangen.... (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Gold- und Silber-Sorten.

	fl.	kr.
Neue Louisd'or	11	5
Friedrichsd'or	9	42½
Dukaten	5	36
20 Frank-Stücke	9	27
Holländische 10 fl. Stücke	9	47
Preußischer Thaler	1	45
5 Frank-Thaler	2	21

Theater-Anzeige

Freitag den 29. November 1850.

Zum Erstenmale:

Er sucht seine Braut.

Lustspiel in 2 Akten von Otto Prechtler.

Hierauf zum Erstenmale:

Versuch,

oder:

Die Familie Fliedermöller.

Vaudeville in 1 Akt von Louis Schneider.

Nach dem ersten Stücke und zum Schluß:

Ballet,

ausgeführt von Fräulein Weidner, Fräulein Maria Wohlfahrt und der Familie Jerwig-Lindor.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schmalhof 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 287. Würzburg, Samstag den 30. November. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 28. Nov. Se. Maj. der König haben Sich vermöge allerhöchster Entschließung vom 24. Nov. d. J. allergnädigst bewogen gefunden, auf die erledigte Hauptzollamtscontrolleursstelle in Mortsassen, den II. Revisionsbeamten des Hauptzollamts Würzburg, Joseph Widmann zu befördern, ferner auf die II. Revisionsbeamtenstelle zu Würzburg, den bisherigen Revisionsbeamten des Hauptzollamts Schweinfurt, Johann Rosch, seinem allerunterthänigsten Ansuchen entsprechend, zu versetzen und die Revisionsbeamtenstelle beim Hauptzollamte Schweinfurt, dem transvorte zuziehenden Grenzoberkontrolleur Karl Mayberger, zu verleihen.

Die preußische Thronrede.

Sie ist, weil die Minister dafür verantwortlich sind, auch als ihr Werk anzusehen, und zerstört gerade durch diese Stelle, durch welche sie die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens zu wecken scheinen will, eben diese Hoffnung. „Ich hoffe," heißt es darin, „daß unsere Erhebung genügen wird, unser Recht zu wahren." Abgesehen, daß Preußens Recht in Frage gestellt worden ist, sagt dieser Ausspruch, zusammengehalten mit der Versicherung: „In kurzester Zeit werden wir tüchtiger gerüstet dastehen, als jemals in alten oder je in neueren Zeiten," soviel als, es genügt, daß wir an unser Schwert schlagen und Niemand wird es wagen, unseren Plänen in den Weg zu treten. Dabei wird aber vergessen, daß, als Preußen drohte, es werde sich der Intervention der Bundesversammlung in Kurhessen und Holstein widersetzen, Oesterreich und seine Bundesgenossen sogleich sich darauf gefaßt machten, es mit der ganzen Wehrkraft Preußens zu thun zu bekommen, und daß sie, als dieses durch seine Truppen zwei Drittheile von Kurhessen besetzen ließ, nicht im Geringsten Bedenken trug, diesen die ihrigen entgegenzusenden. Dieses „Ich hoffe, daß unsere Erhebung genügen wird", an sich herausforderend, wird dies noch mehr im Zusammenhange mit der unmittelbar vorangehenden Erklärung, nemlich: „Wir fordern eine Einrichtung des Gesammtvaterlandes, die unserer gegenwärtigen Stellung in Deutschland und Europa angemessen ist," über die Bundesverträge, von denen freilich in der Thronrede nirgends die Rede ist, gewähren Preußen kein Recht, eine Verfassung des Gesammtvaterlandes zu fordern, wie sie gerade dem preußischen Gedanken zusagt, gewähren ihm kein Recht, „so lange in kräftiger Rüstung unter den Waffen zu bleiben, bis es der Geltung dieses Rechtes (i. e. jener Forderung) gewiß ist." Vielmehr spricht der zweite Grundvertrag des Bundes der Wiener Schlußakte so: „Drei Gesammtheit derß Bundesglieder steht die Befugniß der Entwickelung und Ausbildung der Bundesakte zu, insofern die Erfüllung der darin aufgestellten Zwecke solche nothwendig macht. Die deßhalb zu fassenden Beschlüsse dürfen aber mit dem Geiste der Bundesakte nicht im Widerspruch stehen, noch von dem Grundcharakter des Bundes abweichen." Dies ist die vertragsmäßige Grenze, innerhalb welcher Preußens Forderungen in Betreff der Neugestaltung Deutschlands sich zu bewegen haben. Preußen kann diese Grenzen durchbrechen wollen, aber es wähne ja nicht, daß Oesterreich und seine Bundesgenossen deßhalb, weil es an sein Schwert schlägt, bleich vor Furcht werden. Die Verantwortung wegen des Krieges wird dann ganz auf Preußen fallen, weil es sich nicht innerhalb der vertragsmäßigen Grenzen hielt. Die Stellung, die Preußen sich selbst mit so vielem Stolze gibt, ist nicht entfernt eine Rechtsquelle, vielmehr eine Quelle der Rechtsverletzung. Es weht kein Friedensgeist durch diese Thronrede. Nicht zum Frieden mahnt sie die Abgeordneten. Sie stellt ihnen den Aufschwung des Volkes als Beispiel dar, fagem: „Ich beklage die Opfer, welche deßhalb der Nation auferlegt werden mussen, aber ich weiß, Ihr Eifer, meine Herren Abgeordneten, wird hinter dem des gesammten Volkes nicht zurückbleiben." Nun, der Eifer, der aufgestachelt wird, kann ein solcher seiner entzunden, daß die Regierung nicht mehr Herr der Bewegung bleibt, es wird leicht jetzt schon nicht mehr ist.

Deutschland.

München, 28. Nov. Se. kgl. Hoh. der Prinz Karl hat nun seine Abreise zur Armee auf morgen festgesetzt. — Durch kgl. Kriegsministerialreskript wurde verfügt, daß die immobilen Truppen des ersten Armeekorps die Benennung „Armeekorps München" zu führen haben. Wegen Ertrankung des seitherigen Kommandanten desselben, Generallieutenant Graf Wenbung, hat heute der weiter genannte Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg das Kommando übernommen. — Se. kgl. Hoh. der Prinz Luitpold ist heute Mittags mit der Eisenbahn zur Armee abgegangen. (St. k. Hoheit reisten ohne Aufenthalt an Augsburg vorbei.) Vor seiner Abreise übersendete der Prinz noch dem 3. reitenden Artillerie-Regiment, in Anbetracht des ausgezeichneten Benehmens der Mannschaft desselben bei allen Gelegenheiten, sein Portrait in großem Format zum Geschenk. Dieses wurde der versammelten Mannschaft bekannt gegeben und das werthvolle Geschenk im Bibliothekzimmer des Regimentes aufbewahrt. — Nach Effiziere der Generalstabes haben zur Armee abgegeben. — Das kgl. Gesammtministerium hat beschlossen, daß eine Nachrekrutirung aus der Altersklasse 1828 stattfinden habe. Die anshiefer Klasse sowie aus der Altersklasse 1829 ausgehobene Mannschaft hat nach der Conscription sogleich bei den treffenden Regimentern einzurücken und einexerzirt zu werden. — Hauptmann v. Brack vom Generalquartiermeisterstab ist gestern nach Bamberg abgereist. Zum Kommandanten des hiesigen Artillerie-Depots ist der Oberstlieutenant Hammel bestimmt worden. — Es wird nun auch, wie es in mehreren Staaten der Fall ist, bei den bayerischen Truppen eine Hymne eingeführt, welche die Regimentsmusiker bei feierlichen Gelegenheiten, wie zum Gebete zu spielen haben. Dieselbe ist von dem kgl. Hofkapellmeister Aiblinger komponirt und von dem Landwehr-Musikdirektor Wieder im Auftrag des königl. Kriegsministeriums sowohl für Infanterie- als Kavallerie- und Artillerie-Musik arrangirt.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Fulda, 27. Nov. Von preußischer Seite vernimmt man ebenfalls, daß Verstärkungen, Zusammenziehungen, sogar Verschanzungen und auf wirklichen Krieg hinweisende Stellungen und Bivouaquirungen Statt haben. — Der Gesundheitszustand der Bundestruppen ist verhältnißmäßig sehr gut, indem die Erkrankungsfälle nicht viel über ein Procent betragen. Gestorben sind bisher nur zwei. Die bei Bronnzell verwundeten österreichischen Jäger sind fast sämmtlich der völligen Herstellung und Entlassung aus dem Hospitat nahe. Die Verpflegung der Bundestruppen wird von Tag zu Tag geregelter und für die Unterthanen durch die unmittelbare Beihilfe des Staates wesentlich erleichtert. — Die Steuern werden in hiesiger Gegend mit der größten Pereitwilligkeit eingezahlt und sollen von sämmtlichen Gemeinden des Landrentamtes dreimonatliche Steuern eingezogen, sogar von einzelnen Gemeinden sämmtliche Steuern bis zum laufenden Monate abgeführt sein. — Die wackren Landsente fremen sich, daß ihnen die Steuern abgenommen werden, indem sie hierin den Weg zu der von ihnen so sehr ersehnten Ruckkehr zur Ordnung erblicken. Wie sehr entwickelt diese treue Pflichterfüllung der einfachen Unterthanen mit dem versöhen und zugleich pobelhaften Unfuge der Rendesten und ihrer Schleppträger mit und ohne Ringkragen! (K. Z.)

Fulda, 28. Nov. Im Hauptquartier scheint eine immer zunehmende Ruhrgiekt einzutreten. Seit zwei Morgen ist die in und vor Hünfeld stehende Kanongarde in der Frühe alarmirt worden, und hat die gegen Mittag unter den Waffen gestanden. Man spricht davon, das etwas im Werke sei, was die bisherige Ruhe unterbrechen würde. Das Hauptquartier soll weiter vorwärts verlegt werden und die Truppenkörper scheinen engere Stellungen einnehmen zu wollen. Was man mit diesen Bewegungen beabsichtig, muß sich in den nächsten Tagen aufhellen. Etwas Specielles kann man nicht erfahren. (K.Z.)

Fulda, 28. Nov. Viele freudige Bewegung herrschte heute unter den hier cantonnirenden k. bayerischen Truppen. Es war der Geburtstag eines Königs. Tagesroselle mit Musik, herrliche Militärmerke im Dom, im Bereich des commandirenden Generals Fürsten von Thurn und Taris, des Bundescommissärs Grafen von Rechberg, Territorialcommissärs Staatsrath Scheffer und zahlreichen Offiziers, große Parade nach derselben, wobei wiederholt das „Gott erhalte unsern König" gespielt wurde, Dinners bei dem Fürsten und in verschiedenen Gasthöfen, wo sich die Offiziere in treuer Anhänglichkeit an den König versammelten und ihm begeisterte „Hoch!" brachten, verherrlichten den Tag. Bei dem Diner des Fürsten brachte Graf Rechberg den Trinkspruch auf Se. Maj. den König von Bayern und der Fürst folchen auf Se. Maj. den Kaiser von Oesterreich und Se. königl. Hoheit dem Kurfürsten und der commandirende General beschäftigte ihre Versammlung. Morgen marschiren die beiden prächtigen

Kanzleiregimenter von hier zu dem 1. Armee-corps nach Bamberg ab, mit dem General von Flotow. Es hat dies wohl als neue strategische Veranlassung, namentlich den Grund, daß das dieffeitige Corps (das II. Armeecorps) an Reitern schon überstark ist. Es herrscht hier die Meinung, daß wir dieser Tage entscheidenden Nachrichten entgegensehen dürften. Somit ist noch alles ruhig. Einige Bewegungen an den Vorposten hatten nur taktische Veranlassungen.

(F. D.-Z.)

Hanau, 28. Nov. Diesen Abend verbreitete sich hier das erfreuliche Gerücht, unsere Wirren seien auf dem Wege einer schnellen, friedlichen Lösung. Es soll ein im Rathe des Königs von Preußen noch angesehener Mann in München angekommen sein, um gemeinsam mit unserer Regierung die Mittel und Wege zu berathen, die Autorität des Kurfürsten im ganzen Lande wieder herzustellen, und die preußischen Truppen, ohne der Ehre Preußens irgendwie nahe zu treten, baldigst völlig aus dem Kurstaate zurückzuziehen. — Ferner spricht man von einer neuen Thronbesteigungsrufung unserer Beurlaubten und der alsdann erfolgten Rückkehr unseres Fürsten nach Kassel.

(K. Z.)

Stuttgart, 27. Nov. Heute hielt die von der K. Regierung neugewählte provisorische Staatsschuldenverwaltungs-Commission ihre erste Sitzung. Sämmtliche Mitglieder wohnten derselben an, mit Ausnahme der durch Krankheit verhinderten Prof. Kuhn. — Der Pseudonaschaft hat hier seiner Mitglieder, welche sich eines Urlaubs berühmten, einberufen, um (nach den Worten des Beobachters) sodann in Verbindung auf die vorfassungsdrohige Maßregel (die Einsetzung der obigen Commission) die weiteren geeigneten Schritte zu thun." Wir glauben versichern zu dürfen, daß die weiteren geeignetn Maßregel von Seiten der Regierung kaum ebenfalls folgen werde.

Jena, 18. Nov. Leider ist auch in diesem Halbjahr eine sonderliche Zunahme an der Zahl unserer Studirenden zu bemerken, und wohl wird noch eine lange Zeit vergehen, ehe man von dem Glauben zurückkommen wird, daß hier noch manche Funken glimmen, welche von dem hier im Jahre 1848 aufgerichteten Revolutionsherde noch geblieben sind, und daß deshalb manche Eltern sich scheuen, ihre Söhne hierher zu schicken. Freilich ist dieser Glaube nicht so ungegründet; hat doch hier ein ehemaliges Mitglied des Stuttgarter Convents Vorlesungen und sitzt im hohen Gerichtshofe, im hiesigen Oberappellationsgericht; hielt nicht ein gewisser sehr bekannter Dr. Widmann über Socialismus und Communismus nicht nur zu lesebern, sondern um dann zu beleren, von den vielleicht blos in unserer Gegend bekannten Agitatoren, dem Hofrath Fein und Professor Snell, ganz zu geschweigen! Unsere hiesigen Gothaer Constitutionellen sind jetzt wüthend über die Friedensaussichten: Krieg, blutiger Krieg ist ihr Feldgeschrei, und wenn man es sich nicht hatte abgewöhnen müssen, die Preußen dieser Leute, wie „sich zwischen die Bajonette werfen" u. dgl., so ganz wörtlich zu nehmen, so konnte man glauben, sie hätten im Sinn, ein fliegendes Freilovps sich der deutscher Professoren zum Schirm der Union zu errichten. Freilich haben auch manche dieser Herren bittere Täuschungen erlitten; der schöne Traum eines Nordamerika in Europa zerfloß leider, der fein deutsches Banner wehen ließe durch die deutschen Gauen", und von dem (vereinigten) „Thüringischen Landgrafen, dessen Sporenstreit auf der Wartburg durch das ganze Land schalle", ist nicht in Erfüllung gegangen, und die, wie verlautet, bereits fertige Schrift eines Frankfurter und Erfurter Reichs- und Nationalvorsammlers, worin der unumstößliche Beweis geliefert wurde, daß Bayern, Württemberg und Sachsen wegen des Zollvereins zur Union treten mußten, soll, wie man sagt, einzelnerer Umstände halber jetzt nicht gedruckt werden können, was freilich sehr Schade ist. Wir hoffen indessen, die Herren Gothaer werden die Krieg-Trompete bald wieder aus der Seite legen, sie wurden ja sonst den Anspruch auf die einzige Consequenz verlieren, die sie bisher behauptet haben, nämlich die Consequenz, ungetrübter Umstände halber jeder Ansicht sich bequemen zu können.

Altenburg, 24. Nov. Unser Landtag ist auf den 2. Dez. einberufen worden, und zwar sollen die alten Landstanden, obgleich die Mitglieder für die Diät 1851—54 bereits gewählt sind, noch einmal zusammenkommen und ihnen, wie verlautet, das Budget vorgelegt werden.

(D. A. Z.)

Hannover, 24. Nov. Es wird versichert, die hiesige Regierung habe nächstens zum Durchmarsch eines ihrer Executionscorps nach Holstein-Holstein die Genehmigung ausgesprochen, sondern eine Beihilfe zu demselben von 2000 Mann Infanterie zur Verfügung gestellt. (Bd.-Ztg.)

Wien, 24. Nov. Der leidige Lehhafte Notenwechsel zwischen hier und Berlin ist seit Eröffnung der preußischen Kammern plötzlich in Stocken gerathen und wird voraussichtlich bis zu ausdrücklich dem Fürsten Schwarzenberg erklärt, daß seine Regierung die deutsche Frage im Einklange mit der Vertretung des Landes betrachten, darüber beschließen und zu den Zwecke auch alle darin engagenen Schreiben, Noten und Instructionen auf den Tisch des beiden Hauser niederlegen werde. Diese Erklärung mag vielleicht Verwirrnisse hervorrufen, indem der gereizte Ton, worin die beiden Cabinette in letzter Zeit unter einander verkehrten, die ohnedies kriegslustige Aufregung der Kammern noch vermehren, und sie zu leidenschaftlichen Abstimmungen hinreißen dürfte. In Vorausicht noch heftigerer Conflicte mußten sich die Preßbehörde die Aufsicht vorzüglich werden. — Man spricht von einem Finanzdefizit, welches das auf Italien anzulegende Zwangsanleihen aufbringen soll.

(L. Z.)

Wien, 25. Nov. Man hat im kleindeutschen Lager viel über diese neue und dicke preußisch-hannoverische Freundschaft gefaselt. Man hat gesagt, Hannover habe im preußischen Allianze für den Fall eines bevorstehenden Krieges werden, man hat auch gesagt, es solle gegen die Pazification Holsteins gewonnen werden, man hat endlich gesagt, Hannover solle, in Verbindung mit Preußen, auf eine Pazification im Sinne der Standeversammlung, und gegen den Plan Bassenpflug, hinarbeiten. Das alles ist und der Luft gegriffen; Hannover hat gegen beide Pazifikationen (in Holstein und in Hessen) wenig oder gar nichts einzuwenden, Hannover läßt sich auch nicht als Alliierter gegen Oesterreich für den Fall eines Kriegs gewinnen. Aber für die Politik Preußens in den freien Konferenzen soll es allerdings gewonnen werden, oder vielmehr, es ist schon dafür gewonnen mit dem Tage der wiederhergestellten neuen diplomatischen Verbindung durch den General v. Rotzig, als Gesandter Preußens am hannoverschen Hofe. (D. Z.)

Die neueste ministerielle „Oester. Korrsp." vom 25. d. nimmt in einem langen Artikel, auf den wir später zurückkommen werden, bezüglich der Erfolglosigkeit der bisherigen Verhandlung zwischen Wien und Berlin einen sehr entschiedenen Ton an; sie sagt am Schlusse ihres Artikels: „Wir können uns nicht hindalten lassen, wenn es sich nur darum handelt, Zeit zu gewinnen und die Ansichten gegen uns zu verwollkommen. Ausschließlich der Grenzverhältnisse in Hessen habe Preußen Garantien verlangt, bevor es das Einrücken der Bundestruppen in Kassel zugestehen konne: die Garantien habe es in Händen „so bestimmt, unumwunden und feierlich, wie ein Staatsvertrag. Und keine Antwort darauf, ob es sich dem Einmarsche noch zu widersetzen gedenke."

Stettin, 23. Nov. Der Prinz von Preußen hat in seiner Eigenschaft als Statthalter der Provinz Pommern folgenden Parole-Befehl an das 2. Armee-Corps erlassen: „Des Königs Majestät haben mittels Allerhöchster Ordre v. 15. d. M. Mir den Befehl zu erheben geruht, eine Truppen-Concentration auszuführen, zu welcher auch das Königl. 2. Armee-Corps gehören wird. Ein erneuter Ruf in ernster Stunde ist von unserem Könige und Kriegsherrn an Sein Heer ergangen; in wenig Tagen steht dasselbe schlagfertig Ihm zur Seite, Seines Befehles gewärtig. In diesem wichtigen Augenblicke trete Ich mit dem Corps in Verbindung, welches aus der Provinz hervorgeht, der Ich mit dem Namen ihrer Stammherzogin angehöre. Der Geist, der dieses Corps und diese Provinz stets belebte, die Tapferkeit und der Muth, den die einzelnen Theile desselben auf verschiedenen Kampfsplätzen gleichmäßig bewiesen haben, sind Mir Bürge, daß, wenn der entscheidende Augenblick eintritt, jeder Einzelne sein Leben einzusetzen bereit ist, um Preußens Ehre gegen jede Antastung zu wahren. Kameraden! In dieser Gesinnung laßt uns nun zusammentreten und treu unserem Eide die Befehle des Königs erwarten. Berlin, den 16. November 1850. (gez.) Prinz von Preußen." (N. Z.)

Berlin, 27. Nov. In der heutigen Sitzung der II. Kammer gab der Präsident folgende Erklärung ab: Die Geschäfte der Abreßcommission sind bisher noch nicht so weit gediehen, als es unter andern Umständen, als die gegenwärtigen sind, geschehen sein würde. Am vergangenen Sonnabend nämlich, wo die Commission zuerst zusammentrat, überzeugte sie sich, daß sie ohne Mittheilung des Königl. Ministeriums über den Stand der anderen Angelegenheiten seinen Beschluß fassen konne. In der Sitzung am Sonntag, zu welcher von ihr das Ministerium eingeladen worden war, erschienen die Herren Minister zwar, erklarten jedoch, nicht im Stande zu sein, eine bestimmte Mittheilung machen zu können. Die Commission sah sich hierauf jedoch, ihre Berathung anderen Tages fortzusetzen. Die Minister erschienen nicht, sondern beantragten, die Sitzung auszusetzen; aber auch andern Tages erschienen sie nicht, sondern wünschten eine andere Sitzung auf Mittwoch 4 Uhr anberaumt zu sehen. — Minister v. Ladenberg: Dieser Erklärung des Herrn Vicepräsidenten sei hinzu, daß das Ministerium heute Abend die gewünschte Auskunft geben wird.

Berlin, 27. Nov. Es ist abermals, berichtet die „Litb. Corresp.", ein Wendepunkt in unserer Politik eingetreten. Wir glauben, Preußen steht an der Schwelle der Entscheidung. Die Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich sind vor einer Pause steirt. Eine Zusammenkunft zwischen dem Fürsten Schwarzenberg und Herrn v. Manteuffel war gestern proponirt. Wie wir hören ertging alsbald eine Depesche, welche die Abreise des Herrn v. Manteuffel für heute nach Oerdeerg (?) notificirte. Oerdeerg soll nämlich der Conferenzort für die beiden Minister sein. Man gibt hier der Hoffnung Raum, daß diese Schlußconferenz zu dem Resultate eines ehrenvollen dauernden Friedens führen werde, der jeder Einmischung seemder Staaten bei den gegenwärtigen Differenzen zwischen Preußen und Oesterreich ein Ende machen werde. Herr v. Manteuffel ist heute abgereist. Gestern befand er sich in Potsdam, woselbst er auch Sr. Majestät Bortrag hielt. Ueber den Ort der Conferenz zwischen Manteuffel und Schwarzenberg (als welcher uns Oderberg genannt wird) cursiren auch Gerüchte, welche eine andere Stadt (Olmütz) als Zusammenkunftsort der beiden Minister bezeichnen. Den Vernehmen nach liegt es jedoch ferne, daß zur Erreichung einer vermittelnden Entwirrung der schleswig-dänischen Verhältnisse die bisher vermittelnde Macht, England, eine vorwiegend entscheidende Stellung einnehmen wird. Eine Execution der Friedens in den Herzogthümern durch England in einem möglichen Sinne liegt vollkommen in den Bereich der jetzigen Situation. — Heute Abend wird das Ministerium der Adreßcommission der 2. Kammer die gewünschten Aufschlüsse über die allgemeine politische Sachlage geben. — Das Ministerium hat heute in der zweiten Kammer den Staatsschuldbaltsetat für 1851 und einen Ueberzeugtwurf über die Verant-

wortlichkeit der Minister eingebracht. — Das seit gestern Abend unterbrochene Gericht, Hr. v. Prokesch werde heute obreisen, hat sich noch nicht bestätigt. Wie die Verhandlungen nunmehr liegen, scheint diese Eventualität zum erste nicht einzutreten.

Berlin, 27. Nov. In Folge des gestern Abend unter dem Vorsitze Sr. Maj. des Königs abgehaltenen Ministerrathes ging heute der Minister v. Manteuffel mit dem um 8 Uhr abgehenden Zuge auf der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn über Breslau nach Oderberg ab, um daselbst mit dem öster. Premierminister, Fürsten Schwarzenberg, zu einer Konferenz zusammenzutreffen. In der Begleitung Sr. Exc. befinden sich der Legationsrath Abeken und der Regierungs-Assessor Graf zu Eulenburg. Hr. v. Manteuffel wird in 4 Tagen wieder hier zurück erwartet.

In den Kammern verbreitet man sich heute von einer Vertagung bereits auf 30 Tage und soll diese bereits in etwa acht Tagen ausgesprochen werden. Inzwischen dürften die Angelegenheiten bis dahin definitiv geordnet sein, sowohl was Krieg oder Frieden, als was die Reconstituirung des Ministeriums anbetrifft. Während der Vertagung sollen die Arbeiten der Kommissionen nicht unterbrochen werden, vielmehr diese sich mit den vorher noch gemachten Vorlagen der Regierung zu beschäftigen haben. (N. Pr. Z.)

England.

London, 18. Novbr. Die vorgerückte Stellung der Armee in Deutschland und die zwischen der preußischen Regierung und dem deutschen Bunde streitigen Fragen scheinen uns weniger bedrohlich für die Ruhe Deutschlands und den europäischen Frieden, als die inneren Folgen der außerordentlichen und unbegreiflichen Politik, welche der preußische Hof seine Sanction gegeben hat. Jede Concession muss mit einer Prokopie begleitet und das Volk bewaffnet, als man sich vor den Gegnern zurückzog. Der Minister, welcher als der beständige Beförderer der für den Frieden und die Einigkeit Deutschlands verderblichsten Pläne bekannt ist, stürzte, weil das Cabinet seinen Vorschlag bewaffneter Negotiation verwarf. Zwei Tage darauf wurde die ganze Armee unter die Waffen gerufen, und ein preußisches Corps rückte in Hessen ein, um den Bundestruppen vorzukommen. — Die Demüthigung der preußischen Politik und des preußischen Ehrgeizes sind die unvermeidlichen Resultate der Mäßigung, welche die Staatsmänner jenes Landes seit einiger Zeit getroffen haben. Ihre Pläne vertragen sich nicht im Mindesten mit den Rechten und Meinungen der übrigen Menschen. Ausgehend von einer excessiven Schätzung ihrer intellectuellen Ueberlegenheit über alle süddeutschen Staaten, mussten sie sich das Recht an, den Bundestag aufzulösen, einen andern dafür an seine Stelle zu setzen, Oesterreich aus dem Bunde auszuschließen und die kleineren Königreiche zu dem Range untergeordneter Provinzen zu reduciren. Aber sie vergaßen, daß in dem Verhältnisse, wie diese Projekte zur Regeneration Deutschlands der Eitelkeit des preußischen Volkes und des kleinen Häufchen ihrer gothaischen Anhänger Vortheilen, die Alles vor Deutschland abschrecken, und daß nichts klarer ist, als der Gebrauch, welchen Preußen von liberalen und selbst von revolutionären Prinzipien gemacht hat, nämlich als Deckmantel seiner Vergrößerungsplane. Wenn hart gedrängt, mag es wiederum zu denselben Künsten greifen, und da sie leichtgläubigkeit deutscher Patrioten unerschöpflich ist, so mögen einige liberale Proclamationen einen neuen Brand entzünden; ein solcher Brand würde aber bei dem gegenwärtigen Zustande in Deutschland das Signal zu einem Meinungskriege werden mit Folgen, von denen wir nur eine einzige vorherfagen wollen, die nämlich, daß der Krieg von Preußen das erste seiner Opfer werden würde. Die Partei, welche seit zwei Jahren und länger geschäftigt gearbeitet hat, alle diese unheilvollen Chimären zu fördern, den Frankfurter Convent von 1848 mit seiner wissenschaftlich-ausgearbeiteten Constitution und seiner Kaiserlichen Krone, den dänischen Krieg, von deutschen Professoren angefangen und von deutschen Freiwilligen geführt, den preußischen Sonderbund mit seinem Erfurter Parlament und alle die andern Transformationen ihrer siebenfachen Thätigkeit, ist jetzt kräftig bemüht, uns zu überreden, daß der Meinungskrieg bereits begonnen habe, und daß wir uns sofort auf ihre aufgeregten Angaben hin zwischen russischen Absolutismus und der liberalen Sache, repräsentirt vom Berliner Hofe, aussprechen müßten. In der That ist dies aber eine große Uebertreibung. Die Ansicht, welche jetzt von Preußen verfasst, daß es sie anneime, sind nichts weiter, als die Erfüllung bestehender Bundespflichten. Die russische Regierung hat über diesen Gegenstand genau dieselbe Sprache geführt, wie Lord Palmerston, und es hat keinerlei Art von Drohung oder Diktation in Bezug auf sie Seite über die in neue Bundesverfassung Deutschlands Statt gefunden. Wenn aber der Bund überhaupt existiren soll, das heißt, wenn Deutschland ein unirter und nicht ein gespaltener Körper sein soll, so, meinen wir, müßte er doch einige Gesetze und einige Behörde auf Grund seiner ursprünglichen und unaufkündbaren Bundesverträge haben. Wenn Preußen in Deutschland eine politische oder moralische Suprematie ausübt, so kann keine Macht auf Erden es hindern, eine gleiche Macht am Bundestage auszuüben. Es behalt seine volle Freiheit, zu thun und zu lassen, so weit das Gesetz geht; es behalt seine eigene neue Revolutionsverfassung; es begiebt sich nur auf seine alten liberalen Regierungsweise, deren Früchte es ernten mußte, nachdem es eben erst die Saat ausgestreut; es hat aber alle diese Vortheile in Gefahr gebracht durch eine herausfordernde und anmaßende Politik, in der zu scheitern es zu schwach ist, und dann schlägt es Allem, was die deutschen Institutionen heilig achten, und den deutschen Patriotismus durch russischen Despotismus bedroht. Deutsche liberale Institutionen sind durch nichts weiter bedroht, als durch die Unbeständigkeit und das Schwanken derer, welche die Ehre einer constitutionellen Regierung in jenem Lande zu gründen beanspruchten, aber durch die unheilbare Gebrechlichkeit des Volkes selbst verhindert wurden, die Sache selbst zu nehmen, und die einzige ernsthafte Gefahr, welcher die Unabhängigkeit der deutschen Nation je ausgesetzt sein kann, entsteht aus solchen Missverständnissen wie die gegenwärtige Krise, welche die ungeheuren Massen ihrer natürlichen Vertheidiger in Waffen einander gegenübergestellt hat. Die Russische Suprematie in Deutschland, die in einem großen Theile Deutschlands scheinen der Ehre einer innigen Allianz zwischen jenem Königreiche und Oesterreich entgegen zu sein, als wenn sie vollwendig eine untergeordnete Stellung Preußens und die Aufgaben seiner liberalen Anforderungen bedingte. Sie scheinen vergessen zu haben, daß Oesterreich selbst in alle seine Ansprüche auf eine Superiorität aufgab, mit Ausnahme des formalen Vorsitzes auf dem Bundestage, welcher eine bloße Anzeichnung seines Ranges ist, und ausdrücklich den Bund auf die Basis der Gleichheit zwischen sich selbst und Preußen errichtete. Diese Bedingung erfüllen Zwist Hannover vollkommen und wohin sie uns führen, sie, die preußischen Staatsmänner unserer Tage haben gesucht die Gleichheit in eine Obmacht zu verwandeln. Ihr Anschlag ist mißlungen, weil ihr Plan sich nicht mit den Interessen Deutschlands verträgt, wir hoffen aber, daß sie im Stande sein werden zu dem Prinzip einer aufrichtigen Verbind mit ihren Bundesgenossen zurückzukehren, over sie werden zuletzt Preußen und das übrige Deutschland in die Schrecken einer Revolution stürzen, in denen nicht unwahrscheinlich die monarchischen Institutionen dieses Landes überhaupt untergehen werden.

(Times.)

Schweiz.

Schwyz, 19. Nov. Die heutige „Schwyzer Zeitung" enthalt folgendes Schreiben aus der Bundesstadt: „Der allgemeinen Berathung über die Fragen der gemischten Ehen im Schooße des Nationalrathes beizuwohnen, war für den überzeugungstreuen, glaubigen Katholiken, oder nach der gemeinnützlichen Ehrenbenennung, für einen „Ultramontanen", eine sehr unerquickliche, betrübende Sache. Es lagen vor, die Eingaben der sammtlichen Bischöfe, der Thorherren des katholischen Schweiz, ernst und eindringlich die Bundesbehörde vor dem Gesetze abmahnend, welches über die gemischten Ehen in Berathung kam. Die Bischofe erfüllten ihre Pflicht mit Erlaß der Eingaben, denn die katholische Kirche mißbilligt die gemischten Ehen, und sollen sie gestattet werden, so steht es allein in — und nicht in der Staatsgewalt zu, die Bedingungen vorzuschen, unter welchen eine derartige Ehe eingegangen werden kann. Die Sprache der Kirche ist eine ernste und entschiedene, daher behagte sie dem Radikalismus nicht. Die Mehrheit des Nationalrathes — sind die Landesbehörde, wir verfügen über diese rein staatskrechtliche Frage (?!) der gemischten Ehen, — die Bischofe sind nur unsere Berater"?!) und der ehrsorgsame Nationalmann Sidler: „Die Bischofe begnügen sich in ihren Eingaben nicht mit der Sache als solcher, sie haben damit noch die „krassesten Zusätze" verbunden. Ich mißbillige diese Sprache als die der frühern Jahrhunderte der Inquisition. Das Konzert, welches die Bischofe in der Kanzel- und Beichtstrenge zugestimmt haben, scheinen sie fortspielen zu wollen. Die Sprache der Bischofe ist, gelinde gesagt, ein schreiender Mißton in die Bildung unserer Zeit und Zivilisation." Protestantische Redner haben sich mit einer Frivolität, mit einer spottenden Leichtfertigkeit über diese für die Katholiken so hochwichtige und folgenschwere Frage ausgesprochen, die traurige Erfahrung bestätigt, wie weit es in unserm Vaterlande für die Achtung der katholischen Kirche und deren Rechte gekommen ist. Vergessen mir auch des Hofmanns von St. Gallen nicht, welcher unter Anderm die Bemerkung äußerte: „Es hat jede Religion ihr Gutes und ihr Schlechtes (?!)" Erbärmliche Geringschätzung dessen, was jedem gläubigen Christen, sei er Katholik oder Protestant, das höchste und theuerste Gut sein muß." „So viel in kurzen Abrissen zur Würdigung des Geistes, welcher die eidgenössische oberste Bundesbehörde durchweht, wenn in derselben kirchliche oder religiöse Fragen zur Sprache kommen. Suspicrni aut?"

Italien.

Turin, 25. Nov. Die Thronrede lautet: „Meine Herren Senatoren und Abgeordnete! Bei Eröffnung der verflossenen Session richtete Ich an Sie Worte des Vertrauens und der Hoffnung. Ihr Wirken hat sie kräftig gerechtfertigt, und es freut Mich auch innerster Seele, Ihnen bei gegenwärtiger Gelegenheit feierliches Zeugniß darüber abzulegen. Auf den Grund den mein erlauchter Vater gelegt, erhebt und befestigt sich der Bau unserer neuen Staatseinrichtungen. Dank der klugen Besonnenheit des Parlements und der vertrauensvollen Verbindung des Volkes. In allen Zeiten war es für männliche Thatigkeit das wirksigste Vorbaben im Staate jene Freiheit einzuführen, die sich auf gute, unparteiisch vollzogene und allgemein geachtete Gesetze gründet. Fordern

wir unser großes Werk und geben wir auf italienischen Boden das edle Beispiel eines Volkes, das nach so viel Verwüstung und Zerstörung, Sinn und Geist zum Wiederaufbau sich zu erwecken wußte. (Anhaltender Beifall.) Dazu bedarf es zuerst einer Regelung der Finanzen. Der wachsende Wohlstand des Landes deutet und dafür auf die geeignete Art und Weise, wahrend die oft erprobte Bereitwilligkeit des piemontesischen Volkes zu nöthigen Opfern die Mube erleichtern wird. Wir fordern daher die Vorlage Gesetzes für jene Gesetze, welche meine Minister Ihnen bezüglich darauf und auf Verbesserungen der burgerlichen und militärischen Verwaltung vorlegen werden. Ich hoffe, daß die Handelsverträge, welche kurzlich geschlossen oder eben mit einigen andern Nationen geschlossen werden sollen, sowie die Verabredungen, welche wir in unserer volkswirthschaftlichen Gesetzgebung einführen werden, unserm Handel größere Ausdehnung und höhere Vortheile verschaffen werden. Die freundlichen und friedfertigen Beziehungen Meiner Regierung zu den auswärtigen Staaten haben keine Storung erlitten. Es gelang den Bemühungen meiner Regierung noch mehr die schwerigen Streitpunkte mit dem römischen Hof auszugleichen, wo von jenen Gesetzen sich herschreiben, welche die Staatsgewalten bei den neuen politischen und juridischen Verhältnissen nicht zurückweisen konnten. (Wiederholter Beifall.) Bei unserm Auftreten und den Verhandlungen haben wir immer jene Ehrfurcht beobachtet, welche alle dem apostolischen Stuhl zeigen, dabei aber fest auf der unverletzlichen Unabhängigkeit unserer Gesetzgebung bestanden. (Beifall.) Treu unsern Pflichten und beharrlich in der Uebung unserer Rechte vertrauen wir, daß die Zeit und der wohlthatige Einfluß religiösen Sinnes in Güte und einen Vergleich beingen wird, der jetzt zu den ersten Bedürfnissen des gesellschaftlichen Zustandes gehört. Die Fürsten meines Hauses haben nie Daran gedacht, die Schätze zu sammeln, sie wollten als Sold nur die Verehrung und Liebe ihrer Volker. An Ihnen war es zu zeigen, daß dieß nicht sowohl eine edle Sorglosigkeit als vielmehr eine erworbene und wohlbegründete Zuversicht gewesen. In diesem neuen Zeichen Ihrer Anhänglichkeit und der allgemeinen Bereitwilligkeit, womit Sie alle Mühen einer langen Session ausgebauten, erblicke ich ein Unterpfand der vollkommenen Eintracht zwischen den Gewalten die den Staat regieren (Beifall.) Einig und darum stark werden wir unversehrt die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Zustände überwinden, und jene Sicherheit und tobliche Festigkeit erwerben, die nur aus dem Vertrauen der Volker auf die Treue ihrer Fürsten und auf die Rechtskraft der Regierungen entspringen kann. (Einstimmiger, lang anhaltender Beifall.)

Neuestes.

*Hammelburg, 25. Nov. Heute verunglückte der Maurermeister Georg Müller von Thulba, indem er angeblich Neuwirthshaus aus Unvorsichtigkeit unter einen mit Bauholz geladenen Wagen gerieth, überfahren wurde und so augenblicklich den Tod fand.

Frankfurt, 29. Nov. Einer Privatcorrespondenz aus Berlin entnehmen wir, daß die Mittheilungen des Ministeriums an die Adreßcommission die letztere zu einer Verständigung mit Oesterreich geneigter gemacht habe. (F. O.-Z.)

Frankfurt, 29. Nov. So eben verbreitet sich das Gerücht, daß den Bundestruppen der Befehl zugegangen sei, nunmehr nach Kassel zu marschiren.

Karlsruhe, 27. Nov. Frh. v. Andlaw interpellirte heute in sehr energischer Weise den Minister des Innern in der ersten Kammer wegen des Verbots des „Deutschen Volksfreundes". Auf die Erklärung des Ministers gab die erste Kammer, mit Ausnahme von drei Stimmen, die Erklärung zu Protokoll, daß sie das Verbot dieses Blattes für gerechtfertigt ansehe.

Wilhelmsbad, 30. Nov. Der Kurfürst hat den Geheimrath und ritterschaftlichen Obervorsteher Friedrich von Trott zu Alterhechsthirem Bevollmächtigten am Bundestage ernannt.

In Paris hat ein Mitglied der Linken ein Ministerium der Reinlichkeit beantragt. Ein Rechtes hat dazu Srn. Judas Cremieux vorgeschlagen.

Freiburg, 30. Nov. In Ebnet St. Denis und Umgegend wird eine Bittschrift um definitive Ausweisung des Flüchtlings Dr. d'Ester herumgetragen. (Bost. Z.)

T. D. Wien, 28. Nov. (10 Uhr 15 Minuten.) Gestern wurde gegen die Winkelagiteurs an der Borse potzlich eingeschritten, und hat sich in Folge dessen eine ganzliche Umstimmung kund gegeben. (N. M. Z.)

T. D. Berlin, 28. Nov. Das rechte Centrum der zweiten Kammer, der (für die Mehrheit wohl den Ausschlag gebenden) Fraction Bodelschwingh-Geppert, stellt in ihrem einstimmig beschlossenen Programm folgende Forderungen: 1) keine Ratification Kuchenheims, 2) keine Creation durch Bauernwahlen in Gegenwart, 3) keine Verfassung des weitern Bundes ohne Zustimmung der preußischen Volksvertretung. (N. Z.)

Schwurgerichtsverhandlungen.
II.

Würzburg, 28. Nov. Ein einfacher, nicht durch verwickelte Umstände schwieriger Fall war der heutige Gegenstand der Verhandlung. Scheuch, ein Buttnergeselle aus Mainstockheim war angeklagt des Raubes, verübt an dem Bauer J. Klupfel aus Schernau. In einem Wirthshause zu Dettelbach hat der Letztere in Gesellschaft des Schreiners „Doppel-Louis" gewechselt, und mit der einen Hälfte seines Mann ausbezahlt, mit dem er am nämlichen Tage vor Gericht stand; die andere Hälfte nahm er zu sich und entfernte sich so ungefähr Nachmittags 2 Uhr. Scheuch verließ auch bald hierauf das Wirthshaus, holte den Klupfel ein und nahm ihm gewaltsam das Geld ab, indem er ihm mit der Hande festhielt und ihm aus der andern der Tasche zog. Klupfel schrie um Hulfe und als diese herbeieilte, floh Scheuch davon. Scheuch wollte in der Vorunterfuchung die Sache laugnen, gestand aber jetzt den Diebstahl und suchte blos zu laugnen, daß er Gewalt angewendet habe. Die Geschwornen aber erkannten ihn schuldig des Raubes III. Grades, worauf der Gerichtshof auf Zuchthausstrafe zur unbestimmte Zeit erkannte. Präsident war: Appell-Rath, Graf Spreti, Staatsanwalt Reichsrath Lowenheim, Vertheidiger Conzipient Schmitt. Die Geschwornen waren folgende: Biebrich, Dr. Rosbach, (Odmann), Jüngling, Kestler, Bauch, Ulrich, Rehm, Clement, Englert, Tubeuf, Sauer und Schopperley.

Die Begründung der mitgetheilten Motion des Herrn Dombekan v. Hirscher.
(Fortsetzung)

Nachdem die Klöster aufgehört hatten, die heranwachsenden studierenden Jünglinge alle in den Gymnasial- und Lyceal-Studien allen Einflussen der Welt, insbesondere der dem immer fortschreitender auftretenden Zeitgeiste blosgestellt waren, minderte sich die Zahl der Theologie Studierenden so, daß derjeni im Erzbisthum gegen zweihundert Curatstellen unbesetzt sind, jener nicht zu gedenken, deren Besetzung ausbleibt.

„Indeß es nicht sowohl die zu erziehende genügsame Anzahl von Geistlichen, was die Errichtung der fraglichen Erziehungsanstalten zu einer Lebensfrage für die katholische Kirche des Landes macht; es ist, wie gesagt worden, weit mehr der zu erziehende acht priesterliche, zu einer großartigen Pastoralwirksamkeit befähigende Geist der Geistlichen. Die katholische Kirche stellt ihre Forderungen an ihren Klerus hoch. Gott, Christus, die Gemeinde — soll der allausständige Inhalt seiner Liebe, seiner Strebungen und Thätigkeiten sein. Sie will, daß ihre Geistlichen in gewissem Sinne Christum an sich darstellen, nach dem Worte: „Wie wird der Vater gesendet hat, so sende ich euch." Sie seien das Salz der Erde und das Licht der Welt.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Holz-Versteigerung
in den Staatswaldungen des
K. Forstamtes Hammelburg.

Mittwoch den 11. Dezember früh 9 Uhr zu Neuwirthshaus, werden nachverzeichnete Holzsortimente, und zwar, das Stammholz in freier Concurrenz, und das Brennholz zum Lokalbedarf versteigert, nemlich:

Revier Neuwirthshaus

1) Schlag Blauerz;
280 Kiefern Bau- und Nutzholz-Abschnitte
33 „ Gerathstangen
76½ Klftr. Kiefern Scheit
9½ „ „ Prügel
2000 Gebund „ Reisigwellen.

2) Distriktsloß am Holzsterpfad
186 eichene Gerathstangen.

Hiezu ladet mit der Bemerkung ein, daß sich nicht genau bekannte Strichliebhaber über ihre Zahlungsfähigkeit durch ein Attest ihrer Ortsvorsteherverwaltung sogleich beim Striche auszuweisen und jene, welche für andere Holz steigern, sich durch einen schriftlichen Vorweis zu legitimiren haben.

Hammelburg, 25. Nov. 1850.

Das Königl. Forstamt.
P. Greiß.

Frankfurter Cours.
Den 29. November 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	975	985
„ 5% Metalliques	66½	66⅞
„ 4% „	—	—
„ 3% „	—	—
„ 2½% „	35½	—
„ 4½% Bethmann	—	—
„ 4½% „	—	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	81½	82¼
„ 500 „ 1834.	138	138½
Preußen 3½% St. Schuld-Scheine.	—	—
„ Thaler. 50 Preußen Scheine.	—	—
Bayern 3½% Obligationen	—	—
„ 4% „	—	—
„ 5% „	—	—
Würtemberg 3½%	77	77½
„ 4½% „	92½	93
Baden 3½% „	—	76
„ fl. 35 Loose	28	28½
„ 50 „	48	49
Nassau fl. 25 „	—	24½
Hessen Darmst. fl. 54 Loose	72	72½
„ „ 25 „	—	27
Polen fl. 300 „	29½	29¾
Sardinien Fcs. 36 „	—	—

Theater-Anzeige

Sonntag, den 1. Dezember 1850.

Gastspiel der Herren Rothowsky und Thelen.

Die Hugenotten.

Große Oper in 5 Akten von Meyerbeer.

Montag, den 2. Dezember.

Die Jäger.

Landliches Sittengemälde in 3 Akten von Iffland.

Dienstag, den 3. Dezember.

Zum Benefiz des Regisseurs Herrn Reinhardt.

Zum Erstenmale:

Maximilian Robespiere.

Schauspiel in 5 Akten von W. R. Griepenkerl.

Druck von Joseph Steib in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 96.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhaus 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Stempel und Gebühr frei.

Nr. 288. Würzburg, Montag den 2. Dezember. **1850.**

Die politischen Zustände in Preußen.

Was man in Frankreich la gloire de la grande nation nennt, das preist der aus in Berlin die „Ehre" Preußens. Es ist ganz diesethe psychologische Erscheinung und, wie ich hinzufüge, dasselbe sittliche Verwerfung. Man setzt seinen Ruhm und seine Ehre in weltliche Macht und eitle Größe, während man die Quelle dauernder Größe und Macht, die Gerechtigkeit, völlig vergessen hat. Diese französische gloire, diese selbstsüchtige Eitelkeit hat Europa in seinen Grundfesten erschüttert; zuletzt aber fand sie ihr Modell und Muster, nach den Franzosen übrig blieb, war Nichts, als ein bürgerlicher zerütteter Staat, dessen Bewohner jedes Rechtsgefühls und jeder wahren bürgerlichen Tugend unfähig geworden waren. Das diese falsche preußische „Ehre," die nebenbei bemerkt, bei den geringen Mitteln des Staates, mit der französischen gloire verglichen, etwas Karrikirtes hat, zuletzt auch noch einmal ihr Moskau oder ihr zweites Jena finden muß, ist leicht vorherzusagen. Alle Bestrebungen, die den sittlichen Gehalten nicht entsprechen, tragen den Keim des Verderbens in sich-selbst. Sie scheitern entweder an äußerem Widerstande oder an der inneren Zerrüttung, die sie nothwendigerweise hervorbringen; gewöhnlich an beiden zugleich. Wir dürfen uns darüber nicht täuschen, die sogenannte preuß. "Ehre" ist mit der Freiheit und Selbstständigkeit des übrigen Deutschlands nicht vereinbar. Es läßt sich kein aufrichtiger Frieden mit ihr schließen, denn sie wird sich bei jeder günstigen Gelegenheit wieder auf Kosten der anderen Glieder Deutschlands zu vergrößern wissen. Wenn die Vergrößerungsgelüste Preußens auch dieselbst zurückgeschlagen werden, so ist es doch immer nur ein Waffenstillstand, der eintritt; an einen dauernden Frieden ist nicht eher zu denken, als bis Preußen sich selbst besiegt, seinen verderblichen Ehrgeiz aufgibt und seine Ehre in die Unterordnung unter das Recht setzt. Bis dahin sind wir wohl leine Zeichen für eine solche sittliche Reaction vorhanden. Man gehe die gesammte preußische Tagesliteratur durch, man lese die Blätter der äußersten Linken und der äußersten Rechten, man wird keine Stimme finden, die das predigte, was noth thut, nämlich eigene Besserung. Eine solche Stimme, welche die ungerechten Machtbestrebungen Preußens verdammte, würde geradezu als unpatriotisch und landesverrätherisch verschrieen werden. Diese schlimme Eigenschaft haben alle Preußen mit einander gemein, und wenn Kreuzzeitung, Nöhnerzeitung und Urwähler auch noch so sehr mit einander hadern, über den Beruf Preußens, die erste Macht zu spielen und Deutschland zu unterwerfen, sind sie alle einig. Die Einen wollen rascher, die Anderen wollen langsamer gehen, die Einen wollen mit Hasse der Demokraten dahin gelangen, während die Anderen dieses Mittel für zu gefährlich halten. Aber Keiner ist, der nicht zugriffe, wenn die Gelegenheit günstig wäre, und der die Schwäche des Rechtes nicht jeden Augenblick zu überspringen bereit wäre. Im Uebrigen wird das Streben nach weltlicher Ehre und Ansehnung den Kindern hier fast schon mit der Muttermilch beigebracht. Diese Ehre ist der Hebel, der auch den innern Staatsorganismus Preußens in Bewegung setzt. Carriermachen, Avancieren, Orden erhalten — das ist es, wovon schon der Knabe träumt, um was sich alle Wünsche des Jünglings drehen und wonach sich auch der Greis auf dem Sterbebette sehnt. Treten Sie in jenen Zirkel von jungen Referendarien und Assessoren, die dort zusammensitzen, ich wette mit ihnen, daß sie sich über diesen Gegenstand unterhalten. Die Arbeit, das Studium, es ist Alles nur Mittel zu diesem einzigen Lebenszwecke. Die Freude an der Sache selbst, die Befriedigung des eigenen inneren Lebens, man kennt es nicht, oder weniger, als in Preußen. Anerkennung und Belohnung durch die Vorgesetzten, Steigen und Steigen, und immer größerer conventioneller Glanz — das ist der Dämon, der alle Geister beherrscht, und der von der Staatsregierung sorgsam genährt wird, weil ihr kein besserer Hebel zu Gebote steht. Was Wunder, daß dieser edle Geist der Eitelkeit und der weltlichen Größe sich auch in der äußern Politik geltend macht!

Deutschland.

München, 30. Nov. Der Generaladjutant Sr. Maj. des Königs und charakteristische Generalinventar F. Frhr. v. Hohenhausen, zur Zeit commandirt bei der 4. Division in Nürnberg, wurde durch königl. Erlaß vom 26. d. um wirklichen Generallieutenant, ferner der supstituirende Richtungsmajor vom zweiten Inf.-Reg. C. Frhr. v. Godin zum Major in demselben Reg., und der Hauptmann E. Keim im 6. Inf.-Reg. zum substituirenden Richtungsmajor im 2. Infanterieregiment befördert. Sämmtliche drei Beförderte der bayerischen Armee, die Doctoren Heyler, Kurtin, Gronen und Pfeufer wurden auf ihr Ansuchen in den Pensionsstand versetzt; zur Wiederbesetzung ihrer Stellen, sowie einer Anzahl anderer in der militairärztlichen Branche erledigter Stellen wird in diesen Tagen ein Ministerialerlaß erwartet. — Im Münchner Hof-Theater schon vor einer wichtige telegraphische Nachricht angelangt zu sein. Herr v. d. Pfordten begab sich eilig in die königl. Residenz. Gestern war zweimal und heute wieder Ministerrath. Auch unter den Vorsemmännern ist heute Abend viel Bewegung, man glaubt wieder mehr als seit längerer Zeit an einen friedlichen Ausweg der Dinge, obgleich unsere Truppenbewegungen fortdauern, wie denn erst heute wieder ein Bataillon des Leibregiments und eine Batterie Artillerie ausrückte, denen morgen von denselben Truppengattungen weitere Ausmärsche folgen. — Gestern fand im ihrem 90sten Lebensjahre die Gräfin von Puttlawitzu, eine durch seltene Tugenden und Geist ausgezeichnete Dame, deren Salon stets die Elite des Adels versammelte und die glänzendsten und häufigen Feten aufzuwerfen hatte.

Bamberg, 29. Nov. Heute Nachts ist der Generaladjutant Prinz Luitpold, Commandant der 2. Division des ersten Armeekorps, hier eingetroffen und hat in der königl. Residenz Quartier genommen; mit ihm ist auch zugleich der Commandant der 1. Division des ersten Armeekorps Frhr. v. Hohenhausen hier angekommen.

(B. Z.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Hersfeld, 28. Nov. Die seit mehreren Tagen daher anhaltig gelegenen preußischen Truppen wurden gestern Nachmittag durch die Nachricht alarmirt, die Bayern seien im Anzuge. Die Unteroffiziere machten die Einquartierten noch besonders darauf aufmerksam, daß während der Nacht wahrscheinlich Alarm geschlagen werden würde, und desshalb Jeder an seinem Posten sein müsse. Noch während der Nacht wurde beim Laternenzünmer ein großer Theil des im Stiffe lagernden, verschiedenen Ortsbürgern zugehörigen, Brennholzes dazu verwendet, um an der Mauer des nahe gelegenen Stiftsgartens, von der man die Aloselver Straße überblicken kann, Stellungen zum Schießen herzurichten. Vor dem Petersthore wurden die Schanzarbeiten fortgesetzt und die auf dem Marktplatze aufgefahrenen Proviant- und Baggerwagen zur Abfahrt bereit gehalten. Die Nacht ist aber ruhig vorübergegangen; es hat keinen Alarm gegeben. Jedoch scheint die Sache doch eine ernstere Wendung genommen zu haben. Die in Buchenau gelegenen Preußen haben sich während der Nacht von da zurückgezogen und in Unterhaun Posto gefaßt. Man glaubt allgemein, daß bald die Stunde der Entscheidung kommen müsse; darauf deutet das ganze Verhalten der hiesigen Besatzung hin. — Soeben, Mittags, hat sich in geringer Entfernung von dem auf der Fuldabrücke stehenden Posten ein preußischer Dorfjoger erschossen. Die Ursache dieser That ist bis jetzt noch unbekannt. — Das Gerücht wegen der Hierherkunft des Prinzen von Preußen erhält sich. — Die Stimmung der Einwohnerschaft ist, wie sich leicht denken läßt, fortwährend eine sehr gedrückte. Auf den Dörfern wird die Noth immer größer. — Heute erwarten wir noch eine sehr bedeutende Reservemannschaft.

(B. Z.)

Fulda, 29. Nov. Gestern berichtete ich, daß die beiden Kürassierregimenter unter General v. Flotow uns verlassen und zu den Armeecorps nach Bamberg abgehen würden. Dies ist heute geschehen. Das zu dieser Brigade gehörige 3. Chevauxlegerregiment wird derselben ebenfalls folgen, desgleichen die weitende Batterie Luy. Es bleiben noch 16 Schwadronen Chevauxlegers (4 Regimenter zu 4 Schwadronen) bei dem Corps, was wohl um so mehr genug ist, als dort mit ihm in Linie stehende Corps des F.-M.-L. v. Legeditsch gleichfalls eine zahlreiche Reiterei hat. Auch außerdem gingen verschiedene Dislocationsveränderungen vor. Das 1. Chevauxlegerregiment und das 6. Infanterieregiment rückten heute hier ein, nachdem das 2. Kürassierregiment und die beiden Bataillone vom 14. und 15. Regiment die Stadt verlassen hatten. Jene Truppen beziehen aber morgen die Vorposten bei Hünfeld und es rucken dafür zwei andere Bataillone und das 6. Chevauxlegerregiment hier ein. Dem Alten liegen aber keine kriegerischen Demonstrationen zum Grunde, so wenig als den Bewegungen der Preußen, die sich mehr rückwärts concentrirt haben. Ein k. preußischer Offizier war eigend desshalb hier und zeigte dies an, sowie daß wenn man auch schießen höre, dem nicht entfernt eine

einbliche Aufsicht zu Grunde liege, sondern nur Inspectionen und Exercirten der Truppen. So steht es also gegenwärtig hier, und die Augen sind nun wieder gespannt auf Olmütz gerichtet.

(Fr. D.-P.-A.-Z.)

Hanau, 30. Nov. Gestern Mittag verließ die seither hier gelegene Eskadron Chevauxlegers unserer Stadt und zog auf der Straße nach Steinhausen ins Fuldathal weiter. Der Stadtkommandant Oberst v. Heß und die übrigen Stabsoffiziere der hiesigen Truppen begleiteten sie bis an die Marken. Es beruht dieser Abmarsch, wie man hört, auf Dislokationen, welche hierorts in folgender Weise stattfinden sollen. Statt der abgegangenen Eskadron Chevauxlegers soll eine Eskadron bayerischer Kurassiere aus Fulda hierher kommen, welche bereits gestern Fulda verlassen hatte und im Anmarsch hierher begriffen war. Nachsten Montag soll sodann ein Bataillon des Regiments König von hier nach Fraukfurt, und dagegen das dort liegende Jägerbataillon, mit welchem seither die Rauferein der Preußen stattfanten, hierher verlegt werden. — Die vorgestrige Feier des Geburtstags des Königs war durch einen Schuß mit einem Festmahl im Gasthause zum Karlsberg, bei welchem Oberst v. Heß die Offiziere der hiesigen Truppen um sich vereinigt hatte, und dem auch mehrere Stabsoffiziere aus der nächten Umgebung des Kurfürsten anwohnten. — Der normale Zustand ist wieder hergestellt; das hiesige Übereinkommen hat sich nunmehr vollständig gefügt. Es ist, als ob aus ein drückender Alp verlassen habe, denn nachgerade war dieser Zwiespalt der Meinungen u. Ansichten nicht sehr erquicklich geworden.

(K. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Schleswig-Holstein, 26. Nov. Der Departementschef des Auswärtigen, Hr. Franke, wird in nächster geheimer Sitzung Namens der Statthalterschaft ein ausführliches Memoire über die politische Lage geben, welches später veröffentlicht werden wird. Die Landesversammlung wird, wie seinen Zweifel über ihre Oeffnung aussemmen zu lassen, vielleicht bald oder am Schlusse der Session ein Manifest erlassen, in welchem sie sich, wie verlautet, in ihren Wünschen und Hoffnungen, so wie in Betreff der Auffassung der Verhältnisse an die Ansbauungsweise der Statthalterschaft anlehnen soll. Die hiesigen diplomatischen Agenten in Paris, London und Frankfurt verweilten kürzlich in Kiel, um neue Instruktionen einzuholen oder auch über die Erfolglosigkeit ihrer Bestrebungen persönlich Bericht zu erstatten. Hr. Gervinus ist, wie Sie bereits wissen werden, von London heimgekehrt, vermuthlich, weil man in England den Gelehrten vom Pointier besser zu unterscheiden weiß, als bei uns. Der Gesandtschaftssekretär hat in Paris auch seine ersprießlichen Anknüpfungspunkte finden können und wurde deshalb zurückberufen, um von Zeit zu Zeit bei den kleinen norddeutschen Regierungen vorzufragen, und für die Landessache wirksam zu sein. Hr. v. Pistorius in Berlin ist dagegen zinstlicher, er hat vor einen fruchtbaren Boden gefunden und manchen sein Vorgänger, Hr. v. Harbou, die Unebenheiten und etwa entgegenstehenden Schwierigkeiten mit diplomatischer Gewandtheit beseitigt hatte.

Kiel, 27. Nov. Der auf die allgemeinen politischen Verhältnisse bezügliche Beschluß der Regierungsschreibens an die Landesversammlung lautet also: In dem Vorschlage zum Staatshaushaltsetat für das Jahr 1851 haben zwar vom finanziellen Standpunkt aus, welcher lediglich die Gegenwart ins Auge zu fassen hatte, die Einnahmen aus dem Herzogthum Schleswig, wiewohl solche selbstverständlich aufgeführt sind, nicht in Rechnung gebracht werden können. Die politischen und militärischen Verhältnisse des Landes berechtigten aber zu der bestimmten Erwartung, daß eine bessere Zukunft, auf Grundlage der Landesrechte, hervorsteht. Eine gewaltsame Intervention war allerdings in Aussicht gestellt, gegenwärtig sind solche Besorgnisse in die Ferne gerückt. Große Ereignisse, welche in Deutschland sich entwickeln, werden den Einstrittes auf die Herzogthümer nicht verfehlen können. Auf Anlaß der Anträge wegen Verstärkung der Armee sind die durch das Gesetz vom 20. Sept. d. J. der Dienstpflicht unterworfenen 20 jährigen und die älteren bisher übergangenen Mannschaften angehoben und Freiwillige angenommen, welche noch in dem Waffendienst gebildet werden. Die ganze Armee ist vollständig ausgerüstet und kampfbereit.

△ Aus Baden, 28. Nov. Seit dem Einmarsch der badischen Truppen ins Land hat sich in Baden auch nicht das Esterreichse zugetragen, was auf eine Störung der Ordnung oder Mißachtung der Gesetze Bezug hatte. Die große Mehrzahl der Bewohner sieht sehr gut ein, wie sehr sie von den Helden der Freiheit, Gleichheit, Bruderlichkeit hinter das Licht geführt worden ist. Es freut uns sehr, daß auch den Bewohnern allmählig die Augen aufgehen und daß sich nachgerade ein fester Anschluß an die Regierung kund gibt. — Die Eisenbahnunterhandlungen zwischen Baden und Württemberg sind nun vollständig beendet, und werden die betreffenden Verträge demnächst von den beiderseitigen Regierungen unterzeichnet werden. Es wird die für Württemberg vortheilhafte Richtung über Stuttgart eingeschlagen werden. — Die großherzogl. badische Fußartillerie ist am 26. in Rastatt eingetroffen. — Hofrath F. A. Teuber, Professor der Geschichte an der Universitat in Freiburg ist mit Tod abgegangen. — Bornstreit ist in Bruchsal verracht geworden und wird nun in ein Irrenhaus gebracht werden. Er war bekanntlich früher kgl. preuß. Offizier und wegen Theilnahme an der badischen Revolution zu einer Zuchthausstrafe verurtheilt worden. — Lieutenant Weil, wegen Theilnahme an der badischen Revolution zu 5 Jahre Festungsstrafe verurtheilt ist von Sr. kgl. Hoheit dem Großherzog vollständig begnadigt worden.

Stuttgart, 27. Nov. Wieder ein Sonntag auf Erden sich gekehrt, der größere Freude im Himmel, als wegen tausend Gerechter. Die Bekehrung muß aber eine aufrichtige und nicht blos ein auf dem Armensündersteuhle ausgestossenes Stoßgebet sein, denn sonst hat sie so wenig Werth, als wenn ein Demokrat, dem man mit Verlust seines Amtes oder auch nur Versetzung droht, ein Paternoster zum anfangen. Dies hatten unsere jungen ehrgeizigen Staats- und Landesaushülfspiniere früher bedenken sollen, dann waren sie nicht in der Lage, entweder von ihren Stellen abzutreten oder auf eine jammervolle Art Abbitte thun zu müssen, wie dieser Tage Hr. Oberjustizrath Probst in Eßlingen, der in den letzten zwei Jahren auf den Bänken der äußersten Linken in der Kammer saß, und nun seine Sünden in die Reden Blum-Freier durch seine Gegenwart verherrlichte. Weil nun die Regierung solches Unwesen ihrer Beamten nicht länger dulden, und den Herrn Probst zu Lieb steigen will, hat er eine gar de- und wehmuthige Bittschrift eingereicht, in der er heilig und ihener Beteuerung gelobt, wenn man ihn nur noch diesmal verschone. Sie wurde erhört, und läßt man ihn aber noch so wohlfeilen Kaufs schlüpfen, um ist ihm, ehe eine Entschließung erfolgen konne, außerdem worden, vor allen Dingen einen Widerruf alles Dessen, was er in den letzten Jahren gesprochen und gethan, einzusenden.

(M. Z.)

Triest, 25. Nov. Das aus der Levante angekommene Lloyd-Dampfboot „Asia" bringt folgende Nachricht aber den Aufstand in Aleppo, vom 8. d.: Die gänzliche Niederlage der türkischen Rebellen in drei Quartieren von Aleppo ist nach einem dreitägigen Kampfe erfolgt. Der Generalgouverneur bemächtigte sich Abdullah Babelsi's nebst fünf andern Haupiern der Insurrection. Die Truppen plünderten die Rebellen; man zählt unter diesen 500 Todte; von den Truppen blieben 72.

(K. A.)

Berlin, 26. Nov. Während die Masse des Volks in dumpfer Resignation dasteht und wartet auf die nun schon so lange vergebens ersehnte Entschwung, macht sich die Spannung unter den Parteien, die jetzt darum kämpfen, welche von ihnen das Staatsruder führen soll, in einer Zeitungs-Polemik Luft, mit einer Heftigkeit, wie sie selbst in dem Revolutionssahre kaum erhört war. Die Conservativen, die jetzt das Vorgehen mit den Staaten, und sindet nur darin einen Unterschied, daß die Letztern sich vom Auslande bestechen ließen, die Ersteren aber sich dem Auslande auf Gnade und Ungnade ergeben. Die Deutsche Ref. fertigt sie deshalb derb ab und bekommt dafür den Vorwurf, „literarische Schurkerei" zu treiben. Ist es klar, die Gothaer klappen um ihre Existenz. Man könnte nun freilich über die Ausbrüche ihrer ohnmächtigen Wuth lächelnd hinwegsehen: aber es ist nicht mehr zu verbergen, sie stehen nicht allein, sie haben ihre Anhanger im Ministerium selbst. Hr. v. Ladenberg und Hr. v. d. Heydt, der zurückgekehrene Schwerd von Hrn. v. Radowitz — sind die Häupter der Kriegspartei, und wenn sie jetzt war durch ihn, wenn auch in noch so verklüchtiger Gestalt, der letzte Rest der Idee des Bundesstaats vertreten, und die Anhanger desselben sahen mit Recht in ihm ihren letzten Repräsentanten. Hr. v. Radowitz sei vor der vereinigten Macht der Bureaukratie und des Heeres, einer fein Satelliten blieben zurück, und es ist jetzt kein Zweifel mehr, daß sie bereit gegen Hrn. von Manteuffel agitiren. Der in den Blättern veröffentlichte Brief des Königs an Hrn. v. Radowitz ist der unzweifelhafte Beweis, daß Hr. v. Manteuffel der Person des Königs vollkommen fern steht. Der König steht in ihm nur seinen Dienern, seinen Beamten, den er entlassen wird, sobald er nicht mehr seine Ansichten, sondern die Wünsche des Staats hinter sich hat. Und das läßt sich nicht leugen, die endlose Krise, in der wir uns befinden, lichtet die Reihen seiner Anhanger von Tag zu Tag; nur durch eine schnelle Entscheidung kann er seinen Sturz vermeiden.

Berlin, 27. Nov. Wie die Berl. Ztg. nach sicherer Quelle erfährt, sind die Verhandlungen Oldenburgs im preuß. Fürsten-Collegium darauf angetragen, daß mit Rücksicht auf die vielfachen Entschlungen in öffentlichen Blattern die vertraulichen Mittheilungen der preußischen Regierung an das Fürsten-Collegium über das Aufgeben der Union sammt den darauf erfolgten Aeußerungen der Bevollmachtigten der Öffentlichkeit übergeben werden.

Berlin, 28. Nov. Ueber das angeblich von dem Grafen Brandenburg in Warschau gemachte Zugeständniß der Räumung Kurhessens geben die „Berliner Nachrichten" folgende, anscheinend aus guter Quelle kommende Mittheilungen: Man hatte in Warschau die Frage nach der jetzt ersterirten Stellung Deutschlands gestellt, und da der Graf Brandenburg zugestehen mußte, daß ein Centralorgan nicht bestehe, so sog man den Schluß, daß die einzelnen deutschen Fürsten demnach vollig souveran seien. Auch dies bejahte Graf Brandenburg, und gab damit der Folgerung Raum, daß also der Kurfürst von Hessen als Souverain vollig freie Hand habe, in sein Land zurückzukehren, wie er wolle. So gestand Graf Brandenburg die Räumung Kurhessens von Seiten Preußens zu. Auf diese Grundlage sich stützend, forderte Oesterreich seitdem stets die Erfüllung dieses Zugeständnisses als erste Bedingung irgend einer weiteren Verhandlung, und als vor einigen Tagen ein letzter Versuch gemacht werden sollte, sich in einer diplomatischen Conferenz mit Oesterreich zu verständigen, ehe man die Freistellung hierüber wirklich zum Ausbruch kommen ließe, stellte

Oesterreich die kategorische Forderung, daß Preußen erst seinen eingegangenen Verpflichtungen, hinsichts der Räumung Kurhessens, nachkommen habe, bevor man in eine weitere Verhandlung mit ihm eintreten könne. Hierauf erfolgte preußischer Seits die Antwort, daß auf diese Bedingung nicht eingegangen werden könne, und daß man unter dieser Bedingung auf fernere Verhandlungen verzichte. Darum der Graf Brandenburg war ohne Autorisation der Bundesversammlung in jenen Zugeständnissen vorgegangen, und dieser konnte in keiner Weise sich dadurch gebunden erachten, mußte im Gegentheil erklären, daß er eher den Krieg beginnen, als in die Räumung Hessens willigen werde. Hierauf sah Oesterreich von seiner gestellten Vorbedingung für nochmalige Verhandlungen ab, und in Folge dessen ist der Minister von Manteuffel gestern zu einer Conferenz mit dem Fürsten Schwarzenberg abgereist.

Berlin, 28. Nov. Also ein letzter Verständigungsversuch in Olmütz, nachdem vorgestern der Krieg schon so gut wie gewiß schien! Er. v. Prokesch hatte die letzte österreichische Erklärung abgegeben, und Niemand, daß er an Fall der Ablehnung der darin gemachten Forderungen Berlin verlassen müsse. Die Regierung war entschlossen auf diese Forderungen nicht einzugehen; der König namentlich soll den Krieg für unvermeidlich angesehen haben. Da trat eine Gegenwirkung ein, die zu neuen Verhandlungen führte. v. Bunsen übergab eine russische Note der brodhenden Art. Es soll darin für den Fall eines Krieges mit Oesterreich eine russische Invasion angekündigt, und hinzugefügt sein, daß man den vermaligen Landesherrn und den preußischen Staat dann nicht mehr garantiren könne! Den König soll diese Sprache sehr betroffen haben. Dieser schon hatte, wie von unterrichteten Männern versichert wird, der französische Gesandte am hiesgen Hof für das Kaiserthum Louis Bonaparte's zu wirken gesucht, und, in seinen Erwartungen getäuscht, sein Heil darauf gemacht, daß die Tendenz, Frankreich-Polnisch zu machen, durch Eroberung des linken Rheinufers gerichtet sei! Der König mußte demnach sehen, daß Preußen für den Fall eines Krieges mit Oesterreich rings von Feinden umgeben sein würde, und er neigte sich wieder zu den Ansichten des Hrn. v. Manteuffel, dessen Bedeutung auch dadurch in seinen Augen hatte steigen müssen, daß er in der letzten der conservativen Partei in der zweiten Kammer gegen ihr ausgesprochen hatte: die Politik dieses Ministers könne auf eine Mehrheit von 20 Stimmen zählen! Hr. v. Manteuffel wurde denn beauftragt, zu einer letzten Besprechung mit dem österreichischen Ministerpräsidenten nach Dresden abzugehen, und der König soll ihn vor der Abreise noch in tiefer Bewegung umarmt haben. Möge er einen Frieden zurückbringen, den das preußische Volk für einen ehrenvollen zu erkennen vermag! Ein solcher Frieden — aber auch nur ein solcher! — ist hier der Wunsch aller Parteien.

Berlin, 29. Nov. Nach einer Mittheilung im Morgenblatt der „Const. Z." hat sich die Adreß-Commission der 2. Kammer in ihrer gestrigen Abendsitzung mit den Aufschlüssen nicht zufrieden erklärt, welche der Minister v. Ladenberg über den Zustand der Verhandlungen mit Oesterreich gab. Die Commission beschloß, alle ihr zugehenden Aufschlüsse verweigert wurden, die Rückkehr des Ministers v. Manteuffel aus Olmütz nicht abzuwarten, sondern alsbald mit der Adresse vorzugehen, und ernannte sofort eine Sub-Commission, um unverweilt den Adreßentwurf zu redigiren. Die Hauptpunkte der Adresse in der deutschen Frage werden derselben Ansicht sein: keine Bundesintervention in Hessen und Holstein; keine Räumung Hessens durch die preußischen Truppen; keine Anerkennung des Bundestags von Seiten Preußens.

Der Minister des Innern, Frhr. v. Manteuffel, ist über Oberberg hinaus nach Olmütz gereist.

— Zur hessischen Frage schreibt man aus Frankfurt der „Deutschen Reform" Folgendes: „Ich bin im Stande, aus zuverlässiger Quelle Ihnen die Versicherung zu machen, daß die kurhessische Regierung dem Bundestage die Erklärung abgegeben hat, „daß Se. Königliche Hoheit der Kurfürst mit zwei oder drei tausend Mann verlässlicher kurhessischer Truppen nach Kassel aufzubrechen beabsichtige, um die Regierung seines Landes wieder zu übernehmen. Der Kurfürst habe die Ansicht, daß die Aufrechthaltung der Ordnung in Kurhessen von nun an ihm obliegen müsse und daß er deshalb der Ueberzeugung sich hingebe, die Truppen, welche der Bundestag dahin entsandt habe, zu gleicher Zeit von demselben zurückgezogen zu sehen." In Folge dieser Erklärung hat Graf Thun noch im Laufe des 24. November nach Wien um die Zustimmung zu derselben telegraphische Anfrage ergehen lassen. Man erwartet, daß Fürst Schwarzenberg diesem Vorschlage seine Zustimmung ertheilen wird. Man versichert sogar, daß diese Zustimmung bereits hier eingetroffen sei. Der Kurfürst drohschtigt ebenso der preuß. Regierung seine Intention zu nothificiren und, falls dieselbe ebenfalls in Folge dieser Eventualität ihre Truppen zurückziehe, die Rückkehr nach seiner Hauptstadt sogleich anzuordnen."

Die Bundestruppen hier eingetroffenen telegraphischen Depesche aus Kassel vom gestrigen Tage, die Existenz der Stände eine Adresse an den Kurfürsten vorbereitet wird, in welcher dieser gebeten wird: daß nach Kassel zurückkehren zu wollen, indebrodenter weil man sich der Zwecksicht hingeben dürfe, daß die Fortentrichtung der Steuer auf kein weiteres Hinderniß stoßen und überhaupt von allen Seiten der Wunsch nach Beruhigung sich ohne Ausnahme bedenfalls leicht beseitigen lassen werde.

Berlin, 30. Okt. Nach der „Reform" ist Hr. v. Manteuffel heute Nachmittag hier wieder eingetroffen. Die seitdem verbreiteten Nachrichten geben gegründete Hoffnung auf eine friedliche und ehrenvolle Beständigung mit Oesterreich.

(L. D.-Z.)

Berlin, 30. Nov. Die N. Pr. Ztg. bringt heute folgenden leitenden Artikel über die Zustände im Schooße des preußischen Cabinets: Nicht die Räumung Kassels und vielleicht Kurhessens Seitens der Preußen, nicht die Pacifikation Schleswig-Holsteins Seitens der Bundestruppen, nicht dies oder das ist es, was die Ehre Preußens verletzt: man kann das Eine thun und das Andere gestatten, Beides auf eine ehrenvolle Weise. Was aber die Ehre Preußens in der That und auf eine empfindliche Weise verletzt, daß ist, daß uns die schleswig-holsteinische Frage auch heute noch ein unbekanntes Land und Dunkler ist, als das Räthsel der Sphinx; das ist, daß wir auch heute noch nicht wissen, womit die leeren Rahmen: freie Conferenzen, freies Unirungsrecht und dergleichen, auszufüllen sind, so daß und das österreichische Cabinet kaum durch irgend etwas Anderes mehr in Verlegenheit setzen könnte, als wenn es und in allen diesen Fragen die Initiative oder gar völlig freie Hand gewahrte.

Türkei.

Man schreibt aus Konstantinopel vom 9. Nov. Von dem Divan ist eine kaiserliche Verordnung ausgegangen, deren Zweck darin besteht, den Luxus der Großen und Vornehmen zu beschränken. Unter den Luxusgegenständen werden namentlich goldgestickte Pferdedecken und Goldorten aufgezählt. Die türkische Staatszeitung verspricht, daß diese Verordnung gründlichen aus dem Grunde erfolgen soll, um der Bedrückung und der Erpressungen von Seite der Beamten im türkischen Reiche Schranken zu setzen.

Konstantinopel, 10. Nov. Frankreich ist zu seinem seit der Gründung des griechischen Königreiches geschwachten Primat in der katholischen Kirche des Orients wieder gelangt. Als solches ist die Convention, welche Gerard Rayet hinsichtlich der heiligen Oerter zu Stande brachte, angesehen. Dieser zufolge ist das heilige Grab unter französisches Protektorat gestellt und der Obhut des katholischen Patriarchen der Bethlehem zu Jerusalem, P. Valerga, anvertraut. Die nöthigen Restaurationen werden nun daran vorgenommen werden und es wird in jenen Stand wieder gesetzt werd.n, in welchem es unter der Herrschaft der christlichen Könige von Jerusalem bis zum Jahre 1239 gewesen ist. Diese Fakten bekannt seine politische Bedeutung. Die Verbindung der orientalischen Epeisten zu einander und zu dem osmanischen Reiche. Die starke Intoleranz der Griechen im Oriente ist seit jeher bekannt; nach heute scheiedet der Patriarch von Konstantinopel unter schauerlichen Feierlichkeiten den Bannstrahl auf alle Ketzer und Katholiken von seiner Kathedrale herab. Aber abgesehen von dieser feindlichen Stellung ist die geschichte Geistlichkeit an den türkischen Reformen tief berührt worden. Man erwägt, daß auf die 22 Millionen Bewohner der Türkei, von denen kaum 13 Millionen Mahamedaner sind, 7 Millionen Griechen sollen, und daß sie zum großen Theile auf europäischem Gebiete, auf der asiatischen Halbinsel aber vom Libanon bis Persien hin in einer alle Sekten zusammengenommen überwiegenden Anzahl wohnen. Wenn hier Alles von der Kirche ausgeht, so liegt dies darin, weil die Geistlichkeit der orientalischen Christen nicht nur eine geistliche, sondern auch eine weltliche Macht der Ausübt, um so zu sagen in ihrem unmittelbaren Leiter geworden ist. Während viele griechischen Priester das Volk in wohlfeiler Verdammung erhalten, und um es auszusaugen zu können, auf alle Art unterdrücken und beherrschen, haben die abendländischen Christen von Frankreich und in späterer Zeit von England u. Preußen unterstützt, in ihren die ersten Schulreformen eingeführt und den Elementarunterricht im Volke verbreitet. In den 200 katholischen Klöstern, welche gleich so vielen Vogelnestern auf den Abhangen des Libanon schweben, ist die Freiheit sowohl den Türken als den Drusen und Griechen gegenüber in bewahrt worden. Die Türken sind eigentlich nie Meister dieses Bergvolkes geworden, das in den wildesten Einöden und innersten Alpenthälern des Libanon dem Akerdaue obliegt. Schon seit der Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts sind die Maroniten, deren Patriarch im Kloster St. Maria de Canubin am Fuße des Libanon liegt, mit dem 17. Jahrhunderte in Christen, Phönicien und Cypern huldigen, dem Abendlande gewonnen worden. Schon Ludwig XIV. von Frankreich sand es in seiner Politik, die Christen des Libanon fester an sich zu letten. In Frankreich und später auch in Rom wurden orientalische Jünglinge zu Geistlichen und Dolmetschern für die Landessprache erzogen, sind französische Schriften in's Arabische übersetzt worden; später worden englische, selbst amerikanische Gesell chaften thatig, um hier das abendländische Element einzubürgern. Von hier aus hat es seine Anhaltspunkte in den meisten größeren asiatischen Städten gefunden, ist aber darum weiß nicht stabil geworden, was in jedem Grade von Jerusalem gilt. Wahrend der letzten europäischen Kriege sind die Lateiner beinahe hier ganz in Vergessenheit gerathen, die Zahl ihrer Pilger nahm ab und ihre Unterhaltsversuchen verfiegten (die Ausgaben der zur Terra sancta gehörigen Klöster werden auf 40,000 Thlr. angegeben, welche Summe durch freie Schenkungen erzielt wurde). Die Griechen, die sich eines immer gleichen Zufpruches erfreuten, benutzen diesen Umstand, um sich nach und nach in Besitz neuer heiligen Oerter un und bei der Kirche zum heiligen Grabe und zu Bethlehem zu setzen, welche bis dahin in den Handen der Lateiner waren. Trotz aller Bemühungen sind diese Letzteren es nicht gelungen, die Herausgabe derselben zu erlangen. Erst durch die erwähnte Convention hat Frankreich dieses und das katholische Primat in Jerusalem durchgesetzt.

Neueste.

* Würzburg, 1. Dez. Heute Nachmittag um 3 Uhr trat das Depot des 9. Inf.-Reg. hier ein,

sonach werden und die zwei zurückgebliebenen Kompagnien des 2. Bat. desselben Regimentes morgen verlassen. — Gestern Nachmittag wurde der Kaufmann und Landtagsabgeordnete Reinhart von den Assisen freigesprochen. Das Nähere behalten wir uns vor.

Altona, 27. Nov. Nach zuverlässigen Mittheilungen aus Kiel hat die Statthalterschaft den Wunsch nach Frankfurt gelangen lassen, mit einem Bundeskommissär, ohne Exekutionstruppen, in Unterhandlung zu treten. Die nahe Aussicht auf eine gleichzeitige Invasion Dänemarks, Rußlands und Oesterreichs, vielleicht auch Englands, soll ersteren dafür gestimmt haben.

(F.-O.-Z.)

In Darmstadt ist die Verbreitung der deutschen Uebersetzung der Schrift von Eugen Sue: „Die Geheimnisse des Volks" laut Belanntmachung des Ministeriums des Innern verboten worden.

Prag, 25. Nov. In der Cavallerie wird über die Schnelligkeit des Marsches bedeutende Klage geführt, die Mannschaft vertliert täglich mehr Pferde; denn die Cavallerie, von Italien aber dem südlichen Ungarn kommend, muß 6 Meilen per Tag machen. — Die Unbereitschaft in Olmütz wird nach Kremsier übertragen, da das Gebäude in eine Kaserne umgewandelt wird. (T. A. Z.)

Wien, 27. Nov. Was die „Neue preußische Zeitung" von einer Mißbilligung unserer ganzen auswärtigen Politik sowohl durch den Feldmarschall Radetzky, als durch eine unschlüssigkeit allerhöchste Orane, von einer daraus folgenden Konsternation des Ministeriums, wie von einem Anerbieten des greisen Feldmarschalls, nach Holstein zu reisen, um durch sein Ansehen eine Ausgleichung zu bewirken, umlängst zu berichten sich gefiel, ist natürlich ohne alle Ausnahme erfunden. Feldmarschall Radetzky ist gesvhnt, den Frieden nur an der Spitze seiner Truppen zu vermitteln. Was in dem Rathe vorgeht, welchem der Feldmarschall beiwohnt, das wird auf das strengste geheim gehalten, und ist niemanden bekannt, als den an den Sitzungen theilnehmenden Personen. (O. C.)

Wien, 28. Nov. Da die Angst der Gemüther seit dem enormen Steigen des Gold- und Silbercagio immer unheimlicher und unberechenbarer wurde, und die ganze Schuld dieses Unfalls nur der Börse, oder eigentlich den Juden zur Last gelegt wurde, so war man wirklich nahe daran zum Vortheile des Gold- und Silbercagio eine kleine Judenhetze aufzuhetzen zu können.

Berlin, 22. Nov. Vergangenen Nacht hat sich der Präsident des ersten Gerichtshofes, Hr. Leibundgut, selbst entleibt. Derselbe war einer der besten Richter des Kantons und hinterläßt zahlreiche Familie.

^ Aus der Schweiz, 28. Nov. Heute trat die Bundesversammlung zum ersteumale zusammen, und wählte die Präsidenten und Vizepräsidenten des Bundesraths und des Bundesgerichts. Gewählt wurde zum Präsident des Bundesgerichts: Munzinger mit 135 Stimmen; zum Vizepräsidenten Dr. Burrer mit 70 Stimmen; zum Präsidenten des Bundesraths Dr. Kas. Pfyffer mit 78 Stimmen; zum Vizepräsidenten: Dr. Kern mit 69 Stimmen.

^ Bern, 28. Nov. Vom Nuntius soll eine Note gegen die Absetzung der waadtländischen katholischen Pfarrer eingelaufen sein

T. D. 1. Berlin, 29. Nov. Es heißt, die kurhessische Frage werde gelöst, indem man dem Kurfürsten allein mit seinem vorzugsmitten Truppencorps die „Paristation" überlasse, wahrend die Bundestruppen sowohl als die Preußen das Land verlassen würden.

2. Wien, 29. Nov. Das Verbot des Handels mit Kupfer und Silbersscheidemünze wurde erneuert. Der Börsenbesuch ist nur gegen Vorweisung von Karten, die der Börsencommissär ausfertigt, gestattet. Die Winkelbörse wurd aufgehoben. Die Aufsteurung beunruhigender Nachrichten, überhaupt alles was — außer reeller Speculation — zu Cursverschlimmerung führt, ist verboten Die Lieferungs- und Prämiengeschäfte in Gold und Silber wurden untersagt. Käufer und Verkäufer müssen durch beeidigte Sensale abgeschlossen werden.

3. Wien, 29. Nov. Hr. v. Manteuffel ist gestern Abends 6 Uhr in Olmütz eingetroffen. Sofort nach seiner Ankunft beganuen die Conferenzen und dauerten bis tief in die Nacht. Man kam sich bezüglich der Wahrung des Friedens bereitwilligst entgegen. Die Aussichten werden aber als gut betrachtet. Inzwischen schicken unsere Berichte aus Berlin die Kriegspartei als im Wachsen begriffen. Die Conferenzen in Olmütz werden fortgesetzt. Hier in Wien wurde das Theatergesetz verkündigt, nach den Grundzügen, welche die Oester. Corresp. davon gegeben. Die Börseuverordnung macht den besten Eindruck. Wie sehr die Börse die wahrscheinlen Friedensaussichten theilte und wie schnell sie sich von ihrem Schrecken erholte, zeigt eine Vergleichung der heutigen Curse mit denen vom 26. Nov. Au letzterem standen die Spror. Metall. auf 86⅜ (heute 95); die 4½proc. 75 (heute 81); das Silbergeld 50 (heute 35.)

(N. Z.)

4. Wien, 28. Nov. Nebst dem Fürsten von Schwarzenberg ist auch der kaiserlich russische Gesandte am hiesigen Hofe, Baron von Meyendorff, zu der mit Herrn von Manteuffel zu haltenden Conferenz, nach Olmütz gereist. (F. O. Z.)

Die Begründung der mitgetheilten Motion des Herrn Domdekan v. Hirscher.

(Fortsetzung)

Wenn nun aber, wie seit nahezu 50 Jahren in unserm Lande geschehen, die kunftigen Theologen jahrelang in allen Kosthäusern und Miethwohnungen, in die sie eben gerathen, herumziehen, und darin allen möglichen bösen Einflüssen ausgesetzt sind; wenn sie mit Kameraden umgehen und in studentische Verbindungen treten ohne Wahl — wie sie Glück und Zufall bringen. Wenn sie bei dem Erwachen der jugendlichen Neigungen, überhaupt bei allen Gefahren ihres Alters ohne Leitung sind, und jedem Anreize folgen können ohne Scheu und Zügel; wenn sie bei alle dem und auf der andern Seite nirgend zu Frommigkeit und Enthaltsamkeit angeleitet, nirgend auf das Treten ihres künftigen Standes hingewiesen, wo sie ihren Beruf begreifen und geheiligt werden, wie kann und konnte es dann anders kommen, als daß die Einen (und nicht die Schlechteren) die Theologie verliefen, sehr Viele von den Uebrigen aber in den geistlichen Stand eintraten mit verweltlichtem Herzen und mit ungeistlichen Neigungen und Gewohnheiten, ohne allen Eifergeist für ihren Beruf, sie Ruhe suchend und verwalten lediglich des Brodes wegen? Es ist Thatsache, daß sich die Vorsteher des Collegii theologici in Freiburg bitter über den schlechten Geist beschwerten, denn die Zöglinge von den Lyceen heruberbringen . . . Entweder muß die katholische Kirche die Forderungen, welche sie an ihren Klerus stellt, aufgeben, oder sie muß die für denselben bestimmte heranwachsende Jugend von frah an so bilden, daß die Erfüllung jener Forderungen nicht zu einer psychologischen Unmöglichkeit wird. Aber die Kirche wird ihre Forderungen nicht aufgeben, also sorge man für eine entsprechende Erziehung. . . . Man glaubte weiseln, es sei hart und unbrüderlich mündig, die jungen Leute aus der Welt, so zu sagen, hinwegzunehmen und sie um den Genuß ihrer Jugend zu bringen; allein es ist für künftige katholische Geistliche weder mönchisch noch hart. Hunderte, welche oft lebenslänglich an den Wunden, welche sie als Jünglinge in der Welt empfangen haben, leiden, wußten Dem unaussprechlichen Dank, welcher sie seiner Zeit bewahrt hatte. Das war hart, daß man sie den Verwundungen schutzlos bloßgestellt. Also Viele, welche mit ihrem Glaube, ihrem Gewissen und ihren Pflichten zerfallen sind, klagen sich bloß Geschick an, welches sie in den Strom des Weltgetriebes zu einer Zeit geworfen habe, wo sie noch weder sich, noch das Leben, noch ihre Aufgabe irgend begriffen hatten. Ein besseres Wort, daß sie hier und dort hörten, war von seiner Diöcesan unterstützt, und verhalte in dem Gerausch luftiger Gebieten. Es wäre nicht möglich gewesen, wenn man sie vor ihrem Zerfalle bewahrt hätte. — Wenn Studierende anderer Facultäten, die gleichfalls von Verirrungen nicht frei geblieben, in der Folge Gatten und Vater wurden, so heilten oft ihre Unfugenden unter den freudigen, den ernsten, den erschütterenden Einflüssen des Familienlebens; die aber als Theologen auf Abwege gerathen und innerlich geistlich wurden, entbehren auch dieses Besserungs- und Heilungsmittels, und blieben sonach mit wenig Ausnahmen, was sie mit zwanzig gewesen, wenn die Unfugend anders nicht inzwischen (wie wohl zu glauben) gewuchert hatte. Niemand also, bochgeehrteste Herren, dankt uns eine Humanität, welche die höchste Grausamkeit ist, eine Humanität, die den heranwachsenden katholischen Priesterstand dem Zufall überläßt, ob er in Tugend aufwachsen, oder verweltlichen, im Zwiespalt mit sich und seinem Berufe geraten, ohne Frieden leben, und ohne Segen wirken möge."

(Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Bekanntmachung.

Mittwoch den 4. Dezember l. Js. Vormittags 10 Uhr wird bei der Oekonomie-Commission des königl. 2. Artillerie-Regiments (vac. Zoller) in der alten Kaserne der Dünger von dem königl. Dienstpferden pro November und Dezember öffentlich versteigert, wozu Kaufsliebhaber eingeladen werden.

Würzburg den 29. November 1850

Interessant für den Lehrerstand!

Wir besitzen einige Hundert Exemplare von der

Erklärung des Würzburger Diöcesan-Katechismus für Schullehrer, herausgegeben von Pfarrer Schmid Rohrbach, die wir, um damit aufzuräumen, per Exemplare für nur 18 Kreuzer abgeben.

Paul Halm'sche Antiquariats-Buchhandlung in Würzburg.

Frankfurter Cours.

Den 2. Dez. 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	975	985
„ 5% Metallique	66⅛	66⅝
„ 4½% „	—	—
„ 3% „	—	—
„ 2½% „	35½	—
„ 4½% Lehmann	—	—
„ 4% „	—	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	81¼	82¾
„ „ 500 „ „ 1834.	136	136½
Preußen 2½% Sta. Schuld Scheine.	—	—
„ Thlr. 50 Prämien Scheine.	—	—
Bayern 3½% Obligationen	—	—
„ 4% „	—	—
„ 5% „	—	—
Württemberg 3½% „	77	77½
„ 4% „	92½	93
Baden 3½% „	—	76
„ fl. 35 Loose	28	28½
„ „ 50 „	48	49
Nassau fl. 25 „	—	24¼
Dessen Darmst. fl. 50 Loose	72	72½
„ „ 100 „	—	27
Leiningen fl. 7	29½	29¾
Sardinien Loos 36	—	—

Druck von Joseph Steib in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schreiberhofe 2. Distr. Nr. 553.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 289. Würzburg, Dinstag den 3. December. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Würzburg, 3. Dez. Die protestantische Pfarrstelle zu Laubenzedel, Dek. Gunzenhausen, wurde dem bisherigen Pfarrer zu Ditterswind, Dek. Rügheim, Hermann Benker, verliehen.

Die Gemeindevorsteher, Wundarzt Geßlein zu Sulzfeld, k. Lbg. Kitzingen, und Georg Schneider, von Mosbach, k. Lbg. Miltenberg, erhielten in allerhöchstihrer Anerkennung der von ihnen während der Tage der Bewegung bewährten Treue und der durch ihr erfolgreiches Wirken für Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung erworbenen Verdienste, die silberne Ehrenmünze des Verdienstordens der bayerischen Krone allergnädigst verliehen.

Bilanz der Revolution.

Der revolutionäre Geist hat nie etwas wahrhaft Nützliches erzeugt; er ist ein Geist des Schwindels und des Irrthums und nichts anderes. Er hatte die Freiheit versprochen; so oft die Revolutionsmänner obsiegten, haben sie die Diktatur eingeführt; er hatte den Volkswohlstand verheißen; so oft er gesiegt hat, sind Elend und Hunger zu seinem Gefolge gewesen. Die Thatsache, dieses unwiderlegliche Argument, spricht sich überall gegen ihn aus; aber so groß ist die Macht der Gewohnheit, daß nicht einmal der Anblick unseres Verfalls unser Urtheil zu berichtigen vermag. Durch immerwährendes Widersprechen von Verläumdungen und Lügen hat man zuweilen die Intelligenz daran gewöhnt, nicht mehr darüber empört zu sein; dann auf dieser unglücklichen Bahn der Gleichgültigkeit immer fortschreitend, ist man zur Annahme übergegangen, und die augenscheinlichsten Falschheiten sind allgemein als undiscutirbare Axiome angenommen worden. Diese Worterhebe, die sich durch eine lange Gewohnheit in die Gemüther eingeschlichen haben, wollen wir der Reihe nach vernichten. Um das Land zu retten, muß man zuerst die moralischen Wunden heilen, denn sie ziehen die materiellen Wunden nach sich. Den Sophismen und den Spitzfindigkeiten der Sachwalter der Revolution werden wir Thatsachen und Zahlen entgegen stellen, gegen die keine Einwendung möglich ist. Heute wollen wir jene in den Händen der Demagogen so mächtige Waffe zerstören und vernichten: ihre Anmaßung, sich für die alleinigen Freunde des Volks, für die einzigen Vertheidiger seiner Interessen und seiner Rechte auszugeben. Wir werden beweisen, daß sie stets die Gegner der armen und arbeitsamen Stände, deren Retter sie sein wollen, gewesen sind, und daß sie für den Preis illusorischer, politischer Rechte, von denen die Advokaten ohne Prozesse, die Klubisten, die Intriganten jeder Art allein den Vortheil zogen, dem Handwerker, dem Arbeiter seinen Wohlstand und seine Ruhe genommen, wenn nicht sogar sein tägliches Brod geraubt haben. Wir stellen als Axiom den Grundsatz auf: Der allgemeine Wohlstand, der aus der Summe individueller Genüsse besteht, steht in umgekehrten Verhältnisse zum Budget; wenn der eine sich vermehrt, vermindert sich das andere, und umgekehrt. In der That, die Steuer wird vor allem erhoben, und trifft unter allen Formen das Erträgniß der Arbeit und des Eigenthums. Je drückender sie ist, desto mehr vermindert sich der individuelle Wohlstand. Wenn sie, wie heute, ihre höchste Entwicklung erreicht, so verursacht sie nicht blos Druck, sie führt auch Elend und Leiden herbei. Nun denn! um nur die Zahlen seit 1815 zu nehmen — wir könnten eben so gut noch weiter zurückgehen, wir wollen und aber lury fassen — so bemerken wir folgendes zweite unbestreitbare Axiom: Das Budget steht im Verhältniß zur Revolution; es vermehrt oder vermindert sich, je nachdem die revolutionäre Idee Boden gewinnt oder verliert. Betrachten wir die Sache näher: Die Restauration empfangt das Land, durch fünfundzwanzig Kriegsjahre, durch zwei auf einander folgende Invasionen erschöpft; sie muß zwei Milliarden Kriegsentschädigungen, und eine Milliarde Entschädigung für die beraubten Emigranten zahlen; sie leistet dieß alles, nebst den jährlichen Ausgaben; sie führt den Krieg in Spanien, in Morea; sie erobert Algier; sie stellt den Aderbau, den Handel wieder her; durch zwei auf einander folgende Invasionen erschöpft; sie muß zwei Milliarden Kriegscontribution

von Hof und das ganze königl. bayerische Officierkorps ebendahin, um Sr. königl. Hoheit ihre Aufwartung zu machen. Der Kurfürst unterhielt sich mit denselben längere Zeit auf die freundschaftlichste und herzlichste Weise, lehnte jedoch das Anerbieten einer ihm zu Ehren zu veranstaltenden großen Parade dankend ab. Ja der Stadt hatte sich in Veranlassung dieser herzlichen Unterredung das Gerücht verbreitet, Se. königl. Hoheit hätten sich zugleich einige Officiere herausgesucht, um sie in der kurhessischen Armee anzustellen, was sich jedoch als ungegründet erwies. (K. Z.)

Hanau, 2. Dezbr. In der Deutschen Reform und, auch ihr entlehnt, in einer Menge anderer Zeitungen, steht „aus zuverlässiger Quelle" zu lesen, „daß die kurhessische Regierung beim Landestage die Erklärung abgegeben habe, daß Se. kgl. Hoheit der Kurfürst mit zwei- oder dreitausend Mann verbündeter kurhessischen Truppen nach Kassel aufzubrechen beabsichtige. In Folge dieser Erklärung habe Graf Thun noch im Laufe des 24. Nov. nach Wien, um die Zustimmung zu derselben, letztgrundsätze Absteige eingeholt zu haben. Man verschert sogar, daß diese Zustimmung bereits hier eingetroffen sei" u. s. w. Ich bin in der Lage, diese Mittheilung der Deutschen Reform direkt widersprechen zu können, sie ist völlig unbegründet; die kurfürstl. Regierung hat beim deutschen Bunde keine solche oder eine ähnliche Erklärung abgegeben, und sie spricht sie auch wünscht, den Druck der Einquartierung, der auf vielen Theilen des Landes lastet, baldmöglichst gehoben zu sehen, so wenig dürfte sie im Stande sein, nach Kassel zurückzukehren, bevor der Widerstand der dortigen Behörden beseitigt und die widerrechtliche Besetzung einzelner Landestheile durch preußische Truppen in Ende erreicht hat. (K. Z.)

△ Aus Baden, 29. Nov. In der gestrigen Sitzung der Ständekammer berichtete der Abgeordnete Zentner über den Gesetzentwurf, die Steuererhebung für den Monat Dezember betr. Mit dem Monat November 1849 sei die Steuerbewilligung ab. Das Finanzgesetz kann bis dahin nicht erledigt werden; es ist daher durch ein Gesetz zu sorgen nothwendig, daß der Steuereinzug keine Unterbrechung leide. Die Verlängerung für den Monat Dezember ist hinreichend, da zu besorgen steht, daß vor Ablauf des Jahres die Ständeversammlung ihre Gesetze berathen und das Finanzgesetz zu Stande gebracht haben wird. Die Budgetcommission schlug vor, den Gesetzentwurf anzunehmen und in abgekürzter Form zu berathen. Das Gesetz wurde auch hierauf ohne Discussion einstimmig angenommen.

△ Aus Baden, 30. Nov. Der k. württembergische Staatsrath von Knapp weilt seit einigen Tagen in Karlsruhe, um die Verhandlungen über den Anschluß der badischen an die württembergischen Eisenbahnen zum Abschlusse zu bringen. Advokat Kleinschrod von Buchholz ist wegen Theilnahme am badischen Aufstande zu 15 Jahr Zuchthaus verurtheilt worden, desselben sich jedoch auf flüchtigem Fuße. In ihrer gestrigen Sitzung beschäftigte sich unsere II. Kammer mit der Berathung des Budgets des Ministeriums des Innern. Morgen Abdends Sr. K. H. Prinz Wilhelm des Erbherzogs Ferdinand Karl von Oestreich-Este hat unser Hof auf 10 Tage Trauer angeleigt. Obrist Kunz ist zum Kommandanten und Vorstand der Militärstudienkommission ernannt worden.

Vom Main, Ende Nov. Die von Rußlands offizieller Anerkennung des Bundestags und der nahe bevorstehenden von Seite Englands, ist seine Rechtsgiltigkeit nicht mehr zu bezweifeln, und wir werden nun auch wohl nach Maßgabe der übrigen Constellationen seinen Bundesrieg zu erleben, noch den Versuch von Provinzen zu belagen haben, die zur Erwerbung einer neuen französischen Kaiserkrone die Stufe abgeben sollten. Deutschland wird neu gestaltet, aber seine innern staatlichen, wie seine äußern Gesammtgrenzen werden nicht verändert. Wie nach der französischen Kriegsperiode im Jahre 1815, so werden wohl auch die fremden Gebietsan dieser Neugestaltung als Zeugen anwohnen, ohne jedoch den einheitlichen Verbrebungen aller deutschen Fürsten hemmend in den Weg treten zu dürfen. Die auswärtigen Diplomaten werden den neugestalteten Bund wohl mit Befriedigung, ihn aber nicht zu überwachen haben, wie Palmerston es gerne wünschen mag. Wenn hierüber kein Zweifel mehr obwaltet, so dürfte es auch nicht unpassend erscheinen, wenn wir neuigen gen unter den deutschen Fürsten hier nennen wollen, der schon beim ersten Auftauchen der preußischen Unionsidee durch seinen Gesandten in Frankfurt die feierliche Erklärung abgeben ließ, daß er deßhalb nicht zu diesem Bündniß übergehen wolle, „weil er selbstständig zu bleiben wünsche." Daß diese Gesinnung ohne bestehen folgen für den mannhaften und weitblickenden Fürsten geblieben, ist dem thatkräftigen Auftreten der Bundesoberssammlung zu verdanken; daß sie solche Folgen haben konnte, zeigen uns die seitherigen Vorgänge sattsam genug. Der Fürst aber, der jene Abmungen wie die jetzt zur Wahrheit gewordenen Hoffnungen theilte und den Muth zum offenen Bekenntniß seiner Rechtskraft aufbrieb, dieser Fürst, der sich nur auf sein gutes Recht stützen mochte, ist der jetzt regierende Landgraf Ferdinand von Hessen-Homburg.

(Darmst. Z.)

Berlin, 30. Nov. Aus dem Adreß-Entwurf, wie derselbe in der gestrigen Schluß-Sitzung von der niedergesetzten Commission der II. Kammer genehmigt worden, entnehmen wir folgende Stellen: Mit Befriedigung ersehen wir, daß Ew. kgl. Maj. friedliche Beziehungen zu den europäischen Großmächten nicht unterbrochen sind, denn wir wissen die Segnungen des Friedens in vollem Maße zu würdigen. Tief beklagen wir jedoch, daß die Verhältnissen Ew. kgl. Maj. Regierung nicht vermocht haben, den deutschen Staaten eine ihren Bedürfnissen entsprechende Verfassung zu verschaffen. Wir vertrauen, daß die fernern Bestrebungen zu diesem Ziele, wie solches in dem Bündniß vom 26. Mai 1849 seinen Ausdruck gefunden, mit Nachdruck fortgesetzt, daß dahin führen werden, daß Preußen, seine äußere Würde und innere Freiheit sichernde Verfassung zu gewähren, in welcher Preußen, nachdem es mit seiner ganzen Macht in Deutschland eintreten, nicht die zweite Stelle einnehmen kann. — Auf die Mitwirkung des preußischen Volkes bei dieser Bestrebungen dürfen Ew. kgl. Maj. zuversichtig zählen. Die Wiederbelebung des mit allseitiger Zustimmung aufgehobenen Bundestages erscheint uns mit völlig unvereinbar. Wir bedauern aufrichtig, daß, des mit Dänemark abgeschlossenen und allseitig ratifizirten Friedens ungeachtet, ein befriedigender Rechtszustand in den Herzogthümern Holstein und Schleswig noch immer nicht herbeigeführt war. Wir hoffen, daß es, wenn die Anerkennung der auch diesen Fragen nicht ohne fremde Einmischung möglich sein sollte, den vereinten Regierungen aller zum deutschen Bund gehörigen Staaten gelingen wird, eine Erledigung jenes Conflikes zu erzielen, welche jedes wohlerworbene Recht nach allen Seiten hin wahrt. Ein solches gemeinschaftliches Handeln wird die beste Gewähr dafür bieten, daß die Integrität der Integrität Deutschlands und gegen die Besorgniß bieten, als könne ein Bruderstamm, für den unser tapferes Heer zweimal gefochten und geblutet, wehrlos Preis gegeben werden. — Die widerwärtigsten Zerwürfnisse in einem Nachbarlande haben in ganz Preußen den lebhaftesten Antheil erregt, und es ist mit Befriedigung anerkannt, daß Ew. königl. Majestät Regierung einseitiger Einmischung in dasselbe ein Ziel gesetzt hat, welches zu behaupten Preußens deutscher Beruf und die Ehre seiner Waffen gebieten. Wenn dadurch Mißverständnisse herbeigeführt sind, und außerdem Truppenzusammenziehungen stattgefunden haben, welche die Sicherheit der Monarchie bedrohten, so gebot es die Pflicht, die Kriegsstärke des Landes bereit zu stellen, um zu Schutz und Trutz gerüstet zu sein. — Wir das Land Ew. königl. Majestät Ruf zu den Waffen aufgenommen, das bewesst lauter und vernehmlicher, als wir es zu schildern vermöchten, die freudige Zuversicht, mit welcher die Wehrpflichtigen zu den Waffen eilen. Ein Gefühl durchdringt, ein Wille belebt das ganze Land, uns eng zu schaaren wie ein Mann um unseres Königs Thron, gleich unsern Vätern im vorigen Jahrhundert, gleich unsern Brüdern in den letzten Freiheitskriegen! Das Herr steht da, stark an Muth, stärker durch seine treffliche Rüstung, am stärksten durch Muth und Begeisterung, der Befehle seines Königs gewärtig! Ew. königl. Majestät suchen keinen Krieg, wollen Niemandes Rechte schmälern; dafür segne Sie Gott! Aber Sie sordern Einrichtungen für das Gesammt-Vaterland, die Preußens gegenwärtiger Stellung in Deutschland und Europa angemessen sind; auch darin begegnen Sie den Erwartungen des Preußischen Volkes. Das Schwert ist gezückt zur Vertheidigung dieses guten Rechtes; ist dieses gewahrt, sind hinlängliche Bürgschaften dafür gegeben, so wird es ruhig in die Scheide zurückkehren, und Hunderttausende werden es gern mit dem Pflugeisen friedlicher Arbeit vertauschen; es würde aber — wenn es sein muß — gewaltig niedersallen auf Jeden, der Preußens Recht oder Preußens Ehre anzutasten wagen sollte ꝛc. ꝛc.

Berlin, 30. Nov. Die Instruktion, welche Hr. v. Manteuffel nach Olmütz mitgenommen, soll nach mehreren hiesigen Blättern im Allgemeinen sehr gemessen und kurz gehalten sein, umfassen. Preußen verlangt: 1) Die sofortige Eröffnung der freien Conferenzen an einem neutralen Orte; 2) die Suspendirung des Bundestags während der Conferenzen; 3) das freie Einkunftsrecht der Eingestlaaten, sobald die Reconstruktion des weiteren Bundes erfolgt ist; 4) die gemeinsame Occupation Kurhessens durch Oesterreich und Preußen (dieser Punkt würde natürlich durch die neueste Wendung der Dinge in Hessen Modifikationen erleiden); endlich 5) die Erledigung der schleswig-holsteinischen Frage auf den freien Conferenzen.

Berlin, 30. Nov. Der „Weser-Zeitung" wird von hier geschrieben: „Was die Lage Preußens betrifft, so hat sie sich in den letzten Tagen nach Außen verschlimmert, nach Innen gebessert. Die letzte russische Note macht kein Hehl daraus, daß Rußland, falls es zwischen Oesterreich und Preußen zum Kriege käme, sich auf Seite Letzteren würde, den durch die Verträge von 1815 garantirten Territorialbesitz des preußischen Staates aufrecht zu erhalten.

England.

London, 23. Nov. Vorgestern Abend hielten die demokratischen Freunde der aus Ungarn und Baden zurückgekommenen Polen eine Versammlung. Es war bis zur Polizei Thun früher zu Ohren gekommen, daß große Unruhigkeit unter den flüchtigen Polen herrsche, und daß ein thatsächliches Einschreiten der Behörden auf der angesagten Versammlung vielleicht nicht überflüssig sein dürfte. Mehrere Polizeioffizianten hatten sich daher in der Nähe des Versammlungslokales verborgen gehalten. Es hatte sich bewahrheitet, was hatte zuerst das Wort. Er drückte sein Bedauern darüber aus, daß das Charakterkomite, welches zusammengetreten war, um die aus Ungarn und Baden flüchtigen Polen zu unterstützen, seine Pflicht nicht genügend erfüllt habe. Die Summen hätten zu keinem Resultate geführt; selbst vor Cobden's und Hume's Ohre seien sie mit leeren Händen abgegangen, und was sie unter einander subscribirt, reichte höchstens hin, auf den Kopf 3 oder 4 Pence zu vertheilen. Es wäre dies eine Schmach für die englische Demokratie, die das Wort „Bruderliebe" immer im Munde führe. Der englische Sekretär der Gesellschaft, Hr. Davis, wollte einen Unterschied zwischen den Polen, die in Baden, und denen, die in Ungarn gekämpft, gemacht wissen. Die Ersteren wären lauter Unduldsame; sechzig von ihnen seien durch die Chartisten in einem gemeinschaftlichen Hause untergebracht worden, aber sie hätten es nicht dul-

den wollen, daß das Komite die Aufsicht führe, sie hätten sich gegen ihre beiden Landsleute, die Hauptleute Rota und Oberegli, welche mit der Vertheilung der Gelder beauftragt waren, schlecht benommen, und sie Rechtsraten gesammelt. Das Komite hatte nun Engländer mit der Verwaltung beauftragt, aber auch dieses habe die Unzufriedenheit nicht beseitigen können, und nur die 26 Offiziere, welche in Ungarn gefochten, wären sich in ihrem Betragen als Gentlemen immer gleich geblieben. Hr. Browne nahm das Wort zur Vertheidigung der angegriffenen Polen; es wurde dann noch über eine Summe von 37 Pfd. verhandelt, und die Versammlung trennte sich erst in später Nacht. Die Polizei hatte keine Veranlassung zum Einschreiten, indem die Charitsten beguttgend dazwischentraten, so oft die Parteien auf einander losstürzen wollen.

London, 26. Nov. Einen sehr gehaltvollen Artikel, mit welchem die „Times“ gestern gegen die Thronrede Sr. Maj. des Königs von Preußen, wegen des freigeistlichen Charakters derselben, zu Felde zog, läßt dieses Blatt heute abermals einen nicht minder heftigen Artikel gegen die preußische Kabinetspolitik folgen, er lautet: „Die Zeit der Sprache ist vorüber, buchstäblich aufgefaßt würde zur Vernichtung der positiven Verpflichtungen führen, durch welche das Staatsgebäude von Deutschland und ganz gewiß auch von Europa noch zusammengehalten wird, und die Unabhängigkeit der Staaten und die Sicherheit der Gebiete der Macht des Stärksten oder der Kühnheit der Willkürlichkeitssystemen überliefern. Solche Neuerungen sind berechnet, die größte Abneigung und Mißbilligung in jedem englischen Minister zu erwecken, und wir zweifeln nicht, daß Lord Palmerston die wirksamsten Mittel ergreifen hat, um seinem entschiedenen Widerstand gegen dieselben einen Ausdruck zu geben. Alle in Anzeichen der Gereiztheit auf Seite der britischen Regierung, mit ihren Beziehungen zu Oesterreichs Regierung auf einen besseren Fuß herzustellen, erfahren wir mit der größten Befriedigung, daß der Graf von Westmoreland nicht mehr nach Berlin zurückkehren, sondern daß er wiederum mit dem Charakter eines britischen Gesandten sich nach Wien begeben wird. Kein Mann diplomatischen Berufes kann geringerer sein, die so wünschenswerten Beziehungen Englands zu dem kais. Kabinet zu vermitteln, als der Graf von Westmoreland wegen seiner langen Bekanntschaft mit dem deutschen Hofen und den Vertretern, das derselbe bei den deutschen Staatsmännern um seiner persönlichen Grundsätze und seines persönlichen Charakters willen genießt. Diese Ernennung wird mit Recht von den europäischen Höfen dahin aufgefaßt werden, daß sie den Entschluß der britischen Regierung bekunden, durch ihre Autorität und ihren Einfluß die Verträge aufrecht zu erhalten, bei welchen Großbritannien betheiligt ist, und die Verschiedenheit der Grundsätze, welche weder durch königlichen Ehrgeiz, noch durch die Völkerbewegung auf die Seite geschoben werden können, ohne das ganze europäische Staatensystem in Zwietracht und Verwirrung zu stürzen. An Lord Palmerston liegt es nun so mehr, über diesen Punkt keinen Zweifel mehr bestehen zu lassen, als einige Umstände, die wir nicht zu erwähnen brauchen, den Glauben erzeugt haben, daß die Feinde des Friedens auf seine Gunst zählen, und daß die Zeit gekommen ist, diese zu enttäuschen.“

Schweiz.

Schwyz, 20. Nov. Die heutige Schwyzer Zeitung kommt abermals auf die im Nationalrathe stattgefundene Diskussion über die gemischten Ehen zurück im nachstehenden Schreiben aus der Bundesstadt vom 18. November: „Da die Berichterstattung über die Verhandlungen des Nationalrathes betreffend das Gesetz über die gemischten Ehen nur kurz war, indem sie sich weniger in die Diskussion einließ, diese Frage aber zumal in der Form, wie sie gleich frühern wieder behandelt wurde, insbesondere für die Katholiken von Interesse ist, so dürfte es Ihren Lesern nicht unangenehm sein, einige Details darüber zu vernehmen, wie wir dieselbe hier folgen lassen.“

„Bekanntlich haben sämmtliche bishop. Bischöfe in der Schweiz bei der Bundesversammlung Mittheilschriften oder Vorstellungen gegen Einführung des vorgeschlagenen Gesetzes eingereicht, indem sich dasselbe gegen die Freiheit des katholischen Kultus verstoße und als ein Eingriff in die kirchlichen Rechte betrachtet werden muße. Die Mittheilschriften entwickelten nun diese Ansicht vom katholischen Standpunkte aus, und, offen und wahr, wobei freilich hin und wieder Schriftsteile angeführt waren, die in den Ohren protestantischer Abgeordneter hart klingen mußten.“ „Die Mehrheit der diesfalls bezeichneten Kommission, oder deren Berichterstatter, Dr. Escher von Zürich, stellte sich nun zur Aufgabe, diese Mittheilungen zu beantworten, als seien dieselben eine Demonstration gegen die Bundesbehörden, als wollen die Bischöfe den Fehdehandschuh hinwerfen und die Abgeordneten der protestantischen Konfession sammt und sonders als Kinder Belials, als von der Seligkeit Ausgeschlossene bezeichnen. Diese Ansichten und Darstellung mißbilligte Hr. Trog als Berichterstatter der Minderheit, sowie Hr. Schwerzmann, welcher mit dem ganzen Einfall seine Bemerkung darüber schloß, er habe den Bericht nicht unterzeichnen mögen, denn er sei gar zu erzbischöflich, was allgemein erheiterte.“ „Von der Berathung der einzelnen Gesetzartikel entstand nun eine allgemeine Diskussion, worin besonders Hr. Escher sich gegen die Bemerkungen der Minderheit zu rechtfertigen suchte, wie bereits berichtet wurde. Es erhoben sich nun auch von konservativer Seite entschiedene Stimmen der Mißbilligung des Berichtes. Vorerst war es Herr Segesser, welcher in gut gehaltener Rede entwickelte, daß jeder Katholik zur Ansicht der Bischöfe kommen müße. In der katholischen Kirche sei das Prinzip der hirchlichen Autorität und dieser müße sich der Gläubige unterwerfen, darin unterscheide sich namentlich der Katholizismus vom Protestantismus, welch' letzterer jedem Gläubigen der Entscheid selbst überlaße. Da nun die Kopulation der Ehe ein Sakrament, eine rein kirchliche Ordnung sei, und die Bischöfe einstimmig die gemischten Ehen verworfen, so könne er auch nicht dafür stimmen. Der Bericht der Majorität sei eine Hohnung der Katholiken und ein selteuer Beweis der Intoleranz, er wünsche daher, daß derselbe gedruckt werde, damit man auch lesen könne, auf welcher Stufe der Intoleranz sich die Schweiz 1858 befinden. Nach ihm sprach Herr Waller im gewohnten Theaterwortrag und warnte vor kosfessionellen Zänkereien, in dem Sinne nämlich, daß, wo es nöthig sei, man handeln und nicht lange reden solle, wie sie es im Aargau gegen die Klöster und später die Eidgenossenschaft gegen die Jesuiten gethan habe. Hr. Lusser, der sein Votum bekannt aus, daß die Kommission ihren Bericht mehr gegen die Bischöfe, als über die Sache abgestattet, daß sich Herr Berichterstatter auf den Standpunkt eines protestantischen Pastors gestellt und die Bittschriften durch Zusammenstellung einzelner Sätze zu einer Verdammungsbulle Anderegläubiger zu stempeln gesucht habe, während sie in der Absicht der Bischöfe gelegen, denselben sie nur den Grundsatz ausgesprochen hätten: die Bundesverfassung garantire die katholische Kirche, durch dieses Gesetz aber werde dieselbe in ihren Rechten beeinträchtiget. Der Bericht bleibedige ihn, als Katholik. Der Sprechende erklärt sein Bedauern, daß man den Bischöfen und den Katholiken den Grundsatz unterschiede, als verdammen sie jeden Andersgläubigen, dieses sei ganz falsch, jedes Kind wisse, daß ein unverschuldet im Irrthum befindlicher deßwegen nicht verurtheilt werden dürfe. Daß aber der Bischof sage, es gebe nur eine von Christus gestiftete Kirche, und daß diese die katholische sei, das sei natürlich, es müße dies jeder Katholik glauben, und werde aber auch ein Protestant dieses von den seinigen behaupten ze. Nun meinte Hr. Steiger, aus Luzern, welcher sich gern zur Aufgabe macht, Hrn. Segesser zu bekämpfen, derselbe hat unrichtige Behauptungen aufgestellt, man habe ultramontane Ansichten geäußert, und dergl. albernes Zeug mehr. J. B. zog er das früher sogwortliche Preßgesetz hervor und bekämpfte, daß er auch im Neuerung von Hrn. Segesser vom Berichterstatter Hr. Escher sich dagegen verbeten hatte, wegen angeblicher Höhnung der katholischen Kirche. Hr. Segesser erwiderte dem Redner auf widerlegerihn kurz, ohne seinen Vortrag längerer Erörterung zu würzigen. Der alte Sidler (der Jüger) meinte auch noch seinen Senf dazu geben zu müssen und erferte gegen die Bischöfe, welche durch ihr Konzert einen Mißton in den Zeitgeist des Jahrhunderts gebracht. Er findet noch immer den Geist der Finsternig in den katholischen Grundsätzen und möchte wünschen, daß man sich über die Formen erheben sollte. Diesem grauen Schwärmer freilich mögen Ihren dürfte etwas mehr kirchlicher Sinn wohl besser anstehen, als mit den radikalen Protestanten in das gleiche Horn zu stoßen. Dr. Escher repligirte nochmals auf die verschiedenen Bemerkungen und bezog sich zu seiner Rechtfertigung auf die Vorträge der grauen Häupter, Steiger und Sidler (traurig genug, daß sie als graue Katholiken sich so aufspielen), die seinen Bericht gutheißt haben, er sei durch die Eingaben der Bischöfe dazu veranlaßt worden.“ „So entete eine ziemlich heftige Debatte, veranlaßt durch die Petitionen der Hochw. Bischöfe, nicht ohne Bedeutung und Lehre.“ „Es zeigte sich klar, daß protestantischer Geist und dem Radikalismus verbündeter Geist sich sträflich, in Billigkeit waltet in Beurtheilung katholischer Grundsätze, daß man vor Vorurtheil gegen die Kirche befangen, jede Ansprache auf Berücksichtigung als eine feindliche Demonstration ansieht, und das nie und nimmer bei konfessioneller Fragen etwas für die Katholiken zu hoffen ist.“ „Es zeigte sich aber auch, daß die Bischöfe wenigstens von einem, freilich kleinen Theile der Mitglieder verstanden wurden, und daß man sich offen zu ihren Ansichten bekannte, wenn schon mit Finsternig und Ultramontanismus man sich geworfen wurde.“ „Bei der artikelweisen Berathung stellte Dr. Wyssi den gemeinderath Antrag auf Streichung des Artikels und begründete dieses dadurch, daß die gemischten Ehen gewöhnlich mißlingen und daher nicht gut seien. Daß er den Ansichten der Bischöfe beistimmend, als Katholik laut seinem Gewissen nicht dafür stimmen könne; daß auch bei Scheidungen solcher Ehen Mißverhältnisse entstehen dürften, indem vor Gericht sich nicht wieder die Konfession und Erziehung der Kinder gekrochen. Es kamen dabei von radikaler Seite vielsache Grundsaße und Ansichten zu Tage, die einem mit dem Wesen des Radikalismus nicht vertrauten, orthodoxen Katholiken, oder Protestanten unbegreiflich schienen wahren, Ansichten, die verrathen, daß beim Radikalismus es wenig oder gar kein Gewissen mehr gibt. Der Antrag wurde mit 65 gegen 31 Stimmen verworfen.“ „Es gehört dazu bei vorliegender Frage eine Kenntniß der Grundsaße und Ansichten der katholischen Kirche, durch dieses Gesetz aber werde dieselbe in ihren Rechten beeinträchtiget. Der Bericht bleibige ihn, als Katholik. Der Sprechende erklärt sein Bedauern, daß man den Bischöfen und den Katholiken den Grundsaß unterschiede, als verdammen sie jeden Andersgläubigen, dieses sei ganz falsch, jedes Kind wisse, daß ein unverschuldet im Irrthum Befindlicher deßwegen nicht verurtheilt werden dürfe. Daß aber der Bischof sage, es gebe nur eine von Christus gestiftete Kirche, und daß diese die katholische sei, das sei natürlich, es müße dies jeder Katholik glauben, und werde aber auch ein Protestant dieses von den seinigen behaupten ze. Nun meinte Hr. Steiger, aus Luzern, welcher sich gern zur Aufgabe macht, Hrn. Segesser zu bekämpfen, derselbe hat unrichtige Behauptungen aufgestellt, man habe ultramontane Ansichten geäußert, und dergl. albernes Zeug mehr. J. B. zog er das früher sogwortliche Preßgesetz hervor und bekämpfte, daß er auch im Neuerung von Hrn. Segesser vom Berichterstatter Hr. Escher sich dagegen verbeten hatte, wegen angeblicher Höhnung der katholischen Kirche. Hr. Segesser erwiderte dem Redner auf widerlegerihn kurz, ohne seinen Vortrag längerer Erörterung zu würzigen. Der alte Sidler (der Jüger) meinte auch noch seinen Senf dazu geben zu müssen und erferte gegen die Bischöfe, welche durch ihr Konzert einen Mißton in den Zeitgeist des Jahrhunderts gebracht. Er findet noch immer den Geist der Finsternig in den katholischen Grundsätzen und möchte wünschen, daß man sich über die Formen erheben sollte. Diesem grauen Schwärmer freisinniger

Männer, welche wenigstens mit mehr Rücksicht vor religiöser Ueberzeugung sprechen und einiges Gefühl dafür nicht verbergen, so z. B. Dr. Troy."

„Wohl wissen wir der merkwürdigere Konsequenz erwähnen, welche die radikalen Redner befolgten. Bei dem Grundsatz über Einführung der gemischten Ehen und dem daherigen Gesetzartikeln sprachen sie offen aus, wie gut dieselben seien, sie bringen Frieden unter die Konfessionen und seien so glücklich, als andere. Als es sich aber um Erziehung der Kinder handelte, war nur eine Stimme, daß nichts ungeschickteres und fatalereres sei, als Geschwister in verschiedenen Konfessionen erziehen zu lassen, das bringe Unfrieden in die Familien und man müsse das verhindern."

„Also Kinder, Geschwister sollen und dürfen nicht verschiedener Konfession sein, das ist nicht gut und bringt Unfrieden, ganz recht, die Eheleute aber, Vater und Mutter, die dürfen und sollen verschiedener Konfession sein, das sollte denn sein Mißgriff sein, keinen Frieden storen?! Wer begreift diese Konsequenz? Und dennoch waltete diese Absicht ganz entschieden." „Dieses zur Beleuchtung der Verhandlung. Möge doch der Himmel verhüten, daß nicht immer Ausschließungen in die Verfassungsurkunden geworfen werden, denn ihre Behandlung ist immer eine unerfreuliche, traurige, ihre Lösung eine unglückliche!"

Bern, 29. Nov. „Fort mit den Fremden, welche sich eines Theiles der hiesigen Presse bemächtigt haben, fort mit denen, die kein Herz für unser Volk haben, das ihnen nur als Werkzeug für ihre ausländischen Plane gilt. Fort mit den Fremden, welche zum Theile ohne die nöthigen Ausweisschriften im Kanton geduldet werden, und zum Dank dafür noch kürzlich in einem ihrer Blätter die Mehrheit des gr. Rathes mit dem Namen eines Viehs beleidigt haben! Das ist der Ruf, der immer allgemeiner, immer lauter aus allen Theilen der Eidgenossenschaft an uns und unsere Versammlung aufs dringendste an die Regierung richtet." Mit diesen Worten hat die in der Reitschule gehaltene Versammlung der Conservativen ihre Stimmung gegen die Fremden in einer Adresse an die Regierung ausgedrückt, und bald nach Empfang derselben gab der hiesige Regierungsrath dem Polizeirath den Befehl, die von dem Bundesrath dem Kanton Bern zugewiesenen politischen Flüchtlinge sinstchtlich der Niederlassungsbewilligung den übrigen Fremden vollkommen gleich zu halten, d. h. von denselben eine Caution von 800 Fr. zu verlangen, eine Forderung, welche bei der Armuth der politischen Flüchtlinge einem Ausweisungsbeschlusse gleichkommt.

(S. D.-Z.)

** Aus der Schweiz, den 30. Nov. Der Redacteur der „Suisse" ist in Bern verhaftet worden. Der Präsident des Obergerichts in Bern, Leipundgut hat sich erhangt. In den Urkantonen nimmt der Bettel und die nächtlichen Straßenräubereien sehr überhand.

Italien.

⊙ Aus Italien, 28. Nov. Man schreibt aus Sardinien, 27. Nov. Abends 7 Uhr: Die ganze Insel ist im Aufstand. Der Belagerungszustand ist verkündet. Viele Verhaftungen sind vorgenommen worden. Graf Pauelli ist zum Präsidenten des obersten Gerichtshofes ernannt worden.

Neuestes.

Frankfurt, 2. Dez. Gestern Abend kam es wieder in der Fahrgasse zu einer Schlägerei; ein Trupp Preußen hatte die Domaltakionslinie nicht respektirt und war in die ihnen verbotene Hälfte der Stadt mit blanlem Säbel eingedrungen, um einen ihrer Kameraden zu befreien, der in der Judengasse von bayerischen Unteroffizieren, welche zur Aufrechthaltung der Ordnung dort aufgestellt waren, arretirt worden war. Ein Preuße wurde schwer verwundet, zwei Bayern leicht, und eine Anzahl Preußen wurde von einer schnell herbeigeeilten Patrouille arretirt. Heute Abend werden die Truppen schon um 4 Uhr in die Casernen consignirt.

(K. Z.)

Köln, 30. Nov. Heute Nachmittags erschien in der Wohnung des die Oberleitung der Redaction der „Deutschen Volkshalle" führenden vormaligen Würzburger Professors Dr. Hermann Maller ein königl. Polizeibeamter, und eröffnete demselben, daß zufolge höherer Weisung (direkt von Berlin, wie er mündlich beifügte) er hierdurch auf Köln ausgewiesen sei, und er binnen 24 Stunden die Stadt zu verlassen habe, um sonst anzuwendende Zwangsmaßregeln zu vermeiden.

London, 29. Nov. General v. Radowitz, vor einigen Tagen hier angekommen, ist gestern von der Königin in Windsorcastle empfangen und zur Tafel gezogen worden.

(S.-D.-Z.)

Der Olmützer Domherr und päpstliche Hausprälat, Graf Robert v. Lichnowsky-Werdenberg, Besitzer der Herrschaft Grätz bei Troppau, hat sein kaum hergestelltes, prachtvolles Schloß für die kranken Krieger zum Spitale angeboten, besorgt mit eigenen Mitteln die nöthige Einrichtung für 100 Betten, und auf daß der kranke Soldat neben der leiblichen Pflege auch des geistlichen Trostes, der Belehrung und Ermunterung nicht ermangle, übernimmt der edle Menschenfreund auch die Spitalpriesterstelle im eigenen Hause. Soweit das Beispiel des Grafen Nachahmer finden!

Die Krakauer Blätter ziehen seit gestern gegen Tuska. Der Aufstand in der Herzegowina ist allgemein und auch Albanien soll sich erhoben haben. Die Bevollerung von Novi Pazar ist ebenfalls aufgestanden, vertrieb den dortigen Befehlshaber Jusup Bei, besetzte die aus Mazedonien u. Rumelien nach Bosnien fahrenden Empässe und verwehrt nun den aus Rumelien kommenden Truppen den Einmarsch in Bosnien.

Schwurgerichtsverhandlungen.

III.

Würzburg, 1. Dez. Die letzte Verhandlung des Schwurgerichtes in voriger Woche war der erwartete Prozeß gegen den Landtagsabgeordneten Kaufmann Reinhardt von Neustadt a. d. S. wegen Vergehen der Amtsehrenbeleidigung gegen den Landrichter Welsch und mehrere im Zusammenhange zugleich vor das Schwurgericht verwiesene Rnate, begangen durch Injurien gegen Fürsten, Ministern und Regierungen rc. Reinhardt habe nämlich am 6. August 1848 auf einem zu Ehren des Reichsverweser gegebenen Festball gewaltig über Fürsten und Regierungen geschimpft, besonders über König Ludwig, welcher Millionen aus der Kriegskasse verbraucht habe. Am 18. März 1849 habe Reinhardt in einer Volksversammlung über Verschwendung von Staatsgeldern gesprochen, auch auf den König von Preußen geschimpft, seine Treue Verbrüderung, Beschützung und Südensspiegel der Monarchie." Ferner im Grabanz 2 Aufsätze einrucken lassen gegen Landrichter Welsch wo er ihn der Denunziation beschuldigt. Wir übergehen die ferneren Einzelheiten dieses Aeates, die schon früher in mehreren Blättern besprochen worden, bemerken nun, daß Reinhardt das Vorliegende zugestand; aber nur Liebe zur Wahrheit habe ans ihm gesprochen. Zu Bejahung auf Regierungen habe er auf Niemand ein besonderes Augenmerk gehabt; auch habe er Niemand persönlich beleidigen wollen. Der Wahrspruch der Geschworenen war, wie wir bereits meldeten „Nicht schuldig" was mit der größten Freude von einem Theil des zahlreichen Zuhörer Publikums begrüßt wurde. Präsident war Graf Spreti, Staatsanwalt Kreisgerichtsrath Löwenheim, Vertheidiger Advokat Hartmann. Als Geschworene fungirten: Gypherl, Marl, Hesser, Durbig, Ulrich, Schoppelrey, Sauer, Aulenbrand, Frankenberger, Jäging, Bieberich, Arhm.

Die Begründung der mitgetheilten Motion des Herrn Domdekan v. Hirscher.

(Schluß.)

„Da dem nun so ist, hochgebrtreste Herren, so werden Sie es durchaus gerechtfertigt finden, daß der allgemeine Kirchenrath von Trient für die ganze katholische Welt Anstalten, in welchen die künftigen Geistlichen von Jugend an berufsgemäß erzogen werden (Seminarium juvenrum) angeordnet und die bischöfliche Bulle Provida sanctorum, kraft welcher das Erzbisthum Freiburg errichtet worden ist, diese Anordnung ausdrücklich wiederholt hat. Es ist diese Bulle auch, und somit die Bestimmung hinsichtlich der Errichtung genannter Anstalten seiner Zeit landesherrlich bestätigt worden. Um was es sich also handelt, ist nur die einfache Ausführung einer in der katholischen Kirche allgemeinen, anderwärts im Baiern wiederholten, in sich selbst gerechtfertigten und auch von unserer Staatsregierung zugesprochenen Vorschrift. Die Errichtung der in Rede stehenden Erziehungsanstalten ist, wie schon oben gesagt worden, für die katholische Kirche eine Lebensfrage; sie ist es aber nicht weniger auch für den Staat.... Wenn es der Kirche nicht gelingt, Priester zu verwehrt sein sollte, ihre Geistlichkeit von früh an ihrem Berufe zu erziehen, so wird ihr auch fernerhin verwehrt sein, das Volk so, wie sie es soll und will, durch das Evangelium zu heiligen und dem Staate darin seine eigentse und tiefste Grundlage zu geben."

„Die Mittel sind, wenigstens zum größten Theile, bereits vorhanden. Es ist leicht, die nöthigen Räumlichkeiten in vormaligen Klostergebäuden anzuweisen. Sodann werden derzeit alljährlich 18,000 fl. aus Kirchenmitteln zu Stipendien verwendet für Schüler der sechs obersten Lyceal-classen, welche sich in der Folge der Theologie widmen wollen. Nehmen man dieß 18,000 fl.; sie werden für der laufenden Theorf nahezu zureichen, und für das etwa noch weiter Erforderliche wird es an verfügbaren Kirchenmitteln nicht fehlen. Bisher hatten die reichlich gegebenen Stipendien in dem gedachten Gesammtbetrage von 18,000 fl. die Folge, daß sich zwar die Zahl der künftigen Theologen bedeutend vermehrte, und nach etlichen Jahren der Verminderung der Priestermangels entgegenzusehen ist, daß dagegen von allen Seiten die bittersten Klagen über Mißbrauch der Stipendien einliefen, so daß nach der gegenwärtigen Einrichtung die Kirche ihr Gleb bezahlt, um ihren künftigen Theologen die Verfassung und die Mittel zu aller Unordentlichkeit in die Hand zu legen. Noch ist zu bemerken, daß bei den in Frage stehenden katholischen Erziehungsanstalten nicht etwa an Winkelschulen gedacht werden darf, welche da oder dort im Lande aufgethan werden wollen, vielmehr sollen dieselben in Lyceal- oder Gymnasialstädten errichtet werden, und ihre Zöglinge den öffentlichen Unterricht der betreffenden Lyceen oder Gymnasien, wie die andern Schüler, besuchen. Und weiter werden dieselben zwar unter der freien Leitung des Bischofs stehen (ac Episcopo libere ligenila et administranila, wie es in der obererwähnten päpstlichen Bulle heißt), aber es wird dem Staate jede beliebige Einsicht in ihren wissenschaftlichen und sittlichen Zustand zu jeder Zeit offen stehen. Ich weiß auch zum Voraus, daß die Zöglinge, namentlich in ihren Kenntnissen, hervorragen werden, da man minder fähige in die Anstalt nicht aufnehmen, unfleißige darin nicht dulden wird."

(D. Vollsbl.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Geborene:

Margaretha Rom, Friseurgattin, 40 J. — Joseph Goß, Fabrikarbeiter, 52 J. — Marg. Berscheid, Ehehaltenaufpfründnerin, 68 J. — Anton Bauer, Archidiener, 82 J. — 1 Kind.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreibhofe 2. Distr. Nr. 535.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 290. Würzburg, Mittwoch den 4. Dezember. **1850.**

Die preußische „Ehre“.

Das spezifische Preußenthum anlangend, daß Preußen auf gewissen Forderungen beharre und davon die Entscheidung, ob Krieg, ob Frieden, abhängig mache. Dieses Beanstellen charakterisirt die Sache selbst zur Genüge. Nicht Deutschland, welches einem Gesammt-nahe einem Kleindeutschland gilt es. Preußen allein ist es, worum es sich handelt. Frage man doch einmal nach im preußischen Volke — man wird finden, daß die Stimmen derer, welche um der Union, der Verfassung vom 26. Mai 1849, der Träume von Gotha willen einen Krieg anzufangen wünschten, in einer erschreckenden Minderheit sich befinden und, daß es nicht erst der beispiellosen Theilnahmslosigkeit des preußischen Volks an den Wahlen für Erfurt bedurft hätte, um an den Tag zu legen, auf wie geringe Sympathien in Preußen die Union sich Rechnung zu machen hatte. Ist es aber das spezifische Preußenthum, welches bei der jetzigen Stellung Preußens den bundesgetreuen Staaten gegenüber in den Vordergrund tritt, so fragen wir billig: Was konnte Preußen bewegen, diesen Staaten sich feindlich gegenüber zu stellen? Es ist hier nicht damit abgethan, daß man sagt, die preußische „Ehre“ sei verletzt, man muß uns auch nachweisen, worauf sie verletzt worden sein soll. Daß aber von Seiten Oesterreichs eben eines andern bundesgetreuen Staates etwas geschehen sei, wodurch sich Preußen in seiner „Ehre“ verletzt erachten könne, ist uns wenigstens nicht bekannt. Uns scheint die Ehre eines Staates nur da verletzt zu sein, wo Angriffe auf die Integrität oder auf die rechtlich begründete Autorität desselben nach außen hin erfolgt sind. Wo aber hätte Oesterreich oder einer der bundesgetreuen Staaten sich solcher Angriffe auf Preußen schuldig gemacht? Preußens Integrität ist in den letzten Jahren allerdings verletzt worden, verletzt worden auf eine allen Völkerrechte Hohn sprechende Weise; man hat es mitten im Frieden ohne Kriegsankündigung oder sonst etwas eines Landestheiles beraubt. Aber die das gethan haben, das ist nicht Oesterreich, das ist keiner der bundesgetreuen Staaten — ein fremder Staat, die Schweiz, ist es, welche sich das preußische Fürstenthum Neuenburg anrignete und incorporirte, ohne das Preußen gegen solche Anmaßung bisher nur ein entschiedenes Wort des Widerspruchs erhoben hätte. Wohl hat Preußen selbst die Rechte eines andern deutschen Staates und seine Ehre tief verletzt, denn ohne sich auf die vertragsmäßige Benutzung der ihm zustehenden Etappenstraßen zu beschränken, ist es mit bewaffneten Ingrossalen in die Staaten des Kurfürsten von Hessen, ohne, ja wider den Willen des rechtmäßigen Landesherrn und ohne durch irgend einen Vertrag dazu berechtigt zu sein. Wo hat irgend ein anderer deutsche Staat Preußen oder einem seiner Verbündeten gegenüber etwas gethan, was dem nur entfernt ähnlich wäre? Dürft es denn Preußens „Ehre“ verletzen, wenn man solchen Schritten, wie ihre Einfall in Hessen ist, sich entgegenstellt, wenn man Forderungen widerspricht, denen jeder Rechtsgrund fehlt? Man führt die hessische, die schleswig-holsteinische Angelegenheit als die Brennpunkte der Differenzen zwischen Preußen und den bundestreuen Staaten auf. Aber welche Intentionen hat denn Oesterreich Preußen in diesen beiden Fragen, wenn es mit den auf Grund des Bundesrechts gefaßten Beschlüssen sich nicht einverstehen will? Hält es denn Preußen für möglich, daß die deutsche Bund, dessen Fortbestehen es ja selbst als ganz zweifellos anerkennt, ruhig zusehen könne, wie eine Steuerverweigerung, an der das Ball selbst zum großen Theil ganz unschuldig, die hauptsächlich nur von widerspenstigen Beamten provocirt ist, die widerwärtige Anarchie zum Lande hineingeführt? Der deutsche Bund will in Hessen nichts Anderes, als — ohne damit alle Schritte des Hrn. Hassenstug zu billigen — die landesherrliche Autorität wiederherstellen und die Revolution vernichten. Es hieße allerdings Preußens „Ehre“ verletzen, wenn man ihm andere Absichten in Hessen unterschieben wollte: aber wenn hierüber hier und da Mißverständnisse entstanden sind, wem anders hat denn Preußen deshalb Vorwürfe zu machen, als den eigenen, den gouvernementalen preußischen Blättern, deren Sprache nur zu sehr geeignet war, selbst diejenigen irre zu machen, die am festen auf Preußens loyalität bauten? Und was die schleswig-holsteinische Frage anlangt, so ist es ja bekanntlich Preußen selbst, welches zum Theil unter Widerstreben der deutschen Mächte, welche die Rechte Holsteins besser gewahrt zu wissen wünschen, jenen Frieden abgeschlossen hat, dessen Aufrührung noch bevorsteht. Preußen hat diesen Frieden ausdrücklich im Namen des deutschen Bundes abgeschlossen, die Rechte des letztern gewahrt, und ihm die Durchführung des Friedens vorbehalten. Hofft es denn nun Preußens Ehre verletzen, wenn der deutsche Bund das ihm erkorene Recht gebrauchen und den Frieden aufrühren will? Würde es nicht vielmehr eine Verletzung preußischer Ehre sein, wenn man glauben wollte, Preußen könne sich einem solchen Unternehmen widersetzen? Es kann nun in diesen Beziehungen Zweifel entstanden sind, wer anders das sie denn veranlaßt, als die preußischen Blätter, als Hr. v. Radowitz mit seinen diplomatischen Noten?

Deutschland.

München, 2. Dez. Diesen Mittag sind abermals fünf Kompagnien des ersten Jägerbataillons aus Burghausen, dann zwei Eskadrons des zweiten Kuirassier-Regiments (Prinz Adalbert) hier eingetroffen. Der Staatsminandant Frhr. v. Pfretzschner und mehrere Offizier ritten den Ersteren, Prinz Adalbert seinen Kuirassieren entgegen und geleiteten sie nach dem Max-Josephsplatz, wo diese Truppen alsbald vom König Max inspizirt und einzelne Soldaten und Offiziere durch freundliche Worte des Monarchen bewillkommnet wurden. Hierauf defilirten diese Truppen an dem königl vorüber, welchem zur Seite des Feldmarschalls Prinz Carl, Prinz Eduard und mehrere Stabsoffiziere sich befanden. Se. Maj. wurde von den Soldaten mit lebhaftem Hochrufen begrüßt; wir heben dieß namentlich bei den Jägerkompagnien hervor, welche größtentheils Rheinpfälzer, ein trefflicher Schlag Leute sind. Heute ist abermals eine fahrende Batterie Artillerie und das dritte Bataillon des 2. Infanterie-Regiments von hier abgegangen. — Aus Wien gelangte gestern Abend an das Ministerium des Aeußern eine telegraphische Depesche, welche das Resultat der Olmützer Konferenz als ein höchst friedliches bezeichnet. Die Nachricht wurde dem Königl Max in's Theater überbracht; das Publikum selbst der Vorstellung fonferirte Se. Majestät noch in der königlichen Residenz mit dem Ministerpräsidenten, Hrn. von der Pfordten. Es ist kein Zweifel mehr, daß der Friede erhalten wird. — — Dem Vernehmen nach wird eine größere Truppenconcentrirung bei Bamberg behufs einer abzuhaltenden Inspektion durch den Feldmarschall Prinzen Karl t. H. stattfinden, denn einen andern Zweck dürften die nach stattfindenden Truppenbewegungen lei den eingetroffenen Friedensnachrichten wohl nicht haben. Es gehen bedhalb noch morgen und übermorgen 2 Eskadronen Kuirassire dahin ab. Bezüglich des neuern Umschwunges der Dinge hat sich die bisher sehr gedrückte Stimmung der Bevölkerung unserer Hauptstadt heute auf einmal in eine heitere und freudigere verwandelt. Wie ein Lauffeuer drang die Friedenskunde durch alle Schichten der Gesellschaft; denn einen Krieg von Deutschen gegen Deutsche — man hier wie überall für das größte Unglück unsers gemeinsamen Vaterlandes gehalten. — Der Obrist der Landwehr, Hofballmeister Baron Lerchenfeld, ließ gestern sämmtliche Offiziere der Landwehr zu sich entbieten, und warnte sie auf Grund betreffender Verordnungen vom Jahre 1828 vor Komplagnieversammlungen und dergl., indem es ihnen vorhielt, daß sie obuehin durch einen Eid gebunden seien, an verbotenen Vereinen sich nicht zu betheiligen, während die Theilnahme von Offizieren an allgemeinen Versammlungen mit den Subordinationsbegriffen sich nicht vertrage. In Folge der jüngsten Verordnung nämlich die Ernennung der Landwehrpfiffizieren betr., hatte sich eine Angahl dieser Kategorie zu Berathungen versammelt, wod höchstens Orts sehr mißliebig vernommen wurde. Zugleich eröffnete der Hr. Obrist dem Offizierskorps, wie es zwar keineswegs wahrscheinlich sei, daß sie zur Uebernahme des Dienstes wieder der nächsten Zeit berufen würden, man aber gleichwohl bei dem möglicher Weise eintretenden Fall einen allgemeinen Eifer der hiesigen Bürger zähle.

(A. Z.)

München, 2. Dez. Am 29. und 30. fanden, nachdem sämmtliche Abgeordnete in Olmütz eingetroffen waren, die Konferenzen statt. Wie wir vernehmen, wenden sich bei denselben die Ansmerksamkeit zuerst, und wie es die Natur der Sache mit sich brachte, den dringlichsten Fragen zu. Die Frage der gegenseitigen Entwaffnung nahm den ersten Plag ein. Die polstreinische Frage und die kurhessische wurden dann in Betracht genommen. Und in der That vereinigte man sich, wie wir hören, über gewisse urkundlich festgestellte Stipulationen in allen drei Punkten. Demnach würde man von beiden Seiten noch vor Beginn der freien Konferenzen sie Regelung der deutschen Verfassungsfrage entwaffnen, und Preußen hatte auch in

Bezug der beiden anderen Fragen bestimmte Verbindlichkeiten übernommen. Es fragt sich nun, ob es Herrn von Manteuffel gelingen werde, die verschiedenen Punkte der zu Olmütz getroffenen Uebereinkunft zu Berlin zur Durchführung zu bringen. Hoffen wir, daß dieß der Fall sein werde und dadurch der Frieden unserem deutschen Vaterlande erhalten bleibe. (N.M.Z.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 27. Nov. Der Ständeausschuß hat beschlossen, gegen diejenigen Beamten in den von den Bundestruppen besetzten Landestheilen, welche Steuern ausschreiben oder erheben, vorerst keine Klage anhängig zu machen. (D. Rr. 3.)

Aus dem Amte Friedewald, 29. Nov. In welcher Weise von den Besetzhabern oder doch deren Untergebenen der unser engeres Vaterland ohne jegliche rechtliche Veranlassung occupirenden preußischen Truppen verfahren wird, dafür mag nachstehender Factum ein Beleg abgeben. Vor einigen Tagen kamen zwei, bei der preußischen Versorgungs-Commission angestellte Personen in unsern Förster Eulner zu Friedewalde und verlangten auf Befehl des Generals Fürsten Radziwill sofort 60 Klafter Brennholz herabreicht. Auf die Entgegnung des Eulner, daß er dieserhalb erst bei seiner vorgesetzten Behörde um Ermächtigung nachsuchen müsse, wurde ihm erwidert, daß sich darauf nicht eingelassen werden könne, und augenblicklich Gewalt gebraucht werden würde, wenn das Holz nicht alsbald verabreicht werde. Eulner soll sich indeß durch diese Drohung nicht haben einschüchtern lassen. Eine solche Verfahrungsweise dürfte doch wahrlich nicht geeignet sein „das Rechtsgefühl des kurhessischen Volkes zu heben!“

Kassel, 2. Dec. Die dritte deutsche Großmacht, der hochweise hiesige Stadtrath will also keine Verständigung und somit wäre denn die Zusammenkunft der Hrn. v. Manteuffel und Schwarzenberg in Olmütz eine vergebliche gewesen! Wir werden und nun in umfassendster Weise rüsten und die schon früher projectirt gewesenen lebernen Kanonen werden in allen Ecke und Enden wieder mit nämlich gefetten mittheilen, bestätigt sich vollkommen. Hr. v. Hofleben hat den Stadtrath nicht dahin bringen können, die September-Verordnungen anzuerkennen. Offentlich lobt man sehr die s. g. ehrenvolle Haltung desselben, aber in's Gebeime tadelt man nicht weniger dessen Festigkeit. Die hiesige active Besatzung ist nicht verstärkt worden. Sie besteht nur aus einem Bataillon Infanterie und ½ Schwadron Husaren. Kleinere Truppenabtheilungen, meist Reservisten und Munitionskolonnen kommen fast täglich durch Kassel in der Richtung von Münster nach Bebra. So eben kommt ein Bataillon vom 16. Landwehr-Regiment an, um hier, wie es heißt, auf unbestimmte Zeit Quartier zu nehmen. (K. Z.)

Hanau, 3. Dez. Aus guter Quelle kann ich Ihnen die Nachricht mittheilen, daß die Bundestruppen den Befehl haben, heute auf der Straße nach Kassel vorzurücken. Ob mit dem Corps des Generals v. d. Groben ein Zusammenstoß erfolgen werde, hängt von den Befehlen ab, welche Letzterer von Berlin als Folge der Olmützer Konferenz erhalten haben wird. (K. Z.)

* Aus Baden, 30. Nov. (Kriegs!) So groß war der Riß, der die beiden deutschen Staatenparteien trennt, noch niemals, als jetzt. Die Hartnäckigkeit, mit der man haben will, daß die gegenseitige Anschuldigungen, die gegenseitig ausgebrochen werden, der gereizte Ton in den sich durchkreuzenden Noten, die leidenschaftliche Sprache der Regierungsorganen, die drohenden Aeußerungen in dem Munde der Machtigen, endlich der große Kriegsapparat, der bereitseitig in Bewegung gesetzt wird, — Alles scheint darauf hinzudeuten, daß wir am Vorabende eines großen Krieges stehen. Daß es sich dabei weniger um den Thurstat als um die deutsche Frage selbst handelt, die in dem kurhessischen Conflikte nur ihr Motiv findet, liegt am Tage. Ernstlicher als je tritt daher die Frage auf: wird es wirklich zu einem Kriege kommen? Wird man den Knoten mit dem Schwerte zerhauen wollen, den bisher keine Partei und keine diplomatische Kunst zu entwirren vermocht hatte? Wir vermessen uns nicht zu prophezeihen, was in der Zukunft Schoos verborgen liegt, wohl aber mag es gestattet sein, wiederholt an einige in der Natur der Sache wie in den Zeitumständen liegende Bedingungen zu erinnern, die wir jedenfalls für maßgebend erachten. Ein Krieg zwischen beiden Staatenparteien wäre eine Wiederholung der innern Kämpfe, die sich Jahrhunderte lang durch die deutsche Geschichte hindurchziehen. Die Verbindung der Gueffen- und Ghibellinen-Kämpfe, des 30jährigen, 7jährigen und den im Anschlusse an Frankreich und gegen dasselbe geführten Krieg, wenn auch mit andern Namen, andern Titeln, andern Zeitlendenzen. Und welches Resultat haben alle diese Kriege gehabt? Wir sehen es von den traurigen Erschütterungen unserer ganzen Kultur bis zu Verschwendung von dem Eisenke, was sie der Nation zugefügt, von dem Ruin deutscher Freiheit und Einheit, der ihre Folge war, und halten nur an der Thatsache fest, daß es niemals einer Partei gelungen ist, die andere gründlich sich zu Füßen zu legen. Und was früher nicht gelang, sollte es jetzt gelingen? Doch die nächste Zukunft wird es zeigen.

Karlsruhe, 30. Nov. Bei der heute hier stattgehabten Verlosung der großherzl. badischen 35 fl. Loose des Anlehens vom Jahre 1845 sind nachstehende 20 Serien gezogen worden: 209, 1351, 1638, 1657, 3126, 3215, 3573, 3766, 3948, 4366, 4549, 4905, 4929, 5057, 5780, 5934, 6227, 7342, 7431, 7578.

Dresden, 30. Nov. Der patriotische Bereitwilligkeit, mit der auf dem ins Land ergangenen Rufe die zum Dienste im Heere verpflichteten Mannschaften zu ihren Fahnen eilten, hat nach Allem, was bekannt geworden, die ungetheiltese Anerkennung in der öffentlichen Meinung gefunden. Wie wir vernehmen, hat dieselbe auch die Bestätigung Sr. Majestät des Königs erfahren lassen. Derselbe hat zum Ausdruck seiner Königsmissiat nach einen von Sr. Majestät dem König erlassenen Tagesbefehl erhalten. Derselbe lautet:

Soldaten! Der Kriegsminister hat Mir über die beendigte Mobilmachung der Armee Meldung erstattet. In einer ernsten Zeit habe Ich Euch zu den Waffen gerufen! Ohne Zögern seid Ihr diesem Rufe gefolgt und an den Gefühlen Eurer Pflicht und Ehre für König und Vaterland, treu den Gedoten der Soldatenehre, greift auf die Sammelplatze Eurer Abtheilungen! So hat es das Vaterland, so habe Ich, Euer König, es von der Treue und dem Dienstreifer Meiner braven Soldaten erwartet! Groß sind die Opfer, die Ihr, namentlich die älteren unter Euch, die braven Kriegsgefährten Meiner Jugend, gern dem heimatlichen Herd, Eurer Familien habt Ihr, wenn auch mit schwerem Herzen, doch freudigen Muthes verlassen, um der Pflicht zu genügen und, eintretend in die Reihen Eurer jüngeren Kameraden, dieselben vorzuleuchten als ein Muster braver Soldaten. Ich, Euer König und Kriegsherr, Ich spreche Euch Mir allen namen und des Vaterlands Namen! Soldaten! Mit Stolz blicke Ich auf Eure Reihen, auf die Reihen Meiner Armee, die wohl an Zahl manchen andern, an Muth und Treue keiner nachsteht! Dresden, 28. Nov. (gez.) Friedrich August.

(D. J.)

Gotha, 30. Nov. Der Zweck und das Resultat der Reise unseres Herzogs nach Berlin tritt in einigen Anzeichen bereits klarer hervor. Nach einer längeren Conferenz mit dem Präsidenten der Abgeordnetenversammlung und mit dem gegenwärtigen Militärchef, dem königl. preußischen Major v. Rosenberg, ist nämlich in diesen Tagen die Mobilmachung unseres Contingents in Angriff genommen worden. Die Erbleitung des Befehls zum Ausmarsche, der schon bereit gehalten wird, soll von dem Ausgange der von den Ministern der deutschen Großmächte in Olmütz abgehaltenen Conferenzen abhängig gemacht werden. Die Truppen der kleinen thüringischen Staaten, welche bei dem Bundeszuge mit Preußen beharren, würden dann, wie solche früher bestimmt, in festen Plätzen der preußischen Monarchie die Garnison besetzen.

Wien, 28. Nov. Unser Ministerium hat nun in Bezug auf das inländische Landeskanleben einen definitiven Beschluß gefaßt, welcher bereits am heutigen Tage in Mailand und Venedig in Vollzug gesetzt wird. Dasselbe wird ein freiwilliges, und zugleich zwangsanleihen sein, in so ferne die nicht freiwillig gezeichneten Beträge nämlich dann auf letztere Weise hereingebracht werden. Die Zeichnung hat in der Art zu sein, daß im ersten Monate drei, in den übrigen immer fünf Millionen Lire zu zeichnen kommen, und zwar in klingender Münze, nicht in Treposcheinen, die zugleich eine andere Verwendung erhalten werden. Wird in einem Monat die Summe der Zeichnungen nicht voll, so werden sie im kommenden zwangsweise eingetrieben. Die in dieser Langsamkeit und Umständlichkeit sich äußernden, s. v. v. dgl. auf 12 und 24 Monate zu bringen wollen. Gegleich verschwand auch alle Schwierigkeit aus dem Verkehr, die Waaren, namentlich Zucker und Kaffee, schlugen bedeutend auf und waren zum Theil gar nicht zu bekommen. Die Strenge wirkte Wunder, und in einigen Stunden war das Agio auf die Hälfte gesunken. (F. D.-J.)

Wien, 29. Nov. Wiener Blätter bringen dieser Tage folgenden Puff: „Man erwartet jetzt ein gegen die Lehren der sogenannten jung-katholischen Sekte gerichteten erzbischöflichen Circularschreiben, über dessen Fassung im Consistorium bereits beratben wurde. Bekanntlich hat sich die Sekte aus dem jungen katholischen Klerus gebildet, und bereits eine Art Opposition gegen das gemeinsame Benehmen des erzbischöflichen Stuhles in kirchlichen Angelegenheiten dem Staate gegenüber.“

Nur Schade, daß es keine jung-katholische Sekte gibt — und daß demnach von einem Circularschreiben gegen etwas, was nicht existirt, keine Rede sein kann. Uebrigens verdienen die Umtriebe der kirchenfeindlichen Partei in Wien, die sich demnach den kirchlichen Stimmen in der Presse gegenüber den Kirchenfeinden eine eigene Betrachtung! — Oppositionelles Seitenwesen, wenn solches je dagewesen wäre, hätte längst auf kanonischem Wege aus der Kirche ausgeschieden werden müssen. Daher es eine ungeheure Lächerlichkeit und eben so große Dornirtheit ist, im Ernste von einer „oppositionellen Sekte“ zu sprechen. Möchte es Hieger doch nicht gar so dirulosen Zeug in die Welt hineinschreiben, und möchte sich doch das katholische Lesepublikum nicht auf eine so unverschämte Weise behandeln lassen!

Die „Constitutionelle Zeitung“ entwickelt das Verhältniß der Kammern zum Ministerium in ächt constitutioneller Weise, wie sehr dasselbe an die Deklamation des Hrn. Schlöffel und Konsorten erinnert, als sie wahrnahmen, daß das Frankfurter Parlament ihren Gelüsten nicht Rechnung tragen wollte. Sie sagt unter Anderem von dem Ministerium: „Auf ihre Vergangenheit dernfen sich heute diese Männer schwerlich. Sie wissen, daß nicht Alle es für ihre Pflicht hatten, daß in jenem November des Staat „gerettet“ wurde; sie wissen, daß fast Alle es für ein Unglück hatten, daß eben sie ihn retteten. Sie verhehlen sich nicht, daß sie des Unwillens zu viel gegen sich herausbeschworen haben, um nicht selbst das gründeste Dankgefühl auszulöschen,“ und schließt mit folgender Apostrophe an die Kammern: „Wir wissen nicht, was sind die Kammern veranlassen konnte, diese Regierung aufrecht zu erhalten. Aber mit

Leichtigkeit überseben wir die Folgen, die für das Land wie für die Volksvertretung aus einer Bewilligung ihrer Politik hervorgehen müßten. — Statt von wenigen Mannern, würde der Staat alsdann von einer zwischen diesen Männern und dem Parlamente beschlossenen Ligue regiert werden. — An die Stelle der Mißregierung Weniger träte die Mißregierung Vieler. Nicht ein Ministerium stände sofort im Staate da, sondern ein mit dem Ministerium verschworenes Parlament. Nicht die Existenz eines Kabinets, sondern die Existenz der Volksvertretung würde gefährdet. In diesem Augenblicke in die Möglichkeit versetzt, das Ansehen der Volksvertretung bei allen Parteien zu rehabilitiren, würden die Kammern fortan von keiner Partei getragen werden. Als die Mitschuldigen endlich an dem Verfalle der Monarchie, würde die Nation sie desavouiren, und würde ein künftiger Souverain dieses Haus der Ehre seines Hauses und Landes nicht ihnen, sondern der Unumschränktheit seines absoluten Willens und den starken Werkzeugen desselben anvertrauen. Die monarchische Gewalt und die constitutionellen Institutionen würden gleichmäßig Gefahr laufen, dem verletzten Ansehen des Landes zur Sühne zu fallen, und die Monarchie des großen Friedrich würde zum Kampfplatz für die Rachgeister ihrer Ehre werden!"

Von der Spree, 30. Nov. Ueber das Ergebniß der Olmützer Conferenz verlautet nicht viel Tröstliches für unsere Sonderbestrebungen. Fürst Schwarzenberg bestand auf der sofortigen Räumung Kurhessens und auf der preußischen Demobilisirung und auf der Parisirung Hinsichts. Unsere Minister des Auswärtigen stellte die schwierige Lage der preußischen Regierung den Kammern und der Armee gegenüber vor, der österreichische Ministerpräsident glaubte aber das Ende der preußischen Rüstungen nicht abwarten zu dürfen, um sein Ultimatum zu stellen. Dieser ist hier von heutiger Ministerrathe vorgelegt und, wie es heißt, auch angenommen worden. In dieser Nachgiebigkeit hat noch außerdem ein anderes Moment wesentlich mitgewirkt: unsere höchsten Generale haben sich fast einstimmig dahin ausgesprochen, daß trotz der größten Anstrengungen die preußische Armee den übermächtigen Streitkräften Oesterreichs und seiner Verbündeten nicht gewachsen sei. Dies ist der Grund, warum auch der Adreßentwurf der zweiten Kammer über Erwarten gemäßigt ausfiel. Die heutige „D. Ref." bekittelt das von großdeutscher Seite gestellte Verlangen nach einer Volksvertretung beim Bundestage in einer Weise, daß man Mühe hat, dem Lobe seiner Feinde langen Umfang auch nur einen einzigen zusammenhängenden Gedanken herauszusinden. Abraxasbora scheint die Grundformel zu sein, nach welcher jetzt die „D. Reform" Politik treibt. Freilich, so weit gekommen zu sein, daß man selbst das Werkzeug, mit dem man bisher so glücklich zu Boden zur Einfaat für den Gedanken der Union bearbeitet hatte, zerbrechen muß, und Preußen nun nicht mehr als der Hort der Volksvertretung angepriesen werden kann, das ist ein bitterer Trank, über den selbst Herr Seelig Kassel den Mund verzieht. (K. Z.)

Berlin, 1. Dez. Wie heut die officiöse „D. Reform" bestätigt, hat die Conferenz in Olmütz in Bezug auf die kurhessischen wie auf die schleswigschen Angelegenheiten befriedigende Resultate gewährt und ebenso zu guten Hoffnungen in der deutschen allgemeinen Frage berechtigt, wenn hierfür die allgemeinen Verabredungen in Olmütz maßgebend sein dürfen, wie man annehmen muß annehmen kann. — Donnerstag, den 28. Nov. traf Hr. v. Manteuffel Abends 7 Uhr in Olmütz ein, und hatte noch eine Conferenz mit dem Fürsten Schwarzenberg. In dieser Conferenz soll sich eine ziemlich gereizte Stimmung kundgegeben haben, die wenig Erspriessliches verhieß, doch kam es in dieser Conferenz zu keinerlei Verabredungen. In der Nacht arbeitete Herr v. Manteuffel mit Hrn Legationsrath Abeken, des Morgens hatte er eine Unterredung mit dem russischen Gesandten Baron von Meyendorff. Später fand die eigentliche Conferenz zwischen ihm und dem Fürsten Schwarzenberg statt. Abends 7 Uhr verließ Hr. v. Manteuffel Olmütz und fuhr nach Breslau, von wo er gestern Mittag gegen 2 Uhr hier eintraf. — Auf die seitens der hiesigk. preußischen Regierung am 15. Nov. dem Fürstencollegium in Betreff der Gestaltung der Union abgegebene Erklärung, welche bis jetzt als eine vertrauliche Mittheilung noch unbekannt geblieben ist, deren Inhalt jedoch den umlaufenden Mittheilungen zufolge, auf ein Aufgeben der Union hinauslief, hat sich allein die badische Regierung veranlaßt gesehen, eine ausführliche Antwortserklärung hier abzugeben. Baden tritt mit derselben von der Union zurück, zeigt sich jedoch bereit, einem von Preußen anderweitig vorzuschlagenden Bündniß sich anzuschließen. Am 27. Nov. hat nun die preußische Regierung in einem direkt an die Unionsregierungen gerichteten Antwortschreiben unter Darlegung aller gewaltigen Schwierigkeitsmisses eine weitere Erklärung folgen lassen, die dem Fürstenkollegium noch nicht mitgetheilt ist. — Die Adreßcommission der ersten Kammer hatte heute eine Sitzung, in welcher Berathung man den von der Subcommission vorgelegten Adreßentwurf zu Ende zu bringen hoffte. Die Berathung der Adresse im Plenum konnte dann Mittwoch beginnen.

England.

London, 28. Nov. Zu Birkenhead bei Liverpool ist es gestern in Folge eines antipapistischen Meetings zu beklagenswerthen Auftritten gekommen. Lange vor dem Beginn des Meetings stellte sich ein Haufen Irländer, deren dort 1—2000 auf den Docks und Schiffen arbeiten, vor dem Lokale auf, mit Stöcken, eisernen Stangen und dergleichen bewaffnet. Es kam Verstärkung der Polizei von Liverpool herbei, aber der Volkshaufen wurde größer. Man warf mit Steinen durch die Fenster, und in dem Handgemenge mit der Polizei wurden 12, darunter einer schwer verwundet. Man fand im Begriff, die Ausfuhrkatze zu verlesen, hat aber erst den katholischen Geistlichen Pater Brown, zum Volke zu reden. Er that es, und die Ruhe legte sich. — Z. n. m. oder. Das Meeting wurde vertagt. Bis gegen 4 Uhr war die Ruhe nicht weiter gestört, ein Volkshaufen war in der Nähe noch versammelt; es waren 100 Mann Polizei von Liverpool angekommen. Von den Irländern ist keiner gefangen. Die „Times" schreiben gestern zu sein, den Katholiken, namentlich dem Pater Brown, die Schuld zuzuschieben, obschon sie zugeben, es sei unvorsichtig gewesen, zu einem Orte, wo so viele Irländer sein, ein solches Meeting anzukündigen. Andere Berichte, als den der „Times", haben wir noch nicht. In den „Liverpool Times" erklären die Katholiken von Birkenhead, der Tumult sei durch die Polizei und die Anstifter des Meetings provocirt. Hoffentlich wird sich die Sache näher aufklären.

London, 29. Nov. Der heutige erste Leitartikel der „Times" wird bei Ihnen nicht wenigen Aufmerksamkeit erregen, als er es hier gethan. Das Hr. v. Rechberg der Königin nach Windsor eingeladen worden, und noch da verweilt, hat, wie es scheint, die Flamme zum Auflodern gebracht. Ihm wird geradezu vorgeworfen, anstatt die Artillerie, die Hofanstalten Englands probiren zu wollen. Aus einem Lande kommend, wo die constitutionellen Pflichten des Souverains und des Volkes nicht so gut verstanden werden, als in England, wolle er vielleicht versuchen, durch Hintertreppen-Einfluß den Beifall zu erlangen, welchen die öffentliche Meinung und die Regierung von England ihm und seinen phantastischen Plänen versagt. Der gute Takt der Königin, welche Gott Lob und Dank mit Deutschlands kleinen Kurfürstenthümern und Herzogthümern nichts zu thun habe, wird nicht bezweifelt; aber dem hohen Prinzen Albert werden unter der Hand recht artige Grobheiten gesagt. Schon früher habe man versucht, seine Verwandtschaft mit einem unionsbegeisterten kleinen Prinzen als Mittel zum Zweck zu benutzen. Was Hr. v. Radowitz, der Urheber so ungeheurer Uebel (man sollte ihn wirklich für den Junker mit dem Pferdefuß halten), am großbritannischen Hofe verloren habe, kann die „Times" gar nicht begreifen, und findet seine Einladung höchst unpassend, versichert ihm übrigens schließlich, daß solche Winkelzüge der ihr und dem englischen Volke nichts helfen würde. So weit die „Times."

London, 29. Nov. Die „Times" hout wieder auf Preußen ein, welchen von allen Mächten verlassen sei, weil es allein Frieden von Europa bedrohe! Am Schlusse des Artikels heißt es: „Sollte Hr. v. Manteuffel durch die Hände der Opposition und die Aufregung des Volkes fallen, so würde dies ohne Zweifel eine neue Quelle der Gefahr sein. Aber selbst dann möchten wir zweifeln, ob sich in den Reihen seiner Gegner ein Staatsmann finde, rückhaltlos genug, um der Meinung von ganz Europa Trotz zu bieten, und den Handschuh allen übrigen Staaten von Deutschland hinzuwerfen."

Frankreich.

Straßburg, 28. Nov. Die für unsere Grenze bestimmten Truppen-Verstärkungen treffen zum Theil in der nächsten Woche ein. Wir hören, daß in der Franche-Comté ein bevorstehendes Reserve-Corps aufgestellt wird. Die Semester-Beurlaubten, welche einberufen wurden, kommen allmählich bei ihren Regimentern an. Nach Briefen aus Paris wird der Oberbefehl der Truppen entweder dem General Baraguay d'Hilliers oder dem General Bedeau übergeben werden. Die deutschen Irrwürnsie üben mit jedem Tage einen mißlicheren Einfluß auf alle Geschäfte. Alles Vertrauen schwindet. An unserer Grenze, namentlich im Badischen, herrscht fortwährend die größte Ruhe und Ordnung. Die badischen Truppen, welche die Preußen in unserer Nachbarschaft abgelöst haben, versehen ihren Dienst mit Pünktlichkeit, und ihre Mannschaft ist noch dem Urtheile aller Personen eine musterhafte. — Kürzlich fanden hier und in Colmar große Frucht-Einkäufe für Rechnung der Regierung Statt. Die Verproviantirung der rheinischen Besatzung wird in einem großartigen Maßstabe vorgenommen. Die Hoffnung, daß in Deutschland der Friede erhalten werde, schwindet leider mit jedem Tage mehr. Wie es scheint, will man sich auf einer Seite zur Nachgiebigkeit verstehen. Gleichwohl glaubt man bei uns, daß der Ausbruch eines Krieges wohl erst gegen den Frühling erfolgen werde. Vielleicht irrt man sich. Möglich, daß dem deutschen Volke der Friede in der höchsten Noth zu Theil wird. — Viele Woche sind mehre Courier, welche aus Paris kommen, und nach den deutschen Höfen gehen, hier durchgeeilt. (K. Z.)

Schweiz.

Bern, 1. Dec. Das Gesetz über die gemischten Ehen ist nun in beiden Räthen durchberathen. Der Nationalrath ist in seiner letzten Sitzung den Abänderungsvorschlägen des Ständerathes beigetreten und hat den wichtigen Artikel 5, welcher von der Erziehung der Kinder handelt, in der Fassung angenommen, daß der Wille des Vaters in dieser Beziehung entscheiden soll. Ein Zusatz zu dieser Bestimmung lautet: „Hat der Vater von diesem Rechte vor seinem Ableben keinen Gebrauch gemacht, oder ist er aus irgend einem Grunde zu der Ausübung der väterlichen Gewalt nicht befugt, so ist der nächste Verwandte väterlicher Seite berechtigt, die Erziehung der Kinder in diesem Sinne der väterlichen Gewalt beizubehalten." (Z.-D.-Z.)

Italien.

Rom, 18. Nov. Dieser Tage wurden im Foro Trajano neben der Basilica Upin Inschriften von großem historischen Werthe aufgefunden. Bei einer zufälligen Erdarbeit fand man ferner einige Stufen von giallo-antico und an-

drei Marmorgattungen. Durch den Minister des Handels, der schönen Künste ꝛc. ermächtigt, wurden bedeutende Nachgrabungen vorgenommen, wodurch sich sehr bald das Resultat herausstellte, daß die aufgefundenen Stufen einem Seitenein-gange der Basilicata Ulpia angehören. Dieser Eingang war, so zeigte der Augenschein, mit römischen Säulen aus gelalo antico verziert gewesen; ein sehr fein gearbeitetes und gut erhaltenes Kapital dieser Säulenordnung und viele andere Ueberbleibsel boten vorgefunden, so daß ohne große Schwierigkeit und mit aller Aussicht auf guten Erfolg die Restaurirungsarbeiten vorgenommen werden können.

Turin, 24. Nov. Der katholische Patriarch von Jerusalem, Valerzo, befindet sich gegenwärtig in Rom, ebenso General Cabrera. — Dem Vernehmen nach sollen zur Weihnachtszeit mehrere Cardinalsernennungen erfolgen. — Das „Giornale de Regno delle due Sicilie“ bringt eine ausführliche und erschütternde Schilderung der durch den heftigen Orkan in den Distrikten Sara und Civitella bewirkten Verheerungen. — Die Stadt Ferrara hat an ihren Kunstschätzen einen unersetzlichen Schaden erlitten. Am Vorabende eines Festes in der Kirche San Domenico sing der Vorhang unter dem kostbaren Gemälde des berühmten Meisters Benvenuto da Garofalo Feuer, und zerstörte fast gänzlich eines der ausgezeichnetsten Produkte dieses unsterblichen Künstlers.

Vermischte Nachrichten.

Ueber die Flucht Kinkel's wird dem „Magd. Corr.“ geschrieben: „Außer den beiden Aufsehern des Zuchthauses zu Spandau, die in dem Verdacht stehen, gegen den Preis von 800 Thlrn. den Züchtling in Freiheit gesetzt zu haben, ist jetzt noch ein Gastwirth Krüger zur Untersuchung gezogen, bei dem sich fremde Personen aufgehalten haben sollen, denen man die Einleitung des ganzen Planes zuschreibt. Der Gastwirth behauptet, diese Personen nicht zu kennen. Kinkel ist durch mehrere Thüren, zu welchen mittels Wachs-Abdruckes Nachschlüssel angefertigt sein sollen, unter das Dach des Vordergebäudes gebracht worden, durch ein Fenster desselben, das noch jetzt zerbrochen ist, aufs Dach gestiegen, und an einem Strick auf die Straße herabgelassen worden. Der von dem Strick angeblich herrührende Eindruck ist an der Dachrinne bemerkbar. Daß die Aufseher der Nachschlüssel beraubt, erklärt sich wohl daraus, daß zur Nacht sämmtliche Schlüssel an den Aufseher des Gebäudes abgeliefert werden müssen. Daß dem letzteren nichts zur Last falle, wird von allen Seiten versichert. Uebrigens soll Kinkel nicht, wie es Anfangs hieß, in Offiziers-Uniform entflohen sein. Die Vorderseite des Gebäudes wird merkwürdiger Weise des Nachts von gar keinem Posten bewacht, so daß wohl eine Verkleidung gar nicht einmal nothwendig war.“

In Toul in Frankreich hat man kürzlich sonderen wichtigen Versuch angestellt. Es handelte sich nämlich darum, vermittelst einer Rakete eine an derselbe befestigte Schnur aus einer ziemlich weiten Entfernung mit Genauigkeit nach einem gegebenen Punkte zu schleudern. Man begreift, von welch unermeßlicher Wichtigkeit diese Erfindung besonders in Ueberschwemmungen ein muß, in Gefahr befindenden Personen, sei es, daß sie sich in einem brennenden Gebäude sind, oder daß sie im Wasser vom Strome fortgerissen werden, zugeworfener Strick sehr leicht kann. — Dieser Versuch ist nun vollst befriedigend ausgefallen. Die von den gefertigten Raketen erreichte Entfernung betrug in der Richtung von unten nach oben 118 Meter. Die hierbei angewandten Raketen haben den doppelten Vortheil, keine Flammen zu verbreiten und somit werden diejenigen, denen man sie zuwirft, zu verwunden, noch zu zünden, wo sie hinfallen. Sie fosten sehr wenig und kommen etwa auf 1 Franc 50 Centimes zu stehen.

Der berühmte englische Chemiker Faradap hat dem königlichen Institut in London angezeigt, er habe gefunden, der Saurestoff werde in einem gewissen Wärmegrade magnetisch, und daß er vermuthe, die tägliche Abweichung der Magnetnadel rühre von der Einwirkung der Sonnenhitze auf diese neu entdeckte Eigenschaft des Saurestoffes her. Der nicht minder berühmte Chemiker Becquerel in Paris ist zu ähnlichen Resultaten gelangt.

Neuestes.

München, 2. Dez. Wie ich soeben vernehme, ist an den Fürsten von Thurn und Taxis eine Depesche ergangen, worin demselben eröffnet wurde, sich freiwillig den ihn bis nach Frankfurt einzuführen und das Weitere über den Rückzug der beibehaltenen Truppen aus Kurhessen zu vernehmen.

München, 2. Dez. Gestern Nachmittags fand die erste Taufe in dem Sprengel der Bonifazius-kirche statt; König Ludwig, der Stifter der letzteren, hat die Patheostelle über den Täufling, welcher das Kind des Professors Augustin Palme war, allerhuldvollst übernommen — und den Akt mit größter Feier (Stellvertreter war der Hofsekretär Riedl St. Majestät des Königs Ludwig) in der Bonifazius-kirche vollziehen lassen. (Landbotin.)

Frankfurt, 3. Dez. Gestern gegen 4 Uhr kam es in der Fahrgasse (auf bayerischer Stadtbäsis) wieder zu einem, jedoch weniger bedeutenden Conflikt. Einzelne Preußen wollten immer noch die Schiedrichte nicht respektiren. Um der Mannschaft die Einhaltung in den Kasernen weniger unangenehm zu machen, spielte gestern in denselben Musik. Die Streifwachen durchzogen mit Eindruck des Abends in großer Zahl durch die Straßen, damit von den Offizieren und dem Oberkommandanten geschieht alles zur Möglichkeit, um die Eintracht wieder herzustellen und zu erhalten.

Karlsruhe, 2. Dez. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer übergab Staatsrath Regenauer zwei Gesetzentwürfe: a) die dermalige Lage der großh. Staatskassen und die hierauf erforderlichen Maßregeln, und b) die Ermächtigung der Amortisationskasse zur Aufnahme eines Anlehens von sechs Millionen Gulden betr.

(Karlsr. Z.)

Stuttgart, 2. Dez. Seit einigen Tagen ist viel von Mobilisirung und dem beorsteehenden Ausmarsch unseres Armeekorps die Rede, und heute wird uns auf gut unterrichteter Quelle die Versicherung, daß der Befehl zur Marschbereitschaft gegeben sei, und man dem Befehle zum wirklichen Ausmarsch täglich und stündlich entgegensehe. — Außer den wettembergischen Truppen hat Se. Maj. der König zugleich den Oberbefehl über das bei Nördlingen und Dillingen stehende österreichische Armeekorps übernommen, und es bestweet sich deßhalb bereits ein österreichischer Ordonnanzoffizier zur Verfügung des Königs. (St. Z.)

Kassel, 2. Dez. Eben gegen Mittag ist wieder ein preußisches Landwehr-Bataillon des 16. Infanterieregiments aus Westphalen von Meschede auf der Eisenbahn hier eingetroffen; dasselbe bleibt vorläufig hier. Die übrigen 2 Bataillone dieses preußischen Westermore sind bis auf Weiteres sistirt. (Z-D-Z.)

Schwerin, 29. Nov. Dem Vernehmen nach ist den am 27. d. M. hierher einberufenen Landrathen von Seiten der Regierung Sr. königl. Hoheit des Großherzogs die Eröffnung gemacht, daß Mecklenburg-Schwerin von der preußischen Union zurückgetreten sei; ebenso, daß das diesfällige Gouvernement auf die von der königl. preuß. Staatsregierung an dasselbe gerichtete Aufforderung, die mecklenburg-schwerinschen Truppen mobil zu machen, ablehnend erwidert habe. (Old. Corr.)

Wien, 30. Nov. Im Finanz-Ministerium werden jetzt unter Beiziehung der angesehensten Banquiers Conferenzen gehalten. Man bringt dieselben mit der bevorstehenden Bank-Reform in Zusammenhang. — Seit die Einführung der Stempelgebühr in Ungarn in Wirksamkeit getreten ist, hat sich die Nachfrage nach Stempelgebühr derart gesteigert, daß die Zahl der aufgestellten Stempelmaschinen verdoppelt werden muß, worauf der Schluß auf eine sehr bedeutende Einnahme aus diesem neuen Zweige für den Staatsschatz gerechtfertigt erscheint.

Krakau, 30. Nov. Dem Vernehmen nach sollen in Krakau 30,000 Mann unter F.-M.L. Rhroenfeller als Reservecorps der mährisch-böhmischen Armee zusammengezogen werden. Die Municipalität von Krakau ist bereits aufgefordert worden, für diese Truppenzahl Quartiere bereit zu halten. In Lemberg ist nur ein Bataillon Infanterie (Wagani) zur Vervollzur der Rekrutirung; dagegen sollen dort und in die Umgegend 27,000 Russen einrücken. (C. C.)

Prof. Gervinus soll seinen Professorenstab Joh. Ronge, den großen Reformator, zu sich nach Heidelberg berufen haben, um dort eine „neue Aera“ zu beginnen.

Lausanne, 1. Dec. Hier kommt die „Italia del Popolo“, die Mazzini in Mailand und Rom gegründet, wieder zum Vorschein. (N. Z. Z.)

T. D. Wien, 2. Dez. Die in Olmütz zwischen Hrn. v. Manteuffel und Fürst Schwarzenberg verabredeten Punctationen haben die Sanction des Königs von Preußen erhalten. Der Friede ist gesichert. (A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Mittelpreise bieiger Schranne vom 30. Novbr. Weizen 13 fl. 18 kr. Korn 10 fl. 52 kr. Gerste 9 fl. 5 kr. Haber 5 fl. 34 kr.

Frankfurter Cours.

Den 2. Dez. 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	1040	1050
„ 5% Metallique	70½	70¾
„ 4% „	54	55
„ 3% „	41	—
„ 2½% „	39½	—
„ 4½% Bethmann	98½	—
„ 4% „	96	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	81⅛	82⅛
„ 500 „ „ 1839.	138	138½
Preußen 3½% St. Schuld Scheine.	—	—
„ Thlr. 50 Prämien Scheine.	—	—
Bayern 3½% Obligationen	—	—
„ 4% „	—	—
„ 5% „	—	—
Wüttemberg 3½% „	77	77½
„ 4½ „	92½	93
Baden „ 3½% „	—	76
„ fl. 35 Loose	26	28½
„ 50 „	28	49
Nassau fl. 25 „	—	24½
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	72	72½
„ „ 25 „	—	27
Polen fl. 300 „	29½	29¾
Sardinien Fcs. 36 „	—	—

Gold- und Silber-Sorten.

	fl.	kr.
Neue Louisd'or	11	5
Friedrichsd'or	9	42½
Dukaten	5	36
20 Franc-Stücke	9	26
Holländische 10 fl. Stücke	9	45½
Vereinsthaler Thaler	1	45
5 Franc-Thaler	2	24

Theater-Anzeige

Gastspiel des Herrn Ratkowsky.

Mittwoch den 4. Dezember.

Das Nachtlager in Granada.

Romantische Oper in 2 Akten von C. Kreutzer.

Druck von Joseph Stein in Würzburg. Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 97.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrankhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 291. Würzburg, Donnerstag den 5. Dezember. **1850.**

Das preußische Cabinet.

Wir freuen uns der Entwickelung der Streitmacht des deutschen Bundes, sagen aber dennoch mit vollen Friedenshoffnungen durch die jetzigen kurzen Tage und langen Nächte, und schweigen in folgenden Ansichten von der gegenwärtigen Lage und Stimmung des preußischen Cabinets. Wir vermeinen nämlich, daß mit dem Rücktritte des Herrn v. Radowitz, trotz alles äußeren Anscheins und aller preußischen Zeitungsredownanden, auf dem Berliner Cabinet jede blutig ernst gemeinte kriegerische Stimmung verschwunden sei. Wir vergleichen den armen Herrn v. Radowitz mit dem armen Carlo Alberto, und auch Preußen gewissermaßen mit Piemont, und glauben fest an folgendes. Sowie dort Carlo Alberto von der unter dem Banner der Nationalität geschaarten radicalen Partei zum Kampfe getrieben wurde, — ha in ähnlicher Art die von Herrn von Radowitz befolgte Politik unter dem Aushängeschilde „preußischer Ehre" neben den wahrhaft ehrenvollen und militärisch gebildeten Mannern auch die ganze Schaar der Demokraten mit unter die Waffen gebracht, daß preußische Cabinet will dieses verhängnißvollen Anhängsels los werden, es dürfte ihm das aber nur durch eiserne Entschlossenheit und nicht ohne Opfer gelingen. Auch weiß dieses Cabinet, welches die Mißgriffe des Herrn von Radowitz gut zu machen hat, und gutmachen will, mit vollständiger Gewißheit, daß die Sympathien, welche sich in Deutschland und namentlich auch in Sachsen für Preußens Vorgehen außerhalb des Bundesrechtes und der Bundesverträge jetzt zeigen, durchaus nicht aufrichtig zu Gunsten der preußischen Macht gemeint sind, sondern daß sie nur auf Verwirklichung der eigenen tollen Pläne mittels eines Krieges hoffen, und daß sie zugleich bewiesen, wie tief Deutschland von den Parteien der Gothaer und Demokraten, von denen allein jene Sympathien der deutschen Volker ausgehen, unterwühlt ist. Auch hat das preußische Cabinet aus der Flucht Kinkel's die Ueberzeugung genommen, wie stark und wohlorganisirt insbesondere die demokratische Partei ist. Aus dem Allen ziehen wir nun den Schluß, daß das preußische Cabinet die Politik des Herrn von Radowitz gänzlich über Bord geworfen hat, und daß es ganz von dem Gedanken dominirt wird, vor Allem müssen die revolutionären Parteien aller Schattirungen in einer Art erdrückt werden, daß sie nie wieder sich erholen und erheben können. Wir glauben sonach, daß das preußische Cabinet von der Nothwendigkeit des Friedens vollständig überzeugt ist, und das wir ihn behalten werden. Ohne Verzug muß indeß schnell an der Verständigung gearbeitet werden, und nur kurze Zeit darf sie auf sich warten lassen, und auch klar, fest und bleibend haben die Zugeständnisse Preußens zu sein, soll dürfen die sonstigen Streitmittel, welche der Bund aufstellt, noch zur Anwendung kommen.

Die preußische „Ehre".

Es gibt kein Ding, über welches man behutsamer in der Aburtheilung sein muß, als die Ehre eines Andern. Eher steht es Einem zu, Jemanden zu beruhigen, wenn er selbst seine Ehre verletzt glaubt, ohne daß der unbefangene Dritte sich davon überzeugen kann. So wäre es jetzt wohl der Mühe werth, wenn es nur heißen wollte, Ströme von Dinte fließen zu lassen, um Preußen darüber zu beruhigen, daß seine „Ehre" von dem deutschen Bunde verletzt sein solle: es möchte das Ströme von deutschem Blute sparen. Wie es scheint, ist aber schon eine gewisse Ernüchterung eingetreten, ohne daß man das Restreibt zu dem heimlich gebrauchten politischen Brausepulver kennt. Hoffentlich enthält es keine schädlichen nachwirkenden Ingredienzien, an denen später alle Bundesglieder zu leiden haben. Hoffentlich! — Denn sonst wäre der Preis, um den die verwerflich verletzte preußische „Ehre", die sein unbefangener, conservativer, legitimer Conservativer auch nur im geringsten von Außen, von den andern Bundesgliedern, bedroht gesehen hat, zu theuer bezahlt. Lieber ein berechtigter Krieg, als unberechtigte politische Mesdamente! — Verhältnißlicher, ja vollkommen verständlich ist dagegen die Klage mancher Preußen, namentlich noch so letzter Linie in der Kreuzzeitung, daß die preußische Ehre in Neuenburg hart engagirt sei. So in die Augen fallend dies ist, — wir würden es nach unserm ersten Vorbersage kaum auszusprechen wagen; da es aber in preußischen Blättern wiederholt und selbst ausgesprochen ist: — ja, hier sympathisiren wir! Hier kann Preußen sagen, daß ihm um das Recht, um seine Ehre und nicht um Vergrößerung und illegitimen Einfluß zu thun ist!

Die Ereignisse in Kurhessen

Hersfeld, 2. Dec. In höhern und niedern Kreisen wird mit großer Bestimmtheit davon gesprochen, daß in den nächsten Tagen Kurhessen von den preußischen Truppen geräumt werden würde. Die Nachricht gewinnt an Wahrscheinlichkeit, da von den preußischen Truppen selbst, auch von den höher Gestellten, wegen ihres bevorstehenden Abmarsches kein Hehl gemacht wird. Viele sprechen sich schon über ihre wunschlichen Bestimmungsorte aus. — Ein anderes Gerücht geht wieder dahin, daß wir nur von dem hier liegenden 18. Infanterieregiment — welches nach Schlesien gehen soll — betreibt, dagegen mit einer hinlänglichen Ersatzmannschaft behacht werden würden. Soviel ist gewiß, daß sämmtliche Schanzarbeiten, namentlich auch die nach der Kurzen auf dem Friedhof so emsig betrieben, und sonstigen Vertheidigungsmaßregeln gänzlich eingestellt sind, und das augenblickliche Verhalten der Truppen allerdings zu der Annahme eines nahe bevorstehenden Abmarsches berechtigt. (K. Z.)

Kassel, 3. Dec. Europas Gleichgewicht ist nicht songer aufrecht zu erhalten, denn ein letzter und wahrscheinlich letzter Versuch Preußens, unsern großmachtigsten Stadthalt zur Nachgiebigkeit und Unterwerfung unter die September-Verordnungen zu bringen, ist gleich dem ersten erfolglos geblieben, und auch der zweite preußische Vermittler soll bereits unverrichteter Dinge wieder abgereist sein. (K. Z.)

Hanau, 3. Dez. Gestern Nachmittag ging ein Piket von 15 Mann Bayern von hier nach Schwarzenfels ab, um sich den dortigen rentierten Beamten als Executionsmannschaft ins Quartier zu legen. Ein Gleiches wird wohl auch bei den beiden anderen rentierten Aemtern Bergen und Bockenheim mit dort liegender Mannschaft der Fall sein. — Was soll man aber zu nachfolgendem Falle sagen? Das Justizamt II dahier, bei welchem ein Assessor angestellt ist, hatte seither den Stempel verwendet. Nun wurde vor einigen Tagen der Justizbeamte dieses Justizamtes mit Ausbildeleistung beim hiesigen Obergerichte beauftragt. Der dadurch noch allein functionirende Assessor ließ sich nun ohne weiteres beigehen, der selbst von seiner unmittelbar vorgesetzten Behörde ergangenen bestimmten Weisung zum Trotz, die Stempel zu verwahren und den Geschäften zu kündigen, gleichsam als ob wir noch in der Kindheit der Steuerverweigerung lebten. Unsre gestrige Angabe vom Vorrücken der Bundestruppen gegen Hersfeld wird dadurch bestärkt, daß vorgestern ein Courier von Frankfurt mit dem Befehle zum Vorrücken hiesiger Stadt passirt hat. Die Nachricht ist außer Zweifel. (K. Z.)

Frankfurt, 3. Dec. In Olmütz ist zwischen dem Fürsten v. Schwarzenberg und Hrn. v. Manteuffel eine Punktation abgeschlossen worden, die ohne Zweifel die Grundlage der Neugestaltung Deutschlands, als eines Werkes des Friedens und der Eintracht, bilden wird. Die nähern Bedingungen dieser Uebereinkunft sind uns noch unbekannt, indessen irrt man nicht, wenn man annimmt, daß ihr Inhalt mit der in Warschau getroffenen Verabredung im Wesentlichen übereinstimmen wird. Die Punktation selbst hat bereits die Genehmigung der Oberen erhalten und der preußischen Regierung zugestellt. In Folge derselben haben die Bundestruppen in Kurhessen den Befehl erhalten, nach Kassel vorzurücken; und der Commandirende derselben ist von dem Commandirenden der preußischen Truppen benachrichtigt worden, daß beide Truppen sich als befreundete zu betrachten hätten. Kommt es an seinen feindlichen Zusammenstoß in Kurhessen mehr zu denken. (F.D.P.J.)

Frankfurt, 4. Dec. Gestern Abend hied es zwischen Preußen und Baiern ruhig. Das anfängst hier eingetroffene königl. bayrische erste Jägerbataillon erhielt gestern Abend Befehl, sich marschbereit zu halten. An den beiden preußischen Bataillonen vom 28. Regiment sollen andere hierher versetzt werden. Eine Abtheilung dieses Regts., welches auf dem linken Mainufer in dem Nassauischen Orte Schwanheim einquartiert war, ist auf das rechte Ufer nach Griesheim zurückgezogen worden. Heute kam das letzte Bataillon Preußen aus dem Badischen hier vorbei.

△ Aus Baden, 1. Dez. Wie man berichtet, daß Hr. v. Meysenburg in außerordentlicher Sendung Sr. k. Hoh. des Großherzogs von Karlsruhe nach Berlin abgereist sei. Nun sind wir auch im Stande, den Grund und Zweck dieser Sendung mitzutheilen; Baden will nemlich nicht mehr gebunden sein, sondern selbstständig handeln; es hat daher Hr. v. Meysenburg den Auftrag erhalten, Babens Rücktritt von dem preuß. Bünd-

nisse zu erklären. Es wird sonach die Beschickung des Bundestags durch Baden nächstens erfolgen. — Bei uns in Baden und namentlich in Breisgau macht sich immer mehr Sympathie für Oesterreich geltend, und ist eine Antipathie gegen Preußen vorherrschend. Dies ist auch der Grund, warum sich die im Oberlande gelegenen k. preuß. Truppen so zurückhaltend gegen die Bevölkerung benahmen.

Mannheim, 4. Dej. Mit dem gestern Mittags aus der Rheinpfalz hier eingetroffenen Großherzogl. 2. Reiterregiment, welches sogleich sein Quartier zu Sedenheim und Neckarau bezog, befinden sich nun sämmtliche badische Truppen wieder in ihrem lieben engeren Vaterlande. Ungeheure Freude über ihre Rückkunft that sich in dem prächtigen Willkomm von der zahllos herbeigeströmten Volksmenge und in dessen innger Erwiederung von Seite der heimgekehrten Bruder auf rührendste Weise kund. (K. Z.)

Stuttgart, 3. Dec. Am 30. Nov. hatten sich vermöge eigener Machtvollkommenheit sämmtliche Mitglieder des Pfarrdoauschusses (mit Ausnahme Pfaffler's, welchen Krankheit an der Erfüllung seiner Pflicht fur seine Partei verhinderte,) in unserer Stadt eingefunden, um die K. Verordnung vom 26. d. M. einer Berathung zu unterwerfen. Diese Männer, deren Patriotismus um so fraunenswerther ist, als sie sich zu einem Akte hergewürdigen, das seine Düsten noch Neiseseelen abzuwerfen scheint, sind zu dem Resultate gekommen, daß genannte Verordnung verfassungs- und gesetzwidrig sei, und deßwegen 1) gegen die von der Staatsregierung durch die Verordnung vom 26. d. M. nach der Uebergangung des Nicht-Ausschusses begangene Verletzung der Verfassung und des Staatsschuldenstatutes, unter Wahrung aller Rechte der Landesvertretung, zu protestiren; 2) ihr Protokoll der Oeffentlichkeit zu übergeben. — Letzteres sollte in einer dem heutigen „Beobachter" beigelegten Beilage pflichtschuldigst geschehen; die Beilage wurde aber noch am Abend konfiszirt. Man scheint dieselbe „mit der nöthigen Umsicht" dem Hauptblatte beigegeben zu haben, da nicht alle Exemplare mit derselben behaftet wurden, obschon gleichzeitig und nachher das wichtige Aktenstück einer revolutionären Behörde in andern Landen abgegeben wurde, und heute gratis in allen Schenken aufgelegt ist. Die Herren, welche diesen Machtspruch veröffentlichten, träumten wohl schon von Martyrerkronen, welche ihre patriotischen Häupter schmucken würden; die Regierung scheint diesen Gelüsten Manifestationen so wenig Einfluß auf den ordnungsliebenden Sinn der Leutes zu, daß sie sich daran genügen läßt, diesen angeblichen standischen Ausschuß als das zu betrachten, was er ist, — als nichtexistirend. Die hiesige Stadtdirection soll sich veranlaßt, bei den anwärtigen Mitgliedern dieser Behörde auf eigener Gnade die Erklärung ihres Aufenthalts in Stadtdirektion be zu fordern, und Herr Mack wurde Sonntag Mittags vorgeladen, um sich über die Gründe seines Aufenthalts auszuweisen. Er erklärte, daß er, am Samstag in Funktion beim s. g. Ausschusse, am Sonntag zu reisen nicht gewohnt sei, und am Montag Privatgeschäfte zu besorgen beabsichtige. Da auch die Sitzungen im Schober'schen Quartiere nichts Anderes als Privatgeschäfte sind, wünschte die Stadtdirektion nähreren Aufschluß über die Art und Weise dieser Privatgeschäfte, und da ihr hier über keine bestimmte Antwort wurde, erhiet Herr Mack eine schriftliche Ausweisung mit der Weisung, bis Montag Mittag 2 Uhr die Stadt zu verlassen. Zugleich wurde ihm erklärt, daß, im Fall er den Rekurs anmelde, dieser in seiner Weise einen Aufschub der Ausweisung in sich begreife. Der Rekurs wurde wirklich angemeldet, Herr Mack reiste ab, und die beiden Herren Regierer aus Schweichardt haben gleichfalls unsere Stadt geraumt. Es wird Sache des katholischen Kirchenrathes sein, in Ermäßung zu ziehen, inwiefern das Gebahren des Herrn Mack sich mit der Stellung eines katholischen Pfarrers vertrage! Wie wir hören, wurde heute der Stadtdirektion vom K. Ministerium des Innern aufgegeben, sämmtliche Neuute und Diener der ständischen Kanzlei, Namens des K. Gesammtministeriums, aufzuvorden, der durch die Verordnung vom 26. d. M. eingesetzten provisorischen Staatsschuldverwaltungs-Kommission, welche sich bereits konstituirt hat, als der allein rechtmäßig bestehenden Staatsschulden-Verwaltungsbehörde die ihr in ihrem Geschäftskreise gebührende Folge zu leisten.

Aus Hannover, 26. Nov. Am letzten Sonntag den 24. Nov. wurde hier in Hildesheim die Weihe des neuen Bischofs, Jakob Wedekin, mit besonderer Feierlichkeit vollzogen. Zu dem Zwecke der Assistenz bei der Weihe hatten sich am Freitag den 22. d. M. die Hochwürdigsten Bischofe von Osnabruck (Weihbischof Kopke), von Münster und Paderborn eingefunden. Sie fuhren unter dem Geläute aller Glocken der katholischen Kirchen in die Stadt ein, und bald nach ihrer Ankunft wurde ihnen ihnen eine Fackelzug gebracht. Den Dank für diese Aufnahme sprach der Hochwurdigste Bischof von Münster aus. Am Samstag Nachmittag erschien Se. Eminenz, der Cardinal-Erzbischof von Köln, um der Weihe selbst beizuwohnen. Der neugeweihte Hochwürdigste Bischof von Hildesheim trug Aufpruchen an das versammelte Volk hielt. Hierauf wurde der Neugeweihte von den drei assistirenden Bischofen durch den Dom geleitet und spendete zum erstenmale dem Volke den bischofslichen Segen, worauf das Domamt und die anwesende Geistlichkeit dem kanonischen Gehorsam angelobte. — Am Abende war festliges war die Stadt, welche etwa 5000 katholische und 10,000 protestantische Bewohner zählt, zum großen Theile beleuchtet. Nach 8 Uhr und gegen 10 Uhr wurden nacheinander 2 Fackelzüge gebracht. Bei dem ersten danke in kurzen Worten der Hochwürdigste Bischof, nach welchem die jüngeren Cardinal-Erzbischof eine längere Rede hielt. Nach mehreren Andere, was zu der Erhebung der Feierlichkeiten gehalt, übergehen wir als weniger wesentlich. — Gestern den 25. Nov. reisten mit dem ersten Bahnzuge Se. Eminenz der Cardinal und der Hochw. Bischof von Osnabruck, heute in der Früh die beiden Hochwürdigsten Bischofe ab. — In Gangen wurden die Feierlichkeiten prosartiger und gelungener, als man bei den beschedenen Verhaltnissen des (nicht viel über 30,000 Seelen zahlenden) Bisthums erwarten konnte, obgleich es an einzelnen Mißständen, die die Harmonie des Ganzen indeß wenig storten, nicht fehlte. Die Stimmung der Andersglaubigen bei diesen Festlichkeiten war in der verschiedensten Art, als sie sich unter einen einzigen Ausdruck bringen ließe. Nur soviel scheint gewiß, daß dieselbe ihre Erwartungen übertroffen. — Wir fügen noch bei, was die „Norddeutsche Zeitung", das verbreitetste Blatt in Hannover, und ein Organ der jahmen, jetzt preußenfreundlichen Demokratie, über diese Festlichkeiten von Osnabrück sagt. Sie sagt sich von einem hiesigen Correspondenten schreiben: „Hildesheim, 24. Nov. Die Inthronisation unseres Bischofs wird heute mit ungewöhnlich großen Feierlichkeiten vollzogen. Der Cardinal-Erzbischof von Köln und 3 andere Bischofe weilen als Gäste in unserer Stadt. Sie verzichten auf eine Festbeschreibung, notiren aber die wiederholten Prunkzuge der Klerus als eben so viele Merkzeichen der Zeit:

Es rüstet der Kirche heilige Schaar,
Wo wir um das Vaterland weinen;
Zwei Köpfe hat der österreichische Aar,
D hatte der preußische einen!"

(C. Botsbl.)

Prag, 30. Nov. Die Truppenbewegungen dauern trotz der anhaltenden friedlichen Nachrichten fort, und dies in einer Weise, daß die Bahnverwaltung täglich zwei Personenzüge und sämmtliche Frachtzüge auf der böhmisch-sächsischen Bahn eingestellt hat. Es verlassen täglich auch bis zehn Trains mit Truppen. (L. B. Z.)

Berlin, 29. Nov. Die Allianz der äußersten Rechten mit der Fraction Geppert-Bodelschwingh ist so vollständig geschlossen, daß an ein Aufkommen der Opposition gar nicht zu denken ist. Eine Verlegung der Kammer ist durchaus unnöthig, ihre Mehrheit ist so ministeriell, wie das Ministerium sie nur wünschen kann. Die Sehergerichte der Commissionswahlen und Diatussion mit Aufschlichtheit und Heftigkeit. — Der Sistirung der preußischen Rüstungen, zunächst der weiteren Einberufung der Landwehr zweiten Aufgebotes, kann täglich entgegensehen werden. — In vergangener Nacht fand in der Kürassierstraße zwischen Militairs und Civilisten eine bedeutende Schlägerei statt, veranlaßt durch einige demokratische Bummler, die das Militair mit Spottreden und Beleidigungen, wie „paffirer Widerstand, Commissäumelte ic." reizten. Einer derselben erhielt hierbei einen so derben Pallaschhieb in den Arm, daß ein nahrwohnender Arzt gewerd werden mußte, um ihn zu verbinden. Der hinzugekommene Polizei-Offizier mußte mehrere Verhaftungen vornehmen. (N.P.Z.)

Berlin, 30. Nov. Se. Maj. der König haben den Erzbischof von Köln in seiner neuen Würde als Cardinal empfangen. Ein königl. Galawagen brachte den Cardinal in Begleitung des I. Kammerherrn Grafen v. Fürstenberg-Stammheim zum Schlosse, wo er bei seiner Ankunft sofort von dem Hofmarschall des Königs, Grafen v. Keller, begrüßt und eingeführt wurde. Se. Maj. soll den Cardinal auf das huldvollste empfangen, ihm die Freude über seine Erhebung auf das herzlichste ausgedrückt und ihn Ihres königlichen Wohlwollens versichert haben. Nach der Audienz war königliche Tafel, zu welcher auch der Caplan des Cardinals gezogen war. (Köln. Z.)

Berlin, 1. Dec. Wir wissen nicht, schreibt man dem „Hamb. Corresp." inwiefern auf die schnelle Ausgleichung in Dimüz ein eigenhändiger Brief des Königs an den Kaiser von Oesterreich mitgewirkt habe. Derselbe kann freilich erst nach der Abreise des Fürsten Schwarzenberg in Wien eingetroffen sein, da der Flügeladjutant des Königs, Major von Manteuffel, Ueberdringer desselben war und dieser erst nach der Abreise des Ministers von Manteuffel mit diesem Briefe Berlin verließ. Wir setzen genaue Kenntniß der Worte in diesen Schreiben nicht voraus, wir sind aus Rücksichten der Discretion die Mittheilung desselben verlagen; nur das Eine sei erwahnt, daß es in der bekümmlesten Form den erneuerten Wunsch nach Erhaltung des Friedens ausdruckt, sogar auf die Gefahren eines Kriegs zwischen Oesterreich und Preußen hinweist, um zum Schlusse mit einem Gelöbniß auf Frauereid eine sehr merkwürdige Stelle darüber enthält, wie nothwendig leicht nach einer andern Seite hin die Einigkeit dieser Mächte sein konnte.

* Berlin, 2. Dez. Nach der Sitzung der I. Kammer wurde an die Abgeordneten der vollendete Adressentwurf vertheilt, aus welchem wir folgende Stellen hervorheben:

Mit freudiger Genugthuung haben wir ersehen, daß Ew. Maj. Regierung bemubt gewesen ist, die verfassungsmäßig vereinbarten Gesetze mit der den mannigfaltigen Verhältnissen gebührenden Rücksichten ins Leben zu rufen, daß in Folge der fortschreitenden Befestigung des Vertrauens sich Handel und Gewerbe wieder gehoben, daß die beschlossenen öffentlichen Arbeiten in Angriff genommen und die Staatseinnahmen wieder gestiegen sind.

Der Rechenschaftsbericht über die Benutzung des Credits von 18 Millionen zu militairischen Zwecken wird gewissenhaft von uns aus geprüft werden.

Gern haben wir vernommen, daß Ew. Maj. friedliche Beziehungen zu den europäischen Großmachten nicht unterbrochen sind, und in gerechter Würdigung der Segnungen des Friedens begen

wie den ausdrücklichen Wunsch, daß dieselben erhalten und zum Wohl von ganz Europa befestigt werden mögen; aber der Selbstbewahrung, der Ehre, dem Rechte eines Volkes gegenüber ist der Friede nicht sein höchstes Gut, und unter den gegenwärtigen Verwickelungen können und dürfen wir ihn nur dann für gesichert halten, wenn das gesammte deutsche Vaterland eine seinen Bedürfnissen entsprechende Gesinnung unter Ew. Maj. Mitwirkung erhalten hat.

Da Ew. Maj. entschlossen sind, diese neue Gestaltung des deutschen Bundes als die dringendste Aufgabe zunächst anzustreben, und dann erst die engere Vereinigung innerhalb desselben auf neuen Grundlagen weiter aufzunehmen, so gehen wir und der Hoffnung hin, daß es Ihrer Regierung gelingen werde, diese Aufgabe in besonnener Verfolgung des Zieles durch die Schwierigkeiten der Gegenwart hindurch befriedigend zu lösen und dabei Wege zu vermeiden, welche nicht zur Einigung und kräftigung, sondern zur Spaltung und Schwächung Deutschlands führen, damit endlich die sämmtlichen deutschen Staaten zu einer gesicherten Macht auch außen gereinigt, und im Innern, unter Sicherung der monarchischen Ordnung, den Rechten der Bevölkerungen Gewähr geleistet werde. Möchten dann auch in den einzelnen Staaten die Verfassungen, auf haltbaren Grundlagen beruhend, von Fürsten und Völkern mit deutscher Redlichkeit und Treue befolgt und geschirmt werden.

Ist es erst gelungen, die Grundzüge für die Verfassung Deutschlands festzustellen, dann wird es den vereinigten Bemühungen der deutschen Staaten nicht schwer werden, die Ausführung des mit Dauernat abgeschlossen nun ratifizirten Friedens zu bewirken und dadurch jenen die Rechte aller Betheiligten sichernden Zustand wiederherzustellen, dann werden auch die widerwärtigen Zerwürfnisse in einem benachbarten deutschen Lande bald ihre Beseitigung finden. Wir erklären uns damit einverstanden, daß bis dahin den auf die Bedingungen unserer geographischen und militärischen Lage gegründeten Forderungen gegen den von einer Seite gemachten Einmischungsversuch gehörige Beachtung verschafft werde.

Ew. Majestät haben bei den in der Nähe unserer Grenzen erfolgten Truppenzusammenziehungen, durch welche die Sicherheit der Monarchie bedroht wurde, Ihr wohlgerüstetes Heer zum Kriegsschutz des Landes aufrufen. Wie das ganze wahrhafte Volk auf den Ruf seines Königs in freudigstem Gehorsam und in wachsender Besiegerung sich erhoben und zu den alten ruhmwürdigen Fahnen geeilt ist, das wird den künftigen Geschlechtern ein neues Zeugniß von dem alten, acht preußischen Geiste sein, der sich zu Zeit der Gefahr stets kund gegeben und Achtung verschafft hat ꝛc. ꝛc.

Berlin, 2. Dec. Die freien Conferenzen in Dresden, welche preußischer Seits, wie man hört, durch den Grafen v. Alvensleben beschickt werden sollen, falle nicht der Minister v. Manteuffel selber Preußen auf verschiedentlich, werden dieselbigs von allen deutschen Regierungen beschickt werden, doch dürften die von Oesterreich und Preußen vorher vereinbarten Vorlagen den Conferenzen zu Grunde gelegt werden.

— Nachdem schon der am Sonnabend Abend abgehaltene Ministerrath der in Olmütz festgestellten Punktation seine Zustimmung gegeben, hat in dem gestrigen Ministerrath in Potsdam Se. Maj. der König derselben die Genehmigung ertheilt. In dem am Sonnabend abgehaltenen Ministerrath soll nur Ladenberg seine frühere Ansicht aufrecht erhalten haben. — Gestern sprach man hier und dort von einem Entlassungsgesuch des Herrn v. Ladenberg, und heute sprach wir, daß dasselbe wirklich eingereicht worden ist.

— Wir haben schon in unserer letzten Nummer kurz angedeutet, daß Herr v. Manteuffel in Olmütz als Ambassadeur Sr. Majestät des Königs empfangen und mit ganz besonderer Auszeichnung behandelt worden ist. Wir fügen dieser Mittheilung noch hinzu, daß Herrn v. Manteuffen auf besonderen Befehl des Kaisers eine Wohnung bei dem Erzherzog zugewiesen, vor welchen eine Ehrengarde aufgestellt und bei dem Aufsahren, wozu Sr. Excellenz eine kaiserliche Equipage mit vier Pferden zur Disposition gestellt war, die Wachen ins Gewehr treten mußten. (N. Pr. Z.)

Frankreich.

Paris, 30. Nov. Durch die Beseitigung des Cretonschen Antrages auf Widerruf der Verbannungsgesetze gegen die Bourbonen hat die Majorität der National-Versammlung vielen Unannehmlichkeit und einer vielleicht nachtheiligen Spannung vorgebeugt. Bei den vorläufigen Abstimmungen über den Antrag in Betreff des für die Diskussion festzusetzenden Tages, hatten sich bereits die heterogensten Allianzen gebildet. Die Orleanisten hatten mit den Republikanern gestimmt, obschon gerade diese beiden Parteien die unmittelbarsten Ursachen zu gegenseitigem Haß haben; die Legitimisten waren mit den Bonapartisten, ihren Erfeinden, gegen die Diskussion des Antrags. — Von Hrn. Guizot sind heute, wie früher angekündigt, die beiden Schriften Mont und Washington, mit neuen Vorreden versehen, dem Publikum übergeben worden. Hr. Guizot berührt in den Vorreden die Frage: Monarchie oder Republik? hält sich aber persönlich gegenüber in einer sehr bequemen Neutralität, wie folgende Stelle in einer der Vorreden zeigt. „Versteht es nur, einen Willen zu haben und bleibet einig. Wählet entweder die Republik, wenn sie euch möglich scheint, oder die Monarchie, wenn ihr es endlich, um das Land ohne Gewalt in eine in den natürlichen Lauf seiner Ideen zurückzuführen zu versetzen, dahin bringt, euch zu verständigen. Aber um die Republik zu errichten, mußt ihr einen Washington haben; um die Monarchie wieder herzustellen, bedürft ihr eines Mont." Hr. Guizot überträgt es hiernach der Vorsehung, je nach ihrem Gutdünken einen Washington oder einen Mont zu schicken, kann es aber doch nicht recht verbergen, daß, wenn er zu fragen hätte, er wohl lieber einen Mont schicken würde. Er sragt sich, ob mit dergleichen Allgemeinheiten, besonders aber mit einer solchen zur Schau getragenen Neutralität aber die wahre Zeitfrage dem Lande viel gehoffen wird. Guizot veröffentlicht seine Schrift über Mont einen Brief von Richard Cromwell an denselben, worin der Sohn des Protectors 14 Tage vor der Restauration Carl's II. sich folgendermaßen ausdrückte: „... damit Sie sich der Versammlung des Parlaments Ihren Einfluß zu meinen Gunsten anwenden, auf daß ich nicht in Schulden stecken bleibe, die gewiß weder Gott noch mein Gewissen als die meinigen betrachten können... Denn ich habe zu Ihnen das Vertrauen, daß, wenn ich mich selbst großer Dinge wenig würdig erachte, Sie mich doch nicht gänzlichen Unterganges würdig halten." Seltsame Mischung einer fast demüthigen Bescheidenheit und einer Zumessung von Hoheit! Hr. Guizot hinzu, dem schwerlich entgangen ist, welche grausame Anspielung auf Vorgänge unserer Zeit das Publikum in der Veröffentlichung dieses Briefes finden würde. — Der noch in Deutschland bekannte Dr. Gregoire hat die verantwortlichen Herausgeber von acht hiesigen Blättern, nämlich: des „Constitutionnel", des „Siècle", des „National", der „Presse", des Journal des Débats", des „Constitutionnel" und der „Republique" vor Gericht gezogen, weil sie vor längerer Zeit Anzeigen auswärtiger Lotterien (diese sind bekanntlich in Frankreich ganz verboten) veröffentlicht hatten, und das Gericht hat wirklich obschon dies nuter stillschweigender Tolerirung des Gesetzes geschehen war, die sämmtlichen Herausgeber in 200 Franken Strafe verurtheilt, womit aber der Verlust der politischen Rechte verbunden ist. Ein Oppositionsblatt fragt, was jetzt wohl die „Debats" und der „Constitutionel" zum Gesetz vom 31. Mai sagen werden, in Folge dessen sie auf einmal wegen eines sehr unbedeutenden Preßvergehens aus den Reihen der Wahlberechtigten in die „gemeine Menge" versetzt werden? — Das „Univers" enthält einen Auszug aus den Akten der Uebergabe der Unterrichtsanstalt von Arles an den Hochw. Erzbischof von Air, Arles und Embrun. Der Gemeinderath mit dem Maire an der Spitze empfing Se. Gnaden an der Thüre der der Anstalt unseren Capelle. Der Bürgermeister hielt eine Ansprache an den Erzbischof, worin es u. A. auch heißt: „Die Verantwortlichkeit einer großen Erziehungsanstalt ist zu groß für uns. Allerdings kam uns ein beträchtlicher Theil der Leitung derselben zu (weil die Gemeinde die Anstalt errichtet hatte.) Wir fühlen uns indeß zu ohnmächtig, sie zu tragen; den wir würden den schlechten Rechenschaft schaelig sein über die Zukunft ihrer Kinder. Das heißt viel; wir haben weder die Zeit, noch hinreichende Mittel in den Händen, um diese übernehmen zu können. Mit vollem Vertrauen legen wir daher diese schwere oder auch lostbare Lust in Ihre Hände. Sie sind einer von Denen, zu welchen gesagt worden ist: Gehet hin in uns leret! Sie sind einer der Aufbewahrer der wahren Wissenschaft, der Wissenschaft des Lebens, wovon alle anderen nur Anwendungen und Corrolarien sind." —

Australien.

Vom stillen Meer wird berichtet, daß drei Kriegsschiffe, ein englisches, ein französisches und ein amerikanisches, gemeinschaftlich eine Expedition nach Owahine, einer der Gesellschaftsinseln, gemacht, um Ersatz zu erlangen für gewisse Verluste, welche dortigen Unterthanen der genannten Mächte durch Zerstörung ihrer Besitzungen zugefügt worden. Der Erfolg der Expedition war sehr befriedigend. Man entschuldigte sich und zahlte die verlangten Entschädigungssummen.

Vermischte Nachrichten.

Ledru-Rollin wird das Opfer einer wahrhaft zermalmenden Kritik seiner Flugschrift: „Ueber den Verfall Englands." Es ist Fraser's Magazine, welches den Pamphletisten an den Pranger stellt mit jener kalten Schonungslosigkeit, wie sie nur den Engländern eigen ist, in ihrer souverainen, längst jener Censur, jeder Rücksicht entwohnten Presse. Keinen alten Hieb gegen Feldzug werden wir gegen Hrn. Ledru-Rollin unternehmen," schreibt der stolze britische Kritiker, „ungeachtet des Fehdehandschuhes, den ein mehr persönes als gehäuftes Buch uns hinzuschleudern scheint; wir wollen nur zeigen, wie wenig Tiefe, welche Entdeckung ernster Studien, und welche Verschärfschicksei dieser Volkstribun hat, der uns Unterricht ertheilen will, und der selbst nöthig hatte, wieder in die Schule zu gehen." Und einen langen Artikel hindurch wird dem vorwitzigen Volkstribun die von ihm selbst zu Markte getragene Haut auf gut englisch gegerbt, daß auch nicht ein einziges Haar an dem armen Ledru-Rollin bleibt. Das Pamphlet selbst, ein Lieblingsthema unserer Zeit, wird als ein armes Arsenal, aus dem der englische Kritiker die leichtsichten, gistigsten Waffen sich langt, gegen den „Austreiber nur einer Emeute ohne Kampf," ihm Sag für Sag nachweisend, daß „der die edelmüthige Gastfreundschaft des großen englischen Volkes mit Schimpf und Spott vergeltende französische Demagoge" von den kläglichen Zuständen schwatzt, wie der Blinde von den Farben. „Das beste ist," so schließt diese erbarmungslose Verartheilung, „man bedauert, daß ein Mensch von so armseligem Verständniß, von so blöder Anschauung und von so nichtigem politischen Scharfblick es so weit brachte, zumal in Frankreich einen gewissen Einfluß zu gewinnen, so auch nur bei den Socialisten. Hr. Ledru-Rollin ist ein neuer Beweis dafür, daß ein Mann für einen großen Redner gelten und der Führer einer Partei werden kann, ohne doch mehr zu sein, als ein Ignorant, ein hoher Geist, noch gefährlicher durch seinen Unverstand, als durch seinen bösen Willen." — Nur eine Entschuldigung wird angeführt: daß der Mann

des Berges dieses Buch „in einem Anfalle von Spleen“ zu Tage befördert habe und zur wirklichen Grube seines Gehirns! Ohne Zweifel senkt der in seiner schreienden Blöße dargestellte Botforibun: Si taceuisses philosophus mansisses.

*

(Die Boussole sympathique.) Beror Volta, der ausgezeichnete Physiker, das elektrische Zinkum entdeckt hatte, ja, noch bevor die Fortschritte der Elektrizität zur Anwendung derselben im elektrischen Telegraphen geführt hatten, war hätte es geglaubt, daß es für Menschen, die nämlich durch eine noch so große Distanz getrennt sind, ein Gedanken-Communicationsmittel von blitzähnlicher Schnelligkeit gibt, so daß die zum Gedankenaustausche erforderliche Zeit im Verhältniß zur Größe des Raumes fast verschwindet? Und doch ist dem so. Doch ist, seitdem im Jahre 1844 der erste elektro-magnetische Telegraph auf der großen südwestlichen Eisenbahn in England von Nine-Elms die Wimbledon aufgestellt wurde, ein solches Communikationsmittel nur Gegenstand der Bewunderung, aber keiner des Zweifels mehr. Und Jedwürfe es jetzt gewiß Jedem, der von der folgenden Erfindung bis jetzt noch nichts gehört, als etwas rein Fabelhaftes klingen, der vernähme, daß Menschen, die durch noch so große, und fast es unendlich lange Distanzen von einander entfernt sind, ohne einen Leitungsdraht eines elektro-magnetischen Telegraphen gegenseitig ihre Ideen austauschen können, blos mittelst eines kleinen Apparats, den jeder von ihnen bei sich in der Tasche tragen, oder auch als Möbelstück in seinem Zimmer aufgestellt haben kann. Das schiene doch ganz mährchenhaft — und doch ist dem so! Ein Franzose und ein Amerikaner, Herr Bonoit und Derr Biat, haben einen solchen Apparat, den sie Boussole psychikalinique sympathique nennen, erfunden, und mehrere Versuche, die sie damit gemacht, haben bereits diesen Wirksamkeit bewährt. — Noch machen die Erfinder aus der Construktion des Apparats sowohl, als auch der Behandlung desselben zur Erzielung der Communikation ein Geheimniß, bis Herr Biat von seiner Reise, die er nach Amerika machte, zurückgekehrt sein wird, wo dann diese Erfindung zum Gemeingut aller Welt gemacht werden soll. Doch haben sie bereits die Grundgedanken der Erfindung der Oeffentlichkeit übergeben. Die Grundlage der neuen Communikation nämlich besteht in einer Art von sympathischem Fluidum, welches durch eine Combination des magnetischen, galvanischen und sympathischen Fluidums, die zusammen vermählt werden, gebildet wird. Der Prozeß dieser Vermählung jedoch macht eben das Wesen der Erfindung aus. Die Fluida, die vermählt werden, sind erstens das mineral-galvanische Fluidum — zweitens das animalisch-sympathische Fluidum der Schnecken, — und drittend das magnetisch-mineralische und adamische oder menschliche Fluidum. — Was das erwähnte animalisch-sympathische Fluidum der Schnecken betrifft, so haben die Herren Benoit und Biat bei einigen Schnecken die merkwürdige Eigenschaft entdeckt, daß, wenn man sie einmal vermählt und sie mit dem magnetisch-mineralen und adamischen Fluidum in Rapport gebracht hat, sie dann beständig unter gegenseitiger sympathischer Einwirkung bleiben, zumal wenn man sie in eine Lage bringt, welche die Erhaltung dieser Sympathie zu begünstigen geeignet ist. — Wie weit entfernt auch die sympathischen Schnecken von einander gebracht werden mögen, so kann bei ihnen mittelst des oberermähnten pastalinisch-magnetischen Compasses, des neuerfundenen Apparates, bei nämlich, eine sehr merkwürdige Bewegung hervorgebracht werden. Zwischen den beiden Geschlechtern aller animalischen Geschöpfe herrscht eine unendliche Macht der Sympathie, und jedes derselben fühlt einen Trieb, sich in der Vereinigung mit dem andern zu ergänzen. Die Bewegung unserer telegraphirenden Schnecken beruht also auf der elektrischen Aeußerung des natürlichen Triebes. Die ihrerseitige Hervorbringung dieser Bewegung beruht auf der Eigenschaft des innutterbrochenen Fortbestehens der Sympathie. — Es kann der wunderbaren Erscheinung die Annahme zu Grunde gelegt werden, daß bei der Trennung der Schnecken, die miteinander sympathisirt haben, ein geistiges Fluidum sich entwickle, das, wie etwa der Faden der Spinne, in eine unendliche Lange ausdehnbar, aber völlig unsichtbar sei, und mit gleicher Schnelligkeit, was das elektrische Fluidum sich fortpflanzt. Dieser Faden von Fluidum leitet die sympathische Bewegung der Schnecken, welche sympathische Bewegung von jeder der beiden Schnecken in demselben Augenblicke geleitet oder auch empfangen werden kann, weil, wie allgemein bekannt, die Schnecken Zwittergebilden (Zwitter) sind. Dieses sympathische Fluidum hat übrigens die Eigenschaft, daß es nicht erst an einen bestimmten Conduktor gebunden werden muß, um sich nicht, wie das elektrische oder andere Fluida nach allen Seiten hin zu zerstreuen, sondern die beiden sympathisirenden Wesen bilden die Pole der sympathischen Linien und des Fluidums. Ob nun diese Linie eine gerade oder krumme, und wie verschieden auch die Distanz zwischen den beiden sympathisirenden Wesen sei, so hat gleichwohl bei den vielfach gemachten Versuchen die Erfahrung gezeigt, daß diese Umstände gar keinen Einfluß auf die Kraft der sympathischen Bewegung haben. (Schluß folgt.)

Neuestes.

§ Würzburg, 5. Dez. Die Herren Baer, Dr. Eisenmann, Dr. Haag, Dr. Hartmann, Schneider, J. A. Weiß, Wirth ertiessen gestern einen Aufruf an die hiesigen Einwohner, welcher zur Unterzeichnung der Turkischen „verfassungstreuen“ Officiere und Civilbeamten ermahnt, und bringend auffordert heute Abend bei Bauschung ein beglaubigtes Comite zu bilden.

Frankfurt, 4. Dez. Der Inhalt der Olmützer Punktationen ist wie in Wien so nun auch in Berlin genehmigt worden. Demzufolge hat General v. d. Gröben den Befehl erhalten, die Zurückziehung der Truppen aus Hessen und Kassel kein Hinderniß in den Weg zu legen; derselbe hat hiernach dem Fürsten von Thurn und Taxis erklärt, die sich gegenüberstehenden Truppen könnten sich als Freundestruppen betrachten. Der Vollzug der Olmützer Punktationen hat somit die Eröffnung der Feindseligkeiten begonnen. (K. Z.)

Stuttgart, 3. Dez. Gestern Abend ging der Befehl zu unverzüglicher Einberufung der Beurlaubten.

Kassel, 3. Dez. Dem Vernehmen nach ist von einigen Mitgliedern des hiesigen Oberappellationsgerichts ein Gesuch an Se. k. Hoheit den Kurfürsten, welches die Bitte um baldige Rückkehr nach Kassel und um Einberufung der Stände mitunterschrieben sein soll, zur Unterschrift vorbereitet worden.

Fulda, 3. Dez. Se. Durchlaucht der Fürst von Thurn und Taxis und der Bundescommissär Graf Rechberg haben schon heute das Hauptquartier von hier nach Gelnhausen verlegt.

Leipzig, 30. Nov. Gegen die hiesige deutschkatholische Gemeinde wird ein Untersuchungsverfahren eingeleitet werden müssen. In der hiesigen Armenschule nemlich hat neulich ein Knabe beim Frühgebet das Lutherische Lied: „Ein' veste Burg ist unser Gott“ vorzulesen gehabt. Der Knabe aber, statt den alten Text zu lesen, transcribirt den zweiten Vers: „Mit unserer Macht ist's nicht gethan, wir sind gar bald verloren“ ꝛc. also: „Mit unserer Macht ist viel gethan, wir sind noch nicht verloren, es streit't für uns der rechte Mann, den Gott selbst hat erkoren. Fragst du nach seinem Nahm? Er heißet Robert Blum“ ꝛc. Die Kreisdirektion hat wegen dieser eigentlichen Sache eine Untersuchung eingeleitet, und es soll, wie verschiert wird, sich bereits herausgestellt haben, daß jene Travestie von der deutsch-katholischen Gemeinde gesungen worden und so an den Knaben gekommen ist.

Berlin, 3. Dec. In der Adreßdebatte ist heute der Antrag gestellt worden, den Entwurf der Adreßcommission durch einen andern zu ersetzen, welcher der veränderten Sachlage gemäß abzufassen sei. Dieser Antrag wurde angenommen. Nach der Ansicht des Herrn v. Bincke sei es jetzt nicht an der Zeit, eine Adresse zu überreichen, sondern Erklärungen zu begehren über die bedrohte Lage des Vaterlandes. Der Inhalt der zu gebenden Erklärungen habe dem System ein Ende zu machen, dessen Träger die gegenwärtigen Räthe der Krone sein. Dieser Antrag wird durch Mehrheitsbeschluß einer Commission zur Begutachtung überwiesen. (F. P.-Z.)

Halle, 30. Nov. Gestern ist Dessau von preußischen Truppen, welche mittelst Extrazügen aus dem Westen hier ankamen, besetzt worden; ein beträchtlicher Theil derselben besteht aus Landwehr.

Paris, 2. Dec. Die Nationalversammlung hat heute den Antrag von Kriegsminister Hingsten Ergänzungsbredit bewilligt. Ebenso Antrag, die Reduetosten zu verweigern, wurde verworfen. Die Verfolgung des Repräsentanten Piat wurde verweigert. — Minister Cartier hat alle Börsengeschäfte in der Openvoffage und die Conkiffenspekulationen nach den Schlusse der Börse wegen Schwindelgefahr verboten.

** Aus der Schweiz, 1. Dez. In Basel ist heute der große Rath feierlich eröffnet worden. — Das nächste eidgenössische Sängerfest wird in Basel gefeiert werden.

Brod, 28. Nov. So eben langte ein Tartar mit der Nachricht hier an, die Krasina, die Herzegowina und Albanien sein aufgestanden.

T. D. Berlin, 3. Dez. Die Reform meldet: In der Olmützer Konferenz ist die Verständigung insoweit als erreicht zu betrachten, daß die hessische und schleswigsche Angelegenheit ihre endliche Entscheidung durch die Ende dieses Monats in Dresden stattfindenden Konferenzen alliirtentschen Regierungen zu erwarten haben. Inzwischen werden preußischer und österreichischer Kommissäre in Schleswig-Holstein und Hessen die Beilegung der Zerwürfnisse gemeinschaftlich zu erstreben suchen. Rücksichtlich des schleswig'schen Angelegenheit wird einträchtiges Zusammenwirken Oesterreichs und Preußens im Stande sein, einen dem Bundesschluß vom 17. Sept. 1846 angemessenen Zustand herbeizuführen. — Aus Wien vom 30. läßt sich die Reform schreiben, Frankreich habe sich erboten, 10,000 Mann zur Pazifikation Schleswig's zu stellen. (N. Corr.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Bekanntmachung.

Am Jahrestage der feierlichen Eröffnung des hiesigen Taubstummen-Instituts, Sonntag den 8. Dezember, wird in der Hauskapelle des Schullehrer-Seminars um 10 Uhr ein feierliches Amt gehalten, um Gott für das sichtbare Gedeihen dieser Anstalt zu danken, und seinen Segen für alle Wohlthäter der unglücklichen Taubstummen zu erflehen.

Würzburg, 4. Dez. 1850.

Der königl. Schullehrer-Seminar-Inspektor, als Vorstand des Taubstummen-Instituts.

Hummel, Inspektor.

Gestorbene:

Den 2. Dez.

Elisab. Lauch, 78 J. Nagelschmieds-Wittwe. — 1 Kind.

* Würzburg, 5. Dez. Beim Schlusse unseres Blattes war die Augsburger und Münchener Post noch nicht hier eingetroffen.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr. Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 432. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 292. Würzburg, Freitag den 6. Dezember. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 4. Dez. Das heute erschienene k. Regierungsblatt No. 57 enthält folgende k. allerhöchste Verordnung, die Ausübung der Militärgerichtsbarkeit in bürgerlichen Rechtssachen betreffend: „Maximilian II. u. s. Nachdem ein Theil Unserer Armee die Landesgrenzen überschritten, und ein anderer Theil an dieselben vorgerückt ist, diese Verhältnisse aber bezüglich der Gerichtsbarkeit über Militärpersonen in bürgerlichen Rechtssachen besondere Vorsicht erforderlich machen, so finden Wir Uns im Hinblick auf §. 11, Abs. 2 des Gesetzes vom 15. Aug. 1828, „die Militärgerichtsbarkeit in bürgerlichen Rechtssachen betreffend" allergnädigst bewogen, zu verordnen, daß die Bestimmungen der §§. 9 und 10 des erwähnten Gesetzes zur Zeit und bis die Armee wieder in ihre Garnisonen zurückgekehrt sein wird — worüber einst weitere Bekanntmachung erfolgen wird — in Anwendung zu treten haben. München, den 2. Dez. 1850. Max. v. Lüder. Frhr. v. Pelkhofen, Staatsrath. Generalsekretär: Ministerialrath v. Haud."

Die gegenwärtige politische Situation.

8 Ueber verschiedene Thema möchte es unsern Lesern nicht uninteressant sein, einige Urtheile des Marquis von Valdegamas zu vernehmen. Er sagt: „Es ist eine allgemein anerkannte geschichtliche Thatsache, eine unbestreitbare und unbestrittene Thatsache: die Sendung Frankreichs ist, das Werkzeug der Vorsehung in der Ausbreitung neuer Ideen, ob politischer oder religiöser und socialer zu sein. In den neuern Zeiten haben drei große Ideen Europa bewältigt; die katholische Idee, die philosophische Idee, die revolutionäre Idee. Nun ist in diesen drei Zeiträumen Frankreich immer Mensch geworden, um diese Ideen auszubreiten. Karl der Große war Frankreich, Mensch geworden, um katholische Idee auszubreiten; Voltaire war Frankreich, Mensch geworden, um die philosophische Idee auszubreiten; Napoleon war Frankreich, Mensch geworden, um die politisch-revolutionäre Idee auszubreiten. . . Ebenso hat England seine providentielle Sendung, nämlich das moralische Gleichgewicht der Welt aufrecht zu erhalten und als Folge dieses Gegengewicht gegen Frankreich zu bieten; Frankreich und England sind einander, was die Fluth der Ebbe des Meeres ist. — Nun! Seit einer gewissen Zahl Jahre, — scheinen diese beiden großen Nationen das Gedächtniß der Vergangenheit, das Bewußtsein ihrer providentiellen Sendung verloren zu haben. Frankreich hat, statt in der Welt die neuen Ideen auszubreiten, nach allen Seiten hin den status quo gepredigt: den status quo in Frankreich, den status quo in Spanien, den status quo in Italien, den status quo im Orient, den status quo allum. Und England, statt die Sintfluth zu predigen, hat nach allen Seiten hin den Aufstand gepredigt: den Aufstand in Spanien, in Portugal, in Frankreich, in Italien, in Griechenland, den Aufstand allum. Und was ist daraus hervorgegangen? Das, was gezwungener Maßen daraus hervorgehen mußte: nämlich, weil jede dieser beiden Nationen sich eine Rolle gegeben hatte, welche nur die ihrige gewesen, hat sie dieselbe auf eine sämmerliche Weise gespielt. Was konnte Frankreich thun, das sich aus dem Theater in den Prediger verwandelt hatte? Was konnte England thun, das sich und dem Prediger in den Teufel verwandelt hatte?

Deutschland.

München, 3. Dec. Im Palais Sr. k. Hoh. des Prinzen Karl ist noch alles zum Ausmarsche gerichtet. Erst heute faßte die Dienerschaft noch Feldgeist, am eigens mengiren zu können. Auch die Kommission zum Ankauf der Pferde hat heute noch ihre Thätigkeit fortgesetzt und mehrere Remonte angekauft. Ebenso erfolgt die Errichtung der sechs neuen Batterien Artillerie, dann die Einverleibung von fünf dieser Kompagnien in das 1ste und eine in das 2te Artillerie-Regiment, und endlich nimmt auch die Organisation der Felzeugmeisterei ihren ununterbrochenen Fortgang. Zum Chef dieser Abtheilung sowie überhaupt der Heerrepotistei ist bekanntlich der Oberstlieutenant Zehrer ernannt. Die übrigen Offiziere sind: Estabrorscommandant Frhr. v. Welden (ist heute von Augsburg zur Uebernahme dieses Kommando eingetroffen), Oberstlieutenant Greffer, dann die Unterlieutenants Kreuger, Kohl und Meyer, welch' Letzterer Adjutantendienst beim Chef zu machen hat; ein Rechnungsführer wird noch ernannt. Die Mannschaft hat zu bestehen aus: 1 Wachtmeister, 3 Oberbirgadire's, 12 Brigadiers und 84 Gemeinmann zu Pferd; Summa 107. — Wegen haben 6 Munitionswagen, nicht zu verwechseln mit einem andern, jüngst mehrgenannten Grafen Arco, hat seine bedeutenden Besitzungen in Bayern verkauft und wird Bayern verlassen. Den größten Theil dieser großartigen Güter hat Graf Pallavicini, der frühere sardinische Gesandte am königlichen Hof dahier, um die Summe von 1,100,000 fl. kaufsweise erhalten.

Laut kgl. Kriegsministerialreskripts ist der angeordnete Pferde-Ankauf für das bayerische Militär bis auf Weiteres eingestellt. — Sämmtliche Kreisregierungen erhielten die Weisung, die zur Zusammenstellung des Budgets betreffenden Materialien angehaust einzusenden. — Die Lehrer im Kriegsministerium verwendeten Regimentsquartiermeister Nagelschmid und Keller wurden zu Kriegskommissär befördert und verbleiben im Kriegsministerium. Vier Regimentsärzte sind zur Beförderung zu Stabsärzten in Vorschlag gebracht. — Der Adjutant des Kriegsministers, Oberst v. Lindpainer, ein als Regimein geachteter und beliebter Offizier, ist gestern vom Pferde gestürzt, wobei er sich leider ziemlich stark beschädigte. — Im Palais Sr. k. Hoh. des Prinzen Karl ist gestern Abends der k. k. Rittmeister Fürst von Fürstenberg mit militärischen Depeschen angekommen. — Dem Kriegsministerial-Reskript haben heute mehrere Ernennungen, Versetzungen und Beförderungen im Administrativdienst des Heeres stattgefunden. Der Kriegsrechnungskommissär Frank wurde zum Kriegskommissär, und zu Kriegsrechnungskommissären drei Regimentsquartiermeister befördert. Die folgenden Beförderungen sind: Zu Regimentsquartiermeistern I. Klasse: 22 Regimentsquartiermeister II. Klasse; zu Regimentsquartiermeistern II. Klasse: 12 Bataillonsquartiermeister; zu Bataillonsquartiermeistern: 15 Unterquartiermeister; zu Unterquartiermeistern I. Klasse 16, desgleichen II. Klasse; zu Unterquartiermeistern II. Klasse: 17 Aktuare, und zu Regiments-Aktuaren: 22 Rechnungspraktikanten und Unterofsiziere. — Mittags gingen 6 Kompagnien des 2. Jagerbataillons von hier mit der Eisenbahn ab. — Gestern sind 2 Kompagnien des 4. Jagerbataillons hier angekommen, welche kasernirt wurden; sie von Genie-Regiment. Das Jagerbataillon hat bekanntlich gestern Kompagnie ging heute dahin ab. — Morgen folgt das für die Brückenzüge nöthige Fuhrwesen. (A. A.)

München, 4. Dez. Ueber die Resultate der Konferenzen zu Olmütz haben die öffentlichen Blätter vielfach unrichtige Angaben gebracht. Wir glauben nun, berichtet die N. M. Ztg., aus zuverlässiger Quelle diese Resultate in folgenden drei urkundlich stipulirten und, wie wir hören, zu Berlin auch bereits radifizirten Punkten zusammenfassen zu können: 1) Preußen giebt seinen Widerspruch gegen das Vorrücken der Bundestruppen in Kurhessen auf; 2) Preußen betheiligt sich mit Oesterreich an der Pazifikation von Holstein; 3) die freien Konferenzen sollen unverzüglich eröffnet werden. Diese werden demnach alsbald in Dresden, über welchen Ort für dieselbe man sich jetzt vereinigt hat, stattfinden. Was Kurhessen anbelangt, so ist in dem Augenblick, wo wir schreiben, der Befehl zum weiteren Vorrücken der Bundestruppen wohl bereits erfolgt, und sein Einmarsch steht ihnen mehr entgegen.

Augsburg, 5. Dez. Der gestern erwähnte Unfall auf der München-Augsburger Eisenbahn wurde dadurch veranlaßt, daß dem Morgens 5 Uhr in München abgehenden Eilzug in Olching mehrere Holzwagen angehängt wurden, hierdurch dauerte der Aufenthalt länger als berechnet war, so daß ein später von München abfahrender Train mit drei Lokomotiven, welcher zwei Estafettenen Kuirassiere beförderte, den ersten Zug einholte, und auf diesen stieß. Glücklicherweise hatte der Lokomotivführer des ersten Zugs so viel Geistesgegenwart, noch zeitig genug die Bremsung auszuüben und weiter zu fahren, wodurch der Zusammenstoß nicht so heftig wurde; es wurden einige Holzwagen zertrümmert, ohne daß jedoch eine weitere Beschädigung der Passagiere stattfand. (A. Ab.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 4. Dez. Das Füsilierbataillon des königl. preußischen Landwehrregiments, welches vor-

gestern hier eingetrickt ist, hat soeben (12 Uhr Mittags) Befehl zum Aufbruch erhalten. Es folgt in Eilmärschen der Straße in der Richtung nach Hersfeld. Die Quartiermacher sind auf der Eisenbahn vorausgegangen. Gleichzeitig ist ein Marschbefehl nach Paderborn abgegangen, welcher die dort stehenden Truppen mittelst der Eisenbahn hierher beordert.

Fulda, 4. Dec. An unserer Grenze im Bayerischen stehen 4000 Oesterreicher unter Legedisch, welcher gestern für seine Person hier beim Fürsten Taxis eintraf und mit nach Hünfeld abgereist ist. Diese 4000 Oesterreicher sollen sie den Fall, daß die Bayern über Hersfeld vorwärts kommen, hier in Fulda einrücken. Alle Nachrichten welche von der Kassler Straße hier einlaufen, lauten mit Bestimmtheit dahin, daß die Bayern ohne Widerstand von Seiten der preußischen Truppen im Rayon von Hersfeld im Vorwärtsgehen nach Kassel begriffen sind. Nur weiß man nicht, ob die Preußen Hersfeld geräumt, oder eine Besatzung zurückgelassen haben, oder gar in Gemeinschaft der Bayern cooperiren. Die österreichische Truppen werden sicherem Vernehmen nach von der Warzburger Straße her heute unsere Grenzen überschreiten.

Hanau, 5. Dez. Auf berichtliche Vorlage des kurfürstl. Kommissärs, Staatsrathe Schiffer zu Fulda, wegen persönlicher Haftung der Gerichtsbeamten in Betreff von Strafen, die ihren vom Staatseinkommen verursachten Schaden, ist vom kurfürstl. Justizministerium nachstehende Verfügung des Hrn. Bundescivilkommissärs, Grafen v. Rechberg, vom 16. Nov., an sämmtliche Gerichtsbehörden des Kurfürstenthums, sowie an die Beamten der Staatsbehörden bei den Gerichten erlassen worden: „Im Namen des hohen deutschen Bundes!" „Da ich Verzögerungen und Umgehungen in Erlassung meiner Anordnungen an die Direktoren der Obergerichte dahier und zu Hanau für sich und im Namen der von ihnen präsidirten Gerichte, wegen Anwendung und Einziehung des gesetzlichen Stempels, habe wahrnehmen müssen, so versüge ich hiemit, daß neben den von mir bereits eingeleiteten militärischen Zwangsmaßregeln auch die persönliche Haftung der Mitglieder sämmtlicher Gerichte des Kurfürstenthums für die der kurfürstlichen Staatskasse aus ihrem Widerstand entstehenden Verluste von nun an eintreten soll." Fulda, den 16. Nov. 1850. Der Civilcommissär des Bundes. (gez.) Rechberg. Nag.

Freiburg, 30. Nov. Die großh. Commandantur und das großh. Stadtamt haben, da die demokratischen Wühler wieder offener hervortreten, eine gemeinschaftliche Verordnung erlassen. Hienach unterliegen der freigesolprizirlichen Behandlung, und können in Folge dessen von einer Gefängnißstrafe getroffen werden:

1) Diejenige, welche über das Verhalten badischer Soldaten unbegründete üble Nachreden verbreiten.

2) Jene, die in Bezug auf Maßnahmen des Polizeibehörden Thatsachen zu dem Zwecke erdichten oder entstellen, am gegen dieselben oder einzelne mit der Handhabung der Polizei betraute Personen anzureizen, oder solche in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, sowie

3) Diejenigen, welche Thatsachen der bezeichneten Art leichtfertig nachrzählen.

Leipzig, 30. Nov. Die „Deutsche Reform" urtheilt in ihrem Leitartikel vom 27. Nov. über die Politik Bayerns zwar auf eine in Worten anständige aber dennoch nicht gerechte Weise. Es ist nicht wahl einzusehen, wie die Politik Bayerns, weil sie sich Napoleon angeschlossen habe, um Einfluß und Macht zu gewinnen, jetzt zu demselben Zwecke an Oesterreich sich anschließen solle. Bayern hat sich Napoleon nicht aus einem politischen Prinzipe, sondern auf Zwang im Jahre 1805 angeschlossen, und das zwingende Element war einerseits das Verweilen des Knrprinzen zur damaligen Epache in Frankreich, und anderseits Napoleons Uebermacht, welche nach den Siegen der Jahre 1805, 1806 und 1807 über Oesterreich, Preußen und Rußland von einer freiwilligen Politik Bayerns nicht das kleinste Atom übrig ließ. Wenn Preußen 1805 sich Oesterreich angeschlossen hätte, wie es zu spät wollte, würde Bayern sich bei dem dadurch geänderten Machtverhältnisse Frankreich nicht in direkme geworfen haben. Wie die „Reform" zwischen jener Epoche und der Gegenwart irgend eine Gleichartigkeit finden kann, ist durchaus nicht begreiflich, wenn man auch es als ein sehr leichtertiges Urtheil erklären, daß dieses Blatt sagt, „Bayern sei auf die Eisersucht zwischen Oesterreich und Bayern angewiesen, und halte es für die Bedingung seiner Existenz, diese so heftig als möglich anzuhalsen." Nichts kann falscher sein. Auf die Eintracht Oesterreichs und Preußens ist Bayern angewiesen, um jene Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, welche die Bundesverträge neben dem Rieder Vertrage ihm sichern, unerschüttert und unbevrobt zu wissen. Eben deshalb, aus keinem andern politischen Grunde, steht Bayern in der gegenwärtigen Krisis auf Seite Oesterreichs, weil sie die Seite des Bundesrechtes ist.

Dresden, 1. Dez. Die Akten der preußischgesinnten Partei sind bei den uns im Sinken begriffen, wagu die blinde Leidenschaftlichkeit und die Rücksichtslosigkeit der Berliner Blätter einerseits, andererseits aber auch die wahrhaft unverschämte Ungenhaftigkeit und Schmähsucht der kleinstaatlichen Parteiorgane Sachsens Ihren beitragen mögen. Alle Gerüchte z. B., welche man in Berlin über Sachsen zu verbreiten bemüht ist, und die stets sofort in allen preußischen und preußischgesinnten Blättern einen fast einstimmigen Wiederhall finden, sind zum Theil so eigenthümlicher Natur, daß sie bei uns, wo man in den meisten Fällen von der ganzen Sache den Vort weiß, oder wo es bekannt ist, daß die Sache sich ganz anders verhält, ungemeffene Heiterkeit erregen.

Wien, 30. Nov. Obgleich noch keine offiziellen Nachrichten über die Resultate der Olmützer Conferenz verlauten, so will man doch von einem definitiven Arrangement zwischen Oesterreich und Preußen als von einer Thatsache gewisse Kunde haben. Hauptsächlichste vier Punkte sollen bereits als abgeschlossen bezeichnet. 1) Oesterreich genehmigt eine Art Bolksvertretung im Bunde. 2) Oesterreich sichert der preußischen Regierung bundesgemäße Hilfe zu im Falle eines bei der demokratischen Stimmung unter den preußischen Landwehrmannen gefahrdeten Conflikes. 3) Oesterreicher und Preußen sollen gemeinsam Kassel occupiren. 4) Oesterreicher, Preußen und Hannoveraner bewerkstelligen gemeinsam die Entwaffnung Schleswig-Holsteins.

Wien, 30. Nov. Wie man aus Triest meldet, hatte die Nachricht von dem überspannten Silber-Course in Wien, eine förmliche Consternation in den dortigen Kreisen hervorgerufen, welche sich jene abnorme Erscheinung in keiner Beziehung zu erklären vermochte. In Folge dessen ward dort schon vorgestern eine Bekanntmachung veröffentlicht, wodurch die Agiotage mit Kupfer- und Silber-Scheidemünze verboten und zugleich die Mittel geboten werden, um den Verkauf an Einzelnheiten gegen den Tarif entsprechender Summen zu sichern. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit des Triester Platzes wäre es wohl zweckmäßig, wenn nebst den gewöhnlichen Cours-Notirungen auch noch ein Resume der wichtigsten, bewährten Börse-Nachrichten und ein kurzes Raisonement in Betreff der Fluktuationen des Verkehrs dahin stets eingetragen wäre.

Berlin, 5. Dez. Der Präsident eröffnet die heutige Sitzung der II. Kammer mit der allgemeinen Diskussion, und gibt das Wort dem Referenten der Commission: v. Badelschwingh: Die Commission habe als Hauptgedanken der Adresse festhalten zu müssen geglaubt, daß ein Frieden mit Ehren einem Kriege vorzuziehen sei, daß aber, sollte der letzte nothwendig sein, man Gut und Blut nicht scheuen werde, um den Kampf ehrenvoll auszukampfen.

Minister v. Manteuffel. Meine Herren. Es ist mir Bedürfniß mich offen zu erklären, namentlich über die deutsche Frage, welche, wie sie vorausstehen kann, vorzugsweise Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen muß. Im Jahre 1849 hatte Preußen sein Bestreben dahin gerichtet, eine Deutschlands Bedürfnissen entsprechende Verfassung herzustellen. Dies Bestreben hatte keinen Erfolg, wie die Thronrede dies auch bereits ausgesprochen hat. Bereits unterm 6. Dec. wurde die angestrebte Verfassung als für unmöglich erkannt. Die Mißtänen wirkte verscheiden; der Schwache wurde gereizt, der Starke sah zu, wie er auf anderm Wege sein Ziel erreichen konnte. (Beifall.) Von Anfang an war das Bestreben Preußens dahin gerichtet, daß auf Grund freier Vereinbarung eine neue Verfassung für Deutschland aufgestellt werden möge. Dieses Bestreben trat der in Frankfurt versammelte Bundestag entgegen, an welchem sich ein Theil von Deutschlands Regierungen betheiligte. Zwar gab er zu, daß in freien Conferenzen verhandelt werden solle, dagegen nahm der Bundestag gewisse brennende Fragen in die Hand. Preußen sah sich, weil es sich nicht an Beschlüsse betheiligen, in die Berathungen nehme Lage versetzt, in gewissen Fragen nicht mitsprechen zu können. Dies war ein peinliches Gefühl. Es ist gegenwärtig erreicht, daß namentlich die Hessische und Holsteinische Frage in ihrem Endentscheid von allen Regierungen in die Hand genommen werden wird. Es ist festgesetzt, daß Preußen und Oesterreich sich mit Hannover mit seinen Verbündeten unter gleichen Rechten sich der Unterhandlungen unterziehen wird. Es ist also erreicht, was die Regierung angestrebt hat. Nur in der hessischen Frage ist die Sache noch etwas anderes, weil die von dem Landesherrn herbeigerufenen Truppen bereits eingezogen waren. Preußen mußte sich mit Rücksicht auf seine Lage dem widersetzen. Es ist immer angesprochen worden, daß Preußen sich nicht in die innere Lage anderer Länder mischen werde. Ob die Regierung in Hessen in ihrem Rechte, ob das Land in seinem Rechte sei, darum will sich Preußen nicht kümmern. Das Bestreben wird aber, wie ich schon angedeutet habe, ebenfalls durch die gemeinsame deutschen Regierungen erzielt werden. Was unsere militärische Sicherheit anlangt, so kann ich Ihnen mittheilen, daß unsere Etappenstraßen vollständig in unserem Besitz verblieben sallen.

M. H. ich weiß wie die Stimmung hier im Hause, wie sie im Lande ist. Ich weiß, daß das Ministerium eine schwere Stellung haben werde, wenn es für den Krieg stimmte; ich lege hohe Wichtigkeit auf das Urtheil der Kammern, aber mein Gewissen verbietet mir, einen Krieg nur aus zwei Gründen für gerechtfertigt zu halten. Entweder wir ziehen aus zum Schutze der hessischen Verfassung, oder weil uns gewisse Zugeständnisse in Aussicht nicht gemacht sind. Solche Zugeständnisse aber vorher uns zu geben, kann kann Niemand gezwungen werden. Wenn mir gesagt wird, ohne solche Zugeständnisse kann ein Friede nicht von Dauer sein, es würde nur eine kurze Frist sein, so antworte ich darauf: wer von Ihnen kann mir sagen, wo ein Krieg anfangen, wo er enden wird? Z. B. Festung eines Jahres würde für Preußen 50—60,000 Menschen das Leben kosten. (Bewegung.) Ich weiß, daß dies keine Entscheidung geben darf, wenn es sich um die Ehre des Landes handelt, aber um die beiden erwähnten Punkte Krieg anzufangen, das kann das Ministerium nicht zur rathsam halten. Ich bin sehr Vertrauen, daß hier Niemand ohne glühenden Patriotismus sitzt, aber ich bitte Sie, die Sache mit ruhigem Blute prüfen. Ich glaube auch auf Patriotismus Anspruch machen zu können, und deshalb weiß ich, was Preußen sich schuldig, was Preußen Deutschland schuldig ist. (Bravo — Zischen.)

v. Binde: Ich werde mir nur erlauben, die äußere Politik der Regierung zu berühren. Nur bedaure ich, daß man, statt uns genügende Aufklärungen zu geben, auf schwebende Verhandlungen hingewiesen hat. Man hat uns sogar die Instruktionen mitzutheilen verweigert, die den Verhandlun-

gen in Warschau zu Grunde lagen. — ebenso ist es in neuester Zeit gegangen. — Die gegenwärtige Regierung hat, wie des Königs Rath in Noten und Circularien versichert, Deutschland eine Verfassung geben zu wollen. Dennoch hat man 10 Monate gezögert, ehe man das Erfurter Parlament berief. Man habe gegen Oesterreich die sentimentale Politik geübt, ihm seine Verletzungen bereiten zu wollen und — Dank sei es ihm! — Dank vom Hause Oesterreich! — Es trat der Fürstenrath zusammen, in welchem man den verbündeten Staaten es freistellte, ihr Bleiben bei der Union oder ihr Zurücktreten von derselben erklären zu dürfen. Dies letztere Recht stand unserer Regierung nicht zu. Ich will nicht in den Schlangengang der verschiedenen Noten eingeschwärzter von Hannover, auf Scheinwegen wie die Schmuggler über Bergspitzen und Schluchten nach Preußen gefahrt, — ich frage, ob wir in den Augen Baden dadurch an Achtung gewinnen konnten? (Brave links). — Wenn man auf Achtung der Verbündeten Anspruch macht, so soll man diesen gegenüber wenigstens Treue und Glauben halten, namentlich mehr den schwachen als den kraftigen Verbündeten. — Der Abgeordnete von Berlin (Minister von Manteuffel) hat uns in Erfurt erklärt, die Idee des deutschen Bundesstaates ausrecht erhalten und „nicht umbrechen" zu wollen. Ich frage den Herrn Minister, ob er uns heute noch nicht „umgebrecht" hat? — Indem ich auf die Schleswig-Holsteinische Angelegenheit komme, erkläre ich hiebeide als eine legitime gegen Dänemark und gewiß durch unsere tapfere Armee, die dort kämpfte, und die seit dem schmachvollen achtzehnten März zum erstenmal wieder auf dem Dannewirk Gelegenheit hatte, ihr preußisches Ehrgefühl auf Gränzmarke zu bewähren. — Es soll eine österreichische oder bayerische Armee gegewärtig in den Herzogthümern intervenieren, und daß dies noch nicht geschehen, haben wir nur der Entschiedenheit eines kleinen deutschen Staates zu verdanken. Ich sprach wir, daß die Olmüz beschlossen worden ist, Preußen solle sich an dieser Intervention betheiligen. Indem wir Schleswig-Holstein verlassen, es pacifieren, verlieren wir unsre materiellen Interessen nicht nur, sondern auch unsre Ehre. Oesterreich hat stets die dänischen Interessen aufrecht erhalten, was wir demnach von dieser Partikularen Schleswig-Holsteinstein zu erwarten haben, liegt auf der Hand. Und alles dies dasist sich auf den „Wiener Rustand!"

Was die hessischen Angelegenheiten betrifft, so verlangt dort kein Mensch etwas Anderes, als Aufrechterhaltung der verletzten Verfassung, welchem Verlangen sich der Bundestag durch eine Bundesarmee widersetzt hat, und dadurch Preußen in die Verlegenheit zu setzen drohstichtige, sich entweder für den Bundesstag, oder für die Freunde der Aufrechterhaltung der hessischen Verfassung zu erklären. In seiner Frage hatten wir ein besseres Recht einer falschen Bundes-Intervention entgegenzutreten, als in der hessischen; wir haben uns dieses Recht aus der Hand nehmen lassen, bis zu dem Punkt, daß wir jetzt sogar die Ueberschreitung unserer, Etappenstraßen gestatten. Nicht nur das Recht, sondern die Verpflichtung hatte man, die Verfassung in Hessen zu schützen. Vor einer bayerischen Armee wusste unser Heer weichen, und wahrlich mehr als jetzt in Preußen ein Kriegsgeschichte direkt ein „Gefecht von Bronnzell!" (Brave links.) In einer unserer letzten Sitzungen hat unser Hr. Ministerpräsident erklärt, daß wir nie die Besetzung unserer Etappenstraßen aufgeben werden, und wir stehn es jetzt? Der Hr. Minister ist nicht nur in Oberberg, sondern bis Olmüz dem öfter. Fürsten Schwarzenberg entgegengegangen, ein preuß. Minister mit dem preuß. Heere hinter sich, als „Apostel des Friedens," um Oesterreich die Ueberschreitung unserer Etappenstraßen anzubieten. — Während dies in Olmüz geschieht, geht der Regierungsrath Niebuhr nach Wilhelmsbad zum Kurfursten von Hessen, von dort nach Kassel, um als preußischer Vertreter dem dortigen Staatsrathe anzurathen, ein demüthiges Unterwerfungsschreiben an den Landesherrn zu erlassen. Man hat unser Heer aufgeboten, um mit einer Regierung, die 1850 zu Grunde ging, Alles zu den Fahnen geeilt, weil man geglaubt, daß es einen Kampf für das Recht und die Ehre Preußens gelte. Wie will man diesen Kampf wohl wieder beruhigen? Wie es entschuldigen, daß man einen Ehrenpunkt, eine Rechtsposition noch vor andern aufgibt, ohne das Schwert für das Recht, für die Ehre in die Wagschale zu werfen. Warum all diese Opfer, die freudig gebracht wurden? Als Antwort: „Wir haben dafur das Recht erlangt, in Hessen mit zur Unterdrückung der Verfassung, in Holstein mit zur Unterdrückung des Volkes helfen zu dursen." — Nachdem wir die letzten Erklärungen des Hrn. Ministers erhalten, sind wir es unserer Ehre, unserer Pflicht schuldig, und aufs Entschiedenste gegen solche Erklarungen auszusprechen. Leuchtet doch aus dem Engagement, das unser Ministerium mit Oesterreich eingegangen ist, auch allerdings für die Zukunft die Möglichkeit hervor, daß es dem Ministerium vielleicht gelingen könne, wegfrieg ohne Schwertstreich Schlesien wieder an Oesterreich abzutreten. Eine Nachkehr von diesem eingeschlagenen falschen Wege ist nur möglich durch den Nachtritt der Manner, die diesen Weg eingeschlagen, und in Erwägung dessen haben ich und die Fraktion der Kammer, der ich angehore, folgende Abreß-Entwurfe-Adresse, Ihrer vorgelegt:

„Nach den Mittheilungen, welche uns heute vom Ministerisch aus gemacht, mussen wir die Ehre Preußens für vertetzt, Preußen für verletzt, Preußens Sicherheit für gefahrdet halten. Unter diesen Umständen mussen wir an Se. f. Maj. den allerunterthänigsten Antrag stellen, das bisher befolgte System und seine Träger, die jetzt im Rathe Se. Maj. sitzen, fallen zu lassen."

Der Redner schließt mit den Worten: „Weg mit diesen Ministern!"

Abg. Minister v. Manteuffel: Meine Herren! Dem eben abgetretenen Redner will ich nicht in dem Tone antworten, in welchem er gesprochen. Seinen Anfuhrungen will ich nur einige Bemerkungen entgegensetzen. Wenn der Hr. Redner sagte: Holsteins Wunsche gingen nur dahin, ihr gutes Recht mit den Waffen zu erkampfen, so ist das falsch. Ich glaube, daß Holstein sich sehr nach den Segnungen des Friedens sehnt. Aber daß Unterthanen mit den Waffen in der Hand unterhandeln dürfen, das, glaube ich, wird wohl Niemand hier für Recht halten. Wenn der Redner glaubt, Preußen werde sur die hessische Verfassung eintreten, untere Landwehr-Knate seien der hessischen Verfassung wegen ausgezogen, so irrt er sich sehr. (Brave links.) Es wird von den Volkswünschen und Volksglied gesprochen, aber worin dies besteht, das wirs sehr selten gefragt. Es ist gefragt, welcher Grund lag denn zur Mobilmachung vor? Der Grund ist: das drohende Heranessammlen an unseren Grenzen zusammengezogen wurden, die es unmöglich machen, wie Gleiche gegen Gleiche zu unterhandeln. Der Redner irrt sich, wenn er glaubt, ich habe unseres Heeres in Olmüz nicht gedacht. Es ist leicht von Nachgiebigkeiten und Concessionen zu sprechen, die bei Verhandlungen gemacht sein sollen, wenn man gar nicht dabei gewesen ist. Der Redner erinnert uns an Schon und sagt, wir sollten unseres Glückes und nicht vor unserem Ende rühmen. Das Glück, hier zu sitzen, ist wahrlich kein beneidenswerthes. Ich stande lieber, m. H., das versichere ich Sie, wo die Spitzlugeln fliegen, als wo spitze Redensarten fallen. Aber so lange mein König befiehlt, hier zu sitzen, so lange werde ich hier sitzen. (Brave.)

(Forts. f.)

Frankreich.

Paris, 26. Okt. Die merkwürdige Rede, welche gestern in den Bureaux der Kammer gesprochen wurde, bleibt jene des Hrn. Gustave de Beaumont, des fruheren Gesandten der französischen Republik in Wien. Nachdem Hr. Gustave de Beaumont vor einigen Monaten im Schooß der Akademie de France das warmste Lob der ältern Regierung gespendet hatte, übernahm er es gestern, Oesterreich gegen den Vorwurf zu verheteigen, die Herstellung des Absolutismus zu bewerken, und der Verbreitung der liberalen Ideen, wovon Preußen sich gern das Monopol zueignen möchte, entgegen zu stehen. Dr. Gustave de Beaumont führte das Wort, um einem Notten, welcher behauptete, das Interesse der Freiheit verlange, daß Frankreich für Preußen in die Schranken trete, zu antworten. In Folge seiner Rede, welche alle an Oesterreich vorgebrachten Beschuldigungen und Verläumdungen renommirt und siegreich widerlegt, wurde Hr. Gustave de Beaumont zum Mitglied der Commission ernannt.

Paris, 1. Dez. Das bei den Gerichten in London niedergelegte Testament Ludwig Philipps wird hier vielfach besprochen. Der Bestand seiner Privataffe soll sich bei seinem Tode auf zwei und eine halbe Million Franken in baarem Gelde belaufen haben. — Der Erzbischof von Paris hat einen Brief an die „Debats" gerichtet, in welchem er zu einer Subskription für die christliche Bevölkerung in Aleppo einladet. Eine Sammlung ist zu diesem Zwecke in allen Kirchen angeordnet worden; die Subskriptionsliste liegen in dem Secretariat des erzbischöflichen Pallastes auf. Außerdem ist noch bei mehreren Privatleuten und auf dem Bureau des „Journal des Debats" eine Subskription eröffnet worden.

Schweiz.

Bern, 3. Dez. Die Furcht vor den Communisten regreift die besseren Klassen im Kanton Bern immer mehr, und wenn nicht der Bremontb und den Wünschen der Arbeiter bald abgeholfen wird, so kann die begonnene Bewegung allerdings gefährlich werden, bedeutet mehr, wie es den Anschein hat, der „Radicalismus" hinert den Coiffen operiert und die Massen zur Aufregung bringt, um das jetzige Regiment zu stürzen. Bereits organisiren sich die Arbeiter, und von ihnen gegründete „Reformvereine" verzweigt sich schon über einen großen Theil des Landes. In Volksversammlungen werden die Interessen der arbeitenden Klassen besprochen, und die Statuten des Reformvereins verlangen Abschaffung aller directen Steuern, sowie Einführung der Progressivsteuer. Emissäre der italienischen Propaganda durchziehen die Schweiz und entwickeln eine sehr große Thätigkeit. Preußische Einschlinge, die sich keines andern Vergehens schuldig gemacht haben, als ihre Entzweyung vom Militärdienste, erhalten vom preußischen Gesandten, wenn sie sich bis zum 15. Dez. melden, Pässe in die Heimath, wo der Anschreibung vollkommener Amnestie. — Hr. Leibundgut, Gerichtspräsident von Bern, ein radicaler Beamter, aber von zweideutigem Privatleben, ist bei den letzten Bezirkswahlen übergangen worden, und hat aus Verzweiflung — er ist Vater von 8 Kindern — sein Amt niedergelegt, indem es bedeutenden Defizits in den Kassen der Amt den Tod gesucht und gefunden. (F-D.-Z.)

Basel, 3. Dez. Im großen Rath ist gestern ein Antrag auf sofortige Aufhebung unserer Universität gestellt worden. Daß der große Rath diesen Antrag verwerfen wird, zweifelt man nicht.

— Unsere Regierung hat den Grafen Merveldt-Steiger von hier wegen Betheiligung an Falschverderen vor das Strafgericht gestellt, welches ihn zu acht Tagen Gefangniß verurtheilte. — Nachschrift. Aeußende, welche sodem mit der Post aus dem Kanton Freiburg eingetroffen sind, bringen die Nachricht von einem vorgefassten Complott angedrohe gegen neuen Aufstande. (F. D.-Z.)

Aus der Schweiz, 3. Dezember. An der letzten Bundesversammlung wurde der Bun-

bedrakh braustrag, dem sogenannten Landesverrathsprozeß gegen die Mitglieder des sebenvierzigen Kriegsrathes zu beschleunigen und Bericht darüber zu erstatten. Die Regierung von Luzern forderte nun den Verhörrichter Müller aus dem Aargau, den schon mehr als ein Jahr liegen gebliebenen Prozeß wieder aufzunehmen. Der Verhörrichter erschien hierauf in Luzern und übergab sämmtliche Akten dem Obergericht zum Spruch. Das hatte er vor mehr als einem Jahre schon thun können, allein er zog es vor oder hatte vielleicht die Weisung, die Sache auf die lange Bank zu schieben. Die Justizcommission des Obergerichts beschloß ohne Weiteres Specialinquisition und lud sämmtliche Mitglieder des genannten fehdenlustigen Kriegsrathes, darunter Siegwart-Müller in Straßburg längst verstorbenen Herrn Zeugen aus Wallis, ebenfalls unter Androhung des Contumacialverfahrens, vor das Obergericht in Luzern. Das Verbrechen, dessen die Vorgeladenen beschuldigt werden, ist das „Verbrechen gegen den verfassungsmäßigen Bestand und Selbstständigkeit des Staates". Der ganze Prozeß ist ein schreiendes Unrecht. Er wurde beschlossen von einer unbefugten Behörde, wird geführt auf unbefugte Weise, ist gerichtet gegen Manner, welche weder materiell, noch formell gerichtlich verfolgt werden durften. Nur in der Schweiz und in neuester Zeit etwa auch in Sardinien ist ein solcher Prozeß möglich, nur in einem Lande der Rechtlosigkeit, wo der Radikalismus seine eiserne Ruthe schwingt. Noch war der Bundesvertrag vom 7. August 1815 nicht abgeschafft, als die Tagsatzung beschloß, den Stand Luzern mit einer Untersuchung gegen die Mitglieder des siebenzigen Kriegsrathes zu beauftragen. Nach jenem Bundesvertrage stand aber der Tagsatzung keine Befugniß zu, in Strafsachen sich einzumischen. Die Strafgewalt war jederzeit Sache der Kantone. Die Strafgesetze der Kantone hatten darum auch den Fall eines Hoch- und Landesverrathes nicht nur gegen die Kantone, sondern auch gegen den Bund vorgesehen. Während weder der Bundesvertrag, noch Konkordate oder Bundesbeschlüsse davon auch nur mit einem Worte Meldung machten. Allein es war dem Radikalismus darum zu thun, die Häupter der katholischen Schutzvereinigung anwirksam zu machen, um Ehre und Gut zu bringen; er mochte fürchten; die betreffenden Stände könnten sich weigern, hiezu ihre Hand zu bieten, darum ließ er durch die Tagsatzung, an welcher er den Meister spielte, den willfährigen Stand Luzern auffordern, gegen alle Mitglieder des Kriegsrathes gemeinsam einzuschreiten, um so seiner Beute ganz habhaft zu werden. Im Vertrauen auf Uebelthaftheit seiner Beschlüsse kümmert sich der Radikalismus nirgends, wo er die Gewalt in Händen hat.

(Schluß folgt.)

Vermischte Nachrichten.

Wien, 30. Nov. Es hat uns gar nicht überrascht, daß jene gewesene Minister und Feldherrn der Demokratie, die dermalen in der Themsestadt, in Hintersimmer zwei Treppen hoch, ihr trübes Dasein hinschleppen, jetzt, im Augenblicke der Entscheidung, alles thun, was sie thun können, um ihre Grundsätze zu wahren. Und alles, was diese Leute thun können, alles, was beschränkende Verhältnisse und die tractionäre Polizei Altenglands sie thun läßt, das ist, zu schreien. Und geschrien haben sie den auch, daß es wiederhallte in den Zeitungsblättern des Festlandes. Wir haben den Aufruf der gewesenen Häuptlinge mitgetheilt. Die Absurdität der Umsturzpartei hat ihresgleis ein abgesondertes Manifest zu erlassen gerubt, welches wir in der „Stimme des Geächteten" gefunden haben. Unterzeichnet ist das Schriftstück von Lehru-Rollin, dem Erfinder des Verfalles von England, von Mazini und Ruge. Das Manifest enthält mitunter abgenützte Gemeinplätze, wie z. B. die Stelle, wo es heißt: „Russe oder Demokrat, das ist die Frage; alles übrige Spiegelfechterei!" Oder diese Schlagwörter, wie z. B.: „Deutsche! Man will euch zu Sklaven des Auslandes machen. Wohlan! Segnet den Tag, wel ch er euch gestattet, in einem furchtbaren Aufschwunge eure Unabhängigkeit als Nation, und eure Rechte als Bürger zu erobern. Ihm frei zu sein, habt ihr euch nur zu erinnern, ihr, die ihr Germanen seid. Eher würde Tacitus zu glauben, unbesiegbar, weil sie einig waren, weil ihre Bataillone nur aus Mitgliedern einer Familie bestanden. Erstickt, wie sie, jeden Hader. Habt nur Eine Familie, die Demokratie; habt nur Ein Recht, Ein Banner, die deutsche Republik. Last in den Thälern und auf den Bergen des deutschen Vaterlandes, den alten deutschen Bruder, erkennen, und nach ihr, ihr werdet siegen!" Daß Lehru-Rollin diese und ähnliche hohle Redensarten an die Deutschen gerichtet hat, verzeihen wir ihm; denn erstens ist der französische Plattformstyl nun einmal höchst schwulstig, und zweitens ist der Franzose nicht verschlagener, Deutschland aus der Deutschen besser zu kennen als Japan und die Japanesen. Daß aber ein Deutscher sich fand, der durch seine Unterschrift so grobe Schmähungen auf die deutsche Nation, wie das Manifest sie enthält, — beträftigte, daß ist allerdings empörend, und wir glauben, der Franzose, um selbst der Italiener nicht verschlagener, Deutschland auch

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreßsee 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 293. Würzburg, Samstag den 7. Dezember. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 5. Dez. Se. Maj. der König haben die am 27. Juli l. J. von der k. Akademie der Wissenschaften vorgenommenen Wahlen zu genehmigen und demnach allerhöchst zu bestätigen geruht: unter Andern als auswärtiges Mitglied für die mathematisch-physikalische Klasse, Dr. Albert Kölliker, Professor an der Universität Würzburg.

Die Communisten.

Gewiß ist es nicht Wenigen als ein sonderbarer Gedanke erschienen, die Sünde und alle Verbrechen durch Beseitigung aller göttlichen und menschlichen Gebote aus der Welt hinwegzuthun, und doch hat es etwas sehr Plausibles und Einleuchtendes, wenn die Communisten lehren: es gäbe keinen Diebstahl, wenn man das Eigenthum und das siebente Gebot nicht kennte, es gäbe keinen Ehebruch u. s. w., wenn man mit dem sechsten Gebote zugleich die Ehe beseitigte, oder wenn der Communismus darauf, dann weiter gehend, den allgemeinen Schluß macht, daß die politischen wie die gemeinen Verbrecher nichts sind als Schlachtopfer der verkehrten und verwerflichen bürgerlichen und politischen Einrichtungen und Märtyrer einer neuen besseren Zeit. Was will man gegen eine solche Lehre sagen, wenn man die Offenbarungen Gottes als eine fromme Mythe und folgerweise alle menschlichen Gesetze lediglich als Produkte der Willkür dieses oder jenes Brutztheiles des menschlichen Geschlechtes betrachtet, was will man dagegen sagen, wenn man Nichts weiß und Nichts wissen will von der innern Verantwortlichkeit des Menschen gegen den lebendigen Gott, und daß die Gebote Gottes absolut gültig und verbindlich sind und bleiben, gäbe es auch keinen einzigen Menschen mehr, der daran glaubte, und wären dieselben aus allen menschlichen Gesetzbüchern bis auf die Erinnerung hinweggethan; wie mag man gegen eine solche Lehre sagen, wenn man es als ein Axiomenschrecken verlangt, daß wir alle offen werden müssen vor einem Richter, „der Augen hat wie Feuerflammen" und vor dem die Gebote Gottes als Criminalcodex von Ewigkeit zu Ewigkeit gelten. Prüfe ein Jeder hiernach sein eigen Herz, vielleicht wird er mit Schrecken inne werden, daß er den Bodensatz des Communismus nicht so fern hält, als er bisher irrthümlich meinte. Nach den vorangeführten Vordersätzen des Communismus, und da es seine Art von Regierung überhaupt giebt ohne irgend einen von den Communisten principiell verworfenen Zwang, läge nun eigentlich nichts näher — wie denn auch die logische Consequenz denkender Leute überall zu diesem Resultate gelangt — als sich mit der radikalen Zerstörung der historisch begründeten Zustände zu begnügen, gegen alsdann jedes einzelne Individuum der Stärke seiner Hände zu überlassen. Nichtsdestoweniger fühlt auch der eingefleischteste Communist, — mag er sich hier auch selbst noch so gefliessentlich öffentlich anerkennen wollen — daß er damit die unbedingte, unabänderliche Anarchie proklamire, und daß er allemals auf eine weitere Verbreitung seiner Grundsätze rechnen kann, wenn nach der Einstürzung seiner Thorheiten von der bisherigen Gesellschaft Nichts übrig bleiben soll, als ein wüstes Durcheinander „politischer Thiere." Theile aus Noth, theile weil man verblendet oder ein Lügner ist, sieht man sich deshalb bewogen, auf den verlassten Zwang zurückkommen und zur schiefnahen Rechtfertigung dieser neuen Regierung sich auf Axiome zu berufen, für die man auch nicht das Mindeste beizubringen vermag, als daß man sie aus dem Buche geflohlen, was man sonst, ein Buch der Fabeln und Lügen, verspottet und verlacht.

Wo sind Deutschlands Feinde?

Sie sind in unserem eigenen Schooße, und an unsern Grenzen. In Frankreich, man kann sich nicht mehr darüber täuschen, sind neue Gelüste für die Rheingrenze erwacht. Louis Napoleon hat bereits alles versucht, um sich die dauernde Herrschaft zu sichern, alles mit schlechtem Erfolg. Eins bleibt ihm noch zu versuchen übrig, die alte napoleonische Glorie nämlich, und diese liegt bekanntlich an den Ufer des Rheins. Bricht ein Krieg aus in Deutschland, so kann man versichert sein, daß Louis Napoleon in Verbindung mit Changarnier einen Versuch macht, diese Glorie mit einer Armee am Rheine zu holen. Der andere Feind in unserem Schooße ist nicht minder gefährlich. Preußens Demokratie steht zur Hälfte unter den Waffen; sie benutzt sich in der Mitte der vom König zu den Fahnen gerufenen Landwehr; die andere Hälfte erwartet nur das Signal des Krieges, um sich anzuschließen, und die drusche Demokratie wird nicht zurückbleiben, ja die schweizerischen und französischen Sozialisten werden sich nicht weniger betheiligen, wie es Herr von Girardin in der Pariser „Presse" bereits angedeutet hat. Preußen wird dann eine demokratische Armee entstammt haben, aber nicht für die Sache, die Preußen vertheidigt, sondern für die, die es bekämpft; es wird sich seine eigenen Wunden schlagen, es wird die Schlange an sein eigenes Herz legen. Daher im demokratischen Lager jetzt die plötzliche Preußenbegeisterung, wo die gestern der unverschämteste Preußenhaß wohnte.

Deutschland.

Aschaffenburg, 2. Dez. Seine Hoheit der Herzog von Braunschweig haben den k. Professor Fr. J. A. Schneidewind am Lyceum dahier das Ritterkreuz des Ordens Heinrichs des Löwen zu verleihen geruht. Nach der derselbe bezgra Herausgabe seiner Biographie des Marschalls Radetzky von den Königen Ludwig und Maximilian in huldvollster Anerkennung seiner neuen Verdienste um die vaterländische Kriegsgeschichte höchst ehrenvolle allergnädigste Handschreiben erhalten. In dem von König Ludwig Myl. allerhöchstigenhändig geschriebenen Billet lesen wir unter anderm: „Es ist ein rechter Verdienst von Ihnen, die Thaten großer deutschen Feldherren auf solche würdige Weise darzustellen. Sie beziehnten die Feldzüge des Erzherzogs Karl an, bei dessen Namen das deutsche Herz höher schlägt; vor kurzem erst des tapfern Wellen ruhmvollen und nun die Radetzky's, der einzig dastehet, wenn in dem Alter, in welchem von Andern die Lorbeeren verwelken, erwarb er seinen Lorbeerkranz"... Und in dem allergnädigsten Handschreiben Sr. Majestät des Königs Max heißt es: „Ihre unausgesetzte literarische Thätigkeit hat ein neues hellstrahlendes Meer aus dem Leben eines berühmten Zeitgenossen: des Feldmarschalls Grafen Radetzky gewählt. Ich kann die Beweggründe, die Sie zu dieser Ausarbeitung geführt, nur billigen ꝛc."

* Augsburg, 5. Dez. Die „allg. Ztg." theilt heute den in Olmütz abgeschlossenen Vertrag mit. Derselbe lautet:

„Bei dem am gestrigen und heutigen Tage zwischen den Unterzeichneten stattgefundenen vertrauten Besprechungen haben sich die folgenden Propositionen als möglich Ausgleichungsbunkte der vorliegenden Differenzen und geeignete Mittel zur Verhinderung von Conflikten herausgestellt, und werden der schließlichen Genehmigung der betreffenden hohen Regierungen sicherlich unterbreitet werden.

§. 1. Die Regierungen von Oesterreich und Preußen erklären, daß es in ihrer Absicht liege, die endliche und definitive Regulierung der kurhessischen und der holsteinischen Angelegenheit durch die gemeinsame Einscheidung aller deutschen Regierungen herbeizuführen.

§. 2. Um die Cooperation der in Frankfurt vertretenen und der übrigen deutschen Regierungen möglich zu machen, sollen in kürzester Frist von Seite der in Frankfurt vertretenen Bundesglieder sowie von Seite Preußens und seiner Verbündeten je ein Commissär ernannt werden, welche über die gemeinschaftlich zu treffenden Maßregeln in Einvernehmen zu treten haben.

§. 3. Da es aber im allgemeinen Interesse liegt, daß sowohl in Kurhessen wie in Holstein ein gesetzmäßiger, der Grundsätzen des Bundes entsprechender und die Erfüllung der Bundespflichtmöglich machender Zustand hergestellt werde, da ferner Oesterreich in seinen und im Namen der übrigen verbündeten Staaten die zur Sicherung der Interessen Preußens von letzterem geforderten Garantien über die Occupation des Kurhauses in vollem Maße gegeben hat, so kommen die beiden Regierungen von Oesterreich und Preußen für die nächste Behandlung der Frage und ohne Präjudiz für die künftige Entscheidung über folgendes überein.

a) in Kurhessen wird Preußen der Aktion der von dem Kurfürsten herbeigerufenen Truppen kein Hinderniß entgegenstellen, und in dem Ende die nöthigen Befehle an die dort kommandirenden Generale erlassen, um den Durchzug durch die von Preußen besetzten Etappenstraßen zu gestatten. Die beiden Regierungen von Oesterreich und Preußen werden im Einverständniß mit ihren Verbündeten Se. kgl. Hoh. den Kurfürsten aufforbern, seine Zustimmung dazu zu ertheilen, daß ein Bataillon der von der kurfürstl. Regierung requirirten Truppenmacht nun ein kgl. preuß. Bataillon in Kassel verbleiben, um die Ruhe und Ordnung zu erhalten.

b) Nach Holstein werden Oesterreich und

Preußen nach gefolgener Räckſprache mit ihren Verbündeten, und zwar ſo ſchleunig als möglich, gemeinſam Commiſſare ſchicken, welche im Namen des Bundes unter Stadthalterſchaft der Einſtellung der Feindſeligkeiten, der Zurückführung der Truppen hinter die Elbe und die Lechmünden der Armee auf ein Drittel der jetzt beſtehenden Truppenſtärke verlangen, unter Androhung gemeinſchaftlicher Execution. Im Weigerungsfalle dagegen werden beide Regierungen auf das ſonagl. daniſche Gouvernement dahin einwirken, daß daſſelbe im Vertrauten Schleswig nicht mehr Truppen aufſtelle, als zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung erforderlich ſind.

§. 4. Die Miniſterialconferenzen werden unverzüglich in Dresden ſtattfinden. Die Einladung dazu wird von Oeſterreich und Preußen gemeinſchaftlich ausgehen, und zwar ſo erfolgen, daß die Conferenzen um die Mitte Dez. eröffnet werden können.

Dienſtag, 29. Nov. 1850.

F. Schwarzenberg. F. W. P. Manteuffel.

Münchein, 3. Dez. Es ſind hier ſehr bedauerliche Auftritte zwiſchen einigen erſt vorgeſtern hieher aus Preußen zurückgekehrten Baiſſer Artilleriſten und hier liegenden preußiſchen Soldaten zu beklagen. Kaum waren die Dragoner hier angekommen, ſo fingen ſie, nach dem allgemein verbreiteten Zeugniß der Einwohner, an, den Preußen auf allerlei höhniſche Weiſe entgegenzutreten und ihre unverſchämten Witzeß, Handel zu suchen. Nachdem nun der böſe Geiſt herausbeſchworen war, ſo wiederholten ſich geſtern dieſe Auftritte in ſchärferem Grade. In verſchiedenen Wirthshäuſern und ſelbſt auf den Straßen traten ſich Preußen und Dragoner mit blanken Seitengewehren entgegen, und es gab auf beiden Seiten nicht unerhebliche Verletzungen. Dieſen Exceſſen ſind durch das ſofortige Einſchreiten der Offiziere bald ein Ende gemacht, und es iſt zu erwarten, daß die Schuldigen ihrer Strafe nicht entgehen.

(Schw. M.)

Wien, 1. Dez. Von den, wegen des blutigen Aufrittens, ſowohl mit Gold und Silber, als auch mit Schwedenmünze in den letzten Tagen aufgegriffenen Individuen, welche theils an der Börſe, theils an andern Orten ihr Unweſen trieben, iſt eine große Anzahl unter das Militär geſteckt worden.

Berlin, 4. Dez. Nachtem, wie geſtern ſchon gemeldet, der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, v. Manteuffel, den Abg. v. Binde geantwortet, empfängt

der Abgeordnete Stiehl das Wort für die Adreſſe: Preußen kann wohl wegen ſeiner Weiterſtellung und ſeiner Ehre einen Krieg anfangen, aber nicht ſolcher Conflikte wegen, wie ſie in Holſtein und in Heſſen angebrochen ſind. Ich kann die Anſicht nicht theilen, daß es ſchwer ſein dürfte, unſer wohl gemachtes Heer jetzt wieder zurückzukommandiren, obgleich hier weiſtad das Gegentheil behauptet worden iſt. M. H., ich bitte Sie, nicht den Geiſt zu beſchwören, der jetzt Herr vielleicht angeborſam dem Willen ſeines Kriegsherrn machen könnte. Mag uns auch ein Miniſterium gegenüberſtehen, welches da wolle, ſo glaube ich nicht, daß es das Heer zu unrechter Zeit wohl machen wird, und dann wird es auch geborſam ſein.

Kriegsminiſter v. Stockhauſen: Was eine Aeußerung eines Vorredners betrifft, die mich und die Armee betrifft, ſo habe ich darauf zu antworten, daß ich am 2. November die Mobilmachung nicht gewollt, am 6. aber ganz beſtimmt gewollt habe. Eine Mobilmachung am 2. wäre ein brutaler Angriff geweſen, weil damals noch die Verbandlungen ſchwebten, am 6. aber, wo ſich Heeresmaſſen an den Grenzen zuſammengezogen und ſeine Antwort erfolgte, mußten wir rüſten. Es iſt hier auch geſagt, die Armee habe einen eigenen Willen, ich ſage Ihnen dagegen, ſie hat keinen eigenen Willen, ſie geht, wenn es ihr befohlen wird. Es iſt Unrecht, unſerm Heere andern gegenüber vorzuwerfen, daß es nicht marſchiren würde, wenn andere marſchirten. Fliegen ſolche Vorwürfe auf einem patriotiſchen Gefühle oder aus etwas Anderem? Ich behaupte, daß das keinen Patriotismus beweiß. (Lebhafter Beifall rechts.) Zuletzt die Worte ſagen, daß unſere Armee alles andere eher als Anlaß geben würde, ſie zu beſchuldigen, daß ſie eine Politik mache, ſondern gehorche. (Bravo.)

Abg. v. Kleiſt-Rezow. Es ſchien mir in einem Augenblicke beſonders gefährlich, inconſtitutionell und ungeſchickt zugleich, daß wir unſererſeits von dem Miniſterium über die Verhandlungen, die noch nicht abgeſchloſſen ſind und die uns erſt nachher vorgelegt werden, zu verlangen, daß zu äußern, und demſelben beſtimmte Grenzen der Verhandlungen beſtimmen zu wollen; oder gar beſtimmen zu wollen, wo die Executiv-Gewalt Truppen hinſtellen oder zurückziehen ſoll. Jeder Tag der Verhandlungen bringt neue Momente, und wenn wir uns nicht anmaßen, die Weltgeſchichte beſtimmen zu wollen, werden ſtets ſolche vorher beſtimmte Grenzen nur zu den größten Hindernissen bei den Unterhandlungen führen. Wir ſtehen nicht in dem Mittelpunkte der Ereigniſſe, an der Spitze der Geſchäfte, um über jeden unternehmen zu können, ſondern in Betracht ziehen zu können. Wie ſind in einer ganz andern Lage, wenn die definitiv abgeſchloſſenen Verhandlungen uns zur verfaſſungsmäßigen Erklärung vorgelegt werden. Die nächſte Folge iſt die, daß in dem Augenblicke, wo wir unſerem Gefühlen gegenüber ſtehen, wo alſo Einſtimmigkeit der Völker, wie das Ausland ganz Preußen nur ſehen ſollte als einen einzigen gewappneten Mann, wie in Zwieſpalt geratben, daß wir über das Recht oder Unrecht der Forderungen, die wir ſelbſt machen, vor den Ohren der Gegner verhandeln, was keineswegs die Richtung von wo wir ſie ſtellen, ſondern auch die Forderungen verſtarken wird. Ja, es wird, wenn dies bei uns Sitte werden ſollte, kein Staat mehr mit uns in diplomatiſche Verhandlungen treten wollen.

Viel ſchlimmer aber noch iſt es, wenn die Grenzen ſtreng gezogen und das Ziel ſo falſch geſteckt wird, wie es in den Amendements auf unſern Seite geſchieht.

Vor allen Dingen kommt es bei einem ſolchen Kriege, wie der iſt, vor dem wir ſtehen, darauf an, daß wir im unbedingteſten, unzweifelhafteſten, klarſten Rechte uns befinden, nicht was der eine oder andere, ſondern wie es die Meinung ale aller Welt unzweifelhaft vor Augen liegt. Dann nur können wir auf den Bundesgenoſſen des alten Zieben im ſiebenjährigen Kriege rechnen, dann nur brauchen wir die Feinde und Freunde nicht zu zählen. (Bravo!) Man ſpricht ſo viel von Preußens Ehre. Sehr ich mich Die an, die am meiſten davon reden, ſich ſo beſonders gerade Solche, die kein Wort des Zornes gehabt haben, als Neuſchatel uns entriſſen wurde, Solche, die kein Murren geäußert haben, als wir einem fremden Prinzen als Reichsoberweſer durch die Armee huldigen ſollten (Bravo!), Solche, die verlangt haben, daß das Votum der Preußiſchen Nationalverſammlung, das den Namen "Stein" trägt, ſchmachlichen Anbenkens, gegen das Heer geſtrichen, ausgeſtoßen werden ſollte. (Ruf auf der Linken: „Wer kennt, wer denn?") Dann ſinde ich ſolche darunter, die verlangt haben, daß Preußen in ſeinen Provinzen zerſtückelt werde, daß je ſelbſtſtändig unterworfen werden ſollte und aufgehen ſollte in außerpreußiſchen Kammer-Majoritäten.

Sie werden es mir nicht verargen, m. H., wenn ich dadurch ſtutzig werde aber den geaußerten preußiſchen Patriotismus, und wenn ich frage, ob das Verhalten der ſchwarzen und weißen Fahnen jetzt um Recht ſoll, oder ob die ſchwarz-roth-goldenen ſich wieder zu erobern. (Bravo.) Ich habe die ſchwarz-weiße Fahne niemals dem Schwarz-Roth-Gold nachgeſetzt. Ich glaube auch zu wiſſen, daß die preußiſche Ehre fordert, und weiß, daß ich meinerſeits nie im Stande ſein würde, die wahre preußiſche Ehre irgendwie zu kränken. Aber ich kenne keine Ehre, unabhängig oder gar über dem Rechte ſtehend. Die Ehre, welche vor Gott und Menſchen allein gilt, iſt einzig geſchloſſen in das Recht, iſt ſein zarteſter edelſter Beſtandtheil. Das iſt das Recht, die uns von Gott verliehene Perſönlichkeit, den uns von ihm anvertrauten Beruf zu wahren, den aber niemals darin beſteht, ſich gleichgiltigen Forderungen, wo man dazu kein Recht hat.

Wenn aber Preußen nach meiner Ueberzeugung in der That in Deutſchland den Beruf hätte, und die Stellung, daß es ſeinerſeits keine wichtige Frage darin ohne ſeine Mitwirkung und Zuſtimmung entſcheiden laſſen dürfte, wie Recht und ohne daß irgendwie verkümmert wird, ſo ſind Diejenigen daran Schuld, die das unbedingte Unionsrecht in Deutſchland verlangt haben und noch verlangen, die verlangen, daß in den unirten Kreiſen die unbeſchränkte Executionsbefugniß (Ruf: „Das Miniſterium iſt für die Leiter der unirten Kreiſen gegeben worden.")

Wenn alſo daraus gegenwärtig für uns die größten Verlegenheiten entſtanden, und wir in eine Poſition geſommen ſind, die uns Allen wahrhaftig ſchwer genug zu tragen iſt: ſo mögen Jene die Schuld verantworten, es iſt von uns immer von Vornherein beſtimmt genug als nothwendige Folge hervorausgeſagt worden. (Ruf: „Das Miniſterium!") Wir wollen nicht Krieg führen um bloße Schatten und Namen, ſondern um lebensvolle Realitäten, auf die wir nach dem Siege als gutem Kampfpreis zurückblicken können für die Kattgefundenen jahrelangen Verwüſtungen.

Da wir aber in Linien nicht in ſolcher Kampfpreiſe, eine ſolche Realität, die uns, ſtatt uns zu ſtärken, fortwährend geſchwächt und gehindert hat, die die Schuld trägt, daß die Früchte der Siege in Dresden und in Baden nur entzogen ſind. Da iſt es auch nicht einmal als tiefſter Grund und letzter Zweck jolchen Kampfes hinzuſtellen, wie es in dem vorliegenden Satze der Adreſſe der Fall zu ſein ſcheint: eine neue Bürgſchaft für die conſtitutionelle Monarchie zu gewinnen.

Ich meinte nicht, daß es nicht zu wünſchen wäre, unſere Verfaſſung auf immer feſtzuſtellen, hallbarerem Grundlagen gründen zu laſſen; aber das letzte Ziel ſolchen Kampfes wird nicht die Form der Verfaſſung Preußens, ſondern Preußens Exiſtenz ſein.

Stellen wir das als Zielpunkt hin, ſo wäre es möglich und mit Gott zu hoffen, daß wir wieder einen Kampf wie den ſiebenjährigen Krieg beſtehen würden, obwohl wenn noch die Verhältniſſe jetzt ganz anderer Natur ſind. Thun Sie das nicht; ſtellen Sie obige Dinge als Ziel des Kampfes hin, für die wir in einen ſolchen Krieg eintreten ſollen, dann werden wir, wie der erſte Redner ſchon ſagte, Zuſtände heraufbeſchwören ſehen, wie die des Dreißigjährigen Krieges; aber noch ſchlimmere noch dazu. Die verſchiedenen Unglänbigen, Polen und außerdem unſere eigenen Demokraten werden dann unſere eigenen Bundesgenoſſen ſein, und ſo viel ich mich entſinne, ſind die Herren nicht eben ſehr glücklich darin geweſen, dieſe zu überwinden. Diejenigen, die wir 1849 durch unſere tapferen Truppen niederwerfen haben, denjenigen würden wir uns gegenwärtig freiwillig in die Hände werfen, und ſo wurden wir dieſes mal unzweifelhaft mit ihnen zugleich in ihren wilden Wellen verſchlungen.

Solche Bundesgenoſſen verſchmähe ich; ich möchte keinen Tag mit ihnen, wo Preußen mit ihnen verbunden iſt: lieber will ich, daß Preußen ganz allein ſtehe, aber gewiß ſei, mit Gott als dem beſten Bundesgenoſſen den Kampf überwinde!

Abg. Riedel (die Rechte) verſucht in langen Zügen den Satz.) Je mehr wir nach den heutigen Mittheilungen einſehen müſſen, wie jämmerlich und ſchlecht wir hier interveniren in uns ſo nothwendiger iſt es, unſerem Volke zu zeigen, daß es nach Innen hin dieſe kräftigere Fürſprecher ſur ſein Recht hat. Hierin wird die Aufgabe der Kammern liegen. Der vorige Redner, um mich zuerſt an ihn zu wenden, hat uns ganz eigenthümliche Erklärungen darüber gegeben, was Preußens Ehre ſei, er hat uns von ſeiner großen Furcht vor den Demokraten erzählt, die er doch am allerwenigſten hat beſiegen helfen, ſondern ge-

rade die Männer, die hier zur Linken sitzen, wo auch ich sitze. (Heiterkeit rechts und auf dem Gesichte des Ministers des Auswärtigen. — Der Redner ruft hier mit tragischem Tone: Ja, trotz des Lächelns des Hrn. Ministers! (Lärm rechts.) Ja wir waren die Männer, die das Ministerium gestürzt haben! (Lärm und Heiterkeit.) Man hat immer gesagt, diese Kammer sei nur eine Versammlung von Beamten und andern von den Ministern abhängigen Personen, wir wollen aber jetzt zeigen, daß, obgleich wir Beamte sind, doch keine Ministerien gegen die Minister nehmen werden. Ja, ich werde meine Meinung frei und offen aussprechen, offen und frei mein Urtheil über dies Ministerium abgeben.

In seinen Mittheilungen legt der Herr Minister des Auswärtigen zuerst darauf ein Hauptgewicht, daß Preußen kein Recht habe, sich in die hessischen Angelegenheiten zu mischen. Diese Ansicht habe ich auch schon vielfach in ministeriellen Blättern gelesen. Daß sie eine vollkommen falsche ist, hat der Abg. v. Binde bereits gründlich nachgewiesen. Der Herr Minister hat es aber nicht für gut befunden, auf die Argumentationen des Hrn. v. Binde einzugehen, etwas, was doch ein jeder Mensch von einem Minister voraussetzen muß. Dem, was Herr v. Binde bereits gesagt, will ich nur noch eins hinzufügen: Zu Hessen ist die Verfassung gebrochen; ist aber das Prinzip in Hessen untergraben, so ist es auch in Preußen! Als in Baden und anderen Ländern die Regierungen gestürzt waren, da sagt Preußen nicht danach, ob es ein Recht habe, einzuschreiten, sondern es schritt ein. (Forts. f.)

Schweiz.

** Aus der Schweiz, 2. Dez. Da die Badenser die Summe von 757 fl. die sie dem Bezirksverwalter Welti bei seiner Anwerbung abgenommen, noch immer nicht erstattet haben, so hat der Bundesrath dafür entsprechenden Beschlag auf die in Basel liegende Preußische Kriegsfahne angeordnet.

Aus der Schweiz, 3. Dezember. (Schluß.) Der Stand Luzern nahm den Auftrag freundlich an und erstattete ihn sogar über Gebühr. Es wurde sofort ein Werbebüreau auf dem Aargau errichtet und ihm aufgetragen, den Preußen anzuwerben. Dieser, welcher schon im Aargau, obwohl Katholik, sich zum Werkzeuge der Verfolgung seiner Glaubensbrüder hergegeben hatte, nahm auch hier wieder den Ruf an. Sofort lud er nicht nur die Mitglieder des Kriegsrathes vor, sondern begehrte auch von den betreffenden Kantonen die Mannschaftsrolle. Die Mitglieder von Niedwalden, Zug, Freiburg stellten sich. Derjenige von Wallis, ein Greis von nieht als siebenzig Jahren, verreiste statt nach Luzern, nach Straßburg, wo er bald darauf starb. Die Mitglieder von Uri, Schwyz und Obwalden verweigerten, der Einladung nach Luzern zu folgen, und ihre Regierungen waren nicht so frei, ihre Antiseptrung zu veranstalten. Der Bundesrath selbst, welcher um seine Dazwischenkunft angegangen wurde, fand es nicht schicklich, während die Antiseptrung fremder Stadthütinge verweigert wurde, die Antiseptrung einheimischer Magistraten zu befehlen. Der Werbebüreau verbot diejenigen Mitglieder, welche ihr Recht ausgebend sich stellten, und steckte einen Sekretär des Kriegsrathes ein, obwohl derselbe nur als Zeuge vernommen wurde. An den Präsidenten des Kriegsrathe und dessen ersten Sekretär, Staatsschreiber Meyer, erließ er Citationsstationen. Dann ging er wieder heim, und ließ das Geschäft liegen. Nach dem Tagsatzungsbeschlusse hatte der Stand Luzern nur eine Untersuchung einzuleiten, und dann Bericht zu erstatten. So wie er aber durch die letzte Bundesversammlung zur Beschleunigung der Sache und dennoch zur Berichterstattung aufgefordert wurde, ließ er den Verhörrichter wieder kommen, welcher die Sache bei den Gerichten aubängig machte. Damit überschritten die Regierung von Luzern und ihr Verhörrichter den an und für sich schon unbefugten Auftrag der Tagsatzung. Wenn man das Urtheil der Luzerner Gerichte, betreffend die Contribution der Grafschaft, kennt, so darf man keinen Augenblick zweifeln, daß nicht auch gegen die Mitglieder des Kriegsrathes ein Verdammungsurtheil erfolgen werde. Denn kann man dem bestimmten klaren Wortlaute eines Gesetzes zuwider eine unverantwortliche oberste Landesbehörde verantwortlich erklären und verurtheilen, warum sollte man nicht auch auf radikale Vermuthungen hin Magistraten, die dem Radikalismus gefrönt und in Wege sind, verurtheilen können? Luzern sieht nun den Schlußstein an das Werk der Zerstörung der Souveränetät der katholischen Stände, indem man ihre nur den Ständen verantwortlichen Abgeordneten der Bundesgewalt verantwortlich macht, und sie zu Landesverräthern stempelt. Mag auch zu dem formellen Unrechte dadurch noch das materielle gehaust werden, das gilt den Machthabern in der Schweiz gleich viel. Denn in Festhaltung des Unrechtes liegt die Wurzel ihrer Macht. Auch weiß es, daß sich für die geschehenen Magistraten der katholischen Stände, welche zur Aufrechthaltung der unter Garantie aller europäischen Mächte gestandenen Contractsverträge ihre Ehre eingesetzt haben, keine Stimme erheben wird, obwohl im Jahr 1845 sich zu Gunsten des Freischaaren-Anführers Steiger mit Ausnahme Oesterreichs die ganze Diplomatie auf die Beine gestellt hatte. Die Hoffnung der Bundesverletzer läßt man ruhig in Barrikaden der Freiheit verfolgen oder außer der Heimath in Verbannung zu Grunde gehen. Darum kümmert sich in den diplomatischen Zirkeln Niemand: — Einen unerhörten Mord der Justiz, als der schweizerische Landesverrathsprozeß, gegen welchen alle Kabinette mit Gegendemarchen auftreten sollten, gibt es keinen. Wo in der Welt ist erhört worden, daß man die gerechte Nothwehr, die bloße Vertheidigung gegen einen Angriff, die Anwendung sehr geringfügiger Schutzmittel gegen einen übermächtigen Anfeind zu Landesverrath macht und als solchen straft? Und wo ist es, wenn die Welt steht, erhört worden, daß der Sekretär einer Behörde, welcher er einzig und allein verantwortlich war, und in welcher er keine Stimme führt, noch führen konnte, mit den Mitgliedern der gleichen Behörde verurtheilt werden soll? Und ist es nicht ein Hohn auf alle Rechtsanwendung, daß man Magistraten als Landesverräther vor Gericht zieht, welche in neuester Zeit wieder in ihren Cantonen von dem Volke zu den höchsten Würden erhoben worden sind, wie ein Landammann Schmid und ein Landammann Mutter und Kanmer in Uri? Der Staat, welchem die allein auch Kriegsrathe verantwortlich waren, hat sie nicht nur nie angeklagt, sondern sie als seine Führer nach wie vor erkiesen und geachtet. Aber eben darum müssen sie der Rechte des Radikalismus zum Opfer fallen. Die katholischen Volkerschaften müssen wissen, daß sie Sclaven sind, daß sie ihr Zutrauen den Schächern schenken müssen, welche ihnen von den radikalen Herrschern aufgedrungen werden. Man spielt mit der Ruhe, mit der Freiheit und mit dem Rechte in der Schweiz, unter den Augen Europa's. Man hat noch kein Wort der Mißbilligung darüber aus dem Munde der über Europa's Ruhe wachenden Diplomaten gehört. Nur der greise Feldmarschall Radetzky hat mit dem Schwerte des Siegers in der Hand die radikalen Sympathien in der Schweiz für Italien einen Augenblick zunichtgemacht. Die Diplomaten aber schreien an den Tafeln des schweizerischen Marat in Bern sich zu bejagen und um die Ruhe der Völker und die Interessen der Nachbarnationen sich nicht viel zu bekümmern. So mag denn der Radikalismus dort angehindert wollen und den Holzstoß bereiten, welcher wieder einmal in Flammen auch des Nachbarn Haus ergreifen mag.

(D. Volksfr.)

Italien.

Turin, 28. Nov. Dem Präsidenten der Deputirtenkammer, Pinelli, war die Vollmacht ertheilt eine Person zu bezeichnen, welche die Thronrede drauthworten sollte. Pinelli wählte Binancampagni. Dieser las der Kammer seine Arbeit vor, und machte damit Fiasko, weil sie der Kammer zu matt vorkam. Buoncampagni zog seinen Entwurf zurück und Pinelli — man begreift in der That diese Handlung nicht — ernannte nun den allerradikalsten Deputirten, den verrufenen, seherfeindeten Advokaten Brofferio zum Autkarbeiter der Antwort auf die Thronrede. Das Gelächter hierüber pflanzte sich gestern und heute auf der Kammer durch ganz Turin fort. Wallet Pinelli die Deputirten lächerlich machen? Wollte er des Königs mauritische, liberale Erklärungen persiflliren? Wollte er Buoncampagni rächen? Der Vallotrihum und Republikaner Brofferio, der Freund und Correspondent Mazzini's der Vertheidiger und Beförderer des Mazzinischen Anhanges, der äußerste der Linken, wird von hundert und zwanzig andern äußerlichen dem König von Sardinien im Namen seinen Landes die Thronrede zu beantworten! Freilich vergoß Brofferio in seiner letzten Nummer der Poce nel Deserto eine tiefgefühlte Thräne über des edlen Königs vortreffliche Thronrede. Es ist ein wahres Glück, daß Brofferio eine greifreiche und sehr elastische Natur ist, die sich vielleicht auch über Schlappen ziehen wird. Wir sind also auf die heutige Sitzung, in welcher außerdem der Deputirte Sotto-Pintar das Ministerium wegen der beforglichen Unruhen in Sardinien interpelliren wird, sehr gespannt.

(K. Z.)

Turin, 29. Nov. Die Adresse, welche Brofferio entworfen hat, war leog den Radikalismus des Referenten eine Paraphrase der Thronrede, übrigens ein stilistisches Meisterstück an Andrang, Salbau und Wohlklang. Die römischen Mirren werden gar nicht erwähnt, sondern blos gesagt, daß die Oberhirte um der Religion die Dornenkrone der europäischen Bildung sei. Kurz die Adresse ist so gehalten und wurde so günstig aufgenommen, daß selbst der ministerielle Risorgimento sich ziemlich zufrieden zeigt. „Die Sprache der Adresse, sagt er, ist höflich, würdig und gemessen, sie ist, wie sie ein Radikaler nur verlangen konnte, der sich artig und dankbar einem italienischen Fürsten zeigen wollte."

Cagliari, 25. Nov. Der Aufstand in Sardile ist unterdrückt. Der Major der Kavallerie, Ritter Serra, rückte in drei Colonnen gegen die Stadt vor, worauf sich die Bürger ihrer Bewaffnung anzeigten und die Truppen so freundlich empfingen, daß der Commandant nur eine Compagnie Jäger und 30 Reiter zurück, und die übrigen Truppen im Augenblick wieder umkehren ließ. Der Instruktionsrichter wurde verwiesen, und an Anstiftern des Aufstandes den Prozeß zu machen.

(Mitgetheilt.)

⊙ Aus Italien, 30. Nov. Eine außerordentliche Beilage zur Mailänder Ztg. vom 27. Nov. enthält eine Belanntmachung über den Abschluß des lombardisch-venetianischen Antehens und die Art und Weise, wie dasselbe sich vermitteln soll. — Die gemeldeten Unruhen auf der Insel Sardinien sind Widersetzlichkeiten der Steuerpflichtigen gegen den Steuereinnehmer in der Provinz Oristano und besonders im Dorfe Seniso. Eine Abtheilung Dragoner mußte sich vor den Bauern zurückziehen, der Steuereinnehmer und zwei Dragoner sollen das Leben eingebüßt haben. — Am 16. Nov. wurden in Bologna 3 Räuber von der Bande Passatore erschossen. — Rom gewinnt nach und nach sein früheres Ansehen wieder, indem die Fremden auf den Winter sich einzufinden anfangen.

Türkei.

Konstantinopel, 9 Nov. Vorgestern Nacht wurde hier ein der türkischen Regierung bezeichnetes Haus mit Militär besetzt und sämmtliche darin befindliche Personen, 30 an der Zahl, wurden

verhaftet. Unter diesen sollen sich zwei Kammerherren des Bruders des regierenden Sultans und 6 Derwische befinden. Die eingeleitete Untersuchung soll, wie ich vernehme, auf Spuren einer weitverzweigten Verschwörung, angeblich von der hocht gesinnten altturkischen Partei, geführt haben.

(Reichsz.)

Vermischte Nachrichten.

(Die Bousnole sympathique.) (Schluß.) Diese Linie enthält übrigens einen stärkern Zug durch die Vermöhlung der einzelnen Fluida, so wie zu auch einzelne Fäden durch ihre Verbindung zum Seile erstarken.

— Was nun die Basis betrifft, welche zur Leitung dieser Linie dient, so ist dieselbe die Erde. Die Leitungsfähigkeit der Erde gehört übrigens nicht zur Erfindung der Hrn. Benoit und Biot; diese ist schon seit 1846 bekannt. Früher hatte man für jeden elektro-magnetischen Telegraphen zwei Drähte zur Hin- und Rückleitung des Stromes. Im Jahre 1846 übergnagte man sich, daß die Leitungsfähigkeit der Erde einen der Drähte ersetzen könne. — Auch über den Apparat sind bereits im Allgemeinen Mittheilungen gemacht worden. Dieser ist ein hölzerner Kasten, in dessen Mitte eine voltaische Säule sich bewegt. Doch anstatt bei der gewöhnlichen voltaischen Saule die einzelnen Elemente oder Paare von Metallplatten anfeuchter zu rufen, sind sie hier neben einander gereiht und in den Löchern eines Rades oder einer runden Platte von Holz angebracht, die sich um eine eiserne Achse bewegt — und anstatt der runden Metallplatten, die die voltaische Saule bilden, haben die Elemente hier die Form eines runden Napfes oder Bechers von Zink, im Innern mit Tuch ausgefüttert, welches vorher in eine Auflösung von Kupfervitriol getaucht worden war und durch eine dem Becher angemietete Kupferplatte befestigt ist. Im Innern eines jeden Bechers ist eine lebende zorzinn ausgeschobene und tauglich gemachte Schnecke mittelst eine eigenen Windung befestigt. Diese Schnecke wird hier von dem galvanischen Einflusse durchdrungen, welcher sich hier mit dem elektrischen Fluidum kombiniert, das feinerseits dadurch entwickelt wird, daß das Rad, und mit ihm die galvanische Saule, sammt der daran befestigten Schnecke in Bewegung gesetzt wird. — Zu dem Apparat sind die Buchstaben aller Sprachen, und überdieß noch ein eigenes Alphabet aufgenommen. Die Erfinder nannten ihn daher Bousnole pasilalinique sympathique, weil er in der äußern Form einem Kompasse ähnlich ist, weil er ferner alle Sprachen der Welt sprechen kann und weil endlich seine Wirksamkeit vorzugsweise auf Sympathie beruht. — Die bisherigen Versuche haben, wie erwähnt, die Realität der Erfindung bewährt. Man stellt fernern Versuchen entgegen. Ueber die Folgen dieser Erfindung brauchen wir nichts zu sagen; sie sind einerseits zu offen in die Augen springend, andererseits in ihrem Einflusse auf das Leben unberechenbar.

Neuestes.

† Würzburg, 6. Dez. Auch unsere Polizeiherr vom reinsten Wasser haben geglaubt, die Mode mitmachen zu müssen, und auf gestern eine Versammlung ausgeschrieben zur Einleitung einer Collekte für die „gefrönungsstächtigen“ Offiziere und Beamten Curhessens, — dieselben haben auch hier wieder jenen unnachhaltigen feinen Takt bewährt, der seit dem glorreichen Jahre 1848 all ihr Treiben dahier zu einem sicherlichen, wenn nicht zu etwas noch schlimmerem gemacht hat. Denn abgesehen davon, daß von allen jenen Männern, denen die Herrn auf einmal einen Zehrpfennig — denn mehr werden sie nicht zusammenbringen — anzubieten sich veranlaßt finden, noch keiner um einen solchen gebettelt und sicherlich auch zu solcher Entwürdigung keine Veranlassung hatte, daß schon die ganze Geschichte dieses aufgedrungenen Almosens einer Beleidigung so ähnlich ist, wie ein Ei dem andern, ist sicherlich auch der Zeitpunkt, in dem dieses hochherzige Bestreben zur Welt kommt, der glücklichste zu nennen, da es in einem Augenblicke geschieht, wo alle oder doch die Mehrzahl der kurh. Offiziere den abreisten Schritt begonnen, um ihre Wiederanstellung nachzusuchen haben; und überhaupt der Zeitpunkt, wo das Wirren ein nahe bevorstehende ist, und ebendarum die Wahrscheinlichkeit nur zu sehr dafür spricht, daß die Herrn mit ihrem Almosen alles, nur keinen Dank von Seite der Beobachten ärnten werden. Mit welchen Gefühlen unsere Truppen derartige Demonstrationen in einem Augenblicke aufnehmen, wie der gegenwärtige, wo unsere Heereitheile in Kurhessen mit Beschwernisse und Entbehrungen aller Art zu kämpfen haben, ist leicht begreiflich, und wenn die auf solche Weise rein muthwillig hervorgerufene Erregung ihre traurigen Folgen äußert, so kann man es beklagen; die Schuld wird man nur auf jener Seite suchen dürfen, die wir bisher, so auch jetzt alles thut, um eine Erbitterung hervorzurufen, über die gerade dem Niemand mehr sobezichen weiß, als gerade sie, die hämische Urheberin derselben. Man wird aber auch ihre Namen und die von ihnen gebrachten Opfer nicht verschweigen dürfen, die Namen derjenigen, wem der Lorbeer gebühre und daß nicht derselbe der Stadt Würzburg umbindet werde.

§ Würzburg, 7. Dez. Herr Albert Oesterreicher früher Redacteur des „freien Staatsbürgers“ (1832), später des „Wahrheitsforschers“ und der „Neuen fränkischen Zeitung“ läßt ein fliegendes Blatt colportiren, welches zum Abonnement auf das demnächst dahier erscheinen sollende „Neue fränkische Volksblatt“ einladet. Der Herausgeber theilt mit, daß ihm die entschiedensten und opferfähigsten Demokraten ihre materielle Unterstützung zugesagt, — ladet Mitarbeiter und Berichterstatter der „gefürchteten“ N. fr. Zeitung zu intellektueller Betheiligung ein, — verspricht im „Neuen fränkischen Volksblatte“ Anteitung zu geben, „wie man das Vereinsgesetz (wohl auch anders) umschadlich machen könne, um das Volk aufzuklären und auf Beschlüsse vorzubereiten, die zu Reflexionen (Lautet faß wie Revolutionen) heranreifen werden.“ — Welcher Art diese „Reflexionen“ sein, gibt die Lobrede kund, welche dem bessischen Volke, oder vielmehr nicht dem Volke, sondern den Steuerverweigerern gespendet wird. — Es wird ferner der Wunsch ausgesprochen, daß auch andere Volksblätter sich begnügen für die „gute“ Presse und so unzugänglich für die „schlechte“ sein möchten, als die braven Hessen; im Vorbeigehen erwähnt noch der Herausgeber rühmlichst des Schutzes, welchen der „guten“ Presse „ausschließlich“ Gesinnung gewährt. — Wenn das Programm so wirklich wäre, wenn man dagegen hält, daß unsere Soldaten (treu ihrem obersten Kriegsherrn trotz aller Verführungsversuche) als Bundesexecutionstruppen im Lande der „guten Presse und braven Hessen“ stehen, und daß selbst Preußens König und seine Kronräthe, den demokratischen Schwung abschmeichelnd, den Steuerverweigerern Lorbeeren liefern, daß Preußen nicht gewillt sei, die Reuitenz des kurhessischen Landtagsausschusses und seiner Appendixes gegen den Landesherrn irgendwie zu unterstützen.“ — Soll die Wahrheit nie enden? Soll das eigentliche Volk steis unter den Folgen des Verwühlens leiden, während die „Volksbeglücker“ verantwortlichen?

Quousque tandem, Catilina?

Hersfeld, 5. Dez. Nachdem gestern hier Alles in Allarm war, die preußischen Truppen den Befehl hatten, den anrückenden Bundestruppen auf Schußweite zuzurufen: „Halt! Kehrt! Marsch!“ und, wenn dies nicht geschähe, zu feuern, so fand dennoch kein Zusammenstoß statt. Die Aufregung der Einwohner ist groß. Die Nacht ist ruhig vorübergegangen. Heute Morgen finden indeß sehr große Truppenbewegungen statt. Zu den verschiedenen Thoren rücken Truppen aus und kommen wieder herein. Etwas Bestimmtes läßt sich über die Operation noch nicht sagen. Einmal heißt es, die Preußen seien den Bundestruppen entgegen gezogen, um dieselben anzugreifen, dann wird wieder gesagt, daß die Bundestruppen bei Niederaula vorbei, ohne Hersfeld zu berühren, direkt nach Kassel gehen würden. Im wahrscheinlichsten ist das Gerücht, nach welchem heute oder morgen das Hauptquartier der Bundestruppen hierher verlegt werden wird. — Herr Henkel und Consorten von Kassel waren dieser Tage wieder hier, um zu rekognosziren. Vielleicht kamen dieselben im Auftrage des souveränen Kasseler Stadtrathe.

(K. Z.)

△ Aus Baden, 3. Dez. In wohlunterrichteten Kreisen wird wiederholt das Gerücht von einer nahe bevorstehenden Veränderung im Ministerium geiprochen. — In der Sitzung der 2. Kammer vom Gestrigen übergibt der Abg. Staatsrath Regenauer einen Bericht über die Lage der Finanzen, welcher ergibt, daß zur Deckung des ausserordentlichen Bedarfs der Budgetperiode mit Jubegriff der Forderung Preußens für Mobilmachungskosten außer den vorhandenen Mitteln noch eine Summe von 6 Millionen anzubringen ist, welche auf dem Wege eines Anlehens beschaffen werden soll. Regenauer legt einen Gesetzentwurf die Bewilligung einer Anleihe von 6 Millionen fl. vor. — Der aus der badischen Reoolution wohlbekannte Karl Blind ist vom Hofgericht des Mittelrheinkreises zu einer Zuchthausstrafe von 4 Jahren verurtheilt worden. — Ein Korpsbefehl vom 29. Nov. erlaßt das kgl. preußische Armeekorps in Baden für aufgelöst und zwar vom 4. Dez. an.

* Leipzig, 5. Dez. Staatsminister v. Beust gab gestern in der 2. Kammer die Erklärung ab, daß Sachsen jeden Versuche einen Theil vom Deutschland in einen Bundesstaat umzugestalten mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten werde; auch würde nicht zugegeben werden, daß die Volksvertretung beim Bunde ein Institut wie das Frankfurter Parlament werde, sondern wirken, daß eine Vertretung der einzelnen Kammern bei der Centralstelle mit Consultativstimme stattfinde.

Berlin, 4. Dez. Gestern traf in Potsdam ein eigenhändiges Schreiben Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich an Sr. Maj. den König ein, worin der Erstere aus Veranlassung der erfolgten beiderseitigen Ratifikation der Olmützer Beschlüsse die Hoffnung ausspricht, daß von nun beständige Einverständniß zwischen Preußen und Oesterreich und für die Zukunft zum Heile Deutschlands bestehen bleiben möge.

— Dem Vernehmen nach ist preußischer Seits der Staatsminister Graf v. Arnim-Boytzenburg bestimmt, als dießseitiger Commissär nach Kassel zu gehen.

(N. Pr. Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Geld- und Silber-Sorten.

	fl.	kr.
Neue Louisd'or	11	5
Preußische do	9	42½
Dukaten	5	36
20 Frank-Stücke	9	26
Holländische 10 fl. Stück	9	45½
Preußische Thaler	1	45
2 Frank-Thaler	2	21

Theater-Anzeige.

Sonntag, den 8. Dezember 1850

Zum ersten Male:

Mönch und Soldat.

Original-Charakterbild in 3 Akten von F. Kaiser.

Montag, den 9. Dezember.

Zum Benefiz für Fräulein Tawodi.

Mutter und Sohn.

Schauspiel in 5 Akten (2 Abtheilungen) von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Druck von Joseph Steid in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 98.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schreibhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 294. Würzburg, Montag den 9. Dezember. **1850.**

Das Verhältniß der Polizei zum Publikum.

Alle die Sophisten der Unordnung und die Philosophen der Anarchie behauptet haben, daß das Bedürfniß unseres Jahrhunderts die Auflösung aller Regierung sei, scheinen sie nur ein Gefühl offen ausgesprochen zu haben, welches in Frankreich historisch, national, fast möchten wir sagen, angeboren ist. Dieses ist in den höheren, wie in den niederen Regionen populäre Gefühl ist das des Hasses gegen die Obrigkeit. Unser Herr gilt nun einmal als unser Feind. Das Gesetz, welches als Ausdruck der Gerechtigkeit auf Erden geliebt und geachtet werden sollte, wird im Gegentheil in Frankreich als ein Feind angesehen, und seine Diener sind in unsern Augen Werkzeuge der Tyrannei. Wir alle, ohne Unterschied der Parteien, die wir in den Zeiten der Revolution geboren sind, wir sind in diesem Mißtrauen, in diesem Hasse gegen die Obrigkeit aufgewachsen; wir sind durch und durch Revolutionäre, und dem Umgebornen lieben wir über alles in der Welt. Nun denn, wir mögen uns anstellen, wie wir wollen, wir mögen unsere Kräfte gegen die Feinde der Gesellschaft vereinigen, wir werden nichts begründen und befestigen, und die große Ordnungspartei wird nur ein überirdisches Grab ein, wenn wir nicht beginnen, uns selbst zu bessern, wenn wir nicht das Volksrecht nicht nur der Furcht, sondern der Achtung vor der Obrigkeit geben. Es wird immer Revolutionen geben, so lange unsere Kinder so erzogen werden wie ihre Väter, so lange man nicht lernen wird, das Gesetz als etwas Heiliges und Gutes anzusehen, statt als eine Zwangsjacke. Was bisher England vor Revolutionen und vor Anarchie bewahrt hat, ist eben, daß das Gesetz populär ist; die Achtung vor dem Gesetze ist dort tief in den Sitten und der allgemeinen Erziehung begründet. Man gehe in den Straßen Londons umher, zu welcher Stunde der Tages oder des Nachts es sei; man sehe jene große Demonstration, welche ruhig auf ihrem Wachtposten stehen — sie haben nicht das scheue und unglückselige Aussehen unserer Stadtsergeanten, sie schienen sich nicht ihrer Uniform, weil sie wissen, daß die Bevölkerung sie als Freunde und Beschützer ansieht. Wenn man sich in London verirrt, fragt man einen policeman nach dem Wege; bei uns läßt man sich nicht gern in ein Gespräch mit einem Polizisten sehen. Die englischen policemen lassen sich einfach bei diesem Namen nennen, sie scheuen sich beileiben nicht; die anfrigen müssen es mit allen Namen, wie mit allen Kostümen versuchen. Man ist fortwährend darauf bedacht, sie in eine andere Kleidung zu stecken, als handelte es sich darum, sie stehen zu lassen. Bei jeder Revolution kleidet und taufft man sie um, — man nennt sie Friedensoffiziere, Pariserwächter, Stadtsergeanten, man gibt ihnen bald den Dreispitzer, bald den Tyrolerhut — aber bei ihrem eigentlichen Namen wagt man sie nicht zu nennen. — Um den Vergleich fortzusetzen, so sehe man nur, was in London und bei uns geschieht, wenn ein Streit entsteht. Dort gewähren die Vorübergehenden immer dem policeman Unterstützung, sie helfen ihm die Ruhe in der Straße herstellen, sie haben keine Angst, sich zu kompromittiren oder aufsässig zu werden, wenn sie Ihn anrühren. Dort hat der Polizist in priori Recht, bei uns hat er a priori Unrecht. Er provozirt mit der Obrigkeit, mithin den Gegner. Wir sind immer wie die Knaben auf den Schulbänken, und wenn wir einen Polizisten einen Tangenichts arretiren sehen, so schreien wir: „Hier wird nicht gefischgen.“ Wenn „das Opfer der Obrigkeit“ gar zu derselben gibt, daß es uns politischen Gründen festgenommen wird, so bekommt der Diener der Obrigkeit einen schlechten Stand und der Gefangewogel wird befreit. Und da wundert man sich noch, daß wir Revolutionen haben! Zu lieber Himmel, wir werden sie morgen, übermorgen, wir werden sie immer haben, so lange wir kleinherzig gesang sind, aber das zu erroöhen, was uns schützen und bewahren soll.

Deutschland.

München, 6. Dez. Gestern früh ist der k. k. Rittmeister Fürst von Fürstenberg mit Regierungs-Depeschen nach Fulda abgegangen, während fast zu gleicher Zeit mit dem erst um diese Zeit von Augsburg kommenden Zug des vorhergehenden Abends eine Estaffette hier eintraf. — Aus sicherer Quelle vernehme ich, daß die Depesche bezüglich der Einladung zur Theilnahme an den freien Konferenzen zu Dresden, im Ministerium des Aeußern angelangt, und Minister v. d. Pfordten an denselben sich betheiligen wird. — Die Vorarbeiten zur Herstellung einer Telegraphenlinie von Augsburg nach Ulm sollen angefäumt in Angriff genommen und aufgeführt werden. Der Vorstand der Telegraphen, Ober-Ingenieur Dyk, ist dieserwegen bereits gestern nach Augsburg abgegangen, um auf der ganzen Strecke die nöthigen Anordnungen zu treffen. — Gestern Mittags ist eine Abtheilung des ausmarschirten Infanterie-Leibregiments, gefährt von einem Offizier, von hier mit der Eisenbahn abgegangen, um zum Regiment zu stoßen. — Die Organisation der Feldgendarmerie schreitet rasch vor sich. Gestern ist der Eskadronskommandant derselben, Frhr. v. Welden, mit einer Abtheilung nach Fürstenfeldbruck abgegangen, um Pferde zu acquiriren. — Sicherer Nachricht zu Folge hat nun denn auch den Literaten Robert Ecke aus Zerbyhn gleiches Loos wie die Herren Wood ꝛc. ꝛc. getroffen, nämlich, daß die Regierung den gegen ihn verhängten Ausweisungsbefehlsbefehl der königl. Polizeidirektion bestätigte. — Literat Kaulbach hat bekanntlich nicht rekurrirt, sondern alsbald seine Abreise von hier angetreten; er befindet sich zur Zeit in Stuttgart. (A. Abz.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Hanau, 5. Dez. Das Hauptquartier der Bundestruppen befindet sich seit vorgestern hier, wird aber wahrscheinlich morgen weiter gehen. In einer Zusammenkunft, welche gestern Vormittag St. Durchl. der Fürst von Thurn und Taxis mit dem Chef des preußischen Generalstabs in Neukirchen, halbwegs zwischen hier und Hersfeld hatte, soll bestimmt worden sein, daß die Preußen den Bundestruppen die verschiedenen Straßen, insbesondere auch die quer durch die kurhessische Provinz Oberhessen über Ziegenhain nach Marburg führende offnen. Schon gestern räumten sie ihnen eine Reihe von Orten in der Richtung gegen Hersfeld. Diese Stadt war jedoch gestern noch von ihnen besetzt. Kassel selbst, heißt es, würde vermuthlich von beiden Theilen gemeinschaftlich besetzt werden. Die dürftigen Einquartierungsmittel auch in hiesiger Gegend war, so hört man doch auch hier das gute Betragen und die Disciplin der Bundestruppen nur rühmen. Jedermann ist übrigens erfreut, daß die so sehr verwickelte Sache nun auf eine für beide Theile ehrenvolle Weise friedlich endet.

Nachschrift. 6 Uhr. Das Hauptquartier bleibt morgen noch hier. Nur die Vorhut unter General v. Halbronner rückt morgen auf der Straße nach Ziegenhain vor und besetzt morgen oder übermorgen diese Stadt und das nahe Treysa, wodurch sie im Besitz der Eisenbahn nach Marburg und Kassel ist. Die erste Division des Corps (General Lamboy) steht hier und Umgegend; die zweite (Generallieutenant v. Lesuire) zu Fulda und Umgebung. Gegen Hersfeld hin stehen die Bundestruppen bis Neukirchen, Obenhausen, Buchenau, Eiterfeld ꝛc. also noch jenseits der bisherigen Demarcationslinie. D-G.)

Hersfeld, 6. Dez. Das Mißverständniß, welches im preußischen Lager vorgestern so bedeutende Bewegungen veranlaßte, und einen großen Theil der hiesigen Einwohner in Furcht und Schrecken versetzte, hat sich nunmehr völlig aufgeklärt. Wie Ihnen bereits bekannt sein wird, hat die Münsterer Conferenz zu einer vorläufigen friedlichen Beilegung der schwebenden Differenzen in Bezug auf die kurhessische Frage geführt. In Folge der dem Commandeur der Bundestruppen hierserhalb von Frankfurt aus gewordenen Benachrichtigung, legte er den General v. d. Groben in Neukirch, daß er am 4. d. M. vorrücken und die Orte Buchenau, Neukirchen und Oberhasschen besetzen werde, annehmend, daß v. d. Groben ebenfalls die nöthigen Befehle bereits bekommen habe. Dies war indeß nicht der Fall, weshalb v. d. Groben in der Benachrichtigung lediglich einen bevorstehenden Angriff der Bundestruppen erblickte, und die nöthigen Befehle zum Widerstand ertheilte. Als die Bundestruppen so weit vorgerückt waren, daß sie den Preußen nur noch in geringer Entfernung gegenüber standen, wurde von letzteren Stillstand gefordert, unter der Drohung, daß, wenn ein Schritt weiter vorgerückt würde, Feuer gegeben werden müsse. Die alsbald eingetretene Abschickung von Parlamentären hat den sofortigen Zusammentritt eines preußischen und eines bayerischen Generals nach sich gezogen, um beim General v. d. Groben im Hauptquartier zu Bacha Aufklärung zu erhalten. Es waren dies die beiden Generale, welche am frühen Morgen des 4. d. M. in der dicht verschlossenen Chaise dahier eintrafen, und sofort weiter fuhren. Bei Friedwald sind diese Commissäre auf den General Fürsten Radziwill, und bald nachher auch auf den General v. d. Groben gestoßen. Der Commissär

der Bundestruppen hat letzterem die von Berlin und ergangene Benachrichtigung vorgezeigt, worauf v. d. Groben verschiedene, doch ihm noch nicht derartige Orbre zugegangen sei, jedoch zugleich dringend bat, kurze Gewalt zu haben, unbem unter diesen Umständen jeden Augenblick eine Weisung erwartet werden müsse. Diese ist dann auch nach Verlauf von etwa 2 Stunden per Estafette eingetroffen, worauf v. d. Groben alsbald die nöthigen Befehle zum Rückmarsche ertheilte. Es hatte übrigens durch dieses abermalige preußische Mißverständniß ein großes Unglück herbeigeführt werden können, wenn die Oesterreicher in gutem Glauben vorgerückt wären. Die durch dieses Mißverständniß herbeigeführten Nachtheile sind außerdem schon groß genug, wenn es sich bestätigt, daß durch dieses Manöver ganze Strecken von Saatfeldern ruinirt wurden. Dieser gestern vorgenommene Truppenbislokationen dreten darauf hin, daß die preußische Armee allmählig den Rückzug antrat, um den vorrückenden Bundestruppen Platz zu machen. Wie es heißt, sollen dieselben heute oder morgen hier eintreffen. Die Wohnung für den Territorial-Commissär, Staatsrath Oheffer, soll bereits im hiesigen Gasthaus „zum Engel“ bestellt und den hiesigen Buchdruckern die Verordnung des Regalairs zur Verpflegung der Bundestruppen aufgegeben sein. (K. Z.)

Hanau, 7. Dez. In hiesiger Stadt hat sich gestern ein kleiner Krieg entsponnen, nämlich zwischen den Schülern des Gymnasiums und Schülern der Realschule. Letztere pasten den ersteren mit Prügeln auf, und einer derselben soll gestern so geschlagen worden sein, daß er ohnmächtig geworden ist. Das sind die Folgen der, in Folge des s. g. „Rechtsbewußtseins des Volkes“ geschehenen Aufhebung der früher gegen solche Exzesse bestandenen polizeilichen Anordnungen. K. Z.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Hamburg, 3. Dez. Wie erfahren zu zuverlässiger Stelle folgendes: Die preußische Regierung wirkt jetzt mittelst der eindringlichsten Vorstellungen bei der Statthalterschaft darauf hin, daß dieselbe den Streit mit Dänemark so schleunig wie möglich zum friedlichen Austrag bringen helfe. Eine sehr bedeutende und unverzügliche Reduction der schleswig-holsteinischen Armee bildet einen wesentlichen Theil dessen, was Preußen von der Statthalterschaft fordert. Daß Hr. v. Rumpf, der hiesige Vertreter Preußens, gerade jetzt in den hiesigen Blättern die in der schleswig-holsteinischen Armee dienenden preußischen Reservisten und dienstpflichtigen Landwehrleute auffordert, falls man ihnen keine Quittirt erschwere, sich zu weiterer Verantwortung an ihn zu wenden, steht zu den oben erwähnten Schritten der nunmehr im vollen Einverständniß mit Oesterreich handelnden preuß. Regierung in naher Beziehung. Man versichert uns übrigens gleichzeitig, daß nunmehr auch in Kopenhagen sehr entschieden in versöhnlichem Entgegenkommen, sowie darauf hingearbeitet werden soll, daß die dänische Regierung in einer annehmbaren, den Rechten (?) der Herzogthümer entsprechenden Weise die Hand zum Frieden biete. In diesem Sinne sollen auch die sämmtlichen Großmächte, zur baldigen Wiederherstellung des europäischen Friedens, in Kopenhagen auszuerten entschlossen sein. (Wes. Z.)

△ Aus Baden, 4. Dez. Aus sicherer Quelle haben wir vernommen, daß Prinz Friedrich von Baden den Winter über in Freiburg im Breisgau zu bringen wird, woselbst das großherzogliche Palais für ihn hergerichtet wird. Am 1. d. ist Prinz Friedrich von Baden in Coslau eingetroffen. — In dem Orte Saobach sind Linienmannen ausgehoben, wobaß eine Executionstruppe dahin abgeliefert wurde. — Das neueste großherzogl. Regierungsblatt enthält die Steuer-Ausschreibung für den Monat Dezember. — In den letzten Tagen sind wieder einige politische Gefangene aus ihren Kerkern entsprungen. — Die politischen Untersuchungen verringern sich jetzt mit jedem Tage. Gestern fand in F. ein Pistolenduell statt zwischen einem Badenser und einem Franzosen. Beide sind nicht unerheblich verwundet.

△ Aus Baden, 5. Dez. Die Zahl der Studirenden auf der Universität in Heidelberg beträgt 557, darunter 349 Inländer. Im vorigen Semester betrug die Anzahl 522. — Prinz Friedrich von Baden ist in Plaßatt eingetroffen. — Es wird versichert, daß alle politischen Untersuchungen gegen die an der Revolution wenigst Betheiligten niedergeschlagen werden sollen. — In Plaßatt ist ein Gasthwirth, weil er einen Fremden ohne Anzeige bei der Polizei beherbergte, zu 8 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. — Der ganze Oberund Mittelrheinkreis ist nun von badischer Garnison besetzt. — Gestern ist ein k. k. österreichischer Cabinetscourier in Carlsruhe eingetroffen, welcher Depeschen für die Gesandtschaft brachte. — Freiherr v. Ahlens ist als außerordentlicher Cabinetscourier mit Depeschen nach Wien abgereist. — Man hofft, daß nunmehr das Zollvereinsthema Eintritt des Herrn von Wintterdorf in das badische Ministerium. — Die Kammer wird ihre Geschäfte nun bald beendet haben, und soll dann geschlossen werden.

Stuttgart, 6. Dez. Die ständischen Beamten sind nun aus einer Lage befreit worden, aus der sie schon lange Erlösung wünschen mußten. Durch die Aufforderung von Seite des Pseudoausschusses einerseits, der Regierungskommission nicht zu gehorchen, andererseits durch den Befehl der Regierung, dem Pseudoausschuß keinen Gehorsam zu leisten, zwischen Thür und Angel gezwängt, mußte es ihnen höchst willkommen erscheinen, daß endlich auf Grund des §. 53 der Verfassung, ihnen die Aufforderung zukam, daß sie der von der Regierung eingesetzten Staatsschuldenverwaltungs-Commission den verfassungsmäßigen Gehorsam zu leisten hätten. Diese Eröffnung wurde ihnen durch einen Regierungsrath, Herrn Oberfinanzrath Elben, im Ständehaus gemacht, der ihnen sogar einen Strohm Beredtsamkeit zugestand, was offenbar nur als eine Förmlichkeit betrachtet werden kann, da die Beamten Zeit genug gehabt hatten, den Inhalt des §. 53 sich klar zu machen, und, da die Anwendung desselben vorherzusig erfolgen mußte, erwünscht seinen Entschluß zu fassen. Die von den ständischen Beamten gegebene Erklärung nach Ablauf der Stunde: 1) daß sie von ihnen an der Regierung eingereichte Verwahrung als eine Vorstellung im Sinne des §. 53 der Verfassung angesehen werde; 2) daß sie alle Verantwortlichkeit für dieser nicht die thatsächlichen Verhältnisse gebotene Nachgeben der Regierung zuschieben, ist natürlich nur als eine von der gewöhnlichen Klugheit gebotene Vorsicht zu betrachten. Nichts desto weniger darf man aber fast glauben, daß die Redaction dieser Verwahrung schwerlich erst zwischen 12 und 1 Uhr, der Verwahrungsakt selbst aber erst nach 1 Uhr, der sich die von der Regierung ernannte Commission zum ersten Male versammelt. — Der komische Zwischenfall von gestern, durch das Erscheinen der Herren Schnizer und Stockmayer, Mitglieder des Pseudoausschusses, im Ständehause herbeigeführt, darf ebenfalls nicht unerwähnt bleiben, indem der Regierungsrath sagte, daß, da keine Note von ihnen nahm, sie folglich als Ausschuß-Mitglieder „gar nicht erschienen“ betrachtete. Dieselbe Hoflichkeit scheinen aber diese beiden Herren von der Polizei nicht vorausgesetzt zu haben, indem sie nirgends mehr zu finden waren, als diese erschien.

Darmstadt, 5. Dez. Die heute eingegangenen Nachrichten machen es fast zweifellos, daß die Mehrheit der zweiten Kammer des nachstehenden Landtags eine conservative sein wird. Die conservativ-constitutionelle Partei gewinnt fortwährend an Bedeutung und wird den größten Theil ihrer Candidaten durchsetzen. Ein bemerkenswerthes Zeichen der veränderten Stimmung ist, daß bei der hiesigen Wahl von den Gothaern, die nicht zugleich auf der conservativen Liste standen, es keiner über 300 Stimmen brachte, während kein conservativer Candidat unter 970 Stimmen erhielt.

K. Sachsen. Der Bericht über den Antrag Abg. Rittner: ob die renitenten Mitglieder der II. Kammer und in wie weit sie zufolge ihrer Renitenz das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, ohne Weiteres nach §. 18 des Wahlgesetzes vom Jahre 1831 verlieren, oder ob diese Frage anderweitig von der Kammer zu beantworten sei? ist aufgegeben worden. Die Interpellation stellt und empfiehlt folgenden Antrag: „Die Kammer obgleich sie angenommen, daß durch den Beschluß vom 16. Oktober d. J., welcher die Stellen von elf im Protokoll von demselben Tage besonders namhaft gemachten Abgeordneten und Stellvertreter sur erledigt erachtete, auch der Verlust der Wählbarkeit für diese Abgeordneten und Stellvertreter, wenn denselben letztere an diesem Tage aber thatsächlich annoch zugestanden haben sollte, ausgesprochen worden sei, erklärt annoch anderweitig, daß die im Protokolle über die in der zweiten Kammer am 16. Oktober d. J. abgestatene Aeußerung namentlich gemachten Abgeordneten und Stellvertreter der Wahlbarkeit anhurch vertustig erklärt werden.“

Wien, 2. Dec. Bei der heute hier stattgehabten 17. Verloosung der k. k. fährer. fl. 250 Loose vom Jahre 1839 sind nachstehende 90 Serien gezogen worden: 81, 89, 94, 101, 137, 351, 398, 425, 443, 465, 669, 675, 819, 877, 935, 955, 1021, 1038, 1150, 1220, 1318, 1356, 1363, 1431, 1485, 1579, 1739, 1896, 1916, 1976, 2003, 2119, 2155. 2317, 2364, 2430, 2467, 2503, 2614, 2618, 2707, 2819, 2831, 2879, 2890, 2942, 3006, 3352, 3368, 3529, 3535, 3727, 3760, 3841, 3919, 3921, 3997, 4001, 4069, 4198, 4237, 4304, 4312, 4391, 4438, 4445, 4517, 4664, 4681, 4798, 4931, 4943, 4996, 5022, 5034, 5169, 5212, 5234, 5260, 5288, 5409, 5483, 5775, 5807, 5855, 5972, 5984, 5999. Von der älteren Staatsschuld wurde Serie 437 gezogen.

Triest, 2. Dec. Ich beeile mich, Ihnen mitzutheilen, daß die am 29. Nov. Abends und 30. Nov. früh in den böhmischen Grenzdörfern angekommene österreichische Truppen (Ungarn) ihre kaum bezogenen Quartiere am 30. Nov. zum Theil auch am 1. Dec. wieder verlassen und sich weiter nach Böhmen hinein zusammengezogen haben. (N. Dr. Z.)

Berlin, 4. Dec. (Forts. u. Schluß der Debatte.) Der Abg. Riedel sahrt fort: In Hessen will man kein Recht zum Einschreiten haben; warum? weil eine absolutistische Regierung die Verfassung gekürzt hat. Preußen ist nicht gerufen worden, sagt man; aber es brauchte gar nicht gerufen zu werden, da es innern Beruf genug hatte, einzuschreiten. Eine Regierung, die nicht für Principien in den Kampf gehen will, eine solche Regierung sollte erröthen! Wer rief Gustav Adolph nach Deutschland? und wer sagte heute, daß er kein Recht gehabt habe, sich in die innere Staatsangelegenheiten zu mischen? Es wird so viel von der Begeisterung gesprochen, die jetzt im preußischen Volke lebt, aber woher entspringt diese hingebende Liebe des Volks? Aus dem Gefühl der gekränkten Ehre! Das ist das dasere Bewußtsein! Ein Volk, das in militairischer Zucht und Ehre erzogen ist, läßt sich seine Ehre nicht antasten. Wie groß muß nun der Schmerz sein, wenn es seine Ehre verletzt dreben sieht! Der zweite Punkt, auf den der Herr Minister ein so großes Gewicht legt, ist, daß er uns auf künftige Conferenzen verweist. Nun es ist eine alte Geschichte, daß die preußische Diplomatie immer verspricht, was das preußische Schwert gut gemacht hat. — Wenn uns, bei einer künftigen deutschen Verfassung, nicht die parlamentarischen Rechte gewahrt werden, wenn man uns nicht zugestehen will, daß wir bei Begründung dieser Verfassung mitreden dursen, nun dann müssen wir hier eine andere Sprache führen! Es giebt Tagen, wo ein Volk

einen ehrenwerthen Frieden nur mit den Waffen in der Hand erlangen kann, und in solcher Lage befindet sich jetzt Preußen. Wie kann da ein Minister nur noch vermöchend von Nachgeben sprechen! Aber der Hr. Minister hat nachgegeben und wird in den künftigen Conferenzen noch mehr nachgeben. Dies Ministerium wird um den Frieden bringen, aber sich mit Ihnen den Ruhm dieses Friedens sagen. Befreien Sie den Absolutismus von dem ihm anerträglichen Gefühle, daß seine Grenzen von einem constitutionellen Staate berührt werden, befreien Sie den Ultramontanismus von der Furcht, daß ein evangelisches Oberhaupt in Deutschland die erste Rolle spielen soll, befreien Sie gewisse Cabinette von der Angst, daß sich Deutschland von seiner Ohnmächtigkeit erheben könnte, — dann werden Sie Frieden bekommen! Aber das ist noch nicht genug! Lassen Sie Preußen verzichten auf sein Lebensprinzip, auf den Fortschritt in geistigen und materiellen Dingen, lassen Sie die Kreuzzeitungspartei und die Lembalmer wieder mehr fürchten, daß Preußen der letzte Hort der Constitution ist, dann haben Sie Frieden, das ist der Frieden! Ich habe aber auch nur einen Ausdruck für diesen Zustand — (der Redner holt hier einen tiefen Athemzug) ich bin entrüstet! — Ich schließe mit den Worten meines Vorredners: Hinweg mit diesem System! (Brave links.)

Minister v. Manteuffel: Der geehrte Redner, der so eben die Tribüne verlassen, will ein Lächeln an mir bemerkt haben; ich weiß nicht, ob er nicht ganz recht gesehen hat, denn ich habe heute mancherlei Neues von ihm gehört. Er hat uns gesagt: Preußen würde aufhören Preußen zu sein, wenn es nicht für alle Constitutionen der Welt in die Schranken träte; er hat uns gesagt: Deutschland habe stets in schönster Einheit gelebt, und uns in demselben Athemzuge an die Zeit erinnert, wo der Schwedenkönig in Deutschland erschien. Neu war mir auch die Art und Weise, wie Herr Reduers, daß die Beamten hier sich nicht getrauten, anverhohlen ihre Meinung zu äußern, und immer für das Ministerium stimmen würden, und eben so neu war es mir zu hören, daß alle Kraft, die wir jemals entwickelt hätten, wir dem verehrten Herrn Redner zu verdanken haben. (Beifall.)

Abg. Ulrichs richtet zuerst seinen Zorn gegen den vorigen Redner und kann nicht begreifen, wie man in jetzigen Zeiten noch Humor haben könne, dann wendet er sich gegen das Ministerium. Wir haben dies Ministerium untersucht, so lange wir glaubten, wir ihm gehen zu können. Jetzt ist nun ein Zeitpunkt erschienen, wo wir uns fragen müssen, können wir noch ferner Vertrauen zu ihm haben? ich sage: Nein! wir können ihm kein Vertrauen mehr schenken. (Beifall links.) Der Landwehrmann, der zum Heere einberufen wird, fragt allerdings nicht danach, ob hier oder dort in Hessen Recht habe, und das sieht jeder Preuße ein, daß die Armee nach Hessen geschickt worden, um die Oesterreicher und Baiern nicht durchzulassen. Mit welchem Gefühl wird die Armee nach Hause gehen, mit welchem wird sie zusammenkommen, wenn sie wieder gesehen wird? Niemand wird sie, aber mit derselben Bereitwilligkeit wie bisdmal? ich glaube es nicht. Demnach meschte ich Sie bitten, über die Ihnen heute vorgelegte Gegen-Adresse noch nicht abzustimmen, sondern erst den Bericht Ihrer Commission über dieselbe abzuwarten; schieben Sie also Ihren Beschluß bis morgen auf.

Unter großer Unruhe und Ermüdung der Versammlung erhält der

Abg. Winzler das Wort, so daß auf der Tribüne wenig von der Rede zu verstehen ist.

Winzler: Wie haben heute vom Ministerium gehört, daß Manches geschehen soll, aber noch nicht geschehen ist. Dem Ministerium kann ich nicht mehr vertrauen, aber ich mechte das Vertrauen zwischen Regierung und Volk hergestellt sehen. Was ich wünsche, ist, daß es unserem ritterlichen Prinzen gefallen möge, mit unseren 400,000 uniformirten Diplomaten nach Wien zu marschiren und dort den Frieden mit Stahlsceren zu diktiren. (Große Heiterkeit.)

v. Binde: Der Hr. Kriegsminister hat meinen Worten eine andere Bedeutung beigelegt, als ich sie beabsichtige. Ich anerkenne den Gehorsam des preußischen Heeres, weiß, daß es noch pflichtist, aber auch, daß es intelligent ist und mit Kummer nach Hause gehen werde. Gestützt auf diese Ueberzeugung, hat sich der Hr. Kriegsminister auch wohl veranlaßt gefühlt, mir Mangel an Patriotismus vorzuwerfen, wehhalb ich von seinem parlamentarischen Takt hoffe, daß er dies widerrufen werde. — Was den von mir in der Nacht vom 18. zum 19. May 1848 an Se. Maj. den König erthrilten Rath betrifft, so habe ich nur geraten, die erworbenen Truppen aus dem Strafenkampf zurückzuziehen, und sie um das Schloß zu konzentiren. Auch den Vorwurf der Inkonsequenz weise ich zurück, obgleich ich meine Konsequenz nicht bis zu dem fint justitia, pereat mundus ausdehne.

Der Kriegsminister: Ich bin verpflichtet gewesen, die Armee gegen Mißtrauungen zu vertreten, und hoffe deutlich genug gewesen zu sein. In dem, was ich ausgesprochen habe, glaube ich die Majorität des Hauses für mich zu haben. (Beifall.)

Nach einigen persönlichen Bemerkungen des Abg. Bismarck-Schönhausen gegen den Abg. v. Saucken-Tarputschen wird die Sitzung um 3¼ Uhr geschlossen.

Berlin, 5. Dec. Die Vertagung der Kammern ist hier im Allgemeinen in allen wohlgesinnten Kreisen mit Befriedigung aufgenommen worden und man spricht sich der Hoffnung hin, daß inzwischen die Kriegswuth der Herren Abgeordneten, namentlich der zweiten Kammer, sich etwas abkühlen, resp. dahein abgekühlt werden wird, daß die obschwebenden Fragen bei dem zweiten Zusammentritt der Kammern so weit geordnet sein dürften, um derselben die verfassungsmäßige Befugniß vorlegen zu können. Die Frechheit und Unverschämtheit einzelner Redner hat hier wahrhaft empört, und man empfindet um so stärker das Bedürfniß, den Kammern im neuen Jahre nur mit einem einigen und geschlossenen Ministerium gegenüberzutreten. Die Entfernung des Herrn von Ladenberg scheint sich wiederum nicht effectuiren zu wollen, was wir von unserem Standpunkte ausrichtig bellagen. Hat der Herr von Ladenberg — was wir nicht bezweifeln dürfen — in der That ein Princip, und geht die gegenwärtige Regierung gegen ein Princip, so darf er sein Abschiedsgesuch nicht zurückziehen. Ein Verfahren, wie wir es jetzt sehen, daß man stets auf sein Princip pocht, und stets gegen sein Princip bleibt, ist in der Geschichte des Constitutionalismus völlig unerhört und macht Principien- wie Abschieds-Reiterei zu einem blosen, eines Staatsmannes unwürdigen Spiele. Der Besorgniß, als könne der Abschied in diesem Augenblicke den Ministern des Cultus zum Martyrer der „preußischen Ehre" stempeln, halten wir sie nicht begründet.

— Herr v. Ladenberg, welcher die Genehmigung des eingereichten Entlassungsgesuches noch nicht erhalten hat, beharrt demnach auf letzterem, und es hatte der endliche Ausgang dieser Angelegenheit der sein, daß Hr. v. Ladenberg als verantwortlicher Minister und Ministerpräsident entlassen würde, aber die laufenden Geschäfte der Cultusministeriums vorläufig weiter führte.

Berlin, 6. Dez. Die Deutsche Reform bringt einen längeren Artikel der „gesinnungstüchtigen" Opposition ausgetretenen Verbachtungen: als sei die Verfassung in Gefahr und als gehe die Regierung darauf aus, ihr System vollständig zu ändern. Das Blatt versichert, so wenig die Verfassung gefährdet sei, so wenig stehe eine Aenderung des Regierungssystems bevor. Das würden wir Handlungen der Regierung im vollsten Maße bekräftigen. Allerdings sei seit dem November ein anderer Weg in der preußischen Politik eingeschlagen worden; es bleibe aber dasselbe Ziel, wie bisher. Die Kammervertagung könne kein schlimmes Präjudiz erzeugen. Sie sei ein verfassungsmäßiges Regierungsmittel und zeige keine Gefahr für die Verfassung, wie man so geflissentlich ausstreue, während man seltsamer Weise in der Forderung um Beeidigung der Minister, in diesem Eingriff in das verfassungsmäßige Recht des Königs, keine Verletzung der Verfassung erblicke!

— Heute Vormittag 11 Uhr trat der Ministerrath im Ministerium des Auswärtigen zusammen.

— In Bezug auf die Vervollständigung des Ministeriums sind gestern noch keine Beschlüsse gefaßt. — Die Entlassungs-Ordre des Herrn v. Ladenberg als verantwortlichen Ministers soll vollzogen sein, doch dürfte schon heute ihm in Staats-Anzeiger erscheinen.

— Der Handelsminister Hr. v. d Heydt hatte den ältesten der hiesigen Kaufmannschaft die offizielle Mittheilung gemacht, daß er beabsichtige, zur wirklichen Feier des Sonntags während der Kirchzeit die Postexpeditionen schließen, seine Gisenbahnzüge und Posten abgehen zu lassen, und überhaupt alle derartigen Geschäfte zu suspendiren. Er wünschte darüber die Ansicht der Kaufmannschaft zu erfahren. Die Antwort derselben ist jetzt eingegangen, aber dahin ausgefallen, daß eine Förderung der religiösen Gesinnung und des Kirchengehens allerdings sehr zu wünschen wäre, dieselbe aber schwerlich durch solche äußere Mittel erreicht werden dürfte, die auf den Geschäftsverkehr die nachtheiligsten Folgen haben müßten. Diese Antwort ist vom Handelsstand zugleich allen Handelsvorständen mitgetheilt worden. Was das Ministerium nun thun wird, vertanlet noch nicht.

Berlin, 6 Dec. Der „Deutschen Reichszeitung" wird von hier gemeldet: Aus Wien sind Nachrichten eingegangen, nach welchen die bereits im Gange befindliche Rekrutirung von 80,000 Mann zurückgenommen ist. Weitere Reductionen der Armee sollen in kurzester Zeit erfolgen. Gleichzeitig dürfte man kaum hier zu einer nicht angedehnte Demobilisirung, wohl aber eine theilweise Entlassung eines Theil des zweiten Aufgebots der Landwehr vornehmen, bei welcher namentlich verheirathete Landwehrmänner in Betracht kommen würden. Nach Dresden dürfte bei dem Beginn der freien Conferenzen der Minister der auswärtigen Angelegenheiten selbst gehen.

Bonn im Nov. Ueber die Flucht G. Kinkels giebt die „M. Ztg." folgende nähere Aufklärung: der oft genannte Befreier, Karl Schurz, ist ein früherer Bonner Student, welcher Kinkel begleitete, wegen des Jungbauffurmes in Siegburg flüchtig wurde, in dem Generalstabe der Pfälzer-Revolutionsarmee wieder auftauchte, später in der Schweiz ein sicherer Asyl fand, sich aber durch sein Hinderniß zurückschreiben ließ, mit persönlicher Gefahr sich nach Preußen zu begeben, um dort, selbst geachtet, das Werk der Befreiung zu versuchen und — zu vollbringen.

Schweiz.

** Aus der Schweiz, 4. Dez. Die sich in Bern aufhaltenden deutschen Flüchtlinge haben von der dortigen Polizeidirection die Weisung erhalten, wenn sie nicht sofort eine Caution von Fr. 800 leisten könnten, den Kanton zu verlassen. Da solche Ausgewiesene auch von andern Kantonen nicht geduldet werden, bleibt ihnen nur die Auswanderung nach Amerika

** Aus der Schweiz, 5. Dec. Der große Rath von Luzern hat in einer seiner letztern Sitzungen den Beschluß gefaßt, daß Israeliten sich künftig im Canton Luzern nicht können niederlassen.

Italien.

⊙ Aus Italien, 4. Dez. Aus ganz sicherer Quelle kann ich Ihnen die Nachricht mittheilen, daß die Zerwürfnisse Sardiniens mit Rom einer demnächsten friedlichen Lösung entgegengehen. Die Unruhen auf der Insel Sardinien sind jetzt vollständig unterdrückt. Viele Verhaftungen sind vorgenommen worden.

England.

London, 25. Nov. Mitten unter dem tollen Lärm der englischen Presse und der zahllosen Meetings, die täglich in der Hauptstadt und in den Provinzen gegen bas, was man den päpstlichen Angriff nennt, gehalten werden, lassen sich mitunter auch, protestantischer Seits, Stimmen der Vernunft und Besonnenheit vernehmen. So schreibt ein Rechtsanwalt von Lincoln's-inn an den Herausgeber der Morning-Cronicle: „Sire! Die Engländer sind sonst sprichwörtlich bekannt, wegen ihrer Liebe zur Gerechtigkeit und rechtlichen Behandlung. Diese Gefühle scheinen jedoch bei der Agitation, die gegenwärtig im Gange ist, ganz und gar verloren gegangen zu sein. Es gibt gewiß viele Protestanten, die gleich mir, einen gründlichen Ekel über das Geschrei, das jetzt erhoben, und über die Masse von falschen Ansichten und ersten Geschwätz, die tagtäglich entwickelt wird, empfinden." „Aber Ein Verdruß größer muß die Zahl derjenigen sein, die, weil sie vollständige Duldung bei Gegenständen des religiösen Glaubens für das Prinzip dieses Jahrhunderts und Landes halten, dieses goldene Prinzip durch den Sturm von Bigotterie und Gehässigkeit, den Lord John Russell und sein Kanzler leider heraufbeschworen haben, in Gefahr sehen gesehen zu haben müssen." Wenn, wie ich dafürhalte, diese Gefühle unter nachdenkenden und unparteiischen Männern allgemein sein müssen, so wurde es für sie ein Alt gewöhnlicher Gerechtigkeit sein, irgend eine Maßregel zu ergreifen, um gegen die moralische Verfolgung, die gegen unsere katholischen Mitunterthanen ausgeübt werden, zu protestiren. Es ist gewiß nicht hinreichend, wenn wir unsere Mißbilligung dieser Agitation bloß dadurch an den Tag legen, daß wir uns enthalten, daran Theil zu nehmen. Die Gerechtigkeit gegen unsere Romisch-katholiken, welche die Zielscheibe dieser Verfolgung, erfordert mehr als dieß." „Wenn wir einen Werth auf das Prinzip religiöser Freiheit legen, die nun auf dem Spiele steht (da sie abermals, wie vor Alters, von der in ihren Inkonsequenzen konsequenten Whig-Faktion verlegt), so ziemt es uns, unsere Stimme gegen das Geschrei und Gewaltthätigkeit rügiöser Bigotterie laut zu erheben." „Wenn es als die römischen Katholiken selbst die einzigen, welche protestiren." „Protestantische Brüder! Ist dieß ehrlich? Englische Brüder, ist dieß redlich gehandelt?" „Ich hoffe, Herr Herausgeber, daß Sie diesem Schreiben einen Platz in Ihrem Journal einräumen werden. Es soll als Mittel dienen, einflußreiche Personen auf den Gedanken zu bringen, wie nothwendig es zur Ehrenrettung unserer Charakters ist, die Initiative bei dem von mir angedeuteten Verfahren zu ergreifen." „Ich lege meine Karte bei und bin, Ihr gehorsamer Diener, Ein Rechtsanwalt. Lincoln's-inn, 25. Nov. 1850.

Vermischte Nachrichten.

Ein armer Weingärtner in der Nähe von Nimes hat kürzlich in einem ihm gehörigen Grundstücke eine ürdene Urne aufgegraben, die mehr als 3000 römische silberne Medaillen enthielt, und eine zweite kleinere mit 162 Medaillen von reinem Gold. Die letztern, von 165 Grammen Gewicht, wurden zum Preise von 115 Franken die Unze an die Stadt Nimes und einige Liebhaber verkauft. Es befinden sich darunter 2 von Julius Cäsar, 14 von Trajan, 26 von Vespasian, 5 von Nero, 17 von Antoninus, 16 von Domitian, 11 von Adrian, 3 von Commodus, 5 von Lucius Verus, 10 von Faustinus, 1 von Faustina 2 von Septimus Severus, 1 von Plotinus, 1 von Livilla (der Gemahlin des Antonin), 1 von Nerva, 1 von Sabinus, 1 von Didius Julianus, 1 von Pertinax, 2 von Aurelius. Von den silbernen Medaillen sind nur 1500 gerettet; die übrigen hat ein Silberschmied geraubt und dann eingeschmolzen.

Das Staatssiegel von Californien führt das Motto „Eureka"! (Ich hab's gefunden.)

Neuestes.

Landau, 5. Dez. Die hiesige Besatzung ist durch das 3. Bat. des 12. und durch eine Compagnie vom 14. Regiment verstärkt worden.

Kaiserslautern, 4. Dez. Gestern ist auch der Rest unserer Garnison — mit Ausnahme von etwa 24 Mann, die zur Bewachung der Gefängnisse hier bleiben — von hier nach Germersheim abmarschirt. Kürzlich wurde aus andern Garnisonsstädten berichtet.

Stuttgart. Die hier anwesenden Mitglieder des Ausschusses haben vom Criminalamte folgende Ladung erhalten: „Herr Adressat wolle Behufs seiner Einvernahme in der Untersuchungssache gegen die Mitglieder des von der aufgelösten Landesversammlung gewählten Ausschusses Donnerstag den 5. Dezember (die Stunde Ihnen besonders bezeichnet) vor dem ergenannten Amte sich einfinden. K. Criminalamt Huber."

Die Untersuchung geht auf „Verabredung zum Ungehorsam" (dieses Original die Verordnung vom 6. November.) (Beob.)

Stuttgart, 6. Dez. An die Stelle des nach Leipzig abgegangenen Prosessor. Wunderlich ist Professor Rapp in Tübingen an unsere Landesuniversität Tübingen berufen worden.

Frankfurt, 7. Dez. Aus sicherer Quelle wird uns mitgetheilt, daß bei den hier garnisonirenden Truppen der Kriegszustand unter Trommelschlag proklamirt worden ist, und daß permanente Standgerichte eingetzt sind, um alle Vergehen der Truppen gegen die öffentliche Ordnung schleunigst abzuurtheilen und zu strafen. Wir wissen dieser Maßregel unsere volle Anerkennung zu Theil werden lassen, da sie als eine Garantie zu betrachten ist, daß die Ranferien der Soldaten in den Straßen der Stadt nunmehr ein Ende nehmen.

(D. Z.)

Nach dem ministeriellen Oreds. Z. ist der Stadtpatterschaft von Schleswig-Holstein auf das mitgetheilte Schreiben von der Bundesversammlung geantwortet worden, daß von Unterhandlungen welcher Art immer nicht mehr die Rede sein könne. Der Friedensvertrag mit Dänemark sei nun von allen deutschen Regierungen ratifizirt und er habe maßgebend zu sein für das Bundesgliedt Holstein.

Paris, 4. Dez. Briefe aus Straßburg bestätigen, daß demokratische Emissäre in den elsassischen Dörfern Propaganda zu machen suchen. Es seien großtentheils Deutsche, welche in den Elsässern das deutsche Nationalgefühl wieder beleben wollten (C.)

T. D. Madrid, 1. Dez. Der großbritannische, niederländische, belgische und preußische Gesandte verlangen die Regulirung der Staatsschuld.

(Z. D.-J.)

Schwurgerichtsverhandlungen.

IV.

Würzburg, 4. Dez. Philipp Hammerbach 66 Jahr alt, verheiratheter Bauer von Mömlingen, stand unter dem heutigen vor dem Schwurgerichte, angeklagt der Brandstiftung ersten Grades. In der Nacht vom 29. auf den 30. Juli d. J., Nachts 2 Uhr brannte es zu gleicher Zeit in den Anwesen des Hammerbach, und zwar in der Scheune, im Stalle und in dem Hause; es sied daher der dringendste Verdacht auf Hammerbach als Urheber, und zwar, da mit Gewißheit angenommen werden konnte, daß an einer Stelle ausgebrochene Brand den andern nicht bedingt habe. Hammerbach mehrmals wegen Holzfrevel bestraft, hat einen sehr getrübten Leumund. Er lebte seit mehreren Jahren von seiner zweiten Frau getrennt, mit einer gewissen Gigerein, die von ihm zwei große Kinder hat, im Concubinate, in deren Haus er faß alle seine Geräthschaften, ohne dort zu schlafen, gebracht hatte. Hammerbach versuchte, da er häufig von seinen Gläubigern gewarnt wurde sein Besitzthum zu veräußern, was ihm aber mißglückte. Seine Vermögenslosigkeit bei dem ausgebrochenen Brande, sowie die Einwohner von Mömmlingen, welche ihn für den Schadtigen hielten, beurkundeten denselben als den Brandstifter. Die Geschworenen sprachen nach ⅔ständiger Berathung das „schuldig" der Brandstiftung 1. Grades aus, der Schwurgerichtshof erkannte in Folge dessen auf 5-jährige Kettenstrafe. Präsident: Herr K.-G.-R. Greß v. Spreti; Staatsanwalt: Hr. A.-G.-R. Dr. Lotz; Vertheidiger: Anwalt Kirchgeßner. Die Geschworenen waren: Dr. Bermuth, (Obmann) Bieberich, Dürdig, Gopfert, Dr. Rosbach, Hofmann, Frankenberger, Maly, Zudent, Klemenz, Dr. Stephan, Jüngling.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Fabri.

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 7. Dezbr.
Weizen 13 fl. 2 kr. Korn; 10 fl. 35 kr.
Gerste 9 fl. 19 kr. Haber 5 fl. 20 kr.

Bekanntmachungen.

Im Wege der Hilfsvollstreckung wird das unten beschriebene Wohnhaus im IV. Distrikt No. 179, in der obern Kasernggasse gelegen, dann 1½ Morgen Garten und Weinberg am breiten Wege Pl. No. 3451 und 3451½ nach Maßgabe des Hypothekengesetzes §. 64 und der Novelle vom 17. Nov. 1837 §. 100 und 101 dem öffentlichen Streiche ausgesetzt, und dieß Tagsatzt auf Montag den 30. Dez. d. J. früh 10 Uhr im Geschäftszimmer No. 6 anberaumt, wozu Steigerliebhaber eingeladen werden.

Würzburg, 28. Nov. 1850.
Kgl. Kreis- und Stadtgericht.
Seuffert. Fröhlich.

Beschreibung des Wohnhauses.

Das Wohnhaus No. 179 Distrikt IV. ist 66¼ Schuh lang, 23½ Schuh tief, 2 Stockwerke hoch, theils aus Steinen, theils aus Fachwerk gebaut, und hat ein drusches mit Brettigeln gedecktes Dach.

Der bauliche Zustand ist gut, und der Gelaß folgender:

1. In der Erde ein gewölbter Keller,
2. Im ersten Stocke:
   Vorplatz und Gang, 3 heizbare Zimmer, Werkstätte, Küche und Abtritt.
3. Im zweiten Stocke:
   Vorplatz, 3 heizbare Zimmer, Küche, Speiskammer und Abtritt.
4. Im ersten Dachraume:
   Vorplatz, 3 heizbare Mezzanezimmer, 2 unheizbare Zimmer und 2 Küchen.
   Darüber ein zweiter freier Boden.

Der Bürth Valentin Wolkmuth von Rödelmaier hat auf Zusammenrufung seiner Gläubiger angetragen, um mit ihnen einen Stundungsvertrag abzuschließen.

Es werden daher alle jene, welche an Valentin Wolkmuth Forderungen zu machen haben, aufgefordert, solche am

Montag den 30. l. M.
Vormittags 9 Uhr

unter dem Nachtheile dahier anzumelden, daß die Nichterscheinenden dem Beschlusse der erschienenen Mehrheit als zustimmend erachtet werden.

Neustadt a. S., 3. Dez. 1850.
Königl. Landgericht.
B. a.
Thambusch, Akt.

Gestorbene:

Den 8. Dez.
Schuhmacher Heidensetter 63 J. Werkmeister Reichert 67 J.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreiberhof 2. Distr. Nr. 535.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 295. Würzburg, Dienstag den 10. Dezember. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Würzburg, 10. Nov. Zufolge eines heute dahier angelangten k. Ministerialrescripts vom 8. Dezember hat die nachträgliche Ausbedung von 6000 Mann aus den Konscribirten der Altersklasse 1828 zu unterbleiben.

Würzburg, 10. Dez. Die Pfarrei Wesfurt wurde von Sr. Bischöflichen Gnaden dem dortigen Pfarrvikar A. Wehner; die Pfarrei Elsenfeld dem Pfarrer Baltenmayer zu Stadtprozelten; die Pfarrei Frankenwinheim dem Benefiziaten Batz zu Heidingsfeld und jene zu Bergtheinfeld dem Pfarrer Kirschner zu Falkenstein verliehen.

Die Beeidigung des Heeres auf die Verfassung.

Es ist in der Neuzeit bekanntlich eine politische Sekte erfunden, welche für eine ganze Reihe ihrer Dogmen die Unfehlbarkeit anspricht. Diese sind, ihrer Meinung nach, bereits über jede Kritik erhaben. Wer sie auch nur auf das Borsichtigste zu berühren und zu sichten wagt, wird schon als ein reaktionärer Ketzerlier in den Bann gethan. Wir beabsichtigen jetzt, das Anathema nicht zu scheuen, und auf jede Gefahr hin den Versuch zu wagen, den Irrthum von der Wahrheit zu sondern.

Jedes Heer besteht aus einer Masse Individuen, welche sich behufs eines hohen staatlichen Zweckes, eines großen Theiles ihrer individuellen Rechte begeben müssen. Der Soldat im Dienste hat sich seines freien Willens, seines eigenen Urtheils zu entäußern. Er muß einem höheren Willen gehorchen, ob auch sein Verstand und sein Herz sich dagegen sträuben sollten. Er muß sich für eine Sache schlagen, über deren Gerechtigkeit sein Urtheil nie eingeholt wird. Er muß sich für sie schlagen in der Weise, wie ihm befohlen wird, und ein blinder aber fröhlicher Gehorsam ist seine schwere, seine erste Pflicht.

Die Resultate, welche der Soldat erzielen soll, können nur durch seine Verwendung in Massen, welche nach einem Willen sich bewegen, erreicht werden. Jedes Hervortreten des Individuums, welches dieser einheitlich massenweisen Bewegung hindernd in den Weg tritt, zerstört die Wesenheit des Heeres und den Geist des Soldatthums.

Es giebt nun keinen Akt, welchen der Mensch vollführen kann, der so sehr die Individualität in den Vordergrund treten läßt, als die Leistung eines Eides. Es kann ihn kein Mensch für den andern leisten, kein Mensch für den andern erfüllen. Die endliche Verpflichtung ist ihrer innersten Natur nach eine rein individuelle, die daher auch nie von einer Körperschaft, irgend einer moralischen Person, also nicht von einem Regimente, von einer Bank-Direktion rc. geleistet werden kann. Nur die einzelnen Menschen in der Bank-Direktion vermögen ihn abzulegen. Wenn der Soldat nun doch als Individuum einen Eid zu leisten pflegt, so ist es der allein für ihn mögliche, gerade der Eid, durch welchen er seine Individualität verläugnet, und sich zum Theil eines großen Ganzen, zum willenlosen Vollzieher eines fremden Willen macht.

Während der Fahneneid das Individuum im Soldaten zurückdrängt, zwingt der Verfassungseid dasselbe zum Hervortreten. Der erstere setzt den unbedingten Gehorsam fest, der letztere macht diesen zum bedingten Gehorsam, von zwar zu einem Gehorsam, bedingt durch die Verstandesthätigkeit jedes einzelnen Mannes in der Armee. Durch den Fahneneid schwört der Soldat jedem Befehle seiner Oberen zu gehorchen, durch den Verfassungseid, demselben nur dann zu gehorchen, wenn er mit seiner eigenen Ansicht von der Verfassung übereinstimmt. Es macht mithin der letztere dem Soldaten in gewissen Fällen den Ungehorsam zur Pflicht.

Wenn der Verstand aller Menschen oder wenigstens aller Soldaten gleich wäre, und dessen Thätigkeit stets zu gleicher Zeit zu demselben Resultate führte, so wurde der Verfassungseid wenigstens eine uniforme Wirkung haben. Dann würde die Armee auf einmal gehorchen. Da dieses aber nicht der Fall ist, so wird ein Theil der Armee, ja ein Theil eines Regiments, einer Compagnie, eines Zuges den Gehorsam verweigern, während der andere Theil ihn leistet, und die vollständigste Anarchie im Heere ständе somit bevor.

Um Jemanden zu einem Eide verhalten zu können, muß zuvorderst feststehen, daß derselbe im Stande ist, denselben zu erfüllen. Zur Erfüllung eines Gelöbnisses gehört vor Allem ein Verständniß desselben, dann das Vermögen, den Inhalt desselben auszuführen.

Wie können uns nicht denken, daß selbst die Feernde der Beeidigung des Heeres auf die Verfassung glauben, wie alle Soldaten oder nur ein Mehrheit derselben die Constitution ihres Landes gründlich kennen oder auch nur oberflächlich zu beurtheilen vermögen. Vielleicht werden selbst jene Leute eingestehen, daß es nicht verständig sei, den gemeinen Mann zum Richter über ernste Fragen zu machen, welche oft die höchsten rechtserfahrenen Beamten eines Staates mit Mühe und Schwierigkeit zu lösen verstehen.

Aber des Argumentes wegen zugegeben, daß alle Soldaten einen seltenen Grad staatlicher Bildung erlangt hätten, wie steht es mit dem Vermögen des Soldaten, seinen Schwur auf die Verfassung zu halten? Ein untergeordneter Beamter im Civil-Dienste, welcher den Verfassungs-Eid geleistet hat, mag einen Befehl von seinem Vorgesetzten erhalten, dessen Erfüllung er mit seinem Eide unvereinbar findet. Er kann demselben den Gehorsam verweigern, indem er seine Resignation einsendet, oder er muß sich die Entlassung gefallen lassen, welche er in Folge seines verweigerten Ungehorsams erhält. Ein Soldat, der wegen gleiches Gewissens-Scrupel ungehorsam worden müßte, wäre in einer ganz anderen Lage. Erstens sind bei seinem Stande Resignationen nicht statthaft, oder wir wurden von Zeit zu Zeit eine Anzahl von Männern, welche in Reih und Glied stehen, auf ihre Aemter verzichten sehen. Dann aber steht dem Soldaten, sei er Gemeiner oder Offizier, der den Gehorsam wegen constitutioneller Gewissens-Regungen aufständigt, nicht eine einfache Entlassung bevor, sondern ein Strafgericht, der ihn seiner Ehre, seines Lebens oder seiner Freiheit beraubt. In solche Position darf aber kein Staat seine Diener bringen.

Wir wissen, daß es Leute gibt, welche die größte Sicherheit für die Verfassung in der Eides-Leistung des Heeres auf dieselbe erblicken. Aber wir wurden es für thöricht halten, ihren Vorurtheilen das gesunde Urtheil zu opfern. Ebenso wenig, wie unsere Gesetzgebungspflege dadurch gewinnen würde, wenn die Gerichtsdiener verredigt würden, kein Urtheil des Richters in Vollziehung zu setzen, welches ihnen nicht gesetzlich erscheinen, ebenso wenig würde das constitutionelle System dadurch gefördert werden, wenn die Soldaten schwören müßten, keinen Befehl auszuführen, der ihnen nicht constitutionell vorkäme. Ein Blick in die neuere Geschichte lehrt uns auch, daß, wo eine Constitution haltbar ist, kein Eid vonnöthen gewesen, um sie haltbarer zu machen, und daß, wo sie nicht haltbar war, kein Eid sie zu befestigen vermochte. In England schworen die Soldaten nicht auf die Verfassung, und doch glaubt kein Mensch, daß sie dieselbe jemals bedrohen werden. In Frankreich wurde einst auf die Verfassungen geschworen, aber welcher Eid hat die eine oder die andere derselben vor der Zerstörung zu bewahren vermocht? Die neuere Geschichte lehrt uns aber noch etwas Anderes und noch Beherzigenswertheres. Es sind Civilisten gewesen, und nicht Soldaten welche die Revolutionen gemacht, und die Verfassungen umgestürzt haben. Von dem ersten Ausbeuche der französischen Revolution bis zur Zeit, da Napoleon die Zügel der Gewalt an sich riß, sei durch die Auflehnung der Civilisten allein eine Constitution nach der andern. Die französische Revolution von 1830, wie jene von 1848 wurden nicht durch das Heer hervorgerufen.

Jedermann, der das Heer in seiner nothwendigen Einheit und Kraft erhalten möchte, Jedermann, der den ernstesten Akt im menschlichen Leben, die Ablegung des Eides, nicht zu einem prunkenden Spiele herabgewürdigt sehen will, wird sich gegen jede Beeidigung des Heeres auf irgend eine Verfassung verwahren; diejenigen aber am energischsten, denen gerade die Aufrechthaltung der Verfassung am nächsten am Herzen liegt. Wahrlich wir konnen etwas Besseres thun, als die Irrthümer der Franzosen unseren Nachbarn nicht sie bereits erkannt und verbessert haben. Frankreich hat jetzt den politischen Eid in der Armee abgeschafft, und wie, wir sollten ihn beibehalten!? (Bl.)

Deutschland.

München, 8. Dez. Se. Maj. der König haben den seitherigen Hauptmann im Inf.-Leib-Reg. v. Ricciarelli zu Allerhöchstihrem Flügel-Adjudanten ernannt. — Heute Vormittags fand im Ministerialgebäude des Aeußern ein Ministerrath statt. — Die Aufragen sind bei uns noch keineswegs eingestellt. Erst heute erhielt wieder eine neue ausgerustete Batterie Marschbefehl; für übermorgen desgleichen die Feldgendarmerie und Sanitäts-Feldkompagnie. Die Eisenbahn-Direktion ist bereits schriftlich angewiesen, die nöthigen Wag-

gons hiezu bereit zu halten. Ferner sind Befehle gegeben worden, zu einer starken Truppenkonzentirung in der Umgebung von Hof, und zwar wie verlautet, wegen der preußischen Truppenansammlungen an der sächsischen Grenze. — Die früher deabsichtigte Truppenkonzentrirung bei Bamberg scheint wieder aufgegeben worden zu sein. — Das Ct. Bergs-Ritterstift, welches allsjährig am heutigen Tage am k. Hofe festlich begangen wurde, ist dieses Mal nicht gefeiert worden, nur der übliche Trauergottesdienst für die verstorbenen Ordensmitglieder, welchem auch Se. Maj. der König beiwohnte, hat stattgefunden. Der Landrath von Oberfranken hat diesmal in der gesetzlich bestimmten Zeit von 14 Tagen die in gemachten Vorlagen erledigt, und derart sonach seiner Verlängerung seiner Sitzungen. — Das neue Gesetz über die Kapitalrenten- und Einkommensteuer erweist sich als ein dem Zweck entsprechendes, denn schon jetzt ergibt sich, daß diesmal die Steuer einen weit höheren Ertrag liefern werde, als im Jahr 1848, wo diese Steuer zum erstenmale erhoben worden. — Die Einberufung des Landtags soll für die ersten Tage des neuen Jahres bestimmt sein. — König Otto von Griechenland soll seinen hiesigen Aufenthalt bis zum Frühjahre zu verlängern gesonnen sein. Dieser Monarch besucht häufig in Gesellschaft seiner Mutter unsere Kunst-Museen und Ateliers der Künstler und gewinnt durch seine Freundlichkeit alle ihm obnehin stets genejgten Herzen.

(N. Ztg.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 7. Dez. Fortwährend haben wir noch Durchmärsche königl. preußischer Truppen. Gestern kam das 3. Bataillon des 17. Infanterieregiments hier an aus Westphalen, und marschirte weiter nach Hersfeld. Man wird diese Truppenmärsche mit den jüngsten Vorgängen nur dann in Einklang bringen können, wenn man erfährt, daß die Gegenwärtig hier durchmarschirenden Regimenter zum 7. Armeecorps gehören, welches unter dem Generallieutenant von der Gröben bei Hersfeld steht, und die dort befindlichen nicht zu diesem Armeecorps gehörigen Regimenter dagegen zurückgezogen werden. — Heute soll, den Vernehmen nach, ein königl. preuß. Manöverzement hier eintreffen und ebenfalls in der Richtung nach Hersfeld weitermarschiren. — Die Bundestruppen sind bis in das Schwalmthal, an der Gegend von Ziegenhain und Trapfa, vorgerückt.

Hersfeld, 7. Dez. Das seit circa 4 Wochen daher und in der Umgegend einquartirt gewesene königl. preußische 18. Infanterie-Regiment hat uns heute Morgen in aller Frühe verlassen, und ist nach Bacha marschirt, und wird von da weiter nach Schlesien gehen. Anstatt seiner sind wir heute Nachmittag 2 Uhr mit dem zur Division des Generallieutenant v. Tietzen und zur Garnison Münster gehörigen, bisher in Bacha gelegenen 13. Infanterie brigadirt worden. Da diese Mannschaft, sowie die noch hier verbliebene Abtheilung Artillerie noch nicht hinreichen scheint, um die angeblich gefährdete Etappenstraße zu schützen, so hat noch ein Zuwachs von einem Regiment Husaren, dem Vernehmen nach halb grüne, bald blaue, stattgefunden, womit besonders die schon so hart gedrückten Bauern, welche das Glück haben, an der hess. preuß. Etappenstraße zu wohnen, beglückt worden sind. Ein Ein- oder Durchmarsch der Bundestruppen ist bis jetzt hier noch nicht erfolgt; gestern und vorgestern sind dieselben aber bei Niederaula vorbei in die Gegend von Ziegenhain marschirt, um von da die Maeburg-Kasseler Eisenbahnstrecke zu besetzen. Das Hauptquartier ist noch in Fünfeich. (K. Z.)

Hünfeld, 7. Dez. Die gestern begonnene Bewegung in der Richtung nach Ziegenhain wird fortgesetzt. General v. Hailbronner marschirt von da nach Marburg; andere Truppen der 1. Division (3. der Armee) folgen gegen Ziegenhain hin. Dagegen findet in der Richtung von Hersfeld nach Kassel noch keine weitere Bewegung vorwärts statt, bis die Preußen erst diese Gegend geräumt haben. Auf dem Marsche von gestern haben die Bundestruppen zum ersten Mal die preußische Etappenstraße überschritten bei Niederaula. Die beschlagnahmten Proviantspecies des Hrn. v. Bincke in der preußischen Kammersitzung vom 2. Dez. sind alle, wo so viele andere besser Bedacht, falsch. Wenn schamlose Blätter, die von der Lüge leben, behaupten, den Bundestruppen alles Ueble nachsagen, so liegt man nicht den mindesten Werth darauf; wenn aber ein Volksvertreter in der Kammer einer großen Staates solche Unwahrheiten ausspricht, wie „die Bayern hätten hier gehaust, wie im 30jährigen Kriege", so verdienen es eine strenge Rüge. Hr. v. Bincke komme her und überzeuge sich, daß er eine Verleumdung gesprochen; er kann mit eigenen Augen sehen, mit eigenen Ohren hören, daß die Mannzucht der Bayern eben so gut ist, als die der Preußen. — Einige Veränderungen sind hier im Hauptquartier der commandirenden Generale vor. General Beyer von Bamberg traf auf der Pfalz hier ein und übernahm das Commando der Reiterbrigade der Division Dumbeer. General Hartmann ist zum 1. Armeekorps nach Bamberg abberufen worden. Oberst Ort übernimmt das Commando der 2. Infanteriebrigade der Division Lehnis, anmehr der 8. da Division und Brigaden durch diese Armeekorps zahlen.

(K. Z.)

Fulda, 9. Dez. Ueber die unerwarteten Hindernisse, welche General v. d. Groben dem Durchmarsche der Bundestruppen durch Hersfeld bis jetzt in den Weg stellte, ist man hier billig erstaunt, da General v. d. Groben von Berlin noch die ausdrückliche Ordre erhalten haben muß, „der Aktion der von dem Kurfürsten herbeigerufenen Truppen kein Hinderniß in den Weg zu stellen"; nun soll aber der königl. preußische General in einem an den Fürsten von Thurn und Taxis gerichteten Schreiben, worin er unter Andern auch von dem „Herrn Kurfürsten von Hessen" redet, sich sehr ungehalten darüber, Hersfeld weder räumen, noch den von dem Kurfürsten herbeigerufenen Truppen den Durchmarsch durch Hersfeld gestatten zu wollen. Wir wären begierig zu hören, auf welchen Artikel der Olmützer Conferenz, oder der preußisch-kurhessischen Etappenconvention dieses Verfahren gegründet werden soll. Eben so wenig, als daß General v. d. Groben den Marsch über die nichtbesprochene Etappenstraße zwar bei Niederaula gestattet hat, aber der Meinung ist, die Bundestruppen dürften blos „auf" Kassel vorrücken, nicht aber „in" Kassel einziehen. Auch hierüber erwarten wir gründliche Belehrung; denn die zur Stunde haben wir gegründet, daß Kassel der Herd der Widersetzlichkeiten und Kassel müsse vor allen anderen Theilen des Landes zur Anerkennung der landesherrlichen Autorität zurückgeführt werden, wenn Ruhe und Ordnung im Lande für die Dauer hergestellt und sodann auch „erhalten" werden solle. Zur „Erhaltung der Ruhe und Ordnung", vorausgesetzt, daß die Autorität der Regierung erst hergestellt ist, möchten dann Bataillone genügen, nicht aber zur Wiederherstellung dieser Autorität, des einzigen Gewinden, welchhalb sich St. Königl. Hoheit der Kurfürst an den Bund um Hilfe wandte. Die äußere Ruhe und Ordnung (auf der Straße nämlich) war ja im Grunde nie ernstlich gestört worden, somit zu deren Aufrechthaltung genügte das Kasseler Militär, das sogar den Kassier der Bürgergarde.

Der ganze Zweck des Einmarsches der Bundestruppen wäre verfehlt, wenn letztere nur bei den grösstentheils unschuldigen Landbewohnern unterzebracht und Kassel leer ausgehen sollte: ein solches Ergebniß kann unmöglich in der Absicht des preußischen Cabinets liegen. (K. Z.)

Hanau, 10. Dez. Gestern Morgen befand sich eine Abtheilung Oesterreicher von ungarischen Regimentern unter Anführung zweier Offiziere auf dem hiesigen Bahnhofe. Sie waren vorgestern von Brüdenau gekommen und bildeten jetzt die Eskorte einer Kasse von 94 Centnern Gewicht, welche sie bei Hrn. Rothschild in Frankfurt abgeholt hatten, und die am Bahnhofe auf mehrere Wagen geladen und auf der Strecke nach Aschaffenburg weiter gefahren wurde. Nachrichten aus Kassel zufolge ist dasselbst gestern den 9. Dez. der Einmarsch der Bayern allgemein erwartet worden. Ein Mitglied eines deutschen Gerichtes soll seine Miethe gekündigt, sein Meublement ins Lagerhaus versetzt gebracht haben, sich in Kassel in ein Gasthaus einlogirt haben, in der Hoffnung, auf diese Weise die Exekution an sich zu vereiteln. Diese Beamten thäten besser, sich ungesäumt und willig zu fügen, statt nutzloser Mühe und zum Nachtheile des Landes die Sache zu verzögern, und den gegenwärtigen Ausnahmezustand zu verlängern. — Die Eisenbahn zur Sinderung der Beurlaubten des kurfürstlichen Garderegiments und des Jägerbataillons sind, wie ich höre, gestern in das Land verschickt worden.

(K. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 5. Dec. Gestern ist ein Armeebefehl erschienen, kraft dessen alle in dem holsteinischen Heere dienenden preußischen Staatsangehörigen eine genaue Angabe sowohl über hiesigen Verhältniß als über Stellung im preußischen Heere, ob Ihne oder Landwehr, und ihren jetzigen Aufgebot, zu machen haben. Von den Betreffenden wird dies als eine Einleitung und Vorbereitung zu einer gänzlichen Verabschiedung angesehen, die in Folge einer dringenden Mahnung Preußens vom Generalcommando gewährt wurde. Gewiß konnte die hiesige Armee kein härteres Schlag treffen, als der Austritt dieser die 3000 Preußen. Die Unteroffiziere unter denselben bilden den Kern ihrer Standesgenossen; ihre Zahl wird auf 5 bis 900 angegeben; manche Bataillone, z. B. das 9., würden ganz verwaist dastehen, und nur 6 bis 8 Unteroffiziere behalten.

Rendsburg, 5. Dec. Es hat ihre Aufmerksamkeit erregt, daß gestern der General Herwarth, Chef des gesammten preußischen Ingenieurwesens, zum Mitglied der Vaubefestigungs-Commission ernannt worden sein soll. Man schließt daraus, daß Preußen bei dieser Gelegenheit die große Bedeutung, welche unsere Festung für Deutschland hat, als einer wichtigen Pforte beim Abschlusse der Landesgrenzen zu Wasser und zu Lande, fassen wird. — Die dänische Besatzung in Eckernförde ist neuerdings bis auf 1500 Mann verstärkt worden.

△ Aus Baden, 7. Dec. Neuerdings an verschiedenen Orten des Landes vorgekommenen Bahnirrungen haben die Behörden zu erneuten sollingen Verordnungen, deren strenge Handhabung anbefohlen wurde, veranlaßt. Der Grenzverkehr ist seit einigen Tagen wieder sehr beschränkt. Einwohner aus dem Großherzogthum Baden vom 16 — 24 Jahren dürfen nur dann die Schweiz besuchen, wenn sie vom Ortsvorsteher einen Ausweis haben, der ihnen ganz pünktlich angegeben ist, aus was für einer Ursache sie die Schweiz besuchen wollen, und wie lange ihre Geschäfte dauern werden. Die Gerüchte, die deutschen Flüchtlinge beabsichtigen einen Einfall nach Baden, sind ganz grundlos.

Heidelberg, 5. Dez. Ein rachloser Attentat auf die Sicherheit der Main-Neckar-Eisenbahn ist an den Abenden des letzten Samstags und Sonntags verübt worden. Am Samstag wurden auf Friedrichsfelder Gemarkung die Kloben einer Schiene mit Brecheisen abgehoben, was am Sonntag früh glücklicherweise vor dem ersten Zug entdeckt wurde; auch am Abende dieses Tages kurz vor dem letzten Zug, nachdem der Bahnwart seine Strecke begangen, und auf seinem Posten zurückgekehrt war, wurden auf Neckarhäuser Gemarkung im Schutz der Dunkelheit in Abständen von 200 bis 300 Fuß 4 Barrikaden von Granit und Sandsteinen von vermuthet Hand quer über die Schienen gebaut, offenbar in der Absicht, den letzten Zug ver-

unglücken zu machen. — In der That kam der letzte Personenzug um nach ihm ein hierer in vollem Tempo mit zwei Maschinen um 7 Uhr in vollem Lauf an dieser Stelle vorbei; aber mit wunderbarer Kraft wurden die Steine durch die Lokomotive auf die Seite geschleudert, und theilweise auch durchschnitten und zertrümmert. Einen heftigen Stoß empfing jedoch die erste Maschine, die in Folge schwerer Steine stieg in den Aschenkasten und wurde in Heidelberg dort entdeckt. — Sowohl der Thäter, als die Motive dieser Unthat sind bis jetzt mit Gewißheit noch nicht entdeckt, es läßt sich aber unzweifelhaft vermuthen, daß die Urheber davon dieselben sind, welche vor drei Monaten einen ähnlichen Angriff auf die Bahn unternommen und vor kurzem, unmittelbar nach Abgang der Preußen aus Ladenburg deren beide Schützenhäuser über die Brücke in den Neckar geschafft hatten. Möge es den Gerichten gelingen, der Missethäter habhaft zu werden, und sie zur strengsten schnellen Strafe zu ziehen.

(Bw. Z.)

Freiburg, 5. Dez. Die „Deutsche Ztg." veröffentlicht eine Erklärung des Hrn Dr. Buß, deren Wortlaut wir folgen lassen: Die Deutsche Zeitung hat in ihrer Beilage zu Nr. 331 vom 27. Nov. d. J. folgenden Bericht aus Karlsruhe vom 25. v. M. mitgetheilt. „Es kann ich nun auch heute nicht umhin, Ihnen mitzutheilen, daß der Verfasser der wuthschnaubenden Artikel gegen Hrn. v. Marschall, der Erfinder oder vielmehr der Wiederaufwärmer der Religionsgefahr in der Kass. Z. Niemand anders ist, als der bekannte Hofrath und Professor Dr. Buß, der vor kurzem aus Wien nach Freiburg zurückgekehrt, das ihm angetragene Stadt Arbeit ließen muß. Diese gewissenlosen Versuche, das hartgeprüfte Land in neue Verwirrungen zu stürzen, liefen übrigens die Dienste des Ungezieferst: sie mahnen zur Vorsichtsicht." Ich erkläre gegen die ebenso leichtfertige, als schamlose Angabe dieses Correspondenten, daß ich seit meiner Rückkehr aus der deutschen Nationalversammlung in gar kein Stadt Artikel über die öffentlichen Zustände Badens, alse auch nicht in der Kass. Ztg. gegen Hrn. v. Marschall geschrieben habe. War und bin ich deswegen mit den öffentlichen Zuständen des Landes vollkommen zufrieden? Nein. Ich wollte nur die schwierige Arbeit des groß. Ministeriums in dem Wiederaufbau des durch die Bureaukratie und die bisherigen Landstände mehr als durch die Revolution, die hauptsächlich deren Werk war, zerrütteten Landes meinerseits nicht stören. Aber ich bitte Sie, mir nun nicht die Politik und Verwaltung des Ministeriums, nicht das Gebahren der gegenwärtigen zugleich vor- und nachmärzlichen Kammern, und ich erkenne die Haltung der badischen Presse als eine öffentliche Schmach. Freiburg, 5. Dez. 1850. Dr. Buß.

Dresden, 6. Dez. Eine gewisse Richtung in der Presse und insbesondere nichtsächsische Blätter haben sich viel Mühe gegeben, mehr oder weniger unwürdige Insinuationen über den Geist und die Stimmung unserer unter den Waffen stehenden Landesfahne unter die Leute zu bringen. Nach dem jenes unsaubere Treiben bereits durch den thatsächlichen Vorhalt Lügen gestraft worden, hat jetzt, wie wir vernehmen, das kgl. Kriegsministerium den folgenden Tagsbefehl in dieser Beziehung erlassen: „Es ist dem Kriegsministerium nicht unbekannt geblieben, wie ein Theil der politischen Blätter es sich angelegen sein läßt, die bedwilligsten Verdächtigungen gegen die sächsische Armee zu verbreiten und Zwiefel an deren Patriotismus, deren Treue und Hingebung, deren Bereitwilligkeit, den Befehlen Gehorsam zu leisten, laut werden zu lassen. Die Ehre der Armee ist zu fest begründet, sie steht zu hoch, als daß sie gegen so niedrige Angriffe einer Vertheidigung bedürfte Das Kriegsministerium hat es daher unterlassen, solche Verdächtigungen einer schriftlichen Widerlegung zu würdigen, und glaubt der Armee dadurch einen wenn Dienste seines festen Vertrauens auf ihre Gesinnungen gehen zu haben. Dresden, den 5. Dez. 1850. Kriegsministerium. Rabenhorst."

Wien, 3. Dez. Scheidewunsch, welche vor 8 Tagen gänzlich verschwunden war, ist jetzt im Ueberfluße vorhanden und wird in Säcken ohne allen Kurs weggegeben. Die Spekulanten, welche mit der ohne politische Absicht Kupferkreuzer aufhäuften, beeilen sich aus natürlicher Furcht derselben los zu werden. Die Winkelsdeserteure haben sich noch nicht eingefunden. Die öffentliche Börse ist ruhig und für die ihrer Würde angemessene Physiognomie angenommen. — Heute wurden einige Boese-Spekulanten eingezogen, welche Berathungen wegen Ermittlung eines anderen Zusammenkunftsortes für die nunmehr gesperrte Winterlodwitz hielten.

Wien, 6. Dez. Mittels Handschreiben hat der Kaiser den Frhrn. v. Kubeck zum Präsidenten des Reichsrathes ernannt, welcher nach den in der Reichsverfassung vorgezeichneten Grundzügen in's Leben tritt. Dem Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg wurde gleichzeitig der Auftrag, im Einvernehmen mit Kubeck eine von denselben zu leitende Kommission zusammenzusetzen, die das Statut über Einrichtung und Wirkungskreis des Reichsrathes entwerfen soll.

Berlin, 6. Dez. Gestern wurden dem Fürstencollegium die in Olmütz zwischen Herrn v. Manteuffel und Fürsten Schwarzenberg getroffenen Festsetzungen mit einer rechtfertigenden Druckschrift von Seiten unserer Regierung vorgelegt, welche Mittheilungen von den Mitgliedern des Fürstencollegiums mit tiefem Stillschweigen entgegengenommen wurden.

Berlin, 7. Dez. Vorgestern traf von Wien hier eine Depesche ein, in welcher die östr. Regierung mittheilt, daß Bayern und Württemberg an sie das Verlangen gestellt haben, den „freien Conferenzen" in Dresden die Beschlüsse von Warschau und Bregenz zum Grunde zu legen. War von Württemberg und Bayern wohl kaum anders zu erwarten.

— Daß die Entlassungsordre, betreffend den Herrn Minister von Ladenberg, nicht schon durch den Staats-Anzeiger veröffentlicht worden ist, dürfte seinen Grund darin finden, daß genannter wird, gleichzeitig die Ernennungsordre für seinen Nachfolger im Ministerium zu bringen. Der Regierungspräsident v. Raumer in Frankfurt ist bereits angefordert worden, das Ministerium des Unterrichts der geistlichen und Medizinal-Angelegenheiten zu übernehmen. Eine definitive Antwort scheint bis heute Morgen noch nicht eingegangen zu sein. — Bemerkenswerth ist ferner ausgesprochene Meinung bemerken wir, daß jetzt das Ministerium nicht geneigt zu sein scheint, sich sofort zu vervollständigen, vielmehr soll jetzt nur das Unterrichtsministerium besetzt werden, um den Austritt des Herrn v. Ladenberg zu ermöglichen; die übrigen erledigten Stellen im Ministerium sollen erst um die Zeit des Wiederzusammentritts der Kammern im Januar besetzet werden. Hoffentlich aber doch noch vor dem Zusammentritt.

— Wie wir hören, werden von mehreren Seiten Adressen dahinlautend, um Sr. Majestät den König für die letzten Schritte der Regierung ehrfurchtsvoll zu danken und Allerhöchstdenselben die Versicherung auszusprechen, daß der Kern des Volkes d. h. der zahlende, lämpfende u. resp. unter den Drangsalen eines Krieges leidende Theil des Volkes, die gegenwärtige Politik des Ministeriums Manteuffel mit ungetheiltem Beifall begleite. Wir wollen ein solches Vorhaben unsern Freunden auf das Entschiedenste empfehlen.

— Der englische Ministerresident in Hamburg hat, wie das L.-B. berichtet, dem dortigen Senat eine Note zugestellt, in welcher seine Regierung erklärt, daß sie sich aller Einmischung in deutsche Angelegenheiten, so weit nicht das nächste Interesse Englands in Frage kame, enthalten würde. In Bezug auf Schleswig-Holstein aber liege England die Verpflichtung ob, die Aufrechthaltung und Ausführung des Friedensvertrag getreulich zu machen. (N. Pr. Z.)

Frankfurt, 7. Dez. Der Staats-Anzeiger enthält folgende Kabinetsordre an den Ministerpräsidenten und Minister der geistlichen rc. Angelegenheiten, v. Ladenberg: „So schmerzlich es Mir auch ist, Sie aus Meinem Staatsministerium scheiden zu sehen, so will Ich Ihnen doch die von Ihnen wiederholentlich nachgesuchte Entlassung aus Ihrem Amte nicht versagen und werde Ihnen dieselbe, sobald Meine Entschließung wegen Ernennung Ihres Nachfolgers gefaßt sein wird, unverzüglich ertheilen. Bis dahin erwarte Ich, daß Sie die nicht politischen Geschäfte Ihres Ministeriums fortführen werden. Von dem Ihnen interimistisch übertragenen Präsidium des Staatsministeriums will Ich Sie schon jetzt entbinden und habe Dieß dem Staatsministerium bekannt gemacht. Potsdam, den 4. Dez. 1850." Friedrich Wilhelm. — Das Präsidium des Staatsministeriums wird in einer zweiten Kabinetsordre dem Herrn v. Manteuffel interimistisch übertragen.

Breslau, 5. Dez. Gestern und heute sind an sämmtliche Buchhandlungen der Befehl ergangen, keine Karten des preußischen Staats und seiner Provinzen nach Oesterreich zu versenden.

Italien.

Die „Oesterreichische Correspondenz" sagt: „In welchem Grade die radikalen Turmer Blätter die deutsche Frage auffassen, beweist folgender Passus des „Progresso." „Ein Krieg mit Preußen wird alle von der Reaktion augenblicklich niedergeschmetterten Fragen aufleben machen, alle gefallenen Völker werden sich neuerdings erheben und Europa wird unversehrt eine neue Gestalt bekommen. Die Lombardei, schon jetzt mit Truppen entblößt, erwartet nur das Signal zum bewaffneten Aufstande. Toskana und die römischen Staaten werden nicht zögern, solches Beispiel nachzuahmen." So markschreierisch diese Behauptung auch klingt, so läßt sich doch unverleugnet diesem Blatte entnehmen, daß die Furcht bei der Lage der Zustände der italienischen Provinzen und Italiens im Allgemeinen fortwährend jener Obsorge, welche die österreichische Regierung ihnen zu widmen nicht aufhören kann und darf, so lange dergleichen Tendenzen daselbst fortwuchern. Eure Zweite stellt sich unwiderleglich heraus, daß die Regierung eines Landes, wo solche Aufforderungen zum Aufstande ungestraft verbreitet werden dürfen, durchaus nicht auf dem Boden des erhaltenden Prinzips und monarchischer Grundsätze steht, am wenigsten jedoch von freundnachbarlichen Gesinnungen für Oesterreich erfüllt ist."

Die Gazetta von Genua meldet, daß man dort ein sehr kostbares Gemälde von Rafael entdeckt hat. Dasselbe stellt vor, wie die jetzigste Jungfrau knieend das Jesuskind anbetet. In einiger Entfernung blickt man auch den heiligen Joseph. In einer Ecke des Gemäldes sieht man die Originalbuchstaben des Namens, welche bekanntlich heißen: Seinetius Raffael Urbini.

England.

London, 28. Nov. Die „Britannia" erinnert Lord John Russel an seine politische Vergangenheit: „Seit Jahren hat Russel als Minister und als Parlamentsmitglied Jeden unterstützt, welcher die Abschaffung der wenigen durch die Emancipations-Akte übrig gelassenen politischen Beschränkungen vorschlug; unter seiner Verwaltung wurde der Titel des römischen Erzbischofs von Dublin officiell anerkannt; unter seiner Verwaltung sprach sein Freund, der jetzige Kolonial-Sekretär (Earl Grey) offen seinen Wunsch aus, daß „die Prälaten der römisch-katholischen Kirche einen Platz auf der Bank der Bischöfe im Oberhause erhalten möchten," und behandelte die Besitzung mit Verachtung, daß daraus Gefahren entstehen könnten, wenn die römischen Bischöfe in gleicher Zahl mit den anglikanischen unter den Lords säßen. Der Premier hat sich gerühmt, daß er das Gesetz der Emancipation gegeben habe, wornach die römischen Priester außerhalb der Kirche nicht ihre geistliche Kleidung tragen

dürftnis; er und sein Kabinet widersetzen sich, glücklicherweise erfolglos, der Klugheit in dem Staat und der Herstellung einer diplomatischen Verbindung mit Rom, wovon sein Großlicher Gesandter des Papstes sein darf; er und seine Freunde sandten Sir R. O'Ferrall nach Malta und schlugen erst kürzlich vor, ihn durch einen andern Romanisten, Lord Beaumont, zu ersetzen; sie haben den römischen Ex-Nuntius zum Gesandten zu Florenz ernannt. Endlich, wenige Tage, bevor er gestorben, wurde, gegen Rom aufgereizt, der Bischof von London lagen lassen, daß er sich für seine Verbindung mit Mastrofini gegen den päpstlichen Angriff zu rechtfertigen. Derselbe Lord John Russell hat den Brief an den Bischof von Durham geschrieben. Temporis mutantur &c.

Vermischte Nachrichten.

Von Proudhon erscheint in Paris ein neues Werk: „Revolutionäre Praxis." Vermuthlich die entschleierte Kunst, sich durch empörende Stylübungen in's Gefängniß zu practiciren, um daselbst auf Regierungskosten inclusiven herasimentirt zu werden.

Neuestes.

München, 8. Dec. Unsere Gendarmerie zu Fuß wird statt dem bisherigen Lederuniform über die Schultern, solches — gleich bereits bei der Salutätscompagnie eingeführt — um den Leib erhalten. Schon trugen einige Mann (!) der hiesigen Stadtcompagnien solchen zur Probe.

Germersheim, 5. Dec. Heute Morgen wurde hier die Aufhebung des Belagerungszustands verkündet. Das Bataillon des 12. Regimentes ist schon ausmarschirt und dafür ein Bataillon des 14. Inf.-Reg. eingerückt.

Frankfurt, 9. Dec. Bei der heute erfolgten Wahl des Bürgermeisters hiesiger freien Stadt für das Jahr 1851, wurde der bisherige Bürgermeister zum ältern und Herr Senator Siebert zum jüngern Bürgermeister gewählt.

Der Beginn der Dresdener Konferenzen ist auf den 18. d. M. festgesetzt. (D. Rel.)

Wien, 5. Dez. Die energischen Vorkehrungen, welche der k. k. Staatsbauptmannschaft traf, um dem Wucher mit Getreidevorräthen in Ungarn zu steuern, hat wohl gewirkt, konnten aber den Maßregeln nicht alle Ausdehnung sperren; denn eben hören wir, daß der Glogganitzer Bahnhof seit einigen Tagen von israelitischen Kornhändlern gleichsam belagert wird, welche den Ankommenden Silber- und Goldmünzen abkaufen. Die nöthigen Vorkehrungen, um diesem Unfug auch dort zu begegnen, sind bereits eingeleitet, mehrere Mächter, unter denen zwei Wiener Börsen-Spekulanten, verhaftet, und von der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen zur Verantwortung gezogen worden.

Wien, 5. Dez. Die Direction der Ferdinands-Nordbahn hat Befehl erhalten, sich für den Transport von 24,000 Mann, aus Galizien kommend, von Ostrau nach Hohenstadt an der böhmisch-mährischen Grenze bereit zu halten.

Wien, 7. Dez. Abends. Heute wurde durch den Telegraphen den aus Galizien heranrückenden Truppen der Befehl zur Beschleunigung ihres Marsches zugekommen. Es schienen somit die Hoffnungen einer größeren Entspannung noch keineswegs der Erfüllung so nahe, als man sich geschmeichelt hatte. (A. Z.)

Berlin, 5. Dez. Ueber die seiten Konferenzen vernehmen wir, daß der von Oesterreich und Preußen gemeinschaftlich zu erlassenden Einladung gemäß zehn der deutschen Regierungen einen eigenen Bevollmächtigten senden, Preußen und Oesterreich aber je zwei; ferner soll noch jedem derselben eine besondere Stimme beigelegt werden, sondern nur der Oberbevollmächtigte, wenn man ihn so nennen darf, würde stimmen. Da Hr. v. Manteuffel sich damal auf so glücklichem Erfolge auf dem Felde der Diplomatie bewegt hat, so ist ernstlich davon die Rede, daß seinem Anderen als ihm die Dresdner Mission zufallen könne. (Nat.-Z.)

Nach einem von dem Oberbefehlshaber der schleswig-holsteinischen Armee, General v. Wittisen, hier eingegangenen Schreiben ist derselbe bereit, alle dienstpflichtigen Reservisten und Landwehrmänner, welche gegenwärtig in der schleswig-holsteinischen Armee dienen, und dem ihm anvertrauten Heere noch zur rechten Zeit zu entlassen, im Fall Se. Maj. der König von Preußen, bei den nunmehrigen friedlichen Aussichten, den Armeebefehl, wonach sie im Auslande befindlichen militärischen Preußen bis zum 15. d. Mts. sich in ihrer Heimath gestellt haben müssen, nicht zurücknehmen sollte.

Stettin, 2. Dez. Die hier bestehenden Clubs werden durch eine neue verstärkt werden. Es sind bereits Einleitungen getroffen, auch hier eine Gemeinde von Irvingianern zu gründen, wie eine solche unter ziemlichen Anhange der gebildeten Stände in Berlin ins Leben getreten ist. Es fehlt bis jetzt noch ein „Engel", d. h. ein Leiter und Vorsteher der gottesdienstlichen Versammlungen.

D. T. Rendsburg, 8. Dez. Die Stattbalterschaft hat eine Proklamation erlassen. General Willisen hat sich verabschiedet, aber die schleswig-holsteinischen Truppen niedergelegt und ist bereits nach Altona abgereist. An seiner Stelle ist General v. d. Horst Oberbefehlshaber geworden. Die Fregatte „Eckernförde" (früher „Gefion") ist am 8. Dezember in Bremerhafen vor Anker gegangen. (S. D.-Z.)

Schwurgerichtsverhandlungen.

V.

Würzburg, 6. Dez. Johann Herrmann, 50 Jahre alt, und heimathslos, kehrte in der Nacht am 7. Juni d. J. als Dreschgesellschaft seiner ausgedroschenen Frucht, wie gewöhnlich, weiterhin er zu löschen begann. Dieser Brand war zwar bald gelöscht, aber es entstand kurze Zeit darauf ein neuer in dem Hirschenwirthshause. Der Verdacht der Brandstiftung fiel auf Herrmann, worauf er in Untersuchung genommen wurde. In der Voruntersuchung, sowie vor dem Schwurgerichte gaben mehrere Zeugen an, Herrmann habe von den Boden des Hirschenwirthshauses mehrere Bund Stroh auf einen unten liegenden noch brennenden Balken geworfen und auf diese Art habe das Feuer das in dem Boden befindliche Heu ergriffen. Andere Zeugen behaupteten aber, daß während Herrmann Stroh aus den bewußten Boden warf, schon Rauch sich gezeigt habe. Herrmann suchte alle gegen ihn sprechende Zeugenaussagen zu entkräften, indem er mit vieler Genauigkeit angab, daß das ausgebrochene Feuer im Hirschenwirthshause nur durch nachsässiges Löschen des ersten Brandes entstanden sei. Die Geschworenen sprachen nach 2½ stündiger Berathung das „Nichtschuldig" aus. Präsident Ritter und Staatsgerichtsrath Scheer; Staats-Anwalt Upp. Gerichtsrath Dr. Loy; Vertheidiger: Conciperi Rau. Folgende waren die Geschworenen; Sauer, Gypsert, Jüngling, Martert, Tubeuf (Obm.), Englert, Hofmann, Marx, Demmerlein, Rehm, Beberich, Keßler.

Verantwortlicher Redakteur v. Berleger.
Franz v. Faber.

Gold- und Silber-Sorten.

	fl.	kr.
Neue Louisd'or	11	5
Friedrichsd'or	9	30
Dukaten	5	36
20 Frank-Stücke	9	24
Holländische 10 fl. Stücke	9	44
Preußische Thaler	1	45
5 Frank-Thaler	2	30½

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Bekanntmachung.

Infolge eines hohen Regierungs-Auftrages wird unter Bezugnahme auf den in hiesigen Blättern enthaltenen Aufruf behufs der Bildung eines Comités zur Unterstützung der sogenannten verfassungsgetreuen kurhessischen Beamten und Offiziere auf die bestehende Anordnung aufmerksam gemacht, daß Sammlungen ohne hohere obrigkeitliche Bewilligung nicht zulässig sein, daß daher auch die Vornahme einer Sammlung zu eben diesem Zwecke ohne die vorher erlangte desfallige Bewilligung nicht gebilligt werden könnte, und wenn sie gleichwohl versucht werden sollte, amtliche Einschreitung zur Folge hätte.

Würzburg, den 8. Dez. 1850.

Der Stadt-Magistrat.
1. Bürgermeister: Bermuth.

Carl.

Todes-Anzeige.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, meinen geliebten Bruder

Johann Michael Füglein,

pensionirten Revierförster zu Reichmannshausen, vormittags halb 8 Uhr, Würzburg, Wildweister,

am Montag den 9. December 1850 Nachmittags 1½ Uhr, versehen mit den heiligen Sterbesacramenten, in seinem Alter von 79 Jahren, 11 Monaten, 9 Tagen zu einem bessern Leben abzuberufen.

Diesen für mich so schmerzlichen Verlust bringe ich anmit allen Verwandten, Freunden und Bekannten zur Kenntniss, und empfehle den Verblichenen deren frommen Andenken und Gebete.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 11. December Nachmittags 3 Uhr vom Sterbhause aus (Dist. 1. Nr. 60) und der Trauergottesdienst Donnerstag den 12. December Früh um halb 10 und halb 11 Uhr in der Pfarrkirche zu Haug statt, wozu ergebenst einladet

Würzburg, den 9. Dec. 1850.

Felix Füglein,
Succentor und Vicar des aufgelösten Collegiatstiftes in Haug, Bruder.

Theater-Anzeige

Dienstag den 10. Dez.
Zweite und letzte Gastrolle des k. Hofschauspielers Herrn Dorn aus Wien:
Ulriel Acosta,
Trauerspiel in 5 Akten von Gutzkow.
Mittwoch den 11. Dez.:
Unter gütiger Mitwirkung der löbl. Artillerie-Musik:
Wallenstein's Lager.
Dramatisches Gedicht von F. v. Schiller.
Vorher:
Michel Perrin, oder Der Spion wider Willen.
Lustspiel in 2 Akten von L. Schneider.
Donnerstag den 12. Dez.:
Bei aufgehobenem Abonnement und erhöhten Eingangspreisen.
Zum Viertenmale wiederholt:
Der Prophet.
Große Oper in 5 Akten von Meyerbeer.

Gestorben:

Johann Michael Füglein, pens. Revierförster, 80 J. alt.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schrannhofe 2. Distr. Nr. 553.
Einrückungsgebühr: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 296. Würzburg, Mittwoch den 11. Dezember. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 9. Dez. Die kath. Pfarrkuratie zu Homburg, Dep. Marktheidenfeld ist mit einem jährlichen Reineinkommen von 538 fl. 11 kr. 5 pf. in Erledigung gekommen.

Das Bündniß des constitutionellen Liberalismus mit der Demokratie.

Die in Deutschland sich kundgebenden Bestrebungen der Partei des constitutionellen Liberalismus (Partei Gotha), die Demokratie an sich zu bringen, können nicht mehr als Versuche Eingeweihter angesehen werden. Die überall gleichzeitig und planmäßig zu Tage tretenden Erscheinungen beweisen, daß es sich hier um eine Massregel der Partei handelt, daß nach einer allgemeinern Verabredung zu Werke gegangen wird. Wenn man dabei in Betracht zieht, daß zwei der Partei der Gothaner angehörige deutsche Professoren, die Herren Gervinus und Wurm, seit einiger Zeit sich in London aufhalten, wie es heißt, um in Interesse Schleswig-Holsteins thätig zu sein, so ist im Angesichte der in dem Aufrufe Lehru-Rollin's, Mazini's und Ruge's, so wie in anderen Angelegenheiten sich kundgebenden Rührigkeit der demokratischen Propaganda die Annahme wohl nicht allzu gewagt, daß die Partei Gotha, wie hier in Deutschland, so auch drüben in England die Anknüpfung von Verbindungen mit den Häuptern der Demokratie zur Anbahnung gemeinsamen Handelns für zweckmäßig ansehe. Es ist nicht das erste Mal, daß die Stimmführer der Liberalen sich solcher Verbindung hingeben, und wir wollen, um sie so möglich verstehen zu entreffen, ihnen einen Theil ihrer Vergangenheit ins Gedächtniß rufen. Diese kann erst hinter und liegenden Erfahrungen mußten über die wahre Beschaffenheit des Zusammengehens der Partei Gotha mit den Demokraten einem Jeden die Augen öffnen, der nicht unheilbar mit Blindheit geschlagen ist.

Der Ausbruch der Pariser Februar-Revolution von 1848 und die daran sich knüpfenden Empörungen in Deutschland waren das Ergebniß einer lange vorbereiteten demokratisch-communistischen Verschwörung. Außer vielfältigen anderweitigen Beweisen liegt der kundige Nachweis dieser Thatsache in einer Druckschrift enthalten, betitelt: Die Geheimen deutschen Verbindungen in der Schweiz seit 1833. Basel 1847. Dieselbe ist aus offiziellen Akten bearbeitet, und, wie gesagt, vor der Pariser Februar-Revolution erschienen, mithin durch die Ereignisse von 1848 in keiner Weise befangen oder gefärbt. Aus der in dieser Schrift abgedruckten Aktenstücken ergibt sich, daß die Führer des constitutionellen Liberalismus in den Jahren vor 1848, ganz wie heutigen Tages, um die Bundesgenossenschaft der Demokratie sich bewarben und, eben wie jetzt wiederum, einerseits im persönlichen Verkehr unter der Hand die Versicherungen der innigsten Freundschaft empfingen, für baare Münze hinnahmen, und die Bestrebungen dieser ihrer Verbündeten nach besten Kräften förderten, während sie zu gleicher Zeit öffentlich, in der Presse, von derselben Seite her den ärgsten Hohn über sich ergehen ließen, ohne auch nur im Geringsten behendlich zu werden.

„Den deutschen constitutionellen Liberalismus und Radikalismus" — heißt es in der erwähnten Schrift Pag. 120 — „bekämpften die Missbilligung, — die jung-deutschen sowohl als die communistischen — mit wegwerfender Verachtung; höchstens lassen sie sich denselben als Vorpostengefecht gefallen. „„Wer bildet — heißt es in Marx's*) Blättern der Gegenwart, Dez. 1844 — die freisinnige Partei in Deutschland? . . . Es ist die größte Menge des Advokatenstandes, der Aerzte und Gewerbtreibenden der vermögenden oder wenigstens besitzenden Klasse der deutschen Gesellschaft; aber es sind nicht die Bauern und Handwerker, es sind nicht die Taglöhner und Fabrikarbeiter, es ist nicht das eigentliche Volk, es sind neun Zehntel der deutschen Gesellschaft nicht, welche die liberale Partei bilden. Es ist nur die Bourgeoisie. — Diese beginnt jetzt in Deutschland da, wo Frankreich im Jahre 1789 angefangen hat; sie strebt nach der Herrschaft, und giebt sich dabei der süßen Illusion hin, daß mit ihrer Machtserhebung zu gleicher Zeit auch dem Volke der Grundsatz zu einer bessern Zukunft gelegt würde. Allein das ist ein Irrthum . . . Wir fragen: Wird dem Volke geholfen durch eine einseitig politische Revolution? Werden der Druck und die Abhängigkeit, unter denen das Volk seufzt, durch die Politik beseitigt? Braucht der Bettler dann nicht mehr neben dem Wagen der Reichen herzulaufen?""

„Es existiren — heißt es später, April 1845 — in Deutschland zwei Hauptrichtungen der Opposition, die des gesetzlichen und die des ungesetzlichen Fortschritts . . . An der Spitze der ersten Partei stehen, den Hut unterm Arm, die bedauernden und bedauerlichen Herren der deutschen Kammer-Oppositionen, diese Helden der Ehrenbecher, Dank-Adressen und Festschmause . . . Die andere Partei findet, daß die politischen Gerechtsamen Deutschlands bereits verlaufen und vertrödelt sind, daß ein verjagtes Volk am Ihnen nicht erblühen wird; kurz die Partei derer, welche von der Erkenntniß ausgehen, daß Deutschland eines dreifachen (politischen, religiösen und sozialen) Umgusses bedarf . . . Das gewundene Wesen der ersten zeigt sich im Verwaltungsgesetz, die Fruchtlosen Arbeiten der andern offenbaren sich im Atheismus und Socialismus, als den Führern zum Humanismus.""*) Aus Leipzig dagegen schrieb M. ebenfalls im April 1845: „„Unterdessen werde ich sehen, allen noch etwa vorhandenen Sand aus den Augen der Leute des Liberalismus heraus zu drücken. In einem halben Jahre, so denk' ich, haben wir in den Hauptstädten Deutschlands Familien etablirt. Diese mit der Literatur in Verbindung zu setzen wird leicht. Wir hier (Marx, Dietek, Hoffmann und Standau), die Führer der ganzen Verbindung, dürfen uns ferner nicht scheuen, ein gewagteres Spiel zu spielen. (Schluß f.)

*) Dieser Marx, neben dem Schweinegrafellen Meitzing einer der thätigsten communistisch-atheistischen Verschwörer, war es, wo wir später sehen werden, mit dem die Führer der Partei der constitutionellen Liberalismus, die heutigen Gothaner, damals anzuknüpfen. Marx lebt seit 1848 in Hamburg, wo er als Redakteur des „Republikverbreiters" und Mitarbeiter am „Freischützen" und sonst ohne Zweifel auch als Agent der in seinem eigenen Hauptsitz habenden Verschwörung, im Interesse der communistischen Propaganda thätig ist.

Deutschland.

München, 9. Dez. St. Mai. der König haben den Prinzen Moritz von Sachsen-Altenburg, bisher Lieutenant in der bayerischen Armee, dem nachgesuchten Austritt aus dem Herre bewilligt. — Mittelst Kriegs-Ministerialreskripts sind die pensionirten Offiziere zur ausbhilfsweisen Uebernahme von Garnisondienst-Funktionen aufgefordert worden. — Der königl. charakterisirte General der Cavallerie und pensionirte Präsident des Generalauditoriats, Frhr. v. Diet, ist gestern in einem Alter von 81 Jahren gestorben. Wegen des morgen stattfindenden Leichenbegängnisses, wo die gesammte Garnison auszurücken hat, ist der Abmarsch der bereits gestern erwähnten Batterie auf Donnerstag den 12. festgesetzt worden. — Wie ich heute aus verlässiger Quelle vernehme, ist zufolge der bevorstehenden Eröffnung des Landtages und der demselben zu machenden wichtigen Vorlagen, welche die Anwesenheit des Ministerpräsidenten unabweislich nothwendig machen, der bisherige Vertreter Bayerns zu Frankfurt, Generalmajor Ritter v. Xylander, als Bevollmächtigter bei den freien Konferenzen zu Dresden ernannt, und dieser demselben bereits notifizirt worden. — Generalmajor v. Weishaupt ist mit der Inspizirung sämmtlicher Landwehr-Bataillone diesseits des Rheins beauftragt. — Das große Artillerieexerzirren erhebt ebenfalls Marschvorrichtschaft. — Lieutenant Kreuger ist gestern mit einer Abtheilung der Feld-Gendarmerie ins Hauptquartier des Fürsten Taxis abgegangen. — Während des gestrigen Gottesdienstes in der protestantischen Kirche wurde zur Bildung eines Gustav-Roths-Zweigvereins dahier aufgefordert, und nach dem Gottesdienste zur Bildung eines solchen Vereins geschritten. Die Abreise des königl. Feldmarschalls Prinz Karl zur Armee ist bis auf weiteres sistirt, und dürfte wahrscheinlich ganz unterbleiben. Unter den Gesetzentwürfen die zur Vorlage an den Landtag gelangen sollen sind, befindet sich auch der, namentlich für den Handelsstand in Augsburg wichtige Gesetzentwurf bezüglich der kaufmännischen Anweisungen, der indessen nicht, wie zuerst beabsichtigt war, gleichzeitig am 1. Januar mit der deutschen Wechselordnung in Kraft treten kann, da der Zusammentritt des Landtags bis dahin nicht erfolgt. Zur Vorlage an die Kammern bereit ist auch das Nationalgesetz, ohne welches bekanntlich die neue Gerichtsverfassung nicht in Kraft treten kann. Die bereits genannten Gesetzentwürfe dürften zu den ersten Arbeiten des Landtags gehören.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Hünfeld, 9. Dez. Die trüben Wolken, welche die fürchterlichen Wirren umlagerten und mit so

schweren Unwetter drohten, lichten, sich immer mehr. Es sind gestern sehr günstige, einen friedlichen, für beide Theile ehrenvollen Ausgang verbürgende Nachrichten hier angekommen. (Graf v. d. Groeben hat im diesem Sinne Weisungen von seiner Regierung aus Berlin als vom 7. d. M. erhalten und auf die zuvorkommende und loyale Weise, welche die beiderseitigen Verhandlungen auszeichnet, Mittheilungen davon hierher gemacht. Es soll bei der nunmehrigen Sachlage jeder Conflict vermieden, vielmehr das zwischen den gegenwärtigen Besetzhabern glücklich angebahnte Einverständniß erhalten, möglichst benutzt und ausgebeutet werden. Die beiderseitigen Truppen haben nicht mehr als Gegner zu betrachten und Graf v. d. Groeben wird demnächst dem fürsten Taxis bereitwilligst die Ausdehnung seines Corps über die Etappenstraßen auch auf anderen Punkten gestatten, als sie schon am 4. d. M. zu Neukirchen zwischen den Chefs des beiderseitigen Generalstabs (dem bayerischen Oberst Lamezan und dem preußischen Major v. Voigt-Rhetz) verabredet wurden. Es war dies, wie wir wissen, damals die Orte Neukirchen, Buchenau, Oberlaschen, Eiterfeld ꝛc., dann die Straße von Niederaula gegen Ziegenhain und Marburg. Demgemäß räumt Graf v. d. Groeben v. d. M., also heute, auch die Straße von Hersfeld bis Rotenburg, wohin dann die Bundestruppen ungehindert durchmarschiren können. Diese werden hiernach morgen, am 10., das Hauptquartier von Hünfeld nach Neukirchen und Oberlaschen, am am 11. nach Rotenburg verlegen, 10 Stunden diesseits Kassel, zwischen Hersfeld und Melsungen, an der thüringischen Eisenbahn. Kassel selbst wird gemäß den Bestimmungen der Olmützer Convention besetzt werden. Der Kurfürst begibt sich vorerst noch nicht dahin. Nach dem ersten Artikel jener Convention soll ein preußischer Commissär mit dem österreichischen, die hessische und die holsteinische Angelegenheit zur definitiven Entscheidung vorbereiten und sich zu dem Ende sogleich nach Kassel begeben. Generallieutenant v. Prauer ist bezüglich der kurhessischen Angelegenheit hierzu preußischerseits ernannt. Auch Marburg wird von den königl. preußischen Truppen geräumt und ist der Befehl hierzu bereits nach Koblenz abgegangen. Da so beiderseitig der beste Wille vorleuchtet, mit Wahrung der eigenen Ehre und Achtung der Ehre des andern Theils, zur Sache zu einem allen erspriesslichen und den Frieden und die Ruhe Deutschlands sichernden Ende zu fahren, so dürfen wir hoffen, daß derselbe Geist der Versöhnung und Verhütung der Rechte aller und reines jeden in der vollzogen Schlichtung der deutschen Frage vorwalten, und dem Vaterlande das so lange schwer vermißte Vertrauen zurückgeben werde. (Z.-D.-Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Aus Schleswig-Holstein wird dem N. Cor. wegen Niederlegung des Obercommandos des G. Williesen folgendes geschrieben: Da die Statthalterschaft sich in ihren Ansichten mit denen des Generals Williesen durchaus nicht in Einklang zu setzen vermochte, so war ein solcher Wechsel nothwendig geworden. Derselbe hat übrigens den Beifall des Landes, den dessen Vertreter den Austritt geben werden; das Land faßt ihn als Bürgschaft dafür auf, daß trotz der neuesten Ereignisse die Statthalterschaft eine selbstständige, vielleicht gar eine selbstständigere Politik wie bisher, befolgen wird. Generalmajor v. d. Horst ist ein alter Haudegen, ein sehr bedeutender Mann, der in hohem Grade des Vertrauens der Armee sich erfreut.

Altona, 8. Dez. General v. d. Horst hat das Obercommando nur unter der Bedingung übernommen, daß er ganz selbstständig agiren kann und mit der Statthalterschaft nicht für jeden Schritt vorher in Berathung zu treten braucht, wohl aber ihr verantwortlich ist. Das war eben das Unangenehme in Williesen's Stellung, daß er stets einen Ueberwacher von Seiten der Statthalterschaft bei sich hatte, stets den Beschlüssen des Kriegsraths folgen mußte. Williesen war ein Fabius cunctator, der v. Horst ist ein entschlossener Mann, der sich nichts daraus macht, wenn er auch einmal auflöst. Heute Abend noch erwarten wir eine sehr entschiedene Proklamation des neuen Generals, wie schon aus dem Schritt hervorgeht, daß man alle Rassirten aus den Jahren 26—30 herbeiruft, um die Armee auf den Stautzunkt zu bringen, den sie haben muß, wenn im Winter etwas Unerwärtes geschehen soll.

(N. Cor.)

Berlin, 5. Dez. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird trotz der Olmützer Besprechungen die schleswig-holsteinische Angelegenheit ihr Ende erreichen, noch ehe österreichische und preußische Commissäre für die Pazifikation einschreiten, und noch ehe man an Vertragsentwurf kommt, zu ihr eventuellen, so unliebsamen Maßregel einer Abfindung deutscher Executionstruppen seine Zuflucht zu nehmen. Die Statthalterschaft selbst scheint, um eben diesem Einschreiten vorzubeugen, geneigt, einer Verständigung die Hand zu bieten, und auch der König von Dänemark, vielleicht durch das Befehl Rußlands über die Folgen einer Bundesexecution belehrt, scheint verschiedenen Ansichten sein seit langem zugethan. Wie wir eben aus einer sehr achtbaren Quelle vernehmen, hatte die letzte Sendung des Hrn. Scheiden Namens der Statthalterschaft nach Hannover keinen andern Zweck, als die Vermittelung des Königs von Hannover in diesen letzten entscheidenden Augenblick für eine Abfindung der Herzogthümer mit ihrem Landesherrn herbeizuführen, und König Ernst August muß in diesem Ansuchen eine viel zu erwünschte Gelegenheit finden, seinen alten Plan — sich eine imponirende Stellung in Nordwestdeutschland zu verschaffen — zu fordern, als daß er dasselbe von der Hand weisen sollte. Mit einem Worte, wir hoffen, daß die schleswig-holsteinische Angelegenheit auf dem Punkte steht, ohne Zuthun Preußens und Oesterreichs, unmittelbar zwischen dem Könige von Dänemark und der Statthalterschaft, als Organ der Herzogthümer, unter Vermittelung Hannovers ausgeglichen zu werden, blos aus Furcht von den Folgen einer Intervention der deutschen Mächte. (S. C.)

△ Aus Baden, 8. Dez. In der Sitzung der zweiten Kammer vom 5. d. M. wurde das Gesetz, die Abänderung der bürgerlichen Prozeßordnung, wie sie aus den Berathungen der ersten Kammer hervorgegangen, — Der Abg. v. Rüppurr trug den Bericht der Commission über den Antrag des Abg. Bassermann auf Abänderung des Gesetzes vom 28. Aug. 1851, die Verhältnisse der Presse betreffend, vor. Der Antrag geht dahin, daß die Regierung aufgefordert werde, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Aug. 1851 über die Verhältnisse der Presse, soweit sie mit der Verfassung in Widerspruch stehen, aufgehoben werden. Die Commission beantragt, diesen Antrag der Regierung zur Berücksichtigung zu empfehlen. Der Abg. Bassermann begründet seinen Antrag. Er sei der Ansicht, daß die Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Aug. 1851 mit der Verfassung in Widerspruch stehen, und daß es daher Pflicht der Regierung sei, dieses Gesetz aufzuheben. Der Abg. Mathy spricht sich gegen den Antrag aus, weil er nicht glaube, daß die Regierung in der Lage sei, ihn zu berücksichtigen. Der Abg. Bassermann habe sich auf die Verfassung berufen, allein diese sage nur, daß die Presse nicht unter Censur gestellt werden dürfe, und das sei auch nicht der Fall

Versuchen, die öffentliche Meinung darüber irre zu führen. Man schiebt ihr ziemlich deutlich die Intention unter, daß die Regierung mit Hilfe Oesterreichs und Rußlands die Verfassung aufheben oder immerhin sehr erheblich modificiren möchte. Man verbreitet das Gerücht von dieselbigen heimlichen Stipulationen in Warschau zu Olmütz, und solche Mißtrauen und Unzufriedenheit unter den Conservativen zu erregen. Es mag der Aerger die „Eigentlichen" blind machen gegen dies ziemlich grobe Manöver der Demokratie, jene in ihr Lager hinüberzuziehen, und zu einem neuen Bündniß mit ihr zu verlocken, aber der übrige Theil der heimen großen Majorität der conservativen Partei wird sicherlich den deutlichen und klaren Worten unsres Königs ein größeres Gewicht beilegen, als diesen trüben Gerüchten. — Ungeachtet der durch die Olmützer Conferenzen eröffneten friedlichen Aussichten dauern die Truppenbewegungen im Osterreichischen fort und werden immer mehr Streitkräfte herangezogen, namentlich auch die Grenzen von Oberschlesien jetzt stark belegt. Den 3. und 4. d. M. sind wieder eine Menge Croaten von Wien nach Böhmen dirigirt worden, seit dem 2. auch die in Stiftion stehenden Truppen westwärts im Marsch begriffen. In Osterreichisch Oberberg und Umgegend ist für die nächste Tage Einquartirung angekündigt; man erwartet daselbst das Regiment Schönhals.

Berlin, 7. Dec. Ueber den Stand der Dinge in Kurhessen entnimmt die Berl. Z. aus zuverlässiger Quelle Folgendes: Hessischer gestattet nach einem Beschlusse der Olmützer Conferenzen, wenn es zwischen dem Kurfürsten und seinen Unterthanen zu keiner friedlichen Ausgleichung kommen sollte, den baierischen und österreichischen Executionstruppen den Durchmarsch durch seine Staaten-Straßen. Hierbei haben wir zu bemerken, daß die in Kurhessen vorrückende Executionsarmee nach einer ausdrücklichen Stipulation des Olmützer Berteages ihren Namen als Bundesarmee adoptirt hat und lediglich als Hilfstruppen erscheinen, welche der Kurfürst bei dem Nichtvorhandensein eines allgemeinen Bundesorgans Behufs von seinen mächtern Verbündeten zur Pacification seines Landes ausgeboten hat. Sollten die kurhessischen Behörden sich nicht auf den seeunschosslichen Rath Preußens bestimmen lassen, eine friedliche Lösung der Wirren dieses Landes herbeizuführen, was freilich nicht allein in ihrer Macht steht, so werden gewiß die Einwohner durch die Einquartierungslast der Bundestruppen es bußen müssen. Ganz ähnlich stellt sich im jetzigen Augenblick die schleswig-holsteinische Frage heraus. Alle rechte Momente der thatsächlichen Entscheidung sind verloren und können nicht zurückgerufen werden. Die Rechtsfrage besindet sich in einem Stadium, wo sie nicht mehr mit den Waffen, sondern nur noch auf dem Wege der Unterhandlung gelöst werden kann. Preußen kann die Herzogthümer nicht mehr mit Waffengewalt bei der Eroberung ihres Rechtes unterstützen, aber es will und kann ihre Rechte und Interessen den Verhandlungen wahrnehmen, und befindet sich dabei in der günstigsten Stellung, da es auf den Olmützer Conferenzen Oesterreich, den seitherigen Gegner Schleswigs, durch die augenblickliche Wiederaufnahme des Bundesbeschlusses vom Jahre 1846 zur Mitwahrung dieser Rechte verpflichtet hat. Die Mächte Frankreich, Rußland und England bringen auf das entschiedenste auf einen Frieden im Norden. Oesterreich will daßselbe und hat sich in Rußland gegenüber verpflichtet, die Pacification in Schleswig-Holstein nöthigenfalls mit Waffengewalt zu bewirken.

— Den Kammern ist der mit der fürstlich Lippe-Detmold'schen Regierung abgeschlossene Staatsvertrag wegen Abtretung der mitanerbberrlichen Rechte über Lippstadt an die Krone Preußen vom 17. Mai d. J. zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorgelegt worden. Der Fürst zur Lippe tritt danach alle Landesherrlich- und Regierungsrechte, welche ihm als Mitlandesherren über die Sammtstadt Lippstadt bisher zugestanden haben, für sich, seine Erben und Nachfolger an den König von Preußen ab. Als Entschädigung für den mit abgeretenen Antheil an dem landesherrlichen Besteurungsrechte über Lippstadt wird aus der preußischen Staatskasse eine, nach jährlichgem Durchschnittsertrage des bisherigen Steuerantheils berechnete sehr Rente von jährlich 9120 Thlr. in vierteljährigen Raten zu 2280 Thlr. postnumerando an die fürstliche Regierung zu Detmold gezahlt werden. Der königlich preußischen Regierung bleibt jedoch das Recht vorbehalten, diese Rente durch Zahlung eines Capitals, welches dem fünfundzwanzigfachen Betrage der jährlichen Rente gleich kommt, vollständig abzulösen. (Sp. Z.)

Schweiz.

**Aus der Schweiz, 8. Dez. Bischof Marilley widerspricht dem Gerüchte, daß er während des letzten Aufstandes in Freiburg gewesen sei, mit großter Bestimmtheit. Fadenlation und Handel sind bei uns fortwährend in schönster Blüthe.

Italien.

⊙ Aus Sardinien, 5. Dec. In der letzten Sitzung der Deputirtenkammer, wurde das Ministerium interpellirt über die Lage der Insel Sardinien. Der Minister antwortete, die Zustände der Insel seien allerdings noch wenig erfreulich; indeß habe die Regierung genaue Kenntniß davon und arbeite auf Abhilfe, sie sei entschlossen, es seien alle erforderlichen Maßregeln zur Sicherheit der Insel getroffen. Der Zustand der Insel Sardinien ist übrigens ein sehr trauriger. Erwerbungen sind an der Tages-Ordnung und Ungesetzlichkeiten aller Art kommen täglich in Masse vor. Es hat indeß die Regierung nun ernstliche Maßregeln ergriffen.

England.

London, 2. Dec. Die heutige Nummer des „Morning Chronicle" enthält folgenden Anzug aus dem Testament des verstorbenen Königs der Franzosen Ludwig Philipp über seine Besitzungen in Sicilien, England, Nord-Amerika, welches den Doctors Commons zur Bestätigung vorgelegt wurde; es ist vom 17. Oct. 1848 datirt, und erklärt endlich das bewegliche Vermögen als die Summe von 100,090 Pfd. St. nicht erreichend. Das Testament ist kurzgefaßt und die Unterschrift mit fester Hand beigefügt. Es lautet mit folgenden Worten: Ich Ludwig Philipp von Orleans, König der Franzosen, gegenwärtiger unter dem Titel eines Grafen von Neuilly in Claremont in England wohnhaft, widerrufe durch gegenwärtiges alle früheren von mir gemachten Testamente und Codicille über meine Güter in England, Sicilien und Amerika, aber über nichts mehreres noch anderes. Es vermacht seinen Palast und seinen Garten in Palermo der Königin Maria Amalie auf Lebenszeit, hinterläßt ihr ebenfalls seine Gelder in England und Amerika, seine Bücher, sein Silbergeschirr, sein Porzellan, nur sein Möbel auf Lebenszeit mit dem Nutzfall auf seine Kinder, wenn die Königin nicht anders darüber verfuge. Die Capitalien sollen nach dem Gutdünken der Fideicommissarien angewendet werden, und im Fall einer unregelmäßigen oder unvollständigen testamentarischen Verfügung der Königin werden sie in 9 Theile getheilt; zwei davon gehören dem Herzog von Nemours, eine gemeinschaftlich dem Grafen von Paris und dem Herzog von Chartres, die übrigen sollen zu: der (verstorbenen) Königin Louise von Belgien, dem Prinzen von Joinville, dem Herzog von Aumale, der Herzogin von Sachsen Koburg-Gotha, dem Herzog von Montpensier und dem Herzog Philipp Alexander von Wurttemberg. Im Fall der Graf von Paris, der Herzog von Chartres, oder der Herzog von Wurtemberg vor erreichtem 21. Jahr sterben sollten, fallen ihre Antheile auf die andern Erben zurück, jedoch so, daß der Herzog von Nemours nur einen Theil besitzt. Alles in Claremont und in der Bank bei dem Tode des Königs vorhandene Geld absorbirt derselbe der Königin zur ausschließlichen Verwendung, mit der Auflage der Zahlung seiner rechtmäßigen Schulden und Leichenkosten. Die Königin der Franzosen ist auf Lebenszeit zur Vollstreckerin dieses Testamentes ernannt; nach ihrem Tode treten die Herren Wilhelm Edward Wurfordaufe, Sir Edmond Antrobus, Wilhelm Matthews Coulthurd, Edward Warjerhaufe und Jacques und Johann Parkeufon als Executionsfiarien ein. Dieses Testament ist ein anderes; früher verfaßtes und bei Herrn Notar Dentemi in Paris niedergelegtes Testament als Codicill angehang. Eine Bestimmung betreffen ist merkwürdig. Auf den fall, daß der Tuteur Frankreich betreten sollte und nach England übersiedeln sollte, gehort das Schloß En und alles dazu gehörige Grundeigenthum nebst dem Hause zu Treport in dem untern Seinedepartement, mit allem darin Befindlichen, für immer und ausschließlich dem Herzog von Nemours und seinen Nachkommenlingen. Zur Verfügungen über die andern Besitzungen in Frankreich wurden den englischen Behörden nicht zur Bestätigung vorgelegt.

London, 2. Dez. Cardinal Wiseman ließ gestern in allen katholischen Kirchen einen vollständigen Ablaß und Jubiläum von den kanzeln verkündigen. In den Bestimmungen der Erlaubung gehören auch Gebete für die Königin. — Die bathofsjesuelle „Morning-Post" hält den von Wiseman promulgirten Ablaß für den ersten Akt, wegen dessen derselbe gerichtlich belangt werden konnte. — Der katholische Priester v. Browne in Liverpool schreibt den neulichen blutigen Scandalt einzig und allein dem brutalen Auftreten der Polizei zu. — Die Fabriken, namentlich in Lancashire, leiden bedeutend unter den gegenwärtigen europäischen Verhältnissen.

London, 5. Dez. Bei der vorgestrigen Wochenversammlung der irischen Repealvereine wurden folgende Resolutionen, welche Hr. O'Connel beantragte, mit großem Enthusiasmus angenommen: „Der gegenwärtig in England stattfindende antikatholische Kreuzzug ist das Werk John Russell's, welcher, um sich im Besitze der Gewalt zu behaupten, sich nicht scheute, richtige Ansicht und Achtung der religiösen Freiheit zum Opfer zu bringen; die Freunde der religiosen und der bürgerlichen Freiheit, zu welcher Partei sie gehören, müssen sich vereinigen, um ihren glorreichen Grundsätzen den Sieg zu verschaffen; ein Meeting der irischen Mitglieder des Parlaments soll in Dublin vor Eröffnung der Session gehalten werden, um sich über die geeigneten Maßregeln zu vereinbaren zur Vertheidigung der religiosen Rechte der Nation; und dis daß die gegen den Katholicismus gerichteten Angriffe abgewehrt sein werden, sagt der Repealverein seinem Namen das Wort „katholisch" hinzu und nennt sich „irischen nationaler und katholischer Repealverein". (S. Z.)

— Das „Univers" theilt folgende interessante geschichtliche Parallele (von dem Advokaten Andrè Bigorny) mit: „Im Jahre 1850 wird der Papst durch die Engländer im Palaste ertränkt, verbrannt und beinahe geschmolzen. Im Jahre 1809 litt er fur sie eine lange und grausame Verfolgung. Jedermann kennt die unwürdige Behandlung, die er zu jener Zeit vom französischen Gouvernement erfuhr; aber wenige wissen die Ursache davon. — Bonaparte hatte England den Krieg erklärt; außer der Continental-Sperre hatte er einen Bund gegen diese Nation zu Stande gebracht, dem alle Mächte Europas beigetreten waren. Ein einziger Herrscher hatte sich geweigert, daran Theil zu nehmen; der gemeinsame Vater der Gläubigen glaubte nicht, daß es ihm erlaubt sei, gegen einen Theil seiner Kinder Krieg zu führen, wenn dieß sich auch von Hirtenpflicht sein Herz zerrissen hatten. Das Drängen Bonapartes war vergebens; Pius VII. widerstand gleichmäßig seinen Verschreckungen und seinen Drohungen. Napoleon wollte diesen Widerstand beseigen; er that, als habe er nur Trotz in dem, was doch Erfüllung seiner Pflicht war; den Weigerungen in den Bann einzutreten, schien ihm eine Provokation des Papstes gegen den Krieg zu sein, den

er gegen England organisirte, und er beschloß, sich dafür am Papste zu rächen. Durch ein Detret vom 2. April 1808 zog er vier Provinzen des Kirchenstaates an sich, und damit über die Ursache dieser Beraubung kein Zweifel obwalte, sagt er in dem Detret: „In Erwägung, daß der gegenwärtige Herrscher von Rom sich beständig geweigert hat, Krieg gegen die Engländer zu führen und sich mit den Russischen von Italien und Neapel zur Vertheidigung Italiens zu vereinigen, und daß unser erlauchte Vorfahrer Karl der Große das Land, welches sein Kirchenstaat bildet, zum Nutzen der Christenheit und nicht zum Vortheil der Feinde unserer h. Religion geschenkt hat: verordnen wir u.“ — Man hatte nicht unterlassen, dem h. Vater vorzustellen, daß die Engländer sich durch ihren Abfall und ihre Häresie seines Schutzes unwürdig gemacht hatten. Er antwortete: sein geheiligter Charakter als Diener des Friedens, seine Eigenschaft als Haupt der Religion, als gemeiner Hirt und Vater aller Gläubigen, so wie die heiligen Gesetze der Gerechtigkeit, deren Hüter und Rächer er sein müsse, erlaubten ihm nicht, der englischen Regierung, von der er keine Beleidigung erfahren hätte, den Krieg zu erklären oder einer derartigen Erklärung beizustimmen. (19. Mai 1808.) — Das vermochte jedoch der Stolz Napoleons nicht zu ertragen. Pius VII. wurde von den französischen Soldaten ergriffen, von seinen Cardinälen getrennt, von Gefängniß zu Gefängniß geschleppt, mit Mißhandlungen und Demüthigungen getränkt, und so litt er für seine Weigerung, in den europäischen Bann gegen England einzutreten. Heute aber hat England sein anderes Mittel gefunden, dem heiligen Vater die Schuld seines Dankes abzutragen, als die Degen, Unbilden und Verhöhnungen, wovon der Monat November Zeuge gewesen ist. Die Geschichte „wird über ein solches Verbrechen richten und die Nachwelt es mit Unwillen vernehmen. Aber England möge nicht blind sein. Der Papst erschien freilich klein und schwach im Gefängniß zu Fontainebleau, — groß und mächtig Napoleon, vor dem die Könige der Erden ihre Knie beugten. Dennoch kehrt der erste in seine Staaten zurück und starb auf seinem Thron, Napoleon aber starb als Gefangener auf dem Felsen von St. Helena. Die Geschichte ist voll von derartigen Wendungen des Glückes; und Gott straft nicht blos die Unbarmherzigkeit und Thorheiten am Einzelnen, sondern noch viel schrecklicher an ganzen Völkern. Wenn England sich nachdenken wollte, so würde es in seinen Verhältnissen und seiner Corruption Veranlassung genug finden, zur Besinnung zurückzukehren, es sei denn, daß überhaupt gerichtete Völker solcher Betrachtungen nicht fähig wären.

London, 5. Dez. Die heutige „Times“ veröffentlicht einen von 26 Erzbischöfen und Bischöfen der englischen Kirche unterzeichneten und der Königin übergebenen Protest gegen die jüngste Maßregel des päpstlichen Stuhls „als einen Versuch dem englischen Volke das geistige Joch wieder aufzuerlegen, von dem es durch die Reformation befreit worden.“ Die Unterzeichner fordern darum die Königin schließlich auf, mit allen der Krone zu Gebote stehenden Mittel den Anmaßungen Roms entgegenzuwirken. Die Bischöfe von Exeter und St. Davids sind die einzigen Prälaten der englischen Kirche, welche nicht unterzeichneten.

Vermischte Nachrichten.

Die D. Wehrztg. schreibt: Herr Jakob Grimm in Berlin hat sich veranlaßt gefunden, auch in der Hauptstadt Preußens zu einer Kollekte für diejenigen kurhessischen Offiziere aufzufordern, welche ihre Pensionirung mit allen Rechten der Staatsdiener gefordert haben, weil es den Anschein gewinnt, als würde sich der Kurfürst zu einer Pensionirung doch wohl nicht verstehen. Herr Jakob Grimm hat auch Kollekten für Schleswig-Holstein in Berlin veranlaßt, sich aber später mehrfach über die nur laue Betheiligung an denselben beklagt. Aehnliches dürfte auch bei dieser neuesten Aufforderung sich herausstellen. Ganz abgesehen von dem Gehässige, welches jeden Offizier ergreift, wenn er lesen muß, wie Professoren zu Kollekten für Standesgenossen auffordern, scheint Herr Jakob Grimm durch eigene Erfahrung noch nicht belehrt worden zu sein, daß eine Regierung, wenn sie fest bleibt, von solchen Demonstrationen weder Notiz nimmt, noch etwas zu fürchten hat. Aber es ist so hübsch, so populär, so wohlthuend, wenn man aus sichern oder bequemen Schmollwinkel hervor ein klein wenig Opposition machen kann. Herr Jakob Grimm sagt in seiner Aufforderung, daß er ein geborner Hesse, und jetzt auf seiner Abkunft stolzer geworden ist. — Das sagt auch Herr Bayrhoffer. „Nicht Gut und Habe, sondern nur Tugend und Eintracht vermögen uns zu retten,“ meint er weiter, und doch will er für die pensionirt sein wollenden hessischen Offiziere nicht Tugend und Eintracht, sondern Gut und Habe kollektiren. — Wahrlich, wenn irgend etwas geeignet ist, die Vorgänge in dem kurhessischen Offizier-Corps zu diskreditiren, so ist es gewissen Patrioten und Personen fanden, und diese Kollekten sind wahrlich kein erfreulicher Schlußstein für dieselben.

*

Paris, 3. Dez. Wir dürfen uns durch unsere Eitel gegen die revolutionären Machwerke der ultrafurzartei nicht abhalten lassen, ihre Adressen und Proklamationen zur Kunde des Publikums zu bringen. Ich habe Ihnen schon verschiedene Elaborationen der Geächteten zu London mitgetheilt, heute bringt uns das Organ der schlechten Lotterie, welche an der Themse ihr Wesen ungestört treiben darf, den Aufruf des Grafen von Chambord, „Aufruf“ und zwar an die „Herren der heiligen Allianz der Könige.“ Mit einer acht demokratischen Frechheit werden die Soldaten zur Fahnenflucht eingeladen, und ihnen ihr Eid gedeutet. „Wenn die Zolierung,“ heißt es u. a., „wenn die unerbittliche Strenge der Disziplin, wenn Anstrengungen verhindernd, euch nicht ertauben sollten, die Revolution im Lager den Aufstand im hellen Sonnenlichte zu organisiren, so desertirt ohne Furcht, einer nach dem andern, zu Zehnen, gleichviel, aber hütet euch, ohne eure Waffen zu desertiren, denn wir bedürfen ihrer, um die Unabhängigkeit zu erobern. Laßt euch auch durch die Schande abhalten, welche die Lehren des passiven Gehorsams auf diejenigen werfen, die ihren Soldateneid brechen. Soldaten des Vaterlandes, wißt ihr wann ihr desertirt? Ihr desertirt, wenn ihr eure Vernunft und eueren Muth den Befehlen eines schlechten Gebaulens unterwerft, Ihr selbst vielmehr unter die Fahne der Ehre zurufe durch die Verheißungen abschüttelt, welche von der Gewalt euch aufgedrungen, und durch die Lage sanctionirt wurden.“ Man kann die Niederträchtigkeit in der That nicht weiter treiben. Mazzini, Ruge und L. Koslin haben sich diesmal selber übertroffen.

Neuestes.

° Würzburg, 11. Dez. In einem 2 Stunden von hier entfernten Orte fand vorgestern zwischen zwei hiesigen Universitätsdienern ein Pistolen-Duell statt, wobei auf beiden eine starke Verwundungen vorkamen. Dem k. Landgerichte f. M. ist bereits die Untersuchung eingeleitet.

§ Hammelburg. In der Nacht vom 7. auf den 8. d. Mts. hat sich die wegen des auf dem Weiler Wuppertzaint, Gerichts Arnstein, vorgefallenen Raubes, im Untersuchungskarrejie daher befindliche Ehefrau des Johann Esser von Unterriedenberg, Gerichts Brückenau, mit ihrem Halstuch am Fenster aufgehangt.

Vom Rhein, 9. Dez. Es verlautet, daß der Herr Bischof von Ketteler vor kurzem auf die Verlegung der katholisch-theologischen Facultät von Gießen nach Mainz einen bestimmten Antrag bei dem großherzogl. hessischen Ministerium des Innern gestellt, hierüber jedoch bis jetzt noch keine Entscheidung erhalten habe. Dem Vernehmen nach wird auch eine Entscheidung über diese das Interesse der Landesuniversität und noch manches Andere sehr nahe berührende Frage erst gegeben werden können, wenn zuvor die mit nächstem zusammentretenden Kammern darüber gehört worden sind. (A-D-Z.)

London, 7. Dez. Gestern ist in der katholischen Kirche zum heiligen Georg, Southwark, die feierliche Inthronisation des Cardinals Wiseman als Erzbischof von Westminster mit großem Pomp begangen worden; ein Hochamt und die Aufführung von Kirchenmusik von Haydn und Beethoven erhöhten die Feierlichkeit, deren Verlauf weder innerhalb noch außerhalb der Kirche nicht im mindesten gestört worden ist.

T. D. Wien, 9. Dez. Die Abendausgabe des Lloyd berichtet, daß morgen briefersteit treuert wird zum frühern Statusquo. (A. Z.)

Schwurgerichtsverhandlungen.

VI.

Würzburg, 7. Dez. Heute wurde die Anklage gegen St. Gäßchenberger von hier, welche schon früher von dem k. Kr. und Stadt-Gericht als nicht zuständig abgewiesen wurde, vor dem Schwurgericht verhandelt. Derselbe war angeklagt, in der „N. fr. Zeitung,“ zwei Amtsbeleidigungen gegen den Dechant Engert in Ernstkirchen aufgenommen zu haben. Pfarrer Engert, der erkrankt war, wurde durch seinen Kaplan Fröhlig vertreten, welcher das Verweigern der Sterbsakramente einem Kranken in Abrede stellte, und erklärte, er könne über den andern Anklagepunktnur aus Hörensagen Aufschluß geben. Lehrer Huttmann bezeugte aber, daß der Pfarrer wirklich die Sterbsakramente verweigert habe; die übrigen Zeugen gaben im Betreff der zwei Anklagepunkte wenig Aufschluß. Angeklagte, der sich selbst vertheidigte, wurde von den Geschworenen freigesprochen. Präsident war: A.-G.-R. Graf Spreti, Staatsanwalt: A.-G.-R. Dr. Kop. Als Geschworne fungirten: Jüngling, Kepler, Biederich, Dürbig, Bauch, Göpfert, Ulrich, v. Zubeul (Obmann), Hofmann, Clement, Rehm, Markert.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 11. Dez. 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1040	1050
„ 5% Metallique	70½	70¾
„ 4%	54⅝	55
„ 3%	41	—
„ 2½%	29½	—
„ 4½% Bethmann	66¼	—
„ 4%	58	—
fl. 250 Loose v. J. 1839	84¼	82⅝
„ 500 „ 1834	138	138½
Preußen 3½% St. Schuld Scheine	—	—
„ 100. 50 Thlr. Prämien Scheine	—	—
Bayern 3½% Obligationen	—	—
„ 4%	—	—
„ 5%	—	—
Wirtemberg 3½%	77	77½
„ 4½	92½	93
Baden 3½%	—	76
„ fl. 35 Loose	28	28⅝
„ 50	48	49
Nassau fl. 25	—	24½
Frankfurt Stadt fl. 50 Loose	72	72½
„ 25 „	—	27
Polen fl. 500	29½	29¾
Sardinien Lots. 36	—	—

Gestorben:

Kaspar Braun, Metzgersohn, 30 Jahr. — Anna Maria Bestier ledige Magd, 43 J.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 99.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkseit 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 297. Würzburg, Donnerstag den 12. Dezember. **1850.**

Das Bündniß des constitutionellen Liberalismus mit der Demokratie.

(Schluß.)

Dieser selbe Marr konnte 1846 in einer Schrift, in welcher er die Fortschritte rühmt, die seine Tendenzen in Deutschland machten, sagen: „Wenn ich nach jetzt der Politik den Werth einer stumpfen Waffe zutraue, von der man im Nothfalle Gebrauch macht, so fühle ich doch jetzt schon, daß sie gänzlich antiquirt werden muß. In diesen Tagen erst erhielt ich Briefe von hoch ehrenwerthen Oppositionsmännern" (d. h. „weißen Lilrenen" deren etwa noch vorhandenen Stoff Marx auszupressen gewonnen war), „welche jedoch zu meiner Freude sich offen zu dieser Ansicht bekannten und die noch anlängst mich einen exaltirten Kopf, einen enragirten Socialisten schalten." Ja Stein in Mannheim habe ihm, sagt Marx, als er die Nutzlosigkeit der konstitutionellen Opposition dargethan und von den Plänen der Clubbs gesprochen, halb und halb Recht gegeben: „Mein lieber Freund, Sie kennen Deutschland nicht. Sind auch Ihre Pläne auf an und für sich richtige Grundlagen basirt, so sehen Sie sich Deutschland an, ob Sie den Grund und Boden darin finden, Ihren Plan bei Werk zu richten; seine muß sich unser Streben den Verhältnissen accommodiren. — Auf Marx's Fragen, warum denn entschiedene Männer des Fortschritts die „liberalen Hanswurstiaden" mitmachten, sei ihm erwidert worden: „Weil es der einzige Weg sei, direkt auf das Volk zu wirken."

In welchem Sinne zu Bundnis mit jenen „ehrenwerthen Oppositionsmännern" oder „liberalen Hanswürsten" von den Führern der communistisch-atheistischen Verbindung geschlossen wurde, ergiebt sich dann schlagend aus den Worten Marx's in dessen Schrift von 1846: „Ohne zu heucheln, machten wir uns zu Werkzeugen der liberalen Partei, so lange damit die negative Seite des Fortschritts gefordert werden konnte. Das aber stand bei uns allen fest, im Fall einer Revolution den Liberalen gegenüber die Rolle der Montagnards gegen die Girondr zu spielen" (d. h. den Liberalen die Köpfe abschlagen zu lassen.)

Sollte man es für möglich halten, daß die Partei des konstitutionellen Liberalismus solche ihr seit 1848 durch die handgreiflichste Erfahrung bestätigten Warnungen zeit dennoch unbeachtet lassen könne? Man sollte dies billig für unmöglich halten dürfen; dennoch liegen die dringendsten Gründe für das Gegentheil vor, daß die Verbindung der hoch ehrenwerthen „Hanswürste" in seiner Weise gewichen ist. Ueberall sieht man, heute wie vor 1848, die konstitutionell-liberalen Parteiführer um ein erneuertes Bündniß mit der Demokratie buhlen und überall wiederholt sich auch die Erscheinung, wie die Demokratie, einerseits die „bedauernden und bedauerlichen" Liberalen in der Presse mit Hohn und Verachtung überschüttend, andererseits gleichzeitig „unterehren sich bestrebt, allen etwa noch vorhandenen Saft und der welken Citrone des Liberalismus herauszupressen" und sich „zu Werkzeugen der liberalen Partei (aber, je wie man's nehmen will, diese zu ihrem Werkzeuge) zu machen, so lange damit die negative Seite des Fortschritts gefordert werden kann." So in Karlsruhen durch „Verfassungstreue" und so im übrigen Deutschland durch möglichstes Aufhetzen zum Kriege, durch in den Himmel Erheben der kurhessischen Opposition, durch Lobeserhebung der „ehrösterreich", kurfürstlichen Offiziere, (die doch auch in den Augen der Demokratie nichts anderes sind als „liberale Hanswürste"), durch Veranstaltung von Sammlungen aller Art, mit einem Worte, durch Benutzung jeder sich nur irgend darbietenden Gelegenheit zur Herbeiführung von Erbitterung der Gemüther und zur Vergrößerung der schon vorhandenen Verwirrung derselben. „Verwirren — ruft der genannte Führer der communistischen Propaganda 1849 aus — und noch einmal verwirren! Der Thurm von Babel muß eben so niedergerissen, als aufgebaut werden .... Verwirren, Geist und Gemüth, Freiheit und Sklaverei, muß man das deutsche Lumpenvolk, das Börne schon so wahr schilderte!"

Und dennoch finden wir überall die Liberalen heute wie damals, trotz aller ihnen von den Demokraten gebotenen Beschimpfungen, mit denselben ins Horn stoßend, sich an sie anbrangend, mit ihnen gemeinschaftliche Sache machend. Immer in den thörichten Wahn, zu schieben, während Jener, dessen Sinne nicht ganz umnebelt sind, sieht, wie und wohin sie geschoben werden.

Wir hoffen, daß die Betrachtung von Thatsachen, wie die hier vorgeführten, wenn sie auch bei den Führern der Konstitutionell-Liberalen die beabsichtigte Wirkung verfehlen sollten, doch den Augen haben werden, das Publikum und die Regierungen über die Situation des Augenblicks aufklären zu helfen und damit einer Ueberraschung, wie die von 1848 war, vorzubeugen.

Deutschland.

München, 10. Dez. Wie man heute wissen will, wird Hr. Staatsminister v. d. Pfordten am 15. oder 16. d. als Bevollmächtigter Bayerns zum Congreß nach Dresden abreisen. Der Ausmarsch einer Reservebatterie und eines Feldjäger-Detachements, der heute und morgen hätte stattfinden sollen, wurde eingestellt und dürfte wahrscheinlich ganz unterbleiben, da eine theilweise Reduzirung der Armee in Aussicht steht. Dies wird wenigstens heute mit vieler Bestimmtheit in sonst gut unterrichteten Kreisen behauptet. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 58 bringt eine k. allerhöchste Verordnung vom 5. d. M., „den Accreß bei den kgl. Regierungen, Kammer des Innern, betr." Nach dieser Verordnung wird der Accreß bei der Kreisregierung vom König verliehen, und ist derselbe bestimmt, vorzüglich befähigten Staatsdienst-Aspiranten Gelegenheit zur näheren Ausbildung für den Dienst der inneren Verwaltung überhaupt und für den Collegialdienst insbesondere zu eröffnen. Die Gesuche um Zulassung zum Accreß sind bei dem betreffenden kgl. Regierungspräsidium einzureichen, welches dieselben unter Darlegung der von dem Candidaten bewährten Treue und Anhänglichkeit an Thron und Verfassung, des sittlichen Verhaltens, des Fleißes und der Brauchbarkeit, der Gewandtheit im mündlichen Vortrage und des äußern Benehmens, sodann seiner etwaigen Kenntnisse in den neueren Sprachen, dem königlichen Staatsministerium des Innern gutachtlich vorlegt. Die Verordnung umfaßt 11 Artikel. (A. Z.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Hersfeld, 9. Dez. Die Anwesenheit des vor einigen Tagen dahier einmarschirten 13. königl. preuß. Infanterieregiments ist glücklicherweise von kurzerer Dauer gewesen, als allgemein geglaubt wurde. Die gestern Abend hier eingetroffene Ordre bestehlt nicht nur den Abzug dieses Regiments, sondern auch aller im hiesigen Bezirke liegenden, zur Division des Generallieutnants v. Dirgen gehörige Truppen. In Folge dessen ist denn auch heute Morgen Hersfeld und die Umgegend von der preuß. Einquartierung, die auf eine sehr geringe Abtheilung Cavallerie, bestand worden. Die nach hier verbliebenen wenigen Mann werden uns ebenfalls in der Kürze verlassen. Ein Theil der Truppen ist in der Richtung nach Kassel, ein anderer in die Gegend nach Hamburg abmarschirt, um von da nach ihren Standquartieren zu gehen. Sowohl der vom preuß. Militär, als auch der Bürgerschaft (d. h. bei denjenigen, welche mit preußischer Einquartierung behacht waren) wurde die Ordre zum Abmarsch mit großer Freude vernommen. Sicherm Vernehmen nach werden nun die Bundestruppen, unter Anführung des königl. bayerischen Generalmajors v. Hailbronner, unverzüglich dahier eintreffen.

Hersfeld, 10. Dez. Ich bereite mich, noch vor Abgang der Post Ihnen die Nachricht mitzutheilen, daß soeben die Bundestruppen hier eingerückt sind.

Schlüchtern, 10. Dez. Heute kam ein k. k. österr. Feldbataillon, welches seither in der Gegend von Gersfeld an den Rhön gestanden hatte, hier durch und ging bis Steinau, einem Orte, der bisher beinah von aller Einquartierungslast durch Zufall befreit geblieben war. Dieses Bataillon kommt vorerst nach Frankfurt a. M. in Garnison. Es marschirte mit seiner herrlichen Musik fröhlichen Muthes durch die Stadt, angeachtet es gestern einen beschwerlichen Marsch gehabt, indem auf den Feldwegen von Gersfeld nach Neuhof bei sehr starkem Nebel, der in diesen Gebirgsgegenden zur jetzigen Jahreszeit fast heimisch ist, eine Verirrung stattgefunden, die zur Folge hatte, daß das Bataillon erst um 1 Uhr in vergangener Nacht in Fliedeu, einem Dorfe, zwei Stunden von hier, in das Quartier kommen konnte. (Fr. O.-Z.)

Kassel, 10. Dez. Die hiesige preußische Besatzung ist seit mehreren Tagen bedeutend verstärkt worden. Außer Artillerie und Husaren liegen hier 3 Bataillone Infanterie, wovon aber, wie man sagt, 2 Bataillone Landwehr morgen abmarschiren und das Bataillon vom 32. Linienregiment, welches schon mehrere Wochen hier ist, mit den Bundestruppen, welche morgen hier eintreffen sollen, Staffel besetzt halten würde. Die Bayern sollen gestern in Fritzlar und Grebenberg angekommen sein. Der Präsident des Oberappel-

lationsgerichts ist sehr beruhigt erkannt. Mehre Räthe dieses Gerichts treffen Anstalten zur Annahme lebenslenger Einquartirung. Um nicht mit Einquartirung belastet werden zu können, will Oetker seine Wohnung räumen und sich in einer Portechaise einmiethen, Pfaff aber eine Vagantenreise antreten.

(K. Z.)

Hanau, 14. Dez. Gestern hatten wir im hiesigen Zuchthause einen förmlichen Gefangnißrevoltiren. Die Gefangnisse befinden sich nämlich auf der hinteren Seite des Gebäudes. Die Gefangenen nun, welche schon lange syen und ihr Urtheil erwarten, und in den Schwurgerichtssitzungen am 18. Nov. und folgend, hätten abgeurtheilt werden sollen, welche Sitzungen aber, wie wir seinerzeit berichteten, wegen verhangter Einsperrung von dem Prasidenten ausgesetzt worden waren, empörten sich gegen die lange Haft, und schlugen in den Gefangnißzellen Alles, selbst die eisernen Laloufien vor den Fenstern kurz und klein, so daß beute Alles ein Bild der vollkommensten Zerstorung bildet. Das Spektakel war so groß, und der Tumult so arg, daß die Gensdarmerie alles Ernstes nicht zu bewältigen im Stande war, und von der Wache 12 Mann mit 2 Offizieren gerufen werden mußten. Von den 9 Tumultanten wurde der Hauptradelsführer gefchlossen und die Ruhe hierauf wieder hergestellt. Wir haben seinerzeit das Aussetzen der Schwurgerichtssitzungen als aus dem angeführten Grunde nicht gerechtfertigt, mißbilligt, hier haben wir nun die Folgen dieses illegalen Verhaltens. Wie wir vernehmen, wird nach vollendeter Exekution das 14. Bataillon öfter Jager in seinen früheren Standort nach Frankfurt zurückkehren. (K. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Altona, 8. Dez. General Willisen ist mit dem Abendzuge hier angekommen und hat sich sogleich nach Hamburg begeben. Er geht voraussichtlig nach Magdeburg.

Proklamation der Statthalterschaft. An die Armee! Die Statthalterschaft macht der Armee bekannt, daß in der Person des kommandirenden Generals ein Wechsel eingetreten ist. Der Generallieutenant v. Willisen hat das Kommando wiedergelegt, dasselbe ist dem Generalmajor Frhr. v. d. Horst übertragen worden. Die Statthalterschaft dankt dem scheidenden General für seine mit großem Muthe und unermüdlicher Thätigkeit dem Heere geleisteten Dienste und spricht gegen die Armee die Erwartung aus, daß selbe ihre erprobte Tapferkeit, ihre Disziplin, ihre Ausdauer im Ertragen aller Beschwerden des Krieges auch unter dem neuen Führer bewahren wird. Auf der Armee beruht die Hoffnung des Landes. Rendsburg, den 7. Dezember 1850. Die Statthalterschaft.

An die Armee! Die Hohe Statthalterschaft hat mich von dem Oberbefehl der Armee entbunden. Es zeigte sich eine Differenz der Ansichten, die nicht anders zu lösen war, als durch meinen Rücktritt. Ich scheide mit der Ueberzeugung, auch bei diesem letzten und schweren Schritte nur meine Pflicht gethan zu haben. Ein kommandirender General kann und darf nur seiner eigenen Ueberzeugung folgen. Der Abschied ist ein schwerer für mich. Nach so großen gemeinsamen Erlebnissen, zumal im Unglück, fühlt man sich festgebunden und reißt nur mit Schmerzen los. Ich danke der Armee für Alles, was sie unter meinen Augen geleistet hat. Wer die Verhältnisse, die erschwerenden Umstände kennt, wer die Schwierigkeiten, besonders den Mangel an Offizieren gesehen, mit dem täglich zu kämpfen war, Der muß gestehen, daß die Armee Außerordentliches geleistet hat. Die Schlacht von Idstedt, gegen einen an Zahl und alter Organisation weit überlegenen Feind erfochten, ist die blutigste und bestgestrittene der neuesten Kriegsgeschichte. Der Sturm auf Missunde und Friedrichstadt waren tapfere mannliche Thaten. Der 9. Mann der Armee hat die Schlachtfelder mit seinem Blute benetzt. Das Unglück hat uns keinen Augenblick gebeugt, immer standen wir kampfbereit wieder da. Ich lasse die Armee starker und besser zurück, als sie je gewesen, sie ist auf das Beste gerüstet, und große Fortifikationen, welche ihr Werk sind, stehen ihr zur Seite. Soldaten! Seid eurem künftigen Führer gehorsam, wie ihr es mir gewesen, was auch kommen mag, bewahret euch den Ruhm, bis zuletzt ausgeharrt zu haben in strengem Gehorsam, in steter Ordnung. Nasset der Tapferkeit, die ihr zeigt, wird Dank und euer größter Ruhm sein. Gott mit euch und euer gerechten Sache. Rendsburg den 8. Dezember 1850. v. Willisen, General-Lieutenant.

An die schleswig-holsteinische Armee. Nachdem durch Beschluß der hohen Statthalterschaft das erledigte Generalkommando der Armee auf mich übergegangen ist, begrüße ich Euch, meine Waffengefahrten, als Euer neuer kommandirender General, mit dem herzlichen Wunsche, daß es mir gelingen moge, Eure Achtung und Euer Vertrauen zu gewinnen. Je großer Eure Ehre ist, in so verhangnißvoller Zeit, dem Kommando beraufen zu werden, je schwerer wiegen auch die übernommenen Pflichten. Ich bin mir dessen im Hinblick auf die ausgezeichneten Eigenschaften meines Vorgangers um so mehr bewußt; aber ich vertraue auf Gott, daß er mir beisten werde, sie zu erfüllen und durch Euch, meine braven Schleswig-Holsteiner, unsere gerechte Sache mit Ehren zu Ende zu führen. Und so faßt und benn in Vertrauen mit Einmacht, angebungten Muthes und nicht achtend der drohenden Gefahren, unseren ehrenvollen Weg verfolgen. Vertrauet mir, wie ich Euch vertraue. Rendsburg, den 8. Dezember 1850. Der kommandirende General: gez. v. d. Horst.

---

* **Aus Baden**, 8. Dez. (Die Eisenbahnfrage.) Die Nachrichten, welche man über den Gang ihrer Unterhandlungen wegen des Anschlusses an die württembergische Eisenbahn hort, lauten nicht sehr weniger als günstig für den Süden und Pforzheim. Man will wissen, daß Württemberg sich anheischig machte, die Bahn bis Bruchsal auf eigene Kosten zu bauen und daß man von dieselbiger Regierung den jenseitigen Vorschlag bereits soviel wie angenommen habe. Wenn dem so ist und Württemberg Miene zu machen scheint, den Bau sofort beginnen zu lassen, so mag dies unserer Regierung als Beweis dienen, welche Vortheile sich Württemberg von einem Anschluß über Bretten versprecht, und dies muß, so sollte man doch glauben, die Unsrigen aufmerksam machen, ob nicht große, sehr große Nachtheile für unser Land dabei zu fürchten sind. Hier wollen heute noch von dem allgemeinen Verkehr sprechen, nur wollen nur die Nachtheile hervorheben, welche Karlsruhe erleiden muß, wenn die Bahn über Bretten gebaut werden sollte. Karlsruhe vermittelte bisher den Verkehr zwischen Südeutschland und einem großen Theile Frankreichs. Die meisten Güter, die über Straßburg kommen und nach Württemberg, dem Neckar, der Donau und Oesterreich gehen und umgekehrt solche, welche von diesen Ländern über Steasburg nach Frankreich gehen, schlagen den Weg über Karlsruhe ein und hier in Karlsruhe ist der Stapelplatz derselben. Das Gleiche ist mit dem Personenverkehr der Fall, nur daß derselbe von noch großerer Wichtigkeit ist. Die vielen Dampfboote und Eilwagen, die täglich zwischen Stuttgart und Karlsruhe gehen, bevorzugen dies zur Genuge. Wie sollte dies auch anders sein. Karlsruhe liegt in gerader Linie fast in der Mitte zwischen Wien und Paris, also an der großen Heerstraße, die den Osten mit dem Westen verbindet, und diese einzige günstige Lage, die Karlsruhe hat, nimmt man uns, wenn nun die Verbindungsbahn mit Württemberg 4 Stunden von uns abwärts baut. Man entzieht uns damit nicht nur unsern seitherigen Verkehr, sondern auch jede Möglichkeit zu künftiger Blüthe, in man drückt uns sie alle Zeiten den Stempel einer Provinzialstadt auf, von welchem Drucke wir und nie mehr werden erholen konnen. Dies sind Nachtheile, die Karlsruhe tief und schmerzlich empfunden wird. Leider kommen aber noch weitere hinzu. Die fast stundlichen Fahrten zwischen hier und Pforzheim werden mit einem Schlage aufboren und Pforzheim wird nicht mehr der kürzeste Wege auf die Gesthaupt zu gelangen suchen. Dieser Weg führt aber auf den Eckenwieser Hof, der nicht fern von Stuttgart ist. Was ist natürlicher, als daß die Pforzheimer alsdann ihre Einkäufe in Stuttgart machen werden, wie sie sie bisher in Karlsruhe gemacht haben. Wie haben also ferner zu beklagen, daß wir uns des so sehrwunschten Pforzheim nach und nach gänzlich entfremdet werden werden. Wie nachtheilig, und zwar nachhaltig, dies auf unsre obnehin so gedrückten Handels- und Gewerbsverhältnisse wirken muß, kennt vielleicht unsere Regierung nicht, um so schwerer werden es aber unsre Geschäftsleute fühlen. Es wird gewiß in ganz Deutschland nicht vorkommen, daß eine Stadt wie Karlsruhe, die so großen Handel und die Residenz des Fürsten so siefmutterlich behandelt wird, wie sie. An der Hauptstraße gelegen, soll ihr diese und mit ihr der Lebensfaden ihres feuren Gedihens entzogen werden, und all dies nicht etwa darum, weil es die gebieterischen Interessen des Landes erfordern, nein, einzig und allein darum, weil die Interessi Mannheims zu beeinschtigen oder vielmehr um einem Nachbarstaat zu gefallig zu sein.

Stuttgart, 10. Dez. Der hiesige Bürgerverein überbrachte am gestrigen Tage nachfolgende Adresse an das K. Staatsministerium, in welcher dem letzteren für sein bereits genommenes Maßnahmen zur Hebung der materiellen Interesse des Landes der Dank ausgesprochen, und um Fortsetzung derselben auf verschiedene Zweige des bürgerlichen Lebens gebeten wird. Der Bürgerverein gibt sich der Hoffnung hin, daß seine Adresse im ganzen Lande Beifall und Unterstützung finden werde, und wunscht, damit entsprechende Kundgebungen von den anderen Seiten des Landes hervorgerufen zu haben.

Hohes Königliches Gesammtministerium!

Seit dem Bestehen des jetzigen Königl. Ministeriums haben wiederholte, nicht blos mittelbare Kundgebungen der Presse, sondern auch unmittelbare des K. Ministeriums selbst die Anerkennung des Letzteren aufgesprochen, daß neben der gesetzlichen Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Zustande im Allgemeinen, ganz besonders die Förderung der materiellen Interessen dringendes Bedürfniß sei. — Je mehr solche durch die neuesten Zeitereignisse beschadigt worden sind, um so beruhigender mußte diese Anerkennung an sich schon wirken. Mit Freude aber haben wir wahrgenommen, daß das K. Ministerium nicht blos darüber, daß die materiellen Interesse des Landes jede Beruchsichtigung fordern, mit sich im Reinen ist, sondern auch über die, auch unserer innersten Ueberzeugung, zum Ziele führenden Mittel und Wege; wie dasselbe besonders die Ueberzeugung mit uns theilt, daß unter den Schaden der Revolution, zu welchen Zeiten sie immer geschritten werden musse, die ungluchlichen Gesetze über die Aufnahme in das Bürgerrecht, über häusliche Niederlassung und Gewerbebetrieb, über den Hausirhandel, Gantungen und Armenpflege in vorderster Reihe stehen. Um so wohlthuender war für uns diese Wahrnehmung, als einentheils die allgemeinen und bitteren Klagen über die traurigen Wirkungen eben jener Gesetze und der laute Ruf nach Abhilfe schon lange Zeit ungehört verhallten, aber mit einem einfachen Bedauern, daß da ein für allemal nicht mehr zu helfen sei, kurz abgewiesen wurden, und das jetzige Ministerium das erste ist, welches mit der klaren Einsicht in die Schaden zugleich den thatkräftigen Willen ihnen abzuhelfen, verbindet; andererseits dasselbe entschlossen scheint, selbst die scharfe Waffe, die der §. 89 der Verfassung ihm an die Hand gegeben, eben nur zur Beseitigung wirklicher und

begründeter nicht etwa blos eingebildeter oder erdichteter Wolkswünsche anzuwenden, wie zu der um so ungelaumten Vornahme der Revision jener schadlichen Gesetze und innere auf die Vereinfachung des Staatshaushaltes berechneter Reformen, nach denen die große Mehrzahl der mittleren und niederen Stande unseres Volkes, selbst ohne Unterschied politischer Parteiansichten, schon so lange Zeit sich sehnt. Daß es hierin aber nicht bei blossen Worten bleiben soll, das K. Ministerium vielmehr zu handeln entschlossen ist, hat dasselbe durch seinen jüngst erschienenen Erlaß, der die bisher so ungebührend erschwerten Bürgerannahme beschränkt, für zumahl sattsam bewiesen. Für solche wohlwollende wahrhaft populäre Absichten und Entschlüsse fühlen wir uns gedrungen, dem K. Gesammtministerium hiermit unsern unterthanigen Dank auszusprechen.

Aber eben je gewissenhafter die Fortdauer der Wirkungen der Gesetze über Bürgerannahme, Armenwesen, Hausirhandel, Wirthschaftskonfessionen und Gantungen, die einer kränklichen Humanität und einem falschen Liberalismus ihr Dasein verdanken, ebenso in sittlicher als in ökonomischer Hinsicht ist, und unter denen besonders das Bürgerrechtsgesetz, das die Gemeinden mit einer tiefsitzenden Bürgern anfüllt, und durch Armenschaden zu Grunde richtet, zu einer wahren Landplage geworden ist; je verderblicher vor allem Andern das Gewerbegesetz praktisch sich erwiesen hat, ein Gesetz, das hervorgegangen ist aus den wohl berechneten Bestrebungen der Anhänger zweijährigen Freihandelssystems im Bunde mit einer dem Volksleben und seinen Bedürfnissen entfremdeten Beamtenclasse und der erfahrungslosen Doktrin der Hochschulen, und nur möglich war, wo, wie in Württemberg — bei einer unbeschränkten von dem modernen französischen Constitutionalismus entlehnten Volksrepräsentation der jahrweise Stand der Handwerker mit seinen Interessen in den Ständeraumen entweder gar nicht, oder sogar von gewerblichen Gegnern bloßer vertreten war, und welches ebenso zur Vernichtung des Wohlstandes der Männer der kleinen Gewerbe und des Mittelstandes überhaupt wesentlich beigetragen, daher die Erzeugung eines immer zahlreicheren, immer unzufriedeneren Proletariats als der Sicherheit des ganzen Staats gefahrdrohend sich gezeigt hat, und täglich unter dem Drang der Zeit mehr sich zeigt; um so mehr glauben wir zugleich wagen zu dürfen, die möglichst baldige Vornahme der Revision jener Gesetze einem K. Gesammt-Ministerium unterthanig dringend an's Herz zu legen.

K. Gesammtministerium! Wenn in dem Grade, als diese Institutionen, besonders das Gewerbe- und Bürgerannahmegesetz, die und unter dem verführerischen Namen der Freiheit und des Fortschritts geboren wurden, in der That die bisher so reiche Quelle der Verarmung, der Unsittlichkeit und Unzufriedenheit waren, sowie die Umanderung derselben, soweit sie die Erfahrung zum Schutze besonders der kleinen Gewerbe gegen eine maßlose Konkurrenz von aussen und innen, der Gemeinden durch Herstellung grösserer Selbstständigkeit, so weit es geht, sich von der Ueberordnung, Gewerbüberfeuerung und Ueberbürdung durch Armenschaden zu erwehren, des ganzen Staates gegen Verarmung und Unsittlichkeit als nothwendig zeigt, und wobei wir die Modalitäten einem königlichen Ministerium vertrauensvoll anheim geben, eine nicht minder ergiebige Quelle des Segens werden muß; so glauben wir weil fest, daß diese Umänderung besonders dann, wenn zu ihr noch die Einführung einer würdigen Sonntagsfeier und einer strengen Sittenpolizei als die Krone des Ganzen hinzu kame, in Wahrheit als die größte in so kurmvoller Zeit überhaupt mögliche Wohlthat in ihrem ganzen praktischen Werthe von allen Besonnenen erkannt und empfunden, und als künftige Thatsache die Herzen von Tausenden heute noch Unzufriedener für immer versöhnen wird.

K. Gesammtministerium! Indem wir mit Gegenwartigem unserm Dank und unsere Wünsche dargelegt, sprechen wir nicht blos für uns, wir wissen, daß wir Hunderttausenden aus der Seele sprechen. Um so zuversichtlicher hoffen wir auf die gnadige Gewahrung unserer unterthanigen Bitten, und verharren in Ehrfurcht.

Stuttgart, den 3. Dez. 1850.

Wien, 6. Dez. Dem Vernehmen nach wird das durch die Reichsverfassung in Aussicht gestellte Statut über die Krönung Sr. Maj. des Kaisers ehestens erscheinen. Gewiß ist, daß in dieser Beziehung bereits Berathungen stattfinden. — Mit dem Hauptschube wurden heute wieder 49 Individuen, als hier entdeckt, von Wien ausgewiesen. Es fanden sich in der Reihe derselben ein Börsenspekulant und eine Hetzerin von großen Quantitaten Kupfergeld.

Wien, 7. Dec. Die „österreichische Correspondenz" sagt in einem umfassenden Artikel über die Richtung des Reichsrathes unter Anderm: Es versteht sich von selbst, daß es nicht in dem Bereich des Reichsrathes liegen kome, sich mit andereweiten Fallen zu beschäftigen, welche sind ihrer Beschaffenheit nach darauf angewiesen, unmittelbar von den Organen der Erneutwegwalt entschieden zu werden. Allein es handelt sich darum, eine angesehene, intelligente und über alle Anspruche der Parteien und die taglichen Bedürfnissen hinreichend erhabene, emporragende Körpersschaft zu erschaffen, welche namentlich in wichtigen Gesetzgebungs-Fällen und bei bedeutenden Fragen streitiger Natur das Ministerium mit ihrem Rathe zu unterstützen haben wird. Der betreffende Paragraph unserer Verfassungs-Urkunde enthalt namentlich die Bestimmung, daß bei der Ernennung der Mitglieder die verschiedenen Landtheile der Monarchie zu berücksichtigen seien. — Diese Festsetzung muß ohne Zweifel in das Statut übergehen, welches die Bildung und Gebahrung des Reichsrathes regeln wird. Dadurch ist den mannter so heterogenen Interessen des Kaiserstaates, den besonderartigen Bedürfnissen der Nationalitäten, den verschiedenartigen Bedürfnissen der Kronlander die sicherste, beruhigendste Gewahr einer ersolgreichen Berücksichtigung dargeboten. Dadurch wird ferner den Völkern Gesammt-Oesterreichs die erfreuliche Garantie gereicht, daß alle Verordnungen und Gesetze, welche zur Zeit noch in provisorischer Form erlassen werden mussten, künftig erst der Prüfung des Reichsrathes werden unterzogen werden. Und wer mochte in Abrede stellen, daß erfahrene, leidenschaftslose, unterrichtete Männer, welche ohne die Parteiinteressen und ihre Anspruche nicht zu wittieren haben, vermöge zu ihren richtigen Ansichten strengen Charakter, Rechtlichkeit und ein dem vernunftigen Fortschritte zugewendetes Auge mitbringen, als die nöthigen Eigenschaften besitzen, um dem Throne eine Stütze und dem Volke eine Burgschaft zu bieten? Was die bereits oberwehnte Bestimmung betreffe, daß bei der Besetzung der Reichsrathsstellen auf die Verschiedenheit der Kronlander Bedacht zu nehmen sei, so wird sie sich unbedingt heilsam erweisen. Es liegt in der Natur des Verwaltungsgeschaftes, daß in dem Schoope des Ministeriums selbst nur ein Hauptgedanke, eine Richtung, ein Charakter vorherrschen muß. Nur den Beistand eines Ministerrathes halten sammtliche Mitglieder des Cabinets solidarisch mit ihrer vollen Verantwortlichkeit. Anders wird sich die Sache im Reichsrathe stellen, dort steht es einzelnen Mitgliedern allerdings frei, ihre besonderen Ansichten geltend zu machen, und mit dem Gewichte ihrer Gründe zu bringen und zu verwahren. Weil der Reichsrath nicht eigentlich entscheidende Beschlüsse zu fassen, sondern blos Gutachten abzugeben hat, so bedarf es hiebei keiner absoluten Uebereinstimmung, und es konnen die verschiedenen Ansichten einzelner Mitglieder vollständig unabgeschwert jene Geltung und jenes Gewicht der von ihnen angesprochen Argumente gehabt. Um es mit einem Worte auszubrücken: der Reichsrath repräsentirt das Element der Erwägung, das Ministerium die Thatkraft im lebendigen Organismus des Staates. Aus dem Zusammengreifen beider Potenzen wird unsehlbar jene gesetzliche Entwicklung des Staatslebens hervorgehen, welche normalen und dauernden Zuständen entspricht. Die große Erfahrung, welche sich der gemeinnamte Präsident des Reichsrathes in allen Zweigen der öffentlichen Geschäfte erworben, das hohe, selbst durch die revolutionären Katastrophen der letztverflossenen Jahre unangetastet gebliebene Vertrauen, dessen sich derselbe in allen Kreisen der Bevölkerung erfreut, seine erprobte Rechtsheit und sein anerkanntes Geschick, den billigen Anforderungen der Neuzeit ohne Ueberstürzung im Wege der organischen Entwicklung gerecht zu werden, befähigen ihn ganz vorzüglich zu dem erhabenen Posten, auf welchen ihn der Wille seines Monarchen gestellt. Die allgemeinen Vortheile der Institution werden, wie konnen überzeugt sein, daß die zu erwartenden Wahlen auch allgemeiner freudiger Zustimmung begegnen werden.

Vom Donauthale, 6. Dez. Groß ist die Diana von Ephesus, groß ist das „Gemeindeblatt" von Linz! Nachdem badische Wind hereinmen, daß eine Stiftung für künftig alljährlich stattende Missionen ins Leben treten soll, konnte es in vorsorglicher Liebe nicht umhin, gegen ein solch' entsetzliches Vorhaben mit gezirmender Entrüstung anzutreten. Der schrecklichste der Schrecken wurde, um das angeblich unsittlich abzuwenden, einerseits ein Triumph gefeiert, der inmitten Fanatismus, Ultramontanismus, Volksverdummung, mittelalterliche Finsternis, Priesterherrschaft, und was sonst noch die dieselbe beliebten, vor- und nachmärzlichen Schlagworter sind, andererseits aber mit welchen, liest Wehmuth athmenden Worten hingewiesen auf den traurigen Grund der Auflösung, der Civilisation, des Fortschritts, des Humanitat, der allgemeinen Menschenliebe, der reineren Moral und der übrigen rosigen Blüthen am üppigen Baume des Zeitgeistes. Und sieh, der große Wurf, er ist gelungen! Der löbliche Gemeinderath zu Linz hat als weltliche Vogtei „im Interesse der Gemeinde" mit gesetzlicher Autorität die Errichtung dieser Stiftung abgelehnt. Freue dich also „Gemeindeblatt", du rüstiger Kämpe, und ruhe aus auf den wohlverdienten Lorbeeren! Doch betrachten wir die Sache selbst. Der Gemeinderath hat die Stiftung abgelehnt. Frage man, aus welchen Gründen? Es ist „das Interesse der Gemeinde" und laut Signatprotokoll vom 27. v. Mtd. die Besorgnis, „sich zum Schildknappen des Ultramontanismus zu machen;" fragt man, mit welchem Rechte? so saßt der Gemeinderath Hr. S. einen ganzen Bienenschwarm von Vogter-, Instruktions- und Gemeindevertretungs-Paragraphen, von Artikeln, Paragraphen und Instruktionen, von „beschiedenen Zweifeln" und unbescheidenen Verdachtigungen los, welcher mit seinem Gesumme die Köpfe so verwirrt, daß man dieses Recht zu finden wirklich nicht im Stande ist

Berlin, 9. Dez. Die konstitutionelle und die National-Zeitung legen beide in ihrer politischen Sinnesart nur geringe Erwartungen von den in Dresden beorstehenden Verhandlungen. Die „National-Zeitung" meint, unter den jetzigen Umständen verdiene die reine und einfache Widerherstellung der alten Bundesverfassung den Vorzug vor jedem „Fixdwerk, durch welches der Mißgeburt eines neuen monströsen Charakter geben wurde." Die „konstitutionelle Zeitung" sieht in den Conferenzen „keine Losung der eigentlichen Fragen, nicht einmal den Anfangspunkt für eine gesetzliche Organisation des Gesammtvaterlandes. Man werde lediglich ein Nothdach errichten über den Trümmern, in welche Deutschland gegenwärtig zerfallen." Beide Blatter werden mit und den bestentlich bald sich ergebenen Ausgang der Verhandlungen abwarten müssen. Man ist endlich in der deutschen Frage dahin gelangt, bei der Reorganisation der Bundesverhältnisse von den realen Grundlagen anzugehen, und da hoffen wir mit Sicherheit einen festeren und besseren Bau, als ihn die Frankfurter und die Erfurter lustigen Versuche zu Stande bringen konnten.

— Das Ministerium soll nun entschlossen sein, am 3. Januar Abständig ergänzt, einig und geschlossen vor die Kammern zu treten, auch wenn es noch nicht im Stande sein sollte, denselben die

Resultate der „freien Konferenzen“ vorlegen zu können. Es ist dieser Entschluß jedenfalls sehr zu loben.

— Nachdem der Staatsminister a. D. Graf v. Alvensleben die nachgelassenen Mittheilungen über die von dem Ministerium in den deutschen Angelegenheiten innezuhaltende Politik erhalten, hat derselbe die Mission zu den „freien Conferenzen“ definitiv angenommen.

— Der Regierungspräsident v. Rammer war gestern hier, und man glaubte in gut unterrichteten Kreisen, derselbe werde einer Ernennung zum Minister des Unterrichts, der geistlichen und Medizinal-Angelegenheiten sich nicht entziehen. — Der Oberpräsident v. Witzleben soll sich dahin erklärt haben, zur Zeit ein Ministerium nicht annehmen zu können. — Für das Ministerium des Innern nennt man jetzt auch den Präsidenten und Direktor in demselben Ministerium, Herrn v. Puttkammer.

— Das Gerücht von der Abberufung des Grafen v. Bernstorff von Wien dürfte nicht unbegründet sein; weniger Wahrscheinlichkeit aber hat eine Versetzung dieses Diplomaten nach Petersburg; vielmehr glaubt man in gutunterrichteten Kreisen, derselbe dürfte den Posten hierher in London ersetzen. Man spricht übrigens davon, der bisherige diesseitige Gesandte an St. Petersburger Hofe. General v. Rochow, werde nach Wien gehen. (N. Pr. Z.)

England.

London, 7. Dez. Den ersten ihrer Leitartikel widmet heute die „Times“ einer Betrachtung über die Conferenz zu Olmütz und einer Anerkennung der Friedenspolitik des Hrn. v. Manteuffel. Nachdem in kurzen Zügen der Verlauf der Dinge zu Berlin nach jener Conferenz bis zur als Nothwendigkeit eingetretenen Vertagung der Kammern mit gelegentlichen Seitenblicken auf die Kriegs- und Oppositionspartei dargestellt ist, fährt die „Times“ fort, daß nach diesen letzten Siegen in Berlin an Herrn v. Manteuffel die Aufforderung gestellt sei, nun auch dem feigerschen Drängen des Volks, wie es sich in gefährlichster Gestalt zeige, zu widerstehen, und daß diese kritische Stellung des Ministers die hervorstehenden Dresdener Verhandlungen nicht wenig behindern müsse. „Wenn die in Olmütz getroffenen Bestimmungen den wünschenswerthen Erfolg für die Erhaltung des Friedens hatten, so wäre ein Streiten über den Wortlaut derselben ein thörichtes Beginnen: da sie aber nur dazu gedient haben, den lebhaftesten Widerstand in der preußischen Kammer hervorzurufen, so begreifen wir nicht, wie sie zu einer befriedigenden Lösung der vorwaltenden Tagesfragen führen sollen. So weit wir die Beschaffenheit des Hofstein betreffenden Vorschlags kennen, so ist derselbe, wie wir gefürchtet hatten, eine weite Entfernung von dem zuletzt vom Bundestag eingenommenen und in dem Londoner Protokoll vorgezeichneten Standpunkt; es ist es mit einer Entschiedenheit, die Dänemark aber seine Verbindlichkeit jemals die unauflösliche Verbindung der Herzogthümer Schleswig und Holstein, wie sie jetzt weder behauptet wird, zugeben und anerkennen werden. Die Bildung des neuen Bundes auf Grund der dritten Bestimmung scheint nur den Keim einer Theilung Deutschlands in zwei entgegengesetzte oder gleich Systeme zu enthalten, eine Maßnahme, welche Deutschland und Europa den zukünftigen Krieg gebären wird. Die Kriegsrüstungen sind noch nicht einen Tag eingestellt worden. So werden diese Conferenzen über Gegenstände, die an sich selbst von der verwickeltsten Beschaffenheit sind, unter dem unmittelbaren Einfluß einer bewaffneten Agitation geführt werden, welche es offen darauf ab die Absichten der preußischen Regierung zu paralysiren und zu vernichten, während die Militairkräfte aller deutschen Staaten zur Hand sind, um die Forderungen jeder Parten zurückzuweisen. Unter solchen Umständen können wir nicht mit Vertrauen von dem endlichen Zustandekommen und dem Wortlaut der Olmützer Uebereinkunft sprechen oder von einem Erfolg, wenn derselbe ausgeführt werden soll. Arabische Bestimmungen wurden in Warschau vorgeschlagen und angenommen, wob dazu mit dem Vortheil des Geheimnisses und mit geringerer Aufregung, aber sie wurden aufgegeben. Nichtsdestoweniger wird der Frieden erhalten bleiben, so lange Hr. v. Manteuffel im Amte ist. Für diese Thatsache giebt seine jüngste Rede und sein ganzes Verhalten der Welt eine Bürgschaft. Aber er behauptet seinen Posten mehr durch den Willen des Königs, als von dem Volkselement und der Gesetzgebung gestützt, und ein Zweifel darüber ist unmöglich, was die Folge sein werde, sollte er früher fallen, als jene furchtbare Macht. — Die österreichische Regierung hat große Zugeständnisse gemacht; aber weit entfernt, sich als ein Zeichen der Schwäche oder Erniedrigung zu betrachten, beweisen sie vielmehr die Stärke ihrer Stellung und ehren ihre Staatsmänner. In der gegenwärtigen Lage von Deutschland ist es weit ehenhafter, für die Herstellung der Ordnung und des Friedens große Opfer zu bringen, als dieses umfangreiche Land durch wahnwitzige Declarationen, durch Worte, durch, aber durch schmählichen Ehrgeiz und Eitelkeit, an welche solche Brandadressen appellieren, den Schrecken des Kriegs preiszugeben. Es ist für die Herstellung einer konstitutionellen Regierung und vernunftgemäßen Freiheit in Deutschland eine niederschlagende Aussicht, daß in einer solchen Krisis wie die gegenwärtige, diejenigen, welche sich die Führer der liberalen Sache nennen, diese selbst in übeln Geruch bringen, indem sie sich mit gehässigen Leidenschaften und einer unausführbaren Politik indentifizieren. Behalten sie die Oberhand, so halten wir in der Kürze einen verheerenden Krieg, der wahrscheinlich in dem Ruin ihres Vaterlandes sein Ende findet, für unausbleiblich; unterliegen sie aber, so kann es nur auf Kosten der konstitutionellen Grundsätze geschehen, welche von der Krone geachtet und vom Volk nicht mißbraucht werden sollten. An diesem dunklen Faden noch hangt der Friede von Europa.“ —

Neuestes.

Frankfurt, 9. Dez. Der General unserer freien Stadt hat, wie verlautet, den Schöffen Dr. Harnier zum diesseitigen Gesandten für die freien Conferenzen zu Dresden ernannt.

Frankfurt, 11. Dez. Die beiden nach Kassel bestimmten Kommissäre, F.M.L. Graf von Leiningen und Generallieutenant von Peucker sind noch nicht von hier abgegangen.

△ Aus Baden, 9. Dez. Freiherr v. Meysenburg, welcher vor einigen Tagen, wie berichtet, in außerordentlicher Mission nach Berlin abgereist ist, ist gestern wieder in Karlsruhe eingetroffen. Der Zweck seiner Sendung soll vollständig erfüllt sein.

In der Sitzung der II. Kammer vom 7. d. Mts. kam zur Berathung des Berichts des Abgeordneten Bissing über den Gesetzentwurf, die Entschädigungspflicht der Gemeindeangehörigen wegen der bei Zusammenrottungen verübten Beschädigungen betr. Das Gesetz besteht seit 1. April 1845 als Folge der vielen Verletzungen gegen Personen und Eigenthum, die im Frühjahr 1844 stattfanden. Verhandelt wurde heute veranlaßten in II. Kammer, die Dauer des Gesetzes bis zum Schlusse des nächsten Landtags zu beschranken. Dasselbe hat sich als zweckmäßig bewahrt, hauptsächlich dadurch, daß die moralische Wirkung desselben sich ausschließlich verwaltete. Es schreckte ab, vor Störungen und trieb die Bürger an, mit vereinten Kräften dagegen einzuschreiten, so daß es in einem Zeitraume von zwei Jahrzehnten und einer Revolution kaum mehr als drei Mal zur Anwendung kam. Das Gesetz soll daher nun als ein dauerndes erlassen werden, wie es auch in anderen Staaten, in Nassau, Braunschweig, Wurtemberg, Hannover und Bayern, seither gethan sei. Der Entwurf lautet nach den Antragen der Kommission: §. 1. Die Gesammtheit der Bewohner einer Gemeinde, (§. 2. der Gemeindeverband), in deren Bezirke von einer größern zusammengerotteten Menge oder von einer bewaffneten oder unbewaffneten Vereinigung Mehrere mit offener Gewalt Verbrechen gegen Personen oder gegen das Eigenthum verübt werden, ist verbunden, den dadurch verübten Schaden zu ersetzen. §. 2. bestimmt, daß wenn die Bewohner mehrerer Gemeinden sich zu diesem Verbrechen zusammengerottet haben, sämmtliche Bewohner dieser Gemeinden zum Schadenersatz verpflichtet sind; es wird jedoch auf das Maß der Betheiligung Rücksicht genommen. §. 3 bestimmt, daß wenn die Thäter nicht Bewohner der Gemeinde sind, in welcher sie das Verbrechen verübten, und die Einwohner nicht im Stande waren, dieselben daran zu hindern, sie keine Verpflichtung zum Schadenersatz treffe. Wenn die Einwohner dagegen das Verbrechen hatten verhüten können, so haften sie dafür. (Schluß folgt.)

△ Aus Baden, 9. Dez. Am 7. d. Mittags um 12 Uhr traf das aus Preußen zurückgekehrte 2. Reiterregiment hier in Karlsruhe ein und wurde festlich von den Einwohnern empfangen. Se. kgl. Hoh. der Großherzog war in Begleitung des Prinzen Friedrich und eines sehr glänzenden Generalstabs dem Regimente entgegengeritten, das nun hier in Garnison bleibt.

Karlsruhe, 9 Dez. Das heutige Regierungsblatt enthält die Verlängerung des Kriegszustandes und Standrecht auf weiter vier Wochen.

Hannover, 9. Dez. Das Finanzministerium macht bekannt, das Pistolen von 14½ Thalern bis auf Weiteres bei den königlichen Cassen nur zu 5 Thlr. 12 Sgr. angenommen werden. Das Herausgehen von Courant auf eingezahlte Pistolen wird den königlichen Cassen gänzlich untersagt.

(J. f. N.)

Wien, 8. Dez. Die Staatsverwaltung beabsichtigt einen großen Theil der gastgiften Juden im nächsten Frühjahr auf separirte, blos aus Juden zusammengesetzte Kolonien nach den ungarischen anbaufähigen Pusten unter Beigebung ökonomischer Insiruktrens zu versetzen.

Berlin, 9. Dez. Der König hat dem päpstlichen Nuntius in Wien, Erzbischof Viala-Preth, den rothen Adler-Orden erster Klasse verliehen. (Pr. St.-A.)

T. D. Berlin, 10 Dez. Heute ist eine Cabinetsordre erschienen, nach welcher bei der mobilisirten Armee Reductionen eintreten. (J. Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Courś.

Den 12. Dez. 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	104⅜	105⅜
„ 5% Metalliue	73½	73¾
„ 4% „	57	57½
„ 3% „	42½	43
„ 2½% „	34⅜	35
„ 4½% Bedmann	67½	—
„ 4% „	61	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839	82¾	83¼
„ „ 500 „ 1834.	150	150½
Preußen 31½% St. Schuld Scheine.	82	82½
„ Pfdt. 50 Pfunden Scheine.	118	—
Baiern 3½% Obligationen	83	83½
„ 4% „	87½	88
„ 5% „	100	100½
Wurtemberg 3½% „	84	84½
„ 4½ „	96¾	97
Baden „ 3½% „	78½	79
„ fl. 35 Loose	30⅝	30⅞
„ „ 50 „	51½	51¾
Nassau fl. 25 „	23⅜	23¾
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	27⅜	27⅝
„ „ 25 „	26¾	27
Polen fl. 300 „	29⅞	30⅛
Sardinien Lire 36 „	32⅝	33⅛

N.B. In wenigen Exemplaren der gestrigen Nummer sind die 9 letzten Zeilen der dritten Spalte der dritten Seite in ungeeigneter Ordnung zu lesen.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrankhofe 2. Distr. Nr. 833.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 298. Würzburg, Freitag den 13. Dezember. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Würzburg, 13. Dez. Die 1. Schullehrerstelle zu Reitenhausen, k. Bez. Klingenberg, ist dem von dem k. Pfarramte zu Fechenbach und der Gemeinde-Verwaltung zu Reitenhausen auf diesstelle präsentirten Schulverweser Hartmann bisherigen II. Schulleher zu Dorfprozelten Philipp Hann übertragen worden.

Die preußische Journalistik.

Die offenbar entstellenden und unwahren Berichte der preußischen Blätter über den Stand der Verhandlungen zwischen Wien und Berlin werden nachgerade unerträglich, während von Oesterreich und der Bundesversammlung die größte Diskretion über diesen Gegenstand beobachtet wird. Die preußische Regierung hat sich durch ihr System der Journalistik selber eine Ruthe gebunden, deren Streiche größtentheils auf sie selbst zurückfallen. Jede noch so delikate Verhandlung, deren weiterer Entwickelung sich gar nicht vorher berechnen läßt, wird gleich im Anfange dem Publikum zum Besten gegeben, jede Uebereilung der preuß. Diplomatie wird dem Publikum als etwas Feststehendes mitgetheilt, alle Federn werden in Bewegung gesetzt, um den Beifall dafür zu gewinnen, und die Folge davon ist, daß man sich selber die Hände gebunden hat oder sich nach kurzer Zeit widersprechen muß. Wie man es in Preußen treibt, so sind es eigentlich die großen Massen, die dort die äußere Politik machen, und darin liegt zum großen Theile mit der Grund, daß die preußische Politik so gänzlich alle Haltung und Consequenz verloren, und daß die preußische Regierung so ohnmächtig im eigenen Lande geworden ist. Die öfter. Staatsmänner verschmähen es aber, die entscheidenden Verhandlungen aus den Cabinetten in die Zeitungen und Bierlokale zu versetzen, so groß auch die Versuchungen waren, womit die sorgwbrenden provocirenden Breßerörterungen und Entstellungen von Seiten der preußischen Presse zum Aufgeben dieses Systemes verlockten.

Dazu kommt aber in gegenwärtiger Zeit noch ein Motiv, welches zu ganz besonderer Discretion bestimmte. Hr. v. Manteuffel hatte nach dem Sturze des Herrn von Radowitz die allergrößte Nachgiebigkeit in den preußischen Fragen zu erkennen gegeben, ja bereits bestimmte Zusicherungen gemacht. Da aber jene höchste Zustanz in den auswärtigen Angelegenheiten, das zeitungslesende Publikum in Preußen, noch immer auf dem entgegengesetzten kriegerischen Standpunkte, auf der man es hinaufgeschraubt hatte, sich befand, so bewirkte er einigen Zeit, um es wieder herabzustimmen. Es konnte nicht in der Absicht der großdeutschen Diplomatie liegen, diese Bemühungen des Hrn. v. Manteuffel zu Umstimmung des eigenen Lagers zu contrecarriren und zu vereiteln. Es wäre nichts leichter gewesen, als die vielen falschen Nachrichten, die eben von den ministeriellen preußischen Blättern ins Publikum geworfen wurden, zu widerlegen. Damit aber hätte man möglicherweise in den Operationsplan der preußischen Regierung zur Bewahrung ihrer eigenen Leute storend eingreifen können. Es ist nicht recht leicht zu begreifen, wie durch solch' fortgesetztes System der Täuschung in der Presse die Gemüther beruhigt, die Begeiste aufgeklärt und die Kraft der Regierung vermehrt werden kann. Indessen muß man doch annehmen, daß die preußische Regierung sich auf ihre Leute am Besten verstehe; sie muß am besten wissen, wie sie mit ihrer Armee, ihren Kammern und ihren Zeitungslesern fertig wird: die Umwege, die sie für nöthig hält, um die sogenannte öffentliche Meinung zuletzt auf denselben Punkt zu bringen, wo sie selber steht, liegen ganz außerhalb aller Berechnung einer geraden und prinzipiellen Politik. Nie wurden die großen preußischen Diplomaten sich dazu hergeben, irgend eine unwahre Angabe, auch zu dem besten Zwecke, zu unterstützen. Aber wo so vieles auf dem Spiele steht, wo es an einem seidenen Faden hängt, ob durch die erhitzte Stimmung in Preußen ein Revolutionskrieg über ganz Europa ausbrechen soll oder nicht, da konnte man leicht so viel Selbstverleugnung haben, um allen Mandoren in den preußischen Zeitungen einstweilen ein unbedingtes Stillschweigen entgegenzusetzen.

Ueber kurz oder lang kömmt die Wahrheit doch an den Tag, und der Stand der Dinge wird in Bezug auf die Verhandlungen durch die Enthüllungen der „Deutschen Reform" und des „Neuen Pr. J." um keine Linie verrückt.

Deutschland.

München, 10. Dez. Wie wir vernehmen, hat die auf dem jüngsten Landtage durch gemeinsamen Beschluß der Kammern beantragte Erhöhung des Gehalts der Lyceen- und Gymnasialprofessoren, dann den mit Gymnasien verbundenen Lateinschulen, die allerhöchste Genehmigung Seiner Majestät des Königs in der Art erhalten, daß statt der begutachteten Quinquennien die bisherigen Sexennien beibehalten werden sollen. Diesem gemäß wird künftig der Gehalt der Studienlehrer, welcher mit 1000 fl. eintritt, mit Eintritt des 25. Dienstjahres auf 1200 fl., und der Gehalt der Lyceal- und Gymnasialprofessoren, mit 800 fl. beginnend, auf 1200 fl. sich erhöhen. Das gesammte Studienlehrerpersonal wird in diesem neuerlichen Akte königlicher Munifizenz eine ehrenvolle Anerkennung seiner vielseitigen Leistungen und einen kräftigen Sporn zur fortgesetzten pflichteifrigen Berufsthätigkeit finden.

(N. W. Z.)

München, 11. Dez. Im hiesigen Militärzeughause wird mit außerordentlicher Thätigkeit fortwährend gearbeitet und ist die gewöhnliche Reservegrenze überschritten worden. Eine nicht unbedeutende Zahl von Civilarbeitern ist deßhalb auf unbestimmte Zeit aufgenommen. — Heute Mittag wurde der Befehl im Kriegsministerium ausgefertigt, daß der Generalstab des 2. mobilen Armeekorps sogleich hier wieder einzurücken habe. Sämmtliche Rüstungen sind eingestellt, mit Ausnahme der Anfertigung einer Vorrathes von Ausrüstungsgegenständen für 1000 Mann per Regiment. Auch der Ankauf von Pferden für die Armee wurde definitiv aufgegeben. Die Errichtung von 6 Kompagnien Festungsartillerie hat gleichfalls zu unterbleiben. — Der Korpskommandant der Gendarmerie, Oberst Frhr. v. Gumppenberg, inspizirte heute im Hofe der Isarkaserne die hier noch anwesende halbe Eskadron Feld-Gendarmerie. — Den in der hiesigen Garnison eingerichteten Studirenden der Universität wurde rebffnet, daß sie dieser Tage wieder in Urlaub entlassen werden. — Durch eine allerhöchste Verordnung sind die Sendungen an die am Main und in Kurhessen stationirten Soldaten, wenn das Paquet das Gewicht von 6 Pfund und den Werth von 16 Gulden nicht übersteigt, durch die Post portofrei zu geschehen. — Der Vorstand des hiesigen königl. Telegraphenamts, Hr. Dyck, befindet sich zur Zeit in Angelegenheit der bayerischen Telegraphenlinien und deren Anschluß an jene der westlichen Grenzstaaten in Frankfurt a. M. — Dem Professor Fraas an der hiesigen Universität ist der schon seit sechs Jahren wiederholt ausgeschriebene Preis von 1200 fl. für die beste Geschichte der Landwirthschaft in den letzten 100 Jahren von der k. k. Landwirthschaftlichen Gesellschaft für Natur- und Landeskunde zuerkannt worden. — Eine königliche Ministerial-Entschließung macht sämmtliche Kreisregierungen dafür verantwortlich, daß in Zukunft die Professoren und Studienlehrer der Gymnasien und Lateinschulen, entschuldbare Verhinderungsfälle ausgenommen, den regelmäßigen Sonn- und feiertäglichen Gottesdienstern beiwohnen.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Hersfeld, 11. Dez. Heute Morgen 9 Uhr sind die Bundestruppen — 500 Mann östr. bayerischer Chevauxlegers und 3500 Mann Infanterie, unter Anführung des Hrn. Fischer in Thorn und Taxis, Oberbefehlshaber, hier durchmarschirt. In Hersfeld selbst ist keine Einquartirung erfolgt, es wird solche vielmehr von Mecklar and bis zur Grenze Kassels erfolgen. Das Hauptquartier ist von heute an in Rotenburg, und werden die Herren Fürst von Thurn und Taxis als Staatsrath Schaffer im dasigen Schlosse ihr Absteigequartier nehmen. Der Bezirks-Vorstand ist, dem Vernehmen nach, ebenfalls nach Rotenburg verlegt worden. (K. Z.)

Hanau, 11. Dez. Nachrichten aus Hünfeld zufolge ist gestern, nachdem die bayerischen Truppen bereits vorher die Stadt verlassen hatten und andere nachrückt waren, auch das Hauptquartier des Oberbefehlshaber von dort aufgebrochen. Das Ziel des Vorrückens des Hauptquartiers war Neukirchen, 3 Stunden oberhalb Hünfeld, auf der Straße nach Hersfeld; wegen Beschränktheit der Lokalitäten in gedachtem Orte war, wie man aus dem Generalstabe erfuhr, Befehl ertheilt worden, freiwärts von Neukirchen, die für Generalität und die Commissäre zum Nachtquartier in dem herrigen Schlosse der Herren v. Trümbach und a. Stein ersehen worden. Heute, den 11. Dezember, wollte sich dann das Hauptquartier von dort über Neukirchen nach Hersfeld und Bebra verfügen. (K. Z.)

Treysa, 11. Dez. Am 7. d. Mts. Nachmittags kamen die ersten Bundestruppen hierher, 400 Mann östr. („böhmische") Jäger und 100

Mann bayer. Chevauxlegers; am 9. d. M. Mittags 29 Artillerie hier durch nach Neustadt und Abends kamen einige Compagnien des kgl. bayer. 11. Inf.-Reg. dazu, so daß die Stadt ziemlich angefüllt war. Heute, Morgen sind sämmtliche Truppen von hier über Kirchheim nach Marburg abmarschirt; nur müssen ihnen das Zeugniß geben, daß die ihnen vorausgegangenen (Oesterreicher) Gerüchte durchaus grundlos sind, und sie sich in jeder Hinsicht recht gut betragen haben; auch mehr eine Klage hat man über sie vernommen. R. J.

Hanau, 12. Dez. Morgens. Soeben kommen die Quartiermacher eines hiesr. Jägerbataillons hier an, welches heute Mittag hier einrücken, übernachten und morgen seinen Marsch nach Frankfurt fortsetzen soll. Der hiesige Stadtrath fordert in dem Hanauer Anzeigeblatt zu einem Dorlehen auf, um damit die Kosten für die Unterhaltung des Lazareths und die Beschoffung der Fourage für die dahier liegenden kgl. bayer. Truppen zu bestreiten. (R. J.)

* Aus Baden, 9. Dez. (Noch einmal die Eisenbohnfrage.) Die in unserm gestrigen Artikel besprochene Eisenbahnangelegenheit ist von solcher Wichtigkeit für Baden, daß wir nicht umhin können in Kürze nochmals darauf zurückzukommen. Die paris-straßburger Bahn wird ihren Augen auf unsre Bahn nur dann in größerem Maße leben, wenn unsre Richtung die natürlich kürzeste nach Osten ist, indem andernfalls der größte Theil der Reisenden und Güter von dort den Weg über Metz einschlägt. Berechnet man nun, wie eine längere Strecke unsrer Hauptbahn sowohl von Osten als von Westen dem Land eine größere Einnahme gewährt, und den kommerziellen Vortheil, welcher dadurch den Staaten Kehl, Karlsruhe, Durlach und Pforzheim erwächst und erwägt dagegen die Nachtheile, die dem Lande aus der genannten Strecken durch die kürzere Richtung bevorstehen, so wird der Gewinn, welcher einer Stadt zukommen soll, kaum den 50. Theil des gesammten Verlustes betragen. Bei der Richtung über Bruchsal wird Bretten eine untergeordnete Zwischenstation und verliert den höhergen Landtransport ganz, während bei der Richtung über Pforzheim derselbe größtentheils erhalten bleibt, was dem Landmanne, den Wirthen und den betreffenden Handwerkern sehr wohl zu gönnen ist; ferner ist mit der Richtung über Bruchsal für alle künftigen besseren Zeiten einer Linzigthalbahn der Lebensfaden abgeschnitten. Und so hoffen wir denn, daß unsre Herrn Abgeordneten, wie schon zweimal, nun auch zum drittenmal ihre Zustimmung zu letzterer Richtung versagen werden.

* Aus Baden, 9. Dez. Die königl. bayer. Militärwache an der hiesigen Abendbrücke bei Rüppurhein ist jetzt abgezogen und damit die seitherige nächtliche Absperrung der Ueberfahrt wieder aufgehoben.

Rastatt, 9. Dez. Verflossenen Samstag wurde der hiesige Bürger und Wirth zum Wilden Mann, Degen, wegen Theilnahme an der Revolution zu drei Jahren Zuchthausstrafe verurtheilt, nach Bruchsal abgeführt. Unser Bezirksstrafgefangniß beherbergt jetzt nur noch drei wegen Hochverrath verurtheilte Greiher und einen gewissen Bahel, welche wegen Betheiligung an der Maiorevolution ihrem Urtheil entgegen sehen. Letzterer war vor der Revolution auf einem Revisionsbureau in Karlsruhe, und hat während der Revolution die Stelle eines Rechnungsführers versehen. Ob er hier besonders bedurch bekannt worden, daß er in Gesellschaft des Junkers v. Fad bei hiesigen Verwaltungen Geld der erboben. Der flüchtig gewesene Rechtspolitikant Szabani hat sich wieder gestellt und ist seit mehreren Tagen auf freiem Fuße.

Man hat so und dort wiederholt bemerkt, daß unsere Stadt verhältnißmäßig die größte Zahl der vorzugsweise thätigsten Theilnehmer an dem Aufstande geliefert habe. Leider hat allerdings die Wahlerei hier am weitesten um sich gegriffen, und ist außer den Flüchtlingen eine ziemliche Anzahl hiesiger Bürger zu Zuchthausstrafe verurtheilt worden. Allein es mag dabei doch nicht unberücksichtigt bleiben, daß z. B. von sechs zum Zuchthaus Verurtheilten nur einer ein geborner Rastatter ist, während die fünf andern theils aus Wurtemberg, theils aus Oesterreich und einer aus Karlsruhe und sich hier niedergelassen haben. Die Rastatter haben noch nicht Unrecht, wenn sie darauf einigen Werth legen. (K. J.)

Leipzig, 9. Dez. Die Freimüthige Sachsen-Zeitung sagt: „Unserem Leipzig einerseits von Militär entblößt ist, andererseits die Fauste und Partoumentsdemokraten daselbst sich vereinigten, ist die Demokratie zu einer Herrschaft in Leipzig gelangt, welcher allen bonetten Leuten nicht geringe Furcht einflößt. Um sich mit ihr abzufinden, hat es daher mancher bonette Mann vorgezogen, eine holsteinische Aktie zu nehmen, indem er hofft, nun mehr sicher von den Denunciationen in den revolutionären Lokalblättern und demzufolge von Inhaften zu sein, wogegen ihm augenblicklich kein ausreichender Schutz geboten ist. Darin besteht das Geheimniß des Leipzig-Holstein-Fanatismus!“

Leipzig, 10. Dez. Dem Vernehmen nach sind die sämmtlichen Staatsanwälte ihrer bisherigen Function enthoben und in die bestehenden Bezirksgerichtsverwaltungsräthe eingetreten worden. Die Wahlvorbereitung beginnt eine Nachricht mit folgender Bemerkung: „Damit ist und die Hoffnung gemacht, das unglückliche Institut des öffentlichen und mündlichen Verfahrens in das Meer der Vergessenheit versenkt zu sehen. Nutzen hat es Sachsen auch nicht für einen Heller gebracht, Aufwand von Zeit und Kosten, Aerger, die Untersuchungen erschwert und dennoch ungenügend beendigt. Lebe denn wohl, du heilose Spekulation der auf dem Bankrott stehenden Demokratie, lebe wohl auf Nimmerwiedersehen!“

Aus Thüringen, 7. Dez. Trotz der Friedensversicherungen dauern die Kriegsrüstungen fort. Die aus dem gelegenen preußischen Dörfern mussten in Folge eines gestern früh eingetroffenen Befehls nicht nur Hafer, Korn und Stroh in die Festung liefern, sondern auch Mannschaften und zweispännige Wagen zum Schanzen stellen, so daß aus manchem Dorfe 20 und noch mehr Leute zum Schanzen beordert sind, wofür der Mann 10 Sgr. per Viertag und Wagen 3 Thlr. täglich erhält. (D. A. Z.)

Wien, 5. Dez. Heute wurde allen Buchhandlern ein Befehl der Stadt-Commandantur zur Unterschrift vorgelegt, wonach folgende Tagesblätter und Wochenschriften bei Androhung standrechtlicher Behandlung verboten sind: „Donau die Kolnische Zeitung,“ dann die „Neue Deutsche Ztg.,“ die „Opinione,“ die „Comordia“ und der „Corriere Mercantile von Genua,“ (sämmtliche Blotter), ferner „Grenzboten,“ „Charivari,“ „Mephistopheles,“ „Kuckuck“ und Spitzmegen,“ „Mandragoradisch,“ „Eulenspiegel,“ „Dorfbarbier,“ „Eulenspiegel,“ „Kiebitz,“ „Hornisse,“ „Wiener Wespennest.“ In Prag ist mit Ausnahme der „Prag. Ztg.“ und des „Const. Blottes“ die übrige periodische Presse total unterdrückt.

Wien, 7. Dez. Die Ernennung des Feldmarschalls Radetzky zum Generalissimus der österreichischen Armee wird im Verlaufe der nächsten Woche erwartet. Der vielbesprochene große militärische Festlichkeiten stattfinden werden; auch ist es nun bereits bestimmt, daß der Marschall sortan in Wien in der unmittelbaren Nähe des Kaisers verbleiben, und nur auf eine kurze Zeit noch nach Italien zurückkehren wird, wie man sagt, zur Vollziehung der neuen Landesverfassung. Mit dieser Kronland, welche bereits vollendet ist, und der allerhöchsten Sanktion vorliegt, durch seine persönliche Gegenwart größere Feierlichkeit zu verleihen.

Wien, 7. Dez. Die „österreichische Correspondenz“ enthält nachstehenden Artikel: Die Rottung zweier Wiener Journale, welche das Prädikat der „unabhängigen“ vorzugsweise für sich in Anspruch nehmen, ist in der Kriegs- und Friedenssprache so bezeichnend, daß wir nicht umhin können, einige Bemerkungen daran zu knüpfen. Wir haben im Laufe der Verhandlungen wiederholt die Ausgabe übernommen, nicht nur die Gerechtigkeit der österreichischen Forderungen nachzuweisen, und der Entschiedenheit Oesterreichs seine Rechte zu wahren, Ausdruck zu verleihen, sondern auch dem Publikum unverhüllt die ganze Gefährlichkeit der Situtuation zu zeigen. Es trotzen Augenblicke ein, wo die Hoffnung auf eine friedliche Verständigung zu schwinden schien. Wir fanden keinen Grund, der Bevölkerung eines durch sein gutes Recht und seine Macht starken Reiches darauf ein Geheimniß zu machen, und Niemand liebt es, von solchen Ereignissen überrascht zu werden. In jenen kritischen Zeiten fielen wir bei den „unabhängigen Blättern“ auf großen Unglauben. Nichts vermochte das von ihnen zur Schau gestellte Phlegma zu erschüren. Den Krieg erklärten sie für etwas ganz Unmöglliches, wozu ein ernster Grund nicht vorhanden sei. Uns beschuldigte man, die Lage zu übertreiben. Es war die Zeit, wo allen darauf ankam, in Berlin den gefährlichen Irrthum zu zerstören, als ob man zu Wien nicht zum Aeußersten entschlossen sei. Diese Zeit wurde von den „unabhängigen Blättern“ benützt, unsere Kriegsrüstungen als ungerechtfertigt, nur den Staatsschatz zerrüttende Demonstrationen, und die in öffentlichen Blättern erhobene Stimme unserer Presse als muthwillige Prätentionsse darzustellen. Die Olmützer Conferenz hat die ganze Lage plötzlich verändert. Ein edelmüthiger und muthiger Entschluß hat die zwei großen deutschen Mächte wieder genähert. Alle Aussichten auf eine friedliche Lösung sind vorhanden. Jetzt kann nur wechselseitiges Vertrauen die Verhandlungen fördern. Jetzt gilt es, den Regierungen, wie der, durch so viele falsche Schritte eingetretenen öffentlichen Meinung nachzuweisen, wie solidarisch die Interessen der deutschen Staatenkörper sind, und wie dem großen Bedürfnisse der Verständigung aus den innersten Friedens gegenwärtig nur ein Hinderniß im weiten Kreis gefunden werden müssen. Was ist jetzt die Haltung der unabhängigen Blätter, wie fassen sie jetzt ihren Beruf auf? Sie sind zum allgemeinen Erstaunen wie ausgewechselt. Während Alles sich den Frieden und der Versöhnung zuneigt, kommen sie plötzlich im Widerspruche mit der öffentlichen Meinung mit der wahren Gefahr, in den Vorwurf der eingeleiteten Unterhandlungen kein Vertrauen fassen; der früher oft unmöglich erklärte Krieg soll jetzt kaum zu vermitteln sein; täglich bemühen sie sich, neue Besorchtungen auszuspreche. neue Beunruhigung zu verbreiten. Jetzt auf ein Mal entreden sie uns so viel liegenden innern Zwistigkeit, wo sie doch nicht einfangen können, wo er anders als mit dem Schwerte ausgeglichen werden konne. Wir nehmen einfach Akt von diesen patriotischen Bemühungen. Das Publikum aber verstehen wir, daß zu diesen zur Schau gestellten Besorgnissen vorläufig kein Grund vorhanden ist, daß wir Friedensboten werden, daß die wahre Lage aufrichtig zu schildern, und das wir neue Gefahren, welche wieder alles Vermuthen sich erheben sollten, nicht verheimlichen werden.

Wien, 8. Dez. Was ich Ihnen schon früher einmal als Vermuthung graufsert, der wuhrheit brachte uns hochbetagte Feldmarschall Radetzky heute auf sorgen und beschwerden Amt der kombarisch-venetianischen Verwaltung nicht mehr übernehmen, bestätigt sich. Er soll demnächst zum Generalissimus der ganzen Armee und ein kaiserlicher Prinz an seiner Stelle — man nannte den Erzherzog Albrecht — zum Chef der obersten Militär- und Civilbehörde in Italien ernannt werden. Endzig die deutsche Frage, wie es zeigt den Anschein hat, mit einem friedlichen Vergleich aller deutschen Mächte in Dresden, so wird es dem greisen Heros vergonnt sein den Rest seiner Jahre hier in Ruhe zu verleben. So allgemein auch gegenwärtig der Glaube an Erhaltung des Friedens vorherrscht, so verdient doch die Thatsache Bemerkung daß Rüstungen und Truppenzüge unausgesetzt fortgehen. In den letzten Tagen der vergangenen Woche hatten wir sehr starke kroatische Einquartierung in den Vorstädten, heute einmal wieder oberösterreicher Infanterie. Unter

den Grünen ist die Mannszucht sehr streng. Daher von Seite der Quartiergeber die Klagen weit seltener als im Jahr 1848. Man bemerkt unter den croatischen Grenzsoldaten Individuen von verschiedenen Lebensalter, junge Bursche von 18 bis 19 Jahren und früh ergraute Veteranen in den Zwanzigern. Einstimmig klagten alle, mit welchen ich Gespräche anknüpfte, über Noth und Armuth in ihrem Lande in Folge des Hungertriegers, der mangelhaft bestellten Felder und des Mißwachses. Ihre Bereitung für den Krieg ist noch immer die gleiche.

Berlin, 10. Dez. Der Regierungspräsident v. Raumer hat sich bestimmt für die Annahme des Ministeriums des Unterrichts, der geistlichen und Medicinal-Angelegenheiten erklärt; wir halten also die gestern in einem gewissen Kreise ausgesprochene Möglichkeit, als dirrte Hr. v. Ladenberg doch noch in diesem Ministerium verbleiben, für beseitigt. Uebrigens spricht man auch davon, Hr. v. Ladenberg sei bereit, das Präsidium der Oberrechnungskammer zu übernehmen.

— Bekanntlich haben einige der mit Oesterreich Verbündeten in Frankfurt a. M. Protest eingelegt, daß der Graf v. Leiningen in Gemäßheit der Dresdner Syndicatsakte als Commissär nach Kassel gesendet werde. Nach einer gestern hier eingetroffenen telegraphischen Depesche hat das österr. Cabinet auf diesen Protest damit geantwortet, daß es den Grafen v. Leiningen angewiesen, sich in Gemäßheit seiner ursprünglichen Instruktion sofort nach Kassel zu begeben, sobald Se. Kgl. Hoheit der Kurfürst daselbst eingetroffen sei.

— Schon die heutige Nummer des Staats-Anzeigers dürfte sicherem Vernehmen nach die kgl. Ordre in Bezug auf eine theilweise Revolution der mobilisirten Armee und zwar auf den ausgesprochenen Grund hin bringen, daß die bewirkte Verpflegung mit Osterreich erlaube, den Beschluß der Mobilmachung vom 6. Nov. zu modificiren. Die Revolution selber beschränkt sich auf die Beurlaubung des zweiten Aufgebots und der sonstigen Reklamirten. — Gleichzeitig aber wird auch in Wien eine Demobilisirungsordre erlassen werden, welche auf gleichen Grund hin vorerst 1) Zurückziehen der öster. Truppen von den Verengen, 2) Auflösung der vierten Bataillone, 3) Entlassung der Landwehr und 4) Einstellung der Rekrutirung von 76,000 Mann.

— Es wird jetzt wieder versichert, daß der Oberpräsident von Bylleben das Ministerium des Innern übernehmen werde. (N. Pr. Z.)

Frankreich.

Paris, 2. Dez. Als nach dem Austritte des Generals Radowitz auch dem preußischen Ministerium des Aeußern Bedauern angezeigt, der Freundschaft und Vertraute des Königs von Preußen werde eine wissenschaftliche Reise nach England unternehmen, da gab es wohl Niemanden, der den oberflächlichen Zweck einer solchen Reise als den einzigen und wahren betrachtet hätte. Vielmehr drängte sich Jedem die Ueberzeugung auf, General Radowitz sei von Preußen Osmanen mit einer vertraulichen politischen Sendung am Hofe von Windsor betraut worden, um das deutsche Cabinet zu Gunsten der Unions-Politik besser zu gewinnen, als es dem Herrn v. Bunsen bisher gelungen war. Es liegt nun am Tage, daß General Radowitz mit einem warmen Empfehlungsschreiben des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha an den Prinzen Albert, seinen Bruder, im Schlosse von Windsor, und zwar mit Umgehung der üblichen diplomatischen Formen, erschien. Bekanntlich hatte der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha in jetzter Zeit Alles aufgeboten, um den König von Preußen zum Kriege gegen Oesterreich zu verleiten. Daraus kommt es auch, daß in dem Ton und Inhalt des Empfehlungsschreibens bedeutet, womit der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha den General Radowitz versehen hat. Alle Meinungen und Londen stimmen darin überein, daß diese besondere Empfehlung ihren Zweck ganz vortheilt hat. Lord Palmerston fand sich persönlich beleidigt, daß General Radowitz nicht wie es die Sitte mit sich bringt, vom Minister des Aeußern der Königin Victoria sich vorstellen ließ, sondern durch den Prinzen Albert, über den sogleich die „Times" und andere Blätter gewaltig herfielen, ihm vorhalten, der Gemahl der Königin dürfe in einem Lande wie England keine Eingriffe in die Rechte der verantwortlichen Minister, und noch weniger auf die Politik der Letzteren einzuwirken sich erlauben. Die herbe Kritik der englischen Tagblätter sah auf den Prinzen Albert einen solchen Eindruck gemacht haben, daß er sich seit vorgenommen hat, jede weitere Berührung mit dem General Radowitz zu vermeiden, um den bereits Gossen der „Times" sich nicht mehr aussetzen. Lord Normanby, der brittische Botschafter in Paris, hatte gestern eine Audienz beim Präsidenten der Republik, welche anderhalb Stunden dauerte. Die deutschen Angelegenheiten sollen der Hauptgegenstand dieser langen Conferenz gewesen sein, wobei der Wunsch Frankreich und Englands, den Ausbruch des Krieges zwischen Preußen und Oesterreich zu vermeiden sich noch prägnanter herausstellte. In dieser Beziehung gehen die beiden Cabinette von London und Paris völlig Hand in Hand. Es ist sogar letzter Tage von einem diesfälligen Bündniß zwischen beiden Cabinetten die Rede gewesen, und die Bulletin de Paris," welches in auswärtigen Fragen Dicke aber Dicke schiesst, enthielt einen Artikel, aus welchem zu entnehmen war, ein solches Bundniß wäre schon geschlossen. Die Verhandlungen zu jenem Letzten erschoffen worden seien. Erinnern Sie sich der unverhältnißmäßigen Zahl von gefallenen Offizieren? Liegt es nicht auf der Hand, daß es nur Eines unternehmenden Demokraten bedarf, der sich an die Spitze der Hese dieser Armee stellt und sie zu einem Vernichtungskampf aufruft? Der Brief schließt mit der Bitte an, die Grofen, in deren Hand es liegt, den Frieden zu verleihen," daß sie der schleswig-holsteinischen Armee „eine hinlänglich große, eine ordnungsmäßig organisirte Exekutivgewalt und so das Feuer mit einem Schlage erstillen.

Paris, 3. Dez. Ueber die Urtheile der demokratischen Zeitungen, die deutschen und namentlich die preußischen Angelegenheit betreffend, äußert sich „Bulletin de Paris" in folgender Weise: „Seit die Demagogie ihre Hoffnung auf einen allgemeinen Brand in Deutschland setzt, hängt sie Zeitzhmer auf Zeitzhmer, Sophismen auf Sophismen. Die Oesterreicher sind schuld an Bild der französischen Revolution erneuert zu sehen, ist eine der bedauertlichsten Verirrungen unserer Demokraten. Preußen, eine neugeschaffene Militärmacht, verdankt seinen Platz unter den Mächten ersten Rangs nur den Eroberungen und dem Genie des großen Friedrich. Unter Friedrich Wilhelm IV. erkannte er sich selbst, sah sich durch unsere Niederlage, und rechtschaffte sich durch einen großen Theil von der sächsischen Beute. Diese neuen Vortheile konnten ihm aber gewähren, was ihm fehlte, und was ihm nur die Zeit geben konnte: Zusammenhang und nationale Einheit. Diese notwendigen Getheilten Volkerschaften, welche durch ihre Abgeschiedenheit bis zu dem Rhein auseinander, sind noch durch große Verschiedenheit in Sprache, Sitten und Charakter getrennt. Der Bewohner Schlesiens ist viel weiter von den Rheinprovinzen entfernt, als der und der Baske von den Flamländer, und ein neuer Krieg könnte leicht dasjenige wieder zerstören, was ein Frieden nur mit der langer Zeit vereinigt hat. Hierin liegt vielleicht das ganze Geheimniß der Nachgiebigkeit des Königs von Preußens, welche die Galle unserer Demokraten aufregt. Ein Staat, dessen verschiedene Theile durch die langsame und mächtige Wirkung der Zeit auf das innigste mit einander verbunden worden, kann nicht die gleiche Gefahr, wie ein neuerlich organisirter, dessen einzelne Theile bei dem geringsten Anstoß verloren gehen können. Wir haben es nach 1815 gesehen, daß die siegreichen Mächten Ansprüche auf Provinzen machten, welche seit Ludwig XIV. mit Frankreich vereinig

sind, und so konnten die Oesterreicher und Russen einmal in Berlin von dem König von Preußen sein ganzes Land verlangen. Wir wissen es wohl, daß die Dynastien sich sehr wenig um Prinzen und um die Gefahren kümmern, welche ein solcher Krieg für dieses Land nach sich zöge; aber sie um jeden Preis wollen; das ist ein ganzlicher Umsturz; allein wir hoffen, daß die Manner, bei welchen ein unbrechter Aufschwung von Patriotismus nicht alle Ueberlegung ausschließt, nicht ferner diesen wuthschnaubenden Deklamationen Gehör geben und begreifen werden, daß sur Deutschland wie für Frankreich eine weise und dauerhafte Freiheit nur durch Ordnung und Ruhe errungen werden kann."

Italien.

Turin, 3. Dez. Die Schilderung des Deputirten Siotto Pintor über den Zustand der Insel Sardinien lautet in den Hauptstellen wörtlich: „In Sardinien giebt's kein sicheres Eigenthum, es gibt da weder Recht noch Gerechtigkeit. Von anhaltigen Diebereien, Einbrüchen, Verhaftungen des Eigenthums nicht zu reden, ist die Zahl der Meuchelmorde (200 in kurzer Zeit), sind die Verwundungen, der Strafenraub auf der Insel in schreckenerregender Weise gestiegen und steigen täglich. Auf 1000 Einwohner kommt ein Meuchelmörder! (Große Bewegung im Parlament.) Man mordet bei Tage, bei Nacht, in Dörfern, Städten, in Kirchhöfen und Häusern. Knaben von 13 Jahren sind Mörder. (Allgemeines Erstaunen.) Jeden Zweifel darüber kann ich beseitigen, und ich will Ihnen nur die schauderhaftesten Fälle von Privatrache mittheilen, (Hr. S. thut dieses.) Und selbst unter den Reihen der Nationalgarde der Insel gibt es solche Leute. Die Richter zittern und üben keine Justiz mehr. Die Anarchieartige benügen diese Zustände und wollen, daß der alte Absolutismus wieder eingeführt werde. Ich schlage unter solchen Umständen keine Ausnahmsmaßregeln vor, ich finde diese ungerecht und unmöglich; aber ich frage die Regierung, ob die gewöhnlichen Mittel anderseits? Man muß muthige, rasche Maßregelnsprossen einsetzen, und in mehreren Orten Nationalgarde aufbieten. Zu Sassari wurde ein Offizier der Nationalgarde wegen Diebstahls verhaftet! Die Regierung versprach viel und that nichts. 700 Carabinieri wurden hinreichen, die Insel zu beruhigen und zu säubern. In England zahlt man viel, aber man lebt dort sicher. Ihr Minister saßt uns die Hälfte unserer Einkünfte an den Staat zahlen, die andere Hälfte laßt Ihr uns von Spitzbuben rauben! (beunissimo! beunissimo! von allen Seiten.) Die Regierung sehe zu, wie sie es treibe. Wenn sie sagt: ich kann nicht anders, so sage ich, sie verdient gar nicht den Namen Regierung, und ist das Gegentheil von dem, was man Regierung nennt."

England.

London, 5. Dez. Abermals nähert sich ein großes Projekt der Nordamerikaner, welches schon vor einigen Monaten aufsahrlich in den Blättern des Festlands besprochen wurde, seiner Vollendung. Der Weg von Newyork bis London soll bis auf die Dauer von 7 oder selbst 6 Tagen verkürzt werden. Die Verbindung selbst soll zuerst durch eine Eisenbahn von Newyork nach einem gelegenen Küstenpunkt in Neu-Schottland vermittelt werden, wozu entweder Halifax oder Canso vorgeschlagen wurde: doet nimmt ein Dampfschiff die Reisenden auf, um sie nach Galway an der westlichen Küste von Irland zu bringen — eine Reise von höchstens 5 Tagen; von Galway auf der Mittellands-Eisenbahn bis Dublin (120 engl. Meilen); von Dublin wieder zur See bis zum Hafen von Holyhead (63 Meilen), und von Holyhead schließlich die London auf der Chester- und Holyhead-Bahn, der Londoner Bahn und der Nordwestlichen Bahn (263 Meilen). Der ganze auf diese Weise zurücklegende Weg wurde 3200 Meilen betragen, wovon 1200 per Eisenbahn und 2000 auf dem Stegweg zurückgelegt werden müssen. Abgesehen von der kurzeren Linterung zur See, da die kurzere Entfernung von Newyork bis Liverpool allein so viel betrug, wurde den Dampfern auf dem atlantischen Meere auch noch eine schnellere Fahrt dadurch ermöglicht werden, daß sie einen bedeutend geringeren Kohlenvorrath mitzunehmen brauchten. Der Plan hat aber auch seine politische Bedeutung. Er wurde zuerst unterbreitet in den vereinigten Staaten und in einer soeuatigen Convention besprochen und genehmigt, welche von Abgeordneten von den britischen Nordamerika und vereinigten Staaten besucht wurde. Dabei hatte man es gar kein Hehl, daß ein Hauptzweck zugleich dahin ginge, die vereinigten Staaten und die Bewohner des britischen Nordamerika enger zu verbinden. In diese brusch-französische Verbindung wurde zunächst aber auch das unzufriedene Irland eingezogen werden, mit einem Worte, die Beziehungen zwischen Großbritannien und den vereinigten Staaten wurden so innig werden, daß das erstere kaum mehr an einen Krieg mit diesen denken konnte. Das Neue an der Sache ist nur, daß dieser Tage eine Versammlung zu Galway abgehalten wurde, wobei man zugereg den jetzigen Zeit des Planes unterzeigte, namlich die Verbindungslinie zwischen Galway und London. So überzeugt worrall der Freistaat das alte England.

Vermischte Nachrichten.

Nach der Zusammenstellung eines Hrn. Colladon werden jährlich eine Million bis zwölfhundertrausend Uhren in der Welt fabricirt und von diesen wird ungefahr die Hälfte im Kanton Neuenburg und den angrenzenden Irrathsalern gemacht.

*

In Hamburg sind vor Kurzem ein paar Männer verhaftet worden, die sich „Missionare" nannten, in der Welt umhertreiben und für die „unterdrucken christlichen Glaubensbrüder in Kurdistan" Sammlungen veranstalteten. Sie schlugen dadurch eine Menge Geld zusammen, mit welchem sie die Meisten bezogen, Waaren einkauften und wieder verlaufen und so das Geld zu ihrem Nutzen verwandten. Es stellte sich heraus, daß diese beiden Männer, jüdischen Glaubens, Betrüger und bereits bestrafte Personen sind, und ist deshalb in Hamburg die Untersuchung gegen sie eroffnet worden.

*

Göttingen, 8. Dez. Der berühmte hiesige Publicist Zacharia soll bedaschtigen, den Riesenkas im Linnenthal, der für die Londoner Ausstellung bestimmt ist, in Augenschein zu nehmen, um eine Schrift über die Beschwindigkeit des Gulaschtems, welches besagten Kas für einen leichs zu Grunde gehenden Organismus erklärt hat, herauszugeben. Da Zacharia zur Erhaltung des „Kases" nicht über solchen Spritus zu verfügen hat, wie er dem nicht berühmten Lichtenberg in Göttingen zur Aufbewahrung des kategorischen Imperatifs zu Gebote stand, so wird er ihn mit Entrefett, an dem er noch „beleichlichen" Ueberfluß hat, schmackhafter machen, und ihn in seine Brochuren einbullen, damit beim letzten Ausgang aller menschlichen Werke diese Fabrikate das Loos der Unsterblichkeit theilen.

Neuestes.

Gotha, 10. Dez. Aus dem uns benachbarten Erfurt wird als Curiosum berichtet, daß die dortige „Union," eine Gesellschaft junger Kaufleute, öffentlich bekannt gemacht habe, wie sie beabsichtige, für die 12. Compagnie des 19. Infanterie-Regiments, welche bei Bronzell im Gefechte gestanden habe (!), 200 Paar wollene Socken anfertigen zu lassen. —

Von der weimar-hessischen Grenze, 19. Dez. Ein neuer im preußischen Hauptquartier angelangter Armee-Befehl verordnet, daß die preußischen Truppen auf die Besetzung von drei Staaten: Rotenburg, Meißungen und Kassel sich beschränken und namentlich wegen Mangel an Nahrung den im Fulhaischen vorrückenden Bundestruppen keinerlei Hinderniß in den Weg legen sollen.

Leipzig, 10. Dez. Gestern hat die hiesige Polizeibehörde den Blumverein aufgelöst. Es war ein Skandal, daß ein Mensch wie Blum als ein Heiliger verehrt werde, daß man einen Wohlthätigkeitsverein nach ihm benannte, dessen Hauptzweck jedoch kein anderer war, als Gelder zu Gunsten Wühler für ein Musterbild und für einen Märtyrer, der gleich Christus hinzustellen. Der Blumverein korrespondirte mit auswärtigen Vereinen gleichen Namens, und bildete einen sichtbaren Kern für die extremste Partei. — (K. Z.)

Wien, 11. Dez. In Folge der Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen werden die in der Landwehrbataillone aufgelöst, die Grenzbataillone nach ihrer Heimath zurückgesendet. Die Rekrutirung hat übrigens ihren Fortgang, obgleich die Entwaffnung im Großen eintritt. (K. Z.)

Schwurgerichtsverhandlungen.

VII.

Würzburg, 10. Dez. Karoline Kirchgeßner von Sulzbach, angeklagt des Kindsmordes, fand heute vor dem Schwurgerichte, welches die Anklage bei geschlossenen Thüren verhandelte. Die Angeklagte bekannte, da es sich darum handelte, ob die Nachsichuse des Kindes abgerissen worden sei, oder sich selbst abgelöst habe, sie habe in einer Art Ohnmacht geboren, und das Kind, am sich der Unterstuchung zu entziehen, auf freiem Feld liegen gelassen. Nach dem gerichtsärztlichen Gutachten konnte nicht bestimmt die Ursache des Todes des Kindes angegeben werden. Dasselbe wurde von einem Knaben aufgefunden, und an einem um den Hals des Kindes geschlungenen Stricke in das Dorf geschleift. Die Geschwornen erkannten die Angeklagte den fahrlässigen Tödung ihres Kindes für „schuldig", in Folge dessen sie zu 2 Monaten Gefangniß verurtheilt wurden, Präsident: A.-G.-R.: Graf von Spreti: Staatsanwalt: Kr. n. M.-G. Rh.-Inf. um Vertheidiger Acc. Dr. Fenner. Die Geschwornen waren: Dr. Rosbach (Edm.) Clement, Sppperlerp, Jüngling, Ankenbrand, Frankenberger, Hofmann, Kessler, Gipfert, Mohr, Markart und Durbig.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Kaber.

Theater-Anzeige.

Freitag den 13. Dez.:

Dedorah,

Volks-Schauspiel in 4 Akten v. Rosenthal.

Nachricht für die Besitzer der Stolberg-Kerz'schen Religionsgeschichte.

In der Unterzeichneten ist eben angekommen:
Band 46 des obigen Werkes; nach dem Ableben des ehrwürd. Fr. v. Kerz fortgesetzt von Dr. J. N. Brischar.
Preis für die Besitzer der Hamburger Ausgabe 2 fl. 24 kr. für die Besitzer der Wiener Ausgabe 2 fl.
Zugleich zeigen wir an, daß wir auf unserem antiquarischen Lager ein vollständiges Exemplar mit allen Register-Bänden, zusammen 51 Halbfranzbände zum Preise von nur 44 fl. haben.

Buch- und Antiquariatshandlung von Paul Halm
an der Universität in Würzburg.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrafhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Stempel und Gebühr frei.

Nr. 299. Würzburg, Samstag den 14. Dezember. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Würzburg, 14. Dez. Die Landgerichtsdiener-stelle zu Marktbreidenfeld wurde dem pensionierten Soldaten und vormaligen Patrimonialgerichtsdiener von Bruggrub, Johann Adam Riesner aus Frammersbach, allerhöchst verliehen.

München, 13. Dez. Das Regierungsblatt Nr. 59 vom 11. Dez. enthält folgende königl. allerhöchste Entschließung, die Statuten der Mannheimer-Aachener Mobiliar-Feuerversicherungs-Gesellschaft, hier insbesondere das schiedsrichterliche Verfahren bei Streitigkeiten betreffend: Maximilian II., von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben ꝛc. ꝛc. Nachdem die Mannheimer- und Aachener Mobiliar-Feuerversicherungs-Gesellschaft den §. 30 ihrer Statuten auf Grund des Beschlusses der General-Versammlung zu Aachen vom 18. März l. Jrs. mit Unserer Genehmigung aufgehoben und die Erlaubniß zu einer zweckmäßigeren Regelung jener Bestimmung nachgesucht hat, wodurch das Verfahren bei Streitigkeiten zwischen der Gesellschaft und den versicherten bayerischen Staatsangehörigen festgesetzt ist (§. 20 der Versicherungsbedingungen), so haben Wir Uns über die deßfalls an uns gelangten weiteren Anträge der genannten Gesellschaft von Unserem Staatsminister des Handels und der öffentlichen Arbeiten Vortrag erstatten lassen, und beschließen, nach Vernehmung Unseres Staatsrathes was folgt: §. 1. Die Bestimmung des allerhöchsten Entschließung vom 10. Februar 1834 §. 1 Ziff. 10 (Regierungsblatt vom Jahre 1834 Seite 265 f.) sind aufgehoben. §. 2. Die Mannheimer- und Aachener Mobiliar-Feuerversicherungs-Gesellschaft verpflichtet sich, denjenigen Theil ihrer nach §. 29 der Statuten von der Direktion zu bestimmenden allgemeinen Police-Bedingungen, welcher das Verfahren bei Streitigkeiten betrifft, ohne Unsere Genehmigung nicht abzuändern §. 3. Die ebenerwähnten Versicherungs- resp. Police-Bedingungen sollen in folgender Weise abgefaßt sein: Alle Streitigkeiten zwischen dem Versicherten und der Gesellschaft über die Verbindung der Police resp. des Prolongationsscheines (außer dem in §. 5 vorgesehenen Fall eines gerichtlichen Verfahrens) werden nach dem Inhalt dieser Urkunden von drei Schiedsrichtern entschieden. Dieselben müssen Bewohner der Stadt sein, die der Sitz der Regierung desjenigen Kreises ist, in welchem der Versicherte wohnt, für die Pfalz jedoch Bewohner der Stadt, worin sich das Bezirksgericht der für diesen Kreis bestehenden Appellungsinstanz befindet. Die Parteien haben sich über die Wahl aller drei Schiedsrichter zu vereinigen. Wenn sie dies binnen Monatsfrist, nachdem der eine Theil den andern zur Wahl schriftlich aufgefordert hat, nicht thun, so werden die Schiedsrichter von dem Kreis- und Stadtgerichte resp. Bezirksgerichte der obigen Stadt, auf Antrag der einen und nach Anhörung der anderen Partei ernannt. Die Entscheidung der Schiedsrichter erfolgt nach Stimmenmehrheit. Das Urtheil muß schriftlich abgefaßt sein und die Anträge der Parteien so wie die Entscheidungsgründe enthalten. Die Berufung richtet sich in der Pfalz nach Art. 1023 des Civilprozeßgesetzbuches, in den übrigen Kreisen geht sie an das Kreis- und Stadtgericht des Sitzes des Schiedsgerichtes. Die Parteien verzichten auf weitere Berufung und sonstige Rechtsmittel. §. 4. Diese Abänderungen sollen vom 1. Januar 1851 an in Kraft treten. Für die früheren Versicherungen verbleibt es bei den Bedingungen, unter welchen sie geschlossen sind; die Gesellschaft müßte denn mit den Versicherten über die Anwendung der neuen Bedingungen übereinkommen. Unser Staatsminister des Handels und der öffentlichen Arbeiten wird hienach das weitere Geeignete zu verfügen beauftragt. München, den 6. Dez. 1850. Max. v. d. Pfordten. Auf Königlich Allerhöchsten Befehl: der General-Sekretär, Ministerialrath Wolfsanger.

Die Gothaer Partei.

Man hat oft und viel von dem Fortschritt gesprochen, der das deutsche Volk mit dem Jahre 1848 in seiner politischen Bildung gemacht. Diese Meinung mußte wohl dem wirklichen Fortschritt voreilgehen, welchen ich jetzt darin sehe, daß man sie aufgibt. Der gemeinte Fortschritt bestand darin, daß, so lange es ohne Gefahr geschehen konnte, oder so lange die Gefahr, die dadurch heraufbeschworen wurde, noch fern und dem Vorurtheil anschirbar war, man alles zur möglich hielt, was die Einbildungskraft ersann und dem sich als einem zollfreien Gedanken das Hinderniß nicht forterhaftig entgegenstellte. Es war die Art und der Standpunkt der sogenannten Kammergießer, und wenn ich auch weit entfernt bin, hiermit die Politik der Gothaer Partei und der zu ihr gehörigen einzelnen gelehrten und patriotischen Männer bezeichnen zu wollen, so ist doch nicht zu leugnen, daß sich diese zu jener wie eine gebildete und hohere Anschauung zu einer niedrigeren, aber wesentlich gleichen, verhielt. Die Gothaer Partei kam, mit einem Worte, im Volke ihre Stütze am Philisterium. Der deutsche Kannengießer oder politisierende Philister hielt wie ein Theil der späteren Gothaer Partei im März 1848 eine deutsche Republik für möglich, die zwar alles verantwere, aber auch alles beim Alten ließe, Niemands Eigenthum gefährde, Niemand Gewaltthaten übe. Daß die Republik die Politik der Straßenumwälze, der Klubs und Volksversammlungen war, hinderte nicht an diesen gemüthlichen Betrachtungen; waren jene doch nur gegen die Fürsten und Regierungen gerichtet, die auf diese, im übrigen unschädliche Weise zu den nothigen Nachgiebigkeit angehalten werden mußten. Aber die Republik kam nicht, auch hatten inzwischen Struve und Hecker die Lust an ihr verleidet. Um so besser war die Paulskirchenverfassung vom 28. März 1849. Niemand durfte sich für zu gut zu dem zu halten, worein ein Gagern gewilligt, oder sur zu gescheut zu dem, was so gescheidtkundige Professoren ausgedacht hatten. Nahm der König von Preußen die Kaiserkrone nue an, so stellte sich die vormarzliche Ruhe wieder ein, so stand Deutschland wie von einem Zauber gesund und mächtig vor aller Welt da. Aber leider war der König nicht der Mann, dies zu würdigen, leider wollte er auch dem Prinz von Preußen den Platz nicht räumen, denn mit diesem wäre alles gegangen. Also die Union sei ob angenommen! Auch sie ist gut, und die wird und Ruhe schaffen, und gegen sie kann doch ganz gewiß kein Mensch etwas einwenden; will doch der König von Preußen Niemandes Rechte verletzen, soll doch Niemand gezwungen werden, der freiwillig beitritt. Nur wer dies nicht thäte, nur wer ihr Zustandekommen hindern will so Preußen, das nun einmal nicht mehr zurück kann, demüthigen wolle, den freilich müsse und werde das Schwert Friedrich's des Großen zur Vernunft bringen. Dies war die Sprache eifriger Gothaer und ihrer zahllosen Nachbeter in der Mittelstadte, eine Sprache, welche in der neuesten Zeit auch noch mit „bayerischen Knabenstreichen, Pandoren und Kroaten" gemürzt werden konnte. Erst als man wirklich die Gefahr des leichtsinnig gewünschten Krieges an den Fallen der Papiere erkannte, was jeden Einzelnen früher oder später, unmittelbar oder mittelbar, treffen mußte, erst da machte man, da aber auch auf einmal, den gerahmten politischen Fortschritt, und ich habe nie so viele ehrende Selbstbekenntnisse der Bekehrung vernommen, als in diesen letzten paar Tagen. Sind diese nicht aus augenblicklicher Aufwallung hervorgegangen, tritt die Selbstkenntniß an die Stelle der Selbstüberschätzung und geht sind auch auf die Führer über, so ist bei der nie zu verkennenden Bedeutung der Partei gewiß viel für Deutschlands Zukunft gewonnen.

Deutschland.

Augsburg. Durch allerhöchstes Reskript vom 7. Dezember ist dem hier domicilirenden charakterisirten Oberst der Artillerie, Ritter v. Halber, dessen Brust sie ausgezeichneten, durch erprobte Tapferkeit und Muth erworbenen Militär-Verdienst-Orden schmücken, der Charakter als General-Major verliehen worden.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Rotenburg, 11. Dez. Das Hauptquartier der Bundestruppen ist heute hier angekommen. Se königl. Hoheit der Kurfürst hat das hiesige schöne Residenzschloß dem Bundescommissär und dem Commandirenden, Fürsten von Taxis, zur Disposition stellen lassen, welche mit dem ganzen Generalstabe in demselben wohnen. Die Truppen, Infanterie, Cavallerie und Artillerie, marschirten heute Morgen durch Hersfeld und auf der Straße nach Niedenberg weiter. Sie wurden theils hier, theils in den benachbarten Orten einquartirt. In Bebra, wo die Straße an die Eisenbahn stößt, befindet sich eine bayerische Wache am Bahnhofe. In Hersfeld waren nur noch wenige einzelne Preußen. Im Bahnzuge von Eisenach nach Kassel trafen wir viele preußische Offiziere und Soldaten und wurden äußerst unangenehm berührt von dem übermüthigen Tone, mit welchem sie sich laut, ohne zu wissen, wer ihre Nachbarn seien, über die bayerischen Truppen äußerten.

(S. D.-Z.)

Kassel, 12. Dec. Kaum waren gestern zur Freude der Quartiergeber 2 Bataill. Preußen abmarschirt (zurück nach Westphalen,) so kam schon nach wenigen Stunden eine größere Truppenzahl wieder an nur zwar über Homberg von Herofeld, die auf unbestimmte Zeit hin Quartier genommen haben. Die Kanoniere, Kürassirer und Husaren, liegt auf benachbarten Dörfern. Die Plage fur die Hausbesitzer wird immer drückender, weßhalb sie den Stadtrath ersucht haben, die Last auch auf die Miether zu vertheilen.

Kassel, 13. Dec. Der kgl. preuß. General v. Tiezen ist gegenwärtig noch hier, ebenso das 13. Infanterieregiment, ein Bataillon vom 32. Regiment und eine Schwadron Husaren, nebst einer Batterie. Wie verlautet, soll in der Nähe von Kassel ein kgl. preuß. Truppenlorps unter dem Oberkommando des General v. Tiezen aufgestellt werden, und das Hauptquartier nach Hofgeismar kommen. — Der kgl. preuß. Generallieutenant v. Pfuckr und der l. k. österr. F.M.L. Graf v. Leiningen werden heute hier erwartet. Oesterreichische und bayer. Besatzungstruppen sind bis jetzt noch nicht eingetroffen, dagegen sind solche in Rotenburg eingezuckt. — Es hat sich hier das Gerucht verbreitet, Sr. kgl. Hoheit der Kurfurst wolle den Sitz der Regierung vorerst noch nicht hierher, sondern nach Fulda verlegen. (A.Z.-A.)

Hanau, 13. Dec. Heute Morgen 5 Uhr passirte eine kurhessische reitende Batterie, welche seither in Großtragenburg und Großsahnen gelegen hatte, mit einem langen Train unsre Stadt. In der Nähe derselben schlossen sich ihr die beiden Eskadrons Kurfürst-Husaren an, welche in Dornigheim und Neuffelstadt seither ihr Standquartier hatten; beide Truppenabtheilungen marschiren nach Niederdorfelden zurück, wo noch vorgestern Abend statt Ordre gegeben worden war. Bestimmten Angaben zufolge sind es von Neuhmeistern in Ober- und Niederdorfelden nur noch zwanzig, welche ihre Renitenz gegen die Regierung fortsetzen. (Z. J.)

Hanau, 13. Dez. Wir leben in der Zeit der Truppenmärsche und Heeresbewegungen, und wenn es auch nicht mehr zum Kriege kommen sollte, haben wir doch ein vollkommenes Bild davon. Gestern Mittag 2 Uhr rückte das 1. k. k. österreichische Jägerbataillon, 1000 Mann Deutsch-Oesterreicher, in hiesige Stadt ein. Der Stab und die Musik des bayer'schen Regiments Königs hatten das Bataillon vor dem Nürnbergerthore ab, und unter dem Schall der Marsch-Bayern und eine große Volksmasse dem Zuge an, welcher unter dem abwechselnden Spiele beider Musikchöre auf den Marktplatz zog. Die Jäger sind schöne kernige Leute, welche in ihrer zweckmäßigen und geschmackvollen Uniform (dechtgraue Waffenröcke und Hosen, schwarze Kamaschen, grüne Aufschläge, schwarze Kossfianer-Hute mit dunkelgrünen Federn und schwarzer Cornsher) jedem Heereszuge zur Zierde gereichen. Nachdem sie sich auf dem Marktplatze aufgestellt hatten, stimmten die Hornisten der Jäger einen erhebenden Choral an; die Mannschaft und die Offiziere, sowie die Offiziere der bayerischen Begleitung salutirten, und verharrten, die Hand am Hute, mehrere Minuten lang in ehrfurchtsvoller Stellung. Es war das Gebet für den Kaiser. Das Bataillon, von dem drei Kompagnien in amtiegende Ortschaften gelegt worden waren, wurde hierauf bei den Bürgern einquartiert. Diese Truppen sind für Kurfurst bestimmt und halten zuletzt in Hersfeld, einem bayerischen Orte südöstlich von Fulda, ihr Standquartier, von wo sie über Neuhof, Schlüchtern, Gelnhausen hierher marschirten. Heute haben dieselben einen Rasttag, weil dem Vernehmen nach über den Abmarsch des einen oder andern k bayr. Jägerbataillons von Frankfurt die Befehle von München noch nicht eingetroffen sind. (H. J.)

Frankfurt, 12. Dez. Wie man allgemein erzählt, haben drei Redakteure der Neuen Deutschen Zeitung Befehl erhalten, die Stadt Frankfurt binnen 24 Stunden zu verlassen. Man nennt auch den russischen Gesandten als einen an diesem Ausweisungsbefehlsluß Betheiligten.

Frankfurt, 13. Dez. Wie wir vernehmen, hat die hohe Bundesversammlung dieser Tage einen Beschluß gefaßt, der sie den schuldlosen Theil der Bevolkerung Kurhessens von nicht unangenehmen Folgen begleitet sein wird. Auf die Nachricht hin, daß der Kurfaat allmälig von preußischen Truppen geräumt wird, hat nämlich der kurfürstliche Bevollmächtigte bei dieser Versammlung den Antrag gestellt, in demselben Verhältnisse, als die preußischen Truppen sich zurück zogen, auch das Bundescontingent zu vermindern, und zwar bis auf die ursprünglich behufs der Execution festgesetzte und hiezu nothwendige Starke. Daß die Truppenmacht des Bundes bedeutend vermehrt werden mußte, hatte bekanntlich seinen Grund einzig in den unerwarteten Eumarsche der Preußen. Tiefer Grund fällt nun nach und nach weiter weg, und darum ging auch, wie wir hören, die hohe Bundesversammlung ohne allen Anstand auf obigen Antrag der kurhessischen Regierung ein. (Ö. J.)

△ Aus Baden, 10. Dez. (Schluß des Kammer-Berichts). §. 4 bejammt Rabecco über die Art der Schadenersatzleistung. §§. 5 — 11 enthalten Rabecco über die Untersuchung der Verbrechen, Schadenersatzleistung ꝛc. ꝛc. Ueber die zusammengerottete Menge, welche die Beschädigung verübt, überwiegend aus nicht beurlaubten Soldaten bestand, so geht die Verpflichtung zum Schadenersatz auf den Staat über. — Nach längerer Discussion wurde das Gesetz einstimmig angenommen.

Rastatt, 11. Dez. Man hat die Wahrnehmung gemacht, daß in der jüngsten Zeit in hiesigen Wirthshäusern bereits wieder der Verkauf gemacht wurde, Soldaten sogenannte Freiher anzubieten. Indeß kam die Sache zur Kenntniß des Gouverneurs, und alsbald erschien von demselben eine Bekanntmachung im hiesigen Wochenblatt, daß in ähnlichen Fällen sowohl gegen Diejenigen, welche unerlaubterweise Speisen oder Getränke verabreichen, als gegen die Wirthe und deren Dienstleute auf das strengste wird eingeschritten und nach Befund der Schuld der Wirthschaft angerovuet werden. (K. Z)

Stuttgart, 13. Dez. Unter den vielen Tendenzanzeigen, mit welchen gegenwärtig sächsische Rechtsdoctoren das Publikum zu hintergehen beflissen sind, gehört auch die Schrift, welche man verbreitet hat, als ob unsere Staatsregierung gegen die Olmützer Punktation protestirt habe oder protestiren wolle. Wir konnen aus guter Quelle versichern, daß diese Gerüchte vollkommen ungegründet sind. (St. A.)

Berlin, 10. Dez. Die heutige Nummer 344 des „Staatsanzeigers" enthält im amtlichen Theile die folgende königl. Kabinetsordre: Nachdem durch eine getroffene Vereinbarung mit dem kaiserl. österreichischen Gouvernement die Grunde beseitigt sind, welche am 6. November Meinen Befehl zur Mobilmachung Meiner ganzen Armee hervorgerufen haben, so beauftrage ich das Staatsministerium, die weiter noch zur Friedensfeier Aufstellung der Armeecorps auf die Friedensstarke begreifenden Maßregeln einzustellen und allmälig die Reduction der Truppen auf den früheren Stand eintreten zu lassen. Potsdam, den 10. December 1850. Friedrich Wilhelm. Manteuffel. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons. v. Stockhausen.

Berlin, 11. Dez. Auf Befehl des Justizministers haben der Oberstaatsanwalt an der Staatsanwalte ihre Befugnisse zur Instruction erlassen, worin den Staatsanwalten eingeschärft wird, dem Unfug der Presse eine grossere Aufmerksamkeit zuzuwenden und kraftig dagegen einzuschreiten, ohne immer erst darauf zu warten, daß von der Polizeibehörde und andern Sicherheitsbeamten, welche das Gesetz ja eben nur als Organe der Staatsanwaltschaft in dieser Hinsicht bezeichne, von einer Gesetzesverletzung Anzeige gemacht werde. Wollen wir es in dieser Bestimmung besonders anerkennen, daß die Presseachen mehr dem unmittelbaren Einschreiten der Gerichte zugewiesen werden, so verdienet es nicht minderer Anerkennung, daß die Staatsanwalte ermahnt werden: die Verfolgung von Gesetzuberetretungen durch die Presse nicht aus ängstlicher Scheu vor einer möglicher Weise erfolgenden demnachstigen Freisprechung zu unterlassen, indem die Beobachtung der Preßformen vor den verschiedenen Gerichtshöfen theils einen Maßstab für die Pflichtstrene und das Geschick der Beamten, theils einen festen Haltpunkt zum Urtheil darüber abgiebt: ob diese Sachen auch serner noch den zufalligen Zusammensetzungen der verschiedenen Schwurgerichte zur Entscheidung überlassen werden können.

— Se. Majestat der König sollen gestern die Ernennungs-Ordres des Ministers v. Manteuffel zum (vermittelnden) Minister-präsidenten und die des Regierungspräsidenten v Rauner zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten im Schlosse Bellevue vollzogen haben.

— Se. Majestat der König sollen von Wien das Letzteres des österreichischen Kabinets entworfene Einberufungsschreiben an sämmtliche deutsche Regierungen zur Beschickung der am 25. d. Mts. in Dresden zu eroffnenden freien Conferenzen zur dieffeitigen Prüfung und Mitvollziehung eingetroffen. Wie wir horen, ist die Fassung dieses Schreibens so beschaffen und allen berechtigten Forderungen und Interessen Preußens entsprechend, daß dieffeits nur eine geringe Modifikation einer einzigen Passus als nothwendig erachtet werden dürfte.

(N. Pr. Z.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, 10. Dez. Heute fand zu Bern der bekannte Professor Dr. Wilhelm Schrel. — Die ungarische Gräfin Batthyany ist in der Schweiz eingetroffen. — Im Monat März nächsten Jahres wird die Telegraphenlinie von Frankfurt nach Basel dem öffentlichen Verkehr übergeben werden.

Bern, 11. Dez. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben durch einen Specialabgeordneten, Hrn. Dudley Mann, der schweizerischen Eidgenossenschaft ein „Freundschafts- und Handelsbündniß" antragen lassen. Der Vertrag, welcher zwischen Hrn. Mann und dem Bundesrath vorläufig berathen ist, und gegenwärtig der Bundesversammlung zur Ratifikation vorliegt, bejieht sich auf folgende Punkte: die Niederlassung der Bürger eines Landes in dem andern, das Verfugungs- und Erbfolgegleichheit des Vermögens, die Consular, den Handel und die Auslieferung der Verbrecher. Die Dauer des Vertrags wird auf 10 Jahre, die Ratifikationsfrist auf 12 Monate bestimmt. Wenn der Bundesrath geben diesem Vertrag auch eine politische Bevoutung. — Der Bundesrath hat in einer ausführlichen Botschaft über die Freiburger Petitionen alle Beschwerden des Freiburger Volks als unbegründet dargestellt und besonders die zwei bedeutungsvollsten Anlagepunkte der Petenten: der gegenwärtige Zustand des Kantons sei schon in seiner Entstehung rechtswidrig und stehen im Widerspruch mit der Bundesverfassung, weil das Volk seines Rechtes beraubt sei, seine Verfassung zu revidiren — einer ausführlichen Kritik unterworfen. Der drohenden Anfuelung des Petitionscomites auf eine große Volksversammlung wird die kurze Bemerkung gegenubergestellt, daß es dann in der Aufgabe der Kantonal- und Bundesbehörden liege, die geeigneten Maßregeln zu treffen, damit die öffentliche Ordnung im Kanton Freiburg nicht gestort werde. (A.D.-A.)

Frankreich.

Paris, 4. Dez. Ich habe wiederholt in meinen Berichten von einer Gesellschaft Agioteurs gesprochen, welche durch das Ausstreuen falscher oder übertriebener Gerüchte die öffentlichen Fonds auf unserer Borse beständig niederzudrücken, sich zur Kaufzeit zu machen. Die neuesten Verwickelungen in Deutschland boten diesem schändlichen Bosewicht leider nur zu sehr Nahrung. Man eilte

einige deutsche Bankiers drittes und viertes Ranges, welche auf solche Art seit 15 Tagen auf unserm Platz umgehende Geminste realisirt haben. Das Glück macht faul, sagt ein deutsches Sprichwort. Nicht zufrieden mit dem bereits erlangten Gewinn, suchten sie gestern eine neue hausse künstlich zu erzeugen, indem sie gerüchtweise einen falschen Courszettel aus Berlin vom 29, und aus Wien vom 28. Nov., den Pariser Abendblättern zutrieben. Das Abendblatt „l'Evenement" seiner reichen Quelle wegen dem Börsig zwischen Preußen und Oesterreich das Wort erlendt, nahm mit der größten Bereitwilligkeit den apokryphen Courszettel auf. Die Agioteurs hatten vorzüglich auf den Umstand gerechnet, daß seit einigen Tagen die Köln. Ztg. und Zud. heige die Cours-Notirungen von Berlin und Wien nur 3 Mal in der Woche mehr sonst, veröffentlichen. Der Zufall wollte aber, daß gerade gestern jene Course um die gewöhnliche Zeit mittelst telege. Depesche den erwähnten Blattern zukamen, so, daß man schon in der Früh den Betrug der Börsenspieler à la baisse hier entdeckte. Jener falsche Courszettel war auch dem Abendblatt le Patrie mitgetheilt worden, welches schon einigen Verdacht schöpfte und die Einrichtung davon unterließ. Als gestern Morgens die wirklichen Cours-Notirungen von Berlin und Wien den projektirten Betrug an den Tag setzten, glaubte der Direktor der Patrie es für zweckmäßig, dem Pyzer-Prälchen von Paris den Beifall mitzutheilen. Herr Cartier, der schon lange das schamlose Treiben im Auge behalten hatte, fand in der Meldung der Partie eine willkommene Gelegenheit, um die Winkelbörse aneinander zu sprengen. Die Winkelbörse pflegt im Passage de l'Opera bei einem Restaurateur aus der Börsengnaden sich zu versammeln. Diese courtiers merrous (Alter-Senfalen,) Mußiggänger und Leute von zweideutigem Ruf nannten dieses Lokal le Cercle de l'Opéra. Der Polizei-Präfekt hat damit angefangen, gestern den Cercle de l'Opera zu schließen und dem Police-Commissär den betreffenden Stadtverordnete die Ordre zu ertheilen, jede weitere Versammlung der Winkelbörse in jenem Lokal zu hinterreiben. In der That ist seit gestern le passage de l'Opéra fortwährend von zahlreichen Polizei-Agenten bewacht, und die Besitze ihren freies zu vollführen. Der Polizei-Commissär ist ferners ermächtigt, gegen Jedermann, der im Passage de l'Opéra Börsegeschäfte vornehmen sollte, zu verhaften, und die Anzeige davon an den Staatsanwalt zu senden, damit Letzterer gerichtlich gegen die Schuldigen verfahre. Zu gleicher Zeit ist der Polizei-Commissär des Börse-Viertels beauftragt, sich nach drei Uhr, d. i. nach dem Schluß der Borse, Niemand auf der Borse selbst Spekulationen in Staatspapieren vornehme. Früher pflegte man nach dem Schluß der Borse im großen Saal des Borsen-Lokals die Spekulation fortzusetzen; man nannte dieß die Operationen de la coulisse. Man darf sich nur dazu Glück wünschen, daß die fraz. Regierung so energisch gegen die Agiotage, diesen gewaltigen Krebsschaden unserer Zeit, zu Felde zieht. Herr Cartier soll gesagt haben: „Es ist mir gelungen, in wenigen Monaten die Winkelbörse zu vernichten, ich werde nicht früher ruhen, bis ich auch die Winkelbörse ausgerotter haben werde."

England.

London, 3. Dez. Der Brief des radicalen Parlamente-Mitgliedes J. A. Roebuck gehört zu den trefflichsten Auffagen, welche die „antipapistische" Bewegung veranlaßt hat. Einige wenige ungrzogene Ausdrücke abgerechnet, sind darin echt liberale Ansichten ausgesprochen, was um so mehr Anerkennung verdient, je seltener die „Liberalen" liberal bleiben, wenn es sich um katholische Angelegenheiten handelt. Wie theilen den letzten Theil des Briefs faß vollständig mit.

Ich finde die öffentliche Meinung Englands aufgeregt von einem Ende des Reichs die zum andern; ich höre, wie man grimmige Verdachtigungen gegen eine große Classe unserer christlichen Bruder ausspricht; ich sehe Staatsmänner fast von allen Classen sich beugen vor dem Sturme und einstimmen in das Geschrei gegen Papst und Papisten, und ich muß aufrichtig gestehen, ich begreife nicht, wie ein wahrhaft toleranes Volk sich von Intoleranz kann hinreißen lassen. Drohet denn wirklich eine Gefahr? Ich sehe, welches die Gesinnung des Volks ist, ich kenne das starke anti-katholische Gefühl meiner Landsleute; und habe es seit vielen Jahren gekannt; kaum bin ich über diesen Sturm nicht erstaunt. Einfache, handgreifliche Intoleranz liegt ihm zu Grunde. Es droht gar keine wirkliche Gefahr. Es ist nicht die Furcht, sondern blinder, unbilliger Haß, der das Land aufgeregt hat; dieselbe Gesinnung, welche 1780 den Pöbel Londons gegen Sir George Saville aufregte und den Narren Lord George Gordon zu einem Heros machte, zum Abgott und Führer des Volks, ist jetzt einen verderblichen Einfluß auf die Besonnenheit des englischen Volks. Diese Gesinnung haben Sie selber betrachtet. Sie haben einer Antipathie Worte und Gewicht verliehen, die Sie hatten dampfen sollen, und durch Ihre übel angebrachte Unterstützung haben Sie alles gethan, um fur Zahre eine abscheuliche Unduldsamkeit lebendig zu erhalten, deren Sie Sich, wie ich glaube, im Herzen tief schamen. — Wo, frage ich nochmals, und was ist denn die Gefahr, vor der Sie erschrecke nicht vor Worten, aber ich mochte doch gern wissen, was man sich denn bei „Papal aggression" (der päpstlicher Angeiff) denkt. Kann der Papst über irgend Jemand in England Macht gewinnen dadurch, daß er einem Manne den Namen „Erzbischof von Westminster" gibt, oder dadurch, daß er dem einen großen Hut und ein Paar rothe Strumpfe schenkt und ihn zum Cardinal schlagt? Hat der Papst Landeshoheit in England erworben durch das, was man die „Eintheilung des Königreich England nennt? Wir sind alle vor dem Gesetze gleich. Kann also nicht die Macht des Gesetzes angerufen, und jene Gewalt zur Annahme seiner Lehre zu bringen. Wodurch allein kann er also Einfluß über uns gewinnen? Durch Ueberzeugung. Er und seine Sendboten mussen durch unsern Verstand auf uns einwirken; und wie, die wir uns der Macht der Wahrheit und uns des großen Schutzes der freien Discussion rühmen, — wir zittern und beben und poltern, wie alle Memmen, weil ein thörichter alter Mann, aufgereizt durch einen Haufen rankevoller Priester und eine Handvoll schwachköpfiger, einfaltiger Convertiten, es fur gut befunden hat, einer Anzahl von Bisthümern englischen Namen zu geben, und trop unseres vorgeblichen Vertrauens auf die Wahrheit unserer Ansichten und trop des prahlerischen Rühmens mit der Macht der Vernunft und der Gründe, sind wir auf einmal schrecklich bestürzt und bilden uns ein, wir konnten einen Morgens erwachen und unwiderruflich katholisch sein? Das zeigt, wie darchaus sicherlich die ganze Sache ist, wenn man sie so aufsieht, aber ganz anders sieht es, wenn wir aus die Gesinnung sehen, welche wirklich durch all diese Verwirrung hervorgerufen ist. Wenn wir bedenken, daß Haß, religiöse Bigotterie der Grund von Allem ist, wenn wir bedenken, daß jener protestantische Geistliche durch religiöse Antipathie zum Handeln aufgereizt ist, wenn wir erwagen, daß jedes katholische Priester in England und Irland zum Kampfe herausgefordert ist, — ist es nicht klar, Mylord, daß Ihr bedacht anlunger und unbesonnener Brief zur Trompete geworden hat, um die schlechtesten, grimmigsten, haßerfüllsten Leidenschaften aufzuwecken, welche den menschlichen Verstand verfinstern und das menschliche Herz verderben? Das Werk von Jahren ist in einem Augenblicke zerstort, und alle die Mühe, dieses zept wenige Intrant in unsern schönen Garten, Religionsfreiheit und kirchliche Unduldsamkeit, auszurotten, muß jetzt auf's Neue übernommen werden. (Schluß folgt.)

Neuestes.

Hamburg 10. Dez. Dem Vernehmen nach wird sich der König von Dannemark ebenfalls vermahlen. Man erwartet allgemein mit nachstem einen Angriff der Schleswig-Holsteiner auf die dänische Linie, auch spricht man von einer Besetzung Lauenburgs von Seiten der Holsteiner. (T. C. B.)

Rendsburg, 10. Dez. Laut Verfügung der Statthalterschaft ist dem kommandirenden General die Befugniß ertheilt worden, während der Dauer des Krieges sowohl bei den höheren als niederen Offiziergraden, abgesehen von der Ancienneté, Vorschläge zu Ernennungen und Avancements zu machen, die er unter seiner Verantwortlichkeit im Interesse des Dienstes als nothwendig erachten mochte. (H. C.)

T. D. Wüchen, 12. Dez. Die Dresdener Conferenzen werden erst am 30. d. M. beginnen, indem zuvor noch Vorfragen, welche von Mittelstaaten angeregt worden, zu erledigen sind.
(Frkft. Obpst.)

Schwurgerichtsverhandlungen.

VIII.

Würzburg, 12. Dez. Die Dienstmagd Barbara Muller von Meiereboch, Lrg. Bischofsheim v. d. Rhon, ist angeklagt des Verbrechens des Raubes, begangen an Hannchen Burebaum aus Geiß im Großherzogthum Weimar. Burbaum, welche sich vom Botengehen nährte, ging am 3. Sept. nach Mellrichstadt, Lrg. Meiningen. In Nordheim traf sie bei einem Juden die berüchtigte Barbara Muller, welche ihr gleich, als sie fortging nachfolgte und sie bald einholte. Auf dem Wege forderte die Muller von der Burbaum einige Kaffeebohnen und etwas Geld zum Uebernachten, was sie der Letzteren auch gab. Da die Muller aber unter der Schürze eine Gebetsache bemerkte, griff sie darnach, konnte sie aber nicht erhaschen. Da die Burbaum die Tasche festhielt, so rif sie aus dem Teaglorb ein Sackchen, das Gegenstande im Werthe von 11 fl. 32 kr. enthielt. Die Burbaum wollte das Sackchen nicht lassen, da schlug jene auf die Hand der Burbaum und zog ein Messer aus dem Mieder und drohte es der Buebaum in die Brust zu stoßen, worauf diese nachgab, und B. Muller mit dem Sackchen davon eilte. Die Geschworenen erkannten die Angeschuldigte des Raubes 3. Grades für schuldig, und der Gerichtshof verurtheilte sie in die gesetzliche Strafe: Zuchthaus auf unbestimmte Zeit. Geschworne waren: Denuerlein, Adami, Markus, Mark, Clemens, Englert, Frankenberger, Bauch, Durbig, Ankenbrand, Gbpfert, Sauer, Reym. President: Krr. v. Stabg. Math Scherer; Staatsanwalt: Krr. v. Stabtg. Assessor Ungemach; Vertheidiger: Acceffit Hernbach.

Die „Allg. Ztg." ist in den Stand gesetzt, die Denkschrift mitzutheilen, welche die preußische Regierung zur Beurtheilung der Olmützer Punctation für die mit ihr verbundenen Regierungen, d. d. 3. Dezember 1850, hat ausarbeiten lassen. Sie lautet:

„Der Gedanke welcher der Olmützer Punctation auf preußischer Seite zu Grunde liegt, ist der:

Preußens politische Stellung fordert das Anerkenntniß, daß keine deutsche Frage ohne seine Theilnahme entschieden, daß also weder die kurhessische noch die holsteinische Frage von den in Frankfurt versammelten Regierungen einseitig im Namen des Bundes definiv erledigt werden konne. Preußens militarische Stellung fordert, daß weder zwischen den beiden Theilen der Monarchie noch im Rücken derselben eine fremde Truppenmacht aufgestellt werde, ohne eine entsprechende Entfaltung seiner eigenen Truppenmacht an diesen Orten selbst. Wird ihm beides oder auch nur eines

von beiden verweigert, so stets es Krieg machen und die Opfer eines solchen Krieges werden von dem Lande, der Krieg selbst von Europa gerechtfertigt sein.

Wird ihm dagegen beides gewährt, wird jenes Anerkenntniß ihm nicht nur im Princip sondern thatsächlich verbürgt, wird die Zurückziehung seiner Truppen nicht gefordert, so liegt in dem augenblicklichen Gewaltzustand einer von dem Unbeteiligten hereingeworfenen fremden Truppenmacht in Hessen keine Concession mehr, welche Preußens Ehre gefährde, und keine Gefahr, welche einen Krieg vor dem Land und vor Europa rechtfertige.

Dies ist durch die Olmützer Punctation erreicht. Der §. 1 enthält das principielle Anerkenntniß.

In diesem Paragraphen wird dem gedachten Princip die thatsächliche Anwendung gegeben durch die Niedersetzung einer gemeinschaftlichen Commission, in welcher Preußen mit seinen Verbündeten einerseits, den in Frankfurt versammelten Regierungen andererseits ganz gleichberechtigt in voller Parität gegenüber steht.

In §. 3 ist der Durchzug durch die Etappenstraßen gestattet in Folge ausdrücklicher Garantien von Oesterreich und seinen Verbündeten, und unter der Voraussetzung, daß die Etappenstraßen selbst von Preußen vorzugsweise besetzt gehalten werden, so lange die Sicherung seiner militärischen Interessen dies erfordert. Dazu kommt die gemeinsame Besetzung der Hauptstadt unter Zuziehung des Landesherrn, ohne welche eine solche Maßregel eine directe Verletzung seiner Souverainetät wäre.

Dagegen erscheint Preußen, daß die von den Bundestruppen herbeigerufene Truppenmacht für den Augenblick und ohne Präjudiz für die künftige Entscheidung die Autorität desselben herstelle, welche, wie wohl schwerlich von irgend einer Seite mit Grund geläugnet werden konnte, factisch vernichtet war. Sie wird factisch hergestellt und die rechtliche Entscheidung vorbehalten. Diese rechtliche Entscheidung hatte bisher der sogenannte Bundestag in Frankfurt in Anspruch genommen, und jede Mitwirkung Preußens anders als unter demselben Namen abgewiesen.

Ebenso in der holsteinischen Frage, in welcher der Bundestag allein mit Dänemark unterhandeln und die Entscheidung über dessen Vorschlage im Namen des Bundes aussprechen wollte.

Preußen hat dagegen gefordert, daß in beiden Fragen die Entscheidung durch eine von beiden Seiten, von den Frankfurter Regierungen einerseits und von Preußen und seinen Verbündeten andererseits zu ernennende Commission vorbereitet und durch die Genehmigung aller deutschen Regierungen rechtskräftig werden sollte. Es hatte dieß in Bezug auf Kurhessen schon im Capitel über, in Bezug auf die Herzogthümer wiederholt und noch zuletzt am 17. October förmlich vorgeschlagen. Damals wurde diese Forderung abgelehnt; jetzt ist sie im §. 2 der Olmützer Punctation zugestanden. Es ist also jetzt dasjenige erlangt, was im September und October gefordert und verweigert wurde.

Diesem Zugeständniß gegenüber handelte es sich um die Frage: ob um des augenblicklichen Vorgehens der vom Kurfürsten herbeigerufenen Truppen willen der Krieg entbrennen sollte? — ein Krieg dessen Folgen nicht zu berechnen waren — ein Krieg der Deutsche gegen Deutsche in den Kampf führte — ein Krieg, der selbst im günstigen Fall Preußen an die Spitze Deutschlands führen konnte, der aber in jedem Fall Deutschland schwächen und zerrütten, der auf deutschen Feldern geführt werden mußte, der das Aufgeben jeder Hoffnung auf eine friedliche Lösung der deutschen Verfassungsfrage in sich schloß, während eine solche friedliche Lösung in Aussicht stand.

Die kgl. preuß. Regierung hat die Verantwortung für einen solchen Krieg, nachdem ihr jene Bürgschaften für ihre politische und militärische Stellung gegeben waren, nicht auf sich nehmen wollen, sie glaubt vielmehr in dem Frieden alles erhalten zu haben, was die Ehre und die Macht Preußens forderten.

Die Lage der Dinge ist nunmehr folgende: 1) Im allgemeinen ist der Anspruch des Bundestags auf endgültige Entscheidung deutscher Fragen thatsächlich aufgehoben, dieser mit mehr sämmtlichen deutschen Regierungen anheimgestellt und die Vorbereitung derselben einer von beiden Seiten gleichberechtigten Commission übergeben. In dieser Commission treten Preußen und seine Verbündeten, als eine auerkannt gleichberechtigte Gesammtheit, der Gesammtheit der übrigen Regierungen, welche bisher die Entscheidung für sich allein in Anspruch nahmen, gegenüber. Diese Entscheidung wird jetzt weder von den einen noch von den andern, sondern nur von allen zusammen ausgehen. Mehr hat Preußen nicht gefordert, und mehr zu fordern hat es kein Recht.

Wird die Commission, wie es zu erwarten steht, auch in wichtigen und bedeutenden als besonnenen Männern zusammengesetzt, so wird sie die glückliche Vermittelung für die Wahrung alter Rechte bilden.

Halten die Verbündeten Preußens treu zu letzterem, so wird ihnen dadurch die Mitwirkung bei allen wichtigen Fragen geschieht sein. Das Bündniß Preußens mit allen denen von Preußen nicht aufgegeben, dessen Aufgeben auch von Oesterreich nicht gefordert, vielmehr das Bestehen desselben zu gemeinsamen Handeln durch die Olmützer Punktation faktisch auerkannt.

2) In Kurhessen werden zunächst die von dem Bundestagen herbeigerufenen Truppen in der Ausführung der von letzterem nachgesuchten Hülfe nicht gehindert. Aber die endliche und rechtliche Entscheidung der ganzen Angelegenheit wird nun nicht mehr in den Händen des Bundestags liegen, sondern durch die niedersetzende Kommission der Gesammtheit der deutschen Regierungen, als der einzig berechtigten höchsten Bundesbehörde, zugemittelt werden.

3) In Holstein wird nicht mehr ein Commissär des Bundestags dem Lande das Gesetz auferlegen, sondern zunächst werden preußische und österreichische Commissarien die Statthalterschaft zu der Einhaltung von Bedingungen auffordern, welche das Bundesgebiet gegen jeden Angriff zu sichern geeignet sind und welche in den Grundgesetzen des Bundes und in dem Friedenstraktat vom 2. Juli ihre volle Begründung finden. Es läßt sich vollerrechtlich nicht rechtfertigen, daß, während der Bund den Frieden mit Dänemark erklärt hat, eine vom Bund eingesetzte Behörde außerhalb der Bundesgrenzen Krieg führe. Auf diesen Grundsatz sind die Forderungen an die Statthalterschaft basirt. Die Entscheidung der Krone liegt im Interesse des Landes, und ist, wie dies früher oft von der Statthalterschaft erklärt ist, unbedenklich, wenn Dänemark ebenfalls reduzirt, wozu alle Aussicht vorhanden ist.

Weigert die Statthalterschaft die Annahme dieser billigen Forderungen, so werden, anstatt einer einseitigen Exekution Oesterreichs oder des Bundestags, nur gemeinsame Maßregeln von Oesterreich und Preußen eintreten können, worüber die im § 2 stipulirte Commission sich zu verständigen haben wird. Darin kann keine Gefahr für Preußen oder Holstein liegen.

Die weitere Entscheidung der Frage wird ebenfalls nicht mehr von den in Frankfurt vertretenen Regierungen einseitig, sondern von sämmtlichen deutschen Regierungen ausgehen. Preußen und Oesterreich werden gemeinsam die Rechte des Bundes, wie die Rechte Holsteins wahrnehmen, und die niedersetzende Commission wird, gleichsam als ein Bundes-Ausschuß sämmtlicher deutschen Regierungen, die Vorbereitungen und Verhandlungen dazu in die Hand nehmen.

Zu diesem gemeinsamen Handel Oesterreichs und Preußens dürfen die Herzogthümer ebenso wohl wie die auswärtigen Mächte das volle Vertrauen fassen, daß kein mahrhaftes Recht werde gekränkt werden. Preußen wird in seiner Vertheidigung der Sache der Herzogthümer auch dem Ausland gegenüber nicht mehr allein stehen, und es ist das Mittel gefunden, die lang entbehrte Aktion des ganzen Bundes wieder eintreten zu lassen, ohne daß Preußen seinen Standpunkt etwas vergabe.

Daß ist, im allgemeinen wie in den beiden brennenden thatsächlichen Fragen, die Basis, auf welcher die Olmützer Punktation beruht. Auf dieser Basis glaubte die preußische Regierung den Frieden erhalten zu dürfen; und sie erachtet hierin die Anhaltspunkte gefunden, durch deren redliche und von beiden Seiten wohlwollende Ausbildung dieser Friede gesichert und eine heilsame Entwickelung der deutschen Verhältnisse möglich gemacht werden könne.

Zur letzteren Zweck sind die freien Conferenzen bestimmt, welche in kürzester Frist zusammentreten sollen, und zwar, dem Wunsch Preußens gemäß, in Dresden.

Es sind von beiden Seiten der Wünsche laut geworden, daß vor dem Zusammentritt derselben schon die Grundlagen festgestellt werden müßen, auf welchen dort die Berathung über die deutsche Verfassungsreform sich zu bewegen habe. Daß dieß nicht durch die Olmützer Punktation geschehen, wird von manchen als ein Mangel derselben bezeichnet werden.

Eine besondere Erwägung der Verhältnisse wird ebenso wie unbegründet dieser Vorwurf sein wurde.

Die Olmützer Zusammenkunft, durch das Dringende des Augenblicks auf wenige Stunden beschränkt, konnte der Natur der Sache nach nicht zum Zweck haben, Grundzüge für eine Verfassung festzustellen an deren Entwerfung Deutschland seit zwei Jahren vergebens sich abmüht; sie konnte nur auf die Behandlung der brennenden, mit augenblicklichem Conflikt drohenden Fragen auf die Entscheidung: ob Krieg, ob Frieden? gerichtet sein.“

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 13. Dez. 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	1064	1069
„ 5% Metallique	73⅛	74
„ 4% „	57	57½
„ 3% „	42½	43½
„ 2½% „	38⅜	39
„ 4½% Bindmann	68	—
„ 4% „	61	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	151	151½
„ 500 „ 1839.	68	—
Preußen 3½% St. Schuld-Scheine.	83½	83⅝
Lübl. 50 Prämien Scheine.	118	—
Bayern 3½% Obligationen	83	83½
„ 4% „	97½	98
„ 5% „	100½	100⅝
Wirttemberg 3½% „	84½	84½
„ 4½ „	96⅝	97⅛
Baden 3½% „	79	79½
„ fl. 35 Loose	30½	30¾
„ „ 50 „	51½	51⅞
Nassau fl. 25 „	25⅜	25⅞
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	76⅜	76⅝
„ „ „ 25 „	26⅝	—
Polen fl. 300	29⅝	30⅛
Sardinien Lre. 36	32⅝	33⅛

Theater-Anzeige.

Sonntag den 15. Dez. 1850.
Der Sohn der Wildniß.
Romantisches Schausp. in 5 Akten von F. Halm.
Montag den 16. Dez.
Zampa, oder: Die Marmorbraut.
Romantische Oper in 3 Akten von Herold.

Gestorben:
Ernestine Bamberger 48 J. alt, Schuhmachersfrau.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 100.

Die Bayerische Presse.

Abonnement: Ganzjährig 6 fl. Halbjährig 3 fl. Vierteljährig 1 fl. 30 kr. Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreyhofe 2. Dicke. Nr. 533. Einrückungsgebühr: die spaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 300. Würzburg, Montag den 10. Dezember. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 13. Dez. Das kgl. Regierungsblatt Nr. 60 vom 13. Dez. enthält Folgendes: „Bekanntmachung, die Herbeiziehung zur Dienstleistung für das Jahr 1851 aus den Konskribirten der Altersklasse 1829. Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern ꝛc. ꝛc. Wir haben beschlossen für den Zusammentritt des obersten Rekrutirungsrathes eines jeden Regierungsbezirkes a) zur pensionirten Berichterstattung der Konskription der Altersklasse 1829 den 30. Dez. d. J. und die folgenden Tage, und b) zur Aushebung der Konskribirten der genannten Altersklasse die Zeit vom 22. Januar bis zum 5. Februar zu bestimmen und gegenwärtige Entschließung gemäß §. 38 des Gesetzes über die Ergänzung des stehenden Heeres vom 15. Aug. 1828 durch das Regierungsblatt zur allgemeinen Kenntniß bringen zu lassen. Munchen, den 12. Dezember 1850. Max. — v. Lüder. v. Zwehl. — Auf königl. allerhöchsten Befehl: der General-Sekretär, Ministerialrath Eppelen." — Se. Maj. der König hat dem französischen Minister des Auswärtigen Hrn. de Lahitte das Großkreuz und dem Chef der polizeilichen Sektion im Ministerium des Aeußern zu Paris Grafen v. Bielcastel das Commenthurkreuz des kgl. Verdienstordens der bayer. Krone, dann dem französischen Obersten Hrn. Soleille das Commenthurkreuz des kgl. Verdienstordens vom heil. Michael verliehen.

München, 13. Dez. Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: den Rechtsanwalt Friedrich Sommer in Karlsruh — seiner Bitte willfahrend — auf das erledigte Rentamt Gaibburg zu versetzen. — Der Kreis- und Stadtgerichtsexpeditor H. Herrgott zu Würzburg ist auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt, dessen Stelle dem Kanzlisten am Appellationsgerichte von Mittelfranken M. Meiser verliehen.

Würzburg, 16. Nov. Se. Maj. der König haben zu genehmigen geruht, daß die katholische Pfarrei Helmstadt, Lkgs. Marktheidenfeld, von dem Bischofe von Würzburg dem Priester Wilh. Romeis, Telan, Pfarrer und Distriktsschulinspektor zu Lengfurt verliehen worden.

Dem 2. Schullehrer Peter Mußmacher zu Oberbach wurde die Schulstelle zu Romerhaag, Lbgs. Brückenau, übertragen.

Die Beamten und die Revolution.

Zeiten, welche, wie die jüngste, durch heftige Stürme aufgeregt sind, haben neben ihren nachtheiligen Wirkungen auch die wohlthätige, daß sie die verborgenen und verkleisterten Schäden des Staatsschiffes ans Licht bringen, wie sich in gefährlichen Krankheiten der locus minoris resistentiae bald herausstellt. Solcher Gebrechen und fauler Flecken im Staate sind nun mancherlei aufgezeigt worden; bald hat man Dieses bald Jenes als das Uebel aller Uebel darzustellen gesucht; man hat die Revolution auf verschiedene Quellen zurückgeführt, und an dem Allem mag ein Stück Wahrheit sein.

Dieß und nicht mehr nehmen auch die folgenden Zeilen für sich in Anspruch, wenn sie eine Ursache des Verderbens unseres Staatsschiffes in der Haltung mancher Staatsbeamten finden wollen.

Schon in der vormärzlichen Zeit hat man viele Klagen gehört, bald über die Schlaffheit der Beamten in Handhabung der Gesetze, über Mangel an Energie und Entschiedenheit in Durchführung nothwendiger Maßregeln und Einrichtungen bald über das barsche, verletzende Auftreten gegen Amtsunterge benen, bald über das Hätscheln und Begünstigen der Einflußreichern, der Burger und Ortsvorsteher, um an diesen willfährige Trabanten und blinde Werkzeuge zu besitzen.

Jedenfalls werden wir nicht zu viel behaupten, wenn wir, einem Theile unserer Beamten den Vorwurf machen, daß sie ihre amtliche Stellung häufig als Mittel zur Verherrlichung ihrer Person und zum Spielball ihrer Launen mißbrauchten, daß sie nicht selten durch vornehme Ausgelassenheit, durch Mangel an geselligen Formen und durch brutales Pochen auf ihre Unfehlbarkeit weltschaft erbittert und den Haß hervorgerufen haben, der in den Märztagen gegen sie und die Regierung hervorbrach. Sie haben es vergessen, daß sie nicht Herren des Gesetzes sind, daß die Gewalt des Amtes eine ihnen von Oben übertragene ist, mit der sie nicht willkürlich schalten und walten, Gnaden oder Ungnaden austheilen dürfen, sondern welche sie ohne Rücksicht auf sich selbst und ohne Ansehen der Person so handhaben müssen, wie es das Gesetz vorschreibt, und wie sie es vor Gott und dem Konige verantworten können. Mit dieser wichtigen Berufe ist nun aber das Bestreben vieler Staatsdiener ganz unvereinbar, sich, ihre liebe Person, um jeden Preis beliebt, populär zu machen. Es ist offenbar, daß dieser Zweck nur erreicht worden kann dadurch, daß man die Scharfe des Gesetzes nicht fühlen läßt, bei Gebrechen und Mißständen durch die Finger sieht, den Angeschwärzten, Vermeintlichen schonend, kurz, dem Uebel sich accommodirt, statt es an der Wurzel anzugreifen und mit Stumpf und Stiel auszurotten. Wer wollen hiemit nicht die Forderung an die Beamten stellen, überall mit dem zuvielschneidigen Schwerte barem zu schlagen, denn mit Gewissenhaftigkeit und Consequenz laßt sich wohl auch Humanität und Billigkeit verbinden — aber wir konnen dem Staatsbeamten nimmermehr das Recht zugestehen, sich selbst auf Kosten des Gesetzes im Munde des Volkes zu einem „guten Manne" zu machen. Durch diesen Mangel an Objektivität, durch diese Willkurlichkeit wurde langst vor dem März 1848 die Achtung vor dem Gesetze geschwacht und das Gefühl der Unabwendbarkeit auf der einen, das der Gedrucktheit auf der andern Seite im Volke genahrt.

Doch gehen wir zu den nachmarzlichen Erscheinungen über, so durfen wir, Vieles nicht zu gedenken, nur auf die Stellung, welche Staatsbeamte in Kammern, und bes was im Landratsschosse wie in den Volksversammlungen und Volksvereinen eingenommen haben, hinweisen, um das Widernatürliche, Ungesetzliche, Staatsgefährliche ihres Verhaltens und die Nothwendigkeit darzuthun, daß sich der Staat gegen solche Opposition seiner Diener sicher stelle. Dazu aber ist es gewiß hohe Zeit, wenn es dahin gekommen ist, daß sich die Büreaukratie mit der Demokratie theils offen, theils insgeheim, theils mit Absicht und Vorbedacht, theils aus Schwache und Feigheit zum Sturze oder langsamen Untergrabung der bestehenden Regierungen verbindet, wenn Beamte so ganz es vergessen konnten, daß sie Vertreter und Organe der Regierungsgewalt sind, daß sie gegen den Landesfürsten und das gesetzliche Staatsregiment eine durchaus feindliche Stellung einnehmen, als stände es in ihrem Belieben, eine Regierung über sich anzuerkennen oder nicht, monarchisch constitutionell oder republikanisch und kommunistisch sich zu gerieren.

In der That, man muß staunen, wie Manner, die in der Regel eine wissenschaftliche Bildung genossen, haben und nicht dem rohen, unpolitischen Theile des Volkes erwachsen sind, Manner, deren Rechtskenntniß auch ein gröberes Rechtsbewußtsein sollten voraussetzen lassen, so völlig mit Blindheit geschlagen sein konnen, daß sie eine mit ihrem Berufe völlig unvertragliche politische Uebereinheit für sich beanspruchen und gegen den Staat, gegen welchen sie vor allen Burgern die heilige Pflicht der unbedingtesten Treue übernommen haben, in ein so ungeheiliges unsittliches Verhaltniß sie offenen oder geheimen Auflehnung treten mögen. Dafür aber diejenigen Staatsdiener, welche sich an einer geschlossenen, planmäßigen Opposition in der Kammer, an einem Landesausschusse, an radikalen Volksvereinen, an revolutionären Volksversammlungen, an politischen Demonstrationen und Festlichkeiten, wie die Blumefeier u. dgl., betheiligen, daß solche Beamte, statt dem Staate zu dienen und ihm eine Stütze zu sein, ihn unterwühlen, die ruhigen Bürger unsicher und schwankend machen, und durch ihr Beispiel die Schwachen und Unverstandigen auf die Bahn des Ungehorsams und der Empörung locken, dafür wird es keines Beweises bedürfen, denn die Geschichte der letzten Jahre giebt Zeugniß genug.

In dieser weithin verbreiteten Mißachtung und Preisgebung des Ansehens und der Macht der Staatsregierung hat aber nicht minder und vielleicht noch mehr die völlig neutrale und passive Haltung vieler Beamten in den Zeiten der Auflehnung und Entscheidung beigetragen. Seit langer Zeit gewohnt, die Befehle und Anordnungen, welche oben aufgeschlittet wurden, mechanisch durch ihre Kanäle laufen zu lassen, und eines höheren Bewußtseins von ihrem Berufe, eines warmen, lebendigen Interesses für die Kräftigung der Staatsgewalt und für die Bewahrung des ihnen anvertrauten Bezirks, einer innerhalb ihrer Befugnisse sich bewegenden, frischen Thatkraft schon zuvor baar, wußten sie, als jener in vielen Jahren nie gestörte Beamtenlauf in's Stocken gerieth, keine klugere Stellung einzunehmen, als, indem sie von aller Berührung mit den aufgeregten Elementen sich ferne hielten, das Feuer in Gottes Namen fort brennen zu lassen, und ängstlich auch jeden Schein zu vermeiden, als wollten sie mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln Einhalt thun. So kam es, daß zu jener Zeit auf jede Klage über die zunehmenden Roheiten und Gewaltthätigkeiten mit einem Achselzucken oder mit einer Hinweisung auf die Machtlosigkeit der öffentlichen

Behörden geantwortet wurde, daß man von Polizei- und anderen Sicherheits- und Vorkehrungs-Maßregeln keine Spur mehr wahrnehmen konnte und natürlich die Frevolität auf eine erschreckende Weise zunahm. (Schluß folgt.)

Deutschland.

München, 13. Dez. Der diplomatische Verkehr zwischen den am hiesigen Hofe beglaubigten Bevollmächtigten der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, so wie deren Beziehungen zu unserem Departement des Auswärtigen scheinen in jüngster Zeit häufiger und lebhafter geworden als jemals. Offenbar ist eine gemeinsame Verständigung unter diesen im besten Gange. Da die freien Konferenzen bis auf den 30. d. vertagt wurden, so ist es noch ganzlich unbestimmt, wer bei denselben die bayerischen Interessen vertreten wird. — Der Generalmajor und Festungsmechaniker Febr. v. Schleicheim ist wieder hier angekommen und hat die vom Oberst Feder. v. Reiching provisorisch geführte Genie-Direktion wieder übernommen. — Auch Fürst Karl v. Wrede, welcher kürzlich in den Stand des Fürsten von Taris eingetreten war, ist wieder hier angekommen, da die freigewordenen Aussichten gänzlich verschwunden sind. Der Professor der orientalischen Sprachen an hiesiger Hochschule Dr. Haneberg, der als Kanzelredner hier einen wohlverdienten Ruf sich erfreut, tritt in den Benediktinerorden bei St. Bonifazius, ohne jedoch seine Professur deshalb aufzugeben.

Hof, 10. Dez. Die Kantonirungsquartiere der ersten Armeedivision Hohenfelsen ist von seinen Gegenden bezogen; allenthalben verkaufet sich von den Einwohnern, so arm auch dieser Landstrich ist, guter Wille einerseits und Genügsamkeit und Mannzucht andererseits. Das Divisionshauptquartier ist seit mehreren Tagen schon im nachbarlichen Münchberg bezogen und St. Exz. der Generallieutenant Hohenfelsen ist von seinen gestrigen Pferderitt, den er zängst beim Aufmarsche des Infanterie-Leibregiments erlitten, wunderglücklich davon gekommen, ohne alle bedeutende Verletzung, und wird, wie wir hören, dieser Tage wieder kommen, um in seiner bekannten Thätigkeit die Kantonirungsbezirke zu inspiziren.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 13. Dez. Die preußische Besatzung verstärkt sich täglich. Man sieht außer Infanterie Ulanen, Kürassiere, Husaren, u. s. w. die zum Theil hier zum Theil in der Umgegend liegen. Heute passirten 2 Bataillone Infanterie Kassel. Auf Beschluß des Staatsrathes bekommen nun auch die Mitglieder Einquartierung; wer 80 Thlr. Miethzahlt, einen Mann und für jede weitere 30 Thlr. einen Mann. (K. Z.)

Hanau, 13. Dez. Die gestern von hier abmarschirte Division Karfurst-Husaren nebst der reitenden Batterie haben gestern Abend noch Orre erhalten, bis auf weitere Verfügung in Mannheim zu verbleiben. (K. Z.)

Rotenburg, 12. Dez. Durch den Bundes-Commissär wurden außerordentliche Einquartierungen, insbesondere gegen die hiesigen Obergerichts-Mitglieder, mit Ausnahme des Vizekanzlers Klingenberg, verhängt. Der Verwaltungsbeamte v. Ueff erhielt ebenfalls eine außerordentliche Einquartierung, wurde aber alsbald ordentlich frank. — Dem Staats-Prokurator Wolf, welcher noch vor wenigen Tagen Luft zeigte, das gegen den Verwaltungsbeamten Jatro ausgesprochene obergerichtliche Strafurtheil vollziehen zu lassen, und zu dem Ende die nöthigen Schritte gethan hat, ist gleichfalls eine außerordentliche Einquartierung zugedacht worden. (K. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Altona, 8. Dez. Ich will nicht säumen, aufmerksam zu machen auf den Hauptpunkt, welchen die Kommissarien der deutschen Großmacht zu entscheiden haben werden, wenn es sich handelt um die Pazifizirung der Herzogthümer. Wer soll künftig die Festung Rendsburg besitzen? Wenn es die Absicht ist, daß wirklich Waffenruhe in Nordalbingien herrschen soll, so darf Rendsburg, der Schlüssel des Landes, nicht von dänischen Truppen besetzt werden. Den Schleswig-Holsteinern wird man die Besetzung der Festung Rendsburg nicht ferner gestatten wollen. Also bleibt nichts anderes übrig, als daß Rendsburg an einer Festung des Deutschen Bundes erklärt wird und Nationalgarden herrschen soll, so darf Rendsburg, der Schlüssel des Landes, nicht von dänischen Truppen besetzt werden. Den Schleswig-Holsteinern wird man die Besetzung der Festung Rendsburg nicht ferner gestatten wollen. Also bleibt nichts anderes übrig, als daß Rendsburg an einer Festung des Deutschen Bundes erklärt wird und Bundestruppen dort einrücken. Wenn aber diese Garnison nicht die Besatzung durch deutsche Bundestruppen erhalte. (A. A. Z.)

Frankfurt, 13. Dez. Die Dresdner Conferenzen! Die Nachricht von den beschlossenen Dresdener Ministerialconferenzen ist von allen Wochenblättern mit großer Befriedigung vernommen worden. Wir sind zwar nicht des Glaubens, daß alle Gefahr eines Krieges und seiner möglichen Folgen, die uns in trauer Ahnung vorschweben, schon ganz vorüber sei. Allein ein bedeutender Schritt zur Beseitigung der peinlichen Spannung, in der Land und Leute so lange gelitten, ist geschehen. Jedenfalls sind wir in ein ganz neues Stadium eingetreten; die Volksvertreten sind in den Hintergrund gedrangt und die Regierungen haben ihre Stellen eingenommen. Von den Ergebnissen der Conferenzen, den leitenden Grundsätzen, die man für den einzuhaltenden Gang der deutschen Politik aufstellen wird, den Beschlüssen, die man überhaupt fassen wird, kann die ganze Zukunft unseres deutschen Vaterlandes abhangen. Mögen daher einige Betrachtungen über die wichtigsten Punkte der allgemeinen deutschen Angelegenheiten hier Platz finden, deren Erwagung entweder schon gleich jetzt bei den Conferenzen, oder demnächst von dem gemeinschaftlichen Ausschusse der Ausgleich vorgenommen werden zu müssen scheint. Unsere Betrachtungen sind aus den ernstlichen Bedenken hervorgegangen, welche der Verlauf der deutschen Begebenheiten seit dem März 1848 in jedem Deutschen anregen mußte, der nicht leichtfertig in den Tag hineingelebt hat, oder der Interessen oder der andern der aufgetauchten Parteien sich angeschlossen hat. Um aber die richtige Stellung zur unsere Beobachtungen zu gewinnen, um auch gleich von vornherein unsere Ansicht dahin anzudeuten, daß unsere Erwartungen von der Thatigkeit der Regierungen für die Ordnung der deutschen Angelegenheiten sicherer sein müssen, kennt es uns nothig, mit einem kurzen Rückblick auf die politischen Vorkommnisse der letzten Jahre zu beginnen. Eine tiefgehende Unzufriedenheit mit den alten Zuständen hatte sich landgegeben, aber indem man darauf ausging, dieselben zu bessern und umzugestalten, sind Schaden und Uebel zum Bascheln gekommen, die noch jetzt drückend genug sind. Das Unternehmen ist jedoch in einer Weise gescheitert, daß man zur Ehre Deutschlands wünschen mochte, die „große Bewegung" konnte aus unserer Geschichte getheichen werden. „Die Menge hat von jeher genarrenfreiheit;" hier war es aber nicht sowohl die Menge, von welcher die Narrenwirkungen ausgingen, sondern vielmehr die tonangebenden Leiter und Führer waren es, die von voller Betbarung hingerissen schienen. Das deutsche Parlament erhielt die Blüthe des deutschen Geistes. Was deutsche Wissenschaft und Ausstarung, was politische und historische Forschung, indem auch was der an öffentlichen Geschäften aufgewachsene deutsche Beamtenstand Heervorragendes aufzuweisen hatte, war zusammengezogen, um das Heil Deutschlands zu begründen. Was das deutsche Parlament begannen und gewirkt, muß demnach als das fürs Leben tauzliche Produkt unserer geistigen Entwickelung, als der praktische Ausdruck jener hohen wissenschaftlichen Bildung angesehen werden, deren man sich so gerne rühmt. Und was war der Erfolg? Die deutsche Nationalversammlung hat sich in sich selbst verzehrt und aufgerieben. Dem Parlamente gingen alle praktischen Eigenschaften ab, die zur Erreichung seines Zweckes erforderlich waren. Die Nation und ihre Vertreter zeigten im Grunde mehr die Zustande und Gebrechen, womit Baller ihre Freiheitsrede zu beschlessen, nicht die Eigenschaften, womit sie sie zu begründen pflegen. Das deutsche Gesetz waren auch die weitern Bestrebungen für die zu erreichende deutsche Einheit durchdrungen. Auch die jetzigen preußischen Kammern, soweit das Trachten geht, durch Wahrung einer angeblich verletzten preußischen Ehre Deutschland zu ungen, sind nur die Fortsetzung und der Schluß desselben Phänomens, wenn auch unter ganzlich verwanderten Umständen. Die Anrede des Grafen Schwerin bei seiner Wahl zum Präsidenten war eine vollständige Parabel zu der benahmt gewordenen Anrede, in welcher jene lahme Mißgriff geschehen, der so viel Verwirrung nach sich gezogen; und wurden die Verhältnisse es den Berliner Kammerherren gestatten, so würden Grabow, zu der sie sich einzuwagen versuchen, nach ihrem Sinn zu durchlassen, sie wurden ohne Zweifel mit gleicher Ueberfurzung und ähnlichem Schicksal für ihr Land enden, wie das deutsche Parlament. Bei solcher Lage der Sachen wurden wir es daher für ein großes Glück achten, wenn die angebahnte Verständigung der Regierungen gelänge und das nothwendig gewordene Werk durch sie zu Stande kame. Daß die Regierungen dazu auf das vollständigste berechtigt sind, und zwar ohne besondere Zustimmung irgend einer Volksvertretung, braucht kaum bewiesen zu werden. In der Politik kann nichts zur Geltung gebracht werden, was die angebahnte Verständigung der Regierungen gelähmt und das nothwendig gewordene Werk durch sie zu Stande kame. Daß die Regierungen dazu auf das vollständigste berechtigt sind, und zwar ohne besondere Zustimmung irgend einer Volksvertretung, braucht kaum bewiesen zu werden. In der Politik kann nichts zur Geltung gebracht werden, was sich nicht Geltung zu verschaffen weiß, eine Maxime, die überall anerkannt wird, wo politische Praxis zu Hause ist, und die auch namentlich von den ihrer Freiheiten wegen gerühmten Engländern und Amerikanern in ihrer innern und äußern Politik stets streng befolgt worden ist. Ein Recht, dem kein Weg es zu erquiren zur Seite steht, ist kein Recht mehr. Daher haben auch alle während der „großen Bewegung" beschlossenen, selbst publizirten Verfassungen und Grundrechte ihre rechtliche Basis verloren. Beschlossen und Gesetzung haben, sind in der Politik keine Grundbegriffe mehr. Die Regierungen sind daher völlig freier Spielraum gelassen, von dem neu Gewordenen, von den sogenannten Errungenschaften zu bewahren aber zu beseitigen, je nachdem es sich als verderblich oder heilsam herausstellt. Wenn die Ereignisse der letzten Jahre den Charakter der Revolution an sich tragen, so hat allerdings auch jene das Einschreiten der Regierungen zur Ausgleichung der überall im Streit gelegenen Kräfte und Interessen und zur Wiederherstellung des verlorenen Gleichgewichts den Charakter der Reagirung gegen die überströmenden zerstörenden Wogen. Von der Nothwendigkeit dieser Reagirung sind wir auf den überzeugendste durchdrungen. Das Einzige der bezeichnenden der Revolution lief bei dem Umverstand, der Kraftlosigkeit ihrer Lenker, der Verwirrung aller Begriffe, der Unlauterkeit, ja Schlechtigkeit mancher Richtungen auf Anarchie hinaus, und zwar nicht bloß auf politische, sondern auf soziale. Bei der politischen Anarchie zu zerstören und Politische sie auch immer auftreten mag, läßt sich immer noch die Möglichkeit denken, daß durch die Vermittelung kräftiger, die Flutben überwältigender Charaktere sich etwas Neues, Tuchtiges herausentwickele. An eine solche Wendung war aber bei der deutschen Bewegung von Anfang an nicht zu denken, denn sie war eine bloße Revolution der Theoretiker und Ideologen, die momentan ermöglicht wurde durch die eingetretene Stockung in unserer nur nach von der Bureaukratie bewegten Staatsmaschine. Um so mehr wurde sich die politische bald zu socialen Anarchie, zur Auflösung aller einer Bande, welche die Gesetzung der

Menschen bewegen, gestaltet haben. Schon deswegen allein, ganz abgesehen von allem Andern, was die Revolution im Einzelnen Verwerfliches zu Tage gefordert, war der Sieg der Regierungen für das Wohl Deutschlands nothwendig. Jede Regierung, die Trennung zu scheuen weiß, ist unbedingt besser als Anarchie. Die Frage ist jetzt, wie ist dieser Sieg zu benutzen? Unter manchem schlimmen Erbstück hat uns die Revolution auch manches hinterlassen, was in einem unabwendlichen Bedürfniß begründet ist. Staatsmännische Einsicht und Klugheit, nicht Theorien und die Irrwege der Wissenschaft, müssen da die Entscheidung abgeben. Tendenzen und Interessen der Zeit sind nie blos allein deswegen verwerflich, weil sie neu sind und dem gewohnten Gange entgegenlaufen; aber es derauf der Sichtung des Guten von dem Schlechtern, um jenes weise zu benutzen und diesem mit Entschiedenheit seine Einwirkungen Einfluß zu versagen. Gerade der Verlauf, alle Erscheinungen der nun hinter uns liegenden Revolution müssen die Ueberzeugung aufdrangen, daß mancher faule Fleck in unserm Staatswesen vorhanden war; nur mochten sotche Stellen zum Theil wo anders zu suchen sein, als wo die irre geleitete öffentliche Meinung sie zu suchen geneigt ist. Hoffen wir, daß es den Regierungen gelingen wird, ihre schwierige Aufgabe zu lösen.

(B. C.-Z.)

△ Aus Baden, 11. Dez. Fhr. v. Andlaw, großh. geh. Legationsrath, welcher in außerordentlicher Mission nach Wien abgesandt worden, hat Sr. Maj. dem Kaiser sein Beglaubigungsschreiben überreicht. — Unser Landtag wird Ende Jan. l. J. geschlossen werden. Wegen Betheiligung am bad. Aufstande sind gestern wieder 6 Personen zu einer Zuchthausstrafe von 1—4 Jahren verurtheilt worden.

△ Aus Baden, 12. Dez. In der Sitzung der II. Kammer wurden den 10. d. der Gesetzentwurf, Unterstützungen für die im Kampfe gegen den Aufstand verstümmelten und verwundeten l. pr. und anderer Truppen ohne Diskussion einstimmig angenommen. Am 10. und 11. d. berichtigte die II. Kammer den Gesetzentwurf über die Einführung des Strafgesetz-Buches für den Schwurgerichte, das Verfahren in Strafsachen überhaupt und das gegen Abwesende und Flüchtige insbesondere, und kam bis § 34. Die Verhandlungen wurden mit großer Lebhaftigkeit und Umsicht geführt, wie es bei diesem wichtigen Gegenstand erforderlich ist.

△ Aus Baden, 13. Dez. In Rastatt sind 14 Einwohner aus Sasbach in die dortigen Kasematten gebracht worden, welche sich an dem Aufstand, der vor einigen Tagen daselbst stattfand, betheiligt hatten — Unser Minister des Innern, Hr. v. Marschall soll wiederholt seine Entlassung verlangt haben. Der Großherzog hat derselben jedoch nicht angenommen; dafür jedoch seit einiger Zeit eine Politik an unserem Hofe befolgt wird, welche entschieden anf's Serie neig, wird dem unbefangenen Beobachter nicht entgangen sein. Damit in Verbindung steht auch der bevorstehende Redaktionswechsel der „Karlsruher Zeitung."

Darmstadt, 12. Dez. Unsere Verfassungsangelegenheit ist nun eingetroffen, die Gebäudeentwahlen haben und richtig eine starke Mehrheit von Gothaebmokraten in die zweite Kammer gebracht, und die Regierung kann unter 38 bis jetzt bekannten Abgeordneten höchstens auf ein Dutzend verlässliche Anhänger rechnen, während die Demokraten über 15 — 20, die Gothauer über 12 — 15 Stimmen zu versügen haben werden, die in der deutschen Frage gemeinsam Opposition machen wollen.

(K. Z.)

Dresden, 11. Dez. In dem Beust'schen Palais ist man in voller Thätigkeit, die nöthigen Herrichtungen zu sogenannten Palastbällen für demnächstigen, für Deutschland so wichtigen Konferenzen zu treffen. Sehr bemerkenswerth jedoch ist, daß, soviel man vernimmt, das gemeinsam von Oesterreich und Preußen zu erlassende Einladungsschreiben an die übrigen deutschen Regierungen bis heute noch immer nicht ergangen ist. Die „Germüthige Sachsenzeitung" schließt aus dem Umstande, daß die Staatsmanalte in die Bezirks-Appellationsgerichte eingereicht worden sind, auf Nichteinführung der Schwurgerichte in Sachsen, welche dieses Blatt in der That von jeher behauptet hat.

(K. Z.)

Wien, 8. Dez. Gleich wie baldig auch die gemeinsamen Bestrebungen aller katholischen Mächte die geheiligten Stellen des gelobten Landes in den ausschließenden Besitz derselben zurückthren werden, und den bisherigen Verationen, welche die katholischen Orgien dort unangetastet zu erdulden haben, ein Ziel gesetzt werden soll, ebenso dürfte auch die historische Würdigung der Kreuzzüge einen abermaligen Aufschwung durch die Restaurirung des Ordens der „Chevaliers militaires et hospitaliers du Saint Sepulchre erhalten, dessen Adher von dem dortigen Generalate der Franciscaner verwaltete Großmeisterei würde, wie man erfährt, unmehr auf Se. Heiligkeit den Papst übertragen werden wird. Ein jedes katholische Land soll einen Großprior, wo möglich aus den Prinzen des regierenden Hauses, erhalten. Die bisherige einzige Ritterstufe wird in drei abfallen, als Großkreuze, Comture und einfache Ritter, Cavallers, denen unter anderm durchaus nur religiösen Verpflichtungen sich zu dem wohl sehr beschwerden Beitrage eines Minimums von 20 Franken per Jahr erklaren müssen, falls ein solcher zur bessern Lotation der Missionen, Hofpice und Kirchen sich als nothwendig darstellen sollte. Die Ordens-Tracht besteht aus einem weißen schwarzen Bande. — Man vernimmt, daß Oesterreich, alsbald nach Uebernahme jener Großmeisterwürde durch den Papst, der Verbreitung jenes Ordens in den k. k. Staaten durchaus kein Hinderniß in den Weg legen werde.

Berlin, 12. Dez. Aus allen Landestheilen gehen der Staatsregierung Zustichtten und Adressen zu, in welchen der lebhafteste Dank für die Erhaltung des Friedens ausgesprochen wird.

(D. R.)

Berlin, 12. Dez. In Betreff des Ausscheidens des Herrn von Radowitz wurde in der Presse vielfach die Behauptung aufgestellt, daß der Prinz von Preußen die Instruktionen verfehlen verweigert und einer kriegerischen Entscheidung der Zerwürfnisse zwischen Preußen und Oesterreich den Vorzug gegeben habe. Dem muß entschieden widersprochen werden. Der Prinz von Preußen hat niemals eine Apologie der Radowitzschen unitarischen Demonstrationen beabsichtigt und im Vereine mit seinen königlichen Brüdern bei Gelegenheit der Mobilisirung beim Könige dringende Vorstellungen zu Gunsten des Friedens gemacht. „Er wolle lieber mit aller Welt, nur nicht mit Oesterreich und Rußland Krieg führen." Sr. königliche Hoheit soll seine Ueberzeugung nicht verhehlt haben, wie seine Intentionen von der öffentlichen Stimme in dieser Weise hatten mißdeutet werden können.

(K. Z.)

Berlin, 12. Dez. Die herzoglich sachsenmeiningensche Regierung, welche an den nottgehabten Berathungen wegen der Pastaten nicht Theil genommen, hat nachträglich ihren Beitritt zu der hierüber abgeschlossenen Uebereinkunft vom 21. Okt. d. J. erklärt.

— Der offiziösen Presse sieht vom 1. Jan. eine wesentliche Umänderung bevor. Das sogenannte „literarische Cabinet" wird aufgelöst und es gehen die Obliegenheiten an eine erweiterte Redaktion der „Deutschen Reform" über. Dies Blatt selber wird von da ab nur als Abendblatt erschinen.

— Die „Deutsche Reform" schreibt: In Betreff des den Kammern vorzulegenden neuen Preßgesetzes ist dem Vernehmen nach im Staatsministerium vollständige Einigung über die Entjetzung des Gewerbekonzessionen der Buchdrucker und Buchhandler wegen Preßvergehen von der richterlichen Entscheidung abhängig zu machen, als auch die Entziehung der Preßbefugnis für öffentliche Blätter erst dann eintreten zu lassen, wenn das betreffende Blatt gerichtlich in einer Strafe verurtheilt worden ist. Eine Erhöhung der Kaution für Zeitungen soll nicht stattfinden. Das System der Verantwortlichkeit von Verfasser, Herausgeber, Verleger und Drucker ist besser geregelt und die gerichtliche Kompetenz bei Preßvergehen mit Rücksicht auf Art. 94 der Verfassungsurkunde näher bestimmt worden.

— Der 2. Kammer ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Falle der Verantwortlichkeit, in welchen Minister durch die Kammern angeklagt werden können, das dabei zu beobachtende Verfahren und die zur Anwendung kommenden Strafen, vorgelegt worden. Der wesentliche Inhalt des Entwurfs lautet in den ersten 5 §§. folgendermaßen: §. 1. Jede der beiden Kammern kann gegen die Minister wegen des Verbrechens der Verfassungsverletzung, der Bestechung und des Verrathes Anklage erheben. §. 2. Das Verbrechen der Verfassungs-Verletzung wird von einem Minister begangen durch jede der Verfassung zuwiderlaufende Handlung oder Unterlassung, deren Verfassungs-Widrigkeit dem Schuldigen bekannt war, oder nicht ohne sein grobes Verschulden entgehen konnte. §. 3. Das Verbrechen der Bestechung ist vorhanden: 1) in den durch das Strafgesetzbuch vorgesehenen Fällen, 2) wenn ein Minister von einer andern Regierung Geschenke oder andere Vortheile annimmt, fordert oder sich versprechen läßt. Die von dem Könige gestatteten Annahme von Ehrengeschenke und Auszeichnungen fällt nicht unter diese Bestimmung. §. 4. Das Verbrechen des Verraths umfaßt die Verbrechen des Hochverraths und des Landesverrathes; es ist selbst wenn die Merkmale dieser Verbrechen nicht vorliegen, vorhanden, wenn ein Minister irgend eine Handlung, welche geeignet ist, die innere Sicherheit des Staates zu gefährden, oder den Staat im Verhältnisse zu auswärtigen Mächte zu benachtheiligen, in dienstlicher Absicht vornimmt. Unter den Handlungen sind pflichtwrenge Unterlassungen einbegriffen. §. 5. Falle das Verbrechen unter ein bestimmtes Strafgesetz, so kommt dieses zur Anwendung. Ist es durch ein Strafgesetz nicht vorgesehen, so wird eine der zu den gesetzlichen Strafarten gehörenden Strafen verhängt, welche zu der Verschuldung in einem gerechten Verhältnisse steht; auf Zuchthaus aber eine höhere Strafe darf jedoch in diesen Fällen nicht erkannt, und als Freiheitsstrafe nur Festungsarrest verhängt werden. Jede Verurtheilung hat den Verlust des Amtes kraft des Gesetzes zur Folge.

Kompetenter Gerichtshof für das Verbrechen ist das Obertribunal und zwar in seinen vereinigten Senaten, unter alleiniger Theilnahme seiner etatsmäßigen Mitglieder, von denen wenigstens zwei Drittel zugegen sein müssen. (R. Pr. Z.)

Berlin, 13. Dez. Oesterreichischer Seits war der 30. d. Mts. als Tag der Eröffnung der „freien Konferenzen," von Preußen dagegen der 25. v. Mts. vorgeschlagen worden. Preußen wünschte den Zusammentritt möglichst früh und Oesterreich hat sich dem angeschlossen, so daß nunmehr der 23. d. Mts als Tag des Zusammentritts der „freien Konferenzen" festgesetzt worden ist. Die Einladungen, von Preußen und Oesterreich gemeinschaftlich unterzeichneten Einberufungsschreiben an die übrigen deutschen Regierungen sollen heute bereits abgegangen sein.

— Der Cardinal Fürstbischof Freiherr v. Diepenbrock hat bei seiner Uebehung zum Kardinal den Armen seiner Vaterstadt Bocholt ein Geschenk von 500 Thlrn. gemacht, welche als Grundstock einer Stiftung angelegt sind. (R. Pr. Z.)

Frankreich.

⊙ Aus dem Elsaß, 13. Dez. Die seit einiger Zeit wieder friedlich lautenden Nachrichten aus Deutschland haben die Regierung bestimmt, von der Aufstellung eines Observations-Corps an der Grenze abzustehen. Die Nachrichten aus Deutschland werden bei uns fortwährend mit größtem Interesse verhandelt. Den 10. Dez. Jahrestag der Erwählung Louis Napoleon Bonapartes wurde im ganzen Elsaß feierlich began-

gen. Die Entwaffnung der Nationalgarde in Mühlhausen ist in aller Ruhe erfolgt.

Italien.

⊙ Aus Italien, 10. Dez. Im lombardisch-venetianischen Königreich soll die Civilverwaltung eingeführt werden. Man bezweifelt Graf Strassoldo als Stellvertreter des Kaisers in Mailand. Graf Aspe ist dieser Tage als er Abends aus dem Theater in Neapel ging, mit einem Dolche angefallen und verwundet worden.

England.

London, 3. Dez. (Brief J. A. Roebuck's. Schluß.) Als Sie an diesem Werke arbeiteten, haben Ihnen viele protestantische Secten, die damals unter bürgerlichen Beschränkungen litten. Sie halfen daran, diese zu entfernen, und nun haben die Fremde religiöser Freiheit nicht länger mehr auf diesen Beistand zu rechnen; denn alle protestantischen Secten werden sich auf der einen Seite sammeln und in grimmiger Feindschaft sich in Schlachtordnung stellen gegen die Katholiken auf der andern Seite. Und nun, Myord, stelle ich an Sie die Frage, die Sie Sich als Staatsmann schon längst selbst hätten thun sollen: Wie soll das katholische Irland regiert werden? Die ungeheure Mehrheit des irischen Volkes bilden die Katholiken jetzt; werden sie nicht zu bemselben wahnsinnigen Eifer für ihre Religion gereizt werden, von dem jetzt England gegen dieselbe beseelt ist? Werden sie nicht ihr eigenes Ueberzeugniß in einem Lande gelten machen, und für sich wenigstens in gleichem Maße das schmachliche Recht der Verfolgung in Anspruch nehmen? Wenn die Katholiken wirklich eine doppelte Unterthanenpflicht kennen, wenn sie nach ihren religiösen Ansichten die Hälfte ihres Gehorsams dem Papste geben, wenn das wirklich ein Sag ihrer Glaubenslehre ist, wie, frage ich, wird ihre Umstrickung mit der nominellen Eintheilung Englands in katholische Diöcesen verwindet? Wie können das Volk nicht loyal machen durch Parlamentsbeschluß, wie können nicht durch das Gebot gewissen Namen die Lehren der katholischen Religion verschalten. Aber wie können sie die religiöse Zwietracht aufrecht erhalten, unser Reich zu einem getheilten Reiche machen, Protestanten gegen Katholiken, England gegen Irland in Schlachtordnung stellen, und Sie, Myord, wird die Nachwelt als den Mann nennen, welcher, grade als die eigentlichen Schwierigkeiten überwunden, als durch die vereinten Anstrengungen aufgeklärter und ehrlicher großer Staatsmänner das Gesetz gerecht geworden, und es daran war, daß Freiheit und Eintracht bergestellt werden, seine hohe Stellung dazu benutzte, den Geist des Streites und Hasses unter uns zu erwecken, den Damon der Verfolgung in's Leben zu rufen und ein großes Reich zu entzweien, welches ohne Ihre verderbliche Einmischung in Kurzem fest vereint, friedlich und glücklich geworden wäre. Es ist eine traurige Berühmtheit, Myord, für Jemand, der all sein Leben lang sich den Freund religiöser und bürgerlicher Freiheit genannt hat! Ihr gefunder Menschenverstand muß längst vor dem schändlichen Fanatismus erschrocken sein, Sie hervorgerufen haben, und in dem Sie leider einen Geist finden werden, welchen zu beschwören, nicht in Ihrer Macht steht. — Ich verbleibe, Myord, Ihr gehorsamer Diener, J. A. Roebuck.

Rußland.

Petersburg, 29. Nov. Nach den Bestimmungen des neuen, am 1. Januar 1851 allen Stoß in Kraft tretenden Zolltarifs wird mit dessen Eintritt die innere Zollline zwischen Polen und Rußland aufgehoben; alle in den Zollämtern in Rußland oder Polen unverzollt lagernden Waaren sind den neuen ermäßigten Zollen, diejenigen jedoch, deren Zoll in dem neuen Tarif erhöht ist, sind dem bisherigen Zoll unterworfen.

(Vorsend.)

Neuestes.

Mainz, 14. Dez. Bei der heute Mittag in Alzei stattgefundenen Wahl zur ersten Kammer ist von den konstitutionellen Wahlmännern der vereinigten Wahlbezirke Bingen, Oberingelheim, Wollstein, Worrstadt und Alzei: Heinrich von Gagern als Abgeordneter zur ersten Kammer der großherzogl. hessischen Stände mit Stimmenmehrheit erwählt worden.

(Z. Z.)

Vom Rhein, 4. Dez. Man ließt, daß sich ein brasilianischer Staatsrath, Sr. Rego Barros, nach Deutschland in der Absicht begeben habe, um eine deutsche Legion für den Kaiser von Brasilien anzuwerben.

Hamburg, 10. Dez. Der König von Dänemark hat sich in der vergangenen Woche von der bei ihrer Vermählung zur Grafin Danner erhobenen Lola Rasmussen scheiden lassen, nachdem er ihr zuvor einen Jahresgehalt von 12,000 Rthlr. bewilligt hatte. (K. Z.)

Die Tyroler Zeitung, ein katholischer Organ, macht unter das Promemoria der Kreisinger bischöflichen Konferenz folgende Mittheilungen: Das Promemoria wurde am 3. d. M. Sr. Majestat dem Konige übergeben; seine Beroffentlichung ist täglich zu erwarten. Die Konferenz hat sich dem Wunsche des heiligen Vaters gemäß „rein auf den Boden des Konkordats beschrankt," aber demnach sind die Forderungen „weitgreifender, als daß unsere Staatskirchenrechte zur irgendwie damit zufrieden sein können." Namentlich wird in dem Promemoria unter Anderem gedrungen: auf freie Errichtung von Klöstern, freie Abhaltung von Missionen, Aufhebung des Placet, freie Ernennung der Professor der Theologie und an Universitäten einen gewissen Einfluß des Bischofs auf selbe, sowie das freie, durch keinen Staatsoppertunismus beschrankte Kollationsrecht der Bischofe an die Pfarreien, bei welchen die Bischofe das Kollationsrecht haben, wobei dem Konige unbenommen bleiben soll, für die Pfarreien, in welchen er das Kollationsrecht übt, den Staatsoppertunismus fortbestehen zu lassen. Was man von Seiten der sanctionirter Kleidung des Klerus und von der Verlangen der Amovibilität der Pfarrer gesprochen, wird als unbegrundet bezeichnet, schon deßhalb, weil Dieß nicht zur Zustandigkeit einer Konferenz gehoren wurde.

** Aus der Schweiz, 11. Dez. In Luzern ist eine Diebsbande von 30 Personen entdeckt worden; 20 davon wurden verhaftet, worunter auch der Anführer, welcher aber wieder aus dem Gefangnisse entkam. — Der gesser katholische Oberforsteur ist vom Freiburger Amtsgerichte zu 1000 Fr. Buße verurtheilt worden. Das Obergericht hat diese Strafe auf 1800 Fr. erhöht. Den Blatte ist die zur Besoldung der Postboten in dem Kanton entzogen; es hat aber erklart, nicht zahlen zu wollen.

** Aus der Schweiz, 13. Dez. Hr. Staatsrath v. Drueh hat das Finanzdepartement übernommen.

T. D. Trieft, 13. Dez. Die indische Ueberlandpost bringt uns Nachrichten aus Bombay bis zum 16. Nov. Die Mißhelligkeiten zwischen Papier und Dalhousie dauern fort. In Calcutta sog am 29. Okt. das Linienschiff „Donna Maria" in die Luft; alle Matrosen sanken den Tod. Aus China melden wiederbrechende Berichte von einem Rebellenheer, das sich bis auf 60 engl. Meilen Canton genahert habe. Zuverlassiger scheinende Nachrichten vom 28. Okt. sprechen von einem Siege der Truppen der Regierung. (K. Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz X. Faber.

Bekanntmachungen.

In der Conkursmasse der Oberstenwittwe Ferchau von Pendenau werden

Mittwoch, den 18. Dezember l. J.
Nachmittags 2 Uhr

im diesgerichtlichen Sekretariate gegen sogleich baare Zahlung

1 silberner Vorlegloffel,
6 silberne Eßlöffel und
1 goldene Cylinder-Uhr

öffentlich versteigert.

Dieß sind Streichlustige anmit eingeladen.

Würzburg, 13. Dez. 1850.

Königl. Kreis- und Stadtgericht.
Stauffert.

Fröhlich.

Am Samstag den 21. Dezember 1850 früh 9 Uhr werden von der Oekonomie-Commission des Königl. 2. Artillerie-Regiments (vor. Loller) sind zum Militairdienste nicht mehr verwendbare Pferde auf dem dahiesigen Schrannenplatze öffentlich versteigert.

So eben hat die Presse verlassen, und ist in Commission der **Jos. Stein'schen Buchdruckerei** (Martisgasse Nro. 318) zu haben:

Das katholische Kirchenjahr gefeiert in Gebet und Gesang.

Ein liebes und erbauliches Andenken für katholische Priester in hiesiger Würzburg. Mit einem Titelkupfer. Selbstverlag des Verfassers. 37 Bogen in gross Octav auf mittelweißem Papier von besonderer Größe. Preis in allen in- und ausländischen Buch- und Kirchenhandlungen mit Gebetbuch 1 fl. 12 kr. Vorbezeichnetes Andachtsbuch, mit gnädigster Approbation des hochwürdigsten Bischöflichen Ordinariates des Bisthums Würzburg der Oeffentlichkeit übergeben, ist das Ergebniß einer vielfältigen unermüdlichen Sammlung eines Seelsorgers unserer Diözese und in Folge dessen ungewöhnlich wohl die umfassendste und abgeschlossenste, seine brauchbarste ersprießlichste. Es eignet sich vorzüglich zu Priesterexerzitien, Weihnachts-, Passions-, Osterfesten, sowie überhaupt in den Zeiten des neuen Kirchenjahres. Ferner ist das vorliegende katholische Andachtsbuch zu empfehlen, es enthalte ganz auch dem kath. Kirchenjahre mit besonderer Rücksicht auf die Altern und unseren Gesangbücher in seinen verschiedenen Andachten abgefaßt ist und in jeder Hinsicht Beziehung besonderer Wichtigkeit enthält. Die beste Empfehlung wird ein kurzer Abriß seines Inhaltes sein. Es zerfällt in 3 Theile: 1. Vor- und Nachandachtsübungen für alle Zeiten des katholischen Kirchenjahres, wie solche an verschiedenen Orten übrich sind. II. Gebete und Gesänge für bestimmte Zeiten und Feste, dann Feiertage, ferner für jeden Tag eine für sich abgeschlossene vollständige Andacht und zwar dieser Theil 14 Kapiteln- und Stationenandachten, ferner 2 Kapitel Communionfeier, 6 Bittandachten für den Monat Mai und zur Zeit der Noth, verschiedene Andachten zu der Mutter Gottes, Engel und Heiligen, wie solche im Laufe des kath. Kirchenjahres gefeiert werden, Frohleichnams-Oktav, Missions- und besonderer Armenseelenandachten, sowie endlich eigene Gebetsandachten für sämmtliche Stände unserer Diözese insonderheit, als eine zu Waldthürn, Pfarrexpectanz u. Bayerisch Bruder. III. Betergesänge, zum Theile entsprechend, mit Litaneiverzeichniß Kirchlein und Oratorien für die Feier des kath. Kirchenjahres wobei katholischen Betern für bl. Letzten, IV. Andachten zu Verehrung, welche mit den besonders Schutzpatronen wohnen des kath. Kirchenjahres gefeiert werden. Dieser Theil, wie jener der Betern ist nach Art des römischen Breviers gedolmen. V. Andachtsübungen für Kranke, Sterbende und Verstorbene. Wenn gleich jeder Theil nur Vorzügliches enthält, so ist hier jedoch für das Krankenzimmer besonders sich an treffenden Gebeten und Betrachtungen und folgt eine wahre Schatzkammer für den zur Christeit blickenden Kranken, ein wahrer Leitfaden für den Sterbenden. Bei näherer Anschauung dieses Andachtsbuches wird die bedeutende Vielseitigkeit, der große Lehrerstand, sowie der formelle Werth nach seinem Alter, Stand und Bedürfnis, sowohl der tüchtigsten als der Anfänglichen vorbrauche nach unmittelmmene Beliebtigung finden. Das Werk zählt 459 Lieder, 30 Psalmen und 70 Litaneien. Da nur Berlagt Viele Viele und zur guten Sache wegen unternommen und deßhalb den Preis äußerst niedrig gestellt hat, zwei schließlich bemerkt, daß nur gegen baar verkauft und kein Rabatt gegeben werden kann. Briefe und Gelder franco.

Christliche Hausordnung, der kräftigste Handlegen zur Begründung wahren Familienglückes für Zeit und Ewigkeit, vom Verfasser des kath. Kirchenjahres. 4. Preis 2 kr., bunter Exemplare 2 fl. 30 kr.

Würzburg am 14. Dezember 1850.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schaafhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 301. Würzburg, Dinstag den 17. Dezember. **1850.**

Einladung zum Abonnement.

Mit dem 1. Januar d. J. beginnt ein neues Abonnement auf die „Bayerische Presse", wir stellen daher das ergebenste Ersuchen an unsere verehrten Leser, recht frühzeitig ihre Bestellungen zu bewerkstelligen. Wir werden auch fernerhin unbeirrt die politischen Tagesfragen im konstitutionell-monarchischen Sinne besprechen, und die sich täglich ergebenden Neuigkeiten mit möglichster Wahrheit und Schnelligkeit mittheilen.

Die amtlichen Nachrichten aus dem Regierungsbezirke von Unterfranken und Aschaffenburg werden wir aus erster Quelle auf das Raschete und ausschließlich mittheilen.

Die „Bayerische Presse", nebst den wöchentlich zweimal beigegebenen „Ergänzungsblättern" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntage, und kostet in ganz Bayern für das Vierteljahr 1 fl. 30. kr.

Die Expedition der „Bayerischen Presse".

Die Beamten und die Revolution.

(Schluß.) Die Demokratie und die ausgelassene Straßenjugend war und blieb ein noli me tangere, und denen, die noch den Muth und die Entschiedenheit hatten, für die Sache der Ordnung in die Schranken zu treten, warren manche Beamte mehr gram und ungnädig, als den Aufrührern. Während so am ihrerwillen aus dem Staate hätte werden können, was da wolle, bereiteten sie sich noch, als hätten sie eine ihrer amtlichen Stellung angemessene Erhabenheit über den Parteien beobachtet und als Diener des Königs und des Staats ganz pflichtschuldig und klüglich gehandelt!

Wir vermissen überhaupt an vielen Staatsbeamten aller Kategorien ein lebendiges Gefühl ihrer Zusammenhangs mit dem Haupte des Staats und seinen obersten Organen, sowie der Zusammengehörigkeit und Einheit unter einander. Daß alle Glieder und alle Theile und Kräfte nur zum Wohle des Ganzen zusammenwirken müssen in Einem Geiste, und daß Einer des Andern Halt und Stütze sein muß, wenn nicht der ganze Leib darunter leiden soll, daß ein Beamter noch nicht seiner ganzen Verbindlichkeit gegen Fürst und Staat nachgekommen ist, wenn er seine Kanzleistunden eingehalten, sein Laufendes besorgt, seine Rechnung richtig geführt hat, daß er außer diesem und die moralische Verpflichtung der Anhänglichkeit und Treue gegen seinen Landesherrn und dessen Regierung hat, davon haben leider nicht alle Beamte einen Begriff. Ueber Vorgesetzte und deren Anordnungen sich öffentlich auszulassen und mit den Schreiern des Tages bei Gelegenheit in Ein Horn zu blasen, das erscheint ihnen ganz unbedenklich; aber ebenso sollte die Regierung sein Benehmen tragen, Beamte, welche durch ihre Halbheit, Charakterlosigkeit und Schwäche sie und sich in Mißkredit beim Volke gebracht haben, wenigstens von ihren bisherigen Stellen auf andere zu versetzen, wo ihnen Gelegenheit gegeben ist, die Scharte auszuwetzen.

Man wird und aber entgegenhalten: Der Staatsdiener habe doch, wie jeder andere Burger, ein Recht auf die Freiheit seiner subjektiven Ueberzeugung, und somit auch seiner politischen, und es wäre deshalb eine unbillige und unerträgliche Beschränkung seiner persönlichen Freiheit, wenn der Beamte an die Maximen seiner Regierung, als maßgebend für seine Meinung gebunden wäre. Hierauf entgegnen wir: Die Gedanken und Meinungen an sich sind allerdings zollfrei, und es muß dem Gewissen des Einzelnen überlassen bleiben, wie er mit sich ins Reine komme, wenn er im Herzen ein Republikaner oder ein Mann ähnlicher Farbe, doch dem Könige und der Staatsverfassung eidlich Treue gelobt hat; aber Gedanke und That unterlassen und bewagen sich gegenseitig im Menschen; was ich für das Wahre und für das Beste halte, das darf und kann ich nicht im Herzen verschließen, muß der Mund übergehen und das muß ich im Leben zur Geltung bringen, sobald sich hierzu nur Gelegenheit darbietet.

Es ist sehr sich darum auch von einem s. g. Ideal-Republikaner nicht für seinen Beamtenrod zur Entschuldigung anführen: er halte die Republik derzeit nicht für ausführbar und sei darum unter den gegebenen Umständen ein guter und getreuer Burger der Monarchie — denn er kann und wird dieß nur so lange sein, als er muß, und so bald die Zeit zur Republik ihm gekommen zu sein scheint, so wird er seinem Landesfürsten und seiner Landesverfassung als Republikaner entgegentreten und seinen Eid brechen.

Wie ein Mann, der den Monarchen abhold ist, und den es drängt, die Schranken seines engen Vaterlandes niedergerissen zu sehen, um über den Trümmern des Thrones seines Fürsten ein weiteres Vaterland zu gründen, wie ein Mann dieser Gesinnung den Eid eines Beamten schwören kann, dieß ist gewiß für jeden gewissenhaften Menschen ein Räthsel. Angenommen jedoch, ein Staatsdiener sei erst im Laufe der Zeit zu politisch heterodoxen Ansichten gekommen, die mit der bestehenden Ordnung und Regierung im geraden Widerspruch stehen, so ist nicht zu begreifen, wie er mit dieser seiner politischen Ueberzeugung ferner im Staatsdienste verbleiben kann.

Wie gesagt, so lange sich eine politische Meinung in den Falten des Herzens verborgen halten kann, hat Niemand Fug und Recht, sie anzufechten; aber wenn sie in Worten, wenn sie in aufrührerischen Handlungen politischer Demonstrationen u. dgl. and Licht tritt und zur That wird, so handelt es sich nicht mehr von der Gesinnungsfreiheit des Einzelnen, sondern darum, ob Gesinnung, Rede oder That eines Staatsdieners mit seinen Pflichten und Angelobnissen, mit dem Wohle und der Sicherheit des bestehenden Staats im Widerspruch stehe oder nicht — und ist Ersteres der Fall, so muß der Regierung die Macht zustehen, Beamte, welche wider sie stehen, alsbald von ihrem Amte zu entfernen.

Auch hierin konnte man noch in Zeiten, wo das Schiff des Staates auf ruhiger See und glatter Flache dahingeglitt, milder gegen Einzelne verfahren, so lange deren abweichende Meinungen auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten und die Ruhe des Staats nicht nachtheilig einwirken können — aber wenn in Zeiten der Krisis meine Nachsten, die, welche mein Brod essen, mich mit Füßen treten, wenn im Augenblicke der Gefahr meine Söhne mit rebellischen Rachen gemeinsame Sache machen, das ist die Pflichtvergessenheit im höchsten Grade, das ist schandlicher Verrath, und solche Söhne muß ein Vater vor Allem aus dem Hause werfen, wenn wieder Ruhe und Ordnung einkehren soll, dann hat denn auch der Staat ein unbestrittenes Recht. Ein Beamter, der sich an Vereinen betheiligt, die auf die Interessen des Staats oder seines Oberhauptes Angriffe machen, und die Selbstständigkeit des Staats gefährden, hat sich des Hochverraths schuldig gemacht. Sei nun auch der juristische Beweis hiefur nicht immer gegen den Einzelnen leicht herzustellen, gegen Vereinen, Volksversammlungen, Blumenfeiern u. dgl. Theil genommen haben, kann im Administrativwege eingeschritten und die Amtsentsetzung ausgesprochen werden.

Hier muß denn auch die Nichtversetzbarkeit und Nichtabsetzbarkeit der Staatsdiener, welche richterliche Stellen bekleiden, ihre Grenzen finden, wenn die Autorität der Staatsregierung nicht zur Illusion werden soll. Auch wir nehmen für den Richter diejenige Selbstständigkeit und Unabhängigkeit in Anspruch, bei der ihn Niemand beim Rechtsprechen hindern oder nöthigen darf. Aber wenn nun ein Richter pochend auf dieses sein amtliches Privilegium von der Barrieren seiner richterlichen Würde und Unabsetzbarkeit aus seine Waffen gegen den Staat und seine Regierung richtet, wenn derjenige, welcher durch sein Amt berufen ist, gegen jede Auflehnung gegen die Obrigkeit, gegen jeden Versuch des Hochverraths strafend einzuschreiten, sich seine Person mit der Idee und dem Treiben der revolutionären Partei fraternisiren darfte, wenn die Regierung kein Recht haben sollte, Richter oder Mitglieder der richterlichen Kollegien die schon sei Jahren ihr als erklärte Gegner gegenuber stehen und von den Tribunen herab staatsgefährliche Grundsätze, wo nicht gerade den Aufruhr predigen, zu entfernen, wie hilflos und bis zur Lächerlichkeit bedauernswürdig müßte sie sich und Andern erscheinen!

Sollten, was wir nach Obigem noch bestreiten müssen, die bestehenden Gesetze nicht zureichen, um sich solcher Renitenten entledigen zu können, so erfordern außerordentliche Zeiten und Krankheiten auch außerordentliche Mittel.

Wo soll denn, wenn der Geist der Anarchie durch ein Land fährt, das Oberhaupt und die Regierung eines Landes ihre Stütze suchen, um Alen sollen sich denn die treuen Burger schaaren,

wenn nicht in der Stunde der Gefahr Pflichtgefühl und Ehrenhaftigkeit den öffentlichen Beamten zu einem Fort für die gute Sache, zu einem Felsen machen, an dem die wilden Wogen sich brechen.

Ehre weil wir den Stand eines öffentlichen Dieners hoch halten, und ihn vom Volke geachtet und gehegt wissen wollen, müssen wir diesem Stande das Recht zuerkennen, solche Standesgenossen, welche dem Interesse des Staates und der Ehre ihres Standes zuwider handeln, auszuspeien. Würde die Regierung eine Art Jury, zusammengesetzt aus würdigen Männern des Richterstandes berufen, und von dieser über jenen Angehörigen dieses Standes, der sich ehr durch sein politisches und moralisches Verhalten verdächtig macht, aussprechen lassen: ob nach seinen öffentlich bekannten Gesinnungen und Handlungen im Staatsdienste verbleiben könne oder nicht, so würde hiemit der Selbstfährdigkeit des Richteramte nicht zu nahe getreten, und doch dem Staate Gelegenheit gegeben sein, sich seiner entschiedenen Feinde zu entledigen. So lange dieß aber nicht geschieht, werden auch alle andern Mittel, das uns sich greifende Gift der Reuiony auszurotten, völlig vergeblich sein.

Der Staat gebe seinen Arbeiter ein sicheres und hinreichendes Auskommen und eine rechtliche Stellung, die nur den Abtrünnigen und Verräther ausschließt, aber den Gewissenhaften und Redlichen schützt, so darf es ihm nicht bange sein, um brauchbare Männer für seinen Dienst. Er mag unbekümmert um das Geschrei seiner Feinde mit aller Strenge sein Haus reinigen von den unsaubern und falschen Genossen, die guten und treuen werden ihm nur um so fester anhangen.

Dixit! videant consules. ne quid detrimenti capiat res publica! (Bd. St.)

Deutschland.

München, 15. Dez. Einem Kriegsministerial-Rescript zufolge hat bei sämmtlichen Kavallerie-Regimentern der Präsentstand der Mannschaft auf den Pferdestand durch Beurlaubung reduzirt zu werden. In Folge dieser hohen Verfügung sind heute dem Depot des 2. Kürassier-Regiments 130 Mann beurlaubt worden. Außer der schon früher anbefohlenen Einrichtung zweier Geschütze von jeder Batterie der mobilen Armee in die betreffende Garnison, sind weitere Reduktionsbefehle bis jetzt noch nicht erlassen worden. — Zu wohlunterrichteten Kreisen spricht man davon, daß dem Landtag ein neuer Gesetzentwurf rücksichtlich der Stabilität der Staatsdiener und ihrer Ansprüche auf die Dienstes- und Pensionspragmatik vorgelegt werden soll.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 15. Dez. Die k. k. öster. und kön. bayr. Truppen sind von Ziegenhain und Treysa seit einigen Tagen abgezogen nach nach Marburg und Neustadt vorrücket. Eine starke Abtheilung dieser Truppen ist heute von Marburg nach Jodbach gerückt, auch sind schon kön. bayr. Quartiermacher in Hunterhausen (der letzten Eisenbahnstation vor Kassel) heute früh eingetroffen. Die kurhessische Division Knrfurst-Husaren und eine kurhessische reitende Batterie Artillerie besinden sich auf dem Marsche hieher und sind gestern in Jodbach angelangt.

Rotenburg, 13. Nov. Ein merkwürdiger tragischer Fall, der sich hier zugetragen, erregt großes Aufsehen, und ich eile, Ihnen am so mehr den wahren Sachverhalt mitzutheilen, als ich selbst, wenigstens indirekt, dabei betheiligt und theilweise Augenzeuge war. Von einem kleinen Ausfluge nach Melsungen gestern Abend nach 7 Uhr zurückkehrend, traf ich beim Einsteigen in einen Eisenbahnwagen zweiter Klasse im Bahnhofe einer Stadt zwei Herren in demselben, von denen der eine, ein von Marburg kommender bayerischer Offizier, mich gleich als Bekannten begrüßte, der andere Umbekannte aber sich und zurückfter in einer Ecke saß. Bald erfuhr ich, daß er ein russischer Courier sei (ein Selbstjager, wie er selbst sagte,) der eine Depesche von der kaiserl. russischen Gesandtschaft in Haag an den kaiserl. russischen Gesandten in Frankfurt a. M., Fürsten Gortschakoff, hatte bringen sollen, den Fürsten aber nicht getroffen hatte, auch nicht erfahren konnte, wo er sich befinde. Der Mann, wie es schien etwa ein Vierziger, von kraftiger Gestalt, sprach nur russisch und sehr wenig deutsch, daß es schwer hielt ihn zu verstehen und sich ihm verständlich zu machen. Sein Gesprächsabbildet lautete nach Eisenach. Der Reisende befand sich in einem so niedergedrückten und beklagenswerthen Gemüthszustande, daß wir denselben sur einen heftigen Anfall von Heimweh hielten. Er bat uns sehr dringend um mit Thränen, ihm zu Gefallen zu annehmen; er wolle nach Hause, nach Petersburg, sagen, er habe sie verloren, einerlei, was man dann mit ihm mache. Die Depesche, ein mehrere Finger dickes Paquet in groß Quart, mit französischer Adresse an den Fürsten Gortschakoff, dem Siegel „Expedition allieuelle“ und zwei großen Siegeln mit russischen Wappen, lag vor ihm, auf unsere bestimmte Erklarung, daß wir sie unmöglich übernehmen konnten, wieder in seine Reisetasche, kam aber stets auf seine Bitte zurück, und zwar auf eine Weise, daß er uns in innigster Seele dauerte. Wir machten ihm den Vorschlag, in Rotenburg mit uns auszusteigen und sich im Bahnhofe zu beruhigen, bis wir Nachricht vom Gortschakoff sei. Er ging darauf nicht ein. Mehre Beisall schien unser weiterer Rath zu finden, bei den Gesandtschaften in Weimar oder Berlin nachzufragen. Er ward etwas ruhiger, wiewohl sein ganzes Benehmen mehr einen tiefen stillen Schmerz, als heftige Aufregung zeigte hatte, und handelte noch für seine Mitte. Da er in Rotenburg auch anstieg und gegen den Bahnhof ging, so machten wir ihn noch aufmerksam, den gleich weiter gehenden Zug nicht zu versäumen, und schieden so von ihm. Am andern Tag erfuhren wir aus amtlicher Constatirung, daß er an die Linie gegangen war, eine ganze Bank voll Gold hingeworfen und ein Billet nach Bretin begehrt hatte. Man bedeutete ihn, der Zug gehe ab, er könne unterwegs zahlen, und brachte ihn in den Wagen zurück. Auf der nächsten Station aber, zu Bebra, fand man die Wagenthüre offen, und den Reisenden spurlos verschwunden, mit Zurücklassung seines Reisegepäcks, wie er oben erwähnte Depesche gefunden und Alles von der dasigen Bahnbehörde an die Eisenbahndirektion nach Kassel gesandt wurde. Die heute angestellten Nachforschungen an der Bahn und deren Umgegend waren vergebens. Man fand auch nicht die geringste Spur. Nur hatte ein Bahnwarter in der Gegend von Liebenbach, eine halbe Stunde von hier, gehört, daß ein Mann am Schlage eines Wagens hing, den er für einen Schaffner hielt, welcher den Zug umging), der nächste Bahnwärter sah den Mann nicht mehr, aber den Schlag offen; zwischen beiden Punkten muß er also nothwendig entsprungen sein. Die Fulda ist hier ein paar hundert Schritte entfernt. Wahrscheinlich fand der Unglückliche hier in einem Anfalle von Manie den Tod. (K-D.-Z.)

Aus Kurhessen, 14. Dez. Die Generale v. Peucker und Graf Leiningen haben sich in Wildelmsbad St. königl. Hoh. dem Kurfursten als die bewährtesten Kommandeure für den Kurfstaat vorgestellt. Graf Leiningen hat sich heute zu den Bundestruppen nach Rotenburg begeben, um die Funktionen eines von „Oesterreich und seinen Verbündeten“ ernannten Commissärs anzutreten. (K. D.-Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Altona, 8. Dez. Es schreint auch das diesseitige Revolutionsdrama beim letzten Akt angekommen, in welchem die Helden dieses Schauer- und Trauerspiels ihrem wohlverdienten Schicksal entgegengehen. General Willisen, dessen militärisches Genie und Heldensinn vor Uebrumahme des Commandos der Revolutionsarmee in allen bewährtfreigesinnten Zeitungen anerkannt worden, hat von der Statthalterschaft, die sich — trotz der für sie so trüben Aussichten — noch des Souveränetätsschwindels nicht entäußern kann, seinen Abschied erhalten und kommt so eben mit dem Bahnzug von Rendsburg hier an, und sahrt, ohne sich aufzuhalten, in aller Eile nach Hamburg. Es heißt, daß er von da sich vorläufig nach Magdeburg begeben wird. Auf der Durchfahrt wurde ihm in Neumünster schimm mitgespielt. Dies ist auch wohl der strategische Grund seines eiligen — aber geordneten Rückzugs auf Hamburg. General Willisen tritt jetzt in Genuß der fur den eingetretenen Fall für ihn in London sichergestellten 50,000 Thlr. zu fruhen, es wäre die schändlichste Streifsage im friedlichen Wege entschieden werden.“

Altona, 13. Dez. Preußen hat ein Rückrufungsdecret der in unserer Armee dienenden preußischen Landwehrmannern nicht sistirt und zurückgenommen; heute kamen soverrt 113 Mann, dem 7. und 6. Bataillon angehörig, hier durch, um in die Heimath zurückzukehren.

Frankfurt, 13. Dez. Die Verbündeten Oesterreichs haben, wie man vernimmt, in einer Sitzung, welche die Bundesversammlung gestern zu diesem Zwecke abhielt, ihre Zustimmung zu den Olmützer Punktationen erheilen lassen. Jedoch soll dieselbe in Beziehung auf die Beschickung der Dresdener Conferenzen eine bedingte sein. Dadurch würden sie sich an denjenigen betheiligen können, wenn man sich vorher über die rechtliche Basis geeinigt hätte, auf welcher die Conferenzen fußen sollten. Conferenzen, welche das steiere Bundesrecht ihrer Verhandlungen zu Grunde legen, würden sie unbedingt zusagen, sowie das Recht entgültiger Beschlußfassung zuerkennen. In anderen als solchen könnten sie nur berothende sehen, und an ihnen würden sie sich nur als an solchen betheiligen. (K. Z.)

Stuttgart, 12. Dez. Dem Vernehmen nach soll der Kultusminister bei mehreren Untergebenen seines Departements, welche die politische Meinungsfreiheit in den letzten Jahren allzuweit ausgedehnt haben, auf Versetzung, Suspendirung, Entlassung eines Theils ihrer Functionen anzutragen gesonnen sein, und man sieht in den nächsten Tagen einer Beantwortung in dieser Richtung entgegen. Weder das Jubiläum noch die Betroffenen werden sehr überrascht sein, wenn Dekrete publizirt werden, durch welche Männer daran erinnert werden, daß sie Diener eines monarchischen Staatswesens sind, die durch Theilnahme an regierungsfeindlichen Vereinen und Demonstrationen zur Evidenz bewiesen haben, daß sie je eher je lieber die bestehenden Staatseinrichtungen über den Haufen gestoßen wünschten. Die öffentliche Meinung verlangt längst eine Sühne.

Stuttgart, 15. Dez. Die heutige Nr. 299, Hauptblatt und Beilage „Le Stuttgarter,“ wurde auf Befehl der k. Staatsdirektion mit Beschlag belegt, die Beilage, weil sie eine vom „Pferdeausschuß der Landesversammlung bei dem Kriminalsenat des k. Gerichtshofs in Eßlingen eingereichte Klagschrift gegen die von der Regierung auf Grund des § 89 erlassene prov. Schuldverhaftungsordnung enthielt. „Le Stuttgarter 272 des „Beobachters“ ist seiner Zeit von der k. Staatsdirektion Stuttgart wegen des darin abgedruckten Protokolls über eine Zusammenkunft der Mitglieder des von der verfassungsbetrathenden Landesversammlung gewählten Ausschusses vorläufig mit Beschlag belegt worden. Der Kriminalsenat des k. Gerichtshofs für den Neckarkreis hat jedoch in

der angekündigten Veröffentlichung den Thatbestand einer mit Strafe bedrohten Handlung nicht zu erblicken vermocht, und die über dieselbe verhängte Beschlagnahme durch Beschluß vom 13. Dezember wieder aufgehoben. — Das Anschauungsmittel Hr. Schnitzer ist verhaftet, und zwar in Folge ergangenen Verweisungserkenntnisses, als Angeklagter im Rentlinger Prozeß, der nun dem Rottweiler auf dem Fuße folgen wird. Er wurde noch gestern Abend, eine Stunde nach seiner Verhaftung, mit dem ebenfalls aus gleichem Grunde verhafteten Buchhändler Hr. Brieginger nach Ludwigsburg abgeführt. (Beob.)

Dresden, 13. Dez. Nachdem am 11. d. M. der größere Theil der sächsischen Armee — 14 Bataillone, 14 Schwadronen, 46 Geschütze rc. — in vollständig kriegsmäßiger Ausrüstung Sr. Maj. dem Könige durch den Kriegsminister Generalmajor Rabenhorst vorgeführt worden war, nahmen die Allerhöchstdenselben die hierzu bestimmten Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften von sämmtlichen Truppenkörpern vorgestellt. Im Beisein der gesammten Generalität und einer großen Anzahl Offiziere aller Waffen sprachen Se. Königl. Maj. folgende Worte: „Ich habe Sie zu dieser Versammlung befohlen, um Sie Alle, was in der jüngsten Zeit mit vereinten Kräften geleistet worden ist. — Vor allem danke Ich Ihnen, Herr Generallieutnant Rabenhorst, für die unermüdliche Thätigkeit und die umsichtige, mit welcher Sie das Ganze der Mobilmachung geleitet haben, und welcher die Armee vorzugsweise ihre gegenwärtige Stellung verdankt, in welchem Maße sie heute erblicken. — Ich danke allen Vorgesetzten jeweiden Grades für den treuen Eifer, mit welchem sie den guten Geist in der Armee zu erhalten wußten, und für die rastlose Thätigkeit, mit welcher sie, ein Jeder in seinem Dienstzweige, das vorgesetzte Ziel beförderten — erreichen — halfen, und welche so schöne Früchte getragen hat. Den Mannschaften danke Ich für die Bereitwilligkeit, mit welcher sie Meinem Rufe unter die Waffen gefolgt sind, obnerachtet so manche unter ihnen, und namentlich die wackern Kriegserfahrenen, dabei schwere Opfer zu bringen hatten; Ich danke ihnen für den guten Willen und treuen Dienseifer, mit welchem sie ihren Vorgesetzten das Wort erleichterten. Die besonderen Zufriedenheit hat es mir auch namentlich gereicht, von allen Seiten die vortheilhaftesten Zeugnisse über das Benehmen der Truppen in den Quartieren zu vernehmen. Wenn sich Meine brave Armee jüngst im Kampfe als treu und tüchtig bewährte; so hat sie sich jetzt aufs neue bewahrt durch ihren treuen acht soldatischen, wahrhaft patriotischen Sinn, und sie wird sich auch ferner bewahren, wenn sie einst, was Gott noch lange verhüten möge, wieder zum Kampfe für Vaterland aufgerufen wird. Gewiß ist Mir der heutige Tag, wo ich den größten Theil meiner braven Armee vor mir gesehen, ein wahrer Freudentag gewesen, und ich kann nur nochmals wiederholen, was Ich bereits öffentlich erklärte: Ich bin stolz darauf, eine solche Armee zu besitzen! Sagen Sie dies Ihren Kameraden, und sehen Sie wohl!" Diese Worte der Anerkennung aus dem Munde des geliebten Kriegsherrn machten den tiefsten Eindruck auf Alle, die sie vernahmen; sie sind der ehrenvollste Lohn für die Anstrengungen, die in der jüngsten Zeit sämmtliche Glieder der Armee freudig übernommen haben.

Dresden, 14. Dez. Staatsminister Zschinsky überraschte heute die II. Kammer sehr angenehm mit der Nachricht, daß nun auch in Sachsen, nachdem man in Preußen eine allmälige Demobilisirung der Truppen habe eintreten lassen, das Gleiche stattfinden werde. (D. A. Z.)

Hannover, 12. Dez. Wir ersahren noch in Betreff der neuen Wendung der Dinge durch die Dimitzer Punktationen, daß von Seite der hiesigen Regierung unmittelbar nach der, obgleich nicht offiziellen Kenntnißnahme derselben schon in den ersten Tagen dieses Monats bestimmte Instruktionen an den diesseitigen Bundestagsgesandten nach Frankfurt abgegangen sind, dahin lautend: besagte Punktationen nur insofern als eine mögliche Basis, woraus der Frieden und die Einheit Deutschlands wiederherzustellen seien, zu betrachten, als weder die Rechte und Pflichten des Bundestags, noch die Freiheit der Berathungen durch dieselben irgend wie beschränkt würden, noch endlich weder von Oesterreich noch von Preußen, noch von beiden gemeinschaftlich unsere Regierung zugezogen. (Niederz. Z.)

Wien, 12. Dez. Graf Radetzky wird anfangs des künftigen Monats nach Italien zurückkehren, um seinen dortigen Posten wieder zu übernehmen, da das dortige Klima seiner Gesundheit durchaus nicht zuträglich ist. Es dürfte demnach seine Ernennung zum Generalissimus der ersten. Armee um so eher unterbleiben, als der Marschall selbst Se. Maj. angegangen hat, seine neue Ehren auf ihn zu häufen, um ihn zu bestatten, seine mögliche Lebenszeit auf den Posten zubringen zu dürfen. Es ist begreiflich, daß dem greisen Feldherrn diese Bitte nicht abgeschlagen wurde, um so mehr, als seine Ernennung zum Generalissimus unter den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen: leicht zu Mißverhungen Veranlassung geben konnte, denen man aber mit Rücksicht auf die kaum überstandenen Wirren Wege zu räumen bestissen sein muß. Graf Radetzky war anwesens gewesen, dieser Tage schon nach Italien zurückzukehren; da man aber in dem letzten Ministerrathe, sich dahin entschieden hatte, die Publikation des italienischen Landesstatuts mit der Ankunft des Marschalls in Mailand zusammenfallen zu lassen, so hat Graf Radetzky nothwendig seinen ersten Plan geändert, und wird so lange hier verweilen, bis die Berathungen des Statuts geschlossen sein werden, an denen er übrigens ein sehr thätigen Antheil nimmt, wie es denn überhaupt sein Rath war, das italienische Anliegen unter den jetzigen Modifikationen zu Ende zu bringen, ein Rath, der auch von dem besten Erfolge begleitet ist, indem eingegangener sichern Nachrichten zufolge eine baldige vollständige Deckung der noch ausständigen Summen zu erwarten steht.

Wien, 13. Dez. Die heutige Wiener Zeitung bringt nachstehendes Handschreiben des Kaisers an Radetzky: „Lieber getreuer Graf Radetzky! Auf meinen ersten Wunsch bereiten Sie sich, Mich mit Ihrem kriegserfahrnen Rathe zu unterstützen und Ihren tapferen Degen neuerdings an der Spitze Meines unter Ihrer Führung sieggewohnten Heeres für die Wahrung der Rechte zu ziehen. Die Versehung hat es anders gefügt, und obwohl Ich nur tief betrübt darüber bin, Ich Ihnen nicht minder sür den erneuerten Beweis Ihrer mit jugendlicher Raschheit an den Tag gelegten Bereitwilligkeit dankbar. Ich will aus Ihrem anderweitigen wichtigen Berufe nicht länger vorenthalten, die Segnungen des von Ihnen erkämpften Friedens in dem Ihrer Obhut anvertrauten Kronlande mit kräftiger Hand zur vollen Geltung zu bringen. Sollten es die Umstände abermals erheischen, so gibt Mir Ihre ruhmvolle Laufbahn das Recht, auf Sie als den tapfern Vertheidiger der Ehre Meiner Krone in jeder Gelegenheit zu zählen. Wien, am 12. Dez. 1850. Franz Joseph m. p."

Wien, 13. Dez. Die heute im amtlichen Theile der „Wiener Zeitung" veröffentlichte kaiserliche Order, durch welche die theilweise Demobilisirung der Armee befohlen wird, lautet wie folgt:

Nachdem durch eine mit der königlich preußischen Regierung getroffene Uebereinkunft die Gründe beseitigt sind, welche die Ergreifung der in dem Blatte der „Wiener Zeitung" vom 6. Nov. angeordneten militärischen Maßregeln hervorgerufen haben, so haben Se. Maj. der Kaiser die Reduzirung der Landwehr- und 4. Bataillone auf ihren früheren Stand von 60 Mann per Compagnie, den Rückmarsch sämmtlicher weiten Grenzbataillone in ihre Heimath und die allmälige Zurückziehung der an den Grenzen aufgestellten Armeekorps in ihre frühern Standorte im Innern des Reiches anzuordnen gerubt. Zum nächsten Frühjahr dürfte eine regelmäßige Rekrutenstellung hatte stattfinden müssen, so ist zwar die im vorstehenden Monate angeordnete und vermalen beinahe schon vollendete Anspehung noch zu Ende zu führen, jedoch haben die Rekruten für jetzt nur in derjenigen Zahl bei den Fahnen einzutreten, die sich während des Jahres 1850 austretenden Capitulanten erforderlich sein wird.

Berlin, 14. Dez. Am hiesigen Orte wallet seit einiger Zeit eine solche Ueberschwemmung des Wechselmarktes mit Goldmünzen statt, daß der Goldcours ein ansehnlich niedriger (9¼ pCt.) ist. Daß dieser Umstand jetzt schon auf den gewohnlichen kleinen Geschäftsverkehr lebhaft hemmend versetzt sich, es ist dies um so mehr von Belang, als auch die Aversion gegen ausserpreußisches Papiergeld fortdauert. (K. Z.)

Berlin, 15. Dez. In Folge der allgemein verbreiteten Ansicht, daß baldige kriegerische Ereignisse der Versetzung des Generals v. Horn zum Oberlommando der schleswig-holsteinischen Armee nachfolgen würden, ist die Ernennung der für die Pazifikation der Herzogthümer abzusendenden Kommissarie L. bereit worden. Generaal v. Lindheim hat preußischer Seits definitiv diesen Auftrag übernommen. Es soll aber von hier aus noch der Absendung dieser Kommissarie eine Warnung an die Statthalterschaft voraussgeschickt worden sein, in der dringend davon abgerathen wird, noch einmal das Schicksal der Herzogthümer von dem Ausfalle einer Schlacht abhängig zu machen, da man in diesem Falle keinerlei Garantien für die Wahrnehmung der Rechte derselben übernehmen und sich dann selbst die Verfügung Dänemarks über die Dänen würde verhindern können; eine abermalige Niederlage würde die Herzogthümer vielmehr lediglich in die Lage von Besiegten gegenüber dem Sieger bringen. (N. Cor.)

Schweiz.

Genf, 12. Dez. Hört man anderwärts über Advocaten klagen, so geschieht es meist in dem Sinne, daß sie durch radicale Sophisterein den Redtsinn des Volks verderben. In Genf dagegen klagt Herr Jaqy umgekehrt, daß die Advocaten das Uebergewicht einer mäßigen Partei seien, welche sich der Entwickelung der demokratischen Grundsätze widersetze, und nicht sowohl aus Habsucht als aus Partiegeist das Volk unterdrücke. Daher wurde ein Gesetz eingebracht, welches das Recht der Führung von Prozessen auf sechs durch den Staat ernannte avoues überträgt, alle mit einem Schlage den ganzen Stand der Advocaten vernichtet und sechs wohlbezahlte Diener der Regierung an deren Stelle setzt. Der Vorschlag wurde von verschiedenen Seiten ziemlich lebhaft angefochten und an eine Commission gewiesen. (Basl. Z.)

Bern, 14. Dez. Während die gestrige Sitzung des Nationalraths ruhig war und der Verhandlung niemals die parlamentarischen Formen verletzte, ging es dagegen heute heiß zu. Die Debatte wurde auf das allgemeine politische Gebiet geführt und eine foemliche Schlacht gegen die, wie man glaubte, hinter den Petenten stehende allgemeine Reaktion geschlagen. Persönliche Beleidigungen kamen in der Hitze des Kampfes vor, und Hr. Tillier mußte sich den Ordnungsruf gefallen lassen. Bei der Abstimmung wurden alle der Commission gegenüber gestellten Anträge mit großer Mehrheit verworfen und in der Schlußabstimmung durch Namensruf die Abweisung der Petenten mit 72 gegen 15 Stimmen beschlossen. (T. D. Z.)

Frankreich.

Paris, 7. Dez. Wrangel und Radetzky waren Waffengefährten in dem großen Befreiungskampfe Deutschlands während der Jahren 1814

und 1815, und sind seit jener Zeit Dupbrüder. Als der Feldmarschall nämlich von seinem Monarchen nach Wien berufen wurde, um im eventuellen Falle das österreichische Heer gegen Preußen anzuführen, schrieb General Wrangel an Radetzky einen Brief, auf dem man folgende merkwürdige Stelle fährt: „Sollte ich in den letzten Tagen meines Lebens, schrieb Wrangel an Radetzky, das Unglück bedauern müssen, den ruhmgekrönten Feldherrn Oesterreichs mit irgendwo als Feind zu erblicken, so lasse ich meine Truppen vor Dir präsentiren, anstatt auf deine Soldaten zu schießen." Dieses Faktum, welches dem preußischen und österreichischen Feldmarschall gleich viel zu Ehren gereicht, wurde noch gestern Abends in der Soirée Ludwig Napoleons vor einem Kreise, bei welcher mehrere Diplomaten und Deputirten sich befanden, wiederholt unbaltö historisch verbürgt.

Vermischte Nachrichten.

Vom badischen Schwarzwald, im Dez. Es möchte wohl sich der Mühe lohnen, auf eine in Freiburg bei Fr. Wagner eben erschienene, höchst interessante Schrift aufmerksam zu machen. Wir meinen: „Die Grundfragen der Gegenwart; mit einer Entwicklungsgeschichte der antichristlichen Principien in intellectueller, religiöser, sittlicher und socialer Hinsicht, von den Zeiten des Gnosticismus an bis auf uns herab, von Dr. Fr. A. Standenmaier." Hauptgedanke ist: Alle neuern sog. philosophischen Systeme vom Pantheismus bis zur Socialdemokratie, die sich als Weisheit breit machen, sind nichts Neues, sondern das Nämliche, oft buchstäblich dasselbe, was vor 1700 Jahren die Gnostiker und Manichäer in Wort und That zu Tage gefordert haben. L. Feuerbach, H. Heine, Saller, der Reichsregent Vogt, Blasche, A. Constant (welcher Christus und Moses in die Kategorie der Blutmenschen setzt), die beiden Bauer, Stirner (welcher den Heldenmuth der Lüge preist) — sie alle hier mit ihrem Vater Hegel und Großvater Spinoza sind um die neuern Söhne der alten Gnostiker. Provhon z. B. ist Karpokratianer, denn schon diese wollten: 1) Freiheit, 2) Gleichheit, 3) Brüderlichkeit, 4) Communismus. Noch weiter: Plato's Junggriechenland ist im „jungen Deutschland" wieder aus dem Grund heraufgestiegen. Wenn die Sünde Philosophirt, so erlangt sie Wissenschaft und Licht gebrechen Principien den Charakter von Naturgesetzen; sie gebären eine manichäische „Casuistik der Unterschiede." Ein Entwicklichungsprozeß kam bei den Manichäern in directe Verbindung mit dem Bergötterungsprozeß. Derlei chaotische Philosophie als Revolution zunächst gegen das Christenthum ist der Vorbothe Mutter aller Revolutionen. Dabei wüßt immer etwas wahrhaft Dämonisches. Jene schrecklichen Worte des Livius, der da sagt, das römische Volk hätte gestredt, Alles zu Grunde zu richten um selber zu Grunde gehen, repetiren sich heute in Wort und That. Man will wieder zum Chaos zurück, aus dem nach alter Vorstellung das Unbestimmte, Gespenstige, der Streit, Nacht, Elend, Verbrechen, die Furien z. herausgebrigen, welches daher Mutter und Tochter des Unheils zugleich ist. Darnach entwirft Staudenmaier ein meisterhaftes Bild der chaotischen Gegenwart. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Schrift verbreitet würde, damit den Gebildeteren eine Einsicht in die Früchte dieser sogenannten Philosophie eröffnet würde.

(D. Bitbl.)

Es ist ein Unglück unserer Zeit, daß Jeder, der in Verlegenheit geräth, sich an den Staat wendet, anstatt auf sich selbst zu rechnen. Der Handeltreibende sagt: schafft uns Absatzwege nach Außen; der Manufakturist und der Landmann: sichert uns Käufer im Innern oder kauft selbst von uns. Der Handwerker begehrt das Recht zur Arbeit, der junge Mann, der promovirt hat, und er reift, dessen Geschäfte mißlungen sind, fordern Stellen. Lust es uns bekennen, diese Neigung, alle Verantwortlichkeit in die Hände des Staats zu legen, ist eine Feigheit. Ein Volk, welches nach Freiheit strebt und inmitten seiner Bahn, den Schwierigkeiten gegenüber, nach der Macht ruft, um ihre lästigen Folgen ihnen abzunehmen, kann nur mit einem Soldaten vergliehen werden, welcher unter die Fahnen getreten, während des Treffens seine Flinte fortwirft. Wo her soll der Staat Mittel nehmen, der Armuth zu steuern, wenn nicht von Dem, was der Reichthum gewonnen hat, wie sollen nicht Alle in Elend versinken? Diese Schuld kann nicht bannen. Wir wollen und der Ueberzeugung hingeben, daß sie eine vorübergehende Mattigkeit sei, die auch den stärksten Kämpfer bisweilen befällt.

M. Chevalier.

Dettingen im Ries, 10. Dez. Ich ersuche Sie, Nachstehendes durch die vielgelesene „Augsb. Abendzeitung" zur Publizität zu bringen: Der Kommandant der k. k. österreichischen Truppen erhielt von Sr. kaiserl. Hoheit Divisionar Erzherzog Leopold Befehl, das Geburtsfest Sr. Maj. des Königs Max von Bayern am verwichenen 28. Nov. in allen Stationen von den Truppen feierlichst begehen zu lassen. Der in Wasserlosingen stationirte Obrist-rittmeister k. k. österreichischen Regiments sendete am 27. seinen Regimentskaplan zum protestantischen Hrn. Stadt-Dekan Sander mit dem Ersuchen, die einzige Kirche des Orts zu einer Stunde, wo in derselben kein Gottesdienst gefeiert wird, für die k. k. österreichischen Truppen zu einem katholischen Gottesdienst abtreten zu wollen. Dekan Sander schlug es ab. Der Obrist, als Soldat mehr tolerant als der Herr Dekan, ließ am 28. November seine Truppen (durchgehends Katholiken) in den protestantischen Gottesdienst einziehen und wohnte, von sämmtlichen Offizieren des Regiments begleitet, persönlich demselben bei. Als auch auf das Ansuchen des obigen Hrn. Obristen Dekan Sander auf seiner Weigerung beharrte, die Kirche zu einer Feier zu Ehren des Königs abzutreten, ließ der Hr. Obrist am 29. durch seinen Kaplan diesen Vorfall dem protestantischen Konsistorium in Ansbach anzeigen und das Ansuchen schriftlich stellen, das Nähere zu verfügen, damit auch die katholischen Truppen ihren Gottesdienst feiern könnten. Nachricht hat zum 8. Dez. auch von dort aus dem Herrn Obristen keine Antwort zukam, mußten die Kompagnien bei empfindlicher Kälte am 8. Dezember im Freien und zwar im Schloßhofe daselbst zur Predigt und Messe versammelt werden.

Neuestes.

* Würzburg, 17. Nov. So eben wurde den Militärpersonen, welche wegen des im Jahr 1848 im „Römischen Kaiser" daher stattgefundenen Exzesses sich in Untersuchung befanden, das Urtheil eröffnet, es lautet freisprechend. Jedoch sollen sämtlichen zum Ersatze des erlittenen Schadens angehalten sein. (Wir werden morgen Näheres berichten.)

Frankfurt, 16. Dez. Nachdem der k. k. Feldmarschallieutenant Graf v. Leiningen schon vor einigen Tagen als Bundescommissär, mit den Instructionen des Bundestags versehen, nach Kassel abgegangen war, ist nunmehr auch der preußische Commissär, Generallieutenant von Peuker, ebendahin gereist.

Gotha, 11. Dez. Nach den von Berlin aus dem Fürstencollegium hieher gelangten Nachrichten haben die thüringischen Staaten durch ihren Vertreter, den Staatsrath Seebeck, gegen das Eingehen auf die freien Conferenzen sich erklärt.

Wien, 12. Dez., Nachmittags 3 Uhr. Drei tägliche Bataillone und zehn Batterien in Böhmen haben Befehl zum Aufmarsch erhalten.

(T. C.-B.)

Nancy, 12. Dez. Gestern kam über der Befehl des Ministers des Innern, Hrn. Baroche, an, wornach sämmtliche hier lebende deutsche Flüchtlinge sich unverzüglich nach den äußersten Grenzen der Bretagne zu begeben haben; nur einer derselben, der ehemalige Abgeordnete Franz Raveaux, ist hiervon ausgenommen; während seine Schicksalsgenossen eine Reise von 200 Stunden antreten, hat der Minister Baroche aus zarter Aufmerksamkeit für dessen geschwächte Gesundheit demselben Paus als Aufenthaltsort angewiesen, wodurch er genöthigt ist, eine Reise von 250 Stunden mitten im Winter zu machen. Alle Flüchtlinge haben sich der Abreise widersetzt; sie berufen sich in einer kräftigen Protestation, die der hiesige Präfekt dem Minister Baroche einzusenden versprochen hat, auf das gegebene Versprechen der Regierung, hier in Nancy ruhig leben zu können. Fast alle haben ihre Familie bei sich, und keiner von ihnen ist auf eine so plötzliche und große Reise vorbereitet. (F. J.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Rober.

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 7. Dezbr.
Weizen 13 fl. 2 kr. Korn 10 fl. 35 kr.
Gerste 9 fl. 19 kr. Haber 5 fl. 20 kr.

Gold- und Silber-Sorten.

	fl.	kr.
Neue Louisd'or	11	5
Reichsthaler	9	39
Dukaten	5	36
20 Franc-Stücke	9	24
Holländische 10 fl. Stücke	9	44
Preußische Thaler	1	45
5 Franc-Thaler	2	20½

Holz-Versteigerung
in
den Staatswaldungen des königl. Forstamts
Hammelburg.
Das unterzeichnete Forstamt versteigert

am 27. d. M.

früh 9 Uhr zu Gieersnes, und zwar das Stammholz in freier Konkurrenz und das Brennholz zum Lokalbedarf, mit Ausschluß der Händler,

1. Schlag, Raswald
168 Klafter Kiefern Bau- und Nutzholzabschnitte,
9½ Klftr. Kiefern Scheiter,
7 „ „ Prügel.
2. Schlag, zufällige Ergebnisse in den Abtheilungen Breitenreuth, Klugengraben und Hergkopf
219 Klafter Kiefern
2 Zichten Gerüststangen.
2 Birken

Hiezu labet mit der Bemerkung ein, daß nicht genau bekannte Strichelstöße sich nur über Zahlungsfähigkeit durch ein Attest ihrer Ortsvorwaltung sogleich beim Striche auszuweisen und Jene, welche für Andere Holz steigern, sich durch einen schriftlichen Vorweis zu legitimiren haben.

Hammelburg, 14. Dez. 1850.
Königl. Forstamt.
P. Geiße.

Theater-Anzeige.

Mittwoch, den 18. Dezember 1850.
Zum Erstenmale Siebenfach:
Mädchen und Soldat.
Romantisch-komisches Charakterbild in 5 Akten von Kaiser, aus dem Kloster- und Soldatenleben.

Gestorben:

Den 15. Dez.
Margarethe Drescher, Schuhmachersfrau 1⅔ J.
— Crescentia Huber, Neuamtsdienerstochter 2½ J. — Apollonia Kaes, Maurermeisterswittwe, 64 J.

Druck von Joseph Steib in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 302. Würzburg, Mittwoch den 18. Dezember. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Würzburg, 17. Dez. Die durch den am 27. Nov. 1850 erfolgten Tod des Pfarrers Back erledigte Pfarrei Unterelsbach, k. Patronats hat einen Reinertrag von 455 fl. 35½ kr.; die Pfarrei Stadtprozelten, k. Patronats 608 fl. 9¼ kr.; die Pfarrei Hallenstein, bischöfl. Patronats 592 fl. das Benefizium Heidingsfeld, Gemeindepatronats 472 fl.

Die „antipapistische“ Bewegung in England.

England, welches uns so viele tausend Federn als das Land burgerlicher und religiöser Freiheit, als das Land unpertheischer Forschung und geistigen Fortschritts, als das Land der Gesetzlichkeit und Sitte beschrieben, wie erschreint es vor unsern Augen? Es stellt sich ein gräßliches Gegenbild von alle dem vor, was man als seine eigenthümliche Schönheit, Würde und Ehre zu preisen gewohnt war. Es ist auf einmal zum Schauplatz der Tyrannei, der Unwerthheit, der Barbarei, der Zügellosigkeit, der Leidenschaften geworden. Woher diese plötzliche Verabwandlung? Oder vielmehr woher diese überraschende Offenbarung einer lange verdeckten Fäulniß? Wer hat in die unter frischer Haut rinnende Wunde gebissen?“ — Man wird nach Jahrhunderten Mühe haben, es zu glauben, wenn die Geschichte erzählen wird: „Die Katholiken, welche in England im Jahre 1829 endlich ihre bürgerliche und religiöse Freiheit erhalten hatten, standen bis gegen Ende des Jahres 1850 unter apostolischen Vicarien. In diesem Jahre bekamen diese den Titel „Bischöfe“: sie einer derselben wurde zum „Erzbischofe“ befördert und mit der „Cardinalswurde“ beehrt. Durch die Umwandlung der Namen apostolische Vicare in Bischöfe glaubten die Engländer ihre Kirche und ihren Staat in Gefahr; der Pöbel, die anglikanischen Bischöfe, die Rechtsgelehrten, die Magistraten, ja selbst ein Theil der „bürgerliche und religiöse Freiheit“ bei hundert Anläßen als das Ziel aller seiner Bestrebungen verkündet hatte, lehnten sich, jeder auf seine Weise, gegen die Namensveranderung auf, um die anglikanische Kirche und den brittischen Staat zu schirmen.“ Wie eine anglanische Mähre wird diese Erzählung künftigen Geschlechtern klingen; und doch ist sie buchstäblich wahr. Daß der Pöbel, welcher in der ganzen christlichen Welt nirgends auf so tiefer Stufe der Verwilderung und Schlechtigkeit steht, wie in England, an dem Heuchlerischepen und Verbrennen von Strohmannern Gefallen habe, mag noch hingehen. Schon einmal gab es eine Zeit in diesem Reiche, wo man es für einen Triumph der Freiheit hielt, gekrönte Häupter nicht nur öffentlich zu höhnen, sondern sogar zu tödten. Es scheint die Lust dazu im Pöbel von London und anderen Städten Englands immer noch vorhanden zu sein. Wehe aber denen, welche diese Lust aufstachen, und anfeuern. Sie möchte sich vielleicht später nicht damit begnügen, Papst und Cardinäle, Erzbischofe und Bischöfe der katholischen Kirche anzustehen, sondern leicht auch auf anglikanische Erzbischofe und Bischofe, Minister und — Kronen sich werfen, um so mehr, da sie dabei sich nicht blos mit der Freude zufrieden geben müßte, sondern auch noch ihre Gier mit handgreiflichen Dingen sattigen konnte! — Doch wir gesagt, ob dem wilden rohen Pobelspiel wird sich Niemand zu sehr aufhalten. Aber wenn man in englischen Blättern liest, daß Diener der anglischen Kirche den Pobel ermuntern und anfreizen, seinen Spott über Alles auszuschütten, was den Katholiken ehrwürdig ist, daß sie ihnen offen rathen, dabei nicht stehen zu bleiben, sondern mit dem Spott sogar Gewalt zu verbinden, sich an den Personen zu vergreifen, dann wird man gewthiget, auszurufen: euer Glaube ist Irrthum, eure Bildung ist Barbarei! Eine Kirche, welche solche Diener erzieht, ist keine Stiftung des Erlosers. Und wenn man liest, v. vernimmt, daß anglikanische Bischofe ihre Priester und Untergebenen nicht etwa blos zum geistigen Kampfe gegen die Einrichtungen der katholischen Kirche auffordern, sondern die weltliche Gewalt zu Hulfe rufen, damit die katholischen Bischofe nicht Bischofe heißen dürfen, daß mit überhaupt die uralte katholische Kirchenverfassung, unter welcher England tausend Jahre gestanden, in einem Reiche, wo viele tausend Sekten frei geduldet werden, aufgelöst werde, so kann man sich des Gedankens nicht erwehren, es muße die anglikanische Kirche selbst auf sumpfigem Fundamente stehen, weil sie sich durch Verfolgung der Katholiken schugen zu mussen glaubt, es muße die Toleranz, womit sich England rühmt, eitel Heuchelei und Trug sein, weil sie einer Religion will entzogen werden, welcher ein Paar Millionen Einwohner huldigen. Und was soll man vollends dazu sagen, wenn man liest, daß eine ganze Korperschaft von Rechtsgelehrten auftritt und erklart, das Recht der Krone sei verletzt und gefahrdet, weil nun auch in England die Vorsteher der Katholiken vom Papste den Namen „Bischofe“ erhalten haben? wenn man liest und vernimmt, daß ein Mann, welcher als Jurde der Rechtsgelehrten gilt, und neun als Richter der Krone fast den obersten Rang einnimmt, bei einem Gastmahle aufsteht, und seine Freude aussprecht, daß der gelehrte, ehrwurdige, bisher von Allen wegen seiner Weisheit und Frommigkeit geliebte und verehrte Hr. Wiseman darum in seine Hande kommen, d. h.: von ihm werde verurtheilt werden, weil er sich nun statt apostolischen Vicare — Erzbischof heißen lasse? Liegt in diesen beiden Erklarungen nicht ein wahrer Hohn auf die englische Rechtswissenschaft, und auf den englischen Richterstand? Wie! es soll eine Verletzung oder Gefahrdung der Krone sein, daß in England die Vorsteher der Katholiken heißen, wie in Irland und in Colonien? Treiben denn die Rechtsgelehrten in England mit den Rechten der Krone Spott? Und wo in der Welt hat sich der Richterstand so tief herabgewurdigt, bei einem Gastmahle das Vergnugen auszusprechen, aber einen ausgezeichneten Mann ein erstaunlich hohes Jahr zu kommen, weil dieser seinen Titel geandert hat? Welch' eine Verkehrung aller Rechtsbegriffe, welch' eine Herabwurdigung des erhabenen Richteramtes!

Deutschland.

München, 15. Dez. Seit dem Olmützer Friedenscongresse werden hier die mannigfaltigsten Gerüchte herumgeboten; wir hatten sogar Revolution in Wien und Berlin. — Unsere demokratischen Blätter nehmen offen oder verschlossen Partei für Preußen, und lassen es sich eifrig angelegen sein, Oesterreichs Benehmen in das ungünstigste Licht zu stellen. Die Absicht dieser Umdeutungsweise liegt am Tage: man will die Gemüther von Oesterreich abkehren, eine Abneigung, wenn möglich einen Haß gegen dasselbe erzeugen, weil es unrecht an Bayern, Württemberg und andern Staaten gehandelt habe. — Die Lugenfabrik wird in dieser Beziehung so weit getrieben, daß man in den Salzachkreise die Bauern glauben machen wollte, es sei diese Gegend in Olmütz von Bayern losgetrennt und Oesterreich einverleibt worden. Die nächsten Jänner zusammentretenden Kammern werden wieder mit einem Judengeste heimgesucht werden. Man wurde aber besser thun, diesen Zankapfel liegen zu lassen, wo er liegt. (K. Z.)

München, 16. Dez. Ihre k. k. Hoh. die verwittwete Frau Großherzogin Marie von Toscana, wird dieser Tage am k. Hofe dahier erwartet. — Ihre k. Hoh. die Frau Großherzogin Mathilde von Hessen-Darmstadt, welche seit langerer Zeit am hiesigen k. Hofe verweilte, wird den getroffenen Bestimmungen gemäß am 20. de. Munchen verlassen und in Stuttgart von ihrem erlauchten Gemahl erwartet werden. — Ende dieser Woche wird der Justizminister v. Kleinschrod von Pisa zurückerwartet. — Der Tag der Eindberufung der Kammern ist bis jetzt noch nicht bestimmt worden. Ebensowenig weiß man mit Bestimmtheit, wer sich an den Forchtner Konferenzen Namens Bayerns betheiligen wird. — Das allgemein verbreitete Gerücht über eine größere Revolution der mobilen Armee bestätigt sich übrigens nicht, indem hiezu vorerst noch gar keine Befehle gegeben sind, und vorläufig auch nicht in Aussicht stehen. (K. Z.)

Augsburg, 17. Dez. Aus Kissingen ist die Nachricht von dem Ableben des k. Obristen des 3. Infanterie-Regiments Prinz Karl, Hrn. von Gohmann, dahier eingetroffen. Derselbe hatte sich in Kissen ein Leiden zugezogen und wollte, um seine Gesundheit herzustellen, nach Augsburg zurückkehren, unterlag jedoch einem Schlagfluß und wurde verflossenen Sonntag in Kissingen mit großen militarischen Ehren zur Erde bestattet. — Der Prasident der k. Regierung von Schwaben und Neuburg, Frhr. v. Welden, liegt seit einigen Tagen bedeutend krank darnieder. (A. Ab.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 16. Dez. Die kurfürstlich hessische Division „Kurfürst-Husaren“ hat auf ihrem Marsche hieher Gegenbefehl erhalten, demzufolge diese Truppenabtheilung, sowie die Batterie zreiteute Artillerie, in der Gegend von Rauheim vorläufig verbleiben sollen. Auch die königl. preußischen Truppen sollen, in Betreff ihrer Marschbewegungen, abändernde Verfügungen empfangen haben. — Die königl. bayerischen und k. k. öster-

reichischen Truppen sind in bedeutender Stärke die Wadern und Melsungen vorgerückt.

(S-D-Z.)

Hanau, 17. Dez. Seit mehreren Tagen haben wir den Genuß einer schönen Abendmusik, durch den musikalischen Zapfenstreich der österreichischen Jäger. Das herrliche Chor dieses Bataillons führt jeden Abend 8 Uhr auf der hiesigen Hauptwache Musikstück auf, zieht dann unter Trommelschlag durch die Straßen der Stadt vor die Wohnung des Commandanten Obersten v. Hey, von da vor die Wohnung des österreichischen Bataillonscommandeurs und von hier wieder nach der Hauptwache zurück. Wie lange das Bataillon noch hier bleiben wird ist nicht bekannt. Briefen aus Kassel zufolge herrscht der Anschein, daß sich die Preußen neuerdings vorstellig angeboten hatten, darauf, daß in dem 17. Linien-Infanterieregiment eine Insubordination ausgebrochen, und zu deren Unterdrückung sofort Reiterei in die Stadt gezogen worden sei. — Nachrichten aus Marburg zufolge haben dort der Obergerichtsdirektor v. Baumbach, der Obergerichtsrath Zimmermann und der Assessor Wandersleb, nachdem sie mit Executionsmannschaft belegt worden, ihren Abschied eingereicht; in Notenburg soll diese bei 6 Mitgliedern der Fall sein. Es ist dieses ein Beleg für unsere neulige Angabe, daß die Neuhessen von ihren Hoffnungen nicht das Geringste aufgegeben, und sich noch keineswegs gefügt haben, welchemehr es verwahrend noch auf das Neuferste ankommen lassen wollen. Mittlerweilen ist das, an der Steuerverweigerung schuldlose Volk gedrückt, und dieser Druck dürfte so lange anhauern, als die noch übrigen widersetzlichen Behörden nicht wieder zu ihrer Pflicht zurückgeführt sind. So konnte es denn kommen, daß diese, alles Gesetzes für das Wohl des Landes und die Leben des Volkes bauten Beamten noch gerade unter letzterem einen Hof gegen sich anregen werden, der dem ganzen Beamtenstande später zu bedauernden Nachtheile gereichen dürfte.

(K. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Aus Schleswig-Holstein, 13. Dez. Seit dem Rücktritt des Herrn v. Willisen vom Generalcommando waltet auf dem Kriegsschauplatze eine größere Lebhaftigkeit, und die agressiven Truppenbewegungen nehmen mit jedem Tage einen entschiedenern Charakter an. Die Lücken der hohen Officiere sind durch umfangreiche Beförderungen in der Armee ausgefüllt worden, und wurden gestern durch Armeebefehl 100 Lieutenants ernannt. Mit dem Commandeure der Avantgarde, dem preußischen Oberstlieutenant v. Gerhardt, haben wohl 10 Officiere dieses Truppentheils den dürftigen Dienst verlassen, indeß darf man dies nicht als eine Folge der preußischen Heimrufung ansehen, die im ganzen wenig beachtet wurde, und ist bis jetzt keine zweite Aufforderung aus Berlin hierhergelangt, daß die preußischen Landwehrmänner und Reservisten unbedingt den holsteinischen Dienst verlassen müßten, und würde wohl der ganzen Sache von Hause aus nur eine formelle Bedeutung beizulegen sein. Das Commando der Brigade des rechten Flügels ist dem Oberstlieutenant von Grotthus übergeben worden. Die außerordentliche Thätigkeit des neuen Generalcommandos in Bezug auf die Ausrüstung und die öfteren Berathungen des Kriegsraths mit der Statthalterschaft geben überhaupt der begründeten Vermuthung Raum, daß in nachster Zeit, vielleicht vor dem Eintreffen der Parisirationscommissare, die Schleswig-holsteinische Armee einen Hauptangriff gegen die dänische Linie unternehmen werde. Es sprechen für diese Annahme mehrere hierauf bezügliche zusammenwirkende Umstände, und soll es nunmehr eine energische Offensive gelten. Die Statthalterschaft hat durch diese kriegerische Haltung bei den Centren und der Linken der Landesversammlung an Vertrauen gewonnen, und da diese Fractionen die Majorität der Landesvertretung ausmachen, so herrscht in dieser Beziehung, zwischen Statthalterschaft und Landesversammlung vollständiger Einklang. Die Haltung der Landesversammlung hier als einen Ausdruck der allgem. Volksstimmung ansehen zu wollen, heißt von einer groben Unkenntaiß der Stimmungen und Verhältnisse des Landes Zeugniß ablegen. Wir wollen zur näheren Begründung einen Blick auf die Stellung der in der Landesversammlung vertretenen Parteien werfen. Die Fractionen sind ungefähr so vertheilt, daß die linke 36, die Centren 22, die Rechte 19 Mitglieder zählt. In äußern politischen Fragen stimmen die Centren gewöhnlich mit der Linken, und letztere hat besonders in den geheimen Sitzungen und dem zur Erwägung von politischen Schritte niedergesetzten politische militärischen Comite den untern Fractionen gegenüber eine dominirende Stellung eingenommen. Der große Grundbesitz ist im Ganzen durch 7, der kleinere durch 13 Abgeordnete in der Landesversammlung vertreten. Dies dürfte hinreichen, um die Haltung und Bestrebungen unserer verfassungsmäßigen Gewalten und rechte Lucht zu stellen.

(D-Z.)

Aus Holstein, im Dezember. Ein Redner in den französischen Kammern hat kürzlich gesagt: „Ich verabscheue alle Revolution, denn auch die beste ist schlecht," und wie ist ein wahreres Wort gesprochen worden. Die Revolution der Herzogthümer gehört gewiß sowohl mit Rücksicht auf ihren Ursprung, als auch auf den bisherigen Verlauf zu den besse, welche die Geschichte aufzuweisen hat, und doch, wer konnte leugnen, daß sie mit Hinsicht auf die traurigen Resultate, welche sie nicht allein für das materielle, sondern auch für das moralische Wohl des Landes gehabt hat, eine grundschlechte genannt zu werden verdiene? Der Wohlstand des Landes ist untergraben; Taufende unserer Landsleute sind ins Elend gestürzt, Tausende wandern als Krüppel umher. Ein Gefühl der Unzufriedenheit, ein Verlangen nach Dingen, deren Verwirklichung die Grundveste eines jeden Staates erschüttern würde, ist überall erwacht; an die Stelle der Liebe und Treue zum Landesherrn ist Gleichgültigkeit oder gar Erbitterung getreten; der Sinn für das Königthum selbst ist erloschen, und das Gefühl der Leere von der Volkssouveranität findet von Tag zu Tag mehr Anklang. Das sind die bisherigen Früchte der hiesigen Revolution, und je länger man zögert, dieselbe zu beenden, zu desto furchtbarerer Reife werden sie gedeihen. Haben die Herren, welche in den Kammern oder in Klubs und Vereinen ein so grundloses Geschrei gegen die russischdeutsche Pacification der Herzogthümer erheben, dies wohl bedacht? Wissen sie nicht, daß das arme Land unter Lasten seufzt, welche es nicht länger zu tragen vermag? Daß jede Verzögerung, und sei dieselbe noch so kurz, ein Schritt näher zum Abgrunde vollzogen Werderben ist? — Haben diese Herren keinen schreienre Maßstab zur richtigen Beurtheilung der Unerträglichkeit unserer Zustände unseres Landes, als die liberale Presse und die Anklagung der reichlich besoldeten Agenten auswerter Statthalterschaft — können diese Egenten, welche früher die Apostel der deutschen Einigkeits-Bestrebungen waren und jetzt laut aufsaudzen, wenn Kreuzgeschichte erschallen, Vertrauen verdienen? Es mag sein, daß der Ruf „Keine erzwungene Pacification der Herzogthümer" den Weg zur Popularität, d. h. zum Beifall der demokratischen Massen, bahnt, aber uns will bedünken, daß das Glück und die Wohlfahrt eines Landes doch schwerer wiegen sollten, wie jenes lustige Phantom. Keine schnelle Parification der Herzogthümer? Das Haus steht in vollen Flammen und man will erst den hohen Rath berufen und überlegen, wie man den Brand löschen könne? Wir meinen, es sei doch sicherer, erst das Feuer zu löschen und dann berathen, wie man den Schaden wieder ausbessern solle. Unsere Stimme ist keine vereinzelte im Lande; mit voller Wahrheit können wir behaupten, daß mit Ausnahme der Demokraten und der Beamten, welche ihre Existenz durch den Frieden gefährdet glauben, kaum ein Holsteiner gefunden werden kannte, der bei der Nachricht von der baldigen Parisication der Herzogthümer nicht leichter aufgeathmet hätte und dessen Herz jetzt, wo neue Zögerungen angedeutet werden, nicht vor Bangen laut schlüge.

Frankfurt, 15. Dez. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist mittelst einer Circulardepesche des P. P. Hrn. Ministerpräsidenten Fürsten v. Schwarzenberg, vom 12. d. Mts., an sämmtliche österreichische Gesandtschaften in Deutschland die Einladung, Namens Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich, unter Berufung auf das Einverständniß Sr. Maj. des Königs von Preußen, an alle deutschen Regierungen zur Beschickung der Ministerialconferenzen ergangen, welche am 23. d. M. zu Dresden zum Behufe der Revision der Bundesverfassung werden eröffnet werden.

(L. Dpsl.)

Karlsruhe, 13. Dez. Aus zuverlässigen Privatnachrichten entnehmen wir, daß die Umstürzpartei in unsern Nachbarlanden zenseits des Rheins in neuen Hoffnungsfreudigkeit erwacht, die sie auf ganz Deutschland, insbesondere auf das Militär, zu erstrecken sucht. Wenn es auch nicht zu läugnen ist, daß man von verschiedenen Seiten, ohne zu wollen, dieser Partei in die Hände arbeitet, so dürfte sie doch in Täuschung befangen sein, wenn sie allenthalben auf Erfolg rechnet. In unserm Lande ist die allgemeine Meinung diesem Getriebe, dessen Kelch wir ganz getrost beben, zu sehr abhold; unser Militär wetteifert gegenseitig, vom Neckar bis zum Bodensee, in strengster Pflichterfüllung, und — das Beispiel, das wir im Jahre 1849 gegeben haben, war doch zu warnend und abschreckend, als daß man erwarten konnte, es werde in andern Staaten Nachahmung finden. Es ist natürlich, daß bei der französischen Regierung die Flüchtlinge auf das strengste überwacht, so gut sie es kann. Jeder französische Burger, der einen Flüchtling beherbergt, soll unnachsichtlicher Strafe verfallen. Aber dessen ungeachtet ist immer noch eine hinreichende Zahl Flüchtlinge vorhanden, die das Gastrecht mißbrauchen, um ihre revolutionäre Fäden nach Deutschland herüber zu spinnen. So viel der Aufruf an die Deutschen, der vom Londoner demokratischen Centralcomite von Europa in der Mitte des vorigen Monats erging, und der in der Zeitung „le démokrate du Rhin" abgedruckt war, in vielen Flugblättern verbreitet worden sein. — Auch Koln kamen solche, und sollten dort abgedruckt und besonders unter das Militär verbreitet werden. Von den Helden der vorjährigen Revolution sind Raveaux und Jungbans in Nancy, Siegel und Becker in Genf, Schilli (der preußische Advokat) in Straßburg. Stay befindet sich gleichfalls in der Schweiz. Kinkel soll in Paris angekommen sein, wo auch Wagner erwartet wird. Dagegen haben sich Struve, der Ungenier Dolmitsch und mehrere nicht nach Amerika begeben. Unsere Regierung ist ohne allen Zweifel in Kenntniß von diesen Verhaltnissen, und alle Behörden sind wachsam. Es ist durchaus nichts zu fürchten. Die Ordnung wird gehandhabt mit Einsicht und Strenge. (D. J.)

Gießen, 15. Dez. Heute sind passirten zwei Schwadronen des kurhessischen Regiments „Kurfürstbusaren," zwischen sich eine Batterie von acht Stück Geschütz schweren Kalibers unserer Stadt, in der Richtung von Frankfurt nach Kassel. Dem langen Zug folgte noch eine lange Reihe Wagen, wie es schien, mit Kriegsmaterial, so daß damit der Anfang der Wiedereinberufung und Rückkehr der kurfürstlichen Truppen nach Cassel gemacht scheint. Ebenso bemerkt man schon seit einigen Tagen kurhessische Soldaten, die in der Urlaubsbefleidung, in welcher sie von Hanau kamen, jetzt wieder von Oberhessen nach Hanau gehen, um dort einzurücken.

Hamburg, 10 Dez. Gestern Abend entdeckte unsere Polizei eine Schneiderverschwörung, welche nichts anders bezweckte, als sammtliche Kleidermagazine zu zerstören. Veranlassung zu dieser

Verschwörung gab besonders das neu errichtete Etablissement von Leoy und Sohn aus Manchester. Man war eben gestern in der Schneiderherberge mitten in den Verhandlungen, als die Polizei mit dem Herbeirufen der in der Versammlung erschien. Die Verschworenen, welche ihre Pläne durchschaut sahen, wollten sich nicht ohne weiteres der Polizei übertiefern, es entstand ein grosartiger Tumult um eine Schlägerei, welche die Vernehmung des Herbergsvaters um meherer Polizeibeamten im Gefolge hatte. Van den Schneidern wurden gleichfalls mehrere verwundet und verhaftet. So ward denn Hamburgs Ruhe durch die Intervention der Polizei aufrecht erhalten, obgleich wir keine preußische Besatzung haben.

Wien, 13. Dez. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht in ihrem amtlichen Theile den folgenden Armeebefehl Sr. Maj. des Kaisers: Mein Herr hat allen beschwerlichen Anforderungen kriegerischer Vorbereitungen in kürzester Zeit vollkommen entsprochen; dieses verdankt Ihj seinem vortrefflichen Geiste, seiner Hingebung und Disciplin. Ein grosser Theil derselben, wie Landwehr, so wie die 2. Grenzbataillone kehren zu ihrem häuslichen Herde zurück; Meine dankbare Erinnerung wird sie begleiten, und Ihj vertraue eben so, daß sie nun, ferne von ihren glorreichen Fahnen, durch das Beispiel genauer Befolgung der Gesetze, die öffentliche Ordnung wahren und befordern werden, als ich Meine Truppen bereit sein werden, Mir eben so gerüstet und kampfesmuthig auf dem Schlachtfelde zu erblicken. Wien, am 12. Dezember 1850. Franz Joseph m. p.

Berlin, 14. Dez. Auf den Antrag Preußens: der Aufbewahrung der Unionsverfassung beizustimmen und mit ihm im Fall der ganz Deutschland zu verbreiten, sowie sich von ihm bei den Verhandlungen über den weitern Bund vertreten zu lassen, haben nach Baden und Mecklenburgs Rücktritt auch Nassau, Oldenburg und die Hansestädte mit völliger Lossagung von Preußen geantwortet. Braunschweig, die thüringischen und sächsischen Lande sind jetzt fast der ganze Anhang von „Verbündeten,“ die in der Olmützer Punktation auf die Rechnung Preußens gesetzt wurden. Die Verstimmung unter den enttäuschten Vertretern der kleinen Staaten ist fast allgemein, und die Folge wird sein, daß sie sich in Dresden der preußischen „Schirmvogtei“ so weit zu entziehen suchen werden als bei ihrer Lage und Stellung überhaupt möglich ist. (A. Z.)

Aus Westpreußen, 13. Dez. Nachdem vor einigen Tagen an sämmtliche Truppen, welche von hier nach der Provinz Posen auf dem Marsche befindlich sind, der Befehl ergangen war, ihre Märsche bis auf Weiteres einzustellen, sind jetzt die Befehle zum Vorrücken der Etaketten angelangt. Demnach befinden sich sämmtliche in Westpreußen stehenden Truppen auf dem Marsche nach der Bromberg-Berliner Chaussee oder nach Thorn zu, und es sollen dieselben, wie es heißt, zwischen Thorn und Bromberg zu einem grossen Observationskorps concentrirt werden. Am Sonntag des 5. Landwehr-Regiments muß bereits heute in Bromberg eingetroffen sein, ein zweites, sowie ein Train- und Bagage-Calonne langt dort voraussichtlich morgen an; in einigen Tagen überschreitet auch ein Regiment Cavallerie (Landwehr) und mehrere Batterien die Grenze zwischen Westpreußen und Posen. (Berl. Ztg.)

England.

London, 11. Dez. Den gestrigen Tag hatte Ihre Maj. die Königin festgesetzt, die antipapistischen Adressen des Lordmayor, der Aldermen, des Gemeinderaths und der übrigen Magistrate in London, so wie der Mitglieder der beiden Universitäten in Empfang zu nehmen. Das stille Städtchen Windsor bot in Folge dieses Ereignisses ein ungewöhnlich bewegtes Bild. Die Zahl der zu diesem Aufzug versammelten Corporationsglieder war grösser, als bei irgend einer früheren derartigen Kundgebung der öffentlichen Meinung. Die Gesammtzahl der Corporation, den Lordmayor und die Aldermen eingeschlossen, belauft sich auf 230, und von diesen verfügten sich volle 200 nach Windsor. Dort langte der Zug um 12 Uhr an, und da der Marschall der City Mr. Harvey und etwa 50 Polizeimannsschaften, die Hälfte derselben berittten, den Zug eroffneten, so hat derselbe einen imposanten Anblick. Eine ungeheure Menschenmenge wogte sich und wogte auf allen am Wasserstraße gelegenen Plätzen. Auf die Adresse des Lordmayors und der Aldermen der City von London ertheilte die Königin folgende Antwort:

Meine Herren Lordmayor und Aldermen! Ich empfange mit Befriedigung Ihre loyale und hingebende Adresse. Von Herzen stimme ich mit Ihnen überein in Ihrer dankbaren Anerkennung der vielfachen Segnungen, welche unserer hochbegünstigten Nation zu Theil geworden, und in Ihrer Anhänglichkeit an den protestantischen Glauben und an die Grundsätze burgerlicher und religiöser Freiheit, in deren Vertheidigung die City von London sich immer ausgezeichnet hat. Dieser Glaube und diese Grundsätze sind dem Volke dieses Landes mit so vielem Rechte theuer, daß ich mit Vertrauen auf seinen hingebenden Beistand in der Aufrechterhaltung und Bethauptung derselben gegen jegliche Gefahr rechne, mit welcher sie bedroht werden konnten, von welcher Seite immer solche Gefahr kommen mochte.

Auf die Adresse des Gemeinderaths der City von London erwiderte Ihre Majestat:

Meine Herren vom Gemeinderath, ich danke Ihnen aufrichtig für die erneuerte Versicherung Ihrer unverbrüchlichen Anhänglichkeit an meine Person und meinen Thron und an die Verfassung dieses Landes. Ihre unerschütterliche und feste Vertheidigung des gleichmäßigen Genusses der bürgerlichen Rechte für alle Klassen Ihrer Mitunterthanen berechtigt den Ausdruck Ihrer Gefühle bei dem gegenwärtigen Anlaß zur höchsten Achtung. Seien Sie meines ernsten Wunsches und festen Entschlusses versichert, unter Gottes Segen die religiöse Freiheit, welche mit Recht vom Volke dieses Landes gepriesen wird, unverringert zu erhalten, und als ihre sicherste Gewähr den reinen gesetzlichen Cultus des protestantischen Glaubens zu bethaupten, der sei langer Zeit in diesem Lande eingesetzt ist.

Aehnliche Antworten wurden von der Königin auf die Adressen des Stadthalterhofes und der Universität von Oxford ertheilt. Auf erstere erwiderte sie unter Anderm:

Es wird fortwährend, wie bisher immer, mein ernstestes Bestreben sein, in der Uebung der mir als der obersten Lenkerin dieser Königreiche anvertrauten Macht und Gewalt, die Unabhängigkeit zu behaupten und meines Volkes constitutionelle Freiheiten gegen alle Angriffe und Beeinträchtigungen zu schützen.

Nachmittags kehrten die Deputationen nach London zurück.

Frankreich.

Paris, 11. Dez. Die hauptsächlichste Trinkspruche, welche bei dem gestrigen Banquet im Stadthause angebracht wurden, sind der des Präfekten Berger, und die Antwort des Präsidenten der Republik. Der erste ist ziemlich matt und anbedeutend, der andere dagegen zeigt eine grosse Gewandtheit in öffentlichen Vortragen und wurde nicht allein von den Zuhörern, sondern auch von diesen öffentlichen Blättern mit grossem Beifall aufgenommen. Wir lassen ihn hier folgen: Meine Herren! Den Jahrestag meiner Wahl im Stadthause, in dem Palaste des Pariser Volke, feiern, heißt mich an den Ursprung meiner Gewalt und an die Pflichten erinnern, welche dieser Ursprung mir auflegt. Wir sagen, daß Frankreich seit zwei Jahren seinen Wohlstand wachsen gesehen, ist ein Lobspruch, welcher mich am meisten rührt. Ich erkenne es mit Glück, die Ahhe ist in die Gemüther zurückgekehrt, die Gefahren, welche vor zwei Jahren Besorgnisse erregten, sind verschwunden, und ungeachtet der Ungewißheit der Dinge rechnet man auf die Zukunft, weil man weiß, daß wenn Aenderungen eintreten müssen, sie ohne Unruhen vor sich gehen. (Bewegung.) Wem verdanken wir es, daß die Ordnung an die Stelle der Unordnung, die Hoffnung an die Stelle der Muthlosigkeit getreten ist? Nicht dem, daß ich, Sohn und Neffe eines Soldaten, einen andern Soldaten ersetzt habe, sondern weil am 10. Dez. zum erstenmal seit dem Februar die Gewalt aus der Anerkennung eines gesetzlichen Rechts nun nicht aus einer revolutionaren Thatsache hervorgegangen ist. (Lebhafter Beifall, von allen Seiten: Brave, Brave!) Ich benutze diese Jahrestage, diese Rechtsfahle zur Abmessung des Ganges der Ereignisse, um die Ursachen zu erforschen, welche die Regierung, welche aber sich suchen. Die gefunden, durch die Gefahren, welche gefruchten Wahrheiten zu verstunden, ist immer nüglich. Die Regierungen, welchen es nach langen burgerlichen Unruhen gelungen ist, die Macht und Freiheit wieder herzustellen und neuen Umwalzungen vorzubeugen, haben ihre Kraft, indem sie zugleich den revolutionaren Geist bandigten, und indem die Revolution selbst entfremdeten Rechte geschopft. (Sensation.) Dagegen waren diejenigen machtlos, welche dieses Recht in einer Contrerevolution suchten. (Bravo.) Wenn seit zwei Jahren etwas Gutes gethan wurde, so muß man es vorzüglich dem Prinzip der Volkswahl zuschreiben, welche auf einfachen und sichern Conditionen am wirklichen und unbestreibaren Recht hervorgehen ließ. Sagen wir es laut: die grosen Prinzipien, die edelsten Leidenschaften wie Rechtlichkeit und Uneigennützigkeit sind es, welche die Gesellschaft retten, und nicht die Spekulationen der Gewalt und des Zufalls. Dank sei es der Anwendung dieser Prinzipien, wir konnen heute einen Schritt weiter thun, besser noch als in den vergangenen, den Fortschritt sichern. Der Gemeinderath von Paris hat Recht, wenn er auf die Regierung in allem zählt, was die Lage von Paris gedeihlicher machen kann, denn diese Stadt ist das Herz Frankreichs, und alle ihr angenommenen nutzlichen Verbesserungen tragen nachher zum allgemeinen Wohl bei. Nehmen Sie also, meine Herren, nebst meinem Danke meine Wünsche für das Wohl der Stadt Paris hin. Wenden wir alle unsere Bestrebungen daran, die grose Stadt zu verschonern, die Lage ihrer Bewohner zu verbessern, und dafür über ihre wahren Interessen aufzuklaren. Wir wollen neue Strasen bauen, den Gesundheitszustand der volksreichen Quartiere, denen es an Licht und Luft gebricht, verbessern, und dem wohlthatigen Sonnenschein überall Zutritt in unsere Mauern verschaffen, wie dem Licht der Wahrheit in unsere Herzen. (Bravo, brave, boch der Präsident!) Auf das Wohl der Stadt Paris!

Neuestes.

* Würzburg, 18. Dez. Die von uns gestern mitgetheilte Nachricht, wornach die bei den Exzessen im „Römischen Kaiser“ betheiligten nun freigesprochenen Militärangehörigen verdonnert, den erfolgten Schaden zu ersetzen, haben wir dahin zu berichtigen, daß den Beschädigten nun der Weg der Civilklage offen steht, um zum Ersatze des erlittenen Schadens zu gelangen. — Oberst Becker vom 9. Infanterie-Regiment wurde pensionirt.

Frankfurt, 16. Dez. Aus einem Theile Kurhessens sind hier Berichte über das Betragen eines Landwehrbataillons eingelaufen, die bestätigen, was und ganz in derselben Weise früher schon aus Rastatt, Karlsruhe, Bühl und andern von den preußischen Truppen inne gehaben badischen Orten gemeldet wurde, und was sonach die „Sast für die Zukunft“, welche nach dem Ausdrucke Berliner Blätter in diesen Gegenden von den Preußen zurückgelassen worden sein soll, und welche, offenbar in Folge einer allgemeinen Verabredung nicht nur in den Betten, sondern auch in den Eß- und Kochgeschirren am Morgen nach dem Abmarsche sich deponirt fand, ein höchst schmu-

tige genannt werden muß. Weiter von der Sache zu sprechen, verbietet der Anstand. (K. Z.)

Frankfurt, 17. Dez. Graf v. Rechberg ist gestern von Ratenburg hier angekommen, und wird dem Vernehmen nach heute Abend schon nach Wien weiter reisen. (K. Z.)

Karlsruhe, 16. Dez. Die seit längerer Zeit schwebende Frage, wegen der Besetzung der Festung Rastatt durch Bundestruppen ist nun erledigt. Das Ministerium Mazet verschmäht es, den bundesgetreuen Staaten und insbesondere der k. öster. Regierung gegenüber, den absurden Satz, welcher unter dem Ministerium Klüber erdacht worden ist, aufzustellen und festzuhalten: Die Festung eines Landes, aber welches seit 1½ Jahren der Kriegszustand ohne Unterbrechung verhängt ist, befinde sich demnach nicht im Kriegszustande, weil die damalige preuß. Besatzung in Rastatt nur die Friedensstärke hatte; d. h. wohl, weil die Soldaten lieber auf dem Lande und in andern Städten, als in der Festung Rastatt garnisonirten. Im Kriegszustande hat Oesterreich ein Belagungsrecht in Rastatt; wir bedauern im Interesse unseres Landes, das Oesterreich sowohl in der Ausübung seines Rechts so langmüthig abhalten ließ. In Folge neuesten Abschlusses wird nun Oesterreich die Bundesfestung Rastatt mit 2,500 Mann besetzen, und Baden mit einer verhältnißmäßigen Anzahl seiner Truppen dabei mitwirken, wie dies bei der Bundesbesatzung vom Jahre 1842 angibt. Seit Baden bei Oesterreich Schritte gethan, wodurch das Gebiet des Ministeriums Klüber-Marschall und seiner Organe dasvonirt ist, haben sich diese erfreulichen Resultate ergeben. Einer aus Wien hier eingetroffenen Depesche zufolge wird die k. k. Regierung die durch Traktate geschcrte Souveränität Badens schützen, sobald auch Baden sich wieder auf den gradgesetzlichen Boden des Bundesrechts stellt. Prinz Friedrich begibt sich mit seinem Stab nach Freiburg. (K. Z.)

Rotenburg, 15. Dez. Es ist anzuführen, daß die Bundestruppen wieder eine Bewegung vorwärts machten. General von Haidbrouer rückte von Marburg, wo ein Bataillon zur Besatzung bleibt, nach Oberkerg, halbwegs Cyriax, und trifft morgen in letzterer Stadt, 5 Stunden diesseits Kassel, ein. General du Ponteil ist gleichzeitig nach Morschen und Messungen vorgerückt, so daß die Straßen von Marburg und Fulda gegen Kassel auf gleicher Höhe von den Bundestruppen besetzt sind, und diese nur noch einen kleinen Tagesmarsch von der Residenz entfernt sind. Das Hauptquartier ist vorerst noch hier geblieben. Fürst Taxis wohnte mit seinem Stabe heute dem katholischen Gottesdienste in der Schloßkapelle bei. Mittags waren die Grafen Rechberg und Leiningen bei ihm zur Tafel. Die Regimentsmusik spielte vor dem Schlosse, um welches sich viele Einwohner versammelt hatten. (Fr. O.-Z.)

Freiburg, 16. Dez. Gestern Abend sind über 1500 Mann Bayern eingerückt.

Wien, 13. Dez. Wir sind in der Lage, aus guter Quelle die Aufgabe der Ministerialconferenzen zu Dresden bestimmt dahin angeben zu können, daß eine Verbesserung der Grundgesetze des Bundes durch dieselben herbeigeführt werden soll. Die Grundgesetze, von welchen diese Konferenzen ausgehen werden, sind erstens verneinlich, daß der Deutsche Bund unauflöslich ist; — zweitens, daß seine bisherigen Grundgesetze bis zu dem Augenblick, als die Revision vollendet sein wird, unverbrüchlich gelten; — drittens, daß eine starke Vertretung der Interessen der Gesammtheit nach Innen wie nach Außen geschaffen werden soll; — viertens, daß die Ergebnisse der Konferenzen nach Vorschrift des vierten Artikels der Schlußakte von der Gesammtheit der deutschen Bundesstaaten sanktionirt werden müssen. Darauf wird die neue Bundeszentralbehörde bestellt werden, welche dann sofort die Promulgation der revidirten Grundgesetze vornimmt. (K. Z.)

D. T. Kassel, 17. Dez. Gestern Abend sind die Herren Feldmarschalllieutenant Graf von Leiningen Generallieutenant v. Puecher der eingetroffen. (Fr. O.-Z.)

Schwurgerichtsverhandlungen.

IX.

Würzburg, 13. Dez. Heute wurde ein zweiter Fall bei verschlossenen Thüren verhandelt. In der Kammer der Dienstmagd Sara Herrman von Kleinerdstadt wurden am 13. Aug. d. J. Spuren des Verbrechens bemerkt, daß dieselbe kurze Zeit erst geboren habe, aufgefunden. Dieselbe stellte alles in Abrede, und gab erst dann, als die Hebamme eine Geburt mit Bestimmtheit behauptete, ihr Gestandniß dahin ab, daß sie allerdings ein todtes Kind geboren habe, welches ihr Liebhaber und Vater des todten, Abraham Jakob, Schneidergeselle im Baldpfaster Stadte begraben habe. Derselbe stimmte in seinen Aussagen der Aussage der Angeklagten so ziemlich bei, stellte aber in Abrede als habe er nach Aussage der Hermann, daß Kind durch Zuhalten des Mundes getödtet, eben so leugnete er, als habe er früher der Hermann ein Mittel zum Abortiren gegeben. Der Ausspruch der Geschworenen erkannte Abraham Jakob des nachsten Versuchs des Verbrechens schuldig. Sara Hermann des nachsten Versuchs des Kindsmords, bei Lebensunfähigkeit des Kindes, im Komplex und Fur schuldig. Abraham Jakob wurde ferner noch des entfernten Versuchs der Abtreibung fur schuldig erkannt. Der Gerichtshof sprach über Sara Hermann die gesetzlich bestimmte Strafe von 3 Jahren Arbeitshaus, über Abraham Jakob Kettenstrafe auf, beschloß noch ein Begnadigungsgesuch von Amtswegen fur Letzteren zur Ermäßigung dieser Strafe in zeitlich begrenzte Zuchthausstrafe. Präsident: Appel-Gerichtsrath Graf v. Spreti: Staatsanwalt: Appel-Gerichtsrath Dr. Lotz; Vertheidiger der S. Herrmann: Dr. Feurer, der A. Abraham Jakob: M. Pr. Hanle. Als Geschworne fungirten: Bermuth (Osmann), Deuerlein, Adam, Bauß, Hofmann, Saurr, Markert, Rospach, Reim, Mark, Englert, v. Tubeuf.

Bekanntmachungen.

Freitag den 20. Dez. 1850.
Vormittags 10 Uhr

wird bei der Oekonomie-Commission des kön. 2. Artillerie-Regiments (vulant Zoller) in der alten Kaserne der Dünger von den königlichen Dienstpferden pro November und Dezember öffentlich verstiegert, wozu Kaufliebhaber eingeladen werden.

Würzburg, 17. Dez. 1850.

Die Industrieausstellung aller Nationen und die Leipziger Illustrirte Zeitung.

Die Industrieausstellung aller Nationen soll mit einem Blicke die Quellen des Reichthums der Welt, die Früchte des Unternehmungsgeistes von Jahrhunderten, die tausendfaltige Anwendung der Kunst auf die Gewerbe, und die Wunder der Mechanik und der Chemie, welche des Menschen erfinderischer Geist und sein rastloses Forschen hervorgezaubert aus den Schachten der Wissenschaft, um seine Arbeit zu erleichtern und seine Hilfsmittel zu vergrößern, vor die Augen von Millionen bringen. Sie dient daher Allen als ein Sporn zu erneuten Anstrengungen und bildet den Ausgangspunkt eines großen Wettkampfes, aus welchem das deutsche Volk als Sieger hervorgehen wird.

Darum wachst auch mit jedem Tage die Spannung, welche der großartige Gedanke der Industrieausstellung aller Nationen hervorgerufen hat. Jedermann ist begierig zu erfahren, was nach allen Richtungen hin geschieht: was die Engländer und was die Franzosen vorbereiten? was die Amerikaner zu liefern gedenken? was aus Indien kommen wird? was in unsern Eisen- und Glashütten, Porzellan- und Thonwaarenmanufakturen, Wollen-, Seiden-, Baumwollen- u. Strumpfwaaren-Fabriken, Werkzeug- und Maschinenbau-Anstalten geschieht? wie es mit der Industrieschule, diesem Glanzpunkte, vorwärts geht? wann sie fertig sein, und ob die Ausstellung wirklich ein so großes und schönes Schauspiel der Weltindustrie werden wird, wie man von allen Seiten hort?

Alle diese Fragen will die Leipziger Illustrirte Zeitung beantworten. Sie wird von Woche zu Woche das wachsende Interesse zu befriedigen suchen, das sich an die große Industrieausstellung knüpft, wie sie schon seit Beginn der Vorbereitungen fur dieselbe allwöchentliche Berichte über den Fortgang dieses großartigen Unternehmens gegeben und alle Nachrichten zusammengestellt hat, welche fur den Industriellen, wie fur den Freund der Gewerbe und Künste wissenswerth erscheinen; sie wird nicht nur einen eignen technisch-gebildeten Berichterstatter nach London senden, sondern auch ihre Berichte mit Abbildung der vorzüglichsten Ausstellungsgegenstände begleiten.

Wir sind von der Redaktion der Illustrirten Zeitung ersucht worden, zur vollständigern Erreichung dieses Zwecks alle Industriellen in unserm Leserkreise, welche die Industrieausstellung beschicken wollen, aufzufordern, die Zeichnungen derjenigen Gegenstände an sie einsenden, welche nach London bestimmt, theils durch Neuheit der Construktion, theils durch industriellen Werth im Stande sind, Zeugniß von dem Standpunkte des betreffenden Industriezweiges abzulegen; sie wird dieselben durch ganz besonders hiefur befähigte Künstler in ihrer xylographischen Anstalt unter Leitung Hrn. Ludw. Kreyschmar ausführen lassen, und wird um so größere Sorgfalt auf die Schonheit des Holzschnittes verwenden können, je fruher die Zeichnungen in ihre Hände gelangen. Ja sie wird die Abbildungen von solchen Gegenständen, deren Veröffentlichung dem Interesse der Industrie nicht zuwiderlauft, in der Reihenfolge wie sie eingehen werden, selbst noch vor Eröffnung der Ausstellung erscheinen lassen, um sie fur die Ausstellung fruher eroffnen, als die Pforten des Londoner Industriepalastes sich aufgethan haben.

Es bedarf keines nähern Eingehens in die Vortheile, welche aus einer solchen Veranstaltung fur die Aussteller erwachsen müssen: es wird denselben damit das Mittel geboten, den Zweck, welchen sie mit der Ausstellung ihrer Erzeugnisse verbinden, in noch weiterem Umfange und in erhöhtem Maaße zu erreichen, und während auf der Ausstellung selbst bei der ungeheuren Masse von Erzeugnissen aller Art die Wahrscheinlichkeit eines Uebersehens einzelner Gegenstände naheliegt, werden sie dagegen in jenen Abbildungen und Beschreibungen der Illustrirten Zeitung bei deren Verbreitung in fast allen Landern der Erde zur allgemeinsten Kenntniß gebracht.

Aber auch fur Nichtaussteller werden diese illustrirten Berichte, welche ein Musterbuch der Künste und der Gewerbthätigkeit aller Nationen bilden, die ihre Erzeugnisse der Prüfung und Beschauung ausgesetzt haben, einen hohen Werth haben, von unschatzbarem Interesse sein, indem sie eine Geschichte des Fortschritts der Künste und Gewerbe geben, wie noch kein Volk sie aufzuweisen hat.

Und wenn es nicht Allen vergönnt ist, die Schätze des Industriepalastes selbst in Augenschein zu nehmen, so wird doch die Illustrirte Zeitung Allen den Vortheil bieten, sich die Früchte der Industrieausstellung aller Nationen zuzueignen, indem vom Neujahre 1851 ab und fur die Dauer der Ausstellung ein vierteljähriges Abonnement zu zwei Thaler auf die Illustrirte Zeitung eroffnet werden wird.

Die Redaktion der „Illustrirten Zeitung“.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 101.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreiberhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 303. Würzburg, Donnerstag den 19. Dezember. **1850.**

Einladung zum Abonnement.

Mit dem 1. Januar d. J. beginnt ein neues Abonnement auf die „Bayerische Presse", wir stellen daher das ergebenste Ersuchen an unsere verehrten Leser, recht frühzeitig ihre Bestellungen zu bewerkstelligen. Wir werden auch fernerhin unbeirrt die politischen Tagesfragen im constitutionell-monarchischen Sinne besprechen, und die sich täglich ergebenden Neuigkeiten mit möglichster Wahrheit und Schnelligkeit mittheilen.

Dir amtlichen Nachrichten aus dem Regierungsbezirke von Unterfranken und Aschaffenburg werden wir aus erster Quelle auf das Raschefte und ausführlichste mittheilen.

Die „Bayerische Presse", nebst den wöchentlich zweimal beigegebenen „Ergänzungsblättern" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntage, und kostet in ganz Bayern für das Vierteljahr 1 fl. 30. kr.

Die Expedition der „Bayerischen Presse".

Amtliche Nachrichten.

München, 18. Dez. Se. Maj. der König haben unterm 14. Dez. sich bewogen gefunden, auf die bei der Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern, erfolgter Stelle eines Assessors den Assessor der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg Franz Büttner seiner gestellten Bitte gemäß zu versetzen.

Der Bundestag.

Die ministeriellen Berliner Blätter sind noch immer eifrig bemüht, die Resultate der Dmützer Conferenz als einen vollständigen und principiellen Sieg Preußens über das Bundesrecht darzustellen. Glaubt man diesen Blättern, so hat mit dem Abschlusse der „Dmützer Punktation" die Bundesversammlung bereits aufgehört als solche zu existiren, ihre Competenz in deutschen Dingen ist erloschen und das ersehnte Militärregiment des Dualismus hat sich in Dmütz, statt eigener Machtvollkommenheit, über Deutschland konstituirt. Die Berliner Presse hat dabei ein um so leichteres Spiel, als die unbehimmte und auf Schrauben gestellte Wortfassung jenes Aktenstücke eine sehr verschiedene Deutung zuläßt, je nachdem man die Vorbehalte im Auge behält, welche Oesterreich sich nothwendigerweise dabei gemacht hat oder diese nach Art der Berliner Presse breist ignorirt. Die Künste der christlichen wie mosaischen Theilo der Berliner Presse haben wir schon zu sehr kennen lernen müssen, als daß wir uns dadurch nur einen Augenblick dupiren lassen könnten.

Wir haben es wiederholt ausgesprochen: so lange das Gegentheil nicht positiv bewiesen ist, (und zwar thut dies die Dmützer Punktation noch keineswegs), sind wir durch Treu und Glauben verpflichtet anzunehmen, daß von Oesterreich das Bundesrecht und die Rechtsbeständigkeit des von ihm selbst wieder einberufenen Bundestages festgehalten worden ist. Die Reaktionirung des Bundestages und die Wiedereinsetzung des engern Rathes vom 1. Sept. d. J. war ferner jener positiven Schachzug, die wir nach Belieben vorund wieder zurückthun kann, je nachdem es zweckmäßig erscheint, es war vielmehr ein feierlicher Akt, mit welchem Oesterreich das höchste Gesetz über ganz Deutschland durch Berufung seines Organs wieder in Wirksamkeit setzte, ein Akt, durch den Oesterreich auf das Entschiedste sich selbst gebunden hat. Dir treue Befolgung des Bundesrechtes, die prinzipielle Aufrechterhaltung der alleinigen Competenz der Bundesversammlung zur definitiven und rechtlichen Feststellung der künftigen deutschen Verfassung, sind Dinge, die für Oesterreich nicht mehr von den wechselnden Situationen der Politik abhangig sein konnen, es sind Rechtsverpflichtungen, von deren treuer Erfüllung der ganze moralische Halt Oesterreichs in Deutschland bedingt, für deren treue Erfüllung die staatliche Ehre Oesterreichs und die persönliche Ehre der öster. Staatsmänner den Genossen des deutschen Bundes vor der ganzen Welt auf das Bindendste verpfändet ist. Oesterreich kann heute weder einseitig erklären: ich betrachte die von mir berufene Bundesversammlung nicht mehr als das berechtigte Organ des deutschen Bundestags, noch kann es durch moralischen Zwang und Expressung den Genossen des Bundes, die auf Oesterreichs Ruf und im Vertrauen auf Oesterreichs Aufrichtigkeit und Treue den Bundestag bildeten, dazu nöthigen, durch eine unfreie Abstimmung „freiwillig" auf diese Eigenschaft zu verzichten.

Wohl mag es Manchem, der in dieser Zeit so viele Charaktere brüchig werden sah, die er auf vollem Holze geschnitten wähnte, schwer werden, mit uns in diesem festen Vertrauen auf Treue und Glauben aufzuharren, wenn dieses Vertrauen nicht auch durch äußere Thatsachen unterstützt und begtaubigt wird. Diese Kleingläubigen können wir damit beruhigen, daß es an solchen Thatsachen keineswegs mehr völlig gebricht. Aus der Zahl entstellter Mittheilung und Interpretationen hat sich bereits eine Nachricht emporgehoben, die über alles Andere ein helles Licht verbreitet! die unwidersprochene Nachricht nämlich, daß Oesterreich die Fortdauer der Bundesversammlung über die Dauer der Dresdener Conferenzen hinaus in Dmütz ausdrücklich vorbehalten hat. Die Forderung Preußens, die „Conferenzen" an die Stelle des Bundestags treten zu lassen, ist demnach nicht zugestanden. Darin aber liegt der ganze Kern der Frage. Wer aber auch für die Wahrheit dieser Nachricht noch eines Beweises bedarf, der findet ihn in der preußischen Denkschrift zur Erläuterung der Dmützer Punktation; zwar nicht in dem was sie sagt, wohl aber in dem was sie nicht sagt. Prüfen wir wir nämlich diese Denkschrift genau, so finden wir auch nicht ein Wort, daß an ein Aufgeben des Bundestages hindeutete. Hätte man wirklich behaupten konnen, Preußen habe zu Dmütz einen principiellen Sieg über das Bundesrecht davon getragen, so wurde man dies mit bittern Worten ausgesprochen und zum ergiebigen Hauptthema der ganzen Denkschrift benutzt haben. Daß man es nicht gethan, ist der schlagendste Beweis, daß man es nicht konnte. Die langgewundenen Ausführungen dieser preußischen Darstellung lassen sich auf den einfachen Satz zurückführen: Oesterreich hat in Dmütz seine Verwendung beim Bundestag zugesagt, daß es Preußen gestattet werde, an der Bundestagsexecution in Kurhessen und Holstein theilzunehmen, bevor es noch den Bundestag als solchen anerkannt und seinen Sitz in demselben wieder eingenommen habe.

Deutschland.

München, 17. Dez. Ich breite mich Sie zu benachrichtigen, daß heute Nachmittags der königl. Staatsminister Dr. v. d. Pforden in längerer Audienz das Beglaubigungsschreiben als Bevollmächtigter Bayerns bei den freien Conferenzen aus den Handen Sr. Maj. des Königs empfing. Staatsminister v. d. Pforden wird nachsten Sonnabend hier abreisen, und von dem geheimen Legationsrath Karl Maria Frhr. v. Kreitn, einem gebrimen Ministerialsekretär und einem diplomatischen Eleven begleitet werden. Die Einberufung der Kammern findet erst dann statt, wenn ein Resultat durch die Dresdener Berathungen erzielt ist. — Der seitherige französische Gesandte zu Athen, Dr. Thouvenel, welcher bekanntlich als bevollmachtigter Minister an den hiesigen Hof versetzt wurde, ist heute Morgens, von Paris kommend, hier eingetroffen und hat schon im Laufe des Nachmittags bei dem l. Minister Dr. v. d. Pforden und bei den meisten hier beglaubigten auswartigen Gesandten seine Aufwartung gemacht.

— Der nunmehrige Generalmajor und Festungskommandant von Ulm, v. Ermath, verweilt gegenwärtig hier, und hat heute Sr. Maj. dem König die Aufwartung gemacht. — Neuern Befehlen zufolge haben sammtliche Truppen des zwischen Bamberg und Hof aufgestellten ersten Armeekorps in die Garnisonen zurückkehren, wofelbst der größte Theil der Mannschaft, bei der Infanterie bis auf 50 Mann per Compagnie, in Urlaub zu entlassen ist. Einzelne Abtheilungen dursen schon morgen den Rückmarsch antreten. Die Infanterie wird, soweit thunlich, mit der Eisenbahn zurückbefordert werden, die Cavallerie und theilweise die Artillerie auf den Landstrassen zurückkehren.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 17. Dez. Fast täglich ziehen königl. preußische Truppen durch Kassel zurück in ihre Heimath; jedoch die hiesige Besatzung vermindert sich nicht. Die Mannschaft, Linie und Landwehr,

ist herzlich froh, daß es nicht zum Bruderkampfe gekommen ist. Man kann sich jenen Augenblick davon überzeugen, daß die Nachrichten, welche die Gothaer Parteiblätter über den Kampfeshurst der preuß. Armee ausstreuen, nur Mährchen sind. Bundestruppen haben Kassel noch nicht betreten, aber Alles, was man über dieselben hört, scheint wie Boden zu Gelegenheit, Leute aus den Ortschaften zu sprechen, wo sie im Quartier liegen,) bewusst, daß die Neuheiten das Betragen der Bundestruppen schmachvoll verleumdet haben. Die Quartiergeber sind erstaunt über das gesittete Benehmen jener Truppen. Auch das Wehegeschrei der Miether erstreckt, daß der hiesige Stadtrath seinen Entschluß, auch sie mit Einquartierung zu belasten, zurückgenommen.

(K. Z.)

Kassel, 17. Dez. Der Einmarsch der k. k. österreichischen Truppen wird heute erwartet. Gestern sind dieselben bis Wabern und Gudensberg gekommen. — So eben, um 12 Uhr Mittags, trifft eine Abtheilung königl. preußischer Armeegendarmerie von Berlin hier ein, welche auch zur Staatswache für den königl. preußischen Generalliieutenant v. Prueker bestimmt ist. Auch rückte das königl. preußische 5. Ulanenregiment heute hier ein, und wurde auf die umliegenden Dörfer verlegt, soll Zierod, den Bernehmen nach, weitergehen.

(K. P.-Z.)

Rotenburg, 16. Dez. Die Bundestruppen dehnen ihre Cantonnirungen immer weiter westwärts aus. Der hiesige und nach Morschen und Melsungen vorgegangenen Brigade du Ponteil rückt morgen die Brigade v. Haller nach. Sie geht an diesem Tage bis an die preußische Etappenlinie gegen Hersfeld und übermorgen (18. d. M.) bis Bebra vor, wohin auch das Hauptquartier der Division Zandow von Hünfeld kommt. Die zu Fulda und Umgegend stehende Division Lesuire erstreckt dagegen ihre Cantonnirungen bis Hünfeld. Der Bundescommissär Graf Leiningen hat sich heute, wie man vermuthet, zu einer Besprechung mit dem preußischen Commissär Generallieutenant v. Prueker, nach Kassel begeben. Gestern kam der thüringische Eisenbahnzug fünf Stunden zu spät, statt Nachmittags um 3 Uhr, erst Abends um 8 Uhr hier an. Ein Unfall, der ihn bei Gotha begegnet und wodurch mehrere Menschen beschädigt worden sein sollen, durch Aufeinanderstoßen von Wagen, war daran Schuld.

(K. Z.)

Rotenburg, 16. Dez. Nachm. um 11. d. Mts. der Bundestruppen dahier eingerückt, überschritt der Bundescommissär Graf von Rechberg gegen das hiesige Obergericht alsbald zu den bereits anderwärts angewendeten Exekutionsmaßregeln. Zunächst erließ derselbe ein Mandat, wonin er in Betreff der Stempelerhebung eine Frist von zweimal 24 Stunden setzte, und erst nachdem dieselbe fruchtlos verstrichen, erhielt der Obergerichts-Director 25, jeder Assessor und Secretär des Obergerichtscollegiums aber 16 Mann Exekutionstruppen. Darauf haben denn sämmtliche ihre Entlassung eingereicht, mit alleiniger Ausnahme des Assessors Klingenber und des dermalen noch Hanau kommittirten Obergerichtsraths Pfeiffer, welche beide von Anfang an mit den übrigen dissentirten.

(K. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 15. Dez. Gestern ist ein Armeebefehl hier eingetroffen, dem zufolge alle Preußen, die darauf bestehen, in ihre Heimath zurückzukehren, freie Fahrt, Reisegeld und Sold ihrer Uniformen, die sie ablieferen müssen, abgelegte Monturen zur Bekleidung erhalten. Offiziere bekommen 50 Mk. (20 Rthlr.), Unteroffiziere und Gemeine 5 Mk. (2 Rthlr.) Reisegeld. Die Unteroffiziere sind mit Recht ungehalten, über die Geringfügigkeit dieser Abfindungssumme, die ihnen eine im Vergleich mit ihren Chefs außerordentliche Genügsamkeit und Bescheidenheit zumuthet. Bereits fangen die Schaaren derselben die nach dem Inlande gehenden Eisenbahnzüge zu füllen an. Um diesen Ausfall zu decken, müssen die Unteroffiziere in unserer Armee viel sparsamer verwendet und jedem einzelnen eine viel stärkere Mannschaft dergestalt anvertraut werden, als bisher. Zunächsten haben zahlreiche Versetzungen von Fahnrichen und Feldwebeln zu hoheren militairischen Graden stattfinden müssen.

Frankfurt, 14. Dez. (Die Dresdener Conferenzen.) Der hauptsächlichste Gegenstand der Berathung der Dresdener Conferenzen wird die Constituirung Deutschlands betreffen. Er begreift die zwei schwierigen Fragen der Reorganisation der Heeren des Bundes und der Stellung Preußens darin und die Frage der Einzelverfassungen der Bundesglieder. Bevor wir auf beides eingehen, müssen wir Einiges über den Charakter des deutschen Constitutionalismus im Allgemeinen voranschicken. Wir werden dadurch den richtigen Standpunkt erlangen, von dem wir bei unsern Ansichten und Folgerungen ausgehen. Dabei werden auch einige praktische Vorschläge hier zur Sprache weiter bringen, als die Ausstrennung schon zugestandener Doctrinen. Wir sind große Bewunderer der englischen Staatsverfassung, und wurden es für ein brennbenswertes Glud halten, wenn sich die englischen Staatseinrichtungen sammt und sonders auf deutschen Boden verpflanzen liessen. Bon dem deutschen Constitutionalismus, wie er entstanden und zeit bestehet, namentlich während der drei letzten Jahren seine Wirkungen geäußert, haben wir dagegen eine andere Meinung. Er hat mit dem englischen Verfassungswesen wenig gemein, und scheint nur erfunden, um, was in dem deutschen Volke noch Gutes vorhanden, vollständig herauszutreiben. „Ein Spott, das seine Bergangenheit nicht hat, das der Geschichte fremde, kann auch keine Zukunft mehr haben." Die englische Verfassung ist die Geschichte des englischen Volks; ihr Ergebniß ist die Ausgleichung und Versöhnung nach langem Kampfe zwischen den Hauptelementen des germanischen Lebens. Was das politische Genie des verbrüderten Machtwerk (in den Gemeinden und Grafschaften) der Angelsachsen-verfassung erkannte, und die nach ihm in der Vertheilung der Staatsgewalt auf Monarchie, Aristokratie und Demokratie beruht, hat sich in England durch die Praxis entwickelt und bewährt. Hierin liegt das eigentliche Geheimniß der englischen Constitution, nicht in der ausgeschriebenen Lehre von der Vertheilung der Gewalten in gesetzgebende, richterliche und vollziehende, in der man bei und den Knotenpunkt aller papiernen Constitutionen sucht und aus der man das weitere Unheil einer Doctrin von einem aller historischen Basis entbehrenden demokratisch-constitutionellen Königthum geschöpft hat. Die Engländer kennen eine Verfassung sich erobern, weil sie stets an ihrem angestammten Rechte, welches sie kannte in der sich entfaltenden Freiheit entwickelt, festhielten, weil sie religiös tüchtig blieben, bei ihren politischen Kämpfen beinahe nie von abstracten Theorien und leichten Philosophemen ausgingen, immer nur das Praktische, von der Lage der Verhältnisse Gebotene im Auge behielten, und baben stets zur Verbindung, Vereinbarung und wechselseitiger Nachgiebigkeit hinneigten. Der constitutionelle Recht Englands beruht daher auf Ausgleichung der verschiedenen Interessen und Gewalten, auf Anerkennung erworbener Rechte. Von allem dem ist bei uns Deutschen nichts vorhanden. Schon zur Zeit, als man das römische Recht an die Stelle der nationalen setzte, begann man an der deutschen Vergangenheit zu rütteln. Also der freisinnige Krieg, was die französische Revolution noch allenfalls zurückgelassen, dem soll durch den Constitutionalismus, so wie man ihn zu nehmen gewohnt ist, der letzte Stoß gegeben werden. Unserm constitutionellen und parlamentarischen Leben fehlen also die nöthigen historischen Unterlagen, jene Institute und Einrichtungen, von denen die parlamentarische Verfassung in England nur die allmälig aus ihnen herausgewachsene Spitze ist. Der deutsche Constitutionalismus ist das Ergebniß der Theorie, ohne einen wirklich angebornen Sinn dafür in der Masse des Volks. Die Beinepien sind abgeborgt von den Franzosen, wie diese ihrem die Erschütterungen des englischen und amerikanischen Verfassungswesen verstanden und ist sehr irrig aufgefaßt haben. Daneben treibt noch ein wiederwärtiger Philanthropismus ein verderbliches Spiel. Nach irgend einem Verfassungsthema sollen freie Institutionen, zuletzt auch Gleichheit und Brüderlichkeit, abstracte philanthropische Zustände in das Volk hineinorganisirt, d. h. vermittelst Schaffung einer liberalisirenden Beamtenhierarchie dem Volk plötzlich eingetrichtert werden; wobei dann naturlich auch das Resultat ausfiel. Kostbarste in Wissenschaft, Philosophie, Katheder- Compendienweisheit mit zu Rathe gezogen und benutzt sein wollen. Man vergleiche einmal die Art und Weise, wie der Engländer über schwierige constitutionelle Fragen zu einem Urtheil gelangt, mit dem von uns eingeschlagenen Weg. Der Engländer fragt sich vor allem, wie haben die Borfahren zu gleichen Fragen gestanden, er sucht nach Precedents in den Jahrbuchern der Parlamentsgeschichte, und geben diese keinen hinlänglichen Anhaltspunkt, so kommt er aus positiven, praktischen, aus dem Wesen der Sache entspringenden Gründen zu einem eben so praktischen Schluß ums Continentalen dagegen bleibt nur der Weg übrig, aus Principien, wie sie die Doctrin gewonnen worden, mit Hilfe wissenschaftlicher Consequenz zu einem Urtheil zu gelangen. Dieser Weg hat das Schlimme, daß er oft eine große Variation verschiedener Meinungen zuläßt, je nachdem eben verschiedene, theoretische Ansichten bei dem Raisonnement zu Grunde gelegt werden. Zudem ist diese abstracte Art des Raisonnirens in den meisten Fällen wissenschaftlich unbefriedigend, sinnlich; das Volk selbst versteht wenig davon; es wird von den verschiedenen sich durchkreuzenden Meinungen hin- und hergerissen und dadurch immer charakterloser, unfähig irgend eine Gesinnung auf die Dauer festzuhalten. Eine große Verwirrung der Begriffe wird hervorgerufen, und man befindet sich dann bei seinen Ansichten in Gallimathias, ja gerathen. Machen wir das Gesagte durch einen praktischen Fall klarer. Gesetzt es wäre die Möglichkeit, wie sie nun allerdings nach den Verhältnissen nicht vorhanden ist, es läge dem englischen Parlament die Frage vor: ob ihm das Recht zustehe, sämmtliche Steuern der Regierung zu verweigern, das Land mit einem allgemeinen Steuerverweigerungskrieg zu überziehen, wie unter die parlamentarischen Precedents vor allem herlagen, ohne Rücksicht auf irgend eine theoretisch constitutionelles Princip, und da würde man finden, daß das Parlament in frühern Jahrhunderten zwar häufig einzelne Steuern verweigert hat, daß aber nie eine allgemeine Steuerverweigerung vorgekommen, daß also ein solches einer historischen, auf der frühern verschiedenen Natur der Steuern entspringenden Rechtsgrund fur sich hat. Würde man sich damit nicht begnügen, so würde man die gegebenen politischen, socialen, merkantilen, überhaupt geschichtlichen Verhältnisse, wie sie sich entwickelten, als Basis eines weitern Raisonnements zu Grunde legen, und damit durch reale Gründe zu bestimmten Folgen, welche eine solche Steuerverweigerung mit sich führen müßte, zu dem Schlusse kommen, daß dieselbe sich nicht rechtfertigen lasse. Bei uns dagegen verfährt man, wie wir wissen, ganz anders, um die Frage zu entscheiden. Man geht von dem constitutionellen Princip des Rechtes aus, das Standekammern das Recht zur Steuerbewilligung besitzen, und gelangt mit Hilfe einer großen Logik und wissenschaftlicher Deduktion zu dem Schlusse, daß der Vertretern des Volks eine allgemeine Steuerverweigerung zustehe. Die Gegner berechnen dann ihre Gründe, wenn sie überhaupt dazu kommen, nicht mehr auf dem Gebiete der praktischen Politik, sondern auf dem der theoretischen Staatswissenschaft, und so kommt es, daß die Vertreter der deutschen Stände den Ständen selbst, ihren Committenten, nicht mehr wie, wie wir wissen, ganz anders, um die Frage zu entscheiden. Man geht von dem constitutionellen Princip

chen Gründe. Da bleibt allenfalls noch übrig, auf der „Natur der modernen Monarchie“ gegen die Steuerverweigerungstheorie, eine andere phrasenreiche Meinungsäußerung zu bringen, die jedoch weder für das Volk verständlich ist, noch für die Buchstabenjurisprudenz unserer Richter einen Werth hat. Wie vermochten noch manches andere aus der neuesten Geschichte gezogene Beispiel als Beleg dafür anzuführen, welche große Nachtheile daraus liegen, daß der Konstitutionalismus in den Staaten, deren Gouvernente nicht auf breiter Unterlagen besteht, welche ihm in dem Lande seines Ursprunge Festigkeit, Sicherheit und Heilsamkeit gewähren. Wir hatten die Absicht, das Mißliche und Schwierige des continentalen Konstitutionalismus hervorzuheben. Die Nächstsein macht sich die Mehrzahl gar schon aus; von den Schattenseiten sind gar wenige durchdrungen.

(A. D. Z.)

Karlsruhe, 15 Dez. Gestern hat die erste Kammer unserer Ständeversammlung auf die Motion des geh. Rathes von Hirscher, die Interessen der Selbstständigkeit und gesegneten Wirksamkeit der katholischen Kirche des Großherzogthums betreffend, berathen. Der Commissionsbericht, erstattet von dem Hofrath Jopft, ging auf eine im Sinne des Motionsstellers zu erlassende Adresse an den Großherzog, nämlich ohne Bezug eine Commission niederzusetzen, um im Einvernehmen mit dem erzbischöflichen Ordinariate diejenigen Gesetze neuer Bestimmungen unterwerfen, wodurch der katholischen Kirche die gebührende Selbstständigkeit und Möglichkeit einer für den Staat selbst ersprießlichen vollen Wirksamkeit eingeräumt wird, vor Allem aber dahin wirken zu lassen, daß dem erzbischöflichen Ordinariate aus dem bereiten Kirchenvermögen die Mittel angewiesen werden, um in kürzester Zeit mit den dringend nöthigen Einrichtungen zur kirchlichen Erziehung der künftigen katholischen Geistlichkeit vorsehreiten zu können. Die Kammer trat einstimmig dem Antrage der Commission bei; die Regierung wendete dagegen nichts ein.

(Köln. Z.)

Stuttgart, 16. Dez. Von Morgen wird wiederum eine Beurlaubung der Infanterie eintreten, diesmal in ausgedehnterem Maße, als die beiden letzten Male, indem von jeder Kompagnie beinahe 50 Mann beurlaubt werden, und somit der gewöhnliche kleine Friedensstand hierdurch hergestellt wird.

Leipzig, 13. Dez. Gegenwärtig circulirt hier eine Petition von Geistlichen und Schullehrern an den König, welche den Zweck hat, den König um Zurückziehung des Gesetzes über die Kanonikalsitzungen oder um die Verweigerung der Sanction desselben zu bitten.

(D. R. Z.)

Weimar, 12. Dez. Die konstitutionelle Correspondenz aus Berlin vom 11. Dez. hat zu unserer allgemeinen Verwunderung mit einem Male eine Doctrin an das Licht gestellt, die sur uns Thüringer völlig neu war. Bisher hatte man uns erzählt, daß die preußischen Bestrebungen der letzten 2 Jahre lediglich nur darauf hinausgelaufen, die kleineren Staaten gegen die Uebergriffe Bayerns, Sachsens und Hannovers zu schützen, und nun, da dieser edle Zweck durch die Anknüpfung der Union sein Ziel erreicht hat, nun lesen wir mit Staunen in obengemeldeter minsteriellen Correspondenz, daß „die frei den kleinen Staaten verliehe ist“ und „daß es ganz unmöglich sei, neuen Bewegungen vorzubeugen, wenn die Menge konstitutioneller Regierungen wieder eingerichtet werde.“

Wien, 13. Dez. Marschall Radetzky hat seine Rückkehr nach Italien auf den Anfang nächster Woche bestimmt. Er wird zugleich Oberbringer des politischen Statuts für die Lombardei und Venedig sein. Dasselbe soll wesentlich der Feder des Grafen Hartegg zu danken sein, welcher bekanntlich lange Jahre Gouverneur der Provinzen war, und die genaueste Kenntniß ihrer Bedürfnisse und Interessen hat. Dabei sind die Einsichte Radetzky's von der wohlthätigsten Art gewesen, und der greise Held hat Milde, Versöhnung, Vergebung dringend empfohlen. Mailand wird wieder zum Sitz der Regierung erhoben, da Verona topographisch zu ungünstig liegt, dahse soll es Wasserwerke von ersten Range werden und neue Forts Festungswerke erhalten. Detachirte Forts werden sich lange der Etsenbahn des Mantua hinzuziehen und so die Verbindung mit diesem Bollwerke des öster. Italiens herstellen. Auf dem Gardasee wird eine kleine Kriegsflottille, bestehend in Kanonenboten und bewaffneten Dampfern, hergestellt. Arbeiten werden nach dem Frühjahr in Langersee vor, zunächst um den Schmuggel aus Piemont und der Schweiz zu steuern. — Die Einberufungspatente für die Landtage der deutschen Kronländer sind zuverlässig mit Anfang des Jahres zu erwarten. — Der neue Zolltarif besteht sich bereits in der Circulation und wird mit nächster Woche zur Oeffentlichkeit gelangen. Die nun faß allerwärts konstituirten Handels- und Gewerbeklammern werden Aufforderungen erhalten, ihre Gutachten darüber abzugeben. Von dem Gedanken, Abgeordnete derselben zu einer Art industriellen Parlamente her zu versammeln, ist man abgekommen. Die eingehenden Gutachten wird die Regierung in gewissenhafte Erwägung ziehen und dann erst den Entwurf als Gesetz verlinden. — Das neue Theatergesetz hat den sogenannten politischen Tendenzstücken, wovon die Vorstadtbühne ebenso sehr auf Kosten des guten Geschmacks als des gesunden Menschenverstandes eine formliche Fabrik angelegt hatte, ein Ende gemacht, und Raimund's ebenso sinnige als poetische Zaubermärchen erleben das Fest ihrer Wiederauferstehung.

(K. Z.)

Berlin, 12. Dez. Zu den wichtigsten Folgen der Olmützer-Conferenz gehört vorzüglich der Einbruch, welchen dieselbe auf die wichtige Großmacht Rußlands gemacht hat. Ob uns gleich noch nicht von allen Seiten die weitere oder gar erschöpfende Erklärungen darüber auf officiellem Wege eingelaufen sein können, so steht es sich doch, daß jener Eindruck im Allgemeinen als ein sehr günstiger zu betrachten ist. Damit klärt sich wenigstens für den Augenblick der politische Horizont sehr auf, und einzelne noch schwebende Fragen können somit auch nicht als ein ausfteigendes Gewölk, sondern nur als leichte Nebelstreifen betrachtet werden. Für solche gelten dem Diplomaten auch nur die in diesem Augenblick zur Veranlassung einer lebhaften Conversweglicht und weiterer Auseinandersetzungen angeordneten Erklärungen des britischen Cabinets in Beziehung auf die schleswig-holsteinische Pacification Angelegenheit. Im Allgemeinen sieht die Sache sur den Augenblick so, daß man von englischer Seite es lebhaft zu bezweifeln scheint, wie Oesterreich und Preußen durch die gewisse mildere Form und Abfindung von Commissären zum Zwecke gelangen können. Wir müssen es offenbergig gestehen, daß dieser Zweifel nach den neuesten halboffiziellen Berichten aus Holstein sestere Anknüpfungspunkte erhält, und auf jeden Fall eine sehr genaue Bekanntschaft mit den innern Verhältnissen der Stattsbeamtenschaft und den Elementen, die sich in ihnen wieder neue Geltung verschafft haben, voraussetzen läßt. — Was unsere innere Verhältnisse anbetrifft, so führt die Bewegungsbartei fort, unserem Ministerium nicht blos die Vertagung der Kammern, sondern auch besonders den Umstand zum Vorwurf zu machen, daß in den letzten Tagen viel Wichtiges geschehen ist, ohne von der Regierung mittelbar ohne angstliche Verschichtigung der constitutionellen Formen, oder mit anderen Worten, ohne vorher die Bewilligung einzuholen, umfassende und bindende Stipulationen festgestellt worden sind. Von anderer Seite hore aber redlicht man gerade in diesem Selbstständigen Handeln nicht allein die bereits gewonnene große Kraftigung gegen das Jahre 1848 schon fast aus der Hand gegeben Macht, sondern auch ein großes Vertrauen derselben auf die Mittel der schon langst gewonnenen Ueberzeugung, daß nur in dem weder einzuschlagenden Wege der Verständigungs-Politik gegenüber den gemeinschaftlichen Gegnern das Recht und die Ehre und der Ruhm Preußens und Deutschlands zu suchen und zu erlangen ist, die nöthige Geltung zu verschaffen.

(Kl.)

Berlin, 15. Dez. Nach der Olmützer Punctation sollte bekanntlich ein Bataillon Preußen auch ferner Kassel zugleich mit den Oesterreichertruppen besetzt halten, wenn der Kurfurst hierein willige. Es soll jedoch diese Einwilligung in Wilhelmsbad große Schwierigkeiten finden, und es dürfte in Folge dessen Preußen von seinem Verlangen Abstand nehmen. Die Wiederaufnahme der officiellen Beziehungen zu der kurfürstlichen Regierung wird hierdurch in Hinsicht erfahren. Herr v. Dornberg, der frühere kurhessische Gesandte, tehrt in diesen Tagen hierher zurück, versteht ohne amtlichen Charakter; seine neue Accreditirung wird jedoch wahrscheinlich binnen kurzem erfolgen.

(K. Z.)

Berlin, 16. Dez. Die „D. Ref.“ weist in ihrem Artikel besonders auf eine Aeußerung der ministeriellen „Oest. Reichszeitung“ hin, welche im Wesentlichen besagt: „die Mittelstaaten beklagen sich, weil ihre relative Wichtigkeit verringert wird; aber sie haben Unrecht im eigenen wohlverstandenen Interesse. Diese Staaten müssen nur einen Zweck verfolgen, nemlich die Bewahrung ihrer Selbstständigkeit, und je weniger sie in die Ereignisse eingreifen schrienen, um so sicherer sind sie. Die Einigkeit der beiden Großmächte schützt sie; der Sieg der einen oder der andern hatte das Gleichgewicht in bedenklicher Weise verrücken können.“

— Se. Maj. der König werden am Mittwoch den 18. d. M. die Residenz nach Charlottenburg verlegen.

— Heute Abend 6Uhr trift der Ministerrath zusammen.

— In wohlunterrichteten Kreisen glaubt man, daß die Kammern unmittelbar nach ihrem Wiederzusammentritt am 3. f. M. eine kön. Botschaft über die Olmützer Punktation und die aus derselben hervorgegangenen „freien Conferenzen“ zugehen werden.

— Oesterreich wird auf den „freien Conferenzen“ nicht durch den Unterstaatssekretär Werner, sondern durch den Grafen Buol-Schauenstein vertreten werden. Dieser Wechsel der Personen scheint hier mit Befriedigung aufgenommen worden zu sein. Graf Buol ist ein Verwandter des Baron von Meysendorff, des russischen Gesandten in Wien.

— Der Eröffnung der freien Conferenzen werden sicherem Vernehmen nach sowohl Fürst Schwarzenberg als Hr. v. Manteuffel beiwohnen. — Auf den Conferenzen wird die Stellung Preußens gegen die Bundesregierung durch Hrn. Hassenpflug vertreten werden.

— Die auf Grund der Olmützer Punktation nach Kassel gesandten Commissarien, Graf v. Leiningen und General v. Peucker, sind nicht, wie andere Blätter berichten, dazu bestimmt, nach Erledigung dieses Auftrages auch das Commissoriam in den Herzogthümern zu übernehmen. Die Ernennung desfallsiger Commissarien dürfte in Kürze erfolgen.

(N. Pr. Z.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, 10. Dez. Nirgends blickt man vielleicht mit solcher Spannung auf die Bewegungen und Ereignisse Deutschlands, wie bei uns in der Schweiz. Es herrscht bei allen Parteien die Ahnung, es werde die Zukunft der Schweiz von der Gestaltung Deutschlands abhängen. Denn fast überall in unserem Vaterlande verbreitet sich die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit unserer gegenwärtigen Zustände. Wie ich Ihnen schon wiederholt geschrieben habe, paßt die gegenwärtige Bundesverfassung weder zu unseren heutigen Kräften, noch zu unseren geschichtlichen Ueberlieferungen, noch zu unsern völkerrechtlichen Verhältnissen. Sie ist Anomalie, unter welcher Alles leidet. Allein heute Deutschland wieder fest und bleibend organisirt ist, kann man nicht erwarten, daß man zu einer Umgestaltung unserer Ordnung gelangen; denn einstweilen versteht die Uebermacht des

Rudikalismus. Europa hat wieder Zeit noch Beruf, sich mit uns zu beschäftigen, ehe die große deutsche Frage gelöst ist. Ist da wieder Ordnung geschaffen, so wird es auch wohl an uns kommen.

Polen.

Krakau, 9. Dez. Der Papst hat vor einigen Tagen durch seinen Nuntius in Wien dem hiesigen Comite für die Abgebrannten unserer Stadt die Summe von 10,000 Franken übersandt, von denen die eine Hälfte für die Abgebrannten, die andere zur Wiederherstellung der durch den Brand beschädigten Kirchen bestimmt ist. (Schles. Z.)

Vermischte Nachrichten.

Neue Hilfsquellen für Theater-Direktionen, welche schlechte Geschäfte machen. In England und in Nordamerika hatte man sehr richtig beobachtet, daß viele Leute die politischen Zeitungen nur der Anzeigen wegen lesen. Wie? wenn man, wie der Politik, so auch der Kunst auf eine ähnliche Weise auf die Beine helfen könnte? Gedacht, gethan. Bei der nächsten Theatervorstellung sieht beim ersten Zwischenakt ein Vorhang herab, der ganz und gar mit Ankündigungen und Geschäftsempfehlungen bedeckt war. Die Sache bewährte sich, die Theater-Direktionen sich in dem Theater des Vaterlandes und des Anfangs comique ebenfalls der neuen Erfindung; sie nennen diese Gardinenempfehlungen Annonciorama, umgeben die Anzeigen mit allerlei Arabesken und Ausschmückungen, und lassen sich je nach der Größe der Buchstaben oder dem Raum der Bilder ganz artig bezahlen. Da bietet z. B. ein Chinese Thee an, ein hübsches Mädchen Blumen und Bänder, eine Mohrin mit Zähnen wie Elfenbein reicht einem Zahnarzt dankbar die Hand — und überall Straße und Hausnummer kolossal — wer kann da widerstehen? Bei jedem Zwischenakt wechselt das Annonciorama. (Rhein. Musik-Z.)

*

Es ist auf dem Wege von Rendsburg nach Altona eine Briefsache verloren gegangen, in welcher außer mehreren werthlosen Schlaschpfänne, Proklamationen u. dgl. sich auch eine Quittung befand, folgenden Inhalts:

„2 Schlachten verloren, à 20,000 Rthlr. . . . . 40,000 Rthlr.
2 Herzogthümer in's Unglück gebracht, à 20,000 Rthlr. . 40,000 „
Summa 80,000 Rthlr.

Obige Summe richtig von einer hohen Statthalterschaft empfangen zu haben, bescheinigt dankbarst

Rückwärts, General a. D."

Der ehrliche Finder des Verlorenen wird um gütige Rückgabe desselben gebeten. Wo? sagt der Faschauer.

*

Es ist jetzt an den Tag gekommen, warum Hr. v. Radowitz nach London geschickt worden ist. Er hatte den Auftrag, in der dortigen Industriehalle einen Platz zur Ausstellung der „preußischen Ehre" zu bestellen. Man machte dabei so übermäßigen Anspruch auf Raum, daß, wie öffentliche Blätter berichten, die Errichtung einer Nebengallerie im Umfange von obngefähr 45,000 Quadratfuß nothwendig wurde. (Wird nicht auch der Hr. Dutzel seinen „Ehren-Schlepp-Säbel" zur Londoner Industrie-Ausstellung bringen lassen?)

*

Der Maler Sully, gleich bekannt durch seinen Witz, wie durch seine Kunst, befand sich in einer Gesellschaft, wo man von einer gewissen Schönheit des Tages sprach. „J", rief Sully, „sie hat einen Mund wie ein Elephant." „Herr Sully", entgegnete ihm eine Dame, „wie kann man so nagrecht und ungalant sein." „Ungalant, mein Fräulein? Wie können Sie mir einen solchen Vorwurf machen? Ich sagte, sie habe einen Mund wie ein Elephant, weil der ihre voll Elfenbein ist."

*

Bei dem nassauischen Dorfe Heddernheim, wo ehedem die römische Colonie vicus novus Hadriani gefunden, wo schon so viele, für die Landesgeschichte wichtige Funde gemacht worden sind, hat man in den jüngsten Tagen wieder bei dem Ackern vierhundert römische Silbermünzen entdeckt. Der Finder, ein Bauer verschleuderte den classischen Fund an einen Frankfurter Juden, als aber der hocherdiente Alterthumsforscher Habel davon Kenntniß erhielt, reiste dieser dem Schatze nach und war so glücklich, denselben noch unverkümmert wieder von dem Antäufer zu ersteben und so für das nassauische Cabinet zu gewinnen. — Ein noch glücklicherer Fund ist in dem bei Homburg liegenden Städtchen Friedrichsdorf gemacht worden. Ein Einwohner dieses Städtchens fand in seinem Garten einen großen ungeschliffenen Diamanten. Als er von einem reichen Juden 600 Gulden für den Stein geboten bekam, ward er aufmerksam auf diesen Fund und erkundigte sich bei verschiedenen Juwelieren nach dem Werthe desselben. Diese sollen das Kleinod auf 80,000 Gulden geschätzt haben. Wenig Tage darauf soll derselbe Mann noch mehrer kleinere Steine derselben Art an derselben Stelle gefunden haben. Die Staatsmänner und Gelehrten der Gegend sind sehr gespannt, ob der Fund sich als unbezweifelt von so hohem Werthe herausstellt, und in diesem Falle, ob die Abdachung des Taunusgebirges überhaupt diamanthaltig sein dürfte, oder ob sich der reiche Fund vielleicht von den Gründern Friedrichsdorfs herschreibt (bekanntlich eingewanderten Hugenotten, deren Sprache bis auf den heutigen Tag noch die französische ist) deren einer wohl einen Hort mitbringen und gelegentlich bergen gekommen, so daß er jetzt wieder zu Tage gefördert wurde.

Neuestes.

⊙ Eltmann. In der Nacht vom 15. auf den 16. d. M. wurde circa ½ Stunde von hier, auf der Straße im Steigerwalde der Maurergeselle Johann Fraßer von Trosenfurt, Gerichts Eltmann, todt aufgefunden. Derselbe war ein dem Trunke, insbesondere von Schnapps ganz ergebener Mensch, welches als Ursache seines Todes berechnet wird.

§ Poppenhausen. In der Nacht vom 17. auf den 18. d. kam in der Stallung des hiesigen Posthalters Bauer auf eine unbekannte Weise Feuer aus, wodurch diese mit Scheune sowie ein daranstoßender Heuboden, nebst der Scheune des Ortsnachbars Matthäus Vierheilig von da abgebrannt sind.

Aus der Pfalz, 16. Dez. Das 3. Bataillon des 12. Infanterieregiments, und eine Compagnie des 14. Regiments, welche erst vor kurzem von Germersheim nach Landau verlegt worden, sind gestern in ihre frühere Garnison zurückmarschirt. Ein Bataillon vom 14. Regiment hat gleichfalls wieder seine früheren Garnisonen Kaiserslautern, Zweibrücken und Pirmasens bezogen. Vergebens fragt man sich nach einem stichhaltigen Grunde dieser kostspieligen Hin- und Hermärsche, da, als man sie in die Festungen zurückzog, bereits jede Gefahr eines Krieges mit Preußen geschwunden war. Am ärgsten aber kommen bei dem häufigen Quartierwechsel die Offiziere weg. Viele hatten im Laufe eines Monats an drei verschiedenen Orten Wohnungen nehmen und den vollen monatlichen Miethbetrag dafür entrichten müssen. Die erst kürzlich vom Unterofficier avancirten sind dabei fast gezwungen, Schulden zu machen, da sie 3 Monate lang nur ihre frühere Unteroffiziersgage fortbezieben. (Pf. Z.)

Karlsruhe, 17. Dez. Unser Staat wird bei den Dresdener Conferenzen dem Vernehmen nach durch den Ministerpräsidenten Freiherrn v. Rudt vertreten sein. In der Sitzung der zweiten Kammer am 13. d. M. war an der Tagesordnung der Bericht der Petitionscommission über die Eingabe verschiedener Gemeinden des Landes, um vorschußweise Bezahlung ihrer rückständigen Guthaben für Verpflegung der Reichstruppen in den Jahren 1848 und 1849 aus der Staatskasse. Der Commissionsbericht befürwortet in einem Antrag diese Bitte, die Kammer aber beschloß auf den Antrag Mathys, die Regierung vorher um eine Vorlage in dieser Beziehung zu bitten, und sie zu veranlassen, durch Fortsetzung der bereits eingeleiteten Unterhandlungen mit den Regierungen der betreffenden Einzelstaaten sowohl, als durch weitere Verwendung bei der obersten Reichsbehörde dahin zu wirken, damit dem diesfallsigen Stadt, beziehungsweise der Staatskasse der längst zugesicherte Ersatz dieser Kosten bald geleistet werde. (F. D.-Z.)

Stuttgart, 17. Dez. Heute ist Ministerrathssitzung, um die Instruktion zu berathen, welche dem Bevollmächtigten Württembergs bei den Dresdener Conferenzen, zu welcher Sendung Hr. v. Neurath auserseben worden ist, mitgegeben werden sollen.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 18. Dez. 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Bankaktien	1062	1067
„ 5% Metalliqur	72½	74½
„ 4% „	57	57½
„ 3% „	43¼	43¾
„ 2½% „	38¾	39
„ 4½% Bethmann	68	—
„ 4% „	61	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	151	154½
„ „ 500 „ 1834.	68	—
Preußen 3½% St. Schuld-Scheine.	83¾	83⅝
„ Ztbl. 50 Prämien Scheine.	118	—
Bayern 3½% Obligationen	83	83½
„ 4% „	87½	88
„ 5% „	100¾	100⅝
Würtemberg 3½% „	84½	84½
„ 4½ „	96¾	97¼
Baden „ 3½% „	79	79½
„ fl. 35 Loose	30½	30¾
„ „ 50 „	51¼	51½
Nassau fl. 25 Loose	25¾	25⅝
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	76⅝	76¾
„ „ 25 „	26¾	—
Polen fl. 300 „	29⅝	30½
Sardinien Loos. 36	32⅝	33½

Theater-Anzeige

Donnerstag den 19. Dez.
Zum Benefiz für Frau Beck-Weirelbaum.
Die Nachtwandlerin.
Romantische Oper in 3 Akten von Bellini.
Hierauf:
Die Puritaner.
(2. Akt.)
Große Oper von Bellini.
Herr Pottowsky und Thelen als Gäste.
Gastspiel des Hrn. Dorn vom kaiserl. königl. Hofburg-Theater in Wien.
Freitag, den 20. Dezember 1850.
Die Karlsschüler.
Schauspiel in 5 Akten von H. Laube.
Vorstehenden Ankündigungen nachzukommen, wird Herr Dorn mit seiner heutigen Rolle noch einem kurzen Cyclus von Gastrollen auf der hiesigen Bühne eröffnen.

Gestorben:

Den 15. Dez.
Gertraud Reichard, Kaufmanns-Wittwe, 63 Jahr alt.

Druck von Joseph Stelz in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schmalfeld 2. Dicke Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 304. Würzburg, Freitag den 20. December. **1850.**

Die Gothaer und der Bundestag.

Der Gothaismus, der abermals gescheitert ist, gibt sich noch keineswegs zur Ruhe. Die Taktik der gothaer Presse besteht jetzt darin, die Großmächte gegen die mittleren Staaten und diese gegen jene zu hetzen, heute den Dualismus zum Nachtheil der Mittelstaaten, und morgen den Particularismus zum Nachtheil der Großmächte zu predigen, also mit andern Worten, Zwietracht zu säen. Die Gothaer übernehmen Arzt; die Rolle der Demokraten; sie wollen, daß man bei den freien Konferenzen zu keiner Einigung komme, damit nichts als der baare alte Bundestag übrig bleibe, und das Bedürfniß der „freien Umirung" um so lebhafter hervorrete, das heißt, damit die Spaltung in Deutschland unheilbar werde.

Von dieser gothaer Presse stammen auch alle Nachrichten, die jetzt in so vielen Zeitungen auftauchen, daß ein Theil der Bundesversammlung sich keineswegs zufrieden bezeige mit den Ergebnissen der Olmützer Konferenz, sondern im Gegentheil sehr ungehalten sei. Man denkt besonders auf Bayern hin, als ob sich diese Regierung gleich sehr von Oesterreich wie vom Dundestag verletzt und mit Undankbarkeit bezahlt glaube. Das alles ist rein aus der Luft gegriffen. Es ist auch in der That nicht einzusehen, warum im Bundespalaste Unzufriedenheit über die Olmützer Ergebnisse herrschen soll, da doch in Olmütz die Beschlüsse des Bundestags nur fast alle Theile ordentlich gemacht sind, so zu sagen von Preußen sanktionirt worden sind. Wie kann die Bundesversammlung sich von den Olmützer Ergebnissen getrankt fühlen, wenn Hr. v. Bunsen in der Berliner Kammer behauptet, Preußen habe sich in Olmütz dem Bundestage unterworfen? Also wie Olmütz dem Bundestage nicht zu nahe trat, so wird und kann Dresden dem Bundestage nicht zu nahe treten. Der Bundestag ist nicht durch Dresden beseitigt, und kann nicht durch Dresden beseitigt sein, denn Oesterreich würde damit den ganzen Boden seiner bisherigen Ansprüche und Deutlionen aufgeben müssen, und sich auf Gnade und Ungnade dem Rivalen preisgeben.

Der Bundestag in Frankfurt ist und bleibt die oberste Autorität, bis etwas von ihm Gutgeheißenes an seine Stelle tritt. Der Bundestag hat freilich einige seiner Befugnisse vorübergehend an die Dresdener Konferenzen übertragen, aber er hat sich durch die freien Konferenzen nicht überflüssig machen wollen. So wenigstens sagt man im Bundespalaste die Sache auf.

Deutschland.

München, 18. Dezbr. Durch allerhöchstes Kriegs-Ministerial-Reskript wurde verfügt, daß das 1. mobile Armeekorps (Generallieutenant Frhr. v. Gumppenberg), die Reserve-Kavallerie-Division und die Artillerie-Reserve sogleich aufzulösen, und die Truppen derselben wieder in ihre frühern Besatzungen einzurücken haben. Das Armee-Kommando wird aufgelöst und haben die sämmtlichen Offiziere und Beamten desselben wieder in ihre frühern Stellungen einzurücken. Gleichfalls übernimmt Se. k. Hoh. Prinz Luitpold, bisher der Kommandant der 2. mobilen Division wieder das Artillerie-Corpskommando. Es werden demnach fürs Erste die beiden ausmarschirten Bataillone des 1. Inf.-Leib-Reg. des 3. Bataillon des 1. 1. Inf.-Reg. Konig, und die 3 Bataillone des 2. 2. Inf.-Reg. Kronprinz demnächst auf der Eisenbahn, dagegen das 1. Artillerie-Reg. Prinz Karl und eine Batterie des 1. 3. reitenden Artillerie-Regiment Konigin 1 Batterie nach Bamberg und 1 Batterie nach Forchheim einrücken. — In militärischen Kreisen wird der Generalfeldzeugmeister und Oberst extra statum, z. Mayr, als künftiger Oberst des Infanterie-Leib-Reg. bezeichnet. Andere bezeichnen als solchen den Oberstlieutenant v. d. Tann. — Die Vertheilung des Buches: „Die Wunder des Himmels", als Schul- oder Preisbuch wurde von der kgl. bayer. Regierung wegen mancher darin enthaltenen Grundsätze untersagt. — Gestern Abends (8½ Uhr) ist die kais. Hoh. die verwittwete Frau Großherzogin von Toskana Maria Ferdinande, grb. kgl. Prinzessin von Sachsen, aus Florenz in hiesiger Residenz zum Besuche ihrer Durchlauchtesten Nichte, der Prinzessin Luitpold, k. k. Hoheit eingetroffen. — Den Verlautungen nach hat der Abgeordnete Heine, der die wegen seiner Beförderung zum Landrichter einer Neuwahl zu unterwerfen hatte, auf diese, resp. auf seinen Sitz in der zweiten Kammer verzichtet, und es wird demzufolge dessen Ersatzmann, Landrichter Heberlein, in die zweite Kammer eintreten; derselbe wird, wie sein Vormann, der rechten Seite der Kammer angehören.

Ein Correspondent der N. M. Z. schreibt aus Nürnberg, 13. Dez.: Es dürfte nicht uninteressant für Ihre Leser sein, die verschiedenen Stimmungen zu erfahren, die sich in den einzelnen Schichten der hiesigen Einwohner und Bürgerschaft bei dem Bekanntwerden des Wahrspruches der Geschworenen in Schwaben um Neuburg in dem Prozesse Dietzel deutlich manifestiren. Das erste Schuldig der bayerischen Schwurgerichte diesseits des Rheins über einen der vielen politischen und in Preßsachen angeklagt Genossenen, ein Schuldig wegen Vergehensgrades bei so offenbar vorliegender grasser Majestätsbeleidigung, bei einer so absichtlich boshaften Verhöhnung eines Theils des bayerischen Volkes, bei so klar erwiesenen Mißachtungen und Beleidigungen der Amtsehre zweier Staatsdiener, ein solches Schuldig war so unausweichlich, so ganz unausstattsam, daß es Keinem unerwartet kommen konnte, der Recht und Vernunft nicht auf ganz falscher Waage wägt. Und doch gab es Leute, die im Voraus wieder von Freisprechung fabelten, so hatten die vorhergehenden Fälle der Schwurgerichte auf die Massen gewirkt. Aber ein Nichtschuldig in dem Prozesse Dietzel wäre sicherlich nicht ohne drastische Folgen geblieben, denn hier wurde der gesammte Stand der Juristen wie ein Mann sich in Entrüstung erhoben haben, für die beleidigte Gerechtigkeit einzustehen. Wahrhaftig dieses Schuldig darf man eher einen Sieg der freien Presse nennen, als dir vielen Nichtschuldig, welche richtig Urtheilende weit richtiger Niedertagen der freien Presse nannten, weil bei solcher Fortlegungen die Jury höchst wahrscheinlich ihre Komptenz in politischen und Preßsachen in den Satz gelegt hätte. Das Urtheil des Gerichtshofes mitderte den Antrag des Staatsanwaltes nach dem Schuldig auf 2 Jahre Gefangnißstrafe in 18monatliche Gefangnißstrafe um, was für einen so bestigen Gegner des Königthums wie Gustav Dietzel gewiß ein geringes Strafmaß ist. Dedauls hört man nicht blos in den von der radikalen Partei verdächtigten Kreisen der Aristokratie, der Bourgeoisie, der Beamten ꝛc. ꝛc., sondern auch in den demokratischen Reihen, die Geschworenen hätten keinen andern Wahrspruch thun, der Gerichtshof sein mildered Urtheil sollen können, nur jene Leute, die unter Freiheit das Niederwerfen aller und jeder Schranken der menschlichen Gesellschaft verstehen, die selbst jene Gesetze mißachten, welche die Freiheit sich selbst gibt, um in Sitte und Würde zu bestehen, die in jedem weltlichen Richter, in jedem Diener Gottes einen rechtsverdrehenden Barrenkraten, einen verdummenden Jesuitenpfaffen, in jedem wohlhabenden, den Weg der Ruhe und Ordnung wandelnden Bürger einen feigen Geldsack, in der Regelmäßigkeit des Staatsgetriebes den Gang der Reaktionsmaschine wittern, denen überhaupt Nichts gefallt, was nicht in ihren Kram taugt, nicht in ihren Hungerphantasien paßt, jenes Kaffee-Banter und Bier- und Gassenwohnkatern, jene Bierbankrepublikaner, die wollen das Schuldig der schwäbischen Geschworenen gar nicht mundgerecht finden und nennen es bart, ja mitunter sogar ungerecht. An diesen Ausnahmen liegt aber auch Nichts, gar Nichts, man darf getrost sagen, Nürnberg erkennt es, daß die Jury in diesem Falle das Maximum der Milde mit dem Minimum der Strenge gepaart habe, zumal wenn Dietzel's Treiben seit dem Jahre 1848 bis zu seiner Flucht in's Auge gefaßt wird. Dietzel ist allerdings ein Charakter voll Energie; ein starrer Republikaner, hat er auch kein Mittel gescheut, für diese Regierungsform zu agitiren und ihre Anhanger zu pressen, die Monarchie dagegen in den Staub zu ziehen und ihre Getreuen mit Koth zu bewerfen, er gründete den politischen Verein, und das radikalste Blatt in Bayern, den „freien Staatsbürger", und in Beiden wurden die ersten Maschen zu dem demokratischen Netze gelnupft, das sich später so weit und fest über Nurnberg spannte; er war es, der den blinden Massen einredete, sie seien sie und fertig zu Revolutionaren, sie sollten es nur probiren, es zu sein, das Uebrige finde sich schon, er bildete die Vereins- und Versammlungsredner, um auf seine Worte schwur jeder Demokrat, wie der Schafer in verdu magistri; er gab sich alle Mühe mit seinem Generalstabe, statt des konstitutionell-monarchisch gesinnten Eisenmann einen republikanischen Deputirten für Nürnberg in's Parlament zu bringen, er beschichte und bglückte deshalb abgelegene Volksversammlungen und nahm sie fern, er

wohnte, wie es hieß im Auftrage des politischen Vereins in Nürnberg den Demokraten-Kongreßen in Frankfurt und Berlin bei, und präsidirte dem Kongresse fränkischer Demokraten in Bamberg; durch die Polizei aus Nürnberg ausgewiesen, kehrte er nicht destoweniger wieder dorthin zurück, und lebte daselbst über ein Jahr, bis er ein Jahr, bis er zu seiner Flucht im Sommer 1849, in sicherem Versteck, mit Unterstützungen seiner Freunde reichlich bedacht, und war für seine Sache und Partei wohl eben so wirksam, als wenn er frei umhergegangen wäre. Er führte die unmittelbare Redaktion des „freien Staatsbürgers", das vorher nur ein kleines Blatt, bedeutend vergrößert wurde, statt wie bisher in der Woche, täglich erschien und die damaligen Preßzugeständnisse auf eine Weise benutzte, die alles Maaß und Ziel in Schmähungen und Verdächtigungen gegen Konstitutionalismus und monarchische Zustände übersprang, an ihn wandten sich die Herrn, die in Volksversammlungen Reden halten, formalitte Anträge stellen wollten, von ihm rührten die meisten demokratischen Manifeste, Ansprachen, Aufrufe ꝛc. ꝛc. her, überall glitt das Diejelsche Wesen in anstwendig gelernten Aufsätzen, Cirkularen, Maueranschlägen u. s. w. an den Nürnbergern vorüber, überall fühlte man seinen Sporn und Zaum, bis sein Unmuth darüber, daß die beiden großen Volksversammlungen auf dem nahen Zuderhügel nicht das Signal geworden sind, das von der Burg zu Nürnberg den fränkischen Gauen allzumal verkünden sollte, aus den legalen Demonstrationen sei der offene Aufruhr hervorgebrochen, bis dieser Unmuth und das Nürnberger Stadtgericht ihn seiner Partei entrückten. In Erwägung dieser Vorgänge und mit seinem Buche „Bayern und die Revolution" in der Hand läßt sich gut berechnen, wie der Diezelsche Prozeß ohne Flucht aber auch ohne Vorliebe überall, nicht blos in Nürnberg beurtheilt werden wird. Diezel selbst konnte mit Bestimmtheit sein Schicksal voraussehen, warum hat er sich dem Gerichte freiwillig gestellt? So werden Viele denken. Weil er für's erste dadurch ein gegebenes Versprechen eingelöst hat, was jedem Manne heilig sein muß. Als ihn der Untersuchungsrichter von seiner Schuldlosigkeit erklärte er mit großen Lettern, mit dem Stolze des Präsidenten eines demokratischen Kongresses, dem Schwurgerichte werde er sich stellen; zum zweiten ging Diezel nach Augsburg, wohl theils in Vertrauen, einen Freispruch zu vernehmen, wohl aber auch, weil sein Aufenthalt in Zürich von Tag zu Tag preckerer wurde, weil wahrscheinlich auch seine finanziellen Verhältnisse ihm nicht gestatteten, etwa nach Amerika oder doch nur nach England zu gehen, denn die Schweiz wird ganz und gar aufhören, unbemittelten politischen Flüchtlingen ein Asyl zu bieten und bemitteltern nur nach unsichtiger Wahl, wie dieß Frankreich und Belgien eben auch thun, denn, wenn es schon höchst fatal ist, wegen eigener Staatsangehöriger mit den auswärtigen Regierungen in Kollisionen zu gerathen, so muß es noch fataler sich gestalten, wenn Flüchtlinge daran Schuld sind. Dieß kann der Schweiz nicht entgangen sein, sie wird daher den Anforderungen der Mächte gemäß, die nicht dulden wollen, daß auf ihrem Terrain der Krieg verbrütet, an dem sich politische Flüchtlinge aller Art zum Freische sammeln, um sich der verdienten Strafe zu entziehen, Umtriebe und Intriguen die Hull' und Fülle zu spinnen und ihren Regierungen die schmählichsten Pamphlete entgegen zu schleudern, wie dieß Diezel gethan. Er ging also vielleicht vorzugsweise nach Augsburg, um einer schwanken Lage zu entkommen.

Anderseits hat Herr v. Pencker die Directoren der sämmtlichen hohern Collegien und den Magistrat hiesiger Residenz zu sich bitten lassen, und in zuvorkommender Weise eine freundliche Anrede und eindringliche Vorstellungen an diese Herren gerichtet, worin der Herr Commissär den Ernst der gegenwärtigen Verhältnisse, so wie die Differenzen zwischen Regierung und Ständen obschwebenden Differenzen beleuchtete. In diesem Vortrag sind namentlich seitens des Vermittlers vielseitige Gründe nicht unerwähnt geblieben, welche es wünschenswerth machen, daß insbesondere die Steuerfrage zu ihrer endlichen Erledigung, und zwar auf dem Wege der Verständigung und friedlichen Vereinbarung, gebracht werde. Was über die Verfassung über diesen Punkt betreffe, würde darüber auf der Conferenz zu Dresden durch ein besonderes Schiedsgericht eine nachherige Feststellung nicht ausbleiben, erforderlichenfalls könnten seitens der königl. preußischen Regierung hierüber die bestimmtesten Zusicherungen gegeben werden. Augenblicklich erscheine es aber im wohlverstandenen Interesse für die Wohlfahrt des Landes, daß den eingeleiteten nachtheiligen Maßregeln durch ein Uebereinkommen ein Ziel gesetzt werde, weil im entgegengesetzten Falle jene ihren Fortgang auch hier in begonnenen Weise nehmen würden. Zur weitern gründlichen Erwägung dieser Vorstellungen, in Betreff der vorläufigen Steuerzahlung, resp. Erhebung, ist eine Conferenz der Directoren des 45 Stimmen gesetzt, nach welcher dieselben auf die eine oder andere Weise dem königl. preußischen Commissär, Herr Generallieutenant v. Pencker, ihre Entscheidung vorzulegen haben. Herr v. Pencker hat gleichzeitig nicht unerwähnt gelassen, daß er selbstständig auch nicht im speciellen Interesse der kurfürstlich hessischen Regierung in dieser Angelegenheit, wie allgemeinen, hier erschienen wäre. In Folge dessen haben sämmtliche gehörn Collegien Sitzung bis spät Abends gehalten, über deren Entschließungen bis jetzt indessen noch nichts bekannt geworden ist.

Kassel, 18. Dez. Da die „Hornisse" der Redaktion der „Kasseler Zeitung" wohl schwerlich zu Gesichte kommt, wobei letztere, beiläufig gesagt, indeß wenig verliert, so erlaube ich mir, aus einem von Bayrhoffer unterschiedenen Artikel der „Hornisse" vom 7. Dezember eine Stelle mitzutheilen, die, was mag über deren Verfasser sonst wissen, was man will, wenigstens zeigt, daß der Mann, so weit sein Prinzip es ihm erlaubt, nicht gerade ungerecht ist, und das ist viel, sehr viel bei der Verblendenheit, die sich der jetzt doch unzweifelhaft von unserm Ministerium aus dem Felde geschlagenen beiden Parteien, der Neuhessen und der Demokraten, bemächtigt hat. — „Bayrhoffer sagt", heißt es wörtlich, nachdem er seinen neuhessischen Gewaltersleuten, dem Henkel und Pfeiffer, in eigener Weise den Kopf gewaschen, in Betreff der Steuerverweigerung wörtlich Folgendes: „Trotz der noch ausdrücklichen Erklärung der Staatsregierung, noch im Laufe des Septembers das Budget vorlegen zu wollen und eine Forterhebung der Steuern über den September hinaus nicht für verfassungsmäßig zu halten, konnten diejenigen (die Neuhessen) nicht bewogen werden, auch nur für den September, welcher vor der Thüre war, die Steuern zu verweigern. Und doch konnte man die Verschiebung und Nachweisung des Ministeriums, daß eine Umarbeitung des Budgets durchaus nöthig sei, um das Deficit regelmäßig zu decken, nicht bestreiten. Aber auch die Demokraten hatten bereits wieder in den Motionen verworfen worden sein, weil man das Ministerium stürzen wollte; aber verworfen nur aus Gründen des Budget selbst, welche sich immer finden lassen."

Um die letzte Zeile zu verstehen, muß man wissen, daß die Demokraten die Steuern nicht aus Gründen des Budgets, sondern ihrem „Prinzip der ganzen und reinen Volkssouverainetät" zu sich verwarfen. — Bei den Neuhessen, fährt Bayrhoffer fort, sei das treibende Prinzip jedoch auch, wie Hoffnungslug in gewissem Sinne zu erwähnen sei, ebenfalls die Volkssouverainetät; „in ehrenvoll, weil ihre Volkssouverainetät die der Besitzaristokratie sei." Bayerhoffer aber verlangt, daß die Constitutionellen sich mit Entschiedenheit für das Prinzip dieser Souverainetät erklären sollen, weil es daselbe sei, möchten sie es in der Form der parlamentarischen Monarchie, oder in der Form republikanischer Wechselherrschaft wollen. — Der vom Volke und in dessen Namen von dessen Repräsentanten ausgesprochene Wille müsse der entscheidende und herrschende im Staate sein; hierüber habe die Hassenpflug'sche Denkschrift die Wahrheit ausgesprochen, und das sollten die Constitutionellen „im obigen Sinne anerkennen." — Nun, wie gesagen, eine solche Sprache ist klar, und wir können sich anders, als Herrn Bayrhoffer unser Compliment zu machen; sein Prinzip ist falsch, unanwendbar, Glück und Wohlstand des Volkes, was doch vernünftigerweise der Zweck jeder Staatsform, also auch der demokratischen sein soll, geradezu vernichtend, aber „ehrlich" hat er gesprochen, und soweit sind leider die Neuhessen noch nicht.

Kassel, 18. Dez. Auf heute ist wieder ein preuß. Kavallerie den benachbarten Dörfern zur Einquartierung angemeldet worden. Die Bayern liegen in Dörnhagen und Sand zwei Stunden von hier. Preußische Offiziere wollen wissen, daß die Bayern morgen früh 11 Uhr hier einrücken wurden. Die preuß. Truppen haben Order, sich am jene Zeit auf dem Marmvlage aufzustellen. — Es hat das hiesige Bürgerschaft sehr unangenehm berührt, daß die Staatsdiener, welche sich alle zur Miethe wohnen, sich weigern, ihr die Einquartierungslast dadurch zu erleichtern, daß auch sie sich zum Quartiergeben verstehen. Den Vorwurf, daß man zu nur den Staatsdienern diese ganze Last zu verdanken habe, hört man schon jetzt laut ausspeien. — (K. Z.)

Frankfurt.

Reutlingen, 17. Dez. Der „würtzige" Volksverein unserer Stadt hat Schnitzer auf die Nachricht seiner Verhaftung hin zu Schreiben zugehen lassen, in welchem er ihm für das „neue große Opfer, daß er der guten (?) Sache bringen müsse, sein volles herzliches Mitgefühl ausdrückt, und die Hoffnung ausspricht, daß die gerechte Sache aller Gewalt (?) zum Trotz dennoch siegen werde." Schon aus dieser Probe erhellt, welcher Geist in unserer „guten" Stadt herrscht; weitere Belege für die Unverbesserlichkeit unserer Demokraten liefert jedes Blatt der „Bürgerzig."

Berlin, 16. Dez. Die „D. Ref." bringt eine Erörterung über die Bedeutung der freien Conferenzen und ihren Werth für die Entwickelung der deutschen Verhältnisse. Als Beruf derselben gibt sie an, alle Parteiweisen, die Quelle der gegenseitigen Verwirrungen in Deutschland zu beseitigen. Der Bund selbst war durch das Parteiwesen zerrüttet. Zweifeln sah es in der Politik der deutschen Staaten aus, wie in dem deutschen Parlament, wo nach der glücklichen Annerdung einzelner Stimmen die Stimme der Nation proklamirt ward. Die beiden Großmächte entschlossen sich endlich zu einem Schritte, der manches Uebel oberten Vieles. Beide setzten sich vielem Mißverständniß aus. Man erkannte an, daß dem deutschen Bunde eine andere Verfassung gegeben werden müsse; aber man erkannte auch, daß die Mittel zur Herstellung der Verfassung für Deutschland nicht mehr diejenigen des Jahres 1848 sein konnten. Der Grundzug der Unglückseligkeit des deutschen Bundes lag in der unterste Grundlage der freien Conferenzen, die im Uebrigen „constituirend" sind: Sie werden aber den rechtlichen Bestand nicht — wie die Pantschre — um des Constitutirens willen lockern.

— Der Prof. v. Henning wird den Staatsminister a. D. Grafen v. Alvensleben nach Dresden zu den freien Conferenzen begleiten.

— Gestern Mittag begann die erste Einkassirung der Landwehrmänner des ersten Aufgebots der hiesigen Garde-Landwehr. Die Einkassirung werden vorläufig von 1000 Mann auf 800 M.

Digitized by Google

reduirt. Zuvorerst werden diejenigen entlassen, welche am längsten im Dienste sind.

Berlin, 16. Dez. Die „Deutsche Reform" ist in den Stand gesetzt, nachstehends das Circular mitzutheilen, welches von der preußische Regierung an die deutschen Regierungen als Einladung zur Beschickung der freien Conferenzen in Dresden gesandt worden ist. Es lautet, wie folgt:

Schon seit Jahrzehnten hat sich durch ganz Deutschland das Bedürfniß und der Wunsch nach durchgreifenden Reformen der Verfassung des deutschen Bundes unverkennbar kundgegeben. Es war allseitig in weiten Kreisen erkannt, und es wurde von mehren, wohlmeinenden Regierungen des Vaterlandes am peinlichsten empfunden, daß namentlich die durch die Bundesverfassung von 1815 geschaffene oberste Verwaltungsbehörde des deutschen Bundes nur in sehr geringem Maße den Anforderungen entsprach, welche an ihre Wirksamkeit nach Innen und Außen gerichtet werden durften, daß sie die deutschen Staaten nicht innig genug mit einander und Gemeinnützigres im ganzen Umfange Deutschlands nicht kräftig förderte, und die Gesammtheit gegen das Ausland nicht so lebendig und entschieden vertrat, als die Masse der in Deutschland vereinigten geistigen und materiellen Kräfte und die Erinnerungen an die Vorzeit mit vollem Recht erheischt. Die einzelnen Regierungen des deutschen Bundes haben diese Mängel schmerzlich beklagt, und die auf Revision der Bundesverfassung gerichteten Wünsche lebhaft getheilt. Allein verschiedene Versuche, die Mängel des Bestehenden zu heben, hatten bei der Größe und Vielgestaltigkeit der Aufgabe, und wie auch einrichtende Institutionen zu schaffen, immer nur einen wenig befriedigenden Erfolg. Der Grund hiervon lag theils darin, daß die Bundesverfassung von 1815 nur eine sehr ungenügende Handhabe zu organischen Aenderungen darbot, theils und hauptsächlich aber darin, daß die Folgen der Unzulänglichkeit dieser Verfassung sich nicht durch die Einrichtung in ihrer ganzen Schwere praktisch fühlbar gemacht hatten. Durch die Ereignisse des Jahres 1848 hat sich letzteres auf das allerentschiedenste geändert. Es ist nicht nothwendig, hier nachzuweisen, wie wenig sich die Bundesverfassung damals gewiesen zeigte, den heranbrausenden Stürmen zu widerstehen, und den bedrohten Einzelstaaten Schutz zu gewähren; sie trat thatsächlich außer Kraft; die Grundlage des Bundes war erschüttert, und der zu jener Zeit begonnene Zustand der Zerrissenheit in dem gesammten Vaterlande dauert noch gegenwärtig fort. Die seitdem eingeschlagenen Wege zur Heilung dieser Zerrissenheit haben nicht zum Ziele geführt. Unter allen Erschütterungen und unter den mannigfachen Gestalten, welche die deutschen Angelegenheiten in den letzten Jahren angenommen haben, hat die königliche Regierung an der Ueberzeugung festgehalten, daß die Revision der Verfassung und die Neugestaltung des deutschen Bundes auf gemeinsamer Einigung und freier Uebereinstimmung aller deutschen Regierungen hervorgehen müsse. Von gleicher Ueberzeugung geleitet, hat die kaiserl. österreichische Regierung sich mit uns vereinigt, sämmtliche Genossen des Bundes einzuladen, zu einer freien Berathung über diese hochwichtige Angelegenheit zusammenzutreten. Dieses geeignetes Mittel, um die nothwendige Einigung der deutschen Regierungen herbeizuführen, erschienen gemeinsame Ministerialconferenzen, wie sich solche schon in frühern ähnlichen Fällen bewährt haben. Wir richten daher, im Einverständniß mit dem kaiserl. österreichischen Cabinet, an sämmtliche deutsche Regierungen das Ersuchen, ihre Bevollmächtigten bis spätestens zum 23. Dezember d. J. mit ausreichenden Instructionen nach Dresden entsenden zu wollen, damit daselbst die Versammlung baldigst eröffnet, und unter Aufrechthaltung des Grundsatzes, daß der deutsche Bund ein unauflöslicher sei, die Revision und Verbesserung seiner Grundgesetze einer freien und gründlichen Berathung und allseitigen Erwägungen unterzogen werde. Wir hegen die feste Zuversicht, daß aus dieser Berathung eine Vereinbarung hervorgehen werde, durch welche den Interessen der Gesammtheit eine kräftige und umfassende Vertretung, der innern Wohlfahrt des gemeinsamen Vaterlandes eine gedeihliche und heilsame Entwickelung, dem neu gekräftigten Deutschland eine, seiner Bedeutung im europäischen Staatensystem entsprechende Stellung gesichert, und somit den gerechten Wünschen der Nation eine volle Befriedigung gewährt werden könne, ohne daß die freie und eigenthumliche Bewegung der einzelnen Bundesglieder nach eigenem Ermessen gehindert werde. Die Ergebnisse der Berathung werden alsdann durch die Zustimmung aller Bundesglieder, denen in ihrer Gesammtheit die Ausbildung und Entwickelung der Bundesverfassung zusteht, ihre feierliche Sanction erhalten, und von der nun zu ernennenden obersten Bundesbehörde als Bundesgrundgesetze veröffentlicht werden. Indem Se. Majestät der König, wenn Allergnädigster Herr, mich beauftragt haben, die Einladung zu den oben bezeichneten Conferenzen in Allerhöchstihrem Namen an die kr. Regierung gelangen zu lassen, wollen Allerhöchstdieselben zugleich gern die zuversichtliche Hoffnung aussprechen, daß die verbündeten deutschen Regierungen hierin den aufrichtigen Wunsch erkennen werden, die erspaltenen Verhältnisse des deutschen Vaterlandes auf dem allgemeinsten Wege gegenseitigen Vertrauens und friedlichen Einverständnisses neu begründet und für alle Zukunft gesichert befestigt zu sehen, und daß sammtliche Genossen des Bundes in gleicher bundesfreundlicher Gesinnung hierzu bereitwillig die Hand bieten werden. Berlin, den 12. Dezember 1850. (gez.) v. Manteuffel. Circulare an die Regierungen in Deutschland.

Dänemark.

Kopenhagen, 11 Dez. Fädrelandet', das neulich so freigerich geflimmt war, und Kampf auf Leben und Tod mit Deutschland haben wollte, ist schon ruhiger Stimmung geworden, und findet die letzten Nachrichten, daß ein preußischer und ein österreichischer Commissär nach Holstein gehen sollen und eine eventuelle österreichisch-preußische Truppenmusterung — eigentlich nicht weiter beunruhigend. — In seinen Betrachtungen hierüber spricht es:

„Hierdurch würde durchaus nichts über die zukunftige Stellung der Herzogthümer entschieden sein, und es kann kaum irgend einen Zweifel anlerworfen sein, daß man sich bestreben wird, daß die sächsische Division so schleunig holsteinisch als möglich ausfällt, indem man sich auf den Bundesbeschluß von 1846 beruft, welcher so abgefaßt ist und durch die deutsche Presse in der Art und Weise ausgelegt ist, daß er einen guten Anhaltspunkt für die Vereinigung zwischen Schleswig und Holstein darbietet."

England.

London, 15. Dez. Vorläufig scheint Herr Bennett den Cardinal Wiseman von der eben nicht beneidenswerthen Rolle, den Hauptgegenstand der Zeitungsartikel zu bilden, ablosen zu sollen. In den gestrigen „Times" veröffentlicht ein Mitglied des Kirchenvorstandes der St. Pauls-Kirche, Herr J. Harington, einen Brief an den Bischof von London, worin er seinen Pfarrer vertheidigt, die Gebräuche angibt, welche derselbe zu unterlassen bereit sei, und mit großer liturgischer und rubricistischer Gelehrsamkeit nachwies, daß andere Gebräuche, wie das Anzünden von Kerzen auf dem Altar z. B., nicht rubricmäßig seien. Bemerkenswerth ist bei dieser ausgezeichneten Vertheidigung, die in St. Paul üblichen Gebräuche würden von allen Pfarrgenossen gebilligt und die Feierlichkeit, mit der dort der Gottesdienst abgehalten werde, hätte schon Manchen in der anglikanischen Kirche festgehalten. Die „Times" donnern gewaltig gegen Bennett und drängen ihn, doch katholisch zu werden; seit der Supremation der Königin leugne und die Nothwendigkeit einer aufsehenden Kirche behaupte, sei er ja kein Anglikaner mehr. Im „Morning-Chronicle" wird Bennett's Briefwechsel mit dem Bischof von London veröffentlicht. — Die Intoleranz steiler Anglikaner zeigt sich auf die mannichfaltigste Weise. Dem General-Postmeister Lord Clanricarde war eine Petition zugestellt, worin die Absetzung eines Briefträgers gefordert wurde; er antwortete, er ersehe aus der Eingabe, daß man gegen den Mann nichts Anderes habe, als daß er katholisch sei, und auf den Grund hin könne er ihn nicht absetzen. Viele Herrschaften entlassen ihre katholischen (irischen) Dienstboten, selbst solche, die ihnen Jahrelang treu gedient haben, und Dutzende werden dadurch brodlos; ein anglikanischer Prediger hat dazu neue Anregung aufgefordert. Er verrief sich dabei darauf, Pater Spencer habe die irischen Dienstboten aufgefordert, ihre Herrschaften und Mitdienstboten zu bekehren, obschon dieser erklärt hat, er dringe nur auf eine Bekehrung durch das Gebet und gutes Betragen. Für den Verfasser eines in den „Times" erschienenen andern Artikels steht es sestimmt, daß er an seinem Namensvetter (Nicolaus) inthronisirt werden, am Feste der unbefleckten Empfängniß zum ersten Male öffentlich auftreten wolle; trotz des Lärms blieb es bei dieser Anordnung: am 6. nahm er feierlich Besitz vom erzbischöflichen Stuhle Westminster, und am 8. hielt er, mit dem Pallium angethan, seine erste Predigt über die katholische Hierarchie, und verschierte den zahlreich herbeigeströmten Anglikanern zu ihrem großen Erstaunen, die Zahl der Uebertritte zur Kirche sei nie so groß gewesen, als eben jetzt. — An der Rechtheit des antipapistischen Briefes des Herzogs von Norfolk ist leider nicht mehr zu zweifeln.

Frankreich.

Paris, 15. Dez. Als Graf v. Montalembert seinen bewunderungswürdigen Bericht über die Schulgesetz-Materien erstattete, schrie die Montagne und wollte Reden: „Alles à la Tribune." Höflichkeit wird von den andern Blättern in tantasischer Weise wiederholt und commentirt. Wir wollen ein Pröbchen davon geben, damit man sehe, mit welchen Gegnern es die Partei der Ordnung zu thun habe, was für ein Gesindel nach Frankreichs Herrschaft strebt. Die „Sociale" eröffnet den Reigen; es will gesbrecht haben:

„Nichts," so hebt es an, „hat diesen bekrenzbenden, unerhörten, unerklärbaren — als Beimerker bei der Madame Sévigné würden wir genügen — Zwischenfall vorhersehen lassen, welcher jene Sitzung erheitert, besser gesagt, getrübt hat. Wir haben unsern eigenen Augen und Ohren kaum trauen können, als wir in dem stenographischen Bericht verlangt worden, wir, Hr. v. Montalembert hat eine zweideutige, in drei Punkte eingetheilte Rede gehalten, welche aus den absurdesten Alterthümern des Mittelalters hervorgesucht worden ist. Der ultramontane Redner hat den Titel eines großen, was sage ich, eines größten Barrisans, welche Frankreich je hoff ihn hinzu bedrhet hat, auch verdienen wollen. Soweit Alles gut. Aber, mit was für geheimnißvollen Zwecken hat er die Veröffentlichung dieses Denkmals mit dem Jahrestage der Erwählung des Präsidenten der Republik zusammenfallen lassen? Die Zukunft wird diese delikate Frage noch beantworten."

Das „Siecle" meint dann, Montalembert wolle die Wiederherstellung der Staatsreligion rc., und schließt:

„Der Zeitzug Roms im Innern beginnt. Es sind das die ersten Operationen der gegen die Gewissensfreiheit unternommenen Belagerung, eine Belagerung, die mit so vielen Mühen, mit so vielen Martyrern und so vielem Blute erkauft worden ist. Muth also, ehrwürdiger Pater!"

Die „Presse" ist, vom Pathos angehaucht'

entrüstet, daß man sich nicht scheue, so Kleinigkeiten halber die Religion Gottes in die parlamentarische Arena herabzuwürdigen. „Was, rief sie aus, hat denn die katholische Religion dem Hrn. v. Montalembert getan, daß er sie so behandelt!" Auf die Worte Montalembert's: „das Gesetz der Kirche befiehlt die Ruhe des Sonntags, eben wie den Sonntag," antwortet die „Presse": „Sie ziehen die Hostie in die politische Arena." — Das „Vote universel" sagt:

„Diese Amplifikation eines Mönches aus dem fünfzehnten Jahrhundert war dem frommen Berichterstatter wahrend eines Aufenthalts in Rom zur Buße seiner Sünden und seiner früheren liberalen Hirsche auferlegt. Für Leichte und wenige Nichts ist man kein Sacrist'an! und eine Stimme sagte: Amen."

Daß auch der „National" entrüstet ist, läßt sich leicht denken. Er klagt sein triviales Gewäsch mit den Worten:

„Der sünfte Akt des „„Tartüffe"" an Hrn. v. Montalembert. Wegen Sie zehnmal Sacristan sein, Monsignore, wir bitten Sie, uns die Gewissens- und Glaubensfreiheit in Ruhe genießen zu lassen. . . ." Die nun folgenden Schmähworte auf den ausgezeichneten Redner müssen wir anstandshalber übergehen. Zum Schlusse sagt das „gemäßigte" Organ des Radikalismus: „Man wird das Gesetz, was Sie vorschlagen, votiren, aber man wird auch sagen, daß Sie und die Ihrigen die Gewissensfreiheit untergraben haben. Dieses Gesetz, diese Sühnung, diese Rede kommentiren die römische Expedition und die von Ihnen inaugurirte und geleitete Politik. Ihr Sieg wird ein ephemerer sein, und Sie müssten Gott danken, denn gegen die Entrüstung aller Ehrenmänner wird Ihnen kein anderes Asyl bleiben, als ihre Verachtung."

Den rothen Blättern folgen die Organe der Politik des „Justemilieu". Wie jene, so sind auch diese für höhere Wahrheiten unempfänglich, und kennen nur das Alltagsleben einer menschlichen Politik und Berechnung. Der „Ordre" hält Hrn. v. Montalembert nicht für fähig, diese Frage zu lösen. Er bedauert, daß die Ansicht der Minorität nicht gesiegt hat, hält dann die Vertheidigung der Sonntagsfeier für unnütz und ruft aus:

„Ist es zart, ist es verschämt, zu behaupten, der Arbeiter sei dem täglich wachsenden Einflusse der Lüge und des Bösen hilflos anheim gegeben, die zuerst von den Lehrern der Philosophie, dann von der Literatur und Geschichte ausgestellt worden sind? Man sollte wirklich glauben, diese Phrase sei aus einer gehimmen Sitzung im Vatican hervorgegangen . . . . Klagen Sie mit dem Faualismus eines Sohnes des Krenzzuges diese Freiheit des Nichts an, verlangt und erlangt vom modernen Geiste unter dem Namen der Toleranz."

Der „Ordre" kann sich mit der Idee, vermittelst des Katholicismus dem Socialismus zu entrinnen, natürlich nicht vertraut machen. Das „Journal des Debats" führt noch einige erfundene Lesarte des Berichterstatters, seiner guten und frommen Absicht Gerechtigkeit widerfahren. Es unterschreibt zwischen dem Gesetzvorschlage und dem Berichte, erklärt sich gegen beide.

„Der Gesetzvorschlag, sagt es, konnte ein Akt der Schicklichkeit und religiöser Ehrfurcht sein; der Bericht hingegen dürfte das reifenhafte Titelblatt eines ganzen Sozialsystems sein, welches von dem unsrigen, das in die Sitten des Volkes so tief eingewurzelt ist, ganz verschieden ist. Wenn Montalembert blos in seinem Namen gesprochen hätte, so könnte man das Gesetz wohl votiren, ohne indeß die Gedanken und die Rede Montalembert's gutzuheißen. Er hat aber als Berichterstatter gesprochen", und darum meint das citirte Blatt den Bericht sowohl, als den Gesetzesvorschlag bekämpfen zu müssen, und träumt, wie die rothen Blätter, von einer neuen Staatsreligion, die Hr. v. Montalembert schaffen wolle.

Schweiz.

Bern, 17. Dez. Mittelst Kreisschreiben vom 9. d. giebt der Bundesrath den Kantonsregierungen Kenntniß von einer ihm durch Vermittelung der österreichischen Gesandtschaft zugekommenen Note, zufolge welcher durch kaiserliche Verordnung vom 6. v. Mts. den nach Bewältigung der Revolution in Ungarn in die kaiserliche Armee eingetretten und später desertirten ehemaligen „Insurgenten" ein Generalpardon unter folgenden Bestimmungen bewilligt wird: 1) Allen ehemaligen ungarischen Insurgenten, welche nach Beendigung der Revolution in der k. k. Armee eingetreft worden, und später, nämlich bis zum Tage des Kundmachung des gegenwärtigen Generalpardons, desertirt sind, jedoch bis Ende März 1851 sich bei irgend einer öffent. Militär- und Civilbehörde freiwillig stellen und sich keines anderen Vergehens schuldig gemacht haben, wird volle Straflosigkeit zugesichert. 2) Auf die Wohlthatigkeit haben auch alle jene vorerwähnten Individuen Anspruch, welche vom Tage der Kundmachung des gegenwärtigen Generalpardons entweder freiwillig oder selbst zwangsweise zurückgebracht sind, oder welche sich bereits wegen der verübten Desertion in gerichtlicher Untersuchung befinden, aber sich keines andern Vergehens schuldig gemacht haben. 3) Sollte der eine oder andere dieser Leute wegen der Desertion schon eine Strafe erlitten haben, so hat der Generalpardon für denselben die Wirkung der Nachsicht von der verhängten Verlängerung oder gänzlichen Abnahme der Capitulation. 4) Gleichwie gewärtigt wird, daß alle desertirten Leute in Anerkennung dieses neuerlichen Aktes der Gnade alsbald zu ihrer Pflicht zurückkehren werden, so wird dagegen nach Ablauf des im ersten Punkte bezeichneten Termins jeder Deserteur, selbst wenn er sich freiwillig stellt, unnachsichtlich der Strafe unterzogen werden, und es hiervon nur jener ausgenommen, welcher die Unmöglichkeit, früher zurückkehren, oder sich zu stellen, vollkommen nachzuweisen vermag.

Neuestes.

Frankfurt, 19. Dez. Auf gestern durch den Telegraphen von München hier eingegangene Ordre, werden die seit 2½ Jahren hier gelegenen 4 Compagnien des k. bayerischen 3. Jägerbataillons morgen früh unsere Stadt verlassen, auf der Eisenbahn nach Hanau befördet werden und von dort weiter nach Aschaffenburg marschiren, wo dieselben einstweilen in Cantonnirung bleiben werden. An die Stelle dieser 4 Compagnien wird morgen Vormittag um 6 k. hier das 1. Jägerbataillon von Hanau hier einrücken. Dem Vernehmen nach wird dasselbe auch das k. bayerische 1. Jägerbataillon von hier anfrechen, um in seine frühern Cantonnirungen zurückzukehren; dasselbe wird, wie verlautet, ebenfalls durch ein k. k. österr. Jägerbataillon hier ersetzt werden.

(F. D.-Z.)

Frankfurt, 19. Dez. Gegen 2 Uhr Nachmittag wird das k. k. österr. erste Jägerbataillon hier seinen Einzug halten, es kommt in die Kaserne am Hirschgraben zu liegen, und das erste bayer. Jägerbataillon bezieht das Deutsche Haus in Sachsenhausen.

Rotenburg, 16. Dez. Der bisherige Bundes-Civil-Commissär Graf v. Rechberg ist nunmehr wirklich von hier abberufen worden, und hat heute morgen seine Reise über Frankfurt nach Wien angetreten.

Dresden, 18. Dez. Die öffentlichen Blätter enthalten eine Bekanntmachung des Kriegsministeriums, wonach eine größere Anzahl von Artillerie- und Trainpferden, im Ganzen etwa 1200 Stück, wieder verkauft werden sollen.

Wien, 15. Dez. Se. Exz. der FM. Graf v. Radetzky ist heute früh halb acht Uhr von hier nach Mailand abgereist, nachdem er 6 Wochen in unserer Mitte verlebt hatte. Die Rückkehr Sr. Maj. des Kaisers und eine zahlreiche Generalität gaben dem Marschall das Geleit bis zum Bahnhofe; FZM. Heß aber trennte sich erst in Glogguitz von demselben, und kehrte um halb ein Uhr Mittags von dort zurück. (D. C.)

Paris, 16. Dez. Mazzini soll bei seiner neulichen Anwesenheit in Lyon als Matrose verkleidet gewesen sein, in dem Hause einer hohen Militärs gewohnt, und dort mit andern Oberoffizieren Conferenzen gehalten haben. Seine Anwesenheit war erforderlich zur Förderung seiner Anleihe, auf deren Rechnung schon Gelder zur Unterstützung der demokratischen Sache in Preußen verwendet wurden. Dieselbe soll günstig vorwärts schreiten, namentlich haben 65 bis 80 Deputirten in 30 Fr. beigetragen. Der Schatz der allgemeinen Demokratie enthält angeblich schon mehrere Hunderttausend Franken, welche nicht in der Burg von Frankreich, wohl aber, wie ein Journal versichert, nicht bei denselben hinterlegt sind.

Schwurgerichtsverhandlungen.

X.

Würzburg, 16. Dez. Als letzter Fall vor dem Schwurgerichte wurde die Anklage gegen den Landgerichtsdiener Gebüsen Dittel verhandelt. Derselbe hatte als Sportel-Summe von fl. 7 und 47 kr. einkassirt, und dafür eine falsche Quittung ausgestellt, was sich erst dann ergab, als der Nachfolger des erkrankten Gerichtsdieners den obigen Betrag als noch nicht bezahlt erheben wollte. Der Angeklagte wurde der Fälschung einer öffentlichen Urkunde für schuldig erkannt und vom Gerichtshofe zu 8 Jahre Zuchthaus verurtheilt. Präsident: App.-G.-R. v. Spreti; Staatsanwalt: App.-G.-R. Dr. Log, Vertheidiger: Advokat Schön. Die Geschworenen waren: v. Tubeuf (Odmann), Gopfert, Mayr, Englert, Berleng, Kehler, Ankenbrand, Dennerlein, Sauer, Jüngling, Markert, Mayr.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Frankfurter Cours.

Den 19. Dez. 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich Banknoten	104⅞	104⅞
„ 5% Metalliue	73	73½
„ 4½% „	66½	67⅛
„ 3% „	43⅝	43⅞
„ 2½% „	38⅝	39
„ 4% Bethmann	68	—
„ fl. 250 Loose v. J. 1839.	151	151½
„ 500 „ 1839.	68	—
Preußen 3½% Ct. Schuld Scheine.	83½	83⅝
„ Ztbl. 50 Prämien Scheine.	118	—
Bayern 3½% Obligationen	83	83½
„ 4% „	87½	88
„ 5% „	100½	100½
Würtemberg 3½% „	84½	84⅝
„ 4½% „	96⅞	97⅛
Baden 3½% „	79	79⅛
„ fl. 35 Loose	30½	30⅝
„ „ 50 „	51⅝	51⅞
Nassau fl. 25 „	25⅜	25⅞
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	70⅜	70¾
„ „ 25 „	26⅝	—
Polen fl. 300 „	29⅞	30¼
Sardinien Lire. 36 „	33	33½

Bekanntmachung.

Zu anständigen Weihnachtsgeschenken empfehlen wir in höchst eleganten Einbänden:

Legenden der Heiligen.
Leben und Leiden Christi Bücher, Breviere.
Allioli-Bibel in der Prachtausgabe.
Gebetbücher von Hungari.
Kirchengeschichte von Alzog oder Ritter.
Ueberhaupt Stoff im Ueberfluß für jedes Alter, jeden Stand und jeden Geschmack.

Paul Hanstische Buchhandlung,
an der Universität.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schreibhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 305. Würzburg, Samstag den 21. Dezember. **1850.**

Die heutige Demagogie.

Es ist ein Wort voll tiefsinniger Wahrheit, das der englische Geschichtschreiber Macaulay ausspricht: in jedem Zeitalter sind die schlechtesten Probestücke der Menschennatur unter Demagogen zu finden.

Es heißt daselbst weiter:

So hat unsere heutige Demagogie alle Laster und Lüsterneiten derjenigen Gesellschaft, gegen die sie ankämpft; ihren Egoismus zu Gesallen, sucht sie Reich und Arm im wildesten Hasse zu entzweien, verlegt sie den Kreuzzug gegen die materiellen und sittlichen Grundlagen der Gesellschaft, frohnt sie den niedersten Motivenjherrn, aus denen sie sich ihre Partei bildet. Die Revolution des Februars und ihre Nachwehen haben zur Genüge bewiesen, daß die Leute, die der zerrissenen Monarchie gefolgt sind, nicht um ein Haar schwerer wiegen; sie theilen alle Laster der Monarchie ohne eine einzige Tugend der Republik zu besitzen. Die Corruption, die Künstlichkeit, die Stellenjagd, die üppige raffinirte Genußsucht, der Mangel an Wahrheit in allen öffentlichen Verhältnissen — dies Erbe der Louis Philipp'schen Monarchie haben sie bewiesen, welche und blauen Republikaner nicht nur unvermindert angetreten, sondern nach Kräften vermehrt. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß die staatliche und gesellschaftliche Reform mit den Menschen und nicht mit den Formen beginnen muß, so wäre der Beleg dazu durch die Geschichte Frankreichs seit dem Februar 1848 überzeugend gegeben worden.

— Die altfränkischen und patriarchalischen Verhältnisse des frühern Handwerkslebens sind aufgelöst, das Familienleben und der sittliche Zusammenhang zwischen Meister und Gesellen zerstört worden, Genußsucht, Unordnung und Trägheit sind daraus die Folgen gewesen. So beschränkt zum Theil die Mittel und Hilfsquellen des kleinen Handwerks geworden sind, so sehr haben seine Ansprüche und Bedürfnisse zugenommen, das Wirthshauswesen, der Luxus, die Trägheit und Unregelmäßigkeit sind in dem Verhältnisse gewachsen, als die natürlichen Hilfsquellen vertrockneten. Wohl gibt es auch hier ehrenwerthe Ausnahmen, wo die Verkümmerung lediglich aus Verhältnissen entspringt, die zu beseitigen nicht in der Macht der Einzelnen liegt; aber im Durchschnitte haben die Untugenden der Zeit Meister und Gesellen gleichtief zerrüttet. Der alte Kleinbürgerliche Handwerker, der „sehrwo" durch die Welt ging, um schiefrisch in einem beschränkten Kreise Haus und Hof zu finden, mochte eine philisterhafte pedantische und altägliche Existenz führen; aber er war gleichwohl unendlich respektabler, als sein Nachkomme, der von der feinen Civilisation nur die Untugenden abgelernt hat. Der Handwerksbursche alten Schlags war noch eine soziale, in seiner Art poetische Erscheinung; in jedem Falle, selbst wenn er bettelte, viel ehrwürdiger, als das wüste, verschrobene, nichtsthuende Geschlecht von sogenannten „Arbeitern," die sich im Wirthshause mit der Lösung gesellschaftlicher Probleme beschäftigen und von denen irgendwo steht:

Um Propaganda der Freiheit zu treiben,
Ist das Wirthshaus doch der beste Ort;
Denn je fester wir sitzen bleiben,
Desto sicherer schreiten wir fort zc.

Keine widerwärtigere Erscheinung in unsern Tagen, als ein Republikanismus, der alle Untugenden der Bande Katilina's in sich vereinigt und keinen einzigen republikanischen Vorzug besitzt, der sich mit zudringlicher Bereitwilligkeit aller nationalen Empfindungen entäußert, sich allen Nationen an den Hals wirft, und in politischer Zerfahrenheit mit Slaven, Wallachen, Magyaren leider sympathisirt, ist mit dem eigenen Vaterlande, Nobelsperre und Tantow und alle ächten Jakobiner der Neunziger Jahre waren vor allem französisch, und konnten neben grandiosen Verbrechen auch wieder eines grandiosen patriotischen Aufschwungs fähig sein; unsere Wirthshauspatriotismer haben eine Anzahl Schlagworter von ihren Vorbildern abgelernt, aber das eine fehlt ihnen, was ihre Vorgänger aber das Gemeinschaft und Gemeine emporhob. — Was allen diesen Leuten gemeinsam war, das war die Hoffnung auf eine glückselige Zukunft ohne Mühe und Opfer. Es ist im Allgemeinen ein bezeichnender Zug in unserer Zeit, daß Jeder an die Gesellschaft oder an den Staat glaubt, Anforderungen an sie machen und einer sich selber, seine Neigungen und Gelüste dem Gesammtwohl unterzuordnen bereit ist. Das Jagen nach Genuß ohne Arbeit, nach Ernte ohne Aussaat ist eine epidemische Krankheit geworden, die sich namentlich der Jugend bemächtigt hat, um alle sittlichen Bindemittel der Gesellschaft aufzulösen trotz. — So waren denn auch die Führer nicht von dem Schlage fanatischer Puritaner oder „Rundköpfe" wie zur Zeit der Stuarts, noch weniger Männer wie Washington und Franklin, nicht einmal Revolutionäre, wie Danton einer war. Es waren meist Vertreter jener oben, gepriesten und unverdrossen Advokaten-Radikalismus, der in den dürftigen Sätzen einer gewissen Oppositionsdoktrin, die wahre politische Tüchtigkeit erblickte; oder es war jenes halbgebildete und anmaßende Schulmeisterthum, zu dem leider nicht nur die gewöhnlichen Schullehrer gehören; oder es waren gar Repräsentanten einer abenteuernden Literaturkunst, die eine unbegrenzte Freiheit für eine weit vorgerückte Gesinnung und den bodenlosesten Nihilismus für grandiose Genialität zu halten schienen. — Wie die Führer, so die Heere. Man mußte an der geruhmten Mundigkeit des Volkes verzweifeln, wenn man die Losorte von „Republikanern" hörte, die mit dem Mai 1848 aufzutauchen Vernahm man, wie der Bauer glaubte, die Republik sei ein Staat ohne Steuern, oder, wie der beschränkte Philisterstun meinte, eine Republik ließe sich eines schonen Tages nur so machen, wie man einen neuen Wirthshausschild aushängt, oder hörte man, wie jugendliche Jungen ihren Unsinn und ihre Unwissenheit mit einer blinden Verstockung gegen alle Einsicht und Erfahrung für Vernunft ausgaben, so mußte einem um die Zukunft des Volkes, worin sich solche Elemente vordrängten, überhaupt bange werden. Oder sollten die schiffbrüchigen Elemente jeder politischen Gesellschaft, sollten die bankerotten Wirthe und Handwerker, die verdorbenen Kaufleute, die durchgefallenen oder examenschen Kandidaten aller Klassen, die frechen und zügellosen Burschc, deren eingestandener Grundsatz die Gesetzlosigkeit war, sollten die eine neue Gesellschaft begründen können? Ebenso wenig als das frivole Judenthum, dem es in der vorhandenen Gesellschaft an allem nationalen Boden und an nationaler Ueberlieferung fehlt, und das sich, zum Dank für die bürgerliche Gleichstellung, dem gemeinsten revolutionären Nihilismus als Troß anhängt. — Gewiß konnte eine Revolution aus diesen Elementen, selbst wenn sie gelang, nimmermehr den Lebensbau einer Entwicklungen bieten, vielmehr war es Pflicht aller wahren Freunde freier politischer Zustände, mit aller Macht einer Erhebung entgegenzutreten, die sich in ihren Bestandtheilen, ihren Mitteln und ihren Zielen als die natürliche Feindin aller geistigen, sittlichen und politischer Bereitung ankündigte. — Es galt hier nicht mehr diese oder jene Verfassungsform, sondern es galt die geistige und sittliche Errungenschaft, die unsere Nation in Zeiten politischer Oede aufrecht erhalten hat; es galt die Frage, ob die Vermilderung der Sitten, der große Materialismus der Gesetzlosigkeit, die Hinterlist in den Mitteln, die Oberhand gewinnen, und ein freches Demagogenthum die Herrschaft des Unverstandes und der Mittelmäßigkeit begründen sollte? — Diese Schilderung eines Zeitgenossen und Augenzeugen trägt so unverkennbar das Gepräge der Wahrheit freilich des bittern Wahrheit, die dem Menschenfreund zu sehr klaglichen Betrachtungen stimmt, — daß wir kein Wort beizufügen haben. Die Macht der Wahrheit ist bereiter, als alle Worte.

Deutschland.

München, 19. Dez. Heute wurden vor dem Schwurgericht Verhandlungen gepflogen gegen den Redacteur des „bayerischen Eilboten," Hrn. Jakob Gottfried, welcher des Mißbrauches der Presse angeklagt ist, begangen durch drei Artikel in Nro. 108 („der Anfang vom Ende"), 115 („die furchtbarsten Wirren") und 119 („die Versammlung in der Eschenheimer Gasse") des genannten Blattes; dieselben enthalten Beleidigungen und Beschimpfungen des Bundestags in Frankfurt, und die Staatsbehörde sieht darin Beleidigung und Beschimpfung der bayerischen Staatsregierung, weil letztere notorisch bei dem Bundestage in Frankfurt durch einen Gesandten vertreten ist, und zu den in jenen Artikel angegriffenen Handlungen mitgewirkt hat. Der Angeklagte gesteht in der Verfasser der beiden ersten Artikel zu sein, und übernimmt die Verantwortlichkeit für den dritten, den ein Fremder in seinem Auftrage geschrieben, unbedingt. Nachdem der Staatsanwalt Frhr. v. Dürnitz die Anklage begründet, begann der Angeklagte selbst seine Vertheidigung zu führen, indem er seine Artikel als Kritiken politischer Acte erklarte, welche durch kein Recht begründet seien. Sein Vertheidiger, Rechtsconsulent Dr

Hermann, sprach darauf in vierstündiger Rede der Anklage-Akte entgegen. Der Staatsanwalt beschränkte sich, mit Uebergehung der historischen und staatsrechtlichen Ausführung des Vertheidigers, auf die Widerlegung des letzten Theiles von dessen Rede, und suchte wiederholt die Thatsache seiner Betheiligung der bayerischen Staatsregierung durch die Vertheidigung des Bundestages nachzuweisen. Der kurzen Duplik des Vertheidigers folgte die Fragstellung von Seiten des Präsidenten v. Grebbel. Derselbe legte den Geschworenen 13 Fragen über die beschuldigten drei Artikel vor, welche darauf hinausgingen ob der Angeklagte in den erwähnten einzelnen Aufsätzen sich des Vergehens des Mißbrauchs der Presse dadurch schuldig gemacht habe, daß er die bayerische Regierung durch Beimessung verächtlicher Handlungen und Gesinnungen, dann durch Beschimpfungen beleidigt habe? Auf sämmtliche Fragen antworteten die Geschworenen mit „Nein," und Hr. Gotthef wurde somit von der Anklage gänzlich freigesprochen. (A. Z.)

München, 19. Dez. Der dem nächsten Landtage vorzulegende Gesetzentwurf, die Revision des Gemeinde-Edikts betr., wurde von der Kreisregierung und dem hiesigen Magistrate zur Abgabe seiner Erinnerung mitgetheilt. Zu diesem Zwecke fand gestern Nachmittag eine außerordentliche Magistratssitzung statt, um das umfassende, wie wir hören, höchst gediegene Referat des zweiten Bürgermeisters v. Steinsdorf hierüber zu vernehmen, und den Gegenstand in Berathung zu ziehen.

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 18. Dez. Heute ist den Dörfern die dicht vor Kassel bayerische Einquartierung angekündigt. Mehrere bayerische Offiziere sind hier eingetroffen. Zeltmeisterlieutenant Graf Leiningen hat gestern unsere Stadt verlassen, u. ist heute Morgen dem Vernehmen nach zurückgekehrt.

(M. H. Z.)

Melsungen, 18. Dez. Auf drei Straßen rücken die Bundestruppen gegen Kassel an: die Brigaden v. Haidvogel und du Ponteil auf den Straßen von Marburg und Fulda bis jenseits Fritzlar und Melsungen, die Brigade v. Kalker von Bebra und Sontra auf der Leipziger Straße über Waldkappel gegen Kaufungen. Das Hauptquartier St. Durchl. des Fürsten von Taxis ist heute von Rotenburg hierher gekommen. Dagegen kommt das Hauptquartier des Generals Damboer nach Rotenburg. Der Bundeskommissär F.M.L. Graf v. Leiningen hat sich heute früh von Rotenburg nach Kassel begeben. Man sieht jeden Augenblick entscheidenden Nachrichten von dort entgegen. (F. D.-J.)

Hersfeld, 18. Dez. So eben Vormittags 10 Uhr passiren unsere Stadt weiter circa 1800 Mann Infanterie, 400 Mann Kavallerie und 150 Mann Artillerie mit 12 Geschützen königl. bayerische Truppen; dieselben werden in Rotenburg und in dasiger Umgegend Quartier nehmen.

(Fr. J.)

Kassel, 19. Dez. Nachdem die beiden Bundes-Commissäre v. Leiningen und v. Peucker die hiesigen Behörden aufgefordert hatten, den von ihnen aufgestellten Anordnungen zur Wiederherstellung der landesherrlichen Autorität Folge zu leisten, trat das Oberappellationsgericht sofort in Berathungen mit denselben, und ließ sich zu der Ueberzeugung bringen, daß die bisherige Widerstand ungerechtfertigt gewesen sei. In einer gestern abgehaltenen Sitzung des Gerichts, welcher Besprechungen mit dem Direktorium der hiesigen Behörden vorangingen, faßte dasselbe nämlich einstimmig den Beschluß: die Anordnungen der Bundes-Commissäre als berechtigte anzuerkennen. Heftige, von der Höhe herwehende Winde, haben in diesen Tagen manches Sittengemälde von der dort angehäuften bösen Luft gereinigt, und die nach vor Knyzen herrschende krankhaft gereizte abschiedsmüthige Stimmung bei denen Insassen merklich gebessert. — Auch heute sind die Preußen nicht ab- und die Bundestruppen nicht eingegangen. Erstere stauen schon zum Abmarsch bereit, da kam Gegenbefehl, nun heißt es, die Bundestruppen würden morgen bestimmt einziehen. Sie rücken Kassel immer näher. Die Dörfer der Umgegend in der Richtung nach Melsungen und Fritzlar sind von Preußen geraumt worden, um den Bundestruppen Platz zu machen, deren Hauptquartier jetzt Melsungen ist. — Seit einigen Stunden fällt dichter Schnee.

Kassel, 19. Dez. Wie wir vernehmen, ist durch eine Uebereinkunft der beiden Bundeskommissäre festgesetzt worden, daß außer den in der Dienstzer Punktation benannten zwei Bataillonen noch mehrere tausend Mann Exekutionstruppen hier einquartiert haben, um die etwa noch ferner widerständigen Behörden und Einwohner zur Pflicht zurückzuführen. Die beiden erst genannten Bataillone sollen unter den Befehl eines kurhessischen Offiziers gestellt werden, als dessen derselben nennt man das k. k. öster. 14. Jägerbataillon, das andere ist ein k. preußisches. Die aus dem Hanauischen abgerufenen kurhessischen Truppen werden vorerst in und bei Wabern Quartier nehmen. Wenn einige Zeitungen melden, Se. kgl. Hoheit der Kurfürst werde schon in den nächsten Tagen hierher zurückkehren, so scheint dies völlig unbegründet; von einer solchen Rückkehr dürfte wohl nicht eher die Rede sein, als bis die Autorität der Regierung in der Hauptstadt des Landes wieder vollständig hergestellt ist. (K. J.)

Hanau, 20. Dez. Heute Morgen trat ein Bataillon des kurhessischen Leibgarde-Regiments welches in der Umgegend cantonnirte, seinen Rückmarsch nach der Provinz Niederhessen an. Se. königl. Hoh. der Kurfurst, welcher ebenso wie bei dem neulich gemeldeten Abmarsch der Division Kurfürst-Husaren Allerhöchst selbst dieses Bataillon in der Nähe der Mittelbrücken vor seinem Abmarsche nochmals inspicirte, wurde von demselben mit einem donnernden Hurrah begrüßt, welches den freudigen Beweis liefert, daß die Bedauernswerthen-Vorfälle der letzten Vergangenheit die Gesinnung der Truppen nicht berührt haben.

— Die Obergerichtsräthe, welche ihren Abschied genommen, verreichen sich jetzt ihre Zeit damit, daß sie bei den öffentlichen Gerichtssitzungen des Obergerichts das Publikum bilden. Dieser Tage kam noch eine Reminiscenz und Episode aus dem Prozeß Auerswald-Lichnowsky vor, nämlich die Anklage wegen der damals und während der Verhandlungen des Schwurgerichts versuchten Bestechung von Zeugen. Die Sache wurde jedoch nicht beendigt, sondern weil ein Zeugniß nicht erschienen war, auf 14 Tage verschoben.

(K. J.)

Wien, 16. Dez. Der „Lloyd" bestätigt, daß Graf Buol-Schauenstein mit der Leitung der diplomatischen Verhandlungen in Dresden betraut worden, auch daß fürst Schwarzenberg und Hr. v. Manteuffel auf einige Tage zu den Conferenzen gehen werden.

Berlin, 16. Dez. Es dürfte bald nach der Conferenz von Dresden, sobald eine Gesammtregierung der deutschen Regierungen für eine neue Bundesverfassung und eine starke Centralgewalt erzielt sein wird, eine der zunächst erfolgenden Maßregeln der deutschen Centralgewalt in Bezeichnung mit mehreren europäischen Großmächten dahin gehen, durch Verträge mit der Schweiz jeder ferneren Aufnahme politisch compromittirter Flüchtlinge der verschiedenen europäischen Länder mit allem Nachdruck entgegenzuwirken. Wie man vernimmt, dürften auf Mitte Januar k. J. bedeutsame Schritte eingeleitet werden. (Berl. Z.)

Berlin, 17. Dez. Der Generallieutenant v. Müllsen ist nach Niederlegung des Ober-Commando's der schleswig-holsteinischen Armee nach Straßburg, in seine Heimath, zurückgekehrt.

(C. C.)

— Dem Hrn. Dr. Schnelka ist der Aufenthalt hier in Berlin von der Polizei gegenwärtig wieder gestattet. Es ist ihm nun zur Bedingung gemacht, sich oppositionellen Expektorationen gegen die preußische Regierung zu enthalten, und zugleich keine feindselige Berichte über preußische Zustände in auswärtige Blätter zu senden. Hr. Schnelka hat demgemäß sein Domicil von Spandau bereits wieder nach Berlin zurückgelegt. (Berl. J.)

Berlin, 18. Dez. Die Deutsche Reform bespricht das gestern mitgetheilte Cirkular, durch welches die deutschen Regierungen zur Beschickung der freien Conferenzen in Dresden eingeladen werden. Sie hebt zunächst hervor, wie als Hauptgrundlage für die Verhandlungen die Unauflöslichkeit des deutschen Bundes aufgestellt worden sei. Dieser Grundsatz müsse gleich für die Einladung ausgesprochen werden, weil der deutschen Staaten die Verpflichtung obliege, sie durch Parteiung zerrissene Band wieder anzuknüpfen. Müsse aber die Grundlage des Bundes aufrecht erhalten werden, so würden die bisherigen Grundgesetze desselben doch alle einer Revision unterliegen. Man sei sich aller Mängel auf das Deutlichste bewußt, welche der jetzigen Bundesverfassung anhaften, und werde namentlich die preußische Regierung werde in Dresden Gelegenheit nehmen, zu beweisen, daß es ihr nicht an Mitteln fehle, vor der Rückkehr zu den dadurch herbeigeführten Zuständen sich zu hüten.

— Die Deutsche Reform bestreitet die von der Conf. Zeitung gebrachte Nachricht, als habe der Wirkl. Geh. Rath v. Schleinitz das Commissorium für Schleswig-Holstein abgelehnt. Hr. v. Schleinitz ein Commissorium, aber das für Hessen. Dasselbe Blatt hat vernommen, daß der General v. Thümen als preußischer Commissär nach Schleswig-Holstein abgehen werde, und widerspricht dem Gerücht, der diesseitige Gesandte in Baden, Hr. v. Savigny, habe seinen Abschied gefordert.

— Nachdem der Kön. Ministerpräsident Hr. v. Manteuffel am 11 Uhr aus Bellevue zurückgekehrt war, wurde der Ministerrath sofort zusammenberufen. Gegenstand dieser im Justizministerium gepflogenen Berathung dürften die neuesten aus Kassel eingetroffenen Nachrichten gewesen sein, nach denen der Kurfürst sich jetzt viel weiter weigert, unter den bereits vereinbarten Verhältnissen nach Kassel zurückzukehren, vielmehr seine Rückkehr nun noch von der Annahme der September-Verordnungen abhängig machen will. Diese letztere Nachricht widerspricht den aus Frankfurt, resp. Kassel eingegangenen Nachrichten, D. Red.)

— Durch einen Schreibfehler ist gestern die Notiz in unser Blatt gekommen, daß der Professor v. Henning mit zu den Dresdener Conferenzen gehen würde. Den Grafen v. Alvensleben wird Graf von Flemming begleiten, nicht aber Prof. von Henning.

Italien.

Mailand, 12. Dez. Der Kongreß der lomb. Bischöfe ist nun aufgelöst, und seine Mitglieder haben sich wieder auf ihre Sitze in die Provinzen zurückbegeben. Die Akten ihrer Sitzungen liegen, wie man uns versichert, dieser Tage gedruckt und veröffentlicht werden, und daß man darauf sehr ungeduldig wartet, läßt sich leicht denken. Den dichten Schleier, der diese Verhandlungen des lomb. Episkopats umhüllt, vermögen wir leider nur unbedeutend zu lüften, indem wir auch sicherer Quelle mittheilen, daß besonders über die Mittel zur Ausübung des religiösen Unterrichts in den Seminarien, dann darüber berathen wurde, wie dem täglich um sich greifenden Unglauben und Sittenverderbnisse zu steuern, der Verbreitung unglaubiger Bücher anzuhelfen und die Verbreiter der Religion und der guten Sitten aufzumuntern und zu unterstützen seien. Einen besondern Gegenstand der Aufmerksamkeit bildeten in dieser Versammlung die Begünstigungen, welche im verflossenen April der Kaiser Franz Joseph der Kirche in seinen Staaten zugestanden, und die zu ergreifenden Maßregeln um nicht nur der zugestan-

denen Begünstigungen ganz theilhaftig zu werden, sondern um auch noch größere Vortheile und eine ausgedehntere Freiheit des Handels und Wirkens für das Evangelium und den Kreuz zu erlangen. Mit diesen kurzen Angaben müssen wir uns für jetzt begnügen, hoffen aber später in größerer Ausführlichkeit auf diesen Kongreß zurückkommen zu können.

Vermischte Nachrichten.

Wir haben neulich einen Globus Erwähnung gethan, der auf der Londoner Ausstellung glänzen und durch seine Dimensionen alles bis jetzt in diesem Fache Gebotene übertreffen sollte. Nun ist ein zweites Ungeheuer dieser Art angekündigt, welches seiner Construktion nach eben so sonderbar als lehrreich zu werden verheißt. Dieser Globus enthält nämlich eine magnetische Achse, die an ihren Enden mit zwei großen Batterien verbunden das Prinzip des Erdmagnetismus und der Geologie (des Mr. Hopkings) veranschaulichen soll. Die Achse wird horizontal, durch Stützpunkte gehalten, angebracht werden, auf letzteren wird eine Plattform für die Beschauer angebracht, von wo aus man die Uebersicht des Globus mit seiner gegenseitigen Rotation der Morgen- und Abendröthe u. s. w. wird genießen können.

*

„Reichsstanariusvogel" befindet sich in New-York und kündigt in der dortigen Zeitung an: „Neue deutsche Schule von A. Nicolaus von Oels." Man bemerkt gefälligst die „Adel-similirende" Stellung des Kanarienvogel-Namens, ganz à la „Hoffmann von Fallersleben", und das Wörterbuch, sich in „adelsgenossenden Lande der bürgerlichen Freiheit" mit dem anfangenden, was man in dem „alten, franken Europa" zu begreifen sich bemüht. — Eine hübsche Sorte von Schülern wird aber aus den Kanarienvogels Schule hervorgehen, wenn sich des Sprachwort bewähren sollte: „Wie die Alten singen, zwitschern die Jungen!"

Neuestes.

München, 16. Dez. Allgemeinen Unwillen erregen die Ausfälle der „N. Preuß. Zeitung" gegen Dr. v. d. Pfordten. Ein Blatt, welches solchen Dingen seine Spalten öffnet, richtet sich selbst. Die historisch politischen Blätter haben dieser Tage einen öffentlichen Akt der Gerechtigkeit gegen dieses Blatt geübt, welches noch dann an seiner Stirne das Kreuz zu tragen wagte, als es im Tone gewöhnlicher Revolutionstrompeter zum Bruderkrieg gegen die bundestreuen deutschen Staaten aufforderte.

Augsburg, 19. Dez. Der Sohn eines der ersten hiesigen Bankiers, Frhr. Konstantin v. Schäzler, ein sehr unterrichteter und talentvoller junger Mann, soll in Rom zum Katholizismus übergetreten sein, mit der Absicht, Ordensgeistlicher zu werden.

Speyer, 16. Dez. Unsere Postexpeditionen haben den Auftrag, Bestellungen auf inländische Zeitungen nur dann anzunehmen, wenn sich die Besteller bereit erklären, eine allenfallsige Erhöhung des Postanschlags nachzuzahlen. Es scheinen deshalb Aenderungen im bisherigen Verhältnisse der Zeitungen beabsichtigt zu werden. — Unser Landrath hat für den Ankauf des Magdalenenhofes bei Klingenmünster und daß zu erbauende Kreis-Irrenhaus daselbst die Summe von 213,000 fl. aus Kreisfonde bewilligt. Die Genehmigung der k. Staatsregierung ist mit Sicherheit zu erwarten, und so dürfte denn endlich ein dringendes Bedürfniß für unsern Kreis befriedigt werden.

Frankfurt, 20. Dez. Diesen Abend um 3 Uhr rückte das k. k. österr. 1. Jägerbataillon geleitet von General v. Schmerling und dessen Generalstabe, sowie von sämmtlichen Musikchoren der hier liegenden Truppen hier ein.

— **Frankfurt**, 20. Dez. Hr. Schoff und Spadicus Dr. Harnier trifft heute als Bevollmächtigter unserer Stadt nach Dresden zu den freien Conferenzen.

Fulda, 19. Dez. Im hiesigen Lazarethe liegen noch ungefähr 70 kranke preußische Soldaten, welche von einem dafür zurückgebliebenen preußischen Militärarzte behandelt werden. Vor einigen Tagen traf ein preußischer katholischer Feldprediger aus dem preuß. Hauptquartier zu Bastia hier ein, um diesen wenigen Soldaten den Trost ihrer eigenen Religionsgenossen zu spenden. Eine solche, sich auf den einzelnen Mann erstreckende Sorgfalt ist ein Beweis von dem in jener Beziehung hohen Standpunkte der preußischen Kriegsoberwaltung.

Hamburg, 16. Dez. Von Seiten der Altonaer Polizei werden bereits jetzt, als wären schon Commissäre im Lande, ungarische Flüchtlinge, die selber ungeführt in unserer Nachbarstadt verweilen konnten, aufgewiesen. Man will wissen, daß dies mit Wissen und Willen der Stadtobrigkeit geschehe!

Hamburg, 18. Dez. Der Syndicus unserer Stadt, Dr. Banks, bei den Conferenzen in Dresden accreditirt worden.

Stuttgart, 19. Dez. Als Bevollmächtigter von Württemberg trifft heute der Geheime-Legationsrath v. Neurath nach Dresden ab. Ihm ist als Sekretär beigegeben der Geheime-Rath-Sekretär Graf v. Taube. Der Minister-Rath war in den letzten Tagen angelegentlich mit Entwerfung der Instruktionen zur Hrn. v. Neurath beschäftigt.

Reutlingen, 18. Dez. Gestern Abend war wieder eine Versammlung im Löwen, welche eine Petition an das Ministerium beschloß, dahin gehend, dem Treiben der hiesigen Demokratie ein Ende zu machen.

Darmstadt, 19. Dez. Staatsminister v. Dalwigk wird in den nächsten Tagen nach Dresden reisen, um das Großherzogthum bei den dortigen Ministerconferenzen zu vertreten. Geheime Staatsrath Hallwachs wird sich ebenfalls dahin begeben, Ministerialrath v. Schenck hat einstweilen das Ministerium des Aeußern übernommen.

(A. D-3.)

Dresden, 17. Dez. Dem „Dresdener Journal" zufolge soll nach den Conferenzen auch eine persönliche Zusammenkunft der Kaiser von Oesterreich und des Königs von Preußen stattfinden, um die deutschen Monarchen von den aufrichtigen friedlichen Verhältnissen der beiden Staaten und ihrer Regenten zu überzeugen.

Berlin, 18. Dez. Gestern Abend ist der Cardinal Reisach von Dresden hier angekommen, um den König von Preußen zu seinem neuen Würde vorzustellen. Der vortragende Rath im Cultusministerium, Geheimrath Dr. Brüggemann, empfing den hohen Prälaten auf dem Eisenbahnhofe.

London, 17. Dez. Mazzini bereitet ein italienisches Meeting im antipopstlichen Sinne vor.

London, 19. Dez. Cardinal Wiseman hat von J. J. M. dem Kaiser von Oesterreich und dem König von Bayern, wie von dem Präsidenten der französischen Republik eigenhändig geschriebene Glückwünsche erhalten.

Paris, 18. Dez. Das revolutionäre Centralcomite in London hat die heftigsten Reden und Journalartikel, welche in London bei Gelegenheit der anti-papistischen Agitation zu Tag gekommen, ins Italienische und Französische übersetzen und in Brochuren zusammenstellen lassen, um diese in Italien und Frankreich zu verbreiten. Mehrere Ballen dieser Brochüren sind in einem französischen Hafen in Beschlag genommen worden. Sie waren für die Bretagne und die südlichen Departemente bestimmt.

T. D. **München**, 19. Dez. Die Kammern sind für den 3. Februar 1851 einberufen. (S. D-3.)

Bericht des Grafen von Montalembert über die Sonntagsfeier.

Derselbe hat die Sitzung der französischen Nationalversammlung vom 10. Dez. saß ganz ausgefüllt. Die Verhandlung wurde dadurch, je nach den Parteien, in entgegengesetztem Sinne, auf das Lebhafteste erregt; die Mehrheit hat den darin so muthvoll und schon ausgesprochenen Prinzipien der gesellschaftlichen Ordnung entschiedenen Beifall gespendet; die wuthentbrannte Opposition hat dem Redner die Anerkennung, die er nicht erwarten konnte, die Ehre, von ihr unterbrochen und beleidigt zu werden, in reichem Maße gezollt.

Derselbe lautet im Auszuge, wie folgt: Ich habe die Ehre, den Bericht der mit Untersuchung des Gesetzvorschlages von D'Olivier über die Beobachtung der Sonn- und Festtage beauftragten Commission vorzutragen, meine Herren! Wir haben zum Gegenstande unserer Berathungen eine Maßregel gehabt, welche für die Würde des französischen Volkes, für seine moralische Freiheit und die wahre Sicherheit des gesellschaftlichen Körpers von der höchsten Wichtigkeit ist. Sie berührt die erhabensten Fragen, welche der Erwägung von Gesetzen über von Versammlungen unterliegen können; sie gehört gleichzeitig in den Bereich des persönlichen Gewissens und der öffentlichen Ordnung, um beide sicherzustellen und mit einander zu versöhnen. Hervorgegangen aus der weisen und todesmuthigen Initiative eines unserer ehrenwerthesten Kollegen, ist sie der Gegenstand der gründlichsten Untersuchung gewesen, und mit Vertrauen wagen wir der Versammlung zu sagen: sie wird ihr Mandat ehren und dem erschütterten Lande, der fraulen Gesellschaft einen bedeutenden Dienst leisten, indem sie den Gesetzvorschlag annimmt. (Lachen zur Linken, Beifall zur Rechten.)

Sie werden, m. H., keinen anderen Beweis von der Nützlichkeit der Sonntägigkeit der sonntäglichen Ruhe erwarten. Sie alle wissen, daß eine regelmäßige Ruhe nach der Arbeit eine Nothwendigkeit, ein soziales und politisches, wie ein physisches und moralisches Gesetz ist, ebenso wohl erforderlich für die Gesundheit, wie für den Gewerbefleiß. In allen Zeiten, allen Ländern, allen Classen ist dieses Recht festgehegt, dieses Bedürfniß fühlbar, ist die Ruhe ein Verlangen. Wir selbst, die Gesetzgeber, mit welcher Freude sehen wir nicht das Ende einer Woche voll Arbeiten, Kämpfe und Unannehmlichkeiten herannahen! (Neues Lachen links.) Wenn wir schon tanfend Ursachen haben, auf die Sonntagsruhe, den verdienten Lohn unserer Arbeiten und Mühen, genau zu halten, um wie viel mehr sind wir verpflichtet, auf Mittel zu denken, diese Wohlthat den Millionen unserer Mitbürger zu verschaffen, welche arbeitsamer und angestrengter sind, als wir. (Beifall zur Rechten.) Wir müssen damit eilen; denn sonderbarer Weise wird diese sosbare Wohlthat, welche durch die Erfahrung von sechzig Jahrhunderten geheiligt ist und durch die Religion aller Völker zur strengsten der Pflichten erhoben wird, in Frankreich mißkannt, wie sost nirgendwo und niemals!

Wenn es noch einen Tag der Erholung für den Reichen gibt, so ist es doch für den Armen, für den Arbeiter, der Sonntag nur noch entweder ein Tag der Arbeit, oder ein Tag der Unglückenbreit. Wenn auch bis jetzt die Ruhe des Sonntags noch zimlich treu in vielen Landgemeinden beobachtet wird, so wird sie doch in den Städten sost allgemein übertreten. Eine traurige Erfahrung aber lehrt uns, daß der mehr und mehr zunehmende Verfall des Landes mit den Städten dem bösen Beispiele und den verderblichen Lehren, deren Heerd die letzteren sind, eine täglich kräftigere Wirksamkeit verleiht. (Lachen links, Beifall rechts.)

Die ländlichen Bevölkerungen müssen also endlich angetrieben und mitgerissen werden. Noch sind sie zurückzuhalten! Aber es ist die höchste Zeit, das Ansehen des Gesetzes und die Bestimmungen der Obrigkeit einschreiten zu lassen, wenn wir nicht

wollen, daß Frankreich die erste unter den Nationen sei, welche der Welt das Schauspiel eines Landes giebt, wo eine der heiligsten Verpflichtungen der Natur und der Religion unter die Füße getreten wird, wo nichts mehr äußerlich den Anbetag von der Woche, die der Arbeit gewidmet ist, unterscheidet. Wenn wir Zeit zu verlieren hätten, so würden wir und über das Verbrecherische und Thörichte, was ein solches Resultat schon, aus rein nationalem und materiellem Gesichtspunkte betrachtet, haben wurde, verbreiten und den Ursprung der sobeutagigen Wiederkehr der Ruhe erörtern, das Alter derselben, ihre Uebereinstimmung mit den Gesetzen der Natur und der Geschichte, mit den Bedingungen der Physiologie und der Gesundheitslehre nachweisen. Wir würden unter den größten Feinden der Religion und der Gesellschaft, die wir zu bekämpfen hätten, Schriftsteller hervorheben, welche die Nothwendigkeit der Ruhe für die Gesundheit nicht allein im Allgemeinen, sondern mit Bezug auf die regelmäßige Wiederkehr des Sonntags und ihre genaue Uebereinstimmung mit den Kräften der Menschen, anerkennen, beweisen und proklamiren. Aber wir glauben, daß das Gesetz, dem wir neues Ansehen zu geben bemüht sind, sich auf andere Motive stützt und wir gestehen sie ohne Umschweife. Wir wollen keine Aushülfe zu Hülfe nehmen. Wir verlangen von Ihnen einfach und offen, das wiederherzustellen, was der Majestät Gottes und der Würde des Armen zukommt, (Beifall zur Rechten, Murren zur Linken,) welche beide durch die Entheiligung des Sonntags verletzt und beschändet worden! Wir wollen keineswegs Ihnen hier eine Maßregel der Gesundheitslehre oder der Staatswirthschaft vorschlagen; wir beschränken uns darauf, im Vorbeigehen zu konstatiren, daß die anerkannesten Resultate dieser beiden Wissenschaften die seit nur zwei Jahren dieser Gerechtigkeit und Nützlichkeit nur bestätigen, und wir schlagen Ihnen ein Gesetz vor, welches dazu bestimmt ist, Gott eine öffentliche Anerkennung zu zollen und der Seelenfreiheit und dem Gewissen aller Christen eine unentbehrliche Bürgschaft zu geben. (Beifall.)

Von allen Selbsttäuschungen halten wir diejenige für die unsinnigste, und die, welche am Grundsatze sich selbst hält, daß man glaubt, man könne eine menschliche Gesellschaft in der Achtung vor der bürgerlichen Ordnung und vor den Rechten des Eigenthums erhalten, wenn man zulässt, daß die moralische Ordnung und die Rechte der Religion verkannt werden. Ja, zu glauben, man könne Gehorsam vom Volke verlangen, wenn man selbst das Beispiel des Ungehorsams gegen den höchsten Gesetzgeber gibt, das ist ein eben so unsinniger als verbrecherischer Irrthum, besonders wenn das Beispiel solchen Ungehorsams von denen gegeben wird, welche am meisten dahei interessirt sind, das Ansehen und die moralische Kraft der Obrigkeit zu erhalten. Es ist Niemand gestattet, den Völkern eben so wenig, wie den Einzelnen, von Gott der Gesellschaft zu Gunde gelegten, ewigen Gesetze zu verletzen, ohne daß sie selbst hienieden schon ihre Strafe finden. Dieses ist das nothwendige Ergebniß unserer schmerzlichen Erfahrung in der Vergangenheit und der Grund unserer nicht minder schmerzlichen Befürchtungen für die Zukunft. Um das Uebel zu heilen, welches uns zerfrißt, muß man auch ein moralisches Heilverfahren mit der vereinigten und kräftigen Anwendung der Gewalt verbunden werden. Die materiellen Güter bewahren wollen, ohne die moralischen Interessen in ihre Rechte wieder einzusetzen, das würde ins Blaue arbeiten heißen, das würde eine Vorbereitung zu unersetzlichen Niederlagen, zu neuen so verhängnißvollen als wahrverderbten Täuschungen sein.

Diejenigen, welche meinen, man habe noch nicht genug gethan, welche allen Umfturz eine Wohlthat, und jede Revolution einen Fortschritt nennen, welche auf die Zerstörung der bestehenden Gesellschaft spekuliren, um auf ihren Trümmern die Verwirklichung ihrer Hirngespinnste und den Triumph ihrer Begierlichkeit zu erreichen, diese beunruhigen sich nicht über die wachsende Unsittlichkeit des Landes, noch beklagen sie dieselbe; wir wissen es, und sind nicht verwundert darüber. Aber daß diejenigen Männer, welche das, was von der alten französischen Gesellschaft noch übrig ist, retten wollen; daß die Männer, welche den Ueberlieferungen des häuslichen Heerdes treu geblieben, oder welche durch die schreckliche Lehrzeit, worauf alle Völker ohne Ausnahme unterworfen worden sind, daß diese noch vor der großen moralischen Krankheit, welche alle Klassen der französischen Bevölkerung angesteckt hat, die Augen schließen und ruhigen Gemuths bleiben konnen — das läßt sich weder begreifen noch entschuldigen!

Man fragt sich mit Erstaunen und Schrecken: woher wird Moffen von Ehrgefühl, Treue und Glauben, welche in den Tagen burgerlicher Zwietracht aufwachen und, wie die Barbarenhorden vor sunfzehn Jahrhunderten, eine ganze Civilisation zu verschlingen drohen? (Beifall.) Man hat Recht, davor zu erschrecken, aber man hat nicht Recht, darüber zu erstaunen. Sie stegen herauf aus jenen Abgründen, in die eine Reihe Verirrung hinuntergestoßen hat, indem man sie zwang, am Sonntag zu arbeiten (Widerspruch zur Linken); indem man sie Allem entzog, was die Religion zu ihrer Unterweisung und zu ihrem Trofte an diesem großen Tage so mütterlich eingerichtet hatte; indem man zugab, daß der Stempel der Unwissenheit von Jedem unerstandiger Habsucht über ihre Stirne aufgedrückt ward; sie sind ausgehungert, weil man sie aller geistigen Nahrung beraubt hat; sie sind ohne Glauben, weil die Reichen und Unterrichteten seit einem Jahrhunderte mit unermüdlicher Beständigkeit daran gearbeitet haben, diesen Schatz aus ihrem Herzen zu ziehen (Spottischer Beifall zur Linken); sie sind gesetzlos, weil man sie ihre Rechte nicht hat kennen lernen, sie selbst das nicht der Gesetze verletzen, sie gelehrt haben, sein Gesetz mehr zu achten!

Unser Väter wußten und glaubten, daß das Gebot, der Gottesdienst, die öffentandige und praktische Gottesfurcht die einzige bleibende und unerschütterliche Grundlage derjenigen Achtung sind, welche die Gesellschaft für das menschliche Gesetz, für die öffentliche Ordnung für das persönliche Eigenthum fordert. Gemäß dem Glauben, welchen wir gleich ihm bekennen, ist die Gesellschaft ein Werk Gottes, wie das menschliche Leben ein Werk, das der Mensch wohl zu zerstören vermag, wie er sein eigenes Leben zerstoren kann, aber dessen Erstörung er eben so wenig neu schaffen kann, wenn er es zerstört hat, als er jene wesentlichen Bedingungen zu ändern im Stande ist, so lange es besteht. (Beifall rechts, Aufregung links.) Es giebt keine Gesellschaft ohne Religion, weil es keine Gesellschaft ohne Opferwilligkeit und Unterthänigkeit giebt, und diese beiden Gesinnungen nur aus dem Glauben entspringen konnen. Es giebt aber keine Religion ohne Gottesdienst, und keinen Gottesdienst ohne Sonntag. (Oho-rauscht, Gelächter zur Linken), denn für alle christliche Volker werden an diesem Tage die Bande zwischen dem Menschen und Gott wieder angeknupft und gestarkt, welche den Namen wie das Wesen der Religion ausmachen. Die Ruhe des bedeuten Tages ist die Grundlage dieses heiligen Bundes; sie ist dessen Zeichen, dessen Symbol und Grundbedingung. Die öffentliche, allgemeine, bestandige, offizielle Verletzung dieser Bedingung ist die Zerstorung des gottlichen Bundes selbst. Sie kommt einem öffentlichen Bekenntnisse des Atheismus gleich, denn sie hat zur notwendigen Folge die Unterdrückung der Kenntnis und Ausübung der Religion. Sie ist eine Gott offentlich hingeworfene Herausforderung.

In Frankreich dagegen, in allen unsern Städten und in einem großen Theile unserer Landgemeinden, wird die Ruhe des Sonntags übertreten und der Gottesdienst, welcher Folge und Bedingung dieser Ruhe war, verabsaumt. Die Seele wird ihrer Nahrung und zugleich der Korper einer Erholung beraubt; der Arme und der Reiche verfallen ohne Schutz dem taglich wachsenden Einflusse der Lüge und des Bosen überliefert. Wir leben in einer Zeit, wo das Bose, was die Meister der Philosophie, der Literatur und der Geschichte zuerst ausfaeten (Gelachter zur Linken), durch die tägliche Arbeit vieler Tausend unermüdlicher Hände bis in die dunkelsten Winkel der Gesellschaft verbreitet wird; in einer Zeit, wo die beleidigte Gerechtigkeit oder so vielen Schuld zur Irrreitung und Herabwurdigung des Volkes sich geben, als man in andern Jahrhunderten daran setzte, die Gesinnungen des Volkes zu lautern und zu erheben. (Gerausch zur Linken.) Und siehe, eben das Gegengewicht, welches der öffentliche Gottesdienst, die stets regelmäßig wiederkehrende Belehrung über die offenbarte, unsichtbare, übersinnliche Wahrheit der verirrten Vernunft und den entgegensetzen Leidenschaften entgegensetzte, bestand heute, zu schwache Gegengewicht ist bei uns fast verschwunden! In schandlicher Spitzfindigkeit ist man darauf verfallen, in einer Menge von Fabriken und Kaufladen die Arbeit am Sonntage gerade so lange zu unterlassen, bis die vorgeschriebenen gottesdienstlichen Handlungen vorbei sind, um so dem Bösen die Freiheit zu sichern, nachdem man die Freiheit des Guten vernichtet hat. So ist die Entheiligung des Sonntags der Verderb der moralischen und physischen Gesundheit des Volkes, und zugleich der Verderb der Familien und der religiosen Freiheit geworden.

Angesichts dieser Thatsachen und unter dem Eindrucke dieser Ueberzeugungen haben wir Ihnen wenigstens irgend ein Heilmittel vorschlagen wollen, — ein Heilmittel, welches weit entfernt ist, der Große des Uebels zu entsprechen, aber vielleicht das einzige, welches der Zustand unserer Sitten und die Grundsätze unserer Staatsverfassung zulassen. Man wird uns sicherlich nicht den guten Grundsatz der Autonomie und Souveränetät des Staates in religiöser Dingen entgegenhalten. Der Staat ist ohne Zweifel nicht berechtigt, die Vorschrift einer Religion zu bestimmen, die Disciplin einer Kirche zu erklären oder zu ändern; aber er ist nicht inkompetent, die von der Gesellschaft bekannte oder begehrte Religion anzunehmen oder anzuerkennen. (Bewegung auf der Linken.)

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Gold- und Silber-Sorten.

	fl.	kr.
Neue Louisd'or	11	3
Friedrichsd'or	9	30½
Dukaten	5	36
20 Frank-Stücke	9	21½
Holländische 10 fl. Stücke	9	49½
Preußische Thaler	1	45
5 Frank-Thaler	2	20½

Bekanntmachung.

Zu anständigen Weihnachtsgeschenken empfehlen wir in hocht eleganten Einbänden:

Legenden der Heiligen.
Leben und Leiden Christi Bucher, Brevier.
Allioli-Bibel in der Prachtausgabe.
Gebetbücher von Hungari.
Kirchengeschichte von Alzog oder Ritter.
Ueberhaupt Stoff im Ueberfluß für jedes Alter, jeden Stand und jedes Geschlecht.

Paul Hatmsche Buchhandlung,
an der Universität.

Theater-Anzeige

Sonntag den 22. Dez. 1850.
Oberon, König der Elfen.
Große romantische Feen-Oper in 3 Aufzügen mit Ballet.
Musik von C. M. v. Weber.

Druck von Joseph Stelz in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 102.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreiberhof 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 306. Würzburg, Montag den 23. Dezember. **1850.**

Die Zustände unserer Gegenwart.

Daß der gegenwärtige Zustand der civilisirten Welt sowohl für die Regierungen als für die Völker kein glücklicher ist, das wird von Pessimisten wie von Optimisten gleichmäßig anerkannt. Mag unsere civilisirte Welt jetzt in äußerer Beziehung viel Interessantes und äußerlich Großes aufzuweisen haben; mag z. B. die äußere Verbreitung unserer Civilisation über alle Länder und Meere dieser Erde eine Erscheinung sein, die zu den merkwürdigsten Erscheinungen aller Zeiten gehört; mag unser Handel eine Ausdehnung, Größe und Regelmäßigkeit haben, wie noch niemals in der Geschichte bemerkt worden; mögen Industrie und Gewerbe unter uns jetzt eine Geschäftigkeit und Geschicklichkeit zeigen, die eben so nützlich und interessant, als ganz außerordentlich ist; mögen wir unsere Dampfschiffe, Eisenbahnen und viele derartige Erfindungen unserer Zeit, besonders in der Maschinerie, mit Recht bewundern; mag bei uns neben einem Schul- und Unterrichtswesen, wie die Welt noch keines gesehen, ein nagebrauntes Gewerbsthumwesen mit außerordentlicher Schnelligkeit allerlei Wissen, einen raffinirten ungemeinen Lebenserfindungsstand und ein freieres Benehmen durch alle Klassen bis tief unter die Welt verbreiten: — das unser Leben und der wahre Gehalt unserer civilisirten Welt ist im Ganzen wie im Einzelnen in dem Zustande eines offenbaren Verfalls.

Herz und Geist werden in unseren Menschen wunderspruchvoll dressirt und leer. Tausende von Erscheinungen, welche durch den äußern Anstand einen raffinirten Schein, durch die Ordnung der Polizei und der Schulen, durch die vielen Phrasen, wohlgesetzten Worte und überhaupt durch die ganze äußere Formelei einer über- und verbildeten Welt auf allen Punkten der Gesellschaft hindurchdringen, übergenommen und davon. Die verschrobenste Unruhe im öffentlichen und Privatleben; Geschäft und Charakterlosigkeit bei vielen großen Worten; kleinliche Selbstsucht bei den aufgeschwätztesten Ehrlosigkeiten; blos gemein irdische Gesinnung und krasses materialistisches Bestreben, als suche man an der Materie und der blos gemeinen Wirklichkeit Erfüllung und Befriedigung, Maßlosigkeit der Begehrlichkeit bei Hohen und Niedern; Sinken aller Religiosität; Gewissen- und Wahrheitslosigkeit im Leben wie in der Presse; gräuliche Verwirrung aller Begriffe über Gutes und Böses, tiefe Entmuthigung und Verzweifelung der Rechtlichen in den verwirrungsvollen Schwall populärer Raisonnements, der Tugend in die blos gegnerische Aufmerksamkeit, der Kunst in die Industrie; Sieg der Kleinen und der Großen gegen die Autorität; Auflösung von Treue und Glauben; anfallende Lust und Begeisterung für Anarchie in der Gesellschaft und in dem Privatleben. — Diese und viele andere diesen ähnliche Erscheinungen brechen in den verschiedensten Gestalten unter uns jetzt üppig hervor. Sie alle sind die nothwendigen Folgen der Herzen und leer gewordener Geister und Ideen.

Wie dieses aber unwetterdrohend der gegenwärtige Zustand unserer civilisirten Welt mehr oder minder durch alle Länder ist, so ist es ebenfalls der Zustand Deutschlands insbesondere. Den mochten wir sehen, der den jetzigen Zustand dieses großen Landes bei aller äußern Ausbildung seiner Schulen und Schriften, seines Handels und Wandels für einen glücklichen erkennen möchte. Auch ist der Zustand Deutschland nicht etwa deswegen ein so unglücklicher, als wir ihn kennen, weil diese große, vielgliedrige Nation keine erträumte Staatseinheit hat, oder als Gesammtheit keine andere Constitution und keine Parteikämmern hat, in denen aufgeregte Geister und Unsinnigkeit ihre Reden und ihren aufersinnlichen Unsinn feiern konnten — nein, er ist in Wahrheit nur deswegen so unglücklich und so gefährlich, weil diesem Volk, nun aus angedrückten, ein hörerer Herz zerrissen und erkaltet ist, weil es seinen wahren innern Gehalt verloren hat, und daher seine Geister leer und unruhig geworden sind. Und je tiefer und edler das innere Leben und Herz des deutschen Volkes und seiner Geschichte war, desto unruhiger, wüster und verzerrender werden wir seine leer gewordenen Geister sich tummeln, und desto unglücklicher sein innern n. äußern Zustände werden sehen. In seinem andern Volke unserer revolutionären Zeit drohen der Geschichte unserer christlich civilisirten Welt so viele und große Gefahren, als in dem gegenwärtigen Zustande Deutschlands.

Wie man aber diesen Zustand des bewegten Deutschlands sich auch denken und erklären mag: das ist gewiß, daß alle diejenigen, welche seine Freunde haben an den wilden Umwälzungen der Verfassungen und an den aufgeregten Wahngeistern, welche jetzt so unglücklich die Völker bewegen, bei dem gegenwärtigen Zustande Deutschlands sich leicht zu dem tief ernstlichen Wunsche veranlaßt finden werden, daß ein höherer und wohrhaft christlicher Geist die durch allerhand Selbstphantasien und Selbstinteressen aneinander verschiedenen Stämme Deutschlands wieder zu Einigkeit und Frieden und zu einem wahrhaft treuen Bunde führen möge. Nur in dem in solchem Geiste geschlossenen und wahrgehaltenen Bunde liegt für die deutschen Regierungen und Fürsten die Macht, Deutschland, und damit die gesammte civilisirte Welt, vor einer unübersehbaren Revolutionsgeschichte zu bewahren.

Deutschland.

München, 20. Dez. Während der Dauer der Abwesenheit des Hrn. Ministerpräsidenten wird Hr. Staatsminister Frhr. v. Pellhosen das Portefeuille des Ministeriums des Aeußern übernehmen. Der Hr. Justizministers v. Kleinschrod wird morgen wieder hier eintreffen und sogleich sein Ministerium wieder übernehmen.

München, 20. Dez. Dieser Abende war der hiesige Bahnhof und damit die Bayer-, Schützen- und Salzstraße von großem Unglück bedroht. Gaskexplosion? Fragen sich wohl schon die Leser? Nein, nein! damit stehe's dorten nicht so gefährlich, diese Assalt steht fern hievon; ob unverantwortlicher Unvorsicht drohte aber die große Bahnhalle mit all ihren Schönheiten und Mängeln niederzubrennen! Der in den ersten Tagen dieser Woche arg gehauste Sturmwind hatte nämlich einen Theil der obersten Fensterbedachung genaouter Einsteighallen aufgerissen, welche Stelle in den folgenden Tagen wieder herzustellen war. Bei dieser Vornahme ereignete sich's nun, daß die Arbeiter des Abends den hiezu benöthigten Kohlenofen mitgenommen vergaßen und solchen auf der beschädigten Bedachung fleißen. Das Unglück wollte, daß sich das in demselben verbliebene Kohleufeuer der Dachholzung mittheilte und diese bereits ergriffen hatte; der Zufall wollte: daß ein Nachbar in der Salzstraße die bereits hiebarch drohende Gefahr noch in ihrem Entstehen entdeckte und dorten eiligst Hilfe veranlaßte.

München, 21. Dez. Der Hr. Ministerpräsident ist, wie bestimmt war, diesen Morgen 5 Uhr mit der Eisenbahn zum Dresdener Congreß abgereist, begleitet von dem Legationsrath von Aretin, Legationssekretär v. Kienze und Ministerialsekretär Mayer. — Die Instruktion, welche der Hr. Ministerpräsident mit nach Dresden nimmt, wurde im Gesammtgastministerium berathen und soll dahin gehen, im Vereine mit Würtemberg, Sachsen und Hanover rc. rc. die Hauptgrundzüge der Münchner Auffassung zur Anerkennung und Geltung zu bringen. — Der bisherige Bundestagskommissär in Hessen, Graf von Rechberg, verweilt gegenwärtig in unserer Hauptstadt und wurde heute vom König in Audienz empfangen. Wie man sieht will, soll Hr. v. d. Pfordten früher durch den ehemaligen Staatsminister Reichsrath v. Grafen von Armansperg in Dresden abgelöst werden. Es wäre dies, falls es sich bestätigen sollte, eine Wohl, heroa Tragweite nach der politischen Vergangenheit des genannten Reichsraths für die Einfluß unserer äußern Politik Seyns unberechenbar wäre. — Ihre Igl. Hoh. die Frau Großherzogin von Hessen-ormstadt ist heute Mittag mit der Eisenbahn abgereist. — In den Ministerien wurden seit einiger Zeit die Vorarbeiten zu den verschiedenen dem Landtage zu machenden Vorlagen getroffen und sind schon theilweise erledigt. Es versteht deshalb sonnenbrend die größte Thätigkeit in alles Bureaux. — Gestern wurde auch ein Ministerrath unter dem Vorsitze des Ministerpräsidenten abgehalten und arbeitete derselbe nach Beendigung der Session noch in seinem Geschäftszimmer allein bis nach Mitternacht. Die Resignationen über das Erscheinen unseres Vertretermissärs bei den freien Conferenzen sind schon vor drei Tagen noch Wien und Berlin abgefertiget worden. — Heute Abend hat Hr. v. d. Pfordten noch allerhalben Audienzen bewilligt. — Wie ich aus verlässiger Quelle vernehme, sind zwischen München und Wien Depeschen gewechselt worden, welche sich auf den Abzug der österreichischen Truppen aus Bayern beziehen, und welcher der bereits getroffenen Uebereinkunft gemäß, in kürzester Zeit vor sich gehen soll. Gleichfalls wird gegenwärtig im Kriegsministerium das Reskript zur Auflösung der 2. mobilen Armeekorps zusammengestellt. — Der Kronprinz und der zweitgeborene Prinz Otto Ludwig, lagen dieser Tage am Keuchhusten darnieder, befinden sich aber auf dem Wege der Wiedergenesung. — Der sehr verdiente Vorstand des hiesigen Telegraphenamtes, Regierungsrath Dyk, erhielt von Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich das Ritterkreuz des österr. Franz Joseph-Orden

— Dem Vernehmen nach werden die österreich. Truppen in den nächsten Tagen ihren Rückmarsch antreten; ein Theil derselben ist bereits dahin bestimmt.

Die Ereignisse in Kurhessen

Aus Kurhessen, 19. Dez. In Folge der so erfreulich eingetretenen friedlichen Verhältnisse, welche zur Erleichterung der Lasten des Landes eine Verminderung der Bundesexecutionstruppen gestatten, deren Zahl nur durch die nun glücklich gehobenen kriegerischen Conjunkturen so groß war, soll nun wirklich, wie man vernimmt, einem Bundesbeschlusse gemäß eine Reduktion des Bundescorps in Kurhessen eintreten. Schon schienen die Bewegungen zur Ausführung dieses Beschlusses zu beginnen. Morgen marschiren die Vortruppen der auf der Leipziger- und auf der Fulda-er- (Nürnberger-) Straße stehenden Colonne, etwa 2000 Mann stark, durch Kassel und nehmen jenseits der Stadt Stellung, während das Gros des Corps diesseits Cantonnirungen bezieht. Man vermuthet, daß die Besetzung der Stadt selbst alsdann auch bald folgen werde. Das Hauptquartier ist noch zu Messungen, wo sich auch der Bundescommissär F.M.L. Graf v. Leiningen befindet. Die Märsche der Truppen sind leider fast immer vom schlechtesten Wetter begleitet gewesen; so auch jetzt wieder. Heute namentlich regnet und schneit es den ganzen Tag ununterbrochen. Die Wege sind dadurch. Demnach sind die Truppen munter, von vortrefflicher Haltung und dem besten Aussehen. Ueberall, wo sie hinkommen, und dies war namentlich auch in Messungen der Fall, wo man sich sehr gastfreundlich gegen sie benimmt, machen sie durch ihr bescheidenes und gutes Betragen, den Lügen gegenüber, die man ausgesprengt hatte, den günstigsten Eindruck. Gestern bestehten eine Abtheilung Bayern Guntershausen, wo die thüringische Eisenbahn in die Main-Weserbahn mündet, während die Preußen noch daselbst standen. Die beiderseitigen Soldaten meinten, „da ihre Herren wieder gut Freund sein", könnten sie auch ein Glas mit einander trinken und thaten dies, bevor die Preußen abmarschirten, in der alten Freundschaftlichkeit und mit deutscher Herzlichkeit. Wie gerne brächte ich erneuten solchen Zug. Möge doch alle schöne Verhältniß überall bald wieder hergestellt sein!

(Z-D-Z.)

Kassel, 20. Dez. So eben, gegen 12 Uhr Mittags, ziehen 2000 Mann Bayern (ad 4. Regiment mit einer Abtheilung Chevauxlegers), Baron du Ponteil an der Spitze, in schönster Haltung und mit fliegenden Fahnen hier durch, um auf den benachbarten Dörfern nördlich der Stadt Quartier zu nehmen; diese ist sonach von den Bundestruppen nunmehr von allen Seiten dicht umringt. Nichts störte den Durchmarsch der Bundestruppen. Sowohl die Einwohner als die noch hier anwesenden Preußen beobachteten die anständigste Ruhe. Der Einzug geschah durch das Leipziger, der Ausmarsch durch das holländische Thor. General Dambour begiebt heute noch südöstlich auf den Dörfern dicht vor der Stadt Cantonnirungen.

(Z. D.-Z.)

Kassel, 20. Dez. Nachdem das kurfürstliche Oberappellationsgericht in Folge eindringlicher Demonstrationen des Generallieutenant v. Prucker, in einer vorgestrigen Sitzung den einheiligen Beschluß gefaßt, sich einer von den beiden Herren Commissären, FML. Grafen v. Leiningen und Generallieutenant v. Lencker in Vertretung kaiserlicher preußischen Regierungen erwarteten Zwangsandrohung sügen zu wollen, ist gestern weiter, unter Zuziehung und Anschluß der Direktoren der übrigen hiesigen Behörden, in sachgemäßerer Weise beschlossen worden, sich einfach den kurfürstlichen Verordnungen zu unterwerfen. Der eifrige und umsichtige Patriot, Staatsrath Wippermann, versuchte vergebens, schon jenem ersten Beschlusse dadurch zu begegnen, daß er den Vorsitzenden des Gerichtshofes während der Sitzung ein Exemplar des Edikts von 1743 über die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des Richteramtes zuschickte, indem er vermuthlich auf diese Weise den eklatantesten Beweis eigener Anerkennung dieser Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu liefern gedachte.

(K. Z.)

Kassel, 20. Dez. Die Bundescommissäre haben die vorgestrige bedingt gestellte Erklärung des Oberappellationsgerichts, nach inzwischen durch den Telegraphen eingeholter Instruktion, für nicht genügend erklärt und unbedingter Anerkennung kurfürstlichen Septembervereinbarungen verlangt, widrigenfalls bayerische Exekutionstruppen Abends 6 Uhr einrücken würden. Die Mitglieder des Oberappellationsgerichts hielten unter Hinzuziehung der Direktoren hiesiger Behörden sofort Sitzung, deren Resultat war, daß man jene Verordnungen als zu Recht bestehend anerkenne. Wie viel Unheil hätte vermieden werden können, wenn der oberste Gerichtshof vor 6 Wochen — noch wir enthalten uns jedes weitern Raisonnements.

(K. Z.)

Marburg, 20. Dez. Am 11. d. M. rückte ein detachirtes Corps der Bundestruppen unter dem Commando des Generalmajors v. Haibronner auf der Straße von Siegenhain her in den obern Vertheilungsort Marburg und bezog in der Stadt Marburg und in den nächsten Ortschaften Quartier, wurde indeß schon nach Verlauf von zwei Tagen nach Wabern und Umgegend zu vorgeschoben. Am Tage des Abmarsches rückte das von Hunfeld her kommende, aus sechs Com pagnien bestehende, zweite Bataillon des kön. bayer. 11ten Linien-Inf.-Regmts. (Isenburg) unter dem Commando des Majors Schüßler in hiesige Stadt ein, den Anschein nach, um hierselbst längere Zeit zu garnisoniren. Zwei Compagnien dieses Bataillons sind vor einigen Tagen nach Frankenberg und Wetter verlegt worden, so daß die Bequartierungslast für die Bewohner Marburgs von seinem irgend erheblichen Belange erscheint. Der kohnenwerthen Haltung der Truppen wird allseitig die gebührende Anerkennung gezollt. Manche durch freiwillige Verbrüderungen einer übelgesinnten Partei und deren Organe verbreitete Vorurtheile wurden dadurch gar bald in erfreulicher Weise thatsächlich beseitigt. Gleichzeitig mit dem Einrücken der Truppen sind durch einen besonderen Delegirten für die obern Verwaltungsbezirke Marburg und Fritzlar die Ernennung der gewählten Bundesräthe, namentlich auf Herstellung der landesherrlichen Autorität und Volksfreyheit der Verordnungen vom 4., 7. und 28. September l. J. so wie der darauf bezüglichen Anordnungen und Bundesbeschlüsse abzeleaten Maßregeln mit der Sache entsprechendem Ernste ins Werk gesetzt werden. Zu Folge derselben haben, sicherem Vernehmen nach, auch hier der Präsident und vier Mitglieder des Untergerichts unbedingte Abtheilungsgeschäfte eingerichtet. Die verbleibenden Theil des obern Gerichtshofes hat, wie aus glaubwürdiger Quelle versichert wird, dahin sich ausgesprochen, daß der Verordnung vom 4. September l. J. auf Grund der Verf.-Urk. verbindende Kraft nicht abzusprechen sei, und daß die Frage über die Verwendung des Stempels bei den Gerichten lediglich als eine Administrativ-Sache sich darstelle. In diesem Sinne sollen auch an die betreffenden Untergerichte Weisungen und Auflagen ergangen sein. Das Verhalten der letztern soweit sie diese Ansicht nicht schon früher zur Geltung gebracht, wird hiernach zweifelsohne sich bemessen. Die Einzahlung der Steuern ist, nachdem der Widerstand einiger unteren Finanzbeamten gebrochen worden, überall im vollen Gange, und der Anhang der Verweigerungen der Verzahlung ihrer staatsbürgerlichen Obliegenheiten in fraglicher Beziehung so groß, daß Rentbeamte, welche die Annahme offeriirter Steuerzahlung früher zurückgewiesen, nun nicht Hände genug haben, diese anzunehmen und darüber zu quittiren. Am 16. d. M. haben die Kurfürstlichen sowie eine weitere Batterie, aus dem Hanauischen kommend, die hiesige Stadt passirt und sind auf der Straße nach Kassel zu weiter gerückt, um, wie verlautet, vorerst in Gudensberg und Umgegend Quartier zu beziehen und demnächst in Kassel einzurücken. Zu gleichem Zwecke hat heute das 2te Bataillon des Leib-Grenadierregiments, dem morgen das erste Bataillon folgen wird, mittelst der Eisenbahn den hiesigen Ort berührt. Ob dies Regiment sich direkt nach Kassel begibt, oder vorerst in der Umgegend Kantonirungen bezieht, ist hier unbekannt; man vermuthet das letztere.

(K. Z.)

△ **Aus Baden**, 17. Dez. Es treiben sich noch immer sehr viele Flüchtlinge an der Grenze herum und haben der großh. Regierung wiederholt Veranlassung zu Reklamationen gegeben. Auch Siegel, Becker und Stetz befanden sich jetzt in der Schweiz.

Karlsruhe, 20. Dez. In Beantwortung der schon früher gestellten Interpellation Welkers über die Stellung der Regierung zum deutschen Bunde und zu Preußen erklärte gestern der Staatsminister v. Rüdt das Folgende: Die großherzogl. Regierung wird bei den bevorstehenden Conferenzen auch ihrerseits nach Kräften zu einer Verfassung Deutschlands mitwirken, durch welche die Rechte und Interessen der Nation nach Außen, durch welche nach Innen das monarchische Prinzip gewahrt und den Bedürfnissen des Volks entsprochen wird. Nachdem die königlich preußische Regierung die Unauflösbarkeit der Union ausgesprochen, hat sich auch die badische Regierung dafür erklärt, daß die Union einstweilen für fortbestand angesehen werde. Später wird die Frage entstehen, ob künftighin das weitere Bundes noch engere Bündnisse geschlossen werden sollen. Die Regierung wird dann in Erwägung stehen, ob und in wiefern die Verfassung des weitern Bundes nicht vollkommene Befriedigung gewährt.

Stuttgart, 20. Dezbr. Der Armeebefehl in Betreff der Uniformveränderungen ist heute erschienen, und bringt außer den dort erwähnten Veränderungen auch eine Abänderung in Betreff der Kopfbedeckung der Herren Generale und deren Adjutanten. Beide erhalten Kädy's, bei ersteren sind die Borten von Gold, bei letzteren von Silber, erstere erhalten einen Tschakobusch von Gold mit der Namenschiffre des Königs, letztere Roßhaarbüsche. — Die Porte-épée's sämmtlicher Offiziere werden in Zukunft gleich sein, und zwar so, wie sie gegenwärtig von den Stabsoffizieren der Reiterei getragen werden; eine goldene Dasche mit der Laufkarte und dieser Bouillons an schwarzem mit Gold eingefaßten Riemen. — Für die seitherigen Fahnen werden wieder fliegende Fahnen von rother Seide eingeführt, mit dem Wappen und der Namenschiffre des Königs in der Mitte. — Auch der Unterossiziere ist in dem neuen Befehl gedacht, dieselben erhalten für eine sechsjährige Dienstzeit, anstatt wie früher die Epauletten, eine silberne Schnur von Unteroffizieren mit der Zahl VI. von Neusilber, nach zwölfjähriger Dienstzeit eine Schnalle von Neusilber und der Zahl XII. von Gold, nach 18 Jahren erhalten dieselben wie früher nach 20 Jahren das silberne Dienstehrenzeichen, und nach 30jähriger das goldene, wie die Offiziere.

Ludwigsburg, 19. Dez. Bekanntlich ist in Folge der Mobilmachung der Armee eine Anzahl katholischer Feldgeistlichen ernannt. Wie man erfährt, wird in Folge der Demobilisirung der Armee seine Entlassung derselben stattfinden, sondern vielmehr auf eine weitere Befriedigung der in dieser Beziehung laut gewordenen Wünsche Bedacht genommen werden.

Heilbronn, 19. Dez. Mehrere auf die badische Rebellion bezügliche Hochverrathsprozesse wurden vor einigen Monaten stillirt, weil die Frage in Zweifel blieb, ob der deutsche Bund noch rechtlich bestände und ein Anstehen gegen denselben das Verbrechen des Hochverraths festsetzte. Nachdem das königliche Obertribunal diese Fragen ohne Clausel bejaht und behauptet hat, daß der deutsche Bund auch unter den verschiedenartigsten Verfassungen ein unauflöslicher bleibe und sogar in dem Jahre der provisorischen Centralgewalt,

nur mit veränderterm Organismus, bestanden habe, werden noch im Laufe dieses Monats zwei Hochverrathsprocesse ihre letzte Erledigung finden, in denen schon auf Tod erkannt wurde. (L. Z.)

Die Wehr-Zeitung bringt eine „Stimme aus der Armee," die folgendermaßen spricht: „Preußische Soldaten, denen an der Ehre des Heeres mehr gelegen ist, als einigen Abgeordneten der zweiten Kammer, ersuchen den Freiherrn v. Binde, dieses Kleinod der preußischen Staaten nicht mit seinem Lobe zu beschänden. Wir können solchen Lob nur als eine verletzende Schmach ansehen und bitten den Herrn v. Binde, mit solchen Belobigungen hinfort nicht mehr in der Kammer zu debutiren. Hat vielleicht der Mann vom Rechtsboden so viele Verdienen gesammelt, daß er der Armee davon mittheilen zu können glaubte, so hat der Mann, auf den das Schießen einen „entschieden unangenehmen Eindruck machte," nicht vielmehr dazu beigetragen, in der Nacht vom 18. zum 19. März derselben eine erste Schmach aufzubürden? — Und doch, wir wollen uns jeder Lesdenschaft enthalten, entsündigt sich dieser Herr nicht, ohne zu erröthen, folgende Worte anzusprechen: „Zuerst, seit den schmachvollen Tagen des März, hatten wir, bei dem Sturme auf das Danewirke, Ursache, auf Preußen stolz zu sein ꝛc." Auf den Herrn v. Binde sind wir nicht stolz, können vielmehr ihm und seinen Gesinnungsgenossen die Versicherung geben, daß die preußische Armee von ihnen nichts hofft und nichts erwartet."

— Berlin, 16. Dez. In Schlesien ist die Ausfuhr von Schlachtvieh, Pferden und Getreide über die Zollgrenze von Myslowitz bis Sohrau bis auf Weiteres untersagt.

— Aus Kassel wird der „N. Pr. Z." gemeldet, daß daselbst eine telegraphische Depesche von dem Hofer. Gesandten am hiesigen Hofe, Hrn. v. Prokesch eingegangen ist, durch welche der hiesr. Commissär, Graf Leiningen, angewiesen wird, die Bayern auf jegliche Weise von einem Einrücken in Kassel abzuhalten.

— Der neu ernannte Gesandte der französischen Republik am hiesigen Hofe, Hr. v. Lefevre, ist hier eingetroffen und hat bereits heute Vormittag dem Hrn. Ministerpräsidenten einen Besuch abgestattet.

— Die Grundzüge der Instruktionen, welche sowohl dem preuß. als dem österr. Bevollmächtigten bei den Conferenzen in Dresden von ihren respectiven Regierungen ertheilt worden sind, sind gegenseitig zwischen Berlin und Wien mitgetheilt.

Schweiz.

** Aus der Schweiz, 16. Dez. Die beim letzten Freiburger Aufstande - Versuch Betheiligten sind nun einige, 100 an der Zahl, in den Kanton gezurückt versetzt. Sie werden vor die neue Jury gestellt, die in Folge des neuen Code mit dem 1. Januar ins Leben treten soll. Mithin werden hier die Geschworenen zum erstenmal berufen sein, einen politischen Prozeß abzuurtheilen. Es heißt, in Freiburg gehe sich wieder eine große Gährung kund, die nur darum nicht zum offenen Ausbruch gekommen, weil man das Resultat der Petition bei der Bundesversammlung habe abwarten wollen. Unter dem Titel: „das Vaterland" erscheint mit Neujahr in Bern ein neues conservatives Tageblatt.

Bern, 18. Dez. Beim eidgenössischen Postdepartement ist heute ein sehr betrübender Unfall gemeldet worden. Es ist nemlich in der Nacht vom 16. d. auf dem Wallstätter See das Dampfschiff „der Delphin" bei der Fahrt von Westen nach Wallstatt untergegangen, und mit sämmtlicher Schiffsmannschaft und Passagieren spurlos verschwunden. Es viel man bis jetzt vermimmt, waren auf demselben 4 Passagiere des Zürich-Thurer Nachtwagens und mehrere Passagiere aus der Umgegend. Im Ganzen sollen 17 Personen den Tod gefunden haben.

China.

Die neuesten mit der ostindischen Post aus China eingelaufenen Nachrichten machen es beinahe unzweifelhaft, daß dort eine Verfolgung der Verbreiter des Christenthumes sich vorbereitet. Der chinesische Statthalter von Hong-Kang, Keaying, hat ein langes Manifest erlassen, worin die angeblichen Irrthümer des Christenthums in seltsamer Weise erörtert werden; diejenigen Chinesen, welche sich bereits zur Christenlehre bekennen — und ihre Zahl wird in dem Aktenstücke selbst als groß bezeichnet — sollen, wenn sie sich seine Uebergriffe zu Schulden kommen lassen, in ihrer freien Religionsübung nicht gestört werden; dagegen werden alle, welche Christliche Propaganda machen, nach Befindenheit mit der Todesstrafe oder mit der Bastonade unnachsichtlich bedraht. Das Mißtrauen, als ständen die christlichen Missionäre in Beziehungen zu England, scheint diese Maßregel veranlaßt zu haben.

Neuestes.

⊙ Neustadt a. S., 15. Dez. Wie Oesterreich seine Krieger ehrt, zeigte uns eine heutige Feierlichkeit in unseren Mauern. — 27 Unteroffizieren und Soldaten aus dem k. k. 42. Lin.-Inf.-Regimente Herzog Wellington, nahmen die zweite achtjährige Kapitulation, und damit sie mit Gott beginnen, wurde auf unserem Marktplatze eine pofaune Feldpredigt gehalten und eine h. Meße gelesen, Letztere unter wohltönenden Klange eines ausgezeichneten Musik-Chores. — Nach der kirchlichen Feier schmückte Herr General v. Jobel und Herr Oberst von Bruner die treue Brust dieser Krieger mit dem Kapitulations-Ehrenkreuze unter den üblichen militärischen Förmlichkeiten, wonach die beigegebenen Compagnien defilirten und ihr Fest endeten, welchem dann der Generalität und dem Offizier-Corps und die Stadtdirner, die Stadtgemeinde-Verwaltung und Hunderte anderer Zuschauer beiwohnten, und welches man gesehen haben muß, um den tiefen wohlthuenden Eindruck wahrzunehmen, welchen es auf das Militär und alle Gegenwärtigen machte. — Noch sei es uns, eines Knaueres zu gedenken, welches das Offiziers-Corps dahier mit seiner Regiments-Musik zum Zwecke der Unterstützung der hiesigen ärmeren Einwohner aufführen ließ, dessen namhafter Ertrag größtentheils zur augenblicklichen Unterstützung in Haltung der Einquartierung verwendet wurde. Möge ein Gleiches auch unseren braven deutschen Brüdern, den braven Oesterreichern!

△ Aus Baden, 16. Dez. Der in schleswig-holsteinischen Diensten stehende großh. badische Lieutenant Gramm ist daselbst zu 1 Jahr Festung verurtheilt worden, weil er einen andern Offizier zu Duell erfordern hat.

△ Aus Baden, 18. Dez. Vor einigen Tagen wurden in Herdolzheim Anton Metzger und sein Sohn auf dem Schultertthale wegen Ausgabe falscher Halbguldenstücke verhaftet und nach Ettenheim in Untersuchung gebracht. Bei der Verhaftung fand man noch zwei die dreihundert solcher falschen Halbguldenstücke bei ihnen. Dieselben sind täuschend ähnlich. Jahrgang 1846 und nicht ganz leicht von der ächten zu unterscheiden. Man vermuthet, daß dieses Geld im Schultertthale verfertigt worden ist. Der badische Gesandte in der Schweiz, Herr v. Mauchal hat wieder wegen des Ankaufhalts badischer Schilflinge an der Schweizergrenze reklamirt. Hr. v. Savigny, k. preuß. Gesandter in Karlsruhe, wird nächstens seinen Posten verlassen und nach Berlin zurückkehren.

Wilhelmsbad, 21. Dez. Se. kgl. Hoh. der Kurfürst hat dem k. k. öster. wirklichen Geheimrath, Graf v. Rechberg-Rothenlöwen zu Wien, das Großkreuz des goldenen Löwenordens verliehen.

** Aus der Schweiz, 17. Dez. Nach Privatbriefen aus Tessin sind mehrere österreichische Truppenabtheilungen längst der Grenze aufgestellt worden, um bei der bevorstehenden beabsichtigten Revolten-Ausbebung die Flucht der jungen Mannschaft zu hindern.

** Aus der Schweiz, 18. Dez. Zwischen dem Bundesrath und den Regierungen von Oesterreich und Bayern werden gegenwärtig Unterhandlungen gepflogen wegen Abschließung einer Vertrags, die gegenseitige Auslieferung gemeiner Verbrecher betreffend.

⊙ Aus Italien, 14. Dez. In Genua machen die Demagogen einen sehr verunglückten Versuch am 10. Dez., als an dem Jahrestage der Vertreibung der Oesterreicher, zu feiern. Zwar flackten sie in der Nacht zum 9. auf den 10. Dez. auf der Mauer des Castellette eine rothe Fahne auf, was gegen Morgen einen Auflauf verursachte. Einiges Militär reichte hin, die Ordnung sofort wieder herzustellen.

T. D. Berlin, 20. Dez. In der heute veröffentlichten Nummer 350 des „Preuß. Staatsanzeigers" ist eine kgl. Verfügung enthalten, durch welche Hr. v. Manteuffel zum Präsidenten des Staatsministeriums und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. v. Raumer zum Cultusminister und Hr. v. Westphalen zum Minister des Innern und der Landwirthschaft ernannt werden. (F. D.-Z.)

Bericht des Grafen von Montalembert über die Sonntagsfeier.

(Fortsetzung.)

Er ist nicht berechtigt, die Religion zu beherrschen, aber wohl sie zu schützen und zu vertheidigen. Es ist sogar eine strenge Pflicht des Staates, zum Schutze des edelsten Gutes seiner Böger, ihres Glaubens und ihres Gewissens, zu wachen. Das Einschreiten des Staates zum Vortheile der Religion, wenn sie sich in die durch die Natur der beiden Gewalten, der geistlichen und weltlichen, selbst gezogenen Grenzen einschränkt, ist nicht allein erlaubt und nützlich, sondern sogar nothwendig. Es ist mit der Religion wie mit der Gerechtigkeit, mit der Unschuld, mit der Wahrheit; wer sie nicht vertheidigt, der verräth oder unterdrückt sie. Der Staat, welcher der Verwirklichung des Grundprinzips jeder gesellschaftlichen ruhig zusieht, macht sich zum Mitschuldigen seiner Vernichtung, ehe er das Opfer davon wird. (Beifall zur Rechten.) Die Trägheit des menschlichen Willens in der Wahl zwischen Guten und Bösem giebt stets dem Bösen Vortheil; es ist dies eine Folge der ererbten Schwäche unserer Natur. Von Seiten des Staates ist die Gleichgültigkeit für die Religion keine Neutralität, sondern Krieg gegen sie, und wäre das nicht, so ist sie ein Hingespinnst, eine Unmöglichkeit.

Man hat gut sagen: Kirche und Staat, Religion und Gesellschaft können neben einander bleiben, können, doch nicht Eins werden, ohne sich zu verbinden und ohne sich zu bekämpfen; — nein, die Kirche und der Staat sind verbunden, wie die Seele und der Körper; sie sind zwei verschiedene aber ungertrennliche Mächte. (Widerspruch links.) Sie können einander bekämpfen, besiegen, eine die andere beherrschen; aber sie können sich nicht trennen, ohne die Unsterblichkeit zu leiden, aber die Zerstörung des andern. (Gerauschvolle Aufregung.)

Die Gesellschaft hat kein dauerndes und sichhaltiges Bestpiel dieser Neutralität und dieses absoluten Staats-Indifferentismus aufzuweisen. Es ist einen neuen Traumereien, deren die falsche Weisheit so viele hervorrief, ersonnen hat. Für den abstrakten Menschen, wie man ihn uns seit einem Jahrhundert predigt, konnte es vielleicht eine Wahrheit sein; für den wirklichen Menschen, so wie ihn Gott geschaffen, und wie ihn der Sündenfall verändert hat, ist es eine Lüge. (Murren auf der Linken.) Die Freiheit der Cultte, eine nothwendige Folge unserer Ge-

schichte, unseres sozialen Zustandes, und Niemand angreift, gestattet nicht, daß der Staat der Anwendung aller äußerlicher Vorschriften der verschiedenen Culte, welche die Frau sich bekennen, seinen Arm leiht; denn diese Bekenntnisse stimmen untereinander nicht überein. Die Vorschriften sind anderwerseits auch nicht der Art, daß sie den Schutz der weltlichen Macht bedürften. Diese Freiheit würde indeß durch die gesetzliche Vorschrift der sonntäglichen Ruhe, welche gleichzeitig für alle Bekenntnisse eine vorgeschriebene Verpflichtung ist, nicht im Mindesten verletzt. Alle Franzosen, welche irgend eine Religion bekennen, glauben an Gott, und nicht an einen nichtsbegründeten und unbekannten Gott, wovon der Rationalismus träumt, sondern an einen lebendigen Gott, den unsere geistigen und körperlichen Vorfahren seit 6000 Jahren angebetet haben, und der dem Moyses die Institution dieses Ruhetages geoffenbaret hat. (Lärm und Gelächter auf der Linken.) Die Christen aller Bekenntnisse haben ihn auf den Sonntag festgesetzt. Unsere israelitischen Mitbürger dürfen sich der Feier unseres Ruhetages nicht widersetzen; sie halten an den alten Gebräuchen ihres Cultus weit strenger, als die Christen, und werden auch in unserer Proposition alle die Garantien finden, welche sie rechtlich verlangen können. Alle werden also befriedigt sein, diejenigen Franzosen etwa ausgenommen, welche gar keine Religion bekennen." (Heiterkeit.) Hr. Duvergier: „Eine große Anzahl!" Der Redner (Mauvelambert): „Wir wissen, daß sie zahlreich sind, und wir wollen ihnen keinen Glauben aufzwingen, wir wollen sie aber verhindern, uns ihren Unglauben aufzubürden. Wir wissen recht wohl, daß man unter Religionsfreiheit, welche heutzutage als Bekenntniß beanspruchen (aber nicht in dem Sinne, in welchem sie von ihren wahren Apostlen verstanden wurde) den gänzlichen Mangel an Religion, daß man darunter die Freiheit an nichts zu glauben verstehen kann. Aber diese Freiheit, zu glauben, was man will, oder gar nichts zu glauben, legt gewisse Opfer auf, gewisse Enthaltungen gegen die Freiheit der Glaubigen. Sonst würde die Negation über die Affirmation den Sieg davon tragen, die Minorität würde vernichtet, die Freiheit des Rechts, verlangt und erlangt vom moderne Gesetze unter dem Namen der Toleranz, würde mit der Unterdrückung aller Gewissen und der Vernichtung jeder Culte enden. (Sehr gut!) Diese Art und Weise, die Religionsfreiheit durch die Negation aller religiösen Verbindlichkeit zu erklären, hat die Staats-Gesetzgebung schon sehr compromittirt. Wir wollen hoffen, daß es ihr nicht gelingen werde, die letzten Spuren höheren Lebens in unserer socialen Organisation zu verwischen; man muß Alles anbieten, dies zu verhindern. Wir haben das Recht, den Urhebern solcher Einwürfe zu antworten: Ihr seid frei in eurem privaten Leben, die Gebote aller bekannten Culte zu verletzen; es ist Euch in eurem öffentlichen Leben sehr oft indeß nicht frei, den Glauben irgend Eines zu verletzen, indem ihr die Vorschriften seines Bekenntnisses mißbraucht, indem ihr mittelbar oder unmittelbar eures Gleichen zwingt, das zu thun, was sein Glaube ihm verbietet, oder das nicht zu thun, was sein Glaube ihm vorschreibt. Ihr könnt nur verlangen, daß man euch keine Verpflichtungen auferlegt. Ihr habt euch oder auch zu hüten, den Verpflichtungen, welche das Gewissen euren Mitbürgern auferlegt, zu nahe zu treten. Wir wiederholen es: die Freiheit des Glaubens und des dem angemessenen Handelns kann nach unserer Ansicht neben der Freiheit, nicht zu glauben, vollkommen bestehen. Sollte aber Jemand das Gegentheil behaupten, und sich anerbieten, zu beweisen, daß diese beiden Freiheiten sich gegenseitig ausschließen, und man also wählen müsse, dann erklären wir ohne Zögern, daß die Wahl nicht zweifelhaft sein kann, daß eine Gesellschaft, welche bestehen will, nicht zaudern darf, und die Gerechtigkeit und das Gewissen gleichzeitig vorschreiben, die Freiheit des Glaubens der des Unglaubens vorzuziehen. (Sehr gut; Sehr gut!) Hoffen wir also, daß die Gegner einer strengeren sonntäglichen Feier nicht mehr versuchen werden, zu der Freiheit der Culte ihre Zuflucht zu nehmen, und überfassen wir diese unerquickliche Polemik, welche von Leuten geführt worden ist, die unter Cultusfreiheit nicht allein die Freiheit ist gerade ein Attentat auf die Freiheit der Bekenntnisse. Die öffentliche und fortwährende Verletzung der Sonntagsruhe ist es, welche das religiöse Bewußtsein mißbandelt und unterdrückt. Wie ein schweres Joch lastet sie auf der zahlreichen Menge der Kaufleute, der Unternehmer, der Beamten und insbesondere der christlichen Arbeiter. Sie zwingt den Kaufmann, das Gesetz der Sonntagsfeier zu übertreten, seine Magazine zu öffnen oder zu verwirken, wenn er seine Kunden nicht verlieren will, die andere weniger gewissenhafte ihm nehmen würden. Sie zwingt den Unternehmer, seine Arbeiten zu verfassen, wenn er der drückenden Concurrenz seiner Mitbürger nicht unterliegen will; sie zwingt dazu besonders den Arbeiter, der seinen Platz verlieren würde, wenn er sich weigerte, die unternommene Arbeit zu vollenden. Sie zwingt, sie zwingt die Arbeiter von so vielen falschen Freunden, von schuldvollen Schmeichlern verfolgt werden, muß man sie verlangen. Die Entheiligung des Sonntags ist besonders für den Arbeiter ein Attentat auf die Freiheit, auf die Gleichheit, auf die Würde des Menschen. Gelächter und Murren auf der Linken). Beruhigen Sie sich, Meine Herren, die ist ein Attentat auf seine Freiheit, denn die unsinnigen Forderungen der Industrie verdammen in Paris und anderswo jeden Sonntag Tausende von Arbeitern unter Strafe, aus den Werkstätten und den Bauhöfen fortgeschickt zu werden, sich ihrer bis zum Körper sowohl, als auch für die Seele so nothwendigen Ruhe, sich den unerlässlichen Functionen des Familien-Lebens zu entziehen, an diesem durch die Religion geheiligten Tage nach Belieben und im Frieden genießen kann, zu brauchen. Sie ist ein Attentat auf die Gleichheit, die einzig wahre, die einzig dauerhafte Gleichheit, die Gleichheit aller Menschen vor Gott, wovon die sonntägliche Ruhe der öffentundigste Rechtstitel ist. Durch die Sonntagsarbeit nimmt sich in der Nähe als diejenigen naher gesehen, denen das bei der heutigen Civilisation durch die Arbeit nicht gestattet ist. Im Gegensatze zu der modernen Weisheit, welche die gemeinsame Arbeit als einen Fortschritt erfunden hat, hat die göttliche Weisheit die gemeinsame Ruhe als ein Recht angeordnet. Dank dieser erhabenen Institution, überall gab es einen Tag in der Woche, wo der Arme und der Reiche gleich fühlte und sah, dieselbe Muße genoß, und am Fuße derselben Altare stand. Es war dieses ein Tag, wo er durch Gottes Anordnung aufhörte einer Maschine gleich zu sein, welche man fortwährend arbeiten läßt, wo der heilige Adel der Seele sich das Recht einräumt, die Bande der Gewaltthätigkeit des Körpers abzuschütteln. Durch eine Verbohnung, wie sie die Nachwelt kaum wird begreifen können, hat man um ihm die politische Souveränetät zu geben, gerade die Zeit gewählt, wo eine eingewurzelte Gewohnheit der Sonntagsentheiligung ihm das einzige Mittel geraubt hat, der Nichtigkeit seines Urtheiles und des hohen Adels seiner Seele sich zu vergewissern.

Das Glück, dessen Vertreter und Gesetzgeber wir sind, dessen Vortheile uns am Herzen liegen, dessen Leiden wir ändern sollen, dieses Volk wird tagtäglich von den Declamationen der zweifelhaftesten Freunde betäubt, welche es unterwühlen und irre führen, statt ihm zu dienen, die den unentgeltlichen und obligatorischen Unterricht als einen der vorzüglichsten Artikel auf ihr Programm gesetzt haben. Mit ebenso großer Ungerechtigkeit als Heftigkeit werfen sie uns unsere Gleichgültigkeit gegen die Erziehung des Volkes vor. Wissen Sie, meine Herren, wer der größte und unversöhnlichste Feind der Volksbildung ist? Es ist die Arbeit an den Sonntagen, diese sacrilegische Arbeit, welche es zur Unmöglichkeit verdammt, welche ihm jede ernste und fruchtbringende Verbindung des Geistes mit dem Körper unterfagt. Ihm an diesem geheiligten Tage die Ruhe rauben, heißt ihm die Erkennung seiner Rechte und seiner Pflichten rauben, heißt ihn den Bedürfnissen der animalischen Natur allein unterwürfig machen, ihm das Mittel entziehen, das Licht zu erkennen, welches ihn erleuchtend zugleich trösten kann, heißt ihm den Zutritt zu dem Heiligthume verwiegen, wo der Mensch Religion und Sitten achten lernt. Den Sonntag unterdrücken, heißt also in der That, besonders für den größten Theil der Arbeiter, den Unterricht unterdrücken, indem der wichtigste aller Unterricht, der allein bauerhafte unerlässliche, unmöglich gemacht wird.

Wenn Gott am Sinai sagen konnte, als Gründe des göttlichen Gebotes in einer erhabenen Kürze zusammenfasend: „Der Sabbath ist für die Menschen geschaffen, und nicht der Mensch für den Sabbath," so haben wir ganz gewiß das Recht zu sagen: Die Industrie ist für die Menschen gemacht, und nicht der Mensch für die Industrie. Aber die Erfahrung stimmt selbst gegen derlei Behauptungen eben so schlagend, als folgenden Beweis. Die Unwissenheit, eine nicht zu beschuldigende Unwissenheit kann nur die sonntägliche Arbeit vom Gesichtspunkte der Industrie vertheidigen. Gerade da, wo der Sonntag nicht geachtet wird, arbeitet man eben auch nicht am besten, vielleicht viel weniger, als ehedem, während da, wo man den Sonntag feiert, in Allem, in der Handel, die Manufacturen, die Schiffahrt einen sehr hohen Grad der Blüthe erreicht haben, welcher täglich noch wächst; und dieses im Verhältnisse zu der Achtung, die man dem Sonntag zollt. Gott hat selbst in materieller Hinsicht den Arbeiter vor Menschen Geboten und Sicherheit versehen. Zum Beweise mögen England und die Vereinigten Staaten dienen, wo die zu den letzten Tagen eine absolute religiöse Freiheit herrschte, die Heiligthaltung des Sonntags aber Allen zur Pflicht gemacht ist. Ich führe London zum Beweise an, die Hauptstadt und der Heerd des Sectenhasses der ganzen Welt, wo der Sonntag mit der strengsten Sorgfalt geachtet wird, aber wo 2½ Millionen Menschen es in solcher Weise verbringen, erwähnt zu werden) von drei Bataillonen Infanterie und einigen Schwadronen Garde-Cavallerie in Ordnung gehalten werden, während 50,000 Mann erforderlich sind, um in Paris die Ruhe aufrecht zu erhalten. Andere Reflexionen, wozu dieser so inhaltschwere Gegenstand uns veranlassen könnte, übergehend, müssen wir noch bemerken, daß der Uebertretung dieses so sehr alten Gesetzes häufig die Strafen sichtbar gesolgt sind.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Xaver.

Theater-Anzeige.

Montag den 23. Dez. 1850.

Zum Erstenmale:

Weiß und Schwarz.

Ein Singspiel für Harthergige. Phantastisches Mährchen mit Musik in 1 Akt. Nach einer Idee von Boz, von A. W. Hesse.

Hierauf:

Frühlich.

Musikalisches Quodlibet in 2 Aufzügen. Musik von mehreren Komponisten.

Am Dienstag und Mittwoch bleibt die Bühne geschlossen.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schauhause 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 307. Würzburg, Dinstag den 24. Dezember. 1850.

Wegen des h. Christfestes erscheint morgen keine Zeitung.

Einladung zum Abonnement.

Mit dem 1. Januar d. J. beginnt ein neues Abonnement auf die „Bayerische Presse", wir stellen daher das ergebenste Ersuchen an unsere verehrten Leser, recht frühzeitig ihre Bestellungen zu bewerkstelligen. Wir werden auch fernerhin unbeirrt die politischen Tagesfragen im konstitutionell-monarchischen Sinne besprechen, und die sich täglich ergebenden Neuigkeiten mit möglichster Wahrheit und Schnelligkeit mittheilen.

Die amtlichen Nachrichten aus dem Regierungsbezirke von Unterfranken und Aschaffenburg werden wir aus erster Quelle auf das Rascheste und ausschließlich mittheilen.

Die „Bayerische Presse", nebst den wochentlich zweimal beigegebenen „Ergänzungsblättern" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntage, und kostet in ganz Bayern für das Vierteljahr 1 fl. 30 kr.

Die Expedition der „Bayerischen Presse".

Amtliche Nachrichten.

München, 21. Dez. (Eindernfungsedikt für den Landtag.) Maximilian II. von Gottes Gnaden ꝛc. Wir haben beschlossen, den Landtag in Folge des § 22 Tit. VII. der Verfassungsurkunde und des Art. I. des Verfassungsgesetzes vom 15. April 1840 auf Montag den 3. Februar 1851 einzuberufen. Unserem Vorhaben, den Landtag noch im Laufe des Jahres 1850 einzuberufen, trat der Umstand entgegen, daß bei der erst am 29. Juli dieses Jahres erfolgten Schließung des Landtags von 1849—50 die Herstellung des Budgets für die letzten 4 Jahre der gegenwärtigen VI. Finanzperiode abgeschnitten der angestrengtesten Thätigkeit und des pflichtreinen Zusammenwirkens der sämmtlichen betheiligten Stellen und Behörden vor dem Schlusse des Monats Januar 1851 nicht zu ermöglichen ist. Wir besehlen sofort unseren Kreisregierungen, alle in die II. Kammer aus ihrem Kreise berufenen Abgeordneten sogleich unter abschriftlicher Mittheilung dieser öffentlichen Ausschreibung aufzufordern, sich an dem bestimmten Tage unfehlbar in Unserer Haupt- und Residenzstadt einzufinden und nach ihrer Ankunft sich in dem Ständehause, und zwar nach Vorschrift der Art. 2 und 5 der in Gemäßheit des § 42 des Gesetzes vom 25. Juli 1850, den Geschäftsgang des Landtages betreffend, noch bestehenden Geschäftsordnung zu melden. Der Tag, an welchem Wir die Sitzung des Landtages eröffnen werden, wird durch besondere Entschließung bekannt gemacht werden. München den 19. Dezember 1850.

Würzburg, 24. Dez. Die Lehrstelle des unteren Kurses der kath. Lateinschule zu Kitzingen wurde dem geprüften Lehramtskandidaten und dermaligen Verweser derselben, Karl Weippert aus Burgsinn, übertragen. Die protest. Pfarrei Ehringen-Wettersheim, Dekanats Nördlingen, wurde dem bisherigen Pfarrer zu Neusweerd und zugleich II. Pfarrer zu Tann, Dek. Rothhausen Ldg. F. W. Langenhahn allerhöchst verliehen.

Dem Schullehrer Adam Renß zu Unterweisenbrunn ist die Schulstelle zu Renses a. B. Ldg. Dettelbach, dem Schullehrer Christoph Leipold zu Großlangheim die erste Schulstelle zu Himmelstadt Dkg. Karlstadt, dem Schullehrer Dettinger zu Zeubler die Schul- und Kirchendienerstelle zu Unterweisenbrunn Ldg. Bischofsheim, dem Schullehrer Joseph Bahl zu Renses a. B. die Knabenschulstelle zu Großlangheim Ldg. Kitzingen, übertragen worden.

Die Conferenzen in Dresden.

So sind sie denn ergangen, die Einladungen Oesterreichs und Preußens am sämmtliche deutsche Regierungen, bis zum 25. d. M. ihre Bevollmächtigten nach Dresden zu senden, ergangen an dem nämlichen Tage, den 12. d. Mts., zu Wien, wie zu Berlin. Beide Mächte gehen in den betreffenden Circulardepeschen von dem Grundsatze der Unauflöslichkeit des deutschen Bundes aus, aber die öster. Depesche sagt den weiteren Grundsatz bei, daß die Grundgesetze des Bundes bis zu ihrer erfolgten Revision unverbrüchliche Geltung haben, wohrend die preußische Depesche hiervon Nichts erwähnt. Sie spricht von den Grundgesetzen nur aus, daß sie revidirt und verbessert werden sollen. Aus der österr. Erklärung in Betreff der Grundgesetze folgt, daß im Falle des Scheiterns der Revision zu Dresden, dieselben fortdauern, allgemein verbindliche Rechtskraft zu haben, daß dann also nicht nur die Unauflöslichkeit des Bundes, sondern auch seine bisherige Verfassung, welche der Inbegriff der Grundgesetze ist, in rechtskräftigem Bestande bleibt. Aus dem preußischen Schweigen folgt, daß im Falle des Scheiterns der Dresdener Conferenzen Preußen ebenso wenig die bisherige Verfassung des Bundes anerkennen werde, als dasselbe seit drei Jahren als fortbestehend betrachtet hat. In dem unglücklichen Falle also, daß zu Dresden nicht zu Stande käme, und man sich unverrichteter Sache trennte, würde die Zerrissenheit der letzten Jahre fortdauern. Indem Preußen aber die Convention von Olmütz geschlossen hat, um den Krieg zu vermeiden, wird es sicher nicht zu Dresden eine Rolle spielen, welche den Zustand herbeiführen müßte, der den Krieg neuerdings am deutschen Horizonte aufsteigen ließe. Man mag daher es nicht so hoch anschlagen, daß Preußen, am gewisse Subtilitäten zu schonen, sind noch nicht vollkommen auf den Rechtsboden des Bundes gestellt hat, wie es das gethan haben würde, wenn es in seiner Circulardepesche, gleichwie Oesterreich in der seinigen, erklärt hätte, daß bis zur erfolgten Revision die Grundgesetze des Bundes unverbrüchliche Geltung haben. Hat es doch erklärt, es wolle eine Revision und Verbesserung der Grundgesetze des Bundes! Darin liegt die stillschweigende Anerkennung ihrer Giltigkeit bis zur erfolgten Verbesserung, aber freilich würde die ausdrückliche Erklärung vorzüglicher gewesen sein. Indem die öster. Circulardepesche sagt, daß die Ergebnisse der Conferenzen in Dresden allen Mitgliedern des Bundes vorgelegt werden sollen, um durch ihre Zustimmung die erforderliche Sanktion zu erhalten, beruft dieselbe sich auf den vierten Artikel der Wiener Schlußakte. (Anm. d. Red. In vorstehendem Satze dürfte der Ausdruck alle Mitglieder des Bundes" nicht ganz genau sein und leicht zu Mißverständnissen führen, da man darunter allenfalls auch alle einzelnen deutschen Cabinete verstehen könnte. Art. 4. der Wr. Schl-A. spricht aber die Befugniß zur Entwicklung und Fortbildung der Bundesakte nur der Gesammtheit der Bundesglieder zu. Es ist daher mit Gewißheit anzunehmen, daß dieser Ausdruck in der öster. Einladung um so mehr gebraucht worden ist, als er sich sogar in der preußischen findet. Daß aber unter dieser bundesgrundgesetzlichen „Gesammtheit" nicht etwa die bloße formlose Summe aller deutschen Regierungen zu verstehen ist, darüber giebt Art. 7 derselben Schlußakte unzweideutige Auskunft, da er sofort eine ganz scharfe begrenzte authentische Interpretation des im Art. 4. gebrauchten Wortes „Gesammtheit" giebt.) Die preußische Erklärung unterläßt diese Berufung der Zifer nach, führt aber mit den Worten des Art. 4 der Schlußakte an, „daß die Entwicklung und Ausbildung der Bundesverfassung nur der Gesammtheit der Bundesglieder zustehe," was mit dem ersten Satze jenes Artikels nur darin nicht übereinstimmt, daß dieser nicht Bundesverfassung sondern „Bundesakte" sagt. Wenn es nun nicht der Geist der Versöhnlichkeit, nicht der Geist der deutschen Einkracht wäre, welcher die preußischen Bevollmächtigten nach Dresden führt, so konnte man aus den angeführten und anderen Verschiedenheiten der beiden Circulardepeschen den Schluß ziehen, daß es nicht das nämliche Prinzip ist, von dem diese ausgehen; daß Oesterreich namtich seit an dem Rechtsboden des deutschen Bundes halt, Preußen nicht aber wenigstens nicht in demselben Grade; daß daher bei solcher Verschiedenheit des Prinzips von den Dresdener Conferenzen kein deutsches Verfassungswerk aus einem Geiste hervorgehen kann. Jener Geist aber und die politische, ja auch moralische Nothwendigkeit, in Dresden eine Formel zu finden, welche der Zerrissenheit Deutschlands ein Ende macht, läßt mit Zuversicht hoffen, daß Preußen diese Verschiedenheit im Prinzipe nicht so weit treiben werde, um das Einigungswerk zu erschweren. (Anm. d. Red. Wir meinen, man habe sich in Dresden nur über das materielle Verfassungswerk zu einigen, die Formel, es ins Leben einzuführen, kann nicht mehr gesucht werden, sie ist mit der Vereinigung des en-

geren Rathes am 1. Sept. d. J. unwiderruflich gegeben und lautet: Sanktion durch die Bundesversammlung nach erfolgtem Einverständniß sämmtlicher deutschen Staaten in dieselbe oder wenigstens nach allseitiger Anerkennung ihrer alleinigen Competenz.)" — Ist dieses einmal in Dresden zu Stande gekommen, so beginnt eine neue Aera, und mit der Vergangenheit wird gründlich abgeschlossen. Mehr bleibt indeß, daß die Fassung der preußischen Circulardepesche etwas preßfreundlich ist, während man der öfter. eine ähnliche Haltung nicht vorwerfen kann.

Deutschland.

München, 22. Dez. Die jüngsten Ereignisse in Augsburg bei Gelegenheit der Schwurgerichtsverhandlung gegen Diezel wegen Preßvergehen haben eine Justizministerialverordnung hervorgerufen. Hierin ist angeordnet, daß sich die Schwurgerichtspräsidenten und Vorsitzenden der öffentlichen Sitzungen der Kreis- und Stadtgerichte, sowie die Polizei im Innern der Sitzungslokalitäten zusteht, mit den königl. Stadtkommissarien zu benehmen haben, wenn zu besorgen ist, daß eine Sitzung Gelegenheit zu einem Skandale gebe, damit diese Vorsorge treffen, dem Unfuge mit Strafe zu steuern. Die Macht der Präsidenten der Sitzungen erstreckt sich nicht bis auf die Straße. — Wie man aus ganz verlässiger Quelle vernimmt, soll der Nachfolger bei den freien Konferenzen zu Dresden, nicht der Reichsrath Graf von Armansperg, sondern der Legationsrath Frhr. von Reitin sein. Dieser Letztere hatte nämlich die Ehre, am Vorabende seiner Abreise zur kgl. Tafel geladen zu werden, und obige Zuschreibung von Sr. Majestät dem König persönlich zu erhalten. — Obwohl an der Zusammensetzung des Rescripts zur Auflösung des II. Armeecorps gearbeitet wird, so wird voraussichtlich die Effektuirung desselben doch erst in 4—5 Wochen erfolgen. — Der hiesige Verein „für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit," hat eine Deputation an den eben in München anwesenden bayerischen Gesandten in Rom, Grafen v. Spaur gesandt, um demselben den Dank des Vereins für seinen so thätigen Antheil an der Rettung des heil. Vaters aus den mörderischen Händen der römischen Revolutionsherrschaft auszusprechen." — In den letzten Tagen hat im Ministerium der Entwurf eines Polizeigesetzes, welches dem bevorstehenden Landtag vorgelegt werden soll, zur Berathung. Referent ist Ministerialrath Zeder, welcher schon früher der Verfasser eines solchen Gesetzes — in Griechenland war. — Staatsminister v. Kleinschrod wird vor Neujahr nicht hierher zurückkehren. Aeußerst leicht Legationsferretär v. Kleinschrod ist dem Ministerpräsidenten noch nicht nach Dresden gefolgt, da er erkrankt ist.

(A. Abz.)

Aus der Pfalz, 17. Dez. Unser Landrath hat für den Ankauf der Magdalenenhofes bei Klingenmünster und das zu erbauende Kreis-Irrenhaus daselbst die Summe von 215,000 fl. aus Kreisfonds bewilligt. Die Genehmigung der k. Staatsregierung ist mit Sicherheit zu erwarten, und so dürfte denn endlich ein dringendes Bedürfniß für unsern Kreis befriedigt werden.

(Pfälz. Ztg.)

Landau, 20. Dez. Wie wir vernehmen, wurden der Verfasser der „Neuen Zeit" in Worms, Buchdrucker Bünger und der Redakteur der „Mainzer Zeitung", Joh. K. Suber, von dem Spruchgerichte zu Zweibrücken wegen Preßvergehen in contumaciam der erstere zu dreimonatlicher, der letztere zu halbjähriger Gefängnißstrafe, nebstdem in eine Geldbuße und in die Kosten verurtheilt.

(P. Z.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Aus Mittel-Hessen, 20. Dez. Heute rückt das zweite Bataillon der kurhessischen Garde bis nach Mölkrich (5 Stunden von Kassel) vor. — Das Betragen der Bundestruppen wird allgemein gerühmt; besonders die Herzog. Braunschw. und Nassauer.

Melsungen, 21. Dez. Das Hauptquartier der Bundestruppen ist heute von hier nach Düsen aufgebrochen, der letzten Poststation auf der Frankfurter Straße vor Kassel. Von da werden der kommandirende General Graf Clam-Gallas und Tarnis und der Bundescommissär F.M.L. Graf v. Leiningen morgen mit einer Brigade nach Heidebrunner ihren Einzug in Kassel halten und das Hauptquartier daselbst aufschlagen. (F. D. J.)

Kassel, 22. Dez. Der k. k. österreichische Bevollmächtigte, Graf von Leiningen, hat, nachdem die früher mit den hiesigen Behörden geptlogenen Unterhandlungen bereits als abgeschlossen zu betrachten waren, gestern Abend spät eine Aufforderung an die hiesigen Behörden und Directoren der Collegien gerichtet, worin derselbe eine unbedingte sofortige Unterwerfung unter die Verordnungen vom 4. und 28. September p. J. verlangt, indem er gleichzeitig eine Frist zur vorhalbigen Erklärung auf heute Mittag 12 Uhr anberaumt. Zum Erstaunen der hiesigen Einwohner sind von diesen Behörden und Directoren Niemand königl. bayer. und k. k. österr. Truppen oder Waffengattungen unter dem Oberbefehl Sr. Durchlaucht des Fürsten von Thurn und Taxis zu fast allen Thoren herein marschirt; unter diesen Truppen befindet sich auch das vorher nach den Dörfern Mainzer Stipulationen für Kassel bestimmte k. k. österreichische Jägerbataillon. Dieser plötzliche Einmarsch hängt ohne Zweifel mit der seitens des k. k. FML. Grafen v. Leiningen an die Behörden gerichteten Aufforderung zusammen. Wie man aus guter Quelle vernimmt, haben sich die hiesigen Behörden sofort an den königl. preuß. Generallieutenant v. Prucker gewendet und denselben um Rathspflege über diese Vorgänge gebeten.

Die Truppen stehen gegenwärtig (1 Uhr Nachmittags) sämmtlich auf dem Friedrichsplatz. Bei dem Stabe des Fürsten v. Thurn und Taxis befinden sich die königl. bayerischen Generale v. Haidbrunner und v. Pontiel, auch der kurfürstl. persönliche Hauptmann von Meyerfeld. Herr Civilcommissär Scheffer ist nach seiner heute früh erfolgten Ankunft im Gasthof zum Mamischen Kalser abgestiegen. Man befindet sich in großer Spannung bezüglich der Entwicklung dieser Angelegenheiten.

(F. D. J.)

Kassel, 22. Dez. Gestern sind sämmtliche Preußen bis auf ein Bataillon vom 13. Reg. abmarschirt. Dieses Bataillon ist auf der Neustadt einquartirt worden. Heute um halb 11 Uhr rückten zu verschiedenen Thoren 1 Bataillon österr. Jäger, und 2 Bataillone und 2 Schwadronen nebst einer halben Batterie Artillerie bayer. Truppen ein, die, nachdem sie 4 Stunden auf dem Friedrichsplatze gestanden hatten, zeht einquartirt werden. Fürst von Thurn und Taxis hat sein Hauptquartier im Gasthofe zum Mamischen Kaiser genommen. Die Bürgergarde liefert auf Befehl des Grafen v. Leiningen bereits die Gewehre ab.

(K. Z.)

Hanau, 23. Dez. Das zweite Bataillon des kgl. bayer. Regiments König hat vorgestern, wahrscheinlich in Folge der Reduktion der bayer. Armee, Befehl erhalten, sich marschbereit zu halten. Durch den Abgang dieses Bataillons würde den Bewohnern hiesiger Stadt die Einquartierungslast um ein Namhaftes erleichtert werden. — Gestern Abend ist Legationsrath von Baumbach, kurfürstl. Minister der auswärtigen Angelegenheiten, von Wilhelmsbad nach Dresden abgereist, um dort an den Conferenzen Theil zu nehmen. Er nahm seinen Weg über Fulda und Eisenach.

Das „Dr. J." ist in dem Stand gesetzt, auch das Circular seinem Wortlaute nach mittheilen zu können, welches von der k. k. österr. Regierung an die deutschen Regierungen als Einladung zur Beschickung der Conferenzen in Dresden ergangen ist. Es lautet folgendermaßen: „Das Bedürfniß einer zeit- und sachgemäßen Verstärkung der grundgesetzlichen Verfassung des deutschen Bundes im Wege der Revision wurde in Deutschland gefühlt, lange ehe noch die Bundesbeschlüsse der Jahre dieser Ermittlung zur Sache unabweichlicher Nothwendigkeit machte. — Schon damals waren alle denkenden Männer der Nation und alle Vaterlandsfreunde darüber einig, daß die Organisation der obersten Verwaltungsbehörde des Bundes eine mangelhafte sei; daß es an den Mitteln gebreche, das wahrhaft Gemeinsame in geistiger wie in materieller Beziehung unter den Mitgliedern des Bundes in das Leben treten zu lassen: daß dem Auslande gegenüber die Vertretung Deutschlands nicht auf eine Weise bestellt sei und bestellt sein könne, wie sie der wirklichen Macht, der Hülfsquellen und der politischen Größe Deutschlands angemessen wäre. — Die Ereignisse der Jahres 1848, in Leichtigkeit, mit welcher damals die Grundlage des Bundes erschüttert und dessen gesetzliche Thätigkeit außer Wirksamkeit gesetzt wurde, und der Zustand innerer Zerrissenheit, in welchem seitdem und bis zu dieser Stunde das gemeinsame Vaterland verseht worden ist, haben nur zu sehr die Besorgnisse der Vereinigen gerechtfertigt, welche längst auf gründliche Revision der Verfassung des Bundes gedrungen hatten. — Bei schiedene Wege sind seit 1848 zur Erreichung dieses Zweckes eingeschlagen worden; keiner aber hat bis jetzt zum ersehnten Ziele geführt. — Und dennoch muß man schnell an dasselbe gelangen, will man nicht die Gefahr eingehen, daß in kurzemäß die deutschen Staaten in einander knäuen, immer mehr sich lockern, will man nicht die deutschen Verhältnisse einer völligen Auflösung entgegengehen und den Bund in der europäischen Staatenfamilie gänzlicher Machtlosigkeit zur traurigen Beute werden sehen. — Unter solchen Umständen erscheint der durch frühere Erfahrungen als gut erprobte, einfachste bewährte Weg gemeinsamer Ministerialconferenzen berathend angezeigt. — Es mögen daher in kürzester Frist die bevollmächtigten Vertreter sämmtlicher deutschen Regierungen an einem freigewählten Orte zusammentreten. — Daselbst sei ihre Aufgabe, — von dem Grundsatze ausgehend, daß der deutsche Bund ein unauflöslicher sei, dessen Fortbestehen die zur erfolgten Revision in unverbrüchlicher Geltung bestehend seien, — die Verberfrung eben jener Grundgesetze in Berathung zu nehmen. — Der leitende Gedanke bei dieser hochwichtigen Arbeit sei jener, daß die Interessen der Gesammtheit in der starken Vertretung sowohl im Innern als nach außen hin bedürfen, um den Erfordernissen der Zeit, den berechtigten Wünschen der Völker und der Stellung, die Deutschland inmitten des europäischen Staatensystems einzunehmen hat, zu genügen. — Die Ergebnisse der Berathungen jener Versammlung mögen sodann, den Bestimmungen des Art. 4 der Wiener Schlußakte gemäß, sämmtlichen Bundesgliedern vorgelegt, durch deren Zustimmung mit der erforderlichen Sanktion versehen und dann hierauf von der gesammten obersten Bundesbehörde erfolgende Veröffentlichung zu Bundesgrundgesetzen erhoben werden. — Se. Maj. der Kaiser, unser allergnädigster Herr, und Se. Maj. der König von Preußen, von der Ueberzeugung geleitet, daß der angegebene Weg endlich zum Ziele führen werde, und gleichmäßig von dem Wunsche beseelt, so bald als möglich wieder in Deutschland einen festen, auf Recht und Gesetz ruhenden Zustand hergestellt zu sehen, sind sich in dem Entschlusse begegnet, gegen Ihre Mitverbündeten den Wunsch auszusprechen, daß bis zum 23. d. Mts. sämmtliche deutsche Regierungen ihre Bevollmächtigten nach Dresden entsenden, damit daselbst alsbald nach der Analogie der Ministerialconferenzen des Jahres 1819 die Versammlung eröffnet und in obbezeichneter Weise vorangegangen werden könne. — Ew. rc. sind beauftragt, die hierzu führende Einladung ohne Verzug Namens Sr. Maj. an die Regierung, bei welcher Sie beglaubigt zu sein die Ehre haben, gelangen zu lassen. — Allerhöchstdieselben zweifeln nicht, daß Ihre sämmtlichen Bundesge-

lassen mit Freuden die Aussicht begrüßen werden, die sich heute darbietet, die erschütternden Verhältnisse des deutschen Vaterlandes auf dem altgewohnten Wege gegenseitigen Vertrauens und friedlichen Einverständnisses wieder geregelt und die hierdurch gesetzlich neu begründeten Zustände für alle Zukunft befestigt zu sehen. — Empfangen Dieselben ꝛc."

Berlin, 21. Dez. Nach einer Mittheilung der D. A. Z. von Hannover begiebt sich „diesem Vernehmen nach die Hauptmasse der zwischen Preußen und Oesterreich verabredeten Vorlagen für die Dresdener Conferenzen darauf, daß eine gutmüthige Executivgewalt für Deutschland vorläufig abhängig von dem legislativen Bundesthore, die gefaßte Beschlüsse lediglich auszuführen habe, diese Executivgewalt wird Preußen und Oesterreich gemeinschaftlich für immer führen. Ferner wird eine Reduktion der Stimmen erfolgen, und zwar soll Preußen und Oesterreich jedes zwei haben, die vier Könige aber eine und die übrigen kleinen Staaten würden in fünf Gruppen zusammengefaßt werden, wobei jede Gruppe auch eine Stimme erhielte, wonach statt der frühern 17 jetzt nur 13 Stimmen das Central-Organ bilden. Eine Vertretung durch Parlaments-Abgeordnete der Einzelstaaten oder sonst durch einen gewählten Körper soll nach dem Vorschlage nicht stattfinden. In allem übrigen soll die jetzige Bundesverfassung als Grundlage, worauf hin die Berathungen gepflogen werden, beibehalten werden, die Ausnahmegesetze, die kaiserbader und wiener Beschlüsse aber gänzlich unberücksichtigt bleiben. Uebrigens ist durch die freiwillige Annahme der unterworfenen Verfassung durch die resp. Regierungen jener Regierung ihre Unabhängigkeit gewährleistet; doch dürfte es wenig helfen, wenn nach Annahme derselben durch die größern Staaten einige kleine Staaten dieselbe verweigern. Der oben erwähnte Plan geht aus von einer Hand zu, deren Nachrichten sich bis jetzt noch fast immer bewährt haben. (N. Pr. Z.)

Berlin, 21. Dez. Se. Maj. der König haben gestern nach Charlottenburg zum Diner befohlen, den Hrn. Ministerpräsidenten und die sämmtlichen (Unions-) Bevollmächtigten der Verbündeten Preußens, und Veranlassung der Abreise derselben nach Dresden.

— Se. k. Hoh. der Prinz von Preußen wird sich morgen nach Koblenz begeben.

— Die Constitutionellen in den Kammern sollen dem Ministerium in Bezug auf das noch nicht zur Berathung gelangte Budget pro 1851 vorgeschlagen haben, sofort am 3. Jan. mit den Berlagen vor die Kammern zu treten und drei Monate die Steuern verwenden zu dürfen, sei es nach dem Etat pro 1850, sei es nach dem bereits vorgelegten Etat pro 1851. Wir glauben nicht, daß das Ministerium auf solchen Vorschlag eingehen wird, der, durch die Verfassung nicht geboten, in Prinzip abgehen hieße für irgend eine andere Kammer, wie vielleicht ein Gesetz hätte, wie es zur Zeit in Hessen, wenn auch nur zu kurzer Geltung, gekommen ist.

— Den Ministerpräsidenten Fürst Schwarzenberg und Hrn. v. Manteuffel ist aus Dresden die Einladung zugegangen, ihre Wohnung daselbst im Hôtel de Saxe zu nehmen.

— Das Krönungs- und Ordensfest wird im nächsten Jahre, wo seit der Stiftung 150 Jahre verflossen sind, nach einer Bestimmung Sr. Maj. des Königs am 18. Jan., als am eigentlichen Stiftungstage, begangen werden.

— Die Zustimmungs-Adresse in Bezug auf die gegenwärtige Politik der Regierung treffen aus allen Landestheilen immer zahlreicher ein. (N. Pr. Z.)

Berlin, 22. Dez. Die „N. Pr. Ztg." bringt folgende Actenstücke: 1) Ich benachrichtige das Staatsministerium, daß ich den Staatsminister v. Badenberg durch den absichtlich beförderten Erlaß, seinem wiederholten Antrage gemäß, aus seiner bisherigen amtlichen Stellung entlassen und ihn zu Meinem Wirklichen Geheimen Rath, so wie zum Chef-Präsidenten der Ober-Rechnungskammer ernannt habe, weshalb Ich der Vorlegung der hierzu erforderlichen Ausfertigung zu Meiner Vollziehung entgegensehe will. Zugleich habe Ich den Staats-Minister Freiherrn von Manteuffel, unter Entbindung desselben von der Leitung des Ministeriums des Innern und von der interimistischen Leitung des Ministeriums für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, zum Präsidenten des Staats-Ministeriums und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, den bisherigen Regierungs-Präsidenten von Raumer zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten hierdurch ernannt, Letzterm auch die interimistische Leitung des Ministeriums für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten übertragen. Charlottenburg, den 19. Dezember 1850. Friedrich Wilhelm. v. Manteuffel. An das Staatsministerium. 2) Indem Ich Sie unter vollem dankbarer Anerkennung der erfolgreichen Thätigkeit, welche mit seltener Hingebung und aufopfernder Treue Mir und dem Vaterlande in schweren Zeiten geleistet haben, Ihrem wiederholten Antrage entsprechend, von der Leitung des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten hierdurch enthebe, will Ich Sie zu Meinem Wirklichen Geheimen Rath, so wie zum Chef-Präsidenten der Ober-Rechnungskammer ernennen und habe das Staats-Ministerium angewiesen, Mir die deshalb erforderlichen Ausfertigungen zu Meiner Vollziehung vorzulegen. Zu Ihrem Nachfolger habe Ich den bisherigen Regierungs-Präsidenten von Raumer ernannt. Charlottenburg, den 19. Dezember 1850. Friedrich Wilhelm. v. Manteuffel. An den Staats-Minister v. Ladenberg.

Frankreich.

Paris, 14. Dez. Ich glaube das deutsche Publikum wird es mir danken, wenn ich zu wissen, welche sich in London befindet hat, um Reisenden, welche nächsten Jahres die große Weltausstellung besuchen wollen, die Fahrt nach England um sehr billige Preise zu sichern. Ich erfahre aus guter Quelle, daß diese Gesellschaft, welche ihre Agenten bereits nach allen Ländern ausschickt, die unentgeltliche Fahrt von Dregen bezweckt. Zu dem Ende sollen die Fahrpreise auf der Hinreise so billig gehalten werden, daß selbst Unbemittelte dadurch angelockt werden mögen. Dafür gedenkt aber die Gesellschaft den Reisenden während des Ausenthalts in London, sowie auf der Rückreise auszubeuten. Die Gesellschaft steht nemlich in Verbindung mit einer großen Zahl von Gastwirthen in London, welche für jeden Reisenden, den ihnen die Gesellschaft zuführt, sich verpflichtet haben, eine Prämie zu zahlen. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß die Wirthe im Verhältniß zu derselben ihre Preise steigern werden. Je mehr Fremde in London während der Ausstellung sich befinden werden, desto besser wird es den Gastwirthen und Inhabern von boarding-houses werden, die Preise der Wohnungen und der Lebensmittel hinauf zu schrauben. Da ferner die erwähnte Gesellschaft nur den Transport der Reisenden nach England, nicht aber zurück abernimmt, wird sie mit Unternehmern der Eigenthums-Dampfboote dahin übereinkommen, daß der Preis die Preise bedeutend zu erhöhen, um einzubringen, was sie auf der Hinfahrt verloren hatte. — Die französische Regierung, welche diese betrügerische Projekte genau kennt, hat bereits den eigenen Ausstellenden vertraulich die Warnung zukommen lassen, sich durch derglichen falsche Vorspiegelungen nicht irre führen zu lassen. Den Mitgliedern der französischen Ausstellungs-Commission hat Hrn. Berg gelegt, sur die Einterbringung ihrer Landsleute in London die gehörigen Vorkehrungen zu treffen. Der Polizeipräfekt, Hr. Carlier, behält die Umtriebe jener Gesellschaft scharf im Auge, um Mittel dagegen entgegen zu arbeiten.

— Die Ausstellenden in London werden sehr wohl daran thun, sich sowohl behufs der Reise nach England, als des dortigen Aufenthalts der Leitung ihrer betreffenden Ausstellungscomites gefällig anzuvertrauen. (Et.)

Vermischte Nachrichten.

Hannover, 18. Dez. Im Monat October d. J. herrschte wieder einmal große Freude in den hannoverschen demokratischen Cirkeln; man hatte diesmal zwar keinen Klapka zu begrüßen, sondern nur einen ungarischen Obersten, der unter Klapka in Komorn ein Husaren-Regiment commandirt hatte; aber wenn sich früher der vom feierlichen Zuge der hannoverschen Demokraten durch die Straßen Hannovers und nicht zu schildernden Jubel begrüßte Klapka sofort in einen harmlosen österreichischen Offizier verwandelte, so hatte man doch diesmal wenigstens einige Tage das Vergnügen, einen ungarischen Märtyrer der Freiheit unter sich zu haben; man konnte sich im ironischen Kreise an den romantischen Schilderungen und den legten Tagen der Belagerung von Komorn ergötzen; man konnte gar manche Heldenthat von einem begeisterten Augenzeugen erzählen hören; an den großen Lehren, wie sie aus dem Munde der Vorkämpfer der Freiheit gestossen, in correctester Form lernt, konnte man sich laben. Von die Schilderungen und Erzählungen des großen Obersten fanden dankbare Zuhörer; milde Gaben für die Pflege des durch seine Thaten und Leiden franken Obersten flossen reichlich, sogar im Geselligen Vereine des Ballhofes wurden 4 Rthlr. zusammengebracht. Aber mit solchem Dank begnügt man sich nicht; man lud dem großen Kämpfer doch auch zeigen, wie sich die hannoverschen Demokraten auf ihrem Schlachtfelde zu benehmen wissen. Deshalb sandte man den Obersten nach Hildesheim zu einer Volksversammlung, über welche die Zeitung für Norddeutschland am 30. October in ihrer Nr. 211, Morgen-Ausgabe, ausführlichen Bericht sendet. Dieser Bericht begann: „Gerding aus Celle und ein aus fremdem Vaterlande verbannter ungarischer Oberster nahm daran Theil; nach einem herzlichen Willkommen der beiden genannten Herren Seitens der Versammlung ergriff der letztge Präsident ꝛc." Auf die dann nach demselben Berichte folgenden hochtrabenden und erfreuten Reden, Fortsetzungen und Anträge der Advokaten Weinhagen und Gottlober, so wie eines Hrn. Kattendirk aus Hildesheim und des Hrn. Gerding aus Celle wird hoch wahrscheinlich die Gegenwart des ungarischen Freiheitshelden nicht ohne Einfluß gewesen sein: man wusste doch zeigen, daß man in Hildesheim das Ding verstehe. Noch in Hildesheim wurde für den Obersten Geld gesammelt. Ohne Zweifel begleitet die theilnehmende Erinnerung unserer Demokraten den verbannten Obersten noch auf seinen Wanderungen, und es würde uns leid thun, diese Erinnerungen zu stören, wenn wir es nicht für unsere Pflicht hielten, zur Warnung vor ferneren Täuschungen einige Nachrichten, aber die Person des verminthlichen Obersten, die uns zugegangen sind, zu veröffentlichen. Derselbe ist ein Kaufmann, aus Mistolcz in Russisch-Polen gebürtig, 62 Jahr alt, und heißt Theodor Peskorz. Er war früher als Kaufmann in Kalisch etablirt, lebte von 1813 bis 1830 als Kaufmann in der Stadt Posen, von da bis 1842 in Warschau, kehrte dann nach Preußisch-Posen zurück und machte bis 1849 kaufmännische Reisen durch Oesterreich, Ungarn und Galizien, hielt sich endlich, finanziell völlig zurückgekommen, bis Juli d. J. bei einem in Dirowo als Kaufmann etablirten Sohne auf, um in diesem Hause an der ungarischen Insurrection oder sonst am Kriegsthaten Theil und wird als ein ungefährlicher Renommist geschildert. Als in Hannover die Polizei von den Schwindeleien des P. Kunde erhielt, wurde er ausgewiesen und ist jetzt als Landstreicher in politischen Blättern ausgeschrieben.

Berlin, 20. Dez. Wir haben neulich den Brief des Feldmarschalls Grafen Radetzky an das Offizierkorps der preuß. Garden gebracht, hier ist

die Adresse der preuß. Offiziere, welche jene Antwort hervorgerufen:

Cvorlleur!

Fünf und dreißig Jahre sind seit jener denkwürdigen Zeit verflossen, wo Oesterreichs und Preußens Heere in Waffenbrüderschaft zusammenstanden und treuen Sinnes das Recht und die Ehre Deutschlands gemeinschaft verfochten. In den Veteranen unseres Heeres hat sich das Andenken jener Zeit durch die Erinnerung, in der jüngeren Generation verstehen durch die Tradition stets wach erhalten. Als in letzter Zeit das Schwert an Oesterreichs Grenze gezogen wurde, war das Herz unseres Heeres bei unseren alten Kriegsgefährten. Wir hatten Mitgefühl für die schweren Tage von Mailand, als wenn sie uns selbst betroffen hätten, wir wartteten mit Ungeduld auf die Tage der Vergeltung und begrüßten mit Freude und Jubel den Siegeszug Ihres tapferen Heeres vom Mincio bis zum Ticino.

Die Tage von Sommacampagna und Custozza gehörten nicht Oesterreich allein! Sie gehören allen Soldaten deutscher Nation, die ihren Fürsten und ihren Fahnen treu gelöbten und ewig treu bleiben wollen, sie gehören dem deutschen Waffenruhm, der deutschen Kriegsgeschichte!

Gestatten Sie und daher, Hr. Feldmarschall, daß auch wir in Ihnen unsern Feldherrn verehren, denn Ihre Sache ist die unsrige, daß auch wir stolz sind auf Ihre weise und kräftige Führung und auf die Ausdauer und die Tapferkeit, mit der die ihrer Armee gefochten sind.

Unser Glückwunsch und unser Dank sind in jetziger schwerer Zeit noch tiefer gefühlt, noch wärmer und kräftiger als in gewöhnlichen Zeitläuften.

Möge der Tag nicht fern sein, wo der Ruf des gemeinsamen Vaterlandes uns Gelegenheit geben, Ihnen zu zeigen, daß wir noch die alten treuen Waffengefährten der frühern Zeit sind; stets und gern bereit, an der Seite unserer tapfern ößer. Kameraden auch mit Ihnen gemeinschaftlich die Sache des Rechts zu verfechten u. deutsche Schlachten zu schlagen.

Potsdam u. Schleswig, im Aug. 1860.

Das Offizierkorps der k. preuß. Gardekorps.

Neuestes.

Telegraphische Depesche der Niederl. Ztg. aus Frankfurt, 19. Dez. F.-M.-L. Legerlotz hat Befehl erhalten, sich mit seinem Corps marschfertig nach Holstein zu halten. — Der Stand steht bekanntlich an der südlichen hess. Grenze und ist etwa 25,000 Mann stark.) (K. Z)

Frankfurt, 23. Dez. Heute, am Eröffnungstage der Ministerialconferenzen in Dresden, geben wir unsern Lesern eine möglichst vollständige Zusammenstellung der Bevollmächtigten, welche die verschiedenen deutschen Staaten bei diesen Conferenzen vertreten. Für Oesterreich sind nach Dresden gereist: der Ministerpräsident F.-M.-L. Fürst v. Schwarzenberg, der Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeußern, Geh.-Rath Frhr. v. Werner, der k. k. Gesandte und bevollmächtigte Minister am russ. Hof, wirkl. Geh.-Rath Graf v. Thun-Hohenstein, der k. k. wirkl. Geh.-Rath, Graf v. Rechberg-Rothenlöwen und der k. k. außerordentliche Gesandte und Bevollmächtigte am Berliner Hof, F.-M.-L. Frhr. v. Prokesch-Osten; für Preußen, der Ministerpräsident Frhr. v. Manteuffel, der Minister a. D. Graf v. Alvensleben, der Graf v. Flemming und der Kanzleirath de la Croix; für Bayern der Ministerpräsident Exc. v. d. Pfordten, der Legationsrath v. Aretin, und der Ministerialsekretär Meyer; Sachsen wird durch den Staatsminister des Aeußern, Frhrn. v. Beust, vertreten; für Hannover ist nach Dresden abgegangen der Staatsminister v. Münchhausen und der geh. Cabinetsrath Frhr. v. Schele; für Würtemberg der Legationsrath von Neurath, Graf Taube und Ministerialsekretär Schönhardt; für Baden der Ministerpräsident Frhr. v. Rüdt; für Kurhessen der Staatsminister Herr v. Baumbach; für das Großherzogthum Hessen der Ministerpräsident Frhr. v. Dalwigk und der Geh. Staatsrath Hallwachs; für Holstein-Lauenburg der k. dänische Etatsrath Frhr. v. Pechlin; für Nassau der Staatsminister Herr v. Dungern; für Koburg-Gotha der Staatsminister v. Seebach; für Schaumburg-Lippe der Archivrath Strauß; für Hamburg der Syndicus Banks; für Bremen der Bürgermeister Smidt; für Lübeck Bürgermeister Dr. Brehmer; für Frankfurt der Schöff und Syndicus Harnier; für Hessen-Homburg der wirkliche Geheimerath v. Holzhausen. Für Mecklenburg-Schwerin wird der Ministerpräsident Graf v. Bülow genannt; ob Oldenburg durch den Oberst Mosle wird vertreten sein, ist zweifelhaft. Die Namen der übrigen Bevollmächtigten sind uns noch nicht bekannt. (Fr. O.-Z.)

Kassel, 22. Dez. In diesem Augenblicke, 11 Uhr Vormittags, rucken unter klingendem Spiel Bundestruppen in einer Stärke von 5000 Mann zum Leipziger Thor in die Stadt. Es sind k. k. österreichische Jäger, bayerische Chevauxlegers, bayerischer Infanterie und Artillerie. Die Truppen rücken auf den Friedrichsplatz und werden in die Unterneustadt einquartirt. Den beiden preußischen Truppen ist nur noch ein sehr spärliches Ueberbleibsel da, ein Bataillon vom 13. Linieninfanterieregiment. Das andere Bataillon, das 7. Jägerbataillon, Husaren und Artillerie, Alles ist abgezogen. Um Reibungen zwischen den preußischen und oesterreichen möglichst zu beggnen, sind die Preußen gestern in die Chausseekaserne verlegt. Heute früh wurde durch die Stadtschelle bekannt gemacht, daß die Bewohner der Unterneustadt und der Altstadt k. k. österreichische und baierischen Truppen bekommen. Von den Bewohnern haben mit Ausnahme des bleibenden landständischen Ausschusses und der Consistorialräthe alle sich gefügt. — Zwangsmaßregeln sind bis jetzt noch nicht ergriffen. Dem Consistorium wurde noch gestern vom Grafen Leiningen aufgegeben, sich bis 12 Uhr Nachts zu erklären, ob es gehorchen wolle oder nicht. Dasselbe antwortete darauf, daß, da seine Mitglieder bereits die Entlassung eingereicht hätten, sie sich nicht mehr in der Lage befänden, Anordnungen zu entsprechen. Dem Commandeur der Bürgerwehr, Hrn. Seidler, wurde vom General v. Peucker eröffnet, daß es doch wünschenswerth sei, wenn die Mitglieder der Bürgerwehr ihre Waffen freiwillig abliefernen, weil dieselben sonst von heute hier einrückenden 5000 Mann Baiern und Oesterreichern als Gewalt würden angesehen werden. — Gestern erschien auf einem halben Bogen die „letzte Nummer" der Hornisse.

(D. Z.)

Schleswig-Holstein, 19. Dez. Während die Blätter der Entlassung des Generals v. Willisen die verschiedensten Motive unterlegen, hören wir aus gut unterrichteter Quelle, daß die einzige und alleinige Ursache seiner Entlassung die auf die Aufforderung der Statthalterschaft, die Operationen gegen den Feind nunmehr mit mehr Ernst zu betreiben, erfolgte Aeußerung des Hrn. v. W. ist, „daß ihm hiezu das Vertrauen zu sich und zur Armee fehle!"

(K. Z.)

△ Aus Baden, 21. Dez. Der ehemalige Kriegsminister Werner, welcher vom Hofgerichte zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt wurde, ist vom Oberhofgericht ebenfalls in diese Strafe verurtheilt worden. — Pfarrer Wagner ist vom Hofgericht des Oberrheinkreises zu 1½ Jahr Zuchthaus, Daniel Krebs zu zwei Jahr Zuchthaus, Rechtspraktikant Reichy zu 9 Jahr Zuchthaus verurtheilt worden.

Hannover, 19. Dez. Der bisherige Generalsekretär im Ministerium des Innern, Frhr. v. Hammerstein-Loxten, ist zum Staatsminister und zum Vorstande des Ministeriums der Finanzen und des Handels ernannt worden.

Dresden, 18. Dez. Ein f. Dekret an die 1. Kammer setzt den Schluß des Landtages auf den 31. Jan. l. J. fest.

Oldenburg, 20. Dez. Heute ist unser Landtag vom Ministerpräsident v. Buttel eröffnet worden. In der Eröffnungsrede erklärte der Minister, daß das Bündniß mit Preußen vom 26. Mai v. J. als erloschen zu betrachten sei.

Wien, 19. Dez. Die Wiener Zeitung bringt heute in ihrem nicht amtlichen Theile die wegen des zu E

Die Bayerische Presse.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Abonnement:
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Expedition: Im Schrankhofe 2. Thür Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 308. Würzburg, Donnerstag den 26. Dezember. **1850.**

Ein Beitrag zur modernen Gottesläugnung *).

Ob es rathsam ist der scientifischen Begriffsverwirrung zu gestatten, nach Belieben über die der Menschheit heiligsten Gegenstände ohne Beweis absprechen, das möge man nach Lesung einer Stelle, wie sich in den neuesten zoologischen Briefen von Carl Vogt S. 9 befindet, erwägen, wo es heißt wie folgt:

„Keine läppische Untersuchungen über den Zweck, „welchen ein fingirter Schöpfer mit diesem oder „jenem Thiere oder gar Thiertriebe habe erreichen wollen, sondern eine einfache, nüchterne Darstellung der Thatsachen und der aus ihnen hervorgehenden Schlüsse."

Auf diesen brüsquant absprechenden und daher Unerfahrne täuschenden Satz ist Folgendes zu erwiedern. Wenn keine läppische Untersuchungen wiedern. Wenn keine läppische Untersuchungen über den Zweck der Schöpfung eines fingirten Schöpfers stattfinden sollen, so muß vor Allem, ehe man die Vorstellung eines solchen, für erdichtet erklärten Wesens, durch die, einer dann nothwendig vor sich hergehenden, ewig in unendliche Theile zerfallen Natur erfolgt, Letztere als eine wahre, oder wenigstens als eine mögliche erwiesen werden. Das heißt, man hat zu zeigen, daß wirklich eine solche Natur durch die Erfahrung gegeben sei, oder daß mindestens eine denkbare Vorstellung von ihr in unserm Denkvermögen sich befinde: denn, wenn Letzteres nicht aus einer denkbaren einzig möglichen Quelle unserer Erkenntniß hervorgegangen ist, so ist sie für eine größere Chimäre zu halten, als die der Musenmanner, welche den Compiler der Naturerscheinungen, das Weltall, als eine von einem Elephanten getragne Masse betrachten, was doch noch gedacht werden kann.

Niemand aber wird behaupten, je eine getheilte Unendlichkeit, oder, um den Widerspruch in sich klarer zu machen, eine unendliche Summe von Theilen, welche noch dazu in einem zweiten, ungetheilten Unendlichen, d. h. im leeren Raume oder im Nichts, (gleichviel, ob auf diesem entfalten oder mit ihm zugleich seiend) enthalten sein müßte, durch irgend eine sinnliche Erfahrung erkannt, oder eine solche auch nur je wahrhaft gedacht zu haben. Herrn Vogts Natur, die nun, wenn sie ewig wäre, allerdings eine Summe von Einzelheiten, die kein Ende hat, sein müßte, ist also ein Phantasiebild, welches der Erfahrung und unserm Denkvermögen widerspricht und aus dem falschen Schlusse hervorgeht, daß das vom letzteren fort und fort gedachte Endliche zuletzt unendlich oder null werden müsse; dem aber die Ansicht, daß ein sich denkend begränzendes Wesen (die Schrift nennt es z. und z.) die Idee der absolut grämzenlosen Nullität von sich ausschließt, entgegenstreit.

Ist nun die religiöse Vorstellung, daß aus dem ewigen, (scheinbar nur nichtigen) Denken dieses Wesens die Welt, als dessen zeitlich und räumlich gewordener (fixirter) Gegenstand, entstanden sei, denkbar, wiewohl nie begreiflich, so ist dagegen die sogenannt rationelle des Herrn Vogt, als eine unbedingte Voraussetzung absolut null; und seine Behauptung, daß die Untersuchung über den Zweck der thierischen Bestandtheile läppisch sei, ist es gleichfalls. Sie zeigt nur von seiner geringen, aufs Gradewohl absprechenden Urtheilskraft. Seine von ihm statt Gottes angenommene Natur ohne Haltpunkt und Gränze konnte ja sogar, wenn sie eine ewig schaffende wirklich wäre, nie zweckvoll schaffen, und hätte sie ihm dann nicht Finger zum Zwecke des Schreibens seiner scharfsinnigen Sätze verliehen, so wären wir deren verlustig; ja er würde sie auch nur anzusprechen unfähig sein, wenn er von ihr keinen Mund, den er zum Reden spitzen könnte, erhalten hätte.

Wer jedoch dergleichen ohne Beweis ausspricht, oder gar in Schriften verbreitet, der ist ein gefährlicher Faulseh, weil er gefliessentlich erweislichen Irrthümer, um Andere ihr zu leiten, veröffentlicht.

Die Olmützer Konferenz.

Während die Kammern in Berlin über den Olmützer Vertrag Zeter schreien und nichts in demselben entdecken, als eine vollständige Niederlage Preußens, erleben wir das seltsame Schauspiel, daß die Anhänger des historischen Bundesrechts sich fast ebenso bitter über ihn beklagen. Selbst die Bevollmächtigten der deutschen Staaten in Frankfurt fassen den Olmützer Vertrag als ein Aufgeben des bis dahin verfochtenen Rechtsprinips von Seiten Oesterreichs auf, oder sie thaten es wenigstens im ersten Augenblicke der Ueberraschung. Die eine von diesen beiden Auffassungen muß nothwendigerweise falsch sein. Welche ist nun die richtige?

Meiner Ansicht hat die zweite Kammer in Berlin Recht. Wenn die Anhänger der Rechtspolitik sich in ihren Erwartungen über die Olmützer Ergebnisse getäuscht fanden, so lag die Schuld daran, daß sie sich unmöglichen Erwartungen hingegeben hatten. In Olmütz ist im Wesentlichen Alles erreicht, was in dieser Konferenz nach ihrem Zwecke überhaupt erreicht werden konnte und sollte, und zugleich ist auch nicht das Mindeste aufgegeben.

Die Olmützer Konferenz hatte nie den Zweck die allgemeine Prinzipfrage, nämlich die Frage über die Rechtsgültigkeit der Bundesversammlung zu entscheiden. Die Bundesversammlung war schon vorher darüber einverstanden, daß noch ein letzter Versuch gemacht werden sollte, auf den freien Konferenzen sich über diese Frage gütlich zu verständigen und daß nicht eher an die Entscheidung durch das Schwert appellirt werden sollte, bis auch dieser letzte Versuch fehlgeschlagen sei. Wenn sich demnach die Meere schlagsertig gegenüber standen, so war der Grund davon nicht der Differenz über die allgemeine theoretische Frage, sondern in der Differenz über die praktische Anwendung derselben auf zwei konkrete Fälle zu suchen. Die Bundesversammlung wollte die landesherrliche Autorität mit Hilfe von Bundestruppen in Kurhessen wiederherstellen, und wollte zweitens Holstein zur Unterwerfung unter die Bedingungen des abgeschlossenen Friedens zwingen. Preußen dagegen hatte sich bis dahin diesen beiden konkreten Zwecken widersetzt.

Es ist mir unbegreiflich, wie man es verkennen kann, daß Preußen eben in diesen beiden Punkten, auf welche es in Olmütz allein ankam, den Ausforderungen der Bundesversammlung, was ihren materiellen Inhalt anbetrifft, durchaus nachgegeben hat. Was Kurhessen anbetrifft, so widersetzt sich die preußische Regierung nicht länger der Okkupation des Landes durch Bundestruppen. Die preußische Regierung erkennt ferner an, daß diese Okkupation den Zweck haben soll, einen den Grundsätzen des Bundes entsprechenden und die Erfüllung der Bundespflichten möglich machenden Zustand herzustellen. Damit ist im Wesentlichen Alles zugegeben, was die Bundesversammlung und der Kurfürst wollten. Allerdings will Preußen ebenfalls einen Kommissar zur Regelung der kurhessischen Angelegenheiten im Sinne der Bundesgesetzgebung ernennen, und Oesterreich hat sich damit, vorbehaltlich der Einwilligung des Kurfürsten und der Bundesversammlung einverstanden erklärt. Es liegt aber doch wohl auf der Hand, daß dieser preußische Kommissär schwerlich in einer der Absicht des Bundestages und der Bundesgesetzgebung zuwiderlaufenden Weise handeln wird. Der ganze Unterschied besteht also darin, daß derselbe Zweck jetzt mit Hilfe Preußens erreicht wird, den man bis dahin ohne Preußen erreichen wollte. Die Erklärungen des Ministers v. Manteuffel in der Kammer bewiesen deutlich, daß sich Preußen nur in diesem Sinne bei den kurhessischen Angelegenheiten betheiligen wird. Allerdings erhält der preußische Kommissär sein Mandat nicht durch die Bundesversammlung selbst; die Bundesversammlung gibt aber eben so wenig ihr Recht auf ausschließliche Kompetenz in deutschen Bundesangelegenheiten damit auf, sie wahrt ihr Recht in formeller Beziehung vollständig dadurch, daß sie ihre Zustimmung zu den sachlichen Hinzutreten eines preußischen Kommissärs ertheilt, und läßt die prinzipielle Hauptfrage noch einige Wochen länger in suspenso, wie sie es auch bis dahin gethan hat. Die Olmützer Konvention sagt ausdrücklich: „Ohne Präjudiz für die künftige Entscheidung." (Schluß f.)

Deutschland.

München, 23. Dez. Heute wurde auf telegraphischem Wege die Ankunft des bayer. Ministerpersidenten in Dresden hierher gemeldet. — Die von Burghausen hierher gebrachten sämmtlichen Alten der drei Regimentskanzleien des 2. Jägerbataillons sind heute wieder dahin abgegangen. Die beiden hierher gezogenen Depot-Kompagnien dieses Bataillons marschiren übermorgen wieder in ihre frühere Garnison zurück; ebenso gehen die beiden Depot-Kompagnien des 4. Jägerbataillons übermorgen wieder nach Straubing zurück. — Was der „Allg. Zeitung" aber einen bevorstehenden Verkauf jener Pferde gemeldet wurde, die erst kürzlich angekauft worden, so dürfte diese Anzeige zu modernen sein, daß sich der Verkauf

*) Der moderne Atheismus übertrifft an Dreistigkeit das Alte, welches nicht zu beeinträchtigen Gegenständen aufwuchs, während jener die ihm entgegenstehenden Wirklichkeiten durch deren bestimmtere Widerlegung zu vernichten meint.

vorerst nur auf die dienstuntauglichen Pferde erstreckt, von denen zu diesem Zwecke bereits gegen circa 30 mit der Eisenbahn aus Franken hierher gebracht worden. Auch die Anwerbung eines Vorraths von Ausrüstungs-Gegenständen für 1000 Mann per Regiment ist noch immer nicht eingestellt und noch die gleiche Anzahl Arbeiter wie früher dahier beschäftigt. — Von Seiten der kais. Regierung ist die Verfügung getroffen, daß nach dem Truppen-Abzuge die Liquidation der von Oesterreich- und Bayern zu erstattenden Verpflegungsposten alsogleich eingeleitet werde. (A. Abz.)

München, 23. Dez. Zwischen unserm Generalmajor und dem Oberbefehlshaber der k. k. österreichischen Truppen in Schwaben, Feldzeugmeister Wernhardt, sind in den letzten Tagen lebhafte Unterhandlungen gepflogen in Betreff des Abmarsches der österreichischen Truppen aus Bayern, wobei eine Einigung dahin zu Stande kam, daß abwechselnd österreichische und bayerische Truppenabtheilungen auf den bayerischen Eisenbahnen befördert werden sollen. Ein Theil der kaiserlichen Truppen soll die Richtung nach Vorarlberg über Lindau nehmen, während der andere und größere Theil über Nürnberg und Bamberg nach Norden geht, theils um die aus Kurhessen abziehenden Bayern zu ersetzen, theils um zu einem Zuge nach Holstein bereit zu sein, falls die eingeleiteten Unterhandlungen nicht einen solchen Zug unnöthig erscheinen lassen sollten. — Die Meldung einiger Blätter, daß Oesterreich und Preußen die Garnison, Bayern aber ausschließlich die Executionsmannschaft in der kurhessischen Hauptstadt zu bilden habe, ist, wie ich Sie aus guter Quelle versichern kann, grundlos. Wenn die Bayern nicht als Garnisonstruppen in Kassel verbleiben, so wird auch Fürst Taxis nicht die Hand zu Executionsmaßregeln bieten wollen. (A. Z.)

In München ist am 23. Dez. St. l. Hofbyrau Custpold von Bayern aus dem Hauptquartier Lichtenfels zurückgekehrt. In Klagenfurt ist General v. Flotow wieder angekommen. Das von hier ausgerückte Ober-Weg. wird in den nächsten Tagen zurückerwartet.

Augsburg, 24. Dez. Die bisher in und um Nördlingen stationirt gewesenen k. k. österr. Truppen haben seit dem 21. d. ihre Standquartiere verlassen und ziehen sich auf verschiedenen Wegen nach Franken. Eine Abtheilung Husaren traf gestern von Dillingen hier ein und wurde theils in hiesiger Stadt, theils in den umliegenden Dörfern einquartirt; heute zogen dieselben weiter.

Die Ereignisse in Kurhessen

Aus dem Schwalmgrunde, 21. Dez. Nachdem gestern Abend der die Stempelerhebung betreffende Beschluß des Oberappellationsgerichts dahier bekannt geworden ist, hat nun auch die Meuterei der zahlosen Staatsdiener in hiesiger Gegend mit dem heutigen Tage ihr Ende erreicht, und wir haben nun, einige wenige Bürgermeister, die bis zur Stunde auch noch nicht eine einzige, der fest. Sept. erlassenen Proklamationen, ihren Gemeinden verlautigt haben, abgerechnet, vernehmen hier nur „gehorsame" Diener ihres Fürsten und Herrn. Wenn dem in Wahrheit so wäre, so wollten wir uns ihrer Nachgiebigkeit herzlich freuen! aber unsere Freude ist in mehr als einer Hinsicht getrübt! Die Ihn erlauten nemlich mit darren Worten, daß sie nicht den von seinen verantwortlichen Ministern kontrasignirten Anordnungen unseres Landesherrn sich fügten, sondern nur den hohen Kommissaren Oesterreichs und Preußens, u. diesen auch nur darum, weil diese beiden deutschen Großmächte dermalen die Gewalt in dem Lande Kurhessen hatten. (K. Z.)

Kassel, 22. Dez. Abends. Die heute eingetroffenen Truppenabtheilungen der Bundesarmee sind hier einquartirt worden. Die nahe zu Tage getreten war, daß selbst die Miether nicht verschont blieben. Die eigentliche Executionsvertheilung hat sie heute noch nicht begonnen und man hat sich vorläufig nur bemuht alle Mannschaften unterzubringen. Herr Generallieutenant von Peucker soll sich gegen diese Maßregel ausgesprochen und durch den Telegraphen von seiner Regierung weitere Verhaltungsbefehle sich erbeten haben. Herr F.M.L. Graf von Leiningen hat seinerseits die Versicherung gegeben, daß er als Bundescommissär sur laut den ihm gewordenen Weisungen handeln werde. — Das preuß. Bataillon hat die Wachen noch besetzt; eine Abtheilung k. k. österreichischer Jäger hat jedoch die Hallerwache bezogen. Die Abtheilung der Waffen geht langsam von Statten, was wahrscheinlich Hausdurchsuchung und damit verbundene Abnahme der Waffen durch das Militär zur Folge haben wird. Die Behörden haben auf das vom Herrn F.M.L. Grafen zu Leiningen an sie ergangene Anfordernungen in Betreff der pünktlichen Besoldung der landesherrlichen Verordnung vom 28. September d. J. ihre Entschließungen dahin angesprochen, daß nach der ihrerseits bereits abgegebenen Erklarung, bezüglich der Besoldung der Verordnung vom 4. September, eine weitere Besoldung der landesherrlichen Verordnung vom 28. Sept. d. J. nicht eintreten könne, sondern werden können, indem dieselbe mit ihrer rechtlichen Beurtheilung im Gegensatz stehe. Nach diesen Erklärungen, welche die Eventualität der Abschiedsforderung sämmtlicher hiesigen Behörden mit sich führten, ist dem kurfurstl. Ministerium nach Wilhelmsbad durch den Telegraphen sofort Nachricht gegeben worden. Der Inhalt dieser Frage ist wie der von Berlin zu erwartenden Antwort, sehr man mit erster Spannung entgegen. (H.-D.-Z.)

Kassel, 22. Dez. Die „Hornisse" ist gestern Abend zum letzten Male auf einem halben Bogen erschienen und nimmt mit folgenden Worten von ihren Lesern Abschied: „Wir haben gelobt, unser Blatt bis zum letzten Moment der Möglichkeit zu pflegen. Wir haben nicht gelaubt, daß dieser Augenblick so nahe bevorstände. Wir wollten der Gewalt und waren der Gewalt, der von Außen hereinbrechenden Vernichtung unsres Staates, unser Verfassung, unsres Rechtes und unserer Freiheit weichen. Dieser Augenblick ist früher gekommen, als wir dachten, von einer Seite, von der wir nicht den ersten Schritt erwarteten. Die Vernichtung unserer Verfassung, der Bruch alles Rechtes ist von dem höchsten Gerichtshof des Landes selbst in freiwilligen verantwortlichen Akt vollzogen worden. Es gibt keinen Schutz mehr für die Freiheit der Presse im Lande. Der Sabel des Despotie ist durch unser höchstes Gericht selbst bevollmachtigt, jedem Augenblick uns niederzusäbeln. Der letzte Kampf ist zu Ende. Wir nehmen hiermit Abschied von unsern Lesern, von unsrer Partei bis auf den nahen Tag der Gerechtigkeit und Vergeltung. Wir bleiben getreu, jeden Augenblick die Fahne zu erheben, die wir jetzt gezwungen senken. Wir bleiben mit unserer Partei in treuester, innigster Liebe, mit dem regsten Eifer verbunden. Auf Wiedersehen!" (K. Z.)

Kassel, 23. Dez. Der Bundescommissär, Graf v. Leiningen, hat die vom Oberappellationsgericht und verschiedenen andern Behörden dem Generallieutenant v. Peucker gegebenen Erklarungen für ungenügend bezeichnet und vollständige Anerkennung aller seit September erlassenen Ministerial-Verordnungen ohne allen Vorbehalt verlangt. Besagte Beborden haben darauf an das Ministerium weitere Anfragen gestellt, und bevor diese beantwortet sein werden, stehen wichtige Ereignisse wohl nicht bevor. — Graf v. Leiningen hat nemlich „im Namen des hohen deutschen Bundes," denn also beginnt seine Verordnung, welche so eben wohl den Einfluß unseres Ministeriums vom 28. Oktober angeschlagen werden. Er befiehlt darin die Ablieferung der Waffen von Seite der Bürger- und Schutzgarde, die Beschlagnahme der Hornisse, der Neuen hessischen Zeitung und des Volksboten, und verbietet das Abhalten von Versammlungen. — Der größte Theil der Waffen ist bereits abgeliefert, auch haben sich Oetker und Heise, ja wie man sagt, auch Kellner entfernt. — Das Verhältniß der Preußen zu den Bundestruppen ist in höchst unerfreulicher: erstere halten sich zu vornehm, letzteren die gebührenden Honneurs nicht nur zu machen, sondern sogar zu erwidern, trotzdem, daß Jedermann eingesteht, daß die Bundestruppen sich recht freundlich benehmen. An beiden Abenden haben schon arge Schlägereien in Wirthshäusern stattgefunden. — Heute hielten die Bundestruppen und die Preußen auf dem Friedrichsplatze zugleich Wachparade, waren jedoch abgesondert, und trog des freundlichen Entgegenkommens des Fürsten v. Taxis an der Spitze seiner Officiere fühlte Jeder, daß eine Verschmelzung der verschiedenen Truppen schwer durchzuführen sein dürfte. — Die Verlaufer von Christbaumartikeln klagen gewaltig über Mangel an Absatz aus Ursache der Einquartirung. — Der Hunger, welche sich zugesellt, wird über die Bundestruppen äußerten, wurden von denselben sofort arretirt.

(K. Z.)

Kassel, 23. Dez. Die Waffen sind meistens abgeliefert. Die Schlägereien zwischen den Preußen und Bayern dauern fort. Gestern Abend haben viele Verhaftungen statt. Gegenwärtig erscheint keine Zeitung mehr. Die Zeitungsmaschinen sind vorläufig sistirt, da von Wilhelmsbad noch keine Antwort erfolgt ist. Heute werden preußische Truppen erwartet und zwar ein Bataillon des 17. Inf.-Reg., zwei Eskadrons Husaren, eine Division Kürassiere und eine Batterie. Die bayer. Ehrenwerlegerei sind heute auf die Dörfer verlegt, da die Kurfürstshusaren einrasten sollen.

(D. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 19. Dez. Aus den Sitzungen der Bundesversammlung vom 17. und 18. trägt die H. B.-H. noch eine kurze Notiz über eine Erklärung des Kriegsministers, betreffend den Wegfall in Armeekommando, nach Art. 17. interpellirte nämlich Dr. Lasaurie den Kriegsminister: Aus welchen Gründen der General Willisen aus unserm Dienste entlassen sei. — Der Staatsminister erwiderte: Er könne darauf sofort antworten, daß Willisen deshalb entlassen sei, weil er das Vertrauen zu sich selbst, und zur Armee verloren gehabt habe. — Am Schluß der Sitzung vom 18. sprach der Kriegsminister darauf nochmals das Wort und bemerkte, wie er vernommen habe, daß seine gestrige Aeußerung, daß General Willisen deshalb abgegangen sei, weil er das Vertrauen zu sich selber und zur Armee verloren habe, zu Mißdeutungen Anlaß gegeben habe und leicht einen Schatten auf die Armee werfen könne. Er bedauere dies; er habe sagen sollen und sagen wollen, daß Willisen abgegangen sei, weil er das Vertrauen zu sich selber und zu deshalb auch dasjenige zur Armee verloren habe.

Rendsburg, 20. Dez. Dem 2. Jäger-Corps ist am gestrigen Tage eine feiner Feldwachen von den Danen überfallen, und sind bei dieser Gelegenheit fast von unseren Jägern gefangen genommen worden. (H. B.-H.)

Von der Niederelbe, 21. Dez. Von Rendsburg, wo erst jüngst in Angeln und Schwausen gewesen sind, vernehmen wir, daß die Danen bei Coppeln eine Brück, über die Schlei geschlagen haben, daselbst starke Schanzen wie bei Arnis und Missunde aufwerfen und selbige mit schwerem Geschütz armiren wollen, um auch auf diesem Punkt unserer Armee den Uebergang über die Schlei unmöglich zu machen. — Es ist eine sehr strenge Untersuchung im Gange wegen der dem General von Willisen zugefagten Insulten auf dem Bahnhof zu Neumunster. — Vorgestern, gestern und heute war der General v. Bauditsin mit der Inspizirung der Rekruten-Depots der 19jährigen Mannschaft beschäftigt. Diese neue einerzirte Mannschaft trifft morgen in Rendsburg ein. — In dieser Woche war in Rendsburg ein Kriegsgericht abgehalten worden, welches einen Deserteur zum Tode verurtheilte. Die Exekution ist noch nicht vollstreckt, da die Bestätigung der Statthalterschaft noch nicht erfolgt ist. Bald durfte abermals ein

Kriegsgericht zusammentreten, um einen gemeinen Soldaten, der seinen Offizier bei der Parade vor der Fronte erschossen hat, zu verurtheilen. (D. Ref.)

Von der Berasträße, 20. Dez. Seit einigen Tagen stockt der Zug der Handwerksburschen, nur einige Nachzügler melden sich noch von Zeit zu Zeit. Die Ursache der letzten aus der Schweiz fällt demgemäß etwa in die Zeit, wo die Nachricht von der friedlichen Lösung der Fragen zwischen Oesterreich und Preußen dorthin gedrungen sein mag. Wahrscheinlich ging der Zug nach Preußen, wohin auch beträchtliche Summen der Mazzinischen Anleihe geflossen sein sollen und wo im Falle des Ausbruchs sich breite Ströme vielleicht vereinigt hätten. Was dann geschehen wäre, wenn dieser Zuzug sich mit Gleichgesinnten vereinigt über das Land oder auch nur eine Provinz ergossen hätte, das kann nur der ermessen, der die Unannehmlichkeit ihrer persönlichen Bekanntschaft hatte, der diese verwilderten Geschöpfe sah, auf denen nicht Noth und Mangel, wohl aber die niedrigsten Leidenschaften tiefe Furchen gegraben haben.

△ Aus Baden, 23. Dez. Bei uns sind gegenwärtig die Sammlungen für Schleswig-Holstein und für die kurhessischen Offiziere im vollsten Gang. Für beide Zwecke gehen ziemlich viele Beiträge ein. — Dr. Koffka wird einstweilen bei der Redaktion der offiziellen Zeitung verbleiben. Der Grund, warum Baden noch keine entschieden ober. Richtung eingeschlagen hat, ist einzig und allein der Widerstand der Camarilla u. der Frau Großherzogin Sophie, welche große Anhängerinnen der preußischen Politik sind. Der Großherzog selbst, sowie Prinz Friedrich, suchen diesen Bestrebungen auf das Entschiedenste entgegenzutreten; auch wird es ihnen bald gelingen, diesen Widerstand zu besiegen.

Dessau, 19. Dez. Der Gemeinderath, den Herzog auch als Gemeindemitglied betrachtend, hatte demselben 23 Mann Einquartierung zugeschrieben. Die Regierung hat diesen Beschluß folgerichtig für unstatthaft erklärt.

Weimar, 20. Dez. Unser Landtag hat sich heute bis zum 7. Januar vertagt. Er hat noch vor dem Schlusse seiner Arbeiten gestern dem Ministerium den vollsten Beweis seines Vertrauens gegeben, indem er gemäß der Anforderung des Ministeriums, obgleich zwei Drittel der Jahre der Etat für die neue Finanzperiode nicht auszuarbeiten möglich gewesen, bewilligte. daß die zeither erhobenen Steuern in derselben Weise auch für 1851 erhoben wurden. Minister v. Wangbord sprach sich warm für diesen Beweis des Vertrauens aus.

Leipzig, 21. Dez. Vorgestern wurde Nr. 10 der demokratischen „Spitzbuben“ konfiszirt und zugleich die Zeitschrift selbst verboten. — Aus Zschopau sind am 19. Dez. 32 Maigefangene in Ketten nach Waldheim und Zwickau abgeführt worden. Außerdem befinden sich in Zschopau noch mehrere Inkriminirte, von denen einer zu sieben, drei zu fünf Jahren Zuchthausstrafe verurtheilt sind. (D. A. Z.)

Aus Luxemburg, vom 20. Dez., meldet die „S.- und M.-Z.“, daß das Gerücht, das Großherzogthum Luxemburg werde mit der preußischen Rheinprovinz vereinigt, und tauschweise Holland dafür einige Rheinbezirke (in Cleve und Gelbern) erhalten, große Sensation im Lande mache.

Wien, 19. Dez. Bei den Dresdener Conferenzen wird Oesterreich auf den Eintritt seiner gesammten Staaten in den deutschen Bund bestehen.

Wien, 20. Dez. Die vorgestern im Finanzministerium gehaltene Berathung betraf den Umfang des vorgeschlagenen Papiergeldes, welches bekanntlich nach dem gestellten Antrage gegen successivgünstige Noten eingewechselt werden soll. Nach dem Antrage bleibt es dabei, daß sämmtliche drei-percentige Cassen-Anweisungen und Reichsschatzscheine vom Jahre 1850 aus dem Verkehr gezogen werden sollen, und an ihre Stelle unverzinsliche Reichsschatzscheine zu 1, 2, 5, 10 und 50 fl. treten; dagegen werden die Reichsschatzscheine zu 100, 500 und 1000 Gulden auch künftig mit 3 pCt. verzinst werden. — Das Neugiers-Bureau meldet: Der Rückmarsch der kais. Truppen aus Böhmen dürfte noch in diesem Monat gänzlich beendet sein. Die Gren. Bataillone eilen in ihre Heimat, wo sie noch vor Neujahr eintreffen hoffen.

Von der böhmischen Grenze. Nachrichten aus dem Innern von Böhmen bestätigen die Meldung mehrerer Blätter, daß ungeachtet der Räumung der Grenzen noch bedeutende Truppenmassen in jenem Kronlande stehen. Namentlich wird uns auf die zuverlässigste Weise versichert, daß daselbst noch über 30,000 Mann Kavallerie vorhanden sind, und daß in manchen Schlosse die Einquartierung sich noch auf mehr als 200 Mann beläuft.

Breslau, 16 Dez. Unter den vielen Beweisen der Theilnahme für die Erhebung des Herrn Fürstbischof Fehrn. v. Diepenbrock zum Kardinal verdient erwähnt zu werden, daß auch die hiesige konfessionelle Gesellschaft einen lebhaften Antheil an dem Glückwünsche ausgesprochen Gelegenheit fand. Der Rabbiner der Gemeinde, Hr. Tiktin, begab sich am Freitage Mittags mit den Gemeindevorstehern, den Herrn Dr. med. Goldschmidt, Jacobsohn und Lazarus, zu St. Eminenz. Der Herr Kardinal empfing die Deputirten in vollem Ornate und sprach seine Freude darüber aus, daß der Kern der jüdischen Gemeinde ihm so viele Theilnahme bewiese. Der Rabbiner führte in einer längeren Ansprache aus, welche Genugthuung es für die jüdische Gemeinde sei, daß ein so muthiger und erhabener Mann an der Spitze eines sittlichen Verbandes stehe, der sich weithin ausdehne und Tausende und Tausende Andersgesinnte umfasse. Der Redner sprach seine Hoffnung aus, daß der Kardinal durch seine Machtvollkommenheit, die er besitze, jede Zerrüttung in der katholische Kirche beseitigen werde, und seinen Wunsch, daß dieser außerwählte geistliche Fürst die Zeit erleben möge, welche der Prophet verkündige, wo alle Bekenner Gottes sich brüderlich die Hand reichen werden, die Zeit, wo nur Eine Herrde sein und von Einem Hirten werde geleitet werden. Sr. Eminenz erwiderten, daß er lebhaft wünsche, daß dieser Segen des Kabbinerd einer frommen Gemeinde in Erfüllung gehe, und erklärte sich auch bereit, die Gemeinde zu besuchen. Die Deputations-Mitglieder gaben darüber vollständige Auskunft, und der Rabbiner ergänzte, wie er in einer Audienz dem Kultusminister die Nothwendigkeit auseinandergesetzt habe, daß die hiesigen Altgläubigen eine eigene Gemeinde bilden, um sich auch den segungsbringen Institutionen der Hauptgemeinde zu unterwerfen, und daß der Minister hierauf eingegangen sei. (D. R.)

Berlin, 23. Dez. Die hiesigen Blätter beschäftigen sich fast ohne Ausnahme mit Vorerörterungen über die Dresdener Conferenzen. Alle sprechen, je nach ihrem Parteistandpunkt, ihre Erwartungen, Wünsche oder Befürchtungen aus. Im Ganzen, muß man sagen, zeigt sich in der hiesigen Presse eben kein großes Vertrauen auf ein allseitiges gedeihliches Resultat der Dresdener Verhandlungen.

— Der abberufene kurfürstl. hessische Bevollmächtigte am hiesigen Hofe Baron von Dörnberg ist hier wieder eingetroffen und hat heute bereits eine Unterredung mit dem hinterstaatssekretair Herr. le Coq gehabt.

— Der zum diesseitigen Commissarius in Schleswig-Holstein ernannte General von Thümen wird sich, in diesen Tagen auf seinen Posten begeben.

(N. P. Z.)

Schweiz.

** Aus der Schweiz, 23. Dez. Obergerichtspräsident Leibundgut, der sich in der Aar ertrunkte, hat ein Defizit von 40,000 Franken hinterlassen. Es ist dies auch der Grund, warum er sich das Leben genommen hat.

England.

London, 10. Dez. Auf telegraphischem Wege ist von Liverpool die Präsidentenrede an den amerikanischen Kongreß, durch den Dampfer Niagara nach England gebracht, hierher gelangt Sie ist ruhig, ohne große Bedeutung, und entschieden schutzzöllnerisch. Am 4. wurde sie zu Washington übergeben. Sie vertritt auch zur Verbannung der verschiedenen Mitglieder der Union auf. Die Niagaraupfrage ist bis auf die Bestimmung zweier Freihäfen und der Neutralitätsgrenze an beiden Ufern erledigt. Die Einnahmen des letztern mit dem 30. Juni abgelaufenen Finanzjahres betrugen 47½ Millionen Dollars. Schutzzölle würden dieselben vermehren und die einheimische Industrie fördern. Endlich spricht sich die Botschaft für die Sklavenhalt aus.

London, 20. Dez. Nachrichten aus Neuyork, die mit dem „Atlantic“ nach Liverpool gelangt sind, sprechen von dem Gerücht eines von Seiten Englands beabsichtigten Ankaufs der Insel Cuba.

Frankreich.

Paris, 20. Dez. Ein gehaster Depeschenverkehr herrscht zwischen Berlin, Wien und unserm Cabinette. Es hat sich — wie aus sicherer Quelle laut wird — ein Verständniß zwischen dem Elysee und den Höfen von London und St. Petersburg gebildet, um den Beschlüssen der Dresdener Conferenz jene Autorität überzuordnen, welche als Folge der noch zu Recht bestehenden Verträge von 1815 allein als maßgebend zu betrachten sei. Die Ergebnisse des Congresses in der Hauptstadt Sachsens werden die endgültige Bestätigung Englands, Frankreichs und Rußlands nur erhalten, wenn dieselben auf den Weg einlenken und zurückkommen, welcher von dem Bunde tage in Frankfurt a. M. wieder Recht und ohne Zustimmung der Großmächte im Jahr 1848 verlassen wurde. Daß Oesterreich und Preußen auf diese Wünsche und dieses Verlangen eingehen werden, daran zweifelt man weder hier noch in London. Die Mittelstaaten Deutschlands aber werden sich um so mehr in dieses Begehren fügen als ihnen dadurch ihre früheren Privilegien gesichert werden sollen. (A. Z.)

Paris, 22. Dez. Die Notabilitäten der legitimistischen Partei sind dem Vernehmen nach eingeladen worden, sich zu einem neuen Congreß einzufinden, welchen der Graf von Chambord in Venedig, wo er die Wintersaison zubringen wird, halten will.

Aus dem Elsaß, 23. Dez. In Folge der Verstärkung unserer Garnisonen haben in den letzten Tagen einzelne Truppenbewegungen stattgefunden. Die Nachricht einiger Blätter, daß die Armee reduzirt werde, ist ungegründet. Nichts deutet darauf, daß die Regierung eine derartige Maßregel beabsichtige. Je mehr man sich auf in Frankreich mit der „deutschen Frage“ beschäftigt, desto weniger hält man die friedliche Lösung derselben als bevorstehend. Für die nächsten Monate ist übrigens allgemeiner Waffenstillstand und hoffen wir, daß es der Diplomatie auch gelinge, wahrhaften Frieden zu bewirken. — Die polizeilichen Maßregeln an der Grenze dauern in der letzten Zeit wieder vielfach verschärft worden. Man setzt dem Aufenthalte und dem Eindringen von politischen Flüchtlingen alle zu Gebote stehenden Mittel entgegen. Auch an der Schweizer- wie an der badischen Gränze wird dasselbe Verfahren beobachtet und wir können daher die Reisenden in ihrem eigenen Interesse nicht genug darauf aufmerksam machen, sich mit rechtmäßigen Pässen und Legitimationen zu versehen.

Italien.

○ Aus Italien, 21. Dez. Sämmtliche Konsule fremder Mächte, welche seither in Mailand ihren Wohnsitz hatten, werden von 1. Januar an, nach Venedig übersiedeln. Was sängt die Zeitungen von einem Aufstande in Sicilien berichteten, ist ganz grundlos, denn daselbst herrscht gegenwärtig vollkommene Ruhe herrscht.

Rußland.

St. Petersburg, 12. Dez. Der Kaiser hat als Zeichen seines besondern Wohlwollens dem preußischen Gesandten v. Rochow den Alexander-Newski-Orden und dem österreichischen Gesandten, Grafen Bool, den Weißen Adlerorden verliehen.

Türkei

Konstantinopel, 4. Dez. Se. Hoheit der Sultan hat dem Präsidenten des Ministerrathe und Marineminister in Athen, Admiral Kriezis, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. Deligianni, dem Hofmarschall, General Caridibiosis Geiraa, dem Adjutanten des Königs von Griechenland, General Notaras, dem Direktor des Privatkabinets St. Maj., Hrn. Nikos, dem Legationssekretär, Hrn. Livoridis, und dem hochw. Hrn. Missail, Rektor der Universität, die Dekoration des Nischani-Iftihar in Brillanten verliehen.

China.

Ueber die jüngst erwähnten Maßregeln gegen die Christen entnehmen wir englischen Blättern noch einige Einzelheiten: Der Präfekt der Provinz Kea-Ying, Wan, ließ eine christliche Kirche zerstören und mehrere Christen gefangen nehmen, worunter einen französischen Missionar. Als der französische Gesandte dieses erfuhr, schrieb er an den kaiserlichen Commissär Su, und übersandte ihm dabei die von Wan erlassene Proklamation; Su verordnete die Freilassung des Missionärs u. Rückgabe der geraubten Güter der Christen, und versprach, Wan wegen der Proklamation zur Rechenschaft zu ziehen.

Neuestes.

Hanau, 24. Dez. An der Telegraphenlinie von Aschaffenburg hierher erstrecken sich die Arbeiten bereits bis dicht vor unsere Stadt, an deren südlichem Theile Pfähle errichtet werden. Wie man vernimmt, soll indessen die Verwaltung der Frankfurt-Hanauer Eisenbahn nicht gesonnen sein, den Telegraphen zu übernehmen; er wird also längs der Straße nach Frankfurt weiter geführt werden müssen, doch soll auch hierher ins Zollgebäude ein Bureau kommen. (K. Z.)

Ein Schreiben aus Frankfurt vom 20. Dez. in der „Bamb. Ztg." spricht von einem westdeutschen Bund, umfassend die mittlern u. kleinern westdeutschen Staaten unter der Führung Bayerns und unter dem Schutze Frankreichs und von einem nordwestlichen Bund unter Hannover und dem Schutze Englands.

Karlsruhe, 23. Dez. Die Kammern sind bis zum 7. Januar künftigen Jahres vertagt worden.

Wiesbaden, 23. Dez. Unsere Ständeversammlung ist zwar vertagt, jedoch nur wegen des Weihnachtsfestes, so daß am 7. Januar 1851 die landständischen Verhandlungen sofort wieder aufgenommen werden.

⊕ Hamburg, 21. Dez. Das bisher eiserne Schraubendampfboot Hetene Sloman ist auf der Fahrt von Newyork untergegangen. Von 150 Personen, meist Deutsche, verloren 5 das Leben. Viele Paßagiere büßten ihre ganze Habe ein.

Hamburg, 23. Dez. Das Gold fließt im Preise, man rechnet aber so sehr auf ein permanentes Verhältniß zwischen Gold- und Silberpreis, daß man für ein Börsenpfennigtant 80,000 Stück Louisd'or pro ult. Junius zum Preise von 13 MB. 2 Sch. 5 (5 Mtr. 7½ Sgr.) abgegeben hat. Die Goldminen in Californien schienen schon ihren Einfluß auf Europa und den Welthandel auszuüben. — (C. Z.)

Das infizirte „Mervelp. Bureau" schreibt: „So viel wir vernehmen, wird Preußen für den Fall, daß Oesterreich nicht mit seinen gesammten Staaten in den Bund zu treten verlangt, eine parlamentarische Vertretung bei der Centralgewalt beschworen. Im entgegengesetzten, allerdings jetzt wahrscheinlichern Falle dürfte Preußen von einem verantwortlichen Amte abstehen und das neue Bundesverhältniß nur als ein möglichst loses hinzustellen bemüht sein."

Gerstemünde, 17. Dez. Gestern haben das Kriegsdampfschiff der „König Ernst August" und die Fregatte „Ecksernförde" zur Uebermerkwerung in die Gest gelegt. Ebendort befanden sich die „Hanse" und der „Barbarossa."

Die Pariser „Patrie" erklärt sich ermächtigt, das Gerücht einer bedauerlichen Schädung des Königs von Dänemark von der Nasenstern, jetzt Gräfin Danner, für ganz unbegründet zu erklären.

T. D. 1) Berlin, 23. Dez. General von Thümen, welcher sich jetzt hier befindet, wird sich demnächst nach Holstein begeben.

2) Dresden, 23. Dez. Die Herren Ministerpräsident von Manteuffel und Freiherr v. Prokesch-Osten sind gestern um 3 Uhr Nachmittags in Dresden angekommen, wo um 5 Uhr Abends die Herren Fürst von Schwarzenberg, Graf von Buol-Schauenstein und Graf von Rechberg-Rothenlowen ebenfalls eintrafen. Die Herren von Manteuffel und von Schwarzenberg sind im Prinzenpalais abgestiegen. Gleich nach der Ankunft der k. k. österreichischen Bevollmächtigten begann eine Conferenz, welche bis in die Nacht sich verlängerte. Heute Mittag wurden die freien Conferenzen in Anwesenheit sämmtlicher Bevollmächtigten aller deutschen Staaten, erstlich Dr. Stuelmeister Hoffmeyer, ist nicht nach Dresden gereist.

3) Dresden, 23. Dez. Heute Nachmittag 2 Uhr wurden die Ministerkonferenzen im Brühlschen Palais durch Fürst v. Schwarzenberg eröffnet, welcher als alleiniger Vertreter Oesterreichs erschien. Für Preußen waren anwesend v. Manteuffel und v. Alvensleben. Für Hannover, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg und die Kleinstaaten waren noch nicht vertreten. Sämmtliche Bevollmächtigte erschienen bei der Conferenz in Galla. Heute Abend ist Diner beim Könige, wozu die meisten Bevollmächtigten eingeladen sind. (S. D.-Z.)

4) Frankfurt, 23. Dez. Der Kurfürst von Hessen hat dem v. Baumbach zu den freien Conferenzen nach Dresden gesendet. Nassau wird dort durch Hrn. v. Dungern vertreten. (A. Z.)

5) Dresden, 24. Dez. Heute um 10 Uhr hielten die Bevollmächtigten eine Sitzung zur Prüfung der Vollmachten. Die nächste Sitzung findet übermorgen statt. In der Eröffnungssitzung sprachen gestern Fürst v. Schwarzenberg auch v. Preuß und v. Manteuffel die Hoffnung für Erhaltung des Friedens und der Eintracht aus. v. d. Pfordten kündigte das Verlangen Bayerns auf Vertretung des deutschen Volkes beim Bunde an. (D. Z.)

Bericht des Grafen von Montalembert über die Sonntagsfeier.

(Fortsetzung)

Wohl mit Unrecht stellt man so ungeführ die Behauptung auf, daß heutzutage sich die Arbeiter besser befänden, wie früher; wir wollen dieses einstweilen dahingestellt; ganz gewiß ist aber, daß sie unzufriedener sind, als je. Sie mögen vielleicht besser bestellt sein, und genießt sein, aber sie sind jedenfalls weniger glücklich, und diejenigen, welche sie anwenden, weniger zufrieden. Und so ist es, seitdem die Achtung vor dem Sonntage aus den Werkstätten verschwunden ist, unter dem eitlen Vorwande, die Arbeit zu kräftigen, welche wir vernachlässigen wollten. Je mehr die Kirchen von den Arbeitern gelehrt sind, desto mehr schreien sie nach Freiheit und genießt sein, aber sie müssen, weil er verschmäht hat, zu seinem Vortheile bisweilen der Autorität der Vergangenheit sich zu unterwerfen. Häufig hat man sich über die vielen Festtage beklagt, hat dem armen Volke, welches gegen seinen Willen von der Religion zum Nichtthun verdammt sei, heuchlerische Klage zugesandt. Unter den Gesahren unser Zeit brauchen wir wohl nicht die einer zu großen Anzahl von Festtagen zu befürchten.

Wie in allen Dingen, so kann allerdings auch hier eine Uebertreibung stattfinden. In den Zeiten, wo das Volk nicht für seine eigene Rechnung arbeitete, suchte die Kirche in ihrer zärtlichen Liebe die Stunden der Freiheit und der Muße so viel als möglich zu vermehren. Später sielen dem Volke, welches sich emancipiren wollte, diese Feste ausschließlicher anzugehen, das sätig, was lange Zeit hindurch eine unbestrittene Wohlthat gewesen war. Da begannen nun die Klagen, welche die zu unsern Autoren des großen Jahrhunderts fortdauerten. Mit der Wohlthat war aber auch schon längst die Uebertreibung verschwunden. Wie in Frankreich fast immer geschehen pflegt, so hat man auch dieses Mal den Kranken mit dem besten Ueberfluß zu heilen versucht. Solche Befürchtungen würden heutzutage ein lächerlicher Anachronismus sein. Denn wir haben, wie die Erfahrung gezeigt hat, ganz andere Gefahren zu befürchten, und ganz andere Schicksale stehen uns bevor. Gott hat diese falschen Weisen, welche unter dem Vorwande, die Arbeit zu ehren, seinen Cultus verhöhnen, klofgerstellt, so wie er es auch denen gewacht hat, welche die Verdammung und Proscription der Orden predigten, aus Furcht, der Colibat möchte die Welt nicht hinlänglich bevölkern. Die Staaten zittern unter der Last der fürchterlichen Proletene, welche bald das Ueberhandnehmen der Bevölkerung, bald das Ueberwaß der Production zur Lösung bewerfen; und die Spötter über Fasttage und Klöster sind gezwungen, zwischen der Ausmanderung der Massen und National-Wertthätten eine Wahl zu treffen. Von diesen vortrefflichen Argumenten, welche für die Sonntagsfeier sprechen, wollen wir einen Punkt ganz besonders Ihrer Aufmerksamkeit empfehlen. Es ist eine ausgemachte Sache, daß der Arbeiter auf die Dauer nicht die ganze Woche hindurch arbeitet.

(Schluß f.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Georg v. Rader.

Bekanntmachung.

Das Preisverzeichniß für 1851 von Gemüse- und Blumen-Samen, verewinenden Freilandpflanzen, vorzüglichen Topfgewächsen, französischen englischen und deutschen Prachtgeorginen ꝛc. ꝛc. hat die Preise Verlassen und ist gratis zu haben bei

Thomas Barry,
Kunst- und Handelsgärtner.
IV. 334 nächst dem Hutten'schen Garten.

Für die arme Familie sind bei der Exped. der „Bayer. Presse" eingegangen: Uebertrag 30 fr.; von S. 16 fl. 45 kr.; von S. H. und R. 2 fl.; Aal anjuvanimum me fenstina! 3 fl. Friede den Menschen auf Erden." (1 Thlr. in Gold) 20 fl.; „Erschienen ist und die Gnade des Erlöseres." 3 fl. Summa 45 fl. 15 kr.

Bei Hrn. Kunstgärtner Bauer gingen ein: von einer Gesellschaft 2 fl. 12 kr. Beide Beiträge sind sofort an die Bedürftigen ausgehändigt worden.

Gestorben:

Den 25. Dez.
Heinrich Fotz 22 J. alt, Cand. jur. aus Speyer.

Druck von Joseph Stelb in Würzburg.

Hiezu das Erganzungsblatt Nr. 103.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreibhause d. Dstr. Nr. 833.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 309. Würzburg, Freitag den 27. Dezember. **1850.**

Die Olmützer Konferenz.

(Schluß.)

Ebenso hat Oesterreich vollständig im Bezug auf die holsteinische Angelegenheit reussirt. Preußen verpflichtet sich, dem Bundesbeschlusse nicht nur kein Hinderniß in den Weg zu legen, sondern zur Ausführung desselben mitzuwirken. Die Punktation enthält sogar wörtlich den Beschluß der Bundesversammlung, den dieselbe der Statthalterschaft hat zukommen lassen. Es ist aber nicht abzusehen, wie man Seitens der Bundesversammlung dieses faktische Zugeständniß, wodurch die schleswig-holsteinische Einschränkung über die Rechtsfrage nicht im mindesten tangirt wird, verweigern könnte, wenn man schon vorher darüber einig war, sich erst nachträglich auf den freien Conferenzen über das allgemeinen Rechtspunkt zu verständigen. Wenn Preußen den Beschluß der Bundesversammlung als solchen bereits in der holsteinischen Angelegenheit anerkannt hätte, so hätte es sich bereits präjudizirt, es hätte die Bundesversammlung überhaupt anerkannt, der Versuch zu einer weiteren Verständigung wäre überflüssig, da diese in solchem Falle bereits erfolgt war, und die freien Conferenzen fielen alsdann dann von selbst weg, indem man sich schon über das kompetente Organ der Bundesversammlung geeinigt hatte.

Nach dem Olmützer Vertrage bleibt demnach die prinzipielle Rechtsfrage ganz auf demselben Flecke, wo sie bisher war; der materielle Streit über Kurhessen und Holstein ist aber zu Gunsten der Bundesversammlung entschieden. Wie man irgend mehr überhaupt erwarten konnte, ist mir, wie gesagt, rein unbegreiflich.

Ich weiß sehr wohl, daß das strenge Bundesrecht mit einem solchen sortwährenden Unterhandeln mit einem renitenten Bundesgliede, wie Preußen, von diesem Standpunkt aus betrachtet werden muß, vereinbar ist. Die Bundesversammlung muß rechtlichen Gehorsam verlangen, und wenn dieser verweigert wird, muß sie erequiren. Wenn man aber in Anbetracht der schwierigen Ausführung dieser Exekution den Weg friedlicher Unterhandlungen Monate lang versucht hat, so ist nicht abzusehen, warum man jetzt ihn nicht noch einige Wochen länger versuchen soll, immer vorausgesetzt freilich, daß man seinem Rechtsanspruche nicht das Mindeste vergibt. Wenn man sich auf den Conferenzen nicht einigt, so ist noch gar nichts verloren, die Rechtslage bleibt ganz, wie sie seit einem Jahre gewesen ist, und man hat den reinen Gewinn, daß man die beiden dringendsten Fragen des Augenblicks materiell zu seinen Gunsten entschieden hat.

Umgekehrt vielmehr ist eben durch den Olmützer Vertrag eine Nachgiebigkeit Preußens auf den freien Conferenzen sich wahrscheinlicher geworden, wie früher. Es resultirt eine tiefe organische Verbindung zwischen dem materiellen Inhalte und zwischen der Form des Rechtes, und wer den Inhalt des Rechtes dem Gegner zugesteht, wird schwerlich in der Lage sein, ihm mit Erfolg die Form der Rechtes verweigern zu können. Indem Preußen die Union aufgegeben hat, indem es sich faktisch bei der Durchführung der Bundesbeschlüsse in Bezug auf Kurhessen und Holstein betheiligt, hat es jede feste Position verloren. Was will es überhaupt noch von seinen früheren Prätensionen auf den freien Conferenzen erreichen? Auf die Union kann es nicht wieder zurückgehen, und die beiden Fragen über Holstein und Kurhessen sind bereits abgemacht. Es wird sich also doch wieder in den bisherigen rechtlichen Bundesorganismus einfügen müssen, wenn es sich nicht ganz vom Bunde lossagen will. Das letztere wird es nicht wollen, und wenn es wollte, so dürfte es nicht und konnte es nicht. Nachdem die preuß. Regierung sowohl mit ihren früheren Bundesgenossen, als auch mit der Kammer entschieden gebrochen hat, hat sie sich ziemlich auf Gnade oder Ungnade der Bundesversammlung in die Hand gegeben.

Wenn man sich in Dresden über einen neuen Bundesorganismus einigt, so ist die Rechtsfrage erledigt. Oesterreich und die Bundesversammlung werden dafür sorgen, daß die Kontinuität des Rechtes und der Zusammenhang des neuen Rechtes mit dem alten, des Grundsatzes wegen, anerkannt werde, und die preußische Regierung wird in dieser Beziehung gewiß keine theoretischen Schwierigkeiten machen, indem sie allerwenigstens Gewicht auf das Prinzip legt, wenn der Inhalt ihr nur konvenirt. Einigt man sich aber nicht über eine neue Bundesverfassung, aber ziehen sich die Verhandlungen darüber Jahre lang hinaus, so wird der Drang der Umstände die preußische Regierung in ihrer jetzigen innerlich und äußerlich isolirten Stellung schon von selbst zwingen, wieder als Glied der Bundesversammlung einzutreten.

Deutschland.

München, 24. Dez. Se. Maj. der König Max haben den Armenschulen von München und der Vorstadt Au, Behufs der Vertheilung von Weihnachtsgeschenken 500 fl. überseuden lassen. Es wurde daher in beiden Schulen das Christfest auf eine eben so schöne, als rührende Weise gefeiert. Auch in den Kleinkinder-Bewahranstalten hatten edle Menschenfreunde Christbäume solche Feste bereitet. — Eingetroffenen Briefen aus Nizza zufolge, wird der Hr. Justizminister von Kleinschrod erst Ende nächster Woche hier eintreffen. — Die Denkschrift: „Geschichte des deutschen Volkes für das deutsche Volk" von Karl Mindersich, Leipzig, Verlag von Otto Wigand, 1851 — wird in den Münchener Buchhandlungen konfiszirt. (Münch. Bl.)

München, 25. Dez. Die Feier der Christmette ging in allen Kirchen in schönster Ordnung vor sich; Se. Maj. der König Max in Generalsuniform, gefolgt von großem Cortege wohnte dem mitternachtlichen Gottesdienste in der Allerheiligen-Hofkapelle bei, wo unter Hofkapellmeister Ablinger's Leitung ausgezeichnete Kompositionen dieses trefflichen Tondichters aufgeführt wurden. Die Basilika strahlte durch eine herrliche Beleuchtung — jede Säule war besonders erleuchtet — in erhöhter Pracht. Zahlreichere Patrouillen als sonst zogen durch die Stadt, von dem zuweilen vorgekommenen kärm trunkener Leute war heuer keine Spur. Auch dieses Vormittag umgab das Cortège den König Max in der Hofkirche, wo abermals eine herrliche Messe von Aiblinger aufgeführt wurde. (A. Ab.)

München, 25. Dez. Das so lange erwartete Besörderungsverzeichniß für die Aerzte unserer Armee ist endlich gestern erschienen, und es werden durch dasselbe befördert zu Stabsärzten: der Regimentsarzt 1. Klasse Dr. A. Vogel vom 7. Inf.-Reg. beim 1. Armeecorpscommando München; die Regimentsärzte 2. Klasse: Dr. Fr. Semmer vom 6. Chevauleger-Reg. beim 2. Armeecorpscommando Würzburg; Dr. A. Warm vom Inf.-Leibregiment beim 1., und Dr. J. Mahlmeister beim 2. Armeecorpscommando; zu Regimentsärzten 1. Classe 5 Regimentsärzte 2. Klasse; zu Regimentsärzten 2. Klasse 8 Bataillonsärzte; zu Bataillonsärzten 27 Unterärzte 1. Klasse; zu Unterärzten 1. Klasse 10 Unterärzte 2. Klasse. Ernannt wurden sechs Doctoren der Medizin zu Unterärzten 2. Klasse. — Dem bis jetzt äußerst milden Vorwinter und den Stürmen der letzten Tage scheint nunmehr strenge Kälte folgen zu wollen; wenigstens haben wir hier seit gestern — 5° bis 6° R. unter Null. (A. Z.)

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 23. Dez. Die Befürchtungen, welche Manche hegten, es möchte zu ernsten Streitigkeiten zwischen der neuen Conquatirung, den Bundestruppen, und der alten, den Truppen, theil auch einem Theile der Bevölkerung kommen, ist glücklicher Weise nicht eingetroffen und bis jetzt nichts Erhebliches vorgefallen. Einzelne Unarten verdienen keine Erwähnung. In dem Maße, wie sich Ruhe und Ordnung befestigen und die Remonten der Beamten aufhört, sollen, wie man hört, auch die Erekutionstruppen hier vermindert werden, und heute ist schon eine Abtheilung Reiterei abmarschirt, der morgen Infanterie folgen soll. Heute sah man die Offizierkorps aufs freundlichste einander entgegenkommen und sich gegenseitig Besuche machen sowohl auf der Parade, als in den Hotels der Generale. Es sollen heute von denselben die kameradschaftlichsten Gesinnungen geäußert worden sein, und man zweifelt nicht, daß die Soldaten diesen schönen Beispiele folgen werden. (Fr. J.)

Kassel, 24. Dez. Feldmarschallleutenant v. Leiningen hat als bundestäglicher Civilcommissar für die kurhessischen Angelegenheiten heute eine weitere Proklamation erlassen, worin die Beleidigung von Militärpersonen in und außerhalb des Dienstes mit kriegsrechtlicher Behandlung bedroht wird; zur Vermeidung solcher Vergehen werden sodann folgende weitere Anordnungen erlassen: 1) Die Wirthshäuser müssen bis 9 Uhr Abends geschlossen werden; 2) Fremden und Rückkehrern haben sich darauf zu sehen, daß ihre Kinder und Lehrlinge spät Abends sich nicht auf den Straßen herumtreiben; 3) alles Zusammenrotten wird untersagt; 4) im Falle nächtlichen Alarms haben alle Einwohner ihre auf die Straßen gehenden Fenster zu erleuchten. Den Polizeibehörden wird die Strafe personlicher Verantwortlichkeit aufgegeben, über die Aufrechthaltung dieser Vorschrif-

ten zu wachen. Von den hiesigen Einwohnern ist bis jetzt nicht der mindeste Grund zu solchen Maßregeln gegeben; es scheinen dieselben vielmehr zur Vermeidung von Conflikten zwischen preußischem und bayerischem Militär getroffen worden zu sein. — Gestern Abend hat nämlich ein weiterer Zusammenstoß zwischen Bayern und Preußen stattgehabt, dessen Ursache und Vertauf mir nicht näher bekannt ist, und worüber es mir in Erfahrung habe bringen können, daß ein bayer. Soldat von einem Preußen durch den Rücken gestochen worden ist. — Ein Bataillon des 6. bayer. Inf.-Reg. ist heute wieder abgezogen, und es werden demselben die übrigen bayerischen Truppen in der Kürze nachfolgen. Die Besetzung der Stadt wird den 2Münster Schützenbataillon gemäß auf ein Bataillon Preußen und Oesterreicher beschränkt werden. Ueber das Verhalten der bayer. Truppen hört man nicht die mindeste Klage. Sie zeigen im Allgemeinen ein gemüthliches und bescheidenes Benehmen. Die Exekutionen haben heute begonnen. Es erhielt der Oberbürgermeister Hartwig vorerst 25 Mann Oesterreicher, und jedes andere Stadtrathsglied 10 Mann.
(A. Z.)

Kassel, 25. Dez. Die königl. bayerischen Truppen schienen zum Theil wieder außerhalb unserer Stadt verlegt zu werden. Gestern marschirte ein Bataillon Infanterie vom 6. Regiment, und heute Mittag eine Batterie reitender Artillerie aus, um in nahe bei Kassel gelegenen Dörfern Cantonnirungen zu beziehen. Ein bevorstehender Einmarsch von weitern königl. preußischen Truppen ist, wie man von vielen Seiten hört, keineswegs zu gewärtigen; als entsprechende Begründung hierzu mag die Nachricht dienen, daß das königl. preußische Truppenkorps, welches unter dem Commando des General v. Tiezen früher bestimmt war in der Nähe unserer Stadt Winterquartier zu beziehen und sein Hauptquartier in Hofgeismar zu nehmen, schon jetzt weiter nordwärts marschirt, und zum Theil seine frühern Garnisonsplätze bezogen hat. Seit dem Einzug der k. k. österreichischen und königl. bayerischen Truppen sind mehrere Anordnungen des k. k. österr. FMK. Grafen v. Leiningen durch öffentliche Bekanntmachungen mitgetheilt worden. Die Vereine bestehen zur Zeit noch ungestört fort. Die Waffenablieferung ist zum großen Theil, indeß noch nicht gänzlich, erfolgt. Man ist hier auf die Verhandlungen in Dresden sehr gespannt und man vermuthet, es würden vielleicht bis zu deren Entscheidung die weiteren Maßnahmen in Betreff der Durchführung der landesherrlichen Verordnungen sistirt bleiben.
(A.D.-Z.)

Kassel, 25. Dez. Das Weihnachtsfest hat friedlich begonnen. Tiefe Ruhe herrscht in der Stadt, deren Häuser gestern Abend, wie bei einer allgemeinen Illumination, von den Kerzen der Weihnachtsbäume und Christbescherungen glänzten. Nichts störte das schöne Fest der Kinder, deren Freude die Wonne der Eltern ist. Viele sind erstaunt, statt der mit Angst erwarteten Halbwilden, als welche man die Süddeutschen, Oesterreicher und Bayern, bezeichnete, gemüthliche Menschen zu finden, und man sieht nun auch hier ein, wie man von den Organen der s. g. öffentlichen Meinung getäuscht worden ist. Die giftige „Dorwiß“ krümmt nun flucht nicht mehr; ihre Lügenadern sind entstehen. Die „Neubesitzer“ lügt und verlaumdet nicht mehr; auch sie hat zu erscheinen aufgehört. In der letzten Zeit hat dieses gehässische Blatt, das durch seine Entstellungen und Uebertreibungen soll noch mehr schadete, als jenes demokratische Kasperblatt, welches das Recht gebässiger lüge hatte, und dessen blutdurstigen Wuthausbrüchen man keinen sonderlichen Werth beilegte, sich besonders in Entstellung der gegen renitente Beamten ergriffenen Exekutionsmaßregeln gefallen. — So eben ruft das herrliche Geläute der Kirchen die Gläubigen in die Tempel des Herrn, und friedlich sieht man Bürger und Soldaten nach denselben wandern. Der Fürst von Taxis wohnt mit seinem Stabe dem Gottesdienste in der katholischen Kirche bei. — Gestern marschirte eine schwere bayer. Positionsbatterie (Zwölfpfünder) hier durch; heute marschirt die seit dem 22. hier liegende reitende Batterie auch das Land ab. Man fährt also fort, die hier liegende Besatzung der Bundestruppen zu vermindern. (A. D.-Z.)

Die „Kass. Z.“ wird vom Januar an in Kassel erscheinen. Wohl der beste Beweis, daß man in Wilhelmsbad ernstlich gesonnen ist, nach Kassel überzusiedeln.

Frankfurt, 26. Dez. Die heute hier eingetroffenen Berliner Zeitungen vom 24. enthalten aus Kassel vom 23. Abends 9 Uhr die telegraphische Nachricht, daß die kgl. bayerischen Truppen Kassel geräumt haben. (Vergl. oben, Kassel 25.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Rendsburg, 21. Dez. Nicht das 2. Jäger-Corps, sondern das 7. Bataillon hat gestern Morgens den Einfall bei Marienthal gehabt. Unser ganzer Verlust betrug 7 Mann, 5 Gefangene und 2 Todte. — Auf dänischer Seite soll ein Offizier erschossen worden sein. (H. B.-H.)

Kiel, 21. Dez. Nach der „S. H. Wehrz.“ sind in Ostenfoorde die Frauen einiger Bürger, die sich, namentlich um nicht zum dänischen Militär gezogen zu werden, aus der Stadt geflüchtet hatten, von den Dänen verhaftet und mit ihren Kindern, worunter eins von einem halben Jahre, eins von 10 Tagen, nach dem „Folger Danske“ gebracht worden. Dem Vernehmen nach werden die auf dem Lande geborenen Schleswiger bis zum 36., die in der Stadt geborenen bis zum 25. Jahre von den Dänen ausgehoben.

Altona, 23. Dez. Man ist bemüht, Deutschland auf einen neuen Krieg vorzubereiten, und der Wechsel im Generalissimus des Heeres soll diese Behauptung unterstützen. Glauben Sie mir — und ich sage das mit kurzen Worten — daß General Horst nicht angreifen wird, und die Dänen noch weniger. „Der dänisch-schleswigsche Krieg wird auf dem Papier geführt,“ sagt mir ganz kürzlich ein Mann in Amt, der wohl einen ganz sichern Blick in jene Verhältnisse thun kann; der Erfolg wird lehren, daß ich Recht hatte.

Frankfurt, 20. Dez. (Die Dresdener Conferenzen.) Endlich müssen wir auch der industriellen, überhaupt volkswirthschaftlichen Bestrebungen gedenken, deren Gedeihen durch die Harmonie unserer politischen, in den letzten Jahren so sehr auseinandergehenden und sich bekämpfenden Interessen. So lange also dieser Friede nicht auf eine oder die andere Weise wieder gestöret und die „Errungenschaften“ ganz überwunden sind, dürfen auch die materiellen Interessen auf ein festes Gedeihen keinen Anspruch machen. Sie sind dabei die ersten, Ruhe und Ordnung auf so Dauer verlangen, eine allmählige bessere politische Gestaltung zulassenden Organisirung Deutschlands auf das höchste betheiligt. Die industriellen Tendenzen laufen mit den constitutionellen in mancher Beziehung parallel und haben mit ihnen einen gleichen Ursprung. Unsere Geschäftswelt, indem sie den Aufschwung Englands und Amerikas betrachtet und bedenkt, wie Deutschland, ein großes, von der Natur begünstigtes und von einem dichtigen Volke bewohntes Land hinter jenen zurückstehen muß, möchte diesen es nachmachen, wie man auch den Verfassungen jener Staaten nachahmen will. Aber auch da sind ungeflume Forderungen die Folgen von Täuschung und Uebersetzung des Umstandes, daß der gesellschaftliche Aufschwung Englands auf manchter Vorbedingung ruht, die bei uns nicht vorhanden ist und erst durch ein besseres Staatsgesetz, das auf praktische, den Volksgeist stärkende Grundlagen sich stützt, geschaffen werden könnte. Dazu ist aber Besinnung und Beseitigung aller Ueberspannung erstes Erfordernis. Immerhin ist jedoch der Vorwurf wohlbegründet, daß der alte Bundestag um alle gemeinnützige, Industrie, Handel und Verkehr fordernde Anstalten sich so gut wie nicht bekümmerte, ja denselben hindernich im Wege stand. Die Ideen gingen damals zu ganzlich selbst überlassen und wollten sie daher für sich aufdrängenden Bedürfnisse etwas thun, so blieb ihnen nur übrig, sich den separaten Bemühungen Preußens anzuschließen. Durch jene nothwendigen, weil durch die Verhältnisse aufgedrungenen Sonderbemühungen in Verbindung mit unserm derzeitigen Constitutionalismus, welcher sich zu dem Satz des Dahlmannschen Lehrbuchs über Politik bekannte „Oesterreich kann keine. Reichsstände haben, Preußen kann sie haben,“ ist der Zwiespalt, der uns in letzter Zeit mit einem schrecklichen Bruderkrieg bedrohte, nicht wenig gefördert worden. Eine Ansicht von dem Verhältnisse Oesterreichs zu Deutschland ist nun aber durch den Gang der Ereignisse als verkehrter verurtheilt. Niemand kann mehr daran hindern, daß Einrichtungen und Gesetzgebungsformen in Deutschland abhängig sind von einem guten Einvernehmen zwischen Oesterreich und Preußen. Dazu ist aber erforderlich, daß die beiden politischen Hauptfactoren auch in Bezug auf die von dem Zeitgeiste geforderte materielle Entfaltung der Nationalkräfte miteinander Hand in Hand gehen. Oesterreich hat in dieser Hinsicht wie in andern Rücksichten manches früher Versäumte nachzuholen, und scheint entschlossen, es zu thun. Die Meinung ist daher begründet, daß wo aber Deutschland hereingebrochenen neuen Verhältnisse, weil sie eine längselattung der Bundesverfassung nothwendig machen, so auch die Nothwendigkeit einer Berathung im Zollverein bedingen. Derselbe muß entweder in einen allgemein deutschen Nationalverein übergehen oder Preußen werde sich früher oder nicht gar langer Zeit überflügelt, um in seinem Nachtheil die Harmonie gestört sehen. Im Uebrigen ist zu wünschen, daß die industriellen Bestrebungen nicht, wie es bei den constitutionellen der Fall war, eine krankhafte, sich übersprungende Richtung erhalten. Wir gehen davon aus, daß die Aufgabe einer Regierung mehr ist, darauf bedacht zu sein, die Hindernisse, welche dem freien Aufkommen des Verkehrs und der Industrie entgegenstehen, aus dem Weg zu räumen, als demselben durch eigenes Eingreifen, durch Staatsanstalten und strenge Schutzmaßregeln vorzeitig zu Hilfe zu kommen. Der industrielle Aufschwung, soll er auf einer gesunden Basis beruhen, muß mehr der Selbstthatigkeit, der Energie und der Ausdauer der Einzelnen überlassen bleiben, als durch Staatsmaßregeln schnell abhängig gemacht werden. So ist es in England. Dort erobterten große Capitalschaften große Reiche, und Einzelne schaffen fortwährend durch kräftiges Zusammenwirken die großartigsten Werke. Nur in diesem Wege ist es auch denkbar, daß die Förderung der materiellen Interessen und die damit verknüpfte Verfeinerung nicht so leicht zur Verstunkenheit und Demoralisation führen, sondern eher zur Stärkung der Nationalgesinnung beitragt. Mißtrauen konnte die industrielle Entwickelung auch den Werth für uns haben, den Volksfinn praktischer zu machen, vom einseitig gelehrten Treiben, dessen wir uns bereits zu viel erfreut, abzulenken, und uns vor den Irrgängen abstracter Denker zu bewahren. (A.D.-Z.)

Karlsruhe, 25. Dez. Das großh. Regierungsblatt vom Gestrigen enthält unter seinen Dienstnachrichten auch die Ernennung des seitherigen großh. Bevollmächtigten bei Sr. Maj. dem Könige von Preußen und im prov. Fürstenkollegium der deutschen Union, Legationsrath v. Borbeck, zum großh. Miniserpräsidenten am k. preuß. Hofe.

Vom Rhein, 18. Dez. Die Partei der Gestoer sucht sich jetzt hier, wenn auch unter einem andern Namen, auf alle Weise zusammenzuhalten. Jetzt drohen sie auf alles ihren Blättern mit ei-

ner deutschen Revolution, welche kommen würde, weil Deutschland sich ihren revanchelüsten Einheiten nicht bequeme. Hatten sie mehr Verband als unreife Phantasten, so würden sie sich schon überzeugt haben, daß die Revolution zunächst gerade auf ihrem Wege lag, oder noch liegt, in dem Falle sie ihr Treiben fortsetzen und reussiren. Ja sie sind selbst von Anbeginn an dem Wesen nach wirkliche Revolutionäre, welche nur oft eben so selbstsüchtigen, als phantastischen Neuerungssüchtlingen den Weg zu bereiten. Mögen die Regierungen Deutschlands, von denen wir wünschen, daß sie sich bald in einem höhern Interesse um Geist treu zusammenfinden mochten, diese Partei immerhin nicht aus den Augen verlieren!

Stuttgart, 23. Dez. Verschiedene, namentlich preußische über Stuttgart Blätter behaupten vorzugsweise von einer Betheiligung Württembergs an einem Proteste gegen die Olmützer Punctationen und einem gemeinsamen baprisch-württembergischen Programm für die Dresdener Conferenzen unterrichtet zu sein. In ersterer Beziehung ist bereits durch das Organ der Regierung der unwahre Widerspruch erhoben worden, und in letzterer Hinsicht verhehlen wir von einer Seite, wo man sonst gut unterrichtet zu sein pflegt, daß ein gemeinsames Progamm nicht besteht, wenn es schon natürlich ist, daß die Mittelstaaten gemeinsame Interesse haben, worin also die ihren Bevollmächtigten ertheilten Instructionen zusammenlaufen werden, wie z. B. in dem Dualismus enge gegenzuwirken, der indeß von österreichischer Seite weit weniger sich geltend machen dürfte, als von preußischer, wenigstens nach der Sprache der officiellen und halbofficiellen Organe der beiden Großstaaten zu urtheilen. Darum steht auch die württembergische Regierung Preußen noch in hellen Lichten Einverechnen mit ihren Verbündeten von Bregenz her und also auch mit der österreichischen Regierung.

Stuttgart, 23. Dez. Gestern Abend kam die erste telegraphische Mittheilung von Ulm hier an und wird nun der ordentliche Dienst des electrischen Telegraphen zwischen Ulm und Augsburg in Ausſicht, welche nach einer mit der kon. bayer. Regierung getroffenen Vereinbarung in einem auf dem Ulmer Bahnhofe eingerichteten gemeinschaftlichen Telegraphenbureau mit der württembergischen Telegraphenleitung verbunden wird. Gleichzeitig mit dieser Verbindung wird sodann den Benehmen nach der Abschluß unserer Telegraphendienstes an den deutschen Telegraphenverein erfolgen, so daß es wahrscheinlich schon am 2. März 1851 auch Privaten möglich sein wird, von Stuttgart aus nicht nur nach allen deutschen Telegraphenstationen bis Hamburg, Stettin, Triest und Bozen, sondern auch nach Mailand, Venedig und Pesth telegraphische Depeschen zu entsenden, und dergleichen von dort zu empfangen.

Stuttgart, 24. Dez. Das „Frankf. Journal“ und mehrere andere Blätter berichten, daß uns in der nächsten Zeit eine prov. k. Verordnung in Betreff der Preise bevorstehe, „wodurch die Bestimmung getroffen sein soll, daß, wie in Frankreich, jedes Blatt vor seiner Ausgabe beigesetzt werden muß.“ Diese Angabe ist unrichtig, und eine hierauf bezügliche Verordnung dürfte sich eher an die Gesetzgebung Bayerns, Badens und Preußens, als an die französische anschließen. Die nächsten Tage werden zeigen, daß die genannte Nachricht des „F. J.“ falsch ist. (W. St.)

Leipzig, 23. Dez. Wie wir vernehmen, hat sich heute Morgen eine Deputation hiesiger Kaufleute nach Dresden begeben, um dem gegenwärtig dort verweilenden preußischen Ministerpräsidenten v. Manteuffel ein Ehrengeschenk zu überreichen, als ein Zeichen der Anerkennung für die Bemühungen des genannten Staatsmanns, den Frieden zu erhalten. Das Geschenk besteht aus einer prachtvollen goldenen Bürgerkrone mit einem Lorbeer- und einem Eichenkranze. (D. A. Z.)

* Die „Leipziger Zeitung“ vom 25. Dezember enthält folgende Bekanntmachung: Mit Hingebung hat das sächsische Volk schon jetzt Opfer gebracht, die mit der dringend gebotenen Mobilisirung der Armee nach allen Richtungen hin unvermeidig verbunden waren. Sie gatten dem Vaterlande und seine theuerſten Interessen; sie galten das zu behaupten, was wir besitzen: die hohe Achtung, mit welcher in ganz Deutschland der Name unseres Vaterlandes genannt wird. Se. Majestät der König hat den unterzeichneten Minister beschligt, allen denen, die jetzt dem Kriegs-Ministerium ihre Dienste leisten schweren Pflicht unterstützend die treue Hand gereicht, Allerhöchst ihren warmen Dank auszusprechen; warmen Dank zu sagen auch denen, die mit patriotischem Entgegenkommen die Lage der braven Truppen in den letzten Wochen, theils durch die Art der Russahme selbst, theils durch die freiwillig ihnen gewährte Bereitung des Quartiers erleichert haben. Der Kriegs-Minister schagt sich glücklich, der ehrenvollen Pflicht genügen zu können, seines Königs Dank den treurn Unterthanen auszusprechen. Dresden, den 23. Dez. 1850. Kriegs-Ministerium. Rabenhorst.

Pesth, 21. Dez. Die Ehrenbürgerdiplome für die F.M. Carl Wilmsfeigrätz und Parteiwerd, F.Z.M. Baron Haynau, den Ban von Kroatien und den Generaladjutanten St. Majestät, Grafen Grünne, welche die Stadt Pesth in Wien lithographiren ließ, sind endlich hier eingetroffen, und sollen wahre Meisterstücke sein. Wie man hört, wird zur Ueberreichung der Ehrenbürgerbriefe an den Fürsten von Warschau eine eigene Deputation sich nach der Hauptstadt Polens begeben.

Wien, 22. Dez. Einer an den Pressburger Magistrat gelangten Verordnung des Armeeoberkommando's zufolge, sonnen alle, nicht nur im Rayon von Pressburg, sondern in ganzen Distrikte befindlichen, noch vorhandenen Arbeiten erhaltenen Schanzen, welche das Ingenieurcorps nicht als für eigene militarische Zwecke verwendbar bezeichnet, durch die Grundeigenthumer behufs deren Benutzung zum Anbau demolirt werden.

Berlin, 23. Dez. Der P. St.A. enthält in seinem „amtlichen Theile“ Folgendes: Auf den auf Veranlassung Sr. Majestät des Königs d. Mts. wegen allmähliger Demobilisirung der Armee erflossten Befehl des Staatsministeriums vom 21. d. Mts. will Ich hierdurch diejenigen Personen, welche in Folge der von Mir am 6. v. Mts. befohlenen Mobilmachung der Armee bis zum 10. d. Mts. in den aktiven Dienst getreten und von den Civilgerichten wegen einer vor dem Eintritte in den aktiven Dienst verübten Vergehens zu einer Freiheitsstrafe im höchsten Maße von sechs Monaten oder zu einer Geldstrafe im höchsten Betrage von hundert Thalern, jedoch ohne gleichzeitige Ehrenstrafen, rechtskräftig verurtheilt sind, die anerkannten Strafen, sie mögen einzeln oder zusammen verhängt sein, in welcher sie auch vollstreckt sind, in Gnaden erlassen und die ihnen auferlegten und noch nicht eingezogenen Untersuchungskosten niederschlagen. — In Ansehung derjenigen Personen der bezeichneten Kategorie, welche sich etwa noch gegenwartig in Untersuchung befinden und in derselben Weise zurtheilt werden möchten, will Ich nach eingetretener Rechtskraft der in den einzelnen Fällen ergehenden Entscheidungen, Ihren, des Justizministers, Anträgen entgegensehen. — Sie, der Justizminister, haben für die schleunige Bekanntmachung dieses Meines Befehls und für dessen Ausführung Sorge zu tragen. Berlin, den 23. Dezember 1850.

Friedrich Wilhelm. v. Manteuffel. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons. v. Strotzhausen. v. Raumer.

Berlin, 23. Dez. Nach der „Deutschen Ztg. aus Böhmen“, die gewohnlich gut unterrichtet ist, dürfte auf den Conferenzen eine der ersten Angelegenheiten die Errichtung einer Bundeskriegsbehörde sein. Man behauptet, schreibt das genannte Blatt, daß in der Bundesfestung eine eigene Branche eingerichtet sich werden solle, deren Amt die Ueberwachung des Contingents, die schnelle Verwendung der Truppen bei Vorkommnissen im Innern und die Erneuerung des Oberanführers wäre; die in dieser Bundeskriegsbehörde fungirenden Mitglieder werden von den großeren Regierungen ernannt werden. Bis zur definitiven Regelung der Verhältnisse wird auch ein Theil der österreichischen, bayerischen und württembergischen Truppen zur Disposition des Bundes bereit bleiben.

Berlin, 24. Dez. Der General v. Thümen, der sich behufs der für seine Sendung nach Holstein zu empfangenden Instruktionen hier aufhalt, wird erst abreisen, wenn der öfter. Commissär für Holstein ernannt sein wird, was bisher noch nicht der Fall ist.

Berlin, 24. Dez. Graf v. Meerfeldt aus Westphalen befindet sich gegenwartig hier, um die Ausweisung des Redacteurs der „Deutschen Volkshalle,“ Dr. Müller, nachzusuchen zu machen. Bekanntlich ist Letzterer nun auch aus Bonn, wo uns er die Redaction in der letzten Zeit leitete, ausgewiesen worden.

Schweiz.

** Aus der Schweiz, 24. Dez. Die Bundesversammlung hat sich nach Beendigung ihrer Geschäfte vorgestern aufgelöst. Sämmtliche französische Flüchtlinge in Kanton Uri haben die Weisung erhalten, sich neun Stunden von der französischen Grenze zu entfernen. — Der Bundesrath hat mit seiner Politik in der Freiburger Angelegenheit einen entschiedenen Sieg errungen, indem sich vorgestern das Oppositionscomite in Freiburg aufgelöst hat.

Frankreich.

Paris, 21. Dez. Mit der Kasse des Elysee soll es schlecht stehen. Die Legitimisten und einige Orleanisten werden weder zur Dotation, noch zur Prasidentschaftserlängerung stimmen. Vieles deutet auf Schwierigkeiten, welche die royalistischen Parteien dem Prasidenten in den Weg legen werden. In der „Gazette de France“ spricht sich Alexander Weill gegen den Prasidenten in folgender groben Weise aus: „Die Verfassung muß revidirt werden. Es ist nicht nothwendig, daß ein Thron gut aufgestellt sei, es genügt, daß er nicht tief stehe, damit nicht der erste beste Schnappbahn (schwanzen) sich darauf setze.“ (Pf. Z.)

Paris, 23. Dez. Dem Vernehmen nach werden die Clubbs der drei Hauptfraktionen der parlamentarischen Majorität sofort die Frage in Erwägung ziehen, wie in wirksamerer Weise, als seither, den skandalösen Auftritten, welche nur allzu häufig gerade in wichtigeren Sitzungen der Nationalversammlung sich zutragen, vorgebeugt werden könne. Zwei jener Clubbs sollen einen Antrag einzubringen beabsichtigen, nach welchem drei Artikel der Geschäftsordnung in Bezug auf die parlamentarische Disziplin abgeändert und wesentlich schärfere Strafbestimmungen festgesetzt werden sollen. Die zwei Clubbs der Bergpartei werden, wie man versichert, ihre Stents sich in ihren nächsten Sitzungen mit der Erörterung beschäftigen, welche Mittel anzuwenden seien, um gegen die „parlamentarische Willkür und Tyrannei“ einen Schutz zu erhalten, der, wie sie behaupten, nach der gegenwärtigen Geschäftsordnung gänzlich mangle.

Italien.

Turin, 20. Dez. Nach soeben hier eingetroffenen Nachrichten sollen in Sicilien die Truppen auf einen Punkt zurückgedrängt, die Kassen

von den Aufständischen mitgenommen und die Insel in großer Aufregung sein. Die Nachricht von der Ermordung Nikos und Sordatos bestätigt sich nicht.

⊙ Aus Italien, 22. Dez. Die Abberufung des Fürsten Schwarzenberg hat bei uns große Sensation gemacht, da er auf seinem gegenwärtigen Posten sehr beliebt war.

Neuestes.

Zweibrücken, 24. Dez. Ich eile Sie zu benachrichtigen, daß das k. Appellationsgericht unterm gestrigen verordnet hat, daß zur Abwerthelung der nach dem Urtheile des Cassationshofes vor das Spezialgericht verwiesen bleibenden politischen Gefangenen eine außerordentliche Sitzung dieses Gerichtshofes angeordnet worde n Dereu Eröffnung auf den 15. Januar nächstkin fixirt hat. — Die Verhandlungen vor dem Spezialgerichte, welche die bekannten bewaffneten Züge nach Steinfeld, Rechtenbach und Schweigen zum Gegenstand haben, dürften voraussichtlich etwa 4 Wochen dauern und nach ihnen werden sodann die Verhandlungen des Theiles des Prozesses beginnen, welcher dem Schwurgerichte zugewiesen ist. (P. Z.)

Im „Schwäb. Merk." wiederholt sich die Nachricht, daß während in Dresden die deutschen Diplomaten versammelt sein werden, um über das endliche Schicksal Deutschlands zu berathen, in Breslau die Fürsten zusammenreiten werden, um über das Schicksal unseres Landes zu entscheiden. Es verlautete zwar Anfangs, daß zur Kaiser Franz Joseph und der König von Preußen in Breslau zusammenkommen würden, um sich gegenseitig persönlich ihrer Freundschaft zu versichern, wir werden uns aber nicht irren, wenn wir behaupten, daß jener Zusammenkunft auch noch die Könige von Bayern, Wurtemberg und Sachsen beiwohnen werden, und daß der Gegenstand der Besprechung außer den gegenseitigen Freundschaftsbetheurungen auch noch anderer Art sein wird, indem man nämlich ohne Zweifel das Ergebniß der Dresdener Conferenzen persönlich einer genauen Prüfung unterziehen wird, um nämlich so bald als möglich das schwierige Werk einer Neugestaltung Deutschlands zu Ende zu bringen.

Mainz, 25. Dez. Der Main, welcher gestern Abend noch keine Spur von Eis zeigte, hat in Folge der in verflossener Nacht eingefallenen Kälte von 8 Grad R. so viel Treibeis dem Rhein zugeführt, daß heute Abend um 5 Uhr unsere Rheinbrücke abgefahren werden mußte.

Hannover, 23. Dez. Der neue Finanzminister, Herr v. Hammerstein, macht amtlich bekannt, daß vom 27. d. Mts. an bis auf Weiteres die Pistolen bei den königl. Kassen nur zu 5 Thlr. 10 Sgr. angenommen werden.

Braunschweig, 21. Dez. Unsere Abgeordnetenversammlung ist gestern bis zum 18. April k. J. vertagt worden.

Berlin, 24. Dez. Die „Const. Ztg." meldet: Die Dauer der Dresdener Conferenzen wird neuerdings in diplomatischen Kreisen auf ein halbes Jahr veranschlagt. Den Kammern soll, wieman meint, bei dem Zusammentritt Vorlage über fernere Vertagung gemacht werden, da ohne Zustimmung beider Kammern eine solche gemäß der Verfassung in derselben Sitzungsperiode nur einmal zulässig ist. An eine Auflösung werde nur nugern gedacht; würde die Vertagung jedoch abgelehnt, dann trete dieser Gedanke mehr in den Vordergrund. — Der Finanzminister v. Rabe hat in der letzten Zeit abermals um seine Entlassung nachgesucht, die ihm indeß von Sr. Maj. dem König, wie bisher, in höchst gnädigen Ausdrücken verweigert worden ist.

Bericht des Grafen von Montalembert über die Sonntagsfeier.

(Schluß.)

Alle Berechnungen der Philosophen und der Oekonomisten über den Gewinnst, den man in den 82 Tagen des Jahres mehr erlangen könnte, vermögen nichts gegen die Natur; andererseits hat ja auch die Erfahrung bewiesen, daß, wo diese Bewegung der Arbeit stattgefunden hat, eine Ermehrung des Arbeitslohnes die Folge gewesen ist. Der Arbeiter, welcher 7 Tage arbeitet, verdient heute nicht mehr als früher, wo er nur 6 Tage arbeitete. Er nimmt sich seinen Ruhetag, aber wie? am Montage statt am Sonntage, in den Wirthshäusern statt in der Kirche, das ist eine unbestreitbare Thatsache. Die bemelthen Betrübnisse, in welche man den Sonntag durch eine blinde Habsucht entweiht, wird der Montag immer mußiger zugebracht. Die Arbeit hat Nichts gewonnen, die Gesellschaft aber Alles verloren. Diese Leute, welche am Sonntage so fleißig sind, bringen den Montag eben so treige als unmäßig zu. Wenn sie ruhen, so ruhen sie allein, entfernt von ihren Frauen und Kindern, welche am Montage jene zu ihren Beschäftigungen, diese in die Schule gehen. Man sage nicht, die Ruhe des Montages sei eben so gut, wie die des Sonntags: wir behaupten runmeg, daß sie Nichts ist; denn diese Montagsfeier, entblößt von allen Feierlichkeiten, von allem Religionsunterrichte, nicht der Familie und den Familienfreuden, sondern der Unmäßigkeit und der Ungebundenheit gewidmet, bringt keineswegs die heilsamen Früchte der sonntäglichen Feier. Sie ist im Gegentheil ein Ruin für das beschiedene Erbtheil des Arbeiters, für sein häusliches Glück, für seine Kinder, für die Gesundheit seiner Seele und seines Leibes. Sobald man anerkennt, daß ein Ruhetag in der Woche nothwendig ist, giebt es keinen Grund, keinen vernünftigen Vorwand mehr, den Montag dazu zu wählen, die Ausnahme der Regel, Sitten und Ueberlieferungen der ganzen Welt mit Füßen tretend. Noch ist es Zeit, das Uebel zu heilen. Wenn auch die Männer der arbeitenden Klasse davon behaftet sind, die Frauen und Kinder sind noch verschont geblieben. Wenn auch, wie gesagt, in einer sehr großen Anzahl von Werkstatten der Stadte die Feier des Sonntags erst nach Vollendung des täglichen Gottesdienstes beginnt, und gewissermaßen zur Vigile der Orgien des Montags dient, so ist dieses Aergerniß doch noch nicht in die Masse des Landvolks gedrungen. Man muß sich indeß beeilen, wenn man der Ausgelassenheit nicht das Feld räumen, und nicht zugeben will, daß sich die Herrschaft des Wirthshauses immer mehr ausdehnt. Wir wollen das Ding bei seinem Namen nennen, meine Herren, die Entheiligung des Sonntages ist besonders Schuld daran, daß das Wirthshaus der geistige, politische und sociale Mittelpunkt unseres Volkes zu werden anfängt.

Unterdessen bereiten wir unseren Zeitgenossen und unseren Abkömmlingen einen sozialen Zustand, in welchem das Wirthshaus die Kirche ersetzt, und die Wirthstube die Schule und Gesellschaft unmöglich oder unwirksam macht. Sie wissen es schon, daß der Arbeiter nicht allein das Geld, was er verdient hat, sondern auch die Vernunft, den Verstand und die Tugend in diesen Höhlen zurück läßt. Er läßt hier seine guten Sitten, den Frieden seiner Seele, und den seines häuslichen Herrdes. Dann verläßt er sie, wehmüth und drohend, betrunken und als unzurechnungsfähig der Gesellschaft, der er einst Rechenschaft fordern wird wegen des Bösen, das sie ihm zugefügt, indem sie ein System duldete, welches ihn alles moralischen Unterrichts und aller Tröstungen der Religion beraubte. Kurz, der wöchentliche Ruhetag ist nicht so sehr außer Gewohnheit gekommen, als man es glaubt; man hat ihn nur verändert und entweiht, indem man den Montag statt des Sonntages dazu verwählte. Der Arbeiter muß einen Ruhetag haben, er ruht zegt aber nicht am Sonntage in der Kirche, sondern am Montage in den Wirthshäusern. (Murren auf der Linken.) Wir können und wollen ihn auch nicht zwingen, an den Montagen zu arbeiten, indem wir ihm das Wirthshaus verschließen. Wir wollen ihm nur soviel wie möglich die Freiheit darbieten, an dem von Gott eingesetzten und durch das Beispiel unserer Väter geheiligten Tage andächtig zu sein, wir wollen nur die Hindernisse beseitigen, damit es dem Menschen frei stehe, zwischen dem Guten und dem Bösen zu wählen, und nach getroffener Wahl das Gute zu vollbringen. Es würde zu weit führen, diese Erörterungen durchzuführen; wir wollen hoffen, daß wenig Widerspruch stattfinden wird. Einer französischen, einer christlichen Versammlung, welche ihren so theuren Vorrechten und Gewohnheiten, welche von der Gesetzgebung unserer Väter gegeben hat, brauche ich die Nothwendigkeit und Heiligkeit des Gebotes der Sonntagsfeier nicht zu beweisen. Von den Oekonomisten, welche die Freiheit der Arbeit beanspruchen, werden wir Garantien für die Freiheit der Ruhe verlangen: den Socialisten, welche von einem Rechte auf die Arbeit träumen, werden wir Gesetze und Gegenvorschläge, welches das Recht der Ruhe geschaffen hat. Den arbeitenden Klassen werden wir ein Pfand der zarten und wachsamen Sympathie geben, welche uns für sie beseelen muß. Wir wollen uns bemühen, daß sie sittlich gehoben werden, ohne daß sie ihnen in materieller Hinsicht Abbruch geschieht. Wir senken die Macht, die Achtung, die Hülfe der öffentlichen Gewalten auf die Beobachtung dieses Tages, bei der Alten so viel Jahrhunderte den Tag des Herrn nannten, und den wir ohne Zögern noch den Tag Gottes und den Tag der Armen nennen."

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Faber.

Bekanntmachung.

Der Kaufmann Joseph Wilhelm Binder dahier hat auf Zusammenberufung seiner Gläubiger angetragen, um sie zu einer Stundung und resp. zu einem Nachlaße zu bidponiren.

Es werden daher alle dessen Gläubiger auf Freitag den 24. Jan. 1851

Vormittags 9 Uhr

zur Anmeldung ihrer Forderungen unter dem Präjudize der Einwilligung der Nichterscheinenden in den gefaßt werdenden Beschluß der Erscheinenden hieher geladen.

Neustadt a. S., 22. Nov. 1850.

Königl. bayr. Landgericht.
Welsch, Dv.

Für die arme Familie sind bei der Exped. der „Bayer. Presse" eingegangen: Uebertrag 45 fl. 15 kr., Ungenannt 30 kr.; „Vertrane auf Gott" 12 fl. 24 kr.; „Für die arme Familie zum Christfeuchen" 3 fl.; von der Festung Marienberg (Dr M. M. 1 fl., Fran M. M. 1 fl., J. J. 30 kr., Fr. M. 24 kr., G. S. 30 kr., B. T. 30 kr., J. K. 18 kr., J. Schdt., 18 kr., J. Schd. 12 kr., Fr. St. 12 kr., Fr. M. 12 kr., K. B. 12 kr., J. A. 2 fl. 42 kr., A. M. 1 fl. 18 kr., zusammen) 9 fl. 18 kr. Summa 70 fl. 27 kr.

Ferner von Fran P. (auf d. F. Marienberg) 3 Jachken, und Ungenannt 1 Stück Leinwand H. 313.

Bei Hrn. Kunstgärtner Bauer gingen ein: Uebertrag 2 fl. 12 kr., Ungenannt 30 kr. Summa 2 fl. 42 kr.

Theater-Anzeige.

Gastspiel der HH. Dorn und Schönstein.
Freitag den 27. Dez.:
Zum Erstenmale:
Junker und Knecht.
Charakterbild mit Gesang in 2 Akten von F. Kaiser.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schrafhofe 2. Distr. Nr. 333.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 310. Würzburg, Samstag den 28. Dezember. **1850.**

Einladung zum Abonnement.

Mit dem 1. Januar d. J. beginnt ein neues Abonnement auf die „Bayerische Presse", wie stellen daher das ergebenste Ersuchen an unsere verehrten Leser, recht frühzeitig ihre Bestellungen zu bewerkstelligen. Wir werden auch fernerhin unbeirrt die politischen Tagesfragen im constitutionell-monarchischen Sinne besprechen, und die sich täglich ergebenden Neuigkeiten mit möglichster Wahrheit und Schnelligkeit mittheilen.

Die amtlichen Nachrichten aus dem Regierungsbezirke von Unterfranken und Aschaffenburg werden wir aus erster Quelle auf das Rascheste und ausschließlich mittheilen.

Die „Bayerische Presse", nebst den wöchentlich zweimal beigegebenen „Ergänzungsblättern" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntage, und kostet in ganz Bayern für das Vierteljahr 1 fl. 30. kr.

Die Expedition der „Bayerischen Presse."

Amtliche Nachrichten.

München, 27. Dez. Die kathol. Pfarrei Unterzeiskam, Lrg. Bischofsheim, mit einem Reineinkommen von 453 fl. 40½ kr. ist in Erledigung gekommen.

Würzburg, 28. Dez. Die Pfarrei Hendungen wurde von St. bischofl. Gnaden dem Kaplan Veit Simon zu Kirchheim verliehen. — Die durch Beförderung des Dechants Romeis auf die Pfarrei Helmstadt erledigte Pfarrei Lengfurt, bischofl. Patronats, gewährt einen Reinertrag von 553 fl. 53 kr.

Ueber Gemeindevertretung

Einen Hauptfaktor bei den revolutionären Bewegungen in unsern Nachbarlanden bildeten die Bürgerausschüsse, Gemeindekollegien, oder wie immer derartige Institute benannt werden. Es lag dies thatsächlich in dem Umstande, daß die Gemeindevertreter meist nach Kopfzahl gewählt wurden, anderorts aber das conservative Element aus unverzeihlicher Apathie keinen Theil an den Gemeindewahlen nahm, und so der stets agilen rothen Demokratie den Sieg bequem machte. Die Folgen solchen Verfahrens sind so verhängnißvoll gewesen, daß die Gemeindevertretung die volle Aufmerksamkeit jedes Freundes gesetzlicher Freiheit u. vernünftigen Fortschritts in Anspruch nehmen muß. Es steht fest: „So lange noch die Gemeinden, gleich ob Stadt oder Dorf, von dem souveränen Volk in den Ausschüssen regiert werden, so lange werden wir der Freiheit nicht wieder froh, so lange leben Gesetz und Verfassung in offenem Kriegszustand mit sanktionirter Zügellosigkeit und Empörung, so lange werden die städtischen Obrigkeiten täglich verhöhnt und ihre verantwortlichen Rechte und Pflichten als Einbindungen Mahlmüssiger behandelt, so lange wird die große Lüge genährt, als seien die Rothen die echten und wahren Organe der Volksgesinnungen, so lange werden die Pflanzschulen und künftigen imvervissten Behörden der Revolution bis zur nächsten „glorreichen „Erhebung" gepflegt." — Woher sollten auch andere Gemeindeausschüsse kommen? So lange das Volk noch Kopfzahl wählt, wird im Jahr für Jahr seine demokratischen Schmeichler wachsen. Man sollte doch an den bittern Früchten solcher Wahlen genug haben. Oder quillt es auch aus Einem Brunnen süß und bitter? Thoren, die sich hinsetzen können, um zu warten, daß der durch die Massen hindurchgehende Strom von Gottlosigkeit und Verblendung ablaufen werde. Die Agitation ruht nicht, und die Hauptagitatoren sind, wenn das Volk sich nicht durch ein Wunder wieder zu Gott wendet, seine Gegen, seine eigenen sogekettelten Leidenschaften, denen unbegrenzter Spielraum gestattet wird durch die Sorglosigkeit von leider so vielen Conservativen. — Ist es wirklich so wunderbar, wie die Revolution nicht nur im Großen — den Landeswahlen — sondern auch in kleineren Kreisen — den städtischen Wahlen — darauf verstellen ist, mit so großem Eifer auf Kopfzahlwahlen zu dringen. Ist es so unerklärlich, wie sie nicht ruhte, vor allen anderen sog. Garantien, aus Volkssouveränetät und Gleichheit vor 2jährigen Gemeinde-Ordnungen zu schmieden. Etwa, weil ihr die Wohlfahrt der Gemeinden so sehr am Herzen lag? Man traue doch den Revolutionären nicht solche Dummheiten zu, sie wurden sich dadurch wenig geschmeichelt finden. Gemeinden-Verwaltung wollten sie, Gemeinde-Ordnung daß es um des Kobolgslanzes willen. — Denen ist freilich Vieles unbegreiflich, die in den Stürmen der letzten Jahre nur Schwänke einer Neujahrsnacht sehen. So ist es klar genug geworden, weshalb die aus Kopfzahlwahlen hervorgegangenen Gemeindeausschüsse ihre Stellung grundsätzlich verkannten und erkennen mußten. — Reißt man das Volk aus allen Beziehungen und Banden heraus, die eine verstittlichende Kraft enthalten, die seine gemeinste Thätigkeit adeln und Gemeingeist und freie Abhängigkeit von einer lebendig und eigenthümlich verkörperten höheren Idee anstatt des nackterten, brutalsten Egoismus rege erhalten, teilt man seine Stände-, Berufs- und Innungs-Ehre mit Füßen und schüttelt es dann durch einander, so kommt nie und nimmer etwas Anderes, als eine wüste ungeschlachte Masse heraus. Das sind die größten Verbrechen an dem Geistesleben des Volks, wenn es um seine gemüthlichsten, zartesten, poetischen Vorstellungen, Gewohnungen, Traditionen, um gemeinsame Ehre und gemeinsamen Stolz und deren wohlthätige Rückwirkungen, mit anderen Worten: um den besten Inhalt wahrer Freiheit d. h. selbstthätiger Erörterung der Individualität in geordneter Gliederung und Manigfaltigkeit, gebracht wird. Die Atlödtung des erweiterten Familienlebens eines Theils kann und niemals ohne die nachtheiligste Wirkung auf das engere, eigentliche Familienleben bleiben. Am verderblichsten aber wirkt sie, wo nicht einmal einiger Ersatz in einem starken und lebendigen Gemeingefühl des National- oder Stadtverbandes gegeben ist. — Wie lange werden noch die Affen der Freiheit den Namen des Urbildes entehren, sie selbst aber mißhandeln und beschwelen, daß sie sich, wie eine reine Jungfrau aus siedertscher Gesellschaft, weit in glücklichere Länder flüchtet, wo sie wohlthätig strahlt und erwärmt, wie die Sonne, ohne zum Götzendienst gemißbraucht zu werden. — Gewaltmaßregeln gegen souveräne Bürgerausschüsse würden wir nicht vertheidigen. Anarchie mit Despotie zu vertauschen oder zu vereinigen, wäre eine Niederlage des Siegers und ein Sieg des Ueberwundenen, und müßten wir es erleben, so wäre es, weil wir eines Besseren weder sähig noch werth wären. Was wir wünschen, ist daß möglichst jede Gemeinde eine ihr angemessene Gemeindeordnung erhalte, mit Ausschluß destruktiver Phantasien, die auch da, wo keine Anknüpfung mehr möglich, unmittelbar die Zünfte zu Wahlkörpern machen möchte. — Es gilt das Gesagte zunächst von unsern Nachbarlanden, welche den Sturm der Revolution aber sich ergehen lassen mußten, allen es ist nicht minder beherzigenswerth für uns.

Ein warnendes Beispiel.

Eine der schrecklichen Erscheinungen auf dem politischen und sozialen Gebiete stellt uns Frankreich dar. Liegt es bei seiner innern Zerrissenheit und seinen machtlosen Parteibewegungen nicht vor und wie ein Mann, der sich trostlos wegen seiner innern Uebel und Schmerzen krümmt? — In früheren Zeiten, und theilweise auch noch vor zehn Jahren, hielt sich die französische Nation für die erste der civilisirten Welt, und wurde auch von vielen andern gewissermaßen dafür anerkannt. Damals gab es weder in Europa noch in der übrigen Welt irgend etwas, wo diese Nation nicht vorkant und mit hohem Selbstbewußtsein und Ungestüm dabei war. — Wie ganz anders jetzt! Die größten, folgenreichsten, gefahrlichsten Ereignisse finden jetzt statt, und zuner nicht in Asien oder Amerika blos, sondern grade oft in seiner nächsten Nähe, ohne daß es sich viel anderes dabei betheiligt, als dadurch, daß es mit aller möglichen Behutsamkeit sich zur Neutralität bekennt. Und das geschieht nicht etwa aus Besonnenheit — die wurden wir loben — nein, blos aus Jagdhaftigkeit. — Alle Bewegungen und Ereignisse unser jetzt es in die Sorge, es möchten dadurch seine inneren Uebel berührt und in Bewegung gebracht werden. Aber so sehr es jede äußere Bewegungen mit Scheu und furcht betrachtet, noch mehr furchtet es sich vor sich selbst. Frankreich hat nach Außen und Innen seinen Muth und sein Selbstvertrauen verloren. Ganz natürlich ist das-

her auch nicht nur seine Politik, sondern selbst sein Volksleben so ganz ohne alle heitere und gerade Richtung, wie wir es gegenwärtig sehen. — Seit dem Jahre 1789 hat Frankreich bis jetzt alle und die verschiedensten Verfassungen und Konstitutionen durchgemacht, und in allen auf die unruhigste Weise umhergeworfen, und jetzt bekennen alle Politiker seines Landes keine andere Politik, als die, die Gesellschaft vor Zerfall und Ruin zu bewahren! Aber selbst in dieser Politik der Trostlosigkeit herrscht eben so viele Uneinigkeit als Zaghaftigkeit. Muth hat in Frankreich jetzt nur noch der Sozialismus und der Kommunismus, die beide, wenn auch unbegreiflich genug, mit aller Unverschämtheit auftreten, und bei dieß Alles auffallend, daß unsere vielen unruhigen, modernen Konstitutionsmachersdiesen Zustand nicht beachten, und sie ihn nicht zur Lehre nehmen. Wir sind auch für gesunde Konstitutionen der Völker; aber daß die modernen Konstitutionen es nicht allein thun, das beweist Frankreich, das bei allen seinen Konstitutionen jetzt so weit gekommen ist, daß es sich vor sich selbst fürchtet.

Deutschland.

München, 26. Dez. Gestern Abend wohnten J.J. M.M. König Maximilian und Königin Marie, König Ludwig und Königin Therese, König Otto von Griechenland, dann J.J. k.k. H.H. der Prinz Adalbert und die Frau Herzogin von Lenchtenberg einem großen Konzerte bei, in welchem Händels Oratorium Jephta von einem ausserordentlich zahlreichen aus den ausgezeichnetsten Künstlern und Kunstdilettanten gebildeten Orchester trefflich aufgeführt wurde. In den Zwischenpausen geruhten J.J. M.M. die Könige Maximilian und Ludwig die Runde im Saale zu machen und mit vielen Personen aus allen Ständen des äußerst zahlreichen Publikums aufs Freundlichste sich zu unterhalten. (N. M. Z.)

München, 26. Dez. Diesen Nachmittag ist das 2. Bataillon des k. Inf.-Leib.-Reg. hierher zurückgekehrt. Dasselbe stellte sich am Max-Josephsplatze auf, wo es vom Könige Max inspizirt wurde und nach der darauffolgenden Defilirung sich in seine Quartiere begab. Morgen und die folgenden Tage werden mehrere Eskadrone unserer Kürassiere hier eintreffen. In Folge der Truppentransporte auf der Eisenbahn ist der Eisenbahnverkehr für das Publikum sehr gehemmt und treffen die Posten regelmäßig zu spät ein. — Heuer wird bei Hof die Neujahrstour wieder stattfinden und befindet sich das Programm bereits unter der Presse. Auch soll eine Anzahl von Ordensverleihungen an diesem Tage beabsichtigt sein.

△ Würzburg, 27. Dez. Die Direktion des hiesigen „Polytechnischen Vereins", welcher bereinlen aus dem seit 44 Jahren selbstständig bestandenen Polytechnischen Verein und dem seit 4. Aug. h. J. mit demselben vereinigten „unterfränkischen Gewerbeverein" besteht, hat eine „Gemeinnützige Wochenschrift" gegründet und liegt die Probenummer derselben vor uns. Der Preis derselben ist äußerst niedrig, 18 kr. für das halbe Jahr für Mitglieder des Vereins, 54 kr. für Nichtmitglieder, gestellt. Wir wünschen dem zeitgemäßen Unternehmen Gedeihen und geben statt aller Lobpreisung folgende Stellen der Vorwortes der Probenummer, welcher der weite Kreis der Wirksamkeit ersichtlich, welchen sich die Redaktion ausersehen:

„Unser Zeitblatt wird bemüht sein, nach und nach die Einzel-Gewerbe höherer und niederer Gattung, welche im dieffeitigen Kreise ausgeübt werden, für sich und nach deren wechselseitigen Ineinandergreifen mit besonderer Bezugnahme auf die Art und den Umfang des zeitlichen Betriebs derselben, die Gründe etwaiger Stockungen oder sittlichen Verfalles, und die Mittel zur Hebung oder Schwächung der gegebenen Uebelstände, dann im Hinblicke auf das Verhältniß des Gewerbebetriebs gegenüber dem Handelsbetriebe, kritisch zu schildern, mithin u. A. die Fragen vom Schutze der Produktion, das Kreditwesen, den Hausirhandel, in nahe Erwägung zu ziehen, Absatzquellen und wo möglich die Bildung eines Vereins zur Beförderung der Ausfuhr heimischer Produkte anzubahnen, und zur Hereinverpflanzung noch mangelnder Industriezweige auf den Grund sorgfältiger, namentlich statistischer, Untersuchungen anzuregen. Es wird im Zusammenhange damit in analoger Weise den Handelsbezeichnungen Rechnung tragen, und einschlägige Gegenstände der Gesetzgebung in würdiger Weise zur Sprache bringen. Die Institute der Gewerbeschulen, der Unterstützungs-, Spar- und Pensionskassen, der Prämien und Stipendien zur Unterstützung aufstrebender Talente in den gewerblichen Ständen, die Verhältnisse der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern, zumal die sittliche, pekuniäre und physische Lage der Arbeiter in Fabriken und Werkstätten; die Dienstbotenfrage u. s. w. fassen wir als Prinzipienfragen in's Auge. Wir erwarten nicht minder der Erörterungen über Beförderung des Industriebetriebs durch Reiseunterstützungen an Meister- u. Hilfsarbeiter, über Gesellenwanderschpflichtung, über die Mittel und Wege zur Unterstützung wandernder Hilfsarbeiter behufs der Abschaffung des Bettels, über Errichtung von Gemeinde-Arbeitsanstalten für Kinder und alte gebrechliche Personen u. s. w., einen würdigen Sprechsaal. Die Wirksamkeit der Schule zur Pflanzung zum Nutzbringende aller Kategorien und zum Staate überhaupt festeilt unsere besondere Aufmerksamkeit; ebenso gedenken wir, nach Möglichkeit, aus den Verhandlungen der Handels- und Gewerbekammern, sowie der industriellen Vereine dasjenige von Zeit zu Zeit hervorzuheben, was angeregt und forderndt auf unseren Leserkreis zu wirken verspricht. In Originalmittheilungen wird möglichst selbstständigen Auszügen werden neue Entdeckungen und Erfindungen von allgemeinem Interesse, dann wissenschaftliche, praktische und Kunstnotizen, welche für unser engeres Gebiet von Werth sind, sowie Beiträge zur technischen Baukunde, zur vaterländischen Ortskunde u. s. w., mit vergleichenden Seitenblicken auf auswärtige Verhältnisse, in sorgfältiger Auswahl durch und zur Verbreitung gelangen. Endlich soll eine Anzeigenhalle hier empfehlende, dort warnende, Bücherrunschau in Verbindung mit jeweiligen Hinweisungen auf besonders nützliche, in Zeitschriften zerstreute größere Abhandlungen unsere Aufgabe vervollständigen, die, wenn auch zunächst auf einen engeren Umkreis berechnet, gewiß umsoffend genug ist, um auch in weitem Gebiete Nutzen zu stiften, und zu ernsten Vergleichungen Anlaß zu geben. Die Berichterstattung über Bereine werden je nach ihrer Bedeutung bald in entsprechender Ausführlichkeit, bald in blosen Andeutungen dargestellt werden, die innere Thätigkeit im Centralvereine wie in den beiden Abtheilungen u. den durch diese geleiteten Instituten zur Offenkunde bringend. Gutachten, Berichte über die Bewegung der hiesigen Gewerbshalle, der Vorschuß-, Spar- und Wanderunterstützungskassen u. s. w. Hinweisungen auf dahin gehörige, bald blos örtliche Ausstellungen einzelner interessanter Produkte der heimischen Industrie, Preisfragen, Zeugnisse, Empfehlungen, Warnungen, An- und Abgänge der Vereinsversammlungen und der Bibliothek, Angelegenheiten des Lesezimmers, Versammlungen der Abtheilungen und des Centralvereins, Verzeigungen neuer Muster und Modelle, Beantwortungen der in den Anfragekasten deponirt werdenden Fragen, in späterer Zeit auch laufende Mittheilungen über den Stand der für jetzt erst noch beabsichtigten Anmelde- und Arbeitsnachweisungsanstalt u. A. m. fallen dieser Rubrik anheim. Nachweise über die Bewegungen im heimathlichen Handel und Verkehre, namentlich über Beurtheilung und Dampfschiffahrt, Post- (z. B. auch Eisenbahn-) Wesen, Marktverkehr, Frachten und Versicherungsprämien, Börsenstand und Getreidepreis, dann über allgemein belangreiche landwirthschaftliche Beziehungen — soweit diese Gegenstände dem Bereiche unserer Zeitschrift zugleich einzuverleiben sind — werden den Schlußstein des Ganzen bilden."

Die Ereignisse in Kurhessen.

Kassel, 24. Dez. Der Oberbürgermeister Hartwig hat nicht als solcher, sondern als Vorsteher des Instituts, einer richterlichen Behörde, 25 Mann Exekutionstruppen erhalten, weil er sich weigerte Stempel zu verwenden. Uebrigens ist er mit dem Benehmen der Mannschaft sehr zufrieden. (Kass. Z.)

Kassel, 25. Dez. Aus sicherer Quelle kann das hier verbreitete Gerücht von der Abreise des k. preuß. Commissarius, Generallieutenant v. Jrcker, und dem Einrücken, resp. der Rückkehr preuß. Truppen hierher, als ein grundloses bezeichnet werden. General v. Peucker befindet sich fortwährend mit dem geh. Sekretär Knaß dahier, und ist fortgesetzt bemüht, eine, möglichst beide Theile befriedigende Lösung der schwierigen Lage der Zeit, Angelegenheit herbeizuführen, soweit solche nicht der Dresdener Conferenz vorbehalten ist. (Z. J.)

Kassel, 25. Dez. Eine weitere, am gestrigen Tage erlassene Verordnung des F.-M.-L. Grafen v. Leiningen besagt Folg.:es: Der den kurfürstlichen Verordnungen vom 4., 7. und 28. Sept. u. 3. gemäß dem Bundesbeschluß nicht entsprechende, daß deren allseitige Vollziehung und Handhabung gesichert und überwacht werde. Alle kurfürstlichen Behörden, in deren Wirkungskreis die Bestimmungen der genannten Verordnungen und die auf deren Vollzug berechneten weiteren Regierungsmaßregeln und Beschlüsse des hohen Bundes und seines Commissärs einschlagen, werden daher für die gehörige Befolgung persönlich verbindlich gemacht und haben, nach Maßgabe ihrer Dienstkompetenz, dahin zu wirken, daß alle Contraventionen dagegen zur Bestrafung gezogen werden. Insbesondere beauftragt der Unterfertigte die Hrn. Bezirksdirektoren des Kurfürstenthums, diese Verfügung und Warnung gehörig bekannt machen zu lassen, und durch die ihnen untergebenen Verwaltungs- und Polizeistellen, sowie durch die Gendarmerie alle sich noch ergebenden Widersetzlichkeits- und Contraventionen dem Unterfertigten unmittelbar zu melden, damit wegen der strafrechtlichen Behandlung das Erforderliche befohlen werden kann. Die Hrn. Bezirksdirektoren werden daneben angewiesen und ermächtigt, wegen etwa erforderlichen Beistandes der Bundestruppen sich an den Unterfertigten, oder an den nächsten Besatzungs-Commandanten zu wenden und binnen acht Tagen über den Fortgang der ihnen zu Vollzug und Erfolg specielle Meldung zu machen. Kassel, am 24. Dez. 1850. Der Bundes-Civil-Commissär für die kurhessischen Angelegenheiten: Graf v. Leiningen, F.-M.-L.

Frankfurt, 26. Dez. Seine königliche Hoheit der Kurfürst von Hessen wird heute Abend in Begleitung seiner Minister von hier abreisen, um nach Kassel zurückzukehren. (Kass. Z.)

Kassel, 26. Dez. Heute trefen das kurhessische Leibgarderegiment, die Division Kurfürst-Husaren und die kurfürstliche reitende Artillerie hier ein. Se. königl. Hoh. der Kurfürst wird morgen erwartet, ein Theil seiner Dienerschaft ist bereits hier angekommen, und werden Vorkehrungen zu dessen Ankunft auf Schloß Wilhelmshöhe getroffen. (Z. N. Z.)

Frankfurt, 26. Dez. Die Noth, welche in Folge der langen Einquartierung großer Truppenmassen in dem ohnehin armen Fulderlande ausgebrochen ist, hat eine Anzahl hiesiger hochachtbarer Männer zu dem Entschlusse veranlaßt, eine Subscription zu Geldbeiträgen für die Schwerleidenden zu eröffnen. Die herumgebotene Liste weist schon eine namhafte Summe auf. Außerdem haben sich mehrere hochgestellte Damen vereinigt, um in einem Bazar eine Reihe selbstgearbeiteter Gegenstände auszustellen und für denselben Zweck zum Verkaufe zu bringen; endlich soll der schöne Gedanke zur Ausführung kommen,

im hiesigen Theater einige Vorstellungen zu geben, bei welchen Herren und Damen aus des eingewanderten hiesigen Cirkeln als Dilettanten auftraten; diese Vorstellungen dürften nicht anders als das höchste Interesse hervorrufen und zur Milderung der Noth der armen Juden ein Wesentliches beitragen. (K. Z.)

Frankfurt, 26. Dez. Wie wir vernehmen, ist gestern an den Fürsten von Thurn und Taxis von München aus die Weisung ergangen, denjenigen Theil der k. bayerischen Truppen, welcher unter den jetzigen Umständen behufs der Bundesexecution überflüssig erscheint, sofort aus Kurhessen zurückzuziehen. Dieser Befehl dürfte heute schon den Anfang seines Vollzuges finden.

(K. Z.)

Kassel, 26. Dez. Heute um 1 Uhr rückten die Kurfürst-Husaren, das kurhessische Leibgarde-Regiment und 6 Kanonen zum Frankfurter Thore herein. Sie wurden vom Fürsten von Taxis an der Spitze zahlreicher österreichischer und bayerischer Offiziere zu Pferde empfangen, imgleichen von mehreren preußischen Offizieren, sowie von den Musikchören sämmtlicher drei Truppentheile. Die Hessen stellten sich auf dem Friedrichsplatze auf und ein Theil der Leibgarde lotste sofort die preußischen Wachen ab. Erst nachdem dieses geschehen, wurden die Letztern unter Jubel in's kurfürstliche Residenzschloß gebracht, worauf die Truppen ihre Kasernen bezogen. Oesterreicher und Bayern ihnn nach wie vor Wachdienst. Man sagt, daß das Bataillon Preußen, sowie auch ein Bataillon Bayern Kassel in Kürze verlassen werden. — Zwischen dem Ministerium und dem hiesigen Ober-Appellations-Gericht sollen seine Differenzen mehr bestehen. — Bemerkt muß noch werden, daß die Leibgarde von einem Theile des Volkes mit Zujauchzen begrüßt wurde.

Bergen, 27. Dez. Das zweite kurhessische Husarenregiment, welches bisher in Bergen, Seckbach und Preungesheim lag, rückt morgen ab nach Fritzlar.

△ **Aus Baden**, 25. Dez. Aus sehr gut unterrichteter Quelle hat man uns versichert, Ihre kgl. Hoh. die Frau Großherzogin von Baden habe unlängst den berühmten Geschichtschreiber Schlosser in Heidelberg zu sich rufen lassen, um mit ihr über die Zustände der Gegenwart zu berathen. Geh.-Rath Schlosser soll der Fürstin unter anderm gesagt haben: „Kgl. Hoheit, glauben Sie mir, einem im Geschichtswesen ergrauten Manne: die gegenwärtigen Zustände können nicht mehr lange dauern, sondern müssen ein baldiges Ende nehmen." Die Großherzogin soll Hrn. Schlosser aufs Freundschaftlichste verabschiedet und ihn zu wiederholten Besuchen eingeladen haben. — Die Universität Freiburg erfreut sich in diesem Semester wieder eines ziemlich zahlreichen Besuches.

△ **Aus Baden**, 26. Dez. Was leider über die Besetzung der Festung Rastatt verlautete, waren bloße Gerüchte. Nunmehr haben wir aber aus sicherster Quelle in Erfahrung gebracht, daß die Besatzungsfrage dahin geregelt ist, daß Rastatt von 2500 Mann Badenser und Oesterreicher besetzt wird. Die betreffende Uebereinkunft ist bereits abgeschlossen.

Stuttgart, 26. Dez. Dieser Tage wurde der stellvertretende Vorstand der von der Regierung niedergesetzten Beaufsichtigungscommission der Staatsschuldenzahlungs-Kasse, Ober-Regierungsrath v. Sautter, über Verstand, Oral Rechtens, ist gegenwärtig in Urlaub, vom Ministerium beauftragt, worauf derselbe den Mitgliedern der Commission den Eid abnahm.

Darmstadt, 27. Dez. Die heute erscheinende Nummer des Regierungsblatts enthält das allerhöchste Edikt, die Einberufung der Abgeordneten zu dem außerordentlichen Landtag auf den 15. Januar 1851 betreffend. —

Dresden, 24. Dez. Wie man vernimmt, werden unmittelbar nach dem Weihnachtsfeste die eigentlichen Geschäftssitzungen der Ministerialconferenzen beginnen. Sie werden in dem langen, symmetrisch dekorirten Saale des linken, nach dem Neumarkte hin gerichteten Flügels des Brühlschen Palais gehalten werden, wo zu dem Ende eine an beiden Enden abgerundete lange Tafel aufgestellt ist, um welche circa 40 Sessel stehen und die mit dem nöthigen Schreibmaterial rc. ausgestattet ist. Der Eingang dazu ist durch das große Entree des Palais, durch die Garderobe und den Sitzungssaal, ein kleinerer Salon sich befindet. In den rechts nach der Brücke hin gelegenen Flügel des Palais sind die für die Kanzlei und deren Vorstand bestimmten Zimmer eingerichtet. — Bei den hier garnisonirenden Truppen haben gestern die Beurlaubungen begonnen. Dieselben erstrecken sich bis jetzt nur auf die Infanterie, bei welcher, wie wir vernehmen, der Stand der gegenwärtig 1900 Mann starken Bataillone auf 300 Köpfe reduzirt werden soll, so daß inclusive der Offiziere und Unteroffiziere die Compagnie von 270 auf 75 Mann gebracht wird. Bei der Artillerie und Reiterei werden nach Verhältniß der am 27. d. M. beginnenden Verkleinerung abzuschaffenden Pferde in ähnlichem Maßstabe die Beurlaubungen eintreten. Diejenigen Abtheilungen der hier concentrirt gewesenen Truppen, welche in ihre früheren Garnisonen zurückkehren sollen, werden heute und morgen abmarschiren und bis zum 27. M. sämmtlich in den ihnen angewiesenen Orten eingetroffen sein, wo alsdann ebenfalls sofort die Beurlaubungen eintreten haben. Bis zum 31. Dez. dürfte somit die Demobilisirung der Armee als vollendet angesehen werden können. (Dr. Z.)

Dresden, 24. Dez. Vertrauliche Berathungen zwischen den Fürsten Schwarzenberg und dem Minister v. Manteuffel finden täglich, oft zweimal und mehre Stunden dauernd, im Prinzenpalais statt. Zu denselben werden auch der Baron v. Prokesch und der Graf v. Atzensleben zugezogen. Gegenstand der Berathung bildet eine gemeinsame Vorlage für die Conferenzberathungen der Regierungen. — Nur die Bevollmächtigten der Königreiche und die der sächs. Herzogthümer waren gestern zum Diner des Königs geladen und erschienen. (T. C. B.)

Das „Const. Blatt a. Böhm." berichtet: Es sind kurzsichtige Leute, welche glauben, Oesterreich festzustehen gesonnen ist: 1) in der Aufrechthaltung des Bundestags und der territorialen und politischen Rechte der einzelnen Staaten. 2) Eine Nationalrepräsentation beim Bundestag mit dazu nothwendigen Veränderungen in dem Repräsentativsystem der einzelnen deutschen Länder, und 3) der allgemeine große Zollverein. Dieser letzte Punkt schreint unserm Cabinet der wichtigste. Daß die einzelnen, besonders die südlichen Staaten, nichts dagegen haben, hat sich schon in den Kasseler Conferenzen bewiesen. Die Stimmeneinheit war damals immer die einzige Ursache, daß diese Conferenzen gescheitert sind. Doch reifen sind die Unterhandlungen auf diesem Wege soweit vorgeschritten, daß man jetzt auf das definitive Resultat rechnen kann, und dies um so mehr, da daselbe nicht ohne Einfluß auf den politischen Bestand Oesterreichs sein dürfte.

Olmütz, 19. Dez. Gestern sind hier die Akten rücksichtlich der Wiener Bank der Angeklagten sowie drei Studierende von 14 bis 16 Jahren, beschuldigt neun Bierteile von Eingangbanknoten, wie sie seit zwei Jahren kursiren, verfertigt und ausgegeben zu haben. Die jungen Leute gestanden ihre Schuld theils selbst ein, theils resultirte sie aus den Verhöre und der Darstellung der Sachverständigen. Die Geschworenen sprachen hierauf über die gestellten Fragen, ob die Angeklagten Sch. und N. des angeführten Verbrechens des gemeinschaftlich gemachten Versuches der Nachahmung der Vierteilen schuldig seien, und ob der Angeklagte D. schuldig sei, wissentlich dieselben ausgegeben zu haben, ihr „Nichtschuldig" aus! — Dieser, in der That sehr auffallende, Spruch der Olmützer Geschworenen veranlaßte einen Korrespondenten der „Brünner Zeitung" zu nachstehenden beherzigenswerthen Betrachtungen: „Die oberste Staatsgewalt hat im Vertrauen auf den im Menschen innewohnenden Rechtssinn dem Staatsvolker das höchste Recht verliehen, über Straffälligkeit oder Nichtschuld seiner Mitbürger selbst zu urtheilen. Sie hat dadurch die Mündigkeit des Volkes ausgesprochen, und wir müssen daher, an diesem Gedanken festhaltend, den Ausspruch unserer Geschwornen als einen echten Volksspruch (vorum dictum) und der innersten Ueberzeugung hervorgegangen unbedingt anerkennen, wenn wir gleich nach unserer geringeren Einsicht nicht begreifen, wie wir uns das, was die Angeklagten selbst als geschehen eingestanden, und die Zeugen als geschehen bekhworen haben, dennoch als nicht geschehen denken sollen. „Es ist aber eine traurige Erfahrung und das Gefühl der Rechtssicherheit im Volke auf das tiefste verletzend, wenn sich vielleicht die Idee in ihm entwickeln sollte, daß neue Justitut des Schwurgerichtes könne sich die ihm gegebene Geltung nicht auszeugen, daß es etwa arbiträr nach Belieben des Gefühles, also eben so gut nach Ab- als Zuneigung, seine Mission begreife, und auf diese Art das Recht der Strafverschärfung, das sich nicht einmal die oberste Richtergewalt vorbehält, oder das auf der Majestät einzig und allein zustehende Prärogativ der Begnadigung fur sich zu vindiciren berechtigt sei."

Wien, 20. Dez. Der Postverein, den Oesterreich am 3. Juli 1849 mit Modena und Parma abgeschlossen hat, und dem Toskana am 5. u. M. beigetreten ist, soll am 5. März 1851 in Kraft treten, und wird auch den Staaten des deutschen Postvereins zu gute kommen, indem Oesterreich so liberal ist, deutsche Briefe nach dem italienischen Postverein ebenso zu befördern, als ginnen sie in den deutschen Postverein.

Wien, 23. Dez. Der „Oesterr. Corr." schreibt über die Dresdner Conferenzen: Der Bundestag besteht als etwas Faktisches und Rechtliches, und er wird bestehen, bis ebenfalls etwas Faktisches u. Rechtliches, vielleicht sogar mit seiner Guthheißung, an seine Stelle tritt. Der Bundestag wurde nicht als etwas Bleibendes wieder eingesetzt; er sollte der Ausgangspunkt, die Bundesakte sollte die Grundlage für das neue sein. Das Neue aber ist noch nicht vorhanden, die Ergebnisse von Dresden und von Dresden ändern nur sie noch den Rechtsspruch der Bundesversammlung nicht, und es ist ganz falsch, in den „Dresdner Conferenzen" bereits die höchste Autorität Deutschlands erblicken zu wollen. — Daß diese Ansicht der österreichischen Regierung nicht im entferntesten in dem Sinn gefommen ist, ersehen wir aus der Mehrzahl eines sehr wohlunterrichteten Organs, welche ausdrücklich bemerkt, daß die Punktationen von Olmütz Seitens der österreichischen Regierung dem Bundestag zur Genehmigung vorgelegt worden, daß auch die Einladungen zur Dresdner Konferenz erst nach vorhergegangener Billigung des Bundestags erfolgten, daß somit auch diese Sein der in Frankfurt vertretenen Regierungen alle und jede ihren als Bundesglieder zuſtehenden Rechte und Pflichten unter allen Umständen gewahrt werden dürften. — Der Bundestag ist wieder vertagt, nach durch Dresden überflüssig gemacht; er besteht und wird bestehen, bis die Einigung kommen ist, wo er sich selbst auflosen wird.

Wien, 23. Dez. Am 21. d. wurde die erste Probefahrt mit der Locomotive „Klattau" von Auffig bis zum Bodenbacher Stationsplatze anstandlos zurückgelegt. Bodenbach ist die Station gegenüber von Tetschen an der Elbe, wo die sächsischen und österreichischen Züge wechseln werden.

J Wien, 23. Dez. Mehrere Abänderungen in der Einrichtung des Reichsgesetzblattes und in Bezug auf den Anfangspunkt der durch dasselbe laufgenommenen Gesetze und Verordnungen sind in Aussicht. Wie wir unverlässig vernehmen, wurde blos der laufende Jahrgang 70 Millionen Quartbogen in Anspruch nehmen. Dadurch hiebuch die Kosten außerordentlich erhöht, und die Versendung dieses in 10 Kronlandsprachen zu verschiedenen Bestimmungen: „Die oberste Staatsgewalt hat Blattes bedeutend erschwert werden würden, ist

angenscheinlich. Aus diesen Gründen hört die Verpflichtung der Gemeinden des Reichs zur Haltung des Reichsgesetzblattes vom 1. Jan. 1851 auf. — Noch immer ist die telegraphische Verbindung zwischen Ludwig und Gratz unterbrochen.

Der „Oesterr. Reichszig." wird geschrieben: Die Beziehungen zwischen Oesterreich und England scheinen nicht die allerfreundlichsten zu sein, wenn wir sie nach der Haltung der Palmerston'schen Blätter beurtheilen sollen. Auch die unziemlichen und ungeschlachten Aeußerungen des „Nationak" über Oesterreich werden hier englischem Einfluß zugeschrieben. Dazu melden Briefe, daß die Verbindung der hochkirchlichen Geistlichkeit mit dem italienischen Wühlern außer Zweifel stehe. — In Rom ist nämlich ein demokratischer Verein in nächtlicher Sitzung auf frischer That ertappt worden, und aus den in Beschlag genommenen Papieren geht unter anderm auch hervor, daß nicht nur Mazzini von der englischen Geistlichkeit und ihren Anhängern mit großen Summen unterstützt wird, sondern, daß man in England auch eine vorwiegende Neigung zeigt, einen Aufstand in Italien mit Rath und That zu unterstützen. — Ein Deutscher, Namens Karl S*** ist (ebenfalls zu Rom) verhaftet worden. Man fand ihn im Besitze von 26,000 Thalern falschen Papiergeldes.

Schweiz.

** Aus der Schweiz, 25. Dez. Der historische Verein der fünf Orte hat von dem französischen Minister des öffentlichen Unterrichts, durch die Vermittelung des französischen Geschäftsträgers, Hrn. von Reinhardt, eine kostbare Sammlung von Illustrationen aus dem Gebiete der Geschichte und des Alterthums, besonders des Mittelalters zum Geschenke erhalten.

** Aus der Schweiz, 26. Dez. In Bern zirkulirt eine Petition um Ausweisung aller Fremden aus dem Canton und Beschränkung der Preßfreiheit. — In Genf ist vom Staatsrath beschlossen worden, daß kein fremder Militär in der Uniform im Canton erscheinen dürfe.

Frankreich.

Paris, 23. Dez. In einigen Tagen wird in Frankreich ein Gesandter des Kaisers von Sana erwartet. Er überbringt Geschenke für Louis Napoleon und die Königin von England. Das Reich der Kaisiten liegt in dem arabischen Yemen. Dieser Fürst hat mit Frankreich, England und mehreren Nationen Europas Handelsverträge abgeschlossen. — Man spricht jetzt viel von einem Zerwürfniß in der Familie Orleans. Auf der einen Seite stehen die Herzogin von Orleans und der Prinz von Joinville, welche die Successionsrechte des Grafen von Paris nicht aufgeben wollen, auf der andern Seite der Herzog von Nemours, der dem Grafen von Chambord sich unterwerfen will. Man geht selbst so weit, eine Reise des Herzogs von Nemours zu dem Grafen von Chambord für bevorstehend zu halten. — Nach Briefen aus Algier war dort die Cholera mit großer Heftigkeit ausgebrochen.

Paris, 25. Dez. Der Finanzminister hat für den Verkauf von 2 Mill. Franken Renten nun den 31. Dezember, Mittags 12 Uhr, angesetzt. — Die Abreise Lord Normanbys scheint in den ersten Tagen des künftigen Jahrs erfolgen zu sollen. Bekanntlich ist er zum Statthalter von Ostindien ernannt. — Gestern hatte General Changarnier eine lange Conferenz mit dem Präsidenten der Republik. — Die Nachricht, die Regierung wolle im ersten Halbjahr 1851 alle Gemeinde-, Bezirks- und Departementsräthe nach dem neuen Wahlgesetz erneuern, bestätigt sich.

England.

London, 17. Dez. Der Bischof von St. David, welcher, wie der von Exeter, die von den englischen Prälaten unterzeichnete Adresse an die Königin gegen die Einführung der romisch-katholischen Hierarchie nicht mit unterzeichnet hatte, hat den Brief veröffentlicht, den er an den Erzbischof von Canterbury schrieb, um demselben die Gründe seiner Nichtbetheiligung mitzutheilen. Der Bischof erklärt in jenem Schreiben, daß das Gesetz aus den Zeiten der Königin Elisabeth, welches seine Amtsbrüder durch die päpstliche Bulle für verletzt halten — was ihm jedoch zweifelhaft erscheint — durch die Emancipationsakte faktisch aufgehoben worden sei. Diejenigen, welche auf jenes Gesetz der Königin Elisabeth sich beziehen, fordern nach seiner Meinung dadurch zugleich die Aufhebung der Emancipationsakte — eine Maßregel, die der Bischof nie empfehlen wird.

Italien.

Rom, 14. Dez. Die Mazzinisten treiben noch immer ihr geheimes Wesen in den rom. Staaten und hirten Alles auf, um hierin und indirekt auf die Stimmung der Bewohner ungünstig zu wirken. Man weiß, daß Mazzini von unseren Verhältnissen stets genau unterrichtet ist, und eben erfahre ich, daß einer seiner fleißigsten Correspondenten in Cometano, in der Nähe von Ancona, verhaftet worden ist. Die Polizei beschäftigt sich jetzt thätiger, um der vielen Mißbräuche habhaft zu werden, welche der Partei des Umsturzes alle Mittel darbieten. So werden jetzt z. B. viele Hausuntersuchungen vorgenommen, welche bereits zu vielen Resultaten geführt haben. Im Hause eines gewissen Del Monte, welcher vom h. Vater amnestirt wurde, fand man 1500 Exemplare der Bibel und 2484 — man hundert Exemplare des berüchtigten Werkes von Balocchi, welches so viel zur Sittenverderbniß beigetragen hat. Dem Buchhändler Del Monte gelang es zu entfliehen. Die Bibel des Diodati wurde hier unter den Auspicien des Mazzini'schen Triumphirats gedruckt. Die Raubanfälle sind in unsern Provinzen noch immer an der Tagesordnung.

Florenz, 18. Dez. In Folge unanständigen Benehmens der Studenten der Universität Siena während einer Kirchenpredigt wurde auf des Großherzogs Befehl die Universität gesperrt, bis die Unordnungs-Urheber entdeckt werden.

⊙ Aus Italien, 24. Dez. In Bologna ist die Aufführung des Schauspiels „Clenore" verboten worden, weil dasselbe in Preußen spielt.

Neuestes.

München, 25. Dez. Der nur zu lange verzögerte Bau der Eisenbahn von Bamberg nach Frankfurt wird nun so viel als möglich beschleunigt werden. Die technischen Vorarbeiten sind vollendet, die Grunderwerbungen größtentheils vollzogen, und sobald es die Witterung erlaubt, werden die Erd- und Maurerarbeiten begonnen, die bereits an verschiedenen Stellen in Akkord gegeben werden. (R. Z.)

München, 26. Dez. Im Kriegsministerium ist die Bildung von zwei neuen Jägerbataillonen beschlossen worden, so daß unsere Armee künftig sechs solche Bataillone besitzen wird.

Kiel, 22. Dez. Gestern Abend 8 Uhr hielt die Landesversammlung noch eine zweite geheime Sitzung und nach Beendigung derselben beschloß die Versammlung, sich des Festes wegen bis zum 3. Januar 1851, Mittags 12 Uhr, zu vertagen. (H. C.)

T. D. 1) Kassel, 25. Dez. Die Bayern sind theilweise wieder abgezogen.

2) Kassel, 27. Dez. Se. königl. Hoheit der Kurfürst ist so eben hier eingetroffen. Sämmtliche hier anwesende k. k. österreichische, preußische königl. bayerischen und kurfürstlich hessische Truppen waren in großer Parade aufgestellt und defilirten vor dem Kurfürsten. Die beiden Herren Commissarien, alle Behörden und die Offiziere der vorbeimarschirten Truppenabtheilungen wurden von Sr. königlichen Hoheit empfangen. (C. D.-P.-Z.)

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Kahr.

Bekanntmachungen.

Am Samstag den 7. l. M. übernahm unter beträglichem Vorgeben bei der Glockengießerswitwe Jäger nächst der Fleischbank dahier eine 18—20jährige kleine Frauensperson mit dunkeln Haaren, proportionirter Nase, solchem Munde, rundem Kinne, vollen gefärbten Wangen, damals ohne Kopfbedeckung mit modefarbig quadrillirtem hellfarbigem Burnus bekleidet, 2 messingene Hahnen zu 2 südrigen Weinfassern geeignet, im angegebenen Werthe von 9 fl. 30 kr. was zu deren Entdeckung wie auch der Betrügerin hiemit veröffentlicht wird.

Würzburg, 27. Dez. 1850.

Der stellvertretende Untersuchungsrichter am k. Kreis- u. Stadtgerichte dahier.

Pelletier.

Die Oekonomie-Commission des 1. k. k. Artillerie-Reg. (vac. Zoller) verkäufert am 4., 8., 11. und 15. Januar künft. Jahres jedesmal Vormittags 9 Uhr in Versteigerungswege noch nicht gebrauchte und gut erhaltene Ordonanz-Halbstiefel und Bundschuhe an die Meistbietenden gegen sogleich baare Bezahlung und ladet hiezu allenfallsige Kaufslustheber ein.

Würzburg den 28. Dezember 1850.

Todesanzeige.

Am 19. d. Mts. starb dahier versehen mit den h. Sterbsakramenten 78¾ Jahr alt

der hochwürdige Herr

P. Gregor Gundermann,

Conventual des aufgelösten Cisterzienser-Stiftes Ebrach, auch Jubilar.

Diese Trauerkunde widmet man entfernten Freunden und Bekannten des Verblichen, und empfiehlt denselben ihrem frommen Andenken.

Burgwindheim, 22. Dez. 1850.

Die Verwandten.

Theater-Anzeige.

Sonntag den 29. Dez. 1850.

Pfefferröseli,

oder:

Die Frankfurter Messe im Jahre 1497.

Großes romantisches Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Gestorben:

Joh. Fries von Hedingsfeld. — Heinrich Degen, Gärtner, 67 J. — Margar. Werrlein, Hofhausknechtswitwe, 83 J. — Margar. Hourtique aus Wiesbaden, 4. M. — Barbara Winkler, Pfründnerin, 98 J.

Für die arme Familie sind bei der Exped. der „Bayer. Presse" eingegangen: Uebertrag 70 fl. 27 kr.; von M. A. 48 kr.; „Maria, hilf!" 30 kr.; von P. J. in O. 2 fl. Summa 73 fl. 45 kr.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Hiezu das Ergänzungsblatt Nr. 104.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Quartaljährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schreshofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 311. Würzburg, Montag den 30. Dezember. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

München, 27. Dez. Se. Maj. der König haben durch allerhöchste Entschließung vom 18. d. M. nachfolgende Versetzungen, Ernennungen und Beförderungen allergnädigst zu genehmigen geruht:

Versetzt werden: Die Bataillonsärzte Dr. Xaver Renk vom 9. Inf.-Reg. var. Herzog Wilhelm zur 1. Sanitätskompagnie. Dr. Ludwig Rabus vom 1. Chev.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg zur 2. Sanitätskompagnie. Der Unterarzt Dr. Lorenz Tuschek vom Kadettenkorps zum Inf.-Leib-Reg.

Ernannt werden: Zu Unterärzten II. Klasse die Doktoren der Medezin: Ludwig Reichele aus Kempten, bei der Kommandantschaft Germersheim; Robert Schwerdtfeger aus Memmingen bei der Kommandantschaft Landau; Joseph Payr aus Tüting, Landgerichts Grebing, bei der Kommandantschaft Ingolstadt; Elias Mayer aus Würzburg, bei der Kommandantschaft Nürnberg; Eduard Braisch aus München, bei der Kommandantschaft München; Wilhelm Merkel, Spital im 9. Inf.-Reg. Wrede, aus Zeitlitzheim, Dist. Volach, bei der Kommandantschaft Würzburg.

Befördert werden: Zu Stabsärzten: Der Regimentsarzt 1. Klasse Dr. Anton Vogel vom 7. Inf.-Reg. Karl Theodor Pappenheim, beim 1. Armeekorps-Kommando München. Die Regimentsärzte 2. Klasse Dr. Friedrich Sommer vom 6. Chev.-Reg. Herzog von Leuchtenberg beim 2. Armeekorps-Kommando Würzburg; Dr. Alois Wurm vom Inf.-Leibreg. beim 1. Armeekorps-Kommando München; Dr. Joseph Mahlmeister vom 12. Inf.-Reg. König Otto von Griechenland, beim 2. Armeekorps-Kommando Würzburg. Zu Regimentsärzten 1. Klasse: die Bataillonsärzte 2. Klasse: Dr. Maximilian Ellerdorfer im 2. Inf.-Reg. Kronprinz; Dr. Matthäus Hauer, im 3. Inf.-Reg. Prinz Karl; Dr. Theodor Dompierre im 9. Inf.-Reg. Wrede; Dr. Friedrich Hehm im 1. Kürassier-Reg. Prinz Karl; Dr. Karl Voritz im 1. Art.-Reg. Prinz Luitpold. Zu Regimentsärzten 2. Klasse: die Bataillonsärzte: Dr. Ferdinand Bachmann vom 1. Chev.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg im 2. Chev.-Reg. Taxis; Dr. Franz Volk im 2. Kürass.-Reg. Prinz Adalbert; Dr. Leopold Baurdel, im 1. Inf.-Reg. König; Dr. Moriz Feldheim, vom 3. Jägerbataillon im 12. Inf.-Reg. König Otto von Griechenland; Dr. Alexander Prucker, vom 2. Jägerbataillon im Inf.-Leibreg.; Dr. Nepomuk Zech, vom 4. Chev.-Reg. König im 6. Chev.-Reg. Herzog von Leuchtenberg; Dr. Friedrich Schallhammer, vom 10. Inf.-Reg. Albert Pappenheim, im 7. Inf.-Reg. Karl Pappenheim; Dr. Moriz Oberbauer, vom 3. Inf.-Reg. Prinz Karl, im 2. Art.-Reg. var. Zoller. Zu Bataillonsärzten: Die Unterärzte 1. Klasse: Dr. Karl Steyrer, vom 6. Chev.-Reg. Herzog von Leuchtenberg, im 1. Chev.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg; Dr. Gustav Kropf im 3. Jägerbataillon; Dr. Karl Ritter v. Strandner, vom 2. Inf.-Reg. Kronprinz, im 4. Chev.-Reg. König; Dr. Karl Stägmeyer, im 1. Inf.-Reg. König; Dr. Bernh. Kisinger, im 1. Inf.-Reg. König; Dr. Mathias Altmann, bei der Kommandantschaft des Invalidenhauses; Dr. Johann Hirschinger, im 3. Art.-Reg. komgun; Dr. Anton Bauer, im 6. Inf.-Reg. var. Herzog Wilhelm; Dr. Nepomuk Weber, im 14. Inf.-Reg. Jandt; Dr. Heinrich Seiz, im 3. Inf.-Reg. Prinz Karl; Dr. Stephan Guttenhöfer, im 2. Jägerbat.; Dr. Otto Deppisch, vom 14. Inf.-Reg. Jandt, im 10. Inf.-Reg. Albert Pappenheim; Dr. Emil Friedrich, im 8. Inf.-Reg. Seckendorff; Dr. Emil Baumüller, vom 5. Chev.-Reg. Leiningen, im 2. Kürass.-Reg. Prinz Adalbert; Dr. Rudolph Lahr im 3. Art.-Reg. komigin; Dr. August Hannwerker, im 15. Inf.-Reg. Prinz Johann v. Sachsen; Dr. Eduard Hildenbrand, im 9. Infanterie-Reg. Wrede; Dr. Raimund Wiberth, im 13. Inf.-Reg. Oertling; Dr. Franz Schmeiser, im 7. Inf.-Reg. Karl Pappenheim; Dr. Anton Romp, vom 9. Inf.-Reg. Wrede, im 2. Art.-Reg. Zoller; Dr. Maximilian Bablinger, im Genie-Reg.; Dr. Emil Glocker, im 3. Inf.-Reg. Prinz Karl; Dr. Bapthist Pfeffer, vom 2. Art.-Reg. var. Zoller, im 6. Inf.-Reg. var. Herzog Wilhelm; Dr. Karl Spitzer im 5. Inf.-Reg. Großherzog von Hessen; Dr. Joseph Rogg, im 4. Jägerbataillon; Dr. Benedikt Schipper, vom Genie-Reg. im 15. Inf.-Reg. Prinz Johann von Sachsen; Dr. Johann Fahrenholz, vom 2. Jägerbat. im 1. Chev.-Reg. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg. Zu Unterärzten 1. Klasse: die Unterärzte II. Klasse: Dr. Maximilian Schlosser, von der Kommandantschaft München im Kadettenkorps; Dr. Julius Stein, von der Kommandantschaft im 9. Inf.-Reg. Wrede, Dr. Joseph Rudenbauer, von der Kommandantschaft München im 1. Inf.-Reg. König; Dr. August Gck, von der Kommandantschaft Ingolstadt im 2. Jägerbat.; Dr. Ludwig Lauterbacher, von der Kommandantschaft Landau im Genie-Reg.; Dr. Gustav Oberlein, von der Kommandantschaft Landau im 3. Inf.-Reg. Prinz Karl; Dr. August Eckart, von der Kommandantschaft Augsburg im 14. Inf.-Reg. Jandt; Dr. August Dasch, von der Kommandantschaft München im 2. Inf.-Reg. Kronprinz; Dr. Franz Martin von der Kommandantschaft Nürnberg im 5. Chev.-Reg. Leiningen; Dr. Franz Roth, von der Kommantschaft Würzburg im 6. Chev.-R. Herzog von Leuchtenberg. München, den 23. Dez. 1850. Auf Sr. kgl. Maj. allerhöchsten Befehl. Frhr. Lidel. — Durch den Minister der General-Sekretär grs. v. Gönner.

München, 28. Dez. Se. Maj. der König haben Sich unterm 27. Dez. allergnädigst bewogen gefunden, den dermaligen Regierungsfekretär II. Klasse bei der Regierung von Unterfranken u. Aschaffenburg, K. d. J., Eduard Schierlitz zum Ministerialsekretär im Staatsministerium des Innern zu befördern, und dem Vorstande und Kassier der Filialbank zu Würzburg, Aug. Wanz, in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienstleistungen den Titel eines II. Banquiers der f. Bank zu verleihen.

Thomas Carlyle über die moderne Demokratie.

„Man weiß, was Frankreich nach der Februarrevolution wurde. Bald wurde ganz Europa durch ähnliche nicht zu dampfende Ausbrüche erschüttert, gleich als ob der erste Schlag sich durch unterirdische Elektricität weiter mitheilte, und wir erlebten das Jahr 1848, eines der unheilvollsten, der wundersamsten und demüthigendsten, die Europa je geschaut. Seit der Völkerwanderung war Aehnliches nicht geschehen. Ueberall erhob sich die Demokratie unzählbar, mißgestaltet, brüllend ohne verständige Stimme, wie das Chaos — und was das Wunderſamſte war, die Fürsten beugten sich ihrem Geschrei, nicht Einer hielt Stand, seine Rechte zu wahren. Der öffentliche Redner auf der Tenne war Herrscher; vier Monate lang war Frankreich, und im gewissen Sinne ganz Europa, ein wirrer tumultuöser Laufe unter Worte des Herrn v. Lamartine im Hotel de Ville. Studenten, Literaten, Advokaten und Journalisten, glühende Enthusiasten ohne Einsparung, oder raunirte, wüthende Thoren erregten und entsetzten den Aufstand, stürzten sich auf die Unzufriedenheit der Massen und schrieen überall das Feuer an. — Nie, bis zu diesen Augenblicke, hatten so junge Leute eine solche Macht über die öffentlichen Angelegenheiten der Staaten ausgeübt; kein ehrendes Zeugniß für die Weisheit unserer Tage, und ein reicher Stoff zum Nachdenken über unsere Zeit. Das Schauspiel ist furchtbar wundersam. Die Bewegungen folgen sich rasch, und die Menge läßt jubelnden und lärmenden Führern ihren Willen. Erotische Hymnen in Prosa und Versen wiederholen, daß endlich der neue Tag höchster Glückseligkeit erschienen ist. Unsterbliches, ruhmwürdiges Volk! Erhabene französische Bürger! Heldenmüthige Barrikaden! Sieg der bürgerlichen und religiösen Freiheit! O gerechter Himmel! Das größte Elend der so hoch verspotteten ist gerade diese lärmende Fluth der Aberwitz, sind die Lobgesänge, welche ohne Ende von den Lippen der armen, thörichten Menschen erklingen. Euer altes, geborstenes, seit lange dem Verderben geweihtes Haus genügt endlich unseren Wünschen. Die Façade ist sich losgelöst, und ist zur Gerüstung, nur bis unsere neuen noch nicht das Ende der Sparren und alten Mörtel gestützt, werden sich, obschon fest gefügt, vielleicht nach in der Schwebe erhalten, die einige rosige Nagel und wurmstichige Balken weichen. Welchen Eindruck aber macht es, wenn man in solchem Augenblick von allen Mündern im vereinten Chore Licht und Lüftung, Freiheit und romantische Tage ihrer Wahnungen hören hört? Wenn man dort wie sie Gott loben, daß er ihnen endlich ein Haus nach ihrem Sinne gegeben habe" — Die Lage Europa's ist, wie dieser Ausspruch zeigt, ein Carlyle feineswegs verborgenes. Nach seiner Ueberzeugung haben unsere Revolutionen bis jetzt nur enthüllt, auf welch' unergründetem Vulkan, auf welch' feuergefahrlicher, fleto drohender Mine unsere jetzigen socialen Zustände ruhen. Nichtsgleichen sieht er überall, und als Beweis dafür gilt, daß die Demokratie zur Gewalt gelangte. Wer, so sagt er, beliebten oder regierten weiß, wurde drei Chodsale anerkennen. Seit sechzig Jahren, seit der großen oder ersten französischen Revolution, ist diese Wahrheit der Welt verannschaulicht worden. Botschaften über Botschaften haben es wiederholt bewiesen, bisweilen auf schreckhafte Weise,

und es wäre endlich einmal Zeit, daß die Welt den Entschluß faßte, es zu glauben. Was ist denn diese Demokratie, dieses colossale, unvermeidliche Ergebniß des Verhängnisses? Wohin führt sie? Was ist ihre Bedeutung? Sie muß eine solche haben, sonst wäre sie nicht da. Vermögen wir ihren wahren Sinn zu ergründen, so dürfen wir noch hoffen, zu leben, indem wir mit Weisheit nachgeben oder mit Klugheit Widerstand leisten und Schranken setzen. Messen wir ihr eine falsche oder gar keine Bedeutung bei, so wird jedes Urtheil nur unmöglich werden. — Sollte die Demokratie selbst uns aus dem Schlamme ziehen? „Sollte sie einmal zum Wahlen berufen, uns vielleicht von der Lüge zur Wahrheit und Glückseligkeit führen? Ich weiß, daß die Mehrzahl der Menschen die Dinge von diesem freundlichen Standpunkte aus betrachtet; ihnen gilt die Demokratie für eine Art Gouvernement. Das alte Parlamentswesen, seit ein paar Jahrhunderten in England mehr und mehr ausgebildet, gilt den Nationen von Neuem als Heilmittel für jedes Leid. Giebt uns ein Parlament, rufen sie, gebt uns allgemeines Stimmrecht, und das wird Ordnung herrschen, und das glückliche, tausendjährige Reich beginnen. Das ist ihr Standpunkt; der meinige ist ein völlig entgegengesetzter, und je ernster ich um mich schaue, um desto ängstlicher, niedriger und unbefriedigter werde mir der geistige Zustand, aus dem dieser Ruf hervorging. Das parlamentarische Heilmittel prüfen — sehen, bis zu welchem Grade ein Parlament geeignet sei, alle Volker, zu, nur das soll so lange daran gewohnte englische, zu regieren, ist eine beruhigende Frage, der alle Redlichdenkenden, alle guten Bürger sich zuwenden, welche es vermögen, durch Zeitgeschrei und betäubende Proklamationen hindurch, leise, geheimnißvolle Andeutungen und Gottes ewige Befehle zu vernehmen. Ist ein Parlament mit allgemeinem Stimmrechte oder einer anderen denkbaren Art des Stimmrechtes wirklich die gute Verfassung — dann rasch ans Werk und leine Ruhe, bis diese richtige Erfahrungsweise erfunden ist. „Ob Völker oder Einzelne, haben wir nur eine Pflicht zu erfüllen. Wollen wir auf der Erde glücklich sein, frieden genießen und mit Erfolg vorwärts schreiten, so müssen wir unser Thun mit unseren wahren Bestimmungen in Einklang bringen. Ob Volker oder Einzelne, diese Macht führt uns immer zum Siege, welches auch die leitende Hand sei, die uns zwingt, ihr zu gehorchen; sei es ein unumschränkter Beherrscher oder ein revolutionäres Parlament, eine weltliche oder geistige Macht, gleichviel, sie bringt uns dahin, dem großen Ordner des Weltalls zu gefallen, ist daher unser bester Freund, und wer das Gegentheil thut, unser schlimmster Feind; das wollen wir nie vergessen. Wie aber gelangen wir zur Erkenntniß des ewigen Willens in Rücksicht auf unser staatliches Haushalt? Man antwortet durch Zahlen der Köpfe. Jawohl, Welt und Menschen müssen sich seit einem halben Jahrhunderte sehr verändert haben, daß dahin kein Geist seit Adam nicht gehört, daß der Himmel sich so deutlich aussprechе, seine Geheimnisse lagen nicht so offen zu Tag, um jedem Vorübergehenden in die Augen zu springen; den Thoren, den Bosen und allen Niederen, Hinterstiligen verborg er sie und enthüllte sie nur zum Theile den Weisen und Edeldenkenden, die zu unserer Zeit nicht in der Mehrzahl sind.“ Carlyle erst hat diesen Ton angesprochen, das allgemeine Stimmrecht an, das für Frankreich insbesondere von höchster Bedeutung ist; es ist die Frage, welche über dessen Leben und Sterben entscheidet, da es ihr seine Zukunft anheimgegeben hat. Man beruft sich auf den gesunden Sinn der Massen; wer Das thut, der kennt die Wirklichkeit nicht, bewegt sich in einer idealen Welt. Die Menge folgt dem blinden Instinkte, ohne nur zu ahnen, daß man lernen müsse, um zu urtheilen. Uns, wie Carlyle, scheint der Blick in die Zukunft traurig, die Thatsachen müssen zeigen, was sie uns bringen kann u. wird. Jieden wir die Vergangenheit zu Rathe, so müssen wir erwarten, daß, wenn selbst der gute Sinn in der Majorität zur Geltung kommt, sie sich heftig für das Unmöglichе aussprechen werde. Von verschiedenen Systemen wird sie immer das zumeist locken, welches sie begreift. Die Demokratie ist ein System, unter dem Jeder, der es versteht, sich denkt, was er wünscht; sie ist nur gefährlich, weil sie das Schlagwort der Zeit ist; wäre dies vernichtet, so würde ein anderes auftauchen mit der Verkündigung: „Ihr sind unzufrieden, ich will euch zufrieden stellen“, und wer dies sagt, hat bei der Menge immer recht, heute wie morgen. Werden wir nicht zu Göttern, so wird die allgemeine Stimme das Bestehende angreifen, und wer den Beifall wieder die gebietende Macht aufzureizen sucht, wird immer Der sein, welcher nach einiger Zeit den Sinn der Massen in Bewegung bringt, einzig, weil das Vorhandene nie Das zu sein vermag, was man als möglich träumen kann.

Eine Stimme aus Fulda.

Eine gewisse Partei ist bemüht aller Orts die Ansicht zu verbreiten, als herrsche in Hessen allgemeiner Unwille gegen die Bundesexekutionstruppen; dem ist jedoch nicht so. Wohl herrscht Unwille, aber nicht gegen die Oesterreicher und Bayern, sondern gegen jene erbarmlichen Schmierleins, welche die unseligen Ereignisse heraufbeschworen, und sich für den Ausdruck der Bürgerschaft ausgeben, oder aus der Feder von Menschen fließen, deren größte Freude sein würde, wenn die ganze Welt zu Proletariern würde, damit doch endlich einmal die social-demokratische Republik und die Gemeinschaft der Güter verwirklicht werden könnte. Diese Seele von Volksbeglückern findet hier kein Publikum, denn das arme Volk und der Handwerker, welcher von der Hand zum Munde lebt, eine zahlreiche Familie ernähren und nach vollbrachtem Tagwerke sein armseliges Bett dem fremden Soldaten einräumen muß, um selbst auf dem Stroh oder unter dem Dache sich eine Schlafstatte zu suchen, ist der „passiven Widerstandes“ und der „Staatsdienerexcolation“ herzlich müde, zumal seitdem die baldgelehrten und hochweisen Oberappellationsräthe, diese Zierden der deutschen Juristenwelt, so fleißig sind und fugsam geworden sind, als die Bayern vor den Thoren Kassels lagen, und Oetker, der Tribun, von den Assisen wegen Verläumdung des Ministeriums in der „Neuhessischen Zeitung“ verurtheilt worden ist, was gewiß nicht geschehen wäre, hätten die Bajonnette — sanft sreisinnige Manner — nicht die bayerischen Feuerschlünde und Bajonette anrücken sehen. „Verrath im eigenen Herrlager!“ ruft jetzt der liberale Pöbel und Gotha's zahlreiche Jüngerschaar, das Volk aber, nicht das „Volk“ der radicalen Presse und der Turngemeinden, sondern der Bürger und Bauersmann ruft den Staatsdienern, welche die Freuden des „Potentiendienens“ gemacht haben, zu: „Ihr — — —

geht, das ist unerhört. Bis auf die Zeiten der Barbarei mußt zurückgegangen werden, um Analogien aufzufinden. Und schwerlich sind solche zu finden." Schamen sich die constitutionellen Männer in Preußen, deren Organ jenes Blatt ist, solcher Worte nicht, die in reinem Wahnsinn geschrieben zu sein scheinen?

Kassel, 27. Dez. Die Unordnungen von gestern Abend, die nicht erheblich waren und schnell vorübergingen, sich hoffentlich auch nicht erneuern werden, haben keine weiteren Folgen gehabt als die Verhaftung mehrer Theilnehmer zum Empfange Sr. königl. Hoh. versammelt waren. Das kurfürstl. Garderegiment bildete vom Königsplatze bis zum Friedrichsplatze durch die Königsstraße Spalier; die Kurfürst-Husaren begleiteten den Wagen des Kurfürsten. Als derselbe am Ende des Friedrichsplatzes erschien, gaben die Truppen dem Beifalls und Mißfallens aus dem Volkshaufen laut. Die k. k. österreichischen, k. preußischen und k. bayerischen Truppen waren auf dem Friedrichsplatze in Parade aufgestellt. Nach kurzer Zeit erschien Se. k. Hoh. der Kurfürst, umgeben von dem Bundescommissär, k. k. österreichischen Feldmarschallieutenant Grafen von Leiningen, dem k. preußischen Commissär, Generallieutenant v. Pencker, dem Commandirenden der Bundestruppen, dem k. bayerischen General der Cavallerie Fürsten von Thurn und Taxis, und einem zahlreichen, glänzendem Gefolge von Offizier, preuß. Jager, und Kurhess. Offizieren, von dem Palais, um der Truppen vorbeidefiliren zu lassen. Sie defilirten sodann der Mussikchöre, mit fliegenden Fahnen in ausgezeichneter Haltung erfolgte, voran das k. k. österr. 14. Jägerbataillon, dann das Bataillon vom kgl. preuß. 13. Inf.-Reg., ein kgl. bayer. Linienbataillon, eine Division k. bayer. Jager vom 3. Bat, die Kurfürst-Husaren, die Kurhess. Artillerie, die reitender Artillerie und das kurfürstl. Garde-Reg. Es machte einen freudigen Eindruck, diese verschiedenen deutschen Truppen wieder in brüderlicher Eintracht beisammen zu sehen, der Eindruck, der nur durch eine politische Demonstration des Pobels gestört wurde. Man ließ die Truppen ruhig vorüberziehen bis nach den Kurfürst-Husaren die Artillerie kam, welche man mit lautem Hurrah empfing, das sich noch verstärkte, als die Garde kam Die Straßenjungen und Volkshaufen begleiteten mit diesem sich stets wiederholenden Beifallsgeschrei die genannten Truppentheile, wie das preuß. Bataillon durch die Straßen der Stadt, eine Ovation, die den Truppen gewiß nicht willkommen sein wird. (F. D.-J.)

Fulda, 27. Dez. Von dem Frankfurter Unterstützungscomite für das schwer heimgesuchte Erdbeerland ist heute die erste Geldsendung hier angekommen. Im Kurhessen nicht neue Einquartierungslasten aufzubürden, soll, wie ich höre, das Corps des X.A.C. v. Degenfeld, welches schon in den nächsten Tagen nach Hessen aufbrechen wird, seinen Weg durch Thüringen nehmen. Der Bundesbeschluß, der Oesterreich mit der Exekution beauftragt, dürfte in aller Kürze gefaßt werden. (K. J.)

Hanau, 27. Dez. Zufolge Nachrichten aus Hünfeld findet die Reduktion der k. bayerischen Exekutionsarmee bereits heute im Fuldaischen in folgender Weise statt: Die in Fulda und Umgegend stehende vierte Division marschirt am 27. d. M. von dort ab und nach Bayern zurück. An derselben Tage verläßt dagegen die 7. Infanterie-Brigade, welche bisher in Hessen-Cassel, Hünfeld und die dortige Gegend, wo diese Truppen früher standen, und marschirt nach Fulda, wo sie den 27. und 28. verweilen, und weitere Ordre erwarten. Die ganze dritte Division, welche sich dermalen in und um Kassel befindet, bleibt dortselbst bis auf Weiteres. Zur Aushebung dieser Bestimmungen sind die den einzelnen Abtheilungen zugetheilt gewesenen Dienstpferde, sowie die Mannschaften des Fuhrwesens bereits vor einigen Tagen an die dritte Division in Kassel abgegeben worden. Auch die Feldgendarmerie bleibt nicht mehr ihren Brigaden, sondern ist sammtlich der genannten dritten Division zugetheilt und nach Kassel beordert worden. (K. J.)

Frankfurt, 26. Dez. Heute sind hier authentische Nachrichten über die ersten privaten Besprechungen in Dresden eingegangen. Ihres Inhaltes wegen habe sie höchst befriedigt. Alles, was gewisse Zeitungen von einem Dualismus, von einer Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen zum Nachtheile der übrigen deutschen Staaten reden, ist rein aus der Luft gegriffen. Bezeichnend sind die Worte des Fürsten Schwarzenberg: „Soll Deutschland Deutschland bleiben, dann darf es weder zwischen Oesterreich und Preußen getheilt, noch überhaupt österreichisch oder preußisch werden." — Diese deutsche Gesinnung des Fürsten erregte einen höchst befriedigenden Eindruck. Er gestellt offen alle frühern Fehler der öster. und aller übrigen deutschen Regierungen zu, und ist ganz durchdrungen von der großen Idee eines mitteleuropäischen Reiches, ähnlich wie es unter den Hohenstaufen und den ersten Habsburgern bestanden." (M. J.)

△ Aus Baden, 27. Dez. Seine Königl. Hoheit der Großherzog verweilte den 23. d. M. in Rastatt zur Besichtigung der dortigen Festungswerke. — Der badische Kammerabgeordnete Welcker hat eine Reise nach Italien angetreten. — Herr v. Savigny, dem gestürzten, das böse Fahne Vertreter von Preußen, verließ von seinem Posten zurückreten wollte, wird nun einstweilen wieder bleiben. Mehrere badische Flüchtlinge, welche wegen Theilnahme an der badischen Revolution steckbrieflich verfolgt waren, haben sich dieser Tage ihrer Verhaften gestellt. — Der bekannte badische Flüchtling Buhlerbacher Gruber von Stockach, der sich seit beinahe einem Jahre im Kanton Thurgau aufgehalten und laut einem Beschlusse des Bundesrathes nach dem Kanton Bern ausgewiesen wurde, ist unlangst vom Hofgerichte des Seekreises zu 8 Jahr Zuchthaus verurtheilt worden, derselbe befindet sich aber nicht mehr in der Schweiz, sondern hält sich mangelhaften in einem deutschen Staate auf.

Stuttgart, 27. Dez. Wie wir hören, schließt sich unsere Staatsregierung vollkommen an die von München aus in Dresden vertretene Forderung einer deutschen Volksvertretung an. Die Nachricht, als ob Bayern und Württemberg ein gemeinschaftliches Programm für die freien Conferenzen hätten, ist unrichtig; jede der beiden Regierungen wird selbstständig verfahren, wenn es gleich richtig ist, daß die Vorschläge beider Staaten in vielen wesentlichen Punkten mit einander harmoniren. (St. A. M.)

Schweiz.

** Aus der Schweiz, 27. Dez. In Chur sind vor einigen Tagen der neapolitanischen Hauptmann Fischer und Herr Grueser von Hof verhaftet worden, weil sie für das in Neapel neu zu errichtende Jägerbataillon geworben haben. Sie werden, weil dies Bataillon nicht kapitulirt ist, vor das Obergericht gestellt werden. — Wegen Betheiligung am Freiburger Putsch werden 9 Personen steckbrieflich verfolgt. — Die Berner Hochschulcommission hat sich zur Aufhebung derselben ausgesprochen.

Rußland.

Aus Petersburg wird gemeldet, daß die großartigsten Vorbereitungen, welche zu der Feier der fünfundzwanzigjährigen Thronbesteigung des Kaisers Nikolaus getroffen werden sollten, auf besonderen Befehl des Czaren eingestellt und die dazu bestimmt gewesenen Summen zu wohlthätigen Zwecken verwendet wurden.

Vermischte Nachrichten.

Das Borsenbl. für den deutschen Buchhandel bringt eine Zusammenstellung von Nachdrucksorten und Notizen für die deutschen Messeorten, welche im nächsten Jahre die Inhaber Industrie-Ausstellung besuchen wollen, deren wesentliche Mittheilung wohl meinen unserer Leser willkommen sein dürfte. Als die passendste sind am wenigsten kostspielige Zeit wird Juli, August und September angerathen, da alsdann die Eintrittspreise ermäßigt sein sollen. Der Bericht stellt die wöchentlichen Ausgaben für den Unterhalt in

after. Die Drähte des Telegraphen, in Gutta Percha eingebullt, wurden dabei so tief in Meer gesenkt werden, daß sie vor aller Beschädigung geschützt wären, und zwar müßte diese Grundlegung der Drähte mittelst 50 Segelschiffen von 1000, vier Dampfern von 1500 Tonnen und zwei anderen kleineren aber schnellsegelnden Dampfbooten bewerkstelligt werden. Der ganze Draht, von einem Ende bis zum anderen, würde ungefähr 8000 Tonnen schwer sein, und am Grunde des Meeres von 600 Anker festgehalten werden. Die ganze Arbeit der Grundlegung könnte in 20 Tagen vollendet sein.

In Wimpfen lebten zwei Brüder, Franz und Friedrich Lotthammer, Söhne eines Bürgers, in stetem Hader. Der erste, ein junger Mann von 25 Jahren, war eifersüchtig auf seinen jüngeren, 21 Jahre alten Bruder, weil er meinte, daß dieser von den Eltern ihm vorgezogen wurde. Im Dezember v. J. kam es zu einem heftigen Wortwechsel zwischen diesen „feindseligen Brüdern," der zur Thätlichkeiten führte. Von Leidenschaft übermannt, versetzte der ältere dem jüngeren mehrere Messerstiche. Ein Stich in den Rücken hatte nach neun Tagen den Tod zur Folge. Der Verwundete, fühlte im Blut gebadet, auf der Stelle, daß er tödlich getroffen sei; er reichte dem Bruder die Hand, verzieh ihm und wahnte ihn, sich zu retten. Vernichtet von solchem Edelmuth und verfolgt von Reue, ergriff der Schuldige sofort die Flucht. Vorgeladen, stellte er sich nicht, so daß am 23. Dez. d. J. das Contumacial-Verfahren eingeleitet wurde. Der Staats-Anwalt beantragte, den Angeklagten wegen Todtschlags in eine Zuchthausstrafe von zwölf Jahren zu verurtheilen. Der Gerichtshof erkannte auf dreizehn Jahre.

Neuestes.

Wien, 25. Dez. In den nächsten Tagen steht die Ernennung der Reichsräthe zu erwarten. sind bereits bekannt, wie die Grafen Kolowrat und Taaffe, Hr. v. Hardegg, Hr. v. Baumgartner und der Erzbischof von Wien, Hr. Milde. Auch die oft angekündigte Erhebung des Marschalls Radetzky in den Fürstenstand wird sich mit nächstem bewahrheiten. Die Beitage zu seinem Denkmal gehen zahlreich ein, darunter saft von sämmtlichen deutschen Monarchen. Das Denkmal soll hier das erste sein welches einem ssterr. Feldherrn, der nicht kaiserlichen Geblütes ist, gesetzt wird.

Berlin, 27. Dez. Morgen Mittag werden der Kaiserl. österr. Minister-präsident Fürst Schwarzenberg und unser Minister-präsident Herr von Manteuffel von Dresden hier eintreffen. Sr. Durchlaucht dem Fürsten Schwarzenberg wird dem Vernehmen nach eine Wohnung im königlichen Schlosse angewiesen werden.

T. D. t) Dresden, 27. Dez. Um 1 Uhr Nachmittags Conferenzsitzung, worin die Vollmachten geprüft, die Sessionen gebildet worden. Gestern versammelte sich der Vollmachtsausschuß unter dem Vorsitz des k. sächsischen Repräsentanten. Heute Abend werden sich Fürst Schwarzenberg und Frhr. v. Manteuffel nach Berlin begeben.

2) Dresden, 27. Dez. Graf Buol ist für Oesterreich, Hr. v. Bülow für Mecklenburg-Schwerin gestern eingetroffen. Ein Vollmächtigter für Oldenburg fehlt noch. In der heutigen Sitzung des Congresses wird Einigung über die Form der Berathung und über die Eintheilung der verschiedenen Gegenstände bejwerkt.

3) Dresden. Die Constituirung der hiesigen Ministerconferenzen ist noch nicht erfolgt. Die anwesenden Bevollmächtigten haben indeß einen Ausschuß gewählt, welcher den Grafen v. Abensleben zu seinen Präsidenten ernannt hat. Der k. k. österreichische Hof- und Ministerialrath, Baron von Thierry, wird das Protokoll führen.

Der katholische Verein Deutschlands

hat von Sr. Excellenz dem Hochw. Hrn. Erzbischof von Turin als Antwort auf die Adresse, welche er in seiner vierten Generalversammlung beschlossen und am 9. Nov. an denselben abgesendet hat folgendes Antwortschreiben erhalten, das an den Präsidenten der Generalversammlung, Hrn. v. Andlaw, gerichtet ist: „Hochwohlgeborner Herr! Die von der tiefsten Weisheit zeugende Eintheilung der Kirche bringt es mit sich, daß unter allen ihren Gliedern die schönste Uebereinstimmung herrscht, damit nicht eine Sonderung am Leibe sei, sondern vielmehr die Glieder derselbe Empfindung einander mittheilen. Daher, wenn ein Glied etwas zu leiden hat, leiden alle Glieder mit, und wenn ein Glied sich freut, freuen sich alle Glieder mit. Diese Wahrheit, die ich nicht blos aus den Aussprüchen des Glaubens, sondern durch langjährige Erfahrung kennen gelernt hatte, habe ich wieder aufs Neue bestätigt gesehen, als ich Ihr nicht nur höfliches und wohlwollendes, sondern die innigste Theilnahme und katholische Liebe athmendes Schreiben erhielt; so daß auf Sie ganz passend die Worte des heiligen Paulus angewendet werden können: „Ihr aber seid Christus Glieder von Einem Gliede." — Gewiß wurden Sie keine andere Gesinnung, kein anderes Benehmen an den Tag legen, wenn das, was so tief Ihrem Herzen eingeprägt ist, auch mit Wort und That bekannt werden müßte. Sie, hochgeehrte Herren, die in Mitten einer von der wahren Kirche Christi unglücklicher Weise losgetrennten Bevölkerung das Banner der katholischen Wahrheit aufgerichtet haben, und unter demselben die Schlachten des Herrn so wacker schlagen; also, daß Sie allen Gläubigen in Deutschland zum Vorbilde geworden sind, und daß die Kundgebung Ihres standhaften und hochherzigen Muthes der gemeinsamen Mutter, der Kirche, die so viele verblendete Söhne verstoßen und auf alle mögliche Art anfeindet, einen ungemein großen Trost gewähren.

— Was mich betrifft, so empfinde ich wohl den nicht unbegründeten Schmerz, daß ich der mir anvertrauten Heerde auf rohe Weise entrissen, und mit Gewalt und Waffen von dem heimathlichen Boden vertrieben wurde. Allein nicht geringen Trost gewährt es mir, wenn ich in mäßiger Stunde der Theilnahme, der so offen dargelegten Beweise der Liebe und Achtung gedenke, die ich von Seite so vieler Gläubigen, durch deren Gebiet ich wanderte, erfuhr. Meine Unpäßlichkeit haben vor Allem die Frommigkeit und Glaubenstreue der Lyoner vollends hinweg genommen, die mit vollem Rechte in der ganzen Welt hoch gepriesen, noch glänzender sich nun zeigen, seitdem sie ihre berühmte Stadt nun betreten habe. Endlich finde ich auch in der Erinnerung dessen Erleichterung, was Sie mir eben so aufmerksam als liebevoll geschrieben haben, indem Sie die Wunde meines Herzens mit dem Oele Ihrer Mitgefühles zu pflegen sich bemühten. — Uebrigens meinen wärmsten Dank aussprechend, wünsche ich Ihnen alles Gute; um unsere ich angelegentlich bitte, mir mit Ihren Gebeten zu Hilfe zu kommen, wenne ich mich + Aloysius, Erzbischof von Turin. Lyon, den 29. Nov. 1850."

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger: Franz v. Bader.

Mittelpreise hiesiger Schranne vom 7. Dezbr.
Weizen 12 fl. 36 kr. Korn 9 fl. 44 kr.
Gerste 9 fl. 41 kr. Haber 5 fl. 6 kr.

Frankfurter Cours.

Den 29. Dez. 1850.

	Geld.	Papier.
Oesterreich. Bankaktien	1042	1045
" 5% Metalliqu.	73	73½
" 4% "	56⅝	57⅛
" 3% "	43⅞	43⅞
" 2½% "	35⅝	39 —
" 4½% Eisenbahn	68	—
" 4% "	61	—
" 250 Loose v. J. 1839	151	151½
" 500 " 1834	66	—
Preußen 3½% St. Schuld-Scheine	83⅞	83⅝
" 4% 50 Prämien-Scheine	115	—
Bayern 3½% Obligationen	82	88½
" 4% "	97½	98
" 5% "	100⅛	100⅝
Württemberg 3½% "	81⅛	81½
" 4% "	96⅝	97½
Baden " 3½% "	79	79½
" fl. 35 Loose	30½	30⅝
" 50 "	24⅛	24½
Kurhessen fl. 25 "	25⅞	25⅞
Hessen Darmst. fl. 50 Loose	76⅝	76⅝
" 25 "	26⅝	—
Sachsen fl. 300 "	99⅛	99½
Sardinien Lire. 36	33	33½

Bekanntmachung.

Bei uns sind zu haben:

Missionspredigten der ehrwürdigen Väter aus der Gesellschaft Jesu: Burgstaller, Damberger und Schlosser, gehalten in der Pfarrkirche zu Sursee Kantons Luzern. 8. Luzern 1850 brosch. 344 Seiten stark.

Preis: fl. 1. 12 kr.

Paul Halmsche Buch- u. Kunstantzahandlung an der Universität in Würzburg.

Einladung zum Abonnement.

Auch im Jahre 1851 wird in Würzburg erscheinen:

„Katholisches Sonntagsblatt für Stadt und Land."

Preis: vierteljährig nur 21 kr. durch ganz Bayern. Man kann auf jedem Postamte Bestellungen machen, in Würzburg bei Hrn. C. A. Jörn, Buchdrucker, oder in der Ph. Jörn'schen Papierhandlung auf der Domstraße. — Zu zahlreichen und baldigen Bestellungen ladet höflichst ein.

Die Redaktion.

Theater-Anzeige.

Montag den 30. Dez. 1850.

Die Nachtwandlerin.

Oper in 3 Akten von Vincenz Bellini.

Hierauf:

Die Puritaner,

(2. Akt.)

Große Oper von Bellini.

Hr. Rathskowsky und Theler als Gäste.

Dienstag den 31. Dez. 1850.

Als nachzuholende Abonnements-Vorstellung.

Der Maskenball,

oder:

Abenthener einer Neujahrsnacht.

Lustspiel in 3 Aufzügen v. J. v. Plötz.

Donnerstag den 2. Januar 1851.

Bei aufgehobenen Abonnement.

Zum Erstenmale:

Andreas Hofer,

Der Landwirth von Passeyer.

Große Oper in 3 Akten von Held, Musik von Kapellmeister W. Kirchoff.

Gestorben:

Mauritii, Adolph, 40 Jahr alt, Hyl.-Agent. — Krunzer, Magaz., 11 Tage alt. — Luß, Frz., 1 Jahr 6 Monate alt, Privat. Kind.

Für die arme Familie sind bei der Exped. der „Bayer. Presse" eingegangen: Uebertrag 73 fl. 45 kr.; Ungenannt 2 fl.; von einem Landmann 1 fl. 45 kr. Summa 77 fl. 30 kr. — Ferner ein Päckchen Kleider von B. L. B.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.

Die Bayerische Presse.

Abonnement:
Ganzjährig 6 fl.
Halbjährig 3 fl.
Vierteljährig 1 fl. 30 kr.
Monatlich für die Stadt 30 kr.

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Expedition: Im Schenkhofe 2. Distr. Nr. 533.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.

Nr. 312. Würzburg, Dinstag den 31. Dezember. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Würzburg, 31. Dez. Zum l. Assessor des k. Lbg. Altenau wurde der II. Assessor des Lbg. Mellerichstadt, J. B. Kleinau, und zum II. Landgerichtsassessor in Mellerichstadt der gerichtl. Rechtspraktikant A. Kopp von Kleinwallstadt, dermalen in Botzack, allergnädigst ernannt.

Welche seltsame Lage ist die des heutigen Frankreichs?

Das Land will keine Revolutionen mehr, es vertraut einzig und allein nach Stabilität: aber wier oder fünf Fragen, welche alle eine Revolution in sich enthalten, sind fortwährend in allen Geistern und auf allen Lippen:

Kann die Republik wirklich begeistet werden?
Kann die Monarchie wieder hergestellt werden?
Welche Monarchie? Das Kaiserthum oder das Haus Bourbon?
Welcher Zweig des Hauses Bourbon? der ältere oder der jüngere? Oder beide zugleich und im gemeinsamen Einverständniß?

Wenn Frankreich nur die Stabilität will, warum kummert es sich so sehr um diese Fragen? Es möge sie fallen lassen, und bei Dem stehen bleiben, was jetzt existirt. Wenn es an die Stabilität Dessen, was besteht, nicht glaubt, so möge es dann wählen zwischen den Lösungen jener Fragen.

Oder können diese Fragen weder beseitigt, noch gelöst werden? Dies wäre die schimmste aller Lagen; denn wir wären alsdann zur Unbeweglichkeit in der Besorgniß verurtheilt, ohne Glauben an die Gegenwart und doch auch ohne Zukunft.

Frankreich im Jahre 1850 und England im Jahre 1660 haben wenig Aehnlichkeit mit einander, und wiewohl man es mit untergeschoben, so bin ich doch weit entfernt, das eine zum Nachahmung für das andere hinzustellen. Frankreich hat sein eigenes Geschick und seinen eigenthümlichen Geist; möge es Beides behalten und Beidem vertrauen.

Aber es gibt Etwas, das über alle Verschiedenheiten des Geschicks und des Nationalgeistes hinausgeht: Etwas, das immer und überall gleich nothwendig ist: nemlich der politische Sinn, d. h. im Grunde die klare Einsicht, welche in der Politik wie in allen Beziehungen für die Völker wie für die Individuen allein Erfolg geben kann, einen besinnenen und dauernden Erfolg. Eine doppelte klare Einsicht hat sage mitgewirkt, in England die Monarchie wieder herstellen zu lassen: die eines Mannes und die des Landes, oder um bestimmter zu sprechen, der monarchischen Partei im Lande.

Auch in England hatte man vor zweihundert Jahren, daß die Monarchie unwiderruflich verschwunden und die Republik allein noch möglich sei. Monk sah ein, daß Dies falsch war: er glaubte an die Monarchie, als die Republik bestand, als rings um ihn brenn, aufrichtiger oder heuchlerischer Weise alle Welt und er selbst, wie alle Welt nur von der Republik sprach, — und sobald nach dem Tode Cromwell's und nach dem Sturze seines Sohnes Richard zwischen den beiden Regierungsformen zu wählen war, entschied er sich für die Monarchie.

Man hat dieses sein Verdienst der Konsequenz bezweifelt, und Monk hat bei der Verfolgung dieses Zieles die Verstellung so virtuos gebraucht und gemißbraucht, daß ringenommene over oberflächliche Geister in der That leicht bezweifeln müßten, daß seine Ansicht so alt und so bestandig war. Wenn man jedoch die Ereignisse in der Nähe und genau ansieht, so ist kein Zweifel mehr möglich. Monk war vom ersten Tage an entschieden, und was er auch that und sagte, er war jeder Zeit und bis zum Ende entschieden. Er hatte eine bestimmte Ansicht und Absicht, als alle Welt zweifelte und schwankte. Das war der erste Beweis einer ganz klaren und politischen Einsicht.

Monk war eben so ausharrend, wie entschieden; er wußte die Erfolge abzuwarten, indem er sie fest im Auge behielt.

Ein Mann des Krieges und mächtig durch seine Armee, war er doch unabanderlich und beständig entschlossen, die Gewaltstreiche und den Bürgerkrieg nicht wieder zu beginnen. Er sah ein, daß die Monarchie, um auf dauerhafte Weise wieder hergestellt zu werden, einer friedlichen und natürlichen Wiedereinführung, wie durch eine nationale Nothwendigkeit und als letztes Zufluchtsmittel des Landes, bedurfte. Aller Ungewandt und allem Mißtrauen zum Trotz hielt er immer zurück, bediente sich der Verstellung und des Zögerns, bis das Ereignis gleichsam von selbst eintrat. Und als es eingetreten war, wollte Monk, daß es dem Patent, welches seine Erhebung und seinen Ruhm besiegelte, die Worte stamven: Victor sine sanguine.

Die monarchische Partei war ihrerseits nicht weniger besonnen. Ihre Stellung war einfacher, als heute bei uns. Sie schwankte nicht zwischen zwei oder drei Monarchien; sie wollten nur eine, und Alle wollten dieselbe. Die Partei war freilich nichtsdestoweniger gespalten: die Einen hatten die Revolution mitgemacht, die Andern hatten sie bekämpft. Sie hatten sich heftig bekriegt, theils für, theils gegen den König, dessen Sohn wieder eingesetzt werden sollte. Aber sie ließen ihren Zwiespalt ruhen; bis zum Tage ihres Sieges opferten sie ihre Ideen, ihre Leidenschaften, ihre Interessen der einen gemeinsamen Idee, Leidenschaft, und dem einen gemeinsamen Interesse: sie wollten Das, was sie hierher gebadt hätten, Dem unter, was sie gemeinsam erstrebten. Dieses ist der Probirstein der Einsicht politischer Parteien.

Die englischen Royalisten zügen noch weiter: sie überließen sich, um ihr Ziel zu erreichen, der Führung eines Mannes, welchem sie mißtrauten, und zwar mit Recht. Monk hatte dem König, der Revolution, der Republik, Cromwell, dem Parlament gedient: er blieb immer in tiefes Dunkel gehüllt, er handelte und sprach oft in widersprechendem Sinne; er log mit einer kalten Festigkeit, welche seine Vertrauten ihre machte: die monarchische Partei war in Bezug auf seine Person von Zweifel und Unruhe erfüllt, schwankte von Hoffnung zu Furcht, von vermeintlicher Klarheit aber über ihn zu dichter Finsternis. Aber weder ihre Zweifel noch ihre Besorgnisse, weder ihre Wünsche noch jene Ungewißheit ließ die Royalisten von ihrem Wege abirren. Monk war der Mann, welcher ihnen in ihrer schwierigen Stellung zum Führer gegeben oder, wenn man will, auferlegt war. Im Grunde freilich gab es mehr Grund, auf ihn zu hoffen, als ihm zu mißtrauen: man mußte die Nothwendigkeit hinnehmen. Die Royalisten sahen auch Dies ein, und fügten sich. Sie ergaben sich Monk nicht blindlings, aber sie unterstützten ihn mit aller Vorsicht, jogen ihn zu sich heran, ohne ihn zu kompromittiren, folgsam auf seinen Rath, wachsam, aber doch zuvorsichtig hinter ihm, als hinter einem Chef ihrer Wahl; denn bei solchen Vorhaben ist ein Chef nothwendig, und es kann nur ein Mann sein, den man frei handeln läßt, indem man ihm folgt und ihn unterstützt.

Der Erfolg entsprach dem guten Verhalten der monarchischen Partei und ihres Führers.

Deutschland.

München, 29. Dec. Für das 5. noch zu formirende Jägerbataillon ist Bamberg als Garnisonsort bestimmt worden. Sowohl bei der reitenden Artillerie als bei der Cavallerie bleibt der Präsenstand vorläufig dem Pferdestand gleichgestellt, wobhalb bei diesen Waffengattungen nur wenig Mannschaft beurlaubt wird. — Zufolge eines Kriegsministerialrescripts vom 27. d. haben die Feldmarschälle und die gesammte Generalität, sowie alle jene Offiziere des Heers, welche bisher den Waffenrock nicht hatten, diesen nunmehr gleichfalls zu tragen. Nur in jenen Fällen, wo diesen Chargen bisher das Tragen des Uniformracks mit den engen Brinkleidern und hohen Stiefeln vorgeschrieben war, haben dieselben die auf weiteres im Uniformrack noch ferner zu erscheinen. Zum Kommandanten des neuen fünften Jägerbataillons wurde Major M. Jorgens vom dritten, und zum Kommandanten des neuen sechsten Bataillons der Major M. Rödner vom zweiten Jägerbataillon ernannt. Jedes der sechs Bataillone erhält eine Stärke von 919 Mann, nämlich der Stab 14 Mann und jede der fünf Compagnien 181 Mann inclusive des Hauptmanns, Ober- und zwei Unterlieutenants.

München, 29. Dec. Mit Beziehung auf die Erleichterung des Grenzverkehrs zwischen Oesterreich und Bayern ist in Folge Anordnung des Staatsministeriums der Finanzen verfügt worden: 1) daß im Grenzverkehr zwischen dem Kaiserthum Oesterreich und dem Königreich Bayern eine Einlohnung in Bayern stattfindet, wenn die bei der Ein- und Ausfuhr zu berichtigende Zollabgabe weniger als 3½ Kreuzer bayerische Währung beträgt; 2) daß in Bayern sammtliche Haupt- und Nebenzollämter erster und zweiter Klasse innerhalb der Grenze der ihnen beigelegten Erhebungs- und Absertigungsbefugnisse die Vollziehung der mit den Grenzverkehrserleichterungen in Verbindung stehenden Amtshandlungen und Vorkehrungen zusteht. Was die zollamtliche Behandlung der aus baye-

rischen Garnen in Oesterreich gewohnten Leinwand bei der Einfuhr nach Bayern betrifft, so wird von Seite Bayerns nur für die Grenze gegen Böhmen von der zum Verbrauche nach Maßgabe des örtlichen Bedürfnisses eingebenden rohen Leinwand der Eingangszoll erlassen. (A. Z.)

Die Ereignisse in Kurhessen

Kassel, 28. Dez. Durch den Bezirksdirektor ist den Mitgliedern des landständischen Ausschusses, dem Landsyndikus und dem Posellen Folgendes bekannt gemacht worden: „Da der in jener gegenwärtigen Zusammensetzung bestehende permanente kurhessische Ständeausschuß hemmend auf die Anerkennung und Befolgung der durch Bundesbeschluß zur Geltung gebrachten kurfürstlichen Verordnungen vom 4. 7. und 28. September l. J. gewirkt, und von dem ihm zustehenden Rechte der Anklage gegen die Behörden einen Gebrauch gemacht hat, welcher die bedauerlichsten Zustände mittelbar und unmittelbar herbeiführen mußte, so finde ich in Erfüllung meiner Pflicht als Bundes-Civil-Commissär und kraft der mir ertheilten Vollmachten es für angemessen, den gegenwärtigen Ausschuß bis auf Weiteres den amtlichen Zusammentritt sowie jede amtliche Thätigkeit überhaupt zu untersagen. Der Ungehorsam gegen diesen meinen Befehl wird sofort auf eine dem bestehenden Kriegszustande entsprechende Weise geahndet werden. Kassel, am 26. Dez. 1850. Der Bundes-Civil-Commissär gez. v. Leiningen k. k. F.M.L."

Fulda, 28. Dez. Das österreichische Armeecorps unter Lygeblick, welches hart an der kurhessischen Grenze in Franken liegt, hat Befehl zum Aufbruch nach Schleswig-Holstein erhalten. Die hiesige Bezirksdirection ist amtlich davon in Kenntniß gesetzt worden, daß 20,000 Mann jenes Corps ihren Weg durch den Bezirk Fulda in aller Kürze nehmen werden. Von den gestern hier eingetroffenen Truppen ist heute wieder ein Bataillon weiter nach Bayern rückwärts gegangen; dagegen ist eine Eskadron Chevauxlegers, von Hünfeld her kommend, eingerückt. (F. J.)

Kassel, 29. Dez. Die direkten Steuern werden gegenwärtig nachgezahlt. In Folge einer vom Ministerium erlassenen Bekanntmachung werden die hiesigen Einwohner aufgefordert, alle rückständigen direkten Steuern bis zum Ablauf dieses Jahres nachzuzahlen und zwar bei Vermeidung militärischer Exekution. Bis heute hat niemand hier Einquartierung, als Oberbürgermeister Hartwig und der erste Verwaltungsbeamte Süß. Hr. F.M.L. Graf v. Leiningen hat seine Zufriedenheit in Betreff der seitens der hiesigen Behörden gegebenen Erklärungen ausgedrückt. Sie haben alle, bis auf den Magistrat, die Verfolgung der Verordnung vom 4. September d. J., welche die Steuer- und Stempelzahlung betrifft, ausgesprochen. Von auswärtigen Beamten haben ferner Einquartierung wegen sordanender Renitenz erhalten: der Verwaltungsbeamte Dr. Schomburg zu Holzgeismar, der Rentmeister Rothe und der Burgermeister Weiß ebendaselbst. — Gestern ist durch einen besondern Befehl der permanente landständische Ausschuß suspendirt worden. Dieser Befehl in nicht vom Ministerium, sondern von Herrn F.M.L. Grafen von Leiningen ausgegangen. Das gesammte Staatsministerium befindet sich gegenwärtig, mit Ausnahme des Ministervorstands der auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. v. Baumbach, welcher zu den Conferenzen nach Dresden abgegangen ist, wieder hier. Wie man vernimmt werden und die k. preußischen und k. k. Bundestruppen bald sämmtlich vertassen, indem ihre Wirksamkeit demnächst beendigt sein dürfte. Im Allgemeinen findet man, daß sich die k. k. österreichischen und k. bayerischen Soldaten, welche in früheren Berichten aus Fulda, Hersfeld, Rotenburg rc. so verschrieen wurden, und denen man namentlich darin ein Uebertreten Benehmen bei Ausführung ihrer Executionsmaßregeln zuschreiben, sich hier sehr anständig und bescheiden benehmen. — Se. k. Hoh. wird nächstens nach Schloß Wilhelmshöhe sich begeben, um daselbst einen baierischen Wohnsitz zu nehmen. (F. D.-Z.)

* Aus Baden. (Gesetzgebung.) Die Deutschen standen sonst im Rufe allzugroßer Grundlichkeit und gewiß nicht mit Unrecht. Man sagte ihnen wirklich nicht ohne Grund nach, daß sie vor lauter Spekulation und Gründen den Sinn für das Praktische und Thatsächliche ganz verlören, und schrieb diesem Umstande theilweise die allerdings auffallende Erscheinung zu, daß man in Deutschland sich bisher noch an keine Gesetzgebung hielt, die längstvergangenen Zeiten ihre Entstehung verdankt. Einer der größten Rechtsgelehrten unseres Vaterlandes erklärte geradezu, daß es unserer Generation an Festigkeit mangele, ein neues Gesetzbuch zu schaffen. Weist man nun einen Blick in die Verhandlungen der badischen zweiten Kammer, wie unpraktisch fast sich die Sache gründet, mit welcher landherzlichen Schnelligkeit werden die wichtigsten folgenreichsten Gesetze berathen und debattirt! Ein wahrer Ekstern wollet über der Gesetzgebung unseres Landes. Immer wählt man hiezu den Zeitpunkt, wo sie fast gesetzgeberischen Stoffungen bei am wenigsten passende ist, wovon die naturnothwendige Folge stets die war, daß nach wenigen Jahren schon unsere Gesetze sich als unpraktisch und mangelhaft erwiesen. Dieses Schicksal traf die Gemeindeordnung, die Prozeßordnung und das Preßgesetz. Der Grund liegt nahe: man wählte stets einen Zeitpunkt politischer Aufregung hiezu und dieser ist gewiß für solche Schöpfungen der unpassendste. In einen ähnlichen Fehler ist man wieder verfallen, und die Folge wird und muß wieder die nämliche sein. Weil in einer kurzen Zeit politischer Stürme die früher gewährten Freiheiten mißbraucht wurden, nimmt man keinen Anstand, im Momente der noch lebhaften Entrüstung hierüber, ohne die Rückkehr ruhigen Sinnes, ruhigen klaren Zustandes abzuwarten, Gesetze in einer Weise umzugestalten, wie sie keineswegs dem Bedürfnisse des Volkes entsprechen können. Wir können nicht umhin, diese gesetzgeberische Hast eine Kalamität zu nennen, welche die nachtheiligsten Folgen für die Autorität des Gesetzes und für die Befestigung der Rechtsachtung im Volke haben muß. Nehme man doch in dieser Rücksicht das praktische Engländerthum zum Muster, wo man selbst erwarten, daß in einem Zeitraume von wenigen Jahren die Gesetzgebung zweimal eine völlige Umgestaltung erleidet, wo dieses in unserm zum gründlichen Deutschland gehörigen Baden der Fall ist. Erwäge man die Folgen dieses dichten Conservatismus jenes Inselvolks, sehe man die heilige Achtung, welche dort das Gesetz genießet. Man spelt so nicht mit der Gesetzgebung, man wechselt sie nicht nach jeder augenblicklichen politischen Stimmung um und um, sie tritt dort als das Resultat reifer Prüfung und Erwägung auf und sagt nach Nomerart langsam zur Glied an Glied, schließt sich an das schon bestehende vorhandene Recht an, und entwickelt sich so Schritt für Schritt fort; nicht aber wird dort Alles auf einmal gangen gemacht; behufs der Ruhe der Gesetzgebung etwas Lebendiges, nicht Todtes, nicht Starres ist, deßhalb trotz sie allen vorübergehenden Stürmen wie eine machtige Eiche, während unsere Gesetzgebung ein bewegtes Schilfrohr ist, das jedem Lüftchen nachgiebt.

Aus Dresden, 26. Dez. wird dem Correspondenten v. a. f. D. geschrieben: Ich hatte die Rede noch erwähnt, die Hr. v. d. Pforten als Vertreter Lippe-Detmolds in der Sitzung über die Nothwendigkeit einer Vertretung dem Bunde hinwies. Es liegt die Vermuthung nahe, daß die Vertreter fast aller kleineren Staaten sich hinsichtlich dieses Punktes an Bayern anschließen werden, wie andererseits Seitens der Großmachte die Berathung hierüber möglichst hinausgeschoben werden dürfte; denn Das ist unzweifelhaft, daß kein mittleres oder kleines Staaten in ihrer selbstständigkeit finden werden.

Dresden, 26. Dez. Es ist sicherlich von Interesse, nachträglich noch den Wortlaut zu vernehmen, mit denen die beiden Ministerpräsidenten von Preußen und Oesterreich die Versammlung der Conferenz-Bevollmächtigten eröffneten. Der Hr. Ministerpräsident v. Manteuffel sprach nach einigen Dankesworten des sächsischen Ministers des Auswärtigen:

Gestatten Sie, meine Herren, auch mir noch besonders meinen Dank für die Bereitwilligkeit auszusprechen, mit welcher Sie gegangenen Einladung zu den heute begonnenen Conferenzen Folge geleistet worden ist, so daß man nach länger als zwei Jahren, nach verschiedenen Spaltungen und traurigen Zwistigkeiten die Bevollmächtigten sämmtlicher deutschen Staaten hier versammelt sieht, einmüthig entschlossen zum gedeihlichen Zusammenwirken. Ich darf hieran auch wohl noch ein Wort der Hoffnung auf das Vertrauen knüpfen: wollen wir die Wiederkehr jener schlimmen Erfahrungen verweiden, wohlan, meine Herren, zeigen wir den deutschen Stämmen, daß ihre Regierungen den Willen, die Einsicht, und die Kraft haben, vorhandene Mängel zu beseitigen, Gutes, Wahres und Festes zu begründen.

Die Einleitungsrede des Fürsten v. Schwarzenberg lautet:

Ich hege das Vertrauen, meine Herren, daß nicht nur der gemeinsame und große Zweck dieser Zusammenkunft und hier vereinigt, sondern auch der Ihnen von uns bereitende Wunsch, diesen Zweck möglichst bald vollständig erreicht zu sehen und hiezu nach allen Kräften beizutragen. — Die dankenswerthe Bereitwilligkeit, mit welcher Ihre hohen Vollmachtgeber, der an dieselben ergangenen Einladung Oesterreichs und Preußens entsprochen, und die Wahlen, welche sie bei der Entsendung ihrer Vertreter getroffen haben, sind eine Bürgschaft, daß wir, im Geiste der Eintracht verfahrend, das Werk der Einigung glücklich beginnen. — Der deutsche Bund, hervorgegangen aus einem Bedürfnisse, zu dessen Erkenntniß eine an weltgeschichtlichen Ereignissen reiche Zeit durch die uns von ihr dargebotenen Lehren geführt hat, ist während einer Zeitraumes von 33 Jahren einer der Hüter des allgemeinen Friedens gewesen, und hat wesentlich zur Erhaltung desselben beigetragen. Aber auch im Innern Deutschlands hat er bei Guten Viel gestiftet, obwohl dieses von Manchen verkannt, und von Andern nicht anerkannt worden ist, weil der Bund nicht in ihrem Sinne werke, oder weil derselbe nicht alles Gute in das Leben rief, wozu weise Voraussicht die Keime in seine Verfassung gelegt hatte. — Mag auch dieser letzte Vorwurf Wahres enthalten, dieser derselbe selbst trägt die Schuld, indem er Einigung gewollt, wo durch aus vollkommen ist. — Was der Bund aber jederzeit Ersprießliches geleistet, zeigt und ein Rückblick auf den reichen Segen, welcher sich unter seinem Schutze über Deutschland verbreitet hat, und ein Blick auf die Zustände der Gegenwart, deren Entwickelung wir einer Zeit verdanken, in der sonst Alles nicht mehr aufrechtzuhalten wiessen sein konnte. Mag diese Zeit sollte lehrreich für uns werden, und uns, wie es meistens der Fall war, ernstlich mahnen, die theuer erkauften Erfahrungen zu nützen. Dieselben haben gezeigt, daß Versuche, durchaus Neues zu schaffen, nicht zum Ziele führen, sie haben bewiesen, daß die Grundlagen, auf denen der Bund ruhte, nicht nur gut und brauchbar, sondern selbst die Einzigen seien, welche für ein Gebäude tangen, in dem eine Gemeinschaft von Staaten, wie Deutschland sie in sich begreift, in Eintracht und zur allseitigen Wohlfahrt zusammenziehen vermag. Diese Erfahrungen haben aber auch zugleich die Mängel erkennen lassen, welche die bisherige Verfassung des Bundes hatte, und die Lücken in derselben angedeutet, deren Ausfüllung dringend geworden ist. Ein solches Bedürfniß ist vor Allem der Kräftigung des obersten Bundesorgans durch Einrichtungen, welche dasselbe für die Zukunft befähigen, den Einheit

der Revolution einen Damm zu setzen und das monarchische Princip gegen dieselben zu schützen.

Dresden, 27. Dec. Es sind nunmehr die Vertreter bei den hiesigen Ministerialconferenzen für Baden, Nassau, Hessen-Homburg, die Herren v. Rüdt, v. Dungern, v. Holzhausen, ferner Graf Bnol, des Fürsten Schwarzenberg Ersatzmann, hier eingetroffen. Aus Kiel hat sich auch Graf Reventlow-Farve und Herr v. Hedow eingestellt. Gestern Abend sah man in der großen königl. Hofloge, der Mittelloge, eine große Anzahl ausserer dermalen hier anwesenden Souveränitäten Celebritäten erscheinen, insbesondere den Fürsten Schwarzenberg und den bayerischen Ministerpräsidenten ganz im Vordergrunde. Der König hat den Herren von der Conferenz diese Hofloge zur Verfügung stellen lassen. Da ich einmal von der genügreichen Seite unserer politischen Saison schreibe, erwähne ich des gestern bei dem Prinzen Johann, Herzog zu Sachsen, stattgefundenen großen Diners und des heute beim Minister v. Beust stattfindenden diplomatischen Gastmahls. Daß die Privatgesellschaften bei seinem Hofen, versteht sich von selbst. Im persönlichen Verkehr scheint sich das unbezweifelte gegenseitige Wohlwollen aus. — Heute Mittag von 1 bis 2¼ Uhr fand die zweite Plenarconferenz im Brühlschen Palais statt. Die Legitimationen und die Vertheilung in Sectionen für Beurbeilung der Vorlagen über Bundesverfassungsreform haben den Stoff sehr beschäftigt, jedoch nicht ausschließlich ab. Fürst v. Schwarzenberg und Hr. v. Manteuffel reisen heute Nacht oder morgen früh nach Berlin ab; den Fürsten glaubt man in einigen Tagen schon wieder hier sehen zu können, und auch Herr v. Manteuffel wird bald wieder erwartet. Man muß im Interesse der deutschen Sache wünschen, daß die Minister der zwei Großmächte die Hauptfragen erledigen helfen, ehe sie die Conferenz für längere Zeit verlassen.

Berlin, 27. Dec. In dem heutigen Leitartikel der „Deutschen Reform" über die Dresdner Conferenzen heißt es u. A.: In Dresden wird man die Revolution betämpfen — ja, man könnte hier als einen Hauptzweck der Berathungen hinstellen, denn die vereinigten Regierungen haben die Pflicht, nicht bloß das Recht, die Wiederkehr eines revolutionären Jahres zu verhindern. Wir haben seit den 3 Jahren, in welchen wir revolutionäre Zustände in allen Phasen haben, früheren Formen, die Existenz und die Herrschaft derselben nicht sich gewinnen können, die sie haben mehr als je erkannt, aus welchen Wurzeln das Wesen und die Gewalt der Revolution entspringt. Es sind dies nicht allein diejenigen, welche man 1819 als solche zu erkennen dachte. Die Revolution wird von und hoher angeschlagen, als daß wir meinten, sie durch partielle und locale Verordnungen beseitigen zu können. Sie ist nicht ein Uebel, das an gewissen Theilen unseres Staats und gesellschaftlichen Körpers haftet; sie hat ganz Europa durchzogen, und Viele von denen, welche sie 1848 zu bekämpfen meinten, fühlten sie nicht minder in sich wirken. Es ist eine Manifestation des Geschichtslebens, als welche sich die Revolution seit dem vorigen Jahrhundert kund that, und indem wir gegen sie anringen, gehen wir irre, sobald wir dieß nur mit Hinblick auf ein Symptom thun. Es handelt sich nicht bloß darum, die Ausbrüche zu ersticken. Von einem gewissen Standpunkte aus sind selbst sie wie tellurische Eruptionen für heilsam halten müssen. Aber überall, wo Männer berathend sitzen, das Staatsleben zu einem wahrhaften, d. h. friedlichen und gedeihenden zu machen und als solches zu erhalten, werden sie unterstehen müssen, welches die Quellen sein, aus denen die Strömungen hervorgehen. Es ist dies früher nicht geschehen. Wie können glauben, daß man jetzt sicher zu blicken gelernt hat. Je mehr man selber den revolutionären Anhauche entgangen, desto klarer wird die Anschauung, desto geringer die Furcht, desto sicher der Blick auf das Wesen selbst werden, nicht bloß auf einzelne Erscheinungen, die durch dasselbe bedingt sind. In Dresden wird man gegen die Revolution sicher ankämpfen. Man wird ihr den Boden entziehen, auf dem sie sich gemächlich fortpflanzen mußte. Man wird Beschlüsse fassen, die den Staaten Frieden und Wohlstand gewähren. Da wie der Revolution überall den Krieg machen, so wird es auch wohl geschehen. Wir sind nun nicht so arm an Strategemen, daß wir die kriegerischen Operationen aus Karten von 1819 entlehnen müßten, und daß wir den Feind nur auf den Straßen von 1848 erblicken. Diese unserer Feinde aus dessen Jahre, welche die Anarchie mutzig bekriegten und den „Retterer" gern Schutz leihen, um auf sie hinaufzusteigen, scheinen freilich etwas engere Gesichtskreise zu haben. Sie sehen sich vielleicht selbst jetzt nicht, dies große Wort „Revolution" auf ihren Lippen zu führen, weil man ihnen 1850 nicht so folgte, als sie 1848 das Recht dazu erworben zu haben glaubten. Sie würden einen „conservativ-constitutionellen" Aufstand, der vor der Schwelle des patriotischen Services stehen geblieben wäre, nicht ganz unerwartet gefunden haben. Sie vergessen aber, ihre Verdienste aus dem Sommer 1848 so zu schätzen, als sie sie verdienen. Denn die Anarchie der Straße haben nicht sie, sondern die Bajonnette bewältigt. Wenn sie zürnen, man werde in Dresden vielleicht ebenso wie in Karlsbad beschließen, so offenbaren sie, daß sie die Bedeutung ihres Widerstandes gegen die Revolution in etwas zu fleischlicher Weise auffassten. Man unterschapt oft seine eigenen Verdienste, indem man sie nach falscher Seite hin überschätzt.

Berlin, 28. Dec. Die „Deutsche Reform" theilt folgende Abrupfäte mit: I. Eröffnungsvortrag des Fürsten Schwarzenberg. (Gehalten zu Dresden am 23. Dec.) Ich hege das Vertrauen meine Herren, daß wir nun in gemeinsame und große Zwecke und dieser Zusammenkunft sich hier vereinigt, sondern auch der, jeden von uns beseelende Wunsch, diesen Zweck möglichst bald vollständig erreicht zu sehen und hiezu nach Kräften beizutragen. Die dankenswerthe Bereitwilligkeit, mit welcher Ihre hohen Bollmachtgeber an an dieselben ergangenen Einladungen Ihre Herrschaft und Personen entsprochen, und die Wahlen, welche sie bei der Entsendung ihrer Vertreter getroffen haben, sind eine Bürgschaft, daß wir im Geiste der Eintracht versammelt, daß Werk der Einigung mit Erfolg beginnen. Der deutsche Bund, hervorgegangen aus einer Epoche, die selbst Erkenntniß für eine an weltgeschichtlichen Ereignissen reiche Zeit durch die uns von ihr dargebotenen Lehren gefühet hat, ist während eines Zeitraums von 33 Jahren einer der Hüter des allgemeinen Friedens gewesen und hat wesentlich zur Erhaltung desselben beigetragen. Aber auch im Innern Deutschlands hat er des Guten vieles gestiftet, obwohl Dies von Manchen verkannt und von Anderen nicht anerkannt worden ist, weil der Bund nicht in ihrem Sinne wirkte, oder weil derselbe nicht alles Gute in das Leben rief, wozu weise Voraussicht die Keime in seine Verfassung gelegt hatte. Wenn auch, wie jedes menschliche Werk, auch dieses mit Gebrechen behaftet ist, so ist doch nicht durch die Erwägung gemildert worden, daß es nichts Menschliches gebe, was durchaus vollkommen ist. Was der Bund aber jedenfalls Gerspriesliches geleistet, zeigt und ein Rückblick auf den rechten Segen, welcher sich unter seinem Schutze über Deutschland verbreitet hat. Ein Blick auf die Zustände der Gegenwart, deren Entwicklung wir einer Zeit verdanken, in der jener Schutz nicht mehr ausreichend wirksam sein konnte. Auch diese Zeit sollte lehrreich sie uns werden und uns, wie es einstens der Fall, auch diesmal ernstlich mahnen, sie ihrer Erfahrungen zu nützen. Dieselben haben gezeigt, daß Versuche, durchaus Neues zu schaffen, nicht zum Ziele führen. Sie haben bewiesen, daß die Grundlagen, auf denen der Bund ruht, nicht nur gut und brauchbar, sondern selbst die einzigen seien, welche für ein Gebäude taugen, indem eine Gemeinschaft von Staaten, wie Deutschland sie in sich begreift, in Einigkeit und in allseitiger Wohlfahrt zusammen zu leben vermag. Diese Erfahrungen haben aber auch zugleich die Mängel erkennen lassen, welche die bisherige Verfassung des Bundes hatte, und die Lücken in derselben angedeutet, deren Ergänzung ein Bedürfniß geworden. Ein solches Bedürfniß ist vor Allem die Kräftigung des obersten Bundesorgans durch Einrichtungen, welche dasselbe für die Zukunft befähigen, den Fluthen der Revolution einen Damm zu setzen und das monarchische Prinzip gegen dieselben zu schützen. Die Erkenntniß dieser Wahrheiten muß uns, meine Herren, nothwendig auch zur Erkenntniß der Mittel gelten leiten, welche uns hier obliegt. Diese gabe ist die Revision der Bundesakte und der aus ihrer Entwicklung hervorgegangenen Gesetze. Nehmen wir die dem Bunde urspeünglich gegebene Verfassung zur Grundlage und zum Ausgangspunkte unserer Berhandlungen, so lassen wir es uns angelegen sein, diese Verfassung mit Benutzung der Rathschläge der Erfahrung und mit Berücksichtigung alles dessen zu ergänzen und zu verbessern, was Zeit und Umstände zur Wohlfahrt des Vaterlandes wirklich erheischen, schaffen wir eine oberste Bundesbehörde, stark genug, um durch den Schutz, welchen sie den einzelnen Regierungen gegen die Feinde der Ordnung gewährt, die heiligsten Güter der Gesellschaft zu retten und vor neuen Gefahren zu sichern, so werden wir den Anforderungen des Rechtes, wie jenen der Billigkeit, den Eingebungen der Staatsklugheit und den Pflichten entsprechen, welche unsere hohen Bollmachtgeber durch heilige Verträge sur ihre gegenseitigen Beziehungen eingegangen sind und welche die Vorsehung denselben, ihren Völkern gegenüber auferlegt hat. Es darf wohl nicht bezweifelt werden, m. Herren, daß Ihre hohen Regierungen, wie Sie selbst, diese Auffassung der Verhältnisse beipflichten, zu deren Darlegung an der königlichen Hof mich beauftragt hat. Gestützt auf den Ausgangspunkt, die Richtung und das Ziel, werden wir dieses sicher und bald erreichen. Lassen Sie uns mit redlichem Willen, mit gegenseitigem Vertrauen, mit Gottes Segen und daher guten Muthes an das Werk gehen, damit es gelinge. Das Vaterland, dessen Wohlfahrt wir hier berathen, der jetzt verflossenen Jahre erschüttert worden und noch unter dem Drucke der Verhältnisse der Gegenwart leidet, sieht mit Erwartung auf unsere Thätigkeit und knüpft an deren Erfolge seine Hoffnungen auf eine bessere Zukunft. Nur mit diesen Gefühlen mit Gesichtern mit Einigkeit und Friede, daher wahre Freiheit und Wohlstand allen Theilen unseres herrlichen deutschen Vaterlandes wieder bauernd gesichert und diesen Ansehen nach Außen hin neuerdings befestigt werden. Wenn ich überzeugt bin, meine Herren, Ihren Aufschen begrüßt zu sein, glaube ich auch Ihre Gesinnungen zu kennen, wenn ich Ihnen, indem ich der königl. sächsischen Regierung und insbesondere dem edlen, als Mensch wie als Monarch so verehrungswürdigen Könige unsern und unserer hohen Bollmachtgeber Dank für die wohlwollende Aufnahme ausbrreche, welche wie hier gefunden haben. II. Rede des Herrn v. Manteuffel. Durchlauchtigste, meine Herren! auch mir, auch besonders meinen Dank für die Bereitwilligkeit anzusprechen, mit welcher der ergangenen Einladung zu den heute begonnenen Konferenzen Folge geleistet worden ist, so daß man nach länger als zwei Jahren, nach verschiedenen Erfahrungen und traurigen Zwischenfällen Bevollmächtigten sämmtlicher deutschen Staaten hier versammelt sieht, einmüthig entschlossen zum gedeihlichen Zusammenwirken. Ich darf hieran auch wohl ein Wort der Hoffnung und des Vertrauens anknüpfen: wollen wir die Wiederkehr jener schlimmen Erfahrungen vermeiden, welche wir, meine Herren, insgesammt wie den deutschen Stämmen, daß ihre Regierungen den Willen, die Einsicht und die Kraft haben, vorhandene Mängel zu beseitigen, Gutes, Wahres und Festes zu gründen.

Berlin, 29. Dec. St. Excellenz der Hr. Ministerpräsident Frhr v. Manteuffel und Sr. Durchlaucht der kais. ihre. Ministerpräsident Fürst v.

Schwarzenberg sind heute Mittag um 1¼ Uhr mit der Eisenbahn von Dresden dahier eingetroffen.

Eine königl. Equipage erwartete Se. Durchlaucht.

— Dem Vernehmen nach werden in Homburg polizeiliche Vorkehrungen getroffen, um nach erfolgter Auflösung der schleswig-holsteinischen Armee, die derselben angehörig gewesenen Ausländer direkt nach ihrer engern Heimath zu instradiren. Die Auflösung selber, von der großen Mehrheit in den Herzogthümern lebhaft gewünscht, wird ohne besondere Schwierigkeiten vorgenommen werden können. Der Umschlag der öffentlichen Meinung in den Herzogthümern ist dem Gen. Willisen nicht günstig.

— Die „N. Bremer Ztg." berichtet, daß der badische Bevollmächtigte beim Fürstencollegium, Hr. v. Pordeck, in der Sitzung vom 18. d. M. den Rücktritt Badens von einer ferneren Theilnahme an der Thätigkeit des Collegiums schriftlich angezeigt habe. — Aus einer Erklärung der freien Stadt Bremen, welche das genannte Blatt mittheilt, geht hervor, daß dieselbe das Bündniß vom 26. Mai 1849 als rechtlich aufgelöst betrachtet.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 27. Dez. Im Kanton Bern wird gegenwärtig am Anwesslang aller Fremden und Beschränkung der Preßfreiheit petitionirt. In Genf darf laut einem Beschlusse des Staatsrathes kein fremder Militär in Uniform erscheinen. Es wurde diese Verfügung erlassen, weil unlängst italienische Offiziere in Genf insultirt worden sind. Der Platzkommandant von Freiburg, Hr. Hauptmann Perrier Landerset, hat seine Entlassung genommen, weil er nicht im Stande war, zu verhindern, daß die Beschlüsse des Nationalrathes in der Freiburger Petitionsangelegenheit selbst durch Bölkerschüsse und andere Demonstrationen verkündigt wurden.

England.

London, 24. Dez. Es heißt, die Lords Grey und Clarendon und Sir Gh. Wood wollen aus dem Ministerium austreten. — Am Samstag überreichte eine Deputation von angefähr 30 angesehenen Katholiken, worunter die Lords Petre und Dormer, Gh. Langdale u. A., dem Cardinal Wiesemann eine von vielen Katholiken unterzeichnete Glückwunsch-Adresse. Der Cardinal erwähnte in seiner Antwort unter Anderm: er habe Tags zuvor aus Palermo von Lord Shrewsbury einen Brief erhalten, worin derselbe seine innige Freude über die päpstliche Machtgel aussprechr. Damit zerfällt also das angebliche feindliche Auftreten Shrewsbury's, worauf die „N. Pr. Z." so großes Gewicht legt, vollends in Nichts. Man erbauet, Lord J. Russell habe Lord Shrewsbury nach Rom geschrieben, er möge Sr. Heiligkeit versichern, mit den „abergläubischen Mummereien", wovon er in seinem bekannten Briefe spreche, habe er die Katholiken nicht gemeint. — Der Cardinal hielt am Sonntag in der Kirche am spanischen Platz eine Ordination; es hatten sich viele Neugierige versammelt, da man erwartete, er werde predigen, was jedoch nicht geschah. Am Abend hielt er in St. Gh. Grosvenor-Place seinen Vortrag über die katholische Hierarchie: die Kirche war ganz gefüllt, es fiel aber nicht die mindeste Störung vor. Auch der König von Neapel und die Königinnen von Portugall und Spanien sollten dem Cardinal Glückwunschschreiben überjandt haben. Lady A. W. Mansell, die Frau des kürzlich übergetretenen Parlaments-Mitgliedes und Schwester des (irischen) Earl v. Durnraven, und der angkeanische Geistliche Todd sind nach den Limericker Blättern zur kath. Kirche übergetreten. Der „Limerick Reporter" erwähnt auch den Uebertritt eines der angesehensten irischen Adeligen, ohne indeß seinen Namen zu nennen. — Aus Schottland wird der Uebertritt des jungen Lord Nigel Kennedy, eines Bruders des Marquis Ailsa, von der Episcopalkirche zur kath. Kirche gemeldet. — Am Sonntag war die St. Barnabaskirche wieder geöffnet; es scheint dieses vorher nicht in weitern Kreisen bekannt gewordem zu sein, daher waren die gewöhnlichen Besucher des Kirche anwesend, und es fiel keine Unordnung vor. Bennett war nicht da, die Herren de Gex und Fyffe hielten Gottesdienst ganz in der bisherigen Weise, nur wurden die Kerzen auf dem Altar, die so viel Anstoß erregt haben, nicht angezündet. — Unser St. Barnabas und St. Paul nennt der „Standard" noch 11 Kirchen, deren Ritus im Auftrag des Bischofs von London untersucht werden solle, darunter auch die oft erwähnte Margarethen-Kapelle. Mittlerweile hat auch der Bischof v. Ripon in seiner Diözese die Untersuchung gegen die Puseviten begonnen. Einer derselben, Hathaway, ist bereits schuldig befunden, remanirende Ceremonien angeführt zu haben. Der „Spektator" bespricht ein Schreiben Pusey's über die Beicht: nach demselben hat Pusey Beichtkinder in vier Diözesen, bei denen er von Zeit zu Zeit herumreist, er sieht in der raschen Ausbreitung dieser Praxis einen offenbaren Beweis, daß sie „ein Werk Gottes" ist.

London, 26. Dez. In Portugal dürfte die Niederkunft der Königin vielleicht mit dem Staatsbankerotte zusammentreffen. Erstere wird gegen Neujahr erwartet. Die Regierung bekommt nirgends mehr Geld geliehen, die Einkünfte des letzten Monats haben sich um 50 Contos gegen vorriges Jahr vermindert.

Frankreich.

Paris, 27. Dez. Der Kaiser von Rußland und einige andere Souveräne haben Hrn. Louis Bonaparte am 10. Dez. wegen der glücklichen Erfolge seiner zweijährigen Regierung beglückwünscht. Der Präsident hat diese Schreiben eigenhändig beantwortet. — Lamartine arbeitet gegenwärtig an der Geschichte der Restauration. Er werde, behauptet man, in einem Monate die Frage wegen Revision der Verfassung zur Sprache bringen. — Die Münze hat von verschiedenen Pariser Bankhausern auf einmal für 25 Millionen Gold zum Prägen in französischer Goldmünzen erhalten. Die Münze kann mit ihren vorräthigen Stempeln nur für eine Million Franken täglich Goldmünzen schlagen. Sie schlägt außerdem täglich für 100,000 Franken Silbermünzen.

Der Metallvorrath in der Bank von Paris beträgt 1473½ und in den Zweigbanken 124½, Millionen Franken. Banknoten sind im Umlauf von der Bank von Paris für 411 und von den Zweigbanken für 85 Millionen Franken. Das Portefeuille der Bank in Paris enthält Effekten für 55, und das der Zweigbanken für 90 Millionen Franken.

Italien.

Das „Foglio di Verona" enthielt kürzlich einen Artikel, aus welchem wir Folgendes ausheben: „Die römischen, florentinischen und piemontesischen Blätter verfolgen furchtsamen Auges die verstohlenen Schritte Joseph Mazzini's dieses Hauptlings der europäischen Demagogie, der in allen Theilen von Europa verschrieen und den geeigneten Augenblick abwartet um auf Italien, seine Beute, wie ein Raubvogel hernieder zustürzen."

Das „Foglio" erwähnt, daß Mazzini sich neuestens in Deutschland aufgehalten habe, um die daselbst bestehenden revolutionären Elemhe für die Principien des Socialismus zu gewinnen. Auferdem habe er sein Augenmerk auf das zwischen der romischen Curie und England entstandene Zerwürfniß gerichtet und hoffe daselbe zu seinen Zwecken auszubeuten, weshalb seine haldige Rückkehr nach England zu gewärtigen steht. Bedeutende Summen sollen ihm allerdings zu Gebote stehen und wie die neuesten Nachrichten melden, ist Mazzini in der That schon zu London eingetroffen, um, wie eine telegraphische Depesche kürzlich meldete, ein antipapistisches Meeting zu organisiren. Die außerordentliche Geschäftsthätigkeit dieses Mannes bedarf nicht nachgewiesen zu werden. Er selbst glaube in seiner Person an einen höheren mystischen Beruf und wachte für sein Leben mit Sysiphus-Ausdauer an einem unbegreiflichen und unerhörten zu beförderten hätte, als es von den Schranken der Gerechtigkeit zu verwichen. Um ihren Armen zu entgehen wählt er die abenteuerlichsten Verkleidungen, hält sich halb unter dieser, halb unter jener Maske abwechselnd in einer andern Stadt auf, und läßt durch ihm ergebene Journale seine Ansichten so wie den entgegengesetzten Punkten gleichzeitig verkünden. Das „Foglio di Verona" sügt mit Recht hinzu, sei Mazzini wohl so scharfsichtend und genial, sei er mit Schätzen bis zum Ueberfluße ausgestattet, habe er in der That das Vertrauen der deutschen Demokraten und Anarchisten in solchem Grade gewonnen, daß in allen Ländern seinen Winken blindlings gehorcht wird, so liegt doch in der Natur der Principien, in welchen dieser Mann sich bekannt, daß er es nie weiter als zur Rolle eines Katilina oder Spartacus bringen werde. Es sind Principien, welche den Bestand der Gesellschaft in ihrem innersten Wesen gefährden und zerstören, und können sie je zur Geltung, so müßten sie augenblicklich von ihren Vertretern selbst verläugnet und mit Füßen getreten werden, weil die Unmöglichkeit mit denselben zu regieren und überhaupt zu bestehen, allzuoffenbar ist.

Vermischte Nachrichten.

Die Homdopathie findet in Frankreich, namentlich unter den Damen der höhern Stände, immer mehr Adepten. Paris zählt allein fünf und achtzig Aerzte dieser Schule; in Lyon und im südlichen Frankreich soll die Zahl derselben ebenfalls sehr im Zunehmen sein.

Neueste.

Rendsburg, 27. Dez. Durch Armeebefehl ist den Truppen bekannt gemacht, daß der Generalmajor v. Gerhardt, früher Kommandeur der Avantgardenbrigade, weil er ohne Urlaub die Armee verlassen, und schleswig-holsteinischen Dienst entlassen worden ist.

Im schleswig-holsteinischen Heer ist vor einiger Zeit ein schwerer Insubordinationsfall vorgekommen, indem ein Soldat (angeblich aus Bayern) einen Offizier, den Lieutenant v. Salisch (aus Preußen), vor der Front erschoß. Indeß soll das Benehmen des Offiziere der größere Theil der Schuld treffen; auch ist der Thäter nicht zum Tode, sondern nur zu 20 Jahren Festung verurtheilt worden.

Hr. v. Gagern wird auf dem bevorstehenden hessen-darmstädtischen Landtage nicht erscheinen, er hat die Wahl abgelehnt.

Verantwortlicher Redakteur u. Verleger:
Franz v. Faber.

Gold- und Silber-Sorten.

	fl.	kr.
Neue Louisd'or	11	3
Friedrichsd'or	9	30½
Dukaten	5	30
20 Franc-Stücke	9	21½
Preußische 10 fl. Stücke	9	46½
Preußische Thaler	1	45
5 Franc-Thaler	2	20¼

Für die arme Familie sind bei der Exped. der „Bayer. Presse" eingegangen: Uebertrag 77 fl. 30 kr.; „Gott segne diese kleine Gabe." Von K. G. 30 kr.; von F. K. 24 kr. Summa 78 fl. 24 kr.

Druck von Joseph Stein in Würzburg.